P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

1. SITZUNG: FREITAG 20. DEZEMBER 2002
KONSTITUIERUNG
8.30 – 12.25 UHR

VORSITZ	Alterspräsident René Bär, Cham (bis und mit Trakt. 5.3) Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

1 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri und Regula Töndury, beide Zug; Malaika Hug, Baar.

2 BEGRÜSSUNG

Alterspräsident René **Bär** begrüsst den Rat zur 1. Sitzung der 28. Legislaturperiode. Er teilt mit, dass Anfragen für Ton- und Bildaufnahmen vorliegen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

3 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste.
2. Eröffnung durch den Alterspräsidenten.
3. Ernennung von zwei provisorischen Stimmenzählerinnen oder Stimmenzählern.
4. Genehmigung der Kantonsratswahlen.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1062.1/.2 - 11001/02).

5. Wahl des Büros des Kantonsrats.
5.1. Wahl der Kantonsratspräsidentin oder des Kantonsratspräsidenten.
5.2. Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten.
5.3. Wahl der beiden Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler.

***

Vereidigung in der St. Oswalds-Kirche gemäss separatem Programm (Nr. 1065.1 - 11011).

***

6. Gelöbnis im Kantonsratssaal.
7. Genehmigung der Regierungsratswahlen.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1062.1 - 11001).
8. Wahl der Frau Landammann oder des Landammanns und der Frau Statthalter oder des Statthalters.
9. Genehmigung der Ständeratswahlen.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1062.1 - 11001).
10. Wahl der Landschreiberin oder des Landschreibers.
11. Wahl der ständigen Kommissionen:
11.1. Staatswirtschaftskommission und erweiterte Staatswirtschaftskommission.
11.2. Justizprüfungskommission und erweiterte Justizprüfungskommission.
11.3. Redaktionskommission.
12. Wahl der nicht ständigen Kommissionen mit Dauerauftrag:
12.1. Strassenbaukommission.
12.2. Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz.
12.3. Raumplanungskommission.
12.4. Kommission für Spitalfragen.
12.5. Kommission für den öffentlichen Verkehr.
13. Kommissionsbestellung:
13.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kantonalen Museums für Urgeschichte Zug.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1059.1/.2 - 10992/93).

und allfällige weitere Kommissionen.

4 PROTOKOLL

Der **Alterspräsident** gibt bekannt, dass die Protokolle der Sitzungen von gestern, 19. Dezember 2002, gemäss § 13 Abs. 4 der Geschäftsordnung zu einem späteren Zeitpunkt vom Büro des Kantonsrats genehmigt werden.

5 ERÖFFNUNGSANSPRACHE DES ALTERSPRÄSIDENTEN

René Bär fällt gemäss Geschäftsordnung die hohe Ehre zu, die neue Legislatur-periode unseres Kantonsparlaments zu eröffnen. Er dankt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ganz herzlich für das Vertrauen, das sie den Mitgliedern des Parlaments geschenkt haben. Den wiedergewählten Ratsmitgliedern dankt er für die geleistete Arbeit. Die Wiederwahl zeigt, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit der von ihnen geleisteten Arbeit zufrieden waren. Allen nicht Gewählten dankt er dafür, dass sie bereit waren, sich der Öffentlichkeit zum Wohl und Nutzen unseres Kantons zur Verfügung zu stellen. Für die neugewählten Ratsmitglieder stellen die neuen Aufgaben eine grosse Herausforderung und zugleich eine Chance dar, etwas frischen Wind einzubringen. Mit klassenkämpferischen Argumenten oder parteipolitischen Profilierungsversuchen, die am Volkswillen vorbeilaufen, können die hängigen Probleme jedoch nicht gelöst werden.
Als Unternehmer hat der Votant gelernt, für die eigenen Fehler persönlich gerade zu stehen und diese selber zu bezahlen. Es darf nicht sein, dass das Wort Verantwortung, bzw. Haftung für die Konsequenzen des eigenen Handelns bei den Verantwortlichen in der Verwaltung Halt macht. Speziell dann, wenn der Verwaltungs-Entscheid den gesetzlichen Grundlagen widersprach. Als Beispiel sei die Tempobeschränkung auf 100 Km/h beim Nationalstrassen-Teilstück Walterswil erwähnt. Gestützt auf Art. 8 der Bundesverfassung ist René Bär der Meinung, dass bei den heutigen Löhnen auch ein Teil des Risikos von verantwortlichen Verwaltungsangestellten getragen werden sollte. Er hofft, dass wir noch in dieser Legislaturperiode ein entsprechendes Gesetz verabschieden können. Nicht das Einbunkern. sondern die Offenlegung der Gründe der Meinungsverschiedenheiten schützt uns vor weiteren Anschlägen. Der Votant ist nach wie vor der Überzeugung, dass eine lebendige Demokratie, wie wir Schweizer sie pflegen, folgende Grundlagen beinhaltet:

- Jeder achtet den anderen.
- Unterschiedliche Interessen sind in einem sinnvollen Zeitrahmen zu einem politisch tragbaren und finanziell verantwortbaren Konsens zu führen.
- Die gute Politikerin und der gute Politiker müssen davon ausgehen, dass es für ein und dasselbe Problem verschiedenartige Lösungen gibt, deren Qualität und finanzielle Auswirkungen zum Wohl unseres Kantons und unserer Wähler sorgfältig abzuklären und abzuwägen sind. Dabei sollten aber die Abklärungs- und Planungskosten in einem sinnvollen Verhältnis sein. Das gilt zum Beispiel für das Vorhaben Kantonspital.
- Die hier anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier sollten stets daran denken, dass sie von den Stimmbürgern gewählt wurden. Das heisst, dass sie in erster Linie die Interessen der Stimmbürger, welche ihnen das Vertrauen geschenkt haben, zu vertreten haben. Daraus folgt weiter, dass die Kantonsratsmitglieder im Parlament nicht persönliche Interessen in den Vordergrund stellen, sondern die Entscheide der Stimmbürger respektieren und in ihrem Sinne handeln sollten.

Seinen Kolleginnen und Kollegen dankt René Bär im voraus dafür, dass sie einen aktiven Beitrag zur Parlamentsarbeit leisten und die Wählerinnen und Wähler würdig vertreten sowie den Geist der Verbundenheit von Volk und Regierung weiter pflegen. Den Pressevertretern dankt er zum voraus für eine angenehme Nachrede.

6 ERNENNUNG VON ZWEI PROVISORISCHEN STIMMENZÄHLERINNEN ODER STIMMENZÄHLERN

Der **Alterspräsident** ernennt gemäss § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung als provisorische Stimmenzähler:

➔ Bruno **Briner**; Hünenberg (FDP) und Jean-Pierre **Prodolliet**, Cham (SP).

Die beiden provisorischen Stimmenzähler bleiben bis und mit Ziff. 5.3 der Traktandenliste im Amt.

7 GENEHMIGUNG DER KANTONSRATSWAHLEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 12. November 2002 und das Verzeichnis der am 27. Oktober 2002 gewählten Mitglieder des Kantonsrats (Nrn. 1062.1/.2 – 11001/02) sowie ein Auszug aus dem Amtsblatt Nr. 44 des Kantons Zug vom 31. Oktober 2002.

Der **Alterspräsident** teilt mit, dass gegen die Wahl des Kantonsrats vom 27. Oktober 2002 keine Beschwerden eingegangen sind.

➔ Der Rat genehmigt gemäss Antrag des Regierungsrats die Wahl des Kantonsrats.

Der Alterspräsident teilt mit, dass bezüglich Robert **Balsiger**, der an Stelle von Matthias Michel in den Kantonsrat nachrückt, die Gewählterklärung des Stadtrats von Zug vorliegt.

8 WAHL DES BÜROS DES KANTONSRATS

A. WAHL DER KANTONSRATSPRÄSIDENTIN ODER DES KANTONSRATSPRÄSIDENTEN

Beat **Villiger**, Chef der CVP-Fraktion, schlägt als neuen Kantonsratspräsidenten Peter Rust, Walchwil, vor.

Die geheime Abstimmung ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Stimmzettel 76, eingegangene Stimmzettel 75, ungültig 0, leer 1, in Betracht fallende Stimmzettel 74, absolutes Mehr 38.

Stimmen haben erhalten: Karl Rust 1, Peter Rust 72, Beat Villiger 1.

➔ Peter **Rust** wird mit 72 Stimmen gewählt.

Peter **Rust** betritt unter Applaus des Rats den Saal und der Alterspräsident gratuliert dem Gewählten zu seiner ehrenvollen Wahl.

Peter **Rust**: Mit der heutigen Wahl haben Sie mir das hohe Amt des Kantonsratspräsidenten für die nächsten zwei Jahre anvertraut. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und werde meine ganze Kraft dafür einsetzen, diese Aufgabe in Würde und Respekt zu erfüllen. Unser Herrgott möge mir dabei helfen. Ein halbes Jahrhundert musste mein Dorf Walchwil auf dieses Ereignis warten. So ist es mir ein besonderes Bedürfnis, Ehre, Würde und Freude zu teilen mit meiner Familie, meiner Wohn-, Bürger- und Korporationsgemeinde Walchwil und dem Walchwiler Geschlecht der Rust, mit meiner Parteifraktion CVP, mit meinem grossen Freundeskreis und meinen Kollegen aus dem Baugewerbe. Unser verehrter alt Kantonsratspräsident Dr. Paul Stadlin hat in seinem Buch über die Parlamente festgehalten: «Das Zeremoniell der Wahl zum Kantonsratspräsident ist hölzern und nicht selten unfreiwillig komisch.» Den heutigen Tag erlebe ich jedoch alles anders als hölzern, ich bin etwas nervös, gerührt, gespannt und zugleich zuversichtlich, und so erkläre ich gerne Annahme der Wahl.

Peter **Wetter**, Gemeindepräsident von Walchwil, mit einer Gemeindedelegation gratuliert dem neugewählten Präsidenten und es wird ihm ein Blumenstrauss überreicht.

B. WAHL DER VIZEPRÄSIDENTIN ODER DES VIZEPRÄSIDENTEN

Rosemarie **Fähndrich Burger**, Chefin der Alternativen Fraktion, schlägt als neue Vizepräsidentin des Kantonsrats Erwina **Winiger Jutz**, Cham, vor.

Die geheime Abstimmung ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Stimmzettel 76, eingegangene Stimmzettel 75, ungültig 0, leer 5, in Betracht fallende Stimmzettel 70, absolutes Mehr 36.

Stimmen haben erhalten: René Bär 1, Othmar Birri 21, Rosemarie Fähndrich Burger 1, Käty Hofer 2, Josef Lang 2, Erwina Winiger Jutz 43.

➔ Erwina **Winiger Jutz** wird mit 43 Stimmen gewählt.

Die neugewählte Vizepräsidentin des Kantonsrats betritt unter dem Applaus des Rats den Saal und es wird ihr ein Blumenstrauss überreicht.

Erwina **Winiger Jutz** dankt dem Rat herzlich für das Vertrauen, das er ihr und somit der Alternativen Fraktion mit dieser Wahl entgegenbringt. Eine Wahl ist selten etwas Unbestrittenes, sonst wäre es keine Wahl. Sie nimmt die Herausforderung, als jüngste Vizepräsidentin (von der Anciennität her gesehen) zu amtieren, gerne wahr. Es freut sie auch, auf diese Weise zu vernehmen, dass Sie ebenfalls der festen Überzeugung sind, dass alle Fraktionen ein Recht auf Vertretung haben. In diesem Sinn nimmt sie die Wahl dankend an.

C. WAHL DER BEIDEN STIMMENZÄHLERINNEN ODER STIMMENZÄHLER

Andrea **Hodel** schlägt im Namen der FDP-Fraktion Rudolf Balsiger, Zug, als Stimmenzähler vor.

Käty **Hofer** schlägt im Namen der SP-Fraktion Andrea Erni, Steinhausen, als Stimmenzählerin vor.

Die geheime Abstimmung wird für beide gemeinsam vorgenommen und ergibt folgendes Resultat:

Für Rudolf Balsiger: Ausgeteilte Stimmzettel 76, eingegangene Stimmzettel 76, ungültig 0, leer 6, in Betracht fallende Stimmzettel 70, absolutes Mehr 36.
Stimmen haben erhalten: Rudolf Balsiger 69, Bruno Briner 1.

Für Andrea Erni: Ausgeteilte Stimmzettel 76, eingegangene Stimmzettel 76, ungültig 0, leer 0, in Betracht fallende Stimmzettel 76, absolutes Mehr 39.
Stimmen haben erhalten: Andrea Erni 76.

➔ Rudolf **Balsiger** wird mit 69 Stimmen gewählt, Andrea **Erni** mit 76 Stimmen.

Der **Alterspräsident** gratuliert den beiden zur Wahl.

9 VEREIDIGUNG DES KANTONSRATS UND DES REGIERUNGSRATS

Die Mitglieder des Kantonsrats (In der historischen Reihenfolge der Gemeinden) und des Regierungsrats, angeführt vom Fähnrich mit der Kantonsfahne, der Musikgruppe der Zuger Polizei, dem Standesweibel und dem Büro des Kantonsrats, begeben sich zur Vereidigung in die St. Oswalds-Kirche (siehe Nr. 1065.1 – 11011).

Den die Vereidigung einleitenden ökumenischen Wortgottesdienst gestalten der katholische Pfarrer Othmar Kähli, Zug, der evangelisch-reformierte Pfarrer Christoph Stucki, Zug, sowie Peter Meier, Cham, an der Orgel.

Pfarrer Christoph **Stucki** begrüsst nach einem Eröffnungsspiel des Organisten die Anwesenden mit folgenden Worten: «Ihr seid das Licht der Welt – Ihr seid das Salz der

Erde!» Mit diesen Worten aus dem Munde dessen, der uns Menschen den Weg zur Menschlichkeit ans Herz gelegt und vorgelebt hat, begrüsse ich Sie, verehrte Damen und Herren des Kantonsrats und des Regierungsrats, herzlich zu unserer ökumenischen Besinnung anlässlich der Vereidigung der Legislative und der Exekutive unseres Kantons. «Ihr seid das Licht der Welt – Ihr seid das Salz der Erde!» Damit sind Sie, damit sind wir alle angesprochen. Welch ein Anspruch steckt in diesen Worten! So denken wir bei ihrem ersten Hören. Und wir fragen uns: Werde ich als Mitglied der Legislative, als Mitglied der Exekutive unseres Kantons diesem Anspruch gerecht werden? Im selben Atemzug fragen wir jedoch: Wer von uns ist – trotz aller Verantwortung in unserem uns vom Volk anvertrauten Amt – vollkommen? Niemand ist es, antworten die jüdische, die christliche und die islamische Religion, deren gemeinsamer Ursprung Abraham als der Vater des Gottvertrauens ist. Niemand kann vollkommen sein, weil niemand in sich selber gründet, sondern wir alle aus dem Urgrund des Seins kommen, aus jener ungeheuren Energie, die menschliches Leben will mitten in der Wüste des Kosmos und der Naturgewalten, mitten in der Wüste der Unmenschlichkeiten und trotz dieser Wüste. Und als solche, die aus dem Urgrund des Seins kommen, sind wir Licht der Welt und Salz der Erde. Das ist kein Imperativ, sondern ein Indikativ, das ist kein Anspruch, der als Forderung an uns gestellt wird, sondern das ist eine Ansage, die in ermutigender Weise benennt, was wir schon sind: Als Licht der Welt und Salz der Erde ein Segen für die Welt, in die wir hineingestellt sind. Das wird in dieser Feier zu bedenken sein. «Wer Ohren hat, der höre!»

Pfarrer Othmar **Kähli** wendet sich darauf mit folgender Ansprache an die Versammlung: Sie haben Ihre konstituierende Sitzung unterbrochen und sind einen Weg gegangen, um für die Vereidigung in dieses Gotteshaus zu kommen. In der Tat ist dies eine gewichtige Unterbrechung. Doch es stellt sich die Frage: werden hier nicht zwei Ebenen vermischt, die wir tunlichst auseinanderhalten sollten? In der vergangenen Legislaturperiode wurde ausgiebig darüber gesprochen. Durch die Wahl in den Kantonsrat und in die Regierung wurde Ihnen eine verantwortungsvolle Aufgabe übertragen. Ihnen allen liegt sehr daran, diese Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen. Was haben wir kirchlicherseits dazu zu sagen? Schlicht und einfach gesagt: Gottes Segen erbitten wir für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe. Gottes Segen wünschen wir Ihnen von Herzen. Das ist das erste und wichtigste, was wir kirchlicherseits zu sagen haben. Es geht nicht um moralische Appelle und Ratschläge. Dass die Kirchen zu gegebener Zeit sich auch in einen Meinungsbildungsprozess einbringen, gehört zu ihrer Aufgabe. Doch heute in dieser Stunde geht es um etwas, das wie ein Vorzeichen vor dem Ganzen steht: Gott segne Sie und Ihre Arbeit und lasse sie fruchtbar werden für unser Gemeinwesen, für unseren Kanton Zug.
Zu einem Rabbi kommt ein Schüler und fragt ihn, was Glauben sei. Der Rabbi führt ihn zum Fenster und fragt: «Was siehst du da?» Der Schüler antwortet: «Menschen, Häuser, Bäume...» Der Rabbi führt ihn zu einem Spiegel und fragt ihn: «Was siehst du jetzt?» Der Schüler antwortet: «Jetzt sehe ich mich selber.» «Siehst du», sagte der Rabbi, «wenn du dein Leben lässt, wie es ist, siehst du hindurch auf die ganze Welt bis zu ihrem Schöpfer; ist dir aber das Glas nicht genug und legst du nur ein bisschen Silber auf, so siehst du nur noch dich.» Hinter dieser kurzen Geschichte verbirgt sich, was Segen meint und bedeutet. Wir sehen Menschen, Häuser, Bäume; wir sehen – zumindest mit dem inneren Auge – was unserer Gemeinschaft zum Wohle gereicht. Wer im Spiegel nur sich selber betrachtet, bei dem dreht sich alles um sich selber, er sieht keine Menschen, Häuser und Bäume mehr und begibt sich in Gefahr, sich selbst,

seine Arbeit und sein Wirken zu überschätzen, indem er sich als kleiner Herrgott gebärdet, der genau weiss, was dem Gemeinwesen gut tut und was nicht. Unser Leben ist mehr Gabe als Werk, mehr Geschenk als Tat. Unser Leben ist mehr, als wir von ihm wissen und zu ihm beitragen können. Es geht nicht auf in unseren Plänen und Vorstellungen, in Partei- und Regierungsprogrammen. Niemand verfügt darüber, ob sein Leben gelingt und was ihm zugemutet wird. Das Entscheidende im Leben können wir nicht machen, wir dürfen es empfangen, wie ein Geschenk. Das ist ein wahrer Segen.
Segen ist nicht irgendein religiöser Brauch. Er ist ein Urwort, eine Grundgeste des jüdisch-christlichen Glaubens. Der Segen spricht uns zu, dass diese unsere Welt eine gute Schöpfung Gottes ist und unser Tun und Wirken dem Leben dieser Welt dient. Segen heisst: Empfangen, was ich nicht erarbeitet habe. Ich muss mich nicht mit mir und meiner Leistung begnügen. Ich darf mehr erhoffen. Das schenkt Gelassenheit. Das nimmt mir den Druck, mich selbst durch meine Leistung rechtfertigen zu müssen. Ich bin nicht gnadenlos zum Erfolg verurteilt. Dies vermag mir eine tiefe innere Gewaltlosigkeit zu schenken. Wer sich gesegnet weiss, muss sich nicht selber segnen. Als Gesegnete können wir für andere zum Segen werden. Liebe Mitglieder des Kantonsrates und der Regierung, den folgenden und letzten Satz sage ich aus voller Überzeugung, auch wenn Ihre Arbeit bisweilen als Stückwerk erscheint: Sie sind ein Segen für den Kanton Zug und seine Bewohnerinnen und Bewohner.

Der neugewählte Kantonsratspräsident Peter **Rust** richtet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden: Es ist mir eine besondere Freude, meine erste Amtshandlung als Kantonsratspräsident in dieser altehrwürdigen Kirche zu St. Oswald auszuführen. Vor vier Jahren musste ich diesen Tag im Kantonsspital verbringen und es wurden die schwersten Stunden meines langen Spitalaufenthalts. Ich vermisste das Gelöbnis vor Gott, zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen, aber auch die überaus schöne Tradition des eindrücklichen Fussmarsches durch die – momentan etwas bunt gewordene – Stadt Zug. Umso mehr bin ich heute dankbar und erlebe diese ehrwürdige Feier sehr bewusst, zum einen weil ich gesund vor Ihnen stehen darf, zum andern weil die Kirche als Vereidigungsort in der Verfassung verblieben ist. Beides ist nicht selbstverständlich. Die Kirche St. Oswald wurde anno 1478 mit Sandstein aus dem Steinbruch Lothenbach in Walchwil erbaut, das erfüllt mich immer mit besonderem Stolz. Diese riesigen Mauern als stumme Zeugen ganzer Lebensläufe, was müssen sie alles umfassen? Fröhliche Menschen bei einer Taufe, bekennende Menschen am Weissen Sonntag und bei Firmungen, trauernde, leidende, verzweifelte Menschen, die Trost und Hilfe suchen, dankbare Menschen, denen das Leben Gutes erwiesen hat, versprechende Menschen, wie wir heute. Alles Mitmenschen, die wir mit unserem Denken und Handeln im Parlament vertreten müssen, mit unserem Wissen und Gewissen. Wissen sollte mit der täglichen Flut von Informationen über alle möglichen Medien kein Problem mehr sein. Aber wie steht es um unser Gewissen? Eine Kirche kann der Ort sein, wo wir immer wieder unser Gewissen überprüfen können. Warum nicht ab und zu im Alltag einkehren in diesen Ort der Stille und des Besinnens, um dann mit Gottvertrauen auf richtiges Handeln wieder hinauszutreten in das unaufhaltsame Fliessen unseres Lebens.
Ich weiss jedoch nur zu gut, dass nicht alle Anwesenden mein Gottvertrauen mit-tragen können, denn sie fragen sich: Wo zum Beispiel war dieser allmächtige und gütige Gott in den schwersten Stunden des Zuger Kantonsparlaments? Wir können an dieser

Frage verzweifeln, wir können aber auch nachdenken, warum es so gekommen ist und nachdenken über unser Weiterleben nach dem grauenhaften Geschehen. Wir haben bewiesen, dass wir zusammenstehen, einander beistehen und helfen können, trotz allem funktionieren können – nicht umsonst wurde das Zuger Parlament in aller Welt für seine Tapferkeit bewundert. Und wo stehen wir heute, nach den zum Teil erbitterten Wahlkämpfen? Hektik, Intoleranz, Aggression hat, so scheint es mir, wieder überhand genommen. Aggression hat viele Gesichter. Sie ist nicht immer nur laut oder handgreiflich, sie kann auch ganz leise und umso gemeiner sein. Zumauern, verweigern, demütigen, nicht beachten, provozieren und am allerschlimmsten, sie kann gleichgültig sein. Eine Psychologin hat aus Erfahrung in ihrer Praxis geschrieben: Das Gegenteil von Liebe ist meistens nicht Hass, sondern Gleichgültigkeit. Dürfen wir das in unserem Parlament, in unserem Leben zulassen? Ich möchte sie herzlich dazu aufrufen, nicht auf dieser Welle der Aggression, welche die Welt erfasst hat, mit zu schwimmen. Tief hat uns die Zeit der Trauer und des Schmerzes geprägt und wir müssen das Kunstwerk vollbringen, sehr geehrte alteingesessene und neue Kolleginnen und Kollegen, alle, die Sie irgendwie mit unserem Parlament verbunden sind, wir müssen das Kunstwerk vollbringen vorwärts zu schauen und trotzdem das traurige Geschehen nicht zu vergessen, in all unsere Überlegungen mit ein zu beziehen, auf dass es nie mehr soweit kommen kann. Besinnen wir uns auf eine gesunde, teamfähige und konstruktive Streitkultur. Ich weiss aus meiner 16-jährigen Erfahrung, dass um gute Lösungen, um annehmbare Kompromisse gerungen werden muss, jedoch immer mit Anstand, mit Respekt vor dem Andersdenkenden, mit Respekt vor anderen Kulturen, mit Respekt vor allen gesellschaftlichen Strukturen. 2002 war das Jahr der Zuger VerBundenheit, möge es Spuren hinterlassen in unserem Zusammenstehen und Zusammengehen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den nachfolgenden Schwur auf die Beachtung unserer Gesetze auszuweiten auf ein Versprechen aus dem Innersten ihres Herzens zum positiven Miteinander, auf dass wir würdige Vertreter unseres Zuger Volkes sind. Ich danke den beiden Pfarrherren Othmar Kähli und Christoph Stucki für die besinnliche Einleitung und Begleitung unserer Feier und Peter Meier für die feierliche musikalische Umrahmung.

Peter **Rust** bittet den Landschreiber, die Eidesformel zu verlesen.

Landschreiber Tino **Jorio** verliest die in § 5bis Abs. 1 der Geschäftsordnung enthaltene Eidesformel, worauf die Rats- und Regierungsmitglieder, welche den Eid leisten wollen und sich von den Bänken erhoben haben, mit erhobenem Schwurfinger den vom Präsidenten vorgesprochenen Satz mitsprechen: «Ich schwöre es».

Nach einem von Pfarrer Christoph Stucki gesprochenen Gebet, einem gemeinsam gebeteten Vaterunser, einem Segensgebet beider Pfarrer und einem Ausgangsspiel des Organisten kehrt der neue Kantons- und Regierungsrat in den Ratssaal zurück.

Der neue Kantonsratspräsident Peter **Rust** wendet sich mit folgenden Worten an den Rat: Wir sind vor wenigen Minuten in der St. Oswalds-Kirche feierlich vereidigt worden. Nun sind wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier rechtskräftig eingesetzt. Es

freut mich, dass ich Ihnen zur ehrenvollen Wahl gratulieren darf. Doch, wie heisst es so schön: Keine Würde ohne Bürde. Die Wählerinnen und Wähler haben uns eine anspruchsvolle Aufgabe übertragen. Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, diese Aufgabe engagiert und umsichtig wahrzunehmen. Dass Sie sich dazu bereit erklärt haben, im Kantonsrat der Zuger Bevölkerung zu dienen, ist nicht selbstverständlich in einer Welt, die von Begehrlichkeiten geradezu strotzt. Erlauben Sie mir deshalb, Ihnen für diese Bereitschaft zu danken.

Gerade wenn man zuweilen das Gefühl hat, kein Stein bleibe auf dem anderen, sind Konstanten wichtig: Ich stelle erfreut fest, dass Kantonsrat Rene Bär bereits zum zweiten Mal die Ehre des Alterspräsidenten zufällt, die neue Legislaturperiode zu eröffnen und den Rat zu konstituieren. Ich bin ihm dankbar für seine sinnigen Worte, die er eben an uns gerichtet hat. Ich hoffe, dass sie nicht in Vergessenheit geraten, sondern uns dann wieder an unsere Pflicht mahnen, wenn wir uns im Eifer des Argumentierens selbst allzu wichtig nehmen könnten. Herzlich willkommen heisse ich alle neu- und wiedergewählten Mitglieder des Regierungsrats. An sie habe ich drei grosse Wünsche: Dass sie in der Exekutive Verständnis und vor allem Respekt für das Parlament zeigen. Dass sie ihre Anliegen offen und ehrlich im Parlament vertreten und dass sie akzeptieren, wenn der Kantonsrat die Sache einmal anders beurteilt, als sie dies erwarten.

Ich freue mich auf eine kollegiale Zusammenarbeit mit unserer neuen Vizepräsidentin Erwina Winiger, der ich ebenfalls zur Wahl gratuliere. Das Amt der Vizepräsidentin ist aus meiner Sicht ein Privileg. Dem Ratspräsidenten über die Schulter zu blicken, an seinen Fehlern zu lernen und sich gut zu merken, was man besser machen könnte, dieses Privileg war mir leider nicht vergönnt. Ich bitte deshalb Erwina Winiger um eine gewisse Nachsicht. Den Damen und Herren am Pressetisch schliesslich wünsche ich, dass es ihnen gelingt, all das was wir im Kantonsrat besprechen, so zu formulieren, dass es von allen Bürgerinnen und Bürgern verstanden wird, und – falls Vereinfachungen nötig sind – keinen Zentimeter vom Pfad der Wahrheit abzuweichen. Wenn ihnen das gelingt, dann verdienen sie nicht nur unseren Dank, sondern auch unseren Applaus.

Vom Parlament im Wirtschaftskanton Zug erwartet man heute mehr als vom Parlament irgend eines anderen Kantons. Sie finden das vielleicht eine kühne Behauptung. Doch ich will Ihnen gleich aufzeigen, weshalb ich zu diesem Schluss komme. Dieses Jahr hat uns die grenzenlose Gier vermeintlich angesehener Wirtschaftsführer aufgezeigt, dass die Rahmenbedingungen, welche die Politik für die Wirtschaft absteckt, nicht ausreichen. Entstanden ist eine Situation, die breiteste Bevölkerungskreise verängstigt: Viele fragen sich, ob ihre Pensionskassengelder überhaupt noch gesichert sind. Sie sind beunruhigt, weil die Gesundheitskosten einen wachsenden Anteil ihres Einkommens wegfressen. Sie empfinden selbst die Arbeitsplätze hochqualifizierter Personen als gefährdet. Das Vertrauen in Spitzenführungskräfte und Unternehmer ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Nicht wenige Politikerinnen und Politiker machen es sich in einem solchen Moment allzu einfach, die Wirtschaft pauschal zu verurteilen. Gestatten Sie mir die Frage, ob sich solche Kritiker auch bewusst sind, dass die unaufhaltsam wachsenden sozialstaatlichen Begehrlichkeiten ohne eine starke Wirtschaft wie Seifenblasen zerplatzen würden. Ich will Ihnen deshalb einen konstruktiven Ansatz näher bringen. Klaus Schwab, Präsident des Davoser Weltwirtschaftsforums, hat in einem viel beachteten Artikel in der NZZ am Sonntag geschrieben: «Will die Wirtschaft wieder Vertrauen erlangen, muss sie Führung zeigen.» Ich möchte dieses Zitat anders formulieren: «Will die Wirtschaft wieder

Vertrauen erlangen, muss sie sich in der Politik engagieren.» Ich bin überzeugt, dass sich viele Führungskräfte nicht mehr aus der Verantwortung schleichen könnten, wenn sie in einem Parlament oder an der Spitze einer Partei Verantwortung übernehmen würden. Doch was tun wir Politiker? Wir machen es jeder Spitzenführungskraft schwer, die bereit wäre, sich politisch zu engagieren. Ja wir gehen sogar noch weiter: Wir lasten ihr das Engagement in der Wirtschaft als politisch unzuträglichen Makel an. Und genau damit erweisen wir uns einen Bärendienst! Manager und Unternehmer, die in die Politik aktiv eingebunden werden, können es sich nicht mehr leisten, in ihrem Berufsleben als Abzocker von sich reden zu machen. Auch deshalb sollten wir sie ermutigen, in die Politik einzusteigen und sie, wenn sie sich dazu bereit erklären, mit offenen Armen empfangen.

Ich habe vorher die These gewagt, dass man von Zuger Parlamentariern mehr als anderswo erwartet. Es ist falsch zu meinen, wir könnten nichts dafür, wenn der Wirtschaftsplatz Zug oft mit wenig rühmenswerten Machenschaften Eingang in die Medien findet. Jedes derartige Ereignis sollte uns vielmehr dazu anspornen, darüber nachzudenken, wie wir das Vertrauen in die Politik und in die Wirtschaft wieder herstellen können. Klaus Schwab hat im erwähnten Artikel vier Leitlinien genannt. Mir scheint, dass diese für die Politik im Kanton Zug genauso gültig wären, wie sie es für verantwortungsbewusste Unternehmen sein sollten. Ich will Ihnen deshalb diese vier Leitlinien für Ihre parlamentarische Arbeit mit auf den Weg geben. Ich ersetze dabei einfach den Begriff «Unternehmen» durch «Politik» und den Begriff «Management» durch «Politiker».

1. Die Politik muss ihr positives Wirken der Gesellschaft unter Beweis stellen. Ein verantwortlich handelnder Politiker legt Wert auf langfristige Gewinne, die sich aus einer markt- und sozialorientierten Führung ergeben. Diese Einstellung ist Voraussetzung für den Aufbau dynamischer Volkswirtschaften und stabiler Gesellschaften.
2. Die Politik soll nicht nur von Vorschriften geleitet werden, sondern ebenso von moralischen Werten. Politikerinnen und Politiker sollten der Öffentlichkeit beweisen, dass sie sich nicht nur an die Gesetze halten, sondern dass ihre Aktivitäten auch auf dem Grundsatz der Fairness basieren.
3. Die Herausforderungen der heutigen Zeit können weder von der Politik noch von der Wirtschaft noch von den Nicht-Regierungs-Organisationen und auch nicht von internationalen Organisationen alleine gelöst werden. Es braucht den gemeinsamen Einsatz aller Kräfte.
4. Die Dritte Welt darf uns nicht kalt lassen. Es ist unsere Aufgabe, die Initiative zu ergreifen, damit die Wirtschaft ihren Teil leistet, um das Leben in der Dritten Welt zu verbessern. Damit meine ich das Leben jener, die vom lokalen, regionalen und internationalen Wirtschaftsgeschehen ausgeschlossen sind.

Wenn wir uns an diese vier Leitlinien halten, können wir nicht nur auf eine bessere Zukunft hoffen, sondern unseren Beitrag an eine bessere Zukunft leisten. – Sie merken vielleicht bereits jetzt, dass Sie als Ratspräsident für die nächsten zwei Jahre einen «Walchwiler Chäschtenenigel» erhalten. Man sagt, dass ich zwar stachlig anzufassen bin und auch durchaus unangenehm stechen kann – so jedenfalls haben mich die Medien immer wieder etikettiert. Wer Maroni mag, weiss jedoch ebenso, dass in der Kastanie drin eine durchaus geniessbare und für die einen sogar delikate Frucht steckt. Ich hoffe, dass Sie eine solche im Verlaufe der nächsten zwei Jahre auch in mir entdecken.

10 GELÖBNIS

Kantonsratspräsident Peter **Rust** bittet jene Ratsmitglieder, welche das Gelöbnis ablegen wollen, nach vorne zu treten.

Landschreiber Tino **Jorio** verliest die Gelöbnisformel gemäss § 5bis Abs. 2 der GO, worauf Regierungsrat Hanspeter Uster, Baar, und die Ratsmitglieder Josef Lang und Martin Stuber, beide Zug, Erwina Winiger Jutz, Cham, und Rosemarie Fähndrich Burger, Steinhausen, den vom Präsidenten gesprochenen Satz «Ich gelobe es» nachsprechen.

11 GENEHMIGUNG DER REGIERUNGSRATSWAHLEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 12. November 2002 (Nr. 1062.1 – 1101) sowie ein Auszug aus dem Amtsblatt Nr. 44 des Kantons Zug vom 31. Oktober 2002.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Erneuerungswahlen für den Regierungsrat zu genehmigen. Ergänzend teilt er mit, dass gegen die Regierungsratswahlen vom 27. Oktober 2002 keine Beschwerden eingegangen sind.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag ohne Gegenantrag zu.

12A WAHL DER FRAU LANDAMMANN ODER DES LANDAMMANNS

Beat **Villiger** schlägt im Namen der CVP-Fraktion Regierungsrat Walter Suter, Hünenberg, als neuen Landammann vor.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 77, eingegangene Stimmzettel 75, ungültig 0, leer 2, in Betracht fallende Stimmzettel 73, absolutes Mehr 37.

Stimmen haben erhalten: Matthias Michel 1, Walter Suter 71, Hans-Beat Uttinger 1.

➔ Walter **Suter** wird mit 71 Stimmen gewählt.

Der neugewählte **Landammann** betritt unter dem Applaus des Rats den Saal und es wird ihm ein Blumenstrauss überreicht. Er wendet sich mit folgenden Worten an den Rat: Für die Wahl zum Landammann danke ich Ihnen allen ganz herzlich. Ich freue mich darauf, in den nächsten beiden Jahren den Vorsitz im Regierungsrat führen zu

dürfen. Dabei werde ich mich bemühen, dem Vertrauen, das Sie mir mit dieser Wahl erwiesen haben, gerecht zu werden.
Seit dem 27. September 2001 vergeht kein Tag, an dem uns nicht eine Begebenheit das Attentat und seine Folgen in Erinnerung ruft. So bin ich mir auch heute bewusst, dass ich an Stelle von Jean-Paul Flachsmann oder von Monika Hutter nun zum zweiten Mal Landammann geworden bin. Als erstes möchte ich deshalb die Verbundenheit mit unseren vierzehn getöteten Kolleginnen und Kollegen und ihren Angehörigen sowie mit den Schwerverletzten, deren Lebenssituation sich grundlegend verändert hat, zum Ausdruck bringen. Diese Erinnerung ist wichtig. Sie wird prägend sein für die Zukunft von allen, die mitbetroffen waren. Auf der anderen Seite dürfen wir uns von diesem gemeinsamen, schrecklichen Erlebnis nicht gefangen nehmen und lähmen lassen. Der Wechsel der Amtsperiode ist eine weitere Chance des Neubeginns. Ein Zeichen dafür, dass wir diese Chance nutzen wollen, soll auch die Rückkehr des Regierungsrats vom Polizeigebäude in das Regierungsgebäude mit seiner ersten Sitzung im neuen Jahr sein.
Ich bin nicht nur der Nachfolger von Hanspeter Uster als Landammann, sondern gleichzeitig auch sein Vorgänger. Insofern wissen Sie in etwa, was Sie von mir zu erwarten haben. Abgesehen von der morgigen Landammann-Feier in Hünenberg wird nicht meine Person im Mittelpunkt meiner Tätigkeit stehen. Mein erstes und wichtigstes Anliegen ist die vertrauensvolle und kollegiale Zusammenarbeit im Regierungsrat. Die Stärke des Regierungsrats und die Wirksamkeit seiner politischen Arbeit liegen darin begründet, dass alle seine Mitglieder ungeachtet der Verschiedenheit ihrer Persönlichkeit und der Vielfalt ihrer politischen Herkunft im Interesse unseres Kantons spürbar zusammenarbeiten und für gefasste Beschlüsse gemeinsam einstehen. Es genügt nicht, dass jeder und jede von uns die eigene Direktion möglichst gut leitet. Entscheidend ist vielmehr, dass wir alle den Erfolg der Arbeit des Regierungsrats als Kollegialbehörde zur eigenen Sache machen. Diese Haltung ist der Grund und gleichzeitig auch der Inhalt des Kollegialprinzips, das oft missverstanden wird, von dessen Notwendigkeit für eine wirkungsvolle Arbeit ich aber restlos überzeugt bin.
Mein zweites Anliegen: Wir dürfen uns nicht vom politischen Tagesgeschäft und von der Hektik des Alltages vereinnahmen lassen. Der Regierungsrat muss sich die nötige Zeit nehmen, um sich mit Grundsatzfragen und Zukunftsperspektiven auseinander zu setzen. Mit dieser Absicht werden wir im Verlaufe der nächsten beiden Jahre die im Jahre 2000 erarbeiteten strategischen Ziele «die regierungsrätliche Gesamtpolitik 2000 bis 2010» aktualisieren. In den beiden nächsten Jahren stehen grundlegende Weichenstellungen für die Zukunft unseres Kantons an: Bau des Zentralspitals, Erlass des neuen Richtplans, Neuausrichtung der Finanzpolitik sind nur die wichtigsten Stichworte dazu. Gute Lösungen setzen die offene Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Interessen und den parteipolitischen Wettbewerb voraus. Sie werden gleichzeitig aber auch erschwert oder gar verunmöglicht durch Polemik und durch Verunglimpfung.
Das tragende Element des hohen Lebensstandards in unserem Kanton, der vergleichsweise sehr guten Bedingungen im Bildungsbereich, bezüglich der sozialen Sicherheit und der Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung, ist die Stärke unserer Wirtschaft. Als einer der wichtigen Faktoren für die Standortattraktivität unseres Kantons wird immer wieder das wirtschaftsfreundliche Klima genannt. Wir dürfen diesen Vorteil nicht aufs Spiel setzen, indem wir ob dem tatsächlichen und unentschuldbaren Versagen und der Masslosigkeit einzelner Schweizer Wirtschaftsführer die Wirtschaft ganz generell in Verruf und in Misskredit bringen. Der weit aus grösste Teil der

Unternehmer und Manager leistet seriöse, gute und verantwortungsvolle Arbeit. Von einer gesunden und leistungsfähigen Wirtschaft profitieren alle.
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Regierungsrats, liebe Mitglieder des Kantonsrats, bemühen wir uns, unsere politische Arbeit in einer Art zu leisten, die den Glauben der Bevölkerung unseres Kantons an eine gute Zukunft fördert und das Vertrauen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Politik stärkt. Dafür danke ich Ihnen allen.

Der **Vorsitzende** gratuliert dem neu gewählten Landammann herzlich und wünscht ihm viel Glück und Erfolg in seiner Tätigkeit, für die er ja schon gewisse Routine hat.

12B WAHL DER FRAU STATTHALTER ODER DES STATTHALTERS

Käty **Hofer** schlägt im Namen der SP-Fraktion Regierungsrätin Brigitte **Profos** als Statthalterin vor.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 76, eingegangene Stimmzettel 76, ungültig 0, leer 4, in Betracht fallende Stimmzettel 72, absolutes Mehr 37.

Stimmen haben erhalten: Joachim Eder 4, Matthias Michel 1, Brigitte Profos 62, Hans-Beat Uttinger 5.

➔ Brigitte **Profos** wird mit 62 Stimmen gewählt.

Der **Vorsitzende** gratuliert der neuen Frau Statthalter unter dem Applaus des Rats herzlich zu ihrer Wahl.

Brigitte **Profos** dankt herzlich für die Wahl zur Statthalterin und für das Vertrauen, das ihr damit ausgesprochen wird. Sie freut sich auf diese Aufgabe und nimmt sie gerne an. Sie hat heute auch zurückgedacht und sich daran erinnert, dass ihr diese Rolle eigentlich nicht zustehen würde, wäre nicht der 27. September gewesen. Kurt Tucholsky hat einmal gesagt: «Dieses Leben ist eines der schwierigeren, aber wir haben ja nur dieses eine Leben.» In diesem Saal sitzen wohl nicht so viele Menschen, die das Leben ausschliesslich als schwierig, belastend oder beängstigend empfinden, die von Existenzängsten geplagt sind und das Leben nur als Belastung erleben. Der neuen Statthalterin ist es persönlich ein Anliegen, dass wir unsere Verantwortung in diesem Saal wahrnehmen, dass auch ausserhalb dieses Saals immer mehr Menschen im Kanton Zug Kurt Tucholsky widersprechen würden und sagen: «Dieses Leben ist eines der schöneren.»

Unter Applaus des Rats wird Brigitte Profos ein Blumenstrauss überreicht.

13 GENEHMIGUNG DER STÄNDERATSWAHLEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 12. November 2002 (Nr. 1062.1 – 1101) sowie ein Auszug aus dem Amtsblatt Nr. 44 des Kantons Zug vom 31. Oktober 2002.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Erneuerungswahlen für den Ständerat zu genehmigen. Ergänzend teilt er mit, dass gegen die Ständeratswahlen vom 27. Oktober 2002 keine Beschwerden eingegangen sind.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag ohne Gegenantrag zu.

14 WAHL DER LANDSCHREIBERIN ODER DES LANDSCHREIBERS

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** schlägt im Namen des Regierungsrats als Landschreiber Tino **Jorio**, Zug, vor, dem er für die grosse Arbeit in der vergangenen Amtsperiode des Regierungsrats und der vergangenen Legislaturperiode des Kantonsrats herzlich dankt.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 76, eingegangene Stimmzettel 76, ungültig 0, leer 1, in Betracht fallende Stimmzettel 75, absolutes Mehr 38.

➔ Tino **Jorio** wird mit 75 Stimmen gewählt.

Unter grossem Applaus des Rats wird dem wieder gewählten Landschreiber ein Blumenstrauss überreicht.

Ratspräsident Peter **Rust** richtet an den Gewählten folgende Worte: Lieber Tino, es freut mich ganz besonders, dass du ein so glanzvolles, schönes Resultat gemacht hast. Um so mehr freut es mich, weil du nach diesem schrecklichen Jahr 2001 sehr gelitten und trotzdem so hervorragend funktioniert hast. Man merkt es eigentlich nicht. Aber ich benutze die Gelegenheit, um zu sagen: Ganz so, wie er daher kommt, ist es leider um ihn nicht bestellt. Tino Jorio leidet ein bisschen. Und wir müssen ihm etwas Sorge tragen. Ich fühle mich dazu verpflichtet, der Regierung den Rücken zu stärken. Tino Jorio braucht ein wenig Ruhe. Tino, du musst zu deiner Gesundheit Sorge tragen. Ich würde es als erster sehr bedauern, wenn deine Gesundheit noch mehr leiden würde und du dieses Amt für den Kanton Zug nicht mehr ausführen könntest, das du über diese schwierige Zeit hinweg so hervorragend gemacht hast. Ich habe immer gestaunt und auch jetzt wieder, da du mich für dieses neue Amt so hervorragend begleitet hast mit e-mails und guten Worten. Ich danke dir ganz herzlich, dass du mich zwei Jahre begleitest. Ich hoffe, dass du deine Gesundheit erhalten kannst. Bitte schone dich ein wenig. Ich danke dir im Namen des ganzen Kantonsrats. (Grosser Applaus)

15 WAHL DER STÄNDIGEN KOMMISSIONEN

Der **Vorsitzende** erwartet hier eine schwierige Debatte. Vor der Wahl zu den einzelnen Kommissionen gibt er deshalb das Wort frei für eine Grundsatzdiskussion.

Rosemarie **Fähndrich Burger**: Es scheint, dass wir vor einem denkwürdigen Augenblick in der Zuger Geschichte der kantonsrätlichen Kommissionsbestellung stehen. Sie alle werden verstehen, dass die Votantin im Namen der Alternativen Fraktion hofft, dass dieser historische Moment nicht eintreten wird. Die Alternative Fraktion des Kantonsrats ist zusammengesetzt aus links-grünen Vertreterinnen und Vertretern aus verschiedenen Gemeinden. Unsere Fraktion soll nach dem Willen der bürgerlichen Anträge künftig nicht mehr in den beiden Siebner-Kommissionen vertreten sein, damit die drei Fraktionen FDF, CVP und SVP je zwei Sitze besetzen können. Die Fraktionen berufen sich dabei auf das Wahlgesetz des Kantons Zug. Dieses Gesetz bezieht sich aber auf Urnenabstimmungen und nicht auf unser 80 Personen umfassendes Gremium des Kantonsrats.
Aus der Sicht von uns Alternativen sprechen folgende Gründe gegen einen Ausschluss aus den beiden Siebner-Kommissionen:

- Der Ausschluss einer Minderheit ist noch nie ein geeignetes Mittel für eine konstruktive Zusammenarbeit gewesen.
- Die 80-jährige politische Tradition des Kantonsrats, Minderheiten stets in die Kommissionsarbeit einzubeziehen, spricht eine deutliche Sprache.
- § 22, Abs. 1 der Geschäftsordnung sagt: «Die Fraktionen sollen in den Kommissionen angemessen vertreten sein.» Mit andern Worten: Die AF hat nicht nur aufgrund jahrzehntelanger Praxis, sondern auch der GO Anspruch auf einen Sitz.
- Die vereinigte Linke (CSV eingerechnet) verfügt über einen Stimmenanteil von 24,9 %, die SVP lediglich über einen von 21,1 %.
- Die bürgerlichen Fraktionen bilden in sozial- und personalpolitischen Fragen oftmals einen gemeinsamen Block. Damit lässt sich ebenfalls gut begründen, dass der Linken ein zweiter Sitz zusteht. Wir Alternativen werden den Sitz zusammen mit der SP im Namen von Menschen vertreten, deren Stimme öfters nicht zum Tragen kommt, deren Alltag nicht immer so rosig aussieht wie der unsere.

Im Namen der Wählerinnen und Wähler der Listen der AF, von SP und CSV appelliert die Votantin an Ihre Toleranz, an Ihr Demokratieverständnis und an Ihre Fairness. Wir werden Ihnen Ihre Unterstützung für unsere beiden Sitze in der Stawiko und in der JPK durch konstruktive und kreative Zusammenarbeit danken, wie Sie es von uns bereits gewohnt sind. Vielen Dank für ihre wohlwollende Unterstützung.

Heinz **Tännler** meint, der Rat erwarte jetzt sicher, dass er seitens der SVP mit dem Wählerauftrag argumentiere. Oder vielleicht denken Sie auch, dass er die Linke daran mahne, wie sie immer wieder die Richtigkeit des Proporz betone und just wenn der Proporz zu ihren Ungunsten ausfalle, sich davon abwende. Richtig, denn in dieser Frage massgebend ist der Wählerwille. Bei der Frage von Kommissionssitzen ist dieser Wählerwille zu respektieren. Er will sich nicht in der Historie üben und dem Rat die Wahlen von 1919 vor Augen führen, wie dies unsere alternativen Ratskolleginnen und -kollegen jüngst in den Medien getan haben. Historisierendes Lamento hilft uns in der Frage der Sitzverteilung der Stawiko und der JPK nicht weiter. Auch Zahlenspielereien führen zu keiner nachvollziehbaren Lösung. Doch ist verständlich, dass man derart verzweifelt nach Argumenten sucht, wenn man mit dem Rücken zur Wand steht. Auch ist verständlich, dass die Linke ihren Besitzstand zu wahren versucht. Das ist nicht nur linke Denkweise: Es ist nachvollziehbar, dass sich niemand gerne etwas wegnehmen lässt, und sich dagegen wehrt, wenn ihm dies droht.

Die Frage, welche Sitzverteilung in den 7-köpfigen Kommissionen (Stawiko/JPK) richtig ist, lässt sich in der Tat nicht einfach beantworten. Irgendwie ähnelt sie jener Ihnen wohl bekannten Szene im Gerichtssaal: Nachdem der Anwalt des Klägers seinen Standpunkt dargelegt hatte, nickte der Richter und sagte: «Sie haben Recht.» Worauf der Anwalt des Beklagten seinen Standpunkt erörterte und vom Richter denselben Kommentar erhielt. Dies veranlasste den Gerichtsschreiber zur Frage an den Richter: «Sie können doch nicht beiden Parteien Recht geben.» Der Richter dachte angestrengt nach und erwiderte: «Auch Sie haben Recht.» Mit anderen Worten: Wer die Frage der Sitzverteilung mit der gebotenen Distanz betrachtet, kommt zum Schluss, dass sie tatsächlich kontrovers diskutiert werden kann. Da hilft selbst die GO (§ 22, Abs. 2) nicht weiter. Dort steht nämlich schlicht und einfach: «Die Fraktionen sollen in den Kommissionen angemessen vertreten sein.» Wohlverstanden angemessen, was nicht a priori proportional heissen muss. Doch was heisst nun angemessen? Wird der alte Proporz-Schlüssel von 0,7 aufgerundet dieser Regelung in der Geschäftsordnung wirklich gerecht? Der Votant meint Nein. Die Aufforderung zu einer «angemessenen Vertretung» ruft viel mehr nach einer pragmatischen Lösung. Die pragmatische Lösung muss sich folglich auf den Wählerwillen abstützen. Dieser zeigt sich an der heutigen parteipolitischen Zusammensetzung des Kantonsrats. Die Zusammensetzung der Kommissionen hat diesen Wählerwillen angemessen (gemessen an der parteipolitischen Zusammensetzung des Parlaments) zu respektieren.
Wenn die linke Ratseite sich im Wahlkampf zu einer Einheit zusammenrafft, um Sitze zu gewinnen, dann sollte folgerichtig diese Einheit im Kantonsrat eine Fraktion bilden und die Sitze innerhalb dieser Fraktion verteilen. Der Wähler hat der SVP mehr Sitze zugewiesen als dieser Ratseinheit. Demzufolge hat die SVP den Wählerauftrag, die Kommissionen in diesem Verhältnis zu besetzen. Der linken Ratseinheit ist es überlassen, die Kommissionssitze untereinander zu verteilen. Damit der Wählerauftrag eben angemessen erfüllt wird, sind die Kommissionssitze nach dem Proporzverfahren zu besetzen. Niemand kann mit Fug und Recht behaupten, die Verteilung der Kommissionssitze nach dem Proporz im Sinne des WAG sei unangemessen. In diesem Sinne empfehlen wir Ihnen, die Verteilung der Kommissionssitze nach dem Proporz und damit im Sinne des WAG vorzunehmen.

Käty **Hofer** fragt, wie viele es denn sein dürfen, 2-2-1-1-1 oder 2-2-2-1 oder doch anders? Seit vielen Jahren wurde das Wahlgesetz mit einem kleinen zusätzlichen Proporzanteil angewendet, so dass alle Fraktionen, die im Regierungsrat vertreten waren, mindestens einen Sitz in der Stawiko und der JPK hatten. Jetzt sollen auf Verlangen der SVP die Spielregeln geändert werden, damit für die SVP je ein Sitz mehr herausschaut. Nach den ganzen Diskussionen um Majorz/Proporz und jetzt um die Verteilung der Kommissionssitze fragt sich die Votantin ernsthaft, ob das Wahlsystem und die Berechnungsart für Kommissionssitze von nun an je nach Wahlausgang alle vier Jahre geändert werden soll, je nach dem wer gerade von welchem Modell mehr profitiert. Sie fragt sich auch, warum die CVP und die FDP dieses Spiel mitspielen. Darauf hat sie noch keine Antwort bekommen. Offenbar herrscht ein akuter Argumentationsnotstand, denn sie hört nur: «Wir wenden nur das Wahlgesetz streng an». Und: «Das ist der Wille des Stimmvolkes». Aber was sagte denn das Stimmvolk in den letzten Jahren? Es hat den Majorz abgelehnt, also klar gesagt, dass es die kleineren Parteien in der Regierung mit dabei haben will. Die linke Regierungsliste war in den

Wahlen im Oktober die stärkste. Hanspeter Uster ist mit einem Glanzresultat wieder gewählt worden. Nochmals dieselbe klare Aussage. Und diese klaren Stellungnahmen des Stimmvolkes sollen für die Kommissionen nicht gelten? Das Ganze läuft auf eine reine Machtdemonstration des Bürgerblockes gegen den linken Block hinaus. Hoffentlich ist das nicht die Art, wie in dieser Legislatur politisiert werden soll. Unser Konkordanzsystem eignet sich denkbar schlecht dafür. Mit Initiative und Referendum verfügt ein Minderheitsblock über zu gute Instrumente, um einen Mehrheitsblock zu lähmen. Nur in Klammern sei noch Folgendes zu bedenken. Die meisten Kantonsratskommissionen sind 15er-Kommissionen. Dank der neuen Berechnungsart kommt die SVP in diesen Kommissionen auf vier Sitze, die SP auf einen. Die SVP hat aber genau doppelt und nicht viermal so viele Kantonsratssitze wie die SP. Käty Hofer appelliert an die Kolleginnen und Kollegen der CVP und FDP: Machen Sie diesen Machtpoker nicht mit! Lassen Sie uns weiterhin eine sachliche Politik im bewährten System betreiben.

Gerhard **Pfister** kommt wie die meisten direkt aus der Kirche und hat dort mahnende Worte gehört, sogar vom Kantonsratspräsidenten selber, der ausserordentlich moderat getönt hat. Er möchte sich in der folgenden Diskussion darauf beschränken, die ganze Sache vielleicht etwas sachlicher anzugehen, als man sich das von ihm gewohnt ist. Er möchte sich aber doch gegen den Vorwurf der linken Seite wehren, dass sich die FDP und die CVP im Schlepptau des rechten Randes befinden oder ein Machtspiel durchziehen. Es ist keine Machtdemonstration. Man hat verschiedene Möglichkeiten, eine 7er-Kommission zu verteilen. Entweder die SP verzichtet zu Gunsten der Alternativen, die SVP verzichtet zu Gunsten der Alternativen oder die Alternativen haben keinen Sitz. Was die Linken eigentlich verlangen, sind eigentlich zwei Sitze. Und zwar immer und unabhängig vom Resultat. Und die anderen fünf Sitze sollen immer – auch unabhängig vom Resultat – bei den bürgerlichen Parteien unter sich bleiben. Das kann nicht die Lösung sein. Das Wort «angemessen» kann man auch anders interpretieren. Gemessen an ihrer Stärke in der Fraktion sollen sie repräsentiert sein. Und Sie haben 20 % ihrer Sitze verloren. Als CVP-Präsident ist der Votant ab und zu gewohnt, derartige Hiobsbotschaften entgegennehmen zu müssen. Und dann drei Wochen lang in den Medien zu lesen, was das für erd-rutschartige Verluste seien. Das sollte man nicht ganz vergessen. Gerhard Pfister kann den Alternativen aber versichern, dass wir die Sache nicht einfach so abgeschmettert haben. Sondern wir haben durchgerechnet. Der Wählerwillen ist ein sehr abstraktes Ding. Joe Lang hat dem Votanten vor einigen Minuten ein Bundesgerichtsurteil vorgelegt, das seine Auffassung bestätigt, dass je mehr kleine Wahlkreise da sind, die Tendenz von Proporz zur Majorisierung führt. Das ist richtig. Und diese Grundsatzdiskussion zu führen, wie man den Volkswillen angemessen repräsentieren kann, wäre eine interessante Diskussion. Dafür haben wir aber heute keine Zeit. Schliesslich wartet der Apéro. Hätten die Alternativen 18 Sitze und die SVP 17, hätten Alternativen in der Stawiko einen Sitz und nicht die SVP zwei. Das ist ganz einfach. Aber die Realitäten sind so, ob sie uns passen oder nicht. Und wir haben nicht zu fragen, ob uns das passt oder nicht, sondern wie setzen wir es um.
Derzeit scheint es uns keine andere Lösung zu geben, als aus den 7er-Kommissionen evtl. eine 9er-Kommission zu machen. Aber auch das können wir heute nicht entscheiden. Darüber kann man reden. Man kann auch reden darüber, ob man gemäss diesem Bundesgerichtsurteil eine Wahlkreisreform anstreben will. Auch das ist möglich – ob

es dann vor dem Volk Bestand hat, ist ungewiss. Gerhard Pfister versteht die AF und es ist kein Urteil gegen Joe Lang in der Stawiko. Er tut der Stawiko ausserordentlich gut. Dann schlafen die anderen Bürgerlichen dort nicht ein und machen ihre Hausaufgaben. Es ist kein Rauswerfen einer bestimmten Person. Sondern es ist die jetzige Situation. Das ist ungemütlich. Aber als CVP-Präsident hat der Votant in der Vergangenheit selbst oft die Härte des Proporzes in der eigenen Partei erfahren dürfen. Er fühlte sich manchmal auch etwas benachteiligt, musste es aber trotzdem akzeptieren, um nicht als schlechter Verlierer zu gelten. In diesem Sinne bittet er die bürgerlichen Fraktionen beim Entscheid zu bleiben, die Sitzverteilung in den 7er-Kommissionen so zu beschliessen, wie wir das vorher festgelegt haben.

Andreas **Hotz** erinnert daran, dass sich die Parteienlandschaft und insbesondere die Parteienstärke in der Schweiz und somit auch im Kanton Zug in den vergangenen acht Jahren erheblich verändert hat. Dies haben wir zur Kenntnis zu nehmen, ob uns dies nun passt oder nicht. Tatsache ist heute im Kanton Zug, dass mit der CVP, der FDP, der SVP und der vereinigten Linken vier ca. gleich grosse oder starke Parteien, bzw. Gruppierungen aktiv und im Parlament vertreten sind. Somit ist die heutige Situation in keiner Art und Weise mehr zu vergleichen mit derjenigen, als die CVP als klar tonangebende Macht, die FDP als wirtschaftspolitische Opposition und die SP als soziales Gewissen auftraten. Mit einer konsequent praktizierten bürgerlichen Allianz zwischen CVP und FDP hätte damals die Linke tatsächlich problemlos von einer Mitarbeit in den ständigen 7er-Kommissionen abgehalten werden können. Es entsprach denn auch einem Akt der Vernunft und der politischen Weitsicht, der linken Seite auch in diesen Kommissionen eine Stimme zu geben. Mit medial begleiteten Erklärungen versucht nun die neue, von der alten unterstützte AF den Eindruck zu erwecken, die bürgerliche Mehrheit versuche die AF bzw. die linke Stimme auszuschliessen. Sie spricht von Affront und von einer Verletzung von Minderheitsrechten. Diese Aussage ist stossend und undemokratisch. Vor allem wird die AF mit diesen Aussagen dem von ihr hochgehaltenen Proporzgedanken untreu. Die heutige Parteienlandschaft und das bekannte Stärkeverhältnis rechtfertigen es nicht mehr, dass bei der Zuteilung der Kommissionssitze «weiche» oder «politische» Elemente beigezogen werden. Die linke Stimme in der Stawiko und in der Justizprüfungskommission ist unbestritten. Dies auch dann, wenn die Sitzzuteilung konsequent nach § 61 WAG vorgenommen wird und dadurch der AF in den 7er-Kommissionen kein Sitz mehr zusteht. Ob nun schlussendlich eine Vertreterin oder ein Vertreter der SP oder der AF diesen einen Sitz einnimmt, ist den bürgerlichen Fraktionen gleich. Somit ist auch gesagt, dass die Handhabung von WAG § 61 nichts mit der Person zum Beispiel von Joe Lang zu tun hat, sondern lediglich Ausfluss einer kompromisslosen, für den Bürger nachvollziehbaren Akzeptanz demokratischer (Proporz-) Entscheidungen ist.
Noch eine Bemerkung zum Hinweis auf die stärkste Regierungsratsliste: Tatsächlich ist es so, dass bei Anwendung der Resultate bei den Regierungsratswahlen der vereinigten Linken in den 7er-Kommissionen zwei Sitze zustehen würden. Die Kommissionen vertreten jedoch das Parlament und nicht – bzw. zum Glück nicht immer – die Regierung. Hinzu kommt, dass offensichtlich ist, dass die vereinigte linke Liste bei den Regierungsratswahlen erheblich von ihrem einsam am Horizont leuchtenden Stern Hanspeter Uster profitierte und dadurch einmal mehr der Beweis erbracht wurde, dass das Majorz-System auf Exekutivebene so schlecht halt eben doch nicht wäre. Die FDP-Fraktion will weder die AF ausgrenzen noch die SVP-Fraktion

ungerechtfertigerweise unterstützen. Uns geht es jedoch um Transparenz und Konsequenz. Deshalb votieren wir für die Anwendung von WAG § 61 und bitten den Rat, einen entsprechenden Grundsatzentscheid zu fällen.

Martin **Stuber**: Der Fraktionssprecher der CVP hat erwähnt, dass es nicht um eine Machtdemonstration gegenüber der AF geht. Sie alle hier im Saal wissen natürlich, dass das *ein* Element des heutigen Wahlaktes für die Kommissionen sein wird. Der Votant möchte noch ein weiteres Element zur Beurteilung dieser Frage zur Kenntnis bringen. Als Gemeinderat der Stadt Zug hat er gestern erfahren, dass FDP, CVP und SVP die wählermässig zweitstärkste Fraktion in der Stadt Zug bei den Wahlen zum Grossen Gemeinderat von ihrem Sitz im Ratsbüro ausschliessen will. Es wird höchstwahrscheinlich zu diesem Schritt kommen. Das sollte Ihnen doch deutlich zeigen, um was es heute politisch effektiv geht.

Beat **Villiger** möchte sich noch kurz zu seinem Vorredner äussern. Wir haben nie mit der Stadt Zug gesprochen und von einem Machtspiel kann überhaupt nicht die Rede sein. Er möchte unterstützen, was Gerhard Pfister gesagt hat. Und was er bei der AF in den letzten Tagen vermisst hat, ist dass man einmal mehr zu den Medien gegangen ist mit einem Problem, ohne zu versuchen, Lösungen aufzuzeigen. Der Votant hat im Büro des Kantonsrats eine Brücke bauen wollen zwischen der SVP und der Linken und vorgeschlagen, allenfalls eine andere Verteilung von der Grösse der Kommissionen her anzustreben. Und so viel er weiss, wird die Regierung demnächst mit einer Vorlage bezüglich Parlamentsreform an den Kantonsrat gelangen. Er könnte sich vorstellen, dass dieses Thema dort aufgegriffen wird und einmal grundsätzlich über die Thematik gesprochen wird, wie künftig solche Sitzzuteilungen vorzunehmen sind. Dass man aber heute gemäss WAG verfährt und diese Sitze entsprechend zuteilt.

Der **Vorsitzende** schlägt nun folgendes Vorgehen vor: Er stellt bei der Abstimmung für die 7er-Kommissionen zuerst die Variante nach Wahlgesetz (2 CVP, 2 FDP, 2 SVP, 1 SP) der Variante Staatskanzlei gegenüber (2 CVP, 2 FDP, 1 SVP, 1 SP und 1 AF).

Josef **Lang** hält fest, dass dieses Verfahren etwas anders ist, als er das erwartete. Er glaubte, man stimme zuerst grundsätzlich über das WAG und nachher darüber, wie es angewendet wird, das ist eine Untervariante. Dann über die Sitzverteilung. Er kann dem Büro in der Reihenfolge aber folgen. Er stellt jedoch den vorbereiteten Unterantrag jetzt. Er lautet wie folgt:
Sollte das WAG durchkommen, stellt sich noch die Frage, wie wir es anwenden. Wir wenden es im Kantonsrat am falschen Ort an. Es wurde schon gesagt, dass das WAG nur von Urnengängen spricht. Aber wenn wir es schon am falschen Ort anwenden, sollten wir es wenigstens richtig tun. Das WAG redet nur von den Stimmen der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb lautet der Unterantrag für den Fall, dass das WAG durchkommt: Man geht nicht aus von einem Kriterium, über das im WAG kein Wort steht, nämlich von den 80 Kantonsrätinnen und Kantonsräten, sondern man geht davon aus, wovon das WAG ausschliesslich spricht. Das sind die Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Wir haben nämlich genügend Wählerstimmen für den siebten

Sitz. Das hat zu tun mit dem Bundesgerichtsentscheid. Wo liegt das Problem? Wir haben keine Stimmen verloren in diesem Kanton. Aber wir zwei Sitze verloren in zwei Wahlkreisen, die laut Bundesgerichtsentscheid dem Proporzgedanken widersprechen. Nach Bundesgerichtsentscheid von gestern dürfen in der Stadt Zürich keine Wahlen mehr in Wahlkreisen stattfinden, die weniger als zehn oder sechs/sieben Sitze haben (die Zahl ist noch offen). Das Bundesgerichts sagt, in Wahlkreisen mit weniger als dieser Anzahl Sitzen haben wir Majorz-Verhältnisse. Die Alternativen haben in Oberägeri und in Menzingen 17-18 % der Stimmen gemacht. Wenn man diese Stimmen in Sitze umsetzt, ist das null. D.h. die Linken sind in den kleinen Wahlkreisen benachteiligt. Und wenn Sie die Ausführungen des Votanten nicht sehr ernst nehmen, möchte er einfach sagen, dass das ein Bundesgerichtsentscheid ist. Er spricht eindeutig dafür, dass man, wenn man das WAG anwendet, von den Wählerstimmen ausgeht. Wie man jetzt bei der Abstimmung vorgeht, ist gleichgültig. Die Argumente haben Sie gehört. Unverhofft haben wir kurzfristig noch Rückenwind durch das Bundesgericht erhalten. – Josef Lang ist froh um die ruhige Stimmung, in der wir diese schwierige Diskussion führen können.

Gerhard **Pfister** glaubt, es werde vollends schwierig, wenn zwei Phil-Einser sich über juristische Probleme unterhalten. Er möchte dem Rat aber doch beliebt machen, den Unterantrag von Joe Lang abzulehnen. Natürlich gibt es diesen Bundesgerichtsentscheid. Aber das Gericht hat eben auch entschieden, dass z.B. im Kanton Zürich keine Nachwahlen gemacht werden müssen, weil die Sache doch nicht so klar ist, dass es offensichtliches Unrecht wäre. Sie müssen also nicht gleich zu zittern beginnen, wenn sie meinen, einen Bundesgerichtsentscheid nicht ernst zu nehmen. Die ganze Sache mit der proportionalen Verteilung ist ein Problem. Man darf aber auch nicht vergessen, dass der proportionalen Stärke eines Wahlkreises dadurch Rechnung getragen wird, dass z.B. Oberägeri nur vier Kantonsräte stellen kann, während es in der Stadt Zug 18 sind. Also gibt es da durchaus eine proportionale Verteilung. Also seien Sie bitte mutig, auch wenn Joe Lang auf diesen Bundesgerichtsentscheid hingewiesen hat.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die Variante WAG (2 CVP, 2 FDP, 2 SVP, 1 SP) dem Unterantrag WAG mit prozentualem Anteil Stimmbürger(2 CVP, 2 FDP, 1 SVP, 1 SP, 1 AF) von Joe Lang gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat zieht mit 55 : 16 Stimmen die Variante WAG vor.

A. STAATSWIRTSCHAFTSKOMMISSION (7)

Die vorgeschlagene Liste Variante WAG lautet wie folgt:

CVP 2 FDP 2 SVP 2 SP 1

Der **Vorsitzende** nennt die Namen der vorgeschlagenen Mitglieder für die Stawiko:

1.	Peter Dür, Bannstrasse 31, 6312 Steinhausen	FDP
2.	Hans Durrer, Artherstrasse 25, 6318 Walchwil	SVP

Rosemarie **Fähndrich Burger** schlägt im Namen der AF als Gegenkandidat zu Hans Durrer Josef Lang, Zug, als Mitglied der Stawiko vor.

Karl **Betschart** erinnert daran, dass sich der Rat mit 55 : 16 Stimmen für das WAG entschieden hat. Daraus ergibt sich die Zusammensetzung CVP 2, FDP 2, SVP 2 und SP 1. Die SVP-Fraktion stellt somit Anspruch auf zwei Sitze in der 7er-Kommission. Sie schlägt deshalb vor, das bisherige Stawiko-Mitglied Hans Durrer erneut zu wählen.

➔ Hans Durrer erhält 55 Stimmen, Josef Lang 15 Stimmen. Damit ist Hans **Durrer** als Mitglied der Staatswirtschaftskommission gewählt.

3.	Andreas Hotz, Burgmatt 22c, 6340 Baar	FDP
4.	Gregor Kupper, Windenboden 4, 6435 Neuheim	CVP
5.	Martin B. Lehmann, Wilbrunnenstrasse 130, 6314 Unterägeri	SP
6.	Konrad Studerus, Kreuzrain 2, 6313 Edlibach	CVP
7.	Heinz Tännler, Guntenbühl 7, 6312 Steinhausen	SVP

Zur übrigen Liste wird das Wort nicht verlangt.

➔ Damit sind diese Ratsmitglieder in die Staatswirtschaftskommission gewählt.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass als Präsident Peter Dür vorgeschlagen wird.

➔ Der Rat wählt Peter **Dür** als Präsidenten der Staatswirtschaftskommission.

B. ERWEITERTE STAATSWIRTSCHAFTSKOMMISSION (+8)

Die vorgeschlagene Liste lautet wie folgt:

CVP 3 FDP 2 SVP 2 AF 1

8.	Felix Häcki, Weinbergstrasse 17, 6300 Zug	SVP
9.	Bruno Pezzatti, Kreuzrain 3, 6313 Edlibach	FDP
10.	Peter Rust, Wihelstrasse 20, 6318 Walchwil	CVP
11.	Hans Peter Schlumpf, Keltenweg 26, 6312 Steinhausen	FDP
12.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
13.	Max Uebelhart, Schutzengelstrasse 38, 6340 Baar	CVP
14.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP

➔ Der Rat ist mit den vorgeschlagenen Mitgliedern einverstanden und sie sind gewählt.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der 15. Sitz noch offen ist, und fragt, ob dafür ein Antrag gestellt werde.

Rosemarie **Fähndrich Burger** schlägt vor, Josef Lang, Zug, in die Erweiterte Staatswirtschaftskommission zu wählen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

C. JUSTIZPRÜFUNGSKOMMISSION (7)

Die vorgeschlagene Liste Variante WAG lautet wie folgt:

CVP 2 FDP 2 SVP 2 SP 1

Der **Vorsitzende** nennt die Namen der vorgeschlagenen Mitglieder für die Justizprüfungskommission:

1.	Othmar Birri, Fliederweg 7, Postfach 4122, 6304 Zug	SP
2.	Michel Ebinger, St. Wendelin 8, 6343 Holzhäusern	FDP
3.	Rosemarie Fähndrich Burger, Neudorfstrasse 2, 6312 Steinhausen	AF

Karl **Betschart** hält fest, dass die SVP-Fraktion auf Grund der bereits erwähnten Gründe als Gegenkandidat von Rosemarie Fähndrich Werner Villiger in die JPK vorschlägt.

➔ Rosemarie Fähndrich Burger erhält 14 Stimmen, Werner Villiger 48 Stimmen. Damit ist Werner **Villiger** als Mitglieder der Justizprüfungskommission gewählt.

4.	Leo Granziol, Brüschrain 3, 6300 Zug	CVP
5.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
6.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
7.	Flavio Roos, Birkenmatt 5, 6343 Rotkreuz	SVP

Zur übrigen Liste wird das Wort nicht verlangt.

➔ Damit sind diese Ratsmitglieder in die Justizprüfungskommission gewählt.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Othmar Birri als Präsident vorgeschlagen wird.

➔ Der Rat wählt Othmar **Birri** als Präsidenten der Justizprüfungskommission.

D. ERWEITERTE JUSTIZPRÜFUNGSKOMMISSION (+8)

Die vorgeschlagene Liste lautet wie folgt:

CVP 3 FDP 2 SVP 2 AF 1

8.	René Bär, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
9.	Ursula Bieri, Schutzengelstrasse 34f, 6340 Baar	CVP
10.	Jacques-Armand Clerc, Holzhäusernstrasse 5, 6343 Holzhäusern	CVP
11.	Rosvita Corrodi, Hofstrasse 74a, 6300 Zug	FDP
12.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
13.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
14.	Beatrice Gaier, Bannstrasse 2, 6312 Steinhausen	CVP

Das Wort zu diesen Vorschlägen wird nicht verlangt.

➔ Damit sind diese Ratsmitglieder in die Erweiterte Justizprüfungskommission gewählt.

Josef **Lang** schlägt als weiteres Mitglied die konstruktive und kreative Rosemarie Fähndrich Burger, Steinhausen, vor.

➔ Der Rat ist einverstanden und Rosemarie **Fähndrich Burger** ist gewählt.

E. REDAKTIONSKOMMISSION (3)

Die vorgeschlagene Liste lautet wie folgt:

CVP 1 FDP 1 SVP 1

Der **Vorsitzende** nennt die Namen der vorgeschlagenen Mitglieder für die Redaktionskommission:

1. Rosemarie Fähndrich Burger, Neudorfstrasse 2, 6312 Steinhausen AF

Karl **Betschart** hält fest, dass die SVP-Fraktion auf Grund des WAG Anspruch auf diesen Sitz hätten. Sie ist aber bereit, dieses Mandat als Weihnachtsgeschenk an die AF abzugeben und auf die Kandidatur von Silvia Künzli zu verzichten. Der bisherige und sicher auch neue Kommissionspräsident wäre glücklich, wenn man an der bisherigen Zusammensetzung festhalten könnte.

2. Hans Peter Schlumpf, Keltenweg 26, 6312 Steinhausen FDP
3. Max Uebelhart, Schutzengelstrasse 38, 6340 Baar CVP

➔ Der Rat ist mit dieser Zusammensetzung der Redaktionskommission einverstanden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Max Uebelhart als Präsident vorgeschlagen wird.

➔ Der Rat wählt Max **Uebelhart** als Präsidenten.

16 WAHL DER NICHT STÄNDIGEN KOMMISSIONEN MIT DAUERAUFTRAG

A. STRASSENBAUKOMMISSION (15)

Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird diese Kommission wie folgt gewählt:

CVP 5 FDP 4 SVP 4 SP 1 AF 1

Präsident: Beat Villiger, Baar **CVP**

1. Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach CVP
2. Bruno Briner, Rebenweg 21d, 6331 Hünenberg FDP
3. Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz FDP
4. Jacques-Armand Clerc, Holzhäusernstrasse 5, 6343 Holzhäusern CVP
5. Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar SP
6. Guido Käch, Luzernerstrasse 56, 6330 Cham CVP

7.	Beni Langenegger, Inwilerstrasse 30, 6340 Baar	SVP
8.	Peter Rust, Wihelstrasse 20, 6318 Walchwil	CVP
9.	Hans Peter Schlumpf, Keltenweg 26, 6312 Steinhausen	FDP
10.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
11.	Heinrich Ulmann, Postfach 522, 6330 Cham	FDP
12.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
13.	Thomas Villiger, Goldhäusern, 6331 Hünenberg	SVP
14.	Berty Zeiter, Ägeristrasse 34, 6340 Baar	AF
15.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

B. KOMMISSION FÜR WASSERBAU UND GEWÄSSERSCHUTZ (15)

Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird diese Kommission wie folgt gewählt:

CVP 5 FDP 4 SVP 4 SP 1 AF 1

Präsident: Bruno Pezzatti, Menzingen **FDP**

1.	Ursula Bieri, Schutzengelstrasse 34f, 6340 Baar	CVP
2.	Bruno Briner, Rebenweg 21d, 6331 Hünenberg	FDP
3.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
4.	Guido Heinrich, Rothusweg 12, 6315 Oberägeri	SVP
5.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
6.	Lilian Hurschler-Baumgartner, Schöngrund 14, 6343 Rotkreuz	AF
7.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
8.	Beni Langenegger, Inwilerstrasse 30, 6340 Baar	SVP
9.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
10.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
11.	Bruno Pezzatti, Kreuzrain 3, 6313 Edlibach	FDP
12.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
13.	Louis Suter, Holzhäusernstrasse 2, 6331 Hünenberg	CVP
14.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
15.	Josef Zeberg, Blickensdorferstrasse 8a, 6340 Baar	FDP

C. RAUMPLANUNGSKOMMISSION (15)

Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird diese Kommission wie folgt gewählt:

CVP 5 FDP 4 SVP 4 SP 1 AF 1

Präsident: Louis Suter, Hünenberg **CVP**

1.	Rudolf Balsiger, Bruder-Klausen-Weg 5, 6317 Oberwil	FDP
2.	René Bär, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
3.	Markus Bucher, Furrenstrasse 30c, 6314 Unterägeri	FDP
4.	Michel Ebinger, St. Wendelin 8, 6343 Holzhäusern	FDP
5.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP

6.	Peter Franz Iten, Sprungstrasse 19, 6314 Unterägeri	CVP
7.	Dolfi Müller, Waldheimstrasse 1, 6300 Zug	SP
8.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
9.	Karl Rust, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
10.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
11.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
12.	Christian Siegwart, Fuchsloch 18, 6317 Oberwil	AF
13.	Louis Suter, Holzhäusernstrasse 2, 6331 Hünenberg	CVP
14.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
15.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

D. KOMMISSION FÜR SPITALFRAGEN (17)

Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird diese Kommission wie folgt gewählt:

CVP 6 FDP 4 SVP 4 SP 2 AF 1

Präsident: Heinz Tännler, Steinhausen **SVP**

1.	Karl Betschart, Altgasse 74, 6340 Baar	SVP
2.	Bruno Briner, Rebenweg 21d, 6331 Hünenberg	FDP
3.	Andrea Erni, Bannstrasse 3, 6312 Steinhausen	SP
4.	Leo Granziol, Brüschrain 3, 6300 Zug	CVP
5.	Andreas Hotz, Burgmatt 22c, 6340 Baar	FDP
6.	Silvan Hotz, Chlingenstrasse 23, 6340 Baar	CVP
7.	Guido Käch, Luzernerstrasse 56, 6330 Cham	CVP
8.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
9.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
10.	Jean-Pierre Prodolliet, Alpenblick 5, 6330 Cham	SP
11.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
12.	Heinz Tännler, Guntenbühl 7, 6312 Steinhausen	SVP
13.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
14.	Max Uebelhart, Schutzengelstrasse 38, 6340 Baar	CVP
15.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
16.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
17.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

Rosemarie **Fähndrich Burger** möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass sich Heinz Tännler in der Vergangenheit mehrmals für die Anliegen der privatwirtschaftlich geführten Andreas-Klinik eingesetzt hat. Vom Präsidenten der Kommission für Spitalfragen erwarten wir, dass er künftig die Interessen des Kantons Zug und seines Spitals in den Mittelpunkt seiner Kommissionsarbeit stellen wird. Wir werden diese beobachten.

Heinz **Tännler** kann den Rat beruhigen. Er kann unterscheiden zwischen parlamentarischer Arbeit einerseits, Kommissionsarbeit und vor allem Präsidium anderseits.

E. KOMMISSION FÜR DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR (17)

Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird diese Kommission wie folgt gewählt:

CVP 6 FDP 4 SVP 4 SP 2 AF 1

Präsident: Moritz Schmid, Walchwil **SVP**

1.	Manuel Aeschbacher, Flurstrasse 57, 6332 Hagendorn	SVP
2.	Thomas Brändle, Zugerstrasse 23, 6314 Unterägeri	FDP
3.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
4.	Beatrice Gaier, Bannstrasse 2, 6312 Steinhausen	CVP
5.	Guido Heinrich, Rothusweg 12, 6315 Oberägeri	SVP
6.	Käty Hofer, Einhornweg 4, 6331 Hünenberg	SP
7.	Malaika Hug, Flurstrasse 14, 6340 Baar	SP
8.	Kathrin Kündig, Sterenweg 4, 6300 Zug	CVP
9.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
10.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
11.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
12.	Gerhard Pfister, Gulmstrasse 55, 6315 Oberägeri	CVP
13.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
14.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
15.	Anton Stöckli, Steinhauserstrasse 23, 6300 Zug	SVP
16.	Martin Stuber, Bleichimattweg 5, 6300 Zug	AF
17.	Josef Zeberg, Blickensdorferstrasse 8a, 6340 Baar	FDP

17 GESETZ BETREFFEND DIE EINFÜHRUNG DES SCHWEIZERISCHEN ZIVILGESETZBUCHES FÜR DEN KANTON ZUG / ÄNDERUNG DER BESTIMMUNGEN ÜBER DIE AMTLICHE VERMESSUNG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 948.1/.2 – 10680/81).

Diese Kommission wurde bereits am 27. September 2001 bestellt. Die Kommissionstätigkeit ist nach wie vor im Gang. Die Kommission wird jedoch auf Grund diverser Austritte von Mitgliedern aus dem Kantonsrat neu bestellt
Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung der folgenden 11-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Präsident: Hans Durrer, Zug, **SVP**

1.	Bruno Briner, Rebenweg 21d, 6331 Hünenberg	FDP
2.	Hans Durrer, Artherstrasse 25, 6318 Walchwil	SVP
3.	Käty Hofer, Einhornweg 4, 6331 Hünenberg	SP
4.	Guido Käch, Luzernerstrasse 56, 6330 Cham	CVP
5.	Gregor Kupper, Windenboden 4, 6345 Neuheim	CVP
6.	Karl Rust, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
7.	Peter Rust, Wihelstrasse 20, 6318 Walchwil	CVP
8.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
9.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
10.	Erwina Winiger Jutz, Adelheid-Page-Strasse 14, 6330 Cham	AF
11.	Josef Zeberg, Blickensdorferstrasse 8a, 6340 Baar	FDP

18 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ERWEITERUNG DES KANTONALEN MUSEUMS FÜR URGESCHICHTE ZUG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1059.1/.2 – 10992/93).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Präsidentin: Vreni Wicky, Zug **CVP**

1.	Rosvita Corrodi, Hofstrasse 74a, 6300 Zug	FDP
2.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
3.	Michel Ebinger, St. Wendelin 8, 6343 Holzhäusern	FDP
4.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
5.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
6.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
7.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
8.	Beni Langenegger, Inwilerstrasse 30, 6340 Baar	SVP
9.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
10.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
11.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
12.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
13.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
14.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
15.	Erwina Winiger Jutz, Adelheid-Page-Strasse 14, 6330 Cham	AF

19 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DAS GESUNDHEITSWESEN IM KANTON ZUG (AMBULANTE PSYCHIATRISCHE DIENSTE)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1074.1/.2 – 11035)

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Präsident: René Bär, Cham	**SVP**
1.	René Bär, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Thomas Brändle, Zugerstrasse 23, 6314 Unterägeri	FDP
4.	Beatrice Gaier, Bannstrasse 2, 6312 Steinhausen	CVP
5.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
6.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
7.	Kathrin Kündig, Sterenweg 4, 6300 Zug	CVP
8.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
9.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
10.	Anton Stöckli, Steinhauserstrasse 23, 6300 Zug	SVP
11.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
12.	Heinz Tännler, Guntenbühl 7, 6312 Steinhausen	SVP
13.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
14.	Max Uebelhart, Schutzengelstrasse 38, 6340 Baar	CVP
15.	Beat Zürcher, Büessikon 6340 Baar	SVP

20 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 30. Januar 2003

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

2. SITZUNG: DONNERSTAG, 30. JANUAR 2003
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

21 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Rudolf Balsiger, Othmar Birri und Martin Stuber, alle Zug; Gerhard Pfister, Oberägeri; Konrad Studerus, Menzingen.

22 BEGRÜSSUNG

Der **Vorsitzende** begrüsst heute ganz besonders erstmals den neuen Finanzdirektor Peter Hegglin im Kantonsrat. Er wünscht ihm viel Glück, Erfolg und Befriedigung mit dem ihm anvertrauten Finanzdepartement. Ebenfalls begrüsst er zum ersten Mal den neuen Direktor für Bildung und Kultur, Matthias Michel, in unserem Ratskreis. Auch ihm wünscht er eine erfolgreiche Amtszeit, damit er den guten Namen der Zuger Schulen erhalten oder gar noch ausbauen kann. Er begrüsst die Vizepräsidentin Erwina Winiger zur rechten und Landschreiber Tino Jorio zur linken Seite und dankt den beiden für die Unterstützung, falls ihm allzu dichter Politnebel die klare Sicht trüben sollte. Schliesslich begrüsst er die beiden Stimmenzähler, Andrea Erni und Rudolf Balsiger (heute vertreten durch Bruno Briner), mit der Hoffnung, dass ihre Adleraugen möglichst selten eine Patt-Situation erspähen mögen. Einen besonderen Gruss richtet er an die Schreibenden im Rat, nämlich an Protokollführer Guido Stefani und alle Vertreter der Medien am Pressetisch. Ihnen gebührt Dank, sie müssen viel «Geredetes und doch nicht Gesagtes» auf Papier bringen. Sein Gruss mit verbundenem Dank geht auch an Standesweibel Paul Langenegger für seine vielfältigen Dienste im Parlament, sowie an Franz Waller für die Saaltechnik.

Peter Rust hat in den vergangenen Jahren in der Bevölkerung und in der Verwaltung sowie auch im Kreis des Rats nur Lob über unseren Politbetrieb gehört. Aus diesem Grund möchte er die bewährte Zuger Streitkultur im Parlament erhalten und keine neuen Verhaltensvorschriften einführen. Seine Neigung und Vorliebe jedoch ist es, die Ratsdebatten zügig voran zu bringen. Diesem Wunsch können Sie mit leichtem Herzen auch in Ihrem Interesse entsprechen, weil Sie mit kurzen Voten in der Regel grössere Aufmerksamkeit und Überzeugungskraft im Rat erreichen. In diesem Sinne freue sich der Ratspräsident, gemeinsam mit dem Rat die neue Legislatur in Angriff zu nehmen.

23 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Gesundheitsdirektor Joachim Eder und Kultur- und Bildungsdirektor Matthias Michel für einen Teil der Sitzung entschuldigt sind, weil sie an der Beerdigung von Silvia Göhner teilnehmen werden. Diese pflegte mit Kantons- und Regierungsrat stets ein interessantes und gutes Einvernehmen. Wir werden diese weltoffene Frau in guter Erinnerung behalten.

Der Ratspräsident wünscht und besteht darauf, dass ihm oder dem Landschreiber die Anträge jeweils schriftlich abgegeben werden.

Das alte, abgetretene Büro des Kantonsrats hat beschlossen, als Pilotversuch bei den Fraktionssprechenden alternierend jeweils bei der einen Sitzung mit der grössten, bei der darauf folgenden mit der kleinsten Fraktion zu beginnen. Der Pilot dauert noch exakt bis heute Abend bis zur Sitzung des neuen Büros, wo er überprüft wird. Wir beginnen an der heutigen Sitzung jeweils mit der grössten Fraktion. Fraktionssprechende, die der Staatskanzlei vor der Sitzung gemeldet worden sind, müssen die Hand für die Wortmeldung jeweils nicht mehr erheben, sie werden vom Präsidenten direkt aufgerufen. Nicht gemeldete Fraktionssprecher mögen sich bitte durch Handheben zu Wort melden.

Stimmenzähler Rudolf **Balsiger** ist heute entschuldigt abwesend. Der Vorsitzende schlägt als Ersatzstimmenzähler Bruno **Briner** vor.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

Der Regierungsrat hat am 21. Januar 2003 beschlossen, die Gesetzesvorlage betreffend Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch (Änderung der Bestimmung über die amtliche Vermessung, Nr. 948.2 – 10681) zurückzuziehen und in geänderter Form wieder einzubringen. Dieses Geschäft wird somit von der Geschäftskontrolle gestrichen. Ein solcher Rückzug ist gemäss § 43 der Geschäftsordnung bis zum Eintretensbeschluss ohne weitere Mitwirkung des Kantonsrats mög-

lich. Nach dem Eintretensbeschluss wäre eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder notwendig.

Wir legen Ihnen noch die kurz abgefasste Petition von Familie Fankhauser vom 21. Oktober 2002 auf den Tischen auf. Wir haben aus rechtlichen Gründen die vier der Petition beigelegten Arztberichte und die vier Briefe bezüglich Korrespondenz mit dem früheren Rechtsvertreter nicht aufgelegt.

Es liegen Gesuche des Dritten Französischen Fernsehens sowie von Canal + vor, im Auftrag von «Thalassa» eine Reportage zum Thema internationales Seerecht vorzubereiten. Es geht um die Frage, wer bei Unfällen auf hoher See haftbar ist. Eine längere Passage des Berichts wird in Zug realisiert. In diesem Rahmen werden Fernsehaufnahmen im Zuger Kantonsratssaal geplant (Ankommen der Kantonsräte, Sitzungseröffnung, Ausschnitte und Impressionen von der Sitzung). – Ebenfalls um Erlaubnis für Aufnahmen gebeten hat Tele Tell.

Hans **Durrer** fragt sich ernsthaft, weshalb heute das Dritte Französische Fernsehen hier im Saal Aufnahmen machen will. Das Gesuch ist nach Erachten des Votanten auf Wunsch der AF, bzw. der SGA, gestellt worden, die mit diesen Aufnahmen politisches Kapital für sich herausschlagen will. Nicht zuletzt wegen ihrer Motion betreffend Standesinitiative für sichere Öltransporte auf den Weltmeeren. Diese Motion wird heute im Rat behandelt. Es ist Zeit, dass wir uns von der SGA nicht weiter hinters Licht führen lassen wie in den letzten 20 Jahren durch illegale Hausbesetzungen und Demonstrationen im Vorfeld von kantonalen und Nationalratswahlen. Der Votant stellt keinen Antrag, dem Fernsehen sei nicht zu erlauben, Aufnahmen zu machen. Er bittet aber das Büro des Kantonsrats, in Zukunft genau zu prüfen, auf welche Initiativen hin jeweils Fernsehleute anwesend sind.

Der **Vorsitzende** versichert Hans Durrer, dass das Büro heute Abend über dieses Thema beraten wird. Wir wollen die Tradition beibehalten, die wir bisher gepflegt haben, den Medien und dem Fernsehen den Zutritt jederzeit zu gestatten. Aber Peter Rust wird einbringen, dass wir die Aufzeichnungen sehen wollen. Denn wir wollen im Interesse der Zuger Bevölkerung eine ausgewogene Berichterstattung – über welches Thema auch immer.

➔ Der Rat ist mit den Fernsehaufnahmen einverstanden.

24 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20. Dezember 2002.
2. Ablegung des Eides oder des Gelöbnisses von Mitgliedern des Kantonsrats.
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*

4. Kommissionsbestellungen:

4.1. Änderung der Kantonsratsbeschlüsse betreffend Übernahme der Burgliegenschaft Zug sowie die Errichtung einer Stiftung für den Betrieb eines Museums in der Burg Zug und betreffend Satzungen der Stiftung «Museum in der Burg Zug».
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1076.1/.2/.3 – 11040/41/42).

4.2. Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden (Zuständigkeit für Kollokationsklagen).
Bericht und Antrag des Obergerichts (Nrn. 1078.1/.2 – 11052/53).

5.1. Gesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG);

5.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum.
2. Lesung (Nrn. 1000.7/.8 – 10998/99).
Anträge der Alternativen Fraktion (Nr. 1000.9 – 11048) und der Redaktionskommission (Nr. 1000.10 – 11050).

6. Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG).
2. Lesung (Nr. 1013.5 – 11000).
Antrag der Raumplanungskommission (Nr. 1013.6 – 11038).

7. Änderung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich.
2. Lesung (Nr. 1015.5 – 11003).
Anträge von Vreni Wicky (Nr. 1015.6 – 11051) und von Louis Suter, Andreas Huwyler und Hans Peter Schlumpf (Nr. 1015.7 – 11060).

8. Änderung des Gesetzes über die Kinderzulagen.
2. Lesung (Nr. 1036.4 – 11004).
Antrag der Redaktionskommission (Nr. 1036.5 – 11049).

9. Kantonsratsbeschluss betreffend Teilrichtplan Abfallanlagen.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1046.1/.2 – 10964/65) und der Raumplanungskommission (Nr. 1046.3 – 11025 und Nr. 1046.4 – 11063).

10. Aufsichtsbeschwerde von Benno Joho gegen den Regierungsrat des Kantons Zug betreffend SVG-Administrativverfahren.
Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1063.1 – 11005).

11. Petition von Matthias Kieffer betreffend Totalrevision der Kantonsverfassung.
Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1058.1 – 10989).

12. Petition der Familie Fankhauser betreffend Härtebeitrag für den Neubau des Bauernhauses.
Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1081.1 – 11061).

13. Motion von Konrad Studerus, Bruno Pezzatti und Rosemarie Fähndrich Burger für einen vernünftigen und gerechten Finanzausgleich unter den katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug (Nr. 916.1 – 10584).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 916.2 – 11047).

14. Motion von Heinz Tännler und Hans Durrer betreffend Beurkundungskompetenz für Notare und das Grundbuchamt (Nr. 939.1 – 10656).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 939.2 – 11044).

15. Motion von Heinz Tännler und Daniel Grunder betreffend Totalrevision des Gesetzes über den Gebührentarif im Grundbuchwesen (Grundbuchgebührentarif, BGS 215.35) (Nr. 946.1 – 10677).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 946.2 – 11043).

16. Motion der SVP-Fraktion betreffend Einbürgerung (Nr. 961.1 – 10707).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 961.2 – 11018).
17. Postulat von Alois Gössi betreffend Einführung eines Normalarbeitsvertrags für den Detailhandel (Nr. 1049.1 – 10970).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1049.2 – 11045).
18. Interpellation von Jost Arnold betreffend mehr Wertschätzung von und mehr Gerechtigkeit für Familien mit Eigenbetreuung der Kinder (Nr. 1020.1 – 10885).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1020.2 – 11022).
19. Interpellation von Erwina Winiger Jutz und Josef Lang betreffend Abbau industrieller Arbeitsplätze und zur Zukunft des Werkplatzes Zug (Nr. 1043.1 - 10947).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1043.2 – 10996).

20.1. Interpellation von Käty Hofer betreffend sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet (Nr. 836.1 – 10347).

20.2. Interpellation von Markus Grüring betreffend Massnahmen bezüglich Brutalo-Videos und Hardcore-Videogames im Kanton Zug (Nr. 1019.1 – 10884).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 836.2/1019.2 – 11039).

21. Interpellation von Alois Gössi betreffend Abbau von Versicherungsleistungen bei der Arbeitslosenversicherung zu Lasten des Kantons Zug (Nr. 1056.1 – 10987).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1056.2 – 11006).

* Die Behandlung von Trakt. 3 ist zu Beginn der Nachmittagssitzung vorgesehen.

Louis **Suter** teilt mit, dass die Raumplanungskommission am Morgen vor der Sitzung tagte und folgenden Antrag stellen möchte: Trakt. 6, Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG), 2. Lesung, sei von der Traktandenliste zu streichen.
Begründung: Die Auslegung der Neuformulierung von § 72 Abs. 2 des PBG gemäss Raumplanungskommission vom 11. November 2002 führt zu unterschiedlichen Interpretationen. Aus diesem Grunde möchte die Kommission Trakt. 6 von der Liste streichen, § 72 nochmals mit der Regierung überarbeiten und die Änderungen für die 2. Lesung des PBG dem Kantonsrat zeitgerecht für die Märzsitzung neu einreichen. Wir haben das heute Morgen mit 11 : 1 Stimmen beschlossen und auch die Zustimmung des Regierungsrats erhalten.

➔ Der Rat ist einverstanden.

25 PROTOKOLL

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass das Protokoll der Sitzungen vom 19. Dezember 2002 gemäss § 13 Abs. 4 der GO nicht vom Kantonsrat, sondern vom abtretenden Ratsbüro genehmigt wird, was am Abend nach der Sitzung geschehen wird.

➔ Das Protokoll der konstituierenden Sitzung vom 20. Dezember 2002 wird genehmigt.

26 ABLEGUNG DES EIDES

Regula **Töndury**, Zug, und Malaika **Hug**, Baar, welche an der konstituierenden Sitzung nicht teilnehmen konnten, legen den Eid gemäss § 5bis Abs. 1 der Geschäftsordnung ab.

➔ Der Landschreiber liest die Eidesformel, worauf die beiden antworten: «Ich schwöre es».

27 ÄNDERUNG DER KANTONSRATSBESCHLÜSSE BETREFFEND ÜBERNAHME DER BURGLIEGENSCHAFT ZUG SOWIE DER ERRICHTUNG EINER STIFTUNG FÜR DEN BETRIEB EINES MUSEUMS IN DER BURG ZUG UND SATZUNGEN DER STIFTUNG «MUSEUM IN DER BURG ZUG»

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1076.1/.2/.3 – 11040/41/-42).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Moritz Schmid, Walchwil, ***Präsident***	***SVP***
1.	René Bär, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
4.	Jacques-Armand Clerc, Holzhäusernstrasse 5, 6343 Holzhäusern	CVP
5.	Rosvita Corrodi, Hofstrasse 74a, 6300 Zug	FDP
6.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
7.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
8.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
9.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
10.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
11.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
12.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
13.	Josef Zeberg, Blickensdorferstrasse 8a, 6340 Baar	FDP
14.	Berty Zeiter, Ägeristrasse 34, 6340 Baar	AF
15.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

28 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE ORGANISATION DER GERICHTSBEHÖRDEN (ZUSTÄNDIGKEIT FÜR KOLLOKATIONSKLAGEN)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Obergerichts (Nrn. 1078.1/.2 – 11052/53).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft der Erweiterten Justizprüfungskommission überwiesen.

29 GESETZ ÜBER DIE FÖRDERUNG VON PREISGÜNSTIGEM WOHNRAUM (WOHNRAUMFÖDERUNGSGESETZ)
KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND RAHMENKREDIT FÜR DIE FÖRDERUNG VON PREISGÜNSTIGEM WOHNRAUM

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 31. Oktober 2002 (Ziff. 1061) ist in den Vorlagen Nr. 1000.7/.8 – 10998/99 enthalten. – Zusätzlich liegen Anträge der Alternativen Fraktion (Nr. 1000.9 – 11048) und der Redaktionskommission (Nr. 1000.10 – 11050) vor.

A. Gesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Nr. 1000.7 – 10998).

Lilian **Hurschler** weist darauf hin, dass nach der 1. Lesung alt Kantonsrat Walter Richner von verschiedenen Seiten auf seinen Antrag angesprochen wurde. Dabei wurde ihm versichert, dass sein Vorschlag, die maximale Höhe der Darlehen von 4 auf 8 % zu erhöhen, unterstützt worden wäre, wenn man vorher davon gewusst hätte. Inzwischen haben Sie Zeit gehabt, sich mit dieser Thematik auseinander zu setzen und sich ihre Meinung zu bilden. Wir von der AF beantragen Ihnen, die maximale Höhe der Darlehen von 4 auf 8 % zu erhöhen. Die Votantin wiederholt nochmals die beiden wichtigsten Punkte, die für den Antrag sprechen. Der Kanton Zug hat einen sehr tiefen Leerwohnungsbestand und viele der zur Verfügung stehenden Mietwohnungen sind viel zu teuer. Im Kanton Zug haben Wohnbaugenossenschaften einen schweren Stand, weil das Bauen viel zu teuer ist und ihnen die Anstossfinanzierung fehlt.
Lilian Hurschler möchte noch zwei weitere Argumente aufzählen, welche für den Antrag der AF sprechen:
1. Der Antrag löst keine fixen Kosten aus. Die Darlehen werden nach zehn Jahren amortisiert.
2. Der Antrag kurbelt den deutlich stotternden Wirtschaftsmotor an.

Heinrich **Ulmann** hält fest, dass die FDP-Fraktion einstimmig für § 12 in der Fassung der 1. Lesung ist und beantragt, der Antrag der AF sei abzulehnen. Sie begründet dies wie folgt: Bei § 12 geht es um zinslose Darlehen als *Starthilfe* für die Förderung preisgünstiger Mietwohnungen von gemeinnützigen Wohnbauträgern. Das Instrument der Starthilfe schiesst am Ziel vorbei, wenn der Kanton langfristig hohe Beiträge gewähren muss. Die Starthilfe soll bewirken, dass beispielsweise Vorprojekte rea-

lisiert werden können. Danach kann mit guten Grundlagen langfristiges Geld beschafft werden. Und dafür gibt es Banken, welche eigens dazu da sind. Die Ausgabe von Anteilscheinen ist eine weitere langfristige Finanzierungsmöglichkeit. Hier darf einmal mehr die Gemeinnützige Baugenossenschaft von Cham erwähnt, welche übrigens im nächsten Jahr 40-jährig wird und gute Erfahrung mit Anteilscheinen gemacht hat. Und es kann doch nicht angehen, dass beispielsweise bei einem Bauvorhaben von 10 Mio Franken nur gerade mal 2 %, d.h. 200'000 Franken Eigenkapital, vorhanden sein müssen. Oder anders gesagt, dass sich bei diesem Beispiel der Kanton mit 8 %, d.h. 800'000 Franken zinslos für zehn Jahre beteiligen muss. Das ist einerseits ein krasses Missverhältnis und andererseits nicht im Sinn einer Starthilfe. Nicht vergessen darf man, dass der Rahmenkredit so sehr schnell aufgebraucht wäre. Der Antrag der AF, eine Darlehenserhöhung von 4 auf 8 %, ist materiell praktisch nicht begründbar – man sieht dies auch an den Bemühungen der angeführten Begründungen. Diese sprechen teilweise für das Gesetz im Grundsatz – und dafür ist auch die FDP –, aber nicht für § 12 im Besonderen. – Die FDP heisst die Änderungen der Redaktionskommission gut.

Kommissionspräsident Heinz **Tännler** weist darauf hin, dass für diese Frage keine zusätzliche Kommissionssitzung abgehalten wurde. Er kann aber davon ausgehen – da die Kommission vor der 1. Lesung diesen 4 % zustimmte, dass sich die diesbezüglichen Meinungen nicht geändert haben. Im Namen der SVP-Fraktion ist er der Ansicht, dass die Ausführungen seines Vorredners treffend sind. Er geht davon aus, dass auch noch der Volkswirtschaftsdirektor die entsprechenden Gründe vorlegen wird, weshalb man diesem Antrag nicht zustimmen kann.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** bittet den Rat, dem Ergebnis der 1. Lesung zuzustimmen und den Antrag der AF abzulehnen. Das Hauptelement der Wohnbauförderung ist der nicht rückzahlbare Beitrag. Dieses Darlehen an gemeinnützige Bauträger im Sinne von § 12 Abs. 2 des Gesetzes ist als Starthilfe gedacht und keinesfalls als Ersatz für fehlende Eigenmittel. Die Genossenschaften brauchen Eigenmittel, wenn man die Bauvorhaben nicht allzu risikoreich finanzieren will. Wenn wir diese 4 % auf 8 % erhöhen würden, hätte das zur Folge, dass das Darlehen den Starthilfecharakter verliert und die Gefahr von Risikofinanzierungen gefördert wird. In der schriftlichen Begründung des Antrags hat man auf den Kanton Zürich verwiesen. Der Votant möchte klar stellen, dass im Kanton Zürich nach seinem Wissen 3 % als Starthilfe in Form eines Darlehens vorgesehen sind, zudem begrenzt auf 50'000 Franken pro Bauträger. – Schliesslich möchte er noch ein Beispiel anführen. Wir haben gegenwärtig ein Bauvorhaben für 50 Wohnungen mit einer Bausumme von 20 Mio Franken in Prüfung. Wenn wir hier mit 8 % Starthilfe rechnen würden, hätte das ein Darlehen von 1,6 Mio Franken zur Folge. Das würde den Rahmenkredit sehr stark belasten. Selbstverständlich müssten wir während der Dauer des Darlehens das diesem Kredit belasten. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet den Rat dringend, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der Alternativen Fraktion mit 59 : 13 Stimmen ab.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob der Rat mit den Anträgen der Redaktionskommission einverstanden ist.

➔ Der Rat ist mit den Anträgen der Redaktionskommission einverstanden.

➔ Der Rat stimmt dem Gesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum in der *Schlussabstimmung* mit 71 : 0 Stimmen zu.

B. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Nr. 1000.8 – 10999).

Das Wort wird zu dieser Vorlage nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt dem Rahmenkredit in der *Schlussabstimmung* mit 70 : 0 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, dass die Motion von Jean-Pierre Prodolliet (Vorlage Nr. 897.1 – 10529) im Sinne der Erwägungen teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben sei. Die vorberatende Kommission schliesst sich diesem Antrag an. Die Stawiko hat dazu keine Stellung genommen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

30 GESETZ ÜBER DEN DIREKTEN FINANZAUSGLEICH

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 31. Oktober 2002 (Ziff. 1063) ist in der Vorlage Nr. 1015.5 – 11003 enthalten. Zusätzlich liegen Anträge von Vreni Wicky (Nr. 1015.6 – 11051) und von Louis Suter, Andreas Huwyler und Hans Peter Schlumpf (Nr. 1015.7 – 11060) vor.

§ 6 Abs. 2

Louis **Suter** ist sich bewusst, dass man in dieser Sache als Hünenberger oder Steinhauser Kantonsrat keinen leichten Stand hat. Der versteckte Vorwurf, einseitig unsere Gemeindeinteressen auf Kosten der anderen Gemeinden zu vertreten, ist leider allgegenwärtig. Der Votant versichert jedoch: Dem ist nicht so, dieser Eindruck ist falsch, und er möchte dies mit vier Argumenten beweisen.

1. Ob es richtig ist, dass eine einzelne Gebergemeinde die Steuerfussfestsetzung der bezugsberechtigten Gemeinden allein beeinflussen kann oder nicht, ist eine politische Grundsatzfrage. Wir meinen ganz klar nein. Ziel des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich ist die Verbesserung der Steuerkraft der einzelnen Gemeinden. Als Mittel dazu dient der Steuerfuss. Was den Steuerfuss betrifft, sind in den letzten Jahren grosse Fortschritte erreicht worden, die Differenzen zwischen den Gemeinden sind spürbar kleiner geworden. Anders verhält es sich bei der Steuerkraft der Steuerzahler. Hier sind die Unterschiede nach wie vor sehr gross. Der durchschnittliche Kantonssteuerertrag pro Kopf betrug 2001 in der Stadt Zug 5559, in der Gemeinde Menzingen 1009 Franken. Der Kantonssteuerertrag pro Kopf in Zug war somit mehr als fünf mal höher als derjenige in Menzingen und ist immer noch mehr als doppelt so gross wie derjenige von Hünenberg (das die viertstärkste Steuerkraft hat). Hier sind die Ziele nach wie vor nicht erreicht und für uns ist es deshalb wichtig, dass mit dem Steuerfuss so operiert werden kann, dass auch in den übrigen Gemeinden steuerkräftige Personen oder Institutionen die Steuerkraft verbessern können. Das ist ein Problem aller Nehmergemeinden. Um hier Verbesserungen erzielen zu können, müssen alle Nehmergemeinden, auch Hünenberg und Steinhausen, mit einem auf ihre finanzielle Situation angepassten Steuerfuss arbeiten können. Das aber ist für Steinhausen und Hünenberg nicht mehr der Fall. Damit vergibt man aber auch die Chance, dass weitere Gemeinden zu den Gebergemeinden kommen werden (Hünenberg und Oberägeri, welche z.B. für das Jahr 2001 keinen Ausgleichsbetrag erhalten haben, sowie Walchwil), wovon alle übrigen Nehmergemeinden längerfristig profitieren könnten.
2. Für die Gebergemeinden Zug und Baar ändert sich finanziell nichts, da für die Berechnung der Höhe des Finanzausgleichs der Steuerfuss der Bezügergemeinden keinen Einfluss hat.
3. Es ist auch das Gerücht im Umlauf, dass vom Vorschlag «höchster Vorjahressteuerfuss der beitragspflichtigen Gemeinden» die übrigen Nehmergemeinden profitieren können. Dies stimmt so nicht und wäre nur dann der Fall, wenn eine bezugsberechtigte Gemeinde ihren Steuerfuss tiefer setzt als Baar, und somit auf den Finanzausgleichsbeitrag, aus welchen Gründen auch immer, freiwillig verzichtet. Diese Annahme des «freiwilligen» Verzichts ist aber aufgrund des Finanzausgleichsmechanismus mehr als nur unrealistisch.
4. Natürlich hat der Votant Verständnis dafür, dass es nicht einfach ist, einem Bürger zu erklären, warum es möglich ist, dass eine bezugsberechtigte Gemeinde einen tieferen Steuerfuss haben kann als eine beitragspflichtige Gemeinde. Aber genau hier gilt es darauf hinzuweisen, dass zwischen Steuerfuss und Steuerkraft zu unterscheiden ist und dass auch eine finanziell nicht so gut gestellte Gemeinde wie z.B. Steinhausen (viertschwächste Gemeinde) zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage darauf angewiesen ist, ihren Steuerfuss unter denjenigen von Baar senken zu können. Davon könnten tatsächlich alle Nehmergemeinden profitieren.
Die Gesetzesänderung gemäss Vorschlag der Regierung, wonach zukünftig der durchschnittliche Vorjahressteuerfuss gelten soll, kommt unserer Meinung nach gegenüber der bisherigen Fassung, welche den tiefsten Steuerfuss vorsah, beiden Anliegen (Motionär/Antragsteller 2. Lesung) entgegen. Weil aber mit dem regierungsrätlichen Vorschlag beide Anliegen (natürlich nicht vollumfänglich, aber doch zu einem wesentlichen Teil) berücksichtigt werden, sind wir überzeugt, dass diese Gesetzesänderung ihre Zustimmung verdient und möchten Sie deshalb bitten, unseren Antrag zu unterstützen.

Hans Peter **Schlumpf** erinnert daran, dass während der 1. Lesung zu diesem Gesetz einer Motion von Beat Villiger knapp entsprochen wurde, die beantragte, § 6 Abs. 2 sei so zu formulieren, dass keine Gemeinde, welche die Leistungen aus dem direkten Finanzausgleich bezieht, einen niedrigeren Steuerfuss haben darf als jene beitragspflichtige Gemeinde mit dem höchsten Steuerfuss. Dies wäre heute die Gemeinde Baar mit einem Steuerfuss von 70 %. Ansonsten würde jene politische Gemeinde die Bezugsberechtigung vollständig verlieren. Beantragt war ursprünglich von Regierung und Kommission, dass der Anspruch auf Ausgleichszahlungen erlischt, wenn eine Gemeinde ihren Steuerfuss tiefer ansetzt als den Durchschnitts-Steuerfuss der beitragspflichtigen Gemeinden. Der Antrag von Beat Villiger ist als psychologischer Reflex aus einer beitragspflichtigen Gemeinde zwar zu verstehen. Zu erwähnen ist immerhin, dass die Gemeinde Baar schon heute nur noch in geringem Ausmasse überhaupt Beiträge an den kantonalen Finanzausgleich leisten muss. Materiell ist diese Version jedoch nicht zu begründen.
Das Gesetz über den direkten Finanzausgleich will die höchst unterschiedliche Steuerkraft in den Zuger Gemeinden ausgleichen und damit den punkto Pro-Kopf-Steuerertrag unter dem kantonalen Mittel liegenden Gemeinden eine mehr oder weniger gleiche finanzielle Grundausstattung verschaffen. Ausgeglichen wird nämlich die Differenz zwischen dem Kantonssteuerertrag pro Einwohner der jeweiligen bezugsberechtigten Gemeinde und dem kantonalen Mittel. Sofern in der Jahresrechnung einer beitragsberechtigten Gemeinde Überschüsse resultieren, sind diese explizit für Steuersenkungen zu verwenden. Die Motion Villiger will nun verhindern, dass eine beitragsberechtigte Gemeinde mit ihrem Steuerfuss unter den höchsten Steuerfuss aller beitragspflichtigen Gemeinden gehen kann. Sie begründet dies nur damit, dass dies vom Finanzausgleichsgesetz nicht gewollt sei. Gleichzeitig hält sie aber fest, dass das Gesetz bezwecke, die unterschiedliche Steuerkraft auszugleichen. Genau darum geht es.
Die Steuerkraft in Steinhausen liegt beispielsweise ziemlich genau halb so hoch wie diejenige von Baar oder beträgt weniger als ein Drittel derjenigen von Zug. Andere Gemeinden liegen in ähnlicher Grössenordnung, die Berggemeinden noch tiefer. Die strukturschwächeren Gemeinden haben aufgrund ihrer Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur nur begrenzte Möglichkeiten, ihren Pro-Kopf-Steuerertrag markant zu erhöhen. Eine dieser Möglichkeiten wäre aber gerade, mittels eines attraktiven Steuerfusses mehr Steuersubstrat anzuziehen und damit das Potential für höhere Pro-Kopf-Steuererträge zu schaffen. Es gilt zu bedenken: Das eigentliche Ziel ist nicht die Angleichung der Steuerfüsse, sondern die Angleichung des Steuersubstrats pro Kopf. Gelingt dies, wird immer weniger Ausgleich notwendig. Die Motion Villiger lässt diesen Aspekt völlig ausser Betracht. Sie würde also das Steuerklima im Kanton verschlechtern. Im Weiteren kaschiert die Motion aber auch (die Baarer Kolleginnen und Kollegen mögen dem Votanten diesen Hinweis gestatten) das grosszügige Ausgabeverhalten ihrer Gemeinde. Angesichts ihrer Steuerkraft müsste es der Gemeinde Baar nämlich möglich sein, ihren Steuerfuss zu senken. Es ist Bestandteil unseres föderalen Systems, dass jede Gemeinde eine gewisse finanzielle Autonomie haben soll. Dies ist auch gut und sinnvoll so. Sollte der Antrag Villiger aber angenommen werden, könnte nachher eine einzige Gemeinde (in diesem Falle Baar) allen neun beitragsberechtigten Gemeinden ihren Steuerfuss aufzwingen. Eine solche Abhängigkeit dürfen wir nicht zulassen.
Es bleibt festzuhalten, dass der Finanzausgleich nicht zu einer grosszügigen Ausgabenpolitik verführt, sondern den beitragsberechtigten Gemeinden nur einen mittleren

finanziellen Handlungsspielraum ermöglicht und dafür sorgt, dass sie gegenüber den strukturstarken Gemeinden Zug und Baar nicht weiter zurückfallen. Ein spendables Finanzgebaren könnten sich die beitragsberechtigten Gemeinden nur über einen hohen Gemeindesteuerfuss erlauben. Es ist deshalb geradezu paradox, dass die Motion Villiger die beitragsberechtigten Gemeinden zu einer ausgabenfreudigeren Politik verleiten würde. Hans Peter Schlumpf beantragt dem Rat daher – auch namens der grossen Mehrheit der FDP-Fraktion –, auf die ursprüngliche Fassung von § 6 Abs. 2 zurückzugehen, die als Kompromiss den durchschnittlichen Steuerfuss der beitragspflichtigen Gemeinden als Grenze nimmt, und somit dem Antrag Suter, Huwyler und Schlumpf zuzustimmen.
Noch ein Wort zum Antrag von Vreni Wicky: Die FDP-Fraktion war in dieser Frage etwas gespalten. Persönlich wird der Votant aus Sympathie für die Zuger diesem Antrag zustimmen. Eine Mehrheit der Fraktion wird ihn allerdings ablehnen.

Gregor **Kupper** spricht hier nicht nur als CVP-Fraktionssprecher, sondern auch als Kommissionspräsident. Deshalb möchte er noch einmal ganz kurz klar stellen: Es sind von den Vorrednern Argumente vorgebracht worden, welche für die eine oder die andere Variante sprechen. Heute müssen wir einzig und allein entscheiden, ob der höchste Satz der Beitragspflichtigen massgebend ist, um Finanzausgleich zu empfangen, oder ob der Durchschnittsatz der beitragspflichtigen Gemeinden massgebend ist. Nur das steht hier zur Diskussion. Was für Auswirkungen das hat, wurde bereits dargelegt. Vielleicht noch zwei Bemerkungen zu den bisherigen Voten. Hans Peter Schlumpf meint, er wolle mit dem Finanzausgleich die Steuerkraft zwischen den Gemeinden ausgleichen und nicht nur die Steuerfüsse. Das ist ein Ansinnen, das realistischerweise nicht durchzuziehen ist. Da müssten wir hingehen und Steuersubstrat von juristischen Personen in andere Gemeinden verlegen, damit das überhaupt möglich wäre. Da müssten wir also quasi Standortvorschriften für Unternehmen erlassen und das kann wohl nicht der Fall sein. Dann wurde erwähnt, dass Baar allein beeinflussen könnte, welche Gemeinden denn überhaupt noch Finanzausgleich erhalten werden. Der Votant unterstellt den Baarern nicht, dass sie ihre Finanzpolitik auf den Finanzausgleich ausrichten, sondern dass sie kompetente und verantwortungsvolle Leute im Gemeinderat haben, welche absolut in der Lage sind, die gesamte finanzielle Situation der Gemeinde Baar in Betracht zu ziehen, wenn es darum geht, den Steuerfuss zu bestimmen.
Was ist denn eigentlich abgelaufen? Wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte erklärten eine Motion erheblich, welche die Variante Höchst zum Inhalt hatte. Die Regierung wiederum unterbreitete uns eine Vorlage, wo sie auf Grund der bekannten Argumente zur Variante Durchschnitt kam. Die kantonsrätliche Kommission diskutierte die Frage, wägte ab und entschied sich mit 7 : 6 Stimmen für die Variante Durchschnitt. In der 1. Lesung wurde das wieder gekehrt und mit 33 : 30 Stimmen gesagt, es solle doch die Variante Höchst sein. Sie sehen an diesen knappen Ergebnissen: Es ist schon eher eine Glaubensfrage. Es gibt kein Richtig oder Falsch, sondern gute Argumente für die eine und die andere Variante, so dass der Kommissionspräsident es den Einzelnen überlassen muss, sich persönlich zu entscheiden, was aus ihrer Sicht denn richtig ist. – Die CVP-Fraktion folgt grossmehrheitlich der Variante Höchst.

Josef **Lang** erinnert an ein ganz einfaches Argument, das an der letzten Sitzung stach: Es ist unfair, ungerecht und vor allem unverständlich, wenn eine Gemeinde A von einer Gemeinde B Geld bekommt, obwohl A den tieferen Steuerfuss hat als B. Das ist schlicht und einfach nicht nachvollziehbar. Noch kurz zu den Vorrednern. Auf Louis Suter hat Gregor Kupper die richtige Antwort gegeben: Mit solchen Vorschlägen zieht man keine juristischen Personen an den Ennetsee. Das führt bloss zu einem ruinösen Steuerwettbewerb unter den schwächeren Gemeinden in diesem sehr starken Kanton. Dass die Stadt Zug mehr als die Hälfte der gemeindlichen Steuereinnahmen von juristischen Personen einsackt, hat nicht primär mit dem Tiefststeuerfuss zu tun, sondern mit der zentralen Lage. Zu Hans Peter Schlumpf: Der Votant hält Beat Villiger nicht für einen pawlovschen Zweibeiner, der einfach reflexgeleitet handelt. Er geht davon aus, dass Beat Villiger auch bei diesem Antrag reflexionsgeleitet gehandelt hat. Mindestens Josef Lang kann man nicht vorwerfen, irgendwelche Baarer Sonderinteressen zu vertreten. Es geht um Grundsätzliches: Gerechtigkeit, Fairness und vor allem Common sense.

Beat **Villiger**: Louis Suter hat gesagt, Hünenberg und Steinhausen hätte heute keinen einfachen Stand. Dem Votanten wird es auch etwa so gehen, aber er möchte ganz klar auch an die Adresse von Hans Peter Schlumpf sagen: Es ist kein Baarer Problem. Sondern es geht darum, dass das Finanzausgleichsystem fairer wird. Wir haben es heute mit ungewöhnlich vielen Zweitlesungsanträgen zu tun. Und Beat Villiger ist nach dem knappen Ausgang vom Oktober davon ausgegangen, dass die Sache noch einmal zur Debatte stehen wird. Letztlich haben sich ja auch die beiden Gemeinden Hünenberg und Steinhausen, die vom Höchstansatz betroffen wären, zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammen getan. Der Kantonsrat hat entschieden, dass eine Gemeinde dann keinen Ausgleich mehr erhalten soll, wenn der Steuerfuss tiefer liegt als der höchste einer zahlenden Gemeinde. Und die Antragsteller haben gesagt, hier im Saal sei man sich nicht richtig bewusst gewesen, was passieren würde. Dies lässt der Votant nicht gelten. Wir haben ja in der Kommission, in der Vorlage und auch in der Debatte hören können, über was wir abstimmen. Der Finanzausgleich im Kanton Zug basiert im Gegensatz zu anderen Kantonen auf einem relativ einfachen System. Es wird der kantonale Steuerertrag aller natürlichen und juristischen Personen genommen, durch die Anzahl Einwohner des Kantons geteilt und dadurch das Mittel errechnet. Diejenigen Gemeinden, welche über diesem Mittel sind, bezahlen, und die anderen erhalten. Wobei die Zahlenden nur 30 % des über dem Mittel liegenden Betrags abzuliefern haben, den anderen Teil dürfen sie behalten. Und der Kanton bezahlt ja in den Finanzausgleich nach wie vor den grössten Anteil, dies im vertikalen Sinne. Dank dieser Hilfe konnten die Steuerfüsse ausgeglichen und gesenkt werden.
Nun tritt aber erstmals der Fall ein, dass Gemeinden unter den Steuerfuss einer Gemeinde gehen wollen, die in den Ausgleich einbezahlt. Diese Gemeinden können das aber nur tun, wenn der Finanzausgleich weiterhin fliesst, bzw. diese Überlegung in die Steuervergünstigung einkalkuliert werden kann. Beat Villiger glaubt nicht, dass dies das Ziel der Ausgleichsregelung war. Man hätte schon damals eine Bremse einbauen müssen, indem in einem solchen Fall kumulativ der durchschnittliche Steuerertrag mit dem höchsten Steuerfuss einer beitragspflichtigen Gemeinde hätte gekoppelt werden müssen. Wenn nun eine Gemeinde trotzdem unter den Satz einer Höchstgemeinde senken will, so soll sie das doch auf eigene Rechnung machen und

auf den Finanzausgleich verzichten. Die Regierung teilt diese Auffassung in ihrem Bericht, schlägt aber den durchschnittlichen Satz als Kompromiss vor mit der Begründung, eine einzige Gemeinde könne sonst den anderen etwas diktieren. Diese Auffassung teilt der Votant nicht. Erstens würde keine Gemeinde ihren Steuerfuss unnötig anheben. Und wenn zweitens Baar z.B. seinen Steuerfuss anheben würde, ergäbe das auch eine Veränderung am Durchschnitt und die anderen Gemeinden müssten dann so oder so auch ändern. Es gibt auch Finanzkennzahlen und da teilt der Votant die Auffassung von Louis Suter nicht ganz und verweist auf das Büchlein «Zuger Zahlen» der Zuger Kantonalbank, wo solche Kennzahlen aufgeführt sind. Gerade die Gemeinden Hünenberg und Steinhausen sind mit bemerkenswert guten Zahlen aufgeführt, z.B. bezüglich Selbstfinanzierungsgrad oder Pro-Kopf-Vermögen. Es darf nicht das Ziel sein, dass man zu Lasten des Finanzausgleichs tiefe Steuersätze subventioniert, sondern man sollte weiterhin anstreben, die höchsten Steuersätze nach unten zu holen. Oder anders gesagt: Wenn eine Gemeinde einen so tiefen Steuersatz will, soll sie das aus eigener Kraft tun, damit die höher liegenden Gemeinden mehr vom Finanzausgleich profitieren können. Und wenn es hier im Kanton Zug um Finanzen geht, kommt ja schnell auch immer der NFA ins Spiel. Das möchte Beat Villiger nicht unbedingt tun. Aber es ist doch provokativ, wenn wir einen innerkantonalen Ausgleich haben, der Gemeinden alimentiert, die einen tieferen Steuersatz haben als Gemeinden, welche in den Ausgleich bezahlen. Vor diesem Hintergrund möchte der Votant den Rat bitten, das Ergebnis der 1. Lesung zu unterstützen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass sich die Regierung dem Antrag von Louis Suter, Andreas Huwyler und Hans Peter Schlumpf anschliesst. Er entspricht ja dem seinerzeitigen Antrag des Regierungsrats. Vieles haben die Antragsteller schon erwähnt, der Votant möchte noch einige Punkte ergänzen oder stärker gewichten. Was bezweckt das Gesetz über den direkten Finanzausgleich? Es will die unterschiedliche Steuerkraft der Einwohnergemeinden teilweise ausgleichen und damit die Annäherung der Steuerfüsse fördern. Diese ist auf gutem Weg und kann als gelungen betrachtet werden. Der Pro-Kopf-Steuerertrag variiert aber nach wie vor sehr erheblich und das wird voraussichtlich so bleiben. Die Differenzen wurden in vorhergehenden Voten schon erwähnt. Vor diesem Hintergrund braucht der Kanton Zug auch langfristig ein stabiles, ausgewogenes Gesetz über den direkten Finanzausgleich. Es muss im Zusammenhang mit dem NFA und der Aufgabenteilung zwischen den Kantonen und den Gemeinden einer Revision zugeführt werden. Die Vorarbeiten sind im Gange. Es wird eine Hauptarbeit für den Regierungsrat in dieser Legislatur sein, aber auch für den Kantonsrat. Diese Revision wird zu einer Mehrbelastung für die Gemeinde führen. Der Regierungsrat hat deshalb bei dieser Gesetzesänderung nur wenige Änderungen beantragt und er möchte, dass auch Sie sich beschränken. Denn jede auch nur geringfügige Anpassung kann erhebliche Verschiebungen mit sich bringen.
Zum Antrag. Wird die Bezugsberechtigung vom höchsten Steuerfuss einer beitragspflichtigen Gemeinde abhängig gemacht, so müssen sich alle bezugsberechtigten Gemeinden nach diesem Steuerfuss richten. Ansonsten laufen sie Gefahr, ihre Anspruchsberechtigung zu verlieren. Eine einzige Gemeinde kann den Finanzausgleichsmechanismus und die Steuerfüsse der bezugsberechtigten Gemeinden beeinflussen. Diese müssen also immer zuerst den Steuerfussfestsetzung der bei-

tragspflichtigen Gemeinden mit dem höchsten Steuerfuss abwarten, bevor sie ihren eigenen Steuerfuss festsetzen. Das wird ja jetzt schon so gemacht. Erhöht also eine beitragspflichtige Gemeinde ihren Steuerfuss, z.B. als Folge eines hohen Investitionsbedarfs oder einer grosszügigen Ausgabenpolitik, so müssen bezugsberechtigte Gemeinden, die ja an sich in der Lage wären, ihren Steuerfuss zu senken, diesen künftig hoch halten oder gar erhöhen, um weiterhin am Finanzausgleich teilnehmen zu können. Hünenberg erhöht den Steuerfuss 2003 von 69 auf 70 %, sofern heute dem Ergebnis der 1. Lesung zugestimmt wird. Auch Steinhausen gewährt den Rabatt nicht, um am Finanzausgleich partizipieren zu können. Insofern stimmen also die Aussagen nicht, dass Gemeinden, die Beiträge erhalten (Menzingen, Oberägeri, Unterägeri usw.) mehr Geld zur Verfügung hätten, wenn Sie dem Ergebnis der 1. Lesung zustimmen. Im Gegenteil: Gemeinden werden ihren Steuerfuss künstlich hoch halten oder gar erhöhen. Sie werden dazu motiviert, auf der Ausgabenseite nicht mehr so haushälterisch mit ihren Mitteln umzugehen. Sie werden eher in Kauf nehmen, einen Drittel des Ertragsüberschusses in den Ausgleichtopf zurückzahlen zu müssen, als mit einem tieferen Steuersatz bis zu 8 oder 9 Mio Finanzausgleich zu verlieren. Damit ist auch gesagt, dass diese Schwelle sehr radikal ist und bei einer Revision des Finanzausgleichsgesetzes überprüft werden muss.
Zu Joe Lang. Wenn er meint, es sei ungerecht, dass eine Gemeinde, die einen höheren Steuerfuss hat, einer anderen Gemeinde über den Finanzausgleich indirekt Beiträge bezahlt, so stimmt das nicht ganz. Denn der Beitrag errechnet sich ja nicht aus dem aktuellen Steuerfuss einer beitragspflichtigen Gemeinde, sondern es wird ja hochgerechnet auf einen Satz von 80 %. Und von da wird dann ausgeglichen. Das Argument der Ungerechtigkeit ist nicht stichhaltig.
Wenn Sie also dem Antrag Suter, Huwyler und Schlumpf, der auch der ehemalige Antrag der Regierung ist, zustimmen, werden die Bezügergemeinden nicht vom Ausgabendiktat oder der Steuerfussfestsetzung einer einzigen Gemeinde abhängen. Strukturschwächere Gemeinden haben auch die Möglichkeit, durch tiefere Steuerfüsse ihre Standortattraktivität zu erhöhen und damit gute Firmen und Steuerzahler anzuziehen. Auch ausserkantonale, der Finanzdirektor denkt hier nicht an eine Abwerbung innerhalb des Kantons. Von daher stellt der durchschnittliche Steuerfuss einen guten Kompromiss dar zwischen dem geltenden Recht und dem geforderten Satz von Beat Villiger. Der Votant empfiehlt dem Rat, um Stabilität zu gewähren, dem Antrag Suter, Huwyler und Schlumpf zuzustimmen.

Beat **Villiger** möchte noch eine Korrektur anbringen. Wenn die Regierung sagt, die Nehmergemeinden würden davon nicht profitieren, ist das seiner Meinung nach falsch. Wenn eine Nehmergemeinde heute unter den Steuerfuss einer Gebergemeinde geht und keinen Finanzausgleich mehr bekommt, dann haben wir mehr im Pool und können mehr verteilen. Das ist so einfach.

Felix **Häcki**: Wenn argumentiert wird, dass beim höchsten Satz nur eine Gemeinde bestimmen könne, ob die anderen Gemeinden mit den Steuern hinauf müssen, und beim Durchschnitt nicht, so ist diese Aussage natürlich falsch. Es sind ja nur zwei zahlende Gemeinden. Wenn Baar z.B. zwei Punkte hoch geht, dann geht der Durchschnitt einen Punkt hoch. Wenn Zug fünf Punkte hoch geht, geht der Durchschnitt 2,5 Punkte hoch. Es beeinflusst immer auch eine einzelne Gemeinde, was passiert.

Wenn wir zehn hätten, die zahlen, wäre der Einfluss natürlich minimal. Aber bei nur zwei zahlenden Gemeinden beeinflusst eine Gemeinde, die den Satz ändert, in jedem Fall den Durchschnitt, und zwar massgeblich.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Suter, Huwyler, Schlumpf mit 49 : 22 Stimmen ab.

§ 8

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag von Vreni Wicky vorliegt.

Vreni **Wicky** macht zuerst eine Vorbemerkung, die nicht diesen Paragraphen betrifft. Als sie heute in den Saal kam, bemerkte sie sofort, dass wir wieder ein Kreuz haben. Sie dankt dem Kantonsratspräsidenten ganz herzlich, dass er es wieder in diesen Saal gebracht hat. Es freut sie und tut wohl.
Für die Ermittlung der Finanzierungsbeiträge, der Bezugsberechtigung und für die Berechnung der Ausgleichsleistungen waren die jeweils um zwei Jahre zurückliegenden Werte massgebend. Dies muss beibehalten werden. Gemäss geltender Praxis basieren die Berechnungen der Finanzausgleichszahlen auf dem Mitte August des laufenden Jahres bereinigten Steuersoll des um zwei Jahre zurückliegenden Steuerjahres der natürlichen und juristischen Personen. Neu soll der verbuchte Ertrag aller Steuerarten gemäss Steuergesetz, reduziert um erlassene und uneinbringliche abgeschriebene Steuern, herangezogen werden. Diese Änderung macht die Berechnung nicht einfacher oder klarer, sondern im Gegenteil unübersichtlicher: Was heisst verbuchter Ertrag? Dieser Terminus lässt die Möglichkeit offen, die Steuern nach «vereinbart» oder nach «vereinnahmt» zu verbuchen, je nachdem was für die Gemeinde günstiger wird. Der Steuerertrag lässt sich durch Vornahme von Rückstellungen auch reduzieren. Was unter heutigem Recht als Steuerertrag gilt, hat sich in der langjährigen Praxis herausgeschält. Wieso also Änderungen? Fazit: Die bisherige Bemessungsgrundlage war klar und einfach zu ermitteln. Die vorgeschlagene Änderung öffnet der Kreativität alle Türen! Deshalb ihr Antrag (siehe Vorlage Nr. 1015.6 – 11051).
Dazu folgende Ausführungen. Es sei nochmals in Erinnerung gerufen, dass der Steuerausgleich so funktioniert, dass die Einwohnergemeinden, deren Kantonssteuerertrag pro Einwohner über dem kantonalen Mittel liegt; einen Beitrag von 30 % des Mehrbetrages in den Topf leisten. Für die Berechnung der Finanzkraft respektiv des massgeblichen Kantonssteuerbetrags wird nun nicht auf die effektiven Steuereinnahmen zurückgegriffen, sondern auf einen fiktiven Ertrag. Gemäss § 8 werden die Einnahmen auf einen einheitlichen Satz von 80 % hochgerechnet. Das hat bei der Stadt Zug die Folge, dass bei ihr von Steuereinnahmen von 132 Mio ausgegangen wird anstatt der effektiv eingenommenen 115 Mio. Das erhöht das Pro-Kopf-Einkommen massiv gegenüber dem Ist-Zustand und führt dazu, dass die Stadt gut 3 Mio mehr zahlen muss, als ihrer Finanzkraft entspricht. Der Einwand, dass dieser höhere Umrechnungsfaktor von 80 % sich für alle gleich auswirke, trifft nicht zu, denn er betrifft nur die zwei Zahlenden und diese zahlen dadurch effektiv mehr, als wenn auf Grund der effektiven Steuerkraft abgerechnet würde. Das heisst, dass durch diese Berechnungsart zusätzliche Mittel in den Ausgleichstopf fliessen, die sachlich

nicht gerechtfertigt sind. Wenn nun schon Änderungen im Gesetz erfolgen, will die Stadt, dass auch diese Fehler berichtigt werden. Ein Finanzausgleich, der nicht auf die effektive Finanzkraft Rücksicht nimmt, ist nicht gerecht. Deshalb soll der Steuerertrag nicht weiter auf die 80 % umgerechnet werden, sondern auf den effektiven Satz der beitragspflichtigen Gemeinden.
Die Stadt Zug übernimmt viele Funktionen, die auch den übrigen Gemeinden zugute kommen Es ist deshalb nur verständlich, wenn sie beantragt, dass die sich immer stärker auswirkenden Fehler des Gesetzes ausgemerzt werden. Noch wichtiger als die jetzt vorgesehene Kosmetik wäre demnach ein Vorschlag zur Aufgabenteilung und Übernahme der entsprechenden Kosten. Die Stadt mit ihren Zentrumsfunktionen und Lasten will auch in Zukunft eine ausgeglichene Rechnung präsentieren und nicht an Beiträgen und Investitionen sparen müssen, welche auch unseren Nachbargemeinden zu Gute kämen. Deshalb bittet die Votantin den Rat, ihren Antrag zu unterstützen.

Bruno **Pezzatti** spricht im Namen der FDP-Fraktion und kann dem Rat mitteilen, dass die Meinungen bezüglich dieser beiden Anträge von Vreni Wicky geteilt sind. Wir sind schliesslich mit einer Zweidrittelmehrheit zum Schluss gekommen, dass wir diese beiden Anträge ablehnen werden. Welche sind die Gründe dafür? Wir haben im Bericht der Regierung bezüglich des Antrags zu § 8 Abs. 1 dargelegt erhalten, wieso diese Änderung vorgenommen werden sollte. Es geht vor allem darum, dass alle Steuererträge *einmal* in die Berechnung des Steuerausgleichs einbezogen werden und nicht z.B. grössere Beträge, deren Veranlagung später erfolgt, nie berücksichtigt werden. Dieser Wechsel in der Berechnungsgrundlage war in der Kommission und bei der Mehrheit unserer Fraktion unbestritten.
Bei Abs. 2 stellt sich die Frage, ob die Steuern auf den höchsten Steuerfuss einer beitragspflichtigen Gemeinde umgerechnet werden sollen oder auf den Steuerfuss von 80 %. Auch diese Frage ist in der Kommission diskutiert worden und auch die Regierung hat in ihrem Bericht und Antrag seinerzeit darauf hingewiesen, dass der Antrag Wicky über die erheblich erklärten Motionsanträge hinausgehen würde. Die Regierung weist in ihrem seinerzeitigen Antrag darauf hin, dass sie sich bei den Änderungen richtigerweise auf die Motionsbegehren beschränkt hat, weil sonst der ganze Mechanismus geändert werden müsste. Und diese Änderungen des Gesamtmechanismus sollten in der anstehenden Totalrevision des Gesetzes vorgenommen werden. Die Kommission hat sich der Regierung angeschlossen und auch die Mehrheit der FDP-Fraktion. Wir beantragen, diese beiden Anträge abzulehnen.

Josef **Lang** möchte als Vorbemerkung den Faden von Vreni Wicky eine Station weiter spinnen. Die Grundkritik des Dissidenten Jesus am Establishment lautete: Eure Religiosität ist eine äusserliche, es kommt aber auf die Lebenspraxis an.
Zum ersten Antrag wird der Votant nichts sagen, da sind wir gespannt auf die Antwort des Regierungsrats, auf die Argumente des Stadtrats, die wir aus einer Sitzung kennen. Der zweite Antrag von Vreni Wicky geht formell weiter als irgend ein Antrag, den wir bislang im Zusammenhang mit dieser Revision diskutiert haben. Materiell sprengt er jeden bisherigen Rahmen. Deshalb ist es etwas fragwürdig, wenn dieser Antrag erst in der 2. Lesung kommt. Die Antragstellerin selber stellt sich damit in einen Widerspruch, weil sie ihren ersten Antrag begründet mit dem Argument: «Das

Gesetz soll mit dieser Teilrevision keine materiellen Änderungen erfahren. Dazu wäre eine Totalrevision notwendig.» Aber der zweite Antrag *ist* eine materielle Änderung.
Es ist falsch, die Stadtgemeinde Zug, die auf Kosten der anderen Gemeinden sparen will, für Tiefststeuerpolitik zu belohnen. Sie profitiert weitaus am meisten von den juristischen Personen. Gemäss dem bereinigten Steuersoll 2000 flossen von den 112 Mio Franken, welche alle elf Gemeinden von den juristischen Personen einnahmen, 59 Mio, also mehr als die Hälfte, in den hauptstädtischen Fiskus. Dies liegt vor allem daran, das die Stadtgemeinde Zug der Hauptort des Kantons ist. Der Hauptgrund für dieses Verhältnis liegt also in kantonalen Begebenheiten. Deshalb hat der Kanton keine Ursache, in dieser Frage der Stadt entgegenzukommen. Dazu kommt, dass die juristischen Personen das Gemeinwesen viel weniger kosten als die natürlichen Personen. Juristische Personen haben keine Kinder, die in die Schule gehen. Die Angestellten schon. Aber die Stadt Zug hat mehr als 10'000 juristische Personen und etwas mehr als 20'000 natürliche. Zudem finden wir die NFA-Grundidee gut, vom Steuerpotential auszugehen und nicht von dem, was man dann erhebt.

Auch Heinrich **Ulmann** macht zuerst eine Vorbemerkung: Ein vereinbarter Betrag kann nicht als Ertrag verbucht werden. – Nachdem wir die Motion Villiger erheblich und die Motion Rust teilweise erheblich erklärt haben, ist eine materielle Änderung eine Konsequenz davon. In 1. Lesung haben wir für § 8 eine praktikable Lösung getroffen. Praktikabel, weil der Kantonssteuerertrag des Vorjahres einfach die eingegangenen Zahlungen bedeutet und keine grossen Rechnereien verursacht. Beim Sollsteuerertrag geht die grosse Rechnerei los, es geht um die Zahlen des vorletzten Steuerjahrs – und auch da können komplexe Fälle noch offen sein. Wir sollten die Möglichkeit der Einfachheit wählen. Und es ist sinnvoll, wenn wir mit dem Kalenderjahr rechnen. Auch in der Vorlage wird erwähnt, dass der Steuerertrag per 31. Dezember eine feststehende Grösse ist und dass sich die Zahlen der Staatsbuchhaltung so besser mit den Zahlen der Gemeindebuchhaltungen decken würden.
Vreni Wicky wehrt sich für Zug, weil es für sie etwas mehr kostet. Das versteht der Votant. Verstehen hingegen kann er nicht, dass sie Mühe hat, weil der hochgerechnete Steuerertrag nicht der Realität der Einnahmen entspricht. Hier handelt es sich in der Tat nicht um echte Einnahmen, aber um Regeln, und diese Regeln müssen wir bestimmen. Gerne führt er hier ein Beispiel an: Beim Eigenmietwert trifft es manchen Besitzer, oftmals Rentnerleute, die ihr Wohnung zum Teil abbezahlt haben. Diesen wird nun ihrem Objekt entsprechend eine Miete als fiktives Einkommen berechnet, welches steuerbar ist. Bis heute haben diese Personen also ebenfalls ein nicht reelles Einkommen zu versteuern – sie tun es aber. Heinrich Ulmann beantragt deshalb, der Antrag von Vreni Wicky sei abzulehnen.

Gregor **Kupper** meint, Vreni Wicky habe vorhin als Vertreterin der Gemeinde Zug gesprochen und den Antrag auch klar aus dieser Sicht gestellt. Er erlaubt sich zunächst, kurz auch als Gemeindevertreter zu sprechen, obwohl wir uns hier im Kantonsrat befinden. In seiner Tätigkeit als Gemeinderat von Neuheim hat er während zwölf Jahren die Finanzen der Gemeinde geführt. Er hat in dieser Funktion an einigen Sitzungen der gemeindlichen Finanzchefs teilgenommen. Sie können sich denken, dass der Finanzausgleich ein Dauerthema gewesen ist. Ebenso klar war, dass

Zug und Baar jeweils nach Mitteln und Wegen gesucht haben, ihre Beitragspflicht zu reduzieren. Und alle anderen Gemeinden haben versucht, aus diesem Topf wenn möglich mehr zu kriegen. Das ist verständlich und legitim. Ein Ergebnis war bei diesen Sitzungen jeweils nicht zu erreichen. Und der Votant glaubt, dass das gut war. Denn wenn wir die Geschichte des Finanzausgleichs anschauen und betrachten, wie sich die Steuersätze entwickelt haben, hat sich der Finanzausgleich im Kanton Zug absolut bewährt. Auf der anderen Seite dürfen wir aber auch festhalten, dass es trotz den Beitragszahlungen der Stadt Zug und der Gemeinde Baar gut geht. Hingegen wagt der Votant zu behaupten, dass zumindest einige der anderen Gemeinden, wenn sie diese Beiträge nicht gehabt hätten, in ihrer heutigen selbständigen Funktion gar nicht mehr bestehen könnten. Als Beispiel die Gemeinde Neuheim: Budget 2003, Steuerertrag 3,2 Mio, Finanzausgleich 3 Mio. Überlegen Sie sich, was passiert, wenn wir da massiv drehen. Die guten Steuerzahler, die noch in der Gemeinde sind, ziehen weg. Man müsste den Steuerfuss verdoppeln, würde damit noch mehr Leute vertreiben. Wir müssten unseren Kanton in organisatorischer Hinsicht überdenken. So gesehen dürfen wir Zug und Baar attestieren, dass sie einen erheblich Teil dazu beigetragen haben, dass die Stabilität unseres Kantons in den letzten Jahren funktioniert hat. Dass sie zum politischen, aber auch zum sozialen Frieden in unserem Kanton einen erheblichen Teil beigetragen haben. Gregor Kupper möchte es nicht unterlassen, diesen beiden beitragspflichtigen Gemeinden dafür einmal aus Sicht der Nehmergemeinden ganz herzlich zu danken. Einen noch grösseren Dank muss er allerdings an den Kanton richten, denn dieser zahlt noch immer am meisten in diesen Topf des Finanzausgleichs.
Und nun als Kommissionspräsident etwas zu den gemachten Ausführungen. Die Änderungen in § 8 Abs. 1 waren Gegenstand der Motion Rust, die das angeregt hat, damit man diesen schon länger bekannten Mangel endlich behebt. Denn das Steuersoll vom August ist tatsächlich eine zufällige Grösse, die jeweils Steuererträge, aber unter Umständen auch Steuerausfälle nicht mit einbezogen hat, wenn sie erheblich spät veranlagt wurden. Es war also eher ein Zufall, welche Basis man da gewählt hat. Und gerade die grossen Brocken sind ja meistens komplizierter und deshalb manchmal durch die Latten. Diesen Mangel hat der Motionär aufgenommen. Den wollte man beheben und damit sicher stellen, dass sämtliche Steuererträge *einmal* in die Berechnung des Finanzausgleichs einfliessen. Das gelingt mit Abs. 1, wie er von der Regierung vorgeschlagen und von der Kommission unbestritten verabschiedet wurde. Zum Steuerertrag vielleicht noch diese Unsicherheit über «vereinbart» oder «vereinnahmt». Gregor Kupper weiss, wie die Finanzkontrolle die Rechnung für den Finanzausgleich jeweils macht. Da wird sehr wohl geprüft, was die Gemeinden buchen. Der Kanton verfügt über diese Zahlen und der Votant ist überzeugt, dass wenn eine Gemeinde irgend etwas türken würde, die Finanzkontrolle einschreiten und das korrigieren würde.
Zum Abs. 2. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht ganz klar dargelegt, dass er ausschliesslich auf die Motionsbegehren eingegangen ist. Wenn er das nämlich nicht getan hätte, dann hätte er sich in vielen Details verloren. Der Regierungsrat hat bei den Gemeinden eine Vernehmlassung durchgeführt. Das ist voll von Anträgen, Anregungen usw.. Wenn da der Regierungsrat begonnen hätte, auf ein Anliegen einzutreten, wären logischerweise alle andern gekommen und das hätte dann zur Folge gehabt, dass man die Totalrevision hätte vorziehen müssen. Der Finanzdirektor wird uns zweifellos noch darlegen, wieso dieser Zwischenschritt der Teilrevision gemacht wurde, um die Motionsbegehren zu erledigen. Und wir wissen ja schon von den vori-

gen Ausführungen, dass die Totalrevision ansteht. Es ist sicher richtig, dass diese ganzen andern Mechanismen, die im Motionsverfahren unbestritten waren, auf die Totalrevision verschoben werden. Auch die Kommission ist dieser Ansicht und sie hat die Frage bezüglich dieser 80 % zwar diskutiert, ist aber den Argumenten der Regierung vollständig gefolgt.
Vielleicht noch eine Bemerkung zu den Zentrumslasten. Selbstverständlich hat Zug und auch Baar teilweise Zentrumslasten zu übernehmen. Das wird von den anderen Gemeinden auch anerkannt. Aber es ist einfach so, dass auch Zentrumsvorteile da sind. Diese drücken sich dann jeweils in den Ergebnissen aus, die in den Jahresrechnungen von Zug und Baar ausgewiesen werden. Zentrumsvorteile sind ganz einfach Standortvorteile für die Ansiedlung von Unternehmen, was Auswirkungen auf die Steuerkraft hat. Gregor Kupper darf im Namen der Kommission beantragen, auf den Antrag von Vreni Wicky nicht einzutreten. Auch die CVP-Fraktion hat grossmehrheitlich beschlossen, auf diesen Antrag nicht einzutreten und der Fassung der 1. Lesung zuzustimmen.

Auch Andrea **Hodel** spricht selbstverständlich als Gemeindevertreterin. Zuerst aber noch ein Wort an Joe Lang. Auch ein äusseres Zeichen kann Zeichen einer inneren Haltung sein. Dann hat er beim Antrag zu § 6 davon gesprochen, dass es beim Beispiel der Gemeinden A und B Ungerechtigkeiten gebe. Das Gerechtigkeitsgefühl der Votantin geht eben auch dahin, dass es ungerecht ist, wenn eine Gemeinde mehr bezahlen muss, als sie einnimmt. Dies die ganz einfache Schlussfolgerung, weshalb Andrea Hodel den Antrag Wicky unterstützt.

Leo **Granziol** möchte ebenfalls noch eine Lanze für Zug brechen. Andrea Hodel hat es bereits gesagt: Es ist nicht in Ordnung, wenn wir auf hypothetischen Zahlen rechnen. Das ist eigentlich ein Grundsatz im Finanzausgleich. Im eidgenössischen Finanzausgleich hat der Stand Zug sich sehr stark dafür eingesetzt und darauf gepocht, dass es nicht angehe, dass uns hier Steuererträge angerechnet werden, die wir nicht haben. Auch die ganze Regierung hat sich dafür eingesetzt. Und die Stadt Zug erlebt jetzt eigentlich das Gleiche innerhalb des Kantons. Wir haben deshalb schon ein wenig Mühe, dass man nun einfach sagt: Hier ist es anders, hier kann man ruhig hochrechnen. Der Votant macht dem Rat auch bekannt, was das für einen Unterschied ausmacht. Wenn die Stadt Zug auf Grund der effektiven Zahlen einzahlen müsste, wären es 780 Franken. Das sind die 30 % Mehrbetrag, die wir pro Einwohner in den Topf werfen. Umgerechnet wird es aber heute auf 80 %, also auf einen fiktiven Ertrag. Und das macht dann gut 920 Franken. D.h. die Stadt Zug zahlt eben nicht 30 % des Mehrbetrags, wie es in § 4 steht, sondern eigentlich effektiv 35 %. Man könnte also auch argumentieren, diese Rechnung des Kantons an die Stadt Zug widerspreche § 4, wo es heisst: «Sie leisten Beiträge von 30 % des Mehrbetrags». Effektiv ist es nämlich ganz anders, wir leisten zu viel. Und dann zu sagen, damit bricht das ganze Ausgleichsystem zusammen, das trifft auch nicht zu, weil die Differenz zwischen effektiven Zahlen, nach denen wir noch so gerne zahlen würden, und den hochgerechneten, sind 3 Mio. Und diese bringen das Gebäude nicht zum einstürzen. Zu Heinrich Ulmann: Man sollte nicht schlechte Beispiele mit schlechten vergleichen. Die ganze Mietwertdiskussion ist höchst problematisch und es ist

umstritten, ob es in Ordnung ist, dass man ein fiktives Einkommen berechnet. Leo Granziol ist deshalb dafür, dass der Rat den Antrag von Vreni Wicky unterstützt.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** fragt, was der Antrag Vreni Wicky will? Sie will statt auf dem gesamten Kantonssteuerertrag eines Kalenderjahrs wieder auf das Steuersoll des vorletzten Steuerjahrs abstellen. Das heisst, für das Ausgleichsjahr 2003 wären es die vom 1. Januar 2001 bis zum 15. August 2003 für das Steuerjahr 2001 in Rechnung gestellten Steuern. Daher denkt der Votant, der Ansatz Kantonssteuerertrag des vorletzten Steuerjahrs ist gerechter als der Ansatz Steuersoll, da beim Kantonssteuerertrag alle Steuererträge eines Jahrs berücksichtigt werden. Beim Steuersoll werden nur Steuern berücksichtigt, welche in einer bestimmten Buchungsperiode in Rechnung gestellt worden sind. Insbesondere bei Steuerpflichtigen mit hohem Steuersubstrat kann die Veranlagung oftmals nicht innerhalb dieser Buchungsperiode erfolgen. Dies hat zur Folge, dass derartige Beträge beim Steuersoll im Unterschied zum Kantonssteuerertrag nicht berücksichtigt werden. Nur beim Abstellen auf den Kantonssteuerertrag ist sichergestellt, dass alle Steuererträge in die Berechnung des Steuerausgleichs einbezogen werden. Das Abstellen auf den Kantonssteuerertrag des vorletzten Jahres hat den Vorteil, dass jede Gemeinde bei der Budgetierung des Folgejahres bereits auf den Franken genau weiss, wie viel Geld sie im nächsten Jahr zu erwarten resp. zu bezahlen hat. Beim Steuersoll ist dies nicht der Fall. Weiter ist auch die Bezeichnung «bereinigte Sollsteuern» unklar. Daher ist Abs. 1 abzulehnen.
Bei Abs. 2 handelt es sich um eine Sache, die materiell grosse Auswirkungen hat. Es sind 3 Mio, wie das Leo Granziol vorher erwähnt hat. Das ist materiell sehr viel und von daher denken wir, es sei besser, dieses Problem nicht isoliert zu betrachten, sondern es gesamthaft anzugehen im Zusammenhang mit der neuen Aufgabeteilung, mit dem neuen Finanzausgleich. Und dass dann auch die Zentrumslasten der Gemeinden Zug und Baar berücksichtigt und einberechnet werden können. Der Finanzdirektor möchte aber darauf hinweisen, dass die Stadt Zug zwar sehr viel zahlt, dass sie aber in den letzten Jahren auch von Aufgaben entlastet wurde. Unter anderem ist ja mit der Fusion Stadt-/Kantonspolizei die Stadt Zug um 5 bis 6 Mio Franken entlastet worden. Er beantragt dem Rat im Namen der Regierung, auf die Anträge Vreni Wicky nicht einzutreten und dem Ergebnis der 1. Lesung zu folgen.

Vreni **Wicky** meint, dass die Zuger immer wieder von der Polizei hören müssen. Das wollte der Kanton und nicht wir. Wir hätten unsere Polizei noch lange behalten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass über die Anträge zu Abs. 1 und 2 getrennt abgestimmt wird.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Wicky zu § 8 Abs. 1 mit 54 : 16 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Wicky zu § 8 Abs. 2 mit 52 : 18 Stimmen ab.

➔ Der Rat stimmt dem Gesetz über den direkten Finanzausgleich in der *Schlussabstimmung* mit 60 : 5 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die erheblich erklärte Motion von Beat Villiger (Vorlage Nr. 949.1 – 10692) und die teilweise erheblich erklärte Motion Peter Rust (Ziff. 2 der Vorlage Nr. 875.1 – 10447) betreffend Änderung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich seien als erledigt abzuschreiben.
In Änderung des Entscheids des Kantonsrats vom 29. November 2001 sei Ziff. 3 der Begehren in der Motion von Peter Rust (Vorlage Nr. 875.1 – 10447) erst im Rahmen der nächsten umfassenden Revision dieses Gesetzes zu behandeln und nicht bereits schon im Zusammenhang mit dieser Vorlage. Ziff. 3 des noch nicht erheblich erklärten Begehrens von Peter Rust sieht die Verwendung der Hälfte des Überschusses im übernächsten Jahr zur Senkung des Steuerfusses vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

31 GESETZ ÜBER DIE KINDERZULAGEN

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 31. Oktober 2002 (Ziff. 1064) ist in der Vorlage Nr. 1036.4 – 11004 enthalten. – Zusätzlich liegt in der Vorlage Nr. 1036.5 – 11049 ein Antrag der Redaktionskommission vor.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag der Redaktionskommission vorliegt.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag der Redaktionskommission einverstanden.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 65 : 0 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion Trudy Fux und Mitunterzeichnende (Nr. 1023.1 – 10889) sei erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben. Die Stawiko stimmt dem Antrag zu.

➔ Der Rat ist einverstanden.

32 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND TEILRICHTPLAN ABFALLANLAGEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1046.1/.2 – 10964/65) und der Raumplanungskommission (Nr. 1046.3 – 11025 und Nr. 1046.4 – 11063).

Louis **Suter** weist darauf hin, dass die verschiedenen Vorstösse, Stellungnahmen, Anregungen und Petitionen es beweisen, dass der Teilrichtplan Abfallanlagen (TRPA) alles andere als unumstritten ist. Er wird nicht nur bei den Behörden, sondern auch bei der Bevölkerung heiss diskutiert. Entsprechend wichtig war es deshalb für unsere Kommission, für diese brisante Vorlage bedürfnisgerechte Anträge zu unterbreiten. Ein besonderes Anliegen ist es für uns, dass im TRPA genügend Deponiestandorte aufgenommen werden. Damit soll die nötige Flexibilität erreicht werden. Die Deponiestandorte sollen regional möglichst gut verteilt sein, damit die Transportwege zu den Deponien möglichst kurz gehalten werden können und auch der Wettbewerb unter den Deponiebetreibern funktioniert. Bei allen Deponiestandorten soll die Zusage der Grundeigentümer vorhanden sein. Unsere Kommission ist zuversichtlich, dass mit dem vorgeschlagenen TRPA diese Zielsetzungen erreicht werden. Eine wichtige Voraussetzung dazu ist aber, dass das Baugewerbe die sich aus dem neuen Richtplan ergebenden Chancen auch tatsächlich nutzt.
Wir sind uns bewusst, dass in unserem dicht besiedelten und kleinen Kanton immer mehr Nutzungskonflikte entstehen. Die Bautätigkeit verlangt nach regional sinnvollen Deponiestandorten, die wachsende Bevölkerung möchte eine intakte, unversehrte Landschaft. Beides unter ein Dach zu bekommen ist schwierig. Wir haben uns deshalb intensiv um ein ausgeglichenes Werk bemüht, welches den verschiedenen Ansprüchen auch tatsächlich gerecht wird. Um so unbegreiflicher ist für uns, dass die Regierung unsere Verbesserungsanträge bezüglich Ökologie und Marktwirtschaft ersatzlos streichen möchte. Über diesen Streichungsantrag, über den wir, obwohl die Behandlung im Kantonsrat um mehr als einen ganzen Monat vertagt wurde, erst seit Dienstagabend und eher per Zufall Kenntnis haben, sind wir sehr enttäuscht.
Für den TRAP gibt es nur eine Lesung, er ist behördenverbindlich und untersteht nicht dem Referendum. Mit den heutigen Beschlüssen erteilen Sie keine Betriebsbewilligung, sondern bezeichnen nur mögliche Standorte für Abfallanlagen. Die Bezeichnung auf dem Richtplan ist die notwendige Grundlage, um die Nutzungsplanung und dann eine allfällige Betriebsbewilligung zu erreichen. Obwohl wir nach Standorten gesucht haben, die bezüglich BLN, Geologie, Hydrologie, landschaftliche Verträglichkeit und Zustimmung durch die Grundeigentümer in Ordnung sind, ist die Bezeichnung im Richtplan aber kein Garant für eine Betriebsbewilligung. Sollten in der Nutzungsplanung Gründe gegen eine Aufschüttung auftauchen, würde keine Bewilligung erteilt. Die Standortgemeinde kann zum Entscheid Stellung nehmen. Als wichtiges Kriterium zur Ablehnung gilt insbesondere der Wasserschutz.
Der Votant möchte nun auf die umstrittensten Gebiete im TRPA eingehen. Der Seebachtel in Baar entwickelt sich zu politisch brisantesten Frage. Den Mitgliedern der RPK wurde eine Stellungnahme der Baarer Kantonsrätinnen und Kantonsräte, des Gemeinderats, der Korporation Blickensdorf und weiterer Körperschaften zugestellt. Im Wissen der Vorbehalte hat die Kommission den Standort trotzdem aufgenommen, denn die bis anhin gemachten Abklärungen, inklusiv AFU, sprechen für den Standort. Die Geländemulde eignet sich speziell für die Ablagerung von nicht standfestem Material. Damit kommen wir auch den Forderungen der Motion Rust/Meyer/Schlumpf

entgegen, welche die Öffnung weiterer Deponien für nicht standfestem Material fordert. Insbesondere für die Berggemeinden wäre dies der nächst gelegene Deponiestandort für solches Material. Wohl wird von den Gegnern dieses Standortes zurecht darauf hingewiesen, dass in absehbarer Zeit auch der Standort Chrüzhügel zum Zuge kommen wird. Was aber, wenn die Auffüllung beim Chrüzhügel abgeschlossen ist? Dann brauchen wir einen neuen Standort für die Ablagerung von nicht festem Material. Der Seebachtel ist auch gemäss AFU dafür geeignet und er ist gut erreichbar. Die Zustimmung zum Seebachtel erfolgte mit 9 : 4 Stimmen. In der Zwischenzeit ist bekanntlich eine Petition aus Baar mit 2270 Unterschriften, welche sich gegen den Seebachtel ausspricht, eingereicht worden. Die RPK hat diese an einer separaten Sitzung vor der KR-Sitzung vom 19. Dezember behandelt (zu diesem Zeitpunkt lagen etwa 1100 Unterschriften vor). Dabei hat die Kommission mit 8 : 5 Stimmen beschlossen, an ihrem Antrag festzuhalten. Dies deshalb, weil die Vorbehalte der Petitionäre auch für andere Orte gemacht werden können.
Zu den Standorten in Risch-Rotkreuz möchte sich Louis Suter wie folgt äussern. Die Gemeinde lehnt die Vorschläge des Regierungsrats ab. Sie schlägt als Alternative drei andere Standorte vor. Zwei, nämlich Langfeld und Stockeri, hat die Kommission als sinnvoll erachtet und diese in den Plan aufgenommen. Die ursprünglich von der Regierung vorgeschlagenen Standorte haben wir im TRPA belassen, die Standorte Bodenhof und Tanklager als Festsetzung, das Sijental (Spange) als Zwischenergebnis. Für den Standort Bodenhof spricht die Eignung für inerte Bauabfälle. Weitere Standorte in Edlibach (Schlammweiher) und in der Gemeinde Menzingen sind wegen Killerkriterien wie BLN-Gebiet und Quellenschutz nicht in den TRPA aufgenommen worden.
Zum Schluss noch folgende zwei Bemerkungen:

1. Der Kommissionspräsident hat absolut Verständnis, wenn Sie sich für regionale oder gemeindliche Anliegen einsetzen. Trotzdem möchte er Sie dringend bitten, die kantonalen Aspekte mit Priorität im Auge zu behalten.
2. Die Gebiete, welche Sie aus dem TRPA streichen, sind definitiv weg. Eine Wiederaufnahme wäre erst bei einer Richtplanrevision wieder möglich.

Es würde ihn sehr freuen, wenn der Rat die Vorschläge der Kommission unterstützt.

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass es sich hier um eine Vorlage mit nur einer Lesung handelt. Sie ist nur behördenverbindlich und untersteht auch nicht dem Referendum. Die Stawiko hat dieses Geschäft nicht behandelt, weil es keine finanziellen Auswirkungen hat.

Karl **Rust** betont, dass die CVP-Fraktion genug hat von Deponienotstand, Aushubtourismus und groteskem Mehrverkehr und deshalb die Vorlage einstimmig unterstützt. Ebenso einstimmig die Anträge der Raumplanungskommission, vor allem der Zusatzantrag E 3.1.1. Mit dem Planungsgrundsatz haben wir in der Raumplanung einen Zusatzantrag aufgenommen. Er lautet: Es müssen bei der Bewilligung neben dem Bedarfsnachweis auch ökologische (z.B. kurze Transportwege) und marktwirtschaftliche Kriterien berücksichtigt werden. Für die CVP-Fraktion ist es deshalb unverständlich, dass die Regierung diesen Antrag der RPK nicht unterstützt. Der Bedarfsnachweis ist fest formuliert, hingegen der Zusatzantrag der RPK mit den ökologischen Kriterien offen formuliert. Und ebenso ist die Gewichtung offen. Die Exeku-

tive kann also Kriterien und Gewichtung selbst bestimmen. Um so unverständlicher ist diese Haltung.
Nun spricht der Votant als Mitmotionär. Was führte zur dringlichen Motion und 56 Unterschriften? Wie werden die Standortnachteile Deponienotstand, unsinnige Luft- und Strassenbelastung messbar eliminiert und wie wird die verteuerte Kiesver- und Entsorgung abgebaut? Dazu zwei Gutachten im Auftrag vom HDV/Gewerbeverband: Dazu noch eine Bemerkung. Der Votant hat vorher in der Zeitung gelesen, dass die Alternativen dieser Vorlage vorwerfen, sie stelle private und nicht allgemeine Interessen in den Vordergrund. Das weist Karl Rust in aller Form zurück. Sie können den Motionstext lesen: Es ging uns vor allem um die ökologischen Begebenheiten und keine materiellen Gewinnabsichten. Wir haben als Unternehmer überhaupt nichts davon. Wir können das auf die Preise schlagen. Der Geprellte ist der Mieter oder Hauseigentümer oder Gewerbetreibende, der dann einfach mehr bezahlt. Und die anderen müssen die schlechte Luft einatmen. – Zum Umweltgutachten Schlegel/-Zürich. Aushubmaterial – nasses und trockenes – wird mit unsinnigen Mehrdistanzen in andere Kantone gekarrt. Das gibt es in der Schweiz sonst kaum. Dabei werden z.B. von Menzingen nach Littau, von Unterägeri nach Brunnen, vom Liebfrauenhof nach Willisau gewaltige C02 Mengen zusätzlich in die Luft verpufft. 80'000 m^3 Zusatzmengen pro Jahr ergeben 6‘600 Fuhren. Mit je 20 km Mehrdistanz gerechnet ergibt das pro Jahr 130'000 km. Das entspricht drei Mal dem Erdumfang!
Das AFU hat solche Missstände toleriert und berichtet – ganz cool – im Rechenschaftsbericht, «dass die Immissionsgrenzwerte im Kanton Zug zum Schutz von Gesundheit und Umwelt nach wie vor nicht eingehalten werden können». In der Umweltschutzbroschüre des AFU vom Dezember heisst es zur Feinstaubbelastung: «Diese äusseren feinen Partikel, die beim Atmen tief in die Lunge eindringen, erzeugen Krebs.» Bei diesem abstrusen Mehrverkehr hat das AFU – auch wegen dem Kyoto-Protokoll und dem CO2-Reduktionsgesetz – seine Führerschaft für sinnvolles und machbares Schonen der Umwelt ungenügend erfüllt. Hätten wir ein wirkungsorientiertes Verwaltungsführungs-System, bei dem für ein Leistungsziel Mittel, Bürgernutzen und Controlling vorgegeben wären, müsste nicht die Presse im Januar diesen Misstand wieder aufgreifen und auf diese Weise Bürger und Kantonsrat informieren, dass das AFU bei der Feinstaubüberbelastung die Schadstoffwerte des Jahres 2000 in einer Hauruck-Übung plötzlich halbieren will. Auch in der vom Steuerzahler finanzierten AFU Broschüre vom Dezember 2002 wird nicht über diese Übung informiert.
Zum Gutachten des Luzerner Bauinstituts. Darin wird festgehalten, «dass bei der Entsorgung im Kanton Zug gegenüber den umliegenden Kantonen deutlich höhere Baukosten anfallen zufolge über 20 % höherer Aushubdeponiepreise, Fehlkapazitäten, Arbeitsunterbrüchen etc.». Bei der Versorgung lägen die Kiespreise im Kanton Zug durchwegs höher als in den Nachbarkantonen. Der Kies beim Schulhaus Unterägeri kostet paradoxerweise mehr als beim Wohnbau bei der Brauerei Hürlimann in Zürich. Aufhorchen lässt auch, dass allein diese daraus folgende Bauteuerung jährlich fast eine hälftige Grössenordnung aufweist wie die soeben vom Kantonsrat beschlossenen Zuschüsse für preisgünstigen Wohnraum. Die Subventionierung einer – wenn auch latenten – und hausgemachten Bauteuerung mit Zuschüssen muss künftig volkswirtschaftlich betrachtet sowie im Hinblick auf den NFA hinterfragt werden.
Mit den Planungsgrundsätzen wie regionale Verteilung, kurze Transportwege, ökologische und marktwirtschaftlichen Kriterien, jährliche Soll/Ist-Kontrolle etc., hat die Exekutive jetzt Instrumente, um genügend *verfügbare* Deponiestandorte sicherzu-

stellen. Nachdem in Cham die Dürrbach-Deponie mit 1 Mio m^3 gestrichen wurde, gemäss dem Grundsatz der regionalen Verteilung, unterstützt die RPK die Deponiestandorte Stockeri und Langfeld gemäss Antrag der Gemeinde Rotkreuz. Bei der neuen Aushubbörse und beim Erarbeiten der zu dynamisierenden Verfahrensabläufen war die Zusammenarbeit mit Baudirektion und AFU ausgezeichnet. Danach kann z. B. beim Seebachtel, bei Stockeri und Langfeld, auf dem Einspracheweg eine weitere sachliche Abklärung und Interessenabwägung vorgenommen werden, z.B. eine mögliche Grundwassergefährdung und landschaftliche Kriterien. Bei der vergeblichen Standortsuche für nasses Material im Ägerital (von dort wird das Material nach Brunnen geführt), bemerkte das AFU gegenüber dem Unterägerer Gemeindepräsident und dem Votanten, dass die Aushubkosten in Bezug zu den Gesamtkosten ja nicht bedeutend seien. Dazu die Frage: Ist der Bürger für das AFU da statt das AFU für den Bürger?

Vreni **Sidler** erinnert daran, dass unser Kanton in den letzten Jahren bekanntlich sehr stark gewachsen ist und auch für die Zukunft wird ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum erwartet. Wir wissen es: Mehr Einwohner bedeuten mehr Strassen, eine gesteigerte Nachfrage nach Schulhäusern und eine stärkere Wohnbautätigkeit. Bevor jedoch diese Bauten erstellt sind, entsteht beim Aushub eine beachtliche Menge Dreck. Dieser ist zwar ökologisch unbedenklich, muss aber trotzdem irgendwo fachgerecht entsorgt werden. Aufgrund der allgemein sehr grossen Aushubmenge herrschte im Kanton Zug, speziell bei nasser Witterung, in den vergangenen Jahren zeitweise ein eigentlicher Deponie-Notstand. Längerfristig haben wir in den zahlreichen Kiesgruben zwar mehr als genügend Deponievolumen und es soll auch nicht Ziel sein, unser Kies möglichst rasch abzubauen, darum kann die Deponiekapazität kurz- bis mittelfristig zeitweise limitiert sein. Die Ablagerung von Aushubmaterial in Kiesgruben hat für die FDP-Fraktion Priorität. Es ist sinnvoll, dass unverschmutztes Aushubmaterial vor allem für die Rekultivierung der Kiesgruben verwendet wird. Um jedoch auch in den nächsten Jahren genügend Deponievolumen zur Verfügung zu haben, ist die Revision des TRPA und die Ausscheidung von genügend Deponieraum absolut notwendig.
Die Politik muss nun ihre Hausaufgaben machen und durch die Festlegung grundsätzlich geeigneter Deponiestandorte die Rahmenbedingungen für künftige Deponien schaffen. Denn erst wenn ein Deponiestandort im Teilrichtplan ausgeschieden ist, hat ein Deponiebetreiber die Möglichkeit, die weiteren Untersuchungen und das aufwendige Bewilligungsverfahren für den Betrieb einer Deponie an die Hand zu nehmen. Die FDP-Fraktion verlangt deshalb eine grosszügige Festlegung von Deponiestandorten. Denn die Vergangenheit hat gezeigt: Die Chancen, dass eine Aushubdeponie realisiert werden kann, sind nicht gerade gross. Trotz dem Ziel möglichst viele Deponiestandorte auszuscheiden, ist die FDP-Fraktion nicht gewillt, auf Teufel komm raus irgendwelche aus der Luft gegriffenen Standorte in den Teilrichtplan aufzunehmen. Die Regierung und auch die Raumplanungskommission haben den Teilrichtplan ausführlich und sehr gründlich vorbereitet. Es wäre unseriös, irgendwelche Standorte, die den gesetzlichen Anforderungen an einen Deponiestandort zum vornherein nicht erfüllen, im Teilrichtplan aufzunehmen. Die Mehrheit der FDP-Fraktion ist mit dem TRPA einverstanden, könnte aber einem Antrag auf Streichung des Bodenhofs zustimmen.

Werner **Villiger** hält fest, dass die SVP-Fraktion, die von der Raumplanungskommission in ihrem Bericht zum TRPA vom 11. November 02 definierten generellen Zielsetzungen und die Anträge zu den Planungsgrundsätzen grossmehrheitlich unterstützt. Wir sind überzeugt, dass mit dem mit den Anträgen der RPK ergänzten und überarbeiteten TRPA der Deponienotstand im Kanton Zug schnell beseitigt werden kann. Grundsätzlich kann mit der Umsetzung sofort nach dem Inkrafttreten begonnen werden. Dabei ist allerdings zu beachten, dass eine Deponie erst eingerichtet werden kann, wenn der Bedarf nachgewiesen ist. Die Aufnahme im Richtplan allein verlangt noch keinen Bedarfsnachweis, sondern dient in erster Linie dazu, Optionen für die Zukunft festzuhalten. Es gilt also, heute zukünftige Standorte für Abfallanlagen zu sichern. Mit dem nun vorliegenden Konzept für die Deponiestandorte ist unserer Meinung nach die notwendige Flexibilität in der Aushubentsorgung erreicht. Dies auch unter Berücksichtigung, dass eventuell der Standort Seebachtel entfällt.
Zu den geplanten Standorten nehmen wir wie folgt Stellung. Die Petition der Korporation Blickensdorf und damit die Vor- und Nachteile des Standorts Seebachtel wurde von uns am 16. Dezember 02 in der alten Fraktionszusammensetzung selbstverständlich ausführlich diskutiert. Die SVP-Fraktion beschloss damals, mit Stichentscheid des Fraktionschefs, auf diesen Standort zu verzichten (wie Sie wissen, wurde diese Petition inzwischen von der RPK abgelehnt). Wir haben uns an der Fraktionssitzung vom vergangen Montag nochmals eingehend mit dem Standort Seebachtel auseinandergesetzt und mit einer knappen Mehrheit beschlossen, auf diesen Standort zu verzichten. Dies vor allem mit dem Argument, dass das geringe Deponievolumen von ca. 150'000 m^3 in Bezug auf das Gesamte geplante Deponievolumen nicht besonders ins Gewicht fällt und die Transportwege zur Deponie Stockeri, die ebenfalls unverschmutztes nichtstandfestes Aushubmaterial aufnehmen kann, ökologisch vertretbar sind. Die SVP-Fraktion unterstützt im weiteren alle anderen von der Raumplanungskommission vorgeschlagenen Standorte. Damit wird übrigens ein Deponievolumen von ca. 3,3 Mio m^3 raumplanerisch gesichert. Dies im Gegensatz zum Vorschlag der Regierung, welche ein Deponievolumen von ca. 2,15 Mio m^3 vorsieht. Die heutige Situation in Bezug auf die Deponiestandorte in der Region Unter-/Oberägeri, Menzingen halten wir für unhaltbar. Es kann doch nicht sein, dass Aushubmaterial aus dieser Region durch die Städte Zug oder Baar nach Rotkreuz geführt werden muss. Wir hoffen, dass in dieser Region dringend ein weiterer geeigneter Standort gefunden wird und dieser dann in den Richtplan integriert werden kann. Übrigens: Eine Entlastung des Durchgangsverkehrs in den Städten Zug und Baar in Bezug auf den Transport von Aushubmaterial erreichen wir auch mit der geplanten Tangente Neufeld. Wir hoffen, dass die Baudirektion demnächst den Kantonsrat mit einem entsprechenden Projekt beglückt.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion für Eintreten auf diese Vorlage ist. Der Grund für den revidierten TRPA sind fehlende Lagerorte für nicht standfestes Material. Und gerade in diesem Bereich ist es schwierig, geeignete Standorte zu finden und festzulegen, um den verschiedenen Anforderungen gerecht zu werden, z.B. kurze Transportwege und Erfüllung von marktwirtschaftlichen Kriterien. Hier entsteht der grosse Zwiespalt; der Bedarf ist ausgewiesen, aber der Verkehr soll nicht durch das eigene Dorf gehen. Für nicht standfestes Material braucht es zum Teil Verbauungen, die einen Eingriff in die Landschaft mit sich bringen. Beim TRPA stellte sich für uns die Frage, welche Bedeutung und welches Gewicht die Vorschläge aus dem Mitwir-

kungsverfahren haben. Z.B. die Gemeinde Risch: Sie lehnte die drei von der Baudirektion vorgeschlagenen Standorte ab, schlug als Ersatz aber drei neue vor. Oder die Gemeinde Baar in Bezug auf den Standort Seebachtel als Deponiestandort: In der Mitwirkung äusserten sich der Gemeinderat, die Korporation Blickensdorf und weitere Organisationen, u.a. auch die SP Baar, einhellig negativ zu diesem vorgeschlagenen Standort. Trotz diesen einheitlichen negativen Stellungsnahmen wurde der Standort Seebachtel im TRPA behalten. Die SP-Fraktion kann sich mit den vorgeschlagenen Standorten der RPK einverstanden erklären, ausser mit dem Standort Seebachtel in Baar und dem Bodenhof in Rotkreuz, wobei dies bei uns strittig war.
Aus folgenden Gründen sind wir für die Streichung des Standorts Seebachtel aus dem TRPA:

- Im Einzugsgebiet der vorgesehenen Deponie befindet sich die seit 1984 genutzte Grundwasserfassung der Korporation Blickensdorf.
- 200 m südwestlich der geplanten Deponie wurde ein weiterer Trinkwassergewinnungsstandort gefunden. Die laufenden Pumpversuche zeigen positive Resultate.
- Das Sampflitäli ist sowohl für Baar wie auch für Steinhausen ein wichtiges Naherholungsgebiet.
- 1991 wurde im gemeindlichen TRP Siedlung und Landschaft zwei Naturschutzgebiete ausgeschieden, wobei das eine ganz innerhalb des neuen Deponie-Perimeters liegt und das andere davon tangiert wird.
- Die geplante Deponie eignet sich nicht für das Auffüllen mit nicht standfestem Material wie Seekreide, da für die Sicherung grössere bauliche Massnahmen wie Mauern etc. getroffen werden müssten.
- Alle 16 Baarer Kantonsräte, also von der SVP bis zur SGA, lehnen diesen Standort ab, wobei aus taktischen Gründen sicher einige für einen Eventualantrag stimmen werden, dass der Seebachtel als Zwischenergebnis festgesetzt werden soll.

In der Detailberatung wird die SP-Fraktion die Streichung vom Standort Seebachtel beantragen, resp. einen schon verlangten Streichungsantrag unterstützen. Als Ersatz sehen wir den Chrüzhügel. Abklärungen haben ergeben, dass dieser Standort oberhalb Sihlbrugg in naher Zukunft nicht standfestes Material aufnehmen könnte, da der Kiesabbau bald erschöpft ist. Das Deponievolumen würde bei ca. 400'000 m^3 liegen, also fast dreimal so viel, wie der Seebachtel aufnehmen könnte. Dies ist in unseren Augen eine sinnvolle Alternative.

Anna **Lustenberger-Seitz** möchte vor dem Eintretensvotum der AF sagen, dass sie damals die Motion von Karl Rust auch unterschrieben hat. Die ökologischen und gesundheitlichen Gründe, die er auch heute vorgebracht hat, haben damals bei ihr gewirkt. In der Zwischenzeit gibt es aber auch andere Argumente, die dafür sprechen, dass man diesen TRPA in Frage stellen kann – vor allem die Deponienotstände – und diese sind für die Votantin jetzt wichtiger. Deshalb unterstützt sie das folgende Votum sehr, das noch alt Kantonsrat Andreas Bossard geschrieben hat.
Der Plan für Abfallanlagen stammt aus dem Jahre 1997 und ist daher noch relativ jung. Es ist für unsre Fraktion kaum nachvollziehbar, dass in diesen wenigen Jahren die bisherige Abfall- und Deponieplanung so falsch war. Fusste doch die bisherige Planung auch auf Zahlen und Ermittlungen der beteiligten Firmen. Es kann nicht sein, dass aus wirtschaftlichen Gründen oder aus Gründen einer Konkurrenzsituation unter den Unternehmen der Staat nun plötzlich eingreifen soll. Grosse Teile des im

Kanton Zug deponierten Materials werden von Zuger Unternehmern aus andern Kantonen hergefahren, also importiert). Es werden anscheinend 300'000 m^3 importiert und 200'000 m^3 exportiert. Es kommt also immer noch viel mehr von anderen Kantonen zu uns herein, als das hinaus geht. Grundsätzlich möchten wir Folgendes festhalten: Bei neuen Abfallanlagen sollten möglichst keine neuen Landschaftsräume benutzt werden. Neue Infrastrukturanlagen sollten gebündelt werden, eine Erschliessung sollte bereits vorhanden sein. Laut Umweltschutzgesetz dürfen bei den Abfallanlagen keine Überkapazitäten geschaffen werden. Das Umweltschutzgesetz legt verbindlich fest, dass der Bedarf nachgewiesen sein muss. Der uns vorgelegte TRP geht aber weit darüber hinaus, indem Deponieräume auf Vorrat geplant werden. Die Kiesgruben können noch für Jahrzehnte Material aus Baustellen aufnehmen. Und der Regierungsrat hat bereits wieder weitere Abbauwilligungen erteilt. Der Kiesabbau hinterlässt Löcher in unserer Landschaft und die müssen wieder aufgefüllt werden. Für die Ablagerung von Standfestem Material müssen wir also keine zusätzlichen Deponien erstellen. Zudem können Kiesgruben auch einen Teil des nicht standfesten Materials aufnehmen, nämlich bis zu 20 %.
Tatsache ist, dass vorübergehende Probleme mit vernässtem Aushubmaterial auftauchen. Wir fragen uns aber: Warum muss bei jeder Witterung, auch im stärksten Regen Aushub gemacht werden? Warum nehmen Bauunternehmen auf die Wettersituation keine Rücksicht mehr? Warum müssen immer mehr Bauten mit zwei oder noch mehr Untergeschossen erstellt werden? Man stösst dann unweigerlich auf Seekreide, also auf nicht standfestes Material. Es ist mit technischen Massnahmen möglich, solch vernässtes Material zu pressen und zu verdichten und so austrocknen zu lassen. Es gibt bereits Firmen, welche schlammartigen Aushub pressen. Dieses Verfahren eignet sich auch für Seekreide. Warum könnte nicht auch eine Zuger Firma dieses Verfahren anwenden? Dieses Pressen ist zwar teurer, jedoch ökologischer als in weit entfernte ausserkantonale Deponie zufahren oder in unserem Kanton unberührte Landschaften für Deponien zu zerstören. Die Baubranche muss halt den Willen aufbringen, der Natur den Vorrang vor dem Geld zu geben.
Die AF ist zwar für Eintreten, wir werden aber einige Streichungsanträge stellen. Ablehnen werden wir folgende Standplätze: Hostettblätz Oberägeri, Seebachtel Baar, Rüti Cham/Hünenberg, Bodenhof, Langfeld und Stockeri in Risch. Erfreut stellen wir fest, dass die Standorte Dürrbach und Reusshaldenweid aus dem TRP gestrichen wurden. Beide Standorte wären aus landschaftlicher Sicht äusserst bedenklich gewesen. Ebenfalls freut uns, dass der Umschlags- und Aufbereitungsplatz Sydenfaden (Morgarten/Oberägeri) aus dem Teilrichtplan gestrichen wurde. Diese landschaftliche Todsünde inmitten des Naturschutzgebiets Rieter am Ägerisee sollte nun endlich wieder begrünt und der umliegenden Natur angepasst werden. Anna Lustenberger-Seitz kommt nochmals auf die erwähnten Aufforderungen zurück, vorerst endlich die leeren Löcher in den Kiesgruben zu füllen und für das vernässte Material das technisch machbare Verdichten in Betracht zu ziehen, und erst dann neue Deponiegebiete zu bewilligen. Pioniertaten sind gefordert!

Hans Peter **Schlumpf** war einer der seinerzeitigen Motionäre in Sachen Deponienotstand im Kanton Zug, die von nicht weniger als 56 Kantonsrätinnen und Kantonsräten mitunterzeichnet wurde. Darum einige Äusserungen zu diesem TRPA. – Das Anliegen der Motion betreffend Deponienotstand wurde und wird auf breiter Front geteilt. Wir haben im Kanton Zug eine Situation, dass Bauaushub, besonders nasses

oder sogenannt nicht standfestes Material, das wir in weiten Teilen unseres Kantons vorfinden, oft wochenlang nicht deponieren können. Das ist ohne Zweifel wirtschaftlich schädlich und ökologisch unsinnig.
Der Votant möchte hier auch Bezug nehmen auf das Votum von Anna Lustenberger. Ihre Argumentation, wir hätten mehr Import von Aushubmaterial als Export, ist natürlich im Fall des nicht standfesten Materials überhaupt nicht stichhaltig. Relevant ist da nicht, wie viel Import und Export wir haben, sondern es geht darum, ob wir irgendwo überhaupt nicht standfestes Material deponieren können oder nicht. Zum Import generell: Im Bau- und Planungsgesetz wurde in Sachen Deponien explizit festgehalten, dass der Einzugsradius des Materials bei Bedarf von der Regierung eingeschränkt werden kann. Zur Frage, warum man bei nassem Wetter Aushub gemacht werde, kann der Votant nur sagen: Wenn man die Planung für ein grösseres Bauvorhaben sieht, so ist da über ein bis zwei Jahre der Fortschritt auf einen halben Tag genau festgelegt. Da hat man überhaupt nicht den Spielraum, mal 14 Tage zu warten, bis das Wetter wieder trockener wird. Das nasse Material kann man theoretisch sicher trocknen. Aber das sind bis jetzt Theorien. Wenn man sich vorstellt, wie man diese Tausende von m^3 Aushubmaterial in einem Ofen trocknen will, so muss man gar nicht sagen, was das kosten würde. Das ist nicht realistisch. Warum man mehrere Untergeschosse baut? Das ist letztlich eine Folge unserer Bodenpreise, dass man gerade in städtischen Gebieten zwangsläufig in den Boden hinein bauen muss, um eine Überbauung überhaupt einigermassen wirtschaftlich zu gestalten.
Zurück zum TRPA. Auf die Motion hin hat sich die Regierung wirklich endlich entschlossen dieses Problems angenommen und im Entwurf zum TRP eine Anzahl von Deponiestandorten im Berg- wie im Talgebiet aufgenommen. Wer in diesem Gewerbe tätig ist – Hans Peter Schlumpf ist es nicht – möchte sicher gerne noch einige weitere Standorte festlegen, besonders im zugerischen Berggebiet, was von den Transportwegen her durchaus geboten wäre. Partikularinteressen möchten nun bereits wieder einige Standorte aus dieser Planung herausstreichen. Denken Sie bitte daran: Eine Raumfreihaltung im Richtplan ist noch lange keine Bau- oder Betriebsbewilligung. Und woran viel zu wenig gedacht wird: Es werden natürlich nie gleichzeitig alle Standorte, die im Richtplan aufgeführt sind, gleichzeitig geöffnet. Gleichzeitig wären im Kanton Zug mit Sicherheit höchstens zwei, vielleicht drei Standorte geöffnet. Und das andere ist eben langfristige Planung und vor allem weiss man natürlich im Moment nicht, welche Standorte man überhaupt kurzfristig einrichten und eröffnen kann. Darum braucht es eben eine gewisse Auswahlmöglichkeit. Der Votant weiss z.B. dass im Nachbarkanton Zürich, der flächenmässig doch wesentlich grösser ist, im Moment nur zwei grössere Deponien gleichzeitig geöffnet sind, obwohl es auch dort noch Alternativen hat. Wenn wir nun bereits anfangen, uns von lokalen Interessen in Bann nehmen zu lassen und einzelne vorgeschlagene Standorte aus dem Richtplan zu streichen, dann müssen wir akzeptieren, dass es wohl auch gegen andere der definierten Deponiestandorte irgendwelche Partikularinteressen gäbe.
Konkret ist Hans Peter Schlumpf ein wenig erstaunt über die geschlossene Opposition aus der Gemeinde Baar gegen den Standort Seebachtel. Zehn Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus Baar haben die Motion seinerzeit mitunterzeichnet. Nun, da es darum geht, einen möglichen Standort im Gemeindegebiet von Baar festzulegen, ist man geschlossen dagegen. Der Standort Seebachtel ist genau so seriös auf seine Eignung geprüft worden wie alle andern aufgeführten Standorte. Der Seebachtel ist

deshalb nicht ein ungeeigneter Standort und es ist auch nicht eine derart jungfräulich unberührte Landschaft. Er sagt das als Steinhauser, der dieses Gebiet fast etwas als sein Territorium betrachtet. Er kennt es sehr gut. Es ist ein Gelände, das gut erschlossen und schon heute stark durch den Werkhof eines grossen Bau- und Deponieunternehmens mit vier Buchstaben geprägt ist. Die Frage, ob der Seebachtel technisch wirklich ein prioritärer Standort sein wird, darf durchaus gestellt werden. Das Deponievolumen ist vergleichsweise klein. Die Abschottung gegen die Bachtalenstrasse hin wäre sicher relativ aufwendig. Aber das sind dann Kriterien, welche in einer späteren Phase geklärt werden müssen und nicht heute, da es darum geht, einen Standort grundsätzlich im Plan festzulegen oder nicht.
Zum vorgesehenen Standort Chrüzhügel oberhalb Sihlbrugg. Er kann durchaus ein geeigneter Standort auch für nicht standfestes Material sein. Aber diese Frage ist bis heute nicht abgeklärt worden. Der Chrüzhügel ist nicht wie die anderen Standorte evaluiert worden. Und es ist doch eine Art Schlaumeierei, wenn man nun argumentiert, man streiche den Seebachtel, dafür hätten wir den Chrüzhügel. Der Votant ist sofort bereit, den Chrüzhügel als Alternative aufzunehmen und den Seebachtel zu streichen, aber erst wenn die Abklärungen genau so seriös und im gleichen Umfang gemacht worden sind. Und noch ein kleiner Hinweis: Der Chrüzhügel liegt mindestens zu einem Drittel auf dem Gebiet der Gemeinde Neuheim und nicht nur in der Gemeinde Baar. Also müsste man doch auch noch etwas über die Gemeindegrenzen hinweg schauen. Es ist nicht einfach eine Alternative für Baar.
Wenn wir die ökonomischen und ökologischen Anliegen betreffend Deponiemöglichkeiten ernst nehmen wollen, wie das zwei Drittel der Ratsmitglieder mit ihrer Motionsunterzeichnung bekundet haben, dann dürfen wir nicht heute damit beginnen, einzelne grundsätzlich geeignete Standorte aus dem Plan zu streichen. Nur so können wir dafür sorgen, dass wir in Zukunft ein minimales Mass von Marktwirtschaft ins Deponiegeschäft hineinbringen können. Wenn wir anerkennen, dass die Bautätigkeit auch in Zukunft ein wichtiges Element volkswirtschaftlicher Tätigkeit darstellt, dann müssen wir auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sauberer Bauaushub lokal und regional deponiert werden kann. Der Votant ersucht daher den Rat dringend, nun nicht einzelnen Teilinteressen zu folgen, sondern die Vorlage in der Fassung der RPK gut zu heissen.

Louis **Suter** möchte noch schnell einige Korrekturen einbringen. Zu Alois Gössi: Der Standort Seebachtel ist tatsächlich für nicht standfestes Material gedacht. Chrüzhügel ist als ehemaliges Abbaugebiet von Kies in jedem Fall automatisch für die Deponierung von nicht standfestem Material geplant. Und zwar können wir davon ausgehen, dass bereits etwa in den Jahren 2004/05 mit der Deponierung von nicht standfestem Material begonnen werden kann. Das ist ein fester Bestandteil der ganzen Planung und man kann nicht sagen, man müsse schauen, dass dieser Standort auch in den Plan komme. Wir können doch nicht eine Planung machen, bei der wir sagen: Wir machen nur zwei, drei Standorte. Dann müssen wir noch für die ganze Bewilligungspraxis schauen und haben überhaupt nichts. Wir können auch nicht sagen: Wenn wir dann in zwei, drei Jahren nichts haben, nehmen wir zwei, drei neue Standorte. Das ist keine Planung. Wenn man die Richtplanung betrachtet, ist sie für eine längere Zeit gedacht, also müssen wir genügend Standorte haben. Selbstverständlich werden nicht alle Standorte am gleichen Tag eröffnet.

Zur Frage, weshalb man so tiefe Löcher baut, dass man ein Haus bauen kann. Man kann doch nicht alles unter ein Dach bringen. Einerseits will man möglichst wenig Land für die Siedlungen brauchen. Und anderseits will man dann nur oberirdisch bauen. Das geht nicht auf. Dann möchte der Votant Anna Lustenberger fragen, mit welcher Energie man die Seekreide denn trocknen solle.

EINTRETEN ist unbestritten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass im Anhang der Vorlage Nr. 1046.3 – 11025 ein synoptischer Plan besteht. Wir gehen die einzelnen Punkte durch und bei Abänderungsvorschlägen muss man sich melden, sonst gilt stillschweigend der Antrag der RPK als beschlossen.

E 3.1.1

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint, die Regierung sei schon schnell, aber so schnell auch wieder nicht. Wir haben den Artikel nicht am Dienstag beschlossen, Louis Suter. Das war letztes Jahr und der CVP-Fraktionssprecher hat das KR-Drehbuch in der Woche vom 19. Dezember erhalten. Gemäss Umweltschutzgesetz ist ein Bedarfsnachweis nach § 30 Abs. 2 eine unabdingbare Bewilligungsvoraussetzung. D.h. dieser Bedarfsnachweis ist ein Muss. Dass bei gegebenem Bedarfsnachweis weitere Kriterien zu Anwendung gelangen, ist selbstverständlich. Aber die Ökologie lässt sich nicht nur auf den Aspekt Verkehr reduzieren. Ebenso wichtig sind die Aspekte Boden, Gewässer und Grundwasserschutz, Natur- und Landschaftsschutz etc.. Wenn nur die Transportwege erwähnt werden, erhält dieser Aspekt ein übermässiges Gewicht. Falls der Satz so stehen gelassen wird, ist der Klammerausdruck (z.B. kurze Transportwege) zu streichen. Die Baudirektion wird dadurch zu stark eingeschränkt. Dadurch verlieren wir die ja gerade geforderte Flexibilität. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass bei ungenügendem Bedarfsnachweis Einsprachen und somit Verzögerungen vorprogrammiert sind. Auf Deutsch heisst das: Wir fallen auf die Nase, wenn wir wegen den kurzen Transportwegen zu viele Deponien bewilligen wollen. – Gutachten Schlegel: Wie bereits erwähnt, besteht für die Baudirektion Ökologie nicht nur aus Luftreinhaltung und Lärmschutz. Gleichwertig sind Themen wie Landschaft, Natur-, Gewässer- und Bodenschutz etc.. Das Gutachten Schlegel äussert sich nicht zu all diesen Themen, sondern nur einseitig über den Verkehr.

Louis **Suter** hat vom Antrag der Regierung erst am Dienstagabend erfahren. Ihm geht es um einige Aspekte bei den Ausführungen des Baudirektors. Sie wissen, wir haben eine Motion Peter Rust, die mehr Marktwirtschaft will. Und wir legen Wert darauf, dass auch der Wettbewerb, die Flexibilität spielen. Wir legen Wert darauf, dass auch bei der Tiefbauwirtschaft wieder einigermassen gleich lange Ellen da sind. Wenn wir die Marktwirtschaft aus diesem Paragraphen hinaus nehmen, müssen wir uns bewusst sein, dass wir die Motion Peter Rust nicht abschreiben können. Also muss dann irgend etwas Neues geschehen. Dann müssen wir bei der Gesamtricht-

planung wieder neue Anträge einbringen. Der Begriff Marktwirtschaft muss aus diesem Grund drin bleiben.
Auch dem Votanten ist es klar, dass Ökologie nicht nur aus dem Transport besteht. Deshalb heisst es dort ja auch zum Beispiel. Wir haben das bewusst so hineingenommen und gesagt: Die Ökologie muss mitberücksichtigt werden und ein Aspekt, der für uns etwas im Vordergrund steht, sind eben die kurzen Wege. Der Kommissionspräsident möchte den Rat deshalb bitten, etwas, dass wir raumplanerisch besser lösen können, so zu belassen und den Anträgen der Kommission zu folgen.

Leo **Granziol** weist darauf hin, dass der Baudirektor nun alles an diesem Klammerbegriff «kurze Transportwege» aufhängt, ohne dabei zu berücksichtigen, dass es sich um ein Beispiel handelt und damit alles offen gelassen wird, was hier noch an ökologischen Kriterien mit berücksichtig werden kann. Und schliesslich ist es dann auch noch eine Frage, wie diese Kriterien gewichtet werden. Es ist ja dann nirgends gesagt, dass die kurzen Transportwege zuoberst stehen müssen. Man kann dann auch andere ökologische Kriterien eher berücksichtigen. Die Baudirektion wird hier sicher nicht übermässig eingeschränkt. Wesentlich ist, dass es auch einen gewissen wirtschaftlichen Gedanken drin haben muss. Der Votant möchte deshalb auch das Umweltschutzgesetz weiter zitieren. Es heisst dort in § 11: «Unabhängig von den bestehenden Umweltbelastungen sind Emissionen im Rahmen der Vorsorge so weit zu begrenzen, als dies technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar ist.» Also auch im Umweltschutzgesetz haben wir das Kriterium der Wirtschaftlichkeit. Und es ist auch klar, dass der Bedarfsnachweis erst spielen wird bei der Bewilligung und nicht schon bei der Planung. Es heisst ja nicht, dass diese Deponien alle gerade eröffnet werden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst die Anträge von Regierung und RPK einander gegenübergestellt werden. Falls der Antrag der RPK obsiegt, wird er dem Eventualantrag der Regierung gegenübergestellt, den Klammerausdruck zu streichen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Raumplanungskommission mit 57 : 9 Stimmen zu.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag der Regierung mit 40 : 22 Stimmen ab.

E 3.2.2

Hostettblätz

Rosemarie **Fähndrich Burger** nimmt an, dass der Einen oder dem Anderen hier im Rat nicht genau bekannt ist, wo die Deponie Hostettblätz geplant ist. Unsere ehemalige Fraktionskollegin, alt Kantonsrätin Erika Albisser-Iten hat den Standort wie folgt beschrieben. Sie hat die Votantin übrigens ganz allgemein über die Situation Hostettblätz informiert. Erica Albisser-Iten also sagt, es sei nicht verwunderlich, dass der Standort nicht bekannt sei. Denn das Gebiet ist abgelegen und unberührt. Es führt

ein sehr schmales, kurvenreiches Strässchen, welches unter anderem mitten durch ein Gehöft führt, dorthin. Die Strasse ist so schmal, dass ein Einbahnregime für die Lastwagen nötig ist. Die Erschliessung ist also nur unter erschwerten Bedingungen möglich. Das betroffene Gehöft besitzt eine eigene Wasserquelle, deren Installation durch die Bauernfamilie selbst finanziert wurde. Es ist nicht auszuschliessen, dass diese Quelle durch Grundwasser aus dem Gebiet der geplanten Deponie gespiesen wird. Eine Verschmutzung der Quelle durch die Deponie kann daher nicht ausgeschlossen werden. Zudem wird bei starkem Regen ein Wasser/Erde-Gemisch den Hang hinunter in dieses Gehöft geschwemmt. Was alles wird wohl rutschen, wenn besagte Deponie in Betrieb sein wird? Ausserdem bleibt zu sagen, dass die vorgesehene Deponie nicht bewirtschaftet würde. Es kann also wer will unbeaufsichtigt Aushubmaterial deponieren. Zu welchen Ergebnissen dies führt, zeigt eine ehemalige unkontrollierte Deponie, welche hinter dem Raten im Wyssenbach betrieben wurde. Die damalige alte Kiesgrube wurde unsachgemäss, weil unkontrolliert, aufgefüllt, mit dem Ergebnis, dass das Gebiet nun rutscht. Dieser Fall könnte auch beim geplanten Hostettblätz eintreten.
Zudem ist eine Deponie in Alosen nicht rentabel, da im Ägerital zu wenig Aushubmaterial anfällt. Der Markt hat seine eigenen Gesetze und spielt hier nicht, denn die Bauunternehmen lassen sich bestimmt keine Vorschriften machen, wohin sie den Aushub transportieren dürfen. Die grossen Zuger Bauunternehmen betreiben ihre eigenen Deponien und beliefern natürlich in erster Linie diese. Es wird demzufolge genau gleich in der Weltgeschichte herum gefahren wie eh und je. Von Umweltverträglichkeit keine Spur. In der Vorlage wird betont, dass der Kanton Zug für längere Zeit über genügend Platz zur Deponierung von Inertstoffen verfügt. Und explizit wird erwähnt, dass für den Aushub von unverschmutztem Material grundsätzlich die Kiesgruben zur Verfügung stünden. Die Kiesgruben sind mit Zufahrtswegen für Lastwagen erschlossen. Sie verfügen über die nötige Infrastruktur und können die zugeführte Ware kontrollieren. Die Kiesgruben sind am Besten geeignet, Deponiematerial aufzunehmen und damit können schnellstmöglich die aus der Vogelperspektive sehr gut sichtbaren hässlichen Kiesgruben-Krater zum Verschwinden gebracht werden. Die Votantin beantragt im Namen der AF, den Standort Hostettblätz aus dem Teilrichtplan zu streichen.

Louis **Suter** möchte als erstes darauf aufmerksam machen, dass das kein neuer Standort ist. Er war bereits im alten Teilrichtplan enthalten. Was sich ändert ist, dass man diesen Standort etwas vergrössern möchte. Wir diskutieren hier nur die Vergrösserung und nicht einen neuen Standort. Der Kommissionspräsident möchte auch darauf hinweisen, dass das im Ägerital der einzige Standort ist. Und wir haben gleich vorhin kurze Wege beschlossen. Also müssen wir uns jetzt auch danach richten. Das AFU selbst hat gesagt, dass sich das sehr gut in die Landschaft einprägen lässt, auch mit der Vergrösserung. Wenn wir Einbahnverkehr haben, ist das sehr gut, weil die Bauwirtschaft auf die Landschaft Rücksicht nimmt. Das ist logisch. Der Votant möchte nochmals betonen, dass alles in ein Konzept eingebaut ist. Auch die Kiesabbaugebiete sind im Konzept. Wir haben ein Gesetz über die Renaturierung. Er ist immer wieder erstaunt, wenn er hört, man solle nichts Neues machen, wir hätten ja die Kiesabbauplätze. Diese müssen aber zuerst leer sein, bevor man sie wieder renaturieren und auffüllen kann. Bitte lassen Sie also diesen Platz gemäss dem alten TRP und diese Erweiterung um 150'000 m^3 auf 350'000 m^3. Vorher haben die glei-

chen Personen gesagt, sie wollen eher weniger Deponien. Wenn wir hier eine Erweiterung machen, brauchen wir ja weniger.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** möchte nicht wiederholen, was Louis Suter gesagt hat, er stimmt ihm vollständig zu. Nur eins: Die Crux mit den Kiesgruben. Wir können in Gottes Namen nicht Kies abbauen und gleichzeitig auffüllen. Irgendwann sind die Kiesgruben fertig und in zehn oder zwanzig Jahren haben wir genug Platz. Aber jetzt haben wir nicht genug und einen Engpass. Und wir können nicht rein- und rausfahren zur gleichen Zeit. Das sollte logisch sein.

➔ Der Antrag der Alternativen Fraktion wird mit 57 : 6 Stimmen abgelehnt.

Seebachtel

Alois **Gössi** hält wie bereits angekündigt fest, dass die SP-Fraktion die Streichung des Standorts Seebachtel beantragt. Die wichtigsten Argumente dazu haben wir bereits vorgebracht.

Beat **Villiger** möchte es auch kurz machen. Es wurde heute verschiedentlich kritisiert, dass die Baarer Geschlossenheit hier zum Tragen kommt. Er kann versichern, dass keine IG gegründet wird, schon gar nicht eine ideologische. Wir verkennen auch nicht die derzeitige Problematik im Deponiewesen, betreiben auch keine St. Florians-Politik. Aber es geht um einige wichtige Kriterien: Die Sicherung des Grundwassers und der Trinkwasserfassung beim Seebachtel, die Erhaltung eines viel beachteten und besuchten Naherholungsgebiets, die Erhaltung eines Zeugen aus der Eiszeit und vor allem darum, dass wir im Sinne einer Option aufzeigen wollten, dass der Chrüzhügel als Alternative besser zu prüfen ist. Es ist schon etwas enttäuschend, wenn die RPK in ihrem Bericht überhaupt nicht auf dieses Argument eingeht, auch nicht auf die Argumente der Petition, insofern sie hier kein Killerkriterium sieht und sagt, das Grundwasser etc. sei geprüft worden. Wir möchten nämlich die aufgezeigte Option Chrüzhügel als Nassdeponie favorisieren. Hier gibt es zugegebenermassen noch Problempunkte, die vorher zu bereinigen sind. Es ist aber eine erste Chance, ein solche bereits in der richtigen Zone liegendes Areal, dieses künstliche Loch wieder aufzufüllen und zu rekultivieren. Es gibt zu dieser Baarer Optik auch Fachleute, die das Gleiche sagen. Vielleicht kann der Baudirektor mehr sagen dazu. Aber anscheinend ist man auf Grund der Opposition etwas erwacht und führt bezüglich Chrüzhügel auch entsprechende Gespräche. Der Votant möchte den Rat bitten, der Streichung des Seebachtels zuzustimmen und stellt deshalb den folgenden Antrag:

1. Der Seebachtel in Baar sei aus dem Teilrichtplan Abfallanlagen zu streichen.
2. Eventualantrag: Sollte einer Streichung nicht zugestimmt werden, sei der Seebachtel als Zwischenergebnis in die Planung aufzunehmen und es sei der Regierungsrat zu beauftragen, alles zu unternehmen, um den Chrüzhügel als Nassdeponie benutzen zu können. Über die definitive Streichung oder Aufnahme des

Seebachtels sei dem Kantonsrat zu einem späteren Zeitpunkt Bericht und Antrag zu stellen.

Die CVP-Fraktion hat diesem Eventualantrag ganz knapp zugestimmt.

Josef **Zeberg** weist darauf hin, dass oberhalb Blickensdorf ein sehr schönes Naherholungsgebiet liegt, das seinesgleichen sucht. Eine intakte Landschaft mit Wald und Trockenwiesen, die im Kanton kaum mehr vorkommen. Das Sampflitäli ist eine Schmelzwasserrinne, welche ein eindrückliches Zeugnis für die Gletschertätigkeit darstellt. Gerade diese Sehenswürdigkeit wird von unserem Gemeinderat gerne den Gästen von Baar gezeigt Dass sich Grundwasserfassungen der Korporation Blickensdorf im Einzugsgebiet befinden, sei nur am Rande erwähnt. Weitere Grundwasserfassungen sind geplant, die Filterbrunnen wurden im letzten Winter gebaut, die Pumpversuche sind sehr positiv. Bereits mit den Grundwasserfassungen würde jeder normal denkenden, sich mit Wasser befassenden Person klar sein, dass hier auf keinen Fall etwas verändert werden kann und darf. Leider wurde nur ans Geld gedacht und dabei vieles übersehen. Einzigartiges Wandergebiet von Blickensdorf bis zum schönen Steinhausen, alles weg vom Verkehr, Landgliederungen, wie man sie kaum mehr sieht. Gerade wegen dem schönen Blick im Seebachtel musste ein Schafbauer eine kleine Scheune abbrechen, weil diese nicht in die Landschaft passe. Und genau dort am Eingang ins Seebachtel müsste nach Theorie, wenn dem Ganzen zugestimmt würde, ein Betondamm von ca. 20 bis 25 Meter Höhe westwärts und ein Damm von ca. 10 Meter Richtung Bachtalenstrasse erstellt werden, um die ganze Masse einigermassen hineinschütten zu können. Als Schüttmaterial ist nicht standfestes Aushubmaterial vorgesehen, sondern Seekreide, ca. 150‘000 m^3, Material, das sehr labil ist, sich nicht festigt. Bei solchen Regenwochen wie in letzter Zeit könnte sich der Votant vorstellen, dass wir eher einen Drecksee hätten als eine Deponie. Die Frage ist sicher erlaubt: Wie sicher wäre ein solcher Damm, etwa wie in Gondo?

Wir Baarer Kantonsräte sind bei diesem Geschäft – wohl zum ersten Mal – gleicher Meinung. In diesem Gebiet darf keine Deponie entstehen. Wir möchten nicht den schwarzen Peter an andere Gemeinden weitergeben, sondern wir machten Vorschläge in unserer Region, in Sihlbrugg, das weit besser geeignet ist als der Seebachtel, ganz einfach weil die jetzige Kiesausbeutung im Bereich Chrüzhügel bald erschöpft ist und zu einer Nassdeponie gemacht werden kann. Die ganze Deponie Chrüzhügel brauchte keine Stützmauern und hätte zusätzlich noch den Vorteil, dass drei Mal mehr Material deponiert werden könnte. Selbst Adrian Risi könnte sich diese Variante durchaus gut vorstellen. Die Infrastruktur im Chrüzhügel ist vorhanden, die nötige Sicherheit auch. Wir Baarer haben uns immer kooperativ gezeigt, wir haben jahrzehntelang den ganzen häuslichen Abfall des ganzen Kantons im Baarburgrank deponiert, aber im Seebachtel eine Deponie zu erstellen, da können wir nicht mitmachen. – Im Namen aller Kantonsräte von Baar, dem Gemeinderat, der Korporation Blickensdorf und von Pro Natura, und nicht zu vergessen der ca. 2000 Personen, welche die Petition unterschrieben haben, bittet der Votant den Rat, auf den Seebachtel zu verzichten.

Beni **Langenegger** meint, die meisten Gründe gegen die Aufnahme der Deponie Seebachtel in den TRPA seien bereits genannt worden. Persönlich möchte er jedoch nochmals darauf hinweisen, dass Baar eine wichtige Zentrumsfunktion ausübt. Denn Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe verursachen in der Stadt Baar ein hohes Verkehrsaufkommen. Zudem hat Baar auch noch den grössten Teil des Durchgangsverkehrs aus dem Berggebiet zu bewältigen. Eine Deponie wie der Seebachtel würde die Stadt Baar noch mit zusätzlichem Verkehr belasten. Es ist für den Kanton Zug nicht zu verkennen, dass wir einen Deponienotstand für Nassaushub haben. Daher ist es wichtig, dass Alternativen für Nassdeponien weiter verfolgt werden. Dabei soll vor allem grosser Wert auf verschiedene Standorte im Kanton gelegt werden, welche die Dörfer verkehrstechnisch nicht zusätzlich belasten, sondern gut am ländlichen Verkehrsnetz erschlossen sind, wie z.B. der Chrüzhügel in Sihlbrugg, der ja auch in der Gemeinde Baar liegt. Daher fordert der Votant den Rat auf, den Deponiestandort Seebachtel nicht in den TRPA aufzunehmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, das sich die AF klar hinter das Begehren der Baarer Bevölkerung stellt. Daher stellen wir ebenfalls den Antrag, den geplanten Standort Seebachtel aus dem TRP zu streichen. Wir bedauern es, dass die Raumplanungskommission nicht auf die Bitte der Baarerinnen und Baarer eingeht. Viele wichtige Gründe sind erwähnt worden, sie stehen auch in der Petition. Die Votantin möchte einen Punkt hervorheben. Wir verstehen nicht, dass die Baudirektor diesen Standort in den Richtplan aufnehmen will, obwohl sie weiss, dass dort noch zwei der wenigen Trockenwiesen in unserm Kanton vorhanden sind. Der Kanton Zug weist keine Trockenwiesen von nationaler Bedeutung aus, im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen. Trockenwiesen sind für das Fortbestehen von Flora und Fauna genau so wichtig wie Hoch- und Flachmoore. Gemäss kantonaler Richtplan möchte ja der Kanton für Naturschutzgebiete von nationaler Bedeutung zuständig werden, und die beiden Trockenwiesen im Seebachtel erfüllen Kriterien, dass sie Naturschutzgebiete von nationaler Bedeutung werden könnten. Daher die Frage an den Baudirektor: Sind denn hier keine Bestrebungen im Gang, dass auch Trockenwiesen aufgenommen werden könnten? Zudem möchte der Kanton, auch gemäss kantonalem Richtplan, Naturobjekte erhalten und pflegen, wenn es sich um prägende Elemente der Landschaft handelt. Wir wissen ja, dass eine eindrückliche Gletschertätigkeit für die Entstehung dieses Tälis verantwortlich war, in diesem Sinne ist dies sicher ein prägendes Element in einer Landschaft, welches geschützt werden muss. Die Votantin bittet deshalb den Rat, den Streichungsantrag zu unterstützen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass sein Kollege Peter soeben gesagt hat, er habe auch zwei Trockenwiesen gehabt und es gäbe noch Hunderte davon in Zug. – Der grosse Vorteil von Seebachtel ist, dass man 150'000 m^3 nicht standfestes Material ablagern kann. Und der Votant kann dem Rat versichern, dass spätestens bei der Renaturierung die Betonmauern verschwinden oder überdeckt werden müssen. Was geschieht, wenn der Chrüzhügel in zehn Jahren bereits voll ist? Wohin geht dann Baar mit seinem nicht standfesten Material? Der grösste Teil, der im Chrüzhügel abgelagert wird, ist – topographisch bedingt – standfestes Material. Dementsprechend ist diese Kiesgrube voll. Die Quelle beim Seebachtel ist nach heutigen Kenntnissen nicht gefährdet. Sollte dies der Fall sein, würde die Seebach-

tel-Deponie niemals bewilligt. Der Baudirektor konnte die Raumplanungskommission davon überzeugen, dass Wasser nicht hinauffliesst. Er hofft, jetzt auch den Kantonsrat zu überzeugen, dass Wasser von selbst noch immer nicht hinauffliesst. Vororientierung, Zwischenergebnis, Festsetzung: Was heisst das? Vororientierung heisst überlegen. Zwischenergebnis heisst, raumplanerisch noch nicht definitiv abgeklärt. Beispiel Sijental; wo kommt der Alptransit hin? Wenn wir das genau wissen, können wir zusammen mit dem Loch, das wir sowieso buddeln müssen, auch gleich die Deponie machen. Und vorher kommt Sijental nicht. Dort war Hans-Beat Uttinger auch mit den Grundeigentümern draussen und sie haben gesagt, sie wollen keine Deponie. Sijental kommt also nur im Zusammenhang mit dem Alptransit. Was heisst Festsetzung? Es heisst, raumplanerisch abgestimmt plus kein Ausschlusskriterium. Seebachtel als Zwischenergebnis macht keinen Sinn. Wenn wir es nämlich jetzt nicht festsetzen, müssen wir zuerst wieder den TRP ändern und landen somit wieder vor dem Kantonsrat. Somit wird die Verwaltung träge gegenüber der Behebung des Notstands.

Josef **Zeberg** möchte dem Regierungsrat entgegnen, dass Wasser sicher nach unten läuft. Unten sind die Quellen und wenn wir oben Dreck einfüllen, haben wir das Quellwasser verschmutzt. Das ist sehr einfach und sollte auch ein Regierungsrat kapieren.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst die beiden Hauptanträge einander gegenübergestellt werden, gemäss Regierung und RPK den Seebachtel zu belassen oder ihn gemäss verschiedenen Anträgen zu streichen. Je nach Ergebnis wird dann noch über den Eventualantrag von Beat Villiger abgestimmt. – Mit dieser Abstimmung wird auch die Petition von 2270 Personen aus Baar erledigt.

➔ Der Rat stimmt dem Streichungsantrag mit 36 : 25 Stimmen zu.

Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

3. SITZUNG: DONNERSTAG, 30. JANUAR 2003
(NACHMITTAGSITZUNG)
14 – 17 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

33 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Rudolf Balsiger, Othmar Birri und Martin Stuber, alle Zug; Gerhard Pfister, Oberägeri; Arthur Walker, Unterägeri; Konrad Studerus, Menzingen.

34 MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND STANDESINITIATIVE FÜR SICHERE ÖLTRANSPORTE AUF DEN WELTMEEREN

Die **Alternative Fraktion** hat am 17. Dezember 2002 folgende Motion eingereicht:

«Der Kanton Zug reicht beim Bund eine Standesinitiative ein mit folgendem Wortlaut:

1. Der Bund schafft ein Gesetz, welches vorschreibt, dass in der Schweiz kein Erdöl in den Verkauf gelangen darf, welches mit Schiffen transportiert wurde, welche strenge Sicherheitsnormen nach internationalen Standards nicht erfüllen.
2. Der Bund schafft ein Gesetz, das den Handel in der Schweiz und von der Schweiz aus mit Erdöl verbietet, welches mit Schiffen transportiert wurde, die strenge Sicherheitsnormen nach internationalen Standards nicht erfüllen.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1080.1 – 11059 vom 17. Dezember 2003 enthalten.

Felix **Häcki** beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Joe Lang hat einmal gesagt, man solle alle Motionen überweisen, ausser wenn man eine Rakete auf den Mond schiessen will. Diese Motion kommt von hinter dem Mond. Die Regierung hat genügend andere Arbeit zu tun, als so eine unsinnige Standesinitiative zu entwerfen.

Käty **Hofer** weist darauf hin, dass in den letzten Jahren wirklich die Usanz herrschte, Motionen zu überweisen. Und diese Motion kommt keineswegs von hinter dem Mond, sie kommt von Galizien. Und die Votantin möchte den Rat ganz herzlich bitten, die Motion wenigstens zu überweisen, um die Meinung der Regierung einzuholen.

Hans Peter **Schlumpf** will keine materielle Diskussion zum Ölgeschäft lostreten. Die FDP-Fraktion pflegt eine liberale Haltung zur Überweisung von parlamentarischen Vorstössen. Wir stehen zu dieser Haltung, auch im Fall der vorliegenden Motion. Und der Votant nimmt gleich die andere auch noch dazu, jene betreffend Solidarität mit den galizischen Opfern. Wir werden der Überweisung zustimmen. Wir tun dies im Falle dieser Motionen allerdings mit sehr grosser Reservation. Die Wichtigkeit und Brisanz der Thematik Öltransporte und Umweltrisiken ist anzuerkennen. Gleichwohl ist der vorgeschlagene Weg weder sinnvoll noch praktikabel. Die FDP-Fraktion distanziert sich ebenfalls von der tendenziösen Sachverhaltsdarstellung im Falle der Motion betreffend Solidarität mit den galizischen Opfern, die unter keiner Rechtsnorm haltbar ist. Wir sind dezidiert der Meinung, dass das Vorgehen von linken Kreisen hier letztlich der Sache und den Opfern einen veritablen Bärendienst erweist. – Die FDP-Fraktion stimmt gemäss ihrer Grundhaltung trotz erheblicher materieller Bedenken der Überweisung der beiden Motionen zu.

Hans **Durrer** weist darauf hin, dass die Alternativen mit dieser Standesinitiative versuchen, in der Schweiz Recht zu setzen, in der Meinung, man könne dieses Recht im Ausland bei den Heimathäfen der Tanker durchsetzen. Das ist schlicht und einfach Unsinn. Auch er möchte der Regierung diese Arbeit ersparen. Nicht überweisen!

Josef **Lang** möchte zuerst etwas richtig stellen. Die zweite Motion, die Hans Peter Schlumpf verdienterweise zur Überweisung empfohlen hat, ist bereits an der Dezember-Sitzung nicht überwiesen worden.
Kurz zum Argument von Hans Durrer. Wenn er die Neue Zürcher Zeitung genau lesen würde, hätte er sein Argument nicht vorgebracht. Die Schweiz ist in allen internationalen Meeresgremien vertreten. Das mag erstaunlich sein. Aber die Schweiz ist Partner in diesen Gremien, wie wenn sie selber Meeresanstösser wäre. Der NZZ-Journalist, der das geschrieben hat, Roland Schenkel, ist ein ausgewiesener Meeresspezialist. Er schreibt jetzt auch ein Buch über das Meer und wir Schweizerinnen und Schweizer.

➔ Der Rat beschliesst mit 35 : 32 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

35 MOTION VON ERICA ALBISSER-ITEN BETREFFEND GESETZ ÜBER DIE SOZIALHILFE IM KANTON ZUG (SOZIALHILFEGESETZ)

Erica **Albisser-Iten**, Oberägeri, sowie 16 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 19. Dezember 2002 folgende Motion eingereicht:

«Wir stellen den Antrag auf Ergänzung des Sozialhilfegesetzes, Abschnitt „Förderungsshilfe“, § 38 „Betriebsbeiträge an ausserkantonale Institutionen“. Dieser Paragraph lautet aktuell wie folgt: „Der Regierungsrat kann an ausserkantonale Institutionen der Sozialhilfe mit privater oder öffentlicher Trägerschaft Betriebsbeiträge leisten, soweit im Kanton keine entsprechenden Dienste angeboten werden.“

Wir stellen den Antrag auf folgende Ergänzung:

Der Regierungsrat richtet jährlich einen angemessenen Sockelbeitrag an das Frauenhaus Luzern aus.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1079.1 – 11058 vom 19. Dezember 2002 enthalten.

Andrea **Hodel** meint, es sei nicht klug, nach dem Votum von Hans Peter Schlumpf nach vorne zu treten und im Namen der FDP einen Nichtüberweisungsantrag zu stellen. Die Votantin ist dem Rat auch nicht böse, wenn er überweist. Sie muss einfach sagen, dass wir vor kurzem darüber abgestimmt haben, dass wir den Beitrag nicht sprechen. Sie persönlich war damals mit einigen anderen aus der FDP-Fraktion wohl dafür. Aber trotzdem: Man kann nicht zwei, drei Monate später den gleichen Auftrag wieder ans Parlament geben. Weshalb stimmen wir denn überhaupt im Kantonsrat darüber ab? Das Zweite: Eine solche Bestimmung mit diesem Detaillierungsgrad gehört nicht in ein Gesetz. Es ist eine generellabstrakte Norm, bei der nicht definiert wird, welcher Verein jedes Jahr welchen Beitrag wieder erhält. Deshalb würde Andrea Hodel, falls die Motion überwiesen wird, zumindest die Regierung auffordern, hier skeptisch an die Arbeit zu gehen.

➔ Der Rat beschliesst mit 44 : 19 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

36 MOTION DER SVP-FRAKTION BETREFFEND STANDESINITIATIVE BANKKUNDENGEHEIMNIS

Die **SVP-Fraktion** hat am 13. Januar 2003 folgende Motion eingereicht:

«Der Regierungsrat wird aufgefordert, bei den eidgenössischen Räten eine Standesinitiative mit folgendem Wortlaut einzureichen:

Die Bundesverfassung sei wie folgt zu ergänzen:

Statt:
Art. 13 Abs. 1: Jede Person hat Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihres Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

Neu:
Art. 13 Ab. 1: Jeder Person hat Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihres Brief-, Post- und Fernmelde- *und Bankverkehrs*.

Und statt:
Art 13. Abs. 2: Jede Person hat Anspruch auf Schutz vor Missbrauch ihrer persönlichen Daten.

Neu:
Art 13. Abs. 2: Jede Person hat Anspruch auf Schutz vor Missbrauch ihrer persönlichen Daten. *Dies schliesst die finanziellen Daten ein.*»

Josef **Lang**: Wer jetzt meint, wir Alternativen seien Kindsköpfe, muss er enttäuschen. Wir sind mit dieser Motion absolut nicht einverstanden. Aber als kleine, liberale Minderheit in diesem Rat werden wir in liberaler Tradition dieses Rats – die offensichtlich jetzt gebrochen werden soll, was sehr schwerwiegend ist – der Überweisung dieser unliberalen Motion zustimmen.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

37 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND TEILRICHTPLAN ABFALLANLAGEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1046.1/.2 – 10964/65) und der Raumplanungskommission (Nr. 1046.3 – 11025 und Nr. 1046.4 – 11063).

Fortsetzung der Debatte von der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 32).

E 3.2.2

Rüti

Berty **Zeiter** beantragt im Namen der AF und der Umweltverbände, auf die Anlage Rüti in Cham/Hünenberg zu verzichten. Sie möchte zwei Gründe anführen. Einmal ist die Deponie für standfestes Material vorgesehen. Dieses kann gut in Kiesgruben gelagert werden und dafür gibt es, wie schon Vorredner(-innen) bestätigt haben, im Kanton Zug genügend Kapazitäten. Der zweite Grund liegt in der Waldrodung, die dafür notwendig ist. Es ist uns bewusst, dass der Wald laut Bundesgesetz anderswo wieder aufgeforstet werden muss. Das ist jedoch ein Vorgang, der über Generatio-

nen dauert. Darum lohnt es sich auf jeden Fall, dem Wald Sorge zu tragen. Konkret ist der betreffende Waldstandort ein ideal gelegener, der die Landschaftsräume entlang der Autobahn natürlich vernetzt.

Kommissionspräsident Louis **Suter** möchte den Rat bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen, und zwar aus folgenden Gründen. Es handelt sich um eine Inertstoff-Deponie, welche bereits im alten Richtplan war. Und es handelt sich hier auch um eine Erweiterung. Das macht auch Sinn. Denn wir wissen alle: Diese Deponie entsteht entlang der Autobahn. Diese wird so oder so auf sechs Spuren erweitert. Zusätzlich kommt der Autobahn entlang noch die Kantonsstrasse vom Schlatt Richtung Lindencham, d.h. das ganze Gebiet wird so oder so bearbeitet. Man muss hier so oder so auffüllen. Zum Argument Wald: Wir wissen alle ganz genau, unabhängig davon, ob wir hier eine Deponie machen oder nicht, wird dieser Wald durch den Strassenbau tangiert. Und es macht wohl Sinn, dort Deponien zu machen, wo man tatsächlich die Landschaft praktisch nicht tangieren muss. Und genau dies ist hier der Fall. Man kann im Nachbau diesen Wald ohne Weiteres wunderschön in die Landschaft einpassen. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, gute Standorte wirklich drin zu lassen und er möchte sich nicht x mal wiederholen. Selbstverständlich wird überall, wo Kies abgebaut wird, wieder aufgefüllt und renaturiert. Bringen Sie doch nicht jedes Mal das gleiche Argument.

➔ Der Antrag der Alternativen Fraktion wird mit 59 : 7 Stimmen abgelehnt.

Tanklager Risch

Lilian **Hurschler** beantragt im Namen der AF, dem Standort Tanklager Risch nur dann zuzustimmen, wenn er in Zusammenhang mit der Ostumfahrung realisiert würde. Denn nur so kann eine direkte Zufahrt zur Deponie gewährleistet werden.

Der **Vorsitzende** erkundigt sich, ob das ein Streichungsantrag sei. Lilian **Hurschler** bejaht das.

➔ Der Antrag der Alternativen Fraktion wird mit 62 : 5 Stimmen abgelehnt.

Bodenhof

Lilian **Hurschler** beantragt im Namen des Gemeinderats, der Umwelt- und der Baukommission der Gemeinde Risch sowie der AF, auf den Standort Bodenhof zu verzichten. Und zwar aus folgendem Grund: Der Standort Bodenhof, vormals Auleten, ist mit seiner Nähe zum Erholungsgebiet Sijentalwald und zu den Wohnsiedlungen denkbar ungünstig gewählt. Ebenfalls sehr ungünstig wäre die Zufahrt für den Lastwagenverkehr, der sich auf die Bewohnerinnen der Wohngebiete sehr nachteilig auswirken würde. Im Bericht der Raumplanungskommission steht je geschrieben:

«Dieser Standort befindet sich in der Nähe des Siedlungsgebiets, was von den Immissionen her ein Nachteil ist.»

Jacques-Armand **Clerc** stellt einen Antrag, der in die gleiche Richtung geht. Der Bodenhof ist tatsächlich angrenzend an unsere grüne Lunge, d.h. den Sijentalwald, worin sich auch Vita-Parcours, Tennisplätze, Badanstalt usw. befinden. Daher ist die Meinung der Gemeinde und aller Kommissionen, die damit zu tun haben (ausser der KR-Kommission), dass der Bodenhof gestrichen werden sollte. Wenn er schon hier vorne ist, möchte der Votant noch einige Worte an Anna Lustenberger richten in Bezug auf ihr Votum vom Vormittag. Und zwar wegen den kurzen Transporten. Es stimmt, dass nach Zug Aushubmaterial transportiert wurde. In einem Fall war der Votant auch beteiligt. Das war für das Gebäude der Suva Root. Und da war die Alternative, entweder nach Willisau oder nach Holzhäusern. Das AFU Luzern hat sich mit dem AFU Zug in Verbindung gesetzt und aus ökologischen Gründen hat man die Deponie im Kanton Zug gewählt. Das zeigt, dass auch eine kantonsübergreifende ökologische Haltung Sinn macht.

Jean-Pierre **Prodolliet** möchte die Vorredner unterstützen. Das Gebiet Bodenhof ist landschaftlich wertvoll. Es hängt grossräumig zusammen und hat eine ursprüngliche Besiedlung landwirtschaftlicher Art. Eine Deponie würde in diesem Raum tatsächlich eine Beeinträchtigung darstellen. Sie würde auch die Wohnqualität von angrenzenden Wohngebieten schmälern. Das wäre allein schon ein Grund zur Ablehnung. Aber nun stellen wir auch fest, dass wir in der Gemeinde Risch einige sehr überzeugende Deponiestandorte haben, z.B. Tanklager. Wir haben ja immer gesagt, dass wir ein regionales Deponiekonzept haben. D.h. es braucht eine regionale Versorgung. Und wenn wir schon einige Deponiestandorte haben in Risch, so müssen wir in jedem Fall auf dieses Gebiet verzichten.

Daniel **Burch** weist darauf hin, dass die wichtigsten Gründe gegen den Bodenhof bereits vorgebracht wurden. Er möchte nur betonen, dass die Gemeinde Risch ihre Verantwortung wahrgenommen hat. Sie hat nicht nur Anträge gestellt, um einen Standort zu streichen, sondern Alternativen aufgezeigt, bei denen z.B. das Volumen drei Mal grösser ist als das, welches hier vorgesehen war. Er beantragt, den Bodenhof zu streichen. Die FDP-Fraktion erachtet es als korrekt, wenn man dieses berechtigte Anliegen der Gemeinde Risch respektiert.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Der Vorteil des Bodenhofs ist, dass er für eine Inertstoff-Deponie vorgesehen ist. D.h. wir können da von der Topographie und vom Untergrund her Bauabfälle ablagern. Die Alternativen Langfeld und Stockeri, die Sie sicher später noch ins Feld führen wollen, sind dazu nicht geeignet.

➔ Der Rat schliesst sich dem Streichungsantrag mit 41 : 22 Stimmen an.

Langfeld

Lilian **Hurschler** beantragt im Namen der AF, auf den Standort Langfeld zu verzichten. Und zwar aus folgendem Grund: Die Raumplanungskommission hat dieses Gebiet zusätzlich in den TRP aufgenommen. Weder Fachleute des Raumplanungsamts noch die Natur- und Landschaftskommission konnten bei diesem Gebiet die landschaftsrelevanten und ökologischen Abklärungen vornehmen.

Kommissionspräsident Louis **Suter** kann das Feld nicht gut dem Baudirektor überlassen, da er weiss, dass dieser dagegen votieren wird. In der Kommission, die übrigens mit 11 : 2 Stimmen der Deponie Langfeld zugestimmt hat, wurden die Plus und Minus gegeneinander abgewogen. Was spricht dafür: Wir haben es hier wie beim Deponiestandort Rüti um eine Deponie entlang der Autobahn zu tun. Das ist immer positiv, weil wir dadurch nicht im Naherholungsgebiet sind, kein Landschaftsschutzgebiet tangieren und nichts dergleichen. Wir sind trotzdem in der Nähe der Siedlung. Die kurzen Wege sind garantiert. Wir haben es ganz in der Nähe mit einem grossen Baugebiet zu tun. Also auch da haben wir Vorteile. Der Boden ist bereits wegen Autobahnbau kaputt. Der Baudirektor wird Ihnen sagen, dass es dort geologische Nachteile geben wird. Aber wenn man durch das gleiche Gebiet eine Autobahn bauen kann, dahinter eine grosse Überbauung und noch weiter oben eine Überfahrt, wo auch deponiert wurde, da kann man das Gleiche auch tun. Die Gemeinde und der Grundeigentümer sind dafür. Wir haben eine sehr gute Zufahrt und eine gute Verteilung im Ennetsee. Aus diesen Gründen möchte der Votant dem Rat beantragen, diesem Standort zuzustimmen. Vor allem jetzt, da der Bodenhof draussen ist, brauchen wir in diesem Gebiet dringend Deponien.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint, man könne alles bauen, wenn man genügend Geld dazu habe. Wir glauben nicht, dass wir da einen Deponiebetreiber finden, der dies alles bezahlt. Es ist ein ehemaliges Feuchtgebiet, das heute bereits drainiert ist. Es sind weitere Setzungen zu erwarten mit diesen 600'000 m^3. Der Betreiber kann dann noch drei, vier Mal drainieren, damit das Wasser überhaupt hinausläuft. Es ist für Seekreide ungeeignet, da die Topographie viel zu flach ist. Es ist für inerte Bauabfälle ungeeignet, da für die Entwässerung standfester Untergrund Voraussetzung ist.

➔ Der Rat schliesst sich mit 48 : 18 Stimmen der Raumplanungskommission an, wonach der Standort Langfeld in den Teilrichtplan aufzunehmen ist.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass noch ein schriftlicher Antrag der AF vorliegt, wonach Langfeld nur als Zwischenergebnis aufzunehmen sei.

➔ Der Antrag der AF wird mit 44 : 15 Stimmen abgelehnt.

Stockeri

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auch hier die Raumplanungskommission eine andere Meinung hat als die Regierung.

Hans-Beat **Uttinger** möchte zu bedenken geben, dass dieser Standort in einem BLN- und Naherholungsgebiet liegt. Es ist ebenfalls eine setzungsempfindliche Mulde und ein ehemaliges Sumpfgebiet. Der grosse Vorteil ist, dass praktisch das ganze Volumen mit Seekreide gefüllt werden kann. Dazu sind aber diverse Abklärungen notwendig, weil wir ja nicht eine Setzung der Autobahn wollen. Darum stellt die Regierung den Eventualantrag, diesen Standort als Zwischenergebnis zu nehmen.

Louis **Suter** weist darauf hin, dass analog zu den andern Standort die Kommission sich auch hier sehr intensiv mit der Sache befasst hat. Er möchte auch hier die Plus und Minus bekannt geben. Die Landschaft ist keine ursprüngliche Landschaft, in diesem Gebiet ist bereits aufgefüllt worden. Und es ist der dritte Standort, der entlang der Autobahn entstehen kann. Es ist kein Naherholungsgebiet, man kann das Gebiet ja vom See her nicht einsehen. Es grenzen Autobahn und Bahn daran, gleichzeitig haben wir dort noch eine Hochspannungsleitung. Grundeigentümer und Gemeinde befürworten den Standort. Wir haben ein relativ grosses Potenzial an Aushubmaterial, das wir hier einlagern können, nämlich etwa 700'000 m^3. Es ist auch für nichtfestes Material geeignet. Es befindet sich nur am Rand des BLN-Gebiets. Ob ein BLN-Gebiet am Rande der Autobahn und Bahn mit Hochspannungsleitung noch Sinn macht, wagt der Votant zu bezweifeln. Und das Ganze ist von Rotkreuz über die Autobahn erreichbar. Also viele gute Gründe, um das nicht nur als Zwischenergebnis, sondern direkt aufzunehmen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 54 : 13 Stimmen der Raumplanungskommission an, wonach der Standort Stockeri in den Teilrichtplan aufzunehmen ist.

➔ Der Antrag der Regierung, Stockeri als Zwischenergebnis aufzunehmen, wird mit 52 : 15 abgelehnt.

Das Wort zum Teilrichtplan und zur Teilrichtplankarte wird nicht mehr verlangt.

Der **Vorsitzende** stellt den *Kantonsratsbeschluss betreffend Teilrichtplan Abfallanlagen (Vorlage Nr. 1046.2 – 10965)* zur Diskussion.

§ 1 Abs. 1

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung hier beantragt, noch das Datum aufzunehmen, wonach der Absatz wie folgt lauten würde:
«Der Teilrichtplan Abfallanlagen *vom 30. Januar 2003* wird genehmigt.»

➔ Der Rat ist einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat stimmt dem Kantonsratsbeschluss betreffend Teilrichtplan Abfallanlagen in der *Schlussabstimmung* mit 64 : 5 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion von Peter Rust betreffend mehr marktwirtschaftlichen Wettbewerb, mehr Ökologie und mehr Gemeindeautonomie bei der Ablagerung von sauberem Aushubmaterial (Vorlage Nr. 412.1 – 9091) mit Anpassungen anlässlich der Kantonsratssitzung vom 28. August 1997 sei als erledigt abzuschreiben.
Weiter beantragt der Regierungsrat, die Motion von Marcel Meyer, Karl Rust und Hans Peter Schlumpf betreffend Sofortmassnahmen zur Behebung des Deponienotstands bei Aushubmaterial und Bauabfällen (Vorlage Nr. 927.1 – 10618) sei mit Ausnahme von Ziff. 3b als erledigt abzuschreiben; Ziff. 3b betreffend Revision des Einführungsgesetzes des Kantons Zug von 1998 zum Bundesgesetz über den Umweltschutz und sinnvoller Anpassung an die entsprechenden Gesetze der Nachbarkantone Schwyz und Luzern sei nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat ist einverstanden.

38 AUFSICHTSBESCHWERDE VON BENNO JOHO GEGEN DEN REGIERUNGSRAT DES KANTONS ZUG BETREFFEND SVG-ADMINISTRATIVVERFAHREN

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Vorlage Nr. 1063.1 – 11005).

Andrea **Hodel** erlaubt sich zwei Vorbemerkungen. Sie steht hier, weil Othmar Birri sich wie jedes Jahr um diese Zeit in Kolumbien aufhält. Sie übernimmt also nicht heimlich dieses Präsidium. Weiter weist sie darauf hin, dass sich im Bericht ein Fehler eingeschlichen hat. Es steht dort, dass die Kommission keine Gespräche geführt habe. Das trifft nicht zu. Sie wird noch darauf eingehen. Wir haben mit Benno Joho ein ausführliches Gespräch geführt.

Die Kommission hat die Aufsichtsbeschwerde von Benno Joho sehr genau geprüft. Die Votantin kann auf den umfassenden Bericht hinweisen. Sie will diesen nicht wiederholen, aber präzisieren und insbesondere in Bezug auf dieses Gespräch noch etwas hinzufügen. Das Administrativverfahren (es geht um einen Führerausweisentzug) wurde nach dem vom Beschwerdeführer infolge Einschlafens am Steuer verursachten Selbstunfall gemäss dem regelkonformen Lauf der Dinge und korrekt durchgeführt. Jeder andere Verkehrsteilnehmer wäre in der gleichen Situation ebenfalls mit einem Administrativverfahren und einem vorsorglichen Führerausweisentzug konfrontiert gewesen. Dies haben zwei Mitglieder unserer Kommission mit Benno Joho in einem guten und auch konstruktiven Gespräch persönlich besprochen. Der Beschwerdeführer hat sich auf Grund dieses Gesprächs nochmals an die Kommission gewandt und das Resultat des Gesprächs eigentlich auch richtig zusammengefasst. Er stellte dabei fest, dass sowohl die Aufhebung der Busse als die des Warnentzugs, der nach dem Sicherungsentzug erfolgt ist, rechtskräftig und damit für ihn verbindlich geworden sind. Dass das Urteil des Bundesgerichts, das diesen Entscheid materiell bestätigte und die im Entscheid des Bundesgerichts enthaltene Kritik am Statthalteramt Zürich und am Verwaltungsgericht Zug keine rechtlichen Wirkungen zeitigten. Dass die Sicherheitsdirektion berechtigt war, neben einem medizinischen Gutachten, das der Beschwerdeführer selber eingereicht hatte, auch ein unabhängiges Gutachten zu verlangen. Dass der vom Verwaltungsgericht als falsch erachtete Führerausweisentzug kein Anrecht auf Entschädigung nach Verantwortlichkeitsgesetz gegenüber dem Kanton gibt. Dass die Orientierung über das Krankheitssyndrom Apnoe und deren Wirkungen vom Kantonsrat erfolgt ist und die entsprechenden Informationen an die Zuger Ärzte weitergeleitet wurden. Dennoch stellte der Beschwerdeführer in seinem zweiten Teil dieses letzten Schreibens leider wieder die gleichen und nicht berechtigten Forderungen nach einer Entschädigung und einer Entschuldigung von Seiten der Regierung.
Unsere Kommission bedauert sehr, dass die unguten Gefühle geblieben sind, obwohl wir eingehend und auch im persönlichen Gespräch erläutert haben, dass der Beschwerdeführer immer korrekt behandelt wurde und er auch selber feststellen konnte, dass ein Eintrag im Strafregister nie erfolgt ist und er deshalb auch gar nicht rehabilitiert werden muss. Er wurde in seinem Leumund und Ruf nie tangiert. Zusammenfassend ist nochmals darauf hinzuweisen, dass die Kommission einmal mehr nicht einmal Ungereimtheiten, geschweige denn Vorgänge hätten feststellen müssen, die ein aufsichtsrechtliches Einschreiten rechtfertigen müssten. Andrea Hodel ersucht den Rat deshalb, dem Antrag der JPK zu folgen und die Aufsichtsbeschwerde als erledigt abzuschreiben.

Hans **Durrer** kennt Benno Joho seit Jahren und betreut ihn in dieser Angelegenheit kostenlos. Er ist heute pensioniert und alles andere als ein Querulant. Bei der Behandlung dieser Aufsichtsbeschwerde sind rechtliche und nach Erachten des Votanten auch menschliche Aspekte zu würdigen. Die JPK und die Sicherheitsdirektion haben die rechtlichen Aspekte zweifellos richtig dargelegt. Die entsprechenden Gerichtsurteile lassen auch keine andere Interpretation zu. Doch das ganze Verfahren bei der Sicherheitsdirektion hinterlässt einen fahlen Beigeschmack. Es fehlen die menschlichen Aspekte. Froh ist Hans Durrer hingegen, dass die JPK, wie er eben erfahren hat, mit Benno Joho das Gespräch gesucht hat. In ihrem Bericht steht nämlich etwas anderes. Der Votant hatte befürchtet, sie hätte auf Grund der Akten entschie-

den wie im Fall Leibacher. Nicht verstehen kann er ferner, dass die Sicherheitsdirektion Benno Joho sozusagen als notorischen Querulanten behandelt hat und ihn beim Entzug des Führerausweises schikaniert hat. Für die Rückgabe des Führerausweises hätte die Sicherheitsdirektion nachträglich nicht zusätzliche ärztliche Zeugnisse verlangen dürfen, wenn sie ihm vorher versichert, gegen Vorlegen eines Arztzeugnisses würde er den Ausweis sofort wieder zurück erhalten. Doch dieses Vorgehen der Sicherheitsdirektion wurde später vom Verwaltungsgericht geschützt, also rechtlich abgesegnet. Der fahle Beigeschmack bleibt aber trotzdem. Was Benno Joho von der Sicherheitsdirektion eigentlich immer wollte, war eine kleine Entschuldigung für die absichtlich oder unabsichtlich verspätete Rückgabe des Führerausweises. Eine solche Entschuldigung hat er nie erhalten, obwohl der Sicherheitsdirektor dies hätte tun können, ohne sein Gesicht zu verlieren. Es gibt dafür Musterbriefe, die – würden sie verwendet – wesentlich zur besseren Verständigung zwischen dem Staat und den Bürgern beitragen könnten. Aber es ist eben schwer, als Regierungsrat vom hohen Ross zu steigen und sich dem Bürger gegenüber wie ein Knecht zu benehmen. Das lernt man nicht bei Marx und Engels, nicht als gottloser Atheist und auch nicht, wenn man pro Forma aus Profilierungsgründen die eigens dafür gegründete Gesellschaft für ethische Fragen präsidiert.
(Der Vorsitzende unterbricht den Votanten und weist ihn auf Grund der Geschäftsordnung an, persönliche Angriffe zu unterlassen.)
Hans Durrer entschuldigt sich dafür. Es würde ihn freuen, wenn in Zukunft auch in Zug im Verkehr zwischen staatlichen Organen und Bürgern neben rechtlichen vermehrt auch menschliche Aspekte berücksichtigt würden. Aus diesem Grund empfiehlt er dem Regierungsrat, die neu geschaffene Ombudsstelle nicht mehr der Sicherheitsdirektion zu unterstellen, sondern einer verwaltungsunabhängigen Instanz, so z.B. der JPK oder einer noch zu schaffenden Kommission des Parlaments. Nur so wird die Ombudsstelle glaubwürdig, und der Votant hofft, dass dafür kein parlamentarischer Vorstoss notwendig sein wird. – Der Votant wird, obwohl er weiss, dass es nichts nützt, den Antrag der JPK nicht unterstützen und will damit ein Zeichen setzen für eine bessere Verständigung zwischen Bürger und Staat. Gerne hofft er, dass der eine und andere hier im Saal dies ebenfalls tun wird.

Andrea **Hodel** glaubt, dass der Rat ihr abnimmt, wenn sie für Regierungsrat Hanspeter Uster in die Bresche springt. Das tut sie ja bekanntlich nicht immer. Sie muss aber Hans Durrer entgegnen. Hätte er den Bericht der JPK wirklich gelesen, wäre in Ziff. 4 auf S. 8 zu lesen gewesen, dass ein Gespräch stattgefunden hat. Wenn jemand zuvorkommend behandelt worden ist, dann war es Benno Joho. Er wurde auch nie in irgend einer Form als Querulant abgetitelt. Wir haben in unserem Bericht aufgezeigt, wie viele Briefe gewechselt worden sind, wie oft man mit ihm das Gespräch gesucht hat. Dies nicht nur über das Direktionssekretariat, sondern auch von Hanspeter Uster persönlich. Von daher kann die Votantin die Ansicht, dass ein fahler Nachgeschmack zurückbleibe, überhaupt nicht tragen. Sie musste in der JPK einfach einmal mehr feststellen, dass wir mit Arbeiten belastet werden, die mit unserer eigentlichen Aufgabe nichts zu tun haben.

Hans **Durrer** möchte eine Korrektur anbringen. Auf S. 2 des Berichts der JPK steht wörtlich: «Auf Grund des klaren Sachverhaltes, der im Folgenden dargelegt wird, hat

die JPK auf eine Anhörung von Vertretern der Sicherheitsdirektion sowie von Herrn Benno Joho verzichtet.» Auf Grund dieser Aussage hat der Votant seinen Bericht mitverfasst. Also stimmt die Aussage von Andrea Hodel nicht, er nimmt aber zur Kenntnis, dass sie anfangs gesagt hat, es sei ein Fehler unterlaufen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** möchte das Votum von Hans Durrer nicht kommentieren, möchte auch keine Parteimeinung abgeben in dem Sinne, dass er, wie dieser Benno Joho vertritt, er das nun für die Sicherheitsdirektion tut. Er ist vielmehr sehr froh, dass die JPK sehr umfassend und seriös all diese Vorwürfe abgeklärt hat. Er möchte es dem Urteil des Rats überlassen, wie sich der Sachverhalt tatsächlich präsentiert. Er möchte aber für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Anspruch nehmen, dass gerade auch im Administrativverfahren im Strassenverkehrsrecht bürgerfreundlich und gut mit den Menschen umgegangen wird. Sie mögen jetzt lächeln, Herr Durrer; wären die Zustände so, wie Sie sie schildern, hätten wir bei den Hunderten von Verfahren, die wir jedes Jahr haben, Beschwerden und würden auch vor Verwaltungsgericht unterliegen. Zum Schluss eine Präzisierung betreffend des Vermittlers in Konfliktsituationen. Dieser ist *nicht* der Sicherheitsdirektion unterstellt, sondern dieser nur administrativ angegliedert. D.h. die Lohnzahlung läuft über die Sicherheitsdirektion. Der Vermittler in Konfliktsituationen ist nicht in Gebäuden der Sicherheitsdirektion und fachlich völlig unabhängig. Das haben wir immer gewollt und das will auch der Regierungsrat so.

➔ Der Rat beschliesst mit 65 : 2 Stimmen, der Aufsichtsbeschwerde von Benno Joho sei keine Folge zu leisten.

39 PETITION VON MATTHIAS KIEFFER BETREFFEND TOTALREVISION DER KANTONSVERFASSUNG

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1058.1 – 10989).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Kommission beantragt, der Petition sei Folge zu leisten und der Regierungsrat zu ersuchen, den Petitionär für eine Mitarbeit in der Arbeitsgruppe betreffend sprachliche Überarbeitung der Kantonsverfassung anzufragen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** möchte eine kurze Bemerkung zum weiteren Vorgehen machen. Die JPK spricht in Zitierung des Regierungsrats von einer Nachführung. Er möchte hier präzisieren, dass es nicht um eine Nachführung geht, wie sie auf Bundesebene vor einigen Jahren stattfand, sondern wirklich nur um eine rein sprachliche Redaktion. Wir rechnen mit einem redaktionellen Aufwand von rund 200 Arbeitsstunden. Und wir werden das im Rahmen ausführen, wie wir die Arbeiten im Zusammenhang mit den hängigen staatspolitischen Vorstössen ausführen. Mit einer

sehr kleinen, effizienten Arbeitsgruppe und mit der Beschäftigung eines Redaktors, der diese Arbeit vornimmt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

40 PETITION DER FAMILIE FANKHAUSER BETREFFEND HÄRTEBEITRAG FÜR DEN NEUBAU DES BAUERNHAUSES

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1081.1 – 11061).

Andrea **Hodel** spricht zum zweiten Mal zur Petition Fankhauser. Sie erlaubt sich, ganz kurz nochmals im Wesentlichen zwei Dinge festzuhalten.
Die JPK hat sowohl in der alten als auch in der neuen Zusammensetzung im Zusammenhang mit den beiden Petitionen Fankhauser die gesamten Aktenlage studiert. Daraus wurde im wesentlichen ein Zweifaches klar.
1. Den Kanton trifft im Zusammenhang mit dem Begehren um finanzielle Hilfe der Familie Fankhauser keine Pflicht zur Bezahlung eines Betrags an die Familie.
2. Damit stellte sich für die JPK die Frage, ob sich der Kanton Zug, allenfalls unter vorgängiger Rücksprache mit dem Elektrizitätswerk Zürich und der Gemeinde Baar, aus freien Stücken bereit erklären sollte, einen Betrag im Sinne eines Geschenks oder einer wohltätigen Zuwendung aus dem Überschuss an die Petitionärin zu bezahlen.
Die Justizprüfungskommission ist auf Grund des bereits mehrfach geschilderten Sachverhalts, aber insbesondere auch auf Grund des bisherigen Verhaltens der Familie Fankhauser, die alle Hilfsangebote seit langer Zeit immer wieder ablehnt, eine Hilfe letztendlich nicht annehmen will und schon gar nicht bereit ist, irgendwelche Bedingungen einzuhalten, zur Ansicht gelangt, dass der Kanton nicht ersucht werden soll, die Familie Fankhauser finanziell zu unterstützen. Auf die einzelnen Gründe wollte ich eigentlich nicht mehr eingehen, denn diese wurden sowohl im ersten als auch im heute vorliegenden Bericht zur zweiten Petition Fankhauser ausführlich dargelegt. Nachdem aber sowohl im Schreiben von Frau Fankhauser an alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte, das die Votantin leider nicht erhalten hat, und auch in den Medien und Leserbriefen hervorgeht, dass unser Bericht offensichtlich nicht gelesen wurde, nochmals einige Punkte:
1. Die Petitionärin hat bereits im Jahr 2001 alle Hilfsangebote für eine neue Wohnung gegenüber der Gemeinde Baar abgelehnt.
2. Mehrmals wurde auch durch Vermittlung des Kantons versucht, eine Mediation durchzuführen. Das EWZ war zu einem solchen Vorgehen bereit. Die Petitionärin lehnte entweder die Mediatoren oder die Mediationsbedingungen ab und liess alle Gespräche scheitern.
3. Insgesamt mindestens zwei Rechtsvertreter der Petitionäre wurden vom Kanton für ihre Aufwendungen zugunsten der Petitionäre bezahlt. Insbesondere wurde hier ja auch auf unseren Kollegen Heinz Tännler hingewiesen. Dieser war als Anwalt und nicht als Kantonsrat tätig. Er hat das Mandat schriftlich wieder abgelegt, nachdem ihm ein weiteres gemeinsames und einvernehmliches Vorgehen aussichtslos

erschien. Und eine Entbindung vom Amtsgeheimnis nützt heute nichts. Das Schreiben von Heinz Tännler, das dem offenen Brief der Familie Fankhauser beigelegt wurde, trägt zur Erklärung des Sachverhalts nichts bei.
4. Der Kantons liess auf eigene Kosten ein Wohnhaus planen, das Baukosten von 600'000 Franken bei zwei Wohnungen vorsah. Die Petitionärin lehnte diese Projekt ab, da es nicht ihrem Geschmack entsprach.
5. Das von der Petitionärin selber vorgelegte Projekt mit Baukosten von rund 1,3 Mio wurde vom Kanton und der Gemeinde Baar bewilligt. Dies in grosszügigster Auslegung des baurechtlichen Bestimmungen.
6. Der Kanton hat, wie vom KR im April 2002 erbeten, nochmals mit dem EWZ und Stadtrat Türler Verhandlungen über einen Beitrag erfolgreich geführt.
7. Das Angebot von 200'000 Franken, das zumindest einen Drittel der Baukosten des vom Kanton vorgeschlagenen Wohnhauses gedeckt hätte, wurde abgelehnt.
8. Die JPK wollte sich selber nochmals um Verhandlungen mit Kanton, Gemeinde Baar und dem EWZ bemühen, verlangte jedoch die zwingend notwendige Entbindung vom Amtsgeheimnis gegenüber dem EWZ. Dies wurde von der Petitionärin abgelehnt. Auch ist einsichtig, dass die JPK sich nur einsetzten wollte, wenn ein auch finanziell tragbares Projekt verfolgt würde. Auch diese Beschränkung auf das günstigere Projekt lehnte die Petitionärin ab.
9. Der Kanton kann sich nur einsetzen, wenn ein Mindestmass an gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Kompromissbereitschaft vorhanden ist. Dies ist offensichtlich nicht der Fall. Uns sind damit die Hände gebunden. Denn wir haben mit den öffentlichen Gelder auch eine Verantwortung gegenüber anderen Einwohnerinnen und Einwohnern wahrzunehmen, denen es auch gerade in der heutigen schwierigen Zeit nicht gut geht und welchen wir auch nicht jede Forderung erfüllen können.
10. Nochmals: das Sozialhilfegesetz gibt auch den Petitionären eine Garantie für eine staatliche Hilfe im täglichen Leben. Sie muss aber angenommen werden.
Vielleicht noch etwas zur Präzisierung des Berichts. Sowohl im ersten Bericht als auch heute im zweiten Bericht wurde unter Buchstabe J auf ein Rechtsgutachten Bitzi hingewiesen. Hier ist festzuhalten, dass Herr Bitzi nie im Auftrag der Familie Fankhauser tätig war, sondern für die Gemeinde Baar mit einem Gutachterauftrag betraut worden ist, wobei es in diesem Gutachterauftrag vor allem um Fragen im Zusammenhang mit der Bewilligung von Hochspannungsleitungen ging und die zivilrechtliche Frage nur noch am Rande geprüft wurde. Ob dieses Gutachten in seinen Schlüssen richtig ist oder nicht, kann und will die JPK – dies hat sie ebenfalls bereits mehrfach erwähnt – nicht beurteilen. So sicher wie es Anwälte gibt ist jedoch, dass es verschiedene Ansichten auch zur Frage der Bewilligungspflicht und zur Frage der zivilrechtlichen Rechtmässigkeit von Durchleitungsverträgen gibt. Zu diesem Punkt ist noch zu sagen, dass es, wie Ihnen selbstverständlich bewusst ist, nicht angehen kann, dass wir dem Kantonsrat nicht angehörige Personen zu Kantonsratssitzungen einladen und diese an Kantonsratssitzungen Stellung nehmen können. Auch diesem Antrag der Petitionäre konnten wir deshalb nicht Folge leisten.
Abschliessend zusammengefasst und mit diesen Präzisierungen ersucht die Vizepräsidentin der JPK den Rat nochmals, von der Petitionsantwort Kenntnis zu nehmen und ihr nicht Folge zu leisten, wobei sie den Antrag stellt, die Abstimmung geheim durchzuführen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass es für die geheime Abstimmung 20 Stimmen des Rats braucht.

➔ Der Vorsitzende stellt fest, dass das Quorum von 20 Stimmen erreicht ist.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 72, eingegangene Stimmzettel 72, Ja 68, Nein 3, leer 1.

➔ Der Rat schliesst sich mit 72 : 3 Stimmen dem Antrag der Justizprüfungskommission an, der Petition nicht Folge zu leisten.

41 MOTION VON KONRAD STUDERUS, BRUNO PEZZATTI UND ROSEMARIE FÄHNDRICH BURGER FÜR EINEN VERNÜNFTIGEN UND GERECHTEN FINANZAUSGLEICH UNTER DEN KATHOLISCHEN KIRCHGEMEINDEN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 916.2 – 11047).

Bruno **Pezzatti** dankt der Regierung für die Beantwortung der Motion, welche – und dies möchte er gleich zu Beginn festhalten – seinerzeit von 41 Kantonsrätinnen und Kantonsräten, d.h. von mehr als der Hälfte des Kantonsrats, eingegeben wurde. Auch wenn er mit einzelnen Begründungen der regierungsrätlichen Antwort nicht einverstanden ist, kann er sich mit dem Antrag auf Teilerheblicherklärung der Motion einverstanden erklären.
Zur Begründung im Bericht und Antrag der Regierung. Der Finanzausgleich unter den kath. Kirchgemeinden funktioniert nicht zufriedenstellend. So betrug der Unterschied im Jahre 2002 zwischen dem tiefsten gemeindlichen Steuerfuss von 9,9 % und dem höchsten von 15 % immer noch rund 50 %. Im Vergleich dazu betrug die grösste Differenz bei den Steuern der Einwohnergemeinden im letzten Jahr nur rund 20 %. Es kann somit in keiner Weise davon gesprochen werden, dass der Finanzausgleich unter den katholischen Kirchgemeinden gewährleistet ist. Die Differenzen der Steuerbelastungen sind immer noch viel zu gross, trotz den seinerzeitigen Beteuerungen, dass das vom Verein der katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug (VKKZ) geschaffene neue Steuerausgleichsreglement für einen wirksamen Steuerausgleich sorgen wird. Es hat sich gezeigt, dass der Steuerausgleich unter der Federführung der beauftragten VKKZ nicht im erforderlichen Ausmass verstärkt wird. Der von uns Motionären verlangte effizientere Steuerausgleich ist deshalb bei Weitem noch nicht erreicht, wie dies übrigens auch die Regierung selbst feststellt.
Der Regierungsrat kritisiert in seiner Stellungnahme die im Motionsauftrag enthaltene Zielsetzung, wonach die steuerlichen Belastungsunterschiede zwischen den kath. Kirchgemeinden völlig aufzuheben bzw. auf eine Bandbreite von maximal 10 bis 20 % zu begrenzen sind. Beim Motionsauftrag handelt es sich – wie wir dies bei der Eingabe klar zum Ausdruck gebracht haben – aber nicht um einen konkreten Vorschlag zur Ausgestaltung des künftigen Steuerausgleichsreglements. Im Gegenteil,

wir wollten mit unserer bewusst breit gehaltenen Zielvorgabe der Regierung einen möglichst grossen Spielraum für eine zweckmässige Gesetzesvorlage geben. Der Votant persönlich will selbstverständlich keine materielle Steuerharmonisierung, er will auch nicht die Abschaffung der Autonomie der kath. Kirchgemeinden. Nur, der uns Motionären indirekt gemachte Vorwurf, dass wir mit unseren Anliegen der materiellen Steuerharmonisierung auf nationaler Ebene Vorschub leisten, ist absurd. Wenn dem so wäre, so müsste ja auch die reformierte Kirche, welche bekanntlich im ganzen Kanton einen einheitlichen Steuerfuss anwendet, bzw. deren Mitglieder, ebenfalls als Befürworter des materiellen Steuerausgleichs bezeichnet werden. Diese Schlussfolgerung bzw. Unterstellung an die Adresse der Mitglieder der reformierten Kirche wäre ebenso unsinnig.
Bruno Pezzatti ist auf der anderen Seite mit der Regierung in dem Punkt einverstanden, dass beim Steuerausgleich der kath. Kirchgemeinden tatsächlich Handlungsbedarf besteht und dass – basierend auf der Gesetzesvorlage vom Juli 2000 – ein übergeordnetes Rahmengesetz für den Steuerausgleich geschaffen werden muss. Dabei sind bei der Alimentierung des Ausgleichsfonds als Zielvorgabe nicht wie heute mindestens 18 %, sondern mindestens 22 % des Ertrags der Kirchensteuern der juristischen Personen für den Steuerausgleich zur Verfügung zu stellen. Diese 22 % sind von der Regierung bekanntlich schon früher einmal in einem ersten Entwurf vorgeschlagen worden. Ebenso sind die Steuerkraft als massgeblicher Anhaltspunkt für die Bezugsberechtigung sowie die Kriterien für die Berechnung der Ausgleichsleistungen direkt im Gesetz zu verankern. Die Schaffung eines solchen Rahmengesetzes würde den einzelnen kath. Kirchgemeinden immer noch genügend Freiraum für die konkrete Ausgestaltung des Steuerausgleichs geben.
Die Schaffung eines Rahmengesetzes für den Steuerausgleich sollte vor allem von all denjenigen Kräften im Rat unterstützt werden, welche sich generell für möglichst tiefe Kirchensteuern und für eine möglichst tiefe Gesamtsteuerbelastung in unserem Kanton einsetzen. Dabei sind darin im Interesse der erwähnten tiefen Kirchensteuern auch gezieltere Vorgaben als heute betreffend den haushälterischen Umgang mit den Steuergeldern einzubauen. Mit entsprechenden Eckdaten ist zu verhindern, dass Kirchensteuern auf Vorrat erhoben werden. Anderseits sind Anreize für die Festlegung von tiefstmöglichen gemeindlichen Steuerfüssen einzubauen. Die Steuerfüsse sind so festzulegen, dass die eingezogenen Steuern nur die Finanzierung der wirklich notwendigen Investitionen und der Kernaufgaben der Kirchgemeinden, d.h. vor allem die Seelsorge, decken. Investitionen in grössere Wohnüberbauungen gehören dabei – um nur ein Beispiel zu geben – nicht zu den Kernaufgaben der Kirchgemeinden.
Zusammenfassend hält der Votant fest, dass beim Steuerausgleich unter den kath. Kirchgemeinden heute, genau so wie vor vier Jahren, Handlungsbedarf besteht. Wie einleitend festgestellt, kann er sich mit der Teilerheblicherklärung der Motion im Sinne seiner Darlegungen einverstanden erklären.

Rosemarie **Fähndrich Burger**: Ein revolutionärer Schritt sei der Hauptantrag unserer Motion, schrieb die Neue Zuger Zeitung als Kommentar zur Forderung der Motion nach Aufhebung der steuerlichen Belastungsunterschiede zwischen den katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug. Und die Votantin fügt aus ihrer Sicht hinzu: Ein solidarischer, gerechter, aus dem christlichen Gedankengut heraus entstandener Schritt.

Für die AF ist klar, dass der Hauptantrag der Motion die beste Lösung ist. Die Regierung hingegen schreibt dazu, dass der Steuerwettbewerb unter den Kirchgemeinden bestehen bleiben müsse. Für uns ist dieser Gedanke nicht nachvollziehbar. Denn hinter jeder Kirchgemeinde stehen bekanntlich eine oder mehrere Pfarreien, welche sich auf die Botschaft Jesu berufen und dessen Vorbild ihre Angehörigen nachfolgen. Die Botschaft Jesu geht von einer solidarischen Gesellschaft aus. Hier also von Steuerwettbewerb zu sprechen, empfinden wir als völlig falsch. Vor eineinhalb Jahren, als das Gesetz für einen Finanzausgleich unter den katholischen Kirchgemeinden zur Debatte stand, haben sich allen voran Exponenten der Stadt Zug enorm gegen einen Finanzausgleich, der diesen Namen verdient, gewehrt. Vielleicht hat es die Bedenkfrist seit April 2001 gebraucht, damit der Kanton nun doch noch sagen kann, wie die künftige Steuergerechtigkeit in den katholischen Kirchgemeinden auszusehen hat.
Im Sinne eines Kompromisses beantragt die AF, die Motion im Sinne des Eventualantrags erheblich zu erklären, nämlich «die Begrenzung der steuerlichen Belastungsunterschiede zwischen den einzelnen katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug sei auf eine Bandbreite von maximal 10 bis 20 % festzulegen.» Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Vreni **Sidler** weist darauf hin, dass eine Steuerharmonisierung kein geeignetes Mittel ist, um Steuern optimal zu erheben und zu verwenden. Gegen eine Steuerharmonisierung wehrt sich der Kanton Zug im schweizerischen Umfeld und es stünde dem Kanton Zug schlecht an, wenn sein Parlament die katholischen Kirchgemeinden zu einer Steuerharmonisierung zwingen würde. Eine Steuerharmonisierung für die Kirchgemeinden ist abzulehnen.
Bereits vor zwei Jahren war die Zielsetzung des neuen Gesetzes klar:
• Eine weitere Angleichung der Steuersätze ist zu begrüssen.
• Die Wahrung der Autonomie der kath. Kirchgemeinden ist ein wichtiges Anliegen.
Die Vereinigung kath. Kirchgemeinden VKKZ hat in der Zwischenzeit ihre Arbeit getan. Die Steuersätze haben sich in der Zeit von 1999 bis 2002 wiederum um 2 % gesenkt und der Anteil der Steuern von juristischen Personen, welche in den Steuerausgleich fliessen, wurde von 18 % auf 19 % erhöht. Die VKKZ kann den Prozentsatz alle vier Jahre neu festlegen im Bereich der variablen Vorgabe von 15 bis 30 %. Diese Vorgabe nach dem alten Gesetz ist immer noch gültig. Dass diese Variable wichtig ist, sehen wir gerade bei der heutigen Diskussion. Vor 3 ½ Jahren standen 18 % zur Diskussion, der Kanton will 20 % und Bruno Pezzatti möchte jetzt 22 %. Nach den vielen öffentlichen Diskussionen ist sich die VKKZ auch bewusst, dass nicht die Herabsetzung sondern vielmehr die Erhöhung des Beitrags in den Steuerausgleich im christlichen Sinne ist.
Deshalb ersuche ich Sie, auch für die Mehrheit der FDP Fraktion, die Motion nicht erheblich zu erklären und auch den Antrag der Regierung abzulehnen.

Eugen **Meienberg** kann dem Rat als Sprecher der CVP-Fraktion mitteilen, dass sich die Stimmen in der Fraktion in etwa die Waage halten zwischen Erheblicherklärung und Plädieren für Teilerheblichkeit. Die Meinungen sind also geteilt, ob per Gesetz auf das geliehene Recht auf Erhebung von Steuern vermehrt Einfluss genommen werden soll oder die Angelegenheit für den Finanzausgleich unter den katholischen

Kirchgemeinden bei der VKKZ belassen werden soll. Deshalb nun einige persönliche Anmerkungen zu diesem Thema.
Der Unterschied vom höchsten zum tiefsten Steuersatz ist kontinuierlich heruntergekommen. Mit 50 % Unterschied ist er aber aus Sicht des Votanten immer noch zu hoch. Mit der Teilerheblicherklärung geben wir den Auftrag zu einer Gesetzesanpassung. Es soll ein Rahmengesetz geschaffen werden, welche eine bessere Annährung der Steuersätze möglich macht. Eugen Meienberg würde es gerne sehen, wenn mindestens 22 % des Ertrags der Kirchensteuern der juristischen Personen für den Steuerausgleich zur Verfügung stehen würden.
Es ist verständlich, aber trotzdem bedauerlich, dass im Bericht der Regierung überhaupt keine Überlegungen zum Fragenkomplex «Kirchensteuern und NFA» gemacht wurden. Ein vernünftiger und gerechter Finanzausgleich unter den kath. Kirchgemeinden ist auch im Hinblick auf den NFA von Bedeutung. Denn für einen attraktiven Standort Zug ist die steuerliche Gesamtbelastung entscheidend. Die kath. Kirchensteuer macht heute je nach Kirchgemeinde einen Anteil von ca. 12 bis 18 % der Kantonssteuern aus. Die Kirchensteuern sind deshalb als ein Element der steuerlichen Gesamtbelastung im Kanton Zug nicht zu vernachlässigen.
Die Motion wurde vor mehr als 1½ Jahren eingereicht und von 41 Kantonsrätinnen und -räten aus allen Fraktionen unterschrieben. Dies allein zeigt, dass Handlungsbedarf gegeben ist. Mit dem Antrag der Regierung auf Teilerheblicherklärung erfüllt man zumindest einen ersten Schritt im Hinblick auf ein gerechteres Finanzausgleichssystem bei den kath. Kirchgemeinden.

Hans **Durrer** hält fest, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich beschlossen hat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen. Wir sind aber erstaunt, dass in Zug die Vertreter der kath. Kirchgemeinden nicht in der Lage waren, unter sich selbst eine befriedigende Lösung zu finden, wie dies bei den evangelischen Kirchgemeinden der Fall ist. Offenbar fällt es diesen Vertretern leichter, Solidarität, Bescheidenheit und Gerechtigkeit zu predigen – z.B. in kürzlich erschienen Leserbriefen –, als sie selbst zu verwirklichen. Ein Ruhmesblatt ist diese Gesetzesvorlage für die Vertreter der kath. Kirchgemeinden nicht. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es in Zukunft nicht angebracht wäre, die Bandbreite der Kirchensteuer der Zuger kath. Kirchgemeinden von derzeit 10 bis 15 % nach unten zu verlegen. Die Aufgabe der kath. Kirche ist nämlich, die Botschaft Gottes zu verkünden und nicht überflüssige Liquidität in Immobilien und andere Kapitalanlagen zu investieren. Konrad Studerus, der heute nicht anwesend ist, teilt die Meinung des Votanten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin**: Sie haben mit einer gewichtigen Motion – haben doch 41 Kantonsräte unterschrieben – den Regierungsrat beauftragt, in diesem Bereich aktiv zu werden und die steuerlichen Belastungsunterschiede zwischen den kath. Kirchgemeinden auszugleichen. Der Regierungsrat ist nicht darauf eingetreten, er kann das nicht. Der Votant muss hier gewisse Unterschiede erläutern. Wir haben elf kath. Kirchgemeinden. Diese sind autonom in der Steuererhebung, sie können ihre finanziellen Mittel so einsetzen, wie sie wollen, und wir haben dann eben eine evangelische Kirchgemeinde. Die ist ebenfalls autonom und kann im ganzen Kanton ihre Steuern festsetzen. Von daher sehen Sie: Die evangelische Kirchgemeinde beschliesst für den ganzen Kanton und bei der kath. Kirchgemeinde beschliesst jede

Gemeinde separat. Es wäre aber falsch zu sagen, der Verein der kath. Kirchgemeinden habe seine Aufgabe nicht gut gemacht. Im Gegenteil: 1971 war der Unterschied vom tiefsten zum höchsten Steuerfuss 24 Prozentpunkte; im Jahr 2002 waren es 5,1 %. Die Unterschiede sind also kleiner geworden. Man kommt sich christlich auch näher und der Ausgleich funktioniert ziemlich gut. Und wie der Finanzdirektor kürzlich in einem Schreiben vom VKKZ erfahren hat, ist die Zusammenarbeit auch in Zukunft nicht schlecht. Trotzdem beantragt die Regierung, die Motion teilerheblich zu erklären und Ihnen in der Vorlage, wie das der Regierungsrat schon einmal vorgeschlagen hat, stattzugeben, damit er die entsprechende Gesetzgebungstätigkeit aufnehmen kann.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass drei Hauptanträge vorliegen. Der Antrag des Regierungsrats, den Antrag der FDP auf Nichterheblicherklärung und den Antrag von Rosemarie Fähndrich Burger, die Belastung sei auf eine Bandbreite von maximal 10 bis 20 % festzulegen. Aber zuerst bereinigen wir den Antrag von Bruno Pezzatti, den man im Anhang der Vorlage (Gesetz über den Steuerausgleich unter den katholischen Kirchgemeinden) unter § 2 findet, wo es heisst: «Der Steuerausgleich wird durch jährliche Beiträge der katholischen Kirchgemeinden von mindestens 20 Prozent es Ertrages der Kirchensteuern der juristischen Personen finanziert.» Bruno Pezzatti beantragt, dort statt 20 neu 22 % festzulegen. Darüber wird nun als erstes abgestimmt.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Pezzatti mit 37 : 23 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass bei drei Hauptanträgen nach § 61 der GO vorgegangen wird. Sie können nur für einen der drei Hauptanträge stimmen. Der erste Antrag ist der des Regierungsrats für Teilerheblicherklärung. Der zweite jener der FDP auf Nichterheblicherklärung. Und der dritte jener von Rosemarie Fähndrich Burger mit der Bandbreite von maximal 10 bis 20 %.

➔ Der Antrag des Regierungsrats erhält 22 Stimmen, der Antrag der FDP 29 Stimmen und der Antrag von Rosemarie Fähndrich Burger 12 Stimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun die beiden Anträge mit dem kleineren Resultat einander gegenüber gestellt werden, der Antrag der Regierung und jener von Rosemarie Fähndrich Burger.

➔ Der Rat gibt mit 41 : 13 Stimmen dem Antrag der Regierung den Vorzug.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun noch der Antrag der Regierung auf Teilerheblicherklärung jenem der FDP auf Nichterheblicherklärung gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat schliesst sich mit 40 : 27 Stimmen dem Antrag der Regierung an. Das Geschäft ist erledigt.

42 MOTION VON HEINZ TÄNNLER UND HANS DURRER BETREFFEND BEURKUNDUNGSKOMPETENZ FÜR NOTARE UND DAS GRUNDBUCHAMT

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 939.2 – 11044).

Heinz **Tännler** möchte dem Regierungsrat für den sehr ausführlichen und interessanten Bericht danken. Zusätzlich möchte er noch einige Bemerkungen anbringen. Er glaubt, dass wir im Kanton Zug wirklich einen Handlungsbedarf haben. Es ist eine Notwendigkeit, die Beurkundungskompetenz zu erweitern. Der Handlungsbedarf ist deshalb vorhanden, weil die Nachfrage für Beurkundungen innert nützlicher Frist – besonders bei sachenrechtlichen Geschäften – im Kanton Zug gross ist. Und damit macht der Votant keinen Vorwurf an die Gemeinden, dass diese nicht speditiv arbeiten. Es ist vielmehr eine Frage der Überlastung. Gerade in sachenrechtlichen Geschäften haben wir im Kanton Zug zu lange «Lieferfristen». Es ist nicht immer einfach, Termine zur Beurkundung innert einer nützlichen Frist auf der Gemeinde zu erhalten. Es sind Engpässe vorhanden. Das zeigt auch der Umstand, dass wir in vielen Gemeinden ausserordentliche Gemeindeschreiber-Stellvertretungen haben. Das hat verschiedene Gründe. Aber ein Grund ist sicher auch die Überlastung. Wir haben z.B. dann auch Schwierigkeiten, sogenannte Blitzgeschäfte abzuwickeln. Das ist fast nicht mehr möglich. Darum braucht es eine Öffnung, damit das Publikum ohne zu grosse Wartefristen mehr Möglichkeiten hat für die Beurkundungen in sachenrechtlichen Geschäften. Damit schaffen wir die Möglichkeit für eine sachgerechte Beurkundung. Die Voraussetzungen zu schaffen für Urkundspersonen mit vollumfänglicher Beurkundungskompetenz ist somit sinnvoll. Dies aber unter den vom Regierungsrat vorgeschlagenen strengen Rahmenbedingungen. Heinz Tännler hofft auf Zustimmung des Rats.

➔ Die Motion wird im Sinne von Ziff. 5 des Berichts erheblich erklärt.

43 MOTION VON HEINZ TÄNNLER UND DANIEL GRUNDER BETREFFEND TOTALREVISION DES GESETZES ÜBER DEN GEBÜHRENTARIF IM GRUNDBUCHWESEN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 946.2 – 11043).

Heinz **Tännler** dankt dem Regierungsrat für Bericht und Antrag, dem er im Sinne der Ausführungen grundsätzlich zustimmen kann. Er hat im Vorfeld gehört, das sei gar kein liberaler Vorstoss. Er möchte gerade deshalb einige Ausführungen machen. Es ist Folgendes vor Augen zu führen: Im Grundbuchbereich haben wir heute staatliche Dienstleistungen, die unentgeltlich erbracht werden. Das ist nicht willentlich so, sondern es fehlt schlicht die gesetzliche Grundlage. Einige Beispiel in diesem Zusammenhang. Sämtliche Vorprüfungen, z.B. auch beim Handelsregisteramt, sind gratis. Die komplexesten Geschäfte kann man vorprüfen lassen, ohne einen Franken bezahlen zu müssen. Juristische Beratungen, die ganze Grundbuchbereinigung sind

gratis und franko. Einsichtnahmen, Auskünfte usw.. Und dies ist ein erheblicher Teil, der auch Zeit in Anspruch nimmt. Der Tarif stammt aus dem Jahre 1980. 23 Jahre sind vergangen und da verändert sich viel. Und schon deshalb ist die Anpassung insofern notwendig, als mit der Revision diese unentgeltlichen Dienstleistungen aufwandgerecht erschlossen werden. Durch diese Erschliessung werden Mittel geschaffen. Der Votant gibt zu, dass die Motion vielleicht etwas schlecht formuliert gewesen ist. Gewisse Positionen im Tarif, vor allem diejenigen, die Gemengsteuercharakter haben, können dadurch nach unten angepasst bzw. privilegiert werden. Man kann also kompensieren. Es geht nicht darum, Mehreinnahmen für den Staat zu schaffen, sondern mit der Erschliessung eine Gebührenprivilegierung nach unten zu erreichen, zu optimieren. Mit anderen Worten: Überall dort, wo in der Gebühr auch eine Gemengsteuer enthalten ist, könnte auf Grund neuer Einnahmen durch die Erschliessung die Senkung des Gemengsteuersatzes in Betracht gezogen werden. Kurz ein Beispiel: Schuldbrieferrichtung. Die Gebühr für den Grundbucheintrag beträgt 3 Promille der Pfandsumme. Bei 100'000 Franken sind dies 300 Franken. Das ist aufwandgerecht. Nehmen wir jetzt 800'000 Franken. Eine Errichtung kostet dort 2'400 Franken und das ist weit über dem Aufwand. Dieser ist nämlich der selbe wie bei 100'000 Franken. Demzufolge liegt darin ein Steueranteil von ca. 2‘100 Franken. Und diese Gemengsteuer soll man reduzieren. Da kann man z.B. einen Maximalbetrag festlegen, wenn wir ja auf der anderen Seite Mittel schaffen.
Noch etwas zur Praktikabilität. Der heutige Gebührentarif ist in Anwendung und Umsetzung zu kompliziert. Wir der Gebührentarif revidiert, so ist er so anzulegen, dass er praktikabler in der Anwendung und auch in der Umsetzung ist. Zeiteinsparungen und damit zusätzliche Kapazität und noch bessere Qualität können somit erbracht werden. Auch hier ein Beispiel. Gemäss § 5 im Tarif gibt es im Handänderungsbereich privilegierte Tatbestände, welche nicht klar und eindeutig umschrieben sind. In diesem Zusammenhang gibt es vielfach Unklarheit, was unter diese Privilegierungstatbestände fällt oder nicht. Das führt zu letztlich unnötigem Abklärungsbedarf und -aufwand und letztlich zu kosten- und zeitintensiven Beschwerdefällen.
Noch etwas zu den Fristen. Der Regierungsrat führt aus, die Motion verlange, dass die Vorlage innert sechs Monaten seit der Überweisung dem Kantonsrat vorgelegt werde, bis Ende März 2003. Dies sei faktisch nicht möglich, weil es sich um eine anspruchsvolle Materie handelt, deren Regelung Zeit braucht. Der Votant möchte darauf hinweisen, dass viele Vorarbeiten gemacht worden sind. Wir haben ein Thesenpapier der Sicherheitsdirektion zum Thema Totalrevision vom 23. März 1994. Dann eine überarbeitete Version vom Juni 1996. Dann im Mai 2001 ein weiteres Thesenpapier mit Grundsatzfragen. Und im Juni 2001 den Vorentscheid des Regierungsrats. Vor diesem Hintergrund erwartet Heinz Tännler nun eine zügige Bearbeitung, wie es auch der Regierungsrat in Aussicht stellt.
Da der Votant mit der Eingabe bezwecken wollte, eine Gebührenoptimierung nach unten zu erreichen, liegt es ihm daran, dass dieser Gesetzesentwurf nun schnellstens vorgelegt wird. Ansonsten werden nämlich für viele Tatbestände wie bisher auch weiterhin überhöhte Gebühren erhoben, was letztlich zu nicht gerechtfertigten Mehreinnahmen führt. Vor diesem liberalen Hintergrund bittet er um Zustimmung zu dieser Motion.

Jacques-Armand **Clerc** hält fest, dass Mehrheit der CVP-Fraktion gegen die Erheblicherklärung der Motion ist. Das hat verschiedene Beweggründe. Der Motionär hat

vorher seine juristischen Gesichtpunkte kundgetan. Der Votant sieht diese Punkte von einer anderen Warte. Wir sind in erster Linie gegen Staatsabgaben und für eine gute Mittelstandspolitik. Wir sind gegen indirekte Mehrbelastung der Mieter oder Käufer. Wir sind für eine gesunde Wirtschaft. Der Inhalt dieser Motion hat in etwa die gleiche Auswirkung wie die Erhöhung von Lohnnebenkosten beim Salär oder die Einschränkung der Rentabilität von Liegenschaften. Wer die Zeche dann bezahlen muss, wenn die Entstehungs- oder Handlungskosten steigen, wird allen klar sein. Es ist entweder der Mittelständler, der eine Wohnung oder ein Haus kaufen will, oder der institutionelle Anleger, der sie aber postwendend auf den Mieter abwälzen wird. Es ist eine falsche Motion zu dieser wirtschaftlichen Zeit. Es wäre grundsätzlich falsch, jetzt die Baunebenkosten (im Baukostenplan Nr. 5 werden sie aufgelistet) nochmals in die Höhe zu treiben. Wenn man bedenkt, dass diese Kosten heute im Vergleich zu den totalen Anlagekosten einer Liegenschaft bereits 17 bis 20 % des Werts ausmachen. Und gerade diesen Posten, der ja keine materiellen Gegenwert leistet, sondern aus Gebühren, Bewilligungen, Versicherungen, Verschreibungskosten etc. besteht, sollte man nicht in die Höhe treiben. Um eine Grössenordnung zu zeigen: Bei einer Wohneinheit beträgt das heute schon zwischen 60‘ und 80'000 Franken. Dies ist für den Votanten unverständlich. Zudem führen die Motionäre auf, dass in anderen Kantonen mehr Geld für Verschreibungen zur Verfügung steht. Dies mag vielleicht zutreffen, aber sicher nicht unter dem Strich. Denn es ist ja ein prozentuales Einnehmen, das sich auf den Wert bezieht. Und da ist klar, dass im Jura für 250'000 Franken x Prozente eine andere Summe ergeben als für 1,2 Mio in Zug 0,8 %. In diesen 0,8 % sind auch noch die Gemeindegebühren inbegriffen. Bei diesen wäre abzuklären, ob sie in den Beispielen der Motion auch enthalten sind. Also ist es ungewiss, ob Mehraufwendungen überhaupt stattfinden, wie das in der Motion behauptet wird. In letzter Zeit bestand mit der Einführung eines Computersystems im Grundbuchamt eventuell ein Engpass. Aber dadurch wird jetzt die Arbeit sowieso vereinfacht und es ist unbestritten, dass es immer wieder komplizierte Fälle geben wird, die vermehrt Arbeit benötigen. Jacques-Armand Clerc bittet den Rat daher, diese Motion nicht erheblich zu erklären.

Peter **Dür** hält fest, dass die FDP-Fraktion dem Bericht und Antrag des Regierungsrats mit Erstaunen folgende Zitate der Motionäre entnehmen konnte: «Ein Vergleich mit den Gebührentarifen anderer Kantone zeigt, dass die im Kanton Zug erhobenen Gebühren zu tief angesetzt sind. Es ist angezeigt, die Tarife bzw. Gebühren einer generellen Überprüfung zu unterziehen und entsprechend nach oben anzupassen. Die heutige Tarifregelung führt dazu, das der Kanton Zug wesentliche Einnahmequellen unnötigerweise versickern lässt».
Gebühren und Tarife sind nichts anderes als indirekte Steuern. Der Votant fragt sich wirklich, ob die Motionäre mit ihrem Vorstoss eine Erhöhung der indirekten Steuern beabsichtigt haben? Offizielle Statistiken zeigen, dass die Quote aller Steuern, Abgaben und Gebühren in der Schweiz von 1990 bis 2000 von 40 auf 46 % des Bruttoinlandproduktes angestiegen sind. Dabei konnte in zehn Jahren ein Anstieg der Gebühren um 4,7 Milliarden Franken verzeichnet werden. Durch regelmässige, diskrete Anpassung der Gebühren bei Bund, Kantonen und Gemeinden stieg deren Anteil von 16,9 auf 19,3 % der gesamten Steuereinnahmen. Die Statistiken zeigen damit, dass der Bund, aber auch die Kantone über indirekte Steuern die Staatsquote erhöht haben.

Zur Standort-Attraktivität gehören nicht nur tiefe direkte Steuern, sondern auch moderate Gebühren und Tarife für qualitativ hochstehende Dienstleistungen. Wer unsere Standort-Attraktivität hochhalten wird, erhöht keine Gebühren. Ein funktionierender Wohnungs- und Bodenmarkt basiert unter anderem darauf, dass die Handänderungsgebühren nicht prohibitiv hoch sind und damit den Markt blockieren. Man kann nicht auf der einen Seite Wohnbauförderung betreiben und andererseits ein Anheben der Grundbuch-Gebühren erwägen.
Zusammenfassend ist es zu begrüssen, dass mit einer Gebührenrevision Unklarheiten bei der Tarifierung behoben werden, Gebühren vereinheitlicht und klar definiert werden. Dies ist kundenfreundlich. Peter Dür möchte aber der Regierung dringend davon abraten, die Gebühren und Tarife unnötig anzuheben. Ohne Kompensation über eine Reduktion der direkten Steuern ist ein weiteres Anheben von indirekten Steuern, wie sie Gebühren und Tarifen darstellen, inakzeptabel. Die Staatsquote darf nicht weiter ansteigen, sie muss gesenkt werden.

Vreni **Wicky** ist es nicht klar, ob die Motionäre mit der Totalrevision eine Gebührenerhöhung wollen oder eine Senkung.

Heinz **Tännler** kann mit dem Votum von Peter Dür absolut übereinstimmen. Er hat einleitend gesagt, dass die Motion für einen Juristen wie ihn etwas schlecht formuliert ist. Das gibt er offen zu. Die Totalrevision ist im Gange und kommt ohnehin. Die Meinung von uns Motionären war, dass es viele staatlichen Dienstleistungen im Grundbuchwesen gibt, die nicht abgedeckt sind. Auf der anderen Seite ist aber für den Votanten klar, dass man mit den Gebühren, die Gemengsteuer-Charakter haben, sicher nach unten muss. Er hat auch ein Beispiel angeführt, in dem Sinne, dass unter dem Strich keine Gebührenerhöhung vorliegen soll.

Leo **Granziol** darf zumindest für einen Teil der CVP-Fraktion die abgegebene Meinung korrigieren. Wir waren effektiv der Ansicht, dass die Motion zu einer Revision führen soll, welche die Gebühren erhöht, statt sie zu senken. Wenn jetzt die Absicht dahinter steht, die Gebühren zu senken, wird das von einem Teil der CVP ebenfalls unterstützt, wie das die FDP auch macht. Wir sind der Ansicht, dass die Gebühren an und für sich genügend hoch sind. Sie decken auch die Kosten. Weiter ist festzuhalten, dass die Gebühren im Prinzip bereits massiv gestiegen sind. Nämlich indirekt über die sich vervielfachenden Preise auf dem Liegenschafts- und dem Wohnungsmarkt. Da zahlen Sie nämlich für eine gleiche Wohnung wie vor 20 Jahren heute das Vierfache an Gebühren, nur weil eben der Kaufpreis gestiegen ist. Und ohne dass das Grundbuchamt oder irgendwer, der am Kauf von Amtsseite her teilnimmt, irgend einen Finger mehr rührt für die Sache. Deshalb scheinen uns die Gebühren wirklich bereits genügend hoch. Wir würden das begrüssen, möchten aber die Regierung auffordern, eine entsprechende Vorlage zu bringen. Man muss ja auch den Mechanismus sehen. Die Regierung muss eine Gesetzesvorlage bringen. Dann kommt es in eine Kommission. Und der Votant hat dann eigentlich Vertrauen, dass Kommissionsmitglieder das entsprechend behandeln werden im Sinne der Motionäre und hier der Mehrheit, dass die Gebühren gesenkt werden.

Gregor **Kupper** ist der Meinung, es gehe nicht so. Wir haben eine Motion vor uns, wo Heinz Tännler ganz klar sagt, dass die Tarife nach oben anzupassen sind. Jetzt kommt eine mündliche Begründung, bei der man das zurücknimmt und sagt: Nein, es soll eigentlich keine Erhöhung sein, es soll nach unten gehen. Dem Votanten ist dieses Spiel zu heiss. Die Regierung erhält da einen anderen Auftrag. Er plädiert ganz klar dafür, die Motion nicht erheblich zu erklären. Wenn das noch einmal überarbeitet werden soll, erwartet er eine neue Motion.

Die Direktorin des Innern, Brigitte **Profos**, weist darauf hin, dass die laufende Totalrevision des Grundbuchgebührentarifs notwendig ist. Darüber sind wir uns alle einig. Und zwar aus materiellen wie auch formellen Gründen. Die Überprüfung und Anwendung in der Praxis zeigt insbesondere bei Handänderungsgebühren, dass es widerspruchsfreie Grundlagen braucht. Die Überprüfung dieser Grundlagen ist ein wichtiger Anteil dieser Totalrevision. Es braucht auch die Gebührengerechtigkeit, um im interkantonalen Vergleich – und da haben wir Beispiele im Bericht gezeigt – einigermassen gleichzuziehen. Die Frage ist nun, werden die Gebühren insgesamt erhöht oder gesenkt? Da möchte die Votantin darauf verweisen, dass eben beides möglich ist. Sie verweist auf den Bericht S. 5, wo man lesen kann, dass einzelne Gebühren im Kanton Zug durchaus hoch angesetzt sind und möglicherweise einer Korrektur nach unten bedürfen. Die Totalrevision ist im Gang und wird dem Rat im Laufe dieses Jahres vorgelegt. Brigitte Profos bittet den Rat, die Motion im beantragten Sinne erheblich zu erklären, damit wir Ihnen diese Revision dann im Herbst vorlegen können.

➔ Der Rat beschliesst mit 54 : 11 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

44 MOTION DER SVP-FRAKTION BETREFFEND EINBÜRGERUNG

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 961.2 – 11018).

Karl **Betschart** hält fest, dass seit Einreichung der Motion im September 2001 bis zur Behandlung von heute rund 16 Monate vergangen sind. Gerade im Einbürgerungswesen hat sich auch auf Bundesebene zwischenzeitlich einiges geändert oder ist noch im Tun. Die SVP-Fraktion vertritt deshalb heute grossmehrheitlich die Auffassung, dass es wirklich fraglich ist, ob mit der Einsetzung einer Spezialkommission qualitativ etwas gewonnen werden kann. Eines steht jedoch fest: Wir werden die Entwicklung im Einbürgerungswesen auf Bundesebene genau verfolgen und uns innerhalb der Fraktion mit diesem Thema ständig befassen. Heute werden wir dem Antrag der Regierung grossmehrheitlich zustimmen. Für den Bericht zu unserer Motion danken wir dem Regierungsrat.

➔ Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

45 POSTULAT VON ALOIS GÖSSI BETREFFEND EINFÜHRUNG EINES NORMALARBEITSVERTRAGS FÜR DEN DETAILHANDEL

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1049.2 – 11045).

Alois **Gössi** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung seines Postulats, ist jedoch von der mutlosen Antwort enttäuscht. Der Regierungsrat schreibt, dass die Bestimmungen eines Normalarbeitsvertrages keinen zwingenden Charakter haben, da bei gemeinsamer Willensäusserung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer(-in) davon abgewichen werden kann. Der Votant ist jedoch der Meinung, dass beim Vorliegen eines NAV sich mancher Arbeitgeber sehr wohl überlegen würde, schlechtere Bedingungen als im NAV mit seinen Arbeitsnehmern auszuhandeln. Könnte er dies gegenüber der Öffentlichkeit verantworten? Ein NAV hätte also auch eine prophylaktische Wirkung. Die Hauptwirkung eines NAV wäre verbesserter Schutz und Rechtsstellung der Detailhandelsangestellten. Die sehr deutliche Ablehnung des revidierten Gesetzes über die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten vom letzten Herbst durch das Zuger Stimmvolk ist für Alois Gössi ein Fingerzeig, dass unsere Bevölkerung soziale Anliegen versteht und damit einverstanden ist. In diesen Kontext passt die Einführung des von ihm angeregten NAV gut.
Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, Aufwand und Ertrag würden bei diesem NAV im Missverhältnis stehen. Er schreibt von etwa 200 Personen in der Stadt Zug, viele davon Teilzeit, die keinen schriftlichen Vertrag haben könnten und von ca. 900 bis 1000 Personen, die keinen Gesamtarbeitsvertrag haben, weil sie weder bei der Migros, bei Coop oder bei anderen Grossverteilern arbeiten. Für diese Anzahl von Detailshandelsangestellten würde es sich jedoch lohnen, einen NAV zu erlassen. Ein solcher NAV für den Detailhandel wäre kein Exot in der Schweiz. Einige wenige Kantone (Jura, Neuenburg, Tessin und Wallis) – es sind bezeichnenderweise alles Kantone, die bei eidgenössischen Abstimmungen in der Regel für soziale Anliegen sehr viel Verständnis zeigen – kennen bereits einen NAV für den Detailhandel. Ein Verständnis, dass wir leider nicht haben.
Vielfach erfolgt ja bei einem Antrag des Regierungsrats zu einer Nichterheblichkeitserklärung einer Motion oder einem Postulat der Antrag im Kantonsrat, den Vorstoss durch den Kantonsrat trotzdem erheblich erklären zu lassen. Auch wenn der Votant von seinem Postulat überzeugt ist, verzichtet er auf einen solchen Antrag. Sein Beweggrund ist, dass die Kompetenz zum Erlass eines Normalarbeitsvertrags beim Regierungsrat liegt und er nicht daran rütteln will.

Andrea **Hodel** ersucht den Rat im Namen der FDP-Fraktion, dem Antrag der Regierung zuzustimmen. Uns geht es nicht nur um die Anzahl der Personen, sondern ganz grundsätzlich darum, dass wir das Ganze als ein Misstrauensvotum gegenüber den kleinen und mittleren Betrieben betrachten. Gerade diese zeichnen sich immer wieder durch sehr soziales Verhalten aus. Die Votantin denkt an die vielen Diskussionen, die wir schon über Lehrlingsförderung usw. hatten. Letztendlich ist es für die FDP-Fraktion auch klar, dass die Frage von Gesamtarbeitsverträgen eine Frage der Sozialpartnerschaften ist und nicht in erster Linie von staatlichen Regelungen.

Josef **Lang** ist der Ansicht, dass Alois Gössi alle Argumente vorgebracht hat. Einem Satz, den die Regierung implizit sagt, möchte er zustimmen: GAV sind besser als NAV.

➔ Das Postulat wird nicht erheblich erklärt.

46 INTERPELLATION VON JOST ARNOLD BETREFFEND MEHR WERTSCHÄTZUNG VON UND MEHR GERECHTIGKEIT FÜR FAMILIEN MIT EIGENBETREUUNG DER KINDER

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1020.2 – 11022).

Silvan **Hotz** hat die Antwort mit einem lachenden und einem etwas weinenden Auge zur Kenntnis genommen. Zuerst zum erfreulichen Teil, der Votant gibt hier auch die Meinung der Fraktion bekannt. Wir sind erfreut, dass die Regierung eine Gesetzesänderung vorlegen will, in dem den eigenbetreuenden Eltern ein gleich hoher Abzug zugestanden wird wie den Fremdbetreuenden. Der Vorschlag der Regierung ist ein Abzug von 3'000 Franken pro eigenbetreutes Kind unter 16 Jahren, wenn das Reineinkommen den Betrag von 50'000 Franken nicht übersteigt. Das bedeutet, dass alle Eltern einen Kinderabzug von 8'000 Franken bekommen. Denn Eltern mit einem Reineinkommen von 50'000 Franken und weniger erhalten einen zusätzlichen Kinderabzug von 3‘000 Franken. Dies käme einer Gleichstellung aller Familien gleich, was bis jetzt noch nicht der Fall ist. Die Familien werden es zu schätzen wissen. Bedenken Sie, eine Familie mit einem Reineinkommen unter 50'000 Franken ist wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Wenn sich diese Familie auch noch entschliesst, das Betreuen der Kinder selber zu übernehmen, sollte sie auch eine steuerliche Begünstigung erhalten. Die Familie wird mit ca. 200-300 Franken Steuerreduktion entlastet. Sie wird es sicher zu schätzen wissen und auch gut gebrauchen können.
Noch einige persönliche Gedanken. Die Regierung zeigt auf, dass die Gelder vom Bund über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung auch nur dort eingesetzt werden dürfen. Der Votant fragt sich da schon, wie weitsichtig unsere Bundesparlamentarier hier sind. Bei den Vorbemerkungen zur Familiensituation sieht man heute, dass 56 % aller Mütter erwerbstätig sind, das heisst, dass 44 % der Mütter noch die traditionelle Familienform leben. Werden nun die Gelder so verwendet, wie es der Bund vorsieht, ist die traditionelle Familie ganz klar im Nachteil. Übernimmt sie doch die Aufgaben selber, ohne Belastung der öffentlichen Hand. Die Regierung ist auch der Meinung, dass man möglichst vielen Familienformen gerecht werden sollte, und dass die Familien sich so organisieren können, wie es ihren Bedürfnissen, Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Auch die traditionellen Familien verdienen es, dass dieser Familienform die notwendige Wertschätzung entgegengebracht und die Gleichbehandlung garantiert wird. Sei es ideologisch oder finanziell. Wenn wir nur einseitig Mittel sprechen, so wird die traditionelle Familie immer mehr an den Rand gedrängt. Erstaunt ist Silvan Hotz, dass die Regierung die Aussage, wonach eigenbetreute Kinder den Staat erheblich entlasten, relativiert. Sie geht sogar so weit, dass sie den Aussagen von ein paar hochstehenden Psychologen und

Sozialarbeitern Recht gibt, dass Fremdbetreuungseinrichtungen volkswirtschaftlich und auch fiskalpolitisch einen hohen Nutzen bringen. Dazu kämen noch die positiven Auswirkungen für Kinder, die sich nicht in Franken und Rappen messen lassen könnten. (Stichworte wie zusätzliche Lernmöglichkeiten, höhere soziale Kompetenz, bessere Integration seien hier erwähnt) Da schlagen wir uns mit der eigenen Waffe. Die Leistung, die eigenbetreuende Eltern aufbringen, die kann nicht mit Franken und Rappen gemessen werden. Elternliebe, Fürsorge und Zuneigung, wie sie in einer intakten Familie üblich sind, wird in keiner noch so guten Kinderkrippe in dieser Form gewährleistet. Der Votant sieht das Szenario sogar so, dass Eltern ihre Kinder frühmorgens aus dem Bett zerren, damit diese in den Hort gebracht werden können, um die Kinder nach einem anstrengenden Arbeitstag müde (denn schliesslich fordert die Wirtschaft ja auch ihren Tribut) wieder abzuholen.
Sehen wir der Tatsache ins Auge: Wären da nicht die eigenbetreuenden Eltern, müsste die Familienbetreuung verdoppelt werden, und evtl. der Psychologische Dienst sogar verdreifacht. Es gibt kein Lebewesen auf der Welt, das so lange braucht, bis es selbstständig ist, also so lange umsorgt werden muss, wie wir. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Betreuung am Besten in der funktionsfähigen, traditionellen Familie geschehen kann. Es können und dürfen auch andere Meinung bestehen, aber wer mit offenen Augen durch die Welt geht, sieht den menschlichen, sozialen, staatlichen und wirtschaftlichen Nutzen von eigenbetreuenden Familien. Und diesen Wert dürfen wir nicht einfach so hinnehmen oder als selbstverständlich annehmen. Deshalb nochmals herzlichen Dank der Regierung, die offene Augen hat, denn sie will eine Gesetzesänderung vorlegen.

Bruno **Briner** hält fest, dass ein grosser Teil der FDP-Fraktion von der Antwort des Regierungsrats Kenntnis nimmt, aber nur teilweise in zustimmendem Sinn. Die Organisation des Familienlebens ist ein Teil des privaten Lebens und die Wahl liegt klar im Verantwortungsbereich der oder des Einzelnen. Die traditionelle Familie, in der die Mutter keiner Erwerbstätigkeit nachgeht und sich vollamtlich um die Erziehung der Kinder kümmert, ist eine von verschiedenen Familienformen, die wir im Einzelnen nicht werten oder gegeneinander ausspielen wollen. Die FDP anerkennt die Leistungen, welche Familien für die Gesellschaft erbringen. Sie ist aber klar der Meinung, dass nicht eine einzelne Familienform vom Staat speziell gefördert werden soll. Dass die Erziehungsverantwortung der Eltern nicht delegiert werden kann und auch nicht durch den Staat abgegolten werden darf. Aus diesem Grund erwartet die FDP-Fraktion keine Gesetzesänderung für die Einführung eines Abzugs für eigenbetreute Kinder. Das geltende Steuerrecht des Kantons Zug hat eine Entlastung vor allem der mittleren Einkommen sowie auch für kinderreiche Familien gebracht. Der Kinderabzug von 8'000 Franken pro Kind ist schweizweit sehr hoch. Auch auf Bundesebene ist die Erhöhung der Kinderabzüge Gegenstand der Reform der Familienbesteuerung. Und ausserdem werden bei uns in nächster Zeit Vorlagen beraten, welche grosse familienpolitische Auswirkungen haben werden.

Beni **Langenegger** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Antwort der Regierung zur Interpellation von alt Kantonsrat Jost Arnold zur Kenntnis genommen hat. Es ist uns klar, dass im heutigen Zeitalter die Lebensform der Familie vielseitig ausgelegt wird, was wir auch akzeptieren. Bereits heute wird Familien mit Kindern von Seite des

Staates vermehrt unter die Arme gegriffen. Sei es mit Beiträgen oder durch Kinder- und Sozialabzüge im Steuerrecht, wie es bei der Beantwortung der Interpellation von der Regierung erwähnt wird. Trotzdem begrüsst die SVP-Fraktion das altbewährte Familienbild mit der Eigenbetreuung der Kinder. Unserer Ansicht nach geniesst die Eigenbetreuung volkswirtschaftlich einen hohen Stellenwert, bringt Nutzen und verursacht erst noch weniger gesellschaftliche Kosten und Probleme. Denn die Rolle der Mutter ist eine Gabe der Natur und geniesst in der Betreuung und Erziehung der Kinder einen weitaus grösseren autoritären Stellenwert als die Fremdbetreuung. Diese wichtige Aufgabe der Eigenbetreuung muss besser abgegolten werden. Der Vorschlag der Regierung, einen zusätzlichen Steuerabzug in der Höhe von 3'000 Franken pro eigenbetreutem, weniger als 16 Jahre alten Kind und einem Reineinkommen der Eltern, welches 50'000 Franken nicht übersteigt, würden wir begrüssen. Damit würden wir endlich auch denjenigen Eltern ein kleines Dankeschön aussprechen, die Eigenverantwortung übernehmen und materiell während der Betreuungszeit der Kinder auf vieles verzichten müssen.
Der steuerliche Ausfall im von der Regierung vorgeschlagenen Modell dürfte durchaus verkraftbar sein. Die SVP-Fraktion begrüsst deshalb ein steuerliches Modell, wie es der Regierungsrat vorschlägt. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass fremdbetreuende Eltern ihre Aufwendungen nachweisen müssen, um überhaupt in den Genuss von zusätzlichen Steuerabzügen zu kommen. Denn wenn man das Impulsprogramm des Bundes für familienergänzende Betreuungsplätze betrachtet, so wurden für die nächsten vier Jahre 200 Mio Franken vom Parlament gesprochen. Und gerade von diesen Geldern profitiert die eigenbetreuende Familie überhaupt nicht. Es kann also festgestellt werden, dass die Fremdbetreuung von Kindern, anders als die Regierung behauptet, sehr teuer zu stehen kommt. Deshalb setzen wir auf den Willen der Regierung, die Einführung von zusätzlichen Steuerabzügen für eigenbetreute Kinder über eine Gesetzesänderung vorzulegen. Ansonsten werden wir uns überlegen, eine Motion in dieser Stossrichtung einzureichen.

Margrit **Landtwing** hat sich über die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation von Jost Arnold gefreut. Einmal mehr wird darin deutlich aufgezeigt, dass sich das Bild der Familie und ihre Strukturen in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt haben. Was sich nicht geändert hat, ist das Wissen um die Wichtigkeit einer liebevollen, guten Betreuung der Kinder, um ihnen optimale Grundlagen für ihr Leben und ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Wenn nun behauptet wird, echte, tiefe Zuneigung könnten nur die Eltern ihrem Kind geben, dann widerspricht die Votantin nicht, sondern stimmt dem sogar zu. Nur, jetzt äussert sie sich als Mutter von vier Kindern: Diese Liebe zu geben und das richtige Mass in der Erziehung zu finden, brauchen viel Kraft, Geduld, Einfühlungsvermögen und auch dementsprechende Erholung. Viele brauchen einen Tapetenwechsel, eine andere Tätigkeit, um wieder auftanken zu können. Selbstverständlich unterscheiden sich hier die Bedürfnisse und auch die Not der Erziehenden.
Wie die Familien ihre Struktur gestalten wollen oder unter dem wirtschaftlichen Druck oft auch müssen, soll ihnen ganz persönlich überlassen sein. Es darf auf keinen Fall ein Ausspielen geben zwischen der Form, bei der die traditionelle Rollenteilung in bemerkenswerter Art funktioniert und entsprechende Wertschätzung verdient und der Form, bei der für die Kinder ausserfamiliäre Betreuungsangebote in Anspruch genommen werden. Aus ihrer langjährigen Schultätigkeit weiss Margrit Landtwing,

dass es kein «Besser» gibt. Es darf aber auch keine ungleiche Behandlung oder eben wie erwähnt ein Ausspielen der verschiedenen Betreuungsarten geben. Deshalb begrüsst sie den Vorschlag der Regierung sehr, auch Eltern mit eigenbetreuten Kindern bei einem Reineinkommen von bis zu 50‘000 Franken den gleichen Abzug zu gewähren wie für fremdbetreute Kinder. Die Votantin dankt für die Ausführungen der Regierung und schaut einer entsprechend gerechten Gesetzesvorlage gespannt entgegen.

➔ Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

47 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 27. März 2003. – Da erst wenige Traktanden vorliegen, fällt die Februar-Sitzung aus.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

4. SITZUNG: DONNERSTAG, 27. MÄRZ 2003
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.30 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

48 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 80 Mitgliedern. Der Rat ist somit vollzählig anwesend.

49 MITTEILUNGEN

▪ Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Heinrich **Ulmann**, FDP, Cham, am 25. Februar 2003 mit sofortiger Wirkung aus dem Kantonsrat ausgetreten ist. Er ist als gradliniger, umgänglicher und pflichtbewusster Parlamentarier aufgefallen. Wir wünschen ihm von Herzen baldige seelische Genesung und alles Gute auf seinem weiteren Lebensweg. Wir begrüssen heute als seinen Nachfolger Peter **Diehm**, FDP, Hagendorn, in unserem Kreis.

▪ Das Büro des Kantonsrats hat beschlossen, als Pilotversuch bei den Fraktionssprechenden alternierend mit der grössten und dann an der nächsten Sitzung mit der kleinsten Fraktion zu beginnen. Der Pilot dauert bis heute Abend (Bürositzung) und wird dann neu überprüft. Wir beginnen an der heutigen Sitzung mit der kleinsten Fraktion. Fraktionssprechende, die vor der Sitzung der Staatskanzlei gemeldet worden sind, müssen die Hand für die Wortmeldung nicht erheben, sondern werden vom Präsidenten direkt aufgerufen. Nicht gemeldete Fraktionssprechende mögen sich bitte durch Handerheben zu Wort melden.

Peter **Rust** erinnert an den Informationstisch, der hinten links neben dem Eingang steht. Die gesamte Korrespondenz, die an den Kantonsrat gerichtet ist und von ihm nicht behandelt werden muss, liegt zur Einsicht auf. Sofern Sie Kopien von diesen Dokumenten wünschen, kontaktieren Sie bitte den Standesweibel.

▪ Canal plus, eine französische Fernsehstation, ersucht mit Schreiben vom 20. März 2003 um Erlaubnis, im Zuger Kantonsratssaal filmen zu dürfen. Die Reportage, die am 28. April ausgestrahlt wird, trägt den Titel: «Zug – Les conditions économiques favorables aux entreprises et le fonctionnement des institutions.» Inhalt der Sendung: Viele Unternehmen sind im Kanton Zug domiziliert, weil hier verschiedene Erleichterungen bestehen. Diese besonderen Bedingungen sind Ausdruck eines dezentralisierten und demokratischen Systems, das viel Macht den Kantonen gibt. Dieses ganze System ist in Frankreich wenig bekannt. – Der **Vorsitzende** beantragt, dem Gesuch zuzustimmen mit drei Auflagen gemäss Beschluss des Büros: Nur eine Stunde lang im Saal zu drehen, weil das sonst störend wäre; während der Sitzung im Saal keine Interviews zu machen; Zustellung einer Kassette nach der Ausstrahlung.

Leo **Granziol** erlaubt sich, dieses Thema nochmals zur Diskussion zu stellen, indem er den Antrag stellt, die Erlaubnis sei nicht zu erteilen. Er empfindet das als Störung des Ratsbetriebs, wenn die Kameraleute ständig durch den Rat laufen, Kameras neu in Stellung bringen, Mikrophone richten, auch wenn es nur eine Stunde dauert. Der Votant hat das bei anderen Parlamenten, selbst im Bundestag oder in Bern, noch nie gesehen. Dort wird von einer Position irgendwo im Hintergrund gefilmt und dadurch wird der Rat nicht gestört.
Der zweite Grund ist, dass man in § 31bis vorgesehen hat, dass die Wiedergabe der Verhandlungen in Radio und Fernsehen zulässig ist. Das Thema steht in keinem Bezug zu dem, was wir heute hier verhandeln. Wir werden hier gefilmt für etwas, von dem wir nicht wissen, was damit gemacht wird. Leo Granziol hat nicht die geringste Lust, dass sein Kopf im französischen Fernsehen erscheint im Zusammenhang mit einem Thema, das wir hier nicht debattiert haben und zu dem er nichts gesagt hat. Er ersucht den Rat, dieser Meinung beizupflichten. Das Büro soll klare Bedingungen festlegen, wann und wo sich diese Fernsehleute hier bewegen und zu welchem Thema sie hier Filmaufnahmen machen dürfen. Und zwar in einer restriktiven Weise. Wir haben diesen Canal plus schon einmal erlebt und das ging an die Grenze des Ertragbaren. Diese Leute sollten nicht durch eine weitere Bewilligung belohnt werden.

Rosemarie **Fähndrich Burger** möchte nichts zum Inhalt der Sendungen sagen, sondern Leo Granziol nur Folgendes erwidern: Das Büro des KR hat sich letztes Mal im Januar mit dem Thema Fernsehaufnahmen beschäftigt. Wir entschieden uns, die Auflagen, die der Präsident vorher genannt hat, als Bedingung zu stellen. Als Rat sind wir ein öffentliches Gremium, die Presse war bis anhin immer hier, und es wird wohl schwierig, wenn wir nun plötzlich sagen: Eine bestimmte Fernsehanstalt darf keine Aufnahmen machen. Die Öffentlichkeit eines Kantonsparlaments muss gewährleistet bleiben. Die Votantin bittet deshalb den Rat, den Antrag von Leo Granziol nicht zu unterstützen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 44 : 30 Stimmen dem Antrag von Leo Granziol an.

50 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30. Januar 2003.
2. Eventuell Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1099.1 – 11102).
3. Ablegung des Eids oder des Gelöbnisses durch Mitglieder des Kantonsrats.
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
5. Kommissionsbestellungen:

5.1. Archivgesetz.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1083.1/.2 – 11065/66).

5.2. Gesetz über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1090.1/.2 – 11082/83).

5.3. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1093.1/.2 – 11090/91).

5.4. Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1095.1/.2 – 11094/95).

5.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Neubau des Zentralspitals in Baar.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1084.1/.2 – 11067/68).

5.6. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag an den Neubau des Pflegezentrums in Baar.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1085.1/.2 – 11069/70).

5.7. Kantonsratsbeschluss betreffend Erstellung einer Zuleitung von Sauberwasser zum Wilersee.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1091.1/.2 – 11084/85).

6. Einbürgerungsgesuche.
   Antrag des Regierungsrats (Nr. 1096.1 – 11096).
7. Tourismusgesetz.
   2. Lesung (Nr. 1038.6 – 11056).
   Antrag der Redaktionskommission (Nr. 1038.7 – 11089) und allfällige weitere Anträge.
8. Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG).
   2. Lesung (Nr. 1013.5 – 11000).
   Antrag der Raumplanungskommission (Nr. 1013.7 – 11103) und allfällige weitere Anträge.
9. Änderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrer an den gemeindlichen Schulen (Lehrerbesoldungsgesetz; Unterrichtszeit und Intensivfortbildung der Lehrpersonen).
   2. Lesung (Nr. 1045.5 – 11057).
   Antrag der Redaktionskommission (Nr. 1045.6 – 11088) und allfällige weitere Anträge.

10.1. Wahlbestätigung der vom Kanton zu wählenden Mitglieder des Bankrats und der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1097.1 – 11099).

10.2. Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung einer Erhöhung des Aktienkapitals der Zuger Kantonalbank.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1098.1/.2 – 11100/01), mündlicher Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission.

11. Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden (Zuständigkeit für Kollokationsklagen).
Berichte und Anträge des Obergerichts (Nrn. 1078.1/.2 – 11052/53) und der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1078.3 – 11093).

12. Kantonsratsbeschluss betreffend Verbesserung der Sicherheit der kantonalen Behörden, der kantonalen Verwaltung, der Gerichte und der im Auftrag des Kantons tätigen Unternehmen.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1051.1/.2 – 10973/74), der Kommission (Nrn. 1051.3/.4 – 11078/11087) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1051.5 – 11097).

13. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag an die Stiftung Phönix Zug, für ein neues Tageszentrum für psychisch behinderte Menschen.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1055.1/.2 – 10982/83), der Kommission (Nr. 1055.3 – 11062) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1055.4 – 11098).

14. Motion der Kommissionsminderheit Luftfahrtgesellschaft betreffend Zuger Solidarität mit der Stiftung Härtefälle aus der SAirGroup-Restrukturierung (Nr. 1072.1 -11031).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1072.2 – 11072).

15.1. Interpellation von Käty Hofer betreffend sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet (Nr. 836.1 – 10347).

15.2. Interpellation von Markus Grüring betreffend Massnahmen bezüglich Brutalo-Videos und Hardcore-Videogames im Kanton Zug (Nr. 1019.1 – 10884).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 836.2/1019.2 – 11039).

16. Interpellation von Erwina Winiger Jutz und Josef Lang betreffend Abbau industrieller Arbeitsplätze und zur Zukunft des Werkplatzes Zug (Nr. 1043.1 – 10947).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1043.2 – 10996).

17. Interpellation von Alois Gössi betreffend Abbau von Versicherungsleistungen bei der Arbeitslosenversicherung zu Lasten des Kantons Zug (Nr. 1056.1 – 10987).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1056.2 – 11006).

* Die Behandlung von Trakt. 4 ist zu Beginn der Nachmittagssitzung vorgesehen.

51 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 30. Januar 2003 werden genehmigt.

52 KANTONSRATS-ERSATZWAHL IN DER EINWOHNERGEMEINDE CHAM

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1099.1 – 11102).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Ersatzwahl des Nachfolgers für Heinrich Ulmann, Peter **Diehm**, Cham, zu genehmigen. Er verweist auf den Vorbehalt, wonach heute um Mitternacht die Rechtsmittelfrist für eine allfällige Verwaltungsbeschwerde an den Regierungsrat ungenützt abläuft.

➔ Der Rat ist mit der Wahl von Peter Diehm einverstanden.

53 ABLEGUNG VON EID UND GELÖBNIS DURCH MITGLIEDER DES KANTONSRATS

Der **Vorsitzende** bittet Othmar Birri und Peter Diehm, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Er bittet Othmar Birri, ihm nach Verlesen der Gelöbnisformel durch den Landschreiber die Worte «Ich gelobe es» nachzusprechen.

Landschreiber Tino **Jorio** verliest die Gelöbnisformel gemäss § 5bis Abs. 2 der GO, worauf Othmar Birri, Zug, den vom Präsidenten gesprochenen Satz «Ich gelobe es» nachspricht.

Peter **Rust** bittet Peter Diehm, ihm nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber die Worte «Ich schwöre es» nachzusprechen.

Der **Landschreiber** verliest die in § 5bis Abs. 1 der GO enthaltende Eidesformel, worauf Peter Diehm, Cham, mit erhobenem Schwurfinger den vom Präsidenten vorgesprochenen Satz «Ich schwöre es» nachspricht.

54 SCHWEIGEN FÜR KRIEGSOPFER

Der **Vorsitzende** bittet den Rat, sich zu erheben und unabhängig von den Kriegsparteien den Opfern kurz zu gedenken.

55 ARCHIVGESETZ

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1083.1/.2 – 11065/66).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Andreas Huwyler, Hünenberg, ***Präsident***	***CVP***
1.	Michel Ebinger, St. Wendelin 8, 6343 Holzhäusern	FDP
2.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9., 6300 Zug	FDP
3.	Malaika Hug, Flurstrasse 14, 6340 Baar	SP
4.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
5.	Franz Peter Iten, Sprungstrasse 19, 6314 Unterägeri	CVP
6.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
7.	Josef Lang, Dorfstrasse 13, 6300 Zug	AF
8.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
9.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
10.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
11.	Hans Peter Schlumpf, Keltenweg 26, 6312 Steinhausen	FDP
12.	Konrad Studerus, Kreuzrain 2, 6313 Edlibach	CVP
13.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
14.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
15.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

56 GESETZ ÜBER DIE GEBÜHREN FÜR BESONDERE INANSPRUCHNAHME VON ÖFFENTLICHEN GEWÄSSERN (GEWÄSSERGEBÜHRENTARIF)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1090.1/.2 – 11082/83).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz überwiesen.

57 EINFÜHRUNGSGESETZ ZUM SCHWEIZERISCHEN OBLIGATIONENRECHT

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1093.1/.2 – 11090/91).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung der Justizprüfungskommission überwiesen.

58 RUHETAGS- UND LADENÖFFNUNGSGESETZ

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1095.1/.2 – 11094/95).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Hans Christen, Zug, ***Präsident***	***FDP***
1.	Manuel Aeschbacher, Flurstrasse 57, 6332 Hagendorn	SVP
2.	Karl Betschart, Altgasse 74, 6340 Baar	SVP
3.	Thomas Brändle, Zugerstrasse 23, 6314 Unterägeri	FDP
4.	Bruno Briner, Rebenweg 21d, 6331 Hünenberg	FDP
5.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
6.	Beatrice Gaier, Bannstrasse 2, 6312 Steinhausen	CVP
7.	Käty Hofer, Einhornweg 4, 6331 Hünenberg	SP
8.	Silvan Hotz, Chlingenstrasse 23, 6340 Baar	CVP
9.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
10.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	CVP
11.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
12.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
13.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
14.	Louis Suter, Holzhäusernstrasse 2, 6331 Hünenberg	CVP
15.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP

59 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ERSTELLUNG EINER ZULEITUNG VON SAUBERWASSER ZUM WILERSEE

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1091.1/.2 – 11084/85).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz überwiesen.

60 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND NEUBAU DES ZENTRALSPITALS IN BAAR

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1084.1/.2 – 11067/68).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass dieses Geschäft bereits an die Spitalkommission überwiesen wurde, aus formellen Gründen aber noch eine Zuweisung des Rats erfolgen muss.

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz überwiesen.

61 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEITRAG AN DEN NEUBAU DES PFLEGEZENTRUMS IN BAAR

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1085.1/.2 – 11069/70).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass dieses Geschäft bereits an die Spitalkommission überwiesen wurde, aus formellen Gründen aber noch eine Zuweisung des Rats erfolgen muss.

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz überwiesen.

62 ERSATZMITGLIED FÜR DIE STRASSENBAUKOMMISSION

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass für die Strassenbaukommission ein Ersatzmitglied für Heinrich Ulmann zu bestimmen ist. Die FDP-Fraktion schlägt als Nachfolger Peter Diehm vor.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

63 EINBÜRGERUNGEN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1096.1 – 11096).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die am 24. Februar 2003 in Luzern geborene Tochter Lamija von Elma Golos-Aletovic sei

ebenfalls in das Kantonsbürgerrecht aufzunehmen. Die Ergänzung erfolgt in der Vorlage unter Ziff. 10, S. 11 unten.

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

38 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

a) 13 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 28 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

64 TOURISMUSGESETZ

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 19. Dezember 2002 (Ziff. 1090) ist in der Vorlage Nr. 1038.6 – 11056 enthalten. – Zusätzlich liegt ein Antrag der Redaktionskommission vor (Nr. 1038.7 – 11089).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass zusätzlich noch ein Antrag von Leo Granziol vorliegt, der durch ein Missgeschick nicht auf der Traktandenliste ist, aber rechtzeitig eingereicht wurde. Der Antrag lautet, das Gesetz sei in § 7 wie folgt zu ergänzen:

«… Es tritt am 1. Januar 2004 in Kraft *und ist befristet bis zum 31. Dezember 2010.»*

Leo **Granziol** hat diesen Antrag bereits bei der 1. Lesung gestellt und er wurde mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt. Für das erneute Vorbringen hat der Votant folgende Begründung.
Wenn im Zeitraum von 2007 bis 2010 der neue Finanzausgleich in Kraft tritt, werden viele von einem Segen reden, aber für den Kanton Zug bedeutet dies eine bedeutend höhere Belastung. Mindestens 120 Mio mehr, das ist immerhin rund ein Drittel der heutigen Steuereinnahmen. Wenn wir hier nicht Gegengewicht geben, müssen die Steuern massiv erhöht werden. Es ist erklärtes Ziel der CVP und anderer Parteien, diese Mehrbelastung nicht allein durch Steuererhöhungen abzufangen, sondern

weitgehend durch Einsparungen. Dieser Antrag ist ein bescheidenere Versuch, Subventionsgesetze (das Tourismusgesetz ist ein solches) vom Automatismus auszuschliessen. Mit der Befristung muss es im Jahr 2010 vom Regierungsrat neu als Vorlage gebracht, von den Kommissionen geprüft und hier in zwei Lesungen durchberaten werden. Das heisst, es wird viel sorgfältiger geprüft werden, ob die Mittel für diesen Zweck noch vorhanden sind. Es zwingt den Empfänger auch, sich zu überlegen, ob er sich in acht Jahren anders finanzieren kann. All das geschieht bei einem unbefristeten Subventionsgesetz nicht. Jedes Jahr ist die Position im Budget als gesetzliche gebundene Ausgabe und wird unter den vielen Positionen kaum Beachtung finden. Wir haben schlicht nicht die Zeit, so in die Tiefe des Budgets zu gehen. Zudem wissen Sie aus Erfahrung dieses Rates, dass eine einmal beschlossene Ausgabe kaum mehr rückgängig gemacht werden kann. Muss sie neu beschlossen werden, ist sie garantiert anders.
Sie werden vermutlich nachher hören, das sei etwas komplett Neues. Das ist aber nicht der Fall. Solche befristete Gesetze existieren bereits in Amerika und England unter dem Begriff «sunset legislation». Man sieht also bereits den Sonnenuntergang dieser Gesetze, wenn sie beschlossen werden. Der Votant bittet den Rat, hier einen Anfang zu einer zugerischen «sunset legislation» zu machen.

Heini **Schmid** hofft, dass wir auch im Jahr 2010 noch einen Sonnenaufgang erleben werden, wenn wir nun mit einer solchen «sunset legislation» anfangen. – Indem er hier das Wort ergreift, bricht er zwei seiner Vorsätze. Erstens hat er sich vorgenommen, als sogenannter Frischling erst nach Ablauf einer gehörigen Einarbeitungs- und Wartefrist ans Rednerpult zu treten. Zweitens ist man als Anwalt in eigener Sache sehr oft ein schlechter Anwalt, und somit wäre es als Präsident von Zug Tourismus vielleicht besser zu schweigen. Da aber Vorsätze da sind, um gebrochen zu werden, und sein Schweigen im Rat als stillschweigende Gutheissung des Antrags Granziol interpretiert würde, erlaubt es sich der Votant, gegen den Antrag, das Tourismusgesetz bis zum 31. Dezember 2010 zu befristen, das Wort zu ergreifen.
Leo Granziol begründet seinen Antrag damit, dass die im Tourismusgesetz vorgesehenen Ausgaben nicht unbedingt notwendig und nach Ablauf gewisser Jahre neu zu begründen sind, im vorliegenden Fall im Jahr 2010. Die zentrale Frage ist somit, ob die im Tourismusgesetz definierten Aufgaben im Jahre 2010 noch wichtig sein werden oder nicht – oder anders gesagt, ob die von Zug Tourismus wahrgenommenen Tätigkeiten im Jahr 2010 selbst unter erhöhtem Spardruck (siehe NFA) noch ihre Berechtigung haben. Deshalb einige Zitate aus dem Kompass Zug, dem «Wegweiser für Politik und Wirtschaft», welcher von den Zuger Wirtschaftsverbänden erst kürzlich publiziert wurde. Unter dem Motto «Zug braucht eine hohe Lebensqualität» ist dort zu lesen: «Bei den entscheidenden Kriterien von Zug als Wirtschaftsstandort steht das Kriterium „hohe Lebensqualität“ mit 30 % an vierter Stelle. Naherholungsgebiete sind ein wichtiges Element eines Lebensraums. Es ist Aufgabe von Kanton und Gemeinden, bestehende Gebiete zu erhalten und aufzuwerten und punktuell neue zu schaffen.»
Zum Thema «Zug braucht ein positives Image in der Schweiz und im Ausland» steht: «National und international kann sich der Kanton dann als Wirtschafts- und Wohnstandort profilieren, wenn Kanton, Gemeinden, Politikerinnen und Politiker, Wirtschaftsverbände und andere private Organisationen eine gemeinsame Kommunikation fordern. Der Kanton muss seine eigenständige Position innerhalb der Schweiz

und zwischen Zürich und Luzern stärken. Dazu sollten mit innovativen Projekten und Leistungen mit nationaler Ausstrahlung Zeichen gesetzt werden, um das Zuger Image positiv zu beeinflussen. Die Wirtschaft Zug ist aktiv positiv zu kommunizieren.» Die Zuger Wirtschaftsverbände fordern ein koordiniertes Standortmarketing und führen dazu aus: «Um im Standortwettbewerb den Standort Zug vermehrt aktiv zu positionieren, braucht es – mehr denn je – grosse Anstrengungen. Die Vorteile, welche Zug als Standort zum Wohnen, Arbeiten und für Freizeitaktivitäten bietet, müssen gepflegt und wirksam kommuniziert werden. Der Erfolg von Standortmarketing-Massnahmen wird zudem auch von Emotionen bestimmt. Es braucht eine überzeugende, auf Menschen und Unternehmen ausgerichtete Strategie und einen andauernden Einsatz für einen attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum Zug. Zug soll für die Schweiz ein Vorbild werden. Dies bedarf eines koordiniertes Standortmarketings.»
Drei von zehn Thesen befassen sich somit mit einer Kernaufgabe von Zug Tourismus. Heini Schmid hofft, damit aufgezeigt zu haben, dass die von der Zuger Tourismuswirtschaft bearbeiteten Themen auch im Jahre 2010 topaktuell sein werden. Und gerade in schwierigen Zeiten ist es zentral, dass unsere Region sich positiv darstellen kann und Wertschöpfung in unseren Kanton bringt. Jeder Unternehmer ist schlecht beraten, in Krisenzeiten seine Produkte nicht mehr zu pflegen und auf die Werbung für seine Produkte zu verzichten. Deshalb sollten Sie heute sicherstellen, dass sich der Kanton Zug auch in Zukunft von seiner positiven Seite zeigen kann. Der Votant bittet den Rat deshalb um Ablehnung des Antrags Granziol.

Michel **Ebinger** glaubt, dass Leo Granziol Recht hat, wenn er etwas Neues möchte. Dass wir bei unseren Gesetzen eine Frist einführen, damit diese nach Ablauf der Frist nochmals überprüft werden. Der Kanton Zug ist deshalb so weit gekommen, weil wir Anfangs des letzten Jahrhunderts als erster Kanton in der Schweiz ein Steuergesetz eingeführt haben, das uns geholfen hat, zu dem zu werden, was wir heute sind. Wir sind von einem armen Kanton zu einem Kanton geworden, der wahrscheinlich keine allzu grosse Angst vor dem NFA haben muss. Ob man diese Befristung der Gesetze jedes Mal machen soll, ist eine andere Frage, aber hier könnten wir das tun. Und das spricht überhaupt nicht gegen Zug Tourismus. Der Votant ist überzeugt, dass dessen Arbeit sinnvoll und notwendig ist. Der Vorschlag ist aber etwas Neues, das uns später helfen wird, dem NFA Gegensteuer zu geben, falls es wirklich so schlimm kommen sollte, wie viele jetzt befürchten.
Noch zwei Sätze zu einem späteren Traktandum, das nicht präzisiert werden soll. Es wäre schade, wenn wir aus lauter Angst vor dem NFA bei jedem Traktandum versuchen zu sparen, und zwar auf Kosten der Schwachen und derjenigen, die sich nicht wehren können. Haben wir doch etwas Mut. Der NFA sollte uns nicht überall lähmen, sondern anspornen, etwas Neues zu machen, den Schwierigkeiten entgegenzustehen und das Beste daraus zu machen.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** bittet den Rat im Namen des Regierungsrats aus grundsätzlichen Erwägungen, diesem Antrag von Leo Granziol nicht zuzustimmen. Erstens möchte er klar festhalten, dass dieses Tourismusgesetz keine neuen Finanzierungen auslöst. Es ist mit keinen Mehrkosten zu rechnen, das wurde im Bericht ausgeführt. Zweitens sind in diesem Gesetz Kompetenzen festgehalten, um

Beiträge auszurichten, aber es sind keine Beiträge fixiert. Es ist also jedes Jahr beim Budget ohne Weiteres möglich, über die Höhe dieser Beiträge zu diskutieren und Anträge zu stellen. Der Votant glaubt auch, dass auf den NFA nicht mit diesem Tourismusgesetzes reagiert werden sollte, sondern das im Rahmen einer Gesamtstrategie geschehen sollte, bei der auch andere Gesetze überprüft werden müssen. Es geht aber letztlich um etwas Grundsätzliches. Wenn wir einen Erlass machen mit der Absicht, eine begrenzte Wirkung für eine befristete Zeit zu haben, dann werden befristete KR-Beschlüsse gemacht. Wenn wir aber einen Sachverhalt auf unbestimmte Zeit regeln wollen, dann machen wir das in Form eines Gesetzes, und bisher wurden diese noch nie befristet. Wenn das Schule machen sollte und wir die Gesetze alle sechs Jahre grundsätzlich überprüfen wollen, verursachen wir einen grossen Verwaltungsaufwand und auch einen grossen Aufwand für dieses Parlament. Deshalb sollten Sie diesem Antrag aus grundsätzlichen Gründen nicht zustimmen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 41 : 35 Stimmen dem Antrag Granziol an.

Der **Vorsitzende** stellt die Anträge der Redaktionskommission zur Diskussion.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

➔ Der Rat stimmt dem Tourismusgesetz in der *Schlussabstimmung* mit 76 : 0 Stimmen zu.

65 ÄNDERUNG DES PLANUNGS- UND BAUGESETZES

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 31. Oktober 2002 (Ziff. 1062) ist in der Vorlage Nr. 1013.5 – 11000 enthalten. – Zusätzlich liegen Anträge der Raumplanungskommission (Vorlage Nr. 1013.7 – 11103) und von Alois Gössi (Vorlage Nr. 1013.8 – 11107) vor.

Alois **Gössi** glaubt, dass man zu seinem Antrag zur 2. Lesung, dass die Kompetenz zum Ja- oder Nein-Sagen zum Kantonalen Richtplan beim Kantonsrat bleiben soll und dass der Regierungsrat den Richtplan in den Details «allein» beschliessen kann, geteilter Meinung sein kann. Allein ist bewusst in Anführungszeichen gesetzt, da via dem Mitwirkungsverfahren viele Hunderte von Personen und Organisationen mitgewirkt haben, insbesondere die Gemeinden mit ihren Vorschlägen als Hauptpartner bei der Gestaltung des Richtplans. Es gibt klare und verständliche Gründe, dass die Kompetenz zum Beschliessen des Kantonalen Richtplans, nicht nur als Gesamtes, sondern auch im Detail an den Kantonsrat übergeht. Es gibt aber auch gewichtige Argumente, dass der Kantonsrat weiterhin nur die Kompetenz zum Absegnen oder Zurückweisen des Richtplans hat. Folgende Gründe sprechen dafür, dass die jetzige Kompetenzregelung bleiben soll:

- Sie hat sich in der Vergangenheit sehr gut bewährt, wieso sollten wir etwas Bewährtes ändern?
- Der Regierungsrat hat eher eine «Vogelschau-Perspektive» oder einen Überblick auf das Ganze. Stark kommunale Fragen wie Siedlungsentwicklung und -begrenzung sollten deshalb weiterhin beim Regierungsrat liegen.
- Die Gefahr ist gross, dass Vertreter im Kantonsrat Anliegen einbringen, die nur Einzelinteressen sind, zum Beispiel einer Gemeinde, oder solche, die nicht in die allgemeine Stossrichtung des Richtplans passen.

Aus diesen Gründen bittet der Votant den Rat, die Kompetenz zum Ausgestalten des Kantonalen Richtplans wie anhin und im Gegensatz zur 1. Lesung beim Regierungsrat zu belassen; der Kantonsrat soll dem Richtplan weiterhin als Gesamtes zustimmen oder ihn ablehnen können.
Als Eventualantrag, falls dieser Antrag nicht genehmigt wird, bittet Alois Gössi den Rat, die Kompetenz für die laufende Anpassung beim Kantonalen Richtplan zu belassen wie sie ist. Dies aus der Meinung heraus, dass die Kompetenzreglung in einem laufenden Verfahren, hier beim Ausarbeiten und Beschliessen des Kantonalen Richtplans, nicht geändert werden soll. Im Sport wird ja auch nicht der Modus geändert während einer laufenden Meisterschaft, sondern vor deren Beginn. Was im Sport Gültigkeit hat, sollte auch in der Politik gelten.

Louis **Suter**: Alois Gössi beantragt zur 2. Lesung, §§ 2 und 3 des PBG nicht zu ändern, damit der Kantonale Richtplan weiterhin durch den Regierungsrat beschlossen werden kann. Dies im Gegensatz zum Kantonsrat, der bei der 1. Lesung mit 49 : 22 Stimmen eine Kompetenzverschiebung zugunsten des Kantonsparlaments beschlossen hat. Die Raumplanungskommission hat die Kompetenzverschiebung zugunsten des Kantonsrates nach eingehender Diskussion gemacht. Insbesondere sprechen folgende Argumente für den Beschluss des kant. Richtplanes durch den Kantonsrat:

1. Je nach Thema gibt es verschiedene Kompetenzen. Die heutige Regelung ist eher zufällig. Sie ist nicht nach dem politischen Gewicht eines Geschäfts aufgeteilt. So sind Geschäfte von eher untergeordneter Bedeutung wie Wanderwege, Gewässerklassifizierung, Recyclingplätze, Naturgefahren usw. zum Beschluss beim Kantonsrat. Aber Geschäfte von grosser Tragweite wie Weiler, Siedlungsgebiete, Siedlungsentwicklung, räumliche Entwicklung, Trassen für Gasleitungen oder Hochspannungsleitungen, Landschaftsschongebiete, Bootsstationierungen, Naherholungsgebiete können vom Kantonsrat nur gesamthaft genehmigt werden. Es sind keine Änderungen möglich.
2. Mit der Beibehaltung der Genehmigung durch den KR kann sich die Verabschiedung des Richtplans verzögern, weil der KR nur die Möglichkeit hat, das gesamte Paket zurück zuweisen. Somit besteht die Gefahr eines Pingpongs zwischen Kantons- und Regierungsrat. Dies wiederum verzögert das Verfahren für den kant. Richtplan.
3. Das heutige System mit verschiedenen Kompetenzen ist bürgerfremd und kompliziert. Weil die Teilrichtpläne zu verschiedenen Zeiten beschlossen werden, ist es zudem wenig übersichtlich. Der Teilrichtplan Naturschutzgebiete ist z.B. zehn Jahre alt und wird bereits wieder überarbeitet. Es lässt sich dem Laien und auch dem KR praktisch nicht erklären und «verkaufen». Dagegen wäre ein System bestehend aus einem Kantonalen Richtplan mit Beschluss durch den KR einfach

und klar. Das Verfahren des Richtplans wäre einheitlich. Dies würde auch für spätere Anpassungen des Richtplans gelten. Systembedingt gibt es diesbezüglich heute auch zwei verschiedene Verfahrenswege.

4. Die Genehmigungsfähigkeit der Zuger Richtplanung beim Bund erhöht sich. Dieser genehmigt keine Teilrichtpläne mehr.
5. Ein gut vorbereiteter und mit den Gemeinden und dem Regierungsrat diskutierter Richtplan hat grosse Chancen, ohne negative Beeinflussung durch Partikularinteressen durch den Kantonsrat genehmigt zu werden.
6. Mit dem Beschluss durch den Kantonsrat ist der Richtplan breiter abgestützt. Das Gewicht der Richtplanentscheide nimmt zu und Entscheide im Richtplan werden weniger hinterfragt.
7. Kein anderer Kanton kennt die Zuger Aufteilung der verschiedenen Kompetenzen je nach Fachgebiet. Unsere Nachbarn nehmen zu den Teilrichtplänen immer mit dem Vorbehalt des Gesamtwerks Stellung.

Auch den Eventualantrag von Alois Gössi für die Verschiebung der Inkraftsetzung per 1. 1. 2006 lehnt die RPK ab. Alois Gössi weist in seiner Begründung darauf hin, dass die alte RPK einer Regeländerung nur knapp mit 6 : 5 zugestimmt hat. Dies ist richtig. Gegenstimmen hat es deshalb gegeben, weil einige Kommissionsmitglieder durch die Gesetzesänderung während der Überarbeitung des Richtplans eine Verzögerung der Revision befürchteten. Die weitere Entwicklung hat aber gezeigt, dass dem nicht so ist. Im Gegenteil, es könnte auch eine Beschleunigung des Verfahrens möglich sein. Mit den Zuständigkeiten gemäss altem Recht ist, wie die Vergangenheit zeigt, praktisch immer ein Teil des Richtplans in Revision. Man würde also fast immer eine Regeländerung während einem laufenden Verfahren vornehmen. Im Besonderen ist darauf hinzuweisen, dass wir mit dem neuen Richtplan die räumliche Entwicklung des Kantons für die nächsten Jahre jetzt bestimmen. Wenn der Kantonsrat eine Kompetenzverschiebung beschließen will, dann soll das sinnvollerweise bereits im jetzigen Verfahren sein. Nachher gibt es nur noch vereinzelte Anpassungen des Richtplans. Ein Verschieben auf 2006 macht deshalb keinen Sinn.

Noch kurz einige Entgegnungen zu den Argumenten von Alois Gössi. Der Hinweis, das bisherige System habe sich in der Vergangenheit bewährt, weil der KR brisante Teilrichtpläne genehmigen könne, ist nur teilweise richtig. Die Voraussetzungen gegenüber dem vor rund 20 Jahren beschlossenen Richtplan haben sich grundsätzlich verändert. Die rasante Entwicklung hat dazu geführt, dass die Bevölkerung wesentlich sensibler auf Veränderungen reagiert. Siedlungsentwicklung, Verkehrspolitik und Naherholung sind eng miteinander verbunden und können nicht separat betrachtet und beschlossen bzw. genehmigt werden. Deshalb können nur breit abgestützte Beschlüsse erfolgreich umgesetzt werden. Dies hat sich in der Vergangenheit exemplarisch gezeigt. Verkehrsplanung und Siedlungsentwicklung klafften weit auseinander. Die Umfahrung Cham wurde z.B. nur deshalb nicht realisiert, weil sie mit der Siedlungsentwicklung nicht in Einklang zu bringen war. Das Instrument für die notwendige, politisch breite Abstützung kann deshalb nur der Kantonsrat sein. Zudem haben die Debatten im Kantonsrat zu Verkehr und Abfallanlagen gezeigt, dass das Parlament wesentlich sensibler und als Ganzes politisiert, als dies Alois Gössi zu wissen glaubt. Weder wurden die Interessen der Gemeinden über den Haufen geworfen, noch sind Einzelinteressen über Gebühr in den Vordergrund gestellt worden. Für den Votanten sind diese zwei Debatten positive Beispiele guter Parlamentsarbeit. – Aus diesen Gründen möchte Louis Suter den Rat bitten, sowohl den Haupt- wie auch den Eventualantrag von Alois Gössi abzulehnen.

Christian **Siegwart** unterstützt im Namen der AF den Antrag von Alois Gössi – und zwar sowohl den Haupt- wie auch den Eventualantrag. Auch wenn er nicht mit allen Forderungen im Richtplan einverstanden ist: Dem Planwerk liegt eine Vision zugrunde; entstehen soll eine fachlich begründete, übergreifende kantonale Planung, die sich nicht mehr – wie einst – aus der Summe der elf gemeindlichen Ansprüche ergibt. Für den Richtplan wurde vermehrt über den eigenen Gartenzaun hinaus geschaut, so legten Gemeindevertreter aus Zug, Baar, Steinhausen und Cham in der Lorzenebene gemeinsam Siedlungsbegrenzungslinien fest, die sie für verbindlich erklärten. Es wurden Teilzonen geschaffen, die grenzübergreifende Nutzungsbeschränkungen entfalten. Für mögliche Zonenerweiterungen wurden einheitliche Kriterien bestimmt.
Wenn sich nun der Kantonsrat die Kompetenz gibt, den Richtplan zu beschliessen, droht dieser vor lauter Lokal- und Einzelinteressen zum Flickenteppich zu verkommen. Hier im Saal dürfte ein regelrechter Bazar entstehen: Ein Bisschen mehr Gewerbefläche für Cham, im Gegenzug ein zusätzlicher Sonnenhang für Luxus-Wohnungen in Zug? Die Siedlungsbegrenzung hier ein wenig ausdehnen und da ein wenig erweitern. Die grüne Lunge Lorzenebene von Baar und Zug und Cham her ein wenig anknabbern, bis sie endgültig an Atemnot leidet? Statt einer kantonalen Gesamtplanung hätten wir schliesslich wieder ein Puzzle von elf gemeindlichen Planungen, nur dass die einzelnen aufgeblähten Teile nicht mehr zusammen passen würden. – Der Votant vertraut darauf, dass die Regierung und ihre Fachleute aus der Flut von Reaktionen aus der Vernehmlassung eine verträgliche Gesamtlösung schaffen werden.

Vreni **Sidler** erinnert daran, dass der Kantonsrat im Oktober 2002 auf Antrag der Raumplanungskommission mit 49 : 22 Stimmen beschlossen hat, auch für den Kantonalen Richtplan als Ganzes zuständig zu sein. Alois Gössi stellt nun den Antrag, diese Kompetenz an den Regierungsrat zurückzugeben, mit der Begründung, dass wir Einzelinteressen durchsetzen wollen. Interessen vertreten wir alle, sei es für die Wohngemeinde, die Partei, den Berufsstand oder als Demonstrant auf der Strasse. Dies ist kein Argument, um unsern Beschluss umzuwerfen. Wer in diesem Rat keine Mehrheit findet, konnte noch nie eine Abstimmung gewinnen. Die Debatte um die Teilrichtpläne hat mich überzeugt, dass dieser Rat fähig ist, eine Gesamtbetrachtung vorzunehmen. Die Votantin versteht auch nicht, warum uns Alois Gössi diese Fähigkeit erst im Jahre 2006 zutraut. Diesem Parlament gehört unser Vertrauen heute oder nie. Den Gemeinden billigt Alois Gössi Einzelinteresse hingegen zu, welche wir als Parlament nicht mehr anzutasten haben. Vreni Sidler dagegen ist der Meinung, dass uns die Regierung einen kantonalen Richtplan vorlegen muss, welcher in der Gesamtschau die Mehrheit der Parlamentarier überzeugt – dem können wir auch zustimmen. Dies bringt auch eine breite Akzeptanz. Die Votantin bittet den Rat, auch im Namen der FDP-Fraktion, den Antrag Gössi abzulehnen.

Heinz **Tännler** ist zusammen mit der SVP-Fraktion der Meinung, dass der Antrag von Alois Gössi widersinnig ist. Der Antragsteller stellt die Richtplanung einem Sportspiel gleich. Schon dieser Ansatz zeugt von einer erstaunlichen Unbeschwertheit in einer so wichtigen politischen Frage. Für uns ist die Richtplanung eine ernstere Aufgabe als z.B. das Fortkommen eines Sportclubs. Auch in Verbänden (und da spricht der

Votant aus Erfahrungen im Eishockey) werden die Regeln ständig geändert und der Sport lebt immer noch. Es ist auch kennzeichnend für das politische Verständnis des Antragstellers, mehr Planwirtschaft zu fordern und diese unter Ausschluss der demokratischen Mitbestimmungsrechte dann noch der Verwaltung zu überlassen. Offensichtlich verkennt er das Instrument der Richtplanung. Es geht um die Strategie der langfristigen räumlichen Entwicklung im Kanton Zug. Für Strategien soll der Kantonsrat zuständig sein und somit die Verantwortung auch übernehmen. Dies nicht zuletzt im Interesse der Zuger Bevölkerung. Der Regierungsrat ist die Exekutive und daher die ausführende Kraft. Diese braucht gewisse Richtlinien und Weisungen vom Kantonsrat. Mit der Richtplanung durch den Kantonsrat werden diese Richtlinien vorgegeben. Darum muss der Regierungsrat über seine raumrelevanten Tätigkeiten periodisch orientieren, indem er einerseits vororientiert, das Zwischenergebnis bekannt gibt, festsetzt und schliesslich den Antrag an den Kantonsrat stellt. Daraus ergibt sich klar, dass der Kantonsrat die politische Verantwortung trägt und folglich den Richtplan nicht nur genehmigen, sondern beschliessen können muss.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass es eben gerade keine Teilrichtpläne mehr geben wird, sondern nur noch Nachführungen des kantonalen Richtplans, analog zum Bund; doch mehr dazu später. – Der Kantonsrat hat am 31.Oktober 2002 bei der 1. Lesung der PBG-Änderung auch eine Änderung der §§ 2 und 3 beschlossen. Mit dieser Änderung würde die Kompetenz zur Beschlussfassung des kantonalen Richtplans vom Regierungsrat auf den Kantonsrat übertragen. Der Kantonsrat ist damit einem Antrag der Raumplanungskommission gefolgt, die sich aus eigener Initiative für diese Kompetenzverschiebung ausgesprochen hat, ohne dass sich der Regierungsrat je dazu äussern konnte. Er lehnt derart wichtige Gesetzesänderungen, die im Schnellzugstempo und ohne Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens vorgenommen werden, ab. Er hält die geltende Regelung, wonach der Regierungsrat den kantonalen Richtplan beschliesst und der Kantonsrat diesen als Ganzes genehmigt oder ablehnt, nach wie vor für richtig. Bei der vom Kantonsrat beschlossenen Kompetenzverschiebung ist die Gefahr gross, dass dieser Nutzungsplanung betreibt und sich dabei Einzelinteressen durchsetzen können, ohne Rücksicht auf das Ganze. Es besteht kein Problem der Gewaltentrennung. Denn der Richtplan hat eben gerade keinen materiellen Gesetzescharakter. Er ist nämlich nur behördenverbindlich und hat keine direkte Drittwirkung. Und gerade diese ist ein konstituierendes Element einer materiellen Gesetzesvorschrift. Dem Kantonsrat steht es frei, den kantonalen Richtplan nicht zu genehmigen und ihn an den Regierungsrat zurückzuweisen. Damit hat er faktisch ein Vetorecht.
Aus diesen Gründen unterstützt der Regierungsrat den Antrag von Alois Gössi, dass die geltende Regelung beim Erlass des kantonalen Richtplans beibehalten werden soll. Der Antragsteller führt aus, das künftige Bundesrecht sehe keine Teilrichtpläne mehr vor, sondern diese müssten in den Richtplan überführt werden. Diese Aussage bedarf einer kleinen Klarstellung. Richtig ist, dass bereits das geltende Bundesrecht den Begriff Teilrichtpläne nicht kennt. Der neue kantonale Richtplan muss als Ganzes dem Bund zur Genehmigung eingereicht werden. Im Gegensatz zu früher wird der Bund in Zukunft keine Teilrichtpläne mehr genehmigen, sondern nur noch den Richtplan als Ganzes oder Änderungen davon.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst über den Hauptantrag von Alois Gössi zur Änderung der §§ 2 und 3 abgestimmt wird (siehe Vorlage Nr. 1013.8. – 11107), der auch vom Regierungsrat unterstützt wird. Falls dieser Antrag unterliegt, wird noch über den Eventualantrag abgestimmt.

➔ Der Antrag von Alois Gössi wird mit 58 : 18 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Eventualantrag von Alois Gössi wird mit 58 : 15 Stimmen abgelehnt.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zu § 72 noch ein Antrag der Raumplanungskommission vorliegt (siehe Vorlage Nr. 1013.7 – 11103).

Louis **Suter** hält fest, dass bekanntlich Bauten und Anlagen, die rechtmässig erstellt wurden, aber nicht mehr den Bauvorschriften entsprechen, in ihrem Bestand geschützt sind. Sie dürfen, auch wenn sie den neuen Vorschriften nicht mehr entsprechen, weiterhin bestehen, unterhalten und in der bisherigen Art genutzt werden. Diese Bestandesgarantie ist durch die Verfassung geschützt. Der Anteil solcher Bauten ist je nach Gemeinde sehr unterschiedlich. Der Anteil in Unterägeri beträgt über 30 %. Soll diese Bestandesgarantie aber über den von der Verfassung zulässigen Rahmen hinausgehen, um z.B. solche Bauten und Anlagen auch zeitgemäss zu erneuern und umzubauen, brauchen wir eine gesetzliche Regelung im kantonalen Recht. Mit § 72 Abs. 2 PBG besitzen wir bereits eine solche Regelung. Diese geht aber zu wenig weit, weil sie nur den Unterhalt und die angemessene Erneuerung, nicht aber die Erweiterung von vorschriftswidrigen Bauten und Anlagen zulässt. Insbesondere von den Bauvorstehern der Gemeinden sind diesbezüglich wiederholt Änderungsanträge zuhanden der RPK gemacht worden. Dies hat die RPK bewogen, sich anlässlich der gleichzeitig stattfindenden kleinen Gesetzesrevision des PBG auch mit diesem Thema zu befassen. Sie hat bereits am 11. November 2002 einen Änderungsantrag von § 72 PBG in dem Sinne gemacht, dass zonenkonforme Bauten und Anlagen, die nicht mehr den Bauvorschriften entsprechen, unterhalten, angemessen erneuert und neu auch angemessen erweitert werden dürfen. Zur Erläuterung wurde im Kommissionsbericht ein Beispiel zitiert, das aber vielerorts zu heftiger Kritik Anlass gab. Insbesondere wurde beanstandet, dass über die Regelung der Bestandesgarantie die Rechtswidrigkeit an einem bestehenden Gebäude nicht noch verstärkt werden dürfe. Wie Sie wissen, hat die RPK aufgrund dieser Ausgangslage – in der Zwischenzeit in neuer Zusammensetzung –, den Antrag vom 11. November 2002 zurückgenommen. Die RPK hat diesen Problemartikel deshalb nochmals eingehend diskutiert. Wir haben § 72 Abs. 2 so formuliert, dass unter gewissen Bedingungen auch Erweiterungen von vorschriftswidrigen Bauten und Anlagen möglich sind. Dabei haben wir versucht, eine Formulierung zu finden, die es möglich machen sollte, dass sowohl die Bewilligungsbehörde als auch der Bauherr und ihre Rechtsvertreter (Juristen) zu ähnlicher (noch besser zu gleicher) Interpretation gelangen. Dies ist kein leichtes Unterfangen. So umfasst ein soeben herausgegebenes juristisches Gutachten zum Thema Bestandesgarantie von Bauten und Anlagen in der Schweiz immerhin rund 1140 Seiten. Wir haben versucht, dieses Problem zum Woh-

le aller Betroffen zu lösen. Trotzdem sind wir uns bewusst, dass auch mit der neuen Formulierung weiterhin juristische Hindernisse zu überwinden sind. Bei dieser Formulierung liegt das Hauptgewicht auf der rechtsgleichen Behandlung von Alt- und Neubauten. Das heisst, wenn jemand an einer Altbaute Änderungen vornehmen will, so soll er nicht besser fahren, als wenn er neu baut. So soll er z.B. nicht mehr Gebäudevolumen erzielen können. Diese Formulierung schliesst Erweiterungen auf jener Seite eines Gebäudes aus, wo bereits heute eine Abstandsvorschrift verletzt ist. Zulässig sind in einem solchen Fall nur untergeordnete Änderungen, die den Rahmen von Unterhalts- oder Erneuerungsarbeiten nicht sprengen (z.B. Isolation einer Fassade). Anders sieht dagegen die Situation bei jenen Seiten eines Gebäudes aus, wo die Vorschriften eingehalten sind. Dort sind Änderungen in Form von Erweiterungen, Aufstockungen usw. zulässig. Die RPK hat diese Formulierung ohne Gegenstimme befürwortet. Nach Informationen des Votanten stimmt auch die Regierung dem neuen Antrag zu. Er möchte den Rat deshalb bitten, der Änderung von § 72 Abs. 2 PBG gemäss der neuen Formulierung der RPK zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** bestätigt, dass die Baudirektion diesem Antrag zustimmt.

➔ Der Rat ist ebenfalls damit einverstanden.

➔ Der Rat stimmt dem PBG in der *Schlussabstimmung* mit 68 : 6 Stimmen zu.

66 GESETZ ÜBER DAS DIENSTVERHÄLTNIS UND DIE BESOLDUNG DER LEHRER AN DEN GEMEINDLICHEN SCHULEN (LEHRERBESOLDUNGSGESETZ) (UNTERRICHTSZEIT UND INTENSIVFORTBILDUNG DER LEHRPERSONEN)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 19. Dezember 2002 (Ziff. 1101) ist in der Vorlage Nr. 1045.5 – 11057 enthalten. – Zusätzlich liegt ein Antrag der Redaktionskommission vor (Nr. 1045.6 – 11088).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag der Redaktionskommission vorliegt.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

➔ Der Rat stimmt dem Gesetz in der *Schlussabstimmung* mit 45 : 29 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion von Andreas Bossard betreffend Aufwertung der Intensivfortbildung der Lehrkräfte an den gemeindlichen Schulen (Nr. 950.1 – 10693) teilweise erheblich zu erklären und

gleichzeitig als erledigt abzuschreiben. Die vorberatende Kommission schliesst sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Bruno **Pezzatti** stellt zusammen mit Silvan Hotz und Werner Villiger den Antrag, das soeben beschlossene neue Lehrerbesoldungsgesetz dem Behördenreferendum zu unterstellen. Begründung: Der Votant hat sich bei diesem Geschäft sowohl in der vorberatenden Kommission als auch in der Ratsdebatte gegen die zusätzliche Belastung unseres Kantons mit jährlich wiederkehrenden Mehrkosten von rund 5 Mio Franken gewehrt. Er ist sich bewusst, dass grundsätzlich nur in ausserordentlichen Situationen auf das Instrument des Behördenreferendums zurückgegriffen werden sollte. Nach reiflicher Überlegung stellt er aber fest, dass wir uns heute in einer solchen ausserordentlichen Situation befinden: Die Mehrheit des Kantonsrats will dem Kanton und den Gemeinden und damit in letzter Konsequenz den Steuerzahlern zusätzliche Lasten aufbürden. Dies in einer Zeit, in welcher viele Unternehmen, Betriebe und Arbeitnehmer der Privatwirtschaft wirtschaftlich unten durch müssen und sich in einer sehr schwierigen Lage befinden. Entlassungen, Kurzarbeit, Lohneinbussen und überdurchschnittliche Arbeitsbelastungen derjenigen Personen, die noch Arbeit haben, sind an der Tagesordnung. Dies aber auch in einer Sache, die wohl wünschenswert, aber nicht unabdingbar ist. Die Lehrpersonen verfügen im Kanton Zug bereits heute nicht nur über einen sicheren Arbeitsplatz, sondern glücklicherweise auch über gute bis sehr gute Anstellungsbedingungen. Der Votant ist deshalb mit seinen beiden Kollegen der festen Überzeugung, dass in dieser ausserordentlichen Situation das Stimmvolk unbedingt das letzte Wort haben muss. Das Volk soll entscheiden, ob dieses 5 Mio Franken zusätzliche Kosten verursachende neue Lehrerbesoldungsgesetz in Kraft gesetzt werden soll oder nicht.

Josef **Lang** möchte vorausschicken, dass er zwar Lehrer ist, aber nicht im Kanton Zug. Wenn ein Behördenreferendum von Links vorgeschlagen wird, werden jeweils zwei Einwände gebracht. Beide haben etwas für sich. Der erste lautet: Die Bürgerinnen und Bürger sollten mit ihrer Unterschrift dazu beitragen, dass es eine Abstimmung gibt. Wenn eine Vorlage wirklich unpopulär ist, ist es keine Sache, mit Unterschriften das Referendum zu ermöglichen. Abgesehen davon sind jetzt wieder die warmen Zeiten ausgebrochen. Geben Sie also den Bürgerinnen und Bürgern, die mit diesem Gesetz nicht einverstanden sind, die Möglichkeit, mit einer Unterschrift das Referendum zu ermöglichen. Bleiben Sie Ihrem Argument, gegen das wir immer unterlegen sind, treu. Zweitens: Bei einem Antrag auf Behördenreferendum wurde uns immer wieder gesagt, wenn man ein Behördenreferendum vorschlage, wiederhole man nicht noch einmal die Debatte. Man argumentiere nicht materiell zur Frage, wie das jetzt der Antragsteller gemacht hat. Daran sollen sich auch jene halten, die seltener mit dem Referendum kommen. Materiell möchte der Votant nur sagen: Wir haben jetzt einen Vorgeschmack erhalten von der schulfeindlichen Stimmung, die damit gemacht werden könnte. Bitte stimmen Sie dem Behördenreferendum nicht zu. Wer gegen dieses Gesetz ist, soll auf die Strasse gehen und dort Unterschriften sammeln.

Konrad **Studerus** möchte einen Ordnungsantrag stellen. Im Hinblick auf das zweite Argument von Josef Lang beantragt der Votant, dass sofort abgestimmt wird. Und zwar entsprechend der Bestimmung von § 59, wonach diese Abstimmung unmittelbar nach der Schlussabstimmung erfolgt. Wir können doch nicht wieder eine Debatte führen.

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass Josef Lang nichts Materielles zu diesem Gesetz gesagt hat, sondern nur dazu, ob das Behördenreferendum gerechtfertigt sei oder nicht. Und das ist gemäss § 59 ohne Weiteres möglich.

Andrea **Hodel** hofft, im Namen einer guten Fraktionsmehrheit der FDP den Rat zu ersuchen, diesem Referendumsantrag nicht zuzustimmen. Die Antragsteller haben lange, aber falsch überlegt. Einerseits haben wir den politischen Auftrag, Entscheide zu fällen, und diesen sollten wir nicht delegieren. Und zweitens sind es schlechte Verlierer, wenn sie es nach einer so langen Debatte nun auf diesem Weg versuchen. Dann wünscht die Votantin ihnen viel Vergnügen beim Unterschriftensammeln.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** beantragt im Namen des Regierungsrats und im Interesse der Schule, diesem Behördenreferendum nicht stattzugeben. Es ist eine Frage des Vertrauens und eine Frage, welche Zeichen Sie setzen, wenn Sie diesem Behördenreferendum nachgeben. Es ist eine Frage des Vertrauens in die umfangreichen Vorarbeiten. Es wurde selten so breit und so differenziert eine Lösung erarbeitet gegen ganz viele Begehrlichkeiten seitens von Lehrerinnen und Lehrern, die jetzt nicht Aufnahme gefunden haben. Es ist auch eine Frage des Vertrauens in ihre Gemeinden, die auch allesamt gesagt haben, dass wir etwas tun müssen – auch im jetzigen Umfeld – gegen die Belastungen der Lehrerschaft. Und eine Mehrheit der Gemeinden hat sogar eine Erhöhung des Pools verlangt. Sie haben das dann wieder zurückkorrigiert. Es ist auch eine Frage des Vertrauens in Sie selber. Sie haben in der vorberatenden Kommission, in der Stawiko und in diesem Saal sehr fair und sachlich argumentiert und eine differenzierte Lösung gefunden. Der Bildungsdirektor kann und will das akzeptieren und er setzt sich auch beim Personal dafür ein. Es ist auch eine Frage des Vertrauens in Ihre Schulbehörde, wie Sie mit diesem Pensenpool umgehen. Nun das Behördenreferendum zu beschliessen, würde das Vertrauen in Ihre eigene Arbeit und Verantwortung untergraben. Zum Vergleich mit der Privatwirtschaft: Matthias Michel bedauert, wie es der Wirtschaft zur Zeit geht. Er hofft, dass sei mittel- und längerfristig anders. Und der Staat muss mittel- und längerfristig planen, gerade auch in der Bildung. Und wenn er die eben erhaltene Broschüre «Kompass Zug» von den Zuger Wirtschaftsverbänden liest, steht dort, gerade in diesen schwierigen Zeiten seien Investitionen in die Bildung notwendig. Es wird eine Sicherung der Ausbildungsqualität verlangt. Wenn wir jetzt sagen, wir seien unsicher über diese Vorlage und das solle das Volk entscheiden, dann klingen solche Sätze nicht sehr glaubwürdig. Der Bildungsdirektor bittet deshalb den Rat, das richtige Zeichen zu setzen und der eigenen Entscheidfindung zu vertrauen.

Hans **Durrer** ist der Überzeugung, dass Matthias Michel jetzt materiell zum Besoldungsgesetz gesprochen hat und nicht rein formalrechtlich zum Referendum. Man hätte ihm das Wort entziehen müssen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 59 Abs. 2 der GO 27 Stimmen für das Behördenreferendum sein müssen, um es zu ermöglichen.

➔ Der Rat beschliesst mit 33 Stimmen das Behördenreferendum.

67A WAHLBESTÄTIGUNG DER VOM KANTON ZU WÄHLENDEN MITGLIEDER DES BANKRATS UND DER REVISIONSSTELLE DER ZUGER KANTONALBANK

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1097.1 – 11099).

Mitglieder des Bankrats

Die vom Regierungsrat für die mit der nächsten Generalversammlung der Aktionäre beginnende Amtsdauer 2003 bis 2006 gewählten Mitglieder des Bankrats werden vom Kantonsrat wie folgt bestätigt:

- Beat Bernet, Dr. oec. publ., Professor, Kappelerstrasse 4, 8925 Ebertswil

Ausgeteilte Stimmzettel 79, eingegangen 78, leer 3, ungültig 0, in Betracht fallend 75, absolutes Mehr 38.

➔ Die Wahl von Beat Bernet wird mit 75 Ja-Stimmen bestätigt.

- Armin Jans, Dr. rer. pol., Professor, Ägeristrasse 60, 6300 Zug

Ausgeteilte Stimmzettel 79, eingegangen 78, leer 4, ungültig 0, in Betracht fallend 74, absolutes Mehr 38.

➔ Die Wahl von Armin Jans wird mit 60 Ja-Stimmen bestätigt.

- Marianne Lüthi, dipl. Treuhandexpertin, Hörndlirain 18, 6318 Walchwil

Ausgeteilte Stimmzettel 79, eingegangen 78, leer 2, ungültig 0, in Betracht fallend 76, absolutes Mehr 39.

➔ Die Wahl von Marianne Lüthi wird mit 71 Ja-Stimmen bestätigt.

- Hans-Beat Uttinger, Regierungsrat, Sterenweg 4, 6300 Zug

Ausgeteilte Stimmzettel 79, eingegangen 78, leer 3, ungültig 0, in Betracht fallend 75, absolutes Mehr 38.

➔ Die Wahl von Hans-Beat Uttinger wird mit 64 Ja-Stimmen bestätigt.

Mitglieder der Revisionsstelle

Die vom Regierungsrat für die mit der nächsten Generalversammlung der Aktionäre beginnende Amtsdauer 2003 bis 2006 gewählten Mitglieder der Revisionsstelle werden vom Kantonsrat wie folgt bestätigt:

- Ruth Berchtold-Steiner, eidg. dipl. Apothekerin, Eschenrain 5, 6312 Steinhausen

Ausgeteilte Stimmzettel 79, eingegangen 78, leer 3, ungültig 0, in Betracht fallend 75, absolutes Mehr 38.

➔ Die Wahl von Ruth Berchtold-Steiner wird mit 70 Ja-Stimmen bestätigt.

- Felix B. Häcki, lic. oec., publ., Weinbergstrasse 17, 6300 Zug

Ausgeteilte Stimmzettel 79, eingegangen 78, leer 4, ungültig 0, in Betracht fallend 74, absolutes Mehr 38.

➔ Die Wahl von Felix Häcki wird mit 57 Ja-Stimmen bestätigt.

- Gregor Kupper, Bücherexperte, Windenboden 4, 6345 Neuheim

Ausgeteilte Stimmzettel 79, eingegangen 78, leer 3, ungültig 0, in Betracht fallend 75, absolutes Mehr 38.

➔ Die Wahl von Gregor Kupper wird mit 66 Ja-Stimmen bestätigt.

67B KANTONSRATSBESCHLUSS ÜBER DIE GENEHMIGUNG EINER ERHÖHUNG DES AKTIENKAPITALS DER ZUGER KANTONALBANK

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1098.1/.2 – 11100).

Stawiko-Präsident Peter **Dür** hält fest, dass seine Kommission diese Vorlage heute morgen an einer Sondersitzung diskutiert hat. Sie stimmt diesem Geschäft aus folgenden Gründen zu:
1. Nach dem Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen muss die Zuger Kantonalbank ihr Eigenkapital der Entwicklung der Bilanzsumme und den Verpflichtungen anpassen. Gemäss § 3 des Kantonalbankgesetzes vom Dezember 1973 liegt der Zweck der ZKB darin, der Bevölkerung des Kantons Zug und seiner Volkswirtschaft die Dienste einer zeitgemässen Hypothekar- und Handelsbank zur Verfügung zu stellen. Die ZKB erwartet aufgrund der Wirtschaftsentwicklung im Kanton Zug ein weiteres Wachstum und will sich rechtzeitig auf die steigenden regulatorischen Anforderungen einstellen. Gemäss § 11 des Kantonalbankgesetzes (Geschäftsumfang) sind der ZKB Spekulationsgeschäfte untersagt. Die ZKB muss deshalb ein nachhaltiges Wachstum bestreiten und Bankgeschäfte mit konservativem Ansatz tätigen. Wir erwarten von der Zuger Kantonalbank, dass sie heute und auch in Zukunft ihre Geschäfte entsprechend diesem Grundsatz betreibt.
2. Die Aktienkapitalerhöhung kommt zur richtigen Zeit. Die Kapitalzinsen sind tief, die Anleger suchen wieder nach Anlagen mit konservativem Ansatz. Es wird deshalb nicht schwer sein, die Aktien auch unter dem Gesichtspunkt einer attraktiven Dividenden-Rendite von aktuell 5 % zu platzieren. Von dieser attraktiven Dividenden-Rendite profitiert auch der Kanton Zug. Dazu profitiert der Kanton Zug gemäss § 41 des Kantonalbankgesetzes von einer Extradividende von 10 % des gesetzlichen Anteils.
3. Mit einem Agio von 1‘200 Franken pro Aktie verhindert die ZKB eine Verwässerung des Aktienkapital, was sich auch positiv auf unsere bisherige Aktien-Anlage auswirkt.
4. Der Kanton besitzt in jedem Fall 50 % des Aktienkapitals. Der Kanton erhöht seinen Aktienanteil um 5,5 Mio bzw. 11‘088 Aktien. Dazu müssen unter Einrechnung des Agio rund 18,9 Mio aufgewendet werden. Die Finanzierung läuft über die Investitionsrechnung. Der Betrag wird im Verwaltungsvermögen aktiviert. Als zusätzlicher Nettoertrag resultiert nach Abzug der Fremdkapitalzinsen 2003 eine Summe von 235‘620 Franken, ab 2004 bei voller Dividende ein Nettoertrag von 471'240 Franken. Wird dieses Geschäft einstweilen vorwiegend eigenfinanziert, erhöht sich die ser Ertrag noch weiter. Die Stawiko beantragt auf Grund dieser Überlegungen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 68 : 0 Stimmen zu.

68 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE ORGANISATION DER GERICHTSBEHÖRDEN (ZUSTÄNDIGKEIT FÜR KOLLOKATIONSKLAGEN)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts (Nrn. 1078.1/.2 – 11052/53) und der Erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1078.3 – 11093).

Heinz **Tännler** weist darauf hin, dass uns das Obergericht des Kantons Zug im Zusammenhang mit der Zuständigkeitsordnung für Kollokationsklagen einen Vorschlag zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes vorlegt, wonach für vorgenannte Fälle die bisherige Zuständigkeitsordnung zu ändern ist. Vorgeschlagen wird, dass in jedem Fall für Kollokationsklagen das Kantonsgericht als Gesamtgericht zuständig sein soll. Was Kollokationsklagen sind, wird hinlänglich in den Berichten ausgeführt, weshalb darauf verwiesen werden kann. Vorab kann der Votant festhalten, dass nebst ihm mit einer Ausnahme die ganze SVP-Fraktion mit dem Antrag des Obergerichts des Kantons Zug bzw. der Justizprüfungskommission nicht einverstanden ist. Folgende Überlegungen führten zu dieser Haltung.
Materiell vielleicht nicht wesentlich, aber formell nicht unbedeutend ist vorab darauf hinzuweisen, dass das Kantonsgericht bzw. dessen Präsident an die Sitzung der Justizprüfungskommission nicht eingeladen und somit nicht angehört wurde. Das Obergericht führt in seinem Bericht fairerweise die Auffassung des Kantonsgerichts an, welches mit der vorgeschlagenen Änderung offenbar nicht einverstanden ist. Gerade dieser Umstand hätte es notwendig gemacht, auch die Überlegungen des Kantonsgerichts in der Kommission im Detail anzuhören. Auch wenn es hier um nichts Weltbewegendes oder Existenzielles geht, meint der Votant, dass inskünftig und insbesondere bei Meinungsverschiedenheiten die Instanzen (in casu auch das Kantonsgericht) angehört werden müssen.
Nun zur Sache. Das Obergericht führt aus, dass gestützt auf die heute geltende – und letztlich bewährte – Zuständigkeitspraxis die Friedensrichter zum Teil Fälle zu beurteilen hätten, welchen sie nicht gewachsen seien. Es kann sein, dass in den letzten zehn Jahren möglicherweise ein halbes Dutzend solcher Kollokationsklagen vor dem Friedensrichteramt hängig waren und dazu führten, dass vom Obergericht ein Gerichtsschreiber abdelegiert werden musste. Insofern sei dem Obergericht nicht widersprochen, es sei aber relativierend festgehalten, das es keine Häufung von Kollokationsklagen gibt; die Zahl der jährlichen Fälle ist gering. Die meisten Fälle sind Bagatellfälle, die zu keinerlei Schwierigkeiten führen. Dass Kollokationsklagen bei den Friedensrichterämtern anhängig gemacht werden können, liegt daran, dass sich die Streitwertberechnung auf die im Kollokationsplan aufgeführte Konkursdividende abstützt. Die Konkursdividende kann in Fällen, bei denen bei einer Pleite gegangenen Gesellschaft nichts mehr vorhanden ist, bei Null oder unter 300 Franken liegen. Dies führt dann zur Zuständigkeit des Friedensrichteramts. Dieses Problem könnte aber gelöst werden, indem nicht die Zuständigkeitsordnung, sondern die Streitwertberechnung geändert würde.
Sofern den Ausführungen des Obergerichts des Kantons Zug Glaube geschenkt werden soll, dann nur bezüglich der Überforderung der Friedensrichter, nicht aber der Einzelrichter. Was das Obergericht und mit ihm die Justizprüfungskommission vorschlägt, geht nun völlig fehl. Mit seinem Vorschlag will das Obergericht die am Kantonsgericht tätigen Einzelrichter unnötigerweise aushebeln, indem in jedem Fall das Kantonsgericht für zuständig erklärt werden soll. Heinz Tännler kann sich noch

bestens an die Diskussionen im Zusammenhang mit der Stellenerhöhung im Kantonsgericht und der Revision der ZPO erinnern, als selbst das Obergericht darauf hingewiesen hatte, so viele Fälle wie nur möglich durch die Einzelrichter des Kantonsgerichts entscheiden zu lassen. Dies nicht zuletzt wegen des schnelleren Verfahrens, der effizienteren Erledigung von Fällen und letztlich im Interesse der Rechtssuchenden. Gerade dieses Prinzip wird mit dem vorliegenden Vorschlag völlig über den Haufen geworfen, indem man für jeden Fall, somit auch für Bagatellfälle, die Einzelrichter, welche notabene professionelle Richter sind, aushebeln will. Selbst wenn der Votant – mit einem gewissen Widerwillen – dem Obergericht dahingehend folgen kann, dass für Kollokationsklagen die Friedensrichterämter auszuschalten sind, dann hört das Verständnis bei der Ausschaltung des Einzelrichters auf. Wie vorstehend ausgeführt wurde, handelt es sich um professionelle Richter. Gerade infolge der Kundenfreundlichkeit ist darauf zu achten, dass die Rechtssuchenden zu schnellen Entscheiden kommen, was beim Einzelrichter garantiert ist. Wird für jeden Fall und auch für Bagatellfälle das Kantonsgericht als Kollegialgericht bemüht, so sind Verzögerungen, die in der Natur der Sache liegen, nicht zu verhindern.
Wenn nun das Obergericht und mit ihm auch die Justizprüfungskommission glaubt, die Streitwertberechnung sei ein Problem, dann täuschen sie sich. Auf Folgendes ist hinzuweisen: Der Streitwert ergibt sich aus dem Kollokationsplan bzw. aus der Festlegung der Konkursdividende. Dies führte in der Vergangenheit zu keinerlei Schwierigkeiten. Auch der angeführte Fall des Obergerichts aus dem Jahre 2000 war nicht ein Fall, welcher infolge Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Festlegung des Streitwertes zur vorliegenden Diskussion Anlass gegeben hat. Wenn das Obergericht tatsächlich glaubt, diesbezüglich ein Problem zu sehen, dann macht der Votant an dieser Stelle auf folgende Beispiele aufmerksam: Bei der Anfechtung von GV-Beschlüssen ist beispielsweise der Streitwert schwieriger zu quantifizieren als bei Kollokationsklagen – und trotzdem ist die sachliche Kompetenz des Einzelrichters nicht in Frage gestellt. Gleiches gilt beispielsweise im Zusammenhang mit Nachbarstreitigkeiten, wo die Streitwertberechnung viel schwieriger festzulegen ist als bei Kollokationsklagen. Auch hier ortet das Obergericht keinen Handlungsbedarf. Weshalb dann gerade bei Kollokationsklagen?
Aus all dem Gesagten ist Heinz Tännler der festen Überzeugung, dass der Vorschlag des Obergerichts sachlich und aus praktischen Gründen falsch ist. Mit der „Eliminierung“ der Friedensrichter kann er sich noch einverstanden erklären, nicht aber mit der Ausschaltung der Einzelrichter. Dies auch deshalb nicht, weil im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer Schweizerischen Zivilprozessordnung die sachliche Zuständigkeit der Einzelrichter noch weiter gestärkt werden soll (man spricht von der Zuständigkeit bis zu einem Streitwert von 20'000 Franken).
Vor diesem Hintergrund macht der Votant dem Rat beliebt, auf den Antrag des Obergerichts nicht einzutreten und nachfolgenden Antrag zu unterstützen:

§ 4 Abs. 1 GOG ist mit folgendem Satz zu ergänzen:

«(…) . *Bei Kollokationsklagen kommt dem Friedensrichter keine Entscheidbefugnis zu».*

Damit sind die Bedenken des Obergerichts berücksichtig: Friedensrichterämter müssen sich mit allenfalls komplexen Kollokationsklagen – die aber nur selten auftreten – mit einem Streitwert unter 300 Franken nicht herumschlagen. Für diese Fälle muss

das Obergericht keine Gerichtsschreiber abdelegieren. Die Zuständigkeitsordnung bleibt aber in ihren Grundfesten richtigerweise bestehen. Je nach Streitwert (unter 8'000 Franken) haben die Rechtssuchenden Gewähr auf ein professionelles, aber auch schnelles und effizientes und somit kundenfreundliches Verfahren vor dem Einzelrichter. Die Streitwertberechnung bietet kein Problem. Bagatellfälle sind nicht vom Kollegialgericht, welches nicht in gleicher Schnelligkeit wie der Einzelrichter entscheiden kann, zu behandeln. Heinz Tännler bittet den Rat, seinen Antrag zu unterstützen.
Er möchte noch ausführen, dass eine Sühneverhandlung bei Kollokationsklagen nicht stattfindet. Deshalb genügt es für seinen Antrag, wenn § 4 geändert werden kann. Er nimmt an, dass der Obergerichtspräsident das bestätigen kann. Ob er damit einverstanden ist, bleibt eine andere Frage.

Andrea **Hodel** kann zur Frage der Zuständigkeit nicht so viel Herzblut vergiessen wie Heinz Tännler. Sie wäre auch froh gewesen, er hätte sie vorgängig informiert. In der JPK haben wir selbstverständlich die Stellungnahme des Kantonsgerichts gekannt, auch wenn wir es nicht persönlich eingeladen haben. Einig sind wir uns ja im Hauptpunkt, dass die Friedensrichter nicht mehr darüber entscheiden sollen. Es ist eine Frage des Abwägens, was wir wollen. Wir haben uns für den Weg entschieden, es für den rechtsuchenden Bürger möglichst einfach zu machen, indem er eine einzige Instanz hat, die er anrufen kann, damit er nichts Falsches macht. Die Frage, ob er zuerst zum Einzelrichter gehen soll oder direkt zum Kollegialgericht, spielt zeitlich keine Rolle, denn beide Verfahren sind ja beschleunigt durchzuführen. Also auch vor Kantonsgericht gibt es im Normalfall nur einen Schriftwechsel. Und das Kantonsgericht kann genau so schnell entscheiden wie der Einzelrichter. Letztendlich ist es ein Abwägen. Will man aus Grundsatzüberlegungen den Instanzenzug einfach unter Umgehung des Friedensrichters oder will man zu Gunsten einer einfachen Lösung für den Bürger sagen, dass das Kantonsgericht in allen Fällen als Kollegialbehörde zuständig ist? In diesem Sinne ersucht die Votantin den Rat, zu Gunsten des Bürgers zu entscheiden, das Ganze möglichst zu vereinfachen, dem Kantonsgericht als Kollegialbehörde diese Kompetenz einzuräumen und dem Antrag der Kommission und des Obergerichts zuzustimmen.

Heinz **Tännler** meint, es stimme nicht ganz, was Andrea Hodel sage. Es gibt möglicherweise vielleicht keinen weiteren Verfahrensschritt, aber beim Einzelrichter kann man zur Hauptverhandlung direkt vorladen. Das kann man beim Kollegialgericht nicht. Da haben wir ganz klar einen Verfahrensschritt mehr. Wir haben das Referenten-System. Ein Referent muss das Urteil und die Prozessakten vorbereiten. Das geht in Zirkulation und es kommt automatisch zu Verzögerungen. Alles andere stimmt nicht. Man kann die Leute an der Front auch entsprechend befragen. Sie werden das bestätigen. – Es tut dem Votanten leid, dass er so spät kommt. Aber er hat auch anderes zu tun. Er ist nicht in der JPK. Zudem ist das nicht ein weltbewegendes und existenzielles Geschäft, und er hat es erst kurzfristig angeschaut.

Obergerichtspräsident Alex **Staub** hält fest, dass es Ziel dieser Vorlage ist, einerseits die Friedensrichter von wenigen, aber delikaten Fällen zu entlasten, was auch aus-

drücklich ihr Wunsch ist. Zum zweiten soll für den Rechtssuchenden hinsichtlich Zuständigkeit eine klare Regelung getroffen werden und damit von Anfang an Rechtsicherheit geschaffen werden. Zu den Ausführungen von Heinz Tännler eine Vorbemerkung. Selbstverständlich ist das Antragsrecht im Parlament nicht eingeschränkt. Und trotzdem wäre es wünschenswert, wenn ein Mitglied des Parlaments, das trotz einstimmigem Kommissionsbeschluss einen Antrag stellen will, sich vorgängig zumindest telefonisch kurz melden würde.
Heinz Tännler hat zunächst bemängelt, dass das Kantonsgericht und speziell sein Präsident nicht zur Kommissionssitzung eingeladen worden sei. Der Votant geht davon aus, dass das Parlament die Zuständigkeit des Obergerichts für die Antragstellung nicht in Frage stellt und dass auch die Regierung sich in der Regel nicht veranlasst sieht, wenn eine Amtsstelle eine andere Auffassung vertritt als sie, diese Stelle oder deren Vorsteher zu einer Kommissionssitzung einzuladen. Entscheidend scheint Alex Staub, dass eine divergierende Auffassung transparent gemacht wird, und dies war im vorliegenden Fall zweifellos von Anfang an der Fall. Heinz Tännler hat gesagt, wir sprächen nicht von einer Häufung der Kollokationsklagen in quantitativer Hinsicht. Von was sprechen wir? Im vergangenen Jahr hatte das Kantonsgericht insgesamt neun Verfahren betreffend Kollokation zu behandeln. Zwei davon waren durch den Einzelrichter zu behandeln. In den vergangenen zwei Jahren waren es ungefähr fünf Verfahren, die beim Friedensrichter landeten und die angesprochenen Probleme verursachten. Heinz Tännler sagt, es gehe dem Obergericht darum, den Einzelrichter auszuhebeln. Und man gehe ja nicht davon aus, dass diese Einzelrichter im Einzelfall überfordert seien. Der Obergerichtspräsident hat Verständnis, dass sich Eishockey-Einzelrichter Tännler für die Einzelrichter wehrt. Es geht auch nicht darum, dass diese allenfalls überfordert sind. Von der Professionalität ist auszugehen. Aber es geht darum, dass von Anfang an Rechtssicherheit in Bezug auf die Zuständigkeit besteht. Und wenn Heinz Tännler sagt, der Rechtsuchende solle möglichst rasch zu einem Ergebnis kommen, dann ist dem beizupflichten. Genau dies war für uns ein Argument, diese Regelung zu treffen. Auch wenn es wenige Fälle sind, soll der Streit um Zuständigkeit vermieden werden. Und mit dieser Regelung kommt man eben möglichst rasch zu einem Ziel, und zwar nicht nur über die Frage der Zuständigkeit, sondern materiell über den Entscheid selber. Alex Staub bittet daher den Rat, dem Antrag des Obergerichts und dem einstimmigen Entschluss der JPK zuzustimmen.

Der Vorsitzende fragt Heinz **Tännler**, ob er mit der übrigen Vorlage einverstanden sei. Dieser weist darauf hin, dass mit Annahme seines Antrags die übrige Vorlage hinfällig wird.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Heinz Tännler mit 54 : 19 Stimmen ab.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1078.4 – 11118 enthalten.

69A INTERPELLATION VON VRENI WICKY BETREFFEND PERSONALSTELLEN BEI DER ZUGER POLIZEI

Vreni **Wicky**, Zug, hat am 10. März 2003 die in der Vorlage Nr. 1101.1 – 11105 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat verschiedene Fragen gestellt.

Da die ausführliche Antwort von Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** verschiedene Tabellen enthält, findet man sie als *Beilage* am Ende des Protokolls.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Debatte über diese Interpellation zusammen mit jener über den Kantonsratsbeschluss betreffend Verbesserung der Sicherheit der kantonalen Behörden, der kantonalen Verwaltung, der Gerichte und der im Auftrag des Kantons tätigen Unternehmen durchgeführt wird, welcher gleich anschliessend behandelt wird.

69B KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND VERBESSERUNG DER SICHERHEIT DER KANTONALEN BEHÖRDEN, DER KANTONALEN VERWALTUNG, DER GERICHTE UND DER IM AUFTRAG DES KANTONS TÄTIGEN UNTERNEHMEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1051.1/.2 – 10973/74), der Kommission (Nrn. 1051.3/.4 – 11078/11087) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1051.5 – 11097).

Kommissionspräsident Leo **Granziol** möchte auf Grund der Diskussionen noch Folgendes zusätzlich erwähnen. Ein Grossteil der in der Vorlage vorgeschlagenen Ausgaben und gewünschten personellen Ressourcen kann auch völlig losgelöst vom Attentat betrachtet werden. Viele der beantragten Massnahmen sind unter dem Gesichtspunkt der Erneuerung der Infrastruktur, der Verbesserung des Brandschutzes etc. längst notwendig geworden. Wenn Sie die Details der vorgesehenen baulichen Massnahmen einsehen, dann fällt z. B. sehr viel unter das Thema Brandschutz. Auch ohne Attentat müssten wir unsere Gebäude und vor allem deren Benutzer vor Brandfällen schützen. Dieser Schutz besteht nicht überall im notwendigen Ausmass. Es ist Ihnen sicher aufgefallen, dass z. B. bei den Schulen rund 1,3 Mio investiert werden sollen, wovon allein auf die Kanti 1 Mio fällt. Natürlich kann man sagen, es sei übertrieben, im Zusammenhang mit dem Attentat jetzt auch bei den Schulen solchen Aufwand zu betreiben. Aber diese Argumentation ist zu einfach. Richtig ist, dass im Zusammenhang mit dem Attentat alle Gebäude des Kantons und seine Ämter auf ihre Sicherheit überprüft wurden und dabei eben Mängel zu Tage traten, die eigentlich nicht sein sollten. Wir können doch nicht weiter verantworten, dass es in der Kanti in zwei Geschossen keine Brandmelder gibt, u.a. gerade dort, wo sich die Schulküchen befinden, dass bei einem Brandfall die Schüler in den oberen Geschossen bei einer Verqualmung nicht benachrichtigt werden können, weil es weder Telefonanschlüsse noch Lautsprecher in den Schulzimmern gibt, noch

Fluchtwege aus den oberen Stockwerken. Deshalb sind entsprechende Massnahmen geplant, aber sie verursachen auch Kosten. Allein die beiden neuen aussen liegenden Fluchttreppen kosten rund 600'000 Franken, der Ausbau des Brandschutzes rund 200'000 und die Kommunikationsmittel, Telefon und Beschallung, nochmals 60'000. Damit aber haben wir alles getan, um bei einem Brandfall Opfer unter den Schülern und Lehrkräften zu vermeiden. Und wir haben diesbezüglich eine ganz klare Verantwortung. Der Votant möchte nicht hier stehen, wenn wir diesen Kredit ablehnen und deshalb solche essenziellen Sicherheitsmassnahmen nicht finanziert werden könnten und dann etwas passiert. Das gleiche gilt für die Massnahmen in den anderen kantonalen Schulen, wo aber bedeutend weniger gemacht werden muss. Zu den eigentlichen Sicherheitsvorkehrungen gehört bei den Schulhäusern lediglich das Auswechseln von Schlössern, damit abgeschlossen werden, von innen aber jederzeit geöffnet werden kann. Aber auch das kostet etliche 10'000 Franken wegen den vielen Türen, die nachgerüstet werden sollen, aber darüber wollen Sie sicher nicht streiten.
Das heisst ja noch nicht, dass nun alle Gemeinden gleiches tun müssen und gleiche Ausgaben haben werden. Das ist je nach Situation völlig unterschiedlich. Vielleicht besteht dort schon ein Brandschutz oder Telefonverbindungen in die Klassenzimmer, abschliessbare Türen etc. Aber sicher muss sich auch jeder Gemeinderat Gedanken über die Sicherheit seiner Schüler in seinen Schulhäusern machen, und zwar völlig unabhängig von dieser Vorlage oder dem heutigen KR Beschluss. Das gehört zu seinen Sorgfaltspflichten.
Genauso gehört es auch zu den Sorgfaltspflichten der Regierung wie auch der Gemeinden, zum Schutze von Leben, Gesundheit und persönlicher Integrität seiner Angestellten Massnahmen zu treffen, die nach der Erfahrung notwendig, nach dem Stande der Technik anwendbar und den Verhältnissen angepasst sind. Und diesen letzten Satz hat Leo Granziol nicht selbst erfunden, sondern es ist die Vorschrift des Arbeitsrechtes, er widerspiegelt Art. 328 OR. Es kann niemand bestreiten, dass sich in den letzten Jahren die Sicherheitslage verändert hat. Die Bedrohungen gegenüber Angestellten des Kantons haben zugenommen und es ist vor allem die Art der Bedrohung, die ganz andere Ausmasse angenommen hat. Wir kommen nicht umhin, dies zur Kenntnis zu nehmen. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass Personen in öffentlichen Positionen mehr gefährdet sind als früher. Der Griff zur Waffe, deren Benutzung und Androhung kommen viel häufiger vor und leider sind auch immer wieder entsprechende Zwischenfälle zu vernehmen. Dass Staatsangestellte sich heute viel stärker vor solchen Bedrohungen fürchten, liegt daran, dass diese auch realer geworden sind. Wir können nicht mehr ausschliessen, dass bei der Polizei, beim Arbeitsamt, beim Gericht oder wo immer der Bürger mit dem Staat konfrontiert wird, von ihm etwas haben will, das er nicht bekommt, oder ihm etwas geben muss, wozu er nicht bereit ist, es nicht bei der verbalen Drohung bleibt, sondern diese in Gewalt umschlägt. Es wurden beim Staatspersonal Umfragen gemacht, ob sich die Leute bedroht fühlen. Tatsächlich ist es so, dass sich die grosse Mehrheit der Angestellten an der Front einer zunehmenden Bedrohungslage ausgesetzt sieht.
Das ist ja nicht nur bei den Angestellten im Kanton so, sondern bei der ganzen Bevölkerung. Anders ist die rapide Zunahme von Polizeiinterventionen nicht zu erklären. Im 2002 musste die Polizei rund 50 % mehr intervenieren als im Vorjahr, die Anzahl der Luchseinsätze hat sich sogar um das 20-fache erhöht. Und hinter solchen Einsätzen steht ja immer die Meldung eines besorgten Bürgers, ein Hilferuf oder ein Ereignis (mehr als 16'000 im letzten Jahr). Und das hat nach Angaben der Polizei in

diesem Jahr nicht wesentlich abgenommen, wir haben bereits wieder rund 4‘000 Einsätze in den ersten 2½ Monaten dieses Jahres gezählt (3'858 Einsätze in der Zeit vom 1.1. bis 26.03.03).
Nun sind die Bedrohungslagen für die kantonalen Angestellten von den Sicherheitsbeauftragten selbständig geprüft und eingeschätzt und in drei Kategorien eingeteilt worden. Mit dem Regierungsrat ist die Kommission zur Auffassung gelangt, dass zumindest bei den hohen und mittleren Bedrohungslagen etwas unternommen werden muss. Was Ihnen in der Vorlage vorgeschlagen wird, betrifft – wenn von den Basiskosten abgesehen wird – zu mehr als der Hälfte die hohen Bedrohungslagen (3,2, Mio; 2,6, Mio mittlere; 176‘000 geringe Bedrohungslagen). Diese Summen verteilen sich auf vier Jahre, auf 21 eigene und 17 Mietliegenschaften mit mehr als 150 Amtsstellen. Es wird nun überhaupt nicht mit der grossen Kelle angerührt. Mehrheitlich geht es um Folgendes: Es sollte eine gemeinsame Alarmzentrale geben, wo alle Meldungen zusammenlaufen, wenn irgendwo eingebrochen wird, ein Alarmtaster ausgelöst wird etc. In den einzelnen Gebäuden werden Türen verstärkt oder ausgewechselt, dass sie einen gewissen Schutz gegen Eindringlinge bieten, und es werden Alarmtaster eingebaut und Zugangssysteme eingeführt mit Kartenleser, hie und da kommt eine Schleuse dazu und eine Gegensprechanlage mit Videokamera, Beschilderungen von Fluchtwegen etc.
Über all diese Details hat die Kommission sich Auskunft geben lassen, aber schliesslich befunden, es sei nicht ihre Sache, diese im Einzelfall nicht teuren und auch nicht weit gehenden Massnahmen im Einzelnen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Wir haben uns diesbezüglich auf die Sicherheitsexperten verlassen. Denn wie gesagt: Wir haben uns überzeugt, dass nicht übertrieben wird, sondern die Massnahmen den Verhältnissen angepasst sind. Hier nun Kürzungsanträge zu stellen würde bedeuten, in ein Netz ein grosses Loch zu schneiden und zu hoffen, dass die Fische trotzdem ins Netz schwimmen. Das bringt gar nichts. Ein Sicherheitssystem ist so stark wie das schwächste Glied. Deshalb müssen wir diese vorgeschlagenen baulichen Massnahmen bewilligen, sonst haben wir mit der Staatshaftung bei einem weiteren Zwischenfall oder Attentat auf ein einzelnes Amt oder auf Staatsvertreter an ihrem Arbeitsplatz ein Problem, das weit mehr kosten wird, als die hier vorgeschlagene Summe. Wenn Sie hier mit der Kommission einig sind, aber die Meinung vertreten, dass die Stellenzahl, auf die wir uns einigen müssen, anders verteilt werden soll, z.B. mehr Polizei und weniger fürs Kompetenzzentrum, muss der Kommissionspräsident jetzt schon entgegnen, dass wir damit in die Kompetenz des Regierungsrats eingreifen. Wir können ihm zwar sagen, was er machen muss und welche finanziellen Mittel wir dafür bereitstellen, aber von Vorschriften, wie er die Aufgabe zu lösen hat, sollten wir die Finger lassen, es sei denn, Sie halten den Regierungsrat auch für eine solch bescheidene Aufgabe für unfähig.
Aber wir brauchen auch Leute, die das, was sie beschliessen, baulich und instruktionsmässig umsetzen. Dazu ist das CC da. Dieses Kompetenzzentrum umfasst drei Vollbeschäftigte, damit die vielfältigen Koordinationsaufgaben erfüllt werden können und die Stellvertretung gewährleistet ist. Diese Positionen werden durch eine Person der Baudirektion, einen Gebäudetechniker, welcher für die Technik, deren Wartung, Programmierung, für Zulassungssysteme, Prüfung, Anpassung etc. zuständig ist, belegt. Es sind sehr viele Anlagen wegen den sehr vielen Gebäuden und deshalb braucht es dazu eine Vollstelle. Dann werden in diesem CC zwei Sicherheitsfachleute eingesetzt. Diese müssen das Konzept noch im Detail verfeinern, Einsatzdispositive für diverse Fälle bei allen Ämtern, Schulen und Spitälern ausarbeiten, deren An-

wendung schulen und überprüfen. Es muss sichergestellt werden, dass die Sicherheitsmassnahmen auch eingesetzt werden und nicht durch Gleichgültigkeit etc. unnütz werden. Diese haben weiter bei allen Neubauten den Sicherheitsaspekt zu überprüfen, dasselbe gilt für die vielen Umbauten. Sie sind die Kontaktstelle, wenn einzelne Ämter mit neuen Gefahren konfrontiert werden, sie instruieren alle Neueintretenden in den zugeteilten Direktionen etc.. Wenn Sie dieses Kompetenzzentrum streichen oder diesen Personalbedarf, dann muss der Regierungsrat das outsourcen – denn gewartet, repariert, instruiert werden muss ja trotzdem – und das kostet einiges mehr. Zudem ist es gerade bei Sicherheitsmassnahmen nicht klug und unzweckmässig, das Wissen über die Schutzmassnahmen einfach nach aussen weiterzugeben. Also war es eben für die Kommission klar, hier die Personalstellen nicht zu kürzen. Wie immer Sie in der Personalfrage entscheiden, bedenken Sie, dass Sie hier mit dem Funktionieren der getroffenen Massnahmen spielen. Bei der Sicherheit lassen sich Fachleute, Polizisten mit Scharfsinn und geübtem Auge für Gefahren, nicht durch Maschinen ersetzen.
Der Votant bedankt sich abschliessend bei der kantonalen Verwaltung für die Unterstützung, bei Gianni Bomio, dem Leiter, bei Alfons Eder, Hugo Halter und Roland Hodel von der Polizei, bei Roberto Zanulardo, der verantwortlich zeigte für die bisherige Schulung und Ausbildung, bei Herbert Staub und Hans Schmid vom Hochbauamt und bei Herrn Anderegg, der die Sache rechtlich begleitete, für ihren grossen Einsatz bei der Ausarbeitung des Konzepts, und den Kommissionsmitgliedern für das grosse Interesse und ihre Arbeit, diese Vorlage zügig zum Abschluss zu bringen. Leo Granziol hofft auf eine sachliche Diskussion.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an der Sitzung vom 27.2.03 intensiv diskutierte. Er verweist auf den Bericht und wird im Folgenden einige Punkte kurz beleuchten. – Es geht bei dieser Vorlage um folgende finanzielle Belastungen: Investitionsrechnung: 7,5 Mio, verteilt über vier Jahre; d.h. um rund 1,8 Mio pro Jahr. Laufende Rechnung: Neun Personalstellen, die Personalkosten von 900'000 Franken pro Jahr auslösen und 500'000 Franken pro Jahr an zusätzlichen Betriebskosten; d.h. total 1,4 Mio pro Jahr zu Lasten der Laufenden Rechnung. Diese Belastung von 3,2 Mio Franken pro Jahr (für vier Jahre) und dann 1,4 Mio ist erheblich und wurde von der Stawiko kontrovers diskutiert.
Zu den *Investitionskosten*. Eine Mehrheit der Stawiko ist der Meinung, dass die Bedrohungslage seit dem Attentat am 27. Sept. 01 und verschiedenen Ereignissen in der Welt schwieriger geworden ist. In einer zunehmend komplexeren und polarisierten Welt ist es zudem nicht anzunehmen, dass sich die nun vorliegenden Bedrohungsszenarien kurz- und mittelfristig ändern. Es kann aus Sicht der Stawiko eine gewisse Entspannung, aber keine völlige Normalisierung erwartet werden. Die Grundbedürfnisse bezüglich Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung und der Behörden des Kantons Zug müssen ernst genommen werden – dass sich diese Personen seit dem Attentat den Gefahren nun täglich bewusst sind, unterstreicht den raschen Handlungsbedarf. Ein Antrag, die Investitionen auf die Objekte mit höchster Gefährdung zu beschränken und damit den Investitionskredit auf 4,5 Mio zu reduzieren, fand in der Stawiko keine Mehrheit. Man war sich bewusst, dass eine Nachholbedarf auch bei Objekten mit mittlerer Gefährdung besteht. Eine Reduktion des Investitionskredits hätte dringend nötige Basis-Mass-

nahmen bei den Kantonsschulen, wie Brandschutz- und Kommunikationseinrichtungen sowie zusätzliche Fluchtwege, verhindert.
Zu den *Laufenden Kosten*. Personal: Die Personalkosten haben im Jahre 2001 195,6 Mio betragen. Die Rechnung 2002 weist einen Betrag von 212,3 Mio aus, was einer weiteren massiven Steigerung um 8,5 % entspricht. Jeder Antrag auf Personalstellen-Erhöhung, so berechtigt er auf den ersten Blick scheint, muss deshalb vom Parlament intensiv diskutiert werden. Es besteht die grosse Gefahr, dass uns die Kosten im Personalbereich aus dem Ruder laufen. Eine knappe Mehrheit der Stawiko unterstützt eine Aufstockung der Personaleinheiten um 5 Personen, um der geänderten Bedrohungslage Rechnung zu tragen. Wie diese Anzahl Personen auf die verschiedenen Aufgaben verteilt werden, ist Sache der Regierung. In der Diskussion um die Stellen geht zudem fast vergessen, dass zusätzlich noch mit Betriebskosten von einer halben Million gerechnet wird. Nach Reduktion der Personalstellen um vier Einheiten resultiert immer noch ein Betrag von ca. 1 Mio zu Lasten der laufenden Rechnung.
Nun noch ein letzter Punkt. Die Regierung hat uns bei der Stawiko-Sitzung vom 27. Februar mit der Frage konfrontiert, ob wir einer vorgezogenen Realisation der Investitionen im Bereich der Gerichte im Rahmen von Sofortmassnahmen Phase 2 zustimmen könnten. Die Gerichte möchten möglichst rasch ihre Sicherheitsmassnahmen optimieren und die Lesungen im Parlament und die Referendumsfrist nicht abwarten. Genannt wurde damals ein Betrag von 830'000 Franken, der deutlich über den aufgelisteten Kosten von 511‘000 in der Vorlage liegt. Peter Dür kann dazu Folgendes sagen. Im Stawiko-Bericht steht, dass unsere Kommission dieses Vorgehen bewilligt hat. Selbstverständlich muss dies korrigiert werden. Die Stawiko hat nicht die Kompetenz, der Regierung ein entsprechendes Vorgehen zu bewilligen. Sie hat höchstens die Möglichkeit, vom Vorgehen Kenntnis zu nehmen und ihm nicht zu opponieren. Trotz formeller Bedenken hat die Stawiko grossmehrheitlich entschieden, diesem Vorgehen nicht zu opponieren, weil es sich um einen hochgefährdeten Bereich handelt und die Massnahmen bei den Gerichten vom Grundsatz her sicher im Parlament unbestritten sind. Sie betont aber klar, dass es sich um eine Ausnahme ohne Präjudiz für ähnlich Begehren handelt. Nicht opponiert wurde auch unter der Bedingung, dass die Regierung noch eine aktualisierte Detailübersicht auf die Investitionen vorlegt. Diese Übersicht wurde der Stawiko erst vor wenigen Tagen vorgelegt – die Mehrheit der Stawiko ist mit den Unterlagen und der Plausibilisierung der Kosten einverstanden. Sie stellt aber klar fest, dass die Informationspolitik der Regierung zu diesem Geschäft unbefriedigend war. Dieses fraktionierte Bedienen mit Unterlagen hemmt eine effiziente Parlamentsarbeit. Wir erwarten und verlangen von der Regierung eine klare Verbesserung in diesem Bereich. Die Stawiko betont zudem ausdrücklich, dass im Betrag von 7,5 Mio sämtliche Kosten inkl. Mehrwertsteuer enthalten sein müssen. Die Stawiko wird deshalb für die Detailberatung im § 5 Abs. 2 die Ergänzung des Gesetzestextes mit dem Zusatz «7,5 Mio. inkl. Mehrwertsteuer» beantragen. Eine Kreditüberschreitung wird auf keinen Fall geduldet. Auf allfällige Nachtragskreditbegehren wird von der Stawiko nicht eingetreten.
Die Stawiko beantragt auf Grund des Berichts und dieser Ausführungen, auf die Vorlage Nr. 1051.2 einzutreten und ihr mit den Änderungen der vorberatenden Kommission gemäss Vorlage 1051.4 zuzustimmen. Wir bitten den Rat, in der Detailberatung in § 5 Abs. 2 unserem Zusatzantrag zuzustimmen.

Josef **Lang** möchte zuerst dem Kommissionspräsidenten Leo Granziol danken, dass er unsere Kommission, die schwierige Themen zu bearbeiten hatte, sehr bestimmt und fair geführt hat.
Sicherheit ist ein hohes Gut. Sicherheit ist deshalb etwas wert. Die Sicherheit, um die es heute geht, liegt aber nur beschränkt in unseren Händen. Für die Sicherheit dringlichere Fragen wie die Verschärfung eines fahrlässigen Waffengesetzes sind Bundeskompetenz. Wir haben deshalb richtigerweise in der Kommission darüber nicht diskutiert. Wenn wir Sicherheit zu wenig ernst nehmen, wächst die Gefahr der Verunsicherung. Verunsicherung ruft nach Sicherheitswahn. Und dieser steht in Widerspruch zur Freiheit und ist zudem sehr teuer. Wenn wir Sicherheit zu stark gewichten, schwächen wir die Freiheit. Absolute Sicherheit kann es nicht nur nicht geben. Es darf sie auch nicht geben. Weil sonst andere Rechtsgüter verloren gingen.
Die Vorlage, über die wir heute diskutieren, geht von einem vernünftigen Sicherheitsverständnis aus, auch finanziell. Die AF ist selbstverständlich für Eintreten. Sie folgt der Kommissionsmehrheit bei den baulichen Massnahmen und der Regierung bei den gesamthaft acht Personalstellen. Zu den baulichen Massnahmen möchte der Votant nur zwei Vergleiche anbringen. Kürzlich haben wir für Sicherheits-Massnahmen an zwei Strassen ohne mit den Wimpern zu zucken fast 3 Mio Franken gesprochen. Ähnliches haben wir in den letzten Jahren immer wieder gemacht. Es wäre höchst fragwürdig, wenn die Sicherheit, um die es hier geht, nicht 7,5 Millionen Franken wert wäre. Noch fragwürdiger wäre es, wenn wir an der Kanti auf Kosten der Sicherheit der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer den Preis eines Verkehrskreisels einsparen würden.
Zu den Personalstellen: Der Kanton braucht die acht von der Regierung beantragten Stellen. Er braucht die drei Fachleute für das Kompetenzzentrum und insbesondere die fünf Polizeistellen, um den guten Sicherheitsstandard, beispielsweise in Sachen Kriminalität und Verkehr, zu wahren. Vor allem aber braucht es für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität mehr Leute als in den letzten 1½ Jahren zur Verfügung standen. Um Sicherheitsaufgaben zu erfüllen, mussten in letzter Zeit auch Leute aus der Abteilung Wirtschaftsdelikte eingesetzt werden. Es besteht die Gefahr, dass Errungenschaften aus den 90er-Jahren verloren gehen, wenn die Wirtschaftskriminalität nicht mindestens so intensiv bekämpft werden kann, wie das in den Jahren vor dem 27. September möglich gewesen ist. Die Wirtschaftskriminalität ist die grösste polizeiliche Sorge von uns Alternativen. Sie müsste all jenen, denen der Ruf Zugs ein Anliegen ist, eine ebenso grosse Sorge sein. Wenn wir die Polizeidichte unseres Kantons mit jener der anderen Kantone vergleichen, dürfen wir – im Unterschied zu Medienberichten – nicht übersehen, dass es im Zugerland keine zusätzliche Gemeindepolizeien gibt, dass es im Kanton Zug auf 1000 Einwohner 200 juristische Personen und damit fast vier Mal mehr als im schweizerischen Durchschnitt gibt. Zudem muss berücksichtigt werden, dass im Kanton Zug die Anzahl Arbeitsplätze im Verhältnis zur Wohnbevölkerung um einen Viertel höher ist als im schweizerischen Durchschnitt, was zu einem überdurchschnittlichen Pendlerverkehr führt. Trotzdem ist die Polizeidichte gemessen an der Wohnbevölkerung unter dem Schweizerischen Durchschnitt. Das soll auch so bleiben. Das wird auch so bleiben, wenn wir fünf neue Stellen beschliessen.

Othmar **Birri** hält fest, dass die SP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage ist. Es ist schon vom Kommissionspräsidenten ausgeführt worden, dass die Hemmschwelle für

Gewalt abgenommen hat, nicht nur nach dem Attentat, sondern man kann das allgemein beobachten. Auch beim Arbeitgeber des Votanten, den SBB, ist die Zunahme von Gewalt sehr gross. Der Kanton hat als Arbeitgeber eine gewisse Verpflichtung, die kantonalen Angestellten zu schützen. Es ist richtig, dass mit diesen 7,5 Mio in vier Jahren gewisse bauliche Massnahmen getroffen werden. Der Stawiko-Präsident hat erwähnt, dass ein Antrag vorliegt, das Gerichtsgebäude vorzuziehen, damit dort diese Eingangsschleuse gemacht werden kann. Wir unterstützen solche Anliegen, denn es ist richtig, jene Personen der kantonalen Verwaltung zu schützen, welche an vorderster Front gefährdet sind.
Zu den Personalstellen. Die Polizei beantragt fünf Stellen mehr. Die Kommission hat lange diskutiert und dann drei Stellen gestrichen. In einem Betrieb zu arbeiten, wo man immer wieder angefragt wird, Überzeit zu leisten, zusätzlich Tage zu arbeiten, da schwindet die Motivation. Leider arbeitet Othmar Birri auch in einem solchen Betrieb. Bei den Lokomotivführern haben wir gegenwärtig einen Unterbestand von 200 Mann. Und jeden zweiten freien Tag klingelt das Telefon. Man kann die Mitarbeiter nicht mehr motivieren, optimalen Einsatz zu leisten. Die Stunden sind ausgewiesen, die Arbeit ist ausgewiesen. Stimmen Sie für die fünf Einheiten bei der Polizei. Damit setzen Sie auch ein Zeichen, dass Ihnen die Sicherheit wichtig ist, wie Sie das in den Wahlprogrammen gesagt haben. Die drei Stellen bei der kantonalen Verwaltung sind unbestritten. Und es ist wichtig und richtig, dass diese bei der kantonalen Verwaltung bleiben und nicht outgesourced werden. Es muss eine Koordinationsstelle geben, welche diese Sicherheitsmassnahmen koordiniert.

René **Bär** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Vorlage eingehend diskutiert hat und zu folgendem Schluss gekommen ist. Den Stellen mit hoher Bedrohung muss entsprechend Beachtung geschenkt werden. Diesbezügliche Sicherheit kann mittels einfachen Schleusen erreicht werden. D.h. überrissene Projekte, wie zum Beispiel Vorverglasung des Gerichtsgebäudes, wo bereits eine Sicherheitsverglasung exis-tiert, erachten wir als Luxus. Es ist darauf zu achten, dass die Sicherheitsmassnahmen in einem sinnvollen Rahmen ausgeführt werden. Darüber hat sich auch die Stawiko unterhalten. Abklärungen ergaben, dass dafür ein Kredit von 4,5 Mio ausreichen wird. Eine 100%-ige Sicherheit kann auch mit mehr Geld nicht erreicht werden. Vergessene Sprinkleranlagen wie z.B. in der Garage des neuen Verwaltungsgebäudes, oder Notausgänge bei der neuen Kantonsschule, wo offensichtlich die vorhandenen gesetzlichen Grundlagen missachtet wurden, gehören nicht in das Programm Personensicherheit. Sie gehören in den Bereich Immobilienfehlplanung. Auf das Kompetenzzentrum ist zu verzichten. Für die Sicherheit der Bürger (Angestellte sind auch Bürger) ist die Polizei verantwortlich. Zwei Sicherheitszentren würden die Kompetenzen verunsichern. Für den Personenschutz sollte das Polizeikorps erweitert werden. Wir schlagen vor, wie vorgesehen zwei zusätzliche Polizeibeamte einzusetzen. An Stelle des Personals für das Kompetenzzentrum sind drei weitere Polizei-beamte zu rekrutieren. Dadurch wird die Flexibilität erhöht und die Personen können polyvalenter eingesetzt werden – was den Personenschutz für alle erhöht. Die Sicherheit der Personen in der Verwaltung hängt zum grossen Teil davon ab, wie die Angestellten mit den Bürgern kommunizieren. Nicht nur die Angestellten, auch die Bürger – sprich Kunden – haben das Recht, ernst genommen zu werden.
Zusammenfassend stellt Ihnen die SVP-Fraktion folgenden Antrag: Für die baulichen Massnahmen ist ein Kredit von 4,5 Millionen zu bewilligen. Für den Personenschutz

ist das Polizeikorps um fünf Personalstellen zu erhöhen. Die Polizei übernimmt damit auch die notwendigen Schulungen des Personals bezüglich Sicherheit, sowie die Bedürfnisabklärungen bezüglich Schutzvorkehrungen.

Andrea **Hodel** kann dem Rat namens der FDP-Fraktion mitteilen, dass diese Eintreten beschlossen hat und den Anträgen von Kommission und Stawiko (inkl. diesem Mehrwertsteuerzusatz) vollumfänglich zustimmt. – Der 11. und der 27. September 2001 haben in der ganzen Welt, in der Schweiz und auch in der Stadt Zug den Fragen rund um die Sicherheit ein neues, düstereres Gesicht gegeben. Auch die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass damit das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, der Behördenmitglieder sowie der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der kantonalen Verwaltung gestiegen ist. Dieses Bedürfnis nach Sicherheit muss aber wieder mit der Realität der Bedrohungslage zusammengeführt werden. Wenn der Sicherheitsstandard sicher nach oben und nicht nach unten angepasst werden muss, so muss doch auch festgestellt werden, dass, wie in der Kommission selber ausgeführt wurde, sich auch wieder eine Verflachung, wenn auch nicht Normalisierung oder Rückkehr zum Stand vor August 2001 erreicht werden soll.
Die FDP-Fraktion begrüsst die Änderungsvorschläge der Kommission, insbesondere dass der Sicherheitsstandard nur im Rahmen der Verhältnismässigkeit gewährleistet wird. Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass es eine totale Sicherheit nicht gibt, und dass wir keine Garantien bei ausserordentlichen Ereignissen übernehmen können. Wir haben uns auf das normale Mass und damit auf einen verhältnismässigen Schutz sowohl der Behördenmitglieder, der Angestellten aber auch der Bevölkerung zu beschränken. Die FDP-Fraktion legt auch Wert darauf, dass die Sicherheitsmassnahmen nicht zu einer Entfremdung zwischen Staat und Bevölkerung führen darf. Unsere Politik aber auch unsere Verwaltung sollen kundennah, volksverbunden und unkompliziert bleiben. Dies sind wesentliche Bestandteile unseres Standortvorteils.
Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und die Votantin spricht gleich auch noch zur Detailberatung, weil die FDP-Fraktion keine Anträge mehr bei der Detailberatung stellen wird, sondern dem Vorschlag der vorberatenden Kommission und der Stawiko folgt. Wenn die FDP dem Kredit von 7,5 Mio Franken zustimmt, so deshalb, weil auch sie der Überzeugung ist, dass nicht nur die hoch gefährdeten, sondern auch die mittel gefährdeten Gebäude dem heutigen Verständnis von Sicherheit baulich angepasst werden sollen. Die Vorredner, besonders Leo Granziol, haben bereits erwähnt, dass es hier eigentlich um ganz normale bauliche Massnahmen geht, die mit Gewaltakten nichts zu tun haben.
Bezüglich der Frage des Personals und der Personalaufstockung hat die FDP-Fraktion nochmals das Gespräch mit Urs Hürlimann gesucht. Wenn die FDP-Fraktion auch Verständnis für die Belastung der Polizei hat, ist sie doch der Ansicht, dass sich der Kanton auch im Bereich der Sicherheit auf das absolut Notwendige beschränken muss. Das Ausgabenwachstum soll von derzeit 8,5 auf rund 4 % verflacht werden. Die FDP-Fraktion hat sich nach intensiver Diskussion entschieden, dem Antrag der Kommission und der Stawiko zuzustimmen, die Personaleinheiten auf 927 Personalstellen zu erhöhen und nicht auf 930. Dabei ist es für die FDP-Fraktion wichtig festzuhalten, dass der Kantonsrat nur über § 6 bzw. § 1 Abs. 1 des Kantonsratsbeschlusses betreffend Bewilligung der Personalstellen zu entscheiden hat und der Regierung keine Vorgaben macht, wer wo wie viele Stellen erhalten soll. Dies vor allem vor folgendem Hintergrund. Bereits bei den von der Regierung ausgewiesenen

Projektkosten von 1,4 Mio Franken sind zwei Stellen für die Umsetzung der baulichen Massnahmen für die Dauer von vier Jahren dabei. Es ist deshalb für die FDP-Fraktion zumindest zweifelhaft, ob neben diesen Stellen, die im Stellenplafonierungsbeschluss nicht enthalten sind, für das Kompetenzzentrum und die Umsetzung der baulichen Massnahmen nochmals drei Stellen und für die Polizei nur zwei Stellen zur Verfügung gestellt werden müssen. Die FDP-Fraktion verlangt von der Sicherheitsdirektion und der Taskforce-Gruppe Sicherheit, dass die Frage, wer wie viele Stellen benötigt, nochmals intensiv diskutiert wird, dass allenfalls das Kompetenzzentrum in die Polizei integriert wird, damit eine Stelle beim Kompetenzzentrum eingespart und somit Synergien freiwerden, damit auch die Polizei von einer zusätzlichen Stelle bzw. von freien Kapazitäten durch einen solchen Synergieeffekt profitieren kann. Es ist nicht Aufgabe des Kantonsrats, der Regierung zu sagen, wo sie welche Stellen ab- oder aufzubauen hat. Es ist vielmehr seine Aufgabe, zu überprüfen wie viele Personalstellen unbedingt notwendig sind, um eine Aufgabe erfüllen zu können. Die FDP-Fraktion ist sich einig, dass fünf Stellen sowie zwei befristete Stellen, also total sieben Stellen, ausreichen müssen, um den gesteigerten Sicherheitsanforderungen Rechnung zu tragen.
Dabei ist sich die FDP-Fraktion im Klaren darüber, dass Abstriche gemacht werden müssen, so stellen sich für die FDP Fragen, weshalb bestausgebildete Polizisten den Verkehr an Grossanlässen wie EVZ-Spielen, Morgartenschiessen, Fastnachtsumzug usw. regeln müssen und ob nicht die Veranstalter vermehrt für diese Sondernutzung des öffentlichen Grundes in personeller und auch finanzieller Hinsicht mit in die Verantwortung gezogen werden sollen. Auch ist sich die FDP-Fraktion für sich selber bewusst, dass der Standard zurück gefahren werden muss; erste Massnahmen waren, dass die FDP-Fraktion bereits letztes Jahr keine polizeiliche Begleitung des Fraktionsausfluges mehr gewünscht hat, ein weiterer Schritt in die richtige Richtung ist, dass sich die FDP-Fraktion damit einverstanden erklärt hat, bis zum Bezug des Kantonsratssaals im Polizeisaal zu verbleiben, um den Aufwand an Sicherheit wenn auch nicht minimieren, so zumindest optimieren zu können. Die FDP ist sich bewusst, dass sie keine Verwaltungstätigkeit übernehmen will und kann und dass es letztendlich die Aufgabe des Sicherheitsdirektors zusammen mit dem Polizeikommando sein wird, das zur Verfügung gestellte Personal so einzusetzen, dass auch unter den heutigen schwierigeren Rahmenbedingungen der Polizeiauftrag bestmöglich erledigt werden kann.
Dabei ist der FDP-Fraktion bewusst, dass die Polizei einen grossen Einsatz leistet, dass die Polizei wie auch andere Teile der Verwaltung unter teilweise schwierigen Bedingungen arbeitet. Wir danken der Polizei dafür, wenn sie Verständnis für unsere Haltung hat, erwarten von ihr aber auch, dass sie Verständnis für unsere auch finanzpolitische Sichtweise hat und unseren Auftrag mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln optimal erfüllt.
Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: In der Kommission wurde die ganze Sache konträr diskutiert und die Votantin hat in diesem Votum vermisst, dass nicht immer eitel Freude über alle Ausgaben geherrscht hat.

Der **Vorsitzende** bemerkt zum eben gehaltenen Votum, dass er beim diesjährigen Morgartenschiessen ausnahmsweise von der Polizei beschützt werden möchte. Er ist dort Ehrengast.

Gerhard **Pfister** hält fest, dass die CVP-Fraktion für Eintreten ist und sich teilweise den Anträgen der vorberatenden Kommission anschliesst, bis auf die Frage der Personalaufstockung, wo die Meinungen vorläufig noch auseinander gehen. Der Votant wird dann bei der Detailberatung noch darauf zurückkommen. Insofern bereits der Kommissionspräsident aus unserer Partei sich geäussert hat und die Fraktion der Kommission mehrheitlich folgt, hält er sich kurz. – Die Vorlage ist eigentlich zweigeteilt. Die baulichen Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der Verwaltung sind unbestritten. Es macht aus unserer Sicht auch keinen Sinn, da einfach zu sagen, man soll die 7,5 Mio kürzen, ohne zu sagen, welche konkreten Massnahmen an welchen konkreten Gebäuden man weglassen soll. Es handelt sich bei allen Massnahmen um solche gegen mittlere bis hohe Bedrohungsmöglichkeiten, die geringen sind gar nicht berücksichtigt, was auch richtig ist. Es ist zu anerkennen, dass der Kantonsrat, der Regierungsrat gesetzlich verpflichtet sind, die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten. Würde er dies nicht oder unzureichend tun, würde das den Kanton – den Steuerzahler – allenfalls bei Ereignissen und entsprechenden Klagen wesentlich mehr kosten. Dem ist vorzubeugen. Andererseits macht man dann einen Fehler, wenn man darüber zu diskutieren beginnt, wie viele zusätzliche Stellen dem Schutz der Bevölkerung zugeteilt werden oder nicht. Es wäre ein falsches Signal für das Volk, wenn man dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger durch mehr Polizisten weniger Gewicht beimisst als dem Schutz der Verwaltung durch bauliche Massnahmen. Und das Feilschen um keine, zwei oder fünf Personaleinheiten gehört auf einen Basar, aber nicht in ein Parlament, das seine Verantwortung für die Sicherheit des Volkes wahrzunehmen hat; obwohl der Votant letztendlich alles Feilschen nicht scheute, wenn es nötig wäre. Man muss nicht mit dem September 01 argumentieren um zu zeigen, dass das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sich verschlechtert hat. Der September 01 hat eher das Sicherheitsgefühl von Politik und Verwaltung erschüttert, weniger das der Bevölkerung. Die Bevölkerung ist verunsichert, aber evtl. aus andern Gründen. Und Gerhard Pfister wäre dankbar, wenn man seitens Polizei und politisch Verantwortlicher das nicht einfach als psychologisch verständlich, aber statistisch irrelevant abtut. Die Gesellschaft hat sich verändert, es gibt eine zunehmende Polarisierung, Destabilisierung und Gewaltbereitschaft, und dem muss und kann der Staat, und nur der Staat, mit seinem Gewaltmonopol nicht vorbeugen, aber wirkungsvoll begegnen.
Wirkungsvoll heisst aber auch glaubwürdig, und das bedingt Mittel und Kapazitäten, die ihm das ermöglichen. Eine schwache Polizei ist das Dümmste, was uns passieren könnte. Abschliessend möchte der Votant darauf hinweisen, dass er sich in der seltenen Lage befindet, für den Regierungsrat der SGA einzutreten. Une fois n'est pas coutume, das weiss auch er. Und auch wenn Gerhard Pfister nicht einverstanden ist, wo er seine Schwerpunkte setzt, erweisen wir der Polizei einen Bärendienst, wenn wir das parteipolitisch entscheiden würden. Er wird den Eindruck im Vorfeld der Debatte nicht ganz los, dass es den Linken vor allem deshalb leicht fällt, zu mehr Polizei und Repression zuzustimmen, weil sie ihren Regierungsrat nicht im Regen stehen lassen dürfen, und dass es manchem bürgerlichen Politiker vielleicht gerade darum geht. An solchen parteipolitischen Sandkastenspielen hat auch der Sprechende oft Freude – es macht ja auch Spass –, es sollte aber beim Thema «Sicherheit» nicht allzu lustig zu und her gehen, sondern zugunsten des Zuger Volkes, das mehr Sicherheit braucht. In diesem Sinne ist der Votant für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

Vreni **Wicky** dankt dem Regierungsrat und vor allem auch der Verwaltung für die Beantwortung ihrer Interpellation. Es ist schwierig für sie, innerhalb von 24 Stunden auf alle Details der Antworten einzugehen. Freundlicherweise hat sich aber heute Morgen noch Kari Walker bereit erklärt, einige Fragen und Unklarheiten zu beantworten. Es ist offen auseinanderdividiert worden, wer unter welche Plafonierung fällt und welche Stellen über Aushilfen besetzt werden und somit nicht der Plafonierung unterstehen. Unter diese fallen nur die ausgebildeten und vereidigten Polizistinnen und Polizisten. Dies sind 201,25 Stellenprozente. Ebenfalls unter die Plafonierung fallen 37 zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit 3025 Stellenprozenten. Nicht darunter fallen die Verkehrskontrolldienste (7,2 Personaleinheiten) wie auch die Aushilfen mit zwölf Personen und insgesamt 8,3 Personaleinheiten. Auch die 38 Angehörigen der Hilfspolizei unterliegen nicht der Plafonierung. Die Votantin ist froh, dass verschiedenste Fragen ausgeräumt werden konnten. Schade findet sie, wie auch der Stawiko-Präsident es schon gesagt hat, dass nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt aufgezeigt worden ist, wer wo und in welcher Funktion arbeitet. Die erste Antwort, welche sie am 28. Februar erhielt, fiel mager aus. Die Interpellationsantwort und die Aussprache heute Morgen haben zusammen Klarheit geschaffen, welche für die Debatte unerlässlich und auch legitim ist. Darum wundert sie sich über die Schlussbemerkung des Regierungsrats. (Dieser hatte sein Votum mit der Bemerkung abgeschlossen, dass die Zahlen nicht so unvorteilhaft seien, wie vielleicht vermutet worden sei.)

Die Beratungen werden hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

5. SITZUNG: DONNERSTAG, 27. MÄRZ 2003
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.15 – 17 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

70 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 80 Mitgliedern. Der Rat ist somit vollzählig anwesend.

71 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND VERBESSERUNG DER SICHERHEIT DER KANTONALEN BEHÖRDEN, DER KANTONALEN VERWALTUNG, DER GERICHTE UND DER IM AUFTRAG DES KANTONS TÄTIGEN UNTERNEHMEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1051.1/.2 – 10973/74), der Kommission (Nrn. 1051.3/.4 – 11078/11087) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1051.5 – 11097).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 69A/B).

Hans **Durrer** will heute nicht darüber streiten, ob die Ausgaben in Höhe von ca. 830'000 Franken, die von der Regierung ohne Rechtsgrundlage, bzw. ohne KRB für bauliche Sicherheitsmassnahmen ausgegeben wurden, rechtswidrig sind oder nicht. Stawiko-Präsident Peter Dür hat heute klipp und klar gesagt, dass wir mit einem solchen Vorgehen nicht einverstanden sind und in Zukunft ganz vehement dagegen opponieren. Der Votant spricht zu etwas anderem. Regierungsrat Uster hat heute Morgen in seiner Antwort auf die Interpellation Wicky Folgendes gesagt: «Der Begriff

„Polizeidichte“ ist nicht definiert. Polizeidichte wird indes als Verhältniszahl zwischen der Anzahl natürliche/juristische Personen pro ausgebildeten Polizist verstanden.» Regierungsrat Uster definiert damit selbst, was Polizeidichte ist und er definiert sie selbstverständlich so, dass das Resultat zu seinen Gunsten ausfällt. Dafür hat der Votant Verständnis, er würde es als Regierungsrat ebenso tun. Es gibt aber noch andere Begriffe über Polizeidichte. Nämlich einerseits jene, die sich auf die Verhältniszahl zwischen natürlichen Personen und den für diese tätigen Polizeikräften bezieht. Und anderseits jene, die sich auf die Verhältniszahl zwischen juristischen Personen und den für diese tätigen Polizeikräfte bezieht. Hätte Regierungsrat Uster seine Analysen nicht mit seiner Definition, sondern mit den vorgenannten Definitionen angestellt, würde das Resultat heute eher zu Gunsten der Interpellantin ausfallen. Hans Durrer ist aber sicher, dass wir in Zukunft auch noch Vergleichszahlen auf Grund seiner Definitionsbegriffe erhalten werden. Im Übrigen unterstützt er den Antrag der SVP-Fraktion, den René Bär heute Morgen vorgetragen hat.

Berty **Zeiter** weist darauf hin, dass Sicherheit nur schwer objektiv mess- und bewertbar ist. Das zeigt allein schon die Tatsache, dass das betroffene Personal viel weitergehende Sicherheitsmassnahmen wünschte, als von den beigezogenen Experten als zureichend definiert wurde. Grundsätzlich möchte die Votantin aber doch auf drei eindeutige Sachverhalte eingehen.
1. Die Gewaltbereitschaft hat zugenommen. Seit dem September 2001 ist die Hemmschwelle gesunken, mit dem Einsatz einer Waffe zu drohen. Das erlebe Berty Zeiter auch bei ihrer Arbeit auf einem gemeindlichen Sozialamt immer wieder. Durch diese spürbare Veränderung in der Gesellschaft ist das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung gestiegen. Konkret sichtbar wird dies durch den unglaublichen Anstieg von sicherheitspolizeilichen Einsätzen, die mehr als vier Stunden dauerten, also grosse Einsätze. Im Jahre 2001 waren es elf Einsätze, im drauffolgenden Jahr mehr als 20 Mal so viele, nämlich 232! – In der Vorlage der vorberatenden Kommission wird darauf hingewiesen, dass der Grundsatz der Verhältnismässigkeit beachtet werden soll. Das Verhältnis zwischen einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis und den personellen Ressourcen ist durch die Entwicklung der letzten Jahre eindeutig aus dem Gleichgewicht geraten. Das gestiegene Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zwingt die Polizei zu Einsätzen. Deshalb müssen wir notgedrungen auch die personellen Ressourcen erhöhen, um dieses Verhältnis wieder zum Stimmen zu bringen.
2. Erstaunlicherweise ist es der Zuger Polizei trotzdem gelungen, 2002 die Kriminalitätsrate zu stabilisieren. Und die Zahl der Verkehrsunfälle ist trotz gesteigertem Verkehrsaufkommen um 5 % gesunken. Zu einem grossen Teil sind diese Fakten dem engagierten Einsatz der Zuger Polizei zu verdanken. Das war jedoch nur zu einem hohen Preis möglich, besser gesagt, zu einem allzu hohen Preis. Darauf wird die Votantin in der Detailberatung zu den vorgesehenen Personalstellen nochmals zurückkommen.
3. Immer wieder wird uns Alternativen vorgeworfen, wir würden den Standort Zug schlecht machen. Diesem Vorwurf möchte Berty Zeiter mit folgendem Argument entgegentreten: Zug ist ein weltberühmter Handelsplatz und ein sehr attraktiver Firmenstandort. Dies bringt logischerweise auch eine verstärkte Attraktivität für kriminelle wirtschaftliche Aktivitäten. Deshalb ist ein verstärkter Einsatz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität unbedingt notwendig, wenn der Platz Zug nicht zunehmend in negative Schlagzeilen geraten soll. Verknüpft mit der Bekämpfung der Wirtschafts-

kriminalität ist auch der Polizeieinsatz im Bereich der Internetkriminalität. Wie letzte Woche in der Zeitung zu lesen war, haben die ersten vier Zuger Spezialisten vor kurzem ihr Nachdiplomstudium als IT-Ermittler beendet. Je stärker der Ruf von Zug wird, dass eine effiziente Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität geschieht, desto stärker werden gute, seriöse Firmen angezogen.
Alle diese Einsatzgebiete erfordern jedoch grosse personelle Ressourcen, da zunehmend ein spezifisches fachliches Know-how erforderlich ist und die Einsätze zeitaufwändiger geworden sind. Deshalb ist die Bewilligung von zusätzlichem Personal mehr als notwendig. Die Votantin bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten.

Anton **Stöckli** möchte zum Thema Personalstellen bei der Zuger Polizei einige Ergänzungen und Erläuterung anbringen, welche zur Entscheidungsfindung dienlich sein können. Sie denken wohl jetzt, da vorne steht ein Polizist und wir können erahnen, was er zu sagen hat. Dazu möchte er Folgendes klarstellen. Er sagt dies im Kantonsrat nur einmal. Er wurde von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in den Kantonsrat gewählt. Es ist nun seine Aufgabe, die Wählerinnen und Wähler hier ohne Rücksicht auf seinen Direktionsvorsteher oder das Polizeikommando zu vertreten. Das wird er in aller Konsequenz auch tun. Er ist durchaus in der Lage, die Pflichten und den Dienst bei der Zuger Polizei von seinem politischen Auftrag klar zu trennen.
Die geforderten Personalstellen für die Zuger Polizei hat er unter folgenden Gesichtspunkten beurteilt:
- *Sicherheit:* Welchen Sicherheitsstandard will die Zuger Bevölkerung haben?
- *Finanzen:* Was darf uns diese Sicherheit kosten? Dazu ein Vergleich: Der Kanton Zug leiste sich derzeit auf ca. 487 natürliche Personen eine Personaleinheit für Sicherheit und Ordnung; auf einen Strafgefangenen leisten wir uns ca. zwei Personaleinheiten.
- *Menschliche Aspekte:* Belastung der Mitarbeitenden der Zuger Polizei.
- *Politische Verantwortung:* Wie nimmt das Parlament die Verantwortung gegenüber der Mitarbeitenden der Zuger Polizei wahr?

Stellen wir die Beurteilungskriterien der Sicherheit im allgemeinen und die finanziellen Aspekte etwas in den Hintergrund und betrachten die geforderten Personalstellen für die Zuger Polizei aus menschlicher Sicht und von der politischen Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden der Zuger Polizei her gesehen. Der Polizeiberuf ist ein interessanter, verantwortungsvoller, aber auch sehr kräfteraubender und stressiger Beruf. Ein Polizistenleben ist mit vielen Unannehmlichkeiten und Einschränkungen verbunden. Die psychische Belastung der Polizisten darf nicht unterschätzt werden. Wenn man die Suizidfälle der Berufsgattungen unter die Lupe nimmt, steht der Polizeiberuf an zweiter Stelle.
Die Ereignisse, zu denen die Mitarbeitenden der Zuger Polizei tagtäglich gerufen werden, müssen auch psychisch verarbeitet werden. Wir Polizistinnen und Polizisten sind keine Übermenschen, sondern Mitbürgerinnen und Mitbürger, Mütter, Familienväter wie du und ich. Ein Polizist nimmt in seiner Laufbahn sehr viel auf sich, das bringt ein 24-Stunden-Betrieb zwangsläufig mit sich. Da sind Schicht-, Nacht-, Pikett-, Sonntagsdienste, Sondereinsätze usw. zu leisten. Der Votant weiss, wovon er spricht, er hat alle diese Dienste während seiner Laufbahn bei der Polizei miterlebt. Man kann jetzt salopp sagen, wenn jemand diesen Beruf wählt, weiss sie oder er, was auf sie oder ihn zukommt. Weit gefehlt! Anton Stöckli hat in seiner 32-jährigen

Tätigkeit bei der Polizei viele Situationen und Ereignisse erlebt, welche er sich vorher nie hätte träumen lassen. Die Sicherheitsbedürfnisse der Zuger Bevölkerung sind seit dem Ereignis vom 27. September 2001 drastisch gestiegen. Das führt dazu, dass die Mitarbeitenden der Zuger Polizei mit dem heutigen Personalbestand unverhältnismässig viele Überstunden zu leisten haben. Das Problem liegt darin, dass die geleisteten Überstunden nicht kompensiert werden können. Das führt langfristig in eine personalpolitische Sackgasse. Von einem «Polizeier» wird erwartet, dass er jederzeit und konzentriert am Arbeitsplatz erscheint und seinen Einsatz leistet. Aus Sicherheitsgründen ist das ein unabdingbarer und sehr wichtiger Aspekt. Wenn dies nicht der Fall ist, kann ein Mitarbeiter in einer «besonderen Situation» sich und/oder seine Kolleginnen oder Kollegen gefährden. Im Weiteren ist zu erwähnen, dass die Delikte «Gewalt und Drohung gegen Beamte» massiv zugenommen haben und teilweise auch Familienangehörige von Mitarbeitenden attackiert worden sind. Das macht die Ausübung des Berufs nicht einfacher.
Was ist aus politischer Sicht zu tun? Welche Verantwortung trägt das Parlament in dieser Personalfrage? Wir müssen uns im Klaren sein, dass sich die Sicherheitsbedürfnisse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht wie ein Widerstand zurückschrauben oder regulieren lassen; d.h. dass die Überbeanspruchung der Polizeikräfte anhalten wird, wenn wir nichts dagegen unternehmen. Langfristig gesehen kann es aus Sicht des Votanten nicht die Lösung sein, geleistete Überzeit in einem solchen Ausmass finanziell auszugleichen zu wollen. Er weist darauf hin, dass den Berufschauffeuren die notwendige Ruhe per Gesetz verordnet wird. Die Gesundheit der Mitarbeitenden der Zuger Polizei wird wegen Überbelastung und mangelnder Erholungsphasen gefährdet und führt zwangsläufig zu psychischen und physischen Problemen. Aus vorerwähnten Überlegungen ist das Parlament gefordert, ja geradezu verpflichtet, zu reagieren und zu handeln. Dem höchsten Gut, nämlich der Gesundheit der ständig überbeanspruchten Berufskolleginnen und Kollegen von Anton Stöckli müssen wir Sorge tragen. Auch Polizistinnen und Polizisten haben ein Recht auf Freizeit und Familienleben. Demzufolge muss sichergestellt werden, dass geleistete Überzeit zur Erhaltung der Gesundheit und zur Gewährung der Einsatzfähigkeit kompensiert werden kann. Nur so können wir nachhaltig ein gesundes und motiviertes Polizeikorps sicherstellen, welches in der Lage ist, den Sicherheitsbedürfnissen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu genügen und den Anforderungen zu entsprechen. Wir laufen sonst Gefahr, dass gute Polizeikräfte die Zuger Polizei verlassen. Die Beurteilung von Bedrohungslagen, die Gewährleistung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Kanton Zug ist Sache der Zuger Polizei und nicht Sache eines aussenstehenden Kompetenzzentrums. Es ist jedoch erstrebenswert, dass alle Direktionen in Sicherheits- und Bedrohungsfragen eng mit der Zuger Polizei zusammenarbeiten. Der Votant bittet deshalb den Rat, den Antrag der SVP-Fraktion zu unterstützen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** nimmt Stellung zu den verschiedenen Voten. Er möchte aber vorab danken für die gute Debatte, die in einem guten Klima zu einem nicht ganz einfachen Thema geführt werden kann. Er dankt auch ganz herzlich dem Kommissionspräsidenten und der Kommission für die Vorberatung und die geleistete Arbeit, er dankt dem früheren Verantwortlichen der Regierung für diese Vorlage, alt Regierungsrat Robert Bisig, er dankt Gianni Bomio und Alfons Eder, den Polizeikommandanten Hugo Halter und Roland Hodel und allen involvierten Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeitern, die es überhaupt ermöglicht haben, dass innert relativ kurzer Zeit eine so komplexe Vorlage mit grossen Investitionsvorhaben und -kosten auf den Tisch und in die Diskussion gebracht werden konnte. Er möchte zu Beginn präzisieren, dass der Regierungsrat nicht den Antrag stellt, neun zusätzliche Personaleinheiten zu gewähren, sondern er ist einverstanden mit acht; der Wegfall einer Einheit im Kompetenzzentrum hat der Kommissionspräsident bereits begründet.
Auch der Votant hat sich sehr geärgert, als er der Stawiko über diese Differenz nicht Auskunft geben konnte. Er hatte es unterlassen, die alte Vorlage noch einmal mit der Gerichtsvorlage zu vergleichen. Und er hat sich dementsprechend am meisten über sich selber geärgert. Die Abklärungen beim Hochbauamt haben dann aber ergeben, dass die Differenz sich erklären lässt mit der Entwicklung des Projekts und vor allem auch mit zusätzlichen, aber berechtigten Anliegen der Benutzer der Gerichte, die eben noch zusätzliche Massnahmen überprüfen liessen. Und diese Massnahmen sind absolut notwendig. Man kann auch nicht davon sprechen, wie das René Bär gemacht hat, dass da irgendwo Luxus versteckt ist. Der Sicherheitsdirektor versteht auch den Ärger von Hans Durrer. Aber wir haben beim Gerichtsgebäude noch keinen einzigen Franken ausgegeben, entgegen dem, was dieser gesagt hat.
Zur gestaffelten Information durch das Hochbauamt. Wenn einmal der Wurm drin ist, dann bleibt er drin. Das Hochbauamt hat das Mail von Hanspeter Uster nicht bearbeitet, weil es offenbar übersehen wurde. Dann ging es eine Woche, bis wir diese Angaben machen konnten. Der Votant muss aber hier einfach Folgendes sagen: Das Hochbauamt ist mit verschiedensten Projekten (Stichwort Zentralspital) völlig überlastet und der Projektleiter für die Strafanstalt ist gleichzeitig stellvertretender Kantonsbaumeister und gleichzeitig seit Anfang Oktober 2001 auf Hochtouren daran, diese Sicherheitsfragen für die Verwaltung – und auch für den Kantonsratssaal, da wurde sehr viel Vorarbeit geleistet – zu bearbeiten. Das geht nicht so weiter, diese Belastung ist einfach zu viel und deshalb kommt es zu solchen Unterlassungen und kleinen Fehlern, die ärgerlich sind, aber im Gesamten auch verzeihbar.
Aus diesem Grund ist auch gemäss Meinung des Regierungsrats und des Votanten die Umlagerung von Personaleinheiten vom Kompetenzzentrum zur Polizei nicht möglich. Der Antrag der SVP tönt auf den ersten Blick gut und auch nett gegenüber der Polizei, aber er schafft mehr Probleme, als er löst. Die Baudirektion braucht diese Stellen. Sie braucht sie auch auf Grund der Situation im Hochbauamt. Dieses Kompetenzzentrum ist keine theoretische Sache, hier werden alle sicherheitsrelevanten Aktivitäten koordiniert, es gibt verschiedene Monitorings der Risikoexposition, die Effektivität der Massnahmen wird überprüft, aber vor allem werden auch die baulich/technisch räumlichen Voraussetzungen überhaupt geschaffen, dass die bauliche Sicherheit dann tatsächlich möglich ist. Dazu kommen die vielen verstreuten Amtsstellen. Der Kommissionspräsident hat bereits darauf hingewiesen. Es kommen sehr viele technische Fragen dazu. Und da muss der Sicherheitsdirektor sagen: Die Zuger Polizei hat die Fachkompetenz in diesem Bereich, wo es um baulich/technische Risikoabschätzungen geht, nicht. Sie kann sie auch nicht haben. Wir haben Polizisten angestellt und weder Risiko- noch Baufachleute. Deshalb ist es falsch, wenn die SVP-Fraktion sagt, mit der Umlagerung der Stellen sei es möglich, dass die Zuger Polizei profitieren könne. Sie kann es zweifach nicht. Erstens hat sie die Fachleute nicht für diese spezifischen Aufgaben, und zweitens müsste sie dann eben genau diese Fachaufgaben erfüllen und könnte all die Aufgaben, für die wir ja den Antrag nach mehr Personal gestellt haben, nicht erfüllen. Es kommt ein weiterer Grund dazu: Trifft man die konzeptionell falschen Massnahmen, macht man eine falsche

Risiko-Exposition, macht man ein falsches oder gar kein Monitoring, dann hat man die falschen baulichen Massnahmen getroffen und das bedeutet für die Polizei nicht weniger Arbeit, sondern mehr. Und jede richtig getroffene bauliche Massnahme bedeutet ja eben gerade, dass die Polizei bei diesem Gebäude keinen Personaleinsatz braucht. Es ist also genau das Gegenteil: So nett das gemeint ist, können Sie uns diese drei Personaleinheiten nicht geben; sie werden gar nicht fertig mit der Arbeit, weil sie wieder beim Punkt Null beginnen müssten. Hanspeter Uster bittet die SVP-Fraktion, das zur Kenntnis zu nehmen. Konsequenterweise müssten Sie den Antrag auf die zusätzlichen acht Personaleinheiten stellen, wie das der Regierungsrat vorschlägt.
Zu den baulichen Massnahmen. Bei der Kantonsschule wurden keine gesetzlichen Vorschriften missachtet, René Bär. Dem damaligen Stand der Technik und der Feuerpolizei-Vorschriften hat dieses Gebäude, das schon einige Jahre alt ist, vollumfänglich entsprochen. Man kann auch nicht von einer Immobilien-Fehlplanung sprechen. Und der Regierungsrat hat in dieser ganzen Vorlage nie von absolut 100 %-iger Sicherheit gesprochen. Es gibt nur immer Annäherungen an einen hohen Sicherheitsstandard. Eine 100 %-ige Sicherheit ist nie das Ziel des Regierungsrats gewesen. Wenn es um die Verhältnismässigkeit dieser baulichen Massnahmen geht, muss man auch Folgendes festhalten: Oft kam es vor, dass befragte Amtsstellen einen höheren Sicherheitsstandard gewünscht hätten als jenen, den die Experten dann tatsächlich festgestellt haben. Das subjektive Sicherheitsgefühl ging auf einen höheren Sicherheitsstandard und dank den Experten, die eine gewisse Distanz hatten, konnte dieser Standard dann von hoch auf mittel oder von mittel etwas tiefer heruntergenommen werden. Also auch hier hat man keine Luxuslösungen gemacht und keinen übertriebenen Standard angewendet, sondern verhältnismässig und nach dem Vier-Augen-Prinzip durch externe Fachleute begleitet.
Bei der Kantonsschule geht es nicht darum, diese Schule zu verbunkern. Es gibt keine Verbunkerung und von aussen werden Sie sehr wenige Veränderungen feststellen. Aber es wird in jedem Zimmer ein Telefon geben. Es wird die entsprechenden Alarmanlagen geben und man braucht vor allem für die Evakuierung in einem so grossen Schulhaus diese Nottreppen. Wenn man die nicht hat, dann haben wir ein Problem und entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik. Und dann stellen sich auch entsprechende Haftungsfragen. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat also sehr, diesen 7,5 Mio inkl. Mehrwertsteuer (hier ist der Regierungsrat gleicher Meinung wie die Stawiko) zuzustimmen, damit wir hier jetzt wirklich vorwärts machen können.
Zu den polizeilichen Fragen. Hans Durrer hat noch einmal die Frage der Polizeidichte aufgeworfen. Weil Hanspeter Uster vermutete, dass das kommt, verteilte er ja am Morgen eine Tabelle ohne juristische Personen. Dort sehen Sie, dass wir auch hier unter dem schweizerischen Durchschnitt sind. Und nur eine kleine Kopfrechnung: Wir haben 13 Leute im Dienst Wirtschaftskriminalität. Und wir haben über 21'000 juristische Personen, bzw. im Handelsregister eingetragene Firmen. Wenn man jetzt diese Zahl durch 13 teil, gibt das ca. 1‘600 juristische Personen auf einen Polizeimitarbeiter. Das ist weit, weit über dem Durchschnitt der natürlichen Personen. Sie sehen also: Auch diese Argumentation geht auf.
Gerhard Pfister hat zwei wichtige Sachen gesagt. Die erste ist Folgendes: Er hat darauf hingewiesen, dass Sicherheit vor allem ein Gefühl ist. Und Sicherheit in den Gefühlen der Menschen sehr wenig mit Statistik zu tun hat. Das haben wir schon immer sehr ernst genommen. Wir können nicht einfach darauf hinweisen, jemand habe halt einfach Pech gehabt, aber die Statistik sehe sehr gut aus. Wenn eine Per-

son von einem Delikt betroffen ist oder von einem Delikt in der Nachbarschaft hört, dann hat sie ein ungutes Sicherheitsgefühl. Wir nehmen das sehr ernst, stellen aber auch fest, dass die Bürgerinnen und Bürger, alle Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Zug und auch in der Schweiz in Sicherheitsfragen sensibler geworden sind. Das hat nicht nur mit dem September 2001 zu tun. Das hat auch mit dem Gotthard zu tun, aber auch mit der sozialen und wirtschaftlichen Situation. Wenn der Sicherheitsdirektor hört, dass verschiedenste ausländische Firmen sich jetzt bei der Polizei melden, weil sie Bedenken haben im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg, weil sie nicht wissen, ob eine Bedrohungssituation für sie da ist, so gibt das auch nicht weniger Arbeit für die Polizei, sondern mehr.
Er dankt dennoch der Fraktionschefin der FDP für den Auftrag, den sie dem Polizeikommandanten und ihm geben will. Nach ihren Worten sollen wir unsere Aufgaben erfüllen, das Personal so einzusetzen, dass es effektiv und effizient arbeitet. Was machen denn der Polizeikommandant und der Sicherheitsdirektor seit zwölf Jahren? Genau das machen wir und sogar erfolgreich. Die Kriminalstatistik zeigt es, die Verkehrsunfallstatistik zeigt es: Wir verzeichnen im Kanton Zug eine gute Sicherheitslage, was sich z.B. durch die praktisch stabil gebliebene Zahl der Einbrüche belegen lässt. In Nachbarkantonen, die bei der Polizeidichte auf unserer Liste etwas weiter unten sind, sind die Einbruchszahlen explodiert. Das hat nicht nur beträchtliche volkswirtschaftliche Folgekosten, sondern auch Folgen für die betroffenen Menschen. Subjektive Folgen des Sicherheitsgefühls, psychische und sogar physische Folgen. Wir haben Zug auch nie mit Rio de Janeiro verglichen. Vielleicht hat Andrea Hodel das subjektiv so empfunden, aber wir haben das nie gemacht. Wir können stolz sein auf unsere Sicherheitssituation. Aber wir bezahlen dafür in diesem Polizeigebäue einen hohen Preis. Wenn wir diesen Standard behalten wollen, geht das nicht ohne mehr Personal, wie es der Regierungsrat beantragt.
Und schliesslich noch etwas Fasnächtliches. Ob EVZ oder Morgartenschiessen – das sind nicht voll ausgebildete Polizisten, die man dort beobachten kann. Das sind Hilfspolizisten, eben diese rund 5'000 Stunden, die Leute in einer Hilfspolizisten-Uniform machen. Wir haben schon lange gemerkt, dass wir dafür keine voll ausgebildeten Polizisten brauchen. Aber der Präsident hat es auf den Punkt gebracht: Er will unter gewissen Umständen, am Morgartenschiessen, einen voll ausgebildeten Polizisten dabei haben. Aus Sicherheitsgründen. Und das ist ja genau der Widerspruch, in dem sich der Kantonsrat zum Teil befindet. Grundsätzlich sagt man: Normales Mass, nur das absolut Notwendige. Aber berechtigterweise sagt man auch: Wir brauchen einen gewissen Sicherheitsstandard. – Zum EVZ: Dort gibt es den Verkehrsaspekt, den der Votant eben erklärt hat. Es gibt aber auch Sicherheitseinsätze, wenn die Leute aus Lugano oder aus Zürich kommen. Da sind mehrere Beamten von uns sechs Stunden im Einsatz, bis der Zug nach Lugano oder Zürich wieder abgefahren ist. Und dieser Mann oder diese Frau fehlt am anderen Tag bei ihrer angestammten Arbeit. Wir haben nämlich keine stehende Truppe mit Sicherheitsleuten. Sondern die kommen aus den Abteilungen und das bedeutet ganz konkret, dass diese Leute dann fehlen. Sie können selber ausrechnen, was das bedeutet. Bei 232 Einsätzen mit mehreren Leuten mit mehr als vier Stunden.
Die schönen Begriffe wie «normales Mass» oder «Verhältnismässigkeit» braucht Hanspeter Uster als Jurist ja auch oft. Aber jetzt muss man ihm erklären: Was ist denn unverhältnismässig von dem, was wir in den letzten zwei Jahren gemacht haben? Auf diese Frage hat er noch nie eine befriedigende Antwort gehört. Er möch-

te hier nicht nochmals die Zahlen wiederholen. Aber wir stellen bei der Kantonspolizei eine gewissen Burn-Out-Problematik fest.
Zu den Kosten. Mehr Personal bedeutet – so absurd das tönt – weniger Kosten. Denn kurzfristig müssen wir mit zusätzlichen Kosten rechnen, wenn wir weiter Überzeit-Zuschläge auszahlen müssen. Wir müssen auch mit höheren Pikett-Entschädigungen rechnen. Und man muss zusätzlich auch auf Aushilfen zurückgreifen. Der Sicherheitsdirektor möchte nicht mehr das gleiche machen müssen wie letztes Jahr, als wir für Pikett zusätzlich 130'000 Franken ausgeben mussten, für Aushilfen rund eine Viertelmillion Franken. Das kann nicht der Standard sein, dass wir einfach die Kosten verschieben und sogar noch erhöhen. Es kommt dazu: Die betroffenen Mitarbeitenden wollen gar kein Geld. Sie wollen diese ausbezahlten Stunden gar nicht. Sie wollen gerne kompensieren, sich erholen, bei ihrer Familie sein. Bei so schwierigen Aufgaben, die sie machen müssen, Schusswaffengebrauch, Verfolgung von Straftätern, schwierige Gespräche mit Betroffenen und Opfern, brauchen wir ausgeruhte Polizistinnen und Polizisten. Dem Votanten hat man oft gesagt: Ja dann spart doch irgendwo ein. Er hat immer gesagt, er möchte das nicht zum Voraus machen, sonst sieht es so aus, als habe man schon die vorbehaltenen Beschlüsse gefasst. Aber wir müssten mit den Gemeinden und der Stadt Zug eine Diskussion über den Sicherheitsstandard führen. Und dann sind wir wieder bei den gleichen Problemen, die vorher skizziert wurden. Alle sagen: Tieferer Sicherheitsstandard, normales Mass, aber dann sicher nicht bei mir. Es ist dann schwierig, diese Diskussion zu führen.
Zum Schluss möchte Hanspeter Uster nochmals auf Gerhard Pfister zurückkommen. Honi soit qui mal y pense. Er hat es wahrscheinlich auf den Punkt gebracht. Sie können den Sicherheitsdirektor heute ein wenig bestrafen und im Regen stehen lassen. Dazu muss er einfach sagen: Er wird das ertragen. Aber Sie bestrafen letztlich nicht ihn, sondern das Polizeikorps, das in den letzten Jahren hervorragende Arbeit mit sehr grossem Einsatz geleistet hat. Und Sie bestrafen auch Ihre Wählerschaft, die Bevölkerung. Obwohl viele dem Votanten gesagt haben: Du kannst schon noch etwas sagen, aber wahrscheinlich hast du keine grossen Chancen. Er ist optimistisch, weil er an den Rat glaubt.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1051.4 – 11087.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Anträge der vorberatenden Kommission bei den §§ 1, 3 und 3 von der Regierung unterstützt werden.

§ 5, Abs. 2

Peter **Dür**, Präsident der Stawiko, beantragt im Namen seiner Kommission folgenden Zusatz, die Begründung hat er bereits im Eintretensvotum gegeben:

«… 7,5 Mio. Franken *inklusive Mehrwertsteuer*.»

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Regierung diesem Antrag anschliesst. – Er weist darauf hin, dass hier noch ein Antrag der SVP-Fraktion vorliegt, die statt 7,5 Mio Franken nur 4, 5 Mio festlegen will.

René **Bär** ist der Ansicht, dass die 4,5 Mio Franken für normale sicherheitstechnische Vorkehrungen ausreichen. Die 7,5 Mio beinhalten auch Investitionen, die eigentlich zum Gebäudeunterhalt gehören. Wenn wir heute einen Beschluss von 7,5 Mio machen und ein neues Konto Sicherheit eröffnen, dann haben wir immer die 7,5 Mio auf dem neuen Konto als Sicherheit. Wenn wir aber die 4,5 Mio bewilligen, dann haben wir 4,5 Mio auf der Sicherheit und das andere müsste über den Gebäudeunterhalt saniert werden über den normalen Kredit.

Leo **Granziol** bittet den Rat, keinen Streit um des Kaisers Bart zu entfachen. Wenn die SVP grundsätzlich damit einverstanden ist, dass man die Gebäudesicherheit herstellt, aber unter einem Konto verbucht, dann kann das sicher nicht der Grund sein, dass man den Kredit heute reduziert. Wie es verbucht wird, ist dann immer noch Sache des Finanzfachmanns beim Staat. Es ist ja gar nicht klar, ob die ganzen 7,5 Mio unter dem Titel Sicherheit verbucht werden. Abgesehen davon: Brandschutzanlagen sind im Prinzip auch Sicherheit. Man kann das also alles unter dem gleichen Titel subsumieren. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, diesen Antrag abzulehnen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von René Bär mit 55 : 20 Stimmen ab.

§ 6

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung hier auf 930 Personalstellen korrigiert hat und die Kommission 927 Stellen vorschlägt.

Gerhard **Pfister** unterstützt den Antrag des Regierungsrats auf 930 Stellen und möchte das wie folgt begründen. Er hat es beim Eintreten schon gesagt: Genau hier bei diesem Entscheid müssen Sie sich als Kantonsrätinnen und Kantonsräte überlegen, welches Signal Sie hier mit einer Reduktion aussenden. Sie sind zwar für den Ausbau der baulichen Sicherheitsmassnahmen bei der Verwaltung, aber wenn Sie hier kürzen, tun Sie das beim Schutz der Bevölkerung. Damit entstünde genau der Eindruck, dass die politische Kaste mehr an sich selbst denkt als an diejenigen, die sie gewählt haben. Und wir sollten auch nicht den Fehler begehen, der Polizei dreinzureden, wo und wie sie diese Stellen einzusetzen hätte. Auch der Votant findet die Polizei dort unangenehm, wo sie gerade ihn öfters vexiert, nämlich als Autofahrer. Aber gerade das wäre ja wieder der alte Fehler, dass wir nicht strategisch entscheiden, sondern operativ jenen dreinfingern wollen, die für das Operative zuständig und kompetent sind. Gerhard Pfisters Erwartung ist aber klar, dass diese zusätzlichen Stellen der Sicherheit des Volkes zugute kommen. Die Situation bei der Bevölkerung ist eben auch die, dass wir eine zunehmende Unsicherheit feststellen können, dass

mehr Konflikte gewaltsam ausgetragen werden. Wenn es im Kanton Zug weniger als in anderen Kantonen der Fall war, spricht das eben nicht gegen, sondern für eine Erhöhung. Wir werden es in Zukunft nicht mit weniger, sondern mit mehr Fällen zu tun haben, wo Gewalt ausgeübt wird. Und deshalb müssen wir die gewaltlosen Kreise der Bevölkerung klar schützen. Also: Sie dürfen nicht nur die Verwaltung sicherer machen, sondern auch die Bevölkerung. Und deshalb unterstützen Sie bitte den Antrag der Regierung und nicht jenen der Kommission. Feilschen Sie nicht, sondern nehmen Sie die Verantwortung wahr zu Gunsten eines weiterhin sicheren Kantons.

Berty **Zeiter** erinnert daran, dass wir vorhin beim Votum von Anton Stöckli gehört haben, welch hohen Preis die Polizei bezahlt für die Sicherstellung des Sicherheitsstandards. Die Votantin ist im Anschluss an die heutige KR-Sitzung eingeladen zum Abschiedsapéro eines Polizisten, der seinen Dienst auf Ende dieses Monats quittiert. Sie hat sich mit ihm über die Gründe für diesen Schritt unterhalten. Auch er hat geschildert, wie er unter den sich verschlechternden Arbeitsbedingungen gelitten hat. Wie die massierte Leistung von Überstunden sein Familienleben beeinträchtigt hat. Dass der häufige Pikett-Dienst ihn ausgelaugt hat und die zunehmende Aggressivität gegenüber der Polizei ihm zu schaffen machte, weil er in der wenig verbliebenen Freizeit sich gar nicht mehr richtig erholen konnte. Und so hat er die Freude an dieser Arbeit verloren. Wir haben gehört, dass allgemein zunehmend Burn-Outs auftreten im Polizeikorps. Die Nerven der Polizisten sind angegriffen, so dass sie immer stärker Gefahr laufen, nicht mehr dem Image des «Freunds und Helfers» zu entsprechen. Hier hat der Arbeitgeber, der Kanton, seine Verantwortung wahrzunehmen. Wie jeder Unternehmer weiss, kostet eine grosse Fluktuation beim Personal auf die Länge bedeutend mehr Geld als zusätzliches Personal. Und dies gilt erst recht für die Polizei, die auf Kosten des Kantons ausgebildet wird. Die Arbeitsbedingungen unter den aktuellen Umständen können sich nur verbessern, wenn die Arbeitslast vor allem im Frontdienst auf mehr Personen verteilt wird. Wenn dies nicht geschieht, ist das Leistungsangebot der Polizei zu reduzieren. Konkret heisst dies, dass bei Grossanlässen keine Polizisten mehr aufgeboten werden können, sondern die Veranstalter private Sicherheitsdienste engagieren und finanzieren müssen. Konkret heisst dies, dass es bei Notfällen länger dauern wird, bis die Polizei vor Ort ist. Und konkret heisst dies, dass der Polizeidienst in den Gemeinden und in der Stadt Zug weniger lang besetzt ist. Da die Votantin schon mit dem Bogen zur SVP begonnen hat, will sie auch damit abschliessen und einen Standpunkt dieser Partei zitieren, den sie auf ihrer Homepage so darstellt: Die SVP kämpft für Sicherheit und Recht. Mehr Sicherheit für unsere Bevölkerung. Kampf der Kriminalität. – Deshalb beantragt Berty Zeiter im Sinne der Regierung, gesamthaft acht zusätzliche Stellen zu bewilligen. Also maximal 930 Personalstellen.

Thomas **Lötscher** unterstützt die Argumentation von Gerhard Pfister bezüglich strategischem Entscheid, kommt aber zu einem anderen Schluss. Diese Diskussion wird leider auf die Frage pro oder contra Polizei reduziert. Wenn die FDP sich für eine beschränkte Personalaufstockung um fünf Einheiten ausspricht, macht sie keine Aussage zur Aufteilung derselben. Zwar gehen wir mehrheitlich davon aus, dass der Bedarf bei der Polizei liegt. Wir überlassen es allerdings der Regierung, die Ressourcenverteilung vorzunehmen. Die Annahme einer Reduktion der Personalaufstockung

habe auf Kosten der Polizei zu erfolgen, ist klar ein falsches Präjudiz. Die drei Personaleinheiten, über die wir jetzt noch diskutieren, entsprechen rund 0,3 % des Gesamtbestandes. Wir wollen nun nicht darüber diskutieren, wie diese 0,3 % kompensiert werden können. Genau so wenig, wie wir die optimale Zuordnung der restlichen 99,7 % diskutieren wollen. Wir wollen deshalb nur den Rahmen setzen, und der heisst: Fünf zusätzliche Personaleinheiten. Das ist eine klare Verbesserung der heutigen Sicherheits-Situation.

Othmar **Birri** wiederholt, dass die SP für Aufstockung ist. Wir sind auch für 930 Stellen, aufgeteilt für die Verwaltung, welche diese Stellen ausgewiesen hat. Wir haben gehört, dass es schlecht ist, wenn man das outsourced. Die Polizei braucht diese fünf Stellen. Es ist eine Entlastung und ein Zeichen der Anerkennung für die Arbeit, welche die Polizei leistet. Die Bevölkerung wird es Ihnen danken, wenn sie weiss, dass der Sicherheitsstandard wie heute weitergeführt werden kann. Und dass man der Polizei damit eine kleine Entlastung gewähren kann und ihr diese fünf Personaleinheiten gewährt, damit sie einen gewissen Abbau der Überstunden vornehmen kann. Es ist darauf hingewiesen worden, dass diese Überstunden ja auch Geld kosten. Es ist ja nicht nur das Geld; man muss dahinter auch die Menschen sehen, die dieses Geld gar nicht wollen. Sie wollen Freizeit.

Leo **Granziol** meint, es sei klar, dass diese Debatte zu emotionalen Voten führen wird. Es geht eben auch nicht nur um Maschinen und um bauliche Massnahmen, sondern um Personen. Und wir sind alle irgendwie davon betroffen. Wir haben auch die Bürger zu vertreten, die betroffen sind von zusätzlicher Kriminalität etc. Die Kommission hat sich das alles auch überlegt und ist zum Schluss gekommen, dass man jetzt mit zwei Polizisten zusätzlich auskommen sollte. D.h. aber nicht, dass damit die Türen wieder für zehn Jahre zugeschlagen sind, wie das bis jetzt der Fall war. Wir müssen berücksichtigen, dass ab 1993 bis ins Jahr 2000 eine einzige zusätzliche Stelle bewilligt wurde. Dann kam ein Begehren der Kantonspolizei für 24 Personalstellen für die nächsten vier Jahre. Das wurde vom Regierungsrat 2001 zurückgewiesen. Man hat gesagt, es solle zuerst die Fusion abgewartet und geschaut werden, was sich daraus für Synergien ergeben. Diese hat man eruiert. Es waren 15 Leute, die man daraus gezogen hat. Aber es hat damals schon nicht den Personalbedarf voll abgedeckt. Deshalb jetzt auch dieses Begehren. Der Votant meint, man solle hier nicht allzu viel Herzblut verlieren. Sicher ist es für die Polizisten schwierig, wenn sie unter diesen Bedingungen weiter arbeiten müssen. Aber schliesslich haben wir im Herbst wieder eine Budgetdebatte und Leo Granziol ist überzeugt: Wenn es dann wirklich brenzlig wird, kommt man wieder. Die Frage ist auch: Wer spürt es nun, wenn Sie dieses Personalbegehren auf den Stand der Kommission reduzieren? Die Polizei muss ja den Schutz der Bürger gewährleisten, ganz gleich, welchen Personalbestand sie hat. Die Aufgaben muss sie lösen. Von daher hat sie eigentlich gar keine grosse Wahl. Sie muss antreten, sie muss kommen. Aber die Response-Zeiten können länger werden. Das ist klar. Die Anzahl der Patrouillen werden evtl. verkleinert werden, weil diese Personen fehlen, um das 24 Stunden sieben Tage in der Woche aufrecht zu erhalten. Die rund 90 Personen, die für den unfriedlichen Ordnungsdienst zur Verfügung stehen, sind jene, welche die meisten Überstunden geleistet haben. Wenn sie die 13'000 Überstunden durch 100

Personen teilen, sehen Sie auch, dass die Belastung wirklich enorm ist. Aber die Kommission hat das beschieden, zwei Personen. Damit ist wie gesagt die Türe nicht zugeschlagen. Man kann ja im Herbst wieder darüber sprechen.

Hanspeter **Uster** würde Thomas Lötscher vollumfänglich zustimmen, wenn es um den Rahmen geht, der gesetzt wird. Aber der Votant hat vorher nachvollziehbar dargelegt, wieso diese Umlagerung – wenn überhaupt – nur sehr beschränkt möglich ist. Es ist unmöglich, dass wir bei der Polizei Fachkompetenz haben im baulich/technisch/konzeptionellen Bereich. – Es ist dem Sicherheitsdirektor neu, dass man im Budget Personalstellenanträge bringen könnte, wie das der Kommissionspräsident vorschlägt. Das war früher möglich. Aber mit dem Personalplafonierungs-Beschluss, der jeweils auf vier Jahre beschlossen wird, ist das ohne Änderung dieses Beschlusses nicht möglich. Und heute können Sie in diesem § 6 über eine Änderung dieses Personalplafonierungs-Beschlusses befinden, im Dezember werden Sie das ohne expliziten Antrag der Regierung oder einer Kommission nicht tun können. – Wer spürt es? Da hat Leo Granziol tatsächlich einen wunden Punkt aufgegriffen. Wahrscheinlich wird es die Bevölkerung nicht spüren. Weil unsere Leute sagen: Wir geben unseren vollen Einsatz. Aber unsere Leute werden es spüren. Und wir können auf die Dauer leider nicht so fortfahren.

➔ Der Rat schliesst sich mit 42 : 33 Stimmen dem Antrag der Kommission (über 927 Stellen) an.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1051.6 – 11113 enthalten.

72 INTERPELLATION VON RENÉ BÄR BETREFFEND KOORDINIERUNG VON WOHNUNGS-/GEWERBEBAU MIT DER DAZUGEHÖRIGEN VERKEHRSERSCHLIESSUNG

René **Bär**, Cham, hat am 22. Januar 2003 die in der Vorlage Nr. 1086.1 – 11071 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

73 INTERPELLATION VON KARL BETSCHART UND MORITZ SCHMID BETREFFEND SUBMISSIONSGESETZ

Karl **Betschart**, Baar, und Moritz **Schmid**, Walchwil, haben am 30. Januar die in der Vorlage Nr. 1088.1 – 11080 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat acht Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

74 INTERPELLATION VON THOMAS VILLIGER BETREFFEND GRUNDWASSERSPIEGEL IM GEBIET CHAMAU, STADELMATT UND REUSSSPITZ

Thomas **Villiger**, Hünenberg, hat am 30. Januar 2003 die in der Vorlage Nr. 1089.1 – 11081 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

75 INTERPELLATION VON HANS CHRISTEN BETREFFEND SOFTWAREABLÖSUNG BEIM HANDELSREGISTER

Hans **Christen**, Zug, hat am 4. Februar 2003 die in der Vorlage Nr. 1092.1 – 11086 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat verschiedene Fragen gestellt.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** beantwortet die Fragen wie folgt:

Trifft es zu, dass der Kanton Zug für das Handelsregister eine eigene Software entwickeln lassen will, die ca. Fr. 2.3 Mio. kosten wird?
Die IBM wird in absehbarer Zeit mit dem Support für das Betriebssystem OS/2 aufhören. Im AS 400 des Kantons wird OS/2 bereits nicht mehr unterstützt. Deshalb muss die Informatikanwendung ISOV HRA zwingend und ohne Verzug redesigned werden. Es trifft zu, dass das Handelsregister des Kantons Zug deshalb eine aufwändige Überarbeitung seiner bestehenden, komplexen Software ISOV HRA (sogenanntes Redesign) vornimmt, das 2'300'000 Franken kosten soll und wofür ein Budgetkredit vorhanden ist. Vor der Budgetierung wurden verschiedene Varianten und Lösungen evaluiert. Das Handelsregister hat dabei auch überprüft, ob zu einem Konkurrenzprodukt gewechselt werden könnte. Es stellte dabei fest, dass kein Produkt die Anforderungen betreffend Datenqualität und Datenstruktur erfüllt. Zudem ist bei den anderen Produkten keine Ablösung oder Weiterentwicklung in Sicht, die aber in den

nächsten zwei bis drei Jahren nötig sein wird, um die Anforderungen des Bundes und der Wirtschaft erfüllen zu können. In der EU wird per 1. Januar 2005 der elektronische Verkehr mit den Handelsregisterämtern eingeführt. Zur Erhaltung der zugerischen Standortvorteile ist es wichtig, dass das Handelsregisteramt frühzeitig agieren kann und nicht erst später reagieren muss.

Weshalb wird die Individuallösung einer Standardlösung vorgezogen?
In der Schweiz sind drei Lösungen im Gebrauch. Eine Lösung in der Westschweiz, eine Lösung bei 21 Kantonen sowie ISOV HRA, das beim Kanton Zug in Betrieb ist. Nur weil die vom Interpellanten angesprochene Lösung weit verbreitet ist, muss sie nicht eine Standardlösung sein. Diese «Standardlösung» hat insbesondere folgende Schwachpunkte:

- Ungenügende Datenstruktur, da zunehmend eine Vielzahl von identischen Daten mehrfach aufwändig erfasst werden muss
- Alte Lösung, welche mit viel Aufwand funktionstüchtig erhalten wird
- Abhängigkeit von einer Person, welche diese Lösung wartet
- Keine Dokumentation für die Lösung
- Insellösung als Fremdkörper innerhalb der Zuger Verwaltung (ISOV Philosophie)
- Keine Weiterentwicklung oder Ablösung in Sicht
- Unzufriedenheit bei Handelsregisterämtern, welche mit HR-Win/HR-Web arbeiten.

Der Kanton Zug darf sich, wenn er seine Standortvorteile halten will, gerade in der heutigen Zeit diesen unbefriedigenden und leistungsschwachen Standard nicht leisten. Da nur die Lösung in Zug die hohen Anforderungen an die Datenqualität erfüllt, soll nicht auf eine andere Lösung gewechselt werden. Es ist zudem abzusehen, dass wegen der immer grösseren Datenmengen, die zu verarbeiten sind, die übrigen Kantone früher oder später auf eine Lösung setzen müssen, die über eine sogenannte relationale Datenbank verfügt, welche ein Kernpunkt der neuen Software ISOV/HRA ist. Damit müssen Tausende von Dateninformationen nur einmal erfasst bzw. abgelegt werden, was die heutigen Systeme noch nicht können.
Würde eine bereits vorhandene Standortsoftware verwendet, könnte das Zuger Handelsregister seinen hohen Dienstleistungsstandard nicht mehr erbringen, worauf der Wirtschaftsstandort Zug zwingend angewiesen ist. Dieser hohe Standard zeichnet sich u.a. durch schnelle Eintragung der Handelsregistermutationen, hohe Auskunftsbereitschaft am Schalter, am Telefon sowie im Internet aus und durch die Möglichkeit, jederzeit während 365 Tagen im Jahr und rund um die Uhr einen unbeglaubigten, fälschungssicheren Handelsregisterauszug per Internet zu beziehen. Ohne die neue Software muss entweder dieser Service Public verringert werden oder es müssen zusätzliche teure personelle und räumliche Ressourcen bereitgestellt werden.
Die bestehende Lösung im Kanton Zug gibt dem Handelsregisteramt die Möglichkeit von zahlreichen Schnittstellen. So werden etwa der Steuerverwaltung, der Ausgleichskasse, dem Amt für Wirtschaft etc. täglich Daten zur Verfügung gestellt. Das Redesign soll zudem so offen konzipiert werden, dass auch die Anforderungen der EU in Bezug auf die elektronische Registerführung erfüllt werden können (e-government). Mit dem Redesign werden zudem verschiedene Dienstleistungen zusätzlich erbracht werden können, so z.B. im Bereich der Zentralen Personenkoordination (ZPK) und der digitalen Signatur.

Ist der Regierungsrat bereit, grundsätzlich für die Beschaffung von Branchensoftware (Fachapplikationen) eine strategische Vorgabe im Sinn des Interpellanten zu machen?
Den Vorschlag, Standardsoftware einer Individuallösung vorzuziehen und Allianzen mit anderen Kantonen zu prüfen, unterstützen wir. Bereits heute wird diesen, nicht schriftlich festgehaltenen, Richtlinien bei der Auswahl einer Fachapplikation grundsätzlich nachgelebt. Die Nähe zum Kunden ist wichtig und wir wollen den Unternehmen sowie der Bevölkerung den Kontakt mit und zur Verwaltung erleichtern. Ein Weg führt über computergestützte Prozesse. Mittels entsprechender Software sollen Formulare bestellt, ausgefüllt und zurückgeschickt werden können, soll das Ausrechnen und Ausfüllen von z.B. Steuerformularen erleichtert werden und schlussendlich den Weg auf die Verwaltung unnötig machen. Wichtige Auskünfte und Auszüge sollen in kürzester Zeit über den Computer an die Kundinnen und Kunden abgegeben oder von diesen abgerufen werden können. Für die Erbringung dieser Dienstleistungen ist der Markt für Standardsoftware noch nicht weit genug entwickelt und auch nicht attraktiv genug; das Angebot ist praktisch nicht vorhanden. In diesen Fällen müssen andere Lösungen gesucht werden. Wir überprüfen schon heute, wo keine Standardsoftware zur Verfügung steht oder nicht den definierten Anforderungen entspricht, Allianzen mit anderen Kantonen einzugehen, wie sie z.B. auf dem Gebiet der Steuern mit dem Kanton Solothurn und beim Strassenverkehrsamt mit dem Kanton Aargau bereits realisiert wurden. Wo hingegen der Aussenkontakt keine Rolle spielt, wie z.B. bei der geplanten neuen Finanz- und Rechnungswesen-Software, greift der Kanton selbstverständlich auf Standardsoftware zurück.
Der Regierungsrat hat das von der Finanzdirektion erarbeitete Informatikleitbild vor kurzem beschlossen. Anschliessend, basierend auf diesem Dokument, wird die Informatikstrategie entwickelt. Eine Vorgabe im Sinn des Vorschlags des Interpellanten werden wir, unter Berücksichtigung oben erwähnten Erwägungen, aufnehmen.

Wenn heute 21 Kantone mit HR-Win arbeiten, so kann ich mir nicht vorstellen, dass der Kanton Zug in diesem Bereich eine Insel sein kann bzw. sich ein Inseldasein erlauben und leisten kann. Kann der Regierungsrat diese Meinung mit mir teilen?
Nachdem das Handelsregister mit der ITL die Fragen rund um das Redesign oder Neuanschaffung einer anderen Lösung gründlich abgeklärt hat, kam der Regierungsrat nach dem Abwägen von Pro und Contra zum Schluss, dass nur ein Redesign in Frage kommt. Gerade dieses «mögliche» Inseldasein erlaubt uns, dass das Handelsregister in der genau so wichtigen EDV-Umgebung des Kantons Zugs keine Insel ist. Das Wechseln zu einem anderen Produkt wäre nicht sinnvoll. Es ist nicht ausgeschlossen, dass nach erfolgtem Redesign weitere Kantone diese weiterentwickelte Lösung übernehmen und sich selbstverständlich auch an den Entwicklungskosten beteiligen werden. Abschliessend weisen wir darauf hin, dass das Handelsregister des Kantons Zug im gesamtschweizerischen Vergleich einen hervorragenden Ruf hat und viele gebührenpflichtige Unternehmensgründungen, die nicht zwingend im Kanton erfolgen müssen, in Zug durchgeführt werden. Damit gelingt es dem Handelsregisteramt regelmässig, Gewinne zu erwirtschaften, die in den letzten vier Jahren zwischen 1,9 und 2,2 Mio Franken pro Jahr betrugen.

Hans **Christen** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung seiner Interpellation. Mit den Antworten ist er aus folgenden Gründen nicht zufrieden. Er spricht zuerst zur

Auflistung in der Antwort zur zweiten Frage. Es wird hier sehr genau über ein Produkt Auskunft gegeben, obwohl die Firma Powerneting, die HR-WIN vertreibt, ihr Produkt nie vorstellen konnte und auch nie zur Offertstellung eingeladen wurde. Die vorliegenden Auskünfte des Regierungsrats widersprechen denn auch den Auskünften des Herstellers von HR-WIN, und zwar wie folgt: Identische Daten müssen bei HR-WIN nur einmal erfasst werden und nicht mehrmals, wie es der Regierungsrat darlegt. Hingegen ist ein interkantonaler Datentransfer von Handelsregisterdaten elektronisch nur zwischen jenen Kantonen möglich, die HR-WIN besitzen. Der Datentransfer von HR-WIN zur ISOV-Lösung des Kantons Zug kann nur in Papierform erfolgen. Beim Zuzug einer grossen Firma muss der Handelsregisterauszug, der mit allen Anträgen über 100 Seiten aufweisen kann, manuell erfasst werden. HR-WIN ist keine neue Lösung, aber auch keine alte. Sie hat jedoch den Vorteil, weil sie bei 21 Kantonen in Betrieb ist, dass sie regelmässig auf den neusten Stand gebracht wird. Diese sogenannten Updates sind sehr günstig, weil die Kosten durch 21 Kantone geteilt werden können und nicht von einem Kanton allein getragen werden müssen. Im übrigen wird zur Zeit HR-WIN zusammen mit dem Handelsregisteramt des Kantons Zürich weiter entwickelt. Die Weiterentwicklung ist also – entgegen der regierungsrätlichen Aussage – sehr wohl in Sicht. Bei der Firma Powerneting stehen vollamtlich vier Personen für die Betreuung von HR-WIN zur Verfügung und nicht nur eine, wie der Regierungsrat behauptet. Die angeblich nicht vorhandene Dokumentation von HR-WIN umfasst rund 1000 Seiten. Der Votant hat sich gestattet, die ersten 13 Seiten mit dem Inhaltsverzeichnis aus dem Internet auszudrucken (man kann sie bei ihm einsehen). Eine Abklärung bei einem Handelsregisteramt hat Folgendes ergeben: HR-WIN hat sich im Betrieb absolut bewährt. Der Service ist tadellos, die Betriebskosten sind äusserst gering. Die Einarbeitungszeit für Neuanwender und Neuanwenderinnen ist sehr kurz. Das Know-how ist breit abgestützt, weil 21 Kantone mit der gleichen Lösung arbeiten. Wenn man nun die offensichtlich problematischen Antworten der Regierung betrachtet, muss man sich fragen, wie fair sie gegenüber dieser Firma sind.

Zur Antwort zur letzten Frage. Die Regierung vertritt die Meinung, es sei nicht ausgeschlossen, dass nach erfolgtem Redesign weitere Kantone die Lösungen des Kantons Zug übernehmen werden. Dieser Ansicht war man schon bei der Einführung der heutigen Handelsregisterlösung. Tatsächlich haben damals zwei Kantone, nämlich Schaffhausen und Solothurn, die Zuger Lösung übernommen, diese aber nach kurzer Zeit aufgegeben und HR-WIN eingeführt. Selbstverständlich geniesst das Handelsregisteramt des Kantons Zug einen hervorragenden Ruf und leistet ausgezeichnete Arbeit. Nur hat dies nichts mit dem vorliegenden Problem zu tun.

Der Votant hält fest: Die Verwaltung will verschiedene Lösungen und Varianten evaluiert haben. Trotzdem konnte der grösste schweizerische Anbieter nicht offerieren. Dessen Produkt wäre für ca. 220'000 Franken erhältlich und im Unterhalt sehr günstig. Dem stehen nun Redesign-Kosten von ca. 2,3 Mio Franken gegenüber. Hier stellt sich die Anschlussfrage, wie denn genau submissioniert worden ist. Sind evtl. Klagen von nicht berücksichtigten Anbietern zu befürchten, falls der Vertrag für das Redesign mit der amerikanischen Firma mit drei Buchstaben schon unterzeichnet ist? Bekanntlich müssen Aufträge ab 383'000 Franken öffentlich ausgeschrieben werden. Und zum Schluss fragt sich Hans Christen, ob denn 21 Deutschschweizer Kantone derart schlecht urteilen und sich für eine angeblich ungenügende Lösung wie HR-WIN entscheiden konnten. Aber eben, trotz NFA können wir uns anscheinend immer noch alles leisten!

Martin **Stuber** möchte in die gleiche Kerbe hauen wie sein Vorredner. Er glaubt, wenn 21 von 26 Kantonen eine Software einsetzen, dann ist das eine Standardlösung. Das ist ja immer eine Frage der Definition. Aber wenn wir hier eine spezifische Software für eine spezifische Aufgabe haben, welche die grosse Mehrheit der Kantone einsetzt, dann spricht man von einer branchenspezifischen Standardlösung. Der Votant möchte hier nicht diskutieren, ob HR-WIN besser ist als die ISOV-Lösung. Das kann er nicht beurteilen. Was er hingegen wegen seiner Tätigkeit als Informatiker beurteilen kann ist, dass 2,3 Mio Franken für ein schlichtes Redesign, also nicht für eine Neuentwicklung von Software, ein wahnsinniger Preis ist. Rechnen Sie mal aus, wie viele Mann- oder Fraujahre diese 2,3 Mio Franken ergeben. Dafür entwickelt Martin Stuber zu irgend einem Thema eine superneue Applikation. Er ist selber an einer Datenbankentwicklung beteiligt. Er möchte den Regierungsrat fragen, wie weit dieses Redesign schon ist, wie viel Geld da schon ausgegeben worden ist. Er möchte ihn aber auch fragen, was er unternommen hat, um evtl. mit anderen Kantonen zusammen eine Lösung für dieses Handelsregister zu finden. Er kann sich nicht vorstellen, dass 21 Kantone im Jahr 2005 nicht in der Lage sein sollen, einen elektronischen Datenaustausch mit Europa durchführen zu können. Er möchte auch wissen, ob er den Hersteller dieser de-facto-Standardlösung eingeladen hat zur Offerierung. Und wenn er das nicht getan hat, weshalb. Sein kleiner Finger sagt ihm, dass der Regierungsrat wahrscheinlich gut beraten wäre, wenn er diesen Zug noch rechtzeitig stoppt und das Ganze noch einmal genau anschaut.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** gibt zu, dass er im Rahmen dieser Evaluation noch nicht integriert war und er kann deshalb auch nicht alle Details aus dem Stehgreif beantworten. Er möchte aber immerhin klar festhalten, dass das System der anderen 21 Kantone natürlich bekannt ist. Das Handelsregister kann vergleichen, was für Anwendung es machen kann und was andere Kantone nicht können. Der Votant hat sie aufgezählt und möchte das nicht wiederholen. Das Eidgenössische Handelsregisteramt bestätigt ganz klar, dass das ISOV HRA qualitativ die beste Lösung ist. Bezüglich dem Subventionsverfahren weiss Walter Suter auch nicht ganz genau, wie das gelaufen ist. Aber er geht davon aus, dass ein Redesign für eine bestehende Software nach dem Submissionsrecht nicht ausgeschrieben werden muss. Das ist natürlich ein Folgeauftrag. Wie weit der Stand ist, die Phase für das Detailkonzept – dieser Vertrag ist noch nicht gemacht, das steht jetzt an, die Vorbereitungen sind im Gang, damit das Detailkonzept in Auftrag gegeben werden kann. Insofern kann der Preis auch noch einmal überprüft werden. Der Votant weiss auch, dass diese 2,3 Mio die erste Annahme war und noch Reduktionspotenzial vorhanden ist. – Kontakte mit anderen Kantonen haben stattgefunden. Es sind auch noch Gespräche im Gang.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

76 INTERPELLATION DER SVP-FRAKTION BETREFFEND WAHLGESETZ IM KANTON ZUG

Die **SVP-Fraktion** hat am 17. Februar 2003 die in der Vorlage Nr. 1087.1 – 11079 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zwei Fragen gestellt.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Hat der Regierungsrat vom obgenannten Urteil des BG Kenntnis genommen und wird er sofort in dieser Sache handeln und entsprechende Anpassungen im Wahlgesetz vornehmen?
Der Regierungsrat hat selbstverständlich vom Entscheid des Bundesgerichtes vom 14. Januar 2003 (1P.537/2002) Kenntnis genommen. Gemäss diesem neuen Entscheid kommt der Wählerwille beim gleichzeitigen Einlegen eines bedruckten und eines leeren Wahlzettels eindeutig zum Ausdruck. Der Wählerwille besteht dann unzweideutig darin, den auf dem gedruckten Wahlzettel aufgeführten Kandidaten oder die entsprechende Kandidatin wählen zu wollen. – Enthält ein Stimmkuvert für die gleiche Wahl oder Abstimmung mehr als einen Wahl- oder Stimmzettel, sind sie nach § 35 Abs. 3 des Wahl- und Abstimmungsgesetzes (WAG; BGS 131.1) alle ungültig. Der Fall des gleichzeitigen Einlegens von gedrucktem und leerem Wahlzettel ist im WAG nicht explizit erfasst. Eine Anpassung des WAG ist aber deshalb nicht notwendig, weil die in Frage stehende Konstellation unter § 58 Bst. d WAG subsumiert werden kann. Nach dieser Bestimmung sind Wahlzettel ungültig, wenn sie den Willen des Wählers nicht eindeutig erkennen lassen. Damit hat der Gesetzgeber einen Auffangtatbestand für all jene Konstellationen geschaffen, die sich inskünftig ereignen und damit nicht vorhersehbar sein würden. Das gleichzeitige Einlegen eines gedruckten und eines leeren Wahlzettels ist ein solcher, vom Gesetzgeber nicht explizit bedachter Fall. Die zuständige Behörde, nämlich das Stimmbüro (§ 57 Abs. 2 WAG) wird in einem solchen Fall durch den Gesetzgeber aufgerufen, über die Gültigkeit zu entscheiden. Der Fall des gleichzeitigen Einlegens von gedrucktem und leerem Wahlzettel wird, wie dargelegt, von § 58 Bst. d WAG aufgefangen. Eine Änderung des WAG ist deshalb nicht notwendig. § 35 Abs. 3 WAG ist entsprechend auszulegen.

2. Wird sichergestellt, dass in den verschiedenen Wahlbüros eine einheitliche Praxis hinsichtlich Gültig- oder Ungültigerklärung von Wahlzetteln verfolgt wird?
Vor dem Hintergrund des erwähnten Bundesgerichtsentscheids ist nun sicher zu stellen, dass – in Anwendung von § 58 Bst. d und § 57 WAG – in allen Wahlbüros das gleichzeitige Einlegen von gedruckten und leeren Wahlzetteln als gültig betrachtet wird. Zu diesem Zweck wird ein entsprechendes Kreisschreiben der Direktion des Innern an alle Gemeinden ergehen. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass der Entscheid über die Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Stimme im Zweifelsfalle nicht von einer einzelnen Zählgruppe, sondern nur vom Stimmbüro zu fällen ist (§ 57 Abs. 2 WAG). In der Praxis ist es so, dass immer ein Vertreter der Direktion des Innern als Aufsichtsbehörde über die Wahlen und Abstimmungen im kantonalen Abstimmungsbüro für Fragen zur Verfügung steht. Wie die Erfahrung gezeigt hat, erfolgen in Zweifelsfällen tatsächlich auch Rückfragen durch die Gemeinden an die

kantonale Aufsichtsbehörde. Dieses Vorgehen trägt zur Vereinheitlichung der kantonalen Praxis bei.
Gestützt auf diese Ausführungen stellen wir Ihnen den Antrag, es sei von unserer Antwort Kenntnis zu nehmen und die Interpellation von der Geschäftsliste abzuschreiben.

Karl **Betschart** dankt der Regierung im Namen der SVP-Fraktion für die rasche und sachliche Beantwortung unserer Interpellation. Unser Anliegen ist erkannt und wir stellen fest, dass entsprechende Weisungen erteilt werden. Für uns ist es wichtig, dass der Wählerwille respektiert und richtig gehandhabt wird. Wir sind der Regierungsrätin dankbar, wenn sie uns vom Schreiben an die Gemeinden eine Kopie zustellen würde.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

77 INTERPELLATION VON RENÉ BÄR BETREFFEND AUFARBEITUNG DER ERHEBLICH ERKLÄRTEN, NOCH NICHT VERWIRKLICHTEN MOTIONEN DES KANTONSRATS

René **Bär**, Cham, hat am 18. Februar die in der Vorlage Nr. 1094.1 – 11092 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

Landammann Walter **Suter** beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Gelten vom Kantonsrat als erheblich erklärte Vorstösse als Auftrag zur Bearbeitung innert bestimmter Frist? Wenn ja, welcher?
Nein. Die Geschäftsordnung des Kantonsrates sieht keine Frist vor.

2. Werden evtl. unangenehme Vorstösse bewusst nicht behandelt, um nicht während der Amtszeit einer bestimmten Person darauf eingehen zu müssen? Werden damit evtl. Volksrechte übergangen?
Nein. Es finden keine bewussten, personenbezogenen Verzögerungen statt. Eine Analyse hat im Wesentlichen drei Gründe für diese Verzögerungen ergeben:
- Abhängigkeit von übergeordneten laufenden Planungen des Kantons
- Abhängigkeit von übergeordneter kantonaler Gesetzgebung in Vorbereitung
- Abhängigkeit von übergeordneten Bundeserlassen oder -konzepten

Kurz: Viele Geschäfte sind in ein inhaltlich übergeordnetes Grösseres eingebettet und können nicht einzeln bzw. konzeptionslos erledigt werden.

3. Ist der Zeitaufwand kleiner, wenn die Probleme jahrelang zurückgestellt und dann evtl. mit neuen Leuten neu aufgerollt werden müssen?
Wir teilen die Auffassung des Interpellanten, dass der Aufwand grösser wäre, wenn die Erledigung ohne Grund zurückgestellt würde. Im Rahmen eines übergeordneten

Problems lassen sich jedoch derartige Motionen rationeller und konzeptioneller erledigen.

4. Ist es zu verantworten, dass Kantonsratssitzungen ausfallen, wenn noch pendente Geschäfte vorhanden sind?
Es besteht kein Zusammenhang zwischen ausfallenden Kantonsratssitzungen und den nicht erledigten Motionen. Zum Zeitpunkt des Entscheids, eine Kantonsratssitzung ausfallen zu lassen, liegen zu wenig spruchreife Geschäfte vor.

5. Bis wann ist damit zu rechnen, dass mindestens die sechs oben genannten Geschäfte erledigt werden?
5.1. Ernst Moos betreffend Totalrevision des Gesetzes über den Markt- und Hausierverkehr (Nr. 4902)
Die Kantone stellten bereits im Jahre 1991 beim Bund das Begehren, das kantonal geregelte Wandergewerbe (Hausiergewerbe) auf Bundesebene zu vereinheitlichen. Das Bundesgesetz über das Reisendengewerbe trat dann tatsächlich am 1.1.2003 in Kraft. Seither darf das kantonale Markt- und Hausierverkehrsgesetz nicht mehr angewendet werden. Es ist denn auch vorgesehen, dieses Gesetz aus dem Jahre 1901 im Rahmen der Revision des Einführungsgesetzes zum Obligationenrecht vollständig aufzuheben. Dieses Gesetz ist beim Rat hängig.

5.2. Peter Rust betreffend Ausbau der Kantonsstrasse 25b, Zug - Walchwil (Nr. 7504)
Die Erledigung dieser Motion erfordert Geduld, da die Kantonsstrasse 25b, Zug-Walchwil, nur in Etappen erneuert und verbessert werden kann. Das generelle Projekt für die Strecke vom Murpfli bis zum Lothenbach ist 1994 allen interessierten Kreisen zur Vernehmlassung unterbreitet worden. Die Baudirektion hat die erste Etappe vom Murpfli bis zur Eielen im Sommer 2000 fertig gestellt, für die zweite im Gebiet Lothenbach das Projekt soweit vorbereitet, dass die Strasse zusammen mit oder im Anschluss an die Überbauung beim ehemaligen Hotel ausgeführt werden kann, und für die dritte und letzte Etappe von der Eielen bis Lothenbach die Bereinigung der verschiedenen, zum Teil auseinandergehenden Ansprüche in Angriff genommen. Die Baudirektion hat die kantonsrätliche Strassenbaukommission jeweils über den Stand der Arbeiten orientiert, letztmals an der Sitzung vom 5. Dezember 2002.

5.3. Toni Gügler betreffend kantonales Renaturierungsprogramm für Fliessgewässer (Nr. 7533)
Das Gesetz über die Gewässer (GewG) vom 25. November 1999 (BGS 731.1) sieht vor, dass die Renaturierung von öffentlichen und privaten Gewässern in der Regel mit Gesamtprojekten erfolgen muss, und zwar auf den im Teilrichtplan der Gewässer bezeichneten Strecken. Dieser Teilrichtplan wird nun nicht formal separat, sondern im Rahmen des kantonalen Richtplans voraussichtlich vom Kantonsrat beschlossen, worauf die Motion Toni Gügler auch praktisch umgesetzt werden kann. Ein Rahmenkredit wird dienlich sein.

5.4. Bruno Werder betreffend Durchgangsplatz für Jenische (Nr. 8056)
Die Baudirektion hat im Jahr 2000 einen Projektvorschlag für die Erstellung eines Durchgangsplatzes für Fahrende im Raum Oberwil bei Cham sowie einen Antrag an

den Regierungsrat erarbeitet, um grünes Licht für eine Vorlage an den Kantonsrat zu bekommen. Diese Kreditvorlage hat sich verzögert, weil einerseits Dritte das kantonseigene Land bei Oberwil für eine Anlage zur Wiederaufbereitung von Bauabfällen benötigen und andererseits die Einwohnergemeinde Cham zuerst im Rahmen ihrer Ortsplanung entscheiden soll, ob sie für den Durchgangsplatz eine entsprechende Zone beschliessen will.

5.5. Kantonsrätliche Kommission betreffend «Zuger Initiative für vermehrte Mitsprache im Strassenverkehr» (Nr. 8104 und 8269)

Die 1992 eingereichte und mit 3'783 Unterschriften versehene «Zuger Initiative für vermehrte Mitsprache im Strassenverkehr» verlangte, dass der Vollzug des eidgenössischen Strassenverkehrsrechts auf Gesetzesstufe geregelt werde. Die Initiative erwies sich teilweise als verfassungswidrig, denn der Kantonsrat und das Volk können lediglich über generell abstrakte Normen befinden; über Einzelfälle können sie aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht entscheiden. Nachdem eine entsprechende Motion erheblich erklärt worden war, zog das Initiativkomitee die Initiative zurück.

Die Einführungsbestimmungen zum Strassenverkehrsrecht sind heute nicht in einem Gesetz, sondern in einer Verordnung geregelt. Der Regierungsrat hat in Aussicht gestellt, dass er dem Kantonsrat ein Einführungsgesetz zum eidgenössischen Strassenverkehrsrecht vorlegen wird, sobald die Situation Kantonspolizei/Stadtpolizei geklärt sei. Bekanntlich ist diese Situation nun geklärt. Inzwischen sind denn auch die Arbeiten am EG SVG aufgenommen worden. – Durch diese lange Verfahrensdauer wurden keine Volksrechte verletzt, weil die erheblich erklärte Motion die Frage der generellen Mitsprache aufgrund der oben dargestellten rechtlichen Situation – anders als die zurückgezogene Volksinitiative – gar nicht mehr enthält.

5.6. Andreas Bossard betreffend Vereinfachung des Verfahrens bei der Einführung des Ausländerstimmrechts in den Kirchgemeinden (Nr. 8252 und 8311)

Dieses Anliegen wird im Rahmen der Totalrevision des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen geprüft. Es ist vorgesehen, die Vorlage Ende 2004 dem Kantonsrat zu unterbreiten.

René **Bär** ist befremdet von der Antwort zur ersten Frage. Er glaubt, wenn man eine Motion einreicht und diese erheblich erklärt wird, dann sollte man diese auch in absehbarer Zeit – mindestens innert zwei Jahren – bearbeiten können, damit man sieht, dass etwas passiert oder man diese Vorlage abschreiben kann. Wenn das 14 Jahre geht, bis man in der Lage ist, eine entsprechende Beantwortung zu geben, hat der Votant etwas Mühe. – Bei der «Zuger Initiative für vermehrte Mitsprache im Strassenverkehr» wurden ja 3‘783 Unterschriften eingereicht. Man versprach den Leuten, welche diese Unterschriften besorgten, wenn sie diese in eine Motion umwandelten, würde sie raschmöglichst erledigt. Heute stellt der Votant nach gut zehn Jahren fest, dass dieses Raschmöglichst doch etwas langsam geht. Wenn man schon Unterschriften in eine Motion umwandelt unter der Bedingung, dass sie dann möglichst rasch erledigt wird, sollte man mindestens diese Leute entsprechend honorieren.

Käty **Hofer** fragt, was denn der Inhalt dieser Interpellation sei. Frage 1 – das muss man nicht fragen, ein Griff zur Geschäftsordnung und man kann die Antwort lesen. Wenn der Interpellant mit dieser Regelung nicht zufrieden ist, muss er nicht die

Regierung angreifen, sondern kann die Änderung der GO verlangen. Fragen 2, 3 und 4 sind keine echten Fragen, sondern Unterstellungen und Anwürfe in Richtung Regierung. Lediglich Frage 5 ist eine echte Frage. Wenn aber der Interpellant mit seinem Fraktionschef das Gespräch suchen würde, dann wüsste er, dass genau dieses Thema im Büro diskutiert wurde ist und dieses bei der Regierung vorstellig geworden ist. – Dieses Parlament und diese Regierung haben mehr Respekt verdient, als dieses Papier es zeigt.

Felix **Häcki**: Wenn seine Vorrednerin verlangt, dass man eine Änderung der GO fordert, so hat der Votant das vor einigen Jahren getan. Die Motion wurde überwiesen, aber sie ist auch noch nicht bearbeitet. Wenn man das bedenkt, sind die Anwürfe von Käty Hofer völlig falsch.

Landammann Walter **Suter** möchte einleitend ganz klar sagen: Natürlich teilen wir von der Regierung die Meinung von René Bär, dass erheblich erklärte Motionen umgesetzt werden müssen und dass das auch zeitgerecht erfolgen muss. Er muss auch klar festhalten, dass das bei einer grossen Zahl von Motionen auch passiert. Aber es kann wirklich Motionen geben, bei denen es sinnvoll ist, dass man diese Umsetzung nicht an die Hand nimmt. Gerade das Beispiel der 14 Jahre der Motion Moos (Markt- und Hausierverkehr) zeigt das. Es wäre ja wirklich nicht sinnvoll gewesen, wenn man im Kanton Zug diese Revision gemacht hätte im Wissen, dass im Bund diese Revision läuft, die ja jetzt auch in Kraft getreten ist. Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass es Ausnahmen von der Regel gibt. – Noch etwas zur Motion von Felix Häcki bezüglich der Einführung dieser Frist. Das war im Rahmen der Parlamentsreform und dann wurde diese vom Parlament abgelehnt und das Geschäft war damit natürlich vom Tisch. – Das Beispiel der Strasse von Oberwil nach Walchwil zeigt, dass man dort an der Arbeit ist. Es ist nur der letzte Kredit noch nicht genehmigt und das Geschäft deshalb noch nicht abgeschrieben. Aber die Arbeit läuft seit Jahren. Ganz so schlimm ist die Sache also nicht.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

78 INTERPELLATION VON BERTY ZEITER BETREFFEND STAND UND FÖRDERUNG DER PALLIATIVE CARE IM KANTON ZUG

Berty **Zeiter**, Baar, sowie 13 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 5. März 2003 die in der Vorlage Nr. 1100.1 – 11104 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

79 INTERPELLATION VON JOSEF ZEBERG BETREFFEND ZEUGHAUS

Josef **Zeberg**, Baar, sowie eine Mitunterzeichnerin und ein Mitunterzeichner haben am 11. März 2003 die in der Vorlage Nr. 1102.1 – 11106 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** nimmt zur Interpellation wie folgt Stellung:

Zunächst eine kurze Rückblende über die Besetzung des Zeughausareals sowie ein paar Bemerkungen zum heutigen Stand der Dinge: Am 14. September 2002 besetzten Jugendliche, die sich mehrheitlich in der «IG Lachende Altbauten» und im «Verein Zuger Skater» zusammengeschlossen haben, das Zeughausareal an der Baarerstrasse in Zug. Eigentümer ist das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Gegenüber Stadt und Kanton erklärte das VBS, die Liegenschaft verkaufen und vorher die bestehenden Gebäude so bald wie möglich abreissen zu wollen; eine Räumung des Areals sei im Hinblick auf diesen Abbruch unumgänglich. Anlässlich einer Besprechung zwischen Vertretern des VBS, der Zuger Polizei, dem Stadtpräsidenten sowie dem Sicherheitsdirektor vom 30. September 2002 verblieb man so, dass eine Räumung der besetzten Gebäulichkeiten nur bei deren gleichzeitigem Abbruch durchsetzbar, verhältnismässig und damit vertretbar wäre. Am 3. Oktober 2002 liess das VBS bei der Zuger Polizei Strafanzeige gegen Unbekannt einreichen, zeigte sich aber gleichzeitig bereit, mit der Stadt und/oder dem Kanton über eine Nutzungsvereinbarung bis zum Vorliegen einer Abbruchbewilligung zu verhandeln.
Bereits am 25. September 2002 hatte der Generalstab, Abteilung Immobilien Militär, dem VBS ein Gesuch zur Erteilung einer Abbruchbewilligung gestützt auf die Bestimmungen des Militärgesetzes eingereicht. Dieses Gesuch wurde mit Entscheid vom 1. November 2002 im Rahmen einer militärischen Plangenehmigung im vereinfachten Plangenehmigungsverfahren unter Auflagen bewilligt. Gegen diesen Entscheid erhob ein Anwohner am 13. Dezember 2002 Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Bundesgericht und beantragte dabei die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung. Das Verfahren ist zur Zeit noch hängig. Dabei geht es ganz wesentlich auch um die Frage des anwendbaren Verfahrens. Es ist zu prüfen und zu entscheiden, ob vorliegend tatsächlich die Bestimmungen des Militärgesetzes bzw. der Militärverordnung anwendbar sind, oder ob über den Abbruch nicht – wie dies der Stadtrat mit Schreiben vom 10. Dezember 2002 dem VBS mitgeteilt hat – gestützt auf die Bestimmungen des kantonalen und kommunalen Baurechts zu entscheiden ist. Denn gemäss Militärgesetz und Militärverordnung sind Plangenehmigungsverfahren nur möglich für Bauten und Anlagen, die «der Landesverteidigung dienen» bzw. «aus vorwiegend militärischen Gründen errichtet, geändert oder umgenutzt» werden. Und das VBS selber hat in seinem nunmehr beim Bundesgericht angefochtenen Entscheid vom 1. November 2002 ausdrücklich festgehalten, dass das Zeughaus Zug nicht mehr benutzt werde und «heute keine militärische Bedeutung mehr» habe. Das VBS sieht denn auch vor, das Areal einem privaten Dritten zu verkaufen. Konkret bedeutet dies, dass das VBS zur Zeit über keine gültige Abbruch- bzw. Rückbaubewilligung verfügt und deshalb gestützt auf das erwähnte Gespräch von Ende September 2002 auf eine Räumung des Areals durch die Zuger Polizei zur Zeit verzich-

tet. Und als Eigentümer der fraglichen Liegenschaft steht es ausschliesslich dem VBS zu darüber zu befinden, ob bzw. wann es sein Hausrecht durchsetzen will.
Der Sicherheitsdirektor hat diesen Teil der Interpellationsantwort auch dem Generalsekretär des VBS zugestellt. Er hat diesen Text abgesegnet. – Auf diesem Hintergrund beantwortet der Regierungsrat die in der Interpellation gestellten sechs Fragen wie folgt:
1. Was unternimmt der Regierungsrat?
Rechtlich ist die Situation klar: Wie erwähnt kann das VBS als Eigentümer einen Räumungsantrag stellen. Sobald ein solcher vorliegt, wird die Zuger Polizei aktiv. Selbstverständlich aber rückt die Zuger Polizei im Rahmen ihres normalen Dienstes in jedem konkreten Ereignisfall aus, beispielsweise bei Meldungen über Ruhestörungen, Sachbeschädigungen etc.. Spezifische Personenkontrollen auf dem Areal werden durchgeführt, wenn ein anderer Kanton ein Rechtshilfeersuchen betreffend Abklärung des Aufenthaltsorts einer bestimmten Person gestellt hat.

2. Was weiss man über die Zeughausbesetzer?
Nähere Angaben zu den einzelnen Hausbesetzern sind dem Regierungsrat nicht bekannt. Ob es sich dabei mehrheitlich oder vereinzelt um Arbeitslose oder um Leute, die «einer geregelten Arbeit» nachgehen handelt, ob sich unter ihnen Empfänger von Geldern der Arbeitslosenkasse oder der Sozialhilfe befinden, ist der Regierung nicht bekannt und ändert auch an der soeben dargelegten Sach- und Rechtslage nichts. Auch das VBS hat seinen Verzicht auf eine sofortige Räumung der Liegenschaft nicht von Auflagen betreffend Zusammensetzung der Hausbesetzer abhängig gemacht. Ebenso wenig vermag der Regierungsrat zu erkennen, inwiefern sich aus der beruflichen, wirtschaftlichen oder persönlichen Situation der einzelnen Hausbesetzer eine bestimmte Vorgehensweise von Seiten der Behörden ergeben sollte. Hinzu kommt, dass die Anzahl der sich im Zeughausareal aufhaltenden Personen stark schwankt; je nach Wochentag und je nach Jahreszeit bzw. Aussentemperatur.

3. Gehen die Leute einer geregelten Arbeit nach?
4. Wie viele sind Sozialhilfeempfänger?
5. Wie viele sind arbeitslos und bekommen Arbeitslosengeld?
Das ist der Regierung nicht bekannt.

6. Wo sind die Jugendlichen angemeldet?
Auch dies ist der Regierung nicht bekannt, da keine flächendeckenden Personenkontrollen auf dem Zeughausareal durchgeführt werden.

Abschliessend ist dazu ganz grundsätzlich festzuhalten, dass Angaben zu Personalien von der Polizei anlässlich von Routine- bzw. Ereigniskontrollen erhoben werden. Auskünfte über erhobene Personendaten an Dritte bzw. an die Öffentlichkeit sind jedoch aus Datenschutzgründen nicht zulässig.

Josef **Zeberg** ist der Ansicht, dass die Beantwortung eigentlich gar keine ist, weil gar nicht auf seine Fragen eingegangen wird. Seit über 12 Jahren ist er im Kantonsrat. Noch nie hat er eine solch schlechte, schwammige, nichts sagende Antwort erhalten oder gehört. Er nimmt an, dass die Beantwortung einem Lehrling übertragen wurde und dieser hat die Arbeit kurz vor der Znünipause gemacht. Er hat die Interpellation

nicht aus Langeweile gemacht, sondern weil es nicht nur ihn stört, sondern sehr sehr viele Personen, dass absolut nichts geschieht, nur faule Ausreden, die einer guten Regierung nicht anstehen. Immer und immer wieder versteckt man sich hinter dem VBS, warum auch?
Sicher gehen Sie mit mir einig, dass dieser Zustand keine Werbung für Zug ist, eher eine Schande. Man versteckt sich hinter Kultur, wenn das aber Kultur ist, dann müssen wir sofort alles überdenken. Kultur ist es anscheinend, eine riesengrosse Sauerei zu machen, was natürlich auch für die jeweilige Erziehung spricht. Kultur ist es anscheinend, Container anzuzünden und damit die Feuerwehr und Polizei zu beschäftigen, die damit natürlich nur wieder Überstunden machen müssen. Polizeieinsätze im Zeughaus, Sie haben es sicher alle in den Zeitungen gelesen, die Polizei wurde regelrecht verhöhnt, sie haben keinen Durchsuchungsbefehl und haben somit nichts zu suchen, so tönt das, sehr motivierend für die Polizei. Weitere faule Ausreden, z. B. Lumpenplakate, alle hier im Saal wurden darauf aufmerksam gemacht, dass die Wahlplakate einen gewissen Abstand zur Strasse haben müssen. Hier geht einfach alles. Bei uns in Baar machte ein Garagenbesitzer über ein Wochenende eine Autoausstellung. Auf seinem Grundstück ca. 100 m neben der Zubringerstrasse hängte er ein sauberes Plakat auf, aber nach nicht einmal zwei Stunden erschien die Zuger Polizei, der Unternehmer musste das Plakat entfernen, weil es störte, der Steuerzahler und Arbeitgeber lässt grüssen. Fassaden verschmieren ist anscheinend Kultur, wenn Sie den Votanten fragen, ist das eine riesengrosse Sauerei und Frechheit, nichts anderes, und muss bestraft werden und darf auf keinen Fall als Beispiel dienen. Die Verschmierer müssten seiner Meinung nach alles sehr sauber wieder in Ordnung bringen. Wie wollen Sie denn andere Verschmierer bestrafen, wenn das an einem Ort als Kunst gilt und am andern Ort die gleiche Sache bestraft wird?
Warum die Fragen zu arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger? Als ehemaliges Vorstandsmitglied des Vereins für Arbeitsmarktmassnahmen und der Regionalen Arbeitsvermittlung ist Josef Zeberg sehr bewusst, wie schwer es ist, Arbeit zu haben, oder bei Arbeitslosigkeit Arbeit zu bekommen. Wer aber wie die meisten Leute im Zeughaus Haare hat wie Güggel, verkleidet mit sehr alten ausgetragenen Militärsachen oder andern Lumpen, der darf nicht erwarten, dass irgend eine Firma eine Arbeit für die betreffende Person hat. Firmen, die vor allem Arbeiten bei Privatkundschaft haben, sind sehr darauf angewiesen, dass die Belegschaft sauber daherkommt, sonst ist der erste Auftrag auch der letzte. Wer aber so daherkommt, nicht sauber, sehr schlecht gekleidet, nicht pünktlich, ist nicht vermittelbar. Dieser Person müsste aber auch sofort ein Teil des Geldes gestrichen werden, egal ob arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger, und dies wegen Selbstverschuldung. Es darf nicht hingenommen werden, dass viele Personen für solche Schlendriane und Schmarotzer bezahlen müssen. Anmeldung? Das erstaunt schon; wer die Wohnung wechselt und sich innert der Frist nicht anmeldet, bekommt eine Busse. Nach mehreren Telefonaten mit Behörden hier und in Bern sieht der Votant die ganze Sache ganz anders als der Regierungsrat, nämlich der Abbruch hat überhaupt nichts mit der Räumung der Gebäude zu tun, das sind zwei verschieden Sachen. Die Berner möchten schon lange Ruhe haben in dieser Liegenschaft. Es gibt keine plausible Erklärung von der Zuger Behörde, dies nicht sofort zu tun. Aus den verschiedensten Gründen. Josef Zeberg nennt nur einige. Die Polizei könnte auch so Überstunden sparen. Die Vorbildfunktion der Stadt zu den Gemeinden wäre wieder hergestellt. Die Sauerei im und ums Gebiet würde verschwinden. Nachtruhestörungen keine mehr. Die vielen Klagen wären weg und die Behörden, Stadt und Kanton, würden nicht immer mit der glei-

chen Sache belästigt. Wir alle wüssten, dass Hausfriedensbruch, Einbruch, Sachbeschädigung und vieles andere mehr in Zug nicht mehr geduldet werden, sondern bestraft, wie es das Gesetz verlangt. Vorteil der Räumung aber, einige Eltern könnten zu Hause mit der Nacherziehung der jungen Leute beginnen.
Der Votant hat mit den verschiedensten Militärpersonen gesprochen und keiner hat sich gegen die Räumung ausgesprochen; im Gegenteil sogar, denn ihm wurde bestätigt, dass nur abgeräumt verkauft wird. Ihm wurde auch bestätigt, dass Zuger Behörden eher für den jetzigen Zustand plädiert haben, um möglichen Besetzungen zu entgegnen. Komisch oder?

Die Art und Weise dieser Interpellation ist Erwina **Winiger Jutz** sauer aufgestossen. An der Friedenskundgebung, die am letzten Donnerstag auf dem Landsgemeindeplatz in Zug stattgefunden hat, hat Regierungsrätin Brigitte Profos darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, sorgfältig mit der Sprache umzugehen. Die Votantin zitiert sinngemäss: «Die achtsame Wahl der Sprache verhindert bzw. vermindert Gewalttaten». Dies vermisst Erwina Winiger Jutz in der vorliegenden Interpellation sowie auch jetzt gerade in der Antwort auf die Antwort des Regierungsrats. Ihr kommen ausschliesslich unbegründete und vorwurfsvolle Aussagen, ja sogar Unterstellungen entgegen. Die Zeughaus-Besetzung darf nicht nur als kriminelle Tat angesehen werden. Es ist ein politischer Ausdruck mit den Möglichkeiten, die junge Erwachsene haben. Sie ist ein Ausdruck über die Wohnungsnot im Kanton Zug, über den ungesunden Wohnungsmarkt. Es ist hier nicht möglich, zahlbare Wohnungen zu finden. Und dies ist eine Botschaft, die wir Politikerinnen und Politiker wahrnehmen sollen. Es ist nicht wichtig, wer besetzt. Denn wer besetzt, soll nicht Ausschlag sein für das Vorgehen der Regierung resp. der Polizei. Es ist nicht wichtig, ob Arbeitslose oder Sozialhilfebezüger Wohnungen besetzen oder nicht.

Malaika **Hug** weist darauf hin, dass hier nicht zur Diskussion steht, dass die Besetzung des Zeughaus-Areals ein illegaler Akt ist. Vielmehr sollten Gedanken darüber angestrengt werden, weshalb es überhaupt so weit kommen konnte oder gar kommen musste und wie die zweifelsohne vorhandenen Probleme gelöst werden können. Nach Meinung der Votantin ist diese Besetzung des Zeughaus-Areals eine Art Hilferuf, welcher schlicht und einfach den Wohnungsmangel thematisiert. 1981 bekam der Zuger Stadtrat vom Volk den Auftrag, 400 städtische Wohnungen zu erstellen. Nachdem sich der Stadtrat diesbezüglich zehn Jahre passiv verhalten hat, sind mittlerweile 200 Wohnungen realisiert. Dennoch herrscht nach wie vor ein Mangel an preisgünstigen Wohnungen. Es ist ein Zeichen von Geringschätzung gegenüber der Bevölkerung und insbesondere der Jugend, welche Wohnungen sucht, wenn man jahrelang freistehende Gebäude nicht einer sinnvollen Nutzung zufügt. Wobei in diesem Falle die Kompetenz nicht bei der Regierung von Zug, sondern beim Bund liegt. Dennoch müssen Anstrengungen in diese Richtung unternommen werden. Dass diese Besetzung gewaltsam vor sich ging, verdanken wir Vorbildern wie Herrn Bush und Konsorten höchstpersönlich, für welche eine gewaltsame Problemlösung längst zur Tagesordnung gehört. Es ist daher nicht der richtige Weg, diese jungen Menschen unterschwellig als Schmarotzer zu disqualifizieren, sondern es ist höchste Zeit, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, um ernsthaft nach geeigneten Lösungen zu suchen. Man darf die Jugend nicht einfach aufs Abstellgleis stellen,

denn auch sie ist ein Ernst zu nehmender Faktor unserer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zukunft.

Silvan **Hotz** dankt als Mitunterzeichner auch für die Beantwortung der Interpellation, obwohl er nicht ganz sicher ist, ob man sie verdanken sollte. Er denkt, dass sich in dieser Beantwortung ein Fehler eingeschlichen hat. Es steht nämlich, mündliche Antwort des Regierungsrats. Ist diese Antwort eines Regierungsrats würdig? Wenn in Zukunft solche Antworten so schlecht abgefasst werden, müssen wir gar keine Interpellationen mehr einreichen. Auch wir haben Respekt verdient. Herr Uster sagte, das VBS habe am 3. Oktober 2002 eine Strafanzeige eingereicht. Wartet aber gemäss Gespräch mit ihm und unserem Stadtpräsidenten noch zu. Wie soll sich denn das VBS verhalten, wenn sogar unser damaliger Landammann und unser Stadtpräsident, Herr Luchsinger, sich dafür einsetzten oder sogar intervenierten, dass die Besetzer verschont bleiben. Wo bleibt denn hier die Sicherheit, über die wir vorher gesprochen haben? Können und wollen wir so eine Sicherheit überhaupt?
Zu den Fragen. Was unternimmt der Regierungsrat? Hier versteckt man sich hinter dem VBS. Das ist sehr fraglich. Was weiss man über die Zeughausbesetzer? Nähere Angaben sind hier nicht bekannt. Es ist der Regierung also egal, ob Sozialhilfeempfänger oder Arbeitslose oder auch normale Leute sich illegal dort aufhalten. Zu den Fragen drei bis fünf. Ist der Regierung auch nicht bekannt. Silvan Hotz versteht schon, wenn Datenschutz vorgeschoben wird und keine Personendaten bekannt gegeben werden dürfen. Aber gemäss Antwort interessiert es die Regierung ja selber nicht einmal, was dort vorgeht. Wo sind die Jugendlichen denn überhaupt angemeldet? Dies ist der Regierung auch nicht bekannt. Es werden keine flächendeckenden Personenkontrollen durchgeführt. Es besteht also durchaus die Möglichkeit, dass sich dort Verbrecher verstecken konnten, ohne dass man es merken könnte. Es werden ja keine flächendeckenden Personenkontrollen durchgeführt. Vielleicht ist es aber auch besser so. Denn sobald die Polizei beim Zeughaus auftaucht, formieren sich die Besetzer dagegen. Übrigens wie schon erwähnt geht die Polizei nie mit weniger als sechs Beamten ins Zeughausareal. Haben Sie sich schon einmal einer Kontrolle widersetzt? Machen Sie das nur auf dem Zeughausareal, denn sonst müssen Sie sicher mit einer Strafanzeige rechnen.
Zu Frau Hug. Über das Warum müssen wir uns nicht fragen. Wenn unser Sicherheitsdirektor zuvorderst an Kundgebungen mitdemonstriert und durch sein Nichtstun solche Taten fördert, muss der Votant sich nicht fragen. Herr Uster, wir haben Ihnen fünf Personenstellen für die Sicherheit zugestanden. Etwas fragt sich Silvan Hotz schon, ob wir das überhaupt brauchen, wenn man das Recht so mit Füssen treten kann. Er kann die Haltung der Regierung oder von unserem Herrn Sicherheitsdirektor nicht verstehen. Vor dem Gesetz sind ja alle bekanntlich gleich oder sollten es wenigstens sein. Und noch schnell eine Entschuldigung, das mit «normal» ist nicht so gemeint, wie es getönt hat.

Karl **Betschart** möchte zuerst zuhanden der Fraktionschefin der SP sagen: Auch diese Interpellation ist selbstverständlich legitim und gerechtfertigt wie auch die von René Bär. Dass Josef Zeberg mit der Beantwortung der Interpellation wie auch Silvan Hotz nicht zufrieden ist, versteht er voll und ganz. Die Interpellation ist sehr dürftig und pauschal beantwortet worden. Bereits seit rund sechs Monaten wird das eid-

genössische Zeughaus in Zug illegal besetzt, wie das auch Malaika Hug bestätigt hat. Warum unsere Regierung eine illegale Besetzung auf Zuger Territorium über eine solch lange Zeit tolerieren kann, ist für verschiedene Bürger unverständlich. Abzuwarten bis das VBS oder das Bundesgericht Entscheide fällen, ist der Weg des geringsten Widerstands. Es wäre angebracht, dass unsere Regierung endlich Druck auf das VBS ausübt, um diesen illegalen Zustand zu beseitigen. Die Zeughaus-Besetzer sind im Unrecht, haben mit ihrem Vergehen jedoch bis heute Recht erhalten, was nicht länger toleriert werden kann. Immerhin hat der Votant Kenntnis davon, dass das Bundesgericht verlauten liess, ein Urteil im Verlaufe Januar/Februar dieses Jahres zu fällen. Warum sich der Regierungsrat nicht schon lange darum bemühte, eine entsprechende Antwort zu erhalten, versteht Karl Betschart nicht. Auch wird die Bevölkerung sehr spärlich über diese leidige Sache orientiert. Quo vadis? Die Besetzung ist schon lange zu einem öffentlichen Ärgernis geworden, denn Plakataufschriften an der sehr frequentierten Baarerstrasse weisen noch zusätzlich auf diese illegale Besetzung hin. Es ist wie Anfangs der Achtzigerjahre, als ebenfalls eine Jugendbewegung ein paar Monate lang die leerstehende Kaserne in Zug besetzte.

Hans **Durrer** spricht an die Adresse der beiden Damen Winiger und Hug. Sie bemängeln, dass wir im Kanton Zug zu wenig Wohnungen haben. Der Votant gibt ihnen recht, sagt aber auch weshalb. Wir haben mit einem rigorosen Mietrecht den Wohnungsmarkt kaputt gemacht, das Kapital investiert nicht mehr in den Wohnungsmarkt, es ist uninteressant geworden, Wohnungen zu bauen. Hans Durrer kommt nicht umhin, den beiden Kantonsrätinnen Schizophrenie vorzuwerfen. Auf der einen Seite (dazwischen, an die Vizepräsidentin gewandt: Ich habe kürzlich gesagt, es gebe Musterbriefe, sich zu entschuldigen, ich will sogleich einen anbringen. Wenn Sie der Ansicht sind, dass ich Sie mit meiner Aussage beleidigt habe, entschuldige ich mich, es war nie und nimmer meine Absicht, dies zu tun. Dieser Musterbrief sollte vermehrt von Mitgliedern des Regierungsrats auch in Zukunft bei Konflikten mit den Bürgern verwendet werden) fordern die Damen mehr Wohnungen, aber auf der anderen Seite machen sie alles kaputt. Sie verschärfen das Mietrecht. Der Votant hat sich mit Kollega Lang anlässlich der kantonalen Wahlen darüber gestritten. Und wenn dieser Recht bekommen hat, dann bedauert das Hans Durrer, weil das Mietrecht schuld ist, nicht dessen Forderungen nach mehr Wohnungen. Wenn in Zug und in der Schweiz wieder die Rahmenbedingungen stimmen, dann gibt es wieder Arbeit. Aber so lange Sie mehr und mehr an Macht und Ansehen bekommen, um so mehr kommen wir in die Arbeitslosigkeit. Und genau das will der Votant nicht. Hier sind viele KMU-Leute, die suchen in der heutigen schwierigen Zeit Arbeit und nicht Leute, die Arbeit verhindern. Aber dies alles entspricht der Lehre von Marx und Engels. Vorher macht man mit einem rigorosen Mietrecht den Wohnungsmarkt und die Wirtschaft kaputt. Wenn dann das gelungen ist, versucht man, wie das Frau Winiger und Frau Hug versuchen, aus Schutt und Asche die politische Macht zu übernehmen. Das sind die Lehren von Marx und Engels. Das kann man nachlesen. Das ist nichts Neues. Und Hans Durrer ist mit Josef Zeberg und seiner Antwort voll und ganz einverstanden. Er dankt ihm für sein Votum und bewundert seinen Mut. Er teilt das, was dieser gesagt hat.

Martin **Stuber** weigert sich, auf das Niveau hinunter zu steigen, dass seine drei Vorredner an den Tag gelegt haben. Er erlaubt sich aber als Stadtzuger noch einige sachliche Bemerkungen zu diesem offenbar von der rechten Seite nur emotional abzuhandelnden Thema. Josef Zeberg hat sich geärgert über diverse Sachen. Der Votant kennt in der Stadt sehr viele Leute, die sich über andere Sachen ärgern, und zwar schon wesentlich länger als über die Besetzung. Er kennt viele Leute, die ärgern sich jedes Mal masslos, wenn sie an der Gubelstrasse 12 an diesem Abbruchgrundstück vorbei laufen und wissen, wie lange dort günstiger Wohnungsraum leer gestanden ist, und wissen, dass er, nachdem er besetzt worden ist von Leuten, die für eine Übergangszeit diesen sonst praktisch nicht mehr vorhandenen Wohnraum nutzen wollten, einfach abgerissen wurde. Und was haben wir jetzt dort: Eine Abbruchwüste. Und wenn dort irgendwann einmal etwas gebaut werden wird, werden es Parkplätze sein. Das ist ein grosses Ärgernis in dieser Stadt und nicht nur bei Linken. Es war auch ein sehr grosses Ärgernis, dass das Zeughaus so lange leer gestanden ist. Dass dieses grosse Grundstück einfach ungenutzt da stand. In einer Situation, wo wir in dieser Stadt nicht nur Mangel an günstigem Wohnraum haben, sondern auch Mangel an günstigem Gewerbe- und Kulturraum. Das sind Ärgernisse, die viele Leute bei uns beschäftigen.
Was den Votanten wirklich getroffen hat, ist die Art und Weise wie das bunte Völklein dort draussen abgehandelt worden ist. Es ist unglaublich. Silvan Hotz hat zwar das «normal» zurückgezogen, aber der ganze Geist, der auch die Interpellation atmet, ist ausgrenzend für Jugendliche. Und machen Sie sich bitte keine falschen Vorstellungen. Für Jugendliche, die zwar nicht für die Mehrheit repräsentativ sind, das gibt es nämlich gar nicht, die Jugend ist heute sehr stark fragmentiert auf verschiedensten Ebenen in verschiedenste Teile. Sie repräsentieren aber doch einen schönen Teil der Jugend, wie sie heute ist. Es hat übrigens auch Kleingewerbler dort draussen. Martin Stuber hat einmal an einem Abend eine sehr interessante Diskussion mit einem Kleingewerbler gehabt, der eben genau dieses Problem hat, dass er gar keinen günstigen Gewerberaum in der Zug gefunden hat und jetzt weit nach draussen gehen musste und deshalb dort besetzt.
Zur Interpellation. Der Regierungsrat hat das, was beantwortet werden konnte, sehr klar beantwortet. Er hat nämlich begründet, wieso es bis jetzt nicht zur Räumung gekommen ist. Und wenn wir von Überstunden reden, dann weiss der Votant nur eines: Wenn dort geräumt wird, hat man zwei Möglichkeiten. Entweder steckt man alle diese Leute ins Gefängnis. Dann gibt es zwar nicht mehr Überstunden, aber die Gefängniskosten steigen. Oder es gibt mehr Überstunden. Denn die Probleme, die dahinter stecken, sind da und es sind nicht nur die Probleme der Jugendlichen, sondern es sind gesellschaftliche Probleme. – Bei den Fragen zwei bis sechs leuchten bei Martin Stuber wirklich alle roten Lampen. Diese Fragen kann man als Sicherheitsdirektor nur in einem Polizeistaat detailliert beantworten. Hans Durrer hat vorher Marx und Engels bemüht. Der Votant glaubt, wenn in unserem Rat ein Macchiavelli sitzen würde, könnte er sich Folgendes überlegen: Angesichts der Tatsache, dass eine grössere Gemeinde im Kanton Zug sehr wohl ein Auge auf dieses Grundstück geworfen hat, ist zumindest überlegenswert, dass die Besetzung den Preis dieses Grundstücks nicht unbedingt in die Höhe treibt.

Hans Peter **Schlumpf** ist erstaunt, dass über diese Zeughaus-Besetzung eingehender debattiert wird als über einen 100 Mio-Kredit. Es gilt nun doch etwas nüchtern

und sachlich einzugreifen. Und da muss der Votant betonen, dass die Ausführungen von Hanspeter Uster in dieser Sache absolut korrekt sind. Er versteht zwar den Ärger und die Wut von Josef Zeberg durchaus, aber die Interpellanten, auch die beiden Damen, die sich geäussert haben und die meisten der nachfolgenden Redner bewegen sich hier auf dem Irrweg und haben sich hier in einen Sumpf oder aufs Glatteis begeben. Soweit es um die Besetzung des Grundstücks oder der Gebäulichkeiten geht, ist primär kein öffentliches Interesse tangiert. Das ist Sache des Grundbesitzers. Wenn das VBS ein Begehren stellt, dieses Grundstück polizeilich zu räumen, dann soll das getan werden. Aber das VBS hat das bis heute nicht getan. Und es geht nicht an, dass die öffentliche Hand hier von sich aus einschreiten soll oder muss. Das ist schon rechtlich nicht haltbar. Es liegt am Grundbesitzer, hier aktiv zu werden. Soweit es um allfällige öffentliche Interessen geht – es war die Rede von Plakaten entlang der Strasse –, wenn da tatsächlich irgendwelche öffentlichen Interessen tangiert sind, muss tatsächlich die Stadt Zug oder vielleicht der Kanton, weil es eine Kantonsstrasse ist, einschreiten. Aber das ist doch eher ein Nebenaspekt. Hans Peter Schlumpf möchte den Rat bitten, diese Sache nun nicht argumentativ in eine Richtung zu entwickeln, die eigentlich ganz einfach erklärbar ist.

Manuel **Aeschbacher** findet es in seiner Eigenschaft als Jugendlicher sehr bedenklich, dass andere Jugendliche mit unrechtmässigen Massnahmen auf sich aufmerksam machen müssen. Er bittet den Regierungsrat, von sich aus aktiv zu werden, damit sich die nachkommenden Jugendlichen an einem guten Beispiel orientieren können und damit unser Rechtsstaat auch in Zukunft nicht mit Füssen getreten wird.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** hält fest, dass der Lehrling, der diese Antwort verabschiedet hat, der Regierungsrat ist. Er muss dem Regierungsrat und der Sicherheitsdirektion selber ein Kompliment machen. Es hat noch selten eine so klare und nichtschwammige Antwort des Regierungsrats gegeben auf Interpellationsfragen. Wir haben alle Fragen beantwortet, mit Ja oder Nein oder «das können wir nicht sagen». Weniger schwammig geht es gar nicht. Wir haben auch klar die Rechts- und Sachlage geschildert. Wenn Sie mit fünf Leuten im VBS gesprochen haben, zeigt das, dass dort recht viele Leute angestellt sind. Der Sicherheitsdirektor hat mit der entscheidenden Person gesprochen, das ist der Generalsekretär von Bundesrat Schmid, Juan Gut, und dieser hat ihm den Text mit zwei kleinen Retuschen wieder zurückgeschickt und gesagt, so könnten wir das darstellen. Hanspeter Uster hat also mit der zuständigen Person gesprochen.
Die Frage des Plakats oder Transparents, das an der Strasse aufgehängt ist. Der Votant hat die Anfrage des Garagisten weitergeleitet, weil für Kantonsstrassen im Stadtgebiet die Stadt Zug zuständig ist. Er hat es also nicht abgeschoben, sondern sich an die gesetzlichen Vorschriften gehalten. Stadtrat Hans Christen, der dafür zuständig ist, hat vorher gesagt, dass sie dann interveniert hätten und das Plakat in gebührendem Abstand aufgehängt worden sei. Wenn irgend etwas passiert – Josef Zeberg hat vorher von Fassadenschmierereien gesprochen, Hanspeter Uster kann sich an einen konkreten Fall erinnern, der war auch in der Presse – da hat die Polizei interveniert und eingegriffen. Das hat dann auch dazu geführt, dass es ein Communiqué der Zeughaus-Besetzer gab. Der Sicherheitsdirektor möchte auch da ganz klar

sagen: Wenn irgend etwas Strafbares passiert, dann wird auch tatsächlich interveniert.
Noch kurz zu Marx und Engels. Das Interessanteste an der heutigen Debatte war die Aussage von Hans Durrer betreffend den Einfluss von Marx und Engels auf das Mietrecht. Hanspeter Uster staunt, dass das von den Bürgerlichen zu Dreiviertel beherrschte nationale Parlament offenbar Marx und Engels folgen soll. Es würde ihn wirklich interessieren, wenn Hans Durrer ihm das einmal erklären könnte. Und es ist nicht das Mietrecht, das dazu geführt hat, dass teilweise sehr wenige Wohnungen gebaut worden sind. Es ist der berühmte Markt gewesen, der offenbar alles regeln soll. Das hat dazu geführt, dass auf dem Markt während langer Zeit Büroräumlichkeiten zu sehr hohen Preisen zu vermieten waren. Jetzt gibt es auch in Zug ein Überangebot, die Büros können z.T. nicht vermietet werden und es wird wieder auf Mietwohnungen gesetzt.
Ein letzter Punkt. Der Regierungsrat hat sich wirklich Mühe gegeben, Ihnen den Ablauf zu schildern. Wenn kein Räumungsantrag vorliegt, kann und darf die Polizei und auch der Regierungsrat nicht intervenieren. Und zwar aus zwei sehr grundsätzlichen Gründen. Erstens aus privatrechtlichen Gründen. Wenn der Eigentümer keinen Räumungsantrag stellt, dann *darf* der Staat gar nicht intervenieren. Und der zweite ist ein verfassungsrechtlicher Grund. Es geht um Sicherheitsfragen. Die wurden immer wieder angetönt. Ganz wesentlich ist aber auch die Rechtssicherheit. Und dass ein Eigentümer erst dann handelt, wenn er alle rechtlich notwendigen Bewilligungen hat – im konkreten Fall die Abbruchbewilligung, welche das Bundesgericht jetzt behandelt – dann gehört das zur Rechtssicherheit. Und beides, die Sicherheit des Eigentümers wie auch die Rechtssicherheit sind sehr wichtige Rechtsgüter, und an diese wollen und müssen wir uns in diesem Rechtsstaat halten.
Und eine Schlussbemerkung an Josef Zeberg: Auch der Sicherheitsdirektor hatte früher, wenn auch nicht Haare wie ein Güggel, dann doch sehr lange Haare, und er hatte auch Schwierigkeiten, eine Stelle zu finden. Er hat es aber trotzdem irgendwann geschafft.

Josef **Zeberg** möchte einige Fakten berichtigen. Auch er hat mit Juan Gut telefoniert. Dieser hat dem Votanten bestätigt, dass er am zweiten Tag einen Räumungsbefehl erlassen hat. Er hat ihm bestätigt, dass ihn unser damaliger Landammann zusammen mit dem Stadtpräsidenten gebeten haben, nichts zu machen. Warum? Wenn man räume, kämen die Besetzer immer wieder und das gebe mehr Arbeit. Juan Gut hat gebeten, wir sollen im Zeughaus endlich Ordnung machen. Er hat dem Votanten aber noch etwas gesagt, das wahrscheinlich alle Parteien interessieren wird. Wenn wir Interessen hätten am Land für sozialen Wohnungsbauten, sei das VBS bereit, das zu einem billigeren Preis abzugeben.

80 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 17. April 2003.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

6. SITZUNG: DONNERSTAG, 17. APRIL 2003

8.30 – 12.30 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

81 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Abwesend sind: Markus Bucher, Unterägeri; Silvan Hotz und Beat Zürcher, beide Baar.

82 BEGRÜSSUNG

Der **Vorsitzende** kommt noch einmal zurück auf die letzte KR-Sitzung im Zusammenhang mit der Beantwortung der Interpellation zum Kasernen-Areal. Es ist dies kein übliches Vorgehen, er hat sich jedoch dazu entschlossen, weil er unter allen Umständen verhindern will, dass unsere Debatten, wenn auch hart geführt, die Würde des Menschen verletzen, uns traurig und hilflos stimmen. Genau daran hat Peter Rust gedacht, als er an der Vereidigung in der Kirche St. Oswald seine Wünsche vorbrachte. Er möchte einen kurzen Ausschnitt daraus in Erinnerung rufen und zitiert: «Besinnen wir uns auf eine gesunde, teamfähige und konstruktive Streitkultur. Ich weiss aus meiner 16 jährigen Erfahrung, dass um annehmbare Kompromisse gerungen werden muss, jedoch immer mit Anstand, mit Respekt vor dem anders Denkenden, mit Respekt vor anderen Kulturen, mit Respekt vor allen gesellschaftlichen Strukturen.» Bei der ersten Sitzung des Kantonsrats nach dem Attentat gab sein Vorgänger Christoph Straub uns Folgendes zu bedenken: «Es besteht die Gefahr, dass wir mit der Zeit auch vergessen könnten, wie nahe wir uns einmal standen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn die politischen Tagesaktualitäten einen Keil zwischen uns zu treiben vermöchte. Ergreifen wir die Chance, die uns das Zusammenrücken nach dem Attentat bot, und versuchen wir, auch bei der täglichen, politischen Arbeit – bei allen Meinungsverschiedenheiten – einander zu achten und menschlich nahe

zu bleiben.» Diesen Gedanken kann sich der Ratspräsident nur anschliessen und sicher auch Sie, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen. Er äus-sert sehr ungern so schulmeisterlich einen Ordnungsruf und bittet den Rat daher herzlich, seine Ausführungen wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen.

83 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. März 2003.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellung:
   Gesetz über den Steuerausgleich unter den katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1104.1/.2 – 11110/11).
4. Kantonsratsbeschluss betreffend Gewährleistung der Sicherheit der kantonalen Behörden, der kantonalen Verwaltung und der Gerichte.
   2. Lesung (Nr. 1051.6 – 11113).
5. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen (EG Entsendegesetz).
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1052.1/.2 – 10975/76), der Kommission (Nr. 1052.3 –11117) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1052.4 – 11121).
6. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Ambulante psychiatrische Dienste).
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1074.1/.2 – 11035/36), der Kommission (Nr. 1074.3 – 11073) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1074.4 – 11119).
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag an die Stiftung Phönix Zug für ein neues Tageszentrum für psychisch behinderte Menschen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1055.1/.2 – 10982/83), der Kommission (Nr. 1055.3 – 11062) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1055.4 – 11098).
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kantonalen Museums für Urgeschichte Zug.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1059.1/.2 – 10992/93), der Kommission (Nr. 1059.3 – 11108 sowie Nachtrag der Kommission Nr. 1059.4 – 11114) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1059.5 – 11120).
9. Motion der Kommissionsminderheit Luftfahrtgesellschaft betreffend Zuger Solidarität mit der Stiftung Härtefälle aus der SAirGroup-Restrukturierung (Nr. 1072.1 –11031).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1072.2 – 11072).

10.1. Interpellation von Käty Hofer betreffend sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet (Nr. 836.1 – 10347).

10.2. Interpellation von Markus Grüring betreffend Massnahmen bezüglich Brutalo-Videos und Hardcore-Videogames im Kanton Zug (Nr. 1019.1 – 10884).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 836.2/1019.2 – 11039).

11. Interpellation von Erwina Winiger Jutz und Josef Lang betreffend Abbau industrieller Arbeitsplätze und zur Zukunft des Werkplatzes Zug (Nr. 1043.1 – 10947).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1043.2 – 10996).
12. Interpellation von Alois Gössi betreffend Abbau von Versicherungsleistungen bei der Arbeitslosenversicherung zu Lasten des Kantons Zug (Nr. 1056.1 – 10987).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1056.2 – 11006).

84 PROTOKOLL

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass an der heutigen Sitzung nur das Protokoll der Morgensitzung vom 27. März 2003 genehmigt wird, weil zwischen den beiden Sitzungen lediglich drei Wochen liegen und das Protokoll den Ratsmitgliedern 10 Tage vor der Sitzung zugestellt werden muss. Das Protokoll der Nachmittagssitzung wird an der Sitzung vom 22. Mai 2003 genehmigt.

Peter Rust beantragt dem Rat folgende Korrektur des Protokolls der Vormittagssitzung vom 27. März 2003: Die beiden Spitalvorlagen wurden natürlich nicht der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz überwiesen, sondern der Spitalkommission (Ziff. 60 & 61 auf S. 76 des Protokolls).

➔ Der Rat ist mit dieser Berichtigung einverstanden und genehmigt im Übrigen das Protokoll der Vormittagssitzung vom 27. März 2003.

85 MOTION VON HEINZ TÄNNLER BETREFFEND UNVEREINBARKEITSREGELUNG BEZÜGLICH MITGLIEDER DES VERWALTUNGSGERICHTS NACH § 55 DES GESETZES ÜBER DEN RECHTSSCHUTZ IN VERWALTUNGSSACHEN (VERWALTUNGSRECHTSPFLEGEGESETZ)

Heinz **Tännler**, Steinhausen, hat am 20. März 2003 folgende Motion eingereicht:

«Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die die Unvereinbarkeitsregel nach § 55 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes wie folgt abändert:

[2]Mitglieder des Verwaltungsgerichts dürfen keine Vertretungen in Rechtsmittelverfahren vor den Verwaltungsbehörden und dem Verwaltungsgericht übernehmen.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1105.1 – 11115 vom 20. März 2003 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

86 INTERPELLATION VON HANS PETER SCHLUMPF BETREFFEND LEHRSTELLENSITUATION IM KANTON ZUG

Hans Peter **Schlumpf**, Steinhausen, hat am 18. März 2003 die in der Vorlage Nr. 1103.1 – 11109 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

87 INTERPELLATION VON HEINZ TÄNNLER, HANS DURRER UND KARL BETSCHART BETREFFEND ABSTIMMUNGSBROSCHÜRE UND MITWIRKUNG DES REGIERUNGSRATS BEI DER ABSTIMMUNGSKAMPAGNE «BETEILIGUNG DES KANTONS AN DER SWISS»

Heinz **Tännler**, Steinhausen, Hans **Durrer**, Zug, und Karl **Betschart**, Baar, haben am 20. März 2003 die in der Vorlage Nr. 1106.1 – 11116 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat acht Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

88 GESETZESINITIATIVE FÜR EINE BEDARFSGERECHTE UND SOZIALE PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG IM KANTON ZUG
GESETZESINITIATIVE FÜR EINE FLEXIBLE ADMINISTRATION BEI DER DURCHFÜHRUNG DER PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG UND EINE SCHNELLERE AUSZAHLUNG DER GELDER

Der **Vorsitzende** hält fest, dass diese beiden Gesetzesinitiativen am 7. April 2003 eingereicht wurden. Er verweist auf die beiden Feststellungsverfügungen der Staatskanzlei, die auf allen Sitzen im Kantonsrat aufgelegt sind. Danach sind auf Grund der Vorprüfung die beiden Initiativen formell richtig zu Stande gekommen. Die Gesetzesinitiativen werden dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Sobald diese vorliegen, wird eine kantonsrätliche Kommission bestimmt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

89 GESETZ ÜBER DEN STEUERAUSGLEICH UNTER DEN KATHOLISCHEN KIRCHGEMEINDEN DES KANTONS ZUG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1104.1/.2 – 11110/11).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Gregor Kupper, Neuheim, ***Präsident***	***CVP***
1.	Karl Betschart, Altgasse 74, 6340 Baar	SVP
2.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
3.	Rosemarie Fähndrich Burger, Neudorfstrasse 2, 6312 Steinhausen	AF
4.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
5.	Leo Granziol, Brüschrain 3, 6300 Zug	CVP
6.	Gregor Kupper, Windenboden 4, 6345 Neuheim	CVP
7.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
8.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
9.	Bruno Pezzatti, Kreuzrain 3, 6313 Edlibach	FDP
10.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
11.	Karl Rust, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
12.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
13.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
14.	Konrad Studerus, Kreuzrain 2, 6313 Edlibach	CVP
15.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

90 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND GEWÄHRLEISTUNG DER SICHERHEIT DER KANTONALEN BEHÖRDEN, DER KANTONALEN VERWALTUNG, DER GERICHTE UND DER IM AUFTRAG DES KANTONS TÄTIGEN UNTERNEHMEN

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. März 2003 (Ziff. 69B) ist in der Vorlage Nr. 1051.6 – 11113 enthalten. – Zusätzlich liegt ein Antrag von Othmar Birri vor (Nr. 1051.7 – 11126).

Othmar **Birri** hat diesen Antrag gestellt, nachdem er ein Echo von den Gemeindevertretern gehört hat, welche die Sicherheitsabteilungen führen. Diese haben ihn gebeten, das zu überdenken und er hat bereits an der letzten Sitzung bekannt gegeben, dass er einen Antrag stellen wird. Wir dürfen Polizei nicht das Instrument wegnehmen, das sie benötigen, nämlich das Personal. Seien Sie hier grosszügig, springen Sie über Ihren eigenen Schatten und stimmen Sie der minimalen Aufstockung des Polizeikorps zu.

Rosemarie **Fähndrich Burger** spricht im Namen von Regula Töndury, Käty Hofer sowie Geri Pfister. Wir stellen den Antrag, der kantonalen Verwaltung seien für den Zeitraum 2001 bis 2004 maximal 928 Personalstellen zu bewilligen. Konkret wäre das eine Personalstelle mehr für die Polizei, als es das Ergebnis der 1. Lesung ergab. Mit andern Worten: Wir würden heute sechs zusätzliche Stellen beschliessen anstatt fünf wie letztes Mal.
Zur Begründung: Sie alle haben von der Sicherheitsvorsteherin oder vom Sicherheitsvorsteher Ihrer Gemeinde Post zu diesem Traktandum erhalten. In besagtem Brief machen die gemeindlichen Sicherheitsverantwortlichen darauf aufmerksam, dass unser heutiger Entscheid Folgen für unsere Gemeinden haben wird. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass eine sachbezogene Politik sich mit Fakten und Zusammenhängen auseinandersetzen muss. Das heisst also, der Zunahme der Bevölkerung, der Zunahme von Fahrzeugen und Firmen muss Rechnung getragen werden. Die Verantwortlichen für die Sicherheit in den Gemeinden – dazu gehören auch unser Weibel Paul Langenegger und unser ehemalige Ratskollege Paul Morelli – machen darauf aufmerksam, dass die Aufgaben der Polizei in Bezug auf die Sicherheit weiterhin ansteigen werden. Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zwingt die Polizei zu vermehrten Einsätzen. Deshalb braucht es notgedrungen die personellen Ressourcen, um das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag auszugleichen. Erfreulicherweise ist es der Zuger Polizei gelungen, 2002 die Kriminalitätsrate zu stabilisieren. Und die Zahl der Verkehrsunfälle ist trotz gesteigertem Verkehrsaufkommen um 5 % gesunken. – Damit diese Faktoren in Bezug auf unsere Sicherheit weiterhin erhalten bleiben, möchte die Votantin dem Rat beliebt machen, unserem Antrag um eine zusätzliche Personalstelle zuzustimmen.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Antrag Othmar Birri zur 2. Lesung nochmals diskutiert und – zumindest auf e-mail-Weg – auch den Antrag Fähndrich kommentiert hat. Sie bleibt aber beim Resultat der 1. Lesung. Dies, kurz zusammengefasst, aus folgenden Gründen:
Leider haben sowohl Othmar Birri wie Rosemarie Fähndrich die Frage wiederum auf die Frage der Reduktion bei der Polizei reduziert. Wir haben bereits am 27. März 2003 im Rahmen der ersten Lesung darauf hingewiesen, dass es allgemein um die Frage der Personalaufstockung geht. Dabei hat sich der Kantonsrat in der 1. Lesung für eine Personalaufstockung um fünf Einheiten ausgesprochen, wobei nochmals festzuhalten ist, dass der Kantonsrat damit nur über den Stellenplafonierungsbeschluss entschieden hat und nicht über die Frage, ob die Polizei nur zwei Stellen erhält oder allenfalls drei oder vier, und damit die Stellen in der Taskforce nicht weiter reduziert werden könnten. Dabei ist nochmals darauf hinzuweisen, dass bereits in den Projektkosten von 7,5 Mio Franken zwei befristete Stellen auf vier Jahre enthalten sind, sodass es erstens um insgesamt sieben neue Stellen geht und zweitens die Verteilung eben von der Regierung nochmals überprüft werden muss. Thomas Lötscher hat ganz klar gesagt, dass der Kantonsrat ja auch nicht über die Verteilung der 927, 925 oder 924 Stellen entscheidet. Sondern es ist die Regierung, welche das tut, und der Kantonsrat erklärt, wie viele Stellen insgesamt bewilligt werden. Dies einmal mehr die Gründe, weshalb die FDP-Fraktion am Resultat der 1. Lesung festhält.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** meint, dass sich allgemein und generell alle Fragen relativ einfach beantworten lassen. Im Generellen sind wir uns auch sehr oft einig, die Probleme haben wir dann aber im Besonderen, wenn es um die Details geht. Und hier haben Sie von den Spezialistinnen und Spezialisten, welche sich in den Details auskennen, in den Sicherheitsfragen, bei den Gemeinden, eine Antwort bekommen und die Bitte, dass Sie die Stellen für die Polizei erhöhen. Jene Leute, die sich jeden Tag in den Detailfragen mit Sicherheit beschäftigen, das sind unsere Leute der Zuger Polizei. Und aus dem Korps der Zuger Polizei ist der Wunsch da, dass man mehr Personal bekommt. Und selbstverständlich ist der Regierungsrat zuständig, die fünf oder sechs oder sieben Stellen intern zu verteilen. Aber wir haben klar ausgewiesen, wie diese Stellen zugeteilt werden müssen, damit die Aufgaben erfüllt werden können. Die Aufgaben auf Seite der Polizei, aber auch die Aufgaben im Kompetenzzentrum Sicherheit. Der Votant bittet den Rat, den Erhöhungsanträgen zuzustimmen, dem Antrag Birri und evtl. dem Antrag Fähndrich Burger/Hofer/-Töndury/Pfister.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zu § 6 drei gleichwertige Anträge vorliegen. Das Ergebnis der 1. Lesung lautet auf 927 Personalstellen, der Antrag von Othmar Birri fordert 929 Personalstellen und Rosemarie Fähndrich fordert 928 Personalstellen.

➔ Das Ergebnis der 1. Lesung erhält 36 Stimmen, der Antrag von Othmar Birri erhält 19 Stimmen, der Antrag von Rosemarie Fähndrich Burger erhält 15 Stimmen. Das absolute Mehr beträgt 36 Stimmen. Damit hält der Rat am Ergebnis der 1. Lesung fest.

➔ Der Rat stimmt dem Kantonsratsbeschluss in der *Schlussabstimmung* mit 60 : 1 Stimmen zu.

91 EINFÜHRUNGSGESETZ ZUM BUNDESGESETZ ÜBER DIE MINIMALEN ARBEITS- UND LOHNBEDINGUNGEN FÜR IN DIE SCHWEIZ ENTSANDTE ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER UND FLANKIERENDE MASSNAHMEN (EG ENTSENDEGESETZ)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1052.1/.2 – 10975/76), der Kommission (Nr. 1052.3 –11117) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1052.4 – 11121).

Hans **Durrer** hält fest, dass unter seinem Präsidium die 15-köpfige vorberatende Kommission am 12. Dezember 2002 das Gesetz beraten hat. Alt Regierungsrat Robert Bisig, Bernhard Neidhart, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit, und Peter Kottmann, Europadelegierter, standen uns für Auskünfte zur Verfügung. Das Protokoll wurde von Gianni Bomio, Direktionssekretär der Volkswirtschaftsdirektion, verfasst. Vorerst bedanke sich der Votant bei den vorgenannten Mitarbeitern der Volks-

wirtschaftsdirektion für die höchst erfreuliche Zusammenarbeit. In zwei Stunden haben wir die Vorlage besprochen und einstimmig Eintreten und Zustimmen beschlossen – ohne irgendwelche Abänderungsanträge. Dabei haben wir festgestellt, dass wir eigentlich materiell nichts festzustellen haben, weil vorher bereits alles durch übergeordnetes Recht festgestellt worden ist (mit bilateralen Verträgen zunächst durch supranationales Recht und alsdann durch Bundesrecht). Je mehr wir uns also Brüssel nähern – ein diesbezüglicher Kommissionsentscheid liegt Gott sei Dank nicht vor –, je weniger haben wir in Zukunft festzustellen; zum Leidwesen unserer föderativen Republik.
Die Vorlage war weder im Grundtenor noch im Detail umstritten. Und selbst die Juristen des Schweizerischen Baumeisterverbands, denen Kommissionsmitglied Karl Rust die Vorlage in verdankenswerter Weise zur näheren Prüfung zugestellt hat, haben sich nach anfänglichem Murren mit allen Paragraphen der Gesetzesvorlage einverstanden erklärt. Die finanziellen Auswirkungen dieser Vorlage sind eher bescheiden und bewegen sich schätzungsweise zwischen 100'000 und 150'000 Franken, einschliesslich der Entschädigung für das Sekretariat der tripartiten Kommission. Für weitere Angaben verweist der Kommissionspräsident auf den Bericht der Stawiko. Einstimmig Eintreten und Zustimmen hat auch diese Kommission beschlossen.
Hans Durrer freut sich, dass er sich aus all diesen Gründen kurz halten kann – zum Nutzen und Frommen eines effizienten Parlamentsbetriebs. Er beantragt nochmals – auch im Namen der SVP-Fraktion –, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Für Fragen steht er gerne zur Verfügung.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Stawiko diese Vorlage an der Sitzung vom 27. März 2003 diskutiert hat. Er verweist auf den Bericht, möchte jedoch nochmals auf die finanziellen Auswirkungen aufmerksam machen. Beim vorliegenden Gesetz handelt es sich um den Vollzug von Bundesrecht. Es bleibt uns deshalb praktisch kein Spielraum. Wir müssen dieses Gesetz erstellen und in Kraft setzen. Die Kosten sehen wie folgt aus: 100‘ bis 110'000 für einen Juristen im Vollpensum, der im Personalstellenplafond allerdings bereits enthalten ist. Für dieses Gesetz muss ein Jurist zu 100 % eingesetzt werden. Er arbeitet an der Erarbeitung von Strukturen und Prozessen im Zusammenhang mit diesem Gesetz. Später kann er wahrscheinlich 20 % seiner Arbeitszeit für andere Aufgaben einsetzen. Für die tripartite Kommission rechnet man mit 20'000 Franken, für allfällige Gutachten ebenfalls mit 20'000 Franken. Später je nach zu bearbeitenden Fällen allenfalls mehr. Sie sehen: Praktisch jedes Gesetz – in diesem Fall ein auf den ersten Blick kleines – hat Kostenfolgen. In diesem Fall wird die laufende Rechnung durch das Gesetz mit 140‘ bis 150'000 Franken belastet. Zudem ist es Grundlage für allfällige zusätzlich, dann gebundene Ausgaben. Diese Kosten können Sie in der Folge nur noch bei äusserst genauem Studium des Budgets erkennen. Auf der Einnahmenseite ist im Moment noch nichts zu erwarten. Sollten Sanktionen erfolgen, sind über die entsprechenden Bussen Erträge möglich. In diesem Fall ist aber auch mit einer erhöhten Sitzungstätigkeit und vermehrten Expertenhonoraren zu rechnen. Weshalb der Votant unter dem Strich eher keine Erträge erwartet. Die Regierung hat jedoch bei dieser Vorlage ihren Willen gezeigt, mögliche Synergieeffekte mit anderen Aufgaben möglichst gut auszunutzen. Die Stawiko begrüsst, dass die tripartite Kommission auch die Aufgaben des Einigungsamts und später weitere Aufgaben übernehmen wird. Auch die enge Zusammenarbeit und die allfällige spätere Zusammenführung mit der tripartiten Kommission

im Rahmen des EG AVIG ist sicher sinnvoll. Indem das Sekretariat beim Amt für Wirtschaft integriert wird, können ebenfalls fachliche und administrative Synergien genutzt werden. Die Stawiko beantragt dem Rat auf Grund des Berichts und dieser Ausführungen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Beatrice **Gaier** hält fest, dass der Ausgangspunkt zu diesem Einführungsgesetz, das eine Anpassung an das Bundesgesetz darstellt, die bilateralen Verträge mit der EU sind. Es werden darin die Begleitmassnahmen zur Abfederung allfälliger negativer Entwicklungen geregelt. Der Kanton soll, analog zum Bundesgesetz, eine tripartite Kommission einsetzen, wobei das Präsidium sinnvollerweise bei der «öffentlichen Hand» anzusiedeln ist, um die Kontinuität zu gewähren und in Streitfragen als neutrale Partnerin urteilen zu können. Diese Kommission hat bis zum Inkrafttreten des Gesetzes, gekoppelt an das Bundesgesetz, den Auftrag, Marktbeobachtungen zu tätigen und Beobachtungsinstrumente zu schaffen. Der zurückgetretene Regierungsrat Robert Bisig hat auch für sein letztes Geschäft im Gesetzgeltungsbereich ganze Arbeit geleistet: Die Vorlage ist unbestritten und die CVP-Fraktion empfehlt ohne Gegenstimme die Annahme dieses Einführungsgesetzes.

Bruno **Briner** weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion auch diese Vorlage diskutiert und festgestellt hat, dass es sich beim EG-Entsendegesetz ausschliesslich um den Vollzug von Bundesrecht handelt. Es stellte sich lediglich die Frage, ob dessen Einführung rund ein Jahr vor Inkrafttreten des Bundesgesetzes nicht als «vorauseilender Gehorsam» betrachtet werden müsse. Die Begründung, dass sich die tripartite Kommission dank der frühen Einführung des Gesetzes auf ihre Aufgabe vorbereiten könne, hat aber obsiegt. Obwohl die Kosten im Zusammenhang mit dem Einführungsgesetz nicht hoch scheinen, stellt die FDP-Fraktion fest, dass dies ein weiteres Beispiel ist, wie dem Kanton Zug laufend neue Kosten erwachsen, ohne dass er viel dagegen tun kann. – Unsere Fraktion hat einstimmig beschlossen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1052.5 – 11141 enthalten.

92 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DAS GESUNDHEITSWESEN IM KANTON ZUG (AMBULANTE PSYCHIATRISCHE DIENSTE)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1074.1/.2 – 11035/36), der Kommission (Nr. 1074.3 – 11073) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1074.4 – 11119). Zusatzbericht des Regierungsrats vom 15. April 2003 (per e-mail an alle Ratsmitglieder).

René **Bär** möchte zuerst den Kommissionsmitgliedern für ihr engagiertes und speditives Mitmachen ganz herzlich danken. Er geht von der Voraussetzung aus, dass alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte den Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission sowie den Vorschlag der Stawiko studiert haben. Aus diesem Grund erwähnt er hier nur noch wesentliche Punkte.
Seit 1995 bis heute wurde der Ambulante Psychiatrische Dienst (APD) von der Kongregation der Barmherzigen Brüder von Maria Hilf Zug in den Räumlichkeiten der Psychiatrischen Klinik in Oberwil angeboten. Dafür wurden rund zehn Personalstellen eingesetzt, die über den Kanton abgerechnet wurden. Die Ambulanten Psychiatrischen Dienste sollen neu über den Kanton laufen, da dieser für das Gesundheitswesen verantwortlich zeichnet. Zur gleichen Zeit wird neu dem APD auch die Kinder- und Jugendpsychiatrie angegliedert. Dazu werden zusätzlich rund fünf Personalstellen benötigt. Zudem sollen die APD von der Psychiatrischen Klinik losgelöst werden. Damit wird das Schwellenproblem beseitigt. Diese Massnahmen wurden von der Vorberatenden Kommission als notwendig und sinnvoll erachtet. Die Abstimmung ergab 15 : 0 Stimmen.
Die Kommission hat auch die finanzielle Seite betrachtet und ist zu folgendem Schluss gekommen: Die Gesundheitskosten dürfen nicht davonlaufen. Die Umstellung muss möglichst kostenneutral vor sich gehen. D.h. der Posten, welcher heute für die Kongregation aufgewendet wird, muss für die zehn Personalstellen der APD für Erwachsene eingesetzt werden. Für die Kinder- und Jugendpsychiatrie sollten 4,8 (5) Personalstellen bei den APD bewilligt werden. Das bedeutet, dass künftig Abklärungen und Beurteilungen von Jugendlichen ausschliesslich durch den APD oder Fachärzte vorgenommen werden. Das führt zu einer einheitlichen und neutralen Begutachtung der Probleme. Es ist darauf zu achten, dass im Kanton Zug keine Parallelstrukturen finanziert werden. D.h. bei den Gemeinden muss im Bereich Psychologische Dienste abgebaut oder es darf mindestens nicht weiter ausgebaut werden. Denn die Verantwortung für die Gesundheit liegt beim Kanton.
Bezüglich den Standortvarianten dankt der Kommissionspräsident der Stawiko für die Intervention. Die Variante Rathausstrasse 1 Baar ist ebenfalls zentral gelegen und gut erreichbar. Sie erlaubt uns eine jährliche Kosteneinsparung von 124'565 Franken bei einer absolut zumutbaren Lösung. Vielen Dank an die Gesundheitsdirektion für diesen Vorschlag. – Selbstverständlich arbeiten die APD mit den im Kanton zugelassenen Psychiatern und Psychologen sowie mit der Klinik Oberwil zusammen. Z.B. mit gegenseitigen Zuweisungen und Abklärungen. – Auf Grund der Ausführungen im Bericht der vorberatenden Kommission beantragt diese einstimmig und ohne Enthaltung, auf die Vorlage einzutreten und dieser zuzustimmen. Der Votant bittet den Rat, der Änderung bezüglich Standort und den Gesamtkosten von 427'465 statt 552'030 Franken für die Anlage zuzustimmen.
Noch eine persönliche Information zu diesem Thema. Psychologen sind wie Psychotherapeuten medizinische Hilfspersonen, die nach Anweisung von Ärzten ihre Tätig-

keit ausführen dürfen. Für Diagnosen von Krankheitsbildern sind nur Medizinalpersonen zugelassen. Im Moment verfügt der Kanton Zug über rund 25 freischaffende Psychiater und über 64 freischaffende Psychotherapeuten. Zudem sind in den einzelnen Gemeinden noch Schul- und Sozialpsychologen im Einsatz. Über die Anzahl dieser Leute will niemand Auskunft geben. Auch diese Psychologen sind medizinische Hilfspersonen und nicht ausgebildet für eine medizinische Gesamtbeurteilung eines Falles. Diese Berufsgruppe gehört nicht der Schule oder dem Sozialamt unterstellt. Es handelt sich hier eindeutig um medizinisches Hilfspersonal. Für die Gesundheit ist nur der Kanton verantwortlich. Deshalb müssen diese Arbeitsverträge über den Kanton laufen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage am 27. Februar erstmals beraten hat. Aufgrund noch offener Fragen konnten die Beratungen erst am 27. März abgeschlossen werden. Er verweist wie üblich auf den Bericht und möchte folgende drei Punkte kurz beleuchten:
1. Allgemeines. Die Stawiko anerkennt, dass das Bedürfnis für ambulante psychiatrische Dienstleistungen auf Grund der Zunahme psychiatrischer Krankheitsbilder sowohl für Erwachsene wie auch für Kinder und Jugendliche stark zugenommen hat. Sie stellt fest, dass die ambulante psychiatrische Betreuung von Kindern und Jugendlichen über eine Vereinbarung mit den Kanton Luzern bis heute unbefriedigend gelöst ist. Sie unterstützt deshalb trotz Bedenken wegen der Kostenfolgen, dass ein adäquates Angebot vor Ort erstellt wird. Das Betreiben der beiden ambulanten psychiatrischen Dienste an einem Ort, abgekoppelt von der psychiatrischen Klinik, erscheint uns sinnvoll. Die bessere Erreichbarkeit, die geringere Hemmschwelle für eine Konsultation dieser Dienste wie auch das Ausnützen aller möglichen Synergien sind die Vorteile dieser Lösung.
2. Kostenfolgen. Laufende Rechnung. Der Stellenplan für den APD für Erwachsene wird von der Kongregation der Barmherzigen Brüder von Maria Hilf Zug übernommen. Die letzte Leistungsvereinbarung mit dieser Kongregation sieht einen Stellenplan von 8,5 Stellen für 2002 mit Steigerung auf 10,6 Stellen ab 2004 vor. Dieser Stellenplan wird übernommen. Für den APD für Kinder und Jugendliche waren durch die Arbeitsgruppe ursprünglich fünf bis sechs Stellen als sinnvolle Grössenordnung erachtet worden. Für den Start wurde durch den Regierungsrat bewusst eine moderatere Lösung mit 4,8 Stellen vorgesehen, die sich auf einen Arzt, einen Assistenzarzt, zwei Psychologinnen und 0,8 Stellen für ein Sekretariat verteilen. Effektiv neu sind demnach die 4,8 Stellen für den APD-KJ.
Investitionsrechnung. Für den Ausbau und die Einrichtung der neuen Räumlichkeiten wird gemäss der ursprünglichen regierungsrätlichen Vorlage mit Investitionskosten von 1,6 Mio Franken gerechnet. Über diese Kosten können Sie nicht befinden. Die Regierung ist der Meinung, dass diese Kosten gebundene Ausgaben gemäss § 8 des Finanzhaushaltgesetzes sind. Die somit gebundene Ausgabe basiert auf dieser heute vorliegenden Gesetzesänderung des Gesundheitsgesetzes, ein separater KRB ist nicht nötig. Das Bundesgericht sieht ein Mitspracherecht des Volkes für den Fall vor, dass eine Ausgabe zwar weitgehend durch den Grunderlass präjudiziert ist, bezüglich ihrer Modalitäten jedoch ein verhältnismässig grosser Handlungsspielraum besteht. Hier besteht aus Sicht der Stawiko ein recht grosser Handlungsspielraum, weshalb auch von einer nicht gebundenen Ausgabe ausgegangen werden könnte. Die Regierung klagt immer, wie schwierig es ist, die Kostenentwicklung zu bremsen,

da sehr viele Kosten gebundener Natur sind. Auf der anderen Seite lässt sie praktisch keine Möglichkeit aus, Aufwendungen unter diesem Begriff abzuwickeln. Es ist zu hoffen, dass die Regierung bei der Debatte über die Rechnung 2002 und das Budget 2004 mit der gleichen Kreativität ans Werk geht, um uns mögliche Kosteneinsparungen aufzuzeigen.
Die Standortfrage ist zwar, wegen der gebundenen Natur dieser Ausgabe, kein expliziter Inhalt dieser Vorlage. Sie hat aber klar Auswirkungen auf die Investitionskosten wie auch die laufenden Rechnung. Die Stawiko hat deshalb bei der ersten Sitzung von der Gesundheitsdirektion verlangt, dass weitere Alternativen zum Standort Opus-Gebäude gesucht werden und eine vergleichende Kostenaufstellung präsentiert wird. Zudem forderte sie von der Regierung, dass bei der Standortwahl die günstigste Variante unter Berücksichtigung der Investitionskosten und der Miet- und Nebenkosten zu wählen sei. Wie Sie dem Zusatzbericht des Regierungsrats vom 15. April 2003, den Sie alle per e-mail erhalten haben, entnehmen können, hat dieser unser Anliegen sehr rasch in die Tat umgesetzt. Mit der nun vorliegenden Lösung an der Rathausstrasse 1 in Baar konnten die Investitionskosten von 1,6 Mio auf 980'000 Franken, die Gesamtkosten pro Jahr um 124'565 Franken reduziert werden. Hier hat die Regierung kreativ, flexibel und rasch gehandelt. Besten Dank. Wir hoffen, dass dies ein gutes Omen für die Zukunft ist.
3. Die Kostenentwicklung im Bereich des APD wird von der Stawiko mit Besorgnis betrachtet. Die Belastung der laufenden Rechnung im Bereich des APD für Erwachsene steigt bis 2004 entsprechend der bereits erwähnten Stellenentwicklung um rund 300'000 Franken, bzw. um 29 %. Beim APD für Kinder und Jugendliche führt die Verbesserung der bisher inadäquaten Lösung zu einer Mehrbelastung der laufenden Rechnung um 420'000 Franken, was einer Steigerung um 284 % entspricht. Zusammen resultiert damit eine Mehrbelastung von rund 720'000 Franken im Jahr. Um diese Kostenentwicklung wie in anderen Bereichen zu bremsen, wurden in der Stawiko mehrere Anträge für eine Reduktion der Personalstellen gestellt. Mit 4 : 3 Stimmen wurde dem Antrag zugestimmt, die Personalstellen von 15,4 um 0,9 auf 14,5 zu reduzieren. Die Regierung, bzw. die Betreiber des ambulanten psychiatrischen Dienstes werden aufgefordert, alle möglichen Synergien und Spareffekte auszunutzen, um mit diesem leicht reduzierten Stellenplan ihre Aufgaben erfüllen zu können.
Zusammenfassend beantragt die Stawiko, auf die Vorlage einzutreten, unseren Antrag auf Reduktion der Personalstellen um 0,9 in der Detailberatung zu unterstützen und der Vorlage mit unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

Beatrice **Gaier** ist dem Regierungsrat, insbesondere dem Gesundheitsdirektor, sehr dankbar für diese Vorlage. Sie bedeutet einen Meilenstein im Zuger Gesundheitswesen. Der Kanton übernimmt zukünftig die ambulanten psychiatrischen Dienste. Sie sind eigenständige Angebote, abgekoppelt von der Psychiatrischen Klinik Oberwil. Der APD für Erwachsene, der ja bekanntlich bis anhin im Auftrag des Kantons von der Kongregation der Barmherzigen Brüder in der Psychiatrischen Klinik in Oberwil geführt wurde, wird ausgelagert, weil die Räumlichkeiten nicht mehr genügen. Zudem ist es für jene Betroffenen, die in ihrer Situation keinen Klinikkontakt wünschen, einfacher, sich an einen neutralen Standort zu begeben. Schwellenängste können dadurch abgebaut werden. Gleichzeitig kann der von verschiedensten Kreisen schon längst ersehnte Aufbau eines APD für Kinder und Jugendliche an die Hand genommen werden. Beide Dienste sind an einem gemeinsamen Standort geplant und erhalten je einen speziellen Leistungsauftrag mit Globalbudget. Eine

kostenneutrale Lösung ist bei dieser Vorlage nicht möglich. Dem Mehr an Kosten steht auch ein deutliches Mehr an Leistung gegenüber.
Natürlich kann jetzt eingewendet werden, dass der Leistungsausbau auch mehr Patienten «anzieht». Leider ist es eine Tatsache und statistisch erhoben, dass immer mehr Menschen psychisch erkranken. Auch die derzeitige wirtschaftliche Situation beeinflusst diese Zahlen. Psychische Leiden sind heute der häufigste Grund für eine vorzeitige Berentung. Doch psychische Erkrankungen sind oft behandelbar, eine frühzeitige Behandlung erspart viel Leid und Kosten. Die ambulante an Stelle der stationären Behandlung ist für die Betroffenen mit weniger Einschränkungen verbunden und zudem klar kostengünstiger.
Die Votantin geht nochmals kurz auf die Schaffung eines neuen ambulanten kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes ein. Damit kann die wirklich unbefriedigende Situation im Kanton Zug deutlich verbessert werden. In Luzern gibt es zu wenig freie Kapazitäten für die Zuger Kinder und Jugendlichen. Die Wartezeiten sind zu lang und die Reisezeit wirkt sich negativ für länger dauernde Therapien aus. Der dringende Handlungsbedarf ist ausgewiesen. Sowohl Fachstellen als auch Eltern weisen immer wieder auf die unbefriedigende Situation hin. Sie werden alle dankbar zur Kenntnis nehmen, dass diese empfindliche Lücke nun geschlossen werden kann.
Beatrice Gaier ist sehr froh, dass die Stawiko dem Vorschlag des RR und der vorberatenden Kommission zustimmt und Eintreten beschlossen hat. Hingegen ist die Stellenreduktion für den kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst schwer zu verstehen. Mit Bedauern ist festzustellen, dass einmal mehr bei einer sozialpolitischen Vorlage der Rotstift angesetzt wird. Die Aufbauarbeit für diesen Dienst ist unter diesen Umständen nicht seriös möglich, vor allem weil sich die Vorlage betreffend Personalstellen bereits auf ein absolutes Minimum beschränkt hat. Die Synergiemöglichkeiten im Sekretariat sind geprüft und voll ausgeschöpft, es gibt diesbezüglich kein weiteres Sparpotential mehr. Wie Sie aus den kürzlich zugestellten Zusatzunterlagen entnehmen konnten, liessen sich beim Standort Sparmöglichkeiten finden Der RR hat die Empfehlung der Stawiko, die insgesamt günstigste Variante zu wählen, ernst genommen. Auch wenn der neue Standort in Baar nicht mehr ganz so zentral und diskret im Vergleich zum geplanten Standort in Zug ist, ist er doch mit dem ÖV gut erreichbar und bestimmt eine vertretbare Lösung.
Die CVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage. Zwei Drittel unterstützen die Vorlage gemäss RR und vorberatender Kommission; also keine Zustimmung zur Personalstellenreduktion, wie sie von der Stawiko vorgeschlagen wird.

Barbara **Strub** hält fest, dass die FDP einstimmig für Eintreten ist, weil sie Notwendigkeit und Vorzüge dieser Vorlage erkennt. Leider nimmt in der heutigen Zeit das Bedürfnis nach psychiatrischer Hilfe stark zu. Dies besonders bei Angst, Belas-tungs- und depressiven Störungen. Die meisten dieser Störungen können behandelt werden, je früher desto erfolgreicher. Durch eine effiziente ambulante Behandlung lassen sich die hohen Kosten einer stationären Behandlung vermeiden oder zumindest massiv reduzieren. Die Führung eines ambulanten psychiatrischen Dienstes ist Aufgabe der öffentlichen Hand. Seit 1995 führt die Kongregation der Barmherzigen Brüder von Maria Hilf Zug in den Räumlichkeiten der Psychiatrischen Klinik Oberwil einen ambulanten Dienst im Auftrag des Kantons. Nun wird der Kanton diese Aufgabe neu selber wahrnehmen. Die Räumlichkeiten in der Klinik Oberwil genügen wegen des nachfragebedingten Wachstums je länger desto weniger. Die Regierung

möchte diesen Dienst, auch um Hemmschwellen abzubauen, weg von der Klinik an eine zentrumsnahe Lage verlegen. Die FDP ist erfreut, dass – dank der unternehmerischen Flexibilität der Verantwortlichen – kurzfristig mit dem neu definierten Standort in Baar wesentliche finanzielle Einsparungen getätigt werden konnten.
Mit der vorliegenden Gesetzesrevision soll gleichzeitig auch ein eigener kinder- und jugendpsychiatrischer Dienst geschaffen werden. Dies entspricht einem dringendem Bedürfnis. Jedes fünfte Kind erkrankt. Die Störungen sind hauptsächlich hyperkinetisch bedingt, Anpassungsstörungen oder Störungen im Sozialverhalten. Zug ist einer der letzten Kantone, der über keinen eigenen KJPD verfügt. Gerade für Kinder und Jugendliche, die den psychiatrischen Dienst in Anspruch nehmen müssen, ist der Umstand, nach Luzern oder Zürich zu reisen, sehr umständlich und nochmals eine zusätzliche Belastung. Die Verlagerung des ambulanten Dienstes für Erwachsene und die gleichzeitige Schaffung eines ambulanten psychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche bietet die einmalige Gelegenheit, beide Dienste an einem gemeinsamen Standort anzusiedeln und als organisatorische Einheit mit zwei verschiedenen Fachbereichen unter eigenständiger fachlicher Leitung zu führen. Dadurch ergeben sich Synergien im Bereich der Führung und Administration. Auch der Wirtschaftlichkeit wird damit Beachtung geschenkt. Dies ist eine zukunftsgerichtete Lösung.
Die FDP ist schliesslich auch grossmehrheitlich für die ausgewiesenen Personalstellen. Neu zu schaffende Stellen sind jene 4,8 Personalstellen für den kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst, wogegen die Stellen des APD für Erwachsene schon heute via Beitragsleistungen mitfinanziert werden. Die 4,8 Stellen für den unbestritten nötigen kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst sind neue Kosten. Sie sind in diesem Umfang nötig. Wir erhalten dafür auch mehr Leistung und einen Mehrwert, nämlich einen Dienst, den wir in unserem Kanton brauchen und den weiterhin auszulagern für viele nicht zumutbar ist.
Im Namen der FDP-Fraktion bittet die Votantin den Rat, auf diese Vorlage einzutreten und ihr, so wie sie die Regierung vorschlägt, zuzustimmen. Sie tun dies auch im Interesse jener, welche auf ambulante psychiatrische Hilfe angewiesen sind, und deren Angehörigen.

Heinz **Tännler** kann im Namen der SVP-Fraktion mitteilen, dass sie auch für Eintreten ist. Wir sind mit den Ausführungen des Kommissionspräsidenten einverstanden – mit einer Ausnahme, nämlich bezüglich der Personalstellen. Diesbezüglich teilen wir von der Fraktion die Auffassung der Stawiko. Wir sind auch der Überzeugung, dass der Regierungsrat aufzufordern ist, alle möglichen Synergien und Spareffekte auszuschöpfen, um diese Kostenentwicklung zu bremsen. Wenn der Votant heute in der Zeitung liest, dass die SP-Fraktion argumentiert, dass der Stawiko-Antrag rein finanzpolitisch geprägt sei, kann er das bestätigen. Dies ist auch nachvollziehbar. In Zukunft werden wir im Kanton den Gürtel enger schnallen müssen. Und in Zukunft müssen finanzwirksame Vorlagen – so auch Personalstellenerhöhungen – genauer hinterfragt werden. Wir wollen uns vor der nicht allzu rosigen Zukunft nicht den Vorwurf gefallen lassen, gerade bei Personalstellenerhöhungen zu salopp vorzugehen. Und wir glauben, eine massvolle Reduktion von 0,9 Stellenprozenten lässt sich effektiv rechtfertigen. Der Votant sagt das nun auch so salopp an die Adresse des Regierungsrats: Arrangez-vous. Wir unterstützen den Antrag der Stawiko.

Markus **Jans**: Die SP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die gute und fundierte Vorlage betreffend Änderung des Gesundheitsgesetzes. Sie unterstützt die regierungsrätliche Vorlage und den Bericht der vorberatenden Kommission vorbehaltlos.
Seit 1995 führt die Kongregation der Barmherzigen Brüder in den Räumlichkeiten der psychiatrischen Klinik in Oberwil einen ambulanten psychiatrischen Dienst. Als Leiter eines Sozialamts im Kanton Zug konnte der Votant sich schon mehrmals von der ausgezeichneten Arbeit der Mitarbeitenden des Ambulatoriums überzeugen und auch davon profitieren. Mit der räumliche Trennung von der psychiatrischen Klinik Oberwil wird das Ambulatorium zusätzlich an eigenständigem Profil gewinnen. Nebst der eigenständigen Weiterführung des heutigen ambulanten psychiatrischen Dienstes ist aber die Errichtung eines kinder- und jugendpsychiatrischen Dienstes die eigentlich neue Botschaft dieser Vorlage. Die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung im Kanton Zug ist seit Jahren ungenügend. Die frei praktizierenden Fachärzte sind oft über Wochen ausgebucht. Die notwendige Hilfe lässt auf sich warten oder muss mühsam und unter grossem Aufwand für Eltern und Kinder ausserkantonal aufgesucht werden. Der Wunsch nach einem eigenen kantonalen kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst wurde von Fachleuten, welche auf Grund ihrer beruflichen Tätigkeit auf die Dienste angewiesen sind, schon seit Jahren gefordert. Die vorberatende Kommission hält in ihrem Bericht unmissverständlich fest, dass zwar Mehrkosten entstehen, denen aber auch ein Mehr an Leistungen gegenüber stehen.
Die Stawiko schlägt vor, die Personalstellen von 15,4 auf 14,5, also um 0,9 Personalstellen zu kürzen. Die Kürzung der Personalstellen wird damit begründet, dass die Kostenentwicklung Sorge bereite. 10,6 Stellen wurden dem APD mit dem Budget 2003 bereits bewilligt. Die Kürzungen treffen daher den Kinder und jugendpsychiatrischen Dienst. Die Stellenkürzung wird kaum bei den ärztlichen oder therapeutischen Stellen vorgenommen, sondern bei der Administration. Die Ärzte und Therapeuten müssten vermehrt administrativ tätig sein. Ein solches Vorgehen ist nicht sinnvoll. Die heutige Vorlage präsentiert sich schon jetzt mit einem gekürzten Stellenumfang, denn dieser wurde bereits durch den Regierungsrat vom Wünschbaren auf das absolut Notwendige reduziert. Mit dem geplanten Zentrum «Ambulante Psychiatrische Dienste im Kanton Zug» werden die Möglichkeiten der Nutzung von Synergien im Bereich Führung und Administration bis hin zur Nutzung gemeinsamer Räumlichkeiten voll ausgeschöpft. Eine weitere Reduktion der Personalstellen gefährdet nicht nur einen geordneten und professionellen Dienst sondern auch die bevorstehende Aufbauarbeit des kinder- und jugendpsychiatrischen Dienstes. Mit einer Bevölkerungszahl von 130'000 verfügt der APD des Kantons Schwyz über 8,7 Stellen. Umgerechnet auf den Kanton Zug ergäbe dies 6,7 Stellen. Dieser Vergleich zeigt, dass mit den geplanten 4,8 Stellen nur die nötigsten Stellen für einen geordneten Betrieb beantragt werden. Reserven wurden keine eingebaut. Auf Grund dieser Ausführungen lehnt die SP-Fraktion den Antrag der Stawiko ab. Sie bittet den Rat, der Vorlage gemäss Antrag Regierung und vorberatender Kommission zuzustimmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** weist darauf hin, dass viele Gründe für einen ambulanten Psychiatrischen Dienst mit einem eigenständigen Bereich für Erwachsene und einen separaten Bereich für Kinder und Jugendliche sprechen. Auch die AF sieht die Notwendigkeiten, insbesondere auch für einen neuen psychiatrischen Dienst für Kinder und Jugendliche, und ist für Eintreten auf diese Vorlage. Es ist notwendig, dass der Kanton nun einen eigenen psychiatrischen Dienst für Kinder und Jugendliche führt.

Luzern stösst an Grenzen und kann die Kinder aus unserem Kanton kaum mehr aufnehmen, eine Zusammenarbeit mit anderen Kantonen ist auch nicht ideal, sollte doch jeder Dienst die Schul- und Umgebungssituation der Kinder kennen. Zudem ist ein längerer Anreiseweg für Familien bereits ein Hindernis, um diese Hilfe in Anspruch zu nehmen. Psychische Erkrankungen und Probleme sind in unserer Gesellschaft halt immer noch ein Tabu. Man spricht nicht gerne darüber und möchte sie am liebsten nicht wahrnehmen. Um Hilfe anzunehmen, braucht es immer als Erstes eine grosse Überwindung. Eine Hilfe ist es aber auch, wenn der psychiatrische Dienst in der Nähe ist. Besonders schätzen werden diesen Dienst Familien, in denen Kinder mit POS-Erkrankungen leben. Gut ein Fünftel der Schulkinder leiden an diesem psychoorganischen Syndrom und es ist wichtig, dass gerade diese Kinder nebst Therapien eine seriöse Behandlung mit Medikamenten erhalten, darüber wurde schon Einiges geschrieben und eben auch Vieles in Frage gestellt. Ganz allgemein nimmt die Zahl der psychisch erkrankten und behinderten Personen zu. Das ist leider die Schattenseite einer modernen Gesellschaft, in der Bildung, Arbeit, Wohlstand und Erfolg einen sehr hohen Stellenwert haben. Diese Gesellschaft, also wir alle, müssen daher auch in diesem Bereich Verantwortung übernehmen. Es ist somit richtig, dass der Kanton nun diese Stelle übernimmt.
Die AF ist ganz klar für die 4.8 Stellen für den Kinderpsychiatrischen Dienst. Gemäss Konzept zur zukünftigen Entwicklung der ambulanten und teilstationären Psychiatrie im Kanton Zug an die Gesundheitsdirektion benötigte der KJPD sogar rund sechs Stellen. Dies wurde im Vergleich mit anderen Kantonen errechnet. Sie haben es bereits von Markus Jans gehört: Nur schon der Kanton Schwyz mit 130 000 Einwohner verfügt für diesen Dienst über acht Stellen. Und die Votantin denkt nicht, dass die Kinder in unserem Kanton gesünder sind als in Schwyz. Bereits die Regierung forderte auf Grund von Sparmassnahmen weniger Stellen, und der ambulante psychiatrische Dienst ist dieser Forderung nachgekommen. Also sind 4,8 Stellen das absolute Minimum. Wir werden den Antrag der Stawiko nicht unterstützen.
Natürlich unterstützt auch Anna Lustenberger-Seitz den neuen Standort, es macht ihr aber Mühe, dass dieser kurzfristig gewählt wurde, ohne die Kommission vorher zu informieren. Mittlerweilen weiss sie durch Nachfragen die Gründe, und kann für das schnelle Handeln Verständnis aufbringen. Trotzdem hätte ich gerne eine bessere Information darüber gehabt. Für die Gemeinde Baar freut sie sich natürlich, dass wir mit dem Kanton einen so seriösen Mieter gefunden haben. Und sie denkt, dass sich unser Finanzchef auch sehr darüber freut. Im Zusammenhang mit diesem neuen Standort möchte sie aber doch noch ein paar Fragen aufwerfen. Der Ort ist zwar sehr zentral – das ist wichtig –, aber der Zugang ist natürlich überhaupt nicht unauffällig, wie er eigentlich gemäss Konzept sein sollte. In Baar kennt man sich und es ist ganz klar, viele Baarer Kinder und Erwachsene werden diesen Ort aufsuchen. Wie wird dieser Problematik begegnet? Wem wird z.B. der erste Stock vermietet, weiss man das schon? Das Haus, vor allem Treppenhaus und Gänge sind sehr dunkel, alles andere als ideal für psychisch kranke Menschen. Wird dieser Tatsache mit baulichen Massnahmen entgegengetreten? Sind Ausbaumöglichkeiten vorhanden? Die Votantin dankt dem Gesundheitsdirektor für die Beantwortung dieser Fragen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** dankt dem Rat vorerst für die wohlwollende Aufnahme der Vorlage. Es freut den Regierungsrat, dass Eintreten unbestritten ist. Gerne benützt er die Gelegenheit, an dieser Stelle der vorberatenden Kommission unter Präsident René Bär und der Stawiko – trotz der kritischen Begleitung, die nötig ist –

unter Präsident Peter Dür sowie allen Fraktionen für die Unterstützung zu danken, auch namens der Verantwortlichen des Hochbauamts, des Gesundheitsamts und des APD, welche dieses Geschäft intensiv begleiteten. Mit Ihrem klaren Eintreten machen sie vor allem jenen Personen, welche auf diese Dienste angewiesen sind, das wohl schönste Ostergeschenk.
Mit dieser Vorlage entstehen im Vergleich zu heute Mehrkosten. Dem steht aber auch eindeutig ein Mehr an Leistungen gegenüber. Alle Fraktionssprecherinnen und -sprecher haben bereits darauf aufmerksam gemacht. Ein neuer Standort an optimaler zentralster Lage, eine zukunftsgerichtete Lösung der ambulanten psychiatrischen Dienste unter einem Dach, das Schliessen der längst fälligen, empfindlichen Lücke im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Zum Streichungsantrag der Stawiko wird sich der Votant in der Detailberatung äussern.
Vorberatende Kommission und Stawiko haben realisiert, dass der vorliegende Antrag des Regierungsrats nicht nur menschlich und fachlich, sondern wohl auch ökonomisch richtig ist. Joachim Eder zweifelt auf Grund der nun gehörten Voten nicht daran, dass auch der Kantonsrat mit Überzeugung auf diese Vorlage eintreten wird, und er dankt ihm dafür. Gerne nimmt er noch kurz Stellung zu einigen Ausführungen und Fragen, die im Rahmen der Eintretensdebatte aufgeworfen worden sind.
Kommissionspräsident René Bär hat gesagt, für die Gesundheit sei der Kanton verantwortlich. So kann man das nicht stehen lassen. Wenn man dieser Forderung gerecht werden wollte, müsste man sich im Klaren sein, dass damit eine massive Aufgabenerweiterung für die Gesundheitsdirektion verbunden wäre. Der Votant würde dem Rat dann demnächst ein entsprechendes Begehren mit zusätzlichen Stellen in zweistelliger Zahl vorlegen. Jede und jeder ist grundsätzlich mal selber für die eigene Gesundheit verantwortlich. Was René Bär meinte, haben wir schon verstanden, aber der Votant wollte es noch etwas korrigieren. Wir müssen aber auch hier auf die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden aufmerksam machen und darauf achten, dass wir das nicht vermischen. Der Gesundheitsdirektor kann nicht den Gemeinden und vor allem den dortigen Schulen vorschreiben, wie viele schulische Psychologen oder Heilpädagogen sie anstellen sollen. Und es muss wirklich davor gewarnt werden, wenn man die Auffassung vertritt, mit der Schaffung des ambulanten psychiatrischen Dienstes im Bereich der Kinder und Jugendlichen seien all diese Stellen überflüssig. Wir führen auch keine Liste. Wir können nicht die Kirche, die ja in diesem Bereich auch tätig sind, und z.T. auch Private auffordern, uns all jene Psychologen, Psychotherapeuten und Psychiaterinnen zu melden, die in unserem Kanton tätig sind. Wir müssen auch aufpassen, dass wir diese Kategorien nicht verwechseln.
Zu Stawiko-Präsident Peter Dür. Der Gesundheitsdirektor nimmt namens der Regierung das Lob bezüglich Kreativität und Flexibilität gerne entgegen und hofft, dass es anhält. Zur Frage der gebundenen oder ungebundenen Ausgaben hat er die Haltung der Regierung bereits an der Stawiko-Sitzung ausführlich dargelegt und ist etwas enttäuscht, dass die Stawiko in diesem Bereich nicht lernfähig ist. Die KR-Vorlage und auch der ergänzende Bericht des Regierungsrats vom 15. April 2003 zeigen die Kostenfolgen (einmalige Investitions- und wiederkehrende Betriebskosten) detailliert auf. Der Kantonsrat als Gesetzgeber (und allenfalls auch die Stimmberechtigen) können damit im Zusammenhang mit dieser Vorlage die daraus erwachsenden Ausgaben klar voraussehen. Der Gesetzgeber billigt damit mit dem Grunderlass auch die sich daraus ergebenden Aufwendungen (§ 8 Abs. 2 Bst. b Finanzhaushaltsgesetz). Indem er der Gesetzesvorlage zustimmt, delegiert er die zu dessen Umsetzung und

Erfüllung notwendigen Befugnisse an die zuständige Behörde. Damit werden somit ohne Weiteres sowohl die wiederkehrenden Personal-, Mietaufwendungen wie auch die einmaligen Investitionsaufwendungen gebilligt. Es handelt sich somit unzweifelhaft um eine gebundene Ausgabe und es bedarf keiner zusätzlichen Rechtsgrundlage in Form eines Objektkreditbeschlusses für die zu tätigenden Investitionen oder gar eines Nachtragskredits für die daraus folgenden Betriebsaufwendungen.
Zu den Fragen von Anna Lustenberger-Seitz. Die Stawiko hält in ihrem Bericht auf S. 3 oben fest, dass die «Standortfrage keinen expliziten Bestandteil der zur Debatte stehenden Gesetzesvorlage bildet und demnach in der vorberatenden Kommission zu keinen Bemerkungen Anlass gab. Der Mietzins, die Investitionskosten und die damit zusammenhängenden Abschreibungen haben jedoch gewichtige Auswirkungen auf die Staatsrechnung.» Dies war denn auch der Grund, dass die Stawiko der Regierung eine Empfehlung mit auf den Weg gab. Wie Sie gesehen haben, hat die Regierung den ausdrücklichen Stawiko-Wink, «den kostengünstigsten Standort» zu wählen, verstanden, ernst genommen und umgesetzt. Wir haben sie darüber noch rechtzeitig vor der Sitzung über unsere Beschlüsse in Kenntnis gesetzt. Da die Regierung ihren Entscheid am Dienstag dieser Woche fällte, konnten Sie gar nicht vorher informiert werden.
Bereits aus der Vorlage geht aber hervor, dass die Standortsuche ein Prozess war, der bei solchen Projekten nicht unüblich ist: Ursprünglich wollten die APD-Leute ja ins Salesianum. Da sagte die Regierung auf Grund der Kosten und des Standorts Nein, nachher standen die beiden Standorte Opus und Business Forum (Kistenfabrik) zur Diskussion. Am 6. März 2003 unterbreitete die Gemeinde Baar dem Gesundheitsdirektor mündlich eine Offerte – den Rest kennen Sie. Tatsache ist, dass hier nun wirklich der Markt spielte und wir auf lange Zeit nicht nur eine sehr gute Lösung haben, sondern eine, die auch am kostengünstigsten ist. Opus wäre nach wie vor das idealste Objekt – zugegeben, aber es nützt der Regierung den AP-Diensten nichts, wenn seine Baufreigabe nicht verbindlich sichergestellt und es mit Abstand am teuersten ist. Dafür haben Sie als Mitglieder des Parlaments sicher Verständnis.
Zu den Fragen bezüglich auffälligem Standort im Zentrum von Baar. Vorerst ist festzuhalten, dass sich die Forderung nach Zentrumsnähe und jene nach Anonymität ausschliessen. Joachim Eder ist auch persönlich der festen Überzeugung, dass es richtig ist, von psychischen Krankheiten Betroffene zu integrieren statt zu separieren. Diese Forderung wird ja in anderem Zusammenhang – z.B. im Schulwesen – immer wieder aufgestellt. Wenn wir der Stigmatisierung psychischer Krankheiten nicht länger Vorschub leisten und diese Personen als gleichwertig anerkennen wollen, ist es am sinnvollsten, für sie einen Standort zu haben, wie er nun in Baar zur Verfügung steht.
Zu den restlichen Bemerkungen. Die Umsetzung des Raumprogramms passiert mit Unterstützung des zuständigen Leiters der AP-Dienste, Hanspeter Walti. Dieser war bereits bei der Evaluation in alles involviert und wird in den Fragen des Eingangs, der dunklen Gänge und anderer baulicher Massnahmen direkt mitwirken können. Er bietet Garantie, dass es zusammen mit der Gemeinde Baar so kommt, wie es für die Betroffenen unter den gegebenen Umständen am Besten ist. Zum 1. Stock: Dieser ist gemäss Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer noch nicht voll vermietet. Die ZKB wird dort aber noch einige Büros haben.
Der Gesundheitsdirektor hofft, Ihre Fragen entsprechend beantwortet zu haben und ist dem Rat dankbar, wenn er auf die Vorlage eintritt.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

II. § 1 Abs. 1

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Antrag der Stawiko für 931 + 14,5 Stellen vorliegt, der abweicht vom Antrag von Regierungsrat und Vorberatender Kommission für 931 + 15,4 Stellen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** hat damit gerechnet, dass in der Detailberatung zu dieser Frage noch entscheidende Voten vorgebracht werden. Er will sich wirklich kurz fassen und kann auf die grundlegenden Ausführungen der Fraktionssprecherinnen Beatrice Gaier, Barbara Strub und Anna Lustenberger sowie auf jene des Fraktionssprechers Markus Jans verweisen. Leider kann er hier Heinz Tännler nicht berücksichtigen, aber dieser wird dafür Verständnis haben. Genauso wie der Votant dafür Verständnis hat, dass Heinz Tännler seine Meinung gewechselt hat von der Kommission zur Stawiko. Aber das ist ja erlaubt. Nur soviel: Der Streichungsantrag erfolgt ohne eigentliche Grundangabe. Heinz Tännler hat von einer massvollen Reduktion um 0,9 Stelleneinheiten gesprochen. Wenn man das in Bezug setzt zu den über 1000, welche wir in der Verwaltung haben, ist das tatsächlich massvoll und wäre unter Umständen sogar verkraftbar. Aber wenn man es in Relation setzt zu diesen 4,8 Stellen, die einfach nötig sind, dann ist das unter keinem Titel mehr massvoll. Es wurde gefordert, man müsse die Synergien ausschöpfen. Aber wir haben Ihnen in der Vorlage aufgezeigt, dass diese tatsächlich ausgeschöpft sind. Der Blick über die Grenze in den Kanton Schwyz wurde bereits erwähnt; da haben wir die 870 Stellenprozente. Aber viel entscheidender ist, wie der Antrag lautete, der dem Votanten von der Arbeitsgruppe des kinder- und jugendpsychiatrischen Dienstes, die das Geschäft vorbereitete, auf den Tisch gelegt wurde. Sie hat im Jahr 2000 Vorarbeit geleistet, ging von einer sinnvollen Grössenordnung von 500 bis 600 Stellenprozenten aus, und der Antrag, der dann auf dem Pult des Gesundheitsdirektors landete, lautete auf 610 Stellenprozente. Er hat diese auf 4,8 gekürzt. Die Regierung ist diesem Antrag gefolgt. Wenn die Stawiko glaubt, Vorlagen der Regierung würden bei Personalbegehren Luft enthalten – wie man dies ab und zu ausserhalb der Sitzungen hört – dann täuscht sie sich. Die 4,8 Stellen sind und bleiben auch im interkantonalen Vergleich der absolute Minimalstandard. Wenn Sie hier streichen, dann strafen Sie wirklich die Falschen, nämlich jene, die das nötig haben. Wenn Sie hier streichen, dann strafen Sie auch die Regierung, die Ihnen pflichtbewusst jene Stellen vorgelegt hat, die nötig sind. Wenn das Schule machen sollte, muss die Regierung diese Luft in Zukunft einbauen. Aber wir haben das hier nicht gemacht und der Votant kann das beweisen. Er dankt dem Rat für die Zustimmung zum Antrag des Regierungsrats und der einstimmigen Kommission. Stimmen Sie also für 4,8 Stellen.

Heinz **Tännler** findet, das geht zu weit. Er hat im Namen der SVP-Fraktion gesprochen, und nicht im eigenen Namen. Joachim Eder sagt, der Votant habe seine Meinung gewechselt. Aus dem Stawiko-Bericht geht nicht hervor, welche vier Personen

dafür und welche drei dagegen gesprochen haben. Er findet es nicht korrekt, dass von einem Regierungsrat aus der Stawiko heraus geplaudert wird.

Joachim **Eder** tut es leid und er entschuldigt sich, wenn er Heinz Tännler getroffen haben sollte. Er hat aber gar nicht gesagt, dass dieser bei den vier oder bei den dreien war, er war nämlich bei der Abstimmung gar nicht mehr dabei. Die Stawiko hat ihn nach dem Eintreten verabschiedet. Und er hat nur gesehen, dass Heinz Tännler bei der Kommission dafür war.

➔ Der Rat schliesst sich mit 50 : 25 Stimmen dem Antrag von Regierung und Vorberatender Kommission an.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1074.5 – 11141 enthalten.

93 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEITRAG AN DIE STIFTUNG PHÖNIX ZUG FÜR EIN NEUES TAGESZENTRUM FÜR PSYCHISCH BEHINDERTE MENSCHEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1055.1/.2 – 10982/83), der Kommission (Nr. 1055.3 – 11062) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1055.4 – 11098).

Als sich Anna **Lustenberger-Seitz** letzten Herbst für dieses Präsidium bewarb, hätte sie nie gedacht, dass über dieses Geschäft solche Diskussionen entstehen. Sie stellte sich vor, es sei ein einfaches Geschäft, so richtig gut, einmal etwas Präsidiumsarbeit in einer Kommission zu erfahren. Jetzt ist es anders herausgekommen, sie hat sich sehr eingesetzt für diese Vorlage und der Rat wird verstehen, dass das Votum nicht so kurz wie ursprünglich gedacht herauskommen wird.
Vier Hauptgründe sprechen für ein Eintreten auf die Vorlage für ein neues Tageszentrum für psychisch Behinderte:

1. Das momentane Tageszentrum an der Alpenstrasse ist viel zu klein geworden.
2. Es müssen heute Frauen und Männer abgewiesen werden.
3. Die Zahl der psychisch behinderten Menschen nimmt leider stetig zu.
4. Der Kanton verpflichtet sich gemäss Bericht 2000 über die Behindertenhilfe, genügend Tagesplätze zur Verfügung zu stellen.

Diese Fakten sind nicht weg zu diskutieren und darauf müssen wir eine Antwort finden.
Wenn Sie das Tageszentrum an der Alpenstrasse in Zug besuchen, treffen Sie sicher zehn Personen in dieser Wohnung an. Es ist offensichtlich, der Aufenthalt an diesem Ort tut den psychisch behinderten Menschen gut. Betroffene Männer und Frauen erhalten mit diesem Aufenthaltsort eine Struktur in ihrem Alltag, sie werden aus einer gefährlichen Isolation herausgeholt. Es ist ein einfaches, kostengünstiges Angebot mit hoher Wirkung. Das Zentrum ist für den psychiatrischen Dienst, für

Ärzte, für die sozialen Dienste, aber vor allem für die Betroffenen selber und ihre Familien nicht mehr weg zu denken. Die Vier-Zimmer-Wohnung wird der Nachfrage nicht mehr gerecht. Das so wichtige Atelier ist viel zu klein, mehr als vier Personen können sich dort nicht betätigen. Eine Werkbank, welche sich vor allem die Männer für Holzarbeiten wünschen, hat dort gar keinen Platz. Malpinsel müssen in der einzigen Toilette gewaschen werden, welche auch noch als Putzraum dient. Geraucht wird im Wohnzimmer, viel lieber aber hätte das Betreuungsteam dafür einen kleinen Raucherraum, damit der eigentliche Aufenthaltsraum rauchfrei bleibt. Im neuen Tageszentrum wäre dies alles möglich. Damit möchte die Stiftung Phönix der unbefriedigenden Situation entgegentreten, eben auch ganz im Auftrag des Kantons Zug.
Zum neuen Tageszentrum. Die Vorlage betrifft nur die Umbaukosten des neuen Standorts. Dieser in den ehemaligen Räumen der Zuwebe im Gewerbezentrum Göbli ist eine einmalige Gelegenheit für die Stiftung Phönix. Die Räume sind gross, hell und mit dem Bus bestens zu erreichen. Sicher hätte die Stiftung Phönix gerne Lokalitäten in der näheren Umgebung des Bahnhofs gefunden, aber solche zu mieten wäre bedeutend teurer gekommen. Im neuen Tageszentrum kann auch das Konzept von zwei getrennten Bereichen, welche sehr wichtig sind, besser umgesetzt werden. Der niederschwellige Bereich ist ein unverbindlicher Treffpunkt, eine Art Caféteria, wo erste Gespräche stattfinden können, und wo vor allem Hemmschwellen für den Eintritt in dieses Zentrum abgebaut werden. Der höherschwellige Bereich wird mit den Betroffenen individuell geplant und gibt ihnen dann die nötige Tagesstruktur, welche für die Behinderten wichtig und hilfreich ist. Beide Bereiche gehen Hand in Hand – es braucht sie für die Arbeit mit dieser Behindertengruppe.
Finanzierung des Umbaus. Obwohl sich nun die Diskussion auf die Betriebskosten verlagert hat, möchte die Votantin kurz auf die eigentlichen Baukosten des neuen Tageszentrums eingehen. Die 230‘000 Franken, welche der KR bewilligen müsste, sind von der Stiftung Phönix als Obergrenze festgelegt worden. Kostenüberschreitungen müssen von der Stiftung getragen werden. Der ganze Umbau kostet 330‘000 Franken, 70'000 übernimmt die Stiftung selber. Wichtig zu wissen ist, dass nach der Überprüfung des Konzepts durch das Bundesamt für Sozialversicherungen 30‘000 Franken vom Bund an die Einrichtungskosten bewilligt wurden. Diese Überprüfung hat noch im letzten Jahr stattgefunden. Neu gibt es diese Mithilfe des Bundes nicht mehr. Bei einem neuen Konzept fallen also diese Bundessubventionen weg; sie müssten dann vom Kanton zusätzlich übernommen werden.
Betriebskosten. Die Stawiko stellt die höheren Betriebskosten in Frage. Sie wissen aber, gemäss § 37 des Sozialhilfegesetzes kann der Regierungsrat an private Institutionen der Sozialhilfe Beiträge gewähren, sofern deren Bedürfnis nachgewiesen ist. Der Kantonsrat kann bei der Budgetdebatte Einfluss nehmen – für das Jahr 2003 wurde dieser Betrag im betreffenden Budgetposten bereits vom Kantonsrat bewilligt. Nun, die 400‘000 Franken für wiederkehrende Betriebskosten des Tageszentrums scheinen eine grosse Summe, vor allem wenn bis jetzt vom Kanton «nur» 120‘000 Franken benötigt wurden. Es sind die höheren Personalkosten und auch die höheren Mietkosten für mehr Räumlichkeiten. Bei 330 m^2 Fläche gibt dies einfach einen grösseren Mietzins als jetzt. Ebenfalls erhält die Stiftung für Besucher und Besucherinnen, welche täglich unter zwei Stunden anwesend sind, gemäss einem neuen Rechnungsmodell des Bundes keine IV-Beiträge mehr wie bis anhin. Wichtig zu wissen ist auch, dass die Stiftung Phönix in den letzten drei Jahren Defizite von insgesamt 250‘000 Franken für das Tageszentrum übernommen hat. So grosse Defizite über längere Zeit sind der Stiftung Phönix nicht möglich, weil sie für weitere Betriebe Defi-

zite und Betriebsrisiken trägt. Der Kanton müsste sich daher auch im alten Tageszentrum an den gestiegenen Kosten stärker beteiligen.
Und nun zum *Antrag der Stawiko*, der für die Kommissionspräsidentin unverständlich ist. Die Stawiko stellt zwar die Notwendigkeit dieses Tageszentrum nicht in Frage und sieht auch ein, dass das momentane Zentrum zu klein ist. Zudem ist die Votantin froh, dass sie die aufgekommene Frage ebenfalls geklärt hat, dass für solche Einrichtungen der Kanton aufkommen muss und nicht die Gemeinden. Die Stawiko fordert aber, dass Beiträge dieser Grössenordnung vom Kantonsrat beurteilt und bewilligt werden müssten. Dies hat der Rat im Rahmen des Staatsvoranschlages 2003 bereits getan. Es wäre eher unüblich, bereits gut geheissene Posten dem Kantonsrat ein zweites Mal zu unterbreiten. Wenn nun für einige Mitglieder unseres Rats und insbesondere für die Stawiko diese Einflussnahme zu wenig ist, muss künftig nach Lösungen gesucht werden. Die Stawiko fragt, ob eine permanente Doppelbesetzung nötig ist. Die beiden Bereiche des Konzepts wurden auch in der Vorlage des Regierungsrates gut beschrieben. Beide Bereiche müssen einzeln betreut werden, unabhängig davon, wie viele Personen in jedem Bereich anwesend sind. Dieses Konzept ist aus der Erfahrung in der Arbeit mit diesen Menschen in den letzten Jahren gewachsen, die Stiftung Phönix hat sich immer weiter entwickelt, hat die Notwendigkeiten im Bereich der psychisch behinderten Menschen erkannt und entsprechend gehandelt.
Die Synergiemöglichkeiten mit dem zukünftigen ambulanten psychiatrischen Dienst wurden bereits von Dr. Hochstrasser, Oberarzt im momentanen APD, geprüft. Im ambulanten psychiatrischen Dienst finden Therapien und Krankheitsabklärungen statt, im Tageszentrum ist es eine Betreuung im Sinne einer Lebenshilfe. Es sind zwei völlig verschiedene Bereiche. Und – es müssten Räume dazu gemietet werden, vor allem auch grosse Räume für den Atelierbetrieb und Aufenthaltsraum. Anna Lustenberger-Seitz weiss gar nicht, ob dies am neuen Standort des APD in Baar möglich wäre, aber etwas wissen wir, auch der günstige Mietpreis für den APD in Baar ist immer noch höher, als die Stiftung Phönix der Zuwebe für die Räumlichkeiten im Göbli bezahlen muss. Die Stawiko findet, dass das Betreuungsteam mit organisatorischen Massnahmen die Arbeitszeiten für Teamsitzungen, Rapport und Supervision senken könnte. Das Konzept wurde von Fachleuten, bestehend aus einem Arzt, einem Werkstattleiter der Zuwebe, dem Leiter des Sozialdienstes der psychiatrischen Klinik sowie mit dem Leitungsteam des Tageszentrums und dem Geschäftsleiter der Stiftung Phönix erarbeitet und es beinhaltet wirklich nur das Notwendige. Können wir als Laien wirklich beurteilen, ob diese anspruchsvolle Arbeit einfach mit organisatorischen Massnahmen gestrafft werden könnte?
Die Kommissionspräsidentin bittet den Rat sehr, auf diese Vorlage einzutreten. Wenn Sie dem Nichteintretensantrag der Stawiko folgen, hat dies finanzielle Mehrkosten zur Folge, und nicht, wie die Stawiko dies will, weniger Jahresausgaben. Einige Gründe für diese Mehrkosten legt die Votantin nochmals dar:

1. Das Konzept kann nicht einfach «schnell» überarbeitet werden. Es müsste wieder vom Bundesamt geprüft werden, es gäbe keinen Bundesbeitrag mehr für die Einrichtungskosten.
2. Die Zuwebe ist nicht mehr bereit, die Räumlichkeiten weiter zu reservieren, das macht sie nämlich jetzt schon lange. Auch eine Zuwebe muss haushälterisch wirtschaften; die Möglichkeit, so günstige Räume in noch einigermassen zentraler Lage wird es kaum mehr geben.
3. Die Stiftung Phönix weiss nicht, wie lange die Räume an der Alpenstrasse noch gemietet werden können. Es entsteht ein neuer Bahnhof, die Wahrscheinlichkeit,

dass die alten Häuser in Bahnhofnähe renoviert und als sehr teure Wohnungen vermietet oder verkauft werden, ist sehr gross.

Wenn Sie nun Nichteintreten beschliessen, sind nicht nur die psychisch behinderten Menschen und deren Familien die Verlierer, sondern auch der Kanton selber. Wenn Sie aber der Vorlage zustimmen, dann bekommt nicht nur die Stiftung Phönix eine gute Grundlage für ihre Weiterarbeit. Dann setzen Sie ein Zeichen für die psychisch behinderten Menschen und ihre Familien in unserem Kanton.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an ihrer Sitzung vom 27. Februar 2003 behandelt und intensiv diskutiert hat. Er verweist auf den Bericht und möchte im Folgenden drei Punkte erläutern:

1. Die Stawiko anerkennt die Leistungen der Stiftung Phönix im Bereich der sozialen und beruflichen Rehabilitation psychisch behinderter Erwachsener. Sie ist sich bewusst, dass neben dem Angebot für somatisch kranke Menschen auch ein adäquates Angebot für die steigende Anzahl psychisch behinderter Menschen bestehen muss. Die Stawiko ist deshalb grundsätzlich vom Bedarf eines entsprechenden, auch erweiterten Tageszentrums überzeugt. Es gibt keine andere Einrichtung oder Institution, die in der Region eine entsprechendes Angebot für psychisch behinderte Menschen anbietet.

2. Es geht, wie allen bekannt ist, um einen Investitionsbeitrag von 230‘000 Franken für den Umbau und die Einrichtung des neuen Tageszentrums für psychisch behinderte Menschen. Über diesen Betrag können Sie im vorliegenden KRB abstimmen. Gleichzeitig bewirkt diese Vorlage aber auch, dass der Betriebskosten-Beitrag des Kantons von 120'000 auf 400'000 Franken pro Jahr ansteigt, was einer Zunahme von 233 % entspricht. Das Personal nimmt um 120 % auf 300 % zu. Dabei muss erwähnt werden, dass der Kanton Zug der Stiftung Phönix zusätzlich bereits heute für die Geschäftsstelle einen Subventionsbeitrag von 351'000 Franken pro Jahr zahlt. Die vorliegende Kostensteigerung von 233 % hat folgende Gründe:

- Die Stiftung Phönix kann das steigende Defizit auch im Rahmen des bisherigen Konzepts nicht mehr tragen.
- Das Leistungsangebot wird im neuen Tageszentrum noch ausgebaut.

Die Stawiko musste leider feststellen, dass sie (wie auch das Parlament) über diese wesentliche Ausgabensteigerung nicht mehr befinden kann. Der Betrag ist bereits im Budget eingestellt worden, das Parlament hat damals nicht opponiert. Sie finden die entsprechende Position auf S. 26 des Staatsvoranschlages 2003 unter «Betriebsbeiträge an Sozialhilfeinstitutionen». Steigerung von 2,3 Mio (2002) auf 2,9 Mio (2003) und der Begründung «Neue Fachstellen, Pensenerweiterungen, Elternnotruf». Es braucht eine gehörige Portion Spürsinn, um diese Angaben richtig zu interpretieren. Es empfiehlt sich deshalb sehr, die nächsten Budgets wesentlich genauer zu durchleuchten.

Die Aufwandsteigerung im Bereich der Direktion des Inneren ist beunruhigend. Zwischen den Rechnungen 2001 und 2003 wird eine Aufwandsteigerung von Total 19 %, im Sozialwesen von rund 30 % ausgewiesen. Diese Aufwandsteigerung nur mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Zusammenhang zu bringen, ist aus unserer Sicht zu einfach. Auch Projekte im sozialen Bereich müssen in Zukunft noch kritischer auch unter dem finanziellen Aspekt betrachtet werden. Dies darf nicht als asozial gewertet werden. Wir müssen in Zukunft bei allen Vorlagen den gleichen Massstab anlegen.

Mit § 37 des Sozialhilfegesetzes wird der Regierungsrat ermächtigt, Betriebsbeiträge an soziale Institution auszurichten, womit es sich um ein gebundene Ausgabe gemäss § 8 des Finanzhaushalt-Gesetzes handelt. Einzig die Investitionskosten müssen in einem KRB vorgelegt werden, da der Regierungsrat gemäss Sozialhilfegesetz zwar Betriebsbeiträge, nicht aber Investitionsbeiträge sprechen kann. Die Stawiko musste dies zur Kenntnis nehmen. Sie zieht deshalb ihre Forderung für einen separaten Bericht und Antrag zu den Betriebskosten zurück. Das Thema ist für uns einstweilen erledigt. Wir weisen jedoch die Behauptung des Geschäftsleiters der Stiftung Phönix, die Stawiko wolle hier ein Exempel zu Lasten der Schwächsten statuieren, entschieden zurück.
Der Grund für unseren Ablehnungsantrag ist der dritte Punkt.
3. Die Staatswirtschaftskommission hat das Betriebskonzept genau studiert. Aufgrund der vorhandenen Unterlagen ist sie nicht überzeugt, dass bei diesem Projekt sämtliche Möglichkeiten zur Betriebskosteneinsparung genutzt wurden. Dem Thema Finanzierung wurde im Konzept gerade ein Satz gewidmet und der heisst: «Zur Deckung der Investitionskosten für den Umbau sowie für die Betriebskosten wird bei der IV und beim Kanton Zug um Unterstützung nachgesucht». Bei der Durchsicht der Investitionskosten stellt die Stawiko ebenfalls verschiedene Positionen fest, die kritisch hinterfragt werden müssen. Sie ist deshalb der Meinung, dass das Konzept nicht ausgereift ist und nochmals überarbeitet werden muss. Einem überarbeiteten Konzept, in dem auch die betriebswirtschaftlichen Aspekte nochmals plausibilisiert und im Detail beleuchtet werden, gibt sie anschliessend eine sehr gute Chance. Eine solche Überarbeitung könnte aus Sicht der Stawiko sehr rasch durchgeführt werden. Es bleibt ihr aufgrund obiger Überlegungen keine andere Wahl, als Nichteintreten zu beantragen. Stimmen Sie dieser Vorlage jetzt zu, wird diese aus unserer Sicht notwendige Überarbeitung des Konzepts und die Überprüfung der Betriebskosten nicht stattfinden.
Zusammenfassend ist die Stawiko der Meinung, dass das Projekt vom Grundsatz her unbestritten ist und das Konzept mit dem Ziel einer Betriebskostensenkung überarbeitet werden muss. Gestützt auf diese Überlegungen beantragt sie, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Kathrin **Kündig** erinnert daran, dass die Stiftung Phönix im Auftrag des Kantons den Bedarf an wohn- und tagesstrukturierenden Plätzen für den ganzen Kanton abdeckt. Die Stiftung existiert seit 25 Jahren und ist dem Aufbau und Betrieb von sozialpsychiatrischen Komplementäreinrichtungen, besonders im Bereich Wohnen, verpflichtet. Zu diesem Zweck sind Wohnheime, Wohngemeinschaften und Wohnbegleitungen sowie ein Tageszentrum im Kanton Zug entstanden. Diese Einrichtungen sind in erster Linie für psychisch behinderte Menschen bestimmt und vom Bundesamt für Sozialversicherungen anerkannt und zertifiziert. Das Tageszentrum ist ein niederschwelliger, geschützter, nicht leistungsorientierter und den Tag strukturierender Ort. Das Angebot richtet sich vor allem an Menschen mit psychischen Behinderungen und in psychischen Krisensituationen, die dringend auf professionelle Hilfe angewiesen sind, aber nicht oder nicht mehr der Hospitalisation in psychiatrischen Einrichtungen bedürfen. Die Benutzerinnen und Benutzer sind aber wegen ihrer Behinderung nicht in der Lage, den Leistungserwartungen in geschützten Werkstätten zu genügen. An dieser Stelle setzt das Angebot des Tageszentrums an. Eine Anbindung an das Tageszentrum ist insbesondere angezeigt bei sozialer Isolation, fehlender Tagesstruktur und/oder als Zwischenschritt in der Arbeitsrehabilitation.

Immer häufiger nutzen auch psychisch labile Menschen, die ihre Arbeit verloren haben und vorübergehend eine geregelte Tagesstruktur suchen, ein solches Angebot. Eine solche Einrichtung ist gerade in Krisenzeiten wie heute und in wirtschaftlich schlechten Zeiten sehr wichtig.
Beim Tageszentrum der Stiftung Phönix handelt es sich um ein ergänzendes Angebot, welches nicht einfach von einer anderen Institution übernommen werden kann. Es kann keine Therapie oder ärztliche, medikamentöse Behandlung ersetzen, kann aber dank seiner Betreuungsaufgabe einen Klinikeintritt oder -wiedereintritt verhindern oder verzögern und somit auch die Stigmatisierung der Betroffenen durch die psychiatrischen Behandlungen reduzieren und Kosten im Gesundheitswesen sparen. Das Tageszentrum wird von den Kliniken, den Ärztinnen und Ärzten, den Sozialdiensten und nicht zuletzt von den Besucherinnen und Besuchern und ihren Angehörigen sehr geschätzt und ist nicht mehr wegzudenken. Im Zentrum der Betreuung steht der Rehabilitationsgedanke. Dieser wird durch die beiden Funktionen «Treff und
Beschäftigung» umgesetzt. Hierbei hat sich gezeigt, dass ein Leitungsteam-Mitglied nicht ausreicht, vor allem um Personen vom niederschwelligen Treffbereich in den verbindlichen, stärker strukturierenden Beschäftigungsbereich zu führen. Dieser Prozess geschieht erfahrungsgemäß selten spontan und muss professionell begleitet werden.
Die Besucherzahlen sind seit 1999 von 1'600 bis ins Jahr 2002 auf 2'350 gestiegen. Auf Grund ihrer Defizite können sich die Benutzerinnen und Benutzer nicht verpflichten, das Zentrum zu voraus planbaren Zeiten zu nutzen. Daher ist die permanente Präsenz von zwei Leitungsteammitgliedern notwendig, um die Versorgung optimal zu gewährleisten. Psychisch leidende Menschen brauchen keine teuren medizinischen Therapien, Apparate und andere Hilfsmittel, um ihre Behinderung zu therapieren. Sie brauchen gut ausgebildete, kompetente Fachleute und kostenintensive, da personell gut dotierte Angebote. Personelle Einsparungen wirken sich direkt und signifikant auf die Qualität des Angebots aus.
Seit 1995 betreibt die Stiftung Phönix ein Tageszentrum in einer Vier-Zimmer-Wohnung an der Alpenstrasse in Zug. Die Einrichtung entspricht einem steigenden Bedürfnis, wie die Besucherzahlen belegen. Das Tageszentrum stößt nun aber mit seinen engen Räumlichkeiten, den wachsenden Besucherzahlen und seinen beschränkten Personalressourcen an seine Kapazitätsgrenzen. 20 bis 25 % des Kernpublikums müssen heute wegen dieser misslichen Lage vom Tageszentrum abgewiesen werden. Die jetzige zentrumsnahe Lage des Tageszentrums beim Bahnhof Zug ist zwar ideal, aber auf Grund der Raumnot nicht mehr genügend und zum Teil unzumutbar. Die freistehenden Räume der Zuwebe an der Industriestrasse würden sich dafür sehr gut eignen. Sie sind hell, freundlich, einladend, genügend groß und können viel zu einer stress- und angstfreien Atmosphäre beitragen. Das neue Tageszentrum wäre auf direktem Wege gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar und die Anonymität der Besucherinnen und Besucher wäre gewährleistet. Diese Umstände sind für psychisch behinderte Menschen unabdingbar und wichtig, um einer Stigmatisierung entgegen zu wirken und die Anbindung an das Zentrum zu gewährleisten. Eine Realisierung des Projekts am gleichen Standort wie der ambulante psychiatrische Dienst (APD) und eine Nutzung der Synergien der beiden, wurde in der Projektgruppe auch überprüft. Personell gibt es keine Synergiemöglichkeiten und räumlich, wenn überhaupt, ebenfalls nur wenige, welche die konkreten

Raumprobleme des Tageszentrums nicht zu lösen vermögen (evtl. könnte ein Besprechungszimmer oder ein Ruheraum eingespart werden).
Müsste das Tageszentrum geschlossen werden, müsste der Kanton nach Betreuungsalternativen suchen, z.B. eine Tagesklinik eröffnen, oder in Kauf nehmen, dass etliche Tageszentrums-Besucherinnen und -Besucher wieder sich selbst und ihrer Krankheit inklusive kostenintensiven Spitalaufenthalten überlassen würden. Rechnet man mit 70 IV-berechtigten Personen, die übers Jahr mehrfach im Tageszentrum betreut werden, ergibt sich pro Person ein täglicher finanzieller Aufwand von knapp 22 Franken. Die Betreuung in einer entsprechenden stationären Einrichtung im Kanton Zug kostet vergleichsweise mindestens 191 Franken pro Tag.
Wie wertvoll und notwendig ambulante psychiatrische Angebote sind, wird von keiner Seite bestritten. Vielmehr fordern namhafte Psychiater (u.a. Prof. Dr. H.D. Brenner im «Bund» vom 8. November 2002) mit Nachdruck den Ausbau von ambulanten psychiatrischen Tageszentren, da laut einer Studie jeder dritte Klinikpatient gar keiner stationären Behandlung bedürfe! Zunehmende Besucherzahlen stehen im Tageszentrum in einem zunehmend unzumutbaren Verhältnis insbesondere zum Raum, aber auch zum personellen Betreuungsangebot. Die Räumlichkeiten der Zuwebe sind ein einmaliges Angebot, zu dem es derzeit keine gleichwertigen Alternativen gibt. Im Namen der CVP-Fraktion, die sich mit deutlicher Mehrheit für die Mitfinanzierung der neuen Räumlichkeiten ausgesprochen hat, bittet die Votantin den Rat, auf die Vorlage einzutreten und den Baukredit von 230'000 Franken an die Stiftung Phönix zu bewilligen.

Maja **Dübendorfer** steht als Fraktionssprecherin der FDP vor dem Rat und informiert ihn über deren grossmehrheitliche Meinung. Sie möchte jedoch vorab erwähnen, dass sie ganz klar hinter dem Projekt Phönix steht und ihm zustimmen wird. – Die FDP unterstützt und befürwortet eine Erweiterung des Tageszentrum für psychisch behinderte Menschen. Doch trotz den Empfehlungen der Kommissionsmitgliedern, die vorliegende Vorlage gut zu heissen, folgte die Fraktion grossmehrheitlich dem Antrag der Stawiko. Die FDP-Fraktion ist sich der grossartigen Leistung der Stiftung Phönix bewusst. Die Betreuung psychisch behinderten Menschen im Tageszentrum ist mit seinem Angebot aus Zug eigentlich nicht mehr weg zu denken. Sein Wirken ist auf vielen Ebenen sehr sinnvoll: Klinikaufenthalte können verkürzt oder hinausgezögert werden, die Wiedereingliederung in eine Gruppe wird gefördert, eine Tagesstruktur wird geschaffen, die Lebensqualität jedes einzelnen individuell gesteigert und familiäre Betreuungspersonen werden stundenweise entlastet. Auch bietet das Tageszentrum mit seinem Angebot nicht nur eine Überbrückung zwischen dem Klinikaufenthalt und der Rückkehr in ein selbständigeres Leben, sondern es schliesst auch eine durch die Versicherungen nicht abgedeckte Nische. Somit kommt diese Institution nicht nur den Benutzern, sondern auch ihrem Umfeld zu gute. Und falls keine Angehörigen vorhanden sein sollten, ist die Möglichkeit zum Aufenthalt in einem Tageszentrum wie Phönix um so wichtiger.
Wie bereits anfangs erwähnt, ist sich die FDP der Nützlichkeit des Tageszentrums voll bewusst. Aber trotzdem ist die Fraktion der Meinung, dass das Projekt mit geringeren Kosten ohne grosse Qualitätseinbusse betrieben werden sollte. Die FDP stellt hiermit den Antrag auf Nichteintreten auf das Geschäft in der vorliegenden Form. Aber wir erwarten, dass die Betriebskosten innerhalb eines Monats nochmals überarbeitet werden, damit Kommission und Stawiko so schnell wie möglich nochmals

über dieses Geschäft beraten können und die begonnene Planung so rasch wie möglich umgesetzt werden kann.

Werner **Villiger** hält fest, dass die SVP-Fraktion die verschiedenen Angebote und Leistungen ausdrücklich anerkennt, welche die Stiftung Phönix in den vergangenen Jahren für psychisch behinderte Menschen erbracht hat und auch in Zukunft erbringen wird. Wir sehen ein, dass die jetzigen Räumlichkeiten des Tageszentrums an der Alpenstrasse nicht mehr bedarfsgerecht sind und das Platzangebot zu klein ist. Uns ist auch bewusst, dass die Zahl der psychisch behinderten Menschen stark zugenommen hat und deshalb Handlungsbedarf besteht. Diese Tatsachen sind für uns unbestritten. Darin gehen wir mit der Regierung und der vorberatenden Kommission einig. Uns stört jedoch, dass die zusätzlichen Betriebskosten vollumfänglich vom Kanton übernommen werden sollen und wir fragen uns, wieso die Gemeinden nicht ihren Teil an den Betrieb leisten. Gemäss Stawiko-Bericht gibt es einen Grundsatzentscheid aus dem Jahre 1996, der die Zuständigkeiten in diesem Bereich regelt. Für uns ist dieser Beschluss nicht in Stein gemeisselt, denn damals gab es keinen drohenden NFA und damit keinen Zwang für eine neue Regelung der Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Damit ist auch das Argument, es liege ein gesetzlicher Auftrag vor, zu relativieren. Gemäss heutigem Sozialhilfegesetz kann der Regierungsrat Beiträge an die Betriebskosten sprechen, und wenn er dies kann, dann tut er dies meistens auch. Anna Lustenberger erwähnte vorhin, dass der Kredit für die Betriebskosten bereits bewilligt wurde. Für den Votanten ist ein Budget eben ein Budget, das heisst, nicht alles was budgetiert ist, muss auch unbedingt realisiert werden. Wir unterstützen somit den Antrag der Stawiko auf Nichteintreten und bitten die Regierung, die Vorlage im Sinne der Stawiko zu überarbeiten.
Um eine neue Vorlage abschliessend beurteilen zu können, fehlen der SVP-Fraktion momentan zwei entscheidende Grundlagen:

1. Das revidierte Sozialhilfegesetz. Nach Wissenstand von Werner Villiger ist die 1. Lesung im Kantonsrat für das 4. Quartal 2003 geplant. Er bittet die Direktorin des Innern, diesen Termin zu bestätigen.
2. Detaillierte Vorschläge der Regierung zur künftigen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Auch hier erwarten wir, dass der Regierungsrat uns über das weitere Vorgehen informiert.

Käty **Hofer** möchte zuerst etwas zum Antrag der Stawiko und der FDP-Fraktion auf Nichteintreten sagen. Von beiden wird das eigentliche Geschäft, die Erweiterung des Tageszentrums, nicht bestritten. Beide wollen lediglich weitere Abklärungen. Aber wenn wir auf das Geschäft nicht eintreten, wird nicht mehr abgeklärt oder überarbeitet, dann ist das Geschäft vom Tisch. Die logische Folgerung der Argumentation der Stawiko ist Rückweisung an die Regierung und nicht das Nichteintreten.
Die Votantin ist seit einem Jahr Präsidentin des Vereins ConSol. Wir betreiben drei Werkstätten für psychische Behinderte. Sie ist also sehr nahe dran an den Bedürfnissen der psychisch Behinderten im Kanton Zug. Wenn wir diese Vorlage nicht gutheissen, verweigern wir einem Teil dieser psychisch Behinderten eine adäquate Tagesstruktur. Dieses Zentrum ist für viele von diesen Menschen die einzige Möglichkeit einer geregelten Tagesstruktur, der einzige Ort für Begegnung. Wohin gehen sie sonst? Gehen sie in eine ausserkantonale Tagesklinik? Wir haben gehört, dass diese Plätze beschränkt sind. Gehen sie stationär in eine psychiatrische Klinik? Wir

haben gehört, dass das für viele von ihnen nicht der geeignete Ort ist. Zudem ist es eine sehr teure Lösung. Oder wir lassen sie versinken in ihrer Krankheit. Diese Lösungen sind erstens nicht angepasst und zweitens langfristig sehr viel teurer als diese Vorlage. Wir haben gehört, dass sich psychische Behinderungen nicht mit technischen Hilfsmitteln behandeln lassen. Dazu braucht es sehr gut qualifiziertes Personal und dieses ist teuer. Aber wir vermeiden dadurch höhere Folgekosten und erhalten für diese Menschen ihre Lebensqualität oder können sie noch steigern. Lassen Sie sich nicht verunsichern durch den Begriff «unproduktive Stunden». Was ist darunter zu verstehen? Das sind Ferien, Krankheit, Fortbildung, Supervision für eine Arbeit unter schwierigen Bedingungen, es sind Teamstunden, die nötig sind, um die Betreuung kontinuierlich und effizient abwickeln zu können. Im Kanton Zug haben wir die Zuwebe, die Stiftung Phönix, die Stiftung Maihof und den Verein ConSol, die sich um die behinderten Menschen kümmern. Diese Institutionen leisten unzählige Freiwilligenstunden, d.h. Gratisarbeit, sie bringen selber ganz beträchtliche finanzielle Mittel auf für ihre Werkstätten und Betreuungseinrichtungen. Der Kanton Zug hat mit diesen vier Institutionen eine günstige Lösung für die Betreuung seiner Behinderten. Die Votantin bittet den Rat: Treten Sie auf die Vorlage ein und stimmen Sie ihr zu.

Christian **Siegwart** weist darauf hin, dass es offenbar hier im Rat unbestritten ist, dass der Druck auf dem Arbeitsmarkt stetig grösser wird und dass psychisch labile Menschen vermehrt an diesen gestiegenen Erwartungen scheitern. Geschützte Arbeitsplätze, wie sie früher jede grössere Firma aus sozialer Verantwortung bereit gestellt hat, sind rar geworden. Psychisch Behinderte drohen so immer mehr an den Rand gedrängt zu werden. Kein Wunder also, dass die Nachfrage nach dem Tageszentrum der Stiftung Phönix stetig wächst.
Offenbar ist hier im Rat auch unbestritten, dass im Tageszentrum der Stiftung Phönix wertvolle Arbeit geleistet wird. Warum nur – frage sich der Votant – warum dann dieses Misstrauen gegenüber dem neuen Betriebskonzept? Sind Sie tatsächlich der Ansicht, dass wir in diesem Saal mehr wissen über die Ansprüche an ein solches Tageszentrum als die direkt Beteiligten? Wer von Ihnen hatte schon mit psychisch Behinderten zu tun? Die Arbeit mit dieser Kundschaft kann aufreibend sein, belastend, auslaugend. Diese Tätigkeit bedingt einen intensiven Austausch im Team, Absprachen über den Umgang mit diesen psychisch angeschlagenen Menschen, Planung und Supervision. Es handelt sich nicht um Fliessbandarbeit, die man beliebig rationalisieren kann. Es geht hier nicht um Maschinen, nicht um Zahlen, nicht um Strassen, sondern um Menschen, die in Not sind und sich nicht selber wehren können! Christian Siegwart hat eben den Eindruck gewonnen, dass die Stiftung Phönix ein dankbares, aber eher zufälliges und deshalb unschuldiges Opfer ist der wachsenden Sparwut in diesem Rat. Er findet es auch nicht richtig, wenn die Stiftung Phönix Opfer des Kompetenzstreits wird, ob der Kanton die Kosten übernehmen soll oder die Gemeinden. Werner Villiger hat ja nicht die Kosten an sich kritisiert, sondern er will sie zum Teil den Gemeinden übergeben. Wenn wir hier und jetzt auf ein seriös ausgearbeitetes Betriebskonzept nicht eintreten, ist der Ruf des Kantons als zuverlässiger Partner gefährdet. Wenn wir hier und jetzt nicht eintreten auf diese Vorlage, geben wir anderen Bittstellern das Signal: Wenn du vom Kanton etwas unbedingt brauchst, dann fordere stets das Doppelte. Hoffentlich kommt es nicht so weit.

Regula **Töndury** gehört bei diesem Geschäft zur FDP-Minderheit. Was bedeutet psychisch behindert? In grossen Teilen der Bevölkerung ist das Verständnis für eine psychische Behinderung immer noch nicht vorhanden. Diese Menschen sind ebenso auf professionelle Hilfe angewiesen, wie körperlich kranke Menschen. Im Gegensatz zu körperlich behinderten Menschen helfen den psychisch Leidenden keine apparativen Hilfsmittel, wie Sie das jetzt bildhaft bei der Votantin sehen können (sie trägt den rechten Arm in Folge eines Unfalls in einem Stützgips). Sie können sich auch vorstellen, dass sie Hilfe braucht, und zwar relativ viel Hilfe. Sie möchte das bildlich verstanden haben, aber stellen Sie sich vor, ein Mensch hat das im Kopf! Wie wichtig ist da das Tageszentrum. Und von grosser Bedeutung sind Fachpersonen, die Menschen mit psychischen Problemen im Alltag und der Gesellschaft unterstützen, schützen und begleiten. Deshalb ist es so wichtig, dass der Personalbestand aufgestockt wird, damit für diese anspruchsvolle Aufgabe jeweils zwei Betreuungspersonen anwesend sind. Schade, dass im Stawiko-Bericht die ehrlich ausgewiesenen sogenannt unproduktiven Stunden beanstandet werden. Wer je mit psychisch kranken oder auch körperlich kranken Menschen gearbeitet hat weiss, wie wichtig die eigene Psychohygiene ist, um einem Burn-out entgegenzuwirken. In Spitälern sind Teamsitzungen, Rapporte und Supervisionen schon lange üblich und sicher keine unproduktive Zeit, sondern Notwendigkeit. Im Übrigen sind aber nach Betriebskonzept mit unproduktiver Zeit hier Ferien, Militär, und Krankheit gemeint.
Mit allem Verständnis für einen gewissen Sparkurs, kann zuviel sparen hier sehr kurzsichtig sein. Haben Sie sich überlegt, wie viel teurer es kommt, wenn ein solches Angebot nicht bestehen würde? Mit einem professionell geführten Tageszentrum lässt sich die Lebensqualität von psychisch leidenden, isoliert lebenden Menschen verbessern.

- Die Eingliederung in Familie und Arbeitswelt wird unterstützt.
- Wiedereintritt in eine Klinik kann evtl. verhindert werden.
- Klinikaufenthalte können verkürzt werden, da hier eine professionelle Nachbetreuung möglich ist.
- Therapeutische und sozialberaterische Dienste können entlastet werden.

Somit findet eine Kosteneinsparung in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen statt. Auch wenn wir auf die Vorlage nicht eintreten und sie überarbeiten lassen, glaube Regula Töndury kaum, dass wir viel Kosten einsparen können. Und ob uns dann noch die relativ gut gelegenen und günstigen Räume der Zuwebe zu Verfügung stehen, ist auch fraglich. Die Votantin möchte dem Rat beliebt machen, auf den Antrag der vorberatenden Kommission einzutreten und der Vorlage zuzustimmen.

Dank dem Einwand von Käty Hofer und der Hilfe von Othmar Birri, gemäss dem Sprichwort «Die Kenntnis des Gesetzestextes erleichtert die Rechtsfindung ungemein», mit einiger Selbstkritik und dem Nachsatz, dass wir lernfähig sind, kann Andrea **Hodel** nach Absprache mit dem Stawiko-Präsidenten sagen, dass Eintreten für uns in Ordnung wäre, wir aber dann die Rückweisung mit einfacher Mehrheit gemäss § 43 an den Regierungsrat zur nochmaligen Überprüfung beantragen. In diesem Zusammenhang erlaubt sie sich die Bemerkung, dass wir das Geschäft schon vor einem Monat traktandiert hatten, die Regierung davon Kenntnis hatte und die Gelegenheit bestand, in diesem Monat die Chance zu ergreifen und dieses Projekt nochmals anzusehen und mit der Stawiko zu besprechen. Insbesondere der

Phönix-Brief, den wir dann erhalten haben, hat zu diesem Thema genau wieder vier Linien gebracht, also keine Erklärung oder neue Erkenntnisse, weshalb nicht weitere Kosten eingespart werden könnten. In diesem Sinne hat die Votantin – vermutlich auch im Namen der Stawiko – den Antrag so modifiziert.
Der **Vorsitzende** möchte Andrea Hodel daran erinnern, dass es für die Rückweisung eine Zweidrittelmehrheit braucht.

Andrea **Hodel** hält in diesem Fall am ursprünglichen Antrag auf Nichteintreten fest.

Beat **Villiger** hat der Stawiko bereits nach der letzten Sitzung vorgeschlagen, dass man hier eher auf Rückweisung tendieren soll als auf Nichteintreten. Wenn wir Nichteintreten beschliessen, sagen wir der Regierung nicht, was wir wollen. Aber mit einer Rückweisung beauftragen wir den Regierungsrat nochmals klar, vor allem die Kostenfrage an die Hand zu nehmen und allenfalls der Kommission nochmals vorzulegen. Mit Nichteintreten sagen wir nicht klar, ob wir die Vorlage überhaupt wollen oder nur eine Änderung. Und hier ist ja keine Kritik vorhanden, alle Parteien und die Befürworter für Nichteintreten sind ja der Auffassung, dass das Bedürfnis vorhanden ist. Die Problematik bezüglich gebundener und nichtgebundener Ausgaben kommt im Rat je länger je mehr zum Ausdruck. Und hier erwarten wir ja eine Motion von Karl Rust, welche diese Problematik thematisiert und in Zukunft bessere Klarheit schaffen soll. Wir müssen uns aber auch in Selbstkritik üben und klar feststellen, dass dieser Rat via Budget diese Betriebskosten eigentlich genehmigt hat und die Fragen auch in unserer Kommission gestellt wurden. Die Stawiko hat dem Regierungsrat hierzu einen Antrag gestellt, der Votant erwartet davon auch noch eine bessere Klärung. Wir sollten aber heute dem Vorschlag von Regierung und Kommission zustimmen und allenfalls Rückweisung beschliessen.

Peter **Dür** möchte sich noch zu zwei Argumenten äussern. Anna Lustenberger hat argumentiert, der Nichteintretensantrag der Stawiko würde Mehrkosten verursachen. Die Überarbeitung müsse auch noch mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen abgestimmt werden, die Zuwebe könne möglicherweise diese Räume nicht mehr reservieren und es sei unklar, wie lange man noch an der Alpenstrasse wohnen könne mit diesem Zentrum. Dazu muss gesagt werden, dass die Stawiko diese Vorlage zeitgerecht und detailliert beurteilt hat. Für den Zeitplan ist sie nicht verantwortlich. Und wenn er eine Rückweisung oder ein Nichteintreten nicht vorsieht, so ist das ein Problem der Regierung und nicht der Stawiko. Die möglichen Mehrkosten können deshalb nicht der Stawiko angelastet werden. Sie ist weiterhin der Meinung, dass eine Überarbeitung des Konzepts sehr rasch erfolgen kann.
Es ist jetzt hier der Eindruck entstanden, dass Nichteintreten heisse, dass das Tageszentrum geschlossen werde oder mehr stationäre Hospitalisationen zur Folge habe. Aus unserer Sicht ist klar: Das Tageszentrum wird in der bisherigen Form weitergeführt und erhält die bisherigen bereits bewilligten Mittel.
Zum Thema Rückweisung oder Nichteintreten. Rückweisung braucht zwei Drittel. Der Stawiko-Präsident glaubt nicht, dass eine Zweidrittelmehrheit für Rückweisung sein wird. Wir möchten aber, dass dieses Konzept überarbeitet wird. Das erreicht man mit Nichteintreten. Es wurde auch gesagt, die Regierung wisse nicht, was sie dann tun müsse. Der Votant hat bereits gesagt, dass das Projekt vom Grundsatz her unbestrit-

ten ist und dass das Konzept mit dem Ziel einer Betriebskostensenkung überarbeitet werden muss. Also Antrag Nichteintreten mit der klaren Zielsetzung der Überarbeitung.

Martin **Stuber** ist etwas erstaunt über diesen Rat. Er ist seit zwölf Jahren im Gemeinderat der Stadt Zug und ist hier neu. Er ist sehr befremdet, wie man mit diesem Instrument des Nichteintretens umgeht, wie locker man damit umspringt. Es weiss doch jede und jeder: Der Begriff Nichteintreten sagt ja ganz klar, das brauchen wir nicht, darauf treten wir gar nicht ein. Und wenn man ein Anliegen für berechtigt hält, wie man das ja jetzt von allen Seiten gehört hat, dann tritt man darauf ein und geht in der Detaildebatte auf die einzelnen Punkte ein. Und wenn man den Eindruck hat, die Vorlage als Ganzes beinhalte ein grösseres Problem, das die Regierung nochmals bearbeiten solle, dann beantragt man Rückweisung. Dieses Prozedere kennt der Votant seit zwölf Jahren. Und wenn man einfach auf Grund der Mehrheitsverhältnisse sagt, dann verlangen wir halt Nichteintreten, dann ist das befremdlich.

Anna **Lustenberger-Seitz** möchte sich kurz nochmals zur Thematik von Rückweisung oder Überarbeiten äussern. Anscheinend war die Erwartung wirklich da, dass die Stiftung Phönix innerhalb eines Monats ein Konzept ausarbeiten sollte, das günstiger ist, vor allem im Bereich der Betriebskosten. Es ist nicht so, dass wir diesen Monat einfach vorbeigehen liessen und nicht darüber sprachen. Es wurde rege darüber diskutiert. Aber die Tatsache bleibt, dass diese Kosten nicht gesenkt werden können. Wie soll die Stiftung Phönix das tun? Sie hat zwei Möglichkeiten. Entweder baut sie bei den Stellen ab, also eine Stelle weniger. Das wären dann noch 20 % mehr als jetzt. Und dann gehen sie zwar in sehr schöne und grosszügige Räumlichkeiten, können aber jene Leute nicht aufnehmen, die sie eigentlich sollten, wie es auch dem Auftrag des Kantons entspricht. Die zweite Möglichkeit wäre, dass sie weiterhin grosse Defizite übernimmt. Und irgend einmal würde dann halt ein Projekt von dieser Stiftung nicht mehr geführt werden können. Dieser Tatsache müssen wir in die Augen schauen. Die Stiftung Phönix hat nicht die Möglichkeit gehabt wie jetzt der APD, einfach billigere Räumlichkeiten zu bekommen. Die sind jetzt schon sehr günstig, und noch günstigere konnten wirklich nicht gefunden werden.

Vreni **Wicky** möchte nur noch Werner Villiger ein Antwort geben. Es ist *nicht* so, dass die Gemeinden nichts bezahlen. Sie bezahlen jährlich Beiträge an die Stiftung Phönix. Nicht explizit an das Tagesheim, aber an die Stiftung selbst. An die Tagesstruktur dieses Tagesheims zahlt der Bund durch die IV und der Kanton. Leider bekommt aber das Tageszentrum keine Pensionsbeiträge, weil es nicht als Heim gilt. Da fällt eben dieses Tageszentrum durch die Maschen. Und es tut das genau so, wie es seine Besucher tun. Mit Ihrem Nichteintreten treffen Sie diese Besucherinnen und Besucher genau an ihrer sensibelsten Stelle. Wollen Sie das wirklich?

Die Direktorin des Innern, Brigitte **Profos**, möchte an den Anfang ihres Votums den Dank für die Anerkennung stellen, die Sie der Stiftung Phönix ausgesprochen haben. Diese Anerkennung hat sie verdient. Sie möchte sich äussern zum Bedarf nach einer

Ausweitung der Möglichkeiten für das Tageszentrum, zur Personalsituation, zum Konzept und schliesslich beantragen, auf diese Vorlage einzutreten.
Zum Bedarf. Es wurde mehrfach gesagt, es ist erwiesen, der Bedarf nach vergrösserten Räumen des Tageszentrums ist ausgewiesen. Daran gibt es nichts zu rütteln. Es ist ein sehr unbefriedigender Zustand, wenn Patienten, Menschen mit psychischen Einschränkungen, weggewiesen werden müssen, wenn sie zwar gerne kämen ins Tageszentrum, wenn man ihnen aber sagen muss: Du warst gestern schon da, heute kannst du nicht kommen, sonst nimmst du jemand anderem den Platz weg. Und wir müssen davon ausgehen: Diese Menschen kommen ja nicht einfach so, wie wir uns entschliessen, einen Kaffee zu trinken. Sie haben vielleicht lange überlegt, ob sie hingehen sollen, sie haben mit Ängsten und Hin und Her geschwankt, bis sie schliesslich den Schritt gewagt haben. Wenn sie dann zurückgewiesen werden, ist das menschenunwürdig. Aus diesem Bedarf folgt: Es sind dringend grössere Räume nötig. Und zwar Räume für beide Bereiche. Das wurde ja bereits erwähnt. Räume für den Bereich Caféteria, Treffpunkt, wohin die Menschen kommen können, ohne dass sie irgendwelchen Verpflichtungen ausgesetzt sind, die sie im Moment noch nicht eingehen können. Und der zweite Bereich, der Atelierbereich, wo die Menschen einer strukturierten Beschäftigung, einer Tagesbeschäftigung zugeführt werden. Und nun die Frage, braucht es denn in beiden Bereichen professionelles Fachpersonal? Ausgebildete Menschen, die mit psychisch behinderten Menschen umgehen können, sie begleiten können auf ihrem schwierigen Weg zurück zu einem etwas strukturierten Tagesablauf. Die Antwort ist ganz klar. Ja, es braucht in beiden Bereichen professionelle Mitarbeiter. D.h. im Raum Atelier und im Raum Caféteria muss jemand anwesend sein, der diese Menschen begleitet, der ihnen Hilfe gibt bei ihren eingeschränkten Möglichkeiten. Sonst ist das Konzept sinnlos. Würden Einsparungen gemacht – und das wurde auch in den Diskussionen im laufenden Monat angesprochen – dann geschähe das ganz klar auf Kosten der Qualität, auf Kosten der Leistungen des Tageszentrums. Denn wir wissen: Psychisch behinderte Menschen sind eingeschränkt bezüglich ihrer Wahrnehmung, ihrer Kommunikationsfähigkeiten, ihrer Beziehungsmöglichkeiten. Da brauchen sie die Unterstützung von professionellem Fachpersonal. Und zwar eben in beiden Bereichen. Sie haben oft Angst, sie leiden an einem Mangel an Entschlusskraft, an Antriebsschwäche. Es macht keine Sinn, diese Menschen in einem Raum auf sich selbst gestellt zu lassen. Dann kommen sie nämlich nicht wieder. Sie brauchen diese Fachbegleitung. Und nur indem sie auf diesem Weg begleitet werden durch Fachleute, kann die Isolation, in der sie sich befinden, etwas gelockert und vielleicht später durchbrochen werden.
Zum Konzept. Es ist bereits vor acht Jahren professionell erarbeitet worden. Und jetzt geht es wegen dieser benötigten grösseren Räume um eine Erweiterung. Es ist erwiesen, dass sich das Konzept in dieser Form bestens bewährt hat. Es wurde auch damals schon von Fachleuten geplant und auch die Erweiterung des Konzepts ist von Fachleuten im Bereich der Psychiatrie, Medizin, dem Behindertenwesen und der Wirtschaft überprüft worden. Das Konzept hält dieser Prüfung stand.
Das neue Tageszentrum ist keine Luxuslösung. Es ist als einziges Angebot im Kanton Zug dringend erforderlich. Hier zu sparen, käme teuer. Vermehrte längere Klinikaufenthalte, höhere Sozialberatungskosten, die Votantin möchte diese Argumente nicht wiederholen. Eine Rückweisung ergäbe keine neuen Erkenntnisse, aber sie könnte bedeuten, dass diese Räume dann weg sind. Sie sind günstig und das wäre sehr schade. Mit den Räumen im Göbli haben wir erstmals im Kanton Zug ein dem Kanton angemessenes anständiges Tagesangebot. Andere Kantone haben mehrere Angebote. Sie haben Angebote im Beschäftigungs-/Betreuungsbereich, also Tages-

zentren, sie haben aber auch Tageskliniken. Wir haben im Kanton keine Tagesklinik und auch kein anderes Angebot für psychisch behinderte Menschen im Tagesbeschäftigungs-Bereich. Die Menschen dürfen in ihrer Isolation nicht allein gelassen werden. Die Direktorin des Innern bittet den Rat um Eintreten und um Gutheissen des Antrags von Regierung und Kommission.
Der **Vorsitzende** hält fest, dass es sich hier um eine Vorlage mit weniger als 500'000 Franken handelt, somit ist kein fakultatives Referendum möglich. Und wir haben nur eine Lesung. Für Eintreten ist Kommission und Regierung, die CVP-Fraktion, SP-Fraktion und AF, für Nichteintreten ist die Stawiko, FDP-Fraktion und SVP-Fraktion.

➔ Der Rat beschliesst mit 42 : 26 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 47 : 4 Stimmen zu.

94 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ERWEITERUNG DES KANTONALEN MUSEUMS FÜR URGESCHICHTE

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1059.1/.2 – 10992/93), der Kommission (Nr. 1059.3 – 11108 sowie Nachtrag der Kommission Nr. 1059.4 – 11114) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1059.5 – 11120).

Vreni **Wicky** spricht als Kommissionspräsidentin und Fraktionssprecherin der CVP. Regierungsrat Matthias Michel, Regula Koch und Irmgard Bauer standen uns für Auskünfte kompetent zur Verfügung. Im Namen der Kommission Dank an alle. – Die Ausgangslage: Dem Museum für Urgeschichte liegt gemäss gesetzlichem Auftrag primär die Sammlung, Aufbewahrung, Inventarisierung und Ausstellung der auf Kantonsgebiet gehobenen ur- und frühgeschichtlichen Bodenfunde sowie die wissenschaftliche Bearbeitung und Veröffentlichung der Museumsbestände zugrunde. Nach mehrmaligem Umzug befindet sich das 1930 gegründete Museum heute wieder an der Hofstrasse in Zug. Während das Museum im Jahr 1970 bescheidene 654 Eintritte verbuchte, stiegen die Zahlen vor allem in den 90er-Jahren, seit der didaktischen Neugestaltung und der Schaffung einer vollamtlichen Konservatorenstelle kontinuierlich an. Mit den aktuell zur Verfügung stehenden 450 m^2 Ausstellungsfläche stösst das Museum an Grenzen. Die Volkswirtschaftsdirektion und der Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM) sind bereit, dem Museum für Urgeschichte im Bereich des Waschsalons und einem Teil der Velowerkstatt Raum abzutreten. Die zusätzlich gewonnene Ausstellungsfläche beträgt 140 m^2: Die Umbaukosten belaufen sich auf 480‘000 Franken. Die zusätzlichen 140 m^2 reichen dem Museum, die

dringend benötigte Flexibilität einzuräumen. Der Betrieb dieser zusätzlichen Fläche hat, wie uns bestätigt wurde, keine Aufstockung im Personalbereich zur Folge.
Die Frage «Kommt der Verein für Arbeitsmassnahmen mit. weniger Platz aus?» ist wie folgt beantwortet worden: Die Nachfrage nach dem bis anhin auf dieser Fläche eingerichteten Waschsalon war viel kleiner als ursprünglich angenommen. Deshalb kann dieser nach Absprache mit der federführenden Volkswirtschaftsdirektion in Zukunft komprimiert in einem benachbarten Raum des VAM eingerichtet werden. Dasselbe gilt für die Velowerkstätte. Falls die Nachfrage bezüglich Projekten des VAM wieder ansteigen sollte, verfügt der VAM immer noch über genügend Fläche.
Unklar waren auch die «schon getätigten VAM-Investitionen». Nach nochmaliger Rückfrage beim Regierungsrat und bei Gianni Bomio kann Folgendes festgehalten werden: Die Investitionen des VAM für den Waschsalon sind im Budget 2002 enthalten. Das VAM hat immer ein bestimmtes Budget für bauliche Anpassungen. Das VAM hätte unabhängig vom Museum ohnehin Anpassungen des Waschsalons vorgenommen. Die Frage betreffend Sicherheitsvorkehrungen konnte dahingehend beantwortet werden, dass die Sicherheitsauflagen alle erfüllt seien.
Die Kommissionsmitglieder haben in der Schlussabstimmung mit 15:0 Stimmen dieser Vorlage eindeutig zugestimmt. Wir freuen uns auf die Museumserweiterung, auf Wechsel- und Sonderausstellungen. Der Fundus des Museums für Urgeschichte wird hoffentlich noch viele Besucher anlocken und somit unzähligen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu den Vorfahren erleichtern. Die Kommissionspräsidentin bittet den Rat im Namen der Kommission und der CVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an der Sitzung vom 27. März beraten hat. Er verweist auf den Bericht und möchte noch auf zwei Punkte aufmerksam machen.
1. Finanzielle Auswirkungen. Die Investitionsrechnung wird einmalig mit 480'000 Franken belastet. 187'000 Franken sind für die Anpassung der Räume und die Verlegung der Räumlichkeiten des VAM, des Vereins für Arbeitsmarktmassnahmen budgetiert. 291‘000 Franken sind für die Einrichtung der zusätzlichen Museumsräumlichkeiten vorgesehen. Die laufende Rechnung wird mit den Abschreibungen von 48'000 Franken pro Jahr belastet. Die Museumsleitung hat versichert, dass trotz Erweiterung der Museumsfläche kein zusätzliches Personal nötig ist. Dies wird durch die Tatsache ermöglicht, dass das langjährige Forschungsprojekt Zug Sumpf abgeschlossen ist. Damit werden personelle Kapazitäten frei, die je nach Priorität neben der Hauptaufgabe, der wissenschaftlichen Aufbereitung von Fundgegenständen, auch für den Museumsbetrieb und für Sonderausstellungen eingesetzt werden können. Die Stawiko verlangt, dass die Aussage der Museumsleitung, dass sie kein zusätzliches Personal benötigt, auch längerfristig Bestand hat. Es ist im übrigen zu hoffen, dass die Attraktivitätssteigerung des Museums zu einem weiteren Anstieg der Besucherzahlen führt, was zusätzliche Einnahmen und damit Deckungsbeiträge zur Folge hätte.
2. Nach Abfassung unseres Berichtes musste die Stawiko mit Erstaunen von einem Bericht der Finanzkontrolle Kenntnis nehmen. Im Revisionsbericht der Jahresrechnung 2002 des VAM (Nr. 16 – 2003) steht Folgendes: «Im Konto Investitionen Werkplatz sind Umbauarbeiten im Umfang von 69‘458 Franken verbucht. Es handelt sich um Investitionen, welche im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau des angrenzenden Museums für Urgeschichte notwendig waren. Die Kosten werden, vorbehalt-

lich der Genehmigung des Kredites durch den Kantonsrat, vom Hochbauamt zurückerstattet.» Vom heute zur Debatte stehenden Investitionskredit von 480'000 sind demnach bereits letztes Jahr knapp 70'000 ausgegeben worden. Die Finanzierung des VAM sieht so aus: Primär wird der VAM durch den Bund finanziert, der Kanton übernimmt die nicht abgedeckten Aufwendungen. Der Kanton finanziert die Projektinvestitionen des VAM, welche sich aus kantonalen Projekten ergeben, sowie die Investitionen an Gebäuden des Kantons. Der Ausbau des Museums für Urgeschichte ist ein solches kantonales Projekt. Der Regierungsrat bewilligt dem VAM jährlich ein Investitionsbudget. Jedes Jahr werden ca. 50'000 Franken unter dem Label «neue Projekte» bewilligt.
Die Verantwortlichen des VAM stellen sich auf folgenden Standpunkt: Der Regierungsrat hat das Investitionsbudget bewilligt. Als privater Verein benötigt der VAM keine Rechtsgrundlage im Sinne eines Gesetzes oder eines Beschlusses des Kantonsrats für seine Investitionen. Falls das Museum nicht erweitert wird, würde der VAM ein neues, vom Vorstand bereits beschlossenes Projekt VAM Plus in den angepassten Räumlichkeiten einrichten. Der Regierungsrat betont auf der anderen Seite, dass er dem VAM immer einen gewisse Investitionsbetrag für bauliche Anpassungen bewillige. Der Zusammenhang mit dem Museumsprojekt sei erst im Verlauf des letzten Jahres klar geworden. Es stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Warum der Regierungsrat Investitionsbeiträge spricht, ohne deren Verwendungszweck im Detail zu kennen.
2. Warum der Regierungsrat in der Vorlage auf S. 8 schreibt, diese Kosten seien von der Baudirektion unter Vorbehalt des entsprechenden Kantonsratsbeschlusses für das Jahr 2003 budgetiert.

Auch wenn das Ganze rein juristisch gesehen möglicherweise erklärbar ist – ein ungutes Gefühl bleibt. Und ob es Sie als Parlamentarier befriedigt, über einen Investitionskredit zu befinden, von dem bereits 70'000 Franken ausgegeben sind, ist zu bezweifeln. Aus Sicht des Votanten fördern solche Vorkommnisse nicht das Vertrauensverhältnis zwischen Parlament und Regierung.
Zusammengefasst: Die eigentliche Vorlage war in der Staatswirtschaftskommission unbestritten. Die zusätzlich nun vorliegenden Informationen zum Vorgehen des Regierungsrates sind unbefriedigend, sie müssen jedoch unhängig vom Inhalt der Vorlage betrachtet werden. Deshalb beantragen wir Ihnen, gestützt auf unseren Bericht, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Maja **Dübendorfer** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Erweiterung des kantonalen Museums für Urgeschichte befürwortet. Der Kanton Zug ist in der schönen und nicht mehr beeinflussbaren Situation, dass er beachtliche und sehr wertvolle ur- und frühgeschichtliche Funde besitzt. Diese mit dem nötigen Respekt zu präsentieren und der gesamten Bevölkerung zugänglich zu machen, ist sehr wichtig. Dafür wird nun mehr Fläche benötigt. Zusammen mit dem VAM konnte eine sehr gute Lösung gefunden werden. Die Erweiterung ist vom Platzanspruch her sehr massvoll und auch finanziell vertretbar. Die FDP-Fraktion ist sich durchaus bewusst, dass die Erweiterung des Museums für Urgeschichte ein weiteres «Nice to have» ist. Sie ist aber so massvoll, dass wir grossmehrheitlich zustimmen konnten.

Beni **Langenegger** weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion beschlossen hat, diesem Kantonsratsbeschluss in der Fassung der vorberatenden Kommission zuzustimmen. Denn wir erachten es als sinnvoll, die Attraktivität des Museums für Sonder- und Wechselausstellungen zu fördern. Sie sehen, die Mitglieder der SVP-Fraktion sind keine Kulturbanausen, wie es immer wieder behauptet wird. Auch uns interessiert die Lebensweise unserer Vorfahren. Trotzdem hoffen wir aber, dass die Kosten eingehalten werden. Ebenfalls stützen wir uns auf die Ausführungen von Irmgard Bauer, dass durch die Erweiterung des Museums keine weiteren Personalstellen benötigt werden.

Matthias **Michel**, Direktor für Bildung und Kultur, kann sich auf Grundsätzliches beschränken, nachdem die vorberatende Kommission, die Stawiko und sämtliche Fraktionen Eintreten und Zustimmung beschlossen haben. Er dankt der Kommissionspräsidentin für die effiziente Arbeit in attraktiver Umgebung – wir waren in den Räumlichkeiten des Museums. Er möchte für das Grundsätzliche einmal einen anderen Zugang zu diesem Museumsprojekt wählen und sagen, dass es ein eigentliches wirkungsorientiertes Projekt (NPM) ist, wenn man schaut, wie wirkungsvoll dieses Museum betrieben wird. Da wird nicht einfach ausgestellt, sondern da werden die Kunden, die Besucher eingeladen, sich aktiv mit der Materie zu befassen, mit unseren Vorfahren – wenn sie auch noch keiner Partei beitreten konnten, da waren wohl alle gemeint. Wer erlebt hat, wie Schülerinnen und Schüler aktiv in diesen Räumlichkeiten lernen, merkt, wie wichtig der Bildungsauftrag dieses Museums ist. Der Votant kann verweisen auf die Ausstrahlung, die sich in den Besucherzahlen zeigt, welche sich in den letzten sechs Jahren verdoppelt haben. Und schliesslich die Wirkung über die Landesgrenzen hinaus mit der Anerkennung eines europäischen Museumspreises. Und das mit einem verglichen mit anderen Museen bescheidenen Budget und einer relativ kleinen Fläche. Dies ist auch die Gelegenheit, diesem Museum und seiner Konservatorin, Irmgard Bauer und ihrem Team, die öffentliche Anerkennung auszusprechen. Das Profil dieses Museums – man muss es wirklich erlebt haben – kann mit dieser massvollen Erweiterung aufrecht erhalten und gestärkt werden.
Zu den Fragen, die kritisch in den Raum gestellt wurden. Zur Personalsituation kann Matthias Michel bestätigen, dass keine Aufstockung geplant ist und es die Aufgabe der Führung ist, Personal, dass beim einen Projekt nicht mehr benötigt wird, anderweitig einzusetzen. Es stehen noch viele Aufgaben an. – Zur Frage der Investition. Man hat ja den Eindruck bekommen, da sei schon Geld ausgegeben worden vom Kanton, bevor Sie darüber entschieden haben. Das kann natürlich nicht sein und ist auch nicht so. Der VAM hat diesen Waschsalon in eigener Regie verkleinert. Es standen dort ohnehin Optimierungsarbeiten an. Sie wurden im Jahre 2002 auch ausgeführt. Das Budget des VAM dafür, das der Regierungsrat genehmigt hat, wurde ja im Jahre 2001 erstellt. Damals konnte noch nicht abgesehen werden, für welche Projekte dieses Budget genau zur Verfügung stand. Das muss aber auch so sein. Es ist ja gerade ein Merkmal des VAM, und es wird immer wieder hervorgehoben, dass er auf neue Anforderungen im Bereich Arbeitslosenmarktmassnahmen schnell reagieren kann, dass er nicht zwei Jahre voraus sehen kann, welche Projekte dann notwendig werden. Der Votant zitiert den Präsidenten, Gianni Bomio, der heute ja bereits von Hans Durrer lobend erwähnt wurde. Er sagt im neuen Jahresbericht: «Der VAM kann sich dank seiner privatrechtlichen Struktur als Verein flexibel und rasch auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen. Das ist in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sehr schwierig und nicht zuletzt deshalb hat der VAM einen guten

Ruf und viel Erfolg.» Wenn wir diesem VAM diesen Stellenwert geben, und wir sind ja stolz darauf, dass wir einen privaten Verein mit diesen Massnahmen betrauen und ihm diese Flexibilität und diesen Gestaltungsfreiraum geben, dann müssen wir auch zusehen, dass er damit flexibel umgehen kann und wir nicht bis ins letzte Detail schon bei der Budgetierung wissen, für welchen Stuhl und welche Wand dieses Budget dann verwendet wird. Dass ist die andere Seite der Medaille zu Gunsten der Flexibilität des VAM. Er hat diese Investitionen in eigener Verantwortung getätigt und im letzten Jahr hat sich dann diese Zusammenarbeit ergeben. Das ist sicher nicht nur juristisch korrekt, sonder auch vom Inhalt her sehr korrekt gelaufen.
Das Museum kommt somit zu Recht und auch auf rechtmässigem Weg zu seinen Räumen und es verdient unsere Unterstützung mit Ihrem heutigen Eintreten und Ihrer Unterstützung. Das Museum geht Wesentlichem auf den Grund. Es geht auch um Grundsätze der Heimat, der Heimatverbundenheit, um unsere Vorfahren. Der Direktor für Bildung und Kultur freut sich, wenn der Rat zustimmt und teilt gleichzeitig mit, dass der Regierungsrat mit der Präzisierung durch die Kommission, die Mehrwertsteuer ausdrücklich zu erwähnen, einverstanden ist.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 2

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der vorberatenden Kommission vorliegt für eine Ergänzung mit *«inklusive Mehrwertsteuer»*, mit dem auch die Regierung einverstanden ist.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 66 : 0 Stimmen zu.

95 MOTION DER KOMMISSIONSMINDERHEIT LUFTFAHRTGESELLSCHAFT BETREFFEND ZUGER SOLIDARITÄT MIT DER STIFTUNG HÄRTEFÄLLE AUS DER SAIRGROUP-RESTRUKTURIERUNG

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1072.2 – 11072).

Josef **Lang** erinnert daran, dass in der Auseinandersetzung um den Swiss-Kredit sich praktisch alle Mitglieder des Kantonsrates einig waren, dass der Kanton Zug mit dem Flugwesen und den damit verbundenen Menschen auf irgendeine Art Solidarität

üben muss. Im Abstimmungskampf um den Swiss-Kredit waren sich beide Seiten einig, dass der Flughafen Kloten und die Swiss sowie die Swissair auch Zug dienen bzw. gedient haben. Anders gesagt: Dass das Flughafen- und das Swissair-Personal auch für uns Zugerinnen und Zuger gearbeitet haben. Uneinig waren wir uns, auf welche Art der Kanton Solidarität üben soll. Die Mehrheit des Kantonsrats war für eine Swiss-Beteiligung. Die Kommissionsminderheit, bestehend aus sieben Mitgliedern der FDP-, CVP-, SVP und Alternativen Fraktionen, war für einen Alternativvorschlag, den sie im Abstimmungskampf auch vertreten hat: Die 2,34 Mio seien zu Gunsten der sozialen Härtefälle des Swissair-Groundings zu sprechen. Das Volk hat den Weg der Kantonsratsmehrheit abgelehnt. Damit hat es das Tor geöffnet zu Gunsten der Stiftung Härtefälle aus der SairGroup-Restrukturierung. Dass diese dringend Geld braucht, anerkennt auch die Regierung. So weist sie auf die «schwierige Situation von gegen 500 ehemaligen Angestellten der Swissair-Gruppe» hin. Sie ist sich weiter im Klaren, «dass langfristig 8 bis 10 Millionen Franken nötig sein werden, um alle Härtefälle abzufedern».
Um so erstaunlicher und enttäuschender ist es, dass die Regierung die Motion der Kommissionsminderheit ablehnt. Wenn die Regierung nun sagt, man dürfe den Opfern des Swissair-Groundings nicht helfen, weil man in anderen Fällen von Massenentlassungen auch nicht geholfen habe, widerspricht sie ihrer bisherigen Argumentation der nationalen Solidarität in Sachen Swissair. Bleiben wir den Argumenten treu, welche praktisch alle Ja- und Nein-Sagenden in diesem Parlament letztes Jahr vertreten haben. Üben wir Solidarität mit den Opfern des Sair-Groundings!

Beat **Villiger** hält fest, dass die CVP in der Dezembersitzung Antrag auf Nichtüberweisung der Motion gestellt hat. Die Eingabe wurde dennoch überwiesen, obwohl eigentlich damals die Haltung der Regierung schon bekannt war und das Parlament und selbst einige Mitunterzeichner der Motion schon wussten, wie das Parlament später, also heute entscheiden würde. Insofern hat diese Motion schon eher eine reine Pflichtübung durchlaufen müssen. Die CVP-Fraktion unterstützt fast einstimmig den Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung und ist mit dem entsprechenden Bericht voll und ganz einverstanden. Und es gilt zu betonen, dass eine Beitragsleistung, wie sie von den Motionären gewünscht wird, präjudizielle Wirkung hätte und ordnungspolitisch völlig falsch wäre. Es gibt für Betroffene aus dem Swissair-Grounding bekanntlich zur sozialen Stützung genügend Einrichtungen. Eine Alimentierung der erwähnten Stiftung durch den Kanton Zug kann deshalb nicht das Ziel und die Alternative zum abgelehnten Swiss-Beitrag sein.
Der Votant muss in diesem Zusammenhang aber auch etwas zur Allianz SVP und AF sagen. Da hat man zusammen den Swiss-Beitrag bekämpft. Nationalrat Marcel Scherer schrieb jedoch in einem Leserbrief, die CVP und FDP hätten mit dem Swiss-Beitrag Steuergelder zum Fenster hinauswerfen wollen und es sei der SVP zu verdanken, dass der Betrag von 2,3 Mio eingespart worden sei. Er hat aber nicht geschrieben oder schreiben wollen, dass seine Leute im KR am 25. April vergangenen Jahres sich wie folgt äusserten: «Vielmehr stehen wir für eine Solidarität gegenüber Personen ein, die durch das totale Missmanagement des Swissair-Verwaltungsrats und der Swissair-Geschäftsleitung sowie durch das seinerzeitige Grounding direkt betroffen sind und aus sozialpolitischen Überlegungen bzw. existenziellen Gründen eine Unterstützung notwendig haben. Für diese Solidarität stehen wir ein und sind bereit, 2,3 Mio, ja sogar 2,5 Mio in einen Härtefonds einzuzahlen. Mit dieser Strategie verlieren wir – was doch sehr befürchtet wird – unser Gesicht nicht.

Im Gegenteil: Wir würden mit dieser Haltung echte Solidarität gegenüber direkt betroffenen Personen dokumentieren.» Und weiter wurde gesagt, die SVP würde später eine entsprechende Eingabe und den Beitrag in den Härtefonds unterstützen. Nicht einmal ein Jahr später sind die Meinungen anders, was dem Votanten im Hinblick auf die heutige Abstimmung allerdings nur recht sein kann. – Die CVP bittet Sie, dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

Andreas **Hotz** weist darauf hin, dass es leider heute Tatsache ist, dass auf Grund der generellen konjunkturellen Entwicklung sehr viele – zu viele – Mitmenschen von Entlassungen und von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die FDP-Fraktion teilt grossmehrheitlich die Meinung des Regierungsrats, dass die Ausrichtung eines Beitrags an die Stiftung für Härtefälle aus der SairGroup-Restrukturierung aus ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen nicht opportun ist. Mit der Ausrichtung eines Härtebeitrags an die im Nachgang zum Swissair-Debakel errichteten Stiftung würde der Kanton Zug ein Präjudiz schaffen, welchem er zukünftig in keiner Art und Weise mehr gerecht werden kann. Insbesondere würden damit jedoch hunderte, ja tausende von Entlassenen und Arbeitslosen schlechter gestellt, als die von der Stiftung unterstützten Personen. Nur am Rand sei erwähnt, dass der Zuger Souverän mit seiner mehr als deutlichen Ablehnung des Swiss-Beitrags klar zum Ausdruck brachte, dass das Swissair-Debakel nicht mit fragwürdigen Kapitalbeteiligungen oder Härtebeiträgen aufgearbeitet werden soll, sondern vor allem auf dem Weg sinnvoller ökonomischer Überlegungen und allenfalls auf dem Weg von – erfolgs- und geldversprechenden – Verantwortlichkeitsklagen. Namens der Mehrheit der FDP-Fraktion ersucht der Votant den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

Felix **Häcki** hat hier an dieser Stelle damals in der Diskussion klar darauf hingewiesen, dass es ein Problem ist, wenn man nur für die Swissair-Angestellten Geld spendet. Und er hat damals aufgezählt, wer alles Leute entlassen könnte im Kanton Zug. Da hat man ihn noch gross angeschaut. Es ist klar, wir haben gesagt, wir können von der Kantonsratsfraktion her einem Solidaritätsfonds zustimmen. Aber er darf nicht nur für Swissair-Angestellte sein. Das hat der Votant hier an diesem Platz gesagt und man kann es im Protokoll nachlesen. Wenn Herr Scherer etwas anderes gesagt hat, dann ist er nicht Mitglied dieses Kantonsrats. In diesem Sinne bittet Felix Häcki, nicht einfach alles in einen Topf zu werfen und der SVP-Fraktion vorzuwerfen, sie würde immer einfach rumschwanken. Wir haben klar gesagt: Wir können mitmachen, aber nicht ausschliesslich für die Swissair.

Martin **Lehmann**: Um es vorweg zu nehmen, die SP-Fraktion verurteilt vehement, wenn durch krasse Fehlentscheidungen eines Managements Arbeitsstellen weg rationalisiert werden, insbesondere dann, wenn es – wie im Fall der ehemaligen Swissair – Züge eines sträflichen Dilettantismus und einer beispiellosen Selbstüberschätzung annimmt. Wir haben daher durchaus Verständnis und Sympathie für das grundsätzliche Anliegen der Motion, auch wenn die Absichten der einzelnen Motionäre diametraler nicht sein könnten. Genauso wie im Nachgang zum Grounding der Swissair plötzlich Tausende von Aviatik-Experten wie Pilze aus dem Boden schossen, scheinen nun auf Totsparen Vorprogrammierte auf einmal zu Sozialarbeitern zu mutieren. Aber im letzten Herbst ging es nicht um ein Wunschkonzert, was der Kan-

ton mit 2,3 Mio Franken so alles anfangen könnte, sondern allein um die Frage, ob wir uns an der bisher einmaligen Unterstützungsaktion von Bund, Kantonen und Wirtschaft zur Rettung der schweizerischen Luftfahrt beteiligen sollten. Und dazu hat sich der Zuger Souverän an der Urne äussern können. In der Zwischenzeit hat sich das konjunkturelle Umfeld bekanntlich dermassen verschlechtert, dass Arbeitnehmerinnen und -nehmer fast aller Branchen – und leider auch in unserem Kanton – Opfer von Entlassungen geworden sind. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass mit der Erheblicherklärung dieser Motion ein einzigartiges Präjudiz geschaffen würde, dessen Folgen in der jetzigen Wirtschaftslage unabsehbar wären. Andere schlingernde Unternehmen würden ebenfalls Anspruch anmelden, allerdings mit wenig Aussicht auf Erfolg. Mit der Tatsache, dass in dieser Stiftung keine Zugerinnen und Zuger betreut werden, würde zusätzlich das Gebot der Gleichbehandlung verletzt. Im Namen der SP-Fraktion bittet der Votant den Rat, diese Vorlage nicht erheblich zu erklären. Wir und die 2'170 Zuger Arbeitslosen danken Ihnen dafür.

Heinz **Tännler** fühlt sich von Beat Villiger auch ein bisschen angesprochen. Er möchte deshalb zu diesen Voten nur eines sagen: Man kann sich irren. Aber Andreas Hotz, Beat Villiger und Martin Lehmann bringen heute genau die Argumente auf den Tisch, die auch bei der Swiss-Beteiligung gegolten hätten. Ordnungspolitik, Präjudiz schaffen. Dort ging es genau auch um diese Argumente und die haben dort offenbar keine Geltung gehabt. Heute will man genau mit diesen Argumenten diese Motion runterbringen. Das ist ihr gutes Recht. Aber noch etwas an Martin Lehmann. Eine Motion kann man immer stellen. Es geht nicht nur um die Swiss-Beteiligung. Wenn es hier um diese Motion geht, ist es auch legitim, dass man sie auf den Tisch bringt. Und was wir mit einem solchen ordnungspolitischen Fehler angerichtet hätten, kann man heute in der Zeitung lesen – was geschehen wäre mit diesen 2,3 Mio, wenn wir sie in diese Swiss hineingesteckt hätten.

Josef **Lang** hat in seinem vorherigen Votum das Gemeinsame betont, das wir alle hatten im letzten Herbst. Der Votant kennt eigentlich nur eine einzige Ausnahme, die anderer Meinung war, und das war Felix Häcki. Aber die grosse Mehrheit war für die Solidarität und dafür, diese 2,4 Mio im Zusammenhang mit der Swissair und Swiss zu sprechen. Felix Häcki war in seiner vorherigen Argumentation für sich kohärent, aber nicht für die Fraktion. Auch die Fraktionsmitglieder haben die Motion unterzeichnet. Die Erklärung, die Beat Villiger verdankenswerterweise vorgelesen hat, war auch Klartext. Die SVP-Fraktion, ihre zuständigen Leute waren genau für den Antrag, wie er hier steht. Nationalrat Scherer war immer dagegen, SVP-Mitglieder haben sich auch darüber aufgeregt. Es soll also niemand sagen, der jetzt gegen diese Solidarität stimmt, er sei irgendwie konsequent. Allerdings weiss der Votant, dass dieser Rat aus vielen neuen Mitgliedern besteht, die man nicht haftbar machen kann für Haltungen des letzten Herbstes.
Josef Lang hat bewusst nichts gesagt über die Swiss und den Entscheid der 4 Milliarden, die sie Bund, Kantonen und Gemeinden gekostet hat. Diese Frage wurde jetzt aufgeworfen. Diese 4 Milliarden sind eine der kapitalsten Finanz-Fehlentscheide, die in diesem Land je getroffen wurden. Und der wahrscheinlich grösste finanzielle Fehlentscheid, an dem sich Linke beteiligt haben. Es ist absurd, wenn die SP dafür ist, 2,34 Mio Aktien zu investieren in etwas Unökologisches, und dagegen ist, 2,34 in etwas Soziales. Und noch absurder ist es, wenn man dabei lokalistisch argumentiert.

Kantonalismus ist noch schlimmer als der Nationalismus der SVP, weil Kantonalismus noch enger ist. Mit diesem Argument, man dürfe Opfern einer Katastrophe, die für unseren Kanton gearbeitet haben – und das war ja die Argumentation für den Swiss-Kredit – kein Geld geben, weil es auch in unserem Kanton Arbeitslose gibt, wird die SVP in Zukunft jede Entwicklungspolitik und jede Inlandhilfe bodigen können. Der Votant spricht jetzt so, weil ihm die Debatte gezeigt hat, dass er wahrscheinlich zu den Verlierern gehören wird. Da ist Taktik nicht mehr so entscheidend. Aber er gehört zu jenen, die konsequent sind als Sozialpolitiker und mit dem, was sie vor Monaten gesagt haben.

Felix **Häcki** möchte nur kurz Eines sagen. Wenn Jo Lang hier mit Halbwahrheiten und falschen Unterstellungen operiert und sich künstlich aufregt, so ist das nicht in Ordnung. Er kann dem Votanten nicht vorwerfen, er sei der Einzige gewesen, der gegen Solidarität war. Er hat damals ganz klar gesagt, er können einer Solidaritätsstiftung, die ein breites Spektrum habe, zustimmen. Aber er könne nicht einer Stiftung nur für die Swissair-Leute zustimmen. Es geht natürlich nicht, Felix Häcki als unsozialen Typ darzustellen, nur um etwas zu erreichen.
Wenn er sagt, die SVP-Fraktion habe die Motion unterschrieben, stimmt das so nicht. Es waren von acht genau zwei, die unterschrieben haben. Das ist nicht die ganze SVP-Fraktion. Bitte ein wenig mehr Klarheit und ehrlichere Argumentation.

➔ Der Rat beschliesst mit 51 : 10 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

96 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 22. Mai 2003 – am Nachmittag finden die Fraktionsausflüge statt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

7. SITZUNG: DONNERSTAG, 22. MAI 2003

8.30 – 12.30 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

97 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Leo Granziol, Zug; Konrad Studerus, Menzingen; Jacques-Armand Clerc und Flavio Roos, beide Risch.

98 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass am Weissen Sonntag, 27. April, nach langer Leidenszeit das ehemalige Ratsmitglied Toni **Gügler** verstarb. Der Verstorbene CVP-Politiker gehörte von 1989 bis 2001 unserem Rat an und präsidierte ab 1995 die Staatswirtschaftskommission. Geachtet und geschätzt vom Ratskollegium und vom Stimmbürger, manchmal gefürchtet von der Regierung. Sein politischer Stil war nicht die feine Diplomatie, nicht ein Herumwürgen an weitschweifigen oder nichts sagenden Worten. Seine Voten hatten Kern und Biss, waren durchdacht, seine Kritik konnte scharf sein, aber im nächsten Moment durch seinen trockenen Humor entschärft werden. Er politisierte mit Weitsicht, mit einem guten Gespür für Realisierbares und vor allem immer zum Wohle des Kantons und seiner Bürger. Nach hitziger Debatte konnte er bei einem Glas Wein jedoch mitunter auch über sich selbst, gerne aber auch über andere, schalkhaft lachen. Was vergangen kehrt nicht wieder, ging es jedoch leuchtend nieder, leuchtets lange noch zurück. In diesem Sinne seien aus seiner politischen Tätigkeit die beiden Vorlagen Spital und Nordzufahrt erwähnt, bei denen er ein massgeblicher Weichensteller und Vordenker war und die wir in nächster Zeit durchexerzieren werden. So wie er seine politische Laufbahn durchschritt, mutig,

markant, gradlinig, so durchlebte er denn auch seine persönliche via dolorosa. Bewundernswert tapfer legte er sein junges Leben in Gottes Hand und nahm sein schweres Schicksal ohne Klagen an. Bitte bewahren Sie dem lieben Verstorbenen ein ehrendes Andenken.

➔ Auf Ersuchen des Ratspräsidenten erheben sich die Ratsmitglieder für eine Schweigeminute zu Ehren des Verstorbenen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Urs **Henggeler**, Direktionssekretär der Sicherheitsdirektion, während fünf Jahren (vom 1. Mai 1998 bis 1. Mai 2003) die Funktion des stellvertretenden Landschreibers ausübte. Er ist auf eigenen Wunsch auf Ende April 2003 von dieser Funktion zurückgetreten. Wir danken ihm herzlich für den geleisteten Einsatz, besonders in zwei schwierigen Phasen. Er war vorerst Sekretär der zeitintensiven kantonsrätlichen Kommission Parlamentsreform mit zahlreichen Sitzungen. Nach dem Attentat war er Mitglied der Begleitgruppe der Staatskanzlei und betreute sensibel und mit grosser Umsicht einen Teil der Verletzten. Wir wünschen ihm von Herzen alles Gute für den weiteren beruflichen und privaten Lebensweg.

Peter Rust begrüsst den neuen stellvertretenden Landschreiber, Gianni **Bomio**, Direktionssekretär der Volkswirtschaftsdirektion. Er ist einer breiteren Öffentlichkeit nach dem Attentat bekannt geworden, als er Leiter der Arbeitsgruppe «Sicherheit» war und flächendeckend die baulichen, betrieblichen und technischen Sicherheitsaspekte der kantonalen Verwaltung prüfte, zahlreiche Sofortmassnahmen umsetzte und den KRB Sicherheit vorbereitete, den Sie an der letzten Sitzung in zweiter Lesung verabschiedet haben. Er wird heute hinter dem Landschreiber als «Lehrling» sitzen und die genauen parlamentarischen Abläufe mitverfolgen. Dies ermöglicht ihm, bei einem unerwarteten Arbeitsausfall des Landschreibers sofort und kompetent in die Lücke springen zu können.

99 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 27. März 2003 und vom 17. April 2003.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Kleine Parlamentsreform. Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats auf Grund hängiger parlamentarischer Vorstösse nach der Ablehnung des Kantonsratsgesetzes (KRG) am 28. Juni 2001.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1108.1/.2 – 11127/28).

3.2. Änderung des Schulgesetzes (Besondere Förderung).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1114.1/.2 – 11139/40).

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag an den Tierschutzverein des Kantons Zug für die Quarantänestation im Tierheim Allenwinden.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1112.1/.2 – 11134/35).
3.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Umbau des Regierungsgebäudes, insbesondere des Kantonsratssaales.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1117.1/.2 – 11150/51).
4.1. Gültigkeit der Ersatzwahl von drei Mitgliedern des Verwaltungsgerichts, eines Mitglieds des Strafgerichts und eines Ersatzmitglieds des Kantonsgerichts/-Strafgerichts.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1113.1 – 11136).
4.2. Ersatzwahl einer hauptamtlichen Richterin oder eines hauptamtlichen Richters am Verwaltungsgericht (mündlicher Antrag aus dem Rat).
4.3 Ersatzwahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Verwaltungsgerichts (mündlicher Antrag aus dem Rat).

Geschäfte, die bereits mindestens zweimal traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten:

5.1. Interpellation von Käty Hofer betreffend sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet (Nr. 836.1 – 10347).
5.2. Interpellation von Markus Grüring betreffend Massnahmen bezüglich Brutalo-Videos und Hardcore-Videogames im Kanton Zug (Nr. 1019.1 – 10884).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 836.2/1019.2 – 11039).
6. Interpellation von Erwina Winiger Jutz und Josef Lang betreffend Abbau industrieller Arbeitsplätze und zur Zukunft des Werkplatzes Zug (Nr. 1043.1 - 10947).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1043.2 – 10996).
7. Interpellation von Alois Gössi betreffend Abbau von Versicherungsleistungen bei der Arbeitslosenversicherung zu Lasten des Kantons Zug (Nr. 1056.1 – 10987).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1056.2 – 11006).

---

8. Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1095.1/.2 – 11094/95) und der Kommission (Nr. 1095.3 – 11143).
9. Änderung der Kantonsratsbeschlüsse betreffend:
9.1. Übernahme der Burgliegenschaft in Zug sowie die Errichtung einer Stiftung für den Betrieb eines Museums in der Burg Zug und
9.2. Satzungen der Stiftung „Museum in der Burg Zug“.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1076.1/.2/.3 – 11040/41/42), der Kommission (Nrn. 1076.4/.5 – 11130/31) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1076.6 – 11148).
10. Nachtragskreditbegehren 2003, 1. Serie.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1107.1–- 11124) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1107.2 – 11145).
11. Kantonsratsbeschluss betreffend Schlussabrechnung des Rahmenkredits zur Förderung von Holzenergie.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 541.11 – 11112) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 541.12 – 11144).

12. Motion der SP-Fraktion betreffend Abzüge vom Steuerbetrag statt vom steuerbaren Einkommen (Nr. 1025.1 – 10895).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1025.2 – 11021).
13. Postulat von Heinz Tännler und Hans Durrer betreffend gleichzeitiges Vorlegen von Verordnungen bzw. Richtlinien zu Gesetzesvorlagen in bestimmten Fällen (Nr. 959.1 – 10704).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 959.2 – 11138).
14. Interpellation von Hans Peter Schlumpf betreffend Lehrstellensituation im Kanton Zug (Nr. 1103.1 – 11109).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1103.2 – 11149).

100 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 27. März 2003 nachmittags und vom 17. April 2003 werden genehmigt.

101 MOTION VON KARL RUST BETREFFEND VERBESSERTE STEUERUNGMÖGLICHKEITEN DES KANTONSRATS BEIM STAATSVORANSCHLAG (LAUFENDE RECHNUNG)

Karl **Rust**, Zug, sowie 63 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 14. April 2003 folgende Motion eingereicht:

«1. Der Regierungsrat wird beauftragt, die Steuerungsmöglichkeiten des Kantonsrats bei der Behandlung des Staatsvoranschlags (Laufende Rechnung) gemäss Ziff. 2 und 3 zu verbessern, erstmals beim Staatsvoranschlag 2004.
2. Die Steuerungsmöglichkeiten beziehen sich auf die gebundenen Ausgaben, bei denen die zugrundeliegenden Rechtsnormen dem Kantonsrat einen Ermessensspielraum bezüglich Ausgabenhöhe einräumen. Sie bezwecken, dem Kantonsrat verbesserte Entscheidungsgrundlagen zu liefern.
3.1 Es ist bei der Begründung des Staatsvoranschlags (Laufende Rechnung) folgende konkrete Massnahme zu treffen: Sofern bei einem Einzelkonto die Erhöhung – im Vergleich zum letztjährigen Staatsvoranschlag – mehr als 200‘000 Franken beträgt, ist diese Erhöhung in einem Anhang zum Staatsvoranschlag näher zu begründen. Es sind allfällige Auswirkungen auf allfällige nachfolgende Investitionskosten darzulegen.
3.2 Eventualantrag: Sofern im Rahmen der Behandlung der Motion ein anderer Betrag als 200'000 Franken beantragt wird, ist dieser Antrag zur Abstimmung zu bringen.
4. Die Motion ist an der Kantonsratssitzung vom 22. Mai 2003 vom Kantonsrat sofort zu behandeln und erheblich zu erklären.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1110.1 – 11132 vom 14. April 2003 enthalten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Ziff. 4 der Motion fordert, diese sei an der heutigen Sitzung sofort zu behandeln und erheblich zu erklären. Es wird somit zwei Abstimmungen geben. Die erste Abstimmung betrifft die sofortige Behandlung der Motion. Dazu ist gemäss § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder nötig. In der zweiten Abstimmung – sofern die sofortige Behandlung vom Rat beschlossen worden ist – wird über die Erheblicherklärung der Motion abgestimmt. Dazu ist gemäss § 63 Abs. 2 der GO die Mehrheit der Stimmenden nötig.
Eigentlich müssten wir in zwei Phasen debattieren, nämlich zuerst über die formelle Behandlung und – wenn diese beschlossen ist – in einer zweiten Phase über die materielle Erheblicherklärung. Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass dies unrealistisch ist. Formelles und Materielles sind schwierig voneinander abzugrenzen. Wir diskutieren somit in einem Schritt über die sofortige Behandlung und die Erheblicherklärung der Motion. Anschliessend werden wir getrennt abstimmen.

Karl **Rust** dankt zuerst den 63 Mitunterzeichnern, vor allem Gregor Kupper, Peter Dür und Käty Hofer, für die Mitgestaltung bei der Ausarbeitung der Motion. – Zu ihrer Stossrichtung: Spätere Steuererhöhungen sind für den Votanten tabu. Folglich muss auch das Parlament der zunehmenden Staatsverschuldung mit Steuerungsmassnahmen entgegenwirken. Es geht beim Voranschlag für das Parlament um den Spielraum bei den gebundenen Ausgaben. Und nach dem Finanzhaushaltsgesetz haben wir eben einen solchen Spielraum. Steuerungen und Abweichungen über 200'000 Franken je Konto bilden einen Ansatz, um zusammen mit der Regierung zu erreichen, dass staatliche Leistungen effizient erbracht werden. Nur ein effizient geführter Betrieb oder eben auch unser Kanton kann auf die Dauer seine Aufgaben und Sozialverpflichtungen gewährleisten. Wegen Vorkommnissen der letzten Zeit und unternehmerisch denkend ist Karl Rust von Folgendem überzeugt: Der ebenfalls auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Motionszweck zeigt auch den notwendigen Handlungsbedarf auf für eine effizientere und wirkungsorientiertere Zuger Lösung. Dazu hat die erweiterte Stawiko sich vor zwei Jahren für das einfache und bewährte Thurgauer Modell ausgesprochen. In diesem Sinn bedeutet diese sich einfach zu verschaffende Führungsinformation für Beträge über 200'000 Franken für das Parlament einen sinnvollen Zwischenschritt. Zur Dringlichkeitserklärung: Wenn wir das auf das Jahr 2004 ausrichten wollen, ist die Regierung darauf angewiesen, dass wir das sofort tun.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** weist darauf hin, dass alle Mitglieder der engeren und ein Grossteil der erweiterten Stawiko diese Motion mitunterzeichnet haben. Er kann dies wie folgt begründen:
1. Allgemeine Überlegungen. Die Beurteilung und Beratung von Budget und Jahresrechnung stellen eine der wichtigsten Aufgaben des Parlamentes dar. Wie der Votant anlässlich den letzten Kantonsratssitzungen aufzeigen konnte, habe Sie zwei Möglichkeiten, auf die Entwicklung der Kantonsfinanzen Einfluss zu nehmen. Möglichkeit Nr.1: Bei neuen Gesetzen, Gesetzes-Änderungen und Kantonsratsbeschlüssen können Sie die unmittelbaren Kostenfolgen beurteilen und Korrekturen anbringen. Hier erwartet Peter Dür in Zukunft vom Rat noch eine wesentlich kritischere Haltung. Anschliessend liegt die weitere Entwicklung über den Begriff der «gebundenen Aus-

gabe» in der Hand des Regierungsrats. Hier haben Sie nun Möglichkeit Nr. 2. zur Kostenkontrolle: Im Budget werden die «gebundene Ausgaben» und deren Kostensteigerung eingestellt. In der Detailberatung des Budgets hätten Sie die Möglichkeit, entsprechende Kostensteigerungen zu hinterfragen. Leider wird von dieser Möglichkeit nur selten Gebrauch gemacht und das Budget fast diskussionslos gebilligt. Warum diskussionslos? Es ist für Sie schlicht unmöglich, Kostenveränderungen in mehr oder weniger grossen Sammelkonten, mit kurzen Stichworten kommentiert, zu beurteilen. Auch die Staatswirtschaftskommission kann sich anlässlich der Besuche auf den Direktionen und der Beratung des Budgets nur ein eingeschränktes Bild der Situation machen.
2. Zum Vorschlag des Motionärs. Die Stawiko unterstützt aufgrund obiger Überlegungen Massnahmen, die mithelfen, die Beurteilung des Budgets zu verbessern. In der Industrie gibt es die ABC-Analyse, u.a. zur Eruierung von relevanten Kostenpositionen. Neu sollen in Analogie dazu gemäss der Motion Ausgabensteigerungen über 200'000 Franken begründet werden. Diese Massnahme erleichtert uns die Arbeit. Man geht davon aus, dass ca. 70 Positionen begründet werden müssen. Dies scheint praktikabel. Ein weiteres Senken der Schwelle auf 100‘000 Franken ist wahrscheinlich wenig sinnvoll, da dann eine noch wesentlich grössere Anzahl Erklärungstexte erstellt und auch analysiert werden müsste. Und dies entspricht nicht mehr der Idee der ABC-Analyse. Ob sich diese Massnahme bewährt, können wir nur beurteilen, wenn wir sie austesten. Die Debatte in der Stawiko über die Nachtragskredit-Serie 1 dieses Jahres hat gezeigt, dass diese kurzen Begründungstexte hilfreich sind. Je nach Erklärung und Plausibilität der Aussage kann entschieden werden, ob weitere Abklärungen nötig sind. Der Regierungsrat wird dabei alles daran setzen müssen, dass die Qualität der Begründungen hoch ist. Das Parlament muss davon ausgehen können, dass die Aussagen vollumfänglich der Wahrheit entsprechen. Andernfalls könnte das Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Kantonsrat nachhaltig gestört werden. Der Stawiko-Präsident wird im Zusammenhang mit der Ufersanierung St. Adrian noch kurz auf diesen Punkt eingehen.
3. Budgetdebatten im Rat. Bis heute wurden das Schwergewicht bei den Budget-Debatten vor allem auf die allgemeinen Punkte gelegt. Dort wurden von den Fraktionsexponenten staatsmännische Voten zur Kostenentwicklung gehalten. Bei den Detailberatungen fielen die Voten und Anträge aber meist sehr spärlich aus und das Budget hat jeweils mit wenigen Gegenstimmen den Rat passiert. Dieses Vorgehen hat in der Vergangenheit bereits öfters Gäste aus anderen Kantonen erstaunt. Dies muss sich dringend ändern. In Anbetracht der dunklen Gewitterwolken am Zuger Finanzhimmel müssen wir alles daran setzen, als Milizparlament unsere Aufgabe besser wahrnehmen zu können. Es geht nicht um Sparen um jeden Preis (das neue Unwort heisst «tot sparen»). Es geht darum, die Kostenentwicklung deutlich zu bremsen und den Zielen unserer Finanzplanung und vor allem der Entwicklung auf der Ertragsseite anzupassen.
Peter Dür beantragt dem Rat deshalb, auch im Namen der Stawiko, diese Motion sofort zu behandeln und erheblich zu erklären. Nur bei sofortiger Behandlung und anschliessender Erheblicherklärung ist gewährleistet, dass wir dieses Hilfsmittel bereits bei der Beratung des Budgets 2004 einsetzen können.

Heinz **Tännler** kann auf das Ablesen seines Votums verzichten, Motionär und Stawiko-Präsident haben bereits alles gesagt. Wir von der SVP-Fraktion unterstützen

diese Motion. Wir haben uns auch gefragt, ob man den Fächer etwas breiter auftun sollte, sind aber im Zusammenhang mit einem möglichen Eventualantrag davon abgekommen, weil dies allenfalls zu kompliziert würde und möglicherweise zu einer Aufstockung des Personals führen könnte. Und das wollen wir eigentlich nicht. Wir wollen eine pragmatische, transparente Lösung. Und die haben wir mit dieser Motion. Dass sie dringlich ist, wurde ebenfalls bereits erklärt. Wir unterstützen die Motion so, wie sie hier steht.

Hans Peter **Schlumpf** ist ebenfalls der Ansicht, dass der Stawiko-Präsident Wesentliches bereits gesagt hat. Es ist eine Erfahrungstatsache, dass die Einflussnahme des Kantonsrats auf den Staatsvoranschlag während der Behandlung im Parlament in der Regel nur mehr marginal ist. Zwar werden regelmässig markige Statements abgegeben. Je nach politischem Standpunkt wird mehr oder weniger Sparen gefordert. Einig sind sich jeweils alle: Wenn nicht bald etwas ändert, geht es abwärts mit dem Zuger Staatshaushalt und mit dem Stande Zug als Ganzem. Die tatsächlichen Änderungsanträge auf das Budget stehen dann aber jeweils in krassem Gegensatz dazu. Kaum ein Ratsmitglied nimmt sich denn auch wirklich die Mühe, das Budget in allen Details zu studieren und zu hinterfragen. Man muss sich im Klaren sein: Vieles wird im Vorfeld der Budgetdebatte vorbestimmt. Entscheidende Einflussfaktoren dabei sind die Personal-Plafonierung und die Budgetrichtlinien des Regierungsrats. Diese bestimmen wirklich, was nachher im Budget steht. Einen Einfluss im Nachhinein haben natürlich auch die Nachtragskredite, die im Grundsatz eine Umgehung des Budgets darstellen. Sie müssen so knapp wie möglich gehalten werden, weil damit auch die besten Budgetgrundlagen umgangen werden. Obwohl vieles im Vorfeld
bestimmt wird, darf man die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Staatsfinanzen durch das Parlament nicht einfach preisgeben oder unterschätzen. Aus diesem Grund unterstützt die FDP-Fraktion praktisch geschlossen die Motion von Karl Rust und ist für Eintreten und Erheblicherklären mit sofortiger Behandlung. Vergessen werden darf dabei nicht, dass die entscheidende Einflussnahme auf die Kosten eines Geschäfts nicht in der Budgetdebatte geschieht, sondern in den Fachkommissionen, in der Stawiko und dann auch im Rat, wenn das Geschäft behandelt wird. Dort muss jeweils mit vollem Einsatz eingegriffen werden. Die Einflussnahme während der Budgetdebatte ist dann noch eine zweite Korrektur-, Steuerungs- und Einflussmöglichkeit. Die Finanzen unseres Kantons stehen vor grösseren Herausforderungen, als dies in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist. Die Chancen, welche die Motion bietet, müssen deshalb unbedingt ergriffen werden.

Josef **Lang** weist darauf hin, dass Karl Rust transparenterweise die Sache mit dem ersten Satz auf den Punkt gebracht hat: Steuererhöhungen sind tabu. Alles weitere leitet sich aus diesem Tabu ab. Das steht zwar nicht im Vorstoss, aber das ist der Grund, dass ihn kein Mitglied der AF unterschrieben hat. Wir ahnten natürlich, worum es geht. Auch die drei Nachredner von Karl Rust haben das deutlich gemacht. Der Präsident der Stawiko betonte z.B. die Frage der gebundenen Ausgaben. Diese sind zu einem grossen Teil Sozial- und Kulturausgaben. Die materielle Stossrichtung dieses Vorstosses, der textlich sehr formell daher kommt, ist: Keine Steuererhöhungen. Obwohl z.B. der NFA auf uns zu kommt. – Wir machen bei diesem Vorstoss auch

heute nicht mit. Zwei Dinge sollten aber noch erwähnt werden. Das Parlament hat heute schon ohne diesen Vorstoss bedeutend mehr Möglichkeiten, als es ergreift. Es gibt immer wieder grosse Posten, die in diesem Saal diskutiert werden, bei denen auch bei der Stawiko der Spareifer sofort erlahmt. Wenn es um die Riesenausgaben für den Bau und Unterhalt von Strassen geht. Weiter können wir heute schon eingreifen bei den Budgetdebatten. In den 80er-Jahren im Stadtparlament hat ein Mitglied der Fraktion des Votanten 20 bis 30 konkrete Posten in Frage gestellt. Das hat damals niemandem Freude gemacht, aber das kann man natürlich. Daran hindert uns die jetzige formelle Grundlage nicht. Es geht hier nicht primär um Transparenz, sondern um die Tabuerklärung von Steuererhöhungen sowie um Sozial- und Kulturabbau, indem primär die gebundenen Ausgaben angegriffen werden.

Käty **Hofer** hat die Motion unterschrieben und sie steht dahinter. Aber sie möchte noch ein persönliches Votum abgeben zu einer Aussage des Stawiko-Präsidenten. Wenn dieser die Regierung auffordert, mit ihren Zahlen die Wahrheit zu sagen, und das mit dieser Motion begründet, so muss die Votantin sich von dieser Aussage ganz klar distanzieren. Für sie steht das nicht in dieser Motion.

Peter **Dür** hat den Eindruck, dass er völlig falsch verstanden wurde. Er hat gesagt, dass wir erwarten, dass bei Beträgen über 200‘000 Franken entsprechende Erklärungstexte abgefasst werden. Das werden Text in der Grösse sein, wie wir sie jetzt bei den Nachtragskrediten gesehen haben. Und dort ist man darauf angewiesen, dass Satz für Satz alles genau stimmt. Wir möchten dann nicht mehr – wie wir es jetzt erlebt haben – in einem Bereich etwas finden, der eher etwas mühsam ist. Wir möchten keine Nachforschungen machen müssen, sondern das durchlesen, davon ausgehen, dass das die relevanten Posten sind und diese korrekt erklärt wurden, und dann mit der Arbeit weiterfahren. Das war gemeint. Wir müssen davon ausgehen können, dass diese Texte von hoher Qualität sind und alles, was dort steht, absolut der Wahrheit entspricht.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass sich der Regierungsrat der sofortigen Behandlung und Erheblicherklärung dieser Motion anschliessen kann. Das heisst aber nicht, dass wir bis jetzt nichts hatten, sondern die Abweichungsbegründungen sind im Finanzhaushaltsgesetz und in Weisungen der Finanzdirektion geregelt. Dabei verlangt unsere bestehende Regelung eine Grobbegründung im Bericht zum Staatsvoranschlag und eine Detailbegründung in einem kurzen Stichwort in der rechten Spalte. Diese Regelung bleibt weiterhin bestehen. Sie hatten und haben auch weiterhin die Möglichkeit, bei der Verwaltung genauere Auskünfte zu den einzelnen Positionen einzuholen. Jo Lang hat darauf hingewiesen, diese Möglichkeit bestand schon und Sie können sie auch vermehrt nutzen.
Der RR ist bereit und gewillt, schon für das Budgetjahr 2004 in einem Anhang die genannten Budgetabweichungen zu kommentieren. Der Motionär und der Kantonsrat sollten sich aber bewusst sein, dass sie sich mit dieser Motion diametral zur Motion Rust/Schlumpf vom 31. Januar 2000 zu Thema WOV entgegensetzen. Wir sind momentan an der Erledigung dieses Auftrages und wir möchten ihn möglichst einfach ausgestalten, so wie es etwa das Thurgauer Modell vorsieht. Wenn es aber

nach WOV geht, beschliessen Sie allenfalls noch die Leistungsaufträge und die Globalbudgets, d.h. den Nettobetrag zwischen den Aufwand- und den Ertragspositionen. Dabei kann es sich natürlich um ein Mehrfaches der genannten 200‘000 Franken handeln. Das wäre dann die sogenannte Outputsteuerung. Die heutige Vorlage ist eine Inputsteuerung.
Wir haben versucht, die Anzahl der zu begründenden Positionen zu ermitteln. Das kann von Jahr zu Jahr stark abweichen. Auf jeden Fall wird sich die zusätzliche Begründungs-Arbeit auf alle Direktionen verteilen. Es sind zwischen 35 bis 50 einzelne Positionen. Der Arbeitsaufwand dürfte vertretbar sein, da diese Positionen ohnehin begründet werden müssen, in Zukunft einfach umfassender. Wir sind uns aber sicher einig, dass die Begründungen stichwortartig, präzis und kurz sein müssen. Es wäre der Sache sicher nicht dienlich, Ihnen mit zuviel Text die Sicht für das Wesentliche zu verschleiern. Wir möchten aber folgende Positionen von dieser neuen Regelung ausnehmen:

- Alle durchlaufenden Beiträge (Kontogruppe 470),
- alle internen Verrechnungskonten (Kontogruppe 390),
- die Konten der Strassenbau Spezialfinanzierung (Amtsnummer 3022),
- die Konten der Abschreibungen (Bereich 504),
- die Konten des kantonalen Finanzausgleichs (Bereich 5069).

Dazu hat der Finanzdirektor folgende Begründungen

- Die Durchlaufenden Beiträge werden durch die entsprechenden Ertragskonten kompensiert (z.B. Zahlungen des Bundes an die Landwirtschaft, Prämienverbilligungen).
- Das Gleiche gilt auch für die internen Verrechnungskonten (z.B. Informatikkosten, die vom ITL den jeweiligen Direktionen verrechnet werden).
- Die Konten der Strassenbau-Spezialfinanzierung werden ausschliesslich durch die budgetierten Investitionen beeinflusst. Die Abweichungen werden in der Investitions-Rechnung separat kommentiert.
- Die Abschreibungen sind durch den Abschreibungssatz gegeben.
- Die Berechnung und die entsprechende Verbuchung des kantonalen Finanzausgleichs sind durch die Gesetzgebung festgelegt. Wir werden bei diesen Positionen mit den bisherigen Abweichungsbegründungen selbstverständlich fortfahren.

Peter Hegglin schlägt vor, dass wir in der Laufenden Rechnung bei jeder in Frage kommenden Position auf einen Anhang mit zusätzlichen Budgetabweichungs-Begründungen hinweisen. Diese werden analog der Laufenden Rechnung pro Amt und Direktion gruppiert. In einzelnen Fällen können auch Berechnungen gezeigt werden. Allfällige Auswirkungen auf mögliche nachfolgende Investitionskosten werden – wie in der Motion gefordert – dargelegt. Diese neue Regelung wird für das Budget 2004 eingeführt werden.
Zu den verschiedenen Voten ist zu sagen, dass wir natürlich Sparen als Dauerauftrag verstehen. Aufgeschoben ist aber nicht gespart. Wir wollen auch weiterhin gute Qualität, denn billige Qualität, die dann nachgebessert werden muss, kann es nicht sein. Ein Beispiel dafür, dass wir unseren Auftrag wahrnehmen, ist die Inventarisierung der zweckgebundenen Beiträge. Wir sind da intensiv an der Arbeit. Wir laden jetzt die anderen Direktionen ein, gewisse zweckgebundene Beiträgen auf einem Erhebungsblatt zu quantifizieren und zu qualifizieren. – Zu den Steuererhöhungen: Der Votant möchte auch keine, aber er kann das natürlich heute nicht ausschliessen. Die Diskussionen zum NFA sind noch nicht abgeschlossen. Die genauen Kosten, die auf uns zukommen, sind noch nicht definiert.

Karl **Rust** möchte drei kleine Bemerkungen machen. Er ist froh über die klare Aussage des Stawiko-Präsidenten. – Zu Jo Lang: Der Votant hat nichts gesagt über Sozialabbau. Er lässt sich bei der neutralen Formulierung dieser Motion nichts unterschieben und unterstellen. Er hat lediglich gesagt: Steuerungen bei Abweichungen über 200'000 bilden einen Ansatz, um zusammen mit der Regierung zu erreichen, dass staatliche Leistungen effizient erbracht werden. Und nur ein effizient geführter Betrieb kann auf die Dauer seine sozialen Verpflichtungen erfüllen. Das ist genau das umgekehrte von dem, was Jo Lang diesem Rat unterschieben wollte. – Zum Finanzdirektor: Da liegt ein Missverständnis vor. Es besteht kein Widerspruch zur Motion Rust/Schlumpf betreffend Wirkungsorientierung. Es handelt sich hier um einen Zwischenschritt und der nachhaltige Motionszweck ist eben ein Handlungsbedarf für eine effiziente und wirkungsorientierte Zuger Lösung. Und diese müssen wir selbst erarbeiten und uns nicht von jemandem Drittem aufoktroyieren lassen.

Josef **Lang** hat das Stichwort Sozialabbau in Zusammenhang mit den gebundenen Ausgaben gebracht. Und diese in Zusammenhang mit dem Stawiko-Präsidenten. Abgesehen davon: Noch nie hat eine Politikerin oder ein Politiker gesagt, er sei für Sozialabbau. Diesen macht man, den predigt man nicht. Aber etwas muss klar sein: Wer dagegen ist, dass in unserem Kanton spätestens mit dem NFA Steuern erhöht werden können, wer aus Steuererhöhungen ein Tabu macht, dem und der bleibt nichts anderes übrig, als radikalen Sozial- und Kulturabbau zu treiben. Anders geht die Rechnung gar nicht auf. – Der Votant hat gesagt, er mache bei dieser Motion nicht mit. Wir laufen nicht Sturm dagegen, denn sie hat auf der formellen Seite auch ihre positiven Aspekte. Wobei diese auch ohne Motion erfüllt werden könnten. Wir werden uns deshalb enthalten – auch als Warnzeichen gegen materielle Aussagen, die mit dieser Motion verknüpft wurden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat der Motion nicht opponiert, jedoch wünscht, dass von dieser neuen Regelung bestimmte Positionen ausgenommen werden. – Im ersten Schritt stimmen wir über die sofortige Behandlung der Motion ab, dazu sind zwei Drittel der Anwesenden Räte nötig. Bei 75 Anwesenden sind das 50.

➔ Der Rat beschliesst mit 64 Stimmen die sofortige Behandlung der Motion.

➔ Der Rat beschliesst mit 65 : 0 Stimmen, die Motion erheblich zu erklären.

102 MOTION VON BEAT VILLIGER BETREFFEND ZIELSETZUNGEN, ORGANISATION UND ABLAUF DER AUFGABENTEILUNG ZWISCHEN KANTON UND GEMEINDEN MIT ANTRAG AUF VORLAGE EINES RAHMENGESETZES

Beat **Villiger**, Baar, sowie drei Mitunterzeichner haben am 9. Mai 2003 folgende Motion eingereicht:

«Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat für das weitere Vorgehen Aufgabenteilung ein Rahmengesetz vorzulegen, welches folgende Kriterien umfasst:

1. *Zielsetzungen.* Es sind die klaren Zielsetzungen aufzuzeigen, die mit der Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden erzielt werden sollen.
2. *Projektorganisation und Kosten.* Es muss genau aufgezeigt werden, wer in die Projektorganisation einbezogen wird. Hierzu ist ein Organigramm vorzulegen. Es muss aufgezeigt werden, mit welchen internen und externen Kosten gerechnet werden muss.
3. *Vorgehens- und Zeitplan.* In einem Vorgehensplan sind die genauen Arbeitsschritte bis hin zur Realisierungsphase aufzuzeigen. Es ist auch Aufschluss darüber zu geben, wie die politische Mitwirkung in den Gemeinden vorgesehen ist. Beim Zeitplan wird erwartet, dass endlich aufgezeigt wird, innert welcher Frist die einzelnen Vorgehensetappen in Angriff genommen werden bzw. bis wann mit dem Verfahren Aufgabenteilung abgeschlossen werden kann.
4. *Ausgleichssaldo und Finanzausgleich.* Es ist aufzuzeigen, wie eine Änderung des Finanzausgleichs aufgrund der Aufgabenteilung und insbesondere des sich abzeichnenden Ausgleichsaldos erfolgt.
5. *Neuer Finanzausgleich und Aufgabenentflechtung Bund Kanton (NFA).* Dieser Aspekt soll nicht Bestandteil der Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden sein. Der Regierungsrat wird jedoch ersucht, die Finanzierung des künftig höheren Ausgleichs klar aufzuzeigen.
6. *Anpassung von Gesetzen.* Es ist aufzuzeigen, wann und in welchem Rahmen bei der Aufgabenteilung die einzelnen Gesetzeserlasse angepasst werden. Der Regierungsrat hat auch darüber Aufschluss zu geben, in welcher Form ab sofort Gesetzesrevisionen vor dem Hintergrund der zu erwartenden Aufgabenteilung zu behandeln sind.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1120.1 – 11156 vom 9. Mai 2003 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

103 POSTULAT VON HANS CHRISTEN BETREFFEND SOFTWARE-LÖSUNG FÜR DAS HANDELSREGISTERAMT DES KANTONS ZUG

Hans **Christen**, Zug, sowie 27 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 3. April 2003 folgendes Postulat eingereicht:

«Der Regierungsrat wird eingeladen, für das Handelsregisteramt des Kantons Zug die Software neu zu evaluieren und öffentlich auszuschreiben. Die neue Softwarelösung soll ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen, und zwar sowohl für die Beschaffung, für den Unterhalt sowie für eine allfällige Weiterentwicklung. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit den anderen Deutschschweizer Kantonen wichtig, um weitere Vernetzungen zu ermöglichen. Der Auftrag ist gemäss Submissionsgesetzgebung auszuschreiben.»

Die Begründung des Postulats ist in der Vorlage Nr. 1109.1 – 11129 vom 3. April 2003 enthalten.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

104 INTERPELLATION VON MANUEL AESCHBACHER BETREFFEND CANNABIS-LEGALISIERUNG

Manuel **Aeschbacher**, Cham, hat am 28. April 2003 die in der Vorlage Nr. 1116.1 – 11147 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

105 INTERPELLATION VON JOSEF ZEBERG BETREFFEND UNGENÜGENDE KONTROLLEN VON BOOTEN AUF DEM ZUGERSEE

Josef **Zeberg**, Baar, hat am 1. Mai 2003 die in der Vorlage Nr. 1115.1 – 11146 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

106 INTERPELLATION VON BEAT VILLIGER BETREFFEND EINFÜHRUNG DES NEUEN LOHNAUSWEISES

Beat **Villiger**, Baar, hat am 8. Mai 2003 die in der Vorlage Nr. 1118.1 – 11152 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

107 KLEINE PARLAMENTSREFORM / ÄNDERUNGEN DER GESCHÄFTSORDNUNG DES KANTONSRATS AUF GRUND HÄNGIGER PARLAMENTARISCHER VORSTÖSSE NACH DER ABLEHNUNG DES KANTONSRATSGESETZES (KRG) AM 28. JUNI 2001

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1108.1/.2 – 11127/28).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Jean-Pierre Prodolliet, Cham, ***Präsident***	***SP***
1.	Karl Betschart, Altgasse 74, 6340 Baar	SVP
2.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
3.	Hans Durrer, Artherstrasse 25, 6318 Walchwil	SVP
4.	Michel Ebinger, St. Wendelin 8, 6343 Holzhäusern	FDP
5.	Beatrice Gaier, Bannstrasse 2, 6312 Steinhausen	CVP
6.	Josef Lang, Dorfstrasse 13, 6300 Zug	AF
7.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
8.	Gerhard Pfister, Gulmstrasse 55, 6315 Oberägeri	CVP
9.	Jean-Pierre Prodolliet, Alpenblick 5, 6330 Cham	SP
10.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
11.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
12.	Heinz Tännler, Guntenbühl 7, 6312 Steinhausen	SVP
13.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
14.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
15.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP

108 ÄNDERUNG DES SCHULGESETZES (BESONDERE FÖRDERUNG)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1114.1/.2 – 11139/40).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Käty Hofer, Hünenberg, ***Präsidentin***	***SP***
1.	Bruno Briner, Rebenweg 21d, 6331 Hünenberg	FDP
2.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
3.	Beatrice Gaier, Bannstrasse 2, 6312 Steinhausen	CVP
4.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
5.	Käty Hofer, Einhornweg 4, 6331 Hünenberg	SP
6.	Silvan Hotz, Chlingenstrasse 23, 6340 Baar	CVP
7.	Lilian Hurschler-Baumgartner, Schöngrund 14, 6343 Rotkreuz	AF
8.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
9.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
10.	Flavio Roos, Birkenmatt 5, 6343 Rotkreuz	SVP
11.	Anton Stöckli, Steinhauserstrasse 23, 6300 Zug	SVP
12.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
13.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
14.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
15.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

109 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND INVESTITIONSBEITRAG AN DEN TIERSCHUTZVEREIN DES KANTONS ZUG FÜR DIE QUARANTÄNESTATION IM TIERHEIM ALLENWINDEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1112.1 – 11134).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich um einen einmaligen Investitionsbeitrag von 240'000 Franken handelt. Er schlägt vor, dieses kleine Geschäft direkt an die Stawiko zu überweisen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

110 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND UMBAU DES REGIERUNGSGEBÄUDES, INSBESONDERE DES KANTONSRATSSAALES

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1117.1/.2 – 11150/51).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Bruno Pezzatti, Menzingen, ***Präsident*** ***FDP***

1.	Rudolf Balsiger, Bruder-Klaus-Weg 5, 6317 Oberwil	FDP
2.	Karl Betschart, Altgasse 74, 6340 Baar	SVP
3.	Michel Ebinger, St. Wendelin 8, 6343 Holzhäusern	FDP
4.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
5.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
6.	Bruno Pezzatti, Kreuzrain 3, 6313 Edlibach	FDP
7.	Flavio Roos, Birkenmatt 5, 6343 Rotkreuz	SVP
8.	Karl Rust, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
9.	Peter Rust, Wihelstrasse 20, 6318 Walchwil	CVP
10.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
11.	Max Uebelhart, Schutzengelstrasse 38, 6340 Baar	CVP
12.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
13.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
14.	Erwina Winiger Jutz, Adelheid-Page-Strasse 14, 6330 Cham	AF
15.	Othmar Birri, Fliederweg 7, 6304 Zug	SP

111A GÜLTIGKEIT DER WAHL VON DREI MITGLIEDERN DES VERWALTUNGSGERICHTS, EINES MITGLIEDS DES STRAFGERICHTS UND EINES ERSATZMITGLIEDS DES KANTONSGERICHTS/STRAFGERICHTS

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1113.1 – 11136).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich hier um die Genehmigung von Wahlen ohne Wahlgang handelt, um stille Wahlen. Der Kantonsrat muss gemäss Gesetz feststellen, dass diese Wahlen in rechtlich einwandfreier Form stattfanden und diese für gültig erklären.

➔ Der Rat erklärt die Wahlen für gültig.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die neuen Mitglieder der Gerichte somit für den Rest der Amtsperiode definitiv gewählt sind. Wir wünschen ihnen viel Erfolg bei dieser sachlich und menschlich sehr anspruchsvollen Tätigkeit.

111B ERSATZWAHL EINER HAUPTAMTLICHEN RICHTERIN ODER EINES HAUPTAMTLICHEN RICHTERS AM VERWALTUNGSGERICHT FÜR DEN REST DER AMTSPERIODE 2001 – 2006

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 41 Bst. I Ziff. 2 der Kantonsverfassung der Kantonsrat aus den Mitgliedern des Verwaltungsgerichts die hauptamtlichen Richterinnen und Richter wählt. Gemäss KR-Beschluss betreffend zweites Hauptamt im Verwaltungsgericht ab Amtsperiode 1997 – 2000 vom 25. Januar 1996 (BGS 161.813) besteht im Verwaltungsgericht nebst dem Präsidenten ein zweites richterliches Hauptamt. Ein Richter im Hauptamt, nämlich Dr. Albert Dormann, tritt zurück. Es muss somit vom Kantonsrat – neben dem hauptamtlichen Dr. Peter Bellwald – eine zweite hauptamtliche Richterin bzw. ein zweiter hauptamtlicher Richter für den Rest der Amtsperiode 2001 – 2006 gewählt werden. Wird aus dem Rat ein entsprechender Antrag gestellt?

Rosemarie **Fähndrich Burger** freut sich sehr, im Namen der AF folgenden Antrag machen zu können: Sie beantragt dem Rat, den derzeitigen Verwaltungsrichter im Nebenamt, Felix Gysi, als hauptamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht zu wählen. Er wurde 1955 in Zug geboren und hat hier seine Kindheit und Jugend verbracht. Das Lizenziat nach dem Studium der Rechte hat er 1980 an der Universität Zürich erworben. Seit 1984 ist er selbständiger Rechtsanwalt hier in Zug. Und seit 1997 nebenamtliches Mitglied des Verwaltungsgerichts. Die Votantin würde sich freuen, wenn der Rat Felix Gysi das Vertrauen schenken und ihn zum hauptamt-lichen Mitglied des Verwaltungsgerichts wählen würde. Sie möchte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, dass der Fraktionsbericht in der Neuen Zuger Zeitung heute Morgen bereits für rote Köpfe gesorgt hat. Auf Nachfrage beim zuständigen Redaktor stellte sich heraus, dass es sich beim Bericht um ein Missverständnis handelt. Also hofft Rosemarie Fähndrich Burger, dass der Wahl von Felix Gysi nichts im Wege steht.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 75, eingegangene Stimmzettel 75, leer 5, ungültig 0, in Betracht fallende Stimmzettel 70, absolutes Mehr 36.

Stimmen haben erhalten: Felix Gysi 68, Gisela Bedognetti-Roth 2.

➔ Felix **Gysi** wird mit 68 Stimmen gewählt.

Der **Vorsitzende** gratuliert dem neu gewählten hauptamtlichen Verwaltungsrichter, der Rat applaudiert und es wird ihm ein Blumenstrauss überreicht.

111C ERSATZWAHL DER PRÄSIDENTIN ODER DES PRÄSIDENTEN DES VERWALTUNGSGERICHTS FÜR DEN REST DER AMTSPERIODE 2001 – 2006

Der **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 41 Bst. I Ziff. 4 der Kantonsverfassung der Kantonsrat aus den Mitgliedern des Verwaltungsgerichts dessen Präsidentin oder dessen Präsidenten wählt. Verwaltungsgerichtspräsident Dr. Albert Dormann hat seinen Rücktritt per 30. Juni 2003 eingereicht. Es gilt somit, einen neuen Präsidenten für den Rest der Amtsperiode 2001 – 2006 zu wählen. Gemäss § 54 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes muss die Präsidentin bzw. der Präsident im Hauptamt tätig sein. Wird aus dem Rat ein entsprechender Antrag gestellt?

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass nach langjährigem und erfolgreichem Wirken als Präsident des Verwaltungsgerichts Dr. Albert Dormann per Ende Juni dieses Jahres zurücktritt und sich in den wohl verdienten Ruhestand begibt. Die Verabschiedung und Würdigung wird an der nächsten Sitzung erfolgen. Die CVP-Fraktion schlägt als Nachfolger für den Rest der Amtsperiode Dr. Peter Bellwald vor. Dieser ist 1951 geboren und hat Lötschentaler Wurzeln. Er wohnt in Baar und ist seit 1980 am Verwaltungsgericht tätig. Von 1980 bis 1991 als Gerichtsschreiber, von 91 bis 96 als Kanzleivorsteher und Gerichtsschreiber aller Kammern des Verwaltungsgerichts, von 1988 bis 1996 Mitglied der eidgenössischen Rekurskommission für Zivilschutzangelegenheiten und von 97 bis heute Verwaltungsrichter des Kantons Zug und zugleich Vorsitzender der sozialversicherungs- und fürsorgerechtlichen Kammer. Er ist damit Stellvertreter der Vorsitzenden der verwaltungs- und abgaberechtlichen Kammer. Mit ihm als Präsident erhält das Verwaltungsgericht in fachlicher und menschlicher Hinsicht wiederum eine vorbildliche Leitungspersönlichkeit, die unser Vertrauen verdient. Der Votant bittet den Rat, ihm die Stimme zu geben.

Während dem Verteilen der Wahlzettel weist der Vorsitzende darauf hin, dass für das *Strafgericht* heute auch ein vollamtliches Mitglied gewählt wird. Gemäss § 41 Bst. I Ziff. 2 der Kantonsverfassung müsste auch dieses Mitglied vom KR gewählt werden. Dies erübrigt sich aber aus folgendem Grund: Das Strafgericht besteht aus drei Mitgliedern. Gemäss KR-Beschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder sowie der Zahl der hauptamtlichen Richter im Strafgericht für diese Amtsperiode vom 20. April 2000 (BGS 161.812) setzt sich das Strafgericht aus drei Mitgliedern im Hauptamt zusammen. Jedes gewählte Mitglied dieses Gerichts ist somit gleichzeitig für ein Hauptamt gewählt.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 75, eingegangene Stimmzettel 74, leer 2, ungültig 0, in Betracht fallende Stimmzettel 72, absolutes Mehr 37.

➔ Peter **Bellwald** wird mit 72 Stimmen gewählt.

Der **Vorsitzende** gratuliert dem neu gewählten Verwaltungsgerichtspräsidenten, der Rat applaudiert und es wird ihm ein Blumenstrauss überreicht.

Peter **Bellwald** möchte sich herzlich für die Wahl bedanken. Er versichert dem Rat, dass er sich nach bestem Wissen und Gewissen für die Erledigung der Arbeiten und Aufgaben einsetzen wird, welche Verfassung und Gesetz dem Verwaltungsgesetz aufgetragen haben. Er hofft, dass es dem Verwaltungsgericht auch in seiner neuen Zusammensetzung gelingen wird, seine Arbeit zur vollsten Befriedigung der Bürgerinnen und Bürger zu erledigen. Er hofft ebenfalls, dass sich die Zusammenarbeit mit dem Kantonsrat und dem Regierungsrat auch in Zukunft so gut und so unproblematisch gestalten wird, wie dies bis heute der Fall gewesen ist. In diesem Sinne nochmals herzlichen Dank für das Vertrauen und für die Wahl, die er sehr gerne annimmt.

112 INTERPELLATION VON KÄTY HOFER BUSER BETREFFEND SEXUELLE AUSBEUTUNG VON KINDERN IM INTERNET
INTERPELLATION VON MARKUS GRÜRING BETREFFEND MASSNAHMEN BEZÜGLICH BRUTALO-VIDEOS UND HARDCORE-VIDEOGAMES IM KANTON ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 836.2/1019.2 – 11039).

Käty **Hofer** bedankt sich herzlich beim Sicherheitsdirektor für die sorgfältige Beantwortung ihrer Interpellation. Sie ist ihm auch keineswegs böse, dass die Antwort relativ lange auf sich warten liess. Denn heute hat dieses Thema eine wesentlich grössere Brisanz als im Oktober 2000, als sie die Interpellation aus damals aktuellem Anlass einreichte. Sie alle kennen das Wort «landslide»; es zeigt wenigstens ansatzweise das Ausmass des Problems, über das wir heute sprechen. Jedes dritte Mädchen, jeder vierte Knabe wird Opfer von Gewalt oder Ausbeutung. Das sind statistische Zahlen. Aber dahinter stehen Säuglinge, Kleinkinder, Schulkinder und Jugendliche, die ganz früh ganz massiv traumatisiert werden. Diese Kinder sind für ihr ganzes Leben gezeichnet, sie brauchen sehr viel Kraft und Arbeit, um Erlebtes bewältigen, um ein normales Leben führen zu können. Die Votantin ist sehr froh, dass wir auf eidgenössischer Ebene eine verschärfte Strafnorm haben. Dass die Verjährungsfrist ausgeweitet wurde. Sie ist aber nicht zufrieden, dass die Strafverfolgung in den Kantonen geschehen muss. Ein Grossteil von Kinderpornographie läuft über das Internet. Dieses beschränkt sich nicht auf die Kantone, da gibt es keine Grenzen. Das ist international, weltweit. Und das Sprichwort «global denken, lokal handeln» kommt hier an seine Grenzen. «Landslide» hat ganz eindrücklich gezeigt, was da alles schief gelaufen ist, indem die Kompetenzen bei den Kantonen lagen und diese das Problem ganz unterschiedlich handhabten. Sehr viele Täter, die eigentlich mit diesem Vorgehen hätten gefasst werden können, sind uns durch die Finger gelaufen, weil jeder Kanton einen Extrazug gefahren ist, weil keine Koordination da war. Das ist ein Skandal. Das können und dürfen wir uns nicht leisten auf dem Buckel unserer Kinder. Der Ansatz der Konferenz der Sicherheitsdirektoren zur Zusammenarbeit ist richtig. Käty Hofer appelliert an Regierungsrat Hanspeter Uster eindringlich, dass er hier sein ganzes Gewicht einbringt, dass diese Zusammenarbeit funktioniert und verstärkt wird, damit so ein Debakel nicht wieder passieren kann. Die Bitte an die Gesamtregierung: Dass sie ihr erhebliches Gewicht auf eidgenössischer Ebene einsetzt, damit wir nicht nur eine Zusammenarbeit zwischen den Kantonen

haben, sondern auch über unsere Staatsgrenzen hinweg. Dass hier eine internationale Zusammenarbeit zu Stande kommt. Denn diese ist dringend nötig. Die Votantin zitiert aus dem Bericht: «Eine Norm ist jedoch nur so gut, wie sie auch in der Praxis umgesetzt werden kann.» Käty Hofer meint: Wenn wir eine Norm umsetzen wollen, können wir das auch. Tun wir es.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass die Interpellanten zu Recht Themen ansprechen, die einem normal veranlagten Menschen nahe gehen und dessen Fassungsvermögen schlichtweg übersteigen. Auch die FDP-Fraktion ist beunruhigt über die Entwicklung in diesen Bereichen. Namentlich der Schutz der wehrlosesten Glieder unserer Gesellschaft – der Kinder – muss uns ein zentrales Anliegen sein. Ob sie nun psychisch betroffen sind, indem sie freiwillig oder unfreiwillig mit exzessiven Gewaltdarstellungen konfrontiert werden, oder ob sie psychische und physische Opfer von Missbrauch werden: Beide Themenbereiche wecken in uns das Bedürfnis, die eigene Hilflosigkeit zu überwinden und der Entwicklung Einhalt zu gebieten.
Die regierungsrätliche Beantwortung der Interpellationen ist umfassend, geht in die Tiefe, beleuchtet verschiedene Aspekte – und vermag doch nicht zu befriedigen. Nicht, dass sie als Antwort ungenügend wäre. Der Regierungsrat hält richtig fest, dass gesetzliche Rahmenbedingungen bereits bestünden, dass die Durchsetzung derselben aber nicht nur in der Verantwortung der staatlichen Organe liege, sondern auch in der Verantwortung von Eltern, Erziehern und – besonders wichtig – lokalen Vertreibern von Bild- und Tonträgern. Beim Internet kommt erschwerend die Internationalität hinzu. Vieles spielt sich ausserhalb unserer juristischen Hoheitsgewässer ab. Sowohl Kontrolle als auch Sanktionierung sind massiv erschwert. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb den regierungsrätlichen Antrag und appelliert – einmal mehr – an die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Dieses Mal nicht, weil wir der inflationären Regulierungswut den Riegel schieben möchten, sondern weil wir pragmatisch einsehen müssen, dass unser Handlungsspielraum in dieser Thematik bescheiden ist.
Allerdings fragt sich der Votant, ob es nötig ist, dass ein Geschäft, welches auch für Kinder offen zugänglich in einem Zuger Einkaufszentrum eingemietet ist, einen Film vertreibt, der unter dem harmlosen Titel «Muttertag» davon handelt, dass junge Mädchen beim Camping von Brüdern verschleppt, vergewaltigt und gefoltert werden – sehr zur Freude der Mutter der Jungs. Die strafrechtliche Relevanz des Filminhaltes kann Thomas Lötscher nicht beurteilen. Dazu müsste er ihn sich ansehen, und er will sich solchen Müll nicht zumuten. Er empfiehlt allerdings unserer vollziehenden Behörde, hier aktiv zu werden. Es lässt sich bequem anlässlich des wöchentlichen Familieneinkaufs bewerkstelligen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** dankt für die wohlwollende Aufnahme der Antwort und auch für das Verständnis für die Problematik, die wir geschildert haben. Er möchte kurz zu den beiden Voten Stellung nehmen. – Er wäre froh, wenn Thomas Lötscher nähere Angaben machen könnte, wo sich dieses Geschäft befindet. Wir werden der Sache selbstverständlich nachgehen. – Zu den Bemerkungen von Käty Hofer. Es ist tatsächlich so, dass die Strafverfolgung von Internet-Kriminalität in all ihren Facetten grundsätzlich Sache der Kantone ist. Es ist auch richtig so, denn der Bund verfügt grundsätzlich über keine eigenen Polizeikräfte. Er verfügt über solche

nur im Rahmen der Effizienzvorlage, wo es um die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und von Schwerstkriminalität geht. Dort hat der Bund seine Personalressourcen massiv aufgestockt und ist daran, sie noch weiter auszubauen. Das sind Hunderte von Leuten, die in der Bundesanwaltschaft, im eidgenössischen Untersuchungsrichteramt und bei der Bundeskriminalpolizei arbeiten oder arbeiten werden. Der Bund ist aber nicht einverstanden, dass man zu diesen engen Tatbeständen, für die er heute zuständig ist, auch noch die Internetkriminalität dazu nimmt. Er hat im Moment auch ein riesiges Sparprogramm, wo er genau in diesem Bereich, bei der Effizienzvorlage, sparen und keine weiteren Anstellungen mehr machen will. Es ist davon auszugehen, dass der Bund in den nächsten Jahren bis mindestens 2007 auf Grund des Sparprogramms des Bundes dort keine zusätzlichen Personalressourcen erhalten wird. Im Gegenteil: Er wird nicht einmal die Ressourcen erhalten, die er für die jetzt schon im Gesetz vorgesehenen Aufgaben benötigt. Es stellt sich auch die Frage, ob das sinnvoll ist. Es würde sehr viele Polizeibeamte brauchen, viele Spezialisten. Und die braucht es gleichzeitig auch in den Kantonen, denn dort geht es im IT-Bereich vor allem auch um die forensische Datensicherung. Heute sind bei praktisch jeder Hausdurchsuchung nicht nur Papiere zu beschlagnahmen, sondern auch Daten (Hardware, Software). Man muss die Server so abtransportieren, dass man die Daten später auch lesen kann. Und das wird der Bund nur in Zusammenarbeit mit den Kantonen machen können, weil dort die personellen Mittel zumindest ansatzweise vorhanden sind.
Wo der Bund aber richtigerweise heute schon tätig ist, ist im Bereich des Internet-Monitoring. Dort wird eine verdachtsunabhängige Recherche gemacht. Es ist sinnvoll, dass man das beim Bund einmal in der Schweiz macht und nicht 26 mal in den Kantonen möglicherweise immer auf den gleichen Seiten gesurft wird. Sondern dass das der Bund macht gemäss einer Vereinbarung zwischen EJPD und der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz. Dort findet auch die nationale Koordination im Bereich der IT-Ermittlung statt. Es besteht hier allerdings noch beträchtlicher Koordinationsbedarf, wie das unterschiedliche Vorgehen im Fall «landslide» oder «genesis» ganz klar gezeigt hat. Hier werden wir uns diesen Fragen auch ganz klar annehmen. Wir stehen im Kanton Zug auch vor der Herausforderung, dass wir mit dem jetzigen Personal nicht in der Lage sind, diese forensische Datensicherung bei jeder Hausdurchsuchung durchführen zu können. Der Sicherheitsdirektor weiss, dass der Rat das nicht gerne hört. Aber wenn es einem ernst ist, in diesem heiklen Gebiet wirklich Erfolg zu haben, brauchen wir drei zusätzliche Personaleinheiten, wie das der Regierungsrat in seiner Interpellationsantwort ausgeführt hat. Wir werden das im Rahmen des Budgets 2004 erst einmal als befristete Stellen versuchen zu budgetieren.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

113 INTERPELLATION VON ERWINA WINIGER JUTZ UND JOSEF LANG BETREFFEND ABBAU INDUSTRIELLER ARBEITSPLÄTZE UND ZUR ZUKUNFT DES WERKPLATZES ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1043.2 – 10996).

Josef **Lang** weist darauf hin, dass im lesenswerten Magazin «Zuger Gewerbe aktuell» vom letzten Dezember über das vergangene Wirtschaftsjahr 2002 im Kanton Zug Folgendes zu lesen war: «Insgesamt schrumpft der Sekundäre Sektor um 1,7 %. Demgegenüber kann der Tertiäre Sektor um erfreuliche 2,8 % expandieren.» Dieses Auseinanderdriften um fast 5 % in einem Jahr ist dramatisch. Es muss allen zu denken geben, unabhängig davon, wie unsere Diagnose und wie die Therapie lauten. Und obwohl der momentane Trend etwas anders aussieht. Der industrielle Abwärtsprozess ist um so bedenklicher, als er die Sektoren, welche zur klassischen Moderne der Zuger Industrie gehören, die Metall- und Maschinenindustrie sowie die Elektrotechnik und Feinmechanik um mehr als minus 6, bzw. fast minus 3 % besonders stark trifft. Im «Zuger Gewerbe aktuell» gibt es auch eine Tabelle, die unter anderem Auskunft gibt über die „Neueintragungen Handelsregister". Diese sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dass sich der industrielle Abbau mit dem firmenmässigen Gesamtausbau trifft, ist aus unserer Sicht kein Zufall. Der Zuger Werkplatz leidet nicht nur unter der schlechten Auftragslage oder unter industriestrategischen Fehlleistungen. Er leidet auch unter der Kehrseite des Steuerparadieses. So treffen ihn die hohen Bodenpreise gleich dreifach. Einerseits muss er höhere Zinsen entrichten, selbst an Orten, die mal der Fabrik selber gehörten wie bei der Landis & Gyr. Bekanntlich braucht die Produktion meistens mehr Platz als die meisten Dienstleistungsgewerbe. Zudem muss er an die rekordhohen Zuger Mieten seinen Beitrag leisten. Und drittens erschweren, wie dem Votanten gestern in Rotkreuz der Vertreter des Zuger Industrieverbandes erklärte, die teuren Mieten und die Wohnungsnot das Rekrutieren von Angestellten. Die kürzlich von den fünf Zuger Wirtschaftsverbänden veröffentlichte Schrift «Kompass Zug. Wegweiser für Politik und Wirtschaft» hält fest: «Rund 70 % der Befragten bezeichneten die weitgehend fehlende Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum bzw. die teuren Grundstückpreise als Standortnachteil des Kantons Zug.» Wir betonen das schon seit 50 Jahren.
Wir stehen vor der Frage: «Will unser traditionsreicher Industrie-Kanton auch in Zukunft einen bedeutenden Industriesektor oder will er es nicht?» An einer Podiumsdiskussion im Doku-Center im vergangenen Herbst antwortete Ständerat Rolf Schweiger auf diese Frage: «Es ist der natürliche Lauf der Dinge, dass sich gewisse Gebiete zu eigentlichen kochqualifizierten Dienstleistungszentren entwickeln.» Zug prophezeite er, zu einem kleinen Manhattan zu werden. Rolf Schweiger ist kein Phantast, seine Aussage über den «natürlichen Lauf der Dinge» ist überzeichnet, aber nicht falsch. Allerdings sind wir Alternativen der Meinung: Es gehört zu den nobelsten Aufgaben der Politik, in den sogenannten «natürlichen Lauf der Dinge» einzugreifen. Aus unserer Sicht gehört zu Zug ein starker und moderner industrieller Sektor. Wir wollen, dass auch in Zukunft in Zug Menschen arbeiten und leben können, die Qualitätsgüter herstellen. Wir wollen keine Büromonokultur. Wir wollen keine Zweiteilung unseres Kantons in kochqualifizierte Bürobeschäftigte und schlechtqualifiziertes und unterbezahltes Hilfspersonal, wie das in Manhattan der Fall ist. Es gibt auch Bürgerliche, welche diese Ansicht teilen. In einem Interview mit der «Zuger

Presse» vom 3. Januar 2003 sagte der FDP-Nationalrat Hajo Leutenegger: «Allerdings würde ich es begrüssen, wenn die Arbeitsplätze besser verteilt wären und sich insbesondere der Sektor Industrie besser entwickeln könnte. Arbeitsplätze im Produktionssektor sind langfristig wichtig.» Urs Hornecker, Präsident des Zuger Industrieverbandes, sagte im letzten Sommer vor dem Hintergrund der Entlassungen bei Siemens Metering, Vivastar, Lego, Esec und PPC gegenüber der «Neuen Zuger Zeitung»: «Die Reduktion von Arbeitsplätzen betrifft nicht nur die Industrie, sondern die ganze Gesellschaft. Es braucht in einer Gesellschaft Jobs für Leute mit unterschiedlichen Interessen und Begabungen. Dies bietet eine reine Dienstleistungsgesellschaft nicht.» Kurz vorher hatte Hornecker, ohne sie zu erwähnen, die Politik kritisiert: «Aus Sicht des Zuger Industrieverbandes könnte auch eine allzu einseitige Betonung auf Zug als Dienstleistungssektor eine gewisse Gefahr bedeuten. Die Industrie leistet einen wichtigen Beitrag zur Vielseitigkeit des Arbeitsplatzangebots und damit auch zur Vielfalt einer Region. Wir wollen, dass die Industrie auch in Zukunft im so genannten Dienstleistungskanton Zug eine bedeutende Rolle spielen kann.» (Neue ZZ 17.6.02)
Die Massnahmen, welche der Regierungsrat in seiner ausführlichen Antwort auf unsere Interpellation aufzählt und vorschlägt, lassen sich sehen. Aber sie reichen nicht. Sie packen die Grundprobleme zu wenig an. Dies sind vor allem die hohen Bodenpreise und Lebenshaltungskosten, die Kehrseite der tiefen Steuern. Das Hauptziel unserer Interpellation ist es, in Zug endlich eine Diskussion in Gang zu setzen über die Zukunft des Werkplatzes. An der diesjährigen GV der Gewerkschaft SMUV hat Josef Lang sein Gastreferat dieser Frage gewidmet. Aus den Aussagen der zahlreich erschienenen Arbeiterinnen und Arbeiter wurde klar, dass ihnen diese Frage unter den Nägeln brennt. Was sie beschäftigt, sollte auch uns beschäftigen, damit es auch in Zukunft produktive Beschäftigung in unserem Kanton gibt.

Hans Peter **Schlumpf** verspricht ein ausgereiftes Votum, das sich über mindestens fünf Monate evolutionär entwickelt hat. Er hatte es für die Januar-Sitzung geschrieben und immer wieder ergänzt. – Sein Vorredner hat einige sehr richtige Bemerkungen gemacht. Auch die Aussagen der Zitate sind richtig. Es freut den Votanten natürlich, wenn sich jemand für die industriellen Arbeitsplätze im Raum Zug einsetzt. Als Unternehmer, der selber im Kanton Zug einen exportorientierten Produktionsbetrieb besitzt und leitet, kommt er nicht umhin, zur Thematik der Zukunft der industriellen Arbeitsplätze im Kanton Zug einige Bemerkungen zu machen. Die Sorge um den Werkplatz Zug ist aktuell und durchaus berechtigt. Hans Peter Schlumpf und mit ihm auch der Zuger Industrieverband, dessen Vorstandsmitglied er ist und dessen Mitglieder nach wie vor rund 10'000 industrielle Arbeitsplätze im Kanton Zug vertreten, gehen mit den Interpellanten durchaus einig, dass eine vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einem breiten Angebot an unterschiedlichsten Arbeitsplätzen der beste Garant für wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität ist.
Gleichzeitig müssen wir aber illusionslos akzeptieren, dass die Industrie, die hier in hohem Masse exportorientiert und damit von globalen Zusammenhängen und Entwicklungen abhängig ist, sich diesen Abhängigkeiten nicht entziehen kann. Wir haben in den zugerischen Industriefirmen mit Sicherheit nicht ein Problem «Zug». Zug ist als Industriestandort mindestens so gut oder so schlecht wie jeder andere in der Schweiz; wir haben höchstens ein Problem «Schweiz» und zunehmend ein Problem «Westeuropa», indem die westlichen Industrieländer an Boden verlieren

gegenüber zahlreichen aufstrebenden Nationen, vor allem in Asien, aber in wachsendem Masse auch in Osteuropa. Im globalen Rahmen sind wir längst kein prioritärer Industriestandort mehr; die Lohnkosten, die Bodenpreise und damit letztlich die Stückkosten sind dafür viel zu hoch. Diesbezüglich wird sich unsere Position auch in Zukunft nicht verbessern, sondern mit Sicherheit noch weiter verschärfen. Dies gilt es zu akzeptieren; deswegen aber den Kopf hängen zu lassen, nützt wenig. Wir verfügen nach wie vor über gute Rahmenbedingungen, über eine hervorragende, dichte Infrastruktur, über gute Bildungsinstitutionen, verhältnismässig stabile gesellschaftliche Verhältnisse und eine massvolle und berechenbare Steuer- und Abgabenbelastung.
Diese existierenden Vorteile müssen wir aber künftig noch viel mehr in die Wagschale werfen. Die guten und teuren Bildungsinstitutionen müssen wir dazu benützen, dass wir auch tatsächlich auf allen Ebenen und in allen Sparten ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau haben; daran hapert es aber erheblich! Man darf nicht mehr davon ausgehen, wir seien in diesem Bereich unbestritten noch immer die Besten. Die gute Infrastruktur und die tiefen Zinskosten müssen wir mittels eines hohen Investitionsgrades so umsetzen, dass wir tatsächlich kurze Lieferzeiten und konkurrenzfähige Stückkosten erzielen. Unsere Aus- und Weiterbildungsinstitutionen, aber auch unsere Kreditgeber, nicht zuletzt die Banken, müssen aktiv dazu beitragen, dass wir eine höhere Rate von Unternehmensgründungen aufweisen als dies heute der Fall ist. Als Vereinspräsident des Gründerzentrums (Business-Park) ist Hans Peter Schlumpf selber in diese Thematik involviert und er weiss, wie wichtig es ist, dass man Initiativen unternimmt, damit neue Unternehmen gegründet werden. Die Hemmschwellen sind manchmal höher, manchmal weniger hoch, aber die Rate des Scheiterns ist grundsätzlich sehr hoch. Und wenn es gelingt, diese Rate nur auf die Hälfte herunterzusetzen, dann hat man doch schon Einiges getan.
Er kann aus eigener Erfahrung sagen, dass im Kanton Zug die Regierung, besonders die Volkswirtschaftsdirektion, und der private Sektor gut zusammenarbeiten und er hofft, dass dies auch weiterhin so bleibt. Es gilt dabei aber der Grundsatz aus dem Qualitätswesen: «Wir sind nie gut genug». Der permanente Verbesserungsprozess ist eine Daueraufgabe. *Eine* Schwerpunktaufgabe, der sich Volkswirtschaftsdirektion und private Institutionen zusammen in Zukunft intensiv widmen müssen, ist ein effizientes Netzwerk zu schaffen, das private Unternehmen und Bildungsinstitutionen (gerade im Bereich der Fachhochschulen) künftig noch viel enger miteinander verknüpft, damit theoretische Erkenntnisse in viel höherem Masse und viel rascher in marktfähige Produkte und Leistungen umgesetzt werden können. Eine sehr wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielt natürlich auch die Berufsausbildung, die Lehrlingsausbildung von jungen Leuten. Der Votant hat vor kurzem dazu eine Interpellation eingereicht, die Beantwortung liegt vor. Er wird sich dazu dann auch äussern.
Insgesamt ist es müssig, vergangenen Arbeitsplätzen nachzutrauern und nach marktfremden Massnahmen zu rufen, um diese aufrecht zu erhalten. Wie weit es tatsächlich praktisch gelingen könnte, die Bodenpreise zu senken und eben nicht gleichzeitig eine Wohlstandverminderung hinzunehmen, ist eine Frage, die Hans Peter Schlumpf hier nicht zu beantworten wagt. Viel wichtiger ist, dauernd neue, innovative Arbeitsplätze zu schaffen, und vor allem alles daran zu setzen, den existierenden Unternehmen auch weiterhin gute Bedingungen zu bieten.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** hält fest, dass der Regierungsrat die Sorgen um den Werkplatz Zug teilt. Wir sind auch sehr daran interessiert, dass der zweite Sektor seine Bedeutung im Kanton Zug behalten kann, und wir werden uns weiterhin dafür engagieren – soweit wir das können und politisch für richtig finden. Es ist tatsächlich so, dass seit der schriftlichen Interpellations-Antwort eine geraume Zeit verstrichen ist. Der Votant möchte deshalb einige zusätzliche Informationen geben, die das düstere Bild etwas verbessern. In der Zwischenzeit ist die Betriebszählung vom Statistischen Amt des Bundes neu gemacht worden, mit Stichdatum per Ende Dezember 2001. Sie zeigt eindeutig, dass der Kanton Zug das grösste Wirtschaftswachstum in der Schweiz hat. Darüber dürfen wir uns freuen. Es ist so, dass in den drei Jahren 1999, 2000 und 2001 die Anzahl der Beschäftigten im Kanton Zug doppelt so stark gewachsen ist wie im schweizerischen Durchschnitt, nämlich um 12 %. Noch eindrücklicher ist das Bild bei den Betriebsstätten. Hier beträgt die Zunahme 17 % bei einem durchschnittlichen Schweizer Wachstum von gerade 1 %. Sehr erfreulich daran ist aus unserer Sicht, dass dieses Wachstum sich nicht allein und ausschliesslich im Dienstleistungsbereich abgespielt hat, sondern auch im zweiten Sektor. In den Jahren 1998 bis 2001 ist die Beschäftigtenzahl in diesem Sektor um 7 % gewachsen, und die Anzahl der Arbeitsstätten um 8 %. Es ist natürlich klar, dass man innerhalb dieses Industriesektors differenzieren kann nach Ausrichtungen. Aber als Gesamtes ist der Sektor zwei im Kanton Zug bei der Beschäftigung in den letzten drei Jahren um 7 % gewachsen. Auch im Jahre 2002 konnte unsere Kontaktstelle für Wirtschaft die Ansiedlung von 40 Firmen mitbegleiten, die insgesamt 300 Arbeitsplätze schufen. Im Übrigen sind wir auch froh darüber, dass die Entwicklung bei Siemens Metering – bzw. Landis & Gyr AG, wie sie neu wieder heisst – nicht so schlecht war, wie man das angenommen hatte bei der schriftlichen Beantwortung der Interpellation. Nachträglich ist ein Grossauftrag aus Rumänien über 32 Mio Franken gekommen, so dass der Stellenabbau bei Weitem nicht in dem Ausmass vorgenommen wurde, wie er angekündigt war. Dazu kommt, dass auch im Jahr 2002 Firmen im zweiten Sektor zugezogen sind. Der Volkswirtschaftsdirektor möchte an die Sibos erinnern mit 100 Beschäftigtenplätzen, an die Elmicron mit 35 Arbeitsplätzen im Produktionsbereich, aber auch die Trumpf Maschinen AG in Baar kann ihren Bestand an Beschäftigten laufend leicht erhöhen.
Einen weiteren Aspekt möchte Walter Suter noch klar darlegen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten hat sich vor allem nicht im zweiten, sondern im dritten Sektor abgespielt. Wir sind froh darüber, dass auch im Dienstleistungssektor ein Wachstum stattfindet.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

114 INTERPELLATION VON ALOIS GÖSSI BETREFFEND ABBAU VON VERSICHERUNGSLEISTUNGEN BEI DER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG ZU LASTEN DES KANTONS ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1056.2. – 11006).

Alois **Gössi** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung seiner Interpellation, insbesondere dafür, dass sie noch vor der Abstimmung zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erfolgte. – Es ist eher ungewöhnlich, dass eine Interpellation zu einer eidgenössischen Abstimmung eingebracht wird. Aber die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hat doch auch grössere Auswirkungen auf die Situation im Kanton Zug: Leistungen werden vom Bund gekürzt.
Von der Antwort des Regierungsrats ist der Votant enttäuscht. Die Regierung findet es nicht nötig, dass der Kanton mehr Verantwortung übernimmt wegen der zeitlichen kürzeren Unterstützung durch die Arbeitslosenkasse. Er muss in Zukunft einfach mehr Arbeitslosenhilfe wegen der kürzeren Leistungsdauer der ALV auszahlen, reicht danach die «heisse Kartoffel», d.h. die Ausgesteuerten, einfach an die Gemeinden weiter, die dann, falls es nötig wird, Sozialhilfe auszahlen. Die vom Bund «abgeschobenen» Verpflichtungen werden einfach weitergeschoben an die Gemeinden. Gemäss der Zuger Presse vom 6. Mai sind 124 Personen nächstens von der Aussteuerung betroffen. Seit der eidgenössischen Abstimmung vom November hat sich das wirtschaftliche Klima weiter verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen hat auch bei uns im Kanton Zug massiv zugenommen. Die Aussichten sind nicht rosig. Die Konjunkturforscher erwarten für dieses Jahr nur ein minimes Wachstum, diejenigen der Uni Lausanne erwarten, dass die Arbeitslosigkeit bis Ende 2005 hoch bleiben wird.
Kann der Regierungsrat aus heutiger Sicht – seit der schriftlichen Beantwortung der Interpellation sind doch schon einige Monate vergangen – immer noch hinter seiner Antwort stehen? Was hat er auf Grund dieser schlechten wirtschaftlichen Lage und den steigenden Arbeitslosenzahlen im Kanton Zug in den letzten Monaten nun gemacht? In den Zeitungen war zu lesen vom Ausbau im Bereich des RAV und beim VAM. Gibt es weitere Massnahmen, die bereits eingeleitet wurden, sind weitere geplant? Aus Sicht des Votanten hätte hier der Regierungsrat einen dringenden Handlungsbedarf! Für die Antwort des Volkswirtschaftsdirektors zu diesen Fragen bedankt er sich im voraus.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** glaubt, es gilt auch in diesem Bereich die Relationen zu wahren. Er möchte darum zunächst darauf hinweisen, dass der Kanton Zug zusammen mit Genf, Neuenburg, Schaffhausen und Wallis zu den einzigen Kantonen der Schweiz gehört, die ergänzend zur Arbeitslosenkasse zusätzliche Arbeitslosenhilfe leisten. Weiter möchte er den Eindruck korrigieren, dass es darum geht, dass wir die heisse Kartoffel an die Gemeinden weitergeben wollen. Es ist so, dass die Arbeitslosenhilfe im Kanton Zug ausschliesslich von den Gemeinden getragen wird. Das wird im laufenden Jahr einen Betrag von 1,5 Mio ausmachen, den allein die Gemeinden zu tragen haben. Bei den Sozialleistungen ist es so, dass der Kanton die Hälfte mitträgt, dass also hier die Gemeinden nicht allein gelassen werden. Der Interpellant hat selber festgestellt, dass der Kanton Zug im interkantonalen

Vergleich über ein sehr gutes Angebot an Arbeitsmarktmassnahmen verfügt. Er ist einer der wenigen Kantone, die ergänzend zum Bund auch zusätzliche Mittel aufwenden für den Bereich der Arbeitsmarktmassnahmen. Und schliesslich darf man nicht vergessen, dass auch die Stimmberechtigten des Kantons Zug der Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeitslosenversicherung (AVIG) mit den verminderten Leistungen zugestimmt haben. Es kann nicht darum gehen, dass der Kanton Zug jetzt über die Arbeitslosenhilfe all diese Änderungen des Arbeitslosengesetzes auffangen könnte.
Vielleicht noch ein Hinweis: In der Interpellationsantwort haben wir dargelegt, dass wir bereit sind zu überprüfen, die Bezugsdauer für über 50-jährige Arbeitslose von 90 auf 150 Tage zu verlängern, wenn die Arbeitslosigkeit erheblich, d.h. über 4 % sei. In der Zwischenzeit ist die Arbeitslosenquote im Kanton Zug über diese Marke von 4 % gestiegen. Aus folgendem Grund haben wir aber bis jetzt noch keine entsprechende Massnahme getroffen: Es wurde schon verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosenstatistik immer noch auf der Zahl der Erwerbstätigen der Volkszählung 1990 basiert. In der Zwischenzeit sind gerade im Kanton Zug die Zahlen der Bevölkerung und der Erwerbstätigen stark gewachsen. Wir sind davon überzeugt, dass wir mit den neuen Basiszahlen der Volkszählung 2000 als Grundlage für die Berechnung der Arbeitslosenquote wesentlich tiefer und im Bereich des schweizerischen Durchschnitts oder eher darunter liegen werden. Wir hoffen darauf, dass im Juni dann erstmals diese neuen Arbeitslosenzahlen präsentiert werden. Wir sind aber bereit, im Herbst dieses Jahres, wenn die neue Quote bekannt ist und auch die längerfristigen Aussichten abgeschätzt werden können, dieses Anliegen zu prüfen. Weitergehende Massnahmen wird der Kanton Zug jedoch nicht treffen. Das hat der Regierungsrat in seiner Interpellationsantwort klar dargelegt, und daran halten wir auch fest.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

115 RUHETAGS- UND LADENÖFFNUNGSGESETZ

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1095.1/.2 – 11094/95) und der Kommission (Nr. 1095.3 – 11143).

Kommissionspräsident Hans **Christen** dankt dem Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter, seinem Direktionssekretär Gianni Bomio und dem stv. Direktionssekretär Peter Kottmann. Diese drei Herren haben massgeblich zu einer konstruktiven und speditiven Kommissionssitzung beigetragen. Grundsätzlich kann der Votant auf den Bericht und Antrag der Kommission verweisen, möchte aber auf zwei Punkte, die in der Detailberatung zu Diskussionen Anlass gaben, nochmals zurückkommen. Die Nicht-Unterstellung von Verkaufsstellen des Engros-Handels, sogenannter Cash und Carry- Läden, ist absolut berechtigt. Gewerbetreibende und Gastrobetriebe sind auf abweichende Öffnungszeiten angewiesen. Gerade wenn diese ihre Läden resp. Gaststätten geschlossen haben, sind sie darauf angewiesen, ihre Einkäufe tätigen zu

können. Der eventuelle Missbrauch mit den Einkäuferkarten haben die Cash und Carry-Betriebe im Griff.
Betreffend § 3 Abs. 3, wonach der Regierungsrat weitere Verkaufstellen Abs. 2 unterstellen kann, sofern für breite Bevölkerungskreise ein Bedürfnis besteht, erachtete eine Mehrheit der Kommission als richtig, da auf Grund von veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen dem Regierungsrat die Möglichkeit gegeben werden soll, die Ausnahmeliste punktuell zu erweitern, zumal dafür im Gesetz ein breites Bedürfnis in der Bevölkerung vorausgesetzt wird. Es wäre schon etwas übertrieben, wenn der Kantonsrat bei einer solchen Situation das Gesetz schon wieder ändern müsste. Hans Christen bittet den Rat, dem Antrag der Regierung, dem die Kommission ohne Abweichungen folgen konnte, zuzustimmen.

Anna **Lustenberger-Seitz**: «Das Thema Ladenöffnung ist stark im Wandel, das Gesetz muss voraussichtlich immer wieder angepasst werden.» Das waren die Eröffnungsworte unseres Kommissionspräsidenten an der Sitzung zu diesem Geschäft. In der Tat, seit dem Einsitz der Votantin im Kantonsrat musste sich der Rat öfters schon mit diesem Thema beschäftigen. Beim ersten Mal stimmten wir über zwei Sonntagsverkäufe ab, nachher wurde die Motion von Mitgliedern der SVP-Fraktion über verlängerte Öffnungszeiten erheblich erklärt und auch in einem neuen Gesetz teils berücksichtigt. Darauf ergriffen Alternative und Gewerkschaften das Referendum. Die grosse Mehrheit der Zugerinnen und Zuger lehnte die übermässige Ausweitung der Öffnungszeiten bereits zum zweiten Mal ab. Mit der jetzigen Vorlage behandeln wir Bereiche, die bereits vor gut eineinhalb Jahren auch von unserer Fraktion teils als richtig erachtet wurden. In diesem Sinn ist die AF für Eintreten. Wir hoffen aber sehr, dass sich die Worte von Hans Christen, das Gesetz müsse voraussichtlich immer wieder angepasst werden, nicht bewahrheiten. Schliesslich hat es der Kantonsrat in der Hand, nun den zweimaligen Volksentscheid endlich zu akzeptieren. Nur das Bedürfnis nach möglichst langen Öffnungszeiten darf nie im Vordergrund stehen, sondern einzig und alleine die Rücksichtnahme auf die Schwachen, nämlich auf das Verkaufspersonal und die Detailhändler. Das war auch immer der Grund, weshalb die AF das Referendum ergreifen musste. Und vom Volk recht bekam.
Nun zur Vorlage selber: Die AF erachtet die Abschaffung der Regelung für hohen Feiertage als notwendige Anpassung an eine veränderte Gesellschaft. Für Anna Lustenberger-Seitz persönlich gehen damit aber Werte verloren. Sie hofft nun einfach auf eine gewisse moralische Verantwortung der Veranstalter und Veranstalterinnen von Anlässen, dass sie sich überlegen, welche Art von Aktivitäten an hohen Feiertagen wie Weihnachten, Karfreitag und Ostern Platz haben. Die grosse Änderung im nun vorliegenden Gesetz, ist sicher das punktuelle Erfassen von Betrieben, welche sich nicht an die gesetzlichen Bestimmungen der Öffnungszeiten halten müssen. Die AF akzeptiert die vorliegende Aufzählung. Wir finden es sehr wichtig, dass der Kanton immer wieder kontrolliert, ob die Richtlinien des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco sowie die Vorschriften des Arbeitsgesetzes eingehalten werden.
Wir lehnen aber § 3 Abs. 3 ab, welcher dem Regierungsrat die Vollmacht gibt, weitere Betriebe unter die Ausnahmeregelung zu stellen, sollte ein breites Bedürfnis der Bevölkerung vorhanden sein. Wir werden bei der Detailberatung einen Antrag auf Streichung dieses Absatzes stellen und zwar aus folgenden Gründen:

1. Hier geht es um ein Gesetz, und Gesetzesänderungen macht grundsätzlich der Kantonsrat. Der Regierungsrat hat seine Kompetenz auf der Verordnungsstufe.

2. Auch für die Erweiterung der Ausnahmeaufzählung braucht es eine breite Diskussion und dies ist in einem Parlament mit 80 Mitglieder möglich, schliesslich sind wir die Volksvertreter.
3. Die Bemerkung «sofern für breite Bevölkerungskreise ein Bedürfnis besteht», beurteilt die AF als sehr heikel. Schon zweimal hat der Kantonsrat das Gefühl gehabt, er kenne die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung, und es ist anders herausgekommen. Wie sollte diese ein Regierungsrat mit sieben Mitglieder kennen? Ein solcher Satz sollte überhaupt nicht in diesem Gesetz stehen: Wir dürfen Gesetze nicht nach «angeblichen» Bedürfnissen der Gesellschaft verändern; sondern immer nur zu ihrem Wohl.

Die Votantin bittet den Rat, bei der Detailberatung diesen Antrag zu unterstützen:

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion für Eintreten auf diese Vorlage ist. Wir werden ihr auch zustimmen, mit Ausnahme von § 3 Abs. 3. Diese Vorlage bringt genauere Definitionen, beseitigt Unklarheiten, schafft Klarheit. Mit dieser Revision können wir das Gesetz wieder vernünftig anwenden. Es ist richtig, den Begriff der hohen Feiertage und die Ausnahmeregelungen dazu zu streichen. Die Votantin persönlich bedauert es. Aber zum Glück sind wir hier nicht so weit, dass wir persönliche Überzeugungen in einem Gesetz regeln. Überzeugungen müssen wir selber leben, in der Familie vorleben und uns entsprechend unserer Überzeugung verhalten. Das geht nur auf dieser Ebene. Die SP wird den Antrag von Anna Lustenberger bezüglich § 3 unterstützen. Die Argumente dazu sollen nicht wiederholt werden. Käty Hofer gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Gemeinden es ernst nehmen werden mit der Kontrolle dieses Gesetzes, z.B. wie sich der Umsatz einer Tankstelle zum Umsatz des zugehörigen Tankstellen-Shops verhält. Denn an der Kontrolle der Gemeinden wird sich zeigen, ob das Gesetz umgesetzt wird oder nicht. Eine zweite Hoffnung ist, dass wir nun eine Zeitlang Ruhe haben mit diesem Thema. Die Stimmberechtigten haben zwei Mal gesagt, was sie wollen, und vor allem, was sie nicht wollen.

Vreni **Sidler** weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion für Eintreten ist. Sie wird sich zu § 3 Abs. 3 in der Detailberatung äussern.

Auch Eugen **Meienberg** kann sich kurz halten. Im vorliegenden Gesetzesentwurf werden die nicht umstrittenen Kernpunkte des im September 2002 abgelehnten Gesetzes angepasst. Man verzichtet also auf die hohen Feiertage und beseitigt Rechtsunsicherheiten, indem mit einer Aufzählung aufgelistet wird, wer dem Gesetz unterstellt resp. nicht unterstellt ist. Diese Revision des Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetzes befürwortet die CVP-Fraktion einstimmig. Im Hinblick auf die Detailberatung kann der Votant bereits jetzt sagen, dass die CVP-Fraktion grösstmehrheitlich den angekündigten Änderungsantrag der AF bei § 3 Abs. 3 ablehnen wird. Dem Regierungsrat ist die Kompetenz einzuräumen, dass er im Bedürfnisfall weitere Verkaufslokale dem Gesetz unterstellen kann. Eugen Meienberg bittet den Rat, auf die Revision einzutreten und der Vorlage zuzustimmen.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte sich zuerst dafür bedanken, dass die vorberatende Kommission und alle Fraktionen bereit waren, auf diese neue Vorlage einzutreten. Das ist nicht ganz selbstverständlich, nachdem ja die vorherige in der Volksabstimmung gescheitert ist. Er möchte darum auch noch einmal ganz klar festhalten, dass diese Vorlage des Regierungsrats den Volksentscheid respektiert. Die Öffnungszeiten werden ohne jede Änderung vom geltenden Recht in diese neue Gesetzesvorlage integriert. Es war uns ein Anliegen, die erkannten Schwachstellen des geltenden Gesetzes, nämlich die Rechtsunsicherheit bezüglich des Geltungsbereichs, klarzustellen und zu beseitigen. Wir haben uns darum entschlossen, Ihnen diese Vorlage für ein neues Gesetz zu unterbreiten und die unbestrittenen Teile wieder vorzubringen. Der Volkswirtschaftsdirektor möchte auch klar festhalten, dass diese neue Gesetzesvorlage in allen Teilen dem seinerzeit von der vorberatenden Kommission und vom Kantonsrat beschlossenen Gesetzestext entspricht, mit Ausnahme der Öffnungszeiten, und dass es überhaupt keine Abweichung gibt. Auch § 3 Abs. 3, diese Kompetenzdelegation an den Regierungsrat, entspricht ganz klar der ursprünglichen Fassung, die Sie seinerzeit beschlossen haben. Der Kantonsrat kann selbstverständlich die Kompetenz, die er eigentlich hätte, an den Regierungsrat delegieren. Und wir vom Regierungsrat haben das Vertrauen, dass wir diese Kompetenz richtig und nicht missbräuchlich anwenden würden. Es gibt uns eine gewisse Flexibilität, die von der Sache her sicher gerechtfertigt ist. Es ist auch zu sagen, dass es für uns keine Prestigefrage ist. Walter Suter möchte den Rat trotzdem bitten, diesem richtigen Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 2, Abs. 1

Heini **Schmid** möchte hier von Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter Präzisierungen haben. Wenn man die Materialien studiert, wird dort gesagt, dass an Ruhetagen keine Openair-Anlässe durchgeführt werden können. Der Votant fragt sich, ob diese von den Gemeinden zu vollziehende Bestimmung durchgeführt werden kann. Er möchte Präzisierungen dazu, dass wir weniger die Art der Anlässe beurteilen, sondern dass wir bei der Bewilligung auch berücksichtigen können, wo diese Anlässe durchgeführt werden. Es wäre wirklich nicht realitätskonform, wenn wir hier einfach gewisse Tätigkeiten, die openair durchgeführt werden, verbieten würden. Diese Frage ist sicher etwas überraschend und Heini Schmid entschuldigt sich, dass diese Sache nicht bereits in den Fraktionen diskutiert wurde. Aber hier ergeben sich Vollzugsprobleme in den Gemeinden, wenn wir absolute Verbote einfügen. Nicht jedes Rockkonzert stört die Sonntagsruhe.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** bestätigt, dass die Anwendung des Gesetzes den Gemeinden überlassen ist. Und das Gesetz sagt klipp und klar, dass einfach alle Veranstaltungen verboten sind, die den öffentlichen Ruhetag in seinem Charakter und seiner Ruhe stören. Was das im Einzelnen bedeutet, ist selbstverständlich

Sache der Gemeinden. Der Regierungsrat war der Meinung und er hat das in der Vorlage auch in die Klammern gesetzt, dass als Beispiele für solche ruhestörende Veranstaltungen Openair-Anlässe wie Rockkonzerte und Technopartys gelten. Wenn man da differenziert von der Lage her, wo das stattfindet, und daraus ableiten kann, dass die Sonntagsruhe in diesem speziellen Fall nicht beeinträchtigt wird, kann das die Gemeinde so beschliessen. Es steht nicht im Gesetz, dass solche Veranstaltungen verboten sind. Es handelt sich hier um Beispiele, die aus unserer Sicht diese Ruhestörung verursachen würden. Es geht nicht um das generelle Verbot von Openair-Anlässen, worunter ja auch Sportanlässe sind. Aber diese Konzertarten im Freien können aus der Sicht des Regierungsrats ruhestörend sein. Das differenziert umzusetzen ist möglich, wenn die Ruhe durch die Lage des Veranstaltungsortes nicht wirklich gestört wird.

Heini **Schmid** ist zufrieden mit dieser Antwort.

§ 3 Abs. 3

Vreni **Sidler** weist darauf hin, dass sich in den letzten Jahren gezeigt hat, dass sich die Strukturen im Detailverkauf in einem starken Wandel befinden. Mit diesem Abs. 3 ermöglichen wir es der Regierung, punktuell Anpassungen an Strukturveränderung nachzuvollziehen. Bedingung ist jedoch wie gesagt, dass das einem Bedürfnis breiter Bevölkerungskreise entspricht. Die Votantin bittet deshalb den Rat im Namen der FDP-Fraktion, den Antrag auf Streichung abzulehnen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hat gewisses Verständnis für die Flexibilität, die Walter Suter angesprochen hat. Dennoch findet sie, dass es hier um etwas Grundsätzliches geht. Wir möchte am Antrag festhalten, Abs. 3 zu streichen.

➔ Der Streichungsantrag wird mit 55 : 18 abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1095.4 – 11172 enthalten.

116 ÄNDERUNGEN DER KANTONSRATSBESCHLÜSSE BETREFFEND
- ÜBERNAME DER BURGLIEGENSCHAFT ZUG SOWIE DIE ERRICHTUNG EINER STIFTUNG FÜR DEN BETRIEB EINES MUSEUMS IN DER BURG ZUG
- SATZUNGEN DER STIFTUNG «MUSEUM IN DER BURG ZUG»

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1076.1/.2/.3 – 11040/41/42), der Kommission (Nrn. 1076.4/.5 – 11130/31) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1076.6 – 11148).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich hier um zwei verschiedene Kantonsratsbeschlüsse handelt, wobei der zweite Beschluss (Satzungen) seine Rechtsgrundlage im ersten findet. – Die Eintretensdebatte erfolgt für beide Beschlüsse zusammen, weil diese in einem engen inneren Zusammenhang stehen.

Kommissionspräsident Moritz **Schmid** hält fest, dass die Vorlage am 10. März 2003 im Rahmen einer halbtägigen Sitzung beraten wurde. Matthias Michel, Vorsteher der Direktion Bildung und Kultur, Hans-Peter Büchler, Direktionssekretär, sowie Rolf Keller, Leiter Museum in der Burg Zug, standen uns für Auskünfte zur Verfügung. Hans-Peter Büchler war zuständig für das Protokoll. Im Rahmen der Eintretensdebatte liess sich die Kommission von zwei Delegationen der Bürger- und der Korporationsgemeinde Zug über ihre Sichtweise zur Neuorganisation der Stiftung orientieren und allfällige Fragen beantworten.
Für die Kommission ist die Neuorganisation der Stiftung Museum in der Burg unbestritten. Sie begrüsst es, dass mit der beantragten Änderung der beiden Kantonsratsbeschlüssen moderne Rahmenbedingungen für die Trägerschaft geschaffen werden, die dem Stiftungsrat mehr Eigenverantwortung übertragen, eine Abkehr von Defizit- zu Pauschalbeiträgen ermöglichen und mit der Reduktion der Hauptträger sowie der Verkleinerung des Stiftungsrats die Führung des Museums verstärken. Mit Befriedigung wurde auch das vom Stiftungsrat erlassene neue Leitbild des Museums zur Kenntnis genommen, bei dem Qualität vor Quantität steht. Ebenso konnte zur Kenntnis genommen werden, dass seit Einführung der Museumspädagogik im vergangenen Jahr der Besuch der Schulklassen auf 80 gestiegen ist. Zur Diskussion Anlass gaben folgende drei Punkte:
- Die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Museumsbereich.
- Die künftige finanzielle Beteiligung der Bürgergemeinde Zug und der Korporationsgemeinde Zug.
- Die Trägerschaft durch Kanton und Stadt Zug, insbesondere die höhere finanzielle Beteiligung der Stadt Zug.

Die Kommission liess sich darüber orientieren, dass aufgrund einer PR-Aktion sich weitere sechs Gemeinden bereit erklärt haben, jährliche Betriebsbeiträge, teilweise zeitlich befristet, zu gewähren. Da aber neben dem Museum in der Burg weitere kantonale, gemeindliche und private Museen sowie Museumsabsichten bestehen, ist die Kommission der Auffassung, dass im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden die Zuständigkeit im Museumsbereich überprüft, beziehungsweise die Zusammenarbeit unter den Museen verbessert werden sollte.
Das in der Vorlage vorgesehene grössere Engagement der Stadt Zug gab Anlass zur eingehenden Diskussion. Der Regierungsrat hat in seiner Vorlage dargelegt, dass er

den neuen Kostenteiler Kanton 2/3, Stadt 1/3 in umgekehrter Anwendung des Kostenteilers bei der Stadt- und Kantonsbibliothek mit dem Stadtrat von Zug vereinbart hat. Trotz dieser einverständlichen Absprache erachtet es die Kommission als wichtig, alles zu unternehmen, damit die Vorlage im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug nicht gefährdet ist. Der in diesem Zusammenhang von einem Kommissionsmitglied gestellte Antrag, die Fortsetzung der Beratung einzustellen, bis der Grosse Gemeinderat über die Beteiligung der Stadt entschieden hat, wurde nach eingehender Diskussion zurückgezogen. Die Kommission entschied dann mit 15: 0 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.
Die Kommission hat wie bereits erwähnt je eine Delegation der Bürger- und der Korporationsgemeinde zum Gespräch empfangen. Beide Delegationen haben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie die vom Regierungsrat vorgeschlagene Neuorganisation grundsätzlich begrüssen, dass sie aber auch die inskünftig von ihnen verlangten Betriebsbeiträge als für ihre finanziellen Verhältnisse zu hoch betrachten. Nach diesen Ausführungen beantragte ein Kommissionsmitglied im Sinne eines Kompromisses, es seien die inskünftigen Beiträge der Bürger- und der Korporationsgemeinde auf 35'000 beziehungsweise 70'000 Franken jährlich zu beschränken, allerdings zuzüglich Teuerung. Dieser Antrag wurde mit 8:7 Stimmen knapp abgelehnt. Die Mehrheit der Kommission sieht weder im heutigen noch im zukünftigen Museumsbetrieb eine Änderung des Stiftungszwecks. Sie ist der Auffassung, auf Grund des Interesses der beiden Gemeinden am Museum sowie ihren finanziellen Möglichkeiten sei die vom der Regierungsrat beantragte «Einfrierung» der Beiträge von 42'500 resp. 85'000 Franken angemessen. Nach Ansicht der Kommission darf die Neuorganisation nur dann in Kraft treten, wenn alle Gründerkörperschaften auch zustimmen. Andernfalls gilt weiterhin das geltende Recht.
Im Namen der Kommission beantragt Moritz Schmid, auf die Vorlagen einzutreten und ihnen mit den von der Kommission beschlossenen Änderungen in Vorlage Nr. 1076.5 zuzustimmen. Für die freundliche und tatkräftige Unterstützung bei seinen Vorbereitungen möchte er sich bei Matthias Michel und Hans-Peter Büchler herzlich bedanken.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** hält fest, dass seine Kommission die beiden Vorlagen an der Sitzung vom 5. Mai beraten hat. Er verweist auf den Bericht und möchte noch folgende vier Punkte erläutern.
1. Kostenentwicklung. Die Stawiko anerkennt den Wert des Museums in der Burg Zug. Gerade in der heute sehr schnelllebigen Zeit ist es wichtig, dass sich die Bevölkerung und insbesondere unsere Kinder über die Geschichte unseres Kantons informieren können. Das Denken in grösseren Zeiträumen geht sonst zunehmend verloren. Es ist uns ebenfalls klar, dass ein Museum nur attraktiv bleibt, wenn es mit Wechselausstellungen und museumspädagogischen Massnahmen den geänderten Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst wird. Das diese Massnahmen zu einer deutlichen Kostensteigerung geführt haben, ist offensichtlich. Die Stawiko beurteilt die Kostenentwicklung als kritisch. Es verwundert sie nicht, dass die ursprünglichen Gründungsmitglieder der Stiftung, die Bürgergemeinde und die Kooperationsgemeinde Zug, ihre Beiträge limitieren möchten. Die Bürgergemeinde Zug als Beispiel zahlte bei der Museumseröffnung im Jahr 1983 einen Betrag von rund 16'000 Franken, im letzten Jahr 42'000. Der Landesindex der Konsumentenpreise stieg in der gleichen Zeit von 100 auf 150 Basispunkte, womit teuerungsbereinigt eine reale

Kostensteigerung von 75 % resultiert. Diese Kostensteigerung ist zwar hoch, aber nicht ganz so dramatisch, wie sie von den beiden Körperschaften geschildert wird.
Die Umsetzung der in der Organisationsanalyse vorgeschlagenen Massnahmen führt nun zu einer weiteren Kostensteigerung, die von der Bürgergemeinde und der Kooperationsgemeinde nicht mehr mitgetragen werden muss. Aufgrund eines höheren Sachaufwandes, der Teuerungszulage und einer Personalstellenerhöhung um 75 Stellenprozente steigen die Gesamtkosten von 855‘900 (im Jahr 2002) auf rund 1 Mio im Jahr 2004, d.h. um nochmals 16 %. Der Kanton soll neu 2/3 der Kosten des Leistungsauftrages übernehmen, was im Moment einer Kostensteigerung um rund 24‘000 Franken zu Lasten der laufenden Rechnung entspricht. Insgesamt leistet der Kanton damit 657‘000 Franken pro Jahr an den Betrieb des Museums, wenn man den Liegenschaftsunterhalt im Betrag von 77‘000 noch einberechnet. – Für die Stadt Zug, die 1/3 der Kosten des Leistungsauftrags von 870'000 Franken übernehmen soll, resultiert jedoch eine deutliche Kostensteigung um 120‘000, welche zu Diskussionen führen wird. Die Stadt zahlt neu 290'000 Franken pro Jahr.
2. Beiträge der verschiedenen Partner. Die Stawiko ist der Meinung, dass das Museum vor allem zur Standortattraktivität der Stadt Zug beiträgt d.h. die Stadt Zug primär vom Museum profitiert. Sie unterstützt deshalb den Antrag der Regierung, dass der Kanton Zug 2/3, die Stadt Zug 1 /3 der Kosten übernehmen muss. Der Vorschlag der vorberatenden Kommission, dass der Kanton mindestens 2/3 und die Stadt Zug 1/2 (maximal 200000 Franken) zahlt, kann nicht unterstützt werden. Die Kostensteigerung beim Anteil der Stadt ist zwar deutlich und wird im Grossen Gemeinderat sicher Diskussionen auslösen. Nur aus diesem Grunde das Engagement der Stadt zu plafonieren und das Risiko einer Kostensteigerung voll auf den Kanton zu verschieben, ist aus Sicht der Stawiko inakzeptabel.
Die Stawiko ist ebenfalls der Meinung, dass die Beiträge der Bürgergemeinde und der Kooperationsgemeinde auf dem Niveau des Jahres 2002 eingefroren werden sollen. Eine Reduktion dieser Beiträge lehnt die Stawiko ab. Einen Antrag, diese Beträge der Teuerung anzupassen, fände sie zwar grundsätzlich sinnvoll. In Anbetracht der Gesamtsituation – der Votant verweist auf das Schreiben dieser beiden Körperschaften vom 9. Mai – wird aber auf einen entsprechenden Antrag verzichtet. Zusammenfassend ist die Stawiko der Meinung, dass sich alle Gründungsmitglieder in angemessener Weise an den Kosten beteiligen müssen. Ein Ausscheren eines Teils der Gründungsmitglieder ist inakzeptabel.
3. Beiträge anderer Gemeinden. In der Zwischenzeit ist bekannt geworden, dass sich zahlreiche andere Gemeinden mit Beiträgen an den Kosten des Museum-Betriebs beteiligen wollen. Es wird von einem Betrag von 100'000 Franken gesprochen. Was geschieht mit diesem Geld? Vom Budget des Museums Burg werden diese gemeindlichen Beiträge wie auch die fixen Beiträge von Bürger- und Korporationsgemeinde abgezogen. Der resultierende Betrag wird vom Kanton und der Stadt Zug im Rahmen des Leistungsauftrags anteilsmässig getragen. Von der finanziellen Unterstützung der Zuger Gemeinden profitieren demnach der Kanton Zug und die Stadt Zug proportional zu ihrem finanziellen Engagement – 2/3 der Kanton, resp. 1/3 die Stadt Zug. Auch dies wird noch Diskussionen auslösen, ist aber vom Grundsatz der Belastung 2/3 versus 1/3 korrekt und nachvollziehbar.
4. Leistungsaufträge. Eine Minderheit der Stawiko ist der Meinung, dass der Kantonsrat aufgrund der beabsichtigten Neuordnung der Finanzierung über einen Leistungsauftrag seine Möglichkeiten zur Kostenkontrolle verliert. Mit dem Leistungsauftrag könne die Personalplafonierung problemlos umgangen werden, eine Finanzie-

rungslücke werde in jedem Fall durch eine Erhöhung des Leistungsauftrages gedeckt. Sie lehnt deshalb die Vorlagen konsequent ab. Die Mehrheit der Stawiko ist jedoch der Meinung, dass die Neuorganisation mit Reduktion des Stiftungsrats auf fünf Personen und die Steuerung über einen Leistungsauftrag modern und sinnvoll ist. Sie entspricht dem von vielen Exponenten dieses Rates geforderten NPM-Ansatz. Die Mehrheit der Stawiko fordert aber den Regierungsrat mit aller Deutlichkeit auf, die Kostenentwicklung im Auge zu behalten. Der akzeptable Rahmen für die Museumsaktivitäten ist erreicht, wenn nicht überschritten. Ein weiterer Ausbau der Aktivitäten wird in Anbetracht des in Zukunft engeren Finanzkorsetts als wenig sinnvoll beurteilt. Die Stawiko hat mit 3 Ja zu 2 Nein dieser Vorlage zugestimmt. Peter Dür kann dem deshalb, gestützt auf den Bericht und diese Erwägungen, beantragen, auf die Vorlagen 1076.2 und 1076.3 einzutreten und ihnen in der Fassung der Regierung zuzustimmen.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass die Neuorganisation der Stiftung Museum in der Burg bei der SP-Fraktion mehrheitlich unbestritten war. Wie bereits in der vorberatenden Kommission und bei der Stawiko gab der Finanzierungsschlüssel des Betriebsbeitrags zu Diskussion Anlass. Eine Mehrheit der Fraktion vertrat jedoch die Auffassung, dass er gemäss Verteilschlüssel der vorberatenden Kommission zu bewilligen sei. Damit geht es letztlich darum, ob die Stadt Zug einen jährlichen Beitrag gemäss Vorlage Regierungsrat von 290'000 oder gemäss Vorlage vorberatender Kommission von max. 200'000 Franken zu leisten hat. Die Beiträge Bürgergemeinde Zug und der Kooperation Zug werden nur von den betroffenen Körperschaften, nicht aber von der vorberatenden Kommission und der Stawiko hinterfragt. Auch in der Stadt Zug neigen sich die Jahre mit den grossen Budgetüberschüssen langsam dem Ende entgegen. Wir sind der Meinung, dass die Stadt Zug mit ihrem Beitrag an den innerkantonalen Finanzausgleich und der Übernahme verschiedenster Zentrumslasten schon einen grossen Beitrag für den Kanton und deren Bevölkerung leistet. Um eine Gefährdung der Vorlage im Hinblick auf die Beratung durch den grossen Gemeinderat der Stadt Zug nicht zum vornherein zu gefährden, ist es richtig, ein Signal des Entgegenkommens auszusenden. Wir sind der Meinung, dass der grosse Gemeinderat die Vorlage ablehnen wird, sollte der Kantonsrat den Höchstsatz von 290'000 Franken beibehalten. Damit wäre auch die Neuorganisation der Stiftung gescheitert, was sehr zu bedauern wäre. Die Neuorganisation der Stiftung ist aber der wesentliche Teil der Vorlage und sollte unter keinen Umständen vertagt werden. Sie ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft des Museums in der Burg und der eigentliche Auslöser der Vorlage. Mit dem Leistungsauftrag und der in diesem Auftrag umschriebenen Abgeltung erübrigt sich die bisherige Genehmigung des Stellenplans, der Anstellung von Personal, der Festlegung der Anstellungsbedingungen sowie des jährlichen Voranschlags und der Jahresrechnung durch den Regierungsrat. Damit wird dieser von Aufgaben entlastet, welche besser durch den Stiftungsrat wahrgenommen werden können. Aufgrund dieser Äusserungen beantragt die SP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr gemäss Antrag der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Beat **Zürcher** hält fest, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich den Anträgen der Regierung und der Stawiko folgt. Es passt uns überhaupt nicht, dass der Kanton

mindestens 2/3 der im Leistungsauftrag vereinbarten Abgeltung für den Betrieb des Museums aufkommen soll und dass die Einwohnergemeinde Stadt Zug max. 200'000 Franken bezahlen soll. Die SVP-Fraktion wird daher die Anträge der Vorberatenden Kommission zu Artikel 3 Abs. 2 und Artikel 4 Abs. 1 Bst. A lit. b grossmehrheitlich ablehnen. Wie eine Kommissionsminderheit der Stawiko findet auch die SVP, dass mit dem beabsichtigten Leistungsauftrag und der Neuordnung der Finanzierung die Kontrollmöglichkeit des Kantonsrats, die bisher über die Genehmigung des Budgets erfolgte, nicht mehr möglich sei. Die Kosten für dieses Geschäft werden im Jahr 2004 auf doch 1 Mio Franken zu stehen kommen. Wir sind uns in der Fraktion aber auch einig darüber, dass das Museum in der Burg für den Kanton und vor allem für die Stadt Zug, die Bürgergemeinde und die Korporation Zug eine Attraktivität sein kann, wenn es gut betrieben, geführt und verkauft wird.

Rosvita **Corrodi** erinnert daran, dass Kommissionspräsident Moritz Schmid bereits erwähnte, der Ausgang dieser Vorlage liege im Ungewissen. Die Fraktion der FDP wird dieser Vorlage ohne Begeisterung zustimmen. Ein Nichteintreten führt zu keiner Lösung der nach wie vor nicht gelösten Probleme. Zur Hauptsache geht es ja darum, den Kostenteiler neu zu bestimmen sowie den Stiftungsrat betr. Mitgliederzahl zu verkleinern. Wenn es darum geht festzulegen, wer wie viel zu zahlen hat, dann ist jedem das eigene Portefeuille am nächsten. Es ist also verständlich und legitim, dass jede der 4 Trägerschaffen sich bemüht, die Mehrbelastung möglichst niedrig zu halten. Die Vereinbarung zwischen Regierungsrat und Stadtrat hat aber erst dann ihre Gültigkeit, wenn der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug diesem massiv höheren Beitrag zustimmt. Und da dieser Entscheid noch aussteht, wird er das Zünglein an der Waage sein. Die auf Initiative der Stadt Zug zustande gekommenen Zusagen fast aller Gemeinden ausser Walchwil, einen jährlichen Beitrag an die Betriebskosten zu leisten, freut uns sehr. Die Mehrbelastung für die Stadt reduziert sich so immerhin von 120'000 auf 90'000 Franken. Der ursprüngliche Mehraufwand für den Kanton von 24'000 wird dank der Fleissarbeit der Stadt Zug zu einem Profitgeschäft, bekommt er doch von diesen 100'000 zwei Drittel. Ich meine, an dieser Stelle gebührt den geschickten Verhandlungspartnern ein herzliches Dankeschön.
Dass Qualität kostet, ist uns bewusst, auch wir wollen ein aktives Museum. Die FDP-Fraktion wird deshalb betreffend der erfolgten Kostenzunahme, die zur attraktiven Führung des Museums führten, in der Detailberatung nicht opponieren. Vom neuen Stiftungsrat erwarten wir aber, dass er die Kosten nicht weiter ansteigen lässt. Die FDP-Fraktion wird denn auch im Rahmen des Budgets ein kritisches Auge auf die Kostenentwicklung halten und einschreiten, sollte der Stiftungsrat weitere Kostensteigerungen zulassen. Zu denken gab uns allerdings, dass auf Grund der vor zwei Jahren in Auftrag gegebenen Analyse die personellen Probleme zwar erkannt, aber nicht gelöst wurden. Wir mischen uns nicht in die Frage der Führung und Leitung des Museums ein, stellen aber fest, dass der alte Stiftungsrat seine Führungsaufgaben nicht wahrgenommen hat und in der Vergangenheit Kostensteigerungen diesbezüglich offensichtlich zuliess. Die FDP-Fraktion will vom Konzept des Leistungsauftrags nicht abweichen und hofft, dass der Satz «ausser Spesen nichts gewesen» sich nicht bewahrheitet.

Gerhard **Pfister** hält fest, dass die CVP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist. Aber die Tatsache, dass der Votant im Rahmen der Fraktion spricht, obwohl er nicht in der Kommission war, weist schon darauf hin, dass in der Detailberatung die Fraktionsmehrheit mit der Kommission nicht mehr überall einig war. Grundsätzlich ist an der sehr erfolgreichen Arbeit des Museums wenig zu bekritteln. Wer einmal ein Museum und gar ein historisches von innen angeschaut hat, wird vielleicht mitbekommen haben, dass es heute nicht mehr genügt, einfach in Vitrinen einige Briefe, Tonscherben oder Kuriosa aufzustellen und dann zu erwarten, die Besucherströme flössen von allein in die musealen Räume. Museumspädagogik ist vielleicht ein etwas unglücklicher Name, aber die Tätigkeit ist wichtig. Zukunft braucht Herkunft und das bedingt, dass wir überhaupt noch Orte haben, wo wir erfahren können, woher wir kommen, damit wir dann vielleicht auch wissen, in welche Zukunft wir gehen sollen. Wir sind deshalb der Ansicht, das Museum in der Burg verdiene weiterhin eine Unterstützung, allerdings nur beschränkt. Die Finanzierung sei richtig und zukunftsfähig.
Da wir eigentlich beim Eintreten sind, aber schon über das Detail Beteiligung Stadt und Kanton gesprochen haben, möchte Gerhard Pfister die Position der CVP auch gleich anmelden. Die Mehrheit der Fraktion vertritt die ursprüngliche Fassung des Regierungsrats und ist für Ablehnung des Änderungsantrags der Kommission. Begründung: Wenn man den Kommissionsbericht liest, dann scheint man es hier mit einem typischen Fall von vorausgaloppierendem Gehorsam zu tun zu haben. Man hat dort «im Hinblick auf einen positiven Entscheid des Grossen Gemeinderats ein Entgegenkommen des Kantons» eingebaut, was völlig überflüssig und tendenziell auch etwas gefährlich ist. Überflüssig deshalb, weil es nicht Aufgabe des Kantonsrats sein kann, vor der Behandlung im Gemeinderat schon ein Entgegenkommen zu signalisieren, das nicht nötig ist. Die Stadt Zug profitiert vom Museum weitaus am meisten, versäumt es auch nicht, damit für sich zu werden. Also muss man doch auch sehen, wie viel dem Grossen Gemeinderat die Sache Wert ist. Die Kommissionsformulierung führt dazu, dass bei späteren Mehrkosten – die ziemlich sicher sind – der Kanton alles übernimmt und die Stadt sich eine Limite einbaut, obwohl sie mitverantwortlich sein kann, wenn Entscheide gefällt werden, die höhere Kosten verursachen. Die Formulierung der Regierung gewährleistet, dass allfällige Mehrkosten, die gemeinsam beschlossen werden, auch gemeinsam getragen werden. Das scheint uns aus finanziellen, aber auch aus politischen Gründen viel sinnvoller. Der Kanton hat hier für die kantonalen Finanzen zu sorgen, die Stadt für ihre. Wir sollten da nicht die Arbeit der Stadt gleich auch noch erledigen. Und wenn der Gemeinderat deswegen die Vorlage ablehnen sollte, dann wäre das wahrlich ein ziemlich ambivalentes Signal, wie er zu diesem Museum steht. – Wir werden bei der Detailberatung noch einen Antrag stellen, dass die Beiträge der Bürgergemeinde und der Korporation jährlich zu fixieren sind.

Matthias **Michel**, Direktor für Bildung und Kultur, freut sich, dass alle Fraktionen Eintreten beschliessen wollen. Er kann sich deshalb an dieser Stelle relativ kurz halten. Es wurde erkannt, dass es um modernere, effizientere Grundlagen für eine Trägerschaft für ein Museum geht. Und hier werden ja Mittel eingesetzt, wie es eine grosse Mehrheit dieses Rats in seiner vorherigen Zusammensetzung im Rahmen dieser NPM-Motion auch verlangt hat, sprich Trennung von Aufgaben, Entflechtung, Leistungsvereinbarung usw.. Der Votant möchte betonen, dass es heute weder um

mehr Personal oder Geld noch um eine Neuverteilung von Aufgaben geht. Eben gerade nicht. Das ist auch ein Grund, weshalb der Regierungsrat klar gegen diese Beschränkung bei der Stadt auf 200'000 Franken ist. Das wäre ein Systemwechsel von der bisherigen Teilung von grundsätzlich 1/3 und 2/3. Es ist also keine Vorwegnahme von Aufgabenteilung. Matthias Michel ist dem bisherigen Stiftungsrat, den er jetzt präsidieren darf, dankbar, dass er vor rund drei Jahren erkannt hat, dass Handlungsbedarf besteht, und zwar auf struktureller und personeller Ebene. Er hat dabei nicht einfach selber etwas erfunden, sondern sich extern beraten lassen. Man hat gemerkt, dass das Museum den gesetzlichen Auftrag der Stiftungsstatuten, es sei ein aktives Museum zu führen, in einem anderen Umfeld wahrnehmen muss. Der heutige Vorschlag basiert wesentlich auf diesen Vorschlägen der Organisationanalyse, die übrigens auch von den Stiftungsräten der Bürger- und Korporationsgemeinde mitgetragen wurde. Es geht primär um ein Leitbild, das der Kommission vorlag. Gerade der Bürgerrats-Präsident war Präsident dieser Leitbildkommission und das Leitbild orientiert sich auch an diesem pädagogischen Auftrag. Und gerade bei dieser Kostensteigerung im Zusammenhang mit der Museumspädagogik hatte man einen Konsens einschliesslich Bürgerrat.
Zweitens geht es um personelle Massnahmen. Hier hat man gesehen, dass die Frage Personalführung abgetrennt werden muss. Das ergab dann diese Co-Leitung. Man kann diskutieren, ob das richtig ist oder nicht. Aber der Stiftungsrat hatte eine Entscheidungsgrundlage von einem externen Berater und er sagte sich: Wir haben Ressourcen, die wir nutzen und nicht einfach über Bord kippen wollen. Man hat deshalb eine Lösung aufgenommen, die bis jetzt gut funktioniert.
Beim dritten Schritt, dem strukturellen, ist der Kantonsrat gefordert. Der Kulturdirektor bittet ihn, diesen Schritt zu vollziehen und das so konsequent, wie das der Regierungsrat vorsieht. Der Votant möchte auf zwei, drei kritische Punkte zurückkommen. Es wurde die Kostenentwicklung insofern kritisiert, dass nun das Mass voll sei. Hier ist zu sagen, dass es im Rahmen des Budgets nie irgendwelche Kritiken zum Konto Burg gab. Der Kantonsrat hat diese Entwicklung mitgetragen, auch die Stawiko. – Wenn es um Kosten geht, so verspricht sich Matthias Michel von der neuen Struktur eher ein griffigeres Instrumentarium. Ein Beispiel. Im Moment ist er als Regierungsrat in diesem Stiftungsrat. Die Entflechtung zusammen mit einer Leistungsvereinbarung, welche der Regierungsrat der Stiftung erteilt, wo dann kein Regierungsrat mehr dabei ist, verhilft zu einer offeneren und griffigeren Diskussion über die Kosten. – Zur Kritik an der Personalpolitik. Der Votant möchte hier keine Personaldebatte führen. Er hat vorher nur gesagt, der Stiftungsrat habe den Handlungsbedarf erkannt und gehandelt, und zwar bis heute zufriedenstellend. – Zum Vorwurf, der Kantonsrat verliere an Kompetenzen, indem er nicht mehr über die Stellen beschliessen könne. Das ist schon heute nicht so. Diese Stiftung ist outsourced. Das sind nicht kantonale Angestellte, sondern Angestellte dieser Stiftung. Der Regierungsrat muss zwar den Stellenplan bewilligen, aber das ist nicht in dieser Plafonierung drin. Und über das Budget haben Sie ja auch in Zukunft über die Abgeltung an diese Stiftung mitzureden. Es geht hier also gar nichts verloren, sondern wir schaffen im Gegenteil modernere Mittel.

EINTRETEN auf beide Vorlagen ist unbestritten.

DETAILBERATUNG *Vorlage Nr. 1076.2 – 11041*

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1076.7 – 11170 enthalten.

DETAILBERATUNG *Vorlage Nr. 1076.5 – 11131*

Artikel 3 Abs. 2 / Artikel 4 Abs. 1 Bst. A lit. b

Martin **Stuber** erinnert daran, dass alle im Saal ein Namensschild vor sich haben. Sinnigerweise sind darauf zwei Wappen, das des Kantons und das der Gemeinde. Der Votant hat in seiner kurzen Zeit im Kantonsrat schon einige Male den Eindruck gehabt, dass es immer wieder Fragen gibt, bei denen es schwierig ist, zu unterscheiden, welche Interessen man vertreten soll. Er ist klar der Meinung, dass wir als Kantonsräte gewählt sind. Und hier sind die Interessen des Kantons zu vertreten. Wenn wir jetzt über das Museum in der Burg sprechen, muss man den Erfolg dieses Museums in den Vordergrund stellen. Wenn man sich die Zahlen anschaut, sieht man eine unglaubliche Erfolgsgeschichte. Das Museum Burg ist zu einem wichtigen Ort in der Stadt Zug geworden. Und es ist doch selbstverständlich: Erfolg hat seinen Preis. Martin Stuber hat sich gefreut, dass sich der Chamer Kantonsrat Markus Jans Sorgen macht über die Stadtzuger Finanzen und in diesem Zusammenhang die Vorlage so abändern möchte, dass sie eine Chance hat im Gemeinderat. Der Votant glaubt, dass es nichts so schlimm steht um die Finanzen der Stadt Zug. Sie hat den tiefsten Steuerfuss im Kanton und konnte es sich in den letzten Jahren immer wieder leisten, auf diesen tiefsten Steuerfuss noch einen Rabatt zu gewähren, der z.T. ziemlich happig war. Er vertritt die Meinung der AF, wenn er sagt: Die Stadt Zug kann und soll sich diesen Drittel leisten. Er wird sich als Gemeinderat dafür einsetzen, dass die Stadt diesen Drittel bezahlt und er hat keine Angst, dass wenn wir hier der regierungsrätlichen Vorlage folgen, das nachher im Gemeinderat scheitern sollte. Immerhin ist es ja auch so, dass die Möglichkeit besteht, dass die Stadtzuger Kantonsräte sich nachher bei ihren Gemeinderatskolleginnen und -kollegen dafür einsetzen können, dass das im Gemeinderat auch angenommen wird. Die Argumente dafür sind in der Vorlage und im Kommissionsbericht zur Genüge dargelegt worden.

Matthias **Michel**, Direktor für Bildung und Kultur, weist darauf hin, dass ein Hauptgrund für die regierungsrätliche Fassung ist, dass mit einer Reduktion der Stadt auf einen fixen Beitrag von 200'000 Franken das abgesehen von der finanziellen Mehrbelastung des Kantons einen Systemwechsel bedeutet. Die Stadt würde zu einem fixen Beitragszahler, entgegen dem bisherigen Drittelsprinzip. Das wäre eine Vorwegnahme von Lastenteilungsaufgaben, über die wir ja später noch sprechen. Das war auch nicht Absicht des Stadtrats von Zug, der diese Vorlage mit diesem Drittelsprinzip ja mitträgt. Und wenn es dann um Belastungen geht, so hat die Stadt Zug genügend Interesse an dieser Burg. Das ist ein Standortvorteil, den man nicht zu tief werten darf. Wenn man die Lasten ansieht, muss man sich in Erinnerung rufen, dass

der Kanton Zug ohne städtischen Beitrag die gesamte Renovation der Burg bezahlt hat. Der Kanton zahlt auch 77‘000 Franken an den Unterhalt und stellt die Liegenschaft unentgeltlich zur Verfügung. Der Kanton hat hier also genügend geleistet und der Votant bittet deshalb die kantonsrätlichen Stadträte und die städtischen Kantonsräte, den Kommissionsantrag abzulehnen und der Regierung zu folgen.

➔ Der Rat lehnt den Kommissionsantrag mit 64 : 11 Stimmen ab.

Artikel 4 Abs. 1 Bst. B lit. b und Bst. C lit. b

Gerhard **Pfister** beantragt im Namen einer Fraktionsmehrheit der CVP folgende Änderung:

Bst. B lit. b: *«Leistung eines jährlichen Beitrag von 35'000 Franken.»*

Bst. C lit. b: *«Leistung eines jährlichen Beitrags von 70'000 Franken.»*

Begründung: Wir möchten damit erreichen, die Beiträge der Bürgergemeinde auf 35'000 Franken jährlich und für die Korporation auf 70'000 jährlich zu beschränken und zu fixieren. Wir sind der Ansicht, dass es für die Bürgergemeinde eine genügend hohe Last ist, 10 % ihrer jährlichen Ausgaben dafür zu verwenden. Ebenso ist es wichtig, dass diese beiden Gemeinden, die durchaus auch Skepsis angemeldet haben beim Ausbau des Angebots, ihren Beitrag auch weiterhin sinnvoll und nicht übermässig leisten können. Das ist kein Ausscheren, sondern im Gegenteil ein Mittun, aber nicht um jeden Preis. Das Angebot, zu dem sich die Gemeinden selbst verpflichten können, ist nahe bei dem, was sie bisher eh schon leisteten, obwohl sich ihre Leistungen seit den Anfangsjahren stark vergrösserten. Wenn wir hier die Korporation und die Bürgergemeinde nicht so einbeziehen, wie es ihnen möglich ist und wozu sie noch stehen können, verlieren wir sie langfristig als Mitträger, finanziell oder ideell. Beides wäre schlecht.
Wie die Stawiko richtig bemerkte, sind die beiden Gemeinden eben nicht mit der ständigen Expansion des Personalbestandes und damit der Kosten einverstanden. Wenn sie trotzdem signalisieren, weiterhin substanziell mitzutragen, aber zu dem von ihnen angebotenen Kompromissbetrag, der nahe beim bisherigen liegt, dann sollten wir vom Kantonsrat nicht so arrogant sein und den beiden Gemeinden eine Last aufbürden, zu der sie langfristig nicht mehr stehen können oder wollen. Deshalb sollten wir sie als Träger und Finanzierer weiterhin dabei haben und die jährlichen Kosten bei 35'000 bzw. 70'000 Franken fixieren.

Matthias **Michel**, Direktor für Bildung und Kultur, weist darauf hin, dass der Regierungsrat an seinem Antrag festhält. Die erwähnten Korporations- und Bürgergemeinden haben sich bekanntlich im ursprünglichen Kostenteiler dazu verpflichtet, eine Entwicklung des Museums in Prozenten oder Bruchteilen mitzutragen. Man kann jetzt nicht zurückgehen auf die Zahlen des Jahres 2000 und diese Verpflichtung rückblickend wieder herausnehmen. Das ist nicht opportun. Insbesondere weil für diese beiden Gemeinden die Entwicklung immer transparent war. Sie haben auch

immer mitreden können. Der Votant hat mal munkeln gehört, man sei übergangen worden. Dagegen muss er sich schon wehren. Er ist die Protokolle der Stiftungsratssitzungen durchgegangen. Man hat diese Vorlage von Anfang an begleitet, ja aufgegleist. Bevor sie noch vom Regierungsrat verabschiedet wurde, wurde sie nochmals mit dem Stiftungsrat besprochen. Man hatte also genügend Gelegenheiten zum Meinungsaustausch. Wenn den Anträgen der Vertreter der Korporations- und der Bürgergemeinde nicht Folge geleistet wurde, ist das ein anderer Punkt. Aber man ist offen und fair vorgegangen. Gerhard Pfister hat gesagt, diese Vertreter hätten Skepsis angemeldet. In den Protokollen steht davon reichlich wenig. Gerade der Ausbau in Richtung der Vermittlung durch Museumspädagogik wurde ausdrücklich von allen Stiftungsräten mitgetragen. Der Bürgergemeindepräsident war sogar Präsident der Leitbildkommission, welche diese Richtung eingeschlagen hat. Es ist auch daran zu erinnern, dass Bürger- und Korporationsgemeinden gewisse Aufgaben haben. Es liegt im ureigenen Aufgabenbereich dieser Gemeinden, dieses Museum zu führen. Ursprünglich haben sie ihr Sammlungsgut ins Museum gegeben, das nun hauptsächlich zu Lasten der Stadt und des Kantons gepflegt wird. Im Gemeindegesetz kann man nachlesen, dass die Bürgergemeinde vier Zwecke hat. Zwei Teilzwecke sind Verwaltung des Bürgerguts und Förderung der Heimatverbundenheit. Da darf man auch einen zweistelligen Steuerbetrag dafür verwenden. Wenn es heute auch 13 % sind, so wird dieser Steuerbetrag irgendwann auf 10 % sinken, wie das die Vision von Gerhard Pfister ist. Der Automatismus ist ja nun für diese Gemeinden gebremst.
Vielleicht noch eine Korrektur. Im Schreiben der Bürgergemeinde heisst es, der Beitrag habe sich vervierfacht. Da erschreckt man natürlich. Man muss aber wissen, dass die Bürgergemeinde von der Gründung der Stiftung im Jahr 1977 an gerechnet hat, als das Museum noch nicht in Betrieb war. Jedermann wusste jedoch, dass man ein Museum führen wolle. Das geschah dann ab 1983. Es handelt sich in Wirklichkeit um eine teuerungsbedingte Kostensteigerung von rund 75 bis 80 %. Also nicht mal eine Verdoppelung. Das liegt im angemessenen Rahmen. – Aus diesen Gründen bittet Matthias Michel den Rat, der Einfrierung dieses Betrags auf der Höhe des Budgets 2002 zuzustimmen.

➔ Der Antrag von Gerhard Pfister wird mit 56 : 19 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1076.8 – 11171 enthalten.

117 NACHTRAGSKREDITBEGEHREN 2003, 1. SERIE

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1107.1–- 11124) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1107.2 – 11145).

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage am 17. April und 5. Mai beraten hat. Er verweist auf den Bericht und möchte folgende Punkte kurz beleuchten.
1. Allgemeines. Die Stawiko musste mit Erstaunen feststellen, dass die Regierung bereits wenige Monate nach der Budgetdebatte ein Nachtragskreditbegehren im Gesamtumfang von rund 3 Mio stellt. Bei Nachtragsforderungen stellt sich immer die Frage der Budgetwahrheit. Bei der kritischer Durchsicht der Positionen besteht in einigen Fällen der dringende Verdacht, dass ein geschöntes Budget 2003 vorgelegt wurde, um die in den Budgetrichtlinien vorgegebenen Ziele zu erreichen. Spätestens bei der Budgetdebatte im Dezember 02 hätte der Kantonsrat über einige Positionen informiert werden müssen, die zu diesem Zeitpunkt bereits verwaltungsintern zur Diskussion standen. Der Votant denkt in diesem Zusammenhang an den Investitionsbeitrag an die Schweizerschule in Singapur und an die Instandstellung der Ufermauer St. Adrian. Das Budget gehört zu den wichtigsten Führungsinstrumenten des Kantonsrats. Das Parlament kann seiner verfassungsmässigen Aufgabe nur nachkommen, wenn transparent und aktuell informiert wird. Die Stawiko verlangt deshalb vom Regierungsrat:

1. Dass die Stawiko, aber auch das Parlament, in Zukunft zur Budgetdebatte aktualisierte Informationen zu intern diskutierten Nachtragspositionen erhält.
2. Dass keine geschönten Budgets vorgelegt werden.
3. Dass das Instrument Nachtragskredit noch wesentlich restriktiver gehandhabt wird.

Die Stawiko wird in Zukunft nur noch in sehr gut begründeten Ausnahmefällen auf Nachtragskredite eintreten. Die Regierung ist gut beraten, in Zukunft nur noch äusserst selten von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Im übrigen hat die Staatswirtschaftskommission weder Lust noch Zeit, Nachforschungen à la Inspektor Colombo zu tätigen. Wir fordern die Regierung nochmals auf, das Vertrauensverhältnis zwischen Parlament und Regierung nicht zu stören. In der Vorlage zum den Nachtragskredit-Begehren wird auf S. 8 oben ausgeführt, dass es im Rahmen der Budgetkürzungen vorgesehen war, die Ufermauer-Sanierung St. Adrian auf zwei Jahre zu verteilen. Zudem wurde ausgeführt, dass erst bei Baubeginn der prekäre Zustand dieser Uferpartie offensichtlich wurde. Diese Aussage steht klar im Widerspruch zum Werkvertrag inkl. Baubeschrieb, der bereits im Oktober 2002 vorlag und den prekären Zustand des Sanierungsobjektes beschrieben hat. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde die Durchführung des Bauprogramms zwingend von November 2002 bis spätestens Winter 2003, d.h. innerhalb eines Jahres, vorgeschrieben. Das Budgetieren einer zweijährigen Bauzeit entsprach deshalb nie den Absichten im Tiefbauamt, kann also, freundlich gesagt, als Budgetkosmetik bezeichnet werden. Es wäre wahrscheinlich wesentlich sinnvoller gewesen, diese Sanierung, die vom Betrag her weit über dem jährlichen Budget für Brückensanierungen liegt, als Kantonsratsbeschluss vorzulegen und über die Investitionsrechnung abzuwickeln.
2. Kostenfolgen. - Laufende Rechnung: Belastung mit 2,507 Mio, was ein erheblicher Betrag ist. Hauptverursacher ist die Baudirektion mit einem Posten von rund 2,26 Mio; 480'000 sind durch die zu tiefe Budgetierung des Strassenunterhaltes

erklärt, 1,6 Mio durch die «virtuelle Etappierung» der Ufersanierung St. Adrian verursacht. Einzig der Antrag Gutachten/Projektstudien Areal Theilerhaus im Betrag von 180000 war wahrscheinlich nicht budgetierbar, da der Entscheid des Expertengremiums zur Änderung des Planungsverfahrens erst im Dezember 2002 vorlag. – Hier noch ein kurzer Einschub zu den Angaben der Neuen Zuger Zeitung von heute und zu denen von Jo Lang. Die AF ist der Meinung, dass der Spareifer der Stawiko immer dann erlahmt, wenn es um den Strassenbereich geht. Wir haben diese Unterlagen genau angeschaut. Ufersanierung St. Adrian: Eine Etappierung kostet Geld. Und zwar für den Auf- und Abbau von Bauinstallationen. Man spricht von einer Viertelmillion. Wahrscheinlich ist es eher etwas weniger. Aber insgesamt kostet es mehr. Dann besteht das Risiko, dass die Strasse bei einem Sturm abrutscht. Wer möchte dieses Risiko übernehmen? Das kostet dann auch mehr. Und zum Strassenunterhalt. Bei unserem Besuch in der Baudirektion haben wir gesehen, dass ein genaues Kataster zum Strassenzustand erstellt wurde und die laufenden Unterhaltskosten bekannt sind. Es wurde einfach zu knapp budgetiert. Stichwort Budgetkürzungen. Und wenn Sie diesen Unterhalt aufschieben, kostet es wieder mehr Geld. Zudem gibt es Probleme mit lärmdämpfenden Belägen. An sich etwas Sinnvolles, aber man hat zu wenig Erfahrungen. Scheinbar gibt es in verschiedenen Kantonen Probleme mit diesen lärmdämpfenden Belägen. Sie gehen schneller kaputt und man ist daran, zu analysieren, was man hier machen muss. Zusammenfassend: Unser Spareifer ist überhaupt nicht erlahmt, sondern wir sehen hier einfach keine Möglichkeit zum Sparen. Das ist hier nicht praktikabel und nicht kostendämpfend.
Investitionsrechnung: Rund 442'000, verursacht grösstenteils durch dritte Bauetappe der Schweizer Schule Singapur mit 290000. Diesen Betrag können sie um 60‘000 reduzieren, wenn sie unserem Antrag in der Detailberatung zustimmen.
Zusammenfassend beantragt ihnen die Staatswirtschaftskommission einstimmig:

- auf die Vorlage Nr. 1107.1 einzutreten,
- unseren Antrag auf Reduktion des Investitionsbeitrages an Auslandschweizerschulen auf 230'000 Franken zu reduzieren,
- die Nachtragskredite von insgesamt 2'507'700 Franken zu Lasten der Laufenden Rechnung und von neu 381'880 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung zu bewilligen.

Hans **Durrer** hält fest, dass die SVP-Fraktion bei dieser Vorlage mehrheitlich für Eintreten ist und sie empfiehlt, die Anträge der Stawiko zu unterstützen, sofern die Regierung sich vorher verpflichtet, fortan die Gebote der Budgetwahrheit, -klarheit und -kontinuität zu beachten. Gibt der Regierungsrat diese Erklärung nicht ab, wird die SVP-Fraktion geschlossen gegen Eintreten stimmen. Und wir hoffen dabei, dass sich uns noch viele Mitglieder anderer Fraktionen anschliessen werden. Wir Kantonsräte dürfen die krassen Verstösse der Regierung gegen die drei allgemein bekannten Budgetprinzipien nicht mehr weiterhin tatenlos hinnehmen. Wir geben uns sonst der Lächerlichkeit durch Chefbeamte und Magistratspersonen preis – und das zu Recht – weil unsere Mahnung, es sei das allerletzte Mal, dass wir Ausnahmen machen, gar nicht mehr ernst genommen wird. Stimmen Sie also, meine Damen und Herren der AF, der CVP, der FDP, der SP und der SVP gegen diese Nachtragskredite, wenn die Regierung vorher nicht verbindlich erklärt, sie wolle in Zukunft darauf verzichten, mit Nachtragskrediten Budgetkosmetik zu betreiben. Denn auch Sie möchten nicht belächelt, sondern ernst genommen werden. Für Beweise, dass die Regierung in Budget-

fragen tut, was sie will, verweist der Votant auf den ausführlichen Bericht der Stawiko vom 5. Mai 2003. Soviel zu den materiellen Mängeln dieser Vorlage.
Nicht minder fallen bei dieser Vorlage formelle Mängel auf. Es handelt sich hier um eine schlampige, schludrige, z.T. unverständliche, mit Wechselkursfehlern und Unwahrheiten behaftete Vorlage. Sie gab auch in der Stawiko bezüglich der Antragstellung zu umfangreichen Fragen Anlass. Vor allem, wie dabei § 43 der Geschäftsordnung bezüglich Eintretensfragen zu interpretieren sei. Allein schon aus diesen formellen Mängeln könnte der Kantonsrat nach Erachten Hans Durrers Nichteintreten beschliessen. Die SVP-Fraktion verlangt deshalb ultimativ, dass die Regierung zukünftig Vorlagen präsentiert, die verständlich, kurz und klar abgefasst sind. Er möchte in diesem Zusammenhang noch auf die ganze Dokumentation hinweisen, die er von der Baudirektion bekommen hat oder von Bauunternehmen, und die belegen, dass bei der Submission die Kosten bezüglich der Sanierung der Strasse in Walchwil der Baudirektion ganz klar schon im letzten Jahr bekannt waren. Und dass diese Kosten selbstverständlich ins Budget 2002 hätten aufgenommen oder mindestens auf einem Beiblatt erwähnt werden sollen. Der Votant bittet den Präsidenten, ihm nach der Antwort des Regierungsrats allenfalls das Wort nochmals zu erteilen. Er wird dann je nach Antwort der Regierung in Absprache mit der SVP-Fraktion bekannt geben, ob wir endgültig Eintreten oder Nichteintreten beantragen werden. Er wir dabei gleichzeitig die Mitglieder der anderen Fraktionen inständig bitten, diesem überparteilichen Antrag zu folgen.

Andrea **Hodel** meint, auch die FDP-Fraktion hätte sich gefreut, wenn die Nachtragskredite tiefer ausgefallen wären. Sie wird aber ihr Eintreten nicht von Bedingungen abhängig machen. Das hat sie noch nie getan. Sie setzt auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Regierung und nicht auf ein Hickhack. Die FDP hat die Vorlage auch verstanden. Sie ist sich bewusst, dass diese Ausgaben wohl oder übel getätigt werden müssen, dass das Geld entweder bereits ausgegeben ist oder die Ausgabe unmittelbar bevorsteht. Damit nützt ein Wettern nichts mehr.

Thomas **Lötscher** kann sich voll und ganz hinter die materielle Argumentation der Stawiko stellen, wie sie Peter Dür vorgebracht hat. Hans Durrer hat Respekt für den Kantonsrat gefordert. Der Votant möchte an dieser Stelle Respekt und Anstand auch gegenüber den ebenfalls vom Volk gewählten Mitgliedern der Regierung fordern.

Rosemarie **Fähndrich Burger** möchte im Namen der AF mitteilen, dass die Fraktion die Nachtragskreditbegehren unterstützt. Wir möchten alle Geschäfte unterstützen. Zugleich möchte sie sich gegen die Forderungen von Hans Durrer aussprechen. Wir möchten uns von der Art und Weise, wie hier mit der Regierung umgegangen wird, die ihre Aufgabe mit bestem Wissen und Gewissen ausübt, distanzieren.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte die Zwischentöne im Votum von Hans Durrer nicht kommentieren. Er will nur sagen, dass sich die Regierung ihrer Verantwortung bewusst ist, dass wir Ihnen genaue Zahlen vorlegen wollen, und dass die Budgetgenauigkeit auch in den vergangenen Jahren ziemlich hoch war. Wir möchten dies

aber auch noch verbessern. D.h. Kreditüberträge, wie sie manchmal vorgenommen wurden, möchten wir in Zukunft nicht mehr machen, sondern wir möchten mit transitorischen Abgrenzungen genau die jeweiligen Rechnungsjahre abgrenzen. Wir möchten auch bei den Nachtragskrediten zurückhaltend sein, so zurückhaltend, wie es möglich ist. Aber ein Nachtragskredit auf diesem Weg, mit einer so umfassenden Vorlage ist sicher nicht schludrig und unvollständig. Wir haben neun Positionen und wir haben dazu auf elf Seiten Darlegungen gemacht. Sie haben dem Votanten heute Morgen den Auftrag gegeben, bei Steigerungen von mehr als 200'000 Franken im Budget Erläuterungen zu geben. Wir möchten das auch kurz und präzis fassen. Wenn Sie jetzt das ausrechnen: 50 Positionen mal die entsprechenden Seiten ergibt dicke Bücher. Das kann nicht in Ihrem Sinn sein. Peter Hegglin ist überzeugt, dass die Vorlage präzis war. Es ist in der Tat so, dass sich gewisse Verschiebungen ergeben haben beim Gesuch für die Singapur-Schule. Als man über den Beitrag verhandelte, war der Wechselkurs noch viel tiefer, und die Regierung erachtet es auch als richtig, dass man heute dort eine Korrektur macht und den Betrag zurücknimmt. – Der Regierungsrat wollte den Kantonsrat wirklich nicht täuschen. Das wollen wir auch in Zukunft nicht tun. Sondern wir wollen Ihnen das Budget mit möglichst genauen Zahlen darlegen. Wir möchten in Zukunft auch die Möglichkeit haben, wenn es z.B. die wirtschaftliche Situation bedingt, in der ersten Tranche Kredite zu unterbreiten, um dann sofort handeln zu können. Dies ist sicher besser, als die Ausgaben zu tätigen und dann mittels Kreditüberschreitung das trotzdem zu machen und Ihnen im Herbst dann mit der Rechnungsablage in einem kurzen Vierzeiler die getätigte Massnahme zu begründen. Bei diesem Weg, wie wir ihn heute beschritten haben, haben Sie im voraus die Möglichkeit, Ja oder Nein zu sagen.

Hans **Durrer**: Wenn die Regierung sich fortan ernsthaft bemüht, wichtige Abgrenzungen vorzunehmen, sowohl bei den Ausgaben wie bei den Einnahmen, und bereit ist, uns nicht mehr falsche Staatsrechnungen zu präsentieren, dann ist er bereit, einzutreten. Und diese Aussage saugt er sich nicht aus den Fingern, sondern er hat sich das in harter Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle erarbeitet. Aber jetzt ist er zufrieden. Er ist auch der Meinung, dass der neue Finanzdirektor schon jetzt hundert Mal besser ist als seine Vorgängerin.

Peter **Hegglin** möchte dazu nur sagen, dass ein falsche Staatsrechnung in der Vergangenheit sicher nicht vorgelegt wurde. Sie wurde ja jeweils von der Finanzkontrolle auch intensiv geprüft. Auch die Stawiko schaute sie an. Diesen Vorwurf muss er ganz entschieden zurückweisen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss Antrag der Stawiko und mit Unterstützung der Regierung der *Investitionsbeitrag an Auslandschweizerschulen* auf S. 1 der Vorlage von 290'000 auf 230'000 Franken reduziert wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Nachtragskredite.

118 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND SCHLUSSABRECHNUNG DES RAHMENKREDITS ZUR FÖRDERUNG VON HOLZENERGIE

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 541.11 – 11112) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 541.12 – 11144).

➔ Der Rat genehmigt den Rahmenkredit.

119 NÄCHSTE SITZUNGEN

- Donnerstag, 26. Juni 2003 – mit dem Ratsbüro Nidwalden als Gast.
- Donnerstag, 3. Juli 2003 – Thema Spitalvorlagen.

(Beide Sitzungen sind Ganztagessitzungen)

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

8. SITZUNG: DONNERSTAG, 26. JUNI 2003
(VORMITTAGSSSITZUNG)
8.30 – 12.05 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

120 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Felix Häcki und Dolfi Müller, beide Zug; Thomas Brändle, Unterägeri; Josef Zeberg, Baar; Andreas Huwyler, Hünenberg; Heinz Tännler, Steinhausen; Michel Ebinger, Risch.

121 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass an der heutigen Sitzung das *Landratsbüro des Kantons Nidwalden* unter der Leitung von alt Landratspräsident Ruedi Jurt den Zuger Kantonsrat besuchen wird.

Der Deutschlandfunk, das offizielle deutsche Radio, Redaktion Religion und Gesellschaft, recherchiert für eine Sendung über Kirchenfinanzierung in Europa. Er stellt den Antrag, die *Tonbandaufzeichnungen* der KR-Sitzung vom 28. März 2002 zur Debatte über die Motion Josef Lang für die Achtung der Glaubens- und Gewissensfreiheit beim Steuergesetz und die Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften zu erhalten. Der Deutschlandfunk möchte dann eine Auswahl der Originaltöne erstellen. Gemäss § 31 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats bedürfen Tonbandaufnahmen der Bewilligung des Kantonsrats. Dasselbe gilt für den nachträglichen Mitschnitt.

Der Ratspräsident beantragt, diesem Gesuch nicht stattzugeben. Begründung: § 31 Abs. 1 der GO lautet: «Die Verhandlungen können auf ein Tonband aufgenommen werden, das ausschliesslich der Protokollführung dient. Nach der Genehmigung des Protokolls wird das Tonband gelöscht.» – Dazu ein technischer Hinweis: Die Aufnahmen erfolgen nicht mehr auf Tonband; seit rund drei Jahren besteht eine neue elektronische Anlage, bei der die Aufnahmen auf einer Festplatte gespeichert werden. Die Sicherung dieser Speicherung ist dermassen gross (militärischer Standard), dass die Aufnahmen nicht mehr gelöscht werden können, ausser mit grossem Aufwand durch die Herstellerfirma. Dadurch sollen nachträgliche Manipulationen aller Art verhindert werden. Eine Aufnahme wird nach rund vier Jahren automatisch überspielt und damit gelöscht. Obwohl diese Aufnahmen technisch noch vorhanden sind, darf die Bewilligung aus zwei Gründen nicht erteilt werden:

1. Die Tonbandaufnahme dient ausschliesslich der Protokollführung.
2. Es ist der klare Wille der Geschäftsordnung, dass nach der Genehmigung des Protokolls die Aufnahmen – welcher technischer Art auch immer – als gelöscht gelten, selbst wenn sie technisch noch vorhanden sein sollten.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag des Präsidenten einverstanden.

122 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22. Mai 2003.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Kommissionsbestellung:
   Vollzug des Strassenbauprogramm 1998 - 2003, Kreditbegehren K 15 und R 14, Kantonsstrasse 368a/127a, Gemeinde Hünenberg, betreffend Schutzmassnahmen in den Grundwasserschutzzonen an der Kantonsstrasse 368a/127a, Abschnitt Drälikon - Zollweid.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1119.1 – 11154).
4. Einbürgerungsgesuche.
   Antrag des Regierungsrats (Nr. 1128.1 – 11182).
5. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen (EG Entsendegesetz).
   2. Lesung (Nr. 1052.5 – 11141).
   Antrag der Redaktionskommission (Nr. 1052.6 – 11155).
6. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Ambulante Psychiatrische Dienste).
   2. Lesung (Nr. 1074.5 – 11142).
7. Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden (Zuständigkeit für Kollokationsklagen).
   2. Lesung (Nr. 1078.4 – 11118).

8. Änderung der Kantonsratsbeschlüsse betreffend:

8.1. Kantonsratsbeschluss betreffend die Übernahme der Burgliegenschaft in Zug sowie die Errichtung einer Stiftung für den Betrieb eines Museums in der Burg Zug.
2. Lesung (Nr. 1076.7 – 11170).

8.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Satzungen der Stiftung «Museum in der Burg Zug».
2. Lesung (Nr. 1076.8 – 11171).

9. Staatsrechnung 2002, Jahresrechnung 2002 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.
Gedruckte Rechnung sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1129.1 – 11183).

10. Kantonsratsbeschluss betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2002.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1124.1 – 11164) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1124.2 – 11184).

11. Rechenschaftsbericht des Regierungsrats für das Jahr 2002 und Zwischenbericht des Regierungsrats zu den per Ende März 2003 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen.
Gedruckter Rechenschaftsbericht, Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1111.1 – 11133) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1129.1 – 11183).

12. Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2002.
Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1130.1 – 11185).

13. Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts über die Jahre 2001 und 2002.
Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1131.1 – 11186).

14. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1093.1/.2 – 11090/91) und der Justizprüfungskommission (Nrn. 1093.3/.4 – 11173/74).

15. Kantonsratsbeschluss betreffend Erstellung einer Zuleitung von Sauberwasser zum Wilersee.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1091.1/.2 – 11084/85), der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz (Nr. 1091.3 – 11167) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1091.4 – 11169).

16. Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag an den Tierschutzverein des Kantons Zug für die Quarantänestation im Tierheim Allenwinden.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1112.1/.2 – 11134/35) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1112.3 – 11187).

17. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Bau- und Einrichtungsbeitrag an den Verein ConSol, Arbeit für Menschen mit Behinderung Zug, für das Projekt ConSol Office.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 944.5 – 11157) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 944.6 – 11188).

18. Genehmigung der Schlussabrechnung für das Gewerblich-industrielle Bildungszentrum Zug (GIBZ), 2. Bauetappe (Trakt 2 mit Turnhallen) und gesamtes Neubauobjekt.

Berichte und Anträge des Regierungsrates (Nr. 1123.1 – 11161) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1123.2 – 11189).

19. Aufsichtsbeschwerde von Hans-Peter Eggenberger, Krauchthal, gegen die Justizkommission des Obergerichts bezüglich Verfahrensgarantien.
    Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1121.1 – 11159).
20. Motion von Diana Stadelmann Stünzi und Anna Lustenberger-Seitz betreffend ein Jahr obligatorischer Kindergartenbesuch für alle Kinder im Kanton Zug (Nr. 987.1 – 10789).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 987.2 – 11162).
21. Motion der SP-Fraktion betreffend Abzüge vom Steuerbetrag statt vom steuerbaren Einkommen (Nr. 1025.1 – 10895).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1025.2 - 11021).
22. Interpellation von Manuela Weichelt-Picard und Anna Lustenberger-Seitz betreffend Personalfürsorgestiftung der Spinnerei an der Lorze in Baar (Nr. 1077.1 – 11046).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1077.2 – 11175).
23. Interpellation von Thomas Villiger betreffend Grundwasserspiegel im Gebiet Chamau, Stadelmatt und Reussspitz (Nr. 1089.1 – 11081).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1089.2 – 11153).
24. Interpellation von Hans Peter Schlumpf betreffend Lehrstellensituation im Kanton Zug (Nr. 1103.1 – 11109).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1103.2 – 11149).
25. Interpellation von Manuel Aeschbacher betreffend Cannabis-Legalisierung (Nr. 1116.1 – 11147).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1116.2 - 11158).

* Die Behandlung von Trakt. 2 ist zu Beginn der Nachmittagssitzung vorgesehen.

123 PROTOKOLL

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass das Protokoll der Sitzung vom 22. Mai 2003 auf S. 217 beim Votum von Regierungsrat Matthias Michel zu berichtigen ist. Ab Zeile 14 heisst es richtig: «Gerade *der damalige Korporations-Präsident Walter Weber hat selber in dieser Leitbildkommission mitgewirkt* und das Leitbild …».

➔ Der Rat ist mit dieser Berichtigung einverstanden und genehmigt im Übrigen das Protokoll der Sitzung vom 22. Mai 2003.

124 VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMS 1998-2003, KREDITBEGEHREN K15 UND R 14, KANTONSSTRASSE 368A/127A, GEMEINDE HÜNENBERG, BETREFFEND SCHUTZMASSNAHMEN IN DEN GRUNDWASSERSCHUTZZONEN AN DER KANTONSSTRASSE 368A/127A, ABSCHNITT DRÄLIKON-ZOLLWEID

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1119.1 – 11154).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass dieses Geschäft bereits an die Strassenbaukommission überwiesen wurde, aus formellen Gründen aber noch eine Zuweisung des Rats erfolgend muss.

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Strassenbaukommission überwiesen.

125 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1128.1 – 11182).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

17 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

a) 5 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 78 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

126 EINFÜHRUNGSGESETZ ZUM BUNDESGESETZ ÜBER DIE MINIMALEN ARBEITS- UND LOHNBEDINGUNGEN FÜR IN DIE SCHWEIZ ENTSANDTE ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER UND FLANKIERENDE MASSNAHMEN (EG ENTSENDEGESETZ)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 17. April 2003 (Ziff. 91) ist in der Vorlage Nr. 1052.5 – 11141 enthalten. – Zusätzlich liegt in der Vorlage Nr. 1052.6 – 11155 ein Antrag der Redaktionskommission vor.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag der Redaktionskommission einverstanden.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69 : 0 Stimmen zu.

127 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DAS GESUNDHEITSWESEN IM KANTON ZUG (AMBULANTE PSYCHIATRISCHE DIENSTE)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 17. April 2003 (Ziff. 92) ist in der Vorlage Nr. 1074.5 – 11142 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 66 : 0 Stimmen zu.

128 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE ORGANISATION DER GERICHTSBEHÖRDEN (ZUSTÄNDIGKEIT FÜR KOLLOKATIONSKLAGEN)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. März 2003 (Ziff. 68) ist in der Vorlage Nr. 1078.4 – 11118 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69 : 0 Stimmen zu.

129 ÄNDERUNGEN DER KANTONSRATSBESCHLÜSSE BETREFFEND
- ÜBERNAME DER BURGLIEGENSCHAFT ZUG SOWIE DIE ERRICHTUNG EINER STIFTUNG FÜR DEN BETRIEB EINES MUSEUMS IN DER BURG ZUG
- SATZUNGEN DER STIFTUNG «MUSEUM IN DER BURG ZUG»

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 22. Mai 2003 (Ziff. 116) ist in den Vorlagen Nr. 1076.7/.8 – 11170/71 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage Nr. 1076.7 – 11170 in der *Schlussabstimmung* mit 60 : 5 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage Nr. 1076.8 – 11171 in der *Schlussabstimmung* mit 60 : 7 Stimmen zu.

130 STAATSRECHNUNG 2002, JAHRESRECHNUNG 2002 DER INTERKANTONALEN STRAFANSTALT BOSTADEL

Es liegen vor: Gedruckte Rechnung sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1129.1 – 11183).

Stawiko-Präsident Peter **Dür** weist darauf hin, dass die erweiterte Stawiko an ihrer Ganztagessitzung vom 26. Mai 2003 folgende Geschäfte behandelte:
- die Staatsrechnung 2002,
- die Jahresrechnung der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel,
- den Rechenschaftsbericht des Regierungsrats für das Jahr 2002,
- den Zwischenbericht des Regierungsrates zu den per Ende März 2003 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstösse.

Er nimmt die Gelegenheit wahr, an dieser Stelle Werner Pfaffhauser, Vorsteher der Finanzverwaltung, Martin Billeter, Leiter der Finanzkontrolle und Marc Strasser, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Finanzdirektion und Sekretär der Stawiko, für ihre professionelle Arbeit zu danken. Er verweist auf den Bericht und möchte noch folgende vier Punkte genauer beleuchten:
1. Analyse der Staatsrechnung 2002. Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 150'000 Franken bei einem effektiven Aufwand von 814,2 Mio und einem Ertrag von 814,3 Mio. Dieses Resultat ist im Vergleich zu den Vorjahren, in denen jeweils Ertragsüberschüsse in zweistelliger Millionenhöhe resultierten, enttäuschend. Die Investitionsrechnung weist Nettoinvestitionen von 94,4 Mio aus. Das Ziel eines Selbstfinanzierungsgrads von mindestens 75 % wurde mit einem Wert von 51,5 % deutlich verpasst. Und bei der Bestandesrechnung, der Bilanz, fällt klar auf, dass Reserveentnahmen von 46,1 Mio stattgefunden haben und das Eigenkapital neu vor Gewinnverteilung noch 193,5 Mio. beträgt. Das Budget 2003 ist eingestellt, grosse Korrekturen sind nicht möglich. Die Steuereinnahmen fallen leider nicht im budgetierten Mass an. Eine Steigerung von 12 % wurde eingeplant. Die Hochrechnung der Steuereinnahmen bis Ende Jahr gestaltet sich nach Angaben der Finanzdirektion schwierig. Ein Worst-case-Szenario zeigt aber Mindereinnahmen von 20 bis 50 Mio Franken in diesem Jahr. Damit würde erstmals ein erhebliches Defizit Tatsache. Dabei muss noch berücksichtigt werden, dass wir neu auf die zusätzlichen Abschreibung in der Höhe von 10 % verzichten – aus Sicht der Stawiko ein weiteres Alarmzeichen. Die «goldenen Jahre» scheinen einstweilen der Vergangenheit anzugehören.
Bei der Beurteilung der Rechnung hat sich die erweiterte Stawiko deshalb bewusst nicht primär auf die Vergangenheit, sondern vielmehr auf die Zukunft konzentriert. Man muss sich bewusst sein, dass das Budget zu dieser Rechnung im Sommer 2001 erstellt wurde. Zu dieser Zeit war die Wirtschaftslage noch gut, und die Welt sah vor den Ereignissen vom 11. und 27. September noch deutlich anders aus. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir im Spätherbst 2003 ein Budget beraten werden, dessen Auswirkungen und Resultate uns erst im Sommer 2005 präsentiert werden

können. Wer diesen Verzögerungsfaktor kennt, wird sich bewusst, dass die Analyse der Jahresrechnung sehr wichtig, aber eben vergangenheitsorientiert ist. Viel wichtiger ist es, die Zahlen dieser Rechnung zu analysieren und anschliessend konsequent zur Bearbeitung des Budgets 2004 zu verwenden. Was wir heute machen, ist das Warm-up für die Budgetdebatte 2004.

2. Zeitliche Abgrenzungen. Sie haben heute eine Jahresrechnung in der Hand, deren Beurteilung nicht nur Ihnen, sondern auch der Stawiko Mühe bereitet. Die Gründe sind folgende:

1. Zeitliche Abgrenzungen: Die Finanzkontrolle musste leider feststellen, dass in der Vergangenheit die Möglichkeit von Budgetkreditübertragungen und Nachtragskrediten sehr reichlich genutzt wurden. Dem Grundsatz der konsequenten zeitlichen Abgrenzung wird in vielen Bereichen der Verwaltung noch zu wenig Beachtung geschenkt. Entsprechende transitorische Abgrenzungen finden nicht statt, was zu einem verzerrten Bild der effektiven Aufwendungen führen kann.
2. Die Fehlbuchung beim Konto Verein für Jugendfragen wurde uns durch die Finanzkontrolle erklärt. Es handelt sich um einen Aufwandposten, der unsere Jahresrechnung ins Minus, d.h. auf einen Verlust von 30'000 Franken drehen würde.
3. Die Finanzdirektion hat die Staatswirtschaftskommission frühzeitig über die Fehlbuchungen der Bundessteuer-Gelder informiert. Bei neuer Gewinnverteilung würde die Jahresrechnung wiederum mit einem Plus von ca. 5 Mio abschliessen.

Konsequenz aus dem Gesagten: Wir fordern die Regierung auf, in engerer Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle die Kreditübertragungen auf ein Minimum zu reduzieren, für eine einwandfreie periodengerechte Verbuchung in den jeweiligen Direktionen zu sorgen und – wie schon mehrmals gesagt – Nachtragskredit-Begehren nur in Notfällen zu stellen.

3. Budget-Prozess. Die Budgetgenauigkeit ist sehr gut, der budgetierte Aufwand wurde um 0,9 % unterschritten, der effektive Ertrag um 0,7 % überschritten. Bei Analyse der Resultate der vergangenen Jahre zeigt sich aber klar, dass der Aufwand sehr gut budgetierbar ist, während die Erträge auf Grund zahlreicher Fremdfaktoren schlecht budgetierbar, im wahrsten Sinne des Wortes «unberechenbar» sind. Der Steuerertrag hat effektiv um 2,6 % zugenommen. Der Zielwert in der Finanzstrategie beträgt 6 % ab dem Jahr 2004. Will man keine negativen Überraschungen erleben, muss die Einnahmenseite für die Zukunft wesentlich zurückhaltender budgetiert werden. Das Wachstum der Steuereinnahmen von plus 6 % ist im heutigen Umfeld Wunschdenken und muss in Anbetracht der neuen Gegebenheiten unbedingt nach unten korrigiert werden. Verschiedene Delegationen der erweiterten Stawiko haben festgestellt, dass in der Vergangenheit von der Finanzdirektion bei den Budgetverhandlungen grosser Druck auf die Direktionen ausgeübt wurde. Ein adäquater Druck ist sicher bei einem Budgetprozess sinnvoll, um die Kostenentwicklung im Griff zu haben. Der Druck sollte aber nicht dazu führen, dass Budgetpositionen bewusst zu tief eingesetzt werden, wenn von Anbeginn weg klar ist, dass diese Positionen auf jeden Fall überschritten werden. Entsprechende Beispiele können Sie unserem Bericht entnehmen.

4. Blick in die Zukunft. Die Zahlen zeigen klar, dass die Schere zwischen steigenden Ausgaben und plafonierenden Einnahmen eine zunehmende Gefahr für den Zuger Finanzhaushalt und unser Wirtschaftsmodell darstellen. In den letzten Jahren wurde diese Tatsache durch immer wieder überraschend hohe Steuereinnahmen überdeckt. Einige Mitglieder des Kantonsrats aus dem bürgerlichen Lager haben in der

Vergangenheit mehrfach auf dieses Problem hingewiesen, wurden aber in Anbetracht der goldigen Zeiten belächelt oder schlicht nicht beachtet. Heute sollte nun allen im Rat klar sein, dass sich unsere Ausgaben-Disziplin deutlich verbessern und das Notwendige vom Wünschbaren getrennt werden muss. In Analogie zur Medizin kann man folgendes sagen: Der Patient zeigt deutliche Krankheitszeichen, ist aber von den Vitalparametern her immer noch in einem guten Zustand. Da es sich bei einem Staatshaushalt wie beim Organismus um ein komplexes System handelt, dürfen wir entsprechend der nicht «lebensbedrohlichen» Situation bei der Therapie nicht die Nerven verlieren und überreagieren. Grobe Massnahmen auf der Einnahmen wie auf der Ausgabenseite könnten das bisher stabile System für längere Zeit völlig destabilisieren. Besonnenes, aber sehr gezieltes und konsequentes Handeln ist jetzt angezeigt.
Die Forderungen der Stawiko sind deshalb folgende:
1. Die Finanzstrategie muss bis im Herbst überarbeitet werden. Die Erwartungen auf der Einnahmenseite sind wesentlich konservativer zu veranschlagen. Die Kennzahlen müssen überarbeitet werden. Die Finanzstrategie muss neu zusätzliche Kennzahlen und Kennzahlenbereiche enthalten, um das Budget 2003 wesentlich besser beurteilen zu können. Der erster Entwurf des neu gerechnete Modells muss der Stawiko bis zur Klausursitzung im August 2003 vorliegen.
2. Bei der Budgetierung erwarten wir eine klare ersichtliche Trendwende auf der Ausgabenseite. Die Ausgabenseite muss so angepasst werden, dass auch bei deutlich konservativerer Budgetierung der Steuererträge das in der Finanzstrategie geforderte ausgeglichene Budget erreicht wird. Konkret heisst dies, dass auf der Ausgabenseite die Ziele der überarbeiteten Finanzstrategie klar erreicht werden und damit eine Dämpfung des Ausgabenwachstums eintritt.
3. Die Volkswirtschaftsdirektion muss alles daran setzen, um mit einem sehr guten, aber nicht aggressiven Standort-Marketing zusätzliche Firmen aus dem produzierenden Sektor und dem Dienstleistungssektor bei uns anzusiedeln. Wir haben mit dem neuen Steuergesetz attraktive Rahmenbedingungen gesetzt. Wir waren uns immer bewusst, dass sich die Steuererträge primär auf Grund der tieferen Sätze in einer ersten Phase plafonieren würden. In einer zweiten Phase erwarteten wir eine Superkompensation. Es war immer das unternehmerische Risiko des Kantons, dass diese Superkompensation verzögert eintritt und ein wirtschaftlicher Abschwung die initiale Plafonierung durch die neuen Steuersätze verstärkt. Es ist nun an der Volkswirtschaftsdirektion, auf der Grundlage «neues Steuergesetz» weiterhin und noch verstärkt gute Arbeit zu leisten. Es muss klar das Ziel sein, die Einnahmenseite unserer Staatsrechnung zu verbessern und die erwartete Superkompensation zu erreichen. Der Votant meint damit die Steigerung der Steuererträge über die Ansiedelung neuer Firmen, und nicht Steuererhöhungen.
4. Der Rat muss dem *finanziellen Aspekten von Gesetzesvorlagen* viel mehr Beachtung schenken und das Wünschbare vom Notwendigen trennen. Dies beginnt in den vorberatenden Kommissionen, die oft die qualitativen Aspekte einer Vorlage sehr gut beurteilten, aber viel zu wenig die quantitativen Aspekte d.h. die finanziellen Konsequenzen beachten. Und dies endet im Rat, in dem sehr viele Bauchentscheide gefällt werden und das Bremsen des Ausgabenwachstums auf die nächste und dann wieder auf die nächste Sitzung verschoben wird.
Auf Grund dieser Erwägungen ist klar, dass die Stawiko den Antrag der Regierung unterstützt, den kleinen Ertragsüberschuss dem Eigenkapital zuzuweisen. Die jetzige

angespannte Situation erlaubt es nicht, Beiträge für freundeidgenössische Hilfe und Auslandhilfe auszurichten.
Wir beneiden den neuen Finanzdirektor nicht um seine zahlreichen Aufgaben. Peter Dür denkt hier an die Überarbeitung der Finanzstrategie, den NFA, das neue Finanzhaushaltgesetz, die Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden und nicht zuletzt das Budget 2004. Hier warten grosse Herausforderungen auf Peter Hegglin. Die Stawiko wird ihren Teil dazu beitragen, diese Arbeit in konstruktiver Weise zu unterstützen. Wir danken dem Finanzdirektor für die gute Zusammenarbeit in der neuen Legislatur. Die Stawiko wird sich mit grossem Engagement dafür einsetzen, dass die Kantonsfinanzen trotz deutlich schwierigerer Verhältnisse mittel- bis langfristig stabil und berechenbar bleiben. Stabile Kantonsfinanzen sind seit Jahren die Grundlage für das Prosperieren des Wirtschaftsstandortes Zug – und dies muss langfristig so bleiben.
Gestützt auf diesen Antrag beantragt die erweiterte Stawiko

- einstimmig, die Staatsrechnung 2002 zu genehmigen,
- einstimmig, die Jahresrechnung 2002 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen,
- einstimmig, den Rechenschaftsbericht 2002 des Regierungsrates zu genehmigen,
- grossmehrheitlich, den Zwischenbericht des Regierungsrates zu den per Ende März 2003 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstösse gemäss Vorlage Nr. 1111.1 zu genehmigen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass in der Eintretensdebatte auch über den Ertragsüberschuss (Ziff. 131) diskutiert werden kann.

Beat **Villiger** kann sich den Ausführungen seines Vorredners anschliessen. Aus Sicht der CVP-Fraktion ist zu sagen, dass wir konstatieren müssen, dass es dieses Jahr im Gegensatz zu früher so kurz vor den Ferien keine Dessertvorlage zu verabschieden gibt. Prognosen müssen sich nicht immer bewahrheiten. Aber wenn man die zusätzlichen Entnahmen aus der Reserve betrachtet, ist es heute eher ein saurer Apfel. Mit Blick auf nächste Jahre wird es für die Zuger Finanzen sicher noch enger werden. Und gerade wir als Parlament müssen sehr darauf achten, dass der Staatshaushalt à la longue nicht aus dem Ruder läuft und mit entsprechenden finanzpolitischen Führungsinstrumenten begleitet werden muss. Die CVP wird sich auch künftig dafür einsetzen und insbesondere die spürbaren Bestrebungen des Finanzdirektors unterstützen. Es ist aber nicht unser Ziel, wie das heute z.B. aus dem Papier der AF hervorgeht, mit Steuererhöhungen zu operieren. Wir möchten unsere Strategie weiter verfolgen. Es wäre aber auch Augenwischerei, nur aus heutiger Sicht und mit Blick in die Zukunft zu behaupten, das die finanzpolitischen Herausforderungen ohne Steuererhöhungen vonstatten gehen könnten. Hier müssen wir das gesunde Mittelmass suchen und finden. Verschiedene Umstände haben zu diesem Ergebnis geführt und unsere Fraktion hat schon bei der letzten Rechnungslegung darauf hingewiesen, dass künftig die Einnahmen mit einem gedämpfteren Optimismus veranschlagt werden müssen und dass vor allem das teilweise ungebremste Ausgabewachstum in der laufenden Rechnung gestoppt werden muss. Der Votant verweist auf die nicht abgeschriebene Budgetmotion der CVP. Das Ergebnis wurde sicherlich durch die kränkelnde Wirtschaft, aber auch durch die grundsätzlich voraussehbaren

Auswirkungen des neuen kantonalen Steuergesetzes beeinflusst. Und zu Letzterem ist zu sagen, dass unsere natürlichen und juristischen Personen davon profitieren konnten.
Lobend erwähnen möchte Beat Villiger auch den guten Bericht der Stawiko. Darin werden verschiedene Themen beleuchtet, die es wirklich und vor allem im Hinblick auf den nächsten Voranschlag zu beachten gilt. Er möchte sie sehr bitten, die im Bericht aufgenommenen Themenbereiche weiter zu bearbeiten, in eine eigentliche Pendenzenliste aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass sie im Detail mit den dafür Verantwortlichen bereinigt und umgesetzt werden können. Im Weiteren ist es uns ein grosses Anliegen, dem Regierungsrat und der gesamten Verwaltung für die wiederum grosse geleistete Arbeit und das beispielhafte Zusammenwirken bestens zu danken. Die CVP-Fraktion ist klar für Eintreten auf die Staatsrechnung 2002 und die Separatrechnungen. Wir stimmen diesen Vorlagen auch zu und wir unterstützen den Antrag von Regierung und Stawiko bezüglich Verwendung des Ertragsüberschusses. Wir nehmen letztlich zustimmend Kenntnis vom Rechenschaftsbericht der Regierung und der Verwaltung.

Bruno **Pezzatti** spricht im Namen der FDP-Fraktion. Die Staatsrechnung 2002 bereitet uns keine Freude, im Gegenteil. Bei der Analyse von laufender Rechnung, Investitionsrechnung und Bilanz per 31. Dezember 2002 kommen wir zum Schluss, dass sich die Finanzlage unseres Kantons im vergangenen Jahr markant verschlechtert hat. Besonders zu denken gibt uns die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben. Die Einnahmen sind um 10 Mio Franken gesunken, die Ausgaben im gleichen Zeitraum um 44 Mio Franken angestiegen. Die Annahmen der Regierung im Finanzplan 2002-2006 und in der Finanzstrategie bis ins Jahr 2010 wurden – zumindest was die Entwicklung der Steuererträge anbelangt – deutlich verpasst. Besonders ärgerlich ist dabei, dass die Regierung mit ihrer zu optimistischen Ertragsprognose, trotz warnenden Stimmen im vergangenen November und der bereits damaligen deutlichen Anzeichen einer verschlechterten Wirtschaftslage, falsche Signale an den Kantonsrat, verwaltungsintern und an die Öffentlichkeit ausgesendet hat. Diese Signale haben sich in der Folge zum Teil nachteilig auf die Ausgabendisziplin ausgewirkt, vor allem zu Beginn des laufenden Jahres. Diese Entwicklung ist jetzt raschmöglichst zu korrigieren. Wir müssen uns im Kantonsrat, aber auch bei der Regierung und in der Verwaltung, in Zukunft unbedingt wieder einer verstärkten Ausgabendisziplin unterziehen. Bei den künftigen an den Kanton zu übertragenden Aufgaben und im Hinblick auf das Budget 2004 muss – wie aus dem Bericht der Stawiko gefolgert werden kann – konsequent zwischen Wünschbarem und Notwendigem unterschieden werden.
Die FDP-Fraktion kann sich im übrigen der kritischen Beurteilung der Staatsrechnung durch die erweiterte Stawiko, wie sie im Kommissionsbericht von Präsident Peter Dür sehr gut, anschaulich und auch nachvollziehbar dargelegt wird, sowie den darin enthaltenen Schlussfolgerungen und Anträgen vollumfänglich anschliessen. In diesem Sinne fordert auch die FDP-Fraktion, dass

- die Finanzstrategie zu überarbeiten und bis zum Budget 2004 neu vorzulegen ist,
- das Wachstum der zweckgebundenen Beiträge zu reduzieren ist,
- auf Kreditübertragungen zu verzichten ist,
- Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen per Jahresende und transitorische Rechnungsabgrenzungen vorzunehmen sind,

- auf ausserordentliche Abschreibungen zu verzichten ist.

Im Bereiche des Personals sind ebenfalls Massnahmen anzusetzen. Die Personalkosten dürfen dabei in den kommenden Jahren grundsätzlich nicht mehr stärker als das Wirtschaftswachstum ansteigen. Im weiteren ist auf eine möglichst kleine Personalfluktuation und damit auf tiefe Personalbeschaffungskosten zu achten. Oder mit anderen Worten ausgedrückt, treue Staatsangestellte helfen Kosten sparen, wofür die FDP-Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den besten Dank ausspricht.

Eine künftige Sparmöglichkeit orten wir auch bei den Drucksachen, Formularen und Berichten. Bei dieser direktionsübergreifenden Ausgabenposition fallen in der Rechnung 2002 rund 1,26 Mio Franken Ausgaben zu Buche. Nachdem alle Direktionen und gemäss unseren Informationen sogar 56 Ämter unseres Kantons über eigene Homepages verfügen, stellt sich die Frage, ob wirklich in diesem Umfang Drucksachen und Berichte erstellt werden müssen. Wir denken, dass dies nicht nötig ist. Es ist durchaus zumutbar, dass die entsprechenden Informationen und Berichte in Zukunft von den Interessierten direkt vom Internet heruntergeladen werden.

Die FDP-Fraktion nimmt im Übrigen mit Besorgnis die Unterdeckung der Pensionskasse des Kantons Zug von rund 160 Mio Franken per Ende 2002 zur Kenntnis. Gravierender ist jedoch, dass der Vorstand der Pensionskasse im vergangenen Dezember vor dem Hintergrund dieser Deckungslücke für das Jahr 2003 trotz anderslautender Ankündigung der Regierung eine Verzinsung der Vorsorgegelder von 4 % anstelle von 3,25 % beschlossen hat, obschon damals bekannt war, dass eine 4 %-Rendite auf dem Kapitalmarkt keinesfalls erwirtschaftet werden kann. Nachdem der Kanton für die Pensionskasse haftet, ist das Vorgehen des Vorstandes unverständlich und nicht nachvollziehbar. Das Problem liegt zu einem Teil bei der Zusammensetzung des Vorstands, der zu arbeitnehmerlastig und damit nicht paritätisch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt ist. In diesem Sinne unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag der Stawiko, bei der nächsten Amtsperiode zwei Vertreter der engeren Stawiko in den achtköpfigen Vorstand der Pensionskasse zu wählen.

Die FDP-Fraktion tritt im Sinne dieser Ausführungen einstimmig auf das Geschäft ein und spricht sich dafür aus, die Staatsrechnung 2002 und die Jahresrechnung 2002 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen. Zur Verwendung des Ertragesüberschusses der laufenden Rechnung 2002 – der streng genommen eigentlich kein Ertragsüberschuss ist – lehnen wir den Antrag der Alternativen ab und unterstützen einstimmig den Antrag der Regierung.

Hans **Durrer** bedankt sich vorerst im Namen der SVP-Fraktion bei der Stawiko für den vorzüglichen Bericht und die Arbeit, die sie geleistet hat, und bei ihrem Präsidenten für das vorzügliche Referat, dass er soeben gehalten hat. Die SVP-Fraktion stimmt der Staatsrechnung 2002 und der Jahresrechnung der Interkantonalen Strafanstalt 2002 zu. Sie genehmigt auch den Rechenschaftsbericht des Regierungsrats, jedoch nicht ohne grosse Vorbehalte. Wir bedauern wiederum, dass der liquiditätswirksame Aufwand der Laufenden Rechnung 2002 im Vergleich zum Vorjahr massiv von 637,3 auf 681,3 Mio Franken um 6,9 % angestiegen ist, trotz gleichbleibender Teuerung und gleichem oder kleinerem Zuger Volkseinkommen. Unsere langjährige Forderung, die Ausgabenvermehrung sei auf die Teuerung oder zumindest auf das Wachstum des Zuger Volkseinkommens zu beschränken, das auch das Wachstum

der Zuger Bevölkerung mit einschliesst, ist abermals nicht erfüllt worden. Wir werden darauf im nächsten Dezember anlässlich der Budgetdebatte fürs Jahr 2004 noch zurückkommen, halten aber jetzt schon fest, dass wir regierungsrätliche Budgetvorlagen aus Grimms Märchen mit unrealistischen Zahlen wiederum nicht akzeptieren werden.
Noch schlimmer ist, dass erstmals seit vielen Jahren im Jahr 2002 die liquiditätswirksamen Erträge der Laufenden Rechnung gegenüber dem Vorjahr von 741 auf 730 Mio um 1,5 % abgenommen haben. Und dies, wie gesagt, bei einem Anstieg des Aufwands um 6,9 %. Das heisst, die Einnahmen und Ausgaben laufen auseinander. Nicht umsonst hat deshalb der Kanton Zug ohne Berücksichtigung der Reserveneinlagen und -entnahmen in der Laufenden Rechnung 2002 einen Verlust von gegen 50 Mio Franken erlitten, der ganz bestimmt nicht mit liquiditätsunwirksamen zusätzlichen Abschreibungen erklärt werden kann. Der Votant erinnert daran, dass im Kanton Zug bisher Abschreibungen von insgesamt 20 % pro Jahr degressiv und nicht linear vorgenommen wurden, d.h. Neuinvestitionen werden nach fünf Jahren nicht auf Null, sondern bloss auf 35 % des Anfangswerts abgeschrieben. Zu hoch erscheinen uns folglich degressive Abschreibungssätze von 20 % wirtschaftlich betrachtet nicht; das Steuerrecht lässt höhere Abschreibungssätze zu. Und fürs Jahr 2003 prognostizieren wir bei gleichbleibenden, wirtschaftlich durchaus berechtigten degressiven Abschreibungssätzen von 20 % und ohne Einbezug von Reservenverschiebungen einen Verlust in der Laufenden Rechung von gegen oder gar über 100 Mio Franken, weil erstens für 2003 kaum mit höheren Erträgen zu rechnen ist und zweitens wir mit dem im letzten Dezember verabschiedeten Budget für 2003 zusätzliche echte Ausgaben von 43,4 Mio Franken genehmigt haben. Quo vadis Zuger Finanzhaushalt?
Bei diesem düsteren Ausblick stellt sich die Frage, ob für den Kanton Zug das Mammutprojekt «Zuger Zentralspital» finanzierbar ist. Wir meinen ja, weil es sich hier um eine einmalige Investition handelt und, was hier besonders wichtig ist, die Betriebskosten in Baar kleiner ausfallen werden als bisher im Spital in Zug. Nicht speziell müssen wir betonen, dass ein solches Bauvolumen auch positive Impulse auf die derzeit kränkelnde Wirtschaft im Kanton Zug auslösen wird. An dieser Stelle wiederholen wir, was wir in den letzten Jahren immer wieder gesagt haben: Als Politiker haben wir die Pflicht, trotz all den Gewitterwolken, trotz all dem, was wir hier in Zug erlebt haben, auch trotz dem NFA und den sich bereits eingestellten roten Zahlen positiv in die Zukunft zu schauen. Die Bergfahrt ist für den Kanton Zug wohl zu Ende, der Gipfel überschritten, hoffen wir jedoch, dass die Talfahrt nicht allzu unsanft in der Talstation enden wird. Mit rigoroser Ausgabendisziplin können wir es vermeiden.
Zum Schluss beantragen wir nochmals, die Jahresrechnungen und Geschäftsberichte zu genehmigen und den Antrag der Regierung zu unterstützen, keine, wie bisher üblich, Hilfszahlungen an in- und ausländische Institutionen auszurichten. Die Kassen sind in Zug bald leer; das Eigenkapital des Kantons hat 2002 um 46,3 Mio Franken abgenommen, wir haben in Tat und Wahrheit einen Verlust von gegen 50 Mio Franken in der Laufenden Rechnung 2002, im Jahr 2003 wird er sich auf 100 Mio steigern. Hilfszahlungen können wir deshalb nicht mehr vornehmen. Einem nackten Mann kann man nicht in die Taschen greifen.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion mit den Anträgen der Regierung einverstanden ist, mit Ausnahme der Verteilung des Ertragsüberschusses. Dazu wird es

ein spezielles Votum geben. Wir danken Regierungsrat und Verwaltung für die geleisteten Dienste im Jahr 2002. Der Votant sieht das Ganze nicht so rabenschwarz wie sein Vorredner. Die Staatsrechnung wies für 2002 immerhin noch ein Plus von 150'000 Franken aus, trotz einem wirtschaftlichen sehr stagnierenden Umfeld. Das positive Ergebnis ist eigentlich ein negatives, da eine Fehlbuchung aus technischen Gründen erst 2003 verbucht werden kann. Im Prinzip segnen wir eine nicht korrekte Rechnung ab. Für die Zukunft ist zu hoffen, dass die Rechnung jeweils technisch erst abgeschlossen wird, wenn die Revision beendet ist. Im Prinzip haben wir einen grösseren Verlust gehabt und nicht eine quasi ausgeglichene Rechnung. Ausgeglichen wurde die Rechnung erst, weil Reserven im grösseren Umfang aufgelöst wurden. Das Eigenkapital des Kantons reduzierte sich um 46,1 Mio Franken. Zu denken gibt uns die Steuerentwicklung: Die Einnahmen bei den juristischen Personen lagen um 3.2 Mio Fr. unter dem Budget. Dafür lagen sie bei den natürlichen Personen bei der Einkommens- und Vermögenssteuer mit 13,7 Mio Mehreinnahmen klar über dem Budget. Wir zweifeln, ob die Steuergesetzrevision, die von der Zuger Bevölkerung ja angenommen wurde, den Kantonsbewohnern wirklich so gut bekommt, wie sie damals von den bürgerlichen Parteien verkauft wurde.
Die Aussichten für die laufende Rechnung 2003 sind alles andere als rosig:

- Das wirtschaftliche Umfeld ist 2003 um einiges schlechter als 2002.
- Als Basis für die Steuern kommt das 2002 zum Tragen, das wiederum um einiges schlechter als 2001 war, dies bewirkt Ertragsprobleme bei den Steuern.
- Gestiegene Aufwendungen im Sozialbereich gibt es als Konsequenz der schlechten wirtschaftlichen Lage.
- In weiter Voraussicht haben wir Linken zusammen mit der FDP und dem ehemaligen CVP-Kantonsrat Peter Hegglin bei der Budgetdebatte im Dezember 2002 keinen Steuerrabatt gewährt. Diese weise Voraussicht vermisst der Votant jetzt bei der FDP, wenn sie gegen die Ergreifung des Kantonsreferendums ist beim beschlossene Steuerpaket von National- und Ständerat, das grössere Steuerausfälle bringen wird für den Kanton Zug. Im Zusammenhang mit den vom Stawiko-Präsidenten eingangs erwähnten Warnungen der bürgerlichen Kantonsräte möchte Alois Gössi ihn daran erinnern, dass an der kommenden Sitzung diesen Worte auch Taten folgen.

Der Kanton Zug ist im Vergleich zu anderen Kantonen immer noch in einer sehr guten finanziellen Lage, die Credit Suisse First Boston hat erst gestern in einem Finanzrating dem Kanton Zug weiterhin das Triple A vergeben. Im Vergleich dazu der Kanton Bern. Durch seine finanzielle bedrohliche Lage macht er noch und noch Ausgabenkürzungen und baut Leistungen ab. Oder der Kanton Zürich: Durch die von den bürgerlichen Parteien durchgesetzte massiven Steuersenkungen werden dem Kanton in den nächsten Jahren beträchtliche Mittel entzogen. Und ersetzt werden diese fehlenden Mittel u.a. durch einen Leistungsabbau in vielen Bereichen, der für die Bevölkerung nicht schmerzlos über die Bühne gehen wird. Wir machten es ja im Prinzip ähnlich wie der Kanton Zürich. Wir entziehen dem Staat Gelder wegen der erfolgten Steuergesetzrevision. Gelder, die jetzt kurz- und mittelfristig fehlen werden – dies befürchtet der Votant jedenfalls –, aber dafür sind wir ja immer noch klar und unangefochten an der Spitze der durchschnittlichen Steuerbelastung in der Schweiz. Die Schere zwischen den Einnahmen und den Ausgaben öffnet sich leider auch im Kanton Zug immer mehr, mindestens zum jetzigen Zeitpunkt mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Noch etwas zum Votum von Bruno Pezzatti. Er hat von Zielsetzungen im Personalbereich gesprochen. Er möchte Massnahmen beim Personal ansetzen und wünscht auch, dass weiterhin eine tiefe Fluktuationsrate herrscht. Für Alois Gössi sind das zwei Forderungen, die nicht aufgehen, zumindest im mittel- und langfristigen Bereich. Er wünscht sich für den Kanton Zug, dass er weiterhin relativ sozial eingestellt bleibt und jetzt, wo das Geld knapp wird, nicht knauserig wird. Dies würde dem Kanton Zug und seinen Bewohnern massiv schaden: Die SP wird entschieden opponieren, wenn Sparübungen zu Lasten der Mittelschicht und auf dem Buckel der sozial Benachteiligten sowie im Bildungsbereich ausgeübt werden. Wir sind ein relativ sozialer Kanton und wir wollen, dass es auch so bleibt.

Josef **Lang**: Die Steuergeschenk-Orgien der letzten Jahre und Tage drohen unsere Gemeinwesen in finanzpolitische Sündenpfuhle zu verwandeln. Vorher hat der Stawiko-Präsident die Zahlen von möglichen 20 bis 50 Mio Defizit für das nächste Jahr genannt. Wenn wir dazu noch die Zahlen nehmen, die uns letzten Dezember die CVP (minus 19 Mio) oder die SVP (minus 38 Mio) vorgeschlagen haben, kämen wir bei einem Worst-case-Szenario auf Zahlen von minus 40 bis 90 Mio. Geschätzter Hans Durrer: Du wolltest dem nackten Mann 40 Mio nehmen, indem Du ihm zum voraus die Kreditkarte abgenommen hattest. Wenn sich selbst im Kanton Zug das Panorama verdüstert hat, obwohl die NFA-Rechnung noch nicht einmal auf dem Tisch liegt, obwohl es bei uns im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt das Mehrfache an juristischen Personen hat, obwohl es in unserem Kanton überproportional viele Reiche gibt, dann liegt das an den übertriebenen Steuergeschenken, die bei der Revision des Steuergesetzes für die privilegierten Gesellschaften und Personen gemacht wurden. Diese Revision, die notabene unter dem Label «formelle Steuerharmonisierung» segelte, hat die zugerische Steuerbelastung im nationalen Vergleich schlagartig auf 50,7 Indexpunkte gesenkt, obwohl die meisten anderen Kantone mit den Steuergesetzrevisionen auch Steuern gesenkt haben. Allein mit der Senkung des Kapitalsteuersatzes auf ein Drittel verlieren der Kanton und die elf Gemeinden heute schon jährlich 40 Mio Franken. Das macht fast einen Drittel der NFA-Rechnung aus. Es soll jetzt niemand behaupten, das Volk hätte das so beschlossen. Die Minderheit hat in diesem Rat vor drei Jahren den Antrag gestellt, über die Kapitalsteuer separat abstimmen zu lassen und die beiden Steuersatz-Vorschläge einander als Varianten gegenüber zu stellen. Die Mehrheit des damaligen Kantonsrats ist vor dieser demokratischen Ausmarchung zurückgeschreckt. Zu Peter Dür: Es waren wir Linken, die gesagt haben, dass diese Steuergesetzrevision uns finanzielle Schwierigkeiten bereiten wird. Jetzt sind sie da.
Wie wenig bereits heute viele Firmen zahlen, zeigt das Beispiel der Crown Resources, die bei einem Umsatz von etwa 6 Milliarden dem Kanton und der Stadt zusammen weniger als 100'000 Franken Steuern bezahlt hat. Solche Zustände können wir uns angesichts der NFA-Mehrbelastung nicht mehr leisten. Wir müssen unsere Steuersätze wieder vernünftiger gestalten. Es ist auch gescheiter, wir machen das von uns aus, bevor wir von der OECD dazu gezwungen werden. Wir müssen über die
Finanzierung der Mehrbelastung durch den NFA endlich eine realistische Diskussion eröffnen. Der hier an der letzten Sitzung geäusserte Grundsatz «Steuererhöhungen sind tabu», der auch von Beat Villiger in Frage gestellt wurde, widerspricht jeglicher praktischen Vernunft. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, den Grossteil, geschweige

denn den ganzen Teil der 120 bis 130 Mio teuren NFA-Rechnung über Sparmassnahmen zu begleichen. Erst recht, wenn noch die 45 Mio dazu kämen, die unserem Kanton und unseren Gemeinden das Sparpaket des Bundes kosten würde. Auf Grund der düsteren Aussagen über die Finanzaussichten des Kantons ist Josef Lang froh über die implizit gemachte Zustimmung zum Referendum gegen ein Steuerpaket, das sich selbst unser Kanton und unsere Gemeinden nicht leisten können. Auf Grund der CVP-Motion, konkrete Sparvorschläge zu machen, war die AF neben der CVP die einzige, welche nicht gekneift und konkrete Vorschläge gemacht hat.
Wenn der Votant jetzt sagt, das Sparen habe grosse Grenzen, heisst das nicht, dass wir Sparmöglichkeiten nicht sehen. Wir haben einige von ihnen aufgezeigt. Wie eng die Grenzen beim Sozialen sind, zeigt der Umstand, dass es beispielsweise für die Verbilligung der Krankenkassenprämien zukünftig mehr und nicht weniger Geld braucht. Soll bei der Bildung gespart werden? Sie ist der einzige Rohstoff, den unser Land hat. Soll beim Personal gespart werden? Nach zehn Jahren Personalplafonierung vermögen wir keinen Spielraum zu erkennen. Das ist auch nicht überraschend, liegt doch der Anteil öffentlicher Angestellter im Kanton Zug deutlich unter dem innerkantonalen Durchschnitt. In diesem Zusammenhang möchte Josef Lang im Namen der AF dem Personal des Kantons Zug herzlich bedanken. Ihnen verdanken wir eine effiziente Verwaltung, welche ein wichtiger Standortfaktor ist. Auch um diese zu erhalten, drückt sich unser Dank nicht nur in obligaten Floskeln aus. Wir Alternativen stehen in Wort und Tat zum öffentlichen Personal unseres Kantons. Zu den Mehrausgaben beim Personal noch eine präzisierende Aussage. Es wäre richtig, auch zu erwähnen, dass das Gymnasium Menzingen dazu gekommen ist, die Polizeifusion und der Ausbau des KVs. Sparen beim Verkehr? Hier liegt das grösste Sparpotenzial. Indem wir den öffentlichen Verkehr so stark ausbauen, dass wir die teueren Umfahrungsstrassen nicht mehr brauchen. Zug kann sich beides – Stadtbahn und Umfahrungsstrassen – nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus finanziellen Gründen nicht mehr leisten. Die De-Luxe-Zeiten des Sowohl-als-auch sind in der Verkehrspolitik vorbei. Die Stadtbahn ist auch volkswirtschaftlich die bessere Lösung.
Der Rede kurzer Sinn: Wir werden nicht um Steuererhöhungen herum kommen. Die wichtigste und richtigste Frage, vor der wir stehen, lautet denn auch: Wie stark sind welche Steuersätze und Steuerfüsse zu erhöhen? Die Antwort auf diese Frage hängt auch ab von den Interessen, die man vertritt. Wir Alternativen haben ein Vorschlagspaket ausgearbeitet, das dem Rat schriftlich verteilt wurde. Zum Schluss noch folgende Bemerkung: Wenn man sagt, es muss gespart werden, dann die Bitte, ebenso konkret zu sein, wie wenn wir sagen: Dieser oder jener Steuersatz muss erhöht werden. Das macht es den Bürgerinnen und Bürgern leichter, eine Meinung zu bilden.

Konrad **Studerus**: The party is over, das Fest ist vorbei! Gleich wie in der Wirtschaft die sogenannte «new economy» wie eine Seifenblase geplatzt ist, so wird im staatlichen Bereich realisiert, dass man auf den Boden der Realität zurück kommen muss. Die schweizerische Volkswirtschaft hat in den letzten zehn Jahren ein sehr bescheidenes Wachstum von durchschnittlich etwa 1 % pro Jahr aufgewiesen und lag damit am Schwanz der OECD-Länder. Dieses Wachstum basierte erst noch weitgehend auf staatlichem «deficit spending». Bei jeder Defizitwirtschaft kommt jedoch der Zeitpunkt, wo die Wechsel unbarmherzig präsentiert werden. Wir sind nahe bei diesem Punkt.

Dank der wachstumsorientierten Zuger Steuerpolitik der Vergangenheit steht der Kanton Zug besser da als die meisten anderen Kantone. Aber auch bei uns kann es nicht mehr so weitergehen wie bisher. Bei der Budgetdebatte vom letzten Dezember hat der Votant das Wachstum der laufenden Staatsausgaben zwischen Rechnung 2001 und Budget 2003 um 13,6 % bereits als skandalös bezeichnet. Jetzt liegt die Rechnung 2002 auf dem Tisch und wir müssen feststellen, dass die um die Reserve-Verschiebungen bereinigte Rechnung ein Ausgabenwachstum von rund 7 % gegenüber dem Vorjahr aufweist. Dies ist wohl Schweizer Rekord! Und dies in einer Zeit, wo die Teuerung nahe bei 0 % liegt. Gegenüber der Öffentlichkeit wurde immer wieder kommuniziert, dass die Laufende Rechnung 2002 ausgeglichen abschliesse. Dieses ausgeglichene Resultat kam jedoch nur dank einer Reserveentnahme von 95 Mio Franken zustande. Es sollte jedem Kantonsrat klar sein, wie heikel sich die Situation wirklich präsentiert. Obwohl es noch gewisse Abgrenzungsprobleme gibt, zeigt die um die Reserveentnahmen und -einlagen bereinigte Rechnung 2002 ein Ausgabenwachstum von etwa 45 Mio Franken bei einem Ertragsrückgang von etwa 10 Mio. Dieses Auseinanderklaffen der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung, diese Scherenentwicklung, ist äusserst gefährlich. Leider ist zu erwarten, dass die budgetierten Steuererträge im Jahre 2003 nicht so fliessen werden wie budgetiert, und die Schere sich weiter öffnet. Der Finanzdirektor resp. die Regierung hat überdies angekündigt, dass ab 2004 die in den letzten Jahren übliche zusätzliche Abschreibung auf dem Verwaltungsvermögen nicht mehr vorgenommen wird. Es muss ebenfalls als klares Zeichen der Schwäche gewertet werden, dass gerade im Vorfeld der gewaltigen Belastung durch den NFA diese zusätzliche Abschreibung aus optischen Gründen nicht mehr gemacht wird. Aber der Finanzdirektor und die Stawiko haben die strukturellen Probleme unseres Staatshaushaltes, die primär auf der Ausgabenseite liegen, erkannt. Konrad Studerus ruft nun alle auf, sich diesen Realitäten nicht zu verschliessen und die Masshaltepolitik, wie sie in letzter Zeit von der Stawiko verfolgt wurde, vermehrt zu unterstützen. Ein Staatswesen, das seine Ausgaben nicht unter Kontrolle halten kann, kann seinen sozialen Auftrag nicht erfüllen. Der Votant ist für Eintreten und Genehmigung der Rechnung im Sinne von Regierung und Stawiko.
Noch ein Wort zu Hans Durrer, der einen realen Verlust von gegen 100 Mio prophezeit hat. Das ist vielleicht etwas hoch gegriffen, aber auch der Votant glaubt, dass wir in der Grössenordnung von 50 bis 80 Mio Franken ins Minus geraten werden. Zu Jo Lang und seinen Steuererhöhungsplänen. Die CVP ist leider auch der Meinung, dass wir wahrscheinlich im Zusammenhang mit der NFA-Problematik nicht um gewisse Steuererhöhungen herumkommen. Aber diese sollten bescheiden sein. Wir wollen unseren Platz an vorderster Front in diesem Land und auch in Europa behalten. Wir wollen weiterhin ein steuergünstiger Kanton sein. Zu den Vorschlägen auf dem Papier der AF nur ein Punkt, Kapitalsteuer. Die AF sollte zur Kenntnis nehmen, dass in meisten Ländern keine Kapitalsteuer mehr existiert. Darauf müssen wir uns einrichten.
Zur Pensionskasse. Im November 2002 wurde der erweiterten Stawiko in Aussicht gestellt, die Verzinsung der Alterkapitalien für dieses Jahr auf 3,25 % zu senken. Mit dem Entscheid für eine Verzinsung von 4 % für das Jahr 2003 nimmt es der Vorstand der PK vorsätzlich in Kauf, dass die mittlerweile bestehende Deckungslücke von 161 Mio Franken weiter erhöht wird. Es sei daran erinnert, dass die PK noch vor zwei Jahren eine Kapitaldeckung von weit über 120 % hatte. Es ist wirklich ein starkes Stück, das sich der PK-Vorstand da geleistet hat. Es ist auch ein starkes Stück, wenn die PK in ihrem Jahresbericht verschämt darauf verweist, dass sie ja Staatsga-

rantie geniesse. Glauben da etwa einige Leute, dass der Steuerzahler nochmals zur Kasse gebeten werden kann, wie vor 10 Jahren? Wir haben damals einer Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge an die PK von 10 % auf 14,7 % der versicherten Löhne zugestimmt. Diese Erhöhung um 47 % hat dem Kanton eine jährliche Zusatzlast in der Höhe einer zweistelligen Millionenzahl aufgeladen. Nachdem die Revision des Pensionskassengesetzes 1993 zu einer für die Versicherten sehr vorteilhaften und gesunden Finanzierung/Sanierung der PK geführt hatte, muss an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit festgehalten werden, dass nochmalige Umverteilungen zu Lasten der Steuerzahler nicht mehr akzeptiert werden können. Das in Revision stehende Pensionskassengesetz darf nicht zu einer nochmaligen Erhöhung der Personalkos-ten des Kantons führen, sondern sollte im Gegenteil eine leichte Entlastung der Personalkosten bewirken. – Auf S. 507 des Rechenschaftsberichts steht etwas, das eine absolute Frechheit ist: «Seit dem Jahre 1989, in dem der Deckungsgrad gerade noch 76,7 % betrug, hat sich die Pensionskasse aus eigener Kraft kontinuierlich von der damaligen Unterdeckung erholt.» Die eigene Kraft war nicht die Kraft der PK, sonder die Kraft der Steuerzahler.

Leo **Granziol** sieht zwischen dem, was im Bericht des Regierungsrats steht, in der Staatsrechnung, dem Bericht der Stawiko und dem, was heute hier gesagt wird, eine erhebliche Differenz. Und er vermisst, dass in diesen Berichten der Ernst der Lage deutlich gemacht wird. Sie lesen im Bericht des Regierungsrats in der Laufenden Rechnung vom ausgeglichenen Ergebnis, Sie lesen von einem Ertragsüberschuss, auch die Stawiko macht eigentlich nicht deutlich, dass ein echtes Defizit vorhanden ist. Hans Durrer hat von 50 Mio gesprochen, auch der Votant kommt auf diesen Betrag, wenn man die Reserven-Nettorechnung betrachtet. Um diese Reserven-Rechnung gibt es ein riesiges Verwirrspiel. Aber die Stawiko sagt nicht, was das eigentliche Betriebsergebnis des Staates ist. Das vermisst Leo Granziol. Der Bürger müsste Klarheit erhalten, wie es eigentlich mit der Laufenden Rechnung steht. Wenn man diese mit einer Reserveentnahme abdeckt, ist das im Prinzip eine Defizitabdeckung, die auch deutlich gemacht werden sollte. Der Votant fragt sich überhaupt, wie das mit diesen Reserven steht. Wenn Sie die Zusammenfassung auf S. 4 betrachten, sehen Sie, dass 95 Mio aus Reserven entnommen wurden, damit das Defizit abgedeckt werden konnte. Gleichzeitig werden aber 45 Mio Einlagen in die Reserven gemacht. Das gibt jedoch netto 50 Mio, die zugeschossen werden mussten, damit nicht ein Riesendefizit entstand. Und dann schreibt der Regierungsrat: Das ausgeglichene Ergebnis kam dank eines Mehrertrags von 0,7 % gegenüber einem Minderaufwand zustande. Das ist doch fauler Zauber. Der Regierungsrat hat es ja völlig in der Hand, wie viel er aus der Reservekiste nimmt. Er hätte auch 5 Mio weniger herausnehmen können und dann wäre ein Defizit von 5 Mio entstanden. Oder er hätte 10 Mio mehr nehmen können, und dann hätten wir 5 Mio plus gehabt. Leo Granziol versteht nicht, wieso der Regierungsrat hier nicht Klarheit bringt. Auch dieses Verwirrspiel um diese Reserveeinlagen und -entnahmen ist nicht mehr angebracht. Es gibt auch noch eine erheblich Differenz, über die der Votant Auskunft haben möchte. Wenn Sie die Einlagen und Entnahmen in die Reserven betrachten und auf der anderen Seite die Verminderung des Eigenkapitals, dann haben Sie eine Mio Differenz. Woher wurde diese finanziert? Er sieht das nicht. Bei diesen Reserven ist Einiges zu hinterfragen und das erwartet der Votant auch von der Stawiko, dass hier Klarheit herrscht, wie viel die Laufende Rechnung eigentlich geändert hat, in was

sie resultiert und wie sie durch Entnahmen von Reserven und aus anderen Mitteln gedeckt wurde. Weitere Frage an den Regierungsrat: Wie viele Reserven haben wir eigentlich noch? Wie manches Jahr können wir uns diese Entnahmen und Abdeckungen des Defizits noch erlauben?

Rosemarie **Fähndrich Burger** möchte den bereits angekündigten Antrag zur Verwendung des Ertragsüberschusses stellen. Uns ist bewusst, dass der Betrag inzwischen korrigiert wurde. Trotzdem möchten wir, dass wir als Akt der Solidarität mit anderen Menschen 150'000 Franken spenden, je 75'000 Franken der Inlandhilfe und der Solidarität mit den galizischen Opfern der «Prestige»-Katastrophe. Die Wahl des Inland-Projekts überlassen wir der Regierung. Aber was die Ausland-Hilfe betrifft, haben wir einen konkreten Vorschlag, welcher der Regierung bekannt ist. Es geht um einen Beitrag an die ökologische Fakultät der galizischen Universität. Das «Integrierte Programm zur Evaluierung der Schäden, zur ökologischen Wiedergewinnung und Förderung des Küstengebiets» besteht aus vier Teilen:

1. Das Evaluieren und die wirtschaftliche Quantifizierung der Schäden der Ölkatastrophe.
2. Die Entwicklung von Aktivitäten zur Wiederherstellung der Biodiversität.
3. Die Förderung des ökologischen Tourismus.
4. Die Bereitstellung von Infrastrukturen zwecks Steigerung der Effizienz bei der Reinigung der betroffenen Gebiete.

Die Gesamtkosten belaufen sich laut der detaillierten Aufstellung und des achtseitigen Projektbeschriebs auf 1'298'900 Franken. Die Finanzdirektion verfügt über diesen Beschrieb. Der AF ist bewusst, dass die Laufende Rechnung aus den bekannten Gründen nicht mehr mit dem üblich gewordenen Millionenüberschuss abschliessen konnte. Der Kanton Zug gehört aber weiterhin zu den reichsten Gemeinwesen in einem der reichsten Länder der Welt. Dazu kommt, dass ein wesentlicher Teil des hier versteuerten Reichtums weltweit erwirtschaftet wird. Ein Zeichen der Solidarität ist auch in diesen finanziell weniger rosigen Zeiten absolut am Platz. Der Regierungsrat selber hat am 14. Januar 2003 festgehalten: «Der Regierungsrat prüft die Ausrichtung eines Beitrags für die betroffene Bevölkerung in Galizien, wie dies seiner üblichen Praxis entspricht.» Wir würden uns freuen, wenn wir weiterhin bei unserer üblichen Praxis bleiben würden.

Gregor **Kupper** hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, dass sich die heutige Debatte zu einer Budgetdebatte entwickelt hat, in einer Art und Weise, dass der Präsident den einen oder anderen Redner schon bald hätte abläuten müssen. Er findet sehr gut, dass wir basierend auf der Rechnung versuchen, einen Blick auf die nähere und weitere Zukunft unseres Kantons zu werden. Wenn wir das aber tun wollen, sind wir ganz dringend darauf angewiesen, dass die Zahlen auch stimmen. Sonst tätigen wir falsche Rückschlüsse und entscheiden falsch. Im Rahmen der Rechnungsbehandlung in der erweiterten Stawiko hat der Votant u.a. die Anregung aufgenommen, welche die Finanzkontrolle vorgebracht hat, dass nämlich in Zukunft für unsere Staatsrechnung eine Vollständigkeitserklärung ausgestellt werden soll. Das ist ein Instrument in der Privatwirtschaft. Jeder Verwaltungsrat muss diese gegenüber seiner Revisionsstelle abgeben, er muss erklären, dass die Rechnung stimmt, dass sämtliche Aufwendungen und Erträge verbucht sind, dass also die

Rechnung auch sauber abgegrenzt ist. Gregor Kupper hat auf seine Frage ein müdes Lächeln geerntet. Es ist ganz klar, dass unsere Rechnung diese Bedingungen bis heute nicht erreicht.
Der Votant moniert das, weil wir auf Grund dieser Zahlen auch immer wieder falsche Schlüsse ziehen. Er möchte das anhand von Beispielen kurz erläutern. Alois Gössi und Jo Lang haben die Steuerrabatt-Motion angesprochen. Wenn Sie die Zahlen richtig lesen, hätten wir im Jahr 2001 einen Überschuss von 33 Mio gehabt und nicht die ausgewiesenen 49 Mio. Sie können versichert sein, dass die Sparmotionen in diesem Fall ganz anders ausgesehen hätten. – Bruno Pezzatti und Hans Durrer haben erwähnt, dass wir bei den finanzwirksamen Einnahmen einen Rückgang von 10 Mio bzw. 1,5 % haben. Wenn wir die Zahlenreihen über die finanzwirksamen Einnahmen, wie sie im Stawiko-Bericht auf S. 6 wiedergegeben sind, korrekt schreiben, dann hätten wir eine leichte stetige Steigerung. Das beschönigt zwar diese Zahl, aber trotzdem ist das Auseinanderklaffen in der Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben von erheblicher negativer Bedeutung. – Peter Dür hat erwähnt, dass der Investitionsgrad von 51 % völlig unbefriedigend sei. Wenn der Ertrag 2002 korrekt wäre, läge der Investitionsgrad bei ungefähr 60 %. Wir müssen also aufpassen, dass wir auf Grund dieser Zahlen nicht falsch interpretieren. Und wir müssen dafür Sorge tragen, dass in Zukunft dieses Zahlenmaterial tatsächlich so ausgewiesen wird, dass wir uns darauf verlassen können. – Leo Granziol hat die Reservengeschichte angesprochen und damit dem Votanten aus dem Herz gesprochen. Dieses Problem hat auch die Stawiko erkannt. Wir sind mit der Finanzdirektion überein gekommen, dass das Berichtswesen insbesondere auch in diesem Punkt verbessert und modernisiert wird. Auch wir sind darauf angewiesen, dass saubere Grundlagen kommen, auf die wir uns verlassen können.
Zum Schluss noch eine Frage an den Regierungsrat. Auf S. 12 des Stawiko-Berichts ist die Geschichte mit den Baukosten der Strafanstalt erwähnt. Gregor hätte gerne Auskünfte, was sich da tatsächlich tut. Man hört dazu Gerüchte, die verunsichern.

Andreas **Hotz** kann nach diesen Worten auf sein Votum verzichten mit dem Hinweis an Leo Granziol, dass die Stawiko auf S. 5 ihres Berichts sehr wohl auf die Reserveentnahme hingewiesen hat. Sie hat auch aufgezeigt, dass 46,1 Mio entnommen und die Steuerreserven auf 193,5 Mio gesenkt wurden.

Josef **Lang** möchte kurz Konrad Studerus antworten. Bekanntlich gibt es in unserem Kanton Tausende von Firmen, die dem Kanton und der Gemeinde keine Ertragssteuer bezahlen. Die sogenannten Briefkastenfirmen. Wenn wir auch noch die Kapitalsteuer abschaffen, dann würden diese Firmen dem Kanton und den Gemeinden überhaupt keine Steuern mehr bezahlen. Es gibt andere Tausende von Firmen, die sehr wenig Ertragssteuern bezahlen, gemischte Gesellschaften, Holdings. Wenn man denen auch noch die Kapitalsteuer abschafft, dann müssen sie fast keine Steuern mehr bezahlen. Das kann doch nicht sein. Selbstverständlich kann man über die Abschaffung der Kapitalsteuer diskutieren. Aber dann muss man auch über die zusätzliche Erhöhung der Ertragssteuer diskutieren, und vor allem darüber, dass das Privileg, dass es Gesellschaften gibt, die keine Ertragssteuer bezahlen, abgeschafft werden muss, wenn man gleichzeitig die Kapitalsteuer abschafft. Angesichts dieser Perspektive ist Konrad Studerus wohl eher dafür, dass wir bei der Kapitalsteuer blei-

ben. Es ist ja wie bei der Erbschaftssteuer: Man hat sie symbolisch gelassen, um unseren Argumenten Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber die Erbschafts- wie die Kapitalsteuern haben fast nur noch symbolische Bedeutung.
Verschiedene Redner haben gesagt, der Ernst der Lage sei sehr gross. Wenn wir in einer Situation stecken, wo der Abgrund in der Nähe ist, dann müssen Diskussionen konkret werden. Dann dürfen sie nicht mehr abstrakt bleiben. Aber in diesem Rat gibt es eine einzige Fraktion, die sowohl im letzten Dezember ganz konkrete Sparvorschläge und auch ganz konkrete Vorschläge bezüglich Steuereinnamen gemacht hat. Wir haben den Ernst der Lage erkannt.

Konrad **Studerus** hält fest, dass er nicht von der Abschaffung der Kapitalsteuer nicht gesprochen hat. Sie muss aber einfach sehr moderat sein.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte auf die Fragen eingehen, hier aber keine Steuergesetzdebatte führen und auch nicht zum NFA oder der Spitalvorlage Stellung nehmen, ebenso wenig zu Steuerrechnungen von gewissen juristischen oder natürlichen Personen. – Nach unseren Vorgaben, dem Budget, das letztes Jahr ein Minus von 450'000 hatte, hat der Rat hier mit KR-Beschlüssen und Nachtragskrediten über 13 Mio zusätzliche Ausgaben beschlossen. Wir hätten also in der Laufenden Rechnung ein Minus gehabt. Aber weil die Einnahmen besser waren und wir weniger Ausgaben hatten, gab es noch eine ausgeglichene Rechnung. So gesehen kann man diese Rechnung noch als gut bezeichnen. Anders sieht es dann für das laufende und das folgende Jahr aus. Der Votant lässt im Rat diesbezüglich eine Tabelle austeilen, die er dann noch kommentieren wird. – Der Finanzdirektor möchte sich auch für die Fehlbuchungen entschuldigen, die beim Verein punkto Jugend und Kind gemacht wurden. Überall, wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Dieses Jahr ist es insofern schlecht, weil sich dadurch die schwarze in eine rote Null verwandelt. Die falsche Tabelle auf S. 140 in der Rechnung ist korrigiert in den Stawiko-Bericht eingefügt worden (S. 6). Diese Tabelle zeigt die heute mehrfach erwähnte Schere, die aufgeht, weil die Ausgaben mehr zunehmen als die Einnahmen.
Zu den Empfehlungen der Stawiko und der Finanzkontrolle. Der Votant nimmt sie sehr gerne entgegen – z.T. sind sie auch von uns eingebracht worden. An der Stawiko-Sitzung wurde intensiv darüber diskutiert. Die Darstellung der Rechnung basiert auf dem HRM, dem harmonisierten Rechnungsmodell, bei welchem sich alle Kantone angeschlossen haben, weil dadurch ein Vergleich unter den Kantonen möglich ist. Wir möchten aber die Darstellung verbessern und aussagekräftiger machen. Das sollte auch möglich sein, weil wir eine neue Rechnungs-Software haben, die das zulässt. Zudem sind wir ja jetzt bei der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes.
Zu den Nachtragskrediten. Peter Hegglin möchte auch in Zukunft dieses Mittel haben. Es gibt ja immer wieder veränderte Situationen, wie dieses Jahr bei den Lehrstellen. Da sollte der Regierungsrat doch die Möglichkeit haben, auch unter dem Jahr zwei Mal mit diesem Mittel beim Rat um Kredite nachzufragen. Weniger bei den Kredit*überträgen*, da hat die Finanzdirektion schon anfangs Jahr gehandelt. Wir haben die Direktionen aufgefordert, möglichst *keine* Kreditüberträge mehr zu machen, weil das Korrekturen im Budget gibt, und das schafft dann Unsicherheit und Verwirrung.
Die Abschreibungspraxis wollen wir auch ändern, dass wir auf Ende Jahr abschreiben und nicht mehr auf den Bilanzwert von anfangs Jahr.

Zur finanziellen Situation und zu den liquiditätswirksamen Mitteln. Wir müssen vor Augen haben, dass wir dieses Jahr Änderungen bei der Verbuchung der direkten Bundessteuer vorgenommen haben. Wir haben dort einen Systemwechsel gemacht, der zur Folge hat, dass dieses Jahr 7,2 Mio weniger Ertrag in der Rechnung ist. Das ist eine Abgrenzung für das Jahr 2001, aber auch für 2002. Eine weitere Massnahme ist, dass wir den Ertragsüberschuss vom Vorjahr wohl brutto verbucht, ihn dann aber, um den Aufwand und Ertrag des laufenden Jahres netto darzustellen, abgezogen haben.
Zu den Ertragsprognosen. Es wird immer wieder kritisiert, diese seien nicht genau. Das Grundlagenmaterial ist aber bei der Budgetierung noch unsicher, es liegen noch nicht alle Abschlüsse vor und die Prognosen beruhen deshalb auch auf Schätzungen. Der Votant möchte aber betonen, dass die normalen Steuererträge doch ziemlich genau dem Budget entsprechen und die Abweichungen bei den Sondersteuern und den Steuern des Vorjahrs auftreten. Sie können ihm sicher beipflichten, dass Sie zusätzlichen Sondersteuern auch nicht abgeneigt sind. Der grösste Einbruch besteht bei den juristischen Personen. Bei der Kapitalsteuer sind es 20 Mio. Wenn Sie aber auch die Zunahme berücksichtigen, beträgt die Abnahme nur noch 2 % gegenüber der Rechnung 2001.
Zu den Reserveentnahmen. Effektiv sind es 45,6 Mio, nicht 95 Mio. Das steht auch wieder im Zusammenhang mit der Bruttoverbuchung des Ertragsüberschusses vom Vorjahr, welcher in die Reserve eingebucht wurde. Die Differenz zur Abnahme des Eigenkapitals in der Grösse von ca. einer Million kann der Finanzdirektor spontan nicht erklären. Er wird das aber gerne nachliefern. (Nachtrag: Die grössere Abnahme beim Eigenkapital als bei den Reserven beträgt 0,5 Mio. Sie begründet sich in einer Reserve-Einlage Strassenbauspezialfinanzierung (2,8 Mio), einer Reserve-Entnahme Finanzausgleich der Gemeinden (2,1 Mio) und dem Rechnungsüberschuss 2002 von 0,2 Mio.) Der Betrag der Steuerausgleichsreserve beträgt heute noch 47,5 Mio Franken. Diese Reserve hat in der Rechnung 02 um 7 Mio abgenommen. Die Reserveentnahmen hat man dieses Jahr vor allem für die zusätzlichen Abschreibungen von 36,8 Mio gebraucht. Wenn Sie zurückschauen bis ins Jahr 1991, so hat das Eigenkapital um 84,2 abgenommen. In dieser Zeit haben wir aber zusätzliche Abschreibungen von 399,4 Mio gemacht. Wenn wir das nicht gemacht hätten, wäre das Eigenkapital um 315 Mio gestiegen. Aber Sie sind sicher einverstanden, dass es richtig war, diese zusätzlichen Abschreibungen zu machen, denn es gibt ja viele staatliche Einrichtungen, die nicht verkauft werden können. Denken Sie z.B. an eine Strafanstalt, die zwar sehr viel kostet, aber sicher nicht verkauft werden könnte, falls sie nicht mehr gebraucht würde.
Zum Pensionskassenvorstand. Dieser sollte nach Gesetz paritätisch zusammengesetzt sein. Der Regierungsrat wählt die Arbeitgebervertreter und die Angestelltenverbände die Arbeitnehmervertreter. Dieser Vorstand wurde anfangs Jahr für eine neue Amtsperiode gewählt. Es macht wohl keinen Sinn, diese Zusammensetzung jetzt zu ändern. Wir werden aber bei Vakanzen die vorgebrachten Anliegen prüfen. – Zur Verzinsung. Es ist richtig, dass das PK-Kapital zu 4 % verzinst wird. Der Vorstand hat dies letzten Herbst beschlossen, weil er damals davon ausgegangen war, dass sich die wirtschaftliche Situation verbessert und die Zinsen sich eher wieder erhöhen. Dies ist leider nicht eingetroffen, so dass diesen Herbst sicher eine Korrektur gemacht werden muss. Es ist auch nicht im Sinne des Vorstands, dass man mehr verzinst und damit die Deckungslücke, die durch den grossen Börseneinbruch entstanden ist, noch vergrössert.

Zum Anliegen der Stawiko, von uns den Druck auf die Direktionen zu erhöhen. Peter Hegglin hat das nicht so verstanden, dass er einfach alles entgegennimmt, was von den Direktionen kommt. Wir werden natürlich vermehrt Druck machen, um vor allem das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen. Aber auch darauf schauen, dass man nicht Notwendiges herausstreicht, um es dann mit Nachtragskrediten einfach später wieder in den Rat zu bringen.
Zu den Drucksachen und ihren Kosten von 1,26 Mio. Das ist sicher ein Posten, den man laufend überprüfen muss. Aber es ist wohl nicht so, dass wir jetzt nichts mehr drucken dürfen. Es gibt sicher einen grossen Bevölkerungskreis, der nach wie vor nicht so gerne aufs Internet geht, sondern die notwendigen Fakten auf Papier entgegennehmen will.
Zur Gewinnverteilung. Die Regierung ist der Meinung, dass wenn kein Gewinn vorhanden ist, auch keiner verteilt werden kann. Und wir haben dieses Jahr kein Geld zum verteilen. Der Regierungsrat führt aber nach wie vor seine Hilfeleistung in kleinem Rahmen weiter – sowohl freundeidgenössisch wie international. So hat er doch letztes Jahr 630'000 Franken für Katastrophenhilfe in Europa und Afghanistan aufgewendet. Und auch dieses Jahr haben wir den Budgetposten von 100'000 Franken bereits ausgeschöpft. Wir haben schon das Doppelte für Soforthilfe bei Katastrophen ausgegeben. Das heute vorgebrachte Anliegen betreffend Galizien hatten wir auf unserer Direktion schon geprüft. Wir sind dann aber zum Entscheid gekommen, dass das keine sehr erfolgversprechende Massnahme ist, sondern sehr theoretisch. Wir haben das Gesuch in einer Stellungnahme beantwortet.
Zum Schluss etwas zur ausgeteilten Tabelle (siehe Beilage). Sie bezieht sich auf den mutmasslichen Steuerertrag für das laufende Jahr. Bei den natürlichen Personen waren im Budget für dieses Jahr 239 Mio vorgesehen. Heute schätzen wir 264 Mio. Wir führen das darauf zurück, dass mit der Gegenwartsbemessung mehr kommt. Diese Zahl basiert auf den versandten Rechnungen. Mit einer Genauigkeit von ca. 5 % plus/minus sollte diese Zahl stimmen. In diesem Bereich haben wir Mehreinnahmen. Bei den juristischen Personen haben wir jedoch Verluste, wie das auch in der übrigen Schweiz der Fall ist. Wir haben für dieses Jahr sogar weniger Ertrag geschätzt, als letztes Jahr hereingekommen ist. Das ist auch gegenüber dem Budget massiv weniger. Weiter unten addieren wir zum Kantonssteuerertrag noch den Kantonsanteil der direkten Bundessteuer und kommen auf 504 Mio. Das sind ca. 20 Mio mehr als letztes Jahr, aber doch 44 Mio weniger als im Budget. Wenn man noch die Rechnung mit dem budgetierten Ertragsüberschuss von 19,5 Mio macht, ergibt das nach heutigem Stand ein Minus von 24 Mio in der Staatsrechnung. Aber das ist natürlich nur über den Daumen gepeilt.
Ein Ausblick auf das nächste Jahr. Wir denken, dass sich die Ertragserwartungen für das nächste Jahr etwa in der Grössenordnung von 2003 bewegen werden.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** möchte noch Stellung nehmen zur Frage von Gregor Kupper betreffend die Strafanstalt Zug. Ja, wir haben höhere Forderungen der GU. Diese werden jetzt analysiert. Das dauert jedoch eine gewisse Zeit. Vor allem, wenn der Verantwortliche der GU gekündigt hat, macht das die Sache eher komplizierter. Der Votant bittet den Fragesteller um etwas Geduld.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Direktion des Innern

Andrea **Hodel** hat eine Frage zu S. 27, Kto. 31301. Dort haben wir eine Budgetüberschreitung von mehr als einer Million. Das wird begründet mit der Übernahme Betreuungsstelle Baar/Beschäftigungsprogramm. Die nächste Position wird dann ebenfalls mit einer Erhöhung durch Übernahme Betreuungsstelle Baar begründet. Die Votantin würde gerne wissen, was wir da weshalb übernommen haben und wie es weiter geht.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass diese Übernahme der Betreuungsstelle Baar durch eine Anfrage des Gemeinderats Baar im Sommer 2001 erfolgte. Die Regierung entschied darauf, diese Betreuungsstelle Baar im Interesse der Kontinuität der Betreuung zu übernehmen. Das konnte im Budget 02 nicht mehr erfasst werden und deshalb haben wir hier diese erhöhten Zahlen. Wenn man jedoch die gesamten Zahlen anschaut, sieht man, dass den Mehrausgaben auch Mehreinnahmen vom Bund gegenüberstehen. Denn diese Betreuungskosten werden ja vom Bund finanziert. Das alles erfolgte bei höchster Budgetgenauigkeit. Der budgetierte Fehlbetrag von 10'000 auf über 7 Mio Franken wurde bei knapp einer Million höheren Ausgaben und Einnahmen um tausend Franken überschritten. Es gab also im Gesamten keine Mehrausgaben.

Bildung und Kultur

Andrea **Hodel** hat eine Frage zum Beitrag an die schulzahnärztlichen Dienste auf S. 35, Kto. 36205. Im Zusammenhang mit der Neuregelung und Anpassung des schulzahnärztlichen Dienstes haben wir ja auch hier im Rat immer wieder darüber gesprochen, dass dieses Verfahren sehr kompliziert und aufwendig ist. Hier würde sie im Sinne einer Kontrolle interessieren, ob sich das bewahrheitet hat. Ist das Verfahren aufwendig oder hat sich das heute eingespielt?

Matthias **Michel**, Direktor für Bildung und Kultur, hält fest, dass sich das aus Sicht des Kantons, der jetzt einfach Pauschalbeiträge bezahlt, bewährt hat. Von den Gemeinden ist bis jetzt nichts an ihn gelangt, das auf Schwierigkeiten hinweisen würde.

Volkswirtschaftsdirektion

Andrea **Hodel** hat eine Frage zu S. 53, Kto. 43100. Wir haben hier bei den Spruchgebühren einen schönen Ertrag von 82'000 Franken erwirtschaftet und es heisst beim Kommentar: Bis Juni 2004 werden Spruchgebühren für ausländische Arbeitskräfte erhoben. Weshalb geschieht das anschliessend nicht mehr, ist das eine Vorgabe des Bundes oder verzichten wir darauf?

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** weist darauf hin, dass das mit den bilateralen Abkommen zu tun hat, mit der Personenfreizügigkeit. Ab Sommer 2004 gilt der Vorrang der Inländer nicht mehr und auch die Kontrolle der Arbeitsverhältnisse ist nicht mehr direkt nötig. Darum haben wir jetzt neu das Entsendegesetz gemacht, um eine Kontrolle ausüben zu können. EU-Bürger brauchen keine Arbeitsbewilligung mehr, um hier arbeiten zu können. Bis 2007 braucht es immerhin noch die Kontingente, das wird aber dann direkt über das Amt für Ausländerfragen mit der Ausländerbewilligung zusammen überprüft. Da es keine Arbeitsbewilligungen mehr braucht, dürfen wir auch keine Gebühren mehr erheben.

Gesundheitsdirektion

Regula **Töndury** hat eine Frage zu S. 92, Kto. 36502, Beitrag an Sennhütte. Was ist das für ein Gerichtsverfahren, das dort erwähnt ist?

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** hält fest, dass sich die Anfrage auf Kto. 4051, Suchthilfe, sowie 36502, Beitrag an Sennhütte, bezieht. Die Sennhütte ist eine therapeutische Gemeinschaft, die gegen den Zugerberg hinauf in einem Haus angesiedelt ist und suchtmittelabhängigen Personen die Möglichkeit bietet, sich dort im stationärem Rahmen in einem suchtmittelfreien Leben zu üben. Zu den Zahlen. Seit 2001 leistet der Kanton Zug auf Grund des am 28. Juni 2001 geänderten KR-Beschlusses einen jährlichen Beitrag von höchstens 400'000 Franken an die ungedeckten Betriebskosten. Das aufgeworfene Problem betrifft die Finanzierung des Bundes. Diese ist seit Jahren ein leidiges Thema. Das wissen jene, die sich in der Stawiko mit diesem Thema befasst haben. Der Bund ist mit seinen Zahlungen gegenüber uns hoffnungslos im Rückstand, weil er derart lange braucht, bis er die Anrechenbarkeit der IV-Zeugnisse überprüft hat. Es gibt Expertisen und Gegenexpertisen, bis wirklich klar ist, ob jemand wirklich eine IV-Berechtigung hat oder nicht. Der Regierungsrat konnte auf Grund dessen erst die Rechnungsjahre 97/98 genehmigen. Wir haben beim Bund schon diverse Male reklamiert. Beim erwähnten «Gerichtsverfahren» handelt es sich um eine Beschwerde der Trägerschaft gegen den seinerzeitigen Betriebsbeitragsentscheid des Bundesamts für Sozialversicherungen. Man ist diesbezüglich nun auf einem guten Weg, schlägt der Bund doch für die Jahre 99 bis 02 eine pauschale Abgeltung vor, und zwar zu einem Durchschnittsatz der Vergütungen der Jahre 97/98. Wir unterstützen diesen Vorschlag, und der verantwortliche Geschäftsführer der GGZ, Herr Ulrich, hat uns kürzlich erklärt, die Vereinbarung mit dem Bund stehe kurz vor dem Abschluss, so dass diese Altlasten dann endlich bereinigt werden können. Das wird dann allerdings in der Rechnung 2003 einen höheren Kantonsbeitrag bedingen. Hier ist er ja deutlich geringer als budgetiert. Das geschieht im Einverständnis mit der Stawiko.

Finanzdirektion

Bruno **Briner** hat eine Frage zu S. 102, den diversen kantonalen Steuereinnahmen. Sind das Steuerforderungen oder vereinnahmte Steuern? Wenn es Forderungen sind, findet man dann in der Bestandesrechnung ein Delkredere oder Rückstellun-

gen? Der Votant stellt diese Frage deshalb, weil er im Rechenschaftsbericht auf S. 496 feststellen konnte, dass die 2. Mahnungen sehr zugenommen haben gegenüber dem Vorjahr und auch die Betreibungen gegen juristische Personen zugenommen haben. Er könnte sich bei der aktuellen wirtschaftlichen Lage vorstellen, dass evtl. mit Steuerausfällen zu rechnen ist.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass das Mahnwesen verstärkt wurde und es deshalb mehr Mahnungen gibt. Wir denken nicht, dass wir mit mehr Verlusten rechnen müssen. Wir haben lediglich beim Bezug mehr Druck gemacht, dass das Geld herein kommt. Wir sind auch sehr restriktiv bei der Abschreibung von Steuerforderungen. Und ob es verbucht wird, diese Frage kann ich so nicht ganz klar beantworten – ich werde das zu Händen des Protokolls tun. (Nachtrag: In der Staatsrechnung (S. 102) sind unter den Steuerarten jeweils die im betreffenden Jahr in Rechnung gestellten Kantonssteuern aufgeführt. Während beim Anteil des Kantons an der Direkten Bundessteuer die vereinnahmten Beträge verbucht sind. Unter Konto 5065.33000.00, Erlasse und uneinbringliche Steuern, sind die effektiven Verluste im betreffenden Kalenderjahr verbucht. Darunter fallen die Steuererlasse und Abschreibungen infolge von Betreibungen und Konkursen. Ein eigentliches Delkredere- oder Rückstellungskonto für voraussichtlich uneinbringliche Steuern wird nicht geführt. Die voraussichtlichen Steuerausfälle werden zwar jedes Jahr budgetiert, aber im Rechnungsabschluss sind nur effektiv eingetretene Verluste verbucht. Im laufenden Jahr sind die Erlassgesuche angestiegen. Nach unserer Schätzung liegen die Erlasse und uneinbringlichen Verluste im Jahr 2003 bei 2 Mio Franken, d.h. um 200'000 über Budget. Mit wesentlich höheren Verlusten ist im laufenden und kommenden Jahr nicht zu rechnen.)

➔ Der Rat schliesst sich den Anträgen des Regierungsrats und der Erweiterten Staatswirtschaftskommission an und genehmigt sowohl die Staatsrechnung 2002 wie auch die Jahresrechnung 2002 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

Der **Vorsitzende** begrüsst das Landratsbüro des Kantons Nidwalden, das soeben den Saal betreten hat. Es wird angeführt von Landratspräsident Ruedi Jurt. (Applaus) Meine Damen und Herren aus Nidwalden, Sie sind mit uns Zugern heute in guter Gesellschaft, bilden wir doch zusammen als Geberkantone eine Art Mit-Leidensgenossenschaft. Ich hoffe, dass uns der gegenseitige Gedankenaustausch vielleicht die dannzumalige NFA-Last leichter tragen lässt. Ich habe mitbekommen, dass Sie heute u.a. das Museum für Urgeschichte besuchen wollen. Wir haben vorher eine Preisliste durchberaten. So etwas kostet nach dieser Preisliste etwas 850'000 Franken. Wenn Sie dann das Museum anschauen, behalten Sie die Kosten auch im Auge, bevor Sie das auch in Nidwalden einführen. Ich wünsche Ihnen im Namen des Rates einen erlebnisreichen Tag.

131 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND VERWENDUNG DES ERTRAGS-ÜBERSCHUSSES DER LAUFENDEN RECHNUNG 2002

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1124.1 – 11164) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1124.2 – 11184).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass die Eintretensdebatte zu diesem Thema bereits bei der Staatsrechnung geführt und von der AF ein Antrag gestellt wurde.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag der AF unterstützt. In Hünenberg haben wir eine Regelung, dass ein Prozent des Überschusses an Hilfe ins Ausland und Inland geht, aber mit einem Mindestbeitrag pro Jahr. Andere Gemeinden haben nach Wissen der Votantin eine ähnliche oder gleiche Regelung. Sie möchte dem Rat beliebt machen, dass wir im Kantonsrat diese Frage analog handhaben. Es gibt dringende Bedürfnisse in anderen Gemeinden in der Schweiz, es gibt Not in anderen Teilen der Welt. Käty Hofer zitiert den Stawiko-Präsidenten: «Die Vitalparameter unseres Gemeinwesens sind in gutem Zustand.» Sanierungsmassnahmen in Galizien sind absolut dringend, sie gehören also zum Notwendigen und nicht zum Wünschbaren. Das Gleiche gilt für Infrastrukturmassnahmen für Katastrophenhilfe in der Schweiz. Die Votantin möchte den Rat bitten, dem Antrag der Alternativen zuzustimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AF mit 53 : 15 Stimmen ab.

➔ Der Rat schliesst sich dem Antrag der Regierung über die Zuweisung des Ertragsüberschusses an.

132 RECHENSCHAFTSBERICHT DES REGIERUNGSRATS FÜR DAS JAHR 2002 UND ZWISCHENBERICHT DES REGIERUNGSRATS ZU DEN PER ENDE MÄRZ 2003 ZUR BERICHTERSTATTUNG FÄLLIGEN PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSEN

Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht, Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1111.1 – 11133) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1129.1 – 11183).

A. RECHENSCHAFTSBERICHT

Andrea **Hodel**: Einmal mehr haben wir in der FDP-Fraktion den Rechenschaftsbericht über das Amtsjahr 2002 diskutiert und wir konnten feststellen, dass dieses Buch mit 511 Seiten einen detailgetreuen Rückblick gestattet. Aber verschiedene – aus unserer Sicht wichtige – Aussagen fehlen. So müssen wir doch alle ehrlich sein. Jeder im Kantonsrat hat vielleicht ein Steckenpferd. Niemand erhält aber auf Grund

des Studiums von rund 500 Seiten – wenn er das am Wochenende oder am Abend wirklich tut – einen Gesamtüberblick. So fehlen der FDP-Fraktion eine Übersicht über die wichtigsten Ereignisse und die Wertung davon. Bei keiner Direktion finden wir Aussagen darüber, was sich grundlegend ereignet oder verändert hat oder wo die Hauptprobleme waren. Welche Ziele wurden gesetzt? Kam es irgendwo zu einem grundlegenden Wechsel in der Beurteilung von Sachverhalten? Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass wir kein statistisches Amt haben und auch keines wollen, und dieser Rechenschaftsbericht mit seinen Zahlen und Tabellen dafür einen gewissen Ersatz bieten soll. Dennoch ersucht die FDP-Fraktion die Regierung, sich grundsätzlich zu überlegen, wie der Rechenschaftsbericht in den kommenden Jahren gestaltet oder zumindest direktionsweise zusammengefasst und das Wichtigste im Sinne der vorgängigen Ausführungen dargelegt werden könnte. Ansonsten können wir feststellen, dass die Verwaltung viel gearbeitet hat. Ihr gebührt der grosse Dank unserer Fraktion für die Arbeit im vergangenen Jahr. Wir wissen es zu schätzen, dass einer unserer Standortfaktoren die Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung ist, die alles unternehmen, um unsere Einwohnerinnen und Einwohner als geschätzte Kunden zu behandeln. Ebenfalls zur Kenntnis genommen hat die FDP-Fraktion den Zwischenbericht über die hängigen Motionen. Sie hätte sich aber auch gewünscht, neben dem Arbeitsprogramm der Regierung Aussagen über hängige Gesetzesvorlagen zu erhalten. Die Votantin weist bereits hier darauf hin, dass die FDP-Fraktion nicht akzeptieren kann, dass wichtige Gesetzgebungsgeschäfte wie das Wahl- oder das Sozialhilfegesetz weitere massgebliche Verzögerungen erfahren sollen. Es kann und darf nicht sein, dass das Wahlgesetz wie vorgesehen auch bei den nächsten Gesamterneuerungswahlen noch nicht revidiert worden ist. Andrea Hodel ersucht mithin den Regierungsrat, diesen beiden Gesetzesrevisionen die notwendige Priorität einzuräumen und alles daran zu setzen, dass wir im nächsten und übernächsten Jahr diese Vorlagen im Parlament erhalten.

Landammann Walter **Suter** möchte sich kurz zur Ausgestaltung dieses Rechenschaftsberichts äussern. Wir haben diese Diskussion im Regierungsrat schon mehrmals geführt. Wir haben einen sehr detailliert abgefassten Rechenschaftsbericht, der in dieser Art auf den ersten Blick nicht sehr leserfreundlich ist. Man muss sich mehr als ein Wochenende Zeit nehmen, wenn man sich durchschlagen will. Der Votant möchte aber dem Vorwurf widersprechen, dass die Möglichkeit nicht besteht, die wichtigsten Fragen anzusprechen. Jede Direktion wird mit einem allgemeinen Teil eingeleitet, der die Meinung hat, dass man dort die wichtigsten Geschäfte und Fragen der jeweiligen Direktion darstellt. Das wird unterschiedlich gemacht, aber im Kern ist dort Raum dafür. Bei der Diskussion, ob wir einen kürzeren und leserfreundlicheren Rechenschaftsbericht machen sollen, muss man berücksichtigen, dass sein besonderer Wert in dieser Form in seiner Eignung als Nachschlagewerk besteht. Auch vergleichende Analysen können gemacht werden, weil wir sonst keine statistischen Blätter veröffentlichen. Dieses Nachschlagewerk wird denn auch von sehr vielen Stellen geschätzt. Nach allen Diskussionen im Regierungsrat sind wir schlussendlich bei dieser detaillierten Form geblieben. Wir können aber den Wunsch an die Direktionen entgegennehmen, dass sie im allgemeinen Teil wirklich die wichtigsten Fragen darstellen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Allgemeiner Teil

Beat **Villiger** hat eine Bemerkung zu S. 51. Dort sind die erheblich erklärten Motionen und Postulate aufgeführt, die noch nicht behandelt sind. (Diese Frage wurde auch in einer Interpellation von René Bär an die Regierung gerichtet.) Diese sind z.T. sehr alt und dieser Zustand lähmt die Arbeit im Parlament. Der Votant möchte den Regierungsrat dringend bitten, vor allem jene Direktionen etwas zu mahnen, die am meisten säumig sind. Sonst sieht Beat Villiger keine andere Möglichkeit, als dass das Parlament in der Geschäftsordnung eine Frist für diese Behandlung aufnehmen muss. Er möchte für eine schnellere Behandlung zum Voraus danken.

Direktion des Innern

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, möchte zum Wahl- und zum Sozialhilfegesetz, die von Andrea Hodel angesprochen wurden, Stellung nehmen. Diese beiden Gesetzesrevisionen werden gemäss direktionsinternem Zeitplan prioritär behandelt. Es ist vorgesehen, das Wahl- und Abstimmungsgesetz Ende 2004 dem Kantonsrat vorzulegen. Das Sozialhilfegesetz sollte am 1. Januar 2005 in Kraft treten. Mit diesen Äusserungen beantwortet die Votantin auch eine offene Frage von Werner Villiger, die er an der vorletzten KR-Sitzung stellte.

Sicherheitsdirektion

Thomas **Lötscher** hat sich bei der Analyse der Jahresrechnung der Sicherheitsdirektion über die mustergültige Budgettreue gefreut. Ihr Rechenschaftsbericht veranlasst ihn zu einigen Fragen und Bemerkungen.
Die Anzahl der ausgestellten Ordnungsbussen ist im Berichtsjahr explodiert; er hat sich mehr als verdreifacht (S. 401/402). Dies im Wesentlichen durch die Fusion der Polizeien. Der Löwenanteil geht aber auf das Konto Parkbussen (ruhender Verkehr) auf dem Stadtgebiet. Das ist in zweierlei Hinsicht bedenklich: Verfehlungen gegen das Parkregime haben einen sehr begrenzten Einfluss auf die Verkehrssicherheit, der den dafür getriebenen Aufwand unter Sicherheitsaspekten keinesfalls rechtfertigt. Dies insbesondere, da unser Parlament den Hilferuf der Polizei bezüglich Überlastung und mangelnder Ressourcen sehr wohl gehört hat. Auch wenn ein Grossteil dieser Kontrollen ausserhalb des Polizeikorps getätigt wird, könnten die Polizeiressourcen mindestens teilweise sicherheitstechnisch sinnvoller eingesetzt werden. Zweitens sollte man das offensichtliche Parkplatzproblem in der Stadt Zug nicht dazu missbrauchen, die öffentlichen Kassen zu füllen. Besser wäre es, das Problem endlich zu lösen; denn eine Hauptstadt mit entsprechender Zentrumsfunktion ist auch mit der nötigen Infrastruktur auszustatten. Inwiefern bei anderen Kontrollen und Bussenaussetzungen das Spannungsfeld zwischen Verkehrssicherheit und Geldeintreiberei gehandhabt wird, kann dem Bericht nicht entnommen werden. Deshalb wüsste der

Votant gerne, inwieweit bei den Kontrollen planmässig Schwerpunkte bezüglich sicherheitsrelevanter Tatbestände gemacht werden.
Auf S. 399 wird ausgeführt, dass die neugeschaffene Polizeidienststelle Zug bezüglich der Platzverhältnisse zu knapp bemessen ist und die Mitarbeiter stark einengt. Dies erstaunt. Ein Neu- oder Umbau sollte gerade auch bei hohem Kostenbewusstsein so konzipiert werden, dass er mittelfristig genügend Platz bietet, mindestens aber bei Inbetriebnahme. Die Fragen dazu:

- Wurde hier falsch geplant?
- Was hat dieser Platzmangel für Konsequenzen bezüglich der Arbeitsqualität?
- Steht allenfalls in naher Zukunft ein zusätzlicher Ausbau an?

Der Kanton Zug ist ein bedeutender Wirtschaftskanton. Wirtschaftskriminalität ist deshalb ein äusserst sensibles Thema, zumal dessen Bedeutung im Zunehmen begriffen ist. Thomas Lötscher fehlen im Bericht zu diesem Thema und zur Internetkriminalität substanzielle Aussagen. Namentlich interessieren ihn Grössenordnung der Problematik, Massnahmen, Ressourcen, Erfolge und vor allem eine Gegenüberstellung mit vergleichbaren Kantonen und dem Bund – allenfalls sogar mit dem Ausland.
Noch eine abschliessende Bemerkung: Von den als Straftätern ermittelten Personen sind über 15 % Asylsuchende. Der Gesamtanteil der Ausländer an den Straftätern liegt bei über 60 %, was rund drei Mal mehr ist als ihr Anteil an der Wohnbevölkerung. Das ungute Gefühl in weiten Bevölkerungskreisen, dass Ausländer in der Schweiz überdurchschnittlich kriminell sind, ist daher kein rassistisches Hirngespinst sondern eine statistisch belegte Tatsache. Ins gleiche Kapitel fällt die Situation in der fast voll belegten Strafanstalt Bostadel. Zitat aus dem Bericht:« „Knapp die Hälfte der Eingewiesenen stammen aus Balkanstaaten. Auffallend ist die Zunahme von Insassen aus afrikanischen Staaten». Es liegt dem Votanten fern, Stimmung gegen einzelne Völker zu machen. Als Politiker sind wir jedoch gefordert, uns nicht hinter einem falsch interpretierten Rassismusgesetz zu verstecken, sondern die Dinge beim Namen zu nennen und uns um Lösungen zu bemühen. Wir erfüllen damit die Wünsche und den Auftrag der Bevölkerung, helfen aber auch jenen rechtschaffenen Asylsuchenden und Angehörigen von ethnischen Gruppen, die zu Unrecht unter den nicht aus der Luft gegriffenen Vorurteilen leiden.

Andrea **Hodel** hat eine Frage zu den Fahrzeugprüfungen (S. 415). Im Rechenschaftsbericht ist zu lesen, dass wir mit den Fahrzeugprüfungen im Verzug sind. Die Votantin glaubt aber zu wissen, dass wir auch Fahrzeugprüfungen für den Kanton Aargau machen und diese dort sehr beliebt sind, weil wir tiefere Gebühren verlangen. Es stellt sich die Frage: Wenn wir überlastet sind, weshalb führen wir diese Prüfungen für den Kanton Aargau weiter? Gäbe es eine Möglichkeit, dies nicht mehr zu tun?

Martin **Stuber** möchte Stellung nehmen zum Votum von Thomas Lötscher, der bemerkte, dass man das Parkplatzproblem in der Stadt Zug nicht mit vermehrten Parkbussen lösen solle, sondern indem man das Problem löse. Als Stadtbewohner, der nicht nur in der Innenstadt wohnt, sondern auch arbeitet und mit dem Velo pendelt, möchte der Votant ihm ganz klar widersprechen. Wir haben in der Stadt Zug innerhalb von zehn Jahren, von 1991 bis 2001, eine Parkplatzzunahme von 21'000

auf 27'000 Parkplätzen gehabt. Das ist eine Zunahme von 6'000 in einer Stadt mit 23'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Das Problem ist also nicht, dass wir zu wenig Parkplätze haben, sondern dass die Disziplin der Autofahrerinnen und -fahrer seit Jahren am Abnehmen ist. Dies äussert sich auch im wilden Parkieren. Martin Stuber beobachtet das jeden Tag auf der Poststrasse. Es ist unglaublich, was sich die Leute da z.T. leisten. Wenn man das Problem an der Wurzel anpacken will, muss man etwas dafür unternehmen, dass die Disziplin im Verkehrsbereich wieder zunimmt. Nicht nur bei den Autofahrern; auch bei den Velofahrerinnen und -fahrern hat es schwarze Schafe.

Hanspeter **Uster** möchte zuerst auf die Frage eingehen, die Thomas Lötscher am Schluss stellte, über die statistische Zunahme der Ausländerkriminalität. Er liess das schon gegenüber der Stawiko-Delegation abklären. Die Statistik der Vorjahre ist etwas anders abgefasst und erstellt worden als für das Jahr 2002. Die Abweichung kann deshalb auch auf der unterschiedlichen Erfassung beruhen. Es handelt sich nicht um 606 verschiedene Täter, sondern um 606 Straftaten, die bestimmten Tätern zugeordnet werden konnten. Mittäter sind in diesen Zahlen somit neu erfasst worden, was einen statistischen Vergleich etwas schwieriger macht. Es kann aber durchaus nicht ausgeschlossen werden, dass die Straftaten von Ausländerinnen und Ausländern sowie Asylsuchenden eine Zunahme erfahren haben. Es hat auch damit zu tun, dass der Votant die Weisung gegeben hat, dass man alle Ladenbesitzer auffordert, dass sie Anzeige machen sollen. Früher haben sie wegen der Umtriebe oft darauf verzichtet. Nicht zuletzt deshalb, weil das dann auch im Asylverfahren ein relevantes Papier ist, das dann an den Bund weitergeleitet werden und allenfalls für die Beschleunigung des Asylentscheids eine Rolle spielen kann. Wir sind uns durchaus bewusst, dass wir hier ein höheres Anzeigeverhalten verursacht haben.
Zur Belegung in der Strafanstalt Bostadel. Sie hat verglichen mit den Vorjahren abgenommen. Aber sie ist mit 75 % immer noch hoch. Das hat auch damit zu tun, dass ausländische Straftäter ohne Bezug zur Schweiz (kein Wohnsitz in der Schweiz, keine Arbeit, keine Angehörigen, keine Bekannten) als fluchtgefährlich eingestuft werden müssen. Und die Quote von vergleichbaren Schweizer Tätern im Bostadel ist auch deshalb kleiner, weil für sie eben andere Strafanstalten, im sogenannten halboffenen Vollzug, möglich sind. Aber es ist auch hier unbestritten, dass diese Quote hoch ist. Das hat auch damit zu tun, dass die Kriminalitätsquote ganz generell bei Männern zwischen 18 und 40 Jahren über alle Bevölkerungsschichten und Nationalitäten hinweg weitaus am höchsten ist. Und der Anteil von solchen Männern bei den Ausländern ist natürlich überdurchschnittlich hoch. Wir nehmen aber diese Probleme selbstverständlich ernst.
Zur «bedenklichen» Kontrolltätigkeit der Zuger Polizei. Zuerst einmal Statistik. Es stimmt nicht, dass sich das verglichen mit dem vorletzten Jahr verdreifacht hat. Es hat eine Steigerung um rund einen Drittel gegeben. Sie müssen die Ordnungsbussen im ruhenden Verkehr, die früher bei der Stadt erfasst worden sind, dazu zählen. Dann gibt es noch eine Differenz von rund 34 %. Es stimmt, dass die Kontrolltätigkeit des ruhenden Verkehrs keine Sicherheitsfrage ist. Es ist eine Frage der Ordnung. Die Polizei hat verschiedene Aufgaben. Unser Kerngeschäft ist die Sicherheit, eine Nebenaufgabe ist aber die Ordnung. Die Stadt Zug hat bei der Übergabe der Stadtpolizei dringend darauf hingewiesen, dass die Kontrolltätigkeit im ruhenden Verkehr auf ihrem hohen Niveau beibehalten werden muss. Der Votant hat auch schon bei

den letzten Debatten, die wir über Polizeistellen hatten, darauf hingewiesen, dass wir mit verschiedenen Gemeinden, die ein Parkplatzreglement haben, Verträge haben, in denen sie uns verpflichten, Kontrollen zu machen. Wir machen das im Auftrag der Gemeinden und nach bestem Wissen und Gewissen. Das wird nicht von voll ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten getan, sondern von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des sogenannten Verkehrskontroll-Dienstes. Der Sicherheitsdirektor ist aber überzeugt, dass dieser Verkehrskontroll-Dienst, der ja auch uniformiert ist, eine gewisse Wirkung hat. Die Polizei tritt auf und die Bürgerinnen und Bürger können wohl nicht ganz genau unterscheiden, ob das jetzt ein voll ausgebildete Polizistin ist oder eine Mitarbeiterin des Verkehrskontroll-Dienstes. Für das Sicherheitsgefühl hat auch der Verkehrskontroll-Dienst sicher eine positive Wirkung. Eine Sache muss aber ganz klar in Abrede gestellt werden: Es geht nicht darum, die Parkplatzsünder zu «missbrauchen, um öffentliche Kassen zu füllen». Hanspeter Uster hat nie finanzielle Vorgaben gegeben, sondern immer gesagt, dass es darum gehe, dass die Aufgabe erfüllt sei. Und wenn der Verkehrskontroll-Dienst auch eine abschreckende Wirkung hat, weil man weiss, dass er da ist, dann ist seine Aufgabe erfüllt.
Zur Polizeidienststelle Zug. Auch hier eine kleine Präzisierung. Im Rechenschaftsbericht haben wir nicht geschrieben, die Verhältnisse am Kolinplatz seien *zu* knapp, sondern, sie seien *sehr* knapp. Bei der Planung waren wir selbstverständlich auch wieder an die Vorgabe der Stadt gebunden, an die Vereinbarung, dass wir am Kolinplatz einen entsprechenden Polizeiposten haben. Wenn wir diesen nicht hätten – das steht aber nicht zur Diskussion –, könnten wir infolge Synergiegewinn zwei Personaleinheiten einsparen. Wir haben deshalb auch die dort vorhandenen Räumlichkeiten der Stadt übernommen. Die Stadt hat dort eine Planung gemacht, die mit uns sehr detailliert abgesprochen wurde. Hans Christen kann bestätigen, dass diese Planung das Optimum aus diesem Gebäude herausgeholt hat. Aber wir können es nicht vergrössern. Die Frage der Arbeitsqualität stellt sich insbesondere dann, wenn viele Akten da sind. Bei einer Polizeidienststelle werden auch die Alltags-Kriminalitäts-Fälle bearbeitet und da kann es zu vielen Akten kommen. Wir müssen uns mit dieser Situation arrangieren. Der Votant hat keine Anweisungen gegeben, dass wir hier einen Ausbau planen, der an diesem Ort übrigens gar nicht möglich wäre.
Zur Wirtschaftskriminalität muss der Sicherheitsdirektor Thomas Lötscher enttäuschen. Es gibt keine interkantonale oder sogar internationale Vergleiche. Es gibt auch verschiedenste Kantone, die gar keine speziellen Einheiten für die Bekämpfung der Wirtschafskriminalität unterhalten. Die Zahl der Erledigungen und der Fälle hängt ganz entscheidend von der Grösse der spezialisierten Einheiten ab. Aber auch vom Ruf von Justiz und Polizei. Der Grossteil der Fälle von Wirtschaftskriminalität, welche die Zuger Polizei behandelt, wird auf Anzeige von Geschädigten eingeleitet. Und dabei können wir beobachten, dass bei Vorliegen von mehreren Tatorten vorzugsweise diejenige Behörde ausgewählt wird, bei der die Chance für eine zügige Behandlung des Geschäfts als gross angesehen wird. Da gehören wir «leider» dazu. Wir müssen aber auch sagen, dass wir über 21'000 juristische Personen und Firmen hier haben. Die Stadt Zürich hat 30'000. Hier braucht es eine gut ausgebaute Wirtschaftsabteilung bei der Zuger Polizei, die übrigens auch sehr eng und neustens auch direkt mit dem Untersuchungsrichteramt zusammenarbeitet. Ähnlich sieht es aus bei der Internetkriminalität. Auch hier haben wir keine Vergleiche. Der Fall, den Thomas Lötscher erwähnt hat, ist ein Bestellungsbetrug. Hanspeter Uster hat zur forensischen Datensicherung an der letzten KR-Sitzung Auskunft gegeben und er ist

gerne bereit, Thomas Lötscher einmal die Wirtschaftskriminalitäts-Abteilung zeigen zu lassen, damit er sich ein Bild machen und detaillierte Fragen stellen kann.
Zur Bemerkung von Andrea Hodel. Es trifft tatsächlich zu, dass wir die in den entsprechenden Bundesvorgaben vorgeschriebenen Kontrollfristen nicht vollumfänglich einhalten können. Sie wissen, dass Sie nach einer gewissen Zeit ihr Auto wieder vorführen müssen. Wenn es ein neues Auto ist, geht es länger, bei einem alten haben Sie das Gefühl, dauernd Vorladungen für die Motorfahrzeugkontrolle zu erhalten. Wir haben auf Grund der personellen Situation diese Intervalle ein wenig verlängern müssen, aber nicht für Fahrzeuge mit hohem Risiko. Also nicht für gewerbsmässige Personentransport-Fahrzeuge, Taxis, Cars, Busse, und auch nicht für Personentransport-Anhänger. Auch nicht für Fahrzeuge für gefährliche Güter. Hier sind wir vollumfänglich in den vorgeschriebenen Fristen. Aber bei allen anderen Fahrzeugen haben wir diese Fristen ein wenig verlängert. Es ist aber nicht so, dass rund 18'000 Fahrzeuge vor der Halle stehen und warten, bis sie dann eingelassen werden. Wir haben folgende Massnahmen bereits ergriffen. Es ist tatsächlich richtig, dass wir auch für die angrenzenden Gebiete des Kantons Aargau die Fahrzeuge seit einigen Jahren kontrollieren. Das geschieht auf freiwilliger Basis und sie kommen nicht primär wegen der Gebühren zu uns, sondern weil es näher ist und sie nicht durch den halben Aargau kurven müssen. Das ist auch aus Umweltgründen sinnvoll. Wir haben jetzt zusätzlich eine Vereinbarung mit dem Kanton Aargau getroffen, dass er uns diesen Experten, den wir für diese rund 2'500 Fahrzeuge pro Jahr brauchen, drittfinanziert. Das können wir machen, es läuft ausserhalb des Personalplans und ist auch mit dem Personalamt abgesprochen. D.h. wir können jetzt einen zusätzlichen Experten anstellen und durch interne Veränderungen, vor allem bei der Schifffahrtskontrolle, werden wir noch einmal gewisse Expertenressourcen freischaufeln können. Der Votant muss aber klar sagen, dass das nicht reichen wird, dass wir diesen Vorrat von rund 18'000 Fahrzeugen mitschleppen werden. Wenn wir das ändern wollten, müssten wir, mindestens befristet, zusätzliches Personal haben. Dieses würde die Staatskasse nicht belasten, denn ein Experte könnte rund 160'000 Franken Einnahmen generieren, würde aber ziemlich genau 30'000 Franken weniger kosten. Aber nach den Diskussionen im März und April hatte der Sicherheitsdirektor keine Lust, hier wieder von Personaleinheiten zu sprechen und sich für die Arbeit danken zu lassen, aber die benötigten Personaleinheiten nicht zu erhalten. Wenn Sie aber der Meinung sind, dass wir da antreten können, weil das mehr als kostenneutral ist, macht er gerne eine Vorlage oder nimmt diese Leute mindestens befristet für einige Jahre ins Budget auf. Dazu braucht er aber ein klares Zeichen von Seite des Kantonsrats.
Zu letzten Punkt. Im Bericht und Antrag der Stawiko heisst es, dass Reserven für Zivilschutzaufwendungen geäufnet werden und Ausgaben getätigt werden im Zivilschutz, die von den Gemeinden ausgegeben wurden. Das sind keine Reserven, sondern Ersatzbeiträge, die anfallen, wenn jemand seinen Schutzraum nicht bauen muss. Wir dürfen diese Beiträge, sofern keine Schutzraumbauten mehr notwendig sind – und im Kanton Zug ist das so – auch brauchen für die Beschaffung von Zivilschutzmaterial. Das waren Pager und vor allem auch Fahrzeuge, weil die Armeemotorfahrzeugparks (AMP) nicht mehr bereit sind, diese Fahrzeuge gratis zur Verfügung zu stellen, sondern happige Gebühren verrechnen. Wir brauchen deshalb eigene Fahrzeuge. Das Unwetter in Oberägeri hat gezeigt, dass diese Investition sowohl punkto Alarmierung richtig war wie auch punkto Fahrzeuge. Wenn Sie von den Gemeinden sprechen, die nie solche Anschaffungen getätigt hätten: Wir haben bei

der Inventarübernahme festgestellt, dass mindestens eine Gemeinde im Kanton Zug sehr viel ungebrauchtes Material dem Kanton übergeben hat, Material, das nicht mal auf der Pflichtliste stand, die vom Bund subventioniert war. Sondern die Stadt Zug – um konkret zu werden – hat das aus Steuermitteln noch zusätzlich finanziert. So ist die Situation früher gewesen. Heute hat sich das aber wirklich verändert.
Schliesslich spricht der Stawiko-Präsident in seinem Bericht von einem überdurchschnittlich hohen Niveau des Sicherheitsstandards in unserem Kanton. Hanspeter Uster erhält Petitionen und Briefe, gerade heute von einer Gemeinde, wir sollten mehr Kontrollen machen, wir sollten die Postenöffnungszeiten verlängern, wir sollten mehr präsent sein in der Gemeinde. Der Votant weiss immer noch nicht, wo dieser Überdurchschnitt liegt. Alle wollen mehr Sicherheit, aber wir bekommen das Personal nicht dafür.

Finanzdirektion

Konrad **Studerus** möchte kurz auf das Votum des Sicherheitsdirektors zurückkommen, weil es auch die Finanzdirektion betrifft. Wenn er ihn richtig verstanden hat, hat man beim Strassenverkehrsamt diesen Experten, der die Aargauer Fahrzeuge überprüft, aus der Stellenplafonierung herausgenommen. Wenn der Votant sich richtig an seine frühere Tätigkeit als Inspektor der Sicherheitsdirektion erinnert, war der früher im Stellenplafonds der Zuger drin und auf diese Weise wurde eine Personalstelle neu geschaffen.
Dieser Satz auf S. 507 betreffend die Pensionskasse muss korrigiert werden, was im Protokoll angemerkt werden soll. Es heisst da: «…, hat sich die Pensionskasse aus eigener Kraft kontinuierlich von der damaligen Unterdeckung erholt.» Das ist schlichtweg falsch oder erweckt zumindest einen falschen Anschein. Der Grund für die Sanierung der Pensionskasse war die Erhöhung der Beiträge der Arbeitgeber um 47 %.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** meint, so wie es Konrad Studerus sage, könne man es auch nicht formulieren. Er besteht auf der Formulierung, wie sie im Rechenschaftsbericht steht. Es ist ja auch so zu verstehen, dass der Kanton nie mit einer grossen Summe eine Deckungslücke finanziert hat. Sondern sie wurde mit Beiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert, beide haben dazu beigetragen.

Konrad **Studerus** meint, es seien primär die Arbeitgeber, aber auch die Arbeitnehmer gewesen. Er möchte aber nicht, dass der Eindruck entsteht, die Unterdeckung korrigiert worden sei durch die Gewinne in den 90er-Jahren. Das war nicht der Fall. Es waren die erhöhten Beiträge.

Hanspeter **Uster** betont, dass die Stelle, von der Konrad Studerus gesprochen hat, absolut ertragsneutral ist. Wir bekommen bis auf den letzten Rappen alle Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und Lohnbeiträge vom Kanton Aargau entschädigt. Aber wir können die Arbeit weiter erledigen für den Kanton Aargau. Es ist eine drittfinanzierte Stelle.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht über das Amtsjahr 2002 und spricht dem Regierungsrat und dem Personal des Kantons, einschliesslich der Lehrerschaft, für die im Berichtsjahr erbrachten Leistungen den besten Dank aus.

B. ZWISCHENBERICHT

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt den Zwischenbericht und stimmt der Fristverlängerung zu.

133 RECHENSCHAFTSBERICHT FÜR DAS OBERGERICHT FÜR DAS JAHR 2002

Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1130.1 – 11185).

Othmar **Birri** weist auf den Kommissionsbericht hin. Die neuen Kommissionsmitglieder haben sich gut eingearbeitet. Die Delegationen haben die einzelnen Abteilungen besucht. Wie üblich sind uns alle Türen geöffnet worden. Wir erhalten Auskunft über die Art und Weise des äusseren Geschäftsgangs, wie es im Reglement steht. Es bleibt alles ungefähr beim Alten. Die Massnahmen, die wir letztes Jahr kritisiert haben, zeigen bereits Früchte. Wir hoffen, dass das so weiter geht, auch beim Wechsel im Strafgericht. Letztes Jahr haben wir die Orientierung unserer Kommission im Vollzug des Strafgerichts aufgegriffen. Hier haben wir eine Einigung gefunden mit der Sicherheitsdirektion. Diese Unterlagen erhalten wir heute und können nachvollziehen, was im Strafvollzug geschieht, und das ist für unsere Arbeit wichtig.

Leo **Granziol** weist darauf hin, dass die CVP-Fraktion ihn gebeten hat, zu diesem Bericht kurz Stellung zu nehmen. Wir schliessen uns selbstverständlich dem an, was die JPK gesagt und bedanken uns auch herzlich bei den Mitgliedern der Gerichte und der Justizverwaltung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre gute Arbeit. Eingeschlossen sind selbstverständlich auch die Staatsanwälte und Verhörrichter. Er möchte aber die Gelegenheit nutzen, einige kritische Bemerkungen anzubringen.
Bei unserer Prüfung der Strafverfolgung haben wir wiederum eine sehr lange Verfahrensdauer feststellen müssen. Es sei jedoch gleich auch festgehalten, dass ein überaus grosser Teil der Verfahren innert nützlicher Frist erledigt ist. Wir glauben auch nicht, dass dies mit den Personen, die mit den einzelnen Verfahrensschritten betraut sind, zusammenhängt. Generell darf festgestellt werden, dass sich alle Beteiligten bemühen, die gesetzten Ziele zu erreichen. Dies aber aus vielen Gründen, die grösstenteils systeminhärent sind, nicht gelingt und auch nicht gelingen wird, bis wir strukturelle Änderungen vornehmen. Wir mussten beanstanden, dass meistens die grossen Verfahren schwerer Kriminalität nicht genügend speditiv abgewickelt werden. Es

ist aus rechtlicher und staatspolitischer Sicht nicht akzeptabel, wenn von der Untersuchungsaufnahme bis zur Urteilsverkündung fünf, ja bis zu sieben Jahre verstreichen. So mussten im vergangenen Jahr 2002 beim Strafgericht bei einem Drittel der erledigten Fälle und bei der Berufungskammer bei einem Viertel eine Verletzung des sogenannten Beschleunigungsgebots festgestellt werden. D.h. eine übermässig lange Verfahrensdauer, die in den meisten Fällen noch in langen Untersuchungsverfahren gründet.
Zu erwähnen ist, dass beim Strafgericht und bei der Berufungskammer wie schon im Vorjahr keine Verletzung des Beschleunigungsgebots vorkam. Diese gründen in früheren Verfahrensschritten. Leider sieht die Zukunft in Bezug auf diese überlange Verfahrensdauer nicht besser aus. Und darum geht es dem Votanten heute. Denn bei der Staatsanwaltschaft sind wieder neun Fälle pendent, bei denen der Beginn der Untersuchung mehr als vier Jahre zurückreicht. In vier Fällen sogar mehr als sieben Jahre. Und beim Untersuchungsrichteramt liegen nochmals 15 Fälle mit Untersuchungsbeginn vor dem Jahre 1998. D.h. dass auch dort, selbst wenn die Staatsanwaltschaft dann den Fall innerhalb eines Jahres erledigt, mindestens sieben Jahre seit Untersuchungsbeginn bis zur Urteilsverkündung verstrichen sind. Und das ist viel zu lange, bis die Täter endlich bestraft werden. Aber bei Verfahren mit Hunderten von Geschädigten wie im Anlagebetrug, was leider in Zug vorkommt, oder beim Smart-Betrüger, dauern eben die Abklärungen sehr lange und sind sehr gross. Die Polizei beginnt damit, der Untersuchungsrichter fährt damit fort, die Staatsanwaltschaft beginnt von Neuem mit dem Ganzen, und schliesslich werden dann kistenweise Ordner ans Strafgericht disloziert und dort wird der Fall nochmals von Anfang studiert. Und wenn dann der Datenschützer noch dazwischen funkt, dann geht es noch länger. Und das ist das Unbefriedigende. Alle mit der Strafverfolgung befassten Behörden sind inzwischen der Ansicht, dass das Staatsanwaltschaftsmodell hier die notwendige Verfahrenskürzung bringen wird, weil nicht das Gleiche von verschiedenen Amtsstellen immer wieder aufgerollt werden muss, sondern von einer Person mehr oder weniger ab polizeilicher Untersuchung bis zur Gerichtsverhandlung geführt wird. Deshalb ist auch unsere Partei an einer schnellen Umsetzung des Staatsanwaltsmodells interessiert. Etwas Anderes kommt im modernen Strafvollzug nicht in Frage. Der Votant bittet den Rat, diese Bemühungen dann zu unterstützen. Die JPK wird eine entsprechende Motion erarbeiten. Sie hat auf den Herbst dieses Jahres Professor Schmid zu einem Hearing eingeladen.

Andrea **Hodel** schliesst sich in etwa den Worten von Leo Granziol an, wäre aber im Ton nicht ganz so negativ gewesen.

Obergerichtspräsident Alex **Staub** unternimmt nicht einen weiteren Versuch, Leo Granziol von den Hintergründen dieser teilweisen Verzögerungen zu überzeugen. Aber er möchte dessen Votum nicht einfach so im Raum stehen lassen. Der Votant weiss, dass dies sein Steckenpferd ist, nun möglichst rasch das Strafverfolgungsmodell im Kanton Zug umzusetzen. Das Obergericht hat sich nie grundsätzlich zur Wehr gesetzt. Die Frage ist der Zeitpunkt, und zu diesem Zweck findet ja Ende September ein Hearing mit Professor Schmid statt. Der Obergerichtspräsident verzichtet darauf, hier im Einzelnen nochmals darzulegen, wie die Situation ist. Aber er widerspricht ganz ausdrücklich den Ausführungen von Leo Granziol, die den Eindruck erwecken,

dass bei den Verzögerungen in einigen Verfahren – und er hat zu Recht ausgeführt, dass weit überwiegend auch in zeitlicher Hinsicht keine Schwierigkeiten bestehen – das Grundproblem im System der Strafverfolgung liegt. Dem möchte Alex Staub widersprechen. Teilweise hat das sicher einen Einfluss. Aber dieser Eindruck, den Leo Granziol zu erwecken versucht hat, stimmt so nicht.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2002 und spricht den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rechtspflege seinen Dank aus für die vorzüglich geleistete Arbeit.

➔ Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

9. SITZUNG: DONNERSTAG, 26. JUNI 2003
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.15 – 17.05 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

134 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern.

Abwesend sind: Felix Häcki und Dolfi Müller, beide Zug; Franz Müller, Oberägeri; Thomas Brändle, Unterägeri; Josef Zeberg, Baar; Andreas Huwyler, Hünenberg; Heinz Tännler, Steinhausen; Michel Ebinger, Risch.

135 MOTION VON HEINZ TÄNNLER BETREFFEND GEBÜHRENTARIF IM GRUNDBUCHWESEN BEZÜGLICH DER GEMENGSTEUERRELEVANTEN TATBESTÄNDE

Heinz **Tännler**, Steinhausen, hat am 15. Mai 2003 folgende Motion eingereicht:

«Der Regierungsrat wird beauftragt, das Gesetz über den Gebührentarif im Grundbuchwesen bezüglich der gemengsteuerrelevanten Tatbestände im Sinne einer Reduktion sowie bezüglich der Praktikabilität/Handhabung zu revidieren.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1122.1 – 11160 vom 15. Mai 2003 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

136 MOTION DER FDP-FRAKTION BETREFFEND FÜRSORGESTOPP FÜR ABGEWIESENE ASYLSUCHENDE

Die **FDP-Fraktion** hat am 27. Mai 2003 folgende Motion eingereicht:

«Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Änderung des Sozialhilfegesetzes zu unterbreiten, wonach Personen aus dem Asylbereich keinen Anspruch auf Unterstützung erhalten, auf deren Gesuch nicht eingetreten wurde oder deren Gesuch abgewiesen wurde und die ihrer Ausreisepflicht nicht nachgekommen sind und sich der Wegweisung entziehen. Damit es nicht zu ungerechtfertigten Besserstellungen kommt, muss der Ausschluss von Sozialhilfeleistungen und der finanziellen und persönlichen Unterstützung gleichzeitig statuiert werden, für Personen, die sich aus anderen Gründen illegal in der Schweiz und im Kanton Zug aufhalten.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1125.1 – 11176 vom 27. Mai 2003 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

137 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND STEUERLICHER ERFASSUNG VON ABFINDUNGEN VON SOGENANNTEN «GOLDENEN FALLSCHIRMEN»

Die **Alternative Fraktion** hat am 28. Mai 2003 die in der Vorlage Nr. 1126.1 – 11177 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** beantwortet die Fragen wie folgt: In der Vergangenheit sind vermehrt Medienbereichte über hohe und überhöhte Abgangsentschädigungen erschienen. Auch der Regierungsrat war über die Höhe einzelner Zahlungen erstaunt und befremdet. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, die Entscheidungen der Verantwortlichen in Unkenntnis der Sachlage zu kommentieren. Immerhin verbindet er die Beantwortung dieser Interpellation mit einem Aufruf an die verantwortlichen Verwaltungsräte und Direktoren, in diesen Fragen das notwendige Mass zu halten. Zu den einzelnen Fragen:

1. Wie hat die Kantonale Steuerverwaltung bisher (in den Jahren ab 2000) diese Abfindungen behandelt? Nach welchen Kriterien wurden welche Steuersätze angewandt?
Im Jahr 2000 war noch das «alte» Steuergesetz (aStG) in Kraft und Abfindungen wurden demzufolge bis Ende 2000 gemäss § 19, Abs. 7 aStG besteuert. Das heisst, für Kapitalabfindungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses sowie Kapitalabfindungen für wiederkehrende Leistungen war eine Jahressteuer geschuldet. Diese wurde unter Berücksichtigung des massgebenden steuerbaren Einkommens im Zeit-

punkt der Anspruchsberechtigung zu dem Satz beteuert, der sich ergäbe, wenn anstelle der einmaligen Leistung eine entsprechende jährliche Leistung ausgerichtet worden wäre. – Ab dem Jahr 2001 ist das «neue» Steuergesetz (nStG) in Kraft und Abfindungen werden ab dem Jahr 2001 gemäss § 16, Abs. 2 nStG besteuert. Dies bedeutet, dass Kapitalabfindungen aus einer mit dem Arbeitsverhältnis verbundenen Vorsorgeeinrichtung oder gleichartige Kapitalabfindungen des oder der Arbeitgebenden nach § 37 nStG besteuert werden. Die Besteuerung erfolgt demnach für die ersten 200'000 Franken zu 30 % und für einen 200'000 Franken übersteigenden Betrag zu 40 % des massgebenden Tarifes. – Grundsätzlich hat die Kantonale Steuerverwaltung die erwähnten Abfindungen nach den jeweils geltenden Gesetzesgrundlagen besteuert.

2. Wie viele Personen haben im Kanton Zug solche Abfindungen erhalten? Haben diese Personen in den letzten Jahren von allfälligen Sonder-Steuersätzen profitiert? Wie hoch waren die entsprechenden Steuereinnahmen und wie hoch wären diese bei einer normalen Besteuerung (also nicht zu einem Sonder-Steuersatz) ausgefallen?
Es bestehen diesbezüglich keine statistischen Grundlagen. Es kann jedoch festgehalten werden, dass entsprechende Abfindungen selten vorkommen. Bezüglich der Steuersätze kann auf die Antwort auf die Frage 1 verwiesen werden. Eine Aussage bezüglich der Steuereinnahmen, kann nicht gemacht werden, da – wie bereits erwähnt – entsprechende statistische Grundlagen nicht vorhanden sind.

3. Wie wendet der Kanton Zug das Kreisschreiben der Eidgenössischen Steuerverwaltung an? Ab wann wird es – oder ist es bereits – umgesetzt? Welches sind die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen von Kanton und Gemeinden?
Der Kanton Zug wendet das erwähnte Kreisschreiben (Nr. 1 vom 3. Oktober 2002 Steuerperiode 2003) seit dessen Erscheinen an. Jedoch kann festgehalten werden, dass das Kreisschreiben eigentlich keine neue Vorschrift enthält, sondern eher eine Präzisierung der entsprechenden Gesetzesbestimmungen darstellt. Bereits vor Erscheinen des Kreisschreibens verfolgte die Kantonale Steuerverwaltung hinsichtlich der Qualifikation von Abfindungen «als der Vorsorge dienend» eine enge Auslegung der geltenden Gesetzesgrundlagen.

4. Wie werden im Kanton Zug Abfindungen bei Entlassungen steuerlich behandelt, sei es aus Sozialplänen oder aus individuellen Regelungen?
Die Abfindungen werden entsprechend den geltenden gesetzlichen Grundlagen besteuert, sowohl bei Sozialplänen wie auch bei individuellen Regelungen.

5. Setzt sich der Kanton Zug für eine einheitliche Besteuerung dieser Abfindungszahlungen durch die Kantone ein? Wenn ja, geschieht dies in Übereinstimmung mit den neuen Richtlinien der Eidg. Steuerverwaltung? Wenn nein, wie begründet der Regierungsrat ein allenfalls abweichendes Vorgehen?
Ja, der Kanton setzt sich für eine einheitliche Besteuerung dieser Abfindungszahlungen ein. Dies kommt insbesondere auch darin zum Ausdruck, dass ein Mitarbeiter der Kantonalen Steuerverwaltung in der Arbeitsgruppe, welche das Kreisschreiben Nr. 1 erarbeitet hat, vertreten war. Der erwähnte Mitarbeiter war massgeblich daran beteiligt, dass die Eidgenössische Steuerverwaltung dieses Kreisschreiben Nr. 1 erlassen hat.

Berty **Zeiter** dankt im Namen der AF für die rasche Beantwortung der Interpellation. Innerhalb eines Monats eine Antwort zu bekommen, zeugt von der Effizienz innerhalb der Kantonsverwaltung. Nun, Geschwindigkeit heisst noch lange nicht, dass auch alle Antworten des Regierungsrats zu unserer Zufriedenheit ausgefallen sind. Aus der Sicht der AF finden sich in der Antwort sowohl positive wie auch negative Punkte. Auf Beides möchte die Votantin im Folgenden kurz eingehen.
Positiv zu werten ist gleich zu Beginn der Antwort der Aufruf des Regierungsrats an die Verantwortlichen Verwaltungsräte und Direktoren, bei Abgangsentschädigungen das notwendige Mass zu halten. Allerdings hätten wir vom Regierungsrat etwas mehr Mut erwartet. Warum bezeichnet er diese Millionenentschädigungen, welche in weiten Kreisen unserer Bevölkerung für Unmut sorgen, nicht als das, was sie wirklich sind? Als Abzockerei einiger Weniger zu Lasten vieler. Zu Lasten der Unternehmen, denn diesen geht Kapital für zukunftsträchtige Investitionen verloren. Und zu Lasten der überwiegenden Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn diese werden bei Entlassungen oft mit bescheidenen Sozialplänen abgespiesen. Positiv zu werten ist weiter das Engagement der kantonalen Steuerverwaltung, resp. des Mitarbeiters, der massgeblich am Kreisschreiben des Bundes mitgewirkt hat. Positiv zu werten ist weiter die Tatsache, dass sich der Kanton für eine einheitliche Besteuerung dieser Abfindungszahlungen innerhalb der Schweiz einsetzt. Noch schöner wäre es allerdings, wenn sich der Regierungsrat auch bei anderen Themen des Steuerrechts für mehr Einheitlichkeit und eine Reduktion der riesigen Steuerunterschiede in der Schweiz einsetzen würde.
Negativ überrascht hat uns die Antwort auf die Frage 2. Es bestünden zu den Abfindungen und ihrer steuerlichen Belastung keine statistischen Unterlagen, heisst die lapidare Antwort. Auch wenn wir kein statistisches Amt haben, gibt es Wege, zu den Zahlen zu kommen. Während in anderen Bereichen der staatlichen Tätigkeit beinahe alles gezählt wird, werden wichtige steuerliche Daten gar nicht erfasst. Geschieht dies mit Absicht, damit mögliche steuerliche Ungerechtigkeiten nicht sichtbar werden? Oder fehlt es schlicht am politischen Willen, die nötige Transparenz in Steuersachen herzustellen? Positiv zu werten ist die Aussage, dass die kantonale Steuerverwaltung hinsichtlich der Qualifikation von Abfindungen, die der Vorsorge dienen, eine enge Auslegung verfolgt. Nicht jede Millionenabfindung dient einzig der Vorsorge. Hier ist Wachsamkeit von Seiten der Steuerbehörde nötig. Kleine Abfindungen aus Sozialplänen und Millionenabfindungen für gescheiterte Manager werden gemäss Steuergesetz gleich behandelt. Einziges Unterscheidungskriterium ist die Höhe der Abfindung. Die Grenze wird bei 200'000 Franken gezogen. Die Alternativen fragen sich, ob diese einzige Differenzierung angesichts der riesigen Unterschiede bei den Abfindungen noch zeitgemäss ist. Unter 200'000 werden 30 % des massgebenden Tarifs berechnet, darüber 40 %. Wir fragen uns, ob Abfindungen unter einem gewissen Betrag nicht steuerfrei sein sollten. Und Abfindungen in Millionenhöhe nicht stärker als jetzt besteuert werden sollten. Es ist dies eine Frage der Steuergerechtigkeit. Dieses Thema wird uns in den nächsten Jahren hier noch oft beschäftigen. Die AF wird sich dabei konsequent für mehr Steuergerechtigkeit einsetzen, zu Gunsten der unteren und mittleren Einkommen, und zu Lasten der Millionäre und Abzocker.

Andrea **Hodel** dankt dem Regierungsrat namens der FDP-Fraktion für die schnelle, kurze und klare Antwort. Die FDP und insbesondere die Sprechende haben bereits in der Vergangenheit und speziell beim Ausscheiden von Percy Barnevik aus der ABB

die überhöhten Abgangsentschädigungen scharf kritisiert. Dass dieses Thema nun knapp zwei Jahre danach nun nochmals aufgewärmt wird, zeugt wohl mehr vom beginnenden Wahlkampf als von echtem Regelungs- oder Fragenbeantwortungsbedarf. Die FDP-Fraktion ist froh über die Mitteilung, wonach die Steuerverwaltung die Qualifikation von Abfindungen als der Vorsorge dienend eng auslegt und genau überprüft. Diese Antwort, aber auch die Mitteilung, dass sich die Steuerverwaltung an der Ausarbeitung des Kreisschreibens Nr. 1 aktiv beteiligt hat, zeigen einmal mehr, dass die Tatsache, dass sich unter Managern wie überall bei Menschen auch schwarze Schafe befinden, nicht dazu führen darf, neue Gesetze zu verlangen oder zu schaffen, sondern vielmehr die zweckgerichtete Auslegung einer gesetzlichen Bestimmung das richtige Mittel ist, um die schwarzen von den weissen Schafen zu trennen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte sich nur kurz zur Bemängelung von statistischen Zahlen äussern. Die Steuerverwaltung hat den Auftrag, Steuererklärungen zu veranlagen. Sie ist mit diesem Hauptauftrag im Verzug. Wir müssen eher versuchen, diese Hauptaufgabe termingerecht zu erfüllen, als mit vielen Statistiken mehr Transparenz zu schaffen. Es war uns nicht möglich, jemanden auf dieses Thema anzusetzen. Der Votant wird wieder darauf zu sprechen kommen. Denn wir haben effektiv zu wenig Personal bei der kantonalen Steuerverwaltung.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

138 INTERPELLATION VON MORITZ SCHMID, JOSEF ZEBERG UND KARL RUST BETREFFEND ÖFFENTLICHE BAUTEN, QUALITÄTSSICHERUNG VOR ALLEM IM AUSBAUGEWERBE

Moritz **Schmid**, Walchwil, Josef **Zeberg**, Baar, und Karl **Rust**, Zug, sowie eine Mitunterzeichnerin und 15 Mitunterzeichner haben am 28. Mai 2003 die in der Vorlage Nr. 1127.1 – 11179 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

139 INTERPELLATION VON ROSEMARIE FÄHNDRICH BURGER UND ERWINA WINIGER JUTZ BETREFFEND BERUFSVORBEREITUNGSSCHULE (B-V-S), 10. SCHULJAHR

Rosemarie **Fähndrich Burger**, Steinhausen, und Erwina **Winiger Jutz**, Cham, haben am 13. Juni 2003 die in der Vorlage Nr. 1132.1 – 11195 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

140 RECHENSCHAFTSBERICHT DES VERWALTUNGSGERICHTS ÜBER DIE JAHRE 2001 UND 2002

Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1131.1 – 11186).

Othmar Birri, Präsident der JPK, möchte sich zuerst zum Rechenschaftsbericht äussern. Jene Mitglieder, die neu im Rat sind, werden sich wundern, weshalb hier eine Zweijahres-Periode eingehalten wird. Es hat sich so eingespielt, dass das Verwaltungsgericht nur alle zwei Jahre Bericht und Antrag an den Kantonsrat stellt. Wir von der JPK haben das so gewollt und Sie können den Kommentar aus unserem Bericht entnehmen.
Auf Ende dieses Monats verlässt Dr. Albert Dormann das Verwaltungsgericht, um in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. – Nach seinem Studium in Zug, Einsiedeln und an der Uni in Zürich promovierte er mit der Dissertation «Interkantonale Institutionen mit Hoheitsbefugnissen». Am 14. November 1976 wurde er in das neue Verwaltungsgericht gewählt. Am 27. November 1980 erfolgte die Wahl als Präsident des Verwaltungsgerichts als Nachfolger von Dr. Gerold Meyer sel., mit Amtsantritt per 1. Januar 1981. Die Geschäftslast betrug 1981 156 Neueingänge mit einer steten Zunahme auf 427 Neueingänge im Jahre 1993 und im Jahre 1998 auf 457 Neueingänge, was einer Verdreifachung der Geschäftslast entspricht. Nach 1998 kam es zwischenzeitlich zu einem Rückgang auf 356 Neueingänge. Im Jahre 2002 wurde der zweithöchste Stand erreicht, nämlich 435 Neueingänge. Während der Amtszeit als Präsident hat Albert Dormann ca. 5'000 Beschwerde- und Klageverfahren bearbeitet und erledigt. In der Zeit als Präsident wurde das zweite Vollamt bewilligt und die Zahl der Gerichtsschreiber erhöht. Dank diesen Massnahmen und dem vermehrten Einsatz von nebenamtlichen Richtern und einer Erhöhung des Kanzleipersonals konnte der Pendenzenberg von 386 Verfahren im Jahre 1996 auf 185 Verfahren per Ende 2002 verringert werden. 1991 wurde unter Albert Dormann nach einer Änderung der Bundesgerichtspraxis eine separate fürsorgerechtliche Kammer eingeführt, die in einer Dreierbesetzung zu entscheiden hatte. Auf den 01. Januar 1997 wurde die Geschäftsordnung insofern geändert, das neu in der abgabe- und sozialversicherungsrechtlichen Kammer in der Regel in einer Dreierbesetzung entschieden wird. Dies führte zur spürbaren Entlastung der einzelnen Richter und zu einer

rascheren Erledigung der Verfahren. Besonders zu Erwähnen ist, dass Albert Dormann immer einen von Respekt, Achtung und Sachlichkeit geprägten Kontakt mit dem Kantonsrat und der JPK pflegte. Er war während seiner Amtszeit ein von den Behörden und Bürgern geschätzte Persönlichkeit, die sich nie unnötig in politische Kontroversen einmischte und sich in erster Linie als Diener an der Sache der Justiz verstand. Sein Bemühen um Unabhängigkeit und Unparteilichkeit wurde weitum geschätzt.
Im Namen der Justizprüfungskommission dankt Othmar Birri dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtes für seine geleistete Arbeit und wünsche Ihm für die Zukunft alles Gute. Wir hoffen, dass dieses gute Verhältnis auch unter dem neuen Präsidenten weiter geführt werden kann.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts für die Jahre 2001 und 2002 und spricht den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verwaltungsgerichts seinen Dank für die vorzüglich geleistete Arbeit ab.

Verwaltungsgerichtspräsident Albert **Dormann**: Zum letzten Mal vertrete ich vor dem Kantonsrat den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts. Ich freue mich, dass die personelle Erneuerung des Gerichts, ausgelöst durch die drei Demissionen, in einem Zeitpunkt erfolgen kann, wo die Pendenzenlast des Gerichts sich normalisiert hat. Der JPK und ihrem Präsidenten Othmar Birri danke ich für die guten Noten, die sie der Arbeit des Gerichtes ausgestellt haben, und ich danke insbesondere für die persönlichen Worte, die er an mich gerichtet hat. Erlauben Sie mir heute, den Blick noch etwas über die Berichtsperiode hinaus zu richten.
Wir alle wissen, dass Freiheit und Demokratie, aber auch Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Wohlstand uns nicht ein für alle Mal gegeben sind, sondern unser stetes Bemühen erfordern. Lassen Sie mich heute die Schwerpunkte dieses notwendigen steten Bemühens im Bereich der Justiz nennen, drei Schwerpunkte wie ich sie aus meiner Erfahrung setzen möchte. Als erstes nenne ich die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, die nur ans Gesetz gebunden ist. Der Rechtsuchende hat einen Grundrechtsanspruch darauf, einen unabhängigen Richter vorzufinden. Gemeint ist die innere und äussere Unabhängigkeit: Freiheit von vorgefassten Meinungen, Unabhängigkeit von Prozessparteien, anderen Staatsorganen oder dem Druck der öffentlichen Meinung. – Als zweites nenne ich die Qualitätssicherung. Dazu zähle ich sowohl die juristische Fachkompetenz wie auch die menschlichen Eigenschaften, mit Sorgfalt und Gründlichkeit den oft schwierigen Sachverhalts- und Rechtsfragen nachzugehen und den Entscheid verständlich zu begründen. – Als drittes Bemühen – oft erscheint es dem Richter als ständiger Kampf – nenne ich die zeitgerechte Rechtsprechung. Dabei geht es nicht um eine Schnelljustiz, welche mit der gebotenen Sorgfalt und dem Zeitbedarf auch der Prozessparteien nicht vereinbar wäre. Der Kampf gilt den nicht verfahrensbedingten Wartezeiten. Die vom Kantonsrat und von den Gerichten seit Mitte der Neunzigerjahre getroffenen Massnahmen zum Abbau der Überlastung der Gerichte sind ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgaben.
Seit dem Wahlkampf 1976 ins damals neue Verwaltungsgericht haben Volk und Kantonsrat mir wiederholt das Vertrauen ausgesprochen. Ich möchte heute für alle Un-

terstützung und Zusammenarbeit, welche ich im Gericht und im Kantonsrat in diesen langen Jahren immer wieder erfahren habe, meinen besten Dank aussprechen.
(Applaus)

Gerhard **Pfister**: Wenn man den Auftrag hat, während einer parlamentarischen Debatte, die vorher und nachher hoffentlich wieder toben wird, wenn man dann kurz Zeit hat, auf eine Karriere im Dienst der Allgemeinheit zurückzublicken, dann ist das einerseits schön, weil es etwas besinnlicher zu und her gehen darf und muss, andererseits – wegen der gebotenen Kürze – auch nicht ganz einfach. Der Votant tröstet sich damit, dass der zu Verabschiedende es auch nicht gerne hat, zu lange und ausführlich im Kantonsrat besungen oder beredet zu werden, im Mittelpunkt zu stehen, zumal er schon am Vormittag einige Stunden hier gewartet hat. Vielleicht ist sogar besonders unangenehm, dann gerade noch im Kantonsrat gelobt zu werden, dem Gremium, das es ihm ja nicht immer leicht machte, wenn es in seiner beinahe unendlichen Weisheit Gesetze verabschiedete, deren Haken und Ösen sich dann in der Praxis herausstellten und als Streitereien auf dem Tisch des Verwaltungsgerichts landeten. Gerhard Pfister erwähnt nur, dass neben vielen anderen Zuständigkeiten z.B. auch das Submissionsgesetz, das Bau- und Planungsgesetz dem Verwaltungsgericht übertragen wurden – kein Zuckerschlecken.
Albert Dormann war ein sehr effizienter Richter, der die meisten Verfahren einer guten Lösung zugeführt hat, in vernünftiger Zeit. Dass ihm dies sehr weitgehend gelungen ist, zeigt sich darin, dass die von ihm als Referent vertretenen Entscheide vom Bundesgericht in Lausanne oder vom Eidgenössischen Versicherungsgericht in Luzern nur in seltenen Fällen korrigiert oder aufgehoben wurden. Er war ein unabhängiger Richter. Er liess nie auch nur den Anschein von Befangenheit entstehen. Lieber trat er von sich aus in den Ausstand, wenn sich eine entsprechende Konstellation ergab oder hätte ergeben können. Er nahm die Anliegen der Bürger ernst und hat sich nie damit begnügt, bloss Recht zu sprechen; vielmehr war er stets auf der Suche nach dem gerechten Urteil. Von Respekt und Achtung war auch sein Verhältnis zu den anderen Gewalten im Staat geprägt. Obwohl das Verwaltungsgericht gemäss § 55 der Kantonsverfassung die oberste kantonale Gerichtsbehörde in Verwaltungssachen ist, sah Albert Dormann das Verwaltungsgericht nie als «Oberregierungsrat» (vielleicht hätte es manchmal nicht geschadet), sondern er beschränkte sich darauf, der gesetzlichen Kompetenzregelung entsprechend die regierungsrätlichen Entscheide auf Rechtsverletzung zu überprüfen. Ob er persönlich die Entscheide des Regierungsrats auch so weise fand, spielte in seinem Beruf keine Rolle, und er selbst hatte die Weisheit, darüber auch nicht zu reden. Jetzt könnte er es, aber er wird es nicht, dafür hat er zu viel Stil, und die Regierung wird es ihm danken.
Der Kantonsrat hat ihm gedankt, indem er die Parlamentsreform seinerzeit versenkte, die epische Diskussionen verursachte, wer jetzt eigentlich wen zuletzt beaufsichtigen und kontrollieren dürfe, und wo er sich – aus Sicht des Votanten zu Recht – dafür einsetzte, dass das Parlament nicht zum Tribunal wird. Aber das ist jetzt ein ganz persönliches Lob.
Albert Dormann begann 1981 als vollamtlicher Richter, mit einem Gerichtsschreiber, einem Auditor und einer Sekretärin in einer Mietwohnung in der Schmidgasse. Heute verabschiedet er sich mit verdreifachter Geschäftslast, mit acht vollamtlichen Juristen, je zwei Auditoren und Sekretärinnen und aus zwei ganzen Stockwerken im ZVB-Haus an der Aa. Er hat hautnah erlebt, wie komplexer auch unser Kanton

geworden ist, wie immer weniger Vertrauen in gesellschaftliche Werte da ist und wie damit die Prozessierfreudigkeit gestiegen ist, wie Konsens verloren geht und die Aktenberge höher werden. Eine Entwicklung, die keine Freude machen kann, die Albert Dormann aber so begleitet hat, dass das Vertrauen des Volkes in den Staat, in die dritte Gewalt, erhalten blieb. Und das ist wahrlich eine grosse Leistung. Dabei stellte er nie seine Person in den Vordergrund, bediente die Medien da, wo er es verantworten konnte, und war diskret dort, wo es der Sache und den Menschen half. Auch im Fussball ist derjenige der beste Schiedsrichter, der die Aufmerksamkeit nicht auf sich lenkt, sondern zum gelungenen und fairen Spiel beiträgt. Das ist jetzt aber eine Metapher, die Albert Dormann überhaupt nicht verstehen kann, seine Begeisterung für Fussball ist gleich klein wie seine Kenntnis davon.
Darum ein letztes Kompliment, das er vermutlich besser versteht: Die Richter werden ja neuerdings im Majorz gewählt, wenn sie denn einmal vom Volk und nicht von den Parteien still gewählt werden würden. Albert Dormann hat diesen Wechsel zum Majorz seinerzeit nicht so toll gefunden, obwohl er sage und schreibe drei Mal nach einem veritablen Wahlkampf gewählt wurde (1976, 1980, 1988). Aber Gerhard Pfister könnte ihn beruhigen: Der Majorz erleichtert die Wahl von Persönlichkeiten, und eine Persönlichkeit wie er wäre wie bisher regelmässig mit Auszeichnung wieder gewählt worden, er hätte auch jetzt nie etwas zu befürchten gehabt, ausser einem erneuten Bad in einem veritablen Jungbrunnen, einem erfrischenden Wahlkampf. Seine Persönlichkeit prägte das Verwaltungsgericht. Der Votant darf sicher im Namen des ganzen Kantonsrats sprechen, wenn er Albert Dormann herzlich ein otium verum, cum dignitate, wünscht, und dankt für sein Wirken zum Wohle von Staat und Volk des Kantons Zug. Alles Gute.
(Albert Dormann wird unter grossem Applaus des Rats ein Blumenstrauss überreicht.)

Kantonsratspräsident Peter **Rust**: Sehr geehrter Verwaltungsgerichtspräsident, lieber Albert; nach langen 26 Jahren erfolgreicher Tätigkeit als Richter und 22 Jahre als Präsident treten Sie vom Verwaltungsgericht zurück. Mit Freude habe ich festgestellt und möchte darauf hinweisen, dass das umfangreiche, verantwortungsvolle und stets untadelige Wirken von Dr. Albert Dormann verdienterweise auch in einem Beitrag der Neuen Zuger Zeitung vom 24. Juni 2003 unter dem Titel «Rückgrat des Rechtsstaates» sehr präzise und meisterlich dargelegt wurde. Im Namen des Kantonsrats danke ich Ihnen sehr herzlich für ihren grossen pionierhaften Einsatz im Dienst der Rechtssuchenden in unserem Kanton. Ich wünsche Ihnen im Namen des Rats für den neuen Lebensabschnitt weiterhin Gesundheit, alles Gute und viel Freude jeden Tag. (Applaus)

141 EINFÜHRUNGSGESETZ ZUM SCHWEIZERISCHEN OBLIGATIONENRECHT

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1093.1/.2 – 11090/91) und der Justizprüfungskommission (Nr. 1093.3/.4 – 11173.74).

Othmar **Birri** weist darauf hin, dass die JPK beschlossen hat, dass es einmalig ist, dass die JPK ein Gesetz berät. Bisher war das immer die Erweiterte JPK und das soll so bleiben. – Im Kommissionsbericht wird auf eine falsche Wortwahl in § 7 hingewiesen. Er bittet den Rat, den Änderungen der Kommission zuzustimmen, denen die Regierung nicht opponiert.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion selbstverständlich auch für Eintreten ist und auch keine Anträge zur Detailberatung hat. Es hat sich aber eine neue Frage herausgestellt, welche die Votantin die Regierung und speziell die Direktion des Innern bittet, im Nachgang zu dieser Gesetzesänderung zu klären. Im Zivilgesetzbuch wird im Zusammenhang mit der Veräusserung von Grundstücken bei Personen, die unter Vormundschaft stehen, im Zusammenhang mit Liquidationen von Mit- und Gesamteigentum, aber auch im Zusammenhang von Erbteilungsklagen bei Nichteinigung der Parteien die öffentliche Versteigerung als Mittel für die Liquidation von Eigentum vorgesehen. Nicht geregelt ist allerdings, in welcher Form diese Versteigerung zu erfolgen hat. Grundsätzlich stehen ja zwei Arten zur Verfügung, die Versteigerung nach den Grundsätzen des Schuld-, Betreibungs- und Konkursrechts, und nun neu mit dieser Regelung im EG OR die private öffentliche Versteigerung. Nach Erachten der Votantin sollte man prüfen, ob man nicht im EG ZGB nun diese Versteigerungsart dann im Nachgang zur Inkraftsetzung des EG OR für diese Liquidationen von Eigentum auch regeln sollte. Andrea Hodel dankt der Direktion des Innern, wenn sie sich dieser Frage annimmt.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung mit sämtlichen Änderungsvorschlägen der JPK einverstanden ist.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1093.5 – 11211 enthalten.

142 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ERSTELLUNG EINER ZULEITUNG VON SAUBERWASSER ZUM WILERSEE

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1091.1/.2 – 11084/85), der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz (Nr. 1091.3 – 11167) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1091.4 – 11169).

Kommissionspräsident Bruno **Pezzatti** hält fest, dass die Wasserbaukommission die Vorlage zusammen mit dem Gesetz über die neuen Wassergebühren an einer Sitzung behandelt hat. – Der Wilersee ist neben dem Zugersee und Ägerisee das dritte öffentliche Seegewässer im Kanton Zug, für welche unser Kanton mitverantwortlich resp. verantwortlich ist. Beim Wilersee handelt es sich seit Jahren um einen relativ stark mit Nährstoffen belasteten See. Früher war es vor allem die Zuleitung von Abwasser aus einer inzwischen stillgelegten Sennhütte und der Hofdüngeraustrag direkt am See, welche die Qualität des Wassers belasteten. Heute verhindert immer noch nährstoffhaltiges Drainagewasser aus dem entfernteren Landwirtschaftsgebiet und verschmutztes Abwasser von der Kantonsstrasse zwischen der Kreuzegg und der früheren Sennhütte die Gesundung des Sees. In den vergangenen dreissig Jahren sind bereits verschiedene planerische und technische Massnahmen ergriffen worden, welche die Nährstoffbelastung des Sees reduzierten, wie der Bau eines Biotops zur Klärung eines belasteten Baches, Verträge mit den Landwirten für den Schutz des direkten Einzugsgebietes des Sees, die Stillegung des Schweinebetriebs und der Sennhütte direkt ob dem See sowie eine Tiefenwasserableitung und eine Zirkulationsunterstützung. Alle diese Massnahmen haben zu einer teilweisen, aber spürbaren Verbesserung der Wasserqualität geführt. Die Landwirte halten heute in ihren Betrieben die Nährstoffbilanzen erfreulicherweise ein. Hier sind deutliche Fortschritte erzielt worden.
Mit der nun geplanten Sanierung soll das erwähnte belastete Strassenwasser am Wilersee vorbei in die Sihl geleitet werden. Damit dem See die notwendigen Zufluss-Wassermengen für den Betrieb der Tiefenwasserableitung nicht verlustig gehen, bietet sich die Gelegenheit, die Zuleitung von stark belastetem Strassenwasser durch die Zuleitung von unverschmutztem Grundwasser und Meteorwasser aus dem Gewerbegebiet Moos in Menzingen zu ersetzen. Dieses weitgehendst saubere Wasser soll mit einer separaten Leitung in den Wilersee geleitet werden. Diese aus der Sicht des Gewässerschutzes interessante Option hat sich vor kurzem für den Kanton ergeben, da die Gemeinde Menzingen derzeit die Entwässerung und Erschliessung des Gebiets Moos plant. Dabei wird der Leitungsbau innerhalb der Bauzone Sache der Gemeinde Menzingen sein, die Zuleitung zum Wilersee hingegen erstellt der Kanton. Die Kosten belaufen sich auf 630'000 Franken.
In der Kommission war dieses Gewässerschutzprojekt unbestritten. Wir konnten uns davon überzeugen, dass die Realisierung der neuen Sauberwasser-Zuleitung und die Weiterleitung des verschmutzten Strassenwassers am Wilersee vorbei in das Fliessgewässer Sihl den Gesundheitszustand des Wilersees weiter wirksam verbessern wird. Die Kommission anerkennt damit die Bemühungen der Regierung, den Zustand des Wilersees weiter und langfristig zu verbessern. Die Sanierungsmassnahme kann im übrigen als sinnvoller Beitrag unseres Kantons zum Jahr des Wassers gewertet werden. – Der Votant beantragt namens der einstimmigen Kommission, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Georg **Helfenstein** weist darauf hin, dass das Geschäft in der Kommission grundsätzlich unbestritten war. Auch die CVP-Fraktion unterstützt das vorgeschlagene Projekt einstimmig. Begründung: Das Auffangen des Meteorwassers aus dem Gewerbegebiet Moos ist eine gute und vernünftige, auch ökologisch vertretbare Lösung. Dass das bisherige in den See fliessende Wasser nun in die Sihl abgeleitet wird, ist vertretbar und gemäss Aussagen der Baudirektion auch unbedenklich, da die Sihl ein fliessendes Gewässer ist. Die Möglichkeit, das Gebiet des Wilersees in ein Landschaftsentwicklungsprojekt (LEK) aufzunehmen, ist aber nicht aus den Augen zu verlieren und daher prüfenswert.

Maja **Dübendorfer** erinnert daran, dass der Wilersee vor ungefähr 23'000 Jahren – lange bevor der Zugersee abgesenkt wurde – in einer Gletschermulde entstand. Etwa 22'900 Jahre war dann seine Unterwasserwelt noch in Ordnung. Die aktuellen Probleme mit dem Zuviel an Nährstoffen begann erst vor gut hundert Jahren mit dem Bau der Sennhütte Wilen, deren Abwasser in das nächste Gewässer entsorgt wurde, sowie dem 1925 gebauten Schweinestall. Die dort produzierte Jauche wurde in den seeangrenzenden Wiesen ausgebracht. 1963 mussten dann die ersten Sanierungsmassnahmen eingeleitet werden: Die Tiefenwasserableitung in den Dutzbach. Da aber das nachfliessende Wasser weiterhin stark nährstoffhaltig war, konnte natürlich keine Gesundung des Sees festgestellt werden. Gut 20 Jahre später kam der Wilersee in den Genuss einer neuen Entwicklung: Eine Seebelüftung kam zum Einsatz. Diese Massnahme bewirkte eine konstante Verbesserung. Leider wurde die Anlage 1991, nach knapp zehn Jahren Betrieb, entfernt und der Sauerstoffgehalt im See war bereits nach kurzer Zeit verbraucht. Als vorerst letzte Massnahme wurde 1993 eine Kompressoranlage montiert Mit ihrer Hilfe wird im Winterhalbjahr Luft in den See geblasen. Damit kann bis im Frühjahr der ganz See mit genügend Sauerstoff angereichert werden. Aber, und jetzt möchte die Votantin aus dem «Blickpunkt Umwelt» vom Juni 02 zitieren: Nach Einstellung der Massnahmen wäre der positive Effekt bald wieder verschwunden. Im übertragenen Sinne hängt der Wilersee an einer Herz/Lungen-Maschine. Mit dem uns hier vorliegenden Projekt bekommen wir eine tolle Möglichkeit, den Wilersee nachhaltig und wirkungsvoll zu sanieren. Anstelle von mit Salz und Dünger angereichertem Strassenabwasser, dass mit einer Überleitung nachher in ein grosses Fliessgewässer abgeleitet wird, kann nach dem Bau der Zuleitung dem Wilersee sauberes und qualitativ gutes Meteor- und Grundwasser zugeführt werden. Auch die jährlich wiederkehrenden Kosten für diese Meteorwasserzuleitung sind dank einem geringen Unterhalt vertretbar. – Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats und der Kommission und stimmt diesem Geschäft grossmehrheitlich zu.

Karl **Nussbaumer**: Im Herbst 2002, noch vor den Kantonsratswahlen, schrieb ein Menzinger Schüler dem Votanten und bat ihn um eine Stellungnahme zur Situation Wilersee und was er gedenke zu unternehmen. Er hat dazumal geantwortet, dass er sich für eine Sanierung des Wilersees einsetzen werde, damit in diesem See wieder bedenkenlos gebadet werden und man auch den Fischen und anderen Lebewesen in diesem See ein gesundes Umfeld bieten kann. Dieses Versprechen wird Karl Nussbaumer heute einhalten.

Auch für die SVP-Fraktion ist der Wilersee seit Jahrzehnten ein Sanierungsfall. Die übermässige Zufuhr von Nährstoffen aus einer inzwischen stillgelegten Sennhütte und der umliegenden Liegenschaften, sowie Abwasser der Kantonsstrasse führten zu überhöhter Nährstoffbelastung des Sees. Untersuchungen des Wilersees haben gezeigt, dass sich der See bis Anfang der 30iger-Jahre des vorigen Jahrhunderts in einem stabilen mittelnährstoffreichen Zustand befand. Die bisherigen Sanierungsmassnahmen im Wilersee und seinem Einzugsgebiet haben den Seezustand wesentlich verbessert. Auch die Landwirtschaft in diesem Gebiet hat bereits viel geleistet, aber all diese Massnahmen reichen nicht aus, um im See einen stabilen mittelnährstoffreichen Zustand, wie er früher war, wieder herzustellen. Deshalb bietet sich nun die einmalige Gelegenheit, da die Gemeinde Menzingen das Gewerbegebiet Moos sowie die zusätzlichen Neueinzonungen mit einer neuen Meteorentwässerung erschliessen muss, dass an Stelle der Ableitung des sauberen Meteorwassers Richtung Edlibach nun eine Ableitung Richtung Wilersee realisiert werden kann. Sofern sich der Kanton an den Kosten beteiligt und den Leitungsabschnitt zu Eigentum übernimmt. Damit könnte die seit Jahrzehnten diskutierte Zuleitung von saubererem Wasser geschaffen werden; dieser Meinung ist auch die SVP-Fraktion. Eine Zuleitung von sauberem Wasser ist eine Voraussetzung dafür, dass die Tiefwasserableitung auch künftig wirkungsvoll betrieben werden kann und die in der Vergangenheit aufgebauten Nährstoffmengen aus dem See abgeleitet werden.
Wie sie alle wissen findet im Jahr 2003 das UNO-Jahr des Wassers statt. Die nachhaltige Sanierung des Wilersees wäre ein Beitrag dazu. Deshalb bittet der Votant den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Auch namens der SVP-Fraktion teilt er mit, dass sie die Anträge der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz sowie der Stawiko grundsätzlich unterstützt. – Damit erhalten Sie einen kleinen See mitten in einem schönen Naherholungsgebiet, wie es auch im neuen ROK vorgesehen ist.

Lilian **Hurschler** hält fest, dass sich die AF klar für die Sanierung des Wilersees ausspricht, denn dass sich der See dringend erholen muss, ist uns ganz wichtig. Die Landwirte und die weiteren Nutzerinnen des Einzugsgebiets rund um den Wilersee sollten mit Hilfe eines Landschaftsentwicklungskonzepts noch besser eingebunden werden. Die AF möchte die Gelegenheit nutzen, auf etwas hinzuweisen, das für unsere alternative Politik immer wieder sehr wichtig ist: Möglichst agieren statt reagieren, möglichst vorausschauen, statt im Nachhinein «flicken» müssen. Der Umgang mit der Natur sieht in unserer Gesellschaft in etwa so aus: Wir verschmutzen sie, berauben sie und schrecken dann auf, wenn unser sorgloser Umgang Spuren hinterlässt. Spuren, wie z.B. Klimaerwärmung, hohe Ozonwerte, Unwetterkatastrophen (in den letzten Jahren leider immer häufiger), starke Schadstoffbelastung, Aussterben diverser Tier- und Pflanzenarten, verschmutzte Gewässer. Der verschmutzte Wilersee, dessen Zustand man seit Jahren zu verbessern versucht, ist ein kleines Beispiel für den eben geschilderten Umgang mit der Natur. Hätte man von Anfang an von den umliegenden Bauern biologische Landwirtschaft gefordert und beim Düngen klare Vorschriften gemacht, ginge es dem Wilersee heute sicher wesentlich besser. Während Jahren wurden ihm Abwasser aus einer inzwischen stillgelegten Sennhütte und der Hofdüngeraustrag direkt am See, sowie später nährstoffhaltiges Drainagewasser aus dem Landwirtschaftsgebiet zugeführt, ohne dass man etwas dagegen unternommen hätte.

Dass ein stehendes Gewässer ohne Zuleitung kleinere Düngermengen verträgt als ein Gewässer mit einem Zufluss, ist sicher allen klar. Biologische Landwirtschaft kommt mit wesentlich weniger Düngen aus und wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Sicher hätte es noch weitere Massnahmen gegeben, die vorbeugen können. Beim Wilersee hätte der Kanton mindestens 630'000 Franken sparen können, gäbe es griffige Gesetze zum Schutz von öffentlichen Gewässern. Wie eingangs gesagt: Agieren statt reagieren hilft häufig nicht nur den Betroffenen selbst, sondern eben auch Kosten sparen. Und dies ist ja im Moment ein grosses Thema in unserem Kanton. Dabei kann man sich durchhaus die berechtigte Frage stellen, ob nicht die Schadenverursacher ihren finanziellen Teil dazu beitragen müssten. Denn dies ist die Idee des Verursacherprinzips: Wer einen Schaden verursacht, muss die Kosten der Schadendeckung selber übernehmen oder sich zumindest finanziell daran beteiligen. Wir müssen jetzt im Auge behalten, wie sich die Mehrbelastung auf die Sihl auswirken wird. Ob sie als Fliessgewässer diese Mehrbelastung tatsächlich verträgt, sollten wir genau beobachten, und falls nötig frühzeitig reagieren.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1091.5 – 11212 enthalten.

143 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND INVESTITIONSBEITRAG AN DEN TIERSCHUTZVEREIN DES KANTONS ZUG FÜR DIE QUARANTÄNESTATION IM TIERHEIM ALLENWINDEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1112.1/.2 – 11134/35) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1112.3 – 11187).

Stawiko-Präsident Peter **Dür** weist darauf hin, dass dieses Geschäft nur von der Stawiko beurteilt wurde. Sie hat die Vorlage am 2. Juni 2003 beraten. Der Votant verweist auf den Bericht, möchte aber noch auf folgende drei Punkte eingehen.
Allgemeine Überlegungen. Die Stawiko würdigt die Leistungen des Tierschutzvereins des Kantons Zug. Die Privatinitiative dieses Vereins ist wertvoll. Sie stellt – wie die Tätigkeit vieler anderer privater Organisationen – einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren unseres Kantons dar. Die Aussage «ein wichtiger Beitrag für den Kanton» darf jedoch nicht mit dem Anspruch auf finanzielle Unterstützung gleichgestellt werden. Unsere kantonalen Ausgaben lassen sich nur kontrollieren, wenn Aufgaben ausserhalb des Kernbereichs des Staates durch private Organisationen gewährleistet werden. In Anbetracht der stark gestiegenen kantonalen Ausgaben muss das Notwendige vom Wünschbaren getrennt werden – was Sie heute schon

mehrmals gehört haben. Diese Vorlage stellt etwas Wünschbares dar. Ein Investitionsbeitrag für dieses Projekt hat keine korrekte gesetzliche Grundlage. Er müsste unter dem Titel «Anerkennung geleisteter Arbeit einer privaten Institution» verbucht werden. Und dies können wir uns in der jetzigen Situation nicht mehr leisten. Zudem würde es andere Organisationen dazu ermuntern, ebenfalls entsprechende Anträge zu stellen. Die Stawiko möchte Sie deshalb bitten, diese Vorlage auf rein sachlicher und nicht emotionaler Basis zu beurteilen, was eigentlich selbstverständlich sein sollte.

Zur Vorlage. Studiert man die Vorlage des Regierungsrats, geht nicht klar hervor, ob der Antrag für einen Investitionsbeitrag für das Tierheim in Allenwinden auf einem Projekt oder einem bereits erstellten Gebäude basiert. Die Vorlage bleibt die Antwort auch bei genauer Durchsicht schuldig. Nun, die meisten von Ihnen wissen es: Das Gebäude ist bereits erstellt und eingeweiht. Der Investitionsbeitrag wird – was atypisch ist – erst post festum im Rat beantragt. Beim Durchlesen der Vorlage erhält man den Eindruck, dass eine Quarantänestation eine wichtige und notwendige Einrichtung für jeden Kanton darstellt. Abklärungen der Stawiko bei Tierärzten haben aber gezeigt, dass dieser Eindruck falsch ist. Am Flughafen beurteilt der Grenztierarzt die Impfunterlagen eines Tieres – dabei geht es in der Regel um eine Krankheit, die Tollwut. Sind die Unterlagen ungenügend, wird das Tier *dort* in eine Quarantänestation genommen. D.h. dieses Tier wird in einen separaten Raum genommen, bis die notwendigen Untersuchungen eine Klärung gebracht haben. Auf dem Landweg werden Tiere ebenfalls an der Grenze durch den Grenztierarzt beurteilt. Tiere mit ungenügendem Status werden zurückgewiesen. Die Massnahme, Tiere in einem Kanton in Quarantäne zu nehmen, ist gemäss Angaben der Tierärzte extrem selten. Quarantänemassnahmen müssen dann ergriffen werden, wenn die Bevölkerung oder die Tierbestände des Kantons gefährdet wären. Besteht im Übrigen bei einem Kleintier der Verdacht auf Tollwut, die wichtigste und gefährlichste Krankheit im Rahmen der Tierseuchenverordnung, muss das Tier umgehend eingeschläfert und autopsiert werden. Nun, in einem Tierheim ist es sinnvoll, einen separaten Teil im Sinne einer Absonderung einzurichten. Herumstreunende Tiere haben oft leichtere Krankheiten. Diese erfüllen aber die Kriterien für eine Tierseuche bei Weitem nicht. Mit der Massnahme Absonderung kann die Übertragung von einfachen Kleintier-Krankheiten wie z.B. des Katzenschnupfens zwischen den Tierheiminsassen verhindert werden. Bisher wurden diese Tiere bei Privaten zu Hause betreut. Neu steht das Tierheim mit Absonderungsteil für diese Aufgabe zur Verfügung. Aus Sicht der Stawiko widerspiegelt der Quarantänestationsbegriff in der Vorlage die grosse Bemühung der Regierung, einen Gesetzesartikel als Grundlage für eine Unterstützung des Tierschutzvereins zu finden. Dabei wird die Tierseuchenverordnung Art. 68 herangezogen, und der Begriff «Quarantänestation» sehr stark überstrapaziert. Aus Sicht der Stawiko ist aus diesen Gründen die gesetzliche Basis für den vorliegenden Investitionsantrag nicht gegeben.

Verhältnismässigkeit. Gefordert werden 240'000 Franken für die Einrichtung der Quarantänestation. In den letzten drei Jahren mussten total 23 Tiere beim Tierschutz platziert und initial separiert werden. In anderen Kantonen wird diese Massnahme mit privaten Institutionen geregelt. Dabei werden Betreuungstaxen von 10 bis 30 Franken pro Tag und Tier angegeben. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt 10 bis 30 Tage. Und jetzt rechnen Sie! Bei 10 Tieren, 30 Franken Taxe und 30 Tagen Aufenthalt resultieren 9'000 Franken pro Jahr. Für die Stawiko steht eine Investition

von 240'000 Franken in keinem Verhältnis zu diesem Betrag. Sie ist der Meinung, dass diese seltene Leistung über einen Leistungsauftrag abgegolten werden könnte. Zusammenfassend ist die Stawiko der Meinung, dass die gesetzliche Grundlage für den Investitionsbeitrag von 240''00 Franken nicht gegeben ist. Dass der Begriff Quarantänestation überstrapaziert wird und dass die seltenen Leistungen im Rahmen von Absonderungsmassnahmen über eine Leistungsvereinbarung abgegolten werden könnten. Die Stawiko beantragt dem Rat deshalb einstimmig, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Andreas **Hotz** hält fest, dass die FDP-Fraktion im Verhältnis 2 : 1 den Antrag der Regierung ablehnt, dem Tierschutzverein des Kantons Zug für die Realisierung des Tierheims Allenwinden nachträglich einen Investitionsbeitrag von 240'000 Franken zuzusprechen. Als Begründung kann auf die Ausführungen im Stawiko-Bericht verwiesen werden. Dabei sei ausdrücklich festgehalten, dass unsere Fraktion sehr wohl die Leistungen und Verdienste des privaten Tierschutzvereins anerkennt und schätzt. Hingegen sind gerade vor dem Hintergrund des heute Morgen zur Kenntnis genommenen sich verdunkelnden Finanzhaushalts die für den Investitionsbeitrag aufgeführten Gründe nicht überzeugend. Insbesondere fehlt es an einer Rechtsgrundlage für die Einrichtung einer Quarantänestation und zudem ist auch die quantitative Notwendigkeit für eine Zuger Station nicht ausgewiesen. Sollte es sich zukünftig jedoch als zwingend erweisen, dass der Kanton Zug, gestützt auf Art. 720a Abs. 2 ZGB, eine Meldestelle für Findeltiere zu bezeichnen hat, kann mit Sicherheit eine pragmatische und kostengünstige Lösung gefunden werden. Nicht als Ausdruck, dass die Leistungen und Verdienste des Tierschutzvereins nicht gewürdigt werden, sondern im Hinblick auf einen zu stabilisierenden Finanzhaushalt bittet der Votant den Rat, den Anträgen der FDP-Fraktion und der Stawiko Folge zu leisten.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** teilt dem Rat vorerst mit, dass der Regierungsrat an seinem Antrag auf Eintreten festhält. Trotz der mehrheitlich negativen Meldungen aus den Fraktionen, welche durch die heutigen Voten bestätigt wurden, trotz des finanziellen Sparwinds, den auch die Regierung spürt, trotz der Diskussionen um die Begriffe Notwendigkeit oder Wünschbarkeit dieser Unterstützung versucht der Votant dieses Geschäft noch zu retten. Drei Punkte scheinen ihm dabei wichtig:
1. Stawiko-Präsident Peter Dür hat ausgeführt, dass für diesen Antrag keine eigentliche Rechtsgrundlage besteht. Dies ist grundsätzlich richtig, immerhin sei auf Art. 68 der Tierseuchenverordnung (TSV, SR 916.401) verwiesen, wo die Quarantäne als öffentliche Sperrmassnahme vorgesehen ist. Das kantonale Veterinäramt hat diesbezügliche Anordnungen zu treffen. Zudem ist festzuhalten, dass der Kantonsrat gemäss Kantonsverfassung eine Ausgabe beschliessen kann, die nicht bereits in einem Gesetz geregelt ist (§ 41 Bst. b der Kantonsverfassung, KV, BGS 111.1). Dem Regierungsrat steht dabei ein Antragsrecht zu. Davon haben wir Gebrauch gemacht. Mit dem vorliegenden KRB schaffen wir also die fehlende gesetzliche Grundlage. – Oft wurde Joachim Eder im Vorfeld gesagt – zuletzt während des heutigen Mittagessens – die Vorlage hätte eher eine Chance gehabt, wenn sie nicht mit der Quarantänestation verknüpft worden wäre. Es liegt in der absoluten Freiheit des Parlaments, bei der Detailberatung den Ausdruck Quarantänestation zu streichen und somit den vorgesehenen Investitionsbeitrag direkt für das Tierheim zu sprechen. Es liegt auch

in der Freiheit des Parlaments, einen kleineren Betrag zu sprechen, um die von der Stawiko kritisierte Verhältnismässigkeit zu wahren.
2. Es ist unbestritten, dass der Tierschutzverein des Kantons Zug Aufgaben wahrnimmt, die im öffentlichen Interesse liegen. So leistet er mit seiner Tätigkeit bzw. mit dem Tierheim einen wesentlichen Beitrag zur Regulierung und Gesunderhaltung der Heimtierpopulation und zum Schutz der Tiere. Der Regierungsrat hält den Investitionsbeitrag gerade deshalb als absolut gerechtfertigt: Tierschutz muss auch der öffentlichen Hand ein Anliegen sein – Private nehmen diese Verantwortung eben leider allzu oft nicht wahr!
3. Sie haben sicher mitbekommen, dass mit der Änderung des Sachenrechts Tiere keine Sachen mehr sind. In diesem Zusammenhang haben die Kantone – und dies ist nun eine gesetzliche Aufgabe – per 1. April 2004 eine Meldestelle für Findeltiere zu bezeichnen. Der Gesundheitsdirektor hat deshalb bereits in der Stawiko einen Zusatzantrag in die Diskussion eingebracht, Sie haben dies im Bericht lesen können. Der Regierungsrat möchte diesen zu § 2 Abs. 2 (neu) stellen. Er lautet wie folgt: «Mit dieser Beitragsleistung wird gleichzeitig die Übernahme der Funktion als kantonale Meldestelle für Findeltiere im Sinne von Art. 720 a ZGB abgegolten.» Diese Ergänzung macht offensichtlich Sinn und stärkt nach Ansicht der Regierung die Vorlage auch deutlich: Wir können damit eine ohnehin gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe mit dem Investitionsbeitrag verknüpfen, was – um sich in der Tiersprache auszudrücken – eben zwei Fliegen auf einen Schlag sind.
Der Votant bittet den Rat, diese Überlegungen des Regierungsrats bei der Stimmabgabe zu berücksichtigen und auf die Vorlage einzutreten, damit dann bei der Detailberatung der angekündigten Antrag überhaupt noch gestellt werden kann.

➔ Der Rat lehnt mit 54 : 8 Stimmen Eintreten auf die Vorlage ab. Das Geschäft ist erledigt.

144 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG BETREFFEND BAU- UND EINRICHTUNGSBEITRAG AN DEN VEREIN CONSOL, ARBEIT FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG ZUG, FÜR DAS PROJEKT CONSOL OFFICE

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 944.5 – 11157) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 944.6 – 11188).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

145 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG FÜR DAS GEWERBLICH-INDUSTRIELLE BILDUNGSZENTRUM ZUG (GIBZ), 2. BAUETAPPE (TRAKT 2 MIT TURNHALLEN) UND GESAMTES NEUBAUOBJEKT

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1123.1 – 11161) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1123.2 – 11189).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

146 AUFSICHTSBESCHWERDE VON HANS-PETER EGGENBERGER, KRAUCHTHAL, GEGEN DIE JUSTIZKOMMISSION DES OBERGERICHTS BEZÜGLICH VERFAHRENSGARANTIEN

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1121.1 – 11159).

Hans **Durrer** hat folgende Fragen an die JPK: Kennt ein Mitglied der JPK Hans-Peter Eggenberger persönlich? Hat dieser die Möglichkeit gewünscht oder erhalten, Mitgliedern der JPK seine Anliegen persönlich vorzubringen? Handelt es sich beim Bericht und Antrag der JPK um einen reinen Papierentscheid? Der Votant ist der Meinung, dass alles versucht werden sollte, Beschwerden wenn immer möglich gütlich zu erledigen, bevor wir als Kantonsräte darüber befinden müssen. Über Aufsichtsbeschwerden sollte nur in seltenen Fällen vom Kantonrat als ultima ratio entschieden werden.

Othmar **Birri** hält fest, dass es in der JPK üblich ist, dass wir eine Delegation bilden, welche die Fälle untersucht. Der Votant gehörte dieser Delegation an, dazu Leo Granziol und Flavio Roos. Wir machen es normalerweise (in 80 bis 90 %) so, dass wir auf Grund der Akten entscheiden. In wenigen Fällen (z.B. beim Fall Fankhauser) haben wir direkten Kontakt gehabt. – Übrigens sitzt der hier betroffene Mann noch im Gefängnis.

Hans **Durrer** fragt, ob er davon ausgehen kann, dass kein Mann der JPK diesen Mann persönlich kennt, mit ihm Kontakt aufgenommen und mit ihm gesprochen hat? Und dass ihm auch nicht die Möglichkeit geboten wurde, seine persönlichen Anliegen vorzubringen?

Othmar **Birri** bestätigt das. Wir hatten Kontakt mit seinem Rechtsvertreter, mit dem wir schriftlich verkehrt haben.

Hans **Durrer** stellt den Antrag auf Rückweisung an die JPK zwecks weiterer Abklärung.

Leo **Granziol** hat sich persönlich mit dieser Beschwerde sehr eingehend befasst. Wenn Sie die Beschwerde durchgelesen haben, können Sie nicht ausfindig machen, gegen was sie sich richtet. Sie richtet sich jedenfalls nicht gegen den Regierungsrat. Das war ziemlich schnell klar. Sie richtet sich möglicherweise gegen den Anstaltszahnarzt, der den Beschwerdeführer falsch behandelt haben soll. Sie richtet sich möglicherweise gegen die Anstaltsleitung des Bostadels. Dazu ist zu sagen (wir haben das in Ziff. 3 des Berichts ausführlich beschrieben), dass Beschwerden gegen die Vollzugsbehörden nicht im Kompetenzbereich des Kantonsrats liegen und auch nicht im Bereich der Prüfung der JPK. Wir haben keine Veranlassung gehabt, diese Beschwerde näher zu untersuchen, weil sie an das falsche Amt geleitet wurde. Es gibt hier ein anderes Instrument, weil es eine interkantonale Strafanstalt ist. Der Votant nimmt an, dass Hans-Peter Eggenberger sich unterdessen dorthin gewandt hat. Er ist übrigens nicht mehr im Bostadel, sondern in einer anderen Strafanstalt. Wenn wir also auf eine Beschwerde nicht eintreten können, weil die Leute, die wir zu oberbeaufsichtigen hätten, gar nicht betroffen sind, sieht Leo Granziol auch keine Veranlassung, sich mit der Beschwerde noch weiter zu befassen und den Mann persönlich anzuhören.

Othmar **Birri** erinnert Hans Durrer daran, dass Hans-Peter Eggenberger schon einmal eine Beschwerde eingereicht hat, gegen den Bostadel. Beschwerden gegen interkantonale Institutionen (Albert Dormann hat zu diesem Thema ja seine Dissertation geschrieben) stehen weder dem Basler noch dem Zuger Kantonsrat zu, sondern die paritätische Kommission ist zuständig. Der Votant hat der Sicherheitsdirektion den Auftrag erteilt, dass diese paritätische Kommission sich die Sache anschaut. Sie tun das aber nicht, so lange noch Verfahren hängig sind. Othmar Birri hat kürzlich erfahren, dass noch mehrere Gerichtsverfahren hängig sind. Hans-Peter Eggenberger hat auch eine Beschwerde beim Bund gemacht. Solange das nicht abgeschlossen ist und wir vom Kanton nicht zuständig sind, können wir über diese Beschwerde gar nicht befinden. Wir haben alles abgeklärt, was wir konnten, und der Votant bittet den Rat, dem Antrag der JPK zuzustimmen.

Hans **Durrer** zieht seinen Antrag zurück.

➔ Die Beschwerde wird abgewiesen.

147 MOTION VON DIANA STADELMANN STÜNZI UND ANNA LUSTENBERGER-SEITZ BETREFFEND 1 JAHR OBLIGATORISCHER KINDERGARTENBESUCH FÜR ALLE KINDER IM KANTON ZUG

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 987.2 – 11162).

Anna **Lustenberger-Seitz** hat sich natürlich gefreut über die positive Beantwortung des Regierungsrats und sie dankt herzlich dafür. Dies auch im Namen ihrer Kollegin alt Kantonsrätin Diana Stadelmann. Dass der Kanton Zug damit völlig im Trend der Kindergarten- und Schulentwicklung liegt, beweisen die Medien-Meldungen in den letzten Tagen; gemäss einer Meldung werden in nächster Zeit die meisten Kantone mit dem Kindergartenobligatorium nachziehen, sowie es bereits einige Kantone gemacht haben. Auch für unser Gäste von heute Morgen aus dem Kanton Nidwalden ist das Kindergartenobligatorium bereits Tatsache. Als wir für diese Motion Unterschriften sammelten, wurden wir von einigen Kolleginnen und Kollegen gefragt, ob der Kindergartenbesuch denn immer noch freiwillig sei. Für sie war also klar ersichtlich, dass der Kindergarten ein Teil der Schule ist, dass praktisch alle Kinder den Kindergarten besuchen, dass Kindergärtnerinnen einen Teil der Lehrerschaft sind (mit gleichen Rechten und Pflichten), dass die Lehrpersonen für den Kindergarten dem gleichen Kontrollorgan unterstellt sind, nämlich der Schulkommission, dass die Infrastruktur für den Kindergartenbesuch in allen Gemeinden vorhanden ist. Nur schon diese Kriterien machen die Forderung für mindestens ein Jahr obligatorischen Kindergarten nur logisch.
Von einem Kindergartenobligatorium profitieren alle, Kinder, Eltern und Lehrpersonen. Für die Kindergartenkinder ist damit die Chancengleichheit festgesetzt. Eine gute, gleichwertige Voraussetzung für den Schuleintritt ist damit für alle geschaffen. Die Prävention, Integration und die Früherfassung allfälliger Defizite im sozialen und gesundheitlichen Bereich ist damit gesichert. Alle Kinder, welche die gemeindlichen Kindergärten besuchen, sind mit den Schulstrukturen und mit der Schulsprache bei Eintritt in die erste Klasse bereits vertraut. Den Eltern bringt ein obligatorisches Kindergartenjahr Rechte und Pflichten. Ihr Kind muss in diesem Jahr gut auf die Einschulung vorbereitet werden, dies können sie klar fordern. Anderseits werden Lerninhalte des Lehrplans und die Organisation des Kindergartenjahrs für die Eltern auch verbindlich. Für die Lehrpersonen ist der Kindergarten mit einem Obligatorium ein erster Baustein der Volksschule – und mit der gesetzlichen Verankerung für alle Beteiligten verbindlich. Seminaristinnen und Seminaristen der pädagogischen Hochschule, welche in einigen Jahren in Kindergarten und Unterstufe unterrichten können, finden die gleiche Voraussetzung zum Unterrichten vor. Kindergarten und Schule sind gesetzlich vorgeschrieben.
Natürlich ändert diese gesetzliche Verankerung in der Praxis nicht viel. Die Änderung wird vor allem kaum ersichtlich sein. Es ist aber eine Anerkennung an eine ganz wichtige Stufe. Eine Stufe, welche ebenfalls grossen Wert auf Sozial-, Fach- und Sachkompetenz legt und dies gemäss Lehrplan auch muss, genau gleich wie nachher in der Primar- und Sekundarstufe. Dass der Kindergarten diese Anerkennung schon längstens verdient hätte, äussert der Regierungsrat mit einem Satz sehr treffend. Er schreibt: «Es gilt auch ein bildungspolitisches Zeichen zu setzten, dass der Kindergarten heute ein wichtiger Teil der Schule ist.»

Eigentlich hätte dieses Obligatorium bereits 1979 eingeführt werden müssen. Damals wurden die gemeindlichen Kindergärten an die öffentliche Schule angegliedert, so wie es heute ist. Viele Lehrpersonen des Kindergartens haben immer wieder auf dieses notwendige Obligatorium hingewiesen und es wurde ihnen auch mehrmals versprochen – aber immer wieder hinausgeschoben. Nun ist also die Chance da, dass dieses Obligatorium ins Schulgesetz aufgenommen wird, wenn die Revision des Schulgesetzes der gemeindlichen Schulen im Bezug auf die Qualitätsentwicklung stattfindet. Anna Lustenberger-Seitz hofft natürlich sehr, dass diese Gesetzesrevision wirklich auch im nächsten Jahr kommt, wie es aus dem Finanzplan ersichtlich ist. Sie bittet daher den Rat, dem Antrag der Regierung zu folgen und die Motion erheblich zu erklären.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag der Regierung zu, die Motion erheblich zu erklären.

148 MOTION DER SP-FRAKTION BETREFFEND ABZÜGE VOM STEUERBETRAG STATT VOM STEUERBAREN EINKOMMEN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1025.2 – 11021).

Alois **Gössi** möchte vorerst dem Regierungsrat für die Beantwortung der Motion ganz herzlich danken, auch wenn diese Antwort nicht nach unserem Geschmack ausgefallen ist. Die negative Antwort beruht im wesentlichen auf drei Punkten.
Unser Steuergesetz ist schon sehr sozial für Personen mit einem niedrigen Einkommen und die Erfüllung unserer Motion würde für diese Personen keine grossen Einsparungen ergeben. Hier geben wir dem Regierungsrat recht, aber für eine Familie, die auf jeden Rappen und Franken angewiesen ist, sind auch Einsparungen, die für den Normalbürger «peanuts» sind, grosse Einsparungen. Mit dem von uns angeregten Miteinbezug von anderen Sozialabzügen, z.B. Kinderabzüge, fremdbetreute Kinder, Rentner etc., die wir in unserer Motion nur angeregt haben, würden sich die Einsparungen massiv erhöhen.
Der Regierungsrat erwähnt technische Probleme: Die Veranlagungsökonomie – welch eine schöne Wortschöpfung – würde negativ beeinflusst. Es gibt Probleme mit der interkantonalen Steuerausscheidung. Es besteht ein Widerspruch zur formellen Steuerharmonisierung vom Bund. Es gibt einen Programmierungsaufwand für die Software bei der Einführung unserer Motion. Der gewünschte Systemwechsel steht im Widerspruch zur Steuerlehre. – Hier können wir nur erwähnen: Ist der politische Wille für eine Umsetzung nicht vorhanden, wie dies aus der Antwort des Regierungsrates hervorgeht, scheinen die technischen Probleme unüberwindbar. Aber die gleichen Probleme hatte auch der Kanton Genf bei der Umsetzung des gleichen Anliegens wie unsere Motion. Genf konnte die technischen Probleme überwinden.
Der dritte negative erwähnte Punkt ist die Attraktivitätsschmälerung für finanziell potente Steuerzahler. Der Regierungsrat befürchtet, dass das Steuerklima an Attraktivität für natürliche Personen verliert für mögliche neue oder bestehende potente Steuerzahler, wenn unsere Motion umgesetzt wird. Gemäss unseren Beispielen sind die Zusatzbelastungen für diejenigen, die nicht von unserer Motion profitieren wür-

den, sehr massvoll ausgefallen. Gemäss der neusten Steuerstatistik ist der Kanton Zug bei den natürlichen Personen in Sachen tiefste Steuern weiterhin klar und unangefochten auf Platz 1, hier wäre auch mit der Erfüllung unserer Motion nichts zu befürchten.
Der Votant möchte sich nun gerne speziell an die SVP- resp. CVP-Fraktion wenden. Auf der Homepage der CVP Schweiz hat er Folgendes gelesen: «Rahmenbedingungen sind ausschlaggebend für die Gestaltung des Lebensraums Familie. Familienpolitik ist die zentrale Herausforderung unserer Gesellschaftspolitik. Eltern können ihre Leistungen nur erbringen, wenn die Rahmenbedingungen für die Familien optimal sind. Die Rahmenbedingungen müssen sowohl auf nationaler wie auch auf kantonaler und kommunaler Ebene so im Einklang sein, dass Eltern den Alltag gestalten und die wirtschaftliche Existenz sichern können. Fehlende Rahmenbedingungen sind Folgen einer strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber den Eltern und Kindern.» Wenn die CVP-Kantonsratsfraktion ihre Leitsätze ernst nimmt, kann sie unserer Motion problemlos zustimmen. Sie braucht dazu nicht einmal dem «Steuervogt» die Zahnbürste zu zeigen, wie sie dies im Moment mittels Plakaten androht.
Bei der SVP sieht es ähnlich aus. In ihrem Positionspapier zur Familienpolitik schreibt die SVP Schweiz u.a.: «Die Familien sind nicht durch Familienzulagen im Giesskannensystem zu unterstützen, sondern durch gezielte kinderabhängige steuerliche Erleichterungen». Dies ist die Erkenntnis der SVP aus dem Kapitel «Die Aufgaben des Staates» und «Familienfreundliche Rahmenbedingungen beim Steuerrecht». Mit unserer Motion liegen wir voll auf der SVP-Linie: Von unserer Motion profitieren die Eheleute sowie allein stehende Personen, die Kinderabzüge geltend machen können und ein relativ kleines Erwerbseinkommen haben, das «Giesskannensystem» wird hier nicht angewandt.
Ein noch nicht erwähnter Punkt unserer Motion ist, dass die Umsetzung kostenneutral gestaltet werden soll. Es soll also kein einziger Steuerfranken mehr resp. weniger eingenommen werden. Wie aus diesem Votum nicht anders zu erwarten ist, stellen wir selbstverständlich den Antrag auf Erheblichkeitserklärung unserer Motion. – Zum Schluss noch eine Frage an den Finanzdirektor: Im letzten Abschnitt der Antwort schreibt der Regierungsrat, dass eine gezielte Hilfe für Working Poors mit Familien, Besserstellung der Mittelstandsfamilien und Alleinerziehenden mit tiefem Einkommen mit unserer Motion nicht erzielt werden kann. Was schlägt dann der Finanzdirektor für Massnahmen vor, damit diese gezielte Hilfe geleistet werden kann und läuft etwas in dieser Richtung? Alois Gössi ist auf seine Antwort gespannt, umso mehr, als wir ihm diese Frage schon vorgängig zukommen liessen.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion mit der Regierung einstimmig für Nichterheblich-Erklärung stimmt. Bereits bei der Debatte um die Einführung des neuen Steuergesetzes vertrat sie dezidiert die Meinung, dass Kosten für die Kinderbetreuung von der Systematik her als Gewinnungskosten-Abzug aufzunehmen gewesen wären. Nach Ansicht der FDP-Fraktion handelt es sich bei Kosten, die mit der Betreuung von Kindern anfallen, von der Art her um gleiche Kosten, wie dies z.B. Reisekosten oder Kosten für auswärtige Verpflegung sind. Nachdem das Steuerharmonisierungsgesetz aber den Kantonen nur noch die Möglichkeit eingeräumt hat, Sozialabzüge, nicht aber neue Gewinnungskosten-Abzüge einzuführen, war die FDP-Fraktion damals damit einverstanden, Kinderbetreuung als Steuerabzug einzuführen. Den Abzug der Kinderbetreuungskosten vom Steuerbetrag führt aber eindeu-

tig zu weit. Die FDP geht mit der Regierung einig, dass Gewinnungskosten nicht zu einer versteckten Einführung einer Kinderrente führen dürfen. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass der Kanton Zug ja mit 250 und 300 Franken Kinderzulagen sich auch bereits in diesem Bereich weit an der Spitze befindet und die grössten Kinderzulagen gewährt.
Diese Überlegungen, zusammen mit der Berücksichtigung, dass auch die Kinderabzüge im Kanton Zug eine Spitzenposition einnehmen und das Entlastungspaket für die Familienbesteuerung jetzt ja auch zur Diskussion steht, aber plötzlich nicht mehr beliebt ist, zeigen, dass ein Änderung des heutigen Systems unnötig ist und zu einer falschen Haltung gegenüber dem Staat führen könnte. Ist doch die Frage, ob eine Familie sich Kinder wünscht, ob beide Ehegatten arbeiten wollen oder auch müssen, wie die Kinder bei Erwerbstätigkeit beider Elternteilen betreut werden, in erster Linie Angelegenheit der Eltern und nicht des Staates.

Josef **Lang** kann sich kurz halten, Alois Gössi hat praktisch alles gesagt. Aber doch ein Einwand zu dem, was eben Andrea Hodel gesagt hat. Sie wird mit dem Votanten einverstanden sein, dass die AHV etwas Staatliches ist. – Zwei zusätzliche Hinweise. Wir leben im teuersten Kanton der Schweiz. Und das ist für Familien, besonders mit mehreren Kindern, eine besondere Belastung. Zweitens ist das Argumentieren mit der Steuerharmonisierung nicht sehr glaubwürdig. Dann soll man dabei auch in anderen Belangen wirklich zur Avantgarde gehören. Nur so ist man glaubwürdig, wenn man gegen sozialverträgliche Vorschläge dieses Argument bemüht.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte vorausschicken, dass der Kanton schon sehr viel tut für minderbemittelte Familien und Einzelpersonen. Auch bei der Steuerbelastung – das ersehen Sie aus unserer Antwort. So zahlt eine Familie mit zwei Kindern bei einem Reineinkommen von 41'000 Franken nur gerade 204 Franken Steuern im Jahr. Und bei einem Einkommen von 31'000 Franken zahlt sie gar keine Steuern. Auch Leute mit tiefem Einkommen sollten die Leistungen des Staates nicht zum Nulltarif erhalten. Alle und jeder sollten etwas im möglichen Rahmen dazu beitragen. Alles andere ist ein falsches Signal. Es fördert das Anspruchsverhalten gegenüber dem Staat. Wir haben unser Steuergesetz erst gerade umfassend revidiert. Wir haben dort verschiedene Massnahmen ausdiskutiert. Auch von daher wäre es falsch, jetzt schon wieder mit diesem fundamentalen Wechsel das Steuergesetz zu revidieren. Wenn jetzt so einfach gesagt wird, wir hätten die Antwort zu lapidar abgefasst und Änderungen seien so leicht möglich, so müssen Sie sich vorstellen, dass viele Abläufe programmiert sind und automatisch ablaufen. Und wenn da eine Rechnung ausgestellt wird und plötzlich bei der Rechnung ein Kinderbeitrag abgezogen werden könnte, ist das nicht einfach. Und wenn dann das sogar ins Negative fällt, müsste am Schluss ja wieder ein Betrag ausgezahlt werden. Es gäbe also verschiedene Probleme. Und dies alles per EDV zu programmieren, gibt sehr viele Kosten. Schwierig sind auch die Abgrenzungen mit Nachbarkantonen, wo welches Einkommen erwirtschaftet wird oder wo die Abzüge gemacht werden. Wir würden uns da sehr grosse Arbeit aufhalsen. Der Aufwand wäre wesentlich grösser als die entsprechenden Wirkungen. Sie haben es auch in der Motion der SP gesehen. Die Beträge, die da korrigiert würden, sind nicht sehr hoch.

Der Votant möchte aber noch weiter ausholen und darauf hinweisen, dass unser Kanton ein sehr weit gehendes Sozialhilfegesetz hat. Wer in schwierigen Lebenssituationen ist, kann auf Beratung und Betreuung zählen. Er kann die zuständigen Sozialdienste beanspruchen. Es sind in der Regel die Einwohnergemeinden zuständig. Aber auch der Kanton zahlt daran einen grossen Beitrag. Es ist aber nicht nur die Direktion des Innern, die da mithilft, sondern es sind eigentlich alle Direktionen betroffen. So werden z.B. über die Gesundheitsdirektion an 20'000 Personen im Kanton Zug Beiträge zur Prämienverbilligung der Krankenversicherung bezahlt. Oder betreffend Weiterbildungsmöglichkeiten besteht über die Schule oder die Volkswirtschaftsdirektion für eher schlecht qualifizierte Leute, die eher tiefe Einkommen haben, die Möglichkeit, sich besser zu qualifizieren und höhere Einkommen zu erwirken. Sie sehen, wir haben sehr viele Möglichkeiten, und die betreffenden Leute sollten vor allem mal jene Instrumente ausnützen, die vorhanden sind, bevor wieder ganz neue Massnahmen beschlossen werden.
Der Kanton hat sich auch in eigener Sache bemüht, für Alleinerziehende, die beim Kanton angestellt sind, eine Möglichkeit zu schaffen, ihr Kind extern betreuen zu lassen. Wir sind einem Verein beigetreten, der das anbietet. Wir haben das unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitgeteilt. Und heute ist festzustellen, dass das geschaffene Angebot nicht genutzt wird. Und ohne Nutzung wird der Finanzdirektor diese Vereinbarung aufkünden. Denn es macht keinen Sinn, etwas anzubieten, das vom Personal nicht genutzt wird. In diesem Sinn hofft Peter Hegglin, die Fragen von Alois Gössi beantwortet zu haben.

➔ Der Rat beschliesst mit 53 : 15 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

149 INTERPELLATION VON MANUELA WEICHELT-PICARD UND ANNA LUSTENBERGER-SEITZ BETREFFEND PERSONALFÜRSORGESTIFTUNG DER SPINNEREI AN DER LORZE BAAR

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1077.2 – 11175).

Anna **Lustenberger-Seitz** dankt für die ausführliche, informative und transparente Beantwortung der Interpellation, auch im Namen ihrer ehemaligen Fraktionskollegin Manuela Weichelt-Picard. Sie macht dies aber vor allem für die rund 200 Destinatärinnen und Destinatäre der Personalfürsorgestiftung der Spinnerei an der Lorze. Es sind dies alles Arbeitnehmerinnen und -nehmer, die während Jahren in der Spinnerei ihr Bestes gegeben haben, vor rund zehn Jahren ihre Arbeit verloren – und noch heute auf ihr Geld aus der Personalfürsorgestiftung warten. Ein Skandal. Oder können Sie sich vorstellen, was es bedeutet, über zehn Jahre nach Schliessung des Betriebs, über zehn Jahre nach Verlust des Arbeitsplatzes, auf Geld zu warten, das den Betroffenen schon längstens hätte ausbezahlt werden müssen? Ein Skandal, wenn man bedenkt, dass jahrelange Rechtsstreitigkeiten eine Auszahlung der Teilliquidationsansprüche an die einzelnen Destinatärinnen und Destinatäre bislang verunmöglicht haben, und dass diese Rechtsstreitigkeiten (Zitat aus der Antwort des Regierungsrats auf S. 4): «… ausschliesslich in der jeweils vollumfänglichen Aus-

schöpfung sämtlicher Rechtsmittel durch die Stiftung begründet sind». Kurz, weil der Stiftungsrat unter dem Präsidium von Adrian Gasser immer und immer wieder den Richter bemüht hat und weiter bemüht, haben die ehemaligen Spinnerei-Arbeiterinnen und -Arbeiter noch keinen Rappen aus der Liquidation gesehen. Statt sich um das Los seiner ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeiter zu kümmern, verheddert sich der Stiftungsrat in unzähligen Rechtsstreitigkeiten. In Briefen, wie z.B. im letzten Januar, bittet Adrian Gasser seine ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwar, ihm Härtefälle zu melden, – denn diese zu unterstützen sei die Hauptaufgabe der Stiftung – verspricht ihnen Geld aus einer Kasse, welche er noch verwechselt, und wünscht ihnen dabei ein gutes Jahr, gespickt mit vielen positiven Erlebnissen. Das eine positive Erlebnis, die Auszahlung von versprochenen Gelder, aber trifft nicht ein. Die vielen Rechtstreitigkeiten, die leeren Versprechungen, das ist der eigentliche Skandal!

Wenn die Votantin die Antwort des Regierungsrates richtig liest, sind es hauptsächlich zwei Gründe, welche immer wieder zum Vorwand für eine Verzögerung genommen werden:

1. Das Verlangen nach einer formellen Entschuldigung für die Suspendierung des Stiftungsrats im April 1993 bis zum Juli 1997.
2. Ein Schadenersatzbegehren von 1,44 Mio Franken. Der Schaden sei durch die Suspendierung des Stiftungsrats in den erwähnten Jahren entstanden.

Das Schadenersatzbegehren wird – so ist zu befürchten – noch das Bundesgericht beschäftigen. Die Stiftung gewinnt wieder Zeit und ein solches Verfahren könnte die Auszahlung an die Beschäftigten der ehemaligen Lorze weiter verzögern. Wenn der Stiftungsrat so weiter macht, muss kein Geld mehr ausbezahlt werden, weil alle anspruchsberechtigten Destinatärinnen und Destinatäre nicht mehr am Leben sind, oder das Geld irgendwann nicht mehr vorhanden ist. Zur geforderten formellen Entschuldigung kann man nur den Kopf schütteln; das sture Festhalten daran zeugt auf jeden Fall nicht gerade von Grossmut. Auch das Theater rund um das Jubiläumsbuch «Zug erkunden» passt ins Bild; und man kann sich fragen, ob damit nicht ein weiteres Manöver provoziert wurde, um von den eigentlichen Problemen und den Anliegen der ehemaligen Lorze-Mitarbeitenden abzulenken.

Man kann die beiden Argumente des Stiftungsrats – Schadenersatz und Entschuldigung – auch aus einem anderen Blickwinkel sehen, nämlich aus dem der ehemaligen Spinni-Beschäftigten:

1. Haben nicht die 200 ehemaligen Lorze-Arbeiterinnen und -Arbeiter eine Entschuldigung seitens des Stiftungsrates zugute. Eine Entschuldigung für das lange Warten auf das Geld, das ihnen rechtmässig zusteht ? Für das äusserst fragwürdige und unwürdige Verhalten ihnen gegenüber?
2. Haben nicht die 200 ehemaligen Lorze-Arbeiterinnen und -Arbeiter Anspruch auf einen Schadenersatz? Schliesslich hätten sie das Geld für ihre Familien in den letzten Jahren gut gebrauchen können, sie hätten es auch zinsbringend und wertvermehrend anlegen können.

Etwas, das der Stiftung offensichtlich nicht gelungen ist: Ein Blick in die Rechnung der Stiftung gemäss Interpellationsantwort zeigt nämlich wenig Erfreuliches: 1989 betrug das Stiftungskapital 4,04 Millionen Franken; 2001 waren es noch 3,7 Millionen Franken. Einem professionellen Verwalter mit diesem Ergebnis in den wirtschaftlich guten 90er-Jahren hätte man schon längst das Geld weggenommen und das Vertrauen entzogen. Wie gesagt, rund 200 Destinatärinnen und Destinatäre warten auf ihre Geld. Für jede und jeden von ihnen sind dies rund 17‘000 Franken (3,5 Mio

Franken verteilt auf 200 Personen). Es ist erfreulich, dass das Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht jetzt Druck aufsetzt, und nicht mehr gewillt ist, die Verschleppungstaktik des Stiftungsrats weiter hinzunehmen. Es ist erfreulich, dass aufsichtsrechtliche Massnahmen mit Strafandrohung ins Auge gefasst werden. Das alles wäre nicht nötig, wenn sich Adrian Gasser an seine Zusicherung aus dem Jahre 1997 gehalten hätte (Zitat aus der Pressemitteilung anlässlich der Wiedereinsetzung des Stiftungsrates): «Adrian Gasser gab dabei die Zusicherung ab, dass der Stiftungsrat nach einer allfälligen Wiedereinsetzung mit der Aufsichtsbehörde kooperativ zusammenarbeiten werde.» – 200 Menschen warten auf das ihnen rechtmässig zustehende Geld von durchschnittlich rund 17‘000 Franken. Anna Lustenberger dankt der Regierung für die klare Antwort und die Perspektive für die betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter, die bald zu ihrem Geld kommen sollen. Dies hoffen wir! Um in der Sprache der Textilbranche zu bleiben – der Geduldsfaden ist gerissen.

Andrea **Erni**: Wie wir der Antwort des Regierungsrats entnehmen können, kann das Problem der ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeiter der Spinnerei Lorze bis auf unbestimmte Zeit nicht gelöst werden. Seit über Jahren warten über 200 von der Spinnerei Lorze entlassene Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Auszahlung ihres Pensionskassenguthabens. Statt diese endlich zu regeln und zu einem guten Abschluss zu führen, protestiert der Stiftungsrat aus unerklärlichen Gründen. Unerklärlich deshalb, weil wir nicht verstehen können und wollen, dass die Stiftung ihr undurchsichtiges Interesse über das viel schwerwiegendere der ehemaligen Arbeiterinnen und Arbeiter stellt. Das Umgehen der Personalfürsorgestiftung mit den ehemaligen Mitarbeitenden entrüstet uns. Die Stiftung soll endlich ihre Aufgaben erfüllen. Die SP-Fraktion begrüsst es deshalb sehr, wenn sich die Regierung im Fall weiterer Verzögerungen für die geschädigten Personen einsetzt.

Beat **Villiger** hat diesen beiden Voten zugehört und kommt nicht darum herum, doch auch noch kurz etwas zu sagen. Die Sache ist ja vor allem für den Votanten nicht neu. Er war vor Jahren der Initiant der Interpellation der CVP-Kantonsräte aus Baar und er muss der Direktion des Innern zugute halten, dass sie periodisch die damaligen Interpellanten plus zugewandte Orte, die sich um diesen Fall auch gekümmert haben, jeweils einladen und über den Stand der Dinge orientieren. Die Sache ist komplex und nach Wissen des Votanten sind jetzt zwei Hauptverfahren bei Beschwerdeinstanzen hängig. Man muss jetzt abwarten, wie dort die Entscheide ausfallen werden. Insofern ist das Gesagte z.T. auch sehr fraglich dargestellt worden. Beat Villiger hütet sich davor, jemanden vorzuverurteilen. Insofern hat die Interpellation auch nichts Neues an den Tag gebracht. Der Votant hat ab und zu Kontakt mit Adrian Gasser, hat ihn gestern Nachmittag zu diesem Fall gesprochen und gefragt, ob er nicht endlich zu einer Lösung Hand bieten könnte. Die Antwort war, dass er eigentlich gerne hätte, wenn der Kontakt mit ihm gepflegt würde. Deshalb die Bitte von Beat Villiger an die Direktorin des Innern, ob es nicht möglich wäre, den Kontakt mit ihm nochmals zu suchen. Adrian Gasser ist eine unbequeme und vor allem sehr sture Persönlichkeit, wenn sie sich in ihrer Ehre verletzt fühlt. Vielleicht könnten wir auf diesem Weg doch noch etwas weiter kommen.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

150 INTERPELLATION VON THOMAS VILLIGER BETREFFEND GRUNDWASSERSPIEGEL IM GEBIET CHAMAU, STADELMATT UND REUSSSPITZ

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1089.2 – 11153).

Thomas **Villiger** möchte sich vorab beim Regierungsrat für die schnelle und kompetente Beantwortung seiner Interpellation bedanken. Grossmehrheitlich ist er zufrieden mit den Antworten des Regierungsrats und möchte nicht weiter auf diese eingehen. Doch bei Antworten wie «durch immer intensivere Bodenbearbeitung und den Einsatz schwerer Maschinen verdichtet sich der Boden und das Regenwasser bleibt länger liegen» befriedigen ihn nicht. Dies ist eine Schuldzuweisung an die Landwirte. Speziell im Gebiet Reussspitz, wo die Landwirtschaft nur sehr extensiv betrieben wird und ganz sicher nicht mit schweren Maschinen vorgefahren wird, trifft diese Aussage sicherlich nicht zu. Der Votant wird sich weiterhin mit dem Problem des Grundwasserspiegels in diesem Gebiet auseinandersetzen und sicherlich auch die Reussdammsanierung und die Umsetzung des LEK abwarten.

Louis **Suter**: Hünenberg freut sich, dass nächstens mit der Reussdammsanierung begonnen werden kann. Namens der Bevölkerung, insbesondere der Reussanwohner, möchte er sich dafür auch bedanken. Denn es war ja ein langer Weg, bis es so weit war. Viele Klippen mussten umschifft werden, viel Kleinarbeit und Weitsicht waren erforderlich. Aber der Votant glaubt zum Abschluss sagen zu dürfen – auch wenn die Überschwemmung auf der falschen Seite erfolgt –, der Aufwand hat sich gelohnt. Vielleicht sind Sie überrascht, wie stark sich die direkt betroffenen Landwirte mit der Reussdammsanierung auseinander gesetzt haben. Aber es war für Landwirte die typische Art zu reagieren. Sie lieben ihr Land. Es ist ihr Ein und Alles, auch dann, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht mehr stimmen. Ihre Sorge galt nicht nur der Dammsanierung und den finanziellen Aspekten, sondern vielmehr den längerfristigen Auswirkungen der Dammsanierung auf den Boden und die Bodenqualität im ganzen Einflussgebiet. So hat Louis Suter auch die Interpellation von Thomas Villiger verstanden. Seine Eltern sind direkt betroffene Landwirte mit Leib und Seele. Der Votant darf ihm aber versichern: Auch wir Politiker aus Hünenberg und alle Mitglieder der Wasserbaukommission haben sich die gleichen Fragen auch gestellt. Insofern ist das Resultat der Bearbeitung der Interpellation wie ein Spiegelbild unserer Kommissionsarbeit. Eine Aussage dieser sonst wirklich sehr gut abgefassten Interpellation hat den Votanten aber sehr geärgert. Nämlich die saloppe Art, wie Exponenten einer Verwaltungsstelle der Baudirektion die Landwirte plötzlich für jetzige und zukünftige Bodenprobleme verantwortlich machen. Diese Art von Schwarzpeterpolitik ist nicht angebracht. Im Gegenteil. Die Verantwortlichen täten gut daran, sich zu überlegen, ob sie ihr Wissen aus der Literatur aus längst vergangenen Zeiten nicht mit den tatsächlichen Realitäten im Reussgebiet vergleichen sollten. Sie sollten sich z.B. überlegen, weshalb wohl der Binnenkanal in der Stadelmatt zu den saubersten Gewässern des Kantons mit einer Vielfalt von einheimischen Fischarten zählt, die Ökoausgleichsflächen überdurchschnittlich hoch sind und das Engagement für das Landschaftsentwicklungskonzept Reuss wirklich vorbildlich ist. Sie täten gut daran, die Bearbeitungstechnik der Reuss-Landwirte, deren oberstes Ziel die schonende und nachhaltige Bodenbearbeitung ist, zu studieren, bevor sie die Stadelmat-

ter-Landwirte für alle Probleme verantwortlich machen wollen. Vor allem aber sollten sie auch bedenken, dass so die Aufbauarbeit und Zusammenarbeit im Landschaftsentwicklungskonzept Reuss nicht besser wird.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** fragt die hier anwesenden Landwirte, was sie denken, wenn er ihnen sagt, dass einzelne ihrer Kollegen früher 20 bis 25 Jahre lang Mais angepflanzt haben. Immer wieder nur Mais. Sie denken nur eines: Bodenverdichtung!

➔ Das Geschäft ist erledigt.

151 INTERPELLATION VON HANS PETER SCHLUMPF BETREFFEND LEHRSTELLENSTUATION IM KANTON ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1103.2 – 11149).

Hans Peter **Schlumpf** dankt für die zügige Beantwortung seiner Interpellation. Frage Nr. 4 betreffend Auswirkung der Lehrstelleninitiative, die am 8. Mai zur Abstimmung gekommen ist, hat sich inzwischen mit der klaren Ablehnung der Initiative durch die Stimmbürger/-innen erledigt. Wie so oft bei Vorstössen war das Anliegen der Initianten legitim. Die vorgeschlagene Umsetzung jedoch nicht tauglich. Es ist nicht bestritten, dass der Staat die Rahmenbedingungen für die Berufsbildung zu setzen hat. Eine vermehrte staatliche Einmischung in die praktische Ausbildung würde aber die grossen Vorteile des heutigen bewährten Systems, seine Effizienz, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse des Marktes und der Praxis rasch zunichte machen. Gerade der rasche technologische Wandel der vergangenen Jahre mit zahlreichen neuen Ausbildungsgängen für Berufslehren zeigt überdeutlich, wie wichtig die Ausrichtung der Berufsausbildung nach den tatsächlichen Bedürfnissen des Marktes und der Unternehmen ist. Wie die Regierung ausführt, ist die Situation bezüglich Lehrstellenangebot und Nachfrage im Kanton Zug bis heute zwar zweifellos etwas angespannter geworden, aber sie ist nicht aus dem Ruder gelaufen. Die Anzahl Lehrbetriebe und Lehrverhältnisse sind in den letzten zehn Jahre über alles gesehen fast kontinuierlich angestiegen. Es darf nicht übersehen werden, dass der Kanton Zug mit seinem breiten Angebot an Lehrstellen auch eine gewisse Magnetfunktion für ausserkantonale Schulabgänger aus der Innerschweiz, aber auch aus den Grenzgebieten unserer Nachbarkantone ausübt. Wir haben heute denn auch die Situation, dass wir zwar in gewissen Branchen und Berufen weniger Lehrstellen haben, als gerade nachgefragt werden. Wir haben aber gleichzeitig Berufe, wie z.B. in diversen Handwerksberufen, etwa im holzverarbeitenden Gewerbe, wo die vorhandenen Ausbildungsplätze nicht mehr alle besetzt werden können, weil die Nachfrage schlicht zurückgegangen ist. Der Votant appelliert auch immer wieder an die Schulabgänger, dass man sich marktgerecht verhalten muss und auch schauen sollte, wo es freie Lehrstellen gibt. Es ist nicht immer das Richtige, wenn man in jene Be-

rufe strebt, wo schon alle anderen hin wollen. In jüngster Zeit sind das die kaufmännischen Berufe.
Wohl als gravierender ist aber die Situation im Bereich der qualifikationsmässigen Ungleichgewichte zu beurteilen. Es ist so, dass eine wachsende Zahl von Schulabgängern und -abgängerinnen auf Grund qualifikationsmässiger Defizite keine Lehrstelle findet. Dies hat damit zu tun, dass die Anforderungen an Absolventen von Berufslehren ganz klar angestiegen sind. Aber auch, dass die Lehrbetriebe – vor allem jener Berufe, wo die Nachfrage nach Lehrstellen das Angebot übersteigt – heute unter den Bewerbern und Bewerberinnen eben auch stärker auswählen und selektionieren können. Hier sind ergänzende und Übergangsangebote zweifellos gefordert. Der Kanton Zug ist diesbezüglich nicht untätig geblieben, sondern hat in den letzten Jahren eine ganze Palette von solchen Angeboten entwickelt und eingeführt. Diese sind im Bericht der Regierung aufgelistet und müssen hier nicht wiederholt werden. Was ist also zu tun? Dem Votanten geht es vor allem darum. Die im Vorfeld der Abstimmung über die Lehrlingsinitiative herumgebotenen Zahlen, es seien nur 17 % aller Betriebe mit abnehmender Tendenz in der Lehrlingsausbildung engagiert, ist natürlich stark zu relativieren. Es gibt in der Schweiz Tausende von Kleinstfirmen, die schlicht nicht die Grösse und Struktur haben, um Lehrlinge auszubilden. Eine gewisse Breite des Ausbildungsspektrums muss einfach gegeben sein. Dann gibt es aber auch die hochspezialisierten Firmen, die wiederum ein so enges Tätigkeitsgebiet haben, dass die nötige Breite der Ausbildung auch nicht gegeben ist. Um auch diese Firmen so weit wie möglich in die Lehrlingsausbildung einzubinden, hat der Kanton Zug pionierhaft bereits vor einigen Jahren das System der Verbundlehren geschaffen, wo ein Lehrling seine Ausbildung in mehreren Betrieben absolviert. Das Konzept ist gut, zahlenmässig wäre hier aber sicher noch mehr möglich. Von den eigentlichen Industriefirmen, die im Zuger Industrieverband vereint sind, sind heute über 80 % Ausbildungsbetriebe für industriell/gewerbliche Berufe und bieten trotz gegenwärtig leicht rückläufiger Gesamtbeschäftigtenzahl unverändert um die 500 Ausbildungsplätze für Berufslehren an.
Welche Anreize kann es geben, um weitere Unternehmen zu motivieren, Lehrlinge auszubilden, resp. Ausbildungsbetriebe zu motivieren, *zusätzliche* Lehrlinge auszubilden? Die Regierung zeigt, dass die immer wieder vorgebrachten Anreizmöglichkeiten in den Bereichen Submissionsverfahren und Steuererleichterungen leider nicht tauglich sind. Warum, können sie im Bericht nachlesen. Hans Peter Schlumpf meint auch aus eigener Erfahrung zu wissen, dass dies auch nicht die entscheidenden Motivationselemente wären, um mehr Lehrlinge auszubilden. Grundsätzlich muss jedes Unternehmen im Eigeninteresse handeln, wenn es Lehrlinge ausbildet. Wir bilden damit unseren eigenen Berufsnachwuchs aus. Wenn diese Motivation, das Eigeninteresse, nicht gegeben ist, dann stimmt schon mal was nicht. Die Regierung, besonders die Volkswirtschaftsdirektion, und dort das Amt für Berufsbildung, machen in Sachen Berufsausbildung nach Kenntnis des Votanten einen guten und engagierten Job. Der langjährige Amtsleiter Markus Knobel hat viel Dynamik in die Zuger Berufsbildung hineingebracht und auch das Verhältnis zu den Ausbildungsbetrieben – gerade zu den KMU-Betrieben, die nach dem Rückgang bei Landis & Gyr, welche früher die zugerische Lehrlingsausbildung dominiert hat – stark verbessert. Hans Peter Schlumpf hat durchaus den Eindruck, dass dies auch unter dem neuen Amtsleiter Ernst Hügli, der seit Beginn dieses Jahres tätig ist, in gleichem Geist weiter gehen wird. Die Regierung listet in ihrem Bericht auf, wo sie weiterhin und zusätzlich aktiv sein will:

- Zuger Berufsbildungsverband
- Bildungsnetz für schulisch schwache Jugendliche
- Programm «Einstieg in die Berufswelt» für schulschwache Jugendliche
- Neugestaltung der kaufmännischen Berufsausbildung.

Dies ist alles zu begrüssen und zu unterstützen. Hinzuweisen ist zusätzlich auf das vom eidgenössischen Parlament verabschiedete und vermutlich 2004 in Kraft tretende neue Berufsbildungsgesetz, das eine taugliche Grundlage zur pragmatischen Weiterentwicklung des bewährten Systems bildet. Der Votant ist fest davon überzeugt, dass in dieser Sache wirklich nur ein pragmatisches Vorgehen hilft. Gefordert sind dabei das Amt für Berufsbildung, die Wirtschaftsverbände und die einzelnen Unternehmen. Das Amt für Berufsbildung muss in seinen Anstrengungen fortfahren, unter Einschaltung der Wirtschaftsverbände, des Zuger Industrieverbands, des HDVs und des Gewerbeverbands, die einzelnen Unternehmer wirklich persönlich anzugehen und noch weitere Firmen davon zu überzeugen, Lehrlinge auszubilden oder die Anzahl Lehrlinge zu erhöhen. Die heutigen Rahmenbedingungen sind flexibel genug, um dies zu ermöglichen. Dieser Weg führt mit Sicherheit zu besseren Ergebnissen als die Schaffung weiterer staatlicher Programme über die bestehenden hinaus.

Andrea **Erni** erinnert daran, dass wir immer wieder von den quantitativ prekären Bedingungen auf dem Lehrstellenmarkt gelesen und gehört haben. Nur noch 17 % der Betriebe bilden Lehrlinge aus und viele Jugendliche können keine Lehrstelle finden. Der Regierungsrat stuft die Lehrstellensituation im Kanton Zug als leicht angespannt ein und sieht die Probleme vor allem bei Jugendlichen mit Teilleistungsschwächen oder bei denjenigen, welche wegen völliger Verkennung ihrer Fähigkeiten einen unrealistischen Berufswunsch hegen. Diese Begründungen erscheinen, gelinde gesagt, zu einfach. In der Tat gibt es Jugendliche mit den oben genannten Schwächen und die Votantin ist froh, dass der Kanton zum Beispiel durch Berufsvorbereitungskurse diese Jugendlichen gezielt fördert. Sie findet es aber sehr wichtig zu erwähnen, dass auch normal begabte Schulabgängerinnen und Schulabgänger von der angespannten Situation auf dem Lehrstellenmarkt betroffen sind, wie Sie auch im Artikel der Zuger Presse vom Dienstag sehen konnten. Über 200, das heisst fast 20 % der lehrstellensuchenden Jugendlichen müssen wohl oder übel ein Zwischenjahr einschalten und hoffen, dass sie das nächste Jahr eine Lehrstelle ergattern können – sofern sie überhaupt nochmals zu motivieren sind, sich dem ganzen Prozedere auszusetzen. Absagen zu erhalten, wirkt sich sehr negativ auf die Motivation und auf das Selbstbewusstsein aus. Andrea Erni stellt mit Besorgnis fest, dass von den über 200 Jugendlichen mindestens 50 ohne Lösung dastehen werden. Noch mehr Sorgen bereitet ihr, dass mehr als 150 Jugendliche, welche ein einjähriges Brückenangebot annehmen, im nächsten Jahr eine Lehrstelle haben wollen. Dazu wird auch im Jahr 2004 wieder ein geburtenstarker Jahrgang die obligatorische Schule verlassen. Professor Bernd Schips, der Leiter der Konjunkturforschungsstelle ETH Zürich, und andere Ökonomen prognostizieren für das Jahr 2003 einen Wirtschaftswachstum von Null. Schon die Lehrstellensituation in diesem Jahr ist mehr als nur ein wenig angespannt. Wie sieht die Situation dann erst im nächsten Jahr aus? In ihrem beruflichen Alltag stellt die Votantin fest, dass es einige Jugendliche gibt, welche den Kampf um eine Lehrstelle aufgegeben haben. Eltern wenden sich verzweifelt an uns, weil ihre mittlerweile oft volljährigen Kinder zu Hause herumhängen und für nichts mehr zu motivieren sind. Irgendwann ist die Finanzkraft und die Geduld der Eltern

erschöpft und wir haben dann die Aufgabe, diese Jugendlichen oder sogar jungen Erwachsenen für die Aufnahme einer Arbeit, wenn möglich einer Lehrstelle, zu motivieren. Andere Jugendliche beginnen nach der obligatorischen Schule als unqualifizierte Arbeitskräfte eine Arbeit. Damit hat Andrea Erni Mühe, es ist eine volkswirtschaftliche Dummheit, wenn wir die Jugend nicht ausbilden. Ungelernte werden eher wieder entlassen als ausgebildetes Personal. Durch laufende Modernisierungen und Umstrukturierungen gibt es immer weniger Arbeitsplätze für Ungelernte.
Nicht vergessen dürfen wir, dass gar nicht alle Jugendlichen registriert sind! Lehrabbrecher und jene, welche schon im letzten Jahr keine Lösung gefunden haben, gehen in der Statistik verloren, wenn sie sich nicht explizit beim BIZ oder beim Berufsbildungsamt gemeldet haben. So ist die effektive Zahl an Jugendlichen ohne Lehrstelle und Brückenangebot einiges höhere. Es ist unbedingt notwendig, dass der Kanton Kenntnis davon hat, welche Jugendlichen eine Lehre abgebrochen, resp. gar nicht angetreten haben. Nur so kann die effektive Anzahl eruiert werden und dem unbefriedigenden Zustand begegnet werden. Die Idee des Kantons, ein intensives und systematisches Lehrstellenmarketing zu betreiben, soll unbedingt weiterverfolgt werden. Ausser dem Ausbau von Brückenangeboten ist es zu spät, noch griffige Massnahmen für das Jahr 2003 zu ergreifen. Die SP-Fraktion lädt die Regierung ein, sich schon jetzt mit der Lehrstellensituation des nächsten Jahres auseinanderzusetzen. Bitte beachten Sie: Keine Lehrstelle zu erhalten heisst in unserer Gesellschaft, in welcher Erwerbsarbeit fast alles bedeutet, sich nicht integrieren zu können.

Rosemarie **Fähndrich Burger** spricht als Mutter einer 17-jährigen Tochter, die zur Zeit das Berufsvorbereitunsschuljahr besucht. Dadurch haben wir als Familie in den vergangenen Jahren die Situation um die Lehrstellen hautnah miterlebt. Aus der Interpellationsantwort geht hervor, dass die Regierung die Situation um die Lehrstellen sehr ernst nimmt. Im Namen der betroffenen Jugendlichen und ihrer Eltern möchte die Votantin der Volkswirtschaftsdirektion dafür herzlich danken. Sie freut sich ausserdem, dass an der vergangenen Kantonsratssitzung die Nachtragskreditbegehren für die verschiedenen Übergangs- oder Unterstützungsprojekte rund um die berufliche Ausbildung unserer Jugendlichen vorbehaltlos gesprochen wurden. Jugendliche und ihre Eltern befinden sich nämlich in der Zeit der Berufsfindung in der wohl schwierigsten Familiensituation überhaupt. Bedenken wir, dass durch die Pubertät der Jugendlichen oftmals Missstimmungen in den Familien vorherrschen, dass Jugendliche häufig nicht bereit sind, auf die elterliche Meinung zu hören oder dass Eltern gar nicht in der Lage sind, ihren Jugendlichen zu raten oder sie zu unterstützen. Aus ihren Erfahrungen kann Rosemarie Fähndrich sagen, dass die guten Berufsinformationen an den gemeindlichen Oberstufen, die wohlwollende Unterstützung der Berufsberatung und die Initiativen der Berufsvorbereitungsschule wenig nützen, wenn nicht ab und zu ein ernsthaftes, beratendes Elternwort gesprochen wird.
Die Regierung legt in ihren Ausführungen dar, dass bei der heutigen Lehrstellensituation längst nicht alle Jugendlichen ihre bevorzugte Berufswahl erlernen können und dass wohl ein grosser Teil der Bewerberinnen und Bewerber auf eine Lehrstelle ausweichen muss, die nicht den Wunschvorstellungen entspricht. In diesem Zusammenhang möchte die Votantin darauf aufmerksam machen, dass künftig nicht mehr vom November als dem entscheidenden Monat für die Lehrvertragsunterzeichnung gesprochen werden sollte. Denn die Lehrverträge werden in der heute veränderten

Lehrstellensituation längst nicht mehr hauptsächlich im November abgeschlossen. Inzwischen lassen sich die Firmen nämlich Zeit, warten die Jahresabschlüsse ab, setzen sich anfangs Jahr mit den Firmenperspektiven auseinander und schreiben erst dann ihre möglichen Lehrstellenangebote aus. Andere Firmen wiederum schaffen kurzfristig neue Lehrstellen im Bewusstsein, dass die Lehrstellensituation für die Jugendlichen zur Zeit nicht sehr rosig. aussieht. Rosemarie Fähndrich ist der Meinung, das Berufsinformations-Zentrum BIZ müsste lautstark kommunizieren, dass sich der Abschluss von Lehrverträge fürs kommende Schuljahr bis in den Sommer hineinziehen kann. Und dass auch im Juni noch gut qualifizierte Lehrstellen angeboten werden. Dadurch würde und könnte in den Familien etwas Stress abgebaut werden.
Weil die inzwischen abgelehnte Lehrlingsinitiative in der Interpellation angesprochen ist, einige Gedanken dazu. Die Votantin und mit ihr die gesamte AF bedauern ausserordentlich, dass die Initiative mit lediglich 31,6 % Ja so deutlich abgeschmettert wurde. Wenn tatsächlich nur noch 17 % aller Betriebe bereit sind, junge Menschen beruflich auszubilden, wäre ein finanzieller Ausgleich unter den ausbildenden und den profitierenden Betrieben nichts als gerecht. In den Achtzigerjahren hat noch jeder dritte Betrieb junge Leute, ausgebildet. Weil inzwischen viele Betriebe nicht mehr bereit sind, in die Lehrlingsausbildung zu investieren, bleibt dem Kanton halt nichts anderes übrig, als selbst operativ und auch finanziell in die Lehrstellensituation einzugreifen. Denn es ist längerfristig billiger und volkswirtschaftlich sinnvoll, junge Menschen gut auszubilden. Sie sind das Potenzial der kommenden Generation. Es dürfte inzwischen hinlänglich bekannt sein, dass die Investition in die Berufsbildung und die nachfolgende Weiterbildung generell eine unserer wichtigsten Ressourcen ist. Sie ist nötig, damit die schweizerische Wirtschaft längerfristig konkurrenzfähig bleiben kann.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

152 INTERPELLATION VON MANUEL AESCHBACHER BETREFFEND CANNABIS-LEGALISIERUNG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1116.2 – 11158).

Manuel **Aeschbacher** dankt dem Regierungsrat für die prompte Beantwortung seiner Interpellation. Auch wenn ihn die Antwort nicht wirklich zu befriedigen vermag, kann er wenigstens feststellen, dass das Problem des übermässigen Cannabis-Konsums durch Jugendliche teilweise erkannt worden ist. Die Bemühungen der Regierung im Bereich der Prävention sind bemerkenswert und absolut vorbildlich. Fraglich ist jedoch, ob reine Vorbeugemassnahmen die Jugendlichen vom Konsum eines Joints abhalten können. Der Votant hat da nun mal seine Zweifel. Dass die heutigen Gesetze dies auch nicht tun, bleibt auch mir nicht verborgen. Wie sollten sie es auch, wenn sie nur inkonsequent angewendet werden. «Der Konsum von Cannabis ist nach wie vor nicht erwünscht», schreibt die Regierung in ihrer Antwort. Solche etwas naive Wünsche halten wohl keinen Jugendlichen von einer «Guuge» ab. Ent-

gegen dem Motto «Ich höre nichts, ich sehe nichts und ich rieche keinen Joint» wünscht Manuel Aeschbacher der Regierung einen etwas besseren Bezug zur Realität in ähnlichen Fragen.

Arthur **Walker** hat sich für sein erstes Votum im Kantonsrat zwei Voraussetzungen gewünscht: Er möchte zu etwas sprechen, wovon er etwas versteht und dann das Wort ergreifen, wenn ihm die ungeteilte Aufmerksamkeit sicher ist. Nun ist das Eine erfüllt – auf die Aufmerksamkeit des Rats kann er zählen – über das andere müssen die Zuhörer sich am Schluss eine Meinung bilden. – Der Regierungsrat hält in den beiden Vorbemerkungen zur Beantwortung der Interpellation einen wichtigen Grundsatz fest und weist auf eine unerfreuliche Feststellung hin. Beide Vorbemerkungen sind richtig und wichtig. Es ist dies zum einen der Jugendschutz, dem in der Umsetzung vermehrt Beachtung geschenkt werden muss. Zum anderen ist es die Besorgnis über den «grundsätzlich feststellbaren gesellschaftlichen Trend zu höherem Suchtmittelkonsum» (Zitat aus der Antwort des Regierungsrates) oder einfach ausgedrückt, die Sorge über den sorglosen Umgang mit Rausch- und Suchtmitteln.
Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH ist ebenso besorgt über den Cannabis-Konsum an Schweizer Schulen. So schreibt er in einer Stellungnahme vom 21. Januar 2003: «Die Klagen über Schülerinnen und Schüler, die „beduselt" im Unterricht sitzen, häufen sich. Die Lehrerschaft ist nicht bereit, dies im Zuge der Liberalisierung einfach hinzunehmen. Deshalb sieht die Geschäftsleitung des LCH aus schulischer Sicht zur Zeit mehr Gründe für die Beibehaltung des allgemeinen Konsum- und Handelsverbots als dagegen. Für den LCH steht dabei nicht die strafrechtliche oder gesellschaftspolitische Seite der Thematik im Zentrum, sondern allein die Frage: Wie geht die Schule in der alltäglichen Praxis mit der Tatsache um, dass sie bekiffte Schülerinnen und Schüler unterrichten soll?» Der Votant möchte am Beispiel seiner Schule ein Antwort auf diese Frage, einen Lösungsansatz zu diesem Problemfeld aufzeigen. An erste Stelle steht die eigene Betroffenheit. Und die hat der Votant auch bei Manuel Aeschbacher gespürt. Damit ich etwas anpacke, etwas verändern will, brauche ich einen gewissen Leidensdruck. Dieser Druck setzt Energie frei und löst so einen Prozess aus. Betroffene werden zu Beteiligten. Unsere Schule – und Arthur Walker schliesst damit auch die anderen Schulen in unserem Kanton mit ein – nimmt die aktuellen Probleme mit Schülerinnen und Schülern, die Tabak, Alkohol und Cannabis konsumieren, ernst und trägt ihren Teil zur Lösung bei. Dies geschieht auf drei Ebenen, so wie dies der Regierungsrat in seiner Antwort aufzeigt:

1. Gesundheitsförderung für alle an der Schule Beteiligten.
2. Prävention des Konsums oder Missbrauchs von Suchtmitteln.
3. Früherkennung und Intervention bei Schülerinnen und Schülern, die in Bezug auf den Konsum von Suchtmitteln auffallen.

Tönt alles recht gut, denken Sie jetzt. Haben wir schon mehrmals gehört. Und trotzdem – es ändert sich nichts. Ja, es ändert sich nichts, wenn sich die Aktivitäten auf das Formulieren von Gesetzen, Schul-, Disziplinar- und Schulhausordnungen beschränken. Wenn nur Ziele formuliert und Konzepte entworfen werden. Der schwierige und anstrengende Teil folgt erst jetzt. Es ist dies die aktive, konkrete Umsetzung in der Praxis: Vertrauen aufbauen, Veränderungen wahrnehmen und Beobachtungen mitteilen, am Beispiel Schule mit den Berufskolleginnen und -kollegen, aber vor allem mit den Eltern zusammenarbeiten, Fachleute beiziehen und dabei auch zur eigenen Gesundheit Sorge tragen.

Wie sieht das nun an unserer Schule aus? Unser Früherfassungskonzept, um nur einen Aspekt etwas näher zu beleuchten, unterscheidet mehrere Phasen. Diese sind auf unterschiedlichen Stufen angesiedelt und aufeinander abgestimmt, und haben deshalb auch ein unterschiedliches Gewicht. Zuerst erfolgt die Phase des Beobachtens und des informellen Austausches zwischen den Lehrpersonen, welche an einer Klasse unterrichten. In der zweiten Phase wird der Schüler oder die Schülerin mit den Beobachtungen konfrontiert. Dort haben die Schüler die Möglichkeit, der Klassenlehrperson ihre Sicht darzulegen. Je nach Ergebnis der Gesprächs werden Zielvereinbarungen getroffen oder – und das wäre eigentlich wünschenswert – das Verfahren eingestellt. Zu einer Zielvereinbarung gehört auch deren Überprüfung. Erweist es sich, dass innerhalb von vier bis fünf Wochen keine positive Verhaltensänderung eintritt und z.B. Schwänzen oder mangelnder Arbeitseinsatz den schulischen Erfolg gefährden, wird die Problematik in einem Schülerinn-, Schüler-, Eltern-, Klassenlehrpersongespräch thematisiert. Oft wird dann festgestellt, dass sowohl Eltern als auch Schülerin oder Schüler die Situation sehr wohl kennen, oft überfordert und eigentlich froh sind, das in der Familie tabuisierte Thema Cannabis unter der Leitung einer externen Person zur Sprache bringen zu können. Auf formaler Ebene wird wiederum eine detaillierte Zielvereinbarung getroffen und es erfolgt eine mündliche und schriftliche Ermahnung durch die Klassenlehrperson.
Das Ziel dieses Gesprächs ist es immer, das Problem möglichst unterschwellig zu lösen, Unterstützung und Beratung zu bieten, Verhaltensänderungen möglichst frühzeitig zu erwirken. Verlaufen die drei ersten Phasen erfolglos, übernimmt die Schulhausleitung die Federführung. Hier findet wiederum ein Gespräch mit Eltern, Schülerin, Klassenlehrperson statt, und als beratende Person wird der schulische Heilpädagoge oder jemand vom gemeindlichen Sozialdienst beigezogen. Es erfolgt aber gleichzeitig auch eine schriftliche Ermahnung durch den Schulhausleiter. Wenn auch diese Phase nicht genutzt wird, spricht der Schulhausleiter eine Verwarnung aus. Gleichzeitig beantragt er bei der Schulkommission die Androhung zur Wegweisung von der Schule oder die frühzeitige Schulentlassung. Diese Sanktion kann aber nur der Gemeinderat aussprechen, da eine Einweisung in eine besondere Schule mit finanziellen Verpflichtungen der Gemeinde verbunden ist. Sie sehen, das ist ein recht aufwendiges, aber auch sehr sorgfältiges Verfahren. Es braucht Zeit, Engagement und eine vertiefte Auseinandersetzung mit den betroffenen Jugendlichen. Erfahrungen zeigen, dass sich dies auf jeden Fall lohnt.
Wo aber können alle einen Beitrag zur Problemlösung leisten? Suchen wir doch das Gespräch mit den Jugendlichen, sprechen wir sie auf unsere Beobachtungen an und lassen uns dabei nicht einfach mit einer frechen Antwort abspeisen. Suchtmittelkonsum – vor allem bei Jugendlichen – hat viel mit der eigenen Unsicherheit zu tun. Gespräche, Auseinandersetzungen und vor allem auch Grenzen setzen zeigen ihnen auf, dass es uns Erwachsenen nicht egal ist, wie es ihnen und damit auch uns geht.
Zusammengefasst hält der Votant mit Genugtuung fest:

1. Der Regierungsrat setzt sich für eine Altergrenze von 18 Jahren ein.
2. Die Gesundheitsdirektion hat die aktuelle Situation erkannt, sorgfältig analysiert und sorgt mit gezielten Aktionen für eine nachhaltige Wirkung. An dieser Stelle dankt Arthur Walker insbesondere der Suchtprävention Zug und namentlich Titus Bürgisser für ihre professionelle Beratung und Unterstützung an den Schulen.
3. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Strukturen sind vorhanden, die Verantwortlichkeiten sind geklärt und delegiert.

4. Die Lehrerschaft nimmt ihre Aufgabe wahr, thematisiert die Problematik, setzt Grenzen und sorgt in Zusammenarbeit mit den Eltern für gesunde Schulen.

Lilian **Hurschler** möchte ihre Ausführungen ich mit folgendem Gedanken einleiten: Bei der ganzen Diskussion um Cannabis scheint ihr ein Punkt ganz wesentlich zu sein. Rauschmittel galten seit je her als etwas Besonderes und Faszinierendes. Was aber auffällt, ist dass die Konsumenten und Konsumentinnen in den letzten Jahren nicht nur deutlich jünger geworden sind, sondern auch, dass immer häufiger Tabak, Alkohol und Cannabis in so grossen Mengen konsumieren, dass man nicht mehr von Genussmitteln, sondern von Rausch- und Suchtmittel sprechen muss, oder anders ausgedrückt von sich bekiffen, sich zudröhnen, sich betrinken. Dieser masslose Konsum ist es, der zu denken gibt, und damit verbunden natürlich die Frage nach dem Warum.
Rund 25 % der 15- bis 19-Jährigen konsumieren regelmässig Cannabis. Diese Tatsache will die Zuger Regierung nicht einfach so hinnehmen. Für 2003/04 heisst der absolute Schwerpunkt der Gesundheitsdirektion Suchtprävention, zwei Projekte sind dieses Jahr neu angelaufen; an den Zuger Schulen besteht ein permanentes Angebot, das auf Anfrage der Schulen durchgeführt wird. Wie wir der Antwort des Regierungsrats entnehmen konnten, werden Lehrpersonen beraten, Workshops an Jungendtreffs und Schulen zum Umgang mit Cannabis durchgeführt, Broschüren und Plakate verteilt, um nur einige Beispiele zu nennen, was in Sachen Suchtprävention im Kanton Zug läuft. Dass Cannabiskonsum, wie auch Tabak- und Alkoholkonsum und der von unter Jugendlichen stark verbreiteten Alcopops während den Unterrichtszeiten und auf dem Schulareal absolut tabu sind, davon muss unbedingt ausgegangen werden können. Damit solche Verbote aber wirklich eingehalten werden, braucht es eine Kontrolle und ein klares Eingreifen der Lehrpersonen mit konkreten Massnahmen bei Regelverstössen. Die Realität sieht leider anders aus. In den Gemeinden sollten wir deshalb Druck machen, dass die Schulkommissionen tatsächlich eine gemeindliche Schul- und Disziplinarordnung erlassen. Es ist wichtig, dass im Falle von Regelverstössen einheitlich reagiert wird und konkrete Massnahmen folgen, ansonsten bringen Regeln überhaupt nichts. Entwicklungspsychologisch gehört es zum Wesen des Jugendlichen, dass er Grenzen überschreitet, um sich den Erwachsenen gegenüber abzugrenzen und seine eigene Persönlichkeit zu finden. Darum sind die Erwachsenen gefordert, klare Grenzen zu setzen. Je offener diese Grenzen sind, umso stärker werden Jugendliche diese übertreten. Verbote allein genügen nicht, denn Jugendliche fühlen sich von Verboten oft fast magisch angezogen. Wie aber werden weiterführende Schulen, wie Kanti, Berufsschule, Diplomschule, KV etc. mit Cannabis-Konsumenten und Konsumentinnen umgehen? Werden auch sie den Konsum von Cannabis während der Unterrichtszeiten verbieten dürfen? Diese Fragen werden zu gegebener Zeit noch diskutiert werden müssen.
Vergessen wir aber in dieser ganzen Diskussion um Cannabis nicht, dass Cannabiskonsum nur eine der drei Genuss-, manchmal aber eben auch Suchtmittel ist, die unter Jugendlichen und übrigens auch unter vielen Erwachsenen verbreitet sind. Die Zahl der Tabak- und Alkoholkonsumenten und -konsumentinnen ist deutlich höher. An diese Suchtmittel haben wir uns aber gewöhnt; wir erachten es als völlig normal, dass Menschen hin und wieder zu tief ins Glas schauen oder in einem Restaurant am Tisch rauchen und ohne ihre Zigarette nicht mehr auskommen. Diesen Suchtmitteln gegenüber sind wir sehr tolerant eingestellt. Dass aber Rauchen die ei-

gene Gesundheit und auch die der Mitrauchenden gefährdet und bei Verkehrsunfällen und Gewaltdelikten schon oft Alkohol im Spiel war, dürfen wir nicht vergessen. Wie überall gilt auch hier die Devise: Wir Erwachsene sollten uns selber an der Nase nehmen um in Sachen Alkohol-, Tabak- und Cannabiskonsum den Jugendlichen ein gutes Vorbild sein. In einem Artikel in der Zuger Zeitung vom 18. Juni heisst es: «Nur wenige, die anfänglich stark kiffen, bleiben längere Zeit dabei. Viele wenden sich wieder davon ab oder kriegen ihren Konsum in den Griff.» Bei Schülern und Schülerinnen, bei denen dies nicht der Fall ist, greifen die Lehrpersonen ein. Dabei zeigt sich, dass übermässiges Kiffen sehr oft nur ein symptomatisches Verhalten ist für familiäre oder persönliche Probleme, die dahinter liegen. Es braucht also Anlaufstellen für Jugendliche, z.B. Schulsozialarbeiter/-pädagoginnen, wo Jugendliche mit Eltern und Lehrpersonen den Ursachen, die hinter der Sucht stehen, auf den Grund gehen und Lösungen finden können. Für Präventionsprojekte stehen pro Jahr übrigens rund eine halbe Million Franken zur Verfügung. Wir sind überzeugt, dass sich diese Investition längerfristig auszahlt, denn die Gesundheitskosten, die zur Behandlung von Süchtigen bezahlt werden, sind wesentlich höher.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

153 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 3. Juli 2003.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

10. SITZUNG: DONNERSTAG, 3. JULI 2003
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

154 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 80 Mitgliedern. Der Rat ist vollständig.

155 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Neubau des Zentralspitals in Baar.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1084.1/.2 – 11067/68), der Kommission (Nr. 1084.3 – 11190) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1084.4 – 11191).
3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag an den Neubau des Pflegezentrums in Baar.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1085.1/.2 – 11069/70), der Kommission (Nr. 1085.3 – 11192) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1085.4 – 11193).
3.3. Interpellation von Berty Zeiter betreffend Stand und Förderung der Palliative Care im Kanton Zug (Nr. 1100.1 – 11104).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1100.2 – 11163).
4. Motion von Manuela Weichelt betreffend HIV-Prävention in Untersuchungshaft und im Strafvollzug (Nr. 304.1 – 8747).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 304.2 – 11178).
5. Postulat von Heinz Tännler und Hans Durrer betreffend gleichzeitiges Vorlegen von Verordnungen bzw. Richtlinien zu Gesetzesvorlagen in bestimmten Fällen (Nr. 959.1 – 10704).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 959.2 – 11138).

6. Allfällige Geschäfte, die am Donnerstag, den 26. Juni 2003, traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten.
7. Postulat von Beat Villiger für ein Überdachungsprojekt Autobahnabschnitt Baar/Blickensdorf (Nr. 958.1 – 10703).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 958.2 – 11194).

* Die Behandlung von Trakt. 2 ist zu Beginn der Nachmittagssitzung vorgesehen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Trakt. 6 entfällt.

156 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND NEUBAU DES ZENTRALSPITALS IN BAAR

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1084.1/.2 – 11067/-68), der Kommission (Nr. 1084.3 – 11190) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1084.4 – 11191).

Heinz **Tännler** hat es bereits im Kommissionsbericht ausgeführt: Die Spitalkommission hat bezüglich der Beratung dieser Vorlage eine intensive Zeit hinter sich. An mehreren Kommissionssitzungen wurden die Vorlagen über das Zentralspital und das Pflegezentrum intensiv beraten. Für dieses Engagement möchte der Kommissionspräsident allen Kommissionsmitgliedern danken. Den Dank möchte er aber auch an die Gesundheitsdirektion, Baudirektion und Finanzdirektion richten, deren Vertreter in transparenter Art und Weise engagiert mitgewirkt haben. Wir wissen, dass es sich bei der Vorlage über den Neubau des Zentralspitals um ein Projekt handelt, das rekordverdächtig ist. Es handelt sich nämlich in der Zuger Geschichte um die höchste Investition in ein Hochbauprojekt, über welches der Kantonsrat und das Volk abzustimmen müssen. Umso wichtiger war und ist es, sich mit dieser Vorlage eingehend auseinander zu setzen. In diesem Zusammenhang sei vorab auf die Vorlage des Regierungsrats, den Bericht der Spitalkommission sowie den Bericht der Stawiko verwiesen. Im Namen der Spitalkommission sind noch folgende Überlegungen anzustellen:
Ausgangslage/Kantonsaufgaben. Zu Beginn eine grundsätzliche Frag. Welches sind die Kernaufgaben, die der Kanton Zug eigentlich im öffentlichen Interesse und für seine Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen hat? Es sind dies die folgenden:
- Der Kanton hat die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und muss hierfür ein entsprechendes Polizeikorps zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang seien auch die Leistungen der Feuerwehr erwähnt.
- Der Kanton hat aber auch im Bildungs- bzw. Schulwesen die entsprechenden Weichen zu stellen.
- Das Sozial- und Führsorgewesen ist ebenfalls eine Kantonsaufgabe.
- Zudem hat der Kanton für eine adäquate Verkehrsversorgung zu sorgen und ist somit unter anderem auch im Strassenbau gefordert.
- Und last but not least hat der Kanton auch die Spitalversorgung sicherzustellen.

Nebst anderen sind dies Bereiche, in denen der Kanton im Interesse der Öffentlichkeit die entsprechenden Voraussetzungen für ein gedeihliches Fortkommen schaffen muss. Was heisst dies nun in Bezug auf die Spitalversorgung?

Status quo

A) Der Kanton definiert gestützt auf kantonales Recht (Spitalgesetz) und Bundesrecht (KVG) zwingend, wie er die Spitalversorgung sicherstellen will (Art. 39 KVG).

B) Gestützt auf diesen Grundauftrag entscheidet der Kanton, wer, was und wie viel bezüglich der Spitalversorgung zu erbringen hat. Wir können in diesem Zusammenhang von einer kantonal gesteuerten Ressourcenallokation sprechen.

C) Dieser Grundsatz stützt sich auf die entsprechende Gesetzgebung, ergo auf das Spitalgesetz.

D) Der Kanton hat überdies den Auftrag, wirtschaftlich umzugehen mit den Steuergeldern. Gleichzeitig hat der Kanton aber auch die Aufgabe, im Rahmen seiner Möglichkeiten und im Vergleich zu den umliegenden Kantonen adäquate Qualität in der medizinischen Versorgung sicherzustellen. Und als Quintessenz erwartet der Bürger diesbezüglich das Optimum von Qualität und Kosten.

E) Der Kanton hat während 20 Jahren wesentliche Entscheide betreffend der Spitalplanung vor sich hingeschoben und zum Teil immer wieder überworfen, was nicht die Lösung sein kann.

Ist/Zukunft

A) Wegweisend hat nun der Kantonsrat auf Grund der Motion der Stawiko vom 14. Februar 1996, also vor ca. 7½ Jahren, in der Spitalplanung für die Schweiz exemplarische Weichen gestellt, nämlich: Konzentration der Spitalversorgung auf wenige Standorte mit entsprechenden Kosteneinsparungen (Schliessung Liebfrauenhof, Schliessung Spital Baar und Schliessung altes Spital Cham, ergo: Die Spitalbettenzahl wurde gestützt auf diesen Vorstoss von anfänglich 530 Betten auf 243 Betten reduziert). Und dies trotz immer steigenden Ansprüchen und steigender Bevölkerungszahl.

B) Der Regierungsrat, vorab die Gesundheitsdirektion, hat sich vor diesem Hintergrund in den letzten Jahren mehrfach die Frage gestellt, wie er bzw. sie diese berechtigten Ansprüche der Zuger Bevölkerung umzusetzen gedenken. In diesem Zusammenhang hat sich der Regierungsrat entschieden, das «Gros» der Spitalleistungen im Grundversorgungsbereich (inkl. erweiterte Grundversorgung) in einem Zentralspital umzusetzen, nicht zuletzt auch deshalb, weil im Kanton Zug über 70 % der Patientinnen und Patienten allgemeinversichert sind und infolge Platzmangel nicht in anderen Nachbarkantonen behandelt werden können. Diesbezügliche Abklärungen wurden nicht zuletzt auch von der Spitalkommission vorgenommen.

C) Die Spitalkommission hat – wie einleitend gesagt – die Vorlage eingehend geprüft. Anhand welcher Kriterien erfolgte nun diese Prüfung. Fünf Parameter haben wir definiert: Ist das Projekt finanzierbar? Ist es wirtschaftlich? Garantiert es Qualität? Ist die kantonale Autonomie gewahrt, und ist sie politisch verträglich?

Finanzierbarkeit: Der Zentralspitalneubau, somit diese Investition, ist gemäss Finanzdirektion ohne Steuererhöhungen als direkte Folge finanzierbar. Auf die Finanzierung kommt der Votant später zurück.

Wirtschaftlichkeit: Abklärungen haben gezeigt, dass das Spital mit dieser Investition und in dieser Grösse auf vergleichbarer Basis bezüglich Fallkosten gegenüber anderen Spitälern bestehen kann.

Qualität: Das Kantonsspital erbringt heute erwiesenermassen eine überdurchschnittliche Qualität trotz den bekannten widrigen Umständen. Mit dieser Investition stellt

der Kanton diese Qualität langfristig sicher. Bei einer geringeren Bettenzahl würden die Frequenzen pro Eingriff auf ein Mass sinken, mit dem eine optimale Qualität nicht mehr garantiert werden könnte. Die Spitalkommission ist zur Überzeugung gelangt, dass wir dieses Risiko für unsere Bürgerinnen und Bürger nicht eingehen dürfen.
Autonomie: Solange der Kanton einen massgeblichen Einfluss auf das Spital hat, legt er fest, was, wann in welcher Qualität und zu welchen Kosten erbracht werden soll. Dazu ist er nur im Stande, wenn er diese Investition selbst tätigt und somit Hausherr bleibt.
Politische Verträglichkeit: Diese Vorlage nimmt auf die bestehenden Markt- und politischen Verhältnisse Rücksicht und ist damit keine Extremlösung. Damit haben der Regierungsrat und auch die Spitalkommission zur AndreasKlinik im heutigen Rahmen ja gesagt und Kooperationsmöglichkeiten bestätigt, denen sich unsere Kommission im Grundsatz selbstverständlich nicht verschliessen will.
Ergo: Wir von der Spitalkommission sind aus den vorgenannten Gründen grossmehrheitlich der festen Überzeugung, dass es

a) eine gute Vorlage ist,
b) den Volksentscheid vom 24. Oktober 1999 betreffend Standort Baar und Zentralspital zu respektieren gilt, weshalb eine Sanierung des Kantonsspitals am alten Standort Zug hinfällig geworden ist, und
c) die unsägliche Diskussion über das Spitalwesen endlich und hoffentlich ein gutes Ende findet und in eine optimistische Zukunft gelenkt werden kann.

Zur Vorlage. Ohne auf Details, die im Vorfelde unserer heutigen Sitzung schon kritisiert worden sind und von denen noch zu sprechen ist, an dieser Stelle einzugehen, sei hier in kurzen Zügen dargelegt, weshalb dieses Projekt unterstützt werden muss:
A) Die ausgewiesenen Bedürfnisse unseres Kantons in der Spitalversorgung werden durch dieses Projekt im Rahmen der Spitalplanung ohne signifikante Überkapazitäten sinnvoll abgedeckt.
B) Die vorgesehenen baulichen Reserven sind wirtschaftlich und decken das vorgesehene Bevölkerungswachstum ab, so dass grössere Ergänzungen und Umbauten in naher Zukunft nicht zu erwarten sind.
C) Die Planung ist durch ausgewiesener Experten erfolgt. Alle Anforderungen an das zukünftige Spital (Raumprogramm etc.) sind erfüllt.
D) Der Evaluationsprozess bezüglich Planerteam erfolgte über ein aufwendiges und grundsätzlich transparentes Wettbewerbsverfahren. Aus bekannten Gründen bleibt zwar ein etwas schaler Nachgeschmack im Zusammenhang mit dem Wettbewerbsverfahren zurück. Faktum ist aber, dass infolge unterlassener Beschwerdemöglichkeit von Mitkonkurrenten das Wettbewerbsverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist und kein Raum mehr für eine Diskussion offen lässt.
E) Die Alternative Zug, nämlich eine Sanierung des alten Kantonsspitals, ist vor dem Hintergrund der Volksabstimmung vom 24. Oktober 1999, als man sich für den Standort Baar entschieden hat, kein Thema mehr. Trotzdem hat der Regierungsrat diese Variante nochmals gerechnet, und es hat sich gezeigt, dass sich eine Sanierung weder organisatorisch noch finanziell (Teilsanierung ca. 140 Mio/Vollsanierung ca. 170 Mio) rechnen lässt.
F) Zusammen mit dem Pflegezentrum Baar ergeben sich signifikante und letztlich auch betrieblich und kostenmässig wirksame Synergien. Diese sind im vorliegenden Projekt ersichtlich und einbezogen.
G) Der Standort Baar ist für die grosse Mehrheit der Zuger Bevölkerung besser erschlossen als der heutige Standort des alten Zuger Kantonsspitals.

H) Die notwendige Sanierung der geschützten Operationsstelle (GOPS) ist elegant in dieses Projekt eingepackt.
I) Das Parkhaus ist mit 348 Plätzen an der untersten Grenze dimensioniert. Eine Reduktion dieser Plätze wäre ein Willkürakt und somit unverständlich.
J) Das ganze Projekt überzeugt auch architektonisch und gliedert sich bestens in die Landschaft ein. Die internen Abläufe sind architektonisch betriebsgerecht gegliedert, reduzieren Kreuzungen in den Abläufen auf ein Minimum und sind für Patientinnen und Patienten punkto Orientierung einfach.
K) Das vorliegende Projekt hat volkswirtschaftliche Bedeutung und sichert insbesondere viele Arbeitsplätze im Kanton.
Dies sind wesentliche Punkte, welche die Spitalkommission unter anderem dazu bewogen haben, die Vorlage grossmehrheitlich zu unterstützen. Nun bestehen einige Punkte, die im Vorfeld kritisiert worden sind und auf die nun noch einzugehen ist.
Kritikpunkte
A) Finanzen/Finanzierung. Das Zentralspitalprojekt inkl. Parkhaus, GOPS, Landerwerb, Projektierungskosten, Reserven, Controlling kostet den Kanton brutto ca. 190 Mio Franken. Die bereits bewilligten Kredite, wie z.B. für die Planung, sind darin eingeschlossen. Davon sind in Abzug zu bringen der Bundesbeitrag zur Sanierung des GOPS, die Spitalreserven sowie der nur im Finanzplan ausgewiesene Erlös aus dem Verkauf des alten Kantonsspitalareals von insgesamt ca. 66 Mio, was zu einer Nettoinvestition von ca. 130 Mio führt, die verteilt über ca. sechs Jahre zu finanzieren ist. In der konjunkturschwachen Situation ist antizyklisches Verhalten des Kantons politisch richtig, um Vertrauen in die Zukunft zu schaffen. Gemäss der neusten nach unten revidierten Liquiditätsplanung des Säckelmeisters des Kantons Zug kann das Zentralspitalprojekt ohne zusätzliche Verschuldung und ohne Steuererhöhung aufgrund dieser Investition realisiert werden. Unser Finanzdirektor wird hierzu sicher die entsprechenden Ausführungen machen.
Trotz dieses Umstands ist aber die Frage erlaubt, ob es nicht eine für den Kanton billigere Lösung gibt. Für die Beurteilung dieser Frage müssen wir nun in die Tiefe der Spitalfinanzierung gehen. Nach neuem Recht, das in den Eidgenössischen Räten unmittelbar vor der Entscheidung steht, werden die Kosten für Investition hälftig zwischen den Versicherern und den Kantonen verteilt. Dies unabhängig davon, ob es sich um ein privates Spital mit öffentlichem Auftrag oder um ein öffentlich-rechtliches Spital handelt. Konkret heisst dies: Die Investitionen beispielsweise bei der Andreas-Klinik und dem Zentralspital wären für den Kanton gleich hoch, egal wo sie also getätigt würden. Wenn man davon ausgeht, dass der Private sein Kapital nicht kostenlos investiert, dürfte es augenfällig sein, dass ein privater Investor den Kanton schlussendlich teurer zu stehen kommt, als wenn er selbst investiert. Nach noch geltendem Recht wird kaum ein vernünftiger Privater in die Allgemeinabteilung ohne Subventionszusage des Kantons investieren, da er von den Kassen nie kostendeckende Tarife erhält.
Eine Lösung mit 100 Betten AndreasKlinik und 130 Betten Zentralspital, wie in Leserbriefen vorgeschlagen, ist vor diesem Hintergrund keine echt realisierbare Alternative. Zusätzlich sind aber noch betriebswirtschaftliche Gründe anzuführen: Eine Klinik unter 170 bis 180 Betten ist anerkanntermassen kostenmässig ineffizient. Eine Lösung 100 Betten AndreasKlinik und 130 Betten Zentralspital würde offenkundig zwei Problemfälle verursachen, die zu höheren Prämien und höheren Subventionen – also Kostensteigerungen für den Kanton – führt. Die Mehrheit der Spitalkommission will dies nicht. Auch will sie nicht Lösungen anstreben, Patientengut in aus-

serkantonalen Spitälern zu platzieren. Wie einleitend schon ausgeführt, fehlt es diesbezüglich am entsprechenden Platzangebot; kostenmässig lässt sich eine solche Lösung überhaupt nicht rechnen. Wir können aber sicherlich davon ausgehen, dass weder der Kanton Luzern noch der Kanton Zürich uns die Spitalbetten schenken werden.

B) Betriebskosten. Aufgrund der optimierten Abläufe mit Strukturen beim Neuen Zentralspital kann der Betrieb kostenmässig effizient geführt werden. Gemäss den Modelrechnungen ergibt sich im Jahr 2008 zum analogen Fall eine Kostenreduktion von durchschnittlich ca. 280 Franken pro Fall. Eine Kompensation dieser Ineffizienz bei Verzicht auf dieses Projekt wäre in diesem Umfang nicht auf die Krankenkassen überwälzbar und schliesslich durch den Kanton zu tragen. Fazit: Die Investition gemäss dem Projekt Zentralspital ist aus betriebs- und volkswirtschaftlichen Gründen für unseren Kanton geradezu notwendig. Jede andere Lösung käme uns teurer zu stehen.

C) Kooperation AndreasKlinik (Zuger Geist). Die AndreasKlinik hat ihr stationäres Angebot in den letzten zwei Jahren mehr und mehr dem Zuger Kantonsspital angeglichen, unabhängig davon, wo nun die Ursachen liegen. Die Spitalkommission erwartet, dass die beiden Häuser Kooperationen anstreben, wo sie den Kantonsfinanzen dienen und die medizinische Qualität garantieren. Die Spitalkommission geht davon aus, dass der Regierungsrat diese beiden Kriterien bei der Beurteilung des noch hängigen Gesuches um Bettenzahlerhöhung der AndreasKlinik anwendet. Dabei muss der Regierungsrat die Frage beantworten, ob es Sinn macht, aus betriebswirtschaftlicher und qualitativer Sicht zwei Häuser mit beispielsweise 100 bzw. 130 Betten im Kanton zu führen. In diesem Zusammenhang ist immerhin zu erwähnen, dass der Gesamtbedarf von 230 Betten für den Kanton Zug im Grundsatz nicht angezweifelt wurde.

D) Arztpraxen. Im Projekt Zentralspital sind zwölf Arztpraxen für Ärzte geplant, die 2008 schon eine Praxis im Kanton Zug betreiben. Diese Ärzte tauschen dannzumal ihre Praxis mit einer der Praxen im Zentralspital. Ergo: Es gibt keine Mengenausweitung. Die Überprüfung in den letzten Wochen hat diesbezüglich ergeben, dass die Preise für diese Praxen umgerechnet auf den Quadratmeter hoch angesetzt wurden. Die entsprechende Anpassung ist Sache des Betreibers. Ob letztlich aus betriebsorganisatorischen Gründen auch spitaleigene Ärzte diese Praxen benutzen werden, obliegt ebenfalls dem Betreiber.

E) Zweibettenstrategie (Luxuslösung). Im heute vorliegenden Projekt sind in der Tat nur Einer- und Zweierzimmer vorgesehen. Vor einigen Monaten wurde offenbar im Lenkungsausschuss beschlossen, dass diese Ausstattung im Rahmen der Detailplanung nochmals zu überprüfen ist, um den Anforderungen der Versicherer nach Differenzierung je nach Patientenkategorie nachzukommen. Mit diesem Vorgehen erfolgt eine optimale Ausrichtung auch in Bezug auf die sich rasch wandelnden Marktbedürfnisse. Falls – und davon ist auszugehen – einige Zweierzimmer in Viererzimmer zusammengefasst werden, hat dies zwar Auswirkungen auf die Investitionskosten – aber in unserem Sinn. Aber: In der Schweiz gelten für Spitalbetten durchschnittliche Kosten von 750'000 bis 1'000'000 Franken pro Spitalbett als Bench Mark. Beim vorliegenden Projekt liegen die Kosten bei ungefähr 750'000. Im Wissen um durchschnittliche Kosten von grundsätzlich 750'000 bis 1 Mio Franken pro Spitalbett bei anderen Projekten in der Schweiz, kann beim vorliegenden Fall nicht ernsthaft von einem Luxusobjekt die Rede sein. Mit der Anpassung von Zweier- zu Viererzimmern

wird auch der Kritik Einhalt geboten, dass Personen ihre Zusatzversicherung aufgeben, was die Kostenspirale für den Kanton anheizen würde.
F) Projektkostenreduktion. Die Projektkostenreduktion erfolgte aus Sicht der Spitalkommission auf glaubwürdige Art und Weise. Im Kommissionsbericht wird transparent aufgezeigt, weshalb die ursprünglichen Kosten bei 147 Mio Franken gelegen haben. Die Auflage, Einsparungen in der Grössenordnung von 20 % vorzunehmen, hat der Totalunternehmer eingehalten. Diese Kostenreduktion wurde unserer Kommission detailliert und glaubwürdig offengelegt. Anderweitige Darstellungen basieren auf schlechtem Fundament und sind Behauptungen.
G) Abgebotsrunde/Verträge. Unsere Kommission bzw. ein dafür gebildeter «Ausschuss» hat die Vertragsgrundlagen eingehend geprüft und diskutiert, dies selbstverständlich ohne präjudizierende Wirkung. Bezüglich der Projekte (Zentralspital/Pflegezentrum/Parkhaus/Umgebungsarbeiten) werden Totalunternehmerwerkverträge abgeschlossen mit einer Kostendachgarantie. Die entsprechenden Vorverträge sind unter Vorbehalt der Zustimmung durch den Kantonsrat und das Volk schon abgeschlossen worden. In diesem Zusammenhang hat der Totalunternehmer (TU) gegenüber der Baudirektion schriftlich bestätigt, dass sämtliche Auflagen gemäss Gesamtleistungswettbewerb, die nicht anders stipuliert werden, im Totalunternehmerwerkpreis von insgesamt ca. 166 Mio Franken inkl. Mehrwertsteuer inbegriffen sind. Ein Überschreiten dieses Kostendaches geht somit vollumfänglich zu Lasten des TU. Wird das Kostendach unterschritten, dann profitiert der Kanton Zug von der Differenz zum Kostendach mit 60 %, der TU mit 40%. Ein wesentliches Merkmal in den TU-Verträgen besteht darin, dass der Regierungsrat, vertreten durch die Baudirektion, in allen Belangen ein Mitspracherecht im Sinne eines eingeschränkten Vetorechts hat. Dieses Mitspracherecht bezieht sich auch auf die Arbeitsvergabe.
Wir haben im Vorfeld zur heutigen Sitzung gehört, dass das Gewerbe mit dieser Abgebotsrunde unglücklich ist. Heinz Tännler hat aus dem Gewerbe auch gehört, eigentlich sei es fast schlecht, dass dieses Thema nun auf dem Tisch liege. Am liebsten hätten sie davon nichts gewusst. Der Kommissionspräsident ist aber für Transparenz. Deshalb haben wir auch in der Kommission – obwohl das nicht Usanz ist – die Verträge einverlangt und sie eingesehen. Wir haben festgestellt, dass diese Abgebotsrunde in der Tat im Vertrag stipuliert ist. Es gibt aber auch einen Grund dafür, dass dies so ist. Es ist sicher besser, dass wir heute über diese Abgebotsthematik sprechen und nicht zu einem späteren Zeitpunkt, wenn es dann um die Submission geht, der grosse Aha-Effekt kommt und es dann an Vorwürfen gegen die Baudirektion hagelt oder allenfalls auch gegen die Spitalkommission. Wir müssen Folgendes wissen:
Gemäss den Ausführungen der Baudirektion unterliegt der Totalunternehmer grundsätzlich nicht der kantonalen Submissionsordnung, weil mit dem zweistufigen Gesamtleistungsstudienauftrag bereits ein GATT/WTO-konformes Wettbewerbsverfahren stattgefunden hat. Der Totalunternehmer hat sich freiwillig und vertraglich verpflichtet, sich an die Grundsätze der Submissionsordnung des Kantons Zug zu halten und für Bauaufträge und Lieferungen ab 150'000 bis 383'000 Franken exkl. Mehrwertsteuer das Einladungsverfahren (mindestens drei Angebote) anzuwenden sowie Bauaufträge und Lieferungen ab 383'000 Franken exkl. Mehrwertsteuer im offenen Verfahren öffentlich auszuschreiben. Infolge dieser freiwilligen Unterstellung unter die Grundsätze der Submissionsordnung des Kantons Zug wurde aber gemäss Baudirektion der TU vom Verzicht auf eine Abgebotsrunde entbunden, dies als Entgegenkommen. Kreise aus dem Gewerbe können mit dieser Abgebotsrunde nun

offenbar wenig anfangen. Was ist davon zu halten: Der Kantonsrat hat mit Beschluss vom 31. August 1998 dem Gesamtleistungswettbewerbsverfahren, d.h. dem Totalunternehmerwettbewerb, zugestimmt und mit Beschluss vom 26. April 2001 das Verfahren nochmals bestätigt. Die vorgeschriebene Submission ist – wie oben angeführt – mit dem Totalunternehmerwettbewerb durchgeführt und somit mit dem Zuschlag an die Unternehmergemeinschaft HRS Hausheer Rutishauser Suter AG / Peikert Contract AG rechtskräftig abgeschlossen worden. Der TU ist also rechtlich betrachtet frei in der Wahl der Subunternehmer. Es kann nun sein, dass sich Ratsmitglieder nicht bewusst waren, dass der TU nach dem Zuschlag bzw. Abschluss des Totalunternehmerwettbewerbs bei der Ausschreibung und Vergabe der Arbeiten nicht mehr der Submissionsordnung unterstellt ist. Bei einem Baumeisterauftrag muss der Baumeister nach heutigem Vorschlag nicht nochmals seine Lieferungen und Arbeiten submissionieren, die er an Subunternehmer vergibt. Nun ist zu wissen, dass offenbar der TU-Musterwerkvertrag ein wesentlicher Bestandteil in den Ausschreibungsunterlagen für die zweite Stufe des Gesamtleistungswettbewerbs Baar war. Darin wurden dem TU eine Abgebotsrunde zugestanden, wie sie übrigens in den Gemeinden Unterägeri und Steinhausen sowie in der Privatwirtschaft an der Tagesordnung sind. Eine nachträgliche Änderung der Spielregeln würde aus Sicht des Regierungsrats und der Spitalkommission Treu und Glauben widersprechen. Zu wissen ist aber auch, dass jeder TU ein Interesse hat, möglichst viele Arbeiten im Kanton bzw. vor Ort zu vergeben; so argumentiert jedenfalls der Regierungsrat. Damit soll der TU einerseits eine bessere Ausführungsqualität erzielen und sich andererseits Umtriebe bei der Mängelbehebung und bei späteren Garantiearbeiten ersparen.

Jede Medaille hat zwei Seiten, so auch die betreffend der Abgebotsrunde. Der Kanton profitiert bei Unterschreiten des Werkpreises mit 60 %. Mag sein, dass eine Abgebotsrunde ganz generell einen gewissen Preiszerfall provoziert, was dem Gewerbe grundsätzlich nicht zu gönnen ist. Eine Abgebotsrunde hat aber auch – so der Regierungsrat und die Spitalkommission – den möglichen Vorteil, dass sich zugerische Unternehmer besser einbringen können, was nicht zu unterschätzen ist. In jedem Fall ist nicht belegt, dass der TU mit der Abgebotsrunde die Kostenreduktion von Grössenordnung 30 Mio kompensieren will. Wenn Sie heute in den Kantonsratsbeschluss eine Regelung aufnehmen wollen, welche die Abgebotsrunde untersagt, dann müssen wir zumindest wissen, dass nach Abklärung der Staatskanzlei das ganze Wettbewerbsverfahren wiederholt werden muss. Das würde bedeuten, dass die 2. Lesung um mindestens ein Jahr verschoben werden müsste. Wir hätten also einen grossen Zeitverlust. Dies würde auch mit Kosten verbunden sein. Diese Abklärungen der Staatskanzlei scheinen auch aus Sicht des Kommissionspräsidenten gesichert zu sein. Er hat gehört, dass es dem Gewerbe darum geht, mit Aufträgen eingedeckt zu werden. Es hat Angst, zu keinen Aufträgen zu kommen, ganz unabhängig davon, ob es nun eine Abgebotsrunde gibt oder nicht. Der Votant hat nun gestern ein Telefongespräch mit dem Totalunternehmer geführt. Er hat zwar nicht die Legimitation, zu verhandeln, aber er hat mit ihm lange über diese Situation diskutiert. Und der TU hat ihm dann ein Schreiben zugestellt im Sinne einer Garantie, das er hier vorlesen möchte: «Wir beziehen uns auf Ihr Telefongespräch mit unserem Herrn Hegetschweiler vom 2.7.2003. Zur Sicherstellung und Erfüllung, dass das Gewerbe des Kantons Zug und deren Mitarbeiter möglichst alle Arbeiten am obgenannten Bauprojekt erhalten, ist eine Bereinigungsphase der Angebote nötig. Eine reine Offerteöffnung mit dem Ziel, damit den ausführenden Unternehmer (preisgünstigsten,

also billigsten) direkt bestimmen zu können, würde für das Zuger Gewerbe die Auftragschancen merklich verschlechtern. Die ARGE HRS Hausheer Rutishauser Suter AG / Peikert Contract AG garantiert, dass mindestens zwei Drittel der Arbeitsgattungen, die jeweils von mindestens drei Zuger Firmen offeriert werden, im Kanton Zug vergeben werden.» Er hat dem Votanten gegenüber gesagt, er sei bereit, noch weiter zu verhandeln, er könne auch über 70 oder 75 % diskutieren. Und er ist auch bereit, Lose zu machen, also Aufträge aufzuteilen. Und er ist bereit, dieses Schreiben bzw. diese Garantie in den Vertrag aufzunehmen. Klar ist aber, dass selbstverständlich Arbeitsgattungen, für die wir hier im Kanton Zug keine Unternehmungen haben, wie z.B. im Aufzugsbereich, nicht darunter fallen. Aber wir haben hier eine Garantie von mindestens zwei Drittel. Heinz Tännler zitiert weiter: «Die Baudirektion kann auf Grund des Kostendachvertrages dementsprechend diese Vorgaben kontrollieren und wenn nötig korrigierend Einfluss nehmen. Die offerierenden Unternehmer müssen in der Lage sein, die nötigen Arbeiten selber und mit eigenen Mitarbeitern, die mehrheitlich im Kanton Zug wohnhaft sind, auszuführen. Wir sind überzeugt, dass wir damit sämtlichen Beteiligten optimale wirtschaftliche Bedingungen schaffen und nicht ein Unternehmer aus Hintertupfigen den Auftrag für handwerkliche Leistungen erhält.»
Vor diesem Hintergrund bittet der Kommissionspräsident den Rat, wenn ein Antrag gestellt wird, dass auf eine Abgebotsrunde verzichtet werden soll, diesem nicht zuzustimmen. Das führt wirklich zu einem grossen Problem. Zu Zeitverzögerungen und zu einer Neuauflage des Wettbewerbsverfahrens. Und mit diesem Schreiben ist nicht nur der Wille kundgetan, sondern eine Verpflichtung da, dass mindestens zwei Drittel der Aufträge im Kanton Zug bleiben.
Formelles. Im Vorfeld unserer Kantonsratssitzung kam auch die Frage auf, ob die beiden jetzt formell getrennten Kantonsratsbeschlüsse nicht auf Grund des Vorvertrages zu einem Kaufvertrag zwischen der Stiftung Spital Baar und dem Kanton zu einem einzigen KRB zu vereinen seien, weil der Vorvertrag ein solches Konjunktim vorsieht. Diesbezüglich hat die Staatskanzlei ausführliche Abklärungen getroffen, über deren Resultat der Votant orientiert worden ist. Er kann versichern, dass ein solches Konjunktim nicht besteht und die beiden Vorlagen formell getrennt beschlossen werden können. Auch sind die beiden Projekte (Zentralspital/Pflegezentrum) unabhängig voneinander realisierbar. Ein Scheitern der einen Vorlage würde also nicht dazu führen, dass die andere Vorlage bzw. das andere Projekt nicht realisiert werden könnte.
Schlussbemerkungen. Die Spitalkommission hat an vielen Sitzungen das Projekt unter allen Aspekten vertieft geprüft. Sämtliche Fragen wurden von den zuständigen Direktionen, vom Betreiber und vom Totalunternehmer transparent und fachkundig beantwortet. Zugerinnen und Zuger haben Anrecht auf eine effiziente und qualitativ hochstehende Spitalversorgung. Das vorliegende Projekt kommt diesem Ansinnen nach. Die Spitalkommission empfiehlt mit 11 : 1 Stimmen ohne Enthaltungen auf die Vorlage einzutreten. In der Schlussabstimmung wurde der Vorlage mit 13 : 1 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. – Auch die SVP-Fraktion steht hinter diesem Projekt und hinter diesen Ausführungen.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Stawiko an der Informationsveranstaltung des Regierungsrats vom 17. Februar 2003 im Detail über die Vorlagen Neubau des Zentralspitals in Baar und Neubau des Pflegezentrums in Baar informiert wurde. Die

eigentlichen Beratungen fanden an einer Sondersitzung am 16. Mai 2003 und abschliessend an der ordentlichen Sitzung vom 2. Juni 2003 statt. Der Stawiko-Präsident verweist auf den Bericht und wird nun auf verschiedene Punkte eingehen.
Offenlegung. Wie bereits mehrfach erwähnt, arbeitet der Votant als stellvertretender Chefarzt an der Medizinischen Klinik des Zuger Kantonsspitals. Er hält sein Votum in seiner Funktion als Präsident der Stawiko des Kantons Zug.
Motion der Staatswirtschaftskommission. Die Stawiko unter Leitung des leider viel zu früh verstorbenen Toni Gügler hat am 14. Februar 1996 eine geradezu visionäre Motion eingereicht. Die Forderungen an den Regierungsrat waren aus heutiger Sicht eindrücklich:

- Zusammenführen von Kantonsspital und Spital Baar in einer gemeinsamen, nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu führenden neuen Trägerschaft.
- Möglichkeit einer gemeinsamen Lösung für beide Spitäler im Rahmen des baulichen Erneuerungsbedarfs in Form eines Zugerischen Zentralspitals erarbeiten.
- Möglichkeiten eines politischen Entscheidungsverfahrens ermitteln, das eine rasche und effiziente Umsetzung gewährleistet.

Die Mitglieder dieser visionär denkenden Stawiko waren: Von der CVP Toni Gügler, Philipp Dossenbach und Konrad Studerus, von der FDP Christoph Straub, Joachim Eder und Gottfried Zürcher, von der SP Hans-Peter Hausheer. Toni Gügler sagte damals: «Es ist ‚high noon', das heisst spannend wie noch nie» und «die politische Umsetzung der Motion käme einem Quantensprung gleich». Dies kann man heute bejahen: In der Zwischenzeit wurden praktisch alle Forderungen der Stawiko erfüllt:

- Die Spitalbetriebe Baar-Zug AG wurde gegründet.
- Das Spital Baar wurde geschlossen und die beiden Spitalbetriebe Spital Baar und Kantonsspital Zug an einem Standort unter dem neuen Namen «Zuger Kantonsspital» zusammengeführt.

Die Informationspolitik des Regierungsrats kann als sehr gut bezeichnet werden. Die Stawiko dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Baudirektion und der Gesundheitsdirektion für die ausgezeichnete Arbeit. Sie hat sich anhand eines Fragenkatalogs, den Sie auf S. 3 unseres Berichts finden, durch die Vorlage durchgearbeitet und harte Fragen gestellt. Bei verschiedenen Fragen haben wir bewusst mit Benchmark-Vergleichen gearbeitet, um die vorliegenden Zahlen in einem grösseren Rahmen zu sehen und vergleichen zu können.
Luxuslösung ja/nein, Verhältnismässigkeit. Die Stawiko ist klar der Meinung, dass der Bau eines Zentralspitals in Baar keine Luxuslösung darstellt und verhältnismässig ist. Unsere Begründung:
– Der Verzicht auf ein öffentliches Spital im Kanton Zug stellt aus Sicht der Stawiko kein realistisches Szenario dar. Die ausserkantonalen Hospitalisationen sind teuer, eine weitere Kostensteigerung durch Tariferhöhungen wurde kürzlich durch den Kanton Luzern und die Mitglieder der Ostschweizer Krankenhausvereinbarung angekündigt. Während den Kanton im Jahr 2002 ein Pflegetag im Zuger Kantonsspital ohne Pädiatrie 807 Franken kostete, lagen die Tagespauschalen im Unispital Zürich bei 1376 Franken, im Triemlispital bei 1938 Franken. Die Grundversorgung und erweiterte Grundversorgung muss deshalb auch aus Kostengründen mit hoher Qualität im Kanton angeboten werden.
– Eine Voll- oder Teilsanierung des Zuger Kantonsspitals kommt für die Stawiko nicht in Frage. Die Kosten dieser baulichen Erneuerung liegen gemäss neuster Berechnung in einer ähnlichen Grössenordnung wie die eines Neubaus. Kosten können am alten Standort nicht eingespart werden. Eine wesentlich längere Bauzeit, die den Spi-

talbetrieb stark störenden Bauimmissionen und Umsatzeinbussen während der Bauzeit wäre die Folge. Entscheidend ist aber, dass durch eine Voll- oder Teilsanierung die einmalige Chance zur Modernisierung und Optimierung der Betriebsabläufe verhindert würde. Ein Flickwerk für die nächsten 50 bis 100 Jahre ist keine Option für die Stawiko.
– Die Stawiko ist der Meinung, dass die Möglichkeiten zur Kostensenkung im Projekt Vitale ausgeschöpft sind. Die Planer und der Kantonsbaumeister konnten klar aufzeigen, dass mit der Kostenreduktion um 20 % das Notwendige vom Wünschbaren getrennt wurde.
– Die Benchmark-Vergleiche sprechen für das vorliegende Zentralspital-Projekt:
a) Die Erfahrungen in der Schweiz haben gezeigt, dass für den Bau und die Einrichtung eines Akutspitals je nach Leistungsauftrag und Spezialisierung mit einem Betrag von 750‘000 bis 1 Mio Franken gerechnet werden muss. Mit einem Betrag von 747‘095 Franken pro Spitalbett (bei 184 Betten) liegen die Kosten im untersten Bereich dieser Bandbreite. Es liegt deshalb keine Luxuslösung vor.
b) In den letzten zehn Jahren hat der Kanton Zug weniger als 100 Franken pro Kopf der Bevölkerung in das Zuger Kantonspital investiert. Die Zentralschweizer Kantone investierten in der gleichen Zeit zwischen 1250 und 2000 Franken. Mit einem Investitionsbetrag von 1390 Franken pro Einwohner (Annahme 115'000 Einwohner im Jahr 2010) liegen die Investitionen im Verhältnis zu anderen Kantonen in einem vertretbaren Bereich.
Finanzierung. Wie Sie der Beilage Nr. 1 unseres Berichts entnehmen können, werden die liquiditätswirksamen Ausgaben im Jahr 2008 abgeschlossen sein. Dies ist insofern wichtig, da wir ab 2007 mit der Einführung des NFA rechnen müssen. Die im Jahr 2010 eingesetzten 5,5. Mio Franken beinhalten die Baureserve und die Energiekostengarantie. Die Tabelle wurde so ausgelegt, dass Sie den Verlauf der Abschreibungen und allfälliger Zinskosten bis ins Jahr 2034 weiterverfolgen können. Wie Sie der Tabelle ebenfalls entnehmen können, reduzieren sich die Brutto-Investitionen voraussichtlich aufgrund geplanter Einnahmen um 66 Mio Franken. Diese Einnahmen sehen wie folgt aus: 3,3 Mio Bundesbeitrag an die Sanierung der GOPS, 28 Mio Entnahme aus der zweckgebundenen Spitalreserve, 34,5 Mio beim Verkauf des Areals an der Artherstrasse 27 inklusive Parkhaus Athene. Die Auflösung der Spitalreserve ist im Moment auf 2008 geplant. Aus Sicht der Stawiko macht dies Sinn. Bis 2008 werden ordentliche Abschreibungen getätigt. Bei Einführung des NFA wird der Investitionsbetrag um 28 Mio reduziert, was zu einem deutlich geringeren Abschreibungsbedarf nach 2008 führen wird. Eine Alternative wäre es, die realisierten Investitionen mit einer kontinuierlichen Auflösung der Spitalreserve zu tätigen. In diesem Fall würde die Laufende Rechnung 2005, 06 und 07 durch weniger Abschreibungen entlastet. Die Abschreibungen würden in die Zeit nach 2008 verschoben, was aus Sicht der Stawiko nicht sinnvoll ist.
Die Netto-Investitionen reduzieren sich nach Abzug der genannten 60 Mio. voraussichtlich auf 130,5705 Mio Franken. Dieser Betrag muss über die Investitionskostenrechnung finanziert werden. Der Betrag von 130,705 Mio ist in Relation zu anderen Investitionen in Kanton Zug zu stellen. Der Kanton Zug hat im vergangenen Jahrzehnt mit Ausgaben von 500 Mio stark in Schul- und Verwaltungsbauten investiert: Rund 265 Mio Franken wurden in die Bildungszentren und Schulhäuser GIBZ, KBZ, Kantonschule und Athene investiert. Über 200 Mio wurden in Verwaltungsbauten und andere Infrastrukturen wie VZ1, VZ2, Polizeigebäude und Strassenverkehrsamt investiert. Der Betrag von 130 Mio Franken liegt in der Höhe der NFA-

Mehrbelastung, die voraussichtlich ab 2007 jährlich in den interkantonalen Finanzausgleich bezahlt werden muss. Die Stawiko ist der Meinung, dass der vorliegende Netto-Investitionsbetrag auch in Anbetracht der sich verschlechternden finanziellen Situation des Kantons tragbar ist. Die Investitionsprojekte Zentralspital und Pflegezentrum Baar können, ohne Berücksichtigung der NFA-Mehrbelastung, voraussichtlich ohne Fremdverschuldung getätigt werden. Wir haben davon Kenntnis genommen, dass die Finanzdirektion im Zusammenhang mit den hier zu behandelnden Investitionen nicht mit einer Steuererhöhung rechnet.

Betriebskosten. Die Stawiko ist klar der Meinung, dass für den Kanton langfristig die Betriebskosten im Zentralspital wesentlich relevanter sind als die Investitionskosten für die Erstellung des Zentralspitals. Sie beobachtet die Entwicklung der Spitalkosten im Kanton Zug mit grosser Sorge. Die Unterlagen zeigen, dass die Kantonsbeiträge an die SBZ AG im Jahr 2000 19,894 Mio betragen haben. In diesem Jahr betragen die Kantonsbeiträge 25,194 Mio inklusive 3 Mio Sockelbeiträge für Privatpatienten. Im Jahr 2008 betragen die Kantonsbeiträge an die SBZ AG voraussichtlich 28,950 Mio inklusive der nun zu 100 % zu leistenden Sockelbeiträge für Privatpatienten. Es ist demnach bis 2008 mit einer weiteren Kostensteigerung von 3,756 Mio bzw. 15 % zu rechnen. Die Stawiko stellte sich deshalb die Frage, ob es sich bei diesem Kostenwachstum um eine lokales oder ein generelles Problem handelt. Sie stellte sich auch die Frage, ob der Zentralspitalneubau den relevanten Faktor für die zukünftige Steigerung der Betriebskosten darstellen wird. Der Blick über die Kantonsgrenze zeigt klar, dass es sich um ein generelles Problem handelt: Das Spital Bülach, ein Regionalspital im Kanton Zürich, wird vom Preisüberwacher und den Krankenkassen immer wieder als Benchmark-Spital bezüglich Wirtschaftlichkeit bezeichnet. Sein Defizit vervielfachte sich in vier Jahren von 5 auf 22,5 Mio Franken. Im Kanton Zürich haben die Personalkosten aller öffentlichen Spitäler von 1998 bis 2002 um 22 % zugenommen. 2003 wird eine weitere Steigerung um 9 % erwartet. Der medizinische Bedarf hat in der gleichen Zeitperiode um 39 % zugenommen. Und die Gesamtkosten stiegen von 1,9 auf 2,4 Mio Franken, d.h. um 26 %. Die Gründe für die Aufwandsteigerung sind im Bereich der Personalkosten (Stichworte: Bessere Entlöhnung des Pflegepersonals, Einsatz der Assistenzärzte im Rahmen des Arbeitsgesetzes), im stark gestiegenen medizinischen Bedarf und auch im Sockelbeitrag für Privatpatienten zu suchen, der neu ausgerichtet werden muss.

Andererseits haben die Erträge im Kanton Zürich nur gering von 1,5 auf 1,55 Milliarden Franken zugenommen. Der Grund für die stagnierenden Erträge sind die Tarife, die auch aus politischen Gründen tief gehalten werden. Müssten die Krankenkassen den Spitälern die ausgewiesenen Kosten zahlen, würde sich dies noch massiver in den Prämien niederschlagen. Die Kosten werden deshalb durch den Bundesrat auf die Kantone überwälzt – die Prämien steigen weniger an, dafür wird die Belastung für den Kanton und die Steuerzahler im grösser.

Was können Sie aus diesen Zahlen herauslesen? Die Betriebskostensteigerung ist kein lokales, sondern ein generelles Phänomen und Problem im Gesundheitswesen. Die Kostenentwicklung im Kanton Zug ist in einer ähnlichen Grössenordnung wie in den Nachbarkantonen. Der Zentralspitalneubau in Baar kann nicht als relevanter Faktor für die Betriebskostensteigerung des Zuger Kantonsspitals verantwortlich gemacht werden. Andere Faktoren sind wesentlich relevanter für die genannte Entwicklung. Ein neues Zentralspital mit modernster Bauart schafft aus Sicht der Stawiko die nötigen Grundbedingungen für optimale Betriebsabläufe. Kurze Wege, eine optimale Grösse der Bettenstationen sind nur einige Stichworte, auf denen die Pro-

zessoptimierungen basieren werden. Der Zentralspital-Neubau wird mithelfen, die Betriebskosten-Entwicklung des Zuger Kantonsspitals zu bremsen. Zudem ermöglicht er dem Zuger Kantonsspital eine wesentlich flexiblere Anpassung an die rasch wechselnden Bedingungen im Gesundheitswesen.
Langfristige Überlegungen. Seit mehreren Jahrzehnten wird im Kanton Zug Spitalplanung betrieben. Initial wurde viel Energie darauf verwendet, wenigstens das Dogma der gewachsenen Strukturen und das über lange Zeit fast unantastbare Faktum von vier Spitälern in Frage zu stellen. Die Motion der Stawiko wurde vor sieben Jahren eingereicht, die denkwürdige Volksabstimmung zum Objektkredit Zentralspital fand im Oktober 99, d.h. vor fast vier Jahren statt. Für die Projektierung und den Wettbewerb des Zentralspitals wurden in der Zwischenzeit 15,6 Mio Franken, für das Projekt Neues Pflegezentrum Baar 2,95 Mio ausgegeben. Die Stawiko ist deshalb der Meinung:

1. Das Zentralspital in Baar soll nun realisiert und die Spitalplanung im Kanton Zug abgeschlossen werden.
2. Es gibt keine vertretbare Alternative zu diesem Zentralspital-Neubau.
3. Der Bau des Zentralspitals ist eine notwendige Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur, die auch unter Berücksichtigung der sich verschlechternden Finanzlage verhältnismässig und finanzierbar ist.
4. Die Stawiko teilt die Meinung der Regierung, dass der Bau eines neuen Zentralspitals in Baar für eine zukünftige Bevölkerung von 115'000 bis 120'000 Einwohnerinnen und Einwohner die richtige Investition ins öffentliche Gesundheitswesen des Kantons Zug darstellt.

Um den Kreis zu schliessen, möchte Peter Dür mit den Worten seines Vorgängers Toni Gügler aufhören, der im November 98 als Stawiko-Präsident in der Zentralspital-Debatte Folgendes gesagt hat: «Wir haben jetzt die Chance, die allzu lange Geschichte unserer Spitalplanung zu einem vernünftigen Abschluss zu bringen. Ja, wir sind nunmehr in der Lage, eine Spitallösung zu implementieren, welche dazu geeignet ist, über die Grenzen unseres Kantons hinaus Signale zu setzen. Wir sind der festen Überzeugung, dass dieses Parlament zusammen mit dem Regierungsrat im Stande ist, die Spitalplanungsprozesse zu gestalten und zu einem guten Ende zu führen. Wir haben jetzt wirklich keinen Anlass, von neuem eine Verzögerungspolitik einzuleiten und abzuwarten, bis die Fakten und Rahmenbedingungen uns einmal mehr überrollen – um dann nach fünf oder zehn Jahren wieder feststellen zu müssen, dass wir vor fünf oder zehn Jahren nicht den Mut und die Fähigkeit aufbrachten, das Richtige zu tun. Ich bitte Sie deshalb, der Vorlage zuzustimmen und damit – im Hinblick auf eine langfristige Lösung der Spitalfrage – ein nachhaltiges Zeichen zu setzen». Dies die Worte von Toni Gügler, die ausgezeichnet zur heutigen Situation passen und denen der Votant nur noch Eines beifügen möchte. Gestützt auf diese Überlegungen und unseren Bericht beantragt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Zudem seien die folgenden Motionen als erledigt abzuschreiben:

a) Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend Weiterführung der Zugerischen Spitalplanung vom 14. Februar 1996 (Vorlage Nr. 336.1 – 8838),
b) Motion der Kommission für Spitalfragen betreffend Beschleunigung der Planung und Realisierung des Zentralspitals in Baar vom 12. Oktober 2000 (Vorlage Nr. 834.1 – 10345),
c) Motion der CVP-Fraktion betreffend Zentralspital / Aktualisierung des Kostenvergleichs vom 26. September 2002 (Vorlage Nr. 1054.1 –10981).

Die Stawiko beantragt ausserdem, von der Beantwortung der Interpellation von Karl Rust und Gregor Kupper betreffend Zentralspital vom 19. November 2002 (Vorlage Nr. 1070.1 – 11019) Kenntnis zu nehmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** fragt: Erinnern Sie sich noch an das Jahr 1999? Im Frühling 99 hatte das damalige Parlament einen Kredit von 105 Mio Franken für ein neues Zentralspital gut geheissen. Diese Summe beinhaltete alles, nämlich die Bauhülle, praktisch alle Einrichtungen, die Erneuerung des GOPS und so weiter. Obwohl meine damaligen Fraktionskolleginnen Manuela Weichelt und Ruth Wyss immer wieder die Machbarkeit des damals vorliegenden Projektes in Frage stellten, vermochten die Experten den Rat vom damaligen Projekt von 105 Mio Franken zu überzeugen. Die Expertengläubigkeit der damaligen Kommissionsmitglieder, der Mehrheit des Kantonsrats und der Baudirektion als federführende Stelle liessen keine Zweifel aufkommen. Es blieb damals den Alternativen nichts anderes übrig, als zusammen mit anderen kritischen Zugerinnen und Zugern gegen das – für uns unglaubwürdige – Projekt das Referendum zu ergreifen. Erinnern Sie sich noch an die Leserbriefe und an die Kampagne zur Abstimmungsvorlage im darauffolgenden Herbst 99? Immer wieder versicherte die Regierung und im speziellen die Baudirektion, man dürfe, ja müsse der Expertengruppe vertrauen, das Projekt überzeuge durch seine seriöse Planung. Zum guten Glück lehnte damals das Volk diesen Objektkredit von nur 105 Mio ab. Stellen Sie sich vor, der Kantonsrat hätte in den letzten Jahren scheibchenweise fast nochmals soviel Geld für Nachtragskredite bewilligen müssen. Die ganze Regierung, die Baudirektion und die expertengläubige Mehrheit des Kantonsrates wäre heftig in der Kritik gestanden. So gesehen können Sie hier alle froh sein, dass die AF zusammen mit anderen gegen das damalige unseriöse Projekt das Referendum
ergriff.
Dass die AF damals recht hatte, zeigt nun das vorliegende Projekt, zeigen die vorliegenden Zahlen. Ein gutes Spital für die Zuger Bevölkerung gibt es nicht zum Discount-Preis. Und dass es richtig war, eine langsamere Gangart einzuschlagen, wird jetzt überhaupt nicht mehr in Frage gestellt, obwohl einige damals gerne die Spitalplanung bedeutend schneller voran getrieben hätten und das ergriffene Referendum als Störfaktor betrachteten. Nach wie vor bedauern wir Alternativen aber, dass kein anderes Vergleichsprojekt gemacht wurde, obwohl verschiedene Mitglieder des Rats, nicht nur aus unserer Fraktion, dieses verschiedene Male forderten. Wohl wurde eine Kostenberechnung für ein ähnliches Projekt am Standort des Kantonsspitals in Zug gemacht. Für uns ist diese Berechnung nicht befriedigend ausgefallen, denn wir finden die vergleichbaren Kostenberechnungen übertrieben. Wir werden das Gefühl nicht los, dass die hohen Renovations- und Erneuerungskosten am Standort Zug bewusst betont wurden, damit man ja nicht mehr auf den Gedanken kommt, eine Renovation würde sich lohnen. Aber ein Vergleichsprojekt ist immer noch nicht vorhanden. Und der Standort Baar ist für uns mit der letzten Volksabstimmung noch nicht 100 %-ig entschieden. Er wurde nämlich mit dem Objektkredit wieder abgelehnt. Eine 100 %-ige Entscheidung ist erst diesen Herbst mit der nochmaligen Volksabstimmung möglich.
Trotzdem, der Abstimmungskampf für das jetzige Projekt Zentralspital hat bereits begonnen: Den Auftakt dazu hat Leo Granziol mit einem provokativen Leserbrief gemacht, die Präsidentenkonferenz der Wirtschaftsverbände und die Lobbyisten der

Andreas-Klinik folgen ihm nun – dies zeigt die erhaltene Post in den letzten Tag sehr deutlich. Es wäre tragisch, wenn diese die Abstimmung – unter dem fadenscheinigen Vorwand, der Kanton müsse sparen – im kommenden Herbst gewinnen würden. Der Scherbenhaufen für die öffentliche Gesundheitsversorgung in unserem Kanton wäre perfekt. Die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung würde verlieren.
Somit sagen wir Alternativen ja zum Eintreten auf die Vorlage Zentralspital. Die Planung scheint uns im Vergleich zum Projekt 99 bedeutend realistischer zu sein. Trotzdem bemängeln wir einige Punkte.
• Wir bezweifeln weiterhin, dass genügend finanzielle Mittel für die Abbruchkosten und allfälligen Altlasten eingesetzt werden. Gerade beim Kantonsspital, bei welchem sich der Kanton einen guten Verkaufspreis erhofft, könnte es mit Unvorhergesehenem negative Überraschungen geben.
• Das Projekt ist zwar nach Minergie-Standard geplant. Die AF bedauert, dass keine weiteren Bemühungen unternommen wurden, umweltfreundlich zu bauen. Es gibt z.B. Grossbetriebe, welche schon einige Jahren über eine Holzschnitzelheizung verfügen. Und warum nicht einen Teil der Stromversorgung mit Sonnenergie abdecken ? Die Sommer werden heisser und sonniger, wie der Monat Juni eindrücklich gezeigt hat. Der Verzicht auf die Gratisenergie Sonne ist ein Luxus, den sich eigentlich auch unser Kanton nicht leisten kann. Die konsequente Berücksichtigung ökologischer Anliegen wären Investitionen, die sich ganz sicher langfristig in den Betriebskosten auszahlen würden.
• Schon in der Kommission wurden die Betriebsabläufe für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen Bereich diskutiert. Wir hoffen, dass die Zusicherungen der Architekten und der Baudirektion stimmen, dass diese Mitarbeitenden trotz der Einsparungen keine Einbussen in Kauf nehmen müssen. Denn zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Grundvoraussetzung für zufriedene Patientinnen und Patienten.
• Nach wie vor stellen wir ein so grosses Parkhaus in Frage. Natürlich brauchen auch das Pflegeheim, die Schule für Krankenpflege und das Personalhaus Parkplätze, aber müssen es so viele sein ? Wir alle wissen, dass unsere Luft viel zu stark mit Schadstoffen belastet ist. Im Rechenschaftsbericht des Amts für Umweltschutz wird sehr deutlich gemacht, wie es um unsere Luft bestellt ist. Gemäss einer nationalen Studie und umgerechnet auf den Kanton Zug muss davon ausgegangen werden, dass die Luftbelastung jährliche Gesundheitskosten von rund 80 Mio Franken verursacht und für zirka 40 vorzeitige Todesfälle, 600 Bronchitis-Fälle bei Kindern und 800 Asthma-Attacken bei Erwachsenen verantwortlich ist. Im Jahresbericht 2002 des interkantonalen Luftmessnetzes werden Vorschläge gemacht, wie Schadstoffe reduziert werden könnten. Und ausgerechnet ein Spital, bei welchem die Gesundheit an erster Stelle steht, fördert noch den krankmachenden Individualverkehr. Wir werden bei der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen. Wenn Ihnen die Gesundheit wichtig ist, müssten Sie diesen unterstützen.
Es gibt einige wenige, aber entscheidende Gründe, warum die AF bei allen Bedenken die Vorlage für das Zentralspital unterstützt.
1. Wir sind der Meinung, dass die Realisierung jetzt an die Hand genommen werden muss. Je länger wir zuwarten, um so länger muss die breite Mehrheit der Zuger Bevölkerung auf eine neue Spitalversorgung warten und umso mehr profitieren gewinnorientierte private Anbieter. Der Gesundheitsmarkt ist ein Markt, in dem auch hohe Gewinne und Renditen erzielt werden. Unser Kanton braucht ein öffentliches

Spital unter öffentlicher Kontrolle, sonst wachsen die Gesundheitskosten ins Unermessliche.
2. Für uns haben Menschen, welche nur grundversichert sind – und das ist immer noch die Mehrheit der Bevölkerung – ein Recht auf ein zeitgemässes Spital, einen Anspruch auf eine optimale Spitalversorgung. Alles andere wäre eine Förderung der Zweiklassenmedizin. Diesem Trend werden sich die Alternativen mit aller Vehemenz widersetzen. Ein Menschenleben ist ein Menschenleben; sein Wert, sein Anspruch auf Gesundheitsversorgung darf nicht von der Dicke des Geldbeutels abhängen.
3. Leider sehen auch wir eine Renovation des bestehenden Kantonspitals nicht mehr als realistisch. Dies hätte früher geschehen müssen.
4. In vielen Bereichen überzeugt das nun vorliegende Projekt. Es muss vorwärts gehen, denn für die Realisierung eines neuen Spitals ist es nun fünf vor zwölf.
Es ist aber nicht so, dass wir in das neue Projekt, in die Planung und die Ausführung vollstes Vertauen haben. Zuviel anderes haben wir leider in der Vergangenheit erlebt. Uns würden Nachtragskreditforderungen nicht erstaunen, denn was jetzt auf dem Papier eingespart wurde, erweist sich vielleicht später doch als notwendig. Aber wir sagen ja – mit allen Konsequenzen, welche dies für unseren Kanton bringt. Die Baudirektion möchte nun das Projektmanagement an Dritte weitergeben, weil sie sich überfordert fühlt. Das erinnert Anna Lustenberger ein wenig an die Expertengruppe von anno dazumal, welche glaubhaft machen wollte, 105 Mio Franken würden für ein neues Zentralspital reichen. Vertrauen Sie also nicht einfach wieder leichtgläubig einer Expertengruppe, welche die Projektleitung und das Controlling übernehmen wird. Ihr Eintretensvotum möchte die Votantin schliessen mit folgender kleiner Wortspielerei: «Wer glaubt, ein Projektleiter leite Projekte, der glaubt wohl auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten.» In diesem Sinne befürwortet die AF Eintreten, sie wird aber auch die weitere Planung und den Bau kritisch begleiten.

Andrea **Erni** fragt, ob Zug ein neues Spital braucht? Die Kantonsratsfraktion der SP ist klar der Meinung: Ja. Auch die in den letzten Tagen erhaltenen Argumentarien vermochten uns nicht zu überzeugen, denn zum Neubau gibt es unserer Meinung nach bereits mittelfristig keine erwägenswerten Alternativen. Die Idee, das Kantonsspital zu sanieren, ist für die SP eine schlechte Lösung. Die lange andauernde Sanierung wäre mit fast ebenso hohen Kosten verbunden und am Schluss hätten wir doch nur ein saniertes Flickwerk. Der Kanton hat die Aufgabe, die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürgern sicher zu stellen. Dies kann durchaus auch in Zusammenarbeit mit anderen Anbietern geschehen, wie das schon heute in Spezialgebieten üblich ist. Niemals aber können private Anbieter die Grundversorgung übernehmen. Die Votantin hat selbst über zehn Jahre in einer Klinik der Hirslandengruppe gearbeitet und erlebt, wie hart um Patienten mit guten Risiken, um gewinnbringende Eingriffe und Untersuchungen gekämpft wird und gekämpft werden muss. Private Kliniken müssen Gewinn erwirtschaften. Aber auch ein öffentliches Spital braucht neben den kostenintensiven Behandlungen gute Risiken, um bestehen zu können. Deren Auslagerung würde den Staat ein Vielfaches kosten.
Die Zugerinnen und Zuger haben sich im Jahr 1999 für den Standort Baar ausgesprochen. Das überarbeitete Projekt Vitale besticht durch optimale Betriebsabläufe, Funktionalität und Flexibilität. Andrea Erni zitiert unseren ehemaligen Regierungsrat Urs Birchler, welcher als Direktor des Inselspitals für über 950 Betten und einen Umsatz von über 700 Mio verantwortlich ist: «Ein Spital wird einmal gebaut, aber

nachher Jahrzehnte betrieben. Gleichzeitig dämpfen vor allem optimale Betriebsabläufe die Kosten. Es ist deshalb ein grosser Vorteil, wenn bei einem Spital Prozessoptimierungen von Anfang an berücksichtigt werden können. Ein totaler Neubau bietet dazu die einmalige Chance.» – Die SP ist sich bewusst, dass die finanzielle Situation des Kantons nicht mehr so rosig ist. Aber wir stehen vor der Aufgabe, die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung auch zukünftig sicher zu stellen. Dafür muss das alte Kantonsspital ersetzt werden. Mehr übel als wohl braucht es auch ein Parkhaus. Die SP begrüsst, dass der Individualverkehr nicht einfach unsichtbar im Boden verschwindet. Erstens würde der Aushub unser Deponieproblem noch verschärfen, zweitens würde das Projekt viel teurer und, last, but not least, sollen die ökologisch nicht ganz unbedenklichen Automobile – als irgendwie absurder Gegensatz zum Gebäude, wo Menschen gesunden wollen – nicht einfach aus dem Blickfeld verschwinden. Nun, die SP-Fraktion ist der Meinung, dass genug geplant wurde. Lassen sie den Kanton Zug das Zentralspital realisieren.

Regula **Töndury** hält fest, dass die FDP-Fraktion sich intensiv an zwei Sitzungen und unter Beizug von Fachleuten aus dem Gesundheits-, Spital- und Bauwesen über das geplante Zentralspital in Baar hat informieren lassen. Dabei entschied sie mit einer Gegenstimme Eintreten auf die Vorlage. Sie ist sich einig, dass hier nicht etwas «Wünschbares» vorliegt, sondern eine Notwendigkeit, die keinen Zeitaufschub mehr verträgt. Viel Wünschbares wurde gestrichen. Warum notwendig? Die Votantin möchte nicht nochmals alles bis ins Detail wiederholen, was ihre Vorredner (-innen) bereits dargelegt haben. Es ist eine kantonale Aufgabe, die Spitalversorgung sicherzustellen. Zwei Drittel der Bevölkerung sind allgemein versichert und auf diese Basisversorgung angewiesen. Seit Jahrzehnten wird über die Zuger Spitalpolitik gestritten. Das Kantonsspital entspricht baulich nicht mehr den heutigen Ansprüchen und für das Personal werden die Arbeitsabläufe erschwert. Jeder hier im Saal weiss, dass ein Umbau nicht billiger ist als ein Neubau. Ein Neubau bringt aber den Vorteil, dass Funktionsabläufe optimiert werden können und somit auch effizientere Arbeit geleistet werden kann.
Eine weitere Verzögerung der Zuger Spitalplanung (wie sie das Gegenkomitee vorschlägt), würde bestimmt nicht billiger, sondern uns nochmals einige Millionen Mehrkosten bringen (allein für weitere Planungen), ohne dass ein Stein auf den anderen gesetzt werden kann. Das heutige Projekt ist ausgewogen, architektonisch ansprechend, hell und praktisch konzipiert. Es schafft für Patienten und Angehörige eine Atmosphäre, die positiv auf das psychische Wohlergehen einwirkt und somit auch auf die gesamte Heilung wichtige Auswirkungen hat. Auch ist der Bau für die Zukunft geplant, modular konzipiert und somit auch für Veränderungen im Gesundheits- und Spitalwesen offen. Als ehemalige Kranken- und Schulschwester beeindrucken Regula Töndury die betrieblichen Abläufe. Sie sind wirtschaftlich geplant für Patienten und Pflegende, mit kurzen Wegen und mit klarer Trennung von stationären und ambulanten Patienten und des Besucherbereichs.
Es ist ein demokratisches Recht für oder gegen eine Sache zu sein – aber bitte nicht mit Halbwahrheiten. Der Rundumschlag gegen das vorliegende, seriös geplante Projekt durch ein Gegenkomitee und von Leserbriefschreibern mit Interessenvertretung aus der AndreasKlinik hat unsere Fraktion stutzig gemacht. Hat hier wohl irgend jemand Angst vor einer echten Konkurrenz? Ziel einer solchen Intervention kann ja nur sein, die Öffentlichkeit zu verunsichern. Wir wollen keine Planungslei-

chen mehr – wie z. B. die Stadtumfahrung. Der Vorwurf, das Zentralspital habe den Komfort einer Privatklinik, jedes Zimmer mit Dusche und WC, kann ja wohl nicht ernst gemeint sein. Erklären Sie uns bitte: Wie gut oder schlecht sollen wir die 70 % Allgemeinpatienten eigentlich behandeln? Diese haben auch ein Recht auf gute und zeitgemässe Betreuung und Unterbringung im Spital. Wollen Sie zurück zu Zehner-Zimmern ohne WC und Bad ? Über Vierer-Zimmer müsste man evtl. nochmals diskutieren, dieser Meinung kann sich die FDP-Fraktion anschliessen. Dass ausgerechnet aus dem Lager der AndreasKlinik solche Anwürfe kommen, erstaunt. Genau in dieser Klinik werden Allgemeinpatienten in Einer- und Zweierzimmern betreut und sogar gemischt mit halbprivat versicherten Patienten. Zum Vorwurf der Mengenausweitung mit den zwölf Arztpraxen möchte die Votantin nicht vorgreifen. Unsere Fraktion wird dazu noch separat Stellung nehmen.

Was die Zusammenarbeit im Kanton mit anderen Anbietern im Gesundheitswesen betrifft, wäre dies tatsächlich sehr zu befürworten. Die Regierung hat der AndreasKlinik eine Offerte zur Zusammenarbeit gemacht – wer ist ausgestiegen? Da nun in besagter Klinik bereits der dritte Handwechsel stattgefunden hat und sie unterdessen in ausländische Hände gefallen ist, dürfte eine Zusammenarbeit immer schwieriger werden und mit vielen Unsicherheiten behaftet sein. Ein positives Miteinander und kein mit Eigeninteressen belastetes Nebeneinander wäre die günstigste Variante in der Zuger Spitalpolitik. – Auch die Versicherer sind an einem gut funktionierenden Zentralspital interessiert. Kostet doch ein Pflegetag für allgemeine versicherte Patientinnen oder Patienten im Kantonsspital 807 Franken, in der AndreasKlinik 1250 Franken. – Das Schreckgespenst NFA kommt den Gegnern gerade gelegen. Wir bezahlen bald zusätzlich ca. 120 Mio jährlich mehr nach Bern – das entspricht etwa den Gebäudekosten des Zentralspitals – und aus diesem Grund sollen wir uns kein neues Spital im Kanton Zug leisten können? Das darf doch nicht sein. Andere Kantone bauen mit unseren NFA-Geldern Infrastrukturbauten, und wir müssen auf unser Spital verzichten? Wie Sie aus dem Leserbrief vom 1. Juli von Walther A. Hegglin, einem ehemaligen sehr engagierten CVP-Politiker, ehemaligem Kantonsrat, Stawiko-Präsident und alt Stadtpräsident von Zug entnehmen konnten, hat der Kanton Zug genug Reserve angelegt, um sich jetzt endlich nach 35 Jahren Spitalpolitik ein neues Spital leisten zu können. Was sich Schaffhausen vor 30 Jahren leisten konnte, nämlich einen Um- und Neubau seines Kantonsspital mit 185 Betten – damals mit Kosten von 135 Mio Franken (vor 30 Jahren) – wird sich der Kanton Zug doch wohl leisten können.

Was die Betriebskosten anbetrifft, wurden diese bereits in den Ausführungen des Stawiko- und des Kommissionspräsidenten dargelegt. Dass diese ansteigen werden, ist leider Tatsache. Aber sie steigen sowohl im alten Kantonsspital wie auch im neuen Zentralspital, da Löhne steigen, Arbeitszeiten verkürzt werden und die medizinische Entwicklung weiter fortschreitet. Nur – in einem neuen Spital können durch optimierte Betriebsabläufe auch Kosten reduziert oder zumindest die Kostensteigerung verflacht werden. Betriebswirtschaftlich ist ebenfalls unbestritten, dass nur ein Spital, welches über 160 Betten betreibt, finanziell optimal zu führen ist. Wer das Zentralspital kleiner bauen will, der erhöht logischerweise die Betriebskosten pro Patient. Die gesamte, teuere Infrastruktur muss so oder so angeboten werden. Wenn das neue Finanzierungsmodell gemäss zweiter KVG-Revision zum Tragen kommt, wird der Kanton in Zukunft auch die Investitionskosten der privaten Spitäler mit öffentlichem Auftrag mitfinanzieren müssen. Die 47 zusätzlichen Betten in der AndreasKlinik wären somit voll vom Kanton mitzufinanzieren.

Die FDP-Fraktion nimmt die Bedenken der Wirtschaftsverbände ernst. Diese befürworten wohl ein Spital, haben aber Bedenken über die steigenden Betriebskosten angemeldet. Auch dieses Thema haben wir in der Fraktion diskutiert und es wird später von uns noch detaillierter zur Entwicklung der Betriebskosten und der behaupteten Mengenausweitung Stellung genommen. Vorweg nur dies: Lesen Sie das Telefonbuch und verfolgen Sie die Mengenausweitung durch neue Praxen, welche der AndreasKlinik zuzuordnen sind. Abschliessend möchte Regula Töndury kurz aus dem Leserbrief von Walther A. Hegglin zitieren: «Sparen ist ein oft genanntes Ziel der Politiker. Sparen am falschen Ort führt längerfristig zu höheren Kosten.» Die Generation Politiker von Walter A. Hegglin hat die Voraussetzungen für die gute Finanzkraft des Kantons Zug geschaffen. Dazu gehört die grosszügige Dotierung der Reserven, die uns ein neues Spital ermöglichen. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf die Zentralspital-Vorlage.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass die Zuger Spitalpolitik in den letzten Jahren stürmische Zeiten erlebt hat. Reformen waren notwendig. Es waren verschiedene und zum Teil nicht mehr dem Rate angehörende politische Protagonisten, allen voran Toni Gügler, zusammen mit der Regierung, die mutig, konsequent und weitsichtig Veränderungen forderten. Wenn nun die Spitalpolitik auf die Zielgerade einbiegt, so darf und muss uns dies freuen – auch wenn nicht alle Schwierigkeiten beseitigt werden konnten und können. Wer aber letztlich all seine Ziele erreicht, hat sie womöglich zu tief angesetzt. Die CVP hat die Vorlagen intensiv beraten und im Gegensatz zu anderen Fraktionen die Beschlüsse erst nach Vorliegen von wichtigen Begleitargumentarien wie Berichte der vorberatenden Kommission oder der Stawiko gefällt. Die CVP wird heute den Vorlagen mit einem Stimmenverhältnis von ca. 1 : 4 zustimmen. Es war ja auch bereits im Vorfeld zur heutigen Debatte auszumachen, wo sich in etwa die Gegner der Vorlage befinden. Der Votant kann aber auch hier sagen, dass wir innerhalb de Fraktion zu gewissen Fragen eine kontroverse, schonungslose und gute Diskussion hatten, und die Gegner der Vorlage bei uns respektiert sind. In Richtung Volksabstimmung muss man letztlich, um gut zu sein, starke Gegner haben; man darf sich von ihnen einfach nicht überwältigen lassen.
Zusammenarbeit mit AndreasKlinik. Wir haben heute im Bereiche der Akutmedizin zwei Spitäler. Von namhaften Experten wurde immer wieder gesagt, dass zwei sich konkurrierende Spitalbetriebe mit Blick auf das Marktvolumen des Kantons Zug nicht sinnvoll sind. Sowohl aus wirtschaftlicher wie aus medizinischer Sicht gelte es Ressourcen zu konzentrieren und Frequenzen für eine qualitativ hochstehende Medizin zu erreichen. Der Kanton nimmt denn in der künftigen Bettenplanung mit ca. 230 Betten auch Rücksicht auf den Anteil der AndreasKlinik. Nur bei der Zusammenarbeit ist mindestens auf der strategischen Ebene keine Kooperation zustande gekommen. Die Handänderung bei der AndreasKlinik und das nun vorliegende Gesuch auf Erhöhung der Bettenzahl machen ein Zusammenwirken nicht einfacher. Indessen ist aber nach Aussagen von Kennern der beiden Spitäler eine Zusammenarbeit im operativen Bereich durchaus möglich und für beide Seiten künftig auch sinnvoll. Beat Villiger hat schon in der vorberatenden Kommission gefordert, dass der Bettenentscheid noch vor der KR-Debatte vorliegen sollte. Dem ist nicht so, obwohl die gesamte Vorlage eigentlich von einer Nichtbewilligung ausgeht. Andernfalls würden wir ein Überangebot bei einer gleich bleibenden Spitalversorgungsstruktur schaffen, was ja auch nicht Sinn machen würde. Insofern muss der Gesundheitsdirektor unbedingt dafür sorgen,

dass der Entscheid bis zur 2. Lesung vorliegt. Je später nämlich dieser Entscheid kommt, auch wenn er bei der Volksabstimmung noch nicht rechtskräftig sein dürfte, umso wirkungsvoller wird dieser Aspekt im Rahmen des Abstimmungskampfes gegen das Zentralspital eingesetzt. Wenn es aber jetzt darum geht, die Zuger Spitalpolitik zum Ziele zu führen, können wir die entsprechenden öffentlich wahrzunehmenden Interessen des Kantons nicht denjenigen der AndreasKlinik hintenan stellen. Es muss aber nach wie vor ein Ziel sein, dieser Kooperation eine Chance zu geben.
TU-Vertrag und Abgebotsrunden. Der Votant kann sich hier den Ausführungen des Kommissionspräsidenten anschliessen. Die CVP hat entschieden, einer heute möglichen Antragstellung auf Verzicht der Abgebotsrunde nicht zuzustimmen. Der Kantonsrat hätte dies spätestens beim Projektierungskredit verlangen müssen. Auch wenn der Votant für die Gewerbevertreter und für ihr Unbehagen gewisses Verständnis hat, so muss man auch sehen, dass der Kanton in einer rezessiven Zeit ein beachtliches Investitionsvolumen auslöst und über 70 % von öffentlichen Aufträgen im Kanton Zug vergeben werden. Ein Vorwurf möchte der Votant dennoch anbringen: Es wäre sinnvoller gewesen, man hätte diesen Aspekt der Aufnahme der Abgebotsrunde schon früher etwas transparenter herübergebracht. Er möchte aber an die Gewerbevertreter appellieren, dass man sich auf Grund der nicht mehr zu ändernden Abgebotsrunde im TU-Vertrag jetzt nicht ins Gegner-Komitee schlagen soll, weil das letztlich vom Stimmbürger nicht ganz goutiert würde. Wenn die Vorlage dann bachab ginge und wir kein Spital hätten, hätten die Gewerbetreibenden nicht nur keine Abgebotsrunde, sondern höchstens eine Nullrunde.
Zu den Kosten. Bei den Investitionskosten ist es auch für uns wichtig zu wissen, dass diese Investitionen über die normale Rechnung laufen können und keine Fremdgelder aufgenommen werden müssen. Vor allem steht auch nicht in Aussicht, dass dadurch Steuererhöhungen notwendig werden. Etwas ins Auge gestochen haben den Votanten die Kosten für Unvorhergesehenes und die Begleitkosten von ca. 10 Mio. Er hat in der Kommission einen Antrag auf Reduktion gestellt und ist nicht durchgekommen. Er wird heute keinen Antrag stellen, aber mindestens die Verantwortlichen bitten, dass man von dieser Reserve nur im höchsten Bedarfsfall Gebrauch macht. Er möchte dann später auch nicht hören, dass wir beim Bau dieses Spitals Luxus getrieben hätten.
Zum Pflegeheim. Beat Villiger wird nachher zum Pflegeheim nichts mehr sagen und diese beiden Vorlagen im Eintreten zusammennehmen. Die CVP befürwortet den Baubeitrag an das neue Pflegezentrum Baar. Auch hier wurden ja die grundsätzlichen Entscheide schon früher gefällt. Die Kombination von Spital und Pflegeheim macht Sinn und vor allem ist beim Pflegeheim mit regionalem Leistungsauftrag auch der Bedarf ausgewiesen. Was in der Kommission zu grossen Diskussionen geführt hat, ist der Umstand, dass einerseits die Gemeinden neu für die Alterspflege und den Bau von Altersheimen zuständig sind, andererseits aber eine optimale Koordination in diesem Bereiche unter den Gemeinden und mit dem Kanton mangelhaft funktioniert. Auch wenn die Verantwortung bei den Gemeinden liegt, so bittet der Votant den Gesundheitsdirektor auch hier, für eine verbesserte Koordination zu sorgen. Weshalb sind z.B. Heime zum Teil überbelegt, andere unterbelegt?
Zum Parkhaus. Hier sagt die CVP-Fraktion auch ja. Das Parkhaus mit gegen 350 Plätzen könnte man allerdings auch auf privater Basis bauen und betreiben. Der Regierungsrat sieht im Parkhaus aber ein Renditeobjekt und hat nicht zuletzt deshalb diesen Teil ebenfalls in das Gesamtprojekt aufgenommen. Um aber eine Bruttorendi-

te von mindestens 6 % zu erhalten, muss die in der Vorlage des Regierungsrats aufgezeigte Rechnung geändert werden.
Wir haben ein ausgereiftes Projekt vor uns. Wir brauchen ein Spital, das der akutmedizinischen Schwerpunktversorgung dient, die Versorgung in den Bereichen der Notfallbehandlung und Intensivpflege sicherstellt und letztlich auch Ausbildungsplätze für Assistenzärzte und -ärztinnen, Medizinstudenten/-innen und Lernende in der Gesundheits- und Krankenpflege und für andere Spitalberufe sicherstellt. Der Votant bittet den Rat um Zustimmung und abschliessend dankt er der Regierung, der Verwaltung, den Kommissionen und insbesondere dem Präsidenten der Spitalkommission für die gute Arbeit.

Moritz **Schmid**: Mit der Vorlage Neubau des Zentralspitals in Baar und der Vorlage Beitrag an den Neubau des Pflegezentrums in Baar macht es den Anschein, dass eine langwierige Planung nun endlich ein Ende nehmen kann. Als Befürworter musste der Votant dann beim Aktenstudium insbesondere der Vorlage 1084.3 im Bericht der vorberatenden Kommission feststellen, dass er als Unternehmer und als Präsident des Gipserunternehmerverbandes des Kantons Zug, das heisst als typischer KMU, nicht mit allen Punkten der Vorlage einverstanden sein kann. So z.B. die S. 12 und 13, dass sich der Totalunternehmer freiwillig an die Submissionsverordnung halten, sich jedoch der Abgebotsrunde bedienen will. Es bringt ihn nicht vom Gedanken los, dass sich der TU auf diese Art und Weise einige der von der Kommission geforderten Millionen Einsparungen bei den Unternehmern zurück holen kann und will. Um das noch schmackhaft zu machen, soll der Kanton mit einer Kostenbeteiligung von 60 % begünstigt werden. Warum diese Beteiligung? Auch wenn die Baudirektion der Meinung ist, bei der Arbeitsvergabe mitreden zu können, ist das nur Augenwischerei. Das Mitspracherecht ist nämlich nur unter Kostenfolge möglich. Die Abrechnung Strafanstalt wird es zeigen. Weil Moritz Schmid der Meinung ist, die Arbeiten sollten nach dem kantonalen Submissionsgesetz vergeben werden, stellt er hiermit für die Detailberatung folgende Anträge:
Antrag 1:
§ 2 Abs. 2 (neu) beim KRB betreffend Neubau Zentralspital
«Der Kanton vereinbart mit der Totalunternehmergemeinschaft, dass diese alle Aufträge in Anwendung der kantonalen Submissionsgesetzgebung vergibt.»
Antrag 2:
§ 1 Abs. 2 (neu) beim KRB betreffend Pflegezentrum Baar
«Der Kantonsbeitrag wird mit der Auflage ausgerichtet, dass die Totalunternehmergemeinschaft alle Aufträge in Anwendung der kantonalen Submissionsgesetzgebung vergibt.»
Begründung: Die jetzt getroffene Lösung, dass Abgebotsrunden ermöglicht werden, widerspricht dem Gebot der Transparenz. Genau aus diesem Grund ist in Art. 11 der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen als allgemeiner Grundsatz festgehalten, dass auf Abgebotsrunden zu verzichten ist. In § 26 der Vergaberichtlinien aufgrund der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen ist nochmals ausdrücklich festgehalten: Verhandlungen zwischen der Auftraggeberin oder dem Auftraggeber über Preise, Preisnachlässe und Änderungen des Leistungsinhaltes sind unzulässig. Der Bund lässt zwar gemäss Art. 20 des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen in Verbindung mit Art. 27 der Verordnung Abgebotsrunden zu, jedoch nur unter sehr engen materi-

ellen und formellen Voraussetzungen. Die Skepsis beim Gesetzgeber bezüglich Abgeboten ist sehr gross. Dies zu Recht. Bei Abgeboten besteht die Gefahr, dass die zentralen Gebote der Vertraulichkeit, der Gleichbehandlung und der Transparenz nicht eingehalten werden. Gerade der Bund versucht dann mit ausgeklügelten Regelungen in der Verordnung diese Gefahren durch detaillierte Verfahrensvorschriften in den Griff zu bekommen. Diese Gefahren gilt es bei einem so sensiblen und so teuren Bauwerk zu vermeiden. – Der Kanton hat in verschiedenen anderen Projekten ebenfalls Generalunternehmer engagiert, wobei die Submissionsregelung stets angewandt worden ist. – Abgebotsrunden sind ebenfalls gewerbepolitisch nicht einzusehen. Sie bedeutet für das Gewerbe einen weiteren Preiszerfall.
Es kann nun eingewendet werden, dass der Abschluss dieses TU allein Sache des Regierungsrates ist und eine solche Bestimmung nicht zulässig sei. Dies ist nicht zutreffend. Gemäss Verfassung ist der Kantonsrat der ausschliessliche Gesetzgeber. Wir schaffen hier ein Gesetz im formellen Sinne, das dem Referendum untersteht. Wir haben die Kompetenz, in dieser gewerbepolitisch ganz wichtigen Frage bei einem öffentlichen Bauwerk von zentraler Bedeutung aus gewerbepolitischen Gründen eine gesetzliche Bestimmung zu beschliessen. – Es handelt sich um das seit Jahren grösste Hochbauprojekt. Es ist nicht einzusehen, warum es nicht der kantonalen Submissionsgesetzgebung auch im Subunternehmerbereich zu unterstellen ist, um dadurch von Anfang an willkürlichen Vergaben vorzubeugen. – Damit entfällt auch das unglückliche Vetorecht der Baudirektion. Die integrale Anwendung der Submissionsgesetzgebung verunmöglicht dies. Das Vetorecht ist auch nicht durchdacht. Was passiert, wenn die Baudirektion das Veto ergreift? Nach welchen Kriterien wird das Veto ergriffen? Ist ein derartiges Veto beim Verwaltungsgericht anfechtbar?
Es erstaunt Moritz Schmid schon, wie viel Staub aufgewirbelt wurde, nachdem bekannt worden war, dass zwei Anträge gestellt werden. Ebenso erstaunlich ist, was für Lösungen in so kurzer Zeit auf den Tisch kommen. Die Frage ist nur, ob der Präsident der Spitalkommission solche Erkundigungen einholen muss.

Georg **Helfenstein** weist darauf hin, dass sämtliche Parteien ausser der CVP sich bereits im Vorfeld befürwortend klar zur Vorlage Zentralspital geäussert haben, obwohl der Bericht der vorberatenden Kommission und der Stawiko zu diesem Zeitpunkt noch nicht einsichtlich war. Die Stellungnahmen der Wirtschaft und des Gewerbeverbandes, das Projekt kritisch zu hinterfragen und mit Stellungnahmen zu warten, bis alle Fakten auf dem Tisch sind, geben einem Teil der CVP Recht. Ist das wirklich so? Aus Sicht des Votanten hat die Regierung die Rolle als Bauherr von Anfang an schlecht gespielt, wurde doch zuerst das teuerste von drei Projekten ausgewählt. Im Bericht der vorberatenden Kommission wird erwähnt, dass der Kanton bereits beim Gesamtstudienauftrag ein GATTM/WTO-konformes Wettbewerbsverfahren durchgeführt hat. Die Regierung sagt dasselbe. Aber das stimmt eindeutig nicht. Die Kriterien erfüllten alle drei Projekte nicht, zwei aus scheinbar baulichen Aspekten und das dritte aus finanziellen. Das dritte Projekt wurde ausgewählt und beauftragt, seine Kosten um rund 20 % zu senken. Es ist nicht schwierig, mit mehr Geld ein besseres Projekt zu gestalten als die Konkurrenz. Umgekehrt hätte man ja den beiden anderen Projekten mehr Geld zusprechen und Korrekturen im baulichen Bereich zulassen können. Nun, die Regierung hat sich vom überteuren Projekt überzeugen lassen, mit der Vorgabe an die Planer, die Kosten zu senken. Soll Georg Helfenstein

sagen, wie diese Kosten nun gesenkt werden? Zu Lasten des Gewerbes. Es ist offensichtlich, dass der Betrag von 166 Mio Franken nur zustande kommt, wenn der TU Abgebotsrunden durchführen darf. Der Kanton partizipiert mit 60 % und der TU mit 40 % an den gesparten Kosten. Das ist ein Schuss in den Rücken des Gewerbes. Wer macht sich Sorgen um Lehrlingsplätze im Kanton Zug, wer lobt immer und überall die KMU? Wer erhält Arbeitsplätze? Hat nicht der Baudirektor sich bei seiner Wahl als Gewerbevertreter geoutet?
Das TU hat sich vertraglich dazu verpflichtet, das Submissionsreglement einzuhalten, darf aber Abgebotsrunden durchführen. Das ist doch lächerlich. Beträge über 383‘000 Franken werden öffentlich ausgeschrieben und die wenigen darunter werden im Einladungsverfahren gemacht. Das ganze Gerede des Regierungsrats vom Submissionsreglement ist nur Schein. Sobald es ein Abgebot gibt, existiert keine Submission nach kantonalem Recht mehr. Was bringt uns ein Millionenbau, wenn die Handwerker infolge Preiszerfall allfällige Garantiearbeiten nicht mehr ausführen können? Wer bezahlt das dann? Etwa das TU oder die Baudirektion aus ihrem Kaffeekässeli? Wohl kaum. Der Steuerzahler und die Handwerker sind die Geprellten. Obwohl der Kanton sich das Vetorecht zur Arbeitsvergabe vorenthält, möchte der Votant diese Umsetzung nicht erleben, denn das gibt garantiert Rechtsstreite, welche das Projekt und das Vorhaben grundsätzlich verzögern. Entweder hält man sich an die Grundsätze des Submissionsreglements oder nicht. Es gibt keine Lösung dazwischen. Georg Helfenstein ist Handwerker und Realist genug um zu wissen, dass Aufträge auswärtig vergeben werden können. Das kann man nicht ändern. Er wehrt sich dagegen, dass sich der Kanton als Gesetzgeber des Submissionsgesetzes davon fernhält. Dieses Vorgehen gibt eine Signalwirkung in die Gemeinden und fördert einen Preiszerfall bei den Unternehmern. Ohne Abgebotsrunde ist der Preis fixiert und das richtig kalkulierende Unternehmen bekommt den Zuschlag. Es wird nicht gemischelt und besprochen.
Folgende Fragen sind wichtig, um die Entscheidungsfindung zum Antrag Schmid zu erhalten, den der Votant bittet, zu unterstützen: Wurden bei der Submissionierung zum Jurywettbewerb die drei Anbieter darüber informiert, dass sie sich bei der Ausführung an die Submissionsordnung des Kantons Zug zu halten haben, oder wurde ihnen in der Offerte ausgewiesen, dass sie Abgebotsrunden durchführen dürfen? Konkret: Wurde in der TU-Submissionierung die Unterstellung unter das Submissionsgesetz, nur limitierte Unterstellung oder gar keine vorgesehen? Und zwar bei allen Mitbewerbern? Wieso wurde ein Vorvertrag gemacht, obwohl das Parlament zum gesetzlichen Teil noch keine Stellung genommen hat? Wurde im Vorvertrag ein Vorbehalt bezüglich allfälliger abweichender Beschlüsse durch den Kantonsrat gemacht? Würde sich allenfalls der Betrag des TU erhöhen? Basiert der gesamte Betrag von 166 Mio Franken auf der Möglichkeit, Abgebotsrunden durchzuführen?
Georg Helfenstein möchte noch kurz auf den Brief von Herrn Hegetschweiler eingehen. Er fragt sich, wie dieser Brief rechtlich vertretbar ist und bei einem Vertrag angeheftet akzeptiert werden kann. Wenn der TU garantiert, zwei Drittel der Arbeiten im Kanton Zug zu vergeben, ist natürlich die Frage zu stellen, ob es zwei Drittel der Bausumme sind oder zwei Drittel der zu vergebenden Arbeiten. Der Brief ist rechtlich auch nicht tragbar, weil er gesetzlich nicht durchführbar ist und an Bedingungen geknüpft, welche nicht verantwortbar sind.
Der Votant stellt noch weitere Überlegungen an. Obwohl er vom Standort Baar nach wie vor überzeugt bin, hat der Regierungsrat sich aus der Verantwortung gezogen und der AndreasKlinik die Antwort ihrer Frage nach der Aufstockung der Bettenzah-

len noch nicht gegeben. Das ist nicht seriös und zeigt auf, dass die Regierung die Spitalfrage als Konkurrenz zur AndreasKlinik lösen will, statt im Kanton rechtzeitig alle Fragen offen darzulegen und zu beantworten. Gerade im Hinblick auf diese Debatte. Im Projekt Vitale ist ein Trakt für private Ärzte eingeplant. Der Kanton hält aber nicht an einem Belegsarztsystem fest, sondern überlässt diese Aufgabe den privaten Spitälern. Wieso sollen wir Fremdpraxen finanzieren, obwohl gleichzeitig überall über Ärztestopps geredet wird? Die Tatsache, dass zwölf Ärzte im Spital angesiedelt werden sollen, verdeutlicht, dass die AndreasKlinik konkurrenziert wird, statt dass gemeinsam eine gütliche Lösung gesucht wird. Die Tatsache, dass wirklich fast ausschliesslich luxuriöse Zweibettzimmer gebaut werden sollen, ist vom Kommissionspräsidenten relativiert worden. Es stellt sich die Frage der dadurch neu ausgelösten Projektierungskosten. Der Kanton diktiert, und die Wirtschaft darf zahlen! So geht das nicht. Die AndreasKlinik in Cham erfüllt für das Gebiet Ennetsee eine wichtige Funktion. Die Geburtenzahlen sind stark gestiegen und die Patienten werden zu ihrer Zufriedenheit umsorgt. Die Bürgergemeinde Cham hat trotz Wirren und grossen Problemen dazu beigetragen, dass die geschlossene und nicht geöffnete AMI-Klinik zu einem funktionierenden Spital in der Hirslanden-Gruppe wurde. Diese Leistung verdient Anerkennung, stellt doch die AndreasKlinik einen wichtigen Arbeitgeber im Kanton Zug dar. Es sind rund 150 Angestellte beschäftigt und weitere Arbeitplätze werden von Zulieferanten und angesiedelten Betrieben gesichert. Es scheint, dass der Regierungsrat dieser Tatsache keine Beachtung schenken will. Oder dass er sich wegen dem Aktionär zu sehr von einer Partnerschaft ausschliesst. Als Steuerzahler in der Gemeinde Cham trägt die AndreasKlinik zur Gesundung unserer Gemeindefinanzen bei, erarbeitet sie doch schwarze Zahlen. Aus Sicht des Ennetsees ist der Standort Baar für ein Zentralspital unbestritten, jedoch das vorgeschlagene Projekt nicht akzeptabel, weil es auf lange Sicht die AndreasKlinik verdrängt und zu einem monopolistischen Spitalbetrieb im Kanton Zug führt. Wo bleibt dann der Wettbewerb? Der Votant erwartet von der Regierung eine Lösung, die das weitere Bestehen der AndreasKlinik absichert und die dafür notwendigen Bettenzahlen gewährt. Er erwartet von der Regierung die Antwort in Bezug auf die Zukunft der Andreasklinik und einen regierungsrätlichen Bescheid auf die Anfrage der Aufstockung der Bettenzahl in Cham, bevor wir das überrissene und zu teure Projekt in Baar bewilligen.
Aus praktischen Gründen äussert er sich noch zum Pflegezentrum Baar. Obwohl es sicherlich Berechtigung hat, ist die Frage der Grösse auch hier zu diskutieren. Wenn Synergien genutzt werden sollen, wie es im Bericht heisst, warum kommt das Projekt dann so teuer? Das geplante Pflegezentrum steht mit den ausgewiesenen Kosten alleine auf weiter Flur und steht somit in Konkurrenz zu den bestehenden Pflegezentren. Es setzt komplett neue Massstäbe und fördert Luxus. Georg Helfenstein ist gerne bereit, für unsere älter werdende Generation Geld auszugeben. Aber das soll im Mass sein und vor allem im Verhältnis. Abschliessend beurteilt er das Zentralspital in Baar wie folgt: Ausser dem Standort ist zu vieles fragwürdig.

Gregor **Kupper** wird für Eintreten auf die beiden Vorlagen stimmen. Bei seinem Votum geht es ihm vor allem darum, einiges zu den Kosten zu sagen. Sie haben Kenntnis von der Interpellation von Karl Rust und dem Votanten. Daraus ist zu entnehmen, dass wir uns bereits schon im Vorfeld um die Kosten gekümmert haben. Und es macht Sinn, dazu Einiges zu sagen. – Wir haben auf der einen Seite die

Investitionskosten zu beurteilen und auch die Betriebskosten der künftigen Klinik werden zur Diskussion stehen. Die Investitionskosten sind in der Vorlage grundsätzlich offen ausgewiesen. Weil für den Votanten trotzdem zwei Unsicherheitsfaktoren übrig bleiben, möchte er den Rat darüber informieren. Auf der einen Seite hört er immer wieder von Fachleuten, dass Generalunternehmer- und TU-Verträge zwar gut sind, aber nicht alle Kosten und Details abdecken können. Und dass auch bei einer restriktiven Gestaltung solcher Verträge mit Mehrkosten zu rechnen sei. Der Votant hat gehört, dass wir uns vorsorglich auf Mehrkosten von 10 bis 20 Mio einstellen sollten. Ob das so ist, wird die Zukunft weisen. Wenn Gregor Kupper das zur Sprache bringt, geht es ihm darum, dass der Baubeschrieb wahrscheinlich im Rahmen der ganzen Kosten eine ganz erhebliche Rolle spielt. Da würde ihn interessieren, vom Baudirektor zu hören, wie detailliert dieser Baubeschrieb ist. Ob er der Meinung ist, dass er so detailliert ist, dass sich diese Mehrkosten vermeiden lassen. Und wie alt dieser Baubeschrieb in der schnell wechselnden Landschaft des Gesundheitswesens denn schon ist. Ob er aus heutiger Sicht aktuell ist.
Das Vertrauen des Votanten in die Baudirektion war am letzten Donnerstag schon ein wenig erschüttert. Was er da als Antwort auf seine Frage bezüglich Strafanstalt erhielt, ist schlicht als lapidar zu bezeichnen, um kein schlimmeres Wort zu gebrauchen. Er hätte mindestens Ausführungen erwartet über eine ungefähre Streitsumme, ob man mit Nachtragskrediten rechnen muss oder was da ungefähr aufgelaufen ist. Nun bleiben ihm zwei Wege. Er kann entweder eine Interpellation einreichen und damit unseren Verwaltungsapparat zusätzlich belasten. Oder er kann den Gerüchten glauben, die sagen, dass wir da mit Mehrkosten in mehrfacher Millionenhöhe zu rechnen haben. Und dass der Grund gerade eben auch wieder in ständigen Projektänderungen liege. So etwas wird beim Zentralspital nicht gehen. Wir haben da für Unvorhergesehenes 5 Mio Franken. Das ist nichts im Verhältnis zur ganzen Summe, die zur Diskussion steht. Gregor Kupper will alle Entscheidungsträger und Beteiligten davor warnen, mit diesen 5 Mio zu spielen. Sie werden so oder so gebraucht, ohne dass wir an den Projekten herumkorrigieren. Der Votant bittet die Baudirektion dringend, dass Projektänderungen an dem, was da gebaut werden soll, nicht vorgenommen werden. Sonst wird sich der Kantonsrat in Kürze mit Überschreitungen und Nachtragskreditbegehren beschäftigen müssen. Und das gilt es in Anbetracht der Höhe der Summen in jedem Fall zu vermeiden. Gregor Kupper geht davon aus, dass die Spitalkommission und die Stawiko das Projekt laufend begleiten, hinterfragen und überwachen werden. Er fühlt sich da als Stawiko-Mitglied auch gefordert, damit wir, wenn wir sehen, dass das in die falsche Richtung läuft, sehr schnell reagieren und einschreiten können. Mit lapidaren Antworten werden wir uns nicht mehr abspeisen lassen.
Zu den Betriebskosten. Der Votant hat dem Rat eine Tabelle austeilen lassen (siehe Beilage), weil er der Meinung ist, dass die Tabellen im Stawiko-Bericht für den einen oder anderen etwas schwer lesbar sind. Ihn interessiert die gesamte Belastung der laufenden Rechnung, die in den kommenden Jahren auf uns zukommt. Welche Kosten fliessen in die laufende Rechnung des Kantons ein? Wir werden selbstverständlich mit Abschreibungen belastet und stellen fest, dass der Höhepunkt bereits im Jahr 2008 eintritt und nachher ein relativ schneller Rückgang der Belastung stattfinden wird. Zu den Zinsen haben wir gehört, dass wir zumindest bis 2007 oder 2008 das Projekt aus eigenen Mitteln finanzieren können. Es handelt sich also in diesem Bereich um kalkulatorische Zinsen. Diese können wir, wenn die Prognosen stimmen, eigentlich streichen. Da sparen wir über die Jahre gesehen wahrscheinlich noch

10 Mio. Das soll uns gut tun, aber nicht zu anderen zusätzlichen Ausgaben verleiten. Dann kommen die immer wieder diskutierten Betriebskosten. Den Votanten interessieren diese selbstverständlich auch. Was ihn aber mehr interessiert, ist der Anteil, der tatsächlich vom Kanton übernommen werden muss. Denn er ist Kantonsrat und nicht Betreiber der Klinik. Wir haben in den Vorlagen Ausführungen der SBZ, die Prognosen bis 2008 enthalten (28,9 Mio). Was nachher kommt, hat der Votant persönlich geschätzt, da bleibt natürlich ein Spielraum auf beide Seiten offen. Ganz wesentlich ist aber, dass die SBZ uns Zahlen vorlegt, die sagen, das wir mit der jährlichen Zunahme im Bereich der SBZ unter dieser magischen 4 %-Grenze bei den zweckgebundenen Beiträgen bleiben. So gesehen würde sich das in Bezug auf die Finanzstrategie sogar positiv auswirken. Denn diese Kosten, die uns da als Betriebskosten anfallen, stellen ungefähr 10 % der ganzen Position «zweckgebundene Beiträge» unserer Staatsrechnung dar. Insofern ist der Votant ein wenig beruhigt. Wir müssen aber daran denken, dass auch auf Bundesebene Gesetzesänderungen kommen. Wenn im KGV irgend etwas verschoben wird, werden wir auch hier Überraschungen haben. Nur haben wir die, ob wir das Zentralspital bauen oder nicht.
Ganz wesentlich ist die Gesamtbelastung der laufenden Rechnung. Wir sehen da, dass wir bis 2008 – logischerweise verursacht durch die Abschreibungen – einen ständigen Anstieg der Belastung haben. Wenn die Zahlen einigermassen passen – und die Finanzdirektion hat sie geprüft – werden wir ab 2008 eine Stagnation haben, und zwar dadurch, dass sich die Reduktion der Abschreibungen kompensiert mit dem weiteren Anstieg der Betriebskosten. So gesehen, können wir davon ausgehen, dass wir für das Zentralspital mit Kosten im Bereich von 40 bis 50 Mio zu rechnen haben im nächsten überschaubaren Zeitfenster. Diese Kosten weichen ganz erheblich davon ab, was wir vor einigen Tagen vom gegnerischen Komitee gelesen haben, wo mit Zahlen von 150 Mio Franken operiert wird. Diese Leute – darunter namhafte Politiker – sollen ihr Zahlenmaterial bitte nochmals überarbeiten. Ein Abstimmungskampf sollte fair, sachlich und mit korrekten Zahlen geführt werden. Wenn wir diese Betriebskosten für die Zukunft in den Griff bekommen wollen, müssen wir in erster Linie den Leistungsauftrag an die SBZ hinterfragen. Es wird Aufgabe der Spitalkommission sein, sich diesen anzuschauen. Auch die Stawiko wird da gefordert sein. Vielleicht hilft uns da auch WOV in einem oder anderen Bereich weiter. Jedenfalls sind in den nächsten Jahren, bis das alles richtig läuft, alle gefordert. Konsequentes Handeln ist gefragt. Wenn das der Fall ist, wird eine gefreute Sache entstehen.

Heinz **Tännler** ist froh, dass er zwischendurch zu den vorgebrachten Voten Stellung nehmen kann. – Zuerst zu Anna Lustenberger. Sie bedauert, dass kein Vergleichsprojekt gemacht wurde. Der Kantonsrat hat dies in diesem Saal so entschieden. Und eine Sanierung des alten Spitals wäre mit sehr vielen Hypotheken verbunden. Wenn sie sagt, erst im Herbst werde definitiv darüber entschieden, so kann man doch sagen, dass politisch zum Standort Baar ja gesagt wurde. Und diesen Auftrag hat die Regierung ernst genommen, indem sie eine entsprechende Vorlage vorgelegt hat. – Zur Problematik Abbau, Altlasten und den damit verbundenen Kosten und Risiken eine ganz einfache Antwort: Das ist das Totalunternehmer-Risiko. Wir haben einen Vertrag mit einem Kostendach. Wenn dieses überschritten wird, geht das vollumfänglich zu Lasten des TU. – Minergiestandard wird erfüllt und Holzschnitzelheizung wurde abgehandelt und klar verworfen. Das ist leider keine Lösung. Das würde zu grossen Hypotheken führen. Man müsste ein grosses Kamin im Westen von Baar

und ein Silo erstellen. – Wir haben einen Parkhaus mit 348 Plätzen. Der Votant bittet den Rat, von dieser Zahl nicht abzurücken. Man wollte ursprünglich sogar über 500 Parkplätze realisieren. Man hat das dann auf 348 reduziert. Das Spital allein braucht 230 Parkplätze, exklusiv Schwesternhaus. Das Pflegezentrum braucht 120, inklusive Pflegeschule und Personalhaus. Wenn wir hier herumschrauben und versuchen, die Parkplatzzahl herunterzuholen, ist das ein reiner Willkürakt.
Beat Villiger hat zu Recht gesagt, dieser Bettenentscheid müsse jetzt auf den Tisch kommen. Der Votant ist gleicher Meinung. Aber man darf an dieser Stelle festhalten, dass die Ursache nicht nur – wenn überhaupt – bei der Gesundheitsdirektion liegt; man muss wissen, dass nach der Eingabe des Gesuchs zwei Fristerstreckungen seitens der AndreasKlinik gemacht wurden. In einem Fall infolge der Übernahme der Hirslanden-Klinik durch den britischen Investor, im zweiten Fall durch den Direktorenwechsel. Der Ball liegt also nicht nur bei der Gesundheitsdirektion, sondern auch bei der AndreasKlinik. Diesem Entscheid können wir ohnehin ruhig entgegensehen. Ob das Gesuch nun gutgeheissen wird oder abgelehnt – in einem Fall macht Santésuisse Beschwerden, im andern Fall die AndreasKlinik, in beiden Fällen haben wir keinen rechtskräftigen Entscheid. – Zu den Kosten für Controlling und Unvorhergesehenes. Wenn wir diese fünf Millionen für Unvorhergesehenes streichen würden, haben wir ein wirklich grosses Risiko. Wenn wir nämlich irgend eine neue Disziplin einrichten möchten während der Bauphase, ist diese Reserve sehr wichtig. Ansonsten müssten wir Nachtragskredite behandeln, und dies würde zu einem Baustopp und zu eklatanten Verzögerungen führen.
Zu Moritz Schmid. Der Kommissionspräsident versteht das Gewerbe und diese Abgebotsrunde ist nicht auf dem Mist der Spitalkommission gewachsen. Aber wir müssen aufpassen, dass wir hier nicht zu viel Wirbel machen. Der Votant findet es richtig, dass die Kommission hier für Transparenz eingestanden ist. So können wir es nämlich hier diskutieren. Es wurde der Bostadel angesprochen. Dort haben wir das genau gleiche TU-Verfahren und dort haben wir die Abgebotsrunde auch. Bis jetzt hat aber Heinz Tännler vom Gewerbe nichts gehört, dass das keine gute Lösung sei. Beim Zuger Gefängnis haben wir eine ganz andere Lösung mit einem Generalunternehmer. Die Medaille hat zwei Seiten. Auf der einen Seite Preiszerfall, auf der anderen aber doch die Möglichkeit, dass der Kanton auch mitprofitiert, wenn Einsparungen gemacht werden können. Zu behaupten, dass nun diese Abgebotsrunde einfach deshalb gemacht werde, um die Kostenreduktion von 30 Mio zu kompensieren, ist eine Behauptung ohne jeglichen Beleg. Und man muss aufpassen bei solchen Behauptungen. Und nochmals die Folgen: Es ist so, dass es ein Wettbewerbspunkt war. Wenn wir nun diesem Antrag von Moritz Schmid zustimmen, dann gibt es eine Verzögerung von mindestens einem Jahr. Das Veto ist eingeschränkt. Grundsätzlich ist es gut, dass die Baudirektion ein Mitspracherecht hat. Hätte sie das nicht, hätten wir andere Kritiker, die dies bemängelten. Das eingeschränkte Veto bezieht sich bei der Abgebotsrunde insbesondere auf die Arbeitsschutzproblematik. Das gibt kein Problem. Denn es gibt kein Rechtsmittel bei dieser Arbeitsvergabe. Der Handwerker hat kein Rechtsmittel, wenn entschieden ist durch den TU mit Mitsprache der Baudirektion. Und wenn kein Rechtsmittel vorhanden ist, ist dieses Veto auch kein Problem.
Zu Georg Helfenstein bezüglich Auswahl teuerstes Projekt. Das HRS Planerteam ist das einzige gewesen, welches das Raumprogramm eingehalten hat. Und es gab dort nach zwei Monaten eine Fehlplanung, sie haben dann aber die Herausforderung wahrgenommen und in den restlichen vier Monaten das Projekt vorgelegt und selbst

darauf hingewiesen, dass eine Einsparung von 20 % möglich ist. Bei den anderen Projekten war eine Änderung nicht möglich, und zwar aus baulichen Gründen. Das Raumprogramm wurde total nicht eingehalten. – Vertragsschluss unter Vorbehalt, hat Georg Helfenstein gesagt. Es sei unüblich, dass man nicht zugewartet habe, bis Parlament und Volk entschieden habe. Das ist absolut normal und nicht unüblich! Es ist richtig, Heinz Tännler ist nicht Verhandlungspartner von Hegetschweiler. Aber er wollte sich hier einsetzen und mit dieser Garantie eine gewisse Sicherheit ins Parlament bringen. Vorbehalte bezüglich der rechtlichen Situation könnte man höchstens im formellen Sinne sehen, aber materiell überhaupt nicht. Der Mann steht zu seinem Wort und zu seinem Brief und das ist ein positives Zeichen. Zur Kooperation mit der AndreasKlinik. Georg Helfenstein hat keine klare Alternative aufgezeigt. Eine Lösung 100 Betten in der AndreasKlinik und 130 Betten Zentralspital würde zu zwei Problemfällen führen. Es ist klar und auch schon gutachtlich festgestellt worden, dass ein Spital wirtschaftlich und effizient geführt werden kann, wenn die Bettenzahl etwa bei 170 bis 190 Betten liegt. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Und die AndreasKlinik ist ja in der Spitalplanung integriert mit 50 Betten. Es ist ja nicht so, dass keine Kooperation vorliegen würde. Der Votant hat vor etwa drei Jahren eine Motion eingereicht und genau das gefordert, was Georg Helfenstein jetzt auch fordert. Und er ist in diesem Rat total abgesoffen, hatte keine Chance.
Zu Georg Kupper. Da ist der Baudirektor gefordert und auch die Finanz- und die Gesundheitsdirektion. Aber eines kann Heinz Tännler ihm versichern. Er wird sich bemühen, so weit es im Rahmen der Kommission möglich ist, die Sache laufend zu begleiten, sich zu informieren und aufzunehmen, wenn etwas nicht rund läuft.
Der Kommissionspräsident hat in seinem Eintretensvotum gesagt, ein Scheitern der einen Vorlage würde nicht dazu führen, dass das andere Projekt nicht realisiert werden könne. Das muss er richtig stellen, das stimmt nicht ganz. Von der Staatskanzlei ist ihm eine Aktennotiz vorgelegt worden, aus der er zitieren möchte: «Der Regierungsrat hat den Projektleiter gestern zu einer Aussprache eingeladen und ihm auch diese Frage unterbreitet. Seine Ausführungen: Das Zentralspital wird auf der Teilfläche des Grundstücks Nr. 1421 gemäss Vorvertrag realisiert. Das Pflegezentrum hingegen wird auf der Parzelle der Stiftung realisiert, die gar nicht Gegenstand des Vorvertrags ist. Die Grenze zwischen diesen beiden Flächen verläuft genau zwischen Zentralspital und Pflegzentrum. Dies geht auch aus Ziffer 1.3 Abs. 1 des Vorvertrags hervor, wonach die Fläche gemäss Vorvertrag allein für das Zentralspital zu verwenden ist.» Sofern sich diese Ausführungen immer noch nicht befriedigen, schlägt der Votant vor, dass der Regierungsrat auf die 2. Lesung hin bei der Stiftung Spital Baar eine entsprechende verbindliche Willenserklärung einholt, dass beim alleinigen Bau des Zentralspitals ohne Pflegezentrum der Vorvertrag unverändert gilt. Und es sieht heute so aus, dass diese Willenserklärung auch abgegeben wird. Das wird noch formalisiert. Aber die hier anwesenden Stiftungsräte sind damit einverstanden. Insofern ist also dieser Punkt klar- und richtiggestellt.

Karl **Rust** sieht mit seinem Eintreten zwar die Notwendigkeit eines Neubaus, aber als Unternehmer hat er ein ungutes Gefühl. Denn ihm fehlt etwas Entscheidendes: der Blick über den eigenen Gartenzaun hinaus. Das Zuger Gesundheitswesen bewegt sich nämlich nicht im luftleeren Raum. Viel wird durch Bundesbern vorgegeben. Das haben wir bei der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) schon im Jahr 1996 erlebt. Und an diesem KVG wird im Moment wieder herumgebastelt. Die

zweite Teilrevision ist kurz vor dem Abschluss und soll – wenn der Schein nicht trügt – anfangs 2005 in Kraft treten. Das kann uns Zugerinnen und Zugern nicht gleichgültig sein. Denn eines der Kernstücke dieser Teilrevision ist eine neue Spitalfinanzierung. Die Krankenkassen haben sich demnach in der Zukunft über leistungsorientierte Pauschalen auch an den Investitionen der öffentlichen Spitäler zu beteiligen. Der Kanton muss anderseits künftig auch an die Behandlungen in Privatkliniken etwas bezahlen. Auch das zweite Kernstück der Vorlage, die Aufhebung des Vertragszwangs, hat möglicherweise Auswirkungen auf die ambulanten Tätigkeiten der Spitäler. Leider vermisst der Votant in den Ausführungen des Regierungsrats, aber auch der vorberatenden Kommission und der Stawiko zu diesen Punkten vertiefte Abklärungen. Er hat sich daher aus eigener Initiative an den schweizweit bekannten Gesundheitsökonomen Dr. Willy Oggier gewandt und sich von ihm informieren lassen. Er ist dabei in seiner Skepsis bestätigt worden, dass es genauerer Analysen des gesundheitspolitischen Umfelds bedarf.
Karl Rust ersucht daher den Rat, seinem *Antrag* zuzustimmen, *dass der Regierungsrat vor der zweiten Lesung dieser Vorlage die Auswirkungen der zweiten KVG-Teilrevision auf die kantonale Kostenentwicklung und das Bauvorhaben im speziellen darlegt.* Nur so kann das Parlament die hier diskutierte Vorlage in einen gesundheits- und finanzpolitischen Zusammenhang stellen. Dabei sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:
1. Welche Gesamt-Auswirkungen hat die 2. KVG-Teilrevision auf den kantonalen Finanzhaushalt (Planungshorizont 2008)?
2. Welche Auswirkungen hat die 2. KVG-Teilrevision auf die Übernahme der Investitionskosten von Spitälern durch die Krankenkassen?
3. Welche Auswirkungen hat die 2. KVG-Teilrevision auf die den Kommissionen und dem Parlament präsentierten Betriebskostendaten der SBZ AG? Welche Folgen ergeben sich für eine allfällige Nachzahlungsverpflichtung des Kantons gegenüber der SBZ AG?
4. Gilt für die Investitionskostenübernahme der Krankenversicherer im Rahmen leistungsorientierter Pauschalen der Zeitpunkt des Baubeschlusses oder der Zeitpunkt des Baubeginns? Welche Auswirkungen hätte eine Verschiebung des Baubeginns auf einen Zeitpunkt nach Inkrafttreten der 2. KVG-Teilrevision?
5. Wie hoch schätzt der Regierungsrat das Risiko ein, dass die anfallenden Investitionskosten nach Inkrafttreten der 2. KVG-Teilrevision durch die leistungsorientierten Pauschalen bei der SBZ AG nicht zur Hälfte auf die Krankenkassen überwälzt werden können, weil im interkantonalen Vergleich zu teuer und aufwendig investiert wird? Wie hoch schätzt der Regierungsrat das Risiko ein, dass der Kanton entsprechend auf den anfallenden Mehrkosten sitzen bleibt?
6. Falls gegenüber heute mit kantonalen Mehrkosten zu rechnen ist: Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat in die Wege zu leiten, um dieses Kostenwachstum einzudämmen? Welche Möglichkeiten sieht er in der Einschränkung des Leistungsauftrags und der vermehrten Nutzung von Synergien zwischen den verschiedenen zugerischen Spitälern, die auch Auswirkungen auf das hier zu bewilligende Bauvorhaben haben könnten?
7. In der Privatwirtschaft ist es üblich, dass für solche Grossinvestitionsvorhaben Business-Pläne erstellt werden. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass bei solch grossen gesundheitspolitischen Unsicherheiten für ein Bauprojekt wie dasjenige in Baar ein möglichst detaillierter Businessplan ausgearbeitet werden muss? Wie sieht

ein solcher Businessplan unter Einbezug der zu erwartenden Effekte der 2. KVG-Teilrevision aus?

Jean-Pierre **Prodolliet** war 1999 einer derjeniger, welche gegen den damaligen Objektkredit von 105 Mio opponierten. Mittlerweile sind wir so weit gekommen, wie wir damals forderten. Wir wissen etwas mehr über die Kosten, und siehe da, es sieht ganz anders aus. Und wir wissen, was wir dafür erhalten. Dies ist sehr wichtig. Es geht um Entscheidungen von grosser Tragweite, nämlich um die Art unserer Spitalversorgung der nächsten 4 bis 5 Jahrzehnte. Es ist unerlässlich, dass aufgekommene kritische Fragen gestellt werden und in aller Gründlichkeit beantwortet werden. Der Votant hat drei Fragen, mit denen er sich im Lauf der Kommissionsberatung beschäftigte.
1. Ist dieses Projekt nicht allzu generös und zu grosszügig? Denn es ist doch auffällig, dass es über grosszügige Eingangshallen verfügt, über Reserveräume bei den Bettenzimmern und über die umstrittenen Arztpraxen. Die Antwort des Votanten: Gerade diese etwas grosszügige Umsetzung des Raumprogramms ermöglicht, dass sich das Spital den im Laufe der Zeit notwendig werdenden Veränderungen und allfälligen neuen Bedürfnissen anpassen kann. Es besteht Nutzungsflexibilität im Innern, ohne dass gleich erweitert werden muss. Eine solche Investition ist deshalb weitsichtig und überzeugend.
2. Ist dieses Glaspalast-Projekt nicht ein luxuriöses Projekt, das nur den Prestige-Ansprüchen der Architekten genügt? Ist dieses Projekt wirklich eine zweckmässige Antwort auf die gestellten Anforderungen? Um diese Frage beantworten zu können, hat Jean-Pierre Prodolliet in der Kommissionsberatung weitere Unterlagen verlangt. Er kommt zu folgendem Schluss: Das Material Glas ermöglicht ein Fassadenkonzept, das energetisch effizient ist und zusammen mit den Systemen Lüftung und Aussenbeschattung für jeden Raum das geforderte Raumklima gewährleisten kann. Es wird auch Sonnenenergie genutzt und das Projekt ist nicht unökologisch, wie von der AF gesagt wurde. Damit erreicht man ja auch den Minergiestandard. Mit einem nicht unerheblichen, aber vertretbaren technischen Aufwand wird eine Qualität erreicht, die dem Zweck des Bauwerks angemessen ist.
Schliesslich kommen wir an der Frage nicht vorbei, ob mit dem Totalunternehmervertrag, den der Kanton abschliesst, seine Interessen auch wirklich sichergestellt sind. Oder salopper formuliert: Kann hier etwa der Kanton vom TU über den Tisch gezogen werden? Wir haben den Vertrag angeschaut und sind zum Schluss gekommen, dass die Stellung des Kantons gut ist. Der TU-Vertrag räumt dem Kanton ein starkes Mitspracherecht ein. Dies ist wichtig, weil es darum geht, nicht nur mit dem Kostendach eine Kostengarantie zu haben, sondern auch auf die Qualität der Gegenleistung Einfluss zu haben. Das kann nur erreicht werden, wenn bei den Arbeitsvergebungen Einfluss genommen werden kann. Diese Bedingung ist erfüllt.
Wenn der Kanton ein Mitspracherecht hat, so hat er auch eine entsprechende Verantwortung. Die SP-Fraktion hat nun hier noch zwei Anliegen: Sie ist der Meinung, der Auswahl der Personen, die in der Projektorganisation mitwirken, solle grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Insbesondere sollten jüngere Personen zum Zuge kommen, welche die Zukunft der Spitalversorgung noch mitgestalten werden. Hier ist kein ideales Betätigungsfeld für ausgemusterte Spitaldirektoren im Rentenalter. Das zweite ist, dass der Kanton, d.h. der Kantonsrat, etwas über den Gang der Dinge informiert sein sollte, wie das auch Gregor Kupper angesprochen hat. Wir werden Ihnen deshalb in der Detailberatung eine Antrag stellen für einen Artikel, der

die Projektorganisation dazu verpflichtet, die Kommission für Spitalfragen einmal jährlich zu informieren.

Kathrin **Kündig** weist darauf hin, dass laut Spitalgesetz sowie im Gesetz über das Zentralspital die gesetzliche Grundlage besteht, wonach der Regierungsrat verpflichtet ist, die medizinische Grundversorgung sowie die erweiterte Grundversorgung in einem eigenen Spital sicherzustellen. Dieser Grundlage folgend wird heute, wie seit mehr als drei Jahrzehnten, in Zug die Spitalpolitik diskutiert. Das derzeitige Kantonsspital wurde erstmals 1857 erbaut und in den Jahren 1932, '64, '67, '79, '92 und zuletzt 1996 den Erfordernissen angepasst und nach und nach ausgebaut. Irgendwo zwischen diesen Daten liegt die Geburt der Votantin und ihr erster Arbeitstag in diesen Räumlichkeiten. Die sukzessiven baulichen Anpassungen durch die Jahrzehnte haben die heutige sehr heterogenen und z.T. überalterten Bausubstanz zur Folge. Das beinhaltet altersentsprechend anfällige Kanalisationssysteme, sanitäre und elektrische Anlagen und anderes mehr. Das derzeitige Budget für den allernotwendigsten technischen und baulichen Unterhalt liegt bei 1,4 Mio Franken jährlich, mit steigender Tendenz.
Dass in dieser Situation Handlungsbedarf besteht, steht ausser Frage. Uneinigkeit besteht indes über die Art der Problemlösung. Hierbei stehen sich die Konzepte der Teilerneuerung am bisherigen Standort und der Neubau des Zentralspitals Standort Baar gegenüber. Die veranschlagten Kosten von Teilerneuerung und Neubau halten sich annähernd die Waage. Von dieser Seite her bestehen also keine Sachzwänge, die eindeutig dafür sprechen würden, eine Realisierung am bisherigen Standort zu favorisieren. Vielmehr bietet ein neu erbautes Zentralspital mit Standort Baar alle augenfälligen Vorteile der Investition in einen Neubau und ein reformiertes, optimiertes Spitalkonzept, gerade auch was die bedeutende Konkurrenzfähigkeit auf dem hart umkämpften Gesundheitsmarkt angeht. Hier seien nur die Attraktivität für qualifiziertes Fachpersonal und die somit gesteigerten Versorgungsstandards erwähnt. Aber auch potenzielle zusätzliche Rekrutierung im Sektor der Privat-Versicherten, der bisher überdurchschnittlich von der AndreasKlinik bedient wird, ist ein bedeutender Faktor. Dass dies zu mehr Wirtschaftlichkeit und Rentabilität und damit größtmöglicher finanzieller Unabhängigkeit von kantonalen Subventionen führt, muss nicht besonders hervorgehoben werden. Ein weiteres entscheidendes Argument liegt schlicht darin, dass zwei Drittel der Gesamtbevölkerung des Kantons grundversichert sind und Anspruch auf eine zeitgemässe, moderne medizinische Versorgung haben. Der Regierungsrat erachtet deshalb die Investition in ein neu erbautes Kantonsspital und Pflegezentrum nach sorgfältiger Abwägung der Kosten-Nutzen-Rechnung als notwendig und sinnvoll. Allgemein kann Zug eine Infrastruktur vorweisen, die auch im Bereich der öffentlichen Hand auf hohem bis höchstem Niveau anzusiedeln ist. Im Bildungswesen wurden zur Erreichung höchster Standards innerhalb von zehn Jahren für das GIBZ (Gewerblich-Industrielles Berufsbildungszentrum) und das KBZ (Kaufmännisches Bildungszentrum Zug) zusammengenommen etwa 210 Mio Franken erfolgbringend investiert. Nun ist eine Anpassung an konkurrenzfähige Standards auch im Bereich öffentlicher Gesundheit erforderlich und legitim. – Der Kanton braucht ein neues Zentralspital und wir sind in der Lage, es der Bevölkerung zu ermöglichen.

Michel **Ebinger** möchte zuerst eine Vorbemerkung zum Parkhaus machen. Er geht davon aus, dass die AF einen Antrag stellen will. Sie wissen ja, dass der Votant monatelang in Luzern als Gast des Kantonsspitals war. Jedes Mal, wenn wir in Luzern einen Termin hatten, mussten wir mindestens eine halbe Stunde vorher zum Kantonsspital Luzern fahren, weil dort zu jeder Tageszeit eine Warteschlange von Autos stand. Das Parkhaus wurde von Anfang an zu klein gebaut. Ob das umweltpolitisch sinnvoll ist, den ganzen Tag Autos mit laufendem Motor vor einem Parkhaus warten zu lassen? Michel Ebinger ist überzeugt, dass das geplante Parkhaus in Baar jetzt schon viel zu klein ist. Aber er wird nicht den Antrag stellen, dass wir es erweitern.
Er möchte zu dieser Spitalvorlage noch einige persönliche Eindrücke loswerden. Wie schon erwähnt, wohnte er im Hotel Kantonsspital Luzern, und er fragt den Rat: Wollen Sie uns Zugern vorschreiben, wie «schitter» wir in einem Hotel wohnen sollen. So überheblich sind Sie sicher nicht. Der Votant kommt zu den wahren Gründen, die hier zur Diskussion stehen. Der erste ist: Die Stadt Zug will nicht begreifen, dass das Stimmvolk entschieden hat, dass das Kantonsspital in Baar zu stehen kommt. Die Stadtzuger Politiker wollen das mit allen Mitteln verhindern, obwohl das der beste Standort ist. Ein weiterer Grund ist, dass die AndreasKlinik die Konkurrenz scheut. Obwohl sie durch das KVG gesichert ist. Der Kanton Zug wird die AndreasKlinik auch weiterhin unterstützen müssen, und gemäss dem neuen KVG sogar noch mehr als bisher. Sie hat also nichts zu befürchten und deshalb versteht Michel Ebinger das Lamento nicht.
Er hat hier das Argumentarium der Gegner. Dort heisst es «Pro vernünftige Spitalpolitik». Der Votant möchte einwenden, dass wir eine vernünftige Spitalpolitik *haben*. Er zitiert noch die ersten Sätze: «Durch die Vorlage und den Kommissionsbericht ziehen sich wie ein roter Faden Begriffe wie „hotelähnliches Ambiente“.» Ja wollen Sie denn ein Spital, das kein hotelähnliches Ambiente hat? Ein Spital ohne Caféteria, wo man einfach im Zimmer hockt und draussen nichts tun kann? Ein Spital ohne hotelähnliches Ambiente gibt es nicht! Weiter heisst es dort: «Attraktive Spitalzimmer». Wollen Sie wirklich, dass unsere Patienten in Hühnerställen wohnen? Weiter heisst es: «Erweiterungsmöglichkeiten». Wollen Sie 260 Mio investieren ohne Erweiterungsmöglichkeiten? Das ist doch Blödsinn. Weiter heisst es: «Nachholbedarf im Vergleich zu anderen Kantonen». Haben Sie wirklich das Gefühl, das Kantonsspital Zug sein ein attraktives Spital? Michel Ebinger war zwar nur kurz dort, aber es ist kein attraktives Spital mehr. Weiter heisst es: «Magnetwirkung des Neubaus». Ein attraktives Spital ist ein Standortvorteil und der Kanton muss jeden dieser Standortvorteile, den er hat, behalten. Es ist nicht zu begreifen, wie man als bürgerlicher Politiker ein solches Argumentarium unterschreiben kann. Es sind alles Begriffe, die für einen bürgerlichen Politiker entscheidend sind. Wollen wir Marktwirtschaft oder nicht? Auch in der Spitalplanung. Der Votant hat hier leider keinen Papierkorb, sonst würde er dieses Argumentarium dort hinein werfen. Man kann also sagen, dass die Argumente der Gegner oberflächlich sind. Schauen Sie sich doch bitte das neue KVG an. Dort erhalten sie sehr viele Antworten auf Fragen, die vorher von Karl Rust gestellt worden sind. Wir werden keine andere Chance haben. Das neue KVG wird uns verpflichten, die AndreasKlinik noch vermehrt zu unterstützen. Weiter heisst es im Argumentarium: «Das Zentralspital ohne NFA ist ohne Steuererhöhungen nicht möglich.» Aber wollen Sie tatsächlich dem Zuger Stimmvolk erklären, wie Sie 120 Mio mehr nach Bern senden wollen und deswegen auf ein neues, attraktives Spital verzichten müssen? Erklären *Sie* das dem Stimmvolk, aber ohne den Votanten.

Andrea **Hodel** spricht einerseits für die FDP-Fraktion, anderseits aber auch als ehemalige Sekretärin des Gewerbeverbands zum Antrag Moritz Schmid. Sie kann das Gewerbe nicht verstehen. Es schreibt in seinem Brief vom 25. Juni einerseits, hohe Investitionen würden die Staatsrechnung zu stark belasten, damit unsere Standortattraktivität negativ beeinflussen. Anschliessend hat er im selben Brief Angst davor, dass Arbeiten zu tief vergeben würden und damit die Kosten zu Lasten der Mitglieder des Gewerbes gesenkt werden könnten. Die Votantin erinnert sich noch, als wir das Submissionsgesetz einführten – sie war damals noch Sekretärin des Gewerbeverbands. Sie verbrachte Stunden damit, dem Gewerbe zu erklären, dass es nicht so tragisch ist, wenn es keine Abgebotsrunden mehr gibt, sondern das wirtschaftlich günstigste und meistens preislich billigste den Zuschlag erhält, ohne Diskussion und Nachbesserungsmöglichkeit. Dies wird heute in diesem Fall weiterhin vorgenommen. Es wurden die Gemeinden Steinhausen und Unterägeri erwähnt, die vom Gewerbe gelobt wurden, dass sie diese Abgebotsrunden beibehalten haben. In der Privatwirtschaft ist es üblich. Und nun wird genau das vehementestens kritisiert. Zusammenfassend hält Andrea Hodel fest: Wir haben mit diesem TU-Vertrag eine sehr gute Chance, dass unser Gewerbe Arbeit erhält. Die unternehmerische Verantwortung liegt weiterhin beim Gewerbe. Das kann uns das Gewerbe nicht vorwerfen.

Leo **Granziol** weiss, dass der Rat alles, was er sagt, als Interessensvertretung der AndreasKlinik qualifiziert, weil er dort Verwaltungsrat ist. Aber er hat zu diesem Thema auch seine eigene Meinung und diese will er hier vertreten. Wenn Sie das nicht akzeptieren, dann müssten Sie auch alle Baarer Gemeinderäte entsprechend qualifizieren, denn dort sind auch handfeste Interessen vorhanden. Schliesslich erhält Baar ein neues modernes Spital im Gemeindezentrum und damit eine weit bessere Ausgangslage für das Pflegezentrum. Wenn er Baarer wäre, gäbe es für ihn natürlich auch keine Frage. Aber für die anderen Zuger gibt es schon noch einige Fragezeichen. Er ist auch erstaunt, wie viele sich in kurzer Zeit von starker Ablehnung des Projekts zu grossen Zustimmern gewandelt haben. Für ihn wurde die ganze Sache zur Farce, als die grosse Lüge entlarvt wurde, das Spital sei für 100 Mio zu haben. Sie reiht sich in die Lügen ein, die uns schon aufgetischt wurden, als es um die KVG-Renovation ging. Da wurde landauf landab behauptet, es gebe dann billigere Krankenkassenprämien. Was haben wir heute? Sie sind dauernd gestiegen. Er möchte nur zwei Sätze zitieren aus dem damaligen Stawiko-Bericht: «Wir erinnern auch daran, dass der Generalunternehmer K. Steiner im Jahre 96 die Kosten für ein voll ausgerüstetes Zentralspital mit 160 Betten auf 75 Mio berechnet hat. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der nun beantragten höheren Bettenzahl erscheinen die veranschlagten Kosten von 105 Mio realistisch.» Unterzeichnet von Toni Gügler. Dann die Spitalkommission in der gleichen Sache: «Die Vertreter der Baudirektion konnten glaubhaft versichern, dass es sich bei den veranschlagten 105 Mio um eine realistische Zahl, weder mit grossen Reserven nach unten noch nach oben handelt. Man ist überzeugt, dass mit diesem Kredit das Vorhaben zu realisieren ist. Und dass nicht mit unliebsamen Überraschungen zu rechnen sein wird. Die Berechnungen basieren auf Vergleichszahlen. Zu wissen ist in diesem Zusammenhang noch, dass in diesem Kredit ein voll ausgerüstetes Spital mit sämtlichen Infrastrukturen, Geräten und Apparaten enthalten ist.» War das nicht seriös vorberei-

tet? Damals hörten wir hier genau die gleichen Sprüche. Es ist seriös geprüft worden, alle Kommissionen waren dahinter, genau das Selbe wie heute. Heute behaupten sie auch wieder, seriös geprüft zu haben. Was verspricht uns, dass es wirklich so ist? Die Glaubwürdigkeit hat stark gelitten, weil die Planer und schliesslich auch der Regierungsrat sich über alle Vorsätze und Vorgaben hinsichtlich Kostenrahmen und Volumen hinwegsetzten. Und das teuerste aller Wettbewerbsprojekte zum Sieger auserkoren. Sieger kann man in Anführungszeichen setzen, weil nämlich derjenige siegte, der am weitesten daneben geschossen hatte. Der Votant darf aber doch feststellen, dass auch andere und gewichtige Kreise diesen Vorlagen sehr skeptisch gegenüberstehen.
Zunächst zwei Vorbemerkungen: Leo Granziol ist auch der Auffassung, dass diese Vorlage eigentlich gar nicht spruchreif ist, solange die Regierung den Entscheid über das Ausbaugesuch der AndreasKlinik nicht gefällt hat. Für das zweite scheint sich nun eine Lösung abzuzeichnen. Es steht im Vorvertrag mit der Stiftung Baar klar, dass das Land nur verkauft wird an das Zentralspital, wenn beide Vorlagen akzeptiert werden vom Regierungsrat und vom Volk. Heute hat Herr Dübendorfer behauptet, es sei eine Erpressung, wenn der Votant nun verlange, dass er auch zustimme, dass das Land ans Spital verkauft werde ohne Pflegeheim. Aber offensichtlich ist es inzwischen gelungen, diesen Entscheid zu treffen. Er muss vorhanden sein, sonst ist der Stimmbürger irregeführt, dass er die Wahl hat.
Den Votanten stört gewaltig, wenn der Staat Privaten Konkurrenz macht, und zwar nicht nur als Verwaltungsrat, sondern generell. Deshalb einige Bemerkungen zum Subsidiaritätsprinzip, das bei der Spitalplanung völlig vergessen ging. Man tut seitens der Regierung und gewisser Kantonsräte alles, um die AndreasKlinik schlecht zu machen. Offensichtlich will man ein staatliches Monopol für die Spitalversorgung in Zug. Das Konzept Zentralspital plus gilt nicht mehr. Was das mit bürgerlicher Politik zu tun hat, muss man ihm noch erklären. Es wird ein Spital gebaut, das 20 % mehr Betten aufweist, als heute betrieben werden, und der AndreasKlinik wird gleichzeitig jeder Ausbau verboten. Die Regierung schreibt, der Ausbau der AndreasKlinik würde mit einem Verlust an kantonaler Versorgungsautonomie und -hoheit bezahlt. Wäre das so tragisch? Ist es denn soviel besser, was der Kanton macht, und welchen Einfluss hat er denn auf die verselbständigte Spital AG? Sind denn nicht Spital und Zentralspital in autonome Aktiengesellschaften verselbständigt worden? Wo ist denn da die sogenannte kantonale Hoheit? Er weiss auch nicht, wieso in anderen Kantonen eine Zusammenarbeit mit Privatspitälern möglich ist, aber in Zug das als zu wenig zuverlässig betrachtet wird? Es gibt inzwischen viele Kantone , die ihre Spitäler nicht erweitern, sondern Leistungen z.B. durch die Hirslanden-Spitäler erbringen lassen; da spielt der englische Investor offenbar keine Rolle. Z.B. der Kanton Aargau hat seine gesamte Herzchirurgie an die Hirslanden übertragen, der Kanton Waadt die Dialyse, der Kanton Graubünden ebenfalls die Herzchirurgie. Wieso nicht diesen Pfad gehen, Verträge abschliessen mit solchen Spezialkliniken, wie es übrigens auch im Spitalgesetz § 6 vorgesehen ist. Der Kanton hat sich bislang gar nie um solche Ausgliederungen bemüht, Sie können das in den Protokollen der Spitalkommission nachlesen. Weil man eben die Grundversorgung und erweiterte Versorgung in Zug machen will. Das ganze Zentralspital ist ein Wunschkatalog. Alles was von der Ärzteschaft gewünscht wurde, wird verwirklicht. Nie wurde von der Regierung oder von einem Vertreter des Verwaltungsrats gesagt, das machen wir nicht, das kaufen wir ein oder das lösen wir mit anderen Kliniken vertraglich. Kann mir jemand sonst erklären, wieso das Spital gegenüber dem ursprünglichen Projekt um 40 % grösser

geworden ist? Vergleichen Sie mal die Zahlen zwischen der ursprünglichen KR-Vorlage 884.1 vom November 2000 und jetzt. Die Geschossfläche steigt von 24'000 auf 32' 000 m^2, das Gebäudevolumen von 90'000 auf 140'000 $m^{3.}$ Die Planungsvorgaben sind der Regierung völlig entglitten. Herr Tännler: Raumprogramm eingehalten durch das Wettbewerbprojekt! Schauen Sie in der Vorlage nach! Die Nettofläche, die im Raumprogramm war im Jahr 2000, waren 17‘500 m^2, das Wettbewerbsprojekt Vitale hat 20'000 m^2 Nettofläche. Das sind ungefähr acht grosse Einfamilienhäuser grösser. Es muss mir doch niemand sagen, dass diese Vitale-Projektersteller die Wettbewerbsvorgaben eingehalten haben. Damals waren Sie ja gleicher Meinung, dass überhaupt kein Projekt die Vorgaben eingehalten hat. Es wurde dann korrigiert, ist aber nun wesentlich grösser.
Nun, aus der Antwort der Regierung wird ja deutlich, dass die AndreasKlinik nicht ausbauen darf. Wenn aber schon keine Zusammenarbeit gewünscht ist, weil man sagt, sie sei zu wenig zuverlässig, wieso ist das ein Grund, der AndreasKlinik einen Ausbau zu verbieten? Fürchtet man die Konkurrenz? Für die Zuger Planer war dieses Spital mit 180 Betten von Anfang an klar: Es muss so gebaut werden, damit all die Chefärzte und Oberärzte für die vielen Disziplinen beschäftigt und bezahlt werden können und deshalb wurden Kooperationen gar nie in Erwägung gezogen. Aber es ist ja nicht nur die Konkurrenz, sondern die Tatsache, dass der Hauptkonkurrent eines privaten KMUs, das übrigens gut funktioniert und gute Leistungen erbringt, eine ganz ungewöhnliche Machtkonzentration besitzt. Er kann der Konkurrenz jeden Ausbau verhindern, Ärzte, Hebammen zulassen oder nicht und in erster Instanz sogar über den Tarif entscheiden, den die Klinik von den Krankenkassen erhält. Und sie kann ein eigenes Spital aufbauen, in dessen Grösse er sich nur selbst beschränken kann, je nach dem Leistungsauftrag, den er sich gibt. Alles in allem eine Angelegenheit mit starker monopolistischer Schlagseite. Und das missfällt Leo Granziol in der Handhabung der Spitalpolitik durch die Zuger Regierung; man will den gut funktionierende KMU-Betrieb der AndreasKlinik marginalisieren und mit staatlichen Mittel konkurrenzieren. Dass damit Konkurrenz verhindert wird, ist die negative Folge. Die Spiko schreibt zwar, dass Konkurrenz auch im Gesundheitswesen positiv sei, nicht aber wenn sich beide Konkurrenten im gleichen Markt bewegen. Wenn sie sich nicht im gleichen Markt bewegen würden, wären sie auch keine Konkurrenten. Konkurrenz sichert jedoch Qualität und Effizienz. Alle bürgerlichen Parteien müssten eigentlich froh sein, wenn mit privater Initiative Aufgaben gelöst werden und nicht durch den Staat. Denn Letzteres ist meist ineffizient, sicher aber teurer. Die CVP, die SVP wollen für KMU da sein, und für die FDP galt immer schon, so wenig Staat wie möglich, aber das will man im Gesundheitswesen offensichtlich nicht akzeptieren.
Das gleiche passiert auf der Seite der Ärzteschaft: Man baut zwölf Arztpraxen auf Staatskosten und konkurrenziert damit die heutigen Ärzte auf dem Platz Zug. Die bestehende Ärzteschaft des Kantons hat die Wahl, sich entweder schleunigst um eine der Praxen zu bewerben oder sich in der Folge einer Phalanx von Spezialärzten am Zentralspital gegenüber zu sehen. Die Ärzteschaft ist damit überhaupt nicht zufrieden. Das wäre ja etwa so, wie wenn man im Grundbuchamt ein Notariat eröffnen würde, wo man dann direkt Beurkundungen machen könnte. Da würden Sie auch sagen, das gehe zu weit.
Schliesslich ist die Ausgestaltung des TU-Vertrags gegen das Gewerbe gerichtet. Baudirektor und Gesundheitsdirektor tricksen das Zuger Baugewerbe aus, indem sie mit einem TU einen Vertrag mit Abgebotsrunden abschliessen. Offensichtlich haben sie ihre Stammwähler vergessen. Und jetzt kommen Sie fünf nach zwölf mit einer

Nachbesserung, die der Kommissionspräsident noch besorgt hat, wohlverstanden nur von einem Partner des gesamten TU-Teams, er müsste sicher von beiden kommen und auch von Peikert unterschrieben sein. Aber das hilft nichts, es gibt keinen klagbaren Anspruch, dass er das dann auch anwendet. Das Einzige, was hier dem Gewerbe helfen würde, wäre die Anwendung der Submissionsordnung, weil es dort ein Verfahren gibt, dass ganz klar sagt, was passieren muss, wenn die Submissionsordnung nicht eingehalten wird, wenn die Vergabe nicht sauber geschieht. Und jetzt haben Sie auch mit dieser Garantie Abgebotsrunden. Es ist sehr wohl möglich, dass der TU Unternehmer beiziehen kann, sei es aus Süddeutschland oder aus Österreich, wenn es um die Fenster geht, und dann den Zuger Unternehmern sagt: Das sind die Fensterpreise. Entweder machst du das so oder sonst vergeben wir den Vertrag nach auswärts. Deshalb begreift der Votant das Gewerbe völlig, wenn es sagt: Hier stimmen wir nicht bei.
Er kann diesem Spitalprojekt nicht zustimmen, es ist zu gross und wird den Steuerzahler auf Jahrzehnte viel Geld kosten wird, mehr als wenn der Kanton sich auf eine bescheidenere Lösung konzentrieren und Kooperationen abschliessen würde. Wir haben diesen Kreislauf der Kostensteigerung auf der einen Seite. Die Betriebskosten des Zentralspitals wachsen gewaltig. Das wird zweifellos auch einen Prämienanstieg zur Folge haben. Und einfach zu sagen: Das haben wir in jedem Fall, dem kann Leo Granziol nicht zustimmen. Man kann Leistungen einkaufen und hat dann keine teuren Vorhaltekosten. Wir werden in diesem Spital sehr teuere Vorhaltekosten haben für all die Disziplinen. Sie werden Ärzte haben, Chefärzte, Oberärzte, die brauchen Assistenzärzte, die brauch entsprechend Schwestern etc. Und der Votant sieht nie, dass man dann sagen wird: Wir entlassen die Leute, wenn die Auslastung nicht 100 % ist. Das sind die teuren Vorhaltekosten. Wenn ich den Fall auswärts gebe, zahle ich nur die Fallkosten. Das wäre viel besser.
Noch eine Richtigstellung zum behaupteten Aktionärswechsel der AndreasKlinik. Es ist falsch zu sagen, sie habe die Hand gewechselt. Nicht sie hat die Hand gewechselt, sondern die Holding. Es ist auch nicht richtig, wenn die Kommission nun ihre Darstellung der Besitzeswechsel und ihre Behauptung, die AndreasKlinik sei heute in der Hand eines britischen Investors, dessen strategischen Ziele im Detail nicht bekannt seien, zum Anlass nimmt, weitere Kooperationsmöglichkeiten zwischen dem Kanton und der Klinik auszuschliessen. Das ist für uns nicht verständlich. Denn die Absichten der Aktionäre der Hirslanden Gruppe mit ihren 12 Schweizer Kliniken und 44 weiteren Spitälern differieren überhaupt nicht von denjenigen der vorherigen Aktionärin UBS, nämlich diese Kliniken erfolgreich weiterzuführen. Und schliesslich muss der Votant auch bekannt machen, dass das Grundstück der AndreasKlinik der Bürgergemeinde Cham gehört, die sich vertraglich ein Kaufrecht für die Spitalgebäude ausbedungen hat, für den Fall dass diese Klinik zweckentfremdet und nicht mehr als Spital genutzt wird. Damit besteht völlig unabhängig von den Besitzesverhältnissen die Gewähr, dass die AndreasKlinik als Spital weiter betrieben wird. Er begreift nicht, dass die Spiko und die Gesundheitsdirektion sich am englischen Investor stören. Wieso ist das plötzlich ein Problem in einem Kanton, der sonst alle möglichen ausländischen Gesellschaften willkommen heisst.
Leo Granziol sieht weiterhin keine Hindernisse für ein Kooperation in Teilbereichen, Eine Kooperation, die Dutzende von Mio sparen würde. Denn wir müssten dann als Steuerzahler nur Fallkostenbeiträge zahlen und hätten nicht die teuren Vorhaltekosten. Fragen Sie Ihre Bekannten und Verwandten. Es ist doch bereits heute Tatsache: Wenn jemand ein spezielles Wehwehchen hat, geht er möglichst in eine Spezialkli-

nik. Wir gehen nach Luzern in die Augenklinik, zur Schulthessklinik für Meniskus, Hüften etc, zur Hirslanden für Herzsachen, an die Universitätsklinik Dermatologie für Hautprobleme, zur Bestrahlung bei Krebs geht man auch an spezielle Kliniken, selbst für Nachbehandlung von Krebsoperationen geht man nach Luzern, zu den Anthroposophen nach Basel usw.. Da ist kein Weg zu weit und da hat es auch immer Kapazitäten. Hirslanden hat ebenfalls solche Kompetenzcenter, wo Tausende von Patienten mit gleichen Beschwerden behandelt werden. Und da will der Kanton und die Gesundheitsdirektion behaupte, dieser Klinikverbund sei für eine Zusammenarbeit nicht geeignet. Da hat der Votant echt Mühe. Sicherlich haben diese Spitäler auch Kosten für spezielle Eingriffe. Aber es kann dem Votanten niemand weismachen, dass es dann im Zentralspital billiger gehen soll als in einer hochspezialisierten Klinik. Und nochmals: Wir zahlen dann nur Fallkostenbeiträge und nicht die teuren Vollkosten. Noch nie hat der Staat etwas günstiger geleistet oder vollbracht als der Private. Hier aber hat Leo Granziol das Gefühl, dass nur das Beste und Teuerste gut genug war. Die Regierung will quasi einen Ferrari kaufen, auch wenn die Einnahmen gebieten würden, einen Mittelklassewagen zu stellen.
Und abschliessend zu Frau Töndury: Auch die AndreasKlinik hat Vierbetten-Zimmer. Die mussten gemacht werden. Wir hätten gerne auch die allgemein versicherten Patienten in Zweibetten-Zimmer getan, aber die Krankenkassen wollten nicht mehr bezahlen. Sie haben verlangt, dass diese Leute in Vierbetten-Zimmern oder möglichst noch grösseren untergebracht werden. Mit diesem Problem wird auch das neue Zentralspital zu kämpfen haben. Und da kommt Leo Granziol noch auf die Betriebsrechnung. Sie geht erstens von einer Steigerung der Patientenzahl aus und zweitens davon, dass die Krankenkassen nach wie vor den Anteil übernehmen, den sie heute übernehmen. Allerdings bei viel tieferen Kosten. Sie haben dann ja neu Patientenkosten, die weit über 1'000 Franken liegen. Ob die Krankenkassen diese Steigerung mitmachen, dazu möchte der Votant ein Riesenfragezeichen setzen. Wieso ist das Kantonsspital heute schon im Tarifstreit mit den Krankenkassen, da es ja um viel weniger geht? Und wir von der AndreasKlinik sehen das auch. Marginale Erhöhungen bei den Krankenkassen haben Streite bis zum Bundesrat bewirkt, der dann jahrelang nicht entschied. Der Tarifstreit, der seinerzeit diese Problematik bei der AndreasKlinik auslöste und einen Überbrückungskredit notwendig machte, ist vom Bundesrat bis heute nicht entschieden worden. So läuft das beim Bundesrat und das Gleiche wird hier geschehen. Bis der Kantonsspital höhere Tarife erhält, werden wir hier bluten müssen. – Leo Granziol stellt Antrag auf Rückweisung.

Die Beratungen werden hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

11. SITZUNG: DONNERSTAG, 3. JULI 2003
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.15 – 17.35 UHR

VORSITZ Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil

PROTOKOLL Guido Stefani

157 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 79 Mitgliedern.

Abwesend ist: Dolfi Müller, Zug.

158 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND NEUBAU DES ZENTRALSPITALS IN BAAR

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1084.1/.2 – 11067/-68), der Kommission (Nr. 1084.3 – 11190) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1084.4 – 11191).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 156).

Thomas **Brändle** unterstützt als KMU-Unternehmer den Antrag von Moritz Schmid. Ein 30 % über dem vorgegebenen Kostendach liegendes Projekt gewinnt einen Wettbewerb. Das Volk lehnt das Projekt aus Kostengründen ab. Danach können die Kosten auf wunderliche Weise um 20 % gesenkt werden – ohne Qualitätseinbusse innerhalb von vier Monaten. Wenn der Votant eine neue Backstube baut, würde er gerne die Talente der Baudirektion in Anspruch nehmen. Laut Kommissionsbericht unterstellt sich der Totalunternehmer grosszügigerweise freiwillig dem kantonalen Submissionsgesetz und wird gleichzeitig von einem Verzicht auf eine Abgebotsrunde

entbunden. Die Baudirektion sichert sich ein Vetorecht für die Vergabe der Aufträge. Heute wird eine rechtlich fragwürdige Zweidrittelgarantie präsentiert. Wozu dieses Kauderwelsch, wenn man sich einfach ans Submissionsgesetz halten könnte? Im Wahlkampf werden wir nicht müde, die KMUs als Rückgrat der Schweizer Wirtschaft mit Liebeserklärungen einzudecken und jetzt werfen wir ihnen einen Haifisch in Form einer Abgebotsrunde ins Becken. 36 Kolleginnen und Kollegen sind Mitglieder der kantonsrätlichen Gewerbegruppe und die Linke kämpft für die teure Frühpensionierung der Bauarbeiter. Wenn dieses Parlament unseren Antrag unterstützt, stimmt es für Transparenz und fairen Wettbewerb. Wenn es ihn ablehnt, dann lässt es den Haifisch ins Becken.

Jacques-Armand **Clerc** hat sich trotz seiner Befangenheit als ehemaliger Wettbewerbs-Teilnehmer entschlossen, gegen das vorliegende Spitalprojekt einzustehen, denn auch seine Kenntnisse wurden erweitert. Es ist nicht einfach der Frust, der ihn dazu bewegt. Für ihn bekommt die Angelegenheit immer mehr Parallelen mit der seinerzeitigen KVA Fänn. Dort wurde auch von Notstand gepredigt; sie wurde nicht gebaut. Das Resultat kennen wir heute: Es läuft normal weiter. Wer fragt, verzögert, wer dagegen ist, gefährdet die Zuger Volksgesundheit und Volkswirtschaft. So als hätten wir im Kanton Zug Verhältnisse wie in Lambarene. Wenn wir uns aber den historischen Ablauf dieser Vorlage in Erinnerung rufen, müssen wir feststellen, dass irgendwann im Verlaufe der Vorbereitung und Konkretisierung des Projekts die ganze Angelegenheit den Verantwortlichen aus dem Ruder gelaufen ist. Wir reden heute nicht mehr über 100 oder maximal 105, sondern über 200 Mio, d.h. im Endeffekt über 100 % mehr, als uns und dem Volk versprochen wurde. Dies war nie und nimmer die Grundidee der Initianten. Wie hiess ihr Spruch? «Die Spitalkosten müssen gesenkt werden. Ein Spital in Zug ist genug, mehr können wir uns in Zukunft nicht leisten. Auf der grünen Wiese wird er bestimmt billiger, als den bestehenden zu renovieren, denn es liegen bereits Offerten (Karl Steiner) vor für 100 Millionen.» Wer damals schon an diesen Aussagen nur im Ansatz zweifelte, wurden hier in diesem Rat vor sechs Jahren fast lächerlich gemacht. Die Namen wurden heute schon erwähnt. Nun haben wir ein Zwischenresultat, eine gerechnete Prognose, die doppelt so hoch ist. Jeder weiss, es ist noch nicht die Schlussrechnung. Sie wird um Einiges höher ausfallen. Dies wiederum steht im krassen Gegensatz zur wirtschaftspolitischen Entwicklung im Gesundheitswesen, welche eine alarmierende Stufe in der Bevölkerung erreicht hat, so dass man nicht einfach weiter planen kann wie vor sechs Jahren und damit den jetzigen akuten Missstand bei den Kosten im Gesundheitswesen ausblenden kann. Als Argument hörten wir öfters, die ursprünglichen 100 Mio seien nie ein realistischer Preis gewesen, sondern ein politischer. Wenn dem so ist, wer garantiert ihn heute, ist es nicht wieder genau das Selbe?
Als Politiker haben wir die Aufgabe, Vorlagen zu prüfen und zu hinterfragen. Und da kommen bei vielen Leuten ernsthafte Zweifel auf. Warum wollte man damals, als das Parlament den Preis hinterfragte, nicht reinen Wein einschenken? Die damaligen Gegner hatten mit ihren Zahlen Recht. Wieso wurden jetzt Bestellungen ohne Parlament vergrössert in der Fläche und im Volumen? Bei den Nutzflächen hat Leo Granziol die Zahlen schon genannt. Der Votant muss ihn aber korrigieren. Es handelt sich nicht um zehn Einfamilienhäuser mehr, sondern um 20 oder 30, die einfach ohne Parlament beschlossen wurden. Wer veranlasste diese Mehrbestellung mit erheblichen Kostenauswirkungen? Der Votant verzichtet, auf die Detailzahlen einzu-

gehen. Auch beim Pflegeheim ist das Verhältnis krass. Etwa zehn Einfamilienhäuser, damit wir eine Grössenordnung haben. Wann wurde der Bedürfniskatalog derart erweitert? Und warum war dies nicht vorsehbar, nachdem man laut Aussagen des Bauamts Offerten hatte. Man hatte Spezialisten, Qualitätsprüfer, zahlreiche Experten und das Bauamt selbst. Wollte oder durfte man nicht? Weshalb wurde bei allen Beteiligten eine so unbegründete, fragwürdige Hast bei knappem Zeitplan verlangt? Wollte man Fragen vermeiden? Dies sind die Punkte, die den Votanten heute dazu bewegen, gegen das Projekt zu sein. Seine Erfahrung sagt ihm: Wo einmal der Wurm drin steckt, dort bleibt er. Leider ist beim Aufgleisen dieses Projekts aus Mangel an Konsens zuviel zurechtgebogen und verheimlicht worden. Er zumindest kann dieser Vorlage nicht mit gutem Gewissen zustimmen. Er weiss aus Erfahrung, dass die TU-Offerte alleine kein Garant für den Preis ist. Viel wichtiger ist die Art der Bestellung und deren Klauseln im Vertrag. Nur ein topaktueller Baubeschrieb sowie das Einfrieren aller Wünsche und Änderungen nach der Preiseingabe, welche ja bereits vorliegt, könnten eine Garantie sein. Leider ist das, wie Sie wissen, nicht der Fall. Zu gross sind die Änderungen im heutigen Gesundheitswesen. Täglich kommen neue Techniken und Behandlungsmethoden. Der Fortschritt würde logischerweise hoffentlich nach Möglichkeit berücksichtigt. Damit fällt aber der TU-Vertrag in grossen Teilen weg. Dazu noch alle Ungenauigkeiten, die es in einem solchen Projekt naturgemäss geben wird, und die bestimmt nicht eingerechnet sind. Also vergessen sie die Beschwörungen vom festen Preis und bleiben sie realistisch!
Mit einem in der Schweiz noch nie da gewesenen Wettbewerbsverfahren wollte man die Sache anrichten. Dann, weil es offensichtlich misslang und ungeschickt gehandelt wurde, indem man mit Parameterwechseln und Wünschen während des Verfahrens (rollende Planung) kam, misslang die ganze Geschichte. Der Preis war nicht mehr realistisch und durchsetzbar. Man versuchte nun, die ganze Sache zu retten, indem man alle Regeln des Anstands und der Fairness auf der Seite liess, dem Schönsten wenn auch Teuersten mit der Zugabe von 20 Mio eine Überarbeitung bot, um aus dem Schlamassel zu kommen. Dies noch ohne das selbst erstellte Ausscheidungskriterium vom Preis zu beachten. Nein noch schlimmer: Man gab die Schuld den Teilnehmern, sie hätten es alle nicht geschafft, mehr Wünsche zum gleichen Preis zu liefern. Dazu ist beizufügen, dass die Aussagen des Präsidenten der Spitalkommission völlig falsch sind. Es ist nicht so, dass die anderen nicht hätten umplanen können. Erstens sind wir nicht in einer Bau-, sondern in einer Planungsphase. Und jederzeit hätte jedes Team auch gewisse Sachen umplanen können. Dem Votanten ist bewusst, dass zu viele Sachzwänge absichtlich miteinander verbunden wurden. Um so mehr kann er der Sache nicht zustimmen. Das Misstrauen wurde jetzt noch verstärkt, denn nun haben die damaligen Kritiker in allen Punkten bis zum heutigen Tage recht erhalten. Auch Jacques-Armand Clerc ist vom Saulus zum Paulus geworden.
Im Baugewerbe rechnet sich der Preis im Groben immer mit dem umbauten Raum. Geht man also hin und baut Reserveraum für spätere noch nicht definierte Nutzungen, verteuert man das Projekt massiv. Oder man versucht eine Salami-Taktik oder prädestiniert förmlich die noch nicht genannten Mehrinvestitionen. Nimmt man das Argument der Hotellerie in Anspruch, sicher als Garant für eine bessere Auslastung und Rendite, so weiss man, dass der Standort eines Hotels das A und O ist. Damit hätten aber weder Baar noch das jetzige Projekt eine Chance. Wenn gesagt wird, dass für die Genesung das Ambiente wie am schönen Zugersee von Nutzen sei, ist Baar mit dem Blick ans Parkhaus sicher der falsche Weg. Fakt ist doch auch, dass

wir heute im Kanton Zug zwei gut funktionierende Spitäler haben. Die Kosten im Gesundheitswesen laufen uns davon und wir wollen nun ein doppelt so teures Projekt wie ursprünglich dem Volk versprochen realisieren, ohne nochmals generell das Konzept zu hinterfragen. Wenn dies Tatsache wird, dann ist das nur im Kanton Zug möglich. Daher fragt sich der Votant, wo sind nun alle diese Vorsätze der letzten Woche geblieben? War das grosse S vom Sparen wohl nur ein Partei-Werbegag? Wo sind die Leute, die dem Volk fast täglich mitteilen, dass der Kanton Zug nun den Ernst der Lage erkennen und das Wünschenswerte vom Machbaren trennen muss? Das Volk wird diesen Brocken nicht so einfach schlucken.
Auch wenn Baar ein neues Pflege- und Altersheim benötigt (dies ist ausser Frage), lässt der Votant sich nicht für das vorliegende Spitalprojekt nötigen, denn nicht wir haben die Sachzwänge künstlich herbeigeführt. Nur die bessere Verkehrslage darf doch nicht 100 Mio mehr kosten. Auch Ihnen dürfte klar sein, das auch die politische Lage mit den stetig steigenden Krankenkosten das vorgelegte Projekt in einem anderen Umfeld dastehen lässt als vor sechs Jahren. Dem Vorwurf der Verschwendung wird man kaum standhalten können. Denken Sie an die Worte des Stawiko-Präsidenten: Die Krankenkosten werden sowieso steigen. Man kann nicht von Sparen reden und im gleichen Atemzug einem nicht über alle Zweifel erhabenen Projekt mit dieser Vorgeschichte zustimmen. Zu viele Fehler und Ungereimtheiten sind passiert. Mit gutem Gewissen kann Jacques-Armand Clerc diese Vorlage nicht unterstützen. Vielleicht sind seine Kenntnisse des Projekts zu umfangreich und es nützt nichts, mehr ins Detail zu gehen. Entweder man ist dafür oder dagegen. Eine andere Wahl hat man leider nicht mehr und somit muss der Votant klar dagegen sein. Es gibt keine Notlage und das Volk hat ein Anrecht, hier mit zu entscheiden. Nur dürfen dann nicht Fakten pro aber auch kontra verschönert werden wie bis anhin, sondern klar kommuniziert werden, und das macht ihm Sorgen. Denn auch er möchte Fairness. Er denkt an 100 Mio zu 200 Mio. Lohnen sich 100 Mio für eine bessere Verkehrslage und einen schlechteren Standort? Für ihn zum jetzigen Zeitpunkt klar nein. Daher ist er für Eintreten, aber für Zurückweisung .

Josef **Lang** möchte zuerst der Regierung danken, insbesondere der Baudirektion und der Gesundheitsdirektion, aber auch der Spitalkommission, insbesondere deren Präsidenten, für die geleistete Arbeit. Er möchte kurz eingehen auf Ausführungen der Wirtschaftsverbände, von Gewerbevertretern und von Leo Granziol und der AndreasKlinik. Wir Alternativen haben rechtzeitig – d.h. am Anfang – Kritik geübt. Diese haben wir in ein Referendum übersetzt. Dessen Erfolg hat dazu geführt, dass wir heute über ein Projekt diskutieren und abstimmen können, das seriöser ist und zu dem wir Ja sagen können. Die Wirtschaftsverbände hingegen haben nicht rechtzeitig Kritik geübt. Noch schlimmer: Sie haben rechtzeitig nicht Kritik geübt. Nämlich zum Zeitpunkt, als ein höchst unseriöses Projekt vorlag. Ist das unprofessionelle Vorgehen der Wirtschaftsverbände Ausdruck zugerischen Geistes? Das Schreiben der Wirtschaftsverbände, die das Zentralspital zu teuer finden, ist auch vom Gewerbeverband unterzeichnet. Und jetzt machen Leute aus diesem Verband Vorschläge, welche das Zentralspital noch teurer machen. Heinz Tännler hat gesagt, er verstehe das Gewerbe. Dem schliesst sich Josef Lang an und fügt bei: Ich verstehe auch das Gewerbeblatt. Am Sonntag predigt es das Wasser der Konkurrenz. Am Werktag aber will man den Wein des Heimatschutzes trinken. Das Gewerbe will, dass der Kanton im Allgemeinen weniger ausgibt, aber im Besonderen will es, dass der Kanton mehr

Geld ausgibt. Jacques Clerc hat vorher gesagt, er sei vom Saulus zum Paulus geworden. Hier wird versucht, gleichzeitig Saulus und Paulus zu spielen.
Zu Leo Granziol. Einerseits findet er das alte Projekt zu günstig. Wir haben es auch zu günstig gefunden. Jetzt findet er das neue Projekt zu teuer. Irgendwie ist es schwierig, es ihm in Gesundheitsfragen recht zu machen. Gleichzeitig will er noch, dass über den Verzicht einer Abgebotsrunde dieses zu teure Projekt noch teurer gemacht wird. Das Zentralspital kostet etwa so viel, wie der Kanton mit dem Steuerpaket in vier Jahren verlieren würde. Es stimmt nicht, dass Privatspitäler günstiger sind. Im Gegenteil, Rosinenpickerei treibt volkswirtschaftlich die Kosten nach oben. Die Zeitschrift Pulstipp ist gestern versandt worden und ihre Titelgeschichte heisst «Hirslandenkliniken – massive Vorwürfe wegen überhöhter Rechnungen». Der Sprecher der Krankenkasse CSS wird zitiert mit dem Satz: «Die Hirslandengruppe verfolgt eine Strategie der Gewinnmaximierung auf Kosten der Prämienzahler.» Das System der Gewinnmaximierung und der sozialen Grundversorgung sind nicht sehr kompatibel. Darum versteht der Votant die Regierung in ihrer Haltung und er appelliert an sie, vor dem Bettenentscheid diesen Artikel in Ruhe im Bett zu lesen.

Hans-Peter **Schlumpf** möchte sich zu den TU-Verträgen äussern. Er ist selber Unternehmer mit einem international tätigen KMU-Betrieb. Er hat noch *nie* einen Auftrag der öffentlichen Hand erhalten. Er bildet trotzdem Lehrlinge aus und bezahlt trotzdem Steuern. Er muss selber dafür sorgen, dass sein Unternehmen nicht nur im Raum Zug, sondern international konkurrenzfähig ist. Er appelliert darum an jene Gewerbeunternehmer, welche sich immer wieder als Einthemenvertreter profilieren (Submissionsverordnung). Bekommt man einen Auftrag, ist sie gut, bekommt man ihn nicht, ist sie schlecht. Sie müssen den Blick etwas in die Weite und über die Submissionsverordnung hinaus richten!
Es liegen hier ausgearbeitete TU-Verträge vor. Wenn heute die Vorlage abgelehnt würde, können Sie sich bei Gott nicht darauf verlassen, dass sie sich dann später wieder auf diese fertig ausgearbeiteten Verträge zurückbeziehen können. Abgebotsrunden sind in der Wirtschaft bei Auftragsvergabungen absolut üblich und verbreitet. Sie sind auch überhaupt kein grundsätzlicher Nachteil für die teilnehmenden Unternehmer, wenn die Spielregeln klar sind und eingehalten werden. Eine Abgebotsrunde öffnet vielmehr für manchen auch einheimischen Unternehmer noch mal eine Türe, um wieder ins Rennen zu kommen. Bei einem reinen einstufigen Verfahren wäre er schon aus dem Rennen, und zwar in vielen Fällen ohne Rückkommensmöglichkeiten. Vergessen Sie bitte Eines nicht: Mit einem Investitionsvolumen von rund 200 Mio Franken generiert der Kanton mit diesem Projekt vor allem einmal in erheblichem Masse Einkommen und Umsatz für das Gewerbe. Würden solche Auftragsvolumina nicht unter harten Konkurrenzbedingungen vergeben, hätten vor allem die Bevölkerung und ihre Vertreter in diesem Parlament kein Verständnis dafür. Es gilt doch jetzt das Wesentliche vom Nebensächlichen zu unterscheiden. Wir können den Entscheid Zentralspital jetzt nicht wieder mit einer Grundsatzdebatte zur Gesundheitspolitik vermischen. Und hier hat der Votant für einmal für Karl Rust kein Verständnis. Es ist in der Spitalplanung bis heute viel geplant und gerechnet und debattiert worden. Mit einer besseren Lösung kann auch bei einer Verlängerung des Planungs- und Debattierprozesses vermutlich kaum mehr gerechnet werden. Hans-Peter Schlumpf bittet also den Rat, nun nicht auf Nebenkriegsschauplätze auszuwei-

chen, den Ablehnungsanträgen nicht zu entsprechen und den Vorlagen klar zuzustimmen.

René **Bär** erinnert daran, dass das Thema Kantonspital bereits eine über 20-jährige Leidensgeschichte hat. Die wesentlichen Grundlagen für die Beurteilung der heutigen Situation wurden zu einer Zeit gefällt, als noch nicht über eine AG gesprochen wurde. Es ist ein grosser Unterschied, ob man über ein Vorhaben spricht, das im Kompetenzbereich des Kantons liegt oder ob man über einen Kompetenzbereich einer AG spricht. Die AG wurde gegründet, um den Einfluss der Politik wegzuwischen. Bei einer AG ist der Verwaltungsrat verantwortlich, dass die finanziellen Grundlagen vorhanden sind. Eine AG hat sich nach dem Aktienrecht zu orientieren, d.h. sich auf dem freien Markt die Finanzen zu beschaffen. Es geht nicht an, dass der Bürger für eine Firma haftet, in der er kein Entscheidungsrecht hat. D.h. dass zuerst klare Entscheidungsverhältnisse geschaffen werden müssen, bevor über eine Finanzierung gesprochen werden kann. Entweder ist es ein kantonaler Betrieb, bei dem der Steuerzahler (der Kanton) die Verantwortung trägt – oder es ist eine AG (privatwirtschaftlich orientierte Firma), wo der entsprechende Verwaltungsrat für die finanziellen Probleme gerade stehen muss. Zwischenzeitlich ist im Spitalsektor die Fallpauschale eingeführt worden. Das heisst, es wird gemäss Santésuisse von den Krankenkassen für die gleiche Leistung der gleiche Betrag vergütet, eine Leistungsentschädigung, unabhängig davon, ob die Leistung in einem kantonalen oder privaten Spital erbracht wurde. Demzufolge ist es wichtig, dass die Öffentlichen wie die Privaten die gleiche Ausgangsbasis, d.h. die gleichen finanziellen Vorleistungen bezüglich den Aufbaukosten haben. Beim Bäcker zahlen wir für das Brot oder für den Zopf, nicht aber für die Backstube. Im Gesundheitswesen müssen zuerst gleich lange Spiesse geschaffen werden. D.h. die vom KVG angestrebte monistische Finanzierung (Fallpauschale) beinhaltet auch die entsprechenden Infrastrukturkosten. Daraus folgt: Wenn der Steuerzahler die Infrastruktur finanziert hat, muss ein Teil der Fallpauschale an den Vorfinanzierer zurückfliessen. Nur so entstehen gleiche Spiesse. Der Votant plädiert im Moment für eine Nichterheblicherklärung des vorliegenden Geschäfts, und dies bis zur vollständigen Abklärung der Verantwortlichkeiten. (Auf Nachfrage des Vorsitzenden berichtigt René Bär seinen Antrag auf einen Nichteintretensantrag.)

Kommissionspräsident Heinz **Tännler** möchte sich zu einigen Voten äussern. – Karl Rust hat Fragen gestellt, auf die jetzt keine Stellungnahme abgegeben werden soll, die Regierung wird sie beantworten. – Jean-Pierre Prodolliet hat bezüglich des Controllings vorgeschlagen, ob nicht auch ein politisches Controlling möglich wäre. Der Votant findet diesen Vorschlag nicht schlecht und er wird sich darum bemühen, dass wir in der Kommission einen Art Ausschuss bilden, der ständig informiert wird durch die Projektleitung. Er hat auch bereits Zeichen erhalten, dass man mit einem solchen Vorgehen einverstanden wäre. – Michel Ebinger hat den Standortvorteil erwähnt. Dem Kommissionspräsidenten ist aus gut informierter Quelle zu Ohren gekommen, wie die Sache mit den Wirtschaftsverbänden zustande gekommen ist. Wenn man hört, dass mehrere Präsidenten nicht mal die Vorlage, den Kommissionsbericht oder den Stawiko-Bericht gelesen haben, im Prinzip nicht mal genau wissen, worum es geht, und dann ein so plakatives Schreiben an alle Räte richten und dieses in der Öf-

fentlichkeit breit gestreut wird, macht Heinz Tännler Fragezeichen. Er war mal an einer Veranstaltung eines dieser Verbände und da wurde gerade der Standortvorteil bezüglich der Gesundheitsversorgung und eines modernen Spitals sehr in den Vordergrund gestellt. Selbst vom Präsidenten.
Zu Herr Granziol. Er hat bezüglich der seinerzeitigen Vorlage über 105 Mio, die ja dann vom Volk nicht angenommen wurde, die Seriosität und Glaubwürdigkeit der Regierung in Frage gestellt. Man muss wissen, dass es bei dieser Vorlage um eine reine Kostenschätzung ging. Das war kein Projekt. Somit ist das mit der heutigen Vorlage in keinster Art und Weise vergleichbar. Heute haben wir ein ausgereiftes Projekt. Wir haben ein verbindliches Kostendach, garantiert vom TU und gestützt auf Richtofferten. Das ist doch schon ein erheblicher Unterschied. Natürlich ist es eine Glaubensfrage, ob man nun der Regierung vertraut oder nicht. Aber ein Beispiel heranziehen, das mit der heutigen Vorlage nicht vergleichbar ist, ist auch nicht unbedingt seriös. Offenbar hat der Regierungsrat gelernt aus diesem Fehler, indem er gesagt hat, wir kommen nicht mehr mit einer Kostenschätzung, sondern mit einem ausgereiften Projekt. – Bezüglich Wettbewerb, dass man das teuerste Projekt ausgewählt habe. Und der Vorwurf bezüglich der Einhaltung des Raumprogramms an die Adresse des Kommissionspräsidenten. Hier ist zu sagen, dass die Ausgangssituation in der Tat 17'500 m^2 waren. Man muss aber wissen, dass der Benutzer während des Wettbewerbsverfahrens – und das darf er – auf Grund neuer und auch gesetzlicher Vorgaben das Raumprogramm erweitert hat. Zwei Beispiele: Es wurde auf Grund einer gesetzlichen Vorgabe verlangt, dass das IST nicht mehr 16 sondern neu 20 m^2 ist. Oder die Logistik – man hat im Zusammenhang mit der Haustechnik gesehen, dass man eine zusätzliche Reserve von 800 m^2 bilden muss. Das hat dann dazu geführt, dass sich dieses Raumprogramm verändert hat. Aber das ist begründet. Zum Wettbewerb und dem teuersten Projekt hat sich der Votant schon geäussert. Zur Problematik Willenserklärung Stiftung Baar. Das ist erledigt. Es kann damit gerechnet werden, dass am 27. August 2003, also vor der 2. Lesung, diese Willenserklärung schriftlich vorliegt. – Zum Vorwurf, der Staat mache den Privaten Konkurrenz. Leo Granziol hat gesagt, man mache die AndreasKlinik schlecht. Aus Sicht der Spitalkommission sieht Heinz Tännler keinerlei Anhaltspunkte, dass dies der Fall ist. Er hat auch nie irgendwelche Voten in diese Richtung gehört. Im Gegenteil wurde immer darauf hingewiesen, dass dort gute Qualität geboten wird und das so bleibt. – Das Zentralspital plus (Integration AndreasKlinik) und wieso man das fallen gelassen habe. Wir kennen die Diskussionen und die geführten Verhandlungen. Man wollte ja eine Betriebsgesellschaft bilden und die beiden Kliniken unter einem Dach vereinigen. Der Votant war nicht dabei, aber die Verhandlungen sind gescheitert. Damit müssen wir uns abfinden. Wir können nicht fünf oder sechs Jahre warten, bis sich die entsprechenden Gremien vielleicht dann geeinigt haben. – Ein Vorwurf war: 20 % mehr Betten als nötig. Hier müssen wir uns folgende Kriterien hinter die Ohren schreiben: Es ist eine Auslegung auf die Bevölkerungszahl. Es ist eine Auslegung auf Spitzenzeiten. Und wir haben ein Planbettenziel von 230 Betten und der Votant hat bis heute noch nie gehört, dass dies bestritten würde. – Zur Zusammenarbeit und Kooperation. Es wurde gesagt, es gebe keine Kooperation mit anderen Häusern. Auf S. 15 der Vorlage ist es beschrieben: Herzchirurgie mit Stadtspital Triemli, spezielle Orthopädie mit Schulthess Klinik Zürich, Pädiatrie mit den Kinderspitälern Luzern und Zürich, Neurochirurgie mit dem Kantonsspital Aarau, breite spezialisierte und hochspezialisierte Versorgung mit dem Kantonsspital Luzern, Universitätsspital Zürich und Inselspital Bern, und Schweiz. Epilepsie-Klinik Zürich. Es gibt also Kooperationen

und der Votant findet es auch richtig, dass man versucht, die Kooperation mit der AndreasKlinik auf anderen Ebenen zu finden und suchen. Da hat aus der Spitalkommission niemand grundsätzlich etwas dagegen, wenn es um das Operative geht. Aber im strategischen Bereich müssen wir nun diesen Zug fahren. Man muss wissen, dass es auch um die erweiterte Grundversorgung geht, dazu gehören die Notfälle. Und 70 % der Patienten sind allgemein versichert und kommen vornehmlich über den Notfall hinein. Wir brauchen dieses Spital. Auch dass man einem Wunschkatalog nachgegeben habe, kann so nicht stehen gelassen werden. Gemäss Leistungsprogramm hat man sich auf das Notwendigste beschränkt. Es gibt keine Spezialitäten. – Bezüglich dem Gesuch AndreasKlinik hat sich Heinz Tännler bereits geäussert. – Es geht nicht um eine Monopolstellung des Kantons. Wir machen ja nichts Anderes als die Fortsetzung und Weiterführung des heute bestehenden Zustands. Was wäre die Alternative? Gemäss Leo Granziol 100 Betten bei der AndreasKlinik und 130 Betten beim Zentralspital. Das wären zwei Problemfälle. Das ist unrentabel. – Zwölf Arztpraxen auf Kosten des Staates stimmt so nicht. Nur der leere Raum wird vom Staat zur Verfügung gestellt. Der Rest, also die Einrichtung ist Sache des Arztes. Und für diesen Raum wird eine Miete bezahlt. – Zum TU-Vertrag, Gewerbe-Abgebot. Man kann machen, was man will, es ist offenbar nicht recht. Im Nachhinein ist Heinz Tännler ein Idiot, dass er sich gestern engagiert hat für das Gewerbe. Zum Vorwurf, es sei keine Zweitunterschrift vorhanden der Peikert Contract AG. Das stimmt so nicht. Beide sind mit dieser Zweidrittelns-Lösung einverstanden. Es ist nicht so, dass dieses Schreiben an den Kommissionspräsidenten einfach irgendwo hinten angeheftet wird, sondern der Vertrag wird geändert und diese Problematik wird aufgenommen. Wir haben es hier nicht mit irgendwelchen Leuten zu tun. Auch eine mündliche Zusage ist eine Zusage. Und sie besteht auch schriftlich in einem Brief. Zum Abgebot noch Folgendes: Der Votant hat gesagt, bei der Verteilung der Aufträge bestehe kein Rechtsmittel. Wenn jetzt aber nun die Gewerbevertreter eine 100 %-ige Submissionsunterstellung wollen, dann haben wir wieder ein Rechtsmittel und damit die Beschwerdemöglichkeit. Und dann wird vielleicht der Glarner Einsprache erheben. Und wenn er dies tut, hat er vielleicht Chance auf eine aufschiebende Wirkung vor dem Verwaltungsgericht. Und dann haben wir Baustopp. Das führt zu Verzögerungen und höheren Kosten. Man muss sich einfach immer alle Konsequenzen überlegen.

Zu Jacques-Armand Clerc. Irgendwie dringt da schon ein wenig Frustration durch. Die seinerzeitige Vorlage über die 105 Mio wird mit 200 Mio verglichen. Das ist doch ein unseriöser Vergleich. Die 105 Mio müssen wir heute mit 137 Mio vergleichen. 117 Mio plus die Spitaleinrichtungen von 20 Mio. Das wäre korrekt. Zum Baubeschrieb. Er ist detailliert und aktuell. Er datiert vom 31. Oktober 2002. Und dass der TU-Vertrag keine Garantie sei, das sind leere Behauptungen. Bezüglich sparen: Wir sprechen hier nicht von der Laufenden Rechnung, sondern von einer Investition. Und Investitionen in konjunkturschwachen Zeiten sind keine falschen Entscheide.

Heinz Tännler ist zum ersten Mal 100 %-ig mit einem Votum von Jo Lang einverstanden. Hoffentlich geht es weiter so. – Zu René Bär. Wenn dieser mit seinem Votum indirekt sagen will, dass man die SBZ AG wieder aufheben soll oder sie in Frage stellt. Das Rad so weit zurückdrehen wäre mehr als ein Scherbenhaufen. Dann könne wir uns alle begraben. Und wenn er sogar noch fordert, dass die SBZ AG als privatrechtliche Gesellschaft am Kapitalmarkt das Geld holen soll. Das können wir versuchen, aber dann würden wir einen schönen Preis für die Grundversorgung bezahlen.

Auch Josef **Zeberg** hatte das Submissionsreglement gar nicht gern angenommen, er setzte sich sehr dafür ein, dass man Abgebotsrunden machen darf und sollte. Wir wurden hier überstimmt. Man kann auch im Spital dafür oder dagegen sein. Der Votant möchte aber die Gewerbler hier im Saal ersuchen, zu überlegen, wie gross die Arbeiten im Spital sind. Es gibt im Spital nicht Firma gegen Firma. Er sieht das eher als ARGE gegen ARGE. Zuger Firmen gegen Glarner oder andere. Er kennt keine Firma, z.B. Gipser, die fähig ist, all diese Ständerwände zu machen. Er kennt keine Malerfirma, die so gross ist, alle Arbeiten zu machen. Es gibt nichts anderes als Arbeitsgemeinschaften, um diese Arbeiten normal und gut auszuführen. Dem Votanten scheint viel wichtiger, dass die Arbeiten überwacht werden, damit wir solche erhalten, die das Geld wert sind. Wir haben eine Interpellation gemacht (Karl Rust und Moritz Schmid).

Stawiko-Präsident Peter **Dür** wird sich kurz halten. Wenn wir nämlich die 1. Lesung heute nicht abschliessen können, verschiebt sich alles nach hinten und die Volksabstimmung kann nicht mehr dieses Jahr stattfinden. – Es ist jetzt der Eindruck entstanden, die Stawiko sitze einer ähnlich schwachen Datenbasis auf, wie das vielleicht vor vier Jahren der Fall war. Man hat von unseriöser Basis gesprochen, von Ferrari-Projekt, von Kostensteigerung über 100 Mio. Man mache wieder die gleichen Fehler wie beim letzten Mal. Das stimmt in dieser Weise alles nicht. Der Votant hat als junger Kantonsrat ein Votum gehalten und gesagt, dass ihm das Tempo damals zu schnell war. Das Projekt war damals nicht mit dem Betreiber geplant worden. Das Raumprogramm wurde von einer Beraterfirma separat erstellt. Auch in Bezug auf die Struktur des Kantonsspitals war noch Vieles im Ungewissen. Der Bauherr war noch nicht gewählt, wir hatten einen Übergangsdirektor, wir hatten keine Strategie und keine Konzepte. Auch die Betriebe Baar und Zug waren noch nicht zusammengelegt. Die Grundlage für dieses Projekt war damals nicht gegeben. In der Zwischenzeit steht das Ganze auf einer wesentlich seriöseren Basis. Peter Dür will gar nicht in die Vergangenheit schauen und sagen, was dort alles falsch gemacht wurde. Er schaut nach vorne und positiv in die Zukunft. In der Zwischenzeit haben wir das Raumprogramm ganz seriös überprüft. Es entspricht jetzt dem aktuellen Zustand im Zuger Kantonsspital. Vorher hätte das, was im Zuger Kantonsspital betrieben wurde, gar nicht in diesem Haus Platz gehabt. Heute haben wir Pläne, ein Modell, genaue Kostenberechnungen, die Spital AG ist gegründet, wir haben Betriebskonzepte und eine Strategie, alles steht. Und auf dieser Basis steht nun dieses Projekt. Die Stawiko ist der Meinung, dass dieses Projekt seriös geplant wurde und die Datenlage sehr gut ist. Sie können schon weiter planen. Es wird garantiert nicht besser. Es wird einfach etwas anders. Der Votant kann seinen Dank nochmals an die Bau- und die Gesundheitsdirektion richten, die einen enormen Arbeitsaufwand betrieben und in den letzten Monaten Hunderte von Fragen beantwortet haben. Irgendwann muss man glauben, dass dies seriös geplant ist.
Peter Dür hofft auch, dass er mit den Benchmark-Vergleichen zeigen konnte, dass es hier nicht um einen Ferrari geht, sondern um einen guten Volkswagen, Leo Granziol. Wir haben von 747'000 Franken pro Bett gesprochen. Die Bandbreite ist 750'000 bis 1 Mio. Also kein Ferrari. Der Votant kann deshalb nur betonen, dass die Stawiko klar der Meinung ist, dass diese Vorlage verhältnismässig und finanzierbar ist.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** möchte zuerst seine Interessenlage darlegen. Er ist seit Jahrzehnten Mitglied des Gewerbeverbands des Kantons Zug und des Gewerbevereins der Stadt Zug. – Peter Dür. Das Zuger Parkhaus wird nicht verkauft. Wir verkaufen 50 % der Parkplätze. Das Parkhaus möchten wir eigentlich behalten. Zusätzliche Information. Bei diesen 35 Mio sind 3 Mio Abbruchkosten inbegriffen. Und wir rechneten mit einem m^2-Preis von 1'250 Franken. Dabei sind wir vermutlich auf der guten Seite. – Anna Lustenberger. Unser Kantonsbaumeister wird die Begleitgruppe intensiv begleiten. – Gregor Kupper. Der Baubeschrieb der TU ist datiert vom 31. Oktober 2002. Der Votant lädt ihn gerne auf die Baudirektion ein, wo er die Stapel und Ordner und Kisten des Baubeschriebs durchsehen kann. Bitte verschonen Sie Hans-Beat Uttinger davor, dies allen Kantonsräten zusenden zu müssen. – Abgebot. Der Kantonsrat hat mit Beschluss vom 31. August 1998 dem Gesamtleistungswettbewerbsverfahren, d.h. dem TU-Wettbewerb, zugestimmt und mit Beschluss vom 26. April 2001 das Verfahren nochmals bestätigt. Im Vorvertrag und somit auch im künftigen Hauptvertrag erklärt sich der TU bereit, nach Grundsätzen der für den Kanton geltenden Submissionsordnung die Bauaufträge und Lieferungen im Einladungsverfahren, bzw. im offenen Verfahren auszuschreiben. Es ist systemimmanent, dass die Submissionsgesetzgebung bei der Vergabe des TU-Vertrags eingeholt werden muss. In der nächstfolgenden Stufe, nämlich Vertragsverhältnis TU zu Subunternehmern, ist die Einhaltung der Submissionsgesetzgebung gesetzlich unnötig. Das Vorgehen der Regierung ist somit gesetzeskonform. Was z.B. geschieht, wenn der TU wider Erwarten Ihren Gesetzesantrag annimmt? Falls ein Subunternehmer Einsprache vor Verwaltungsgericht erhebt? Es geschieht nichts und nochmals nichts. Das Verwaltungsgericht würde entscheiden, dass die Submission bereits durchgeführt ist. Die Regelung bezüglich Möglichkeit der Abgebotsrunde war bereits in der entsprechenden Submissionsstufe bei den Ausschreibungsunterlagen vorgesehen. Somit müsste die gesamte Submission wegen geänderten Grundlagen wiederholt werden. Was z.B. geschieht, wenn der TU nicht mehr will? Dann muss der Kanton das Gesamtleistungswettbewerbsverfahren neu ausschreiben. Zwei Jahre Verzögerung, zwei Jahre zusätzliche Zuger Spitalpolitik. Wir sind Schweizer Meister im Planen, mit den Millionen, die wir zu viel ausgegeben haben, ohne dass etwas entsteht.
Der Votant hat hier ein Mail des TU vom 27. Juni 2003. Zitat: «Nach den Eingaben werden wir die Angebote vergleichen und technisch sowie finanziell bereinigen und ein Offert-Eingangsprotokoll erstellen. Bei der zu erwartenden Anzahl Unternehmervarianten ist es unmöglich, auf Grund der Standardausschreibung bei der Offertöffnung einen Auftrag zu erteilen. Wichtig scheint uns im ganzen Prozess: Schutz der Unternehmervariante, Schutz des geistigen Eigentums usw., Termine und Ausführungsarten analysieren, Schnittstellen bereinigen usw., Unternehmertum, Ideen und Kreativität fördern. Anschliessend teilen wir jedem Unternehmer je nach Resultat der obgenannten Offertöffnung und in Rücksprache mit Ihnen auf Grund der Vergleiche (Äpfel mit Äpfeln) den günstigsten und den teuersten Werkpreis mit. Der Unternehmer hat auf Grund dieses Vergleichs die Chance, ob er nochmals eine Korrektur vollziehen will. Es werden keine Insidernachrichten weitergegeben und darauf erfolgt die Vergabe an die Bauherrschaft.» Von Rücksprache und Kreativität ist hier die Rede und nicht von Abgebot. Jeder GU, bzw. TU hat ein grosses Interesse, möglichst viele Arbeiten im Kanton, bzw. vor Ort zu vergeben. Damit erzielt er einerseits eine bessere Ausführungsqualität und erspart sich anderseits Umtriebe bei der Mängelerledigung und späteren Garantiearbeiten. Nicht der günstigste Preis, sondern

Leistung und Qualität sind entscheidend. Nur auf Grund des offerierten Preises kann dies nicht festgestellt werden. Denn viele Unternehmer füllen die Offerte in der letzten Minute vor dem Abgabetermin aus. Die offerierte Leistung und Qualität kann nur festgestellt werden, wenn der Bauherr bzw. TU die Offerte mit dem Anbieter besprechen kann. Besprechen, nicht abbieten. Deshalb besprechen auch andere Bauherren, grössere wie Migros und Coop, vor der Vergabe mit jedem Anbieter seine Offerte, um sicherzustellen, dass der Anbieter tatsächlich die geforderte Leistung und Qualität im Kostenangebot eingerechnet hat. Der Auftrag wird erst vergeben, wenn Leistung und Qualität für alle Angebote bereinigt sind. Und erfahrungsgemäss stellt sich in den meisten Fällen heraus, dass die Preisdifferenz zwischen den verschiedenen Anbietern gar nicht mehr so gross ist, wenn man Äpfel mit Äpfeln vergleicht. Sofern der Gesamtwettbewerb nochmals durchgeführt werden muss, wird der Vorvertrag zum Kaufvertrag mit der Stiftung Baar bis zum 31. Dezember 2003 nicht zu Stande kommen. Gemäss IV § 4 der Vertragsbestimmung zum Vorvertrag verfällt damit die Anzahlung von 1 Mio zu Gunsten der Verkäuferin. Der Baudirektor bittet den Rat, ihm keinen Scherbenhaufen zu hinterlassen und dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** dankt vorerst der Spiko, der Stawiko und allen Fraktionen sowie deren Präsidenten und Fraktionsvorsitzenden. Dank ihrer Arbeit haben sie zu einer seriösen Auseinandersetzung in dieser für unseren Kanton sehr wichtigen Frage Wesentliches beigetragen. Speziell dankt er für die unterstützenden Voten – auf die kritischen wird er noch eingehen. – Zuerst gibt er seiner Freude darüber Ausdruck, dass niemand die Meinung vertreten hat, man komme in unserem Kanton zukünftig ohne eigenes Kantonsspital aus. Positiv formuliert steht das Zuger Parlament also geschlossen dafür ein, dass wir zur längerfristigen Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung der Zuger Bevölkerung ein bedarfsgerechtes und wettbewerbsfähiges öffentliches Spital im eigenen Kanton brauchen. Immerhin herrscht in diesem wichtigen Punkt Einigkeit. Zudem stellt er eine weitere Einigkeit fest: Niemand will eine Renovation oder einen Neubau des Kantonsspitals am Standort Zug. Damit ist auch der Kantonsrat konsequent und nimmt den Volksauftrag ernst. Der Gesundheitsdirektor wird in seinem Votum auf folgende Sachen eingehen:

- Nichteintretensantrag von Rene Bär
- Antrag von Kantonsrat Karl Rust
- Leistungsauftrag hinterfragen (Kupper)
- Betriebskosten
- Belegärzte am Kantonsspital/Arztpraxen
- 2-4-Bettzimmer
- Fragenkomplex Andreasklinik Cham
- Schlussbemerkungen

Zum Antrag von René Bär. Mit der Privatisierung seiner Spitäler im Jahr 1999 hat Zug als erster Kanton eine klare Trennung zwischen strategischer und operativer Führung erreicht. Dies wiederum bedeutet natürlich eine Entflechtung zwischen Politik und operativer Leistungserbringung. Was die von René Bär angesprochene Verantwortlichkeit für den Bau des Zentralspitals und eine mögliche Fremdfinanzierung betrifft, ist Folgendes festzuhalten: Am 25. März 1999 hat der Kantonsrat das Gesetz über das Zentralspital verabschiedet. An der Volksabstimmung vom 24. Oktober 1999 hat das Zuger Stimmvolk dem Gesetz zugestimmt. Das Gesetz macht verbind-

liche Aussagen über den Zweck des Zentralspitals, über die Leistungsziele, den Standort sowie die Eigentums- und Rechtsverhältnisse. Gemäss § 3 Zentralspitalgesetz ist der Kanton Bauherr und Eigentümer des Zentralspital-Neubaus. Der Spitalbetrieb dagegen wird durch eine Betriebsgesellschaft in Form einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft geführt. Mit anderen Worten stellt sich die Frage nach der Verantwortlichkeit nicht, bzw. ist sie bereits durch die erwähnten gesetzlichen Vorgaben beantwortet. Joachim Eder bittet den Rat, dies zur Kenntnis zu nehmen und den Nichteintretensantrag abzulehnen.

Antrag Karl Rust. Dieser hat festgestellt, dass sich das Zuger Gesundheitswesen nicht im luftleeren Raum bewegt. Das ist richtig. Der Votant ist erstaunt und erfreut, dass der Antragsteller der Gesundheitsdirektion und der Zuger Regierung zumutet, innert kürzester Frist genauere Analysen des gesundheitspolitischen Umfelds vorzunehmen, nachdem dies bekannte und teure Experten und viele Bundesangestellten auf der Chefetage nun jahrelang nicht geschafft haben. Selbstverständlich nehmen wir die sieben Fragen entgegen und werden diese auch nach bestem Wissen und Gewissen vor der 2. Lesung beantworten, wie dies verlangt wurde. Nachdem Karl Rust mit Gesundheitsökonom Willy Oggier Kontakt hatte, weiss er, dass diese Beantwortung mindestens 50'000 Franken kostet, bzw. wert ist.

Zum gutgemeinten Hinweis von Gregor Kupper, den Leistungsauftrag zu hinterfragen, hält der Gesundheitsdirektor Folgendes fest:

1. Wir haben klare gesetzliche Grundlagen. So legt das Gesetz über das Zentralspital vom 25. März 1999 (BGS 826.12) in § 1 die politisch-strategische Leitlinie fest.
2. Der Regierungsrat hat zudem das Leistungsprogramm für die SBZ AG gestützt auf §5 Bst. a des Spitalgesetzes (BGS 826.11) für die Jahre 2001-2005 festgelegt. Das Leistungsprogramm umschreibt die Aufgaben des Spitals und ist ein wichtiges Instrument für die Führung, Finanzierung und Planung. Es ist verbindlich formuliert.
3. Mit den strategischen Zielvorgaben für die Periode 2003-2007 hat die Regierung als Hauptaktionärin überdies verbindliche Vorgaben für die unternehmerische Tätigkeit der SBZ AG erlassen. Der Verwaltungsrat muss diese umsetzen und ist für deren Erreichung verantwortlich.

Bezüglich der *Betriebskosten* verweist der Votant auf die ausführlichen Unterlagen im Bericht und Antrag des Regierungsrats sowie der Stawiko und im Speziellen auf die zusätzlichen Ausführungen des Stawiko-Präsidenten. Man kann es nicht genug wiederholen: Die zukünftigen Betriebskosten für das neue Zentralspital sind eingehend berechnet worden.

- Die Transparenz ist voll da.
- Als Basis dient das heutige Leistungsprogramm.
- Die Rahmenbedingungen für die Zukunft sind allerdings unklar: KVG, Tarmed (insbesondere Kostenneutralität).
- Regelung Arbeitszeiten Assistenzärzte.
- Die von den SBZ AG ausgewiesene Effizienzverbesserung beträgt 1,877 Mio/- pro Jahr, damit sinken die Betriebskosten pro Fall um 280 Franken, dies wird mit Tarifen nie herausgeholt.

Insgesamt kann man sagen, dass Qualität und Preis in einem ausgewogenen Verhältnis sind – auch absolut vergleichbar mit Spitälern mit ähnlichem Leistungsauftrag und ähnlichem Lohnkostenindex wie Zug. Der Votant ist froh, dass Gregor Kupper bezüglich des Kantonsbeitrags der Betriebkosten beruhigt ist.

Belegärzte am Kantonsspital. Bereits heute sind 31 Ärztinnen und Ärzte als Belegärzte am Kantonsspital tätig. Neu gibt es sog. Akkreditierungsrichtlinien, der Regierungsrat hat in seinen strategischen Zielen 2003-2007 den VR zudem verpflichtet, das Belegarztsystem zu fördern, nicht zuletzt auch aus finanziellen Überlegungen. Die SBZ AG haben in den letzten Monaten gezeigt, speziell mit dem neuen Direktor Dr. Marc Kohler, dass sie gerne mit fair argumentierenden Ärzten das Gespräch suchen und auch Lösungen zur Zusammenarbeit finden. Einige konkrete Ansätze entwickeln sich übrigens sehr positiv. Es ist wohl kein Zufall, dass gar einige Belegärzte aus der AndreasKlinik diese Tendenz erkannt haben, die Zusammenarbeit konstruktiv suchen und dann auch finden. Zu beiderseitigem und der Patienten Wohl und zur Schonung der Finanzen von Versicherungen und Kanton notabene.
In diesem Zusammenhang sind auch die Arztpraxen zu sehen: Im Wettbewerbs-Raumprogramm (2. Stufe) ist eine Nettonutzfläche von 720 m^2 für maximal 12 Arztpraxen à 60 m^2 enthalten. Diese sind gemäss Projekt für Ärzte mit Praxis im Kanton Zug im Jahr 2008 reserviert, welche ihre Praxis dann an das Zentralspital verlegen möchten. Damit wird eine Mengenausweitung verhindert. Einige Ideen bestehen bereits, vor allem für Praxen, die bereits heute am Kantonsspital sind. Nimmt man eine für die Praxis vernünftige Grösse (Fläche) an, so reduziert sich die Zahl der effektiv verfügbaren Praxen deutlich. Bezüglich Mietpreis: Man sprach von 50'000 Franken für 50-60 m^2, ergo ca. 900/m^2. Das scheint aus heutiger Sicht eher zu hoch, doch ist dies Sache des Betreibers. Nimmt man 500 Franken/m^2 als realistische Zahl, würde dies einen kleinen Ertragsausfall gegenüber dem Modell ausmachen, auf die 87 Mio totale Betriebskosten ist dies aber irrelevant.
Die Fläche, die in den Plänen als Ambulatorium bezeichnet ist, umfasst auch praktisch sämtliche Praxen der Kaderärzte am Zuger Kantonsspital (Chefärzte und Leitende Ärzte), wie sie bereits heute bestehen und für die Leistungserbringung notwendig sind. Wir werden dafür sorgen, dass die Pläne in der Detailplanung entsprechend differenziert gekennzeichnet werden.
2-4-Bettzimmer. Die Frage der Differenzierung nach Patientenkategorien am Zentralspital (nicht nur 1er und 2er-Zimmer) ist noch offen und wird im Rahmen der Detailplanung mit den betroffenen Stellen diskutiert und entschieden. Möglich ist die Einführung von 4er-Zimmern für allgemein Versicherte. Die allfälligen Auswirkungen auf die Investitionen sind marginal und müssen deshalb nicht einbezogen werden. Mit diesem Vorgehen behalten wir uns maximale Flexibilität, um mit den Mitteln des Projekts zum Zeitpunkt der definitiven Detailplanung möglichst genau auf die dann aktuellen Entwicklungen in der sich rasch wandelnden Spitallandschaft einzugehen.
Nun zum *Fragenkomplex AndreasKlinik*, allerdings nicht ohne Vorbemerkung. Der Bau des Zentralspitals hat nicht das Ziel, das Privatspital vom zugerischen Gesundheitsmarkt zu verdrängen. Die im Votum von Georg Helfenstein mitschwingende Unterstellung, welche in den Äusserungen von Leo Granziol noch deutlicher wurde, sei in aller Form zurückgewiesen. Verschwörungstheorien sind hier fehl am Platz. Joachim Eder will nicht Totengräber der AndreasKlinik sein. So einfach ist es nun wirklich nicht! Merken Sie sich: Ein Ja für das Zentralspital ist kein Nein zur AndreasKlinik. Der Gesundheitsdirektor möchte aufzeigen, was wir alles getan haben, was wir alles versuchten. Die AndreasKlinik geriet Mitte 2000 als Folge der Tarifstreitigkeiten mit den Krankenversicherern in eine schwierige finanzielle Situation. Zeitweise war gar zu befürchten, dass sie sich ausserstande erklären müsste, Grundversicherte weiterhin aufnehmen und behandeln zu können. Im Interesse der Sicherstellung der kantonalen Gesundheitsversorgung sah sich der Regierungsrat im Jahr 2000

veranlasst, der AndreasKlinik ein Darlehen von 900'000 Franken zu gewähren, was in diesem Rat sehr grosse Kritik auslöste. Das Darlehen ist mittlerweile zurückbezahlt.
Der Regierungsrat anerbot der AndreasKlinik eine Vereinigung der beiden Zuger Spitäler unter dem Dach einer gemeinsamen Betriebsgesellschaft, mit dem Ziel, eine qualitativ hochstehende, nachhaltige und zuverlässige innerkantonale Versorgung zu vertretbaren Kosten (dank Synergien) zu erreichen. Ab Frühjahr 2001 führten die AndreasKlinik und die SBZ AG unter der Leitung der Gesundheitsdirektion denn auch konkrete Verhandlungen und Gespräche über eine gemeinsame Betriebsgesellschaft. Es wurde geprüft, wie die Klinik in die Organisation der SBZ AG eingebunden werden könnte, wie eine sinnvolle Aufgabenteilung möglich wäre, welche Mittel nötig wären und welche Einflüsse dies auf die Planung des Zentralspitals hätte. Parallel zu den Fusionsverhandlungen mit dem Kanton führte der Verwaltungsrat der AndreasKlinik – wie sich später herausstellte – offensichtlich Verhandlungen mit der Hirslanden Holding AG. Man wurde handelseinig. Die Hirslanden Holding AG erwarb im Oktober 2001 die Aktien der Klinik St. AndreasKlinik Liebfrauenhof AG Cham mit der Zusicherung, dass sämtliche Belegarztverträge sowie die Verträge mit der Direktion und dem Managementteam übernommen werden. Nachdem das Geschäft besiegelt war, wurde der Kanton informiert. Der Verkauf an die Hirslanden Holding AG war ein autonomer Entscheid der Verantwortlichen der AndreasKlinik, ein freier unternehmerischer Entscheid also, dessen Konsequenzen heute auch von jenen zu tragen sind, die ihn zu verantworten haben. Es ist also nicht so, dass der Kanton diktiert, Georg Helfenstein! Es ist nicht so, dass die Machtkonzentration bei der Regierung liegt und wir eine monopolistische Schlagseite hätten, wie Leo Granziol es formulierte. Es ist auch nicht so, dass wir die Kooperation abgeschrieben haben. Als Gesundheitsdirektor des Kantons Zug, dem eine optimale Gesundheitsversorgung in unserem Kanton nicht nur ein Anliegen, sondern ein gesetzlicher Auftrag ist, hält der Votant hier und heute nochmals in aller Deutlichkeit fest: Mit dem Verkauf der AndreasKlinik an die Hirslanden Gruppe wurde die vom Regierungsrat vorgeschlagene und historisch wohl einmalige Möglichkeit verpasst, im Zusammenhang mit dem Neubau eines Spitals (Zentralspital) gleichzeitig auch kostendämpfende Leistungs- und Strukturanpassungen vorzunehmen. Immerhin brachte die damalige Entscheidung für den Alleingang Klärung für den politisch eingeschlagenen Weg «Zentralspital plus».
Wo liegt denn das Problem in der heutigen Situation? Das Zuger Kantonsspital und die AndreasKlinik decken grundsätzlich dasselbe Leistungssegment ab. Die Kliniken stehen folglich in einem direkten Konkurrenzverhältnis. Ihre Leistungspalette beinhaltet im Wesentlichen die Grundversorgung ambulant und stationär in den Disziplinen Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe und Gynäkologie sowie in den medizinischen Diensten wie Anästhesie, Röntgendiagnostik, Ergo- und Physiotherapie. Ein weiteres grosses Problem liegt darin, dass die AndreasKlinik einen Anteil von heute rund 62 % Allgemeinversicherten aufweist und damit deutlich aus dem «Kundensortiment» einer Privatspitalgruppe wie die Hirslanden Holding AG ausschert. Diese haben gesamthaft rund 20 % Allgemeinversicherte. Mit diesem hausgemachten Problem muss die AndreasKlinik selber leben lernen und nicht immer den Kanton angreifen und von ihm staatliche Lenkungsmassnahmen zu ihren Gunsten verlangen! Joachim Eder hört bereits jetzt das Wehklagen über den demnächst erwarteten, möglicherweise ungünstigen Bundesratsentscheid im Taxfestsetzungsverfahren. Der feste Wille der Zuger Regierung, die betrieblich-organisatorische Vereinigung der

beiden Zuger Akutkliniken anzustreben und derart Doppelspurigkeiten abzubauen, war – wie geschildert – vorhanden, der zugespielte Ball wurde aber von den Verantwortlichen der AndreasKlinik nicht aufgenommen. Wir stehen damit heute vor der Situation, dass die Parallelität des Leistungsangebots zu kostspieligen Doppelspurigkeiten bei den Infrastrukturen (Gebäude, Apparate, Geräte, Medizinaltechnik) führt. Nur nebenbei sei erwähnt, dass das Synergiepotenzial in den Betriebskosten in einem im Rahmen der Fusionsgespräche von der Verhandlungsdelegation AndreasKlinik und SBZ AG gemeinsam erarbeiteten Arbeitspapier auf 5 bis 5,5 Mio Franken eingeschätzt wurde.
Weshalb steht der *Regierungsrat-Entscheid in Sachen Erhöhung der Bettenzahl der AndreasKlinik* noch immer aus? Der Gesundheitsdirektor wollte Ihnen diese Leidensgeschichte eigentlich ersparen, wurde aber durch die Bemerkung von Beat Villiger und vor allem die Kritik von Georg Helfenstein, der Regierungsrat arbeite nicht seriös, herausgefordert. Er schildert deshalb Formales rund um das Gesuch. Das Gesuch der AndreasKlinik könnte tatsächlich schon längst beantwortet sein, datiert es doch vom 10. Oktober 2002. Im Rahmen des durchzuführenden Schriftenwechsels sah sich die Klinik aber zweimal gezwungen, je einmonatige Fristerstreckungen zu verlangen. Ein erstes Mal, nachdem sie sich durch den Verkauf der Hirslandengruppe im Herbst 2002 plötzlich im Besitze eines britischen Investors befand. Und dann ein zweites Mal, nachdem der bisherige Direktor per Februar dieses Jahres in die Hirslandenklinik nach Zürich verlegt wurde, womit die Person des Direktors über Nacht gewechselt hatte. Das Verfahren ist zudem geprägt durch ungenügende Eingaben und sich dauernd ändernde Anträge. Als Beispiel: Nachdem die AndreasKlinik in einer Eingabe vom 27. Januar 2003 in dem noch immer beim Bundesrat hängigen Taxfestsetzungsverfahrens plötzlich Kund tat, dass sie nicht 50, sondern effektiv 66 Betten betreibe – was bei uns natürlich entsprechende Reaktionen hervorrief – stellte sich die Klinik in Ende Mai 2003 nun plötzlich auf den Standpunkt, dass der Zusatzversicherungsbereich «planungsfrei» sei und somit gar keiner Genehmigung, d.h. Änderung der Spitalliste durch den Regierungsrat bedürfe. Zuvor, d.h. im Schreiben vom 10. Oktober 2002 hatte die Klinik um Aufnahme von 47 zusätzlichen Betten in die Spitalliste neben den 50 bestehenden Betten ersucht. Im Schreiben vom 9. Dezember 2002 sprach die Klinik noch immer von 47 zusätzlichen Spitallistenbetten, wovon aber 36 Betten für die halbprivate (= VVG) und 11 Betten für die allgemeine Abteilung (= KVG) gedacht seien. In ihrer Eingaben vom 2. Juni 2003 wird nun um 18 KVG Betten und 29 VVG Betten ersucht.
An einer kürzlichen Besprechung vom 11. Juni 2003 mit den Herren Bider, Rohrer, Rauber, Granziol und Huwiler von der Hirslandengruppe stellten wir deshalb die Frage: Was gilt? Gilt das Gesuch um Aufnahme in die Liste für 47 Betten, für 11 Betten oder für 29 Betten? Sind die total 47 zusätzlichen Betten (VVG und KVG) zusätzlich zu den 66 oder zu den 50 Betten? Eine Antwort erhielten wir damals nicht, denn man wusste anscheinend gar nicht, dass man immer neue Angaben gemacht hatte. Robert Bider beantragte, dass sie das Gesuch bereinigen und präzisieren dürften. Dem wurde stattgegeben. Die einzelnen Eingabeschriften wurden denn tatsächlich immer von jemand anderem unterzeichnet. Mal von Verwaltungsratspräsident Reto Heierle, mal vom früheren Klinikdirektor Mattias Pfammatter und dem VR-Mitglied Josef Huwiler, dann vom neuen Direktor Martin Rauber zusammen mit Josef Huwiler, schliesslich von VR-Mitglied Leo Granziol und zu letzt von Rechtsanwalt Prof. Dr. Tomas Poledna bzw. Rechtsanwalt Adrian Strütt. Die Antwort auf unsere Frage, was jetzt gelte, haben wir erst am 30. Juni 2003, also am vergangenen Montag, erhalten

– telefonisch – und zwar aus dem Hause Poledna. Diese lautet: Seine Angabe im Brief vom 2. Juni 2003 gelte und ab jetzt laufe alles über ihn. Das bereinigte und präzisierte schriftliche Gesuch ist heute Morgen eingetroffen. Die Absicht des Votanten war immer – er hat dies mehr als einmal kommuniziert –, das Gesuch vor der Spitaldebatte durch den Regierungsrat behandeln zu lassen. Für die unliebsame Verzögerung trägt nicht er die Verantwortung, dies konnten sie wahrscheinlich aus den Schilderungen unschwer feststellen. Es ist nun seine feste Absicht, dass der Regierungsrat seinen Entscheid vor der 2. Lesung fällt.

Kooperation heisst Geben und Nehmen. Den grössten Kooperationshandschlag der Regierung haben die Verantwortlichen der AndreasKlinik ausgeschlagen – Sie wurden darüber eingehend informiert. Wir machen sehr viele Kooperationen, schauen auf die Qualität und den Preis – unsere Partnerspitäler sind in der Vorlage auf S. 15 aufgelistet, darunter befinden sich auch Privatkliniken. Von der HILO haben wir konkret zwei Offerten erhalten, allerdings bis heute keine aus dem Hause der AndreasKlinik selber. Martin Rauber musste denn auch auf Anfrage des Neuen Zuger Zeitungs-Redaktors Bodo Lamparsky am 2. April 2003 am Rande einer Medienkonferenz anderslautende Aussagen vom Februar dieses Jahres korrigieren. Die erste Offerte betrifft neurochirurgische Leistungen der Klinik im Park (datiert vom 5. Februar 2002). Im Leistungsbereich Neurochirurgie sind für den Kanton Zug bereits einige Spitalabkommen bestehend. Uns wurden zudem per dato verschiedene neuere Offerten eingereicht (Klinik St Anna). Weitere Offertestellungen namentlich von Privatspitälern sind angekündigt. Die zweite Offerte zur Versorgung von Zuger Herzpatienten haben wir am 30. August 2002 aus der Hirslandenklinik Seefeldstrasse Zürich erhalten. Der Kanton Zug ist Mitglied des SDK-Ost-Abkommens. Er hat im Rahmen dieses Abkommens mit der Gesundheitsdirektion Zürich einen Herzvertrag für das Unispital und das Triemlispital vereinbart.

Auf die Behauptungen von KR Leo Granziol, der Staat sei teurer und es gebe in Cham Gratisbetten für den Kanton, geht Joachim Eder nicht mehr ein. Beides ist falsch. Er verweist auf die entsprechende Antwort der Regierung an die Präsidentenkonferenz der Zuger Wirtschaftsverbände, die Sie alle erhalten haben.

Zum Schluss: Der Regierungsrat ist überzeugt, dass das vorliegende Bauprojekt mittel- und längerfristig die beste und wirtschaftlichste Lösung für das Zuger Gesundheitswesen und für eine zukunftsgerichtete, nachhaltige Spitalplanung in unserem Kanton ist. Das neue Zentralspital in Baar ist eine Investition in die Zukunft, und zwar für die heutige und die kommenden Generationen. Alles, was später auf anderem Wege realisiert werden müsste, würde mit Sicherheit nicht kostengünstiger oder preiswerter. Das Zentralspital wird für die Bevölkerung des Kantons Zug gebaut. Abstriche an der Versorgungssicherheit und der Versorgungsqualität würden vor allem zu Lasten der nicht zusatzversicherten Bevölkerung und damit eines grossen Teils des Mittelstands gehen. Das ist sozialpolitisch nicht verantwortbar. Es gibt aber auch standorts- und wirtschaftspolitische Überlegungen. Der hochentwickelte Wirtschaftskanton Zug sollte seiner Bevölkerung zeitgemässe Infrastrukturen anbieten. Dazu gehört ohne Wenn und Aber eine qualitativ gute, konkurrenzfähige Spitalversorgung. Diese ist tatsächlich ein Standortsvorteil, wie Ansiedlungsgespräche von interessierten Firmenverantwortlichen mit den Zuständigen der Kontaktstelle Wirtschaft immer wieder zeigen. Diese Firmen erwarten, dass für ihre Mitarbeitenden für möglichst viele Arten von Unfällen und Krankheiten eine sehr gute medizinische Versorgung in der Region angeboten wird.

Der Gesundheitsdirektor ersucht den Rat entschieden, die Spitalvorlage heute zu verabschieden. Stillstand ist Rückschritt. Wir müssen endlich einen Schlusspunkt, nein ein Ausrufezeichen hinter die rund 25 Jahre alte Spitalplanung setzen. Wir wollen keine weitere Planungsleiche à la Stadtumfahrung! Wir können uns eine weitere Verzögerung mit allen damit verbundenen gravierenden und verunsichernden Folgen für die kantonale Gesundheitsversorgung nicht mehr leisten. Es gibt keine vernünftige Alternative zur vorgeschlagenen Lösung! Wir haben, wenn es so weiter geht, Jacques Armand Clerc, tatsächlich einen Notstand, ein Vergleich mit der KVA Fänn scheint absolut unangebracht. Zur angeblich fehlenden Glaubwürdigkeit der Zuger Regierung: Wir haben uns für die Fehler der Vergangenheit entschuldigt und beantragen ja das Behördenreferendum, gerade, weil es sich eben um andere Voraussetzungen als bei der letzten Abstimmung handelt. Als verantwortlicher Gesundheitsdirektor unseres Kantons ruft Joachim Eder den Kantonsrat und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf, die Chance wahrzunehmen, die langjährige Spitalplanung abzuschliessen und den Standortvorteil des Kantons Zug mit einem neuen, attraktiven, konkurrenzfähigen, betrieblich optimalen und auch baulich flexiblen Zentralspital zu festigen und auszubauen. Das Zentralspital Baar ist und bleibt die beste Lösung für den Kanton Zug! Vielen Dank, wenn Sie mit Überzeugung auf die Vorlage eintreten. Sie geben damit der Öffentlichkeit ein klares Zeichen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** meint, dem Votum von Gesundheitsdirektor Joachim Eder sei fast nichts mehr beizufügen. Er möchte sich deshalb auf kurze Aussagen zur finanziellen Situation und zur Tragbarkeit beschränken. – Der Mensch neigt ja dazu, wenn etwas gut ist, das hochzujubeln, und wenn es dann verhalten ist, es ganz schlecht zu reden. Der Votant möchte den Rat bitten, die finanzielle Situation des Kantons Zug doch nicht laufend so schlecht zu reden. Sie ist nämlich nicht so schlecht. Wir haben keine langfristigen Schulden. Der Kanton ist eigentlich schuldenfrei. Die Reserveentnahme, die wir in der Rechnung 02 gemacht haben, war budgetiert. Das war keine Notmassnahme. Wir haben sie gemacht, um ausserordentliche Abschreibungen zu machen. Der Kanton Zug ist erst kürzlich von den Banken mit einem Triple-A bonisiert worden. Das ist die beste Klassierung für einen Schuldner. Der Finanzierungsbeitrag der Laufenden Rechnung für Investitionen ist pro Jahr rund 88 Mio Franken. Das ist so im Finanzplan vorgesehen. Der Mittelbedarf für das Spital für die ganze Dauer beträgt durchschnittlich 22 Mio Franken pro Jahr. Wenn wir das Areal, wo das jetzige Kantonsspital steht, allenfalls nicht oder nicht so gut verkaufen könnten, so sind es 27 Mio. Wenn Sie diese beiden Zahlen einander gegenüberstellen, sehen Sie, dass dazwischen gut 55 bis 60 Mio sind. Und wenn jetzt die Steuereinnahmen wirtschaftsbedingt etwas zurückgehen, so sind wir nach wie vor der Meinung, dass das nicht so stark der Fall ist, dass wir zu wenig Geld haben, um das Kantonsspital selbst zu finanzieren. Deshalb unsere Aussage, die wir auch in der Spitalkommission gemacht haben: Wir gehen davon aus, dass das Spital mit eigenen Mitteln finanziert werden kann. Und der Votant wäre eigentlich froh, wenn wir möglichst schnell beginnen können. Denn wir haben jetzt finanzielle Mittel, der NFA steht jetzt noch nicht ins Haus, das Steuerpaket auch noch nicht. Und die finanziellen Mittel, die wir haben, sind auf dem Finanzmarkt schlecht zu platzieren. Es gibt heute praktisch keinen Zins mehr. Von daher wäre es sehr naheliegend, dies zu machen.

Wenn Peter Hegglin die Rechnung noch weiter führt und die Tabelle von Gregor Kupper hervornimmt, sieht man die Abschreibungen. Wir haben die Abschreibungen gerechnet, immer 10 % vom investierten Wert, und wir haben hier trotzdem auch noch kalkulatorische Zinsen dazugezählt, obwohl wir es ja eigentlich selbst finanzieren. Wenn Sie den Durchschnitt für diese zehn Jahre nehmen, sind die Kosten bei 10 Mio Franken pro Jahr, inkl. den kalkulierten Zinsen. Wenn wir die Zinsen wegnehmen, so ist der Durchschnitt knapp 8 Mio pro Jahr, wodurch die Laufende Rechnung belastet wird mit dem Beschluss, das Kantonsspital zu bauen. Wenn Sie das in Bezug setzen zum Gesamtaufwand des Kantons Zug, der über 800 Mio beträgt, so ist das 1 % der Laufenden Rechnung, das wir für das Spital pro Jahr rechnen müssen. Ohne die Betriebskosten, die wir ja eh haben. Der Gesundheitsdirektor hat es vorher deutlich gesagt. Sie sehen, wenn Sie nach der Belastbarkeit oder der Tragbarkeit fragen, so kann der Finanzdirektor das ganz klar mit Ja beantworten.

Leo **Granziol** sieht sich veranlasst, zu zwei Dingen nochmals zu sprechen. Zuerst wegen der Seriosität und Glaubwürdigkeit. Er ist überrascht, wenn vorher Peter Dür gesagt hat, was uns 1998 vorgelegt worden sei, diese 105 Mio, sei weniger gewesen als das damalige Kantonsspital überhaupt ausgewiesen habe, und es sei völlig daneben gewesen. Dafür wurden Stunden aufgewendet, Kommissionssitzungen, wir haben hier im Kantonsrat debattiert. Nach 20 Jahren Politik ist der Votant langsam enttäuscht und getäuscht von den Vorlagen, die wir erhalten. Das sehen wir ja wieder mit dem Gefängnis. Es wird auch behauptet, ein bestimmter Betrag werde sicher eingehalten. Wir haben einen TU-Vertrag, es ist alles abgesichert. Ein GU-Vertrag spielt ja nur die Rolle, dass die Planung dazu gehört. Aber ein Pauschalpreis ist ein Pauschalpreis, das sollte der Baudirektor inzwischen auch wissen. Aber wenn der Pauschalpreis dann trotzdem nicht stimmt, da muss man sagen: Was ist das für eine Überwachung und was sind das für Vorlagen. Da hat Leo Granziol echt Mühe, hier noch Zeit aufzuwenden und die Sache genau zu studieren. Und das macht ihn bei jeder Vorlage sehr skeptisch. Wir müssten die Sachen wirklich hinterfragen. Und wenn Sie jetzt glauben, das sei genügend gemacht worden, so ist das Ihre Sache.
Zur Kooperation. Der Votant hat nicht gedacht, dass der Gesundheitsdirektor so weit in die Details geht. Aber Eines ist festzuhalten: Die ganzen Kooperationsgespräche, die er als solche tituliert hat, das waren keine Kooperations- sondern Fusionsgespräche. Es war damals klar, dass die SBZ die AndreasKlinik unter einer gemeinsamen Betriebsgesellschaft übernehmen will. Und es ging darum, was die AndreasKlinik da noch machen könnte. Und VR-Präsident Reichlin hat damals klar erklärt: Wir werden sie übernehmen und dann über kurz oder lang schliessen. Weil es auch damals schon klar war, dass eine Betriebsgesellschaft an zwei Standorten wirtschaftlich keinen Sinn macht. Das wurde übrigens auch durch eine Expertise bestätigt. Und deshalb ist es ja verständlich, dass die Aktionäre der AndreasKlinik nach einem anderen Partner gesucht haben. Sonst hätten wir damals schon ein staatliches Monopol gehabt für die Gesundheitsversorgung im Kanton Zug, nämlich eine staatliche Betriebsgesellschaft. Oder wie Sie sie nennen privat, aber sie ist ja doch nicht richtig privat, sondern beherrscht vom Kanton. Also hätten wir eine Betriebsgesellschaft gehabt mit zwei Standorten und nichts Privatem mehr. Und da hätten wir heute ganz andere Voraussetzungen. Die waren nämlich z.B. nicht bereit, die Belegsärzte zu übernehmen. Das war absolutes Tabu. Die Hirslanden hat sämtliche Belegsärzte übernommen. Und wie weit geht denn die Kooperation heute? Dass Belegsärzte der

AndreasKlinik neu nicht mehr am Kantonsspital zugelassen werden. Gute Ärzte. Das ist die Kooperation. Und seit dieser Übernahme der AndreasKlinik durch die UBS ist nichts mehr passiert. Obwohl im Gesetz ausdrücklich steht, dass Sie die Kooperation suchen müssen. Aber echte Kooperation und nicht Übernahmen. Und Leo Granziol will hier nicht nur für die AndreasKlinik reden. Wir sind ja gar nicht in der Lage, das alles zu machen, wenn Sie uns die Bettenzahlen nicht erlauben. Aber es gibt ja in der Region Zug noch sehr viele Spezialkliniken, die Patientengut übernehmen könnten. Und wenn Heinz Tännler sagt, es sei nur das Notwendigste geplant, so stimmt das gar nicht. In der Vorlage steht «erweiterte Versorgung». Es wird einiges mehr gemacht als das Notwendigste. Und das verteuert die Sache. Und der Votant sagt: Man könnte solche Sachen ohne weiteren Bettausbau in dieser Grössenordnung und ohne Übernahme weiterer Disziplinen durch Kooperation und nicht durch Übernahmen lösen, wenn man es wollte. Sie haben in der Spiko erklärt, Sie hätten keine Veranlassung, solche Kooperationsgespräche mit anderen Spitälern zu führen, weil Sie die erweiterte Grundversorgung im Kanton Zug sicher stellen wollen. Sie haben auch keine solchen Gespräche geführt, sonst hätten Sie uns das schon längst aufgetischt. Leo Granziol meint, dass wir dieses Problem der Gesundheitsvorsorge, die immer komplexer wird, anders und billiger lösen könnten, mit weniger Betten, indem wir mehr einkaufen und auswärts sourcen.

Kommissionspräsident Heinz **Tännler** zum nochmals gemachten Vorwurf von Herrn Granziol wegen des Raumprogramms und der erweiterten Grundversorgung. Was gehört zur erweiterten Grundversorgung? Das ist natürlich ein fliessender Punkt zwischen der Grundversorgung und der erweiterten Grundversorgung. Der Votant ist zu wenig Spezialist, um das präzis abzugrenzen. Aber ein ganz wesentlicher Punkt der erweiterten Grundversorgung ist der Notfall. Und wenn wir nun glauben, den müssten wir bei unserem Zentralspital nicht anbieten, so sind wir völlig auf dem Holzweg.

Der **Vorsitzende** fasst zusammen. Wir haben vier Anträge. Der Antrag von Karl Rust ist insofern erledigt, dass er auf die 2. Lesung hin beantwortet wird. Den Antrag von Moritz Schmid, unterstützt von Georg Helfenstein, werden wir in der Detailberatung unter § 2 erledigen. Als erstes haben wir über den Nichteintretensantrag von René Bär abzustimmen.

➔ Der Rat beschliesst mit 69 : 3 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun über den Rückweisungsantrag von Leo Granziol, unterstützt von Jacques-Armand Clerc, abgestimmt wird. Er benötigt die Stimmen von zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Das sind im Moment 52.

➔ Der Rückweisungsantrag wird mit 67 : 7 Stimmen abgelehnt.

DETAILBERATUNG

§ 2

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag von Moritz Schmid und Georg Helfenstein vorliegt. Er fordert, einen neuen Abs. 2 hinzuzufügen mit dem Wortlaut:
«Der Kanton vereinbart mit der Totalunternehmergemeinschaft, dass diese alle Aufträge in Anwendung der kantonalen Submissionsgesetzgebung vergibt.»

Heinz **Tännler** hält fest, dass heute Morgen an der Kommissionssitzung darüber diskutiert wurde. Es wurde mit einer Enthaltung einstimmig beschlossen, dass man diesem Antrag nicht folgend solle.

➔ Der Rat lehnt den Antrag mit 61 : 11 Stimmen ab.

§ 2 Bst. d

Lilian **Hurschler** möchte gerne im Namen der AF einen Punkt einbringen, der uns bisher in der Diskussion gefehlt hat, aber sehr wichtig ist, nämlich die Umgebungsgestaltung. Beim Studieren der Vorlage war es schwierig, sich ein Bild der Umgebung machen zu können und auch in der Kommission schien das Thema Umgebungsgestaltung kein grosses Thema gewesen zu sein. Dies ist um so mehr zu bedauern, als dass doch gerade eine attraktive Umgebung etwas sein könnte, wovon nicht nur die Menschen, die sich im Spital aufhalten, sondern auch die Zuger Bevölkerung und die Natur profitieren könnten. Bei einer Präsentation der Vorlage für die Abstimmung hängt ein gutes Resultat auch von solchen Fakten ab. Die Umgebung eines Spitals ist das erste, was einer Besucherin, einem Besucher auffällt; sie ist unser erster Eindruck. Von daher sollte ihr viel mehr Beachtung geschenkt werden. Von einer Umgebungsgestaltung erwartet die Votantin, dass sie für alle attraktiv und ein Ort der Begegnung ist. Dazu gehören Erholungsräume für Erwachsene und ältere Menschen, Spielmöglichkeiten für Kinder sowie Lebensräume für einheimische Pflanzen und Tiere. Unser Kanton ist dicht besiedelt, umso mehr ist es ganz wichtig, dass aus jedem Freiraum möglichst viel herausgeholt wird. Zubetonierte Plätze sind für alle unattraktiv, und in Hitzezeiten, wie wir sie die letzten Wochen erlebt haben, ganz besonders. Es braucht Bäume als Schattenspender, die für frische Luft sorgen und Lebensräume für verschiedene Tierarten bieten.
Den Unterlagen konnte entnommen werden, dass aus Kostengründen im Bereich der Umgebungsgestaltung gespart wurde. So soll die Dachgartengestaltung vielleicht wieder wegfallen, nur ein einziger Wassergarten bestehen bleiben, die beiden Blumenbeete entfallen und es sollen weniger Bäume gepflanzt werden als ursprünglich geplant. Eine bodendeckende Begrünung ist geplant. Lilian Hurschler kann sich gut vorstellen, was das bedeutet: Ein langweiliger Rasen, der weder zum Spielen noch zum sich Erholen einlädt. Wieso nicht eine Magerwiese mit Kies wachsen lassen, die fürs Auge spannender ist und verschiedenen Pflanzen- und Tierarten einen Lebensraum bietet? Denn, wo finden wir in unserem Kanton noch solche Lebensräume? Sie

sind sehr selten geworden. Heute ist im Bereich der Umgebungsgestaltung sehr viel möglich. Nutzen wir doch diese Möglichkeiten.
Die Votantin möchte zum Abschluss nochmals wiederholen, was sie eingangs gesagt hat: Wenn der Kanton diesem Projekt zu einem guten Abstimmungsresultat verhelfen will, dann sollte er unbedingt darauf achten, dass eine grüne, spannende, kinder- und erwachsenenfreundliche Umgebung gestaltet und der Zuger Bevölkerung klar kommuniziert wird, dass auch sie von dieser wird profitieren können. Die AF wünscht sich von der Spitalkommission, dass sie den Punkt der Umgebungsgestaltung auf die 2. Lesung hin nochmals überprüft, und wir wünschen uns von der Baudirektion Unterlagen, aus denen die Ideen für Umgebungsgestaltung klar ersichtlich sind.

§ 3

Martin **Stuber** hält fest, dass seine Fraktion ihn beauftragt hat, das vorliegende Projekt bezüglich des Verkehrs etwas unter die Lupe zu nehmen. Das Zentralspital samt Pflegeheim und Personalheim ist nämlich auch eine Verkehrsmaschine. Davon zeugt das vorgesehene alleinstehende vierstöckige Parkhaus mit 348 Parkplätzen. Die Zahl ist so hoch, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nötig ist. Dieser Bericht zur Umweltverträglichkeit liegt seit dem 24. Juni vor. Leider hat die Spitalkommission die Vorlage deshalb ohne Umweltverträglichkeits-Bericht behandelt. Der Votant möchte sich beim Kommissionspräsidenten dafür bedanken, dass er dafür gesorgt hat, dass wir den rechtzeitig auf die heutige Debatte hin noch erhalten haben, und er hat ihn über das Wochenende auch studiert. Denn dieser weit über 100 Seiten dicke Bericht ist eine wichtige Unterlage für die Beurteilung des Projekts. Wir gehen davon aus, dass die Spitalkommission zwischen 1. und 2. Lesung auch diesen Umweltverträglichkeits-Bericht noch mit einbeziehen wird und hoffentlich auch den Mitbericht des Amts für Umweltschutz, der gemäss Aussagen des zuständigen Mitarbeiters beim AfU zwischen Mitte August und Mitte September vorliegen sollte. Es wäre wichtig, man hätte auch die Stellungnahme des Amts für Umweltschutz. Der Votant konzentriert sich angesichts des Zeitdrucks auf das Parkhaus. Er möchte anmerken, dass der UVB-Berichtverfasser auf weiterführende Fragen Martin Stubers sehr prompt und kompetent geantwortet hat.
Das geplante Parkhaus weist ein etwas höheres Angebot auf als beim heutigen Kantonsspital. Das heutige Angebot reicht gemäss Aussage von Spitaldirektor Marc Kohler bestens aus, und die meisten von Ihnen werden die Erfahrung auch schon gemacht haben: Im Parkhaus Athene finden Sie immer einen Parkplatz. Nun – das neue Zentralspital hat seinen Namen zurecht – das Gebiet liegt verkehrsmässig sehr zentral, ist durch den öffentlichen Verkehr schon sehr gut erschlossen und wird es bei der Eröffnung noch wesentlich besser sein (Stichworte: Stadtbahn, der neugestaltete und nahe Bahnhof Baar, neue Buslinien). Das kann man sich fast nicht besser wünschen. Der Vergleich Michel Ebingers mit dem Spital Luzern ist sehr gut, weil man das überhaupt nicht vergleichen kann. Insofern ist das eine Bestätigung für die Standortgunst von Baar und bezüglich der Anforderungen an die Zahl von Parkplätzen. Luzern liegt nämlich denkbar ungünstig. Es ist weit weg vom Bahnhof, es thront wie eine Burg auf einem Hügel, das Parkhaus dort ist ein Alptraum. Luzern dient also nicht dazu, die Anzahl Parkplätze im geplanten Zentralspital zu begründen. Im Gegenteil, man könnte es als Grund anführen, die Zahl zu senken. Und nicht zu unterschätzen: Auch für das Velo ist die Lage ideal. Eine Mehrheit der Zuger Bevöl-

kerung kann auf dem Zweirad das neue Zentralspital innerhalb von 5 bis 20 Minuten locker erreichen – die gesündeste Art der Fortbewegung für sich und die Umwelt passt gut zu einem Zentrum, wo es um eben diese Gesundheit geht. So gesehen dürfen wir ruhig von einem spürbar geringeren Parkplatz-Bedarf als beim heutigen Kantonsspital ausgehen. Diesbezüglich fehlen leider die Zahlenangaben im UVB, aber Herr Kohler vom Kantonsspital hat dem Votanten mitgeteilt, dass das Spital heute über 200 bis 220 Parkplätze verfüge. Im neuen Parkhaus sind 235 für den Spitalbetrieb geplant. Eine Reduktion von einem Drittel sollte angesichts der geschilderten Standortgunst und unter der Prämisse der Förderung von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln also drin liegen.
Ausgerechnet die Vorläufersubstanzen für das Ozon steigen wegen des Parkhauses besonders stark an. Stichwort: Verdampfungsverluste (ein Auto belastet die Luft auch, wenn es steht, das ist den meisten nicht bewusst, stimmt aber leider) Der UVB weist es auf S. 24 aus: Kohlenwasserstoffe steigen sogar um 40 %. Das Gebiet ist schon heute hoch belastet. Besonders zu Denken geben sollte, was der UVB mit Zahlen eindrücklich belegt, dass nämlich das Zentralspital in einem Gebiet zu stehen kommt, das schon heute bezüglich Luft- und Lärmimmissionen sehr hoch belastet ist. Und diese Belastung wird wegen des zu befürchtenden Verkehrswachstums und wegen der Nordzufahrt noch weiter steigen. Etwas befremdend ist dann allerdings, dass der UVB daraus den verkehrten Schluss zieht: «Durch den projektbedingten Mehrverkehr nehmen die Emissionen in der Regel um 6 bis 10 % zu. Im Vergleich zu den bereits vorhandenen Emissionen ist die Zunahme damit gering.» Abgesehen davon, dass es diskutabel ist, wie massgebend 6 bis 10 % eingestuft werden, gilt doch: Würde das Zentralspital an einen Ort gestellt, der emissionsmässig noch wenig belastet ist, würde der letzte Satz lauten: «Im Vergleich zu den bereits vorhandenen Emissionen ist die Zunahme erheblich.» So wird die ganze Sache auf den Kopf gestellt: Je höher die Grundbelastung schon ist, desto kritischer müssten man doch Zusatzbelastungen gegenüber stehen.
Sie haben es schon mehrfach gehört – die Kosten für das Zentralspital sind hoch. Rund zehn Millionen für das Parkhaus sind im Vergleich zu den Gesamtkosten zwar ein relativ kleiner Betrag, aber wenn sie z.B. zwei Millionen einsparen können, ist das doch immer noch eine schöne Stange Geld. Uns ist bewusst, dass sie nur bei den Investitionskosten sparen, weil im Betrieb das Parkhaus selbstragend sein soll. Dennoch ist das eine reale Sparmöglichkeit, die niemandem wirklich weh tut. – Last but not least hat das Ganze auch noch einen ästhetischen Aspekt. Das vierstöckige, 60m lange und 41m breite Parkhaus neben dem Zentralspital ist sicher keine Wohltat für das Auge, ganz im Gegenteil. Die Aussicht auf das Parkhaus für die Frauen, die auf der Gynäkologie und der Maternité liegen, kontrastiert doch gewaltig mit der Aussage im Bericht der Spitalkommission, welche «den freien Blick in die Natur und auf die Berge» preist. Es ist auch ein ziemlicher Rückschritt gegenüber dem heutigen Kantonsspital. Nebenbei bemerkt: Der Votant hat in unseren umfangreichen Unterlagen eine einzige Visualisierung gefunden, welche das Parkhaus in seiner ganzen «Pracht» in Bezug zum Spital setzt. Es lohnt sich, zum Pflegezentrum Baar zu pilgern, da steht nämlich neuerdings das Modell.
Zusammenfassend ist die AF der Meinung, dass das Parkhaus ohne Probleme und mit Gewinn für die Umwelt und das Wohlbefinden eines Teils der Spitalbenutzer(-innen) um einen Viertel, d.h. um eine Etage, reduziert werden kann. Der Votant möchte der Aussage des Kommissionspräsidenten hier widersprechen, obwohl er sonst alle seine Ausführungen unterstützen kann. Es ist kein Willkürakt, wenn man

sagt, dass man das Parkhaus um eine Etage kürzen kann. Die Parkplatzzahl ist nämlich so berechnet worden, dass man den maximalen effektiven Bedarf der ÖV-Güteklasse B zu Grunde genommen hat. Dass man da einfach den maximalen Bedarf genommen hat, ist willkürlich. Genauso kann man sagen, man könne auch den minimalen Bedarf der Güterklasse B nehmen und die Zahl reduzieren. Das hätte übrigens auch noch den angenehmen Nebeneffekt, dass es statisch evtl. möglich sein wird, das Dach des Parkhauses zu begrünen. Die Mütter mit Blick auf das Parkhaus würden es Ihnen danken.
Wir stellen also zwei Anträge:
Antrag 1:
Auf die zweite Lesung hin sei das Parkhaus mit drei Etagen zu planen und die Kosteneinsparung bei den Investitionen auszuweisen.
Antrag 2:
Auf die 2. Lesung hin sei dem Kantonsrat eine Variante des Parkhauses mit Dachbegrünung zu prüfen und die Mehrkosten auszuweisen.
Antrag 2 gilt natürlich nur, wenn Sie zuerst dem Antrag 1 zustimmen. – Zum Schluss noch eine Frage an den Baudirektor. Und zwar zum Lärmschutz. Auf S. 17 wird eine Lärmschutzwand an der Weststrasse als zwingend stipuliert, weil die Lärmwerte dort überschritten werden. Es heisst dort, dass eine 3m hohe und 85m lange Lärmschutzwand erstellt werden müsse. Ist diese Lärmschutzwand im jetzigen Projekt schon enthalten?

Thomas **Lötscher**: Als ebenfalls nicht Selbstgebärender möchte er doch mit den Frauen beginnen. Als seine Frau unsere Kinder auf die Welt brachte, war eigentlich die Aussicht das weitaus kleinste Problem, das sie damals hatte. Wesentlich wichtiger war für sie, wie sie nach dem Spitalaufenthalt mit dem Baby wieder nach Hause kommt. Und da war sie sehr froh, dass sie nicht auf die öffentlichen Verkehrsmittel und auch nicht auf das Velo angewiesen war. Die Berechnungen haben auch gezeigt, dass allein schon mit dem Personal der Bedarf an Parkplätzen ziemlich ausgewiesen ist. Der Votant denkt da vor allem an die Mitarbeiter im Schichtbetrieb, die nachts kommen und gehen müssen. Aber auch für die Kunden des Spitals, also für die Patienten und ihre Besucher, sind diese Parkplätze äusserst wichtig. Dazu einige kurze Szenarien. Gehbehinderte Personen, die ins Spital gebracht oder abgeholt werden müssen, haben mit dem ÖV ihre Probleme. Das Auto ist da die beste Lösung. Familien, bei denen der Vater oder die Mutter im Spital ist, und der andere Elternteil sollte dann mit mehreren Kindern kommen. Wenn sie nicht geübt sind, haben sie mit dem ÖV ihre Probleme, vor allem wenn sie nicht aus dem Zentrumsgebiet mit der Stadtbahn kommen. Auch die engen Zeitfenster für Besucher können ein Problem sein. Wenn Sie von auswärts kommen nach der Arbeit und noch einen Krankenbesuch machen möchten und sich dann noch auf den Fahrplan abstimmen müssen, haben Sie nahezu keine Zeit mehr, um die Leute zu besuchen. Das allein sind schon Argumente genug, um zu sehen, dass die vorgesehene Anzahl Parkplätze ein absolutes Minimum ist. – Noch eine kurze Bemerkung zu den Verdampfungsverlusten. Es spielt eigentlich keine Rolle, ob das Auto zu Hause in der Garage steht oder in der Garage des Spitals. Wenn es verdampft, dann verdampft es überall. Der Votant ist natürlich gegen diesen Antrag.

Kommissionspräsident Heinz **Tännler** nimmt den Ausdruck «Willkürakt» zurück. Er wollte damit sagen, es sei nicht nachvollziehbar. Aber wir müssen wirklich aufpassen, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir hatten in der Spitalkommission einen ähnlichen Antrag, und zwar die Anzahl Parkplätze von 348 auf 261 zu reduzieren. Das wurde mit 13 : 1 Stimmen abgelehnt. Wir müssen einfach wissen, dass wir nicht nur das Spital haben, sondern auch das Pflegezentrum. Ein weiteres Beispiel: Das Hochhaus wurde zuerst mit 200 Parkplätzen eingerechnet. Das hat man dann auf 70 Parkplätze reduziert. Man ist also von den ursprünglich über 500 Parkplätzen sehr radikal zurückgegangen. Und diese 348 Parkplätze sind auch mit der Gemeinde Baar abgesprochen und dem AfU. – Der Votant bittet den Rat, diesem Antrag von Martin Stuber nicht zuzustimmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** antwortet Martin Stuber, dass die Lärmschutzwände inbegriffen sind. Wir hätten eigentlich bedeutend mehr Parkplätze als diese 348 gebraucht, aber die GOPS verträgt nicht mehr.

➔ Der erste Antrag von Martin Stuber wird mit 63 : 8 Stimmen abgelehnt. Sein zweiter Antrag wird damit hinfällig.

§ 6

Jean-Pierre **Prodolliet** stellt den bereits angekündigten Antrag. Die SP-Fraktion wünscht den Einschub eines neuen Paragraphen zur Informationspflicht. Der Antrag lautet wie folgt:
«Die Projektorganisation ist verpflichtet, alljährlich anlässlich einer Sitzung die kantonsrätliche Kommission für Spitalfragen über den Stand der Realisierung des Projekts zu informieren.»
Dieses Anliegen hat auch bei anderen Ratsmitgliedern Anklang gefunden. Es geht im Wesentlichen darum, dass man die Informationspflicht anlässlich einer Sitzung erfüllt und dass es die ganze kantonsrätliche Kommission ist und nicht irgend ein Ausschuss. Dies soll alljährlich geschehen. Mit diesem Paragraphen haben wir einen Beschluss, der vielleicht auch besser vor der Volksmeinung besteht. Denn alle Probleme, die genannt wurden, z.B. mit den Submissionen, mit der Entwicklung des Projekts, Verhältnis zum TU usw., kann dann anlässlich einer solchen Sitzung thematisiert werden. Der Votant empfiehlt dem Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** macht Jean-Pierre Prodolliet gern den Vorschlag, dass die Baudirektion freiwillig jedes Jahr der Spitalkommission diese Informationen bringt. Aber er glaubt nicht, dass das in einen Beschluss hinein muss.

Heinz **Tännler** ist einverstanden mit dem Vorschlag des Baudirektors, dass man das nicht in den Beschluss aufnehmen soll. Hingegen soll es festgeschrieben sein im Protokoll und er ist zudem der Meinung, dass ein Mal jährlich zu wenig ist. Er würde das jedes halbe Jahr machen und im Bedarfsfall auch mehrmals jährlich.

Jean-Pierre **Prodolliet** zieht im Einverständnis mit der SP-Fraktion seinen Antrag zurück. Er hat die Zusicherung gehört und glaubt, dass sie auch eingehalten wird.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1084.5 – 11224 enthalten.

159 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEITRAG AN DEN NEUBAU DES PFLEGEZENTRUMS IN BAAR

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1085.1/.2 – 11069/70), der Kommission (Nr. 1085.3 – 11192) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1085.4 – 11193).

Kommissionspräsident Heinz **Tännler** hält fest, dass sich die Spitalkommission auch mit dieser Vorlage zusammen mit der Vorlage Zentralspital intensiv befasst hat. Im Rahmen einer umfassenden Eintretensdebatte hat sie die folgenden Punkte eingehend beleuchtet und ausgiebig diskutiert:
- die Konzeption der Langzeitpflege generell;
- den konkrete Bedarf und das Leistungsangebot für das künftige Pflegezentrum in Baar;
- die bauliche Umsetzung mit dem Projekt Vitale und die Betriebsabläufe;
- die Kosten inkl. allfällige Reduktionsmöglichkeiten und
- die Finanzierung des Projekts.

Das alles kann im Kommissionsbericht nachgelesen werden, so dass hier nur noch auf die wesentlichsten Punkte näher eingegangen wird.
Die Sicherstellung der Schwerpunktversorgung im Bereich der stationären Langzeitpflege obliegt kraft ausdrücklicher Gesetzesvorschrift in § 4 Spitalgesetz dem Kanton. Schwerpunktversorgung meint dabei:
- die Betreuung von intensiv pflegebedürftigen Personen,
- die anspruchsvolle Nachsorge, sei es im Anschluss an einen Spitalaufenthalt oder an eine medizinische Rehabilitation, und
- vor allem aber auch die Spezialpflege wie die Demenzbetreuung.

Im übrigen stationären Langzeitpflegebereich, wie auch in der aktiven Alterspolitik und in der Spitex, sind die Gemeinden die Hauptakteure. Der Kantonsrat hat die für die Schwerpunktversorgung massgeblichen Pflegeheime mit regionalem Leistungsprogramm bestimmt. Es sind dies:
- das Pflegezentrum Baar,
- das Pflegezentrum Ennetsee in Cham,
- das Kranken- und Pflegeheim Luegeten in Menzingen
- die Pflegeabteilung des Alters- und Pflegeheims Neustadt in Zug sowie
- die Pflegeabteilung der Klinik Adelheid (Nachsorge im Anschluss an eine medizinische Rehabilitation).

Mancherorts hat man Kritik vernommen an der Zuger Konzeption mit schwerpunktmässiger Versorgung in regionalen Pflegeheimen. Diesem Ruf nach einer vermehrt dezentralen Pflege in gemeindlichen Altersheimen vermochte die Kommission aus überzeugenden Gründen nicht zu folgen: Der Grundauftrag für die Pflegeheime mit regionalem Leistungsprogramm besteht wie gezeigt in der qualitätsgerechten Betreuung von vorwiegend schwer pflegebedürftigen Personen. Zielvorgabe gemäss KVG ist die qualitätsgerechte Unterstützung und Förderung der Autonomie und Würde der pflegebedürftigen, vorwiegend älteren Menschen. Die regionalen Pflegeheime müssen demzufolge über speziellere Infrastrukturen und Einrichtungen verfügen, die es ermöglichen, mit qualifiziertem Pflegepersonal auch schwerere komplexe Pflegefälle über längere Zeit zu betreuen. Dies im Gegensatz zu den gemeindlichen Altersheimen. Spezialisierung sind auch beim Personal klar notwendig – ebenfalls ein Qualitätserfordernis gemäss KVG. Nur dank Konzentration in regionalen Pflegezentren lassen sich diese hohen qualitativen Anforderungen zu tragbaren Kosten vernünftig umsetzen.
Der Versuch der Altersheime, gerontopsychiatrische und demenzkranke Bewohner in den Heimbetrieb zu integrieren, ist ein falscher Ansatz. Abgesehen davon, dass diese Form der Mischung von Bedarfstypen kostspielig ist, da alle Heime über die entsprechenden Dienstleistungs- und Infrastrukturvoraussetzungen verfügen müssten, handelt es sich – wie sich die Kommission vergewissern konnte – bei der flächendeckenden Integration dieser Krankheitsbilder letztlich um eine «Integration ohne Integrationskonzept», also um eine fachlich nicht reflektierte Zusammenführung von Menschen mit heterogenen Bedürfnissen. Demenzkranke werden aus medizinischer Sicht heute generell als Personengruppe erkannt, für die Erschwernisfaktoren gelten, da bei ihnen die Einsichtsfähigkeit in ihre Handlungen oft nicht vorliegt und Handlungsabläufe immer wieder von neuem erlernt werden müssen. Für deren Betreuung bedürfen die Pflegeeinrichtungen an qualifiziertem gerontopsychiatrischem Pflegefachpersonal. Die (gut gemeinten) Integrationsbestrebungen der Heime ohne qualifizierte ärztliche Begleitungen gehen zudem vorab auch zu Lasten der Nicht-Verwirrten in den Heimen. Für sie ist es oft störend und kaum zumutbar, im Zustand hoher (körperlicher) Pflegebedürftigkeit ständig mit sie ängstigenden Verhaltensweisen Demenzkranker umgehen zu müssen.
Im Pflegezentrum Baar werden heute Personen betreut, die schwerstpflegebedürftig sind, das heisst den Pflegebedarfsstufen Besa 3 und 4 angehören. Das Pflegezentrum erfüllt daneben die Aufgabe eines kantonalen Kompetenzzentrums für Geriatrie. Als einzige Institution beschäftigt sie einen Arzt mit speziellen geriatrischen Kenntnissen. Zudem ist es derzeit die einzige Einrichtung im Kanton Zug, welche gezielt Ergo- und Physiotherapie anbietet. Das Pflegezentrum stammt aus dem Jahr 1977. Im Hinblick auf eine umfassende Erneuerung bzw. einen Neubau wurden während den letzten 10 bis 15 Jahren nur mehr die nötigsten Unterhaltsarbeiten vorgenommen. Das Gebäude weist heute etliche Mängel und Tücken auf. In baulicher Hinsicht vermag es die heutigen Anforderungen an eine qualitative, bedarfsgerechte Hilfe und Pflege nicht mehr zu erfüllen. Obschon die räumlichen Unannehmlichkeiten offensichtlich sind, sind die heute 94 betriebenen Betten ausgelastet. Dies dank der hervorragenden Qualität der medizinischen und pflegerischen Betreuung und dem Spezialangebot auf dem Gebiet der Geriatrie. Verlegungen aus medizinischen Gründen nach Baar – auch aus namhaften Pflegezentren, welche den komplexen Problemstellungen nicht gewachsen zu sein scheinen – sind bekannt.

Mit dem Bau des neuen Pflegezentrums werden gleichzeitig die notwendigen baulichen und einrichtungsmässigen Voraussetzungen für zwei besondere Personenkreise geschaffen. Nämlich für:

- die bereits heute im Leistungsangebot Baar enthaltene stationäre Versorgung von psychisch veränderter älterer Menschen (Demenz und Alzheimer) und
- (neu) für jüngere körperbehinderte, pflegebedürftige Menschen.

Die demographische Entwicklung führt bekanntlich zu einer weiteren Zunahme älterer Menschen in unserer Gesellschaft. Trotzdem wird das künftige Pflegezentrum in Baar nicht mehr 94, sondern nur mehr 60 allgemeine Pflegeplätze aufweisen – also eine klare Redimensionierung. Für die jungen Pflegebedürftigen sind zwölf Plätze geplant. Daneben werden bestehende Lücken in der Versorgungskette geschlossen, indem mit den sechs vorgesehenen Betten die Nachsorge im Anschluss an einen Spitalaufenthalt (Notfall- und Entlastungsbetten) gewährleistet ist. Der Bedarf für diese Planzahlen bildete Gegenstand längerer Diskussionen in der Kommission. Gemäss dem Projekt Langzeitpflege und gestützt auf die Arbeitsgruppe betreffend Neubau des Pflegezentrums Baar ist das Bedürfnis für die 60 Langzeitpflegebetten wie auch für die zwölf Plätze für junge Behinderte klar nachgewiesen. Auch die Stadt Zug, welche einen Bedarf an 20 Betten für Baar angemeldet hat, – entgegen anderweitigen Gerüchten – bis dato dieses Interesse nicht zurückgezogen. Dies ist durchaus sachlich begründet: Die Zahl der verwirrten und desorientierten alten Menschen ist nach wie vor steigend. Entsprechend steigt die Nachfrage nach Plätzen mit professionellen gerontopsychiatrischen Pflegekonzepten.

Projekt Vitale. Eine Dementenbetreuung als qualifizierte Pflege macht zusätzliche hohe und kostspielige bautechnische Anforderungen an die Sicherheit notwendig. Die Bewegungsfreiheit der Bewohnerinnen und Bewohner bildet auch aus medizinisch therapeutischer Sicht (Unabhängigkeit, Selbstwertgefühl, Lebensqualität) einen wesentlichen Faktor. Demenzkranken sind Spaziergänge in einer angemessenen Umgebung (Garten und Haus intern) zu ermöglichen, was feuerpolizeiliche Massnahmen an die Offenheit des Raumes und wiederum Kosten nach sich zieht wegen den erforderlichen automatischen Brandtüren. Nebst Therapieräumen (Physio-, Ergo- und Bewegungstherapie) sind adäquate Sicherheitsvorkehrungen und Abschlüsse vorzusehen. Die jüngeren Pflegebedürftigen verbringen eine sehr lange Zeit im Heim, was konzeptionell und kostenmässig zwangsläufig ebenfalls zu Buche schlägt. Für sie wird das Heim mit dem «James-System» ausgestattet. Dies erlaubt eine gewisse Selbständigkeit, indem mit einer Fernbedienung Türen, Lifte, Fenster usw. automatisch geöffnet bzw. geschlossen werden können. Das Konzept erfordert zudem eine Raumgestaltung mit Wohncharakter und Übernachtungsmöglichkeiten für Partner/-in und Kinder. Die genannten Anforderungen werden nach Auffassung der Kommission mit dem Projekt Vitale erfüllt. Dabei geht es nirgends um Luxus, sondern einzig und allein um eine bedürfnisgerechte und adäquate Betreuung. Das Gebäude ist zudem auf Grund seiner einfachen Skelettkonstruktion (tragende Stützen und Decken) im Gegensatz zum heutigen Pflegezentrum sehr flexibel nutzbar und auch an zukünftige Pflegekonzepte anpassbar. Die Skelettkonstruktion ist zudem so dimensioniert, dass bei späterem Bedarf eine Aufstockung um ein weiteres Geschoss möglich ist.

Kosten/Finanzierung. Die kantonale Spezialisierung in Baar ist aus versorgungstechnischer wie auch aus ökonomischer Sicht nicht bloss sinnvoll, sondern notwendig. Denn angesichts des gegenüber den bestehenden Pflegeheimen völlig unterschiedlichen Leistungsprogramms entsteht, wie aufgezeigt, ein erhöhter Investitionsbedarf,

was eine entsprechende Konzentration erfordert. Die Kombination mit dem Zentralspital hilft, Doppelspurigkeiten zu vermeiden und Synergien u.a. in folgenden Bereichen zu nutzen: Küche und Personalrestaurant, Mehrzweckraum, Schulungs- und Konferenzräume, Arztpraxen, Physiotherapie, Ergotherapie und spezielle rehabilitative Einrichtungen (z.B. Gehbad, usw.), Seelsorge- und Andachtsraum, Aufbahrungsraum, Haustechnikzentrale, Anlieferung, Ver- und Entsorgung, technischer Dienst, Lagerhaltung, Schutzräume, Parkierung, usw.. Laut den massgeblichen Finanzierungsregeln hat sich der Kanton an den Planungs- und Baukosten mit 60 % zu beteiligen. Die restlichen 40 % gehen zu Lasten der Stiftung Spital Baar.
Kostenteiler Baukosten: 60 % Anteil Kanton Zug (Kantonsbeitrag) Fr. 22'815'000.-,
40 % Anteil Stiftung Spital Baar Fr. 15'210'000.-, Total Fr. 38'025'000.-.
Fazit. Die Kommission ist zum Ergebnis gelangt, dass mit der Realisierung des neuen Pflegezentrums die gebotenen fachlichen und baulichen Anforderungen an eine qualitative und bedarfsgerechte Hilfe und Pflege namentlich für Demenzkranke und jüngere Behinderte unseres Kantons nachhaltig bereit gestellt werden. Die Kommission hat deshalb im Nachgang an die umfassenden Beratungen und Diskussionen folgende Beschlüsse gefasst:

- Die Kommission hat mit 15 : 0 Stimmen einstimmig und ohne Enthaltung Eintreten auf die Vorlage beschlossen.
- In der Schlussabstimmung ist der Vorlage mit 14 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt worden.

Mit dem Dank an alle Spitalkommissionsmitglieder, an die Gesundheits-, Bau- und Finanzdirektion, die Stiftung Spital Baar und Fachpersonen für ihre engagierte Arbeit hofft Heinz Tännler im Namen der Spitalkommission auf Eintreten auf die Vorlage. Er kann an dieser Stelle festhalten, dass seine Ausführungen auch grossmehrheitlich von der SVP-Fraktion getragen werden.

Der **Vorsitzende** erinnert Heinz Tännler daran, dass derart lange Ausführungen in den Kommissionsbericht gehören.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** muss hier doch einige Ausführungen machen, immerhin geht es um einen Betrag von 22 Mio. – Die Stawiko hat diese Vorlage zusammen mit der damit materiell zusammenhängenden Vorlage betreffend Neubau des Zentralspitals an einer Sondersitzung am 16. Mai 2003 und an der ordentlichen Sitzung am 2. Juni 2003 beraten. Vorgängig haben wir, wie bereits erwähnt, an der Informationsveranstaltung des Regierungsrats am 17. Februar 2003 teilgenommen. Der Votant verweist wie üblich auf den Bericht und möchte noch auf folgende Punkte hinweisen.
Beim Neubau Pflegezentrum Baar wird bekanntlich nicht ein zusätzliches Pflegezentrum im Kanton Zug erstellt. Das bestehende Pflegezentrum Baar wird einen neuen und zeitgemässen Bau am gleichen Standort beziehen. Das Raumprogramm von Zentralspital und Pflegezentrum wurden aufeinander abgestimmt. Das bereinigte Raumprogramm weist für das Pflegezentrum 48 Zimmer mit anfänglich 60 Betten für die Langzeitpflege aus. Dazu kommen sechs Zimmer für die Übergangspflege, was interessante Synergien mit dem Zentralspital verspricht. Dazu wird ein Tagesheim mit total 3 Zimmern und 6 Betten eingeplant, was eine Entlastung für Zugerinnen und Zuger verspricht, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen. In einer separaten Wohneinheit werden zudem die seit langem gewünschten zwölf Zimmer bzw. Betten für

jüngere körperbehinderte pflegebedürftige Personen geschaffen. Die Staatswirtschaftskommission ist der Meinung, dass die Bedarfsabklärungen des Regierungsrats richtig sind und der Bedarf, die genannten Pflegeplätze in Baar anzubieten, klar vorhanden ist.
Das alte Spital und das Pflegezentrum in Baar sind im gleichen Baustil wie das Zuger Kantonsspital an der Artherstrasse gebaut. Ein starres und unflexibles Betonbauwerk mit typischem Spitalcharakter verhindert Anpassungen an die heute üblichen Anforderungen an ein Pflegezentrum. Einheitliche Strukturen, gerade Gänge, optimierte Verkehrsflächen sind die Kennzeichen eines modernen Spitals – Rundgänge, Nischen, Begegnungszonen, variable und wohnliche Strukturen sind die Kennzeichen eines modernen Pflegezentrums. Das neue Pflegezentrum Baar wurde im Projekt Vitale nach den neusten Erkenntnissen geplant und konzipiert. Die zukünftigen Benutzer stehen voll und ganz hinter dem nun vorliegenden Projekt. Die Stawiko ist der Meinung, dass der Neubau des Pflegezentrums Baar eine sinnvolle Erneuerung einer nicht mehr zeitgemässen Infrastruktur darstellt.
Das Pflegezentrum Baar profitiert, in Analogie zum Pflegezentrum Cham, von den Synergien zum Akutspital. Die Stawiko begrüsst die Synergie-Effekte, die zwischen Pflegezentrum und Zentralspital entstehen. Diese Synergien helfen – analog zur Situation beim Pflegezentrum Cham – mit, Investitions- und Betriebskosten einzusparen. Wie sieht der Kostenteiler aus? Die Investitionskosten für die gemeinsam genutzten Bauteile und Anlagen, d.h. Rampe, unterirdische Anlieferung und Umgebung, werden im Verhältnis 80 % Zentralspital bzw. Kanton und 20 % Pflegezentrum bzw. Stiftung Spital Baar aufgeteilt. Die Investitionskosten für die nachfolgenden gemeinsam genutzten Bauteile und Anlagen sind jeweils im Objektkredit desjenigen Gebäudes enthalten, in dem sich diese befinden:

- Die Investitionskosten für die Gebäudetechnik-Zentrale, die Küche und das Personalrestaurant sind im Objektkredit des Zentralspitals enthalten.
- Die Investitionskosten für die Zivilschutzräume sind im Objektkredit des Pflegzentrums enthalten.

Da sich sozusagen identische Flächen des Pflegezentrums im Zentralspital (495 m^2) und anderseits solche des Zentralspitals im Pflegezentrum befinden (525 m^2), und sich der Kanton mit 60 % an den Kosten des Pflegezentrums beteiligt, wurde auf eine komplizierte Aufteilung der baulichen Investitionskosten verzichtet. Die Investitionskosten für die Gebäudetechnikanlagen und Kücheneinrichtungen usw. werden dem Pflegezentrum über die Betriebskosten entsprechend den bezogenen Leistungen verrechnet. Die Kosten für die Energie und die Mahlzeiten werden dem Pflegezentrum vom Zentralspital in Rechnung gestellt, inkl. einem zu verzinsenden und amortisierenden Anteil der Investitions-, Betriebs- und Unterhaltskosten. Die Stawiko stellt fest, dass die Investitionskosten im Synergiebereich, soweit möglich und praktikabel, zwischen dem Pflegezentrum und dem Zentralspital getrennt wurden.
Bei Kostenvergleichen ist es immer wichtig, Gleiches mit Gleichem zu vergleichen. Wir betrachten die Investitionskosten BKP (2+3) und gehen von der maximal möglichen Bettenzahl, d.h. Doppelbelegungen aller Zimmer, aus. In diesem Fall resultieren Kosten von 222'500 Franken pro Bett im neuen Pflegezentrum Baar. Zum Vergleich haben die Investitionskosten pro Bett im Pflegezentrum Cham 223'000 Franken betragen. Die Gebäudekosten pro m^3 (BKP 2+3) belaufen sich beim neuen Pflegezentrum Baar auf 820 Franken, in Cham haben sie 845 Franken betragen. Diese Kostenvergleiche zeigen klar, dass die Baukosten des neuen Pflegezentrums Baar

einem Vergleich mit anderen Objekten gut standhalten. Die Stawiko ist der Meinung, dass die Kosten vertretbar sind und keine Luxuslösung vorliegt.
Wie wir bereits in unserem Bericht ausgeführt haben, lassen sich die Vorlagen Neubau Zentralspital und Neubau Pflegezentrum Baar zwar formell trennen. Materiell besteht aber ein praktisch untrennbarer Zusammenhang zwischen diesen Vorlagen. Die von der Stawiko zum Zentralspital gemachten Ausführungen bezüglich Grösse der Investition und Finanzierbarkeit lassen sich auf diese Vorlage übertragen. Gemäss § 11 des Spitalgesetzes bzw. den §§ 5 und 11 des Gesetzes über das Spitalwesen vom 20. Februar 1975 beteiligt sich der Kanton mit 60 % an den Planungs- und Baukosten des Pflegeheims mit regionalem Leistungsauftrag. Die restlichen 40 % gehen zu Lasten der Stiftung Spital Baar. Die totale Bausumme beträgt 38,025 Mio Franken. Gemäss Kostenteiler resultiert ein Betrag von 22,815 Mio zu Lasten des Kantons. Die Stiftung Spital konnte klar aufzeigen, dass sie in der Lage ist, ihren Kostenanteil von 15,21 Mio zu tragen. 8 Mio Franken fliessen durch den Landverkauf in die Kasse der Stiftung. Der Rest wird fremdfinanziert und ist bereits heute gesichert.
Die Stawiko ist der Meinung, dass die Investitionskosten für den Kanton tragbar und finanzierbar sind. Gestützt auf unseren Bericht und diese Erwägungen beantragt sie einstimmig,

- auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen;
- die Motion von Martin Döbeli sel. vom 26. August 1999 betreffend Konzept für die Langzeitpflege und Rehabilitation im Kanton Zug (Vorlage Nr. 699.1 – 9934) als erledigt abzuschreiben.

Anna **Lustenberger-Seitz** verzichtet auf Grund der vorgerückten Zeit auf ihr Votum. Es beinhaltet nichts Neues zu dem, was wir von Heinz Tännler gehört haben. Die AF stellt sich ganz hinter dieses Projekt. Wir sind für Eintreten. Persönlich hat es für die Votantin einen Wermutstropfen. Beim Projekt für die behinderten jüngeren Erwachsenen findet sie es schade, dass man keinen separaten Eingang gemacht hat. Vielleicht kann später mal jemand darüber Auskunft geben, wieso das nicht möglich war.

Andrea **Erni** schliesst sich dem Votum von Anna Lustenberger an. Die SP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten.

Andreas **Hotz** spricht als Baarer Kantonsrat, als langjähriges Mitglied des Stiftungsrats Spital- und Pflegezentrum Baar, als Baarer Gemeinderat, demzufolge als Interessenvertreter; erfreulicherweise auch im Namen der praktisch geschlossenen FDP-Fraktion. Er wird sein Votum ebenfalls kürzen, vieles ist dem Bericht zu entnehmen und den Äusserungen von Heinz Tännler und Peter Dür. Er möchte aber doch kurz darauf hinweisen, wieso die FDP-Fraktion der Auffassung ist, dass ein geriatrisches Zentrum in Baar realisiert werden sollte.
Da die Fachkompetenz in Baar erwiesener- und unbestrittenermassen bereits vorhanden ist, macht es Sinn, diese Fachkompetenz weiterhin in Baar anzusiedeln. Sehr wichtig ist zudem auch, dass die jugendlichen Langzeitgeschädigten einen guten Platz mit optimaler Betreuung erhalten. Dies geschieht mit dem Neubau des Pflegezentrums in Baar in idealer Weise. Es ist zudem mit Nachdruck darauf hinzu-

weisen, dass Besa 3- und Besa 4-Fälle zukünftig nicht mehr irgendwo betreut werden können. Daran ändert auch nichts, dass die vor einigen Tagen aufgetretenen Opponenten des Pflegezentrums Baar behaupten, Besa 3- und Besa 4-Fälle könnten auch in allen gemeindlichen Alters- und Pflegeheimen betreut werden. Tatsache ist nämlich, dass Besa 4-Fälle mit Sicherheit nicht irgendwo platziert und vor allem nicht generell auf die regionalen Altersheime verteilt werden können. Tatsache ist ebenso, dass das Pflegezentrum Baar bereits heute 70 % Besa 4-Patienten und 23 bis 24 % Besa 3-Patienten betreut. Erwähnenswert ist dabei auch, dass in den Jahren 2001 und 2002 ca. 40 % der Besa 3- und -4-Patientinnen und Patienten aus der Stadt Zug kamen. Dies trotz Neueröffnung des Neustadt-Zentrums in der Stadt Zug.
Der Votant ist davon überzeugt, dass die 60 geplanten Pflegeplätze zwingend notwendig sind und dass es wichtig ist, dass diese mit der notwendigen Fachkompetenz und Infrastruktur betreut werden können. Bei der Revision des Spitalgesetzes wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass Baar mit der Realisierung des Zentralspitals auch den Neubau des Pflegezentrums Baar umsetzen kann. Zudem wurde festgehalten, dass Baar im Sinne der Bestandesgarantie auf eine 60 %-ige Subventionierung zählen darf. Allein schon aus dem Grundsatz von Treu und Glauben müsste heute auch der Standpunkt eingenommen werden, es sei auf die Vorlage einzutreten und der Investitionsbeitrag zu Gunsten des Pflegeheims Baar zu sprechen. Die Stiftung Spital Baar hat sich denn auch in den letzten Jahren in der Spitalplanung äusserst kooperativ und loyal verhalten. Es wurde immer Hand für konstruktive Lösungen geboten und auch die Schliessung des Spitals Baar konnte ohne erhebliche Nebengeräusche abgewickelt werden. Zudem hat die Stiftung Spital Baar auch immer ihre Bereitschaft signalisiert, erhebliche Landreserven zu sehr fairen Konditionen zur Verfügung zu stellen. Dies sogar dann, wenn das Pflegezentrum vom Volk nicht gutgeheissen würde.
Das aktuelle Pflegezentrum Baar entspricht betreffend Infrastruktur in keiner Art und Weise mehr den modernen Anforderungen. Nur dank hervorragendster Fachkompetenz und Betreuungseinsatzes ist es gelungen, nach wie vor das Haus voll zu belegen. Heute stehen wir jedoch vor der Situation, dass bauliche Anpassungen und Modernisierungen zwingend notwendig sind.
Andreas Hotz gelangt zum Schluss: Jede und jeder, der sich in den vergangenen Monaten einmal die Mühe nahm, das heutige Pflegezentrum in Baar zu begutachten, hat festgestellt, dass dieses nicht mehr zeitgemäss ist und zwingend und dringend saniert und neu gebaut werden muss. Nur dank hervorragendem Einsatz der ärztlichen Kräfte und der Betreuerinnen und Betreuer konnte der überdurchschnittliche Standard aufrecht erhalten bleiben. Auf die Dauer ist dies jedoch schlicht nicht möglich und es wäre zu befürchten, dass die Belegungszahlen krass einbrechen und gleichzeitig die Betriebskosten massiv ansteigen würden. Die Gemeinde und die Stiftung Spital Baar haben darauf vertraut, dass im Zusammenhang mit dem Neubau des Zentralspitals gleichzeitig ein neues Pflegezentrum realisiert wird. Der Kanton Zug braucht zwingend ein Kompetenzzentrum im Geriatriebereich und es ist daher allein schon aus ökonomischen und finanzpolitischen Gründen zwingend notwendig, dasselbe im Zusammenhang mit der Realisierung des Zentralspitals zu verwirklichen. Dies haben auch die vorberatende Spitalkommission und die Staatswirtschaftskommission zu Recht erkannt und darum beschlossen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Kopfschütteln auszulösen vermag daher nur noch die Tatsache, dass es in der Spitalkommission ein Mitglied gibt, welches sich am 11. April ausdrücklich für Eintreten aussprach und insbesondere die bessere Koordination der

Langzeitpflege im Kanton als sehr positiv begrüsste; heute jedoch an vorderster Front in einem überparteilichen Komitee gegen ein angeblich überdimensioniertes, nicht finanzierbares Pflegeheim antritt.
Unserem Kanton, der Sache zuliebe und auch um derartige Politkapriolen nicht noch zu belohnen, ersucht der Votant den Rat im Namen der FDP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr im Sinne der Regierung, der vorberatenden Kommission und der engeren Stawiko zuzustimmen.

Guido **Käch** bedauert, dass ein Geschäft in dieser Grössenordnung in so schneller Zeit durchgeboxt werden muss. – Im November 2000 hat der Kantonsrat einen Investitionsbeitrag für die Planung des Pflegezentrums Baar beschlossen. In dieser Vorlage kann nachgelesen werden, dass im bereinigten Raumprogramm total 60 Zimmer mit 78 Betten vorgesehen waren und dass die Kosten für das geplante Bauvorhaben ca. 29,4 Mio Franken betragen sollte. Gleichzeitig wurde auch gesagt, dass eine Nettonutzflache von 4100 m^2 benötigt würden. Das nun vorliegende Projekt entspricht diesen ursprünglichen Vorgaben in keiner Weise. Es weicht in folgenden Punkten ab: Zimmerzahl 69 (+ 9), Bettenzahl 84 (+ 6), Nettonutzfläche 6277 m^2, d.h. plus 50 %. Oder die Kosten 42,9 Mio, das sind 13,5 Mio mehr als vorgesehen, plus 32 %. Es wundert den Votanten, wenn man da Vergleiche macht mit maximal möglichen Bettenzahlen. Wir haben einen Bedarf von 84 Betten. Punkt fertig. Und da muss man nicht mit 120 Betten rechnen. Guido Käch ist sich durchaus bewusst, dass das Pflegeheim in Baar die Funktion als Geriatriezentrum zu erfüllen hat. Diese Anforderung war aber schon Bestandteil der Projektvorgaben. Jetzt haben wir die Qual der Wahl. Wir können das annehmen oder ablehnen. Der Votant hat sich für das Letztere entschieden, weil er überzeugt ist, dass eine Lösung möglich ist, die den Vorgaben vom November 2000 besser Rechnung trägt. Er muss noch erwähnen, dass er Mitglied der Spitalkommission ist, er war aber an der Sitzung, als dies entschieden wurde, in den Ferien. Er will mit den Steuergeldern sparsam umgehen und darum mit einem angemessenen Projekt mindestens sechs Millionen Franken weniger ausgeben. Er wird der Vorlage Pflegeheim Baar nicht zustimmen und fordert den Rat auf, mit einer Proteststimme gegen solche Sachen nein zu stimmen.

Leo **Granziol** stellt den Antrag, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Hier ist er in keinem Verwaltungsrat, er hat keine Interessen wahr zu nehmen. Ihm fällt aber der neue Massstab auf, der mit diesem Pflegeheim gesetzt wird. Und der überschreitet nun alles Dagewesene. Er muss Guido Käch Recht geben. 43 Mio Franken für diese 72 Zimmer, das sind Bettenkosten von fast einer halben Mio Franken. Die Rehab-Klinik in Unterägeri hat weniger gekostet, und das ist eine Klinik. Das Altersheim Neustadt hat 27,5 Mio gekostet bei 72 Zimmern. Cham hat bei 33 Zimmern 18 Mio gekostet. Und das neue Altersheim Mülimatt, wohlgesagt Pflegeheim, auch für Besa 4-Patienten, auch für Demente ein ganzes Stockwerk, 19,5 Mio. Und da kommen die Baarer und sagen, 43 Mio ist unser Preis, der Kanton soll 60 % zahlen. Und wir sollen das schlucken. Das akzeptiert der Votant nicht. Das gibt für alle nächsten Projekte der Gemeinden einen Kostenschub. Und sämtliche Gemeinden sind ja in der Planung. Zug ist in Planung, Steinhausen ist in Planung und Ennetsee-Gemeinden sind in Planung. Wieso? Weil sie diese dementen und kranken Pflegebedürftigen nicht mehr ausserhalb der Gemeinde schicken wollen. Die Gemeindevorsteher

haben es klar zur Kenntnis gebracht: Sie wollen diese Pflegebedürftigen bei sich in der Gemeinde behalten. Und deshalb ist der Bedarf auch nicht mehr ausgewiesen. Die Bedarfsplanung des Kantons ist längstens überholt. Sie hat sich nicht angepasst an dem, was die Gemeindevorsteher in letzter Zeit – übrigens ein sehr dicker Bericht, den Sie im Internet lesen können – festgestellt haben. Nämlich die Priorität ist bei den Kranken und Pflegebedürftigen in der Gemeinde selbst und nicht auswärts. Sie wollen die Leute nicht nach Baar schicken. Und Leo Granziol hat etwas dagegen, wenn man Gemeinden belohnt für eine exorbitante Planung. Man kann Dementе offensichtlich auch mit weniger Luxus unterbringen, das hat Cham gezeigt und das zeigt jetzt wieder das Beispiel Mülimatt. Der Votant versteht nicht, dass man hier soviel m^3 und soviel Fläche verbauen muss. Deshalb stellt er den *Antrag auch Nichteintreten*. Sollten Sie trotzdem Eintreten, stellt er *zu § 1 den Antrag, den Betrag auf 40 % zu kürzen* statt auf 60 %. Das Gesetz sieht das ausdrücklich vor, dass Kürzungen vorgenommen werden können in solchen Fällen. Dann würde der Betrag vom Kanton sich auf 15,21 Mio Franken belaufen und wäre damit etwa gleich hoch wie das, was wir bisherigen Pflegeheimen bezahlt haben.

Heinz **Tännler** möchte noch etwas Formelles sagen. Der Präsident hat ihn vorher zurückgepfiffen. Der Votant fand diese Aussage nicht opportun, sondern eher deplatziert. Es geht hier immerhin um 42 Mio, über die wir diskutieren. Es geht um eine formell separate Vorlage und dem Kommissionspräsidenten sollte es möglich sein, zu dieser Vorlage entsprechende Ausführungen zu machen. Dass die Debatte so lange gedauert hat, ist sicher nicht nur sein Verschulden. Es haben viele Vieles dazu gesagt.
Zu Guido Käch und zur Nutzfläche. Diese 50 %, die er angeführt hat, stimmen nicht. Man ist ursprünglich von 4‘100 m^2 Nutzfläche ausgegangen, und zwar *ohne* junge Behinderte. Man hat das erhöht auf 5'000 m^2 *mit* den jungen Behinderten, und zwar gemäss der alten Spitalkommission. Und dort war Guido Käch auch dabei und hat diesen Entscheid auch mitgetragen. Also ist es schon etwas fragwürdig, wenn heute hier dieser Vorwurf gemacht wird. Und jetzt haben wir 6'300 m^2, und zwar deshalb, weil man die Innenhöfe und Rundgänge gemacht hat. Dies ist aus Sicht der Spitalkommission patientenspezifisch und auch sinnvoll.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** glaubt, dass wenn wir von einem geriatrischen Zentrum sprechen, nicht Äpfel mit Birnen vergleichen können. Natürlich haben wir eine Ausweitung durch die Wünsche des Pflegezentrums gehabt, aber die Wünsche sind berechtigt. Was machen Sie mit einem Alzheimer? Soll der einfach den ganzen Tag an der Scheibe stehen und hinausschauen? Jetzt haben wir Räume, wo sie rundherum gehen können. Das ist das einzige Zentrum im Kanton Zug, wo wir das machen können. Das Pflegeheim ist gut belegt und es wird gut belegt bleiben.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** möchte auch hier den vorbereitenden Kommissionen und den Fraktionen recht herzlich danken. Seines Erachtens kann man wirklich nicht mit gutem Gewissen sagen, die Notwendigkeit sei bestritten. Es ist unbestritten, dass wir hier tatsächlich ein Pflegezentrum brauchen. Die Langzeitpflege ist gesundheitspolitisch *die* grosse Herausforderung der Zukunft. Wir ersetzen ja ein

bestehendes Objekt und verkleinern es noch. Und so einfach, wie es vorher getönt hat mit der zentralen und dezentralen Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner, vor allem im Besa 3- und -4-Bereich, ist es nun wirklich nicht. Der Votant hat den Bericht ja auch sehr eingehend gelesen. Er war auch in dieser Arbeitsgruppe dabei, welche diesen Bericht mitverantwortet hat. Und er muss Leo Granziol sagen, dass diese Arbeitsgruppe eigentlich von den gemeindlichen Exekutivmitgliedern «beherrscht» worden ist. Der Bericht wird also mehrheitlich von den Gemeinden getragen. Seine Kritik zielt also an der Tatsache vorbei. Wo wollen Sie z.B. junge körperbehinderte Menschen unterbringen. Wollen Sie das in Altersheimen tun? Dann müssen Sie mir sagen, in welchem. Wir erweitern hier ja das Angebot, wir schaffen auch Plätze für die Übergangspflege. Und der Gesundheitsdirektor hat sich extra gestern nochmals beim Stadtpräsidenten der Stadt Zug, Christoph Luchsinger, und beim zuständigen Sozialvorsteher Andreas Bossard persönlich und gemeinsam erkundigt – beim Behördentag bei der Siemens war das sehr einfach –, ob die Stadt Zug wirklich noch dahinter stehe. Und sie haben ganz klar gesagt, sie hätten keinen anderen Beschluss gefasst. Die Stadt Zug ist ja vertreten in der Stiftung Spital Baar und hat – wie das Andreas Hotz gesagt hat – eigentlich bereits letztes Jahr 38,5 % der Pflegetage im Pflegezentrum Baar belegt.

Den Vorwurf, die Bedarfsplanung – wahrscheinlich ist die des Kantons gemeint – sei falsch, muss der Votant zurückweisen. Es ist so, dass in der Vergangenheit sicher gewisse Fehler gemacht worden sind in diesem Bereich. Genau so wie anderswo. Joachim Eder bittet Sie aber nun, vorwärts zu schauen, weil er persönlich als Verantwortlicher der Gesundheitsdirektion die Konsequenzen gezogen hat. Im personellen Bereich hat er einen neuen zuständigen Bereichsleiter Pflege eingesetzt. Und zwar nicht zusätzliches Personal, sondern durch interne Umstrukturierung. Dann splittete er eine Mitarbeiterin des Gesundheitsamts – wenn man das so sagen kann. Diese Mitarbeiterin steht zu 40 % als Sachbearbeiterin diesem Leiter des Bereichs Pflege zur Verfügung. Er hat auch Konsequenzen gezogen in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden. Er hat sie verstärkt. Er arbeitet mit vier gemeindlichen Exekutivmitgliedern intensiv in der kantonalen Gruppe Langzeitpflege zusammen, wo wir auch die Impulse dieses Langzeitpflegeberichts aufnehmen. Zudem beabsichtigt er, ein Netzwerk Pflege einzurichten. Damit ist auch ein Anliegen von CVP-Fraktionschef Villiger aufgenommen. Ein Netzwerk Pflege, in dem diese koordinierende Zusammenarbeit zusätzlich institutionalisiert wird. Dann arbeiten wir auch mit der zugerischen Interessengemeinschaft für Alterssiedlungen sehr intensiv zusammen, im Bereich der Statistik, wo wir erstmals koordinierte Planungseckwerte erheben. Zusammengefasst: Organisatorisch und strukturell ist Besserung angesagt. Der Patient ist auf gutem Weg.

Der Gesundheitsdirektor ist erstaunt, dass man ihn nicht gefragt hat, warum der zweite Stock des Pflegezentrums Ennetsee nicht belegt ist. Vielleicht meinte Leo Granziol das. Die Antwort könnte gegeben werden. Wir können doch nicht vom Kanton aus die Leute kanalisieren. Der Votant hat festgestellt, dass 21,5 % sämtlicher Bewohnerinnen und Bewohner vom Pflegezentrum Baar, von der Klinik Adelheid und vom Neustadt-Center Chamerinnen und Chamer sind. Und zwar handelt es sich hier um Besa 3 und 4-Leute. Ja sollen wir von der Gesundheitsdirektion aus sagen, es gibt keine Chamer und Chamerinnen mehr, die ins Neustadt-Center gehen dürfen? Irgend einen Grund wird es ja haben und irgendjemand wird sie auch dort eingewiesen haben. Da können Sie der Regierung keine Vorwürfe machen. Joachim Eder ist dem Rat dankbar, wenn er auf diese Vorlage eintritt.

Zum Schluss noch ein Wort zum sogenannt teuren Bau. Sie haben ja im Stawiko-Bericht auf S. 4 gesehen, dass in kurzen Worten das Preis/Leistungs-Verhältnis aufgezeigt wird pro Zimmer und pro Bett. Daraus geht deutlich hervor, dass das Pflegezentrum Cham Ennetsee pro Zimmer und pro Bett teurer war als das Pflegezentrum Baar. Das hat die Stawiko, das finanzielle Gewissen unseres Kantons, nachgewiesen, und nicht die Gesundheitsdirektion. Sondern wäre das wahrscheinlich sowieso alles verdächtig für Leo Granziol.

Andreas **Hotz** will sich zum Eventualantrag Leo Granziol auf Reduktion des Subventionierungsbeitrags von 60 auf 40 % äussern. Er möchte darauf hinweisen, dass dies nur über eine Gesetzesänderung im Spitalgesetz möglich wäre. Denn § 11, Übergangsbestimmungen zum Spitalgesetz vom 29. Oktober 1998, weisen im Zusammenhang mit den Neubauten Pflegezentrum Cham und Baar ausdrücklich auf das alte Spitalgesetz § 11 hin. Und dort ist explizit festgehalten, dass die Subventionsbeiträge 60 % betragen. Von einer Möglichkeit der Regierung auf Reduktion dieses Satzes steht dort überhaupt nichts.

Guido **Käch** hofft, dass herübergekommen ist, dass er nicht gegen ein Pflegeheim in Baar ist, sondern nur gegen dieses Projekt. Er muss dem Spitalkommissionspräsidenten bei der Frage der Nettonutzfläche widersprechen. Er hat die Vorlage in den Händen und da steht 4'100 m^2. Er möchte, dass das im Protokoll so aufgenommen wird. Es sind nicht 5‘100, sondern 4'100 m^2 ausgewiesen.

➔ Der Rat lehnt den Nichteintretensantrag von Leo Granziol mit 58 : 4 Stimmen ab. Somit ist Eintreten beschlossen.

DETAILBERATUNG

§ 1

Leo **Granziol** zieht seinen Antrag zurück.

§ 2

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass hier ein Antrag von Moritz Schmid von der Vormittagssitzung vorliegt (siehe Ziff. 156, S. 321). Es wird ein zusätzlicher Abs. 2 beantragt, und zwar mit folgendem Wortlaut:
«Der Kantonsbeitrag wird mit der Auflage ausgerichtet, dass die Totalunternehmergemeinschaft alle Aufträge in Anwendung der kantonalen Submissionsgesetzgebung vergibt.»

➔ Der Antrag von Moritz Schmid wird mit 53 : 9 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1085.5 – 11225 enthalten.

160 MOTION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND BESSERE ZUSAMMENARBEIT IM SOZIALBEREICH (REVISION DES SOZIALHILFEGESETZES)

Die **CVP-Fraktion** hat am 18. Mai 2003 folgende Motion eingereicht:

«Die CVP-Fraktion stellt folgende Anträge:

1. Es ist als erster Schritt eine umfassende Bestandesaufnahme vorzulegen über alle vom Kanton und den Gemeinden ganz oder teilweise subventionierten bzw. selber geführten Einrichtungen und Institutionen des sozialen Bereichs. Es ist aufzuzeigen, welche Kosten durch diese Einrichtungen und Institutionen entstehen. Gleichzeitig sind die Schwachstellen darzulegen.

2. Es ist aufzuzeigen, ob und wie die Effizienz und Koordination der diversen Einrichtungen und Institutionen verbessert werden kann, allenfalls unter Auslagerung oder Zusammenlegung von Dienstleistungen.

3. Es ist als Folge des Berichts gemäss Ziff. 1 und 2 eine Revision des Sozialhilfegesetzes vorzulegen, welche
a) die Schwächen gemäss Ziff. 1 eliminiert,
b) die Effizienz und Koordination gemäss Ziff. 2 steigert,
c) den Abschluss von Leistungsvereinbarungen bei Beiträgen an Externe vorschreibt und ein Qualitäts-Controlling gewährleistet.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1133.1 – 11197 vom 18. Juni 2003 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

161 INTERPELLATION ALOIS GÖSSI UND MARTIN B. LEHMANN BETREFFEND NEUES EIDGENÖSSISCHES STEUERPAKET

Alois **Gössi**, Baar, und Martin B. **Lehmann**, Unterägeri, haben am 20. Juni 2003 die in der Vorlage Nr. 1134.1 – 11199 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation an der Sitzung vom 28. August schriftlich beantwortet wird.

162 MOTION VON JOSEF LANG BETREFFEND ERGREIFUNG DES REFERENDUMS GEGEN DAS STEUERPAKET DES BUNDES

Josef **Lang**, Zug, sowie sechs Mitunterzeichnerinnen und ein Mitunterzeichner haben am 23. Juni 2003 folgende Motion eingereicht:

«Wir beantragen, dass der Kanton gegen das Steuerpaket des Bundes das Kantonsreferendum ergreift. Dabei stützen wir uns auf Artikel 41 der Kantonsverfassung:
„Dem Kantonsrat kommen folgende Obliegenheiten zu:
(…)
r) die Ausübung der den Kantonen in der Bundesverfassung eingeräumten bundesstaatlichen Mitwirkungsrechte (Einberufung der Bundesversammlung, *Referendum*, Standesinitiative).“
Die Motion ist sofort zu behandeln und erheblich zu erklären.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1135.1 – 11200 vom 23. Juni 2003 enthalten.

Der **Vorsitzende** erkundigt sich beim Motionär, ob er einverstanden ist, dass die Motion nicht sofort behandelt, sondern an den Regierungsrat überwiesen wird.

Josef **Lang** ist einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Bericht und Antrag des Regierungsrats bis zur Sitzung vom 28. August 2003 vorliegen sollte.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

163 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 28. August 2003.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

12. SITZUNG: DONNERSTAG, 28. AUGUST 2003
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.35 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

164 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Abwesend sind: Franz Müller, Oberägeri; Andreas Hotz, Baar; Bruno Briner, Hünenberg.

165 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 26. Juni 2003 und vom 3. Juli 2003.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Defizitdeckungsbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1136.1/.2 - 11206/07).

3.2. Kantonsratsbeschluss zur Erprobung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1140.1/.2 – 11215/16).

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Forschungsbeitrag an das Micro Center Central Switzerland (MCCS).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1141.1/.2 – 11219/20).

3.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für das generelle Projekt der neuen Kantonsstrasse «Kammerkonzept Ennetsee», Gemeinden Cham und Hünenberg.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1142.1/.2 – 11221/22).

3.5. Kantonsratsbeschluss betreffend den kantonalen Richtplan.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1144.1/.2 – 11226/27).

4. Einführungsgesetz zum schweizerischen Obligationenrecht (EG OR).
Eventuell Antrag der Redaktionskommission.
2. Lesung (Nr. 1093.5 – 11211).

5. Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz.
2. Lesung (Nr. 1095.4 – 11172).

6. Kantonsratsbeschluss betreffend Neubau des Zentralspitals in Baar.
2. Lesung (Nr. 1084.5 – 11224).

7. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag an den Neubau des Pflegezentrums in Baar.
2. Lesung (Nr. 1085.5 – 11225).

8. Kantonsratsbeschluss betreffend Erstellung einer Zuleitung von Sauberwasser zum Wilersee.
2. Lesung (Nr. 1091.5 – 11212).

9.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Ergreifung des Kantonsreferendums gemäss Art. 141 der Bundesverfassung gegen das Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben.

9.2. Motion von Josef Lang betreffend Ergreifung des Referendums gegen das Steuerpaket des Bundes (Nr. 1135.1 – 11200).

9.3. Interpellation von Alois Gössi und Martin B. Lehmann betreffend neues eidgenössisches Steuerpaket (Nr. 1134.1 – 11199).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1149.1/1135.2/1134.2 – 11234).

10. Kantonsratsbeschluss betreffend Umbau des Regierungsgebäudes insbesondere des Kantonsratssaales.
1. Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1117.1/.2 – 11150/51), der Kommission (Nr. 1117.3 – 11235) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1117.4 – 11236).

11. Vollzug des Strassenbauprogramms 1998 - 2003, Kreditbegehren K 15 und R 14, Kantonsstrasse 368a/127a, Gemeinde Hünenberg betreffend Schutzmassnahmen in den Grundwasserschutzzonen an der Kantonsstrasse 368a/127a, Abschnitt Drälikon - Zollweid.
Nur eine Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1119.1 – 11154), der Strassenbaukommission (Nr. 1119.2 – 11198) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1119.3 – 11232).

12. Gesetz über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif).
1. Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1090.1/.2 – 11082/83), der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz (Nrn. 1090.3/.4 – 11165/66) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1090.5 – 11168).

13. Gesetz über den Steuerausgleich unter den katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug.
    1. Lesung.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1104.1/.2 – 11110/11) und der Kommission (Nr. 1104.3 – 11214).
14. Motion von Manuela Weichelt betreffend HIV-Prävention in Untersuchungshaft und im Strafvollzug (Nr. 304.1 – 8747).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 304.2 – 11178).
15. Motion von Erwina Winiger Jutz betreffend einer/eines Beauftragten für Langsamverkehr und Sicherheit (Nr. 1050.1 – 10972).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1050.2 – 11208).
16. Postulat von Beat Villiger für ein Überdachungsprojekt Autobahnabschnitt Baar/Blickensdorf (Nr. 958.1 – 10703).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 958.2 – 11194).
17. Postulat von Heinz Tännler und Hans Durrer betreffend gleichzeitiges Vorlegen von Verordnungen bzw. Richtlinien zu Gesetzesvorlagen in bestimmten Fällen (Nr. 959.1 – 10704).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 959.2 – 11138).
18. Interpellation von René Bär betreffend Koordinierung von Wohnungs-/Gewerbebau mit der dazugehörenden Verkehrserschliessung (Nr. 1086.1 – 11071).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1086.2 – 11196).
19. Interpellation von Berty Zeiter betreffend Stand und Förderung der Palliative Care im Kanton Zug (Nr. 1100.1 – 11104).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1100.2 – 11163).
20. Interpellation von Heinz Tännler, Hans Durrer und Karl Betschart betreffend Abstimmungsbroschüre und Mitwirkung des Regierungsrats bei der Abstimmungskampagne «Beteiligung des Kantons an der SWISS» (Nr. 1106.1 – 11116).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1106.2 – 11218).
21. Interpellation von Beat Villiger betreffend Einführung des neuen Lohnausweises (Nr. 1118.1 – 11152).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1118.2 – 11217).
22. Interpellation von Rosemarie Fähndrich Burger und Erwina Winiger Jutz betreffend Berufsvorbereitungsschule (B-V-S), 10. Schuljahr (Nr. 1132.1 – 11195).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1132.2 – 11233).

* Die Behandlung von Trakt. 2 ist zu Beginn der Nachmittagssitzung vorgesehen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat den Antrag unterbreitet, die Traktandenliste wie folgt zu ändern: Ziff. 2 der Traktandenliste, nämlich die Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben, erfolgt nicht zu Beginn der Nachmittagssitzung, sondern direkt anschliessend.
Begründung: Vreni Wicky hat fristgerecht am 18. August 2003 eine Interpellation betreffend Halbjahresresultat, Finanz- und Investitionsplan eingereicht (Vorlage Nr. 1154 – 11247). Die Interpellantin setzt diese Interpellation in Zusammenhang mit Ziff. 6 und 7 der Traktandenliste (Spitalvorlagen). Sie wünscht, dass die mündliche Antwort – als ein meinungsbildendes Element für die Spitalvorlagen – vor der zweiten

Lesung der Spitalvorlagen erfolgt. – Der Regierungsrat hat Verständnis für dieses Anliegen und wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Antwort sollte zudem unter Ziff. 2 der Traktandenliste vor der zweiten Lesung zu den Spitalvorlagen (Ziff. 6 und 7) erfolgen. Auch die Diskussion zu dieser Interpellation sollte folglich unter Ziff. 2 erfolgen (beschränkt jedoch auf das Thema der Interpellationsfragen). Damit diese Interpellation gegenüber den anderen parlamentarischen Vorstössen nicht bevorzugt wird, beantragt der Regierungsrat, das gesamte Traktandum Ziff. 2 mit allen Eingaben sogleich zu behandeln.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

166 PROTOKOLL

Die Protokolle der Sitzungen vom 26. Juni und 3. Juli 2003 werden genehmigt.

167 MOTION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND FINANZIERUNG DER FOLGEN DES NFA

Die **CVP-Fraktion** hat am 25. Juni 2003 folgende Motion eingereicht:

«Mit Blick auf die Finanzierung des NFA beauftragen wir den Regierungsrat, dem Kantonsrat folgende Vorlagen vorzulegen:
1. Es ist eine Grundlage zu schaffen, aus der sich ergibt, dass die finanzielle Mehrbelastung auf Grund des NFA grundsätzlich durch den Kanton getragen wird.
2. Im Gesetz über den kant. Finanzausgleich (621.1) ist der kantonale Beitrag zu streichen. Es ist ein Modell mit einem horizontalen Finanzausgleich unter den Gemeinden ins Gesetz aufzunehmen.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1137.1 – 11209 vom 25. Juni 2003 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

168 MOTION VON JOSEF LANG BETREFFEND REGISTRIERUNG GLEICHGESCHLECHTLICHER PARTNERSCHAFTEN

Josef **Lang**, Zug, sowie 28 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 8. Juli 2003 folgende Motion eingereicht:

«Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die rechtlichen Voraussetzungen zur Registrierung von gleichgeschlechtli-

chen Paaren schafft und zusätzlich die dazu notwendigen Gesetzesanpassungen beinhaltet.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1145.1 – 11228 vom 8. Juli 2003 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

169 MOTION DER SVP-FRAKTION BETREFFEND EINREICHUNG EINER STANDESINITIATIVE ZUR VERANKERUNG DER BÜRGERRECHTSERTEILUNG DURCH DAS GEMEINDESTIMMVOLK

Die **SVP-Fraktion** hat am 24. Juli 2003 folgende Motion eingereicht:

«Der Regierungsrat wird aufgefordert, eine Standesinitiative (zu Handen der Eidg. Räte) vorzubereiten, welche die Verankerung der Bürgerrechtserteilung durch das Gemeindestimmvolk verlangt. Der Inhalt lautet wie folgt:
Der Kanton Zug unterbreitet der Bundesversammlung folgende Standesinitiative:

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 sei wie folgt zu ergänzen:
Art. 38 Abs. 4 (neu)
4 Die Stimmberechtigten jeder Gemeinde legen in der Gemeindeordnung fest, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid des Organs über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist endgültig.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1147.1 – 11230 vom 24. Juli 2003 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

170 MOTION VON LILIAN HURSCHLER-BAUMGARTNER BETREFFEND FINANZIELLER ENTLASTUNG VON MITGLIEDERN DES KANTONSRATS MIT KINERN IM VORSCHULALTER Z.B. MITTELS EINEM EINKOMMENSABHÄNGIGEN BEITRAG AN DIE FAMILIENERGÄNZENDEN KINDERBETREUUNGSKOSTEN

Lilian **Hurschler-Baumgartner**, Risch, sowie 8 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 13. August 2003 folgende Motion eingereicht:

«Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die aufzeigt, wie er Mitglieder des Kantonsrats mit Kindern im Vorschulalter finanziell

entlasten kann. Im Weiteren sei der Vorschlag zu prüfen, Mitgliedern des Kantonsrats einen einkommensabhängigen Beitrag an die familienergänzenden Kinderbetreuungskosten während der Kantonsrats- und Kommissionssitzungen zu leisten.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1151.1 – 11240 vom 13. August 2003 enthalten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat die Überweisung an das Büro beantragt, weil es sich um eine rein parlamentarische Angelegenheit handelt und das Büro sich damit schon beschäftigt hat.

Silvan **Hotz** beantragt im Namen der CVP-Fraktion die Nichtüberweisung dieser Motion. Begründung: Zu diesem Thema wurde per Mail eine Umfrage durchgeführt. Diese Umfrage ergab, dass im Kantonsrat kein Bedürfnis für einen Kinderbetreuungsdienst oder einen evtl. Beitrag besteht. Und jetzt, nicht einmal drei Monate später, haben wir eine Motion auf dem Tisch, welche genau dieses nicht vorhandene Bedürfnis suggeriert. Auch das Büro hat sich mit dieser Angelegenheit schon einmal auseinandergesetzt und mit 6:2 gegen einen Kinderdienst entschieden. Eine Usanz im KR sagt, dass Motionen, welche auf kürzlich abgelehnte oder schon behandelte Geschäfte folgen und praktisch das Gleiche nochmals fordern, nicht überwiesen werden. Es ist in diesem Sinne auch eine Zwängerei. Bitte verstehen Sie uns richtig; die CVP steht immer noch für die Familie ein. Dies haben wir auch schon oft bewiesen. Hier besteht aber ein gewaltiger Unterschied. Kantonsräte sind wir nicht, um unseren Lebensunterhalt zu bestreiten, dafür müssen wir nach wie vor arbeiten. Kantonsräte sind wir freiwillig, wir alle haben uns freiwillig zur Wahl gestellt. Dies aber sicher nicht, ohne vorher die familiäre Situation geregelt zu haben.
Noch etwas anderes; wie sieht es denn mit Selbstständigerwerbenden aus, welche eine Stellvertretung einstellen, oder mit Arbeitnehmern, die unbezahlt frei nehmen für die KR-Sitzung? Auch diese hätten der Gleichbehandlung willen eine Entschädigung zu gut. Sie sehen, es sprechen viele Gründe dagegen, dies hat auch das Büro so beurteilt. Die Antwort der Regierung wird bestimmt nicht anders ausfallen; also sparen wir uns oder dem Regierungsrat die Arbeit für eine Antwort, welche wir bereits wissen. Diese Motion ist bestenfalls wünschenswert (wer macht schon nicht gerne die hohle Hand, wenn der Kanton Geld zu verteilen hat), sie ist aber sicherlich nicht notwendig und noch weniger ist sie prüfenswert – eben weil das Büro (vor weniger als 3 Monaten) darüber schon mal entschieden hat und das Bedürfnis gar nicht vorhanden ist! Unterstützen Sie deshalb den Antrag der CVP-Fraktion auf Nichtüberweisung.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** bittet im Namen der mitunterzeichneten Personen um Fairness und um die übliche Praxis, Motionen grundsätzlich zu überweisen. Somit kann der Regierungsrat die Vorlage genau prüfen und die nötigen Abklärungen treffen. Diese Praxis folgt einem ungeschriebenen Grundsatz und dieser sollte auch im Fall dieser Motion gelten. Erst die Überweisung macht es möglich, eine inhaltliche Diskussion im Rat zu führen. Alles, was nicht einer Mondlandung gleich kommt, sollte

überwiesen werden. Nur so können die nötigen Quervergleiche genau angeschaut werden. Und erst dann können wir im Rat eine sachliche Diskussion führen.
Wir Motionärinnen und Motionäre beharren darauf, dass die Motion überwiesen wird. Denn dass diese Motion sicherlich nicht vom Mond kommt, beweisen die Rückmeldungen aus jenen anderen Kantonen, aus denen hervor geht, dass das Thema sehr aktuell ist. In einigen Kantonen sind zu diesem Thema bereits Lösungen gefunden worden; die Votantin kann da auf den Motionstext verweisen. Die zuständige Direktion im Kanton Zug sollte diese nun genau prüfen, damit sie uns im Rat eine gute Lösung vorschlagen kann. Unsere Nachbarkantone Luzern und Zürich unterstützen Kantonsratsmitglieder mit Kindern im Vorschulalter. Da hofft Lilian Hurschler doch sehr, dass wir im Kanton Zug mindestens mal bereit sind, uns dem Thema zu stellen, statt es mit einer Nichtüberweisung unter den Tisch zu wischen. Sollte die Motion bei der Beantwortung durch die Regierung scheitern, dann können und müssen wir das akzeptieren. Dann haben wir aber die Chance erhalten, uns auf durch die Regierung erarbeitete Fakten zu berufen. Wir können verlieren, aber nur, wenn wir auch hätten siegen können. Stellen Sie sich ein Spiel vor, bei dem man verliert, bevor das Spiel überhaupt begonnen hat. Wer würde da überhaupt noch mitspielen wollen?
In unserer Motion bitten wir den Regierungsrat, Abklärungen zu treffen und dem Rat eine oder verschiedene Lösungen vorzuschlagen, wie Ratsmitglieder mit Kindern im Vorschulalter finanziell entlastet werden können. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass es im Sinne von uns allen und auch im Sinne der Öffentlichkeit ist, dass auch jene Bevölkerungsgruppe im Kantonsrat vertreten ist, welche neben der Ratsarbeit zusätzlich Kinderbetreuung organisieren und entschädigen muss?
Es sollte niemand auf Grund von finanziellen Engpässen auf ein Kantonsratsmandat verzichten müssen. Mit ihrer Motion hat die Votantin ein heisses Eisen aufgegriffen. Das hat sie aus den vielen Reaktionen aus der Bevölkerung entnehmen können. Wenn wir tatsächlich volksnah politisieren wollen, müssen wir auch Themen aufgreifen, die tatsächlich Themen sind. Alle Reaktionen, welche Lilian Hurschler erhalten hat, zeigen, dass die Bevölkerung verstanden hat, dass es bei dieser Motion um mehr geht als nur um eine finanzielle Entschädigung, nämlich um Chancengleichheit im Rat. Herzlichen Dank, wenn Sie unserem Antrag auf Überweisung folgen.

Käty **Hofer** erinnert daran, dass Silvan Hotz gesagt hat, es sei kein Bedarf ausgewiesen worden in der Umfrage. So stimmt das nicht. Der Bedarf ist zwar klein, aber er ist da. – Wir haben gehört, dass die Baudirektion Parkplatztickets verteilt. Wo ist denn da der Unterschied? Das Auto wird subventioniert, die Kinderbetreuung nicht. Wo setzen wir da die Prioritäten? Das stimmt für die Votantin einfach nicht mehr. Und sie erwartet von allen, welche die Überweisung dieser Motion ablehnen, dass sie ihr Parkticket heute Abend selbst bezahlen.

➔ Der Rat beschliesst mit 44 : 26 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

171 INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND BEITRÄGE MIT ZWECK-BINDUNG

Die **CVP-Fraktion** hat am 25. Juni 2003 die in der Vorlage Nr. 1138.1 – 11210 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

172 INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Die **CVP-Fraktion** hat am 30. Juni 2003 die in der Vorlage Nr. 1139.1 – 11213 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

173 INTERPELLATION VON BEAT ZÜRCHER UND KARL NUSSBAUMER BETREFFEND JUGENDGEWALT

Beat **Zürcher**, Baar, und Karl **Nussbaumer**, Menzingen, haben am 3. Juli 2003 die in der Vorlage Nr. 1143.1 – 11223 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat neun Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

174 INTERPELLATION VON FRANZ MÜLLER UND GERHARD PFISTER BETREFFEND HILFE AN UNWETTERGESCHÄDIGTE IN OBERÄGERI

Franz **Müller** und Gerhard **Pfister**, beide Oberägeri, haben am 11. Juli 2003 die in der Vorlage Nr. 1146.1 – 11229 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

175 INTERPELLATION VON HEINZ TÄNNLER UND KARL BETSCHART BETREFFEND STEUERVERWALTUNG DES KANTONS ZUG

Heinz **Tännler**, Steinhausen, und Karl **Betschart**, Baar, haben am 28. Juli 2003 die in der Vorlage Nr. 1148.1 – 11231 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sieben Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

176 INTERPELLATION VON ERWINA WINIGER JUTZ, MARTIN STUBER UND LILIAN HURSCHLER-BAUMGARTNER BETREFFEND STAND DER LUFTREINHALTUNG UND WEITERER HANDLUNGSBEDARF

Erwina **Winiger Jutz**, Cham, Lilian **Hurschler-Baumgartner**, Risch, und Martin **Stuber**, Zug, haben am 18. August 2003 die in der Vorlage Nr. 1152.1 – 11242 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sieben Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

177 INTERPELLATION VON HANS PETER SCHLUMPF, KARL RUST UND WERNER VILLIGER BETREFFEND LANGFRISTIGE SICHERSTELLUNG DER KIES-VERSORGUNG IM KANTON ZUG

Hans Peter **Schlumpf**, Steinhausen, Karl **Rust** und Werner **Villiger**, beide Zug, sowie zwölf Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 18. August 2003 die in der Vorlage Nr. 1153.1 – 11244 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

178 INTERPELLATION VON VRENI WICKY BETREFFEND HALBJAHRESRESULTAT, FINANZ- UND INVESTITIONSPLAN

Vreni **Wicky**, Zug, hat am 18. August 2003 die in der Vorlage Nr. 1154.2 – 11247 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass die Regierung bereits an der Kantonsratssitzung vom 26. Juni 2003 informiert hat, dass der mutmassliche Kantonssteuerertrag der Juristischen Personen von den budgetierten 168'000'000 Franken abweicht. Die Regierung ging in ihren Schätzungen von einem Ertrag (Juristische Personen) von 123'000'000 Franken aus. Dagegen zeichnet sich bei den Natürlichen Personen eine Ertragszunahme ab. Gerechnet werden darf mit einem Ertrag von 264'000'000 Franken (budgetiert waren 239'000'000). Der totale Steuerertrag des Kantons Zug wird eine grosse Einbusse erfahren. Nach Aussagen der Regierung kann lediglich mit 504'700'000 Franken gerechnet werden – budgetiert sind aber 549'086'000. – Die von Vreni Wicky gestellten Fragen beantworten wir wie folgt:

1. Die geschätzten Zahlen sind Zahlen Januar 2003 bis Juni 2003. Wie sehen die Zahlen in den Monaten Juli und August aus? Haben sich die prognostizierten Schätzungen vom ersten halben Jahr weiter bewahrheitet?

Der mutmassliche Kantonssteuerertrag 2003 wurde aufgrund des Ergebnisses der Monate Januar bis Juni 2003 auf total 387,7 Mio Franken geschätzt. Die Ergebnisse der Monate Juli und erste Hälfte August 2003 bestätigen diese Schätzung. Entsprechend werden der mutmassliche Kantonssteuerertrag für die Juristischen Personen auf 123 Mio, für die Natürlichen Personen auf 264 Mio Franken (Einkommenssteuern 230 Mio, Vermögenssteuer 34 Mio) und das Total des mutmasslichen Steuerertrags des Kantons Zug auf 504,7 Mio Franken geschätzt.

2. Wie und wann gedenkt die Regierung den Finanz- und Investitionsplan anzupassen? Oder bleibt der vorliegende Investitionsplan weiterhin Grundlage für weitere Investitionen unseres Kantons?

Wir haben momentan sicher angespanntere finanzielle Verhältnisse als in den vergangenen Jahren. Dies ist auf die schwierige wirtschaftliche Situation zurückzuführen. Wir gehen davon aus, dass sich die Wirtschaft in den nächsten Jahren wieder erholt. Es wäre kurzsichtig, aus diesem Grund von langer Hand geplante, sinnvolle, aber auch notwendige Investitionen nicht zu tätigen. Gemäss Kompetenzausscheidung in Bundesverfassung (Art. 41 und 117 BV; SR 101), Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Art. 39 und 45 KVG; SR 832.10) und Spitalgesetz (§ 4 SpG; BGS 826.11) liegt die Verantwortung für eine ausreichende Spitalversorgung beim Kanton. Dieser kann die Leistungen selber erbringen oder einkaufen. Ein Einkauf der stationären Grundversorgungsleistungen wäre ordnungspolitisch fragwürdig und darüber hinaus mangels vorhandener ausserkantonaler Kapazitäten auch gar nicht machbar. Der Einkauf käme zudem tendenziell teurer, da in diesem Fall die anfallenden Investitions- und Betriebskosten durch den Kanton übernommen werden müssten (Art. 41 Abs. 3 KVG), und das ohne jegliche Steuerungsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass der Kanton Zug es etwa im Gegensatz zu anderen Kantonen geschafft hat, dank rigorosem Abbau von Überkapazitäten die Nettoausgaben der Krankenversicherer im stationären Bereich zu stabilisieren. Ein Verzicht auf den Spitalneubau wäre keine Einsparung; die Investitionen würden nur kurzfristig aufgeschoben, denn der Investitionsstau beim Kantonsspital ist enorm. Die Investitionen fallen somit ohnehin an. Dann sogar unter widrigeren Umständen, da gewisse Nutzungsanpassungen am Kantonsspital drängen und die Mängel über kurzfristige Sonderlösungen und Provisorien behoben werden müssen, ohne dass die Nachhaltigkeit der Investition für die Zukunft sichergestellt wäre. Der Regierungsrat ist momentan daran, das Budget für das Jahr 2004 zu erstellen. Im gleichen Zug werden auch der Finanzplan und die Finanzstrategie überarbeitet.

Die Fragen 3 und 4 stehen in einem direkten Zusammenhang, deshalb möchten wir sie gemeinsam beantworten.

3. Im vorliegenden Finanzplan für die Jahre 2003 2006 wird mit einem Steuerertragwachstum von plus 6 % gerechnet. Wie wir heute feststellen müssen, trifft diese Steigerung nicht zu. Mit welchem Wachstum bzw. Minderertrag rechnet die Regierung für die nächsten drei Jahre?

4. Mit wie viel Minderertrag (in Franken) aus Steuereinnahmen (als budgetiert) rechnet der Kanton für die laufende Legislatur?

Auf Grund unserer überprüften Nachschätzung für das Jahr 2003 haben wir jetzt zwei Planzahlen, einerseits die Budgetzahlen 2003 und die Resultate unserer Schätzung vom Juni 2003. Gemäss dieser Schätzung beträgt der Minderertrag für das Jahr 2003 bei den Kantonalen Steuern 20 Mio und bei unserem Anteil an den Direkten Bundessteuern Fr. 24 Mio Franken, was zu einem Total von rund 44 Mio führt. Wir möchten aber nicht ausschliessen, dass, wie in den vergangenen Jahren diese Zahlen durch ausserordentliche Erträge noch verbessert werden können. Auf Grund des durch den Zuzug von Natürlichen und Juristischen Personen verursachten Wachstums im Kanton Zug, aber auch dank der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Erholung nehmen wir an, dass sich die Steuerertragssteigerungen im langfristigen Mittel wiederum bei einer Zunahme von rund 6 % pro Jahr einpendeln werden. Kurzfristig kann dies nicht erreicht werden. Deshalb legen wir unseren Planungen gestufte Zunahmen zugrunde. Ausgehend von den Budgetzahlen 2003 haben wir für das Budget 2004 eine Steigerung von 2 % angenommen. Gegenüber der Schätzung 2003 wäre das eine Zunahme von 7 %. Demzufolge rechnen wir mit einem Kantonssteuerertrag 2004 von 415 Mio Franken. Dies ist die momentane Budgetzahl. Für das Jahr 2005 rechnen wir mit 4 %, für 2006 mit 5 % und für 2007 mit 6 % Steuerertragssteigerungen, jeweils ausgehend von den Vorjahreszahlen.

Falls die Reform der Familien- und Immobilienbesteuerung (Steuerpaket 2001) am 1. Januar 2004 in Kraft tritt, wird dies zu Steuerausfällen beim Kantonsanteil an den Bundessteuern von jährlichen 9,5 Mio Franken führen (vgl. Interpellation Gössi und Lehmann betreffend neues Eidgenössisches Steuerpaket). Dazu kämen noch die Steuerausfälle bei den Kantons- und Gemeindesteuern. Weiter muss in Zukunft mit höheren, steuerlich abziehbaren Beiträgen an die berufliche Vorsorge zu rechnen sein. Sie führt zu jährlichen Steuerausfällen von rund 2 Mio Franken. Der Finanzplan 2004 bis 2007 ist erst im Entwurf vorhanden, und die Regierung hat ihn noch nicht beraten. Es ist deshalb noch nicht möglich, für die Legislatur die Differenzen gemäss Finanzplan 2003 bis 2006 zu beziffern. Für das Jahr 2004 rechnen wir mit weniger Einnahmen bei den Kantonssteuern in der Höhe von 17,5 Mio Franken und bei unserem Anteil bei den Direkten Bundessteuern 3 Mio.

5. Welche Mindereinnahmen werden bei den Natürlichen Personen in Folge der schlechten Erträge bei den Juristischen Personen (Boni, Grati, gewinnabhängige Entlöhnung etc.) erwartet?

Bei den Natürlichen Personen ist nach wie vor ein Wachstum bei den Steuererträgen zu verzeichnen. Allfällige Mindererträge bei den Natürlichen Personen in Folge kleinerer Boni, Grati, gewinnabhängiger Lohnbestandteile, etc. sind schwer vorhersehbar. Das kantonale Umfeld zeigt kein einheitliches Bild. Teilweise wird ein Rückgang in den Steuererträgen aufgrund des Konjunktur- und Börseneinbruchs vorhergesehen, teilweise nicht. Immerhin kann zum Kanton Zug gesagt werden, dass sich das Steueraufkommen bei den Natürlichen Personen auf eine breite und krisenresistente Bevölkerungsschicht verteilt und nicht von ein paar wenigen, grossen Steuerpflichti-

gen stammt. Konjunktur- und Börseneinbrüche wirken sich deshalb weniger stark auf das Steueraufkommen aus. Zudem hat der Kanton Zug die Vermögenssteuern schon immer vorsichtig budgetiert (Rechnung 2002: 34,6 Mio, Budget 2003: 37 Mio, Schätzung 2003: 34 Mio).

Vreni **Wicky** dankt Regierung und Verwaltung für die Beantwortung ihrer Interpellation. Sie ist sich sehr wohl bewusst, wie schwierig die Situation ist. Vor allem für den Finanzdirektor, der dieses Amt ja relativ neu übernommen hat.
Zu Frage 1. Tatsache ist, dass uns allein dieses Jahr 45 Mio Steuerertrag fehlen wird. Weiterführende Angaben werden nicht gemacht.
Frage 2. Wann gedenkt die Regierung den Finanz- und Investitionsplan anzupassen? Antwort: erst Ende Jahr! Für die Votantin absolut unbefriedigend im Hinblick auf solch schwerwiegende finanzielle Entscheidungen, wie wir sie heute treffen. Die Regierung schreibt: «Ein Verzicht auf den Spitalneubau wäre keine Einsparung, die Investitionen fallen ohnehin an.» Diese Aussage kann so nicht hingenommen werden. Im Zustandsbericht über den Behandlungstrakt im Kantonsspital vom November 1998 steht schwarz auf weiss: «Der ganze Behandlungstrakt im Kantonsspital Zug ist modern eingerichtet und räumlich äusserst funktionell konzipiert. Die Notfallstation ist modern und effizient eingerichtet.» Anzumerken ist, dass die Notfallstation 2002 baulich erweitert und ausgebaut worden ist. Weiter steht im Bericht als Fazit: «Der Behandlungstrakt ist in einem sehr guten Zustand. Grössere Aufwendungen sind in den nächsten 15 bis 20 Jahren nicht zu erwarten. Die Betriebseinrichtungen (Medizintechnik) mit einer durchschnittlichen Lebensdauer von 15 Jahren sind ausnahmslos ersetzt worden. Dies betrifft vor allem den Bereich Radiologie und Operationsabteilung. Sämtliche Platzverhältnisse sind knapp, erlauben aber einen ökonomischen Personal- und Ressourceneinsatz. Die Anlagen der technischen Infrastruktur sind in einem sehr guten Zustand. Viele Anlagen sind bereits erneuert worden.» Weiter führt der Bericht aus, dass ca. 90 % der medizinischen Geräte und Anlagen erneuert worden sind. Ja es wird noch schöner, da steht doch, dass 80 % der Anlagen in neuwertigem Zustand seien und die restlichen 20 % der noch nicht erneuerten Anlagen in einem «top Zustand» seien. Der Bericht, welchen Vreni Wicky letzte Woche erhielt, kann bei ihr eingesehen werden. Wer ausser Zug, welche Gemeinde, welcher Kanton auf dieser Welt kann es verantworten, ein solches Gebäude dem Erdboden gleich zu machen? Es ist doch wirklich an der Zeit, die Scheuklappen abzulegen und den veränderten Rahmenbedingungen in die Augen zu blicken.
Zu Fragen 3 und 4. Wachstum von 6 %. Hier ist die Votantin dankbar, dass von neuen Ansichten ausgegangen wird. Budgetiert sind für 2003 Steuereinnahmen von 549 Mio Franken. In der Interpellationsantwort geht der Regierungsrat für das Jahr 2003 von Steuereinnahmen in Höhe von 504 Mio Franken aus. In den nächsten Jahren kommen noch die Ausfälle der Reform der Familien- und Immobilienbesteuerung des Steuerpakets 2001 dazu. Für das Jahr 2004 rechnet die Regierung mit 17,5 Mio weniger, nur bei den Kantonssteuern. Und wie steht es mit dem Ausgabenwachstum? Wie viel Prozent rechnet die Regierung da? Werden wir uns weiterhin erlauben können, Hochglanzberichte, wie wir einen letzte Woche erhalten haben, zu drucken? Zu befürchten ist, dass die notwendigen Ausgaben mit den Einnahmenausfällen nicht Schritt halten können und mit einer graduellen Verschlechterung der Abschlüsse zu rechnen ist. Vreni Wicky fragt sich ernsthaft, was noch auf uns zukommt. Und sie

bedauert ausserordentlich, dass die Regierung offensichtlich nicht bereit ist, vor den anstehenden Volksabstimmungen Parlament und Volk klaren Wein einzuschenken.

Andrea **Hodel** dankt namens der FDP-Fraktion der Regierung für die Beantwortung der Fragen von Vreni Wicky. Sie haben keine neuen Erkenntnisse gebracht. Wie die Regierung richtig festgestellt hat, haben wir über die Problematik der tieferen Steuereingänge bereits am 26. Juni 2003 debattiert und auch die notwendigen Auskünfte erhalten. Die Votantin muss festhalten, dass es, auch wenn nicht angenehm, so doch folgerichtig ist, dass sich die Steuereinnahmen während einer Phase der wirtschaftlichen Schwächen reduzieren. Wäre dies nämlich umgekehrt, würde dies nichts anderes bedeuten, als dass die Unternehmen und Privaten ausgerechnet in einer finanziell und wirtschaftlichen schwierigen Phase noch zusätzlich vom Kanton und damit der öffentlichen Hand zur Kasse gebeten würden. Dies kann wohl nicht Sinn einer bürgerlichen Politik sein. Andrea Hodel möchte auch erneut davor warnen, dass wir den Untergang unseres Kantons herbei reden. Unserem Kanton geht es gut. Die Wirtschaft wird sich in kürzerer Zeit, als wir heute noch annehmen, wieder erholen. Die Intervalle zwischen guten und schlechten Zeiten werden immer kürzer. Dies bedeutet aber auch, dass wir viel rascher wieder die Chance haben, uns aus einer schwierigen Situation heraus zu manövrieren. Dies tut die Schweiz und auch der Kanton Zug heute hoffentlich mit raschem Erfolg, und es bringt nichts, nein es schadet nur, wenn wir nur die Probleme, nicht aber die Chancen sehen wollen. Auch kann Vreni Wicky doch nicht im Ernst behaupten, dass wir, nur weil die Steuereinnahmen im Moment zurück gegangen sind, unseren öffentlichen Aufgaben nicht mehr nachkommen sollen. Der Auftrag der Versorgung der Bevölkerung haben wir genau gleich wie den Bildungsauftrag. Die Votantin geht auch nicht davon aus, dass die Stadt Zug nun per sofort die Logopädie oder andere schulische Projekte stoppt und aufhört Schulhäuser zu bauen oder zu erweitern oder zu renovieren.
Zusammenfassend ist festzuhalten, dass wir uns, genau gleich wie der Kanton Zürich, Mühe geben müssen, Sparmassnahmen bei der laufenden Rechnung zu erzielen – diese wirken sich umgehend aus – und die Investitionen im Sinne eines antizyklischen Verhaltens hoch zu halten.

Josef **Lang** meint, die Situation sei nicht dramatisch. Aber sie ist nicht mehr so, wie sie einmal gewesen ist. Dazu einige Zahlen. Die Steuereinnahmen liegen gut 50 Mio tiefer als budgetiert. Und das liegt nicht nur an der Konjunktur. Das liegt auch an den radikalen Steuersenkungen, die wir im Rahmen der Steuergesetzrevision beschlossen haben. Beispielsweise macht allein der Einbruch der Kapitalsteuer ungefähr die Hälfte der vorher erwähnten Summe aus. D.h. auch wenn die Wirtschaft wieder anzieht, wird es hier weiterhin ein Problem geben. Natürlich nicht in diesem Ausmass. Aber es kommt ja noch Einiges auf uns zu. Der NFA 130 Mio – selbst wenn die Gemeinden die Hälfte übernehmen, macht das immer noch gegen 70 Mio. Das Steuerpaket, sofern es das Volk nicht ablehnt, wird allein den Kanton ungefähr 25 Mio kosten. Wenn wir nur schon diese drei Zahlen zusammenzählen, kommen wir auf einen Betrag von 135 Mio. Und wenn wir diese Zahl in Relation setzen zu einem Kantonssteuerertrag von ungefähr 400 Mio, dann sehen wir, dass das keine Peanuts sind. Das ist eine ernsthafte Sache, über die es sicher richtig ist, hier zu diskutieren. Dazu kommt, dass es in den Gemeinden ja ähnlich aussieht. In der Stadt Zug kann

man diese Zahlen z.B. extrapolieren, und man kommt auf die städtischen Zahlen. Bei den anderen Gemeinden ist es nicht viel anders. Solche Zahlen sprechen allerdings keineswegs gegen den Bau eines Zentralspitals. Die Gesundheit ist ein service public, den wir nicht von solchen Konjunkturen abhängig machen können. Wirtschaftspolitisch wäre es ausserdem völlig falsch, jetzt zu sparen. Jetzt müssen dem Gewerbe über solche Investitionen Aufträge erteilt werden, und die kommen indirekt in Form von Steuern wieder zurück. Zudem ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass ein Konto zwei Kolonnen hat. Nicht nur Ausgaben, sondern auch Einnahmen! Und Sie wissen seit Juni, dass wir Alternative auch an das Zweite denken. Diesbezüglich wird nächstens eine Motion kommen. Die Finanzdirektion hat verdankenswerterweise unsere Zahlen nachgeprüft und weitgehend bestätigt. Wir waren bei den Schätzungen etwas zu konservativ. Wer sich wie Vreni Wicky und wir Sorgen macht um die finanzielle Situation, der hat in der heute noch kommenden Diskussion um das Steuerpaket eigentlich gar keine andere Wahl, als für das Referendum zu stimmen. Und diese Diskussion und Abstimmung wird dann zeigen, ob es bei dieser Interpellation primär um das Zentralspital gegangen ist oder um die Kantonsfinanzen.

Heinz **Tännler** will nicht die Spitaldiskussion vorwegnehmen, aber sich zu zwei Punkten äussern. Er teilt die Auffassung von Vreni Wicky, dass wir eine finanziell angespannte Situation haben. Aber die Ausführungen von Andrea Hodel sind richtig. Sie hat mit dem Kanton Zürich auch ein gutes Beispiel angeführt. Dort wurde das Budget nicht angenommen und dann hat man ein rigoroses Sparpaket geschnürt. Bei einem Etat von weit über 6 Milliarden hat man auf der Ausgabenseite 600 bis 800 Mio zusammengespart. Aber eben auf der Ausgabenseite und nicht bei den Investitionen. – Der Behandlungstrakt wurde angesprochen. Er sei in einem sehr guten Zustand. Der Kommissionspräsident hat sich diesbezüglich auch informiert. Es ist richtig, dass die Gebäudesubstanz als genügend bis gut qualifiziert werden kann. Aber dann hört es schon bald auf. Die Haustechnik, die ganze Lüftungsanlage für die Operationssäle sind total ungenügend. Man muss die Luft befeuchten, das kostet jährlich mehr als 50'000 Franken und es ist noch mit Kostensteigerunen zu rechnen. Der funktionelle Nutzwert ist überhaupt nicht mehr vorhanden. Wir haben in der Intensivstation effektiv grosse Mängel. Wir haben im Aufwachraum grosse Mängel. Über die Notfallstation und das Ambulatorium darf man fast nicht mehr reden. Die sind nicht auf der gleichen Etage. Das benötigt auch mehr Personal. Auch dort ist Handlungsbedarf angezeigt. Wir haben noch weitere Beispiele: Die Zentralsterilisation etc.. Auch der Behandlungstrakt ist punkto Funktionalität nicht in gutem Zustand. Das Fazit ist, dass die Gebäudesubstanz so weit in Ordnung ist, aber hinsichtlich Raumgrössen, -beziehungen und -organisation grosse Mängel vorhanden sind.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte zu zwei Punkten Stellung nehmen. – Punkto klaren Wein einschenken: Der Votant ist klar der Meinung, dass die Regierung sehr früh gehandelt und dem Rat mitgeteilt hat, dass die Steuererträge nicht den Budgetzahlen entsprechen. Und das unabhängig von den Geschäften, die im Rat angestanden sind. Wir hätten ruhig warten können bis zur Budgetrunde 04 oder bis zur Rechnung 03, um die Zahlen zu präsentieren. – Zur Anpassung Finanzplan: Die Leute, die in den Verwaltungen Budgets erstellen müssen, wissen, wie stark sich das ändern kann. Beim Kanton bei einem Budget von 800 Mio ergeben 1 % mehr Ertrag oder 1

% weniger Aufwand schnell eine Differenz von 20 Mio. Wenn Sie nun fordern, wir sollten den Finanzplan schon anpassen, bevor wir das Budget verabschiedet haben, so haben wir keine solide Grundlage. Von daher müssen wir zuerst das Budget machen und auf dieser Basis dann denn neuen Finanzplan. Auch unsere Regierung nimmt das Sparen ernst. Wir haben bei unserer Budgetdebatte sehr viele Einsparungen gemacht, so dass wir beim jetzigen Stand ein ausgeglichenes Budget für 2004 haben. Das nur als Zwischenresultat.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

179 AUFSICHTSBESCHWERDE VON ANTON HÜSLER

Anton **Hüsler**, Steinhausen, hat eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht betreffend dem Verkauf der Wasser- und Elektrizitätswerke Steinhausen an die Wasserwerke Zug AG.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass diese Aufsichtsbeschwerde zu Berichterstattung und Antragstellung an die Justizprüfungskommission überwiesen wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

180 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEFIZITDECKUNGSBEITRAG AN DAS VERKEHRSHAUS DER SCHWEIZ

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1136.1/.2 – 11206/07).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung der Staatswirtschaftskommission überwiesen.

181 KANTONSRATSBESCHLUSS ZUR ERPROBUNG DER WIRKUNGSORIENTIERTEN VERWALTUNGSFÜHRUNG (WOV)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1140.1/.2 – 11215/16).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Werner Villiger, Zug, ***Präsident*** ***SVP***

1.	Manuel Aeschbacher, Flurstrasse 57, 6332 Hagendorn	SVP
2.	Markus Bucher, Furrenstrasse 30c, 6314 Unterägeri	FDP
3.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
4.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
5.	Hans Durrer, Artherstrasse 25, 6318 Walchwil	SVP
6.	Andrea Erni, Bannstrasse 3, 6312 Steinhausen	SP
7.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
8.	Karl Rust, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
9.	Hans Peter Schlumpf, Keltenweg 26, 6312 Steinhausen	FDP
10.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
11.	Louis Suter, Holzhäusernstrasse 2, 6331 Hünenberg	CVP
12.	Heinz Tännler, Guntenbühl 7, 6312 Steinhausen	SVP
13.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
14.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
15.	Berty Zeiter, Ägeristrasse 34, 6340 Baar	AF

182 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND FORSCHUNGSBEITRAG AN DAS MICRO CENTER CENTRAL SWITZERLAND (MCCS)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1141.1/.2 – 11219/20).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 11-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Hans Peter Schlumpf, ***Präsident*** ***FDP***

1.	René Bär, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
2.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
3.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
4.	Gregor Kupper, Windenboden 4, 6345 Neuheim	CVP
5.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
6.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
7.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
8.	Jean-Pierre Prodolliet, Alpenblick 5, 6330 Cham	SP
9.	Karl Rust, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
10.	Hans Peter Schlumpf, Keltenweg 26, 6312 Steinhausen	FDP
11.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP

183 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DAS GENERELLE PROJEKT DER NEUEN KANTONSSTRASSE «KAMMERKONZEPT ENNETSEE», GEMEINDEN CHAM UND HÜNENBERG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1142.1/.2 – 11221/22).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Strassenbaukommission überwiesen.

184 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN KANTONALEN RICHTPLAN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1144.1/.2 – 11226/27).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Raumplanungskommission überwiesen.

185 EINFÜHRUNGSGESETZ ZUM SCHWEIZERISCHEN OBLIGATIONENRECHT (EG OR)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Juni 2003 (Ziff. 141) ist in der Vorlage Nr. 1093.5 – 11211 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 75 : 0 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Regierung und Kommission beantragen, die Motion von Sybilla Schmid betreffend kantonale Schutzbestimmungen für die Einschränkung von Konsumkredit-Risiken (Vorlage Nr. 211.1 – 8533) nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat ist einverstanden.

186 RUHETAGS- UND LADENÖFFNUNGSGESETZ

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 22. Mai 2003 (Ziff. 115) ist in der Vorlage Nr. 1095.4 – 11172 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 67 : 0 Stimmen zu.

187 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND NEUBAU DES ZENTRALSPITALS IN BAAR

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 3. Juli 2003 (Ziff. 156) ist in der Vorlage Nr. 1084.5 – 11224 enthalten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auf die 2. Lesung hin am 18. August 2003 noch drei Anträge eingereicht worden sind. – Er macht darauf aufmerksam, dass gemäss Geschäftsordnung lediglich noch Voten und weitere Anträge zu den eingereichten drei Anträgen möglich sind. Es darf somit nicht mehr die gesamte Spitalproblematik neu aufgerollt werden.

Antrag von Leo Granziol auf Streichung von § 1, 3 und 4 und Neufassung von § 2 (Vorlage Nr. 1084.9 – 11245)

Leo **Granziol** ist der Ansicht, dass der Kantonsratspräsident hier eine gebundene Debatte vorwegnehmen will. Immerhin steht im Geschäftsgesetz, dass nur dann unterbrochen werden darf, wenn sich jemand allzu sehr vom Gegenstand der Beratung entfernt. Gegenstand der Beratung ist nach wie vor der Kredit für das Zentralspital. Und dazu kann man nach Erachten des Votanten auch in einer 2. Lesung vollumfänglich reden. Er wird sich kurz fassen, hält diese Einschränkungen aber grundsätzlich nicht für richtig.
Er muss zuerst seinen Antrag erweitern, weil er nur die Streichung von § 1 beantragt hat. Aber natürlich muss man § 3 auch streichen, weil in diesen 120 Mio ja auch das Parkhaus eingeschlossen werden soll. Der GOPS in § 4 bleibt ja eh kostenneutral und spielt eigentlich keine Rolle. Für Leo Granziol sind die 120 Mio massgebend inkl. Parkhaus. Zur Begründung noch weiter: Er ist nach wie vor nicht bereit, diesen Entscheid der Regierung, das teuerste Projekt zu wählen, zu sanktionieren. Und damit Verantwortung zu übernehmen für Fehler und Fehlentscheidungen, die schon im Wettbewerbverfahren geschahen, für die Nichteinhaltung von Vorgaben, die wir und der Regierungsrat gestellt hatten, und für die sehr hohen Kosten nebst der Verschrottung einer grossenteils intakten Infrastruktur. Der Votant erinnert den Rat nochmals an die Kostenvorgaben, welche im Zusammenhang mit dem Zentralspitalgesetz gemacht wurden. Damals standen ja auch die Planungs- und die Kreditkosten zur Debatte, nämlich rund 100 Mio. Rückwirkend müsste man sagen, es sei ein Fehler gewesen, dass das Volk damals den Planungs- und Baukredit abgelehnt hat. Denn dann hätten wir ein Zentralspital zu den halben Kosten erhalten. Und heute steht jetzt plötzlich das Doppelte zur Diskussion. Die 100 Mio, die damals genannt wurden, wurden auch geprüft; es gab Kommissionen dazu, Experten, Kostenschätzer. Alles ist heute Makulatur und man sagt einfach, es sei nur eine ganz grobe Schätzung gewesen. Aber wenn Sie die Protokolle von damals lesen, dann war es alles andere als eine grobe Schätzung, sondern wurde als sehr zuverlässig bezeichnet, auch von der Regierung. Und Leo Granziol kann einfach nicht glauben, dass das damals so unzuverlässig war. Insbesondere vor dem Hintergrund der Offerte, die man von Steiner hatte, der sagte, ein Zentralspital sei auch für 76 Mio reine Baukosten zu machen. Es muss also möglich sein, dieses Zentralspital billiger zu bauen. Und es ist auch wichtig, es billiger zu bauen. Das hat nichts damit zu tun, dass wir keine Investitionen machen wollen, sondern wir sollten auch diese Kosten möglichst

tief halten und nicht immer das Teuerste bauen. Genau das geschieht hier. Es ist nicht zu spät, das Steuer herumzureissen. Erinnern Sie sich an die Kehrichtverbrennungsanlage Fänn, wie viel man ausgab für Expertisen für die Planung? Schlussendlich hat zum Glück das Volk nein gesagt. Was haben wir ausgegeben für die Umfahrung Baar/Zug, für das Stadttunnel? Auch da hat man das Steuer herumgerissen. Man sollte es auch hier tun.

Kommissionspräsident Heinz **Tännler** hält fest, dass die Spitalkommission am Morgen zusammengetreten ist und über diesen Antrag diskutiert hat. Die Kommission beantragt mit 12 : 3 Stimmen Ablehnung des Antrags von Leo Granziol. – Zwei, drei Punkte zu seinen Ausführungen. Das teuerste Projekt sei ausgewählt worden. Wir haben letztes Mal schon über das Wettbewerbsverfahren gesprochen. Es mag sein, dass Fehler passiert sind. Aber das Verfahren ist rechtskräftig abgeschlossen. Verschrotten von alten Investitionen, die am alten Kantonsspital getätigt worden sind. Es ist im Vorfeld zur heutigen Sitzung von 60 Mio gesprochen worden, vermutlich bezüglich des Behandlungstrakts. Man muss aber wissen, dass 1979 der Behandlungstrakt für 40 Mio gebaut worden ist. Inzwischen kann noch von einem Wert von etwa 20 Mio ausgegangen werden. Die 105 Mio von 1998 waren eine Grobkostenschätzung. Insofern nicht vergleichbar. Dass dort Fehler passiert sind, ist nicht von der Hand zu weisen. Man war zu zuversichtlich und etwas blauäugig. Aber wir müssen wissen, dass in den letzten zehn Jahren der Kanton Zug 28 Franken pro Kopf investiert hat. Gleichzeitig haben die umliegenden Kantone (Uri, Schwyz, Luzern, Aarau usw.) 1'300 bis 2'100 Franken pro Kopf investiert, also wesentlich mehr. Wir haben einen Nachholbedarf, das schleckt keine Geiss weg. Und wenn wir das Zentralspital bauen, das übrigens nicht für die Kostensteigerung im Gesundheitswesen verantwortlich ist, dann kommen wir auf eine Pro-Kopf-Investition von 1‘350 Franken, also immer noch an der unteren Grenze im Vergleich zu den umliegenden Kantonen. Wenn wir diesen Antrag annehmen, dann gibt es noch ein zeitliches Element zu berücksichtigen. Wir beginnen von vorne, haben eine Planungsleiche mehr und das wird sicher wieder etwa drei, vier Jahre in Anspruch nehmen, bis wir vielleicht wieder in diesem Rat in anderer Besetzung zusammensitzen und über das Spital diskutieren. Heinz Tännler bittet den Rat im Namen der Kommission, den Antrag Granziol abzulehnen.

Vreni **Wicky** kann den Antrag von Leo Granziol voll und ganz unterstützen. Die Zentralspitalvorlage steht quer in der in finanzpolitischen Landschaft. Mit dem NFA und den zurzeit in Bern diskutierten Steuererleichterungen kommen ab 2007 jährliche Mehraufwendungen von 130 bis 140 Mio Franken auf den Kanton Zug zu. Die Votantin ist überzeugt, dass der Zuger Staatshaushalt vor einer Krise steht. Es gilt, alle von uns beeinflussbaren Grossausgaben auf die Notwendigkeit zu überprüfen. Schon lange vermisst sie den Aufschrei der Alternativen, welche doch die Nachhaltigkeit auf ihre Fahne geschrieben haben. Es gäbe noch viele Gründe, diesen Antrag zu unterstützen, z.B. Wertvernichtung, Luxus und Notwendigkeit, Mengenausweitung etc.. Im Vordergrund stehen aber unsere Finanzaussichten und unsere Verantwortung der nächsten Generation gegenüber.

Regula **Töndury**: Nachdem die Spitaldebatte vor den Sommerferien bereits in aller Ausführlichkeit stattgefunden hat, die Spitalkommission und somit auch Leo Granziol auf sämtliche Fragen ausführlichstens eine Antwort erhalten hat, befremdet dieser Antrag auf verschiedenen Ebenen. Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag grösstmehrheitlich ab. Er beinhaltet weder eine Begründung, noch zeigt er auf, wie und wo gespart werden kann. Im Übrigen hat der Kantonsrat und somit auch Leo Granziol bereits im Jahre 2001 das Raumprogramm des heutigen Zentralspitals genehmigt. Einsparungen, wie im Antrag verlangt, wären nur möglich, wenn das ganze Raumprogramm wieder über den Haufen geworfen wird. Leo Granziol kennt die Verträge, die das Projekt Vitale betreffen. Er weiss, dass man dieses Projekt nicht einfach mit Einsparungen auf 120 Mio Franken senken kann, sondern man muss wieder neu planen. Dies bedeutet 15‘650'000 Franken bereits ausgegebener Planungskosten in den Sand zu setzen. Wenn wir davon ausgehen, dass eine Neuplanung nochmals ca. 10 Mio Franken kosten würde, so sind wir mit den somit verplanten 15,5 Mio Franken bereits erneut bei 145 Mio angelangt. Von der Zeitverzögerung, die dies nochmals mit sich bringen würde, und den damit verbundenen Mehrkosten schon gar nicht zu sprechen. Die FDP-Fraktion beantragt deshalb grösstmehrheitlich Ablehnung des Antrags von Leo Granziol.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** antwortet zuerst Vreni Wicky: Gerade aus Verantwortung gegenüber unserer und der nächsten Generation müssen wir das neue Zentralspital, so wie es die Regierung und der grosse Teil des Kantonsrats beantragen, beschliessen. Es ist das Rückgrat der öffentlichen medizinischen Versorgung für die Zuger Bevölkerung. Die Investition ist nötig und sinnvoll. Der Votant bedauert, dass die Spitaldebatte nun offenbar reduziert wird auf einen Kampf zwischen den Anhängern des Kantonsspitals und jenen der Andreasklinik Cham. Er hat in der Eintretensdebatte der 1. Lesung schon ganz klar gesagt: Unser Ja zum Zentralspital ist kein Nein zur Andreasklinik. Wir haben unser Zuger Privatspital in die Gesamtbettenplanung mit einbezogen und berücksichtigt – dies übrigens im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen.
Sie kommen jetzt zu einem relativ späten Zeitpunkt wieder mit den 105 Mio Franken. Die Regierung hat sich deutsch und deutlich für diesen ärgerlichen Fauxpas entschuldigt, öffentlich, schriftlich in diversen Vorlagen, vor der Kommission in diesem Rat. Wir haben gerade deshalb, um die angeschlagene Glaubwürdigkeit wieder zurückzugewinnen, das Behördenreferendum beantragt. Der Gesundheitsdirektor geht davon aus, dass der Rat als zuständige Behörde diesem Antrag zustimmen wird. Also kann das Volk, dem wir seinerzeit die 105 Mio in Aussicht gestellt haben, jetzt entscheiden. Und heute weiss es im Gegensatz zum letzten Mal, was es wirklich erhält.
Zum Vorwurf, die Vorlage liege quer in der politischen Landschaft. Beim Grund-ABC der Ökonomie sagt man, man spare grundsätzlich nicht bei den Investitionen, sondern bei den jährlich wiederkehrenden Kosten. Wenn Sie nein sagen zu diesem Zentralspital, wie es nun vorliegt, dann sparen Sie eben gerade nicht bei den jährlich wiederkehrenden Kosten. Eine allfällige Unterstützung des Antrags Granziol läuft auch sämtlichen bisherigen Beschlüssen auch Ihres Rats zuwider. Dieser Antrag war auch kein Thema bei der 1. Lesung. Es kam kein Kürzungsantrag. Joachim Eder muss den Rat darauf aufmerksam machen, dass die immer wieder ins Feld geführte Variante der Steiger Partner, also die Mini-Variante des Umbaus des Kantonsspitals,

auf 141 Mio Franken kommt. Leo Granziol und Vreni Wicky sollten mindestens diese Zahlen glauben, da sie nicht von der Regierung kommen. Ein Verzicht auf Vitale ist natürlich möglich. Aber wir haben einen rechtskräftigen Wettbewerbsabschluss und alle anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Wettbewerbs haben diesen Entscheid akzeptiert. Es wurde keine Einsprache gemacht. Die Planungskosten wären also erneut hinausgeworfen. Wir haben sowohl für das Zentralspital wie für das Pflegezentrum marktkonforme Offerten. Der Votant dankt dem Rat, wenn er für das überzeugende Projekt des Zentralspitals in Baar einsteht.

➔ Der Antrag von Leo Granziol wird mit 64 : 6 Stimmen abgelehnt.

Antrag der Alternativen Fraktion betreffend Streichung von § 3 (Objektkredit für das Parkhaus) und Vorlegen einer diesbezüglichen Vorlage (Vorlage Nr. 1084.7 – 11241).

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die Alternative Fraktion es äusserst fragwürdig findet, dass keine ausführliche zusätzliche Kommissionssitzung im Hinblick auf die heutige 2. Lesung stattgefunden hat. Unser Antrag, den riesigen Kredit für Spital und Parkhaus zu trennen, hätte eine vertiefte Auseinandersetzung auch in der Kommission verdient gehabt. Auch ein Mitbericht des Amts für Umweltschutz wäre doch für die Spitalkommission sehr wichtig gewesen. Leider hat nur die Votantin, auf Wunsch, den Umweltverträglichkeits-Bericht erhalten. Sie bedauert es sehr, dass dieser nicht allen anderen Kommissionsmitgliedern zugestellt wurde. Der Bericht bringt es nämlich an den Tag – das Zentralspital kommt in ein Gebiet zu stehen, das schon heute bezüglich Luft- und Lärmemissionen sehr stark belastet ist. Kohlenwasserstoffe und andere Vorläufersubstanzen für Ozon werden mit dieser Grösse des Parkhauses weiter ansteigen. Unsere Umwelt verträgt aber gar nichts mehr. Dies ist sicher allen nach diesem Hitzesommer klar geworden. Wir sind uns natürlich bewusst, dass eine Reduktion des Parkhauses aus Umweltschutzgründen einen sehr kleinen Bruchteil, nur den berühmten Tropfen auf den heissen Stein, ausmacht. Aber auch weniger begabte Mathematiker und Mathematikerinnen wissen, dass viele Bruchteile zusammen einmal ein Ganzes geben. Wer mit Umweltschutz nicht beginnt, wird nie ans Ziel kommen.
Nur weniger Parkplätze motivieren Besucherinnen und Besucher, auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Anna Lustenberger ist überzeugt, auch mit 260 Parkplätzen – dies entspricht ungefähr unseren Forderungen – hat es noch bei weitem genug für die Bewohner des Personalhauses, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Spätschichten, für Besucher und Besucherinnen, welche aus irgendwelchen Gründen auf das Auto angewiesen sind. Sollte es für diese, vielleicht an vereinzelten Tagen immer noch zu wenig Parkplätze haben, befinden sich wirklich viele Parkierungsmöglichkeiten in nächster Umgebung – es muss nicht einmal auf den Friedhofparkplatz ausgewichen werden, wie dies Maja Dübendorfer befürchtet. Sie haben unseren Antrag in der 1. Lesung, eine Vorlage mit einem reduzierten Parkhaus sei auf die 2. Lesung auszuarbeiten, abgelehnt. Das Parkhaus aus der Vorlage Zentralspital herauszunehmen und daraus eine eigene Vorlage schaffen würde die Gelegenheit geben, sich mit diesem Gebäude nochmals zu befassen. Die AF ist auch überzeugt, dass für viele Zugerinnen und Zuger das Ja

zum Zentralspital einfacher wäre. Schliesslich geht es doch um ein Spital und nicht um ein Parkhaus.
Die Kommission hat Unterlagen zur Umgebung erhalten, welche in der 1. Lesung von Lilian Hurschler angefordert wurden. Das Dach des Parkhauses mit 2620 m^2 Gitterrost ist darauf sehr gut ersichtlich. Das ist ja wirklich kein schöner Anblick und ein grosser Teil der Patientinnen und Patienten hat Sicht auf das Parkhaus. Mit den finanziellen Einsparungen, welche die Reduktion des Parkhauses mit sich brächte, gäbe dies wieder freie Mittel für eine Dachbegrünung, die auch noch eine Versickerungswirkung des Regenwassers hätte. Das Geld würde vielleicht auch noch reichen für eine Umgebung mit weniger Hartflächen, wie das überarbeitete Projekt gegenüber dem ersten Projekt nun aufzeigt.
Sie sehen, wir stehen zur Vorlage Zentralspital und auch zur Vorlage Pflegeheim. Jedoch ist das Parkhaus in dieser Grösse für uns eine bittere Pille, welche wir nicht so ohne weiteres schlucken wollen. Wir können der jetzigen Vorlage nicht mit voller Überzeugung zustimmen. Die Votantin bittet den Rat daher sehr, den Antrag zu unterstützen, aus dem Parkhaus eine eigene, selbständige Vorlage zu machen. Grundsätzlich hätte man dies schon von Anfang an machen müssen, weil das Parkhaus nicht nur zum Zentralspital gehört, sondern auch zum Pflegeheim und zum Personalhaus. Also packen Sie doch mit uns diese Chance, sich nochmals zum Parkhaus Gedanken machen zu können – wir hoffen natürlich zugunsten der Umwelt, aber auch zu Gunsten unserer Gesundheit, denn wir sind nicht in erster Linie Autofahrerinnen und Autofahrer, sondern in erster Linie Menschen, welche krank werden können und möglichst rasch wieder gesund werden möchten. In Anlehnung an die alte ärztliche Weisheit «mens sana in corpore sano» (ein gesunder Geist in einem gesunden Körper) möchte Anna Lustenberger sagen: «Ein gesunder Mensch in einer gesunden Umwelt». Mit einem Ja zu unserem Antrag leisten Sie einen Beitrag dazu.

Es freut Heinz **Tännler**, dass auch die AF dem Zentralspital und Pflegezentrum grundsätzlich positiv gegenübersteht. Vorab eine Bemerkung: Anna Lustenberger hat auf die Umgebung hingewiesen. Der Kommissionspräsident möchte das aufnehmen, um ganz kurz zu informieren. Lilian Hurschler hat ja an der letzten Sitzung die Anregung gemacht, dass wir uns diesbezüglich noch Gedanken machen. Der Votant hat dies auch mit der Baudirektion aufgenommen und wir haben es an der heutigen Sitzung noch kurz diskutiert. Ein Detailplan liegt noch nicht vor, da hat die Zeit noch nicht ausgereicht, weil man jetzt im Baubewilligungsverfahren ist. Aber immerhin hat die Baudirektion die grundsätzlichen Vorstellungen, welche auf Papier vorliegen, Lilian Hurschler zukommen lassen. Und wir haben heute von Anna Lustenberger in der Kommission gehört, dass man sich grundsätzlich mit den herrschenden Vorstellungen einverstanden erklären kann. Aber bezüglich der Umgebung ist noch nicht das letzte Wort gesprochen, hier haben wir – auch die Kommission – noch die Möglichkeit, entsprechend einzuwirken. Aber es darf nicht mehr Kosten auslösen!
Es hätte eine vertiefte Kommissionssitzung stattfinden sollen. Da hat die Zeit einfach nicht gereicht. Immerhin haben wir eine Sitzung durchgeführt. – Zum Umweltverträglichkeitsbericht: Immerhin hat er vorgelegen. Er wurde Anna Lustenberger auch ausgehändigt. Wenn jemand anders Interesse gehabt hätte, hätte er Einsicht nehmen können. – Zur Anzahl Parkplätze möchte der Votant sich nicht mehr länger äussern. Aber zum Punkt separate Vorlage. Dazu ist zu sagen, dass wenn wir diese Vorlage

jetzt separieren, ein theoretisches Problem haben. Wenn nämlich das Pflegezentrum und das Zentralspital vom Volk angenommen würden und das Parkhaus nicht, wären Spital und Pflegezentrum nicht genügend erschlossen. Dies würde heissen, dass mit dem Bau nicht begonnen werden könnte. Dieses theoretische Risiko möchte auch die Kommission nicht eingehen. Aus diesem Grund und auch weil es eine gesamte Vorlage ist, ein Paket, über das wir nun abstimmen, hat die Kommission heute mit 11 : 2 Stimmen mit einer Enthaltung entschieden, diesen Antrag der AF zur Ablehnung vorzuschlagen.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion den vorliegenden Antrag der AF als unnötige Zwängerei erachtet. Wie sie selber festhalten, wurde ihr Antrag für ein reduziertes Parkhaus an der letzten Kantonsratssitzung abgelehnt. Damit ist das Thema eigentlich erledigt; die Argumente wurden ausgetauscht. Der Votant erinnert kurz an einige davon. Ein Spital hat unregelmässigen Verkehr, resultierend aus unregelmässigen Arbeitszeiten, Schichtarbeit und Notfällen. Der öffentliche Verkehr kann diese Bedürfnisse nur beschränkt abdecken. Auf Grund unseres Entscheids verkehrt kein Auto mehr oder weniger auf unseren Strassen. Im Gegenteil: Genügend Parkplätze reduzieren den Suchverkehr und die damit verbundene Umweltbelastung. Schliesslich findet bereits eine Parkplatzreduktion statt: Zählt man nämlich von der Gesamtzahl der geplanten Parkplätze jene ab, welche für Pflegezentrum und -schule gerechnet sind, verbleiben für das Spital noch 223 Parkplätze oder zwölf weniger als im heutigen Kantonsspital. Thomas Lötscher ersucht den Rat auch im Namen der FDP-Fraktion, diesen unsinnigen Antrag ebenso deutlich abzulehnen wie seinen Vorgänger. An dieser Stelle noch ein grundsätzliches Votum.
Die anhaltende Schönwetterperiode hat uns nebst einigen Problemen auch viele sonnige Ferientage beschert. Die Alternativen nutzten diese Gelegenheit, ein ökologisches Schreckensszenario an die Wand zu malen. Die Begründung für den vorliegenden Antrag greift die Argumentation auf, wonach dieser Sommer eine Folge von Umweltproblemen einer vermeintlich falschen Verkehrspolitik sei. Diese in keiner Weise bewiesene Unterstellung erinnert frappant an die ziemlich genau zwanzig Jahre zurückliegende Waldsterbenshysterie. Wir erinnern uns: Wegen des bösen Individualverkehrs hätten die Bäume zu kahlen Pfählen mit Astfragmenten verkommen sollen. Heute wissen wir: Das Waldsterben musste abgesagt werden aufgrund mangelnder Beteiligung interessierter Wälder. Die Blümlein blühen noch immer, die Krähen krähen noch immer, die Schlänglein schlängeln noch immer und die Vögel – ja, die sind auch noch da. Bereits vor einigen Jahren wurde auf Grund einer Folge milder Winter das Schreckgespenst der globalen Klimaerwärmung mit einhergehender Ökokatastrophe zum Leben erweckt. Mit diesem Sommer erfährt es scheinbar Bestätigung. Dabei wird vergessen, dass der vergangene sehr kalte Winter in die Gegenrichtung ausschlägt. Offensichtlich gehören klimatische Ausreisser nach beiden Seiten dazu und das Wetter folgt nicht einfach einer Ideallinie. Anstatt die Bevölkerung unnötig zu erschrecken, empfiehlt sich eine langfristig vernünftige Politik, welche ökologische Anliegen einbezieht, aber nicht kopflos eine Vollbremsung nach der anderen inszeniert. Wer das Gefühl hat, dass jene Felsen, welche sich medienwirksam am Matterhorn lösten, ein Racheakt der Natur gegen den Individualverkehr seien, der möge sich überlegen, was uns die Natur sagen wollte, als sie zu einem Zeitpunkt, da noch keine Autos existierten, den Goldauer Bergsturz inszenierte.

Andrea **Erni** hält fest, dass die SP-Fraktion für den Antrag der AF grosse Sympathie hat. Auch wir machen uns Sorgen über die hohe Ozonbelastung, die durch den motorisierten Individualverkehr verursachten Umweltschäden, die Zubetonierung unseres Lebensumfelds. Wir richten dabei unsere Augenmerk vor allem auf Phänomene wie z.B. Pendler- und Einkaufsverkehr und sehen mit grossem Unbehagen den geplanten Strassenbauten entgegen. Wir werden uns vehement gegen unverhältnismässige Betonpisten wehren. Beim Parkhaus ist aber die Mehrheit der Fraktion der Meinung, dass die verschiedenen Bedürfnisse der Benutzerinnen und Benutzer abgedeckt werden müssen. Wir stellen fest, dass das Parkhaus nicht mehr Plätze anbietet, als bereits in der Athene und vor dem Pflegeheim Baar bestehen. Ohne Zweifel wird das Zentralspital sehr gut durch den öffentlichen Verkehr erschlossen sein. Trotzdem sind wir zur Ansicht gelangt, dass eine reduzierte Anzahl Parkplätze und die gute Erreichbarkeit im Bereich des Spitals nicht zu weniger Fahrten führen, sondern befürchten viel mehr, dass tendenziell mehr Abgasbelastung durch herumfahrende parkplatzsuchende Automobilisten entsteht. Auf die möglichen Folgen einer Separierung der Vorlage wurde bereits hingewiesen. Nach intensiven Diskussionen hat sich die Mehrheit der SP-Fraktion entschlossen, den Antrag nicht zu unterstützen.

Martin **Stuber** möchte nicht nochmals eine inhaltlich detaillierte Debatte lostreten. Er hat in seinem Votum bei der 1. Lesung genügend Argumente gebracht, die für eine Reduktion des Parkhauses sprechen. Er bedauert sehr, dass die SP nun auf eine Argumentationslinie einschwenkt, die er in den letzten 15 Jahren nur von bürgerlicher Seite hörte. Offenbar fällt die SP um, wenn der Druck bei dieser Frage zu gross wird. Er möchte eine Zahl korrigieren, es ist nämlich tatsächlich so, dass eine Erhöhung der Parkplatzzahl stattfindet. Denn im bestehenden Parkhaus werden nicht alle Parkplätze für das Kantonsspital genutzt. Deshalb stimmt die Rechnung von Thomas Lötscher nicht. De facto wird die Anzahl der Parkplätze erhöht. Der Votant möchte hier auch keine ökologische Debatte lostreten, er möchte Thomas Lötscher und der FDP-Fraktion einfach empfehlen, den Artikel des Professors für Umweltgeschichte vom letzten Samstag im Tages-Anzeiger zu lesen und dann nochmals in sich zu gehen. Es nützt einfach nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Er möchte Konrad Studerus zitieren: «The party is over». Nur haben das leider immer noch viele nicht gemerkt. Die Klimaerwärmung findet statt. Alle Indikatoren weisen heute darauf hin.
Noch etwas zur Kommission. Es ist natürlich so, dass wenn das Parkhaus abgelehnt wird und das Kantonsspital angenommen, nicht einfach nichts passiert. Dann wird man mit einer reduzierten Parkhausvorlage kommen, am besten wie von uns vorgeschlagen um ein Stockwerk reduziert, und dann können Sie sicher sein: Diese Vorlage wird vom Volk abgelehnt (?). Denn wenn die bestehende Parkhausvorlage abgelehnt würde, ist es klar, dass man ein reduziertes Parkhaus will. Es ist ja niemand in diesem Saal gegen ein Parkhaus. Aber wir möchten dem Volk die Gelegenheit geben, sich zu dieser Frage separat zu äussern. Und damit kommt Martin Stuber zum letzten Punkt. Wir von der AF sind ganz klar der Auffassung, dass die Chancen für die bestehende Vorlage vor dem Volk grösser sind, wenn wir diese beiden Dinge voneinander trennen. Es gibt viele in seinem Umfeld, die skeptisch sind gegenüber dieser grossen Vorlage. Und er weiss nicht, wie viele dieses grosse Parkhaus bewegen könnte, doch noch nein zu stimmen.

Jacques-Armand **Clerc**: Offensichtlich hat die AF einen der wunden Punkte dieses Projekts erkannt. Das ist das Parkhaus. Am Haupteingang wird es keine Visitenkarte für das Spital sein. Man könnte sogar den Verdacht haben, dass man sich selber die Patienten beschaffen will. Darum ist man immer geneigt, dort mitzustimmen und dieses Parkhaus zu reduzieren. Leider geht es aber der AF wie vielen, die dieses Projekt noch einmal überdenken würden: Wir sind zu spät dran. Alles, was hier argumentiert wird, wird abgetan mit dem Argument: Wir haben keine Zeit mehr und müssen vorwärts machen. So wird es leider auch mit diesem Antrag gehen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** möchte zur Orientierung noch Folgendes sagen: Während der Einsprachefrist, die am 4. August abgelaufen ist, wurde keine Einsprache gegen das Baugesuch eingereicht. Keine einzige. Ganz allgemein: Man kann auch kein Einfamilienhaus, kein Mehrfamilienhaus und erst recht kein Einkaufszentrum bauen ohne die erforderlichen Parkplätze. Im Parkhaus befinden sich 223 Parkplätze für das Zentralspital. Die restlichen 125 Parkplätze sind für das Pflegzentrum, die Pflegeschule und das ehemalige Personalhaus, wo ungefähr 200 Leute wohnen. Zum Vergleich: Das Parkhaus Athene beim Zuger Kantonsspital hat 235 Parkplätze. Mit einer separaten KR-Vorlage betreffend Parkhaus würde das ganze Bauvorhaben um ca. acht bis neun Monate verzögert und im worst case wäre bei einer Ablehnung das ganze Bauvorhaben zum Scheitern verurteilt. Denn falls der KR dem Antrag der AF zustimmt und die Parkplatz-Vorlage ebenfalls dem Behördenreferendum unterstellt und das Volk dem Zentralspital und dem Pflegezentrum zustimmt, hingegen das Parkhaus ablehnt, könnte das Zentralspital und das Pflegezentrum nicht in Betrieb genommen werden, da ein wesentlicher Bestandteil der Baubewilligung nicht erfüllt ist und das Bauvorhaben als ungenügend erschlossen taxiert werden müsste. Die drei Bauten Zentralspital, Pflegezentrum und Parkhaus bilden grundsätzlich eine Einheit der Materie und werden von der Gemeinde als Ganzes bewilligt, wobei das Parkhaus einen wesentlichen Bestandteil bildet. Der Votant bittet den Rat aus diesen Gründen, dem Antrag nicht Folge zu leisten.

➔ Der Antrag der Alternativen Fraktion wird mit 59 : 10 Stimmen abgelehnt.

Antrag von Karl Rust betreffend neuem § 5 bezüglich allfälligen Ausgabenüberschreitungen und Ausarbeitung eines Businessplans (Vorlage Nr. 1084.8 – 11243). – Dieser Antrag wurde von Karl Rust kurzfristig geändert. Die geänderte Version wurde den im Saal anwesenden Kantonsräten ausgeteilt.

Karl **Rust** weist darauf hin, dass die Regierung am Dienstagabend durchblicken liess, dass sie gemäss Finanzhaushaltsgesetz bereits dazu verpflichtet sei zu tun, was er in seinem Antrag fordert. Er hat das kapiert und sich gestern in dieses Gesetz hineingearbeitet. Er stellt fest, dass bei einem TU-Vertrag ein Zusatzkredit gemäss Finanzhaushaltsgesetz Art. 26 vor Einholen neuer Verpflichtungen vor allem während dem Bau kaum mehr erfüllbar wäre, weil beim TU-Vertrag z.B. auch die gesamte Terminverpflichtung unterbrochen wird, bis der Nachtragskredit beim KR eingeholt wird, was ja zusätzlich noch Folgekosten bringen würde. Beim Inselspital Bern sind das mittlerweile schon zwei Jahre. Der Votant zitiert den erwähnten § 26: «Zeigt sich

vor oder während der Ausführung eines Projektes, dass der bewilligte Verpflichtungskredit nicht ausreicht, ist ein Zusatzkredit vor dem Eingehen neuer Verpflichtungen einzuholen.» Neue Verpflichtungen sind ja beim Abschluss eines TU-Vertrags nicht mehr erfüllbar, weil er eine ganz andere Wirkungsweise hat. Auf Grund dieser Erkenntnis hat Karl Rust den ursprünglich eingereichten Antrag zurückgezogen, ihn vereinfacht und dem Rat austeilen lassen. Bei diesem Objektkredit geht der Votant davon aus, dass kein Nachtragskredit gemäss § 26 nötig wird. Was aber, wenn es trotzdem passieren würde? Im Gegensatz zu einem Normalfall wie bei einem einfachen Schulhaus fehlt uns die Erfahrung über die Auswirkungen eines TU-Modells. Z.B. frühzeitige Massnahmen zur Umgehung eines Baustopps bis zur Sprechung eines Nachtragskredits. Nachdem der TU-Vorvertrag bereits abgeschlossen ist, geht es nur noch um eine mögliche Regelung, welche die Regierung mit dem TU noch aushandeln kann. Karl Rust ist da aber zuversichtlich, weil bei der Arbeitsvergebung im Kanton Zug mit dem TU auch eine Lösung gefunden wurde. Das Vehikel Businessplan, das auch im Antrag des Votanten aufgeführt war, war für die Spital AG gedacht und nicht etwa zum Aufblähen der Verwaltung. Aber das gehört nicht in diese Vorlage, das hat er mittlerweile auch kapiert.
Heute Morgen hat sich Karl Rust etwas herumgehört und gemerkt, dass die Komplexität bedeutend ist. Das entbindet ihn aber nicht von seiner Verantwortung, etwas Vernünftiges zu tun. Er hat gute Ideen gehört, vor allem vom Präsidenten der Spezialkommission, den es beschäftigt, dass der Antrag im Beschlussesentwurf drin steht. Das ist für den Votanten aber nicht relevant. Das kann auch auf eine andere Art geschehen. – Der Antrag lautet:

«§ 5 (neu)
Es ist zur Sicherung von Sinn und Wirkung eines Zusatzkredits nach Art. 26 des Finanzhaushaltsgesetzes im Rahmen des Totalunternehmer-Werkvertrags eine mögliche Regelung zu treffen.»

Heinz **Tännler** hält fest, dass der ursprüngliche Antrag zurückgezogen wurde. Die Kommission hätte ihn mit 13 : 0 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Was Karl Rust jetzt vorbringt, macht grundsätzlich Sinn. Übrigens auch sein ursprünglicher Antrag, aber dort ging es um die Praktikabilität und die Frage der Kompetenzverschiebung. Weil zwischen der Kommissionssitzung und jetzt schon wieder eine neue Idee eingebracht wurde, konnte der Präsident mit der Kommission nicht mehr Rücksprache nehmen. Aber es ist wohl im Sinn der Kommission, wenn dieser Antrag von Karl Rust insofern von der Regierung aufgenommen wird, dass sie mit dem TU verhandelt, dass das allenfalls in den Vertrag einfliessen könnte. Wenn das geschieht, würde Karl Rust seinen Antrag zurückziehen.

Regula **Töndury** möchte sich kurz zum Antrag von Karl Rust äussern, nachdem sie ihr Votum nun bereits einige Male abgeändert hat. Wir begrüssen die Veränderung seines Antrags. Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für seine ausserordentlich ausführliche und sicher sehr aufwendige Beantwortung der Fragen im Zusammenhang der möglichen Auswirkungen der zweiten KVG-Revision. Bei Inkrafttreten dieser Revision hat dies Auswirkungen, egal ob wir das Zentralspital verwirklichen, ein anderes Spital bauen oder das Kantonsspital renovieren. Der Regierungs-

rat hat das Zentralspital zu bauen und sich dabei an die Vorgaben des Kantonsrats zu halten. Ausserdem hat er dem Kantonsrat zugesichert, alle sechs Monate einen Zwischenbericht vorzulegen. Diese Massnahme ist unseres Erachtens für die Kostenkontrolle ausreichend und somit der Antrag von Karl Rust bereits erfüllt. Wir sind dankbar, dass die Idee des Businessplans fallen gelassen wurde. Der Regierungsrat soll seine Arbeit innerhalb der Vorgaben des Kantonsrats korrekt ausführen. Die FDP-Fraktion kann der Problematik, welche Karl Rust ausgeführt hat, Verständnis entgegen bringen, aber das gehört nicht in den Beschluss und deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Jean-Pierre **Prodolliet** hält fest, dass Karl Rust einen Antrag stellt für den Fall, dass es einen Nachtrags- oder Zusatzkredit gibt. Ist das nicht abwegig? Ist es nicht so, dass wenn wir eine solche gesetzliche Regelung in den Beschluss aufnehmen, damit gesagt wird, ja dann gibt es dann wahrscheinlich einen Zusatz- oder Nachtragskredit. Aus diesem Grund lehnt die SP-Fraktion den Antrag kategorisch ab und hat auch kein Verständnis dafür. Wir sind der Meinung, dass die vorliegende Vorlage Voraussetzungen bietet, dass es keinen Nachtragskredit gibt. Zum ersten haben wir einen Vertrag mit Kostendach. Ein solcher Vertrag hält vor unseren Gerichten Stand und er ist aus Sicht des Votanten auch gut formuliert. Zum zweiten haben wir noch eine Summe von 5 Mio für Bestellungsänderungen und Unvorhergesehenes. Dies sollten wir unter Kontrolle halten können, zumal uns nun von der Baudirektion auch zugestanden worden ist, dass die Spitalkommission halbjährlich über den Verlauf des Projekts orientiert wird. An dieser Stelle sei für dieses Entgegenkommen gedankt. Die SP-Fraktion findet diesen Antrag aus den genannten Gründen abwegig und empfiehlt Ablehnung.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** gibt Karl Rust die Zusicherung, dass wir die Abläufe zur Einhaltung des Finanzhaushaltsgesetzes mit dem TU noch einmal ausdrücklich besprechen. Zudem werden wir der Spitalkommission – wie bereits in der 1. Lesung gesagt – rapportieren, und zwar über den Stand der Planung, Arbeitsvergaben, Gesamtkosten und Termine. Dies nach Rücksprache mit Kantonsbaumeister Staub nicht nur jährlich, sondern halbjährlich. Der Votant bittet Karl Rust in aller Freundschaft, seinen Antrag zurückzuziehen. Er hat sein Ziel bereits erreicht.

Karl **Rust** zieht seinen Antrag zurück, weil er von der Regierung gehört hat, dass im Sinn dieses Antrags in Bezug auf die Wirkungsweise des Finanzhaushaltsgesetzes mit dem TU verhandelt wird.

➔ Der Rat stimmt der Zentralspitalvorlage in der *Schlussabstimmung* mit 66 : 6 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat gemäss § 7 des KR-Beschlusses beantragt, es sei das Behördenreferendum zu ergreifen. Gemäss § 34 Abs. 4 der Kantonsverfassung in Verbindung mit § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung

des Kantonsrats kann ein Drittel aller Mitglieder des Kantonsrats, somit 27 Mitglieder, unmittelbar nach der Schlussabstimmung die Volksabstimmung beschliessen. Die vorberatende Kommission und die Stawiko opponieren diesem Antrag nicht.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat beschliesst mit 68 Stimmen das Behördenreferendum.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat vorbehaltlich der Annahme der Vorlage durch das Volk beantragt, die drei Motionen gemäss S. 68 des Berichts des Regierungsrats als erledigt abzuschreiben und von der Interpellation gemäss S. 69 des Berichts Kenntnis zu nehmen. Die vorberatende Kommission und die Stawiko schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat ist einverstanden.

188 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEITRAG AN DEN NEUBAU DES PFLEGEZENTRUMS BAAR

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 3. Juli 2003 (Ziff. 159) ist in der Vorlage Nr. 1085.5 – 11225 enthalten.

Antrag von Leo Granziol (Vorlage Nr. 1085.6 – 11246)

Leo **Granziol** möchte nicht wieder hören, er habe seinen Antrag nicht begründet. Die Begründung steht im Prinzip schon im Antrag. Auch er beruht auf Kostenvergleichen und hier sticht ins Auge, dass die Bürgergemeinde Cham für ihr Pflegezentrum, das ebenfalls einen regionalen Auftrag hat und Besa 3- und Besa 4-Patienten beherbergt, 9 Mio erhielt für gleich viel Betten, wie jetzt Baar plant, wo wir fast 23 Mio zahlen müssen. Es wird zwar gesagt, es sei dann keine Geriatriepraxis etc. vorgesehen, aber der Votant muss dagegen halten, dass in Baar überhaupt keine Infrastruktur mitgeplant ist. Die zahlt nämlich das neuen Zentralspital. Es hat keine Energiezentrale, das Pflegeheim für sich verfügt über keine Küche. Auch das Parkhaus etc. ist nicht rein gerechnet und trotzdem kostet gerade dieses Pflegeheim doppelt so viel. Und damit machen wir falsche Anreize für die zukünftige Planung.

Heinz **Tännler** kann das Resultat der Spitalkommission vorweg bekannt geben. An der heutigen Sitzung haben wir mit 11 : 3 Stimmen beschlossen, den Antrag Granziol zur Ablehnung zu empfehlen. Es geht effektiv um ein Kompetenzzentrum für Geriatrie für Besa-Stufen 3 und 4. Es ist nicht vergleichbar mit Altersheimen oder Pflegezentren in anderen Gemeinden. Nur ein kleines Beispiel: Es gibt oft Fälle, da wird zu

Nachtzeiten in der Neustadt mit Blaulicht vorgefahren, weil man Patientinnen oder Patienten dort nicht mehr halten kann. Und wohin gehen diese? Mit denen muss man nach Baar fahren, weil dort die Spezialisten, das entsprechende Pflegepersonal vorhanden ist. Es ist also nicht vergleichbar, es ist ein Kompetenzzentrum.
Nun noch zu den Synergien, die Leo Granziol angesprochen hat. Die Küche sei nicht eingerechnet etc.. Das stimmt nicht. Diesbezüglich hat eine Abgleichung stattgefunden. Sie wurde vorgenommen und sowohl auf das Pflegezentrum wie auf das Zentralspital geschlagen. Diese Rechnung ist gemacht, das hat Einfluss auf die entsprechenden Kredite. Es ist also nicht so, dass das Pflegezentrum Baar nun von diesen Synergien finanziell profitieren würde.
Die SVP-Fraktion teilt hier wie bei den vorherigen Anträgen die Meinung der Kommission.

Andrea **Hodel** ersucht den Rat namens der beinahe grösstmöglichsten Mehrheit der FDP-Fraktion, den Antrag Granziol abzulehnen. Im Wesentlichen kann sie auf die Ausführungen von Heinz Tännler, der bereits umfassend Stellung genommen hat, auch im Namen der FDP-Fraktion verweisen, erlaubt sich aber noch zwei, drei zusätzliche Bemerkungen. – Das Pflegezentrum Baar kann nicht eins zu eins mit dem Pflegezentrum der Bürgergemeinde verglichen werden. Es wird ein absoluter Spezialbetrieb werden, der hochspezialisierte Pflege und Betreuung anbietet. Speziell im Bereich von Demenzkranken und Besa 3- und 4-Patienten. Es bietet mit 60 Betten nicht nur für ältere Menschen, sondern mit 12 Betten auch für jüngere Menschen mit Behinderung Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten an. Ebenfall sechs Plätze für ältere Patienten, die z.B. nach einer Operation noch etwas Nachbetreuung brauchen. Das ist wichtig, da Spitalaufenthalte heute sehr kurz sind und ältere Menschen zu Beginn zu Hause völlig überfordert sind. Mit dem geplanten Pflegezentrum wird die Kapazität von heute 100 Pflegebetten auf 60 reduziert, eben gerade um auch den regionalen Bedürfnissen der Pflegezentren Rechnung zu tragen.
Das Pflegezentrum Cham ist heute im 3. Stock noch nicht belegt. Zu berücksichtigen ist aber, dass Cham, wie dies auch der Kanton tun will, eine langfristige Planung vorgenommen hat und wir langfristig damit rechnen müssen, dass der Bedarf an Pflegebetten weiter steigen wird; denken wir an die höhere Lebenserwartung, wenn wir einmal alt sind, denken wir aber auch an viele Junge mit körperlichen Behinderungen, die heute viel länger ein lebenswertes Leben führen können. Nichtbelegung auch durch Personalmangel. Gerade für diese Jungen benötigen wir aber das Pflegezentrum in Baar. Ihnen, aber auch schwer demenzkranken älteren Menschen müssen wir nicht nur einfach Zimmer und damit Aufenthalt, sondern auch Atmosphäre, möglichst weitreichende Bewegungsfreiheit und ein menschenwürdiges Ambiente zur Verfügung stellen.
In einem Satz möchte die Votantin noch erwähnen, dass die Konferenz der gemeindlichen Sozialvorsteher den Bau des Pflegezentrums Baar entgegen anders lautenden Behauptungen der Spitalgegner unterstützt und anders lautende Aussagen gegenüber dem Komitee schriftlich dementiert hat. – Wir brauchen das Pflegezentrum in Baar. Das Pflegezentrum ist auf hochspezialisierte Pflege ausgerichtete, es stellt ein eigentliches Kompetenzzentrum für den ganzen Kanton Zug dar und ergänzt das Angebot der regionalen Pflegezentren wie beispielsweise dasjenige der Bürgergemeinde Cham. Es tritt mit ihnen nicht in Konkurrenz. Dies die zusätzlichen Gründe, weshalb Andrea Hodel namens der FDP-Fraktion beantragt, den Antrag abzulehnen.

Andrea **Erni** meint, vieles sei schon von Andrea Hodel und Heinz Tännler gesagt worden. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Kanton Zug ein geriatrisches Kompetenzzentrum in Baar benötigt. Wir sind nicht der Ansicht, dass falsche Anreize gesetzt werden, weil es sich um eine spezialisierte Einrichtung handelt. Wir sprechen uns für das vorliegende Projekt aus und lehnen den Antrag Granziol ab.

Guido **Heinrich**: Seit vierzehn Monaten ist mein Vater im Pflegeheim Baar. Als demenzkranker Mensch ist er pflegebedürftig. Bei meinen regelmässigen Besuchen stelle ich immer wieder fest, dass er im Pflegeheim Baar in besten Händen ist. Das Verständnis sowie der Umgang des Pflegepersonals ermöglicht den Insassen ein menschenwürdiges Dasein. Sie haben verstanden, dass diese Leute nicht mehr mit uns leben können, wir müssen es mit ihnen. Es ist nicht selbstverständlich, dass mein Vater immer sauber gewaschen und gekleidet ist, was im Unterbewusstsein sicher zu seiner Zufriedenheit beiträgt. Dem ganzen Team unter Leitung von Herr Müller und Herr Dr. Fisch ist es gelungen, ein Zentrum aufzubauen, das Seinesgleichen sucht. Dafür gibt es nur ein Wort: Chapeau. – Ich finde es falsch, wenn überall Pflegeplätze geschaffen werden, nur um die leeren Betten in den Altersheimen zu belegen. Es braucht mehr als schöne Prospekte und schmeichelhafte Slogans. Etwas tun heisst noch lange nicht, dass man es kann. Ich spreche aus Erfahrung. Nach einem dreimonatigen Aufenthalt meines Vaters in einem Altersheim habe ich festgestellt, dass allen Verantwortlichen das Wissen in sämtlichen Belangen für die Betreuung demenzkranker Menschen fehlt. Es fiel mir leicht, einen anderen Ort für meinen Vater zu suchen. Das Pflegezentrums Baar ist wichtig und richtig. Es würde mich freuen, wenn auch Sie sich für dieses wichtige Kompetenzzentrum entscheiden könnten.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** weist darauf hin, dass Leo Granziol anlässlich der 1. Lesung einen Kürzungsantrag auf die Endsumme von 15,21 Mio gestellt, diesen dann aber zurückgezogen hat. Heute sind wir bei 11,3 Mio. Sie haben die Begründung gelesen und heute auch noch gehört. Im Wesentlichen besteht sie aus einem Vergleich mit dem Pflegezentrum in Cham. Der Votant kommt nicht darum herum, die Kostendifferenz noch ein wenig auszuführen. Leo Granziol hat das ja verlangt. Sie ist im «Patientengut» begründet. Wir haben schon gehört, dass das Pflegezentrum Baar schon heute eine einzigartige Rolle im Kanton Zug spielt. Und zwar bei der Pflege und Betreuung älterer demenzkranker Menschen. Guido Heinrich hat ein Beispiel gebracht. Wir planen da 60 Betten und fahren also von 100 auf 60 hinunter. Neu spielt es eine einzigartige Rolle bei jüngeren pflegebedürftigen Menschen. Da sind 12 Betten geplant. Zudem werden bestehende Lücken in der Versorgungskette geschlossen, indem mit den sechs vorgesehenen Betten für die Nachsorge im Anschluss an einen Spitalaufenthalt Notfall- und Entlastungsbetten zur Verfügung stehen. Das können Sie nicht mit irgend einem anderen Pflegzentrum vergleichen. Auch nicht mit dem in Cham. Da sind wir vom Kanton übrigens sehr froh, dass wir es haben. Nun hat diese Ausrichtung mit speziellem Patientengut konkrete Auswirkungen auf die Investition. Wir haben das zwar schon in unserem Bericht und Antrag begründet und der Gesundheitsdirektor hat es mehrmals in der Spitalkommission gesagt. Im Bereich der Geriatrie sind es bautechnische Anforderungen an die Sicherheit und wir müssen auch auf die Bewegungsfreiheit ein besonderes Augen-

merk richten. Da gibt es direkte Liftverbindungen in den Garten. Das ermöglichte den Betroffenen Spaziergänge in einer angemessenen Umgebung. Und diese Lichthöfe sind so gestaltet, dass die Bewohnerinnen und Bewohner hausinterne Rundgänge machen können – etwas, das es gesamtschweizerisch noch nicht gibt. Sie können sagen, das sei Luxus. Aber die Regierung findet, es sei nicht Luxus, sondern adäquate Anpassung an die modernsten Erkenntnisse in der Langzeitpflege. Wir haben ja im Pflegzentrum Baar mit Dr. Fisch auch einen ausgezeichneten und schweizweit anerkannten Geriater.
Zum Punkt jüngere Behinderte ist auch festzuhalten, dass das Heim mit dem sogenannten James-System ausgestaltet wird, das erlaubt, mit einer Fernbedienung Türen, Lifte, Fenster usw. automatisch zu öffnen bzw. zu schliessen. Das Konzept von kleineren Wohngruppen, das da vorgesehen ist, erfordert eine gewisse Mehrfläche. Die Raumgestaltung der zwölf Zimmer ist mit 44 m^2 bewusst grosszügig und zeitgemäss angelegt. Wir betonen den Wohncharakter. Es besteht auch die Übernachtungsmöglichkeit für Kinder und Partner. Weiter verfügen die Zimmer über einen Balkon. Das sind die Gründe, dass es teuer ist. Und wenn Leo Granziol das als Luxus bezeichnet, dann hat die Regierung dafür kein Verständnis. Wohl auch die Mehrheit dieses Hauses nicht. Als Fazit, warum wir höhere Investitionskosten haben, können wir sagen: Das Pflegezentrum ist im Vergleich zu Cham etwas teurer, die Nachfrage für spezielle Bedürfnisse ist im Kanton mehrfach ausgewiesen und die Betreuung ist medizinisch optimal, zur Zufriedenheit der Angehörigen und der Bewohnerinnen und Bewohner. Soweit zum finanziellen Vergleich.
Der Gesundheitsdirektor sieht sich herausgefordert, noch etwas zu sagen, weil im Vorfeld dieser Debatte und auch sonst immer wieder zu lesen ist, dass die Planung des Kantons sämtlichen Interessen der Gemeinden zuwider laufe. Er muss das in aller Form zurückweisen. Wir haben hier in Baar einen Abbau der Bettenkapazität für die allgemeine Langzeitpflege von 100 auf 60. Da möchte der Votant aus dem oft erwähnten Bericht der gemeindlichen Sozialvorsteherkonferenz zitieren. Es wird zwar sehr viel daraus zitiert, aber immer die falsche Stelle. Die Gemeinden haben Folgendes gesagt: «Das geplante geriatrische Kompetenzzentrum am Pflegezentrum Baar wird sowohl eine Angebotslücke schliessen als auch Impulse für qualitative Standards geben. Es ist deshalb von grosser Bedeutung, dass dies jetzt realisiert wird.» Das kommt nicht aus der Küche der Zuger Gesundheitsdirektion. Zum Zweiten wird immer so getan, als könnte man die Eintritte in diese Altersheime, in die Pflegeheime, in die Altersheime mit Pflegeabteilung, in die regionalen Pflegheime kanalisieren. So einfach ist das nicht. Joachim Eder versucht, das am Beispiel der Chamerinnen und Chamer aufzuzeigen. 2002 sind 52,2 % sämtlicher Pflegetage im Pflegezentrum Cham Chamerinnen und Chamer. Also die Hälfte. Die anderen kommen aus dem restlichen Kanton. Wo gehen die anderen Chamerinnen und Chamer hin? Es sind noch 9,8 % sämtlicher Pflegetage in Baar Chamerinnen und Chamer. Es sind 6,1 % sämtlicher Pflegetage des Neustadt in Zug Chamerinnen und Chamer. – Der Votant spricht jetzt immer von den regionalen Pflegheimen, da haben wir die Kontrolle. – 5,6 % sämtlicher Pflegetage der Abteilung im Adelheid Unterägeri sind Chamerinnen und Chamer. Allein in Menzingen hat es keine Chamerinnen und Chamer. Das kann weder der Gesundheitsdirektor noch der Rat begründen. Aber es zeigt, dass die Patientenströme, die ja weitgehend auf Grund der Krankheit und der Einweisungen der Ärztinnen und Ärzte passieren, nicht einfach kanalisiert werden können. Man könnte Leo Granziol fragen, warum diese dann nicht nach Cham gehen. Er kann das

genauso wenig beurteilen. So einfach ist die Sache weder in der Gesundheitspolitik allgemein noch speziell hier in der Langzeitpflege
Und jetzt noch zum Letzten. Die Position der Gemeinden in dieser Frage der Langzeitpflege ist wirklich ganz klar. Und zu den Gemeinden gehört auch die Stadt Zug. Der Stadtrat sitzt in der Stiftung Spital Baar und hat dort eine ganz klare Meinung abgegeben. Sämtliche anders lautende Meinungen von einzelnen Stadtratsmitgliedern in der Öffentlichkeit sind für die Regierung des Kantons Zug nicht ernst zu nehmen, denn die Meinung des Stadtrats ist anders. Wir haben auch eine Konferenz der Sozialvorsteherinnen und -vorsteher. Die Präsidentin Theres Arnet aus Neuheim hat gegenüber den Medien klar Position bezogen, was die Haltung der Gemeinden anbetrifft. Und es gibt eine kantonale Gruppe für Langzeitpflege. Da sind folgende Leute von den Gemeinden drin: Erich Frischknecht, Hünenberg; Andreas Bossard, Stadt Zug; Mark Küfer, Cham; Marianne Weber, Oberägeri; und der Gesundheitsdirektor vertritt den Kanton Zug. Auch da ist ganz klar die Haltung so, dass die vom Kanton eingeschlagene Linie der Langzeitpflege, das Miteinanderwirken mit den Gemeinden, sehr gut ist. Das hat eine kürzliche Umfrage wieder gezeigt. Joachim Eder bittet den Rat, das zur Kenntnis zu nehmen und nicht dauernd etwas anderes gegen aussen zu kommunizieren. Und wenn Sie das *ihm* nicht glauben, so lesen Sie einmal den sehr guten Bericht der Stiftung Spital Baar, der zeigt, was im Pflegezentrum Baar schon heute alles gemacht wird. Wenn auch das nicht reicht, empfiehlt der Votant, einmal mit Paul Langenegger zu sprechen, der einen Seitenwechsel gemacht und hautnah erfahren hat, was es heisst, in einem Pflegezentrum zu arbeiten. Wir brauchen es, die Gemeinden brauchen es, und der Kanton schliesst damit seine langjährige Planung im Bereich der Langzeitpflege ab.

Leo **Granziol** will sich auf die Kosten allein beschränken, denn das ist für ihn der springende Punkt. Er ist nicht dagegen, dass man ein Pflegezentrum in Baar errichten soll, aber diese Kosten sind einfach nach wie vor exorbitant. Vor zwei Jahren waren es 27 Mio, hier in diesem Saal geschildert. Heute sind es 43. Und der Votant geht davon aus, dass die Regierung damals, als sie diese Kostenvorgabe hier angab, den Architekten und Planern diese Vorgaben schon machten, dass es ein Geriatriezentrum sein muss. Dass für die Dementen Sicherheit bestehen muss. Dass es einen Garten haben muss und all das. Diese Gründe für die Kostenerweiterung sind doch damals schon gesagt worden. Sonst haben sie damals miserabel geplant und haben nochmals einen Riesenbock geschossen. Sonst begreift Leo Granziol diese 160 % Kostenzunahme nicht. Er hat trotzdem noch Schwierigkeiten. Die Bürgergemeinde Zug, die ein neues Altersheim plant, Mühlematt Oberwil; 60 Betten kosten dort 21 Mio. Und hier kosten 12 Betten mehr 43 Mio. Da hat der Votant echt Probleme. Und da können sie wieder sagen, es sei etwas ganz anderes. Hier steht in der Vorlage: Eine besondere Aufgabe hat das erste Obergeschoss, da es speziell für demente Personen eingerichtet wird. Diese können sich auf ihrem Stockwerk frei bewegen. Genau das Selbe, was Sie für diese horrenden Kosten in Baar anführen, wird in Mühlematt auch verwirklicht. Und ebenfalls haben sie Wohngemeinschaft für die Rentner, die sich da einfinden wollen. Es fehlt nur die Geriatriepraxis. Aber die steht ja dann im Kantonsspital. Und eine Geriatriepraxis allein kann nicht 20 Mio mehr kosten.

➔ Der Antrag Granziol wird mit 64 : 5 Stimmen abgelehnt.

Karl **Rust** meint, der Auftrag an die Regierung, wie er vorher beim Zentralspital gemacht wurde, bestehe natürlich sinngemäss auch für diese Vorlage, denn es ist nur eine Baustelle und die beiden Projekte hängen direkt zusammen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** bestätigt das.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage Pflegezentrum in der *Schlussabstimmung* mit 66 : 6 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat gemäss § 3 des KR-Beschlusses beantragt, es sei analog zum Kantonsspital das Behördenreferendum zu ergreifen.

➔ Der Rat beschliesst mit 69 Stimmen das Behördenreferendum.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat den Antrag stellt, die Motion von Martin Döbeli sel. Vom 26. August 1999 betreffend Konzept für die Langzeitpflege und Rehabilitation im Kanton Zug (Vorlage Nr. 699.1 – 9934) sei als erledigt abzuschreiben. Die vorberatende Kommission und die Stawiko schliessen sich diesem Antrag an.

➔ Der Rat ist einverstanden.

189 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ERSTELLUNG EINER ZULEITUNG VON SAUBERWASSER ZUM WILERSEE

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Juni 2003 (Ziff. 142) ist in der Vorlage Nr. 1091.5 – 11212 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 72 : 0 Stimmen zu.

190 – KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ERGREIFUNG DES KANTONSREFERENDUMS GEMÄSS ART. 141 DER BUNDESVERFASSUNG GEGEN DAS BUNDESGESETZ ÜBER DIE ÄNDERUNG VON ERLASSEN IM BEREICH DER EHE- UND FAMILIENBESTEUERUNG, DER WOHNEIGENTUMSBESTEUERUNG UND DER STEMPELABGABEN
– MOTION VON JOSEF LANG BETREFFEND ERGREIFUNG DES REFERENDUMS GEGEN DAS STEUERPAKET DES BUNDES
– INTERPELLATION VON ALOIS GÖSSI UND MARTIN B. LEHMANN BETREFFEND NEUES EIDGENÖSSISCHES STEUERPAKET

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1149.1/1135.2/1134.2 – 11234).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die drei Teilelemente in einem engen materiellen Zusammenhang stehen und daher unter demselben Traktandum behandelt werden. Die Eintretensdebatte betrifft alle drei Vorlagen gemeinsam.

Josef **Lang** beginnt mit einem Zitat aus einem Buch, das in die Geschichtsschreibung eingehen dürfte, «Ägerital – seine Geschichte». Es geht um eine Steuerdebatte in Oberägeri. «Nach zwei chaotischen Versammlungen kam es am 1. Februar 1852 in der Kirche unter regierungsrätlicher Aufsicht zur Entscheidung. Auf der Kirchmatt stiessen die Horden der konservativen Kopfsteuerpartei und der liberalen Vermögenssteuermänner zusammen. Man schlug auf einander ein und kämpfte in der Kirche weiter, weniger blutig zwar, aber ebenso erbittert. In der Abstimmung siegte die im Interesse der Wohlhabenden agierende Kopfsteuerpartei knapp mit 225 : 210 Stimmen. Für diese Lösung hatte sich besonders alt Landammann Henggeler, Grossbauer im Bättebüel, eingesetzt. Er musste sich danach vorwerfen lassen, er habe dazu beigetragen, dass der Arme, der an Krücken geht, gerade so viel an die Gemeindslasten zu bezahlen hat wie der Reiche, der zweispännig im Land herum fährt und alles umrennt, was ihm im Wege steht.»
Obwohl die Vorlage, über die wir heute diskutieren, ebenso ungerecht ist wie der Vorschlag, der damals knapp durchgekommen ist, dürfte es heute gesitteter zu und her gehen. Wie ungerecht das Steuerpaket ist, zeigen die folgenden Zahlen: Bei der Immobilienbesteuerung werden den Hauseigentümern, vor allem den Villenbesitzern, 1,8 Milliarden verschenkt. Die Mieterinnen und Mieter bekommen überhaupt nichts. Im Gegenteil: Beim Sparpaket zahlen sie unter verschiedenen Titeln drauf. Bei der Familienbesteuerung gehen von den gut 1,2 Milliarden, die der Bundessteuer verloren gehen, zwei Drittel an die steuerbaren Einkommen über 100'000 Franken. Dieser Personenkreis macht aber nur 7 % der Steuerpflichtigen aus. Die grosse Mehrheit wird über das Sparpaket und die kantonalen Sparübungen das Mehrfache des Wenigen verlieren, was sie dank dem Steuerpaket allenfalls gewinnt. Von den 310 Mio, die den Aktienbesitzenden erlassen werden, geht ein ganz kleiner Teil an Mieterinnen und Mieter und an Familien mit Reineinkommen unter 120'000 Franken. Die fast 4 Milliarden Franken, welche Bund, Kantone und Gemeinden an Steuereinnahmen verlieren, kommen grossmehrheitlich Personen zu gute, die reiche Hauseigentümer mit Aktienbesitz sind.

Unsere Opposition gegen das Steuerpaket richtet sich weder gegen den Systemwechsel bei der Familienbesteuerung noch den bei der Immobilienbesteuerung. Im Gegenteil: Bei der Familienbesteuerung schlug die Linke eine liberalere Lösung vor, nämlich die konsequente Individualbesteuerung. Und bei der Immobilienbesteuerung lehnen wir genau die Halbbatzigkeit oder genauer Doppelbatzigkeit des Systemwechsels ab. Wir teilen die Kritik der Bündner SVP-Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf: «Bei der Wohneigentumsbesteuerung hat das Parlament keinen Systemwechsel vollzogen, sondern lediglich die für Hauseigentümer günstigen Aspekte des alten Systems mit den für sie positiven Aspekten des neuen Systems kombiniert. Das ist ungerecht, verfassungswidrig und finanzpolitisch untragbar.» Der ursprüngliche Vorschlag des Bundesrats vom März 2000 sah vor, den Systemwechsel bei der Besteuerung des Eigenmietwertes kostenneutral zu gestalten. Er hatte damals betont, dass dieser Wechsel die Steuereinnahmen in keiner Weise beeinflussen dürfe. Da die bundesrätlichen Experten sogar mit einem Plus von etwa 100 Mio rechneten, präzisierte der Bundesrat, allfällige Mehreinnahmen durch den Systemwechsel sollten für die gezielte Förderung von Wohneigentum verwendet werden. Nun hat die Hauseigentümer-Lobby im Bundesparlament durchgesetzt, dass ihrer Klientel, vor allem dem bestgestellten Teil, gegen zwei Milliarden Franken Steuergeschenke verteilt werden. Hauptprofiteure werden die Villenbesitzer sein wegen einer unglaublichen Bestimmung: Grössere Unterhaltsinvestitionen ab 4000 Franken sind weiterhin abzugsfähig, und zwar ohne obere Grenze.
Nicht nur die zitierte Bündner Regierungsrätin findet solche Beschlüsse ungerecht. Der Schwyzer CVP-Finanzdirektor Georg Hess sagte im letzten Juni: «Wenn das Bundesparlament Steuerprivilegien für einzelne Gruppen beschliesst, wirkt das für das Volk doch schizophren, erst recht, wenn man an das kommende Sparprogramm denkt.» Und um auch der dritten bürgerlichen Partei, der FDP, das Wort zu erteilen: Dem Solothurner Regierungsrat und ehemaligen Vizepräsidenten der nationalrätlichen FDP-Fraktion, Christian Wanner. In einem Kommentar in der NZZ am Sonntag sagte er: «Die Wohneigentümer haben nun den Fünfer und das Weggli.» Eveline Widmer-Schlumpf sagte weiter, das Steuerpaket sei «verfassungswidrig». Was sie damit meint, hat der Regierungsrat auf S. 5 erklärt. Neben den Grundsätzen der Besteuerung nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Rechtsgleichheit geht es um die Verletzung der Tarifhoheit der Kantone. Die Bündner SVP-Regierungsrätin gehört nicht zu jenen bürgerlichen Politikerinnen und Politikern, die dann den Föderalismus reklamieren, wenn dieser den Privilegierten nützt und ihn dann verdrängen, wenn er ihnen im Wege steht. Schliesslich sagte die vernünftige SVP-Politikerin, das Steuerpaket sei «finanzpolitisch untragbar». Die fast 4 Milliarden, die Bund, Kantone und Gemeinden verlieren, müssen sie über Sparpakete wieder hereinholen. Das Sparpaket des Bundes sieht massive Kürzungen vor beim Sozialen, auf Kosten der Alten, der Jungen wie auch der Familien, beim Umweltschutz, beim öffentlichen Verkehr, bei der Bildung und Forschung, bei der Entwicklungspolitik sowie bei der Landwirtschaft. Wenn Bauernvertreter das Sparpaket glaubwürdig angreifen wollen, müssen sie zuerst dessen älteren Bruder, das Steuerpaket, bekämpfen.
Unseren Kanton dürfte das Steuerpaket etwa 25 Mio und die Gemeinden etwa 15 Mio, zusammen also etwa 40 Mio kosten. Und das zu einem Zeitpunkt, in dem die NFA-Rechnung von etwa 130 Mio ins Zugerland flattert. Das ist, wie die Regierung schreibt, «gravierend». Wie gravierend ist es erst für andere Kantone? Die Weigerung, ein Kantonsreferendum mitzutragen, wäre unsolidarisch und würde dem

Föderalismus schaden. Der Berner Bund titelte kürzlich: «Das anvisierte Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket ist auch Testfall für die politische Bedeutung der Kantone.»
Der Votant ist im Ägerital gestartet. Er wird in dieser schönen Gegend auch landen. Anlässlich der Buchvernissage hat der Vertreter der Regierung, Joachim Eder, die Frage gestellt, ob ein solches Projekt heute noch möglich wäre. Seine Antwort lautete: «Heute, mit den Reizworten NFA und Steuerpaket, wäre die Finanzierung wohl um Einiges schwieriger». Heute aber, Herr Sanitätsdirektor, geht es darum, ein Zentralspital, oder Herr Bildungsdirektor, eine Bildungsvorlage, zu finanzieren. Mit einem Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket können das regierungsrätliche und das kantonsrätliche Engagement für diese beiden Vorlagen nur glaubwürdiger werden. – In Oberägeri haben sich 1852 die Steuerinteressen der Privilegierten im Verhältnis von 40 zu 39 Stimmen durchgesetzt. Sollte es seit 1852 einen Fortschritt gegeben haben, dann müsste heute das Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket mindestens mit 40 zu 39 durchkommen.

Alois **Gössi** weist darauf hin, dass die Finanzen des Kantons Zug über vier Parameter verändert werden können:
- Erhöhung der Steuersätze. – Dies ist bei uns tabu, sagte letzthin Karl Rust. Auch die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat sieht dies so. Nur wenn es absolut nicht anders geht, wird dies bei uns passieren.
- Erhöhung der Ausgaben. – Das Wünschbare vom Nötigen zu trennen, ist seit einiger Zeit die Devise. Ein Schwerpunkt ist also gelegt und zwar sowohl vom Kantons- wie auch vom Regierungsrat. Das Problem ist nur, dass wir uns nicht immer einig sind, was nötige und was wünschenswerte Ausgaben sind.
- Reduzierung der Ausgaben. – Schwierig, denn wer will schon zurückstecken? Hier wehrt sich die SP-Fraktion vehement, wenn es um den Abbau von Leistungen im Bildungs- oder Sozialbereich oder um den ÖV geht. Dies haben wir ja schon bei der Beratung der Rechnung 2002 angekündigt.
- Der letzte Parameter ist die Reduzierung der Einnahmen, dies geht am schnellsten. Eine Reduktion der Steuereinnahmen können wir beschliessen via den kantonalen Steuersatz. Eine Reduktion der Steuereinnahmen kann uns auch von anderen Gremien, z.B. vom National- oder Ständerat, wie jetzt geschehen, aufgezwungen werden. Im Übrigen stellt sich hier die Frage der kantonalen Steuerhoheit und Autonomie, resp. der Souveränität der Kantone.

Soll der Kanton Zug beim Kantonsreferendum für das eidgenössische Steuerpaket mitmachen oder nicht? Die Hauptfrage für den Votanten ist: Können sich der Kanton Zug und seine Gemeinden solche Steuerausfälle leisten, auch wenn sie erst in einigen Jahren anfallen? Alois Gössi verweist auf die Antwort von Peter Hegglin auf die Interpellation von Vreni Wicky: Die aktuellen Aussichten sind alles andere als rosig: 45 Mio weniger Steuereinnahmen bei einem quasi ausgeglichenen Budget für 2003. Der Regierungsrat schreibt von einer sich abzeichnenden wirtschaftlichen Erholung, aber ob dies auch einen Aufschwung bedeutet für die Steuererträge im Ausmasse, wie es der Regierungsrat im Moment prognostiziert, ist sehr zweifelhaft. Diese Prognosen lauten: Für 2004 7 % mehr Steuern gegenüber 2002, auf der Basis des sehr schwachen Wirtschaftsjahrs 2003; für 2005 +5 %, für 2006 +6 % und für 2007 +7 %, jeweils gegenüber dem Vorjahr. Der Votant hat das Gefühl, dass der Regierungsrat auf Optimismus statt auf Realismus baut.

Der Regierungsrat schrieb in seiner Antwort, dass die Ausfälle ziemlich genau in jenen Jahren entstehen, in welchen wahrscheinlich auch eine massive Mehrbelastung durch den NFA einsetzen wird. Der Regierungsrat kann diese zusätzlichen Ausfälle daher nicht nur durch Einsparungen kompensieren, sondern muss auch Steuererhöhungen ins Auge fassen. Wollen wir als Kantonsräte solche Ausfälle einfach hinnehmen, können wir uns dies leisten oder wehren wir uns dagegen? Für Alois Gössi ist die Antwort einfach und klar: Wir wehren uns dagegen und ergreifen das Kantonsreferendum.
Wenn wir einen Blick in die Zukunft werfen und schauen, was für absehbare Ausgaben auf uns zukommen (Neues Zentralspital, Nordzufahrt, Kammerkonzept, Tangente Neufeld, NFA als jährliche wiederkehrende Kosten) so ist eine solche Steuerreduktion das Dümmste, was in ein paar Jahren passieren kann: Die Schere zwischen den Einnahmen und den Ausgaben wird dadurch nur grösser und die Steuererhöhungen auf kantonaler Ebene und gemeindlicher Ebene werden umso massiver ausfallen. Wollen wir dies, wollen wir fremdbestimmte Steuererleichterungen, die erst noch Steuererleichterungen sind, die nicht sozial ausfallen?
Der letzte Punkt ist die Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat und unseren National- und Ständeräten. Ganz schön herzig und nett ist die Aussage des Regierungsrats, dass er nicht wegen jedem Dutzendgeschäft in Bern mit unseren National- und Ständeräten in Kontakt treten will. Ein Dutzendgeschäft, das Auswirkungen in der Grössenordnung von mehr als 30 Mio Franken hat für den Kanton Zug und seine Gemeinden, ist kein Grund für ein Gespräch mit unseren Vertretern in Bern! Da muss man sich die Frage stellen: Wo setzt dann der Regierungsrat die Messlatte an, ab wann ist er gewillt, auch ein Lobbying zu unserem Vorteil via unsere Vertreter in Bern zu organisieren? Wie aus diesen Äusserungen hervorgeht, ist die SP-Fraktion ganz klar für das Ergreifen des Kantonsreferendums.

Das von den eidgenössischen Räten im Juni verabschiedete Steuerpaket ist für Martin B. **Lehmann** mehr als ein giftiger Apfel. Im Rahmen der Familienbesteuerung sollen zukünftig Teilsplittings bei Ehepaaren und höhere Abzüge eingeführt werden, was durchaus unterstützenswerte Ansätze wären. Davon profitieren aber primär Haushalte mit steuerbaren Einkommen über 100'000 Franken. Diese schweizweit ungefähr 300'000 Steuerpflichtigen kommen in den Genuss von mehr als 2/3 der gesamten Steuererleichterungen und werden mit durchschnittlich 2'783 Franken pro Jahr entlastet. Die über 3,9 Mio restlichen Steuerpflichtigen, also insgesamt 93 % aller Steuerpflichtigen, profitieren noch mit durchschnittlich 105 Franken pro Jahr. Sieht so eine sozialpolitisch gerechte Steuerreform aus?
Ein noch gröberes Ungleichgewicht würde die neue Wohneigentumsbesteuerung schaffen, indem einerseits die Besteuerung des Eigenmietwerts wegfiele und gleichzeitig weiterhin Abzüge für Hypothekarzinsen und Unterhaltskosten in einem gewissen Rahmen getätigt werden können. Während also Zuger Mieterinnen und Mieter nur bis zu einem Reineinkommen von 50'000 Franken einen Mietzinsabzug vornehmen können, könnte der Vermieter – neben der fallen gelassenen Eigenmietwertsbesteuerung – auch noch Unterhaltskosten über 4'000 Franken vollständig abziehen. Dies entspricht einer klassischen Fünfer- und Weggli-Politik auf dem Buckel der Mieterinnen und Mieter, und so überrascht es nicht, dass die St. Galler Regierung öffentlich Zweifel kundtut, ob diese starke Bevorzugung der Hauseigentümer nicht gegen

Art. 8 der Bundesverfassung, die Rechtsgleichheit, verstösst. Und auch FDP-Finanzminister Villiger taxiert diesen Beschluss als «Fehlleistung».
Im dritten Paket unter dem Titel Umsatzabgabe sieht der Zuger Regierungsrat eine Förderung des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Der Votant möchte den Regierungsrat daran erinnern, dass erstens schon seit einiger Zeit mehr als 80 % aller Schweizer Beteiligungspapiere in London gehandelt werden und in der Folge auch grosse Teile von Handel, Research und Private Banking an die Themse verlegt wurden, womit wir nicht nur den Abbau von Arbeitsplätzen zu beklagen haben, sondern auch einen schmerzhaften Verlust an Know-how. Und zweitens kann bei dieser ausländischen Börse die Umsatzabgabe ganz einfach durch die Zwischenschaltung einer ausländischen Bank umgangen werden. Kurz: Von einer Förderung des Wirtschaftstandorts Schweiz kann keineswegs gesprochen werden.
Nach einer entsprechenden Empfehlung der Konferenz der Kantonsregierungen haben – wenig überraschend – bereits vier Kantone dem Kantonsreferendum zugestimmt, in weiteren Kantonen liegen positive Anträge resp. Stellungnahmen der Regierungen vor. Unser Regierungsrat ist aber anderer Meinung. Er gewichtet die Interessen der Hauseigentümer und der Haushalte mit hohen Einkommen höher als das Schicksal der eigenen Kantonsfinanzen. Konkret ortet er eine Förderung des Wirtschaftsstandorts Schweiz (diesen Punkt hat Martin B. Lehmann bereits widerlegt), er verniedlicht die krasse Bevorteilung der Wohneigentümer als «Schönheitsfehler», spricht von Rosinenpickerei und kritisiert die steigenden Steuerquoten in der Schweiz, wohl wissend dass unser Land – neben Irland, Polen, Portugal und Spanien – die niedrigste Fiskalquote in Europa aufweist. Und zu guter Letzt befürwortet er noch explizit den Ansatz, durch den Entzug von Mitteln den Kanton und die Gemeinden zum Sparen zu zwingen. Will der Regierungsrat in unserem Kanton ernsthaft Zürcher Verhältnisse? Die Umsetzung des ganzen Paketes hätte alleine für unseren Kanton im schlimmsten Fall Steuerausfälle in der Höhe von 50 Mio Franken zur Folge. Und dies just ab dem Zeitpunkt, wo bereits die erheblichen NFA-Mehrbelastungen zu Buche schlagen.
Bei der Behandlung der Staatsrechnung 2002 hat sich der Votant folgende Statements notiert:

- «Die Stawiko wird ihren Teil dazu beitragen, dass die Kantonsfinanzen trotz deutlich schwierigerer Verhältnisse mittel- bis langfristig stabil und berechenbar bleiben.» (Peter Dür)
- «Diese Rechnung ist ein saurer Apfel.» (Beat Villiger)
- «Die Staatsrechnung bereitet uns keine Freude, im Gegenteil.» (Bruno Pezzatti)
- «Die Bergfahrt ist für den Kanton Zug zu Ende, der Gipfel überschritten.» (Hans Durrer)
- «The Party is over.» (Konrad Studerus)

Wenn Ihnen die Staatsrechnung 2002 wirklich dermassen sauer aufgestossen ist, können Sie aus finanzpolitischen Gründen – ohne Ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen – gar nicht anders, als das Kantonsreferendum unterstützen. Die SP-Fraktion wird diesen unverantwortlichen finanzpolitischen Crash-Kurs auf jeden Fall nicht mittragen. – Zum Schluss noch eine Aussage von Kurt Stadler, dem Sekretär der Finanzdirektorenkonferenz: «Ich befürchte ein Desaster für die Kantone, wenn die Referendumshürde nicht übersprungen wird. Soll der versuchte Aufstand den Föderalismus stärken und nicht schwächen und soll künftige Kritik der Kantone im Bundeshaus nicht als leere Drohungen abgetan werden, muss das Referendum unbedingt zustande kommen.» Dem ist nichts mehr anzufügen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an ihrer Klausursitzung vom 19. August behandelt hat. Er möchte in drei Punkten dazu Stellung beziehen.
Allgemeines. Nach einem langjährigen und komplexen Prozess liegt nun das dreiteilige Steuerpaket des Bundes vor, das Änderungen in den drei Bereichen Ehe- und Familienbesteuerung, Wohneigentumsbesteuerung und Umsatzabgaben bringt. Die eidgenössischen Räte empfehlen den Kantonen, die Konsequenzen des Steuerpakets für ihren Kanton zu ermitteln und zu prüfen, ob das Kantonsreferendum ergriffen werden soll. Das hat die Stawiko gemacht. Das Steuerpaket hat aus Sicht der Stawiko deutliche finanzielle Folgen für den Kanton Zug. Die jährlichen Steuerausfälle können aktuell – das hat der Finanzdirektor bereits in einem Artikel ausgeführt – lediglich geschätzt werden. Sie sehen wie folgt aus: Bei der direkten Bundessteuer ist ab 2004 mit Mindereinnahmen von 6,8 Mio Franken, bei der Immobilienbesteuerung ab 2008 mit Mindereinnahmen von 2,7 Mio zu rechnen; Kantonssteuern: ab Steuerjahr 2008 resultieren bei der Immobilienbesteuerung voraussichtlich Mindereinnahmen von 10,6 Mio, bei der Familienbesteuerung ab 2009 mehrere Millionen, je nach Umsetzungsgrad der eidg. Vorgaben. Insgesamt schätzt man, dass daraus Mindereinnahmen auf kantonaler Ebene von mindestens 20 bis 25 Mio Franken resultieren. Nicht eingerechnet sind die Steuerausfälle auf der Gemeindestufe. Problematisch ist – und das wurde bereits gesagt –, dass diese Steuerausfälle praktisch genau in jenen Jahren einsetzen, in denen die massiven Mehrbelastungen des NFA bedeutend werden.
Finanzstrategie des Kantons Zug. Die Stawiko nimmt die aktuelle Entwicklung sehr ernst. Sie ist sich bewusst, dass diese Mehrbelastung eine erhebliche finanzpolitische Herausforderung für den Kanton Zug darstellt. In der Klausurtagung hat sie sich deshalb schwerpunktmässig mit der zukünftigen Entwicklung unserer Kantonsfinanzen auseinandergesetzt. Die Finanzdirektion hat uns auch einen ersten noch vertraulichen Entwurf der Finanzstrategie vorgelegt. Den haben wir diskutiert und notwendige Änderungen besprochen. Diese aktualisierte Finanzstrategie wird mit dem Budget 2004 im November 2003 vorgelegt. Die Stawiko wird alles daran setzen, die nötigen Massnamen rechtzeitig zu ergreifen. Wir kennen den Fahrplan. Wir wissen, dass wir nicht überstürzt handeln müssen, aber wir werden zum rechten Zeitpunkt die adäquaten Massnahmen ergreifen müssen.
Referendum ja oder nein? Die Stawiko lehnt ein Referendum ab. Wir begründen dies wie folgt:
1. Die Reform der Ehe- und Familienbesteuerung ist ein langjähriges Anliegen breiter Kreise. Die aktuelle Vorlage trägt der veränderten gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung. Wir sind der Meinung, dass diese Reformen endlich umgesetzt werden sollten.
2. Der Systemwechsel in der Wohneigentumsbesteuerung ist grundsätzlich richtig. Wird doch das Sparen für das Eigenheim und das Amortisieren der Hypotheken deutlich attraktiver. Sie wissen alle, dass die Eigenheimquote im Vergleich zum Ausland hier in der Schweiz tief ist. Es muss davon ausgegangen werden, dass der Systemwechsel eine Steigerung bei dieser Quote zur Folge hat. Die Anlage in einem Eigenheim ist im Übrigen wesentlich sinnvoller als das bisher übliche Vorgehen, die Hypothek bestehen zu lassen und das Geld anzulegen, mit den bekannten unerfreulichen Resultaten bei Börsenabstürzen. Leider ist dieser Teil des Steuerpakets – dessen sind sich auch die Mitglieder der Stawiko bewusst – mit Schönheitsfehlern behaftet, vorab der Möglichkeit zum Abzug von Unterhaltskosten über 4'000 Franken. Es ist jedoch anzunehmen, dass diese unbefriedigenden Punkte in den nächs-

ten Jahren noch durch entsprechende politische Vorstösse korrigiert werden. Es macht aus Sicht der Stawiko keinen Sinn, wegen dieser Unzulänglichkeiten ein grundsätzlich positives Gesamtpaket zu verwerfen.
3. Rein finanzpolitisch steht die Stawiko dieser Vorlage sehr kritisch gegenüber. Die bereits erwähnten Steuerausfälle sind erheblich, die Kombination mit dem NFA wird ohne Gegenmassnahme zu negativen Abschlüssen führen und verstärkt den Druck auf den Kanton, die Ausgabenpolitik zu überprüfen. Anderseits werden die vom Steuerpaket profitierenden Firmen und Privathaushalte durch die steuerlichen Entlastungen Investitionen und Konsum erhöhen, was sich wiederum positive auf den öffentlichen Finanzhaushalt auswirken wird.
Zusammenfassend gewichtet die Stawiko im Sinne einer Abwägung den Inhalt der Vorlage höher als die daraus resultierenden finanziellen Konsequenzen. Sie beantragt dem Rat mit einem Abstimmungsverhältnis von 6 : 1, kein Referendum gegen das Steuerpaket des Bundes zu ergreifen und die Motion von Josef Lang nicht erheblich zu erklären.

Louis **Suter** weist darauf hin, dass die Kontroverse um das Steuerpaket – wie die heutige Debatte zeigt – gross ist. Unter der Führung der sozialistischen grünen Alternative will die Linke das Steuerpaket auch bei uns bekämpfen. Wie in anderen Kantonen soll auch bei uns mit dem Argument der Ausfälle bei den Kantons- und Gemeindesteuern die Steuerreform mit einem Kantonsreferendum zu Fall gebracht werden. Diese finanzpolitische Begründung ist aber mehr als nur zweifelhaft. Ausgerechnet die SGA, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die Zuger Steuerpolitik angreift und unsere tiefen Steuern an den Pranger stellt, sorgt sich plötzlich um die Zukunft der Zuger Steuereinnahmen. Wohl kaum! Die Linke lehnt das Steuerpaket ab, weil sie ihre ideologisch ausgerichteten Vorstellungen nicht durchsetzen konnte.
Auf Reformen bei der Familienbesteuerung wird von der Bevölkerung seit langem gewartet. Die gesellschaftlichen Veränderungen sind hier nie angepasst worden. Ohne diese Reformen würden wir verpflichtet, weiterhin mit einer grossen Ungerechtigkeit bei der Familienbesteuerung zu leben. Die CVP unterstützt deshalb die vorgesehen Veränderungen: 1. Die Abschaffung der steuerlichen Diskriminierung von verheirateten Paaren gegenüber nicht verheiraten Paaren. 2. Die effektive Entlastung durch gezielte Abzüge (auch Kinderbetreuungsabzüge). 3. Die gerechte Steuerprogression, von der insbesondere der nach geltende Recht mit Abgaben stark belastete Mittelstand und im Speziellen die Familien profitieren können. Die von den Interpellanten und vom Motionär gemachten Aussagen, wonach bei der Familienbesteuerung 2/3 der Entlastungen an sieben Prozent aller Steuerpflichtigen fallen, ist deshalb richtig zu stellen: Dieses Zahlenspiel stimmt nur, weil die Haushalte mit geringem Einkommen überhaupt keine Bundessteuern mehr bezahlen und so berechnungstechnisch nicht mehr erfasst werden. Konkret: Ein verheiratetes Paar mit zwei Kindern mit einem oder zwei Einkommen von total 80'000 Franken bezahlt keine Bundessteuern mehr. Sie sehen, mit statistischem Material lässt sich vielfältig manipulieren: Mehr entlasten, als man bis anhin Steuern bezahlt hat, kann man auch ohne Steuerpaket nicht. Von Jo Langs Krücken kann somit keine Rede sein. Das Reformpaket muss deshalb jetzt umgesetzt werden. Eine Neuauflage würde wieder Jahre dauern, zu Lasten der Familien.

Im Interesse der Zukunft des Finanzplatzes Schweiz ist die Umsatzabgabe reformiert worden. Ausländische institutionelle Anleger sollen weiterhin ihre Anlagen ohne steuerliche Wettbewerbsnachteile in der Schweiz machen können. Damit sichern wir Arbeitsplätze in der Schweiz, insbesondere auch im Kanton Zug. Die im Dringlichkeitsrecht beschlossenen und seit 2001 in Kraft getretenen Massnahmen sollen im Recht verankert werden. Der Systemwechsel beim Wohneigentum ist notwendig. Die darin enthaltenen Massnahmen haben volkswirtschaftlich positive Auswirkungen und kommen den KMU zugute. Die Eigenmietwertsteuer besteuert ein fiktives Einkommen und bestraft diejenigen, die ihre Ersparnisse in ein Eigenheim stecken. Sie stellt zudem eine Belastung für die ältere Generation dar. Diese Steuerstrafe muss abgeschafft werden. Das heutige System fördert zudem in ausgeprägtem Masse die Verschuldung. Auch damit sollten wir aufhören. Die Schweiz hat die höchste Pro-Kopf-Verschuldung. Die letzten Jahre haben gezeigt, wohin das führt. Als problematisch erweisen sich für viele Kantonsvertreter jedoch die vorgesehenen hohen Abzüge für Unterhaltskosten und Schuldzinsen. Die Mehrheit der Kantone hatte nur die tieferen Abzüge gemäss der Version des Bundesrates unterstützt. Diese Differenzen rechtfertigen aber eine Ablehnung des gesamten Steuerpaketes (mitsamt der darin enthaltenden Familienbesteuerung) nicht. Es ist falsch und mehr als nur bedauerlich, wenn die Kantone das ganze Steuerpaket bekämpfen würden. Die Mehrheit war immer einverstanden, sowohl mit der neuen Familienbesteuerung als auch mit dem Systemwechsel bei der Wohnbesteuerung. Hinterfragt werden hingegen die vielen Abzugsmöglichkeiten bei der Wohnbesteuerung. Die bezifferten Ausfallschätzungen, wonach hier allein die Kantone und Gemeinden Ausfälle von ca. einer Milliarde Franken in Kauf nehmen müsste, sind sehr vorsichtig zu interpretieren. Einerseits sind die Ausfälle abhängig vom Hypothekarzins, anderseits müssen sie in dynamischer Sicht betrachtet werden. Durch die Umlagerung auf das Versicherungssparen (sogenannte Einmalprämien oder Säule 3 b) gingen immer mehr Steuereinnahmen verloren. Hier sind die Zinserträge vollständig von der Steuer befreit.
Die CVP-Fraktion des Kantons Zug hat Verständnis für die Reaktionen aus den Kantonen. Die Steuerausfälle sind zu Recht nicht zu unterschätzen. Ab 2004 hätte der Kanton Zug mit ca. 7,4 Mio Franken zu rechnen. Wie hoch die Ausfälle ab 2008/09 sein werden, ist schwierig abzuschätzen. Mit Sicherheit ist aber die Zahl von rund 43 Mio Franken von Motionär Jo Lang oder die Zahl von Markus B. Lehmann von fast 50 Mio massiv zu hoch. Einmal mehr versucht es die Linke mit dem alten Polit-Trick, nämlich mit Angst Unsicherheit zu schüren. Vor allem aber wird bewusst unterschlagen, dass die vom Steuerpaket profitierenden Firmen und Privathaushalte durch die steuerliche Entlastung ihre Investitions- und Konsumhaushalte verstärken werden, was wieder zu höheren Steuereinnahmen führen wird. Auch bei der Revision des Zuger Steuergesetzes hatten wir eine ähnliche Diskussion. Trotz Wirtschaftsflaute haben sich die schlechten Prognosen von SP und Alternativen bei den natürlichen Personen nicht bewahrheitet. Wir können auch dieses Jahr mit einem echten Plus bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen rechnen. Da das neue Wohnbesteuerungsgesetz ohnehin erst 2008 in Kraft treten würde, wäre für eine modifizierte, bessere Version, welche die Anliegen der Kantone mitberücksichtigt, genügend Zeit vorhanden. Dies hätte den grossen Vorteil, den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung mit einem besseren Gesetz lösen zu können, ohne die längst fällige Reform bei der Familienbesteuerung zu gefährden. Diesbezüglich konkrete Vorstellungen sind bei der CVP vorhanden. Unsere Partei lehnt deshalb

das Kantons-Referendum gegen das Steuerpaket ab und unterstützt die Anträge der Regierung.

Hans Peter **Schlumpf** weist darauf, dass die eidg. Räte in ihren Beschlüssen zum Steuerentlastungspaket in einzelnen Punkten weiter gegangen sind, als der Bundesrat dies wollte. Das ist das legitime Recht des Parlaments. Von den darauf resultierenden Steuerausfällen beim Bund sind durch den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer natürlich auch die Kantone betroffen. Nach der Schlussabstimmung in Bern am 20. Juni dieses Jahres sind die Klagen über den angeblich unverantwortlichen Entscheid des Parlaments nicht nun vom eidg. Kassenwart, sondern auch aus den Reihen der Kantone unverzüglich losgegangen. Spontan mochte man für die Sorgen des eidg. Finanzvorstehers durchaus Sympathie aufbringen. Bei den Kantonen fällt es schon etwas schwerer, besonders da sich verschiedene spontan als Befürworter eines Referendums zu erkennen gaben, welche bisher immer die Segnungen einer Politik der Steuersenkungen hervorhoben. Die Weltwoche spricht denn auch von einem «höchst irritierenden Wehklagen» der Kantone. Sie legt dar, dass den möglichen Steuerausfällen der Kantone im Umfang von etwa 1,3 Milliarden Franken, welche zudem erst in etwa vier bis sechs Jahren anfallen, real steigende Zuflüsse in wesentlich grösserem Umfang gegenüberstehen, vor allem aus den sogenannten Gewinnausschüttungen der Nationalbank sowie aus dem Verkauf des Goldvermögens. Die Front der Referendumsbefürworter ist allerdings bei Weitem nicht so stark, wie diese gern den Eindruck erwecken. Bis dato haben sich nämlich erst drei Stände (Bern, St. Gallen und Graubünden) definitiv für die Unterstützung des Referendums entschieden. Wobei bei Graubünden eine etwas spezielle Motivation vorliegt; es hat einen extrem hohen Anteil an Zweitwohnungen und diese fahren besser mit der heutigen Besteuerung als nach dem Systemwechsel. Acht Stände wären mindestens nötig, damit das Referendum zu Stande kommt. – Es darf nicht vergessen werden, dass es sich bei beiden Elementen des Steuerentlastungspakets, bei den Entlastungen für Familien wie auch bei jenen für die Besitzer von selbstbewohntem Wohneigentum, um jahrzehntealte sozial- und gesellschaftspolitische Postulate handelt, die volkswirtschaftlich nicht ohne Auswirkungen bleiben werden. Diese nur auf Grund der momentan gedrückten wirtschaftlichen Lage weiter hinaus zu schieben, wäre unverantwortlich und gesellschaftspolitisch unklug, zumal die finanziellen Auswirkungen eben nicht sofort eintreten.
Die FDP fordert seit langem eine Reduktion der Fiskalquote, welche über die Jahre kontinuierlich angestiegen ist. Die beiden Bundesparlamentarier der Zuger FDP haben denn auch dem Steuerpaket des Bundes mit Überzeugung und gut begründet zugestimmt. Für die steuerliche Entlastung der Familien haben sich im Vorfeld zum Entscheid des National- und Ständerats übrigens sämtliche Parteien ausgesprochen. Sie machen den Hauptteil des Entlastungspakets aus. Die Forderung des Wohneigentums ist eines der langfristigen Ziele unserer Partei. Das Entlastungspaket ist geeignet, einen Beitrag zur Erhöhung der im internationalen Vergleich immer noch tiefen Wohneigentumsquote der Schweiz zu leisten. Den Blick nur isoliert auf die Kantonsfinanzen zu richten, ist volkswirtschaftlich ohnehin falsch und kurzsichtig. Zum einen ist es wünschbar und möglich, die Steuerausfälle aus der Eigenmietwertbesteuerung in unserem Kanton bis zum Jahre 2009 durch Einsparungen zu kompensieren. Zum anderen haben Steuererleichterungen nachweislich einen Multiplikatoreffekt, der wiederum zu höheren Steuereinnahmen führt.

Die FDP-Fraktion empfiehlt einstimmig, die Motion von Josef Lang nicht erheblich zu erklären und gegen das Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben das Referendum nicht zu ergreifen. Der erwähnte Artikel der Weltwoche fasst übrigens die Erfolgschancen kurz und bündig zusammen: «Wie soll eine Minderheit der Stände gegen die bürgerliche Mehrheit im Land eine nationale Kampagne gegen Steuersenkungen erfolgreich lancieren und auch durchziehen?»

Werner **Villiger** verzichtet auf die Schilderung der Ereignisse, die zur heutigen Debatte über das Steuerpaket des Bundes führten, da diese heute morgen schon mehrfach erwähnt und im Bericht des Regierungsrates ausführlich dargestellt sind. Die SVP-Fraktion hat sich intensiv mit dem vorliegenden Bericht und den Anträgen des Regierungsrates befasst. Dies im Spannungsfeld sinkender Steuererträge, NFA, Förderung der Familien und des Mittelstands sowie des Privateigentums. Wir freuen uns, dass die Regierung, nach einer Abwägung der Vor- und Nachteile, empfiehlt auf das Kantonsreferendum zu verzichten. Die SVP-Fraktion steht einstimmig hinter dem von National- und Ständerat beschlossenen Steuerpaket sowie den Anträgen des Regierungsrates und lehnt die Motion von Jo Lang ab. Wir begründen dies wie folgt:
Bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung geht es darum, moderne Familienstrukturen zu fördern, die Benachteiligung der Ehepaare gegenüber den Konkubinatspaaren endlich zu verringern und die Steuerlast der Familien zu reduzieren. Bei der Besteuerung des Wohneigentums geht es darum, die Bildung von Wohneigentum zu fördern, damit sich zukünftig mehr Bürger ein Eigenheim leisten können. Hier wurde ein Systemwechsel vollzogen, indem auf die Besteuerung des Eigenmietwertes verzichtet wird und der Schuldzinsenabzug teilweise entfällt. Ausserdem wurde in Bezug auf das Bausparen endlich ein Fortschritt erzielt, indem das Baselbieter Modell eingeführt werden soll. Diese beiden Massnahmen bringen endlich die von der SVP schon lange geforderten Entlastungen im Bereich der Familien und fördern den Mittelstand sowie das Privateigentum. Damit können Anliegen, für welche die SVP schon lange kämpft, zumindest teilweise umgesetzt werden.
Interessant ist natürlich auch die Stellungnahme des Regierungsrats zu den Fragen, die Alois Gössi und Martin B. Lehmann in ihrer Interpellation gestellt haben. Wir halten dazu Folgendes fest:
1. Da die zu erwartenden Steuerausfälle nur grob abgeschätzt werden können, erlaubt dies uns heute keine abschliessende Beurteilung. Klar ist hingegen dass die Steuerausfälle zum grössten Teil erst im Jahre 2008 steuerwirksam werden.
2. Bei der Ausgestaltung der Massnahmen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung hat der Kanton Zug noch Spielraum.
3. Nun sollte endlich allen klar sein, dass nicht nur die «Reichen», sonder eben alle von den vorgesehenen Steuerentlastungen profitieren.
Mit der Revision der Umsatzabgabe werden die Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz verbessert und damit wird eine starke Unterstützung für den Werkplatz Schweiz erzielt. Hier ist zu beachten, dass diese Umsatzabgabe bereits mit Dringlichkeitsrecht per 1. Januar 2001 eingeführt wurde. Nun geht es darum, diese zeitlich befristeten Massnahmen in das ordentliche Recht zu überführen. Damit ist auch klar, dass diese Steuerausfälle bei der geltenden Budget- und Finanzplanung der Regierung bereits enthalten sein müssen. – Die heutige Situation in Bezug auf das Steuerpaket des Bundes präsentiert sich für uns zusammengefasst wie folgt: Die

SVP-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf für Steuererhöhungen. Für uns heisst die Devise, die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Kanton zu beobachten und den Umsetzungstermin sowie die definitive Ausgestaltung des NFA abzuwarten. Ohne Steuersenkungen werden wir den Druck, den es braucht, um die Ausgabenexplosion bei den ständig anfallenden Kosten zu bremsen, nie erreichen.

Christian **Siegwart** möchte der Transparenz halber klarstellen, dass er persönlich als Durchschnittsverdiener, als verheirateter Vater von vier Kindern und als Mieter vom geplanten Steuerpaket höchstens im Umfang einiger Franken profitieren würde. Damit gehört er hier im Rat wohl zur Minderheit, in der Bevölkerung aber zur grossen Mehrheit. Er ist aber nicht einfach aus Eigennutz – oder besser wohl aus Eigen-Unnutz – gegen das Paket. Das vorliegende Steuergeschenk ist für die angespannten öffentlichen Haushalte schlicht nicht verkraftbar. Allein die Änderungen bei der Familienbesteuerung bringen laut offiziellen Zahlen bei den Bundessteuern Einbussen von 1'220 Mio Franken. Weitere 500 Mio verlieren Kantone und Gemeinden, weil auch im kantonalen Recht Anpassungen nötig werden. Wer von den 1'220 Mio profitiert, haben wir bereits gehört: Fast ausschliesslich die bereits Privilegierten. Wo beginnt denn für Werner Villiger der Mittelstand? Ein Einverdiener-Ehepaar mit zwei Kindern wird bei einem Reineinkommen von 60'000 Franken um 100 Franken entlastet, bei einem Reineinkommen von 200'000 um 3‘613 Franken. Die Frage sei deshalb erlaubt: Warum soll zum Beispiel ein Manager für jedes Kind 3'000 Franken abziehen können, ein Angestellter mehr als zehn Mal weniger. Ist denn die finanzielle Not von Familien mit geringerem Haushaltsbudget nicht eher grösser? Würde man die 1'220 Millionen Franken gleichmässig auf die 1,5 Millionen Schweizer Kinder verteilen, hätte jedes Anspruch auf eine Entlastung von rund 800 Franken. Das wäre, Louis Suter, eine effektivere Ankurbelung des Konsums und der Wirtschaft. So aber ist das Steuergeschenk derart ungerecht verteilt, dass man nicht mehr von Familienpolitik, sondern von einer Umverteilung von unten nach oben sprechen muss. Denn für die Durchschnittsfamilie kommt erschwerend hinzu, dass allfällige geringe Einsparungen durch die Folgen der Sparpakete (die eine logische Folge solcher Steuergeschenke sind) mehr als kompensiert werden. So sollen bei der familienergänzenden Kinderbetreuung rund 80 Mio und bei der für kinderreiche Familien ebenfalls wichtigen Wohnbauförderung sogar 234 Mio Franken gespart werden.
Die Grünen und die SP haben sich im Nationalrat für eine wirkliche Familienentlastung gewehrt – zum Beispiel in Form von Kinder- und Familienrenten. Neun von zehn Familien würden davon bedeutend mehr profitieren als von der jetzigen Vorlage. Weit wirkungsvoller wäre es auch, wenn die Abzüge vom steuerbaren Betrag statt vom steuerpflichtigen Einkommen gemacht werden könnten. Da die grosse Mehrheit der Familien mit unterem und mittlerem Einkommen in unserem Land Mieter ist, wird sie ein drittes Mal benachteiligt. Die mindestens 1,5 Milliarden Franken, die bei der Wohneigentumsbesteuerung verteilt werden, fallen ausschliesslich an die Hauseigentümer. Und schliesslich wird kaum eine minderbemittelte Familie von den 310 Millionen Franken profitieren, welche den Aktienbesitzenden erlassen werden sollen. Wir stehen dazu: Wir lehnen das Steuerpaket nicht nur ab, weil es Kanton und Gemeinden zu grosse Nachteile beschert. Wir lehnen es auch ab, weil es ganz einfach ungerecht ist. Viele bürgerliche Kantonsregierungen teilen unsere Meinung. Doch ausgerechnet der Zuger Regierungsrat will selbst angesichts der Steuerrückgänge und der drohenden Mehrbelastung durch den NFA am Steuerpaket festhalten. Dieser

Entscheid ist für Christian Siegwart schlicht nicht nachvollziehbar. Das kommt ihm – bildlich gesprochen – so vor, als wenn ein Hamster in Erwartung eines besonders harten Winters sein Essen verweigert und sich auf dem Laufrad schlank trimmt. Ohne Fettpölsterchen und Pausbacken wird er nach dieser verheerenden Diät Schnee und Kälte schutzlos ausgeliefert sein.

Erwina **Winiger Jutz**: Wer liebt es nicht, Geschenke und Pakete zu erhalten? Doch wenn sie in Form eines Steuerpakets kommen, gilt es genau hinzuschauen, bevor man das Geschenk annimmt. Das vom Nationalrat geschnürte Steuerpaket ist zwar geschickt geschnürt, aber inhaltlich kann es nicht überzeugen. So sind gerade sozial- und finanzpolitische Aspekte katastrophal. Denn es mutet beim Hinschauen eigenartig an, wer bei einem Einnahmenverzicht des Staates profitieren würde. Die ungefähr 4 Milliarden Franken, die der Bund, die Kantone und Gemeinden hauptsächlich den Reichen als Steuergeschenke verteilen, müssen irgendwie wettgemacht werden. Zum Steuergeschenkpaket gehört notwendigerweise ein Sparpaket. Neben der AHV, der Wohnbauförderung, dem öffentlichen Verkehr und den Alternativenergien müssen vor allem die Bildung und Forschung bluten. So soll im Sparpaket, dem sogenannten Entlastungsprogramm 2003, der Kredit für Bildung, Forschung und Technologie um 772 Mio Franken gekürzt werden. Ein anderes Beispiel, das auch mit der Bildung zu tun hat, sind die Jugend- und Sport-Förderungsbeiträge des Bundes, die allesamt gestrichen werden. Es geht hier um 8,4 Mio Franken. Dabei hat eine repräsentative Umfrage, die kürzlich im Auftrag des Beobachters gemacht wurde, ergeben, dass nur 5,4 % der Befragten Kürzungen bei der Bildung befürworten. Aber knapp 58 % verlangen, dass hier mehr Geld ausgegeben wird. Bei keinem anderen Posten ist die Ablehnung der Kürzungen und die Zusage zu Mehrausgaben so stark. Im Kanton Zug, wo das Steuerpaket ohne die Berücksichtigung der Familienbesteuerung 30 Mio Franken kostet, wächst der Druck auch auf Bildungs- und Schulausgaben. Das Stimmvolk wird im Herbst darüber befinden, ob weiterhin in eine gute Bildung investiert werden soll. Es ist verständlich, wenn man sich freut, wenn man weniger Steuern bezahlen muss. Doch zeugt es gleichzeitig von egoistischem und kurzfristigem Denken. Jedes gesunde Unternehmen würde doch nicht freiwillig bereit sein, auf Einnahmen zu verzichten, wenn gleichzeitig vermehrte Ausgaben getätigt werden müssen. Die Votantin rechnet damit, dass der Rat die Chance packt, und dem Kantonsreferendum gegen das ungerechte und unfaire Steuerpaket zustimmt. Dadurch laufen wir weniger Gefahr, zukünftige gute Projekte unüberlegtem Spardruck opfern zu müssen.

Felix **Häcki** hat von gewissen politischen Kreisen immer wieder den Ausdruck «Steuergeschenk» gehört. Was ist überhaupt ein Geschenk? Ein Geschenk ist, wenn man jemandem etwas erlässt, was er leisten muss. Hier ist aber ein ganz anderer Fall. Es geht nicht um ein Geschenk, sondern um die Definition, was zu leisten ist. Das ist eine völlig andere Geschichte. Also mit dem Wort Steuergeschenk herumzuwerfen, ist absoluter Unsinn. Dann hat der Votant gehört «ungerechte Verteilung für tiefe Einkommen». Es ist in Gottes Namen so, dass man nur entlasten kann, bis keine Steuern mehr bezahlt werden müssen. Wenn die Leute darüber hinaus sogar noch eine Rente wollen, dann kann man sich auch fragen, ob das Sinn macht. Und wenn man die Leute mehr als bis zu Null entlasten will, müsste man ihnen ja eine

Rente bezahlen. Und es kann ja nicht angehen, dass wir im Steuergesetz eine Rente einführen für gewisse Einkommensklassen. Das wäre wirklich Unsinn.

Peter **Hegglin** meint, Finanzdirektor zu sein, sei momentan sicher nicht einfach. Er hofft aber, dass der Rat der Regierung nun keine Diät verordnet, sondern dass der Regierungsrat anschliessend zusammen mit ihm ein gutes Mittagessen einnehmen kann. Er kommt zurück zum Steuerpaket 2001. Dieses wurde ja vom Bundesrat vorgeschlagen. Das sah 1,7 Milliarden weniger Steuereinnahmen vor. Und dieses Steuerpaket wurde mitgetragen von unserer Regierung. Sie hat drei Mal dazu Stellung genommen, zwei Mal zur Familienbesteuerung und ein Mal zur Wohneigentumsbesteuerung. Es wurde aber auch mitgetragen von der Finanzdirektorenkonferenz der Kantone. Den Ausschlag, um die Kantone zu einem Referendum zu bewegen, hat der halbherzige Wechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung gegeben. Er hat Mindereinnahmen von 300 Mio zur Folge. D.h. das Steuerpaket wurde damals von 1,7 auf 2,01 Milliarden aufgestockt. Die Regierung hat aber in ihrem Bericht dargelegt, dass es ja möglich wäre, wenn National- und Ständeräte an die Arbeit gingen, diesen halbherzigen Wechsel noch rechtzeitig vor Inkrafttreten dieser Bestimmung zu ändern. Insofern ist es vielleicht auch eine Aufforderung, dies zu tun. Die anderen Punkte, bei der Umsatzabgabe, Stempelsteuer, sind ja bereits vollzogen worden. Im Rahmen von Dringlichkeitsrecht wurde das bereits aufs Jahr 2001 in Kraft gesetzt. Es ist also ein Nachvollziehen von einem Beschluss, ausgenommen die Emissionsabgabe, die 30 Mio ausmacht. Jo Lang hat gesagt, der Vorschlag des Bundes sei in sich ertragsneutral. Das mag in gewissen Punkten ja stimmen, aber nicht über das gesamte Paket.
Zur Zusammenarbeit zwischen Regierungsrat und National- und Ständeräten. Sie funktioniert gut. Wir haben im Jahr eine institutionalisierte Sitzung. Wir schicken ihnen die Vernehmlassungen. Es finden aber auch Direktgespräche zu einzelnen Geschäften statt. Es ist aber falsch, wenn wir den National- und Ständeräten zu allen Geschäften unsere Weisungen mitgeben. Auch die Kantonsräte würden sich bedanken, wenn jede Gemeinde ihnen quasi Weisungen mitgeben würden, wie sie hier abzustimmen haben. – Zum Schluss noch zu den Steuererhöhungen. Wir müssen sicher ins Auge fassen, dass wir langfristig gesehen nicht darum herum kommen werden. Aber der Finanzdirektor möchte diese klar im Zusammenhang mit der Mehrbelastung durch den NFA sehen. Und dies nach aussen auch so kommunizieren. Es ist auch staatspolitisch richtig, wenn auf eidgenössischer Ebene wahrgenommen wird, dass der Kanton die Mehrbelastung durch den NFA nicht einfach wegstecken kann, sondern dass es auch hier bei den Steuern zu Mehrbelastungen kommt.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sofern der Rat entschliesst, das Kantonsreferendum sei nicht zu ergreifen, die Motion Lang automatisch nicht erheblich erklärt und von der Interpellation Gössi/Lehmann Kenntnis genommen wird.

➔ Der Rat beschliesst mit 55 : 15 Stimmen, das Kantonsreferendum nicht zu ergreifen.

➔ Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

13. SITZUNG: DONNERSTAG, 28. AUGUST 2003
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.15 – 17.25 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

191 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Andrea Hodel, Zug; Franz Müller, Oberägeri; Andreas Hotz und Malaika Hug, beide Baar; Bruno Briner, Hünenberg; Hans Peter Schlumpf, Steinhausen; Lilian Hurschler-Baumgartner, Risch.

192 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND UMBAU DES REGIERUNGSGEBÄUDES INSBESONDERE DES KANTONSRATSSAALS

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1117.1/.2 – 11150/51), der Kommission (Nr. 1117.3 – 11235) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1117.4 – 11236).

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Vorlage an zwei Sitzungen unmittelbar vor den Sommerferien beraten und später, während den Sommerferien, eine dritte Sitzung durchgeführt hat. Die dritte Sitzung wurde notwendig, weil die Kommission zu den Plänen der von ihr bevorzugten, redimensionierten Umbauvariante sowie zum weiteren Vorgehen auch noch Stellung nehmen wollte. In diesem Zusammenhang dankt der Kommissionspräsident sowohl der Baudirektion, insbesondere dem Kantonsbaumeister, als auch dem Landschreiber für die konstruktive Zusammenarbeit und die nicht selbstverständliche Disponibilität während den Sommerferien. Der Grund für die speditive Vorberatung der Vorlage ist der klare Wil-

le der Kommission bzw. der Kommissionsmehrheit, mit dem Kantonsrat möglichst rasch in das Regierungsgebäude bzw. in den Kantonsratssaal zurückzukehren. Die Kommission war mehrheitlich aus Kantonsrätinnen und Kantonsräten zusammengesetzt, die beim Attentat vom 27. September 2001 im Saal anwesend waren. Die Kommissionszusammensetzung hatte auf die Beurteilung der regierungsrätlichen Vorlage insofern einen Einfluss, als die Sicherheitsaspekte stärker gewichtet wurden als der Komfort und die Verbesserung der parlamentarischen Infrastrukturen. Die regierungsrätliche Vorlage war in der Kommission – wie im Kommissionsbericht dargelegt – zum Teil bestritten. In einer sachlichen und nur in einem kurzen Moment emotionalen Diskussion wurden vor allem die folgenden Punkte beraten: Status quo-Variante oder Neubau; Zeitpunkt des Wiederbezugs des Kantonsratssaals, Umfang der baulichen Veränderungen, Fluchttreppe und die Kosten.

Zur Frage Status quo-Variante oder Neubau. Diese Frage wurde bei der Eintretensdebatte von einem Kommissionsmitglied indirekt aufgeworfen, indem es den Zeitdruck und die fehlenden grundsätzlichen Abklärungen bei der regierungsrätlichen Vorlage kritisierte. Es verlangte vor der Beschlussfassung über Eintreten oder Nichteintreten ein Gutachten aus psychologischer Sicht und eine anonyme Umfrage bei den Mitgliedern des Regierungsrats und des Kantonsrats. Die Kommission lehnte diese beiden Anträge mit 14 : 1 resp. 13 : 2 Stimmen ab. Die Kommissionsmehrheit hatte zwar Verständnis für die schwierige Emotionslage einzelner Betroffenen, sprach sich aber klar für die Rückkehr in den Kantonsratssaal und damit indirekt gegen die von der Regierung früher evaluierte Variante Neubau aus. Für die beiden Entscheide waren die beiden folgenden Überlegungen massgebend: Personen, welche mit diesem schwierigen Schritt noch Mühe haben, können/sollen begleitet werden, und jede Kantonsrätin bzw. jeder Kantonsrat, die oder der sich den Wahlen 2002 stellte, hat auch das Exponieren in der Öffentlichkeit und damit gewisse Risiken in Kauf genommen.

Die Kommission beschloss nach der Klärung dieser Frage mit 14 : 1 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten. Der Eintretensentscheid wurde an einer späteren Sitzung, an welcher sie eine starke Redimensionierung der Vorlage beschloss, nochmals hinterfragt. Es stellte sich die Frage, ob es sich bei der reduzierten Vorlage nur noch um eine gebundene Ausgabe oder weiterhin um eine referendumspflichtige Vorlage handelt. Nach eingehenden Abklärungen des Landschreibers war klar, dass es sich bei der reduzierten Variante der Kommission nicht um eine gebundene Ausgabe handelt, sondern um eine Vorlage, die weiterhin dem fakultativen Referendum untersteht und im Kantonsrat zwei Lesungen erfordert. Der anfänglich getroffene Eintretensbeschluss wurde damit bestätigt. – In der Detailberatung spielte zunächst der Zeitpunkt des Wiederbezugs des Kantonsratssaals eine Rolle: Die von der Regierung vorgelegte Umbauvariante sieht die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Kantonsratssaales erst ca. Mitte 2005 vor. Bis dann soll der Kantonsrat im Polizeigebäude tagen. Dieser Zeitpunkt ist für die Kommissionsmehrheit zu spät. Der renovierte Kantonsratssaal soll früher und zu tieferen Kosten bereits im nächsten Jahr, bei speditivem Vorgehen nach der Sommerpause 2004, bezogen werden können.

Zum Umfang der baulichen Veränderungen. Das von der Regierung in Zusammenarbeit mit externen Architekten ausgearbeitete Umbauprojekt ist nach Auffassung der Kommissionsmehrheit zwar gut gemeint, aber überrissen: Die Wandelhalle, die Zuschauerzone mit den zwei Zugängen zum Kantonsratssaal, die Drehung der bisherigen Sitzordnung um 180 Grad, die Umplatzierung des Regierungsratssaals und der Bau der neuen WC-Anlagen werden von der Kommission grossmehrheitlich

abgelehnt. Demgegenüber fanden die sicherheitsrelevanten Massnahmen wie die Kontrollen beim Eingang zum Regierungsgebäude, die Polizeipräsenz im Gebäude während den Kantonsratssitzungen, der Fluchtturm sowie die Neumöblierung, der neue Bodenbelag, der Wandanstrich bis zum Fries und die neu abgestimmte Technik in der Kommission volle Unterstützung. Der Kommission nahm in diesem Zusammenhang auch vom Antwortschreiben der Landeshauptstadt Erfurt auf eine Anfrage unseres Landschreibers Kenntnis. Dort wurde im Rahmen einer umfassenden Abwägung unter allen Beteiligten, unter anderem auch bei einem Traumapsychologen, entschieden, dass keine besonderen baulichen Sicherheitsmassnahmen vorgenommen werden. Das Gebäude soll im Herbst 2004, also nur zwei Jahre nach dem Attentat, wieder genutzt werden. – Eine Kommissionsminderheit befürwortet demgegenüber den von der Regierung vorgeschlagenen Umbau, weil der Raum für die Benutzerinnen und Benutzer, insbesondere auch für die Besucher, im alten Kantonsratssaal zu knapp war und die Vorlage der Regierung eine Verbesserung der Raumverhältnisse bringt. Die Redimensionierung des Umbaus wurde von der Kommission mit 9 : 3 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen.

Zur Fluchttreppe. Wie Abklärungen bei der Gebäudeversicherung ergaben, ist die Fluchttreppe bei Beibehaltung des heutigen Raumkonzepts aus feuerpolizeilicher Sicht nicht notwendig, weil bei der Kommissionsvariante im Kantonsratssaal weiterhin weniger als 100 Personen anwesend sein werden. Trotzdem hat sich die Kommission grossmehrheitlich für den Bau des zweiten Fluchtwegs über die Aussentreppe ausgesprochen; dies vor allem aus Rücksichtnahme auf die Sicherheitsgefühle einzelner Mitglieder des Kantonsrats und der Regierung.

Zu den Kosten. Ein Hauptargument gegen die Regierungsvariante sind die unverhältnismässig hohen Kosten. Die beantragten 4,875 Mio bei +/- 20 % Kostengenauigkeit für einen nur teilweisen Umbau sind für die Kommissionsmehrheit zu viel. Ein Kommissionsmitglied, welches allerdings für Nichteintreten und damit indirekt für einen Neubau plädierte, war der Meinung, dass bei diesen hohen Kosten ein Neubau geprüft werden müsste. Die Kommissionsmehrheit befürwortet jedoch – wie erwähnt – einen baulich redimensionierten und kostengünstigen Umbau. Der Kantonsrat wäre bei seinen Sparappellen an die Regierung nicht glaubwürdig, wenn er bei Vorlagen, die ihn selber betreffen, dies nicht ebenfalls tut.

Der Kommission nahm an der dritten Sitzung von den gemäss Kommissionsvariante ausgefertigten Plänen für die Gestaltung und Einrichtung des Kantonsratssaals, von der Form des Fluchtturms sowie von der Kostenschätzung für den Umbau des Regierungsgebäudes und von der Neugestaltung des Kantonsratssaals in zustimmendem Sinn Kenntnis. Die geschätzten Kosten von 2,5 Mio Franken entsprechen einer beträchtlichen Kosteneinsparung. Die Kostengenauigkeit beträgt bei der Kommissionsvariante auf Grund der in kurzer Zeit erstellten Berechnungen nicht +/- 20 %, sondern +/- 25 %. – Im Bestreben der Kommissionsmehrheit, den anvisierten Zeitplan für den Wiederbezug des Kantonsratssaals nach der Sommerpause 2004 einzuhalten, beschloss die Kommission mit 11 : 1 Stimmen bei einer Enthaltung, den neuen § 1 a zu genehmigen. Dieser erlaubt der Regierung, mit der Detailplanung bereits nach der 1. Lesung zu beginnen. – In der Schlussabstimmung wurde die Kommissionsvariante mit 8 : 5 Stimmen genehmigt, wobei zwei Kommissionsmitglieder, die an dieser in den Ferien abgehaltenen dritten Sitzung nicht teilnehmen konnten, an den beiden vorausgegangenen Sitzungen der Kommissionsvariante zustimmten.

Der Votant beantragt dem Rat somit namens der Kommissionsmehrheit, der Vorlage gemäss der Fassung Kommission mit einem Aufwand von 2,5 Mio Franken inkl. Mwst. zuzustimmen. Dabei ist der Klammerinhalt (+/- 25 %) bei der Beitragshöhe im Antrag wegzulassen. Nachträgliche Abklärungen des Landschreibers und der Baudirektion mit dem Stawiko-Präsidenten haben ergeben, dass die Empfehlungen der Stawiko, die obere Bandbreite im Kreditantrag aufzuführen, offensichtlich missverständlich sind. Es sei sowohl beim Antrag der Regierung als auch beim Antrag der Kommission nur der Mittelwert aufzuführen. Der Stawiko-Präsident und der Baudirektor werden sich dazu noch äussern. Bruno Pezzatti geht davon aus, dass auch die Kommission und der Kantonsrat damit einverstanden sind. Ebenso beantragt er im Namen der Kommission, dem neuen § 1 a zuzustimmen.
Noch ein Wort zu diesem neuen § 1 a, der von der Stawiko aus staatsrechtlichen Gründen nicht unterstützt wird: Gestern haben der Kantonsratspräsident, der Stawiko-Präsident und der Präsident der vorberatenden Kommission vom Landschreiber ein Mail erhalten, worin dargelegt wird, dass der Kommissionsantrag zulässig ist. Die Begründung geht dahin, dass Planungsaufwändungen bis Stufe Projektstudie als gebundene Ausgabe betrachtet und somit über das Budget finanziert werden können. Die Planungskosten, welche die Kommission gemäss § 1 a auslösen wird, betragen rund 300'000 Franken, also deutlich unter der 500'000 Franken-Limite. Gemäss Verfassung und Geschäftsordnung benötigen aber lediglich einmalige Ausgaben von mehr als 500'000 Franken zwei Lesungen und die Unterstellung unter das Referendum. Dies ist beim Kommissionsantrag betreffend § 1 a nicht der Fall. Der Landschreiber ermutigt deshalb die Kommission, an ihrem Antrag festzuhalten, um so das Projekt beschleunigen zu können. Auf Grund dieser Klarstellung der Staatskanzlei kann die Kommission an ihrem Antrag zu § 1 a mit guten Gründen festhalten.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Stawiko diese Vorlage am 12. August beraten hat. Er verweist wie üblich auf den Bericht und möchte folgende drei Punkte kurz beleuchten:
1. Allgemeines. Was wir auch immer beschliessen – die Geschehnisse vom 27. September 2001 werden den Betroffenen immer in Erinnerung bleiben. Daran kann auch eine Drehung der Bestuhlung, eine Neumöblierung und viel neue Farbe nichts ändern. Das Sicherheitsgefühl hat damals stark gelitten. Die anfänglich extremen, aber sicher berechtigen Sicherheitsmassnahmen konnten glücklicherweise in der Zwischenzeit deutlich reduziert werden: Als der Votant als neu gewählter Parlamentarier das erste Mal in das Regierungsgebäude und den Kantonsratssaal eintreten durfte, war er von der Würde dieses Gebäudes und Saals, den Malereien und den Wappenscheiben tief beeindruckt. Der Saal wird ihn wieder beeindrucken, die Rückkehr in dieses alterwürdige, geschichtsträchtige Gebäude wird aber nicht einfach sein. Trotzdem müssen wir diesen Schritt in Angriff nehmen – die Mitglieder der Stawiko sind bereit dazu.
2. Kostenfolgen. Die Regierung schlägt eine umfangreiche Umbauvariante mit einer Kostenfolge von 4,875 Mio. inklusive Mehrwertsteuer vor. Sie geht von einer Genauigkeit von +/- 20 % aus, die maximalen Kosten könnten 5,85 Mio Franken betragen. Wenn Sie überlegen, was ein schönes Einfamilienhaus kostet, so ist dieser Betrag doch erstaunlich. Die Stawiko ist der Meinung, dass die Umbauvariante der Regierung zu umfangreich und zu teuer ist. Wir sind der Meinung, dass die von der vorberatenden Kommission vorgeschlagene Umbau-Variante angemessen und von

den Kosten her vertretbar ist. Die Kosten der Kommissionsvariante betragen immerhin auch noch 2,5 Mio Franken. Bei einer Kalkulationsgenauigkeit von +/- 25 % könnten maximal Kosten von 3,1 Mio Franken resultieren. Die Stawiko wollte diesbezüglich keinen Antrag stellen, sondern sie hat nur im Bericht darauf hingewiesen, dass man immer mit diesen Bandbreiten rechnen muss. Wir wollten Ihnen wieder einmal bewusst machen, dass man hier von einem Mittelwert ausgeht. Es geht jetzt nicht darum, die alte Modalität zu ändern und im Gesetz jetzt plötzlich diese Bandbreite anzugeben. Die Stawiko ist sich im Klaren darüber, dass der Sicherheitsstandard beider Lösungen entgegen den Empfehlungen der beratenden Risk Management AG nicht die Anforderungen für hochgefährdete Bereiche erfüllt – sie entsprechen den Anforderungen eines Bereichs mittlerer Gefährdung. Wir sind der Meinung, dass die sicherheitsrelevanten Elemente bei beiden Varianten vergleichbar sind – die Kommissionsvariante scheint wegen des kleineren und überschaubaren Zuschauerbereichs sogar etwas sicherer. Die wichtigsten Sicherheitselemente sind aber die Personenkontrolle und die Bewachung durch die Polizei. Im Vergleich zur Situation vor dem Attentat bedeutet diese Polizei-Präsenz eine wesentliche, ja wohl die wichtigste Sicherheitsverbesserung. Der Votant möchte bei dieser Gelegenheit der Polizei unseren Dank für die diskrete, freundliche und professionelle Arbeit aussprechen.
3. Zeitpunkt des Wiederbezugs des KR-Saals. Die vorberatende Kommission beantragt, dass der Regierungsrat bereits nach der 1. Lesung im Kantonsrat mit der Detailplanung beginnen soll. Diesen Antrag kann die Stawiko nicht unterstützen. Sie spürt den Willen der Verantwortlichen, rasch möglichst in den altehrwürdigen Kantonsratssaal zurückkehren zu können. Wir können auch die neu vorliegenden Abklärungen des Landschreibers nachvollziehen. Er möchte die Planungskosten von 300‘000 über den Begriff der «gebundenen Ausgabe», basierend auf dem neuen § 1 a, bereits nach der ersten Lesung freigeben. Da für diesen Betrag ein einfacher KRB ohne Unterstellung unter das fakultative Referendum möglich ist, wären mit dieser juristischen Variante wenige Monate zu gewinnen. Nur, beachten Sie die Konsequenzen: Wir haben in letzter Zeit verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die vom Gesetz vorgegebenen Fristen und Abläufe eingehalten werden müssen. Die Stawiko hat im Übrigen die Regierung mehrfach darauf hingewiesen, dass die Modalität der gebundenen Ausgabe zu grosszügig gehandhabt wird und wir hier ein restriktiveres Vorgehen wünschen. Hier handelt es sich nun um ein Anliegen des Parlaments – und nun wollen wir plötzlich ein unkonventionelles Verfahren wählen. So elegant das Vorgehen von Tino Jorio ist, aus Sicht der Stawiko muss sich hier das Parlament absolut korrekt verhalten – wir können nicht Wasser predigen und selber Wein trinken.
Zusammenfassend beantragt die Stawiko mit einem Stimmenverhältnis von 7 : 0, auf die Vorlage einzutreten, ihr in der Fassung der vorberatenden Kommission, aber ohne den vorgeschlagenen § 1 a, zuzustimmen.

Vreni **Wicky** dankt zuerst dem Kommissionspräsidenten für die äusserst sensible Führung bei der Kommissionsarbeit. Im Bewusstsein, dass wir ein emotional schwieriges Geschäft beraten und dass wir vom Volk gewählte Politiker nicht primär nach unseren Bedürfnissen, sondern zukunftsgerichtet zum Wohle aller entscheiden, haben wir Vergangenheit und Zukunft in unsere Überlegungen mit einbezogen. Wir dürfen uns nicht von unserem Emotionen leiten lassen, wir sind auch verpflichtet, den Neuanfang zu wagen. Der Regierungsrat hat anfangs 2003 den Grundsatzent-

scheid dem Kantonsrat und den Medien mit den folgenden Worten mitgeteilt: «Der Kantonsrat kehrt möglichst bald in den historischen Kantonsratssaal zurück.» Vorgelegt hat uns die Regierung eine Vorlage, welche sich auf 4,8 Mio Franken beläuft. Nach seriösem Studium der Akten und eingehender Kommissionsberatung ist die Kommissionsmehrheit zur Überzeugung gelangt, dass die hohen Kosten für jährlich zwölf Sitzungen in keiner Art und Weise zu vertreten seien. Geschehenes kann auch so leider nicht wieder ungeschehen gemacht werden. Den Antrag der Kommissionsmehrheit, die von der Regierung beantragten baulichen Veränderungen im Obergeschoss im Sinne des modifizierten Antrags zu redimensionieren, unterstützt die Votantin, und darf auch im Namen ihrer Fraktion sprechen. Die CVP-Fraktion nimmt aber auch die Anliegen derjenigen Kolleginnen und Kollegen, welche Bedenken äussern, überhaupt in den Saal zurück zu kehren, sehr ernst. Wunden hinterlassen immer Spuren und Verdrängung hilft nie weiter. Der Antrag der Stawiko, die 2. Lesung im Kantonsrat sowie die verfassungsmässige Referendumsfrist seien abzuwarten, kann Vreni Wicky persönlich nicht unterstützen. Sie bittet den Rat, der Vorlage in der von der Kommission geänderten Fassung zuzustimmen.

Rudolf **Balsiger** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion grossmehrheitlich dem Antrag der Vorberatenden Kommission an schliesst. Dies insbesondere aus dem Grund, weil diese Variante zum halben Preis realisiert werden kann gegenüber der regierungsrätlichen Vorlage. Es ist absehbar, dass die FDP im Herbst bei der Budgetdebatte mit dem geflügelten Wort vom Gürtel enger schnallen operieren wird, und daher müssen wir uns heute für die kostengünstigere Variante entscheiden, um glaubwürdig zu bleiben. Es ist ganz klar davon auszugehen, dass mit diesen diversen Abstrichen der regierungsrätlichen Vorlage keinerlei Sicherheitseinbussen verbunden sind. Es muss unter anderem sichergestellt sein, dass im Gebäude in andern Bereichen (z.B. Staatskanzlei oder Passbüro) auch während den KR-Sitzungen gearbeitet werden kann. Dafür bietet das Sicherheitskonzept, das volle Gültigkeit hat, auch bei der reduzierten Vorlage Gewähr. Selbst diese 2,5 Mio mögen hoch erscheinen für die Renovation eines Saals. Nun ist aber zu bedenken, dass nicht nur der KR-Saal, sondern auch grundsätzliche Sicherheitsvorkehrungen (neue Fenster mit Sicherheitsglas im UG oder Eingangsschleuse mit Vordach im EG) in diesem Kredit eingeschlossen sind. Die Nottreppe, welche den architektonischen Wert der Nordfassade nur beschränkt steigert, ist nicht nur von der Gefahr eines Brandfalls her zu sehen, sondern stellt für viele Personen in diesem KR Saal ein Muss dar, um sich wohl und sicher zu fühlen. Dieser Forderung stellt sich die FDP-Fraktion nicht entgegen. Diese Nottreppe führt im übrigen nicht auf die Strasse, sondern auf die Terrasse, so dass sie auch nicht als Hintereingang für ungebetene Gäste missbraucht werden kann. Im Dachgeschoss sind keine Veränderungen vorzusehen. Die Kostenberechnung mit einem Kostendach von 2,5 Mio +/- 25 % für das Kommissionsprojekt ist als absolut akkurat zu beurteilen, und es wäre nicht überraschend und für uns von der FDP natürlich erfreulich, wenn günstiger abgerechnet würde. Bei der Möblierung soll lediglich eine Begleitgruppe mitarbeiten, denn es ist weder die Aufgabe der Kommission noch des Büros oder gar des Rats, hier mitzuentscheiden. Es entspricht der Meinung der Mehrheit dieses Rats, möglichst bald wieder in diesen historischen Saal zurückzukehren. Es soll somit sofort mit der Detailberatung begonnen werden, auf Grund der Abklärungen, die der Landschreiber getroffen hat bezüglich des Planungskredits, der nicht dem Referendum unterstellt ist. Das frühere Beziehen des

Saals ist ein Mitgrund dafür, dass von einer anonymen Befragung bei den Kantonsräten und der Regierung Abstand zu nehmen ist. Ebenso ist kein Gutachten aus psychologischer Sicht einzuleiten. All diese Argumente münden in die Feststellung, dass wir den Kommissionsantrag unterstützen.

Moritz **Schmid**: Nun liegt sie endlich vor uns, die Vorlage betreffend Umbau des Regierungsgebäudes, insbesondere des Kantonsratssaals. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der vorberatenden Kommission vollumfänglich. Sie ist erfreut, dass die Kommission den Mut gehabt hat, entgegen dem Vorschlag der Regierung den Sparwillen am eigenen Tagungslokal zu zeigen. Sicherheit vor und während dem Parlamentsdienst war bei den Kommissionsmitgliedern an erster Stelle, aber 100 % Sicherheit kann niemand bieten und kann auch niemand erwarten. Die SVP-Fraktion hofft, Ende der Sommerpause 2004 den wiederhergestellten Kantonsratssaal im Regierungsgebäude beziehen zu können. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass nun das Zuger Parlament bereit ist, einen renovierten und umgestalteten neu möblierten Kantonsratssaal zu beziehen. Umso mehr, als letzten Herbst Neuwahlen ins Zuger Parlament statt fanden. Enttäuschung war bei der Fraktion spürbar über die Haltung der Stawiko, dass sie den Vorschlag der Kommission, die mit der Detailplanung nach der 1. Lesung beginnen wollte, nicht unterstützte. – Der Votant möchte den Rat im Namen der SVP-Fraktion bitten, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der vorberatenden Kommission in der Höhe von 2,5 Mio Franken mit dem neuen § 1 a zuzustimmen.

Othmar **Birri** hat in den 20 Jahren, seit er im Kantonsrat ist, noch selten eine Kommission erlebt, die so von einer Seite auf die andere gehüpft ist. Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass die Vorlage der Regierung richtig ist. Wir müssen diese Chance nutzen, um auch für unsere Besucher einen Platz zu bieten, der angemessen ist. Er erinnert daran, dass vor etwa zehn Jahren schon ein Umbau stattfand. Auch damals diskutierte man schon, ob man eine Tribüne oder für die Zuschauer eine bessere Zugangsmöglichkeit erstellen könne. Wir haben jetzt die Chance! Der Votant möchte auf die Sicherheitsaspekte nicht mehr weiter eintreten, dazu wurde bereits alles gesagt. Die Eingangskontrolle und die Präsenz der Polizei sind richtig. Aber springen Sie über Ihren eigenen Schatten. Es ist nicht nur für uns Kantonsräte, sondern auch für die Bevölkerung, für unsere Besucher, die Schulen, die Delegationen ein absolutes Muss, auf einer Zuschauertribüne sitzen und angenehm an den Sitzungen teilnehmen zu können.

Erwina **Winiger Jutz** erinnert daran, dass ohne die Geschehnisse am denkwürdigen Tag, dem 27. September 2001, das Traktandum «Umbau des Regierungsgebäudes» nicht auf der Traktandenliste wäre. Da die AF Themen, die im Zusammenhang mit dem Attentat stehen, sowie die Meinungsbildung dazu, als sehr persönlich erachten, vertritt die Votantin hier keine offizielle Fraktionsmeinung. Sie vertritt also ihren Standpunkt, welcher jedoch in der Fraktion auf gutes Echo gestossen ist. Beim Umbau des Regierungsgebäudes liegt der Hauptaugenmerkpunkt bei zwei Themen: Einerseits bei den Sicherheitsmassnahmen und andererseits bei der Wiederin-

standstellung des Kantonsratssaals. Die Sicherheitsmassnahmen sind in beiden Vorlagen (Regierung und Kommission) in etwa ähnlich und adäquat angepasst.
Dem vorliegenden Projekt der Regierung gingen diverse Varianten über Neubau und Annexanbau voraus. Die jetzige Vorlage der Regierung erachtet Erwina Winiger als gute Kompromisslösung, welche die Mängel des alten Kantonsratssaals aufzuheben weiss. Es herrscht genügend Platz für die Zuschauer(-innen), welche bequem unsere Debatten mitverfolgen können. Damit signalisieren wir auch gleichzeitig dem Volk, dass es bei uns erwünscht ist. Dasselbe gilt im übrigen für die Medien. Der eh schon etwas kleine Kantonsratssaal bietet immerhin einigermassen genügend Platz für unsere Arbeitsplätze. Dank dem Verschieben des Regierungsratssaals gewinnen wir etwas Platz für eine Wandelhalle, wo wir in der Pause Raum für Gespräche haben. Es ist keine Luxuslösung, ansonsten hätten wir tatsächlich auf den Annexbau kommen müssen. Es ist auch keine Luxuslösung nötig, wir arbeiten schliesslich nur einen Tag im Monat in diesen Räumlichkeiten. Der Regierungsvorschlag ist eine der Situation angepasste Lösung. Der Situation angepasst meint auch die optische und konzeptionelle Veränderung des Saals durch das Drehen der Stuhlreihen um 180°. Der Raum bekommt dadurch ein anderes Gesicht. Und die Votantin kann sich vorstellen, dass dies für Menschen, welche das Attentat miterleben mussten, wichtig sein kann. Den Raum so belassen, wie der Kommissionsvorschlag es vorgibt, wäre vielleicht ein Versuch, die Tatsache nicht wahrhaben zu wollen, dass sich etwas Schwerwiegendes in diesen Räumlichkeiten ereignet hat. – Zurück zum Alltag, zurück zum Zustand, wie es vorher war, das können wir nicht. Es ist etwas Unwiderrufliches geschehen. Wir brauchen den Mut, dies zu deklarieren. Nehmen wir die Veränderung wahr. Erwina Winiger stimmt also mit Vehemenz für den Regierungsvorschlag.
Vom Vorgehen her ist es für sie eine Selbstverständlichkeit, dass wir dieses Geschäft wie üblich mit zwei Lesungen abhandeln. Schliesslich geht es um etwa 4,9 Mio. Gestützt auf den Verfassungsartikel § 34 der Kantonsverfassung unterstützt sie die Ansicht der Stawiko, die 2. Lesung im Kantonsrat sowie die Referendumsfrist abzuwarten, bevor mit der Detailplanung begonnen werden kann. Sie versteht nicht, wieso plötzlich eine solche Eile geboten sein soll. Lassen wir hier Sorgfalt walten!

Max **Uebelhart** bedauert es einleitend, dass der Regierungsrat nicht seine ganz ursprüngliche Idee, nämlich auch die Variante für einen Saalneubau weiterverfolgt und uns unterbreitet hat. Was heute vorliegt sind Vorlagen, welche einem Flickwerk gleichkommen resp. sehr weit von dem entfernt sind, was die Regierung ursprünglich ausgesagt hat. Es wurde damals davon ausgegangen, dass einer *neuer* KR-Saal im Regierungsgebäude gebaut werden soll. Sie sind sicher mit dem Votanten einig, dass das Vorliegende alles andere als einen neuen KR-Saal geben wird.
Zur geplanten Rückkehr in die genau gleiche Ecke des Regierungs-Gebäudes, d.h. also an den alten Ort in den alten Saal, sind auch grundsätzliche Fragen zu stellen. Die diesbezüglichen Anträge Max Uebelharts wurden in der Kommission als nicht notwendig taxiert und abgelehnt. Selbst eine simple aber sehr wichtige Frage wollte man nicht stellen. Zeitverzögerungen hätte es dadurch keine gegeben, Kosten schätzungsweise 200 Franken, also sind auch diese kein gutes Gegenargument. Die anonym zu stellende Frage an alle Mitglieder des Regierungs- und des Kantonsrats hätte gelautet: «Wollen Sie zurück in den alten KR-Saal oder nicht?» Allein die Antwort, wenn sie nicht einheitlich ausgefallen wäre, hätte stark verunsichert, deshalb hat die Kommission «grosszügig» auf das Stellen der Frage verzichtet. Ebenso

müsste nach Meinung des Votanten ein Gutachten von einer psychologisch versierten Fachperson auf den Tisch, in welchem aufgezeigt wird, mit welchen Folgen allenfalls bei der Rückkehr in die besagten Räume gerechnet werden müsste. Aussagen, welche er immer wieder hört, zum letzten Mal vor einigen Minuten vom Kommissionspräsidenten, wie etwa «Diejenigen mit Problemen hätten sich dies vor den letzten Wahlen überlegen sollen», lässt er nicht gelten.
Nun noch einige Bemerkungen zu den Vorlagen. Beide Varianten schaffen höchst unbefriedigende Arbeitsmöglichkeiten für uns Kantonsrätinnen und Kantonsräte. Es wird uns noch weniger Platz als vorher zur Verfügung stehen, da – bedingt durch neuere Vorschriften – die Gänge breiter angelegt werden müssen. Der Platz für Besucherinnen und Besucher wird noch kleiner ausfallen als im alten Saal. Die Sicherheit ist bei beiden Vorlagen etwa gleichwertig, d.h. gleich unausgegoren. Ein Beispiel: Die Eingangstüre muss permanent offen stehen, damit die anwesenden Polizisten nur einigermassen den Eingangsbereich im Auge behalten können. Ferner sei auf die Angaben der im Bericht erwähnten Firma Risk Management AG verwiesen. Mit dem vorgesehenen Glasdach und dem als Auflage gegebene Nottreppenturm verschandeln wir zudem Johann Caspar Wolffs Gebäude. Und dafür sind wir bereit, 2,5 Mio Franken auszugeben.
Zum Schluss: Lassen sie doch das Gebäude, wie es ist – damit meint Max Uebelhart auch den Saal – und suchen wir nach einer Lösung, welche uns Ort und Umgebung bietet, um optimal weiter arbeiten zu können. Es lohnt sich nicht, Risiken bezüglich negativer Reaktionen auf unsere Psyche zu provozieren und dann schulterschüttelnd vor einem Scherbenhaufen zu stehen. Er stellt deshalb den Antrag, auf dieses Geschäft sein nicht einzutreten. Es gilt, allenfalls ein weiteres Provisorium ausserhalb dieser Mauern zu suchen, um mit der nötigen Gelassenheit und Ruhe und nicht unter Zeitdruck und der aufgekommenen Hektik nach einer baulich und psychologisch besseren Lösung zu suchen.

Michel **Ebinger** ist kein Finanzfachmann, hat aber heute gelernt, dass man nicht bei den Investitionen, sondern bei den Ausgaben sparen kann. Und hier geht es eindeutig um eine Investition. Er hat auch schon mehrmals gehört, dass der Kantonsrat nicht ständig von Sparen reden soll, um dann nicht zu sparen, wenn es um ihn selber geht. Aber hier geht es um die Verhältnismässigkeit. Wir werden in nächster Zeit Hunderte von Millionen Franken ausgeben für Spitäler und Strassen usw. Und hier geht es um eine Investition von einigen Millionen für unseren Kantonsratssaal, der würdevoll sein soll für uns selber, aber auch für die Besucher. Wenn wir 2,5 Mio ausgeben, haben wir nicht mehr Platz als heute, eher weniger. Und da fragt sich der Votant doch, ob es sich lohnt, diesen Betrag auszugeben. Und es ist auch so, dass die Presseleute dann etwa gleich viel Platz haben wie jetzt, nämlich immer noch viel zu wenig. Zurück zur Bemerkung, dass wer sich zur Wahl gestellt hat, damit rechnen musste, dass wir zurück in den KR-Saal gehen. Es gibt kein Null-Risiko. Aber wenn wir schon in der Öffentlichkeit stehen wollen, muss man sich gewisse Gedanken zum Voraus machen. Michel Ebinger hat das Glück, dass ihn das Ganze zwar schon belastet hat, aber doch eher wenig. Fragen Sie ihn nicht warum, er weiss es nicht. Aber wenn er sich vorstellt, in den alten KR-Saal zurückgehen zu müssen, und dieser genau gleich aufgebaut ist, wie der damalige d.h. dass er mit dem Rücken zum Eingang sitzen muss, dann ist ihm nicht wohl. Zumindest das Kehren der Sitze wäre für ihn eine Mindestvoraussetzung, damit er sich wohl fühlen kann. Er will der Gefahr

ins Auge sehen und nicht mit dem Rücken zu jener Türe sitzen, wo der Attentäter hineinkam. Das ist für ihn persönlich sehr wichtig. Wenn z.B. ein Antrag kommt, man solle auf die Fluchttreppe verzichten, dann wird er für den Nichteintretens-Antrag stimmen. Er will auch, dass die Sitzungen öffentlich bleiben. Dazu muss es für die Besucher ein würdevoller Saal sein, wo sich die Besucher auch bei mehrstündigen Sitzungen wohl fühlen. Aus diesen Gründen kommt der Votant zum Schluss, dass der Antrag des Regierungsrats der sinnvollste von allen ist. Zwar war er auch in der Kommission, hat dem Kommissionsantrag aber nicht zugestimmt.
Zum Schluss. Es ist Michel Ebinger langsam leid, immer das Thema NFA zu hören. Warten wir doch einmal ab, bis wir wissen, wie dieser ausgestaltet wird und was er für Wirkungen haben könnte. Schauen wir doch lieber zuerst einmal, dass die Finanzen im Kanton Zug auf der Ausgaben- und nicht auf der Investitionsseite gesund bleiben. Und dass unsere Steuerverwaltung ihren ausgezeichneten Ruf behält. Dass sind die entscheidenden Themen. Und nicht zwei, drei Millionen mehr oder weniger auf der Investitionsseite. Und bei neuen Gesetzen, die auch immer etwas kosten, können wir sparen. Aber nicht bei zwei, drei Millionen weniger für uns. Wir arbeiten ja auch nicht schlecht. Und wir haben eine Investition von vier bis fünf Millionen absolut verdient.

Käty **Hofer** ist der Ansicht, dass es für diese Vorlage zwei Arten von Argumenten gibt, die sachlichen und die emotionalen. Beide sind wichtig und müssen in der Debatte Platz haben. Zuerst zur einfacheren Seite, der sachlichen. Der Kantonsratssaal, wie wir ihn benützt haben, war eng, sogar sehr eng. Das Aus- und Einfädeln in den Sitzreihen war unbequem und wir kennen die Situation, die unsere Besucher und Besucherinnen in der hintersten Reihe auf den Tabourettli antrafen. Mit einer Schulklasse vorne in der linken Ecke war der Saal dann wirklich voll. Die Kaffeepausen im Treppenhaus sind uns auch noch in eindrücklicher (dies ist wörtlich gemeint) Erinnerung. Wir müssen uns im Klaren sein, dass die Umbauvariante der vorberatenden Kommission die Verhältnisse im Saal noch enger machen. Die Vorlage der Regierung bringt uns mehr Luft zum Atmen im Saal. Sie bringt den Besucherinnen und Besuchern würdige Verhältnisse. Und sie erlaubt uns, die Kaffeepause in einem angenehmen Raum mit mehr Platz ohne «Druckete» abzuhalten. Auf die Umbauten im Unter- und im Dachgeschoss könnte die Votantin gut verzichten, auf die Fluchttreppe aussen am Gebäude hingegen nicht. Sie muss auch darauf aufmerksam machen, dass in diesem Saal nicht nur zwölf Sitzungen im Jahr stattfinden. Auch der Grosse Gemeinderat wird wahrscheinlich wieder in diesen Saal zurückkehren, wie auch das Parlament der reformierten Kirche. Als Hauptargument für die Kommissionsvariante hat Käty Hofer nur das Sparen von Kosten gehört. Und gerade für diese Vorlage kann doch das nicht das Hauptargument sein! Wir müssen bauen am Regierungsgebäude. Ergreifen wir die Gelegenheit und schaffen wir uns mit einem sehr moderaten und vernünftigen Ausbau ein bisschen mehr Luft, ein bisschen mehr Platz.
Die Votantin kommt nun zum schwierigen Teil, zu den emotionalen Argumenten. Sie will in den Kantonsratssaal zurück. Sie war schon zwei Mal wieder drin, und sie will auch für die Kantonsratssitzungen wieder dorthin zurück. Aber sie hat manchmal noch den Sitzplan vor Augen, wie er nach dem Attentat in einer Zeitung erschienen ist. Mit weissen, mit grauen und mit schwarzen Feldern. Ihr Platz war ein graues Feld, grau gleich verletzt. Wenn wir die alte Sitzordnung belassen, ist Ihr Sitzplatz ein

weisses oder vielleicht ein schwarzes Feld gewesen. Sie sollten sich diesen Aspekt ganz genau überdenken. Käty Hofer hört das Argument, wir sollten wieder zum Normalfall zurückkehren. Aber der 27. September ist geschehen, es wird nie mehr so sein wie vorher für einige hundert direkt betroffene Menschen. Wir können dieser Tatsache nicht ausweichen, auch nicht indem wir am Regierungsgebäude, am Kantonsratssaal möglichst wenig verändern. Wir können nicht am 27. September 2001 morgens um 8 Uhr 30 wieder anknüpfen. Die Votantin möchte die Veränderungen auch im Saal zulassen, sie auch dort sichtbar werden lassen. Sie bittet den Rat herzlich, auf Grund der sachlichen und der emotionalen Argumente mit ihr der Vorlage der Regierung zuzustimmen.

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass das Merkmal des Vorschlags des Regierungsrats die Änderung der Sitzordnung war, das Umkehren hat die Wirkung, dass es für alle, die damals beim Attentat dabei waren, einen ganz anderen Raumeindruck gibt. Es vermeidet, dass man jedes Mal, wenn bei der Türe irgend ein Geräusch ist, wieder zusammenzuckt. Das allein wäre schon ein Grund, diese Variante des Regierungsrats vorzuziehen. Der Votant kann verstehen, dass man darauf nicht eingehen will und die Kosten ins Spiel bringt. Aber zusätzlich hat die Variante des Regierungsrats noch den Vorteil, dass der ganze Raumeindruck viel zeitgemässer wird. Der bestehende KR-Saal entspricht dem Zeitgeist von 1869 bis 1873, als er gebaut wurde. Man kommt in diesen Saal hinein wie in eine Kirche. Heute haben wir eine andere Vorstellung von einem Ort, wo demokratische Auseinandersetzungen stattfinden. Mit der Vorlage des Regierungsrats können wir den Raum der heutigen Zeit anpassen. Dazu kommen die Argumente der Zweckmässigkeit. Er wird unseren Bedürfnissen und dem Zweck des Raums besser angepasst. Dem Bedürfnis für mehr Platz für die Medien wird Rechnung getragen. Und dann hat Käty Hofer geschildert, wie das früher für die Besucher ein «Gedrück» war, wenn eine Schulklasse kam. Der staatsbürgerliche Unterricht ist heute ein schulischer Auftrag. Das war 1870 natürlich noch nicht der Fall.
Warum will die vorberatende Kommission diesen Vorschlag der Regierungsrats nicht? Wegen den Kosten. Natürlich wäre ihr Vorschlag kostengünstiger. Aber beim Betrachten der Kommissionsvorschläge sieht man, dass da alles nur grobe Beträge aufgelistet sind. Das ist das Kennzeichen eines Schnellschusses von Kostenermittlung. Jean-Pierre Prodolliet möchte davor warnen. Er hat das gleiche schon 1998 bei der Debatte zur ersten Spital-Vorlage gesagt und auch bei der Strafanstalt-Vorlage, die man 1998 unter Zeitdruck durchwürgte. Heute haben wir da bereits einen ersten Nachtragskredit hinter uns und jetzt soll nochmals etwas Neues dazukommen. Das Terminargument ist neben den Kosten das starke Argument der Kommission. Und die Kosten sind doch nur ein Vorwand. Es glaubt doch keiner der Kommissionsmitglieder, die Einsparung von 2 Mio, die sich auf die laufende Rechnung jährlich mit etwa 200'000 Franken auswirkt, trage etwas zur Problemlösung beim NFA bei. Das ist doch an den Fäden herangezogen. Nun arbeitet man also mit dem Terminargument. Wir haben lange gewartet und jetzt sagt man, wenn man diese Variante nehme, könnten wir in einem Jahr schon in den KR-Saal zurück. Und aus diesem Grund soll auch noch die Geschäftsordnung nicht eingehalten werden. Der Votant ist sehr froh, dass wenigstens die Stawiko dagegen opponiert. Er ist der Meinung, wir sollten jetzt die Gelegenheit nutzen, diesen KR-Saal so zu renovieren, dass er zeitgemässer wird und unsere Bedürfnisse wirklich erfüllt.

Martin **Stuber** kennt den KR-Saal, obwohl er beim Ereignis nicht dabei war. Er ist elf Jahre als Grosser Gemeinderat in diesem Raum gewesen. Er war beim ersten Mal auch beeindruckt wie Peter Dür. Allerdings war ihm in diesen elf Jahren nie wohl in diesem Saal. Er glaubt nicht, dass das ein zeitgemässer Tagungsort ist für ein Parlament. Damit ist er beim Grundproblem. Das Grundproblem ist, dass von der Grösse und Geometrie her der Saal für ein 80-köpfiges Parlament mit der entsprechenden Infrastruktur (z.B. Medien) und mit öffentlicher Tagungsweise (mit Publikum) schlicht zu klein ist. Man bringt in diesen Saal keine befriedigende Lösung hinein. Deshalb ist der regierungsrätliche Vorschlag nicht befriedigend und der Vorschlag der Kommission noch weniger. Gut ist beides nicht. Der Votant ist der Meinung, dass es heute möglich ist, für 5 Mio Franken einen Saal-Neubau zu machen. Er möchte deshalb dem Rat beliebt machen, dem Antrag von Max Uebelhart auf Nichteintreten zuzustimmen.
Falls Eintreten beschlossen wird, möchte Martin Stuber unabhängig von der gewählten Variante noch einen anderen Antrag stellen. Wenn wir schon etwas machen in diesem Saal, sollten wir auch etwas für einen rationelleren Ratsbetrieb tun. Es wird so oder so eine Neumöblierung geben und das wäre die Gelegenheit und der Anlass, auch gleich eine elektronische Abstimmungsanlage einzubauen, bei der man am Platz auf den Knopf drücken kann mit einem Schlüssel, dass da kein Missbrauch getrieben wird. Der Antrag lautet:
«Zu Handen der 2. Lesung werden die Kosten für den Einbau einer elektronischen Abstimmungsanlage eruiert.»
Dann sind Sie bei der 2. Lesung in der Lage, auf Grund von klaren Angaben zu entscheiden, ob Sie den Kredit entsprechend aufstocken wollen oder nicht. Falls Sie sich dafür entscheiden, das Ganze übers Knie zu brechen, hätte der Votant noch eine andere Antragsvariante:
«Der Kredit ist nach Rücksprache mit der Stawiko um den Betrag zu erhöhen, der nötig ist, um eine elektronische Abstimmungsanlage einzubauen.»
Noch ein Nachtrag zur Vormittagssitzung: Der Artikel über den Klimawandel ist im Tages-Anzeiger erschienen. Eine Kopie liegt beim Eingang auf.

Josef **Zeberg** ist selbstverständlich für die Instandstellung des KR-Saals, und zwar für den Vorschlag der Kommission, so bald wie möglich, so einfach wie möglich. Er freut sich auf den schönen alten Saal. Alles wurde gesagt für und gegen einen Neubau, er möchte etwas anderes aufgreifen. Wir alle haben eine private Haftpflichtversicherung. Er nimmt an, dass auch der Verursacher des Schadens eine solche gehabt hat. Seine Fragen: Hatte der Verursacher des Schadens eine solche Haftpflichtversicherung? Wenn ja, wie weit wird diese Versicherung beansprucht? Wenn eine Versicherung bestand, warum wurde diese nicht belangt? Er findet in den Unterlagen nichts. Bei einer eventuellen Versicherungsleistung ergäben sich andere Fristen. Z.B. die Referendumsfrist würde entfallen.

Bruno **Pezzatti** möchte noch kurz auf Fragen und Kritik eingehen. – Zu Othmar Birri, wonach in der Kommission von einer Meinung zur anderen gehüpft worden sei. Das ist nicht korrekt wiedergegeben. Wir haben in der Sache von der ersten bis zur dritten Sitzung klare Verhältnisse gehabt. Auch punkto Mehrheit und Minderheit. Da wurde die Meinung nicht gewechselt. Es haben sich lediglich bei der Frage des Vor-

gehens und dem Problem, ob es eine gebundene Ausgabe sei oder ein dem Referendum unterstellter KR-Beschluss, zwischendurch unterschiedliche Auffassungen ergeben, auch auf Grund von verschiedenen Informationen, die wir erhalten haben. In der Sache war sich sowohl die Kommissionsmehrheit wie auch die -minderheit je einig und vertrat immer die gleiche Auffassung.
Zu Erwina Winiger bezüglich der Frage Platzverhältnisse. Auch andere Sprecherinnen und Sprecher haben dieses Problem aufgegriffen. Zugegeben, es ist wirklich so, dass die Kommission den Sicherheitsaspekten viel mehr Gewicht beigemessen hat als den Platzverhältnissen oder dem persönlichen Komfort der Kantonsrätinnen und Kantonsräte oder auch der Medienvertreter und den Zuschauerinnen und Zuschauer. Das wurde diskutiert und die Meinungen wurden gemacht. Mehr will der Kommissionspräsident dazu nicht sagen.
Zu Max Uebelhart und der Frage, ob eine anonyme Umfrage hätte gemacht werden sollen. Die Kommission hat dazu Stellung genommen. Dazu ist noch Eines zu sagen: Wir hatten in der Kommission auch verschiedene Fraktionschefs. Und diese haben in der Kommissionsarbeit darauf hingewiesen, dass sie in ihren Fraktionen gespürt haben, dass ein klarer Wille besteht, in den KR-Saal zurückzukehren. Insofern wurde also diese Umfrage – vielleicht nicht wörtlich formell – durchgeführt. In den Fraktionen haben Meinungsbildungen stattgefunden, die von den jeweiligen Fraktionschefs in die Kommission hinein getragen worden sind.
Zu Käty Hofer, wonach das Hauptargument Sparen sei. Fraktionskollege Jean-Pierre Prodolliet hat das sofort korrigiert. Das Sparen war ein Argument, aber fast noch wichtiger war das Anliegen der Kommission und wohl auch der Ratsmehrheit, dass man möglichst bald aus diesem Polizeigebäude raus will und ins Regierungsgebäude zurück.
Zur Anregung von Jean-Pierre Prodolliet, dass man hier für die Zuschauer mehr Platz einplanen sollte. Das wurde in der Kommission diskutiert, wie auch das Argument, dass man den Saal kehren sollte aus psychologischen Gründen. In unserer Fraktion hat es aber auch Stimmen gegeben, die gesagt haben, sie hätten dem Attentäter direkt ins Gesicht geschaut und das sei auch keine sehr angenehme Erfahrung gewesen. Auch beim Kehren des Saals könnte es also Probleme geben. Der Votant sass an diesem Tag auch zuhinterst neben der Türe und er muss einfach feststellen, dass wir alle mit einem Restrisiko leben müssen. Ob wir den Saal kehren oder nicht, das hat in dieser Frage wohl kaum einen Einfluss und würde das Sicherheitsgefühl einer Mehrheit des Kantonsrats nicht grösser machen.
Zu dieser angeregten elektronischen Abstimmungsanlage wird sich sicher der Baudirektor noch äussern. Als Kommissionspräsident kann sich Bruno Pezzatti vorstellen, dass diese Frage noch geprüft werden kann. Wir haben sie nicht diskutiert. Er persönlich ist der Meinung, dass es nicht nötig ist. Aber vielleicht bestehen hier im Rat andere Mehrheitsverhältnisse.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die Wandelhalle und die neuen seitlichen Zugänge zum KR-Saal sowie die Drehung der Sitze um 180° sowohl räumlich wie auch psychologisch eine sehr gute Lösung wären. Die Blickrichtung der Kantonsräte zum Eingang wäre aus psychologischen Gründen besser. Die Kantonsräte hätten mehr Platz, wenn das Publikum nicht direkt im Saal anwesend wäre. Bei der Kommissionsvariante wird es recht eng. Die Korridorbreite muss 120 cm betragen, das sind feuerpolizeiliche Vorschriften und das bestimmt die Breite der einzel-

nen Parlamentarier-Sitzplätze. Die gegen das Treppenhaus verglaste Wandelhalle mit Sicht auf den Zugersee schafft Transparenz. Ein angemessener Vorraum vor dem KR-Saal dient einerseits dem Publikum als Zuschauerraum und anderseits dem Kantonsrat als Aufenthalts- und Pausenraum. Die neuen und zeitgemässen WC-Anlagen entsprechen dem Wunsch von vielen KR-Mitgliedern.
Sicherheit: Der Grundsatz vorweg. Weder die KR-Vorlage noch die abgespeckte Version der Kommission erfüllen die Standards des Sicherheitskonzepts des Regierungsrats für hochgefährdete Bereich bzw. Behörden. Und um eine solche handelt es sich beim Regierungsgebäude bzw. dem KR-Saal. Nochmals: Mit der Kostenreduktion sind indirekt Verschlechterungen bei der Sicherheit verbunden. Indem die Sitzordnung im KR-Saal nicht um 180° gedreht wird, muss enger bestuhlt werden, als in der Vorlage vorgesehen ist, um *alle* Nutzungen in den Saal zu bringen. Dies bedeutet, dass es im Falle eines Ereignisses die Personen im Saal schwieriger haben, den zweiten Fluchtweg (die Aussentreppe) zu erreichen. Der Fluchtweg über die Aussentreppe ist für die Kantonsrätinnen und Kantonsräte auch schlechter, weil sie einen weiteren Weg zurückzulegen haben, da der Regierungsrat seine Plätze im unmittelbaren Bereich des Fluchwegs hat. Zudem hat der Saal nur noch zwei direkte Ausgänge aus dem Gebäude, bzw. aus dem Treppenhaus, gegenüber drei in der Vorlage des Regierungsrats. Da die Personen sehr eng aufeinander sind, ist das Risiko für eine gefährliche Handlung eher höher und zudem muss ein Polizeibeamter dauernd im Saal anwesend sein. Zudem wird ein Teil des Saals nicht oder nur sehr schlecht einsehbar sein, auch wenn im Eingangsbereich Glas verwendet wird. Es ist schwierig, zu beantworten, ob diese geringere Sicherheit durch die Minderkosten aufgewogen wird. Dies ist weniger eine technische als eine philosophische Frage. Die Hauptauswirkungen der Kostenreduzierung liegen nicht bei der Sicherheit, sondern bei der Komforteinbusse für Parlamentarier und Parlamentarierinnen wie auch für die Besuchenden. Letztlich aber ist es primär Ihr Saal.
Jean-Pierre Prodolliet hat Recht. Gewisse Renovationen, die in der Kommissionsvorlage nicht vorgesehen sind, werden wir in den nächsten zehn Jahren so oder so tätigen müssen. – Zu den Fragen über die Versicherungen von Josef Zeberg. Wir haben am 9. Juli 2002 von der Mobiliar 110'000 Franken erhalten, von der Gebäudeversicherung 192'083, total 302'083. Dies ist auf dem Konto 205006, transitorische Passiven, Versicherungsleistungen für Instandstellung KR-Saal, parkiert. In Bezug auf den Täter: Wir haben eine Regressforderung gemäss OHG geltend gemacht. Im Übrigen verweist der Votant auf das laufende Verfahren.
Wir bitten Sie, dem Antrag der Regierung zuzustimmen. Die Regierung kann sich dem Antrag der Kommission betreffend § 1 a (neu) anschliessen. Selbst bei einer ungebundenen Ausgabe sind wir unter 500'000 und die bereits ausgegebenen 300'000 Franken waren gebundene Ausgaben.
Zur elektronischen Abstimmungsanlage ist zu sagen, dass diese in der abgespeckten Vorlage nicht vorgesehen ist. Wir haben die Variante mit den 4,8 Mio als Grundbasis ausgelegt und unten haben wir noch Zusatzmöglichkeiten aufgeführt, die der Kantonsrat resp. die Kommission noch hätte beifügen können.

Der **Vorsitzende** ist der Meinung, dass die Leerrohre verlegt werden müssen, damit wir später nicht den ganzen Boden aufreissen müssen. Der **Baudirektor** bestätigt das.

➔ Der Rat beschliesst mit 59 : 8 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

§ 1

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich hier der Antrag der Regierung mit einem Betrag von 4'875'000 Franken und der Antrag der Kommission mit einem Betrag von 2,5 Mio Franken gegenüberstehen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 39 : 28 Stimmen dem Antrag der Kommission an.

§ 1 a (neu)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Kommissionsantrag vorliegt (siehe Vorlage Nr. 11173 – 11235, S. 11), dem sich auch die Regierung anschliesst. Die Stawiko beantragt, auf diesen Antrag zu verzichten.

➔ Der Rat lehnt den Kommissionsantrag mit 39 : 23 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass noch ein Antrag von Martin Stuber vorliegt, wonach bis zur 2. Lesung die Kosten für den Einbau einer elektronischen Abstimmungsanlage zu eruieren sind.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** ist der Ansicht, dass das bei den Optionen bereits aufgeführt ist. Auf S. 25 der Regierungsvorlage sind die Kosten für die «universelle Kommunikationsverkabelung» mit 245'000 Franken aufgeführt.

Martin **Stuber** ist der Ansicht, dass eine elektronische Abstimmungsanlage nicht nur aus den Kabeln besteht.

Hans-Beat **Uttinger** ist bereit, die Kosten der kompletten Anlage bis zur 2. Lesung zu eruieren. Damit entfällt der Antrag.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1117.5 – 11259 enthalten.

193 VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMS 1998 – 2003, KREDITBEGEHREN K 15 UND R 14, KANTONSSTRASSE 368a/127a, GEMEINDE HÜNENBERG, BETREFFEND SCHUTZMASSNAHMEN IN DEN GRUNDWASSERZONEN AN DER KANTONSSTRASSE 368a/127a, ABSCHNITT DRÄLIKON – ZOLLWEID

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1119.1 – 11154), der Strassenbaukommission (Nr. 1119.2 – 11198) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1119.3 – 11232).

Beat **Villiger** hält fest, dass die Strassenbaukommission einen Objektkredit von 1,1 Mio Franken für Gewässerschutzmassnahmen entlang der Kantonsstrasse im Raum Drälikon-Zollweid beantragt. Nachdem das Geschäft von keiner Seite bestritten wird, möchte er nicht weiter darauf eingehen, lediglich auf die verschiedenen Berichte verweisen und den Rat bitten, der Vorlage zuzustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 59 : 0 Stimmen zu.

194 GESETZ ÜBER DIE GEBÜHREN FÜR BESONDERE INANSPRUCHNAHME VON ÖFFENTLICHEN GEWÄSSERN (GEWÄSSERGEBÜHRENTARIF)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1090.1/.2 – 11082/83), der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz (Nrn. 1090.3/.4 – 11165/66) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1090.5 – 11168).

Kommissionspräsident Bruno **Pezzatti** weist darauf hin, dass gemäss dem neuen Gewässergesetz vom 25. November 1999 der Kantonsrat den Gebührentarif für konzessionspflichtige Nutzungen öffentlicher Gewässer erlässt. Beim früheren Gewässergesetz lag diese Kompetenz beim Regierungsrat. In der Kommission bereitete der Umstand Mühe, dass die Kommission bzw. der Kantonsrat heute noch das nachvollziehen bzw. absegnen kann, was der Regierungsrat vor sieben Jahren, d.h. im Jahre 1996 mit den damaligen neuen Richtlinien selbst vorweggenommen bzw. beschlossen hat. Dabei wurden die Konzessionsgebühren gegenüber den früheren Richtlinien von 1978 zum Teil erheblich nach oben bzw. an die Teuerung angepasst. Rund 2/3 der Konzessionen werden heute bereits aufgrund der Richtlinien 1996, also auf Grund des heute zu beratenden Gebührentarifs, verrechnet. Die Kommission kam in der Eintretensdebatte zum Schluss, dass trotz dieser sehr unbefriedigenden Ausgangslage die gesetzliche Grundlage für die Festsetzung des Gewässergebührentarifs notwendig und deshalb zu befürworten ist. Eintreten war unbestritten. In der Kommission bestand ferner Einigkeit darüber, dass die Gebühren grundsätzlich die Kosten decken, zum Teil aber auch in einem gewissen Verhältnis zum Wert der Leistung bzw. des Nutzens stehen sollen.

In der Detailberatung wurde zuerst die Frage geklärt, ob die Gebühren pauschalisiert werden sollen, wie dies im Rahmen der Vernehmlassung von einem früheren Kantonsrat vorgeschlagen wurde. Hier setzte sich die Ansicht durch, dass die Konzessionsgebühren gerechterweise grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip, d.h. gemäss Regierungsvorlage abzustufen sind. Bei den konkreten Gebühren gemäss § 1 stellt die Kommission drei punktuelle Änderungsanträge:
– Bei § 1 Abs.1 Bst. a, zweites alinea, beantragt die Kommission mit 9 : 3 Stimmen, für Bootshäuser, Bootsunterstände einen Tarif von 10 Franken/m^2 an Stelle der von der Regierung beantragten 20 Franken/m^2 festzulegen. Die Reduktion wird damit begründet, dass es sich bei den Bootshausnutzern vor allem um wenig begüterte Rentner und ehemalige Landis + Gyr-Angestellte handelt, weshalb die Gebühren zu halbieren sind.
– Bei § 1 Abs. 1 Bst. b, erstes alinea, beantragt die Kommission mit 9 : 3 Stimmen, für die Trinkwassernutzung die frühere Konzessionsgebühr von 1 Franken/Minutenliter gegenüber der Regierungsvariante von 2 Franken/Minutenliter festzulegen. Die Kommission nahm davon Kenntnis, dass der Wasserabsatz z.B. im Versorgungsgebiet der WWZ in absoluten Mengen gerechnet entgegen den allgemeinen Erwartungen nicht zunimmt, sondern seit längerer Zeit rückläufig ist. Vom Verbrauch und her gesehen ist somit eine Erhöhung und Verdoppelung der Gebühren nicht gerechtfertigt. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Gebührenerhöhung gemäss ersten Berechnungen der Wasserversorger eine Wasserpreiserhöhung von rund 0,5 % nach sich ziehen wird. Die Kommission ist der Auffassung, dass dies im Interesse der Konsumenten verhindert werden muss. Die Verteuerung des Wassers, so geringfügig diese auch ist, passt nicht ins Jahr des Wassers.
– Bei § 1 Abs. 1 Bst. b, zweites alinea schliesslich beantragt die Kommission mit 8 : 2 Stimmen bei einer Enthaltung, die Brauchwassernutzung bei direkter Rückführung in den Boden bei 1 Franken/Minutenliter festzulegen an Stelle der Regierungsvariante von 3 Franken. Diese Reduktion ist vor allem für Landwirtschaftsbetriebe von Bedeutung, die das Wasser für die Bewässerung ihrer Kulturen benötigen und dieses aus dem Grundwasser hinaufpumpen. Nachdem zum Teil sehr leistungsfähige Pumpen eingesetzt werden mit mehreren Hundert Minutenliter-Leistung, würde die Erhöhung der Konzessionsgebühren für die betroffenen Betriebe erhebliche Mehrkosten nach sich ziehen, dies zu einer Zeit, in welcher die Landwirtschaft auf Grund der gesunkenen Preise die Produktionskosten senken sollte. Noch ein Wort zur Feststellung der Stawiko, wonach die Kommission konsequenterweise auch beim Wasserbezug aus oberirdischen Gewässern einen Antrag stellen müsste. Diese Feststellung bzw. Kritik ist zutreffend. In der Kommission wurde dieser Antrag nicht gestellt. Der Votant weiss aber, dass an der heutigen Kantonsratssitzung ein entsprechender Antrag noch gestellt wird. Falls der Kantonsrat dem Antrag der Kommissionsmehrheit folgt, worum Bruno Pezzatti den Rat namens der Kommission ersucht, müsste der analoge Antrag zum Wasserbezug aus oberirdischen Gewässern seines Erachtens ebenfalls gutgeheissen werden.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage erstmals am 2. Juni 03 und nach Beantwortung zusätzlicher Fragen abschliessend am 12. August beraten hat. In Ergänzung zum Bericht möchte er noch folgende Punkte beleuchten.
1. Allgemeines. Wir haben nach der ersten Sitzung von der Regierung eine vollständige Übersicht über alle Tarife, mit Gegenüberstellung der alten und neuen Tarife

verlangt. Die finanziellen Auswirkungen der Gebührenhöhe wurden uns anhand von Beispielen aus den Bereichen Grundwassernutzung und Wasserbezug aus oberirdischen öffentlichen Gewässern aufgezeigt: Zudem musste die Regierung die Frage beantworten, ob mit den neu definierten Gebühren für Kälte- und Wärmenutzung ein Anreiz geschaffen wird, auf alternative Energien umzusteigen. Der Stawiko-Präsident wird im Folgenden darauf zurückkommen.

2. Tarifkonsistenz, Tarifhöhe. Die Mehrheit der Stawiko ist der Meinung, dass der von der Regierung vorgelegte Gewässertarif in sich stimmig ist, d.h. dass die Relationen zwischen den verschiedenen Tarifen stimmen. Die Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz schlägt Ihnen vor, isoliert einzelne Tarife zu ändern. Die Mehrheit der Stawiko lehnt dies ab: Begründung: Mit solchen Einzelmassnahmen wird die Tarif-Konstruktion nachhaltig gestört.

Beispiele: Die Kommission schlägt vor, die Brauchwassernutzung von Grundwasser bei direkter Rückführung in den Boden auf 1 Fr./Minutenliter zu belassen. Unverständlich ist jedoch, dass gleichzeitig der Wasserbezug aus oberirdischen Gewässern bei Rückgabe ins Gewässer auf 2 Fr./Minutenliter belassen wird. Der Vorschlag der Regierung macht aus Sicht der Stawiko Sinn: Das Verhältnis 3 Franken für die Brauchwassernutzung von Grundwasser versus 2 Franken für die Brauchwassernutzung bei Rückgabe ins oberirdische Gewässer soll die Nutzung oberirdischer Gewässern fördern und gleichzeitig das Grundwasser für den Hauptzweck, die Gewinnung von Trinkwasser tariflich schützen.

Wenn Sie Bootshäuser und Bootsunterstände mit Konzessionsgebühren von 10 Fr./m^2 statt 20 Fr./m^2 belegen, wie es die Kommission vorschlägt, wie wollen Sie dann den Tarif für Stützmauern/Stege/Treppen mit 15 Fr./m^2 begründen? Jedes isolierte Herumschrauben am Tarifwerk zerstört das stimmige Tarifgefüge.

3. Tarifhöhe. Die Betrachtung der prozentualen Steigerung gewisser Tarife könnte verständlicherweise fiskalpolitische Überlegungen zum Hauptargument werden lassen. Die absoluten Beträge sind aber in einer Höhe, die in einem aus unserer Sicht vertretbaren Verhältnis zur erbrachten Leistung stehen. Nehmen wir ein Beispiel: Die Wasserwerke Zug AG (WWZ) fördert in ihren Filterbrunnen Sternen, Drälikon und Oberwil Trinkwasser mit einer totalen konzessionierten Fördermenge von 23‘500 Liter/Minute Sie bezahlt bisher für das ganze Jahr eine Gebühr von 23‘500 Franken. Mit dem neuen Tarif, der schrittweise 2006 und 2028 bei Erneuerung ablaufender Konzessionen eingeführt wird, resultiert ab dem Jahr 2028 ein Betrag von 47‘000 Franken. In Prozent handelt es sich zwar um eine Steigerung von 100 %, absolut gesehen um eine überraschend tiefe Abgabe. Stellen Sie diesen Betrag von 47‘000 Franken in Relation zur Entnahme von 23‘500 Liter Trinkwasser pro Minute, das ganze Jahr. Trinkwasser ist eine sehr wertvolle Ressource, der Kanton erbringt dafür Leistungen. Die neuste Ausgabe in einer Höhe von 1,1 Mio Franken haben sie soeben im Rat verabschiedet. Ein vernünftiges Preis/Leistungsverhältnis ist anzustreben. Aus Sicht der Mehrheit der Stawiko sind deshalb bei diesem Geschäft fiskalpolitische Überlegungen in der Hintergrund zu stellen.

4. Förderung von alternativer Energie-Nutzung. Die von der Regierung vorgelegten Beispiele zeigen klar, dass das bei der Wärme- und Kältenutzung aus dem Grundwasser wie auch bei den gleichen Verfahren aus oberirdischen Gewässer klar eine Reduktion der Gebühren erfolgt. Mit dieser Massnahme wird die Regierung dem Anliegen gerecht, alternative Energie-Nutzungen zu fördern. Ein Mitglied der Stawiko hätte es begrüsst, wenn für die Wärme- und Kältenutzung überhaupt keine Gebühren

erhoben würden, um damit ein energiepolitisches Zeichen zu setzen. Auf einen diesbezüglichen Antrag wurde aber verzichtet.
Zusammenfassend beantragt die Stawiko mit einem Stimmenverhältnis von 3 : 2, auf die Vorlage einzutreten und ihr gemäss dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

Louis **Suter** weist darauf hin, dass die CVP-Fraktion im Grundsatz das Gesetz über die Gewässergebührentarife gemäss der Fassung des Regierungsrats unterstützt und für Eintreten ist. Dies aus folgenden Gründen:
1. Wir erachten es als dringend notwendig, die Gewässergebührentarife auf Grund des neuen Gesetzes über die Gewässer vom November 1999 endlich gesetzlich zu regeln und das bisherige System mit den wenig transparenten Richtlinien des Regierungsrats von 1978 bzw. 1996 zu ersetzen.
2. Die Differenzierung der Gebührenregelung nach der Nutzungsart ist eine positive Verbesserung gegenüber der alten Regelung.
3. Das vorgeschlagene System der Nutzungsgebühren ohne Arbeitspreise hat sich in der Praxis bewährt und ist verwaltungstechnisch einfach zu handhaben.

Sowohl der Präsident der vorberatenden Kommission wie auch der Stawiko-Präsident haben sehr ausführlich über dieses Gesetz informiert. Der Votant will sich deshalb auf wenige Punkte beschränken. – Über die Höhe der Gebühren kann man, je nach Interessenvertretung, verschiedener Meinung sein. Die Aussage der Regierung, wonach die neuen Gebühren von den bisher geltenden nur unwesentlich abweichen, stimmt jedoch in einigen Fällen überhaupt nicht. Insbesondere die Landwirtschaft muss mit unverhältnismäßig hohen Neubelastungen rechnen. Deshalb stimmt die CVP-Fraktion diesbezüglich dem Änderungsantrag der Kommission zu Bst. c zu. Und wir werden zusätzlich noch einen Änderungsantrag bezüglich den oberirdischen Gewässern bei Bst. d beantragen. Mehr dazu in der Detailberatung.

Maja **Dübendorfer** hält fest, dass die FDP-Fraktion grossmehrheitlich hinter der Vorlage des Regierungsrats steht, denn obwohl einzelne Tariferhöhungen zum Teil recht markant sind, sind die neuen Tarife mit verschiedenen Begründungen trotzdem vertretbar. Würden nun, wie von der Kommission beantragt, einzelne Positionen geändert, fällt die Vorlage aus ihrem Gleichgewicht. Vergleichen wir zum Beispiel die beiden Tarife der Brauchwassernutzung mit direkter Rückführung. Einmal erfolgt die Entnahme beim Trinkwasser und einmal aus einem oberirdischen Gewässer. Wieso soll die Entnahme von Trinkwasser günstiger sein? Mit den unterschiedlichen Tarifen, wie sie der Regierungsrat vorschlägt, wird die Entnahme aus oberirdischen öffentlichen Gewässer bevorzugt und sogar gefördert. Bei den Bootsunterständen ist die Erhöhung mit beinahe 600 % von 3 auf 20 Fr./m^2 riesig, vor allem, wenn man bedenkt, welche Benützergruppe hauptsächlich betroffen sein soll. Da aber die Mindestgebühr auf 100 Franken belassen wurde und solche Bootsunterstände gemäss Information selten über 5 m^2 Fläche benötigen, ist die Reduktion des Tarifs unbedeutend, man könnte sogar sagen hinfällig. Weniger Unbedeutend mag auf den ers-ten Blick die Verdoppelung des Trinkwassertarifs sein, und dies gerade nach einem solch heissen Prachtsommer. Hierzu muss man wissen, dass die zu bezahlende Gebühr eine Jahresgebühr ist. Diese ergibt sich anhand der Liter, welche die jeweilige Pumpe pro Minute abzupumpen vermag. Im Fall des Trinkwassers sind dies etwas mehr als 23'000 Liter pro Minute, was eine Gebühr von etwas mehr als 23'000

Franken pro Jahr und nicht pro Monat ergibt, was nun nach Annahme der Vorlage des Regierungsrats gut 47‘000 Franken pro Jahr heissen würde. Wasser ist, obwohl bei uns noch genügend vorhanden, trotzdem kostbar. Wie bereits erwähnt, lehnt die FDP die Änderungen der Kommission ab und unterstütz grossmehrheitlich die Vorlage des Regierungsrats. Zum Schluss noch dies: Uns wird heute eine Vorlage präsentiert, die seit Jahren schon praktiziert wird. Deshalb stösst das Vorgehen unserer Regierung bei der FDP-Fraktion auf Ablehnung.

Beni **Langenegger**: Um es vorweg zu nehmen, die SVP-Fraktion unterstützt beim vorliegenden Geschäft grossmehrheitlich die Fassung der vorberatenden Kommission und ist daher für Eintreten. Auch wir sind der Meinung, dass über die Konzessionsgebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern durchaus diskutiert werden darf. Jedoch muss unterschieden werden, welche Auswirkungen die Gebühren für die Allgemeinheit haben wird. Oder ob sie nur für einen kleinen Teil der Zuger Bevölkerung bestimmt sind. Denn es darf nicht sein, dass wir mit unserem lebenswichtigen Element Wasser, das zum täglichen Gebrauch genutzt wird, indirekte Steuern schaffen und so den Lebensunterhalt der Zuger Bevölkerung zusätzlich schmälern. Der Votant wird sich deshalb bei der Detailberatung im Namen der SVP-Fraktion zu einzelnen unbereinigten Punkten äussern.

Markus **Jans** erinnert daran, dass der heute gültige Gewässertarif vom Regierungsrat im Oktober 96 eingeführt wurde. Bereits 2/3 der Konzessionen laufen nach diesen Richtlinien und gaben bisher zu keiner Kritik Anlass. Trotz der aufgelaufenen Teuerung hat der Regierungsrat bei der Vorlage in weiser Voraussicht die Gebühren weder nach unten noch nach oben angepasst, sondern die gleichen Tarife wie 96 präsentiert. In der Kommissionsarbeit funktionierte das Lobbying bestens. Je nach Interessenvertretung wurden Gebühren nach unten und sicher nicht nach oben angepasst. Ob Bootshaus- und Bootsunterstandbenützer wirklich nur arme ehemalige Landis + Gy-Mitarbeiter und weniger Begüterte sind, wagt der Votant angesichts der Boots-PS auf dem Zugersee zu bezweifeln. Das Resultat ist, dass eine Gebührenliste vorliegt, welche in sich nicht mehr stimmt und unausgewogen daher kommt. Die jährliche Mindestgebühr für konzessionspflichtige Wassernutzung beträgt 100 Franken. Eine noch weitere Vergünstigung sieht das Gesetz nicht vor, was auch richtig ist. Wasser ist ein kostbares Gut, zu dem, obwohl im Überfluss vorhanden, Sorge zu tragen ist. Die Wertschätzung des Wassers zeigt sich letztendlich auch in der Höhe der Gebühren. Der von der Regierung vorgeschlagene Gewässergebührentarif schafft klare rechtliche Verhältnisse und ist in sich ausgewogen. Die SP-Fraktion ist einstimmig für die regierungsrätliche Vorlage und lehnt die Anträge der Kommission mit den nach unten angepassten Tarifen ab.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die AF die Vorlage der Regierung unterstützt. Es ist dringend nötig, den vor sieben Jahren festgelegten Gewässergebühren den gesetzlichen Rahmen zu geben, damit klare rechtliche Verhältnisse geschaffen werden. Die drei Änderungsvorschläge der Kommission hingegen lehnen wir ab, weil sie zu gering sind, um den daraus resultierenden Papierkrieg zu rechtfertigen. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Lösung ist abgestuft, die Preise sind

leistungs- und flächenbezogen. Sollte an diesen Tarifen gerüttelt werden, dann müsste, wenn schon, nicht nach unten, sondern nach oben korrigiert werden. Bruno Pezzatti, unseres Erachtens will das momentane UNO-Jahr des Wassers darauf aufmerksam machen, um welch kostbares Gut es sich beim Wasser handelt. Wenn der Kanton für Wassernutzung, -bezug sowie -ableitung Gebühren erhebt, signalisiert er damit, dass es Sorge zu diesem edlen Nass zu tragen gilt. In diesem Zusammenhang lohnt es sich auch, darüber nachzudenken, was die Medienmeldungen dieses Jahrhundertsommers für uns, die wir im Wasserschloss Schweiz leben, konkret heissen können. Was wird sein, wenn die Gletscher weiterhin so dahin schmelzen wie diesen Sommer? Auf die gesamte Schweiz betrachtet, verfügen wir doch nur über so viel Wasser in unseren Flüssen und Seen, weil uns die Gletscher und der darauf liegende Schnee dieses kostbare Nass Jahr für Jahr abgeben. Nach diesem Sommer sollte uns daher erst recht bewusst sein, dass zum Wasser Sorge getragen werden muss. Das können wir mit dem vorliegenden Gesetz bekunden. – Wir beantragen Ihnen also ein Ja zur Vorlage der Regierung.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** erinnert daran, dass Gebühren keine Steuern sind. Die zur Diskussion stehenden Gebühren stellen keine Steuern dar, die voraussetzungslos geschuldet sind. Es handelt sich vielmehr um Abgaben, welche für bestimmte staatliche Gegenleistungen zu bezahlen sind. Die Gebühren sollen also nicht nur die Kosten decken, sondern gleich einem Baurecht in einem angemessenen Verhältnis zum Wert der staatlichen Leistung stehen. Der Regierungsrat hat versucht, die Gebühren so tief wie möglich zu halten. Er will unter keinen Umständen die Fiskalquote erhöhen. Ausserdem sind die beantragten Ansätze des Regierungsrats in sich abgestimmt. Die vorberatende Kommission begehrt punktuell tiefere Ansätze. Diese Begehren sind abzulehnen, da sie die Ausgewogenheit der gesamten Gebührenordnung gefährden. Unter anderem will sie die Gebühren für Bootshäuser, -unterstände und Ähnlichem von 20 auf 10 Franken/m^2 senken. Für Stützmauern und Treppen (Fr. 15/m^2), für Wellenbrecher und Vorwehre sowie für Wasserungsstellen (Fr. 12/m^2) müsste also nach Meinung der Kommission mehr bezahlt werden als für Bootshäuser und -unterstände. Diese Unterscheidung ist weder sachlich noch rechtlich begründet. Der Regierungsrat und die Stawiko empfehlen deshalb, die punktuelle Gebührenanpassung der vorberatenden Kommission zur Ablehnung. In Einem muss der Votant der Kommission Recht geben: Sein Freund, der ein 120'000-fränkiges Boot im Ennetsee besitzt wird sich freuen, wenn er statt jährlich 300 Franken nur noch 150 Franken bezahlen muss. Der Champagner ist sicher schon kühl gestellt.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 1 Abs. 1 Bst. a

Der **Vorsitzende** hält fest, dass bei der Position *«Bootshäuser, Bootsunterstände u.ä.»* ein Kommissionsantrag auf Fr. 10.-/m^2 an Stelle von Fr. 20.-/m^2 vorliegt.

➔ Der Kommissionsantrag wird mit 43 : 19 Stimmen abgelehnt.

§ 1 Abs. 1 Bst. c

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass bei der *Trinkwassernutzung* ein Kommissionsantrag auf Fr. 1.-/Minutenliter gegenüber Fr. 2.-/Minutenliter gemäss Antrag der Regierung vorliegt.

➔ Der Kommissionsantrag wird mit 38 : 28 Stimmen abgelehnt.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass bei der Position *«Brauchwassernutzung bei direkter Rückführung in den Boden»* ein Kommissionsantrag auf Fr. 1.-/Minutenliter gegenüber Fr. 3.-/Minutenliter gemäss Antrag der Regierung vorliegt.

Leo **Granziol** sieht als Jurist sofort Probleme, wenn er liest «Brauchwassernutzung bei direkter Rückführung in den Boden». Was heisst das? Ich pumpe es links heraus und lasse es rechts wieder rein? Und wie ist es dann bei der sogenannten Wasserhaltung in Baugruben? Dort wird doch das Grundwasser abgepumpt und gleich wieder ins Grundwasser hinein gepumpt. Kostet das in Zukunft etwas für die Baumeister? Und wenn nicht, wo wird dann etwas verlangt, wenn das Grundwasser direkt wieder zurückgepumpt wird? Wieso wird überhaupt eine Gebühr verlangt? –Unter der Grundwassernutzung ohne Rückführung in den Boden versteht der Votant, dass man es abpumpt in eine Zisterne und dann vielleicht wegfährt. Aber was ist damit, wenn ich es rauspumpe und einen Teil davon brauche? Unter welche Gebühr fällt das? Hier haben Sie einen Riesenstrauss von Problemen, die überhaupt nicht gelöst sind. Vielleicht können Sie mir Auskunft geben.

Louis **Suter** kann mit Sicherheit sagen, dass wenn wir eine Bewässerung haben und dazu Grundwasser beziehen, der grösste Teil wieder zurück in den Boden und ins Grundwasser geht. Ein Teil wird natürlich von den Pflanzen aufgenommen. Das entspricht mindestens zum Teil der Bezeichnung «Brauchwassernutzung bei direkter Rückführung in den Boden». Und dazu möchte der Votant im Namen der CVP-Fraktion Stellung nehmen. Für die Bewässerung im Gemüse- und Obstbau werden in der Regel Sprinklersysteme verwendet. Das Gleiche gilt für die Frostbekämpfung bei Kern- und Beerenobst. Tröpfchenbewässerung, welche weniger Wasser brauchen, sind für diese Zwecke nicht geeignet. Sie werden vorwiegend für die Bewässerung in

Gewächshäusern und bei Dauerkulturen für Pflanzen mit kleinem Wurzelraum wie z.B. Himbeeren eingesetzt. Für Sprinklersysteme sind je nach Fläche Pumpenleistungen bis zu 2'800 Liter/Minute notwendig. Zum Vergleich: Die von den Feuerwehren am meisten benutzten Motorspritzen haben eine Leistung von ca. 1'400 Liter/Minute. Nach Abzug der ersten 300 Leistungsliter, welche gemäss Gesetz nicht verrechnet werden, hätte ein Bauer, der eine solche Pumpe einsetzt, jährlich mindestens Konzessionsgebühren von Fr. 3'300 Franken zu bezahlen. Für Landwirte, welche bei uns in der Regel nur unregelmässig wässern müssen, für ein bis drei Hektaren Kartoffeln, Gemüse oder Früchte, wäre eine solche Summe wahrlich astronomisch hoch. Da solche Bewässerungen bis anhin in der Regel gebührenfrei waren, ist der Hinweis der Regierung, die neuen Gebühren seien nur unwesentlich höher, hier mit Sicherheit total deplatziert.
Diese unverhältnismässig hohen Gebühren sind für die Landwirtschaft in keiner Art und Weise tragbar. Der Votant möchte in diesem Zusammenhang auf den heutigen Hauptartikel in der Neuen Zuger Zeitung hinzuweisen: «WTO-Verhandlungen von Mitte September. Der Druck auf Bauern wird immer grösser. 16 Betriebe werden täglich sterben.» Nutzen wir doch die Gelegenheit, als Kanton die Landwirte nicht mit neuen Gebühren unverhältnismässig zu belasten. Diese Gebühren aber stellen eine unnötige Belastung dar, ohne dass der Kanton auf dieses Geld angewiesen wäre. Für die betroffenen Landwirte ist jede Reduktion der Produktionskosten heute lebensnotwendig. Und wenn Louis Suter an den Schlusssatz des Baudirektors denkt, der von einem Bootsbesitzer gesprochen hat, der ja nicht auf dieses Boot angewiesen ist, und noch profitieren kann, würde es den Votanten sehr freuen, wenn der Rat Verständnis für dieses für die Landwirtschaft wichtige Anliegen hat und diesem Antrag der Kommission, den auch die CVP unterstützt, zustimmt. Auch die Gebühr von 1 Franken ist immer noch sehr hoch.

Kommissionspräsident Bruno **Pezzatti** zur Frage von Leo Granziol, was man unter Brauchwassernutzung bei direkter Rückführung in den Boden, bzw. ohne Rückführung in den Boden verstehe. Die direkte Rückführung in den Boden wurde eben von Louis Suter mit dem Beispiel der Bewässerung in der Landwirtschaft illustriert. Selbstverständlich gibt es hier auch Grenzfälle. Entscheidend ist, ob bei einer Brauchwassernutzung von Grundwasser dieses wieder zurück in den Boden versickert oder abkanalisiert und in ein Fliessgewässer geleitet wird. Dort wird die Grenze gezogen. Wobei es hier in der Praxis eventuell Abgrenzungsprobleme geben kann. Vielleicht kann hier der Baudirektor noch ergänzende Informationen geben.

Leo **Granziol** stellt den Antrag, das Wort «direkt» zu streichen. Es geht offensichtlich nur um eine Rückführung in den Boden. «Direkt» heisst für ihn unmittelbar.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko zusätzliche Unterlagen von der Baudirektion erhalten hat, u.a. auch Beispiele. Speziell auch einen Vergleich zwischen den Tarifen, die 96 gegolten haben und die heute gelten. Bei direkter Rückführung in den Boden ist das z.B. der Bauer, der Wasser bezieht, entweder aus dem Grundwasser oder eben aus oberirdischen Gewässern, aus Flüssen, Bächen und Seen. Die Position «Brauchwassernutzung ohne Rückführung in den Boden» bedeutet z.B., wenn

die Firma Risi Kies aufbereitet, Beton produziert, und dazu Wasser braucht. Dieses Wasser geht nicht direkt wieder in den Boden. Das geht über Ableitungen in den Bach oder mit dem Beton auf die Baustelle. Also nicht direkt wieder ins Grundwasser. Der Votant möchte darauf hinweisen, dass der Wasserbezug aus oberirdischen öffentlichen Gewässern (die Brauchwassernutzung, welche der Regierungsrat fördern möchte) 1969 zwei Franken kostete und heute immer noch so viel kostet. Das bleibt schön auf dem selben Niveau. Erhöht wurde der Bezug aus dem wertvollen Grundwasser. Dort steigt es von einem auf drei Franken. So stimmt auch das Verhältnis wieder.

Josef **Lang** findet es ärgerlich, wenn man so argumentiert, wie das vorher Louis Suter getan hat. Unter anderem mit Hinweis auf WTO. Der Votant hätte auch einen Hinweis auf das Sparpaket verstanden. Wenn man so argumentiert, dass man hier den Bauern entgegenkommen soll, nachdem Louis Suter als Bauernvertreter einem Steuerpaket zugestimmt hat, für das vor allem die Bauern einen sehr hohen Preis bezahlen werden. Wenn die Bäuerinnen und Bauern und vor allem deren Vertreter Solidarität wollen, dann brauchen sie ein gewisses Mass an Kohärenz. Und vor allem geht es dann nicht an, die Reichen zu schonen und von den andern immer etwas zu wollen.

Beni **Langenegger** hält fest, dass die SVP-Fraktion bei der Brauchwassernutzung bei direkter Rückführung in den Boden den Antrag der Kommission unterstützt, den Tarif auf einem Franken pro Minutenliter zu belassen oder das Wasser gar zum Nulltarif abzugeben. Denn hier trifft es vor allem die Landwirtschaft, die sonst schon mit dem Preiszerfall ihrer Produkte zu kämpfen hat und sich keine höheren Produktionskosten mehr leisten kann. Mit Kollege Louis Suter teilt der Votant die Meinung. Zudem muss auch einmal gesagt werden, dass die Landwirtschaft zum Teil massive und existenzbedrohende Einschränkungen innerhalb von Quell- und Grundwasserzonen hinnehmen muss. Und diese Einschränkungen werden von den Wasserversorgern für eine Bratwurst abgegolten. Aber trotzdem hat auch die Landwirtschaft grosses Interesse an qualitativ ausgezeichnetem Grund- und Quellwasser. Gerade solche Einschränkungen auf Seiten der Landwirtschaft sind grosse Dienstleistungen für die Zuger Bevölkerung. Deshalb bittet Beni Langenegger den Rat, mit niedrigen Brauchwassernutzungstarifen von einem Franken, wie es die Kommission vorschlägt, den Goodwill der Landwirtschaft zu honorieren.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** möchte Leo Granziol antworten. Seiner Meinung nach unterliegt eine Baugrube keiner konzessionierten Wassernutzung. Aber er wird das auf die 2. Lesung hin genau abklären.

Der **Vorsitzende** fragt Leo Granziol, ob er an seinem Antrag auf Streichung des Wortes *direkter* Rückführung festhält. Dieser bejaht das. Der Baudirektor ist mit dieser Streichung einverstanden.

➔ Damit ist die Streichung von *direkt* beschlossen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 35 : 26 Stimmen dem Antrag der Kommission an, den Tarif bei der Brauchwassernutzung bei Rückführung in den Boden auf Fr. 1.-/Minutenliter festzulegen.

§ 1 Abs. 1 Bst. d

Max **Uebelhart** möchte für die Redaktionskommission wissen, ob zwischen *Rückführung* (in Bst. c) und *Rückgabe* (in Bst. d) ein Unterschied besteht.

Da weder der Kommissionspräsident noch der Baudirektor die Frage beantworten kann, möchte der **Vorsitzende**, dass diese offene Frage bis zur 2. Lesung geklärt wird.

Leo **Granziol** stellt den Antrag, auch bei der Position *Brauchwassernutzung ohne direkte Rückgabe ins Gewässer* das Wort *direkte* wegzulassen, parallel zur Streichung in Bst. c.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass die Regierung hier an ihrem Antrag festhält und das Wort *direkte* belassen will.

➔ Der Rat schliesst sich mit 32 : 22 Stimmen dem Streichungsantrag von Leo Granziol an.

Louis **Suter** möchte sich bei der Stawiko bedanken, dass sie richtigerweise darauf hingewiesen hat, dass konsequenterweise nicht nur die Gebühren für die Brauchwassernutzung von Grundwasser mit Rückführung in den Boden, sondern auch die Brauchwassernutzung aus oberirdischen öffentlichen Gewässern ohne direkte Rückgabe ins Gewässer reduziert werden muss. Leider wurde dies in der Kommission nicht beachtet. Für die Bewässerung eignet sich sowohl Grundwasser als auch Fliesswasser. Und die Situation ist ganz genau gleich, nur dass hier der Regierungsantrag auf vier Franken lautet. Aber wir haben die genau gleichen Pumpen und die genau gleichen Voraussetzungen. Jetzt müsste ein Landwirt sogar 4'400 Franken für eine einfache Pumpe bezahlen. Der Votant möchte den Rat deshalb bitten, seinen Antrag auf Reduktion auf einen Franken zu unterstützen.

Kommissionspräsident Bruno **Pezzatti** bestätigt, dass dieser Antrag einen direkten Zusammenhang mit dem Antrag bei Bst. c hat. Es ist seines Erachtens richtig, dass der Bezug von Fliessgewässern gefördert wird im Gegensatz zum Bezug aus dem Grundwasser. Von dort her gesehen ist der Antrag von Louis Suter konsequent und zu unterstützen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 40 : 16 Stimmen dem Antrag von Louis Suter an.

§ 3

Max **Uebelhart** bittet als Präsident der Redaktionskommission, die Reihenfolge der Worte *Konzessionär* und *Konzessionärin* auszutauschen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1090.6 – 11260 enthalten.

195 GESETZ ÜBER DEN STEUERAUSGLEICH UNTER DEN KATHOLISCHEN KIRCHGEMEINDEN DES KANTONS ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1104.1/.2 – 11110/11) und der Kommission (Nr. 1104.3 – 11214).

Kommissionspräsident Gregor **Kupper** hält fest, dass es bei dieser Vorlage schon bald um einen Dauerbrenner geht und er sich deshalb kurz halten will. Sie alle haben den Kommissionsbericht erhalten wie auch den umfangreichen Schriftverkehr und sollten deshalb bestens informiert sein. 41 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Motion Studerus/Pezzatti/Fähndrich haben verlangt, dass der Finanzausgleich unter den katholischen Kirchgemeinden verschärft wird. Dass diese Bestimmungen mehr greifen im Hinblick darauf, dass die Steuerfüsse der Kirchgemeinden zusammengeführt werden. Die Regierung hat eine Vorlage ausgearbeitet. Sie haben in der Januarsitzung dieses Jahres die Motion erheblich erklärt. Wir haben bei der Behandlung dieser Motion bereits schon fast eine materielle Diskussion geführt, weil ein Antrag Pezzatti vorlag, den Mindestsatz gegenüber dem Vorschlag der Regierung anzuheben. So hat dann der Kantonsrat entschieden, dass er einen Mindestsatz von 20 % in der Vorlage haben will. Die kantonsrätliche Kommission hat das Geschäft an einer Sitzung behandelt und einstimmig Eintreten beschlossen. Das Geschäft war also in sich nicht umstritten. Umstritten war hingegen die Aufnahme eines Mindestsatzes in das Gesetz. Bewusst wurde von der Regierung vorgeschlagen, diesen Mindestsatz von 20 % des Steuerertrags der juristischen Personen als Einlage in den Topf, der verteilt werden soll, im Gesetz zu fixieren. Denn nur so wird das Ziel der Motionäre erreicht. Wenn wir ein Rahmengesetz gemacht hätten ohne Mindestsatz, dann hätten wir auch die ganze Übung sein lassen können, weil in der bisherigen gesetzlichen Regelung – wenn auch optisch unschön, weil es ein Artikel vom alten Steuergesetz ist – diese Bestimmungen bereits gehabt hätten. So gesehen müsste eigentlich das ganze Geschäft unbestritten sein. Der Votant hat allerdings gehört, dass ein Nichteintretensantrag kommt. Er wird dann darauf eingehen. Wenn wir ein richtiges Gesetz haben wollen, das dem Ziel der Motionäre nachlebt,

werden Sie diesen Mindestsatz hineinnehmen und der Vorlage zustimmen müssen. Das empfiehlt Ihnen die Kommission in einem Stimmenverhältnis von 9 : 4. Auch die CVP-Fraktion stellt sich hinter diesen Beschluss, zumindest grossmehrheitlich.

Vreni **Sidler** erinnert daran, dass bereits im Jahr 2000 die Regierung einen 20 %-igen Anteil des Steueraufkommens von juristischen Personen für den Steuerausgleich unter den kath. Kirchgemeinden wollte. Die Mehrheit des Kantonsrats liess damals den variablen Satz von 15 bis 30 % unverändert stehen, weil die Kompetenzen der Kirchgemeinden nicht beschnitten werden sollten. Der Kantonsrat wollte der neu gegründeten Vereinigung der kath. Kirchgemeinden (VKKZ) die Chance geben, die Angelegenheiten in eigener Kompetenz in Ordnung zu bringen. Die VKKZ hat in der Zwischenzeit auch den Nutzen für alle erkannt und den Beitragssatz von 18 % auf 19 % erhöht. Im Januar 03 zeigte die Mehrheit des heutigen Kantonsrats jedoch durch die teilweise erheblich erklärte Motion, dass ein Mindestsatz von 20 % begrüsst wird.
Die FDP-Fraktion zeigt nicht eitel Freude, wenn es um Kirchensteuern von juristischen Personen geht. Diese Entscheidung fiel jedoch bereits bei der Steuergesetzrevision mit der Begründung, dass die Kirche auch soziale und seelsorgerische Aufgaben wahrnimmt. Eine solche Betreuung wird von juristischen Personen nie beansprucht. Bereits diese Tatsache allein rechtfertigt, einen höheren Anteil dieser Einnahmen für die Finanzierung des Steuerausgleichs unter den kath. Kirchgemeinden zu verwenden. Der Steuerausgleich bei den politischen Gemeinden hat sich für den ganzen Kanton positiv ausgewirkt. Das Gleiche erhofft sich die FDP-Fraktion auch für die kath. Kirchgemeinden durch die Erhöhung des Mindestsatzes auf 20 %, besonders aber auch durch den neuen Verteilschlüssel, welcher einen Mechanismus zur Steuerfusssenkung beinhaltet und die finanzielle Belastung durch das Verwaltungsvermögen berücksichtigt. Das vorliegende Gesetz regelt im § 5 auch die Kompetenzen zwischen Regierung und der VKKZ. Die bisher vom Regierungsrat für vier Jahre bestellte Kommission wird abgeschafft. Die VKKZ ist neu zuständig für den Vollzug und die Detailregelung. Diese Verbesserung des Zuständigkeitsbereichs wiegt die Einmischung und das zusätzliche Prozent im Ausgleichstopf mehr als auf. Die Votantin bittet den Rat, auch im Namen der FDP Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und dem neuen Gesetz zuzustimmen

Hans **Durrer** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig beschlossen hat, auf die Vorlage nicht einzutreten und ihr nicht zuzustimmen. Wir begründen unsere Haltung wie folgt:
1. Das vorliegende Gesetz wurde vor zwei Jahren im Kantonsrat bereits behandelt. Er hat damals auf Anraten der vorberatenden Kommission Gregor Kupper Nichteintreten beschlossen. Es ist unverständlich, weshalb wir uns heute – nach so kurzer Zeit – wiederum mit dem damals abgelehnten Steuerausgleich befassen müssen. Es handelt sich hier um Zwängerei.
2. Von den elf kath. Kirchgemeinden wollen zehn keinen vom Kantonsrat verordneten Steuerausgleich. Sie lehnen Eingriffe in ihre Hohheitsrechte ab und beharren auf ihrer Autonomie. Nur die kath. Kirchgemeinde Menzingen sucht offenbar einen vom Staat verordneten Steuerausgleich. Die dem Votanten vorliegenden Protokolle der VKKZ belegen diese Ausführungen.

3. Den im vorliegenden Gesetzesentwurf verankerten Mindestbeitragssatz von 20 % benötigt die VKKZ nach ihren eigenen Angaben zur Zeit nicht. Sie hat übrigens vor Kurzem von sich aus den Mindestbeitragssatz von 18 auf 19 % heraufgesetzt und ist auch bereit, den Satz, wenn erforderlich, freiwillig, ohne staatlichen Zwang, auf 20 % zu erhöhen, so wie er, wie schon wähnt, in der Gesetzesvorlage vorgesehen ist.
4. Wir stellen also fest, dass die kath. Kirchgemeinden grossmehrheitlich einen vom Kantonsrat verankerten Steuerausgleich nicht wollen, ihn selbst regulieren wollen und nicht wünschen, dass dies über den Kantonsrat erfolgt. Und wir glauben auch annehmen zu dürfen, dass sie sich mit einem Referendum dagegen wehren würden.
Aus all diesen Gründen beantragen wir, auf die Vorlage nicht einzutreten. Wir brauchen keine neuen Gesetze, wenn sie nicht unbedingt notwendig sind.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass die SP-Fraktion für Eintreten zur Vorlage ist und den Anträgen des Regierungsrats zustimmt. Wir sind für einen Finanzausgleich unter den kath. Kirchgemeinden. Mit dem gewählten Vorgehen ist es möglich, dass es klar zu Annäherungen bei den Steuersätzen der verschiedenen Gemeinden kommt. Im Moment haben wir eine Streuung dieser Sätze von 9,9 bis zu 15 %. Eine noch nähere Annäherung erfolgte ja in den letzten Jahren nicht gross. Schon aus dieser Sicht ist es gerechtfertigt, wenn wir hier vom Kantonsrat her eingreifen. Das Hauptargument für diese Vorlage ist die Solidarität unter den kath. Kirchgemeinden. Solche mit hohen Steuererträgen sollen diejenigen mit unterstützen, die weniger hohe Steuererträge haben. Der Finanzausgleich soll korrigierend eingreifen, jedoch ohne in die Autonomie der einzelnen Körperschaften einzugreifen. Das gleiche haben wir ja auch schon beim kantonalen Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden. Ein Argument gegen diese Vorlage ist die Einschränkung der Gemeindeautonomie. Das Gegenteil ist hier nach Meinung des Votanten der Fall: Den kath. Kirchgemeinden wird nur noch der Mindestsatz für den Finanzausgleich vorgeschrieben, der Rest, d.h. die Organisation des Gesetzes etc. liegt dann bei den Kirchgemeinden. Es gibt eine bessere und klarere Kompetenzregelung zwischen Kirche und Staat gegenüber dem aktuellen Zustand. Im Namen der SP-Fraktion bittet Markus Jans den Rat, den Anträgen des Regierungsrats zuzustimmen.

Als damalige Mitmotionärin ist es Rosemarie **Fähndrich Burger** ein grosses Anliegen, für die Gesetzesvorlage zu plädieren. Natürlich hätte es sie mehr gefreut, wenn der Hauptantrag der damaligen Motion, die völlige Aufhebung der steuerlichen Belastungsunterschiede unter den kath. Kirchgemeinden, in die Gesetzesvorlage aufgenommen worden wäre. Nun bittet sie alle, wenigstens den kleinen Schritt hin zu ein wenig ausgeglicheneren Steuern zu unterstützen. Sie bekunden damit Ihr Wohlwollen für eine solidarischere Haltung unter den kath. Kirchgemeinden. Die Votantin möchte bei dieser Gelegenheit ihrem Unmut Luft machen darüber, wie sich Peter Niederberger namens der VKKZ gegenüber dem Kantonsrat in einem Brief geäussert hat. Im Namen der Vereinigung hat er die Äusserungen im Brief, der den Kantonsräten vorliegt, auf S. 2 mit den Worten eingeleitet: «Es trifft nicht zu, dass …». Die nachfolgend aufgeführten vier Punkte sind schlichtweg Unterstellungen. Rosemarie Fähndrich möchte zu den einzelnen Punkten Stellung nehmen.
Zu 1.: Bei der Beratung der Vorlage war uns bewusst, dass die Kirchgemeinden über eine Regelung des Finanzausgleichs verfügen. Es hat also niemand davon gespro-

chen, dass ein entsprechendes Reglement fehlen würde. Das hier vorliegende Gesetz geht einfach noch einen kleinen Schritt weiter und regelt die Eckdaten des Ausgleichs detaillierter als bisher.
Zu 2.: Es wurde nie davon gesprochen, dass das bestehende Reglement kompliziert und kaum durchsetzbar sei. Es geht uns lediglich zu wenig weit.
Zu 3.: Es hat im Zusammenhang mit der Gesetzesvorlage nie jemand behauptet, die Steuerfüsse seien in den letzten Jahren und Jahrzehnten nie angepasst worden.
Zu 4.: Uns ist bewusst, dass die VKKZ eigenverantwortlich nach Lösungen zu Verbesserungen sucht. Es fehlt uns jedoch der notwendige Schritt, der die weniger begüterten Kirchgemeinden mutiger und vor allem solidarischer am grossen finanziellen Ertrag der juristischen Personen von Zug und Baar teilhaben lässt.
In diesem Sinn bittet die Votantin alle, die Vorlage in der Fassung von Regierung und Kommission zu unterstützen. Die AF hat sich für keine Fraktionsmeinung entschieden.

Konrad **Studerus** ist sehr überrascht über das Votum von Hans Durrer. Deshalb möchte er ihm doch noch erklären, um was es geht. Er hat offensichtlich überhaupt nicht begriffen, was hinter dieser Vorlage steht. – Die relativ grossen Unterschiede bei den Steuerfüssen zwischen den einzelnen kath. Kirchgemeinden von ca. 9 bis 15 % des kantonalen Einheitssatzes sollen reduziert werden. Dazu braucht es einen gewissen minimalen Finanzausgleich. Die Ursache der steuerlichen Diskrepanz kommt mindestens teilweise daher, dass die Kirchensteuern der juristischen Personen – und es geht nur um diese – sehr einseitig anfallen und deshalb einen gewissen Ausgleich nötig machen. Der VKKZ hat ein vernünftiges und gerechteres Finanzausgleichssystem leider lange verzögert, resp. erst unter dem Druck der Regierung und der Motion an die Hand genommen. Deshalb muss der Kanton auch weiterhin zum Rechten schauen. Das Recht zur Erhebung von Kirchensteuern ist nämlich kein Recht sui generis der Kirchgemeinden, sondern ein vom Kanton verliehenes Recht. Deshalb ist es unsere Sache, hier zu bestimmen, wie das läuft. Der Finanzausgleich bei den kath. Kirchgemeinden geht sehr viel weniger weit als der bei den Einwohnergemeinden und ist für die finanzstarken Kirchgemeinden absolut problemlos verkraftbar. Vom Steuerertrag der juristischen Personen sollen neu mindestens 20 % in den Ausgleichstopf gegeben werden. Und das sind nur gerade etwa 130'000 Franken mehr als heute. Diese 20 % sind also ein sehr massvoller Minimalsatz, der jetzt endlich festgeschrieben werden sollte, um die unwürdigen Diskussionen seit etwa zehn Jahren zu beenden. Nach oben sind die Kirchgemeinden übrigens völlig frei. Die kath. Kirchensteuern entsprechen je nach Kirchgemeinde etwa einem Fünftel bis einem Sechstel der Gemeindesteuern. Die Kirchensteuern sind deshalb als *ein* Element der steuerlichen Gesamtbelastung im Kanton Zug nicht zu vernachlässigen. Die Motion Pezzatti/Fähndrich/Studerus, die zur heutigen Vorlage geführt hat, wurde vor mehr als zwei Jahren eingereicht und damals von 41 Kantonsrätinnen und Kantonsräten aus allen Fraktionen mitunterzeichnet. Dies allein zeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Die seinerzeitigen Motionäre empfehlen den Antrag von Regierung und Kommission zur Annahme. Zwar hätte der Mitmotionär Bruno Pezzatti selbst und viele andere unter Ihnen lieber einen höheren Minimalsatz von z.B. 22 % gesehen. Nachdem sich aber der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 30. Januar 2003 materiell bereits für einen Satz von 20 % ausgesprochen hat, stellt der Votant heute keinen weiter gehenden Antrag.

Noch ein Wort zum Antrag von Hans Durrer. Jemand hat heute von Schlangen gesprochen, die sich herumschlängeln. Hans Durrer schlängelt sich gewaltig herum. Konrad Studerus möchte kurz zitieren, was heute in der Zeitung steht. Da heisst es, die FDP stimmt für den Antrag der Regierung, die SVP auch. (Rufe aus dem Plenum, dass das dort falsch ist.) Aber die andere Schlangenbewegung ist noch viel grotesker. Das war nämlich am 30. Januar in diesem Rat. Da hat unser lieber Hans Durrer Folgendes gesagt: «Hans Durrer hält fest, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich beschlossen hat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen.» Und der Antrag des Regierungsrats war, die Motion erheblich zu erklären und 20 % Minimalsatz festzulegen. Vergessen Sie also den heutigen Antrag Durrer, er ist aus einem Moment einer gewissen Verwirrtheit entstanden. Treten Sie auf die Vorlage der Regierung ein und stimmen Sie ihr auch im Detail zu. Lehnen Sie allenfalls neu hinzukommende Anträge ab, das dient nur der Verwirrung und nicht dem Ziel.

Hans **Durrer** möchte kurz aus dem KR-Protokoll zitieren, was er am 30. Januar gesagt hat: «Hans Durrer hält fest, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich beschlossen hat, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen. Wir sind aber erstaunt, dass in Zug die Vertreter der kath. Kirchgemeinden nicht in der Lage waren, unter sich selbst eine befriedigende Lösung zu finden, wie dies bei den evangelischen Kirchgemeinden der Fall ist. Offenbar fällt es den Vertretern der kath. Kirchgemeinden leichter, Solidarität, Bescheidenheit und Gerechtigkeit zu predigen, als sie selbst zu verwirklichen. Ein Ruhmesblatt ist diese Gesetzesvorlage für die Vertreter der kath. Kirchgemeinden nicht. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es in Zukunft nicht angebracht wäre, die Bandbreite der Kirchensteuer der Zuger kath. Kirchgemeinden von derzeit 10 bis 15 % nach unten zu verlegen. Die Aufgabe der kath. Kirche ist nämlich, die Botschaft Gottes zu verkünden und nicht, überflüssige Liquidität in Immobilien und andere Kapitalanlagen zu investieren.»
Die VKKZ hat dazu gelernt. Sie hat das Reglement geändert und den Satz von 18 auf 19 % erhoben. Mit Einwilligung damals von den Vertretern der kath. Kirchgemeinde in Menzingen. Die Protokolle liegen dem Votanten vor. Es geht also zur Zeit nur um einen Prozentpunkt zwischen einer freiwilligen Lösung der kath. Kirchgemeinden und einem staatlich verordneten Dekret.

Bruno **Pezzatti** wollte eigentlich bei dieser Debatte das Wort nicht ergreifen. Aber nachdem Hans Durrer offensichtlich einseitig dermassen falsch informiert worden ist, muss er hier doch Einiges festhalten. Es ist nicht die VKKZ, welche freiwillig diesen Satz von 18 auf 19 % hinauf gesetzt hat, sondern diese Heraufsetzung war nötig, weil es im Reglement vorgeschrieben war. Beim Steuerausgleichs-Mechanismus war das vorgegeben. Es war also nicht der freie Wille der VKKZ. – Der Kommissionspräsident erinnert Hans Durrer auch daran, dass er ein Schreiben erhalten hat vom Sekretär des VKKZ, welches der Votant nicht weiter kommentieren möchte. Aber offenbar hat dieses Schreiben die sonst klare Sicht von Hans Durrer etwas vernebelt. Bruno Pezzatti ist überzeugt, dass die Vorlage der Regierung, welche eine ganz moderate Verbesserung des Steuerausgleichs bringen wird, vom Kantonsrat und von allen kath. Kirchgemeinden mitgetragen werden kann. Es geht bei dieser Frage vielleicht noch um gewisse Prestigefragen beim Präsidenten des VKKZ, der hier seine Leute offenbar geschickt eingesetzt hat, um ein Lobbying zu betreiben und die bishe-

rige Regelung beizubehalten. Der Votant hofft, dass der Kantonsrat hier der Regierung folgt.

Gregor **Kupper** meint, es habe im Votum von Hans Durrer eins, zwei Ausführungen gehabt, die er so nicht stehen lassen könne. Auf der einen Seite spricht er von Zwängerei. Natürlich ist es keine Zwängerei, denn vor zwei oder drei Jahren hat der Kantonsrat hier gar kein Gesetz behandelt. Er hat schlicht und einfach Nichteintreten beschlossen und damit war die Sache vom Tisch. Wieso hat er das getan? Weil damals der VKKZ neu ein Reglement vorgelegt hat und man zuerst schauen wollte, ob dieses Reglement tatsächlich greift. Heute stellen wir fest, dass die Differenz vom tiefsten zum höchsten Steuerfuss der kath. Kirchgemeinden praktisch unverändert ist zu damals. Das ganze Gefüge ist um einen Punkt heruntergekommen, aber die Differenzen sind gleich geblieben. Es zeigt sich also, dass die Schere dieser Steuerfüsse nicht zusammengegangen ist, dass das Motionsanliegen berechtigt war und jetzt umgesetzt werden soll.
Zur Autonomie der Kirchgemeinden. Natürlich pochen auch die Kirchgemeinden – wie die politischen Gemeinden übrigens auch – immer dann auf ihre Autonomie, wenn sie meinen, sie hätten davon Vorteile. Das dürfte bekannt sein. Das kennt der Votant auch als ehemaliger Gemeindepräsident. Wenn wir bei den Kirchgemeinden von Autonomie sprechen, müssen wir uns bewusst sein, dass die Steuerhoheit der kath. und der reformierten Kirchgemeinden durch die Verfassung garantiert ist. Die selbe Verfassung sagt aber auch in § 74: Das Gesetz regelt den Finanzausgleich. Wir können also nicht hingehen und sagen: Ach Gott, die sollen das selbst regeln. Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, der Verfassung nachzuleben und eine entsprechende gesetzliche Bestimmung zu erlassen. Wenn wir dann schon ein Gesetz machen, scheint es sinnvoll, dass wir auch die Zwecke verfolgen, die dieses Gesetz eigentlich mit sich bringen soll. Und das ist das Zusammenführen der Steuerfüsse. Also macht dieser Mindestsatz Sinn.
Noch etwas zu den finanziellen Auswirkungen. Die kath. Kirchgemeinden haben einen Steuerertrag von den juristischen Personen von ungefähr 13 Mio. Wir sprechen also bei 20 % von 2,6 Mio, die in diesen Topf hinein müssen, der zur Verteilung bereit steht. Die Kirchgemeinden gerade der kleinen Gemeinden müssen sich jetzt aber auch mal die Rechnung machen, die auf sie zukommt. Wir haben heute Morgen festgestellt, dass das Steuersubstrat der juristischen Personen ganz erheblich zurückgeht, ungefähr um 25 %. Gehen wir davon aus, dass im Jahr 2003 nur noch 10 Mio Kirchgemeindesteuern von den juristischen Personen kommen, bleiben dann nur noch 2 Mio zum Verteilen. Da werden einige Kirchenkassiers grosse Augen machen, wenn dann der Ertrag aus diesem Ausgleichstopf zurückgeht. Da hat dann der Eine oder Andere Freude, dass wir uns für die Gemeinden eingesetzt haben, die von diesem Finanzausgleich profitieren. So gesehen wird er wahrscheinlich sogar unter diesen geänderten Umständen sein Ziel nicht mal erreichen, zumindest in den nächsten ein, zwei Jahren.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte nicht mehr viel ergänzen, der Kommissionspräsident und die Motionäre haben die Meinung der Regierung weitgehend dargelegt. Er möchte nur noch zum Nichteintretensantrag von Hans Durrer Stellung nehmen und dem Rat empfehlen, nicht darauf einzugehen. Denn dem Rahmengesetz

kommt eine breite Akzeptanz entgegen und es ist ja ausschliesslich die 20 %-Regel, welche zu grossen Diskussionen Anlass gibt. Und das können Sie ja dann beim entsprechenden Paragraphen beschliessen. Würden Sie Nichteintreten beschliessen, bliebe ja die Motion bestehen und die Regierung stünde dann vor einem grossen Problem, weil sie dann wirklich nicht mehr wüsste, was sie machen sollte. Dann müssten Sie auch diese Motion als nichterheblich abschreiben. Also bitte unterstützen Sie die Vorlage, sie hat es verdient. Es liegt eine lange Geschichte dahinter und die Akzeptanz ist breit.

➔ Der Rat lehnt den Nichteintretensantrag der SVP-Fraktion mit 39 : 16 Stimmen ab.

DETALBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1104.4 – 11261 enthalten.

196 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 25. September 2003.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

14. SITZUNG: DONNERSTAG, 25. SEPTEMBER 2003

8.30 - 12.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani und Monika Benhaida (bis S. 470)

197 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Leo Granziol, Regula Töndury, Werner Villiger, alle Zug; Gerhard Pfister, Oberägeri; Markus Bucher, Unterägeri; Heini Schmid, Baar und Peter Dür, Steinhausen.

198 BEGRÜSSUNG

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass sich das schreckliche Attentat vom 27. September 2001 zum 2. Male jährt. Mit grosser Wehmut denken wir zurück an die Kolleginnen und Kollegen, die damals ihr Leben verloren haben. In Gedanken sind wir auch mit den Angehörigen und mit allen Betroffenen verbunden, die immer noch leiden. In Dankbarkeit erinnern wir uns immer wieder an die unglaubliche Solidarität der Zuger Bevölkerung, die unser Leiden mitgetragen hat. Wir denken an die Anteilnahme und Verbundenheit, die wir damals in der gesamten Schweiz und in der ganzen Welt erfahren durften. Es waren Lichtblicke in dunkelster Zeit. Einmal mehr erinnert der Vorsitzende an diesem Jahrestag an die Worte seines Amtsvorgängers Christoph Straub: „Ich hoffe, dass es uns gelingt, das Zusammenrücken nach dem Attentat und die trotz aller Meinungsverschiedenheiten erlebte menschliche Nähe in eine permanente politische Kultur überzuführen."

➔ Auf Ersuchen des Ratspräsidenten erheben sich die Ratsmitglieder in stiller Trauer und es wird an die getöteten Kolleginnen und Kollegen aus Regierungsrat und Kantonsrat gedacht.

199 MITTEILUNGEN

Tele Tell stellt das Gesuch um ein Filmrecht in einer Kantonsratssitzung. Die Art der Aufnahmen seien: allgemeines Filmmaterial ohne Ton. Nähere Aufnahmen der Regierungsräte und oberflächliche Aufnahmen der Kantonsräte. Zweck der Aufnahmen: die Bebilderung der Kurznachrichten, da Entscheide aus dem Kantonsrat oft ein Thema für Kurznachrichten seien. Die Bilder der Regierungs- und Kantonsräte seien für das Archiv und ausschliesslich für den internen Gebrauch.
Das Schweizer Fernsehen ersucht während der Kantonsratssitzung im Hinblick auf den zweiten Jahrestag Aufnahmen machen zu dürfen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

200 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolles der Sitzung vom 28. August 2003.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Energiegesetz.
Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nrn. 1162.1/.2 - 11269/70).

3.2. Änderung des Gesetzes über die Kinderzulagen.
Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nrn. 1161.1/.2 - 11267/68).

3.3. Vollzug des Strassenbauprogrammes 1998 - 2003, Kreditbegehren KS 2 und R 15 Kantonsstrasse 381 A, Gemeinden Zug und Baar betreffend kombinierter Rad- / Gehweg Ägeristrasse, Abschnitt Lüssirainstrasse bis Abzweiger Neutalacher.
Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nr. 1150.1 - 11239).

3.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine provisorische Parkplatzanlage auf dem ehemaligen Gaswerkareal in Zug.
Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nrn. 1155.1/.2 - 11248/49).

3.5. Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2004 - 2011.
Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nrn. 1160.1/.2 - 11265/66).

4. Einbürgerungsgesuche.
Antrag des Regierungsrates (Nr. 1163.1 - 11271).
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Umbau des Regierungsgebäudes insbesondere des Kantonsratssaales.
2. Lesung (Nr. 1117.5 - 11259).
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Defizitdeckungsbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz.
1. Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrates (Nrn. 1136.1/.2 - 11206/07) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1136.3 - 11258).
7. Motion von Manuela Weichelt betreffend HIV-Prävention in Untersuchungshaft und im Strafvollzug (Nr. 304.1 - 8747).
Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nr. 304.2 - 11178).

8. Motion von Peter Rust betreffend wirkungsvollem Projektmanagement bei Informatikausgaben des Kantons (Nr. 988.1 - 10790).
   Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nr. 988.2 - 11252).
9. Motion von Erwina Winiger Jutz betreffend einer/eines Beauftragten für Langsamverkehr und Sicherheit (Nr. 1050.1 - 10972).
   Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nr. 1050.2 - 11208).
10. Postulat von Beat Villiger für ein Überdachungsprojekt Autobahnabschnitt Baar/Blickensdorf (Nr. 958.1 - 10703).
    Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nr. 958.2 - 11194).
11. Postulat von Heinz Tännler und Hans Durrer betreffend gleichzeitiges Vorlegen von Verordnungen bzw. Richtlinien zu Gesetzesvorlagen in bestimmten Fällen (Nr. 959.1 - 10704).
    Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nr. 959.2 - 11138).
12. Interpellation von René Bär betreffend Koordinierung von Wohnungs- / Gewerbebau mit der dazugehörenden Verkehrserschliessung (Nr. 1086.1 - 11071).
    Antwort des Regierungsrates (Nr. 1086.2 - 11196).
13. Interpellation von Berty Zeiter betreffend Stand und Förderung der Palliative Care im Kanton Zug (Nr. 1100.1 - 11104).
    Antwort des Regierungsrates (Nr. 1100.2 - 11163).
14. Interpellation von Heinz Tännler, Hans Durrer und Karl Betschart betreffend Abstimmungsbroschüre und Mitwirkung des Regierungsrates bei der Abstimmungskampagne „Beteiligung des Kantons an der SWISS“ (Nr. 1106.1 - 11116).
    Antwort des Regierungsrates (Nr. 1106.2 - 11218).
15. Interpellation von Beat Villiger betreffend Einführung des neuen Lohnausweises (Nr. 1118.1 - 11152).
    Antwort des Regierungsrates (Nr. 1118.2 - 11217).
16. Interpellation von Rosemarie Fähndrich Burger und Erwina Winiger Jutz betreffend Berufsvorbereitungsschule (B-V-S), 10. Schuljahr (Nr. 1132.1 - 11195).
    Antwort des Regierungsrates (Nr. 1132.2 - 11233).
17. Interpellation von Franz Müller und Gerhard Pfister betreffend Hilfe an Unwettergeschädigte in Oberägeri (Nr. 1146.1 - 11229).
    Antwort des Regierungsrates (Nr. 1146.2 - 11272).
18. Interpellation von Heinz Tännler und Karl Betschart betreffend Steuerverwaltung des Kantons Zug (Nr. 1148.1 - 11231).
    Antwort des Regierungsrates (Nr. 1148.2 - 11264).

201 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 28. August 2003 werden genehmigt.

202 MOTION VON HANS CHRISTEN BETREFFEND ÄNDERUNG DER RECHTSPFLEGEVORSCHRIFTEN DES GESETZES ÜBER DEN FEUERSCHUTZ

Hans **Christen,** Zug, sowie zwölf Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 29. August 2003 folgende Motion eingereicht:

«Der Regierungsrat sei zu beauftragen, dem Kantonsrat eine Vorlage zwecks Aufhebung bzw. Änderung von §§ 58 ff. des Gesetzes über den Feuerschutz vom 15. Dezember 1994 (BGS 722.21) zu unterbreiten, damit inskünftig auch auf dem Gebiet des Feuerschutzes das ordentliche Rechtsmittelverfahren gemäss § 39 ff. des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen vom 1. April 1976 (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRG; BGS 162.1) zur Anwendung gelangt.»

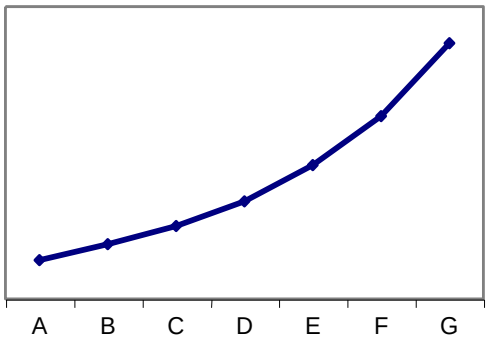
Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1158.1 – 11262 vom 29. August 2003 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

203 MOTION VON THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND NEUREGELUNG DER KANTONALEN MOTORFAHRZEUGSTEUER

Thomas **Lötscher**, Neuheim, hat am 8. September 2003 folgende Motion eingereicht:

«Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die kantonale Motorfahrzeugsteuer für Personenwagen (Führerscheinkategorie B) neu regelt und an der Energieeffizienz ausrichtet. Sie soll folgende Elemente beinhalten:
- Die Höhe der Besteuerung soll auf die Energieeffizienz der jeweiligen Fahrzeuge abstellen. Als Kriterium für die Betragsklassifizierung kommen die landesweit einheitlichen Energieeffizienzkategorien (A-G) in Frage. Massgebend für die gesamte Betriebsdauer ist die Klassifizierung zum Zeitpunkt der Erstinverkehrssetzung. Dabei soll die Steuer für ein Fahrzeug mit dem Prädikat „gut“ (Kategorie C) im Vergleich zu heute ungefähr kostenneutral ausfallen (vergleichbar mit der heutigen Steuer für ein Auto mit einem Hubraum zwischen 1.6 und 1.7 Litern). Der Steueranstieg soll in Richtung Kategorie G überlinear erfolgen und umgekehrt, gemäss Grafik.



- Explizit soll auf eine fahrleistungsabhängige Besteuerung verzichtet werden.
- Oldtimer sind von diesem System auszuschliessen. Für diese soll in Anbetracht der geringen Kilometerleistungen, ihrer kulturhistorischen Schutzwürdigkeit (analog denkmalgeschützter Bauten) und der mangelhaften Verfügbarkeit normierter tech-

nisch relevanter Daten gar keine oder eine bescheidene Pauschalsteuer analog jener für Fahrzeuge der Kategorie A zur Anwendung kommen. Als Oldtimer gilt ein Fahrzeug mit einem Mindestalter von dreissig Jahren. Da für jüngere Fahrzeuge vor 2003 normierte Angaben zur Ermittlung der Energieeffizienz nicht vollständig verfügbar sind, ist für diese das alte System nach Hubraum anzuwenden.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1165.1 – 11274 vom 8. September 2003 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

204 MOTION VON KÄTY HOFER BETREFFEND EXISTENZSICHERNDES EINKOMMEN FÜR FAMILIEN MIT KINDERN

Käty **Hofer**, Hünenberg, sowie 17 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 8. September 2003 folgende Motion eingereicht:

«Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, welche Familien mit Kindern ein existenzsicherndes Einkommen, analog der Ergänzungsleistungen zu AHV/IV garantiert.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1166.1 – 11275 vom 8. September 2003 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

205 INTERPELLATION VON RENÉ BÄR BETREFFEND EINHALTUNG GESETZLICHER VORGABEN

René **Bär**, Cham, hat am 1. September 2003 die in der Vorlage 1159.1 – 11263 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

206 INTERPELLATION VON BEATRICE GAIER BETREFFEND STELLENLOSE LEHRABGÄNGERINNEN UND LEHRABGÄNGER IM KANTON ZUG

Beatrice **Gaier**, Steinhausen, sowie 14 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 8. September 2003 die in der Vorlage Nr. 1164.1 – 11273 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

Landammann Walter **Suter** beantwortet die Fragen wie folgt: Der einzige Garant für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Erwerbssicherheit ist ein Wirtschaftswachstum, wobei dieses Wachstum einen Schwellenwert von ca. 1,5 % Zunahme des Bruttoinlandprodukts über längere Zeit erreichen muss, um arbeitsmarktliche Auswirkungen zu zeigen. Um die Arbeitslosenzahl reduzieren zu können, braucht es folglich ein permanentes Wachstum, welches über diesem Schwellenwert liegt.
Die gesellschaftspolitische Problematik, welche durch erwerbslose Lehrabgänger entsteht, ist unbestritten. Für den Kanton Zug prognostiziert das Institut Konjunkturforschung Basel (BAK) ein Wachstum des Bruttoinlandprodukts von deutlich über 2 Prozent im Jahr 2004 (zum Vergleich: Schweiz 1,5 %) was zur Hoffnung Anlass gibt, dass sich die Arbeitsplatzproblematik für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger etwas entschärfen dürfte. Allerdings spielt dabei die internationale Konjunktur eine wichtige Rolle. Die Fragen der Interpellantin werden wie folgt beantwortet:

1. Wie wird die Arbeitsmarktsituation im Kanton Zug in Bezug auf die Lehrabgängerinnen und -abgänger beurteilt?
Unmittelbar nach den Lehrabschlussprüfungen steigt die Arbeitslosenzahl der Lehrabgänger regelmässig stark an. Neben dem reinen Mengeneffekt gründet dies u.a. auch in der Tatsache, dass die Betroffenen primär die Prüfungen vor Augen haben und dabei vergessen rechtzeitig eine Stelle zu suchen. Auch in einem optimalen Fall sind 3 bis 5 Monate ab Suchbeginn bis Stellenantritt einzurechnen. Beginnt man also nicht schon während der letzten Monate in der Lehre sich um eine Stelle zu bemühen, läuft man Gefahr kurzfristig keine Stelle zu haben. Dieses jährlich wiederkehrende Phänomen war aufgrund der momentanen Konjunktur ausgeprägter als sonst. Sollten sich die oben erwähnten Prognosen aber umsetzen lassen, dann wird sich diese Erscheinung wieder ausbalancieren. Ende August hatten wir total 322 Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, welche erwerbslos und bezugsberechtigt sind. Diese Zahl nahm innert Monatsfrist um 34 Personen zu (73 Zugänge und 39 Abgänge). Der Zuwachs stammt vor allem von der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen, nämlich 20 Personen bei 47 Zugängen und 27 Abgängen.

2. Welche Massnahmen unternimmt der Kanton Zug, um die Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen und der Langzeitarbeitslosigkeit von Jugendlichen vorzubeugen?
Für die Fachbehörden besorgniserregender als die Arbeitslosigkeit von Lehrabgängern ist, wenn Schulabgänger keine Lehrstelle finden: wer einen Beruf erlernt hat, hat bei besserer Wirtschaftslage eine gute Chance, in den Arbeitsprozess einzusteigen. Wer hingegen keinen Beruf erlernt hat, hat auch bei besserer Konjunkturlage Schwierigkeiten, in diesen Prozess integriert zu werden. Sorge bereitet dabei die Tatsache, dass rund jeder sechste Schulabgänger den Einstieg in eine weiterführende Ausbildung (Schule, Lehre, Anlehre) nicht mehr schafft, sondern ein Brückenangebot in Anspruch nehmen muss. Die Volkswirtschaftsdirektion und die Direktion für Bildung und Kultur haben eine gemeinsame Steuergruppe eingesetzt, welche die

Angebote des Kantons Zug in diesem Bereich den aktuellen Erfordernissen anpassen (umgestalten, neu konzipieren oder ergänzen) soll (vgl. auch Beantwortung der Motion Fähndrich durch den Regierungsrat).
Trotz dieser Massnahmen bleibt am Ende des Auswahlprozesses eine bestimmte Anzahl Jugendlicher übrig, die in keiner Weise in den Arbeitsprozess integriert werden konnten, da ihr persönliches Profil nicht auf die noch vorhandenen Lehrstellenangebote passt. Aktuell sind insgesamt noch rund 90 offene Lehrstellen vorhanden und 60 Jugendliche, die zurzeit noch keine Lösung haben. Davon dürften rund 30 - 40 noch Möglichkeiten finden, vor allem im VAM-Angebot „Einstieg in die Berufswelt" und dem Angebot „BVL extra" des GIBZ.
Der Kanton Zug unterstützt den Verein für Arbeitsmarktmassnahmen und dessen Programme über das vom Bund finanzierte Mass mit 50'000 bis 500'000 Franken pro Jahr, je nach Stellenmarktsituation hinaus. Zudem leistet er finanzielle Beiträge an Institutionen Dritter, welche im Bereich der Arbeitsvermittlung tätig sind: Jobbörse (GGZ), ZALT, Fachstelle für berufliche Integration. Der Kanton selber bietet für seine eigenen Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger seit 1997 die Möglichkeit an, maximal ein Jahr über die Lehre hinaus beim Kanton arbeiten zu können, mit der Auflage sich zu bewerben und innerhalb einer Woche für einen neuen Arbeitgeber verfügbar zu sein. Im Schnitt nutzten pro Jahr rund 4 der 10 bis 12 Lehrabgänger diese Möglichkeit Berufserfahrung sammeln zu können.

3. Noch immer drängen geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt. Wie beurteilt der Regierungsrat die Arbeitsmarktaussichten für die Jugendlichen - unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung - in den kommenden Jahren, was heisst dies konkret für den Kanton Zug?
2004 wird sich die Zahl der Schulabgänger voraussichtlich von 877 (2003) auf 861 (2004) ganz leicht zurückbilden und dann bis 2006 noch leicht ansteigen. Die Berufsbildungsämter haben zusammen mit ihren Partnern aus der Wirtschaft eine Aktion vorbereitet, die in diesen Tagen lanciert wird und die bis 2004 die Schaffung von 1000 neuen Lehrstellen in der Zentralschweiz zum Ziel hat, womit in Zug im besten Fall 200 neue Lehrstellen verfügbar wären. Für die Bewerbung der anstehenden Neuerungen (Revision des Bundesgesetzes über die Berufsbildung; Lehrstellenmarketing) haben die Dachverbände der Zentralschweizer Wirtschaft (Gewerbeverbände, Industrieverbände, Handels- und Dienstleistungsverbände) und die Zentralschweizer Berufsbildungsämter den Verein Berufsbildung Zentralschweiz gegründet, der gemeinsame Aktionen unternimmt.
Das duale System der Schweiz führt regelmässig zu einem knappen Angebot an besonders interessanten Lehrstellen. Geht diese Situation mit einer allgemeinen Lehrstellenknappheit einher, entsteht oftmals von aussen der Eindruck einer dramatischen Situation. Trotzdem: Länder mit dem dualen Berufsbildungssystem stehen in der Statistik der Jugendarbeitslosigkeit regelmässig besser da als Länder ohne dieses System, da nicht Jugendliche auf Vorrat ausgebildet werden.

4. Um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt markant zu steigern, müssen die Bewerberinnen und Bewerber Berufserfahrung mitbringen. Gibt es eine Möglichkeit, den Lehrlingen zu garantieren, dass sie nach Abschluss ihrer Ausbildung mindestens ein Jahr im Lehrbetrieb weiterarbeiten können? Sofern die Regierung mangels Rechtsgrundlage keine Einflussmöglichkeiten haben sollte, wäre sie bereit, eine neue Rechtsgrundlage dem Kantonsrat zu beantragen, wonach der Kanton durch finan-

zielle Beiträge Anreize bei den Lehrbetrieben schafft, um Lehrabgängerinnen und -abgänger ein Jahr länger zu beschäftigen?
Es gibt keine staatlich verordnete Arbeitsplatzgarantie, auch nicht in einem zeitlich beschränkten Umfang. Letztlich sind solche Arbeitsplatzgarantien eine staatlich auferlegte Last und damit Wettbewerbsverzerrung. Staaten wie Deutschland, die solche Modelle gewählt haben, müssen nun einen schmerzlichen Reformprozess einleiten. Das schweizerische gesellschaftspolitische Verständnis baut auf die Eigenverantwortung des Einzelnen. Es ist in der zunehmend international vernetzten Wirtschaft von grossem Vorteil, wenn Auslanderfahrung im Rahmen von Praktikum oder Fremdsprachenaufenthalten gemacht werden. So können soziale, sprachliche, berufliche und kulturelle Kompetenzen in einem erworben werden. Dies zwingt die Jugendlichen ihre Flexibilität auch voll auszuschöpfen.
Der Regierungsrat ist nicht der Meinung, dass Rechtsgrundlagen für Anreize geschaffen werden sollen. Letztlich handelt es sich um eine Subventionierung einer Gruppe von Arbeitskräften und zwar zulasten einer anderen Gruppe, denn auch solche Subventionen schaffen letztlich keine neuen Arbeitsplätze.

5. Im Sinne einer langfristigen Personalpolitik wäre es allenfalls sinnvoll, in den Firmen die Möglichkeit zu prüfen, ob ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereit sind, ihre Arbeitspensen zu reduzieren, um dafür junge Berufsleute einzustellen. Inwiefern könnte der Regierungsrat diesbezüglich Einfluss nehmen? Falls der Regierungsrat mangels Rechtsgrundlage keinen Einfluss nehmen könnte, wäre er bereit, dem Kantonsrat eine neue Rechtsgrundlage zu unterbreiten, wonach der Kanton durch Beiträge oder andere Massnahmen Anreize im Sinne dieser Vorschläge schafft?
Der Regierungsrat lehnt auch diese Art von Interventionismus ab, da die Wettbewerbsfähigkeit abnimmt. Die Zuweisung der Mittel, hier im Speziellen die gewünschten Kompetenzen, wäre nicht mehr optimal, da diese Kompetenzen nicht einfach über die Generationen gleich verteilt sind. Deutschland ist ein Beispiel, dass trotz massivster Frühpensionierung die Jungendarbeitslosigkeit nach wie vor beachtlich hoch ist. Entscheidend allein ist die Konjunktur und die Fitness der ansässigen Firmen, den Schwankungen zu trotzen.

Beatrice **Gaier** dankt der Regierung und insbesondere dem Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter herzlich für die prompte und ausführliche Beantwortung ihrer Fragen im Zusammenhang mit den stellenlosen Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern. Die Interpellantin dankt ebenfalls dem Amtsleiter für Arbeit und Wirtschaft, Bernhard Neidhart. Sie stiess bei ihm mit ihren Anliegen auf Verständnis und erhielt sehr kompetente Auskünfte. Die Sprechende habe seit August 2003 die Beiträge zu obgenannter Thematik vor allem in der lokalen Presse ausführlich studiert. Nicht gerade täglich, so doch mehrmals wöchentlich präsentierten sich die Schlagzeilen wie folgt:
Einige Beispiele:
- Mehr Arbeitslose, Besserung kommt erst im Winter. Studien- und Lehrabgänger sowie abgetretene Rekruten haben es schwer, eine Arbeitsstelle zu finden. (Zuger Presse: 12. August)
- Von der Lehre auf die Strasse. Schlechte Aussichten für Lehrabgänger. (Neue Zuger Zeitung: 13. August)

- Konjunktur: Erste Anzeichen für Erholung, eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist aber noch in weiter Ferne. (Neue Zuger Zeitung: 27. August)
- Kriminalität nimmt drastisch zu, 2002 markanter Anstieg um 11,6 %. Die Trendwende könnte mit der verschlechterten Wirtschaftslage zusammenhängen. (Sonntags-Zeitung: 31. August)
- Immer mehr bleiben lange ohne Stelle. (Neue Zuger Zeitung: 6. September)

Um diese theoretische Auflistung in der Realität zu veranschaulichen, schildert die Interpellantin stichwortartig die Geschichte eines betroffenen Lehrabgängers, stellvertretend für jeden fünften 15 - 24-Jährigen im Kanton Zug.

- Februar 2003: der Lehrmeister signalisiert mündlich Zusage für Weiterbeschäftigung nach Abschluss der Lehre.
- März 2003: Aushebung RS, da ein grosser Ansturm auf die letzte 15-wöchige Sommer-RS herrscht, Einteilung für RS im März 04.
- Mai 2003: Lehrmeister erteilt Absage für Weiterbeschäftigung auf Grund der schlechten Auftragslage.
- Mai/Juni 2003: Abschlussprüfungen.
- Gleichzeitig Bewerbungen auf die raren freien Stellen im Raum Zentralschweiz.
- Absage um Absage, während den Prüfungen!
- Mitte Juli 2003: Anmeldung bei der Arbeitslosenversicherung.
- Ende Juli 2003: Guter Lehrabschluss und sehr gutes Arbeitszeugnis des Lehrmeisters.
- Ab August 2003: Ganzes Prozedere als Arbeitsloser ist eingeleitet: Information bei der RAV, persönliche Beratungsgespräche usw.
- Stundenweiser Einsatz für die Jobbörse, tageweise Ferienablösung im ehemaligen Lehrbetrieb.
- Ab September 2003: Stellenbewerbungen auf die ganze Schweiz ausgedehnt.
- Die Zeit drängt, weil ER aus Sicht der ALV 6 Monate vor Einrücken in die RS als nicht mehr vermittelbar taxiert und somit das ALV-Geld gestrichen wird. Die Chancen, endlich Geld zu verdienen und unabhängiger vom Elternhaus zu sein, werden immer geringer.

Selbstverständlich kann der Staat nicht einfach alles regeln. Das Wirtschaftswachstum ist die dringendste Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze. Mit ihren Fragen wollte die Interpellantin die Öffentlichkeit für die Problematik der stellenlosen Studien- und Lehrabgängerinnen sensibilisieren, einen Dialog darüber in Gang bringen. Immerhin betrifft die Arbeitslosigkeit fast einen Fünftel der 15 - 24-Jährigen; sie ist also überdurchschnittlich hoch. Ihre Chancen zum Erwerb von Berufspraxis, die überall gefordert wird, ist klar eingeschränkt. Die Perspektiven der jungen Männer werden noch minimiert durch den Zeitpunkt der Absolvierung der RS. Die Sprechende anerkennt und schätzt die wirklich grossen Anstrengungen des Kantons im Lehrstellenbereich und die Brückenangebote für Schulabgänger, die nicht den direkten Einstieg in die Lehre schaffen. Auch die finanzielle Unterstützung an den Verein für Arbeitsmarktmassnahmen und an Dritte, welche im Bereich der Arbeitsvermittlung tätig sind, ist grosszügig und offenbar nötig. Der Kanton selbst hat Vorbildfunktion mit dem Angebot an seine Lehrabgänger, maximal 1 Jahr über die Lehre hinaus bei ihm zu arbeiten. Um die wirklich dringendst benötigte Berufserfahrung nach der Lehre zu erwerben, könnte die Sprechende sich vorstellen, dass Lehrbetriebe auch mit Anreizen, zum Beispiel steuerlicher Entlastung, motiviert werden könnten, ein solches Berufserfahrungsjahr anzubieten. Es liegt ihr wirklich fern, die 17 % Ausbildungsbetriebe mit einer solchen Massnahme zu „strafen". Der Zentralsekretär des Gewerk-

schaftsbundes sähe darin eine Möglichkeit, die Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen. Gleichzeitig fordert er, dass sich während der hartnäckigen Konjunkturschwäche die Arbeitgeber stärker für die Jugendlichen engagieren. Die Interpellantin ist auch überzeugt, dass die Lehrbetriebe grosses Interesse daran haben, dass das Wissen und die bei ihnen erworbenen Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt umgesetzt werden können. Hier drängt sich höchstens noch die Frage auf, ob das Lehrstellenangebot mit den tatsächlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes übereinstimmen? Es kann aus gesellschaftspolitischer Sicht nicht wünschenswert sein, dass die jungen, arbeitswilligen Berufsleute dem Steuerzahler zur Last fallen oder schlimmstenfalls gar kriminell werden. Aus dieser Optik sehe sie, im Gegensatz zum Regierungsrat, durchaus noch Optimierungsmöglichkeiten. Die eingesparten Arbeitslosengelder könnten für Anreize bei Lehrbetrieben oder unterstützend bei strukturellen Prozessen und Veränderungen eingesetzt werden.
Nochmals zurück zum Beispiel: Sie haben es erahnt oder schon längst gewusst, die Interpellantin schilderte das Beispiel ihres Sohnes Fabian. Seine intensiven Bemühungen haben sich gelohnt, er hat eine befristete Arbeitsstelle im Grossraum Zürich gefunden. Damit hat er die Chance erhalten, seine Aussichten auf eine Arbeitsstelle nach der RS zu erhöhen. Er nimmt deshalb den Arbeitsweg von täglich fast 4 Stunden nicht freudig, sondern als notwendiges Übel in Kauf. Er hofft, aber auch wir alle hoffen, dass sich die Wirtschaftslage deutlich und nachhaltig verbessert, sich die trüben Aussichten für alle Stellenlosen bald wieder klarer und von einer freundlicheren Seite zeigen.

Erwina **Winiger** nimmt vorwiegend zu Frage 5 der Interpellation Stellung. In der Frage 5 geht es darum, ob die Zuger Regierung bereit wäre Massnahmen und Anreize zu schaffen, dass ältere ArbeitnehmerInnen bereit sind ihre Arbeitspensen zu reduzieren, um dafür junge Berufsleute einzustellen. Ein guter Gedanke. Es steht eine gewisse Menge Arbeit zur Verfügung, bildlich gesprochen zum Beispiel 80 Stühle, d.h. es können 80 Leute auf diesen Stühlen Platz nehmen, ausser es werden Job-Sharing-Modelle praktiziert, dann könnten einige Leute mehr davon profitieren. Aber gehen wir zurück zu diesen 80 Leuten, welche 80 Stühle besetzen. Solange alle dort sitzen, kann niemand dazukommen. Wenn nun aber jemand früher bereit ist, den Sitz bzw. den Arbeitsplatz zu verlassen, so kann auch jemand früher diesen übernehmen. Darum sind Tendenzen das Rentenalter auf 67 Jahre erhöhen zu wollen, wie es unser Bundespräsident Couchpin vorschlägt, völlig absurd. Ideal wäre es, Plätze früher frei zu machen. Es bietet sich momentan an: 64 Jahre für Frauen und Männer, denn das Rentenalter soll für beide Geschlechter gleich hoch, bzw. niedrig sein. Die Bedingungen den Platz früher zu verlassen, müssen jedoch attraktiv sein oder mindestens nicht mit grossen Verlusten einhergehen. Wobei es nicht nur um Plätze verlassen geht, sondern auch um Plätze teilen. Und in diesem Falle vielleicht sogar um Erfahrungen zu teilen. Die erfahrene ältere Arbeitskraft kann ihr Wissen an die Berufseinsteigerin weitergeben - ein Profit für beide - einfach sie teilen die Plätze. Schade, dass die Regierung hier nicht einhaken will; die Chance nicht nutzen will, auf diese Art einigen Lehrabgängerinnen mehr eine Arbeitsstelle zu bieten und hier zählt wirklich jede einzelne Arbeitsstelle. Beruhigend ist mindestens zu hören, dass sich die Arbeitsplatzproblematik für Lehrabgängerinnen im Kanton Zug leicht entschärfen könnte, durch eine leichte Zunahme der Sitz- bzw. Arbeitsplätze."

Jean-Pierre **Prodolliet** ist über die Art der Beantwortung der Frage 5 des Regierungsrates nicht so unglücklich. Es ist wichtig, dass keine Stimmung entsteht, die ältere Arbeitnehmer unter Druck setzt und die all jenen einen Vorwand liefern könnte, um sie hinauszuwerfen. Dies sei zugunsten der älteren Arbeitnehmer gesagt. Nun haben wir die stellenlosen Lehrabgänger; dies ist ein Problem und darauf sollten wir eine Antwort haben. Der Regierungsrat verweist auf das für die Verbesserung der Beschäftigungssituation nötige Wirtschaftswachstum. Man könnte da nun einfach warten, bis das Wachstum kommt. Es stehe in der Verantwortung der Akteure der Wirtschaft etwas zu tun. Der Votant stellt in der Politik immer wieder fest, dass sich die Organisationen der Wirtschaft, also im Kanton Zug der HWV oder der kantonale Gewerbeverband dafür einsetzen, wenn es darum geht, ihre Interessen wahrzunehmen. Das heisst zum Beispiel Auftragsvolumen oder Randbedingungen für die Wirtschaft, tiefe Steuern usw., da sind sie immer sehr aktiv. Diese Organisationen sollten sich auch in dieser Frage etwas einfallen lassen. Zudem erinnert der Votant daran, dass wir vor einem halben Jahr zulasten der Arbeitslosen und zugunsten der Wirtschaft das Arbeitslosengesetz geändert haben, damit diese bessere Bedingungen erhalten. Heute oder aktuell leben wir in einer Phase leicht anziehender Konjunktur. Wir haben ein für Investitionen ausgesprochen tiefes Zinsniveau. Das sind ausgesprochen günstige Voraussetzungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Und da sind nun die stellenlosen Lehrabgänger. Was heisst das? Das sind Leute, die ausgebildet sind und die *neu* ausgebildet sind, das heisst, die das wissen oder wissen sollten, was heute gebraucht wird. Der Votant möchte hier einmal die Verantwortung der Wirtschaft für die Gesellschaft ansprechen.

Landammann Walter **Suter** nimmt Bezug auf die Äusserungen von Kantonsrat Prodolliet. Er möchte die Wirtschaftsverbände ein bisschen in Schutz nehmen. Es sei überhaupt nicht so, dass sich die Wirtschaftsverbände nur für tiefere Steuern engagieren. In seiner neuen Funktion als Volkswirtschaftsdirektor hat er miterlebt, wie gross diese Aktivität im Bereich der Ausbildung der Lehrlingsbildung ist. Er möchte zudem anmerken, dass im Kanton Zug trotz dieser Wirtschaftsflaute praktisch gleich viele Lehrstellen zur Verfügung standen wie im Vorjahr. Diese einseitige Bewertung der Tätigkeit der Wirtschaftsverbände ist ungerecht.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

207 AUFSICHTSBESCHWERDE VON ALEX SCHNURRENBERGER, HÜNENBERG, VOM 27. AUGUST 2003, UNTER ANDEREM BETREFFEND EHERECHTLICHEM ZIVILVERFAHREN

Alex **Schnurrenberger**, Hünenberg, hat eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht betreffend – unter anderem – eherechtlichem Zivilverfahren.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass diese Aufsichtsbeschwerde zu Berichterstattung und Antragstellung an die Justizprüfungskommission überwiesen wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

208 ENERGIEGESETZ

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1162.1/.2 – 11269/70).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Jean-Pierre Prodolliet, ***Präsident***	***SP***
1.	Bär René, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
2.	Briner Bruno, Rebenweg 21d, 6331 Hünenberg	FDP
3.	Clerc Jacques-Armand, Holzhäusernstrasse 5, 6343 Holzhäusern	CVP
4.	Dübendorfer Christen Maja, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
5.	Gaier Beatrice, Bannstrasse 2, 6312 Steinhausen	CVP
6.	Helfenstein Georg, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
7.	Künzli Silvia, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
8.	Lötscher Thomas, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
9.	Pezzatti Bruno, Kreuzrain 3, 6313 Edlibach	FDP
10.	Prodolliet Jean-Pierre, Alpenblick 5, 6330 Cham	SP
11.	Robadey Heidi, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
12.	Rust Karl, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
13.	Studerus Konrad, Kreuzrain 2, 6313 Edlibach	CVP
14.	Winiger Jutz Erwina, Adelheid-Page-Strasse 14, 6330 Cham	AF
15.	Zoppi Franz, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

209 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE KINDERZULAGEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1161.1/.2 - 11267/68).

Der **Vorsitzende** erklärt, dass es hier um eine Neuregelung der interkantonalen Anspruchskonkurrenz aufgrund eines Bundesgerichtsurteils und die Erhöhung der generellen Altersgrenze vom 16. auf das 18. Altersjahr geht, was ungefähr 100 Jugendliche betrifft. Da es sich im Wesentlichen um die Umsetzung eines Bundesgerichtsurteils handelt bzw. materiell keine grossen Auswirkungen hat, ist ausnahmsweise aus verfahrensökonomischen Gründen auf eine Spezialkommission zu verzichten. Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** soll das Geschäft zur Beratung an die Stawiko überwiesen überwiesen werden.

➔ Der Rat ist einverstanden.

210 VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMES 1998 - 2003, KREDITBEGEHREN KS 2 UND R 15 KANTONSSTRASSE 381 A, GEMEINDEN ZUG UND BAAR BETREFFEND KOMBINIERTER RAD- / GEHWEG ÄGERISTRASSE, ABSCHNITT LÜSSIRAINSTRASSE BIS ABZWEIGER NEUTALACHER.

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1150.1 - 11239).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Strassenbaukommission überwiesen.

211 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINE PROVISORISCHE PARKPLATZANLAGE AUF DEM EHEMALIGEN GASWERKAREAL IN ZUG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1155.1/.2 - 11248/49).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein innerer materieller Zusammenhang zwischen ruhendem und fliessendem Verkehr besteht. So ist dieses materiell eher kleine Geschäft aus verfahrensökonomischen Gründen der Strassenbaukommission zu überweisen. Die Kommissionsbestellung ist kontrovers. Die SP-Fraktion beantragt, dieses Geschäft einer Spezialkommission zu überweisen. Die Mehrheit der Fraktionsvorsitzenden beantragt die Zuteilung an die Strassenbaukommission.

Othmar **Birri** stellt den Antrag im Namen der SP-Fraktion, dieses Geschäft an eine Spezialkommission zu überweisen und zwar mit folgender Begründung: Die Strassenbaukommission ist für den rollenden Verkehr da. Dieses Geschäft hier ist für den ruhenden Verkehr. Es ist ein sensibles Gebiet, in dem die Parkplatzanlage erstellt werden soll. Der Votant ersucht den Rat, dem Antrag zuzustimmen und hier eine Spezialkommission einzusetzen und nicht die Strassenbaukommission.

Beat **Villiger** hält fest, dass sich die Fraktionsverantwortlichen darin abgesprochen haben, dieses Geschäft eben aus den vom Vorsitzenden genannten Gründen der Strassenbaukommission zuzuweisen. Der Votant fordert den Rat auf, dies auch zu tun und den Antrag der SP-Fraktion abzulehnen.

➔ Die Überweisung an die Strassenbaukommission wurde mit 52 : 16 Stimmen angenommen.

212 KANTONSRATSBESCHLUSS ÜBER DAS STRASSENBAUPROGRAMM 2004 - 2011

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nrn. 1160.1/.2 - 11265/66).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Strassenbaukommission überwiesen.

213 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1163.1 - 11271).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

34 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

a) 22 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 43 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

214 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND UMBAU DES REGIERUNGSGEBÄUDES INSBESONDERE DES KANTONSRATSSAALES

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. August 2003 (Ziff. 192) ist in der Vorlage Nr. 1117.5 – 11259 enthalten. - Zusätzlich liegen zur 2. Lesung Anträge von Michel Ebinger, Rosemarie Fähndrich Burger und Käty Hofer (Nr. 1117.6 - 11280) und von Martin Stuber (Nr. 1117.7 - 11281) vor.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auf die 2. Lesung hin zwei Anträge vorliegen. Der Antrag von Michel Ebinger, Rosemarie Fähndrich Burger und Käty Hofer nimmt

den in der ersten Lesung abgelehnten Antrag des Regierungsrates wieder auf. Der Antrag von Martin Stuber strebt die Realisierung einer elektronischen Abstimmungsanlage an. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass der Antrag Ebinger, Fähndrich, Hofer einen konzeptionellen Grundsatzentscheid (einen Hauptantrag) beinhaltet; der Antrag Stuber (Unterabänderungsantrag) die Modifikation bzw. Ergänzung einer der beiden Hauptvarianten. Der Vorsitzende erläutert, dass gemäss § 61 Abs. 1 der Geschäftsordnung von unten nach oben bereinigt wird. Vorerst wird über den Antrag Stuber abgestimmt und danach – nach Bereinigung der beiden Hauptkonzepte – über die beiden Hauptkonzepte selber.

Martin **Stuber** erklärt, dass der unterbreitete Antrag unter Zeitdruck entstanden ist. Offenbar soll es schnell gehen mit diesem Geschäft. Unter Zeitdruck sind auch die Angaben, was eine solche Abstimmungsanlage kosten soll, entstanden, die er von der Baudirektion erhalten hat. Das ist der Grund, warum man auf die 500'000 Franken gekommen ist. Die Antragsfrist lief bereits am 15. September 2003 ab. Inzwischen weiss er mehr. Der Votant hat die Zahlen, welche die Baudirekton vom Kanton Baselland erhalten hat, angeschaut. Diese Zahlen sind mehr oder weniger unbesehen übernommen worden. Letztes Jahr ist im Kanton Baselland ein Postulat der SP-Fraktion überwiesen worden, das eine elektronische Abstimmungsanlage fordert. Der Landrat von Baselland hat dieses Postulat nicht nur überwiesen sondern in einer zweiten Diskussion, in einer zweiten Abstimmung, die Regierung damit beauftragt eine Vorlage auszuarbeiten. Der Kanton Baselland ist insofern für uns interessant, weil da eine ähnliche Grössenordnung herrscht. Er besteht aus 90 Landrätinnen und Landräten. Zudem ist er nicht der einzige Kanton der diese Abstimmungsanlage jetzt einführen will. Es gibt sie schon im Kanton Freiburg und auch im Kanton St. Gallen. Es ist also nicht etwas umwerfend Neues. Einen Unterschied gibt es – einen relativ grossen Unterschied. Der Auslöser für die Idee, das heisst für den Antrag des Votanten, ist der Umbau respektive bezüglich der Neumöblierung ist es ein Neubau. Im Kanton Baselland ist der Auslöser die Lautsprecheranlage, die ihren Namen offenbar zu Recht trägt, weil Landrätinnen und Landräte von Baselland offenbar ziemlich oft laut sprechen müssen, weil die Lautsprecheranlage nicht funktioniert und sie deshalb eine neue einbauen müssen. Die Zahlen der Baudirektion basieren also auf dem Projekt aus Baselland. Der Votant hat die Zahlen mit dem entsprechenden Chefbeamten durchgesehen und besprochen. Es gibt vier Unterschiede, die ins Gewicht fallen und sich auch finanziell auswirken. Wir sind 80 und nicht 90, also kleiner. Bei uns handelt es sich praktisch um einen Neubau. Im Kanton Baselland muss der ganze Umbau im bestehenden Saal stattfinden. Der Votant geht davon aus, dass er nicht erklären muss, dass dies wesentlich teurer ausfällt als wenn etwas von Anfang an neu gemacht wird und entsprechend konzipiert werden kann. Die Zahlen der Baudirektion beinhalten ebenfalls die Lautsprecheranlage. Es hat sich auch herausgestellt, dass es sich nicht nur um eine Lautsprecheranlage handelt sondern einiges mehr dahinter steckt. Der Votant erwähnt den Schweizer Perfektionismus, der auch da seine Konsequenzen trägt. All dies hätten wir nicht. Zum Beispiel die ganze Steuerung vom Kantonsratspräsidium aus, wo man die Lautsprecheranlage steuern kann. Dies brauchen wir nicht. Was ebenfalls anders ist, sind die ganzen Prozeduren im Kanton Baselland, wo sich die Kommissionspräsidentinnen und –präsidenten offenbar bei der Beratung nicht an ihren Plätzen befinden. Dies bedingt eine separate Anlage, damit sie ebenfalls abstimmen können, also eine komplizierte Sache.

Bei uns wäre dies alles viel einfacher. Der Votant hält fest, dass sie schliesslich zum Schluss gekommen sind, dass unter den Umständen, wie wir das realisieren müssten, 250'000 Franken eigentlich problemlos reichen sollten. Das ist die Zahl bei der sie angelangt sind. *Der Votant möchte deshalb den Betrag in seinem Antrag von 500'000 auf 250'000 Franken abändern.* Seiner persönlichen Ansicht nach, könnte man das sogar ein bisschen billiger machen. Der Votant gibt ein kleines konkretes Beispiel: Im Kanton Baselland wollen sie 90'000 Franken ausgeben für drei riesige Plasma-Bildschirme. Die sind sehr teuer. Martin Stuber meint, dass wir das nicht brauchen. Wir können drei kleinere LCD-Bildschirme hinstellen. Für uns würde das reichen. Diese kosten nicht mal mehr 30'000 Franken. Der Votant denkt, dass insgesamt 250‘000 Franken reichen müssten.
Wir leben heute im digitalen Zeitalter, was niemand bestreiten wird. Es ist zeitgemäss, wenn wir schon den Kantonsratssaal *jetzt* umbauen und ihn neu möblieren, dann ist auch *jetzt* der Zeitpunkt, eine elektronische Abstimmungsanlage einzubauen. Selbst wenn man jetzt schon die Leerrohre vorsehen würde, ein nachträglicher Einbau, der früher oder später kommen wird - zumal das digitale Zeitalter nicht verschwinden, sondern sich noch verstärken wird - ganz bestimmt teurer zu stehen kommt. Der Votant möchte deshalb beliebt machen, die Anlage jetzt einzubauen und seinem Antrag zuzustimmen. Fairerweise muss er noch anmerken, dass es geringfügige Änderungen bei der Geschäftsordnung brauchen wird. Diese sind aber nur formaler Art und das ist für das Ratsbüro und den Kantonsrat relativ einfach. Die Unterlagen kann man sich von der entsprechenden Person aus Baselland geben lassen. Damit weiss man ungefähr, was wie geändert werden muss. Dies ist keine gros-se Sache, nur kosmetische Änderungen.

Der Kommissionspräsident, Bruno **Pezzatti**: Die vorberatende Kommission hat heute früh an einer vorgeschobenen Sitzung beide Änderungsanträge behandelt und zu diesen Stellung genommen. Der Votant möchte kurz zum Änderungsantrag von Martin Stuber Stellung nehmen. Die Kommission lehnt diesen mit 13 : 1 Stimme bei einer Enthaltung ab.
Die Begründung: Die von der Baudirektion geschätzten Kosten von rund 500'000 bis 600'000 Franken, welche für die Kommission relevant sind und im Vordergrund stehen, sind unverhältnismässig hoch. Der Zähl- und Zeitaufwand ist bei unserem relativ kleinen Parlament mit lediglich achtzig Mitgliedern nicht gross und absolut vertretbar. Die sehr hohen Kosten für die erwähnte elektronische Abstimmungsanlage sind jedoch nicht vertretbar. Wir können uns nicht mit dem eidgenössischen Parlament beispielsweise mit dem Nationalrat oder mit anderen kantonalen Parlamenten von rund 180 oder mehr Personen vergleichen, welche über solche Anlagen allenfalls verfügen.
Zu der Legung der Leerrohre: Heute früh wurde diese Frage auch noch kurz diskutiert und es wurde ihnen vom Kantonsbaumeister einmal mehr versichert, dass bei den 500'000 – 600‘000 Franken, die veranschlagt sind, die Legung der Leerrohre in den Boden enthalten sind.

Martin **Stuber** findet es ausserordentlich bedauerlich, dass der Kommissionspräsident nicht in der Lage ist, auf seine Argumente einzutreten. Der Vergleichsmassstab ist ein Landrat mit 90 Mitgliedern und nicht ein Parlament wie das von Freiburg, das

wesentlich grösser ist. Die Kommission hätte das vielleicht schon im Vorfeld auch ein wenig detaillierter abklären können. Die Zahlen, welche die Kommission von Herbert Staub erhalten hat, hat dieser auch von seinem Chefbeamten. Martin Stuber hat mit diesem gesprochen und sich auch relativ eingehend mit dem zuständigen Mann in Baselland unterhalten. Die 250'000 Franken sind eine seriöse Zahl und nicht einfach aus dem Hut gezaubert. Der Votant möchte dem Rat beliebt machen, dem auf 250'000 Franken abgeänderten Antrag zuzustimmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint, so gehe es wirklich nicht. Martin Stuber weiss anscheinend mehr als der Votant. Er bezweifelt, dass die Anlage für 250'000 Franken gebaut werden kann. Es wäre nett, wenn die Regierung oder zumindest der Baudirektor informiert würden, damit solche Zahlen abgeklärt werden können.

Martin **Stuber** kann auch nichts dafür, dass er mehr weiss als der Baudirektor. Das Problem ist, dass die ganze Sache offenbar unter grossem Zeitdruck steht. Tatsache ist, dass die Zahlen der Baudirektion einfach mehr oder weniger unbesehen vom Kanton Baselland übernommen worden sind. Der Votant hat mit dem entsprechenden Beamten vom Kanton Baselland diese Zahlen im Detail angeschaut und ist mit ihm zusammen zum Schluss gekommen, dass das für 250'000 Franken zu bauen ist. Das sind die Tatsachen.

Andrea **Hodel** muss doch noch eine Lanze brechen für die Baudirektion. Es geht doch um die Frage, ob wir für zwölf Sitzungen im Jahr 250', 300‘ oder 500‘000 Franken ausgeben wollen. Oder ob wir bereit sind, im Moment noch die Hände hochzuhalten und das auch dem Gemeinderat zuzumuten. Bei dieser Überlegung sollten wir bleiben. Ob wir dann noch 50‘ oder 70'000 Franken sparen können, ist heute nicht das Thema. Die Votantin bittet den Rat, am Resultat der 1. Lesung festzuhalten.

Rudolf **Balsiger** ist der Ansicht, dass es um die Verhältnismässigkeit geht. Wir sitzen hier zwölf Mal im Jahr. Wir sind ein Rat von 80 Personen. Vergleichen wir das mit Zürich; dort gibt es wöchentlich eine Sitzung, sie haben 180 Leute und keine Anlage. In Bern gibt es Sessionen, die jeweils drei Wochen dauern, es sind 200 Leute, auch sie haben keine Anlage. Der Votant möchte sich dem Votum von Andrea Hodel anschliessen: Es ist zumutbar, dass wir hier die Hand hoch halten, um abzustimmen. Es gibt andere Parlamente, wo die Leute gar aufstehen müssen, um die Stimme abzugeben. Rudolf Balsiger schliesst sich hier der Kommission an.

Beat **Villiger** kommt es hier heute Morgen vor wie an einem Kaffee-Chränzli. Er erwartet vom Antragsteller, dass solche Anträge klar und deutlich daher kommen und hier kein Gemüsemarkt stattfindet. Wir haben heute Morgen in der Kommission die Frage nochmals klar an die Baudirektion gestellt. Und der Vorwurf an sie ist nicht am Platz, dass diese Kosten wirklich so viel ausmachen würden. Man soll jetzt darüber abstimmen.

Georg **Helfenstein** muss ausnahmsweise für Martin Stuber eine Lanze brechen. Sein Antrag wurde an der letzten KR-Sitzung geäussert. Die Baudirektion hätte die Gelegenheit gehabt, die Kosten seriös abzuklären und das Zahlenmaterial vorzubringen. Und wenn wir schon keine Anlage wollen, müssen wir auch keine Lehrrohre einlegen und können auf diese Ausgabe verzichten. Der Votant unterstützt den Antrag von Martin Stuber.

Hans-Beat **Uttinger** besteht darauf, dass die Baudirektion der Kommission die Zahlen geliefert hat. Diese Anlage ist für 600'000 Franken so zu bauen. Nun kommt Herr Stuber und sagt, man können sie anders und billiger bauen. Aber dann sollte er dem Baudirektor doch mindestens die Gelegenheit geben, das abzuklären.

➔ Der Antrag Stuber wird mit 51 : 16 Stimmen abgelehnt.

Antrag von Michel Ebinger, Rosemarie Fähndrich Burger und Käty Hofer (Nr. 1117.6 – 11280)

Michel **Ebinger** beginnt mit einem Zitat: «Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr». Das könnte von heute sein, ist es aber nicht. Es stammt aus Goethes Faust, ein Buch, das auch heute noch immer und immer wieder aktuell ist. Vielleicht hilft dieser Spruch der Stawiko in unserer Zeit der allgemeinen Sparhysterie, alles etwas gelassener zu nehmen. Wir verlieren unsere ausgezeichnete Position innerhalb der Schweiz nicht wegen zwei, drei Mio Investition mehr oder weniger, sondern, wenn man jetzt schon beim Sozialen, Kulturellen usw. so stark stutzt, dass Zug auf einmal nicht mehr ein Anziehungspunkt ist, sondern menschlich verarmt. Wartet und seht, der Aufschwung wird kommen und dann sieht alles anders aus! Also weshalb jetzt schon alle Äste absägen, welche wir gut gemeint aufgebaut haben? Zug ist wegen dieser Äste so gesund und sympathisch. Es gibt sicher noch genügend andere Möglichkeiten, bei den Ausgaben zu sparen. Beim Anhören der Reden der letzten Monate hier im Kantonsrat kommt dem Votanten ein anderer Spruch in den Sinn, ein griechischer: «Am schwersten trägt man an den Sorgen von übermorgen».
Und jetzt zum Kantonsratssaal. Sollte letztes Mal jemand Michel Ebinger falsch verstanden haben, sei hiermit Folgendes geklärt: Er wird unabhängig vom heutigen Entscheid im renovierten Saal dabei sein; bei der Variante des Regierungsrats einfach mit mehr Freude und einem besseren Gewissen gegenüber seinen Wählern. Und weshalb? Damit kommt er zu seinen einleitenden Worten zurück. Überall soll gespart werden. Wie wollt Ihr den Wählern erklären, dass Ihr über 2 Mio ausgebt für eine halbbatzige Angelegenheit? Und hier muss er Max Uebelhart recht geben, wenn dieser sagt, wenn man für 2,5 Mio nichts Gescheites her bringe, müsse man eine neue Lösung suchen. Was erhalten Sie für 2.5 Mio Franken? Nach Ansicht des Votanten sehr wenig. Es wird eine Chance vertan. Um in die Details zu gehen, müsste er noch mindestens eine halbe Stunde reden; dass will er aber nicht, deshalb nur kurz. Ohne Drehung ist der neue Saal ästhetisch bei weitem nicht so schön wie derjenige vom Regierungsratsvorschlag. Der Zuschauerbereich ist im Kommissionsvorschlag ein Nichts gegenüber dem Regierungsratsvorschlag; wollen wir uns gegen aussen so

mickrig präsentieren? Immerhin sind wir neben dem Volk die höchste demokratische Instanz. Weiter fragt Michel Ebinger den Rat: Was spricht den so sehr gegen acht Arbeitsplätze für die Medien im Dachgeschoss? Während des Monats sind die Medien gut genug für Leserbriefe und Berichterstattungen über Vorstösse, aber am Tagungstag haben sie sich mit möglichst wenig Platz zu begnügen! Über die Arbeitsplätze für die Kantonsräte kann man sich füglich streiten. Aber wäre es nicht ehrlicher, diese Plätze einzurichten, statt immer die Handys auf lautlos zu stellen und mehrmals am Tag aus dem Saal zu eilen und ins Büro zu telefonieren? Wer zudem ein Viertelstunde Auszeit nehmen will, um an einem Votum zu feilen und neue Argumente einzubauen, schadet er der politischen Arbeit so sehr? Hat er dann nicht einen Arbeitsplatz verdient, welcher auch den Ansprüchen der eidg. Tierschutzverordnung gerecht wird?
Zu guter Letzt Folgendes: Sollte es beim Beschluss von letzten Monat bleiben, wird der Votant in der Schlussabstimmung nein stimmen. Nicht weil er ein schlechter Demokrat ist, nein, weil ihn niemand zwingen kann und will, zu einem Projekt ja zu sagen, welches ihn nicht überzeugt. Dann bleibt er lieber zwei Jahre länger hier bei der Polizei, bei der er sich ausgenommen von den engen Platzverhältnissen wohl und behütet fühlt.

Rosemarie **Fähndrich Burger** ist es nicht leicht gefallen, diesen Text zu formulieren. Denn für sie hat der Inhalt des jetzt nochmals vorliegenden zweiten Antrags seit der 1. Lesung eine grosse Wichtigkeit erhalten. Seit der letzten Kantonsratsitzung beschäftigen sie die Voten der verschiedenen Rednerinnen und Redner, die sich für ein Neubauprojekt oder für den Antrag der Regierung engagiert haben, gedanklich sehr stark. Was wird sein, wenn wir den Saal in einem Jahr beziehen werden? Er wird neu möbliert sein und einen Fluchtturm enthalten und neu gestrichen sein. Weiter nichts! Wie wenn nichts geschehen wäre! Ein grosser Teil der vom Attentat direkt Betroffenen unter uns wird sich an die ehemaligen Plätze setzen oder in nächster Nähe dazu – unmittelbar da, wo sie beinahe erschossen worden wären, wo sie Todesängste ausgestanden haben, wo sie die schrecklichen Schreie und Schüsse hörten, in deren Umgebung Kolleginnen und Kollegen sterben mussten. *(Die Votantin wird von Gefühlen übermannt und Ratskollegin Käty Hofer liest den Rest des*
Votums vor.) Das Leben seit dem Attentat ist für viele von uns nicht mehr das selbe. Viele mussten ärztliche und/oder psychologische Hilfe beanspruchen wegen direkten oder indirekten körperlichen oder psychisch/seelischen Erkrankungen. Nach wie vor erleben einige der direkt Betroffenen schwierige Lebenssituationen und emotionale Einbrüche, die auf die damalige Traumatisierung zurückzuführen sind.
Vor kurzem haben wir zur Kenntnis genommen, dass eine einfache, schlicht gestaltete Gedenkstätte, ein Denkmal in der Umgebung des Regierungsgebäudes realisiert werden soll. Das ist gut so. Symbolträchtiger wäre jedoch, wenn wir die Umbaupläne der Regierung, den Saal zu kehren und zu erweitern, realisieren würden. Damit könnten wir nach aussen manifestieren, dass im Kantonsratsaal etwas Ungeheuerliches geschehen ist. Mit andern Worten: Der Saal selber wäre Symbol, Denkmal. Zudem dürfte es für etliche Direktbetroffene einfacher sein, ihre politische Arbeit in einem baulich veränderten Saal weiterzuführen. Wenn wir ausserdem zukunftsgerichtet denken, lohnt es sich, die beantragte grosszügigere und zweckmässigere Variante der Regierung zu unterstützen. Rosemarie Burger hofft, dass Sie bei der

bevorstehenden Abstimmung die nachhaltige Betroffenheit der Überlebenden des Attentats nicht ausser Acht lassen und dementsprechend mit Einfühlungsvermögen Ihren Abstimmungsentscheid treffen. Mit bestem Dank für die Unterstützung des Regierungsantrags

Bruno **Pezzatti** meint, die Situation sei schwierig. Es ist sicher nicht einfach, heute über eine so delikate Frage zu diskutieren und zu entscheiden. Der Kommissionspräsident hat volles Verständnis für die Ausführungen seiner beiden Vorrednerinnen. Und trotzdem: Das Leben geht weiter. Die Kommission hat vor und der Rat an der letzten KR-Sitzung die Vorlage sehr eingehend diskutiert. Auch die emotional schwierigen Aspekte wurden erörtert und gewürdigt. Und wir haben uns in der Kommission vor einem Monat und heute Vormittag erneut zu einem Entschluss durchgearbeitet.
Über die Kommissionsarbeit von heute Morgen folgende Informationen: Die Kommission lehnt die bereits an der letzten KR-Sitzung eingehend behandelte Regierungsvariante mit 10 : 4 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Begründung: Gegenüber der 1. Lesung werden von den Antragstellern keine neuen Fakten und Begründungen vorgebracht, mit Ausnahme der soeben gehörten emotionalen Aspekte. Die folgenden drei Gründe sprechen nach wie vor gegen die überdimensionierte Regierungsvariante:
1. Die Kosten. Mit der Kommissionsvariante können gegenüber der Regierungsvariante rund 2,3 Mio Franken eingespart werden. Die von den Antragstellern bevorzugte Variante mit Gesamtkosten von 4,875 Mio Franken für den praktisch nur etwas erweiterten Umbau des bisherigen Kantonsratssaals sind unverhältnismässig hoch für zwölf Sitzungen im Jahr plus einige Sitzungen des Grossen Zuger Gemeinderats. Der Kantonsrat kann von der Regierung nicht Sparmassnahmen verlangen und bei sich selber einen anderen Massstab ansetzen.
2. Der Zeitpunkt des Wiederbezugs des altehrwürdigen und historischen Kantonsratssaals. Die Kommission will möglichst bald in den renovierten Kantonsratssaal zurückkehren. Bei der Kommissionsvariante wird dies bereits im nächsten Jahr nach der Sommerpause der Fall sein, bei der Regierungsvariante erst ca. Mitte 2005, d.h. wir müssten noch rund zwei Jahre hier im Polizeigebäude bleiben.
3. Die Sicherheitsaspekte. Hier besteht ein Widerspruch zu dem, was vorhin gesagt wurde, wonach bei der Kommissionsvariante praktisch nur der Saal umgebaut werde. Das trifft nicht zu. Die Sicherheitsaspekte sind wesentlich verbessert worden und bei beiden Varianten praktisch gleich gut. Gemäss Stawiko-Präsident ist die Variante der Kommission wegen des kleineren und überschaubaren Zuschauerraums sogar etwas sicherer. Für die Kommission kommt die Sicherheit eindeutig vor dem Komfort. Die Personenkontrolle beim Eingang zum Regierungsgebäude, die Polizeipräsenz im Gebäude und der Fluchtturm bringen eine wichtige Sicherheitsverbesserung. Auf den zusätzlichen, aber sehr teuren Komfort für die Benutzer des Saals, vor allem auch für die Zuschauer, kann und soll weiterhin verzichtet werden.
Bruno Pezzatti beantragt, den Antrag Ebinger, Fähnrich und Hofer abzulehnen.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass wir für 2,5 Mio Franken (plus/minus 25 %) einen Kantonsratssaal erhalten, der gleich aussieht wie der alte. Die Zuschauer müssen wie bisher hinten im Saal auf Klappstühlen sitzen und Schulklassen werden irgendwo

im Saal platziert. Als ehemaliger Besucher des alten Kantonsratssaals hat sich der Votant jedenfalls nie willkommen gefühlt auf diesen an den Rand gedrängten Plätzen. Solange die Sitzungen des Kantonsrats aber öffentlich sind, sollte auch den Bürgerinnen und Bürger ein angemessener Platz angeboten werden. Im Polizeisaal ärgert er sich, wie wenig Platz ihm auf dem Tisch zur Verfügung steht. Weil die Durchgänge im neu gestalteten Kantonsratssaal breiter werden, verkleinert sich unser Arbeitsplatz noch weiter. Er bedauert in diesem Zusammenhang, dass es keine Mindeststandards für Arbeitsplätze von Parlamentarierinnen und Parlamentarier gibt. Die Frage ist erlaubt, ob die Mehrheit dieses Parlaments tatsächlich einer Batteriehaltung von Politikerinnen und Politikern zustimmen will. Die Kaffeepause in der Wandhalle entpuppte sich schon bisher als ein Gedränge zwischen Büfett und Treppenhaus und war daher wohl weniger eine gewünschte Abwechslung als ein notwendiges Übel.
Die Vorlage des Regierungsrats bringt in vielen Bereichen eine deutliche Verbesserung. Auch wenn sie das Geschehene nicht ungeschehen machen wird, so ist Markus Jans der Ansicht, dass die Vorlage des Regierungsrats für direkt Betroffene und solche, die neu im Parlament sitzen, die bessere Lösung ist. Für ihn ist daher klar, dass wir mit den 2,5 Mio Franken einen Lösung erhalten, die zwar finanzpolitisch akzeptiert wird, aber für einen angemessenen Parlamentsbetrieb eine schlechte Lösung darstellt. – Abschliessend bittet die SP-Fraktion Sie grossmehrheitlich, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen und der Vorlage zuzustimmen.

Beat **Villiger** hält fest, dass die CVP-Fraktion den Antrag auf Unterstützung der Regierungsvorlage nochmals beraten hat. Die Meinungen bei uns sind geteilt. Der Grund liegt darin, dass man zum Teil aus Kosten- und Zeitgründen der Vorlage der Kommission zustimmen will. Andererseits, und das sind die anderen Stimmen, seien die Funktionalität des Saals, die Platzverhältnisse und eine gewisse Öffnung des Saals für Gäste, Medien usw. zu wenig gewichtet worden. Persönlich hat der Votant immer gehofft und auch darauf hingearbeitet, dass wir mit einem möglichst einstimmigen Entscheid die Rückkehr in den Saal beschliessen können. Heute haben wir eine mittlere Zufriedenheit oder eben Unzufriedenheit. Das ist keine optimale Voraussetzung für den Wechsel. Die Platzverhältnisse im Saal werden sich bei einer Bestätigung des Beschlusses der 1. Lesung also nicht ändern, höchstens dann, wenn wir den Kantonsrat einmal verkleinern würden. Auch das wäre ja einmal ein Thema. Vermisst hat Beat Villiger bei der Abwicklung dieses Geschäfts, dass sich die Regierung kaum gross für ihre eigene Vorlage eingesetzt hat.

Jacques-Armand **Clerc** weiss, dass der Präsident keine Freude an seinen Ausführungen haben wird. Er hat sich das letzte Mal einer Stimmabgabe für dieses Geschäft enthalten, und das aus zwei Gründen. Da er Gott sei Dank vom Attentat verschont wurde, fand er es eine Art Einmischung in Gefühle, die er – auch wenn er es möchte – nicht nachvollziehen kann. Er kann nicht wie viele im Rat gewisse Emotionen, Erinnerungen und leidvolle Gedanken kennen, die im Zusammenhang mit diesem Ort des Geschehens gemacht wurden. Zweitens findet er beide Varianten nicht gerade umwerfend. Es sind vielleicht gerade dies zwei Aspekte, die einige von Euch dazu verleiten könnten, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen und einer sogenannten Nulllösung zuzustimmen. Nach dem Motto: Wir wollen die Norma-

lität zurück. Bitte verstehen Sie dies nicht als Unterstellung, aber der Votant beobachtete hinter seiner Säule, wie bei der letzten Abstimmung doch viele Emotionen mitgeschwungen sind. Er und die anderen, die mit ihm vor acht Jahren die hinterste Reihe besetzten, mussten bei jedem Besuch – damals noch ohne Gedanken an das Abscheuliche – aufstehen und sich wieder setzen, sie spürten den Atem der Besucher im Nacken und hatten überhaupt grosse Platzprobleme. Wir waren immer der Meinung, dass wir eigentlich den Mut haben sollten, diesen trotz grosser Historie belebten Saal zu verändern. Das war nach Erinnerung von Jacques-Armand Clerc fast die damalige Mehrheit des Kantonsrats. Nun, da wir die Chance hätten, lassen wir sie uns aus Zeitzwang, Geldzwang und Befangenheit gegenüber dem Neuen entgehen. Wir wissen jetzt alle nach der Spitaldebatte, dass Bauen nicht einfach Geld ausgeben bedeutet, sondern investieren. Haben wir also den Mut und suchen eine zukunftsgerichtete Lösung. Was vorliegt, ist nicht das Gelbe vom Ei, aber trotzdem ein Schritt in die richtige Richtung. Und der Votant hofft natürlich, dass bei der Detail- und Ausführungsplanung etwas Genialität zur Verbesserung einfliessen könnte. Daher ist er in der 2. Lesung für den Regierungsvorschlag. Und vergleichen wir nicht Birnen mit Äpfeln. Wenn wir schon sagen, dass wir für *einige* Sitzungen keine elektronische Abstimmungsanlage brauchen, dann dürfen wir auch nicht von Jahren reden, die wir im Polizeigebäude verbringen sollten, sondern auch nur von einigen Sitzungen.

Max **Uebelhart** kommt nicht umhin, nochmals einige grundsätzliche Gedanken zu dem Missgriff zu äussern, den Sie gerade im Begriffe sind, zu tun. Die Mehrheit wird sich auch diesmal durchsetzen, die Minderheit wird aber vielleicht nicht einfach zu Verlierern und dann kann zur Tagesordnung übergegangen werden. Nein, wenn Verlierende auf der Strecke bleiben könnten, dann müsste uns das im Voraus mehr als zu denken geben. Ob mehr oder weniger Geld ausgegeben wird, ist völlig sekundär. An der Tatsache, dass wir dieses dünne Parkett wieder betreten wollen, ändert sich nichts! Wenn der Votant den Stimmen im Vorfeld des Gedenktags zuhört, z.B. denjenigen am letzten Montag in der Sendung Tele Tell, so kann er sich schlicht nicht vorstellen, wie wir in einem Jahr den alten Saal wieder zu unserer Arbeitsumgebung machen wollen oder machen können. Die Schreckenstat wird uns daran hindern, mit Hingabe und voller Leistung arbeiten und politisieren zu können. Im neuen Saal am alten Ort wird sich das Ereignis zwölf Mal jährlich, d.h. anlässlich jeder Sitzung, bemerkbar machen und nicht *nur* im Vorfeld des 27. und am 27.September selbst. Nebst den beiden Räten gibt es z. B. auch betroffene Journalisten, welche sich eine Rückkehr in den neuen alten Saal schlichtweg nicht vorstellen können. Das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, jetzt Geld, und zwar so oder so viel Geld, auszugeben und später trotzdem nicht richtig oder gar nicht in diesem Saal arbeiten zu können. Verdächtig ist auch die Eile, mit der versucht wurde, das Geschäft voranzutreiben. Viele haben ein ungutes Gefühl, mit Eile aber schafft man sicher keine besseren Voraussetzungen. Wollen wir diesen Saal hier im Polizeigebäude nach dieser doch recht langen Zeit möglichst bald verlassen, was Max Uebelhart durchaus nachvollziehen kann, könnte er sich die nächsten Sitzungen in abwechslungsweise besuchten gemeindlichen Sälen vorstellen. Er hat z.B. sehr gute Erinnerungen an die Sitzung in Menzingen. Vom Sicherheitsaspekt her werden sich auch hier vertretbare Standards finden lassen. Machen wir mutige Schritte in die Zukunft und nicht irgendwelche in die düstere Vergangenheit!

Josef **Lang** meint, Bruno Pezzatti habe etwas ganz Wichtiges gesagt: Das Leben geht weiter. Eine nächste Herausforderung wird sein, wie wir nächste oder übernächste Woche mit dem Untersuchungsbericht umgehen. Wie weit sind wir fähig, uns mit diesem Bericht auseinander zu setzen? Das Leben geht weiter, aber es geht weiter mit dieser Tragödie. Es gibt keine Zukunft ohne Vergangenheit. Im Freiamt, wo der Votant herkommt, gibt es folgende Legende: Der Stifeliriiter reitet nachts gehetzt durch das Reusstal. Sein grosses Problem ist, dass sein Kopf nur nach hinten schauen kann. Der Literaturhistoriker Peter von Matt hat in einer Ansprache zum 150. Geburtstag des Bundestags diese Legende wie folgt aktualisiert: Wer ein schreckliches Ereignis nicht integriert ins Leben, ihm keinen Ausdruck gibt, ist gezwungen, zwar nach vorne zu rasen, aber irgendwie gefangen zu bleiben von diesem schrecklichen Ereignis in der Vergangenheit. Sein Kopf ist nach hinten gedreht. Mit dieser Legende will Josef Lang auf bildhafte Art erklären, warum ihm die Drehung des Saals ein entscheidendes Argument ist für die Vorlage der Regierung. Das Symbolische ist ihm hier wichtiger als das Praktische, sogar noch wichtiger als die Sicherheit, obwohl die Drehung auch praktisch und für die Sicherheit Sinn macht. Aber indem wir den Saal drehen, fahren wir weiter mit dem Leben und drücken gleichzeitig symbolisch aus, dass wir die Vergangenheit integriert haben. Das Leben geht weiter, aber dieses Ereignis hat irgendwie die Richtung verändert. Wir fahren nicht so weiter, wie wir weiter gefahren (geritten) wären, wenn diese Tragödie nicht stattgefunden hätte.

Käty **Hofer**: Das Leben geht weiter, hat Jo Lang gesagt. Vor fünf Jahren wurde der Votantin in einer ganz schwierigen Situation dieser Satz als Trost angeboten. Bei ihr ist er aber als Drohung angekommen. Das Leben geht weiter. Jeden Tag muss sie wieder hinstehen, muss sich dem Geschehenen stellen, muss sehen, wie sie damit klar kommt. Jeden Tag. Dieser Satz gilt auch nach dem 27. September vor zwei Jahren. Jeden Tag müssen wir wieder hinstehen und uns dem stellen, was geschehen ist, damit klar kommen, es verarbeiten. Käty Hofer muss noch einige Fakten vorbringen. Ein Grund, weshalb sie sich entschlossen hat, mit den beiden anderen Antragsteller(-innen) diesen Antrag nochmals zu stellen, war die Argumentation in der 1. Lesung. Bei ihr sind die Argumente hängen geblieben, es koste zu viel, es daure zu lange. Viel anderes hat sie nicht wahrgenommen. Wie lang dauert es denn? Wir sind jetzt zwei Jahre hier. Mit der Lösung der Kommission bleiben wir etwa drei Jahre hier. Mit der Lösung der Regierung etwa dreieinhalb Jahre. Ist das so ein grosser und entscheidender Unterschied? Die Kosten. Wenn wir ehrlich sind, hatten wir ja vorher schon einen unbefriedigenden Zustand. Und 2,5 Mio für die Wiederherstellung oder sogar Verschlechterung eines unbefriedigenden Zustands ist zu viel Geld. Wenn wir den Plan der Kommissionslösung ansehen, hat es da fünf Plätze für die Presse. Es sind jetzt acht Leute hier. Wo platzieren wir die anderen drei? Es gibt weniger Platz als vorher für die Besucherinnen und Besucher. Es gibt weniger Platz für uns selber. Was senden wir hier für ein Signal? Die Sitzungen des Kantonsrats sind öffentlich. Nehmen wir das genug wichtig, wenn wir den wenigen Platz für Besucherinnen und Besucher noch verkleinern? Nehmen wir die Arbeit der Presse ernst genug, wenn wir ihren Platz verkleinern? Und nehmen wir unsere Arbeit hier in diesem Saal wichtig genug? Die Votantin zitiert aus dem Bericht der Regierung: «Der Denkmalpflege ist es ein Anliegen, die Geschichte des Regierungsgebäudes als

fortwährenden Prozess zu begreifen und in diesem Sinn auch zu reflektieren.» Die Denkmalpflege bezieht das auf das Gebäude, Käty Hofer bezieht es auf unsere Arbeit und auf das, was passiert ist.

Bruno **Pezzatti** möchte noch kurz etwas sagen zu einigen Feststellungen. Zunächst ganz allgemein. Auch wenn die Situation heute sehr schwierig ist, sollten wir uns bemühen, einen Entscheid zu treffen, der sowohl rationale wie auch emotionale Elemente berücksichtigt. Wir sollten uns nicht nur von – sehr verständlichen – emotionalen Überlegungen leiten lassen. – Zum Votum von Jacques-Armand Clerc. Er hat einer zukunftsgerichteten Lösung das Wort gesprochen und festgehalten, dass er sich an der letzten Sitzung der Stimme enthalten habe und heute der Regierungs-variante die Stimme geben werde. Wir haben an der Kommissionssitzung vor einem Monat über die Frage, die Max Uebelhart indirekt aufgeworfen hat – Neubau oder status quo – lange diskutiert. Und wir haben dort festgestellt: Wir wollen in den KR-Saal zurück, und haben indirekt den Neubau abgelehnt. Konsequent wäre es, wenn diejenigen, die sich jetzt für eine zukunftsgerichtete neue Lösung aussprechen, an der letzten Sitzung einen Rückweisungsantrag gemacht und einen neuen Vorschlag verlangt hätten. Das hat die Kommission abgelehnt. Auch bei uns wurde dieser Antrag nicht gestellt. Deshalb ist die Schlussforderung, dass man eigentlich einen Neubau möchte, aber mit dem Regierungsvorschlag vorlieb nimmt, nicht konsequent. – Zu Max Uebelhart. Er ist bisher immer sehr konsequent gewesen und hat sich für einen Neubau ausgesprochen. Er hat auch davon gesprochen, dass diese 2,5 Mio Franken eine Investition in ein Flickwerk sind. Wenn wir heute 4,875 Mio Franken beschliessen und die Regierungsvariante befürworten, dann werden wir 4,875 Mio Franken in ein Flickwerk investieren. – Zu Käty Hofer. Der Vergleich drei und dreieinhalb Jahre ist nicht ganz korrekt. Die Regierungsvariante bedeutet Mitte 2005. Also ein Jahr später als bei der redimensionierten Kommissionsvariante. Auch die Platzfrage der Medienvertreter ist in der Kommission diskutiert worden. Hier ergibt sich die Möglichkeit, dass wir die Medienvertreter links und rechts der Regierung platzieren können. Die Stimmenzähler werden näher bei der Regierung platziert. Es wird also für die Medienvertreter auch bei der Kommissionsvariante genügend Platz geben.
Der Kommissionspräsident möchte bei der Regierungsvariante nochmals zu bedenken geben, dass wir bei dieser Lösung mit 4,875 Mio Franken Investition in einen Teil des Regierungsgebäudes, praktisch nur in den Saal, dermassen unverhältnismässig hohe Kosten haben, dass das nicht zu vertreten ist. Er beantragt deshalb namens der Kommission, diesen Änderungsantrag abzulehnen. Auch die FDP-Fraktion hat an der Fraktionssitzung festgestellt, dass keine neuen Fakten vorliegen, die nicht an der letzten Sitzung erörtert worden sind. Sie hält deshalb an der Unterstützung der Kommissionsvariante fest.

Markus **Jans** kommt zurück auf die Feststellung von Bruno Pezzatti, wonach es auf der rechten Seite genügend Platz habe für die Medien, und auch auf der linken Seite habe es noch Platz. Wenn wir dort auch auffüllen, fragt es sich, wo wir dann mit Schulklassen hingehen. Diese wurden nämlich im alten KR-Saal jeweils vorne, rechts von der Regierung, platziert. Ein weiterer Punkt: Für den Votanten sind emotionale Argumente ebenfalls neue Argumente. Und es sind ja heute nicht nur emotio-

nale neue Argumente dazu gekommen, sondern auch solche, die für einen neuen Saal sprechen. Das sollte auch gehört werden.
Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass der Regierungsvorschlag die Vorteile bereits aufgezeigt hat: Mehr Platz, Öffentlichkeit, Besucher, Medien, Sicherheit. Aber entscheidend ist letztlich die emotionelle Seite. Alle direkt oder indirekt Betroffenen wurden durch das Attentat verändert. Es ist im Herzen von keinem alles so wie vor dem 27. September 2001. Mit unserem Vorschlag machen wir diese Veränderung augenfällig. Der Saal wird gedreht, die Veränderungen in unserem Herzen werden sichtbar dokumentiert. Wenn das Volk für einen höheren Investitionskredit Verständnis hat, dann hier bei diesem Fall für diesen Saal.

➔ Der Antrag Ebinger, Fähndrich, Hofer wird mit 37 : 31 Stimmen abgelehnt.

Martin **Stuber** hat sich heute nicht geäussert, obwohl er an der letzten Sitzung erklärte, dass er vom Attentat indirekt auch betroffen war und diesen Saal sehr gut kennt. Sie haben jetzt mit 37 : 31 Stimmen beschlossen, der Kommissionsvariante den Vorzug zu geben. Er möchte dem Rat beliebt machen, in der Schlussabstimmung das Geschäft abzulehnen, damit es zurück an die Regierung geht. Er kann sich nicht vorstellen, dass die 31 Leute, die jetzt für die Regierungsvariante gestimmt haben, nach dieser Diskussion Freude daran haben, in den alten Saal zurückzukehren. Er kann sich auch vorstellen, dass es einige unter ihnen hat, die grosse Mühe damit haben werden. Es ist heute offensichtlich zu früh, dass dieser Kantonsrat einen sinnvollen und vernünftigen Entscheid in dieser Frage fällen kann, mit dem der *ganze* Kantonsrat leben kann.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass dieser Rückweisungsantrag nicht mit der Schlussabstimmung vermischt werden kann.

Martin **Stuber** hält fest, dass es kein Rückweisungsantrag war. Er appelliert lediglich an den Kantonsrat, nein zu stimmen; dann ist das Geschäft automatisch zurück bei der Regierung.

Bruno **Pezzatti** ersucht den Rat, diesem Appell von Martin Stuber nicht zu folgen und der Vorlage zuzustimmen. Wir haben mehrmals gesagt, dass jene Kantonsrätinnen und Kantonsräte, welche Mühe haben, diesen Schritt in einem Jahr zu machen, begleitet werden sollen. Dieses Angebot wird den Schritt etwas erleichtern.

Rosemarie **Fähndrich Burger** fragt sich wirklich, wie Leute, die dann in einem Jahr betroffen sind und nicht so funktionieren können, wie wir es uns vorstellen, begleitet werden sollen im Leben. Der Kommissionspräsident hat in seinem früheren Votum ja auch gesagt, die 4,875 Mio seien zu viel für ein Flickwerk. Die Votantin hat diese Aussage so interpretiert, dass es auch mit dem reduzierten Betrag der Kommission ein Flickwerk bleibt. Sie möchte deshalb den Vorschlag von Martin Stuber unterstützen. Wir stehen vor einer ganz schwierigen Situation. Es wird niemand zufrieden sein, wie wir aus den vorherigen Voten erfahren haben.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 35 : 34 Stimmen zu.

215 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEFIZITDECKUNGSBEITRAG AN DAS VERKEHRSHAUS DER SCHWEIZ

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1136.1/.2 – 11206/07) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1136.3 – 11258).

Andreas **Hotz** beantragt namens und in Vertretung des Stawiko-Präsidenten, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der vorliegenden Fassung zuzustimmen. Den gleichen Antrag stellt er auch im Namen der überwiegenden Mehrheit der FDP-Fraktion. Unbestritten war in der Stawiko wie auch in der FDP-Fraktion, dass das Verkehrshaus der Schweiz eine wichtige touristische und edukative Funktion ausübt und dadurch seit Jahrzehnten auch von zahlreichen Zugerinnen und Zugern sehr geschätzt wird. Im Hinblick auf die Einführung des NFA und der damit verbundenen erheblichen Mehrbelastungen für unseren Kanton waren zwei Mitglieder unserer Kommission der Auffassung, bereits heute sei auf eine weitere, zeitlich befristete Verlängerung der Defizitdeckungsbeiträge zu verzichten. Zudem wurde moniert, dass die Stadt Luzern nach wie vor eine – zwar um 2/3 reduzierte – Billettsteuer im Umfang von 300'000 Franken erhebt. Die Mehrheit der Stawiko will jedoch dem Verkehrshaus zumindest bis ins Jahr 2006 einen jährlichen Defizitdeckungsbeitrag von maximal 75'000 Franken gewähren und dadurch zum Ausdruck bringen, dass sie die Leistungen und die Qualitäten dieser über die Zentralschweizer Grenzen hinaus bekannten Einrichtung anerkennt. Der Stawiko ist es jedoch ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass spätestens ab dem Jahr 2006 die bis heute freiwillig und in Millionenhöhe geleisteten Beiträge an diverse Institutionen in der Schweiz kritisch hinterfragt werden müssen. Mit der Einführung des NFA wird der Kanton Zug zu einer tendenziell übersteigerten Solidarität genötigt und dadurch wohl gezwungen, seine freundeidgenössisch gesprochenen Mittel haushälterischer einzusetzen.

Heinz **Tännler** hält fest, dass der touristische und edukative Wert des Verkehrshauses in Luzern auch für die SVP-Fraktion des Kantons Zug gänzlich unbestritten ist. Trotzdem beantragen wir Ihnen einstimmig, auf die Vorlage nicht einzutreten und ihr nicht zuzustimmen. Wir begründen unsere Haltung wie folgt:
1. Die Kassen der Laufenden Rechnung des Kantons Zug sind nicht mehr so gefüllt wie auch schon, bzw. leer. Im Jahr 2002 weist die Laufende Rechnung de facto ein Minus von beinahe 50 Mio Franken aus. Im laufenden Jahr werden wird ein Minus von beinahe 100 Mio Franken in Kauf nehmen müssen. Also können wir vor diesem Hintergrund nicht mehr grosszügige Geschenke an ausserkantonale Institutionen ausrichten. Es gilt auch für den Kanton Zug das Motto: Einem nackten Mann kann man nicht in die Tasche greifen.
2. Aus der Vorlage des Regierungsrats geht hervor, dass der Rechnung 2002 des Verkehrshauses einmalige ausserordentliche Aufwendungen betreffend Mehrwertsteuer im Betrag von total 1,221 Mio belastet werden mussten. Dieser Betrag bezieht sich auf die letzten fünf Jahre, was zwar expressis verbis in der Vorlage nicht erwähnt wird, jedoch bekannt ist, weil Mehrwertsteuerrevisionen sich auf fünf Jahre erstrecken, da nach fünf Jahren die Verjährung eintritt. Der ausserordentliche einma-

lige Betrag von 1,221 Mio Franken ist demnach durch den Faktor fünf zu teilen und ergibt für die Zukunft ordentliche jährliche Mehrwertsteuerablieferungen von 250'000 Franken per annum. Bei dieser Ausgangslage ergibt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kein Defizit mehr, wie dies schon in der Rechnung 2002 der Fall gewesen wäre und durch die Rechnung 2001 denn auch bestätigt wird. Somit erübrigen sich Defizitgarantien zu Gunsten dieser ausserkantonalen Organisation, die grundsätzlich und letztlich meistens nur dazu dienen, dass Defizite geschaffen werden. Wer Defizite selbst nicht tragen muss, ist bekanntlich beim Geldausgeben grosszügiger als sonst.
Aus all den genannten Gründen wiederholen wir nochmals unseren Antrag, auf die Vorlage nicht einzutreten. The party is over. Wir zählen auf die Unterstützung des Kantonsrats, der bei der Debatte über die Staatsrechnung 2002 diese Worte geprägt hat.

Jacques-Armand **Clerc** vertritt die Meinung der CVP-Fraktion, die einstimmig für Eintreten auf und Zustimmung für die Vorlage ist. Wir sind der Meinung, dass dies ein gerechtfertigter Beitrag an ein Museum von nationaler und vor allem zentralschweizerischer Bedeutung ist. Zahlen beweisen, dass es ein sehr beliebtes Ausflugsziel der Zuger Familien ist. Der Vater kann dort seinem Sprössling die Geheimnisse der Technik vermitteln und er spürt die noch ungebrochene Bewunderung seiner Familie. Das Verkehrshaus der Schweiz ist neben dem KKL ein Attraktionsort von grosser Güteklasse. Nicht weil der Votant seine ersten Pläne vom Planetarium gezeichnet hat, sondern weil es ein Museum ist, das lebt, für alle Altersschichten attraktiv ist und sich an den Pforten von Zug befindet. Wir alle profitieren davon. Und wenn nicht, sollten wir es dringend tun. Also sprechen wir uns gemeinsam für Eintreten und Zustimmung für diese Deckungsgarantie aus.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte sich nicht vertieft mit der Materie auseinandersetzen, sondern vor allem auf den Nichteintretensantrag der SVP-Fraktion eingehen. Er ist froh und dankbar darüber, dass die grosse Bedeutung des Verkehrshauses und seine wichtige Funktion von keiner Seite bestritten wurde. Er möchte heute noch nicht die Debatte für das Budget 2004 führen, bestreitet aber in aller Form, dass wir 100 Mio Defizit machen werden. So weit er die sich in Vorbereitung befindende Vorlage kennt, werden wir ein ausgeglichenes Budget vorlegen. Er kann aber mit Bestimmtheit heute schon sagen, dass wir sicher über die beste Finanzsituation verfügen von allen öffentlichen Körperschaften, die dieses Museum mittragen. Der Bund steuert jährlich 1,6 Mio bei, der Kanton Luzern 550'000 Franken, die Stadt Luzern stellt das ganze Areal (24'000 m^2) im Baurecht unentgeltlich zur Verfügung, bezahlt einen Barbetrag von 365'000 pro Jahr und erstattet 2/3 der Billettsteuer, nämlich über 600'000 Franken jährlich, dem Verkehrshaus zurück. Das Verkehrshaus wird also sehr solidarisch getragen, auch vom Kanton und der Stadt Luzern. Der Beitrag des Bundes ist auch an die Voraussetzung gebunden, dass andere Körperschaften ihren Beitrag ebenfalls leisten, darunter auch die Zentralschweizer Kantone. Der Votant dankt dem Rat, wenn er auf diese Vorlage eintritt und ihr zustimmt.

Michel **Ebinger**: Die Voten wiederholen sich und deshalb muss auch der Votant immer wieder auf das Gleiche zu sprechen kommen. Wir hatten am Montag eine Einladung vom Handels- und Dienstleistungsverband des Kantons Zug, wobei alle Kantonsräte eingeladen waren. Aus diesen Referaten (u.a. von Peter Hegglin, und er sollte es wissen) kam ganz klar heraus, dass die Finanzlage des Kantons Zug auch heute noch mehr als gesund ist. Wenn Sie diese aber weiterhin immer wieder so tot reden, wird sie irgendwann tot sein. Und wenn schon über Zahlen gesprochen wird, dann bitte mit richtigen Zahlen. Auch am Montag kam nie die Zahl von 100 Mio zur Sprache. Die SVP-Mitglieder waren zum Teil auch dabei und sollten es deshalb auch wissen. Wir werden nie ein solches Defizit haben. Die Finanzdirektion wird es nicht produzieren und tolerieren. – Das Verkehrshaus ist eine Attraktion in der Zentralschweiz. Boris Becker hat z.B. gesagt, er komme hierher, weil es hier sehr schön sei, Diskretion herrsche und er sich hier wohl fühle. Schauen wir also, dass solche Attraktionen bestehen bleiben. – Dazu noch eine Nebenbemerkung an die Presse. Wenn irgendwo eine Kaffeemaschine kaputt ist und Boris Becker sich abends nach elf in einer Bar aufhält, lassen Sie ihn bitte in Ruhe. Er kam zu uns wegen der Diskretion und daran sollte sich auch die Presse halten; sonst gehen solche Leute wieder weg vom Kanton Zug.

Felix **Häcki** meint, wenn jetzt schon von richtigen Zahlen die Rede gewesen sei, müsse man darauf hinzielen, dass das Problem beim Verkehrshaus ein Mehrwertsteuerproblem ist, und wenn das weg ist, gibt es kein Defizit. Was wir hier beschliessen sollen, ist ein Vorschuss auf zukünftige Defizite für das Verkehrshaus Luzern. Und das ist natürlich absoluter Unsinn.

Hans **Durrer** spricht über richtige Zahlen. Anlässlich der Debatte über die Staatsrechnung haben die meisten Leute, vor allem der CVP, dem Votanten zugestimmt, dass de facto, wenn wir nicht Reserven aufgelöst hätten, die Laufende Rechnung mit einem Verlust von gegen 50 Mio abgeschlossen hätte, also de facto abgeschlossen hat. Im Dezember haben wir die Budgetvorlage 2003 genehmigt. Dort sind zusätzliche Kosten von 50 Mio vorgesehen. Die werden ganz bestimmt in diesem Jahr ausgegeben. Nach Rücksprache mit der Steuerverwaltung wird im Jahr 2003 kaum mit grösseren Steuererträgen zu rechnen sein, verglichen mit den Ergebnissen des Vorjahrs 2002. Und nun kommt eine ganz einfache Milchmädchenrechnung. Wenn wir im Jahr 2002 ein de facto-Defizit in der Laufenden Rechnung von 50 Mio erarbeiten, in diesem Jahr gemäss Budget 2003 zusätzliche 50 Mio beschlossen haben, kaum mehr Einnahmen in 2003 gegenüber 2002 erzielen, dann werden wir gegen 100 Mio Verlust einfahren. Selbstverständlich werden wir ihn nicht zeigen, sondern wieder durch Auflösung von Reserven decken. Sie werden dann in den Zeitungen lesen: Das Budget für 2004 wird ausgeglichen sein. Hier müssen Sie unterscheiden, wer die Wahrheit sagt.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte weder eine Rechnungs-, noch eine Budgetdebatte führen, aber doch auf etwas hinweisen. Die Rechnung des letzten Jahrs haben Sie genehmigt, die Stawiko hat sie geprüft. Sie war ausgeglichen. Hans Durrer macht Anspielungen auf die Reservenauflösung. Wir haben tatsächlich für 46 Mio Reserven

aufgelöst. Diese Reserven wurden aber gebraucht, um zusätzliche Abschreibungen zu machen. Das ist klar ausgewiesen worden und es war auch so budgetiert. Der Votant glaubt nicht, dass da etwas falsch gemacht wurde. Für dieses Jahr ist ein Mehrertrag von rund 20 Mio Franken budgetiert. Der Finanzdirektor hat dem Rat vor den Ferien gesagt, dass die Steuererträge wahrscheinlich tiefer liegen werden. Es ist aber schwierig, genau zu sagen, wie viel tiefer. In etwa haben wir Ihnen die Zahlen genannt und gemäss Steuerverwaltung ist das immer noch etwa gleich. Wir werden tiefer sein und das heisst, dass wir wahrscheinlich ein ausgeglichenes Ergebnis haben werden dieses Jahr. Das ist aber sehr spekulativ und der Votant möchte nicht, dass er dann daran behaftet wird.

➔ Der Nichteintretensantrag wird mit 51 : 18 Stimmen abgelehnt.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1136.4 – 11294 enthalten.

216 MOTION VON MANUELA WEICHELT BETREFFEND HIV-PRÄVENTION IN UNTERSUCHUNGSHAFT UND IM STRAFVOLLZUG

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 304.2 – 11178).

Erwina **Winiger Jutz** dankt, auch im Namen der Motionärin, für die Beantwortung der Motion. Da sie acht Jahre Zeit hatte, sich zu entwickeln, keimt Hoffnung auf: Was lange währt, wird endlich gut. Doch die Situation im Bereich HIV-Prävention in Untersuchungshaft und Strafvollzug ist noch nicht gut, höchstens befriedigend. Es ist erfreulich zu hören, dass in der Strafanstalt Bostadel der Drogenkonsum eher selten sei, und wenn, dann bewege er sich eher im Rahmen von gerauchten oder gekifften Drogen. Im Bostadel ist einiges versucht worden im Bereich der HIV-Prävention. Es ist die Rede vom Mediatorenkonzept MEDIA, welches vorsah, dass Mitinsassen den Neueintretenden umfassende Informationen über die gesundheitlichen Risiken im Strafvollzug und über wirksame Schutzmassnahmen vermitteln sollen. Dies wurde nach einem Probedurchlauf fallen gelassen, da es nicht geeignet sei für den geschlossenen Vollzug im Bostadel. Das auf S. 6 unter Punkt 9 erwähnte jährliche Treffen findet im Übrigen nicht mit der Aids-Hilfe-Schweiz, sondern mit der Aids-Hilfe-Zug statt. Erfreulich ist auch die Feststellung, dass die Regierung nicht zuletzt dank der zugerischen heroingestützten Behandlung ZOPA einen deutlichen Rückgang heroinabhängiger Insassen und Insassinnen zu verzeichnen hat. ZOPA ist ein wissenschaftlicher begleiteter Versuch der ärztlich kontrollierten Betäubungsmittelverschreibung. Es steht das Ziel der Resozialisierung, der Verminderung der Delin-

quenz, der Verbesserung des gesundheitlichen Zustands und der Erhöhung der Selbstverantwortung des HIV-Infektionsrisikos im Vordergrund. D.h. in beiden Zuger Anstalten wurde und wird einiges ausprobiert und getan, und zwar eher mit moderater Zurückhaltung. Man bietet an für jene, die es wünschen. Auch wenn nun die Motion nicht erheblich erklärt wird – das Problem ist noch nicht vom Tisch. Im Gegenteil: Wie im BAK zu erfahren ist, hat die Zahl der positiven HIV-Tests wieder markant zugenommen. Aus Sicht des BAK muss nun erneut die Prävention verstärkt und verbessert werden, um der Bevölkerung die Gefahren von HIV und Aids wieder verstärkt aufzuzeigen. Die Schweiz habe noch lange nicht alle Mittel zur HIV-Prävention ausgeschöpft. Und im europäischen Vergleich stehe die Schweiz diesbezüglich eher schlecht da. Während im Durchschnitt in Westeuropa auf 100'000 Einwohner 6,1 positive Tests komme, sei der Wert in der Schweiz bereits bei 8,2. Laut BAK ist die gegenwärtige Zunahme sehr beunruhigend.
Die Antwort des Regierungsrats ist sehr stark auf Drogenabhängige gestützt. Im Bericht werden andere Übertragungsmöglichkeiten von Aids wenig bis gar nicht erwähnt. Die Zunahme von Aids beruht aber zu einem grossen Teil auf sexueller Übertragung. Gleichzeitig darf nicht nur an Aids-Übertragung gedacht werden, sondern es müssen auch andere sexuell übertragbare Krankheiten wie Syphilis erwähnt werden. Das Thema Sexualität, insbesondere gleichgeschlechtlicher Intimverkehr, wird tabuisiert. Wir werden mit Spannung die weiteren Bemühungen verfolgen, insbesondere die geplanten Massnahmen in der Strafanstalt Zug.

Martin B. **Lehmann** möchte dem Regierungsrat für die ausführliche, mit acht Jahren leicht verspätete Antwort auf diese Motion ebenfalls danken. Als Präsident der Aids-Hilfe-Zug ist es ihm aber trotzdem ein Anliegen, eine kleine Korrektur anzubringen. Bei Punkt 2 zur Strafanstalt Zug wird gar schön gefärbt, wenn gesagt wird, dass sich die Gesundheitsdirektion in Absprache mit der Aids-Hilfe-Zug *gegen* ein ganzheitliches Gesundheitskonzept ausgesprochen habe. Der Realität entspricht eher, dass sich die Aids-Hilfe seit Jahren erfolglos um konkrete Schritte in diese Richtung bemüht hat. Um so unverhoffter haben diese Bemühungen dieses Frühjahr nun plötzlich gefruchtet. Vor diesem Hintergrund mutet das Timing mit der jetzt vorliegenden Antwort des Regierungsrats doch ein bisschen sehr zufällig an. Glücklicherweise nimmt mindestens der intravenöse Konsum von harten Drogen ab, wie dies der Regierungsrat auch im Zuger Strafvollzug feststellen kann. Leider aber lässt sich dies bei den HIV-Infektionen nicht behaupten – im Gegenteil. Weltweit leben über 40 Mio Menschen mit dem Virus, und davon sind 3 Mio allein letztes Jahr an Aids gestorben. In gewissen Ländern im südlichen Afrika sind mehr als 30 % der Erwachsenen HIV-positiv. Es ist leicht vorstellbar, was dies neben dem menschlichen Leiden für Folgen auf deren Volkswirtschaft hat. Dass die HIV-Verbreitung keinen Halt vor der Schweiz macht, illustrieren dramatische Zahlen. So nahm im Jahr 2001 die Zahl der Neuinfektionen erstmals seit 1992 um 7 % zu. Im letzten Jahr stieg die Zunahme der Neuansteckungen gar um weitere 25 %. Diese Zunahme hat verschiedene Gründe. Einerseits die gesellschaftlichen Veränderung zur Risikogesellschaft, eine Bagatellisierung der Folgen einer Infektion und das falsche Wissen vieler Menschen über den Krankheitsverlauf und die Therapiemöglichkeiten. Gleichzeitig scheint das Thema Sexualität, abgesehen von marktwirtschaftlichen Auswüchsen, aber nach wie vor ein Tabuthema zu sein.

Der Regierungsrat tut also gut daran, der HIV/Aids-Prävention auch in unserem Kanton weiterhin einen wichtigen Stellenwert einzuräumen. Um die Erfolge der Aids-Arbeit längerfristig sichern zu können, muss die Prävention ihre Anstrengungen aber vermehr in das Thema der sexuellen Gesundheit einbetten. Neben der Verhinderung von HIV und Aids, anderen sexuell übertragbaren Krankheiten oder von sexueller Ausbeutung, muss ein ganzheitliches Verständnis für den Menschen als sexuelles Wesen von der Geburt bis zum Tod, sowie ein verantwortungsvoller und selbstbewusster Umgang mit den eigenen Wünschen und Bedürfnissen gefördert werden. Speziell muss zusätzliches Gewicht auf die Sexualpädagogik gelegt werden.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** dankt für die nur leise Kritik an der wirklich viel zu langen Behandlungsdauer dieser Angelegenheit, für die er sich entschuldigen möchte. Wir haben, insbesondere im Bostadel, eine etwas komplizierte Situation, weil nicht direkt der Regierungsrat zuständig ist, sondern eine paritätische Aufsichtskommission. Vertreten sind dort der Kanton Basel Stadt auf der einen und der Kanton Zug auf der anderen Seite. Wir haben tatsächlich in dieser Kommission verschiedenste Diskussionen geführt über die Jahre hinweg und immer wieder versucht, Modelle zu entwickeln. Dazu kommt, dass die Strafanstalt Bostadel, aber auch die Strafanstalt Zug, nicht im luftleeren Raum agieren, sondern eingebunden sind in das nordwest- und innerschweizerische Strafvollzugskonkordat. Auch dort hat es mehrere Diskussionen zu diesem Thema gegeben. Aber all das rechtfertigt nicht die lange Behandlungsdauer. Der Votant ist sehr froh, dass wir das jetzt auf den Tisch gebracht haben. Er möchte zwei Bemerkungen machen. Dem Regierungsrat ist es nicht nur im Strafvollzug, sondern ganz generell ein wichtiges Anliegen, dass es eine HIV- und Aidsprävention gibt. Und auch eine Prävention in Bezug auf andere Krankheiten. Hanspeter Uster ist auch überzeugt, dass die ganze Frage der Sexualität, eine gesamtheitliche Sicht darauf, ein sehr wichtiges Anliegen ist. Die Gesundheitsdirektion ist seines Wissens jetzt daran, mit der Aids-Hilfe-Zug eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen, was sehr wichtig ist. Es ist wirklich so, dass die Übertragung von HIV vor allem auch über Sexualkontakte stattfinden kann. Deshalb liegen in der Strafanstalt Bostadel Präservative und Desinfektionsmittel auf.
Zum Schluss eine kleine Korrektur. Sie sehen, das Ganze ist wirklich in Entwicklung. Wir haben in der Zusammenfassung und auch im Bericht gesagt, dass in der Strafanstalt generell kein Methadon abgegeben wird. Das war auch richtig. Ende August hat aber die paritätische Aufsichtskommission entschieden, dass für ganz bestimmte Einzelfälle Methadon abgegeben werden kann. Allerdings für eine befristete Dauer. Und die erklärt sich wie folgt: Wir haben im Kanton Basel Stadt die Strafanstalt Schellenmätteli. Der Kanton schliesst jetzt diese Anstalt und muss die dort Inhaftierten in andere Anstalten bringen können. Dort hat es Leute, die Methadon bekommen. Und es ist sinnvoll, dass diese Leute auch nach Bostadel kommen, weil Basel Stadt als zahlender Kanton finanziell stark daran beteiligt ist. Und deshalb haben wir jetzt befristet für diese Übergangszeit in begründeten, medizinisch indizierten Fällen die Methadonabgabe auch in der Strafanstalt Bostadel erlaubt. Der Sicherheitsdirektor wollte den Rat über diese Neuentwicklung orientieren. Nicht dass Sie das irgendwo hören und das Gefühl haben, der Regierungsrat habe das verschwiegen.

➔ Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

217 MOTION VON PETER RUST BETREFFEND WIRKUNGSVOLLEM PROJEKTMANAGEMENT BEI INFORMATIKAUSGABEN DES KANTONS

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 988.2 – 11252).

Vizepräsidentin Erwina **Winiger Jutz** erteilt dem Präsidenten (und Motionär) das Wort.

Peter **Rust** weist darauf hin, dass gemäss § 47 der GO der Präsident in die Debatte eingreifen kann, was er während seiner zweijährigen Amtszeit aber nur in Ausnahmefällen wie hier tun wird. Er macht jetzt von dieser Möglichkeit Gebrauch, weil ihn diese Motion sehr lange beschäftigt hat. Er dankt vorerst – auch im Namen seiner Mitmotionäre – der Regierung, insbesondere der Finanzdirektion für die teilweise Umsetzung des Motionsbegehrens. Das neu geschaffene Amt für Informatik und Organisation ist nach Auffassung des Regierungsrats ein fachlich kompetentes Organ, welches künftig die strategische, wirtschaftliche und technische Gesamtkoordination der Informatik für die gesamte kantonale Verwaltung gewährleistet. Der Regierungsrat schreibt aber auch in seinem Antrag, mit dem neuen Amt sei ein unabhängiges und wirkungsvolles Projektmanagement sowie Controlling im Informatikbereich sichergestellt. Sie werden sicher begreifen, dass der Votant die Auffassung vertritt, dass mit der Unterstellung des neuen Informatikamts an die Finanzdirektion die von der Motion geforderte Unabhängigkeit nicht in vollem Umfang gewährleistet ist. Wess Brot ich ess, dess Lied ich sing. Eine gewisse Abhängigkeit des Abteilungsleiters zum Chef, resp. Finanzdirektor, ist nach wie vor gegeben. Das Vorhaben steht und fällt natürlich mit der Person, welche dieses Amt führt. Und Peter Rust hofft zuversichtlich, dass Herr Fasnacht die nötige Härte mitbringt, um bei den vielfältigen Informatikbegehren der einzelnen Verwaltungsbereiche Wünschbares von Nötigem strikt zu trennen.
Der Votant hat noch einen Wunsch an die Stawiko, resp. an die Erweiterte Stawiko. Schliesslich ist auch von diesem Kreis die Motion mitgetragen und gestaltet worden. Im grossen Budget- und Rechnungsheft, das wir jeweils erhalten, wo alle Direktionen aufgeführt sind, ist es sehr mühsam, wenn wir die Informatik einzeln suchen müssen. Es wäre ratsam, wenn die Informatik in einem Papier zusammengezogen würde, das auch für einen Laien aussagekräftig und transparent aufzeigt, wie die Kosten in den einzelnen Departementen sind. Wir können nur steuern, wenn wir eine klare Übersicht haben. Das haben wir in den bisherigen Papieren nicht. Wenn unser Finanzdirektor von diesem Amt ein besseres Steuerungspapier für dieses Projektmanagement an die Stawiko geben könnte, wäre Peter Rust sehr dankbar. Im Übrigen ist er zufrieden, wie das jetzt aufgefahren ist. Obwohl er natürlich nach wie vor die Unabhängigkeit ausserhalb der Regierung vorziehen würde. Aber er hat Verständnis dafür, dass dieser Weg gewählt wurde.

Martin **Stuber** hält sein Votum als ehemaliger Präsident der Informatiktechnologiekommission des Grossen Gemeinderats. Dieser hat vor fast drei Jahren diese Kommission eingesetzt. Und der Votant hat immer mit grossem Interesse verfolgt, wie Peter Rust in diesen Fragen am Ball gewesen ist. Er möchte ihm dazu gratulieren, denn er etwas erreicht, ohne dass dazu eine Kommission nötig war. Mit dem von der Regierung vorgelegten Papier ist sicher eine Verbesserung möglich. Martin Stuber möchte sich jetzt nicht über die kantonale Informatik äussern, er kennt sie zu wenig. Aber er glaubt, dass es in die richtige Richtung geht. Er möchte auch dem neuen Finanzdirektor gratulieren, dass er gleich zu Beginn einen Pflock eingeschlagen und diese strategische Stabstelle geschaffen hat. Das ist sicher ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Martin Stuber möchte dem Rat aber beliebt machen, *die Motion noch nicht abzuschreiben*. Das wäre auch im Sinn der Überwachungsaufgabe, welche die Erweiterte Stawiko im Rahmen der Budgetberatung hat. Die Zeit, das abzuschreiben, kommt vielleicht in zwei, drei Jahren, wenn Erfahrungen gesammelt sind. Wenn z.B. klar ist, ob diese Informatikkonferenz wirklich das Gelbe vom Ei ist. Der Votant hat da seine Zweifel, vor allem wenn er die Aufgaben sieht, welche die Informatikbeauftragten der einzelnen Direktionen haben. Er möchte aber auch nicht zum Voraus sagen, das sei nichts. Es wäre sicher sinnvoll, der KR könnte das noch zwei, drei Jahre begleiten.

Hans-Peter **Schlumpf** hält fest, dass die FDP-Fraktion vom Bericht des Regierungsrats Kenntnis genommen hat und dem Antrag auf teilweise Erheblicherklärung und Abschreibung von der Geschäftsliste einstimmig zustimmt. Um dies dem Rat mitzuteilen, hätte der Votant sich allerdings nicht unbedingt nach vorne bemühen müssen. Es sind jedoch ein paar zusätzliche Bemerkungen zum Thema angebracht. – Wir anerkennen das Bemühen der Regierung, durch geeignete Massnahmen im Bereich der Führungsinstrumente, des Projektmanagements, des Controllings und der Organisation das komplexe Feld der Informatik einigermassen professionell und effizient im Griff zu halten. Wir anerkennen auch explizit, dass es sich beim Informatikeinsatz um eine operative Aufgabe der Regierung handelt, für die *sie* die Verantwortung trägt. Wir stimmen zu, dass es nicht Sache des Parlaments ist und sein kann, sich mit den operativen Details des Informatikeinsatzes herumzuschlagen. Gleichwohl ist es dem Parlament oder einzelnen seiner Mitglieder nicht a priori zu verargen, wenn sie im Rahmen ihrer Kontroll- und Aufsichtspflicht als höchstes kantonales Organ einen Bereich vertieft unter die Lupe zu nehmen wünschen, der sich nun seit längerem durch überdurchschnittliche jährliche Kostenanstiege auszeichnet, wie dies bei der kantonalen Informatik der Fall ist. Wir gehen mit der Regierung einig darin, dass die Kosten der Informatik nicht als alleiniges Beurteilungskriterium herangezogen werden dürfen, sondern dass der Informatikeinsatz durchaus Implikationen hat oder haben kann auf die Personalkosten eines Bereichs, auf den Nutzen für den Bürger und anderes. Kurz: Ohne zeitgemässe Informatik lässt sich eine moderne und effiziente Verwaltungstätigkeit gar nicht mehr vorstellen!
Der Staat ist nicht allein mit dem Problem der übermässig steigenden Informatikkosten. Hans-Peter Schlumpf kennt das selbe Phänomen auch aus der Privatwirtschaft. Dass man sich in der Informatik – hat man sich einmal für ein System oder eine Applikation entschieden – in eine Abhängigkeit von Lieferanten und Dienstleistern und deren Preisen begibt, ist Realität. Dem steht immerhin die Tatsache gegenüber, dass heute auch unter den Informatikdienstleistern ein harter Wettbe-

werb herrscht und dass Technologie und Angebote modularer und standardisierter werden. Nicht mehr einzelne Hardwarekomponenten oder Anwenderprogramme werden gekauft, sondern eine bestimmte Systemkonfiguration, bestehend aus Hardware, Software und Dienstleistungen inklusive Garantie, die während einer bestimmten Zeitspanne, zum Beispiel drei Jahre lang, unverändert bleibt, also keinen Updates unterzogen wird, und dann als Ganzes ersetzt wird. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die in Relation zu den ganzen Systemkosten ständig weiter fallenden Hardwarekosten.
Der Votant will nun aber nicht dem postulierten Grundsatz untreu werden, dass sich das Parlament nicht in die operativen Details des Informatikeinsatzes einmischen soll und will der Regierung auch keine Handlungsanweisungen erteilen. Wenn wir aber in absehbarer Zeit über Pilotprojekte zur Wirkungsorientierten Verwaltung, über Ziel- und Leistungsvorgaben und Globalbudgets debattieren werden, dann denken Sie daran, dass gerade die Informatik ein gutes Anwendungsfeld dafür ist: Das Parlament gibt vor, was das Ziel, der Output sein soll und wie viele Mittel dafür gesprochen werden sollen und können, während die Regierung in eigener Handlungskompetenz für die Umsetzung sorgt. Dann kann das Parlament auch mal bestimmen, dass das Globalbudget für Informatik im kommenden Jahr nur um 2 statt um 20 % ansteigen darf!

Michel **Ebinger** weist darauf hin, dass in der Motionsantwort wie allgemein üblich als einziger Softwareanbieter Microsoft genannt wird, unter seinen Kritikern auch bekannt als Microschrott. Über Open-Source-Software wurde kein Wort verloren, obwohl Systeme wie Linux Windows z.B. in Bezug auf Sicherheit um Längen schlagen und im Bereich der Server-Software gerade dabei sind, die Microsoft-Software kurz oder langfristig zu ersetzen. Der Clou der ganzen Sache: Diese Systeme sind gratis inkl. Bürosoftware, die es mit den Teuren Officepaketen, deren Möglichkeiten in der Regel sowieso nur zu 10 % ausgenützt werden, durchaus aufnehmen. Der Votant ist enttäuscht, dass sich der Regierungsrat nicht mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Wenn er wirklich sparen wollte, würde er diese Tendenz sehr intensiv verfolgen! Aber Linux wird mit keinem einzige Wort erwähnt.
Zum Thema Linux noch einige ganz kurze Hinweise, besonders für diejenigen in der Verwaltung, die immer noch der Ansicht sind, Linux sei ein Kinderspielzeug für einige Spinner:
• IBM arbeitet in Sachen Linux eng mit Behördenstellen zusammen und hat erreicht, dass besonders für Regierungsstellen wichtige Sicherheitszertifikate für Linux gelten, so dass es auch in hochsensiblen Bereichen, wie z.B. Polizei und Justiz, eingesetzt werden kann.
• Microsoft hat einen hochrangigen deutschen Ex-Politiker angestellt, damit dieser bei deutschen Behörden Lobbying betreibt, ein untrügliches Zeichen, dass Microsoft Angst vor Linux hat, und dass wir somit Linux als Alternative ernst nehmen sollten und dürfen.
• München wechselt für seine 14'000 PCs von Windows zu Linux.
• Das deutsche Kartell- und das Datenschutzamt sowie etliche andere Ämter arbeiten bereits mit Linux.
• In Prüfung ist der Umstieg in der Stadt Schwäbisch Hall und in vielen andere deutschen Städten.

• Die japanische Regierung will ihre Gehaltsabrechnung für ihre 800'000 Angestellten über ein Linux-Programm laufen lassen.
Das Thema Kosteneinsparungen bei den Informatikkosten ist kein leichtes Thema. Um so mehr, als auch der Bund, wie Nationalrat Hans Rudolf Merz in der Märzsession in Bern fest hielt, es schwer hat , diese Kosten in den Griff zu halten, da offenbar nicht geplante oder nicht vorhersehbare oder nicht steuerbare Rechnungsabweichungen gegenüber dem Budget immer wieder vorkommen. Michel Ebinger wäre dem Regierungsrat dankbar, wenn dieser den Ball, welcher er ihm hier zugespielt hat, aufnimmt, ohne dass er bezüglich Linux eine Motion oder Interpellation starten muss. Wenn Unterlagen oder Gutachten gewünscht sind, hat der Votant Einiges auf seinem Computer, das er der Finanzdirektion zu Verfügung stellen kann.
Übrigens ist er mit den Worten des Präsidenten im heutigen Votum und in seinem Zeitungsinterview vollumfänglich einig.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte zuerst danken für die positive Aufnahme der Motionsbeantwortung und geht noch auf drei Punkte ein, die heute explizit erwähnt wurden. Das betrifft die Rechnungslegung und das Konzept und die Architektur der Informatik. – Die Regierung verfolgt konsequent den in der Motionsbeantwortung aufgezeigten Weg und sie hat in diesem Zusammenhang nicht nur ein neues Amt geschaffen, sondern ihm auch eine Aufgabe gegeben, und zwar eine neue Informatikstrategie zu erarbeiten. Diese sollte bis Ende Jahr vorliegen. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch die Rechnungslegung. Wir teilen teilweise die Meinung, dass es schwierig ist, aus den dargelegten Daten der Rechnung eine volle Kostentransparenz zu ersehen. Es besteht ein gewisser Handlungsbedarf. Wir möchten diesen Punkt mit der Strategie anschauen.
Zu den verschiedenen Softwares. Wir müssen ja gewährleisten, dass die EDV funktioniert. Der Votant glaubt nicht, dass wir uns auf Softwares einlassen können, deren Funktionalität nicht absolut gewährleistet ist. Wir sind nicht abgeneigt, andere Möglichkeiten zu prüfen. Das neue Amt macht das auch. Aber der Finanzdirektor möchte jetzt nicht einfach sagen, dass wir das einführen. Das wäre nicht ehrlich und sicher auch falsch. In diesem Zusammenhang steht auch die Kostenentwicklung. Wir können jetzt nicht sagen, mit diesem neuen Amt koste die Informatik 20 % weniger. Wir müssen jetzt die Architektur, die Standards und Konzepte überprüfen und daraus können wir eine Kostenstabilisation oder -reduktion erwirken.
Zum Schluss noch zum unabhängigen Kontrollorgan. Der Votant könnte sich mit dem als Finanzdirektor nie anfreunden. D.h. ja quasi, dass irgendwo ein Organ besteht, dass unsere Informatik kontrolliert, das sich selber Aufträge gibt, das Gutachten selber erstellt oder erstellen lässt, das Kosten verursacht, für die dann der Finanzdirektor am Schluss nur noch die Unterschrift geben kann, damit die Rechnung bezahlt wird. Das kann und darf es nicht sein. So wie wir es jetzt aufgegleist haben, kommen wir dem Anliegen der Motionäre entgegen und haben auch hier die Kostenentwicklung im Griff. – Peter Hegglin dankt dem Rat, wenn er den Antrag der Regierung unterstützt.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dem Antrag der Regierung, die Motion sei teilerheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben, ein Antrag von Martin Stuber entgegensteht, die Motion sei nicht abzuschreiben.

Martin **Stuber** zieht seinen Antrag zurück.

➔ Die Motion wird teilweise erheblich erklärt und das Geschäft als erledigt abgeschrieben.

218 MOTION VON ERWINA WINIGER JUTZ BETREFFEND EINER/EINES BEAUFTRAGTEN FÜR LANGSAMVERKEHR UND SICHERHEIT

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1050.2 – 11208).

Erwina **Winiger Jutz** weist darauf hin, dass die Neue Zuger Zeitung vom 22. Juli 2003 die Antwort des Regierungsrats mit einem Titel auf den Punkt gebracht hat: «Der Langsamverkehr bleibt auf der Kriechspur». Beim Langsamverkehr hinkt der Kanton Zug auch in Zukunft hintennach. Während sich in grösseren Agglomerationen wie Zürich, Basel oder Luzern vollamtliche Beauftragte um die Anliegen von Velofahrerinnen, Fussgängerinnen und Skaterinnen kümmern, lehnt der Regierungsrat die Schaffung einer adäquaten Stelle ausdrücklich ab. Er zeigt in seiner Antwort auf, was in diesem Bereich bereits alles gemacht wird. Z.B. alle zwei Monate eine Sitzung der Arbeitsgruppe Zweirad. Darf die Votantin fragen, in welchem Verhältnis dies steht mit dem nur schon zeitlichen, geschweige denn dem finanziellen Aufwand, welcher für den motorisierten Individualverkehr betrieben wird? Sie findet es schade, dass der Regierungsrat die Chance verpasst hat, in diesem Bereich auf den fahrenden Zug aufzuspringen und mit dem Tempo des Bundes Schritt zu halten. Denn der Entscheid des Regierungsrats widerspricht dem Ergebnis einer Studie des Bundes, welche die Vorzüge des Langsamverkehrs betont. So hat das Bundesamt für Strassen (ASTRA) ausgerechnet, dass jeder für die Verkehrs-Infrastruktur aufgewendete öffentliche Franken dann am effizientesten ist, wenn er den Velofahrerinnen und Fussgängerinnen zu Gute kommt. Zum einen wird mit dem Ausbau eine bedeutende Anzahl von Benutzerinnen erreicht. Klar, die Ausbaumassnahmen sind kostengünstig. Doch natürlich müsste zuerst realisiert werden, was zu realisieren ist. Ein Beauftragter, eine Beauftragte hätte bemerkt, dass z.B. die Fussgängerüberquerung zwischen Metalli und Neustadt unbefriedigend ist, dass bei der Stadt- und Kantonsbibliothek Veloparkplätze fehlen, dass bei der neuen Bahnhofstrasse der Veloverkehr nicht signalisiert ist, ausser man bezeichnet die entstandenen Bremsspuren als Leitlinien, dass die Huobstrasse in Hünenberg/Cham trotz eindringlichen Appellen nicht verkehrsberuhigt ist. Und Erwina Winiger ist überzeugt, dass die hier im Saal Anwesenden noch etliche weitere Beispiele kennen, die gefährlich sind und die Verkehrsteilnehmerinnen unsicher machen. Ein Beauftragter, eine Beauftragte hätte sich für bessere Lösungen eingesetzt. Fussgängerinnen sind zahlenmässig die stärksten im Verkehr, denn wir alle sind immer wieder als Fussgänger, als Fussgängerin unterwegs. Gemäss den Statistiken der BfU verunfallten im Jahr 2002 7'000 Menschen als Langsamverkehrsteilnehmerin, davon 140 tödlich.
Die Votantin kommt zurück auf die ASTRA-Studie. Das Bundesamt für Strassen hält den Langsamverkehr noch aus weiteren Gründen für förderungswürdig. So entlastet er besonders in Agglomerationen den an seine Grenzen stossenden Autoverkehr und beansprucht gleichzeitig nur wenig Platz. Volkswirtschaftlich sind die Vorzüge des Langsamverkehrs zudem anerkannt. So werde die Belastung durch Schadstoffe und Lärm reduziert und die Gesundheit verbessert. Eigentlich ein Punkt, den es nach

diesem Sommer fast nicht mehr zu erwähnen braucht. Es wurde ja buchstäblich eingebrannt, auf das Auto zu verzichten, vor allem für Kurzstrecken, also dort wo sich der Langsamverkehr direkt aufdrängt. Der Regierungsrat anerkennt zwar, dass mit einer zusätzlichen Arbeitsstelle für einen Beauftragten, eine Beauftragte für den Langsamverkehr dieser doch besser gefördert werden könnte. D.h. er anerkennt, dass bis jetzt zu wenig getan wird in diesem Bereich. Trotzdem unterlässt er es auf Grund der Stellenplafonierung, jemanden zu bestimmen, der oder die verantwortlich ist für Sicherheit und Langsamverkehr. Es muss doch möglich sein, innerhalb der zur Verfügung stehenden Stellen einen Mann oder eine Frau mit der Thematik Sicherheit und Langsamverkehr zu beauftragen. Auf Grund der brisanten Problematik beantragt die Votantin, die Motion nicht abzuschreiben.

Markus **Jans**: Wenn man die Motionsbeantwortung des Regierungsrats durchliest, könnte man fast meinen, dass mit dem Langsamverkehr im Kanton Zug tatsächlich schon alles auf bestem Wege sei. Als regelmässiger Velofahrer fällt dem Votanten aber auf, dass die Anliegen des Langsamverkehrs immer wieder auf der Strasse liegen bleiben. Hier nur einige ihm bekannte Beispiele:
Kreuzung Alpenblick: Fussgänger und Velofahrer werden gegenüber dem übrigen Verkehr klar benachteiligt. Wartezeiten von bis zu fünf Minuten sind keine Seltenheit. Auch mit dem neuen Kammerkonzept wird es dort keine Verbesserung geben. Die Verwirklichung des Postulats von Jeanette Ackermann betreffend Velobrücke über die Zugerstrasse zwischen Alpenblick und Kollermühle vom 28. März 1996 lässt nun sein bald acht Jahren auf sich warten. Sind Baustellen zu markieren, so werden im Kanton Zug Markierungstafeln und Absperrungen mit regelmässiger Selbstverständlichkeit auf den Wegen des Langsamverkehrs aufgestellt. Wo die Velofahrer und Fussgänger ihren Weg durch die Absperrungen und Markierungstafeln suchen müssen, bleibt oft ihnen überlassen. Ein gefahrloses Passieren solcher Abschrankungshindernisse ist oft nicht möglich. Temporäre Spurverschiebungen auf Autostrassen werden sofort signalisiert und mit Markierungsbändern auf den Belag aufgezeichnet. Dagegen werden Radstreifen missbraucht für die Platzierung von Baustellen-Installationen oder für Abstellflächen von Fahrzeugen, ohne dass dafür Ersatz geboten wird. Ein Beispiel gefällig? Der Radstreifen bei der Überführung in der Hinterbergstrasse über die Autobahn wird fast vollständig von der Baustellen-Installation für die Autobahnrenovation in Beschlag genommen. Und Sie haben richtig geraten. Ein Ersatz dafür wird natürlich nicht bereit gestellt. Wir sind also weit davon entfernt, dass dem Langsamverkehr die gleiche Bedeutung wie dem übrigen Verkehr beigemessen wird. Markus Jans bezweifelt, dass eine Gleichbehandlung, geschweige denn eine Gleichberechtigung in nächster Zeit erreicht wird. Sogar der Regierungsrat anerkennt in der Motionsbeantwortung, dass mit einer zusätzlichen Arbeitsstelle für einen Beauftragten der Langsamverkehr noch besser gefördert werden könnte. Warum macht er es dann nicht? Wünschenswert wäre, wenn sich im Kanton Zug tatsächlich jemand explizit mit dem Langsamverkehr befassen würde. Allgemeine Aussagen, dass die Aufgaben eines Beauftragten für Langsamverkehr seit je durch das Amt für Raumplanung sowie weitere Amtsstellen des Kantons wahrgenommen werden, genügen nicht und lassen wenig Hoffnung aufkommen, dass sich in naher Zukunft etwas verbessert. Eine verbesserte Koordination der involvierten Stellen ist daher angezeigt und notwendig. In der vorliegenden Form darf die Motion nicht abgeschrieben werden. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag von Erwina Winiger

für die Bezeichnung eines Beauftragten für Langsamverkehr innerhalb der Verwaltung. Es ist keine neue Stelle erforderlich, sondern eine Konzentration der bisher auf mehreren Stellen geleisteten Arbeit auf eine einzige Stelle. Wir erhoffen uns davon eine wesentliche Verbesserung der Situation von Velofahrenden, Fussgängern, Skatern und anderen Benutzern und Benutzerinnen der Wege des Langsamverkehrs. Die SP-Fraktion beantragt, die Motion im Sinne von Erwina Winiger nicht abzuschreiben.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass der Regierungsrat in seinem Bericht ausführt, dass die Anliegen des Langsamverkehrs in den kantonalen Fachstellen und Ämtern genügend verankert sind. Die FDP-Fraktion teilt diese Ansicht. Gebetsmühlenartig wird in diesem Gremium immer und immer wieder darauf hingewiesen, dass wir im Hinblick auf die anstehenden Aufgaben mit unseren Mitteln haushälterisch umgehen müssen, dass das Nötige vom Wünschbaren zu trennen sei und wir uns Luxus nicht mehr leisten können. Beauftragter für Langsamverkehr und Sicherheit. Das klingt doch schon nach Luxus und ist es auch. Logisch wäre dann auch noch eine Beauftragte für Schnellverkehr, die sich z.B. dafür einsetzen könnte, dass man auf Zuger Autobahnen endlich wieder 120 km/h fahren kann. Abgesehen davon ist der Übergang von Schnell- und Langsamverkehr an gewissen Orten in unserem Kanton sehr fliessend. Nur der Übergang, nicht der Verkehr selber. Die Ansicht, dass der Langsamverkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr immer mehr unter die Räder gerate, kann der Votant keinesfalls teilen. Im Gegenteil. In den letzten Jahren wurden Radwege und verkehrsfreie Zonen immer stärker ausgebaut. Wenn sich Fussgänger auf lauschigen Waldwegen in Deckung werfen müssen, dann weniger wegen Autos als wegen einigen wenigen verantwortungslosen Bikern. Was die Strassen anbelangt, so sind dies Verkehrsachsen, die der Wirtschaft und der Wohlfahrt aller dienen, und keine Spiel- und Vergnügungsplätze. Vorsicht und gegenseitige Rücksichtsnahme nützen mehr als teuere bauliche Massnahmen, und verhindern bei konsequenter Befolgung, dass Verkehrsteilnehmer unter die Räder kommen. Sowohl bildlich gesprochen als auch real. Wenn Thomas Lötscher trotzdem dankbar ist für die Motion und die regierungsrätliche Antwort, so deshalb, weil der Bericht unter Punkt 3 noch Einsparpotenzial aufzeigt. Er bezweifelt, dass das turnusgemässe Tagen der Arbeitsgruppe Zweirad mindestens alle zwei Monate sehr effizient ist. Es verleitet nachgerade zu einer übertriebenen Aktionitis. Eine Einberufung bei realem Bedarf erscheint ihm eher angebracht. Gerne erwartet er von der Regierung eine Antwort, wie sie über dieses Sparpotenzial denkt. Das muss aber nicht heute sein. Im Übrigen unterstützen wir den Antrag des Regierungsrats, welcher Geld spart, und helfen damit dem von Christian Siegwart an der letzten KR-Sitzung zitierten Hamster über den Winter.

René **Bär** erinnert daran, dass der Finanzdirektor am 22. September 2003 erwähnte, wer Leistungen verlange, solle dafür bezahlen. Der motorisierte Individualverkehr bezahlt die Strassen über die Steuern und zweckbestimmte Abgaben. Der Langsamverkehr soll, wenn er separate Strassen braucht, diese ebenfalls bezahlen. Das Strassenverkehrsgesetz verlangt nicht, dass das Velo bevorzugt wird.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint, die Motionärin habe Recht, wenn sie dem Langsamverkehr sozusagen Flügel verleihen wolle. Er steht in unserem Teilrichtplan Verkehr vom 3. Juli 2002 ganz am Anfang des Richtplantextes. Die Baudirektion hat sich schon vor Jahren so organisiert, dass der Langsamverkehr konkret gefördert wird. Das Netz der Strecken ist dicht, wir bauen es sukzessiv weiter aus. Personell sind wir dank der Zusammenarbeit verschiedener Fachleute in der Verwaltung genügend dotiert. Unser Kanton kann nicht für jedes Anliegen eine eigene Dienststelle schaffen. Deshalb schiesst die Motion über das Ziel hinaus. Zu ihrer Information. In den nächsten Jahren sind folgende Neuausbauten sowie Eröffnungen geplant: Strecke Zug-Talacher, Strecke entlang dem Ägerisee, Rotkreuz-Honau, Radwegbrücke Alpenblick, Neufeld-Lindenpark-Inwil, Zug Hofstrasse-Oberwil Rebmatt, Baar-Höllgrotten-Schmittli, Murpfli-Lotenbach, Lindencham-St. Wolfgang. Ebenfalls finden immer wieder Gespräche mit den Velo-Organisationen statt, damit auch «kleine» Probleme auf dem Velonetz unbürokratisch und schnell gelöst werden können. – Zu Thomas Lötscher. Der Baudirektor gibt ihm selbstverständlich gern die Antwort, was da gesprochen wird. Aber er kann die Antwort nicht so geben, dass er das aufhebt.

➔ Der Antrag, die Motion sei erheblich zu erklären, wird mit 47 : 20 Stimmen abgelehnt. Das Geschäft ist erledigt.

219 POSTULAT VON BEAT VILLIGER FÜR EIN ÜBERDACHUNGSPROJEKT AUTOBAHNABSCHNITT BAAR/BLICKENSDORF

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 958.2 – 11194).

Beat **Villiger** erinnert daran, dass in letzter Zeit da und dort Autobahneinschnitte im Siedlungsbereiche einerseits zur Eindämmung von Immissionen und andererseits zur Gewinnung neuer Nutzungsflächen überdacht wurden. Verbunden damit ist eine verbesserte Einbettung der Autobahn in das Landschaftsbild. Erinnert sei an die Projekte in Altendorf, Neuenhof oder auch Opfikon/Glattbrugg. Und heute Morgen konnte man in der Neuen Zuger Zeitung lesen, dass auch Hünenberg wieder nachdenkt über eine Einbettung und Überdachung der dortigen Autobahn. Im Vorfeld der Lärmsanierungsmassnahmen für den Autobahnabschnitt Blickensdorf und auf Grund des stark zugenommenen Verkehrs, vor allem des Schwerverkehrs, wollte der Votant abgeklärt haben, ob sich hier ebenfalls ein solcher Nutzen ergeben könnte. Unterstützt durch die Gemeinde Baar und die Anwohner im Raum Blickensdorf hat der Kanton in der Folge drei Varianten ausgearbeitet. Nämlich eine herkömmliche Lärmsanierung für ca. 20 Mio, eine nicht nutzbare Deckenkonstruktion für ca. 45 Mio und eine Überdachung mit Nutzung für ca. 90 Mio. Letztere Variante hätte alle Vorteile einer Nutzung sowie des Landschafts- und Lärmschutzes beinhaltet. Man hätte mit der Überdachung neues Bauland von mindestens 10'000 m^2 gewonnen. Nicht eingerechnet in diesem Preis waren die Mehrwerte der angrenzenden Liegenschaften, die mit der Nutzung verbundenen höheren Steuereinnahmen oder etwa das zwischen Baar und Blickensdorf verbesserte Landschaftsbild.

Die grobe Wirtschaftlichkeitsanalyse zeigte letztlich für die Variante 1 das beste und für die Variante 3 mit nutzbarer Überdachung das schlechteste Kosten/Nutzenverhältnis auf. Eine Realisierung der Nutzungsvariante wäre also nur in Frage gekommen, wenn die Gemeinde und allenfalls die profitierenden Anwohner erhebliche Beiträge leisten würden. Dem ist jedoch nicht so. Es war dennoch richtig, sich im Rahmen der Sanierungsmassnahmen über die verschiedenen Möglichkeiten Gedanken zu machen. Letztlich auch mit dem Vorteil, dass die Lärmsanierungsmassnahmen nunmehr mit einem Aufwand von ca. 8 Mio statt den veranschlagten ca. 20 Mio vorgenommen werden können. Beat Villiger kann und muss wohl mit dieser Situation leben, ist aber nach wie vor der Meinung, dass solche Überdachungsprojekte bei einigermassen vertretbaren Zusatzkosten gefördert werden müssen. Dieses Thema dürfte im Kanton in Zukunft weiter diskutiert werden, vor allem wenn es darum geht, unserer Autobahnen verstärkter zu verstecken und die überbaute Fläche anders zu nutzen.

Josef **Zeberg** erinnert daran, dass die ganze Einzonung Murer/Iten in Blickensdorf nach altem Muster bei der Erschliessung der Strassen ging. Nämlich den Verkehr so schnell wie möglich in den nächsten Zubringer einzuleiten. Bei Lärm oder Gestank wurde so viel oder so wenig wie immer auf die Anwohner Rücksicht genommen. Dabei hätte gerade in Blickensdorf etwas Neues geschaffen werden können mit ein wenig Weitsicht, die anscheinend einigen Planern und vielleicht auch Politikern fehlte. Auf der Autobahn bewegen sich täglich ca. 25‘000 Fahrzeuge, zusätzlich wird Blickensdorf durch den starken Durchgangsverkehr sehr belastet Wir hoffen, dass durch den Bau der Autobahn Knonaueramt sich die Situation verbessert – aber wann? Bei der neuen Überbauung soll es wiederum ca. 500 neue Autobewegungen am Tag geben, alle in die bestehende alte Kappelerstrasse und die neue zu erstellende Strasse in die Blickensdorferstrasse. Für die Planer, Gemeinde und Kanton wäre es leicht gewesen, einen Teil der Autobahn zu überdecken ca. 150 m östlich bis zur Brücke, und diesen Teil als Einmünder in die Blickensdorferstrasse zu gebrauchen –mit dem Vorteil, dass so Blickensdorf von viel Verkehr entlastet würde. Der Zubringer auf der schon jetzt sehr stark befahrenen Autobahn und die Einmündung wäre viel übersichtlicher gewesen als zwei kleine Einmündungen mitten im Dorf. Mit dem Vorteil, dass auch der Lärm nur von einer Seite kommt, von der Autobahn, und nicht wie im Überbauungsplan vorgesehen von drei Seiten. Da wurde eine grosszügige Lösung vertan. Es nützt doch nichts, wenn alte Häuser unter Schutz gestellt werden, die Besitzer viel Geld ausgeben für die Erhaltung, aber dann dafür bestraft werden mit unnötigem Quartierverkehr, der absolut anders geregelt werden könnte.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint, Beat Villiger habe erkannt, dass Autobahneinschnitte keine Barrieren sein müssen. Es gibt in der Schweiz zahlreiche Strassen, die man nachträglich überdeckt hat. Lärmschutz, Gewinn von Bauland oder Grünflächen und Verbesserungen für den Langsamverkehr sprechen häufig für eine Überdeckung. Bau- und Betriebskosten aber dagegen. Unser Teilrichtplan Verkehr vom 3. Juli hat dem Postulat Rückendeckung gegeben. Der Richtplan hält fest, dass an der Überdeckung der A 4a südlich von Blickensdorf als Option ein kantonales Interesse besteht. Was heisst hier Option? Der Richtplan war für den Regierungsrat nach dem Postulat eine zusätzliche Verpflichtung, die Überdeckung in Blickensdorf

abzuklären. Die Baudirektion hat sich darum bemüht, eine Lösung herbeizuführen. Dies hätte ein finanzielles Engagement der Einwohner der Gemeinde Baar bedeutet. Der Aufwand wäre wohl sehr gross gewesen. Das Postulat hat sich dadurch nicht erfüllen lassen. Der Richtplantext besteht selbstverständlich weiter. Der Votant schliesst nicht aus, dass in Zukunft die Frage der Überdeckung wieder aktuell wird. Das Postulat ist jedoch im Hinblick auf die laufende Erneuerung erfolgt und ist nun als erledigt abzuschreiben, zumal die Sanierung dieser Autobahn noch dieses Jahr abgeschlossen sein wird. Der Kantonsrat hat 1997 dem Regierungsrat verboten, mehr für Lärmschutz auszugeben, als gesetzlich vorgeschrieben ist. Steinhausen und Zug haben z.B. auch die Erhöhung der Lärmschutzwand bei der heutigen Sanierung selber bezahlt. Eventuell ist es eben doch schade, dass dieser Kantonsrat die Abschöpfung von Raumplanungsgewinn abgelehnt hat.

➔ Das Geschäft wird als erledigt abgeschrieben.

220 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 30. Oktober 2003

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

15. SITZUNG: 30. OKTOBER 2003
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 11.55 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

221 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Hans Christen, Leo Granziol und Josef Lang, alle Zug; Thomas Brändle und Franz Peter Iten, beide Unterägeri; Vreni Sidler, Cham; Thomas Lötscher, Neuheim.

222 MITTEILUNGEN

– Der **Vorsitzende** teilt mit, dass sich Gesundheitsdirektor Joachim Eder ab 9.45 Uhr entschuldigen lässt.

– Am Samstag, 27. September 2003, starb Alois **Hürlimann** im Alter von fast 87 Jahren. Der Walchwiler CVP-Vollblutpolitiker schrieb Geschichte. Er war durch seinen Weitblick eine der prägendsten politischen Persönlichkeiten der neueren Zuger Geschichte. Alois Hürlimann war von 1954 bis 1974 Mitglied des Zuger Regierungsrats und von 1963 bis 1979 Mitglied des Nationalrats. Diverse Male auch Gemeindepräsident in seiner Heimatgemeinde Walchwil. Als Baudirektor hat er im Kanton deutliche Spuren hinterlassen. Er gründete in den 1970er-Jahren den Gewässerschutzverband der Region Zugersee-Ägerisee-Küssnachtersee, liess die zentrale Abwassereinigungsanlage Friesencham und die Ringleitung um den Zugersee bauen. Er realisierte die Lorzenverlegung und unter ihm erhielt der Kanton die Autobahnanschlüsse. Er trieb auch den Bau von Kantonsstrassen voran, so insbesondere die Kantonsstrasse nach Walchwil, wo er sich in Form der Aloysiushalle ein Denkmal baute. Unter ihm begann auch der Bau der Kantonsschule in der Luegeten. Auf eid-

genössischer Ebene machte er sich einen Namen mit dem Gesamtverkehrskonzept. Niederlagen erlebte er eher selten, aber auch diese konnte er mit einem lachenden Herzen wegstecken. Er war ein humorvoller, überaus intelligenter und – heute würde man sagen – cleverer Mensch mit grosser Liebe zur Geselligkeit und zum geistreichen Diskurs. Viel Erschaffenes und viele Anekdoten werden uns immer an ihn erinnern. Der Vorsitzende bittet den Rat, Alois Hürlimann ein ehrendes Andenken zu bewahren.

– Peter Rust gratuliert den beiden Ratskollegen Gerhard **Pfister** und Josef **Lang** zur ehrenvollen Wahl in den Nationalrat. Er wünscht den beiden gewählten viel Erfolg, Kraft und Freude in ihrem anspruchsvollen Amt. Möge es ihnen in Bern gelingen, die Interessen des Standes Zug mit Würde und Respekt, Herzblut und Wohlwollen zu vertreten. Den nicht gewählten Kolleginnen und Kollegen im Rat dankt der Votant, dass sie die Strapazen des Wahlkampfs auf sich genommen und somit dem Zuger Wahlvolk echte und spannende Wahlen ermöglicht haben. Er ist natürlich froh, dass sie den im Wahlkampf an den Tag gelegten Tatendrang und Elan weiterhin dem Zuger Kantonsparlament zu Gute kommen lassen.

– Der Vorsitzende liest folgendes Schreiben des Obergerichtspräsidenten Alex Staub vom 6. Oktober 2003 vor:
«Aufgrund der Wahl durch die Vereinigte Bundesversammlung in das neu geschaffene Bundesstrafgericht mit Sitz in Bellinzona sehe ich mich veranlasst, als Präsident und Mitglied des Obergerichts des Kantons Zug per 31. März 2004 zu demissionieren. Bereits heute möchte ich an dieser Stelle für das mir entgegen gebrachte Vertrauen, zunächst als nebenamtlicher Staatsanwalt, anschliessend als erster vollamtlicher Staatsanwalt des Kantons Zug und nun während elf Jahren als Präsident des Obergerichts, ganz herzlich danken. Besonders in Erinnerung wird mir bleiben, dass der Kantonsrat in all den Jahren für die Anliegen der Justiz Verständnis entgegen gebracht hat und für die sachliche Argumentation zugänglich war.»
Peter Rust gratuliert Alex Staub herzlich für die glanzvolle Wahl als Präsident des neu geschaffenen Bundesstrafgerichts.

– Der Vorsitzende weist darauf hin, dass auf den Pulten das Buch «kids.expo – die Stimme der Kinder» aufliegt. Der Regierungsrat hat vor einigen Tagen im Auftrag der Zentralschweizer Regierungskonferenz und gestützt auf einen Bericht der Finanzkontrolle die Schlussabrechnung des Zentralschweizer Projekts kids.expo an der Landesausstellung 2002 in Yverdon genehmigt und verabschiedet. Die kids.expo war mit über 750'000 Besucherinnen und Besuchern für die Zentralschweiz und für den Kanton Zug, der das Projekt über die Volkswirtschaftsdirektion organisiert und beaufsichtigt hat, ein grosser Erfolg. Erstmals wurden Kinder im Rahmen einer Landesausstellung als gleichwertige Partner ernst genommen und konnten ihre Visionen, Wünsche und Probleme in überzeugender Weise darstellen. Das Konzept kids.expo war von Anfang an der Nachhaltigkeit verpflichtet, auch auf Grund der Kooperation mit den weltweit tätigen Organisationen UNICEF und UNESCO. Aus diesem Grund sind einige Exponate von kids.expo nun in schweizerische Museen gewandert. Und im vorliegenden Buch, welche die Geschichte von kids.expo noch einmal aufrollt, sind alle 10'000 Eingaben der über 6'000 Kinder auf einer CD aufgelistet. Die

kids.expo hat im Übrigen mit einem kleinen Gewinn abgeschlossen. Über dessen Verwendung entscheidet die Zentralschweizer Regierungskonferenz Ende November.

223 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25. September 2003.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Änderung des Gesetzes über die Gewässer (GewG).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1175.1/.2 – 11297/98).

3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Planungs- und Projektierungskredite öffentlicher Verkehr.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1168.1/.2 – 11278/79).

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Abstimmung des Zuger Busnetzes auf die Stadtbahn Zug und eines vorgezogenen Budgetkredits 2005.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1171.1/.2 – 11286/87).

3.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Gründung einer interkantonalen Umweltagentur.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1172.1/.2 – 11288/89).

4.1. Gültigkeit der Wahl eines Mitglieds des Strafgerichts.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1167.1 – 11277).

4.2. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Strafgerichts (mündlicher Antrag aus dem Rat).

5. Gesetz über den Steuerausgleich unter den katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug.
2. Lesung (Nr. 1104.4 – 11261).

6. Kantonsratsbeschluss betreffend Defizitdeckungsbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz.
2. Lesung (Nr. 1136.4 – 11294).

7. Genehmigung der Schlussabrechnung für die Korrektion der Lorze zwischen Jöchler und Ziegelbrücke, Gemeinde Baar.
Nur eine Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1156.1 – 11250) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1156.2 – 11290).

8. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Ausbau des Sijentalbaches in Rotkreuz, Gemeinde Risch.
Nur eine Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1157.1 – 11251) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1157.2 – 11291).

Geschäfte, die am 25. September 2003 traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten:

9. Postulat von Heinz Tännler und Hans Durrer betreffend gleichzeitiges Vorlegen von Verordnungen bzw. Richtlinien zu Gesetzesvorlagen in bestimmten Fällen (Nr. 959.1 – 10704).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 959.2 – 11138).
10. Interpellation von René Bär betreffend Koordinierung von Wohnungs- / Gewerbebau mit der dazugehörenden Verkehrserschliessung (Nr. 1086.1 – 11071).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1086.2 – 11196).
11. Interpellation von Berty Zeiter betreffend Stand und Förderung der Palliative Care im Kanton Zug (Nr. 1100.1 – 11104).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1100.2 – 11163).
12. Interpellation von Heinz Tännler, Hans Durrer und Karl Betschart betreffend Abstimmungsbroschüre und Mitwirkung des Regierungsrates bei der Abstimmungskampagne „Beteiligung des Kantons an der SWISS“ (Nr. 1106.1 – 11116).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1106.2 – 11218).
13. Interpellation von Beat Villiger betreffend Einführung des neuen Lohnausweises (Nr. 1118.1 – 11152).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1118.2 – 11217).
14. Interpellation von Rosemarie Fähndrich Burger und Erwina Winiger Jutz betreffend Berufsvorbereitungsschule (B-V-S), 10. Schuljahr (Nr. 1132.1 – 11195).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1132.2 – 11233).
15. Interpellation von Franz Müller und Gerhard Pfister betreffend Hilfe an Unwettergeschädigte in Oberägeri (Nr. 1146.1 – 11229).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1146.2 – 11272).
16. Interpellation von Heinz Tännler und Karl Betschart betreffend Steuerverwaltung des Kantons Zug (Nr. 1148.1 – 11231).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1148.2 – 11264).

---

17. Archivgesetz.
    1. Lesung.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1083.1/.2 – 11065/66), der Kommission (Nrn. 1083.3/.4 – 11180/81) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1083.5 – 11237).
18. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für das generelle Projekt der neuen Kantonsstrasse „Kammerkonzept Ennetsee“, Gemeinden Cham und Hünenberg.
    1. Lesung.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1142.1/.2 – 11221/22), der Strassenbaukommission (Nr. 1142.3 – 11276) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1142.4 – 11292).
19. Motion von Josef Lang betreffend Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften (Nr. 1145.1 – 11228).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1145.2 – 11285).

20. Motion der SVP-Fraktion betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Verankerung der Bürgerrechtserteilung durch das Gemeindestimmvolk (Nr. 1147.1 – 11230).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1147.2 – 11282).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass folgender Änderungsantrag zur Traktandenliste vorliegt: Ziff. 11 betreffend Interpellation Berty Zeiter wird vom Gesundheitsdirektor vertreten. Dieser wird jedoch erst im Verlaufe des Nachmittags von einem auswärtigen Anlass zurückkehren. Ziff. 11. wird verschoben, bis der Gesundheitsdirektor wieder anwesend ist.

Peter Rust weist darauf hin, dass die Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben am Morgen und nicht zu Beginn der Nachmittagssitzung behandelt wird. Dies ist eine Ausnahme. Wir möchte die doch recht belastende Debatte um den Kantonsratssaal rasch hinter uns haben, damit sich dann Gegner und Befürworter dieser oder jener Variante beim gemeinsamen Mittagessen zu einem versöhnenden Trunk treffen können.

➔ Der Rat ist mit den Änderungen der Traktandenliste einverstanden.

224 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 25. September 2003 wird genehmigt.

225 MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND SOZIAL- UND UMWELTVERTRÄGLICHE FINANZIERUNG DES NEUEN FINANZAUSGLEICHS

Die **Alternative Fraktion** hat am 22. September 2003 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1170.1 – 11284 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

226 MOTION VON BEAT VILLIGER BETREFFEND ERHEBLICH ERKLÄRTE, JEDOCH NOCH NICHT ERLEDIGTE MOTIONEN UND POSTULATE

Beat **Villiger**, Baar, sowie 25 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 26. September 2003 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1173.1 – 11295 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

227 MOTION VON MAX UEBELHART BETREFFEND UMBAU DES REGIERUNGSGEBÄUDES, INSBESONDERE DES KANTONSRATSSAALS

Max **Uebelhart**, Baar, sowie 26 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 2. Oktober 2003 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1177.1 – 11301 enthalten sind.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Motionäre den Antrag stellt, dass diese Motion sofort zu behandeln ist. Dazu bedarf es gemäss § 39 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich eine *formelle* über die sofortige Behandlung und eine *materielle* über die Erheblicherklärung (die zweite mit dem einfachen Mehr). Wir führen aus Praktikabilitätsgründen eine Diskussion über beide Elemente zusammen, machen jedoch zwei getrennte Abstimmungen. – Die beiden Motionen «Uebelhart» und «Rust» widersprechen sich nicht, es handelt sich um zwei voneinander unabhängige Themen. Sie müssen einander somit nicht gegenübergestellt werden und können unabhängig voneinander materiell behandelt werden.
Der Regierungsrat wird den Antrag stellen, die Motion teilweise erheblich zu erklären, nämlich wie folgt: Danach sind Ziff. 1 und 2 der Motion unverändert erheblich zu erklären und Ziff. 3 in der folgenden geänderten Fassung: «Es ist dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, die inhaltlich dem ursprünglichen, dem Kantonsrat jedoch abgelehnten Antrag des Regierungsrats vom 6. Mai 2003 (Vorlage Nr. 1117.1/.2 – 11150/51) entspricht.» – Eventualantrag des Regierungsrats: Sofern der Kantonsrat den obigen Antrag des Regierungsrats ablehnt, beantragt der Regierungsrat, die Motion von Max Uebelhart nicht erheblich zu erklären.
Zum verfahrensrechtlichen Vorgehen, sofern sofortige Behandlung beschlossen worden ist: Ziff. 3 der Motion Uebelhart muss vorerst im ersten Verfahrensschritt bereinigt werden. Es werden Ziff. 3 gemäss Motion Uebelhart und Ziff. 3 des Antrags des Regierungsrats einander gegenüber gestellt. Diese beiden Anträge schliessen sich logischerweise aus. Die obsiegende Variante der bereinigten Motion wird dann dem Antrag auf Nichterheblicherklärung gegenüber gestellt.

Max **Uebelhart** meint, es könne sicher keine Rede davon sein, diese Debatte möglichst rasch hinter uns zu bringen, quasi so, als ob es sie nicht mehr brauchen würde.

Es braucht sie erst recht nochmals nach dem äusserst knappen Abstimmungsresultat vom letzten Mal. Der Votant hat allerdings seit dem Einreichen der Motion einiges an Belehrungen über sich ergehen lassen müssen, was Demokratie, demokratisches Verhalten oder demokratisches Siegen mit einer Stimme Unterschied sei! Nach all den spürbaren Befindlichkeiten ist es ihm jedoch ein echtes Anliegen, dass wir nochmals über unsere zukünftigen Örtlichkeiten diskutieren und dem Ganzen eine andere Richtung und damit auch eine neue Dimension geben. Es dürfte Sie nicht erstaunen, dass bei ihm keine Freude aufkommt, wenn er hört, was uns der Regierungsrat vorschlägt. Er öffnet einfach die alte Schublade und zieht diejenige Variante hervor, welche der Rat schon einmal abgelehnt hat. Sind wir besser bedient und glücklicher, wenn wir jetzt anschliessend einfach die teurere der «Flickvarianten» beschliessen und das Resultat wieder ähnlich knapp herauskommt? Max Uebelhart bittet den Rat auch zu bedenken, dass wir mit seinem Vorschlag etwas von diesem unbegreiflichen Tempo wegkommen und seriöser geplant werden kann. Das gehörte Argument, die in seiner Motion gestellten Forderungen würden Planungskosten in Millionenhöhe auslösen, teilt er nicht. Sicher dürfen wir uns eine neue Planung auch etwas kosten lassen. Beim Trakt. 18, Kammerkonzept Ennetsee, werden wir mit relativer Leichtigkeit 2,5 Mio für die Planung springen lassen! Der Votant bittet den Rat, Punkt 3 nicht nach dem Vorschlag der Regierung abzuändern, sondern Platz für neue und hoffentlich bessere Ideen zuzulassen. In Abschnitt 3 heisst es, es sei mindestens eine Neubauvariante ausserhalb des Regierungsgebäudes vorzuschlagen. Dies bedeutet für Max Uebelhart nicht zwingend ein Annexbau rechts oder links am Regierungsgebäude. Er ist überzeugt, dass in der Stadt Zug für weniger als 5 Mio ein Saal für 120 Personen, z.B. in einem Neubau, realisiert werden könnte. Mit Varianten wäre es für uns als Benutzerinnen und Benutzer auch möglich zu sagen, wo künftig getagt werden soll. Der Votant hält deshalb am Motionstext fest! Überlegen Sie es sich gut, es steht viel auf dem Spiel!

Gerhard **Pfister** hält fest, dass die CVP-Fraktion nach einer kontroversen und – naturgemäss – emotionalen Fraktionssitzung mit knapper Mehrheit beschlossen hat, die Motion nicht erheblich zu erklären, auch nicht in der vom Regierungsrat ergänzten Form. Wir sind also zum Schluss gekommen, dass wir die sogenannte «kleine Renovation» möchten, wie in 1. Lesung beschlossen, so dass möglichst bald eine Rückkehr zur räumlichen Normalität vollzogen wird. Diesen Entscheid möchte der Votant begründen: Zuerst ist es ihm wichtig zu sagen, dass wir vielleicht zurückhaltender sein sollten, wenn wir einer anderen Meinung die emotionale Qualität absprechen, es gibt in der Art, wie man mit diesem Thema umgeht, keine allgemein richtige Art, sondern diese muss, weil emotional, individuell bleiben. Wer den Entscheid verlängern will, ist nicht automatisch emotional rücksichtsvoller als jemand, der die möglichst schnelle Entscheidung will, auch das hat emotionale Gründe.
Natürlich ist es ein legitimes Mittel, auf knappe Entscheide zurückzukommen. Aber wir werden auch in Zukunft knappe Entscheide haben, und die jeweilige Minderheit wird sich immer damit auseinandersetzen müssen, sich der Mehrheit fügen zu müssen. Zudem ist es noch fraglich, ob ein knapper Entscheid nicht besser ist, so dass man in der Minderheit wenigstens noch viele seinesgleichen hat, als wenn man von einer überwältigenden Mehrheit überstimmt wird und sich mit seiner Meinung allein gelassen fühlt. Entscheide um derartige Themen werden nicht besser, wenn sie nicht knapper werden, für die Verlierer ändert sich wenig. Und gerade weil es in dieser

Frage kein normiertes «Richtig» oder «Falsch» gibt, ist der Entscheid jedes Einzelne zu respektieren. Aus der Sicht einer knappen Mehrheit kann es nämlich sehr wohl auch seelische Gründe geben, den alten Saal nur wenig zu ändern. Ein gewisser Zynismus, ohne dass das wirklich jemandem unterstellt werden soll, ein gewisses zynisches Element würde nämlich auch darin stecken, wenn man das Attentat zum Anlass nähme, einen Neubau zu planen. Auch ein Neubau würde immer, gerade durch den Grund, aus dem er gebaut wurde, an das Ereignis erinnern, es ist eine Illusion, zu glauben, das mache die Sache einfacher. Es wird nie einfach werden. Gerhard Pfister will dem Täter in keiner Weise die Möglichkeit geben, über die seelischen und menschlichen Tragödien hinaus noch eine Wirkung zu entfalten. Die Demokratie darf als Institution – und ein Raum ist ein Symbol für die Institution – dem Terror nicht nachgeben, und deshalb ist eine Rückkehr in den Kantonsratsaal unabdingbar, wenn auch zugegebenermassen schwierig.
Ein letzter Hinweis, kein Argument: Wer mit dem Volk diese Frage diskutiert, hört oft die Meinung, dass der Kantonsrat sich nicht mehr zu lange mit sich selbst beschäftigen soll, ohne zu entscheiden. Wir haben – nebst unserer privaten Befindlichkeit – auch eine öffentliche Funktion. Und wir müssen akzeptieren, dass weite Teile der Öffentlichkeit dieses Ereignis nicht vergessen, aber auch nicht mehr jeden Tag präsent haben, wie es wir als Beteiligte haben. Insofern – das nur nebenbei – war der Votant doch etwas überrascht von der miserablen Präsenz des Kantonsrats am Gedächtnisanlass vor einem Monat. Das steht für ihn in einem Widerspruch zur Tatsache, dass man eine möglichst sparsame und bescheidene Renovation als unzumutbar taxiert.
Und ein letztes: es kann – aus ganz persönlichen Sicht – auch ein emotionales Argument sein und der seelischen Bewältigung des Vergangenen dienen, wenn man die Rückkehr in die alte Raumstruktur vorzieht. Das ist nicht Verdrängung, sondern genauso emotionale Bewältigung wie die Meinung, man müsse einen Neubau machen oder einen grösseren Umbau. Es gibt keinen allein richtigen Umgang damit, und auch der Entscheid für eine kleine Renovation ist emotional differenziert und verdient Zustimmung. Insofern würde auf die Befindlichkeit dieser Gruppe keine Rücksicht genommen, wenn man den Entscheid jetzt ändern würde. Mehrheitsentscheide bringen immer Minderheiten mit sich, auf die in gewisser Weise keine Rücksicht genommen wird durch den Entscheid. – In diesem Sinne bittet Gerhard Pfister im Namen einer knappen Mehrheit der CVP-Fraktion, die Motion nicht erheblich zu erklären und den Kantonsratssaal in der eher ursprünglichen Form zu renovieren, wie in 1. Lesung beschlossen.

Andrea **Hodel**: «Es gibt wieder eine Normalität, aber sie ist anders als die Normalität vor dem Attentat.» Dieses Zitat von Ruth Jorio hat die Votantin der Zuger Presse entnommen. – Die FDP-Fraktion hat sich an der Fraktionssitzung vom 27. Oktober nochmals eingehend mit der Frage der Umgestaltung oder dem Neubau eines Kantonsratssaals auseinandergesetzt. Die letzte KR-Sitzung vom 25. September hat gezeigt, dass es sowohl für die Nicht-Betroffenen als auch für die Betroffenen in diesem Saal schwierig war und wir uns immer wieder gefragt haben, ob wir richtig entschieden hätten. Insbesondere die Nicht-Betroffenen fragten sich nach der letzten Sitzung, ob es asozial oder unkollegial sei, einen Entscheid für die Rückkehr in den Saal zu fällen, wenn einige Ratsmitglieder nach wie vor verständlicherweise Probleme haben, den alten Saal wieder zu betreten. Die FDP-Fraktion hat deshalb mit

Fachspezialisten für Psychiatrie Kontakt aufgenommen und das Thema der posttraumatischen Belastungsstörung und den Umgang damit diskutiert. Sowohl für Betroffene des Attentats als auch für Nicht-Betroffene ist es schwierig, diese Vorlage neutral und von aussen zu betrachten. Die Nicht-Betroffenen haben dabei keine einfachere Stellung, sie waren nicht anwesend und dieses Nicht-Anwesendsein kann beinahe eine imaginäre Schuld darstellen. Sie, die eigentlich für die Betroffenen entscheiden sollen, wollen dies nicht tun, sie wollen sich nicht anmassen, über Gefühle und Emotionen der Betroffenen hinweg einen allenfalls unangenehmen Entscheid zu treffen. Doch genau dieser Entscheid kann für die Betroffenen hilfreich sein, denn er bedeutet, einen Schritt in Richtung Normalität machen zu müssen, was dann in aller Regel auch gelingt.
Dazu einige Gedanken, die wir mit diesem Fachspezialisten erläutert haben. Mit Sonderregelungen kann ein Sonderrecht auch künstlich aufrecht erhalten werden, die Rückkehr zur Normalität wird erschwert. Ziel muss sein, dass mit der Zeit die Emotionen verschwinden, die schlechten Erinnerungen werden bleiben. Durch Sonderregelungen kann dieser Prozess verlangsamt werden. Die schlechten Erinnerungen können durch ausgeprägte Veränderungen am Ort des Geschehens nicht verschwinden, sie bleiben ein Leben lang, die Emotionen werden mit der Zeit erträglich. Ein Umbau oder das Drehen des Saales wird nach Ansicht der Fachpersonen wenig bringen. Wir alle werden und haben zum grossen Teil das Regierungsgebäude bereits betreten und betreten es immer wieder. Die schlechte Erinnerung wird dennoch bleiben. – Dies alles waren Gründe für eine grosse Mehrheit der FDP-Fraktion, es beim Entscheid, der anlässlich der 1. Lesung klar gefallen ist, dann in der zweiten Lesung nur noch sehr knapp, allerdings erst in der Schlussabstimmung, zu belassen und einen Schritt zu dieser Normalität zu tun – auch wenn es, wie Ruth Jorio gesagt hat, eine andere Normalität ist.
Die Motion Karl Rust erachtet die Mehrheit unserer Fraktion als unnötig. Für die FDP-Fraktion ist es selbstverständlich, dass auch ohne Motion denjenigen Mitgliedern und Betroffenen, die individuell Hilfe wünschen, diese Hilfe auch zur Verfügung gestellt wird. Andrea Hodel davon aus, dass dies von Seiten der Regierung bestätigt werden kann. Ein offiziell zur Seite gestelltes Care-Team erachtet die FDP-Fraktion als mögliche Entmündigung derjenigen Mitglieder des Kantonsrates, die dies nicht benötigen oder darauf ganz bewusst verzichten wollen. Das Angebot soll vorhanden sein, darf aber keinem aufgezwungen werden.
Aus all diesen Gründen stellt die Votantin namens einer grossen Mehrheit der FDP-Fraktion den Antrag, beide Motionen sofort zu behandeln, aber im Anschluss nicht erheblich zu erklären.

Moritz **Schmid** erinnert daran, dass der Kantonsrat an der August-Nachmittagssitzung der Vorlage betreffend Umbau des Regierungsgebäudes, insbesondere des Kantonsratssaals, in der 1. Lesung mit 39 : 28 Stimmen zugestimmt hat. An der 2. Lesung vom 25. September – ein denkbar ungünstiger Tag für eine solche Abstimmung, nämlich nur zwei Tage vor dem zweiten Jahrestag des Zuger Attentats – war es lediglich noch ein knappes Resultat von 35 : 34 Stimmen. Aber es brauchte den Stichentscheid des Kantonsratspräsidenten nicht. Weil es ein knappes Resultat war und ein ungünstiger Tag dazu, möchte der Votant den Rat bitten, dem Resultat Achtung zu schenken und den hochgelobten Worten, die wir vor zwei Jahren so oft brauchten – nämlich zusammenrücken – wieder einmal vor Augen zu führen und zu

befolgen. Es war nämlich ein Resultat, und zwar ein demokratisches Resultat, das wir zu befolgen haben. Oder wollen wir jedes Ergebnis, wenn es knapp ist und es jemandem nicht passt, mit einer Motion bekämpfen? Wo führt das denn hin, und sind wir so noch glaubwürdig? Moritz Schmid bittet den Rat, die Motion Uebelhart zu überweisen, sofort zu behandeln und nicht erheblich zu erklären.
Der Votant möchte noch anmerken, dass er es voll daneben findet, dass 15 Mitglieder dieses Parlaments die Motion unterschrieben haben, welche das Ereignis nicht selber miterleben mussten. In Erinnerung rufen möchte er, dass z.B. unser Landschreiber Tino Jorio, aber auch alle anderen im Gebäude Beschäftigten, die das Attentat auch miterlebten, ohne wenn und aber weiterhin ihren Dienst im Regierungsgebäude versehen mussten und weiterhin müssen. Tagtäglich! Im Gegensatz zum Kantonsrat, der einmal im Monat tagt.
Darum bittet er vor allem die neuen Parlamentsmitglieder um Verständnis, wenn der grösste Teil des Kantonsrats endlich wieder in den uns vertrauten, wenn auch etwas engen Saal zurück will. Man beachte auch das Resultat der 1. Lesung, die mit 39 : 28 Stimmen angenommen wurde. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag der FDP zu und bittet, den Entscheid zu beachten.

Für Käty **Hofer** ist 35 : 34 ein Zufallsergebnis. Sie weiss nicht, ob jemand mit diesem Entscheid wirklich glücklich sein kann. Sie wäre sehr froh, wenn wir uns allen nochmals Gelegenheit gäben, nachzudenken, was wir hier tun sollen, unseren Gefühlen nachzugehen und sie ernst zu nehmen. Für sie ist das knappe Ergebnis ein klares Zeichen, dass der Entscheid nicht reif ist. Es ist nicht klar, welche Lösungen dieses schreckliche Ereignis erfordert. Seit zwei Jahren tagen wir hier in diesem Saal. Und es ist keineswegs so, dass wir uns in diesen Jahren nur mit uns selber beschäftigt haben. Wir haben uns intensiv mit Sachfragen auseinander gesetzt und viele Fragen gelöst. Wir haben uns nicht nur mit uns selber beschäftigt, auch wenn wir uns intensiv mit unseren Gefühlen und dem Geschehen auseinander gesetzt haben. Dieses Geschehen erfordert diese Auseinandersetzung.
Zum Votum von Moritz Schmid, der sich daran stösst, dass Nicht-Beteiligte die Motionen unterschrieben haben. Die Votantin erwartet auch von den Nicht-Beteiligten, die neu im Rat sind, dass sie sich mit der Frage auseinandersetzen, wo wir tagen wollen. Dass sie sich an dieser Diskussion beteiligen, sich Gedanken machen. Ihnen das Recht abzusprechen, diese Motionen zu unterschreiben, ist völlig daneben. Dann schliessen wir sie aus von einem Geschehen, das für diesen Rat sehr wichtig ist.
Käty Hofer plädiert dafür, dass wir uns die nötige Zeit geben, ein Zufallsergebnis in ein Ergebnis umzuwandeln, das sachlich und emotional stimmig ist. Die SP-Fraktion und vor allem die Votantin wird die Motion Uebelhart unterstützen.

Martin **Stuber** hält fest, dass sich die AF auch bei der Wiedererwägung an den Grundsatz gehalten hat, dass sie keine Fraktionsmeinung hat. Sie überlässt es den einzelnen Mitgliedern, wie sie sich in dieser Sache verhalten wollen. Er kann dem Rat aber im Sinne eines Stimmungsbilds mitteilen, dass alle Mitglieder der Fraktion zum Schluss gekommen sind, dass sie die Motion Uebelhart überweisen wollen. Die Argumente, die an der vorletzten Sitzung vorgebracht wurden, sollen hier nicht wiederholt werden. Auf ein Argument von Moritz Schmid möchte der Votant aber doch

eingehen. Wenn 28 Leute in diesem Saal gegen diese Lösung stimmen, kann dieser nicht behaupten, dass die kleine Renovation grossmehrheitlich gewollt sei. Wenn ein Drittel das nicht will, kann man das nicht sagen.
Martin Stuber hat in den letzten Monaten zu diesem Thema viele Gespräche geführt. Im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz, bei verschiedensten Gelegenheiten. *Ein* Thema zieht sich wie ein roter Faden durch diese Gespräche, nämlich die Frage, ob es Leute gibt, die nicht mehr in diesen Saal zurück möchten oder können. Wir wissen, dass es das gibt. Und der Votant hat niemanden gefunden, der versteht, wieso man diese Leute zwingen will, in den alten Saal zurück zu gehen. Und er kann dem Rat versichern: Wenn wir heute die Motion Uebelhart überweisen und ein Neubauprojekt haben im Sinne, wie es Max gesagt hat, wird das beim Volk eine klare Mehrheit gewinnen und auf grosse Akzeptanz stossen. Der Votant hat aber auch Diskussionen im Kantonsrat geführt und ein Argument, dass bis jetzt am Rednerpult nicht vorgebracht wurde, möchte er noch kurz erwähnen. Er hat mehrfach die Meinung gehört, dass ja eigentlich beide Projekte nicht überzeugen. Da solle man doch wenigstens das billigere nehmen. Vor diesem Hintergrund kann man das nachvollziehen. Aber wir haben nicht nur die Wahl zwischen der kleinen Renovation und dem Projekt des Regierungsrats, sondern wir haben dank der Motion Uebelhart heute die Möglichkeit, die Weichen anders zu stellen. Und das muss nicht zwingend heissen, dass das dann mehr als 4,5 Mio kosten wird. – Der Votant bittet den Rat, die Motion dringlich zu erklären und zu überweisen.

Bruno **Pezzatti** stellt als Präsident der vorberatenden Kommission fest, dass wir heute zum dritten Mal über den Umbau des Regierungsgebäudes abstimmen müssen. Dies, obschon der Kantonsrat die Kommissionsvariante in der 1. und der 2. Lesung deutlich gut geheissen hat. Zwar wurde die Vorlage an der letzten Sitzung bei der Schlussabstimmung auf Grund der besonderen emotionalen Umstände mit der zeitlichen Nähe zum Jahrestag des Attentats nur mit einem knappen Mehr gutgeheissen. Aber was zählt: Es wurde entschieden! Die Vorredner – insbesondere Gerhard Pfister, Andrea Hodel und Moritz Schmid – haben die Gründe dargelegt, weshalb die Motion Uebelhart und ebenso die modifizierte Variante der Regierung, welche der früheren Variante entspricht, die bereits zwei Mal verworfen wurde, zwar sofort zu behandeln, aber anschliessend nicht erheblich zu erklären sei. Für die vorberatende Kommission, welche am 25. September vor der 2. Lesung die Kommissionsvariante nochmals klar mit 10 : 4 Stimmen bei einer Enthaltung bestätigte, sprachen vor allem drei Gründe dafür.

1. Die Kosten. Es können gegenüber der Regierungsvariante rund 2,3 Mio Franken eingespart werden.
2. Der Zeitpunkt des Wiederbezugs des historischen KR-Saals. Mit der Kommissionsvariante können wir bereits nächstes Jahr nach der Sommerpause aus dem Polizeigebäude ausziehen und in den renovierten Saal zurückkehren. Mit der Regierungsvariante wäre das erst ca. Mitte 2005 möglich. Mit der Motion Uebelhart (Neubau oder andere Variante) würde es noch länger dauern.
3. Die Sicherheitsaspekte. Gemäss Stawiko-Präsident ist die Variante der Kommission wegen des kleineren überschaubareren Zuschauerraums sogar noch sicherer als die Regierungsvariante.

Denken Sie beim heutigen Entscheid auch an die Erwartungen jener Menschen, die uns Ende 2002 als ihre Vertreter in den Kantonsrat gewählt haben. Es ist an der Zeit,

dass wir die Trauerzeit beenden und dazu übergehen, unsere Arbeit zu erledigen. Hören wir auf, uns dauernd mit uns selbst zu beschäftigen. Breite Bevölkerungskreise haben für die heutige wiederholte Debatte kein oder nur sehr wenig Verständnis. Der Votant beantragt deshalb, die Motion Uebelhart sofort zu behandeln und sie anschliessend nicht erheblich zu erklären.

Karl **Rust** ist für die Entscheidung der 1. Lesung und möchte rasch wieder in den KR-Saal zurück. Es hat ja etwas Ehrwürdiges an sich, weiter darin zu tagen. Das rasche Zurück verbindet den Votanten mit dem Geist derer, die in diesem Saal schon gewirkt haben. Sie dienen ihm auch als Vorbild, um den Angriff auf unser demokratisches System erfolgreich zu bewältigen. Gemeinsam schaffen wir das. Je schneller, desto vox populi.
Der Votant spricht auch gleich zur zweiten Motion (Rust/Pezzatti/Betschart). Sie dient nicht dem Rationellen, sondern dem Respekt gegenüber einer Betroffenheit von uns allen. (Der Votant wird von Gefühlen übermannt und bricht sein Votum ab.)

Michel **Ebinger** ist wütend und frustriert. Wenn er von seinem Platz aus zuhört, was hier vorn gesprochen wird, fühlt er sich bevormundet. Es geht doch nicht an, statt sachliche Elemente vorzubringen immer wieder zu betonen, dass diejenigen, die gegen den Kommissionsentscheid gewesen sind, die ganze Sache noch nicht verarbeitet haben. Wichtig sind doch Sachargumente. Sehr viele haben sich gegen die Kommissionsvorlage entschieden, weil der Entscheid der Kommission schlicht falsch ist. Wir werfen 2,5 Mio zum Fenster hinaus. Wir haben nicht mehr Platz. Wir haben nichts mehr als vorher. Schon in den 70er-Jahren wurde gesagt, der KR-Saal sei zu klein. Und schon damals wurden Motionen gestellt, dass man etwas macht. Sie wurden abgelehnt – aus welchen Gründen weiss der Votant nicht, weil er die Vorlagen nicht angefordert hat.
Zu Bruno Pezzatti. Es ist doch absolut egal, wann wir wieder in den alten KR-Saal zurück gehen. Ob wir jetzt ein oder zwei Jahre länger hier sind, spielt keine Rolle. Michel Ebinger fühlt sich hier wohl, abgesehen von den Platzverhältnissen. Wenn wir die Motion Uebelhart überweisen und sofort behandeln, nehmen wir eine Chance wahr. Warum sollen wir die Gelegenheit nicht wahrnehmen, etwas Neues zu machen? Beides ist unbefriedigend, die von uns beschlossene Vorlage und jene des Regierungsrats, die allerdings besser gewesen wäre als diejenige der Kommission. Über die Sicherheit möchte der Votant keine Äusserungen machen, da kann er keinen Entscheid fällen. Aber nehmen wir doch die Chance wahr, statt dass wir 2,5 Mio zum Fenster hinaus werfen. Das Volk versteht das auch nicht. Bitte überweisen Sie die Motion Max Uebelhart. Das Gleiche gilt auch für die Motion Rust/Pezzatti/-Betschart. Dort ist es noch schlimmer. Beim Lesen hatte Michel Ebinger das Gefühl, weil er nicht für die Kommissionsvorlage sei, habe er das Ganze nicht verarbeitet. Dem ist nicht so. Er hat gestern seinen Therapeuten wegen dem Attentat gefragt und dieser hat klipp und klar gesagt: Der Votant brauche in dieser Hinsicht keine Therapie. Wenn er zurück in den Saal will, kann er das objektiv sagen. – An der letzten Sitzung sind einige Kantonsräte nicht anwesend gewesen. Und Michel Ebinger weiss von mindestens zwei, dass mit ihrer Anwesenheit der Entscheid anders ausgefallen wäre. Es war also ein Zufallsentscheid. Wollen Sie auf Grund dieses Entscheids zurück in den alten Saal?

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass das Hochbauamt im Auftrag des Regierungsrats im Dezember 2001 und Januar 2002 zusammen mit externer Unterstützung (Sicherheitsfachleute und Architekten) folgende vier Varianten erarbeitet (die Preise sind Grobkostenschätzung plus/minus 25 %):

- Status Quo 6,3 Mio Franken
- Annex 7,9 Mio Franken
- Plus 10,3 Mio Franken
- Neues Parlamentsgebäude 16,4 Mio Franken.

Der Regierungsrat hat anfangs 2003 zusammen mit dem Kantonsratspräsidenten und dem Büro des Kantonsrats, basierend auf den obigen Variantenstudien vom Januar 2002, die Planung wieder aufgenommen. Er hat unter Einbezug von Sicherheitsexperten, des Denkmalpflegers sowie des Hochbauamts und des Planungsteams folgenden Grundsatzentscheid getroffen und diesen den Mitgliedern des Kantonsrats und den Medien am 11. März 2003 mitgeteilt:

«Der Kantonsrat kehrt möglichst bald in den historischen Kantonsratssaal zurück. Die gewählte Variante beschränkt die baulichen Eingriffe auf ein Minimum. Der Saal selber wird neu möbliert und mit Notausgängen versehen. Es wird auf eine separate Zuschauertribüne verzichtet. Die Medienschaffenden halten sich während den Sitzungen wie bis anhin im Kantonsratssaal auf. Es wird aus Platzgründen geprüft, ob die Öffentlichkeit den Ratsbetrieb im Nebenraum mit Hilfe von Übertragungskameras verfolgen soll. Eine Vergrösserung des Saals kommt aus statischen Gründen nicht in Betracht. Es wird mit Kosten von 4 bis 5 Mio Franken gerechnet. Die Zuger Polizei wird für ein angemessenes Sicherheitsdispositiv während den Sitzungen besorgt sein. Der Saal soll im Verlauf des Jahres 2004 bezogen werden. Die Sitzungen des Kantonsrates finden bis auf Weiteres bei der Zuger Polizei statt.»

Der Regierungsrat hat alle vier obgenannten Varianten und zudem auch vorhandene Drittlokalitäten in der Stadt Zug (Burgbachsaal, Casino, KBZ, GIBZ) u.a. unter folgenden Kriterien eingehend geprüft:

• Sicherheit / Lage / Fluchtwege / Personenschutz Gebäude
• Infrastrukturen
• Parlamentsbetrieb / Nähe zur Staatskanzlei
• Realisierbarkeit/ Baubewilligungs- und evt. Bebauungsplanverfahren
• Investitions- und Betriebskosten
• Terminprogramm / Bauzeit / Nutzungsdauer
• Verfügbarkeit von Drittlokalitäten
• emotionale Aspekte der am 27.9.2001 im KR-Saal anwesenden Ratsmitglieder
• Eingriffstiefe (baulich und sicherheitstechnisch) in die Gebäudesubstanz
• denkmalpflegerische Aspekte
• usw.

Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Variante «Status Quo» ist nach eingehender Abwägung der obigen Kriterien die beste Lösung und ein angemessener, optimaler Kompromiss zwischen einem Neubau im Betrag von approximativ 16,4 Mio Franken und der am 25. September 2003 vom Kantonsrat beschlossenen Minimalvariante im Betrag von 2,5 Mio Franken.

➔ Der Rat beschliesst mit 70 Stimmen, die Motion sofort zu behandeln.

➔ Der Rat schliesst sich bei Ziff. 3 mit 36 : 24 Stimmen dem Antrag der Regierung an.

➔ Der Rat beschliesst mit 42 : 27 Stimmen, die bereinigte Motion sei nicht erheblich zu erklären.

228 MOTION VON KARL RUST, BRUNO PEZZATTI UND KARL BETSCHART BETREFFEND BEGLEITUNG DER SAALBENÜTZERINNEN UND -BENÜTZER WÄHREND UMBAU UND BEZUG DES KANTONSRATSSAALS

Karl **Rust**, Zug, Bruno **Pezzatti**, Menzingen, und Karl **Betschart**, Baar, sowie 6 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 3. Oktober 2003 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1179.1 – 11303 enthalten sind.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Motionäre beantragen, dass die Motion sofort zu behandeln ist. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich eine *formelle* über die sofortige Behandlung und eine *materielle* über die Erheblicherklärung (die zweite mit einfachem Mehr). Wir führen eine Diskussion über beide Elemente zusammen, machen jedoch zwei getrennte Abstimmungen. – Der Regierungsrat gibt die formelle Erklärung ab, dass er dem Anliegen der Motion entsprechen wird. Frage an die Motionäre: Halten Sie an der Motion fest?

Karl **Rust** verneint das und gibt sich mit der Erklärung der Regierung zufrieden.

➔ Die Motion wird zurückgezogen und damit ist dieses Geschäft erledigt.

229 INTERPELLATION VON LEO GRANZIOL BETREFFEND INVESTITIONEN IM KANTONSSPITAL

Leo **Granziol**, Zug, hat am 17. September 2003 die in der Vorlage Nr. 1169.1 – 11283 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

230 INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND UMSETZUNG DES TEILRICHTPLANS VERKEHR (KANTONSSTRASSEN DER 1. PRIORITÄT)

Die **CVP-Fraktion** hat am 30. September 2003 die in der Vorlage Nr. 1174.1 – 11296 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zwölf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

231 INTERPELLATION VON MARTIN B. LEHMANN BETREFFEND FINANZIELLE SITUATION DER PENSIONSKASSE

Martin B. **Lehmann**, Unterägeri, hat am 1. Oktober 2003 die in der Vorlage Nr. 1176.1 – 11299 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

232 INTERPELLATION VON ALOIS GÖSSI BETREFFEND ENTLASTUNGSPROGRAMM SPARPAKET DES BUNDES UND DEREN AUSWIRKUNGEN AUF DEN KANTON ZUG UND SEINE GEMEINDEN

Alois **Gössi**, Baar, hat am 2. Oktober 2003 die in der Vorlage Nr. 1178.1 – 11302 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

233 INTERPELLATION VON BEAT VILLIGER BETREFFEND UNTERSCHLAGUNG EINER SUMME VON ÜBER 750'000 FRANKEN DURCH X, EHEMALIGER MITARBEITER DER BAUDIREKTION

Beat **Villiger**, Baar, hat am 3. Oktober 2003 die in der Vorlage Nr. 1180.1 – 11305 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

234 INTERPELLATION VON GEORG HELFENSTEIN BETREFFEND ZENTRALSPITAL

Georg **Helfenstein**, Cham, hat am 16. Oktober 2003 die in der Vorlage Nr. 1181.1 – 11310 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

235 PETITION DER FAMILIE FANKHAUSER

Die Familie **Fankhauser**, Baar, hat am 13. Oktober 2003 eine Petition betreffend Ausrichtung eines Härtebeitrags von 500‘000 bis 600'000 Franken für einen Ersatzbau eingereicht.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass diese Petition zu Berichterstattung und Antragstellung an die Justizprüfungskommission überwiesen wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

236 AUFSICHTSBESCHWERDE VON PETER BROGLE

Peter **Brogle** hat am 16. Oktober 2003 eine Aufsichtsbeschwerde betreffend «menschenrechts- und verfassungswidrige Behandlung durch das Kantonsgericht des Kantons Zug und Verletzung der Zivilprozessordnung» eingereicht.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass diese Aufsichtsbeschwerde zu Berichterstattung und Antragstellung an die Justizprüfungskommission überwiesen wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

237 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE GEWÄSSER (GEWG)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1175.1/.2 – 11297/98).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz überwiesen.

238 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND PLANUNGS- UND PROJEKTIERUNGSKREDITE ÖFFENTLICHER VERKEHR

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1168.1/.2 – 11278/79).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Kommission für den öffentlichen Verkehr überwiesen.

239 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND GENEHMIGUNG DER ABSTIMMUNG DES ZUGER BUSNETZES AUF DIE STADTBAHN ZUG UND EINES VORGEZOGENEN BUDGETKREDITS 2005

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1171.1/.2 – 11286/87).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Kommission für den öffentlichen Verkehr überwiesen.

240 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUR INTERKANTONALEN VEREINBARUNG ÜBER DIE GRÜNDUNG EINER INTERKANTONALEN UMWELTAGENTUR

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1172.1/.2 – 11288/89).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 11-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Also Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Martin Stuber, ***Präsident***	***AF***
1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Michel Ebinger, St. Wendelin 8, 6343 Holzhäusern	FDP
3.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
4.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
5.	Malaika Hug, Flurstrasse 14, 6340 Baar	SP
6.	Kathrin Kündig, Sterenweg 4, 6300 Zug	CVP
7.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
8.	Martin Stuber, Bleichimattweg 5, 6300 Zug	AF
9.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
10.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
11.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

241 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND FORSCHUNGSBEITRAG AN DAS MICRO CENTER CENTRAL SWITZERLAND (MCCS)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1141.1/.2 – 11219/20).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass an Stelle von René Bär, Cham, Heidi Robadey, Unterägeri, Einsitz in die vorberatende Kommission nimmt.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

242 GÜLTIGKEIT DER WAHL EINES MITGLIEDS DES STRAFGERICHTS

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1167.1 – 11277).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich hier um die Genehmigung von Wahlen ohne Wahlgang handelt, um stille Wahlen. Der Kantonsrat muss gemäss Gesetz feststellen, dass diese Wahl in rechtlich einwandfreier Form stattfand, und sie für gültig erklären.

➔ Der Rat erklärt die Wahl für gültig.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das neue Mitglied des Strafgerichts somit für den Rest der Amtsperiode 2001-2006 definitiv gewählt ist. Wir wünschen dem Gewählten viel Erfolg bei dieser fachlich und menschlich sehr anspruchsvollen Tätigkeit.

Peter Rust weist darauf hin, dass für das Strafgericht heute ein *vollamtliches* Mitglied gewählt wird. Gemäss § 41 Bst. I Ziff. 2 der Kantonsverfassung müsste aus den Mitgliedern des Strafgerichts das *vollamtliche* Mitglied vom Kantonsrat gewählt werden. Dies erübrigt sich aber beim Strafgericht auf folgendem Grund: Das Strafgericht besteht aus drei Mitgliedern. Gemäss KR-Beschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder des Strafgerichts sowie der Zahl der hauptamtlichen Richter im Strafgericht für die Amtsperiode 2001-2006 vom 20. April 2000 (BGS 161.812) setzt sich das Strafgericht in dieser Amtsperiode aus drei Mitgliedern zusammen. Jedes Mitglied dieses Gerichts ist somit gleichzeitig für ein Hauptamt gewählt.

243 WAHL DER PRÄSIDENTIN ODER DES PRÄSIDENTEN DES STRAFGERICHTS

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 41 Bst. I Ziff. 3 der Kantonsverfassung der Kantonsrat aus den Mitgliedern des Strafgerichts die Präsidentin oder den Präsidenten des Strafgerichts wählt. Strafgerichtspräsident Mario Bernasconi hat seinen Rücktritt per 30. April 2004 eingereicht. Es gilt somit, eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten für den Rest der Amtsperiode 2001-2006 zu wählen. Wir aus dem Rat ein entsprechender Antrag gestellt?

Karl **Betschart** erinnert daran, dass sich Mario Bernasconi als Präsident des Strafgerichts auf den 1. Mai 2004 in seinen wohlverdienten Ruhestand begeben wird. Die SVP-Fraktion schlägt als Nachfolgerin für das Präsidium Carole Ziegler für den Rest der Amtsperiode vor. Sie wurde 1967 geboren und ist in Ittigen bei Bern aufgewachsen. 1986 hat sie die Matura Typus E in Bern-Kirchfeld abgeschlossen und danach bis 1993 an der Universität Bern Rechtswissenschaften studiert. Im Jahre 1990 hat sie das Gerichtspraktikum bei den Richterämtern von Bern und im Jahre 1991 das Anwaltspraktikum absolviert. Im Herbst 1993 hat sie ihr Studium als Fürsprecherin an der Universität in Bern abgeschlossen. Danach kam Carole Ziegler in die Innerschweiz und hat vorab von 1994 bis anfangs 1995 als Anwältin in einer Anwaltskanzlei in Rapperswil gearbeitet. Im Jahre 1995 zog sie in unseren Kanton Zug und war vorerst zwei Jahre als Gerichtsschreiberin am Kantonsgericht des Kantons Zug tätig. 1997 bis 1999 war sie Untersuchungsrichterin beim Untersuchungsrichteramt des Kantons Zug und ab März 1999 bis Ende 2000 als ausserordentliches Ersatzmitglied des Strafgerichts des Kantons Zug hauptsächlich als Referentin in Wirtschaftsstraffällen tätig. Seit 1. Januar 2001 ist Carole Ziegler Strafrichterin am Strafgericht des Kantons Zug. Ihre Schwerpunkte stellen die Bearbeitung von Wirtschaftsstraffällen als Referentin, die Unterstützung des Strafgerichts und des Strafgerichtspräsidiums in personellen, organisatorischen und administrativen Belangen sowie die Vertretung des Strafgerichtspräsidenten und -vizepräsidenten bei deren Abwesenheiten dar. Mit Carole Ziegler als Präsidentin erhält das Strafgericht in fachlicher wie auch in menschlicher Hinsicht eine vorbildliche Führungspersönlichkeit. Sie verdient unser vollstes Vertrauen. Der Votant bittet deshalb den Rat, ihr die Stimme zu geben.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 72, eingegangene Stimmzettel 72, ungültig 1, leer 2, in Betracht fallende Stimmzettel 69, absolutes Mehr 35.

Stimmen haben erhalten: Marc Siegwart 1, Carole Ziegler 68.

➔ Carole **Ziegler** wird mit 68 Stimmen gewählt.

Der **Vorsitzende** gratuliert der neu gewählten Präsidentin des Zuger Strafgerichts unter Applaus des Rats herzlich zur ehrenvollen Wahl.

Carole **Ziegler** betrachtet es als eine grosse Ehre, zur Strafgerichtspräsidentin gewählt worden zu sein und sie freut sich sehr darüber, dass sie sich für das Vertrauen des Rats bedanken darf. Sie nimmt die Wahl gerne an. Sie freut sich darauf, die zukünftige Entwicklung des Strafgerichts zusammen mit ihren beiden neu gewählten Kollegen und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitprägen und -gestalten zu dürfen. Sie wird sich nach Kräften dafür einsetzen, dass das Strafgericht als Glied in der Kette der Zuger Strafverfolgungsbehörden reibungslos funktionieren wird. Und dass das Strafgericht die ihm übertragenen Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen möglichst effizient erfüllen kann. Sie hofft, dass auch in Zukunft zwischen dem Strafgericht und den politischen Behörden gute Dialoge und Kontakte gepflegt werden können. Und sie freut sich bereits heute auf eine gute
Zusammenarbeit mit dem Rat. Abschliessend dankt sie dem Rat noch einmal sehr für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und für die Wahl.

Der neu gewählten Strafgerichtspräsidentin wird unter Applaus des Rats ein Blumenstrauss überreicht.

Gerhard **Pfister** hält fest, dass wir heute wiederum die Möglichkeit haben, einen unserer langjährigen Richter von Seiten des Kantonsrats zu verabschieden, Mario Bernasconi, nach einem 37jährigen Berufsleben im Dienste des Kantons Zug. – Eine kleine persönliche Klammer: Es gehört zur sanften Melancholie eines CVP-Präsidenten, dass er tendenziell mehr seiner Leute verabschiedet als begrüsst. Aber das kann und wird sich ändern, und hier können wir ja mit Marc Siegwart den Sitz halten. – Aufgewachsen ist Mario Bernasconi in Baar, ausgebildet an der Kantonsschule in Zug und an der Universität in Zürich, aber das alles mit Wurzeln im Tessin – der Name verrät es ja auch. Begonnen am Gericht hat er 1966, seit 1981 war er Kantonsrichter und seit 1985 Strafgerichtspräsident. Das wären kurz die Fakten, die wesentlich sind, aber nicht alles.
Wenn wir uns bewusst machen, welche Entwicklung der Kanton Zug in diesen Jahren genommen hatte, und welche enormen Herausforderungen damit auf die Rechtssprechung, gerade im Strafgericht, auf uns zukamen, dann können wir vielleicht ermessen, welche Veränderung das Amt des Richters auch erfahren musste in dieser Zeit. Bringen wir es etwas deutlicher auf den Punkt: Traditionell werden ja bei Verabschiedungen seitens des Kantonsrats Blumensträusse übergeben, auch heute wird dies der Fall sein. Der Volksmund ist – wie in manchen andern Dingen auch – immer etwas ehrlicher und träfer als die offizielle Sprache. Ein anderes umgangssprachliches Wort für «Blumenstrauss» ist dann eben «Heuchlerbesen». Und damit ist auch angedeutet, dass manche Geschenke eben Danaergeschenke sind, bei denen man nicht zu genau hinschauen sollte. Politiker haben mit Heucheln vermutlich mehr Erfahrung als Richter, aber sie setzen dabei immer auch voraus, dass der andere dumm genug ist, es nicht zu merken. Der Votant hält Mario Bernasconi – und uns – für zu intelligent, als dass wir einander etwas vorheucheln müssten.
Sie und wir werden und dürfen nicht vergessen, dass das Verhältnis zwischen Politikern und Richtern nicht immer ganz konfliktlos war und ist. Bei der zunehmenden Komplexität und Zahl der Wirtschaftskriminalität beispielsweise – einer Kehrseite des wirtschaftlichen Erfolgs – hatte die Politik ein vitales Interesse, dass zu Gunsten des

Ansehens unseres Kantons diese Delikte möglichst schnell abgeurteilt und in diesem Sinne erledigt werden konnten. Zusätzliche Stellen haben wir Ihnen allerdings auch gegeben, mehr oder weniger zähneknirschend. Sie Ihrerseits hatten primär den Anspruch und die Aufgabe, Urteile zu fällen, die differenziert, ausgewogen und eben auch gültig waren, und Sie haben die Gründlichkeit der vorschnellen Erledigung vorgezogen, in einem hohen ethischen Anspruch an das Richteramt und an sich selbst. Und die Komplexität mancher Fälle musste auch in einem komplexen Verfahren gerecht beurteilt werden, schnelle Entscheide haben das Risiko der Ungerechtigkeit. Dieser Konflikt zwischen unterschiedlichen Ansprüchen von Politik und Richteramt – beide zum Wohle des Kantons – führten dazu, dass wir einander an gegenseitiger Kritik nicht immer schonten. Entscheidend dabei blieb aber immer, dass man sich einig war in der Zielsetzung, nämlich zum Wohle der Öffentlichkeit zu arbeiten, und dass gegenseitige Kritik nicht gegenseitige Respektlosigkeit bedeutete. Ihr Verdienst ist es, mit sorgfältigen und gründlich durchdachten Urteilen die Pflege der Justiz auf hohes Niveau geführt zu haben, und dafür gebührt Ihnen unser Dank und Respekt.
Der Kantonsrat wünscht Ihnen nun für Ihr otium cum dignitate alles Gute. Gerhard Pfister hat zwar mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie derart exzentrische Vorlieben haben wie Gleitschirmfliegen, Motorradfahren und Hochsee-Segeln. Das führte ihn zu einem sicher falschen Nebengedanken; nämlich dass es als Richter offenbar nicht immer so wahnsinnig spannend gewesen sein muss, wenn man in der Freizeit derart viel aufs Spiel setzt. Aber diesen wie gesagt vermutlich falschen Nebengedanken hat der Votant nicht weiter gedacht, sondern wir gönnen Ihnen es herzlich, wenn Sie nun solcherlei Tun vermehrt pflegen möchten. Mit dem Charme, zu dem die Tessiner oder Südländer halt eben doch manchmal mehr in der Lage sind als die nördlichen Alpenbewohner, pflegten Sie jeweils an Geburtstagen Ihren weiblichen Mitarbeiterinnen einen grossen Blumenstrauss zu überreichen. Gerhard Pfister ist überzeugt, das waren nie Heuchlerbesen, und er versichert Ihnen auch unseren Dank, sei er nun floristisch oder nicht. Er darf vermutlich im Namen des ganzen Kantonsrats sprechen, wenn er Mario Bernasconi herzlich ein otium verum, cum dignitate wünscht, und ihm dankt für sein Wirken zum Wohle von Staat und Volk des Kantons Zug. Alles Gute.

Mario **Bernasconi** möchte zuerst danken, dass er einige Worte zum Abschied an den Rat richten darf, obwohl der Abschied noch sechs Monate voraus liegt und effektiv im April des nächsten Jahres sein wird. Wie es Gerhard Pfister bereits erwähnt hat, war er 37 Jahre beim Kanton tätig, davon 23 Jahre als Richter. Rein nach Jahren ist das eine sehr lange Zeit, für ihn selbst war es aber eine sehr kurze, jedoch auch sehr intensive und spannende Zeit. Er hat seine Hobbies nicht mangels Spannung im Beruf gewählt. Er hat während dieser langen Tätigkeit Menschen beurteilt, d.h. in der strafrichterlichen Tätigkeit vor allem das Fehlverhalten von Menschen und die Sanktionen. Eine seiner ersten Fälle war ein Kindsmord, den er als prozessleitender Richter mitbeurteilte. Einer der letzten Fälle wird die Tötung eines Ehegatten sein. Dazwischen beurteilten wir von der Ehrverletzung über Brandstiftung, Vergewaltigung bis zum Diebstahl alles. Auf Grund seiner langjährigen richterlichen Tätigkeit hat sich bei ihm die Erkenntnis durchgesetzt: Solange Menschen über andere Menschen urteilen, wird es immer beim Versuch bleiben, Recht zu sprechen, d.h. einen gerechten Ausgleich zwischen Fehlverhalten und Sanktion zu schaffen. Das ist einerseits dadurch bedingt, dass wir an Gesetze gebunden sind. Und diese

Gesetze haben eine Menge von menschlichen Unzulänglichkeiten. Anderseits aber darin, dass jeder von uns mit den Unzulänglichkeiten der menschlichen Erkenntnisfähigkeit behaftet ist. Wir sehen nie in einen Menschen hinein und viele Taten lassen sich nie restlos aufklären. Auch der Versuch, Recht zu sprechen, fordert dem Richter aber ein Höchstmass an Verantwortung ab, sind doch die Auswirkungen auf die Betroffenen sehr einschneidend. Aus dieser Überlegung ist auch der Grundsatz entstanden: Im Zweifel für den Angeklagten. Das hat nichts mit richterlicher Milde zu tun, sondern basiert auf dem Gedanken: Lieber einen Schuldigen laufen lassen als einen Unschuldigen zu verurteilen. Aus denselben Überlegungen ist Mario Bernasconi persönlich auch ein absoluter Gegner der Todesstrafe.
Die Wahrnehmung dieser Verantwortung erfordert ein gewissenhaftes Abwägen von allen Beurteilungsfaktoren der Tat und des Täters und seines Umfelds. Das wiederum braucht Zeit – wenn man es gewissenhaft tun will. Der Votant hat von einem deutschen Bundesrichter gelesen, der äusserte «Ein Richter darf überlegen». Mario Bernasconi möchte das ergänzen: «Ein Richter soll und muss überlegen, damit er sein Urteil rechtfertigen kann.» Er hat die richterliche Verantwortung, die oft zu schlaflosen Nächten führen kann, immer gern wahrgenommen. Seit einigen Jahren lastet jedoch ein Zeitdruck auf unserer richterlichen Tätigkeit beim Strafgericht, bedingt einerseits durch immer grösser und anderseits durch immer komplizierter werdende Fälle. So ist es keine Seltenheit mehr, dass Fälle 60, 80, 100 und neuerdings sogar 200 Bundesordner umfassen. Sie können sich selbst vorstellen, wie viel Zeit die Beurteilung solcher Fälle erfordert. Wir haben beim Strafgericht seit der Verselbständigung zuerst versucht, die Probleme selbst zu lösen durch Rationalisierungsmassnahmen. So haben wir unsere Ersatzrichter, die eigentlich nur im Verhinderungsfall für uns tätig sein sollten, als ordentliche Richter eingesetzt. Seit zwei Jahren tagt Mario Bernasconi praktisch immer mit Ersatzrichtern. Wir haben weiter versucht, das Aktenstudium von Nichtreferenten – wenn man also nicht prozessleitender Richter ist – auf ein verantwortbares Minimum zu reduzieren. Wir haben versucht, unsere Urteile zu kürzen. Und wir haben auch versucht, teiljuristische einfache Arbeiten dem Sekretariatspersonal zu übertragen. In dieser Situation ist es jedoch sehr bemühend, wenn man neben dieser Tätigkeit noch um Arbeitskraft-Kapazitäten von 0,XY % feilschen und betteln muss. Geradezu frustrierend ist es aber, wenn man dann aus politischen Kreisen, also aus diesem Rat, Voten hört wie folgende: «Die Fraktion lehnt es ab, auch nur über eine Erhöhung der Personalstellen nachzudenken, bevor nicht sämtliche internen Massnahmen im Strafgericht ausgeschöpft werden. Die Fraktion ist nicht bereit, die Ineffizienz einzelner Mitglieder des Strafgerichts durch zusätzliche Personalstellen auszugleichen.» Wenn man sich mit schwierigen Fällen befassen muss und dann im Ratsprotokoll solche Voten liest, kann man eigentlich nur noch den Kopf schütteln.
Wenn Sie im Kanton Zug je eine verantwortungsbewusste Rechtssprechung wollen und nicht bloss eine statistische Fall-Erledigung, so bittet der Votant den Rat inständig, nicht mehr so knauserig mit Personalstellen umzugehen. Er muss zwar erwähnen, dass wir vom Obergericht, weil zwei riesige Monsterfälle eingegangen sind, einen Gerichtsschreiber auf Zeit bewilligt erhalten haben. Aber wenn man den Aufwand für diese beiden Fälle betrachtet, ist das ein Tropfen auf einen heissen Stein.
Mario Bernasconi spricht hier nicht für sich selbst, seine Amtszeit geht ja zu Ende. Er spricht für das zukünftige Strafgericht, für das Sie heute eine Präsidentin gewählt haben. Er möchte Carole Ziegler an dieser Stelle für ihre Wahl als Strafgerichtspräsidentin ganz herzlich gratulieren und er wünscht ihr für ihre Tätigkeit viel Erfolg und

Befriedigung einerseits, aber auch viel Kraft und Zuversicht. Er hat mit ihr seit einiger Zeit zusammengearbeitet und muss sagen, dass mit ihrer Person eine sehr fähige und erfahrende Juristin, aber auch eine sehr kompetente und einfühlsame Richterin als Strafgerichtspräsidentin gewählt wurde.
Abschliessend möchte der Votant dem Rat ganz herzlich danken für das Vertrauen, das er ihm durch die mehrmalige Bestätigung als Strafgerichtspräsident zum Ausdruck gebracht hat. Und schliesslich möchte er an dieser Stelle auch seinen beiden weiteren vollamtlichen Kollegen(-innen), Urs Flury und Caroline Ziegler, recht herzlich danken für ihre Mitarbeit im Strafgericht. Es war sehr angenehm, mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Dem zurücktretenden Strafgerichtspräsident wird unter Applaus des Rats ein Blumenstrauss überreicht.

Der **Vorsitzende** ist froh, dass er Mario Bernasconi nicht geschäftlich, sondern nur gesellschaftlich kennen gelernt hat. Er konnte mit ihm immer sehr gute Gespräche führen. Er wünscht ihm alles Gute auf seinem weiteren Lebensweg. Machen Sie diese restlichen sechs Monate so perfekt, wie Sie es bis jetzt getan haben!

244 GESETZ ÜBER DEN STEUERAUSGLEICH UNTER DEN KATHOLISCHEN KIRCHGEMEINDEN DES KANTONS ZUG

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. August 2003 (Ziff. 195) ist in der Vorlage Nr. 1104.4 – 11261 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 49 : 16 Stimmen zu.

245 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEFIZITDECKUNGSBEITRAG AN DAS VERKEHRSHAUS DER SCHWEIZ

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 25. September 2003 (Ziff. 215) ist in der Vorlage Nr. 1136.4 – 11294 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 54 : 16 Stimmen zu.

246 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG FÜR DIE KORREKTION DER LORZE ZWISCHEN JÖCHLER UND ZIEGELBRÜCKE, GEMEINDE BAAR

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1156.1 – 11250) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1156.2 – 11290).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

247 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG BETREFFEND AUSBAU DES SIJENTALBACHES IN ROTKREUZ, GEMEINDE RISCH

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1157.1 – 11251) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1157.2 – 11291).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

248 POSTULAT VON HEINZ TÄNNLER UND HANS DURRER BETREFFEND GLEICHZEITIGES VORLEGEN VON VERORDNUNGEN BZW. RICHTLINIEN ZU GESETZESVORLAGEN IN BESTIMMTEN FÄLLEN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 959.2 – 11138).

Heinz **Tännler** und Hans Durrer sind mit der Antwort des Regierungsrats nur teilweise zufrieden. Der Regierungsrat teilt immerhin die Meinung der Postulanten sinngemäss bezüglich der gesetzesvertretenden Ordnungen. Richtigerweise schliesst er die Vollziehungsverordnungen aus. Die Postulanten möchten eigentlich sämtliche Verordnungen mit materieller Rechtssetzung in den Kompetenzbereich der Legislative einschliessen. Die parlamentarische Beratung im Rat und vorher in den Kommissio-

nen kann nur dann seriös durchgeführt werden, wenn auch die dazugehörenden Entwürfe über alle Verordnungen vorliegen, sofern diese in den materiellrechtlichen Kompetenzbereich der Legislativbehörde eingreifen. Die Exekutive kann nämlich über Verordnungen, die sie erlässt, im Rahmen des Ermessensspielraums massgeblich Einfluss nehmen. Und damit besteht die Gefahr, dass sich die Gesetzgebung auf die Exekutivebene verlagert, soweit die Verordnungen materiellrechtliche Bestimmungen enthalten. Wir haben hier auch das Beispiel beim Bund, bei National- und Ständerat. Dort wird es auch so gehandhabt, dass zu den meisten Gesetzesvorlagen zumindest die Richtlinien der Verordnungen im Entwurf vorliegen. Man weiss also dann, wie in etwa die Verordnungen aussehen. In diesem Zusammenhang ist auch das Beispiel des Kantons Solothurn interessant. § 79 der dortigen Kantonsverfassung lautet: «Der Regierungsrat erlässt Verordnungen auf der Grundlage und im Rahmen der Gesetze, Staatsverträge und Konkordate.» Und dann Abs. 3: «25 Kantonsräte (von 144) können innert 60 Tagen gegen eine vom Regierungsrat beschlossene Verordnung oder Verordnungsänderung Einspruch einlegen. Wird der Einspruch durch die Mehrheit der anwesenden Kantonsräte bestätigt, so ist die Vorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen. Das Kantonsratsgesetz regelt das nähere Verfahren.» Das ist eine interessante Geschichte eben gerade vor dem Hintergrund, dass so verhindert werden kann, dass die Exekutive über Verordnungen materielles Recht setzen kann. Wir Postulanten wollen nicht so weit gehen und stellen im Moment auch keinen anderslautenden Antrag. Wir regen aber an, dass von unseren kantonsrätlichen Kommissionen bei Einführung neuer oder Abänderung alter Gesetze jeweils genau geprüft wird, ob die Regierung allenfalls versucht, über den Verordnungsweg materielle Rechtsetzung an sich zu ziehen, was unserer Ansicht nach nicht zulässig wäre.

Für Bruno **Pezzatti** ist mit den erhaltenen Erklärungen zu den Begriffen Richtlinien und Verordnungen und den damit zusammenhängenden Kompetenzen für die Exekutive und Legislative einiges klarer geworden. Nicht ganz so klar ist der von der Regierung gestellte Antrag, das Postulat teilweise erheblich zu erklären. Im Bericht kommt zum Ausdruck, dass den drei Anliegen der Postulanten aus verschiedenen und einigermassen nachvollziehbaren Gründen nicht entsprochen werden kann. Am Schluss stellt die Regierung selber fest, dass das bisherige Vorgehen, d.h. das Vorlegen neuer Gesetze bzw. Gesetzesbestimmungen, der Erlass von Richtlinien und Verordnungen und die entsprechend transparente Haltung sich in allen Teilen bewährt haben. Trotzdem wird jetzt ein Antrag auf Teilerheblicherklärung gestellt. Vielleicht kann die Regierung dem Votanten und dem Rest der FDP-Fraktion heute die dahinter stehende Logik erklären und darlegen, wie man nach drei Nein trotzdem zu einem teilweisen Ja kommt.

Auch Käty **Hofer** hat aus dieser Antwort der Regierung einiges gelernt. Unsere Demokratie beruht auf der Gewaltentrennung, auf drei Eckpfeilern. Die Exekutive führt aus, die Legislative erlässt Gesetze und die Judikative spricht Recht auf Grund der erlassenen Gesetze. Sie wissen, was passiert mit der Statik eines Gebäudes, wenn wir an Eckpfeilern rütteln. Sie können sich vorstellen, was mit einem Gebäude passiert, das auf drei Pfeilern ruht, wenn wir an einem rütteln. Es fällt um. Das Postulat ist vordergründig relativ einfach, aber hintergründig steht doch einiges

dahinter. Es ist ein Versuch, auf kaltem Weg Kompetenzen von der Regierung zum Kantonsrat zu verschieben. Wenn wir das wirklich wollen, müssen wir das dort diskutieren, wo es diskutiert werden muss. Nämlich in einer Diskussion über Verfassung und Gesetze. Und nicht über ein Postulat. Wir müssen auch die Konsequenzen bedenken, wenn wir dieses Postulat gutheissen. Es verlangt, dass Verordnungen und Richtlinien mit materiellrechtlichen Bestimmungen gleichzeitig mit der Gesetzesvorlage vorgelegt werden müssen. Das ist der erste Schritt. Was passiert aber, wenn die Verordnungen und Richtlinien geändert werden? Das liegt in der Kompetenz der Regierung. Wollen Sie dann wirklich, dass jedes Mal, wenn Verordnungen und Richtlinien mit evtl. materiellrechtlichen Bestimmungen geändert werden sollen, das in den Kantonsrat kommt? Wollen Sie alle 14 Tage hier sitzen und diese Verordnungen und Richtlinien beraten? Das wäre nämlich die Konsequenz aus dem Postulat. Die Partei der Postulanten beruft sich immer wieder auf die Demokratie. Führen wir die Diskussion ehrlich und demokratisch dort, wo sie hingehört im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Die SP unterstützt einstimmig den Antrag der Regierung.

Heinz **Tännler** fühlt sich von Käty Hofer provoziert und er versteht überhaupt nicht, was sie argumentiert hat. Sie unterstellt, dass wir mit diesem Postulat an den Grundfesten des von ihr so bezeichneten Hauses herumrütteln. Das ist überhaupt nicht so. Es ging uns einzig darum zu fragen, was es heisst, wenn der Regierungsrat über Verordnungen materielles Recht setzt. Da sind nicht nur wir gefordert, das ist auch auf Bundesebene so. Es ist auch im Kanton Solothurn so. Und da kann man sich mit Fug und Recht fragen, ob bei Gesetzgebung oder Abänderung alter Gesetze Verordnungen, sowie sie materiellrechtlichte Auswirkungen haben, nicht mindestens der Kommission vorgelegt werden sollten. Mehr nicht. Alles andere ist antizipiert, es hat mit der SVP nichts zu tun, und Demokrat ist der Votant genauso wie Käty Hofer.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** freut sich, dass kein anderer Antrag gestellt worden ist. Es ist tatsächlich so, dass die Aufteilung staatsrechtlich klar ist. Der Kantonsrat ist für die Gesetzgebung zuständig und der Regierungsrat für den Vollzug. Der Votant teilt auch die Auffassung von Heinz Tännler nicht, dass es hier bis jetzt Probleme gegeben hat oder geben kann. Denn der Kantonsrat selber hat es in der Hand, in seiner Gesetzgebung zu entscheiden, ob er dem Regierungsrat gesetzesvertretende Verordnungskompetenzen einräumen will oder nicht. Das entscheidet allein der Kantonsrat. Wenn er sich dafür entscheidet, dann ist dem Regierungsrat klar – und das entspricht auch unserer Praxis –, dass wir dann zwar nicht die Verordnung vorlegen, aber die Eckpunkte einer Verordnungsregelung, damit Sie als Kantonsrätinnen oder Kantonsräte wissen, welche Kompetenzen Sie uns delegieren. Dies ist auch der Grund, weshalb wir das Postulat teilweise erheblich erklären wollen. Wir wollen an der bisherigen bewährten Praxis festhalten, Ihnen diese Eckpunkte geben, wenn Sie sich überhaupt dafür entscheiden, uns eine gesetzesvertretende Verordnungskompetenz zu delegieren. Wir wollen Ihnen aber nicht die ganze Verordnung vorlegen, weil es sonst eine Verordnungsdiskussion bei der nicht zuständigen Instanz gibt. Denn der Kantonsrat ist wie gesagt nicht für die Verordnungen, sondern für die Gesetzgebung zuständig. Weil das unserer Praxis entspricht, können wir das Postulat teilweise erheblich erklären. Wir geben hier den Postulanten Recht und sagen: Da ist es richtig, dass man das erheblich erklärt. Weil

es aber bereits unserer bisherigen Praxis entspricht, kann dieses erheblich erklärte Postulat sofort abgeschrieben werden. Der Sicherheitsdirektor hofft, dass Bruno Pezzatti zufrieden ist mit dieser Erklärung.

➔ Das Postulat wird teilweise erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

Der **Vorsitzende** begrüsst eine Delegation des Alterswohnheims Mütschi aus Walchwil und weist darauf hin, dass der am Sitzungsbeginn gewürdigte Alois Hürlimann wesentlich an der Schaffung dieser Institution beteiligt war.

249 INTERPELLATION VON RENÉ BÄR BETREFFEND KOORDINIERUNG VON WOHNUNGS-/GEWERBEBAU MIT DER DAZUGEHÖRENDEN VERKEHRSERSCHLIESSUNG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1086.2 – 11196).

René **Bär** ist zufrieden mit der Antwort. Er hofft aber, dass die Aussagen auch umgesetzt werden. Der Verkehr steigt mit der Einwohnerzahl und den Arbeitsplätzen. Die Luftbelastung steigt mit den Staus. Dafür trägt die Politik die Verantwortung. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass der Verkehr fliesst.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass René Bär ein Problem unserer Raumplanung aufzeigt. Wir werden mit dem neuen kantonalen Richtplan über genügend Siedlungsgebiete verfügen. Der Kanton aber hinkt mit der Verkehrserschliessung hintennach. Insbesondere mit den Kantonsstrassen. Wenn die Interpellation nach Möglichkeiten fragt, mit privater Initiative das Problem zu lösen, dann ist das sicher eine gute Idee. Doch müsste auch ein privater Kantonsstrassenbau nach rechtlichem und staatlichem Verfahren ablaufen. Die Privaterschliessung ist auf Gemeindeebene heute schon von Gesetzes wegen möglich. Kantonsstrassen aber wird nach wie vor der Kanton selbst erstellen. Wie Sie wissen, machen wir damit vorwärts.

➔ Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

250 INTERPELLATION VON HEINZ TÄNNLER, HANS DURRER UND KARL BETSCHART BETREFFEND ABSTIMMUNGSBROSCHÜRE UND MITWIRKUNG DES REGIERUNGSRATS BEI DER ABSTIMMUNGSKAMPAGNE «BETEILIGUNG DES KANTONS AN DER SWISS»

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1106.2 – 11218).

Hans **Durrer** hält fest, dass die Antwort auf unsere Interpellation weder uns noch die SVP-Fraktion befriedigt. Wir sind der Meinung, dass die Mitglieder des Regierungsrats sich beim Abstimmungskampf über die Swiss-Beteiligung nicht nur auf privater Basis, sondern in erster Linie in ihrer Eigenschaft als Vertreter der Regierung für die Swiss-Beteiligung eingesetzt, also rechtsstaatlich unzulässige Behördenpropaganda betrieben haben. Der Regierungsrat hat auch falsch über die Zusammenhänge zwischen den 2,3 Mio Franken Beteiligung des Kantons Zug an der Fluggesellschaft Swiss und dem jahrzehntealten Flughafen Zürich orientiert, nur um die Vorlage mit allen Mitteln – nicht zuletzt auf Geheiss des Bundes und der Swiss – durchzuboxen. Trotz dieser unfairen Propaganda hat das Zuger Volk die Beteiligung an der Swiss an der Urne abgelehnt. Wir sind froh darob, hat doch der Kanton Zug dadurch viel Geld einsparen können. Die SVP-Fraktion hofft, dass sich in Zukunft Regierungsvertreter bei Abstimmungskampagnen wirklich nur noch in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen äussern und vom Kanton auch kein Geld für Abstimmungsmanipulationen eingesetzt wird. Übrigens ist diese Problematik längst auch auf Bundesebene bekannt. Nicht umsonst läuft zur Zeit auf Bundesebene die Unterschriftensammlung für die eidg. Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda», getragen von einem überparteilichen Komitee. Den Text dieser Initiative könnten wir praktisch unverändert auch für den Kanton Zug übernehmen. Wir glauben aber, dass die Lancierung einer entsprechenden Zuger Volksinitiative sich erübrigt, wenn die Regierung sich bei weiteren Abstimmungskampagnen fair und korrekt verhält und nicht versucht, Bürger zu bevormunden. Der Votant zitiert in diesem Zusammenhang Prof. Seiler aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 16. Juli: «Es braucht daher eine Instanz, welche als Mediator die Fairness des demokratischen Diskurses gewährleistet. Diese Instanz kann nicht zugleich Partei sein. Ihre Rolle bedingt Neutralität, welche eine Abstimmungspartei – in diesem Fall Zuger Regierungsvertreter – nicht hat. Auch das Argument des Gegengewichts zur privaten Propaganda überzeugt nicht. Die Meinung des Bundesrates ist nicht automatisch diejenige, welche im Abstimmungskampf weniger finanzielle Mittel zur Verfügung hat. Empirisch dürfte eher das Gegenteil der Fall sein. Man muss also entscheiden, welche Rolle der Bundesrat wahrnehmen soll. Soll er ein faires Verfahren garantieren oder einer Meinung zum Durchbruch verhelfen?»
Der Votant schliess mit diesem Zitat, das an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt. Er dankt der Regierung nochmals für die relativ rasch erfolgte Beantwortung.

Michel **Ebinger**: «Abstimmungsgeschäfte sind Kerngeschäfte der Regierung. Es besteht für die Behörden vor Abstimmungen nicht nur ein Informationsrecht, sondern eine Informationspflicht. Dabei darf die Behörde den eigenen Standpunkt mit den besten Argumenten vertreten und ihre Führungsrolle innerhalb der System- und Rechtsregeln der direkten Demokratie wahrnehmen.» Dieses Zitat stammt von Bun-

desrat Samuel Schmid, welcher immer noch Mitglied der SVP ist, und zwar im Zusammenhag mit der Abstimmung zur Armee 21-Vorlage. Und er hat recht! Regieren heisst doch nichts anderes als das Steuer zu führen. Und dann muss doch in unserer Zeit der Informationsüberflutung wenigstens die Regierung informiert sein. Und haben wir dann nicht das Recht, dass uns die Regierung ihre Meinung mindestens in den Grundzügen und in angemessener Weise bekannt gibt? Friedrich der Grosse hat einmal gesagt, dass sich ein gut unterrichtetes Volk leicht regieren lässt. Die Tendenz derjenigen, welche gegen eine Information sind, ist leicht erkennbar. Wenn auf Grund fehlender Information Fehlentscheide fallen, kann die Regierung leichter kritisiert und als führungsschwach dargestellt werden, in der Hoffnung Wählerstimmen zu gewinnen unter dem Motto, wir haben es ja schon immer gewusst. Aber langfristig ist diese Politik nicht zum Wohl eines Landes, den eine schwache Regierung nützt niemandem, am wenigsten dem Volk.
Die Interpellanten sind zudem nicht unbedingt die Richtigen, um sich gegen etwas pointierte Aussagen wie Trittbrettfahrer zu wehren. Immerhin ist es doch die SVP, welche bei ihren Kampagnen oft an die Grenze des Erträglichen geht und sehr oft bewusst mit dem Mittel der Provokation arbeitet. Es stellen sich bei dieser Interpellation im Weiteren einige Fragen:
• Weshalb wird diese Interpellation ausgerechnet von Kantonräten gestellt, welche bei der Abstimmung zum neuen Steuergesetzt der damaligen Regierungsrätin Ruth Schwerzmann vorwarfen, zu wenig zu tun?
• Darf man somit mehr informieren, wenn man selber zu den Befürwortern gehört und weniger, wenn man selber bei den Gegner angesiedelt ist?
• Wird es nun Mode, dass man nach einer verlorenen Abstimmung mittels Interpellation den Abstimmungskampf weiter führt und so unnötigerweise die Verwaltung mit Arbeit belastet?
Zum Schluss noch dies: Die FDP erwartet, dass sich der Regierungsrat bei Abstimmungsvorlagen, welche Thema im Kantonsrat waren, äussert und seine Informationspflicht wahr nimmt. Alles andere währe falsch und müsste als Führungsschwäche betrachtet werden.
Bestens ins Bild dieser Interpellation passt die momentan laufende Unterschriftensammlung für eine radikale Beschränkung der Informationsmöglichkeiten durch den Bundesrat. Schon fast ironisch ist es, dass die Unterschriftensammler und -sammlerinnen unter dem Titel «Bürger für Bürger» auftreten und im Internet unter www.freie-meinung.ch zu finden sind. Eine freie Meinung bedingt aber eine Informationsmöglichkeit auf allen Seiten. Gerade heute, wo sich der Bürger kaum mehr vor Informationen wehren kann, wo Kritiker von einer Mediendemokratie sprechen, welche beherrscht ist von Polittalkshows von mehr oder weniger tiefem Niveau, wird die *saubere* Information durch die von uns gewählten Behörden immer wichtiger. Und da gehen wir mit der Regierung einig: Die Information durch den Regierungsrat war fair und im Rahmen des erlaubten und politisch sowie rechtsstaatlich Korrekten Wir hätten uns aber bei einem politisch so wichtigen Thema etwas mehr grundsätzliche Äusserungen durch den Regierungsrat vorstellen können, ansonsten sind wir mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden.

Martin B. **Lehmann** meint, beim Studium dieses Vorstosses sei man eigentlich geneigt, den Interpellanten das Zeugnis eines schlechten Verlierers auszustellen. Nachdem aber die entsprechende Volksabstimmung im Sinne der Interpellanten

ausging, verbleibt nur noch der Eindruck eines seltsamen und peinlichen Demokratieverständnisses. Seltsam deshalb, weil seinerzeit auch gewisse Regierungsrätinnen und Regierungsräte an vorderster Front für die Revision des Steuergesetzes kämpften, die Interpellanten dies aber geflissentlich verschweigen. Und peinlich deshalb, weil der Vorwurf der «emotional negativen Abklassierungen der Gegner» ausgerechnet aus derjenigen Ecke stammt, die dies seit Jahren und bis zum heutigen Tage in Reinkultur betreibt. Das arme gerupfte Huhn lässt grüssen. Mehr gibt es zu diesem Papiertiger wirklich nicht zu sagen.

Heinz **Tännler** möchte Michel Ebinger und Martin B. Lehmann Folgendes antworten. Dieser Interpellation vorausgegangen ist eine Abstimmungsbeschwerde. Der Votant hat darüber mit einem Kollegen stundenlang gebrütet. Wir haben sie beschwerlich an einem Samstag und einem Sonntag gemacht und haben – juristisch gesehen – eine sehr gute Beschwerde eingereicht. Fragen Sie den Landschreiber. Er hätte keine Prognose abgegeben, wie diese Beschwerde ausgegangen wäre. Effektiv juristisch gesehen ein problematisches Feld. Bei dieser Swiss-Abstimmung hat sich der Regierungsrat problematisch verhalten. Und selbst der Landschreiber hat dieser Beschwerde ein gutes Zeugnis ausgestellt. Wir beide hätten keine Prognose gewagt, ob zu unseren Gunsten oder zu Gunsten des Regierungsrats entschieden worden wäre. Vor diesem Hintergrund ist das nicht einfach ein Papiertiger und sind wir auch nicht schlechte Verlierer. Wir haben diese Beschwerde zurückgezogen, weil die Sache ad acta war. Aber es war ein problematisches Spannungsfeld.

Die Direktorin des Innern, Brigitte **Profos**, erinnert daran, dass die Regierung die aufgeworfene Problematik im Bericht differenziert dargestellt hat. Sie möchte nicht im Detail nochmals darauf eingehen. Zwei Dinge möchte sie aber betonen. Vom Regierungsrat darf und soll erwartet werden, dass er Führungsverantwortung wahrnimmt. Das bedeutet, dass Vorlagen rechtzeitig und mit sachlicher Information begleitet dargestellt werden. – Noch ein Hinweis auf die Bundesebene. Der Nationalrat hat in diesem Zusammenhang vor kurzem einen wichtigen Entscheid gefällt. Danach dürfen Bundesrat und Bundesverwaltung weiterhin Abstimmungskampagnen führen und unterstützen. Die grosse Kammer lehnte eine Initiative des Zürcher SVP-Nationalrats Fehr ab, wonach sich die Behörden bei ihrer Information auf rein sachliche Aspekte beschränken sollen. Der Nationalrat folgte seiner staatspolitischen Kommission und verwarf die Initiative mit 106 : 41 Stimmen. Dem Bundesrat müsse kein Maulkorb verhängt werden, sagte Walter Donzé namens der Kommissionsmehrheit.

➔ Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

251 INTERPELLATION VON BEAT VILLIGER BETREFFEND EINFÜHRUNG DES NEUEN LOHNAUSWEISES

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1118.2 – 11217).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass allen Räten eine Ergänzung zur Antwort des Regierungsrats ausgeteilt wurde.

Beat **Villiger** ist mit dem Inhalt der regierungsrätlichen Antwort gar nicht einverstanden, daran ändert auch die Ergänzung nichts. Es geht ja dort eigentlich nur darum, dass die Einführung des Lohnausweises um ein oder zwei Jahre verschoben wird.
Die Schweizerische Steuerkonferenz hat in Zusammenarbeit mit den Kantonen diesen neuen Lohnausweis erarbeitet, der einen sehr hohen Detaillierungsgrad aufweist und vor allem auf Grund der damit verbundenen administrativen Mehraufwendungen insbesondere in Gewerbekreisen sehr umstritten ist. In der Zwischenzeit, vor allem im Vorsommer, haben sich verschiedene Personen im Nationalrat und in den Kantonen dagegen gewehrt. Mit dem Zwischenerfolg, dass die Steuerkonferenz das Papier zurückgenommen und überarbeitet hat. Jetzt liegt es neu vor, aber mit einer sehr marginalen Änderung, womit man sich in diesen Kreisen noch lange nicht einverstanden erklären kann. Es geht bei dieser Änderung nicht nur um eine Anpassung an die Grundlagen der schweizerischen formellen Steuerharmonisierung. Das könnte man noch tolerieren. Es geht nämlich vor allem um eine unzumutbare Zusatzadministration für Mittel- und Kleinbetriebe und es geht letztlich doch auch darum, von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf dem kalten Wege zusätzliches Steuersubstrat zu erhalten. Man schätzt dieses auf ca. 2 bis 3 Milliarden pro Jahr. Man würde vermutlich besser die Missstände im Bereich der Schwarzarbeit bereinigen. Dort gehen uns nämlich viel mehr Gelder, vor allem zu Lasten der Sozialinstitutionen, verloren. Die Arbeitgeber werden gezwungen, mit diesem neuen Lohnausweis viel detailliertere Angaben zu machen. Es sollen sämtliche Spesen und alle geldwerten Vorteile, die Gegenstand eines Arbeitsvertrags sind, deklariert werden, z.B. Verpflegung, Unterkunft, Privatanteil Geschäftswagen, Spesen für Reisen, Verpflegung, Übernachtung, Repräsentation, Auto oder Beiträge an Weiterbildung.
Der Votant vermisst in der regierungsrätlichen Antwort ein klares politisches Bekenntnis zum Abbau unnötiger Administration. Er vermisst eine wirtschaftsfreundliche Haltung gegenüber der Arbeitgeberschaft. Stattdessen nimmt man in Kauf oder will dies gezielt, dass auf dem kalten Wege Arbeitnehmer und Arbeitgeber mehr Steuern bezahlen. Man hat lediglich die Argumente der Steuerverwaltung bzw. der Steuerkonferenz übernommen und hat damit einen Terriereffekt ausgelöst. (Wenn der mal zubeisst, lässt er nicht mehr los.) Vorher wurde vom Spannungsfeld gesprochen und von Führungsverantwortung. Auch hier haben wir das Spannungsfeld zwischen der Verwaltung und der Regierung. Beat Villiger geht davon aus, dass die Regierung gar nichts wusste von dieser Anpassung des Lohnausweises und diese doch recht strategische Aufgabe der Verwaltung überlassen hat. Hier müsste man mehr Führungsverantwortung übernehmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** betont, dass die AF eigentlich mit der Antwort des Regierungsrats sehr zufrieden wäre. Wir hätten es begrüsst, wenn der neue, zeitgemässe Lohnausweis zur geplanten Zeit, also auf Januar 2004 wenigstens provisorisch eingeführt worden wäre. Wir sehen es wie die Regierung, eine landesweite Vereinheitlichung ist ein wichtiger und richtiger Schritt, mit einem einheitlichen gesamtschweizerischen Lohnausweis verschwindet auf jeden Fall einmal die Formularvielfalt in unserem Land. Wir unterstützen die Meinung der Regierung, wenn sie schreibt, der neue Lohnausweis sei lediglich eine Anpassung an den Trend der Wirtschaft. Immer öfter wird nämlich vor allem in grösseren Firmen Arbeit mit sogenannten Gehalts-Nebenleistungen abgegolten. Sicher können solche steuerfreie «fringe benefits» ihre Berechtigung haben, wenn sie in einem direkten Zusammenhang mit der Firmentätigkeit stehen und ein normales Mass nicht übersteigen. Aber nicht akzeptabel sind Nebenleistungen, die weit darüber hinausgehen und nichts anderes als versteckte Lohnleistungen darstellen (den Service-Unterhalt für das Privatauto des Top-Managers als Beispiel). Ein umfassender Lohnausweis ist nicht nur vom Steuergesetz her wichtig, sondern er gibt auch genaue Auskunft für die Berechnung der Sozialabgaben. Wird nicht das ganze Jahresgehalt im Lohnausweis aufgeführt, müssen auch entsprechend weniger Sozialabgaben bezahlt werden. Es geht nicht an, dass via versteckte Gehalts-Nebenleistungen die Abgaben für AHV, IV und Arbeitslosenkasse gesenkt werden. Ein ehrlicher Lohnausweis, mit Aufzählen von Spesenvergütungen und Gehalts-Nebenleistungen, ist in dem Sinn ein Schutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Vor allem für jene mit unteren und mittleren Einkommen, denen diese Tricks nicht zur Verfügung stehen. In einer Stellungnahme bringt es die Thurgauer Regierung gut auf den Punkt. Sie schreibt, das neue Formular diene lediglich der rechtsgleichen Besteuerung. Eine liberale Praxis der Vergangenheit dürfe nicht dazu führen, dass die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen ihre Pflichten zur Bestätigung sämtlicher Leistungen an die Arbeitnehmenden unterliefen.
Die AF ist befremdet, dass der Interpellant den neuen Lohnausweis, der – so hoffen wir – einmal kommt, vor allem auf Grund der administrativen Mehrarbeiten in Frage stellt. Auch die Stawiko ist der Meinung dass solche Gehalts-Nebenleistungen ebenfalls im Lohnausweis aufgeführt werden müssen. Nachzulesen im Stawiko-Bericht zum Rechenschaftsbericht 2002, Kapitel Baudirektion. Sie bemängelte, dass die abgegebenen Reka-Scheine an die Kosten der Parkplatzgebühren nicht im Lohnausweis aufgeführt worden sind. Die AF bedauert ausserordentlich, dass das Inkrafttreten des neuen Lohnausweises weiterhin verschoben wurde. Und nur, weil seitens des Gewerbes mit Protesten bis zum Formularboykott gedroht wurde. Aber alle Überarbeitungen sind dem Gewerbe bis jetzt immer noch nicht genehm und die definitive Einführung des neuen Lohnausweises wird so kaum vor 2006 stattfinden. Die dauernde Rückweisung dieses Papiers zeigt so typisch auf, wie gewisse Kreise der Wirtschaft in der Politik das Sagen haben wollen. Dabei sollte es doch ein Zusammenarbeiten sein – von beiden Seiten. Wir hoffen sehr, dass die Schweizerische Steuerkonferenz auf dem eingeschlagenen richtigen und wichtigen Kurs bleibt. Wir Alternativen wollen einen Lohnausweis, der Aufschluss gibt über die tatsächlichen Verdienst des Arbeitnehmenden. Bei allem Verständnis für Vereinfachungen – wir haben gar kein Verständnis, wenn der Lohnausweis dazu dienen soll, Steuern und Sozialabgaben zu hinterziehen. Die Geprellten wären wir alle.

Felix **Häcki** meint, die Geschichte mit dem Lohnausweis sei ein Tanz um des Teufels Bart. Der neue Lohnausweis ist nämlich in Zug praktisch realisiert. Bei den Lohnnebenkosten müssen Sie bereits die Angaben machen, die im neuen Lohnausweis verlangt werden. Der Unterschied ist nur, dass im neuen Lohnausweis gewisse Sachen zwingend vorgeschrieben werden. Wenn der Votant bei sich im Unternehmen ein Spesenreglement hat und das abgestempelt ist, kann er «Spesen gemäss Reglement» schreiben und muss nichts reinschreiben. Die Frage ist nur, was im Spesenreglement steht. Es ist also nicht eine Frage des Lohnausweises, sondern von dem, was dahinter steht. Wenn er ein Spesenreglement machen muss, in dem er nicht mehr schreiben darf «in der Regel zahlen wir 25 Franken für ein Mittagessen», wohl wissend, dass wenn man mit Kundschaft weggeht, unter Umständen 40 Franken bezahlen muss, muss es Ausnahmen geben. Der Leiter der Arbeit am neuen Lohnausweis ist der Leiter der Stempelsteuerabteilung von Zürich. Und der vertritt die Meinung, so was sei nicht möglich. Wenn man dann 40 Franken ausgibt, muss man 15 Franken als Einkommen versteuern. Und da fängt dann der Blödsinn an. In einem Unternehmen kann man das nämlich nicht mehr auseinander nehmen, das gibt einen riesigen EDV-Aufwand. Man muss hier einfach die praktischen Probleme sehen. Es liegt also nicht am Lohnausweis, sondern daran, dass die Behörden bei der Ausführung der ganzen Sache vernünftig bleiben. Und deshalb ist eigentlich der Streit um den Lohnausweis für die Katz, weil es gar nicht daran hängt, sondern daran, was dahinter steht. Felix Häcki hofft, dass die Zuger Regierung und die Steuerabteilung hier in Zug vernünftiger sind als in Zürich, dass hier mehr Flexibilität gezeigt wird, damit man vernünftige Lösungen machen kann. Bisher war es so, und das möchte der Votant auch verdanken. Man kann nicht sagen, in Zug sei man wirtschaftsfeindlich. Man hat bisher immer Verständnis gezeigt für unsere Probleme.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte Felix Häcki für die Unterstützung danken, dass sich auch die Steuerverwaltung wirtschaftsfreundlich zeigt. Der Votant hätte diesem Vorwurf widersprechen wollen und das ist damit bereits getan. – Wir möchten weiter daran arbeiten, dass wir praxisnah sind. Wir möchten den Aufwand nicht hinaufschrauben, aber unserer Meinung ist es wichtig, dass wir einen einheitlichen Lohnausweis haben für die ganze Schweiz. Das vereinfacht die Administration. Und wenn dieser Lohnausweis dazu beiträgt, dass die Gehaltsnebenleistungen korrekt wiedergegeben und versteuert werden, dann dient das allen Steuerzahlern.

➔ Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

252 INTERPELLATION VON ROSEMARIE FÄHNDRICH BURGER UND ERWINA WINIGER JUTZ BETREFFEND BERUFSVORBEREITUNGSSCHULE (B-V-S), 10. SCHULJAHR

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1132.2 – 11233).

Rosemarie **Fähndrich Burger** bedankt sich zusammen mit ihrer Mitinterpellantin Erwina Winiger Jutz bei der Bildungsdirektion für die ausführliche und umfassende Beantwortung der Interpellation. Sie gibt eine gute Übersicht über die bestehenden Brückenangebote im Kanton. Wir staunen immer wieder, wie schnell sich in unserer Zeit Zustände verändern. Da ist vor drei Jahren die Berufsvorbereitungsschule, eben das 10. Schuljahr, als Pilotprojekt mit einer Klasse eingeführt worden und nach drei Jahren können in drei Klassen bereits 35 und mehr Jugendliche aus diversen Gründen nicht aufgenommen werden. Die in der Interpellation zusammengestellte Übersicht zeigt auf, dass der Kanton Zug auf die bestehende Situation reagiert, neue Angebote bereitstellt oder bestehende überarbeitet. Dazu gratulieren wir der Regierung. Wir möchte im Folgenden systematisch den Seiten der Beantwortung der Interpellation folgend einige Bemerkungen machen und die eine oder andere Zusatzfrage stellen:
Wir sind mit der Regierung einig, dass das 10. Schuljahr ein Brückenangebot bleiben soll und sich daraus nicht indirekt eine Verlängerung der obligatorischen Schulzeit ergeben soll. Allerdings gilt zu bedenken, dass sich viele Jugendliche durch die erschwerte Lehrstellensituation völlig überfordert fühlen und teilweise handlungsunfähig dem Ende des 9. Schuljahres entgegen gehen. Oder sie sind durch ihre persönliche Situation derart gefordert, dass sie absolut entscheidungsunfähig das Ende der obligatorischen Schulzeit abwarten. Auch gutwillige Eltern oder die Institutionen rund um die Berufsberatung haben in dieser Lebenssituation der Jugendlichen oftmals keine Möglichkeit der Einflussnahme auf die Berufswahl. - Dass in diesen Fällen ein Brückenangebot die einzig richtige Antwort ist, scheint glücklicherweise bei der Bildungs- wie auch bei der Volkswirtschaftsdirektion unbestritten zu sein.
Zu 1.1, Punkt 3 möchten wir gerne eine Konkretisierung. Es heisst im Bericht: «Brückenangebote machen nur einen Sinn, wenn es nach der Brücke eine (nahtlose) Fortsetzung gibt. Bedürfnisorientierte Angebote mit langfristiger Perspektive müssen deshalb in einer Gesamtschau geplant und realisiert werden.» Unsere Frage dazu lautet: Wer unterstützt und bereitet die Jugendlichen auf diese Gesamtschau vor?
Zu 1.1, Punkt 5 betreffend die Struktur für die Zuweisung der Jugendlichen zum richtigen Angebot. Gibt es dazu schon klare Vorstellungen? Wir müssen uns bewusst sein, dass auch im jetzigen Schuljahr die Lehrverträge bereits ab kommender Woche abgeschlossen werden. Aber auch zum Besuch einer weiterführenden Schule muss bei den Jugendlichen der Entscheid jeweils bereits Anfang des neuen Schuljahrs gemacht werden.
Zu Antwort 3 b. Wir freuen uns zu beobachten, dass die beiden betroffenen Direktionen stets von Neuem Schritte unternehmen, um auch praxisnahe und eher niederschwellige Brückenangebote zu realisieren oder neu zu konzipieren. In diesem Zusammenhang stellen wir folgende Frage: Wie gestaltet sich die Entwicklung des «BVL-Extra-Angebots» und konnten die 30 Plätze des Programms «Einstieg in die Berufswelt» besetzt werden? Wären mehr als diese 30 Plätze erforderlich gewesen? Wenn ja, wie viele mehr?

Zu Antwort 4: Leider ist das praxisorientierte schulische Brückenangebot Typ B des Berichts der Zentralschweiz inhaltlich nicht klar umschrieben. Gerne hätten wir dazu noch einige inhaltliche Konkretisierungen. Wir unsererseits denken, dass Brückenangebote im gestalterischen Umfeld, im Dienstleistungsbereich, im hauswirtschaftlich-sozialen-pflegerischen Gebiet ideale Ergänzungen zu den bislang eher gewerblich/industriellen praxisorientierten Brückenangeboten bieten könnten. Zudem würden wir von der Regierung gerne wissen, wie weit die Arbeit der genannten Projektgruppe bei der Planung und Realisierung des praxisorientierten, schulischen Brückenjahres Typ B gediehen ist?
Vielen Dank für die Beantwortung unserer zusätzlichen Fragen.

Andrea **Hodel** spricht im Namen der FDP-Fraktion und stellvertretend für Thomas Brändle, der sich bereits zwei Mal vorbereitet hat und heute nicht anwesend ist. Sie möchte anmerken, dass das bestehende Zuger Angebot auch in der Berufsvorbereitungsschule, in welcher die Votantin als Mitglied der Schulkommission tätig ist, als hervorragend zu bezeichnen ist. Wie der Regierungsrat in seiner Antwort auch trefflich geschrieben hat, kann er nicht in die Pflicht genommen werden, für jeden einzelnen Schulabgänger oder jede einzelne Schulabgängerin eine wunschgemässe Lehrstelle zu finden. Wir müssen heute zum Teil auch in der BVS anerkennen, dass es Jugendliche gibt, die nicht oder nicht mehr motiviert sind, etwas zu finden. Und da führen auch alle Bemühungen von uns zu keinem Ziel. Andrea Hodel erlaubt sich den Hinweis, dass bei der BVS am letzten Schultag in diesem Sommer acht Schülerinnen und Schüler noch keine Lehrstelle gefunden haben. Am 25. September, als wir uns das letzte Mal auf diese Interpellationsantwort vorbereitet haben, waren es noch vier. Auch können wir feststellen, dass in der heutigen Situation sehr viele Lehrstellen ganz kurzfristig noch vergeben werden. Dass wir also immer wieder Möglichkeiten haben, Lehrstellen zu eröffnen und Jugendliche in Lehrberufe eingliedern zu können.
Die Votantin zitiert noch einige Ausführungen von Thomas Brändle, die er als Lehrmeister gemacht hat: «Ich bilde seit über zehn Jahren Lehrlinge aus. Nächstes Jahr werden in unserem Bäckereibetrieb fünf Lehrlinge ihren Abschluss machen und endgültig in die Berufswelt entlassen. Es ist eine zunehmend herausfordernde, aber in den meisten Fällen auch befriedigende Arbeit. Auch meine Lehrlinge hatten meistens als Berufswunsch Bäcker oder Konditor nicht zuoberst auf ihrer Liste. Auch ich wäre lieber Popstar als Konditor, vielleicht lieber Governor von Kalifornien statt Kantonsrat geworden. Fürs erste fehlte mir das Talent, fürs zweite das Geld. Natürlich ist es wichtig, einen Beruf erlernen zu können, der einem Freude macht und den eigenen Talenten entspricht. Aber wer weiss das so genau mit 15 oder 16 Jahren? Die wenigsten Menschen bleiben heute ein Leben lang auf ihrem ursprünglich erlernten Beruf. Häufig ist die erste Ausbildung auch eine Zeit der Besinnung, Selbstfindung und Erweiterung der Sozialkompetenz, wie es in der Interpellation auch beschrieben wurde. Trotzdem sind einige meiner Lehrlinge aus unserem Familienbetrieb stolze Berufsleute im In- und Ausland geworden. Einer sogar Gewerbeschullehrer in Neuseeland, wo es Berufslehren nur auf private Initiative gibt und mein Beruf noch ganz begehrt ist. Ich glaube im Namen der FDP-Fraktion abschliessend festhalten zu können, dass der Regierung für ihre Antwort unser Dank gehört. Speziell gehört unser Dank den Lehrern und Lehrerinnen in den Schulen, nach denen die Lehre beginnt, die alles nur Erdenkliche unternehmen, um motivierte und flexible Schulabgängerin-

nen und Schulabgänger in die Berufswelt zu integrieren. Dabei muss weiterhin sowohl der Einsatz als auch die Flexibilität der Schüler und Schülerinnen gefordert werden. Nur dies führt uns zu einer nachhaltigen Lösung.»

Andrea **Erni** hält fest, dass die SP-Fraktion erfreut ist, dass der Kanton Zug bestrebt ist, seine berufsvorbereitenden Bildungsangebote den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Er bietet damit schon jetzt vielen Schulabgängerinnen und -abgängern, welche nicht auf Anhieb eine Lehrstelle finden, bessere Chancen auf dem Lehrstellenmarkt. Die Aussage, dass es nicht Aufgabe des Staates sein kann, für alle Jugendlichen, vor allem für die unmotivierten, eine Lösung zu finden, gibt uns zu denken. Es besteht die Gefahr, dass es zu Problemverlagerungen kommt und sich dann andere – meist staatliche – Stellen um diese Jugendlichen kümmern müssen. Kein Kind kommt unmotiviert zur Welt. Ein optimales Bildungssystem ist wichtig, um Ungleichheiten bei den Erfolgschancen von Schülerinnen und Schülern zu korrigieren. Bildung dient nicht nur der Vermittlung von Wissen. Ausbildung ermöglicht Lehrlingen, Schülerinnen und Schülern den Einstieg ins gesellschaftliche, kulturelle, politische und wirtschaftliche Leben unseres Landes. Wir begrüssen deshalb die Zusammenarbeit und Vernetzung innerhalb der Direktionen zu Gunsten eines optimalen Bildungssystems. Wir hoffen, dass der Kanton Zug sich weiterhin bemüht, allen Schulabgängerinnen und -abgängern den Zugang zu Ausbildung und damit zum gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** beantwortet gerne die zusätzlich gestellten Fragen und nimmt dabei die Gelegenheit wahr, die in der rund 1½ Monate zurückliegenden schriftlichen Antwort des Regierungsrats angegebenen Zahlen zu aktualisieren.
Zur ersten Frage: Wer bereitet Jugendliche vor, damit sie die Gesamtschau über alle Angebote haben? Die Gesamtschau, die wir in der Antwort erwähnt haben, bezieht sich auf die Planung und Umsetzung der Brückenangebote seitens des Regierungsrats und der involvierten Direktionen. Bei den Jugendlichen ist es wichtig, dass sie die für sie in Frage kommenden Angebote kennen lernen. Hier werden sie durch ihre Lehrpersonen sowie die Berufsberatung Zug unterstützt.
Zur zweiten Frage: Gibt es konkrete Strukturen für die Zuweisung der Jugendlichen zum richtigen Angebot? Dies ist bestimmt ein entscheidender Punkt. Wer genau diese Zuweisungen vornimmt und wie, ist Inhalt der Aufgabe der eingesetzten Zuger Projektgruppe. Obwohl wir hier sehr schnell planen, ist eine inhaltliche Aussage zur Frage der zukünftigen Zuweisungskompetenz heute noch nicht möglich. Diesbezüglich ist auch zu berücksichtigen, dass die Konferenz der Zentralschweizer Bildungsdirektoren (BKZ) erst vor kurzem das Koordinationsprojekt «Brückenangebote» verabschiedet hat. Dies ist die Grundlage für die weitere Arbeit.
Zur dritten Frage: Wie gestaltet sich die Entwicklung des BVL-Extra-Angebots, und konnten die 30 Plätze des Programms «Einstieg in die Berufswelt» besetzt werden, bzw. wären mehr als diese 30 Plätze erforderlich gewesen? Das Projekt BVL-Extra konnte planmässig erarbeitet und gestartet werden. Von den angestrebten maximal 18 Plätzen sind 11 Plätze besetzt. Auch beim Programm «Einstieg in die Berufswelt», bei welchem heuer mit 30 Plätzen doppelt so viele wie bisher zur Verfügung stehen, wurden nicht alle neuen Plätze ausgeschöpft. 22 Plätze sind besetzt. In beiden Projekten, in welchen theoretisch noch einige Plätze zur Verfügung stehen, wer-

den noch einige Gespräche mit potenziellen Interessenten geführt. Jedoch muss in beiden Fällen seriös geklärt werden, ob dies jeweils das geeignete Angebot für die Jugendlichen ist. Angesichts dieser Ausgangslage kann gesagt werden, dass in beiden Fällen das geplante Angebot ausreicht.
Zur vierten Frage: Gibt es inhaltliche Konkretisierungen des geplanten praxisorientierten schulischen Brückenangebots des Typs B; wo steht die Arbeit der entsprechenden Projektgruppe? Die Zuger Projektgruppe wurde schon vor dem erwähnten Beschluss der Zentralschweizer Bildungsdirektoren vom September eingesetzt und hat die Arbeit aufgenommen. Gleichwohl war vorerst der Grundsatzentscheid der BKZ vom 19. September 2003 abzuwarten, ob und wie die zukünftigen Brückenangebote ausgestaltet werden sollen. Es geht hier nämlich auch darum, kantonsgrenzüberschreitende Angebote zu nutzen. Im genannten Bericht betreffend Brückenangebote ist das Grobkonzept des praxisorientierten schulischen Brückenangebots B auf 2½ Seiten beschrieben (der Bildungsdirektor liest das nun nicht vor, bietet aber allen Interessierten an, in diesen Bericht Einsicht zu nehmen). Es steht dort u.a.: «Das praxisorientierte Angebot umfasst u.a. einen praktischen Unterricht in den Bereichen Werken, Hauswirtschaft, Bildnerisches Gestalten, Geometrisches Zeichnen usw.» Das Profil dieses Unterrichts geht somit eben gerade in die von der Interpellantin angeregten Richtung. Entscheidend wird aber sein, welche Nachfrage in welcher Richtung besteht und welche Plätze für Praktika und Schnuppertage in Unternehmen zur Verfügung stehen. Angebot und Nachfrage sind somit (sowohl auf Seiten der Wirtschaft als auch der interessierten Jugendlichen) entscheidend, um solche Angebote zu planen.
Abschliessend noch eine Bemerkung zum Votum von Andrea Hodel. Matthias Michel freut sich, dass wir mit ihr eine qualitativ hochstehende parlamentarische Vertretung in der Schulkommission der BVS haben, zwecks Mitgestaltung und Kontrolle. – Insgesamt ist er erfreut über die positive Aufnahme der Antwort.

➔ Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

253 INTERPELLATION VON FRANZ MÜLLER UND GERHARD PFISTER BETREFFEND HILFE AN UNWETTERGESCHÄDIGTE IN OBERÄGERI

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1146.2 – 11272).

Franz **Müller** erinnert daran, dass das heftige Unwetter vom Abend des 6. Juni 2003 vielen Einwohnerinnen und Einwohnern von Oberägeri, Alosen und Morgarten noch lange Zeit in unangenehmer Erinnerung bleiben wird. In Morgarten ist an diesem Abend rund ein Fünftel der bis Ende September in diesem Jahr gemessenen Niederschlagsmenge gefallen. Er möchte es nicht unterlassen, der Gemeinde Oberägeri, dem Kanton, dem Zivilschutz, den verschiedenen Feuerwehren, dem Militär und auch allen privaten Helferinnen und Helfern für ihren grossen und uneigennützigen Einsatz recht herzlich zu danken. Vielen Dank auch für die vielen privaten Spenden, die aufs Konto bei der Einwohnergemeinde Oberägeri eingegangen sind. Danken

möchte er auch dem Regierungsrat für seine Beantwortung der Interpellation vom 11. Juli 2003. Gerhard Pfister und der Votant können mit dieser Beantwortung leben.
Das Unwetter vom 6. Juni 2003 wirft aber auch Fragen auf. Franz Müller ist bewusst, dass das Gesetz über die Gewässer erst vom 25. November 1999 stammt. Trotzdem muss überlegt werden, ob der Unterhalt und der Verbau der privaten Gewässer nicht noch mehr kantonalisiert werden kann. Gemäss § 85 ff des Gesetzes über die Gewässer ist der Grundeigentümer für die Gewässer der 2. Klasse selber verantwortlich. Ebenfalls ist er für den Unterhalt für die Gewässer der 1. Klasse verantwortlich, wenn sie sich im Wald befinden. Der Votant ist der Meinung, dass es nicht angehen kann, dass sich ein privater Gewässerbesitzer wegen dem hohen Unterhalt, der jetzt und auch in Zukunft anfallen wird, finanziell überlastet. Der Kanton soll und muss sich an solchen Projekten beteiligen, auch wenn er nicht Besitzer des betroffenen Gewässers ist. Hier müssen sich die zuständigen Behörden Gedanken machen, wie sie auch in Zukunft unbürokratisch helfen können.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** zum Wunsch, § 85 des Gesetzes über die Gewässer zu ändern. Das Gesetz unterscheidet klar private von öffentlichen Gewässern. Private Gewässer liegen in der Verantwortung ihrer Grundeigentümer und -eigentümerinnen. Sie müssen nach § 85 die Gewässer unterhalten und dafür finanziell aufkommen. Wollte man dies ändern, wäre gleichzeitig zu fragen, ob die Regelung des Gesetzes über Strassen und Wege hinsichtlich Privatstrassen und Wegen ebenfalls geändert werden müsste. Auch dort gilt ja, dass die jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümer die finanziellen Lasten des Unterhalts tragen müssen. Das gilt sowohl für die privaten Gewässer wie auch für die privaten Strassen. Eine Änderung dieses Grundsatzes hätte für den Kanton Zug schwerwiegende finanzielle Konsequenzen. Die Bauchef-Tagung vom 7. November 2003 wird sich mit den Fragen des Unterhalts von privaten Gewässern befassen. Die Einwohnergemeinde Unterägeri hat dieses Traktandum bereits angemeldet.
Zur Frage, wie für den Unterhalt von privaten Gewässern die gemeinsame Selbsthilfe ins Spiel gebracht werden könnte. § 27 GewG verpflichtet den Gemeinderat für private Gewässer 1. Klasse – und nur für diese – Unterhaltsgenossenschaften zu fördern. Die privaten Gewässer 1. Klasse sind im Anhang zum Gesetz alle aufgeführt. Wir werden diese Vollzugsaufgabe den Einwohnergemeinden an der Bauchef-Tagung ebenfalls besprechen. Im Übrigen steht es den privaten Eigentümerinnen und Eigentümern frei, eine Unterhaltsgenossenschaft auch für private Gewässer 2. Klasse zu prüfen.

➔ Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

254 INTERPELLATION VON HEINZ TÄNNLER UND KARL BETSCHART BETREFFEND STEUERVERWALTUNG DES KANTONS ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1148.2 – 11264).

Heinz **Tännler** möchte noch zu drei Punkten etwas sagen. Zuerst zum Kompetenzzentrum. Aus der Antwort des Regierungsrats ist zu entnehmen, dass die beiden bisherigen Leiter der Abteilungen natürliche und juristische Personen, die zur Zeit im Kompetenzzentrum tätig sind, Ende 04, bzw. Anfang 05 in Pension gehen. Somit können wir annehmen, dass diese Personen nicht mehr ersetzt werden und so das Kompetenzzentrum aufgelöst werden kann. Wir sind der Meinung, dass in den jeweiligen Abteilungen das Wissen, die Erfahrung und die Kundenbeziehung vorhanden sind. Es sind in der Steuerverwaltung zahlreiche langjährige Mitarbeitende mit besonders gut ausgeprägten lokalen Zuger Beziehungen tätig.
Zu den Einsprachefällen. Es wäre zu bedauern, wenn die Abteilungen natürliche und juristische Personen mit einer Zunahme der Einsprachefällen zu rechnen hätten. Wir im Kanton Zug sind es gewohnt, dass die Steuerverwaltung über Jahre hinweg ein ausgesprochen gutes Vertrauensverhältnis mit den Kunden und deren Steuervertreterinnen und -vertretern hat und dass so mit offener Kommunikation und Auskunftsbereitschaft die Einsprachefälle in Grenzen gehalten werden können. Im Hinblick auf die ungewisse Entwicklung der Steuersituation gegenüber anderen Kantonen ist der Standortvorteil Zug in Zukunft besonders gut zu pflegen. Das Steuerklima im Kanton Zug muss nach wie vor sehr gut bleiben.
Zum Veranlagungsstand. Gemäss dem Bericht zum Veranlagungsstand – man müsste eigentlich eher sagen Veranlagungsrückstand – der kantonalen Steuerverwaltung im Hinblick auf eine vorübergehende Erhöhung des Aushilfepersonals an die Stawiko gibt es nun interessanterweise unterschiedliche Aufstellungen. Aus dem Bericht an die Stawiko geht hervor, dass bei den natürlichen Personen sich 27,24 Personaleinheiten mit der Veranlagung – das wichtigste Geschäft der Steuerverwaltung – auseinandersetzen. Hingegen aus der Beilage zur Interpellation ist plötzlich zu entnehmen, dass es 35,8 Personaleinheiten sind. Das selbe Bild bei den juristischen Personen. Dem Bericht an die Stawiko, als es um die Aushilfestellen ging, die man beantragte, kann man entnehmen, dass es 12,5 Personaleinheiten sind. In der Beilage zur Interpellation sind es plötzlich 18,9 Personaleinheiten. Da sind unterschiedliche Zahlen. Der Votant hat die Übersicht verloren. Was stimmt nun? Eines ist klar: Wenn wir den Zahlen an die Stawiko Glauben schenken wollen, so sind weniger als ein Drittel des Personals bei der kantonalen Steuerverwaltung mit der Veranlagung beschäftigt. Der Personaletat bei der Steuerverwaltung liegt in etwa bei 113 Personaleinheiten. Wenn man die Zahlen zur Interpellation nimmt, sind es immer noch weit weniger als 50 %. Und hier muss doch der Hebel angesetzt und für mehr Effizienz gesorgt werden. Z.B. durch Selektion der Veranlagungen, also Triage, dass man einfache, mittelschwere und komplexe Steuerfälle auseinander nimmt, automatische Veranlagungen vorantreibt, Betriebsabläufe optimiert und mit diesen Projekten einmal runterfährt. Es ist bekannt, dass in der Steuerverwaltung X Projekte in der Pipeline oder in Bearbeitung sind. Sie absorbieren Personal und dann kommt man nicht mehr zum Kerngeschäft, nämlich zur Veranlagung. Mit dem Herunterfahren bei diesen Projekten könnte man auch verhindern, dass man bei der Stawiko oder bei der

Finanzdirektion Überstunden und Aushilfsstellen beantragen muss. Der Votant bittet den Finanzdirektor, auf diesen Punkt ein Auge zu werfen.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion gerne zur Kenntnis genommen hat, dass die Philosophie der Kundenfreundlichkeit bei der kantonalen Steuerverwaltung auch in Zukunft einen sehr hohen Stellenwert hat und haben wird. Geschätzt hat die Votantin persönlich auch die Möglichkeit des direkten Gesprächs mit dem Finanzdirektor und den Herren Oswald, Moos und Jud. Die Ausführungen, aber auch die Entgegennahme der Kritik durch die Leitung der Steuerverwaltung haben gezeigt, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hat und sich – wie bereits früher – auch in Zukunft bemühen will, ein effizienter, kundenfreundlicher und auch verlässlicher Partner für Dienstleistungen zu sein. Dabei erlaubt sich Andrea Hodel die Bemerkung, dass die Mitglieder der FDP-Fraktion die Steuerverwaltung im Auge behalten werden. Sollten sich erneut Anzeichen von Schwierigkeiten oder Unzufriedenheiten von Kunden ergeben, würden wir gerne wieder mit dem Finanzdirektor oder der Steuerverwaltung direkt Kontakt aufnehmen. Dabei erlaubt sich die FDP-Fraktion auch die Bemerkung, dass das direkte Gespräch wahrscheinlich mehr bringt als eine erneute Interpellation und damit öffentliche Anfrage. Probleme, die geortet werden, müssen an Ort und Stelle und nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen werden.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** kann dem Rat versichern, dass wir auch in Zukunft versuchen werden, kundenfreundlich zu sein. Wir werden auch in Zukunft die Kontakte zur Wirtschaft pflegen, wie das in der Vergangenheit immer geschehen ist. Die Steuerverwaltung sieht sich natürlich in einem Wachstumskanton einer grossen Aufwandsteigerung gegenüber, haben wir doch pro Jahr einen Nettozuwachs von 600 bis 800 Gesellschaften. Wir haben eine Bevölkerungszunahme von rund 1,5 % pro Jahr, das sind 1'000 Fälle. Sie sehen, es kommt laufend viel neue Arbeit auf uns zu. Auch die einjährige Veranlagung, die umgesetzt werden musste. Und insofern muss sich die Steuerverwaltung auch organisatorisch anpassen können. Das tut und probiert sie auch.
Zu den vorgeworfenen Fällen betreffend Kompetenzzentrum. Dieses hat jetzt vier Personaleinheiten und davon befassen sich 1,5 mit NFA-Fragen, mit Faktor-Beta-Fragen, mit der eidg. Steuerverwaltung oder mit parlamentarischen Vorstössen. Diese 1,5 Personaleinheiten müssen auch in Zukunft bestehen bleiben – auch dann, wenn die ehemaligen Leiter der Abteilungen für natürliche und juristische Personen in Pension gehen. Diese werden dann im Kompetenzzentrum nicht mehr ersetzt, es wird also zurückgefahren, aber doch in der Funktion bestehen bleiben.
Zu den Einsprachefällen. Es besteht eine ganz leichte Tendenz zu mehr Einsprachefällen. Aber wir haben heute prozentual gleich viele wie im Jahr 2000. Das geht vielleicht auch auf die wirtschaftliche schwierigere Situation zurück. Der Finanzdirektor glaubt nicht, dass wir das Steuerklima verschärft haben und daher mehr Einsprachefälle kommen. Mit unserer kundenorientierten Haltung wird das in diesem Rahmen bleiben oder hoffentlich wieder zurückgehen.
Zum Veranlagungsstand. Heinz Tännler hat hier auf unterschiedliche Zahlen hingewiesen. Im Stawiko-Bericht sind einfach nur jene Personaleinheiten enthalten, die sich explizit mit der Veranlagung befassen und im Bericht und Antrag an den Kantonsrat sind auch noch die weiteren Personaleinheiten aufgeführt, die sich bei den

juristischen und natürlichen Personen mit dem Sekretariat befassen. In der Antwort an Sie ist das ja nicht separiert. Es sind auch Leute aufgeführt mit Führungsaufgaben oder Applikationsbetreuung. Das müssten Sie also beim Stawiko-Bericht noch dazu rechnen und dann kommen Sie wieder auf die gleichen Zahlen. Der Votant nimmt aber die Anregung entgegen. Es ist auch unser Bemühen, die Abläufe laufend zu verbessern und die Effizienz zu erhöhen. Dazu gehören natürlich auch gewisse Projekte. Die EDV-Projekte, die Internet-unterstützte Steuererklärung, das Ausfüllen und Herunterladen von Formularen, das wird rege benutzt. Auch in diesem Bereich sollte der wirtschaftsfreundliche und moderne Kanton Zug Tools und Möglichkeiten anbieten, damit die Leute auf diesem Weg direkt ihre Probleme oder Geschäfte mit der Steuerverwaltung erledigen können.

➔ Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

➔ Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

16. SITZUNG: DONNERSTAG, 30. OKTOBER 2003
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.00 – 17.10 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

255 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern.

Abwesend sind: Hans Christen, Leo Granziol, Josef Lang und Regula Töndury, alle Zug; Thomas Brändle und Franz Peter Iten, beide Unterägeri; Vreni Sidler, Cham; Thomas Lötscher, Neuheim.

256 ARCHIVGESETZ

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1083.1/.2 – 11065/66), der Kommission (Nrn. 1083.3/.4 – 11180/81) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1083.5 – 11237).

Kommissionspräsident Andreas **Huwyler** beantragt dem Rat namens und auftrags der vorberatenden Kommission, auf das neue Archivgesetz einzutreten und diesem in der von der Kommission beantragten Form zuzustimmen. Zur Begründung des Eintretensantrags verweist er vorerst auf den Kommissionsbericht. Er will diesen Bericht nicht wiederholen, sondern lediglich die Kernpunkte der Vorlage noch einmal beleuchten und auf neu aufgekommene Unklarheiten und Missverständnisse eingehen.
Worum geht es eigentlich? Es dürfte unbestritten sein, dass Verwaltungstätigkeit Akten produziert, die teilweise aufbewahrt und später der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen. Dabei sind ganz verschiedenartige Fragestellungen zu berücksichtigen: Was für Akten können nach Abschluss des Geschäftes vernichtet

werden, welche müssen überhaupt archiviert werden? Wer ist für die Archivierung zuständig? Wie werden solche Akten archiviert, was für Grundsätze sind bei der Archivierung zu beachten? Wann und unter welchen Umständen sind archivierte Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich? Wie sind Interessen des Persönlichkeitsschutzes gegenüber archivischen Interessen zu gewichten? Etc. etc.. Zur Regelung solcher Fragen braucht es einen staatlichen Erlass, der über die Stufe einer regierungsrätlichen Verordnung hinausgeht und die Archive auf gemeindlicher und kantonaler Ebene einheitlich regelt. Es fehlt derzeit an einer solchen Regelung, insbesondere auch mit Bezug auf Datenschutzaspekte im Zusammenhang mit Archiven. Der Regierungsrat hat somit zu Recht die Schaffung eines Archivgesetzes in Angriff genommen.

Die in den Sitzungen der Kommission anwesenden Experten, Staatsarchivar Peter Hoppe, der Datenschutzbeauftragte, René Huber, und Landschreiber Tino Jorio, haben den Kommissionsmitgliedern das grundsätzliche Regelungsbedürfnis im Archivwesen plausibel aufgezeigt. An dieser Stelle sei den drei erwähnten Personen im Namen der Kommission für ihre Arbeit noch einmal bestens gedankt. Im Grundsatz war somit die Existenzberechtigung eines solchen Gesetzes – damit verbunden die Schutzwürdigkeit von Archivalien, eine einheitliche kantonale Rechtsgrundlage und die Regelung des Datenschutzes – in der Kommission weitgehend unbestritten.

Zu sehr kontroversen Diskussionen hat die Frage geführt, wie einschneidend die neuen gesetzlichen Vorschriften sich für die Gemeinden auswirken dürfen – darunter fallen bekanntlich auch sehr kleine Gemeinwesen wie Bürger- oder Korporationsgemeinden. Insbesondere die im regierungsrätlichen Gesetzesentwurf vorgesehenen Bestimmungen, dass die Archive von Fachpersonal betreut werden müssen und der Regierungsrat Mindestanforderungen für Archivräume festsetzen kann, stiessen auf Widerstand. Einerseits wurde befürchtet, dass gerade für die kleinen Gemeinwesen die Einstellung von Fachpersonal unpraktikabel wäre. Anderseits wurden unabsehbare Kostenfolgen für die Gemeinden befürchtet, wenn der Regierungsrat bauliche Mindestanforderungen für Archivräume festlegen könnte und die Gemeinden verpflichtet würden, zusätzliches Personal anzustellen. Diese Überlegungen haben dazu geführt, dass die Kommission Ihnen beantragt, diese beiden Verpflichtungen aus dem Gesetz zu streichen. Gemeinden müssen somit gemäss Kommissionsantrag keine regierungsrätlichen baulichen Vorschriften mehr fürchten. Sie haben einzig die minimale Pflicht, dafür zu sorgen, dass Archivgut sicher und sachgemäss aufbewahrt wird. In den Augen des Kommissionspräsidenten ist dies eine Selbstverständlichkeit, die wir unserem Archivgut als Kulturgut schuldig sind. Die Vorschrift, dass Archive von Fachpersonal betreut werden müssen, ist ebenfalls im Kommissionsantrag nicht mehr enthalten. Die Vorlage bringt somit für die Gemeinden keine zusätzlichen Verpflichtungen mehr mit sich, gegen die sich ein kleiner Teil der Gemeinden im Vernehmlassungsverfahren gewehrt hat. Die Kommission hat den Bedenken der Gemeinden vollumfänglich Rechnung getragen.

Für das kantonale Archiv sieht das Gesetz auch keine neuen, zusätzlichen Aufgaben vor. Auch hier geht es im wesentlichen nur um die gesetzliche Regelung einer staatlichen Aufgabe, die ohnehin ausgeführt werden muss, sei dies mit oder ohne Rechtsgrundlage.

Das vorliegende Gesetz regelt in einem Kernbestandteil die Aspekte des Persönlichkeitsschutzes und bringt einen vernünftigen Ausgleich zwischen den gegenläufigen Interessen des Datenschutzes und des Archivwesens, indem es für die einzelnen möglichen Fälle differenzierte Schutzfristen vorsieht. Ein Bereich übrigens, in dem

unter der heutigen Rechtslage überhaupt keine Regelung besteht, sondern Unsicherheit und Willkür.
Ein bereits im regierungsrätlichen Entwurf sehr schlankes Gesetz wurde von der Kommission in wesentlichen Punkte noch einmal entscheidend entschlackt. Die Regierung hat sich inzwischen sämtlichen Kommissionsanträgen vorbehaltlos angeschlossen. Der Votant bittet den Rat deshalb, in der nachfolgenden Debatte darauf zu achten, dass wir nicht mehr über den vormaligen Entwurf der Regierung sprechen, sondern über eine in kritischen Punkten grundlegend veränderte Vorlage. Auf die einzelnen Änderungsanträge der Kommission ist gegebenenfalls in der Detailberatung noch näher einzutreten.
Noch kurz ein Wort zum Bericht der Stawiko. Die Stawiko rügt, dass finanzielle Auswirkungen für den Kanton und die Gemeinden ausgelöst würden. Im Falle des Kantons nennt die Stawiko § 19 Bst e, wo es heisst, dass das Staatsarchiv die historische Forschung fördert und Publikationen anregt. Diese Aufgabe hat das Staatsarchiv bereits unter der bestehenden regierungsrätlichen Verordnung, wo bereits heute in § 4 steht, dass der Staatsarchivar u.a. nach Möglichkeit die wissenschaftliche Forschung fördert und Publikationen anregt. Somit ist es falsch und tatsachenwidrig, von zusätzlichen Folgekosten für den Kanton zu sprechen. Dass die Kommission die Gemeinden in ihrem Antrag ganz entscheidend entlastet, hat die Stawiko zwar zur Kenntnis genommen, indessen hat sie die sich daraus ergebenden Schlüsse nicht gezogen. Gerade die beiden Bestimmungen, die gemäss Stawiko für die Gemeinden angeblich Kosten auslösen sollen, sind ja im Kommissionsantrag gar nicht mehr enthalten: Die Gemeinden brauchen kein Fachpersonal mehr anzustellen, was zu zusätzlichen Stellenprozenten geführt hätte, und der Regierungsrat kann ihnen keine baulichen Vorschriften mehr machen, was Baukosten nach sich gezogen hätte. Die Ausführungen der Stawiko zu den Kostenfolgen sind somit ebenfalls offensichtlich falsch. Die Haltung der Stawiko ist somit nur vordergründig von finanziellen Überlegungen geprägt, die nicht stichhaltig sind. Vielmehr scheint die Motivation zum Nichteintretensantrag von einem allgemeinen Deregulierungsdrang geprägt zu sein. Wenn neben offensichtlich unzutreffenden Kostenargumenten u.a. ins Feld geführt wird, die Archive hätten bereits bisher gut gearbeitet und wichtige archivarische Grundlagen und Richtlinien könnten auch in einer Broschüre festgehalten werden, ist diese Haltung hart an der Grenze zur Fundamentalopposition.
Andreas Huwyler fasst noch einmal zusammen: Das Archivgesetz in der von der Kommission beantragten Form regelt so viel wie nötig und so wenig wie möglich. Es werden keine zusätzlichen Kosten kreiert, sondern fundamentale Grundsätze festgehalten und insbesondere die Aspekte des Persönlichkeitsschutzes gesetzlich geregelt. Der Votant bittet den Rat nochmals, auf das Gesetz mit den Änderungen der Kommission einzutreten.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an der Sitzung vom 4. September 2003 beraten hat. Er verweist auf den Bericht und wird hier drei Punkte erläutern.
1. Allgemeines. Bei der Kommissionsbestellung für dieses Gesetz stellte insbesondere der Landschreiber die Frage, ob dieses Gesetz überhaupt durch die Stawiko beurteilt werden muss. Möglicherweise hat er bereits zu diesem Zeitpunkt befürchtet, dass sie wenig Freude an dieser Gesetzesvorlage hat, an der er massgeblich mitarbeitete. Gemäss §18 Abs. 1 Ziff. 5 der GO werden von der Stawiko Geschäfte mit

neuen wiederkehrenden Ausgaben von mehr als 20'000 oder neuen einmaligen Ausgaben von mehr als 100'000 Franken beurteilt. Da diese Vorlage keine unmittelbaren direkten Folgekosten für den Kanton hat, wurde unsere Zuständigkeit bezweifelt. Die Stawiko hat nach Meinung des Landschreibers nur neue Ausgaben beim Kanton zu beurteilen. Neue Ausgaben bei den Gemeinden, die durch neue kantonale Gesetze verursacht werden, fallen aus seiner Sicht nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stawiko. Diese ist in dieser Frage ganz anderer Meinung. Es kann nicht angehen, dass der Kanton mit neuen Gesetzen Kosten bei den Gemeinden verursacht und die Stawiko (als «finanzielles Gewissen») nichts dazu sagen kann. Wie Ihnen bekannt ist, haben wir dieses Geschäft beraten. Wir werden auch in Zukunft in ähnlich gelagerten Fällen gleich verfahren.

2. Finanzielle Auswirkungen. Kanton: Das Staatsarchiv wurde im letzten Dezember mit zusätzlich (bewilligten) 150 Stellenprozenten verstärkt. Im Rahmen dieses Archivgesetzes sind auf kantonaler Stufe keine unmittelbaren zusätzlichen Personal- oder Finanzaufwendungen nötig. Die Stawiko rechnet aber damit, dass indirekte Folgekosten anfallen werden. Es besteht der Verdacht, dass basierend auf § 19, in dem das Staatsarchiv als Kompetenzzentrum für das kantonale und gemeindliche Archivwesen festgelegt wird, schleichend zunehmende Kosten anfallen werden.

Gemeinden: Das Gesetz wird bei den Gemeinden zusätzliche wiederkehrende Kosten von 700'000 bis 1 Mio Franken auslösen. Es wird mit 500 bis 700 zusätzlichen Stellenprozenten gerechnet. Zusätzliche Kosten für allfällige bauliche Anpassungen sind darin nicht berücksichtigt. Diese Baukosten können je nach Gemeinde unterschiedlich ausfallen. Betrachtet man diese Kosten isoliert, könnte man wie so oft in diesem Jahr zum Schluss kommen, dass dieser Aufwand vertretbar ist. Aber: Allein in diesem Jahr werden Sie voraussichtlich 13,8 Mio Franken neue Ausgaben zu Lasten der laufenden Rechnung beschliessen. Diese neuen Ausgaben entsprechen ca. drei Steuerfussprozenten (des gesamten Steuerertrags). Genauere Angaben werden Sie in einer neuen Motion von Karl Rust, Felix Häcki, Othmar Birri und dem Votanten finden, die im Moment zur Unterschrift zirkuliert. Was uns fehlt, ist eine Gesamtübersicht. Wenn Sie zehn Vorlagen vor sich hätten, und Sie könnten die drei wichtigsten auslesen und in einer von diesen zehn wäre auch das Archivgesetz, aber Sie müssten sich entscheiden, was wichtig, notwendig und wünschbar ist. Da ist Peter Dür sicher, dass Sie nicht dieses Archivgesetz auswählen würden. Es geht also darum, das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen.

3. Weiteres Vorgehen Die Stawiko ist der Meinung, dass dieses Gesetz etwas Wünschbares, nicht etwas Notwendiges darstellt. Unsere Archivwesen in den Gemeinden funktioniert bereits heute gut. Dies zeigen die sehr guten Publikationen, die immer wieder auf der Basis dieses archivierten Materials entstehen. Lassen Sie sich nicht von Schauergeschichten, die Ihnen dramatisch feuchte Archive und vermodernde Datenbestände schildern, verwirren. Und mit Kulturbanausentum, liebe AF, hat die negative Beurteilung dieses Gesetzes auch nichts zu tun. Die Gemeinden haben das wichtige Material gut archiviert. Sie haben selbst ein Interesse, archivwürdiges Material aufzubewahren. Dazu ist kein weiteres Gesetz notwendig, das jährliche Kosten von 1 Mio auslöst.

Die Stawiko kann die Begründung nicht nachvollziehen, dass eine einheitliche Rechtsgrundlage für den Kanton und die Gemeinden notwendig ist. Die allenfalls vorhandenen Probleme können viel kostengünstiger und einfacher wie folgt gelöst werden:

1. Der Regierungsrat kann die Verordnung vom 5. April 1982 so anpassen, dass die heutige Tätigkeit des Staatsarchivs nachvollziehbar ist.
2. Das Datenschutzgesetz kann mit den für den Datenschutz der Archive notwendigen Paragraphen ergänzt werden.
3. Falls die Gemeinden Informationen und Wissen zum Thema Archiv-Wesen benötigen, können Sie dies viel einfacher und günstiger z.B. mit einer Broschüre und mit einem Schulungsangebot des Staatsarchivs lösen.

Zum Abschluss noch einige grundsätzliche Gedanken. Es werden uns laufend neue Gesetzesvorlagen präsentiert. Praktisch jede Gesetzesvorlage löst direkt oder indirekt Kosten aus. Aktuell gehen wir immer primär vom Grundsatz aus, dass jedes uns vorgelegte Gesetz nötig ist! Sollten wir nicht den umgekehrten Weg gehen und uns bei jedem Gesetz zuerst beweisen lassen, dass es notwendig ist und die Kosten gerechtfertigt sind? Das vorliegende Archivgesetz ist aus Sicht der Stawiko nicht notwendig und verursacht unnötige Kosten von mindestens 1 Mio Franken pro Jahr. Die Stawiko beantragt Ihnen deshalb, auf diese Vorlage auch in der von der Kommission vorgeschlagenen Form nicht einzutreten.

Margrit **Landtwing** weist darauf hin, dass wir, um Geschehnisse nachvollziehen und Handeln verstehen zu können, den Werdegang, das Entstehen, die Geschichte von Ereignissen kennen müssen. Lernen setzt Verstehen voraus, Lernen beruht auf Erfahrung und Auseinandersetzung mit Vergangenem. Daraus resultieren Schlüsse, die massgebend für zukünftige Entscheide sind. Eine tragende Rolle in diesem Prozess kommt der Überlieferung zu. Um aussagekräftige Erhebungen und Analysen machen zu können, müssen Daten öffentlich zugänglich und einsichtbar sein. Das sei jetzt schon so, heisst es, warum denn ein neues Gesetz? Mit Skepsis, beeinflusst vom Hörensagen hat die Votantin das Studium der vorliegenden Vorlage an die Hand genommen; Skepsis deshalb, weil die Gemeinden zu Mehrleistungen verpflichtet hätten werden sollen und weil sie einen Konflikt zwischen dem Datenschutzgesetz und dem Archivgesetz sah.
Zu den Gemeinden. Zu Beginn auch eine Antwort auf die Frage der Stawiko, warum die Kosten plötzlich reduziert worden seien. Hier wurden nun die meistkritisierten Punkte, nämlich in § 8, Abs. 3 «Der Regierungsrat setzt die Mindestanforderungen für Archivräume fest» und § 21 «Die Archive werden von Fachpersonal betreut» von der Kommission aus dem Gesetz entfernt. Dies bedeutet, dass für die Gemeinden mit dem neuen Gesetz keine oder evtl. zur Behebung von offensichtlichen Missständen nur geringfügige Mehraufwendungen verbunden sind, um eine sichere, sachgemässe Aufbewahrung garantieren zu können. Für den Kanton fallen keine neuen Kosten an, weil das Staatsarchiv keine neuen Aufgaben zu bewältigen hat. Es bleibt also beim Status quo.
Zum Konflikt Daten schützen / Daten archivieren. Der Datenschützer will möglichst schnell und viel vernichten, der Archivar möglichst viel archivieren! Diese Aussage ist zugegebenerweise etwas plakativ, entspricht aber den Grundbedürfnissen der beiden. Um dem Persönlichkeitsschutz gerecht werden zu können und gleichzeitig das Festhalten von authentischen, unverfälschten Informationen nicht zu verhindern, müssen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die folgende Fragen beantworten:
1. Was wird vernichtet, was archiviert?
2. Wie wird archiviert, damit nicht wertvolle Akten verloren gehen?

Im Weiteren müssen noch Punkte geregelt werden, und zwar:

1. In der Bestimmung der Schutzfristen
2. In der Regelung der Einsichtnahme.

Im vorliegenden Gesetz werden diese Fragen beantwortet und auch der gerechtfertigten Forderung nach Regelung wird Rechnung getragen. Missstände werden ausgeräumt, die Türe für Willkür wird geschlossen und gleichzeitig erhält der Persönlichkeitsschutz das verdiente Gewicht. – Eine Mehrheit der CVP-Fraktion steht hinter dieser Vorlage. Sie ist überzeugt, dass dieses Gesetz wichtig ist für alle. Wichtige Daten dürfen aus obgenannten Gründen nicht durch Nachlässigkeit verloren gehen, deshalb braucht es allgemein gültige Richtlinien und der Persönlichkeitsschutz muss gewährleistet sein. Hier bedarf es dringend einer Regelung für einen Ausgleich zwischen datenschützerischen und archivarischen Interessen. Die Votantin bittet den Rat, auf das Archivgesetz einzutreten und ihm mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen.

Andreas **Hotz** weist darauf hin, dass die Frage, ob ein neues Gesetz wünschbar, förderlich oder gar zwingend notwendig ist, immer zu Diskussionen Anlass geben und je nach Interessenlage und Betrachtungsweise unterschiedlich beantwortet werden wird. Die FDP-Fraktion hat diese Diskussion ebenfalls engagiert und mit der angemessenen Sorgfalt geführt und schliesslich mit einer Zweidrittel-Mehrheit beschlossen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Gründe für die ablehnende Haltung decken sich in etwa mit denjenigen, die bereits Stawiko-Präsident Peter Dür vorgängig erwähnt hat. Tatsache ist, dass die politische Prioritätensetzung heute nicht mehr die gleiche ist wie allenfalls noch vor vier oder acht Jahren. Die bekannten Rahmenbedingungen und damit verbunden auch der Wille unserer Bürgerinnen und Bürger zwingen uns, das Wünschbare vom Notwendigen zu unterscheiden. Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass das vorliegende, von der vorberatenden Kommission immerhin erheblich abgespeckte Gesetz zweifellos einige materielle Verbesserungen beinhaltet, für die Aufrechterhaltung einer bereits heute überdurchschnittlich kompetenten und seriösen Archivierungstätigkeit aller zugerischen Gemeinden und Körperschaften jedoch nicht notwendig ist. Punktuelle Anpassungen beim Datenschutzgesetz können allfällig vorhandene Lücken ebenso gut stopfen, dies jedoch ohne dass dabei die Gemeinden mit erheblichen zusätzlichen Personalkosten zu rechnen haben.

Entscheidend für die Meinungsbildung in unserer Fraktion war jedoch die Tatsache, dass das vorliegende Archivgesetz, auch in der abgespeckten Form, einseitig die Gemeinden belastet und erheblich in die Gemeindeautonomie eingreift. Im Hinblick auf die mit Sicherheit nicht einfachen Diskussionen und Verhandlungen mit den zugerischen Einwohnergemeinden im Zusammenhang mit der anzustrebenden Neuregelung der Aufgabenteilung und der Überwälzung der NFA-Belastung darf der Kanton die Gemeinden im heutigen Zeitpunkt nicht noch zusätzlich mit Aufgaben und Vorschriften eindecken. Da heute mit Sicherheit nicht von einem Notstand in der zugerischen Archivierungstätigkeit gesprochen werden kann und zudem auch das Staatsarchiv seine beratende Tätigkeit zufriedenstellend ausübt, ersucht die FDP-Fraktion den Kantonsrat, für einmal die richtigen Prioritäten zu setzen, dem Antrag der Stawiko zu folgen und auf die Gesetzesvorlage nicht einzutreten.

Noch eine Bemerkung an die Adresse der Alternativen. Der Votant musste bei der heutigen Zeitungslektüre zur Kenntnis nehmen, dass die ablehnende Haltung gewisser Leute von den Alternativen mit «Kulturbanausentum» und «beschämend» kom-

mentiert wird. Er muss festhalten: Dies ist nicht unser Stil. Diese Kommentierung und dieser Politstil ist Politbanausentum und erst recht beschämend.

Heinz **Tännler** meint, es komme jetzt ein Kulturbanause ans Rednerpult in Vertretung der SVP-Fraktion. – Die Gründe sind von Andreas Hotz und Peter Dür genannt worden. Die SVP-Fraktion kann sich einhellig diesen Ausführungen anschliessen und sie beantragt grossmehrheitlich, auf das Archivgesetz nicht einzutreten.

Malaika **Hug** möchte gleich zu Beginn vorwegnehmen, dass sie Geschichtsstudentin ist und ihr als solche die Bedeutung der Archive sehr wohl bewusst ist. Wissenschaftliche Geschichtsforschung wäre ohne diese schlichtweg unmöglich. Die Aufarbeitung unser aller Vergangenheit ist nicht nur wichtig für das Verständnis, warum etwas heute so ist, wie es eben ist, sondern auch für die Zukunftsplanung. Die These «Geschichte ist Zukunft» kommt also nicht von ungefähr. Oder mit den Worten Orwells: «Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft.» Im Rahmen der Geschichtsaufarbeitung sind gute und vor allem sichere Archive unabdingbar, es sei denn, wir wollen unsere Geschichtsschreibung dem Hörensagen überlassen. Archive haben einen kulturellen Auftrag zu erfüllen – «nach uns die Sintflut» darf hier nicht gelten. Darüber hinaus geben sie uns Rechtsicherheit, da alles Dokumentierte Streitigkeiten unterbinden kann. Archivgesetze dienen dem Brückenschlag von der Vergangenheit in die Zukunft und dazu, dass die Überlieferung eines Teils unseres Erbes an die künftigen Generationen gewährleistet ist. Archive sind das kollektive Gedächtnis unseres Staates und belegen die Entstehung und Entwicklung unserer individuellen und kollektiven Freiheiten und Rechte. Archive bilden die Infrastruktur, eigentlich das Rückgrat, welche es jedermann, vor allem aber Wissenschaftlern, ermöglichen, Einsicht in vergangene staatliche, gesellschaftliche und private Vorgänge zu gewinnen, um Geschichte schreiben zu können. Wenn beim Datenschutzgesetz das Bearbeiten von aktuellen Personendaten und deren materielle Richtigkeit im Zentrum des Interesses steht, geht es beim Archivieren um ein ganz besonderes, nicht materielles Bearbeiten, nämlich um das Erhalten von Daten für ein späteres materielles Bearbeiten. Es genügt daher nicht, beim Datenschutzgesetz einfach einen Artikel mehr hinzuzufügen, wie dies die Stawiko vorschlägt.
In der Gesundheitspolitik sprechen wir zu Recht von Prävention, weil wir genau wissen, dass damit grosse Gesundheitskosten vermieden werden können. Mit dem Archivgesetz machen wir ebenfalls Prävention. Wir können damit spätere und höhere Kosten vermeiden, welche anfallen, um unsachgemäss aufbewahrtes Archivgut zu rekonstruieren. Was wir also jetzt vermeintlich zu sparen glauben, werden wir später um ein Mehrfaches für die Rekonstruktion aufwenden müssen. Es ist daher an der Zeit, mittels eines Archivgesetzes den Umgang mit Archivalien sachgemäss vorzuschreiben und innerhalb der einzelnen Gemeinden zu vereinheitlichen. Malaika Hug persönlich unterstützt den Antrag der vorberatenden Kommission vollumfänglich. Die SP-Fraktion möchte grundsätzlich auf die Vorlage eintreten, eine Mehrheit plädiert nach Eintreten für eine Überarbeitung der Vorlage im Sinne einer geringeren finanziellen Belastung für die einzelnen Gemeinden.

Anna **Lustenberger-Seitz**: «Die Geschichte handelt von dir, nur der Name ist geändert.» Der Satz stammt vom römischen Dichter Horaz. Gefunden hat die Votantin ihn nicht irgendwo, sondern in der Einleitung zur dreibändigen Baarer Ortsgeschichte, verfasst von unserem ehemaligen Gemeindepräsidenten und alt Kantonsrat Urs Perner. Und er schreibt weiter, das dreibändige Geschichtswerk solle eine ehrliche und spannende Spurensuche sein. Spurensuche – das ist das zentrale Wort, das Anna Lustenberger in den Sinn kommt, wenn es um das neue Archivgesetz für den Kanton Zug geht. Spuren suchen kann man nur, wenn vorher Spuren gelegt wurden, wenn sie nicht verwischt wurden, wenn sie noch vorhanden sind. Mit dem neuen Archivgesetz sichern wir die Spuren, die es nachfolgenden Generationen überhaupt erlauben, sich über unsere Zeit ein korrektes Bild zu machen.
Die AF ist daher einstimmig für Eintreten zum neuen Archivgesetz. Sie unterstützt den Kompromissvorschlag der vorberatenden Kommission, der übrigens weniger weit geht als gleiche Gesetze in den Kantonen Basel-Landschaft oder Glarus. Es ist uns absolut unverständlich, dass die Stawiko einen solchen Kompromiss ablehnt, und das noch ohne Gegenstimme. Es ist traurig und zeugt von der Geringschätzung der Kultur, wenn Gemeinwesen, die zu den reichsten der Schweiz gehören, nicht genügend Geld aufwenden wollen, um ihre Archive richtig und seriös zu führen. Das ist doch beschämend. Was das neue Archivgesetz verlangt, ist nicht mehr und nicht weniger als das Minimum dessen, was zur Sicherung unserer Tätigkeit in den Gemeinwesen des Kantons notwendig ist. Und wenn Peter Dür vorher gesagt hat, die Gemeinden erfüllen ihre Aufgaben gut, stimmt das einfach nicht. Das machen wohl einige Gemeinden, aber nicht alle im Kanton Zug.
Ein weiterer Aspekt: In einer Zeit, in der die Überlieferung durch EDV hochgradig gefährdet ist, in der Daten nur eine beschränkte Zeit verfügbar sind, ist ein gutes Archiv, ein gutes Archivgesetz besonders wichtig. Sonst drohen ganze Dekaden der Zuger Geschichte in Vergessenheit zu geraten. Die Fülle der Daten erfordert zudem geschultes Personal, um Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Und das ist die grosse Arbeit, welche diese Leute dann machen müssen. «Weisst Du noch? Kannst Du Dich noch erinnern?» Fragen, die oft am Familientisch auftauchen. Ja, man kann sich erinnern, denn die Familie hat vom denkwürdigen Anlass ja Fotos gemacht. Fotoalbum und Tagebuch sind Hilfsmittel für die persönliche Erinnerung, also das ganz persönliche Archiv der Familie. Und Archive sind Hilfsmittel für die kollektive Erinnerung, für die Erinnerung in den Gemeinden und im Kanton. Wer hier spart, schätzt seine eigene Geschichte nicht. Dem sind seine eigene Geschichte und die Geschichte seiner Gemeinde und seines Kantons gleichgültig. Uns, den Alternativen, ist unsere Geschichte nicht gleichgültig. Darum bittet die Votantin den Rat, auf die Vorlage einzutreten und in der Fassung der kantonsrätlichen Kommission zuzustimmen (auch wenn wir Alternativen die Fassung des Regierungsrats vorgezogen hätten). Und, um nochmals auf die Voten von Peter Dür und Andreas Hotz zu kommen: Wer kann einfach so mit Sicherheit behaupten, dass er wisse, was wünschbar und was notwendig ist? Das hört man so oft hier im Saal, es ist das Modewort unseres neuen Jahrhunderts.
Das Gemeinwesen hat die Aufgabe – Anna Lustenberger hat es zu Beginn unter Verweis auf die Baarer Ortsgeschichte schon einmal gesagt – die Spuren unserer Tätigkeit zu sichern. Denn nur so können sich kommende Generationen mit unserer schnelllebigen Zeit auseinandersetzen. Eine andere Generation wird neue Fragen stellen. Geschichtsschreibung heisst nicht, unverrückbare Wahrheiten für nächste Jahrhunderte festzuhalten, sondern sich aus der Gegenwart heraus mit der Vergan-

genheit zu beschäftigen. Und das machen wir doch einfach alle gern. Wer nein sagt zum Archivgesetz, steht im Verdacht, Spuren zu verwischen. Und wer Spuren verwischt, hat Angst davor, dass sich zukünftige Generationen kritisch mit unserer jetzigen Tätigkeit auseinandersetzen. Wir Alternativen haben diese Angst nicht. Darum sagen wir ja zu diesem notwendigen Gesetz. Bitte treten Sie auf dieses Gesetz ein.

Michel **Ebinger**: Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten. Keine Angst, er weiss, welches Traktandum wir behandeln. Wir könnten das Ganze auch anders formulieren: Wer Gesetze sät, wird Kosten ernten. Vor allem, wenn es sich um ein so völlig unnötiges Gesetz handelt wie das vorliegende. Der Votant ist kein Kulturbanause. Er hat zu Hause fünf Gestelle voll Bücher, davon ist ein Gestell voll von Geschichtsbüchern. Geschichte liegt ihm am Herzen. Unter diesen Büchern sind z.B. zwei schöne Bücher von der Gemeinde Cham, ein Buch von der Gemeinde Risch. Es gibt auch ein Buch von der Gemeinde Steinhausen, zwei Bände von der Gemeinde Cham. Dann gibt es neu ein zweibändiges Werk vom Berg. Es soll Michel Ebinger doch niemand sagen, dass die Gemeinden die Sache nicht im Griff haben. Unsere historisch interessierten Forscher können innerhalb des Kantons Zug sehr gute Forschungsarbeit machen. Er erinnert auch an die Bände Tugium, die jedes Jahr herauskommen und sehr interessant sind. Welche Gemeinde im Kanton Zug macht ihre Arbeit schlecht? Das hat ihm noch niemand sagen können.
Noch etwas zum EDV-Thema. Dieses Archivgesetz wird beim Thema EDV überhaupt nichts ändern. Nach sieben Jahren kann man die Texte mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht mehr lesen. Weil die Technik geändert hat, die Hardware nicht mehr da ist. Und dann nützt uns ein Gesetz nichts. Was soll dieses Gesetz? Es ist unnötig, verursacht mit Sicherheit Kosten. Der Votant unterstützt die Stawiko und beantragt auch, nicht darauf einzutreten.

Obwohl man Vreni **Wicky** während dem Mittagessen ans andere Ufer ziehen wollte, erlaubt sie sich jetzt, ihre Meinung als Kantons- und Gemeindevertreterin *für* dieses Archivgesetz darzulegen. Sie unterstützt das Gesetz aus folgenden Gründen: Es ist wichtig, dass die Institution des Archivs auf Gesetzesebene schlank – wie es die vorberatende Kommission vorschlägt – verankert wird. In der Vergangenheit war dies nicht der Fall, was dazu führte, dass Archive vernachlässigt und von Verwaltungen als Selbstbedienungsläden benutzt wurden. Die Folge davon waren Verluste von Originaldokumenten. Man muss auch sagen, dass das aktuelle Gemeindegesetz das Archiv als Aufgabe dem Gemeindeschreiber zuweist, ohne allerdings darüber nähere Ausführungen zu machen. Mit dem neuen Gesetz sind klare Aufgaben verbunden, welche es den Gemeinden ermöglichen, die Verantwortlichkeiten korrekt und konsequent und in Übereinstimmung mit den kantonalen Instanzen zu regeln. Die Kommission hat in verdankenswerter Weise die Anliegen aus den Gemeinden aufgenommen und in den §§ 8 und 21 Anpassungen vorgenommen. Das Archivgesetz trägt auch der Tatsache Rechnung, dass sich die Archivtätigkeit in den letzten Jahren stark gewandelt und entwickelt hat. War in früheren Zeiten der Archivar jene Person, die über die eigenen, vor allem historischen Bestände publizierte und die Beziehung zur Verwaltung und der aktuellen Aktenproduktion als untergeordnet oder gar nicht nötig erachtete, so ist der moderne Archivar bereit, bei der Entstehung von Aktendossiers mitzureden. Das Archiv ist das letzte Glied in einer Aktenkette, deren

Qualität auch durch die Vorgaben bestimmt wird, die von der Verwaltung und dem Archiv selber ausgehen. Dies gilt vor allem für die elektronische Datenüberlieferung. Hier legt das neue Archivgesetz klar die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Verwaltung und Archiv fest. – Dies einige Kernpunkte, welche die Votantin als wichtig erachtet, weil sie für das Archivwesen verbindliche Normen schaffen. Sie bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen.

Malaika **Hug** möchte allfällige Unklarheiten beseitigen. Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und anschliessende Rückweisung an den Regierungsrat.

Martin **Stuber** möchte etwas zum Thema Kosteneffizienz sagen. Sie haben eine Verwaltung, einen Regierungsrat. Der arbeitet ein Gesetz aus. Da sind einige Arbeitsstunden drin. Sie haben ein Parlament, das sich damit auseinandersetzt. Sie bestellen eine Kommission. Da steckt einiges an Arbeit drin und einiges an Hirnsubstanz. Und es steckt Geld drin. Dass wir heute dieses Gesetz vorliegen haben, hat etwas gekostet. Und da kommt es dem Votanten wie ein Salto mortale rückwärts vor, wenn die Stawiko sagt, aus Kostengründen lehne sie das Gesetz ab. Und im gleichen Atemzug schreibt die Stawiko in ihrem Bericht: Wenn im Datenschutzgesetz wichtige Bestimmungen zur Archivierung fehlen, müssen diese dort ergänzt werden. D.h. wir haben heute einen durchdachten Gesetzesvorschlag. Den werfen wir fort und generieren dafür neue Kosten, weil nachher im DSG Anpassungen gemacht werden müssen. Martin Stuber möchte gerne wissen, was das mit Kosteneffizienz zu tun hat.
Noch etwas Zweites zum Thema Kosten. Dieses Gesetz generiert dort Kosten, wo heute die Archivierung nicht genügend wahrgenommen wird. Und nur dort. Und dort ist es auch richtig. Weil dort die Archivierung offenbar vernachlässigt wird. – Noch ein Wort zu Michel Ebinger. Es stimmt, die elektronische Datenaufbewahrung ist ein Problem. Aber es ist absolut lösbar und wird im allgemeinen übertrieben. Wenn das von Anfang an richtig angegangen wird – und das Archivgesetz gibt dazu einen guten Rahmen ab – ist es ein Problem, das mit relativ wenig Kosten gelöst werden kann. Aber dazu ist dieses Gesetz sicher ein Vorteil und kein Nachteil.
Noch eine Frage an die SP-Fraktion. Martin Stuber ist ein wenig verwirrt. Er könnte jedes Wort von Malaika Hug unterschreiben. Und nachher kommt der Rückweisungsantrag an die Regierung. Und zwar bei einem Punkt, bei dem der Kommissionspräsident einleuchtend dargelegt hat, dass man diese Probleme diskutiert und bereits angepasst hat. Hier versteht der Votant die Haltung der SP-Fraktion nicht.

Peter **Dür** möchte zuerst Martin Stuber antworten. Es seien in der Kommission und bereits von der Regierung erhebliche Arbeit geleistet worden. Das stimmt und es tut uns auch leid, dass hier schon Kosten entstanden sind. Aber Sie müssen diese Kosten in Relation sehen zu einer Belastung der laufenden Rechnungen in den Gemeinden von einer Million pro Jahr. Und das Know-how, das bei der Erarbeitung dieses Archivgesetzes entstanden ist, ist ja nicht verloren. Dieses Wissen kann nun einfliessen in das DSG. Tino Jorio hat auch bestätigt, dass es zumindest die Minimalvarian-

te wäre, die wesentlichen Paragraphen dort zu integrieren. Die wesentliche Arbeit ist nicht für die Katze, aber sie sparen bei den laufenden Kosten.
Zur Prävention. Der Votant hat sich hier auch als Mediziner angesprochen gefühlt. Auch bei den präventiven Massnahmen ist es nötig, dass man nicht mit der Spritzkanne überall etwas Prävention macht, sondern gezielt vorgeht und die Ressourcen einsetzt. Hier geht es genau darum. In Zukunft müssen wir wissen, wo wir unser Geld einsetzen.
Anna Lustenberger hat gesagt, es sei verrückt, dass die Stawiko einfach sage, was wünschbar und notwendig sei. Das hat sie falsch verstanden. Die Stawiko hat die Aufgabe, diese Geschäfte auf finanzielle Aspekte hin zu beurteilen. Und wir machen das nach bestem Wissen und Gewissen, das Notwendig vom Wünschbaren zu trennen. Wir können nachher dem Rat eine entsprechende Empfehlung abgeben. Selbstverständlich hoffen wir, dass unsere Erklärungen Ihnen plausibel erscheinen und Sie das nachvollziehen und uns auch folgen können. Wir versuchen gerade in finanzieller Hinsicht, diesen Gesamtüberblick zu haben. Wir wissen z.B. heute, wie das Budget und die geänderte Finanzstrategie aussehen. Das wird Ende Jahr noch eine Diskussion abgeben. Wir versuchen, das nach bestem Wissen und Gewissen zu machen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es sich hier nur um etwas Wünschbares, bzw. nicht Notwendiges handelt, dass die Kosten nicht gerechtfertigt sind, dass bereits heute eine gute Lösung besteht. Darum haben wir Ihnen die Empfehlung gegeben, auf dieses Gesetz nicht einzutreten.

Kommissionspräsident Andreas **Huwyler** ist nicht wirklich erstaunt über die gehörten Voten. Es hat ja schon länger Schule gemacht, neue Gesetze überaus misstrauisch zu prüfen und auf Kostenfolgen aufmerksam zu machen. In der Regel geschieht dies auch zu Recht. Hier haben wir es aber wirklich mit einem Sparversuch am untauglichen Objekt zu tun. Es gibt gar nichts zu sparen, weil keine Zusatzkosten entstehen. Wollte man im Archivwesen wirklich sparen, würde dies nur mit einer Reduktion des heutigen Standards überhaupt möglich sein, was niemand ernstlich verlangen will. Wir müssen schon aufpassen, dass wir nicht in einen unglücklichen Spareifer verfallen und dann am völlig falschen Ort ein Exempel statuieren wollen. In diesem Zusammenhang wird der Votant den Eindruck nicht los, dass auch die Stawiko das Geschäft nicht sehr vertieft behandelt hat. Darauf kommt er im Einzelnen noch zurück. Er wird auch den Eindruck nicht los, dass sich einige der Voten gar nicht gegen die zur Debatte stehende Vorlage richten, sondern gegen den ursprünglichen Antrag der Regierung. Dieser ist vom Tisch. Damit ist auch den Bedenken der Gemeinden Rechnung getragen, weshalb es nicht mehr angeht, auf die wenigen ablehnenden Vernehmlassungen abzustützen, die sich auf Schnee von gestern – den ursprünglichen Regierungsantrag – beziehen und denen Rechnung getragen worden ist. Das Archivgesetz in der von der Kommission beantragten Form sieht nur die nötigsten Regelungen vor und schafft die dringend nötige Grundlage für den Datenschutz im Archivwesen. – Zu den einzelnen Voten noch Folgendes.
Zur Stawiko. Das Problem der Kommissionsbestellung ist eine reine Ablenkung von der Frage, warum es wirklich geht, von der Kostenfrage. Dass ist nicht ein Indiz dafür, dass der Landschreiber Angst hatte, es würde so herauskommen. Es ist ein Indiz dafür, dass von Anfang an klar war, dass gar keine Kosten entstehen. Der Stawiko-Präsident begründet heute die ablehnende Haltung mit einem Verdacht auf neue Kosten und spricht dann auch von «schleichenden» Kosten. Das ist einfach nicht

substanziiert. Gerade die Grundlage, die Archivwürdigkeit mit dem neuen Gesetz festlegen zu können, gibt erstmals auch die Möglichkeit, die Archivierung von Akten einzudämmen und auf das Notwendige zu reduzieren. Die Vorlage der Regierung entspricht nicht mehr unserem Antrag. Der Stawiko-Präsident begründet aber seine Haltung immer noch mit dem Bericht und Antrag der Regierung vom 14. Januar 2003. Diese Vorlage ist in dieser Form nicht mehr da. Sie ist vom Tisch. Die dort erwähnten Kosten gibt es somit auch nicht mehr. Das ist auch der Grund, weshalb die Kosten nicht mehr gleich sind wie dort genannten. Offensichtlich operiert die Stawiko auf falschen Grundlagen und mit falschen Zahlen. Es entstehen keine neuen Kos-ten für den Kanton. Und für die Gemeinden auch nicht, ausser dort, wo ganz klare Missstände bestehen. So kann man einfach nicht argumentieren. Der Kommissionspräsident möchte wissen, wie die Kosten von einer Million in der laufenden Rechnung belegt werden sollen. Wo diese sind. Er sieht das nicht. Das ist einfach so in den Saal hinausgesetzt. Die Stawiko hat insofern Recht, dass immer neue Gesetzesvorlagen präsentiert werden. Selten kommt aber eine Vorlage in unseren Saal, die keine oder nur tatsächlich begründete Kosten auslöst.
Die FDP-Fraktion ist offensichtlich der Meinung der Stawiko gefolgt. Andreas Huwyler geht davon aus, dass auch dort die Zahlen nicht mehr stimmen. – Die SP-Fraktion hat die Notwendigkeit eines Archivgesetzes erkannt und ist deshalb auch für Eintreten. Hintergrund des Rückweisungsantrags scheint die Meinung zu sein, die Gemeinden müssten noch einmal Gelegenheit zu einer Vernehmlassung zu den Kommissionsanträgen haben. Das kann es aber wirklich nicht sein. Jetzt hat die Kommission nämlich die Bedenken gewisser Gemeinden sehr Ernst genommen und hat die Regierungsvorlage gerade im Sinne dieser kritischen Voten vollständig umgekrempelt. Da brauchen wir wirklich nicht noch einmal die Gemeinden zu fragen, ob es jetzt richtig sei. Die Verantwortung als Gesetzgeber müssen wir schon selber wahrnehmen.
Die Tatsache, dass Michel Ebinger Bücher über Gemeinden zu Hause hat, bedeutet überhaupt nicht, dass das Archivwesen nicht geregelt werden müsste. Das ist einfach kein Argument. Es geht nicht darum, dass Archive bis jetzt schlecht gearbeitet haben, sondern darum, dass dringende Fragen geregelt werden müssen. Der Votant erinnert u.a. an den Datenschutz.

Peter **Dür** möchte sich zu den Vorwürfen an die Stawiko äussern. Es wurde gesagt, die Stawiko wolle hier an einem untauglichen Objekt ein Exempel statuieren. Das stimmt überhaupt nicht. Wir schauen jede Vorlage seriös an, und jedes Mal, wenn wir kommen und sagen, diese Vorlage sei nicht nötig, heisst es, das sei jetzt wieder das falsche Objekt. Beim nächsten Objekt gebe es vielleicht bessere Möglichkeiten zum Sparen. – Zum Vorwurf, wir hätten die Unterlagen zu wenig gut angeschaut. Den Ball möchte der Votant an den Kommissionspräsidenten zurückspielen. Er soll nochmals seinen Bericht anschauen und einen Abschnitt suchen, wo er irgend etwas zu den Kostenfolgen sagt. Er sagt auch nichts darüber, ob sich jetzt im Rahmen dieser Änderungen die Kosten auf Null reduziert haben. Er sagt, jetzt gebe es überhaupt keine Kosten. Der Stawiko-Präsident kann das nicht glauben. Bei der SP spürt man dieses Unbehagen. Sie sagt, sie trete ein und weise das Ganze nachher zurück. Weil sie nämlich der Ansicht sind, dass es unklar sei. Die Stawiko sagt, es koste eine Million. Die Regierung auf Grund der ursprünglichen Vorlage ebenfalls. Und die Kommission sagt jetzt plötzlich hier am Rednerpult, es koste nichts. Peter Dür begreift

das Unbehagen der SP, dass sie nicht mehr drauskommt. Wenn wir ein solches Gesetz beurteilen, müssen wir uns primär auf die Unterlagen abstützen können. Und wir können nicht für jedes Gesetz noch die entsprechenden Fachpersonen einladen. Und auf Grund der vorliegenden Berichte und Daten haben wir diese Kostenfolge eruiert. Beweisen Sie mir das Gegenteil.

Landammann Walter **Suter** hält fest, dass der Regierungsrat – im Gegensatz zur Stawiko – beantragt, auf das neue Archivgesetz einzutreten. Wir stimmen den Anträgen der vorberatenden Kommission vollumfänglich zu. Es ist somit bezüglich Kostenfolgen von dieser geänderten Vorlage auszugehen und nicht – wie es die Stawiko weiterhin hartnäckig tut – vom ursprünglichen Bericht und Antrag des Regierungsrats.
Zu den Kostenfolgen für den Kanton. Das neue Archivgesetz hat für den Kanton keine neuen Kosten zur Folge. Die Ausführungen im Stawiko-Bericht bezüglich «indirekten Folgekosten» oder «ohne Zweifel schleichendem Auslösen von weiteren Kosten» sind unzutreffend. Die Räumlichkeiten des Staatsarchivs sind modern und verfügen über Reserven für weitere 10 bis 15 Jahre. Der Personalbestand des Staatsarchivs beträgt zur Zeit 6,5 Planstellen, wobei kürzlich eine Erhöhung um 1,5 Planstellen erfolgte. Diese Erhöhung hatte keinen Zusammenhang mit dem neuen Archivgesetz. Sie hing schlicht und einfach damit zusammen, dass eine zunehmende Verwaltungstätigkeit auch eine zunehmende Menge von Archivgut produziert. Der vermehrte Anfall von Archivgut konnte mit den früheren fünf Planstellen nicht mehr verkraftet werden. Der jetzige Personalbestand reicht aus – soweit die Zukunft überhaupt überblickt werden kann. Die Stawiko begründet ihr Kostenauslösungsargument im Weiteren mit § 19 Bst. e, wo es heisst, dass das Staatsarchiv die historische Forschung im Bereich der Landes-, Orts- sowie Personengeschichte fördert und Publikationen anregt. Wie der Kommissionspräsident bereits richtig festgestellt hat, bestand diese Aufgabe schon bisher und es ist keine neue Aufgabe. Zudem ist mit aller Deutlichkeit festzuhalten, dass eine derartige Forschungsförderung nicht einfach zusätzliche Personalstellen im Staatsarchiv schafft, sondern Forschungsprojekte von Dritten anregt, über deren Realisierung und Finanzierung von Fall zu Fall von den zuständigen Behörden entschieden werden kann, wie das bereits heute der Fall ist. Fazit: Es sind also keine Kostenfolgen für den Kanton geplant und absehbar.
Zu den Kostenfolgen für die Gemeinden. Es wird im Stawiko-Bericht zutreffend ausgeführt, dass die regierungsrätliche Vorlage für die Gemeinden jährlich wiederkehrende Aufwände von 700'000 bis 1'000'000 Franken auslösen würde. Zusätzlich würden noch allfällige bauliche Massnahmen notwendig. Die Kommission hat jedoch die regierungsrätliche Vorlage ganz entscheidend reduziert. Sie hat zwei zentrale kostenverursachende Bestimmungen gestrichen, nämlich diejenige, wonach der Regierungsrat Mindestanforderungen für Archivräume festsetzt und diejenige, dass die Archive von Fachpersonal betreut werden müssen. Auf diesen beiden Bestimmungen basierte die Kostenberechnung des Regierungsrats. Die Kommission hat dem Regierungsrat keinesfalls aus der Hand gefressen, sondern mutig gewagt, zwei zentrale Bestimmungen zu streichen. Es ist nun wirklich nicht redlich, wenn der Stawiko-Präsident weiterhin behauptet, diese Kosten von 700'000 Franken oder einer Million, die im regierungsrätlichen Bericht erwähnt wurden und eben auf die Bestimmungen bezüglich Fachpersonal und dem Weisungsrecht bezüglich dem Ausbau von Archivräumen abstützen, würden weiterhin anfallen.

In baulicher Hinsicht gibt es somit nur noch die Bestimmung, dass «das Archiv das Archivgut sicher und sachgemäss aufbewahrt». Die volle Verantwortung für baulich geeignete Räume liegt somit bei den Gemeinden. Der Regierungsrat hat nur bei klaren Missständen die Möglichkeit, aufsichtsrechtlich einzugreifen. Z.B. bei feuchten Räumen, in denen altes historisches Material langsam verrottet. Dass dies nicht geschieht, sind wir unserem Kulturgut schuldig.
Der Landammann zeigt dem Rat ein Beispiel, wie wertvolles altes Kulturgut verrotten kann. Dieses Buch aus dem 18. Jahrhundert stammt aus einer zugerischen Bürgergemeinde. Es enthält die frühesten noch erhaltenen Gemeindebeschlüsse dieser Gemeinde. Für die Gemeinde hat dieses Buch einen sehr hohen Identitätswert. Der miserable Zustand dieses Buches hat nichts mit dem Alter zu tun. Er ist durch unsachgemässe Aufbewahrung entstanden. Die Behebung der Schäden wird rund 25'000 Franken kosten. Solche Schäden gilt es in Zukunft zu vermeiden.
Die Schlussfolgerung der Stawiko ist nicht nachvollziehbar, wonach die gemeindlichen Archive auf jeden Fall durch geeignetes Personal betreut werden müssen. Die Kommission hat diese Verpflichtung aus dem Gesetzesentwurf ja eben gestrichen. Sofern die Gemeinden tatsächlich aus eigener Erkenntnis solches Fachpersonal anstellen, dann erfolgt dies nicht wegen des Archivgesetzes. Es besteht in diesem Falle kein Zusammenhang mit dieser Vorlage. Fazit: Für die Gemeinden fallen nur bei ungeeigneten Räumlichkeiten Kosten für bauliche Massnahmen an.
Zum Datenschutz. Sofern Sie Nichteintreten beschliessen, müsste das Datenschutzgesetz ohnehin erheblich ergänzt werden. Selbst die Stawiko hält fest: «Wenn im Datenschutzgesetz wichtige Bestimmungen zur Archivierung fehlen, müssen diese dort ergänzt werden». Genau so ist es. Die §§ 10 bis 18 des Entwurfs werden somit von der Stawiko auch nicht in Frage gestellt. Die jetzige Verordnung, die den Datenschutz in einem einzigen Paragraphen nur für den Kanton – nicht aber für die Gemeinden – sehr rudimentär regelt, ist rechtsstaatlich ungenügend abgestützt. Die Verordnung stützt sich auf das mittlerweile aufgehobene Organisationsgesetz sowie auf einen einfachen, nicht dem Referendum unterstellten KRB über die Geschäftsordnung des Regierungsrats. Die Verordnung kann rechtlich – mangels genügender Rechtsgrundlage – nur Innenwirkungen entwickeln, somit nur verwaltungsintern. Sie entwickelt aber keine Aussenwirkungen bezüglich des Verhältnisses des Kantons zur Bevölkerung. Gerade diese Aussenwirkung ist jedoch ein Muss. Wir brauchen auf alle Fälle für diesen Bereich ein Gesetz im formellen Sinne, das eine klare Lösung aufzeigt, die für alle gilt. Dies leuchtet doch ohne Weiteres ein: Im Staatsarchiv werden Hunderte und Aberhunderte von Laufmetern gelagert, wobei es sich teilweise um äusserst sensible Unterlagen über Bürgerinnen und Bürger handelt. Es muss im Gesetz klar gesagt werden, wer wann und wie Einsicht nehmen darf. Eine Verordnungsanpassung, wie der Stawiko-Präsident das heute vorgeschlagen hat, nützt nichts, denn sie ändert nichts daran, dass eben gerade die Rechtsgrundlage für diese Verordnung fehlt. Wir brauchen ein formelles Gesetz!
Noch prekärer ist die Rechtslage bei den Gemeinden, sofern das Archivgesetz verworfen wird. Abgesehen von der Stadt Zug hat keine Gemeinde irgendwelche Rechtserlasse, die festhalten, wer wann, wie lange und wie in die Archive Einblick nehmen kann. Dies schafft eine konfuse Rechtslage in einem äusserst sensiblen Bereich. In diesem Falle würde nämlich generell das Datenschutzgesetz gelten, das jedoch nicht für die spezifischen Bedürfnisse der Archive geschaffen ist. In diesem Falle hätte eine Person nur die Möglichkeit, in die eigenen Daten Einsicht zu nehmen. Und Dritte? Und Wissenschafter? Was würde dann gelten? Fragen über Fra-

gen und grösste Rechtsunsicherheit wäre die Folge. Alles wäre offen. Kurz: Der Regierungsrat ist überzeugt, dass dieses Gesetz dringend und nicht bloss wünschbar ist.
Archivische Grundsätze. Die §§ 4 bis 9 halten die Grundsätze für die Sicherung der Unterlagen fest. In einem so kleinen Raum wie dem Kanton Zug sind mit Blick auf die geschichtlichen Informationsschätze, die über Jahrhunderte zurückreichen und für unsere Region von grösster Bedeutung sind, einige wenige gesetzliche Grundsätze doch wohl zumutbar. Was einmal zerstört wird, ist und bleibt zerstört. Dies gilt es für unser zugerisches Kulturgut zu vermeiden. Durch sechs Paragraphen. Sagen Sie ja zu einem Gesetz, das sich auf die wesentlichsten Grundsätze beschränkt, das durch die Kommission auf das absolute Minimum reduziert worden ist und das keine oder sehr geringe Kosten zur Folge hat.
Zur Stellungnahme der Gemeinden. Die Gesetzesvorlage wurde allen Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden sowie Korporationen zur Vernehmlassung zugestellt, und zwar die Vorlage des Regierungsrats. Vier Gemeinden wiesen die Vorlage zurück, nämlich die Bürgergemeinde und die Korporation Oberägeri sowie die Einwohnergemeinde und die katholische Kirchgemeinde Risch. Die anderen Gemeinden stimmten der ursprünglichen Vorlage des Regierungsrats grundsätzlich zu. Die Vernehmlassungen der Gemeinden führten dazu, dass der Gesetzesentwurf vor dem Einbringen in den Kantonsrat in erheblichem Umfange umgeschrieben worden ist, um den Anliegen der Gemeinden Rechnung zu tragen. Soweit finanzielle Bedenken angeführt worden sind, sind diese durch die Beschlüsse der Kommission gegenstandslos geworden. Und es ist schwer verständlich, wenn heute die Stawiko und auch die FDP-Fraktion behaupten, sie lehnten das umgearbeitete Gesetz ab, um die Gemeinden zu schützen. Die Gemeinden haben diesen Schutz gar nicht gefordert.
Zum Rückweisungsantrag der SP-Fraktion. Er ist schlichtweg nicht verständlich. Sonst müssten sie dem Votanten erklären, was an diesem Gesetz noch geändert werden könnte, um Kosten zu sparen. Er findet diese Möglichkeiten nicht.
Insgesamt möchte Walter Suter den Rat bitten, diesem für unser Kulturgut aber auch für den Persönlichkeitsschutz unserer Bevölkerung wichtigen Gesetz zuzustimmen.

➔ Der Rat beschliesst mit 36 : 34 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

➔ Der Rückweisungsantrag wird mit 31 : 10 Stimmen abgelehnt.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich die Regierung allen Anträgen der vorberatenden Kommission anschliesst.

Das Wort wird nicht verlangt

➔ Der Rat schliesst sich allen Änderungsanträgen der Kommission an.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1083.6 – 11329 enthalten.

257 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DAS GENERELLE PROJEKT DER NEUEN KANTONSSTRASSE «KAMMERKONZEPT ENNETSEE», GEMEINDEN CHAM UND HÜNENBERG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1142.1/.2 – 11221/22), der Strassenbaukommission (Nr. 1142.3 – 11276) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1142.4 – 11292).

Kommissionspräsident Beat **Villiger** teilt mit, dass nebst der heutigen Vorlage Kammerkonzept Ennetsee dem Kantonsrat noch dieses Jahr der Kredit für den Ausbau des Strassenabschnittes Lüssirain-Talacher sowie das Strassenbauprogramm mit dem entsprechenden Rahmenkredit für die Jahre 2004 bis 2011 vorgelegt werden.
Heute geht es um den Planungskredit für das Generelle Projekt für das Kammerkonzept in den Gemeinden Cham, Hünenberg und Risch. Nach Rechtskraft des KR-Beschlusses wird dann die Baudirektion die Ingenieursubmission durchführen. Bis heute hat noch kein Ingenieur an diesem Projekt gearbeitet. Die Baudirektion verfügt also nur über die Unterlagen, die für den Teilrichtplan Verkehr gedient haben. Das Kammerkonzept ist als Ersatz der S+E-Strasse vorgesehen und hat gemäss Teilrichtplan Verkehr nebst anderen Projekten erste Priorität. Es geht nun also um die Umsetzung dieses TRP. Was will das Kammerkonzept? Nach einer nochmaligen gründlichen Beurteilung der Situation im Ennetsee, insbesondere unter Mitwirkung der Gemeinden Cham, Hünenberg und Risch, entstand das Kammerkonzept. Aus diesen verschiedenen Kammern soll der Verkehr abgezogen und auf direktem Weg zur Autobahn geleitet werden. Man spricht von vier Kammern, A,B,C,D. Die Kammer A erstreckt sich vom Autobahnzubringer bis zur Knonauerstrasse, die Kammer B von der Knonauerstrasse bis zur Sinserstrasse, die Kammer C von Sinserstrasse bis ins Schlatt und die Kammer D vom Schlatt nach Holzhäusern. Das wichtigste Ziel ist die Entlastung von Cham. Im Übrigen sei auf die umfassenden Berichte des Regierungsrats, der Strassenbaukommission und der Stawiko verweisen.
Nach Auffassung des Regierungsrats sollen die Kammern B und C zuerst realisiert werden. Später dann A und D. Vieles, z.B. die Knotenpunkte, Anschlüsse usw., ist noch offen. Auch werden hohe Anforderungen an die Planer gestellt sein, z.B. in Bezug auf die Strassenführung beim Gasröhrenspeicher im Bösch. Das gesamte Projekt tangiert im weiteren den Ausbau der A4 auf sechs Spuren. Dieses generelle Autobahnprojekt befindet sich in Ausarbeitung. Beim kantonalen Tiefbauamt laufen die Fäden dieser beiden generellen Projekte zusammen und hier wird auch die Koordination sichergestellt. Weil wir für diesen Planungskredit keinen üblichen Rahmenkredit haben, wird es eine zweite Lesung geben und der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Um das generelle Projekt ausarbeiten zu können, wird ein Kredit von 2,5 Mio benötigt. Man ging ursprünglich von 2,2 Mio aus. Diese Differenz hat sich ergeben, weil der Regierungsrat den Kredit um 300 000 Franken erhöht hat, um auch die flankierenden Massnahmen und die Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr zu untersuchen.
Die Kommission befürwortet die Vorlage mit 12 : 1 Stimmen. In der Beratung konnten diverse Fragen beantwortet werden, andere wie z.B. wie und wo flankierende Massnahmen vorgesehen sind, werden verständlicherweise Gegenstand der nun aufzunehmenden Planung sein. Die Kommission diskutierte das spätere Projektgenehmigungs- und Kreditbewilligungsprozedere. Verschiedene Varianten wurden aufge-

zeigt, auch jene eines Rahmenkredits analog Nordzufahrt, und wir werden zu einem späteren Zeitpunkt dann darüber entscheiden können. Jedenfalls möchte die Kommission auf die Realisierung des gesamten Projektes hinarbeiten, was heisst, dass man unbedingt alle vier Kammern miteinander und gleichzeitig plant. Die Kommission könnte sich auch gut vorstellen, dass das Auflageverfahren für alle vier Kammern gleichzeitig stattfinden könnte.
Kosten. Es ist dem Kommissionspräsidenten bewusst, dass die Strassenprojekte der ersten Priorität, Nordzufahrt, Kammerkonzept, Tangente Neufeld und die Schwerverkehrspiste Bibersee ein Investitionsvolumen von ca. 450 Mio auslösen werden. Er hat die Finanzierungsfrage mit der Baudirektion eingehend und später auch in der Kommission diskutiert. Er wurde vor der heutigen Sitzung zudem von mehreren Kolleginnen und Kollegen auf die Finanzierungs- und Belastungssituation angesprochen und möchte aus seiner Sicht dazu Folgendes sagen:

- Grundsätzlich werden alle Strassenprojekte, Busspuren, Lärmsanierungsmassnahmen, Radstrecken und Projekterarbeitungen durch die Spezialkasse Finanzierung Strassenbau bezahlt.
- Alimentiert wird diese Rechnung durch die Motorfahrzeugsteuer, Anteil Treibstoffzoll, und durch Zinsen aus dem Aktivsaldo dieser Rechnung.
- Heute haben wir einen Bestand von ca. 89 Mio Franken.
- Dieser Bestand erhält aus der jährlichen Strassenbaurechnung in etwa einen Zuwachs von ca. 5 Mio, je nach Umfang der Strassenprojekte.
- Der Saldo von 89 Mio reicht gerade noch aus für den Bau der Nordzufahrt.
- Für die Realisierung der Grossprojekte Kammerkonzept, Tangente Neufeld und Piste Bibersee, sofern diese innert der prognostizierten Zeit gebaut werden sollen, muss dann die Rechnung strapaziert werden.
- Die Strassenbaukommission will sich an einer nächsten Sitzung mit dieser Finanzierung noch eingehender auseinandersetzen. Wichtig ist jedoch, dass sich die Regierung und die Stawiko und letztlich auch der Kantonsrat der Tragweite bewusst sind und entsprechende Strategien entwickeln. Spätestens beim Planungs- und Baukredit für solche Grossprojekte muss man Antworten haben. Kann zum Beispiel die LSVA für die Rechnung beansprucht werden, und sind längerfristig oder projektbezogen die Motorfahrzeugsteuern zu erhöhen? Solche und andere Fragen stehen hier im Raum.
- Man muss andererseits aber auch Realist genug sein. In den letzten Jahren konnten grössere Projekte kaum oder erst viel später realisiert werden. Die Rechnung bekommt also auch immer wieder etwas Zeit, um sich erholen zu können.
- Es ist deshalb nicht einfach, hier eine verbindliche Finanzplanung vorzulegen.

Wir können aber anderseits dieser Verkehrsentwicklung nicht tatenlos zusehen und sind gefordert, hier die notwendigen Schritte einzuleiten. Und wenn der Votant heute das Argument hört, dass wer Strassen säht, Verkehr ernte, möchte er zum voraus entgegnen, dass dies wohl nicht von der Hand zu weisen ist, dass aber zusätzlicher Verkehr auch ohne diese neuen Strassen entsteht, nur dass er dann wie heute in unserem Kanton, vor allem im Raume Cham, zum Chaos führt, weil in Stausituationen jede und jeder seinen eigenen Weg sucht. Ob diese Schleichwege sich dazu eignen oder nicht. Beat Villiger möchte abschliessend der Baudirektion für die gute Begleitung der Kommissionsarbeit danken und den Rat bitten, der Vorlage zuzustimmen. – Die CVP-Fraktion stimmt der Vorlage einhellig zu und hat vor allem noch das Argument diskutiert, dass man jetzt nicht die Grossprojekte gegeneinander ausspielen solle, sprich Kammerkonzept gegen Tangente Neufeld. Dass man also beide

Projekte vorantreiben soll. Insofern wurde etwas gerügt, dass man die Tangente Neufeld jetzt für ca. ein Jahr verschoben hat. Hier möchte der Votant die Baudirektion bitten, dass man nicht allzu lange wartet.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass man der Stawiko immer vorwirft, dass sie die Kosten kritisiere, wenn es um irgend eine Vorlage gehe, wenn es aber um Strassen gehe, würden wir auf den Bericht verweisen. Er möchte deshalb auch hier darauf hinweisen, dass die Stawiko diese Vorlage sehr kritisch angeschaut hat. Wir konnten primär einmal die 2,5 Mio auf Grund der Vorlage des Regierungsrats nicht richtig plausibilisieren. Es wurde geantwortet, dass die Planungskosten etwa ein bis zwei Prozent der Gesamtsumme ausmachen. Und wenn man von 210 Mio ausgeht, dann kommt man eben auf diese Summe. Auch in diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat, vor allem die Baudirektion, entsprechend möglichst detaillierte Angaben zu machen, damit wir das direkt nachvollziehen können. Wir entscheiden heute relativ rasch über 2,5 Mio. Das ist natürlich im Verhältnis zu dieser Gesamtsumme zu sehen, und die ist erheblich. Und es stellt sich schon die Frage, wie wir das finanzieren wollen, wenn wir hören, dass in der Strassenbaureserve im Moment 89 Mio sind. Wir werden hier nicht darum herum kommen, auch die entsprechenden Prioritäten zu setzen. In diesem Zusammenhang haben wir uns in der Stawiko auch die Frage gestellt, wie teuer unsere Strassen sind. Sind unsere Standards adäquat? Wie lassen sich diese vergleichen mit Standards von Strassen im Ausland? Ist das bedingt durch unsere Rücksicht auf die Umwelt und andere Gesichtspunkte, vielleicht auch die Witterung, die von sehr tiefen Temperaturen bis zu sehr hohen geht? Was ist der Grund, weshalb bei uns Strassen so teuer sind? Da wünschen wir uns von der Strassenbaukommission und der Baudirektion entsprechende Erläuterungen. Trotz dieser kritischen Bemerkungen hat die Stawiko einstimmig Eintreten auf die Vorlage beschlossen.

Beni **Langenegger** hält fest, dass die SVP-Fraktion geschlossen hinter dem Objektkredit steht. Wir sind der Auffassung, dass in der Zuger Verkehrspolitik endlich Nägel mit Köpfen geschlagen werden müssen, um die zunehmend unerträglichen Verkehrsprobleme so rasch wie möglich zu lösen. Damit dies auch gelingt, müssen sämtliche Parteien am gleichen Strick ziehen, um nicht erneut Planungsleichen aus Vorzeiten zu produzieren. Denn durch die Realisierung der im TRP Verkehr vorgesehenen neuen Strassenabschnitte wird es möglich sein, wieder vermehrt Wohn- und Lebensqualität und befriedigende Verkehrssituationen in den Zuger Städten zu schaffen. Ebenfalls von stauarmen Strassen würden in Zukunft der ÖV, vor allem der Bus profitieren, der zur Zeit in den Stosszeiten nicht zu beneiden ist. Mit dem Objektkredit für die Ausarbeitung des Kammerkonzepts legen wir einen weiteren Meilenstein in der Zuger Verkehrspolitik. Deshalb bittet der Votant den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Markus **Jans** erinnert daran, dass Cham nicht zum ersten Mal überbordenden Individualverkehr erlebt. Schon 1970 stauten sich die Autos beim Alpenblick, damals noch vor dem Bahnübergang Kollermühle, bis ins Dorfzentrum. Linderung und Lösung des Problems erhoffte man sich vom Bau der Autobahn. Als diese dann im November

1974 eröffnet wurde, war in Cham die Freude gross. Endlich weniger Verkehr im Dorfzentrum. Nur die Städtlibauern blockierten in weiser Vorausahnung die offizielle Eröffnungsfahrt von Bundesrat Hans Hürlimann. Der Preis dieser Verkehrsberuhigung war gross und ist bis heute einschneidend, unüberseh- und vor allem unüberhörbar. Mit diesem Bau wurde Cham und insbesondere das Naherholungsgebiet Städtlerwald von der Autobahn durchschnitten und eingekesselt. Das nördliche Dorfgebiet ist seither von einem unaufhörlichem Dauerlärm belästigt. Die Freude über den spürbar weniger Verkehr im Dorfzentrum war von kurzer Dauer. Schon zu Beginn der achtziger Jahre nahm der Verkehr erneut zu und schon längst ist der Verkehrsstau in Cham grösser als vor dem Bau der Autobahn. Vorbei also alle Hoffnung, Cham jemals vom Verkehr entlasten zu können. Cham entwickelte sich zwischenzeitlich zu einer Stadt, und auch Hünenberg, ein wesentlicher Verursacher des Chamer Verkehrsproblems, entwickelte sich bevölkerungsmässig noch schneller. Das Siedlungsgebiet von Cham entwickelt sich schon immer Richtung Autobahn. Der Abstand zwischen dem Siedlungsgebiet und der Autobahn verkleinert sich von Jahr zu Jahr. Heute verläuft die Siedlungsgrenze fast auf dem ganzen Gemeindegebiet mit Sicht auf die Autobahn. Genau zwischen Siedlungsgrenze und Autobahn soll nun noch eine Umfahrungsstrasse gebaut werden. Natürlich verspricht man der Chamer Bevölkerung wieder eine Beruhigung im Dorfzentrum, verschweigt aber, dass dafür andere Teile von Cham mit einem wesentlich höheren Verkehrsaufkommen und mit den entsprechenden Immissionen zu rechnen haben. Speziell die vorgesehen Stras-se in der Kammer A ist aus heutiger Sicht eine völlige Fehlinvestition. Das Gemeindegebiet und insbesondere das Naherholungsgebiet soll an dieser Stelle nochmals durch eine Strasse zerschnitten werden. Auch der vorgesehen Tunnel ist reine Kosmetik, ist doch mit erheblich mehr Lärm bei den Tunnelzufahrten zu rechnen, welcher auch auf der Anhöhe der Schluecht zu hören sein wird. Das Naherholungsgebiet wird damit nachhaltig gestört und beeinträchtigt. Das kann niemals der Wunsch der ganzen Chamer Bevölkerung sein.

Es ist bekannt, dass die Autobahn ab der Blegikurve bis nach Rotkreuz auf sechs Spuren ausgebaut werden soll. Nebst einer Verbreiterung der Autobahn kommt noch die Umfahrungstrasse dazu, welche einen Platzbedarf von nochmals 20 Meter Breite benötigt. Wenn einmal alle Strassen gebaut sind, wird das Chamer Gemeindegebiet durch ein gut 80 Meter breites Asphaltband in zwei Teile getrennt. Der Anschluss Lindencham beansprucht eine Landfläche von bald zwei Fussballfeldern und bildet nur einer der Höhepunkte der heutigen Strassenbauorgie. Auch mit diesen Strassen wird die Luft im Kanton Zug nicht besser und die heute schon zu grossen Schadstoffe werden weiter zunehmen. Es ist gerade grotesk, wenn der Regierungsrat sagt, dass er das Verkehrsaufkommen reduzieren will und uns ein Objektkredit für ein Strassenbauprojekt unterbreitet, welche ein Investitionsvolumen für alle vier Kammern von rund 210 Mio Franken auslöst.

Die vorhandenen Mittel aus Steuern und Gebühren des Motorfahrzeugsverkehrs betragen zur Zeit etwa 83 Mio Franken. Wenn der Regierungsrat sagt, dass die Finanzierung aus dieser Sonderrechnung gesichert werden soll, ist das nur ein Teil der Wahrheit. Wie Sie wissen, werden im Kanton Zug auch noch andere Strassenbauprojekte geplant (Nordzufahrt, Stadttunnel, Tangente Neufeld, etc.). Auch diese Strassenbauvorhaben werden aus dem gleichen Topf finanziert. Dass damit dieser Topf innert Kürze leer ist, leuchtet ein. Dann müssen auch für den Bau der Strassen Geld aufgenommen oder die Motorfahrzeugsteuern erhöht werden. Plötzlich sind die grossen Sparer und Sanierer der Kantonsfinanzen kaum mehr zu hören. Ist die Party

nicht over? Wollen wir uns das wirklich noch leisten?. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass wir uns das nicht mehr leisten können und das vorliegende Projekt schon in der Vorstudie völlig überrissen ist. Das Wünschbare ist vom Notwendigen zu trennen und Cham ist nicht mit einem solch überrissenen Strassenbauvorhaben noch mehr zu verschandeln. Sollten diese Strassen je gebaut werden, wird das Zentrum von Cham kurzfristig profitieren. Schon bald aber wird sich der Verkehr erneut stauen und wir stehen wieder am gleichen Ort. Nehmen wir zur Kenntnis, dass das Verkehrsproblem und die Schadstoffminderung der Luft nicht mit dem Bau von weiteren Strassen gelöst werden kann. Es braucht andere Lösungsansätze, wie zum Beispiel die Stadtbahn. Die SP-Fraktion empfiehlt Ihnen grossmehrheitlich, frühzeitig einzugreifen, dem Objektkredit die rote Karte zu zeigen und ihn abzulehnen. Wir stellen damit den Antrag, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Berty **Zeiter**: «Der bestehende Strassenverkehr in Cham stösst an seine Grenzen.» Auch wir sind dieser Meinung. Unsere Aufgabe ist es nun wirklich, im Interesse der Bevölkerung eine Lösung anzustreben, um Cham als lebenswerten Wohn- und Arbeitsort zu erhalten und die Lebensqualität zurückzugewinnen. Dieser Zielsetzung ist zuzustimmen. Aber erfüllt das vorgelegte Kammerkonzept diese Ziele? Dazu zwei allgemeine Bemerkungen. Markus Jans hat den Mechanismus gut aufgezeigt, wie neue Strassen mehr Verkehr produzieren und die Strassen ganz schnell wieder verstopft werden und wir wieder bei der Ursache angelangt sind und keine Lösung gefunden haben. Was bringt den Autofahrer dazu, auf den ÖV umzusteigen, damit Strassen nicht weiter verstopft werden? Sicher nicht neue, zügige Strassen! Die jetzige Situation ermuntert zur Benützung von öffentlichem Verkehr und Velo. Und umgekehrt: Jede neue Strasse lässt einen Teil der Leute wieder zurück umsteigen auf den motorisierten Individualverkehr. Wenn der Dorfkern in Cham entlastet wird, merken die Autofahrer schnell, dass sie wieder durchkommen. Logischerweise unternehmen sie auch wieder Fahrten, die sie früher unterlassen haben. Die Folgerung aus diesem Verhalten ist, dass der MIV mit eindeutigen und nicht halbherzigen Massnahmen aus dem Dorfkern ferngehalten werden muss.
Der finanzielle Aspekt. Im Kanton Zug warten in nächster Zeit nicht nur einige grosse Strassenbauprojekte, sondern auch viele kleinere Strassensanierungsvorhaben auf ihre Verwirklichung und wollen bezahlt sein. Nebst den 120 Mio Franken für die Nordzufahrt verträgt es eigentlich im Moment kein Projekt in der Grösse von 210 Mio Franken, wenn wir realistisch sein wollen. Bei anderen Ausgaben ist der Kantonsrat überaus zurückhaltend geworden und er scheut weitere Verschuldungen. Nur beim Strassenbau nimmt er dies fast unwidersprochen in Kauf.
Das Kammerkonzept hat in der AF intensive Diskussionen ausgelöst. Es bestehen grosse Zweifel ob der gewählten Lösung. Wir fragen uns, ob es gelingt, den Verkehr tatsächlich auf die Umfahrungsstrassen zu bringen. Ein kurzer Blick auf die Karte zeigt, dass dies kilometermässig erhebliche Umwegfahrten sind. Das gilt für den Ziel-/Quellverkehr wie auch für den Binnenverkehr. Und auch wir sind der Meinung, dass die Anschlussbauwerke enorme Eingriffe in die Landschaft sind und die Gegend verschandeln. Die Frage der Verhältnismässigkeit von Kosten und Nutzen kann nur beantwortet werden, wenn aufgezeigt wird, welches der ganz konkrete Nutzen für Cham und Hünenberg sein wird. Dafür fehlen uns bei den Arbeitsgrundlagen die Zahlen über die Anteile von Ziel-/Quellverkehr, Binnenverkehr und Durchgangsverkehr. Dass andererseits etwas getan werden muss, um Cham von der heutigen Ver-

kehrsbelastung zu befreien, ist aber auch klar. Unsere Fraktion hat sich deshalb zu einem Kompromiss durchgerungen:

- Das generelle Projekt hat aufzuzeigen, dass das Verkehrsregime und die flankierenden Massnahmen es erlauben, dem öffentlichen Verkehr den benötigten Verkehrsraum zur Verfügung zu stellen, speziell auf der durch Cham führenden Verkehrsachse (Zuger-/Luzernerstrasse).
- Weiter hat das generelle Projekt auch aufzuzeigen, dass die flankierenden Massnahmen der Gemeinde Cham eine Zentrumsgestaltung mit der Gleichberechtigung aller Verkehrsträger (ÖV, MIV, Langsamverkehr) erlauben.

Wenn uns der Baudirektor in Übereinstimmung mit dem Volkswirtschaftsdirektor – der zuständig ist für den öffentlichen Verkehr – zusichern kann, dass das generelle Projekt diese Anforderungen erfüllen wird, werden wir dem Objektkredit für die generelle Planung nicht opponieren. Wir weisen auch darauf hin, dass das Amt für öffentlichen Verkehr auf den Projektierungskredit für die erste Teilerweiterung der Stadtbahn angewiesen sein wird, damit die Anliegen des ÖV beim Kammerkonzept zeitgerecht und professionell eingebracht werden können. Denken Sie daran in der nächsten Sitzung!
Es gibt noch einen anderen Grund, warum diese Anforderungen zwingend schon im generellen Projekt aufgezeigt, und warum auch bereits im Baukredit die entsprechenden Mittel dafür vorgesehen werden müssen: Nachher hat das Volk dazu nichts mehr zu sagen. Wir gehen nämlich davon aus, dass der Baukredit dannzumal einer Volksabstimmung unterstellt werden wird. Zu so einem grossen Projekt muss das Volk das letzte Wort haben.

Erwina **Winiger Jutz** weist darauf hin, dass uns nach mehrjährigen Arbeiten an der Problematik «Cham erstickt im Verkehr» nun eine Idee vorliegt, welche angibt, dieses Verkehrsproblem lösen zu können. Ob es dies wirklich kann, wird die Zukunft weisen. Jedoch klar ist, dass es nicht genügt, nur zusätzliche Strassen zu bauen. Der heute bereits zitierte Satz «Wer Strassen sät, erntet Verkehr» wird auch hier seine Gültigkeit haben. Es genügt nicht, Strassen zu bauen. Es müssen auch weitere Massnahmen getroffen werden. Damit die neu geplante Verkehrsführung für Cham tatsächlich eine Entlastung bringen kann, ist es äusserst wichtig, dass gleichzeitig auch für flankierende Massnahmen auf der Luzerner- und Zugerstrasse gesorgt wird. Sei es eine durchgehende Tempo-30-Zone oder sogenannte Begegnungszonen, wo alle Verkehrsteilnehmer zusammen mit den Fussgängern gleichberechtigt sind. Ein Beispiel ist der Baarer Bahnhofplatz. Sei es eine Strasse, wo die Busse und der Langsamverkehr und die Fussgängerinnen den Hauptpunkt setzen. Eine begrünte Flanierzone, die auch zum Verweilen und Einkaufen einlädt. Im Gegensatz zu heute, da das Auto das Chamer Dorfleben beherrscht. Es liegt der Votantin als Chamerin besonders am Herzen, dass das generelle Projekt aufzeigt, wie die flankierenden Massnahmen aussehen werden.
Weiter ist Folgendes einzubeziehen. Das Kammerkonzept ist ein gewaltiges Bauprojekt; z.T. bis zu zehn Spuren kapseln Cham von der näheren Umgebung ab. Markus Jans hat das anschaulich beschrieben. Daher ist es dringend notwendig, dass da eine gewisse Durchlässigkeit geschaffen werden kann. Sei dies z.B. in Form einer sogenannten Ökobrücke, die sich über das ganze Anschlusswerk in der Blegikurve spannen würde. Sie würde dem Wildwechsel zwischen Friesencham und Cham dienen, sowie Fussgängerinnen und Wanderern. Sei dies mit Velowegen von der Sport-

anlage Eizmoos nach Lindencham oder vom Chamer Dorfzentrum nach Hagen-dorn. Es müssten Möglichkeiten geschaffen werden, damit nicht alles vom Schutzwall um Cham herum erschlagen wird. Dazu gehören auch weitere Massnahmen, wie z.B. das Wasenbächli in Cham, welches durch das Röhrliberg-Quartier führt, wieder zu renaturieren. Es ist der Votantin ein Anliegen, bei diesem Projekt nicht nur an die Wege zu denken, welche die Autofahrerin nimmt, sondern auch die ebenfalls unter dem Verkehr leidende Velofahrerin, Fussgängerin oder die Tiere. Sie dankt für das Mit-Einbeziehen dieser notwendigen Forderungen.

Bruno **Briner** erinnert daran, dass die Bevölkerung im Ennetsee in den vergangenen Jahren massiv zugenommen hat. Das Resultat ist klar: Die Menschen dort wünschen auch, mobil zu sein, sie möchten sich auch bewegen, um ihre beruflichen Tätigkeiten auszuführen oder die privaten Bedürfnisse zu befriedigen. Das Resultat: Stau in und um Cham. Und eine wirkliche starke Belästigung der Chamer Bevölkerung. Eine Lösung könnte das Kammerkonzept Ennetsee sein. Und ganz wichtig ist, dass es zusammen mit den Ennetsee-Gemeinden entwickelt wurde. Sie sehen es auf den vorhandenen Plänen: Da sind erst einige Striche, welche die Idee umreissen. Die Lösung soll den Durchgangsverkehr durch Cham nachhaltig reduzieren können, indem der Verkehr aus den vier Kammern auf die Autobahn geleitet wird. Die Realisierung dieses Konzepts würde eines der gröberen Verkehrsprobleme im Kanton Zug lösen. Und das Kammerkonzept muss auch als Ganzes gesehen werden. Es ist deshalb richtig, wenn jetzt im generellen Projekt alle vier Kammern gleichzeitig bearbeitet werden, obwohl die Kammern A und D gemäss TRP Verkehr erst in zweiter Priorität realisiert werden sollten. Die Anträge und Wünsche sind wirklich berechtigt und müssen geprüft werden, aber das ist erst möglich, wenn dieses generelle Projekt vorliegt. Dann sieht man, wo die flankierenden Massnahmen vorgesehen sind, wie es geführt ist, wie die Anschlusspunkte aussehen. Aber dazu müssen wir jetzt den Kredit sprechen, um diese generelle Planung in Angriff zu nehmen. Im Namen der FDP-Fraktion bittet der Votant den Rat, auf dieses Geschäft einzutreten und der Vorlage zuzustimmen.

Alois **Gössi** spricht für eine Minderheit der SP-Fraktion. Wir stimmen dem Kredit zu, wenn auch nicht mit grosser Begeisterung. Der schon vielfach gehörte Satz «Wer Strassen baut, wird Verkehr ernten», nehmen wir auch in Anspruch. Wir möchten weiterhin so wenig MIV wie möglich bei uns im Kanton Zug. Leider sieht die Realität ganz anders aus. Nehmen wir Cham: Jeweils morgens und abends sowie am Samstag Vormittag haben wir quasi Schleichverkehr durch Cham. Unserer Ansicht nach wäre dies das beste Steuerungsmittel: Wer noch bereit ist, diese Zeit dafür einzusetzen und den Stau in Kauf zu nehmen, fährt durch Cham, die restlichen lassen dies sein oder weichen auf andere Zeiten aus. Aber die Leidtragenden vom immensen Verkehr durch Cham sind die Chamer selber. Sie sind jedoch nicht nur Leidtragende, sondern zum Teil auch Verursacher. Wir sind der Meinung, für die Chamer müssen wir etwas tun, das Kammerkonzept ist eine Möglichkeit dazu. In diesem Sinne sind wir für den Kredit.
Wir haben jedoch folgende Vorbehalte, resp. erwarten Antworten dazu aus dem generellen Projekt:

• Die Kammer A geht durch Landwirtschaftsland. Der Kanton Zug gibt die Schluecht nicht frei, so dass sie nicht überbaut werden kann: Dies findet der Votant übrigens einen guten Entscheid. Es ist deshalb nicht zu erwarten, dass am südlichen Ende der Strasse von Kammer A gross Neubauten erstellt werden. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass das Projekt für die neue zu bauende Strasse absolut landschaftsschonend ausfällt und dass für die Anwohner alles getan wird, damit der Lärmpegel auf einem sehr tiefen Niveau zu stehen kommt. Mit landschaftsschonend meinen wir, dass die neue Strasse nicht nochmals einen Teil des Naherholungsgebiets von Cham zusätzlich durchschneiden soll, oder mit anderen Worten: Eine Untertunnelung.
• Flankierende Massnahmen. Dies ist für uns das A und O des ganzen Projekts. Mit den flankierenden Massnahmen muss es möglich sein, den Verkehr in Cham massiv und vor allem nachhaltig zu reduzieren. Es darf nicht sein, dass nach der Inbetriebnahme des Kammerkonzeptes kurzfristig der Verkehr durch und in Cham massiv abnimmt und er dann wieder langsam, aber stetig wieder ansteigt, bis das heutige Volumen wieder erreicht wird. Wir wollen nicht nochmals den gleichen Effekt wie mit der damaligen Eröffnung der Autobahn. Zeigt uns das generelle Projekt dazu keine klaren Aussagen, ist auch diese SP-Minderheit, dies können wir jetzt schon so sagen, gegen die Umsetzung des Kammerkonzepts.
• Wir möchten ebenfalls eingehende Zählungen und Erhebungen über das Ausmass des jetzigen Verkehrs. Wir wollen, dass mit dem generellen Projekt dann klare und aussagekräftige Zahlen geliefert werden können.
Eine SP-Minderheit stimmt dem Kredit mit mässiger Begeisterung zu.

Manuel **Aeschbacher** möchte kurz auf das Votum von Markus Jans eingehen. Anscheinend verkörpert der Votant einen anderen Teil der Chamer Bevölkerung. Lassen Sie uns nun die Planung an die Hand nehmen. Beweisen wir Mut und wagen diesen grossen Schritt in die Zukunft. Wir müssen nun Nägel mit Köpfen machen. Ansonsten versaufen wir wirklich im Verkehr. Und das will wohl weder Links noch die Ratsrechte. Manuel Aeschbacher ist der Überzeugung, dass der ÖV sinnvoll ins Gesamtkonzept integriert werden kann. Somit unterstützt er den Antrag der Regierung vollumfänglich.

Guido **Käch** erinnert daran, dass das Kammerkonzept von den beiden Gemeinden Cham und Hünenberg in die Beratungen des TRP Verkehr eingebracht wurde. Es wurde als Kompromiss in diesem Rat heftig diskutiert. Es wurde auch im Rahmen des TRP Verkehr in diesem Rat genehmigt. Und die logische Konsequenz aus dieser Genehmigung wäre die Planung dieser Strassen, die in 1. Priorität genehmigt wurden. Jetzt kommt Markus Jans aus Cham und will behaupten, dass diese Strasse nicht notwendig sei. Der Votant möchte wissen, was der Grund dafür ist. Er ist überzeugt, dass ein grosser Teil der Bevölkerung von Cham diese Entlastung des Dorfkerns will. Und wenn Markus Jans das nicht will, soll er bitte sagen, wie er das Problem lösen möchte. In diesem Sinne bittet der Votant den Rat, diesen Planungskredit zu genehmigen.

Jean-Pierre **Prodolliet** möchte noch auf einen Punkt hinweisen. Es geht offensichtlich um die Entlastung des Chamer Dorfkerns. Und da ist dem Votanten in der Vorlage aufgefallen, dass man von einer Entlastung von 10'000 Fahrzeugen spricht. Er wagt da, einige Zweifel anzubringen. Er hat die Diskussionen um die Chamer Ortskernentlastung während vielen Jahren miterlebt. Dabei ist ihm aufgefallen, dass man nie genaue Erhebungen machte, wie gross der Anteil an Durchfahrts-, Binnen-, Ziel- und Quellverkehr ist. Jean-Pierre Prodolliet kann diesem Kredit nur dann zustimmen, wenn er vollumfänglich dazu dient, die Entscheidungsgrundlagen für allfällige Baukredite zu bringen. Das ist sicher einmal ein generelles Projekt, das sind die flankierenden Massnahmen. Er wäre froh, wenn man ihm auch die entsprechenden Erhebungen (Zählungen und Befragungen) zusichern könnte.

Felix **Häcki** möchte dem Rat beliebt machen, auf Nichteintreten zu stimmen. Und zwar aus einem formellen und einem materiellen Grund. Der formelle Grund: Hier geht es um einen Kredit im Rahmen des TRP Verkehr. Dieser fällt im Dezember weg, weil mit der Beschliessung des Richtplans der Teilrichtplan gar nicht mehr relevant ist. Warum muss jetzt noch eine Zwängerei sein und das noch kurz vor dem Verkehrs-Richtplan verabschiedet werden? Da hätte man ruhig bis im Januar warten können. Materiell: Jeder im Rat weiss, dass der Votant gegen die Stadtbahn war. Und er hat damals Bedenken wegen der Wirtschaftlichkeit angemeldet. Nun hat man die Stadtbahn beschlossen und jetzt sollten wir zuerst mal schauen, was herauskommt. Und nicht vorher eine Studie machen, die nachher für teures Geld wieder angepasst werden muss. Wie bei der Stadtbahn, wo es geheissen hat, man hätte weniger Buslinien, und jetzt sind es plötzlich mehr. Zuerst sollen klare Fakten auf den Tisch. Es ist ja sowieso kein Geld vorhanden und die ganze Sache kann kaum vor 2010 realisiert werden. Bis dann fliesst noch viel Wasser die Lorze runter und kommen noch viele neue Ideen auf den Tisch. Darum haben wir Zeit und müssen nicht so schnell einen Projektkredit bewilligen. Felix Häcki bittet nochmals, für Nichtüberweisung zu stimmen.

Georg **Helfenstein** nimmt Stellung zu Felix Häcki. Der TRP Verkehr ist gültig, so lange der Richtplan nicht abgeschlossen ist. Die Gültigkeit verliert er im Moment also nicht. Wir müssen aufpassen, dass wir in der Verkehrspolitik im Kanton Zug uns nicht selbst zerfleischen. Die linke Ratseite möchte das gerne tun. Der Votant hat zwar das Votum von Alois Gössi gerne gehört und er ist ihm dankbar, dass er wenigstens in diese Richtung die bürgerliche Seite mal unterstützt. Aber wir müssen wirklich aufpassen, dass wir nicht in einen Kollaps in der Verkehrspolitik hineinlaufen. Wir haben seinerzeit der Stadtbahn zugestimmt mit der Bitte an die Linke, die Projekte für den MIV kritisch, aber unterstützend zu bewilligen. Der Gemeinderat von Cham ist einstimmig für das Kammerkonzept und unterstreicht das in sämtlichen geäusserten Voten. Darum möchte Georg Helfenstein dem Rat auch beliebt machen, dieses Projekt klar zu unterstützen, um auch Signale zu setzen. Wir reden von der Planung. Die Forderungen der Vizepräsidentin sind gut und recht, aber das kann man in Ruhe auch in einem schriftlichen Begehren machen, weil wir im Moment nur von der Planung reden. Wir müssen einen Planungskredit bewilligen, damit wir überhaupt eine Vorlage haben, über die wir dann abstimmen können. Und so lange wir keinen Kredit

zur Planung haben, so lange geht nichts. Deshalb bittet der Votant den Rat, dieser Planung zuzustimmen.

Beat **Villiger**: Markus Jans sagt, er lehne auch Eintreten ab. Geht der Votant richtig, dass die AF mit Vorbehalten oder mit Anträgen zustimmen wird? Das ist nicht richtig deutlich geworden. Falls man nicht zustimmen will, würde das den Kommissionspräsidenten enttäuschen. Es wurde gesagt, man könne auf dieses Projekt verzichten und dafür die Stadtbahn forcieren. Das würde nie und nimmer ausreichen. Man sollte diese 2,5 Mio jetzt bewilligen, damit man endlich eine bessere Grundlage hat, um nachher richtig entscheiden zu können. Diese Zeit kann man ja auch nutzen, gerade als Chamer, mitzuwirken, diese Ideen einzubringen. Der Votant geht auch davon aus, dass der Baudirektor nachher sagen wird, dass diese Anliegen selbstverständlich aufgenommen werden. Sie sind auch in der Kommission diskutiert worden. Das ist ja nichts als logisch. In diesem Sinne möchte der Kommissionspräsident den Rat nochmals bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Felix Häckis Nichteintretensantrag macht auch keinen Sinn. Er hat insofern Recht, als bis anhin solche Kredite im Rahmen des Rahmenkredits tranchenweise bewilligt werden konnten. Hier haben wir keinen Rahmenkredit, also muss er separat vorgelegt werden.

Berty **Zeiter** will präzisieren, dass die AF auf die Antwort des Baudirektors wartet, auf die Zusagen, was im generellen Projekt enthalten sein wird, und dass sie dann nicht opponiert. Dass wir uns der Stimme enthalten. Damit man mit dem Kredit mal prüfen kann, wie das umgesetzt werden soll. Im Prinzip weiss man ja von uns, dass wir gegen jegliche Strassen sind, weil sie die Probleme nicht lösen, sondern nur wieder neue Probleme schaffen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**. «Wer Strassen sät, erntet Verkehr». Dies gilt aber nicht für den Kanton Zug. Er sät Verkehr, erntet aber keine Strassen. Mit dem generellen Projekt Kammerkonzept werden flankierende Massnahmen so weit untersucht und bearbeitet, dass im Rahmen eines generellen Projekts sichergestellt werden kann, dass das Kammerkonzept funktioniert. D.h., es wird aufgezeigt werden, welche flankierenden Massnahmen notwendig sind, um den Dorfkern von Cham so weit vom Mief zu entlasten, dass der ÖV seine Funktionen wahrnehmen kann. Dies immer in Abhängigkeit davon, welcher Abschnitt des Kammerkonzepts zu welchem Zeitpunkt gebaut und in Betrieb sein wird. Bekanntlich sind ja die Kammern A und D in der zweiten Priorität. Aber wir müssen die Schnittstellen ja vorher schon untersuchen und auf die flankierenden Massnahmen abstellen. Diese Untersuchungen werden in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für öffentlichen Verkehr durchgeführt. Die Regierung hat hiefür im anbegehrten Kredit speziell 300'000 Franken vorgesehen und eingebaut. Als Vorläufer zum generellen Projekt Kammerkonzept hat das Tiefbauamt in Zusammenarbeit mit dem Amt für öffentlichen Verkehr und der Gemeinde Cham bereits eine Studie in Auftrag gegeben, welche die folgenden Aspekte untersucht:

- Wirkung einer etappierten Umsetzung des Kammerkonzepts Cham. Nebst der Gesamtwirkung auf die Verkehrssituation im Zentrum interessiert vor allem auch

die Entlastungswirkung der einzelnen Kammerelemente auf die Zuger- und auf die Luzernerstrasse.
- Kurz- und langfristige Perspektiven für den öffentlichen Verkehr.
- Feinverteiler im Zentrum in Abhängigkeit der Umsetzung des Kammerkonzepts.
- Ableitung von zweckmässigen Etappen für die Optimierung des Gesamtverkehrs. Folgerungen für kurzfristig anstehenden Fragen in Zusammenhang mit der bevorstehenden, langsam wirklich nötigen Sanierung der Zugerstrasse.

Berty Zeiter hat gesagt, dass die flankierenden Massnahmen der Gemeinde Cham eine Zentrumsgestaltung mit der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer erlauben. Die Baudirektion geht über die AF hinaus. Möglichst viel Mief auf der neuen Strasse, möglichst viel ÖV auf der alten Strasse, ist unser Ziel.
Der Votant kann der SP-Fraktion nicht mehr folgen. Wir wollen das Zentrum von Cham beruhigen. Wir wollen, dass der ÖV wieder durchkommt, der steht nämlich heute. Wieso seid ihr dagegen? Habt ihr Hintergedanken oder wollt ihr, dass die zweckgebundenen Einnahmen nur noch für ÖV und Radwege eingesetzt werden? Dies wäre unfair, denn der Mief zahlt seine Strassen selber.
Zu Beat Villiger. Die Tangente Neufeld ist nach wie vor in der ersten Priorität. Das Problem war, dass die Gemeinden Zug und Baar eine politische Linie in die Landschaft gezeichnet haben. Nun kommt die Baudirektion und muss die technische Linie zeichnen. Und das sind nicht gleichen Linien. Da muss mit dem Landschaftsarchitekten noch gearbeitet werden. Das ist aufgegleist.
Zu Peter Dür. Ausgaben und Investitionen sind nicht das Selbe. Z.B. spart der Kanton Zürich jetzt Dutzende von Millionen bei den Ausgaben. Aber nicht einen Franken beim Ausbau der Strassen. Die gesamte erste Priorität des TRP Verkehr ist finanzierbar mit vorübergehender Verschuldung. Zurückbezahlt mit Zins und Zinseszinsen. Wo gibt es das noch im Kanton? Der TRP Verkehr kann doch keinen Finanzierungsplan vorlegen. Wir sprechen von einem Plan. Seit wann legen wir für einen Plan für die nächsten 15, 20 Jahre einen Finanzierungsplan vor? Vorgelegt werden kann der Finanzplan 2004-2010, wo die konkreten Projekte drin sind. Dieser Horizont ist überschaubar und da wird auch die Finanzierung der einzelnen Projekte eingebaut sein. Aber wir können doch keinen Finanzierungsplan für einen TRP Verkehr bis und mit dritte Priorität für die nächsten 25 Jahre vorlegen. Da müssen wir doch einen Unterschied machen.

➔ Der Rat beschliesst mit 53 : 7 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1142.5 – 11328 enthalten.

258 INTERPELLATION VON BERTY ZEITER BETREFFEND STAND UND FÖRDERUNG DER PALLIATIVE CARE IM KANTON ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1100.2 – 11163).

Berty **Zeiter** möchte zuerst nochmals definieren, was mit Palliative Care gemeint ist, denn es ist doch schon lange her, seit sie diese Interpellation eingereicht hat. Palliative Care unterstützt unheilbar kranke Menschen darin, dass sie ihre letzte Lebensphase in bestmöglicher Lebensqualität durchleben dürfen. Nebst pflegerischen und medizinischen Aspekten werden auch soziale, psychologische und spirituelle Komponente mit einbezogen. Am diesjährigen Tag der Kranken anfangs März war das Motto «palliative Betreuung in der Schweiz», und zu diesem Anlass hat die Votantin ihre Interpellation eingereicht. Ende April erhielt sie eine Karte von einer ihr unbekannten, krebskranken Frau. Sie schrieb: «Ein riesengrosses Dankeschön. Ihre Interpellation kommt für mich leider zu spät. Ich bin krebskrank und auf der Suche nach einer guten Betreuung. Ich würde eine Palliativstation im Spital aufsuchen. Leider besteht jedoch weder im Kanton Zug noch im Kanton Luzern ein solches Angebot. Frau Zeiter, ich unterstütze Sie gerne, dass bald auch im Kanton Zug die Palliative Care einen höheren Stellenwert bekommt.» Zwei Wochen nach der Karte der kranken Frau kam die Antwort des Regierungsrats, die sie sehr erstaunte. Da las sie: Im Kanton Zug ist alles in Ordnung, die Palliative Care wird im Kantonsspital und im Pflegezentrum Baar bereits angeboten, alle Bedürfnisse sind abgedeckt, es bleibt höchstens noch das Gute zu verbessern. – Hat die kranke Frau wohl zu wenig Informationen gehabt? Berty Zeiter versuchte, mit ihr Kontakt aufzunehmen, erhielt aber den traurigen Bescheid, sie liege im Spital und käme wohl nicht mehr nach Hause. Fünf Tage später las die Votantin ihre Todesanzeige in der Zeitung. Und da war sie noch einmal erstaunt: Die verstorbene, gut 40jährige Frau wurde von Direktion und Belegschaft des Zuger Kantonsspitals gerühmt als kompetente und engagierte Mitarbeiterin. Sie war also eine Krankenschwester, eine Insiderin, und fand trotzdem, die Palliative Care im Kanton Zug hätte noch einen zu kleinen Stellenwert. So hatte Berty Zeiter zwei völlig verschiedene Situationsbilder in Bezug auf Palliative Care im Kanton Zug. Was stimmte nun? Sie suchte daraufhin das Gespräch mit Verantwortlichen des Pflegezentrums Baar, des Kantonsspitals Zug, der Krebsliga, dem Verein Hospiz Zug und dem Präsidenten der Schweizerischen Gesellschaft für Palliative Medizin, Pflege und Begleitung, Prof. Stiefel am Universitätsspital Lausanne. Die Erkenntnisse aus diesen Gesprächen möchte sie hier präsentieren.

Erstens begegnete sie sehr engagierten Pflegepersonen und Ärzten, fachlich kompetent und menschlich überzeugend. Sie war beeindruckt vom Einsatz, der für schwer kranke und leidende Menschen in unseren Institutionen bereits jetzt, unter manchmal sehr einschränkenden Bedingungen, geleistet wird. Zweitens wird die Antwort des Regierungsrats als «recht freundlich und differenziert» eingestuft (so Prof. Stiefel). Und der Bereichsleiter Palliative Care der Schweizerischen Krebsliga merkt an: «Die inhaltliche Qualität sowohl der Interpellation wie auch der Antwort des Regierungsrates ist bemerkenswert im Vergleich zu ähnlichen Vorstössen in anderen Kantonen». Also herzlichen Dank an den Regierungsrat!

Von drittens an kommen nun die Aber: Der Regierungsrat bezieht sich auf Kenndaten der Krebsliga Schweiz, um darzulegen, dass der Kanton Zug zu klein sei für ein Kompetenzzentrum für Palliative Care. Diese Umrechnung ist allzu einfach. Einer-

seits könnte man das Einzugsgebiet einer spezialisierten Station auf weitere Kantone ausdehnen. In der ganzen Zentralschweiz gibt es noch keine solche Station. Und ein Kompetenzzentrum für Palliative Care wäre eine ideale Ergänzung zum Kompetenzzentrum für Onkologie des Kantonsspitals und zum Kompetenzzentrum für Geriatrie des Pflegezentrums Baar. Vor allem aber musste die Votantin feststellen, dass die Palliative Care im Kanton Zug sich nicht auf allgemein anerkannte Standards und auf Strukturen abstützen kann, sondern sehr stark personenbezogen ist. Ohne ein designiertes Kompetenzzentrum mit einem klaren Auftrag ist das Bestehen einer qualitativ hochstehenden Palliation sehr personenabhängig. Oft fallen die Projekte dann zusammen, wenn die Pionierinnen und Pioniere ihre Arbeitsstelle oder den Vereinsvorstand verlassen. Dies bestätigte auch der Bereichsleiter Palliative Care der Schweizerischen Krebsliga, Georges Neuhaus. Auch bei uns trifft seine Beobachtung zu, dass in der Koordination unter den verschiedenen Strukturen (Spitin - Spitex) ein grosses Manko besteht. Gegenseitige Informationen und Informationskanäle fehlen. Selbst die kompetenten Gesprächspartnerinnen und -partner waren über gewisse Infos über die anderen Institutionen überrascht.
Weiter wurde sichtbar, dass ältere Menschen eher die Chance haben, nach palliativen Grundsätzen gepflegt zu werden als jüngere. Übereinstimmend wurde festgehalten, dass für jüngere Menschen im letzten Lebensabschnitt keine geeigneten Pflegeplätze vorhanden sind. Daran wird auch durch das Konzept des neuen Pflegeheimes in Baar wenig geändert. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort: «Die palliative Netzwerkarbeit, namentlich im ambulanten Bereich, ist als Dauerprozess weiter gezielt zu verbessern. Darin kommt dem Hospiz Zug eine tragende Rolle zu.» In diesem Verein arbeiten jedoch alle Mitglieder freiwillig und ehrenamtlich. Er kann weder ein ambulantes Angebot für palliative Pflege machen, noch hatte er bisher die finanziellen Mittel, um weiter gehende Angebote aufzubauen. Folglich steht dieser erste Stützpunkt der Palliative Care im Kanton Zug auf sehr wackligen Füssen.
Aus diesen Erkenntnissen und Überlegungen resultieren folgende Erwartungen und Forderungen an den Kanton:

1. Es ist wichtig, dass der Verein Hospiz mit einem fixen jährlichen Beitrag von Seiten des Kantons unterstützt und seine wertvolle Pionierarbeit so anerkannt wird. Die Gesundheitsdirektion hat diese Forderung wohl kommen sehen und in zuvorkommender Weise (wörtlich genommen!) im Frühsommer dem Verein 10'000 Franken jährlich zugesprochen für die Jahre 2003 bis 2005. Dafür möchte die Votantin herzlich danken, auch im Namen vom Hospiz.
2. Die Gesundheitsdirektion soll mit Entschiedenheit das Projekt «Netzwerk Palliative Care» unterstützen. Mit diesem Projekt eines runden Tisches will Hospiz Zug die Zusammenarbeit verschiedenster Institutionen im Bereich der Palliative Care fördern. Dabei ist in Betracht zu ziehen, dem Verein Hospiz für diese zusätzliche Aufgabe einen Leistungsauftrag zu erteilen.
3. Wenn auf Grund der sorgfältigen Arbeit des runden Tisches mit dem Aufbau einer minimalen Struktur begonnen wird, ist diesem Anliegen die notwendige Unterstützung des Kantons zu gewähren.

Der Aufbau einer solchen Struktur könnte auf folgende Weise geschehen:
Der erste Schritt wäre die Errichtung einer Koordinationsstelle, die als Informations- und Beratungsstelle für die Bevölkerung dient. Als zweiter Schritt käme eine mobile Palliative Care-Equipe dazu, welche Patienten und Pflegende zu Hause, im Spital sowie im Pflegeheim unterstützen könnte. Für die Schwerkranken bedeutete das eine einzige Bezugsperson, die ihre Situation kennt und die therapeutischen Mög-

lichkeiten verknüpfen könnte. Als dritter Schritt käme ein Hospiz dazu, ein Haus, in dem Menschen während ihrer letzten Lebensphase palliativ gepflegt werden, ein Haus, das nach Möglichkeit von den Zentralschweizer Kantonen gemeinsam geführt wird.
Zum Schluss nur noch diese Bemerkung: Palliative Care heisst, dass jeder Mensch in seiner letzten Lebensphase sich immer noch als Mensch fühlen darf, denn Sterben ist nicht der erste Abschnitt des Todes, sondern der letzte des Lebens. Und dass wir alle diese letzte Station in Würde durchleben können, das wünscht Berty Zeiter uns allen von Herzen.

Kathrin **Kündig** dankt Berty Zeiter, auch im Namen der CVP-Fraktion, für ihre Interpellation, die ein schwieriges und heikles Thema aufgreift. Dem Regierungsrat dankt sie für die sorgfältige Beantwortung. Ihrem Votum möchte sie eine grundsätzliche Betrachtung vorausschicken. Im Gesundheitswesen besteht eine zunehmende Divergenz zwischen den Ressourcen einerseits und den Erwartungen der Patienten, Politiker und Krankenkassen andererseits. Diese Schere öffnet sich immer weiter. Pflegende und Ärzte sind gerade in den finanziell wenig einträglichen Bereichen wie Grundversorgung und Palliative Care mit stetig steigenden Anforderungen konfrontiert, ohne dass die Mittel im gleichen Umfang ausgebaut werden. Die Gesundheitsversorgung allgemein, hier insbesondere auch die Palliativ Care, hängen in erheblichem Umfang vom persönlichen Einsatz von Pflegenden, Ärzten und wohltätigen Institutionen ab. Trotzdem werden diese eher als Kostenverursacher denn als Leistungsträger behandelt. Hier wird von der Politik zu Recht erwartet, dass sie neben den Kosten auch die Leistungen des Gesundheitswesens vermehrt thematisiert und würdigt. Dies gilt im besonderen Ausmass für die Palliativ Care. Sie bewegt sich häufig im extremen Spannungsfeld zwischen den Erwartungen und Wertvorstellungen aller Beteiligten bezüglich der letzten Massnahmen im Leben eines Menschen. So müssen beispielsweise Vorstellungen über maximal lebensverlängernde Massnahmen von Angehörigen sinnvoll und einfühlsam mit den entsprechenden Wünschen der Patienten abgeglichen werden.
Die Votantin möchte sich nun vor allem zu den Fragen Nr. 3, 4 und 5 und deren Beantwortung durch den Regierungsrat äussern: Zunächst *zu Punkt 4*: Es stimmt zwar, dass in naher Zukunft die Pflegeausbildungen im Tertiärbereich vom BBT geregelt werden. Bis heute aber gelten für sämtliche Gesundheits- und Krankenpflegeschulen die vom SRK 1992 erlassenen Ausbildungsbestimmungen. Darin wird «Pflege» in fünf Funktionen definiert und zusammengefasst. In der Definition der zweiten Funktion ist der Gedanke der Palliative Care aufgenommen. Sie lautet wörtlich: «Begleitung in Krisensituationen und während des Sterbens». 2001 veröffentlichte der SBK (Schweiz. Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner) mit der FMH (Schweizerische Ärztegesellschaft) eine gemeinsame «Erklärung betreffend Pflege und Behandlung in der Endphase des Lebens». Diese Stellungnahme erläutert die grundsätzlichen Fragen, welche sich am Ende des Lebens stellen. Sie setzt sich für die Entwicklung der Palliativpflege ein. Dies mit dem Ziel, interdisziplinär allen betroffenen Personen einen Zugang zur Palliativpflege zu garantieren. Dieser Bereich der pflegerisch/medizinischen aber auch gesellschaftlichen Verantwortung liegt also schon lange im Blickpunkt unserer Berufsverbände. Sie ist fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung sowie des täglichen Praxisalltags. Kathrin

Kündig stimmt daher der Aussage des Regierungsrats nicht zu, dass im pflegerischen Ausbildungsbereich ein gesamtschweizerischer Nachholbedarf besteht.
Zu Punkt 3 und 5 der Erklärung des Regierungsrats. Die Votantin geht mit dem Regierungsrat einig, dass es für die weitere Integration der Palliativ Care im Kanton Zug zum heutigen Zeitpunkt keiner zusätzlichen Einrichtung bedarf. Aber weiterhin unabdingbar sind gut ausgebildete, kompetente Pflegefachleute und personell gut dotierte Stellenpläne. Personelle Einsparungen wirken sich hier unverantwortbar auf die Qualität der Leistungen aus. Ebenso wichtig wie die Gewährleistung des entsprechenden Personals ist auch die Vernetzung der einzelnen involvierten Institutionen. Es zeigt sich in der Praxis, dass hier die gravierendsten Schwachstellen in der Palliative Care des Kantons liegen. Ein erster Schritt, diesem Defizit zu begegnen, ist die Einrichtung einer kantonalen Koordinationsstelle. Sie soll als Anlaufpunkt für die Bevölkerung dienen und beratende, informative und vernetzende Aufgaben übernehmen. Auch wenn dies nicht eine direkte und ausschliessliche Aufgabe der Politik ist, muss das Augenmerk der Parteien auf der finanziellen Förderung dieser Gesundheitsleistungen liegen. In der Verantwortung des Bundes z.B. liegt es, spezifische Leistungen von Palliative Care, vor allem im ambulanten und im Langzeit-Sektor, in den Leistungskatalog des KVG zu integrieren. Es muss aber auch an Ausgaben für Palliative Care in den kantonalen Budgets gedacht werden, wie beispielsweise die kürzlich zugesprochene finanzielle Unterstützung des ehrenamtlich arbeitenden Vereins Hospiz. Als oberster Grundsatz für professionelle Pflege steht nach wie vor die Aussage des SBK: «Die Würde des Menschen und die Einzigartigkeit des Lebens und Sterbens stehen im Zentrum allen pflegerischen Handelns.» Dieser Grundsatz ist jedoch nicht nur ein pflegerisches Gebot, sondern eine gesellschaftliche und menschliche Verpflichtung, die es finanziell und in der Arbeit aller Parteien zu unterstützen gilt.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** dankt den beiden Votantinnen ganz herzlich im Namen der Regierung für die gute Aufnahme der Antwort. Er dankt auch für die auswärtigen Komplimente bezüglich der Sorgfalt dieser Antwort. Das hört man ja gerade in der Gesundheitspolitik nicht immer. Er möchte auf zwei, drei Punkte eingehen. – Der Regierungsrat ist nach wie vor der Meinung, dass die Planzahlen gegen die Errichtung einer selbständigen spezialisierten Abteilung sprechen. Der Kanton besitzt mit den Hausärztinnen und -ärzten, mit den Spitex-Organisationen der Gemeinden, mit den Pflegeheimen, seien sie nun regional oder gemeindlich, und vor allem mit dem Verein Hospiz Zug über ein gut funktionierendes palliatives Versorgungsnetz. Das wurde von der Interpellantin bestätigt. Sie hat auch von sehr engagierten Pflegepersonen und sehr engagierter Ärzteschaft gesprochen. Der Votant ist sehr froh, das zu hören. Die Einschätzung der Situation auf der Gesundheitsdirektion ist die selbe. Er kann also festhalten, dass Palliative Care im zugerischen Spital- und Pflegewesen gut integriert ist, und zwar als interdisziplinärer Leistungsbestandteil. Joachim Eder hat auf die Antwort der Regierung aus Ärztekreisen auch gute Reaktionen erhalten. So hat ihm der Präsident der Zuger Krebsliga, Ruedi Leuppi, der ja weiss, wovon er spricht, auch gratuliert. Die angesprochene Erwartungshaltung oder der Spagat zwischen den Erwartungen und den möglichen Ressourcen des Personals ist zukünftig ernst zu nehmen. Da müssen Sie aber auch die verantwortlichen Trägerschaften und Institutionen in den gemeindlichen Alters- oder Pflegeheimen ansprechen.

Der Votant ist zusammen mit der Regierung der festen Überzeugung, dass wir vorerst nichts Neues schaffen wollen, sondern das Bestehende den neuen Anforderungen anzupassen haben. Das war ja auch der Grund, dass wir von uns aus – bevor diese Interpellation kam – dem Verein Hospiz Zug, dessen Tätigkeit der Gesundheitsdirektor auch hier öffentlich loben und anerkennen möchte, für die nächsten drei Jahre einen aktiven Unterstützungsbeitrag zugesprochen haben. Der Präsident wertete diesen als «grosszügiges Zeichen der Anerkennung unserer Leistungen». Die Gesundheitsdirektion wird dieses Netzwerk aktiv begleiten und unterstützen. Ob daraus dann irgendwann mal eine kantonale Koordinationsstelle werden soll, müssen die ersten Erfahrungen zeigen. Ob darauf ein Leistungsauftrag oder eine Leistungsvereinbarung folgen soll, möchte der Votant auch noch offen lassen. Er möchte hier wirklich nichts versprechen. Er kann einfach sagen, dass wir das aktiv begleiten werden. Wichtig scheint Joachim Eder aber, dass wir als Kanton nach wie vor dazu Sorge tragen, für gut ausgebildetes Pflegepersonal zu sorgen. Zug wird auch in Zukunft ein Bildungsstandort in den Gesundheitsberufen bleiben. Sie wissen, dass wir zwei Schulen haben. Eine eigene kantonale Schule, die Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege an der Zugerbergstrasse in Zug. Und dann vor allem eine interkantonale Schule für Pflegeberufe in Baar. Diese bietet Gewähr dafür, dass im Bereich der Langzeitpflege und der Geriatrie und Gerontologie wirklich ausgewiesene Fachkräfte auch in Zukunft für all diese Institutionen und Trägerschaften, für all diese Heime, Kliniken und Spitäler zur Verfügung stehen. Das ist ein wesentlicher Beitrag unseres Kantons, der nicht vernachlässigt oder vergessen werden darf. Die Regierung hat sich mehr als einmal schon deutlich dafür ausgesprochen, dafür auch in Zukunft finanzielle Unterstützung zu leisten. Wir wollen in den Gesundheitsberufen ein innerschweizerisch anerkannter Bildungsstandort bleiben.
Dann muss der Votant dem Rat einfach sagen – und das hören wohl einige nicht gern –, dass die Umsetzung von Palliative Care im stationären Leistungsbereich zwar heute schon recht fortgeschritten ist, dass aber unser Kanton befriedigende räumliche und betriebliche Rahmenbedingungen erst dann erhält, wenn wir das neue Zentralspital und das neue Pflegezentrum in Baar beziehen können. Sie können also auch selber ein Zeichen setzen, dass verbesserte Rahmenbedingungen geschaffen werden. Berty Zeiter hat es selber gesagt: Letztlich kommt es natürlich nicht nur auf die räumlichen und betrieblichen Rahmenbedingungen an, sondern vor allem auf die Menschen, die mit den Leuten in der letzten schwierigen Phase ihres Lebens zu tun haben. Und da ist der Gesundheitsdirektor froh, dass das wirklich klappt.

➔ Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

259 MOTION VON JOSEF LANG BETREFFEND REGISTRIERUNG GLEICHGESCHLECHTLICHER PARTNERSCHAFTEN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1145.2 – 11285).

Lilian **Hurschler-Baumgartner** bedankt sich im Namen des Motionärs für die Beantwortung der Motion. – Können Sie sich, liebe Männer, vorstellen, dass Ihre Frau

krank im Spital liegt und Sie sie nicht besuchen dürfen? Oder dass Sie, werte Frauen, für die gemeinsame Wohnung, welche Ihr Partner Ihnen hinterlässt, einen derart hohen Steuersatz bezahlen müssen, dass Sie ausziehen müssen? Am stossendsten ist die Ungerechtigkeit für binationale Paare. Ihnen blüht heute ein nervenaufreibender Gang von Amt zu Amt, bis sie dann eventuell, nach Ermessen, je nachdem, eine Aufenthaltsbewilligung sozusagen aus humanitären Gründen erhalten oder eben nicht. Die meisten von uns brauchen sich die eben geschilderten Situationen nicht im Ernst auszumalen. Wir sind entweder verheiratet oder wir könnten heiraten; unsere Partnerschaft ist unter einen gewissen Schutz gestellt. Homosexuelle Paare stehen aber noch immer ohne diesen Schutz da. Die Zeit ist reif für eine gerechte Lösung. Die Bevölkerung lehnt die Diskriminierung von Schwulen und Lesben zum Glück schon lange ab. Schon vor vier Jahren sprachen sich laut einer schweizerischen Umfrage sieben von zehn Personen für die registrierte Partnerschaft aus. Eine deutliche Mehrheit ist sogar dafür, dass gleichgeschlechtliche Paare heiraten können.
Doch so weit geht unser Vorstoss nicht. Der Weg hin zu einer echten Gleichstellung wird ähnlich lang, wenn nicht länger sein, wie der Weg zu einer Gleichstellung von Mann und Frau, oder wie damals der Kampf der Frauen, die sich fürs Frauenstimmrecht einsetzten, das heute eine Selbstverständlichkeit ist. Schwule und Lesben müssen jeden Tag kämpfen, um nicht nur geduldet, sondern um echt dazu zu gehören. Mit der Registrierung von Partnerschaften wird ein Prozess ausgelöst, welcher mehr Sicherheit und mehr Selbstbewusstsein bringen wird, und das ist sehr wichtig. Welches sind denn Argumente, die gegen diese Gleichstellung sprechen? Wovor haben wir Angst? Angst vor einem Wertezerfall? Was sind denn das für Werte, wenn wir eine Menschengruppe diskriminieren auf Grund ihrer Gefühle zum gleichen Geschlecht?
Uns, die wir die Motion von Josef Lang unterstützen, geht es weder um eine Besser- noch um eine Schlechterstellung der Ehe. Ehen, respektive Familien schützen wir nicht, indem wir andere Lebensformen diskriminieren, sondern indem wir Elternschaft und Kinderhaben sozial absichern. Dazu braucht es Lösungen wie angemessene Kinderzulagen, eine Mutterschaftsversicherung, Krippen, Horte, Tagesschulen und so weiter – Lösungen, für welche wir Linken zahlreiche Vorstösse eingereicht haben. Im Ausland hat sich die registrierte Partnerschaft als pragmatische Lösung längst bewährt. Dänemark kennt sie seit vierzehn Jahren. Ganz Nordeuropa kennt sie und seit vorletztem Sommer kennt sie auch Deutschland. In der Schweiz kennt sie der Kanton Genf seit Februar 2000, der Kanton Zürich seit Oktober 2002. Das Zürcher Partnerschaftsgesetz ist am 1. Juli dieses Jahres in Kraft getreten. Seit diesem Tag können sich Männer- und Frauenpaare, die im Kanton Zürich Wohnsitz haben, beim Zivilstandsamt ihrer Wohngemeinde als Paar eintragen lassen. Voraussetzung ist, dass sich die beiden Partnerinnen oder Partner mindestens sechs Monate vorher in einem öffentlichen Vertrag verpflichtet haben, sich gegenseitig zu unterstützen und einen gemeinsamen Haushalt zu führen. Dies kann bei einem Notar geschehen. Eine solche Lösung wünschen wir uns auch für unseren Kanton.
Heute ist der Tag, an dem wir diesen Schritt auch im Kanton Zug tun können. Die Gelegenheit ist günstig, ein Zeichen für einen fortschrittlichen, optimistischen, weltoffenen und gerechten Kanton Zug zu setzen. Die Zeit ist günstig, für «good news» zu sorgen. Wir Mitunterzeichnende und sicher auch ganz viele weitere Kantonsrätinnen und Kantonsräte teilen mit Josef Lang die Meinung, dass es richtig ist, allen Paaren – ob Frau und Mann, ob Mann und Mann oder ob Frau und Frau – die Registrierung ihrer Partnerschaft zu ermöglichen. Leider sind Schwule und Lesben sogar im Dritten

Jahrtausend viel stärker benachteiligt als Heterosexuelle. Christian Morgenstern hat einmal gesagt: «Nicht da ist man daheim, wo man seinen Wohnsitz hat, sondern wo man verstanden wird.» Der Wunsch der Votantin ist es, dass es eines Tages in der ganzen Schweiz, ja auf der ganzen Welt so sein wird, dass Schwule und Lesben verstanden und akzeptiert werden, dass es kein Aufsehen mehr erregt, wenn zwei Männer Hand in Hand durchs Dorf spazieren; dass eine Frau, die eine Frau liebt, zu ihren Gefühlen stehen kann, ohne Angst haben zu müssen, den Job zu verlieren. Ja, dass die Liebe zwischen zwei Menschen – in welcher Form auch immer – so selbstverständlich wird, wie es schon immer hätte sein sollen.

Martin B. **Lehmann**: Wie bereits seine Vorrednerin gesagt hat, geht es beim vorliegenden Geschäft nicht darum, die Institution der Ehe anzugreifen. Es geht vor allem um den Abbau von Diskriminierung und Stigmatisierung von Homosexuellen, und zwar innerhalb der Gesellschaft wie auch im Verhältnis zum Staat. Diese Diskriminierung steht nicht nur im krassen Gegensatz zu Art. 8 unserer Bundesverfassung, sondern ist auch einer liberalen Gesellschaft nicht würdig. Die Registrierung von Partnerschaften beseitigt aber nicht nur die Benachteiligungen im Alltag, sie schafft mit der Anerkennung von dauerhaften Beziehungen auch mehr Respekt, ermöglicht eine Rechtssicherheit und fördert damit auch die Eigenverantwortung. Last but not least entlastet sie sogar den Staat, weil gegenseitige Unterstützung und Fürsorge integrierender Bestandteil werden. Dabei hat diese Vorlage nicht nur einen politisch rechtlichen Hintergrund, sondern leistet auch ein wichtiges gesellschaftliches Signal. Selbst der Bundesrat geht in seiner Botschaft vom 29. November 2002 zum entsprechenden Bundesgesetz davon aus, dass mit der gesetzlichen Registrierung von Partnerschaften die Akzeptanz von Homosexualität gesteigert und den Homosexuellen ihr Coming out erleichtert werden kann. Nicht nur angesichts der hohen Suizid-Raten bei insbesondere jungen Homosexuellen wäre dies höchst willkommen. Dass die krassen Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten abgeschafft gehören, wurde bereits in verschiedenen europäischen Ländern erkannt und umgesetzt. In der Schweiz kennen die Kantone Genf und Zürich bereits entsprechende Gesetze. Der Votant tendiert dazu – auch im Namen der SP-Fraktion –, dass wir diesen Schritt auch im Kanton Zug vollziehen und damit ein Zeichen setzen für einen fortschrittlichen, weltoffenen und gerechten Kanton. Und eben nicht abwarten bis evtl. im Jahr 2005 das entsprechende Bundesgesetz in Kraft tritt. Die SP-Fraktion stellt dem Rat deshalb den Antrag, die Vorlage – im Gegensatz zum Antrag der Regierung – vollständig erheblich zu erklären.

Kathrin **Kündig** setzt sich heute zum zweiten Mal für eine Minderheit ein und hofft, dass sie damit etwas Erfolg hat. Heute steht die Motion Lang und der Bericht und Antrag des Regierungsrats zur Diskussion, die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften die Möglichkeit geben soll, sich amtlich registrieren zu lassen. Damit soll ein erster Schritt zur gesetzlichen «Besserstellung» dieser Lebensgemeinschaften gemacht werden. Aber auch gleichzeitig ein Schritt zur gesellschaftlichen Integration und Anerkennung dieser Lebensform. In allen Kulturen und Nationalitäten stellen Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung einen Anteil von 5 bis 15 % der Bevölkerung dar und sind seit Jahrhunderten gesellschaftliche Realität. Plausible Gründe für eine Gesetzesänderung sind zahlreich, wie auch aus dem

Regierungsratsbericht zu entnehmen ist. Die Votantin möchte sich auf einige prägnante Argumente beschränken und nicht der ausufernden öffentlichen Diskussion folgen, wie sie noch vor Kurzem in den Medien stattgefunden hat.
Schon lange ist in der gesamten westlichen Welt wissenschaftlich, d.h. medizinisch und soziologisch erwiesen, dass es sich bei einer homosexuellen Lebensform nicht um eine Störung handelt, die therapiert und vor der sogar die Gesellschaft geschützt werden müsste. Demzufolge ist von der WHO Homosexualität von der Liste der Erkrankungen entfernt worden. Es handelt sich viel mehr um Menschen, die als Mitbürgerinnen und Mitbürger unserer Städte und Gemeinden vollwertig in ihre Bürgerpflicht genommen werden. Rechtlich aber sind sie in ihren Lebensgemeinschaften wie nichtexistent und werden an so einschneidenden Punkten wie dem Patienten-/Erbrecht sozial und menschlich diskriminiert. Es wäre falsch, an einem überalterten Moral und «Naturverständnis» zu hängen, statt gesellschaftliche Werte weiter zu entwickeln und damit das System, in dem wir leben, zu verbessern. Die gleichgeschlechtliche, amtlich registrierte Partnerschaft zu ermöglichen, stellt auch keinerlei Konkurrenz zur Ehe dar. Vielmehr ist sie eine längst notwendige Ergänzung geltenden Rechts. Denn wenn ein Mensch in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft Verantwortung für den anderen auch bis in den Tod übernehmen möchte, ist das echte Nächstenliebe, ist das ein gesellschaftlicher Wertegewinn und kein Verlust. Dieses wurde z.B. vom Volk des Kantons Zürich mit überwältigender Mehrheit so beurteilt. Aber auch viele europäische Staaten wie Frankreich, Niederlande, Deutschland, Belgien, Dänemark, Schweden, Finnland und Norwegen haben dies erkannt und entsprechend einer modernen Gesellschaft gesetzliche Grundlagen geschaffen.
Kathrin Kündig dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Stellungnahme und stimmt ihr inhaltlich weitestgehend zu. Inkonsequent erscheinen ihr aber vor allem zwei Punkte. Es wird deutlich konstatiert, dass seit 1992 die homosexuelle Lebensform nicht mehr als unnormal gilt. 1999 statuierte die neue Bundesverfassung ausdrücklich, dass niemand wegen seiner Lebensform diskriminiert werden darf. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist klar, dass es der gesetzlichen Definition von Diskriminierung entspricht, wenn homosexuelle Lebensgemeinschaften der Zugang zu einer rechtlichen Gleichstellung verwehrt wird. Dies sieht im Grunde genommen auch der Regierungsrat so. Bedenklich und weder moralisch noch rechtlich einwandfrei ist jedoch der Vorschlag, mit der kantonalen Initiative für eine Gleichstellung aus praktischen oder organisatorischen Gründen zu zuwarten.
Die zweite Inkonsequenz in der Argumentation des Regierungsrats liegt darin, dass immer von «Besserstellung» statt von Gleichstellung die Rede ist. Dies insofern, als eine Aufhebung von Diskriminierung logischerweise die Gleich- und nicht die Besserstellung bedeutet. Wenn wir, wie vom Regierungsrat empfohlen, so verfahren, dass wir die Bestrebungen zu einer Besserstellung aufschieben, müssen wir uns den Vorwurf gefallen lassen, «vielleicht in Zukunft ein bisschen weniger zu diskriminieren». Unsere Aufgabe ist es aber, dafür zu sorgen, dass ein augenscheinlich rechtswidriger Zustand umgehend aufgehoben wird. Es ist im Grunde keine Ermessensfrage, im Kanton für die entsprechende Gesetzesgrundlage zu sorgen, sondern die zwingende Konsequenz aus den bereits vorliegenden Gesetzestexten von 1992 (Revision des Sexualstrafrechts) sowie dem Antidiskriminierungsgesetz.
Darum schliesst sich die Votantin dem Antrag der SP-Fraktion an und bittet den Rat, hier und heute auf den Inhalt der Motion Lang betreffend Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zurück zu kommen und den Regierungsrat damit zu

beauftragen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die rechtlichen Voraussetzungen und die dazu notwendigen Gesetzesanpassungen beinhaltet.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, hält fest, dass in den Voten ausdrücklich geschildert wurde, was die Registrierung von gleichgeschlechtlichen Paaren an Verbesserung ihrer Situation und damit an Gleichstellung für sie bringen kann. Sie sollen weniger diskriminiert und den Ehen gleichgestellt werden in jenen Bereichen, wo das möglich ist. Brigitte Profos dankt für diese eindrücklichen Voten. Und trotzdem hält die Regierung an ihrem Antrag fest, wie er in Ziff. 5 der Vorlage umschrieben ist. Und zwar aus folgenden Gründen. Ein kantonales Gesetz wie auch das Zürcher und das Genfer Gesetz bleibt auf den Kompetenzbereich und das Gebiet des Kantons beschränkt. Es zeitigt daher nur sehr eingeschränkte Wirkungen. Denken Sie an die heutige Mobilität im Arbeits- und Wohnbereich. Weshalb wollen wir warten, bis das Bundesgesetz in absehbarer Zeit in Kraft tritt? Das ist im Interesse der Koordination und Konzentration der Vorarbeiten und eben wegen der beschränkten Wirksamkeit eines kantonalen Gesetzes. Sollte das Bundesgesetz hingegen nicht zustande kommen, würde die Regierung eine kantonale Lösung anstreben. Dann müsste halt wenigstens auf dieser eingeschränkten kantonalen Ebene eine gesetzliche Grundlage für die Registrierung geschaffen werden, um ein deutliches Zeichen für die Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren zu setzen, insbesondere im Steuerrecht, im Patientenrecht, in der Sozialhilfe, auch im Staats-, Zivil- und Strafprozessrecht. Dieses Gesetz soll dann die Diskriminierung abbauen und ermöglichen, dass Menschen, die einander zugetan sind, für einander auch rechtlich abgesichert Verantwortung übernehmen können. Die Votantin bittet den Rat, den Antrag der Regierung gemäss Ziff. 5 gutzuheissen.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** hält fest, dass die AF die Anträge der SP-Fraktion und von Kathrin Kündig unterstützt, die beide beantragen, die Motion Lang sei vollständig erheblich zu erklären. – Noch eine Bemerkung zum Vorschlag der Regierung, die schweizerische Gesetzgebung abzuwarten, wie dies andere Schweizer Kantone tun. Wir sind der Meinung, dass ein Zuger-Ja ein positives Zeichen ausstrahlen würde und gerade für die bevorstehende Debatte im National- und Ständerat als Vorzeigebeispiel mit den Kantonen Genf und Zürich mit dabei wäre.

➔ Der Rat schliesst sich mit 31 : 22 Stimmen dem Antrag der Regierung an, wonach die Motion im Sinne der Ausführungen von Ziff. 5 erheblich erklärt wird.

260 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 27. November 2003

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

17. SITZUNG: DONNERSTAG, 27. NOVEMBER 2003
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.30 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

261 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Abwesend sind: Hans Christen, Zug; Markus Bucher und Martin B. Lehmann, beide Unterägeri.

262 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Gerhard Pfister mit Schreiben vom 10. November 2003 seinen Rücktritt als Mitglied des Kantonsrats per 30. November 2003 mitgeteilt hat. Dies auf Grund seiner Wahl in den Nationalrat. Er weilt somit zum letzten Mal bei uns. Er zeichnete sich im Rat durch scharfsinnige Analysen und eine Rhetorik ciceronischen Niveaus aus. Wir wünschen ihm in seiner weiteren politischen Karriere viel Befriedigung und Erfolg im Interesse unseres Landes und des Kantons Zug. Insbesondere freuen wir uns auf die Weiterführung der Wortduelle Pfister/Lang.

– Am Nachmittag wird das Leitungsteam des Schülerparlaments Sunnegrund IV in Steinhausen dem Rat mit ihrem Lehrer, André Landtwing, einen Besuch abstatten.

– Auf Grund von Zeitungsmitteilungen über die Kommissionsarbeit in den letzten Tagen ruft Peter Rust § 22 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Kantonsrats in Erinnerung. Danach sind Beratungen der Kommissionen nicht öffentlich. Die Materialien der

Kommissionen (insbesondere Protokolle) sind erst nach Abschluss der Beratungen allen Mitgliedern des Kantonsrats zugänglich, soweit sie nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen. Über eine allfällige Orientierung der Öffentlichkeit entscheidet allein die Kommission.
Auf Grund dieser klaren Rechtsgrundlage dürfen Kommissionsmitglieder gegen aussen keine Mitteilungen machen, welches andere Kommissionsmitglied warum welche Meinung im Rahmen der Kommissionsarbeit vertreten hat. Es dürfen vor der Publikation des Kommissionsberichts den Medienschaffenden auch keine Sachinformationen abgegeben werden, die im Rahmen der Kommissionsarbeit bekannt wurden. Soweit mehr Informationen als in den Kommissionsberichten festgehalten gegen aussen mitgeteilt werden, braucht dies vorgängig einen Kommissionsbeschluss. Der Vorsitzende möchte mit dieser eindringlichen Aufforderung vermeiden, dass eine Strafanzeige (gemäss §6 der Strafprozessordnung) wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses eingereicht werden muss.

263 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30. Oktober 2003.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Ausbildung für Berufe im Gesundheitswesen).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1184.1/.2 – 11316/17).

3.2. Gesetzesinitiativen für eine bedarfsgerechte und soziale Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung im Kanton Zug und für eine flexible Administration bei der Durchführung der Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung und eine schnellere Auszahlung der Gelder.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1183.1/.2 – 11314/15).

4. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für das generelle Projekt der neuen Kantonsstrasse «Kammerkonzept Ennetsee», Gemeinden Cham und Hünenberg.
2. Lesung (Nr. 1142.5 – 11328).
5. Änderung des Schulgesetzes (Besondere Förderung).
1. Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1114.1/.2 – 11139/40), der Kommission (Nr. 1114.3 – 11321) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1114.4 – 11335).
6. Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2004 - 2011.
1. Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1160.1/.2 – 11265/66), der Strassenbaukommission (Nrn. 1160.3/.4 – 11306/07) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1160.5 – 11336).
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Vollzug des Strassenbauprogramms 1998 - 2003, Kreditbegehren KS 2 und R 15, Kantonsstrasse 381 A, Gemeinden Zug und Baar betreffend kombinierter Rad- / Gehweg Ägeristrasse, Abschnitt Lüssirainstrasse bis Abzweiger Neutalacher.

Nur eine Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1150.1 – 11239), der Strassenbaukommission (Nr. 1150.2 – 11308) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1150.3 – 11337).

8.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Planungs- und Projektierungskredite öffentlicher Verkehr.
1. Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1168.1/.2 – 11278/79), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (Nr. 1168.3 – 11319) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1168.4 – 11338).

8.2. Interpellation von Guido Käch betreffend Betriebs- und Infrastrukturkosten für den öffentlichen Verkehr (Nr. 1185.1 – 11322).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1185.2 – 11347).

9. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Abstimmung des Zuger Busnetzes auf die Stadtbahn und eines vorgezogenen Budgetkredits 2005.
1. Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1171.1/.2 – 11286/87), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (Nr. 1171.3 – 11320) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1171.4 – 11339).

10. Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrates aufgrund hängiger parlamentarischer Vorstösse nach der Ablehnung des Kantonsratsgesetzes (KRG) am 28. Juni 2001 (Kleine Parlamentsreform).
Nur eine Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1108.1/.2 – 11127/28) und der Kommission (Nrn. 1108.3/.4 – 11304/09).

11. Interpellation von Leo Granziol betreffend Investitionen im Kantonsspital (Nr. 1169.1 – 11283).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1169.2 – 11313).

12. Interpellation von Georg Helfenstein betreffend Zentralspital (Nr. 1181.1 – 11310).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1181.2 – 11344).

13. Motion der SVP-Fraktion betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Verankerung der Bürgerrechtserteilung durch das Gemeindestimmvolk (Nr. 1147.1 – 11230).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1147.2 – 11282).

14. Motion von Heinz Tännler betreffend Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (WAG; Termin für die Gesamterneuerungswahlen) (Nr. 1064.1 – 11008).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1064.2 – 11324).

15. Motion von Heinz Tännler betreffend Unvereinbarkeitsregelung bezüglich Mitglieder des Verwaltungsgerichts nach § 55 des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) (Nr. 1105.1 – 11115).
Berichte und Anträge des Verwaltungsgerichts (Nr. 1105.2 - 11300) und des Regierungsrats (Nr. 1105.3 – 11345).

16. Postulat von Andreas Bossard betreffend sporadische Durchführung von Festen der Verbundenheit (Nr. 1034.1 – 10928).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1034.2 – 11318).

17. Interpellation von Martin B. Lehmann betreffend finanzielle Situation der Pensionskasse (Nr. 1176.1 – 11299).
Antwort des Regierungsrates (Nr. 1176.2 – 11346).

* Die Behandlung von Trakt. 2 ist zu Beginn der Nachmittagssitzung vorgesehen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Martin B. Lehmann am 16. November 2003 einen Herzinfarkt erlitten hat. Er hat sich sehr rasch erholt und wird für einen Monat nach Gais in die Rehabilitation fahren. Er wird bis Ende Jahr nicht als Kantonsrat tätig sein können. Wir wünschen ihm von Herzen gute Besserung. – Ziff. 17 der Traktandenliste (Interpellation von Martin B. Lehmann betreffend finanzielle Situation der Pensionskasse) wird abtraktandiert und neu für die Kantonsratssitzung von Ende Januar 2004 traktandiert.

Der Finanzdirektor wird uns im Verlaufe des heutigen Morgens verlassen, um an seiner Verabschiedung als Vizepräsident des Bauernverbands teilzunehmen. Wir ändern die Traktandenliste und behandeln Ziff. 2 (parlamentarische Vorstösse, allfällige Eingaben) nicht am Nachmittag, sondern bereits am Morgen. Grund: Die Motion Rust/Dür/Häcki/Birri betreffend Gesamtauswirkungen von Ausgabenbeschlüssen wird gemäss Antrag der Motionäre sofort behandelt. Für diese Motion ist der Finanzdirektor zuständig.

➔ Der Rat ist einverstanden.

264 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzung vom 30. Oktober 2003 werden genehmigt.

265 MOTION VON KARL RUST, PETER DÜR, FELIX HÄCKI UND OTHMAR BIRRI BETREFFEND GESAMTAUSWIRKUNGEN VON AUSGABENBESCHLÜSSEN

Karl **Rust**, Zug, Peter **Dür**, Steinhausen, Felix **Häcki**, Zug und Othmar **Birri**, Zug, sowie 63 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 31. Oktober 2003 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1186.1 – 11323 enthalten sind.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Motionäre den Antrag stellen, dass diese Motion sofort zu behandeln ist. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich eine *formelle* über die sofortige Behandlung und eine *materielle* über die Erheblicherklärung (die zweite mit einfachem Mehr). Wir führen aus Praktikabilitätsgründen

eine Diskussion über beide Elemente zusammen, jedoch zwei getrennte Abstimmungen.
Der Regierungsrat stimmt der Motion sowohl bezüglich sofortiger Behandlung wie auch bezüglich Erheblicherklärung zu, namentlich auch Ziff. 2 der Anträge (sofortige Umsetzung im Sinne eines Piloten ab anfangs 2004).

Karl **Rust** verweist auf die Vorlage, möchte aber trotzdem allen Mitmotionären und den Beteiligten danken, die beim Aufbau dieser Motion geholfen haben. Allein schafft man so etwas nicht, aber zusammen haben wir Einiges erreicht. – Er hat zu dieser Motion noch eine konkrete Frage an die Regierung: Können die Motionäre davon ausgehen, dass auch die Strassenbaurechnung darunter fällt? Sie ist ja eine separate Geschichte. Der Votant hat sie im Motionstext nicht aufgeführt, um nicht Konfusionen zu bewirken. Wenn er aber den Stawiko-Bericht zum Strassenbauprogramm liest, so kommt auf S. 3 der Hinweis, dass das auch für die Strassenbaurechnung gilt. Er möchte das aber von der Regierung selbst auch noch hören. Da können wir uns nämlich eine Motion sparen.
Die Motion will nur einfache und führungsrelevante Finanzzahlen über die Auswirkung und die Verschuldung auf den ganzen Staatshaushalt. Dazu gehört auch die Liste «Ausgabenbeschlüsse in Vorbereitung». Aus dieser Liste – die übrigens in der Stadt Zug schon lange existiert – entsteht dann automatisch eine Prioritätenliste. Und wir haben dann in Zukunft nicht nur bei den Strassen eine Prioritätenliste, wie wir das im Teilrichtplan Verkehr schon beschlossen haben, sondern auch eine über alle sieben Direktionen.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass man der Liste der Mitunterzeichner entnehmen kann, dass alle Mitglieder der engeren und viele der erweiterten Stawiko diese Motion mit unterzeichnet haben. Sie will, dass bei Investitionen, Ausgabenbeschlüssen und neuen Gesetzen mit Kostenfolgen entsprechend den Ausführungen im Motionstext eine einfache Übersicht über die finanzielle Situation beigelegt wird. Dies Massnahme ist aus Sicht des Stawiko-Präsidenten sinnvoll, hilft doch ein Finanzstatus mit, die finanziellen Aspekte und Auswirkungen einer Vorlage besser beurteilen zu können. Die neue Finanzstrategie und der Finanzplan zeigen klar auf, dass wir ab sofort das Kostenwachstum in den Griff bekommen müssen. Dies ist nicht nur Aufgabe des Regierungsrats, sondern vor allem auch Aufgabe des Parlaments. Praktisch alle Vorlagen, die wir hier behandeln, haben direkte oder indirekte Kostenfolgen. Der Rat kommt bei isolierter Betrachtung der einzelnen Vorlage und der beschränkten Unterlagen meist zum Schluss, dass der finanzielle Aufwand vertretbar ist. So haben sich, wie im Motionstext ausgeführt wird, die neuen Ausgaben zu Lasten der Laufenden Rechnung dieses Jahr auf 13,8 Mio kumuliert. Bei der Analyse des Budgets 2004 zeigt sich in verschiedenen Direktionen ein ähnliches Bild: Hans Peter Schlumpf schreibt in seinem Bericht über den Besuch bei der Direktion für Bildung und Kultur: «Ein überdurchschnittlicher Anstieg des Aufwands resultiert jeweils zum überwiegenden Teil aus neuen Ausgabenbeschlüssen und nicht aus der bisherigen Tätigkeit.»

Betrachten wir die Vorlagen, die uns heute unterbreitet werden:
- 2.5 Mio zusätzliche Ausgaben für das Konzept Bahn und Bus aus einem Guss.
- Änderung des Schulgesetzes (besondere Förderung) mit maximal 3 Mio jährlich.
- Strassenbauprogramm 2004 - 2011 mit 152 Mio.
- Projektierungs- und Planungskrediten für den öffentlichen Verkehr von 14,3 Mio.

Ohne zusätzliche Hilfsmittel sind wir gar nicht in der Lage, die mittel- bis langfristigen finanziellen Auswirkungen unserer Entscheide richtig abzuschätzen. Mit dem Finanzstatus erhalten Sie ein wertvolles Hilfsmittel, das Ihnen eine effizientere und effektivere Beurteilung der finanziellen Aspekte ermöglich. Dieses Hilfsmittel benötigen wir rasch, d.h. ab 2004. Der Votant beantragt deshalb, auch im Namen der Stawiko, diese Motion sofort zu behandeln und erheblich zu erklären.

Bruno **Pezzatti** hat die Motion ebenfalls aus voller Überzeugung unterschrieben. Er spricht auch im Namen der FDP-Fraktion, welche für die Sofortbehandlung und Erheblicherklärung der Motion ist. Diese einstimmige Unterstützung basiert auf dem von der FDP im August genehmigten parteiinternen Positionspapier zur zukünftigen Finanzstrategie des Kantons Zug. Darin kommt zum Ausdruck, dass das Hauptproblem der heutigen verschlechterten Finanzlage des Kantons – dies wird bei der Behandlung des Staatsvoranschlags 2004 deutlich sichtbar werden – beim zu hohen Ausgabenwachstum liegt. Hier braucht es in Zukunft ein Umdenken und das hohe Ausgabenwachstum ist deutlich zu bremsen. Der in der Motion beantragt einfache Finanzstatus mit den Gesamtauswirkungen wird ein wichtiges Instrument sein, um die finanziellen Auswirkungen der Ausgabenbeschlüsse transparenter zu gestalten und damit die finanzpolitische Sensibilität von Kantonsrat und Regierungsrat zu erhöhen.

Josef **Lang** meint, dass sich rein technisch gegen diesen Vorschlag nichts Wesentliches einwenden lässt. Es gibt allerdings auch keinen Grund dafür, dass dieser sofort zu behandeln ist. Aber der Geist, der dahinter steckt und den die beiden Vorredner ausgedrückt haben, ist höchst bedenklich. Zum wiederholten Mal möchte der Votant darauf aufmerksam machen, dass jedes Konto zwei Kolonnen hat. Und nur bei ganz schwachen Klassen führt er eine Kolonne eine Woche vor der nächsten ein. Es sollte also möglich sein, gleichzeitig zu bedenken, dass ein Konto zwei Kolonnen hat, eine für die Ausgaben und eine für die Einnahmen. Mit diesem Sparwahn, der auch an der letzten Sitzung der erweiterten Stawiko zum Ausdruck gekommen ist, (so viel darf Josef Lang ja enthüllen), machen wir die öffentliche Verwaltung und letztlich auch die Wirtschaft kaputt. Wenn wir die Finanzprobleme lösen wollen, müssen wir auch an die Einnahmeseite denken. Wir kommen nicht darum herum, bereits heute über Steuererhöhungen zu diskutieren. Und diese Einseitigkeit in der Diskussion, wie sie vorher wieder zum Ausdruck gekommen ist, ist nicht Ausdruck von politischer Reife und Kultur. Etwas ist interessant: Wenn Sie die Zahlen von Peter Dür genau mitbekommen haben, gibt es eine Zahl, welche die andern um das Mehrfache geschlagen hat: Strassenbau. Da liegt tatsächlich ein grosses Sparpotenzial. Wenn man die *wirklichen* Sparvorschläge, welche die verschiedenen Fraktionen haben, zusammenzählt, dann ist wahrscheinlich die höchste konkrete Summe die der beiden linken Fraktionen, weil wir dort anpacken, wo man sparen kann und auch sparen soll.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass der Regierungsrat das Motionsbegehren unterstützt und auch dessen sofortige Behandlung. Er hat mit der standardisierten Tabelle bereits erste Schritte in Richtung Motionsbegehren unternommen. Aktuell werden in allen Ausgabenbeschlüssen, in den Regierungsrats- und Kantonsratsvorlagen die entsprechenden Tabellen eingeführt. Der Votant ist überzeugt, dass der Rat diese Tabellen schon wahrgenommen hat. Dieser Pilot läuft jetzt schon bald ein Jahr und ist in der Auswertung. Allein in den heutigen Unterlagen können Sie bei fünf Ausgabenbeschlüssen die abweichenden finanziellen Auswirkungen zu Budget und Finanzplan sehen. Die Veränderungen auf das Gesamtergebnis sind aber noch nicht ersichtlich und daran knüpft ja die Motion an. Es sind aber im Finanzplan und im Budget alle Geschäfte enthalten, die im Zeitraum von vier Jahren geplant sind. Und die entsprechenden Beiträge sind dort eingestellt. Wenn Sie dann jeweils im Kantonsrat den Beschluss fassen, weisen wir das Delta aus, sei es wenn der Beschluss weniger Kosten zur Folge hat oder mehr. Wenn beim geplanten Beitrag nichts enthalten ist, dann war eben im Finanzplan nichts vorgesehen gewesen, dann kommt eben nur die Zunahme hinein. Diese Motion knüpft also bei unserer Tabelle an, die wir schon haben. Wir sind bereit, das auch möglichst schnell umzusetzen, wenn es geht, bereits auf Anfang nächstes Jahr, und mit einem Piloten zu beginnen. Und da gehören natürlich alle Ausgaben und Investitionen dazu, sowohl im Bereich der Strassen wie auch der Schulen oder Spitäler. Wir sind aber froh, wenn Sie uns noch einen Handlungsspielraum geben, insbesondere wie wir die Tabelle ausgestalten werden. Wir werden versuchen, hier einen pragmatischen Ansatz zu finden. Der Finanzdirektor ist überzeugt, dass das auch gelingen wird. Vielleicht auch so wie bei der letzten Motion, die Karl Rust zum Budget eingegeben hat, wo er Begründungen wollte bei grossen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr.

➔ Der Rat beschliesst mit 62 Stimmen die sofortige Behandlung der Motion.

➔ Die Motion wird erheblich erklärt.

266 MOTION DER SP-FRAKTION BETREFFEND REGELMÄSSIGE VERÖFFENTLICHUNG EINER ERWEITERTEN ARBEITSMARKTSTATISTIK

Die **SP-Fraktion** hat am 3. November 2003 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1188.1 – 11330 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

267 MOTION DER ERWEITERTEN JUSTIZPRÜFUNGSKOMMISSION BETREFFEND EINFÜHRUNG DES STAATSANWALTSCHAFTSMODELLS

Die **erweiterte Justizprüfungskommission** hat am 5. November 2003 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1192.1 – 11340 enthalten sind.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die erweiterte Justiprüfungskommission den Antrag stellte, dass diese Motion sofort zu behandeln sei. – Es folgten danach Verhandlungen zwischen der erweiterten JPK und dem Obergericht. Die erweiterte JPK verzichtet auf den Antrag auf sofortige Behandlung und beantragt die ordentliche Überweisung der Motion an das Obergericht zu Bericht und Antrag. Das Obergericht ist seinerseits bereit, bis Ende August 2004 dem Parlament Bericht und Antrag zur Frage der Erheblicherklärung der Motion zu unterbreiten.

Kommissionspräsident Othmar **Birri** hält fest, dass sich die erweiterte JPK schon in der letzten Legislatur mit dieser Frage befasste. Wir verschoben das Thema auf diese Legislatur, haben uns mit Referenten informiert und sind zum Schluss gekommen, eine Motion zu machen. Die damalige Argumentation des Obergerichts war gegen die Motion, deshalb wollten wir sie sofort erheblich erklären lassen. In der Zwischenzeit hat am 18. November das Obergericht getagt und uns auch schriftlich zugesichert, dass wir bis August 2004 einen Bericht und Antrag zur Erheblicherklärung erhalten werden mit der Auflistung, was es dazu braucht, wie viel Personal etc. Aus diesem Grund haben wir elektronisch bei unseren Mitgliedern rückgefragt und neun haben zugestimmt. Deshalb bittet der Votant, Punkt 2 der Motion zu streichen und die Motion zu überweisen.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an das Obergericht überwiesen.

268 INTERPELLATION VON GUIDO KÄCH BETREFFEND BETRIEBS- UND INFRASTRUKTURKOSTEN FÜR DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Guido **Käch**, Cham, hat am 22. Oktober 2003 die in der Vorlage Nr. 1185.1 – 11322 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat acht Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet und heute unter Ziff. 8.2 behandelt wird.

269 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION UND DER SP-FRAKTION BETREFFEND ÜBERNAHME DER PARKHAUSKOSTEN DURCH DEN KANTON WÄHREND DEN KANTONSRATS- UND KOMMISSIONSSITZUNGEN

Die **Alternative Fraktion** und die **SP-Fraktion** haben am 30. Oktober 2003 die in der Vorlage Nr. 1187.1 – 11327 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

270 INTERPELLATION VON MARKUS JANS BETREFFEND STAND DER SOZIALEN INTEGRATION VON AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDERN IM KANTON ZUG

Markus **Jans**, Cham, hat am 3. November 2003 die in der Vorlage Nr. 1189.1 – 11331 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

271 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DAS GESUNDHEITSWESEN (AUSBILDUNG FÜR BERUFE IM GESUNDHEITSWESEN)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1184.1/.2 – 11316/17).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich hier um ein sehr kleines Geschäft handelt und um eine reine Zuständigkeitsfrage geht. Wie beim nächsten Geschäft ist die Gesundheitsdirektion federführend. Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft der Kommission überwiesen, die bei Ziff. 272 aufgeführt ist.

➔ Der Rat ist einverstanden.

272 GESETZESINITIATIVEN FÜR EINE BEDARFSGERECHTE UND SOZIALE PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG IM KANTON ZUG UND FÜR EINE FLEXIBLE ADMINISTRATION BEI DER DURCHFÜHRUNG DER PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGE-VERSICHERUNG UND EIN EINE SCHNELLERE AUSZAHLUNG DER GELDER

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1183.1/.2 – 11314/15).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Guido Käch, ***Präsident***	***CVP***
1.	René Bär, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Ursula Bieri, Schutzengelstrasse 34f, 6340 Baar	CVP
4.	Thomas Brändle, Zugerstrasse 23, 6314 Unterägeri	FDP
5.	Markus Bucher, Furrenstrasse 30c, 6314 Unterägeri	FDP
6.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
7.	Andrea Erni, Bannstrasse 3, 6312 Steinhausen	SP
8.	Guido Heinrich, Rothusweg 12, 6315 Oberägeri	SVP
9.	Lilian Hurschler-Baumgartner, Schöngrund 14, 6343 Rotkreuz	AF
10.	Guido Käch, Luzernerstrasse 56, 6330 Cham	CVP
11.	Kathrin Kündig, Sterenweg 4, 6300 Zug	CVP
12.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
13.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
14.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
15.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

273 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DAS GENERELLE PROJEKT DER NEUEN KANTONSSTRASSE «KAMMERKONZEPT ENNETSEE», GEMEINDEN CHAM UND HÜNENBERG

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. Oktober 2003 (Ziff. 257) ist in der Vorlage Nr. 1142.5 – 11328 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 59 : 5 Stimmen zu.

274 ÄNDERUNG DES SCHULGESETZES (BESONDERE FÖRDERUNG)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1114.1/.2 – 11139/40), der Kommission (Nr. 1114.3 – 11321) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1114.4 – 11335).

Kommissionspräsidenten Käty **Hofer** weist darauf hin, dass heute schon wieder über die Schule beraten wird. Wir haben erst über ein Schul-Thema abgestimmt, warum heute schon wieder? Wir haben hier im Kanton Zug eine gute Schule. Davon ist die Votantin überzeugt. Sie möchte aber nicht nur eine gute Schule, sondern die beste, die wir bekommen können. Und darum diskutieren wir heute wieder über ein Schulthema. Es ist nicht neu, zu sagen, dass wir in der Schweiz keine Rohstoffe haben. Wir haben kein Erdöl, kein Gold, keine Diamanten. Als Ressource haben wir aber unsere Ausbildung. Und wir müssen aus der Ausbildung für unsere Kinder alles herausholen, was wir können. Aus der Wirtschaft kennen wir den Ausdruck «return on investment». D.h. wir müssen investieren und abschätzen, wie sich diese Investition langfristig auszahlt. Käty Hofer ist überzeugt: In die Schule müssen wir investieren und das wird sich langfristig beträchtlich auszahlen.
Wie ist die Situation heute? Wir haben die Regelklasse, ein grosses Schulzimmer mit einer Lehrperson, wo die sogenannten «Normalkinder» in die Schule gehen. Daneben haben wir die vier Kleinklassen A, B, C, D. Stellen Sie sich kleinere Kästchen vor mit weniger Kindern, auch mit einer Lehrperson. D.h. wir nehmen auseinander, wir separieren. Jedes Kind wird mit seinem Problem etikettiert und in das Kästchen gestellt und dort entsprechend «behandelt». Wie könnte es denn sein? Was hat der Vorschlag, der heute auf dem Tisch liegt, für Auswirkungen? Wir führen zusammen, was eigentlich zusammen gehört. Kinder aus dem gleichen Quartier, mit dem gleichen Jahrgang, die draussen in der Freizeit miteinander spielen, gehen miteinander in die Schule, in ein grösseres Klassenzimmer. Dort ist nicht nur eine Lehrperson isoliert mit ihrer Klasse, sondern es sind mindestens zwei – die Klassenlehrerin, der Klassenlehrer mit dem schulischen Heilpädagogen. Die Kinder können einander beobachten, sie können von einander lernen. Sie können sich aneinander reiben, sich auseinandersetzen miteinander. Kinder mit Leistungseinschränkungen können die sogenannt normal begabten Kinder beobachten. Sie können sehen, wie die das machen, sie können sich motivieren. Hochbegabte Kinder, die auch in dieser Klasse sind, werden nicht darunter leiden, sondern können im Gegenteil von der Betreuung durch die Heilpädagogin profitieren. Sie können sehen, dass die Klasse ein Team ist und dass dieses Team miteinander weiter kommt, als jedes Kind für sich allein. Sie werden sehen, dass gegenseitige Hilfe nicht nur den schwächer begabten Kindern hilft, sondern ihnen selber auch. Davon ist die Kommissionspräsidentin überzeugt. Wenn wir hier investieren, wird sich das auszahlen. Es ist erwiesen, dass Kinder aus einer integrativen Schulung sich wesentlich besser ins Berufsleben integrieren als Kinder aus einer separativen Schulung.
Der in der Kommission am meisten umstrittene Punkt war die flächendeckende Einführung der integrativen Schulung. Sollen die Gemeinden den Freiraum erhalten, wie es die Regierung vorschlägt, selber zu entscheiden, ob und wann sie die integrative Schulung einführen wollen oder nicht? Die Regierung und die Kommissionsmehrheit sind überzeugt, dass die Gemeinden die integrative Schulung einführen werden. Nach ihren eigenen Bedürfnissen in ihrer eigenen Art und nach ihrem eigenen Zeit-

plan. Die Kommissionsminderheit wird einen Antrag stellen für die gesetzliche Verankerung einer flächendeckenden Einführung. Wir werden dann darüber diskutieren.
Die Votantin ist überzeugt, dass wir hier investieren müssen und dass der return on investment beträchtlich sein wird. Und zwar einerseits wirtschaftlich, aber vor allem auch menschlich betrachtet. Sie bittet den Rat herzlich, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage am 6. November beraten hat. Wie Sie unserem Bericht entnehmen können, war der Inhalt dieser Vorlage sehr umstritten. Das sind die Gründe:

1. Die Stawiko stellt fest, dass die Änderungen im Bildungswesen in zeitlich sehr rascher Folge umgesetzt werden. Erst am 19. Oktober 2003 haben die Zuger Stimmbürger einer Änderung des Lehrerbesoldungsgesetzes zugestimmt, welches den Lehrpersonen Entlastungen und Weiterbildungsmöglichkeiten gibt. Die Mehrkosten für den Kanton belaufen sich bekanntlich auf rund 2,6 Mio Franken pro Jahr.
2. Die mit dieser Vorlage beantragte Gesetzesänderung kann wiederum eine relevante Belastung der laufenden Rechnung verursachen. Wird das Gesetz in allen Gemeinden komplett umgesetzt, wird der kantonale Staatshaushalt bei einem Kostenteiler von 50 : 50 zusätzlich mit Kosten von rund 1.5 Mio Franken belastet.
3. Im Rahmen der zahlreichen in Kernbereiche aufgeteilten Projekte ist vorab im Kernbereich 3 – Strukturen für die Qualitätsentwicklung – mit weiteren Vorlagen zu rechnen.
4. Im Budget 2004 beträgt der Aufwand-Überschuss der Direktion für Bildung und Kultur 166 Millionen, was gut 17 % des Gesamtbudgets entspricht.

Sie sehen, wie in den meisten anderen Bereichen stossen wir auch im Bildungsbereich an die Grenzen des Finanzierbaren. Selbstverständlich ist Bildung unsere wichtigste Investition in die Zukunft. Es wird jedoch auch im Bildungsbereich unumgänglich sein, schrittweise vorzugehen und nach Entwicklungsschritten immer wieder eine Phase der Konsolidierung einzuleiten. Es fragt sich auch, wie weit alle diese Entwicklungsschritte jeweils wirklich einen Quantensprung im Bereich der Schule auslösen und ob sich bei zunehmenden Kosten nicht auch das Verhältnis zwischen finanziellem Aufwand und erzieltem Nutzen verschlechtert.
Das Abstimmungsresultat in der Stawiko war mit 3 : 3 ausgeglichen. Als Präsident hat Peter Dür den Stichentscheid zu Gunsten der Vorlage gemacht; hier seine Begründung:

- Auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen kann er nachvollziehen, dass die integrative Förderung langfristig bessere Resultate zeigt als die auf dem Prinzip der Separation beruhende Lösung mit Kleinklassen und Sonderklassen.
- Die Schule muss die Möglichkeit haben, neue Erkenntnisse auch innert nützlicher Frist umzusetzen. Mit der Kann-Formulierung haben die zuständigen Rektorate und der Gemeinderat die Möglichkeit, je nach lokalen Gegebenheiten und Erfahrungen der Lehrer früher oder später und in selbst gewähltem Umfang die integrative Schulungsform einzuführen.
- Es handelt es sich bei dieser Gesetzesänderung wie gesagt um eine Kann-Bestimmung. Die Gemeinden werden es sich in Anbetracht der aktuellen Finanzlage sicher gut überlegen, ob und in welchem Ausmass sie die integrative Schulungsform einführen wollen. Im Rahmen der Zuger Finanz- und Aufgabenreform

ZFA geht man davon aus, dass die Gemeinden einen höheren Anteil der Lehrerbesoldung – man spricht von 75 % – übernehmen müssen.
- Die Kann-Formulierung und dieser finanzielle Hintergrund sind Garant dafür, dass die Gemeinden bei der Umsetzung dieses Beschlusses zurückhaltend vorgehen werden und demzufolge die Mehrkosten für den Kanton vertretbar bleiben.

Abschliessend noch ein Wort zur Forderung von Lilian Hurschler, Heidi Robadey und Georges Helfenstein. Sie fordern, dass im Gesetz zwingend vorgeschrieben wird, dass die integrative Schulungsform innerhalb sieben Jahren voll eingeführt wird. Dies lehnt die Stawiko und auch deren Präsident ab. Die Kann-Formulierung ist ein Schlüsselwort in dieser Vorlage. Der ZFA wird die Aufgaben u.a. nach dem Prinzip verteilen, dass derjenige, der über die Kosten entscheidet, auch die Kosten tragen muss. Wir können in der heutigen Situation den Gemeinden nicht etwas zwingend auferlegen, das sie in Zukunft möglicherweise zu 75 % selbst berappen müssen.
Gestützt auf diese Überlegungen beantragt Ihnen die Stawiko, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der Regierung zuzustimmen.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** möchte anhand von drei Fallbeispielen aufzeigen, weshalb es richtig ist, Kinder mit besonderem Lernbedarf nicht mehr zu separieren, sondern integriert zu schulen. Die Namen hat sie auf Grund des Datenschutzes geändert.
Reto, Schweizer. Nach der 4. Klasse in Kleinklasse überwiesen, Grund: Lernschwierigkeiten, Konzentrationsprobleme. Die Eltern sind mit diesem Entscheid absolut nicht einverstanden und versuchen alles, um zu verhindern, dass Reto in die Kleinklasse kommt (die Kleinklasse B gilt als Ausländerklasse; mit dem Kleinklassen-Stempel fände man später keine Lehrstelle, sagen die Eltern). Er ist mit Abstand der stärkste in der Kleinklasse. Die Lehrperson fragt sich, wieso er nicht in der Regelklasse bleiben konnte. Durch Nachbohren bei der Viertklass-Lehrperson kommt heraus: Die Lehrperson in der 4. Klasse fühlte sich unter Druck, Reto in der Regelklasse zu lassen und an die 5./6.-Klassen-Lehrperson weiter zu geben, weil diese gerne starke Schüler und Schülerinnen hatte und wenig Nerven für solche mit schulischen Schwierigkeiten. In der Kleinklasse will Reto zuerst nicht wirklich lernen, denn er ist ja dort ohnehin mit Abstand der Beste. Die Klassenlehrperson versucht ihn zu motivieren durch Massnahmen wie z.B. sporadische Besuche in seiner alten Klasse, die ihn von seiner Selbstüberschätzung wieder etwas runter holen. Sie vereinbart mit ihm das Ziel, in der Oberstufe wieder in die Realschule zu kommen. So kommt bei ihm die Motivation wieder zurück. Er lernt, seinen eigenen Lernfortschritt zu verfolgen, ohne sich ständig mit den Klassenkameraden und -kameradinnen zu messen. Er schafft tatsächlich den Schritt in die Realklasse und besucht in Deutsch und in der Mathematik sogar das höhere Niveau. Er macht eine Lehre und dank seinem Engagement im Sportverein und im Chor bleibt er auch während seiner Kleinklassenzeit relativ gut integriert mit anderen Kindern aus dem Dorf.
Avdo, Kosovoalbaner. Von der ersten Klasse an in der Kleinklasse; zuerst Kleinklasse A, dann B. Er kann in der 5. Klasse keinen einzigen Satz selbst schreiben. Er braucht eine ständige Motivation durch die Lehrperson. Er braucht eigentlich Einzelbetreuung, und wenn diese nicht geboten werden kann, wird er wütend und fühlt sich im Stich gelassen. Als jüngstes Kind, sogenannter Nachzügler, ist er in der Freizeit immer mit den viel älteren Brüdern unterwegs. Seine Eltern kommen nicht an einziges Elterngespräch, sondern es erscheint jeweils der älteste Bruder, der auf jegliche

Information sehr gelassen reagiert und meint «es chunt scho guet». Avdo verbringt das Wochenende meist hinter dem TV, praktisch nie draussen an der frischen Luft, treibt kaum Sport. Er wird nach der 6. Klasse in die Sonderschule Hagendorn überwiesen, bleibt dort ein Jahr, wird danach wieder zurück an die Schule der Wohnortgemeinde zurück verwiesen und besucht dort die beiden letzten Jahre der Werkschule. Avdo findet weder eine Lehr- noch eine Anlehrstelle und bleibt schlecht integriert unter Gleichaltrigen, auch als Erwachsener.
Regula, Schweizerin. Besucht von der 3. Klasse an die Kleinklasse B; nach der 6. Klasse gelingt der Übertritt in die Real. Dort darf sie bleiben, wobei ihr immer wieder gedroht wird, wenn sich die Leistungen nicht verbessern würden, käme sie in die Werkschule. Nach der obligatorischen Schulzeit findet sie keine Lehrstelle und macht ein Praktikum bei einer Bauernfamilie. In der Gemeinde bleibt sie sehr schlecht integriert.
Dies drei Fallbeispiele aus dem Berufsalltag der Votantin als Primarlehrerin und Lehrerin der Kleinklasse B. Auch wenn dies nur Einzelfälle sind, so zeigen sie doch ganz wichtige Punkte, auf die auch Prof. Bless in seinem Bericht hinweist:

- Der Entscheid, ob ein Kind in eine Kleinklasse überwiesen wird, ist sehr schwierig. Jede Lehrperson, die mit einem Kind arbeitet, erlebt es anders, beurteilt es anders, gewichtet anders. Es gibt keine objektive Beurteilung und somit keinen objektiven Entscheid.
- Für die Lehrpersonen sind die Abklärungen und die Gespräche mit dem Schulpsychologen, dem Kind, den Eltern arbeitsintensiv und häufig auch sehr schwierig und belastend.
- Fürs Kind, für die Eltern und die Klasse ist die Botschaft, dass Schülerin X separiert wird und eine Kleinklasse besuchen wird, in den meisten Fällen eine Hiobsbotschaft; denn alle sind sich bewusst, dass der Entscheid viele Folgen haben wird. Manchmal bedeutet die Einweisung in die Kleinklasse auch noch, den Unterricht in der Kleinklasse der Nachbargemeinde besuchen zu müssen, was mit einem Zusatzaufwand verbunden ist und bedeutet, dass ein Kind den Kontakt zu den Kindern im Quartier rasch verliert.
- Kinder, die ihre Schulkarriere in Kleinklassen absolvieren, haben es bei der Stellensuche besonders schwer; in Zeiten, wo es der Wirtschaft schlecht geht, ganz besonders.
- Kinder, welche die Kleinklasse besuchen, sind häufig unter Gleichaltrigen, auf dem Pausenplatz, im Dorf schlecht integriert. Der Stempel Kleinklassenschülerin ist für eine gute Integration hinderlich und nagt häufig am Selbstwertgefühl eines Kindes. Man weiss übrigens, dass Kleinklassen-Kinder später im Erwachsenenleben häufig schlecht integriert bleiben. Die Schulzeit hat also längerfristige gravierende Folgen.

Die Separation hat sich also in all den Jahren nicht als Gelbes vom Ei herausgestellt. Es ist an der Zeit, neue Wege zu gehen. Der Kanton Zug will neue Wege gehen; die Regierung sagt: die Integration ist das Ziel. Es gilt, dieses Ziel auf einen im voraus festgelegten Zeitpunkt flächendeckend im Kanton Zug einzuführen. Hiefür wird Lilian Hurschler bei der Detailberatung nochmals sprechen und einen entsprechenden Antrag stellen. – Mit dieser Gesetzesvorlage haben wir es also in der Hand, uns für die integrationsfähige Schule im Kanton Zug auszusprechen. Bei dieser Gesetzesvorlage geht es in erster Linie um die Integration von Kindern aus den Kleinklassen A (Einführungsklasse, 1. Schuljahr auf zwei Jahre verteilt), Kleinklasse B (Kinder mit Lernschwierigkeiten und Lernbehinderungen), Kleinklasse C (verhaltensauffällige

Kinder) und Kleinklasse D (fremdsprachige Kinder). Diese Kinder sollten neu auch integriert geschult werden können. Die Auswertungen der Schulversuche sind gut, die entsprechenden Gemeinden möchten weiterhin integrativ schulen. Dies wird nur dann möglich sein, wenn wir auf die Vorlage eintreten. Ein Nichteintreten würde nämlich bedeuten, dass all jene Schulen, die während der vergangenen Jahre integ-rativ geschult haben, wieder separativ schulen müssten. Die ganze Aufbauarbeit, die vertiefte Zusammenarbeit zwischen Lehr- und Fachperson würde zunichte gemacht. All die Lehrpersonen, die nun hinter der Integration stehen – und dies tun die meisten Lehrpersonen nach einer gewissen Umstellungszeit – müssten wieder für die Separation begeistert werden. Was bliebe, wäre ein echter Scherbenhaufen. Ein Nichteintreten würde von der Basis sicherlich nicht verstanden.
Noch eine Bemerkung an die Adresse der Stawiko. Woher haben Sie diese Zahlen betreffend Mehrkosten? Die Votantin glaubt nicht, dass es zu so erheblichen Mehrkosten führen würde. Wenn man die Kleinklassen-Lehrpersonen wegdenkt, gäbe es gar nicht so viele neue Stellen zu besetzen.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion mit der Einführung der integrativen Schulung grundsätzlich einverstanden ist. Im Gegensatz zum Vorschlag des Regierungsrats will aber die SP-Fraktion zwingend die flächendeckende Einführung der integrativen Schulung. Für diese Haltung gäbe es eine Vielzahl von Gründen. Aus didaktischen Gründen wird sich der Votant aber auf drei beschränken.
Wir haben bereits 26 kantonale Schulgesetze. Ist es wirklich noch notwendig, dass wir im kleinen Kanton Zug mit elf Gemeinden bei der Integration von lern- und verhaltensauffälligen Kindern zwei verschiedene Modelle anwenden? Stellen Sie sich vor, Sie wohnen in Zug und ziehen nach Walchwil. Ihr lern- oder verhaltensauffälliges Kind wurde in Zug in einer Regelklasse integriert. Und in Walchwil soll es nun in eine Kleinklasse mit nur verhaltensauffälligen Kindern eingeschult werden. Sie würden sich zu Recht wehren.
In Kleinklassen werden Kinder separiert und nicht integriert. Das Etikett «behindert» oder «verhaltensauffällig» erhält mit dieser Separierung noch eine spezielle Note. Auch schulisch schwächere Kinder haben gesellschaftliche Stärken und können diese im Schulalltag einbringen und damit etwas zur Bereicherung der Schulatmosphäre beitragen. Würden Sie es in ihrem Berufsalltag schätzen, wenn Sie als Linkshänder nur die Schreibmaschine benützen dürften, aber allen Rechtshändern ein PC zur Verfügung gestellt würden? Auch hier würden Sie sich zu Recht wehren, denn das Etikett «Linkshänder» würde Sie zu Unrecht in eine falsche Ecke stellen. Die integrative Schulung ist auch eine Chance für normalbegabte Kinder. Unser Alltag ist geprägt von Begegnungen mit Schwächeren und Stärkeren. Der respektvolle Umgang zwischen stärkeren und schwächeren Mitmenschen muss aber schon früh geübt werden. Im Erwachsenenalter ist es dazu zu spät.
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine integrative Schulung für die Betroffenen auch gesellschaftlich zu einem wesentlich grösseren Nutzen führt als die heutige Separierung. Die SP-Fraktion stellt sich geschlossen hinter den Antrag der Kommissionsminderheit und wird diesen unterstützen.

Manuel **Aeschbacher** meint, die Abstimmung über das Lehrerbesoldungsgesetz sei uns wegen dem denkwürdig knappen Resultat noch in bleibender Erinnerung. Und

schon landet auf unseren Pulten eine neue Vorlage der Regierung, die jährlich neue Kosten im Bildungsbereich generieren würde. Wahrlich kein guter Zeitpunkt, diesen Antrag zu präsentieren. Nun, dieser Umstand allein ist nicht entscheidend, um sich gegen die vorgeschlagene Änderung des Schulgesetzes zu positionieren. Vielmehr sind es finanzielle und allgemein logisch erscheinende Gründe, die dagegen sprechen. In der Vorlage ist ersichtlich, dass sich die Kosten während der Umsetzungsphase und danach im Vollbetrieb nicht wesentlich unterscheiden (ca. 3 Mio Franken jährlich). Davon soll die Hälfte auf die Gemeinden abgewälzt werden. Auf die Gemeinden, deren Finanzchefs schon heute klagen, dass es kein Geld vom Himmel regnet. Fragt sich also, woher wir Geld nehmen wollen für die Änderung eines Gesetzes, dass eigentlich so schlecht nicht funktioniert. Aus der Kantonsschatulle soll die andere Hälfte der Summe herausgezaubert werden. Doch auch hier wissen wir nun hoffentlich alle, dass der Deckel dieser Kasse in Zukunft öfters geschlossen bleiben sollte.
Überhaupt müssen wir uns alle fragen, ob sich diese Gesetzesänderung in der Praxis bewähren kann. Sind alle Lehrpersonen an der Basis bereit, noch eine zusätzliche Belastung auf sich zu nehmen? Wie kann der Lehrkörper die Unterrichtsqualität in einer Klasse mit einem so breiten Leistungsspektrum hochhalten? Wie fühlt sich ein Schüler, der in eine Klasse zwangsintegriert, dort aber nicht akzeptiert wird? Berechtigte Fragen, welche die bisherige Lösung mit Kleinklassen stärken und untermauern. Schlussendlich entscheidet der Wille eines jeden Einzelnen über das Gelingen eines Integrationsversuchs. Papierlösungen wie die vorliegende nützen da nichts. – Zusammenfassend ist die SVP-Fraktion grossmehrheitlich der Auffassung, dass die vorgeschlagene Änderung des Schulgesetzes nicht nötig und zudem nicht ganz einfach umsetzbar ist. Auch auf den finanzpolitischen Hintergrund schielend, stellt der Votant im Namen der SVP-Fraktion hiermit den Antrag auf Nichteintreten auf die Vorlage.

Barbara **Strub** hält fest, dass die FDP-Fraktion mehrheitlich für Eintreten ist. Mit der vorliegenden Gesetzesänderung wird ein Grundanliegen – nämlich die integrative Förderung der Schülerinnen und Schüler – unterstützt. Das entspricht den neuesten Erkenntnissen im Bildungs- und Sozialwesen. Man weiss heute auch, dass ein möglichst integriertes Schulsystem in der Volksschule sich positiv auf die Leistungen der schwachen, aber auch der guten Schülerinnen und Schüler auswirkt. Auch die (von den Vorrednern bereits erwähnten) Zuger Schulversuche zur Integration zeigten, dass die Probleme, insbesondere beim Übertritt in die Oberstufe und ins Berufsleben, durch eine integrative Schulung während der Volksschulzeit deutlich entschärft werden können.
Mit der vorliegenden Gesetzesrevision wird den Gemeinden viel Autonomie gegeben. Dies entspricht einem Bedürfnis der Schulen unseres Kantons. Es wird den Schulgemeinden freigestellt, wie schnell, wie umfassend und mit welcher Konsequenz die Integration eingeführt und umgesetzt werden soll. Die Gemeinden können somit die Ausgaben, die dafür nötig sind, selbst steuern. Die Möglichkeit einer integrativen Schulung ist gerade für unsere kleineren, insbesondere unsere Berggemeinden (Unter- und Oberägeri, Neuheim, Menzingen und Walchwil) wichtig. Sie haben gar nicht genügend Kinder, um z.B. eine ganze Kleinklasse Deutsch oder eine ganze Kleinklasse für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler zu führen. Dazu sind die Gemeinden heute eigentlich verpflichtet, nur kann das Gesetz nicht durchgesetzt

werden. In diesen Schulgemeinden müssen die Kinder integriert geschult werden. Das neue Gesetz nimmt auf diese Tatsachen Rücksicht. Die grösseren Gemeinden haben mit dieser Gesetzesänderung die Möglichkeit, die Kinder so zu schulen, wie sie es am Besten finden. Die Kosten für eine sinnvolle Schulung aller Schulkinder bekommen wir nur in den Griff, wenn wir Eintreten auf diese Gesetzesänderung beschliessen.
Die FDP ist grossmehrheitlich für Ablehnung einer vorgeschriebenen Übergangszeit und/oder die flächendeckende und obligatorische Einführung der Integration, so wie sie heute von drei Kommissionsmitgliedern zusätzlich nochmals gefordert wird. Es soll den Schulen freistehen, wie lange sie eine Förderung sowohl innerhalb der Regelklasse als auch in Kleinklassen ermöglichen wollen. Wir wissen alle, dass ohne Überzeugung der Lehrpersonen eine erzwungene Integration nie Erfolg haben kann, dass jedoch, was als gut akzeptiert wird, auch umgesetzt wird. Einen weiteren Punkt möchte die FDP im Zusammenhang mit dieser Schulgesetzreform ansprechen: Die Revision dieser Paragraphen des Schulgesetzes zeigen deutlich auf, dass die Gemeinden in Bezug auf ihre Schulen vermehrt in die Verantwortung gezogen werden. Die Schulen müssen eigenverantwortlich die Rahmenbedingungen nach ihren Bedürfnissen umsetzen und die Konsequenzen mittragen, d.h. auch Finanzverantwortung tragen. Die Vorgaben des Kantons sollen Richtlinien sein, in welchem Rahmen sich eine Gemeinde bewegen kann. Die finanzielle Aufgabenteilung im Schulwesen wurde in diesem Zusammenhang bei uns einmal mehr diskutiert und eine Verlagerung auf die Gemeinden verlangt.
Im Hinblick auf weitere Schulvorlagen ist es der FDP ein Anliegen, dass nicht zu viele und immer neue Projekte die Schulen belasten. Die Anliegen der integrationsfähigeren Schule liegen jedoch schon zehn Jahre auf oder unter dem Tisch. Unsere Schulen sind auf dem Weg, integrationsfähiger zu werden, geben wir ihnen nun den gesetzlichen Rahmen! Im übrigen sind wir froh, wenn diese vielen Projekte einmal Fuss fassen können und eine Konsolidierung stattfinden kann. Somit kommt die Votantin zum Schluss, dass die Gemeinden mit der Erheblicherklärung dieser Gesetzesänderung nicht viele neue Heilpädagoginnen und Heilpädagogen einstellen müssen, sondern dass die Klassenlehrpersonen der Kleinklassen die Aufgaben der schulischen Heilpädagogen übernehmen sollen. In diesem Sinne bittet sie den Rat im Namen der FDP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr so, wie es die Regierung vorschlägt, zuzustimmen,

Beatrice **Gaier** geht nicht mehr detailliert auf die einzelnen Punkte der Vorlage ein, diese Ausführungen haben die Kommissionspräsidentin und die Vorrednerinnen und Vorredner gemacht. – Als Leiterin der Arbeitsgruppe des Projekts «Integration Werkschule in die Realschule» von 1995 bis1999 in Steinhausen hat sie sich intensiv mit der Thematik auseinander gesetzt. Sie ist sich der Chancen, aber auch der Schwierigkeiten in der Umsetzung bewusst. Sie nimmt die positiven Erfahrungen, die in Steinhausen eindeutig überwiegen, in die Überlegungen zur vorgeschlagenen Gesetzesänderung mit. Auch jene Steinhauser Lehrpersonen mit anfänglich kritischer Haltung äussern sich lobend über die Veränderungen im Schulalltag. Die mittlerweile selbstverständlich gelebte Integration ist zur Schulhauskultur geworden, die Lehrpersonen, aber auch die Schülerinnen und Schüler, möchten keinesfalls mehr zurück. Die wichtigsten Kernpunkte, die sich in Steinhausen herauskristallisiert haben, hat der Regierungsrat in seine Vorlage aufgenommen:

- Die Rahmenbedingungen müssen einen Schulentwicklungsprozess für die Gemeinden zulassen.
- Integrative Schulungsformen sind nur sinnvoll, wenn flankierende Massnahmen diesen Prozess unterstützen.
- Die Integration steht und fällt mit der Vernetzung aller Beteiligten.
- Die gemeinsame Weiterbildung der Lehrpersonen und eine Projektbegleitung in der Einführungsphase tragen wesentlich zum Gelingen bei.
- Der Mehrbelastung der Klassenlehrpersonen ist Rechnung zu tragen und für die gegenseitigen Absprachen zwischen Schulleitung, Schulhausleitung, Lehrperson und schulischem Heilpädagogen sind Zeitgefässe zur Verfügung zu stellen.

Der Regierungsrat schlägt vor, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um die in verschiedenen Zuger Gemeinden erprobten Projekte betreffend Integration weiter führen zu können. Die Gesetzesänderung soll jenen Gemeinden, welche die Integration wollen, ermöglichen, diese beizubehalten oder neu einzuführen.
Eintreten fand in der CVP-Fraktion eine Mehrheit. Der Punkt, dass die Gemeinden selber darüber bestimmen können, ob sie die Integration umsetzen wollen, führte zu intensiven Diskussionen. Der Antrag der Kommissionsminderheit auf flächendeckende Einführung wurde klar abgelehnt. Dies würde nur Mehrkosten bringen, auch für Gemeinden, die diese Reform nicht oder erst später mittragen. Wichtig für das Gelingen der Integration ist eine integrationsfähige Schule. Die Gemeinden setzen dies als Ziel. Dazu sind sorgfältige Vorarbeiten zu leisten, z.B. mit einer schrittweisen Einführung in Schulhäusern, wo die bestmöglichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Es soll bei dieser Reform eine Selbstbestimmung und keine Verpflichtung möglich sein. Wenn die Integration in einer Schule, einem Schulhaus gut anläuft, werden andere später nachziehen. Die CVP-Fraktion unterstützt die Vorlage mit einer Zweidrittelmehrheit. Der von der SP-Fraktion unterstützte Antrag von Lilian Hurschler wird von der CVP-Fraktion deutlich abgelehnt.

Peter **Dür** möchte sich zum Votum von Lilian Hurschler äussern. Sie hat gesagt, sie wisse nicht, wie die Stawiko auf diese Kosten komme. Der Stawiko-Präsident kann auf die Vorlage der Regierung verweisen, wo ab S. 14 die finanziellen Auswirkungen festgehalten sind. Wichtig ist auch die Kostenübersicht auf S. 16/17. In der Einführungsphase sollen die Kosten 3,2 Mio betragen für Kanton und Gemeinden, und dann später 2,9 Mio. Wir gehen nicht davon aus, dass die Umstellung flächendeckend eingeführt wird. Dementsprechend wird dieser Betrag wahrscheinlich deutlich tiefer. Man geht hier auch von gewissen Grundrechnungen aus. Bei einer vollen Einführung geht man davon aus, dass sämtliche Sonderklassen aufgelöst werden und diese Lehrerinnen und Lehrer wieder in die Regelklassen zurück gehen. Und dass dann nachher pro 110 Schülerinnen und Schüler zusätzlich für die Normalklassen eine Heilpädagogin angestellt werden muss und auch neu für den Kindergarten. Das gibt dann diese 24 Stellen plus eine Aufstockung des Schulleitungspools. Wenn man das nur teilweise einführt und auch die Modalitäten in der Schule etwas ändert, indem man z.B. auf 150 Schüler eine Heilpädagogin anstellt, kommt das sicher günstiger. Aber grundsätzlich gehen wir von dem aus, was in der Regierungsvorlage steht.

Erwina **Winiger Jutz**: Kennen Sie das Gefühl, nebenan zu stehen, allein gelassen zu sein und immer wieder darauf hingewiesen zu werden, dass Sie anders sind? Jene Kleinklässler, welche die Votantin während einem Morgen in der Woche unterrichtet, kennen dieses Gefühl bestens. Und sie sind wahrscheinlich stellvertretend für andere Kinder mit besonderem Förderbedarf. Dass es so ist, hat eine lange Geschichte. Erwina Winiger will kurz Rückschau halten auf die Geschichte der Separation bzw. Integration. Im letzten Jahrhundert wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Obwohl diese grundsätzlich für alle Kinder galt, hatten beispielsweise Kinder mit geistigen, körperlichen oder Sinnesbehinderungen kein Recht, eine öffentliche Schule zu besuchen. Sie galten als bildungsunfähig. Sie wurden in Anstalten verwahrt oder blieben zu Hause. Erst durch die Einrichtung von Sonderschulen bekamen Kinder mit einer schweren Behinderung die Chance, eine Schule besuchen zu können. Behinderte erhielten dadurch Zugang zur Bildung. Anders erging es Kindern mit Lernschwierigkeiten oder mit Verhaltensauffälligkeiten. Diese besuchten seit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht die öffentliche Schule. Dannzumal konnte sich diese aber nicht die Zeit nehmen, sich auf die besonderen Probleme dieser Kinder einzulassen. Sie wurden von der damaligen Volksschule wenig beachtet, nicht in die nächsthöhere Klasse versetzt und schliesslich in eigens für sie geschaffene Klassen ausgesondert, sogenannte Sonder- oder Kleinklassen. Das schien damals die Lösung des Problems zu sein. Um der Vielfältigkeit innerhalb einer Klasse entgegenzuwirken, sonderte man die speziellen Fälle einfach aus.
In der Zwischenzeit hat man erkannt, dass dadurch andere Probleme geschaffen wurden. Wir ziehen in den Sonderklassen Kinder heran, die das Abseitsstehen gelernt haben. Denn meist ist es nicht so, dass diese Kinder auf dem Pausenplatz oder im Quartier mit den anderen spielen. Aber wir erwarten dann später als Erwachsene plötzlich von ihnen, dass sie sich in der Gesellschaft zurecht finden und sich integrieren. Da kann die Rechnung nicht aufgehen. Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Darum kommt man zurück auf die Idee mit der Integration, jedoch mit anderen Rahmenbedingungen. An Orten, wo die Integration bereits praktiziert wird, sei dies hier im Kanton Zug oder in anderen Kantonen oder Ländern, hat man im Bereich Lernentwicklung Folgendes festgestellt: Lernbehinderte machen in Integrationsklassen deutlich grössere Lernfortschritte als vergleichbare Kinder in Sonderklassen. Klar sind ihre Leistungen in der Regel aber trotzdem nicht mit jenen der Regelschüler zu vergleichen. Demzufolge darf man sich nicht Illusionen hingeben, dass durch die Integration Lernschwierigkeiten völlig aufgehoben werden können. Aber im Gegensatz zu Manuel Aeschbachers Aussage ist es nicht so, dass Kleinkassenschüler automatisch in der Regelklasse ausgestossen sind und nicht integriert werden. D.h. dass diese Vorlage keine Papierlösung ist.
Die vor allem von Eltern sogenannt guter Schüler häufig geäusserte Befürchtung, dass durch die Integration von lernauffälligen Schülern Nachteile für die Entwicklung der normalen Mitschülerinnen erwachsen, ist unbegründet. Bezüglich der Langzeitwirkung hat man festgestellt, dass Schulabgänger von ehemals integrierten, lernbehinderten Kindern im Vergleich zu Kleinklassenschülern bessere Berufschancen haben. Die Einstellung der Lehrperson gegenüber der Integration muss insgesamt als schwankend bezeichnet werden. Viele Lehrpersonen befürworten im Grundsatz die Idee der Integration. Geht es aber um die praktische Durchführung, so äussern sie sich oft eher zurückhaltend, denn tendenziell sehen sie Schwierigkeiten auf sich zukommen und äussern die Befürchtung, der neuen Situation nicht gewachsen zu sein. Darum ist die Begleitung durch einen schulischen Heilpädagogen im Unterricht

und die Weiterbildung der Lehrpersonen unerlässlich. Darum denkt die Votantin auch, dass der Kann-Formulierung, wie das die Regierung vorschlägt, zuzustimmen ist. Stehen Sie ein für die Integration und stimmen Sie ja zur speziellen Förderung!

Käty **Hofer** möchte kurz Stellung nehmen zum Votum von Manuel Aeschbacher. Er argumentiert mit den vermehrten Kosten für die Gemeinden und ihrem Widerstand. Die Votantin zitiert aus der Zusammenfassung der Vernehmlassung: Alle elf Gemeinden, sieben politische Parteien, fünf Stufenkonferenzen und der LVZ, der Verein S & E sowie das kantonale Sozialamt und Pro Infirmis stimmen zu und begrüssen die Absicht des Regierungsrats. Die Gemeinden haben die Vorlage geprüft und stimmen ihr zu – trotz der Mehrkosten. Die zusätzliche Belastung der Lehrpersonen: Beatrice Gaier hat einiges zu diesem Thema gesagt. Wir können aber nicht nur die zusätzliche Belastung sehen, sondern auch die Entlastung. Die Klassenlehrerin, der Klassenlehrer ist nicht mehr allein für eine Klasse verantwortlich, sondern wird unterstützt durch die schulische Heilpädagogin. Da findet ein Austausch statt. Man kann reden miteinander, sich beraten. Und das ist eine ganz massive Entlastung. Manuel Aeschbacher bezweifelt die Umsetzbarkeit in den Gemeinden. Wir haben die Pilotprojekte in Hünenberg, Steinhausen und Zug. Sie wurden schon angesprochen. Und wenn Sie mit den Lehrpersonen sprechen, die in diesen Projekten tätig sind, werden Sie sehen, dass sie sehr wohl umsetzbar sind. Die Lehrpersonen, welche die integrative Schulung jetzt praktizieren, können sich nicht vorstellen, zur Separierung zurückzukehren. Als Argument gegen das Eintreten bleiben also die Mehrkosten. Die Votantin hat ein gewisses Verständnis dafür. Aber wir können doch in diesem Rat nicht jede Vorlage ablehnen, die etwas kostet. Das geht nicht. Die Kommissionspräsidentin ist dankbar für ein Ja zum Eintreten.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** möchte einige Gedanken zu ihrem Antrag äussern, nachdem bereits einige Votanten darauf reagiert haben. Der Titel des Kommissionsminderheitsberichtes, der am vergangenen Montag per e-mail allen Kantonsrats- und Regierungsratsmitgliedern verschickt wurde, bringt es auf den Punkt, weshalb wir der Meinung sind, dass die integrationsfähige Schule im ganzen Kanton flächendeckend eingeführt werden sollte, nämlich aus pädagogischen und finanziellen Überlegungen sowie aus Überlegungen der Chancengleichheit. Gerne legt die Votantin diese Überlegungen dar, wobei sie sich auf die wichtigsten Punkte konzentriert.
Integration bringt viele Vorteile mit sich, da sind wir uns alle einig. Man hat aufzeigen können, dass es dem Kind in einer Kleinklasse nicht besser geht als in der Regelklasse. Im Gegenteil: Die Vorteile überwiegen, wenn ein Kind in der Regelklasse bleibt. Es ist besser integriert, hat Vorbilder, Zugpferde, kann sich realistischer selbst einschätzen, es hat keinen Kleinklassen-Stempel mehr. Die Idee, Kinder in einem Schonraum zu unterrichten, wo all jene zusammenkommen, die ähnliche schulische Voraussetzungen mitbringen, wo sie separiert von den andern in einer kleineren Gruppe unterrichtet werden können, hat die Erwartungen nicht erfüllen können. Auch längerfristig gesehen, muss man hinter die Separation ein grosses Fragezeichen setzen. Eine Bemerkung zu Manuel Aeschbacher: Wenn man ein Kind fragt, ob es lieber integriert oder separiert werden möchte, dann wird es sich in 99 wenn nicht gar 100 % der Fälle *für* die Integration aussprechen. Von einer Zwangsintegration zu sprechen, scheint der Votantin wirklich seltsam.

Die Kommissionsminderheit ist mit der Regierung insofern einverstanden, dass das Ziel die Integration sein muss. Im Gegensatz zu ihr möchten wir dieses Ziel aber auf einen im voraus definierten Zeitpunkt hin erreichen und konkrete Etappenziele festlegen. Dieses Ziel, eine integrationsfähige Schule, soll unserer Meinung nach für den ganzen Kanton Zug gelten. Dieser scheint uns zu klein, als dass es elf verschiedene Schulmodelle geben soll. Wenn jede Gemeinde selbst entscheiden kann, ob sie integrativ schulen will oder separativ oder sogar integrativ/separativ, dass nämlich beide Modelle innerhalb der gleichen Gemeinde laufen, wie das in Risch der Fall ist, führt das zu einer Kostenexplosion. Prof. Bless weist in seinem Bericht darauf hin, dass integrative Schulformen als Alternative zu den Kleinklassen und nicht als zusätzliches Angebot im Regelschulbereich eingerichtet werden sollen, denn «ein Nebeneinander beider Systeme ist mit der Zeit nicht finanzierbar.»
(Der **Vorsitzende** unterbricht die Votantin und wirft ihr vor, nicht mehr zum Eintreten zu sprechen. Er bittet sie, mit ihrem Votum in der Detailberatung weiterzufahren.)

Gregor **Kupper** legt offen, dass er bei der 50 %- Minderheit der Stawiko war, welche gegen Eintreten gestimmt hat. Er möchte während seiner KR-Karriere im Schulbereich einmal eine Vorlage erleben, die nicht mehr, sondern weniger Kosten verursacht. Wir müssen uns einmal überlegen, was wir hier tun. Wenn wir diese Vorlage annehmen, verschieben wir die Grenze zwischen integrationsfähig und nicht-integrationsfähig ein wenig Richtung mehr Integrieren. Dem Votanten wurde glaubhaft versichert, dass zumindest in den Gemeinden, die heute Kleinklassen führen, auch in Zukunft Kleinklassen geführt werden müssen. Nun haben wir aber vor bald zwei Monaten eine Schulgesetzrevision genehmigt, die besagt, dass wir Pensen reduziert haben in den Regelklassen, dass wir einen Pool geschaffen haben. Wir haben also mehr Kapazität zur Verfügung gestellt für die Führung dieser Regelklassen. Was tun wir jetzt hier? Wir gehen hin, machen eine gesetzliche Bestimmung, brauchen dafür wiederum 22 Stellen mehr. Und das ist noch nicht alles. Wir können in der Vorlage auf S. 14 bereits schon lesen, dass es evtl. auch auf kantonaler Ebene noch Personal braucht. Die Regierung beantragt diese Leute jetzt nicht, aber sie wird dann nachstossen, wenn die Personalplafonierung das nächste Mal zur Diskussion steht. Gregor Kupper ist der Meinung, das wäre jetzt eine Vorlage, die man machen kann, wenn man will. Aber so etwas müsste jetzt im Schulbereich zumindest kostenneutral zu realisieren sein. Grundsätzlich müsste der Votant mit dieser Idee am Schluss einen Rückkommensantrag stellen. Weil er aber weiss, dass er damit keine Chance hat, weil er eine Zweidrittelmehrheit schaffen müsste, beantragt er dem Rat, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Vreni **Wicky** hält fest, dass die Steuergruppe des Kantons welcher sie angehörte, sich intensiv mit der Frage, wie sich eine integrationsfähige Schule gestalten lässt, auseinander gesetzt hat. Im Bericht von Prof. Bless wird deutlich aufgezeigt, dass in der Schweiz und insbesondere im Kanton Zug viele Kinder separiert in Kleinklassen oder Sonderklassen (bis 8 %) geschult werden. Im Weiteren wird festgestellt, dass überdurchschnittlich viele fremdsprachige Ausländerkinder den Kleinklassen zugewiesen werden. Hier liegt die Vermutung nahe, dass allein schon Fremdsprachigkeit der Grund für die Separation sein kann. Die Ergebnisse aus den Untersuchungen beweisen, dass auftauchende schulische Probleme wie mangelnde Sprachkenntnis-

se, Lernschwierigkeiten und oder Verhaltensauffälligkeiten in der Regelklasse recht schnell an eine Subkultur delegiert werden. Langjährige Schulerfahrungen zeigen aber klar auf, dass Separation die gewünschten und erhoffte spätere Integration nicht bringt.
In allen Kantonen der Schweiz setzt man sich heute mit integrativen Schulformen auseinander. Integration ist mehr als eine «Schulform» – Integration ist eine Philosophie. Mit Integration ist eine Grundhaltung gemeint, die von der prinzipiellen Gleichwertigkeit jeder Schülerin und jedes Schülers ausgeht. Integration ist ein Grundrecht im Zusammenleben der Menschen. Integration ist unteilbar. Integration ist ein Schulentwicklungsprozess für alle an der Schule Beteiligten. Was bezweckt die schulische Integration? Sie verbessert die Unterrichtsqualität und fördert den individualisierenden Unterricht. Die Schüler mit Schulschwierigkeiten werden sozial besser integriert (Aufhebung der Stigmatisierung). Die Zusammenarbeit wird eindeutig gefördert. Es gibt eine Verbesserung der fachlichen Kompetenz bei den Klassenlehrpersonen durch Impulse von schulischen Heilpädagogen. Schüler mit Lernschwierigkeiten und/oder Verhaltensauffälligkeiten, die in der Regelklasse integriert bleiben, haben die besseren Chancen in ihrem späteren Berufsleben. Besonders und hochbegabte Kinder erhalten besondere Fördermassnahmen. Individualisierung wird dabei verstanden als Unterrichtsprinzip, in welchem die individuellen Lernressourcen der Kinder im Mittelpunkt stehen. Mit der Integration kommen wir weg vom Defizitdenken, hin zur Nutzung von Ressourcen, zur Ausschöpfung des individuellen Potenzials. Zudem wird es in den Gemeinden immer schwieriger, Kleinklassenlehrpersonen zu rekrutieren. Kleinklassen C mit verhaltensauffälligen Kindern sind kaum mehr führbar.
Integrative Schulformen müssen flächendeckend realisiert werden. Mit diesem Prinzip kann verhindert werden, dass konkurrierende Systeme innerhalb eines relativ kleinen Gebietes, wie z.B. dem Kanton Zug, entstehen. Zudem können dadurch Chancengleichheiten und der Anspruch auf individuelle Förderung der Kinder innerhalb unseres Kantons gewährleistet werden. Ein Nebeneinander beider Modelle ist mit der Zeit nicht finanzierbar. Es müssen nicht nur Kleinklassen, sondern auch Begabtenwerkstätten geführt werden. Falls wir uns nach einer grosszügig bemessenen Übergangsphase nicht klar zur integrativen Förderung bekennen, müssen wir auch bereit sein, alle Fördermassnahmen zu finanzieren. Das sind Kleinklassen und Lernateliers. Sparen heisst auch Prioritäten setzen. Die Rahmenbedingungen und Richtlinien müssen eine optimale Umsetzung gewährleisten und es ist schade, dass wir die Richtlinien noch nicht kennen. Die meisten Gemeinden im Kanton sind auf dem Weg zur Integration oder haben diese zum Teil schon umgesetzt. (Die Votantin erläutert das mit der Projektion einer grafischen Übersicht.) Integration ist eine Herausforderung, aber auch ein Recht. Helfen Sie mit Ihrer Entscheidung mit, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.

Matthias **Michel** weist darauf hin, dass bei vorherigen Voten zum Teil angetönt wurde: «Schon wieder Schule». Er ist erstaunt über die viele Zeit, die diesem Thema gewidmet wird. Aber es geht nicht nur um das Thema Schule, sondern es ist auch ein gesellschaftspolitisches Thema. Es geht um eine Haltung, die wir mit dieser Vorlage zum Ausdruck bringen. Insofern stimmt er mit der SVP überein. In der Vernehmlassung schrieb sie: Integration beginnt nicht erst in der Schule, sondern bereits schon früher in der Gesellschaft.

Als der Bildungsdirektor an diese Vorlage herangetreten ist, war er skeptisch, ob das erträglich ist und stimmt. Je näher er sich damit beschäftigte, um so mehr erschrak er darüber, wie ausgeprägt wir in der Schweiz und im Kanton Zug diese Separatkästli führen. Ihn erschreckt, dass die Schweiz international die Spitzenposition einnimmt betreffend Separation im Bildungsbereich. Dass zusätzlich der Kanton Zug innerhalb der Schweiz an vierter Stelle liegt betreffend Separationsfreudigkeit. Ihn erschreckt der Umstand, dass in den Kantonen betreffend Zuweisung der Kinder in Sonderklassen sehr grosse Unterschiede bestehen. Chancengleichheit ist hier bestimmt nicht erreicht. Es erschreckt auch, dass in unserem Kanton in den letzen Jahren die Zuweisungsquote in Klein- und Sonderklassen zugenommen hat, trotz Stabilisierung der Schülerzahlen. Und es erschreckt, dass immer mehr Fremdsprachige separiert werden, nicht einfach aus Grund ihrer Fremdsprache, sondern auch aus anderen Gründen. Der Nichteintretensantrag erstaunt den Votanten auch seitens der SVP, nachdem er in der Vernehmlassung gelesen hat, dass die Partei damals begrüsst hat, dass wir diesen Schritt heute gehen.
Was würde ein Nichteintreten bedeuten? Entgegen allen Beteuerungen würde das System der Separation weiter geführt, dieses Schublädlidenken würde auf hohem Niveau weitergeführt (8 % im Kanton Zug). Es würde auch bedeuten, dass wir uns den wissenschaftlichen, aber auch langjährigen praktischen Erkenntnissen auch im Kanton Zug verschliessen, und missachten würden, dass gerade auch die PISA-Studie das bloss durchschnittliche Abschneiden der Schweiz auf mangelnde Integration zurückgeführt hat. Es würde bedeuten, dass die erfolgreichen und zur Selbstverständlichkeit gewordenen Anordnungen in Zug, Hünenberg, Steinhausen zwangsweise wieder zurückgeführt werden müssten. Dass diese Gemeinden wieder zu Kleinklassen verpflichtet würden. Der Bildungsdirektor glaubt nicht, dass wir das wollen und er hofft nicht, dass diese Hypothesen wahr werden. Er beantragt, dass auf diese Vorlage eingetreten wird.
Es ist ja schwierig, die Gründe des Neins zu orten. Zum einen wurde z.T. in Frage gestellt, ob das Niveau der besten Schüler nicht sinkt. Der Votant hat den leitenden Schulinspektor heute Morgen nochmals gefragt, ob wir Hinweise haben, dass z.B. in Oberwil, wo Matthias Michels Kinder zur Schule gehen, das Niveau gesunken ist bei den Übertritten, den Zuweisungen in die Kantonsschule usw. Dem ist nicht so. Man kann also nicht irgendwelche Übertrittsprobleme oder Schwächen auf dieses System, das jetzt in Oberwil lange Jahre bestanden hat, zurückführen.
Noch kurz zu den Kosten. Wir haben ehrlicherweise auf S. 16 der Vorlage wirklich die Gesamtkosten ausgewiesen, wenn alles umgesetzt wird. Und dann noch mit einer guten Dotierung mit Heilpädagogen gerechnet mit 110 Kindern pro Vollpensum. Es gibt Kantone, die sind hier zurückhaltender. Und die Gemeinden können das hier steuern. Je nach Situation braucht es weniger oder mehr. Geben wir den Gemeinden diese Steuermöglichkeit. – Die Kosten sind mittel- bis längerfristige zu betrachten. Und Matthias Michel ist überzeugt, dass Sonderzüglein und Separatklassen längerfristig teurer sind, weil die separierten Kinder dann in der Bildungskarriere und bei der Lehrstellensuche nachweislich grössere Probleme haben. Sozialkosten sind die Folge. Ein Beispiel: Der Votant hat heute nochmals den grossen externen Evaluationsbericht aus dem Jahre 98 für die Schule Oberwil konsultiert. Da ist zu lesen, dass in Oberwil auch Schüler, die in anderen Gemeinden zur Sonderschule gehen, integriert werden, und sich das bewährt hat. Wenn es gelingt, nur einen Sonderschüler in die Regelklasse zu integrieren, dann erspart uns das 70'000 Franken pro Jahr. Diese Kosten müssen wir also auch im Auge behalten. Bleiben Sie gesamtheitlich kohärent

entsprechend den Vernehmlassungen Ihrer Gemeinde, Partei etc. und schaffen Sie die Grundlage für eine integrationsfähigere Schule. Stimmen Sie der Vorlage zu, indem Sie primär mal eintreten.

Felix **Häcki** steht hier für den grossen Durchschnitt der Schüler, auch der schwächeren, in den normalen Klassen. Für die spricht nämlich niemand. Man spricht nur von Integration, von Chancengleichheit. Aber nur von einem Teil der Schüler. Denn es ist klar, dass wenn Schüler integriert werden, und wenn bis zu 8 % der Schüler integriert werden, dann hat es 8 % mehr schwächere Schüler. Dann sinkt das Klassenniveau. Die Noten bleiben natürlich. Man kommt wahrscheinlich mit dem Notenschnitt auch noch in die Kantonsschule. Das Problem fängt erst nachher an. Wenn der Notenschnitt nicht eine echte Leistungsnote ist, weil man das auch wieder durch die Gleichmacherei angepasst hat. Man hat eine Nivellierung nach unten. Die findet ja an und für sich heute schon statt. Der Votant sieht das, wenn in seinem Betrieb Lehrlinge eingestellt werden. Wir stellen jedes Jahr mehr als ein Dutzend ein. Dafür bewerben sich über 160 Kandidaten mit einer Prüfung. Sie müssen einfach ein Minimum an Wissen haben, damit sie überhaupt eine Lehre bestehen können. Von 160 Geprüften haben wir Glück, wenn wir unser gutes Dutzend zusammenkriegen. Weil sie ganz einfach die Leistung nicht bringen. Weil sie zu wenig Wissen und Können haben. Wollen wir denn nun in der Normalklasse, wo ja auch etwas gelernt werden muss, noch mehr nach unten nivellieren? Wem hilft man dann? Man hilft einer Minderheit von 8 %, damit sie in einer Normalklasse sein können. Und man schadet auf der anderen Seite 92 %. Das ist die Realität am Schluss. Felix Häcki kann auch ein Beispiel nennen. Er kennt auch so einen Einzelfall, wo so eine Schülerin in die Klasse kam. Sie wurde neben eine gute Schülerin gesetzt. Das Resultat war, dass die Leistungen der guten Schülerin massiv runter gingen. Sie geht heute neben der Schule noch in ein Lernstudio, um das aufzuholen, was sie verpasst hat, weil sie dauernd durch die schwächere Schülerin gefragt und gestört wurde und nicht aufpassen konnte im Unterricht. Bezahlen tun in diesem Fall die Eltern und nicht die Schule und nicht der Kanton und auch nicht die Gemeinde. Das ist auch eine Realität und man kann nicht einfach immer mit der Keule der Moral gut reden. Es ist und bleibt ein Problem für den Durchschnitt. Und darum bittet der Votant den Rat, nicht auf die Vorlage einzutreten.

➔ Der Rat beschliesst mit 42 : 29 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Lilian **Hurschler-Baumgartner** weist darauf hin, dass sich vor 20 Jahren 192 Staaten an der Unesco-Weltkonferenz trafen und vereinbarten, dass sie zurück nach Hause gehen und so rasch wie möglich die Integration umsetzen wollen. Schweden hat es geschafft, dort ist das ganze Land integrativ geschult. – Die Kommissionsminderheit ist mit der Regierung insofern einverstanden, dass das Ziel die Integration sein soll. Im Gegensatz zu ihr möchten wir dieses Ziel aber auf einen im voraus definierten Zeitpunkt hin erreichen und konkrete Etappenziele festlegen. Dieses Ziel, eine integrationsfähige Schule, soll unserer Meinung nach für den ganzen Kanton

Zug gelten. Dieser scheint uns zu klein, als dass es elf verschiedene Schulmodelle geben soll. Wenn jede Gemeinde selbst entscheiden kann, ob sie integrativ schulen will oder separativ, führt das zu einer Kostenexplosion. Prof. Bless weist in seinem Bericht darauf hin, dass integrative Schulformen als Alternative zu den Kleinklassen und nicht als zusätzliches Angebot im Regelschulbereich eingerichtet werden sollen, denn «ein Nebeneinander beider Systeme ist mit der Zeit nicht finanzierbar.» Wenn wir Separation und Integration nämlich nebeneinander führen, wird es tatsächlich teuer. Denn es wird auf der einen Seite die schulischen Heilpädagogen und -pädagoginnen in der Kleinklasse brauchen, und anderseits ebenso in den Regelklassen. Wenn wir beim Vorschlag der Regierung bleiben, können sich nur reiche Gemeinden eine wirklich gute Schule leisten.
Weiter führt das zu einer Konkurrenzsituation unter den Gemeinden. Die Votantin zitiert wiederum Prof. Bless: «Integrative Schulformen müssen flächendeckend (gesamter Kanton) realisiert werden, nur dann kann verhindert werden, dass konkurrierende Systeme innerhalb desselben Kantons entstehen und sich ein „Integrationstourismus“ einstellt.» – Weiter würde das zur Verunsicherung von Eltern und Lehrpersonen führen. Wenn jede Gemeinde eine andere Schiene fährt und die Basis nicht einheitlich informiert wird, dann weiss niemand mehr genau, was eigentlich Sache ist; weder die Lehrpersonen noch die Eltern noch die Schulkinder selbst. Wie können wir uns sonst über den «Kantönligeist» in anderen Bereichen ärgern und gleichzeitig dafür sein, dass jede Gemeinde ihren eigenen Weg gehen soll, ja dass es sogar möglich sein soll, innerhalb der Gemeinde beide Modelle anzubieten? Das Durcheinander ist vorprogrammiert, wie sollen da Lehrpersonen und Eltern noch durchblicken können? – Es würde zur Chancen-Ungleichheit führen. Die Chancen-Gleichheit unter den Kindern kann nämlich nicht mehr gewährleistet werden. Alle Kinder im Kanton Zug sollen eine sehr gute Schule haben dürfen. Es geht nicht an, dass Schüler X in Rotkreuz separiert, in Risch hingegen integriert würde. Alle Kinder profitieren von der Integration, nicht nur die schwachen. Denn ein schulischer Heilpädagoge, der in die Regelklasse kommt, arbeitet nicht nur mit den schwächsten, sondern mit allen Kindern. – Last but not least würde es zu Differenzen in der Qualität der Schulen führen, statt zu guten Schulen für alle. Die Erfahrungen mit der Integration sind positiv. Die Forschungsergebnisse zu integrativen Schulungsformen, entsprechende Schulversuche im Kanton Zug in den Gemeinden und die Vernehmlassungen zur Gesetzesvorlage befürworten die Integration. Man ist sich einig, dass die integrative Schule viele Vorteile mit sich bringt und alle Beteiligten von der integrationsfähigen Schule profitieren können. Diese Tatsache spricht unserer Meinung nach klar dafür, dass wir im Kanton Zug eine einheitliche, klare Lösung suchen.
Aus all diesen pädagogischen und finanziellen Überlegungen sowie um die Chancengleichheit aller Zuger Schülerinnen und Schüler gewährleisten zu können, schlägt die Votantin zusammen mit Heidi Robadey und Georges Helfenstein vor, die Gesetzesvorlage so zu ändern, dass innert einer Zeitspanne von sieben Jahren alle Zuger Schulen integrativ schulen und eine flächendeckende Einführung der Integration stattfinden wird. Diese sieben Jahre lassen den Gemeinden genügend Freiheiten, ihren Fahrplan individuell auszugestalten. Dadurch, dass alle Schulen auf eine integrationsfähige Schule umstellen, wird das Thema Integration überall diskutiert und die Basis gut informiert. Gemeinden können untereinander Erfahrungen austauschen und von der Erziehungsdirektion in ihrer Umstellung begleitet werden. – Die SP sowie eine grosse Mehrheit unserer Fraktion werden den Antrag unterstützen und die Votantin hofft auf viele weitere Stimmen aus anderen Fraktionen.

Margrit **Landtwing** ist für eine Integration, kann aber einer flächendeckenden, verordneten Integration aus folgenden Gründen nicht zustimmen.
Erstens ist es unbestritten, auch unter Fachleuten, dass nicht alle Kinder integriert werden können. Dies aus verschiedenen Gründen, z.B. weil dem einzelnen betroffenen Kind nicht in genügendem Masse entgegen gekommen werden kann oder weil das integrierte Kind für eine Regelklasse nicht tragbar ist. Und das gibt es. Hier teilt die Votantin die Bedenken der Stawiko. – Zweitens sieht Margrit Landtwing sinnvolle und durchführbare Möglichkeiten, beide Varianten anzubieten. Dies muss nicht unbedingt allein für eine Gemeinde passieren, das wäre tatsächlich zu teuer. Sie sieht eine Art Zweckverbände. Die Gemeinde Cham hat bereits heute Vereinbarungen getroffen – und zwar vertraglich geregelte – mit den Gemeinden Hünenberg, Steinhausen und teilweise auch Risch. Hünenberg und Steinhausen integrieren, haben aber die Möglichkeit, nicht integrierbare Kinder in Kleinklassen nach Cham zur Schule zu schicken. Diese Möglichkeit wird heute schon genutzt. – Drittens stimmt für die Votantin die Lösung der Regierung, weil in dieser Frage bei einer Verordnung, einem Befehl zur flächendeckenden Einführung, der Integration und ganz bestimmt dem einzelnen Kind ein schlechter Dienst erwiesen würde. Margrit Landtwing verweist hier auch auf das persönliche Votum von Peter Dür. – Integration so gut wie möglich, Kleinklassen dort wo nötig. Das ist übrigens auch die Meinung eines grossen Teils der Zuger Rektoren. Die Votantin bittet den Rat, der Vorlage der Regierung zuzustimmen.

Georg **Helfenstein** weist darauf hin, dass die Ausgaben für Schulen im Kanton Zug zunehmen. Gerade bei der letzten Abstimmung über das Lehrerbesoldungsgesetz wurde von Befürwortern stets erwähnt, dass Bildung halt etwas koste. Der Kanton hat mit diesem Gesetz bei der Bildung klar die Verantwortung übernommen und soll dafür nun auch gerade stehen. Nicht selten wird bei jeder Budgetdebatte darüber geredet, dass man bei den Gesetzen sparen kann. Was beschlossen ist, das kostet dann auch entsprechend. Beim Antrag der Kommissionsminderheit, den der Votant unterstützt, geht es darum, die Verantwortung über die Integration von Kindern zu fördern. Der Kanton muss diese Verantwortung übernehmen, sträubt sich aber dagegen, weil die Gemeinden frei entscheiden sollen, wann, wie und warum. Das geht doch nicht so. Wir haben unter anderen die Gemeinde Steinhausen, welche bereits Erfahrungen hat mit der integrativen Schule. Diese Erfahrungen zu sammeln, auszuwerten und anschliessend zu koordinieren, ist doch die Aufgabe des Kantons. Wir können nicht den Gemeinden den Entscheid überlassen, Kleinklassen und integrative Schule gleichzeitig zu führen. Das gibt keine Linie und kein Konzept. Jeder wurstelt an etwas herum. Es ist dem Votanten klar, dass Förderung schwierig ist. Es geht aber darum, ob man dem Kind zu merken gibt: Du bist eines von uns, oder eben nicht. Diese Schwierigkeit der Umsetzung sollte der Grund sein, die integrative Förderung konsequent zu wollen, und nicht einmal so – und wenn es dann nicht geht, wieder anders. Der Kanton soll die Konzepte ausgleichen und diese den Gemeinden vorlegen. Die Übergangsfrist dazu scheint Georg Helfenstein vernünftig. Wenn dieses Gesetz durchgehen soll, dann konsequent. Er bittet den Rat deshalb, dem Antrag der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** möchte mit einem kurzen Rückblick auf die Vernehmlassung beginnen. Alle Gemeinden, Elternorganisationen, Lehrerinnen- und Lehrerverein, Stufenkonferenzen haben das Modell des Regierungsrats unterstützt. Und es ist wichtig, dass gerade diejenigen Schulverantwortlichen, die Lehrpersonen vor Ort und an der Front, die das dann umsetzen, das mittragen. Es wäre ein schweres Hindernis, jetzt hier eine Verpflichtung im Sinne der Kommissionsminderheit einzuführen. Wir meinen, dass diese Verpflichtung ein unnötiger Zwang ist. Der Votant erinnert daran, dass die Gemeinden bei uns traditionellerweise eine Autonomie haben. Und gerade im Schulbereich geht die Tendenz zu mehr Eigenverantwortung und Autonomie. Der Antrag der Kommissionsminderheit würde dem entgegenstehen. Wir hören, man müsse die Umsetzung konsequent wollen. Dieses Wollen möchten wir jedoch nicht gesetzlich verankern, sondern es ist eine Haltung, eine innere Bereitschaft. Und diese ist dann erreicht, wenn in jeder Gemeinde diese Randbedingungen und der Boden zur Umsetzung stimmen. Das können wir nicht einfach verordnen. Wenn Prof. Bless zitiert wird, der ja diese flächendeckende Einführung propagiert, ist dazu zu sagen, dass er nicht auf unsere Situation, auf die Randbedingungen in unserem Kanton Rücksicht nehmen musste. Er kann das postulieren. Aber die Regierung und hoffentlich wir alle sind hier vorsichtiger. Wir meinen, die Schulgemeinden vor Ort könnten am Besten entscheiden, wann und auf welche Art umgesetzt wird. Keine Angst hat der Bildungsdirektor wegen dem besagten Integrations-Tourismus. Da wird suggeriert, dass Familien die Gemeinde wechseln würden, weil in anderen Gemeinden ein anderes System herrsche. Das wäre ja heute schon so, dass man nach Oberwil ziehen würde wegen dem dortigen Integrationssystem. Und das konnten wir nicht feststellen. Und wenn es nicht um einen Umzug geht, ist in Erinnerung zu rufen, dass man das Kind nicht einfach frei in eine andere Gemeinde schicken kann. In der Regel gilt die Wohnortgemeinde als Schulgemeinde.
Schliesslich noch zur Kostenexplosion. In einem Satz des Berichts sagt Prof. Bless: «Das Nebeneinander beider Systeme würde zu mehr Kosten führen.» Er hat diese These nicht weiter abgehandelt, er hat sie nicht weiter erklärt und auch nicht nachgewiesen. Matthias Michel bestreitet, dass das in dieser Pauschalität einfach so stimmt. – Wenn wir im Bildungsbereich in den letzten Jahren auch in Zug gehört haben, wir sollten mit Reformen behutsam umgehen, dann tun wir dies und es gehört eben dazu, dass wir solchen Entwicklungen Raum lassen. Der Votant ist überzeugt, wenn sich dieses integrative System bewährt, wird es mit dieser Freiwilligkeit schneller und engagierter umgesetzt sein, als wenn wir es verordnen. Er bittet den Rat, den Antrag der Kommissionsminderheit abzulehnen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Antrag der Kommissionsminderheit lautet:
«Die Gesetzesvorlage ist so zu verändern, dass Kleinklassen nur noch während einer Übergangsfrist von sieben Jahren bestehen dürfen und alle Zuger Schulen spätestens 2010 integrativ schulen werden.»

➔ Der Antrag der Kommissionsminderheit wird mit 48 : 20 Stimmen abgelehnt.

Das Wort zur Detailberatung wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1114.5 – 11357 enthalten.

275 KANTONSRATSBESCHLUSS ÜBER DAS STRASSENBAUPROGRAMM 2004-2011

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1160.1/.2 – 11265/66), der Strassenbaukommission (Nrn. 1160.3/.4 – 11306/07) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1160.5 – 11336).

Beat **Villiger** hält fest, dass die Strassenbaukommission beantragt, dem Strassenbauprogramm 2004-2011 mit einem Rahmenkreditvolumen von 152 Mio Franken zuzustimmen. Verteilt auf die acht Jahre ergeben sich jährliche Investitionen von ca. 19 Mio. Dieses Geschäft basiert bekanntlich auf dem Gesetz über Strassen und Wege. Aber nicht nur: Das Strassenbauprogramm nimmt direkten Bezug auch auf den vom Kantonsrat am 3. Juli 2002 beschlossenen Teilrichtplan Verkehr. Fein säuberlich haben wir darin damals die Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben aufgelistet. Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat danach in der Regel alle vier Jahre eine aktualisierte Prioritätenliste für die verschiedenen im Teilrichtplan aufgeführten Bauvorhaben. Diese Liste stützt sich auf verkehrs- und siedlungsplanerische, wirtschaftliche, finanz- und regionalpolitische Kriterien. Mit dem Rahmenkredit für das Strassenbauprogramm schaffen wir sowohl ein Arbeits- als auch ein Kreditprogramm, insbesondere für die Umsetzung des TRP Verkehr. Es liegt deshalb auf der Hand, dass wir wissen, für welche Projekte welche Ausgaben vorgesehen sind. Natürlich drücken wir darauf, dass die 1. Prioritäten umgehend realisiert werden. Es ist aber auch wichtig, dass Projekte der 2. und 3. Priorität im Auge behalten und betreut werden, wenn sich dies im Gesamtkontext als notwendig erweist. Insofern betrachtet der Kommissionspräsident den TRP Verkehr als übergeordnetes Planungsinstrument. Oder anders gesagt, wenn wir beim Strassenbauprog-ramm Kürzungen vornehmen wollen, dann verlangt er vorher oder mindestens begleitend eine Neubeurteilung der Prioritäten im TRP Verkehr. Mit dem Rahmenprogramm schaffen wir aber auch eine Grundlage für die künftige Bewilligung von Krediten. Vor allem werden die Kompetenzen geregelt und wenn heute das Strassenbauprogramm noch als Ganzes dem fakultativen Referendum unterliegt, so sind spätere Beschlüsse daraus mit einfachem KRB möglich. Dies einige einleitende Gedanken. Im Übrigen verweist der Votant auf die zugestellten Berichte. Nun zur eigentlichen Vorlage.

Zu § 1. Das Programm erstreckt sich neu auf eine Dauer von acht Jahren. Bisher waren es sechs Jahre. Dies macht deshalb Sinn, weil einerseits die Planung immer längerfristigere Formen annimmt und andererseits das Programm sich über genau zwei Amtsperioden erstreckt.

Zu § 2, Rahmenkredite. Bst. a, Nationalratsstrassen. Für den Nationalstrassenbau sind ca. 230 Mio Franken vorgesehen, alleine für den 6-Spur-Ausbau Blegi bis Rütihof 160 Mio. Es handelt sich dabei um Bauvorhaben der 1. Priorität, also um dringliche. Zug hat einen Anteil von 16 % zu leisten. Wenn wir hier die alleinige Kompetenz für die Freigabe von Krediten an den Regierungsrat geben, so ist das nichts Neues, sondern hat sich bewährt und sollte auch weiterhin so gehandhabt werden. Es ist wichtig, dass dieser Ausbau dann mit der Inbetriebnahme der durchgehenden A4 fertiggestellt ist. Ein ehrgeiziges Ziel, das aber nur dann erreicht werden kann, wenn vor allem auch die Entscheidungswege entsprechend kurz gestaltet werden können. Für den 6-Spur-Ausbau soll nächstes Jahr das in Zusammenarbeit mit Bund und Kanton ausgearbeitete generelle Projekt dem Bund zugestellt werden.

Zu Bst. b, Kantonsstrassen, Ausbauten, Korrektionen usw.. Hierfür wird ein Kredit von 65 Mio Franken beantragt. Zu diskutieren gab hier die Prioritätenliste. Die Kommission verlangt vor allem, dass nun endlich der Ausbau der Artherstrasse ab Eielen bis Lothenbach in Walchwil und der Strassenausbau Nidfuren-Schmittli mit Radweg realisiert werden müssen. Beat Villiger möchte auch heute nochmals den Baudirektor dringend ersuchen, diesen beiden Projekten die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Sie kamen nicht zuletzt deshalb nicht voran, weil z.B. die SBB und interne Ämter nicht Hand zu Lösungen geboten haben. Hier sind klare Termine vorzugeben. Andererseits hat die Kommission beschlossen, den Knotenausbau Edlibach fallen zu lassen, weil die Situation dort wesentlich entschärft werden konnte und eine verbesserte Variante, z.B. Kreisel, zu teuer würde. Andere Erneuerungsprojekte sind weniger bis gar nicht pressant. Bei den lokalen Korrektionen handelt es sich teilweise um Busspuren. Diese werden mit dem ÖV abgesprochen. Im Übrigen handelt es sich um kleinere Korrekturen. Weiter sind verschiedene kleinere Lärmschutzmassnahmen und Gewässerschutzmassnahmen notwendig. Mehr ins Gewicht fallen dann wieder die Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten von Kunstbauten. Hier sind in der 1. Priorität die Finsterseebrücke, die Grundwasserwanne Kollermühle oder etwa die Uferkorrektionen, bzw. -konstruktionen am Zuger- und Ägerisee von gesamthaft ca. 12 Mio.
Zu Bst. c, allgemeine Projektierungen usw.. Hier beantragen wir, dem Regierungsrat die Kompetenz zu erteilen, alleine die Kredite für allgemeine Projektierungen und für generelle Planungen von Neuprojekten zu erteilen. Diese Handhabung ist nicht etwa neu und liegt ebenfalls im schnelleren Ablauf von Planungsprozessen begründet. Wenn nun gesagt wird, das generelle Projekt für das Kammerkonzept sei auch durch den KR beschlossen worden, so ist hier zu sagen, dass wir dafür keinen Rahmenkredit hatten und nicht auf das neue Strassenbauprogramm warten wollten. Diese Regelung, zugegeben, war in der Kommission etwas umstritten, hat sich aber bewährt und sollte wie beantragt belassen werden. Wir müssen uns schon etwas die Planungs- und Bewilligungsprozesse vor Augen führen. Gerade bei grösseren Projekten geht es ja darum, dass zuerst Ideen und Ideenskizzen bestehen. Dann wird ein generelles Projekt erstellt, das als eigentliche Grundlage für den Entscheid über den Planungs- und späteren Baukredit oder wie bei der Nordzufahrt für beides zusammen dient. Letztere Entscheide unterliegen dann und zurecht wieder dem fakultativen Referendum. Es geht also bei diesen Planungen vor allem um die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für den Kantonsrat. Und hier sollten wir nicht schon vorher eingreifen. Wenn wir das nämlich tun, besteht nach Ansicht des Kommissionspräsidenten sogar die Gefahr, dass die Baudirektion und der Regierungsrat schon vorher noch eigentliche generelle Vorprojekte in Auftrag geben, weil ja auch sie wiederum auf Planungsgrundlagen angewiesen sind. Es wurde in der Kommission auch gesagt, dass gerade was die Projekte der 2. Und 3. Priorität anbelangt, nicht unnötige Planungskosten verursacht werden dürfen. Diese Auffassung teilt der Votant, aber er wehrt sich, wenn man solche Möglichkeiten generell unterbinden will.
Zu Bst. d; Anlagen für regionale Buslinien und für Radstrecken. Hier wird ein Kredit von 8 Mio Franken verlangt. In der ersten Priorität befinden sich hier die Busspur Steinhauserstrasse und das Busbevorzugungskonzept Zugerstrasse in Cham. Des weiteren sind für Radstrecken noch ca. 16 Mio vorgesehen. Also pro Jahr 2 Mio. Und hier geht es auch um die Vervollständigung des Radwegnetzes.
Zu § 3, Kreditfreigabe. Der Regierungsrat beantragt, dass die eigene Kompetenz von 1 Mio auf 2 Mio erhöht werden solle. Dies mit der Begründung, dass eine Teuerung von ca. 45 % seit 1988 eingetreten sei sowie heute vor allem vielfach teure Mass-

nahmen auf Grund der Umweltschutzgesetzgebung getroffen werden müssen. Gerade bei kleineren Projekten könne dadurch auch viel Zeit und Verwaltungsaufwand eingespart werden. Die Kommission zeigte teilweise Verständnis, möchte aber die Erhöhung bei 1.5 Mio begrenzen.
Zur Finanzierung. Beat Villiger hat an der letzten KR-Sitzung das System der Strassenbaurechnung aufgezeigt und gesagt, dass die Finanzierung des Mehrjahresprogramms über die Strassenbaurechnung ohne weiteres möglich sei. Die Strassenbaukommission hat sich aber auch eingehend darüber unterhalten, wie wir dereinst die Kosten, vor allem diejenigen der Grossprojekte Nordzufahrt, Kammerkonzept oder etwa Tangente Neufeld, über die Strassenbaurechnung finanzieren können. Immerhin verursachen die Projekte der 1. Priorität, und dies ausserhalb des Strassenbauprogramms, Kosten von ca. 450 Mio. Wann diese anfallen werden, wissen wir zur Zeit nicht, können wir auch nicht wissen. Absehbar ist heute der Baubeginn der Nordzufahrt. Hierfür haben wir in der Spezialrechnung einen Plussaldo von ca. 90 Mio. Der Votant wurde in seiner Fraktion bezüglich Kostenaussagen etwas getadelt, weil diese unklar seien. Zusammenfassend hier nochmals die Sicht der Kommission.
Das Strassenbauprogramm 04 bis 11 ist ohne weiteres über die Spezialfinanzierung verkraftbar, ohne dass die Rechnung in ein Minus kommen würde, im Gegenteil, die Rechnung sollte auch in den kommenden Jahren weiter zulegen können. Wie viele Millionen das pro Jahr sind ist offen, das können sechs bis zehn oder mehr Millionen pro Jahr sein. Wenn wir davon ausgehen, dass ca. 27 Mio netto Ertrag besteht und wir neu ca. 19 Mio ausgeben für das Strassenbauprogramm, können Sie selber ausrechnen, wie viel pro Jahr bleibt. Auch die drei, vier Grossprojekte der ersten Priorität sollten über die Spezialfinanzierung möglich sein. Jedoch mit dem Unterschied, dass wir dann über viele Jahre hinweg eine überschuldete Spezialrechnung hätten. Sobald dann aber die Projekte der 1. und 2. Priorität zusammen realisiert würden, würde dies die Möglichkeiten der Rechnung völlig übersteigen. Bei diesen Überlegungen und mit Blick auf die Vergangenheit und auf die Realisierung von Strassenbauprojekten mit den damit verbundenen Schwierigkeiten wird uns aber wieder die Realität einholen und zwar in dem Sinne, dass letztlich nie das gebaut werde wird und kann, und schon gar nicht zur gewünschten Zeit, wie wir uns das vorstellen. Aus Sicht des Kommissionspräsidenten sind deshalb folgende Ziele jetzt unbedingt zu verfolgen:
A) Die Projekte der ersten Priorität mit allen Mitteln vorantreiben und vor allem auf die Gesamtverkehrsplanung abstimmen.
B) Die Finanzierung für die Grossprojekte sicherstellen. Hier muss die Regierung über die Bücher. Es ist ein Wagnis, dies nur mit den heute bekannten Mitteln der Strassenbaurechnung vorzusehen, und dann eine Strassenbaurechnung mit einem langfristigen grossen Minus unseren Nachkommen hinterlassen. Hier gibt es Möglichkeiten, die sicher geprüft werden müssen, z.B. die Mitberücksichtigung der LSVA und/oder die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer. Ob diese dann generell ist oder objektbezogen, müsste man noch abklären.
Wenn Jo Lang heute Morgen gesagt hat, dass wir bei den Ausgaben im Strassenbau sparen müssen, so muss der Votant einfach sagen, dass der Strassenbau durch die Strassenbenutzer selbst finanziert wird. Der ÖV zahlt ja nichts an diese Ausgaben. Und der Treibstoffzoll kommt auch noch hinzu.
Der Kommissionspräsident möchte den Rat bitten, der Vorlage zuzustimmen. Zu möglichen Anträgen behält er sich vor, in der Detailberatung Stellung zu nehmen.

Die CVP-Fraktion stimmt der Vorlage ebenfalls zu, unter Vorbehalt des Antrags von Gregor Kupper.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage am 6. November beraten hat. Er verweist wie üblich auf den Bericht und möchte folgende Ergänzungen machen.
Gemäss § 12 des Gesetzes über Strassen und Wege erstellt der Regierungsrat das Strassenbauprogramm für Neu- und Umbauten sowie für die Erneuerung von Strassen und Wegen. Die Regierung beantragt nun Rahmenkredite im Umfang von insgesamt 152 Mio Franken, damit in den Jahren 2004 bis 2011 die Werterhaltung des Strassen- und Wegnetzes sichergestellt und die notwendigen Anpassungen an die Anforderungen der Verkehrssicherheit des Umweltschutzes ermöglicht werden. Ein typisches Beispiel aus dem Strassenbauprogramm 98-03 ist die Vorlage, die wir nachher diskutieren werden, der Rad- und Gehweg Ägeristrasse. Hier kommt es zu Anpassungen der Strasse. Es geht auch um Gewässerschutz und um die Verkehrssicherheit von Radfahrern und Fussgängern. Bei den 152 Mio handelt es sich um Nettobeiträge, in denen die Leistungen des Bundes und Dritter nicht enthalten sind. Es gilt zu beachten, dass damit ausgewählte Projekte finanziert werden sollen, die im Bericht des Regierungsrats aufgeführt sind. Nicht Bestandteil dieser Rahmenkredite sind Grossprojekte, die sich aus dem TRP Verkehr ergeben und dem Kantonsrat zu gegebener Zeit mit separaten Vorlagen beantragt werden.
Eintreten war in der Stawiko unbestritten. Es wird anerkannt, dass der Kanton ein Strassenbauprogramm benötigt, um die erforderlichen Anpassungen im Strassen- und Wegnetz vornehmen zu können. Die zu sprechenden Rahmenkredite erscheinen auf den ersten Blick hoch. Sie relativieren sich aber, wenn man in Betracht zieht, dass sich diese Ausgaben über acht Jahre verteilen. Damit wird die Spezialfinanzierung jährlich mit 16 Mio, die Verwaltungsrechnung für die regionalen Buslinien und für Radstrecken mit 3 Mio pro Jahr belastet. Es gilt zu beachten, dass neu 15 Mio Franken für generelle Planungen im diesem Kredit budgetiert sind. Es ist zu begrüssen, dass zukünftig Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten an Kunstbauten (u.a. Brücken), die pro Objekt oft 1 Mio übersteigen, neu über die Spezialfinanzierung abgewickelt werden und nicht mehr die laufende Rechnung belasten.
Man kommt aber bei der Betrachtung dieser Kosten nicht darum herum, sich allgemeine Gedanken zur Finanzierung des Strassenbaus zu machen. An Jo Lang: Man kann hier nicht sagen, die Stawiko spare nur beim Strassenbau nicht. Es sind zwei separate Kassen. Und diese Kasse Strassenbau Spezialfinanzierung wird vom Benützer gespiesen und finanziert. Der Votant würde einzig akzeptieren, wenn man sagt, gewisse Kosten würden möglicherweise vom Verkehr externalisiert. Die Strassenbaureserve hat per Ende 2002 noch rund 83 Mio Franken betragen. Im Jahr 2004 wird mit folgender Einlage gerechnet: 23,16 Mio als Reinertrag des Strassenverkehrsamts, vorab aus Motorfahrzeugsteuererträgen, 2,9 Mio aus Treibstoffzollerträgen und 2,6 Mio Zinsen aus dem Überschuss. Total sind das rund 28,6 Mio Franken. Wenn nur schon eine Nordzufahrt von 2005 bis 2007 Kosten von 80 Mio verursacht, wird allen klar, dass die Strassenbaureserve kurz- bis mittelfristig aufgebraucht ist. Wie man dann die grosse Projektliste im Teilrichtplan Verkehr realisieren will, ist noch sehr unklar. Auch im Strassenbau wird das Realisationstempo auf die finanziellen Möglichkeiten abgestimmt werden müssen. Die Stawiko begrüsst es deshalb, dass der Kantonsingenieur entsprechende Überlegungen zur Finanzierung der Neubauprojekte gemäss TRP Verkehr und des vorliegenden Strassenbauprogramms

anstellt und diese Planung auch rollend überarbeitet. Die vorliegenden Modellrechnungen, die der Strassenbaukommission und der Stawiko vorgelegt wurden, sind mit zahlreichen Unsicherheitsfaktoren behaftet. Sie zeigen aber klar auf, dass bereits die Realisation der Projekte der 1. Priorität aus dem TRP sehr hohe finanzielle Belastungen auslöst, die nur ungenügend mit den heutigen Finanzierungsmodalitäten gedeckt werden können. Grosse Defizite, die bei gewissen Finanzierungsvarianten bis in die Jahre 2020 oder sogar 2026 reichen, sind aus Sicht der Stawiko nicht akzeptabel.
Das Thema Strassenbaufinanzierung wurde auch an der Sitzung der erweiterten Stawiko am letzten Montag diskutiert. Sie hat einstimmig entschieden, von der Regierung innert Jahresfrist ein Konzept zu verlangen, wie der Strassenbau in Zukunft finanziert wird. Dabei erwarten wir, dass in dieser Frage die Finanzdirektion viel enger mit der Baudirektion zusammen arbeitet. Auf Grund unserer Informationen müssen wir davon ausgehen, dass diese Zusammenarbeit bis jetzt nichtstattgefunden hat. Die Stawiko erwartet zudem, dass bei zukünftigen Projektierungsbegehren immer auch ein Finanzplan für den Strassenbau abgegeben wird. Diese Massnahme wird es in Zukunft den vorberatenden Kommissionen und dem Kantonsrat ermöglichen, die Übersicht über die Ausgaben zu bewahren und mögliche Konsequenzen, z.B. eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer, frühzeitig zu erkennen.
Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragt Ihnen die Stawiko, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der Strassenbaukommission zuzustimmen.

Berty **Zeiter** weist darauf hin, dass es laut Vorlage Ziel des Strassenbauprogramms ist, die Werterhaltung unseres Strassen- und Wegnetzes sicherzustellen und notwendige Anpassungen an die heutigen Anforderungen der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes vorzunehmen. Dieser Zielformulierung kann sich die AF anschliessen, aber wir haben andere Vorstellungen als die Mehrheit der Strassenbaukommission davon, wie weit die Werterhaltung geht, was im Zuger Strassenbau wirklich notwendig ist und vor allem, was überhaupt finanziell noch verantwortet werden kann. Es ist ausgesprochen schwierig, sich bei den vorhandenen Unterlagen ein klares Bild zu machen, da die Vergleichsgrundlagen des letzten und des aktuellen Strassenbauprogramms nicht mehr übereinstimmen. Einerseits wurde die Kreditdauer von sechs auf acht Jahre verlängert, also muss man die Beträge immer geteilt durch 6 mal 8 rechnen, um vergleichbare Jahrestranchen zu erhalten. Anderseits wurden verschiedene Posten neu und korrekterweise von der allgemeinen Verwaltungsrechnung in die Strassenbauspezialrechnung hineingenommen.
Aber schauen wir mal die beantragten Rahmenkredite an. Der Antrag lautet auf 152 Mio Franken. Wir sind also mit dieser Vorlage bereit, jährlich 19 Mio zu sprechen, die wir nur für Unterhalt von bestehenden und Planung von neuen Strassen ausgeben wollen. Die geplanten Grossprojekte aus dem TRP Verkehr kommen da noch alle hinzu. Und da stellt sich wirklich die Frage nach der Finanzierung. Dazu hat die Strassenbaukommission eine Gesamtübersicht über den wahrscheinlichen Verlauf der Strassenbaufinanzierung erhalten, die Sie hier im Rat auch interessieren dürfte. Sie vermittelt einen Begriff über die nach unserer Ansicht untragbaren Konsequenzen einer solchen Planung. Diese Gesamtübersicht haben Sie vor sich liegen und die Votantin möchte das etwas näher erläutern (siehe Beilage). Wenn mit der heutigen Finanzierung nur die Projekte der 1. Priorität gebaut würden, also was bis 2008 geplant ist, wären wir erst wieder in 25 Jahren schuldenfrei. Wenn die Projekte

der 1. und 2. Priorität gebaut würden, bis 2014, und eine einmalige Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer dazu käme, wäre die Verschuldung evtl. im Jahre 2040 wieder abgebaut. Und wenn alle Begehrlichkeiten, die im TRP Verkehr bis in die 3. Priorität festgehalten sind, gebaut würden, und das Volk drei Mal die Kröte einer Motorfahrzeugsteuererhöhung schlucken würde (glauben Sie an so was?), wären wir vielleicht auch in 37 Jahren wieder schuldenfrei. In diesem Zusammenhang möchte Berty Zeiter auch darauf hinweisen, dass in diesem Rat Steuererhöhungen, wenn es um soziale Zwecke geht, tabu sind, aber wenn es ums Auto geht, dann verliert man die Scheu.
Hinter einer solchen Verschuldung mit derartigen Risiken und Konsequenzen kann die AF nicht stehen. Wir setzen uns gegen eine derartige Planung und gegen ein solches Anrichten mit der grossen Kelle zur Wehr. Deshalb appellieren wir auch beim vorliegenden Strassenbauprogramm an Ihren Sparwillen und werden bei der Detailberatung einen Antrag stellen zur Kürzung des Rahmenkredits.
Ein weiterer Kritikpunkt für uns ist auch, dass neu die Kredite für die generellen Planungen allesamt im Strassenbauprogramm enthalten sein sollen. 15 Mio Franken werden also einfach ins Blaue hinaus bewilligt, ohne dass grundsätzliche Diskussionen stattfinden können über das Wie und Wo, über Sinn oder Unsinn von neuen Strassenprojekten oder über verantwortbare Planung. Das ist ein Unterlaufen von bestehenden demokratischen Strukturen. Soeben haben wir den generellen Projektkredit für das Kammerkonzept in 2. Lesung verabschiedet. Haben Sie die Diskussion und die Behandlung dieser Vorlage als überflüssig und sinnlos empfunden? Wir nicht. Ins gleiche Kapitel gehört auch, dass die 25 Mio Franken für den 6-Spur-Ausbau der A4 ebenfalls im Strassenbauprogramm integriert sind und somit der demokratischen Einflussnahme entzogen werden. Auch hierzu werden wir in der Detailberatung einen Antrag stellen.

Alois **Gössi**: Im Prinzip ja, aber... Dies ist die Haltung der SP-Fraktion zu dieser Vorlage. Wir sind überzeugt, dass es diese Kredite braucht für die Werterhaltung unserer Strassen, Massnahmen für die Verkehrssicherheit und den Umweltschutz, für Anlagen der Buslinien und für Radstrecken. Wir wollen, dass der Radweg Zug-Oberägeri durchgehend wird. Wir wollen, dass der Bus gefördert wird mit eigenen Busspuren und Bevorzugungen bei Lichtsignalanlagen. Wir wollen lieber heute als morgen, dass bei der Kreuzung beim Alpenblick die Busse schneller vorankommen. Wir wollen, dass endlich der Veloübergang im Bereich Alpenblick gebaut wird. Bei Unterhalt/Sanierung/Renovation der Strassen sind wir erheblich skeptischer. Braucht es diese grossen Kredite wirklich auch in dieser Grössenordnung? Im Prinzip Ja, aber. Das Aber bezieht sich auf den Kredit für die Nationalstrassen von 25 Mio Franken für den Ausbau auf sechs Spuren. Hier unterstützen wir den Antrag der AF. Ein Aber gibt es auch beim Kredit von 15 Mio für generelle Planungen von Neubauprojekten. Wir wollen, dass diese Kompetenz beim Kantonsrat liegt und referendumsfähig ist.
Worum geht es konkret? Letztes Jahr haben wir im Kantonsrat den Verkehrsrichtplan beschlossen, als einzige und letzte Instanz. Das Volk konnte nicht sagen, ob es z.B. die Umfahrung Unterägeri will oder nicht. Als nächsten Schritt kann nun der Regierungsrat Kredite freigeben für eine generelle Planung der Umfahrung von Unterägeri oder der Tangente Neufeld. Damit werden die vorhanden Ideen vertieft und detaillierter ausgearbeitet, flankierende Massnahmen aufgezeigt. Das Ergebnis, das generel-

le Projekt, ist dann die Grundlage für die Gewährung des Projektierungskredits. Der Regierungsrat möchte die Kredite für das generelle Projekt jeweils in eigener Regie sprechen können. Hier sind wir klar anderer Meinung: Wir im Kantonsrat sollen darüber beschliessen können. Beim Kammerkonzept ging dies ja problemlos. In 2. Lesung haben wir vorhin diesem Kredit zugestimmt. Wieso soll es nun anders sein bei den Projekten aus dem TRP Verkehr? Der Votant ist überzeugt, der Regierungsrat kann uns Vorlagen präsentieren, die weit über einen roten Strich in der Landkarte, über den wir letztes Jahr abstimmten, gehen. Beim Kammerkonzept ging es auch. Aus demokratischen Gründen sind wir dagegen, dass wir bei den ersten zwei Stufen von solch grossen Projekten dem Souverän nicht die Möglichkeit geben mitzubestimmen. Solche Projekte können politisch umstritten sein, man denke an die Tangente Neufeld, und so machen diese demokratischen Rechte mehr als Sinn. – Sollte unser Antrag abgelehnt werden, beantragen wir, dass diese Kredite mindestens vom Kantonsrat gesprochen werden, jedoch ohne Referendumsfähigkeit. Alois Gössi kann sich dem Votum von Gregor Kupper, das er bei der vorherigen Debatte äusserte, anschliessen. Er hätte auch gerne Vorlagen im Rat, die nicht mehr, sondern weniger kosten. Gregor Kupper will dies im Schulbereich, Alois Gössi beim Strassenbau. Vielen Dank im Voraus für die Unterstützung unseres Anliegens.

Werner **Villiger** möchte zum diesem Thema einige Kernaussagen von Seite der SVP-Fraktion machen. Wir gehen heute davon aus, dass die Bauvorhaben der 1. Priorität ohne Motorfahrzeugsteuererhöhung und ohne Beanspruchung der LSVA nur über die Spezialfinanzierung realisiert werden können. Gemäss Kommissionsbericht und vorliegender Modellrechnung können Bauvorhaben der 2. und 3. Priorität nur mit einer massiven Motorfahrzeugsteuererhöhung von mindestens 17 % finanziert werden. Damit sind wir nun überhaupt nicht einverstanden. Wir sind grundsätzlich gegen eine so massive Motorfahrzeugsteuererhöhung. Zur Finanzierung der Strassenbauvorhaben muss auch die LSVA herangezogen werden können. Wir haben dies bereits in unserer Motion gefordert, die am 20. Dezember 2001 vom Kantonsrat nicht erheblich erklärt wurde. Hier zeigt sich, wie visionär die SVP-Fraktion manchmal denkt. Im Übrigen sind wir gespannt, welche Vorschläge zur weiteren Finanzierung der Strassenbauvorhaben uns die Regierung und die Strassenbaukommission vorlegen wird. In Bezug auf die unter a, b und d enthaltenen Rahmenkredite herrscht Konsens mit Regierung und Kommission. Auch mit der neuen Kreditlimite von 1,5 Mio Franken sind wir einverstanden. Mit dem unter c aufgeführten Rahmenkredit sind wir jedoch nur teilweise einverstanden. Dieser Kredit besteht aus einem Betrag von 8 Mio für allgemeine Projektierungsarbeiten; dieser ist bei uns unbestritten. Der Rahmenkredit für generelle Planung für Neubauprojekte beinhaltet jedoch auch Projektierungen für Bauvorhaben der 3. Priorität – d.h. Baubeginn frühestens 2014. Darin sind folgende Bauvorhaben enthalten: Minitunnel Stadt Zug, Verlängerung General Guisan-Strasse und Ostumfahrung Rotkreuz. Diese Bauvorhaben sind ausserdem als Zwischenergebnisse im vorliegenden Richtplan enthalten. Wir sehen nun nicht ein, wieso für Bauvorhaben mit Baubeginn frühestens 2014 bereits Kredite für generelle Projekte im Strassenbauprogramm 2004-2011 enthalten sein müssen. Wir stellen daher den Antrag, bei c den Rahmenkredit um 9 Mio zu kürzen. Dieser Betrag entspricht 1,5 % des gesamten Bauvolumens von 600 Mio. Uns geht es bei diesem Kürzungsantrag vor allem darum, dass nicht generelle Projekte ausgearbeitet werden, die dann evtl. vom Kantonsrat abgelehnt wer-

den. Dies ist kurz zusammengefasst die grossmehrheitliche Meinung der SVP-Fraktion.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion einstimmig beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr im Sinne der Strassenbaukommission zuzustimmen. Es ist unbestritten, dass der Kanton ein Strassenbauprogramm benötigt, um die erforderlichen Anpassungen im Strassen- und Wegnetz vornehmen zu können. Das Strassenbauprogramm 2004-2011 ist die Fortsetzung desjenigen von 1997-2003. Die Dauer des neuen Programms auf acht Jahre festzusetzen macht Sinn. Dies ermöglicht im Jahre 2011 einem neugewählten Kantonsrat, über das nachfolgende Strassenbauprogramm beschliessen zu können. Der Ausbau der Nationalstrasse A4 auf sechs Spuren ist in unseren Reihen unbestritten und im Hinblick auf die Eröffnung der Nationalstrasse durch das Knonaueramt dringend erforderlich. Nur so lassen sich grössere Staus und Umwegfahrten durch Gemeinden und Wohnquartiere verhindern. Für den Ausbau ist der Bund verantwortlich und er trägt auch den Löwenanteil der Kosten. Um das Vorhaben nicht unnötig zu komplizieren und wertvolle Zeit zu verlieren, soll der Regierungsrat mit den Bundesstellen verhandeln, um den Kantonsbeitrag in der Höhe von rund 25 Mio beschliessen und freigeben zu können. Es ist deshalb wichtig, dass der 6-Spur-Ausbau Bestandteil des Strassenbauprogramms ist. Mit dem Rahmenkredit und der überarbeiteten Prioritätenliste für die Kantonsstrassen ist die FDP-Fraktion einverstanden. Sie legt aber Wert darauf, dass wenn ein Projekt, aus welchen Gründen auch immer, ins Stocken gerät, ein anderes vorgezogen wird.
Der Rahmenkredit über 8 Mio für allgemeine Projektierungen und 15 Mio für die generelle Planung von Neubauprojekten ist unbestritten. Generelle Planungen für Neubauprojekte sind im TRP Verkehr begründet und sollen durch den Regierungsrat freigegeben werden können. Denn erst nach Vorliegen des Generellen Projektes liegen die Fakten vor, die sinnvollerweise durch den Kantonsrat diskutiert und beraten werden können. Der Kantonsrat hat das generelle Projekt dann zu genehmigen und die daraus folgenden Kredite für die Ausführungsplanung sowie für den Baukredit zu bewilligen. Diese Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum und dadurch ist die Demokratie gewährleistet. Bezüglich der Kompetenz bei der Kreditfreigabe durch den Regierungsrat schliesst sich die FDP-Fraktion der Strassenbaukommissionsmehrheit an und unterstützt die Erhöhung der Kreditlimite von 1 Mio auf 1,5 Mio. Die im Rahmen des Strassenbauprogramms zu bewilligenden Rahmenkredite betragen 152 Mio. Das ist ein sehr hoher Betrag, verteilt man ihn aber auf die acht Jahre des Programms, so relativiert sich das stark. Die Finanzierung des Strassenbauprogramms sowie der Strassenbauvorhaben 1. Priorität gemäss TRP Verkehr ist mit den Mitteln der Spezialfinanzierung möglich. Die Diskussion über eine Anpassung der Motorfahrzeugsteuern oder die Beanspruchung der LSVA-Gelder muss an dieser Stelle nicht geführt werden. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben.
Dem noch zu beratenden Kantonalen Richtplan können wir entnehmen, dass im Jahr 2020 127'000 Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Zug leben und 75'000 Beschäftigte ihr Einkommen verdienen werden. Diese Menschen müssen sich auch in Zukunft bewegen können, sei es um ihre berufliche Tätigkeit auszuüben oder sich in der Freizeit zu erholen. Das Strassenbauprogramm stellt da Lösungen in Aussicht. Kürzungen der Rahmenkredite zum heutigen Zeitpunkt helfen überhaupt nichts. Es ist auch falsch, den motorisierten Individualverkehr gegen den öffentlichen Verkehr auszuspielen. Wer zwischen 7.00 und 08.30 Uhr, wenn die meisten Leute zur Arbeit

gehen, unterwegs ist, stellt fest, dass die Busse und Züge überfüllt sind und auf der Strasse in erster Linie gestanden wird. Ein Ausbau ist bei allen Transportsystemen dringend notwendig In diesem Sinne bittet der Votant den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr im Sinne der Strassenbaukommission zuzustimmen.

Hans-Beat **Uttinger** erinnert daran, dass es sich beim Strassenbauprogramm in erster Linie um ein Arbeitsprogramm des Tiefbauamts handelt. Die Arbeiten ergeben einen bestimmten Kreditrahmen, welcher gleichzeitig beschlossen wird. Kürzungen können entweder allgemein als Kreditkürzungen oder durch Streichen bestimmter Aufgaben erfolgen. Kreditkürzungen bedeuten, dass die Rahmenkredite früher aufgebraucht sind, dass einzelne Rahmenkredite mit referendumsfähigem KR-Beschluss erhöht werden müssen oder dass Projektkredite von Strassenbauvorlagen einen referundumsfähigen KR-Beschluss voraussetzen. Streichen bestimmter Aufgaben bedeutet, dass Projekte nicht mehr Bestandteil des Arbeitsprogramms des Tiefbauamts sind und ohne speziellen Auftrag nicht mehr in Angriff genommen werden.
Zu Berty Zeiter: Dies ist kein Finanzplan im eigentlichen Sinne. Es ist höchstens ein Finanzmodell TRP Verkehr, das sich auch noch verändern kann. Je nachdem, ob einzelne Strassen später gebaut werden oder ob vom Bund mehr Geld kommt (z.B. mit dem Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative), können sich diese Kurven durchaus noch verflachen. Falls sich jedoch eine Verschuldung der Spezialfinanzierung Strassen von 200 Mio Franken ergäbe, würden diese dem Kanton mit Zins und Zinseszins zurückbezahlt. Der Strassenbau gemäss TRP Verkehr finanziert sich demzufolge selber. All dies besagt aber nicht, dass sich der Kanton mit 200 Mio verschulden muss, denn wir wissen ja noch nicht, wie hoch die übrigen Investitionen des Kantons sein werden. Darüber und somit im Gesamten gibt der kantonale Finanzplan Auskunft. Dieser sieht für die Jahre 2004 bis 2007 Investitionen von 443 Mio Franken vor, davon 196 Mio für Strassen, und zwar für alle Strassen. *Dies* ist der Finanzplan, Peter Dür, die Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion findet ja bereits statt. Investition ist nicht Verschuldung, Investitionen sind nicht Ausgaben.
Zu Werner Villiger: Der TRP Verkehr sagt aus, dass die 3. Priorität 2014 den Baubeginn vorsieht. Wenn wir bei § 3 die 3. Priorität streichen, dann können wir frühestens 2012 mit der Planung beginnen, weil das Programm bis 2001 läuft. Wenn wir aber frühestens 2012 mit der Planung beginnen können, müssen wir den Baubeginn der 3. Priorität erstrecken auf das Jahr 2020. Somit strecken Sie die Prioritäten im TRP Verkehr, dem die SVP im Juli 2002 zugestimmt hat. Ziehen Sie bitte Ihren Antrag zurück!

Martin **Stuber** denkt, dass das Schema, dass Berty Zeiter im Rat verteilen liess, uns noch lange beschäftigen wird, auch wenn es kein Finanzplan ist, wie der Baudirektor betont hat. Er hat uns versichert, dass sich der Strassenbau selber finanzieren wird. Das stimmt nicht, wenn die Motorfahrzeugsteuer nicht erhöht werden wird. Und wir kennen verschiedene Kantone, wo genau das passiert ist. Im Kanton Solothurn wurde z.B. ein grosses Strassenprojekt beschlossen, relativ kurz darauf wurde die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer abgelehnt. Nun können sie nicht bauen, weil kein Geld vorhanden ist. Da wird es noch einige Diskussionen absetzen. – Der Votant ist vor allem ans Rednerpult gekommen wegen dem Fraktionsvotum der SVP. Er ist

etwas erstaunt, dass sie diesem Knick so leichtfertig zustimmt. Das ist doch immerhin eine Verschuldung von 200 Mio. Wenn man da an die diversen Inserate vom letzten Jahr denkt, so ist das ein ziemlich eklatanter Widerspruch. Werner Villiger hofft, dass das Geld dann vom Bund kommt. Martin Stuber möchte jetzt nicht darüber spekulieren, was der zukünftige Bundesrat für eine Finanzpolitik hat, möchte aber Eines zu bedenken geben: Es existiert eine nationale Expertise, wie viel Ausgaben für Strassenbauten in der Schweiz beim Bund, den Kantonen und den Gemeinden in der Pipeline sind bis 2020. Zufällig ist das die gleiche Periode wie für unseren TRP. Es sind 100 Milliarden Franken! Stellen Sie sich das einmal vor! Das ist nicht einfach eine Phantasiezahl. Ein Professor in Zürich hat das relativ mühsam in einer Fleissarbeit erarbeitet. Wir haben in der Schweiz nämlich offiziell keine Gesamtübersicht, wie viel Geld für die Strassen ausgegeben wird. Der Votant glaubt wirklich nicht daran, dass wir vom Bund bei unseren Strassenbauvorhaben in den nächsten 17 Jahren stark unterstützt werden. Die Kurven auf dem Schema (Beilage 1) sind also nicht sehr weit von der Realität entfernt und sie werden sich auch nicht verflachen.

EINTRETEN ist beschlossen.

DETAILBERATUNG

§ 2 Abs. 1 Bst a

Berty **Zeiter** hält fest, dass die AF bei den Nationalstrassen die *Kürzung des Kredits um 25 Mio Franken* beantragt, also *von 40 Mio hinunter auf 15 Mio*. Begründung: Der 6-Spur-Ausbau der A4 ist in diesem Rahmenkredit mit 25 Mio veranschlagt. Wir beantragen, diesen Kredit heraus zu nehmen und separat vorzulegen. Nur so entsteht die Möglichkeit, dass das Volk Stellung nehmen kann zum Ausbau der A4 auf sechs Spuren. Dieser Ausbau läuft parallel zur Planung und Aufgleisung des Kammerkonzepts Ennetsee und deshalb soll er auch gleich wie das Kammerkonzept diskutiert und in den Zusammenhang gestellt werden. Es entspricht nicht unserem Demokratieverständnis, dass man dem Volk die Mitsprache bei einem so weitreichenden Entscheid zum Vornherein entzieht. Wir haben gehört, dass die Regierung das ehrgeizige Ziel hat, die Eröffnung des 6-Spur-Ausbaus gleichzeitig mit der Eröffnung der durchgehenden A4 zu erreichen. In dieser Hinsicht – so können wir aus den Zeitungsmeldungen aus Zürich der letzten Wochen und Monate schliessen – dürfen wir uns ruhig etwas mehr Zeit lassen. Denn auch im Kanton Zürich fliessen die Gelder für den A4-Ausbau nicht mehr so ungehindert, so dass mit einer Hinausschiebung der Eröffnung der durchgehenden A4 zu rechnen ist. Die Regierung versucht auch, durch das Einbinden des Kredits für den 6-Spur-Ausbau in das Strassenbauprogramm das Risiko zu mindern, dass dagegen das Referendum ergriffen wird. Sie ist bereit, dafür 25 Mio Franken auszugeben, die sie bei gemächlicheren Tempo auf jeden Fall sparen könnte, selbst wenn der 6-Spur-Ausbau trotzdem kommen wird. In der Vorlage teilt die Regierung nämlich selbst mit, dass auf Beginn des NFA damit zu rechnen ist, dass der Bund die Nationalstrassenbauten zu 100 % finanzieren wird. Aber nur, soweit es sich nicht um bereits beschlossene Nationalstrassenabschnitte handelt. Also sollten wir den Beschluss auf jeden Fall verta-

gen, um so die 25 Mio zu sparen. Deshalb bitten wir den Rat, unserem Antrag zuzustimmen und dadurch für mehr Transparenz und Mitspracherecht zu votieren.

Beat **Villiger** meint, es gehe hier im Klartext darum, diese Vorlage auseinander zu reissen und dann zu versuchen, die Vorlage für den 6-Spur-Ausbau per Referendum vor das Volk zu bringen. Man muss einfach sehen, dass bei diesem Ausbau der Bund mit 85 % dabei ist und die Federführung hat. Und dass der Ausbau ein klarer Bestandteil des TRP Verkehr ist. Der Kommissionspräsident möchte den Rat bitten, auch mit Rücksicht auf das Verfahren, das jetzt eingeleitet wird, und damit wir bereit sind, wenn die A4 aufgeht, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Louis **Suter** möchte den Rat bitten, diese Vorlage nicht nur aus Sicht politisch gefärbter Verkehrspolitik zu betrachten, sondern vielmehr aus Sicht unseres Kantons, d.h. des Wirtschaftsstandorts Zug. Wenn wir diesem Antrag zustimmen würden, hiesse das nichts anderes, als dass wir für den Ausbau auf sechs Spuren riesige Verzögerungen in Kauf nehmen müssten. Und das hiesse auch, dass der bereits heute starke Agglo-Verkehr noch mehr belastet würde. Das hiesse aber auch, den Wirtschaftsstandort Zug zu schwächen. Das ist die total falsche Politik, und dann gute Nacht lieber Kanton Zug. Gefährden wir doch damit nicht auch noch Arbeitsplätze, schwächen wir den Wirtschaftsstandort nicht, sondern stimmen wir dieser Vorlage gemäss Antrag der Regierung zu!

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die Kürzung um 25 Mio heissen würde, dass der 6-Spur-Ausbau grundsätzlich zurückgewiesen würde. Nach der Einreichung des generellen Projekts im Frühjahr 2004 an das Bundesamt für Strassen können ohne referendumsfähigen KR-Beschluss keine weiteren Arbeiten im Hinblick auf den 6-Spur-Ausbau ausgeführt werden. Der Ausbau durch das Knonaueramt hat wegen den Finanzen bereits eine Verzögerung von 2008 auf 2010. Jetzt sind die Finanzen gesichert. Wir müssen uns aber beeilen, dass wir 2010 fertig sind mit dem 6-Spur-Ausbau. Denn diese Vorlage und die Berechnungen gehen mehrmals nach Bern und zurück, das ist eine sehr langwierige Angelegenheit.

➔ Der Antrag der Alternativen Fraktion wird mit 53 : 15 Stimmen abgelehnt.

Berty **Zeiter** beantragt im Namen der AF, *bei den Bst. a bis c die Kredite linear um 20 % zu verkürzen. Konkret heisst das bei Bst. a, den Kredit von 40 Mio auf 32 Mio zu kürzen, bei Bst. b die 65 Mio Franken auf 52 Mio, bei Bst. c die 23 Mio auf 18,4 Mio.* Die Begründung: In der Vorlage des Strassenbauprogramms 98-03 wird erwähnt, dass im Rahmen des Gesetzes über den Strassenbau von 1968 bis 1997 – also über 30 Jahre hinweg –, Rahmenkredite in der Höhe von 245 Mio Franken gesprochen wurden. Also durchschnittlich jährlich 8,1 Mio. Im letzten Strassenbauprogramm betrug die Jahrestranche zu Lasten der Spezialfinanzierung 8,9 Mio. Und bei Berücksichtigung der Verschiebungen und Kostendifferenzen beträgt die aktuell beantragte Jahrestranche nun 10,9 Mio. Das ist also eine Kostensteigerung von über

22 %. Deshalb beantragen wir Ihnen eine lineare Kürzung von 20 % auf den ersten drei Rahmenkrediten. Peter Dür hat als Präsident der Stawiko an uns appelliert, das Kostenwachstum in den Griff zu bekommen. Und wir gehen mit der Stawiko einig, die im Zusammenhang mit dem Kammerkonzept festgestellt hat, dass die Strassen im Kanton Zug zu aufwendig gebaut werden. Durch die Reduzierung um 20 % erhoffen wir uns eine auf das Notwendige reduzierte Planung und Sanierung unserer Strassen und eine Verlangsamung des Strassenbauhöhenflugs. Also nicht eine Beschleunigung, sondern eine Verlangsamung. Und bedenken Sie bei diesen Sparmöglichkeiten auch die Verhältnismässigkeit. Vorhin haben wir lange wegen der Schule diskutiert und dass man dort sparen sollte. Hier geht es um etwas wesentlich weniger Existenzielles, nämlich um das Auto. Einige mögen sich auch fragen, warum wir Bst. d (regionale Buslinien und Radstrecken) nicht in die lineare Kürzung einbezogen haben. Wir sind wie wahrscheinlich die meisten hier der Meinung, dass der Kanton Zug unter ständig grösseren Verkehrsproblemen leidet. Und gerade weil auch wir wollen, dass sich die wachsende Bevölkerung noch bewegen kann, sind wir überzeugt, dass nur die gezielte Förderung von Alternativen zum motorisierten Individualverkehr eine realistische Problemlösung anbietet. Deshalb verzichten wir bei Bst. d konsequenterweise auf einen Kürzungsantrag. Wir bitten Sie jedoch, unseren Sparvorschlägen zu folgen und unseren Anträgen zuzustimmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Was bedeutet dieser lineare Kürzungsantrag? Der Rahmenkredit ist früher aufgebraucht. Sonst hat es eigentlich keinen direkten Einfluss. Nach sechs Jahren macht das Tiefbauamt Pause. Oder referendumsfähige Vorlagen, die Mehraufwand in der Verwaltung bedeuten. De facto wäre dies eine Rückweisung als Auftrag an den Regierungsrat, welche Aufgaben nicht realisiert werden sollen. Dies gilt für sämtliche linearen Kürzungen. Entweder machen wir nach sechs Jahren Pause oder die Regierung hat neue Aufgaben zu generieren.

Leo **Granziol** macht einen Ordnungsantrag. Wenn wir jetzt bei Bst. a, b und c über 20 % Kürzung abstimmen, würde das heissen, wenn bei Bst. b und c ein weiterer Antrag kommt, dass das quasi ein Rückkommen wäre auf den jetzt gefällten Beschluss. Seines Erachtens müssen wir über jeden Bst. separat abstimmen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass er das Abstimmungsprozedere so beabsichtigt hat.

Hans **Durrer** stellt den Antrag auf gebundene Debatte gemäss § 51 der Geschäftsordnung.

Der **Vorsitzende** liest dem Rat § 51 «Um eine Beratung abzukürzen, kann der Rat Übergang zur gebundenen Debatte beschliessen, wonach ein Mitglied nur einmal das Wort ergreifen und nicht länger als 10 Minuten sprechen darf. Mitgliedern, die bereits zur Sache gesprochen haben, darf das Wort nicht mehr erteilt werden. – Diese Bestimmung findet für Berichterstatter bzw. Antragsteller keine Anwendung.»

Josef **Lang**: Jetzt haben wir endlich einmal eine konkrete Spardebatte, wo es um echte Summen geht, und jetzt kommt die Partei, die vor den Wahlen am meisten vom Sparen spricht, und will uns daran hindern, ernsthaft über das Sparen zu diskutieren.

Hans **Durrer** glaubt, dass die SVP-Fraktion unterscheiden kann, was Investitions- und was Konsumausgaben sind.

➔ Der Antrag von Hans Durrer wird mit 9 Ja-Stimmen deutlich abgelehnt.

➔ Der Antrag der Alternativen Fraktion wird mit 56 : 13 Stimmen abgelehnt.

§ 2 Abs. 1 Bst. b

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der AF um eine Kürzung von 65 Mio auf 52 Mio Franken vorliegt.

➔ Der Antrag der Alternativen Fraktion wird mit 57 : 13 Stimmen abgelehnt.

§ 2 Abs. 1 Bst c

Alois **Gössi** stellt den Änderungsantrag, Bst. c solle lauten: *«für allgemeine Projektierungen 8 Mio Franken»*. Die Differenz von 15 Mio Franken ist der Kredit von generellen Planungen von Neubauprojekten. Hier ist der Votant für eine andere Vorgehensweise. Die Kompetenz dazu soll beim Kantonsrat, allenfalls via Referendum beim Volk liegen und nicht beim Regierungsrat. Dies im Sinne seiner Ausführungen im vorherigen Votum.
Sollte der Antrag abgelehnt werden, macht Alois Gössi folgenden Eventualantrag zu § 3 Abs. 2: Der bisherige Abs. 2 wird zu Abs. 3 und der neue Abs. 2 soll heissen: *«Der Kantonsrat gibt durch einfachen Beschluss aus dem Rahmenkredit gemäss (§ 2 Abs. 1 Bst c) die Kredite für die generellen Planungen von Neubauprojekten frei.»*

Werner **Villiger** hält fest, dass die SVP-Fraktion mit dem Pausenszenario des Baudirektors natürlich nicht einverstanden ist. Wir denken, dass er sicher etwa im Jahr 2008 eine entsprechende Vorlage präsentieren wird. Im Namen der SVP-Fraktion stellt der Votant den Antrag*, bei Bst. c den Rahmenkredit auf 14 Mio Franken festzulegen*. Aber nachher kommt Gregor Kupper mit einem Antrag, der im Prinzip dem entspricht, was wir wollen. Dummerweise sind wir nicht selber darauf gekommen. Aber nicht jede Fraktion hat einen Gregor Kupper in seinen Reihen. Und *wenn der Antrag Kupper durchkommt, ziehen wir unseren Kürzungsantrag zurück*.

Gregor **Kupper** dankt Werner Villiger für die Blumen. Sein Antrag bezieht sich nicht auf § 2, sondern auf § 3. Und zwar stösst er in die Richtung, wie das Alois Gössi schon formuliert hat. Der Votant stellt den Antrag, in § 2 Bst c den Betrag von 23 Mio zu belassen, aber die Kompetenz genau so zu regeln wie bei den Bst. b und d, wonach der Kantonsrat ab 1,5 Mio Franken dazu das Sagen hat. Begründung: Gregor Kupper scheint, dass da ein Missverhältnis in den Kompetenzen zwischen Regierung und Parlament besteht. Denn wir müssen uns bewusst sein, dass gerade da, wo Planungs- und generelle Planungskredite beschlossen werden, ja die Weichen gestellt werden. Und wenn wir das der Regierung geben, haben wir dazu eigentlich nichts mehr zu sagen. Wenn wir einen Radweg oder irgend was bauen für 2 Mio, dann stimmen wir im Rat ab, wenn wir aber einen Planungskredit aussetzen von 5 Mio, und damit vielleicht ein Projekt von 100 Mio auf den Weg schicken, dann haben wir nichts zu sagen. Wir wissen vielleicht nicht mal, dass das eingeleitet wurde. Dem Votanten scheint es wichtig, wenn das Parlament da frühzeitig informiert ist. Das beste Argument hat die Regierung gerade selbst geliefert und Alois Gössi hat das auch schon angetönt: Wir haben über ein Kammerkonzept von 2,5 Mio abgestimmt, hätten wir das nicht getan, hätten wir keinen Bericht der Regierung, wir hätten das Geschäft nicht in der Strassenbaukommission behandelt, wir hätten hier nicht eine elf Protokollseiten lange Debatte geführt und wir hätten wahrscheinlich nicht ausgelöst, über diese Finanzierungsfragen in der Strassenbaurechnung so intensiv zu diskutieren. Der Kantonsrat hat diesem Geschäft grossmehrheitlich zugestimmt. Das war gut, aber was es ausgelöst hat, war auch gut, und deshalb möchte Gregor Kupper das bei anderen Projekten auch haben. Er stellt also konkret den Antrag, § 3 wie folgt zu formulieren: «Der Kantonsrat gibt durch einfachen Beschluss aus den Rahmenkrediten die über 1,5 Mio Franken liegenden Kredite frei für Kantonsstrassen (Bst. b), *für allgemeine Projektierungen und generelle Planungen (Bst. c),* sowie für Anlagen für die regionalen Buslinien (Bst. d).»

Beat **Villiger** würde lieber an der Fassung der Kommission, bzw. an der des Regierungsrats festhalten. Er sieht aber ein, dass hier etwas Angst besteht, dass der Kantonsrat bei grösseren Projekten nichts mehr zu sagen hat. Insofern meint er, dass es der Kommission lieber ist, wenn man keine Kürzungen vornimmt, aber anderseits dem Antrag von Gregor Kupper zustimmt. Aber bitte keine Kürzungen!

Alois **Gössi** zieht seinen Eventualantrag zurück und unterstützt den Antrag von Gregor Kupper. Dies auch im Namen der SP-Fraktion.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** fragt Alois Gössi, ob er am Antrag zu Bst. c festhalte. (Dieser bejaht das.) – Streichung der generellen Projektierungskosten für generelle Projekte gemäss TRP Verkehr bedeutet auch Streichung des Auftrags aus dem Aufgabenbereich des Tiefbauamts. Vorlagen für generelle Projekte für Neubauvorhaben werden nur noch auf speziellen Wunsch erfüllt, verbunden mit referendumsfähigen KR-Vorlagen. Dessen muss man sich bewusst sein.
Zu § 3. Zum wiederholten Mal: Es bedeutet für uns Zeitverlust, Mehraufwand für das Tiefbauamt, wenn wir Kreditgenehmigungen für Projekte gemäss TRP Verkehr nicht einfach durchführen können. Der TRP Verkehr wurde ja angenommen. Wir müssen

doch irgendwann mal einen Strich in der Landschaft malen können. Es bedeutet Fesseln für das Tiefbauamt. Wir haben doch schon genügend Widerstände durch Einsprachen, Landverhandlungen. Der Regierungsrat verliert an Flexibilität. Dies gilt übrigens auch für die Kreditfreigabe, Senkung von 2 Mio auf 1,5 Mio. Es ist nicht nur die Teuerung massgebend, die wir in den letzten Jahren gehabt haben, sondern vor allem die zusätzlichen Umweltvorschriften. Der Langsamverkehr, der eingebaut werden muss. Die neuen Sicherheitsvorschriften. Das ist das Teure, das dazugekommen ist, von 1 Mio auf 2 Mio. Der Votant bittet den Rat sehr, den Anträgen der Regierung zu folgen.

➔ Der Antrag von Alois Gössi wird mit 51 : 16 Stimmen abgelehnt.

Der **Vorsitzende** möchte zuerst *§ 3* bereinigen, da der Eventualantrag der SVP-Fraktion zu § 2 Abs. 1 Bst c von diesem Entscheid abhängt. In der ersten Abstimmung wird der Antrag der Regierung (2 Mio Franken) dem Antrag der Kommission (1,5 Mio Franken) gegenübergestellt.

➔ Der Rat schliesst sich mit 69 : 0 Stimmen dem Antrag der Kommission an.

Der **Vorsitzende** stellt den Kommissionsantrag dem Antrag Kupper gegenüber.

➔ Der Rat schliesst sich dem Antrag Kupper mit 68 : 3 Stimmen an.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass mit diesem Entscheid der Eventualantrag der SVP zu § 2 Abs. 1 Bst. c zurückgezogen wird. Es bleibt der Kürzungsantrag der AF von 23 Mio auf 18,4 Mio Franken.

➔ Der Antrag der AF wird mit 57 : 13 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1160.6 – 11358 enthalten.

➔ Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

18. SITZUNG: DONNERSTAG, 27. NOVEMBER 2003
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.20 – 17.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

276 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Hans Christen und Vreni Wicky, beide Zug; Markus Bucher und Martin B. Lehmann, beide Unterägeri; Silvan Hotz, Baar; Louis Suter, Hünenberg.

277 VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMS 1998-2003, KREDITBEGEHREN KS2 UND R 15, KANTONSSTRASSE 381A, GEMEINDEN ZUG UND BAAR, BETREFFEND KOMBINIERTER RAD-/GEHWEG ÄGERISTRASSE ABSCHNITT LÜSSIRAINSTRASSE BIS ABZWEIGUNG NEUTALACHER

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1150.1 – 11239), der Strassenbaukommission (Nr. 1150.2 – 11308) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1150.3 – 11337).

Kommissionspräsident Beat **Villiger** verweist bei diesem Projekt im Wesentlichen auf die Berichte. Danach verlangt die Strassenbaukommission für die Erstellung des Rad- und Gehwegs Ägeristrasse im Abschnitt Lüssirainstrasse bis Abzweiger Neutalacher einen Baukredit von Fr. 3‘285‘000 Dieser Kredit geht noch zu Lasten des letzte Strassenbauprogramms. Mit dem Bau können folgende Ziele erreicht werden:

- klare Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fussgänger und Radfahrer
- Erneuerung des Fahrbahnbelags
- Anpassung der Entwässerung und Umweltschutzvorschriften
- Lärmsanierung bei drei Liegenschaften
- Erhöhung der Sichtweiten bei diversen privaten Zufahrten
- letztlich ist es auch eine sehr wichtige Ergänzung und ein weiterer Schritt zur Vervollständigung unseres Radwegnetzes ins Ägerital.

Die Bauausführung erfolgt im nächsten Frühjahr bis ca. Herbst 04. Es muss also auf dieser Strecke mit etwelchen Verkehrsproblemen gerechnet werden. Um allenfalls die Bauzeit zu verkürzen, wurde ein möglicher Zweischichtbetrieb diskutiert, davon aber aus organisatorischen und finanziellen Gründen wieder abgesehen. Die Kommission stimmt diesem Projekt einhellig zu. Dasselbe kann der Votant auch von der CVP-Fraktion vermelden. Er bittet den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

Berty **Zeiter** hält fest, dass die AF der Vorlage zustimmt.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion der regierungsrätlichen Vorlage ohne Gegenstimme zustimmt. Nebst zwei positiven Gründen wurde anlässlich der Fraktionssitzung auch Kritik geäussert. Zuerst aber zu den positiven Gründen:

- Die Vorlage sollte Beispiel für den zukünftigen Strassenbau sein. Getrennte Strassenführung für den motorisierten und den Langsamverkehr sollten Standard werden.
- Getrennte Fahrwege erhöhen die Sicherheit, aber auch die Attraktivität des Verkehrsmittels. Die Fahrbahn für Velofahrer und Fussgänger werden bei der vorliegenden Vorlage gemeinsam genutzt, was eine zusätzliche Gefahr in sich bergt. Auf Grund des zu erwartenden Verkehrsaufkommens kann eine gemeinsamen Linienführung durchaus als vertretbar erachtet werden.

Nun noch etwas zur eingangs erwähnten Kritik. Nach über neun Jahren wird der Motion von Christoph Hohler aus dem Jahre 1995 zumindest teilweise entsprochen und ein Radweg zwischen dem Abschnitt Lüssirainstrasse bis Abzweiger Neutal-acher erbaut. Die SP-Fraktion wird sich aber erst dann zufrieden geben, wenn ein durchgängiger Veloweg von Zug bis Oberägeri Tatsache wird und die Motion vollständig erfüllt sein wird. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass wir nicht nochmals neun Jahre warten müssen, bis auch der Rest der Motion Hohler vom Regierungsrat umgesetzt wird. – In diesem Sinne wird die SP-Fraktion der Vorlage zustimmen.

Beat **Zürcher** weist darauf hin, dass dieses Geschäft wie in der Stawiko und der Strassenbaukommission auch bei der SVP-Fraktion unumstritten ist. Die Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage. Diese Einstimmigkeit hat sich ergeben, da es für alle Beteiligten von Notwendigkeit ist, dass man die Sicherheit von Fussgängern, Velofahrern, dem generellen Verkehr verbessert und dazu noch dem Quell- und Grundwasser Rechnung tragen muss. Dennoch möchte die SVP-Fraktion die Regierung in Zukunft bitten, dem Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern möglichst kostengünstige Projekte zu unterbreiten.

Bruno **Briner** hält fest, dass eine Mehrheit der FDP-Fraktion den Anträgen des Regierungsrats und der Strassenbaukommission folgt, und zwar aus folgenden Gründen. Die Radwegverbindung Zug-Ägeri ist Bestandteil des TRP Verkehr. Mit der Realisierung des kombinierten Rad- und Gehwegs wird nun die Lücke zwischen Lüssirainstrasse und dem Knoten Neutalacher geschlossen. Damit wird die Sicherheit für Radfahrer und Fussgänger in diesem Abschnitt massgeblich erhöht. Der Variantenentscheid für eine kombinierte Lösung Rad-/Gehweg bergseits überzeugt hinsichtlich Sicherheit und vertretbarer Kosten. Bei dieser Vorlage geht es aber nicht nur um die Erstellung eines Rad- und Gehwegs. Mit dem Projekt wird gleichzeitig der ins Alter gekommene Fahrbahnbelag erneuert und es werden notwendige Lärmsanierungen vorgenommen. Auch der umweltgerechten Entwässerung des Strassenabschnitts wird Rechnung getragen. Aus diesen Gründen bittet der Votant den Rat, der Vorlage zuzustimmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** möchte Markus Jans eine kurze Antwort geben: Es macht einen Unterschied, wo wir die Fussgänger von den Velofahrern trennen. Und wie Sie aus dem Projekt sehen, trennen wir nicht in der Steigung. Dort sind bekanntlich die Fahrräder ein wenig langsamer. Problematisch wäre es, wenn wir das für die Talfahrt nicht trennen würden.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 68 : 1 Stimmen zu.

278 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND PLANUNGS- UND PROJEKTIERUNGSSKREDIT ÖFFENTLICHER VERKEHR

INTERPELLATION VON GUIDO KÄCH BETREFFEND BETRIEBS- UND INFRASTRUKTURKOSTEN FÜR DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1168.1/.2 – 11278/79), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (Nr. 1168.3 – 11319) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1168.4 – 11338). – Interpellationsantwort des Regierungsrats (Nr. 1185.2 – 11347).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass im Rahmen des Eintretens auch die Interpellation von Guido Käch behandelt wird, weil sie einen inneren Zusammenhang zur Vorlage hat. Sie können also beim Eintreten auch zu dieser Interpellation Stellung nehmen.

Moritz **Schmid** hält fest, dass die Kommission für den öffentlichen Verkehr die Vorlage am 20.Oktober 2003 intensiv beraten hat. Für Auskünfte standen uns Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter, Hans Kaspar Weber, Leiter Amt für den öffentlichen Verkehr, und Stefan Kempf, Projektleiter Stadtbahn zur Verfügung. Das Protokoll wurde von Peter Kottmann, stv. Direktionssekretär der Volkswirtschaft erstellt. Den

erwähnten Personen möchte der Kommissionspräsident für die fachliche Unterstützung und für die Sitzungsvorbereitung danken. Er geht davon aus, dass der Rat die Vorlage eingehend studiert und in den Fraktionen beraten hat. Darum möchte er nicht mehr näher auf die Vorlage eintreten, was auch sicher im Sinn unseres Kantonsratspräsidenten ist.
Am 12. Dezember 2004 wird die Zuger Stadtbahn ihren Betrieb aufnehmen. Die dazu notwendige Infrastruktur wird im Moment bereitgestellt. Das Rollmaterial wird zu diesem Zeitpunkt nicht vollständig zur Verfügung stehen, was den Betrieb jedoch nicht behindern soll. Bis das fehlende Rollmaterial ausgeliefert werden kann, wird der Bahnbetrieb mit bereits besehendem Rollmaterial der SBB ergänzt. Um die Weiterentwicklung und den Ausbau der Zuger Stadtbahn zu optimieren, beantragt der Regierungsrat weitere Projektierungs- und Planungskredite. Die vorberatende Kommission ist wie der Regierungsrat der Meinung, dass frühzeitige Raumsicherung und Festlegung der Baulinien eine dringende Notwendigkeit ist. Die etappenweise Aufwertung der Feinerschliessung im öffentlichen Verkehr ist ein notwendiger und wichtiger Schritt, um die zukünftige Nachfrage abzudecken. Ein Ausbau des Bus- und Bahnsystems ist zweckmässig, wenn er konsequent und stufenweise eigene Trassen sicher stellt, die für Angebotserweiterungen genutzt werden können. Der Nutzen der öffentlichen Feinerschliessung kann maximiert werden, wenn die Gesamtverkehrspolitik im Kanton Zug den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Relation zu flankierenden Massnahmen beim MIV betrachtet. Daher ist es wichtig, die geplanten Strassenbauten voranzutreiben, damit sie so schnell wie möglich zur Verkehrsentlastung beitragen.
Dass die Weiterentwicklung der Stadtbahn eine Notwendigkeit ist, zeigt schon die Motion von Karl Rust, Heinz Grüter sel. und Willi Wismer sel., sowie 48 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern, die den Regierungsrat beauftragten, sich zu engagieren, dass die Doppelspurlücke auf der SBB-Linie zwischen Cham und Rotkreuz geschlossen wird, und dass die Bahninfrastruktur zwischen Zug und Arth-Goldau so angepasst wird, dass auf der Stadtbahnlinie 2 ein Halbstundentakt eingeführt werden kann.
In einem Punkt stimmt der Votant, wie sicher auch seine Kolleginnen und Kollegen der vorberatenden Kommission, der Stawiko vollumfänglich zu: Es nützt sicher nichts, nur Projektierungs- und Planungskredite zu sprechen und die Kredite auch zu verbrauchen, wenn man sie dann nicht zur Ausführung bringen will oder kann. Das haben wir in den letzten Jahren im Strassenbau des öfteren erlebt. Vor dem gleichen Dilemma stehen wir jetzt auch noch mit dem Zentralspital, das mit allen nur erdenklichen Mitteln bekämpft wird, und das kann es ja dann schlussendlich auch nicht sein. Um dem Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» zum wirklichen Durchbruch zu verhelfen, müssen wir in die Zukunft blicken, und das tut die Kommission, indem sie der Vorlage ihre Unterstützung zusagt. Mit einer guten Infrastruktur und einem allseits akzeptablen Taktfahrplan können wir mit der Stadtbahn mithelfen, das starke Verkehrsaufkommen auf der Strasse wenigstens für den Moment zu entlasten und den Wirtschaftsstandort Zug attraktiv halten. Eines müssen wir vor Augen halten: «Bahn und Bus aus einem Guss» muss den Fahrgast abholen und nicht umgekehrt. Der Fahrgast geht nicht meilenweit zu einer Haltestelle, sei es Bahn oder Bus, denn immerhin hat er noch ein anderes Verkehrsmittel, nämlich sein Auto. Umso wichtiger ist es aber auch, den Moment intensiv zu nutzen, um das Kantonsstrassennetz endlich wieder auf Vordermann zu bringen und es sinnvoll auszubauen. Ein sinnvoller

Ausbau des Kantonsstrassennetzes hilft auch beim Einhalten des Bahn- und Busfahrplans, und das soll auch ein Ziel sein. Der Weg ist natürlich noch weit.
Nach intensive Beratung stimmte die Kommission mit 12 : 0 Stimmen ohne Enthaltung der Vorlage zu. Die vorberatende Kommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage ohne Änderungen einzutreten und ihr zuzustimmen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage ebenfalls an der Sitzung vom 6. November behandelt hat. Die Regierung beantragt neue Planungs- und Projektierungskredite zur Weiterentwicklung und zum Ausbau der Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr auf Strasse und Schiene. Im Zeitraum 2004-2008 soll die Investitionsrechnung mit insgesamt 14,3 Mio Franken belastet werden. In diesem Betrag sind auch Personalstellen enthalten. Ausserhalb des Personalplafonierungsbeschlusses sind im Amt für öffentlichen Verkehr 2,6 befristete Stellen bis ins Jahr 2005 für die Realisation der ersten Etappe der Stadtbahn bewilligt. Werden diese nun beantragten Kredite bewilligt, wird gleichzeitig die Befristung der Stellen bis Ende 2008 verlängert und die Anzahl Stellen auf insgesamt 3,0 erhöht. Wie Sie § 2 entnehmen können, obliegt die Freigabe dieser Planungs- und Projektierungskredite dem Regierungsrat. Und hier muss man Parallelen sehen zur Strassenvorlage. Dort werden die Kredite für generelle Planung und allgemeine Projekte nun neu durch den Kantonsrat bei einer Höhe von über 1,5 Mio Franken ausgelöst. Und hier soll die Kompetenz beim Regierungsrat sein. Der Stawiko-Präsident wird sich vorbehalten, unter § 2 einen entsprechenden Antrag zu stellen.
Die Stawiko hat an der Sitzung vom 6. November nicht nur die Rahmenkredite für das Strassenbauprogramm 2004-2011, sondern auch das Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss», welches Mehrkosten von jährlich 2,5 Mio Franken verursacht, einstimmig gutgeheissen. Mit diesem Konzept kann der Feinverteiler im öffentlichen Verkehr optimiert und auf das Angebot von Stadtbahn und Fernverkehr abgestimmt werden. Zu diesen Kosten kommen ab 2005 jährlich 0,5 Mio für den Unterhalt der Stadtbahn, 0,8 Mio für die Behebung von Kapazitätsengpässen und 0,7 Mio für die Erhöhung der MwSt. und erhöhte Pensionskassenbeiträge. (Es ist klar, dass diese beiden letzten Beträge anfallen, ob «Bahn und Bus aus einem Guss» realisiert wird oder nicht.) Insgesamt resultieren demnach ab 2005 Mehrkosten von 4.5 Mio. Bei einem Betrachtungszeitraum von acht Jahren, analog zum Strassenbauprogramm, und bei einer internen Verzinsung dieses Kapitals von 3 % resultieren zusätzliche Kosten von rund 40 Mio. Wenn Sie die verteilte Übersicht anschauen (siehe Beilage), dann sieht man 57 Mio; wenn man die gleiche Rechnung macht über achte Jahre, kommt man auf eine halbe Milliarde. Zudem sind im Strassenbau-programm 2004-2011 acht Mio als Investitionsanteile für regionale Buslinien – z.B. für Bushaltestellen, Busspuren, Signalsteuerungen und Wendeschlaufen – enthalten. Sie sehen, die Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr sind bei genauer Betrachtung ebenfalls erheblich. Der Votant möchte so dem Argument begegnen, für den Strassenverkehr werde wesentlich mehr investiert als für den ÖV.
Für die Stawiko kommt diese Vorlage für neue Planungs- und Projektierungskredite für den öffentlichen Verkehr zu früh. Aus unserer Sicht ist nun eine Konsolidierungsphase angezeigt. Zuerst sollen erste Erfahrungen mit der Stadtbahn, bzw. mit dem Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» gemacht und ausgewertet werden. Erst wenn diese Daten vorliegen, kann eine weitere Projektierungsphase in Erwägung gezogen werden. In der neuen Finanzstrategie schreibt der Regierungsrat, dass das

Projekt NFZ (Nachhaltige Finanzen Zug) auch die kostenbewusste Überprüfung der erheblich erklärten Motionen durch den Kantonsrat beinhaltet. Dies bedingt, dass auch die erheblich erklärte Motion, die einen Doppelspurausbau Cham-Rotkreuz und eine Anpassung der Bahninfrastruktur zwischen Zug und Arth-Goldau fordert, entsprechend den Erfahrungen mit der Stadtbahn erste Etappe nochmals überprüft werden müssen. Die Stawiko beantragt deshalb, den Projektierungskredit von 3,9 Mio. für die 1. Ausbaustufe des leistungsfähigen Feinverteilers im öffentlichen Verkehr und den Projektierungskredit von 6,2 Mio Franken für die 1. Teilergänzung der Stadtbahn Zug abzulehnen. Für Projekte der Priorität 1 gemäss TRP Verkehr (Liste 2002-2006 des Regierungsrats) wird ein Baubeginn «in den nächsten vier bis sechs Jahren» d.h. zwischen 2006 und 2008, für Projekte der Priorität 2 «in den nächsten sechs bis zwölf Jahren» d.h. zwischen 2008 und 2014 vorgesehen. Es gibt hier aus unserer Sicht noch zeitliche Reserven.
Selbstverständlich wird die Stawiko von verschiedener Seite Kritik für diese Antrag ernten. Nun, Peter Dür kann dem Rat versichern, dass auch die Stawiko vom hohen Stellenwert des öffentlichen Verkehrs überzeugt ist. Wie er aber bereits ausgeführt hat, investieren wir bereits sehr viel Geld in diesem Bereich. Die Stawiko hat starke Bedenken, dass zum jetzigen Zeitpunkt – ohne Erfahrungen mit der Stadtbahn und den neuen Buskonzepten – grosse Geldbeträge zur Projektierung eingesetzt werden, ohne dass je ein ausführungsreifes Bauprojekt daraus resultiert. Nach längerer Diskussion anerkennt die Stawiko jedoch das Anliegen, dass die weitere Planung (jedoch nicht die Projektierung der 1. Ausbaustufe) für einen leistungsfähigen Feinverteiler im öffentlichen Verkehr nicht aufgeschoben werden kann. Der hohe Siedlungsdruck in den Bauzonen macht eine frühzeitige Raumsicherung und Festlegung von Baulinien notwendig. Der Planungskredit von 4,2 Mio ist deshalb auch aus unserer Sicht bereits zum jetzigen Zeitpunkt notwendig.
Zusammenfassend beantragt Ihnen die Staatswirtschaftskommission:

- auf die Vorlage einzutreten;
- den Planungskredit gemäss § 1 Bst. a zu bewilligen;
- die Projektierungskredite gemäss § 1 Bst. b und c abzulehnen.

Guido **Käch** erinnert daran, dass im März 2001 das Zuger Stimmvolk dem Bau der Zuger Stadtbahn zugestimmt hat. In der entsprechenden Abstimmungsvorlage wurden von der Regierung folgende Versprechungen gemacht:
«Mit welchen zusätzlichen Kosten müssen die Gemeinden für die Erstellung der Zubringer zur Stadtbahn rechnen? Die erste Etappe der Stadtbahn entlastet den Busverkehr in den Verkehrskorridoren Baar-Zug-Cham. Die ZVB können auf Zusatzkurse verzichten und Beiträge in Millionenhöhe einsparen. Davon profitieren Kanton und Gemeinden. Die Busse der ZVB erschliessen auch die Haltestellen der Stadtbahn. – Welche jährlichen Betriebskosten fallen für die 1. Etappe der Stadtbahn Zug an? Für den regionalen Schienenverkehr im Kanton Zug zahlen Bund, Kanton und Gemeinden den SBB jährlich 7 Mio Franken. Davon übernehmen Bund und Kanton je 3 Mio. Die Gemeinden decken die restliche Million. Die Stadtbahn erhöht den Beitrag von Kanton und Gemeinden um bloss 2 Mio Franken pro Jahr. Dieser zusätzliche Betrag müsste auch ohne Stadtbahn in das überlastete Busnetz investiert werden, allerdings ohne grossen Nutzen. Die Stadtbahn hingegen bringt für das gleiche Geld doppelt so viele staufreie Verbindungen.»

Dies waren abstimmungsrelevante Argumente vom Amt für Verkehr und von der Regierung für ein Ja zur Stadtbahn. Heute, etwa zweieinhalb Jahre später, beantragt die Regierung entgegen den gemachten Versprechungen, mit der KR-Vorlage 1171.2 einen zusätzlichen, jährlich immer widerkehrenden Kredit von 2,5 Mio Franken für die Anpassung des Busbetriebs. Auf Grund dieser neuen Situation hat der Votant eine Interpellation zu den Kosten im Bereich ÖV eingereicht. Mit der Antwort des Regierungsrats sind seine Fragen zufriedenstellend beantwortet worden. Das vorliegende Zahlenmaterial ermöglicht nun jedem Mitglied dieses Rats, sich ein umfassendes Bild über die Kosten des öffentlichen Verkehrs in den letzten zehn und in den nächsten fünf Jahren zu machen. Ergänzend dazu Guido Käch eine von ihm erstellte Tabelle austeilen lassen (siehe Beilage). Nachfolgend äussert er sich nur zu den Betriebskosten. Über Projektierung und Planung neuer Infrastrukturen ist bereits debattiert und entschieden worden. Er schliesst sich hier der Meinung der Stawiko an. Er dankt Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter und dem Leiter vom Amt für Verkehr, Hans-Kaspar Weber, für die Beantwortung seiner Interpellation und die mit ihm persönlich geführten Gespräche.
Nun seine persönliche Ansicht zu den Betriebskosten für den ÖV und den zusätzlich beantragten 2.5 Mio. Einmal mehr hat er zur Kenntnis nehmen müssen, dass Verwaltung und Regierung Versprechungen, die mit Sicherheit die Abstimmungsentscheide des Stimmvolks beeinflusst haben, nicht einhalten. Dass die Kommission für den öffentlichen Verkehr und die Stawiko dieses Geschäft einstimmig unterstützen, ist für ihn denn auch schlicht ein Rätsel und nicht nachvollziehbar. Was hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren denn so drastisch verändert, dass sich die Forderung nach zusätzlichen zweieinhalb Millionen rechtfertigen würde? Die Teuerung hat sich sehr, sehr moderat entwickelt und von Wirtschaftswachstum kann auch nicht Rede sein. Wer kann es sich noch leisten, vorgegebene Rahmenbedingungen nicht einzuhalten? Etwa der Kanton Zug, oder nur der Kanton Zug? Sicher können es nicht Gewerbetreibende, Klein- und Mittelbetriebe und schon gar nicht das Gros der Privaten, vor allem nicht junge Familien. Im Jahr 2001 wurde behauptet, dass die optimale Anpassung des Busnetzes an die Stadtbahn im Jahr 2005 etwa gleich viel kos-ten würde wie der Busbetrieb im Jahr 2001. Der Betrieb der Stadtbahn wird, wie angekündigt, zusätzlich 2 Mio Franken kosten. Der Votant glaubt, dass diese Vorgaben mit entsprechenden Einschränkungen heute noch möglich wären, ja möglich sein müssen, ohne das Konzept im Kern zu verändern. Irgendwo müssten ja auch noch die Millionen sein, die angeblich mit dem Verzicht auf Zusatzkurse eingespart werden können. Ihm persönlich geht es auch nicht primär um die Frage, wie viel und was sich der Kanton Zug leisten kann, sondern wie lange die Verwaltung und die politischen Gremien selbst aufgestellte Rahmenbedingungen einfach ignorieren wollen. Diese Inkonsequenz schadet und kratzt an der Glaubwürdigkeit des Regierungsrats und des Kantonsrats, letztlich an jedem Mitglied dieses Parlaments.
Sie werden sich für ein Ja oder Nein entscheiden, vielleicht enthalten Sie sich der Stimme. Guido Käch bittet den Rat so oder so, vor dem entgültigen Entscheid folgende Fakten in die Waagschale zu legen:

- Es gibt auch eine gute Lösung für Bahn und Bus zu dem im Jahre 2001 festgelegten Preis. Dies hat die Regierung und die Verwaltung damals zumindest so dargelegt. Es wird dann halt nicht die maximal mögliche, dafür eine optimale Lösung werden.
- Die Betriebskosten für Bahn und Bus (ohne Ortsbus) betrugen im Jahre 2001 13,84 Mio Franken. Für das Jahr 2004 sind schon 16,5 Mio Franken budgetiert,

und wenn sie der Vorlage 1171 zustimmen, betragen die Betriebskosten im Jahre 2005 22,5 Mio Franken. Das bedeutet einen Anstieg der Betriebskosten in vier Jahren um rund 8,5 Mio oder um mehr als 50 % Prozent.
- Bei einem Entscheid für die Vorlage 1171 werden auch die Rechnungen der Gemeinden und der Stadt Zug zusätzlich belastet.
- In den vorberatenden Kommissionen sind die bürgerlichen Parteien und das Gewerbe gut vertreten. Aus diesen Kreisen kommt immer wieder die Forderung, dass man sparen und die Steuern nicht erhöhen soll. Der Votant fragt diese Damen und Herren, wie diese Forderungen umgesetzt werden sollen, wenn Sie selber immer wieder neuen, zusätzlichen Ausgaben zustimmen.
- An der nächsten KR-Sitzung wird das Budget 2004 beraten. Heftige Kritik ist bereits angesagt. Heute haben sie die Möglichkeit, erstmals den Sparhebel anzusetzen.

Aus den dargelegten Gründen stellt Guido Käch den Antrag, die Vorlage 1171, die gleich anschliessend zur Debatte steht, an die Regierung zurückzuweisen. Die Regierung soll zu den in der Abstimmungsvorlage genannten Rahmenbedingungen eine Lösung realisieren. Er bittet den Rat, seinen zugegebenermassen nicht attraktiven, aber dafür konsequenten Antrag zu unterstützen.

Martin **Stuber**: «Gouverner, c'est prévoir!» (regieren heisst vorausschauen). Dieses Sprichwort hat der Regierungsrat beherzigt, als er uns die Vorlage 1168 unterbreitet hat. Infrastrukturbauten gehen lang dauernde Wege und Verkehrsinfrastrukturbauten erst recht. Zwischen den ersten öffentlich geäusserten Ideen für etwas ähnliches wie die Stadtbahn und der Eröffnung nächstes Jahr werden es schliesslich mehr als zwölf Jahre sein – und die Stadtbahn ist baulich nun wahrlich keine Riesensache, kostet auch wesentlich weniger als beispielsweise die neue Nordzufahrt oder nur ein Drittel des geplanten Kammerkonzepts, dessen Planungskredit wir heute morgen verabschiedet haben. Viele wären froh, wenn die Stadtbahn schon seit einigen Jahren fahren würde. Deshalb macht es für unsere Fraktion absolut Sinn, nicht zuzuwarten und «mal zu schauen, wie es mit der Stadtbahn dann so läuft», sondern schon heute weiter zu schauen. Prévoir heisst nämlich, dem zu erwartenden Verkehrswachstum nicht hinterher zu hecheln, sondern rechtzeitig Massnahmen zu ergreifen. Es gibt im Moment keine Anzeichen dafür, dass das prognostizierte Wachstum in Zug bis 2020 nicht stattfinden wird. Mittlerweilen wächst ja sogar wieder die gesamtschweizerische Wirtschaft.
Also: «Gouverner, c'est prévoir et agir!» Prévoir et Agir heisst, kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen zu ergreifen, wie das mit den Posten a, b, und c in der Vorlage auch der Fall ist. Agir heisst, mit dem Punkt a die optimale Linienführung für zukünftige Erweiterungen beim ÖV sorgfältig zu evaluieren und dann die Raumfreihaltung festzusetzen. Eben nicht einfach mal über den Daumen gepeilt Striche auf der Karte einzuzeichnen, sondern sorgfältig anschauen und nur dort etwas einzeichnen, wo nötig. Von diesem Vorgehen profitieren alle, und das hat schliesslich auch die Stawiko festgestellt. Agir heisst auch, mit dem Punkt b die Feinerschliessung durch den ÖV im Gleichschritt mit den geplanten Strassenbauten zu optimieren und bedarfsgerecht auszubauen. Und Agir heisst vor allem auch, dort wo es ins Gewicht fallende Engpässe gibt, schnell zu handeln. Mit dem Punkt c werden die zwei wichtigsten Engpässe beim Schienennetz auf Zuger Boden angegangen. Die Walchwiler werden hoffentlich nicht böse seine, wenn Martin Stuber sagt, dass der Engpass zwischen

Cham und Rotkreuz stärker ins Gewicht fällt. Die Linie Zürich-Luzern steht bezüglich Volumen Personenverkehr gesamtschweizerisch an dritter Stelle hinter Zürich-Bern und Lausanne-Genf. Das Personenaufkommen würde sogar einen Viertelstundentakt zwischen Luzern und Zürich rechtfertigen. Und auf dieser Strecke haben wir noch Einspurabschnitte – das ist ein Anachronismus sondergleichen. Das ist der Grund, dass Rotkreuz mit seinem grossen Arbeitsplatzgebiet noch nicht vom Viertelstundentakt bei der Stadtbahn profitieren kann. Dieser Engpass gehört so schnell wie möglich beseitigt, und je schneller er beseitigt wird und je mehr der Kanton hier den Fuss drin hat, desto grösser ist die Chance, dass dereinst auch der Zuger Regionalverkehr von einer durchgehenden Doppelspur profitieren kann. Unsere Fraktion begrüsst es sehr, dass der Regierungsrat diese Frage jetzt offensiv angehen will.
Zum Schluss dieses Eintretensvotums noch kurz etwas zu den Streichungsanträgen der Stawiko. Unsere Fraktion hat überhaupt kein Verständnis für diese Anträge. Es ist einfach nicht richtig, am gleichen Tag zig Millionen für Strassenbauplanungen zu beschliessen, ja diese Kredite gegenüber der Vorperiode noch um 20 % zu erhöhen, und dann nachher bei vergleichsweise bescheidenen Krediten für den öffentlichen Verkehr den Hahn zuzudrehen. Und dies erst noch ohne sachliche inhaltliche Begründung. In der Vorlage des Regierungsrats wird auf den Seiten 6 und 7 ausführlich dargelegt, wie die drei beantragten Kredite präzis der Priorität 1 des Teilrichtplans entsprechen. Darauf geht die Stawiko nicht einmal ein, auch der Präsident in seinem Votum nicht. Entschuldigen Sie, aber das ist einfach keine seriöse Behandlung einer sehr seriösen Vorlage. Wenn wir diesen Streichungsanträgen der Stawiko zustimmen, dann reissen wir den TRP Verkehr auseinander. – Sie haben es sicherlich bemerkt: Unsere Fraktion hat sich beim Kammerkonzept bewegt. Wir wollen keine Graben- und Glaubenskriege beim Verkehr, das kann sich dieser Kanton angesichts der anstehenden Aufgaben nicht leisten. Und auch vor diesem Hintergrund bittet der Votant, die Beträge, um die es heute bei Strassenverkehr und ÖV geht, in Relation zueinander zu setzen. Das Resultat dieser Überlegung liegt nahe.

Malaika **Hug** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag der Regierung und der Kommission unterstützt. Ziel sollte es sein, den Individualverkehr zugunsten des öffentlichen Verkehrs zu reduzieren. Dieses Ziel ist jedoch nur erreichbar, wenn der ÖV an Attraktivität gewinnt, und zwar heute, morgen und auch übermorgen. Es ist daher wichtig, heute schon für morgen zu planen und zu projektieren. Wo könnte allenfalls eine zusätzliche Busspur hinkommen? Ist es möglich, die Stadtbahn bis in den Kanton Schwyz fahren zu lassen? Wo ist Raum für den öffentlichen Verkehr vorhanden, der gegebenenfalls auch genutzt werden könnte? Es ist notwendig, heute schon Raum für den öffentlichen Verkehr zu sichern, damit dieser weiter ausgebaut werden kann. Beim Verschieben auf einen späteren Zeitpunkt besteht die Gefahr, dass erstens der notwendige Raum beispielsweise durch Häuserbau anders genutzt wird, und zweitens, dass der öffentliche Verkehr an Attraktivität verliert. Wer fährt schon gerne Bus, wenn dieser ebenfalls im Stau stecken bleibt? Dies gilt es zu beheben und auch zu verhindern und zwar durch Planungen und Projektierungen. Heute und nicht erst morgen. Deshalb unser klares Ja zu dieser Vorlage.

Heinz **Tännler** hält fest, dass die SVP-Fraktion ebenfalls die Notwendigkeit und Wichtigkeit des ÖV sieht, aber auch der Auffassung ist, dass wir zuerst mal mit der Stadtbahn unsere Erfahrungen machen und erst dann die nächsten Schritte einleiten sollten. Wir sind aber auch der Auffassung, wie dies der Stawiko-Präsident ausgeführt hat, dass für die Sicherung der Raumfreihaltung und den leistungsfähigen Feinverteiler die 4,2 Mio Franken gesprochen werden, hingegen die übrigen Planungs- und Projektierungspositionen zurückgestellt werden sollten. Wir beantragen, den Antrag der Stawiko zu unterstützen.

Thomas **Lötscher** hat heute Morgen von unserem frisch gewählten Nationalrat erfahren, dass er ein unreifer Kulturbanause ist. Da das aber auf 67 von 80 Kantonsräte zutrifft, könnte es sich auch eine Wahrnehmungsstörung handeln. Genau so wie beim Geisterfahrer, der im Radio von einem Geisterfahrer hört und sagt: Was heisst hier einer, Hunderte! In diesem Sinne ist der Votant froh, dass Jo Lang mit dem ÖV nach Bern reisen wird, so kann es höchstens passieren, dass er in St. Gallen landet statt in Bern.
Die FDP-Fraktion unterstützt den Planungskredit für den öffentlichen Verkehr trotz des grossen Spardruckes, mit dem wir uns im Kanton Zug konfrontiert sehen. Für die Standortattraktivität ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Ideologisch motivierte Diskussionen über den sogenannt einzig richtigen Verkehrsträger sind müssig und bieten zwar einen gewissen Unterhaltungswert, aber keinen nennenswerten Beitrag zur Lösung von Sachproblemen. Für die FDP ist klar, dass der öffentliche und der Individualverkehr gleichermassen guter Bedingungen bedürfen, um sich optimal ergänzen zu können. Wir sind deshalb bereit, die nötigen Investitionen in beide Verkehrsträger zu leisten. Wir wünschen uns nicht nur Bahn und Bus, sondern eine Gesamtverkehrspolitik aus einem Guss. In diesem Sinn würden wir nach wie vor eine Zusammenlegung der zuständigen Ämter für Strassenbau und öffentlichen Verkehr begrüssen, wie wir das schon früher forderten. Eine von Beginn weg gesamtheitliche Betrachtung ist einer späteren Koordination alleweil vorzuziehen. Wenn wir von einem leistungsfähigen Feinverteiler sprechen, gehört in diese Planung aber auch das Auto einbezogen. Im Bereich Park & Ride wurde aus unserer Sicht das Potenzial noch nicht ausgeschöpft. Hier sollten mit den Standortgemeinden Lösungen gesucht werden. Genau wie in den Strassenverkehr werden wir in den öffentlichen Verkehr in den nächsten Jahren beträchtliche Mittel investieren. Diese Gelder fliessen zwar aus der Kasse ab, steigern aber die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zug und dürften dadurch langfristig positive Auswirkungen auf der Einnahmenseite zeitigen.
Unsere Fraktion unterstützt die Anträge der Stawiko, welche die Projektierungskredite ablehnt. Dabei geht es nicht um eine Streichung derselben, sondern lediglich um eine zeitliche Staffelung. Die Argumente dazu wurden bereits ausgeführt. Ein wichtiger Aspekt ist für die FDP der folgende: Die Abstimmung von Stadtbahn und Bus, aber auch das Nebeneinander mit dem Strassenverkehr, werden hoch komplex. Die Erfahrung zeigt, dass bei derart vielen Schnittstellen kaum je alle Auswirkungen, Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zum Voraus erkannt, gewichtet und entsprechend umgesetzt werden können. Als Beispiel sei die Verbindung Baar-Zug genannt. Entgegen ursprünglichen Ansichten kann durch Einführung der Stadtbahn auf die Buslinie 3 nicht verzichtet werden. Die Frage, inwieweit sich die Passagierzahlen auf Bahn und Bus verteilen werden, kann heute noch nicht beantwortet werden, dürfte

aber für weitere Kapazitätsplanungen von eminenter Wichtigkeit sein. Indem wir nun erste Erfahrungen mit dem neuen Konzept abwarten und erst dann weitere Projektierungen finanzieren und in Angriff nehmen, bietet sich uns die hervorragende Chance, basierend auf ersten Erfahrungen ein Feintuning vorzunehmen, das uns schliesslich ein Maximum an Gegenwert für die Investitionen bietet. Basierend auf diesen Ausführungen empfiehlt Ihnen die FDP-Fraktion, den Anträgen der Stawiko zu folgen.

Eugen **Meienberg** weist darauf hin, dass der Regierungsrat und einstimmig auch die Kommission öffentlicher Verkehr zur Umsetzung das kantonalen Teilrichtplanes Verkehr Planungskredite und ein Projektierungskredit beantragen, dies zu Lasten der Investitionsrechnung. Damit soll sichergestellt werden, dass der Kanton Zug die auf ihn zukommenden grossen Herausforderungen im öffentlichen Verkehr meistern kann. Der Votant gibt zu bedenken, dass die Bevölkerungszahl bis ins Jahr 2020 um 30 %, die Arbeitsplätze um 25 % zunehmen sollen, und dadurch der Verkehr um 45 % zunehmen wird. Hier muss der öffentliche Verkehr mithalten können und daher muss die Planung und Projektierung jetzt beginnen. Er möchte nicht alle Zahlen und Fakten wiederholen. Er beleuchtet nur einen Teilaspekt. Ein Anlehnung zur morgigen Strassendebatte. Bruno Briner hat im Namen der FDP gesprochen, also sollen gleich alle FDP-Fraktionsmitglieder genau aufpassen. Die SVP kann im ÖV eh nur lernen, und Eugen Meienberg gibt zu, sogar einige CVPler müssen jetzt genau hinhören.
Erlauben Sie dem Votanten einen Vergleich mit dem Vorgehen im Strassenbau. Er hat noch keinen gehört, der sagte: Schauen wir mal, wie sich die Eröffnung der Säuliamt-Autobahn auf das Teilstück Blegi-Rütihof auswirkt. Wenn es dann zu Staus kommt, müsste man den Ausbau auf sechs Spuren prüfen und evtl. planen. – Wir haben im ÖV bereits heute ein Teilstück, das diesen Ausbau dringend nötig hätte. Es geht lediglich um den Ausbau von einer auf zwei Spuren. Die Lokführer würden sicher von Rotkreuz nach Cham und umgekehrt sofort Schleichwege finden, nur bei der Bahn geht es halt nicht so einfach. Die Züge von Luzern nach Zürich sind heute schon zwischen 110 und 120 % ausgelastet, resp. überfüllt. Auf Grund des Kundenbedürfnisses wäre heute schon ein Viertelstundentakt, ja vielleicht sogar ein 7½-Minutentakt gerechtfertigt. Da gibt es aber das Nadelöhr der eingleisigen Strecke zwischen Cham und Rotkreuz, welcher unter anderem einen Ausbau des Angebots verhindert. In dem der Kanton Zug den Ausbau auf die Doppelspur vorantreibt, kann man den Viertelstundentakt für die Stadtbahn nach Rotkreuz erst ins Auge fassen. Wir müssen hier den Anstoss geben und schliesslich Trassen und Belegung für unsere Stadtbahn sichern. Die Projektierung für die Anbindung des immer grösser werdenden Wohn- und Industriegebiets rund um Rotkreuz mit einem bedarfsgerechten Angebot muss heute begonnen werden. Ein weiterhin gutes Angebot im ÖV wird in den kommenden Jahrzehnten nötig sein, um sich als attraktiver Wirtschaftsstandort zu behaupten – und dies ist ein grosses Anliegen der CVP. Dafür brauchen wir heute die Planungs- und Projektierungskredite im Umfang, wie sie der Regierungsrat und die KöV beantragen. Eine Mehrheit der CVP Fraktion befürwortet diese Kredite, tun Sie es bitte auch.

René **Bär** möchte zur Einleitung sagen, dass er sich ganz am Anfang mit der Stadtbahn befasst und auch die nächsten Jahre ziemlich eingehend studiert hat. Die Doppelspur Rotkreuz wird bis 2012 ausgebaut sein, und zwar auf Kosten der SBB. Denn

ab diesem Datum werden die Züge Luzern-Zürich im Viertelstundentakt geführt. Heute haben wir bereits schon einen Halbstundentakt. Zudem ist im Gespräch, dass die Geleise auch der Deutschen Bahn vermietet werden könnten. Der Votant möchte aber trotzdem noch auf etwas anderes eingehen. Die grössten Umweltbelastungen im Strassenverkehr ergeben sich aus den Fahrwegen und den Staus. Bezüglich Umweltbelastung (PM10 Emission) hat der PW-Verkehr in der Schweiz nur einen Anteil von ca. 9,2 % der Gesamtbelastungen. Über 60 % der Werktätigen fahren mit dem Auto zur Arbeit. Und neue Berechnungen des Buwal zeigen einen Rückgang des NOX (Stickoxid) unter den Stand von 1960 – und das schon in wenigen Jahren. Die Umweltbelastung durch den Schienenverkehr und den Busverkehr (ÖV) beträgt vergleichsweise ca. 6 %. Ca 22 % der Werktätigen fahren mit dem ÖV zur Arbeit. Heute beträgt der Belastungsfaktor (PM 10) für den PW-Bereich bei Werktätigen 15,3 und dabei werden die Investitionen und die Strassenkosten durch die Fahrzeug- und Brennstoffsteuern bezahlt. Vergleichsweise ergibt sich für den ÖV ein Belastungsfaktor (PM 10) von 27,3, und dabei werden die Investitionen und Betriebskosten von der öffentlichen Hand (Steuergelder) aufgebracht. Diese Prozentzahlen werden sich nur gering ändern, auch wenn der ÖV stark ausgebaut wird. Ist es sinnvoll unter den neuen Erkenntnissen, den ÖV noch zu privilegieren?

Rudolf **Balsiger** plädiert zusammen mit den beiden Stadtzuger RPK-Mitgliedern Werner Villiger und Karl Rust für Eintreten auf diese Vorlage, bringt jedoch folgende Änderungsanträge vor:

- § 1 Bst a: Statt 4,2 Mio neu *1,9 Mio Franken*.
- § 1 Bst b: Wir unterstützen den *Streichungsantrag* der Stawiko.
- § 1 Bst c: Statt 6,2 Mio neu *1,5 Mio Franken*.

Begründung: Der Betrag von 4,2 Mio bei Bst a ist aufgeteilt in 1,9 Mio für Planung, Angebots- und Betriebkonzept, und 2,3 Mio für Erarbeiten von Vorprojekten für den Erlass von Baulinien. Nun ist aber der Erlass von Baulinien eine Festsetzung im Richtplan. Wenn dort etwas festgesetzt wird, muss das zwingendermassen in den Kantonsrat kommen, d.h. zum Zeitpunkt, wenn das im Rat beschlossen wird, kann dieser Kreditantrag gestellt und bewilligt werden. Wir sind also dafür, dass lediglich 1,9 Mio für Planung, Angebots- und Betriebkonzept bewilligt wird. Zweitens geht es um den Planungskredit für Angebotsverbesserungen, welche die Stawiko ablehnt. Hier sind wir der Ansicht, dass man nicht die Finanzierung des Bahngleises Richtung Rotkreuz für die SBB vorfinanzieren soll. Anderseits ist es notwendig, dass die Linie 2 von Zug Richtung Süden einen Projektierungskredit erhalten soll, und zwar in der Höhe von 1,5 Mio.
Für § 2 haben wir folgenden Antrag:
«Die Resultate der Planungsstudie (ca. 1 : 5'000) sind samt Zweckmässigkeit, Bedarf, Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsnachweis, Grobkostenschätzung, Varianten, Betriebskonzept etc. dem Kantonsrat bei der Festsetzung zu unterbreiten.»
Wir müssen uns daran erinnern, dass eine Festsetzung ein Beschluss im Richtplan hier im Kantonsrat ist. – Der Votant bittet um Unterstützung dieses Antrags.

Hans Peter **Schlumpf** möchte ebenfalls noch einen Antrag stellen. Die Regierung und die Kommission beantragen Ihnen insgesamt drei Kreditbestandteile für 14,3 Mio Franken. Die Stawiko empfiehlt Ihnen Ja zu Bst. a und Nein zu Bst. b und c. Der

Votant geht zwar mit der Argumentation der Stawiko weitgehend einig, möchte aber doch zu Bst. c folgenden Vorbehalt anbringen. Die Trassen befinden sich heute noch im Besitze der SBB. Sowie Hans Peter Schlumpf informiert sind, gehen diese jedoch im Jahr 2008 gemäss Gesetzgebung an den Bund über. Mit den SBB bestehen heute vertragliche Vereinbarungen über die Trassenbenutzung für vier stündliche Zugspaare zwischen Baar und Cham, für drei stündliche Zugspaare bis Zythus in Cham/Hünenberg, und zwei stündliche Zugspaare bis Rotkreuz. Das ist der Status heute. Die Zielsetzung bezüglich Ausbau der Stadtbahn beinhaltet primär die Ermöglichung von vier stündlichen Zugspaaren auf der ganzen Strecke von Baar bis Rotkreuz. Dies bedeutet vor allem den Doppelspurausbau zwischen Cham, resp. Zythus, und Rotkreuz. Auch aus Sicht der Wirtschaft ist dies eine unbestrittene und sinnvolle Zielsetzung. Die Trassenbenutzung für vier stündliche Zugspaare zwischen Cham und Rotkreuz ist jedoch heute noch nicht gesichert. Es ist auch technisch nicht lösbar mit einem Geleise, d.h. der Doppelspurausbau ist offenbar die Voraussetzung dazu. Eine vertragliche Vereinbarung mit den SBB ist erst möglich – so die Information aus der Volkswirtschaftsdirektion –, wenn ein konkretes Projekt für diesen Ausbau vorliegt. Die Bereitschaft der SBB zur Erweiterung der Zuger Stadtbahn auf der Achse Baar-Rotkreuz ist heute grundsätzlich vorhanden. So wie der Votant die Verhältnisse kennt, ist es anzustreben, die Trassennutzung noch mit den SBB vertraglich abzusichern, d.h. so lange die Geleise noch den SBB gehören. Es ist nicht auszuschliessen, dass nach 2008, wenn die Trassen an den Bund übergehen, eine vertragliche Absicherung auf grössere Schwierigkeiten stossen könnte als bis dahin. Hans Peter Schlumpf ist dem Volkswirtschaftsdirektor dankbar, wenn er sich zu diesem Punkt noch kurz äussern könnte, wie die Abhängigkeiten im Hinblick auf den Ausbau auf Doppelspur und die Vertragsunterzeichnung mit den SBB sind. Wenn seine Einschätzung der Situation zutrifft, beantragt er, dass der Rat dem Projektierungskredit bei Bst. c. gemäss dem Antrag von Regierung und Kommission und entgegen dem Antrag der Stawiko ebenfalls zuzustimmen. Bezüglich Bst. b, den die Stawiko ablehnt, möchte der Votant dem Rat nahe legen, hier die Stawiko zu unterstützen, also Bst. b zu streichen. Er hat gehört, dass die Regierung durchaus mit diesem Vorschlag leben könnte.

Othmar **Birri** spricht hier in eigener Sache, er fährt auf dieser Strecke und hofft auch, dann mit der Stadtbahn zu fahren. Es ist ihm ein Anliegen, dass diese funktioniert. Wir müssen heute Ja sagen zu allen diesen Krediten. Wir dürfen nicht den Fehler machen, abzuwarten und dann zu schauen, wie es läuft. Die SBB hat das bis heute gemacht. Wir haben auf vielen Linien Verluste eingefahren, weil man zuerst warten wollte, wie sich der Verkehr entwickelt. Wir müssen diese Projektierungskredite sprechen, vor allem auch, nachdem in der Vorlage der Regierung der Ausbau der Doppelspur Richtung Rotkreuz in der 1. Priorität aufgeführt ist. Die SBB argumentieren, sie hätten im Programm 2012 diesen Ausbau vorgesehen Richtung Rotkreuz, mit dem Abzweiger Richtung Immensee, mit der sogenannten Spange. Aus Sicht des Votanten dürfen wir nicht warten. Das Verkehrsaufkommen auf der Strecke Luzern-Zürich ist sehr gross, es ist die am drittstärksten befahrene Linie. Und aus diesem Grund sprechen sie bei allen Bst. diesem Kredit zu, damit die Regierung die Handhabung hat, hier zu argumentieren und die Räume frei zu halten. Es geht nicht an, dass wir zur Stadtbahn parallel eine Buslinie führen und diese als Konkurrenz fahren. Wir haben das bei den Linien am See gesehen in der Ostschweiz, wie schlecht das

funktioniert. Machen Sie den richtigen Schritt, schauen Sie, dass man sternförmig mit den Buslinien auf die Stationen fährt, und dann kann die Bahn fahren und wir sind schneller auf der Schiene, obwohl wir nicht ausweichen können, wie das gesagt worden ist. Wir sind gebunden.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte zu den Mehrkosten von Bahn und Bus, die vor allem Interpellant Guido Käch kritisiert hat, erst bei der nächsten Vorlage etwas sagen, und sich auf die Vorlage konzentrieren, die jetzt zur Debatte steht. Bruno Briner hat es gesagt und wir wissen es auch alle aus eigener Erfahrung: Zu den Hauptverkehrszeiten sind die Zufahrtsachsen zur Stadt Zug regelmässig überlastet. Das führt jeden Morgen und jeden Abend zu Verkehrsstaus. Die Regionalanalyse der Credit Suisse vom 15. Oktober 2003 attestiert dem Kanton Zug die höchste Standortqualität für Unternehmungen, aber auch für Privatpersonen. In der gleichen Analyse werden auch die Stärken und Schwächen der Wirtschaftsstandorte analysiert. Und zu einer der grössten Schwächen gehört die laufende Verschärfung der Verkehrssituation. Es ist tatsächlich so: Der Kanton Zug wird auch in den nächsten Jahren ein Wachstumskanton sein. Wir haben als Grundlage für das ROK seinerzeit 1999 eine Studie über die Entwicklung des Kantons Zug machen lassen von der Firma Wüest & Partner. Sie hat damals prognostiziert im Szenario Expansion, dass wir 2020 125'000 Einwohner haben werden. Das ist genau der Stand, der jetzt auch in der Richtplanung angenommen wird. Und wir sind wirklich jetzt schon auf dem Kurs zu diesem Szenario. Bezüglich der Arbeitsstätten sieht es noch ganz anders aus. Da sind wir heute schon auf dem Stand, welchen die Firma Wüest für das Jahr 2020 prognostiziert hat. Und diese Entwicklung hat natürlich zur Folge, dass sich die Verkehrssituation zunehmend verschärfen wird. Es wird mit einer Verkehrszunahme von 45 % gerechnet. Wir müssen auf diese absehbare Entwicklung reagieren, und zwar frühzeitig. Die Planungszeit ist nämlich relativ lang. Die Stadtbahn hat zwölf Jahre gebraucht. Und wir müssen die Weichen heute stellen, damit wir 2010 richtige neue Ergänzungen der Stadtbahn machen können. Wenn wir nicht reagieren, und zwar strassenseitig *und* auf der Seite des ÖV, dann wird das ernsthafte Nachteile haben für unseren Lebens- und Wirtschaftsraum, aber auch für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Zug. Der Votant möchte den Rat bitten, bei all diesen Anträgen die Beurteilung vor diesem Hintergrund vorzunehmen. Er ist deshalb auch sehr dankbar, sowohl der Stawiko wie der vorberatenden Kommission, dass man zum Konzept der Verknüpfung von Bahn und Bus Ja sagt und den ersten Planungskredit von 4,2 Mio Franken für einen leistungsfähigen Feinverteiler zur Sicherung der Raumfreihaltung ausdrücklich befürwortet. Es ist richtig, dass diese drei Anträgen a, b und c für uns nicht alle die gleiche Priorität haben. Wichtig ist für uns vor allem die Sache mit dem Feinverteiler. Es geht darum, dass wir rechtzeitig die Raumfreihaltung vornehmen können. Es leuchtet jedem ein: Es herrscht auch jetzt noch eine rege Bautätigkeit im Kanton Zug. Diese wird nicht abnehmen in den nächsten Jahren. Und je später man sich daran macht, diese Raumfreihaltung zu sichern, um so schwieriger wird das in der Realisierungsphase sein. Es geht darum, dass man diese Verhandlungen mit den Grundeigentümern, die sehr zeitaufwendig sind, führen kann, und dass man auch mit den Gemeinden die entsprechende Evaluation, wo diese Trassen am besten sind, vornehmen kann. Damit wir diese Planungsarbeiten angehen können, brauchen wir diesen Kredit bei Bst. a unbedingt. Der

Volkswirtschaftsdirektor wird sich dann in der Detailberatung noch zu den Anträgen Balsiger und Rust äussern.
Wichtig ist für uns aber auch diese Teilergänzung der Stadtbahn. Wir wollen nämlich Ihren Auftrag erfüllen, den Sie uns im TRP gegeben haben. Dort beauftragen Sie uns in 1. Priorität – also in den Jahren 2002 bis 2008 –, den Bau der Doppelspur Cham-Rotkreuz zu beginnen und die Ausweichstelle auf der Strecke Zug-Oberwil zu schaffen, damit die Teilergänzung der Stadtbahn möglich ist. Und wenn wir Ihre Aufträge wirklich erfüllen wollen, dann ist es unbedingt nötig, dass wir auch die entsprechenden Planungskredite erhalten. Das haben Sie im Antrag Bst. c entsprechend unterbreitet. Wenn wir zuwarten, bis die Stadtbahn läuft, können wir frühestens in zwei Jahren mit dieser Planung der Teilergänzung beginnen, denn ein Jahr Erfahrung müsste man vermutlich ja auch noch haben. Und dann wird es über das Jahr 2010 hinaus dauern, bis diese Realisierung überhaupt in Angriff genommen werden kann. Die Planung muss vorher möglich sein. Die Ermöglichung des Viertelstundentakts auf der ganzen Strecke Baar-Rotkreuz ist für die Steigerung der Attraktivität der Stadtbahn und des ÖV von grosser Bedeutung. Diese Linie erschliesst auch zwischen Rotkreuz und Cham eine grosse Einwohnerzahl und eine grosse Anzahl von Arbeitsplätzen. Sie ist für uns wichtiger als die Strecke Zug-Walchwil. Hier ist das Potenzial nicht gleichermassen gross. Es wäre für uns sicher falsch, nur die Linie Zug-Walchwil in die Planung einzubeziehen. Wir müssen die Möglichkeit haben, dies für beide Linien zu tun.
Noch zur Frage von Hans Peter Schlumpf bezüglich der Geleise. Es ist tatsächlich so, dass im Moment hinsichtlich der Bahnreform die Absicht besteht, das Verfügungsrecht über die Geleise von den SBB zum Bund zurück zu nehmen. Wie sich das auswirken wird für neue Trassenverträge, ist nicht absehbar. Aber es ist dann ganz sicher schwieriger, weil es durchaus denkbar ist, dass der Bund die Prioritäten nicht mehr ganz gleich setzt, wie die SBB das heute tun, welche ganz klar dem Personenverkehr 1. Priorität einräumen. In diesem Sinn ist es nicht unwichtig, dass wir vor 2008 projektieren und die Verträge machen können. Und wir sind auf das Projekt angewiesen, wenn wir den Trassenvertrag vor 2008 rechtsgültig abschliessen wollen. Deshalb bittet Walter Suter den Rat sehr, auch Bst. c zuzustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 1Bst. a

Karl **Rust** muss dem Rat eine komplizierte und trockene Materie vortragen. Die drei Raumplanungskommissions-Mitglieder Balsiger, Villiger und der Votant haben konstruktive Anträge zu Bst. a und später auch zu Bst. c. Wir sind dafür, aber gemäss Beschlussesentwurf sind wir bei den Bst. a und c für zwei Schritte im Kantonsrat. Der erste Planungsschritt basiert auf der Tatsache, dass wir heute ein Zwischenergebnis haben gemäss dem Richtplan. Dort ist auf S. 81 dieser Feinverteiler, das neue Vehikel, aufgeführt. Und dazu wollen wir Grundlagen für die raumplanerische Festsetzung im Kantonsrat für Planung, Angebot und Betriebskonzept. Zu dieser Planungsstudie gehören vier Punkte. Diese finden Sie im Detail unter § 2 des Ergänzungsan-

trags der Stawiko mit einem neuen Abs. 3. Erstens die technische Machbarkeit und der Platzbedarf, d.h. zum Beispiel, wie kommen wir durchs Zentrum Cham oder vom Bahnhof Zug ins Casino. Zweitens die wirtschaftliche Machbarkeit; sind die Kapazitäten vorhanden, Kostendeckungsgrad. Es ist auch kein Wort erwähnt worden über die Kommission ÖV. Das ganze neue Vehikel kostet brutto gegen eine halbe Milliarde. Drittens die politische Machbarkeit; die Koordination mit dem MIV und den Gemeinden, ob man z.B. von Cham nach Rotkreuz neben dem Wald vorbeifährt übers Rothaus; die Hünenberger sagen: Nein, wir fahren über das Bösch. Das sind doch Diskussionen, die noch geführt werden müssen, bevor man das festsetzt. Viertens hat die raumplanerische Koordinationspflicht nicht funktioniert. Die Raumplanungskommission hat das nicht traktandiert. Wir haben das etwas spät angepackt, sonst hätten wir Mitglieder ja eine Kommissionssitzung erzwingen können. In der Raumplanungsverordnung steht z.B.: «Planung und Abstimmung raumwirksamer Tätigkeiten. Im Hinblick auf die anzustrebende räumliche Entwicklung prüfen die Behörden bei der Planung raumwirksame Tätigkeiten, insbesondere wie viel Raum für die Tätigkeit benötigt wird, welche Alternativen und Varianten in Betracht fallen …». Alternativen heisst doch: Wollen wir überhaupt diese Festsetzung, rentiert dieses dritte Vehikel? Wenn die Machbarkeit gegeben ist, soll das hier in diesen Rat kommen, und dann fahren wir weiter. Hans Peter Schlumpf, Othmar Birri und der Volkswirtschaftsdirektor sagen, es pressiere. Darum sind wir konstruktiv für Eintreten. Aber machen Sie diesen ersten Schritt schnell und kommen Sie wieder in den Kantonsrat. Dann verlieren wir keine Zeit, aber wir haben dann die Grundlagen und halten uns ein wenig an raumwirksame Pflichten.
Auf Grund dieser Machbarkeit muss der erste Schritt im Kantonsrat zur Festsetzung gelangen. Um diesen Kantonsrat kommt man nicht herum. Deshalb sehen wir nicht ein, dass man den Kantonsrat begrüssen muss für die Festsetzung, und man will drüber hinaus schon heute Geld geben, wenn wir noch gar nicht wissen, was wir dann bei der Machbarkeit für Resultate erhalten. Darum unser konstruktiver Vorschlag, zwei Schritte zu machen, erstens die Machbarkeit und dann die Baulinien.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass der Vorschlag von Karl Rust beinhaltet, dass man eine Etappierung vorsieht. Die ganze Sache wird etwas kompliziert. Man könnte das eigentlich auch einfacher lösen. Heute morgen haben wir im Strassenbauprogramm 2004-2001 wir unter Kreditfreigabe entschieden: «Der Kantonsrat gibt durch einfachen Beschluss die über 1,5 Mio liegenden Kredite frei für die allgemeine Projektierung und die generelle Planung.» Hier in diesem KRB steht unter § 2: «Die Freigabe der einzelnen Planungs- und Projektierungskredite obliegt dem Regierungsrat.» Der Stawiko-Präsident schlägt deshalb vor, dass man das wie folgt formuliert: *«Der Kantonsrat gibt durch einfachen Beschluss Planungs- und Projektierungskredite über 1,5 Mio frei.»* Damit ist das Parlament konsequent, indem es die Planungs- und Projektierungskredite im Strassenverkehr und im ÖV gleich behandelt. Die Limite wäre auch die gleiche. Und die Anliegen von Karl Rust könnten auch erfüllt werden. Es wäre einfacher, wenn wir diese Entscheidungsbefugnisse beim Kantonsrat hätten mit der gleichen Limite.

Karl **Rust** ist mit diesem Vorschlag einverstanden, und er zieht seinen Antrag zurück unter dem Vorbehalt, dass der Stawiko-Antrag angenommen wird.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** bittet den Rat, S. 8 der Vorlage zu betrachten. Der Regierungsrat beschreibt dort klar, wie er bezüglich der einzelnen Korridore des Feinverteilers vorgehen will. Zuerst würden die Projektstudien gemacht, und uns ist selbstverständlich klar, dass wir nachher für die Festsetzung des Feinverteilers pro Korridor hier im Kantonsrat Beschluss fassen und den Richtplan entsprechend ergänzen müssten. Da sehen wir das genau gleiche Vorgehen, wie das die Herren Balsiger, Rust und Villiger auch sehen. Es gibt einen Unterschied. Wenn Sie uns nicht den ganzen Kredit geben oder allenfalls gestaffelt, dann können wir nicht modulartig vorgehen und die einzelnen Korridore separat behandeln. Das würde das Verfahren sehr komplizieren und verlängern. Wenn wir zuerst die Studie über das Ganze machen müssen, wäre das ein sehr aufwendiges Verfahren und wir kämen dann wirklich sehr spät mit den Baulinien. Aber wenn wir die Korridore modulartig bearbeiten können, brauchen wir den ganzen Betrag. Die Festsetzung ist für uns immer klar im Richtplan. Der Vorschlag der Stawiko ist hingegen konstruktiv und es wäre eine Gleichschaltung zum Strassenbau. Damit hat der Votant keine grossen Probleme.

Martin **Stuber** möchte sich etwas für die Kommission öffentlicher Verkehr wehren. Es ist ja nicht so, dass wir da einfach blauäugig alles geglaubt und nur zugehört haben, was man uns in der Kommission erzählt hat. Wir haben einen ganzen Morgen intensiv über diese Vorlage diskutiert. Der Votant wehrt sich dagegen, dass man diesen Planungskredit unter Bst. a einfach tel quel vergleicht mit einem generellen Projekt für ein einzelnes Strassenprojekt. Das sind zwei völlig verschiedene Sachen. Wir reden hier von einem Gesamtsystem öffentlicher Verkehr und nicht von einem einzelnen Strassenprojekt, sei das nun die Tangente Neufeld oder das Kammerkonzept oder der Minitunnel, wo man für jede einzelne Tranche, wenn sie höher ist als 1,5 Mio Franken, in den Kantonsrat muss. Wir reden von einem Gesamtkonzept für den ÖV. Sie können jetzt dem Antrag Rust/Balsiger/Villiger zustimmen, dann werden Sie mit einer Vorlage konfrontiert, die Sie einfach absegnen werden. Weil das ein relativ einfach gehaltenes Konzept ist. Sie werden schön pragmatisch warten, bis die Vorprojekte kommen. Weil es dann tatsächlich um das Fleisch am Knochen geht, wenn es um die ganz konkreten Linienführungen geht. Das Einzige, was passiert, wenn wir diesem Vorschlag zustimmen: Wir verlieren Zeit. Deshalb ist Martin Stuber ganz klar der Meinung, dass wir jetzt diesem Bst. a integral voll zustimmen müssen. Wenn es dann darum geht, festzusetzen, kommt der Kantonsrat wieder zum Zug. Das ist auch in der Kommission für öffentlichen Verkehr klar gesagt worden.

Kommissionspräsident Moritz **Schmid** bekräftigt, dass die vorberatende Kommission an einer halbtägigen Sitzung diese Vorlage intensiv beraten und geprüft hat. Und wenn der Stawiko-Präsident sagt, wir seien zu früh, so kann man erwidern: Wie kurz ist die Zeit und wir sind zu spät. Dann kommen wir wieder mit einem vorgezogenen Kredit und müssen den behandeln. Ist das dann besser? Ist es gescheiter, wenn wir wieder eine Blitzaktion machen und 30 Mio verlangen vom Souverän, damit wir etwas erstehen können, was wir heute in aller Ruhe beraten und planen können? Bitte überlegen Sie sich das!

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nun zuerst § 2 bereinigt werden muss. Wir haben hier den Antrag der Stawiko gegenüber dem der Regierung.

➔ Der Rat schliesst sich mit 40 : 30 Stimmen dem Antrag der Stawiko an.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass mit diesem Entscheid der Antrag Rust/Balsiger/Villiger zurückgezogen wird und Bst. a gemäss Regierungsantrag beschlossen ist.

§ 1 Bst. b

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der Stawiko auf Streichung vorliegt.

➔ Der Antrag der Stawiko wird mit 36 : 33 Stimmen abgelehnt.

§ 1 Bst. c

Peter **Dür** hält fest, dass unter der neuen Ausgangslage, wobei unter § 2 die Möglichkeit besteht, die Projektierungskredite über 1,5 Mio vom Parlament auslösen zu lassen, die Stawiko einstimmig der Meinung ist, dass wir c zustimmen können.

Karl **Rust** hält fest, dass er und seine Mit-Antragsteller in Anbetracht der neuen Ausgangslage ebenfalls auf ihren Antrag verzichten. Den Antrag für § 2 können wir ebenfalls zurückziehen, weil das ja eine Grundlage gewesen wäre für die Planungsgrundlagen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass damit Bst. c gemäss Regierungsvorlage genehmigt ist.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1168.5 – 11359 enthalten.

➔ Die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation Käch wird zur Kenntnis genommen.

279 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND GENEHMIGUNG DER ABSTIMMUNG DES ZUGER BUSNETZES AUF DIE STADTBAHN ZUG UND EINES VORGEZOGENEN BUDGETKREDITS 2005

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1171.1/.2 – 11286/87), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (Nr. 1171.3 – 11320) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1171.4 – 11339).

Moritz **Schmid** weist darauf hin, dass an der Kommissionssitzung vom 20. Oktober 2003 die Kommission für den öffentlichen Verkehr die Vorlage beraten hat. An dieser Stelle möchte der Kommissionspräsident Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter, Hans Kaspar Weber, Leiter Amt für den öffentlichen Verkehr und Pius Zihlmann, Stellvertreter von Kaspar Weber, sowie Gianni Bomio , der für das Protokoll zuständig war, aber auch mit seinem grossen Wissen, wie die vorerwähnten Personen natürlich auch, zur Seite standen. An dieser Stelle vielen Dank für die Unterstützung, das auch für deren Vorbereitung. Auch diese Vorlage wurde sicher eingehend studiert und in den Fraktionen beraten, so dass der Votant nicht intensiver auf die Vorlage und den Kommissionsbericht eingehen muss.
Einige Ergänzungen und Erläuterungen zum Rechtfertigen des vorgezogenen Budgetkredits von 2,5 Mio Franken. Einige Kommissionsmitglieder waren bei der Volksabstimmung vom 4. März 2001 der Meinung, dass die Erweiterung und Anpassung des Zuger Busnetzes an die Stadtbahn im Kredit von 67 Mio für die Stadtbahn enthalten sei. Dies ist aber nicht so. Dafür ist vor allem die Taktharmonisierung verantwortlich, die einen massgeblichen Teil der anbegehrten Mehrkosten ausmacht und 1999 bei der Entwicklung des Grobkonzepts Bahn/Bus noch nicht absehbar war. Die Berechnungen gingen davon aus, dass das neue Bussystem in etwa gleich teuer werde wie das bisherige Bussystem. So stand es auch in den Abstimmungsunterlagen für die Abstimmung über die Stadtbahn im März 2001.
Für die Mehrkosten von 2.5 Mio Franken sind hauptsächlich die folgenden Punkte verantwortlich.
Fahrplanstruktur der Bahn. Wegen des übergeordneten Fernverkehrs kann die Stadtbahn nicht wie vorgesehen im Viertelstundentakt fahren, sondern nur im sogenannten Stolpertakt. Dies hat zur Folge, dass zusätzlich Busse eingefügt werden müssen, damit die Anschlüsse Bus-Bahn oder Bus-Bus gewährleistet werden können.
Zusätzliche Fernverkehrshalte. Wie schon im Kommissionsbericht erwähnt, haben die SBB ihr Angebot im Fernverkehr stark erweitert. Um die zusätzlichen Halte in Rotkreuz und in Baar mit dem Bus abzunehmen, erfordert das zusätzlich Buskurse. Zum Warten hat ja niemand mehr Zeit.
Erschliessung neuer Siedlungsgebiete. Der TRP Verkehr verlangt, dass die Zubringer der Stadtbahn die neuen oder stark gewachsenen Siedlungsgebiete gemäss Richtplan zu erschliessen haben. Dies bedingt mehr Busfahrten und teilweise längere Buskurse, was Mehrkosten hervorruft. Was allen klar ist: Bieten wir nicht ein gut funktionierendes Busnetz an, wer fährt dann noch Bus oder Stadtbahn? Denn warten will der Benützer des öffentlichen Verkehrs nicht. Die Konsequenz des Nicht-warten-wollens ist der nächste Punkt.
Konsequente Taktharmonisierung. Die Bushalte mussten harmonisiert werden. Angeboten werden nur noch Viertel- resp. Halbstundentakte.

Längere Hauptverkehrszeiten. Wegen des höheren Verkehrsaufkommen auf den Zuger Strassen musste am Morgen und am Abend das Busangebot vergrössert werden. Mit dem neuen Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss», das unter vielen geprüften Varianten obenaus schwang, können wir feststellen, dass das Konzept viel weniger stauanfällig ist und damit eine höhere Fahrplanstabilität mit sich bringt. So sei auch erwähnt, dass die Busse an den Bahnhöfen auf die Passagiere warten, und nicht die Passagiere auf den Bus.
Im Rahmen der Eintretensdebatte waren die Kommissionsmitglieder der Auffassung, dass die Mehrkosten von 2,5 Mio Franken zwar nicht erfreulich, aber vermutlich auch nicht voraussehbar waren. Wie vorhin schon erwähnt: Nur eine optimale Verknüpfung von Bahn und Bus können der Stadtbahn zum Erfolg verhelfen, denn lange Wartezeiten sind für den öffentlichen Verkehr nicht förderlich. Die Kommission war mit 11 : 0 Stimmen für Eintreten. Zu den Mehrkosten auf Grund der Vorlage kommen sogenannte strukturelle Kosten hinzu, für die Anpassung an die Teuerung, den abgeänderten Mehrwertsteuersatz und die sinkenden Bundesbeiträge. Dies würde aber auch bei dem heutigen Busnetz anfallen. Der Votant möchte darauf hinweisen, dass sich die Gemeinden zu einem Viertel an den Kosten von 2.5 Mio Franken zu beteiligen haben. Diese Beteiligung ist im Gesetz des öffentlichen Verkehrs aufzunehmen. – Moritz Schmid möchte den Rat im Namen der Kommission aufmuntern, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Die Kommission tat dies mit 11 : 0 Stimmen.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Stawiko diese Vorlage am 6. November behandelt hat. Er verweist wie üblich auf den Bericht und möchte folgende Ergänzungen machen. – Am 12. Dezember 2004 nimmt die Stadtbahn Zug ihren Betrieb auf. Der Investitionskredit beträgt brutto 65 Mio Franken. Die Stawiko nimmt die Aussage des Volkswirtschaftsdirektors zur Kenntnis, dass es zu keinen Kreditüberschreitungen kommen wird. Bei den Investitionsfolgekosten, d.h. Kosten für Reinigung, Energie und Instandhaltung, wird mit jährlich rund 450'000 Franken gerechnet. Bereits in den Abstimmungsunterlagen vom März 2001 wurde verbindlich in Aussicht gestellt, das Zuger Busnetz optimal auf die Stadtbahn abzustimmen. Dafür wurde jetzt das Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» entwickelt. Entgegen den vor der Volksabstimmung gemachten Aussagen durch die Regierung bedingt nun aber das Konzept Mehrleistungen bei Personal, Rollmaterial und Fahrkilometern der Zugerland Verkehrsbetriebe (ZVB). Das löst Netto-Mehrkosten von 2.5 Mio Franken aus. Es gilt zu beachten, dass sich die Gemeinden am Mehraufwand mit einem Viertel beteiligen.
Die Stawiko kann die Meinung des Regierungsrats nicht ganz nachvollziehen, dass die Mehrkosten in Zusammenhang mit dem Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» nicht bereits im Jahr 2001 hätten vorausgesehen werden können. Im Stawiko-Protokoll vom 5. Juni 2000 kann nachgelesen werden, dass sich die Stawiko bereits zu jenem Zeitpunkt nach den möglichen Folgekosten erkundigt hatte. Es wurde damals klar ausgeführt, dass in Bezug auf die Feinverteilung durch Busse nicht mit einer zusätzlichen Belastung des Kantons gerechnet werden muss. Es wurde zudem erwähnt, dass die ZVB dank der Stadtbahn die teuren Zusatzbusse zur Aufrechterhaltung des Fahrplans einsparen könne, was andere Zusatzkosten kompensieren werde.
Nun, das Projekt Stadtbahn ist weit fortgeschritten und wir investieren mit den 60 Mio einen hohen Betrag in den öffentlichen Verkehr. Es ist deshalb wichtig, dass Bahn

und Bus optimal vernetzt werden und die hohe Investition einen Quantensprung im öffentlichen Verkehr bewirken wird. Das Schlechteste wäre eine ungenügend vernetzte Stadtbahn, die halb leer auf dem Schienennetz zirkuliert und unsere Staatskasse belastet. Ein funktionierender öffentlicher Verkehr hat einen wichtigen Stellenwert für die Standortattraktivität unseres Kantons. Unsere Kommission nimmt zur Kenntnis, dass die ZVB frühzeitig eine Planungssicherheit haben muss, um zusätzlich notwendiges Personal anzustellen, Fahrzeuge zu beschaffen und den Fahrplan zu erarbeiten. Das Vorgehen ist zwar unüblich. Die Notwendigkeit für eine Zielgerichtete Umsetzung des Konzepts wird jedoch anerkannt.
Im Sinne einer offenen und transparenten Informationspolitik macht die Regierung in ihrer der Vorlage darauf aufmerksam, dass noch weitere Folgekosten von 1.5 Mio Franken für die ZVB anfallen werden, woran sich die Gemeinden ebenfalls zu einem Viertel beteiligen. Der Stawiko-Präsident hat bei der letzten Vorlage bereits auf diesen Betrag hingewiesen. Diese Kosten haben keinen Zusammenhang mit dem Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» und fallen auch dann an, wenn das vorliegende Konzept nicht bewilligt wird.
Die Stawiko nimmt im Übrigen mit Sorge zur Kenntnis, dass der Betreibervertrag zwischen Kanton Zug und dem Bund die Kosten für die Stadtbahn nur bis Ende 2007 sichert. Die SBB ist bereits heute mit Mehrkosten konfrontiert, die sie spätestens 2008 geltend machen kann. Auch hier sind leider wiederum Mehrkosten zu erwarten. – Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragt die Stawiko, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Martin **Stuber** kann sich kurz fassen, weil das meiste von seinen beiden Vorrednern gesagt wurde. – Die AF stimmt diesem Kredit einstimmig zu. Wegen dem Versprechen, das vor der Abstimmung gemacht und nicht eingehalten wurde, haben wir uns auch etwas geärgert. Aber das war kein böswilliges Versprechen, man hat nicht zum voraus schon gewusst, dass das teurer wird. Wir haben auch in der Kommission für öffentlichen Verkehr nicht den Eindruck gehabt, dass man versuchte, irgend etwas zu verschweigen oder zu verstecken. Das relativiert das Ganze ein wenig.
Zur Interpellation Käch. Bei der Gesamtübersicht (Beilage) müssen Sie sich bewusst sein, dass die letzte Kolonne alles betrifft und nicht nur den Kanton. Ziehen Sie also keine falschen Schlüsse aus dieser Tabelle. Sie wäre noch interessanter, wenn wir das Bevölkerungs- und das Verkehrswachstum ebenfalls noch eintragen würden. Dann relativieren sich die Kosten nämlich auch nochmals. Man sieht dann, wieso sie steigen – weil wir ja bekanntlich ein Wachstumskanton sind. Sie sehen da, wie komplex die ganze Finanzierung des ÖV ist und wie sorgfältig man da mit Zahlen umgehen muss, damit man nicht plötzlich etwas Falsches sagt. Zur Komplexität kommt dann auch noch die Unsicherheit. Der Bund ist heute ein sehr unsicherer Player in diesem Markt. Wir wissen z.B. nicht, ob nicht relativ kurzfristig nochmals eine zusätzliche Mehrwertsteuer-Erhöhung kommt. Die MwSt. auf den öffentlichen Verkehr ist ja mit einem Federstrich erhöht worden. Und es wird offenbar davon gesprochen, dass das innert zwei Jahren nochmals geschehen könnte. Und die SBB diskutieren offenbar an Tariferhöhungen herum. Dann sieht die ganze Rechnung nochmals anders aus. Also Vorsicht mit solchen Kostenberechnungen!

Malaika **Hug** hält fest, dass die SP-Fraktion die Vorlage einstimmig unterstützt. Bahn und Bus sind unverzichtbar für eine soziale und umweltverträgliche Mobilität. Gegenüber dem PKW haben sie erhebliche Vorteile und zwar im Umweltschutz, beim Flächenverbrauch, für die Wohnumfeldqualität, in der Verkehrssicherheit sowie im sozialen Bereich. Ein flächendeckendes und attraktives Angebot an Bussen und Bahnen dient auch dazu, die Mobilität nicht motorisierter Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Es ist Aufgabe des öffentlichen Verkehrs, auf die Wünsche und Anforderungen der Fahrgäste einzugehen, um an Attraktivität zu gewinnen. Auf deren Wünsche einzugehen heisst, ein dichtes Netz an Linien, eine hohe Taktdichte, ein gutes Fahrplanangebot, kurze Fahrzeiten mit geringen Umsteigezeiten, schnelle Anschlüsse, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sicherheit, etc., also einen möglichst hohen Komfort zu gewährleisten. «Bahn und Bus aus einem Guss» ist ein entscheidender Schritt in Richtung eines attraktiven und effizienten öffentlichen Verkehrs. Mit diesem Konzept kann auch die Anzahl Auto-Pendler reduziert werden. Denn durch einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr und attraktive Anschlussverbindungen fällt es Auto-Pendlern leichter, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen.
Für die Votantin als Baarerin ist es schade, dass die Buslinie 3 in Zukunft nicht mehr durch die Dorfstrasse, sondern beim Bahnhof Baar durchfährt. Dennoch ist diese Massnahme notwendig, ansonsten das Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» nicht durchführbar wäre. Damit im ganzen Kanton gute Anschlüsse gewährleistet werden können, sind solche Schritte notwendig und wichtig, damit der ÖV auch weiterhin so gut genutzt wird und an zusätzlichen Fahrgästen gewinnen kann. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag sowohl der Regierung, der Kommission für den öffentlichen Verkehr als auch der Stawiko einstimmig.

Beni **Langenegger** weist darauf hin, dass die Mehrheit der SVP-Fraktion die Vorlage ablehnt. Denn jährlich zusätzliche 2,5 Mio Franken Mehrkosten für den ÖV wird von der Mehrheit der SVP nicht mehr getragen. Deshalb möchten wir die Regierung an die Abstimmungsvorlage erinnern, bei der zwei entscheidende Aussagen gemacht wurden. 1. Die Betriebskosten werden bloss 2 Mio Franken betragen. 2. Die 1. Etappe der Stadtbahn Zug entlastet den Busverkehr in den Verkehrskorridoren Baar-Zug-Cham. Die ZVB können auf Zusatzkurse verzichten und Beträge in Millionenhöhe einsparen. Davon profitieren Kanton und Gemeinden. Die Busse der ZVB erschliessen auch die Haltestellen der Stadtbahn. Dafür müssen die ZVB ihre Kurse punktuell anpassen und ausbauen, wobei letztlich aber die Kosten in etwa gleich bleiben wie heute.
Wir fordern nun die Regierung auf, die damals gegenüber dem Stimmvolk gemachten Aussagen umzusetzen, auch wenn die beiden hauptverantwortlichen Stadtbahnväter Bisig und Büttikofer nicht mehr im Amt sind. Es gilt nun, die zukünftigen Betriebsabläufe der Stadtbahn und des Busnetzes auf ein vernünftiges Niveau zu bringen, damit wir nicht einen Quantensprung bei den Betriebskosten erleben. Die SVP-Fraktion vertritt auch die Meinung, dass bei einer Zunahme der Busfrequenzen der Individualverkehr zunehmend mit Stau beeinträchtigt wird. Denn unsere grössten Stauverursacher sind die Busse, da man die Verkehrsampeln zum Einhalten des Fahrplans manipulieren muss. Um die Attraktivität der Stadtbahn zusätzlich zu steigern, bräuchte es vermehrt Park und Ride-Parkplätze, um den Umsteigeeffekt für Pendler – vor allem aus dem Berggebiet – interessant zu machen. Leider hat man diesem Anliegen, auf das der Votant mehrmals hingewiesen hat, nie grosse Beach-

tung geschenkt. Fürchtete man sich vor den Kosten? Denn er war acht Jahre Mitglied der öffentlichen Verkehrsmittelkommission. Und er ist heute noch überzeugt, dass noch verdeckte Kosten des öffentlichen Verkehrs, vor allem der Stadtbahn, auf uns zukommen werden. An dieser Stelle erlaubt er sich noch eine Frage an die Regierung. Wie verhält sich die SBB als Betreiberin der Stadtbahn, wenn die angestrebten Fahrgastfrequenzen nicht erreicht werden? Muss der Kanton allenfalls mehr an das Betriebsdefizit zahlen?
Zusammengefasst möchte er nochmals wiederholen, dass die Mehrheit der SVP-Fraktion aus Spargründen und wegen Abstimmungsversprechen der Regierung gegen die Vorlage ist, und er zählt auf die Unterstützung des Rats. Denn mit praktisch jedem neuen Kantonsratsbeschluss schaffen wir neue Ausgaben, dabei wollen wir doch alle sparen. Wenn der Kantonsrat bei dieser Vorlage mit jährlich wiederkehrenden Kosten nicht den Sparhebel ansetzt, fragt sich Beni Langenegger, wo er es denn in Zukunft anpacken wird. Dabei ist er jetzt schon gespannt auf die Budgetdebatte.

Der **Vorsitzende** fragt Beni Langenegger, wie sein Antrag laute. – Die SVP-Fraktion stellt einen Antrag auf Nichteintreten.

Thomas **Lötscher** hält fest, dass auch die FDP-Fraktion bedauert, dass entgegen ursprünglicher Versicherungen nun doch Mehrkosten entstehen im Zusammenhang mit dem Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss». Die Gründe dafür sind allerdings nachvollziehbar. Ferner begrüssen wir die von der Regierung geschaffene Transparenz mit einer offenen und frühzeitigen Information, indem der Budgetkredit 2005 vorgezogen wird und weitere Folgekosten dargelegt werden. Auf grundsätzliche Erwägungen zum öffentlichen Verkehr seitens der FDP verzichtet der Votant an dieser Stelle und verweist auf seine Ausführungen zum vorherigen Traktandum. – Auf Grund der bisherigen Ausführungen unterstützt die FDP-Fraktion die regierungsrätliche Vorlage und empfiehlt sie zur Annahme.

Selbstverständlich hat diese Vorlage auch bei Beatrice **Gaier** keine Freude ausgelöst. Im März 2001 wurde der Kredit über 67 Mio für die Stadtbahn bewilligt mit der Angabe, dass bei der Umsetzung keine weiteren Kosten mehr anfallen. Sie schätzt die Transparenz der Volkswirtschaftdepartements und des Amts für öffentlichen Verkehr. Sie haben glaubwürdig kommuniziert, dass die Kosten bei der Abstimmung nicht voraussehbar waren. Die verschiedenen Argumente wurden bereits in den vorherigen Voten ausgeführt. – Es ist die logische Konsequenz, dass nach der Annahme des Projektierungskredits für die Stadtbahn auch eine optimale Anbindung an das Busnetz sinnvoll ist. Die öffentlichen Verkehrsmittel werden benutzt, wenn die Verknüpfung beider System optimal aufeinander abgestimmt ist. Ansonsten würden zwei verschiedene Systeme nebeneinander laufen und die gewünschte Entlastung durch die Stadtbahn käme nicht zum Tragen. Den konzept- und strukturbedingten Mehrkosten stehen auch Mehrleistungen gegenüber.

- Die Umsteigemöglichkeiten an den vier Knotenpunkten Bahnhof Zug, Baar, Cham und Rotkreuz werden massiv erhöht und untereinander, Bahn-Bus und Bus-Bus, abgestimmt.

- Die Wartezeiten werden deutlich kürzer.
- Der Bus fährt 10 % mehr Kilometer, um den Stadtbahntakt voll zu übernehmen und um den Anschluss an die zusätzlichen Fernverkehrshalte der SBB zu gewährleisten. Gleichzeitig werden auch mehr Gebiete erschlossen.

Die Fraktion ist klar für Eintreten. Der Rückweisungsantrag wird mit drei Gegenstimmen abgelehnt. Eine deutliche Mehrheit der CVP-Fraktion hat dem vorgezogenen Budgetkredit 2005 zugestimmt. Um die gewünschte Attraktivität der Stadtbahn zu erreichen, muss eine lückenlose Transportkette Bus-Bahn konsequent umgesetzt werden unter dem Motto «Bahn und Bus aus einem Guss, dann ist der ÖV voll im Schuss».

Maja **Dübendorfer** weist darauf hin, dass wir hier über beachtliche Mehrkosten sprechen, die das neue Bahn- und Buskonzept mit sich bringen wird. Hierzu nun einige Anmerkungen aus Baar mit konstruktiven Sparvorschlägen. Mit der Inbetriebnahme der Stadtbahn soll die Linie 3 ganz auf deren Benützer abgestimmt werden. Sie wird neu direkt zum Bahnhof geführt. Dort soll der Bus so zeitig eintreffen, dass die nächste Bahn ohne Gehetze erreicht werden kann, und dann wird auch noch abgewartet, bis alle ankommenden Bahnbenützer zugestiegen sind. Dies ergibt jedes Mal Wartezeiten von bis zu zehn Minuten. Das kann doch wirklich nicht die optimale Lösung sein, denn aus dem Bericht des Regierungsrats entnehmen wir, dass die sogenannten Standkosten einen wesentlichen Teil der Mehrkosten ausmachen! Mehrkosten, die zu vermeiden wären, denn der Fussmarsch ab Haltestelle Rathaus bis zum Bahnhof ist nur gerade 15 Sekunden oder gut 20 Schritte länger als ab Haltestelle Metalli bis zum Perron. Dies ist also absolut zumutbar. Und es sollte auch nicht ausser acht gelassen werden, dass der Baarer Bahnhof bereits heute von sechs Bus- und einer Postautolinie bedient wird. Für die Stadtbahn ist es also kein Verlust, wenn die Linie 3 weiterhin durch das Baarer Dorf führt. Denn wer auf die Bahn will, der findet sie auch, garantiert! Die Linie 3 wird so stark auf die Stadtbahn- und Zugbenützer abgestimmt, dass jegliches Benutzen innerhalb des Dorfes zu umständlich wird. Für eine Strecke, die heute in 5 Minuten zu fahren ist, benötigt man in einem Jahr eine Viertelstunde! Wer kann, steigt doch gar nicht erst ein. Anscheinend liegt die Votantin falsch mit der Annahme, dass eine attraktive und dadurch gut ausgelastete Buslinie weniger kostet. Zudem sollen in einem kurzen Teilstück zwei zusätzliche Haltestellen eingeführt werden. Wer von Ihnen würde zehn Minuten in einem stehenden Bus warten, um eine Strecke von gut 300m gefahren zu werden? Neue Haltestellen sind hier keine Verbesserung, sondern verursachen nur zusätzliche Kosten und Verzögerungen.
Weiter kommt für uns Baarer hinzu, dass wir vor einigen Jahren mit Hilfe der Linie 3 unseren Dorfkern vom Durchgangsverkehr entlasten konnten und für die Bevölkerung dadurch attraktiver machten. Diese Massnahmen haben sich grossmehrheitlich bewährt. Nun graut der Votantin vor der Vorstellung, wie sich die Baarer Dorfstrasse präsentiert, wenn der Bus fehlt: Viel mehr Autos und Lastwagen zwängen sich vom Rathaus bis zur Kirche, dafür hat es viel weniger Fussgänger. Die schönen Geschäfte im Zentrum hätten weniger Kundschaft, das Dorfzentrum wird entvölkert. Wir in Baar haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass dieses Schreibtisch-Projekt ein Papiertiger wird und die aktuelle Linienführung bleibt. Nicht nur für uns in Baar, sondern auch für jährlich wiederkehrende tieferen ÖV-Kosten.

Felix **Häcki** wollte heute nichts mehr sagen zu der Sache. Er hat ja seinerzeit, als es um die Bahn ging, genug geredet. Aber wie viel Verständnis er heute für die Regierung gehört hat, was alles nicht vorhersehbar gewesen sei, da muss er doch sagen: Das ist Quatsch. Er hat damals vorgerechnet, dass die ganze Sache nie rentieren wird. Er wurde deswegen lächerlich gemacht. Aber die Sache rentiert halt wirklich nicht. Denn es war damals ja von Gewinnen die Rede und nicht von Mehrkosten. Die Differenz zu dem, was wir jetzt bewilligen, ist eigentlich noch viel grösser. Und jetzt hat man so viel Verständnis. Und man wusste auch, dass man mit den Frequenzen ein Problem hat. Man war damals auch nicht dümmer als heute. Man wusste, dass die Leute umsteigen müssen. Man hat nichts abgestimmt, wollte die Buslinien aufheben. Und das war alles nicht vorhersehbar. Tut dem Votanten leid, aber so viel Verständnis für die Regierung kann er nicht aufbringen. Und er hofft, dass es in Zukunft ein wenig besser wird, obwohl er überzeugt ist, dass uns die Bahn noch viel mehr kosten wird.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** hat Verständnis mit allen, die sich darüber ärgern, dass die Aussage der Botschaft zur Volksabstimmung über die Stadtbahn nicht eingehalten werden kann. Er hat sich auch darüber geärgert, als er mit diesem Geschäft konfrontiert wurde. Darin wurde tatsächlich gesagt, dass diese Abstimmung zwischen Bus und Stadtbahn ohne Mehrkosten vorgenommen werden könne. Er möchte aber klar stellen, dass diese Aussage damals nicht leichtfertig gemacht wurde, sondern gestützt auf ein vorhandenes Grobkonzept. Er verweist auf die Vorlage zum Objektkredit Stadtbahn vom 11. April 2000, Vorlage Nr. 765.1. Dort wurde klar geschrieben, wie diese Vernetzung einer Transportkette Stadtbahn Zug hergestellt werden solle. Und die Aussage, dass keine Mehrkosten entstehen werden, stützte sich auf diese Transportkette und auf entsprechende Berechnungen der ZVB. Sie entsprach dem damaligen Wissensstand. Man ging davon aus, dass mit dem Verzicht auf Einsatz- und Entlastungsbusse Gewinne erzielt werden können, die sich dann kompensieren mit den Mehrkosten der Verknüpfung Bahn-Bus, und dass das in etwa aufgeht. Das war die Aussage in der Stadtbahn-Vorlage. Damals hatte man ein Grobkonzept. Man konnte selbstverständlich nicht alle Fahrpläne durchrechnen, man kannte sie auch nicht, drei Jahre zum voraus. Und es haben sich nachher tatsächlich Veränderung dieser Annahmen ergeben. Dieser Veränderungen sind im Bericht der Stawiko im Einzelnen aufgeführt, sie wurden heute auch erwähnt. Der Votant möchte sie nicht alle wiederholen. Aber die erste Annahme, die sich verändert hat, ist, dass nicht der reine Viertelstundentakt eingehalten werden kann, sondern dass es einen Stolpertakt auf verschiedenen Linien gibt. Also vielleicht 13 statt genau 15 Minuten. Dann haben die Busse nicht die Möglichkeit, ihre Strecke voll rechtzeitig abzufahren und es gibt dort Einsatzbusse. Dieser Stolpertakt ist also ein wesentlicher Grund. Dann hat es zum Glück zusätzlich Fernverkehrshalte gegeben auf der Strecke Luzern-Zürich in Rotkreuz und in Baar. Und diese zusätzlichen Halte wollen auch erschlossen werden. Dann wurde zusätzliches Siedlungsgebiet erschlossen in Hünenberg, Baar und in Rotkreuz. Und die Hauptverkehrs- und Fahrzeiten zufolge der Zunahme des Verkehrs haben sich auch verändert. Das sind die wesentlichen Gründe. Es gibt also wirklich sachliche Gründe. Wenn man sich darauf einlässt, kann man sie nachvollziehen.
Nur ein Vergleich. Ein Bus mehr oder weniger im Umlauf pro Jahr kostet rund 700'000 Franken. Wenn man diese 2,5 Mio an diesen 700'000 Franken pro Bus

misst, ist es keine so grosse Abweichung. Sondern es entspricht in etwa der Kostenschätzung, die man damals gemacht hat. Man rechnet auch sonst 20 bis 30 % dazu, wenn die Kosten auf Grund eines Grobkonzepts gerechnet werden. Der Volkswirtschaftsdirektor hat also Verständnis für die Verärgerung, möchte aber nochmals festhalten, dass man das damals nicht leichtfertig gemacht hat, sondern gestützt auf ein Konzept und auf Berechnungen der ZVB. Und die Annahmen haben sich verändert, das kann man nachweisen. Wichtig ist es auch, dass es nicht nur Mehrkosten gibt, sondern auch grossen Mehrnutzen. Das Regionalzugangebot wird verdoppelt gegenüber heute. Die Erschliessung durch das Regionalzugangebot wird um 40 % verbessert. Es entstehen fünf Mal mehr Umsteigebeziehungen Bus-Bahn und Bus-Bus. Dadurch kann die erwartete Belastungszunahme auf der Strasse sicher reduziert werden. Und die Vernetzung von Bus und Bahn macht natürlich dieses Konzept zu einem Gesamtsystem öffentlicher Verkehr im Kanton Zug, das sehr attraktiv sein und sicher auch entsprechend Erfolg haben wird.
Zu Beni Langenegger. Im Betreibervertrag zwischen SBB und Kanton Zug wird festgehalten, dass die Abgeltungen, welche im Businessplan vorgesehen sind, im Sinn einer Kostengarantie dem Kanton Zug zugesichert werden. Und dass sie nicht überschritten werden. Walter Suter hat aus Ziff. 3.1 des Vertrags zitiert. Es gibt einen Vorbehalt: Sollten unvorhersehbare Einflüsse zu wesentlichen Abweichungen von den Annahmen des Businessplans führen, kann jede der beiden Parteien Neuverhandlungen des jeweiligen Vertragsteils verlangen.
Zur Linie 3 in Baar. Es ist richtig, dass wir das Konzept, nämlich die Bahn und den Bus zu verknüpfen, auch in Baar realisieren wollen. Daran wollen wir festhalten. Es gibt selbstverständlich daraus auch in Baar Vorteile. Es kann auch Nachteile geben wie andernorts. Z.B. die Hünenberger, die in Baar umsteigen müssen. Sie können mit dem Bus nicht mehr direkt nach Zug fahren. Aber wir erschliessen damit auch die Regionalzugsanschlüsse in Baar, das ist ein wesentlicher Vorteil. Dadurch, dass alle Busse im Bahnhof halten, auf den Takt der Bahn bezogen, entstehen sehr viele Umsteigemöglichkeiten zwischen den einzelnen Bussen und der Bahn. Das sind alles Vorteile, die wir aufgeben müssten, wenn wir den Kern des Konzepts nicht verwirklichen würden.
Insgesamt dankt der Volkswirtschaftsdirektor dem Rat, wenn er auf die Vorlage eintritt und ihr zustimmt. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass wir mit dieser Verknüpfung Bahn-Bus ein attraktives Gesamtsystem öffentlicher Verkehr anbieten können, das zur Entlastung der Strasse und zu Gunsten unseres Wirtschaftsstandorts und Lebensraums Zug beitragen wird.

➔ Der Rat beschliesst mit 50 : 18 Stimmen Eintreten auf die Vorlage.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1171.5 – 11360 enthalten.

280 INTERPELLATION VON LEO GRANZIOL BETREFFEND INVESTITIONEN IM KANTONSSPITAL

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1169.2 – 11313).

Die Interpellationsantwort wird von Leo Granziol und dem Rat zur Kenntnis genommen.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

281 INTERPELLATION VON GEORG HELFENSTEIN BETREFFEND ZENTRALSPITAL

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1181.2 – 11344).

Georg **Helfenstein**: «Die Interpellation bietet Gelegenheit, die Submission für das Zentralspital und das Pflegezentrum in Baar erneut klarzustellen.» So die Einleitung der Baudirektion. Dass die Submission aber grundsätzlich beim Juryentscheid nicht eingehalten wurde, das wird nicht mehr erwähnt. Ist ja auch nicht notwendig, schliesslich debattieren wir über ein Projekt, welches umstritten ist, aber für einzelne Befürworter der kantonalen Verwaltung wahrscheinlich dem Erlebnis eines damaligen Pyramidenbaus in Gizeh nahe kommt. Mit seiner Interpellation wollte der Votant die rechtlichen Fragen bezüglich der Submission klären. Und genau die Beantwortung der Interpellation zeigt ihm, dass die Fragen zu Recht gestellt wurden, aber die Antworten nichts aussagen, jedenfalls nicht das, was er sich als Zuger Gewerbler erhoffte. Entscheidend für ihn sind nämlich nicht die Aussagen des Gesetzes, sondern die Aussagen während der Kantonsratsdebatten. Wie auch nicht die Fragen, welche das Gesetz beantwortet, wesentlich sind, sondern die Fragen bezüglich der Aussagen an den Kantonsratssitzungen und die Beteuerungen in Sachen Arbeitsvergabe. Diese Aussagen sind nämlich rechtlich unverbindlich, wie auch das Schreiben der Totalunternehmerschaft, welches Georg Helfenstein erhalten hat.
Aus politischen Gründen und zur Pflege der guten Beziehung hat sich die Totalunternehmerschaft für das Einhalten der Submissionsordnung bereit erklärt, möchte aber Abgebotsrunden durchführen. Ja, wir investieren 175 Mio Franken und da nimmt man Rücksicht auf politische Gründe und gute Beziehungen. Irgendwie rührend. Es fragt sich einfach, wie der Totalunternehmer all seine «Verpflichtungen», die er eingeht, auch kontrollieren will. Sehr schön, wie sich der Kanton Mitspracherecht und -entscheidungsrecht bei der Submission, der Auswahl von Anbietern und der Vergabe bei Beträgen über 150‘000 Franken exkl. MwSt. sichert. Hoffentlich wird sich der Kantonsbaumeister mit dem gleichen Elan und dem gleichen Eifer für das einheimische Gewerbe einsetzen, wie er sich jetzt für das Projekt engagiert. Sollte also ein einheimischer Handwerker teurer sein als ein auswärtiger, sämtliche Anforderungen erfüllen und qualitativ gut arbeiten, dann bekäme er nach den Aussagen auf S. 3 der Beantwortung den Zuschlag, allerdings müsste dann das Kostendach angehoben werden! Der Votant glaubt diesen Aussagen einfach nicht und kann es

nicht fassen, dass sich der Kanton so auf die Äste lassen will. Die Antwort lässt aber offen, wer den Zuschlag erhält, falls beide unter dem Kostendach sind, aber der Auswärtige günstiger wäre. Weiter bestätigt die Beantwortung, dass wenn bei Arbeitsgattungen nur zwei Zuger Anbieter mitrechnen, sich mathematisch gesehen jeweils der Anteil der 2/3-Vergabe an Zuger Unternehmen mindern würde, was also heisst, dass dann der Anteil der Vergabe entsprechend kleiner wird. So einfach ist das, aber keine Verpflichtung für irgendwen oder irgendwas.
Auf Frage 2 ist die Antwort (wie erwartet) nicht korrekt ausgefallen, und es wurde auch nicht darauf eingegangen. Georg Helfenstein sieht das so: Beim Einladungsverfahren kann der TU nur zwei Unternehmer aus dem Kanton Zug einladen. Dann wird der erwähnte 2/3-Anteil verringert bei den höheren Beträgen und es muss nicht auf den Einheimischen Rücksicht genommen werden, weil ja nur zwei Einheimische rechnen, nebst vielleicht mehreren Auswärtigen. Dies gerade in einem Preissegment, welches für viele KMUs wichtig ist. Ist der Votant bei Frage 3 richtig in der Annahme, dass keine Gespräche geführt werden? Denn dann hat diese Abgebotsrunde wirklich nur den Charakter einer Preissenkung. Die Unternehmer sehen, wo sie stehen, wissen nicht, wer mitgerechnet hat und gehen dann auf den wirklich äussersten Preis herunter! Und dann spricht man bei Frage 4 noch davon, dass nicht nur der Preis, sondern auch die Qualität eine Rolle spielt. Es ist aber anzunehmen, dass im Einladungsverfahren nur gute und selektionierte Unternehmen eingeladen werden. Da fällt dann die Qualität nicht mehr allzu sehr ins Gewicht. Und bei den öffentlichen Ausschreibungen wird es schwierig sein, Anbieter aus anderen Kantonen oder aus dem Ausland zu prüfen. Dieser Aufwand ist wahrhaftig eine Bürde, die sich da die Totalunternehmer aufgelastet haben.
Frage 5 und 6: Die Baudirektion kann, aber sie muss nicht. Das sind schöne Worte, aber versprechen tun sie gar nichts. Denn bei Frage 6 gibt die Totalunternehmerschaft auf Verlangen des Kantons die Unterlagen heraus. Aber nur auf Verlangen des Kantons. Wenn der nichts verlangt, wird er auch nicht eingreifen können. Das ganze Vorgehen ist sehr zwiespältig und man wird den Eindruck nicht los, dass sich der Kanton mit dem Schreiben des TU sein Gewissen etwas beruhigen möchte. Bei allem Respekt gegenüber der Beantwortung dieser Interpellation hätte der Votant aber doch noch eine Fragen an den Baudirektor: Wann sind die Kostendachbeträge für die einzelnen Arbeitsgattungen ersichtlich und für wen?
Grundsätzlich stimmt Georg Helfenstein diese ganze Angelegenheit nachdenklich. Eine Jury, welche wahrscheinlich gezielt zusammengesetzt wurde und den Mut nicht hatte, alle Projekte zur Überarbeitung zurückzuweisen. Eine Baudirektion, welche sich mit allen Mitteln ein Denkmal setzen will. Versprechungen, welche nicht eingehalten werden können. Folge: Das Gewerbe darf die Suppe auslöffeln, welche die Jury eingeschenkt hat. – Abschliessend dankt der Votant der Baudirektion für die Beantwortung seiner Interpellation. Eine Beantwortung, welche seine Meinung zum Projekt klar unterstützt. Er wünscht allen einen spannenden Sonntag.

Anna **Lustenberger Seitz** weist darauf hin, dass die Unterstützung von einheimischem Gewerbe richtig und sinnvoll ist. Sie gehört sicher auch zur Aufgabe des Kantons. In diesem Sinne hat die Votantin gewisses Verständnis für die Interpellation von Georg Helfenstein. Die Regierung möchte auch möglichst viele Aufträge gemäss vertraglicher Abmachung mit dem Totalunternehmer innerhalb des Kantons vergeben. Die vertraglichen Abmachungen sind da, der Kanton hat also ein Mitspracherecht

und kann entsprechend auch eingreifen. Nur, zu bemerken ist sicher auch, allein der Firmensitz in Zug garantiert noch keine gute Arbeit oder saubere Ware. In dem Fall ist es auch richtig, wenn halt der TU Firmen aus anderen Kantonen berücksichtigt. Natürlich ist Anna Lustenberger der Satz auch aufgefallen, dass das Kostendach, bzw. der Höchstpreis des gesamten Bauwerks, angepasst werden müsste, wenn der Kanton Unternehmen berücksichtigen möchte, welche Preise vorschlagen, die nicht mehr ins vorgesehene Budget passen. Da ist zu hoffen, dass das Projekt von 176 Mio Franken nicht einfach mit den kostengünstigsten Anbietern gerechnet worden ist. Sondern dass ein gewisser Spielraum vorhanden ist, damit die Qualität entsprechend berücksichtigt werden kann. Wie gesagt, die Votantin hat gewisses Verständnis für das Anliegen des Interpellanten. Doch etwas versteht sie nicht: Gerade aus bürgerlichen Kreisen ist der Ruf nach weniger Staat immer wieder zu hören. Auch das Gewerbe und sein Verband rufen immer wieder nach weniger Staat. Ja, sie verteufeln ihn manchmal sogar. Der Staat solle möglichst nichts regulieren. Als Beispiel ist der neue Lohnausweis zu nennen, welcher vom Gewerbe x-mal zurückgewiesen worden ist. Aber wenn es um das Geschäft geht und um Eigeninteressen, dann soll der Staat wieder gut genug sein und dem Gewerbe so gut wie möglich unter die Arme greifen.

Andrea **Hodel** dankt namens der FDP-Fraktion der Regierung für die Beantwortung der beiden Interpellationen, wobei die Antworten ja eigentlich gar nicht notwendig gewesen wären; sie wurden im Abstimmungskampf ja mehrmals und immer wieder beleuchtet. Heute ist die FDP-Fraktion froh, dass sie hoffentlich für längere Zeit zum letzten Mal eine Spitaldebatte in diesem Zusammenhang führt. Und die Votantin erlaubt sich die Bemerkung, dass es den Interpellanten wahrscheinlich mehr um die Medienpräsenz im Zusammenhang mit der Fragestellung als um die heutigen Antworten gegangen ist.

Heinz **Tännler** möchte einige Richtigstellungen auf die Ausführungen von Georg Helfenstein anbringen. Das alte Lied mit dem Wettbewerb müssen Sie jetzt wirklich mal fallen lassen. Das ist Schnee von gestern. Es ist rechtskräftig, niemand hat eine Einsprache gemacht, bitte lassen Sie dieses Argument jetzt endlich auf der Seite. Diese rechtlichen Fragen sind wirklich obsolet. Nun aber kommen Sie mit dem Schreiben und sagen, es sei nicht verbindlich. Das ist komplett falsch. Dieses Schreiben *ist* verbindlich, es ist im *jetzigen* Zeitpunkt nicht Vertragsbestandteil. Warum nicht? Weil der Vorvertrag ja bestanden hat zum Zeitpunkt, als wir diese Debatte hier geführt haben. Es ist abgemacht und die Abmachung besteht, dass dieses Schreiben in den Hauptvertrag hinein kommt und es dann einen entsprechenden Bestandteil darstellt. Dazu kommt das mit dieser Zweidrittelsregelung. Es ist bekannt, und Ihnen als Gewerbler sollte es erst recht bekannt sein, dass in der Vergangenheit immer 70 und mehr Prozent der Aufträge im Kanton Zug geblieben sind. Und es wird auch im Zentralspital nicht anders sein. Wieso soll man jetzt gerade beim Zentralspital von dieser Regel abweichen? Sie wissen ganz genau, dass die Zuger immer in den Preisen gewesen sind, und das werden sie auch hier sein. Sie werden auch hier in den Preisen sein. Ihre Furcht für das Gewerbe ist völlig fehl am Platz. Auch die Zuger können mit dem Markt mithalten; deshalb hat die Baudirektion in der Vergangenheit immer 70 und mehr Aufträge dem Zuger Gewerbe zugeschanzt.

Zur Abgebotsrunde. Das Ganze ist ja freiwillig. Das müssen Sie einfach mal wissen. Und sie läuft so, dass es tatsächlich mal die Offerte gibt, und nach der Offerte erhält der Gewerbler das höchste und das tiefste Angebot, und dann kann er nochmals eingeben. Und dann gibt es im Rahmen der Erläuterungen zur Submissionsordnung eine Besprechung, wobei sich diese auch auf technische Fragen ausrichten wird. Der Kommissionspräsident glaubt nicht, dass man diese Abgebotsrunde nur wegen einer Preissenkung macht.
Wenn dieses Zentralspital und das Pflegezentrum angenommen werden, und das hofft Heinz Tännler sehr, will sich die Baudirektion damit kein Denkmal setzen. Das ist doch völliger Blödsinn. Es geht um 70 und mehr Prozent allgemein versicherte Patienten, die ein Anrecht auf eine gute Betreuung hier im Kanton Zug haben. Und etwas müssen Sie sich noch hinter die Ohren schreiben: Wenn viele Zuger Gewerbler und Unternehmer im Zentralspital und Pflegezentrum Arbeit haben, gibt es auf dem normalen Zuger Markt noch mehr Potenzial und Freiräume, welche anderen Gewerbler, die vielleicht nicht zum Zug gekommen sind im Spital, die Möglichkeit eröffnen, anderswo mitzubieten. Es gibt in dem Sinne mehr Möglichkeiten für das zugerische Gewerbe, hier im Kanton Zug zu arbeiten. Und das ist nicht schlecht.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

282 MOTION DER SVP-FRAKTION BETREFFEND EINREICHUNG EINER STANDESINITIATIVE ZUR VERANKERUNG DER BÜRGERRECHTSERTEILUNG DURCH DAS GEMEINDESTIMMVOLK

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1147.2 – 11282).

Karl **Betschart** weist darauf hin, dass auf Grund des Regierungsantrags feststeht, dass die Regierung der Motion der SVP ablehnend gegenübersteht. Das bestätigt ihre seit Jahren bekannte Haltung in Sachen Einbürgerung (Asylwesen etc.) im Gegensatz zur immer mehr Sukkurs erhaltenden Meinung des Volkes, wie die letzten Wahlen gezeigt haben. Das Bundesgericht hat im Juli 2003 eine totale Praxisänderung im Bereich Einbürgerungen festgelegt. Bisher und nach schweizerischer Tradition waren Einbürgerungsentscheide immer politische Entscheide. Neu werden diese Entscheide zu einem blossen Verwaltungsakt umfunktioniert. Politische Entscheide werden vom Bundesgericht ignoriert. Dies ist eine Geringschätzung des Föderalismus sowie der politischen Tradition und des Demokratieverständnisses in der Schweiz. Immer wieder werden die wenigen Einzelfälle Emmen und Beromünster zitiert, obwohl das demokratische Abstimmungsverfahren bei Einbürgerungen an fast allen Orten tadellos funktioniert. Dem Volk werden immer mehr Rechte weggenommen. Dies ist gefährlich. Die SVP wendet sich klar gegen diese schleichende Entmachtung des Souveräns.
Es hat sich auch herausgestellt, dass es selbst im Bundesgericht Stimmen gibt, welche in Frage stellen, ob diese neue Praxis aufrechterhalten bleiben soll. Auch unter Juristen gibt es dazu umstrittene Meinungen. Die Schweizer Tradition für Einbürgerungen muss erhalten bleiben, und schlussendlich soll das Volk über Einbürgerungen

entscheiden können. Der Souverän muss das letzte Wort haben. Dies hat sich bewährt und hat auch zu Zufriedenheit und Stabilität in unserem Land geführt. Warum der Regierungsrat gegen Entscheide an der Urne ist, ist unverständlich. Sogar der Ständerat ist – anders als das Bundesgericht oder der Nationalrat – gegen ein Beschwerderecht und damit für demokratische Entscheidungen über Einbürgerungsgesuche.
In Anbetracht der laufenden Verhandlungen im Parlament in Bern betreffend dem eidg. Bürgerrechtsgesetz werden wir zum heutigen Zeitpunkt gegen den Antrag der Regierung nicht opponieren, jedoch die Angelegenheit verfolgen und allenfalls – je nach Ausgang der Verhandlungen im Bundesparlament – mit einer neuen Motion an die Regierung gelangen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** übertitelt ihr Votum mit «Menschen brauchen eine Heimat». Seit Menschengedenken sind Menschen unterwegs. Sie wechseln ihre Heimat aus Abenteuerlust, im Zusammenhang mit sozialen oder politischen Problemen, aus ökonomischen Gründen. Wenn Menschen sich an einem neuen Ort niederlassen und zu gegebener Zeit für sich entscheiden, dass sie nebst den längst erfüllten Pflichten auch ihre politischen Rechte wahr nehmen möchten, dann sollen sie sich nach objektiven Kriterien einbürgern lassen können. Nach Erachten der AF sollte es zu Beginn des 21. Jahrhunderts in unserer modernen, aufgeschlossenen, multikulturellen Gesellschaft gar kein Diskussionspunkt mehr sein, wie und wann Menschen zu ihren Bürgerrechten kommen sollen. Wenn die im Gesetz erwähnten Kriterien erfüllt sind, soll das Bürgerrecht auf Antrag hin erteilt werden können. Dass unser Kanton in den letzten Jahren kaum mehr Schlagzeilen wie jene von Emmen gemacht hat, spricht für die inzwischen faire und zeitgemässe Zuger Einbürgerungspraxis in allen Gemeinden. Was sollen wir uns daher um eine Änderung bemühen, die einen eigentlichen Rückschritt bedeuten würde?
Die Motionäre machen mit ihren Argumenten geltend, dass die Gemeinden in der Integrationspolitik die wichtigste Funktion inne hätten. Dieses Argument lassen wir nicht gelten. Es ist unsere gesamte Gesellschaft mit ihren verschiedenen Gruppierungen wie Arbeitsort, Schule, Nachbarschaft, Kirchen und Vereinen, welche durch ihre Offenheit den zugezogenen Menschen die Integration ermöglicht. Integration kann demnach nicht ein Willensakt einer Behörde sein. Integration ist ein permanenter Prozess. Teil dieses Prozesses soll die Erteilung der politischen Rechte sein. Wir haben in unserem Kanton objektive Kriterien, nach denen sich einbürgerungswillige Menschen um das Bürgerrecht bewerben können. Die Voraussetzungen werden durch die Bürgergemeinden geprüft. Wir haben also bereits ein Organ, welches das Bürgerrecht erteilt. Das Anliegen der vorliegenden Motion, wonach die Gemeindeordnung fest legt, welches Organ das Bürgerrecht erteilt, öffnet Tür und Tor für willkürliche, von Emotionen gesteuerte Einbürgerungsentscheide. Die in dieser Frage geforderte Objektivität bliebe auf der Strecke. Was sich in Emmen abgespielt hat, ist ein Akt gegen die Menschenwürde. Ebenso bedenklich wäre, dass beim Anliegen der Motionäre von keiner objektiven Beschwerdemöglichkeit Gebrauch gemacht werden könnte. Die AF hofft, dass mit dem Entscheid der staatspolitischen Kommission des Ständerats von vergangener Woche, wonach genau die Anliegen der Motion verankert werden sollen, noch längst nicht das letzte Wort des eidg. Parlaments gesprochen ist. Bedenken wir, seit Menschengedenken sind Menschen unterwegs. Wo sie sich niederlassen, sollen sie zu gegebener Zeit eine neue Heimat erhalten.

Die AF unterstützt die Haltung der Regierung auf Nichterheblicherklärung der SVP-Motion.

Malaika **Hug** weist darauf hin, dass der Kanton Zug beim Einbürgerungsverfahren sozusagen zwei Hauptmängel hat: Erstens hat bloss ein sehr eingeschränkter Kreis von privilegierten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überhaupt die Möglichkeit, einzubürgern – nämlich die jeweiligen Ortsbürger. Und zweitens entspricht die geheime Abstimmung, wie sie zum Beispiel bis jetzt in der Gemeinde Baar gehandhabt wird, einer Urnenabstimmung, mit welcher ebenfalls keine Begründung zu einer Ablehnung möglich ist. Es sollte jedoch das Recht jeder einbürgerungswilligen Person sein und auch bleiben, zu erfahren, aus welchen Gründen die Einbürgerung abgelehnt wurde. Die Begründungen dürfen dabei nicht gegen die Bundesverfassung verstossen. Sollten diese nicht gerechtfertigt sein, muss die betroffene Person das Recht haben, gegen den Entscheid Rekurs einzulegen. Zudem sollte auch weiterhin jeder abgelehnten Person die Chance gegeben werden, zu einem späteren Zeitpunkt einen erneuten Anlauf zu unternehmen. Die Übergangslösung gemäss dem Kreisschreiben der Direktion des Innern ist eine gute Lösung, da sie alles beinhaltet, was zu einem fairen Einbürgerungsverfahren beiträgt. Ausser wie bereits erwähnt, dass lediglich eine Minderheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die – in den Worten der SVP – «Gestaltung unserer Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten» entscheiden kann. Die SVP will kein faires Einbürgerungsverfahren für alle, sondern überhaupt keine Einbürgerungen. Die SP Fraktion lehnt auf Grund dieser Ausführungen die SVP-Motion zur Einreichung einer Standesinitiative einstimmig ab, wobei sich eine Abstimmung nun ja bereits erübrigt hat.

➔ Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

283 MOTION VON HEINZ TÄNNLER BETREFFEND ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN (WAG; TERMIN FÜR DIE GESAMTERNEUERUNGSWAHLEN)

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1064.2 – 11324).

➔ Die Motion wird gemäss Antrag des Regierungsrats teilerheblich erklärt.

284 MOTION VON HEINZ TÄNNLER BETREFFEND UNVEREINBARKEITSREGELUNG BEZÜGLICH MITGLIEDER DES VERWALTUNGSGERICHTS NACH § 55 DES GESETZES ÜBER DEN RECHTSSCHUTZ IN VERWALTUNGSSACHEN (VERWALTUNGSRECHTSPFLEGEGESETZ)

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1105.3 – 11345).

Heinz **Tännler** möchte sich bei Regierungsrat und beim Verwaltungsgericht herzlich bedanken. Die Motion wird ja erheblich erklärt und er möchte dazu keine weiteren Worte verlieren.

➔ Die Motion wird gemäss Antrag des Regierungsrats erheblich erklärt.

285 NÄCHSTE SITZUNGEN

Mittwoch, 17. Dezember & Donnerstag, 18. September. – Die ausserordentliche Ganztagessitzung vom 17. Dezember ist ausschliesslich dem kantonalen Richtplan gewidmet.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

19. SITZUNG: MITTWOCH, 17. DEZEMBER 2003
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.05 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

286 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri, Hans Christen und Josef Lang, alle Zug; Thomas Brändle und Martin B. Lehmann, beide Unterägeri; Konrad Studerus, Menzingen.

287 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste.
2. Kantonsratsbeschluss betreffend den kantonalen Richtplan.
   Nur eine Lesung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1144.1/.2 – 11226/27) und der Raumplanungskommission (Nr. 1144.3 – 11348).
3. Postulat von Andreas Bossard betreffend sporadische Durchführung von Festen der Verbundenheit (Nr. 1034.1 – 10928).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1034.2 – 11318).
4. Kantonsratsbeschluss betreffend Forschungsbeitrag an das Micro Center Central Switzerland (MCCS).
   1. Lesung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1141.1/.2 – 11219/20), der Kommission (Nr. 1141.3 – 11341) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1141.4 – 11362).

5. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine provisorische Parkplatzanlage auf dem ehemaligen Gaswerkareal in Zug.
Nur eine Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1155.1/.2 – 11248/49), der Strassenbaukommission (Nrn. 1155.3/.4 – 11342/43) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1155.5 – 11363).

288 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN KANTONALEN RICHTPLAN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1144.1/.2 – 11226/27) und der Raumplanungskommission (Nr. 1144.3 – 11348).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Stawiko dieses Geschäft nicht vorberaten hat, weil es keine finanziellen Auswirkungen hat. Der Richtplan ist ausschliesslich behördenverbindlich. Er hat somit keine Aussen-, sondern nur Innenwirkung.
Peter Rust erinnert den Rat nochmals an die zutreffenden Ausführungen auf S. 12 unten im Kommissionsbericht. Die kürzlich beschlossenen Teilrichtpläne Verkehr vom 3. Juli 2002 und Abfallanlagen vom 30. Januar 2003 sowie teilweise der Teilrichtplan Abbau- und Rekultivierungsgebiete vom 7. September 1997 dürfen auf Grund von Art. 9 des Raumplanungsgesetzes nur unter folgender Voraussetzung in Frage gestellt werden: Die Verhältnisse müssen sich seit Erlass des Richtplans geändert haben, neue Aufgaben müssen anstehen oder es ist eine gesamthaft bessere Lösung möglich. Sofern eine dieser Voraussetzungen erfüllt ist, und nur dann, kann auf einen Änderungsantrag eingetreten werden. Andernfalls ist eine Änderung des Richtplans bezüglich früher beschlossener Teilrichtpläne nicht möglich. Richtpläne müssen beständig sein. Nach dem Eintreten erfolgt diesbezüglich eine Abstimmung zur Grundsatzfrage.
Es erfolgt nur eine einzige Lesung aller Teilelemente des neuen Richtplans, weil der Kantonsratsbeschluss lediglich behördenverbindlich und nicht allgemein verbindlich ist (§ 55 Abs. 4 der GO des Kantonsrats).
Der Kommissionspräsident beantragt, maximal 20 Folien auf dem Hellraumprojektor verwenden zu dürfen. Der Vorsitzende bewilligt dies, weil besonders bei den Siedlungsbegrenzungslinien und der Erweiterung der Siedlungsgebiete eine Visualisierung für das Verständnis sehr wichtig ist. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für den Baudirektor, der ebenfalls Folien auflegen will.
Der Vorsitzende macht die Mitglieder des Rat darauf aufmerksam, dass sie sich bei den Voten eher knapp halten und auf die Wiederholung früherer Voten wie auch des Kommissionsberichts verzichten sollen. Es sei daran erinnert, dass allein zwischen Regierung und vorberatender Kommission in rund 40 Punkten eine Differenz besteht, über die debattiert und dann abgestimmt werden muss. Das Ziel besteht darin, heute dieses Geschäft durchzuberaten. Die Gemeinden gehen davon aus, dass der Kantonsrat den Richtplan noch 2003 behandeln und verabschieden wird. Es sollte also nicht an uns Räten liegen, dass der Fahrplan der Stadt- und Ortsplanungen wegen uns in Verzug gerät.

Louis **Suter** weist darauf hin, dass wir als Mitglieder dieses Rates vor einer grossen Herausforderung stehen. Wir müssen nicht nur über die räumliche Entwicklung unseres Kantons für die nächsten 15 bis 20 Jahre entscheiden, sondern wir müssen wissen, dass wir mit diesem Richtplan auch gleichzeitig für die langfristige Weichenstellung der raumplanerischen Eckwerte Wohnqualität, Wirtschaftswachstum, Landschaft, Fruchtfolgeflächen, Naherholung, Ver- und Entsorgung sowie Mobilität verantwortlich sind. Damit wir diesen Richtplan konstruktiv und kreativ beraten können, möchte der Kommissionspräsident auf Grundsätze eingehen, welche für die RPK besonders wichtig sind.
Die RPK stellt einheitlich den Antrag, die kürzlich beschlossenen TRP Verkehr und Abfallanlagen nicht wieder vollumfänglich, sondern nur im Rahmen der von der Kommission vorgenommen kleinen Änderungen zu beraten. Diese Teilrichtpläne sollen, mit Ausnahme der erwähnten kleinen Änderungen, im neuen Richtplan integ-riert werden. Wie Sie dem Kommissionsbericht entnehmen können, begründen wir unseren Antrag mit § 7 ff. RPG. Diese Artikel sehen dann Änderungen vor, wenn sich die Verhältnisse geändert haben, neue Aufgaben anstehen oder eine gesamthaft bessere Lösung möglich ist. Dies trifft aber für die diese beiden TRP nicht zu. Dies auch deshalb nicht, weil wir an den letzten KR-Debatten bereits Planungskredite beschlossen haben.
Wir müssen zwischen dem kantonalen Richtplan und der Nutzungsplanung durch die Gemeinden unterscheiden. Der Richtplan, aus den Begriffen Richtung und Planung entstanden, ist das behördenverbindliche, richtungsweisende Planungsinstrument, das aus kantonaler Optik mögliche neue Entwicklungen, aber auch deren Begrenzungen, aufzeigen soll. Damit ist ersichtlich, dass es klar zwischen dem kantonalen Richtplan und der Nutzungsplanung durch die Gemeinden zu differenzieren gilt. Der kantonale Richtplan ist der Rahmen, auf den die Gemeinden ihre Planung eigentümerverbindlich auszurichten haben. Bei dieser Nutzungsplanung ergeben sich für die Gemeinden bei der Planung der Siedlungsgebiete vor allem zwei Probleme: Eingezonte Gebiete sind oft nicht verfüg- und erschliessbar; die Grösse neuer Wohngebiete richtet sich gemäss § 15 RPG auf den bundesrechtlichen Bedarfsnachweis. Damit ergibt sich automatisch, dass gemäss kantonalem Richtplan mögliche Gebiete für die Siedlungserweiterung nicht in jedem Fall durch die Gemeinden bereits heute voll beansprucht werden müssen. Im Gegenteil muss es eine der Stärken dieses Richtplans sein, mögliche richtungsweisende Entwicklungen und deren Begrenzungen aufzuzeigen, ohne dass die Gemeinden alle Gebiete für die Siedlungserweitung kurzfristig ausschöpfen müssen. Diesem Umstand müssen nicht nur die Gemeinden bei der Nutzungsplanung, sondern auch dieses Parlament bei der Beratung der Siedlungsgebiete die notwendige Beachtung schenken.
Die Änderungsanträge der RPK erfolgten in der Regel auf Grund von Anträgen aus den Gemeinden oder in Zusammenarbeit mit ihnen. Zwischen dem Entwurf der Baudirektion für die öffentliche Mitwirkung vom Oktober 2002 und dem vorliegendem und nun zur Debatte stehen regierungsrätlichen Antrag vom Juli 2003 bestehen nachhaltige Unterschiede. So ist z.B. für die Gemeinden kein Handlungsspielraum von ein bis zwei Bautiefen bezüglich den Siedlungsbegrenzungslinien mehr vorgesehen, auf griffige Planungsgrundsätze für elektrische Übertragungsleitungen wurde verzichtet. Auf die bei der Vernehmlassung gewünschten Siedlungserweiterungen von Zug und Baar wurde nicht eingetreten. Hier ist zu beachten, dass diese Anträge nicht von politischen Parteien oder privaten Gruppierungen, sondern von Exekutiven der betroffenen Gemeinden stammen. Somit bestehen zwischen der Regierung und den

Gemeinden teilweise erhebliche Differenzen. In dieser Situation hatten die Gemeinden nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder direkt bei der RPK vorstellig zu werden oder sich durch Kommissionsmitglieder für ihre Anliegen Gehör zu verschaffen. Um auf diese Reaktionen aus den Gemeinden einzugehen, hat die RPK deshalb gezielt die Zusammenarbeit mit den Gemeinden gesucht. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, konstruktiv und unter Berücksichtigung der kantonalen Interessen und raumplanerischen Grundsätze die Anliegen der Gemeinden zu unterstützen. Auf dieser Basis resultieren unsere Anträge. Namens der Kommission möchte Louis Suter den Rat bitten, diesen Aspekt bei der Beurteilung der Richtplanung besonders zu beachten.
Auch wenn wir die einzelnen Anträge in der Detailberatung behandeln werden und die Begründungen im Kommissionsbericht aufgelistet sind, soll hier kurz auf die drei wichtigsten Änderungsvorschläge eingegangen werden:
1. Erhöhung der Einwohnerzahl für die Stadt Zug. Die zukünftige Bevölkerungszahl für 2020 war bereits bei der Vernehmlassung stark umstritten. Vor allem die bürgerlichen Parteien der Stadt Zug votierten für einen höheren Handlungsspielraum. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile hat sich unsere Kommission aus folgenden Gründen für eine Erhöhung der Bevölkerungszahl um 2000 Einwohner ausgesprochen:
– Die Stadt Zug hat sich in letzter Zeit weniger stark entwickelt als z.B. Baar oder die Ennetseegemeinden: Von 1993 bis 2002 erhöhte sich die Bevölkerungszahl von Zug um 1190 Personen. Während dieser Zeit überholten aber Baar und die Ennetseegemeinden die Stadt nicht nur prozentual sondern auch in absoluten Zahlen, so z.B. Baar mit 2699 um 1509 Einwohner, Risch mit 2093 um 903 Einwohner.
– Auch wenn über den kantonalen Richtplan und die gemeindliche Nutzplanung nicht alles gesteuert werden kann, so ist es aus Sicht der Raumplanung sinnvoll, dort eine grössere Bevölkerungsentwicklung zu ermöglichen, wo es auch am meisten Arbeitsplätze hat, bzw. wo diese vorgesehen sind. Dies trifft besonders für Zug zu. Für die übrigen Gemeinden sehen wir keinen Handlungsbedarf.
– Die zusätzliche Erhöhung um 1,6 % ist massvoll und daher nicht überdimensioniert.
2. Mit der Einführung der gestrichelten kantonalen Siedlungsbegrenzungslinien wollen wir dem Wunsch der Gemeinden nach mehr Handlungsmöglichkeiten entgegenkommen. Der Votant hat bereits darauf hingewiesen, dass die Baudirektion mit ihrem Vorschlag vom Oktober 2002 viele neue zusätzliche kantonale Siedlungsbegrenzungslinien einführen wollte, im Gegenzug dazu aber für alle Siedlungsbegrenzungslinien Veränderungen um 1 bis 2 Bautiefen vorsah. Der Regierungsrat hat nun aber diese Möglichkeit mit seinem Antrag vollumfänglich gestrichen. Unserer Meinung nach ist es aber wichtig, aus kantonaler Optik zwischen sensiblen und weniger sensiblen Siedlungsbegrenzungslinien zu unterscheiden. Dies können wir mit diesem neuen Planungsinstrument erreichen. Die RPK freut sich, dass sich in der Zwischenzeit auch die Regierung dieser Auffassung angeschlossen hat, und hofft auch auf die Unterstützung des Rats.
3. Die Schaffung von neuen Golfplätzen ist bekanntlich immer ein umstrittenes Thema. Dies ist auch für den vorgesehenen Platz in Baar nicht anders und es wurde in der Kommission auch entsprechend kontrovers diskutiert. Unabhängig von allen Pro- und Kontraargumenten sind wir der Meinung, dass sinnvollerweise nicht der Kantonsrat, sondern das Stimmvolk von Baar darüber entscheiden solle. Dieser Auffassung ist auch der Gemeinderat von Baar, der sich explizit für eine Volksabstimmung ausspricht. Wenn wir diese Abstimmung aber ermöglichen wollen, so müssen wir das

Projekt Golfplatz Baar im Richtplan festsetzen. Mit einer Volksabstimmung erreichen wir, wie immer der Entscheid auch ausfällt, die breite Abstützung durch das Volk.
Bevor der Kommissionspräsident zum Schluss kommt, möchte er sich grundsätzlich zur Beurteilung unserer Anträge durch die Regierung äussern. Die RPK ist enttäuscht. Wir hätten von der Regierung mehr Verständnis für die berechtigten Anliegen der Gemeinden erwartet. Um in der Musiksprache zu sprechen, müssen wir die regierungsrätliche Haltung mit einem Streichorchester vergleichen, einem Streichorchester mit musikverliebten Musikanten und Musikantinnen, das vergisst, dass es nicht nur für sich selbst spielt, sondern auch noch ein Publikum da ist. Wie sonst ist die Haltung der Regierung zu verstehen, die für die Anliegen der RPK, welche zusammengezählt während einer Arbeitswoche die Fakten studiert hat, vor allem aber für die Sorgen der Gemeinden kein besonderes Musikgehöhr bekundet? Auch wenn sich die RPK über die Akzeptanz bezüglich der Auflockerung bei den kantonalen Siedlungsbegrenzungslinien freut, so nützt dieses von der Kommission vorgeschlagene konstruktive Planungsinstrument wenig, wenn die Regierung anschliessend dessen sinnvolle Anwendung grösstenteils wieder verweigert. Wir anerkennen, dass die Regierung bestrebt war, möglichst viele Anliegen, insbesondere die der Naturschutzverbände, unter einen Hut zu bringen. Wir müssen aber mit Bedauern feststellen, dass bei der konkreten Umsetzung die Anliegen der Gemeinden zu wenig berücksichtigt werden. Wir sind überzeugt, dass wir mit unseren Anträgen einem künstlichen Röstigraben zwischen dem Regierungsrat und den Gemeinden entgegen wirken können.
Zum Schluss möchte sich Louis Suter für die gute, einvernehmliche und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Dieser Dank gilt Baudirektor Hans-Beat Uttinger, dem kantonalen Raumplaner René Hutter sowie Paul Baumgartner, der für die Administration und die Protokolle zuständig war. Er gilt in besonderem Masse aber für alle Mitglieder der RPK. Zusammen ist es uns gelungen, die auf den ersten Blick so gegensätzlichen Werte wie Landschaftsschutz und Wirtschaftswachstum, Wohnqualität und Bevölkerungswachstum, Verkehr und Naherholung, Versorgung und Entsorgung sinnvollerweise im Richtplan zu verknüpfen und aufeinander abzustimmen. In einem Richtplan für die Menschen dieses Kantons, für die berechtigten Anliegen unserer Bevölkerung, für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Zug mit viel Lebensqualität. Namens der Kommission beantragt der Votant Eintreten auf die Vorlage, und er hofft auf Zustimmung zu den Anträgen der Kommission.
Louis Suter möchte auch noch die Stellungnahme der CVP-Fraktion bekannt geben. Diese setzt sich mehrheitlich für die Anträge der Raumplanungskommission ein. Insbesondere befürworten wir die Erhöhung der Bevölkerungszahl für die Stadt Zug um 2‘000 Personen, die Einführung von gestrichelten, flexiblen Siedlungsbegrenzungslinien sowie die Aufnahme weiterer Gebiete für die Siedlungserweiterung in den Gemeinden Baar und Zug. Wir teilen ebenfalls die Meinung der RPK, dass über den Golfplatz das Stimmvolk von Baar entscheiden soll. Auch die griffigeren Richtplantexte bezüglich den elektrischen Übertragungsleitungen finden die Zustimmung unserer Fraktion. Demgegenüber möchte die CVP-Fraktion die Landschaftsschongebiete Gimenen und Fuchsloch im Richtplan belassen und keine Änderung der Siedlungsbegrenzungslinien im Gebiet Buonas vornehmen. Bei der Detailberatung wird die CVP zudem auch bei folgenden Punkten die Regierung unterstützen:

- Begrenzungslinie Kurfürst/Betrieb Blaser in Baar.
- Begrenzungslinie zu Punkt 815 ob Holzhäusern in Menzingen.
- Bst. E 11.1.1: Ohne die primäre Versorgung von Kies aus dem Kanton Zug.

Die CVP ist überzeugt, dass der Kanton Zug mit dem neuen kantonalen Richtplan wieder über ein zeitgemässes und effizientes Planungsinstrument verfügt. Trotz der komplexen Materie überzeugt der Richtplan durch die klare Strukturierung und den logischen Aufbau. Nachhaltige und raumplanerische Forderungen für hohe Wohn- und Lebensstandards werden gut mit den Erwartungen in den Wirtschaftsstandort Zug verknüpft. Insofern möchten wir der Regierung für ihre Arbeit herzlich danken und gratulieren. Das Eintreten auf die als Ganzes sehr überzeugende Vorlage erfolgte deshalb einstimmig.

Vreni **Sidler** weist darauf hin, dass die Raumplanung uns allen klar gemacht hat, dass der kleine Kanton Zug an Bevölkerung und Arbeitsplätzen zunimmt, der Raum hingegen knapp wird. Das Wachstum von 25'000 Personen in den vergangenen 30 Jahren und voraussichtlich ein gleiches Wachstum in den nächsten 17 Jahren zeugt von einem prosperierenden Kanton, macht sich aber in allen elf Gemeinden und vor allem in der Lorzenebene sichtbar in der Siedlungsausdehnung. Ziel der Raumplanung ist es, das Wachstum in geordnete Bahnen zu lenken, Freiräume und Naherholungszonen offen zu halten und die Erschliessung zu gewährleisten. Es ist eine Gratwanderung zwischen privatem und öffentlichem Verkehr, Landwirtschaft und Bauzone, Wohnlichkeit und Verdichten und nicht zuletzt privaten und öffentlichen Interessen. Die FDP-Fraktion hat sich diesen Diskussionen gestellt und ist von der Qualität der heutigen Vorlage überzeugt. Diese wurde in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der Bevölkerung erarbeitet und ist im Inhalt ausgewogen. Einer Vorprüfung durch den Bund erfolgte ebenfalls.
Einige Schwerpunkte. Die FDP-Fraktion ist bereit, der Stadt Zug die von der Kommission vorgegebene Einwohnerzahl von 29'100 zuzugestehen, gewisse Neueinzonungen wie z.B. die Wiese beim Meisenberg oder im Rank und verdichtetes Bauen entlang der Verkehrsströme zu akzeptieren, damit die Stadt ihre Zentrumsfunktion beim Arbeiten und Wohnen wahrnehmen kann. Andererseits ist die FDP-Fraktion nicht interessiert, den beschlossenen TRP Verkehr nochmals zu diskutieren, um an der Prioritätenliste herumzuschrauben. Der Druck für Bauland war in der vergangen Jahren gross, trotzdem hält die FDP-Fraktion nichts von einer Einmischung des Kantons in den Bodenmarkt. Die Eigentumsfreiheit ist als eines der wichtigsten Grundrechte in der Bundesverfassung festgeschrieben. Sie muss auch die freie Wahl für jeden Landeigentümer beinhalten, selber zu entscheiden, ob er sein Land heute verbaut oder seinen Kindern und Grosskindern noch unbebautes Land überlassen will. Hier kann es keinesfalls Sache des Kantons sein, solche Landbesitzer zu bedrängen. Es fehlen dafür die gesetzlichen wie auch die finanziellen Mittel.
Die FDP-Fraktion ist klar der Ansicht, dass ein zweiter Golfplatz in den Richtplan aufzunehmen ist und sie gibt damit der Gemeinde und der Bevölkerung von Baar die Möglichkeit, eine gute Lösung für die Bevölkerung, die Initianten, die Landwirtschaft und die Anwohner zu finden. Der Antrag der Kommission, wonach der Kanton Zug sich bei den Betreibern von Hochspannungsleitungen einsetzt, dass insbesondere Leitungen in und entlang der Siedlungen unterirdisch geführt und neue Technologien angewendet werden, ist zukunftsweisend. Dieser Antrag erhält auch die Unterstützung der FDP-Fraktion mit dem Vorbehalt, dass es eine Aufgabe der Betreiber sein muss, die notwendigen baulichen Massnahmen vorzunehmen und auch die Kosten zu tragen. Die Siedlungsbegrenzungslinien sind ein gutes Instrument, um die Landschaft lebenswert zu erhalten, was wir auch der nächsten Generation schuldig sind.

Gestrichelte Linien mit 1 bis 2 Bautiefen über die Linie hinaus können ein neues Instrument sein, weichen jedoch die Siedlungsbegrenzung auf und sind gezielt einzusetzen. Eine Verschiebung der Siedlungsbegrenzungslinie z.B. in Buonas Richtung See ist für alle Fussgänger, Seebenützer und Velofahrer nicht vorstellbar. Die Votantin bittet den Rat im Namen der FDP Fraktion, auf die Vorlage einzutreten.

Karl **Nussbaumer** fragt, was der kantonale Richtplan überhaupt will. Der geltende Richtplan wurde 1987 von der Zuger Regierung beschlossen und ist somit seit 16 Jahren in Kraft. Inzwischen hat es im Kanton Zug grosse Veränderungen gegeben, wie z.B. Zunahme der Bevölkerungszahl, Wachstum des Verkehrs usw. Der geltende kantonale Richtplan ist veraltet und der Kanton Zug benötigt dringend einen neuen. Der nun neue vorliegende Richtplan berücksichtigt das weitere Wachstum im Kanton Zug für die nächsten 20 Jahre. Die Siedlungen, die ausgeweitet werden dürfen, werden neu bezeichnet und es werden auch klare Abgrenzungen der Siedlungsgebiete festgelegt. Um unsere Lebensqualitäten zu erhalten, wurden die Naherholungsgebiete bezeichnet und die Prioritäten der Landwirtschaft festgehalten. Der neue Richtplan vermittelt Planungsgrundsätze und deren Ziele. Er hält auch Räume frei für die verschiedenen Nutzungen wie Verkehr, Stromleitungen, Gasleitungen, Wildtierkorridore, Weiler, und weist diesen Räumen vorrangige Nutzungen zu. Der neue Richtplan muss eine gewisse Beständigkeit besitzen, z.B. eine Siedlungsbegrenzung muss langfristig wirken. Somit können die Gemeinden in ihrer Ortsplanung sich darauf einstellen. Gemäss PBG umfasst der kantonale Richtplan auch als Gesamtrichtplan die Teilrichtpläne. Die Mitwirkung bei der Vernehmlassung zum Richtplanentwurf stiess auf grosses Interesse bei der Zuger Bevölkerung, gingen doch rund 350 Stellungnahmen bei der Baudirektion ein. Die Gemeinden wurden eng eingebunden bei der Erarbeitung des neuen Richtplans. Deshalb stehen sie hinter dem vorliegenden Richtplan und erwarten dringend das Resultat der heutigen Kantonsratssitzung, damit sie ihre Ortsplanung erstellen können.
Die RPK hat an etlichen Tagessitzungen den neuen Richtplan beraten und die verschiedenen Anliegen der unterschiedlichsten Interessengruppen genau geprüft. Wir von der SVP-Fraktion sind einstimmig für Eintreten auf die Vorlage und empfehlen dem Rat, den Eintretensantrag zu unterstützen. Zu einzelnen Punkten werden wir, wenn nötig, in der Detailberatung Stellung nehmen.

Dolfi **Müller** beruft sich auf einen wirklichen Experten der Raumplanung, Benedikt Loderer, Chefredaktor der Zeitschrift Hochparterre. Er bringt es ganz genau auf den Punkt: Die städtische und die ländliche Schweiz gibt es raumplanerisch als Gegensatz eigentlich nicht mehr. Wesentlich ist nur noch die Agglomerations-Schweiz. Das ist das Pendlerland und der Stadtpark Mittelland, in dem 70 % aller Schweizerinnen leben. Loderer nennt dies die Verbrauchs-Schweiz. Das ist die Schweiz, die den Gesetzen des Marktes unterworfen ist und das ist unsere tägliche Realität. Daneben gibt es aber auch unsere Sehnsüchte nach der schönen Schweiz. Und diese ist klar auf dem Rückzug. Denn jedes neu gebaute Hüsli mit seiner Strasseninfrastruktur zerstört unwiederbringlich die Substanz dieser Schön-Schweiz. Loderer sagt das so: «Die Verbrauchs-Schweiz ist nichts anderes als konsumierte Schön-Schweiz.» Und hier stecken wir mitten im Dilemma: Ausgerechnet der Traum von der Schön-Schweiz ist die Hauptursache für ihre Zerstörung. Es gibt aber einen Ausweg aus

diesem Dilemma: Wir können diese Schön-Schweiz erhalten, indem wir uns in der Raumordnungspolitik ganz massiv selbst beschränken, beim Siedlungs- und Verkehrswachstum. Der Markt kann diese Problem nicht lösen, das muss der Staat tun.
Konkret heisst das für die SP-Fraktion: Wir müssen auch als Standortstrategie gerade in Zeiten leicht abnehmender Finanzkraft qualitative Aspekte viel mehr betonen, als mit finanziellen Anreize zu arbeiten. Brillieren durch Siedlungsqualität statt mit Steuergeschenken. Auch das ist wissenschaftlich erhärtet. Der homo oeconomicus wird bei weitem überschätzt. Lebensqualität ist den Menschen weit wichtiger als die Finanzen. Man hat gemessen, dass bei nieder entwickelten Staaten mit unter 25‘000 Franken Volkseinkommen pro Kopf im Jahr der monetäre Anreiz die grössere Rolle spielt. Wir sind bei 80'000 und sind im Lebensqualitätsbereich. Daraus ergeben sich für die SP folgende zentrale Aussagen:
1. Ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum ist für sich gesehen keine Qualität, wenn sich die Lebensbedingungen für diese Bevölkerung nicht gleichzeitig auch verbessern. Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen 125‘000 Bewohner sind deshalb die alleroberste Grenze des Wachstums. Es dürften ruhig auch weniger sein.
2. Siedlungserweiterungen ins Grüne zerstören die Schön-Schweiz. Die kreative Schöpfung von gestrichelten Siedlungsbegrenzungen – gewissermassen Siedlungsbegrenzung light – wird von der SP-Fraktion nicht begrüsst, weil sie dort, wo klare Aussagen zur Siedlungstrennung nötig wären, diese verwischt.
3. Massvolle Verdichtungen im Siedlungsraum zerstören die Schön-Schweiz nicht. Sie sind das Ei des Kolumbus der Raumplanung. In Zug hat man das allerdings übertrieben; am Hang sind die Verdichtungen zu hoch. Aber daraus kann man ja lernen. Wenn wir massvoll innen verdichten, machen wir keinen Grünraum kaputt. Und das ist dann auch die intelligenter Lösung für das neuerdings vor allem von den Bürgerlichen propagierte Pendlerproblem. Früher hat die Linke damit Antistrassenbaupolitik betrieben. Es ist aber so oder so ein Holzschnittargument. Wenn jemand in Hagendorn wohnen und in Zug arbeiten will, tut er das. Da können wir in Zug noch so viel einzonen.
4. Gewisse Siedlungserweiterungen – insbesondere in der Lorzenebene auf Zuger und Baarer Seite – oder beim Wilden Mann in Buonas oder im Alosen sind raumplanerisch unbegründet oder gar grundfalsch. Einer der Höhepunkte ist der unmotivierte Wurmfortsatz mitten ins Grüne beim Bauer Blaser im Westen von Baar. Das ist raumplanerisch nicht erklärbar. Bei der Gimenen, im Meisenberg und in Trubikon Oberwil ist die SP-Fraktion (im Gegensatz zum Zuger Stadtrat inkl. Bauchef) allerdings anderer Meinung.
5. Auch keine Freude hat die SP-Fraktion an der Weilerinflation im Kanton Zug. Die Schönau in Cham und das fantasievolle Konstrukt beim Freimann, das der Stadt Zug auch noch zu einem Weiler verhelfen würde, will die SP-Fraktion mit einer Gegenstimme (des Votanten und Stadtzuger Bauchefs) ebenfalls nicht unterstützen.
6. Beim Kiesabbau ist die SP nach dem immer noch gültigen Volksentscheid zur Moränenschutzinitiative zu keinen Kompromissen bereit.
7. Zur eigentlichen Nagelprobe könnte aber der bereits zweite Golfplatz im Zuger Flachland werden, den die SP für völlig überflüssig hält. Das Bild vom Stadtpark Mittelland von Benedikt Loderer würde damit erschreckend realistisch.
Trotzdem will die SP nicht verhehlen, dass dieser Richtplan im Gegensatz zu seinem Vorgänger nicht nur ein Puzzle von elf gemeindlichen Raumplänen, sondern das Produkt eines übergeordneten Ansatzes ist. Vielen Dank an René Hutter, der

wesentlich dazu beigetragen hat. Auch der Landschaftsschutz wurde wesentlich verbessert. – Die SP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Auch wenn Christian **Siegwart** nicht in allen Punkten einverstanden ist: Die Regierung hat uns einen recht ausgewogenen Richtplan vorgelegt. Wobei er betont, dass diese Aussage den TRP Verkehr ausschliesst. Aus der umfangreichen Mitwirkung von Parteien und Verbänden, von Behörden und Privatpersonen ist ein Regelwerk hervorgegangen, das alle Interessen einbindet und breit ausgehandelte Kompromisse umfasst. Nun hat die Raumplanungskommission darüber beraten – 14 Männer, 1 Frau; 13 Bürgerliche, 1 Stadtrat und 1 Greenhorn. Es ist offensichtlich, dass diese Zusammensetzung kein repräsentatives Abbild der Bevölkerung ergibt. Erst staunend, dann stotternd hat der Votant die zeitraubende Beratung miterlebt. Der Richtplan ist ein spannendes, aber weites Feld, hier detailliert und dort sehr vage. Viele hehre Absichten und schöne Worte, die von der RPK zum grossen Teil übernommen wurden.
Doch da, wo es ums Fleisch am Knochen geht, wehte in der Kommission ein eisig liberaler Wind. Im Zweifelsfall wurde das Feld geöffnet, wurden zusätzliche Siedlungserweiterungen ermöglicht, wurden Einschränkungen verwässert und ganze Abschnitte mit ökologischen Anliegen gestrichen. So ist es typisch für den Groove in diesem Gremium, dass bei den Grundzügen ausgerechnet die Zielvorgabe gestrichen wurde, wonach der öffentliche Verkehr nachfrageorientiert und der MIV angebotsorientiert auszubauen sei. Sicher: Dieser Passus erscheint ein zweites Mal im Verkehrs-Kapitel. Aber mit derselben Begründung könnten wir gleich alle Grundzüge aus dem Richtplan kippen. Leichter als ökologische Anliegen hatten es in der Kommission gemeindliche Wünsche – sie wurden mit einer Ausnahme flugs übernommen. Diese Ausnahme – wir werden später darüber streiten –betraf nicht etwa eine raumplanerische Einschränkung, sondern eine Aufblähung der Bevölkerungsvorgaben gegen den Willen des Zuger Stadtrats. In dieses Bild passt, wie mit einem Federstrich eine Ausnahme zur Regel gemacht wurde: Die Gemeinden sollen bei der Abgrenzung ihrer Wohnbauzonen nicht nur in begründeten Ausnahmen, sondern immer 1 bis 2 Bautiefen Spielraum haben.
Nun: Sitzen wir hier zum Wohle des Kantons zusammen oder sind wir nur die Advokaten unserer Wohngemeinden? Nach Meinung von Christian Siegwart sollten wir uns, sollte sich der Kantonsrat nicht so einfach aus der Verantwortung stehlen. Da, wo es aus raumplanerischer Sicht angezeigt ist, müssen wir auch unpopulär gegen den Willen der Gemeinden entscheiden. Ein zweiter Golfplatz geht uns doch alle an, nicht nur die Baarer. Wenn wir allen Partikularinteressen nachgeben, droht der Richtplan seine Gesamtschau zu verlieren. Er wird zum Flickwerk, zur Summe der gemeindlichen Ansprüche. Wir sind noch immer klein, aber fein. Doch wie lange noch? Im Richtplan legen wir unsere Ideen für die Zukunft unseres Lebensraums fest. Und diese Ideen bewegen sich in luftigen Höhen. Unser Kanton mit seinem beschränkten Platzangebot soll weiter in horrendem Tempo wachsen: Bis ins Jahr 2020 um 27‘000 Einwohner. Das wird eng, zu eng! Sollen die Talgemeinden zu einer einzigen Boomtown verschmelzen, zur schrillen Grosstadt, umringt von Landhäusern, begrenzt von Golfplätzen und Vergnügungsparks? Das ist nicht die Vision des Votanten. Ihm würde ein Wachstum von 0,7 Prozent genügen, wie es dem landesweiten Durchschnitt entspricht.

Es ist ja schon seltsam, wie in der Frage der Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung die Linken die Konservativen sind. Sicher: Auch wir fordern mehr günstigen Wohnraum. Aber der lässt sich im Kanton Zug durch weitere Einzonungen an Luxuslagen nun mal nicht schaffen. Solange wir mit Dumping-Steuertarifen locken, bleibt die Nachfrage schlicht zu gross. Für begüterte Neuzuzüger kompensiert die Steuerersparnis das Supplement bei den Boden- oder Mietpreisen mehrfach. Für die Mehrheit aber, das wissen Sie alle, geht die Rechnung nicht auf. Bezeichnend ist, dass die Gemeinden in Erwartung des sich zuspitzenden Steuerwettbewerbs – der NFA lässt grüssen – reihum mit neuen Parzellen für Landhäuser um Steuerzahler buhlen wollen. Kommt zum internationalen und interkantonalen Steuerwettstreit bald auch der innerkantonale? Neu-Bundesrat Blocher hat den Tarif ja bereits erklärt: Steuerabkommen – auch für Schweizer – seien für ihn und seinesgleichen gefragt. Locken wir Reiche also bald mit Sonnenhängen und Steuerrabatten? Das Nachsehen haben Kantone wie Uri, wo längst nur noch der Transitverkehr, nicht aber die Bevölkerung wächst. Im Vorfeld der Wahl des besagten Bundesrats wurde viel vom Volkswillen gesprochen. Zum Richtplan, so wichtig er für unsere Zukunft auch ist, hat das Volk nichts mehr zu sagen. Respektieren wir den Volkswillen wenigstens bei den drei delikaten Punkten, wo wir ihn kennen:
• Die grosse Mehrheit der Privatpersonen hat sich in der Vernehmlassung für ein niedrigeres Wachstum eingesetzt. Unterstützen Sie also unseren Antrag bei der Detailberatung!
• Die Grünflächeninitiative in der Stadt Zug verbietet eine weitere Einzonung in der Gimenen. Stimmen Sie deshalb für die Fassung der Regierung!
• Und drittens: Die Moränenschutzinitiative sagt ausdrücklich, dass es mit dem Kiesabbau in Menzingen und Neuheim nun Schluss sein muss. Halten wir uns daran!

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die Natur für uns Menschen in vielen Lebensbereichen Vorbild und Lehrmeisterin ist. Denken Sie nur an die grundlegenden Erkenntnisse bei der Fliegerei oder an die Gesetze der Statik beim Bauen. Da hat der Mensch von der Natur vieles abgeschaut und erfolgreich kopiert. Auch bei der Raumplanung lässt sich von der Natur einiges lernen. Nehmen wir zum Beispiel die Wachstumsprozesse. Natürliches Wachstum zeichnet sich durch eine Reihe von Merkmalen aus, von denen drei genannt sein sollen:
1. Die Natur wächst massvoll. Das heisst, sie erkennt automatisch, wo ihre Grenzen liegen.
2. Die Natur wächst nicht einfach strukturlos, sondern planvoll. Jede Pflanze bewahrt ihre Eigenheiten, die sie vom ersten Tag an unverwechselbar machen.
3. Die Natur wächst nur so schnell, dass alle Einzelteile die Entwicklung mithalten können. Die Infrastruktur ist bei der Natur also immer up to date.
Auch im neuen Richtplan des Kantons Zug ist viel von Wachstum die Rede. Und auch dort geht es um ein Wachstum, das sich organisch vollzieht und den Gesamtorganismus nicht überstrapaziert. Deshalb finden wir zahlreiche Parallelen zu den Gesetzmässigkeiten, die der Votant für das natürliche Wachstum genannt hat. Nehmen wir das erste Merkmal: «Massvoll wachsen». Als es darum ging, die wünschbare Bevölkerungszahl für das Zieljahr 2020 festzulegen, hat man sich für eine gleichmässige Weiterentwicklung entschlossen. Das heisst, der Kanton Zug soll so weiterwachsen, wie er in den letzten 20 Jahren gewachsen ist. Das ergab für das Jahr

2020 eine Bevölkerungszahl von 125'000 Personen. Gemeinsam mit den Gemeinden hat man dann abgeklärt, wo es am meisten Sinn macht, zu wachsen.
Die zweite Wachstumsregel hiess: «Eigenheiten bewahren». Ein Kennzeichen des Kantons Zug ist es, dass er sein Gleichgewicht zwischen Siedlung und Landschaft bis heute halten konnte. Das ist ein Vorzug, der von vielen unterschätzt wird. Alle Befragungen von Zuzügern zeigen nämlich, dass die vielen Naturreserven in unmittelbarer Nähe der Siedlungsgebiete sehr geschätzt werden. Die Steuergunst allein ist es jedenfalls nicht, die den Kanton Zug so attraktiv macht. Ein wichtiges Ziel der Richtplanung war es deshalb, die beliebten Naherholungsgebiete zu erhalten. Das ist trotz Wachstum möglich, weil wir gewissermassen am genetischen Code des Kantons Zug festgehalten haben. Und der lautet: Drei Viertel der Bevölkerung leben auf einem Drittel der Kantonsfläche. Um dieses Verhältnis zu sichern, hat man unter anderem sogenannte Siedlungsbegrenzungslinien in den Richtplan aufgenommen.
Wachstumsmerkmal Nummer drei hiess: «Wachsen mit den Infrastrukturen». Zwei Vorzüge des Kantons Zug wurden schon angesprochen: Die guten Steuerverhältnisse und das Gleichgewicht zwischen Siedlung und Landschaft. Ein weiterer Pluspunkt, der vorab bei der Ansiedlung von Unternehmen eine grosse Rolle spielt, sind die guten Infrastrukturen im Kanton. Wenn der Kanton Zug aber weiter wachsen und dabei seine Standortqualitäten halten oder gar noch verbessern will, dann muss er in seine Infrastrukturen investieren. In verschiedenen Bereichen besteht nämlich schon heute Nachholbedarf. Es sei nur an die Spitalversorgung erinnert, die nun glücklicherweise neue Gebäulichkeiten erhalten wird. Ein anderer Bereich mit grossen Defiziten ist die Infrastruktur für den privaten Verkehr. Diesem Mangel hat man jetzt im neuen TRP Verkehr Rechnung getragen und beschlossen, die dringend nötigen Strassen und Velowege in den nächsten 20 Jahren zu bauen.
Zusammenfassend kann man sagen: Die Regierung hat sich beim Entwurf des Richtplans nicht von utopischen Wachstumsphantasien leiten lassen. Sie hat vielmehr eine Entwicklung vorgezeichnet, welche die Grenzen des Wachstums beachtet und allen Teilen des Kantons Vorteile bringen soll. Das Gemeinwohl stand immer im Zentrum der Planung. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben die Verantwortlichen zum ersten Mal in sogenannten Teilräumen geplant – das sind Räume, die von ihrer Funktion her eine Einheit bilden. Man ist also davon abgekommen, die kantonale Richtplanung bloss als Summe der gemeindlichen Planungen zu begreifen. Die Philosophie hat Anklang gefunden, weil man überall gemerkt hat, dass die grossen Infrastrukturaufgaben nur grossräumig und gemeinsam gelöst werden können. Mit dem neuen Richtplan liegt nun also das Instrument bereit, das die künftige Raumentwicklung unseres Kantons definiert. Was jetzt noch fehlt, ist die Übersetzung des behördenverbindlichen Richtplans in die parzellenscharfe Nutzungsplanung. Das ist dann allerdings Sache der Gemeinden, die sich im Sinne ihrer Behörden und der Grundeigentümer möglichst schnell an diese Aufgabe machen sollten.
Zum Schluss noch einmal der Link zur Natur: Der Kanton Zug ist im Vergleich zu seinen Mitkantonen ein Kleinlebewesen. Es hat sich in diesem Verbund bisher aber sehr gut behauptet, weil es seine Grenzen erkannt und die vorhandenen Chancen konsequent genutzt hat. Der Richtplan setzt bei dieser Tradition an und schafft damit die besten Voraussetzungen, dass sich der Kanton Zug auch in Zukunft gedeihlich entwickeln kann.

Martin **Stuber** fühlt sich durch eine Aussage des Kommissionspräsidenten auf den Plan gerufen. Louis Suter hat gesagt, dass die Stadt Zug diese Erweiterung bei der Einwohnerzahl wolle. Das stimmt nicht. Nicht nur der Stadtrat will das nicht, auch die Bevölkerung. Mit einer Abstimmung hätten Sie nie eine Chance, dass die Stadt Zug auf 29'000 Einwohnerinnen und Einwohner wachsen soll. Das Bedürfnis, hier die Einwohnerzahl zu erhöhen, kommt von Partikularinteressenten, von Landeigentümern. In diesem Zusammenhang gibt es noch einen zweiten Punkt. Mit dieser Erhöhung auf 29'000 Einwohner begründet die RPK auch verschiedene Änderungen bei der Siedlungsbegrenzung und bei den Siedlungszonen. Wir werden nachher in der Detailberatung darüber sprechen. Es ist dem Votanten aber ein Anliegen, bereits in der Eintretensdebatte zu sagen, dass die Kapazitäten in der Stadt Zug heute schon für wesentlich mehr als 29'000 Einwohner sind. Er zitiert aus einer Interpellationsbeantwortung des Zuger Stadtrats vom 22. Februar 2000: Darin rechnet der Stadtrat vor, dass auf Grund des heute gültigen Zonenplans in der Stadt Zug Kapazitäten für 34'000 Arbeitsplätze (heute sind es 24'000) und etwas über 33'000 Einwohnerinnen und Einwohner bestehen (heute zählt die Wohnbevölkerung 23'000). Allein mit dem Entwicklungsplan für das Landis & Gyr-Areal, der dieses Jahr vom Zuger Stimmvolk angenommen wurde, erhält die Stadt Zug eine zusätzliche Kapazität für über 2'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Wir werden also in der Stadt Zug so oder so bald einmal über 25'000 Einwohnerinnen und Einwohner haben. Zu diesen Kapazitäten kommen nun noch die massiven potenziellen Erweiterungen mit den neuen Siedlungsbegrenzungslinien im Vorschlag des Regierungsrats. Und dazu will die RPK nochmals zusätzliche Gebiete hinzunehmen. Und quasi als Rahmhäubchen will sie mit der Aufweichung der Siedlungsbegrenzungslinien, die eine zusätzliche Bautiefe von 40 bis 50 Metern bringt, noch einmal eins drauf setzen. Es besteht also absolut keine Notwendigkeit, über die Vorschläge des Regierungsrats hinauszugehen. Es besteht auch keine Notwendigkeit, die Siedlungsbegrenzungslinien aufzuheben. Wir werden in der Detailberatung die entsprechenden Anträge stellen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** möchte zuerst Ziff. 1 auf S. 14 des Kommissionsberichts zur Abstimmung bringen, die wie folgt lautet: «Die kürzlich beschlossenen Teilrichtpläne Verkehr und Abfallanlagen werden nicht wieder vollumfänglich, sonder nur im Rahmen der vorgenommenen kleinen Änderungen (Beilage Synopse) beraten». Diese Grundsatzfrage wird die Detailberatung massgeblich beeinflussen. Sofern dieser Antrag gut geheissen wird, hat er zur Folge, dass von S. 65 bis 94 der Synopse bezüglich TRP Verkehr nur S. 83 (Aktualisierung des Regierungsrats), und von S. 95 bis 100 bezüglich TRP Abfallanlagen nichts behandelt wird. Es steht jedoch jedem Ratsmitglied frei, am Schluss der Behandlung der Synopse auf Grund von § 53 der GO einen Rückkommensantrag zu unterbreiten, sofern er noch eine Änderung am TRP Verkehr oder Abfallanlagen vornehmen will. Der Rat entscheidet dann ohne weitere Diskussion mit einfachem Mehr über Rückkommen und dann – in einem weiteren Schritt – materiell über den Rückkommensantrag.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die AF dem Antrag der RPK zustimmt, den TRP Verkehr materiell heute nicht zu behandeln. Er ist erst ein Jahr alt, und auch wenn die AF mit Manchem in diesem TRP nicht einverstanden ist und ihn im Sommer letzten Jahres auch abgelehnt hat, sind wir der Meinung, dass sich der Kantonsrat heute auf den Richtplan konzentrieren sollte. Fragen kann man sich aber, ab die Reihenfolge stimmt. Müsste nicht zuerst der Richtplan und damit die zu erwartende Siedlungsentwicklung beschlossen werden und dann daran angepasst der TRP Verkehr? Wie auch immer. Wir stimmen dem Antrag der RPK zu, weisen aber schon heute darauf hin, dass die weitere Entwicklung es nötig machen wird, den TRP Verkehr bald schon, vielleicht in einem oder zwei Jahren, anzupassen. Wir denken dabei an die Debatte über die Finanzierung der Strassenbauprojekte in der letzten Sitzung. Sie erinnern sich sicher an die spektakulären Verschuldungskurven. Für uns ist es heute schon klar, dass sich der Kanton Zug nicht alles an Strassen wird leisten können. Wir denken aber auch an die von der Detaillistenvereinigung Pro Zug zusammen mit einer breiten Koalition mit eingereichten städtischen Initiative für einen Minitunnel, die in kurzer Zeit zustande kam. Wir werden uns sicher noch in dieser Legislatur über die Prioritäten im TRP Verkehr und damit auch über Sinn oder Unsinn der einen oder anderen Projekte unterhalten.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag der Raumplanungskommission einverstanden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Synopse vom November 2003 als Grundlage für die weiteren Beratungen dient, wo die Änderungsanträge der kantonsrätlichen RPK auf der rechten Spalte – fett hervorgehoben – dargestellt sind. Auf der linken Seite sehen Sie die Anträge des Regierungsrats. Sofern die Kommission Änderungen beantragt, die ebenfalls die Richtplankarte mit den integrierten Teilrichtplänen tangieren, werden an der selben Stelle wie der Text ebenfalls die Änderungen der Richtplankarte behandelt. Dies betrifft insbesondere die Änderungen der Siedlungsbegrenzungslinien sowie der Siedlungsgebiete, wobei uns hier der Hellraumprojektor behilflich sein wird. Die einzelnen Abschnitte werden wie Paragraphen eines Gesetzes einzeln behandelt und entsprechend aufgerufen. Wir stimmen nicht über jede einzelne Ziffer ab. Ohne Wortmeldungen sind die unbestrittenen Ziffern stillschweigend beschlossen. – Der Regierungsrat ist vielen Änderungsanträgen der Kommission gefolgt. Es werden nur die strittigen Punkte diskutiert, bei denen sich Regierung und Kommission nicht einig sind.

G 1.1.4

Christian **Siegwart** weist darauf hin, dass der Wohnungsbau im Kanton Zug boomt. An allen Ecken ragen Kräne und Baugespanne in den Himmel. Die Gemeinden fransen aus und wachsen scheinbar ungeplant und ungebremst zusammen. Die Strassen sind verstopft und der Verkehr wächst bedrohlich weiter. Bis ins Jahr 2020 sollen uns 27 % Mehrbevölkerung fast 50 % Mehrverkehr bringen. Der Weg zur Natur wird so zusehends weiter, bis wir nur noch mit dem Auto hinfinden. Das sind wahrlich trübe Aussichten – ausser man ist Architekt, Garagist oder Landbesitzer. Für die Allgemeinheit dürfte die Rechnung nicht aufgehen. Neue Wohnungen bedingen neue

Zufahrtstrassen, neue Schulen und Infrastrukturbauten. Sicher: Unser Wirtschaftssystem basiert auf Wachstum. Ein Bauboom aber heizt die Wirtschaft nur kurzfristig an, längerfristig entzieht er ihr die Existenzgrundlage, nämlich den verfügbaren Boden. Denken Sie an unsere Kinder und Grosskinder. Auch sie haben Anspruch darauf, in vielleicht 50 Jahren einen Hang zu überbauen, einen Bahnhof zu eröffnen, einer Kuh beim Weiden zuzusehen und eine Strasse zu planen. Schliesslich soll sich Zug auch in 50 Jahren noch entwickeln können. In der Bevölkerung besteht jedenfalls ein breites Unbehagen über das geplante Wachstum. Das haben auch die kritischen Reaktionen von Privatpersonen zum Richtplan gezeigt. Doch zur von uns heute zu beschliessenden Bevölkerungsentwicklung hat das Volk nichts zu sagen. Es würde – da ist der Votant sicher – anders entscheiden! Er ist Realist genug, um einzusehen, dass ein gemässigteres Wachstum in diesem Saal keine Mehrheit findet. Doch er hat inzwischen gelernt, dass man sich in der Politik bisweilen am Wünschbaren orientieren muss. Den Kompromiss machen wir dann hier im Rat. So stellt er dennoch den *Antrag, dass die Bevölkerungszahl bis ins Jahr 2020 auf maximal 115'000 beschränkt werden soll*. Dies ist keine Fantasiezahl, sondern entspricht dem durchschnittlichen Wachstum in der Schweiz. Die Gemeinden könnten in der Folge auf Basis von Art. 15 RPG selber entscheiden, auf welche der möglichen Siedlungsgebiete sie verzichten wollen. Sie hätten dann einfach noch mehr Spielraum. Sollten Sie unseren Antrag ablehnen, halten Sie sich bitte zumindest an die recht euphorischen Vorgaben der Regierung: Stimmen Sie gegen eine Erhöhung der Bevölkerungszahl in der Stadt Zug. In allen anderen Gemeinden ist die RPK dem Willen der Exekutive gefolgt, in der Stadt Zug hat sie – verführt durch geschicktes Lobbying – deren Wunsch in den Wind geschlagen. Es ist ja kein Geheimnis, dass bei diesem Thema handfeste wirtschaftliche Interessen im Spiel sind. Wessen Land von der Weide zur Baugrube wird, der zieht das goldene Los. Allfällige Lasten trägt die Allgemeinheit. Gerade in der Gimenen machen bürgerliche Vertreter gezielt Druck für eine Siedlungserweiterung im Interesse einzelner, wenn auch gewichtiger und politisch versierter Privatpersonen.
Bleiben sie bei 27‘100 Einwohnern für die Stadt Zug. Denken Sie an die spezielle Lage der Hauptstadt – eingeengt von See und Berg. Hier ist ein gemächlicheres Wachstum gefragt. Schon ein Plus von rund 4‘600 Einwohnern (das entspricht dem Vorschlag der Regierung) wäre absolut gesehen die grösste Zunahme aller Zuger Gemeinden. Die Stadt würde schon so mehr als viermal schneller wachsen als in den vergangenen 20 Jahren. Das genügt uns Zugern fürs erste! Mehr ist schlicht nicht zu verkraften. Der Stadtrat und die Mehrheit der Bevölkerung werden es Ihnen danken.

Dolfi **Müller** geht es um die Stadt Zug. Er spricht als Zuger Stadtrat und als SP-Kantonsrat. Sowohl Stadtrat wie SP-Fraktion sind der Meinung, dass die Stadt Zug nicht mehr als 25'100 Einwohner haben soll in Zukunft, wie es die Regierung ja auch meint. Zu Beginn ein Wort an Louis Suter, den der Votant als Kommissionspräsident sehr geschätzt hat. Mit seine Zahlenspielereien wird eine Bewohnerolympiade gestartet, obwohl der Zuger Stadtrat daran gar nicht teilnehmen will. Wir haben kein Startgeld gezahlt. Er hat beim Kanton einstimmig einen Massanzug bestellt, und die drei Eidgenossen in der RPK – Karl Fürst, Werner Stauffacher, Ruedi Melchtal – haben mit gemeindeeidgenössischer Hilfe statt einen Massanzug eine XXL-Schlutte geliefert. 8 : 6 kam das durch, war also auch nicht so ganz klar. Ihr Hauptargument

ist, die Stadtbevölkerung sei in den letzten Jahrzehnten prozentual am wenigstens gewachsen, da müsse nun endlich mal etwas geschehen. Wir haben aus der Stadt einige gewichtige Argumente, um dies zu relativieren.
1. Was ist wirklich passiert in der Stadt Zug seit 1960? Wir haben statt rund 20'000 Einheimischen in niedlichen kleinen Wohnstuben rund 20'000 Menschen aus 70 Nationen in grosszügigen living-rooms. Das erklärt die Geschichte. Mehr Landfläche bedeutet nicht mehr Menschen, sondern mehr Wohnraum. Wohnen ist ein Luxusgut, mehr Einkommenselastizität, grössere Einkommen.
2. Immenses Wachstum bei den Arbeitsplätzen haben wir in Zug in den letzten 30 Jahren gehabt; mit allen Infrastrukturfolgen, auch die Stadtkasse betreffend. Das bringt nicht nur Vor-, sondern auch Nachteile. In der Stadt Zug wohnen ja nicht Prozente, sondern Menschen. Und nur absolute Zahlen sind aussagekräftig, auch was die Infrastrukturkosten anbelangt. (Der Votant zeigt mit einer Leuchtfolie, was in der Zuger an realistischen Verdichtungen möglich ist.) Gewisse Kompromisse in den Gimenen, in Meisenberg und Trubikon bringen uns genügend Luft. Die Lorzenebenen-Erweiterung brauchen wir nicht. Sie ist raumplanerisch falsch. Und wir haben einen riesigen Überschuss. Wir haben 46,3 ha Angebot und die Nachfrage ist je nach Bewohnerzahl zwischen 25 und 39 ha.
3. Der Richtplan ist ja im Bedarfsfall auch änderbar. Wenn es also wirklich explodiert, kommen wir wieder und fordern das ein.
4. Der Schlüssel zur ganzen Geschichte ist nicht die Siedlungserweiterung, sondern die Verfügbarkeit. Bei der Gemeinde Baar ist das grosse Erwachen ja schon gekommen. Baar hat es erlebt in der gemeindlichen Zonenplanung, die ja schon weit fortgeschritten ist. Entscheidend ist Raumplanungsgesetz 15, Bundesgerichtsentscheide dazu. Das Bundesgericht sagt: Wenn ihr plant für die nächsten 15 Jahre, gilt die theoretische Verfügbarkeit. Jede Einzonung gilt als voll verfügbar. Mit anderen Worten: Man kann eigentlich nach RPG 15 gar nicht mehr viel einzonen. Die Siedlungserweiterungen nützen gar nichts. Und liebe Bürgerliche: Empfehlen Sie dem Dolfi Müller bitte jetzt nicht, dann Auszonungen zu machen. Dann machen Sie sich selber unglaubwürdig. Es gibt einen einzigen gangbaren Weg, und da hat der Votant die FDP vorhin auch nicht ganz verstanden. Es geht hier nicht um Eigentumsgarantie. Bauwilligkeitsvereinbarungen mit den Bürgern, dass man sagt: Ja gut, wir zonen dich jetzt ein, aber du baust auch, das ist eine Frage der Vertragsfreiheit. Schauen wir doch die Bürger als mündige Partner an, die mit der Gemeinde etwas aushandeln. Wir geben dir und du gibst uns. Das ist der richtige Weg. Hat nichts mit Eigentumsgarantie zu tun. Nochmals: 46 ha ohne Bauwilligkeit sind schlussendlich schlechter als eine Hektare mit Bauwilligkeit. Das müssen wir im Auge behalten.
5. Zu viel Wachstum widerspricht dem bewährten Zuger Erfolgsmodell. Never change a winning team. Klein und doch weltoffen. Qualität vor Quantität. Zur Freude von Dolfi Müller hat Oberägeri das auch übernommen. Der neue Zuger Bahnhof ist das lebende Symbol für diese Weltoffenheit, aber auch Kleinheit. Zug soll kein Reichen-Ghetto werden, das wollen wir nicht. Die reichen Neubürger kennen ihre Steuervermeidungsmöglichkeiten ja selber am besten. Und es gibt auch da Studien: Steuerliche Zusatzerträge werden öfters durch Zusatzkosten für Infrastrukturen bei weitem überkompensiert. Man hat auch gehört, wir sollen doch mehr einzonen, dann kämen auch die Landpreise herunter. Studie Wüest & Partner: In Boomregionen wie Zug stimmt diese Milchbüchleinrechnung nicht. Zusätzliches Bauland senkt die Preise mitnichten. Grund ist ein Preiserwartungseffekt, der zum Horten führt. Und da kommt wieder die Verfügbarkeitsüberlegung rein.

Diese Argumente sind sehr treffend und sie sprechen klar für 27'000 Stadtzugerinnen und -zuger.

Werner **Villiger** spricht in Namen der «drei Eidgenossen», neben dem Votanten sind das Karl Rust und Rudolf Balsiger. Es geht hier ja vor allem um die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Zug. Werner Villiger möchte kurz zusammenfassen, wie sie zu diesen zusätzlichen 2'000 Einwohnern gekommen sind.
Der Stadtrat der Gemeinde Zug beantragte im Januar 2003 im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens zum Kantonalen Richtplan eine Erweiterung des Siedlungsgebiets in der Gemeinde Zug von ca. 25 ha. Der Stadtrat ging davon aus, dass diese Fläche für das angestrebten Wachstum auf 26'800 Einwohner bis zum Jahr 2020 ausreicht. Zugleich wurden starre Siedlungsbegrenzlinien entsprechend festgelegt. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat dann im Juli 03 in seiner Vorlage an den Kantonsrat die Einwohnerzahl für die Gemeinde Zug auf 27'100 festgelegt, jedoch die von der Zuger Stadtregierung gewünschten starren Siedlungsbegrenzungslinien beibehalten. Diese Tatsachen veranlassten die «drei Eidgenossen», als Kantonsräte der Gemeinde Zug und Mitglieder der Raumplanungskommission aktiv zu werden. Wir stellen uns die zukünftige Entwicklung der Stadt Zug bis zum Jahr 2020 anders vor und sind somit mit der Siedlungspolitik des Stadtrats und des Regierungsrats nicht einverstanden. Dabei liessen wir uns von einigen Grundüberlegungen leiten und haben uns folgende Hauptziele gesetzt:
– Wir müssen in der Gemeinde Zug unbedingt ein besseres Verhältnis von Einwohner und Arbeitsplätzen erreichen, denn nur mit «Wohnen am Arbeitsort» werden Pendlerströme und Verkehr reduziert.
– Die Stadt Zug ist in den letzten 20 Jahren lediglich um 5 % gewachsen. Mit dem vom Regierungsrat vorgesehenen Wachstum von 20 % wird es wiederum am wenigsten aller Gemeinden sein. Eine Steigerung der Einwohnerzahl auf ca. 29‘000 drängt sich auf, hier besteht ein grosser Nachholbedarf. Mit dem von uns angestrebten Wachstumsziel von 29 % liegen wir immer noch unter dem der meisten anderen Gemeinden des Kantons.
– Um einen funktionierenden Wohnungsmarkt zu erhalten, braucht es dringend überbaubares Wohnbauland. Eine massvolle Steigerung des Wohnraums drängt sich somit auf, hier besteht eindeutig Handlungsbedarf. Auch in der Gemeinde Zug muss die Möglichkeit bestehen, anspruchsvollen Wohnraum anbieten zu können.
– Die Gemeinde Zug erhält – gemessen an ihrer zentralörtlichen Funktion – zu wenig Entwicklungsmöglichkeiten. Um diese Situation zu verbessern, ist das Siedlungserweiterungsgebiet um ca. 15 bis 20 ha zu erhöhen. Dabei sind zusätzliche Siedlungserweiterungsgebiete, auch in der Nähe von Stadtbahnhaltestellen, zu realisieren.
– Feste Siedlungsbegrenzungslinien sind nur dort vorzusehen, wo diese unbedingt notwendig sind, sonst sind sie überall flexibel zu gestalten, so dass Anpassungen möglich sind.
– Mit diesen Massnahmen wollen wir für die Stadtregierung und den GGR auch mehr Handlungsspielraum bei den zukünftigen Einzonungen schaffen.
Wir haben anschliessend das Gespräch mit dem Stadtrat gesucht und auch mehrere Besprechungen mit dem Stadtrat und vor allem mit dem Bauchef Dolfi Müller und seinen Mitarbeitern durchgeführt. Wir konnten uns in Bezug auf die zukünftige Einwohnerzahl nicht einigen, konnten jedoch im Bezug auf die Siedlungserweiterungsgebiete und die Festlegung der Siedlungsbegrenzungslinien teilweise Konsens

erzielen. Übrigens: Alle unsere Hauptziele decken sich auch mit den Hauptanliegen der drei bürgerlichen Parteien und des Gewebevereins der Gemeinde Zug. Im September haben wir dann in der RPK unsere Hauptziele eingebracht und dort auch teilweise umsetzen können. Die Ergebnisse liegen heute vor. Wir stehen heute voll und ganz hinter den Beschlüssen der RPK.
Bitte bedenken Sie noch folgende Situation: In der Gemeinde Zug leben heute ca. 23‘500 Einwohner. Zurzeit sind sehr viele Wohnungen geplant oder im Bau, d. h. man kann davon ausgehen, dass bis in das Jahr 2006 in der Gemeinde Zug ca. 25‘000 Einwohner leben werden. Wenn die weitere Entwicklung nach den Plänen des Regierungsrats geht, besitzen wir somit für die nächsten 14 bis 15 Jahre ein Wachstumspotential von ca. 2‘000 Personen, d. h. ca. 0,5 % pro Jahr. Bei dem von der RPK beschlossenen Wachstumsziel beträgt der mögliche Zuwachs für die nächsten 14 bis 15 Jahre immerhin ca. 4‘000 Personen, d. h. ca. 1,0 % pro Jahr. Um in der Gemeinde Zug ein besseres Verhältnis zwischen Einwohnern und Arbeitsplätzen und einen funktionierenden Wohnungsmarkt zu erreichen, braucht die Gemeinde ein Wachstum auf ca. 29‘000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Votant bittet deshalb den Rat, dieses Anliegen zu unterstützen.

Rudolf **Balsiger** sieht sich durch das Votum von Dolfi Müller veranlasst, noch zwei Argumente anzufügen. Dieser soll sich vorstellen, unter den 2'000 Neuzuzügern seien auch einige SP-Wähler. Wir können doch grundsätzlich niemandem die Wohnsitznahme in der Stadt verwehren. Wenn jemand unbedingt hierher kommen will, zahlt er jeden Preis. Und wenn wir uns bei einer bestimmten Zahl festlegen, verdrängt er damit eben die anderen. Und das empfindet der Votant als absolut asoziales Denken. Ein zweiter Punkt ist, dass wir in der Stadt in einem Übermass Arbeitsplätze geschaffen haben, und das ist doch auch im Sinn der linken Fraktionen. Diese Arbeitsplätze aber sind nicht im Gleichschritt gewachsen mit den Wohnmöglichkeiten, und deswegen ist der Pendlerverkehr in den letzten zehn Jahren um 56 % gewachsen. Und was bedeutet dieser Pendlerverkehr? Dass wir in der Stadt im Verkehr fast ertrinken. Wir haben eine ganze Anzahl von Arbeitsräumen, die nicht besetzt sind. Wenn auch diese besetzt werden, wird der Pendlerverkehr noch mehr wachsen und die Leute in den Aussengemeinden werden hierher kommen, um zu arbeiten. Deswegen ersucht Rudolf Balsiger den Rat, dem Antrag der Kommission beizupflichten.

Felix **Häcki** ist ausnahmsweise für einmal einig mit der linken Ratseite und vor allem mit dem, was Dolfi Müller gesagt hat. Auch der Votant wohnt in Zug und er hat sich auch umgehört. Der Widerstand gegen massloses Wachstum ist enorm gross. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Felix Häcki kann zurückblättern; er hat vor vielen Jahren eine Studie für die Stadt Zug über die Entwicklung gemacht. Und damals hat man auch so Kurven gemacht, wie das alles hochgeht. Und der Votant hat sich damals in der Studie dagegen gewehrt und damals wollte der Stadtrat die Studie nicht bezahlen. Und wo sind wir heute? Noch tiefer als Felix Häcki damals vorausgesagt hat, als man ihn ausgelacht hat. Es ist einfach unsinnig, beliebig einzuzonen. Wollen wir denn aus dem Zugerberg einen Kistenpass machen? Wenn nötig, kann man immer wieder Land einzonen. Aber es ist nicht einzusehen, dass man jetzt grosszügige Einzonungen machen muss. Es können so oder so nicht alle

Leute in Zug wohnen. Es ist eine Illusion zu sagen, man müsse allen Leuten die Gelegenheit geben, in Zug zu wohnen. Das ist schlicht und einfach nicht möglich. Die Erfahrung zeigt: Je mehr Platz zur Verfügung steht, desto grösser werden die Wohnräume. Früher war eine Vierzimmerwohnung um die 80 bis 100 m^2. Heute sind es 150 m^2. Das kann nicht das Ziel der Entwicklung sein. Felix Häcki bittet den Rat deshalb, den Anträgen von Dolfi Müller zuzustimmen.

Martin **Stuber** hat grosse Ohren bekommen, als Werner Villiger das Argument brachte, dass es darum gehe, das Verhältnis zwischen Einwohnern und Arbeitsplätzen in der Stadt Zug zu verbessern, und als dann Rudolf Balsiger nachdoppelte und das Gleiche nochmals als Ziel vorbrachte. Der Votant ist glücklich über diese Aussage, er wäre aber noch viel glücklicher, wenn dieser Politik in den letzten 15 Jahren im Gemeinderat nachgelebt worden wäre von den bürgerlichen Parteien, als es darum ging, vor allem auf dem Landis & Gyr-Areal für ein ausgewogenes Verhältnis zu kämpfen. Wir haben dort leider verloren. Tatsache ist, dass heute dort mit bürgerlicher Mehrheit von CVP, FDP und SVP, und unter anderem auch mit Mitwirkung von Rudolf Balsiger ein Plan beschlossen worden ist, wo es Platz hat für 2'100 Einwohnerinnen und Einwohner und über 10'000 Arbeitsplätze. Ist das das gute Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Arbeitsplätzen?
Martin Stuber glaubt, dass das hier ein Scheingefecht ist. 27'000 oder 29'000. Wir haben heute schon Kapazitäten für 34'000 Arbeitsplätze und für 33'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Es ist ein Scheingefecht, weil mit dieser Erhöhung von 27'000 auf 29'000 die «drei Eidgenossen» ja versuchen, Siedlungsbegrenzungslinien zu verschieben. Sie wollen das Gebiet vergrössern. Darum geht es. Und zwar völlig unnötigerweise. Sie brauchen aber für diese Anträge ein Argument, also erhöht man einfach mal die Zahl von 27'000 auf 29'000. Um die Wurst geht es dann nachher bei den konkreten Anträgen. Selbstverständlich ist der Votant trotzdem dafür, dass wir bei 27'000 bleiben, resp. dem Antrag der AF zustimmen, auf 115'000 zu reduzieren.

Louis **Suter** hat die wichtigsten Argumente aus Sicht der Kommission bereits gesagt. Er möchte aber noch etwas zur Realität des Wachstums der Stadt Zug sagen. Sie ist zwischen 2001 und 2002 jährlich um 475 Personen gewachsen. Das wären dann 2020, wenn man das gleiche Wachstum hätte, 31'734 Einwohner. Unser Vorschlag bedeutet aber 1/3 weniger.
Noch etwas zu Bemerkungen seiner Vorredner. Zu Martin Stuber: Der Votant hat nicht gesagt, die Stadt Zug wolle so wachsen. Er hat ganz klar gesagt: Die drei bürgerlichen Parteien der Stadt Zug. – Wir müssen ganz klar unterscheiden zwischen dem Richtplan und der Nutzungsplanung. Und im Gegensatz zu Dolfi Müller ist Louis Suter der Ansicht, dass wenn wir so viele Gebiete in der Stadt Zug haben, die in der nächsten Zeit nicht überbaut werden können, sollte man das auszonen und anderes einzonen, oder mindestens diese Angelegenheiten überprüfen, damit auch etwas Druck entsteht. Denn da ist ein echtes Problem.
Zu Christian Siegwart. Wenn man die Einwohnerzahl so beschränkt, so darf die Stadt Zug bei gleichem Wachstum nach sieben Jahren nicht mehr weiter wachsen. Also völlig unrealistisch. – Der Votant möchte klar sagen: Wir von der Kommission befürworten ja ein qualitatives Wachstum. Das zeigt sich schon daran, dass alle Vorschläge für Siedlungserweiterungen oder die neuen gestrichelten Siedlungsbegrenzungs-

linien dort sind, wo der ÖV hinführt. Das ist alles gut erschlossen. Louis Suter möchte den Rat deshalb im Namen der Kommission bitten, dieser kleinen Erhöhung von 2'000 Einwohnern zuzustimmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Die maximale Bevölkerungszahl sei weder zu erhöhen noch zu senken. Der Vorschlag des Regierungsrats ist ausgewogen und mit den Gemeinden abgestimmt. Die Stadt Zug kann die Einwohner um rund 4'500 oder sage und schreibe 20 % steigern. Der Stadtrat von Zug ist einstimmig der Meinung, dass 27‘100 Einwohner im Jahr 2020 genug sind. Qualität vor Quantität, lautet die Devise. Damit ist die Stadt Zug ja auch sehr gut gefahren. Ebenso entspricht das Wachstum auf 125'000 Einwohner dem Trend der letzten 20 Jahre. Will man der Stadt Zug mehr Einwohner zusprechen, müsste man ähnlicherweise bei den anderen Gemeinden die Zahlen nach unten korrigieren.

Der **Vorsitzende** weist darauf, dass drei gleichwertige Anträge (Regierung 125'000, Kommission 127'000, AF 115‘000) nebeneinander gestellt werden.

➔ Auf den Antrag der Regierung kommen 25 Stimmen, auf den Antrag der Kommission 37 Stimmen, auf den Antrag der AF 7 Stimmen. – Der Antrag der Kommission hat damit das absolute Mehr erreicht und ist beschlossen.

G 1.4.1

Louis **Suter** möchte im Namen der RPK bitten, den letzten Satz zu streichen. Das Wort *schaffen* ist eine aktive Formulierung und damit ein Auftrag, neue zusammenhängende Räume für die langfristige Entwicklung der Natur zu bilden. Dieser Antrag geht für die Kommission zu weit. Wir lehnen die damit verbundenen finanziellen und raumplanerischen Auswirkungen ab. Wir sind deshalb der Meinung, dass der erste Satz, der bereits die Worte *bewahren* und *fördern* hat, alle Attribute des Natur- und Landschaftsschutzes beinhaltet, womit wir das so belassen können.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Vernetzte Räume sind zentral für die Erhaltung der Bestände unserer einheimischen Tierwelt. Nur der Schutz von einzelnen Kleinbiotopen reicht nicht aus. Wir müssen diese vernetzen, wie wir dies auch für die Menschen mit den Strassen tun. Der Votant bittet den Rat, dem Regierungsvorschlag zuzustimmen.

➔ Der Rat stimmt mit 44 : 29 Stimmen dem Antrag der Kommission zu.

G 1.4.7

Louis **Suter** möchte im Namen der RPK sagen, dass wir hier die Priorität anders sehen. Der Regierungsrat legt Wert darauf, dass bei der Nutzung grundsätzlich Naturschutzanliegen berücksichtigt werden müssen. Wir von der RPK möchten, dass diese Naturschutzanliegen wie z.B. Restwassermengen, Wassergebrauch für Bewässerung, Renaturierung usw., welche alle national wie auch kantonal bereits gesetzlich geregelt sind, vor allem bei der Umgestaltung benötigt werden. Wir glauben, dass mit unserer Formulierung alles gesagt ist. Setzen Sie diese Priorität dort, wo wenig geregelt ist, und nicht dort, wo bereits alles gesetzlich gesagt ist.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Der Kommissionspräsident glaubt falsch. Das Wort *Nutzung* ist beizubehalten, da es umfassender darstellt, bei welchen Aufgaben der Natur- und Landschaftsschutz und die Erholung zu berücksichtigen ist. Nehmen Sie z.B. die Konzessionserneuerung beim Sihlsee. Dies ist eine Nutzung und keine Umgestaltung. Dennoch müssen wir auf der Hut sein, dass bei neuen Verhandlungen die Restwassermenge im Zuger Teil der Sihl stimmt. Dies für die Erholungssuchenden wie auch für unsere Bachforellen. Ein kleines Wort, aber es hat Bedeutung.

➔ Der Rat stimmt mit 35 : 30 Stimmen dem Antrag der Regierung zu.

G 1.5.1

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier die Korrektur bereits vorweggenommen wurde (siehe S. 669).

S 1.1.2

Louis **Suter** hält fest, dass die Kommission hier ihren Antrag zurückzieht, weil sie der Meinung ist, dass die Eigentumsgarantie einen sehr hohen Stellenwert hat.

Bild S. 11 unten

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung hier beantragt, es sei kein neues Siedlungsgebiet bei Meisenberg/Freudenberg vorzusehen. Vergleiche Zusicherungen des Regierungsrats in der Antwort zur Interpellation Wyss/Furler/Weichelt/Prodolliet zur Situation in der Klinik Meisenberg vom 27. Februar 2001 (Vorlage Nr. 835.2 – 10461).

Louis **Suter** hält fest, dass die Kommission zusammen mit dem Stadtrat über die Siedlungsbegrenzungslinie im Gimenen sehr lange und ausgiebig diskutiert hat. Ursprünglich war der Stadtrat der Meinung, dass alle Siedlungsbegrenzungslinien eine Chance hätten, um eine bis zwei Bautiefen Veränderungen zu haben. In der Zwi-

schenzeit hat der Regierungsrat das anders entschieden. Es gibt keine einzige Möglichkeit bei diesen festen Linien, irgend etwas zu ändern. Und deshalb hat es Probleme gegeben. Wir haben da in x-maliger Überprüfung mit allen Interessierten eine Lösung gefunden, die den verschiedenen Interessen, vor allem aber denen des Stadtrats, entgegenkommen. Sie müssen nämlich unten beim Gimenen noch eine Strasse bauen. Diese werden Sie nicht realisieren können, wenn die gestrichelte Linie nicht haben.
Zur Einzonung Meisenberg. Das ist etwas problematischer. Einerseits ist dies ein Antrag der Stadt Zug. Sie hat den Antrag gemacht im Wissen, dass sie von 125'000 Einwohnern für den ganzen Kanton ausgegangen ist. Jetzt haben wir ja 127'000. Sie hat also damals schon gesagt, dass sie dieses Gebiet will; weil es sehr zentral ist, ein wunderschönes Wohngebiet, auch erschlossen von der neuen Stadtbahn. Die anderen Aspekte sind, dass dieses Gebiet einmal aus der Landwirtschaftszone herausgenommen worden wurde. Und jetzt soll es plötzlich Bauland werden. Dafür haben wir Verständnis. Wir möchten aber betonen, dass wir es von der raumplanerischen Seite her betrachten.

Christian **Siegwart**: Wer kann heute schon für einen Pappenstil eine, zugegeben herrlich gelegene, Kuhweide erwerben, um sie morgen als Bauland zu vergolden? Das grosse Los winkt der Betreiberin der Klinik Meisenberg, der Bad Schinznach AG. Die 5 Hektaren Landwirtschaftsland, die sie zusammen mit der Klinik von den Menzinger Schwestern erworben hat, sollen nach dem Willen der RPK neu ein Siedlungserweiterungsgebiet werden. 5 Hektaren Land zu gegen 2‘000 Franken pro m^2 – man rechne! Wenn die Angelegenheit etwas Gutes hat, dann die Tatsache, dass sie ein gutes Argument ist für eine weit gehende Abschöpfung von solchen Planungsgewinnen. Der Verkauf an die Bad Schinznach AG wurde erst möglich, nachdem die landwirtschaftlich genutzte Parzelle von der Regierung auf Antrag aus dem bäuerlichen Bodenrecht entlassen worden war. Die Regierung entsprach diesem Wunsch, weil die Grünfläche als Erholungsraum für die Patientinnen der Klinik dargestellt wurde. Wenn diese Zusicherung schon nach fünf Jahren nichts mehr wert ist, verstösst das nach Meinung des Votanten gegen den Grundsatz von Treu und Glauben. Nicht nur rechtliche, auch landschaftliche Gründe sprechen gegen eine mögliche Einzonung: Der Freudenberg grenzt zwar an das Siedlungsgebiet Hasenbüel, aber auch an das wilde Fridbach-Tobel. Die Erschliessung ist nicht gesichert, die Zufahrt über eine Bruibachbrücke vom Volk wiederholt verworfen. Der Freudenberg ist eine der letzten grösseren Matten im Zuger Stadtgebiet und Teil eines beliebten Naherholungsgebiets. Bewahren wir uns auch solche Oasen und stimmen mit der Regierung.

Martin **Stuber** spricht nur über die Siedlungserweiterung und nicht über die gestrichelte Linie, die erst bei einem späteren Punkt diskutiert wird. In einer denkwürdigen Abstimmung stimmte der Stadtzuger Souverän am 24. Juni 1990 der «Volksinitiative zum Schutze unserer Grünflächen vor Zersiedelung» mit deutlichem Mehr zu. 61 % stimmten dieser Initiative zu, gegen die deutliche Mehrheit im Grossen Gemeinderat und gegen den Willen des damaligen Stadtrates. Die noch deutlichere Annahme der Wohnanteilsinitiative am gleichen Sonntag war eine starke Aussage der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die offensichtlich mehr Wohnungen in der Stadt bei gleichzeitiger Schonung der Grünflächen wollten. Im heute immer noch gültigen Zonenplan

der Stadt, der Ende 1994 vom Souverän ebenfalls angenommen wurde, ist diesen Anliegen Rechnung getragen worden. Der Votant ist sicher, dass eine erneute Abstimmung über die Grünflächeninitiative heute ein ähnliches Resultat ergeben würde. Wieso erzählt der Votant das? Nun, im Zentrum des Abstimmungskampfes stand bei der Grünflächeninitiative der Grüngürtel zwischen Gimenen und Oberwil. Der soll grün bleiben. Nun will die RPK die Siedlungsgrenze ausgerechnet in der Gimenen verschieben. Der Antrag kam von einem guten und nahen Parteikollegen eines betroffenen Grundeigentümers. Sein Landwirtschaftsland könnte bei der anstehenden Zonenplanrevision in Bauland umgezont werden, der Grüngürtel würde angeknabbert werden. Das wollen wir nicht, das wollen auch – da sind wir uns sicher – sehr viele Stadtzugerinnen und -zuger nicht. Und die Strasse braucht diese Erweiterung nicht. AF und SP-Fraktion beantragen Ihnen deshalb, der Variante des Regierungsrates zuzustimmen.

Dolfi **Müller** spricht hier als Stadtrat. Die SP-Fraktion unterstützt ihn nicht in diesem Punkt. – Wir machen hier öffentlichrechtliche Raumplanung. Und aus raumplanerischer Sicht ist hier eine Siedlungserweiterung das einzig Richtige. Wir befinden uns mitten im Siedlungsgebiet. Ringsherum ist es bebaut. Wir müssen hier verdichten. Das Verwaltungsgericht hat uns oben auch gesagt: Da müsst Ihr zonieren. Die Regierung hat hier damals das Land aus dem bäuerlichen Bodenrecht entlassen. Das ist schlussendlich eine privatrechtliche Frage. Und die Begründung damals war ja eigentlich nicht sehr überzeugend. Man hat gesagt: Dieses Gebiet wird jetzt der Schinznach Bad AG als Erholungsraum für die Meisenberg-Bewohnerinnen freigegeben. Das funktioniert nicht. Man muss ihnen ja Steigeisen montieren, wenn sie sich dort erholen wollen. Dass der Regierungsrat schlussendlich an seinem Standpunkt festhält, kann man nachvollziehen. Aber wir machen hier Richtplanung, öffentliches Recht. Es ist die Kompetenz des Kantonsrats, hier zu sagen, ob das Siedlungserweiterung ist oder nicht. Und es ist nachher Kompetenz des Stadtrats, und das ist auch wieder öffentliches Recht. Sollen wir denn die nächsten 50 Jahre gebunden sein an diesen nicht gut begründeten Entscheid der Regierung? Das kann es nicht sein. Aber der Votant muss ja auch eine Brücke bauen. Geben Sie uns jetzt diese Siedlungserweiterung, weil sie vernünftig ist. Im Gegenzug sagen wir Folgendes: Wir haben bei der Zonierung RPG 15 zu beachten, der Stadtrat wird dann bei der Zonierung in dieser Frage sehr zurückhaltend sein. Wir werden den Waldrand schützen, wir werden dort nur sehr massvoll einzonen. Die Schinznach Bad AG weiss das auch, und sie will ja in dieser Frage nicht den Volkszorn auf sich laden. Und auch der Grosse Gemeinderat will das wohl nicht.

Rudolf **Balsiger** weist darauf hin, dass im Raumplanungsgesetz des Bundes ganz klar festgehalten ist, dass der Richtplan unter weitestgehender Berücksichtigung der Anliegen und Bedürfnisse der Gemeinden zu erstellen ist. Dies müssen wir uns heute bei jeder Entscheidung vor Augen halten und entsprechen entscheiden. Bei Aussand des Richtplantextes und der -karte gingen die Gemeinden und speziell die Gemeinde-Bauchefs davon aus, dass die festgelegten Siedlungsbegrenzungslinien des Regierungsrats einen Spielraum von ein bis zwei Bautiefen, d.h. bis zu 50 Meter, hatten. In der Kommission kam dann zum Ausdruck, dass das nicht der Fall ist. Insbesondere der Regierungsrat betrachtet dies als eine chinesische Mauer. Das wollte

aber die Kommission nicht haben, sondern sah das eher im Sinne der Gemeinden wie einen Gartenzaun, d.h. dass den Gemeinden ein Spielraum zuzuschreiben sei. Dass die Gemeinden nämlich selbst einzonen dürfen, wie das ihren Bedürfnissen entspricht. Es ist hierzu noch festzuhalten, dass in Bezug auf den Freudenberg (auf der Karte mit Meisenberg bezeichnet) die Kommission *zusammen* mit dem Stadtrat von Zug dieses Anliegen unterstützt. Wir brauchen das zusätzliche Siedlungsgebiet, insbesondere jenes, das durch die gestrichelten Linien entsteht, nachdem wir vor wenigen Minuten darüber abgestimmt haben, dass wir ja auch in der Stadt Zug die Einwohnerzahl anpassen wollen. Aus diesem Grund ersucht der Votant den Rat, den Antrag der Kommission zu unterstützen.

Andrea **Hodel** möchte nur zwei Sätze zu Martin Stuber sagen. Erstens machen wir hier Raumplanung und nicht Neidplanung. Und zweitens, wenn dann schon Offenlegung angesprochen wird, ist zu sagen, dass es nicht Ruedi Balsiger war, der Land für Ueli Straub einzonte – das Land gehört nicht ihm.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Das rot schraffierte Siedlungsgebiet bei Meisenberg/Freudenberg ist zu streichen, resp. nicht einzubeziehen. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort zur Interpellation Wyss/Furler/Weichelt/Prodolliet klar signalisiert, dass er das Land der Klinik Meisenberg nur aus dem bäuerlichen Bodenrecht entlassen hat, weil dieses für die Erholung der Kurgäste benötigt wird. Deshalb hat die Klinik dieses Land für rund 15 Franken pro m^2 von den Menzinger Schwestern erworben – ca. 600'000 Franken. Nach der Einzonung dürfte der Marktwert auf rund 60 Mio. steigen. Es ist kein neues rotschraffiertes Siedlungsgebiet im Gebiet Gimenen auszuscheiden. Es gibt eine Volksabstimmung, die sogenannte Grünflächeninitiative, auf Grund welcher dort auf die Einzonung verzichtet wurde. Die Stadt Zug hat genügend Reserven. Erwähnt seien die heute rechtskräftig eingezonten Gebiete, grosse neue Siedlungserweiterungen im Richtplan, riesiges Potenzial an Mischnutzungen für Wohnen z.B. im Siemens-Areal. Bei der Gimenen handelt es sich zudem um ein landschaftlich sehr heikles Gebiet, welches Oberwil von Zug räumlich trennt und eine Identität stiftet.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst über das Siedlungsgebiet Meisenberg, dann über das Siedlungsgebiet in den Gimenen abgestimmt wird.

➔ Der Rat unterstützt beim Siedlungsgebiet Meisenberg den Kommissionsantrag mit 36 : 34 Stimmen.

➔ Der Rat unterstützt beim Siedlungsgebiet Gimenen den Kommissionsantrag mit 43 : 24 Stimmen.

Kommissionspräsident Louis **Suter** bittet den Präsidenten, die Siedlungsbegrenzungen (gestrichelte Linien) erst später bei S 2.1 zu behandeln, obwohl sie auch auf den Kartenausschnitten auf S. 11 eingezeichnet sind.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Andreas **Hotz** hat sich im Vorfeld zur Abstimmung betreffend Einzonung und Siedlungserweiterungsgebiet Meisenberg bewusst nicht zu Wort gemeldet. Er bekundet offen, dass er als Verwaltungsrat der Klinik Meisenberg AG (zu 100 % Tochter der Bad Schinznach AG) Interessenvertreter ist. Diese ist Eigentümerin der betreffenden Liegenschaft. Er hält aber jetzt im Nachgang klipp und klar fest, dass die Bad Schinznach AG sich im Vorfeld zu dieser Abstimmung weder aktiv noch indirekt in den Abstimmungskampf eingeschaltet hat, dass auch der Votant die RPK nie aktiv beeinflusst hat, und dass er auch innerhalb der Fraktion den Meinungsbildungsprozess nicht mitverfolgt, sondern sich bewusst auf Distanz gehalten hat. Wenn er aber heute hört, wie vom Baudirektor mit Zahlen operiert wird, z.B. mit 15 Franken pro m^2, die bezahlt worden seien, so muss er sagen: Das stimmt nicht. Sie kennen anscheinend den Kaufvertrag nicht, den die Bad Schinznach AG mit den Menzinger Schwestern abgeschlossen hat. Der Betrag war in Millionenhöhe, für das ganze Gebiet wurden weit über 10 Mio. Franken bezahlt. Andreas Hotz kann an dieser Stelle auch versichern, dass die Bad Schinznach AG nach wie vor mit grossem Engagement und Interesse gewillt ist, die psychiatrische Klinik für Frauen im Meisenberg zu führen. Dass dies aber jährlich erhebliche Zuwendungen benötigt, damit der Betrieb überhaupt aufrecht erhalten werden kann. Das sind in den vergangenen fünf Jahren Millionenbeträge. Nur um etwas zu relativieren, wenn es heisst, das Land habe zu einem Pappenstiel erworben werden können. Die anderen Ausführungen betreffend Für und Wider diese Siedlungsgebiete hat der Stadtrat von Zug klipp und klar vorgebracht. Aber noch ein Hinweis: Die Klinik Meisenberg, bzw. die Bad Schinznach AG, ist zur Zeit intensiv im Gespräch mit der Stadt Zug betreffend Erschliessung des Gebiets Hasenbühl, Gimenen. Das ist ein Riesenproblem. Die Stadt Zug hat nun wohl definitiv die Bruibachbrücke abgelehnt und es ist zwingend notwendig, dass dieses Gebiet jetzt einmal korrekt erschlossen wird. Die Bad Schinznach AG ist bereit, Hand zu bieten für eine vernünftige pragmatische Lösung.

Bild S. 12 oben

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass AF und SP-Fraktion gegen diese grosse Erweiterung des Siedlungsgebietes in Alosen sind, wie es die Kommission vorschlägt. Wenn Sie die beiden Bilder vergleichen, macht der Vorschlag der Kommission fast das doppelte des Vorschlages der Regierung aus. Wir begründen unsere Ablehnung wie folgt: Alosen befindet sich am Rand eines Gebiets aus dem Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung. Es ist das Gebiet Nr. 1307 des BLN-Inventars mit dem Namen Glaziallandschaften zwischen Lorzentobel und Höhronenkette. Dieses Gebiet erstreckt sich von Sihlbrugg-Lorzentobel-Ägeri-Raten-Biberbrugg, also auch die Moränenlandschaft Menzigen-Neuheim liegt darin. Der Schutz richtet sich nach Art. 5 und 6 des Bundesgesetzes über Natur und Heimatschutz, welches verschiedene Bestimmungen beinhaltet, um solche Landschaften zu schützen. Siedlungserweiterungen in einem BLN-Gebiet sind zwar nicht ausgeschlossen, nur dürfen sich nicht in Konflikt zu den Schutzzielen stehen. Die Erweiterung der Siedlung Alosen würde sich in das unüberbaute Gebiet am Fusse der Höhronenkette ausweiten. Und dass dieses Gebiet aus landschaftlicher Sicht schützenswert ist, zeigt die Ausscheidung als Landschaftsschongebiet gemäss Vorlage des Regierungsrats. Diese Glaziallandschaft wird unter Punkt L.7.2 mit verschiedenen Bestimmung zum Schutz wieder aufgeführt. – Alosen ist denkbar

schlecht mit dem Bus zu erreichen. Gebiete, welche abseits des ÖV liegen, sollen nicht noch wachsen. Wir unterstützen daher den Antrag des Regierungsrats; die Votantin bittet den Rat im Namen der beiden Fraktionen, nicht auf den Antrag der Kommission einzutreten.

Franz Peter **Iten**: Kommissionspräsident Louis Suter hat bei seinem Eintretensvotum darauf hingewiesen, dass in der ersten Vorlage der Baudirektion keine Siedlungsbegrenzungslinien enthalten waren. Diese sind wie bekannt durch den Regierungsrat nach dem Mitwirkungsverfahren in den kantonalen Richtplan aufgenommen worden. An der Begehung vom 13. Februar dieses Jahres mit Vertretern des Kantons und der Gemeinde wurde durch die Baudirektion festgehalten, dass der Kanton voraussichtlich einen Beschluss fällen wird, der Abweichungen von der Siedlungsbegrenzungslinie um eine bis zwei Bautiefen zulasse. Aus diesem Grund bestand damals die Gemeinde Oberägeri auch nicht darauf, dass die Siedlungsbegrenzungslinie auf die Kreuzstrasse verlegt wird. Nicht nur diese veränderte Ausgangslage sprechen für die Gemeinde Oberägeri, sondern auch folgende Gründe sind beim bevorstehenden Entscheid zu berücksichtigen:
– Die Bodenpreise im Alosen sind im Vergleich zum Dorf Oberägeri noch immer moderat und sollen so bleiben. Das Land soll im Baurecht abgegeben werden.
– Die Gemeinde Oberägeri betrachtet die Schaffung von zusätzlichem günstigem und für junge Familien bezahlbarem Bauland als wichtiges strategisches Ziel, welches auch im Leitbild der Gemeinde Oberägeri enthalten ist.
– Im Hinblick auf die künftige Überbauung des Alosenrains hat die Gemeinde Oberägeri dieses Gebiet durch den Bau eines neuen Wasserreservoirs sowie des Hauptleitungsnetzes bereits schon mit Trinkwasser erschlossen. Auch die notwendigen Investitionen im Strassen- und Kanalbau (Schwand- und Gireggstrasse) wurden bereits getätigt. Es entstehen der Gemeinde deshalb keine weiteren Infrastrukturaufgaben, sondern nur noch Feinerschliessungen, die jedoch über Perimeter finanziert werden.
– Die öffentliche Buslinie Oberägeri-Alosen-Giregg und zurück wird zur gegebenen Zeit auch als Schulbus geführt und muss darum höher frequentiert werden. Damit kann einem möglichen Begehren eines Schulhausbaus im Alosen begegnet werden.
Aus diesen Gründen hält die Gemeinde mit Nachdruck fest, dass die Siedlungsbegrenzungslinie auf die Kreuzstrasse zu legen ist, und sie möchte in diesem Gebiet ganz auf eine Siedlungsbegrenzungslinie verzichten. Der Votant bittet den Rat deshalb, dem vorliegenden Antrag der RPK zuzustimmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** kann sich den Ausführungen von Andreas Hotz betreffend der Bad Schinznach AG anschliessen. – Auf die beantragte Erweiterung des Siedlungsgebiets bis an die Kreuzstrasse in Alosen ist zu verzichten. Diese Kammer ist landschaftlich wertvoll. Sie liegt auch im BLN-Gebiet. Dieses Erweiterungsgebiet fördert die dezentrale Entwicklung in Oberägeri. Auch ohne das ergänzte Gebiet gibt es in Alosen noch grösseres Entwicklungspotenzial für die nächsten 30 Jahre.

➔ Der Rat schliesst sich mit 45 : 21 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

Bild S. 12 unten

Berty **Zeiter**: Selbst wenn Sie das Gebiet Früeberg in Baar aus eigener Anschauung nicht kennen, wird Ihnen bestimmt beim Betrachten der beiden Kartenausschnitte klar, worauf die Votantin hinaus will. Die von der Regierung beantragte Siedlungsbegrenzung ergibt sich klar und logisch aus der Topographie, aus dem vorhandenen bewaldeten Bachtobel, das Siedlung und Nichtsiedlung eindeutig trennt. Die vorgeschlagene Siedlungserweiterung entlang des Früebergs wirkt äusserst unlogisch und unmotiviert. Da die Fläche in der starken Hanglage direkt über der Autobahn liegt, weist sie zudem eine ungünstige Wohnqualität bezüglich Lärmbelastung auf. Die Besitzerin des umstrittenen Gebiets, eine in Baar einflussreiche Erbengemeinschaft, versucht seit über 13 Jahren, das Land aus der Landwirtschaftszone in Baugebiet umzuzonen. So einflussreich sind diese Erben, dass sie die Baarer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger 1993 dazu brachten, der Umzonung zuzustimmen. Der Gemeinderat selbst stand nie hinter der Umzonung und auch der Regierungsrat hielt mit Berufung auf den kantonalen Richtplan am übergeordneten Recht fest und verweigerte die Zustimmung zu diesem Entscheid. Die Erbengemeinschaft gelangte daraufhin an das Zuger Verwaltungsgericht und später an das Bundesgericht, die beide ein negatives Urteil fällten. Wie das Bundesgericht in seinem Urteil schreibt, besteht ein öffentliches Interesse, auf eine Einzonung des Gebiets Früeberg zu verzichten. Dieses öffentliche Interesse sieht das Bundesgericht u.a. darin, Neuein-zonungen unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Begebenheiten vorzunehmen. Die genannten Fakten zeigen klar, dass es bei diesem Antrag der RPK um die Vertretung von Privatinteressen geht. Die AF und die SP bitten den Rat, diese parteiische Haltung nicht zu unterstützen, der Zwängerei nicht nachzugeben und so zu dokumentieren, dass wir hier im Kantonsrat sehr wohl unterscheiden können zwischen Allgemein- und Partikularinteresse. Deshalb stimmen wir für den Antrag der Regierung und bitten Sie, es uns gleichzutun.

Heini **Schmid** möchte dem Votum von Berty Zeiter entgegnen. Sie hat ausgeführt, dass der Gemeinderat Baar nicht hinter der Einzonung des Gebiets Früeberg steht. Dem ist nicht so. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, hier die Einzonung möglich zu machen. Damals 1993, als es um die Motion ging, war die Meinung des Gemeinderats, dass es keinen Sinn mache, wenn die Regierung in der Vorprüfung klar sage, eine Einzonung sei von ihr nicht gewünscht, weil so die Motion keine Chance auf Durchsetzung beim Kanton habe. Das war der Grund. Der Gemeinderat ist heute im Rahmen seiner Einzonungsgedanken für den neuen Zonenplan der Meinung, dass dieses Gebiet auch unter Respektierung des damals klar geäusserten Volkswillens eingezont werden soll. Der Votant bittet den Rat deshalb, dem Antrag der RPK zuzustimmen.

Louis **Suter** möchte noch zwei, drei Ergänzungen machen, vor allem zum Votum von Berty Zeiter. Erstens was die natürliche Begrenzung anbetrifft. Es gibt in diesem Gebiet genau dort, wo es eingezont ist, eine ganz klare natürliche Grenze, das ist eine Hecke oben und auf der Seite die Fortsetzung des Waldes. Also genau die Kriterien, die wir brauchen, nämlich eine natürlich Begrenzung. Zweitens, es sei sinnvoll, das landwirtschaftlich zu nutzen. Dort ist ein steiler Hang, ein wunderbarer

Wohnhang, aber sicher nicht, um eine interessante Landwirtschaft zu betreiben. Drittens zur Interpretation dieses Bundesgerichtsentscheids. Effektiv ist dort nichts materiell entschieden worden, sondern es wurde nur gesagt, dass auch andere öffentliche Interessen bestehen und der Regierungsrat das abwägen kann. Eine echte materielle Entscheidung wurde nicht gefällt. Und da für das Ganze ein Volksentscheid dahinter steht, kann jetzt frisch eingezont werden. Wichtig ist vor allem auch, dass das Gebiet im Prinzip erschlossen ist. Die Gemeinde muss hier keine speziellen Investitionen mehr machen. Deshalb haben wir gesagt, es solle eingezont werden. Der Kommissionspräsident möchte den Rat bitten, dem zuzustimmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass die Regierung dabei bleibt, auf die beantragte Erweiterung des Siedlungsgebiets im Gebiet Früeberg sei zu verzichten. Heute gibt es eine klare Begrenzung des Siedlungsgebiets. Das Bachtobel mit Wald trennt das rechtskräftige Siedlungsgebiet von der Landschaft. In der Gemeinde Baar scheidet der Richtplan mehr als genügend Siedlungerweiterungsgebiete aus.

➔ Der Rat schliesst sich mit 44 : 23 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

S 1.2.2 Bst. a

Louis **Suter** begründet den Willen der RPK, den Passus in der Klammer zu streichen, wie folgt: Wir sind einerseits der Meinung, dass die Art und Weise, wie die Entwicklung nach Innen gedeihen soll, eine Frage der Gemeinden ist. Gerade hier soll die Gemeindeautonomie spielen. Denn eine Entwicklung muss nicht nur innen verdichtend sein, es kann durchaus andere Möglichkeiten geben, die von der Wohnqualität her ebenso sinnvoll sind. Und wir haben gerade heute von Stadtrat Dolfi Müller gehört, dass es selbst in der Stadtgemeinde Zug Quartiere gibt, wo man total falsch gegangen ist, zu stark verdichtet hat. Das sagen uns auch Fachleute. Deshalb soll man das den Gemeinden überlassen. Lassen sie die Gemeinden diese Entwicklung machen und schreiben Sie nicht jedes Detail vor, wie sie das tun sollen. Nur schon die Tatsache, dass man das in Klammer gesetzt hat, sagt über die Bedeutung alles aus.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Wir überlassen es ja den Gemeinden! Aber die Präzisierung in der Klammer ist beizubehalten, da sie kurz und bündig erklärt, was unter Verdichtung nach Innen konkret zu verstehen ist. Der Bund hat in seiner Stellungnahme Wert auf diese Ergänzung gelegt, damit die Siedlungserweiterungsgebiete überhaupt akzeptiert werden können. Schlussendlich muss die Gemeinde nun aufzeigen, welche Punkte in der Revision der Nutzungsplanung berücksichtigt werden können. Diese Anpassung hilft für die Genehmigung des Richtplans beim Bund und sollte nicht ohne überzeugende Gründe gestrichen werden.

➔ Der Rat schliesst sich mit 34 : 29 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

S 1.2.2 Bst. b

Louis **Suter** weist darauf hin, dass die Regierung hier einen neuen raumplanerischen Begriff einführen möchte, der so nicht existiert. Er ist auch nicht klar definiert. Das stellt für uns ein Problem dar. Noch interessanter ist, dass der Begriff *Typologie* in der Einzahl steht, was wir so nicht stehen lassen könne. Denn es gibt nicht nur eine Typologie für das Gebiet einer Gemeinde oder eines Dorfes. Sondern es hat verschiedene Charaktere. Deshalb möchte der Kommissionspräsident den Rat bitten, dem Regierungsantrag nicht zuzustimmen, sondern der Formulierung der Kommission. Dass wir eben auf die *Bedürfnisse* der Gemeinden eingehen und nicht nur die Typologie bestimmen. Wir haben da schon etwas Mühe, dass man die Gemeinden so umgehen will.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Gerade deshalb, Herr Kommissionspräsident. Der *neue Antrag des Regierungsrats* lautet: *«…, abgestimmt auf die Siedlungstypologie der Gemeinden.»* Der Antrag der Kommission ist sprachlich und inhaltlich unklar, da die Methodik für alle Gemeinden die gleiche ist. Nicht aber die variablen Parameter wie Bauzone, Verbrauch pro Einwohner, Dichte der Siedlung etc.. Mit dem Vorschlag des Regierungsrats wird diesem Umstand Rechnung getragen. Z.B. in Oberägeri, das eher mehr Einfamilienhäuser haben will, braucht es auch mehr Fläche pro Einwohner als z.B. Zug mit seiner höheren Verdichtung. Das Wort *Bedürfnis* ist eher einschränkend.

➔ Der Rat schliesst sich mit 35 : 27 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

S 1.2.3

Markus **Jans** hält fest, dass SP-Fraktion und AF mit diesem Punkt überhaupt nicht einverstanden sind und den Antrag stellen, ihn vollständig zu streichen. «Sprechen keine raumplanerischen Interessen dagegen, steht den Gemeinden bei der Abgrenzung der Wohnbauzonen ausnahmsweise ein Spielraum zu.» Dieser schon in der regierungsrätlichen Fassung kaum fassbare Abschnitt soll mit der Streichung des Wortes *ausnahmsweise* durch die RPK noch endgültig verwässert werden. Mit der Streichung dieses Worts wird die Absicht der RPK leicht durchschaubar. Oder können Sie mir sagen, was raumplanerische Interessen sind? Die bisherigen Erfahrungen des Votanten mit der Raumplanung haben gezeigt, dass folgende Voraussetzungen genügen, um raumplanerische Interessen durchzusetzen:
1. Es wird ein Projekt präsentiert, dass sich möglichst an keine Bauvorschriften hält.
2. Der Ersteller setzt die Gemeindevertreter genügend lang mit den bekannten Argumenten unter Druck, wie z.B. Sicherung von Arbeitsplätzen, Anpassung an die Landschaft, bessere raumplanerische Eingliederung, Wirtschaftlichkeit usw.. Diese Argumente werden so lange wiederholt, bis selbst der Gemeinderat diese als richtig erachtet und nun selbst zum Lobbyist beim Kanton wird. Nach diversen ablehnenden Entscheiden schwenkt auch der Kanton auf das Baugesuch ein, wenn auch nur bedingt und unter strengen Auflagen.

So werden raumplanerische Interessen durchgesetzt. Wer es nicht glaubt, soll das Projekt und die Korrespondenz bei der Fensterfabrik Baumgartner in Hagendorn genauer studieren. Raumplanerische Interessen werden fast immer von momentanen Interessen definiert und lassen sich daher beliebig biegen und brechen. Bekommen nun die Gemeinden einen erweiterten Spielraum mit der Festlegung der Bautiefen, so kann Markus Jans dem Rat versichern, dass innert kurzer Zeit aus einer bis zwei Bautiefen generell zwei Bautiefen werden. Der Druck der Landbesitzer und der Bauwilligen auf die Gemeinde ist schon heute sehr gross. Mit diesem Abschnitt würde dieser aber bestimmt noch grösser. Aus den gemachten Überlegungen stellen SP und AF den Antrag, Punkt S 1.2.3 ersatzlos zu streichen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, werden SP und AF dem regierungsrätlichen Antrag zustimmen.

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass es sich hier um eine der zentralsten Bestimmungen im Richtplan handelt. Wir sprechen hier vom Siedlungsgebiet. Es geht nicht darum, die Freiheit wie bei den Siedlungsbegrenzungsgebieten ausserhalb der Siedlungsgebiete zu erweitern, sondern hier handelt es sich um die Frage, welchen Spielraum wir den Gemeinden geben. Und Sie verstehen vielleicht auch die teilweise Verärgerung der Kommission. Für sie war es sehr wichtig, dass wir den Gemeinden einen Spielraum für ihre Planung geben. Und hier spüren wir den Geist der Regierung. *Ausnahmsweise* darf dann vielleicht die Gemeinde ein bisschen …. Und wohlverstanden, *innerhalb* des Siedlungsgebiets, es geht hier nicht um grüne Gebiete, die tangiert werden. Ausnahmsweise dürfte die Gemeinde dann vielleicht eine oder zwei Bautiefen bestimmen, wo sie längerfristig bauen will oder nicht. Diesen Geist der Regierung müssen wir hier ausmerzen. Geben wir den Gemeinden das Vertrauen, dass sie in diesem Gebiet wirklich selber sagen können, was sie machen wollen. Und stellen Sie sich vor, die ganzen Diskussionen in den Gemeinden, wenn alles vom Kanton geregelt ist und jedes zweite Votum in einer Gemeindeversammlung lautet: Entschuldigung, das hat der Kanton schon entschieden, wir können gar nichts mehr machen, wir hätten uns zwar gewehrt, aber es ist jetzt halt schon passiert. So wird die Demokratie auf Gemeindeebene in einem ganz zentralen Punkt ausgehöhlt. Der Votum bittet den Rat deshalb, hier der Kommission zu folgen.

Rudolf **Balsiger** erinnert den Rat daran, dass wir heute über den Richtplan beraten, der die nächsten 20 bis 25 Jahre Bestand haben soll. Es gibt aber Kantone links und rechts von uns, welche diesen Richtplan bereits festgelegt haben. Der Votant hat sich im Rahmen der Kommissionsarbeit persönlich orientiert und mit den Raumplanungskommissionen von Schwyz, Aargau, Zürich, Luzern und Nidwalden Kontakt aufgenommen. Der Kanton Schwyz hat überhaupt keine Siedlungsbegrenzungslinien; der Kanton Aargau gibt den Gemeinden jährlich die Möglichkeit, Anträge in den Grossen Rat zu bringen, um Änderungen vorzunehmen; in Zürich gibt es keine Siedlungsbegrenzungslinien, sondern eine sogenannte Randzone von einer Parzelle mit einem gewissen Unschärfebereich, der generell für alle Gemeinden gilt. Was wir hier machen, ist viel schärfer und einschränkender als in diesen Kantonen. Und wenn wir das schon so machen, sollen wir doch wenigstens das Prinzip einhalten, dass wir den Gemeinden möglichst viel Spielraum erlauben. Deswegen ersucht der Votant den Rat, den Antrag der Kommission zu unterstützen.

Louis **Suter** erklärt anhand einer grafischen Darstellung (siehe Beilage zum Kommissionsbericht) den Unterschied zwischen Richtplanung und Nutzungsplanung. Im Richtplan legen wir jetzt fest, wo für die Nutzungsplanung für die Gemeinde etwas möglich ist. Es geht hier also lediglich um die Nutzungsplanung. Deshalb möchte der Kommissionspräsident den Rat bitten, dem Antrag zuzustimmen. Sonst müssen wir alle raumplanerischen Kriterien erfüllen und dann haben wir noch eine Ausnahme-Bewilligung, das ist eine doppelte Negation. Deshalb möchten wir Sie bitten, davon abzusehen und eine praktikable Raumplanung zu ermöglichen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** zu Heini Schmid: Es kommt öfters vor, dass sich Gemeinderäte gerne hinter den breiten Schultern des Kantons verstecken. Das *ausnahmsweise* darf nicht gestrichen werden. Materiell ist dieses kleine Wort sehr wichtig. Der Richtplan eröffnet den Gemeinden mit den Siedlungserweiterungsgebieten viele Optionen und Handlungsspielraum für die Ausscheidung von Bauzonen, rund 220 ha. Mit dem Streichen des *ausnahmsweise* wird der Handlungsspielraum zu stark erhöht. Es ist praktisch ein Freipass für die Gemeinden. Auch mit dem Belassen des *ausnahmsweise* können die Gemeinden in klar begründeten Fällen von den Siedlungserweiterungsgebieten abweichen. Es braucht aber eine Begründung. Und darüber sind manche Gemeinderäte froh.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst der Antrag der Regierung dem der Kommission gegenübergestellt wird. Dem obsiegenden Antrag wird der Streichungsantrag von Markus Jans gegenübergestellt.

➔ Der Rat schliesst sich mit 45 : 20 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

➔ Der Streichungsantrag wird mit 47 : 14 Stimmen abgelehnt.

S 1.6.1

Hans-Beat **Uttinger** weist auf einen Druckfehler bei Nr. 4 hin. Statt Kirchdorf sollte es dort richtig Kirch*matt* heissen.

S 1.7.1

Markus **Jans** erinnert daran, dass Standplätze für Fahrende im Kanton Zug seit Jahren ein Thema sind. Nicht weil diese reihenweise vorhanden wären, sondern weil es bis heute keine offiziellen Plätze gibt. Nicht nur im Kanton Zug, sondern in der ganzen Schweiz haben es Fahrende schwer, Durchgangs- und Standplätze zu finden. Viele Jenische, die im Winter keinen Standplatz finden, verbringen die kalte Jahreszeit in einer Wohnung. Um ihren Kindern die häufigen Schulwechsel zu ersparen und ihnen eine angemessene Ausbildung zu ermöglichen, lassen sich manche Eltern auf Grund mangelnder Alternativen sogar während der ganzen Schulzeit der Kinder in einer Wohnung nieder. Für Fahrende sicher keine leichte Entscheidung. Ein Leben

zwischen zwei Welten. Ein Leben, mit dem sich viele Betonzigeuner – wie die sesshaften Jenischen von den Fahrenden genannt werden – nicht zurecht finden. Fahrende dürfen nicht aus ihrer Kultur gerissen werden. Sie brauchen deshalb Plätze, wo sie nötigenfalls während des ganzen Jahres leben können. Die Schaffung von Lebensraum ist denn auch seit den 70er-Jahren ein wichtiges Anliegen der Fahrenden, ein lebenswichtiges sogar, denn nur so kann die fahrende Lebensweise gesichert werden. Im Juni 2001 hat der Nationalrat die Konvention der internationalen Arbeitsorganisationen zum Schutz indigener Völker nach teilweise heftiger Debatte knapp angenommen. Die Erkenntnis, dass es sich dabei nicht um Indianer in weit entfernten Regenwäldern, sondern möglicherweise auch um die Fahrenden im eigenen Land geht, sorgte für heisse Köpfe.
In der Schweiz leben heute rund 35'000 Jenische; davon fahren – bedingt durch die Industrialisierung und die Aktion «Kinder der Landstrasse» – nur noch etwa 2'500 Personen. Während diese die Wintermonate auf Standplätzen verbringen, reisen sie von April bis Oktober in kleinen Verbänden durch die Schweiz und machen dabei jeweils für einige Tage auf Durchgangsplätzen Halt. Auf Grund fehlender Ausweichmöglichkeiten sind die insgesamt knapp 60 offiziellen Plätze für Fahrende jedoch häufig völlig überfüllt. In den letzten Jahren sind fast alle Vorhaben zur Errichtung von neuen Plätzen in der Schweiz bei Gemeindeabstimmungen gescheitert. Dabei hat sich gezeigt, dass der Schaffung neuer Stand- und Durchgangsplätze nicht in erster Linie die Kosten, sondern vielmehr fehlender politischer Wille und Vorurteile gegenüber von Fahrenden entgegenstehen. Die Gemeinden befürchten mit der Eröffnung eines Stand- und Durchgangsplatzes häufig eine Zunahme der Kleinkriminalität sowie eine Verschandelung und Verschmutzung des Ortsbilds. Solche Vorurteile werden durch alljährlich während des Sommerlochs in den Medien auftauchende Bilder der Verwüstung und Schlagzeilen wie «Fahrende haben das Gastrecht vermasselt» oder «Sauerei par excellence» verstärkt. Diese betreffen jedoch hauptsächlich ausländische Fahrende, die in Karawanen von 30 bis 40 Wohnwagen reisen, was in der kleinräumigen Schweiz zwingend zu Spannungen führt.
All diese Ausführungen zeigen auf, dass mit der kleinkarierten Formulierung der RPK die Vorurteile gegenüber Fahrende weiter verstärkt werden und eine Kultur der Minderheit verdrängt und ausgegrenzt werden soll. Es ist eine moralische Aufgabe des Kantons Zug, einer schweizerischen Minderheit eine Bleibe in der Form eines Standplatzes einzurichten. Die Gemeinde Cham ist übrigens bereit, einen Standplatz für Fahrend innerhalb der nächsten Ortsplanung auszuscheiden. SP und AF bitten Sie, den Vorschlag der RPK abzulehnen und dem regierungsrätlichen Antrag zuzustimmen. Ihre Zustimmung zum regierungsrätlichen Antrag ist auch ein Signal an die übrigen Kantone, dass sich der Kanton Zug nicht nur um gute und solvente Steuerzahler bemüht, sondern sich auch schweizerischer Minderheiten ohne grosses Steuersubstrat annimmt.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass es Alternativen und SP wirklich ein äusserst grosses Anliegen ist, dass der Antrag der Regierung zum Thema Standplatz für Fahrende im Richtplan erhalten bleibt. Die eidgenössische Kommission gegen Rassismus ist in einer Studie zum Schluss gekommen, dass es im Kanton Zug einen Durchgangsplatz und einen neuen Standplatz braucht. In der Zentralschweiz hat es, der Studie entsprechend, allgemein zu wenig Durchgangs- und Standplätze. Von den rund 30'000 ursprünglich Fahrenden der Schweiz betrachten sich heute 3‘ bis 5‘000

Personen noch als fahrend. Diese leben im Winter in Familienverbänden auf Standplätzen, ziehen während der Sommermonate durch die Schweiz und sind vor allem im Wandergewerbe tätig. Die Schweizer Fahrenden wurden seit dem 19. Jahrhundert auf Grund ihrer Lebensweise ausgegrenzt und diskriminiert. Zwischen 1926 und 1973 wurden jenische Familien durch das Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse der Pro Juventute auf schlimmste Art und Weise verfolgt und Kinder von ihren Eltern und Geschwistern getrennt mit dem Ziel, die fahrende Lebensweise zu zerstören. Ursprüngliche Standplätze wurden ihnen verboten und die Zonenordnung generell so angelegt, dass keine fahrende Lebensweise mehr möglich sein sollte.
Heute sind die Fahrenden als kulturelle Minderheit in der Schweiz anerkannt: Die Verfassung verbietet Diskriminierung auf Grund der Lebensform. Dennoch sind Fahrende im Alltag weiterhin diskriminiert, da die geltenden Gesetze auf die Bedürfnisse von Sesshaften zugeschnitten sind. Fahrende werden schnell in die Illegalität getrieben. Die wenigen vorhandenen Standplätze verfügen oft über unzureichende Infrastrukturen, sind hoffnungslos überfüllt und meist unmittelbar unter Autobahnbrücken oder zwischen Durchgangsstrassen angelegt. Obwohl das Problem des fehlenden Lebensraums für Fahrende auf den verschiedenen staatlichen Ebenen anerkannt ist, scheitern viele Versuche, Stand- und Durchgangsplätze einzurichten. Entweder finden sich keine Gemeinden, die bereit sind, geeignete Plätze zur Verfügung zu stellen oder ihre Zonenordnungen entsprechend anzupassen. Oder Personen, die keine Fahrenden in ihrer Nähe dulden, kämpfen mittels Einsprachen und Referenden dagegen an. Die Votantin wünscht sich von Herzen, dass Sie sich dieser schweizerischen Minderheit von Fahrenden gegenüber grosszügig erweisen und es ermöglichen, dass der Kanton Zug neben einem Durchgangsplatz auch einen Standplatz sichern kann. Es ist ein Akt der Solidarität mit Menschen, die gemäss unserer Verfassung das Recht auf die Lebensform des Fahrens haben. Ein Zeichen in die Schweiz hinaus, dass bei uns nicht nur das Geld zählt, sondern auch die Bereitschaft vorhanden ist, der schweizerischen Minderheit der Fahrenden Raum zu geben – nicht nur mit einem Durchgangsplatz, sondern auch mit einem Standplatz.

Louis **Suter** hält fest, dass sich die RPK der Problematik und Sensibilität dieser Fragen bewusst ist. Wir haben den Satz genau durchgelesen und da steht: «…sichern gemeinsam die Standplätze …». Das heisst also: Mehrere Plätze. Was ist ein Standplatz? Ein fester Winterplatz, der in einer speziell ausgewiesenen Zone sein muss. Also müssen jetzt die Gemeinden bei der Nutzungsplanung eine spezielle Zone ausweisen, damit auch die nötige Infrastruktur usw. gemacht werden kann. Es gilt einmal die Begriffe zu klären. Durchgangsplatz heisst das, was wir im Kanton Zug an vielen Orten bereits seit langem machen. Auch bei uns in Hünenberg ist es so, dass wir mehrmals im Jahr die Fahrenden bei uns haben, sie können auch die Infrastrukturen der Gemeinde benutzen. Sie sind sehr oft auch bei Landwirten, sie können dort im Sommer problemlos sein. Das sind Durchgangsplätze. Aber Standplätze bedürfen einer speziellen Zone und müssen deshalb bei der Nutzungsplanung berücksichtigt werden. Wenn man dann schon so etwas machen will, müssen wir so oder so differenzieren. Alle Vorredner haben jetzt immer von einem Standplatz gesprochen, aber im Text der Regierung heisst es: Die Standplätze. Deshalb die Sensibilität der RPK, wo gesagt wurde, dass das wahrscheinlich sehr problematisch sein würde, dass die Gemeinden verschiedene solche Standplätze schaffen müssen. Da würden wir ein

Problem haben. Die Kommission war der Meinung, dass es ja schon Gemeinden hat, die tatsächlich freiwillig solche Wagen aufnehmen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** möchte auf das Votum des Kommissionspräsidenten hin im Namen von SP und AF den Antrag stellen, dass wir mindestens einen Standplatz für die Fahrenden festlegen. – Sie zieht diesen Antrag aber gleich wie der zurück.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** kann nicht aus dem Ärmel schütteln, wie viele Standplätze die Gemeinden bereits haben. Und wir sprechen ja hier nur von *sichern*. Die alte Formulierung ist demzufolge beizubehalten, denn sie ist umfassender. Es ist eine zentrale und moralische Aufgabe des Kantons Zug, für die Fahrenden für einen Durchgangsplatz und die notwendigen Standplätze (Winterquartiere) zu sorgen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 35 : 30 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

➔ Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

20. SITZUNG: 17. DEZEMBER 2003
(NACHMITTAGSSITZUNG)
13.35 – 17.35 UHR

VORSITZ Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil

PROTOKOLL Guido Stefani

289 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Abwesend sind: Othmar Birri, Hans Christen und Josef Lang, alle Zug; Thomas Brändle und Martin B. Lehmann, beide Unterägeri; Konrad Studerus, Menzingen.

290 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN KANTONALEN RICHTPLAN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1144.1/.2 – 11226/27) und der Raumplanungskommission (Nr. 1144.3 – 11348).

Fortsetzung der Detailberatung der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 288).

S 2.1.3

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion und die AF den Antrag der Kommission aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. Bei diesem zusätzlich eingefügten Punkt haben sich die Vertreter der Bauwirtschaft, Landbesitzer und Überbauungs-Turbos ein weiteres Mal durchgesetzt. Mit der Einführung von gestrichelten Siedlungsbegrenzungslinien kann die zu überbauende Fläche um ein bis zwei Bautiefen erweitert werden. Einen ähnlichen Antrag haben Sie schon unter Punkt S. 1.2.3 (Spielraum

Bautiefen) befürwortet. Deshalb macht es wenig Sinn, hier noch eine weit offenere Formulierung zuzulassen. Das Mittel der gestrichelten Siedlungsbegrenzungslinie wurde von der RPK bereits neun Mal verwendet. Das führt zu einem erweiterten Spielraum der Gemeinden, welchen diesen – ungeachtet der Notwendigkeit – ausnützen werden. Die SP und die AF stellen den Antrag, S 2.1.3 ersatzlos zu streichen.

Beni **Langenegger** fordert den Rat im Namen der SVP-Fraktion auf, die gestrichelten Siedlungsbegrenzungslinien im Sinne der vorberatenden Kommission in den Richtplan aufzunehmen. Denn sie werden uns in Zukunft als Verhandlungsbasis für kommende öffentliche Bauwerke – allem voran dem Strassenbau – mit den betroffenen Landeigentümern dienen. Denn gerade Strassen fordern Opfer von den Landeigentümern, da sie zum Teil mit erheblichen existenziellen Problemen, Lärm- und Abgasbelastungen konfrontiert werden. Strassen dienen der Öffentlichkeit und tragen zur Entwicklung des Kantons Zug bei. Der Nutzen einer neuen Strasse – sei es für den Individualverkehr oder den ÖV – ist von grosser Bedeutung. Und die betroffenen Landeigentümer bringen durch den Strassenbau grosse Opfer für unsere Gesellschaft, die nicht nur für eine Bratwurst abgegolten werden dürfen. Denn nach dem schweizerischen Bodenrecht darf für landwirtschaftliches Land ein Höchstpreis von 20 Franken/m^2 bezahlt werden. Verglichen mit dem Baulandpreis ist das sehr wenig, wenn man den daraus resultierenden Nutzen betrachtet. Daher appelliert der Votant nochmals an alle Ratsmitglieder: Seien Sie grosszügig und unterstützen Sie die gestrichelten Siedlungsbegrenzungslinien!

Louis **Suter** weist nochmals auf die grafische Darstellung hin, welche als Beilage dem Kommissionsbericht beiliegt. Ursprünglich hatte die Baudirektion vorgesehen, dass die roten kantonalen Begrenzungslinien alle mit einer Ausweitungsmöglichkeit von einer bis zwei Bautiefen versehen werden. Dann hat die Regierung alles feste Linien gemacht und die Gemeinden haben keine Möglichkeit mehr, einen Zentimeter nach links oder rechts zu gehen. Auch wenn das aus raumplanerischen oder bautechnischen Gründen absolut Sinn macht. Uns ging es darum, dass die Gemeinden jetzt die Möglichkeit haben, dort, wo es raumplanerisch möglich und sinnvoll ist, nach links oder rechts abzuweichen. Wir haben uns gesagt, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, wo es weniger sensible Gebiete gibt. Wir haben taxiert, dass vor allem im Bereich von Naturschutzgebieten und Gebieten, die wir landschaftlich langfristig schonen und erhalten wollen, kein Handlungsspielraum bestehen soll. An anderen Orten sollten wir eine etwas lockerere Linie haben, d.h. die Gemeinden hätten dort die Möglichkeit, eine bis zwei Bautiefen nach links oder rechts Veränderungen vorzusehen. Das wäre überall dort, wo wir jetzt diese gestrichelten Linien haben. Das ist der Grund für die Differenz zur Regierung. Es hat praktisch keine Gemeinde gegeben, die nicht echte Probleme mit dieser Situation hat. Der Kommissionspräsident hat viele Telefonanrufe und Anträge aus den Gemeinden erhalten. Und praktisch jedes Kommissionsmitglied wurde von seiner Wohngemeinde wegen diesem Problem angegangen. Louis Suter möchte sich bei der Regierung bedanken, dass sie die Idee der Kommission unterstützt.

➔ Der Streichungsantrag wird mit 46 : 15 Stimmen abgelehnt.

Bild S. 19 unten (Gimenen)

Martin **Stuber**: Andrea Hodel hat von einer Neidplanung gesprochen und dass das nicht das Land von Ueli Straub sei. Der Votant beneidet Ueli Straub nicht. Wenn man das Gebiet in der Gimenen um eine bis zwei Bautiefen erweitert, so ist aber sehr wohl Land von Ueli Straub betroffen. – Der RPK-Präsident schreibt in seinem Bericht völlig richtig, dass es sensible und weniger sensible Siedlungsbegrenzungslinien gibt. Das ist eine wichtige Feststellung. Die Siedlungsbegrenzungslinie bei der Gimenen ist ohne jeden Zweifel eine hochsensible Linie – sowohl landschaftlich wie auch politisch. Über die Interessenverflechtungen und den Hintergrund mit den Abstimmungen hat der Votant den Rat schon unterrichtet. Was nun die gestrichelte Linie bedeutet, zeigt Martin Stuber anhand einer Planvergrösserung. Sie sehen, wie weit plötzlich die Bauzone in die Grünfläche in einem hochsensiblen Bereich hineinreicht, der offene Korridor vom See her würde praktisch unterbrochen. Der Kantonsrat hat es hier in der Hand, uns mit einem klaren Entscheid zu Gunsten der regierungsrätlichen Variante vor ziemlich unschönen Diskussionen und allenfalls Abstimmungen in der Stadt zu bewahren. Es wäre ein weiser Entscheid, wenn wir hier eine durchgezogene Linie festlegen würden.

Louis **Suter** hält fest, dass die Kommission die Häuser am Rand mit einbeziehen möchte. Wir haben alle Varianten x-mal durchexerziert, auch von der Sensibilität her. Der Kommissionspräsident hatte auch die Möglichkeit, das Ganze vom Schiff aus zu betrachten. Und er hat festgestellt, dass der offene Grüngürtel nicht tangiert wird. Der Vorschlag ist eine konstruktive Gemeinschaftsarbeit der Kommission zusammen mit dem Stadtrat von Zug. Bitte reissen Sie das nicht wieder auseinander! Wir konnten in der Kommission nämlich wirklich konstruktiv zusammenarbeiten.

Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass der Regierungsrat auf Grund der zweimaligen Volksabstimmung (Grünflächeninitiative) an der durchgezogenen Linie festhält.

➔ Der Rat schliesst sich mit 39 : 26 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

Bild S. 19 oben (Lorzen)

Vreni **Sidler** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Meinung ist, dass hier eine ausgezogene Linie hingehört. Dahinter ist der Veloweg und ein Naherholungsgebiet. Wir möchten nicht in dieses Gebiet hinein siedeln.

Martin **Stuber** möchte dem Rat beliebt machen, bei der Siedlungsbegrenzung der Variante des Regierungsrats zustimmen. Die Lorzenebene ist unter enormem Siedlungsdruck und ein rechter Teil ist schon zugebaut. Und dies siedlungs- und verkehrsmässig alles andere als zweckmässig oder gar schön. Der Votant ist bei der Kreuzung Chamer-/Letzistrasse aufgewachsen und erinnert sich noch gut an die Lorzenebene, auch an die Weizenfelder westlich der Chollermühle, wo man noch

Versteckis spielen konnte und ein ebenerdiger Bahnübergang mit Barriere bestand. Die Letzistrasse war eine unbefestigte Stichstrasse und hinter den Häusern an der Chamerstrasse begann die Ebene mit ihren vielen Hochstämmern. Das war das «Schön-Zug». Was wir heute haben, ist das Resultat eines wilden und weitgehend unkoordinierten Wachstums der vier Gemeinden Zug, Baar, Cham und Steinhausen. Diese vier Gemeinden haben spät aber immerhin gemerkt, dass es so nicht geht und vor gut zwei Jahren gemeinsam ein räumliches Entwicklungskonzept Lorzenebene/Städtlerwald (REK) erarbeitet und verabschiedet. Martin Stuber hat festgestellt, dass viele Leute aus diesen Gemeinden dieses Entwicklungskonzept gar nicht kennen, obwohl da einiges Wichtiges festgelegt wurde.
Der Votant zitiert aus dem Bericht: «Bisher wurde dieser – grossräumig gesehen – zentrale Entwicklungsraum aber vor allem als periphere Landreserve behandelt und genutzt. So ist die Lorzenebene heute ein heterogenes Mosaik aus überkommunalen Verkehrsanlagen, Vorortssiedlungen, neuen Arbeitsplatzgebieten und verbliebenen Landschafts-, Landwirtschafts- und Naturräumen. Für die zukünftige räumliche Entwicklung stellt sich immer dringender die Frage: In welche Richtung soll es weiter gehen, wie kann in der Lorzenebene eine der Bedeutung des Raumes angemessene Qualität geschaffen werden?» Was die RPK jetzt vorschlägt, ist eine Fortschreibung der geschilderten Fehlentwicklung und schafft ganz sicher nicht die am Schluss des Zitats soeben zitierte Qualität. Der Regierungsrat hat im Bereich der zentralen Lorzenebene die im REK vorgeschlagenen Siedlungsbegrenzungslinien teilweise übernommen und nach der Vernehmlassung die Idee der Stadtallmend noch integriert. Diese will die RPK nun wieder rauskippen und zudem an empfindlichen Orten die Siedlungsbegrenzung nur gestrichelt, das heisst Aufweichung. Der Votant zeigt anhand des Beispiels bei der Lorzen, was das heisst. Das Baugebiet würde stellenweise sogar über den heutigen Veloweg Zug-Cham hinaus gehen! Es handelt sich zudem um Landwirtschaftsland, das immer noch genutzt wird. Es ist Teil eines Naherholungsgebiets, das wichtig ist für die Bewohnerinnen der Ebene nördlich des Zugersees. Ziehen sie dort einen Strich, so wie es der Regierungsrat vorgeschlagen hat! Und degradieren Sie das REK nicht zu Makulatur!

Dolfi **Müller** weist darauf hin, dass der Stadtrat und die SP-Fraktion in dieser Frage gleicher Meinung sind. Der Stadtrat hat mit den «drei Eidgenossen» Kompromisse gemacht, aber hier will er das nicht tun. Hier entscheidet sich die raumplanerische Zukunft unserer Region. Die Gemeindegrenzen liegen ja raumplanerisch gesehen oft schräg in der Landschaft. Darum hat hier auch die dringend notwendige übergemeindliche Zusammenarbeit begonnen, was übrigens ein grosses Verdienst von Toni Gügler ist, dem Vorgänger des Votanten. Dieser hat sich sagen lassen, in den 80er-Jahren hätten sich die Gemeinden Zug und Baar bei solchen Grenzfragen noch vor dem Verwaltungsgericht getroffen. Bitte hier eine klare Begrenzung des Siedlungsgebiets. Der Stadtrat möchte nicht, dass wir hier den späteren Generationen ein raumplanerisches Kuckucksei ins Nest legen. Dolfi Müller bittet den Rat, der Regierung, der FDP und den Linken zu folgen.

Louis **Suter** stellt fest, dass hier ein Interessenkonflikt vorliegt. Wir müssen aber wissen, dass in diesem Gebiet einige Anträge auf zusätzliche Siedlungserweiterung bestanden haben. Wir haben diese in der RPK sämtliche abgeblockt. Auf Grund die-

ser Diskussion und weil wir gesehen haben, dass es sich hier um einen relativ schmalen Gürtel handelt, und dass die Wohnlage an sich sehr interessant wäre, auch von der Erschliessung her, haben wir gesagt: Wenn wir das auf eine vernünftige Art und Weise lösen können, kann man beiden Seiten entgegenkommen. Aus dieser Optik heraus haben wir diesen Lösungsvorschlag erarbeitet.

Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, im Gebiet der Lorze auf die gestrichelte Siedlungsbegrenzungslinie zu verzichten. Die Behördendelegation Lorzenebene – je zwei Gemeinderäte von Zug, Baar, Steinhausen und Cham sowie drei Regierungsräte – haben klar signalisiert, dass die Lorzenebene nicht von der Siedlung angeknabbert werden soll. Unsere nächsten Generationen sollen entscheiden können, was in dieser zentralen Ebene passiert, Zentralpark, Landwirtschaft, Naherholung oder Siedlung. Wir haben genügend Siedlungserweiterungsgebiete im Richtplan. Auch landschaftlich ist die Erweiterung praktisch bis zum heute bestehenden Veloweg nicht erwünscht. Und dies gilt auch für die Lorzenebene in der Gemeinde Baar.

➔ Der Rat lehnt den Kommissionsantrag mit 41 : 21 Stimmen ab.

Bild S. 19 unten (Fuchsloch)

Christian **Siegwart** legt seine Interessen offen: Als Oberwiler und Bewohner der Überbauung Fuchsloch ist er nicht daran interessiert, dass sich die Siedlung in diesem Gebiet nach Süden weiterentwickeln kann. Die Siedlungsbegrenzungslinie zieht an dieser landschaftlich sehr reizvollen Stelle eine klare Zäsur zwischen das Dorf Oberwil und das südliche Siedlungsgebiet, die Räbmatt. Die Wasserwerke Zug beabsichtigen, in diesem von der Zivilisation wenig belasteten Gebiet dereinst eine neue Quelle zu fassen. Warum also soll hier eine Siedlungserweiterung ermöglicht werden? Es brauchte ein Gespräch in letzter Minute zwischen den Landeigentümern, den Barmherzigen Brüdern von Maria Hilf, und einem Mitglied der RPK. Denn die Bruderschaft besitzt nebst dem Fuchsloch auch rund 5 ha Land unterhalb der Psychiatrischen Klinik, dem Franziskusheim. Diese Parzelle weist der Richtplan bereits als Siedlungserweiterungsgebiet aus. Die Brüder wollen hier aber nicht bauen, sondern eben lieber im Süden, weiter entfernt von der Klinik. Das mag für die Landeigentümer ja durchaus Sinn machen. Aus raumplanerischer Sicht aber macht es dies nicht. Das Gebiet unterhalb der Klinik wird bereits von drei Seiten von Siedlungen umgrenzt, eine Überbauung würde also – weit weniger einschneidend als im südlichen Fuchsloch – nur eine Lücke schliessen. Zudem liegt dieses Areal – lieber Karl Rust, denke an deine Motion – höchstens drei Gehminuten vom künftigen Stadtbahnhof entfernt. Vom Fuchsloch aus dauert der Fussweg mindestens drei Mal so lang. Die Stadt Zug hat genügend Entwicklungspotential nach Innen. Den Spielraum für eine Siedlungserweiterung nach Süden braucht sie heute (noch) nicht. Der Votant bittet den Rat im Namen von SP und AF, hier eine dicke Linie zu belassen.

Vreni **Siedler** möchte im Namen der FDP (11 : 3) hier ebenfalls für eine ausgezogene Siedlungsbegrenzungslinie einstehen. Es ist eine gerade Linie, es gibt also nichts zu arrondieren. Die als Landwirtschaftsland benutzte Fläche ist ebenfalls gerade und austariert. Wir sollten da nichts hineinbauen.

Louis **Suter** möchte kurz einige Sätze dazu sagen. Erstens verläuft die Linie dort ziemlich unlogisch. Sie läuft praktisch abstrakt hinter den Hochhäusern durch. Zweitens haben wir festgestellt, dass wenn die Barmherzigen Brüder dort etwas machen werden in nächster Zeit, das sicher hinten ist, wo es auch kostengünstige Wohnungen geben wird. Und wenn man schon von naher Erschliessung redet, kann man das hier speziell tun, wo es Sinn macht, wo die ganze Belastung nicht da ist und in sinnvoller Weise etwas bewegt werden kann. Und im Gegensatz zum vorherigen Punkt haben wir hier auch die Unterstützung des Stadtrats.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Wenn es irgendwo eine logische Linie gibt, ist es dort, wo bereits eingezont ist. Der Regierungsrat beantragt Verzicht auf die gestrichelte Siedlungsbegrenzungslinie im Gebiet Fuchsloch. Der Grünzug vom Zugerberg zum Zugersee ist frei von Bauten zu halten. Es handelt sich um eine landschaftlich markante Senke, welche Oberwil vom Siedlungsgebiet in der Rebmatt teilt. Auch Gründe des Grundwasserschutzes sprechen gegen eine gestrichelte Linie. Die WWZ AG will dort eine Schutzzone ausscheiden für die langfristige Wasserversorgung. Sie spricht sich für die vollständige Freihaltung der Flächen aus. Mit dem Siedlungserweiterungsgebiet südlich des Franziskusheims verfügen die Barmherzigen Brüder über ein grosses zukünftiges Baugebiet, welche sich ebenfalls für den sozialen Wohnungsbau eignet.

➔ Der Kommissionsantrag wird mit 40 : 21 Stimmen abgelehnt.

Bild S. 20 oben (Alosen)

Franz Peter **Iten** kann sich hier ganz kurz halten. Bei diesem Änderungsantrag verweist er auf sein Votum in Zusammenhang mit der Festlegung der Siedlungsbegrenzungslinie vom Vormittag. Zusätzlich zu dieser Begründung weist er darauf hin, dass dieses Gebiet ebenfalls bereits schon erschlossen ist. Aus diesem Grund bittet er den Rat, hier dem Änderungsantrag der RPK zuzustimmen, die Siedlungsbegrenzungslinie als gestrichelte Linie in den Richtplan aufzunehmen und so für eine spätere Entwicklung dieses Gebiets eine bis zwei Bautiefen zuzulassen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Wenn Sie das Tal oben sehen, kommen Sie mit dieser Erweiterung auf die Ebene. Sie müssen sich das plastisch vorstellen. Es handelt sich um landschaftlich sehr schönes Gebiet. Die Siedlung soll nicht auf die Ebene hinaufwachsen. Der raumplanerische Sündenfall sollte nicht weiter vergrössert werden. Der Richtplan verzichtet generell auf die Aufnahme von Erweiterungsgebie-

ten in peripheren Siedlungen, z.B. Bann in Steinhausen, Morgarten in Oberägeri, Hagendorn in Cham. Es sollen alle Gemeinden gleich behandelt werden.

➔ Der Kommissionsantrag wird mit 29 : 27 Stimmen abgelehnt.

Bild S. 20 unten (Wilbrunnen)

Franz Peter **Iten**: Wie Sie aus dem Situationsplan ersehen können, ist die vorgesehene Siedlungsbegrenzungslinie in ihrer Form zerklüftet. Mit der beantragten Arrondierung der Siedlungsbegrenzungslinie als trennscharf kann die Zone in einer harmonischen Linie erweitert werden. Sie würde nicht formal in die Landschaft vorstossen, sondern eine Lücke schliessen. Ein bestehendes Haus, das in seiner Form nun wirklich nicht in diese Landschaft passt, könnte dadurch endlich besser in die Landschaft integriert werden. Aus diesem Grund bittet der Votant den Rat, dem Antrag der RPK zu folgen und die vom Gemeinderat von Unterägeri unterstützte Arrondierung der Siedlungsbegrenzungslinie im Wilbrunnen als trennscharf zuzulassen

Hans-Beat **Uttinger** glaubt, es sei nicht Aufgabe der Raumplanung, schlecht gebaute Bauten zu kaschieren. Wir beantragen dem Rat keine Verschiebung des Siedlungsgebiets im Gebiet Wilbrunnen. Wie im Gebiet Moos in Alosen soll auch hier eine kleine periphere Siedlung nicht ausgedehnt werden. Es ist falsch, mit den neuen Bauten schlechte Siedlungen zu kaschieren. Diese Politik führt zu einer weiteren Zersiedlung der Landschaft.

➔ Der Rat schliesst sich mit 37 : 23 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

Bild S. 21 oben (Acher)

Lilian **Hurschler-Baumgartner** stellt im Namen von AF und SP den Antrag, beim Acher eine durchgezogene Siedlungsbegrenzungslinie zu ziehen, wie es der Regierungsrat ursprünglich vorsah. Unsere Begründung: Unterägeri erhält mit dem neuen Richtplan mehr als genügend Flächen für künftige Siedlungsgebiete. Es besteht in Unterägeri erhebliches Verdichtungspotenzial und es könnten an verschiedenen Orten Siedlungslücken geschlossen werden. Es macht deshalb keinen Sinn, quasi auf Vorrat bereits weitere Gebiete an Hanglage für eine Siedlungserweiterung vorzusehen. Überlassen wir diese Aufgabe der nächsten Generation.

Franz Peter **Iten** weist darauf hin, dass sich der Gemeinderat offen lassen möchte, das vermehrt am Hang gebaut werden kann, da diese Wohnlage in der Nähe des Höhenweges als A1-Lage bezeichnet werden kann. Mit dieser Haltung wird es möglich sein, die Gebiete in der Ebene Richtung Wilbrunnen und Schützen als Naherholungsgebiete frei zu halten. Dieses Gebiet ist wegen der Hanglage landwirtschaftlich

nur unter schwersten Bedingungen zu nutzen. Der Votant bittet den Rat deshalb, dem Antrag von RPK und Regierung zuzustimmen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 51 : 13 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

Bild S. 21 unten

Vreni **Sidler** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Ansicht ist, dass Richtung Holzhäusern eine gestrichelte Linie möglich ist, aber Richtung Stalden, Brättigen, wo man wirklich in eine neues Gebiet vorstösst und den Hang runter geht, eine ausgezogene Linie sein sollte.

Karl **Nussbaumer** bittet den Rat, den Antrag der RPK zu unterstützen, welchen auch die SVP-Fraktion unterstützt. Begründung: Das Bauland im Menzingen ist sehr knapp und neue Bauzonen sind genau da vorgesehen, wo junge Bauern ihre Existenz aufbauen, das Land bewirtschaften und nicht bereit sind, Land für Bauland abzutreten. Deshalb ist es zwingend, die gestrichelten Linien, wie sie die RPK beschlossen hat, im Richtplan aufzunehmen. Auch der Gemeinderat von Menzingen hält an diesen gestrichelten Linien fest. Man spricht hier lediglich von ein bis zwei Bautiefen und nicht mehr und nicht weniger.

Andrea **Erni** hat etwas Mühe, herauszufinden, was sensible und was nicht sensible Siedlungsbegrenzungslinien sein sollten. Beim Stalden hat es eine wunderschöne Kapelle, welche von weit her zu sehen ist. Es geht auch den Hang runter und wenn man da Bautiefen überschreitet, wird diese Kapelle zugebaut und das ist auch von unten sehr gut sichtbar. Es ist ein wunderschönes Naherholungsgebiet. Darum denken wir wirklich, dass es keinen Sinn macht, dort die Siedlungsbegrenzungslinie zu überschreiten. Die Siedlungsbegrenzungslinie Richtung Holzhüseren geht entlang der Hanglinie, sie ist eine Art natürliche Siedlungsbegrenzungslinie. Die Votantin weiss auch, dass der Bauer, dem das Land gehört, dieses gar nicht verkaufen will. Wir denken, es soll da wirklich nicht gerüttelt werden. Es wäre sehr schade. Da gibt es ein übergeordnetes Interesse. – Bei Edlibach sind wir auch nicht einverstanden mit der Siedlungserweiterung und stellen den Antrag, dass auch dort nochmals abgestimmt wird. Edlibach erhält bereits jetzt erhebliche Siedlungserweiterungsmöglichkeiten, und wir sehen keinen Grund, weshalb diese nochmals überschritten werden sollten. Im Namen von SP und AF bittet Andrea Erni aus diesen Gründen, der Regierung beim Stalden und bei Edlibach zu folgen und die Anträge auf Durchbrechung der Siedlungsbegrenzungslinien abzulehnen.

Louis **Suter** nimmt vor allem zu Edlibach Stellung. Die RPK sieht das wesentlich anders. Das ist genau ein Gebiet, das wiederum mit der Gemeinde zusammen auf eine solche flexible Zone hofft, damit man dort wirkungsvoll und pragmatisch vorgehen kann. So weit der Votant weiss, ist das auch kongruent mit der Regierung. Er möchte den Rat deshalb bitten, bei Edlibach die gestrichelte Linie zu gewähren.

Zum Gebiet ob Holzhüseren. Dort geht es um zwei Sachen. Einerseits die untere Linie, die von der Regierung auch akzeptiert wird. Das Gebiet bei Stalden haben wir mit den Menzingern selbst beurteilt und sind zum Schluss gekommen, dass man diese Grenze durchaus etwas lockerer handhaben kann. – Die CVP-Fraktion hat hier eine andere Meinung. Der Finanzdirektor hat sich als Ortskenner sehr stark dafür engagiert, damit wir diese Linie durchziehen. Die CVP möchte die Linie bei Stalden gerade ziehen.

Bruno **Pezzatti** ist gerade bei dieser letzten Begründung des Kommissionspräsidenten überhaupt nicht einig mit ihm. Der heutige Finanzdirektor ist nicht mehr Mitglied des Gemeinderats. Dieser ist für die gestrichelte Linie und der Votant bittet den Rat, ihm hier zu folgen.

Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass die Regierung sich bei den gestrichelten Linien in Edlibach und ob Holzhüseren der RPK anschliesst. Sie ist aber gegen eine gestrichelte Linie bei Stalden. Begründung: Landschaftlich ist dieses Gebiet empfindlich (BLN-Gebiet). Neue Bauzonen würden auf der Krete liegen und die Bauten wären von weit her einsehbar. Eine Erweiterung würde die schützenswerte Kapelle umschliessen. Hier handelt es sich auch um ein wichtiges Naherholungsgebiet für Menzingen. Der gestrichelten Siedlungsbegrenzungslinie ob Holzhüseren kann hingegen zugestimmt werden. Und nochmals: Nach der Gemeinde Baar, der Gemeinde Zug und der Gemeinde Oberägeri kriegt dann langsam aber sicher auch die Gemeinde Menzingen Mühe mit RPG 15, wenn alles eingezont werden soll. Dann kommt der Bund und sagt njet.

➔ Bei Edlibach schliesst sich der Rat mit 53 : 14 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

➔ Bei Stalden lehnt der Rat den Kommissionsantrag mit 48 : 23 Stimmen ab.

➔ Ob Holzhüseren schliesst sich der Rat mit 53 : 15 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

Bild S. 22 oben

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier nur die beiden linken Kreise auf dem linken Bild bestritten sind (Weststrasse und Neuhof).

Christian **Siegwart** versteht den Kampf der Bauernfamilie Christen, deren Hof durch die Nordzufahrt zweigeteilt wird. Schliesslich geht es um ihre wirtschaftliche Existenz. Doch dass hier, quasi als Schmiermittel für einen beschleunigten Bau der Nordzufahrt, raumplanerische Konzessionen gemacht werden, kann doch nicht

angehen. Schliesslich ist es alles andere als sicher, ob die Eigentümer angesichts einer möglichen Einzonung ihr Land für den Strassenbau schneller abtreten. Denn schliesslich steigt durch diese Massnahme auch der potentielle Wert des Grundstücks. Wir sprechen hier von einem Herzstück des Konzepts Lorzenebene. Unter diesem gemeinsamen Ziel gingen alle Gemeinden Kompromisse ein. Nun wollen sich die Baarer, die mit Siedlungserweiterungsgebieten ohnehin schon reichlich bedient werden, nicht mehr an diese Kompromisse erinnern. Durch die Verschiebung der Siedlungsbegrenzung beim Neuhof würde das Konzept Lorzenebene weiter angeknabbert, und die Idee einer Stadtallmend entsorgt, noch bevor sie ausgereift ist. Wenn man angesichts des Siedlungsverlaufs in Baars Süden beim Neuhof ja noch geteilter Meinung sein kann, wäre eine weitere Bautätigkeit beim Hof Blaser nach Westen hin ein raumplanerischer Salto mortale. Ausser dem guten Gefühl, einem von Landabtretungen betroffenen Bauern die Existenz zu sichern, spricht nichts, aber auch gar nichts für eine Einzonung an dieser Stelle. Die Siedlungsbegrenzung sollte hier also für die nächsten 20 Jahre dick und fett gezeichnet werden.

Alois **Gössi**: Stadtallmend – eine Vision von Zug und Baar, den Grüngürtel im Bereich Kollermühle, Schochenmühle, entlang der Autobahn und in Zukunft entlang der Nordzufahrt frei zu halten. Frei zu halten als Naherholungsgebiet, als Grüngürtel, als Landwirtschaftsfläche. Es geht einfach darum, dies nicht zu überbauen, und schon wird diese Vision Wirklichkeit. Wir müssen nichts tun, damit etwas Bestehendes erhalten bleibt. Was hindert uns daran, dafür zu sorgen, dass diese Vision Wirklichkeit bleibt? Auch der Gemeinderat von Baar war von dieser Vision überzeugt und hat sie einstimmig und einhellig vertreten. Jedenfalls so lange, bis eine Motion an der Gemeindeversammlung – die jedoch nur sehr knapp gut geheissen wurde – die Umzonung vom Neuhof verlangte. Wir knabbern hier noch ein wenig von der sogenannten Stadtallmend an und später dort noch ein wenig, und irgendwann haben wir nur noch einige nicht zusammenhängende Grünflächen übrig. Wollen wir dies? Wir von der SP-Fraktion wollen es nicht. Wir wollen weiterhin einen intakten und zusammenhängenden Grüngürtel. Wir wollen weiterhin ein Naherholungsgebiet. Wir wollen weiterhin zusammenhängende Landwirtschaftsflächen. Wir denken nicht nur kurz-, sondern auch langfristig, und nicht nur für uns, sondern auch für die Umwelt. Aus diesem Grund wollen wir auch einen dicken Strich statt eine gestrichelte Linie beim Hof Blaser.

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass das Gebiet Neuhof in Baar auf Grund einer erheblich erklärten Motion eingezont werden sollte. Die Siedlungsbegrenzung sollte hier gerade verlaufen. Wir sprechen hier immer vom Anknabbern der Lorzenebene. Wenn man sich die Situation vergegenwärtigt, könnte man gerade so gut sagen, die Lorzenebene knabbere das natürliche Siedlungsgebiet von Baar an. Es ist kein Wurmfortsatz in die Lorzenebene hinaus, sondern ein hineinknabbern der Lorzenebene in das Siedlungsgebiet. Es wurde von Weitsicht für unsere kommenden Generationen gesprochen. Genau dies ist der Grund, warum es für den Votanten ein Herzensanliegen ist, dass dieses Gebiet längerfristig als Siedlungsgebiet festgelegt wird. Wir sprechen hier von einem Horizont von dreissig Jahren. Für Baar ist es zentral wichtig, dass in diesem Gebiet eine bauliche Entwicklung durchführbar ist. Der Kanton investiert mindestens 120 Mio. in die Nordzufahrt. Er investiert in die Stadt-

bahn gesamthaft 70 Mio. Schauen Sie, wo die Stadtbahn-Haltestellen sind! Baar leidet unter sehr grossem Durchgangsverkehr vom Berg, vom Säuliamt, weil die Leute ihre Arbeitsgebiete aufsuchen wollen. Wenn Zug und Baar sich verkehrsberuhigen wollen, müssen wir doch die Wachstumsgebiete für das Gewerbe dort ansiedeln, wo wir nahe an der Autobahn sind. Und dort, wo die Stadtbahn-Haltestellen sind. Es kann doch nicht sein, dass wir in die Stadtbahn investieren und dann die besterschlossenen Gebiete nicht überbauen. Es sind rein raumplanerische Gründe, die hier dafür sprechen, eine Siedlungserweiterung längerfristig möglich zu machen. Der Votant bittet insbesondere die FDP-Fraktion, die scheinbar hier geteilter Meinung ist, dem längerfristigen Wirtschaftswachstum eine Chance zu geben und dem Kommissionsantrag zuzustimmen, damit Baar an den bestgeeignetsten Gebieten längerfristig wachsen kann.

Maja **Dübendorfer** hält fest, dass die Gemeinde Baar seit längerer Zeit bestrebt ist – auch im Hinblick auf die geplante Nordzufahrt –, hier eine befriedigende Lösung für alle zu finden. Die erweiterte Einzonung gemäss dem Vorschlag der Kommission ist ganz im Sinne des Baarer Gemeinderats, wurde doch eine entsprechende Motion aller bürgerlichen Parteien von der Gemeindeversammlung erheblich erklärt. Die Einzonung gemäss Kommissionsvorschlag rund um den Neuhof der Familie Christen ist für eine zügige und problemlose Realisierung der Nordzufahrt von grosser Bedeutung. Wir erwarten doch von der Familie Christen eine Zusage. Was ist so schlimm, wenn wir von unserer Seite her auch ein Entgegenkommen signalisieren? Die Lorzenebene wird dadurch nicht zusätzlich gefährdet. Das gleiche gilt für den Altgasshof. Dieser ist durch Strassen, Lorzekorrektur und Autobahnzufahrt bereits massiv belastet und zerstückelt. Stimmen wir auch hier für den Kommissionsbeschluss, um der Familie Blaser entgegenzukommen. Wir alle profitieren davon, wenn wir den Vorschlägen der Kommission zustimmen. Beim Neuhof für die erweiterte Einzonung, und beim Altgasshof für die gestrichelte Siedlungsbegrenzung.

Guido **Käch** möchte den Rat auffordern, dem Vorschlag der Regierung zuzustimmen, und begründet das wie folgt. Vor zwei bis drei Jahren haben wir Verhandlungen geführt bezüglich der Nordzufahrt. Viele Mitglieder dieses Rats wissen, was da diskutiert und beschlossen wurde. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Strasse auch die Siedlungsbegrenzungslinie darstellt. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn man heute zwei Jahre später kommt und sagt, das sei nicht mehr so. Der Votant sagt dem die grösste Inkonsequenz der Politik, wenn wir diesem Vorschlag der Kommission zustimmen. Er bittet den Rat, den Regierungsantrag zu unterstützen.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass jetzt immer gesagt wird, diese Einzonung habe mit der Nordzufahrt und dem Landerwerb von der Familie Christen zu tun. Dem ist einfach nicht so. Die Einzonung stand bei der Bewilligung der Strasse noch nicht zur Debatte. Man ist in Baar erst nachher darauf gekommen, dass man gesagt hat, wenn wir hier schon eine Strasse bauen, dann soll doch die Möglichkeit bestehen, auf der anderen Seite eine Erweiterung vorzunehmen. Das ist der Hauptgrund. Und hier wird unterschwellig der Vorwurf gemacht, man wolle auf diesem Weg den Landerwerb

tätigen. Sicher kann man davon ausgehen, dass wenn Baar die Möglichkeit erhält, eine Einzonung vorzunehmen, sie das sicher nicht machen wird, wenn nicht gleichzeitig von der Familie Christen die Zusicherung kommt, dass sie Hand bieten würde zur Verfügungsstellung von Land, und zwar zu einem Betrag, wie das heute wäre und nicht nach der Einzonung. Der Votant möchte den Rat bitten, dem Antrag der RPK zuzustimmen – auch die CVP ist mehrheitlich dafür.

Guido **Käch** möchte ergänzen, dass es bei der Linienführung immer das Hauptargument war, dass es auch die Siedlungsbegrenzungslinie ist. Das war das Argument, dass die Strasse so geführt wurde. Da gibt es nichts zu diskutieren.

Louis **Suter** möchte versuchen, den Akzent auf die Raumplanung zu setzen und die anderen Aspekte etwas in den Hintergrund zu stellen. Betrachten Sie einmal ganz genau das ganze Feld! Unsere Kommission hat die Idee, das Ganze in einer schön gezogenen leichten Kurve hinunter zu ziehen, damit wir einen sauberen Abschluss haben. Jetzt haben wir etwas wie eine Insel oder eine Einbuchtung hinein und mittendrin der Hof, der durch die neue Strasse zerschnitten wird. Und wo wollen wir Entwicklungsgebiete, vor allem Mischzonen, wo auch Dienstleistungsbetriebe angesiedelt werden können? Das muss doch dort sein, wo wir die beste Erschliessung haben. Wir haben eine Motion Karl Rust. Und jetzt plötzlich verwässern wir diese, obwohl wir gesagt haben: Dort soll die Entwicklung stattfinden. Das ist doch der beste Ort. Der Kommissionspräsident hat auch Verständnis für die anderen Anliegen, Naherholungsgebiete usw.. Aber diese können wir auf der hinteren Seite durchaus machen, wir haben alle Möglichkeiten. Alle Attribute, die Sie fordern, werden erfüllt. Aber es macht doch keinen Sinn, weder raumplanerisch noch finanziell. Der Votant hatte auch die Möglichkeit, dieses Problem mit Auswärtigen zu diskutieren. Sie konnten nur den Kopf schütteln, dass mittendrin, ganz in der Nähe vom Bahnhof, der Grüngürtel gezogen werden soll. Louis Suter möchte den Rat bitten, aus raumplanerischer Sicht der Kommission zuzustimmen.

Andrea **Hodel** möchte klarstellend zur Haltung der FDP-Fraktion sagen, dass diese in der Mehrheit beim Neuhof dem Vorschlag der Kommission folgt, und genau mit dem gleichen Argument, wie das der Kommissionspräsident vorgebracht hat, beim Blaser bei der gestrichelten Linie die Zustimmung verweigert.

➔ Beim linken oberen Kreis (Weststrasse/Blaser) erhalten sowohl der Antrag der Regierung wie jener der Kommission je 35 Stimmen. Der Vorsitzende gibt den Stichentscheid zu Gunsten des Kommissionsantrags.

➔ Beim linken unteren Kreis (Neuhof) unterstützt der Rat den Kommissionsantrag mit 42 : 28 Stimmen.

Leo **Granziol** hat einen Antrag betreffend der gestrichelten Linie in Inwil, entlang der Strasse (rechter unterer Kreis). Er hat gehört, dass sich die Kommission am Morgen

anders entschieden hat und wieder auf die Linie des Regierungsrats zurück gegangen ist. Wir in der CVP haben beschlossen, auf die alte Kommissionslinie einzuschwenken und diese Linie gestrichelt zu führen. Er möchte beantragen, dass man die Linie dort gestrichelt führt. Begründung: Es ist sinnvoll, wenn diese Strasse gebaut wird, dass man dann dort bis an die neue Strasse heran bauen könnte. Die beiden Landeigentümer haben bereits ein Projekt vorgesehen, wonach dort ein Lärmriegel gegenüber den bestehenden Bauten gebaut würde, um ihnen dadurch einen Schutz zu bieten. Damit würde der Landerwerb auch massgeblich erleichtert. Wird dies nicht gemacht, muss der Kanton dort gewaltige Lärmschutzbauten aufstellen, damit diese Inwiler Wohnbauten geschützt werden könnten. Deshalb wäre es sinnvoll, diese Linie gestrichelt zu führen. Es ist selbstverständlich, dass wenn die Strasse nicht gebaut wird, die heutige Strasse die richtige Zonengrenze ist und der Gemeinderat in Baar das sicher nicht einzonen wird. Aber wenn die Strasse kommt, ist es sinnvoll, dass man die Zonengrenze verschieben könnte.
Der Votant möchte Folgendes hinzufügen: Wenn man es nicht einzont, muss man sich sehr fragen, ob dann die Strasse überhaupt die richtige Linienführung hat. Sie führt dann nämlich völlig willkürlich dort durch das Land, mit etwa 20 Meter Abstand von der heutigen Strasse, und zerschneidet zwei, drei Parzellen mitten durch. Dort könnte man auch sagen: Das ist ohne Not so, man muss dann die Strasse weiter nördlich verschieben. Deshalb möchte Leo Granziol beantragen, dass die Gemeinde Baar dann die Kompetenz erhält, hier besser zu verhandeln.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die Probleme so im Gegenteil zunehmen würden. Wir haben im Sinn, dort einen Lärmschutzhügel zu bauen, der die jetzige Einzonung abdeckt. Und darum appelliert die Regierung an den Rat, keine gestrichelte Siedlungsbegrenzungslinie vorzusehen. Der Grünzug zwischen der Inwilerstrasse und der zukünftigen Tangente Neufeld soll beibehalten werden. Keine Bauten an die neue Tangente Neufeld! Sonst sind nur weitere Einsprachen der zukünftigen Bewohner gegen diese Strasse absehbar.

➔ Der Antrag Granziol (rechter unterer Kreis – Inwil) wird mit 56 : 8 Stimmen abgelehnt.

Martin **Stuber**: Sie haben vorher beschlossen, einen Kernpunkt des Raumentwicklungsprogramms Lorzenebene zu kippen mit diesen neuen Siedlungsbegrenzungslinien. Der Votant macht deshalb zur Kompensation folgenden Antrag. In Herti-Nord wird zur Zeit fleissig gebaut, das sogenannte Herti 6. Das ist insofern erfreulich, weil dringend benötigter Wohnraum geschaffen wird. Anderseits freuen sich aber nicht alle. So z.B. der Bauer, welcher sein Pachtland abgeben musste für diese Überbauung. Es gibt nicht mehr viele Bauern in der Stadt Zug und die verbliebenen kämpfen fast um jeden Quadratmeter Land, den sie noch bebauen können. Nördlich der im Bau befindlichen Herti 6 ist noch mehr Land eingezont. Die Siedlungsbegrenzungslinie läuft dieser heutigen Zone entlang. Nun ist es so, dass ein Teil des Landes einem Bauern, resp. einer Erbengemeinschaft gehört, welche das Land eigentlich am liebsten ausgezont haben möchten, weil sie dort noch lange bauern möchten. Es ist ein junger Bauer, der das heute bebaut. Der andere Teil des Landes gehört der Korpora-

tion und der Votant hat aus deren Reihen auch schon Stimmen gehört, die es gar nicht stören würde, wenn mit Herti 6 Schluss wäre gegen Norden. Dieser Meinung ist übrigens auch die vorbereitende Fachkommission, welche dieses Raumentwicklungskonzept Lorze erarbeitet hat, und die sich gegen eine weitere Bebauung nördlich der Herti gestellt hat. Martin Stuber stellt also den Antrag, die Siedlungsbegrenzungslinie in diesem Bereich nach Süden bis zum Weg, gleich anschliessend an Herti 6, zu ziehen (siehe Bild S. 19 oben). Helfen Sie bitte mit, dass die Landwirtschaft auch in der Stadt Zug eine Zukunft hat.

Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass wir hier Raumplanung machen und keine Zonenplanung. Wenn auch irgendwelche Zusagen von irgendwelchen Liegenschaftsbesitzern vorliegen, können wir nicht darauf abstellen. Was passiert jetzt konkret, wenn wir die Siedlungsbegrenzungslinie zurücknehmen in einem eingezonten Gebiet? Wer garantiert, dass der Eigentümer tatsächlich nicht einzonen will? Das ist Angelegenheit der Stadt. Der Baudirektor kann doch der Stadt nicht aufzwingen, auf ein eingezontes Gebiet zu verzichten und sie dann noch verpflichten, die dementsprechenden Entschädigungen zu zahlen. Das geht jetzt wirklich nicht hier in der Raumplanung. Das ist vielleicht gut gemeint, aber falsch angebracht.

Louis **Suter** möchte in dieser Frage den Baudirektor unterstützen. Es geht noch um etwas Zusätzliches. Wenn das theoretisch tatsächlich so wäre, dass das ausgezont werden sollte auf Grund der Besitzer, dann müssen wir deshalb diese feste Siedlungsbegrenzungslinie überhaupt nicht ändern. Dann kann man diese Ecke herausnehmen. Unterscheiden wir doch zwischen der Richtplanung und der Nutzungsplanung der Gemeinde. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, diesem Antrag nicht zu folgen.

➔ Der Antrag Stuber wird mit 49 : 7 Stimmen abgelehnt.

Bild S. 22 unten

Jean-Pierre **Prodolliet**: Siedlungsbegrenzungen sind sehr wichtig, wenn wir die Schönheit unserer Landschaft erhalten wollen. Es ist schon verschiedentlich gesagt worden, dass es Ziel unseres Richtplans sei, unsere landschaftlichen Qualitäten zu erhalten. Aber man sollte dem auch nachleben. Diese Siedlungsbegrenzungslinie westlich von Cham ist topographisch sehr klar entschieden worden. Sie gewährleistet einen grossräumigen landschaftlichen Zusammenhang, den man als solchen erlebt; sie gewährleistet im Weiteren auch landwirtschaftlich gut nutzbare Flächen, also nicht solche, die durch Siedlungen unterbrochen sind. Sie gibt auch beträchtliche Flächen für die Besiedlung frei. Diese Siedlungsbegrenzung sollten wir so belassen und nicht gestrichelt entscheiden, weil sie überzeugend ist. Der Votant kann sich nicht vorstellen, was man mit einer Überschreitung hier erreichen kann. Wir haben genügend Möglichkeiten, zu besiedeln. Wenn wir darüber hinaus gehen, gäbe es Schwierigkeiten bei der Erschliessung. Jean-Pierre Prodolliet beantragt deshalb im

Namen von SP und AF, diese Siedlungsbegrenzungslinie so festzuhalten, wie sie der Regierungsrat vorgeschlagen hat.
Louis **Suter**: Wenn Sie das Gebiet genau betrachten, sehen Sie, dass effektiv für die Siedlungserweiterung praktisch kein Gebiet genutzt werden soll. Die Gemeinde Hünenberg, die mitten in der Nutzungsplanung ist, möchte intern genau festlegen, wo diese neue Linie am sinnvollsten sein soll. Der Kommissionspräsident hat gehört, dass das nicht unbedingt mehr links sein soll, sondern eher noch weiter rechts. Denn das ist topographisch sinnvoller. Wir haben einen schriftlichen Antrag der Gemeinde Hünenberg, dass man ihr um Himmelswillen diese Linienführung überlassen soll. Es geht nicht darum, dass man mehr einzonen möchte. Die Hünenberger wollen das im Moment nicht einzonen, aber sie wollen wissen, wie dieser Teil der Gemeinde sich langfristig entwickeln soll. Das ist ja genau die Stärke dieser Richtplanung. Deshalb möchte der Votant den Rat bitten, diesem Antrag nicht zu folgen, sondern Kommission und Regierung zuzustimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Prodolliet mit 42 : 15 Stimmen ab.

Bild S. 23 unten

Lilian **Hurschler-Baumgartner** hält fest, dass AF und SP sehr froh sind, dass die RPK nach unseren Information die Vorschläge des Regierungsrats nördlich von Buonas und auf dem Areal des «Wilden Mannes» seit heute Morgen nun doch unterstützt. Damit erledigen sich die beiden Anträge von unserer Seite zu diesen zwei Gebieten. Nun geht es uns aber noch um die südliche Siedlungsbegrenzungslinie bei der Unteren Auleten. AF und SP *stellen den Antrag, es sei die bestehende südliche Siedlungsbegrenzungslinie wie sie in der gemeindlichen Nutzungsplanung von 1994 drin ist, beizubehalten. Und es sei auf die neue Siedlungsbegrenzungslinie zu verzichten.* Begründung: Diese Siedlungserweiterung scheint uns nicht nötig zu sein, denn in Buonas ist bis heute noch nicht einmal das bebaubare Land von fast 20'000 m^2 innerhalb der bestehenden Siedlungsbegrenzungslinie ausgeschöpft. Und zusätzlich wird eine Landhauszone von ca. 30'000 m^2 für exklusive Wohnlage am See seit der ersten Zonenplanung von 1975 gehortet. Oberstes Gebot der Raumordnungspolitik muss eine nachhaltige Entwicklung und Förderung der Lebensqualität im Kanton Zug sein. Dies heisst, dass mit geeigneten Massnahmen darauf hinzuwirken ist, dass das Verhältnis der Bauflächen mit den Landschaftsflächen sich nicht nur dem Druck der Zersiedelung beugt. Felix Häcki hat heute Morgen gesagt, es bringe nichts, auf Vorrat einzuzonen. Wir sind der Meinung, dies gelte auch in diesem Fall. Es freut die Votantin, dass eine Mehrheit der Rischer Kantonsräte diesen Antrag unterstützt.

Louis **Suter** weist darauf hin, dass dieses Gebiet mit der RPK besucht wurde. Wir haben alle Facts studiert und uns auch eingehend mit zwei Gemeinderäten unterhalten. Wir sind zum Schluss gekommen, dass dieses Gebiet auf Grund der neuen Situation und auf Antrag der Gemeinde so belassen werden sollte. Auch hier wieder: Richt- und Nutzungsplanung sind zu trennen. Es ist explizit der Wunsch des Gemeinderats gewesen, dass man dort für etwas besser betuchte Villenbesitzer

etwas machen solle, weil sie vor allem auch aus finanziellen Überlegungen diese Wunderlage nutzen wollen. Das hat uns der Herr Baudirektor der Gemeinde Risch ganz genau erklärt. Wir haben uns geeinigt, dass wir diesen Antrag zusammen mit der Baudirektion unterstützen möchten.

Hans-Beat **Uttinger** hat eine Verständnisfrage. Die Kommission wollte doch die Siedlungsbegrenzungslinie im Norden auf die Strasse zurücknehmen und sie ist für die Erweiterung beim «Wilden Mann»?

Louis **Suter** betont, dass Beides zurückgezogen wurde. Es besteht hier keine Differenz zwischen Kommission und Regierung.

➔ Der Antrag von AF und SP wird mit 47 : 19 Stimmen abgelehnt.

Louis **Suter** hält fest, dass die Kommission beantragt, die Siedlungsbegrenzungslinie im Norden nahe Gibel fest auf die Strasse zurück zu nehmen. Das ist neuer Antrag. Wir haben dort eine natürliche Begrenzung. Nach unseren Informationen will auch der Bauer dort nicht einzonen. Mit dieser Strassenbegrenzung haben wir eine saubere Linie.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** ist etwas verwirrt, weil der Kommissionspräsident vor der eben gemachten Abstimmung genau das Gegenteil gesagt hat. – Die Gemeinde Risch hat bereits am 6. Mai 2002 bei der Stellungnahme und dann auch beim Mitwirkungsverfahren zum kantonalen Richtplan im Oktober 2002 darum ersucht, diese ein bis zwei Bautiefen zuzulassen. Somit hält der Regierungsrat in Übereinstimmung mit der Gemeinde Risch daran fest.

René **Bär** weist darauf hin, dass es hier nicht um etwas Neues geht, sondern darum, das Bestehende aufrecht zu erhalten. Denn die bestehende Linie ist der Weg und sie ist grundbuchamtlich festgehalten. Als der Votant neu in diese Kommission kam, war die Linie nach aussen gezogen. Er glaubte, das wäre so fixiert. Das ist eben nicht so, sondern die alte Linie ist bestehend und wir erwarten nichts anderes, als dass diese von den Landbesitzern respektiert wird. Auf der Parzelle 947 wurde am 13. April 1993 eine Baubewilligung für ein Projekt ausserhalb der Bauzone erteilt. Und jetzt hat man das nur schnell mit einem Schlingg in die Bauzone hinein nehmen wollen. Das ist absolut unfair. Wir erwarten, dass die alte Bauzone erhalten bleibt.

➔ Der Rat schliesst sich mit 55 : 8 dem Kommissionsantrag an.

Louis **Suter** hält fest, dass beim «Wilden Mann» keine Differenz zur Regierung mehr besteht. Die Kommission ist von ihrem ursprünglichen Antrag abgerückt.

S 3.1.3

Erwina **Winiger Jutz**: Wer wenig Platz hat, muss in die Höhe bauen. Das hat der Mensch als rationales Wesen erkannt und das treibt die Häuser in immer schwindelerregendere Höhen. Wir kennen New York oder Hongkong – Städte mit imposanter Architektur. Die Verhältnisse bei uns sind aber doch etwas bescheidener. Bei uns wird jedes Hochhaus schon von weit als solches wahrgenommen. Und wir streiten darüber, ob ein hohes Haus nun mit 25 oder 35 Metern ein Hochhaus ist. Wir haben auch aus der Vergangenheit gelernt und wissen jetzt, dass man ein Hochhaus nicht wie die Toblerone-Blöcke in Oberwil an einen Hang stellen soll. Oder dass ein Hochhaus in einem Ensemble viel weniger mächtig wirkt als allein im weiten Feld. Gelungene Beispiele für Hochbauten sind für die Votantin das Herti-Quartier oder die Überbauung im Alpenblick in Cham. Diese beiden Beispiele zeigen aber auch, dass nur genügend Grünflächen und Zwischenräume eine menschenfreundliche Hochhaus-Überbauung möglich machen. Warum sollten wir Hochhaus-Bauten in Bezug auf Nutzen gegenüber anderen Areal-Überbauungen bevorzugen? Wollen wir Hochhaus-Bauten bewusst fördern? Steht ein Konzept dahinter? Sicherlich nicht. Die Hochhaus-Planung jedenfalls hat ja bereits Schiffbruch erlitten. So sehen wir keinen Grund für eine Besserstellung von Hochbauten. SP und AF sind deshalb der Ansicht, dass wir den von der Regierung vorgeschlagenen Artikel 3.1.3 im Richtplan belassen sollten.

Andrea **Hodel** meint, dass wenn wir S 3.1.3 belassen, auf das Planen von Hochhäusern gleich verzichten können. Denn wo sind die Standorte, die sich für Hochhäuser eignen? Nicht die grüne Wiese, wo wir rundherum Platz schaffen können, sondern die Kernzonen. Von daher ist zwingend ein verdichtetes Bauen damit verbunden. Die Votantin bittet den Rat deshalb im Namen der FDP-Fraktion, hier dem Kommissionsantrag zuzustimmen.

Karl **Rust** vertritt den Hochhaus-Artikel mit der Ausnützungsziffer aus der Sicht der Kommission. Es geht um die Ausnützungsziffer. Bis anhin war das Kompetenz und Sache der Gemeinden. Und so soll es auch bleiben. Neu und unbestritten ist, dass im ganzen Teilraum 1 hohe Häuser gebaut werden können, nämlich in Zug, Baar, Steinhausen, Hünenberg und Rotkreuz. Der Votant kann den Regierungsrat und die AF beruhigen. Wir haben Qualitätshürden eingebaut, damit überhaupt etwas passiert und die Ausnützungsziffer in den Hintergrund tritt. Diese vier Qualitätshürden sind:

- Der Bebauungsplan, den eine Gemeinde über die Stimmbürger bestimmt und in der Stadt Zug über den Grossen Gemeinderat.
- Die Vorprüfung und die Genehmigung durch den Regierungsrat. Dieser ist sowohl bei der Vorprüfung wie auch bei der Genehmigung dabei. Es kann also überhaupt nichts passieren, weil die Aufsicht ohnehin beim Kanton ist.
- Wir haben über 35 Meter eine zusätzliche Hürde eingebaut, nämlich einen Bebauungsplan als Ergebnis von Varianten. Da müssen sich die Architekten Varianten überlegen, diese vorlegen, und erst dann gibt es eine Genehmigung. Das ist eine sehr hohe Hürde.
- Fünf spezielle Anforderungen, die unter S 3.1.4 aufgeführt sind. Das ist nochmals eine Hürde.

Diese vier Hürden bewirken vielleicht, dass jemand überhaupt keinen Anreiz mehr hat, ein Hochhaus zu bauen. Der Votant hat mit mehreren Architekten über diese Qualität diskutiert und die Kommission kann hinter diesem Entscheid stehen.
Nun zum Entscheidenden: Die Ausnützungsziffer ist via Bebauungsplan in der Kompetenz der Gemeinde. Und so soll es auch bleiben. Es hat sich auch bewährt. Die Ausnützungsziffer ist sehr unterschiedlich je nach Gemeinde und Perimeterfläche. (Karl Rust erklärt das anhand von Beispielen aus verschiedenen Gemeinden.) Sie sehen, wir müssen das beim Bebauungsplan bei den Gemeinden lassen und die Qualität ist gesichert.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** erinnert Karl Rust daran, dass 3.1.1 sowie 3.1.2 unbestritten sind und wir hier über 3.1.3 sprechen. Und das hat nun wirklich nichts mehr mit «im Grünen» zu tun. Und es hat auch nichts mit der Ausnützungsziffer zu tun, denn diese legt nachher die Gemeinde fest. Es geht um die Bevorzugung von Hochhäusern. Damit sie eben nicht im Grünen stehen. Damit die architektonisch wertvolleren Lösungen durchkommen bei gleicher Verdichtung. Aber bei keiner Bevorzugung rein durch den Bebauungsplan. Die Regelung betreffend Nutzungsverdichtung bei Hochhäusern ist demzufolge beizubehalten. Das Hochhaus soll gegenüber einer gewöhnlichen Überbauung nicht bevorteilt werden. Mit dem Streichen dieser Aussage bevorteilen Sie eindeutig Hochhäuser, unabhängig von der architektonischen Qualität. Das ist die Differenz, nur im Bebauungsplan und nicht in der Ausnützung.

Louis **Suter** möchte kurz ein Missverständnis klären. Bei 3.1.3 muss der Kommissionspräsident Andrea Hodel Recht geben. Die Gemeinden müssen eben mit dieser Ausnützungsziffer arbeiten und sie in Verbindung mit den anderen Punkten sehen. Und dann können wir etwas Gescheites machen, sonst kommen die Hochhäuser überhaupt nie zum Zug. Das ist unsere Sorge. Deshalb möchte der Kommissionspräsident bitten, auf das Votum von Karl Rust zu hören und der Kommission das Vertrauen auszusprechen, indem Sie uns zustimmen. Sonst können wir praktisch keine Hochhäuser bauen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 50 : 13 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

S 4

Louis **Suter** weist darauf hin, dass die Kommission hier ihren Antrag etwas modifizieren möchte. Das hat sich ergeben, weil auf Grund aller Diskussionen, vor allem auch in den Fraktionen, die Sache etwas anders herausgekommen ist als unsere ursprüngliche Interpretation. Wir waren der Meinung, dass der Begriff «Gebiete um die Knotenpunkte» nicht nur Bahnhöfe beinhalten, sondern generell den öffentlichen Verkehr. Scheinbar ist das aber nicht klar. Wir haben das heute Morgen nochmals eingehend diskutiert und möchten Ihnen folgenden Beschluss beliebt machen:

- Erstens möchten wir den Titel bei S.4.1 abändern. Er soll neu heissen: *Standorte für Einkaufszentren und Fachmärkte.*

- Zweitens möchten wir unseren eigenen Satz bei S 4.1.1 abändern. Er soll neu heissen: *Die Gemeinden und der Kanton konzentrieren neue Einkaufszentren und Fachmärkte auf die Kernzonen oder Gebiete mit guter Verkehrserschliessung.* Damit sind wir dem Argument, das auch von Seite der Regierung vorgebracht wurde, vollumfänglich entgegengetreten. Das Argument lautet: Was wollen Sie, wenn eine ältere Dame mit einem Schrank unter dem Arm vom Fachmarkt auf das öffentliche Verkehrsmittel gehen will.
- Bei S 4.1.2 soll der Satz nur noch wie folgt lauten: *Die Gemeinden prüfen bei der Revision der Nutzungsplanung das Einschränken von neuen Einkaufszentren und Fachmärkten ausserhalb der Kernzonen.* Mehr braucht es nämlich da gar nicht.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die Regierung an ihrem Antrag festhält. Wir wollen mit der öffentlichen Verkehrserschliessung die Einkaufszentren nicht mehr auf der grünen Wiese haben.

➔ Der Rat schliesst sich beim Titel (S 4.1) mit 53 : 10 dem Kommissionsantrag an.

➔ Der Rat schliesst sich bei S 4.1.1 mit 52 : 13 dem Kommissionsantrag an.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass sich die Regierung bei S 4.1.2 der Kommission anschliesst.

S 5.2.2

Dolfi **Müller** vertritt die Position von Stadtrat und Regierung. Wir möchten den letzten Satz drin behalten, im Gegensatz zur Kommission. Der Votant hat am Morgen gesagt, Verdichtung sei das Ei des Kolumbus. Das ist richtig, aber nicht an empfindlichen Lagen. Er hat auch gesagt, die Zuger Stadtplanung ’94 habe mit Verdichten überschossen. Aber das kann man ja jetzt noch korrigieren. Ein Beispiel aus seiner täglichen Praxis als städtischer Bauchef: Blumenweg an der Ägeristrasse. Er war auch schon einige Male in der Zeitung. Dieses schöne Bauernhaus, umgeben von sehr vielen Gebäuden. Das ist eine sehr empfindliche Lage und dort streiten wir ja unter anderem auch wegen des Ausnutzungsbonus für Arealbebauungen. Da wäre es gut, wenn vom Kanton her eine klare Richtschnur käme. Dort ist nämlich ein gewaltiges Konfliktpotenzial. Einerseits massivster Druck von Grundeigentümer-Seite, anderseits massivster Druck von Seite der Nachbarn. Es wäre also gut, wenn wir dieses Konfliktpotenzial in den Gemeinden mit diesem Satz herunterfahren könnten. Bitte unterstützen Sie hier die Regierung!

Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass sich Dolfi Müller hier irrt. Die Regierung hat sich der Version der Kommission angeschlossen. Wir sind der Meinung, das sollte dann eine Aufgabe der Gemeinden sein.

Dolfi **Müller** nimmt seinen Antrag zurück.

S 9.2.1

Dolfi **Müller** meint, es gehe hier um reine Kosmetik. Es ist also nicht ganz unwichtig. Wir haben hier auf der rechten Seite unter Punkt 6: Neues Eisstadion mit Kongresszentrum / Zwischenergebnis / offen. Mittlerweilen wissen wir ja in Zug, wo wir das Eisstadion machen. Und wir werden weitgehend den Investoren überlassen müssen, ob sie ein Kongresszentrum machen oder nicht. Dafür zahlen sie uns dann auch viel. Von daher wäre es besser, die Formulierung ohne Kongresszentrum zu verwenden. Und eine Festsetzung im Bereich K 10 aufzunehmen. Der Votant bittet, das der Realität anzupassen.

Louis **Suter** meint, die Kommission sei einverstanden.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass die Ergänzung mit *Kongresszentrum* wegzulassen ist. Es sollte ein neues Eisstadion auch ohne Kongresszentrum möglich sein. Dieser Zusatz ist zu einschränkend für die weitere Planung des Eisstadions und wohl auch für die Stadt Zug. Hingegen halten wir am Zwischenergebnis fest. Die Stadt ist uns noch zu wenig genau.

Dolfi **Müller** ist einverstanden.

L 1.1.2

Anna **Lustenberger-Seitz** weist darauf hin, dass die Kommission beantragt, bei dieser Bestimmung den Begriff Terrainveränderungen aus dem Text zu streichen. Die AF und SP-Fraktion sind gegen diesen Antrag und bitten Sie, der ursprünglichen Formulierung zuzustimmen. Begründung: Zur Sicherung der Ernährungsbasis des Landes hat der Bund Fruchtfolgeflächen ausgeschieden. Bei den Fruchtfolgeflächen handelt es sich um qualitativ bestes Landwirtschaftsland. Der Bodenaufbau ist in Jahrtausenden gewachsen und so zum guten Landwirtschaftgebiet geworden. Der Boden ist ein kompliziertes biologisches, chemisches und physikalisches System, das nach Zerstörung durch Abtragen und Veränderung, eben durch eine Terrainveränderung, nicht einfach durch Rekultivierung wieder hergestellt wer kann. Das hat zum Beispiel viel mit den Bodelebewesen, mit dem Filterverhalten, mit dem Stoff- und Gasaustausch usw. zu tun. Bei einer ackerfähigen Fruchtfolgefläche wird der ehemalige hohe Ertrag kaum mehr erreicht werden. Müssen Terrainveränderungen gemacht werden, ist es daher wichtig, dass Fruchtfolgeflächen nach Möglichkeiten geschont werden. Sie sollen nicht ohne Not abgetragen werden und mit aufwändigen Methoden nur noch unbefriedigt wiederhergestellt werden müssen.
Gleich eine Seite weiter, wenn es um den Bodenschutz geht, heisst es nämlich unter L 2.1.2 «Bund, Kanton und Gemeinden sichern die besonders fruchtbaren und chemisch schwach belastbaren Böden vorrangig für die Landwirtschaft. Sie werden nur in Abwägung aller öffentlichen Interessen abgetragen und wieder rekultiviert.» Das sagt doch alles aus über die Handhabung der Fruchtfolgeflächen. Bleiben wir also konsequent und lassen wir auch bei der Bestimmung L 1.1.2 die Terrainveränderung

zum Schutz der Fruchtfolgeflächen drin. Die Votantin bittet deshalb den Rat noch einmal, dem Antrag von Kommission und Regierung nicht zu folgen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass es bereits in 2.1.1 steht und wir es deshalb nicht doppelt brauchen. Die Vorschriften sind genügend. Es ist allgemein schon genügend geregelt und man braucht diese Reglung speziell für die Fruchtfolgeflächen nicht auch noch im kantonalen Richtplan.

Louis **Suter** weist darauf hin, dass das Ganze bereits im Bau- und Planungsgesetz geregelt ist. Dazu kommt, dass wir bei bestimmten Sachen beim Strassenbau, gerade bei Nationalstrassen, die ganzen Fruchtfolgeflächen auch berücksichtigen müssen. Es braucht also nichts Zusätzliches. Deshalb möchte der Kommissionspräsident bitten, diesen Passus zu streichen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 52 : 11 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

L 1.2.1

Jean-Pierre **Prodolliet** weist darauf hin, dass es hier um die bodenunabhängige Landwirtschaft geht. So wie die Sache auf Grund dieses Vorschlags geregelt ist, hat der Votant den Eindruck, dass es eine Inflation der bodenunabhängigen Landwirtschaft geben wird. Da kann praktisch jeder, der irgend etwas machen will im Rahmen der bodenunabhängigen Landwirtschaft, von der Gemeinde eine Bewilligung erhalten. Das eidg. Raumplanungsgesetz überträgt dem Kanton die Verantwortung für diese bodenunabhängige Landwirtschaft und verlangt vom ihm, die Anforderungen festzulegen. Wenn der Kanton das machen muss, sollte er es auch überprüfen können. Im Text des Regierungsrats ist der Satz drin: Die Zonen müssen zusammenhängend sein. Das ist ein vielleicht etwas verzweifelter Versuch, die ganze Sache etwas in den Griff zu bekommen. Man sollte diesen Satz sicher belassen und SP und AF beantragen das.
Jean-Pierre Prodolliet möchte aber noch etwas mehr. Denn diese Zonen auszuscheiden ist eine sehr verantwortungsvolle Angelegenheit, denken Sie daran, dass es da z.B. auch um Schweinemästereien geht. Diese Zonen sollten nicht nur von den Gemeinden allein festgelegt werden, sondern der Kanton sollte hier auch seine Verantwortung wahrnehmen. Der Votant schlägt deshalb noch einen zusätzlichen Antrag vor, nämlich zu Beginn des Textes folgende Ergänzung einzubringen: «Im Teilraum 1, 2 und 3 können die Gemeinden *in Zusammenarbeit mit dem Kanton …*».

Louis **Suter** möchte zuerst zwei Sachen festhalten. Wir müssen bei der bodenunabhängigen Produktion unterscheiden, ob es sich um eine mit Tieren handelt oder mit Pflanzen. Hier haben wir zwei völlig verschiedene Sachen. Deshalb macht es keinen Sinn, diese Sachen zusammenzuhängen, weil ja so oder so ein konkretes Projekt vorliegen muss. Wenn wir das zusammenlegen und die ganze Sache immer zusammenhängend sein muss, haben wir irgendwann ein Problem, weil es je nachdem, wo

das positioniert ist, überhaupt keinen Sinn machen kann, dass dort eine Schweinemästerei und vielleicht ein Hors-sol-Betrieb in der gleichen Ecke sein müssen. Oder der Standort des Schweinemästers ist ganz anderswo; da müsste der Besitzer an einen anderen Ort umziehen. Dies ist praktisch nicht durchführbar. Der zweite Punkt. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton. Das wird ja bereits schon alles gemacht. Unten haben wir die Bst. a bis e. Da sind so viele Hürden eingebaut. Bis irgend jemand überhaupt etwas bauen kann, muss er praktisch mit fünf Rechtsanwälten arbeiten, bis er sich durch den Gesetzesdschungel durchgearbeitet hat. Stellen Sie sich vor, was nur im Bereich Gewässer alles geregelt sein muss: Emissionen auf Wohngebiete, Schutz von Landschaft, Ortsbildschutz, See usw.. Man muss mindestens drei Jahre planen, bis man das alles gelöst hat. Es ist unheimlich schwierig. Aber wir wollen doch der Landwirtschaft nicht noch mehr Prügel hinwerfen und etwas Pragmatisches machen. Deshalb streichen Sie das *zusammenhängend*, es ist praktisch nicht durchführbar. Und ohne die Zusammenarbeit mit dem Kanton geht so oder so nichts.

Erwina **Winiger Jutz**: Vor ein, zwei Jahren flatterten von der Raumplanung Karten ins Haus, u.a. mit der provokativen Frage «Hors-sol-Tomaten aus Zug?» Da kann die Votantin nur antworten: Nein danke. High-tech im Hors-sol-Gewächshaus, Gemüse, das auf Steinwolle wächst, die übrigens jährlich ausgewechselt werden muss und Probleme bei der Entsorgung schafft. Oder Gemüse, das auf Polyurethan wächst, computergesteuert mit einem Nährstoffcocktail beträufelt, mit Hilfe von Kunstlicht und Klimaanlage und CO2-Luft/Gas-Gemisch versorgt. Dieses Gemüse hat geschmacklich wenig Gemeinsamkeiten mit sonnengereiftem natürlichem. Erwina Winiger als Konsumentin verzichtet konsequent auf Gemüse, das bodenunabhängig produziert wurde. Trotzdem: Um gegen sieben Millionen Menschen zu ernähren, die sich immer mehr in städtischen Ballungszentren sammeln, sind leider Gottes Intensivkulturen nötig. Denn ökologisch gesehen ist es ebenso stumpfsinnig, tonnenweise Tomaten aus Holland zu importieren. Doch überlassen wir doch diese Bodenunabhängigkeit den Städten, lassen wir es im Talgebiet geschehen und verschonen den Berg. Darum beantrag wir von SP und AF, dass die bodenunabhängige Landwirtschaft nur in den Teilräumen 1 und 2, also im Tal, möglich ist. *Wir beantragen somit die Streichung des Teilraums 3.* Die Konsumentinnen werden es Ihnen danken.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Winiger mit 47 : 13 Stimmen ab.

Jean-Pierre **Prodolliet** zieht nach den Ausführungen des Kommissionspräsidenten den Antrag zur Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem Kanton zurück.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Prodolliet gegen die Streichung des Satzes *Die Zonen müssen zusammenhängend sein* mit 49 : 14 Stimmen ab.

L 3.1.1

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass die Inflation von Weilern schon angesprochen wurde. Im eidg. Raumplanungsgesetz steht der Begriff «landwirtschaftliche Kleinsiedlung». Bei dem, was wir nun hier alles als Weiler bezeichnet haben, muss man sich fragen, ob es dem Begriff Weiler oder landwirtschaftliche Kleinsiedlung entspricht. Dem Votanten scheint es wesentlich zu sein, dass ein Weiler nicht nur einfach einige Höfe sein kann, die nahe beieinander stehen. Dazu braucht es eine Zentrumsfunktion. Niederwil ist z.B. ein Weiler, es hat eine Kirche, eine Wirtschaft und eine Schule. Aber bei vielen Weilern, die wir hier haben, kann man sich fragen, ob das zutrifft. Nun hat die RPK noch zusätzliche Weiler hineingenommen. Der eine ist Zug/Baar Unterau, beim Restaurant Freimann. Zwar ist ein Restaurant eine Zentrumsfunktion, aber wenn man beim Freimann ist, fragt man sich, wo da der Weiler ist. Weiter Cham Schönau, das sind auch ein paar Häuser, die nahe beieinander stehen. Ob da eine Zentrumsfunktion besteht, ist ebenfalls fraglich. Im Namen von AF und SP stellt Jean-Pierre Prodolliet den Antrag, diese beiden Weiler zu streichen und den Antrag der Regierung zu unterstützen.

Georg **Helfenstein** kann den Sinn der Voten seines Vorredners erkennen, aber er hat eine andere Meinung. Er spricht über die Weilerzone Schönau. Man darf Weilerzonen nicht mit Bauzonen verwechseln. Weilerzonen sind dazu da, um an diesen Standorten Kleinsiedlungern zu erhalten und massvoll weiter zu entwickeln. Was heisst das? Es dürfen Entwicklungen zugelassen werden, solange diese massvoll sind. Das heisst aber auch, dass diese im Moment eingezonten Gebiete noch nicht fertig entwickelt sind, und eine solche Entwicklung durchaus zulässig und begrüssenswert ist. Das Gebiet Schönau entspricht weitgehend den gewünschten Anforderungen. Es ist topographisch in einem separaten Gebiet gelegen und erfüllt die vom Regierungsrat im Oktober 2002 gestellten Anforderungen. Das Gebiet umfasst fünf bis zehn Gebäude, welche räumlich in einer Beziehung stehen. Drei Gebäude davon sind bewohnt. Die verlangte räumliche Zäsur zur Bauzone – mindestens 300 Meter – oder eine räumliche Zäsur wie Wald oder topographische Trennung, ist ebenfalls vorhanden. Bis zum Baugebiet Rumentikon sind es über 400 Meter, wie auch zum Baugebiet Hagendorn. Zur Zone öffentliches Interesse in Hagendorn sind es 350 Meter. Ebenfalls ist eine klare räumliche Zäsur zum Gebiet Zivilschutzzentrum Schönau gegeben. Zudem formen der Tobelbach und die Lorze zusätzlich eine klare landschaftliche Zäsur. Die topographische Trennung ist ebenfalls gegeben, vor allem wegen der Höhendifferenz zwischen der Kläranlage Schönau und dem angesprochenen Gebiet. Die historische Bedeutung des Gebiets ist seit 1910 auf der Landeskarte als Ausprägung eines Weilers eingezeichnet. Die zentralörtliche Funktion ist klar erfüllt. Wer kennt den Beerihof Schönau nicht? Die Bewohner des gewünschten Weilergebiets bearbeiten zusätzlich ein Arboretum von über 50 alten Hochstamm-Obstbäumen, welche für Schulklassen und Landwirtschaftslehrlinge als Lernobjekt dienen können.
Es gibt laut Baudirektion zwei Gründe, diese Weilerzone nicht zuzulassen. Erstens liege das Gebiet zu nahe an der Bauzone Zivilschutzzentrum. Diese Nähe ist aber durch die topographische Zäsur klar getrennt, und der Votant glaubt nicht, dass die Baudirektion in diesem Gebiet eine Grossüberbauung plant. Zweitens fehle die zentralörtliche Funktion. Wie wir aber am Anfang hörten, dürfen sich Weilerzonen entwi-

ckeln. Diese zentralörtliche Funktion ist bei anderen, bereits bestehenden Weilerzonen auch nicht mehr selbstverständlich, wenn bestehende Käsereien schliessen und dadurch z.B. ein Lagerplatz oder ein Party-Service ermöglicht wird. Auch dort findet eine Entwicklung statt, welche man nicht dauernd wieder neu überprüft. Die Bewohner dieses Gebiets mussten sich bis jetzt bei Baubewilligungsverfahren dermassen kleinlich an Vorgaben halten, dass allein dadurch auf eine Weilerzone zu schliessen ist. Es geht nicht darum, andere Gebiete, welche eingezont sind, in Frage zu stellen. Aber es geht um Objektivität und Fairness. Die Gemeinde Cham hat den Antrag der RPK um Einzonung dieses Gebiets nochmals in ihrer Planungskommission diskutiert und sich nicht dagegen gestellt, dieses Gebiet in eine Weilerzone umzuzonen. Die ursprüngliche Haltung der Gemeinden wurde damit erklärt, dass sich der Kanton im Vorfeld schon negativ darüber geäussert habe, und so wurde das Thema in der Gemeinde nicht als vordringlich eingestuft. Mittlerweile hat sich dies geändert – in Bezug auf den Richtplan hat sich bereits vieles geändert. Georg Helfenstein bittet den Rat, dem Antrag der RPK auf Einzonung des Gebiets Schönau zuzustimmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint, jetzt gehe die Kommission ein sehr hohes Risiko ein. Sowohl Unterau wie auch Schönau sind nicht neu als Weiler einzusetzen. Die Voraussetzungen gemäss einheitlicher kantonaler Methodik für die Festsetzung dieser Weiler sind nicht erfüllt. Unterau liegt zu nahe an der Bauzone und ist von der Form her eher ein Bananenweiler. Es fehlt ein konzentriertes Siedlungsgefüge. Die Schönau hat keine zentralörtliche Funktion und liegt zu nahe an der Zone für öffentliche Bauten. Und jetzt kommt es: Der Bund hat signalisiert, dass er mit der Weilerausscheidung im kantonalen Richtplan noch gewisse Mühe hat. Die Aufnahme weiterer zweifelhafter Weiler dürfte ihn darin bestärken und ihn veranlassen, uns die gesamten Weiler nicht zu genehmigen. D.h. dass jetzt bauwillige Leute, vor allem in Menzingen, die anfangen wollen im Januar, auf längere Zeit blockiert sind. Sie riskieren, dass sämtliche Weiler vorläufig rausfliegen. In diesem Sinne und im Sinne des Ganzen bittet der Votant den Rat, diese beiden Weiler wegzulassen.

➔ Der Rat lehnt es mit 34 : 29 Stimmen ab, Unterau als Weiler festzusetzen.

➔ Der Rat lehnt es mit 36 : 27 Stimmen ab, Schönau als Weiler festzusetzen.

L 6.1.1

Jean-Pierre **Prodolliet** weist darauf hin, dass diese Wildtierkorridore eine sehr gute Sache sind. Er möchte einen Antrag stellen, einen zusätzlichen wichtigen Korridor in die Liste aufzunehmen. Es handelt sich um das Gebiet des Städtler Walds in Cham. Er ist heute losgelöst von allen anderen Naturgebieten und hat seine Vernetzung mit den übrigen Naturräumen verloren. Schuld daran sind die Strassen, die darum herum gebaut worden sind. Die Gemeinde Cham hat sich schon oft mit diesem Problem befasst. Sie hat zum Teil immer wieder gefordert, dass wir den Wildtierkorridor herstellen zwischen Städtler Wald und Lorze. Nun hat auch die Planungskommission der Gemeinde Cham sich mit dem Problem befasst und sie will eine Verbindung

schaffen nördlich, d.h. über die Autobahn hinweg zum Pfad Wald und dem Gebiet Grossmoos. Also einen zusätzlichen Wildkorridor dort einfügen. Dies ist eine Wiedergutmachung eines Schadens, den der Verkehr an der Natur ausgeübt hat. Und es ist ein grosses Anliegen der Chamer Planungskommission, diesen Wildtierkorridor schaffen zu können. Wir sollten ihn deshalb in diesen Richtplan aufnehmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass dieser Wildkorridor nicht im Bundesinventar aufgenommen ist. Den bezahlen wir selber und bauen ihn über ungefähr zehn Autobahnspuren hinweg. Sehr teuer.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass die Planungskommission Cham mehrmals über diesen Wildtierkorridor gesprochen hat. Es wurden mehrere Anträge an den Regierungsrat gestellt und niemals wurde etwas berücksichtigt. Und das schon seit Jahren. Stellen wir uns vor: In nächster Zeit wird die Autobahn verbreitert. Die Kurve in der Blegi wird den Städtler Wald zusätzlich abschneiden, er wird noch kleiner, und ebenso der Pfad Wald. Wir haben dort weit und breit keine Fussgängerverbindung und schon gar keine Verbindung für das Wild. Es ist notwendig, dass wir dort etwas machen. Und heute haben wir die Gelegenheit, gegenüber dem Bund ein Zeichen zu setzen. Der Bund hat natürlich im Moment kein Interesse, dort etwas zu bauen. Aber im Zusammenhang mit der Autobahn, die eine neue Autobahn wird, können wir fordern, dass der Bund uns diesen Wildtierübergang bezahlt. Wenn wir heute nichts machen, dann verpassen wir die Chance und bezahlen diesen Wildkorridor tatsächlich selber, wie das der Baudirektor gesagt hat. Der Votant bittet den Rat also, im Namen unserer Finanzen einen Sparantrag gut zu heissen. Bewilligen wir das heute, dann bezahlen wir es nicht selber.

Vreni **Sidler** möchte diesen Antrag unterstützen. Es ist um einiges billiger als die Autobahnüberdachung in Blickensdorf. Und es würde uns für diesen Wald wirklich sehr viel bringen.

Louis **Suter** meint, wir müssten uns über die finanziellen Auswirkungen dieses Antrags schon noch einige Gedanken machen. Er glaubt, wir werden heute mit diesem Richtplan sowieso nicht fertig. Er beantragt, das noch einmal zu überschlafen und bei der Fortsetzung der Debatte darüber zu bestimmen. Geben Sie der RPK die Gelegenheit, das zu prüfen! Dann können wir später nochmals auf diesen Antrag zurückkommen.

Der **Vorsitzende** fragt die Antragsteller, ob sie mit diesem Aufschub einverstanden sind oder am Antrag festhalten. – Sie halten am Antrag fest.

Georg **Helfenstein** ist der Meinung, man sollte jetzt abstimmen.

René **Bär** stellt den Antrag auf Verschieben.

Der **Vorsitzende** nimmt das als Ordnungsantrag. Er fragt den Rat, ob die Frage verschoben oder sofort behandelt werden soll.

➔ Der Rat beschliesst mit 42 : 11 Stimmen, die Frage sofort zu behandeln.

➔ Der Rat schliesst sich mit 39 : 20 Stimmen dem Antrag Prodolliet an, wonach die Wildkorridore um das Gebiet Städtler Wald erweitert werden.

L 7.1.3

Christian **Siegwart**: Der Antrag auf Streichung der Kriterien, die für Bauten und Anlagen in Landschaftsschongebieten gelten, bestätigt für den Votanten das Gesamtbild. Lieber verwässern als konkretisieren. Ohne diese Kriterien und vor allem mit dem neuen Zusatz, der für landschaftliche Anliegen eine Interessenabwägung nötig machen würde, werden dem Paragraphen die Zähne gezogen. Statt einheitlicher Kriterien und einer gewissen Rechtssicherheit droht die Willkür. Bitte nehmen Sie den Punkt L 7.1.3 im Sinne der Regierung in den Richtplan auf. Das ist im Sinne von SP und AF.

Louis **Suter** möchte den Rat im Namen der Kommission bitten, unsere Formulierung zu übernehmen. Weshalb? Wenn wir das Ganze Landschaftsschongebiet betrachten, müssen wir wissen, dass 80 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche solches Landschaftsschongebiet sind. Zweitens müssen wir wissen, dass von diesem Landschaftsschongebiet, noch einmal von der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus gerechnet, 43 % auch BLN-Gebiet sind. Was heisst das in der Praxis? Es ist praktisch kaum ein Betrieb, der nicht irgendwie mit diesem Landschaftsschongebiet konfrontiert ist. Und wenn wir heute die landwirtschaftliche Situation betrachten, stellen wir unschwer fest, dass wir wesentliche wirtschaftliche Probleme haben. Wenn wir das nun so formulieren, wie es die Regierung möchte, legen wir noch einiges an Problemen hinzu, vor allem wenn wir die Bst a bis d betrachten. So wird das Bauern dann praktisch unmöglich gemacht. Denn es kommen neue Kriterien dazu, die wir in dieser Form noch nicht gehabt haben. Und selbst wenn der Baudirektor heute sagt, dass selbstverständlich darauf gesehen wird, so mag das sein guter Wille sein, die Praxis heute und vor allem morgen wird das ganz anders zeigen. Denn so etwas darf nicht von Personen abhängen, sondern es muss von den effektiven Kriterien abhängen. Wenn ein Bauer heute bauen will, muss er so viele Gesetze durchwandern und durchwühlen, vom Gewässerschutz über die Bodenabhängigkeit, den Tierschutz, den Schutz von Bauten, die Höhe wird vorgeschrieben, sogar das Dach, die Farbe. Es ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Das haben wir in der Vergangenheit zu oft gehabt, vor allem wenn es um die Höhenbeschränkung ging. Und jetzt kommt ein neues Kriterium dazu. Wir müssen davon ausgehen, dass zukünftig sehr viele Betriebe zusammengelegt werden. Die Scheunen werden wesentlich grösser werden. Die Bauten werden grösser. Wir werden vor neuen Kriterien stehen. Und was

heisst das für die Praxis? 80 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Es gibt keinen Kanton in der ganzen Schweiz, der so viele Landschaftsschongebiete hat. Die Landwirte haben ja gesagt. Aber bitte legen Sie ihnen nicht noch zusätzliche Hindernisse in den Weg. Bitte folgen Sie dem Antrag der Kommission. Das ist eine Formulierung, mit der wir miteinander zukünftig die Probleme am besten lösen können.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint, es werde paradox. Gerade weil wir Kriterien aufstellen, sind dann die Bauern der sogenannten Beamtenwillkür nicht ausgeliefert. Es ist genau das Gegenteil von dem, was der Kommissionspräsident sagt. Die konkrete Interessenabwägung in einem materiell sehr wichtigen Gebiet ist beizubehalten. Damit entsteht *weniger* Willkür und *jedermann* weiss, wie die zuständigen Amtsstellen ihre Abwägungen durchführen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 39 : 19 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

Bild S. 48 unten

Martin **Stuber** kann sich kurz fassen, weil wir heute schon mehrmals über dieses Gebiet gesprochen haben. Sie haben ja bereits eine Korrektur vorgenommen, dass Sie beim Fuchsloch eine durchgezogene Linie beschlossen haben. Sie haben heute auch gehört, dass das ein empfindliches Gebiet ist. Und AF und SP können nicht nachvollziehen, wieso man ausgerechnet diese beiden Gebiete aus dem Landschaftsschongebiet herausnehmen will. Eigentlich müsste man das Gegenteil tun. Es sind sehr empfindliche Gebiete. Wenn dort etwas gemacht wird, soll das schonend geschehen.

Louis **Suter** möchte zuerst die Meinung der CVP-Fraktion vorbringen. Sie möchte diese beiden Gebiete als Landschaftsschongebiet behalten.
Die RPK stellt Ihnen den Antrag, auf Antrag der Stadtgemeinde Zug, diese Gebiete herauszunehmen, weil sie ihre Handhabung und Flexibilität in diesem Gebiet wahrnehmen will.

Rudolf **Balsiger**: Gehen wir doch zurück zum Prinzip, dass wir die Anträge und Bedürfnisse der Gemeinden berücksichtigen. Gehen wir auf den Antrag der Stadt Zug ein und nehmen das aus dem Schutzgebiet heraus.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass die beiden Landschaftsschongebiete bei Gimenen und Trubikon Zug nicht zu streichen sind. Beide Landschaftskammern sind sensibles und klassisches Schongebiet für die Landschaft. Die beiden Grünzüge vom Zugerberg zum See sind landschaftlich sehr reizvoll und zudem: Analoge Gebiete entlang dem Ägerisee sind auch Landschaftsschongebiete. Machen Sie also keinen Unterschied zwischen Ägeri- und Zugersee!

Es ist vorher von der Kommission gesagt worden, dass der Stadtrat einverstanden ist, dass die Landschaftsschongebiete heraus kommen. Ist das so? (Das wird von den anwesenden Stadträten bestätigt.)

➔ Der Rat beschliesst mit 41 : 16 Stimmen, das Gebiet Bröchli/Gimenen als Landschaftsschongebiet zu belassen.

➔ Der Rat beschliesst mit 40 : 17 Stimmen, das Gebiet bei Trubikon/Fuchsloch als Landschaftsschongebiet zu belassen.

L 7.2.3

Jean-Pierre **Prodolliet** weist darauf hin, dass die RPK bei diesem Punkt etwas Neues hineingebracht hat. Wenn er das liest, wird er fast ein wenig hässig. Ihm scheint das bezeichnend für die Mentalität der RPK, wie wir sie heute kennen gelernt haben. Eigentlichen Schutz der Landschaft will sie nicht. Kiesabbauen ist wichtiger, Bauern ist wichtiger. Man will eine Interessenabwägung vornehmen. Diese wird mit diesem Zusatz bereits vorweggenommen. Naherholung ist wichtiger, Siedlungsentwicklung ist wichtiger. Der Regierungsrat hat diesen Zusatz nicht in seinem Vorschlag gehabt. SP und AF empfehlen dem Rat, die Fassung der Regierung aufzunehmen und den fast etwas vandalistischen Vorschlag der RPK entschieden abzulehnen.

Louis **Suter** möchte den Rat darauf aufmerksam machen, wie gross dieses BLN-Gebiet ist. Es zieht sich über praktisch das ganze Berggebiet bis zur Sihl. Und vor allem die Vertreter der Berggemeinden haben natürlich ein ureigenes Interesse, aufzuzeigen, dass man einerseits mitmacht, aber anderseits ihre Interessen auch mit einbeziehen soll. Was heisst das? Wir haben das Stichwort Naherholung. Diese kann man auf verschiedene Weise machen. Wir müssen wissen, wie stark dieses Gebiet durch die Naherholung schon belastet ist. Einerseits haben wir eine bestimmte Siedlungsentwicklung. Wir wissen durch die Richtplanung und die Bildung der Teilräume, dass sich die Arbeitsplätze hier in eher geringer Weise entwickeln sollen. Wir haben hier also sehr Vieles eingebaut. Das darf man nicht ganz weglassen. Und die Vertreter der Berggemeinden haben ihre Angst ausdrücken wollen, dass man da nicht x-beliebige Sachen mitmachen will. Das ist ihr ureigenes Interesse. Anderseits anerkennen sie die Bedeutung des BLN-Gebiets. Und deshalb haben wir eine Formulierung gesucht und gefunden, die meint: Wir sagen ja, machen in dieser ganzen Sache mit; aber lasst uns doch die verschiedenen Punkte miteinander abwägen, damit das nicht in eine falsche Richtung geht. Denn irgendwie müssen das die Menschen dieser Region mittragen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** kann Jean-Pierre Prodolliet beruhigen, er muss nicht hässig werden. Ob das da drin steht oder nicht, spielt überhaupt keine Rolle. Die Interessenabwägung wird der Kanton so oder so vornehmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Prodolliet mit 47 : 14 Stimmen ab.

L 8.1.4

Karl **Nussbaumer** hält fest, dass man sich sicher fragen kann, ob man diesen oder einen anderen Bach aus dem kantonalen Richtplan streichen soll. Dies ist sicher richtig, denn es geht ja nur um eine sogenannte Analyse, denkt man. Aber wie sieht die Wirklichkeit aus? Ja, man spricht von der Einbeziehung der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer bei der Planung. Aber man spricht nicht vom Druck, der auf diese ausgeübt werden kann. Wer von Ihnen kennt das Gebiet, wo der Schwellibach liegt? Wohl sehr wenige. Der Votant kennt es sehr gut, und auch alle Grundeigentümer. Es handelt in der Mehrheit um junge Bauern, die mit dieser Renaturierung nicht einverstanden sind und sich wehren. Denn wer das Gebiet kennt, weiss genau, dass eine Renaturierung das ganze Gebiet spaltet und die Bauern eine riesige Fruchtfolgeeinbusse hinnehmen müssten, da man nachher das Land nicht mehr gleich bewirtschaften kann wie vor einer Renaturierung. Eine finanzielle Abgeltung durch den Staat reicht hier nicht, um den betroffenen Bauern die Renaturierung schmackhaft zu machen. Die Bauern, insbesondere unsere Jungbauern, sind schon genug mit ständigen Gesetzesänderungen und finanziellen Einbussen konfrontiert. Insbesondere ist nicht zu begreifen, warum die Regierung daran festhält, den Schwellibach im neuen Richtplan zu erfassen, obwohl sie genau weiss, dass sämtliche sechs Grundeigentümer wie auch die Gemeinde Menzingen gegen dieses Vorhaben sind. Bedenken wir, dass jede Analyse Geld kostet. Und wir wissen auch, dass wir im Kanton Zug Geld sparen müssen. Also setzen wir hier ein Zeichen und streichen den Schwellibach aus dem neuen Richtplan. Deshalb bittet Karl Nussbaumer den Rat, dem Antrag der RPK zuzustimmen und damit jungen Bauern zu helfen, eine Zukunft zu garantieren.

Andrea **Erni** weist darauf hin, dass die Renaturierung von Fliessgewässern nicht nur eine Wohltat für diese selbst ist, sondern auch für Pflanzen, Tiere und nicht zuletzt für uns Menschen, also für die ganze Umwelt. Wir von SP und AF sehen keinen Grund, den Schwellibach aus der Liste der zu prüfenden Fliessgewässern zu streichen. Das Gebiet rund um Unter- und Oberschwelli, Ölegg und Schwand ist sehr schön, schützenswert und reizend. Es wäre ein zusätzlicher Gewinn für diese Gegend, wenn der Schwellibach wieder in einem natürlichen Bett fliessen könnte. Aber es geht hier und jetzt und heute gar nicht darum, zu entscheiden, welches Fliessgewässer renaturiert wird oder nicht. Sondern es geht darum, jene Fliessgewässer zu nennen, deren Renaturierungspotenzial analysiert werden soll. Im Namen von SP und AF bittet die Votantin den Rat, das unverständliche Ansinnen der RPK abzulehnen und den Schwellibach auf der Liste zu belassen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Ausgerechnet den schönsten von allen wollen Sie mir streichen! Der Schwellibach Menzingen ist weiterhin als Fliessgewässer mit Renaturierungspotenzial beizubehalten. Er hat ein grosses Potenzial. Weiter fliesst er auch durch ein kantonales Naturschutzgebiet. Mit der neuen Formulierung im Richtplantext sind die Grundeigentümer in die Planung einzubeziehen. Falls die Eigentümer nicht mitmachen, wird auch nichts passieren, da der Kanton auf ihre Mitarbeit angewiesen ist. Aber eines Tages – vielleicht in einer späteren Generation –

sind die Eigentümer einverstanden, wollen mit uns zusammen etwas Schönes machen, und kriegen auch noch Geld dafür.

➔ Der Rat schliesst sich mit 39 : 20 Stimmen dem Antrag Regierung an, wonach der Schwellibach in der Liste zu belassen ist.

L 8.3.2

Anna **Lustenberger-Seitz** weist darauf hin, dass mit dem Wachstum unseres Kantons, mit der Ausweitung der Siedlungen verschiedene Naherholungsgebiete geschmälert wurden oder ganz verschwunden sind. Natürliche Lebensräume als Naherholungsgebiete zu nutzen ist das eine, natürliche Lebensräume für Flora und Fauna zu schützen das andere. Letzteres ist eine wichtige Aufgabe des Kantons, entsprechend gehört sie in den Richtplan. Mit Punkt 8.3.1 haben wir gerade beschlossen, dass Kanton und Gemeinde im Siedlungsgebiet die Anliegen unterstützen, wonach der See für Erholung, Freizeit und Sport attraktiv zu gestalten sei. Das ist richtig. Gerade darum aber braucht es die Bestimmung von Punkt 8.3.2 um so dringender. Denn hier wird festgehalten, dass ausserhalb der Siedlungen die Interessen der Natur und Landschaft Vorrang haben und dass diese Abschnitte auch von Erholungseinrichtungen möglichst frei zu halten sind oder höchstens für naturverträgliche Erholung genützt werden können. Wenn wir diesen Abschnitt gemäss Kommission streichen würden, heisst es nirgends mehr, wo z.B. keine Feuerstellen gebaut werden dürfen, wo kein aktiver Sport – zum Schutz der Natur – ausgeübt werden darf. Ausserdem sind bereits weite Teile des Ufers am Zugersee überbaut, oder sie werden als Erholungszonen genutzt. Es gilt nun die restlichen wenigen natürlichen Uferstellen zu schützen. Und mit dieser Bestimmung ist dies festgehalten. Die AF ist überzeugt, dass mit diesen Vorgaben im Richtplan das Anliegen der Natur, nämlich deren Schutz, gewährleistet ist. Der Text ist massvoll, ausgewogen, keineswegs ein bürokratisches Hindernis oder eine viel zu weit gehende Forderung. Auch das Argument, diese werde ja schon in anderen Orten, in Gesetzen oder Verordnungen festgelegt, ist zu wenig stichhaltig. Es wichtig, dass der Kanton gerade in einem Richtplan zu ökologischen Anliegen steht und entsprechend Farbe bekennt. Wir sind daher gegen den Antrag der Kommission, diese Bestimmung aus dem Richtplan zu streichen.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP wie die AF den Antrag der RPK ablehnen, diesen Punkt aus dem Richtplan zu streichen. Weshalb will sie diesen wirkungsvollen Grundsatz aus dem Richtplan streichen? Will sie keine guten Möglichkeiten für den Kanton und die Gemeinden, einzugreifen, wenn Bauten, Hütten oder andere Möbelliierungen die Landschaft am Seeufer verschandeln? Das Seeufer im Kanton Zug gehört der Allgemeinheit und nicht Einzelnen oder Einzelinteressen. Es ist deshalb richtig, wenn der Regierungsrat diese schützen will. Zu viele Möbelliierungen wurden in den letzten Jahren rund um das Seeufer erstellt, teilweise nachträglich legalisiert oder wieder abgebrochen. Die Freiheit des Einzelnen und die eines Grundeigentümers, einer Grundeigentümerin im Besonderen werden durch diese Bestimmung nicht geschmälert. Ohne sie bleiben aber die Gemeinden und der Kanton flügellahm

und haben noch weniger Möglichkeiten einzugreifen. Die Votantin erinnert den Rat auch daran, dass seit den 70er-Jahren im Raumplanungsgesetz die Bestimmung enthalten ist, dass der Zugang zu den Seeufern erleichtert und ermöglicht werden soll. Geschehen ist in dieser Richtung im Kanton Zug bisher nicht sehr viel. Unsere Seeufer brauchen jeden Schutz und jede Bestimmung, um sie zugänglich zu machen oder frei zu halten. Die SP plädiert dafür, diesen Passus im Richtplan zu belassen.

Louis **Suter** weist darauf hin, dass der Schutz und die Freihaltung der Seeuferzonen im Zweckartikel des RPG bereits enthalten ist. Die Formulierung, wie wir sie hier haben, ist für uns dermassen einschränkend und ausschliessend, dass wir sie als viel zu weit gehend betrachten. Ein Beispiel: Was geschieht mit der Badi Zweiern? Solche Beispiele geben uns nachher echte Probleme. Zudem hat diese Formulierung auf den Seepark keine Auswirkung. Da haben wir bereits ein Nutzungskonzept. Wir haben auch ein anderes Problem, nämlich mit dem Begriff Siedlungsgebiet. Er ist nicht klar. Was ist z.B. mit dem Murpfli? Ist das ein Siedlungsgebiet, aber in keiner Bauzone? Solche Fragen stellen sich mit dieser Formulierung sehr häufig. Deshalb ist die Kommission für Streichen. Und diese Streichung haben wir als eine der ganz wenigen im Bereich der Seeufer zu Null gemacht.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Zwei Mal nein. Es geht nicht um Neumöblierung und es geht um Besitzstandgarantie. Die Aussagen zum naturnahen Seeufer sind beizubehalten. Dieser Grundsatz ist der Kollege von Grundsatz 8.3.1. Im Siedlungsgebiet steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Vordergrund. Ausserhalb soll Natur und Landschaft Vorrang haben. Dabei sind heute bestehende Bauten, Anlagen und Nutzungen, wie Badeanlagen, Bootshäuser, Stege und landwirtschaftliche Nutzungen nicht tangiert. Es sollen einfach keine neue Rummelplätze an naturnahen Stellen des Sees entstehen, was wohl im Interesse der gesamten Zuger Bevölkerung ist. Es hat doch keinen Sinn, dass wir eine Wakeboard-Veranstaltung aus der Stadt heraus nehmen und in Dersbach draussen abhalten.

➔ Der Rat schliesst sich mit 36 : 15 Stimmen dem Antrag der Regierung an, den Punkt so zu belassen.

291 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 18. Dezember 2003

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

21. SITZUNG: DONNERSTAG, 18. DEZEMBER 2003
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.25 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

292 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri und Hans Christen, beide Zug; Markus Bucher und Martin B. Lehmann, beide Unterägeri; Konrad Studerus, Menzingen; Georg Helfenstein, Cham.

293 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass heute zwei Mitglieder des Kantonsrats verabschiedet werden, nämlich Hans Durrer und Heinz Tännler, die beide per Ende Dezember 2003 als Mitglieder des Kantonsrats zurücktreten. Der Ziehvater nimmt seinen Ziehsohn gleich mit auf das Altenteil.
Das originelle und geistreiche Rücktrittsschreiben von Dr. Hans *Durrer*, das an alle Mitglieder des Kantonsrats gerichtet ist, haben wir auf allen Tischen ausgelegt. Er verlässt uns besonders aus gesundheitlichen Gründen. Dr. Hans Durrer hat sich einen Namen als nicht immer bequemer, aber überaus kompetenter Finanzpolitiker gemacht. Seine echt besorgten, mahnenden Worte zu den Zuger Finanzen haben sich nachträglich häufig als richtig erwiesen. Wir hoffen, um die Worte und Logik gemäss seinem Rücktrittschreiben zu verwenden, dass er noch lange Zeit nur «ein guter Politiker» ist anstatt ein «sehr guter Politiker».
Heinz *Tännler*, der uns auf Grund einer beruflichen Neuorientierung verlässt, hat sich einen sehr guten Namen durch viele fundierte parlamentarische Vorstösse gemacht.

Seine Kreativität zeigt sich darin, dass er zur Zeit derjenige Parlamentarier ist, der dicht hinter Beat Villiger/CVP-Fraktion am zweitmeisten hängige bzw. noch nicht erledigte Vorstösse aufweist. Seinen möglicherweise grössten Verdienst für unsere Öffentlichkeit hat er sich als Präsident der Spitalkommission erworben, die er mit grosser Effizient, Sachkenntnis und Überzeugungskraft geleitet hat. Er hat einen wichtigen Beitrag geleistet, dass das grösste Hochbauvorhaben des Kantons beim Volk dermassen wuchtig angenommen worden ist. Wir hoffen, dass er bei seiner verantwortungsvollen Tätigkeit rund um den Erdball auch gelegentlich an das bescheidene kleine Provinzparlament denkt.
Auf die Rücktritte der beiden Parlamentarier trifft wohl ein Zitat von Lothar Schmidt zu, der sagte: «Politiker wollen immer beliebt sein. Schade, dass die Wahrheit nicht immer beliebt ist.»

Zur *Verwendung des Hellraumprojektors*. In letzter Zeit sind vermehrt Folien während den KR-Sitzungen verwendet worden. Das Büro des Rats hat an seiner letzten Sitzung folgendes beschlossen: Der Kantonsratspräsident erteilt aus wichtigen Gründen und mit Zurückhaltung die Bewilligung, den Hellraumprojektor zu verwenden. Das Gesuch ist vor der Sitzung mit Angabe der Anzahl der Folien dem Präsidenten einzureichen und zu begründen. Die Verwendung des Hellraumprojektors macht nur dann Sinn, wenn eine komplexe Materie visualisiert wird. Der Vorsitzende bittet den Rat um Verständnis, dass wir hier nicht Dia- oder Filmfestival-Nachmittage veranstalten wollen.

Noch etwas zur letzten KR-Sitzung, die der Präsident um 17.15 noch mit einem Traktandum verlängerte. Er bittet um entsprechende Nachsicht. Einerseits ist es Übereifer des Präsidenten, dass er etwas überzieht; auf der anderen Seite ist in Erinnerung zu rufen, dass er natürlich auch die Pflicht hat, die Geschäfte so rasch wie möglich durchzuberaten. Das flammende Votum von Anna Lustenberger-Seitz ist ihm nicht gemeldet worden, sonst hätte er dieses Traktandum gar nicht mehr behandelt. Aber auch wenn wir ein wenig überziehen, sollte der Rat möglichst bis zum Schluss der Sitzung anwesend sein. Sonst wird er nach § 33 der Geschäftsordnung verfahren, und jene, die vorzeitig gehen, verlieren das Sitzungsgeld.

294 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. November 2003.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Ersatzwahlen in die kantonsrätlichen Kommissionen.
4. Wahl von Strafrichter lic. iur. Urs Flury als ausserordentliches Ersatzmitglied beim Strafgericht in den Verfahren SG 2001 38 – 40 für die Zeit vom 1. Februar bis 15. März 2004.
   Berichte und Anträge des Obergerichts (Nr. 1194.1 – 11350) und der Justizprüfungskommission (Nr. 1194.2 – 11365).
5. Einbürgerungsgesuche.
   Antrag des Regierungsrats (Nr. 1197.1 – 11354).

6. Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2004 – 2011.
   2. Lesung (Nr. 1160.6 – 11358).
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Planungs- und Projektierungskredite öffentlicher Verkehr.
   2. Lesung (Nr. 1168.5 – 11359).
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Abstimmung des Zuger Busnetzes auf die Stadtbahn Zug und eines vorgezogenen Budgetkredits 2005.
   2. Lesung (Nr. 1171.5 – 11360).
9. Aktualisierte Finanzstrategie für den Kanton Zug 2004 - 2010.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1191.1 – 11333) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1191.2/1190.2 – 11351).
10. Finanzplan 2004 - 2007.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1190.1 – 11332) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1191.2/1190.2 – 11351).
11. Budget 2004 sowie Budget 2004 der Strafanstalt Bostadel.
    Gedruckter Voranschlag des Regierungsrats sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1195.1 – 11352).
12. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Baubeitrag an den Verein Zugerische Werkstätte für Behinderte (ZUWEBE) für die Werkstätte Bösch in der Gemeinde Hünenberg.
    Nur eine Lesung.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 713.7 – 11334) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 713.8 – 11361).

---

13. Allfällige Geschäfte, die am 17. Dezember 2003 traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten.

---

14. Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats aufgrund hängiger parlamentarischer Vorstösse nach der Ablehnung des Kantonsratsgesetzes (KRG) am 28. Juni 2001 (Kleine Parlamentsreform).
    Nur eine Lesung.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1108.1/.2 – 11127/28) und der Kommission (Nrn. 1108.3/.4 – 11304/09).
15. Interpellation von Karl Betschart und Moritz Schmid betreffend Submissionsgesetz (Nr. 1088.1 – 11080).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1088.2 – 11355).

294 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Vormittagssitzung vom 27. November 2003 wird genehmigt.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass das Nachmittagsprotokoll der Sitzung vom 27. November 2003 wegen der kurzen Frist von drei Wochen zwischen den Sitzungen und der Frist von 10 Tagen zur vorherigen Zustellung nicht rechtzeitig versendet werden konnte. Es ist zwar erstellt, wird aber erst Ende Januar 2004 genehmigt.

295 MOTION VON JEAN-PIERRE PRODOLLIET BETREFFEND GESETZLICHE MASSNAHMEN, DIE BEWIRKEN, DASS GRUNDEIGENTUM FÜR DIE IN DER NEUEN RAUMPLANUNG VORGESEHENEN ZWECKE GENUTZT WERDEN KANN UND DIE DER BAULANDHORTUNG ENTGEGENWIRKEN

Jean-Pierre **Prodolliet**, Cham, sowie sieben Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 25. November 2003 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1193.1 – 11349 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

296 INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND FAMILIENFREUNDLICHE BLOCKZEITEN

Die **CVP-Fraktion** hat am 28. November 2003 die in der Vorlage Nr. 1198.1 – 11364 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sieben Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

297 INTERPELLATION VON THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND AUSSCHREITUNGEN IM RAHMEN DES WEF

Thomas **Lötscher**, Neuheim, hat am 9. Dezember 2003 die in der Vorlage Nr. 1199.1 – 11369 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

298 ERSATZWAHLEN IN DIE KANTONSRÄTLICHEN KOMMISSIONEN

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass die Kantonsräte Gerhard Pfister (per Ende November 2003), Hans Durrer und Heinz Tännler (beide per Ende Dezember 2003) als Mitglieder des Kantonsrats zurückgetreten sind. Das Ersatzwahlverfahren dauert im Durchschnitt ca. 55 Tage (Gewählterklärung durch den Gemeinderat, Publikation der Gewählterklärung im Amtsblatt mit Rechtsmittelfrist von 20 Tagen, Antrag des Regierungsrats an den Kantonsrat zur Genehmigung der Ersatzwahl). Der Nachfol-

ger von Gerhard Pfister kann somit heute noch nicht vereidigt werden, weil das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Alle drei Nachfolgenden werden erst an der Sitzung von Ende Januar 2004 ihr Amt antreten. Es ist hingegen möglich, dass die Ersatzwahlen in die kantonsrätlichen Kommissionen bereits heute vorgenommen werden.

Kommission für den öffentlichen Verkehr. Die CVP-Fraktion schlägt als sofortige Nachfolge für Gerhard Pfister per 29. Januar 2004 vor: Thiemo *Hächler*, Oberägeri.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Engere Staatswirtschaftskommission. Die SVP-Fraktion schlägt als Nachfolge für Hans Durrer und Heinz Tännler per 1. Januar 2004 vor: Karl *Betschart* und Silvia *Künzli*, beide Baar.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Kommission für Spitalfragen. Die SVP-Fraktion schlägt als Nachfolge für Heinz Tännler per 1. Januar 2004 vor: Anton *Stöckli*, Zug.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Kommission für Spitalfragen. Die SVP-Fraktion schlägt als neuen *Präsidenten* dieser Kommission per 1. Januar 2004 vor: Karl *Betschart*, Baar.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Kommission betreffend KRB zur Erprobung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV). Die SVP-Fraktion schlägt als Nachfolger von Hans Durrer und Heinz Tännler vor: Heidi *Robadey*, Unterägeri, und Franz *Zoppi*, Risch.

➔ Der Rat ist einverstanden.

299 WAHL VON STRAFRICHTER LIC.IUR. URS FLURY ALS AUSSERORDENTLICHES ERSATZMITGLIED BEIM STRAFGERICHT IN DEN VERFAHREN SG 2001 38-40 FÜR DIE ZEIT VOM 1. FEBRUAR – 15. MÄRZ 2004

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts (Nr. 1194.1 – 11350) und der Justizprüfungskommission (Nr. 1194.2 – 1136).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 40 Abs. 1 Ziff. 3 GOG der Kantonsrat ausserordentliche Ersatzmitglieder für die Dauer von höchstens zwei Jahren

wählt, wenn ein Gericht wegen einer ausserordentlichen Zunahme der Arbeitslast nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgabe innert angemessener Frist zu erfüllen. Hier liegt die Wahl eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds nicht an der Arbeitslast, sondern am Umfang des Falls und dem Ausscheiden von Urs Flury kurz vor Abschluss des Strafverfahrens.
Das Obergericht beantragt, Urs Flury sei im Strafverfahren SG 2001 38-40 für die Zeit ab 1. Februar bis 15. März 2004 als ausserordentliches Ersatzmitglied des Strafgerichts des Kantons Zug zu wählen und er sei für seine Tätigkeit auf der Basis der bisherigen Entlöhnung als Strafrichter zu entschädigen. – Die JPK empfiehlt dem Rat Zustimmung zu diesem Antrag. – Wird aus dem Rat ein anderer Antrag gestellt? Dies ist nicht der Fall. – Gemäss § 67 der GO erfolgt die Wahl schriftlich und geheim.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 71, eingegangene Stimmzettel 70, leer 1, ungültig 0, in Betracht fallende Stimmzettel 69, absolutes Mehr 35.

➔ Urs Flury wird mit 69 Stimmen gewählt.

Der **Vorsitzende** gratuliert Urs Flury für diese Wahl.

300 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1197.1 – 11354).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

27 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

Der Rat gratuliert Othmar **Birri** und seiner Frau, sowie Matthias **Michel**, seiner Ehefrau und seinen Kindern zur Aufnahme in das Zuger Kantonsbürgerrecht.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

a) 11 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 3 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

301 KANTONSRATSBESCHLUSS ÜBER DAS STRASSENBAUPROGRAMM 2004-2011

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. November 2003 (Ziff. 275) ist in der Vorlage Nr. 1160.6 – 11358 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 58 : 8 Stimmen zu.

302 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND PLANUNGS- UND PROJEKTIERUNGSKREDITE ÖFFENTLICHER VERKEHR

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. November 2003 (Ziff. 278) ist in der Vorlage Nr. 1168.5 – 11359 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 64: 4 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion von Karl Rust, Heinz Grüter sel. Und Willi Wismer sel. betreffend Anpassung der Bahninfrastruktur (Vorlage Nr. 806.1 – 10251) vom 7. Juli 2000 sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

303 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND GENEHMIGUNG DER ABSTIMMUNG DES ZUGER BUSNETZES AUF DIE STADTBAHN ZUG UND EINES VORGEZOGENEN BUDGETKREDITS 2005

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. November 2003 (Ziff. 279) ist in der Vorlage Nr. 1171.5 – 11360 enthalten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag von Felix Häcki vorliegt (Vorlage Nr. 1171.6. – 11368).

Felix **Häcki** hat für die 2. Lesung einen zusätzlichen Antrag gestellt, weil es ihm darum geht, dass die Situation Bus/Bahn nach einer gewissen Einlauffrist wieder beurteilt werden kann und dann das weitere Vorgehen bestimmt wird. Es geht immerhin um 2,5 Mio. Franken. Wenn das nicht wäre, würde es einfach ins ordentliche Budget überführt und würde einfach weiterlaufen. Seinen ursprünglichen Antrag musste er abändern, weil er sein Ziel mit der neuen Formulierung besser erreicht, als

das vorher der Fall gewesen wäre. Tino Jorio ist ihm dabei tatkräftig zur Seite gestanden.
Der Antrag lautet nun:
§ 1 Abs. 2 (neu)
Diese Zustimmung ist bis Ende Dezember 2007 befristet. Der Kantonsrat entscheidet in der ersten Hälfte des Jahres 2007 durch einfachen Beschluss, ob dieses Konzept befristet oder unbefristet fortzusetzen ist.
Das ist eine relativ einfache Sache, und doch haben wir die Möglichkeit, wenn die ersten Erfahrungen da sind, das Ganze nochmals zu überprüfen. Der Votant bittet den Rat, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Moritz **Schmid**, Präsident der Kommission für öffentlichen Verkehr, hält fest, dass die Kommission mit Erstaunen vom Antrag Häcki Kenntnis genommen hat. Wie aus dem Kommissionsbericht vom 20. Oktober 2003 klar ersichtlich ist, muss die ZVB, um eine optimale Abstimmung des Zuger Busnetzes auf die Stadtbahn zu garantieren, zusätzliches Fahrpersonal rekrutieren und neues Rollmaterial beschaffen. Dass sich die ZVB auf eine sichere Finanzierung ihrer Neuanschaffung von Rollmaterial und Rekrutierung von zusätzlichem Fahrpersonal stützt, ist sicher allen nur zu gut verständlich. Jedes neugegründete Unternehmen räumt sich doch auch eine gewisse Anlaufzeit ein. Warum aber will man es dem Konzept Bahn und Bus aus einem Guss nicht eingestehen? Sollte sich im Lauf der Zeit zeigen, dass einzelne Angebote des Konzepts von der Kundschaft nicht im erwarteten Ausmass angenommen werden, so wird es Aufgabe der öffentlichen Hand sein, diese Angebote im Sinne von Kosten-Nutzen-Überlegungen zu hinterfragen. Diese Aufgabe kann aber bereits im Rahmen der heutigen Kompetenzregelung wahrgenommen werden.
Niemand, aber auch gar niemand hat in der 1. Lesung erwähnt oder behauptet, dass es einen einmaligen Beitrag von 2,5 Millionen Franken sein soll, wie Felix Häcki in seiner Begründung schreibt. Es wurde offen von einem Budgetkredit ab dem Jahr 2005 kommuniziert. Dem Kommissionspräsidenten, aber auch den andern Kommissionsmitgliedern leuchtet es ein, dass ein Jahr Erfahrung nicht ausreicht, um über das Konzept weder positiv noch negativ zu urteilen. Die Kommission ist sich einig, dass sich für nur ein Jahr finanzielle Sicherheit solche Investitionen in neues Rollmaterial und Ausbilden von zusätzlichem Fahrpersonal nicht lohnen. Daher lehnt die Kommission den Antrag von Felix Häcki ab. Sie hält an Ihrem Antrag der 1. Lesung fest, und empfiehlt dem Rat, das auch zu tun.

Felix **Häcki** hat nicht behauptet, es sei im Text gestanden, es sei einmalig. Zum andern: Bahn und Bus beginnen im Dezember 2004, dann läuft die Stadtbahn. Um urteilen zu können, hat man nachher Zeit bis ca. Mitte 2007. Es ist also nicht so, dass kaum fährt die Bahn, man schon wieder sagen muss, ob wir den Kredit weiter führen wollen oder nicht. Man hat 2005, 2006 und ein gutes halbes Jahr 2007 Zeit, um zu schauen, was rauskommt. Und dann sollte wirklich die Gelegenheit sein, nochmals über die Bücher zu gehen.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** bittet den Rat im Namen des Regierungsrats, diesen Änderungsantrag von Felix Häcki abzulehnen. Die wesentlichen Gründe hat

bereits der Kommissionspräsident vorgetragen. Der Votant möchte den Rat nur noch auf das Wichtigste hinweisen.
– Der Richtplan Verkehr enthält den verbindlichen und unbefristeten Auftrag, die Stadtbahn und den Bus aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Es heisst wörtlich: Der Kanton stimmt die Fahrpläne der Stadtbahn mit den Busplänen ab und strebt optimale Umsteigebeziehungen an. Wir haben einen verbindlichen Auftrag, das zu tun. Es ist auch richtig, damit die Stadtbahn wirkungsvoll ausgenützt werden kann.
– Wir sind überzeugt, dass dieses Konzept Bahn und Bus aus einem Guss wirklich gut ist und dass es nachhaltig wirksam sein wird.
– In zwei Jahren dieses System wieder zu kehren, ist nicht so einfach. Jedenfalls ist die Zeit dazu wirklich knapp. Wenn Felix Häcki sagt, es seien zwei Beobachtungsjahre, ist das richtig. Aber um rechtzeitig das System wieder zu ändern, müssten wir Ende 2006, Anfang 2007 den Beschluss fassen können, um das auch durchführen zu können. Und die Beobachtungszeit von eineinhalb bis zwei Jahren ist wirklich sehr kurz, um abschliessend beurteilen zu können, ob dieses System richtig oder falsch ist. Wenn sich Optimierungsmöglichkeiten zeigen, werden wir diese sicher vornehmen, auch schon vor Ablauf von zwei Jahren. Die Kompetenzen dazu hat der Regierungsrat, aber auch der Kantonsrat kann auf dem Motionsweg jederzeit eingreifen. Diese Befristung würde das Projekt wirklich nur erschweren.

Felix **Häcki** versteht die Regierung nicht ganz. Man ist überzeugt, dass es ein Erfolg ist, und dass es richtig ist. Und man Angst davor, dies einer Prüfung innert einer bestimmten Zeit zu unterlegen. Irgendwo geht dies nicht auf. Wenn man überzeugt ist vom Erfolg, muss man keine Angst haben, dass im Jahr 2007 die Sache nochmals angeschaut wird. Dann ist ja dann der Fall klar und es wird weiter bewilligt. Ob es dann ad infinitum ist oder ob man es wieder beschränken will, steht dann offen und kann wieder debattiert werden. Zum andern ist es ja so: Wenn mal Kredite gesprochen sind, verschwinden diese im Budget; auch wenn sie unnötig werden: Das Geld wird so oder so ausgegeben. Man sagt dann immer: Das Wachstum des Budgets ist nicht so hoch, weil man ja Posten darin gehabt im Vorjahr, die eben eigentlich gar nicht mehr hinein gehören. Und darum ist Felix Häcki immer noch der Meinung: Es ist eine einfache Sache, ein einfacher KR-Beschluss, ein kleine Vorlage, eine einzige Abstimmung. Warum hat man Angst davor?

➔ Der Antrag von Felix Häcki wird mit 45 : 25 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 60 : 10 Stimmen zu.

304 FINANZGESCHÄFTE

A. AKTUALISIERTE FINANZSTRATEGIE FÜR DEN KANTON ZUG 2004-2010

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1191.1 – 11333) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1191.2/1190.2. – 11351).

B. FINANZPLAN 2004-2007

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1190.1 – 11332) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1191.2/1190.2 – 11351).

C. BUDGET 2004 SOWIE BUDGET 2004 DER STRAFANSTALT BOSTADEL

Es liegen vor: Gedruckter Voranschlag des Regierungsrats sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1195.1 – 11352).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für alle drei Finanzgeschäfte eine gemeinsame Eintretensdebatte durchgeführt wird. Die Detailberatung wird dann für jedes Geschäft einzeln durchgeführt.

Peter **Dür** hält fest, dass die erweiterte Stawiko die Finanzstrategie 2004-2010, den darauf basierenden Finanzplan 2004-2007 und das Budget 2004 an der Sitzung vom 24. November 2003 beraten hat. Er wird im Folgenden, wie vom Kantonsratspräsidenten vorgesehen, gleich alle drei Vorlagen in einem etwas längeren Votum kommentieren.
Bereits im Vorfeld dieser Sitzung wurde intensiv über diese Vorlagen diskutiert. Von rechts bis links gingen Vorschläge ein, wie der Finanzplan und das Budget 2004 zu interpretieren seien und welche Massnahmen nun ergriffen werden müssten. Dies sind:

- Die Unterlagen von Hans Durrer und Heinz Tännler von der SVP.
- Das Positionspapier von einer Arbeitsgruppe der FDP unter Leitung von Bruno Pezzatti.
- Die sehr guten Arbeitspapiere von Gregor Kupper von der CVP.
- Die Motion der AF zum Thema «sozial- und umweltverträgliche Finanzierung des NFA».

Der Stawiko-Präsident dankt an dieser Stelle allen Beteiligten für die wertvollen Beiträge, die uns die Arbeit an der Sitzung der erweiterten Stawiko erleichtert haben. Ebenfalls danken möchte er Werner Pfaffhauser, Leiter der Finanzverwaltung, Martin Billeter, Leiter der Finanzkontrolle und Marc Strasser, Sekretär der Stawiko, für ihre professionelle Unterstützung. Und last but not least dankt er unserem Landschreiber, der uns als juristischer Berater die verschiedenen Möglichkeiten zur Handhabung des Budgets aufgezeigt und den Votanten ausgezeichnet unterstützt hat.

Zur Finanzstrategie. Die erweiterte Stawiko hat anlässlich der Beratung der Staatsrechnung 2002 die Regierung aufgefordert, die ursprüngliche Finanzstrategie für den Kanton Zug vom 30. September 2002 zu aktualisieren. Die damals zu Grunde gelegten Annahmen, insbesondere jene zur wirtschaftlichen Entwicklung, waren aus unserer Sicht zu optimistisch dargestellt. Wir danken der Regierung für die fristgerecht geleistete Arbeit und schätzen insbesondere die klare Formulierung von Massnahmen im Rahmen des Stabilisierungsprogramms.
Finanzstrategie und Steuererträge. Die Regierung stützt sich bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung auf die aktuellsten Wirtschaftsprognosen der BAK Basel Economics. Die aktuelle BAK-Prognose vom Oktober 2003 geht von einem Wachstum des Bruttoinlandprodukts von -0,4 % 2003, +1,3 % 2004 und + 1,8 % 2005 aus. Die Regionalprognose der Zuger Kantonalbank sieht für den Wachstumskanton Zug bessere Werte vor: +0,4 % dieses Jahr, +2,7 % 2004 und +3,2 % 2005. Die Finanzdirektion multipliziert diese Wachstumsprognose des Bruttoinlandproduktes jeweils mit dem Faktor 1,5, um das Steueraufkommen abzuschätzen. Dies würde für 2003 ein Steuerwachstum von 0,6 %, im 2004 von 4 % und 2005 von 4,8 % ergeben. Die Finanzdirektion spricht beim Faktor 1,5 von einem langjährigen Mittelwert, der jedoch nicht in jedem Jahr erreicht wird. Die erweiterte Stawiko ist mehrheitlich der Ansicht, dass die Regierung weiterhin eine sehr optimistische Schätzung der zukünftigen Steuererträge ableitet. Das für die Jahre 2007-2010 erwartete jährliche Wachstum von 5,0 % über alle Steuerkategorien erscheint uns, mindestens aus heutiger Sicht, immer noch sehr hoch.
Aufgabenteilung Kanton und Gemeinden. Bei der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden hat das von der Regierung bereits initialisierte Projekt ZFA zum Ziel, die Aufgaben, die Kompetenzen und die Finanzierung in einem Gemeinwesen zu vereinen. Die erweiterte Stawiko unterstützt dieses Ziel, werden doch damit tatsächlich Anreize geschaffen, die staatlichen Aufgaben sparsam, effizient und in guter Qualität auf derjenigen Ebene zu erbringen, die dazu am Besten geeignet ist. Die Annahme jedoch, dass die Gemeinden die Hälfte der zu erwartenden Mehrbelastung aus der NFA tragen sollen, wird sehr kritisch hinterfragt.
Finanzstrategie und zweckgebundene Beiträge. Gegenüber der ursprünglichen Finanzstrategie wurde die jährliche Wachstumsrate bei den zweckgebundenen Beiträgen von 4 % auf 3 % pro Jahr zurückgenommen. Die erweiterte Stawiko schliesst sich der Meinung der Regierung an, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn sich auch der Kantonsrat eine entsprechende Zurückhaltung mit neuen Aufgaben auferlegt. Es darf in diesem Bereich keine Tabus geben. Wir erwarten mit Interesse die Vorlage, der die Regierung hohe Priorität einräumt.
Finanzstrategie und Personalaufwand. Der Personalaufwand soll durchschnittlich um 2,5 % pro Jahr anwachsen. In der ursprünglichen Finanzstrategie ist die Regierung noch von 4,5 % ausgegangen. Die erweiterte Stawiko ist grossmehrheitlich der Ansicht, dass diese Steigerungsrate in Anbetracht der tiefen Teuerung und im Vergleich zu den Verhältnissen in der Privatwirtschaft noch immer zu hoch ist. Wir teilen die Meinung der Regierung nicht, dass es sich dabei um eine sehr ehrgeiziges Zielsetzung handle. Die in der kantonalen Verwaltung üblichen Mechanismen für Stufenanstiege, Beförderungen und Teuerungsausgleich müssen hinterfragt und an die aktuellen wirtschaftlichen Verhältnisse angepasst werden. Neben einer Optimierung der Arbeitsprozesse und Organisationsstrukturen darf auch eine Personalreduktion in einzelnen Bereichen kein Tabu sein, wenn in anderen Bereichen für die Erfüllung von neuen Aufgaben Personal aufgestockt werden muss. Wir sind zudem der Ansicht,

dass sich die Aufwendungen für die Stufenanstiege über die Jahre ausgleichen müssten.

Keine Steuererhöhung bis zum Inkrafttreten der NFA. Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Steuererhöhung für die Kommission grossmehrheitlich kein Thema. Die kantonalen Steuern sollen bis zum Inkrafttreten der NFA nicht erhöht werden. Die Kommissionsmehrheit unterstützt die Regierung in der Zielsetzung, dass der Kanton Zug weiterhin und langfristig die attraktivste Steuerbelastung der Schweiz aufweisen muss. Wir möchten zudem darauf hinweisen, dass der Kanton Zug im Steuerwettbewerb nicht nur innerhalb der Schweiz, sondern vor allem auch international konkurrenzfähig bleiben muss. Wir haben ein neues Steuergesetz beschlossen. Wir waren uns damals bewusst, dass dieses Steuergesetz in einer ersten Phase zu einer Plafonierung der Steuererträge führen wird. In einer zweiten Phase wird mit einer Superkompensation bei den Steuererträgen gerechnet, die durch die Ansiedlung neuer Unternehmen zu Stande kommt. Aktuell hat sich leider die erste Phase mit einer Wirtschafts-Baisse überlagert, weshalb es zu einer akzentuierten Plafonierung der Steuereinnahmen gekommen ist. Eine Steuererhöhung würde gegen den Grundsatz der finanzpolitischen Stabilität und Berechenbarkeit des Kantons Zug verstossen. Nur mit einer berechenbaren und langfristig stabilen Politik, und damit auch Steuerpolitik, kann gewährleistet werden, dass die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts erhalten bleibt.

Sicherstellung der Finanzierung von Strassenbau-Investitionen. Unser Kanton hat einen Nachholbedarf in Bezug auf den Strassenbau, damit die bestehenden Probleme – sowohl beim privaten als auch beim öffentlichen Strassenverkehr – gelöst werden können. Die Mehrheit der erweiterten Stawiko geht mit der Regierung einig, dass die langfristige Finanzierung der Investitionen sichergestellt sein muss, ohne allgemeine staatliche Mittel zu beanspruchen. Die Regierung wird aufgefordert, der erweiterten Stawiko innert Jahresfrist, d. h. auf die nächste Budgetdebatte im November 2004, ein langfristiges Finanzierungskonzept für die Spezialfinanzierung Strassenbau zu unterbreiten. Da dieses Konzept im Interesse aller ist, möchten wir die Regierung bitten, diese Vorlage ohne Vorliegen einer Kommissionsmotion zu erstellen.

Zusammenfassend zeigt die Regierung mit der neuen Finanzstrategie ihren Willen, die anstehenden finanzpolitischen Probleme anzupacken. Mit den Kennzahlen hat die Regierung die Messlatte gesetzt. Wir werden anhand dieser Kennwerte das Budget 2005 messen. Dann wird das Parlament sehen, ob den Aussagen der Regierung auch die entsprechenden Taten folgen. Im Anhang des Stawiko-Berichts wurde eine Tabelle der Regierung verschickt, welche die der Finanzstrategie zu Grunde liegenden Zahlen präsentiert. Diese Tabelle hat Fehler. Gregor Kupper wird dies anlässlich seines Votums noch ausführen.

Zum Finanzplan 2004-2007. Der Finanzplan wird von der Regierung im Sinne einer rollenden Planung jährlich erarbeitet. Der Kantonsrat nimmt davon ohne Beschlussfassung Kenntnis. Die erweiterte Stawiko nimmt mit Besorgnis vom unbefriedigenden Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen Kenntnis, der durch den tiefen Finanzierungsbeitrag der Laufenden Rechnung verursacht wird. Sie nimmt ebenfalls mit Besorgnis zur Kenntnis, dass sich das bilanzierte Eigenkapital und die Strassenbaureserve bis 2007 kontinuierlich vermindern. Die Planzahlen bauen auf der Finanzstrategie auf. Sie werden im Budget 2004 umgesetzt.

Zum Budget 2004. Die Regierung hat für das Jahr 2004 einen ausgeglichenen Staatshaushalt budgetiert. Die erweiterte Stawiko ist mit diesem Vorgehen überhaupt

nicht einverstanden. Der Steuerertrag ist mit einem Totalbetrag von 439,6 Mio. Franken zu hoch veranschlagt. Die Steigerung von 2,0 % gegenüber dem Budget 2003 (430,9 Mio.) erscheint zwar auf den ersten Blick realistisch. Die aktuellen Schätzungen der Finanzdirektion zeigen aber klar, dass der im Jahr 2003 budgetierte Steuerertrag um mindestens 20 Mio. Franken verfehlt werden wird. Die Berechnungsbasis für das Budget 2004 ist demnach falsch und muss korrigiert werden. Die Regierung hat zwar gemäss Finanzstrategie die Zielsetzung, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Es macht aber aus unserer Sicht keinen Sinn, zur Zielerreichung von unrealistisch hohen Steuererträgen auszugehen. Eine Budget hat zwei Seiten: Hier wurde klar die Einnahmenseite – die Steuereinnahmen – der zu hohen Ausgabenseite angepasst. Dies ist nicht zulässig. Die erweiterte Stawiko verlangt deshalb eine rea-listische Darstellung des Budgets und damit der tatsächlichen finanziellen Situation des Kantons. Wir werden Ihnen in der Detailberatung eine Reduktion der budgetierten Erträge beantragen. Dann besteht Budgetwahrheit. Und diese sagt: 2004 gibt es ein Defizit von 25 bis 30 Mio. Franken – alle anderen Aussagen sind zum heutigen Zeitpunkt Wunschdenken. Wenn Sie den Anträgen der Stawiko auf der Aufwandseite folgen, kann das Defizit um 3,6 Mio. Franken reduziert werden. Eine relevante Reduktion – genügen wird sie auch nicht. Wir haben erstmals ein rotes Budget – wir hoffen, dass dies alle Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats heute zur Kenntnis nehmen. Die Ausgabenpolitik des Kantonsrats, aber auch des Regierungsrats muss sich ab sofort dieser neuen Perspektiven anpassen.
Personalaufwand im Budget 2004. Der Personalaufwand weist mit einem Gesamtbetrag von 231,5 Mio. Franken eine Steigerung von 9 % gegenüber der Rechnung 2002 und von 5,1 % oder 11,3 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2003 auf. Die bereinigte Personalkosten sehen Sie in unserer Vorlage auf S. 2. Relevant sind:

Bereinigte Tabelle		
	Zunahme	**in % der gesamten**
Grund	**In Mio. Fr.**	**Personalkosten**
Teuerung	**1,6**	**0,73**
Beförderungen	**2,1**	**0.95**
TREZ, Nettozunahme	0,2	0.09
Personalzunahme	**5,3**	**2,41**
Zunahme Aushilfen	**1,9**	**0,86**
Renten/Ruhegehälter	-0,2	-0,09
Übrige Personalkosten	0,4	0,18
Total	**11,3**	**5,13**

1,77 % beträgt die Zunahme für Beförderungen, Teuerung und TREZ, 3,27 % für Personalzunahme im Rahmen von neuen Beschlüssen und für Aushilfen.
Für die Mehrheit der erweiterten Stawiko ist die Zunahme der Personalkosten inakzeptabel hoch. Bereits Mitte 2003 wurde die Regierung von der Finanzdirektion informiert, dass die Steuererträge einbrechen und plafonieren werden. Ungeachtet dieser unerfreulichen Situation hat die Regierung eine Teuerung von 0,73 % budgetiert. Budgetiert sind zudem Beförderungen im Betrag von 2,1 Mio. Franken, entsprechend einer Steigerung des Personalaufwands um 0.95 %. Die erweiterte Stawiko hat mit Erstaunen erfahren, dass die Vorgesetzten den Beförderten bereits verbindli-

che Zusagen abgegeben haben und diese Zusagen meistens bereits schriftlich bestätigt wurden. Es besteht damit ein arbeitsrechtlich einklagbarer Anspruch, obwohl der dafür budgetierte Betrag noch gar nicht durch den Kantonsrat genehmigt ist.
Für die Mehrheit der Stawiko ist auch der Personal-Budgetierungs-Prozess unbefriedigend. Der Personalaufwand wird aufgrund des Personalstellenplans und der vom Regierungsrat erlassenen Budgetrichtlinien jedes Jahr zentral vom Personalamt für die gesamte kantonale Verwaltung berechnet und im Budget eingestellt. Die einzelnen Amtsvorstehenden melden dem Personalamt zwar die Anzahl Stellen in ihrem Bereich, haben jedoch keine Möglichkeit, die budgetierten Beträge zu kontrollieren oder zu beeinflussen. Die Personalkosten stellen mit 231 Mio. Franken einen äusserst wichtigen Kostenblock dar. Jeder Unternehmer weiss, dass die Personalkosten gerade in Dienstleistungsbetrieben der wesentlichste Kostenfaktor sind. Wer die Personalkosten nicht im Griff hat, hat den wichtigsten Kostenblock nicht im Griff. Aus Sicht der Stawiko ist es deshalb Chefsache, d.h. Sache der Regierungsräte, den Personalbudgetierungsprozess aktiv, bzw. im Vergleich zur jetzigen Situation viel aktiver, zu begleiten. Wir verlangen deshalb vom Regierungsrat eine umgehende Überarbeitung des Personalbudgetierungsprozesses.
Die Mehrheit der erweiterten Stawiko ist der Meinung, dass sie die Steigerung der Personalkosten in der jetzt vorliegenden Art nicht akzeptieren kann. Wenn der Regierungsrat seine Aufgaben nicht macht, muss dies das Parlament übernehmen und die nötigen, sicher unbeliebten Korrekturen vornehmen. Das Parlament kann ab sofort eine gewisse Führerschaft in der Finanzpolitik übernehmen. Das Parlament soll ab sofort die Schwerpunkte setzen und konkret sagen, wo Sparmöglichkeiten bestehen. Wir werden in der Detailberatung entsprechende Anträge machen.
Aushilfen. Im Konto 30105 wird für jede Verwaltungseinheit der Aufwand für Aushilfen verbucht. Im Budget 2003 waren hier für alle Verwaltungseinheiten insgesamt 8,8 Mio. Franken eingestellt. Der Aufwand für Aushilfen soll im Budget 2004 um 1,9 Mio. Franken ansteigen. Dies entspricht einer Steigerung des Personalaufwandes um weitere 0,86 %. Die erweiterte Stawiko ist grossmehrheitlich der Meinung, dass der Ausbau der Aushilfen nicht akzeptiert werden darf. Er stellt aus Sicht der Stawiko einen klaren Versuch dar, den Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2001-2004 schleichend zu unterwandern. Bekommt man kein ordentliches Personal, stellt man Aushilfen an. Es geht doch auch in der Verwaltung darum, bisherige Aufgaben zu hinterfragen, die Organisation permanent zu überprüfen und die frei werdenden Kräfte für neue Aufgaben einzusetzen. Die erweiterte Stawiko wird in der Detailberatung einen Antrag zur Plafonierung der Ausgaben für die Aushilfen leicht über dem Niveau des Jahres stellen.
Zweckgebundene Ausgaben und Sachaufwand. Die Stawiko begrüsst die Initiative des Regierungsrats, diese grösste Ausgabenposition von 312,8 Mio. Franken detailliert zu beleuchten. Die Steigerung der gebundenen Ausgaben wächst gegenüber dem Budget 2003 um 5 % oder 15,2 Mio. Franken. Ursprünglich war eine Steigerung von 6 % vorgesehen. Die Regierung will, wie in der Strategie erwähnt, das Wachstum dieser Position ab dem Jahr 2005 auf 3 % pro Jahr abschwächen. Beim Sachaufwand begrüsst die Stawiko die Tatsache, dass dieser Kostenblock im Vergleich zum 2003 um knapp 1 % abgenommen hat. In diesem Bereich zeigt sich der Wille der Verwaltung, an der Kostenseite zu arbeiten.
Zusammenfassung. Die erweiterte Stawiko ist mit dem von der Regierung vorgelegten Budget 2004 nicht zufrieden. Die Steuererträge sind, wie erwähnt, zu hoch bud-

getiert. Auf der Aufwandseite weisen verschiedene Positionen eine inakzeptable Steigerung auf. Es scheint uns, dass die Regierung noch zu wenig die Zeichen der Zeit erkannt hat. Die geplante Teuerungszulage, die Beförderungspraxis und die Aufwandsteigerung im Bereich der Aushilfen liegen völlig quer in der Landschaft und entwickeln sich diskrepant zu den Verhältnissen in der Privatwirtschaft. In einer engagierten Diskussion wurden in unserer Kommission, im Beisein von Landschreiber Tino Jorio, die verschiedenen Möglichkeiten beraten, wie der Kanton Zug zu einem Staatsvoranschlag 2004 kommen kann, der den heutigen Realitäten gerecht wird. Eine Kommissionsminderheit forderte Nichteintreten auf das Budget. Es sei an der Zeit, eine Zeichen zu setzen – die Regierung müsse das Budget 2004 überarbeiten und bereits 2004 die Basis für intensive Einsparungen setzen. Die Mehrheit der erweiterten Stawiko ist der Meinung, dass ein budgetloser Zustand ein schlechtes Zeichen für den Wirtschaftsstandort Zug darstellen würde. Der Regierung zeigt zudem in diesem Jahr mit der Überarbeitung der Finanzstrategie, mit der Reduktion des Sachaufwands und der Reduktion des Wachstums der zweckgebundenen Ausgaben ihren Willen, die finanzpolitischen Aufgaben nun intensiv an die Hand zu nehmen. In verschiedenen Direktionen spürt man den Willen, den Worten nun Taten folgen zu lassen. Bis Ende letzten Jahres wurde nur wenige Positionen im Budget hinterfragt, Teuerungszulagen und Beförderungen war nie ein echtes Thema. Wir müssen nun nicht akut das Steuer herumreissen. Wer dies macht, läuft Gefahr, ins Schleudern zu geraten. Es geht nun darum, den Druck kontinuierlich zu erhöhen und der Regierung den Weg zu zeigen.
Es macht aus Sicht der Mehrheit der erweiterten Stawiko wenig Sinn, die begrenzten Ressourcen der Verwaltung für die Überarbeitung des Budgets 2004 einzusetzen. Diese Ressourcen werden viel besser dazu verwendet, die Aufwandpositionen gemäss den Vorgaben der neuen Finanzstrategie zu überarbeiten. Im Herbst 2004 soll ein adäquates Budget 05 präsentiert werden. Die Stawiko geht davon aus, dass ein Budget 2005 nur eine Chance im Rat hat, wenn die Zielvorgaben aus der aktualisierten Finanzstrategie eingehalten werden. Die erweiterte Stawiko hat knapp mit 8 Ja zu 6 Nein Eintreten beschlossen, wird jedoch, wie bereits angekündigt, in der Detailberatung wesentliche Änderungsanträge stellen. Basierend auf unserem Bericht und diesen Ausführungen beantragt Peter Dür im Namen der erweiterten Stawiko:

- die aktualisierte Finanzstrategie 2004-2010 zur Kenntnis zu nehmen
- den Finanzplan 2004-2007 zur Kenntnis zu nehmen
- auf das Budget 2004 einzutreten.

Josef **Lang** möchte mit einem Zitat des geschätzten Ratspräsidenten beginnen. Er hat heute gesagt: «Die mahnenden Worte haben sich als richtig erwiesen.» Tatsächlich: *Unsere* mahnenden Worte im Zusammenhang mit der Steuergesetzrevision haben sich als richtig erwiesen. Wir haben damals das Fiskus-Fiasko prophezeit, das jetzt eingetreten ist. Wir haben gesagt, dass diese völlig übertriebenen Steuersenkungen – vor allem zu Gunsten der juristischen Personen – sich rächen werden. Und als Beispiel eine Steuer, die relativ konjunkturunabhängig ist, damit man die Ursachen nicht einfach der Konjunktur in die löchrigen Schuhe schiebt, die Kapitalsteuer. Das Kapital nimmt ja nicht extrem ab, wenn der Ertrag stärker abnimmt. Bei der Kapitalsteuer haben wir noch nach den alten Sätzen im Kanton 32 Mio. eingenommen und bei den Gemeinden 30 Mio.. Laut Budget Stawiko für das nächste Jahr –

das der Votant als realistischer einschätzt als das Budget der Regierung – sind es noch 15 Mio. für den Kanton und wohl etwa 14 Mio. für die Gemeinden. D.h. bei der Kapitalsteuer verlieren wir jährlich etwa 33 Mio. Franken, und das obwohl wir in der Zwischenzeit etwa 2‘500 mehr Firmen haben. Hier liegt das Grundproblem. Und Josef Lang bringt noch einen objektiven Massstab für die Masslosigkeit der damaligen Entscheide der bürgerlichen Mehrheit: Als die neuen Sätze wirksam wurden, ist der Kanton Zug Knall auf Fall von einem schweizerischen Durchschnitt von 58,2 auf 50,7 gefallen, obwohl die Zahl 100 materiell tiefer war als früher, weil ja auch die andern Kantone mit ihren Steuergesetzrevisionen ihre Steuern im Durchschnitt gesenkt haben. Das ist ein unglaublicher Schritt, den es in der Schweizer und Zuger Geschichte noch nie gegeben hat. Der Votant hat diese Zahl schon wiederholt gebracht und noch nie ist ein Vertreter der drei bürgerlichen Fraktionen auf diese Zahl eingetreten und hat dazu Stellung genommen. Hoffentlich passiert das heute endlich einmal.
Josef Lang ruft in Erinnerung, dass vor nicht allzu langer Zeit zwei der drei bürgerlichen Fraktionen, nämlich jene, die damals den Finanzdirektor nicht stellten, einen Steuerrabatt-Antrag stellten. Die eine Partei 38 Mio. weniger Einnahmen, die andere 19 Mio.. Und er ruft in Erinnerung, dass diese Tage die Stadt Zug einen Steuerrabatt gewährt hat. Und wenn der Stawiko-Präsident vorher gesagt hat, man dürfe bei den Steuern nichts verändern, weil es Steuerstabilität brauche, so ist das, was die Stadt Zug beschlossen hat, auch schlecht. Oder ist für die Stabilität nur schlecht, wenn man in eine Richtung schräubelt? Dieser kapitale Fehlentscheid im Jahr 2000 ist um so unverständlicher, als damals schon klar war, dass der NFA auf uns zu kommt. Es wird uns oft gesagt, das Volk habe damals Ja gestimmt. Das stimmt, aber es sind zwei Dinge in Erinnerung zu rufen. Erstens war der Kanton Zug der letzte bei der Steuergesetzrevision. Man hat damals gesagt, wenn wir jetzt dieser Revision nicht zustimmen, haben wir ab 1. Januar 2001 kein neues Gesetz und dann werden wir vom Bund gevogtet. Zweitens haben die beiden linken Fraktionen damals Anträge gestellt auf Variantenabstimmungen, z.B. bei der Kapitalsteuer. Wir wollten den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, zwischen zwei verschiedenen Anträgen auszuwählen. Diese demokratische Entscheidungsmöglichkeit wurde in diesem Rat abgelehnt. Diese Steuergeschenke, die vor allem an die privilegierten Personen und Gesellschaften gehen, gehen auf Kosten der nicht privilegierten Mehrheit der Bevölkerung. Es soll gekürzt werden auf Kosten der Jugendarbeit. Der Teuerungsausgleich soll verweigert werden, den z.B. der Bund mit 0,8 % gewährt. Es soll gekürzt werden auf Kosten der öffentlichen Dienstleistungen des Service public, z.B. bei den Aushilfen. Der Spielraum für Sozialpolitik wird mit einer solchen Steuerpolitik verengt, z.B. wird die Chance für die Verbilligung der Krankenkassenprämien dadurch kleiner.
– Selbstverständlich gibt es Sparmöglichkeiten. Die grösste Sparmöglichkeit gibt es beim Strassenbau und -unterhalt. Josef Lang möchte aber auch in Erinnerung rufen, dass seinerzeit, als die Regierung die Fraktionen herausgefordert hat, ganz konkrete Sparvorschläge zu machen, nur zwei Fraktionen geantwortet haben. Die andere war die CVP. Wir müssen uns bewusst sein, dass in der Verkehrspolitik auch für den Kanton Zug, der immer noch ein reicher Kanton ist, die De-Luxe-Zeiten vorbei sind. Wir können nicht beides, den Strassenbau forcieren und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wir müssen uns entscheiden. Es ist klar, welche Entscheidung raumplanerisch, ökologisch wie auch volkswirtschaftlich die sinnvollere ist. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die Stawiko, deren Präsident vorher noch gesagt hat, Steuererhöhungen seien kein Thema bis zum NFA, bei einer Sache doch

dafür ist, Steuererhöhungen in Betracht zu ziehen und sogar die Regierung ermuntert hat, hier vorwärts zu machen, nämlich bei der Motorfahrzeugsteuer. Das ist auch eine Steuer. Was unterscheidet sie von den anderen Steuern, die vorher erwähnt wurden? Sie ist für das Auto, die Kapitalsteuer könnte für die Verbilligung von Krankenkassenprämien sein. Das ist der Hauptunterschied.
Das Grundproblem der Kantonsfinanzen ist der Einbruch der Steuereinnahmen im Vergleich zu dem, was prognostiziert war, und im Vergleich dazu, dass unser Kanton weiterhin ein extremer Wachstumskanton ist. Und auch die Lösung liegt auf dieser Ebene, nicht ausschliesslich, aber vor allem. Der Stawiko-Präsident hat netterweise erwähnt, dass auch die AF einen konstruktiven Vorschlag gemacht hat. Dieser baut hauptsächlich auf der Veränderung der Steuersätze. Das ist natürlich sozial flexibler als die Veränderung des Steuerfusses. Unser Vorschlag betrifft vor allem die juristischen Personen und die hohen Einkommen über 150'000 Franken – ohne grosse Änderungen und ohne Gefährdung der Spitzenstellung unseres Kantons sind wir für Kanton und Gemeinden auf fast 70 Mio. gekommen. Unsere Vorschlag beinhaltet weiter, dass man je nach der Höhe des NFA, die ja noch nicht bekannt ist, den Steuerfuss um zwei bis vier Prozent verändern kann. Das ergäbe zusätzlich etwa 10 bis 20 Mio. beim Kanton, ohne dass die Gemeinden irgend einen Entscheid treffen müssten. In unserer Motion steht, diese Veränderung von Steuersätzen und -füssen sollen spätestens im Zusammenhang mit der Wirkung des NFA ausgeführt werden. Wenn die Wirtschaft sich wirklich besser erholt, als es momentan noch aussieht, dann können wir dabei bleiben. Sollten sich aber die Steuereinnahmen wirklich nicht besser erholen, muss man natürlich die Vorschläge vorziehen. Um kurzfristig ein grösseres Defizit zu vermeiden, schlagen wir gemeinsam mit der SP-Fraktion vor, den Steuerfuss um 3 Prozentpunkte von 82 auf 85 zu erhöhen. Das ergibt ungefähr 15 Mio.. Das ergäbe laut Stawiko-Berechnungen dann noch ein Defizit von etwa 10 bis 15 Mio. Franken. Was zweifellos feststeht: Auch mit unseren Vorschlägen wird Zug den schweizerischen Spitzenplatz behaupten. Schwyz muss bereits mit den Steuern hinaufgehen, Nidwalden hat im Rahmen all dieser Steuergesetzrevisionen den Vorsprung gegenüber den Kantonen, die nicht auf dem Podest stehen, ohnehin verloren. Und auch international würden wir diesen Spitzenplatz behaupten. – Der Stawiko-Präsident hat vorher gesagt, es dürfe keine Tabus geben, und dann hat er diese Aussage nur auf die rechte Kolonne bezogen. Sie muss aber auch die linke Kolonne betreffen.
Zum Schluss. Zug ist ein Wachstumskanton. Ihre gestrigen Beschlüsse haben das ja noch bekräftigt. Wenn man die gestern beschlossenen Wachstumsziele vergleicht mit der Zurechtstutzung der öffentlichen Dienste, sieht man einen grossen Widerspruch zwischen gestern und heute. Es geht doch nicht, dass man sagt: Alles soll wachsen, aber die Einheit, die das Ganze irgendwie zusammen halten muss, und die den Leuten, und zwar unabhängig von ihrem Einkommen, Dienste erweisen muss, soll nicht wachsen. Das geht nicht auf. Vor allem deswegen, weil wir der jüngste Kanton der Schweiz sind. Das ist typisch für Wachstumskantone, weil sie Einwanderungskantone sind (nicht nur aus dem Ausland) und Einwanderer sind in der Regel Leute, die kleine Kinder haben oder auf die Welt bringen werden. Aber ein Kanton, der jung ist, hat überdurchschnittlich hohe Bildungskosten. Es gibt aber noch eine zweite Grundregel. Dynamische Gebilde führen zu höheren öffentlichen Ausgaben, weil die Dynamik alles komplizierter macht. D.h. die Elemente, die Steuerungsaufgaben haben, haben in einem dynamischen Gebilde mehr Bedeutung als in einem nichtdynamischen. Das hat bereits vor etwa 130 Jahren der grosse Pionier des

Zuger Freisinns erkannt, der sagte: «Je höher die Kultur, desto höher die Anforderungen an die Gemeinwesen.»

Alois **Gössi** macht zuerst zwei Vorbemerkungen.
1. Vor ca. einem Jahr haben wir hier über das Budget 2003 abgestimmt. SP-, AF und FDP-Fraktion, unterstützt durch einen einzigen CVP-Kantonsrat, haben einen Antrag auf Gewährung eines Steuerrabatts abgelehnt. Dieser abgelehnte Antrag wurde gestellt von der CVP- und SVP-Fraktion. In der Zwischenzeit hat sich diese Ablehnung als wohlweislicher Entschluss dargestellt: die Rechnung 2003 wäre mit einem Steuerrabatt überhaupt nicht aufgegangen. Wir hoffen nur, dass sich für das Budget 2004 wiederum Partner finden, die vernünftige Entscheide zu fällen bereit sind.
2. Bei uns in der SP-Fraktion gibt es das geflügelte Wort: In Dubio kontra Stawiko. Bei den Anträgen der Stawiko zum Budget 2004 können wir nicht einmal mehr dieses geflügelte Wort anwenden: Wir sind überzeugt, dass die Stawiko sich mit ihren Anträgen auf dem falschen Weg befindet, wir zweifeln nicht einmal daran.
Zum Budget 2004. Die Rahmenbedingungen sind wahrscheinlich besser, als jetzt viele das Gefühl haben. Es geht mit der Wirtschaft langsam aufwärts, auch wenn sich dies leider nicht gross in der Arbeitslosenrate niederschlagen wird. Zug könnte von diesem Wirtschaftswachstum, wie schon in der Vergangenheit, überproportional profitieren. Finanziell wird sich dies mit den Steuererträgen jedoch erst 2005 niederschlagen.
Bei der Einnahmenseite sind wir überzeugt, dass der Regierungsrat die Steuereinnahmen viel zu optimistisch budgetierte. Die Grundlage für die Steuern ist das schlechte Wirtschaftsjahr 2003 und dies wird sich erst im nächsten Jahr auch so niederschlagen: Der Regierungsrat sieht den Steuerertrag für 2004 zu rosig. So pechschwarz, wie es die Stawiko hingegen sieht, 30 Mio. weniger Steuereinnahmen gegenüber der Schätzung vom Regierungsrat, sehen wir es wiederum nicht. Hier ist die Stawiko ein zu grosser Pessimist. Unseres Erachtens ist die Mitte angemessen: Minus 15 Mio. gegenüber dem budgetierten Ertrag des Regierungsrats. Die SP-Fraktion wird jedoch dazu keinen Antrag stellen. Ob jetzt oder mehr weniger Steuern hereinkommen, kann nicht mit einem Budget-Antrag bestimmt werden, zeigen wird es erst die Realität.
Ausgabenseite. Wir anerkennen die Leistungen vom Regierungsrat, dass er das Ausgabenwachstum bremsen will. Wir zweifeln daran, dass er dies auch in Zukunft so umsetzen kann wie er dies möchte. Er ist in vielen Bereichen einfach nur Mitspieler, er kann das Spiel nicht selber bestimmen, zum Beispiel:
- Gesundheitskosten: die Rahmenbedingungen werden in Bern vorgegeben.
- Bildungskosten: Bevölkerungswachstum im Kanton Zug bedeutet automatisch auch mehr Schüler und Schülerinnen und dies wirkt sich wieder auf den Kanton aus, weil er grössere Kosten für die Lehrer und Lehrerinnen hat.
- Sozial- und Arbeitslosenhilfekosten: Die gesetzlichen Grundlagen sind gegeben und der Regierungsrat kann nur hoffen auf eine gute wirtschaftliche Lage, so dass ihm weniger Kosten anfallen.

Wir sind im Übrigen auch gegen die Kürzungsanträge der Stawiko. Sie machen für uns schlicht keinen Sinn:
- Das kantonale Personal wird in Sachen Lohnerhöhungen schon eh sehr kurz gehalten und dieses Jahr soll auf den Teuerungsausgleich verzichtet werden. Immer mehr Output oder Input dank dem Bevölkerungs- und Firmenwachstum bei

gleichem Personalbestand; und nun soll auch der Teuerungsausgleich wegfallen. Wir sind dagegen.
- Aushilfen. Wenn der Kantonsrat bereit ist, unseren Standard, unsere Erwartungshaltung für Services vom Kanton hinunterzuschrauben oder bereit ist, dass z.T. gesetzlichen Erfordernissen nicht nachgekommen wird, dann können die Kosten für Aushilfen reduziert werden. Aber sind wir dazu auch bereit?

Wir beantragen auch, dass der Kanton Zug 80 % der möglichen Mittel beim Bund für die Prämienverbilligung der Krankenkassen aufwirft, dies im Einklang mit unserer Initiative, über die im nächsten Jahr abgestimmt wird.
Alles in allem sehen wir für den Kanton Zug ein Defizit in der Grössenordnung von 15 Mio. Franken.
- 15 Mio. Fr. weniger Steuereinnahmen, als der Regierungsrat es sieht.
- Keine Einsparungsmöglichkeiten bei den Stawiko-Anträgen zur Budgetreduktion.
- Unser Antrag auf höhere Verbilligung der Krankenkassenprämien wird in diesem Rat wohl chancenlos bleiben, bei der Volksabstimmung rechnet der Votant mit einem sozialeren Souverän.

Wir von der SP-Fraktion wehren uns, wenn es zu Kürzungsanträgen im Bereich Bildung, Soziales und öffentlicher Verkehr kommt. Hier sehen wir kein Einsparungspotential. Damit es trotzdem zu einer ausgeglicheneren Rechnung kommt, werden wir eine Steuerfusserhöhung um 3 % beantragen, damit kämen rund 15 Mio. Franken mehr rein und das Budget 2004 wäre ausgeglichen. «Steuererhöhungen sind bei uns tabu in den nächsten Jahren», das wurde im Kantonsrat schon öfter gesagt. Dies sieht Alois Gössi nicht so. Wir sind bereit, für ein ausgeglichenes Budget Steuererhöhungen in Kauf zu nehmen, und dies auch vor der Einführung des NFA. Solange die bürgerlichen Parteien bereit sind, problemlos auf Steuereinnahmen zu verzichten – man denke an die Frage, ob das Kantonsreferendum zum eidg. Steuerpaket ergriffen werden soll, das in der August-Sitzung abgelehnt wurde –, so lange sind für den Votanten auch Steuererhöhungen gerechtfertigt. Dank dem erfolgreichen Referendum u.a. der SP gegen das eidg. Steuerpaket werden die Steuerausfälle nicht schon 2004 aktiv, und somit wird das Defizit vom Kanton Zug nicht grösser, sondern, falls es vom Volk angenommen würde, frühestens 2005. Auch mit einer minimalen Steuererhöhung um 3 % sind wir weiterhin meilenweit von den andern Kanton entfernt in Sachen Steuerbelastung, wir werden immer noch mit Abstand die Nummer 1 sein in der Schweiz. Wenn wir die Presseberichte der CVP, FDP und SVP zum Budget 2004 lesen, müsste man meinen, die bürgerlichen Parteien seien in der Opposition. Die Linken stehen zum Budget vom Regierungsrat, die bürgerliche Fraktionen sind vom Budget 2004 des bürgerlich dominierten Regierungsrats überhaupt nicht begeistert. Da muss man sich die Frage stellen: Vertreten die bürgerlichen Regierungsräte zu wenig bürgerliche Positionen, sind unsere zwei linken Regierungsräte zu stark oder sieht der Gesamtregierungsrat einfach die Realität besser und handelt danach? Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Hans **Durrer** spricht im Namen der SVP-Fraktion zur aktualisierten Finanzstrategie für den Kanton Zug von 2004 bis 2010, worüber wir im Kantonsrat – im Gegensatz zu anderen Kantonen – nicht zu befinden haben. Wir haben die regierungsrätliche Finanzstrategie bloss murrend/knurrend oder wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen. Ändern können wir daran nichts, weil das Finanzhaushaltgesetz dies noch nicht vorsieht. Deshalb drängt sich hier eine entsprechende Revision des Finanzhaushaltge-

setzes auf, damit der Kantonsrat in Zukunft bei der Festlegung der Finanzstrategie nicht nur knurren und murren, sondern auch mitbestimmen kann.
Der Votant spricht ferner im Namen der SVP-Fraktion zum Finanzplan 2004-2007, worüber unser Parlament – ähnlich wie bei der Finanzstrategie – ebenfalls nur mit Lust oder viel mehr Frust Kenntnis nehmen, jedoch nicht mitbestimmen darf. Auch hier drängt sich eine Revision des Finanzhaushaltgesetzes auf. Denn in anderen Kantonen befindet das Parlament und nicht die Regierung über den Finanzplan.
Und schliesslich spricht Hans Durrer im Namen der SVP-Fraktion zum Budget 2004, worüber wir Parlamentarier nun endlich befinden dürfen, allerdings nur beschränkt, weil § 33, Abs. 4 des Finanzhaushaltgesetzes bestimmt: «Genehmigt der Kantonsrat den Vorschlag nicht oder nicht rechtzeitig, ist der Regierungsrat ermächtigt, die für die Verwaltungstätigkeit unerlässlichen Ausgaben zu tätigen und im übrigen einen Zwölftel der vorgesehenen Kredite pro Monat in Anspruch zu nehmen.» Diese Bestimmung ist eine Generalvollmacht zu Gunsten der Regierung. Sie würde z.B. vier Regierungsräten in Zug mit Mehrheitsbeschluss ermöglichen, die Ausgaben der Laufenden Rechnung von einem zum anderen Jahr beliebig zu steigern und den Kanton finanziell zu ruinieren, ohne dass der Kantonsrat mit Nichteintreten oder Zurückweisen des Budgets dagegen einschreiten könnte. Hier ist unbedingt Remedur erforderlich, eine Revision dieses Paragraphen ist ein absolutes Muss. Denn nicht der Regierungsrat hat in Budgetfragen zu legiferieren, sondern der Kantonsrat.
Und nun *zur Finanzstrategie*. Vor einem Jahr hat uns die Regierung ein Fata-Morgana-Budget und eine Finanzstrategie vorgelegt mit erträumten Ertragszahlen aus Grimms Märchenkollektion. Die Realität hat diese Träumereien rasch ad absurdum geführt. Die Finanzstrategie musste am 25. Juli 2003 auf Betreiben der Stawiko mit wirklichkeitsnahen Zahlen überarbeitet bzw. aktualisiert werden. Und jetzt liegt uns wiederum eine neue Finanzstrategie der Regierung vor, die vom 4. November 2003 datiert, auf der Ertragsseite erneut zu optimistisch dargestellt ist und ausserdem voller Fehler ist. So wurde der Personalaufwand für den Zeitraum 2008-2010 in der ursprünglichen Fassung vom 4. November 2003 auf gleichem Niveau gehalten, obwohl die Finanzstrategie eine jährliche Zunahme von 2,5 % vorsieht, und die Nettoschulden für die Jahre 2003-2010 stimmen mit den entsprechenden Zahlen im Finanzplan 2004-2007 nicht überein. Nach Auskunft der Finanzdirektion sollen die Zahlen im Finanzplan und nicht jene in der ursprünglichen Fassung der Finanzstrategie korrekt sein. Dem ist allerdings beizufügen, dass die korrigierte Fassung vom 16. Dezember 2003 heute auf unseren Pulten liegt und dort diese formellen Fehler behoben wurden. – Nehmen Sie es uns nicht übel: Die vorliegende Finanzstrategie befriedigt uns SVPler nicht nur in formeller, sondern auch in materieller Hinsicht nicht. Die Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung und, gestützt darauf, die künftigen Ertragszahlen sind für uns zu optimistisch dargestellt. Wir nehmen aber von dieser innerhalb eines Jahres zum dritten Mal aktualisierten Finanzstrategie murrend und knurrend Kenntnis und versichern der Regierung, dass wir bereit sind, mit ihr loyal zusammenzuarbeiten, sollte die Finanzstrategie in den nächsten Monaten nochmals überarbeitet werden müssen. Quo vadis Zuger Finanzhaushalt? Sic transit gloria tugii!
Zum Finanzplan 2004-2007. Dieser Plan stützt sich auf die Finanzstrategie. Sein Wert steht und fällt mit der Güte der Finanzstrategie. Sie verstehen also, dass die SVP-Fraktion dem Finanzplan ebenso kritisch gegenübersteht, wie sie es gegenüber der Finanzstrategie tut. Vor allem stellen wir im Finanzplan auf S. 21 mit grosser Besorgnis fest, dass die Nettoschulden in der Zeit vom 1. Januar 2003 bis 31. Januar

2007, also in fünf Jahren, von 183,4 auf 502,2 Mio. Franken, d.h. um 173,8 % steigen sollen. Die ansteigenden Nettoschulden belegen damit, dass das Eigenkapital, das vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2007 von 193,6 auf 65 Mio. abnehmen soll, bei weitem nicht mehr ausreichen wird, um das langfristig angelegte Verwaltungsvermögen, das vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2007 von 377 auf 567,2 Mio. Franken ansteigen soll, zu finanzieren. Der Kanton Zug verstösst damit gegen die goldene Regel der fristenkongruenten Finanzierung, d.h. er finanziert sein langfristig gebundenes Verwaltungsvermögen immer weniger mit Eigenkapital; es ergeben sich somit die vorgenannten Nettoschulden. Aber auch das Eigenkapital und das mittel- und langfristige Fremdkapital zusammen reichen nicht aus, um das Verwaltungsvermögen zu finanzieren. Bei dieser vom Votanten selbst angestellten und der Regierung an und für sich wohlgesinnten Betrachtungsweise ergeben sich wie vorher alarmierende Finanzierungslücken, die in der Zeit vom 1. Januar 2003 bis 31. Januar 2007 von 164,7 auf 352, 2 Mio. Franken oder um 138,4 % ansteigen sollen.
Wir halten fest: Der vorliegende Finanzplan 2004-2007 zeigt kein erfreuliches Bild. Wir nehmen davon mit wenig Lust und viel Frust Kenntnis. Die Regierung ist gut beraten, sofort Kostensenkungsprogramme einzuleiten, allenfalls auch einen Sanierungsexperten beizuziehen, wie es der Kanton Zürich getan hat. Dabei sind alle staatlichen Aktivitäten zu hinterfragen und auf ihre Kernbereiche zurückzuführen. Auf der Ertragseite wird eine Erhöhung des Steuerfusses bestimmt auf harten Widerstand in der Bevölkerung stossen, da abzusehen ist, dass nicht der Kantonsrat, sondern das Volk letztlich mit dem fakultativen Referendum über Steuererhöhungen entscheiden wird. Zu Josef Lang: Die Kapitalsteuer im Kanton Zug ist im Wettbewerb mit anderen Regionen und Ländern zu sehen. Der Kanton Zug kann die Kapitalsteuer nicht festsetzen, wie er will, sozusagen die Rechnung ohne den Wirt machen. Bei den Kapitalsteuern sind unsere derzeitigen Ansätze immer noch höher als in den meisten anderen Regionen und Ländern. Wir müssen auch bei den Kapitalsteuern mit ihnen konkurrenzfähig sein, sonst verlieren wir gute Steuerzahler. Zum Steuerrabatt: Er wurde damals von CVP und SVP gefordert, nachdem die Kritik am geschönten Abschluss 2002 und Budget 2003 als völlig falsch zurückgewiesen wurde. Und dann die Forderung in dem Fall gestellt wurde, viel zu viel bezahlte Steuern über einen Rabatt zurückzugeben. Damit wollten wir verhindern, dass Überschüsse nicht für luxuriöse gebundene weitere Ausgabenbeschlüsse verwendet werden.
Zum Budget 2004. Die Regierung geht davon aus, dass im nächsten Jahr das Bruttoinlandprodukt im Kanton Zug um 3 % wachsen und damit ein wesentlich höheres Wachstum als in der gesamten Schweiz (1, 5 %) erreichen werde. Wir teilen diese Meinung nicht, und zwar aus folgenden Gründen: In den letzen Jahren ist der Regierungsrat immer von unrealistischen Wachstumsraten beim Zuger Volkseinkommen ausgegangen, um, gestützt darauf, viel zu hohe Ertragszahlen budgetieren zu können und uns so zu veranlassen, höheren Ausgaben zuzustimmen. Wirtschaftsprognosen des Regierungsrats haben sich im nachhinein nie bestätigt und als unrealistisch erwiesen. Diese Taktik des Regierungsrates hat die Ausgabenexplosion zum grossen Teil mitverursacht und zum derzeitigen finanziellen Chaos geführt. Ein vorsichtiger Finanzdirektor sollte unserer Meinung nach eher Schwarzmalerei als Schönfärberei betreiben, obwohl die Budgetlehre beides nicht toleriert und korrekte, nach bestem Wissen und Gewissen erstellte Aufwand- und Ertragszahlen verlangt. Dennoch, so meinen wir, ist im dienstleistungsorientierten Kanton Zug bei schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, wie wir sie heute haben, eher mit einem kleineren Wirtschaftswachstum zu rechnen als in der gesamten Schweiz. In Jahren des Wirt-

schaftsbooms trifft hingegen das Gegenteil zu; die Wirtschaft des dienstleistungsorientierten Kantons Zug wächst dann rascher als die der ganzen Schweiz. Fazit: Die Ertragszahlen im Budget 2004, die sich auf ein Wirtschaftswachstum von 3 % im Kanton Zug stützen, sind viel zu optimistisch budgetiert. Wir von der SVP-Fraktion gehen von einem Nullwachstum aus und sind der Ansicht, dass die Ertragszahlen um rund 60 Mio. Franken zu hoch veranschlagt sind. Die Stawiko geht bloss von rund 31 Mio. zu hoch budgetierten Erträgen aus. In den Ertragszahlen 2004 ist übrigens ein Betrag von rund 20 Mio. Franken enthalten, der auf die Auflösung stiller Reserven im Steuerbezug zurückzuführen ist, also früheren Jahren und nicht dem Jahr 2004 gutzuschreiben wäre. Soviel zur Ertragsseite des Budgets 2004.
Auf der Aufwandseite des Budgets fällt auf , dass die Regierung den Abschreibungssatz früherer Jahre von 20 % erstmals fürs Jahr 2004 auf 10 % zurückgenommen und so die Laufende Rechnung 2004 im Vergleich zu früheren Jahren mit rund 32 Mio. Franken entlastet hat. Wäre der Abschreibungssatz wie früher mit 20 % beibehalten worden, hätte sich allein schon deswegen ein Defizit von 32 Mio. Franken ergeben. Und wäre zudem der Ertrag um die vorgenannten 60 Mio. tiefer veranschlagt worden, ergäbe sich ein Gesamtdefizit in der Laufenden Rechnung 2004 von rund 100 Mio. Franken. Das ist die Realität. – Wir stellen ferner mit Besorgnis fest, dass die Personalkosten im Jahr 2004 gegenüber dem Budget 2003 von 220,2 auf 231,5 Mio. Franken oder um 5,1 % steigen sollen und gegenüber der Staatsrechnung 2002 einen Anstieg von 9 % oder 19,2 Mio. Franken aufweisen. Wenn Hans Durrer in seiner kleinen Gruppe einen solchen Personalkostenanstieg hätte, müsste er die Bilanz deponieren. – Und schliesslich missfällt uns der immense Kostenanstieg bei den Beiträgen mit Zweckbindung, die im Vergleich zum Budget 2003 um 5 % bzw. 15,2 Mio. Franken und zur Rechnung 2002 um 14,2 % bzw. 40,1 Mio. Franken zunehmen sollen. Wir bedauern, dass die Regierung uns bisher keine Gesetzesänderung vorgeschlagen hat, um solch massive Kostensteigerungen zu vermeiden, obwohl dies schon vor drei Jahren mit der Motion Betschart/Tännler/-Durrer verlangt wurde. Wie Sie wissen, wurde die Behandlung dieser Motion ins Jahr 2005 verschoben. Quo vadis Zuger Finanzhaushalt? Sic transit gloria tugii.
Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass jetzt etwas geschehen muss, um den Regierungsrat zu veranlassen, uns Sparvorschläge mittels Gesetzesänderungen zu unterbreiten, allenfalls mit Hilfe eines Sanierungsexperten. Auf Grund all unserer Ausführungen beantragen wir nun, aufs Budget 2004 nicht einzutreten. Und Steuererhöhungen werden wir ganz bestimmt nicht zustimmen.

Hans Peter **Schlumpf** erinnert daran, dass während langer Jahre männiglich der Überzeugung war, im Staate Zug würden sich die Tugenden der Sparsamkeit und des Glücks in selten harmonischer und fruchtbarer Weise paaren. Die Regierung konnte Jahr für Jahr einen eher pessimistischen Rechnungsvoranschlag präsentieren, hie und da konnte sogar ein Budgetdefizit prognostiziert werden, während des Jahres konnte das Parlament dann munter weitere Kredite bewilligen und alle wussten, dass am Jahresende wohl wieder ein erklecklicher Rechnungsüberschuss resultieren würde, was dann eigentlich immer auch geschah. Das Wunder von Zug hatte sich wieder einmal ereignet und alle waren glücklich dabei. In all diesem Wonnegefühl ging leicht vergessen, dass wir uns zwar, Gott bewahre, nicht gerade angewöhnt hatten, die stets reichlich sprudelnden Mittel zu verschleudern, dass sich dabei aber auch nicht gerade eine Kultur der Sparsamkeit entwickelt hatte. Schaut man über

Jahre die Wachstumsraten des Budgets, der Personalkosten, der zweckgebundenen Beiträge an, dann lagen diese stets, auch in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten, deutlich über dem Wachstum der Wirtschaft. Das Schöne war, dass die Einnahmen, die Steuern, einfach noch stärker wuchsen. Wer dabei den Mahnfinger zur Vorsicht hob, hatte einen schweren Stand.
Rückblickend ist es müssig, das eher grosszügige Ausgabeverhalten der Regierung und schon gar nicht dem Parlament, wo in guten Zeiten die ausgabefreudigeren Weltanschauungen leichter eine Mehrheit hinter sich scharen können, zu verargen. Auch ein Familienvater, der jährlich eine schöne Lohnerhöhung zugesprochen erhält, wird seine Lieben an diesem Segen grosszügig teilhaben lassen und sich beim Ausgeben nicht allzu knauserig zeigen. Ein Unterschied besteht gleichwohl: Der kluge Familienvater wird jedes Jahr etwas für schlechtere Zeiten zur Seite legen. Dies kann der Staat nicht oder nur in sehr beschränktem Umfange; er darf nicht Steuern auf Vorrat erheben und diese dann als Reserve rückstellen. Er kann (theoretisch) höchstens quasi auf Vorrat Investitionen vorziehen und diese dann etwas rascher abschreiben, er kann eine Steuerausgleichsreserve bilden, aber damit hat es sich schon bald. Fazit: Der Staat muss seine Ausgabenpolitik stärker mit den aktuellen Einnahmen in Einklang bringen; er hat als mittelfristiges Reservekässeli praktisch nur den Steuersatz zur Hand. Und hier klaffen die politischen Weltanschauungen klar auseinander: Während die Freunde zur Linken lieber einen grosszügigen Leistungskatalog des Staates definieren und dann die Steuerhöhe (mit Vorliebe bei den Reichen) so festsetzen möchten, dass die Rechnung aufgeht, erachten die Bürgerlichen die Höhe der Steuerbelastung für sich schon als einen wichtigen Standortfaktor (nicht den einzigen wohlgemerkt), möchten diese tief halten und die Ausgaben daran anpassen.
Wir alle wissen, das wir staatliche Leistungen brauchen und diese finanzieren müssen; es ist eine Frage des Masses und des Wachstums. Die Krux dabei ist, dass wir schon einen extrem hohen Stand an staatlichen Leistungen haben und es keinesfalls darum gehen kann, diesen noch weiter auszubauen. Dass linke Politiker mit dieser Auffassung nicht unbedingt gänzlich einig gehen werden, ist klar, bedenklicher ist, dass auch Bürgerliche nicht immer gefeit sind vor neuen Begehren, wenn es um Belange der eigenen Gemeinde oder der eigenen Clientèle geht. Wir haben zwei Jahre hinter uns, in denen wir erfahren mussten, dass die Rechnung auch in Zug nicht mehr so schön aufgeht wie zuvor. Der wirtschaftliche Einbruch – hartnäckiger und länger andauernd als gewohnt – betrifft unseren Kanton stärker, als wir das erwarteten. Leute, die an der Wirtschaftsfront tätig sind, sind davon allerdings weniger überrascht; an warnenden Stimmen hat es schon seit geraumer Zeit nicht gefehlt. Die jüngsten Staatsrechnungen konnten nur unter Auflösung von erheblichen Reserven formell ausgeglichen gestaltet werden.
Die FDP-Fraktion ist nicht einhellig für Eintreten auf das vorliegende Budget 2004. Ein gutes Drittel der Fraktion erachtet eine Rückweisung als richtig. Materiell stimmt aber auch die grosse Mehrheit der Fraktion mit den Rückweisungsbefürwortern überein. Wir erachten in einer Zeit mit anhaltendem wirtschaftlichen Nullwachstum und mit deutlich hinter den Erwartungen zurückliegenden Steuereinnahmen ein Budgetwachstum im Bereiche von +10 % und einen Anstieg der Personalkosten von über 5 % als unverantwortlich. Die FDP des Kantons Zug hat schon im vergangenen Sommer ein Positionspapier zur Finanzstrategie unseres Kantons erarbeitet; Hauptelemente darin sind die Wachstumsbeschränkungen bei den Personalkosten und bei den zweckgebundenen Beiträgen im Einklang mit der tatsächlichen Wirtschaftsent-

wicklung. Nochmals: Es geht auch dort immer noch um Beschränkungen des Wachstums und nicht etwa um Senkungen. Warum eine Mehrheit der FDP-Fraktion dennoch, wenn auch mit hoch erhobenem Mahnfinger, für Eintreten auf das Budget 2004 plädiert, hat folgende Gründe.
Wir sind uns bewusst, dass das Staatsschiff, das eher einem trägen Tanker als einer schnittigen Fregatte gleicht und von einem Wust von gesetzlichen Rahmenbedingungen auf seinem Kurs gehalten wird, nicht in einer Hau-Ruck-Übung und über Nacht auf einen anderen Kurs gebracht werden kann. Dass der Beeinflussungsspielraum über das Budget für das Folgejahr limitiert ist. Umso wichtiger ist die Einflussnahme über die mittelfristige Finanzstrategie (die nicht einfach eine lineare Fortschreibung mit 5 % jährlichem Wachstum bei allen Konti sein darf) und über die Gesetzgebung, besonders dort, wo es um neue Verpflichtungen geht. Wir haben den Eindruck, dass die Regierung grundsätzlich erkannt hat, dass die bisherige finanzstrategische Ausrichtung zu optimistisch war. Die vorliegende aktualisierte Finanzstrategie 2004-2010 ist denn auch ein Schritt in die richtige Richtung. Wir erwarten jedoch von der Regierung, dass sie im kommenden Jahr auch bereit ist, die Strategie und die Finanzplanung allenfalls weiter nach unten zu korrigieren, sollten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dies als angezeigt erscheinen lassen. Und dies auch ins Budget 2005 einfliessen zu lassen.
Wir sind uns bewusst, dass der gesetzliche Rahmen die Regierung einschränkt bei der Gestaltung des Budgets; erwähnt seien nur etwa die Leistungen an die Gemeinden und andere zweckgebundene Beiträge, gebundene Leistungen im Gesundheitswesen etc.. Wir anerkennen, dass sich die Regierung bemüht hat, bei jenen Budgetpositionen, die sie direkt beeinflussen kann – explizit bei den Sachkosten – äusserste Zurückhaltung zu üben, und dies auch erreicht hat. Wir wollen, dass in unserem Kanton Parlament und Regierung zusammen den öffentlichen Bereich verantwortungsvoll auf einem Kurs steuern, der sich am Wohl und Nutzen aller Bewohner und Bewohnerinnen dieses Kantons ausrichtet. Wir wollen nicht ein monatelanges politisches Hickhack um ein Budget nach aussen tragen (wie uns das andere Kantone und Städte schon vorgemacht haben), welches die Aktivitäten in Verwaltung und Parlament über Wochen oder Monate lähmt und auf Grund der geschilderten Sachzwänge letztlich dennoch wenig Substantielles bringt.
Die FDP-Fraktion unterstützt grösstmehrheitlich die Anträge der Stawiko, die Steuererwartungen auf ein realistisches Niveau zu senken und damit ein Defizit im Budget auszuweisen, und sie unterstützt die Anträge bezüglich der Reduktionsanträge bei den Personalkosten und den anderen Positionen gemäss Bericht Stawiko. Die FDP-Fraktion unterstützt auch einhellig den Antrag der Regierung, den Ausschöpfungsgrad bei den Krankenkassenprämienverbilligungen von 69 auf 67,5 % zu senken. Unser Appell zur Masshaltung, gerade im Vergleich zur Privatwirtschaft, ist kein Hirngespinst aus liberalen Kreisen. Der Votant ist selber Vorstandsmitglied des Zuger Industrieverbands und er kennt die Situation in der Zuger Industrie bezüglich Lohnmassnahmen und -anpassungen für das Jahr 2004. Die Industrie ist im Durchschnitt und von der Bandbreite her weit von diesen 5 % entfernt. Wir reden für das Jahr 2004 bezüglich Anstiegs der gesamten Lohnsumme im besten Fall von einer Erhöhung um 1 %.
Wir wollen ein Budget, welches die wahre Situation zeigt und wenn wir damit auch nach aussen gegenüber all den Begehrlichkeiten, die auf und zukommen (z.B. NFA), ein Zeichen dafür setzen, dass unser Kanton nicht einfach alles mit links wegstecken kann, so ist dies kein falsches Zeichen. Mit der Unterstützung der Reduktionsanträge

bei den Personalkosten setzt die FDP-Fraktion kein Misstrauensvotum gegenüber unserem Staatspersonal, im Gegenteil; wir wissen die mehrheitlich guten Leistungen unserer Verwaltung zu estimieren. Wir sind aber gleichzeitig der dezidierten Meinung, dass die Entlöhnung unseres Staatspersonals, und dies beinhaltet die Gesamtheit der geldwerten Leistungen, also z.B. auch die Pensionsleistungen, sich nach wie vor auf einem hohen Niveau befindet und dass eine gewisse Beschränkung – auch hier im Einklang mit der privaten Wirtschaft – keine unangemessene Forderung ist.
Die FDP-Fraktion ist gegen unüberlegte Dramatisierungen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Staatshaushaltes, sie ist aber auch gegen Verharmlosung und Untätigkeit. Wir wollen unseren Einwohnern gegenüber, seien dies die natürlichen oder die juristischen Personen, aber auch jenen gegenüber, die sich dafür interessieren, sich in unserem Kanton niederzulassen, ein Zeichen der Kontinuität, der Verlässlichkeit und der Professionalität setzen. Unsere Kantonsbewohner sind mehrheitlich nicht an Parteiengezänk, sondern an einem berechenbaren und qualitativ hochstehenden Umfeld interessiert. Es ist die Aufgabe der Regierung und des Parlaments, zusammen dafür zu sorgen. Wir wiederholen deshalb an dieser Stelle nicht einfach die jährlichen Sparappelle an die Regierung, sondern ganz konkret auch ans Parlament, an Sie alle, dass Sie bei allen Geschäften, die nächstes Jahr auf Ihrem Tisch liegen, sich der Kostenauswirkungen bewusst sind und danach handeln. Hans Peter Schlumpf hat in seinem Bericht zu Handen der erweiterten Stawiko über die Direktion für Bildung und Kultur (dies nur als ein Beispiel), deren Budget und Rechnung er jeweils zu inspizieren hat, gesagt: «Es sind nicht so sehr die bisherigen laufenden Geschäfte, welche den grössten Teil des Kostenanstiegs verursachen, sondern neue Projekte und Ausgaben, die vom Parlament beschlossen worden sind». Dies gilt auch für andere Direktionen. Der Votant ersucht den Rat dringend, gerade die bürgerlichen Politiker, hier in Zukunft mehr Zurückhaltung und Disziplin walten zu lassen; aber auch die Regierung, sich mit Vorlagen zurückzuhalten, denen keine prioritäre Bedeutung zukommt.
Und noch ein letzter Appell: Sie werden schon bald über die Pilotprojekte zu einer neuen Zuger Verwaltungsführung befinden können. Ein zentrales Element darin sind die Globalbudgets. Wir werden in Zukunft und in Zeiten der sich verknappenden Mittel über dieses Instrument froh sein, das dem Parlament erlaubt, zu definieren, wie viele Mittel für einen bestimmten Bereich eingesetzt werden sollen, ohne in die übliche kleinliche Erbsenzählerei zu verfallen, wie wir es heute tun, was nicht die wirkliche Aufgabe eines Parlaments ist.
Die FDP-Fraktion plädiert für Eintreten auf das Budget 2004 und Zustimmung mit den erwähnten Änderungen. Ebenso sei das Budget der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen, der Steuerfuss der allgemeinen Staatssteuer unverändert auf 82 % zu belassen und die Motion Karl Rust betreffend verbesserte Steuerungsmöglichkeiten beim Staatsvoranschlag als erledigt abzuschreiben.

Gregor **Kupper** stellt als letzter Fraktionssprecher fest, dass bei der Fachkompetenz seiner Vorredner beinahe schon fas alles Wesentliche und Gescheite gesagt ist. Das gibt ihm die Gelegenheit, unsere Finanzstrategie aus einer etwas anderen Sicht zu beleuchten und vorzustellen. Sie haben es mitbekommen: Als Grundlage für die Finanzstrategie der Regierung diente Zahlenmaterial, das wir im Rahmen unserer Behandlung der Strategie in der Stawiko noch nicht zur Verfügung hatten. Der Votant

hat an der Sitzung der erweiterten Stawiko verlangt, dass uns diese Ausgaben/-Einnahmen-Rechnung zur Verfügung gestellt wird, weil er der Meinung war, dass er dem Rat heute diese Zahlen etwas genauer erläutern möchte. Er hat dann aber mit Schrecken festgestellt, dass die Tabelle nicht gestimmt hat. Seine Intervention bei der Finanzdirektion hat dazu geführt, dass die Daten überarbeitet wurden und dass den Mitgliedern des Rats heute diese Tabelle auf den Tisch gelegt wurde (siehe Beilage). Die Finanzdirektion hat sich bei ihm und der Stawiko für den Fehler entschuldigt und er nimmt diese Entschuldigung gerne an, weil er auch weiss, dass bei der Fülle an Tätigkeiten Fehler passieren können.
Nun aber zu diesen Aufwand- und Ertragsrechnungen. Bitte führen Sie sich diese Zahlen mal vor Augen! Wenn Sie sich die erste Kolonne anschauen, Personalaufwand, so waren wir 2001 bei 195 Mio. und werden 2010 bei 268 Mio. sein. Es geht also munter und gewaltig aufwärts, obwohl die Tabelle berücksichtigt, dass die Regierung das Wachstum ab nächstem Jahr auf 2,5 % beschränken will. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Sachaufwand. Da sehen Sie den Sprung 2003/2004 von 100 Millionen; das ist ein buchungstechnischer Vorgang, der Ertrag aus der Bundessteuer wird auf brutto gestellt, entsprechend wirkt sich das im Ertrag aus – ein neutraler Vorgang. Es ist aber leider der Einzige. Die übrigen Zahlen kann sich jeder selbst mal interpretieren. Gregor Kupper möchte zur Zeile «Total Aufwand» kommen. 2001 sind das 700 Mio., 2010 knapp 1,2 Milliarden. Die 100 Mio. sind da drin, aber der Votant würde am liebsten beantragen, dass uns die Regierung Steigeisen und Pickel zur Verfügung stellt, damit wir diese Kurve in den nächsten Jahren hochkraxeln können. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, was mit diesem Anstieg passiert. Ab 2007 werden nicht mehr nur Jo Lang und Gerhard Pfister über Ausgaben in Milliardenhöhe beschliessen, sondern auch wir hier im kleinen Kanton Zug werden ein Budget haben, dass eine Aufwandseite von über Milliarde beinhaltet. *Wir* haben dafür die Verantwortung zu tragen. Die Regierung und der Kantonsrat. Und *wir* haben der Bevölkerung von Zug darüber Rechenschaft abzulegen. Denken Sie daran, wenn Sie neue Ausgaben beschliessen.
Diese Ausgaben zu tätigen, ist ja nicht so schlimm, wenn das Geld auch tatsächlich in der Kasse liegt. Und damit kommt der Votant zum Ertrag. Es wurde heute schon mehrmals gesagt, dass wir da eine Kolonne Steuern haben, die äusserst optimistisch aufgebaut wurde. Wir werden anschliessend bei der Budgetbehandlung darüber diskutieren, ob der Ertrag 2003 von 430 auf rund 400 Mio. reduziert werden soll. Und Sie müssen sich bewusst sein: Wenn wir das tun und das der Tatsache entspricht, dass dann entsprechend diese Hochrechnung der Erträge Jahr für Jahr 30 Mio. tiefer ist. Dann beinhalten diese Ertragszahlen aber auch unter der Position 46 die Mitbeteiligung der Gemeinden am Finanzausgleich. Sie sehen da den Anstieg von 2006 auf 2007, da sind die 55 Mio. bereits drin, welche die Gemeinden dann bezahlen sollen, wofür wir aber noch die gesetzlichen Grundlagen schaffen müssen.
Zum Aufwandüberschuss. Hans Durrer hat es schon oft erwähnt: Bis und mit 2002 hatten wir eigentlich schon negative Zahlen. 2004 werden wir negative Zahlen in der Budgetbehandlung schaffen. 2003 wissen wir schon, dass es negativ werden wird. Diese Kolonne mit den negativen Zahlen macht Gregor Kupper endgültig Bauchweh. Und zwar vor allem für die Jahre bis und mit 2006. Wir haben da eine Situation, dass wir bereits Defizite schreiben, bevor wir überhaupt die NFA-Auswirkungen zu spüren bekommen. Und das ist nicht gut. Wir müssen alles daran setzen, dass wir bis dahin zu ausgeglichenen Zahlen kommen können.

Der Votant hofft, dass er dem Rat mit diesen Ausführungen ein bisschen mehr Einblick in die Finanzstrategie schaffen konnte. Nun wäre es seines Erachtens falsch, wenn wir einfach hingehen und sagen: Okay, es sieht schlecht aus, wir nehmen diese Finanzstrategie zur Kenntnis und gehen zur Tagesordnung über. Das kann es ja eigentlich nicht sein, wenn wir unsere Verantwortung wahrnehmen wollen. Welche Schlüsse und Lehren zieht Gregor Kupper für sich aus dieser Situation? Auf der einen Seite ist er überzeugt, dass die Regierung nun endlich hingehen und das Dienstleistungsangebot unseres Kantons hinterfragen muss. Sie wird vermehrt schauen müssen, was wünschbar und was notwendig ist. Sie wird uns endlich auch mal eine Vorlage bringen müssen, wo sie uns sagt: Hört mal, da drauf könnten wir eigentlich verzichten, das bringt uns die und die Einsparungen. Ob das mit Vorlage oder Budget geht, ist egal, Hauptsache es geht. Dann aber muss der Kantonsrat auch mal lernen, wirklich nein zu sagen. Wir haben in diesem Jahr wahrscheinlich wieder einen Rekord geschaffen an neuen Ausgaben, die wir beschlossen haben. Nicht bei der Investitionsrechnung, sondern bei der Laufenden Rechnung. Es ist happig, was da zusammen kommt. Dann müssen wir aber auch unseren Meinungsbildungsprozess überdenken. Das beginnt schon viel früher. Wir haben in den letzten Jahren eine Motionsflut erlebt, die dann letztendlich immer wieder zu Vorlagen und neuen Ausgaben geführt hat. Wir müssen uns bewusst sein und gut überlegen: Wollen wir neue Motionen einreichen? Und wir müssen uns auch mal überlegen, ob es tatsächlich richtig ist, dass wir jede Motion überweisen. Oder ob wir nicht besser da schon eine Diskussion hier im Rat führen und uns dann evtl. entscheiden, auf diese Motion ganz zu verzichten. Das ist keine Frage des Wenn-Ihr-mir-dann-wir-Euch-auch, sondern es ist verantwortungsvolle Politik.
Was wir im Rahmen der Finanzplanung feststellen, ist dass der Kanton auf der Einnahmenseite eigentlich abhängig ist von den Steuererträgen. Diese werden konjunkturell beeinflusst. Der Kanton muss dann schauen, was daraus resultiert. Da fehlt für die Zukunft die nötige Flexibilität hier im Parlament. Wenn der Kanton reagieren soll, dann kann er das zwar tun. Auswirken tut es sich in aller Regel aber erst drei oder vier Jahre später. Das kennen wir aus der Wirtschaft. Dort haben wir Entscheidungsprozesse von vielleicht ein-, eineinhalb Jahren, wenn tatsächlich auf Grund negativer Entwicklungen kostenseitig gespart werden muss. Und selbst bei der Wirtschaft stellt man immer wieder fest, dass es zu lange dauert. Beim Kanton ist das noch viel, viel länger.
Und als dritter Schluss: Wir dürfen jetzt nicht hingehen und sagen: Okay, vor 2007 diskutieren wir nicht über die Steuern. Der Votant plädiert damit ganz bewusst nicht für Steuererhöhungen, aber dafür, dass wir spätestens nach Vorlage des Abschlusses 2003 hingehen und uns überlegen, wie wir unsere Aufgaben in den nächsten Jahren finanzieren. Und zwar denkt Gregor Kupper an eine Steuerplanung, die nicht nur die Kantonssteuer berücksichtigt, sondern auch die Gemeinden irgendwie mit einbezieht, weil der Steuerpflichtige letztendlich beide Steuern zusammenzählt. Ihn interessiert das Gesamttotal seiner Steuerrechnung, und nicht, wie sich das auf Kanton und Gemeinde aufteilt. Was heisst es eigentlich, wenn wir in der Tabelle sehen, dass wir Grössenordnung 30 Mio. ausgleichen müssen, und dass die Gemeinden 55 Mio. zusätzlich übernehmen müssen ab 2007? Das sind 85 Mio.. Inzwischen dürfte es allen klar sein: Ein Steuerfussprozent ist 5 Mio., wir sprechen also von etwa 17 Steuerfussprozenten, die dann fehlen, wenn das losgeht. Ob wir das dann über Steuerfussprozente ausgleichen oder über Steuersatzänderungen, ist Bestandteil einer verantwortungsvollen Planung. Und da müssen wir drangehen und

können nicht bis 2007 warten. Die CVP hat die Finanzstrategie so zur Kenntnis genommen. Die Bedenken sind rübergekommen. Aber ein Vorredner hat es gesagt: Letztendlich können wir sie einfach nur zur Kenntnis nehmen.
Zum Finanzplan. Ist er nun ein Abfallprodukt? Schöner gesagt, ist er vielleicht Verbindungsglied zwischen Strategie und Budget. Der Finanzplan verliert in dem Mass an Bedeutung, in dem die Finanzstrategie an Bedeutung gewinnt. Weil wir da eigentlich die Zahlen drin haben, ein wenig detaillierter, ausführlicher und kommentierter. Aber letztendlich stehen da die selben Zahlen wie in der Finanzstrategie. Der Finanzplan hat sicher an Bedeutung verloren. Es zeigt sich auch, dass es sinnvoll ist – gerade in der Zeit, die auf uns zukommt –, nicht einfach nur bis 2007 zu planen, sondern noch ein bisschen darüber hinaus zu schauen. Auch wenn jede Planung schlussendlich Mängel hat und sicher nicht so eintrifft, wie wir das vorsehen. Trotzdem ist die Strategie wichtiger. Wenn der Finanzplan trotzdem noch erwähnt wird, dann aus zwei Gründen: Auf der einen Seite wird er in den nächsten Jahren der Gradmesser sein, an dem wir die Budgets der Regierung für die Jahre 2005 und folgende messen werden. Das zweite, was drinsteht, sind hinten ab S. 23 die Schwerpunktgeschäfte, welche uns die Regierung unterbreiten will. Da fällt auf, dass bei der Direktion des Innern ganz offensichtlich Nachholbedarf ist. Es fällt aber auch auf, dass bei der Finanzdirektion ein ganzer Haufen an Gesetzesänderungen und Beschlüssen auf uns zukommt. Der Votant schlägt vor, die nächsten zwei Jahre zwei Wochen der Ferien zu reservieren, damit all diese Vorlagen studiert werden können. Wenn Sie sich das bei der Finanzdirektion anschauen, so sind das Sachen, die zwingend in Rechtskraft sein müssen, wenn wir die Ziele der Finanzstrategie erreichen wollen. So gesehen stellt Gregor Kupper auch hier im Namen der CVP den Antrag, den Finanzplan in der vorliegenden Form zur Kenntnis zu nehmen.
Vielleicht noch eine ergänzende Bemerkung zu diesen Schwerpunktgeschäften. Als Stawiko-Mitglied würde es der Votant wahnsinnig begrüssen, wenn man da auch gleich noch dahinter setzen könnte, ob das Geschäft finanzielle Auswirkungen hat oder nicht. Es wäre eine Vorwarnung für alle, dass wir dann wissen: Es geht dann wieder um Geld. Und es geht meist um viel Geld. Wenn das aufgenommen werden kann von der Regierung, Dank zum voraus.
Zum Budget. Wir haben gehört, dass die SVP einen Nichteintretensantrag gestellt hat. Gregor Kupper und mit ihm die grosse Mehrheit der CVP sind für Eintreten auf das Budget. Die Lage ist zu ernst. Wir können es uns nicht leisten, uns da mit Grabenkämpfe zwischen Kantonsrat und Regierungsrat zu beschäftigen. Beide müssen nun hingehen und diese Probleme gemeinsam lösen. Und da ist die ganze Kraft aller gefordert. Da soll nicht unnötig Zeit und Manpower verpufft werden, um irgendwelche Budgets zu korrigieren, zu ändern, zu beschönigen, und daraus abgeleitet die ganzen Finanzpläne und alles. Schauen wir vorwärts, unterstützen wir die Anträge der Stawiko und verabschieden das Budget.
Wenn wir ganz generell übers Budget schauen, kommt da auch zum Ausdruck, dass auf der einen Seite der Steuerertrag zu optimistisch budgetiert wurde. Und dass der Kostenanstieg beim Personal ganz einfach enorm ist. Der Votant möchte beim Budget nur ganz kurz auf zwei Direktionen eingehen, weil wir ja diese Gruppen haben in der Stawiko, welche die einzelnen Direktionen prüfen. Auf der einen Seite zur Volkswirtschaftsdirektion. Der Votant hat in den letzten ein oder bald zwei Jahren immer wieder interveniert, dass diese Rechnungslegung im Bereich VAM und RAV nicht korrekt, bzw. nicht nachvollziehbar sei. Er ist dann bei der Finanzkontrolle gelandet, bei Martin Billeter. Dieser hat ihm in diesem Frühjahr einen Bericht geschrie-

ben und das erklärt. Gregor Kupper hat ihm daraufhin angerufen und gesagt: Vielen Dank, aber ich verstehe es noch immer nicht. Das hat dazu geführt, dass er jetzt mal das ganze Rechnungswesen in diesem Bereich genau überprüft hat. Und siehe da – wir haben es im Stawiko-Bericht gelesen –, da sind jetzt plötzlich 2,5 Mio. zum Vorschein gekommen. Das ist schön, aber es ist auch ganz klar der Hinweis, dass wir wirklich auch mal kritisch auf die Zahlen schauen, die uns präsentiert werden.
Die zweite Direktion ist die Sicherheitsdirektion. Dort wurde der Budgetprozess nicht ernst genug genommen. Der Votant hat festgestellt, dass Begründungen fehlen. Fast alle Budgetänderungen sind von der Sicherheitsdirektion, neben den grundsätzlichen Themen. Dann haben wir die leidige Geschichte mit diesen Aushilfen auf S. 133 der Budgetgeschichte. Und dann ist Gregor Kupper vor einigen Tagen auch noch der Amtsbericht der Finanzkontrolle ins Haus geflattert. Es zeigt sich da, dass auch in Abgrenzungsfragen relativ grosszügig umgegangen wird. Es ist dem Sicherheitsdirektor wirklich ernsthaft zu empfehlen, sich mit seinen Leuten zusammen zu setzen und das Rechnungswesen sorgfältiger zu bearbeiten.
Zum Schlussbudget noch eine Frage an Peter Hegglin. Wir haben gesagt, dass wir in Zukunft keine Nachtragskredite mehr wünschen. Dass wir eigentlich im Rahmen der Budgetbehandlung, wenn irgend etwas bekannt ist, das bereits behandeln möchten und ins ordentliche Budget einbauen. Gregor Kupper ist nicht bekannt, dass da irgend etwas kommt. Er schliesst daraus, dass wir nächstes Jahr zumindest im April eine Nullrunde bei den Nachtragskrediten haben.
Zu den Anträgen. Die CVP empfiehlt dem Rat grossmehrheitlich, auf das Budget einzutreten, den Steuerfuss bei 82 % zu belassen und das Budget vom Bostadel zu genehmigen. Bei den Detailänderungen der Stawiko hat die CVP entschieden, diesen grossmehrheitlich stattzugeben, mit Ausnahme der Teuerung. Dort hatten wir in unserer Fraktion in etwa eine Patt-Situation.

Bruno **Pezzatti** spricht im Namen einer starken Minderheit der FDP-Fraktion. Der Staatsvoranschlag 2004 kann auf Grund des zu hohen Ausgabenwachstums nicht akzeptiert werden. Die von der Stawiko-Mehrheit beantragten Budgetkorrekturen und -massnahmen sind grundsätzlich richtig, sie gehen aber zu wenig weit und werden bei der Regierung und bei uns im Kantonsrat kaum das dringend notwendige Umdenken bewirken. Es braucht heute ein klares Zeichen. Wir beantragen deshalb, auf den Staatsvoranschlag 2004 nicht einzutreten. Wir fordern die Regierung auf, dem Kantonsrat bis Ende März 2004 ein neues Budget vorzulegen mit folgenden Eckwerten: 1. Wachstum des Personalaufwands um maximal 1,5 %. Dies ist immer noch erheblich höher als die durchschnittliche Teuerung von derzeit rund 0,5 % und ebenfalls höher als die durchschnittliche Erhöhung der Lohnsummen in der Privatwirtschaft von schätzungsweise rund 1 %. 2. Wachstum bei den gebundenen Ausgaben um maximal 3 %. Beim Personalaufwand sind die vom Kantonsrat in diesem Jahr beschlossenen neuen Aufgaben und bewilligten zusätzlichen Stellen durch Sparmassnahmen bei den übrigen Personalstellen zu kompensieren; z.B. durch eine aktive Personalplanung und -budgetierung; etwa mit Pensenkürzungen, Hinterfragen aller bisherigen Aufgaben und Stellen und gegebenenfalls gezielter Streichung einzelner Stellen.
Zur Begründung: Die angekündigten Sparbemühungen der Regierung, die wir selbstverständlich begrüssen, sind leider erst ab dem Jahr 2005 geplant. Wir haben den Eindruck, dass die Regierung die Zeichen der Zeit immer noch nicht voll und

ganz erkannt hat und Zeit gewinnen will. Sie setzt auf das Prinzip Hoffnung und denkt wohl, dass die Konjunktur im kommenden Jahr wieder deutlich anziehen, die Finanzlage des Kantons sich dann wieder bessern und der Kantonsrat seine Sparaufträge beim Budget 2005 nicht mehr so dezidiert vertreten wird. Diese nicht mehr zu akzeptierende und zu optimistische Haltung, welche beim vorgelegten Budget 2004 ganz offensichtlich zum Ausdruck kommt, muss endlich einer realistischen und vorsichtigen Einschätzung der Finanzlage und künftigen Konjunkturentwicklung weichen. Die Einnahmen resp. die Steuererträge im 2004 wurden trotz frühen und klaren Empfehlungen der erweiterten Stawiko bereits bei den Budgets 2002 und 2003 und erneut an der Stawiko-Sitzung in diesem Sommer bei der Behandlung der Rechnung 2002 unverständlicherweise wieder viel zu optimistisch budgetiert. Die im Budget 2004 veranschlagten Kostensteigerungen von +5,1 % beim Personalaufwand und von +5 % bei den gebundenen Ausgaben sind im Hinblick auf die auf den Kanton zukommende Verschlechterung der Finanzlage und auch unter Berücksichtigung der angespannten Situation in der Wirtschaft fast eine Provokation.
Die FDP des Kantons Zug hat in ihrem im August 2003 erarbeiteten und publizierten Positionspapier zu den Zuger Finanzen klar darauf hingewiesen, dass das Hauptproblem der verschlechterten Finanzlage des Kantons Zug beim zu hohen Ausgabenwachstum der letzten Jahre liegt. Der Personalaufwand ist seit 1998 weit überproportional zur Teuerung und zum Bevölkerungswachstum um +25,4 % gestiegen, die gebundenen Ausgaben um 25,8 %. Im Vergleich dazu hat die Teuerung im gleichen Zeitraum nur um nur 5,9 %, d.h. um viereinhalb Mal weniger zugenommen, die Bevölkerung des Kantons Zug ist seit 1998 von rund 97'000 auf 101'000 Einwohner, d.h. um 5,1 % und nicht um 20 oder 25 % gewachsen. Das inakzeptabel hohe Ausgabenwachstum soll nun auch im kommenden Jahr weiter gehen. Dies darf der Kantonsrat nicht zulassen. Sparmassnahmen, die diesen Namen verdienen, sind dringend nötig und nicht erst ab 2005 zu ergreifen.
Noch ein Wort zu den von der Regierung entgegengehaltenen Argumenten zum Nichteintreten, welchen sich auch die knappe Stawiko-Mehrheit angeschlossen hat: Sie ist der Meinung, dass ein budgetloser Zustand ein schlechtes Zeichen für den Wirtschaftsstandort Zug darstellt, und die begrenzten Ressourcen der Verwaltung besser für die Umsetzung der in der neuen Finanzstrategie genannten Ziele eingesetzt werden sollten. Dazu ist zu sagen, dass eine weitere deutliche Erhöhung der Staatsquote für den Wirtschaftsstandort noch schlechter ist. Zudem wurde im letzten Jahr im wirtschaftsstärksten Kanton der Schweiz, im Kanton Zürich, auf das Budget 2003 nicht eingetreten. Dies ohne nachteiligen Folgen für die Wirtschaft und den Kanton. Im Gegenteil. Die Regierung sah sich im Sommer 2003 auf Grund des unmissverständlichen Zeichens des Kantonsrats veranlasst, ein rigoroses Sparprogramm vorzulegen. Dies erwarte ich auch von der Zuger Regierung. Wir müssen heute ein Zeichen setzen. Wir dürfen auf das Budget 2004 nicht eintreten.

Leo **Granziol**: Wenn Sie sich umhören in den Fraktionen, sieht es so aus, als könnte heute der Teuerungsausgleich für das Personal durchfallen, wenn auf das Budget eingetreten wird. Der Votant und eine Minderheit der CVP finden das nicht richtig. Er ist deshalb der Meinung, man sollte auf das Budget nicht eintreten und damit den Antrag an den Regierungsrat verbinden, im neuen Budget andere Positionen zu kürzen als den Teuerungsausgleich. Und ihm den Auftrag erteilen, den Teuerungsausgleich so weit zu gewähren, als andere Positionen gekürzt werden können. Es kann nicht

sein, dass das Personal hier als erste diese Kürzungen und Sparanstrengungen spüren muss. Die Angestellten des Kantons haben gut gearbeitet und sie sollten auch einen Ansporn haben, damit sie eben dazu beitragen, dass weitere Kürzungen in Positionen möglich sind. Es werden die Falschen getroffen. Nicht nur Leo Granziol, sondern auch Mitglieder der Stawiko sind der Auffassung, dass das Budget noch genügend Luft aufweist, wo man diese 1,63 Mio. kürzen kann. Sie können das durchschauen im Budget. Aber Sie wissen genau, mit solchen Einzelanträgen werden wir keine Chance haben, irgendwo etwas zu kürzen. Aber wenn Sie nur die Position 813 anschauen, wo die Planungen, die Drittkosten, die Honorare für Expertisen usw. aufgelistet werden, dann gibt es dort Einiges, wo man kürzen und diese 1,63 Mio. einsparen könnte.
Natürlich ist damit der Regierungsrat insgesamt gefordert. Es ist nicht der Finanzdirektor allein, sondern es haben alle Departemente dazu beizutragen, diese 1,6 Mio. zu finden. Es ist auch richtig, dass die Stawiko-Anträge in diesem überarbeiteten Budget berücksichtigt werden. Denn das ist das absolute Minimum. Der Votant ist überzeugt, wenn wir jetzt auf das Budget eintreten, dann müssen wir die Schraube so ansetzen, wie das die Stawiko sagt. Das ist das Minimum an Sparanstrengungen, die wir treffen müssen. Und dann fällt wahrscheinlich eben auch die Teuerung durch. Deshalb bittet Leo Granziol den Rat, auf das Budget nicht einzutreten und diesen Auftrag dem Regierungsrat zurückzugeben. Es gibt damit auch keine Grabenkämpfe. Die Anträge an den Regierungsrat sind klar formuliert seitens der Stawiko. Und auch dieser Auftrag ist klar. Das kann relativ schnell wieder erarbeitet werden. Und der Votant ist auch der Auffassung, dass der Regierungsrat relativ schnell die 1,63 Mio. Franken finden kann bei anderen Positionen als beim Personal. Er muss diesen Antrag auf Nichteintreten hier stellen, es geht nachher bei der Einzelposition nicht, wenn es darum geht, die Teuerung zu kürzen oder nicht. Dann können wir nicht mehr sagen, es sei generell an anderen Orten zu kürzen. Dort sind eben nur noch Anträge zu Positionen möglich. Das Nichteintreten ist auch ein Zeichen gegenüber der Bevölkerung, dass wir unsere Funktion als Aufsicht über die Regierung und unsere Finanzhoheit wahrnehmen und uns darum kümmern, und nicht das Personal benachteiligen wollen.

Karl **Rust**: Neue Ansätze zu den ungenügenden Massnahmen bei der Finanzstrategie. Positiv ist, dass wir eine Strategie haben, aber wir müssen sie nochmals anpassen. Z.B. beim Stabilisierungsprogramm auf S. 7 fehlen griffige Massnamen mit Zeitplan. Während der Kanton Aargau das zweite Aufgabenteilungspaket umsetzt, verweist der Regierungsrat lediglich auf eine Expertengruppe, welche im Auftrag einer Steuerungsgruppe Berichte produziert. Nach Erfahrung des Votanten kostet der Zentimeter einer solchen Broschüre ca. 50'000 Franken. Für ihn wird dies unerträglich. Ab heute müssen wir uns gemeinsam tabulos einen Ruck geben.
Eine Chance zur ungenügenden Steuerungsmöglichkeit beim Budget. Dazu ein Zitat von Toni Gügler sel.: «Die erweiterte Stawiko stellt in ihrem Bericht zum Voranschlag 2000 einmal mehr realistisch fest, dass die Staatsausgaben zum überwiegenden Teil nicht über das Budget beeinflusst und gesteuert werden können, sondern nur durch die Gesetzgebung.» Diese Feststellungen dürfen nicht einfach Jahr für Jahr fatalistisch hingenommen werden. Es sind Konsequenzen daraus zu ziehen.
Während Jo Lang nur über die Einnahmenseite poltert, haben wir bei den sieben Direktionen auf der Ausgabenseite noch Erfolgspotenziale. Mit der Einführung von

Globalbudgets mit Leistungen für den Bürgernutzen. Dazu gibt es seit 1996 eine FDP-Motion. Und die hockt noch in der Schublade. Ist denn das nicht bedenklich? Die Spezialkommission Schlumpf/Rust ist mit dem Pilotprojekt für eine Zuger Verwaltungsführung daran. Dieser Kommission hat man das Etikett WOV angehängt. Positiv ist, dass diese Kommission in konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Finanzdirektor daran ist, mit erprobten Globalbudgets einen pragmatischen und erfolgsversprechenden Weg aufzuzeigen.

Heinz **Tännler** hat diese Debatte mit Interesse verfolgt und muss, obwohl er mit vielen bürgerlichen Voten einverstanden ist, einen Nagel für die Regierung einschlagen. Die Budgetkompetenz liegt ja letztlich bei uns im Parlament. Hans Peter Schlumpf hat es richtig gesagt. Wie funktioniert der Mechanismus? Wo liegt die Problematik? Bei den zweckgebundenen Ausgaben. Wie funktioniert das? Entweder haben wir einen Vorschlag des Volks oder einen des Parlaments (Motion). Der Votant gehört da offenbar auch zu den Fleissigeren. Oder wir haben einen Vorschlag aus der Verwaltung selbst. Und wir beschliessen, und immer alles mit Kostenfolge. Dort ist der Hund begraben. Insbesondere bei den Folgekosten. Wir haben überhaupt keine Ahnung, welche Folgekosten aus den uns präsentierten Vorlagen hervorgehen. Diese Folgekosten führen dann dazu, dass wir Ende Jahr erstaunt sind und glauben, bei der Budgetdebatte könne man noch irgend etwas korrigieren. Wenn wir heute 300‘, 400‘ oder 500'000 Franken einsparen auf dem Buckel der Angestellten der kantonalen Verwaltung, weil wir dort die Teuerung streichen, können wir uns auf die Schulter klopfen. Wir müssen uns vielmehr fragen, was die Staatsziele sind. Das ist mal eine Aufgabe. Da sollte man in den Fraktionen mal wieder über die Bücher gehen. Für die Linken ist das klar. Die wollen den Kapitalismus überwinden, oder milder gesagt: Sie wollen die Eigeninitiative minimieren und fast alles dem Staat abdelegieren. Wir Bürgerliche sollten eigentlich auch eine klare Linie haben. Unser Ziel ist im Prinzip nichts anderes als ein haushälterisches Einsetzen der Mittel nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Nachhaltige Finanzpolitik ermöglicht es, dass nachfolgende Generationen nicht Lasten tragen, die wir heute unnötigerweise beschliessen. Das Fazit ist ganz einfach: Wir müssen für den Staat sorgen, nicht umgekehrt. Und vor diesem Hintergrund haben wir diese Vorlagen entsprechend zu prüfen. Wir müssen uns an der Nase nehmen, bevor der Regierungsrat das tun muss.
Hans Durrer hat es in seinem Votum richtig gesagt: Wir haben ein Finanzhaushaltsgesetz mit totalen Schwächen. Die Budgetkompetenz ist zwar auf dem Papier bei uns, aber wir können nichts tun. Wir können effektiv nur wenig tun. Nichteintreten. Der Votant ist einverstanden. Aber beim Nichteintreten müssen wir Folgendes wissen: Wir können keine Aufträge erteilen. Wir können Nichteintreten beschliessen und dann ist Ende der Durchsage. Wir können keine Empfehlungen oder Aufträge abgeben, keine Zeitvorschriften machen und dem Regierungsrat sagen, bis Ende März soll er ein neues Budget bringen. Wir können gar nichts. Und der Regierungsrat hat die Möglichkeit, vielleicht auf diese Empfehlungen einzutreten oder auch nicht. Faktisch haben wir nicht einmal einen budgetlosen Zustand. § 33 des Finanzhaushaltsgesetzes gibt dann dem Regierungsrat volle Kompetenz. Ähnliche Problematiken haben wir mit Beförderungen, mit Aushilfen, mit der Teuerung. Und hier teilt Heinz Tännler die Auffassung des Landschreibers nicht, der sagt, dass wenn wir heute die Teuerung nicht beschliessen, liege das in unserer Kompetenz. Der Regierungsrat ist kompetent und kann die Teuerung beschliessen oder nicht. Und dann ist es auch

nicht möglich, dass wir heute auf die Teuerung verzichten und sagen, wenn er sie trotzdem sprechen wolle, müsse er an einem anderen Ort einsparen. Warum geht das nicht? Weil wir ihm in der Detailberatung nicht sagen, wo er einzusparen hat, und in der Detailberatung alles durchgeht. Wir haben also im Prinzip ein schwaches Finanzhaushaltsgesetz, das uns hier im Parlament sehr wenige Möglichkeiten gibt. Und dieses Gesetz sollte dringend revidiert werden. Sie haben es in der Hand, nächstes Jahr den Hebel am richtigen Ort zu schieben.

Louis **Suter** möchte sich kurz zur Arbeit der Stawiko äussern. Irgendwie kommt ihm das vor wie ein Sturm im Wasserglas, wenn er sich die konkreten Anträge zum Budget anschaut. Was hat uns die Stawiko vorgeschlagen? Auf der Ertragsseite schlägt sie uns vor, dass man die Beurteilung der Erwartungshaltung ändern soll, und diese um rund 31 Mio. zurückschrauben sollte. Und bei den Sparübungen hat es im Prinzip zwei Vorschläge. Einerseits die Limitierung der Aushilfen um 1,45 Mio. und die Nichtgewährung der Teuerung mit ca. 2 Mio.. Diesbezüglich hätte der Votant von der Stawiko mehr erwartet. Auch wenn wir jetzt von Heinz Tännler gehört haben, was uns der Mechanismus des Finanzhaushaltsgesetzes alles sagt. Aber da kann Louis Suter der Stawiko keine guten Noten austeilen. Man kann nicht alles einzig auf diese Nichtgewährung der Teuerung fokussieren. Er hätte ganz andere zusätzliche konkrete Sparübungsvorschläge erwartet. Er meint deshalb, dass genau das der wunde Punkt der ganzen Übung ist. Und dass letztendlich der Vorschlag von Leo Granziol diesbezüglich Sinn macht.

Josef **Lang** meint, dass Louis Suter natürlich nicht ganz unrecht habe. Er möchte zuerst auf die Frage des Nichteintretens eingehen, vor allem auf die Begründung von Leo Granziol. Dass das Nichteintreten ganz allgemein gesagt ein schlechtes wirtschaftliches Signal bedeutet, ist offensichtlich. Das wissen alle, die wissen, dass Ökonomie immer mehr mit Psychologie zu tun hat. Leo Granziol hat ja einen ganz spezifischen Grund gewählt, der dem Votanten an sich sympathisch ist. Wir sind dagegen, dass man dem öffentlichen Personal die Teuerung streicht. Aber wegen diesen 2 Mio. kann man doch nicht auf das Budget von mehreren Hundert Mio. Franken nicht eintreten. Das ist jetzt wirklich ein schwacher Grund. Und es ist auch ein sehr schlechter Grund für das Staatspersonal. Erstens bedeutet das Nichteintreten für das Staatspersonal einen Mehraufwand, der mindestens so hoch ist wie die 0,7 % Teuerungsausgleich. Entweder bezahlt man dann diesen Mehraufwand, dann hat man die 0,7 % sonst verloren, oder man lässt das Personal gratis länger arbeiten. Und dann ist die Auszahlung des Teuerungsausgleichs nur eine Kompensation des Mehraufwands. Es gibt aber noch einen zweiten Grund, weshalb das für das Staatspersonal schlecht ist. Wenn man hier den Teuerungsausgleich verkauft mit dem Argument, wir sind für den Teuerungsausgleich nicht direkt in diesem Saal, sondern indem die Regierung andere Sparvorschläge macht, spielt man natürlich das Staatspersonal aus gegen andere mögliche Sparopfer. Und weil diese hier namentlich nicht genannt werden, müssen sehr viele potenzielle Sparopfer für das Personal Opfer bringen. Für das Staatspersonal ist das also ein denkbar schlechter Vorschlag. Josef Lang hat auch das Gefühl, dieser Antrag sei etwas schlitzohrig.
Zu Karl Rust. Ein Vertreter des Public Managements ist wirklich der Allerletzte, der irgend jemandem Papierkrieg vorwerfen kann. In der Schweiz wurde in den letzten

zehn Jahren auf keinem Gebiet mehr unnötiger Papierkrieg veranstaltet als bei diesem WIV-, WOV-, WUV-Gebelle. Das sagen alle Leute, die davon betroffen sind. Der Votant hat ganz nahe Verwandte, die darunter leiden.
Jo Lang dankt Gregor Kupper für die neuen Töne. Man hat auf unserer Seite sofort registriert, dass ein neuer tabuloser Ton ausgebrochen ist in Sachen Steuerdebatte. Was wir nicht so gern gehört haben, ist die Infragestellung der automatischen Überweisung von Motionen. Das ist eindeutig minderheitenfeindlich. Es ist daran zu erinnern, dass wir hier als gebrannte Kinder sprechen, weil Motionen von uns nicht überwiesen wurden, gerade bezüglich Steuerfragen.
Am Schluss noch zu Hans Durrer. Genau wie man in Grimms Märchen keine Fata Morgana findet, waren in seinem Votum keine Antworten zu finden auf die kritischen Fragen, die hier gestellt wurden. Das Problem, mit dem er hier Abschied nehmen muss, ist nicht sic transit gloria tugii, sondern sic transit gloria legis fiscalis tugiensis.

Leo **Granziol** sieht sich veranlasst, nochmals zu seinem Antrag Stellung zu nehmen. Heinz Tännler hat zwei Thesen gebracht. Er hat gesagt, wenn wir nicht eintreten, haben wir einen budgetlosen Zustand. Dem kann der Votant nicht widersprechen. Die Folgen daraus ergeben sich aber ganz klar aus dem Finanzhaushaltsgesetz. Es steht dort nämlich, dass dann der Regierungsrat für die Verwaltungstätigkeit *unerlässliche* Ausgaben tätigen kann. Er behauptet wahrscheinlich, es sei alles unerlässlich, aber darüber könnte man noch erheblich streiten. Wenn das so wäre, müssten wir gar nicht mehr budgetieren. Dann könnten wir jetzt gleich mittagessen gehen. Das stimmt nämlich nicht. Es ist einiges erlässlich in diesem Budget. Und es sind auch die 1,5 Mio. unter diesen erlässlichen Ausgaben zu finden. Und Heinz Tännler hat Recht: Die Budgetkompetenz liegt bei uns. Und wenn wir jetzt auf dieses Budget nicht eintreten und gewisse Aufträge geben, muss doch der Regierungsrat, wenn er ein bisschen Grütze im Kopf hat, das ernst nehmen. Er kann doch nicht einfach hingehen und weiter wursteln. Er muss das berücksichtigen und ein neues Budget bringen, das dann eine politische Mehrheit finden kann. Er kann nicht irgend etwas produzieren, von dem er genau weiss, dass es im Parlament wieder nicht angenommen wird. Er hat grosses Interesse, ein Budget zu präsentieren, das hier im Rat Mehrheit findet. Und wenn Sie Nichteintreten beschliessen, kann ja eben nur ein Budget Mehrheit finden, das unsere Vorschläge berücksichtigt. Deshalb ist Leo Granziol zuversichtlich, dass wenn Sie nicht eintreten, innert Kürze ein entsprechendes Budget vorgelegt wird. Und Herr Lang, der Votant ist Ihnen dankbar, wenn Sie sagen, wegen diesen zwei Mio. soll man trotzdem auf das Budget eintreten. Damit übernehmen Sie dann auch die Mitverantwortung, wenn der Teuerungsverzicht durchfällt. Das wird so sein. Der Votant bietet Ihnen die Möglichkeit, durch Nichteintreten diesen Teuerungsausgleich zu bewahren. Wenn Sie das auch nicht wollen, dann ist das okay.

Karl **Rust** ist enttäuscht über die doppelte Unterstellung von Jo Lang als ausgewachsener Akademiker. Erstens, bei der Überweisung der Motion Schlumpf/Rust hat der Votant das NPM von der Philosophie distanziert. Er kann das in der Motionsbegründung selbst nachlesen. Zweitens, wir haben motioniert eine Zuger Verwaltungsführung mit Globalbudget und Leistungsaufträgen für die Zuger Bürger. Das ist die zweite Unterstellung. Wenn Jo Lang dem Votanten noch WOV, WUV anhängen will,

macht das Gleiche die Regierung. Wir haben keine Motion eingereicht für WOV und WUV, wir haben schlichtweg ein pragmatisches Globalbudget verlangt. Nimm das bitte zur Kenntnis, sonst verliere ich noch deinen Respekt!

Peter **Dür** ist etwas erstaunt über die neue Stimmung in diesem Rat. Das geht jetzt doch relativ stark unter die Gürtellinie. Wenn er z.B. hört, dass man dem Regierungsrat wursteln vorwirft und fragt, ob er Grütze im Kopf habe, so ist das nicht richtig. Er hofft, dass wir hier wieder zur Sachlichkeit zurückkommen und erwartet auch noch eine entsprechende Entschuldigung.
Zu Louis Suter. Auch hier war der Stawiko-Präsident erstaunt. Wir kritisieren auch nicht die Arbeit der RPK, und er hat hier von Sturm im Wasserglas gesprochen und uns die seriöse Arbeit abgesprochen. Wir haben aus unserer Sicht eine sehr seriöse Arbeit geleistet. Es wurden sehr viele gute Unterlagen erstellt, schon vor der Sitzung der erweiterten Stawiko. Wir haben uns auch juristisch gut beraten lassen und sind zum Schluss gekommen, wie das auch Heinz Tännler sehr gut gesagt hat, dass uns vom Finanzhaushaltsgesetz hier entsprechend starre Grenzen gesetzt werden. Wir haben sehr begrenzte Möglichkeiten. In der erweiterten Stawiko haben wir verschiedene Eskalationsstufen durchbesprochen. Bis jetzt sind wir jeweils auf das Budget eingetreten, wir haben in der Detailberatung die entsprechenden Kommentare gemacht, gewisse Fragen gestellt, und das war es. Es ist uns in diesem Kanton gut gegangen und das Ganze war wieder vergessen und wir haben weiter ausgegeben. Die nächste Stufe ist jene, die wir vorschlagen, Eintreten und entsprechende Anträge zu Detailpositionen in der Detailberatung stellen. Es gibt die weiteren Stufen. Das ist Eintreten und Zurückweisen mit globaleren Anträgen. Und die letzte wäre Nichteintreten. Der Votant würde dem Rat empfehlen, die nächste Stufe zu erklimmen.
Warum kommt dieser Antrag wegen der Teuerung? Wir haben geschaut, welches die wesentlichen Ausgabenblöcke sind. Es sind die Personalkosten, die gebundenen Ausgaben und der Sachaufwand. In zwei von drei Positionen haben wir klar den Willen der Regierung gesehen, entsprechend Massnahmen zu ergreifen – und zwar bereits 2004. Bei den gebundenen Ausgaben wurde die Steigerung von 6 auf 5 % heruntergeholt. Beim Sachaufwand sind es -1 %. Einzig bei den Personalausgaben ist die Planung aus dem Ruder gelaufen. Wenn man das vergleicht mit der Privatwirtschaft, so hat Peter Dür seit mehreren Wochen Leute aus der Privatwirtschaft gefragt: Wie läuft das bei Euch mit der Teuerung. Die Wenigsten haben gesagt, sie gäben eine Teuerung. Die meisten haben gesagt, sie wüssten gar nicht mehr, was eine Teuerung ist. Sie haben seit Jahren keine Teuerung mehr ausgegeben. Es wird dort viel mehr leistungsabhängig abgegolten. Und entsprechend hat ja jetzt die Regierung bereits die Beförderungen ausgesprochen. Das ist die leistungsabhängige Komponente. Und wir schlagen Ihnen nun ganz gezielt vor, bei der Teuerung eine Nullrunde zu machen, ganz gleich wie in der Privatwirtschaft, die im Moment arg gebeutelt ist. Sie sehen also, das ist nicht einfach irgend ein Schnellschuss Richtung Personal. Sondern wir haben uns das sehr gut überlegt, haben auch breit herumgefragt und kommen nun mit diesem Antrag.
Der Stawiko-Präsident empfiehlt dem Rat nochmals, auf das Budget einzutreten. Wir wollen den Druck auf die Regierung kontinuierlich erhöhen und ihr den entsprechenden Weg weisen. Sie haben gespürt, dass die Regierung an der Arbeit ist, und zwar seriös, und wir müssen ihr auch Zeit geben dazu. Und wenn Sie jetzt das Budget zurückweisen, dann beschäftigen Sie die Regierung drei, vier Monate mit dem

Budget 2004, statt dass sie jetzt ihre Arbeit seriös aufnehmen und intensiv am Budget 2005 arbeiten kann, wo sie ja dann die Ziele der Finanzstrategie einhalten möchte. Treten Sie also auf das Budget ein und unterstützen dann unsere Anträge in der Detailberatung.

Peter **Hegglin** freut sich, dass der Präsident ihn weiterhin als Finanzdirektor und nicht als Schönfärber aufgerufen hat. Wie mehreren Votanten ist auch Peter Hegglin bei der Vorbereitung zur Budgetdebatte die letztjährige Debatte in den Sinn gekommen. Damals drehte sich die Diskussion vor allem um die Steuerrabatte. Also Noch-Kantonsrat wehrte er sich im Einklang mit der Regierung mit Nachdruck gegen die beantragten Rabatte. Mehrere Votanten argumentierten damals, dass das Steuerpotenzial noch grösser sei, als der Regierungsrat budgetierte, und damals hatte man ja ein Wachstum von 12 % angenommen. Man sagte, es sei falsch, Steuern auf Vorrat zu erheben. Heute, ein Jahr später, sind wir uns sicher einig: Die budgetierten Steuererträge waren zu hoch und es wäre falsch gewesen, die Rabatte zu gewähren. Das Loch in der Staatsrechnung wäre sehr gross gewesen. Leider sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nachhaltiger, als wir vor einem Jahr annahmen. Die wirtschaftliche Situation hat sich gar noch verschlechtert. Deshalb haben wir Ihnen ja im Sommer auch eine Schätzung der Steuern abgegeben. Wir können aber sagen, dass die Schätzung eingehalten werden kann und die Erträge sicher über den Erträgen des letzten Jahres liegen werden.
Zu den Auswirkungen der Steuergesetzrevision. Jo Lang hat schon mehrmals gesagt, dass die Revision vor allem bei den Kapitalsteuern der juristischen Personen ein Minus zur Folge hat. Das ist natürlich so, weil wir dort eine Anpassung von 1,5 auf 0,5 Promille vornahmen. Diese Anpassung wurde aber nicht wegen der Konkurrenz von Nachbarkantonen gemacht, sondern wegen internationaler Konkurrenz. Und da gibt es mehrere Staaten, die tiefer gegangen sind, so u.a. Irland. Es wäre aber falsch, wegen den verminderten Einnahmen jetzt den Niedergang des Kantons zu proklamieren. Vielmehr müssen wir die anstehenden Probleme als Herausforderung sehen. Wir müssen die Korrekturen zügig vornehmen, um dann gestärkt aus dieser Krise heraus zu gehen. Da sind aber kurzfristige Hauruck-Übungen oder Übersteuerungen sicher falsch am Platz.
Die finanzielle Situation des Kantons Zug ist für sich, aber auch im interkantonalen Vergleich, immer noch sehr gut. Es ist aber notwendig, die langfristige Entwicklung genau zu überprüfen und Korrekturmassnahmen einzuleiten. Und da ist der Regierungsrat wach, lieber Hans Durrer. Er ist zusammen mit der Stawiko zur Meinung gekommen, dass es notwendig ist, die Finanzstrategie zu überarbeiten. Sie hat ja höhere Wachstumskurven vorgesehen. Diese Annahmen sind sicher überholt. In unserem Vorgehensplan haben wir zuerst finanzpolitische Ziele definiert. Wir haben gesagt, dass wir einen ausgeglichenen Staatshaushalt wollen, mittel- und langfristig. Denn es kann ja nicht sein, dass Kosten unserer Generation auf die nächste abgeschoben werden. Weiter haben wir gesagt: Wir wollen statt einem hochstehenden staatlichen Leistungsangebot ein gutes. Und dieses muss mit grösstmöglichem Nutzen für die Einwohnerinnen und Einwohner erbracht werden. Ein gutes staatliches Leistungsangebot bringt eben auch etwas zur Standortsattraktivität. Und es wäre sicher falsch, hier auf das Minimum zu gehen. Nicht zuletzt haben wir auch gesagt, es brauche weiterhin eine attraktive Steuerbelastung. Die wollen wir möglichst tief halten. Und über eine Steuererhöhung möchten wir nicht vor Einführung des NFA

sprechen. Zu überlegen, *wie* die Steuererhöhung dann ausgestaltet werden soll, beginnen wir natürlich schon heute.
Damit wir diese Ziele erreichen, haben wir in mehreren Schritten und unter Simulation von verschiedenen Modellen die Ihnen abgegebene Strategie entwickelt. Dabei liessen wir die jeweils aktuellsten Daten der Konjunkturforscher einfliessen. Das ist BAK Basel Economics. Es ist die einzige Konjunkturforschung, die eine Regionalprognose für den Kanton Zug macht. Und diese Prognose wird ja jeweils auch von der Zuger Kantonalbank veröffentlicht. Sie sagt für das Jahr 2004 ein Wachstum von 2,7 % vor. Auf der anderen Seite natürlich auch das Bevölkerungs- und Firmenwachstum. Das sind auch Faktoren auf der Einnahmenseite. Auf der Ertragsseite denken wir, dass unsere Schätzungen nicht zu optimistisch sind, sondern ziemlich reell. Denn das langjährige Mittel sagt, dass 1 % Wirtschaftswachstum 1,5 % mehr Steuerertrag bringt. Und wenn man ein Wachstum hat von 2,7 oder 3 %, so sind wir dann schon bei einer Steuerertragssteigerung von 4,5 bis 5 %. Bemerkenswert aber ist bei allen unseren Berechnungen, dass trotz der anziehenden Wirtschaft und steigenden Steuererträgen in Zukunft Defizite in der Staatsrechnung zu erwarten sind. Die haben wir ja auch offen gezeigt. Massgeblich werden diese Defizite durch Steuererleichterungen des Bundes, das Steuerpaket, oder eben durch die NFA verursacht. Aber es wurde heute schon richtig gesagt: Schon vor Eintreffen dieser Belastungen haben wir ein Defizit in der Rechnung. Zu diesen vorausberechneten Defiziten haben wir gesagt, dass wir in der Finanzstrategie einschneidende Zielvorgaben auch auf der Aufwandseite setzen müssen. Und die sind im Vergleich zur ursprünglichen Finanzstrategie vom letzten Jahr wesentlich härter. Ein Personalkostenwachstum von 2,5 % und ein Wachstum bei den zweckgebundenen Beiträgen von 3 % verdeutlichen dies. Um diese Zielvorgaben einhalten zu können, ist es notwendig, dass sowohl der Kantonsrat, aber auch der Regierungsrat eine restriktive Ausgabenpolitik einhalten.
Der Finanzdirektor muss leider eingestehen, dass sich bei der Berechnung eine fehlerhafte Formel eingeschlichen hat, und zwar bei den Jahren 2008, 2009 und 2010 beim Personal. Wir haben gesagt, ein Wachstum von 2,5 % pro Jahr. Das ist eine Excel-Tabelle, und da hat man beim Formel-Eingeben statt mal 1,025 plus 1,025 eingegeben, und das hat natürlich dann beim Durchrechnen diese Veränderungen gegeben. Aber der Rat kann das sicher entschuldigen, denn wo gearbeitet wird, können Fehler passieren. Diese Jahre sind ja so weit in der Zukunft, dass sie beinahe fiktiv sind, aber trotzdem für die Tendenz aussagekräftig. Und diese bleibt ja gleich, sie zeigt, dass wir in den Jahren 05 und 06 ein Defizit von 20 Mio. haben, welches dann auf 70 Mio. steigt im Jahr 2007 unter Einbezug der hälftigen NFA-Belastung. Mit unseren Massnahmen sollte das dann abgeschwächt werden können. Um diese Zielvorgaben einhalten zu können, haben wir ein Stabilisierungsprogramm entwickelt. Und lieber Karl Rust, wir haben dort schon einen Zeitplan vorgegeben. In der Strategie sind ja ab Jahr 2005 die Vorgaben gesetzt, beim Personalwachstum 2,5 %und 3 % bei den zweckgebundenen Ausgaben.
Zum Inhalt. Der grösste Teil dieses Stabilisierungsprogramms besteht ja aus der Zuger Finanz- und Aufgabenreform. Und dort sind wir schon mitten in der Arbeit. Die Gemeinden haben die Vernehmlassungsvorlage erhalten für das erste Paket. Die politischen Parteien ebenfalls. Sie können dort mal dazu Stellung nehmen. Und gleichzeitig läuft bei uns intern das zweite Paket. Und auch dazu können dann alle Stellung nehmen. Das Oberziel, das sich die Regierung letztes Jahr gesetzt hat, und an dem sie immer noch festhält, ist, dass die Gemeinden beim NFA mehr Belastung mittra-

gen sollen, weil sie von dem guten Wirtschaftswachstum im Kanton auch profitiert haben und – im Gegensatz zum Kanton – in den letzten Jahren ihren Steuerfuss immer senken konnten. Aber inhaltlich müssen wir noch nicht gross darüber diskutieren. Vielleicht als wichtiges Element daraus: Wir versprechen uns davon natürlich schon gewisse Einspareffekte. Denn wir haben heute sehr viele Verbundaufgaben, d.h. der Kanton beschliesst etwas, die Gemeinde beschliesst etwas, und der jeweils andere Partner zahlt dann einfach mindestens die Hälfte oder sogar noch mehr. Und da sucht man natürlich nicht immer die günstigste Lösung, weil man weiss, dass der andere die Hälfte zahlt. Da möchten wir Klarheit schaffen, dass wenn eine Behörde eine Ausgabe beschliesst, sie auch dafür aufkommen soll.
Beim Stabilisierungsprogramm haben wir die Wachstumsabschwächung der zweckgebundenen Beiträge. Und da sind wir auch schon bereits intensiv an der Arbeit. Wir haben sie schon erfasst. Es geht um über 200 Positionen und um Beiträge von rund 300 Mio. Franken. Davon sind 200 Mio. schon ziemlich fix. Und zwar durch Konkordate, durch die wir gebunden sind, sei es durch interkantonale Vereinbarungen oder durch das KVG. D.h. es bleiben noch rund 100 Mio. Franken, wo wir schneller und direkter einwirken können. Und diese Beträge spüren das um so intensiver, wenn wir die 6,4 % Wachstum in der Vergangenheit auf 3 % senken müssen. Bei jedem Beitrag wird dann die Frage gestellt werden: Braucht es diese Ausgabe noch? Was passiert, wenn der Kanton hier nichts mehr zahlt? Kann darauf verzichtet werden?
Zur Wachstumsabschwächung des Personalaufwands. Die letzten Jahre hatten wir stets ein Wachstum von 4,7 %. Wir wollen das in Zukunft auf 2,5 % abschwächen. Der Kanton Zug ist ein Wachstumskanton. Wir haben jedes Jahr 1,5 % mehr Einwohner, netto 600 Firmen mehr. Wir brauchen deshalb mehr Schulen, es gibt mehr Steuerpflichtige, die zu veranlagen sind. Wir haben mehr Strassen, die zu bauen und unterhalten sind. Und wir wollen trotz diesem Wachstum versuchen, das Personalkostenwachstum auf 2,5 % zu limitieren. D.h. die ganze Verwaltung muss mithelfen. Und auch die Regierung steht dahinter, um dieses Ziel zu erreichen. Denn mit 2,5 % Wachstum gibt es neben den Beförderung und der Teuerung praktisch nichts mehr. D.h. man muss die jetzige Aufgabenerfüllung hinterfragen, vielleicht durch einen Aufgabenverzicht oder mit Rationalisierungen versuchen, das wettzumachen.
Die Steuererträge. Wir wissen, dass wir ab 07, evtl. jetzt erst ab 08 – das zeigen dann die Beratungen in Bern – an den NFA rund 110 Mio. mehr bezahlen müssen. Wir gehen immer noch von 110 Mio. aus, weil das in der Botschaft des Bundesrates so festgelegt war. Jetzt ist ja die Berechnung des Faktors Beta aktuell, und dort wird definiert, wie viel das sein wird. Was Peter Hegglin aus den Berechnungen in der Arbeitsgruppe weiss, sollte das doch etwa bei diesem Betrag bleiben. Wenn wir jetzt gesehen haben, dass wir im Durchschnitt der nächsten Jahre ein Minus von 30 Mio. haben, haben wir daraus geschlossen, dass wir 2007 den Steuerertrag mit Steuertarif oder -fuss-Anpassung um ca. 6 % erhöhen sollten. Wir haben explizit noch nicht darüber gesprochen, was wir anpassen wollen. Darüber sollte man dann zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren, wenn man Genaueres weiss. Aber trotz einer Anpassung müssen wir schauen, dass wir auch international weiterhin konkurrenzfähig sind.
Zur Finanzierung des Strassenbaus. Der Votant nimmt den Auftrag der Stawiko auch im Namen der Regierung gerne entgegen, dass wir hier ein Finanzierungskonzept aufstellen, um zu schauen, dass die Strassen finanziert werden können. – Zum Frühwarnsystem über finanzielle Auswirkungen (Motion Karl Rust und Mitunterzeichner). Das haben wir schon weiter entwickelt und unser Ziel ist, der Stawiko schon im

Januar eine entsprechende Tabelle vorzeigen zu können. Wenn unsere Massnahmen alle greifen, so denken wir, dass ab 2007 das Stabilisierungsprogramm ca. 100 Mio. Franken Entlastung bringt. Die Finanzierungsstrategie ist auch langfristig sicher das beste Steuerungselement für uns als Regierungsräte, aber auch für den Kantonsrat. Denn damit haben wir Zielwerte gesetzt (Wachstum, Personal, etc.), und diese gilt es zu erreichen. Im Gegensatz zum Finanzplan, wo man einfach die Aufgaben, die anstehen, zusammenträgt und zusammenzählt. Es besteht eine andere Optik bei diesen verschiedenen Instrumenten. Grundsätzlich kann Peter Hegglin heute feststellen, dass Sie die Finanzstrategie positiv aufgenommen haben. Er dankt dafür. Es ist sicher auch in unseren Überlegungen, wenn wir grosse Veränderungen feststellen zu unseren Eckwerten, dass wir dann natürlich die Finanzstrategie wieder überarbeiten und anpassen.
Zum Finanzplan und zur Nettoschuldzunahme. Wir haben natürlich in der nächsten Zeit Grossinvestitionen zu tätigen (Strassenbau, Spital). Dann kommen laufende grosse Aufgaben auf uns zu, der NFA. Und so nimmt die Nettoschuld zu. Aber heute haben wir noch keine langfristige verzinsliche Fremdverschuldung. Die heute ausgewiesenen Schulden sind Kreditoren. Das ist unser Beitrag an den Finanzausgleich.
Zum Budget. Wir haben auch das Budget, wie die Finanzstrategie, nach bestem Wissen erarbeitet. Der Finanzdirektor weist die Vorwürfe zurück, dass wir das Budget mit der groben Kelle angerichtet und die Sparmöglichkeiten zu wenig ausgelotet hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben erstmalig mit zwei internen Sparrunden auf ein ausgeglichenes Budget hin gearbeitet. Und dem Votanten war es ein grosses Anliegen, dass wir bei dieser Arbeit nicht Budgetkosmetik betreiben, sondern möglichst zu einer Budgetwahrheit hinführen. Es wäre uns vielleicht ein Leichtes gewesen, z.B. bei den Sozialausgaben oder bei der Schule, bei unserem Beitrag an die Gemeinden, den wir wegen der Lehrerbesoldung bezahlen müssen, einfach den Betrag runterzunehmen, im Wissen, dass wir trotzdem mehr zahlen müssen. Das wäre aber nicht ehrlich gewesen. Wir haben probiert, solche Klimmzüge zu unterlassen und zu schauen, wo wir sparen können. Unser Ziel war sicher, auf eine ausgeglichene Rechnung hin zu arbeiten. Es ist eine anstrebenswerte Budgetvorgabe, einen Gegenpunkt zu setzen zu den Defizitberichten von anderen Körperschaften. Es ist auch falsch, wenn man sagt, wir hätten ein Budgetwachstum von 10 %, wie es Hans Peter Schlumpf gesagt hat. Dort müsste man die Bruttoverbuchung für unseren Beitrag an den Finanzausgleich des Bundes abzählen, die wir dieses Jahr erstmals gemacht haben. Wenn man nämlich den abzieht, dann ist das Budget dieses Jahr 1 % unter dem Budget 03.
Zum Sachaufwand. Hier möchte Peter Hegglin dem Rat verdeutlichen, dass wir wirklich probiert haben zu sparen. Er liegt 2004 6,3 % unter dem Budget 03. Wir haben also 04 sechs Prozent weniger Aufwand. Oder bei den zweckgebundenen Beiträgen: Das langjährige Mittel ist ein Wachstum von 6,4 %. Wir haben fürs Budget 04 nur ein Wachstum von 5 %. Und der Gesundheitsdirektor wird heute noch bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien eine weitere Entlastung ankündigen. Dort haben wir den Satz eher noch vertieft. Und einzig beim Personalaufwand steigen die Kosten um 5,3 %. Über die Hälfte dieser Kosten sind auf Aufgabenbeschlüsse der Regierung, aber auch des Kantonsrats, zurückzuführen. Es sei hier an die Neuschaffung des Amts für den ambulanten psychiatrischen Dienst erinnert, das sind 15 Personaleinheiten. Oder an den Ausbau des kantonalen Gymnasiums Menzingen, an die Teilschule Zug der pädagogischen Hochschule Zentralschweiz. Und nicht zuletzt an die Ausweitung im Bereich der Sicherheit im Nachgang des Attentats.

Zu den Abschreibungen. Wenn wir jetzt nicht mehr zusätzliche Abschreibungen machen, sondern sie auf 10 % des Verwaltungsvermögens beschränken, so sind wir im Rahmen des Finanzhaushaltsgesetzes. Wir halten also die Vorgabe korrekt ein. Diese Reduktion der zusätzlichen Abschreibungen hat auch keinen Einfluss auf die Laufende Rechnung, weil sie jeweils mit Reserveentnahmen kompensiert wurden. Das hat sich immer egalisiert und es ist nicht richtig, wenn man sagt, wir hätten mit weniger Abschreibungen das Budget verbessert.
Zu den Steuererträgen. Da könnten wir lange streiten. Im Gegensatz zur letztjährigen Debatte, als man mit Rabatten die Erträge aktiv beeinflussen wollte, sind die heutigen Korrekturen geradezu harmlos. Mit Ausnahme jener der SVP, die 60 Mio. weniger Steuererträge budgetieren möchte, womit wir wesentlich unter dem Steuerertrag dieses Jahres wären. Das ist sicher übertrieben. Wir können lange über die Höhe diskutieren. Aber wenn die wirtschaftliche Situation besser wird und die Steuererträge höher ausfallen, sind Sie und ist Peter Hegglin sicher nicht unglücklich. Die Regierung möchte aber trotzdem an ihrer Höhe festhalten, weil wir denken, die beantragte Ertragsreduktion wäre ein schlechtes Signal für den Standort Zug, das nicht notwendig ist. Diese Reduktion gibt ja bekanntlich ein Minus von mindestens 25 oder gar mehr Millionen. Wir können nicht verstehen, wieso man den Betrag so massiv senken will. Wir hätten uns eher einen Betrag in der Mitte vorstellen können, wie es die SP-Fraktion angekündigt hat. Unsere Ertragsschätzungen basierten eben auf den Erwartungen der BAK Basel und nicht zuletzt auch auf den Erfahrungen der Vorjahre, in denen man ja die Steuererträge eigentlich immer zu tief budgetierte. Mit Ausnahme des Jahres 2003. Dort hat man dann einmal auf die obere Seite korrigiert. Die Korrektur der Stawiko hat sicher Signalwirkung, nach aussen und nach innen. Der Finanzdirektor hofft, dass das nicht eine negative Wirkung für den Standort Zug hat, sondern höchstens die Sparbemühungen unterstützt. Steuererhöhungen möchten wir für dieses Jahr noch nicht in Betracht ziehen. Für uns ist das kein aktuelles Thema. In diesem Sinn hofft der Votant, dass der Rat dort der Regierung folgt.
Zur Teuerung. Nach Personalgesetz § 51 kann der Regierungsrat die Gehälter jeweils auf Jahresanfang ganz oder teilweise der Teuerung anpassen. Auf Grund dieses Artikels könnte sich der Regierungsrat auf den Standpunkt stellen, der Beschluss über die Teuerungszulage stehe in seiner Kompetenz. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat es so beschlossen. Auf der anderen Seite beschliesst aber der Kantonsrat nach Finanzhaushaltsgesetz das Budget, gemäss organisatorischem Aufbau und nach Kontenrahmen. Wir könnten jetzt lange diskutieren, wer jetzt wirklich die endgültige Kompetenz hat, um diese Teuerung auszuschütten. Die Regierung möchte nach wie vor daran festhalten, aber seinen Entschluss vom Ausgang der heutigen Beratung abhängig machen.
Zur Rückweisung. Peter Hegglin möchte die Voten unterstützen, die sagen, dass man mit einer Rückweisung nicht weiter kommt. Denn wenn Sie das heute zurückweisen, dann kommt die Überarbeitung genau mit den Jahresschlussarbeiten für das Jahr 03 zusammen. Gleichzeitig sind wir an der Einführung einer neuen Buchhaltungs-Software. Das gibt dann eine sehr grosse Zusatzbelastung. Es gäbe noch mehr Überstunden und mehr Kosten. Das kann es nicht sein. Es wurde heute zitiert aus dem Finanzhaushaltsgesetz: Der Regierungsrat könnte alle unerlässlichen Ausgaben trotzdem tätigen, und er könnte noch einen Zwölftel der budgetierten Kredite pro Monat ausgeben. Für die Regierung wäre also eine Rückweisung für die Handlungsfähigkeit nicht so schlimm, aber für den Standort Zug wäre das gravierend. Zug

hat kein Budget, hat eine desolate finanzielle Situation – für den Finanzdirektor ist das nicht vorstellbar.
Es wurde noch die Frage gestellt nach den transitorischen Abgrenzungen. Wir sind bemüht, auf dieses Jahr eine periodengerechte Abgrenzung vorzunehmen. In der Vergangenheit war es ja immer so, dass die Schlussabrechnungen von Spitälern oder von Schulen, die jeweils im Mai oder März des Folgejahrs eintrafen, im Folgejahr verrechnet wurden. Wir möchten damit aufhören und versuchen, dass die Schlussrechnungen auch im entsprechenden Jahr belastet werden und nicht erst im Folgejahr. Das wird dann aber für den Abschluss 03 zur Folge haben, dass wir dann durch diese Massnahme ca. 6 bis 10 Mio. mehr Kosten haben. Wir versuchen dann zu begründen, dass das keine Aufwandsteigerung ist, sondern nur durch den Systemwechsel bedingt.
Zu den Nachtragskrediten. Wir haben schon mehrmals dargelegt, dass wir versuchen, möglichst zurückhaltend zu sein. Wir möchten dieses Instrument wirklich nur nutzen, wenn es dringend notwendig ist. Und solche Fälle gibt es einfach.
Damit ist Peter Hegglin am Schluss und er hat alle gestellten Fragen angesprochen. Als letztes noch zum RAV, den Gregor Kupper angesprochen hat. Dies möchten wir mit dem Abschluss 03 bereinigen. Es ist – wie er es gesagt hat – in dem Sinn positiv, dass dort für den Kanton sogar 2,5 Mio. mehr rausschauen. – Der Finanzdirektor möchte dem Rat dringend empfehlen, auf das Budget einzutreten und ihm zuzustimmen. Auf die einzelnen umstrittenen Punkte wie Aushilfen oder Teuerung kommen wir ja später zu sprechen.

➔ Der Rat beschliesst, auf die Finanzstrategie 2004-2010 und den Finanzplan 2004-2007 einzutreten.

➔ Der Rat beschliesst mit 40 : 27 Stimmen, auf das Budget einzutreten.

Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

22. SITZUNG: DONNERSTAG, 18. DEZEMBER 2003
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.20 – 17.55 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

305 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 70 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri, Hans Christen und Leo Granziol, alle Zug; Markus Bucher und Martin B. Lehmann, beide Unterägeri; Konrad Studerus, Menzingen; Georg Helfenstein, Cham; Eugen Meienberg, Steinhausen; Lilian Hurschler-Baumgartner, Risch.

306 FINANZGESCHÄFTE

A. AKTUALISIERTE FINANZSTRATEGIE FÜR DEN KANTON ZUG 2004-2010

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1191.1 – 11333) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1191.2/1190.2. – 11351).

B. FINANZPLAN 2004-2007

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1190.1 – 11332) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1191.2/1190.2 – 11351).

C. BUDGET 2004 SOWIE BUDGET 2004 DER STRAFANSTALT BOSTADEL

Es liegen vor: Gedruckter Voranschlag des Regierungsrats sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1195.1 – 11352).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (Ziff. 304).

A. AKTUALISIERTE FINANZSTRATEGIE FÜR DEN KANTON ZUG 2004-2010

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat nimmt Kenntnis von der aktualisierten Finanzstrategie.

B. FINANZPLAN 2004-2007

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat nimmt Kenntnis vom Finanzplan.

C. BUDGET 2004 SOWIE BUDGET 2004 DER STRAFANSTALT BOSTADEL

DETAILBERATUNG

Allgemeine Verwaltung

Peter **Dür** möchte den ersten Kürzungsantrag der Stawiko vorstellen. Er weist darauf hin, dass eine saubere Aufstellung aller Stawiko-Anträge auf S. 18/19 des Stawiko-Berichts zu finden ist. – Es geht um die Kürzung für die *Aushilfen*. Die erweiterte Stawiko beantragt mit 13 : 1 ohne Enthaltung, den Gesamtaufwand von *Kto. 30105* von 10‘442'600 Franken auf 9 Mio. Franken zu reduzieren. Begründung: In Kto. 30105 wird für jede Verwaltungseinheit der Aufwand für Aushilfspersonal verbucht. Im Budget 2003 waren hier für alle Verwaltungseinheiten insgesamt 8,8 Mio. Franken eingestellt. Die erweiterte Stawiko ist grossmehrheitlich der Meinung, dass der bis 2004 geltende KRB betreffend Bewilligung von Personalstellen schleichend über das Konto Aushilfen unterwandert wird. Die Erklärung der Sicherheitsdirektion auf S. 133 der Budgetvorlage stellt als Beispiel eine Art Provokation dar. Dort heisst es: «2 Personaleinheiten für den allgemeinen Dienst im Sinne einer Kompensation für die nicht gewährten Stellen durch den Kantonsrat». Sie mögen sich noch an die Sicherheitsvorlage und die Diskussion zu den darin enthaltenen Stellen erinnern. Hier sehen Sie ein gutes Beispiel, wie der Wille des Rats und der KRB betreffend Bewilligung von Personalstellen unterwandert wird. Bekommt man kein ordentliches Personal, stellt man Aushilfen an und droht uns ganz diskret, aber doch eindeutig, wie der Sicherheitsdirektor und neustens auch der Polizeikommandant, ohne zusätzliche Stellen

lehne man in gewissen Bereichen die Verantwortung ab. Die erweiterte Stawiko ist mit diesen Aussagen grundsätzlich nicht einverstanden.
Wir beantragen, den Gesamtbetrag gemäss Budget 2003 nur leicht zu erhöhen und auf 9 Mio. Franken für das Jahr 2004 zu limitieren. Mit dieser Massnahme setzen Sie die Personalplafonierung durch. Entgegen der Aussage in unserem Bericht soll es der Regierung nicht überlassen bleiben, in welchen Verwaltungseinheiten sie die notwendigen Einsparungen realisieren will. Dies wäre ein genereller Antrag, der eine Überarbeitung des Budgets bedingen würde. Die Plafonierung muss kontoscharf in den jeweiligen Direktionskonti 30105 realisiert werden. Der Begriff kontoscharf stammt von Tino Jorio und die Regierung kennt ihn wohl. Er heisst Folgendes: Die jeweiligen Positionen der Direktionen zum Kto. 30105 werden auf dem Niveau Budget 2003 eingefroren. Die 200'000 Franken als Differenz zwischen den im Jahr 2003 budgetierten 8,8 Mio. und den jetzt von der Stawiko beantragten 9 Mio. hat uns Peter Hegglin anlässlich der Sitzung der erweiterten Stawiko abgerungen. Die Regierung soll diesen Betrag als Reserve für Härtefälle im Zusammenhang mit dieser Aushilfenplafonierung betrachten und einsetzen. Der Stawiko-Präsident weist im Namen der Stawiko zu Beginn der Detailberatung nochmals darauf hin: Das Parlament muss jetzt die Führung übernehmen. Verschieben Sie das Sparen nicht auf Morgen. Übernehmen Sie jetzt in der Finanzpolitik Verantwortung und weisen Sie dem Regierungsrat mit diesen konkreten Anträgen den Weg. Der Votant möchte den Rat dringend bitten, diesen Antrag zu unterstützen.

Markus **Jans** hält fest, dass SP und AF den Antrag stellen, den unbegründeten und für das Personal demotivierenden Kürzungsantrag der Stawiko beim Konto Aushilfen aus grundsätzlichen Überlegungen abzulehnen. Dies aus folgenden Gründen:
1. Über das Konto Aushilfen werden nicht nur, aber mehrheitlich Stellen abgerechnet, die im Tieflohnbereich anzusiedeln sind.
2. Über dieses Konto erhalten vor allem junge Erwachsene Gelegenheit, ein Betriebspraktikum zu absolvieren. Ein solches Praktikum verbessert die Chancen einer Festanstellung im normalen Arbeitsmarkt.
3. Sollte beim Reinigungspersonal gespart werden, trifft es wiederum Frauen und Teilzeitbeschäftigte. Die Frauen sind oft auf einen Zusatzverdienst angewiesen, ohne den die Familie Sozialhilfe beantragen müsste. Haben Sie tatsächlich die Absicht, ein weiteres Mal die Frauen und Teilzeitbeschäftigen zu benachteiligen? Mit Ihrer Zustimmung zum Antrag der Stawiko würden sie das aber genau erreichen.
4. Dieser Kürzungsantrag zwingt die Regierung, auch das Lehrstellenangebot zu überprüfen und allenfalls zu reduzieren. Gerade hier wäre aber eine Angebotsreduktion ein schlechtes Zeichen für die Jugend. Wenn sie dem Antrag der Stawiko zustimmen, stellen Sie die Jugend auf die Strasse.
5. Der Kanton Zug führt kein statistisches Amt. Deshalb müssen viele Zahlen in aufwändiger Kleinarbeit erarbeitet werden. Diese wichtigen Aufgaben werden oft von Aushilfen geleistet. Gerade der Kantonsrat verlangt dauernd genauere Angaben und Zahlen, ist aber nicht bereit, für diese Aufgabe das nötige Personal zur Verfügung zu stellen. Wenn sie dem Antrag der Stawiko zustimmen, sind Sie zukünftig bereit, auf aktuelles statistisches Zahlenmaterial zu verzichten oder noch länger darauf zu warten.
6. Wiederum haben in diesem Jahr die Firmen und Privatkonkurse stark zugenommen. Ohne zusätzliches Personal können die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen im

Konkursfall nicht mehr eingehalten werden. Wenn sie dem Antrag der Stawiko zustimmen, nehmen sie in Kauf, dass Fristen beim Konkursamt verpasst werden und die daraus resultierenden finanziellen Forderungen gegen den Kanton von diesem zu begleichen sind.
Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei einer Kürzung dieses Kontos eher die unteren Lohnklassen betroffen sind. Denken sie daran, dass bei einem Kanton, der auf Wachstum getrimmt wurde (die gestrige Richtplandebatte lässt grüssen), auch die Bevölkerungszahl stetig steigt und damit die Aufgaben der Verwaltung zunehmen. Geben wir der Regierung den notwendigen Handlungsspielraum, um auf Spitzenbelastungen adäquat zu reagieren. – SP und AF beantragen, den demotivierenden Sparantrag der Stawiko möglichst umweltgerecht zu entsorgen und empfehlen, den Antrag der Regierung zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Kürzungsantrag der Stawiko betreffend Aushilfen stellvertretend für alle Direktionen bei der allgemeinen Verwaltung abgehandelt wird.

Thomas **Lötscher**: Gestern war der Tag der musikalischen Metaphern. Heute geht es zum Film. Bei der Analyse des Budgets wähnte der Votant sich stellenweise tatsächlich im falschen Film – insbesondere beim Kommentar auf S. 133 zum Konto der Hilfspolizisten. Der James Dean-Klassiker «Denn sie wissen nicht, was sie tun» flimmerte über die virtuelle Leinwand. Zwei Personaleinheiten werden gefordert «im Sinne einer Kompensation für die nicht gewährten Stellen durch den Kantonsrat». Das kann es nun wirklich nicht sein! Dieses Parlament fällte an der Sitzung vom 27. März dieses Jahres einen klaren Entscheid: Anstelle der beantragten 930 Stellen wurde einer Erhöhung des Stellenplafonds auf 927 zugestimmt. Namens der FDP-Fraktion sagte Thomas Lötscher damals Folgendes: Wenn die FDP sich für eine beschränkte Personalaufstockung um fünf Einheiten ausspricht, macht sie keine Aussage zur Aufteilung derselben. Zwar gehen wir mehrheitlich davon aus, dass der Bedarf bei der Polizei liegt. Wir überlassen es allerdings der Regierung, die Ressourcenverteilung vorzunehmen. Die Annahme, eine Reduktion der Personalaufstockung habe auf Kosten der Polizei zu erfolgen, ist klar ein falsches Präjudiz.» Der Kommentar, wonach der Kantonsrat die Polizeistellen strich, ist also falsch und der Kantonsrat weiss sehr wohl, was er tut.
Wir sind dafür, dass der Polizei zu ihrer Aufgabenerfüllung genügend Personal zur Verfügung steht. Auch messen wir der forensischen Datensicherung eine sehr hohe Priorität bei. Wir sind aber auch der Überzeugung, dass bei einem Bestand von rund 1'000 Personaleinheiten die fünf geforderten Stellen im Sinne der Effektivität durch interne Umteilung – auch über die Polizei hinaus – verfügbar gemacht werden können. Ein anderes Reservoir öffnet sich über die Effizienz: Gemäss Budget fliesst in der Sicherheitsdirektion die Hälfte der Investitionen gemäss Investitionsrechnung in die EDV. Auch in den Vorjahren und der laufenden Rechnung werden grosse Summen in die EDV investiert. Investiert wird aber normalerweise nicht aus Spass an der Freude, sondern weil man einen handfesten Nettoertrag erwartet über eine Effizienzsteigerung. Somit müssten diese grossen Investitionen eine Entlastung des Personals bewirken, welche diese Ressourcen anderweitig verfügbar macht. Andernfalls müssten wir die EDV-Kosten wirklich sehr kritisch hinterfragen. Sie sehen also, in

den Personalkosten ist durchaus Luft, ohne dass es gleich ans Eingemachte geht. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag der Stawiko als ersten Schritt. Weitere sind noch zu prüfen – demnächst in diesem Kino.
Abschliessend sei betont, dass es hier nicht wie fälschlicherweise in der Presse postuliert um eine Gängelung der Polizei durch den Kantonsrat geht – sondern um die Akzeptanz demokratisch gefällter Entscheide. Der Votant wünscht sich, dass gewisse Exponenten der Sicherheitsdirektion inskünftig Parlamentsentscheide besser respektieren und umsetzen und bei ihren medialen Auftritten Fairness und Fingerspitzengefühl an den Tag legen. Der richtige Film heisst dann «Ein Offizier und Gentleman».

Felix **Häcki** hält fest, dass das, was vorher von der linken Seite präsentiert worden ist, völlig an der Sache vorbei geht. Wir von der Stawiko haben nicht verlangt, dass die Aushilfen gekürzt werden. Im Gegenteil sind wir auch noch für eine kleine Erhöhung. Wir haben nur verlangt, dass nicht mehr ausgeweitet wird. Demnach verliert hier keine Putzfrau ihre Stelle und auch kein Lehrling. Und auch die Statistiken, die wir bisher erhalten haben, sollten immer noch kommen. Es geht nur um die Ausweitung. Wir sind nicht bereit, eine weitere Ausweitung – ausser im kleinen Rahmen, den wir zugesagt haben – zu genehmigen. Das ist alles.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** tritt ans Rednerpult, weil der Rat offenbar seine Begründung für zwei zusätzliche Stellen – nicht für alle Aushilfsstellen – als Provokation empfunden hat. Er möchte sagen, dass er hier allenfalls der Sündenbock ist und spielen kann. Er bittet Sie, jetzt aber nicht die ganze Regierung zu bestrafen. Wenn Sie jemanden bestrafen wollen, dann bitte ihn. Seines Erachtens gibt es aber keinen Grund für eine Bestrafung. Er muss auch klar sagen, dass es nicht darum geht, mit diesem Antrag irgend einen demokratisch gefassten Entscheid rückgängig zu machen oder in Frage zu stellen. Er möchte zwei Leute zitieren, die sich am 27. März 2003 bei der Sicherheitsdebatte zu Wort gemeldet haben. Der eine ist der Kommissionspräsident, der andere ist er selbst. Kommissionspräsident Leo Granziol hielt fest, als sich abzeichnete, dass nur zwei Stellen der Polizei zugeteilt werden: «Aber schliesslich haben wir im Herbst wieder eine Budgetdebatte, und Leo Granziol ist überzeugt, wenn es dann wirklich brenzlig wird, kommt man wieder.» Das wurde an diesem Ort gesagt. Der Sicherheitsdirektor traute seinen Ohren nicht. Er hat dann weiter gesagt: «Aber die Kommission hat das beschieden, zwei Personen. Damit ist wie gesagt die Türe nicht zugeschlagen. Man kann ja im Herbst wieder darüber sprechen.» Hanspeter Uster hat dann darauf Bezug genommen gleich anschliessend: «Es ist dem Sicherheitsdirektor neu, dass man im Budget Personalstellenanträge bringen könnte, wie das der Kommissionspräsident vorschlägt. Mit dem Personalplafonierungsbeschluss, der jeweils auf vier Jahre beschlossen wird, ist dies ohne Änderung dieses Beschlusses nicht möglich. Und heute können Sie in diesem § 6 über eine Änderung dieses Personalplafonierungsbeschlusses befinden.» Und jetzt kommt die entscheidende Stelle: «Im Dezember werden Sie das ohne expliziten Antrag der Regierung oder einer Kommission nicht tun können.» Der Votant hat sich nichts anderes erlaubt, und die Regierung ist ihm in diesem Punkt gefolgt, als diesen Antrag zu stellen. Und es ist selbstverständlich das demokratische Recht des Kantonsrats, einen Antrag abzulehnen. Aber es ist genau so das demokratische Recht

der Regierung, einen Antrag zu stellen, um nochmals genau über diese Frage eine inhaltliche Debatte zu führen. Der Sicherheitsdirektor möchte das klar festhalten: Das war die Beschlusslage seit dem 27. März 2003, und er hat wirklich das Gefühl – die Formulierung war vielleicht etwas provokativ –, dass wir hier korrekt verfahren sind. Er hat das einleitend gesagt, damit sich der Finanzdirektor auf die grundsätzlichen Fragen konzentrieren kann und jetzt nicht immer dieser Vorwurf im Raum schwebt, wir hätten irgend etwas gegen den ausdrücklichen Willen des Kantonsrats gemacht. Er dankt für die Kenntnisnahme und eine offene Beurteilung der Anträge seiner Direktion, aber vor allem auch der anderen Direktionen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass der Regierungsrat bei den Aushilfen bereit ist, dem Antrag der Stawiko entgegenzukommen und auf einen Teil der budgetierten Mittel zu verzichten. Wir machen das aber nicht, weil wir zu viel budgetiert haben, sondern weil wir dringend auf mindestens einen gewissen Betrag angewiesen sind, und wir mit diesem Kompromiss eher eine Mehrheit des Kantonsrats zu erhalten hoffen. Die grundsätzliche Frage ist ja: Was fällt alles unter den Begriff Aushilfen. Es wurde vorher schon angetönt, das ist z.B. das Reinigungspersonal, das meistens abends und an Randstunden arbeitet, das ist Reinigungspersonal für das GIBZ, das kaufmännische Bildungszentrum, für die Verwaltungsgebäude und auch für die Kantonsschule; da haben wir ja einen neuen Trakt in Betrieb genommen, und das braucht natürlich zusätzliches Reinigungspersonal. Oder z.B. bei der Archäologie braucht es Rettungsgraben, dazu braucht es Grabungshilfen, und gerade wenn wir eine rege Bautätigkeit haben, muss das zügig gemacht werden, damit es keine Bauverzögerungen gibt. Unter diesem Konto sind auch die Praktikanten und Lehrlinge. Bei der Informatik hatten wir in der Vergangenheit vor allem externen Support für die Helpdesks und für PC-Leistungen, und das ist relativ teuer, das wissen jene, die solche Leistungen einkaufen müssen. Da haben wir beabsichtigt, diese Leistung mit der Anstellung von Aushilfen günstiger zu erbringen. Die Steuerverwaltung braucht dringend Aushilfen, um den Veranlagungsrückstand abzubauen. Aber hier sollte die Steigerung nur kurzfristig sein, bis Ende Jahr sollten die Stellen wieder auf dem ursprünglichen Niveau sein, weil wir dieses Jahr viele Angestellte haben, die in Pension gehen und im Lauf des Jahres unter Aushilfen angestelltes Personal zu Festpersonal mutiert. Gerade wenn wir den Steuerertrag halten oder steigern wollen, sind wir auf zusätzliche Kräfte angewiesen.
Mit den Aushilfen haben wir auch die bessere Alternative, als mit Überstunden zu arbeiten. Wenn die Arbeit hier ist und gemacht werden muss, werden Überstunden verordnet. Das haben wir jetzt schon ein paar Mal gemacht. Das kostet mehr, weil es dann Zulagen gibt, und Personal, das länger arbeitet, ist nicht unbedingt leistungsfähiger, weil jeder Mensch eine gewisse Zeit hat, in der er produktiv ist, und dann nimmt das ab. *Wir beantragen, statt den 9 Mio., welche die Stawiko beantragt, den Restbetrag zu halbieren und für 9,721 Mio. zu stimmen.* Der Finanzdirektor beantragt einen Betrag von pauschal 9,721 Mio. Franken. Wir möchten Ihnen hier auch beantragen, dass man das pauschal macht und die Zuordnung vom Regierungsrat gemäss Prioritäten vornimmt. Und das nicht kontoscharf zu machen, weil wir sonst den ganzen Voranschlag durchgehen und die Korrekturen bei den einzelnen Budgets vornehmen müssten. Das macht keinen Sinn. Pauschal diese Summe und dann soll der Regierungsrat das festsetzen.

Peter **Dür** hält fest, dass es in der Tat nicht so ist, wie Markus Jans gesagt hat, wonach es hier um eine Kürzung geht. Sondern es geht darum, die Ausgaben auf dem Niveau von 2003 zu plafonieren. Damit muss überhaupt niemand entlassen werden, das Reinigungspersonal kann weiter arbeiten, es gibt sicher schon zahlreiche Praktikantinnen- und Praktikantenstellen, es wird einfach nicht mehr weiter aufgestockt.
Zum Antrag der Regierung. Da sind wir nicht einverstanden, weil wir bereits an der Sitzung der erweiterten Stawiko von 8,8 Mio. gesprochen haben und dann auf Drängen von Peter Hegglin auf 9 Mio. gegangen sind. Der nächste Schritt ist, dass man das nochmals halbiert und auf 9,5 Mio. geht und dann sind wir dann am Schluss dort, wo es die Regierung möchte. Es ist sicher nicht die Aufgabe des Stawiko-Präsidenten, hier ins operative Geschäft hinein zu reden, aber so eine Plafonierung gibt der Regierung auch die Chance, die Organisation nochmals zu durchleuchten. Auch nochmals die Projekte anzuschauen, ob es nicht solche gibt, die man zurückstellen oder sogar stoppen kann. In der Hoffnung, dass man dann durch diese Effizienzsteigerung mehr Personal frei bekommt für das Frontgeschäft. Es ist zu hoffen, dass dieses Personal dann z.B. bei der Polizei wieder für das eigentliche Polizeigeschäft und in der Steuerverwaltung wieder für die Veranlagung eingesetzt werden kann. Der Votant möchte den Rat deshalb dringend bitten, diesen Antrag zu unterstützen.
Zum Begriff kontoscharf. Tino Jorio hat uns beraten, dass wenn wir das so bringen, wie es in der Vorlage steht, das eine generelle Überarbeitung bedinge und darum nicht gehe, weil dann das Budget an den Regierungsrat zurück müsse. Wenn Sie heute sagen: Nein, wir wollen das untereinander verteilen, das gibt eine saubere Verteilung und wir können mit dem leben, kann Peter Dür damit auch leben, das so zu belassen und das nicht kontoscharf zu trennen.

Landammann Walter **Suter** ist sehr froh über diese Präzisierung. Das ist für uns wirklich sehr wichtig. Er möchte das ganz kurz an seiner Direktion illustrieren. Er hat bei den Aushilfskonten 130'000 gekürzt gegenüber dem letzten Jahr und an anderen Orten um 250'000 vergrössert. Z.B. beim Konkursamt, wo er einen Stellvertreter jetzt schon angestellt hat auf Intervention der Aufsichtsbehörde, weil es etwa einen Drittel mehr Fälle hat. Dem müsste er jetzt wieder künden, wenn das kontoscharf durchgesetzt werden müsste. Und wenn schon pauschal gestrichen wird, dann müssen wir mindestens die Möglichkeit haben, die Prioritäten zu setzen.

Der **Vorsitzende** fasst zusammen, dass die Stawiko beantragt, den Aufwand für Aushilfen auf 9 Mio. zu begrenzen; die Regierung beantragt, diesen Betrag auf 9'721'000 festzulegen.

Markus **Jans** hält fest, dass SP und AF ihren Antrag zurückziehen und den Antrag der Regierung unterstützen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 48 : 20 Stimmen dem Antrag der Stawiko an.

Direktion des Innern

Rosvita **Corrodi** hat eine Frage zu *S. 17, Kto. 1503 30100, Besoldung hauptamtliches Personal.* Der Aufwand beim Budget 2003 (218'000) hat sich zum Budget 2004 (270'100) um 52'100 Franken oder 25 % erhöht. Diese Mehrkosten entsprechen immerhin je nach Einstufung einer halben Stelle. Da unter Begründung kein entsprechender Vermerk zu finden ist, wünscht die Votantin dazu nähere Auskunft.

Die Direktorin des Innern, Brigitte **Profos**, bestätigt die Vermutung, dass es sich hier um eine halbe Stelle handelt. Wir konnten sie direktionsintern zum Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst verschieben. Wir sind sehr froh um diese Verschiebung, weil der Pendenzenberg und die Wartefristen damit reduziert werden können. Die andere Hälfte einer Hundertprozent-Stelle wurde dem Amt für Stiftungsaufsicht zugeteilt. Auch dort finden Sie eine Erhöhung, und im Grundbuchamt die entsprechende Reduktion.

Peter **Dür** stellt einen Antrag zu *S. 25, Kto. 1550 36501.* Die erweiterte Stawiko beantragt mit 11 : 2 Stimmen bei einer Enthaltung, den Aufwand des Kontos Betriebsbeiträge an Jugendzentren/Jugendarbeit von 2,1 Mio. auf 2'010'000 Franken zu reduzieren. Begründung: Auf S. 118 wird bei der Abweichungsbegründung erwähnt, dass bei der Fachstelle «punkto Jugend und Kind» infolge Professionalisierung der Jugendwohnungen 90'000 Franken Mehrkosten entstehen. Um was geht es? Die Zuger Fachstelle «punkto Jugend und Kind» ist Mieterin von vier Wohnungen. Diese werden Jugendlichen und Erwachsenen im Alter von 16 bis 25 Jahren aus dem Kanton Zug oder mit Arbeitsstelle im Kanton Zug vermietet. Das Angebot richtet sich gemäss Ausführungen der Direktion des Innern an Personen, die aus Gründen familiärer Konflikte oder Zerrüttung nicht mehr zu Hause wohnen können, einen Milieuwechsel brauchen oder aus Ausbildungsgründen eine neue Wohnform benötigen. Die Jugendwohnungen werden zur Zeit durch drei Fachpersonen mit kleinen Pensen begleitet. Die Betreuung der Bewohner soll nun verbessert werden, um die Defizite der jungen Leute in ihrer Wohn- und Lebenskompetenz zu verbessern. Die Direktion des Innern hat gemäss den Unterlagen das mittelfristige Ziel, mehr Jugendwohnungen zu schaffen und ein intensiveres Betreuungsangebot zu realisieren. Es geht bei der Begründung nicht, wie in unserer Übersicht über die Anträge erwähnt, um die Nichtgewährung eines Teuerungsausgleichs, sondern um die Schaffung einer zusätzlichen 60 %-Stelle. Die erweiterte Stawiko sieht auch hier wieder den Versuch, den Personalplafonierungsbeschluss zum umgehen. Sie ist der Ansicht, dass der Ausbau der Betreuung der Jugendwohnungen abzulehnen und auf die Schaffung der zusätzlichen 60 %-Stelle zu verzichten ist.

Andreas **Huwyler** teilt vorab mit, dass er als Vorstandsmitglied des Vereins «punkto Jugend und Kind» in dieser Frage eine Interessenbindung hat. Der Verein ist für den Kanton, gestützt auf eine Leistungsvereinbarung, im Bereich Kindsschutz und Jugendförderung tätig. Im Rahmen dieser Tätigkeit bietet punkto, wie es bereits der Stawiko-Präsident ausgeführt hat, Jugendlichen im Alter von 16 bis 25 Jahren vier Jugendwohnungen an. Dieses Angebot richtet sich an Jugendliche, die aus Gründen

familiärer Konflikte nicht zu Hause wohnen können, die einen Milieuwechsel nötig haben oder aus Ausbildungsgründen auf Wohnraum im Kanton Zug angewiesen sind. Selbstverständlich bezahlen die jugendlichen Bewohner einen Mietzins; dennoch bilden diese WGs oft die einzige Möglichkeit für sie, in ihrer Situation zu erschwinglichem Wohnraum im Kanton Zug zu kommen. Nun brauchen diese WGs eine Betreuung durch eine Fachperson, die vom Verein punkto ebenfalls gestellt wird. Dabei geht es um die Bewältigung von Alltagsproblemen, die Lösung von Konflikten aber auch um die Hilfestellung in Krisensituationen. In der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton und punkto ist das Führen von Jugendwohnungen zwar erwähnt, im Budget jedoch ist diese Position nicht enthalten. Sollte die Budgetposition in der heutigen Debatte nicht bewilligt werden, wäre die Gewährleistung dieses Auftrags gefährdet. Die beantragten Stellenprozente, es handelt sich um eine 70 %-Stelle, werden für Gruppenbetreuung (15 Wochenstunden), Einzelbetreuung (7,5 Wochenstunden), sowie Hintergrundarbeiten und Administration eingesetzt.
Bedenken Sie bitte, dass mit der Bewilligung des Budgets für diese Stelle auch Jugendliche in noch schwierigeren Situationen in die Wohnungen aufgenommen werden können. Wenn dadurch nur eine einzige Einweisung in eine entsprechende Institution verhindert werden kann, was Kosten pro Fall und Jahr von rund 100'000 Franken auslöst, hat sich die Investition auch finanziell bereits gelohnt. Wenn der Votant die übrigen Anträge der Stawiko betrachtet, fällt auf, dass es sich dabei um grössere Brocken handelt. Hier liegt aber ein Antrag vor, wo es sich tatsächlich nur um einen verhältnismässig sehr kleinen Betrag handelt, womit der Antrag auch eher quer in der Landschaft liegt. Andreas Huwyler bittet den Rat deshalb im Namen des Vereins punkto Jugend und Kind, vor allem aber im Namen Jugendlicher, die dringend auf ein entsprechendes Angebot angewiesen sind, den Antrag der Stawiko auf Streichung des Betrages abzulehnen und die budgetierten Ausgaben hier zu bewilligen.

Auch Andrea **Erni** bittet im Namen der SP den Rat dringend, den Kürzungsantrag der erweiterten Stawiko bei den Betriebsbeiträgen an Jugendzentren und Jugendarbeit deutlich abzulehnen. Eine grosse Mehrheit der erweiterten Stawiko will die Beiträge kürzen, weil sie der Ansicht ist, dass für die Betreuung der Jugendwohnungen keine Erweiterung der bestehenden Stellen notwendig ist. Es fragt sich schon, auf Grund von welchen Tatsachen die Kommissionsmitglieder ihre Meinung gebildet haben. Die Jugendwohnungen sind für den Kanton Zug wichtig und notwendig. In ihnen wohnen Jugendliche, welche meist wegen erheblichen familiären Konflikten nicht mehr bei ihren Eltern leben können. Im Moment leben in den Jugendwohnungen sieben junge Frauen und sechs junge Männer zwischen 17½ und 22 Jahren. Sieben davon sind in einer Lehre, zwei gehen in die Kanti, drei sind Seminaristinnen und eine junge Frau ist auf Ausbildungssuche. Weitere zwölf junge Menschen warten zur Zeit darauf, einen Platz in einer Jugendwohnung zu erhalten, die Nachfrage ist gross. Alle haben sie gemeinsam, dass sie aus erheblichen Gründen, eben meistens wegen massiven familiären Konflikten, nicht mehr zu Hause leben können.
Zur Zeit können aus finanziellen Gründen die Jugendwohnungen und die Jugendlichen nur mit einem Zeitaufwand von 2,5 Stunden pro Woche pro Wohnung betreut und begleitet werden; dies ist schlicht zu wenig. Wenn Sie als Eltern Jugendliche zu Hause haben, begleiten sie ihre Kinder in ihrem Erwachsenwerden, machen sie auf ihre Rechte und Pflichten aufmerksam, unterstützen sie bei ihren Problemen. Den

Jugendlichen in den Jugendwohnungen ist diese elterliche Begleitung verwehrt. Die Erfahrung zeigt, dass viele dieser jungen Frauen und Männer ohne Unterstützung nicht fähig sind, ihr Leben von einem Tag auf den anderen alleine zu meistern. Sie sind mit ihrer schwierigen Lebenssituation, mit dem Zusammenleben, mit der Haushaltsführung, mit ihren finanziellen und administrativen Angelegenheiten wie Rechnungen bezahlen usw. überfordert und brauchen Unterstützung von Personen, welche ihnen bei den verschiedensten Problemstellungen kompetent zur Seite stehen. 2,5 Stunden pro Woche reichen wirklich nicht aus, um die Probleme der Jugendlichen aufzunehmen, sie zu begleiten, mit ihnen Lösungen zu suchen und daneben auch noch die Wohnung zu verwalten. Eine Stellenaufstockung ist deshalb unumgänglich.
Als Sozialarbeiterin eines gemeindlichen Sozialdienstes bittet die Votantin den Rat ausserdem zu beachten, dass die rechtzeitige, professionelle und ausreichende Hilfestellung in den Jugendwohnungen auch eine Präventionsmassnahme darstellt, weil die Jugendlichen lernen, ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen und sich so in unsere Gesellschaft eingliedern können. – Wir von der SP-Fraktion bitten Sie eindringlich, nicht auf dem Buckel eines der schwächsten Glieder unserer Gesellschaft Sparübungen zu veranstalten. Unterstützen Sie zum Wohl der jungen Frauen und Männer in ihren schwierigen Lebenslagen und somit auch zum Wohl unserer Gesellschaft den Antrag der Regierung.

Rosemarie **Fähndrich Burger** weist darauf hin, dass die AF am Antrag der Regierung festhält. Es ist für uns nicht einzusehen, weshalb – offensichtlich rein zufällig – ein Betriebsbeitrag an die diversen Jugendwohnungen des Kantons aus dem Budget entfernt werden soll. Wir Alternativen sind der Ansicht, dass die investierten 90'000 Franken gut investiertes Geld sind und längerfristig die günstigere und bessere Lösung bedeuten. Übrigens ist die Votantin in diesem Zusammenhang darauf angesprochen worden, ob wir Alternativen den Beitrag an das Micro Center Zentralschweiz unterstützen werden. Stolz konnte sie mit Ja antworten. Wir sehen nicht ein, was wir erreichen, wenn wir beginnen, soziale gegen wirtschaftliche Themen auszuspielen. Wir sagen ja zu einer gesunden Wirtschaft, aber wir stehen auch für einen mit Verantwortung geführten Sozialstaat ein.

Felix **Häcki** hat gewisse Mühe mit der Terminologie. Da wird von Jugendlichen gesprochen, und dann geht es um Personen bis 26. Als man das Volljährigkeitsalter auf 18 heruntergesetzt hat, haben genau die selben Kreise, die jetzt da jammern, gesagt: Die Leute sind mündig, sie können selber denken und überlegen, sie können selber für sich schauen. Und jetzt sagt man: Die Armen, die können als Kantonsschülerinnen und Seminaristen nicht mal Rechnungen selber zahlen, die brauchen Hilfe dazu. Da begreift der Votant die Welt nicht mehr. Denn wie kann man an einem Seminar sein und nicht mal wissen, wie man eine Rechnung begleicht. Für ihn stimmt das so nicht. Im Übrigen gibt es immer Leute mit schwierigen Situationen. Das kann er von seiner Seite selber sagen. Er war jünger, hatte eine Familie und ist selber dafür aufgekommen, trotz Studium, zusammen mit seiner Frau. Da brauchten sie keine begleitete Wohnung dazu. Er bittet den Rat, den Antrag der Stawiko zu unterstützen.

Andrea **Hodel** geht es nicht darum, jetzt Jugendliche schlecht zu machen oder sie zu kritisieren. Es geht ihr auch nicht darum, ob es letztendlich entscheidend ist, ob wir diesen 90'000 Franken zustimmen oder nicht. Es gibt aber zwei Sachen, die ihr wichtig erscheinen. Erstens hat uns die Regierung nicht zu kritisieren, wenn wir jetzt die Detailberatung ernst nehmen, wenn wir zuerst eingetreten sind. Dann ist es unser Recht, auch kleine Beträge anzusehen. Und zweitens haben wir in diesem Konto, Neukonzeption Kinder- und Jugendschutz Verein punkto, 421'000 Franken, die wir im Budget belassen. Vielleicht müsste man auch hier eine Gewichtung machen und diese Neukonzeption irgendwie so machen, dass es eben trotzdem noch für die Betreuung der Jugendlichen reicht. Deshalb unterstützt die Votantin den Antrag der Stawiko.

Markus **Jans** kann Felix Häcki sagen, dass in Fachkreisen mit Jugendlichen das Alter von 16 bis 25 Jahren gemeint ist; und das ist eine Tatsache, mit der wir rechnen. Es ist übrigens wahrscheinlich auch so, dass bei der Jugendliste der SVP anlässlich der Nationalratswahlen keine Jugendlichen unter 26 Jahren dabei waren. Als Leiter eines Sozialdienstes möchte der Votant noch zusätzlich anbringen, dass wir dringend darauf angewiesen sind, Jugendliche in schwierigen Situationen irgendwo platzieren zu können. Er gratuliert allen Eltern, die es schaffen, ihre Jugendlichen ohne Schwierigkeiten über die Pubertät ins Erwachsenenalter zu begleiten. Leider kann man nicht mit sich selber vergleichen, was man gemacht hat. Es gibt Eltern, die mit den Jugendlichen Schwierigkeiten haben, ohne dass sie dazu eigentlich etwas beigetragen haben. Das Umfeld war einfach entsprechend schwierig. Die Jugendlichen haben aber das Recht, zum Sozialdienst zu kommen, und wir müssen Lösungen suchen. Sollen wir diese Jugendlichen auf der Strasse stehen lassen. Sollen wir ihnen keine Hilfe anbieten? Sollen wir warten, bis der Straf- und Massnahmevollzug schlussendlich handeln muss? Markus Jans denkt, es ist sinnvoller, wenn wir frühzeitig handeln und daher solche Jugendwohnungen unterstützen und betreuen lassen.

Heinz **Tännler** ist der Ansicht, dass wir genau bei einem Punkt sind, wo wir nicht genau wissen, was wir tun. Gewinnen wir nun etwas mit dieser Vorlage oder gewinnen wir nichts? Es geht um 90'000 Franken, das ist nicht alle Welt. Aber hier zeigt sich das Problem. Auf der einen Seite hat der Votant selbstverständlich auch die Stawiko-Meinung unterstützt. Er kommt aber jetzt ins Zweifeln, und zwar aus folgendem Grund. Wenn nämlich der Vereinspräsident sagt: Wenn wir dann die schweren Fälle nicht in ein Heim einliefern müssen, haben wir 100'000 Franken gewonnen. Da ist immer der Hund begraben. Über die Kostenfolgen im positiven wie im negativen Sinn haben wir von Tuten und Blasen eine Ahnung. Und dann entscheiden wir irgend etwas und am Schluss müssen wir eigentlich sagen: Wir haben falsch entschieden. Und wenn es so ist, und er möchte den Vereinspräsidenten nochmals bitten, nach vorne zu kommen, dass er mit diesen 90'000 Franken gewinnen kann, dann stimmt Heinz Tännler dem zu.

Andreas **Huwyler** hält fest, dass er nicht Präsident des Vereins ist, sondern lediglich Vorstandsmitglied. – Es stimmt tatsächlich, diese Stelle würde es dem Verein für

Jugend und Kind ermöglichen, in diesen bereits laufenden Jugendwohnungen auch schwierigere Fälle von Jugendlichen aufzunehmen. Solche, die einer gewissen Betreuung bedürfen, was heute nicht möglich ist. Heute beschränkt sich der Einsatz unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen darauf, ein wenig für Ordnung zu schauen und einmal im Monat zu sehen, ob sie das Geschirr abwaschen oder nicht. Es stimmt: Die Bewilligung dieser Stelle würde es tatsächlich ermöglichen, dass auch schwierigere Fälle von Jugendlichen Aufnahme finden könnten. Unter diesen schwierigeren Fällen gibt es möglicherweise tatsächlich auch solche, die sonst in ein Heim oder eine andere Institution eingewiesen werden müssten. Dem Votanten liegt im Moment keine Liste vor, um welche Personen und um wie viele es sich handelt. Aber es ist das Ziel von punkto, dass man mit dieser zusätzlichen Stelle auch diese schwierigeren Jugendlichen betreuen könnte. Es kann mit jeder Heimeinweisung, die nicht nötig wird, Geld gespart werden, und es würde sich sogar finanziell auswirken.
Zu Felix Häcki: Wir sprechen hier nicht in erster Linie von Kanti-Schülern oder Seminaristen, die Formulare nicht ausfüllen können. Es geht um Jugendliche in wirklich schwierigen Situationen, die Hilfe benötigen. Es geht nicht einfach um normale Jugendliche, die Lust haben, etwas alternativ zu wohnen. – Zu Andrea Hodel: Als Familienrechtlerin kennt sie doch die Problematik mit Familiensituationen selbst genau. Sie weiss auch, das gerade Jugendliche sehr oft unter diesen zerrütteten Familiensituationen leiden und in schwierige Situationen kommen können. Das können wir leider nicht ändern, wir können aber dafür sorgen, dass da ein gewisses Auffangbecken geboten wird. Auch sie wird wohl der Meinung sein, dass wir diese jungen Leute lieber nicht auf der Strasse haben, sondern in solchen Wohnungen, wo die Betreuung gewährleistet ist. – Andreas Huwyler möchte den Rat nochmals herzlich bitten, diesem Antrag der Stawiko nicht stattzugeben.

Die Direktorin des Innern, Brigitte **Profos**, bittet den Rat namens der Regierung, den Betrag von 90'000 Franken für die Betreuung von Jugendwohnung von punkto im Budget zu belassen. Sie braucht nicht zu wiederholen, was die Aufgabe dieser Betreuung beinhaltet. Das wurde von verschiedenen unterstützenden Voten – für die sich die Votantin bedankt – bereits erwähnt. Jugendliche in diesen Jugendwohnungen – vor allem jene, die wir dann mit der ergänzten Betreuung zusätzlich aufnehmen können – kommen ausnahmslos aus sehr schwierigen Lebenssituationen. Aus Krisen in Familien. Sie alle können sich vorstellen, was das bedeuten kann. Sie erleben das vielleicht selber, dass ab und zu Spannungen da sind, die vor allem die Jugendlichen und Kinder unter Druck setzen und beschäftigen. Oder Sie erleben das in Ihrer Nachbarschaft. Solche Jugendlichen brauchen Unterstützung. Und zwar können eben nicht die Eltern – weil Spannungen da sind – in der Pubertät diese Unterstützung geben, sondern sie brauchen professionelle Begleitung und Unterstützung. Sie brauchen einen Weg, der ihnen aufgezeigt wird, einen Weg weg vom Lebensgefühl «no future». Die Votantin möchte daran erinnern, dass die Suizidrate unter Jugendlichen besonders hoch ist. Es gibt junge Menschen, die in schwierigen Situationen leben, welche, wenn man sie darauf anspricht, was sie in Zukunft machen wollen, sagen: Ich weiss es nicht, no future. Dieses Gefühl sollten jugendliche Menschen nicht haben müssen.
Eine Antwort auf die Frage von Heinz Tännler, ob wir gewinnen oder verlieren. Es ist so: Wenn mit dieser Begleitung in Jugendwohnungen vermieden werden kann, dass Jugendliche in Heimen platziert werden müssen, gewinnen wir ganz sicher. Denn

eine Heimplatzierung ist eine teure Sache. Die Taxen für diese Heime sind am Ansteigen und die Platzierungen mehren sich. Wir spüren eine Tendenz, dass häufiger Jugendliche in Heimen platziert werden müssen. Wenn man das mit diesen 90'000 Franken vermeiden kann, mit dieser 60 plus 10 Prozent-Stelle, dann ist das sicher ein Gewinn. – Brigitte Profos bittet den Rat deshalb, den Antrag der erweiterten Stawiko abzulehnen. Lassen Sie diese Jugendlichen nicht in ihren schwierigen Lebenssituationen allein hängen! Es könnten auch Ihre Söhne und Töchter sein. Belassen Sie die 90'000 Franken im Budget!

➔ Der Rat lehnt den Antrag der erweiterten Stawiko mit 37 : 30 Stimmen ab.

Silvan **Hotz** hat nochmals eine klärende Frage. Auf die Frage von Rosvita Corrodi wurde seiner Meinung nach nicht ganz richtig geantwortet. Brigitte Profos hat aufgezeigt, wo sie die Stellen einsetzte. Der Votant wüsste aber gerne noch, woher sie diese Stelle bekommen hat. Auf welcher Seite und bei welchem Konto sind diese 100'000 Franken zu finden? Er kommt erst jetzt mit dieser Frage, da er diese Stellen zuerst selber suchen wollte, aber nicht gefunden hat.

Die Direktorin des Innern, Brigitte **Profos**, hat erwähnt, dass die 100 %-Stelle vom Grundbuchamt wegfällt und aufgeteilt wird auf das Amt für Stiftungsaufsicht und berufliche Vorsorge und auf den Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst.

Für Silvan **Hotz** stimmt der Betrag nicht. Er findet beim Grundbuchamt 30'000 Franken, auf der anderen Seite 100'000.

Brigitte **Profos** wird die Details noch nachliefern.

Direktion für Bildung und Kultur

Heinz **Tännler** spricht zum *Kto. 1700 36503, Erwachsenenbildung*. Und zwar geht es nicht um den Totalbetrag von 320'000 Franken, sondern um den Betrag von 75'000 Franken an den Verein Bad Schönbrunn, Lassalle-Haus. Der Votant hat mit diesem Beitrag Mühe. Es gibt verschiedene Gründe. Der Hauptgrund: Kirchliche Gruppierungen sollten ganz generell nicht durch den Staat unterstützt werden. Grundsätzlich ist das eine Sache der Kirche. Der zweite Grund ist die Angelegenheit Pater Niederberger. Wir alle wissen: Er hat einen tamilischen Flüchtling illegal beherbergt. In einer rechtsstaatlichen Demokratie gibt leider keinen Platz für Kirchenasyl. Pater Niederberger repräsentiert als Direktor diesen Verein. Und somit schlägt das nun durch auf diesen Verein. Wenn Heinz Tännler heute noch Erklärungen per E-Mail erhalten hat von diesem Verein, findet er das reinen Opportunismus. So fünf vor zwölf, wenn man merkt, dass die Felle davonschwimmen könnten, sich noch schnell zu rechtfertigen. Der Votant hat nirgendwo eine öffentliche Erklärung und Distanzierung gelesen. Es

wurde scheinbar so hingenommen. Der Pater Niederberger ist nach wie vor als Direktor tätig und treibt sein Wesen. Dann kommt noch ein weiterer Punkt dazu. Pater Niederberger hat sich auch noch im Wahlkampf engagiert. Eine kirchliche Organisation, ein Verein, Erwachsenenbildung steht im Vordergrund, und der Repräsentant hat sich im Wahlkampf engagiert mit einem Testimonial für Jo Lang. Exponenten von Religionsgemeinschaften sollen sich bitte nicht in unsere profane Politik einmischen. Die haben dort nichts verloren. Das stört Heinz Tännler und mit ihm viele andere Bürger. Kommt dazu, und das hat Vreni Wicky bestätigt: Für die Erwachsenenbildung ganz generell haben wir einen Finanzierungspool, diese 320'000 abzüglich der 75'000. Und einzig das Lassalle-Haus hat eine Sonderstellung. Das ist überhaupt nicht einzusehen. Es kommt dazu, dass nur ein Fünftel der Zugerinnen und Zuger dort Bildung geniessen. Vier Fünftel sind Auswärtige. Und es kommt weiter dazu, dass alle Erwachsenenbildungs-Institutionen einem sogenannten Qualitätskontrolle-Programm unterstellt sind mit Ausnahme des Lassalle-Hauses. Das sind für den Votanten Gründe genug um nein zu sagen. Wenn schon, dann höchstens aus diesem Pool, aber nicht eine Sonderstellung. *Er beantragt dem Rat, diese 75'000 Franken zu streichen.* Wenn dieser Antrag nicht gut geheissen würde, eine Bitte. Dass der Erziehungsdirektor ganz klar ein Schreiben macht an Pater Niederberger und ihm den Weg weist.

Bruno **Briner** ist Mitglied der Kommission für allgemeine Weiterbildung. Dazu gehört die Erwachsenenbildung. Heinz Tännler hat ihn völlig überrascht. Er hat deshalb keine Detailzahlen vorbereitet. Aber er möchte eines sagen: Verschiedene grössere Institutionen im Kanton Zug sind in der Erwachsenenbildung tätig und erhalten Beiträge. Das Lassalle-Haus ist eine der grösseren Institutionen. Der Votant möchte den Rat bitten, den zweiten Vorschlag von Heinz Tännler evtl. zu unterstützen und nicht die Institution mit einer Person oder mit dem Leiter unter ein Dach zu bringen. Er beantragt, dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

Berty **Zeiter** möchte auf die Bedeutung des Lassalle-Hauses für den Kanton Zug eingehen, denn deswegen wird diese Institution ja durch den Kanton unterstützt. Das Lassalle-Haus engagiert sich vor altem im Bereich von Meditation, Exerzitien, Fastenkursen und im Dialog zwischen den Weltreligionen. Mit diesem Engagement hat es eine Wirkkraft erlangt, die weit über die Schweizergrenzen hinausreicht. Das Haus trägt auch den Titel «Zentrum für Spiritualität und soziales Bewusstsein». Dabei geht es vor allem um die Umsetzung der Begriffe Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Mit seinem Kursangebot zieht das Lassalle-Haus Leute von nah und fern an und macht beste Werbung für den Kanton Zug. Die jährlich 18'000 gebuchten Kurstage ermöglichen es dem Bildungshaus, gegen 40 Arbeitsplätze anzubieten. Die Institution ist also für das Berggebiet ein wichtiger Arbeitgeber. Die Votantin findet es von eminenter Bedeutung, dass Politik, Wirtschaft und Spiritualität nicht voneinander abgekoppelt werden. Spiritualität bezieht nebst dem Materiellen noch weitere Ebenen mit ein, die für das Menschsein wichtig sind, also soziale, ethisch/moralische und geistige Werte. Das Lassalle-Haus leistet auf diesem Gebiet sehr gute Arbeit. Berty Zeiter kann allerdings verstehen, dass es auch Leute gibt, die eine solche wirkungsvolle Arbeit ablehnen, da Ethik und Spiritualität bei fragwürdigen und unlauteren Geschäftspraktiken Sand im Getriebe sind. Anderseits

kann genau dieses Wirken dem Ruf von Zug nützen. Die Votantin bittet den Rat im Namen der AF, bei der Abstimmung zu unterscheiden zwischen dem da und dort hörbar gewordenen Wunsch, Pater Niederberger eins auszuwischen, weil er seine Bürgerrechte wahrnimmt, indem er sich frei äussert, und der Anerkennung, die das Bildungshaus für seine Arbeit und die Werbewirkung für unseren Kanton verdient. Sprechen wir ihm den Unterstützungsbeitrag von 75'000 Franken auch für das nächste Jahr wieder zu.

Käty **Hofer** wiederholt, dass ein Schwerpunkt des Lassalle-Hauses der Dialog zwischen den Weltreligionen ist. Christentum, Buddhismus, Judentum, Islam, um die wichtigsten zu nennen. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Spiritualität. Was heisst das? Diskussionen über Gerechtigkeit und Frieden. Pater Niederberger ist ein Angestellter des Lassalle-Hauses. Er hat einem Flüchtling Kirchenasyl gewährt, das ist illegal. Er wurde dafür verurteilt und hat die Strafe bezahlt – aus privaten Mitteln. Die Unterstützung von Jo Lang hat er auch aus privaten Mitteln bezahlt. Die Empfehlung der Votantin lehnt sich an jene von Heinz Tännler an: Pater Niederberger zu raten, dass er mehr Umsicht walten lassen soll. Er hat dem Lassalle-Haus mit seinem Verhalten keinen Dienst erwiesen. Man kann dafür oder dagegen sein, wie er sich verhalten hat. Käty Hofer empfiehlt ihm auch, dass er sich mit der Leitung des Hauses in Zukunft besser abspricht. Aber unterscheiden wir doch zwischen der Institution des Lassalle-Hauses und dem Verhalten eines Angestellten. Was sagt das für den Kanton Zug, wenn wir den Beitrag für dieses Haus streichen? Dass wir den Dialog über Gerechtigkeit und Frieden nicht nötig finden, den Dialog zwischen den Religionen. Wenn wir den Zustand der Welt anschauen mit den Kriegen auf Grund von Religionen. Nicht nur im Irak, sondern z.B. auch in Nordirland. Können wir uns das leisten? Wollen wir diesen Beitrag wirklich streichen? Das Lassalle-Haus ist eine Institution mit einem Ruf weit über die Kantons- und Schweizergrenzen hinaus. Es besteht seit langen Jahren, leistet Arbeit in einer ausgewiesenen Qualität. Und dieses Haus ist ungeeignet für eine Strafaktion gegen eine Einzelperson. Die Votantin bittet den Rat wirklich, hier zu unterscheiden. Sie ist stolz, dass wir das Lassalle-Haus im Kanton Zug haben. Für sie gehört es genau so zum Kanton Zug wie der Zuger See oder die BP oder die Metro. Sie bittet um ein Ja für diese Unterstützung.

Monika **Barmet**: Sie haben den Antrag von Heinz Tännler gehört. Als Menzinger Kantonsrätin bittet sie den Rat, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Auch weitere CVP-Fraktionsmitglieder unterstützen diesen Streichungsantrag nicht. Sie stellt fest, dass hier verschiedene Sachinhalte miteinander vermischt werden. Es geht nicht um eine Verurteilung oder Abrechnung mit einer bestimmten Person, sondern um einen jährlichen Beitrag an eine Institution, die wertvolle Bildungsarbeit im Kanton Zug leistet. Monika Barmet bittet den Rat daher dringend, die verschiedenen Sachebenen differenziert zu beurteilen. Ohne diesen jährlichen Beitrag gefährden Sie die Zukunft des Lassalle-Hauses und damit das vielseitige, qualitativ hochstehende Erwachsenenbildungsangebot in den verschiedensten Bereichen im Kanton Zug. Die Gemeinde Menzingen mit einer beschränkten Anzahl Arbeitsplätzen in der Gemeinde selbst profitiert, indem einige Menzingerinnen und Menzinger im Lassalle-Haus eine Arbeitsstelle haben. Auch die verschiedensten Arbeitsaufträge werden vom Dorfgewerbe geschätzt, weitere Investitionen sind geplant. Damit eine breite Bevölkerungs-

schicht das Angebot nutzen kann, sollen die Kurs- und Pensionskosten nicht allzu hoch sein. Deshalb ist das Lassalle-Haus auf den jährlichen Beitrag des Kantons Zug angewiesen, um in seiner Existenz nicht gefährdet zu sein. Herzlichen Dank auch für Ihre Unterstützung.

Felix **Häcki** hat auch hier Mühe. Er hat kurz gerechnet. Vorher wurde gesagt, es seien 18'000 Kursteilnehmer im Jahr. Das ist eine eindrückliche Zahl. Wenn jeder rund vier Franken mehr bezahlt für seinen Kurs, sind die 75'000 Franken bereits wieder drin. Und wenn die Kurse dermassen wertvoll sind, sieht der Votant nicht ein, warum der Kanton das bezahlen soll. Da ja der grösste Teil der Kursteilnehmer ausserkantonal kommt. Um vier Franken pro Kursteilnehmer geht es, und da sagt man, das Lassalle-Haus stehe vor dem Ruin. Zweitens wird verniedlicht, dass der Direktor nur Angestellter sei und als solcher einen Fehler gemacht habe. Er hat bei seiner Wahlpropaganda ganz klar immer als Direktor Lassalle-Haus unterschrieben. Er hat das Haus reingezogen, das kann man in der Zeitung nachlesen. Felix Häcki hat sich darob nämlich auch geärgert, und nicht nur er, seine Nachbarn auch.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** möchte drei kurze Vorbemerkungen machen. Im Unterschied zum Verein punkto Jugend und Kind ist heute kein Interessenvertreter im Rat. Im Verein der Trägerschaft des Lassalle-Hauses ist der Votant Vertreter des Kantons und möchte als solcher beliebt machen, den Antrag Tännler abzulehnen. Es geht um etwas Grundsätzliches, um einen eigentlichen Paradigma-Wechsel, wenn dieser Antrag gutgeheissen wird. Erstens gilt ein gewisses Vertrauensprinzip. Wenn man diesem Verein das Vertrauen entziehen will, muss man mit den Leuten ins Gespräch kommen, die Probleme auflisten und ihnen die Möglichkeit geben, Konsequenzen zu ziehen. Das haben wir bisher nicht gemacht, das hat niemand seitens der Antragsteller oder der potenziellen Gegner bis heute gemacht. Das würde der Bildungsdirektor erwarten für eine Bildungsorganisation, welche in partnerschaftlichem Verhältnis mit dem Kanton steht. Zweitens wenn wir eine Institution, die als solche anerkanntermassen gute Arbeit leistet und eine grosse Ausstrahlung hat, nicht mehr an ihrer Qualität bemessen, sondern an zwei Aktivitäten ihres Leiters. Es fragt sich, ob das der richtige Bemessungsmassstab ist.
Zwei, drei Punkte noch zur Bedeutung des Lassalle-Hauses. Träger des Hauses ist ein Verein, der von alt Kantonsrat Beat Bussmann präsidiert ist. Dieser Verein hat nichts zu tun mit dem Lassalle-Institut. Dieses bittet Management-Kurse eher im Hochpreissegment an und ist selbsttragend. Der Verein ist ein fester Bestandteil unserer Zuger Erwachsenenbildung, wie auch andere Institutionen. Nach einem gewissen Gleichberechtigungs-Prinzip hat er Anspruch auf gewisse Beiträge. Und es sind ganz bedeutende Mengen von Leuten, die davon profitieren. Es sind 8'600 jährlich, die hier Kurse besuchen. Und wenn auch «nur» ein Fünftel davon Zugerinnen und Zuger sind, sind das 1‘700 Personen aus unserem Kanton. Und wenn eine Institution eine derartige Ausstrahlung besitzt, was wir ja auch wünschen, kommen Leute von anderen Landesgegenden zu dieser Institution. Ein Beispiel: Vor einem Jahr war eine Weiterbildungsveranstaltung von zwei Tagen für alle Regierungen der ganzen Schweiz. Es wurde vom Haus Pater Brantschen eingeladen, der Gründer dieses Hauses. Und der steht mit diesem Haus auch für den Standort Zug. Wenn wir diesen Leuten die Grundlage entziehen, schämt sich Matthias Michel. Wegen zwei

Vorfällen, die er auch nicht glücklich findet. Die Regierung heisst diese Aktionen von Pater Niederberger nicht gut. Und der Votant hat zwei Erklärungen des Vereins, von Beat Busslinger und des Hauses, wo sich diese klar distanzieren und sagen: Die Unterbringung des Flüchtlings war keine kollektiv beschlossene Aktion des Lassalle-Hauses und auch die Wahlaktion war nicht im Sinne des Hauses. Der Verein wird hier auch Konsequenzen ziehen. Er ist diesbezüglich im Gespräch mit den Arbeitnehmern.
Der Bildungsdirektor möchte betonen, dass die Signale verstanden werden. Wir haben den Eventualantrag gehört und auch schon mündlich lange vor dieser Debatte mit diesem Haus gesprochen und gesagt, dass es schwierig wird, wenn solche Aktionen gestattet werden. Matthias Michel hat auch keine Mühe, das dem Haus nochmals mitzuteilen. Aber wir sollten jetzt nicht in zweifacher Hinsicht einen Grundsatz Knall auf Fall ändern wegen Aktionen eines Vertreters, und dem Verein das Vertrauen entziehen. Ein Beispiel aus dem Bereich von Heinz Tännler: Stellen Sie sich einen Sportverein vor, der auch über Lotteriegelder Geld bezieht vom Kanton Zug. Wenn der Präsident dieses Sportvereins etwas Illegales tut, wenn er z.B. einen Sportler lizenziert, der keine Aufenthaltsbewilligung hat, würden wir dann diesem Verein den Geldhahn zudrehen? Oder wenn er sich politisch geäussert hätte in einem Bereich, der uns nicht passt? Wohl nicht! Werfen Sie also hier unsere Grundsätze nicht über Bord und entziehen Sie nicht mit einem Schnellschuss einen exis-tenziellen Beitrag für dieses Haus. Es wäre ein Signal, dem möglicherweise andere folgen würden. Die katholischen Kirchgemeinden zahlen jährlich alle zusammen einen höheren Beitrag als der Kanton Zug. – Das Lassalle-Haus ist keine kirchliche Institution, es zieht keine Steuern ein. Die Kirche zahlt auch wie wir an diese Institution. Geben Sie also dieser Institution diese Chance, damit sie im Interesse unseres Kantons dieses Weiterbildungsangebot beibehalten kann.

Hans **Durrer** hat Informationen von der katholischen Kirchgemeinde der Stadt Zug, dass auch sie ernsthaft erwägt, den Beitrag an das Lassalle-Haus zu streichen auf Grund der mehrfach erwähnten Vorkommnisse. Er plädiert ebenfalls für eine Streichung des Beitrags.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** hat heute Morgen den Präsidenten Peter Niederberger am Telefon gefragt, ob das so sei. Die katholische Kirchgemeinde Zug hat als Gemeinde allein keine jährlichen Beiträge. Die vereinigten Kirchgemeinden haben das Budget 04 diskussionslos und ohne Opposition gegen diesen Beitrag genehmigt. Sie würden hier nichts bezahlen, wenn ein Gesuch einginge. Aber gestrichen wird hier nichts.

Hans **Durrer** meint, es fehle eine Information. Er hat das auch vom Präsidenten der katholischen Kirchgemeinde der Stadt Zug, Peter Niederberger. Dieser hat gesagt, er würde sich dafür einsetzen, dass keine Beiträge mehr bezahlt werden. Er toleriere diese Vorkommnisse nicht.

➔ Der Antrag Tännler wird mit 33 : 30 Stimmen angenommen.

Peter **Dür** möchte zuerst auf einen Fehler in der Stawiko-Vorlage hinweisen. Auf S. 7 steht, dass sich der budgetierte Aufwandüberschuss der Direktion Bildung und Kultur um 4,5 % erhöht, wenn man die neuen Projekte Pädagogische Hochschule und Gymnasium Menzingen ausklammert. Diese Aussage ist falsch. Im Jahr 2004 steigt der bereinigte Aufwand nur um 2,9 %, was zu begrüssen ist.
Und nun zum *Streichungsantrag bezüglich der Teuerungszulage*. Dem Personal der kantonalen Verwaltung soll gemäss Antrag der erweiterten Stawiko im Jahr 2004 kein Teuerungsausgleich gewährt werden. Diesen Antrag können wir jedoch erst bei der Detailberatung der Finanzdirektion stellen. Diese Massnahme bedingt aber, dass auch beim kantonalen Anteil an die gemeindlichen Lehrerbesoldungen der Aufwand um die eingerechneten 0,73 % für den Teuerungsausgleich reduziert werden muss. Der Stawiko-Präsident muss seine Ausführungen zu diesem Thema jetzt machen, er verweist auf den Bericht und seine Ausführungen im Eintretensvotum. Sie haben der erweiterten Stawiko bereits an der Vormittagssitzung die Frage gestellt, warum wir gerade beim Personal sparen. Nochmals kurz die Begründung. Die wesentlichen Ausgabeblöcke stellen die Personalausgaben und die zweckgebundenen Ausgaben dar. Der wichtigste Einnahmenblock sind die Steuern. Wir stellen Anträge zu den Bereichen, in denen die Regierung im Budget 04 unrealistische Steigerungsraten ausweist. D.h. zu den Personalausgaben und zu den Steuern. Die zweckgebundenen Ausgaben konnten durch die Regierung noch von 6 auf 5 % reduziert werden. Der Sachaufwand wurde ebenfalls reduziert. Einzig die Personalausgaben sind aus unserer Sicht inakzeptabel hoch. Sie haben heute Morgen auf dem Tisch eine grosse Umfrage der UBS für Ende Oktober 03 vorgefunden, die von der Finanzdirektion angefordert wurde (siehe Beilage 1). Die Tabelle hat einen gewissen Interpretationsspielraum. Der Votant geht davon aus, dass es sich hier um Lohnanstieg auf bestehenden Stellen und ohne zusätzliche Stellen handelt. Wenn hier auch die zusätzlichen Stellen integriert wären, dann würde das Bild für den Kanton noch schlechter aussehen. Sie entnehmen der Tabelle Folgendes: Die Lohnsumme steigt in der Gesamtwirtschaft 2004 um 0,9 %, alles eingeschlossen. Die Bandbreite liegt zwischen 0 und 2,5 %. Für die Kantone wird eine Bandbreite von 1 bis 1,3 % mit einem Mittelwert von 1,1 % angegeben. Der Kanton Zug liegt mit einem Wert von 1,77 % für Beförderung und Teuerung deutlich über dieser Bandbreite. Dazu kommen die 0,86 % für Aushilfen, die Sie bereits gestrichen haben, und vor allem die 2,4 % für die Personalzunahme, die vom Regierungsrat und Kantonsrat gemeinsam verantwortet werden müssen. Für die grosse Mehrheit der erweiterten Stawiko ist diese Personalkostenzunahme inakzeptabel.
Welche Möglichkeiten hat das Parlament? Bei den Beförderungen sind uns aus juristischen Gründen die Hände gebunden. Wir fordern aber die Regierung dringend auf, in Zukunft keine Zusagen für Beförderungen zuzulassen, ohne dass klar auf den Vorbehalt der Budgetgenehmigung durch den Kantonsrat hingewiesen wird. Bleibt die Teuerung, welche die Regierung im Umfang von 0,73 % gewähren will. In der erweiterten Stawiko wurde intensiv diskutiert, ob und in welchem Umfang die Teuerung gekürzt werden könnte. Die entsprechenden Pro- und Kontraargumente konnten Sie in unserer Vorlage lesen. Selbstverständlich ist es nicht erfreulich, wenn man eine Nullrunde bei der Teuerungszulage beantragen muss. Fragen Sie aber die Angestellten in der Privatwirtschaft. Sie leisten, wie unsere Angestellten der kantonalen Verwaltung, gute bis sehr gute Arbeit. Trotzdem ist eine Teuerungszulage oft schon mehrere Jahre kein Thema mehr. In den meisten Betrieben wird – wenn überhaupt – der Lohn leistungsabhängig angepasst. In unserer Verwaltung wurde diese

leistungsabhängige Komponente in Form der Beförderung bereits ausgesprochen. Warum soll für die Angestellten der Zuger Verwaltung bezüglich der Teuerung nun etwas anderes gelten? Es wäre ein Zeichen der Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und -nehmern in der Privatwirtschaft, wenn die kantonalen Angestellten die Streichung der Teuerungszulage in der heute vorliegenden Situation akzeptieren würden. Wir stehen mit diesem Streichungsantrag übrigens nicht allein da. Wie Sie der Presse entnehmen konnten, hat der Regierungsrat des Kantons Zürich am 16. Dezember 2003 von sich aus entschieden, auf den budgetierten Teuerungsausgleich zu verzichten. Der Votant dankt der Regierung, dass sie auf eine juristische Grundsatzdiskussion verzichtet. Tino Jorio hat abgeklärt, wie weit der Regierungsrat allein den Teuerungsausgleich sprechen kann. Die Datenlage sei schmal, aber Tino Jorio kommt zum Schluss, dass die Regierung gemäss § 51 des Personalgesetzes zwar die Teuerungszulage festlegen kann, dies jedoch nur im Rahmen der Budgetkredite, die das übergeordnete Parlament auf Grund seines verfassungsmässigen Rechts genehmigt. *Die erweiterte Stawiko beantragt mit 11 : 3 Stimmen ohne Enthaltung, die Kürzung der Konti, die Sie unserer Vorlage auf S. 18 entnehmen können, mit den entsprechenden Beträgen. Es handelt sich um die Konti 1745 36200 bis 36206.* Peter Dür möchte den Rat dringend bitten, diese Anträge zu unterstützen. Es geht darum, die Zeichen der Zeit zu erkennen und die inakzeptabel hohe Personalkostensteigerung zu bremsen. Es geht darum, die Personalentlöhnung der Realität in der arg gebeutelten Privatwirtschaft anzupassen.

Monika **Barmet** spricht im Namen einer äusserst knappen CVP-Fraktionsmehrheit. Es ist ihr aber auch persönlich ein grosses Anliegen, diese Mehrheit zu unterstützen und sich für eine Auszahlung der Teuerungszulage für die kantonalen Angestellten für 2004 einzusetzen und gegen den Antrag der Stawiko zu sprechen. Bei jeder Personaldebatte fordern wir von den kantonalen Angestellten hohe Arbeitsqualität, Effizienz, Kooperation und Loyalität. Einige werden jetzt sagen, das ist doch selbstverständlich. Genauso soll es doch möglich sein, dass wir der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Teuerungszulage für 2004 zustimmen. Die Teuerungszulage den kantonalen Angestellten im Kanton Zug nicht auszubezahlen, ist ein falsches Zeichen. Wir brauchen im 2004 erst recht topmotivierte Angestellte, die sich für unseren Kanton einsetzen, qualifizierte Arbeit leisten und gewillt sind u.a. eben andere Sparmassnahmen mitzutragen. Deshalb lassen Sie sich nicht von einem Sparvirus anstecken, der die personalpolitische Weiche falsch stellt. Unterstützen Sie bitte den Antrag der Stawiko auf Streichung der Teuerungszulage für 2004 nicht.

Josef **Lang** möchte zuerst etwas zu den Zahlen sagen. Der Personalaufwand ohne die Ausnahmen, die Peter Hegglin bereits geschildert hat, macht ungefähr 2,5 % aus. Und jetzt nennt der Votant zwei Zahlen und bittet, sie zur Kenntnis zu nehmen. Das jährliche Bevölkerungswachstum in unserem Kanton ist 1,5 %. Und die jährliche Zunahme der juristischen Personen ist 4 %. Wenn man von diesen beiden Zunahmen eine Mischrechnung macht, kommt man auf ungefähr die 2,5 %, um die es hier wirklich geht. Es geht doch nicht an, dass wir überall auf Wachstum machen – es sei nochmals an die Richtplandebatte erinnert – und hier, wo es um das Soziale geht, einfach auf Stopp machen. Das reisst unseren Kanton auseinander. Weiter möchte der Votant auf etwas hinweisen, was den Posten Personalzunahme betrifft. Der wich-

tigste Posten in dieser Zahl von 5,3 Mio. ist eine buchhalterische Angelegenheit. D.h. für den ambulanten psychiatrischen Dienst haben wir im Budget 2003 1,3 Mio. Franken drin, aber in einem anderen Posten. Es hat in dieser Frage eine Art In-Sourcing gegeben. Leute, die wir früher bezahlt haben im Auftragsverhältnis, bezahlen wir jetzt gleichsam als öffentliche Angestellte. Und der neue Betrag ist 1,6 Mio., d.h. das Wachstum, das wir hier erleben, ist nicht 1,6 Mio. diesbezüglich, sondern 300'000 Franken. Bei den anderen Posten ist das Kurzgymnasium Menzingen. Das kann man doch den Angestellten nicht zum Vorwurf machen und daraus ableiten, ihnen den Teuerungsausgleich zu verweigern. Das Gleiche gilt für die Pädagogische Hochschule. Wir diskutieren real um 2,5 % Wachstum, und das entspricht ziemlich genau dem Wachstum der natürlichen und juristischen Personen in unserem Kanton.
Das öffentliche Personal leistet in unserem Kanton hervorragende Arbeit, auch im Vergleich zu anderen Kantonen. Und die Produktivität – sofern man diese im öffentlichen Dienst messen kann – ist im Kanton Zug überdurchschnittlich hoch. Wir haben im Vergleich zu anderen Kantonen weniger Angestellte zur Einwohnerzahl, erst recht, wenn man die juristischen Personen, die auch Arbeit bereiten, noch dazuzählt. Zug hat weiter überdurchschnittlich hohe Lebenskosten. Die tiefen Steuern kompensieren die hohen Mieten erst ab Einkommen von ungefähr 200'000 Franken. Und das ist bei den allerwenigsten öffentlichen Angestellten der Fall. Teuerungsausgleich verweigern heisst eindeutig Abbau beim Reallohn. Da gibt es mathematisch überhaupt nichts zu streiten. Und Reallohnabbau bei Leuten, denen alle sagen, sie würden gute Arbeit leisten, ist demotivierend. Es stimmt nicht, dass im volkswirtschaftlichen Durchschnitt so gehandelt wird, wie es jetzt die Stawiko vorschlägt. Die Abschlüsse im allgemeinen beinhalten den Teuerungsausgleich und gehen in vielen Fällen darüber hinaus. Auch beim öffentlichen Personal. Der Votant hat eine Pressemitteilung des Departements von Bundesrat Villiger, Mitglied der FDP: Bundespersonal Teuerungsausgleich 0,8 %. Der Regierungsrat schlägt 0,55 % vor. Josef Lang bittet den Rat dringend, die Regierung zu unterstützen.

Max **Uebelhart** weist darauf hin, dass man unseren Kanton gegen aussen äusserst positiv darstellen will. Man will nur positive Zeichen setzen, hat Angst um den Standort Zug und möchte ja an den Steuern nichts verändern. Und was macht man gegen innen. Da fährt man einfach mit dem Rasenmäher über alle kantonalen Angestellten hinweg und will jetzt da ein Exempel statuieren. Im Budget sind 0,7 % gerechnet. Effektiv würde die Regierung nur 0,55 % Teuerung beschliessen, was auch dem Stand von heute entsprechen würde. Wir müssen uns einfach bewusst sein: Wenn wir diese Streichung bejahen, machen wir das nicht nur für die kantonalen Angestellten. Es werden auch in den Gemeinden alle Angestellten leer ausgehen. Es werde sämtliche Lehrer leer ausgehen. Und ganz viele andere Arbeitgeber im Kanton, z.B. die GGZ oder die ZUWEBE und die privaten Schulen schauen, was der Kanton macht punkto Teuerung und halten sich dann auch daran. Vielleicht hat dann der Stawiko-Präsident noch Glück, indem die Spital AG selber entscheiden kann. Hunderte, nicht nur die kantonalen Angestellten, werden diese Lohnprozente nicht bekommen. Und Hand aufs Herz: Wie viele sitzen hier drin, die selber am Arbeitsplatz dann doch ein halbes, ein Prozent, 1,1 Prozent oder mehr zusätzlich in der Lohntüte finden im Januar. Der Votant wagt zu bezweifeln, dass die grosse Mehrheit hier auch mit Null über die Runden gehen muss. Wenn wir überzeugt sind, dass die

Ausgabenseite in unserem Budget einigermassen in Ordnung ist und seriös budgetiert wurde, dann bleibt uns schlussendlich nichts anderes übrig, als die Einnahmenseite zu korrigieren. Und die korrigieren wir nur, indem wir z.B. sehr moderat die Steuern erhöhen. Als es gut ging, hat man die Steuern gesenkt. Und jetzt, da es nicht mehr so gut geht, muss man sie halt moderat erhöhen. Es ist gefährlich zu sagen, vor dem Jahr 200X machen wir nichts an unseren kantonalen Steuern. Die komischste Situation herrscht sicher in der Stadt Zug. Da wurde bekannt gegeben: Verzicht auf die Teuerung, aber man operiert noch immer mit 2 % Steuerbonus. Für Max Uebelhart geht es nicht mehr schizophrener.

Käty **Hofer** ist für den Teuerungsausgleich für das Staatspersonal. Max Uebelhart hat es angesprochen, es geht nicht nur um das Staatspersonal, sondern um einen sehr viel grösseren Personenkreis. Sie haben die Kategorien gehört. Noch nicht angesprochen worden sind die Pensionierten der kantonalen Pensionskasse und die Kirchgemeinden. Auch diese Personen sind betroffen vom Entscheid, den wir heute fällen. Wir müssen uns vor Augen führen, wie viele Personen das sind. Die Votantin nennt dem Rat vier Gründe, wieso sie dafür ist, den Teuerungsausgleich von 0,55 % auszubezahlen:
1. Die kantonale Verwaltung und die Gemeindeverwaltungen im Kanton Zug haben einen ausgezeichneten Ruf. Dies ist ein Standortsvorteil des Kantons, den wir nicht genug betonen können. Alt Regierungsrat Robert Bisig hat das immer wieder gesagt, und das zu Recht. Um diese Leistung aufrecht erhalten zu können, brauchen wir motivierte Personen und nicht Demotivation. Mit 42-Stunden-Wochen und vier Wochen Ferien sind wir im Vergleich zur Privatwirtschaft am oberen Rand. Der Stawiko-Präsident hat es in seinem Eintretensvotum gesagt: Wir wollen im Kanton Zug national und international konkurrenzfähig oder an der Spitze sein. Mit unserer Verwaltung sind wir das. Das wollen wir aber bleiben und das geht nur mit motiviertem Personal.
2. Mieten und Preise für Wohneigentum sind im Kanton Zug sehr hoch. Jo Lang hat die Grenze genannt, wo sich das etwa kompensiert mit den Steuern, 200'000 Franken. Wir haben wenige kantonale Angestellte, die über dieser Grenze sind. Und wollen wir wirklich in einem Kanton wohnen, wo die kantonalen Angestellten sich die Mietpreise im Kanton nicht mehr leisten können?
3. Käty Hofer zitiert wieder den Stawiko-Präsidenten: Das Personal ist Chefsache. Also lassen wir es doch bei den Chefs und Chefinnen, dort ist es in den richtigen Händen. Wenn wir den Vergleich mit der Privatwirtschaft anstellen, müssen wir vorsichtig sein. Sie haben das Papier mit der Zusammenstellung aus der Privatwirtschaft gesehen. Wir müssen genau auseinander halten, was wo beinhaltet ist mit Teuerungsausgleich, Leistungsanteil oder Beförderungen. Die Votantin kann einige Zahlen nennen: Die Migros 2,25 %, Swisscom 2,2 %, der Bund 0,8 % nur Teuerung, der Kanton Bern ist ja bekanntlich ein Kanton, der im Vergleich zum Kanton Zug im Geld schwimmt, er zahlt 1 %. Mit 0,55 % sind wir durchaus nicht im überrissenen Bereich.
4. Wenn wir keine Teuerung ausbezahlen, senden wir ein falsches Signal aus. Wir markieren Pessimismus statt Optimismus. Käty Hofer muss dem Rat den Zusammenhang zwischen Kaufkraft und Wirtschaftsaufschwung nicht erklären. Wenn wir keine Teuerung ausbezahlen, verheisst das einen Kaufkraftverlust für eine grosse Personengruppe in unserem Kanton. Max Uebelhart hat sie aufgezählt. Sie wissen

alle, dass im Warenkorb nicht alles drin ist, was eigentlich hinein gehört. Denken Sie nur an die Krankenkassenprämien. Keine Teuerung heisst also Kaufkraftverlust.
Noch ein Wort zum Antrag von Leo Granziol in der Eintretensdebatte. Es ist unakzeptabel, dass man das Eintreten mit der Ausbezahlung der Teuerung verquickt. Wenn wir der Meinung sind, dass es Luft hat im Budget, sollen wir doch bitte den Finger auf jene Position legen, wo das der Fall ist. Und nicht sagen: Wenn ihr eintretet, dann zahlen wir die Teuerung nicht aus. Wenn wir das auf gut Deutsch übersetzen heisst das: Das Defizit in der Staatskasse ist die Schuld des Staatspersonals. So kann es doch nicht sein. Käty Hofer bittet den Rat herzlich, dem Teuerungsausgleich von 0,55 % zuzustimmen.

Thomas **Lötscher** könnte all diese Voten sehr gut verstehen, wenn die Situation die folgende wäre: Wir würden hier einseitig dem Staatspersonal den Teuerungszuschlag verweigern und die Privatwirtschaft würde ihn im grossen Stil gewähren. Die Situation ist aber eben gerade nicht so. Es ist so, dass die Angestellten in der Privatwirtschaft auch schon seit mehreren Jahren zu einem grossen Teil auf den Teuerungsausgleich verzichten müssen. Sie haben die Studie der UBS vor sich. Der Votant arbeitet dort. Sie gewährt für das kommende Jahr eine Erhöhung der Lohnsumme um ein Prozent. Darin sind die Beförderungen enthalten. Wenn Sie die Beförderungen und die Treuezulagen des Kantons nehmen, kommen Sie auf über ein Prozent. Thomas Lötscher ist nicht einer von denen, die während der Arbeit wahnsinnig viel verdienen, und wenn sie dann endlich aufhören, dafür noch mehr bekommen. Er liegt deutlich unter diesen 200'000 Franken, die hier als Grenze für eine Existenz im Kanton Zug genannt wurden. Es geht ihm einfach darum, dass wir doch die Realität sehen müssen, wie sie in der Wirtschaft draussen stattfindet. Es geht also nicht um eine Bestrafung oder eine Demotivierung, sondern schlicht und einfach um eine Gleichstellung mit den Leuten in der Privatwirtschaft. Und damit hofft er, doch noch einen kleinen Beitrag zum Realitätsbezug in dieser Debatte geleistet zu haben.

Bruno **Briner** arbeitet bei der Konkurrenz seines Vorredners. Das System bei uns ist etwa das selbe. Er weiss aber heute noch nicht, was er nächstes Jahr verdient, ob er Teuerung erhält oder befördert wird. Es ist einfach so, dass eine Lohnsumme in einen Prozentsatz aufgerechnet wird, inklusive Beförderungen und Teuerung, und dann wird das verteilt. Aber das ist ein ganz anderes System, als wir es bei den kantonalen Angestellten kennen. Vor allem ist es uns seit Jahren bekannt, wir wissen, dass das so ist. Und dazu ist zu sagen: Die Beförderungen sind vorbei, die einen hatten Glück, die anderen nicht, und die sollen jetzt irgendwie bestraft werden. Der Votant möchte sich den Argumenten von Max Uebelhart anschliessen. Er ist noch in verschiedenen anderen Organisationen tätig. Die warten jetzt alle darauf, was der Regierungsrat bezüglich Teuerung beschliesst. Und Bruno Briner kann sagen: Die Budgets der Organisationen, in denen er tätig ist, sehen nicht so schlimm aus. Da hat man irgendwo anders sparen können. Und da bestrafen wir jetzt Leute, die nichts dafür können. In einem Punkt ist der Votant mit Max Uebelhart nicht einverstanden, dass wir nämlich schon eine moderate Steuererhöhung prüfen sollten. Es geht doch einfach darum: Wo holen wir das Geld für den Teuerungsausgleich wieder herein. Und da bittet er die Herren Direktionsvorsteher und die Direktionsvor-

steherin – es muss doch etwas geben bei 900 Mio. Ausgaben. Er denkt da an eine Studie oder einen Planungsauftrag, den man extern vergibt, dass man das einmal ein Jahr später macht. Wenn wir die Teuerung jetzt sperren, was bringt das? Wenn wir das nächste Mal über Teuerung sprechen, setzt man wieder beim Index vom letzten Jahr an und bezahlt das einfach ein Jahr später. Das ist auch verschoben. Da könnte man sicher eine Lösung finden.

Guido **Käch**: Wir sprechen hier von Lohnerhöhungen, von Stufenanstieg, Beförderungen usw., und auch von der Teuerung. Und wir haben von der linken Ratseite gehört, dass die Teuerung ein absolutes Muss ist, das man dem Personal gewähren sollte. Der Votant hat sich deshalb einen Kompromissvorschlag überlegt. Und zwar respektiert er, dass es im Kanton Zug auch noch Familien und Leute gibt, die weniger verdienen und vielleicht auch auf 300 Franken angewiesen sind. *Der Kompromissvorschlag lautet, dass man die Teuerung allen Kantonsangestellten gewährt, die ein Nettoeinkommen bis 5'000 Franken verdiene*n. Er bittet den Rat, seinen Vorschlag zu unterstützen.

Felix **Häcki** zum Votum von Käty Hofer. Sie hat sich beklagt über die Situation. Aber es ist ja so, dass auch die kantonalen Angestellten ganz klar profitiert haben vom neuen Steuergesetz. Wir haben einen Mietzinsabzug, den es in anderen Kantonen nicht gibt, bis 60'000 Franken Einkommen. Wir haben andere Sozialabzüge erhöht, da profitieren viele davon. Zur Teuerung auf Renten: Das ist in den meisten Unternehmen in der Wirtschaft gar nicht bekannt. Das ist gar nicht finanzierbar. Die kann man nur machen, wenn man Überschüsse hat, mit einmaligen Zahlungen, um etwas auszugleichen. Aber so Automatismen, wo man Teuerungsausgleich auf Renten bezahlt, das ist gar nicht vorstellbar und finanzierbar. Also man sieht: Auch hier sind die Staatsangestellten eigentlich sehr gut bedient mit der Pensionskasse, im Vergleich zu den Leuten, die in der Privatwirtschaft arbeiten müssen. Und dann haben sie dazu noch einen sicheren Arbeitsplatz. Der ist nämlich enorm viel wert heutzutage. Das hört man von den Leuten, die selber beim Kanton oder bei der Stadt arbeiten. Das muss man alles auch berücksichtigen. In der Wirtschaft sind viele Arbeitsplätze auch heute noch gefährdet. Der Votant bittet deshalb, auf den Teuerungsausgleich zu verzichten.

Heinz **Tännler** findet den Antrag von Guido Käch grundsätzlich wirklich gut. Aber es geht so nicht. Entweder machen wir einen Teuerungsausgleich oder wir machen keinen. Das ist doch einfach eine willkürliche Grenze, die hier gesetzt wird. Ebenso gut könnte man 3'000 Franken sagen, ebenso gut 7'000 Franken. Man richtet sich ja auch im Lebensunterhalt entsprechend ein. Der- oder diejenige, die 7'000 verdienen, richten sich entsprechend ein und brauchen den Teuerungsausgleich genau gleich wie jene, die unter 5'000 Franken verdienen. Natürlich geht es, dass man Limiten setzen kann, nur sind die sehr willkürlich gesetzt, und das ist eine sehr schlechte Politik.

Guido **Käch** hält fest, dass das keine Willkür ist. Er hat jahrelang in einer Firma gearbeitet, wo es gang und gäbe war, dass man die unteren Einkommen berücksichtigt hat und die oberen nicht.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte seine Ausführungen anhand der Tabelle auf S. 2 des Stawiko-Berichts machen. Dort sehen Sie genau, wie die entsprechenden Kosten entstehen. So sehen Sie, was für die Teuerung, die Beförderung und die Treuezulagen (TREZ) eingestellt ist. Und da geht es ja konkret um die Lohnzunahme pro Person. Und die unteren Positionen sind einfach Verwaltungszunahme. Wenn man dann immer bemängelt, eine Steigerung um 5,3 % sei exorbitant und unvertretbar, muss man einfach berücksichtigen, dass man zusätzliche Aufgaben übernommen hat. Man darf das nicht vermischen.
Die TREZ sind Beiträge, die vom Gesetz festgelegt sind und ausbezahlt werden müssen. Für die Beförderungen haben wir im Budget 2,1 Mio. eingestellt. Sie werden auf Grund von Mitarbeitergesprächen gemacht. Es besteht heute kein Anspruch mehr auf eine Beförderung. Und der Regierungsrat nimmt seine Verantwortung auch wahr bei seinen Beförderung. Wir haben nicht die ganze Summe ausgeschöpft, der Regierungsrat hat mehr als 130'000 Franken dieser Beförderungssumme nicht beansprucht. Zur Teuerungssumme in der Grössenordnung von 1,6 Mio.. Diesen Betrag haben wir im Sommer so im Budget eingestellt, im Wissen, wie damals der Konsumentenindex war. Das waren damals 0,73 %. Heute hat sich das leicht verändert, der Index ist etwas gesunken, und nach heutigem Stand müssten wir eine Teuerung von 0,55 % ausgleichen, wenn wir den Konsumentenindex korrekt auf die Entlöhnung umlegen möchten. Die Regierung will das und beantragt jetzt nicht 1,6 Mio., wie es im Budget eingestellt ist, sondern 1,25 Mio.. Das wäre also gegenüber dem ursprünglichen Budget eine Reduktion von 350'000 Franken. Wenn man alle Positionen zusammenzählt, Teuerung, Beförderung und TREZ, so gibt das eine Lohnsummensteigerung von 1,53 %. Das kann man vergleichen durch die ganze Schweiz. Es gibt ganz unterschiedliche Zahlen. Es gibt Kantone, die höher sind. Der Bund gewährt eine Teuerung von 0,8 %. Es ist aber nicht gesagt worden, dass er daneben noch eine Beförderungssumme hat von 3 %. Es gibt da die UBS-Tabelle mit einem Durchschnitt von 0,9 %, wobei das maximal bis auf 2,5 % steigt. Und es gibt Durchschnittszahlen von Kantonen, wobei das jetzt laufend ändert, weil die Beschlüsse der Parlamente anstehen. Ein aktueller Durchschnitt wäre dort bei rund 1,2 %. Der Kanton Zürich hat komischerweise festgestellt, dass es dieses Jahr eigentlich gar keine Teuerung gibt. Peter Hegglin weiss nicht, wie er auf diese Feststellung kommt. Er hat aber trotzdem noch 27 Mio. im Budget eingestellt, um Beförderungen zu machen. Und nicht zuletzt die Stadt Zug; man konnte zwar in der Zeitung lesen, dass sie keine Teuerung gewährt. Das ist aber nicht ganz korrekt, denn der Grosse Gemeinderat hat noch keinen Entscheid gefasst, sondern der Stadtrat ist bei der Stadt zuständig und sie machen ihren Entscheid vom heutigen Entscheid hier abhängig. Der Votant hat noch weitere Umfragen gemacht. Er hat beim HDV angefragt, dort gibt es bei 14 Unternehmen eines, welche die Teuerung von 2 bis 2,5 % gewährt, die übrigen gewähren eine durchschnittliche Salärerhöhung zwischen 2 und 2,5 %. Auch unsere Zahl von 1,53 % bewegt sich da also nicht ganz exotisch daneben. Als Vergleich zur Privatwirtschaft kann man noch sagen, dass diese, wenn es gut geht, mit Kompensationsregelungen und Boni auch massiv nach oben gehen und dann wahrscheinlich die Prozente ein mehrfaches von heute sind. Die öffentliche Hand kennt das weniger.

Wir sind immer eher verhalten. Auch in guten Zeiten überschiessen wir nicht und in weniger guten Zeiten sollte man doch auch auf einer normalen Basis bleiben.
Die Regierung ist der Meinung, dass unser Personal gut arbeitet, dass es an einem teuren Standort wohnt, und wir ja mit diesem Teuerungsausgleich nur den Kaufkraftverlust ausgleichen wollen. Motivierte Mitarbeiter sollen nicht nur gute Worte hören, sondern ihre Leistungen auch abgegolten werden. Und was die Arbeitssicherheit betrifft, ist das nicht mehr so, dass ein kantonaler Mitarbeiter einfach seinen Arbeitsplatz garantiert hat, sondern auch hier schreitet man heute zu Kündigungen – vielleicht nicht ganz so schnell wie in der Privatwirtschaft. Der Regierungsrat hat darauf verzichtet, hier einen Machtkampf zu veranstalten. Nach Gesetz könnte man nämlich die oder die andere Meinung haben. Aber wir stehen voll zu unseren Absichten, die Teuerung auszugleichen, und ersuchen den Kantonsrat, uns diese Mittel in der Grössenordnung von 1,25 Mio. zu gewähren, damit wir die Teuerung ausgleichen können. – Noch ein Wort zu Bruno Briner, der uns empfohlen hat, an einem anderen Ort zu sparen, um dann die Teuerung trotzdem ausgleichen zu können. Das geht halt so nicht, weil Sie ja das Budget gemäss Kontorahmen genehmigen. Wir können das so nicht umlegen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst der Antrag Käch (Teuerungsausgleich nur bis zu Einkommen von netto 5‘0000 Franken) dem Antrag der Regierung (Teuerungsausgleich von 1,25 Mio. Franken) gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat stimmt mit 34 : 31 Stimmen dem Antrag Käch zu.

Louis **Suter** fragt, ob man nicht zuerst die beiden Anträge aus dem Parlament gegeneinander stellen sollte und den obsiegenden dann dem der Regierung.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass von unten nach oben bereinigt werden muss.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** ist zwar nicht Jurist, aber er denkt, dass dieser Antrag von Guido Käch doch die Kompetenzen des Kantonsrats überschreitet. Der Kantonsrat genehmigt den Budgetrahmen und der Regierungsrat beschliesst dann im Rahmen dieses Rahmens die Teuerung. In diese Kompetenz sollte sich der Kantonsrat nicht einmischen. Wie die Teuerung dann ausgestaltet werden soll, soll der Regierungsrat machen.

Heinz **Tännler** hat noch eine andere Frage. Was passiert bei sogenannten Doppelverdienern, wenn in einer Familie beide beim Kanton arbeiten und mehr als 5'000 Franken verdienen? Was ist dann? Ist das auf die Person bezogen oder auf den Gesamtverdienst?

Der **Vorsitzende** ist der Ansicht, man hätte das vor der Abstimmung diskutieren müssen. Es hat niemand opponiert.

Peter **Hegglin** bekräftigt seinen Standpunkt, der vom Landschreiber unterstützt wird, dass nämlich der Kantonsrat den Budgetkredit beschliesst und die Ausgestaltung der Regierungsrat vollzieht. Sie können dem Regierungsrat natürlich eine Empfehlung mit auf den Weg geben. Viel mehr kann das nicht sein.

Josef **Lang** meint, es habe nun einen grossen Wirrwarr gegeben. Der Präsident hat Recht, wir hätten vorher opponieren und fragen sollen. Auch der Votant hätte noch eine Bemerkung gehabt, die er zum richtigen Zeitpunkt unterlassen hat. *Er stellt einen Rückkommensantrag,* den er noch mit einem zusätzlichen Argument begründen möchte: Der Antrag von Guido Käch ist auch rechtlich fragwürdig, weil es absolut beliebig ist, bis 5'000 Franken einen Teuerungsausgleich auszurichten und nachher nicht mehr. Es stellt sich die Frage von Bundesverfassung Art. 8, die Rechtsgleichheit. Da kann jemand, der 5'001 verdient, klagen, weil jemand, der 4‘999 verdient, wegen diesem Beschluss künftig mehr verdient. Das ist also sehr fragwürdig. Dass man bei absolut hohen Einkommen beim Teuerungsausgleich Grenzen setzen kann, ist wahrscheinlich gemäss Bundesgericht möglich. Aber auf dieser Stufe hält das wohl einer Klage des Staatspersonalverbands wegen Verletzung von BV Art. 8 nicht stand. Der Antrag Käch ist offensichtlich nicht zulässig.

➔ Der Rat nimmt den Rückkommensantrag mit 37 : 26 Stimmen an.

Andrea **Hodel** ersucht Guido Käch, diesen Antrag zurückzuziehen. Wir haben nicht gelöst, was wir mit Teilzeitstellen machen. Ist es mit oder ohne Kinderzulage? Ist es mit oder ohne 13. Monatslohn. Das sind doch keine Grundlagen, um darüber abzustimmen.

Guido **Käch** kann seinen Antrag zurücknehmen. Er wollte nur dokumentieren, dass wir den niederen Einkommen etwas zugestehen wollen. Wenn das so schwierig ist, nimmt er seinen Antrag zurück und stimmt gegen die Teuerungszulage.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich nun die Anträge von Regierung und Stawiko gegenüberstehen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 40 : 27 Stimmen dem Antrag der Stawiko an.

Der **Vorsitzende** macht den Rat darauf aufmerksam, dass es bereits 17 Uhr ist und im Finanzhaushaltsgesetz § 33 Abs. 4 heisst: «Genehmigt der Kantonsrat den Voranschlag nicht oder nicht rechtzeitig, ist der Regierungsrat ermächtigt, die für die

Verwaltungstätigkeit unerlässlichen Aufgaben zu tätigen und im Übrigen einen Zwölftel der vorgesehenen Kredite pro Monat in Anspruch zu nehmen.» Er möchte die Vorlage bis halb sechs oder 17.45 abschliessen. Aber wenn der Rat das nicht will, ist er gerne bereit, im Januar weiter zu diskutieren.

Baudirektion

Martin **Stuber** erinnert daran, dass heute Nachmittag viel geredet wurde, als es um fünfstellige Beträge ging. Er nimmt sich das Recht heraus, trotz vorgerückter Stunde einen Antrag zu stellen, bei dem es um einen siebenstelligen Betrag geht. Es ist der *Posten 3023 31400, Kleine Korrekturen und Unterhaltsarbeiten*. Er möchte den *Antrag stellen, diesen Posten von 5'470'000 Franken um eine Million zu kürzen*. Begründung: Die Entwicklung der Kosten bei diesen Belagsarbeiten ist enorm. Rechnung 2000 waren es 2,9 Mio. Franken, Rechnung 2001 waren es 2,8 Mio., Rechnung 2002 waren es 3,2 Mio., Budget 2003 4,6 Mio. und jetzt im Budget 2004 sind es sage und schreibe 5,5 Mio. Franken. Das ist ein sehr grosser Sprung. Das sind 72 % in zwei Jahren. Es gibt wohl keinen anderen Budgetposten, der innerhalb von zwei Jahren so stark gestiegen ist. Der Votant hat mit dem Kantonsingenieur gesprochen, wieso es eine so grosse Steigerung gab. Dieser sagte, sie hätten jetzt ein Konzept zur Belagssanierung. Das Ziel dieses Konzepts sei Werterhaltung. Da ist sicher grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden. Aber es ist heute sicher nicht der Zeitpunkt, hier plötzlich Luxuslösungen anzustreben. Und es ist verantwortbar, das um eine Million zu kürzen. Wir haben dann immer noch eine Steigerung innerhalb von zwei Jahren von 3 auf 4,5 Mio., das sind immer noch 50 %. Zusammen mit Karl Rust ruft Martin Stuber den Rat dazu auf: Geben Sie sich heute einen Ruck! Auch Strassenbeläge sollten kein Tabu sein.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** erinnert daran, dass jahrelang an der Strassensanierung herumgekürzt wurde, weil die Sanierungen nicht bei den Investitionen aufgeführt sind. Strassensanierungen sind Investitionen in die Zukunft. Denn wenn wir die Strassen verludern lassen, wird es später einiges teurer. Es macht einen grossen Unterschied, ob wir jetzt Belagsarbeiten bis 25 cm Tiefe ausführen oder ob wir später mit Kofferung bis zu einem Meter sanieren müssen. Konkret, wir sanieren 2004: Kantonsstrasse Kistenfabrik; Grabenstrasse bis zur Stadtgrenze; Neugasse; Ägeristrasse; Risch-Rotkreuz, Foren; Walchwil, Secki-St. Adrian; Unterägeri, Buchlipark; Hünenberg, Burgkurve; Neuheim, Kuenzrank; Oberägeri, Wissenbach; Oberägeri, Brämenegg. Jeder Kantonsrat, der in einer entsprechenden Gemeinde wohnt, weiss, wie schlecht der Zustand dieser Strassen ist. Es gibt Zeiten, da der Baudirektor das Parlament wirklich nicht mehr begreift. Gestern beim Wildkorridor Städtler-Wald wurden mehrere Millionen stipuliert. Heute nimmt man Strassen mit Schlaglöchern in Kauf. Bei einer Kürzung von 1 Mio. sind wir unter dem Budget von 2003.

➔ Der Rat schliesst sich mit 32 : 24 Stimmen dem Kürzungsantrag von Martin Stuber an.

Sicherheitsdirektion

Karl **Rust** hat einen *Kürzungsantrag für S. 72, Kto. 3500 31810, Gutachten*, mit dem Budgetposten von 230'000 Franken. Der Antrag lautet auf Kürzung um 100'000 Franken. Nach Rücksprache mit dem Sicherheitsdirektor hat der Votant festgestellt, dass für eine Überweisung für die Motion «Verwesentlichung der Rechtssetzung» bereits Geld vorhanden ist. Für allfällige Erheblichkeitserklärungen der Motion sind 100'000 Franken bereits budgetiert, obwohl man gar nicht weiss, ob sie überhaupt erheblich erklärt wird. Sollen wir hier bereits zum voraus 100'000 Franken sprechen? – Es geht grundsätzlich allgemein um die Dynamik von Vorstössen, die wir nun auch besser hinterfragen müssen. Angenommen, dieser Vorstoss würde nicht erheblich erklärt, braucht es diesen Betrag nicht. Allenfalls wäre dann bei einer Erheblicherklärung die Finanzierung trotzdem noch möglich. In diesem Sinne äussern sich auch grundsätzlich die Motionäre der SVP, mit denen der Votant gesprochen hat.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** ist grundsätzlich mit diesem Streichungsantrag einverstanden. Er möchte den Rat aber darauf hinweisen, dass wir jetzt daran sind, mit einem externen Fachmann die Vorlage in Bezug auf Erheblicherklärung zu prüfen. Wenn Sie die Motion dann aber erheblich erklären, ist selbstverständlich mit diesem Aufwand zu rechnen. Und wir haben das im Sinne der Budgetwahrheit ins Budget genommen, damit Sie diese Option haben. Wir müssen dann, falls sich der Regierungsrat für den Antrag zur Erheblicherklärung entscheiden würde, einen Nachtragskredit einbauen. Dann können Sie mit der Erheblicherklärung gleichzeitig diesen Nachtragskredit bewilligen. Unter dieser Voraussetzung kann sich die Regierung mit dem Antrag Rust einverstanden erklären.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auf *S. 82 bei Kto. 3590 31506 eine Korrektur* nötig ist. Es sollte dort statt 8'000 heissen 116'000 Franken.

➔ Der Rat nimmt die Korrektur zur Kenntnis.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass zwischen den Konti Zwangsmassnahmen und Vollzugskosten, 3592 31901, und dem verrechneten Sachaufwand, 39001, offensichtlich ein Zusammenhang besteht. Den versteht der Votant aber nicht ganz. Die Regierung will neu die Haftkosten nicht mehr über Kto. Zwangsmassnahmen und Vollzugskosten verbuchen, sondern über den errechneten Sachaufwand. Gegenüber der bestehenden Lösung wird dadurch aber eine Intransparenz geschaffen. Für beide Posten zusammen ist eine Steigerung von 15 % budgetiert, welche durch die Verbuchungsrochade leicht untergeht. Offensichtlich ist sie auch der Sicherheitsdirektion entgangen, denn sie wurde nicht begründet. Namens der FDP-Fraktion stellt der Votant deshalb folgende zwei Anträge:

1. Die Haftkosten seien wie bisher unter dem Kto. 31901 zu verbuchen. Damit wird der materiellen Transparenz Genüge getan.
2. Die Nettoerhöhung der Konti 31901 und 39001 in der Position 3592 um 15 % sei zu streichen und stattdessen seien für beide Konti die Werte des Budgets 2003 zu übernehmen. Eine stichhaltige Begründung für die Erhöhung fehlt nämlich.

Hanspeter **Uster** bittet den Rat, diesem Antrag nicht zu folgen. Wir haben unseren Antrag so gestellt, weil das mit der Finanzdirektion so besprochen wurde. Offenbar entspricht das den Budgetierungsgepflogenheiten. Die Intransparenz besteht zwar auf den ersten Blick, aber natürlich nur für dieses Jahr. Für alle folgenden Budgetjahre halten wir an dieser Aufstellung fest und dann ist die Transparenz gewährleistet. Der Votant bittet den Rat auch, dem Antrag nicht zu folgen, weil es ein entsprechendes Gegenkonto gibt beim Amt für Ausländerfragen, dort werden noch Einnahmen generiert. Ausschaffungshaftkosten werden vom Bund teilweise zurückerstattet. Und es gibt dann auch noch ein Gegenkonto bei der Strafanstalt. Wenn Sie jetzt da herumschräubeln, befriedigen Sie vielleicht irgend jemanden, der Freude daran hat, beschäftigen unser Personal und die Finanzverwaltung, aber sonst macht das wirklich keinen Sinn. Zur Steigerung: Wir gehen davon aus, dass die Zahl der Ausschaffungsfälle tendenziell eher zunimmt. Wir haben hier auch schon die an sich vom Regierungsrat bekämpfte neue Praxis betreffend Nichteintretensentscheide berücksichtigt, was wir wegen der Budgetwahrheit tun müssen. Es ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Ausschaffungshafttage tendenziell eher zunimmt. Wir stellen das jetzt auch schon im zweiten Halbjahr 2003 fest. Wir haben praktisch immer eine Vollbelegung bei den Ausschaffungshaft-Fällen. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat deshalb, dem Antrag nicht zu entsprechen. Er hat dann nachher noch zwei Bemerkungen zu Bemerkungen, die vorher gemacht wurden.

Thomas **Lötscher** hat nun eine stichhaltige Begründung. Er zieht seinen Antrag zurück.

Felix **Häcki**: Da wir nicht einmal genügend Geld haben für einen ordentlichen Strassenunterhalt, sieht er nicht ein, wieso wir 130'000 Franken für ein Jubiläum bei der Polizei verbuttern sollen. Das ist *Position 3590 31989*. Er stellt den *Antrag, dass diese Position von 130'000 auf 20'000 reduziert wird.*

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** weist darauf hin, dass in diesem und im nächsten Jahr verschiedene Kantonspolizeien ihr 200-jähriges Jubiläum feiern. Er hat an keiner dieser Feiern teilgenommen. Dort sind aber beträchtlich höhere Budgets eingestellt und ausgegeben worden. Er findet es wichtig, dass man bei einem Betrieb der kantonalen Verwaltung, der seit 200 Jahren existiert, etwas Bescheidenes macht. Wir machen einen Tag der offenen Tür und einen Festanlass, wo wir unsere Angestellten zusammen mit ihren Partnerinnen und Partnern einladen. Wir haben das auch mit der Stawiko-Delegation besprochen, es war auch dort ein Thema. Wir wollen das in bescheidenem Rahmen machen. Wir verzichten auch darauf – nicht unbedingt zur Freude der Beteiligten –, über das Budget ein Buch zu finanzieren. Alle

anderen Polizeikorps haben solche Bücher herausgegeben oder sind an der Arbeit. Wir haben darauf verzichtet. Wir wollten es zuerst über den Lotteriefonds machen, das war aber Lotteriefonds-technischen Gründen nicht möglich. Wir werden eine bescheidene Publikation machen, die im Rahmen dieser 130'000 Franken inbegriffen ist. Es ist für die Identität einer Unternehmung und auch als Anerkennung an die Mitarbeitenden richtig, wenn man einen solchen Anlass feiert – feiert und nicht zelebriert.

➔ Der Antrag von Felix Häcki wird mit 40 : 9 Stimmen abgelehnt.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** möchte zum Vorwurf Stellung nehmen, er nehme die Budgetierung nicht ernst. Es sind tatsächlich bedauerliche Fehler passiert. Und Sie wissen, dass der Votant derjenige ist, der sich am meisten darüber aufregt. Und er weiss auch, dass einige Leute besonders Freude haben, wenn ihm ein Fehler passiert. Wieso ist es zu diesem Fehler gekommen? Weil Hanspeter Uster sich sehr stark mit diesem Budget beschäftigt. Über jedes Konto gibt es mindestens eine A4-Seite, teilweise mit vielen Beilagen. Die Streichungen sind leider auf Grund des Versehens eines Rechnungsführers nicht übertragen worden. Wir haben das vor der 3. Lesung noch gemerkt und dem Regierungsrat gesagt. Aus technischen Gründen war es bis jetzt nicht möglich, vor der 3. Lesung noch Korrekturen zu machen. Der Votant setzt sich seit Jahren dafür ein, dass das möglich sein soll. Man hätte sich ja auch erkundigen können, wieso ein so blöder Fehler passiert ist.
Eine zweite Sache sind diese Abgrenzungen. Da wurde ein Finanzkontrollbericht zitiert. Man hat schier das Gefühl gehabt, da sei wirklich etwas nicht Seriöses passiert. Wir haben hier eine Budgetübertragung in einem Fall machen wollen. Die Finanzverwaltung hat uns gesagt, es gebe nur noch transitorische Buchungen. Wir haben uns dem unterzogen und die Abgrenzungsprobleme mit Aussenstellen hat der Finanzdirektor schon erwähnt.
Noch kurz zum Vorwurf, wir hätten die EDV-Kosten nicht im Griff. Wir haben EDV-Kosten von rund 800‘000 in einem Budget von 90 Mio., also Investitionskosten. Das betrifft vor allem das Strassenverkehrsamt. Hier generieren wir 24 Mio. Steuereinnahmen und mehr als 4 Mio. Gebühreneinnahmen. Das gibt zehntausende von Rechnungen. Das ist ein Massengeschäft. Und dort 200'000 zu investieren, ist wirklich wenig Geld. Bei der Polizei geht es darum, dass wir eine Ordnungsbussen-Erfassung machen, dass das direkt elektronisch erfasst wird. Die Leute können so viel mehr draussen sein und weniger im Büro. Das Gleiche gilt auch für eine digitale Bildverarbeitung. Und es entspricht auch den Wünschen des Stawiko-Präsidenten, dass wir mehr draussen sind.
Noch etwas zur Effizienz. Die Zuger Polizei hat seit 1994 eine einzige Stelle aus den Personalplafonierungsbeschlüssen bekommen. Wir haben dann mit der Zusammenlegung von Stadt- und Kantonspolizei gewisse Synergien machen können. Und wir haben all die zusätzlichen Aufgaben – sowohl die Fahrzeuge, wie auch die Einwohnerinnen und Einwohner sind je um mindestens 25 % gewachsen seit 1994 – mit Effizienzgewinn, unter anderem auch durch die EDV, generiert.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass *Kto. 3597 35 100* (Strafvollzugskosten in anderen Anstalten) auf 640'000 Franken korrigiert wird. Bei *Kto. 35101* wird von 780'000 korrigiert auf 730'000 Franken. Bei *Kto. 35102* wird von 360'000 korrigiert auf 400'000 Franken.

Gesundheitsdirektion

Andrea **Erni** beantragt im Namen von SP und AF, 80 % des Prämienverbilligungsbetrags für die Zuger Bevölkerung auszulösen, statt den budgetierten 67,5 %. Dazu sollen vier Punkte dargelegt werden, welche Grund zu diesem Antrag waren:
1. Wie Sie wissen, haben SP, AF und Gewerkschaften zwei Prämienverbilligungsinitiativen eingereicht, in welchen wir u.a. die Ausschöpfung von 80 % der Prämienverbilligung ab 2004 fordern. Je nach Entschluss des Kantonsrats werden diese Initiativen zur Abstimmung gebracht. Sollten sie erfolgreich sein, müssten die Prämienverbilligungsgelder auf 80 % erhöht werden.
2. In seinem Antrag betreffend der zu beratenden Prämienverbilligungsinitiativen begründet der Regierungsrat die Ablehnung der Initiative, welche die Auslösung von 80 % der Prämienverbilligungsgelder fordert, mit dem Krankenversicherungsgesetz, welches im National- und Ständerat diskutiert wurde. In diesem war vorgesehen, dass die Kantone 100 % der Prämienverbilligung an ihre Bürgerinnen und Bürger hätten weitergeben müssen. Der Regierungsrat wollte einer Bundeslösung nicht vorgreifen. Wie Sie wissen, ist das KVG gestern gescheitert und damit auch eine bundesweite Lösung in die Ferne gerückt. Weil die 100 % Ausschüttung der Prämienverbilligung sowohl im Stände- wie auch im Nationalrat beschlossen war, muss die Regierung davon ausgehen, dass in der zukünftigen KVG-Revision diese Forderung wieder aufgenommen wird. Elf Kantone geben bereits 100 % der Prämienverbilligung an ihre Bevölkerung weiter, der Kanton Zug bewegt sich im unteren Mittelfeld. Im Hinblick auf eine neue zu erwartende Bundeslösung, welche wesentlich mehr als die 67,5 % fordert; wäre eine Anpassung auf zumindest 80 % angepasst.
3. Der Regierungsrat legt die für das Folgejahr auszuzahlende Prämienverbilligungssumme fest; bevor ihm bekannt ist, wie hoch die Krankenkassenprämien im Folgejahr ausfallen werden. Wenn dann die Richtprämien des Folgejahrs bestimmt werden können, definiert er den Selbstbehalt, damit die Rechnung am Schluss aufgeht. Die Krankenkassenprämien sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, was dazu führt, dass der Regierungsrat den Selbstbehalt jedes Jahr wieder anheben muss, um im Rahmen des Budgets zu bleiben. Wir alle ärgern uns wohl, wenn wir Jahr für Jahr mehr Geld für die Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Für Menschen mit tiefen Einkommen ist dies aber nicht einfach nur ärgerlich, sondern existenzgefährdend, weil sich ihr Einkommen kaum wesentlich erhöht und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht mehr vorhanden ist. Werden hingegen 80 % der Prämienverbilligungsgelder ausgeschöpft, kann der Selbstbehalt für Menschen mit tiefen Einkommen so definiert werden, dass der Regierungsrat den selbst aufgeführten Zweck der Prämienverbilligung überhaupt erfüllen kann. Er schreibt nämlich: «Die Prämienverbilligung ist Bestandteil der Krankenversicherung und zielt darauf ab, die Prämienhöhe für Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu reduzieren». – Das ist nicht möglich, wenn der Selbstbehalt der Bezugsberechtigten andauernd steigt, das Einkommen aber nicht.

4. Unseres Erachtens muss der Kanton Zug gerade jetzt, angesichts der weiterhin steigenden Krankenkassenprämien und der wirtschaftlichen Stagnation, für seine Bürgerinnen und Bürger ein entlastendes Zeichen setzen. Mit der Reduktion der Prämienhöhe für Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kann der Kanton mit der Erhöhung des Prämienverbilligungsbezugs die Kaufkraft dieser Personen erhalten und sie vor einem Absturz in die Sozialhilfeabhängigkeit schützen.
Stimmen Sie deshalb dem Antrag von SP und AF auf eine 80 %-ige Ausschöpfung der Prämienverbilligungsgeldern zu.

Andrea **Hodel** hat keinen materiellen Antrag, sondern einen Ordnungsantrag. § 28 der GO sieht in Abs. 2 vor, dass der Präsident mit Zustimmung des Rats ohne vorherige Ankündigung eine weitere Sitzung auf den Nachmittag oder einen der folgenden Tage ansetzen kann. Sie weiss, dass sie dem Präsidenten nichts befehlen kann, aber sie wäre sehr dankbar, wenn er die Sitzung jetzt dann nicht einfach schliesst, sondern den Rat anfragt, ob er bereit ist, weiter zu diskutieren, damit wir das Budget heute unter Dach und Fach bringen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass er nach der Beratung des Themas Prämienverbilligung diese Anfrage gerne starten will.

Hans **Durrer** spricht als Mitglied der Stawiko. Er ist dort zuständig für die Gesundheitsdirektion. Sie haben ein Blatt erhalten, wo Sie sehen, dass die Beträge für Prämienverbilligung von 1996 bis 2004 von 8,2 auf 22,48 Mio. Franken gestiegen sind (siehe Beilage 2). Und dass von 2003 auf 2004 der Kanton weitere 2,78 Mio. für Prämienverbilligungen budgetiert hat. Es ist nicht alles finanzierbar, was wünschbar ist. Sie sehen, dass wir sehr viel Geld ausgeben für diese Prämienverbilligung. Wenn wir noch die Beträge des Bundes dazu zählen, stellen wir fest, dass von 1996 bis 2004 die Totalbeträge von 15,5 Mio. auf 35,2 Mio. Franken gestiegen sind. Der Votant unterstützt voll und ganz den Antrag der Regierung, den Prozentsatz für die Ausschüttung der Prämienverbilligungen auf 67,5 % zu behalten und nicht auf 80 % zu erhöhen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** hat dem Rat zwei Papiere austeilen lassen und bittet, diese zur Hand zu nehmen (siehe Beilagen 2 und 3). Wir diskutieren hier nicht übers KVG und die beiden Initiativen. Das KVG ist – nicht zuletzt dank dem Sukkurs der Linken – gestern nach dreijähriger Arbeit gescheitert. Und die beiden Zuger Prämienverbilligungsinitiativen werden wir ab 5. Januar in der Kommission von Guido Käch beraten. Es ist bekannt, dass es für das Jahr 2004 einen weiteren Anstieg der Krankenkassenprämien gibt. Bei der Frage, wie viel Bundesbeiträge der Kanton auslösen soll, vertritt der Regierungsrat die Auffassung, dass auch der Kreis der Prämienverbilligungsbezügerinnen und -bezüger einen Anteil dieser Erhöhung mitzutragen hat. Ausser den Leistungserbringern, Krankenkassen, Bund und Kanton müssen sich also auch die Versicherten an den Anstrengungen beteiligen, dass die Krankenkassenprämien nicht weiter im bisherigen Rhythmus ansteigen. Dies war der Grund, wa-

rum wir von den ursprünglich vorgesehenen und im gedruckten Budget enthaltenen 69 % auf 67,5 % gingen, übrigens mit Unterstützung der erweiterten Stawiko. Sie sehen die finanziellen Auswirkungen auf Beilage 3. Der Saldo der betroffenen Konti verändert sich um insgesamt 515'345 Franken. Wenn Sie dem also zustimmen, haben wir eine entsprechende Kürzung um eine halbe Million.
Weitergehende Forderungen, so insbesondere den Antrag von Andrea Erni seitens von SP und AF, lehnen wir aus folgenden Gründen ab. Es kommt nämlich nicht auf den Grad der prozentualen Auslösung an, sondern auf die Wirksamkeit. Vergleiche mit anderen Kantonen bezüglich der Wirksamkeit der Prämienverbilligung (im Speziellen die neuste Interface-Studie) zeigen, dass der Kanton Zug im kantonalen Vergleich gut dasteht. Nur sechs Kantone, nämlich AR, VS, AI, OW, AG und GL schneiden bezüglich der mittleren verbleibenden Prämienbelastung 2002 in Prozent des verfügbaren Einkommens (das ist das Nettoeinkommen reduziert um die geschuldeten Kanton-, Gemeinde- und Bundessteuern) besser ab. Folgende Kantone haben das bundesrätliche Sozialziel im Durchschnitt – bezogen auf die in der Studie ausgerechneten Fallbeispiele 2002 – nicht erreicht: Es sind dies ZH, BE, LU, FR, SO, BS, BL, SH, SG, GR, TG, TI, VD, NE, GE und JU. Darunter sind einige, die 100 % der Prämienverbilligungssumme beim Bund auslösen. Auf diesem Hintergrund der Wirksamkeit halten wir an unserem Antrag fest, im Budget 2004 67,5 % der Bundesbeiträge auszulösen, d.h. konkret bei 22,48 Mio. Franken Kantonsbeiträgen 12,74 Mio. Franken Bundesbeiträge. Insgesamt ergibt dies 35,22 Mio. Franken, die wir für die Zuger Bevölkerung zur Verfügung stellen können. Die Belastungsgrenze kann damit auf 7,7 % festgelegt werden.
Sie sehen auf Beilage 2 die Entwicklung der letzten Jahre. Wir haben die Prämienverbilligungssummen laufend erhöht und stehen bezüglich der Wirksamkeit sehr gut da. Im Übrigen können wir die Grundsatzfragen im Bereich der Prämienverbilligung, so auch jene der prozentualen Ausschüttung, dann bei der Behandlung der beiden SP- und AF-Initiativen in der Kommission unter Präsident Guido Käch diskutieren. Der Gesundheitsdirektor bittet den Rat, dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** möchte wissen, was die 80 % in Franken ausmachen würden.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass das 26,6 Mio. Franken sein würden. Das sind 3,6 Mio. mehr als beim Regierungsantrag. Wobei dann auch wieder mehr Geld vom Bund kommen würde.

Markus **Jans** möchte den Rat noch auf etwas aufmerksam machen, falls der Antrag abgelehnt wird. Grundsätzlich passiert nichts. Sie können das ohne weiteres tun. Letztlich müssen aber die Gemeinden jene Prämien zahlen, welche nicht bezahlt werden und für die ein Schuldschein vorliegt. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass das Obligatorium des KVG das vorschreibt. Das ist das Problem und die Gemeinden sind schlussendlich die, welche das bezahlen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** möchte nicht immer das letzte Wort haben, muss aber doch noch Folgendes festhalten. Wir haben im Kanton Zug als einzigem Kanton

der gesamten Innerschweiz das System, dass wir diese Prämienverbilligungssummen direkt den Krankenkassen zukommen lassen. Dafür beneiden uns alle anderen Innerschweizer Kantone. Sie sagen, das sei ein Supersystem. Damit stellen wir nämlich sicher, dass das Geld, dass wir vom Staat aus den Leuten geben, nicht für einen Fernsehapparat, ein Auto oder was immer gebraucht wird und dann Verlustscheine entstehen. Sondern dass es wirklich von den Krankenkassen direkt abgezogen wird.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von SP und AF mit 48 : 18 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** möchte jetzt den Ordnungsantrag von Andrea Hodel zur Abstimmung bringen. Er glaubt, dass die Debatte noch mindestens eine halbe Stunde dauern würde.

Josef **Lang** hält fest, dass keine grosse Diskussion zur Festsetzung der Steuersumme zu erwarten ist. Es hat keinen grossen Sinn, über Prognosen zu streiten. Er verspricht, dass er beim Steuerfuss höchstens zwei Sätze sagen wird, da er sich ja seine Chancen ausrechnen kann.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass der Rat das Budget fertig diskutieren will und die Debatte fortgesetzt wird.

Finanzdirektion

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Pauschalkorrektion bei der Teuerung (-1,6 Mio.), die vorher beschlossen wurde, bei der Finanzdirektion einfliesst.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass es auf *S. 106 bei den kantonalen Steuern* darum geht, die Budgetrealität zu erreichen. Wir gehen davon aus, dass ein Defizit von 30 Mio. entsteht. Die entsprechenden Konti zur Kantonssteuer und zur Bundessteuer werden im Stawiko-Bericht aufgeführt. Es geht darum, die Berechnungsbasis für das Budget 2004 zu korrigieren und von ihr aus dann diese zwei Prozent aufzurechnen. Das ist im Bericht für sämtliche Konten säuberlich aufgerechnet worden. Der Stawiko-Präsident möchte den Rat bitten, hier jetzt Budgetrealität zu schaffen und diesem Antrag zuzustimmen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte mitteilen, dass die Regierung an ihrem Antrag festhält.

➔ Der Rat schliesst sich mit 40 : 3 Stimmen dem Antrag der Stawiko an.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Das Budget ist durchberaten.

➔ Das Budget 2004 wird mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.

➔ Der Rat genehmigt den Voranschlag 2004 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

Der **Vorsitzende** stellt den kantonalen Steuerfuss zur Diskussion.

Josef **Lang** weist darauf hin, dass das Budgetdefizit 30 Mio. beträgt. Er beantragt dieses Defizit zu halbieren, indem die Prozentpunkte des Steuerfusses von 82 auf 85 % erhöht werden.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** teilt mit, dass die Regierung an ihrem Antrag festhält.

➔ Der Antrag von Josef Lang wird mit 43 : 13 Stimmen abgelehnt.

➔ Die erheblich erklärte Motion von Karl Rust betreffend verbesserte Steuerungsmöglichkeiten des Kantonsrats beim Staatvoranschlag (Laufende Rechnung), Vorlage Nr. 1110.1 – 11132, wird als erledigt abgeschrieben.

307 NÄCHSTE SITZUNGEN

Mittwoch, 28. Januar 2004 (Sondersitzung zum Abschluss der Debatte über den kantonalen Richtplan) & Donnerstag, 29. Januar 2004.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

23. SITZUNG: MITTWOCH, 28. JANUAR 2004
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

308 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Rudolf Balsiger, Othmar Birri, Rosvita Corrodi und Werner Villiger, alle Zug; Markus Bucher, Unterägeri; Georg Helfenstein, Cham.

309 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** begrüsst drei neue Ratskollegen, nämlich Thiemo Hächler, Beat Stocker und Stephan Schleiss. Er wünscht ihnen viel Befriedigung und persönliche Bereicherung in diesem anspruchsvollen und manchmal etwas nervigen Amt im Dienst unserer Bevölkerung.

- Dolfi Müller hat mit Schreiben vom 7. Januar 2004 per Ende Januar 2004 seinen Rücktritt aus dem Kantonsrat bekannt gegeben. Er begründet seinen Rücktritt im Wesentlichen damit, dass er zum Zeitpunkt der Wahl in den Kantonsrat nicht wusste, was es heisst, Bauchef der Stadt Zug zu sein. Die Arbeitsbelastung und vor allem der nicht zu unterschätzende Rollenkonflikt haben ihn zu diesem Schritt bewogen. Der Ratspräsident wünscht Dolfi Müller, der im Rat in seiner kurzen Amtstätigkeit durch seine besonnene Art und ausgewogene Argumentationsweise aufgefallen ist, für die verantwortungsvolle Tätigkeit als städtischer Bauchef viel Erfolg und auch eine Portion Glück. Das Ersatzwahlverfahren, das auf Grund gesetzlich fixierter Abläufe bei allfälligen stillen Wahlen rund 55 Tage dauert, ist im Gang.

- Josef Lang hat am 6. Januar auf Ende Februar 2004 seinen Rücktritt als Mitglied des Kantonsrats eingereicht. Begründung: Wahl in den Nationalrat. Er wird zwar an der Sitzung vom 26. Februar 2004 noch teilnehmen. Es ist jedoch unsicher, ob dann überhaupt eine Kantonsratssitzung stattfinden wird. Der Votant möchte daher vorsorglich Josef Lang bereits heute verabschieden. Selbstverständlich mit Wirkung ab 1. März 2004. – Der Kantonsrat verliert mit Josef Lang einen der rhetorisch begabtes-ten, analytisch brillantesten Parlamentarier. Er hat mit grosser persönlicher Glaubwürdigkeit und Gradlinigkeit einen überaus konsequenten Linksstandpunkt vertreten. Wir alle hörten ihm jeweils mit grosser Aufmerksamkeit zu, selbst wenn das Stirnrunzeln und die Verdüsterung des Blicks während seinen Reden in Richtung rechts sukzessiv zunahm. Seine Reden zeugten von grosser Belesenheit, Schlagfertigkeit, viel Witz und Humor, so dass wir ihm – wenn es ihn gäbe – den Preis wider den tierischen Ernst verleihen müssten. Die Redeschlachten Durrer/Lang sind Höhepunkte der Zuger Parlamentsgeschichte. Josef Lang wird nicht in einer anonymen Versenkung verschwinden, sondern wahrscheinlich als einer der Berner Medienlieblinge viel von sich hören lassen. – Der persönliche Wunsch des Vorsitzenden an Josef Lang: „Lass alles“ Politische sein, das dem Wohl des Kantons Zug Schaden zufügen könnte.

- Stimmenzähler Rudolf Balsiger entschuldigt sich für die heutige und morgige Sitzung, da er als Aussteller an einer Messe in Los Angeles weilt. Bruno Briner wird von der FDP-Fraktion als Stimmenzähler vorgeschlagen.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

- Bildungsdirektor Matthias Michel lässt sich für den Nachmittag entschuldigen. Er muss an einer wichtigen Sitzung der Kantonsschulkommission teilnehmen.

- Im Foyer des Polizeigebäudes ist ein von Kindern gemaltes Bild aufgehängt. Es ist dem Kantonsrat vom Lassalle-Haus geschenkt worden und wird heute Abend der Staatskanzlei übergeben. Der Ratspräsident dankt für das Geschenk.

310 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste.
2. Genehmigung von Kantonsrats-Ersatzwahlen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1196.1 – 11353, 1202.1 – 11378 und 1203.1 – 11379).
3. Eid oder Gelöbnis.
4. Kantonsratsbeschluss betreffend den kantonalen Richtplan.
   Nur eine Lesung. Fortsetzung der Beratung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1144.1/.2 – 11226/27) und der Raumplanungskommission (Nr. 1144.3 – 11348).

5. Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats aufgrund hängiger parlamentarischer Vorstösse nach der Ablehnung des Kantonsratsgesetzes (KRG) am 28. Juni 2001 (Kleine Parlamentsreform).
   Nur eine Lesung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1108.1/.2 – 11127/28) und der Kommission (Nrn. 1108.3/.4 – 11304/09).
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Forschungsbeitrag an das Micro Center Central Switzerland (MCCS).
   1. Lesung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1141.1/.2 – 11219/20), der Kommission (Nr. 1141.3 – 11341) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1141.4 – 11362).
7. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Ausbildung für Berufe im Gesundheitswesen).
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1184.1/.2 – 11316/17) und der Kommission (Nr. 1184.3 – 11382).

311 KANTONSRATS-ERSATZWAHLEN IN DEN EINWOHNERGEMEINDEN ZUG, OBERÄGERI UND STEINHAUSEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1202.1 – 11378, 1196.1 – 11353, 1203.1 – 11379).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Ersatzwahl folgender Personen zu genehmigen:

– Nachfolger von Gerhard Pfister: **Thiemo Hächler**, CVP, Oberägeri,
– Nachfolger von Hans Durrer: **Beat Stocker**, SVP, Zug,
– Nachfolger von Heinz Tännler, **Stephan Schleiss**, SVP, Steinhausen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

312 EID DER NEUEN MITGLIEDER DES KANTONSRATS

Der **Vorsitzende** bittet die drei neuen Ratsmitglieder, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Er bittet die neuen Ratsmitglieder, ihm nach der Verlesung der Eidesformel durch den Landschreiber die Worte «Ich schwöre es» nachzusprechen.

Landschreiber Tino **Jorio** liest die in § 5^{bis} Abs. 1 der GO enthaltene Eidesformel, worauf die neuen Ratsmitglieder Thiemo Hächler, Oberägeri, Beat Stocker, Zug, und Stephan Schleiss, Steinhausen, mit erhobenen Schwurfingern den vom Vorsitzenden vorgesprochenen Satz «Ich schwöre es» nachsprechen.

313 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN KANTONALEN RICHTPLAN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1144.1/.2 – 11226/27) und der Raumplanungskommission (Nr. 1144.3 – 11348).

Fortsetzung der Debatte vom 17. Dezember 2003 (Ziff. 288 & 290).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass als Grundlage für die Debatte die Synopse vom November 2003 verwendet wird, wo die Änderungen der kantonsrätlichen Raumplanungskommission auf der rechten Seite – fett hervorgehoben – aufgeführt sind. In der linken Spalte sind die Anträge des Regierungsrats. Wir stimmen nicht über jede einzelne Ziffer ab. Der Regierungsrat ist vielen Änderungsanträgen der Kommission gefolgt. Es werden nur die strittigen Punkte diskutiert, bei denen sich Regierung und Kommission nicht einig sind. Ohne Wortmeldungen sind die unbestrittenen Ziffern stillschweigend beschlossen.

L 8.3.3

Josef **Zeberg** weist darauf hin, dass dank weitsichtigen Politiker –er denkt an alt Regierungsrat Alois Hürlimann und andere –die Wasserqualität im Zugersee einigermassen gut ist; gesund ist der See aber noch lange nicht. Ohne Ringleitung um den See, die das Abwasser direkt in die ARA leitet, ohne verbesserte Gesetze, ohne Kontrollen, wäre dies alles nicht möglich gewesen. Zur Verbesserung der Wasserqualität aller Seen gehört selbstverständlich der Schutz und die Ergänzung der Schilfbestände – der Votant verweist auf seine Motion. Sicher wird etwas gemacht am und im See, viel mehr wäre nicht nur wünschenswert, sondern sehr nötig. Eine gut funktionierende Ufervegetation, guter Schilfbestand, schon wegen der sehr hohen Selbstreinigungskraft der Gewässer, sind für den See und dessen Bewohner, Fische Seevögel, Libellen und anderes Getier, sehr nötig. Wir vom Kantonsrat haben die Pflicht, alle Möglichkeiten zu nutzen und alle Gewässer – nicht nur den See – unsern Nachkommen in bestmöglichem Zustand weiterzugeben. Schon deshalb muss L 8.3.3 im Richtplan bleiben. Die FDP-Fraktion unterstützt diesen Antrag mit 16 : 1 Stimmen. Vielen Dank für die Unterstützung.

Markus **Jans** hält fest, dass SP und AF den Antrag der RPK ablehnen, diesen Punkt aus dem Richtplan zu streichen. Sie haben an der letzten Sitzung bereits abgelehnt, Punkt 8.3.2 zu streichen. Und diese beiden Punkte sind miteinander verbunden. Der Votant hofft, dass der Antrag der RPK auch heute abgelehnt wird, und zwar aus folgenden Gründen:
Gibt es einen Grund, weshalb sich der Kanton nicht für die Erhaltung der Qualität des Zugersee-Wassers einsetzen soll? Weshalb sich der Kanton nicht für den Schutz der Ufervegetation einsetzen soll? Weshalb sich der Kanton nicht für die Ergänzung der Schilfbestände einsetzen soll? Weshalb der Kanton in Bezug auf die Wasserqualität nicht mit den Nachbarkantonen zusammenarbeiten soll? Wir haben in SP und AF darauf nur eine Antwort: Nein, es gibt keine Gründe. Auch die Kommission nennt in ihrem Bericht keine Gründe, weshalb Punkt L 8.3.3 gestrichen werden soll. Die SP-

Fraktion vermutet, dass die RPK das Ziel anstrebt, dass sich der Regierungsrat aus dem Gewässerschutz verabschiedet. Es ist offensichtlich: Die Gewässer brauchen weiterhin und zukünftig unseren Schutz. Nicht nur die Überschwemmungen und Schlammlawinen in den letzten Jahren haben gezeigt, wie notwendig die Zusammenarbeit zum Schutz der Gewässer sind. Nein, auch die täglichen Meldungen über Gewässerverschmutzungen zeigen deutlich, wie notwendig einerseits der Gewässerschutz und anderseits die Zusammenarbeit sind. Gewässer machen nicht an den Kantonsgrenzen Halt, und schon gar nicht fliessende Gewässer. SP und AF unterstützen den Antrag der Regierung. Die Streichung von L 8.3.3 gemäss RPK wird einstimmig abgelehnt.

Louis **Suter** hält fest, dass die RPK nicht materiell gegen das ist, was in diesem Punkt steht. Er betrachtet das, was Markus Jans eben gesagt hat, als Unterstellung: Wir wollten uns aus der Verbesserung der Wasserqualität oder sogar vom Gewässerschutz zurückziehen. Das stimmt überhaupt nicht. Wir sehen da eine Doppelspurigkeit mit den bestehenden Gesetzen, insbesondere mit dem Gewässerschutzgesetz. Dieses regelt eben wesentlich besser als das, was hier in wenigen Worten steht. Vor allem, weil wir noch die Motion Zeberg haben bezüglich des Schilfschutzes. Es ist nämlich raumplanerisch von sehr kleiner Relevanz, wenn wir da fordern, dass die Wasserqualität grundsätzlich geschützt werden soll. Das ist bereits gesetzlich sehr gut und klar geregelt, und zwar nicht nur für den Zugersee. Wir wollen ja den Zugersee sanieren, den Ägerisee schützen. All das steht hier nicht drin. Für den Kommissionspräsidenten ist beim Schilfschutz auch wesentlich, dass nicht nur im Zugersee etwas geschieht, sondern auch im Ägerisee. All das ist mit dieser Formulierung ja gar nicht möglich. Sie ist relativ schlecht gewählt. Und wir haben eine Doppelspurigkeit. All das ist im Gesetz geregelt. Und zwar sehr gut. Und wir sind ja noch daran, mit der Motion von Peter Hegglin. Gerade jetzt hat die Kommission das behandelt. Auch um die Differenzen beim Gewässerschutz zu regeln. Die Verbesserung der Wasserqualität und all das ist drin. Aufgabe der Raumplanung ist es vor allem zu sagen, wo und was mit welchen Massnahmen wir machen. Und das ist hier gerade nicht drin. Uns fehlt die raumplanerische Relevanz. Das ist der Grund. Nicht weil wir gegen eine gute Wasserqualität sind. Wir haben von der juristischen Systematik her eine Differenz. Deshalb möchte der Votant den Rat bitten, diesem Streichungsantrag zuzustimmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die Regierung diese zwei Sätze im kantonalen Richtplan belassen möchte. Sie sind direkter Ausfluss der Motion Zeberg zum Schilfschutz. Mit der Streichung hinterfragen Sie diese mit über 50 Stimmen überwiesene Motion und geben ein unklares Signal. Sollen wir nun weitermachen mit dem Schilfschutz und der Verbesserung der Qualität des Zugersee-Wassers oder nicht? Sollen wir bei Ablehnung beantragen, die Motion Zeberg abzuschreiben?

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der Kommission mit 45 : 22 Stimmen ab.

L 11.3.2

Martin **Stuber** möchte dem Rat beliebt machen, diesen Passus gemäss Regierungsrat im Richtplan zu belassen, die Erarbeitung eines Nutzungskonzepts für die Stadtallmend bis ins Jahr 2006. Die RPK begründet ihren Streichungsantrag damit, dass die Siedlungsgrenze nach Norden verschoben worden sei. Das haben wir in der vorletzten Sitzung tatsächlich beschlossen. Der Votant hat aber den Eindruck, dass sich die RPK zu wenig mit der Idee der Stadtallmend auseinandergesetzt hat. Dieses Nutzungskonzept macht auch Sinn, wenn das Gebiet vollumfänglich innerhalb einer möglichen Siedlung liegt. Das ist wohl der entscheidende Punkt. Es ist daran zu erinnern, dass das Gebiet heute noch nicht eingezont ist. Es ist lediglich die Siedlungsgrenze verschoben worden. Zudem möchte Martin Stuber aus dem räumlichen Entwicklungskonzept Lorzenebene/Städtlerwald zitieren. Unter dem Titel «Die wichtigsten Naherholungsräume» heisst es zur Stadtallmend Baar/Zug: «Zwischen der Nordzufahrt und der Bahnlinie entsteht ein Baugebiet mit ausserordentlich guten Standortfaktoren, welche sich für publikumsintensive Nutzungen von hohem öffentlichem Interesse anbietet. Vorgelagert soll ein multifunktional genutzter grosszügiger Freiraum entstehen. Eine öffentlich zugänglich Stadtallmend.» Sie sehen also aus diesem Zitat: Stadtallmend heisst nicht, dass es gar keine Besiedlung geben soll in diesem Gebiet. Sondern es soll ein der Funktion Naherholung angepasstes Nutzungskonzept erarbeitet werden. Der Votant möchte den Rat bitten, diesen Passus im Richtplan zu belassen. Viele Bewohnerinnen und Bewohner der weiteren Lorzenebene werden es Ihnen dereinst verdanken.

Heini **Schmid** bittet den Rat, dem Antrag der Kommission Folge zu leisten und somit den Begriff Stadtallmend aus dem Richtplan zu streichen. Das Konzept Stadtallmend ging immer davon aus, dass ein unbebauter freier Teil in diesem Gebiet verbleiben soll. Der Perimeter wurde auch genau bezeichnet. Es wäre inkonsequent, wenn wir bei einer früheren Abstimmung die Siedlungsbegrenzungslinie nach aussen genommen haben und jetzt die Stadtallmend beibehalten. Es ist aber tatsächlich zu prüfen, ob in diesem Gebiet in welchem Umfang eingezont werden soll. Was für öffentliche Grünräume dabei erhalten bleiben sollen. Es würde aber für die Planer zu einer völligen Verwirrung führen, das Konzept Stadtallmend beizubehalten. Denn dieses geht davon aus, dass dieser ganze Perimeter grundsätzlich multifunktional genutzt werden soll im Sinne einer Freihaltezone.

Martin **Stuber** macht darauf aufmerksam, dass die schraffierte Fläche, von der hier gesprochen wird, zum Teil innerhalb des Siedlungsgebiets liegt. Es geht wirklich darum, dass über diesen ganzen Teil ein Nutzungskonzept erstellt wird. Das ist der wesentliche Punkt.

Louis **Suter** bittet den Rat, daran zu denken, dass wir hier eine völlig neue Situation haben. Dass wir nämlich die Planungsgrundsätze näher an die Peripherie haben möchten. Und das im Einklang mit der Gemeinde Baar, die sagt, dass dort wo die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr bereits optimal ist, auch die Entwicklung der Gemeinde anders verlaufen soll. Im Prinzip haben wir einen absoluten Interes-

senkonflikt. Von der raumplanerischen Seite her sind andere Schwerpunkte gesetzt. Deshalb ist es relativ schwierig, dass ganze Konzept Allmend so zu belassen. Einerseits ist der Perimeter wesentlich kleiner. Dann sind es auch andere Planungsgrundsätze. Man soll doch der Gemeinde Baar bei ihrer Nutzungsplanung überlassen, wie sie das Ganze ausgestalten will. Es ist deshalb falsch, wenn wir vom Kanton einen klaren Auftrag erteilen, das trotzdem zu machen. Wir haben hier völlig andere Grundvoraussetzungen. Deshalb unser Antrag auch Streichung.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass es nicht entscheidend ist, ob jetzt die Siedlungsbegrenzungslinie nach Westen verschoben wird oder nicht. Was sagen wir aus? Für den Perimeter Stadtallmend erarbeitet die Gemeinde Baar in Zusammenarbeit mit der Stadt Zug und dem Kanton bis 2006 ein Nutzungskonzept. Die Grundeigentümerinnen und -eigentümer sind in die Bearbeitung einzubeziehen. Da wollen also zwei Gemeinden zusammenarbeiten – wieso nicht? Das Projekt Stadtallmend ist demzufolge nicht zu streichen. Es war eine zentrale Idee des Konzepts Lorzenebene, welches einen breiten Konsens erreicht hat.

➔ Der Rat schliesst sich mit 43 : 27 Stimmen dem Streichungsantrag der Kommission an.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Begriff Stadtallmend somit auch im Titel (L 11.3) gestrichen wird.

L 11.3.3

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass hier in Übereinstimmung mit der Kommission das Wort *Agglo* gestrichen wird. Es bleibt also beim «Zuger-Weg». Kommissionspräsident Louis **Suter** bestätigt das.

L 11.4.1

Anna **Lustenberger-Seitz** erinnert daran, dass im Entwurf des Richtplans der Golfplatz in Büessikon Baar als Zwischenergebnis aufgenommen wurde. 26 Teilnehmende der öffentlichen Mitwirkung äusserten sich zu diesem Punkt. Von diesen 26 lehnten 15 das Projekt entschieden ab. Acht Teilnehmer und Teilnehmerinnen brachten Bedenken an und sahen den Golfplatz höchstens als Zwischenergebnis, verbunden mit weiteren wichtigen Abklärungen. Nur drei Teilnehmende, nämlich die SVP, die Grundeigentümer des Golfparks Zugersee und Zug Tourismus äusserten sich positiv. Der Regierungsrat hat den vielen kritischen und ablehnenden Stimmen Rechnung getragen und dieses Projekt ganz aus dem Richtplan gestrichen. Anders sieht dies die Kommission. Für sie genügen diese drei Befürworter; um das Projekt Golfplatz im Richtplan sogar festzusetzen. Man hört auf drei der 26 Stimmen. Die 23 anderen werden von der Kommission nicht ernst genommen und schlichtweg ignoriert. Ist das eine Vertretung des Volkes? Geht man so mit der Mehrheit um, wenn es für Einzelne

um viel Geld geht? Ein Beispiel mehr, wie der Richtplan zum Spielball von Einzelinteressen verkommt.
Aus dem Eintretensvotum des Kommissionspräsidenten hat die Votantin gehört, dass man einem Wunsch des Gemeinderats Baar entsprechen wolle, welcher dieses Projekt dem Volk zur Abstimmung vorlegen will. Also das Volk soll entscheiden, ob ein Golfplatz in nächster Zeit überhaupt gewünscht wäre oder nicht. Anna Lustenberger versteht diese Haltung des Gemeinderats nicht. Sie wird einfach den Verdacht nicht los, dass sich der Gemeinderat da seiner Verantwortung entziehen will, um sich später hinter der Meinung der Baarer Bevölkerung verstecken zu können. Also nur festsetzen, damit die Baarer Bevölkerung abstimmen kann? Das dürfen wir nicht. Der Kantonsrat hat eine Verantwortung, die er nicht einfach einer Gemeindebevölkerung delegieren kann. Mit dem Richtplan geben wir im Kantonsrat die Richtung vor – und zwar inhaltlich und nicht nur formell: Der Richtplan ist keine Spielwiese für die Gemeinde, auch wenn es im konkreten Fall um einen Golfplatz geht. Eine Aufnahme des Golfplatzes in den Richtplan wäre mehr als nur ein Freipass für eine Gemeindeabstimmung; es wäre ein klares Bekenntnis zum Projekt.
AF und SP wenden sich aber, wie die Regierung, entschieden gegen dieses Projekt. Wir lehnen die Aufnahme in den Richtplan aus folgenden Gründen ab:
1. Sehr gutes Kulturland geht für die Landwirtschaft verloren. Dort wo das Gelände abfällt, müssen Terrainveränderungen und Terrassierungen stattfinden. Es sei noch einmal auf die Bestimmung L 2.1.2 verwiesen, wo es um den Bodenschutz geht. Der Kernsatz lautet, dass fruchtbare Böden vorwiegend für die Landwirtschaft gesichert werden sollen und nur in Abwägung aller öffentlichen Interessen abgetragen werden dürfen.
2. Das Gebiet Büessikon und Nottikon ist abseits des Siedlungsgebiets, also frei von vielen Störungen. Die verschiedenen naturnahen kleinen Bäche, die das Gebiet durchziehen, die enge Verzahnung mit dem Wald machen es zu einem wichtigen Lebensraum und zu einem Rückzugsgebiet für Wildtiere und Vögel. Die Wirkung des bedeutenden Wildkorridors Richtung Sihlbrugg würde durch den Golfbetrieb beeinträchtigt.
3. Stellen Sie sich vor, wie viel Wasser die Bewässerung eines solchen Platzes benötigt, wenn die Sommer weiterhin so heiss und trocken sind wie dieses Jahr. Und es ist kein See in der Nähe, aus welchem man das Wasser zum Spritzen nehmen könnte. Also braucht es dazu gutes, kostbares Trinkwasser. Diesen Sommer durften in einigen Kantonen die Landwirte ihre Wiesen nicht bewässern. Würde dies für den Golfplatz auch gelten?
4. Der geplante Golfplatz ist mit dem öffentlichen Verkehr denkbar schlecht zu erreichen. Und all die Golfspieler und -spielerinnen würden mit ihren Wägelchen kaum den Weg von Sihlbrugg oder allenfalls von Ebertswil unter die Füsse nehmen. Die Mehrbelastung von Luft und Umwelt durch den motorisierten Individualverkehr ist somit offensichtlich.
5. Unsere Region hat mit dem Golfplatz in Holzhäusern und dem Golfplatz in Küssnacht genügend Möglichkeiten zum Golfspielen. Denn es ist bekanntlich ein kostspieliges Hobby, das sich sowieso nur ein kleiner Teil unserer Bevölkerung leisten kann. Viel wichtiger für die Bevölkerung ist es doch, dass genügend Naherholungsgebiete zum Spazieren, Velofahren usw. vorhanden sind, ohne immer Golf spielenden Ladies und Gentlemen begegnen zu müssen.
Sollte dieses Projekt in Baar wirklich zur Abstimmung kommen, werden wir uns mit diesen Argumenten gegen dieses Projekt wehren. Anna Lustenberger ist jetzt schon

überzeugt, dass viele Baarerinnen und Baarer uns in unserer Ablehnung unterstützen werden. Denn Landwirtschaft ist vielen wichtiger als Golfplätze. Sie bittet den Rat, der Fassung des Regierungsrats zuzustimmen und dem Antrag der Kommission auf Festsetzung im Richtplan nicht Folge zu leisten.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion die RPK nicht unterstützt, den Neubau Golfplatz als Festsetzung in den Richtplan zu nehmen. Wir haben im Dezember unter L 2.1 die Planungsgrundsätze zum Bodenschutz beschlossen. Dort heisst es:

- Der Kanton überwacht die Qualität der Böden periodisch, fördert den sachgerechten Umgang mit den natürlich gewachsenen und belebten Böden.
- Bund, Kanton und Gemeinden sichern die besonders fruchtbaren und chemisch schwach belasteten Böden vorrangig für die Landwirtschaft. Sie werden nur in Abwägung aller öffentlichen Interessen abgetragen und wieder rekultiviert.

Und nun will die RPK mit ihrem Antrag diesen Planungsgrundsätzen schon wieder untreu werden. Haben wir nun Grundsätze beschlossen oder nicht? Und wollen wir diese einhalten? Eine Aufnahme von Golfplatz Baar würde den eigenen Planungsgrundsätzen widersprechen. Ziel ist die Erhaltung von typischen Strukturen und der Qualität des Lebensraums. Das Gebiet vom möglichen Golfplatz Baar ist natürlicher Lebensraum für Tiere mit den erforderlichen Ruheplätzen in Gehölzen und Weideplätzen. Wenn wir das ganze mit dem Golfplatz Holzhäusern vergleichen: In Risch hat es in etwa 50'000 Gäste pro Jahr, der Wildwechsel ist beeinträchtigt, Wildäsungsflächen sind verschwunden. Oder mit anderen Worten: Das Störungspotenzial für Wildtiere ist riesig. Ökologische Aufwertung: Beim Golfplatz Holzhäusern war dies tatsächlich so, aber nur deswegen, weil es vorher Mais-Monokulturen und eine Deponie gab. In Baar ist dies völlig anders: Ökologisch wertvolles, gut strukturiertes Gelände; wertvolle Fruchtfolgeflächen. Fruchtfolgeflächen: Im Kanton Zug hat es zu wenige und mit dem Golfplatz Baar geht wiederum etwas verloren. Mit dem Eintrag von Sand, möglicherweise so gross, dass es irreversibel wird, wären weitere Fruchtfolgeflächen verloren.
Weitere Vorbehalte sind:

- Für das Errichten des Golfplatzes käme es zu massiven Terrainveränderungen.
- Es ist mit einem grösseren Verkehrsaufkommen zu rechnen, die Anbindung an den ÖV ist nicht vorhanden
- Wir befürchten negative Auswirkungen auf das Gewässer.
- Wir befürchten, dass ein solches Projekt nicht rentabel sein kann, wenn die zwingenden Auflagen von Natur- und Landschaftsschutz umgesetzt werden müssen.

Und ein weiteres wichtiges Argument für uns ist, dass ein Golfplatz in Baar in der öffentlichen Mitwirkung vom November 2002 bis Januar 2003 gar nicht gewünscht wurde. Gerade mal zwei bis drei Mitwirkende sprachen sich dafür aus, 20 Mitwirkende waren dagegen oder wollten es als Zwischenergebnis festlegen. Es seien zwei, drei Stellungsnahmen zitiert. Die Gemeinde Baar hat u.a. geschrieben: «Golfplatz höchstens als Zwischenergebnis einstufen. Goldplatzprojekt ist noch nicht genügend ausgereift und bedarf in einigen Teilen einer umfassenden Überarbeitung.» Korporationsrat Deinikon: «Bau des Goldplatzes ist unerwünscht.» Bund: «Sachplan Fruchtfolgeflächen berücksichtigen.»
Für die Unterstützung unseres Anliegens danken wir Ihnen.

Karl **Rust**: Wenn die Baarer ja sagen würden, entstünden – volkswirtschaftlich und ökologisch betrachtet – sinnvolle Arbeitsplätze. Die Bauern wollen es, sie könnten auf der Scholle bleiben. Sie könnten an Ort weiter arbeiten als Greenkeeper oder als Landschaftspfleger, wie das in der ganzen Schweiz heute auf Hunderten von Arbeitsplätzen geschieht. Die Modulation der Landschaft bleibt erhalten. Daran gibt es nichts zu rütteln. Das kann man in der ganzen Schweiz nachvollziehen. Für den Breitensport könnte hier ein Public-Platz entstehen. Das heisst, es kann auch mit einem normalen Portemonnaie gespielt werden. Auch der Goldplatz Ennetsee ist ein Public-Platz. Das ist der Grund, weshalb sich der Votant dahinter stellen kann. Denn Public-Plätze sind für den Breitensport. In der Schweiz gibt es sonst nur noch zwei weitere solche Plätze. In diesem Sinn möchte Karl Rust den Rat um Unterstützung bitten.

Beat **Zürcher** möchte sich als direkt Betroffener zur Situation der Schweizer Landwirtschaft äussern. Den Landwirten geht es heute nicht gut und in naher und ferner Zukunft noch weniger gut. Emmi – der grösste Milchverwerter schweizweit – hat angekündigt, den Milchpreis auf den Frühling 2004 um 4 Rappen zu kürzen. In den nächsten Jahren ist es das Ziel, die Schweizermilch gleich billig zu handeln wie die EU-Milch, das heisst etwa 30 bis 40 Prozent weniger Milchlohn für den Bauer. Stellen Sie sich vor, Sie müssten in den nächsten Jahren eine Lohnkürzung von 30 bis 40 Prozent hinnehmen. Als der Votant 1989 den Betrieb seines Vaters übernommen hatte, erzielten wir noch einen Milchpreis von gut einem Franken, heute sind es 71 Rappen. Er erwähnt die Milchwirtschaft, weil in dieser Region mit diesen Eigenschaften von Böden und Topographie fast nichts anderes möglich ist als Milchwirtschaft. Zu dem ist er der Überzeugung, dass in Zukunft die Direktzahlungen gekürzt oder umverteilt werden. Durch die Umzonung von Landwirtschaftszone in eine Golfzone könnten so jährlich von Bund und Kanton mehrere 10'000 Franken an Subventionsgeldern gespart werden.
Golf wird immer mehr zum Wirtschafts- und Standortfaktor, vor allem bei der Neuansiedlung von Unternehmen. Der Golfsport boomt in der Schweiz. Eine Stagnation ist nicht abzusehen. Im Vergleich zum grenznahen Ausland ist die Schweiz ein golferisches Entwicklungsland. In Dänemark spielen über 105'000 Menschen Golf. In der Schweiz sind es 40‘000. Alleine in der deutschen Schweiz fehlen 30 Golfplätze, um den aktuellen Bedarf zu decken. Es entstehen 20 bis 25 neue Arbeitsplätze, die auch von den beteiligten Bauern und ihren Familien beansprucht werden können. Wer glaubt, die Eigentümer des möglichen Golfplatzgebiets gäben ihr Land einfach so hin, der täuscht sich gewaltig. Aber jeder von ihnen hat es sich genau überlegt, was für ihn das Beste ist. Soll Beat Zürcher die Landwirtschaft so weiter führen, bis alles in sich zusammenfällt oder das Land für ein Projekt hergeben, auf dem er auch weiter arbeiten kann? Den grössten psychologischen Schritt wird es für den Landwirt selber sein, sonst für keinen anderen. Er ist überzeugt, dass dies für die Landwirte eine grosse Aufgabe und Option sein wird, neue kreative Wege zu gehen. Aus freien Zügen waren alle Landeigentümer damit einverstanden und haben eine Absichtserklärung unterschrieben. Der Votant ist überzeugt, dass die meisten Bauern gleich handeln würden, wenn sich ihnen eine solche Möglichkeit bieten würde. Wenn er sich überlegt, wo wir heute überall im Richtplan Land hergegeben haben, für Industrie, Wohnungen, Strassen, Bahnen usw. Dieses Land ist nicht mehr ackerfähig. Der

Golfplatz aber wird es immer bleiben. Diese Fläche wird auch in der Fruchtfolgefläche bleiben.
Was ist so schlecht an einem Golfplatz? Schauen Sie sich diese Artenvielfalt von Tieren, Gräsern und Sträuchern an, die bei der heutigen Landwirtschaft überhaupt nicht möglich ist. Der Landwirt ist auf eine gewisse Intensität der Bebauung seiner Felder angewiesen, um zu existieren. Jeder selbständig Erwerbende, zu denen wir Landwirte auch gehören, ist gezwungen, sich stets dem Markt anzupassen, Angebot und Nachfrage zu überprüfen und jederzeit die nötigen Anpassungen zu treffen, um weiter existieren zu können. Diese Flexibilität verlangt neue Wege zu suchen, neue Wege zu wählen und neue Wege zu gehen. Um diesen Weg jetzt weiter gehen zu können und somit der Baarer Bevölkerung die Option an der Urne zu ermöglichen, bittet Beat Zürcher den Rat um Unterstützung.

Andreas **Hotz** kann als Mitglied des Gemeinderats von Baar bestätigen, dass unser Rat in der heutigen Zusammensetzung klar dafür plädiert, einen Golfplatz im Raum Büessikon in den Richtplan aufzunehmen. Dabei handelt es sich nicht um ein Abschieben von Verantwortung, wie das uns Anna Lustenberger unterschiebt, sondern im Gegenteil um die Übernahme von Verantwortung, weil wir dem Baarer Souverän die Möglichkeit geben wollen, über dieses Thema entscheiden und debattieren zu können. Das hat damit zu tun, dass dieser Entscheid nicht von einer kleinen Elite des Kantonsrats beschlossen werden soll, sondern von einem grösseren Plenum. Diese Diskussionen in Baar werden sehr intensiv geführt werden müssen. Der Votant weiss auch nicht, wie das Resultat ausfallen wird. Persönlich unterstützt er ein Golfplatzprojekt, weil die Pro-Argumente ihn überzeugen. Beat Zürcher hat einige Aspekte aufgezählt betreffend die Entwicklung in der Landwirtschaft. Andreas Hotz freut sich jetzt schon darauf, mit Alois Gössi, Anna Lustenberger und allen anderen Opponenten die Klingen in Baar zu kreuzen. Aber geben Sie uns diese Chance und lassen Sie uns die gemeindliche Souveränität.

Anna **Lustenberger-Seitz** war es klar, dass ihr Votum auf Opposition stossen würde. Karl Rust spricht vom normalen Portemonnaie. Aber das ist für jeden wieder etwas anderes. Er soll einmal in die Schulklassen hinein schauen, wie viele Kinder sich heute den Skisport noch leisten können. Wie viele Familien noch Skiferien und Ausflüge machen können. Es sind viel weniger als noch zur Zeit, als die Kinder der Votantin klein waren. – Zu Beat Zürcher: Nicht alle Bauern dort oben sind begeistert von diesem Projekt. Der Votantin ist ein Bauer bekannt, der sich wehren möchte. Es ist der Bio-Bauer. Er hat keine Zukunftsängste. Er weiss, dass er mit seiner Art Bauernbetrieb weiter existieren kann. Beat Zürcher hat gesagt, man könne dort nur Milchwirtschaft betreiben. Anna Lustenberger denkt aber an die vielen Kirschbäume, die es dort hat. – Zur Andreas Hotz: Die Votantin hat den Gemeinderat herausgefordert und sie freut sich ebenfalls auf diese Auseinandersetzung in Baar.

Beat **Zürcher** hält fest, dass unter den involvierten Eigentümern kein einziger Bio-Bauer ist.

Beat **Villiger** meint, Anna Lustenberger erbringe ja geradezu den Beweis, dass wir diesen Platz aufnehmen müssen und die Fragen, die jetzt hier diskutiert wurden, in der Gemeinde selbst bereinigt werden müssen. Dass die Verbände, die Interessierten, die Betroffenen usw. an einen Tisch geführt werden. Der Votant unterstützt die Haltung von Andreas Hotz und des Gemeinderats Baar. Er dankt dem Rat, wenn er dem Antrag der Kommission zustimmt.

Louis **Suter** hält fest, dass die Problematik Golfplatz in der Kommission eingehend diskutiert wurde. Wir haben das ganze Gelände besichtigt, haben alle Vor- und Nachteile evaluiert und sind zu folgendem Ergebnis gekommen:
Die Aufnahme als Zwischenergebnis macht keinen Sinn. Was heisst Zwischenergebnis? Man muss das Ganze noch etwas anschauen. Es hat viele Ungereimtheiten. Wir wissen noch nicht alles. Eventuell muss es an einem anderen Ort kommen. Mit anderen Worten: Wenn wir das als Zwischenergebnis aufnehmen würden, käme das Ganze in zwei, drei Jahren wieder zu uns zurück. Und wir müssen uns dann entscheiden, ob wir das fest aufnehmen oder streichen. Also bringt es uns überhaupt nichts. Weil die Fakten im Prinzip klar auf dem Tisch sind. Das ist der Grund, weshalb wir es nicht als Zwischenergebnis wollen. Also haben wir die beiden anderen Optionen Festsetzen oder Streichen. Was gibt es demokratischeres als eine Volksabstimmung? Anna Lustenberger hat gesagt, es sei ein undemokratische Haltung unsererseits, weil wir nicht auf alle Verbände eingegangen sind. Aber was ist demokratischer als eine Volksabstimmung? Gerade aus diesem Grund haben wir gesagt: Wenn wir eine Volksabstimmung wollen, müssen wir es festsetzen. Sonst gibt es keine Volksabstimmung und die Folge wäre, dass in zwei, drei Jahren ein neues Begehren auf den Tisch käme und wir mit der ganzen Diskussion wieder von vorne beginnen müssten. Deshalb glauben wir, dass es richtig ist, ohne jetzt materiell auf die eine oder andere Seite zu gehen, dass das Stimmvolk von Baar darüber entscheiden kann. Das ist ja so oder so in der Nutzungsplanung der Gemeinde. Es wird zwei Abstimmungen geben, die eine über die Nutzungsplanung und die andere über den Golfplatz. Das ist unser Wunsch. Bei einer Volksabstimmung kann man alle Pros und Kontras diskutieren und abwägen. Alle Organisationen haben eine Möglichkeit, sich auszudrücken. – Alois Gössi hat gesagt, in Rotkreuz habe der Goldplatz mit einer Deponie zu tun. Mindestens bei der Einfahrt zu diesem neuen Goldplatz hätten wir auch eine Deponie. – Zur Karl Rust: Richtigerweise hätte man sagen müssen, die *betroffenen* Bauern. Nicht alle Bauern sind dafür. – Setzen Sie das also fest, damit wir in Baar darüber abstimmen können.

Martin **Stuber** hat grosse Mühe mit der Argumentation von Louis Suter. Wieso sind wir dann überhaupt hier und diskutieren über einen Richtplan? Dann können wir ja alles den Gemeinden überlassen. Wofür machen wir denn überhaupt einen Richtplan? Es geht heute doch darum, dass der Kantonsrat sich materiell dazu äussert, ob er in diesem Gebiet einen Golfplatz will oder nicht. Punkt. Dieses grosse Gebiet betrifft nicht nur die Gemeinde Baar. Es betrifft viele Zugerinnen und Zuger, die dieses Gebiet auch als Naherholungsgebiet benutzen. Der Votant z.B. geht dort mountainbiken. Er kennt das Gebiet relativ gut. Der Milchsuppenstein ist einer der schönsten Aussichtspunkte. Deshalb ist er der Meinung, dass der Kantonsrat das richtige

Gremium ist, das hier festzusetzen oder nicht. Er bittet den Rat, dort keinen Golfplatz zu beschliessen.

Louis **Suter** kann dieses Votum nicht so stehen lassen. Wir machen Richtplanung, wir legen die Grundsätze fest. Aber nachher kann jede Gemeinde entweder über den Urnengang oder durch die Gemeindeversammlung ihre Nutzungsplanung selber bestimmen. Es ist also nicht so, wie Martin Stuber das gesagt hat.

Hans-Beat **Uttinger** erinnert daran, dass der Kanton Zug bereits einen öffentlichen Golfplatz in Buonas hat. Es handelt sich um eine 18- und um eine 9-Loch-Anlage. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass *ein* Golfplatz im Kanton Zug genügt. Der geplante Golfplatz wird massive Terrainveränderungen bewirken. Notabene in einem der schönsten Naherholungsgebiete des Kantons. Diese Flächen werden anschliessend wenigen Golferinnen und Golfern zur Verfügung stehen und der Bevölkerung nicht mehr. Es handelt sich um eine bestens geeignete landwirtschaftliche Fläche, welche für die Vergrösserung der ansässigen Betriebe notwendig ist. Wenn man für die Strukturbereinigung in der Landwirtschaft eintritt, muss man konsequenterweise die freiwerdenden Flächen für die Landwirtschaft frei halten. Somit bittet der Regierungsrat den Rat, das Golfprojekt nicht zu unterstützen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 49 : 22 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

Bilder S. 83

Christian **Siegwart** weist darauf hin, dass aus Angst über eine neue Debatte über Teile des Verkehrsrichtplans die RPK die Finger gelassen hat vor möglichen Änderungen in diesem Kapitel. So als würde es sich um heisse Kartoffeln handeln. So will die Kommission den aktuellen Planungsstand für eine mögliche Stadtbahnlinienführung in Steinhausen nicht in den Richtplan aufnehmen. Man will – der Konsequenz zu liebe – an der veralteten Fassung festhalten. Diese Sturheit hat ja einen gewissen Charme. In diesem Fall aber ist sie gefährlich. Korreliert demnächst ein privates Baugesuch mit der Trassenführung, wie sie dem aktuellen Planungsstand entsprechen würde, fehlt dem Kanton die Handhabe für eine Landfreihaltung. Im Namen von SP und AF bittet der Votant den Rat: Springen Sie bitte über ihren Schatten und nehmen Sie die neue Fassung in den Richtplan auf!

Louis **Suter** hält fest, dass die Problematik hier darin besteht, dass dem Amt für Raumplanung ein Fehler unterlaufen und der Feinverteiler nicht richtig eingetragen ist. Anderseits wissen wir noch immer nicht ganz genau, wo das Ganze hin soll. Wir wissen es ungefähr. Das war unsere Argumentation, wir haben gesagt: Wir nehmen dies als Zwischenergebnis auf. Das ist ja der typische Sachverhalt für ein Zwischenergebnis. Und sobald dann die Regierung ganz genau weiss, wie es ist, können wir es festsetzen, damit wir die eben genannte Problematik umgehen können. Das ist unsere Begründung.

Hans-Beat **Uttinger** glaubt, dass hier die Kommission aus der Mücke einen Elefanten macht. Wir sind uns bewusst, dass der Kantonsrat grundsätzlich am bereits beschlossenen TRP Verkehr festhalten will. Dies wird auch von Seite des Regierungsrats unterstützt. Beim hier vorliegenden Antrag der Regierung geht es aber um mehr. Die Situation des Trassees, des Feinverteilers, hat sich seit dem 3. Juli 2002 verändert. Gemeinsam mit der Gemeinde Steinhausen und den betroffenen Fachstellen hat das Amt für öffentlichen Verkehr die Linienführung in Steinhausen optimiert. Dieses neue Trassee soll nun in den Richtplan aufgenommen werden. Aber immer noch nur als Zwischenergebnis. Für die Sicherung des Trassees sollte der Richtplan den aktuellsten Stand der Planung des zukünftigen Feinverteilers erhalten. Wir werden Ihnen dann später – Ende 2004 – die definitive Linienführung zur Festsetzung unterbreiten.

➔ Der Rat schliesst sich mit 42 : 27 Stimmen dem Regierungsantrag an.

E 7.1.1

Louis **Suter** weist darauf hin, dass die Kommission hier eine etwas andere Meinung hat als die Regierung. Wir haben die ganze Problematik nicht nur in Baar, sondern auch in anderen Gemeinden geprüft. Wir waren während der ganzen Zeit in Verbindung mit diesen Gemeinden. Deshalb möchte der Kommissionspräsident den Rat bitten, die Anliegen der Gemeinden auch einzubeziehen. Worum geht es? Es geht um die elektrischen Übertragungsleitungen, und zwar nicht nur um die Optik, sondern auch um den Elektrosmog, der uns bezüglich der Siedlungsgebiete beeinträchtigt. In Baar haben wir tatsächlich ein Beispiel, aber es gibt auch andere. Wir wollten etwas kreieren, damit die Regierung und die kantonale Verwaltung auch die Möglichkeit haben, diese neuen Leitungsvorhaben beurteilen zu können. Vor allem wollten wir mit diesen Planungsgrundsätzen schauen, dass diese Leitungen in den problematischen Gebieten in den Boden kommen, aber ohne Kosten für den Kanton. Wir wollen keine zusätzliche Kosten für die öffentliche Hand. Aber wir sehen echte Probleme für diese betroffenen Gebiete. Ein Beispiel ist diese neue Leitung der SBB und der NOK. Wir möchten sie nur als Zwischenergebnis aufnehmen. Damit haben wir die Handhabe, alle Probleme auszudiskutieren. Und der Leitungsbetreiber erhielte dann den Auftrag, eine unterirdische Leitungsführung in diesem Gebiet zu prüfen. Der Regierungsrat hätte zusammen mit der Gemeinde mehr gesetzliche Handhabe, um das durchzusetzen.
Der Votant möchte auch die anderen beiden Punkte gleich einbeziehen. Wir legen auch Wert darauf, dass der Kanton zukünftig frühzeitig in die Planung von solchen Sachen einbezogen wird, vor allem was die Leistungserhöhung betrifft. Wir sind der Meinung, dass hier zukunftsweisende Technologien berücksichtigt werden müssen. Wir sind heute bereits so weit. Damit diesem Anliegen Rechnung getragen werden kann, hat die Kommission bei E 7.1.2 eine entsprechende Ergänzung beschlossen. – Für uns von der Kommission ist es absolut unverständlich, dass neue Leitungen strengere Grenzwerte einhalten müssen als bestehende Leitungen. Und dieses Problem kann nur mit einer veränderten NIS-Verordung des Bundes gelöst werden. Wir möchten aus diesem Grund etwas kreieren, damit die Regierung beauftragt wird, beim Bund vorstellig zu werden, dass dies in absehbarer Zeit geändert werden kann.

Deshalb unser Antrag zu Punkt E 7.1.1 sowie der neue Punkt E 7.1.4. Die Kommission war mit 9 : 0 Stimmen ohne Gegenantrag für diesen Punkt. Stimmen Sie also diesen Kommissionsanträgen zu!

Lilian **Hurschler-Baumgartner** bezieht sich in ihrem Votum auf das ganze E 7. – Im Richtplan 1992 wurden diverse Linienführungen von Hochspannungsleitungen zur Verlegung empfohlen. Die Kosten hätten Kanton und Gemeinden übernehmen müssen. Daraufhin haben z.B. die Gemeinden Hünenberg und Menzingen Motionen verabschiedet über die Verlegung oder Verkabelung der Leitungen. Die Empfehlungen von 1992 wurden vom Regierungsrat in der Überarbeitung des neuen Richtplans leider alle herausgestrichen, und dies wurde von der RPK leider auch nicht mehr geändert. Mit der Streichung der Empfehlungen zur Verlegung von Hochspannungsleitungen zeigt sich, dass mit Vorliebe kurzfristig zu Gunsten des Portemonnaies geplant wird, dass diese Planung aber gleichzeitig auf Kosten von Mensch und Lebensraum geht. Dazu nur ein konkretes Beispiel: In der Gemeinde Menzingen wurde im Gebiet Moos eine Siedlungserweiterung vollzogen. Dieses Gebiet befindet sich aber direkt unter der Starkstromleitung. Es wird also kein attraktives Wohngebiet sein.
Bei der Verkabelung von Hochspannungsleitungen werden bereits neue, zukunftsweisende Technologien angewendet. AF und SP begrüssen es, dass die RPK Wert darauf legt, solche zukunftsweisende Elemente, wie das Verlegen von Starkstromleitungen aus Wohngebieten, mit einzubeziehen. Wir sehen jedoch auch die Gefahr, dass sich der Kanton hier auf Grund der Kosten wieder einmal mehr aus der Verantwortung schleichen wird. Die RPK beantragt einen neuen Punkt E 7.1.4, «Der Kanton setzt sich beim Bund dafür ein, dass durch den Bund und die Betreiber auch bestehende Leitungen saniert werden.» Es ist wichtig, die Betreiber in die Verantwortung einzubeziehen. SP und AF unterstützen deshalb den Antrag der RPK. Damit das ganze Thema aber kein Papiertiger bleibt und Verbesserungen tatsächlich eintreten, werden wir die Bemühungen des Kantons und der Regierung zur konkreten Umsetzung dieses raumplanerischen Anliegens mit Interesse und kritischem Auge verfolgen.

Andrea **Hodel** hält fest, dass auch die FDP-Fraktion den Antrag der Kommission unterstützt. Sie muss aber davor warnen, dass wir uns vom Kanton nicht an den Kosten beteiligen können. Wir müssen auch wissen, dass eine Verlegung immer wieder einen anderen Nachbarn trifft. Das Problem ist da, wir brauchen Energie, wir müssen sie zuführen, abführen und durchführen, wenn wir nicht auf sie verzichten wollen. Von daher würde die Votantin die Sache etwas abtempieren. Versprechen Sie sich nicht zu viel davon!

Louis **Suter** hat noch etwas vergessen. Der Grund, weshalb die Kommission die ursprüngliche Fassung der Vernehmlassung, wonach eine Verlegung der Leitungen geplant war, verlassen hat, ist die Tatsache, dass wir so neue Ungerechtigkeiten schaffen würden. Das war auch der Grund, weshalb wir diese neue Formulierung gebracht haben. – Übrigens setzt sich auch die CVP grossmehrheitlich für die Fassung der Kommission ein.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass in der aktuellen NIS-Verordnung eine Höherschaltung der Leistung einem Neubau gleichgestellt ist. Mit den entsprechenden Einsprachemöglichkeiten. Über das USG, das die ganze Schweiz abdeckt, möchte der Votant jetzt nicht noch weiter diskutieren. Er ist aber der Meinung, dass der neu angefügte Satz bei E 7.1.1 zu streichen ist. Dies würde nämlich bedeuten, dass sich der Kanton rechtlich im Rahmen des Genehmigungsverfahrens bis vor Bundesgericht für die unterirdische Linienführung einsetzen müsste. Dies wäre mit erheblich internen Kosten verbunden, juristische Gutachten usw.. Die Leitung in Baar ist auf S. 104, wo wir Übereinstimmung mit der Kommission haben, bereits aufgeführt. Es heisst dort: «Eine unterirdische Leitungsführung ist zu prüfen.» Somit ist eigentlich klar, wie sich der Kanton mit seinem Grundstück verhalten muss. Kurz gesagt, geht es nur um eins: Wenn Sie wollen, dass der Kanton bis vor Bundesgericht geht, sagen Sie ja; wenn Sie das nicht wollen, sagen Sie nein.

Louis **Suter** möchte eine kleine Korrektur zum Votum des Baudirektors anbringen. Was alte Leistungen anbetrifft, die vor der Gesetzesänderung oder kurz davor eine Erhöhung gemacht haben, so unterliegen sie nicht dieser NIS-Verordnung. Und nur wenn die bestehenden alten Leitungen erhöht werden, gibt es eine neue NIS-Verordnung.

Heini **Schmid** hält fest, dass es sich die RPK wirklich nicht einfach gemacht hat bei diesem Thema. Wir haben gespürt, dass im Kanton Zug eine riesige Betroffenheit vorhanden ist. Wir haben die Argumente der Regierung gesehen, die sagt: Es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, dass die Regierung mit dem Geld unserer Steuerzahler vergangene Unterlassungssünden beseitigt. Wichtig in diesem Zusammenhang ist: Wir müssen uns im Kanton Zug bewusst sein, dass wir ein Transitland sind. Der Kanton Zug hat jedes Interesse, dass die bestehenden Leitungen so betrieben werden, dass sie unserer Bevölkerung so wenig schaden wie möglich. Das wollen wir ausdrücken. Und wenn dafür die Regierung bis vor Bundesgericht gehen muss und ihrer Bevölkerung zeigt: Wir nehmen Eure Bedenken ernst. Es ist der Regierung doch nicht verboten, vor Bundesgericht zu gehen. Das sind ja interne Kosten. Wenn es darum geht, 20'000 Franken auszugeben für ein Bundesgerichtsurteil, so ist das ein positives Vorgehen für die Regierung, weil sie damit vor der Bevölkerung dokumentieren kann, dass sie ihre Bedenken ernst nimmt. Die RPK will, dass die Zuger Bevölkerung spürt, dass dies ein wirklich brennendes Thema ist. Und wenn ganz Europa Strom durch den Kanton Zug führt. Sind wir denn wirklich so behämmert, nicht zu verlangen, dass die Betreiber, die damit gutes Geld verdienen, unsere Bevölkerung auch optimal schützen sollen. Es ist nur politische Klugheit, wenn sich der Kanton Zug mit allen rechtsstaatlichen zulässigen Mitteln einsetzt, dass z.B. auch bestehende Leitungen saniert werden. Der Votant versteht nicht, warum gemäss USG bestehende Sachen nicht saniert werden müssen. Eine bestehende Leitung, welche die neuen Grenzwerte nicht einhält, muss scheinbar nicht saniert werden. Wie sollen wir das unserer Bevölkerung erklären, dass je nach Alter der Leitung die Grenzwerte eingehalten werden müssen oder nicht? Aus dieser Problematik kommen die ganzen Erwägungen und Vorschläge der RPK. Bitte unterstützen Sie diese! Zeigen Sie der Zuger Bevölkerung, dass wir auf ihrer Seite stehen!

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass es die Pflicht des Regierungsrats ist, den Kantonsrat auf die Konsequenz aufmerksam zu machen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 67 : 3 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

E 7.1.2

Der **Vorsitzende** hält fest, dass sich hier die Regierung der Kommission anschliesst.

E 7.1.4

Karl **Rust** weist darauf hin, dass dieser Punkt Auswirkungen auf das Zwischenergebnis auf der nächsten Seite hat, wo der Streit mit der Gemeinde Baar schon programmiert ist. Dieses Zwischenergebnis wird Geschichte schreiben! Warum brauchen wir E 7.1.4? Es geht um die Gemeinde Baar, wo die SBB/NOK-Leitung 132 nur als Zwischenergebnis eingestuft werden soll. Der Votant hat in der RPK diesen Antrag gestellt und dafür gekämpft und ist jetzt froh, dass die Regierung das unterstützt, obwohl sie das anfänglich nicht tat. Die kurze Begründung ist interessant und bedeutend: Die Neubauleitung von Kappel (Zürich) ist aus irgendwelchen Gründen in das Siedlungsgebiet von Blickensdorf verlegt und im Sachplan des Bundes festgesetzt worden, worauf uns die Regierung gesagt hat, wir könnten nichts mehr machen. Höheres Recht bricht kantonales Recht. Trotzdem hat sich die RPK dazu bereit erklärt, die geplante Leitung nur als Zwischenergebnis aufzunehmen, obwohl der Bund schon gesprochen hat. Warum? Nach machbaren Kriterien kann eine Erdverlegung ins Auge gefasst werden. Offene Fragen wie Zuständigkeit, Koordination, Technologiewahl, Lage im Boden etc. lassen deshalb nur ein Zwischenergebnis zu. Der Votant hat durch Zufall vom Kanton Zürich von einer gleichen oder ähnlichen Leitung ein Beispiel erhalten. Im Raum Horgen wird beantragt, die gleiche Leitung in den Boden zu verlegen. Und den Zuger Bürgern in Baar mutet man zu, die Leitung durch die Luft zu führen. Das ist für Karl Rust dicker Tabak. Das geht nicht. Es geht hier um die Gleichbehandlung der Kantone. Das geht zu weit. Wenn der Bund blitzartig mit dem Brief kommt, das sei schon beschlossen, möchte der Votant vom Regierungsrat noch hören, dass wir dann eine Vorlage erhalten, wo man vom Zwischenergebnis auf die Festsetzung geht. Die Begründung ist interessant. Es geht um die altrechtlichen Verfahren. Da möchte Karl Rust der Gemeinde Baar vom Kanton aus den Rücken stärken. Das Verfahren läuft so: Das Rechtsverfahren ist abgeschlossen, die Leitung ist bewilligt nach altrechtlichem Verfahren. Die letzte Instanz ist der Bundesrat. Nun beginnt bei dieser Leitung ein neues Kapitel, das Enteignungsverfahren. Und dabei sind neue rechtliche Einwände gegen Linienführungen zulässig, wie der Votant heute vom Rechtsdienst der Baudirektion erfahren hat. Die letzte Instanz ist das Bundesgericht. Im Sinne der Vorredner ist dieser neue Punkt E 7.1.4 von sehr grosser Bedeutung.

Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die Rechtsauskunft der Baudirektion vor der Kaffeepause eine andere sein musste als jetzt. Nachdem Sie über Punkt E 7.1.1

abgestimmt haben, interpretiert der Votant das so, dass sich der Kanton jetzt gegen eine Enteignung bis vor Bundesgericht wehren muss. – Zum Punkt E 7.1.4: Der neue Auftrag ist zu streichen. Dazu braucht es eher eine Standesinitiative als einen Grundsatz im kantonalen Richtplan. Mit dem Richtplan können wir doch nicht eine Gesetzesänderung verlangen. Das grenzt ja an höheren Blödsinn!

➔ Der Rat schliesst sich mit 57 : 7 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

E 11.1.1

Rosemarie **Fähndrich Burger** macht dem Rat im Namen von AF und SP beliebt, dem Antrag der Regierung unter Punkt 11.1.4 zu folgen, der sagt: «Ein über die festgesetzten Gebiete hinausgehender Kiesabbau in der Moränenlandschaft Menzingen/Neuheim ist auch langfristig ausgeschlossen». Entsprechend bittet sie, den neu formulierten Antrag der Kommission abzulehnen. Unsere Begründungen sind folgende:
1. Der Antrag der Regierung will ganz klar die so besondere Moränenlandschaft schützen. Wir können auch als Kantonsrat dasselbe Zeichen setzen. Mit einem Ja zum Antrag der Regierung haben wir Gelegenheit, die Einmaligkeit und Schönheit der Moränengegend als Gesamtes im Auge zu behalten und ja zum Moränenschutz zu sagen. Ein Kiesabbau, wie ihn die Kommission vorsieht, ist nicht mehr landschaftsverträglich.
2. Die Abstimmung von 1998 betreffend die Erweiterung der Kiesabbaugebiete basierte klar auf der Botschaft, dass der Kiesabbau im Moränengebiet nach den beiden Ausnahmebewilligungen auslaufen werde. Die Regierung versprach in der Abstimmungsbroschüre fett gedruckt eine längerfristige Verlagerung der Abbaugebiete vom Berg ins Tal. Es kann doch nicht angehen, dass nun die Kommission solche Vereinbarungen zu blossen Lippenbekenntnissen degradiert.
3. Einem Schreiben der Baudirektion ist zu entnehmen, dass der Kiesabbau bei gleich bleibendem Bedarf für die nächsten 20 bis 25 Jahre gesichert ist. Auch daher ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Passus der Regierung verändert werden soll.
4. Ausserdem läuft der Trend auch im Baugewerbe in Richtung Verwertung von Recyclingmaterialien. Neue Arbeitsplätze auf diesem Gebiet werden geschaffen. Von den im Kanton pro Jahr verwendeten 110'000 m^3 Recyclingbaustoffen stammen 81'000 m^3 aus dem Kanton Zug. Innovation im Recycling ist bekanntlich sehr gefragt.
5. Was das hängige Verfahren in Sachen Sand AG betrifft, kann sich die Votantin gut vorstellen, dass die Beschwerde nicht vor Bundesgericht weiter gezogen wird, wenn wir heute den künftigen Schutz dieser einmaligen Moränenlandschaft beschliessen.
Des weitern bittet Rosemarie Fähndrich den Rat, unter Punkt 11.1.1 ebenso dem Antrag der Regierung zu folgen und die Ergänzung der Kommission nicht zu übernehmen. Wo in unserem Kanton kennen wir noch solchen Heimatschutz? Genau hier, wo einige Private auf Kosten grosser öffentlicher Interessen Kapital zu schlagen glauben, wird plötzlich ein nicht nachvollziehbarer Kantönligeist beschworen. Das Argument, dass eigener Kies die Baupreise tiefer hält, ist doch Augenwischerei. Nicht der Kies macht bei uns das Bauen teuer, sondern vor allem die Bodenpreise, der grosse Flächenbedarf und der zunehmende Komfort.

Louis **Suter** erinnert daran, dass einige Zeit vergangen ist, seit wir den Teilrichtplan Abbau Stein gemacht haben. Wenn Sie aber gut hinschauen, merken Sie, dass damals nur Pläne gemacht wurden, dazu aber kein Text vorhanden war. Die Regierung hat also jetzt im Prinzip eine Ergänzung gemacht und diesen Text gemäss ihrer Vorstellung eingefügt. Wir haben es also hier mit etwas Neuem zu tun. Deshalb hat sich die Kommission noch einige Gedanken gemacht, wie man das Ganze beurteilen soll und vor allem muss. Wir sind zur Meinung gekommen, dass man jetzt nur das Nötigste einfügen soll. Und dass man möglichst schnell eine Bearbeitung machen muss, wie wir das bei E 11.1.4 beantragen. Dass man das tiefschürfend neu beurteilen soll, damit wir hier Text und Karte in Übereinstimmung bringen. Deshalb unser Antrag. Wir kennen selbstverständlich die Problematik dieser Moränen und wissen ganz genau, dass eine Verlagerung des Abbaus vom Berg hinunter ins Tal stattfinden soll. Aber wir sind uns nicht einig, ob wir prioritär so viel Vorrat an Kies haben, wie das genannt wurde. Vor allem deshalb nicht, weil im Tal noch viel sehr ungewiss ist. Da hat es zum Teil noch Einsprachen. Wir wissen nicht, ob das wirklich so stattfinden kann. Und deshalb vorgängig unsere Meinung, dass man eine bestimmte Priorität für den Kanton Zug setzen soll, was den Abbau betrifft. Immerhin müssen wir ja auch genügend Deponieraum haben, und dazu braucht es einen Kiesabbau. Und wenn man diesen Faden weiterzieht, sind wir zur Meinung gekommen, es müsse nächstens etwas geschehen mit diesem Teilrichtplan. Wir haben den Termin 2006 wieder herausgenommen, damit die Regierung den Zeitpunkt selbst bestimmen kann. Und dann können wir dann diese Moränenproblematik detailliert angehen. Das ist unsere Botschaft und nicht, man solle weiterhin Kies im Berggebiet abbauen. Man muss die ganze Problematik noch einmal überarbeiten und dann korrekt bringen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** betont, dass der Zusatz «primär mit Vorräten aus dem Kanton Zug» in E 11.1.1 zu streichen ist. Diese Aussage schränkt die zukünftige Kiesabbauplanung nur unnötig ein. Vielleicht ergeben sich in zukünftigen anderen Modellen für die Versorgung des Kantons mit Kies Lösungen, welche ökologisch noch besser sind als der Kiesabbau im Kanton Zug; Kiestransporte per Bahn, zunehmende Verwendung von Recyclingmaterial. Der Kanton muss bei der Überarbeitung der Kiesplanung alle Optionen offen haben. Diese Planung wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft, mit den Abbauern und den Organisationen vornehmen. Der Votant bittet den Rat, diese Einschränkung wegzulassen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 43 : 23 Stimmen der Regierung an.

E 11.1.4

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass wir heute keinen Beschluss über den Kiesabbau im Berggebiet fällen, sondern über den Erhalt der diesbezüglichen Entscheidungsfreiheit. Wenn wir heute die Formulierung im Sinne der Kommission öffnen, so findet trotzdem ein rechtsstaatlicher Prozess statt, in dessen Rahmen in einigen Jahren vor dem Hintergrund der dannzumaligen Bedingungen entschieden werden kann, ob im Berggebiet Menzingen/Neuheim Kies abgebaut werden kann oder nicht. Der Votant möchte heute nicht den Entscheidträgern von morgen den Entscheidungs-

spielraum nehmen. Genauso wenig, wie er sich an Aussagen gebunden fühlt, die vor sechs Jahren gemacht worden sein sollen. Zu dieser Materie entscheidet heute der Kantonsrat von heute. Normalerweise gilt bei Abbau- und Deponiegebieten ja das St. Florians-Prinzip. Jeder will die Vorteile nutzen, aber niemand will die Auswirkungen in seiner Nähe haben. Erfreulicherweise ist gerade das hier nicht der Fall. Die Gemeinde Neuheim und ihre Bevölkerung stehen mehrheitlich hinter dem ökologischen Kiesabbau. Wichtige Arbeitsplätze ausserhalb des Büro-, Finanz- und Kaderbereichs sind *ein* Argument. Die positiven Erfahrungen mit dem ökologisch verantwortungsbewussten Abbau der Firma Sand AG ein zweites. Der Votant ersucht den Rat deshalb – auch im Namen einer strukturschwachen Gemeinde, welche diese Arbeitsplätze braucht – hier den Hahnen nicht ohne Vorliegen eines konkreten Projekts bereits zuzudrehen. Wir müssen uns auch bewusst sein über den zeitlichen Spielraum. Es wurde vorhin von Entscheiden gesprochen. Sie haben unlängst der Zeitung entnehmen können, dass der demokratische Entscheid von 1998 jetzt, sechs Jahre später, noch immer nicht umgesetzt werden kann auf Grund der Einsprachen von zwei Naturschutzorganisationen. Unter diesen Voraussetzungen müssen wir uns langfristig diese Optionen offen halten.

Jean-Pierre **Prodolliet** möchte eine ergänzende Information anbringen. Wir haben ca. 1986 die Moränenschutzinitiative vor dem Volk gehabt. Und ihr ist zugestimmt worden. Sie gilt immer noch und ist zu beachten. Man tut jetzt so, wie wenn wir uns die Optionen offen halten sollten. Wenn jetzt noch Einsprachen da sind gegen die bestehende Erweiterung, so beruhen sie darauf, dass der Inhalt dieser Moränenschutzinitiative eingehalten werden sollte.

Hans-Beat **Uttinger** betont, dass der Grundsatz des Regierungsrats ist, Punkt E 11.1.4 nicht zu streichen. Es existiert eine Volksabstimmung zum Kiesabbau in der Moränenlandschaft Neuheim/Menzingen. Auf Seite der Befürworter des Kiesabbaus wurde 1997/98 klar zum Ausdruck gebracht, dass es sich bei der Erweiterung der Gebiete in Neuheim für die Sand AG und Menzingen für die Kibag AG um die letzte Erweiterung in der eindrücklichen Moränenlandschaft handelt. Dieses Versprechen sollte nun eingelöst werden. Der Kanton will den Abbau in die Talregion verlegen, dorthin, wo auch 80 % der Kiesrohstoffe gebraucht werden. Das Verwaltungsgericht hat die Beschwerden gegen die Sand AG am 22. Dezember 2003 abgelehnt. Eine Weiterführung ans Bundesgericht ist möglich, aber das Verwaltungsgericht hat diesen Satz explizit erwähnt gegen die Sand AG – keine weitere Erweiterung mehr. Bitte machen wir jetzt nicht eine Rechtsumkehrtwendung. Ein kantonaler Richtplan sollte für die nächsten 15 bis 20 Jahre halten. Dann kann man das immer wieder diskutieren.

➔ Der Rat schliesst sich mit 43 : 28 Stimmen dem Kommissionsantrag an, Punkt E 11.1.4 zu streichen.

E 11.1.4 (neu)

Louis **Suter** möchte zur Neufassung dieses Punkts festhalten, dass die Kommission das ursprünglich bis 2006 machen wollte. Nachträglich sind wir aber zum Schluss gekommen, dass wir der Regierung überlassen wollen, zu welchem Zeitpunkt sie das machen will. *Bis Mitte 2006* ist also gestrichen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** bittet den Rat, den neuen Auftrag zur Aktualisierung der Kiesabbauplanung nicht aufzunehmen. Es ist so oder so Aufgabe des Regierungsrats zu entscheiden, wann und wie die neue Kiesabbauplanung anzugehen ist. Die heute ausgeschiedenen Kiesvorräte reichen – gesamtkantonal betrachtet – noch für rund 18 bis 25 Jahre, je nach jährlichem Abbauvolumen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 38 : 30 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

E 11.2.2

Jean-Pierre **Prodolliet** geht es um das Gebiet Hatwil. Es soll als Zwischenergebnis in den Richtplan aufgenommen werden mit der Begründung, es bestehe ein erheblicher Abstimmungsbedarf. Was heisst das? Dieser sogenannte Abstimmungsbedarf ist nur eine Verlegenheitsformulierung. Im Grunde genommen sind Zweifel darüber entstanden, ob dieses Gebiet wirklich als Abbaugebiet einzuzonen ist. Die Gemeinde hat sich seit jeher dagegen ausgesprochen. Der Votant zitiert aus dem Antrag der Gemeinde: «Der Standort Hatwil liegt in einem ruhigen, bisher kaum beeinträchtigten Landschaftsraum (BLN-Gebiet, kant. Landschaftsschutzgebiet nach Richtplan 1987, wertvolles Kulturland, Fruchtfolgefläche, Grundwasservorkommen, Vernetzungskorridor und extensiv genutzter Erholungsraum).» (Der Votant zeigt mit einer Projektion, wie das Gebiet ungefähr aussieht.) Es handelt sich auch um eine Glaziallandschaft. Im Gegensatz zu den Moränenhügeln in Menzingen ist das eine langgezogene grossräumige Landschaft, die auch eindrücklich vom Gletscher so geformt worden ist. Wenn wir hier in diesem offenen Gebiet Kiesabbau machen, haben wir eine Verunstaltung des Gebiets während des Kiesabbaus und wir zerstören dieses Gebiet definitiv. Der Votant kann sich nicht vorstellen, dass man mit einer Rekultivierung das wieder so hinbringt.
Wir haben gesagt, der Kiesabbau werde in die Ebene verlagert. Im Äbnetwald haben wir eingezont. Und hier ist man nun daran, abzubauen. Es zeigt sich, dass es grosse Vorräte hat. Die Gemeinde Cham sagt nicht nur, dass es für 20 bis 25 Jahre Vorräte hat, sondern bis 2050. Es gilt auch, die Meinung der Zuger Bevölkerung zu beachten. Sie hat in der Mitte der 80er-Jahre der Moränenschutzinitiative zugestimmt. Sie hat dann 1998 dem Referendum der Befürworter der Erweiterung zugestimmt, die darlegen konnten, dass die Moränen nicht zerstört werden. Die Zuger Bevölkerung ist also der Meinung, dass Kiesabbau betrieben werden kann, aber nicht auf Kosten der Zerstörung der Landschaft. Diese Einzonung wäre genau das. Jean-Pierre Prodolliet stellt den Antrag, sie aus dem Richtplan zu streichen.

Louis **Suter** möchte sich bei seinem Vorredner bedanken. Er hat nämlich die besten Argumente dazu geliefert, dass wir das als Zwischenergebnis behalten müssen. Er sagt nämlich ganz klar, dass wir die ganze Problematik tiefschürfend überprüfen müssen in nächster Zeit. Genau das ist ja der Grund. Die Vorräte sind nicht so sakrosankt in Jahren auszudrücken. Wenn Hatwil rausfliegt, ohne dass wir das tiefschürfend überprüft haben, machen wir einen Fehler. Davor möchte der Kommissionspräsident warnen. Wir müssen das als Zwischenergebnis drin lassen. Dann können wir das tiefschürfend überprüfen und dann haben wir eine gute Antwort. Wenn wir aber aus dem Bauch heraus einfach sagen, wir streichen das, müssen wir eben an anderen Orten weiter machen. Und da gibt es auch Probleme. Untersuchen wir doch das gemeinsam. Dann kommt das nochmals hierher und wir können miteinander Entscheide fällen, die wirklich gut fundiert sind. Deshalb möchte der Votant den Rat bitten, das als Zwischenergebnis zu belassen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass bei E 11.1.4 der Regierungsrat soeben den Auftrag erhalten hat, die Planung zu machen. Lassen Sie uns diese Planung machen! Lassen Sie uns die Abklärungen machen und die Rekultivierung aufzeigen! Und somit lassen Sie es als Zwischenergebnis! Seien Sie bitte konsequent!

➔ Der Rat lehnt den Antrag Prodolliet mit 47 : 17 Stimmen ab.

E 14.1.1

Lilian **Hurschler-Baumgartner** beantragt im Namen der AF hier eine Ergänzung. Sie soll lauten: *«Anzahl und Leistung von Mobilfunkantennen sind angesichts der unklaren Risiken bis 2007 nicht weiter zu erhöhen.»* Die Begründung: Die Abdeckung mit Mobilfunkkapazitäten ist im Kanton Zug mehr als genügend. Angesichts der unklaren Risiken und Gefahren der von Mobilfunkanlagen ausgehenden elektromagnetischen Strahlung ist ein weiterer Ausbau der Kapazitäten nicht zu verantworten. – Wissen Sie, wie viele Sendeanlagen heute in unserem kleinen Kanton strahlen? Die Votantin zitiert aus «Blickpunkt Umwelt», Ausgabe 2/2003, herausgegeben vom Amt für Umweltschutz. Dort heisst es: «Es hat im Kanton Zug bereits 119 Sendeanlagen, die im Betrieb und im Bau sind, und zwar verteilt auf 106 Anlagestationen.» Allein 2003 wurden zwischen Januar und September 23 neue Baugesuche bearbeitet. Es reicht! Die nationalen Verträge und Konzessionen mit den einzelnen Betreibern kennen wir nicht, auch die rechtliche Umsetzung ist ungewiss. Wir sind uns dessen bewusst, verstehen aber unseren Antrag als Präventionsmassnahme zum Schutz der Gesundheit der Zuger Bevölkerung.

Louis **Suter** bittet den Rat, dem nicht zuzustimmen. Und zwar aus folgenden Gründen. Wir müssen sehen, welche Aufgaben die Gemeinde hat und welche der Kanton bei der Bewilligung solcher Anlagen. In der Regel sind solche Anlagen im Baugebiet und dazu ist in erster Linie nicht der Kanton, sondern die Gemeinde zuständig. Wir vermischen da also etwas. Wenn aber Lilian Hurschler will, dass etwas in diesem

Bereich passieren soll, hat sie die Möglichkeit einer Motion, damit wir das gesetzlich richtig verankern können. Der Richtplan ist der falsche Ort. Wir haben eine Vermischung der Aufgaben und Kompetenzen. Aus diesem Grund bittet der Kommissionspräsident den Rat, diese Ergänzung abzulehnen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass wir mit diesem Antrag klar gegen Bundesrecht verstossen würden. Kommt der Satz hinein, streicht ihn der Bund wieder hinaus.

Der **Vorsitzende** fragt die Antragstellerin, ob sie an ihrem Antrag festhält. Das ist der Fall.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der Alternativen Fraktion mit 54 : 13 Stimmen ab.

P 3.1.2

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** ist der Meinung, die Kommission stimme bei Bst. f dem Regierungsantrag zu. – Kommissionspräsident Louis **Suter** bestätigt das.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist Synopse zum kantonalen Richtplan durchberaten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass noch ein Rückkommensantrag von René Bär zum bisherigen TRP Verkehr vorliegt. Er ist den Mitgliedern des Kantonsrats zur Orientierung per e-mail zugesandt worden.

René **Bär** hofft, dass alle seinen Antrag erhalten und gelesen haben. Trotzdem möchte er dem Rat die Schwerpunkte seines Antrags in einer Kurzfassung persönlich bekannt machen. Der TRP Verkehr ist ein integrierender Bestandteil der vorliegenden Synopse. Deshalb stellt er den Antrag, auf die Artikel im TRP, welche den öffentlichen Verkehr und den Individualverkehr betreffen, zurückzukommen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um den Artikel V 1.1 (S. 65 der Synopse). Die Kongruenz ist gegeben, da der TRP Verkehr ein Bestandteil dieses Raumplanungsgesetzes ist. Im Wesentlichen geht es darum, dass alle Menschen bezüglich der verschiedenen Lebensformen auch beim Verkehr gleich behandelt werden. Sei dies beim öffentlichen Verkehr oder beim Individualverkehr. Gemäss Verfassung des Kantons Zug Art 18 haben sich die gewählten Behörden, also alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte, mit Eid oder Gelöbnis auf die Verfassung und die Gesetze verpflichtet. Der Votant bezweckt mit seinem Antrag, dass bei dieser gesetzlichen Grundlage die geltenden übergeordneten gesetzlichen Grundlagen, z.B. die neue Bundesverfassung vom 18.

Dezember 1998, berücksichtigt werden. Und dass, in Anbetracht der Sparmassnahmen, bei allen Ausgaben die Kosten hinterfragt werden. In Art. 8 der Bundesverfassung ist zu lesen: «Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht (…) wegen der sozialen Stellung, der Lebensform usw..» Aus diesem Grund sind die Benützer des öffentlichen und des Individualverkehrs gleichzustellen. Es ist keine sachliche Rechtfertigung für eine Ungleichbehandlung vorhanden. Daraus folgt die Formulierung von René Bär:
Der Kanton Zug plant den öffentlichen Verkehr, den Langsamverkehr und den motorisierten Individualverkehr nachfrageorientiert. Die Verkehrsarten sind gleichberechtigte Partner. Es wird darauf geachtet, dass die gesetzlichen Vorgaben gemäss der kantonalen Gesetzgebung sowie der bilateralen Verträge (Bundesrecht) eingehalten werden. Dabei stimmt der Kanton die verschiedenen Projekte zeitlich und finanziell aufeinander ab.
Den Passus *Es wird darauf geachtet, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden* hat der Votant bewusst gewählt, damit später nicht wieder geltende (neuere) gesetzliche Vorgaben unbeachtet bleiben. Da in diesem Fall keine sachliche Rechtfertigung für eine Ungleichbehandlung vorhanden ist und vorher diese Problematik nicht angesprochen wurde, bittet er den Rat, seinem Rückkommensantrag und dem Versprechen bezüglich Einhaltung der Verfassung und der Gesetze zu entsprechen. Er weiss, dass der Diskriminierungsartikel primär personenbezogen Anwendung findet. Er ist kein Jurist und kennt keine bessere Erklärung für das Anliegen der Kontrahenten für oder gegen den Individualverkehr. Stehen doch bei den Befürwortern bzw. Gegnern des Individualverkehrs nicht selten die soziale Stellung der Personen und/-oder die Lebensform der einzelnen Personen im Vordergrund. Der Diskriminierungsartikel lautet: «Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen (unter anderem) der sozialen Stellung, der Lebensform usw..»Anderseits scheint ihm wichtig, dass beide Verkehrsarten nachfrageorientiert behandelt werden. Das heisst, dass bei beiden Verkehrsarten, in Anbetracht der Sparmassnahmen, die Kosten und die Notwendigkeit des Vorhabens vor der Bestellung abgeklärt werden. Angebotsorientiert heisst: Es wird etwas zum Kauf angeboten, ohne dass die Frage des Bedarfs abgeklärt werden muss. (Diese Zeit ist heute vorbei!)
In der Abstimmungsunterlage vom 8. Februar 2004 bezüglich Verkehr ist zu lesen: Die Bundesversammlung schlägt vor, die Bundesverfassung wie folgt zu ändern: «Art 81 Abs. 2, er (der Bund) setzt sich für die angemessene Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastrukturen ein. Er fördert im Rahmen seiner Zuständigkeit den Ausbau und den baulichen Unterhalt der Infrastrukturen für den Strassen- und Eisenbahnverkehr und trägt zur Beseitigung der Kapazitätsengpässe bei.» In dem vom Bund veröffentlichten Forschungsbericht Nachhaltiger Verkehr (Bereich/Thema 11) für den Zeitraum 2004 bis 2007 (Definitive Fassung März 2003), S. 23, ist zu lesen: «Der Strassenverkehr umfasst auch den strassengebundenen öffentlichen Verkehr sowie den Langsamverkehr (Fuss- und Veloverkehr).» Aus den Unterlagen des Bundes geht hervor, dass der Bund alle Verkehrsteilnehmer gleichwertig behandeln will. Wenn wir das heute nicht tun, werden wir uns in zwei bis drei Jahren neu damit befassen müssen. – Auch René Bär appelliert an die Rechtsgleichheit, sowohl in personenbezogener wie auch sachbezogener Sicht. Er bittet den Rat deshalb, seinen Antrag zu genehmigen und Rückkommen zu beschliessen; nur damit kann die Angelegenheit genau abgeklärt werden.

Der **Vorsitzende** gibt dem Rat die Spielregeln für das Rückkommen bekannt. Zuerst wird mit einfachem Mehr darüber abgestimmt, ob wir überhaupt rückkommen wollen. Erst nachher wird über den Inhalt diskutiert. Zum Rückkommen selbst spricht nur der Antragssteller und der Kommissionspräsident.

Louis **Suter** möchte die Ablehnung der Kommission, die mit Ausnahme des Antragstellers einhellig ist, kurz begründen. Der TRP Verkehr ist erst am 3. Juli 2002 vom Kantonsrat beschlossen worden. Sowohl die RPK – der auch René Bär angehört – als auch der Kantonsrat haben sich bei der Beratung des TRP Verkehr intensiv mit dem Planungsgrundsatz V 1.1 befasst. Da es seither keine relevanten Gründe für eine erhebliche Änderung gibt, hat die RPK für die Revision des kantonalen Richtplans den Antrag gestellt, auf Grund der Art. 1 und 3 sowie 7 ff. RPG die kürzlich beschlossenen Teilrichtpläne Verkehr und Abfallanlagen nicht wieder vollumfänglich, sondern nur im Rahmen der vorgenommenen kleinen Änderungen zu beraten. Danach sind Anpassungen nur möglich, wenn sich die Verhältnisse geändert haben, wenn neue Aufgaben anstehen oder eine gesamthaft bessere Lösung möglich ist. Diesem Antrag hat der Kantonsrat am 17. Dezember 2003 praktisch ohne Gegenstimme zugestimmt. Sind nämlich die räumlichen Verhältnisse des Kantons abgeklärt, die Verhältnisse und der restliche Rahmen unverändert, ist keine Änderung des Richtplans möglich. In diesem Sinne müssen Richtpläne beständig sein und die nötige mittel- und langfristige Rechtssicherheit muss gewährleistet sein. Die drei Gründe, die René Bär für ein Rückkommen aufführt, vermögen weder den Votanten noch die Kommission zu überzeugen. Und zwar aus folgenden Gründen:
1. Er verweist auf die Vernehmlassung der Baudirektion bezüglich Verordnungsentwurf betreffend Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr und die ihm zugrunde liegenden Rechtsgrundlagen. Er habe sich erst auf Grund dieser Vernehmlassung mit den gesetzlichen Grundlagen befasst, die diesem Verordnungsentwurf zugrunde liegen. Diese gesetzliche Bestimmung – Art. 12 Abs. 2 Bst. a des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz – wird morgen im Rahmen der Motion der FDP-Fraktion, die sofort behandelt werden soll – eingehend beraten. Diese ist seit dem 29. Januar 1998 in Kraft, publiziert und in die Gesetzessammlung aufgenommen. Diese gesetzliche Bestimmung ist somit nichts Neues und war zum Zeitpunkt der Beratung des TRP Verkehr vom Juli 2002 schon lange bekannt. Wo liegen denn hier die geänderten Umstände vor?
2. René Bär weist in seiner Begründung darauf hin, dass seit der Einführung des EG USG vom 1. Januar 1998 kein Nachholbedarf an Leistung des öffentlichen Verkehrs mehr besteht. Diese Aussage stimmt nicht. Für die Bewältigung der Probleme beim Agglomerationsverkehr sind wir dringend auf den Ausbau des ÖV angewiesen, auch um die Bedingungen des Wirtschaftsstandorts Zug zu verbessern. Abgesehen davon hat sich auch hier seit dem Zeitpunkt des Erlasses des TRP Verkehr am 3. Juli 2002 nichts verändert, so dass keine neuen Verhältnisse vorliegen.
3. Die rechtsgleiche Behandlung und das Diskriminierungsverbot waren bereits in der alten Bundesverfassung vorhanden und nicht erst in der geltenden neuen. Wir haben es somit auch hier nicht mit neuen Verhältnissen zu tun.
Übrigens spricht René Bär nur von der Rechtsgleichheit der Strasse. Beim ÖV kennen wir den Bus, die Bahn, wir haben es auch hier mit verschiedenen Verkehrsmitteln zu tun. – Fazit: Es liegt bei keinem einzigen Punkt eine Änderung der Verhältnisse seit dem 3. Juli 2002 vor, weshalb wegen des Grundsatzes der Planbeständigkeit

kein Rückkommen möglich ist. Der Kommissionspräsident möchte den Rat deshalb bitten, diesen Antrag abzuweisen.

➔ Der Rückkommensantrag von René Bär wird mit 68 : 1 Stimmen abgelehnt.

Louis **Suter** möchte im Auftrag der RPK einen weiteren Rückkommensantrag stellen. Er betrifft S. 23 der Synopse, das Bild unten links. Wir haben das letzte Mal beschlossen, die Siedlungsbegrenzungslinie auf dem Weg festzulegen. Und zwar war das ein Antrag. Die Gemeinde Risch hat nun an die Kommission einen Rückkommensantrag gestellt, den wir heute Morgen diskutiert haben. Wir möchten Ihnen Folgendes beliebt machen: Wir möchten die alte Fassung, wie ihn die Regierung vorgeschlagen hat, belassen, und zwar aus folgenden Gründen: Entgegen gewissen Aussagen haben wir festgestellt, dass das Haus bei der Strasse bereits eingezont ist (siehe Beilage). Es ist der Wunsch der Gemeinde Risch, hier ihre Autonomie spielen zu lassen. Und es macht keinen Sinn, hier eine gestrichelte Linie zu haben. Wir sollten hier auch optisch eine saubere Lösung haben. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, hier Rückkommen zu beschliessen. Die Kommission hat das mit 7 : 2 Stimmen so beschlossen.

Franz **Zoppi** möchte zu Beginn den Kommissionspräsidenten etwas korrigieren. Er bittet, Siedlungsbegrenzungslinie und Bauzone ganz klar auseinander zu halten. Auf der Beilage ist ersichtlich, dass es zwei Varianten sind. Es geht uns darum, die Siedlungsbegrenzungslinie zurück zu ziehen. Das ist eigentlich der Wunsch der Bevölkerung, denn die Grenze war schon immer auf dem Flurweg. Und es geht darum, an diesem Flurweg festzuhalten. Bitte stellen Sie heute das überaus deutliche Resultat vom 17. Dezember 2003 nicht wieder in Frage. Es geht nicht darum, partout die Meinung der Gemeinderäte zu übernehmen, sondern möglichst eine einheitliche Lösung für den ganzen Kanton Zug zu finden. Und nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Gesamtbevölkerung, die in den nächsten zwei Jahren generell zur Ortsplanung Stellung nehmen kann. Bitte lehnen Sie den Rückweisungsantrag ab.

Louis **Suter** möchte ergänzen, dass der Gemeinderat Risch gar keine Möglichkeit hatte, sich zum letztes Mal beschlossenen Änderungsantrag vorgängig zu äussern. Dieser hat das in seinem Gesuch speziell betont. – Wir müssen auch Wissen, dass die Zonenplanung Sache der Gemeinde ist.

Franz **Zoppi** glaubt, es sein eine Frage der Informationspolitik. Wir Kantonsräte der Gemeinde Risch wurden per Schreiben auf die Wünsche der Gemeinde hingewiesen. Dieser Punkt wurde aber nirgends erwähnt.

➔ Das Rückkommen wird mit 36 : 28 Stimmen abgelehnt.

Louis **Suter** möchte einen Ordnungsantrag anbringen und kurz auf das Thema Buonas zurückkommen. Wir haben in der Kommission gesehen, dass die Linienführung nicht ganz klar war das letzte Mal. Gemäss Protokoll war die Meinung, die Grenze gehe direkt hinauf auf den Feldweg. Das stimmt nicht (siehe Beilage). Das Gebiet ist bereits eingezont. Und wenn wir das hinaufziehen, zonen wir das bestehende Haus automatisch aus. Denn wir können nicht ausserhalb einer festen Siedlungsbegrenzungslinie eine Parzelle haben. Unklare Begrenzungslinien sind Futter für Rechtsanwälte. Deshalb der Antrag, das vorige Traktandum richtig fertig zu diskutieren.

Franz **Zoppi** hält fest, dass es nur darum geht, einem juristischen Streit auszuweichen. Wir haben die Problematik bereits am 17. Dezember intern erkannt. Es ist kein Problem, da diese Siedlungsbegrenzungslinie nie bestanden hat. D.h. mit anderen Worten, dass die Parzelle 947 innerhalb der Siedlungsbegrenzungslinie ist. Es war keine Absicht, hier im Kantonsrat irgend einen juristischen Streit zu entfachen. Daher besteht null Problem. Der Kommissionspräsident hat gesagt, dass man das falsch interpretieren *könnte*. Dem ist nicht so. Und wir haben ja akzeptiert, dass diese Parzelle innerhalb der Siedlungsbegrenzungslinie ist.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass es im Protokoll vom 17. Dezember heisst, dass die Siedlungsbegrenzungslinie auf dem Feldweg verläuft. Und somit müsste er diese Parzelle auszonen. Es geht hier lediglich um eine Protokollkorrektur, dass die Siedlungsbegrenzungslinie um diese Parzelle herum verläuft.

Alois **Gössi** stellt im Namen der SP-Fraktion einen Rückkommensantrag zur S. 22, obere Hälfte. Es geht uns um den rot markierten Kreis links oben, um den Hof Blaser. Soll ein dicker Strich in die Landschaft gezogen werden oder eine gestrichelte Siedlungsbegrenzungslinie und damit eine mögliche Interpretationsmöglichkeit von ein bis zwei Bautiefen? Bei der Abstimmung gab es ein Patt. Erst der Stichentscheid des Kantonsratspräsidenten ergab die Entscheidung, dass wir keinen dicken Strich wollen. Wir von der SP möchten einen klaren Entscheid und keinen Stichentscheid. Deshalb dieser Rückkommensantrag. Materiell spricht aus unserer Sicht gar nichts dafür, hier gestrichelte Linien einzuführen. Wir haben mit der bestehenden Strasse jetzt schon eine klare Siedlungsbegrenzungslinie in Richtung Westen. Wollen wir diese jetzt hier weiter aufweichen? Wollen wir auf der anderen Strassenseite, quasi eingeklemmt zwischen Strasse und Lorze, zusätzliche Bauten ermöglichen? Louis Suter hat an der letzten Sitzung gesagt: «Unsere Kommission hat die Idee, das Ganze in einer schön gezogenen leichten Kurve hinunter zu ziehen, damit wir einen sauberen Abschluss haben.» Mit der gestrichelten Linie stimmt das überhaupt nicht. Beim Hof Blaser widersprechen gestrichelte Siedlungsbegrenzungslinien dem klar. Es gäbe die Möglichkeit für neue Ausbuchtungen oder Inseln. Wir möchten deshalb, falls der Rückkommensantrag gut geheissen wird, dass der ursprüngliche Antrag der Regierung zum Zug kommt: Ein dicker Strich im Bereich von Hof Blaser. Bei der damaligen Diskussion war dies auch die Haltung der FDP-Fraktion, wie dies Andrea Hodel ausführte. Zusätzlich war das auch der Antrag von SP und AF. Für die Unterstützung danken wir.

Louis **Suter** beantragt im Namen der Kommission, auf diesen Rückkommensantrag nicht einzutreten, und zwar aus folgenden Gründen: Es ist im Sinne der Rechtsgleichheit zwischen allen beschlossenen Anträgen nicht einzusehen, weshalb wir darauf zurückkommen sollten. Das Ganze wurde angenommen. Wir haben das damals begründet. Es ist vor allem im Zusammenhang mit dem Neuhof zu sehen, der Gleichbehandlung beider Parzellen. Der Kommissionspräsident möchte den Rat bitten, nicht auf den Rückkommensantrag einzutreten. Die alten Argumente gelten nach wie vor.

➔ Der Rat lehnt den Rückkommensantrag mit 48 : 13 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nun die Detailberatung zum Kantonsratsbeschluss betreffen den kantonalen Richtplan (Vorlage Nr. 1144.2 – 11227) vorgenommen wird.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Die Vorlage wird in der *Schlussabstimmung* mit allen Teilelementen (Richtplantext, Richtplankarte) mit 55 : 13 Stimmen angenommen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, folgende Motionen als erledigt abzuschreiben:

– Motion Toni Gügler sel. betreffend kantonales Renaturierungsprogramm für Fliessgewässer (Vorlage Nr. 7412).

– Motion Karl Rust betreffend raumwirksame Massnahmen und Ergänzungen des Siedlungsgebiets der S-Bahn/Stadtbahn Zug 1. Etappe (Vorlage Nr. 797.1 – 10229).

➔ Der Rat ist einverstanden.

➔ Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

24. SITZUNG: MITTWOCH, 28. JANUAR 2004
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.00 – 16.20 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

314 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 70 Mitgliedern.

Abwesend sind: Rudolf Balsiger, Othmar Birri, Andrea Hodel, Dolfi Müller und Regula Töndury, alle Zug; Markus Bucher, Unterägeri; Karl Betschart, Andreas Hotz und Malaika Hug, alle Baar; Georg Helfenstein, Cham.

315 ÄNDERUNG DER GESCHÄFTSORDNUNG DES KANTONSRATS AUFGRUND HÄNGIGER PARLAMENTARISCHER VORSTÖSSE NACH DER ABLEHNUNG DES KANTONSRATSGESETZES (KRG) AM 28. JUNI 2001 (KLEINE PARLAMENTSREFORM)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1108.1/.2 – 11127/28) und der Kommission (Nrn. 1108.3/.4 – 11304/09).

Kommissionspräsident Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass das Kantonsratsgesetz – unsere geltende Geschäftsordnung – aus dem Jahre 1932 datiert, also über 70 Jahre alt ist. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass 1999, als mit einer Motion eine stärkere Aufsichtsfunktion der Verwaltung durch das Parlament gefordert und erheblich erklärt worden ist, man sich für das Vorhaben einer totalen Revision dieses Kantonsratsgesetzes entschied und dann ein erheblicher Arbeitsaufwand geleistet worden ist, um eine komplett neue Geschäftsordnung zu erarbeiten. Bekanntlich endete dieses Vorhaben mit einem Fiasko, am 28. Juni 2001 lehnte der Kantonsrat

das durchberatene Gesetz in der Schlussabstimmung ab. Im Anschluss an diese Ablehnung sind aber nicht alle dazu hängigen Motionen abgeschrieben worden, und es sind zum Thema Offenlegung der Interessenbindungen wieder Motionen eingereicht worden, welche eine Regelung forderten. In der Vorlage «Kleine Parlamentreform» hat der Regierungsrat das Thema der noch pendenten Vorstösse und einige weitere Revisionsanliegen zusammengefasst und schlägt vor, diese in die bestehende Geschäftsordnung zu integrieren. Die weitere Revisionsanliegen sind die Einführung einer Konkordatskommission und die eher formalen Fragen der externen Vergabe des Protokolls und des Beizugs von Sachverständigen in Kommissionen.
Die Kommission stimmte Eintreten auf diese Vorlage. Sie diskutierte allerdings vorgängig noch die Frage, ob es nicht besser sei, statt nun die bestehenden Geschäftsordnung zu flicken, doch die grosse Parlamentsreform noch einmal aufzurollen und zu versuchen, diese durchzubringen. Diese Idee lehnte die Kommission grossmehrheitlich ab. – Einziges wirklich umstrittenes Thema war die Frage der Offenlegung der Interessenbindungen. Für jene, die überhaupt eine solche Bestimmung wollten, standen sich wie schon in der Beratung der neuen GO die sogenannte Registerlösung (schriftlicher Eintrag in ein für jedermann einsehbares, von der Verwaltung geführtes Register) und die sogenannte St. Galler-Lösung (mündliche, situative Offenlegung bei Wortmeldungen im Rat und in Kommissionen) gegenüber. Wie Sie feststellen, ist nun die Kommission nicht dem Vorschlag des Regierungsrats, der Lösung mit einem Register gefolgt, sondern entschied sich mit 7 : 6 Stimmen für das sogenannte St. Galler-Modell. Als die Kommission dies beschloss, war offenbar noch niemandem bekannt, dass im Kanton St. Gallen im vorletzten Herbst die Führung eines Registers, im Prinzip die Bundeslösung genau so wie es der RR uns vorschlägt, beschlossen, und auf Anfang des Jahres 2003 in Kraft gesetzt worden ist. Dies zusätzlich zur bisherigen Regelung der mündlichen situativen Erklärungen. Es scheint also, dass dem Kanton St. Gallen die bisherige Lösung nicht genügt hat. Der Votant verzichtet, sich weiter zu diesem Thema zu äussern. Sie werden bestimmt noch einiges dazu zu hören.
Nebst den Themen dieser Vorlage wurden noch andere Fragen aufgeworfen, welche die GO betreffen. So informierte uns der Sicherheitsdirektor, dass der Regierungsrat beabsichtige, Änderungen der Anzahl Mitglieder der ständigen Kommissionen zur Diskussion zu stellen. Auch hat das Kommissionsmitglied Beat Villiger mittlerweile eine Motion eingereicht zum Thema Fristen bei Vorstössen. Die Kommission verzichtete bewusst, noch hängige weitere Probleme zu behandeln. Sie war der Meinung, diese Kleine Parlamentsreform solle nun einmal vom Rat beschlossen werden. Dann erst könne man daran gehen, in einem weiteren Schritt weitere Revisionsanliegen zu diskutieren. – Die Kommission beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der von ihr abgeänderten Fassung zuzustimmen.

Beat **Villiger** hält fest, dass die CVP-Fraktion für Eintreten und Zustimmung im Sinne der Anträge der Kommissionsmehrheit ist. Er wird sich nicht zu den unbestrittenen Punkten äussern, den Beizug von Sachverständigen oder die Festsetzung von Fristen für die Beantwortung von Vorstössen. Bei der Konkordatskommission unter § 19 wird dann die CVP in der Detailberatung noch einen Änderungsantrag einbringen, der die Aufgaben der Kommission noch genauer fassen soll. Der Votant möchte ausführlicher auf die Entstehungsgeschichte dieser Vorlage und auf das Thema der Interessenoffenlegung eingehen. Wir haben es ja hier mit eigentlichen Restposten aus

der Parlamentsreform zu tun, welche Schiffbruch erlitten hat. Der Auftrag an den Regierungsrat lautete ja, das Unbestrittene oder nicht Abgeschriebene – quasi die an Land gespülten Trümmer – nochmals zusammen zu nehmen, um zu schauen, ob daraus noch etwas Gutes zu zimmern sei. Beat Villiger möchte auch nicht alles wiederholen, was er in dieser Sache in einem Leserbrief als Antwort auf einen von Jo Lang geschrieben hat. Aber einige Bemerkungen gilt es dennoch anzubringen.
Beschlossen wurde vom seinerzeitigen Kantonsrat und mitgetragen von der damaligen Regierung das bürgerliche Modell der Offenlegung. Dass dann die Regierung nach den Wahlen gegenüber der Parlamentsreform plötzlich eine andere Meinung in die Vorlage aufnahm und die Registerlösung vorschlug, erstaunt etwas. Die Kommission verwarf dann diese Lösung wieder, obwohl der anwesende Regierungsrat uns zuerst beibringen wollte, er habe ja nur die Bundeslösung vorgeschlagen. Doch diese Bundeslösung wurde in der Vorlage der Regierung noch verschärft. Der Votant deponiert also bereits hier *den Eventualantrag, falls § 5 drin bleibt und wir mit dem bürgerlichen Modell unterliegen, dass wir dann den Text der Kommissionsmehrheit aufnehmen*. Die CVP hält nach wie vor daran fest, das frühere St. Galler-Modell oder eben das bürgerliche Zuger Modell, wie es im früheren Rat von der CVP, der SVP und Teilen der FDP mitgetragen wurde, als das bessere anzusehen. Wie man es nennt, ist völlig egal. Wichtig ist, was es leistet. Es leistet direkte Transparenz, wo sie zur Debatte steht, statt das ganze in die Verwaltung zu delegieren und dort Register zu haben, die kaum von jemandem eingesehen werden, höchstens dem Gwunder dienen. Zudem erlaubt diese Lösung verschiedenen Berufsgruppen – z.B. Rechtsanwälten – die Grenzen zum Berufsgeheimnis zu wahren. Und auch Dritte werden nach unserem Offenlegungsmodell einbezogen. Unser Modell setzt also auf Selbstverantwortung. Und dass St. Gallen sein Modell änderte, hat nicht mit Fehlern des Modells an und für sich zu tun, sondern vor allem mit dem Druck der Medien. Geben wir doch den Medien nicht immer nach, die sich gerade auch in unserem Kanton teilweise für die Linken hergaben, nur über den Namen St. Galler-Modell zu witzeln und offenbar nur auf die Etikette, aber nicht auf den Inhalt zu achten. Zum St. Galler-Modell noch eine Klarstellung. Beat Villiger hatte gestern mit der Staatskanzlei St. Gallen ein Telefonat. Und was er im Detail vorher auch nicht wusste, hat er jetzt genau mitbekommen. St. Gallen hat sein Modell entgegen den Berichten im Kanton Zug oder in unserer Kommission nicht abgeschafft, sondern um die Registerlösung ergänzt. Sie haben jetzt also beides, das Offenlegungsprinzip in Kommissionen und im Rat selber. Wenn jemand spricht, muss er seine Interessen darlegen. Und zusätzlich hat der Kanton St. Gallen noch ein Modell nach Bundeslösung. Also die doppelte Version. Das würde aber so oder so zu weit führen. In St. Gallen wurde auch klar gesagt, dass das Register kaum einmal eingesehen werde und man vielmehr Wert auf die Offenlegung bei den debattierten Geschäften lege. Stimmen Sie also der Kommissionsmehrheit in allen Anträgen zu. Ansonsten wäre es besser, man liesse in der Schlussabstimmung diese kleine Reform den Weg gehen, die schon die grosse Reform gegangen ist.

Daniel **Burch** äussert sich zuerst zur Offenlegung der Interessenbindungen. Es ist auch im Kanton Zug an der Zeit, diese in einem Register offen zu legen. Transparenz und offene Information werden in einer Demokratie als Selbstverständlichkeit angesehen. Unter diesem Aspekt regeln die eidgenössischen Räte und verschiedene kantonale Parlamente die Offenlegung der Interessenbindungen der Mitglieder nicht nur

durch die Verpflichtung, ihre Interessenbindung bekannt zu geben, wenn sie sich in der Ratsversammlung zu Themen äussern, die ihre Interessen oder jene Dritter, zu denen sie eine besondere Beziehung haben, berühren. Sie sehen auch die Verpflichtung der Ratsmitglieder vor, berufliche Tätigkeiten und vergleichbare Funktionen, die Interessenbindungen begründen können, in einem öffentlichen Register zu deponieren. Die FDP Fraktion unterstützt deshalb die von der Regierung vorgeschlagene Lösung fast einstimmig. Für die FDP sprechen folgende Tatsachen und Überlegungen für die Registerlösung:

- Auf Bundesebene und in verschiedenen Kantonen wird diese Offenlegung seit Jahren angewendet.
- Interessenvertretung ist Aufgabe jedes Mitgliedes des Parlaments. Im Wahlkampf werden diese Bindungen bei jeder sich bietenden Möglichkeit präsentiert. Weshalb soll man als Gewählter nicht mehr zu seinen Interessen und somit seinen Wählern stehen können?
- Die Interessen werden nicht erst, bzw. nur am Rednerpult vertreten, sondern in jeder einzelnen Abstimmung.
- Die Offenlegung von Interessenbindungen schafft Transparenz und diese ist ein wesentlicher Grundwert der liberalen Gesinnung.
- Glaubwürdigkeit und Transparenz werden mit einem öffentlich zugänglichen Register nur gefördert. Nur eine Registerlösung schafft das nötige Vertrauen.
- Es ist Ehrensache, zu seinen Interessenbindungen zu stehen und diese zu deklarieren.
- Die Registerlösung ist einfach und kostengünstig zu realisieren, und behandelt alle Ratsmitglieder gleich. Es ist sicherlich jedem Kantonsrat und jeder Kantonsrätin zuzumuten, bei Amtsantritt seine Interessenbindungen bekannt zu geben und wesentliche Veränderungen der Staatskanzlei zu melden. Es ist nicht Aufgabe der Kanzlei, die gemachten Angaben zu prüfen.
- Der Kanton St. Gallen hat neu auch die Registerlösung eingeführt. Bisher hatten Mitglieder des Grossrats ihre Interessenbindungen nur bekannt zu geben, bevor sie sich zu Geschäften äusserten. Diese Lösung genügte dem St. Galler Grossrat nicht mehr.

Die FDP Fraktion unterstützt daher die Gesetzesvorlage im Sinne des Regierungsrats.

Zur Konkordatskommission. Dem neuen Paragraphen der Geschäftsordnung des Kantonsrats betreffend Konkordatskommission stimmen wir einstimmig zu. Es macht Sinn, dass die Regierung bei Konkordatsfragen einen ständigen Ansprechpartner hat, und dadurch rasch reagieren kann. Mit der vorgeschlagenen Lösung erhält der Kantonsrat rechtzeitig Kenntnis über allfällige Konkordatsverhandlungen.

Zur Behandlungsfristen von Motionen. Wir teilen die Auffassung der vorberatenden Kommission betreffend dem Anliegen der Motion Häcki. Eine Fristerstreckung um maximal ein Jahr mit der entsprechenden Ausnahmeregelung erachtet die FDP-Fraktion als sinnvoll. Die Argumente sind:

- Innerhalb von zwei Jahren sollte es möglich sein, eine Motion zu erledigen.
- Eine Befristung ist nicht nur eine Disziplinierung der Regierung, sondern auch des Kantonsrats.
- Lange Zeit blieben zahlreiche Vorstösse einfach pendent. Auch wir wünschen deshalb, dass der Regierung engere Grenzen gesetzt werden sollen.
- Bei Vorliegen von ausserordentlich wichtigen Gründen kann die bereits auf ein Jahr beschränkte Frist auf Grund eines Zwischenberichts der Regierung oder

einer Kommission auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Termin erstreckt werden. Einzig äussere Umstände wie Bundesgesetzgebung, Bundesbewilligungen, Bundesgerichtsentscheide, internationales Recht, hängige Initiativen etc. sollen eine Verzögerung bewirken können.

Zusammenfassung: Auf die Vorlage ist einzutreten. – Dem Vorschlag der Regierung zu §5ter ,«Offenlegung der Interessenbindung», ist zuzustimmen. Die Offenlegung der Interessenbindungen soll auch in einem öffentlich zugängigen Register erfolgen. – Bezüglich Konkordatskommission und Behandlungsfristen von Motionen ist den Kommissionsanträgen zu folgen.

Heidi **Robadey** hält fest, dass dieses Votum seinerzeit von alt Kantonsrat Hans Durrer vorbereitet wurde, da dieses Traktandum noch im letzten Jahr vorgesehen war. Die SVP-Fraktion hat einstimmig beschlossen, auf die kleine Parlamentsreform einzutreten und ihr mit den Äderungsanträgen der vorberatenden Kommission zuzustimmen. Die Vorschrift über die Offenlegung von Interessenbindungen, welche die Regierung unter § 5 der kleinen Parlamentsreform zur Annahme empfiehlt, lehnen wir ab, wie es bereits die vorberatende Kommission getan hat. Unserer Ansicht nach verstösst diese auch gegen die ZGB-Bestimmung Artikel 27 ff. betreffend Schutz der Persönlichkeit. Die öffentlichen Interessen überwiegen hier die privaten Interessen nicht. Die Offenlegung der Interessenbindungen der Kantonsräte, wie sie uns der Regierungsrat schmackhaft machen will, ist unserer Meinung nach rechtlich gar nicht möglich. Ronald Reagan, alt Präsident der Vereinigten Staaten, pflegte zu sagen: «Die guten Leute arbeiten nicht für den Staat, die Wirtschaft nimmt sie mir weg.» Wir von der SVP-Fraktion teilen diese Ansicht und verstehen nicht, weshalb der Regierungsrat den guten Leuten aus Wirtschaft, Gewerbe usw., welche sich für die Übernahme von Kantonsratsmandaten zur Verfügung stellen, die Freude daran mit diesem unnötigen Artikel zum Vornherein verderben will. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum Mandate, die vielleicht auch in 20 Jahren Kantonsratstätigkeit nie in Konflikt mit Vorlagen kommen, offen zu legen sind. Aus diesen Gründen unterstützen wir den Kommissionsvorschlag, welcher fallweise eine Offenlegung verlangt. Die SVP-Fraktion empfiehlt Eintreten auf die Vorlage und unterstützt den Antrag der Kommission.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion klar für Eintreten ist. Wir sind auch für das Vorgehen, die Parlamentsreform in kleinen Schritten anzugehen. Die grosse Reform ist offenbar ein zu mächtiger Brocken, weil die Meinungen zu weit auseinander liegen. – Zur Offenlegung der Interessenbindungen. Wir alle vertreten hier verschiedene Interessen in diesem Parlament. Und das ist auch gut und richtig so. Es ist schliesslich in einem Milizparlament gar nicht anders möglich. Es ist aber ganz wichtig, dass wir die Interessen transparent machen. Das ist für die Votantin der springende Punkt. Wir selber und vor allem die Bevölkerung sollen nachvollziehen können, wer wo involviert ist. Das Ansehen der Politik in der Bevölkerung nimmt ab. Wir alle müssen das leider zur Kenntnis nehmen. Käty Hofer bedauert dies sehr. Sie betreibt die Politik mit Herzblut und ist sicher, alle von Ihnen auch. Mit der kleinen Parlamentsreform, wie sie die Regierung vorlegt, können wir diesem Trend entgegenwirken. Die Kommission schlägt uns das sogenannte St. Galler-Modell vor. Wir haben schon davon gehört. Aber wollen wir denn wirklich ein Modell übernehmen,

das im Kanton St. Gallen nicht mehr angewendet wird? Offenbar hat es sich dort nicht bewährt. Und wollen wir denn auch die doppelte Lösung, wie sie es in St. Gallen haben? Die Votantin kann sich das so nicht vorstellen. Kann jede/jeder von Ihnen garantieren, dass Sie sich vor jedem Votum überlegen, ob und welche Interessen Sie jetzt offen legen sollen? Käty Hofer kann nicht garantieren, dass sie nichts vergisst. Man muss sich jedes Mal überlegen, welche Interessen jetzt tangiert sein könnten. Und wo bleibt die Offenheit gegenüber der Bevölkerung? Hat da jemand Angst vor den nächsten Wahlen?
Zum Persönlichkeitsschutz, den Heidi Robadey angesprochen hat. Wenn jemand nicht mehr zu seinen Tätigkeiten in Führungs- und Aufsichtsgremien stehen kann, Leitungs- und Beratungsfunktionen nicht mehr offen legen kann, fragt es sich wirklich, ob er/sie im Kantonsrat am richtigen Platz ist. Für die Votantin hat das mit Persönlichkeitsschutz gar nichts zu tun. Mit der Offenlegung gemäss St. Galler-Modell schaffen wir Unsicherheit, Wischiwaschi, aber sicher keine Transparenz. Ein Register hat sich auf Bundesebene bewährt. Dieser Entscheid ist keine Frage, ob wir jetzt links oder rechts stehen, bürgerlich oder alternativ sind. Es ist schlicht eine Frage der Vernunft. Ein Register ist transparent, effizient, einfach und vor allem ehrlich. Und das brauchen wir. Käty Hofer bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

Josef **Lang** weist darauf hin, dass es in der kleinen Parlamentsreform um fünf Änderungen geht, drei kleine und zwei grosse. Da alle Änderungen wichtig sind, ist für die AF Eintreten unbestritten. Wir unterstützen die Kommissionsanträge betreffend Vergabe des Protokolls, Beizug von externen Sachverständigen sowie Fristerstreckung.
– Die Schaffung einer Konkordatskommission wurde im Januar 2001 mit 61 : 6 Stimmen beschlossen. Bereits die ursprüngliche Motion für die Demokratisierung der Konkordate hatte 45 Unterschriften. Weil die grosse Parlamentsreform scheiterte, war auch einer der Schlüsselpunkte, und zwar der am wenigsten umstrittene, aufgehoben. Jetzt geht es darum, den Kantonsratsentscheid von 2001 zu bekräftigen. Die Deutlichkeit des damaligen Beschlusses war eine Antwort auf die schleichende Entmachtung des Parlaments. Die Kantonsregierungen schliessen immer mehr Konkordate ab. Solange diese Exekutiv-Fragen betreffen, stellt sich kein Demokratieproblem. Immer mehr Konkordate betreffen jedoch Fragen, die eigentlich in die Kompetenz der Parlamente fallen. Aber wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben während des ganzen Prozesses nichts zu sagen. Wir können am Schluss bloss zum Produkt ja oder nein sagen. Aber das ist in der Regel aus Rücksicht auf die anderen Kantone nicht mehr möglich. Auch wenn der unverändert vorliegende Beschluss des Kantonsrats vom Januar 2001 weniger weit geht, als uns Alternativen lieb ist, bringt er einen wichtigen Fortschritt. Und unser Kanton kann – mindestens in der Deutschschweiz – Pionierarbeit leisten.
Die wichtigste und dringendste Reform, um die es heute geht, ist die Offenlegung der Interessenbindungen. Das heisst notwendigerweise die Schaffung eines öffentlichen, für alle Bürgerinnen und Bürger einsehbaren Registers. Das ist die Einsicht, zu welcher der St. Galler Grossrat einmütig gekommen ist, nachdem das eigene St. Galler-Modell wenig bis nichts gebracht hatte. Der Votant zitiert die offizielle Haltung des Ratsbüros aus dem Amtsblatt des Kantons St. Gallen: «Transparenz und offene Information werden in einer modernen Demokratie als Selbstverständlichkeiten

angesehen. Unter diesem Titel regeln die eidgenössischen Räte und verschiedene kantonale Parlamente die Offenlegung der Interessenbindungen ihrer Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht nur durch die Verpflichtung, ihre Interessenbindungen bekannt zu geben, wenn sie sich in der Ratsversammlung zu Themen äussern, die ihre Interessen oder jene Dritter, zu denen sie eine besondere Beziehung haben, berühren. Sie sehen auch die Verpflichtung der Ratsmitglieder vor, berufliche Tätigkeiten und vergleichbare Funktionen, die Interessenbindungen begründen können, in einem öffentlichen Register zu deponieren.» Das Ratsbüro schlug deshalb die Lösung vor, die sich im Unterschied zum eigenen Modell auf Bundes- und kantonaler Ebene bewährt hat. Der Schlusssatz des praktisch oppositionslos akzeptierten Vorschlags lautet: «Wenn die technischen Voraussetzungen erfüllt sind, kann das Register auch im Internet publiziert werden.»
Die CVP hat ihre Motion für das St. Galler Modell u.a. damit begründet, es habe sich bewährt. Die St. Galler müssten schön blöd sein, sang- und klanglos etwas über den Haufen zu werfen, das sich bewährt hat. Mitte Juli 2001, eine Woche, nachdem die CVP ihre Motion eingereicht hatte, erschien in der Neuen Zuger Zeitung der Leserbrief eines St. Galler Grossrats. Unter anderem schrieb er: «Die heutige St. Galler Pseudoregelung verhindert, dass sich die Öffentlichkeit ein umfassendes Bild machen kann, in welchem Interessennetzwerk sich die von ihr gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier bewegen.» Dieser St. Galler Grossrat hat in diesem Leserbrief auch angekündigt, dass er einen Vorstoss machen werde. Dieser machte er dann – mit Dutzenden von Unterschriften – und Sie wissen, dass er erfolgreich war. In St. Gallen wird zwar das alte Muster formell beibehalten, aber faktisch wurde es abgeschafft, weil es praktisch nicht funktionierte. Der Votant hat da verschiedene Quellen, nicht nur jene, die Beat Villiger erwähnte. Wenn jetzt der Kanton Zug ein Modell einführt, dass ein anderer Kanton nach praktischer Prüfung über den Haufen warf, betreiben wir Eulenspiegelei und machen etwas, das nicht gut ist für den Ruf unseres Kantons.
Beat Villiger hat in seinem Votum ein Wort wiederholt, das wie ein Mantra tönte, und das wir eigentlich von einer anderen Partei kennen: Bürgerlich. Es ist eine absolute Willkür, das St. Galler-Modell bürgerlich und indirekt jenes, das der Nationalrat und fast alle Kantone haben und jetzt auch St. Gallen übernommen hat, unbürgerlich oder sogar antibürgerlich zu nennen. Haben wir einen Nationalrat, der nicht bürgerlich ist? Bei der SVP nickt man. Ist Herr Schlüer nicht bürgerlich? Er war sehr aktiv für die Registerlösung. Gibt es irgend einen Kanton, der die Registerlösung hat und nicht bürgerlich ist? Josef Lang kennt keinen. Ist der Kanton Graubünden noch unbürgerlicher geworden, weil er das Register sogar noch ins Internet hängte? Ist die CVP Kanton Zug am Schluss die einzige bürgerliche Partei in der ganzen Schweiz? Dem Votanten wurde heute gesagt, man könnte ihm den Titel wider den tierischen Ernst verleihen. Aber jetzt ist es ihm sehr ernst, nicht tierisch, sondern politisch ernst. Es ist eine Unernsthaftigkeit, sich nicht für das Register zu entscheiden. Und insofern war Beat Villiger ehrlich. Er hat gesagt: Wenn ihr Euch nicht für das St. Galler-Modell entscheidet, dann entscheidet Euch lieber für gar nichts. Damit hat er gezeigt: Die grosse Distanz ist nicht zwischen dem St. Galler-Modell und dem Fehlen irgend einer Öffentlichkeit, sondern zwischen der Registerlösung und dem St. Galler-Modell, das von der Registerlösung praktisch und faktisch abgelöst wurde.

Konrad **Studerus** meint, dieses Geschäft sei es kaum Wert, dass Jo Lang einen oder zwei Monate länger im Kantonsrat geblieben ist. Es ist relativ unwichtig. Trotzdem ist die gesamt CVP-Fraktion der Meinung, dass wir jetzt dieser Zwängerei endlich einmal ein Ende setzen müssen. Seit vier Jahren wird jetzt gedrückt und gemurkst. Wir haben schon zwei Mal Entscheide gefällt. Immer gegen diese Offenlegung. Und man versucht es immer und immer wieder. Es geht dem Votanten vor allem darum, diese unsinnige Bürokratie einmal zu stoppen. Was wollen wir mit einem Register? Wir haben genügend Register. Es gibt Verzeichnisse der Verwaltungsräte, das Ragionenbuch, man kann ins Internet gehen und einen Namen eingeben und alle kommt drauf. Wir brauchen kein neues Register. – Zur Zwängerei. Dieser Antrag von linker Seite ist etwas anderes als im Jahre 2001 bei der grossen Parlamentsreform. Jener wurde eindeutig abgelehnt mit 52 : 16 Stimmen. Man gab keine Ruhe und kam wieder in der 2. Lesung. Wir hatten am 28. Juni wieder einen – allerdings sehr knappen – Entscheid des Parlaments, wieder gegen diese Registerlösung. Man hat nachher nochmals probiert, das zu ändern, indem man sagte, es habe jemand gefehlt und man müsse die Abstimmung wiederholen. Man hat alle Wege probiert. Und schlussendlich ist die grosse Parlamentsreform durchgefallen und man hat dummerweise diese Geschichte nicht abgeschrieben. Und jetzt kommt man wieder. Jetzt muss der Votant der Regierung den grossen Vorwurf machen: Er findet es ungehörig, dass die Regierung nach dem zweimaligen Entscheid des Parlaments gegen die Registerlösung wieder damit kommt. Das gehört sich nicht, mindestens hätte man diesen Punkt offen lassen können. Da muss man jetzt einfach mal dagegen antreten und nein sagen.
Dieser Antrag ist einseitig und selektiv. Er ist unvollständig und oberflächlich. Er ist einseitig, weit er insbesondere den beruflichen Hintergrund und die Tätigkeiten mit wirtschaftlicher und politischer Zielsetzung anvisiert. Die viel bedeutenderen privaten Kontakte, Vereinszugehörigkeiten, Freundschaften, Partnerschafen oder Verwandtschaften, also jenes Feld, wo am ehesten das gedeiht, was man negativ als Filz und positiv als gute Beziehungen bezeichnen könnte, werden von der Offenlegungspflicht nicht erfasst. Dort haben wir viel, nicht bei den Berufen und so, wo man ja von jedem weiss, was er macht. Der Antrag ist aber auch unvollständig, weil er selektiv nur die Gegenwart anvisiert und die Vergangenheit eines Mandatsträgers willkürlich und verschämt ausklammert. Die allfällige strafrechtliche Vergangenheit eines Mandatsträgers oder die politische Vergangenheit in extremistischen Organisationen links oder recht wird nicht erfasst. Das wäre wohl von viel grösserem öffentlichem Interesse. Der Antrag ist oberflächlich, weil er sich nicht um die Frage der Sanktionen bei Nichteinhalten der Offenlegungspflicht kümmert. Diese würde übrigens zum falschen Zeitpunkt, nämlich zu spät, ansetzen. Wenn schon müsste die Offenlegung von jedem Kandidaten vor den Wahlen verlangt werden. Dort müsste man allenfalls wissen, wo jemand noch verhängt ist.
Noch kurz etwas zum so schlecht dargestellten St. Galler-Modell. Es ist wirklich wichtig, dass wir das haben. Für unsere Arbeit im Rat ist es doch entscheidend, dass man bei der Behandlung eines konkreten Geschäfts wirklich weiss, wer da vorne spricht und was sein realer Hintergrund in Bezug auf dieses Geschäft ist. Konrad Studerus möchte ein Beispiel erwähnen, das er schon vor drei Jahren gebracht hat. Vor etwa zehn Jahren haben wir uns mit dem Kauf des Gaswerk-Areals befasst. Es ging um 15 Mio. Franken und war etwas umstritten. Und da hat ein Kantonsrat hier sehr gut gesprochen und alle überzeugt, dass man das kaufen soll zu diesem Preis. Was der Mann aber nicht gesagt hat: Dass er Verwaltungsrat der Wasserwerke war.

Und die meisten haben das nicht bemerkt. Da ist es eben wichtig, dass man weiss, wo jemand steht und wo er allenfalls mit einer Firma verbunden ist. Deshalb bringt dieses St. Galler-Modell etwas – oder nennen wir es Zuger Modell. Diese Registerlösung bringt nur mehr Bürokratie. Letztlich geht es bei der Registerlösung um die Befriedigung von voyeuristischen Begehren. Es geht um Neugierbefriedigung, und das brauchen wir nicht. Und Jo Lang: Die St. Galler sind keine dummen Leute – der Votant ist selber St. Galler Bürger. Aber die Zuger sollten noch etwas gescheiter sein als sie. Dann kommt es gut heraus. Folgen Sie der Kommission! Diese Zuger Lösung ist eine gute Sache.

Hans Peter **Schlumpf** weist darauf hin, dass grundsätzlich nicht bestritten wird, dass heute eine geeignete Art von Interessenbindungen von Parlamentsmitgliedern erwartet wird. Natürlich mit Ausnahmen. Unterschiedlich sind aber die Auffassungen darüber, wie dies geschehen soll. Parlamentarier und Parlamentarierinnen sind *immer* Interessenvertreter. Daran ist nichts Anstössiges oder Unrechtes. In einem Parlament sollen gerade die unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen zum Ausdruck kommen. Es ist daher eher merkwürdig, wenn nun allein wegen der Methodik des Vorgehens ein geradezu dogmatischer Glaubensstreit ausgetragen wird, wie man nach einigen Voten und Leserbriefen annehmen könnte. Der Votant versteht auch nicht, warum Beat Villiger bei seinem Modell von einem *bürgerlichen* Modell spricht. Hans Peter Schlumpf sieht darin gerade so wenig oder viel Bürgerliches wie beim anderen Vorschlag. Er ist mit der FDP-Fraktion vor allem für eine einfache, transparente und eben auch praktikable Lösung der Offenlegung. Das vor allem von der CVP vielgerühmte St. Galler-Modell wird inzwischen so nicht einmal mehr in St. Gallen praktiziert, weil es eben nicht praktikabel und auch weitgehend willkürlich ist. Wir leben nicht mehr im 18. Jahrhundert, sondern in einer offenen, transparenten und pluralistischen Gesellschaft. Dieses Rad können auch CVP und SVP mit aller Anstrengung nicht mehr zurückdrehen. Stellen Sie sich einmal vor: Vor jedem Votum an diesem Pult erfolgt das Vorbeten einer Litanei von Interessenbindungen. Ganz so, wie es dem Redner gerade passt oder einfällt. Das ist in höchstem Grad lächerlich und wir sollten besser davon verschont bleiben. Der Votant ist mit seiner Fraktion klar für die Registerlösung. Wenn schon Offenlegung, dann vollständig, einfach und praktikabel. Sie deklarieren einmal im Jahr Ihre relevanten Interessenbindungen im Rahmen der Vorgaben, schriftlich und eindeutig. Damit hat es sich. Wen es interessiert, kann darin Einsicht nehmen. Wen nicht, der kann es lassen. Verschonen Sie bitte unser Parlament vor lächerlichen Ritualen, die vor jedem Votum hier stattfinden, und stimmen Sie für die Registerlösung gemäss dem Antrag der Regierung.

Käty **Hofer** muss doch noch kurz auf Konrad Studerus eingehen. Der Antrag, der jetzt auf dem Tisch liegt, kommt keineswegs von der Linken. Er kommt von der Regierung. Und die ist leider im Kanton Zug noch immer nicht links. Er hat gesagt, man könne sich die Informationen zusammensuchen. Aber zusammensuchen ist genau das Wort: Von hier und von da, und ob man sie dann vollständig hat, ist immer noch nicht sicher. Es ist also kompliziert und unvollständig. Er hat die Nachteile der Registerlösung aufgezeigt. Aber wo sind die Sanktionen? Die hat er angekreidet. Er sagt, die Registerlösung sei oberflächlich. Das St. Galler-Modell ist noch oberflächli-

cher, weil nicht vollständig. Er vermisst die Informationen vor den Wahlen. Bringt denn das St. Galler-Modell die Informationen vor den Wahlen? Die Votantin versteht das alles nicht. Sie ist aus Überzeugung nach wie vor für die Registerlösung.

Leo **Granziol** weist den Vorsitzenden mit einem Zwischenruf vom Platz aus darauf hin, dass hier bereits die Detailberatung stattfindet.

Felix **Häcki** ist an und für sich für die Kleine Parlamentsreform, er ist auch für die Anträge der Kommission. Aber bei der Registerlösung vergessen wir eines gerne. Vorher hat Hans Peter Schlumpf gesagt, es gehe nur um relevante Interessenbindungen. Das stimmt eben nicht. Es werden im Gesetz nicht nur die relevanten verlangt, sondern alle. Auch völlig unrelevante. Und vergessen wir nicht, es gibt Leute, die arbeiten in einem internationalen Umfeld, sind international engagiert und international gefährdet. Und da gibt es z.B. Versicherungen gegen Entführungen. Und wenn so eine Offenlegung gemacht wird, dann vermehrfacht sich die Prämie, die man bezahlt für diese Versicherung. Die Leute werden also nicht mehr wählbar für das Kantonsparlament, weil es schlicht und einfach für die Unternehmen zu teuer wird. Von dem hat heute überhaupt noch niemand gesprochen. Denn das ist eine wunderbare Aufforderung für gewisse Kreise. Da kann man nachschauen, wen man am besten rauspickt. Ist leider auch schon geschehen. Allein in Unternehmen, in denen der Votant arbeitete, sind verschiedene Leute schon entführt worden. Das ist also nicht nur eine theoretische Gefährdung.
Noch schnell zu § 39. Felix Häcki kann sich hier der Kommission anschliessen und der Ergänzung bei den Fristen für die Motionsbearbeitung zustimmen. Er nimmt an, dass auch die Mitmotionäre damit einverstanden sind und der Kommissionslösung zustimmen können. Da muss man über seinen Antrag nicht mehr abstimmen.

Sicherheitsdirektor Hans-Peter **Uster**: Der Regierungsrat hat Ihnen eine Vorlage mit wesentlichen Punkten unterbreitet. Vor allem mit der Konkordatskommission, dann auch mit der Frage des Einsatzes von Sachverständigen, der Fristenfrage – wo wir noch eine kleine Differenz zur Kommission haben –, einem Detail zur Protokollführung und der Registerfrage. Auch hier hat der Regierungsrat einen klaren Antrag gestellt und der Votant wird ihn in der Detailberatung noch näher vorstellen und verteidigen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1108.4 – 11309 mit den Änderungsanträgen der Kommission.

§ 5ter (neu)

Beat **Villiger** erinnert daran, dass wir den Kommissionsantrag zugesandt erhalten haben. Dieser sieht die Streichung von § 5ter vor. Die Registerlösung wird also gestri-

chen. Sollte aber diese heute trotzdem durchkommen, hat die Kommission an dieser Fassung zwei Änderungen beschlossen. Es ist scheinbar üblich, dass man diese nicht in der Vorlage klar aufnimmt, aber im Bericht ist es enthalten. Der Votant möchte also folgenden Änderungsantrag stellen, falls die Registerlösung durchkommt. Das ist auch die Meinung der Kommission.

Bst. b (…) Aufsichtsgremien *bedeutender* kommunaler, (…).

Bst. c (…) Beratungsfunktionen für *wichtige* kommunale (…).

Begründung: Aus unserer Sicht ist es logisch, wenn man schon die Bundeslösung will, dann auch die ganze zu nehmen. Zudem beschloss die Kommission wie schon gesagt die Bundeslösung und nicht das, was hier steht. Es bleibt somit für alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein persönlicher, selbstverantwortlicher Handlungsspielraum. Er muss nicht alles angeben, sondern das Wichtige oder Bedeutende wie beim Bund. Wenn jemand also sein Kassieramt beim Ornithologenverein angeben will, so kann er das, muss aber nicht. Und gemäss der vorliegenden Version müsste er es.

Josef **Lang** meint, in diesem Punkt habe Beat Villiger Recht. Es lohnt sich, die Bundeslösung wortwörtlich zu übernehmen. Und das ist im ursprünglichen Regierungsantrag nicht drin. Die beiden Worte *bedeutend* und *wichtig* sind in der Bundeslösung. Und da war sich die Kommission einig, dass wir das aufnehmen. Wenn jetzt jemand fragt, was die beiden Worte genau heissen, so kann man sagen, dass das auf Bundesebene recht gut funktioniert. Mindestens seit zwei, drei Jahren. Es gibt einen gewissen Spielraum, aber die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind sich bewusst: Im Zweifel für die Öffentlichkeit. Der Votant hat hier den Ausdruck vom Internet, www.admin.ch, und in wenigen Minuten hat man den ganzen Nationalrat. Allerdings noch nicht den neu gewählten. Dazu braucht es offensichtlich einige Monate.
Diese Änderung ist ein gewisses Entgegenkommen gegenüber jenen, die vorher moniert haben, dieses Gesetz betreffe auch *unbedeutende* Interessen. Diese Frage ist in diesem Sinne jetzt geklärt. Die Offenlegung über Register ist eigentlich geklärt seit zwei, drei Jahren. Vor zwei Jahren hat in diesem Jahr Matthias Michel aus einem Editorial der *bürgerlichen* NZZ zitiert, wo ein Schlüsselsatz lautet: «Es kann nicht länger der Einschätzung des einzelnen Volksvertreters überlassen bleiben, inwieweit er sich in die Karten schauen lässt.» Die Registerlösung ist eine vorgeschriebene Lösung. Als Josef Lang das Nationalratsregister ausfüllte, war alles vorgeschrieben, er musste nur noch ausfüllen. Das ist eine ganz einfache Sache, wenn man nicht mehr als 100 Verwaltungsratsmandate hat. Es ist nicht eine ad hoc-Lösung, sondern eine systematische Lösung. Das St. Galler-Modell jedoch ist eine Momentlösung. Andrea Hodel hat bereits vor zwei Jahren sehr farbig darauf hingewiesen, was für Folgen das für Ratsbetrieb haben kann, wenn jemand ein privat erarbeitetes Register hat, nach vorn geht und feststellt: Das und das haben Sie nicht gesagt! Der Votant bittet den Rat – auch im Sinn der Ausführungen von Hans Peter Schlumpf –, wählen Sie das unbürokratischste, einfachste Modell. Das ist das schweizerische Modell, das in fast allen Kantonen gilt.

Leo **Granziol**: Was wir jetzt gehört haben, zeigt eigentlich, wie wir an der Lösung vorbeischiessen. Bedeutende Unternehmen. Wenn der Votant vor 14 Tagen einen Auftrag gefasst hat, heute Morgen eine bestimmte Parzelle von einem Konsortium (das ist sicher kein bedeutendes Unternehmen) in der Richtplanung rein zu bringen, damit die Siedlungsbegrenzungslinie neben der Parzelle liegt und nicht ausserhalb, hätte er es gemäss dieser Wortwahl nicht deklarieren müssen. Bedeutende Unternehmen in der Schweiz auf kantonaler oder kommunaler Ebene gibt es wahrscheinlich höchst wenige. Und das ist ja genau nicht das, was Sie wollen. Deshalb führt diese Lösung nicht dorthin, wo Sie wollen. Sie wollen doch eine Offenlegung von Interessen bei Sachgeschäften, die wir hier besprechen. Wir besprechen hier keine Sachgeschäfte, die von politisch bundesweiter Bedeutung sind. Deshalb ist es auch ein völliger Blödsinn, dass wir ausländische Verbindungen hier offen legen müssen. Das spielt bei der Zuger kantonalen Politik in diesem Bereich keine Rolle, ob ich eine Immobiliengesellschaft vertrete, die in England, Spanien oder in Frankreich Besitztum hat. Oder einem Trust oder einer Stiftung vorstehe, die in England, Jersey oder Liechtenstein sitzt. Das wollen Sie gar nicht wissen und auch die Bevölkerung nicht. Sie will wissen, wenn hier ein Sachgeschäft wie heute Morgen der Richtplan zur Debatte steht; wo hat der Granziol, der Lang, der Studerus seine Interessen. Bei welcher Parzelle, bei welchem Bauunternehmen steht er dahinter. Und da kommen Sie mit dieser Lösung überhaupt nicht weiter. Im Gegenteil. Sie ist viel schlechter als das St. Galler-Modell. Hier habe ich nämlich meine Pflicht und Schuldigkeit getan, wenn ich anfangs Jahr erkläre, ich bin dann in diesem und diesem Verwaltungsrat. Wenn ich dann aber unter dem Jahr ein neues Mandat fasse oder beauftragt werde? Ich bin völlig im Recht und Sie können mir nichts vorwerfen. Ist das das was Sie wollen? Das wollen Sie nicht, sondern etwas anderes. Und die Bevölkerung hat auch Anrecht, etwas anderes zu erfahren, nämlich beim Geschäft. Und hier geht es eben um kleine Geschäfte und eben auch nicht um bedeutende Gesellschaften. Das ist ein völliger Blödsinn.
Deshalb konzentrieren Sie sich doch auf das, was eigentlich wichtig ist. Wir sind uns doch gewohnt in der Schweiz, dass das Recht und die Rechtsetzung sich nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit richtet. Verhältnismässig sind diejenigen Massnahmen, die zum Zweck führen. Und eine Massnahme, die hier steht, dass ich nämlich meine ausländische Verbindung deklarieren muss, führt doch überhaupt zu keinem Zweck, sondern nur zur Befriedigung eines Gwunders. Aber das ist eben das, was hier verkannt wird. Deshalb findet Leo Granziol nach wie vor, die Lösung, wie sie sich hier eingebürgert hat, dass man nämlich offen legt, wenn es zum Sachgeschäft kommt, die beste. Die letzte Abstimmung hat das übrigens deutlich gezeigt. Der Votant hätte nicht mal offen legen müssen, dass er Verwaltungsrat bei der St. Andreas-Klinik ist, das weiss ja jeder. Wir kennen uns ja bestens. Und wenn er es nicht getan hätte, wer wäre noch interessiert gewesen? Natürlich die Bevölkerung nachher bei der Abstimmung. Die will es ja auch wissen. Wir haben eine solche Leserbriefkultur im Kanton Zug. Beim ersten Leserbrief wird jegliche Verbindung offen gelegt. Es ist immer klipp- und glasklar, wer wo drin ist. Das gibt es in anderen Kantonen nicht in diesem Ausmass. Aber es ist doch Ehrensache, dass Sie das beim Sachgeschäft offen legen.
Sie haben überhaupt keine Sanktionen, wenn jemand das nicht tut, was hier vorgeschlagen wird. Es ist völlig den schwarzen Schafen überlassen, es zu deklarieren oder nicht, wenn Sie ein solches Mandat fassen. Und Sie müssen eigentlich wirklich

an die Ehre appellieren, dass man das situativ tut. Und nicht irgendwo etwas mal deklarieren, das überhaupt nicht von Wert ist für die Sachpolitik in diesem Kantonsrat.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass wir einen Unterantrag von Beat Villiger haben. Diesen bereinigen wir zuerst. Die Regierung widerspricht dem nicht.

➔ Der Rat ist mit dem Unterantrag von Beat Villiger einverstanden.

Sicherheitsdirektor Hans-Peter **Uster** bittet den Rat, dem bereinigten Antrag des Regierungsrats zuzustimmen. Dieser ist heute Standard beim Bund und bei der Mehrzahl der Kantone, die eine solche Regelung haben. Wir sollten uns auch im Kanton Zug an diesen Standard halten. Dieser hat wohl bewusst die Vergangenheit ausgeklammert, auf die Konrad Studerus hingewiesen hat. Wie lange wäre dann diese Periode? Es würden sich viele Fragen stellen. Und damit auch in der Anwendung ein einheitlicher Vergleich mit der Bundesregelung möglich ist, ist es wichtig, dass wir die Bundeslösung übernehmen.
Zu Leo Granziol. Das Wort bedeutend bezieht sich natürlich nicht allein auf Bundessache, weil es jetzt die Bundesregelung ist. Es ist eine kantonale Regelung und wir führen ja dort auch aus: Es sind kommunale, kantonale und Bundeskörperschaften oder -gesellschaften. Und es ist davon auszugehen, dass die Andreasklinik sicher im Gesundheitswesen eine bedeutende Gesellschaft ist. Man kann nicht sagen: Bedeutend gemessen am Aktienkapital oder am internationalen wirtschaftlichen Stellenwert. Sonst wären es tatsächlich nur Nestlé und zwei, drei Gesellschaften. Aber so ist es nicht gemeint, sondern es bezieht sich selbstverständlich auf den Kanton Zug und auf die Situation hier. Leo Granziol hat auch seine berufliche Tätigkeit anzugeben. Und die ausländischen Interessengruppen sind anzugeben. Denken Sie an die Steuergesetzgebung. Hier können natürlich Interessen mitspielen, wenn es um Steuertarife geht oder um Fragen, wie man juristische Personen behandelt. Also auch von daher sind diese Fragen beantwortet und schaffen die notwendige Transparenz.
Wieso ist es in St. Gallen überhaupt zur Ergänzung gekommen? Hans Peter Uster liest dazu einen Satz vor: «Es ist heute weit herum anerkannt, dass Transparenz und offene Information in einer modernen Demokratie selbstverständlich sein sollten. Die heutige Regelung im Grossratsreglement (Art. 31bis – das war eben das St. Galler Modell) kommt diesem Anliegen nur sehr beschränkt nach.» Das die Meinung aus St. Gallen. Die Frau des Votanten kommt aus diesem Kanton, er hat also auch eine gewisse Kompetenz, wie Konrad Studerus. Wieso hat dann aber das St. Galler Parlament diese Lösung ergänzt, wenn das eine so gute Lösung gewesen ist? Es gibt auf der ganzen Welt keinen Gesetzgeber, der ein gutes Gesetz ergänzt durch ein zweites. Wenn das erste Gesetz schon gut ist, kommt es niemandem in den Sinn, eine zweite Bestimmung ergänzend noch drauf zu pfropfen. Man kann also nur sagen: Wenn man es nochmals regelt, dann hat man entweder nichts von Gesetzgebung verstanden (das unterstellt der Sicherheitsdirektor den St. Gallern nicht) oder dann ist eben die erste Regelung nicht das Gelbe vom Ei gewesen.

Überrascht haben ihn die Ausführungen der SVP. Sie hat sinngemäss gesagt: Private Interessen kommen vor öffentlichen Interessen. Liebe Mitglieder der SVP-Fraktion, wir sind hier im Kantonsrat. Das ist ein öffentliches Gremium. Sie sind Vertreter der res publica, der öffentlichen Sache. Jetzt kommen Sie und sagen: In diesem Gremium, das der Öffentlichkeit verpflichtet ist, von ihr gewählt ist und auch öffentlich debattiert, kommen private Interessen vor öffentlichen. Hans Peter Uster versteht die Welt nicht mehr, wenn das tatsächlich Ihre Meinung ist. Er sieht auch überhaupt keine Rechtswidrigkeit, sonst wäre auch die Bundeslösung schon lange rechtswidrig, wenn sie irgendwelche Persönlichkeitsverletzungen mit sich führen würde.
Zur Frage der Sanktionen. Es gibt tatsächlich im Register keine Sanktionsmöglichkeit. Aber es gibt auch beim St. Galler-Modell keine, obwohl sie dort viel wichtiger ist. Wenn nämlich jemand nichts angibt, dann gibt das hier im Kantonsrat grosse Debatten. Dann kann es gehässig werden. Der eine sagt: Sie haben das nicht gesagt! Der andere: Und Sie haben das noch verschwiegen! Und das ist für den Ratsbetrieb sicher nicht gut. Wenn schon Sanktionen, dann hätte die Kommission oder der Vertreter der Kommissionsmehrheit eine Sanktion in den entsprechenden neuen Paragraphen im ehemaligen St. Galler-Modell einführen sollen.
Es wurde auch gesagt, das Berufsgeheimnis werde nicht gewahrt. Lesen Sie den Antrag des Regierungsrats. Dort wird ausdrücklich das Berufsgeheimnis vorbehalten. Lesen Sie den Antrag der Kommission. Im kantonalen Recht gibt es dort keinen Vorbehalt des Berufsgeheimnisses. Also auch hier eine Ungenauigkeit. Und wenn es dann Fragen gibt, dann beim Modell der Kommission und nicht dem des Regierungsrats. Der Regierungsvorschlag definiert auf einfache Weise, welche Interessen auf welche Art und Weise offen gelegt werden müssen und welche nicht. Das Register schafft Transparenz, auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die hier im Rat die Voten gar nicht hören können. Und eine Zwängerei ist es nicht. Es ist in der res publica öffentlich, was von öffentlichem Belang ist. Es ist jederzeit einsehbar und man muss nicht abpassen, ob man das Votum dann hört oder nicht. – Gestört hat den Sicherheitsdirektor auch etwas der Vorwurf, die Regierung habe ungehörig gehandelt. Was hat die Regierung anderes gemacht, als was Sie von ihr immer verlangen und sogar noch mit Fristen stärker verlangen wollen? Sie hat zwei parlamentarische Vorstösse behandelt, hat ihre Meinung dazu abgegeben und ist zu einem Schluss gekommen. Worte wie Zwängerei und Ungehörigkeit versteht der Votant in diesem Zusammenhang nicht. Es besteht offenbar eine ziemlich grosse Nervosität. Werden wir wieder cool und stimmen Sie unserer Registerlösung zu, die sicher allen dient.

Felix **Häcki** meint, es sei eine bösartige Unterstellung, die der Sicherheitsdirektor der SVP gemacht hat. Wir würden die Privatinteressen über die öffentlichen stellen. So wurde es nicht gesagt. Sie haben wahrscheinlich nicht richtig zugehört, weil die Sache von der SVP-Seite kam. Es wurde gesagt: In diesem Zusammenhang. Und der Votant möchte nun nicht tiefer darauf eingehen. Leo Granziol hat ja sehr schön erläutert, wo die Wichtigkeit der Interessen ist. Und dass eben gewisse internationale Interessen eben nicht von Interesse sind im Kanton Zug und hier auch nicht gezeigt werden müssen. Und in diesem Zusammenhang wurde die Äusserung der Fraktionssprecherin gemacht. Es ging nicht darum, dass die SVP Privatinteressen über die öffentlichen Interessen stellt.

Konrad **Studerus** zur Ungehörigkeit und zu den Sanktionen. Ungehörig findet der Votant, wenn hier das Parlament zwei oder drei Mal entscheidet, dass man die Registerlösung nicht will, dass man eben eine Lösung will, wo man bei den konkret behandelten Geschäften sagt, wo man Interessenbindungen hat. Wenn das durchgeht in diesem Saal, zwei oder drei Mal wurde darüber abgestimmt. Und wenn dann am Schluss eben das ganze Geschäft, die Parlamentsreform, bachab geht, ist Konrad Studerus der Meinung, dass man beim Teilgeschäft Öffentlichmachung der Interessenbindung einen Entscheid gefällt hat. Und dann war es nach diesem Schiffbruch der Parlamentsreform ja so, dass die CVP eine Motion eingereicht hat, man solle von dieser fehlgeschlagenen Parlamentsreform diese Offenlegungspflicht im Sinne des St. Galler-Modells retten. Das war die Motion und sie wurde überwiesen. Und dann kam dann noch irgendwann die AF und hat auch noch motioniert. Und dann findet der Votant es eben ungehörig, wenn die linksliberale Mehrheit des Regierungsrats hingeht und einfach das andere Modell, das zwei Mal Schiffbruch erlitten hat, aufnimmt in den Antrag der Regierung. Mindestens hätte man das offen lassen können. Das ist ungehörig.
Zur Sanktionengeschichte von Käty Hofer. Es stimmt, beide Lösungen haben keine Sanktionen. Das wurde auch von Regierungsrat Uster ausgeführt. Und er hat dann noch interessanterweise gesagt, das führe dann zu einem unschönen Schlagabtausch hier vorne, dass jemand komme und sage: Mein Vorredner hat dann nicht gesagt, dass er an diesem Landgeschäft beteiligt ist, weil seine Frau zu diesem Clan gehört. Ja, so soll es auch sein. Das möchte der Votant wissen. Diese Auseinandersetzung möchte er haben, damit man wirklich weiss, worum es geht bei einem Geschäft. Deshalb sind er und die CVP-Fraktion und andere dafür, dass man das Zuger-Modell unterstützt.

Josef **Lang** möchte noch kurz auf den geschichtlichen Verlauf dieser Sache zurückkommen. Ursprünglich war es eine Motion der AF. Als der Kantonsrat im Juni 2001 das ganze Reformpaket ablehnte, war es am gleichen Tag völlig klar, dass es zwei Motionen geben wird. Eine von der CVP für das St. Galler Modell, das damals noch in Kraft war und seine Unfähigkeit noch nicht bewiesen hatte, und einen Vorschlag von SP, AF und FDP. Und es ist ein völliger Zufall, welcher dieser beiden Vorschläge dann als erster registriert wurde. Der eine am 4. Juli und der andere am 5. Juli. Es war ganz klar: Zwei Sachen sind auf dem Tisch – welche formell die erste war, ist ein Zufall. – Noch ein Wort zu den Sanktionen. Die schlimmste Sanktion, die es gibt, ist der Ruf in der Öffentlichkeit. Das ist viel schlimmer als irgend eine Busse.

Beat **Villiger** stellt einen Ordnungsantrag, die Debatte zu beenden und abzustimmen.

➔ Der Ordnungsantrag wird mit deutlicher Mehrheit angenommen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 41 : 27 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

§ 15 Abs.1 Ziff. 3

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Regierung hier als Folge des eben gefällten Entscheids mit der Kommission einverstanden ist.

§ 17 Abs. 1 Ziff. 4 (neu)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass diese Ergänzung unumstritten ist.

§ 19bis (neu)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Kommissionsantrag zu Abs. 1 nicht umstritten ist.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass in Abs. 2 Bst. d die Konkordatskommission das Recht erhält, dem Kantonsrat gleichzeitig mit der Voralge des Regierungsrats ihren eigenen Bericht und Antrag zu unterbreiten. Es ist also eine fakultative Angelegenheit. Wir von der CVP haben das Gefühl, dass hier analog zur Stawiko die Verpflichtung aufgenommen werden sollte, dass die Konkordatskommission Antrag stellen *muss*. Wir möchten dies in dieser Gesetzesrevision so sicher stellen. Es ist eine genauere Beschreibung des Auftrags der Kommission, so dass die Kantonsräte sich darauf verlassen können, neben dem Bericht der Regierung immer auch einen der Konkordatskommission zur Entscheidungsfindung zu erhalten. In diesem Sinne lautet der Antrag wie folgt:
d) die Berichterstattung und Unterbreitung eines Antrags an den Kantonsrat gleichzeitig mit der Vorlage des Regierungsrats.

Hans-Peter **Uster** scheint dieser Vorschlag vernünftig. Die Regierung hat sich aber nicht darüber unterhalten. Letztlich ist es Sache des Kantonsrats, ob er hier eine Pflicht oder ein Recht der Kommission will. Aber der Votant sieht keinen Grund, der aus Sicht der Regierung dagegen spricht.

➔ Der Rat ist einverstanden.

§ 39

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Felix Häcki diesen Kommissionsantrag bereits begründet hat.

Sicherheitsdirektor Hans-Peter **Uster** hält fest, dass der Regierungsrat dem Rat empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen. Er ist nämlich gesetzgeberisch gar nicht nötig. Wenn Sie den heutigen § 39 anschauen, so hat der Regierungsrat heute schon eine Jahresfrist. Wir wissen, dass wir diese nicht immer einhalten. Wenn der Regierungs-

rat diese Jahresfrist nicht einhalten kann, dann kommt der zweite Satz von § 39 Abs. 2 zum tragen. Dort heisst es nämlich: «In Ausnahmefällen kann der Kantonsrat die Frist auf Grund eines Zwischenberichtes des Regierungsrates oder der Kommission erstrecken.» Diese Möglichkeit haben Sie schon heute. Und Sie können dem Regierungsrat schon sagen, oder bei der nächsten Fristerstreckungsrunde: Nein, wir erstrecken nicht mehr oder wir erstrecken höchstens noch um sechs Monate oder um drei Monate. Wir sehen nicht, wieso Sie selber eine Gebrauchsanweisung, ein eigentliches Kochbuch brauchen, wenn Sie ja heute der Regierung schon genau mit dem geltenden Recht Fristen setzen können. Und deshalb – auch im Sinn, dass man nicht regeln soll, was schon geregelt ist – bitten wir Sie, diesem Antrag der Kommission nicht zuzustimmen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 41 : 22 dem Kommissionsantrag an.

§ 45bis (neu)

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass sich die Regierung hier der Kommission anschliesst.

Konrad **Studerus** möchte noch sagen, was diese Zuger-Lösung seiner Ansicht nach für den Rat bedeutet. Es bedeutet, dass jetzt schriftlich fixiert ist, was vorher eben nicht fixiert war. Was zwar die meisten eingehalten haben. Dass man bei der Behandlung eines Geschäfts eben sagt, welche Interessen man selbst daran hat. Oder Dritte, zu denen man eine wesentliche persönliche oder rechtliche Beziehung hat. Solche Dritte sind die Ehefrau oder allenfalls die Firma, für die man arbeitet oder etwas Ähnliches. Das ist das Entscheidende bei dieser Offenlegung. Dem Votanten ist es wichtig, dass in den Materialien festgehalten ist, dass es eben hier um die Wahrung des normalen politischen Anstands geht und um die Offenheit und Wahrhaftigkeit in unserer politischen Tätigkeit.

Käty **Hofer** stellt im Namen von SP und AF den Antrag, § 45 zu streichen. Auf Grund der vorherigen Diskussion entspricht das überhaupt nicht unserer Meinung und wir sind nach wie vor von der Registerlösung überzeugt. Also ist es folgerichtig, dass wir den Antrag stellen, diesen Paragraphen zu streichen. Und wir werden auch die kleine Parlamentsreform in der jetzigen Form nicht gutheissen.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag mit 43 : 15 Stimmen ab.

II.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die Kommission vorschlägt, hier lediglich aufzuführen:
Diese Änderung tritt am 1. Januar 2004 in Kraft.

Der Rest soll gestrichen werden. – Die Regierung schlägt vor, 1. Mai 2004 einzusetzen.

➔ Der Rat ist mit dem Regierungsvorschlag einverstanden.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 48 : 11 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt:

– Es sei die Motion Christoph Straub betreffend Stärkung der politischen Steuerung und Aufsicht durch das Parlament (Vorlage Nr. 518.1 – 9408) im Sinne der Erwägungen als erledigt abzuschreiben.

– Die folgenden Motionen seien je nachdem erheblich zu erklären oder nicht und als erledigt abzuschreiben:

a. Motion der CVP-Fraktion des Kantons Zug betreffend Regelung der Offenlegung von Interessenbindungen (Vorlage Nr. 934.1 – 10638) sei erheblich zu erklären und abzuschreiben.

b. Motion von Matthias Michel, Josef Lang und Jean-Pierre Prodolliet für eine Offenlegung der Interessenbindungen über ein öffentliches Register (Vorlage Nr. 936.1 – 10641) sei nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Josef **Lang** hält fest, dass auf Grund unserer Erwägungen in verschiedenen Voten klar ist, dass wir dagegen sind, dass die Registerlösung abgeschrieben wird. Wir sind zwei, drei Jahre hinter dem Kanton St. Gallen. Der Weg ist einfacher, wenn wir diesen Weg offen lassen. Die Registerlösung hat die Zukunft und ist nicht als erledigt abzuschreiben.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das nicht möglich ist und ein neuer Vorstoss nötig wäre.

c. Motion von Josef Lang für die Demokratisierung interkantonaler Vereinbarungen (Vorlage Nr. 684.1 – 9905) sei erheblich zu erklären und abzuschreiben.

d. Motion von Felix Häcki betreffend Ergänzung von § 39 Abs. 2 letzter Satz der Geschäftsordnung des Kantonsrats (Vorlage Nr. 682.1 – 9899) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

316 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND FORSCHUNGSBEITRAG AN DAS MICRO CENTER CENTRAL SWITZERLAND (MCCS)

Es liegen vor. Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1141.1/.2 – 11219/20), der Kommission (Nr. 1141.3 – 11341) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1141.4 – 11362).

Hans Peter **Schlumpf** hatte schon vor rund drei Jahren die Ehre, jene Kommission zu präsidieren, die sich in fast identischer Zusammensetzung mit einer Vorlage betreffend Forschungsbeitrag an das Micro Center Central Switzerland von jährlich 300'000 Franken für die Jahre 2001-2003 beschäftigte; ein Geschäft, dem der Rat mit grosser Mehrheit zustimmte. Mit grosser Sicherheit wurde damals vorausgesagt, dass nach dieser Anschubfinanzierung durch die öffentliche Hand, also durch die Zentralschweizer Kantone, durch den Bund, aber auch durch private Geld- und Auftraggeber, nach 2003 keine weitere finanzielle Unterstützung durch die Kantone mehr erforderlich sein würde. Dies deshalb, weil man beim MCCS von steigenden Einnahmen durch Forschungsaufträge aus der Privatwirtschaft, aber auch durch wachsende Forschungsbeiträge des Bundes ausging. Der Votant verhehlt nicht, dass die Kommission aus genau diesem Grunde mit einiger Skepsis an das Geschäft heranging, als nun erneut ein Ersuchen um kantonale Finanzbeiträge, allerdings in geringerem Umfange als damals, auf dem Tisch lag. Der an der Kommissionssitzung anwesende Geschäftsführer des MCCS, Bruno Waser, wurde denn auch mit zahlreichen kritischen Fragen konfrontiert. – Der Votant will nun nicht die gesamten Ausführungen der Vorlage und des Kommissionsberichts, die Sie lesen konnten, hier wiederholen, muss aber doch kurz erläutern, warum die Kommission schliesslich trotz kritischer Haltung fast einstimmig, mit nur einer Gegenstimme, für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage plädiert.
Wer nämlich nun salopp fordert, wie es nun offenbar auch die SVP-Fraktion tut, wenn die öffentlichen Gelder nicht reichten, dann sollen doch die Interessenten aus der Privatwirtschaft oder das CSEM (Centre Suisse d'electronique et de Microtechnique S.A.) als beauftragte Forschungsorganisation die fehlenden Gelder beisteuern, dem fehlt das Hintergrundwissen, warum und unter welchen Prämissen seinerzeit das MCCS diesen Forschungsstützpunkt in Mikrotechnologie, im besonderen in Mikrorobotik, im obwaldischen Alpnach lanciert und aufgebaut hat. Es war klar eine Initiative der Zentralschweizer Kantone, zusammen mit interessierten Privatfirmen, im Raume Zentralschweiz einen Forschungsschwerpunkt in Mikrotechnologie aufzubauen, um damit die Chancen zu erhöhen, dass sich um die bereits in der Region ansässigen Unternehmen herum weitere Unternehmen mit Anwendungen der Mikrotechnologie ansiedeln und mit der Zeit einen eigentlich Mikrotechnologiecluster Zentralschweiz formen würden. So etwas lässt sich aber nicht einfach so aus dem Boden stampfen, wenn nicht eine gewisse Basis dafür vor Ort vorhanden ist. In Neuchâtel bestand seit Jahren mit dem CSEM ein Forschungszentrum in Mikrotechnologie, das seinerzeit aus der Uhrenindustrie herausgewachsen war. Unter anderem mit der Bereitschaft, gewisse Gelder, öffentliche und private, für einen Forschungsschwerpunkt in der Zentralschweiz zur Verfügung zu stellen, liess sich das CSEM bewegen, einen seiner Forschungsschwerpunkte, nämlich die Mikrorobotik, ab 2001 an den Standort Alpnach zu verlegen.

Zum Verständnis der Zusammenhänge: Das MCCS ist dabei nichts anderes als die Interessenvertretung der Zentralschweiz. Sein Budget ist äusserst bescheiden und der Personalaufwand beschränkt sich auf einen teilzeitlich angestellten Geschäftsführer. Die eigentliche Forschungsaktivität wird im CSEM Alpnach geleistet, dem das MCCS diese Aufgaben mittels Leistungsauftrag überträgt. Die dort bisher geleistete Forschungsarbeit darf sich absolut sehen lassen. Geschäfts- und Forschungsberichte des MCCS zeigen nicht nur ein hohes Niveau der bearbeiteten Forschungsprojekte, sondern auch, dass ein konkreter Forschungsnutzen zugunsten von Zentralschweizer Abnehmern erzielt wird. Das Auftragsvolumen aus der Privatwirtschaft hat sich in den drei Jahren 2001-2003 denn auch kontinuierlich erhöht. Einen Strich durch die Rechnung machte nun allerdings die Tatsache, dass die seinerzeit auf Grund der damaligen Forschungspolitik erwarteten Bundesbeiträge ab 2004 nicht mehr im ursprünglich geplanten Umfange fliessen werden. Darum nun der Antrag der Regierung, für die Jahre 2004-2007 zusammen mit den anderen Zentralschweizer Kantonen neben den Bundesleistungen von 1,7 Mio. Franken die andere Hälfte der Aufwendungen für Grundlage- und angewandte Forschung im Umfange von jährlich ebenfalls 1,7 Mio. Franken abzudecken. Für den Kanton Zug beläuft sich, gemäss dem üblichen Verteilschlüssel unter den Zentralschweizer Kantonen, der jährliche Anteil daran auf 175'000 Franken.
Es muss realistischerweise anerkannt werden, dass solche Forschungsarbeit, Grundlagen- und Applikationsforschung, nicht etwa Produkteentwicklung, in anderen Ländern in der Regel von Hochschulen geleistet und damit praktisch ausschliesslich vom Staat finanziert wird. Dass die Forschungsarbeit, die in Alpnach mit einer extrem schlanken Struktur erbracht wird, vom Aufwand/Nutzen-Verhältnis her ungleich effizienter ist als eine Hochschule mit ihrem in der Regel bombastischen Overhead, spricht absolut dafür, dass wir diese Art von Forschung unterstützen. Denn auch im Licht der gegenwärtigen Sparbemühungen sind die 175'000 Franken ein relativ bescheidener Betrag, mit dem wir in der Zentralschweiz die Schaffung von echtem Mehrwert initiieren können. Denn eines ist klar: Standortattraktivität, und das heisst vor allem einmal attraktive und zukunftsträchtige Arbeitsplätze, ist je länger desto weniger gratis zu haben. Es wäre eine Illusion, die Förderung unserer industriellen Standortgunst einfach der Privatwirtschaft, die grossmehrheitlich aus kleinen und mittleren Unternehmen besteht, zu überlassen; diese Spekulation könnte leicht hinten heraus gehen! Die Wirtschaft lässt sich unter anderem dort nieder, wo sie ein interessantes und attraktives Umfeld findet, wo sie das nötige Personal mit den erforderlichen Qualifikationen rekrutieren kann, wo sie, was man auch etwa als Cluster bezeichnet, in der Nähe Zulieferer und Partner findet etc..
Wir alle haben ein vitales Interesse daran, einen Cluster «Mikrotechnologie» in der Zentralschweiz aufzubauen und weiter zu entwickeln. Wir müssen bei unserem Spar- und Ausgabenverhalten denn auch klar unterscheiden, ob wir mit einer Ausgabe Erhaltung bestehender, auch ineffizienter Strukturen betreiben (z.B. Teile der Agrarsubventionen), oder ob wir damit Strukturen für die Zukunft aufbauen, die uns die Arbeitsplätze von morgen sichern. In diesem Sinne empfiehlt Ihnen die Kommission fast einstimmig, mit nur einer Gegenstimme, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage am 27. November 2003 beraten hat. Der Stawiko-Präsident verweist auf den Bericht und möchte auf einige Punkte

eingehen. – Zur Ausgangslage. Am 30. Mai 2001 hat der Kantonsrat einem jährlichen Beitrag von 300'000 Franken im Sinne einer Anschubfinanzierung für den Aufbau der Micro Center Central Switzerland (MCCS) zugestimmt und bis ins Jahr 2003 befristet. Das MCCS in Alpnach soll als Plattform die industrielle Kompetenz in Mikrotechnologie in der Zentralschweiz fördern. Bekanntlich ist die geographische Nähe von Forschungsstätten ein sehr wichtiger Faktor für die Innovationsaktivitäten in einer Wirtschaftsregion. Forschungsstätten und technische Hochschulen bringen Unternehmen in die Region. Dank dem MCCS konnte in der Zwischenzeit eine Forschungsstätte des CSEM seine Arbeit aufnehmen. Die vom CSEM bereits erzielten Forschungsresultate sind beachtlich. Das MCCS wird von nahrhaften Unternehmen aus der Innerschweiz unterstützt. Zu diesen Unternehmen zählen die im Kanton domizilierte Roche Instrument Center, die Elmicron AG und die Komax, die mit ihrem Tochterunternehmen Sibos ebenfalls im Kanton Zug ansässig ist. Die Forschungsstätte des CSEM wird zu 50 % durch Aufträge der Industrie finanziert. – Im Jahr 2001 ist man davon ausgegangen, dass der Bund ab 2003 im Rahmen der Förderung der regionalen Forschung die weiteren erforderlichen Mittel übernehmen werde. Das ist jetzt nicht der Fall. Will man das Projekt nicht auf halbem Weg stoppen, ist die Beteiligung der Zentralschweizer Kantone – wenn auch in reduziertem Umfang – weiterhin notwendig. Gemäss dem angewandten Verteilschlüssel entfallen auf den Kanton Zug in den Jahren 2004 bis 2007 jährlich je 175'550 Franken. Der Kanton Obwalden als Standortkanton des MCCS leistet pro Jahr 750'000 Franken.
In der Stawiko wurde Eintreten auf die Vorlage mit 4 : 2 Stimmen ohne Enthaltung beschlossen. Die Mehrheit der Stawiko ist der Ansicht, dass weder die Regierung noch die MCCS selbst dafür verantwortlich gemacht werden können, wenn der Bund Forschungsgelder kürzt. Mikrotechnologie ist eine sogenannte Querschnitt-Technologie, die in den verschiedensten Industriebereichen zum Einsatz kommt. Mikrotechnologie hat ein hohes wirtschaftliches Innovations- und Wertschöpfungspotential. Viele kleine und mittlere Unternehmen sind auf die Resultate der Grundlagen- und angewandten Forschung in dieser Technologie angewiesen. Diese KMU haben aber oft weder die personellen noch finanziellen Möglichkeiten, eigene Forschung zu betreiben. Es ist deshalb wichtig, dass der Staat diese Grundlagen- und angewandte Forschung fördert und sich bei der Finanzierung beteiligt. Quer durch die Parteienlandschaft wird immer gefordert, dass neben dem Dienstleistungssektor auch der Werkplatz Zug gefördert werden muss. Unternehmen mit Produkten, die auf der Mikrotechnologie basieren, haben ein hohes Wachstums- und Wertschöpfungspotential. Diese High-Tech-Unternehmen suchen Standorte in der Nähe von Forschungszentren. Wir müssen alles daran setzen, dass ein entsprechender Cluster in der Innerschweiz und damit auch im Kanton Zug entsteht.
Die Stawiko hat die Volkswirtschaftsdirektion um eine Übersicht über die im Moment laufenden Aktivitäten des Kantons Zug im Bereich Wirtschaftsförderung gebeten. Es handelt sich um vier Aktivitäten mit eher moderaten Beiträgen.
Mit Impulsbeiträgen aus dem Lotteriefonds wurden finanziert: 1999 bis 2002 vier Mal 25'000 Franken. Mit diesem Geld wurde das Gründerzentrums Zug aufgebaut, das bereits wieder zur Gründung zahlreicher Unternehmen geführt hat. Dann 2004 bis 2006 drei Mal 50'000 Franken für den Verein Technologie Forum Zug mit dem Ziel: Aufbau eines Zuger Wirtschaftscluster-Netzwerks.
Mit Kantonsratsbeschlüssen wurden finanziert: 2002 bis 2005 1,4 Mio. Franken für die Beteiligung am Zuger Innovationsnetzwerk. Es geht um die Stärkung der Innova-

tionskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der Zuger Wirtschaft. Und dann eben dieser Betrag an das MCCS.
Daneben laufen im Rahmen des Budgetkredits über die Kontaktstelle Wirtschaft kleinere Aktivitäten, die man situativ in gewissen Projekten einsetzt; in der Regel Beträge unter 10'000 Franken.
Der Betrag von maximal je 175'550 Franken für die Jahre 2004 bis 2006 muss in Relation zur möglichen Stärkung des Werkplatzes Zug gesehen werden. Ob diese Investition zu einer High-Tech-Region Zentralschweiz führen wird, kann niemand mit Sicherheit sagen. Die Mehrheit der Stawiko ist aber der Meinung, dass das MCCS ein wichtiger Schritt in diese Richtung sein könnte. Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragt Ihnen die Stawiko, auf die Vorlag anzutreten und ihr zuzustimmen.

Franz **Müller** schliesst sich den Ausführungen des Kommissionspräsidenten an. Der Bund kürzt die Beiträge an das MCCS. Es wäre jetzt sicher falsch, wenn sich die Zentralschweizer Kantone und somit auch der Kanton Zug ebenfalls zurückziehen würden. Es stellt sich hier also die Grundsatzfrage, ob die Zentralschweiz das Micro Center Central Switzerland als Forschungseinrichtung will und sich damit für die Förderung einer zukunftsträchtigen Technologie ausspricht. Ohne Beiträge der Zentralschweizer Kantone ist das MCCS nicht überlebensfähig. In den vergangenen drei Jahren hat der Kanton Zug jährlich 300'000 Franken in das MCCS investiert. Falls wir den Antrag der Regierung ablehnen, sind diese Investitionen umsonst gewesen. Zudem wird der Beitrag ja nur dann ausgerichtet, wenn sich die privatwirtschaftlichen Partner anteilsmässig am MCCS beteiligen und die Zentralschweizer Kantone die Forschungsaufgaben ebenfalls in erheblichem Masse mittragen. – Die CVP-Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag der Regierung, an das MCCS in den nächsten vier Jahren einen jährlichen Beitrag von 175'500.00 Franken auszuzahlen. Der Votant bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und dem Antrag zuzustimmen.

Barbara **Strub** hält fest, das die FDP-Fraktion ohne Gegenstimme für Eintreten ist. Mit der Vorlage betreffend Forschungsbeitrag an das Micro Center Central Switzerland wird ein Grundanliegen der FDP, nämlich die Förderung und das Wachstum des Wirtschaftstandorts Zug und der Zentralschweiz unterstützt. Zur Stärkung des Wirtschafts- und Produktionsstandorts Zentralschweiz haben sich im Jahr 2000 verschiedene KMUs entschieden, sich auf die Forschung und Entwicklung von Mikrotechnologie zu spezialisieren. Es wurde das MCCS mit Sitz in Alpnach gegründet. Dank dieser Initiative steht den Zentralschweizer Unternehmen eine Forschungsstätte mit aktuellstem Know-how in einer zukunftsweisenden Querschnittstechnologie zur Verfügung. Dies ermöglicht den hier ansässigen Unternehmen den Zugang zu den neuesten Technologien in unmittelbarer Nähe. Für neue Firmen wird der Standort attraktiv, weil die Zusammenarbeit mit der hochqualifizierten Forschung und den Fachhochschulen gewährleistet ist. Heute arbeiten mehr als zwei Dutzend Ingenieure und Physiker im Auftrag des MCCS. Fast alle wohnen in der Zentralschweiz, einige auch im Kanton Zugs, wo sie gute Steuerzahler sind. Durch ihre Forschungs- und Entwicklungsarbeit konnte das Volumen der Industrieaufträge von rund einer Million Franken im Jahr 2001 auf über 2,4 Mio. im Jahr 2002 gesteigert werden. Sie sehen, dass da-

mit das MCCS einen Beitrag zur Generierung von Arbeitsplätzen und Steuerertrag leistet.
Es ist unerlässlich, dass sich der Staat mitengagiert, weil eine solche Forschung, die in anderen Ländern meistens an Hochschulen betrieben wird und demzufolge gänzlich vom Staat finanziert wird, nicht ohne ein gezieltes, auch finanzielles Engagement der öffentlichen Hand möglich ist. Es macht Sinn, dass die Grundlagenforschung schwergewichtig durch den Staat und die Produktentwicklung und Markteinführung durch die Wirtschaft finanziert wird. Die Beteiligung der anderen Innerschweizer Kantone ist zugesichert. Die FDP ist überzeugt, dass der Kanton Zug auch seinen Beitrag leisten soll. Es wird von unserer Fraktion dennoch erwartet, dass ein selbsttragender Betrieb mit allen Mitteln angestrebt wird. In diesem Sinne bittet die Votantin den Rat im Namen der FDP, auf die Vorlage einzutreten und ihr vorbehaltlos zuzustimmen.

Silvia **Künzli** weist darauf hin, dass das Micro Center Switzerland (MCCS) die nächsten vier Jahre jährlich 175'000 Franken vom Kanton Zug erhalten soll. So lautet der Antrag von Regierungsrat und der Kommissionsmehrheit. Auch wenn im Antrag von einem Kostendach die Rede ist, ist davon auszugehen, dass wir bei einer Zustimmung wohl die ganzen 700'000 überweisen werden. Dass das MCCS eine gute Sache ist, steht hier gar nicht zur Debatte. So wie es bei MCCS um Grundlagenforschung geht, geht es Silvia Künzli um Grundsätzliches, um Glaubwürdigkeit und um Verantwortlichkeiten. Behält ein Parlament seine Glaubwürdigkeit, wenn es einen einmaligen Impulsbeitrag von 900'000 Franken bewilligt und drei Jahre später generös über die versprochene Einmaligkeit hinwegsieht? Ist es glaubwürdig, wenn wir immer höhere Umstände für die Nichteinhaltung unseres Budgets geltend machen? Gestern 900'000, heute 700'000 Franken – und morgen? Zu den höheren Umständen zählen Regierungsrat und Kommissionsmehrheit den Wegfall der weiteren finanziellen Unterstützung des MCCS durch den Bund. Nun sollen also die Kantone einspringen. Und weshalb nicht die privaten Firmen? Weil die privaten Firmen bereits Mittel für produkteorientierte Entwicklungen zur Verfügung stellen würden, lautet die Antwort der Kommissionsmehrheit. Doch das ist keine Erklärung, sondern eher eine Selbstverständlichkeit. Denn wer von einer Investition profitiert, soll auch zur Kasse gebeten werden dürfen. Wieso sollen bei Staatsausgaben eigentlich immer andere Regeln gelten? Am 30. Mai 2001 hiess der jährliche Betrag von 300'000 Franken «Anschubfinanzierung». Und heute sollen wir unter dem Titel «Anschlussfinanzierung» wiederum 175'000 Franken pro Jahr gutheissen. Die Votantin ist sicher, dass man 2008 eine weitere Wortschöpfung kreieren wird, um Staatsausgaben zu rechtfertigen, die von der Privatwirtschaft übernommen werden müssten.
Weil eine Politik der «allerletzten Male» wenig zur Gesundung des Staatshaushalts beiträgt, wenig glaubwürdig ist und Verantwortlichkeiten nicht klärt, bittet sie den Rat, den Antrag der Regierung und der Kommissionsmehrheit abzulehnen. – Die SVP-Fraktion kritisiert ebenfalls, dass aus der Anschubfinanzierung ein Engagement ohne Ende zu werden droht. Deshalb empfiehlt auch sie, den Antrag abzulehnen.

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass es sich bei dieser Vorlage um die Weiterführung einer Unterstützung von Forschungsprojekten im Bereich der Mikrotechnologie handelt. Wie gesagt: Der Kanton hat im Jahr 2001 bereits eine Anschub-

finanzierung gewährt, und nun muss er für den Bund einspringen. Nach den Informationen, die wir in der Kommission erhalten haben, deutet nichts darauf hin, dass sich irgend etwas schlecht entwickelt hat. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass wir aus diesem Grund dieser Vorlage zustimmen sollten, zumal es sich um einen Fonds handelt, der nicht nur die Öffentlichkeit in die Pflicht nimmt, sondern auch ein Teil der Forschung von der CSEM geleistet wird. Mit diesem Forschungsprojekt soll der Wirtschaft ein neuer Bereich erschlossen werden, und da hoffen wir natürlich, dass es zu neuen Beschäftigungschancen beiträgt. Diese anspruchsvollen, hochspezialisierten Projekte können eine Herausforderung sein für junge Leute, die sich in diesem Bereich Wissen und Kompetenzen aneignen und damit Karrierechancen eröffnen wollen. Es ist deshalb wichtig, dass die mit diesen Projekten auch vorgesehene Zusammenarbeit mit den öffentlichen Fachschulen gut funktioniert. Wir fordern den Regierungsrat auf, darauf ein besonderes Auge zu haben. – Für die SP-Fraktion besteht kein Anlass, nach dem A des ersten Beitrags nicht auch B für diese Weiterführung zu sagen. Sie ist für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF für Eintreten auf diese Vorlage ist und dem Kredit für das Forschungszentrum zu stimmt: Es ist vor allem ein solidarischer Grund, welcher für uns im Vordergrund steht. Das Forschungszentrum ist wichtig für den Kanton Obwalden. Obwalden ist stark umgeben von Kantonen, die vor allem wirtschaftlich wachsen. Obwalden möchte den Anschluss nicht verlieren und kann so mit dem MCCS eine wichtige Dienstleistung für andere Kantone anbieten. Als finanzstarker Kanton sollen wir hier Verantwortung übernehmen. Wir begrüs-sen es daher, dass unser steuerparadiesischer Wirtschaftskanton auf diesem Weg einem anderen Kanton eine Chance gibt, sich wirtschaftlich zu entwickeln. Das MCCS hat bereits eine zentrale Funktion in der ganzen Zentralschweiz übernommen, von der viele Firmen, auch Klein- und Mittelunternehmungen aus unserem Kanton, profitieren können. Auch auf internationaler Ebene hat das MCCS die Möglichkeit, unsere Region, die Zentralschweiz, bekannt zu machen. Es trägt in diesem Sinne auch etwas zur Stärkung unseres Kantons bei.
Wir bedauern natürlich auch, dass die versprochenen Gelder des Bundes nicht in der vorgesehenen Grösse eingetroffen sind. Wir sind wie die Stawiko-Minderheit auch der Meinung, dass es kaum das letzte Mal gewesen ist, dass wir für diese Forschungsanstalt einen Kredit sprechen müssen. Vor allem jetzt, mit der neuen Zusammensetzung des Bundesparlaments. Wenn der Bund nicht mehr will, liegt es an den Kantonen, hier Verantwortung zu übernehmen. Die gleiche Verantwortung für die Forschung in der Wirtschaft erwartet die Votantin aber auch, wenn es um Forschung in anderen Bereichen der Gesellschaft geht, z. B. bei der Bildung, dem Sozialen oder der Gesundheit. Das Portemonnaie darf nicht lockerer gemacht werden bei wirtschaftlicher Forschung als bei den eben erwähnten. In diesem Sinne bittet Anna Lustenberger den Rat, auf die Vorlage einzutreten.

Hans Peter **Schlumpf** muss die Aussagen der Sprecherin der SVP-Fraktion in einem Punkt korrigieren. Der Beitrag für das Jahr 2004 von 175'000 Franken ist im Budget des Kantons Zug 2004 enthalten. Es kann also nicht die Rede davon sein, es handle sich hier bereits wieder um eine Budgetüberschreitung.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte der vorberatenden Kommission, der Stawiko und der überwiegenden Mehrheit der Fraktionen im Namen des Regierungsrats herzlich danken, dass Sie unseren Antrag unterstützen. Wir sind wirklich überzeugt, dass dieser Beitrag an das MCCS wichtig ist für die Wirtschaft, aber auch für den Arbeitsplatzmarkt in der Zentralschweiz. Denn das Wachstum der Arbeitsproduktivität ist in den letzten Jahren im internationalen Vergleich in der Schweiz leider zurückgegangen und kontinuierlich gesunken. Nur die Förderung von Innovationen, von neuen zukunftsträchtigen Technologien, kann diese Entwicklung stoppen oder sogar wieder umkehren.
Der Votant möchte nur kurz zu den Gegenargumente der SVP-Fraktion Stellung nehmen. Zuerst muss er festhalten, dass die Forschung, die der Anfang ist jeder Produktionskette, sehr kostenintensiv ist. Und dass die internationale Praxis besteht, dass die Kosten der Forschung vorwiegend vom Staat bezahlt werden. Es ist also keine Ausnahme, wenn wir hier staatliche Förderung in Forschungsangelegenheiten betreiben. Im Gegenteil: Der Anteil der staatlichen Kostenbeteiligung an Forschung und Entwicklung ist in der Schweiz bei 23 %. Den Rest bezahlt die Wirtschaft. Es ist im internationalen Vergleich der zweittiefste Wert. Nur Japan engagiert sich mit 19 % an Forschung und Entwicklung noch weniger. Im Übrigen geht die Beteiligung des Staats von 28 % in den USA über 38 % z.B. in Frankreich (Deutschland in ähnlicher Grössenordnung) bis 50 % in Italien. Die staatliche Beteiligung an der Forschung und Entwicklung von Produkten ist also international und sie ist im Vergleich in der Schweiz sogar gering. Wenn entgegen der ursprünglichen Annahme, dass der Bund seine Beiträge vergrössert, diese Voraussetzung nun wegfällt, dann ändert eben auch das Konzept, womit jetzt die Kantone weiterhin zahlen müssen an die MCCS, sonst ist die Existenzfrage gestellt. Und es ist wohl glaubwürdiger, dass man veränderten Bedingungen Rechnung trägt, als dass man eine Institution, die sich bewährt hat, fallen lässt, wenn sich die Verhältnisse ändern. Man kann nicht als unglaubwürdig bezeichnen, wenn wir jetzt einen weiteren Beitrag beantragen.
Walter Suter muss auch erwähnen, dass der Beitrag der Wirtschaft sich in diesen ersten Jahren vergrössert hat. Während er noch im Jahr 2002 noch etwa 2,4 Mio. betragen hat, werden neu von MCCS Dienstleistungen von rund 4 Mio. pro Jahr gekauft. Die anderen Zentralschweizer Kantone Schwyz, Luzern, Nidwalden und Obwalden haben ihre Beiträge bereits beschlossen. Diese Zentralschweizer Solidarität wird also bei der Fortsetzung der Beiträge wieder funktionieren. Und der Volkswirtschaftsdirektor möchte anmerken, dass der Beitrag des Kantons Zug von 300'000 Franken pro Jahr immerhin auf fast die Hälfte reduziert worden ist. Er dankt dem Rat für seine Zustimmung.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1141.5 – 11391 enthalten.

317 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DAS GESUNDHEITSWESEN (AUSBILDUNG FÜR BERUFE IM GESUNDHEITSWESEN)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1184.1/.2 – 11316/17) und der Kommission (Nr. 1184.3 – 11382).

Guido **Käch** hält fest, dass die Kommission am 5. Januar 2004 die Vorlage beraten und ihr einstimmig zugestimmt hat. Im Namen der Kommission beantragt der Votant, diese kleinen Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen zu genehmigen. Die Begründungen konnten Sie der Vorlage der Regierung und dem Kommissionsbericht entnehmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1184.4 – 11391 enthalten.

318 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 29. Januar 2004.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

25. SITZUNG: DONNERSTAG, 29. JANUAR 2004

8.30 – 12.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

319 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Rudolf Balsiger, Othmar Birri und Leo Granziol, alle Zug; Markus Bucher, Unterägeri; Karl Betschart, Baar; Michel Ebinger, Risch.

320 BEGRÜSSUNG

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Stimmenzähler Rudolf Balsiger sich entschuldigt, da er an einer Messe in Los Angeles weilt. Als Stimmenzähler wird von der FDP-Fraktion Bruno Briner vorgeschlagen.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

321 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 27. November 2003 sowie vom 17. und 18. Dezember 2003.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*

3. Kommissionsbestellungen:
3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zum Konkordat vom 25. Juni 2003 über Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeischule Hitzkirch.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1182.1/.2– 11311/12).
3.2. Ersatzwahlen in die kantonsrätlichen Kommissionen.
4. Archivgesetz.
2. Lesung (Nr. 1083.6 – 11329).
5. Gesetz über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif).
2. Lesung (Nr. 1090.6 – 11260).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1090.7 – 11367).
6. Änderung des Schulgesetzes (Besondere Förderung).
2. Lesung (Nr. 1114.5 – 11357).
Antrag von Felix Häcki (Nr. 1114.6 – 11370).

---

7. Behandlung der Geschäfte, die am 28. Januar 2004 traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten.

---

8. Aufsichtsbeschwerde von Peter Brogle, Zürich, gegen das Kantonsgericht des Kantons Zug.
Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1200.1 – 11371).
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine provisorische Parkplatzanlage auf dem ehemaligen Gaswerkareal in Zug.
Nur eine Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1155.1/.2 – 11248/49), der Strassenbaukommission (Nrn. 1155.3/.4 – 11342/43) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1155.5 – 11363).
10. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Baubeitrag an den Verein Zugerische Werkstätte für Behinderte (ZUWEBE) für die Werkstätte Bösch in der Gemeinde Hünenberg.
Nur eine Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 713.7 – 11334) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 713.8 – 11361).
11. Motion von Rosemarie Fähndrich Burger betreffend Radweg von Bibersee nach Oberwil, Gemeinde Cham (Nr. 1073.1 – 11034).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1073.2 – 11372).
12. Motion der SVP-Fraktion betreffend Standesinitiative Bankkundengeheimnis (Nr. 1082.1 –11064).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1082.2 – 11366).
13. Motion von Käty Hofer betreffend existenzsicherndes Einkommen für Familien mit Kindern (Nr. 1166.1 – 11275).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1166.2 – 11380).
14. Motion der SP-Fraktion betreffend regelmässige Veröffentlichung einer erweiterten Arbeitsmarktstatistik (Nr. 1188.1 – 11330).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1188.2 – 11377).

15. Postulat von Andreas Bossard betreffend sporadische Durchführung von Festen der Verbundenheit (Nr. 1034.1 – 10928).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1034.2 – 11318).
16. Interpellation von Karl Betschart und Moritz Schmid betreffend Submissionsgesetz (Nr. 1088.1 – 11080).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1088.2 – 11355).
17. Interpellation von Moritz Schmid, Josef Zeberg und Karl Rust betreffend öffentliche Bauten, Qualitätssicherung vor allem im Ausbaugewerbe (Nr. 1127.1 – 11179).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1127.2 – 11381).

18.1. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend öffentliche Sicherheit (Nr. 1139.1 – 11213).

18.2. Interpellation von Beat Zürcher und Karl Nussbaumer betreffend Jugendgewalt (Nr. 1143.1 – 11223).

18.3. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Ausschreitungen im Rahmen des WEF (Nr. 1199.1 – 11369).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1139.2/1143.2/1199.2 – 11383).

19. Interpellation von Martin B. Lehmann betreffend finanzielle Situation der Pensionskasse (Nr. 1176.1 - 11299).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1176.2 – 11346).

* Die Behandlung von Trakt. 2 ist zu Beginn der Nachmittagssitzung vorgesehen.

Der **Vorsitzende** beantragt, dass Trakt. 2 bereits am Morgen behandelt wird, da die Nachmittagssitzung ausfällt.

➔ Der Rat ist einverstanden

322 PROTOKOLL

Zu den Protokollen der Sitzungen vom 27. November 2003 (Nachmittag) sowie vom 17. und 18. Dezember 2003 (je Morgen und Nachmittag) liegen folgende fünf Änderungsanträge vor:

- Franz Peter **Iten** stellt den Antrag, sein Votum vom 17. Dezember (Nachmittagssitzung), S. 691, obere Seitenhälfte, wie folgt zu korrigieren: «Ein bestehendes Haus, das in seiner Form nun wirklich *nicht* in diese Landschaft passt … .»

- Zum Votum von René **Bär** vom 17. Dezember (Nachmittagssitzung), S. 700, ist ein Hinweis aus der Bevölkerung eingegangen, dass das Baujahr eines Hauses nicht richtig aufgeführt worden ist. Im Einverständnis mit dem Votanten wird das Votum wie folgt präzisiert. Der missverständliche Satz «… das Haus oben in der Ecke ist am 13. April 1993 ausserhalb der Bauzone bewilligt worden …» wird ersetzt durch *«Auf der Parzelle Nr. 947 wurde am 13 . April 1993 eine Baubewilligung für ein Projekt ausserhalb der Bauzone erteilt.»*

- Gregor **Kupper** stellt den Antrag, sein Votum vom 18. Dezember 2003 (Vormittagssitzung), S. 742, 15. und 16. Zeile, wie folgt zu korrigieren: statt eine Million richtig *100 Millionen*.

- Eugen **Meienberg** stellt den Antrag, beim Namensaufruf vom 18. Dezember (Nachmittagssitzung) bei seinem Namen statt Cham den richtigen Ortsnamen *Steinhausen* einzusetzen.

- Moritz **Schmid** stellt den Antrag, das Resultat der Abstimmung zum Antrag von Josef Lang vom 18. Dezember (Nachmittagssitzung), S. 793, wie folgt zu korrigieren: Statt 82 : 13 Stimmen richtig *43* : 13 Stimmen.

➔ Die Berichtigungsanträge werden genehmigt. – Im Übrigen werden die Protokolle der Sitzungen vom 27. November (Nachmittagssitzung), sowie vom 17. und 18. Dezember 2003 (Vormittags- und Nachmittagssitzungen) genehmigt.

323 MOTION DER FDP-FRAKTION BETREFFEND EINFÜHRUNGSGESETZ ZUM BUNDESGESETZ ÜBER DEN UMWELTSCHUTZ VOM 29. JANUAR 1998

Die **FDP-Fraktion** hat am 18. Dezember 2003 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1201.1 – 11376 enthalten sind.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag vorliegt, diese Motion sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmung, nämlich eine formelle über die sofortige Behandlung und danach eine materielle über die Erheblicherklärung (die zweite mit einfachem Mehr). Wir führen aus Praktikabilitätsgründen eine Diskussion über beide Elemente zusammen, machen jedoch zwei getrennte Abstimmungen. – Sofern die sofortige Behandlung nicht beschlossen wird, erfolgt eine ordentliche Überweisung der Motion an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

Daniel **Burch** wird als Ergänzung zur Begründung der Motion auf zwei Punkte eingehen, die Dringlichkeit und Notwendigkeit. – Der Votant weiss, dass diese Vorlage nicht in den Kantonsrat gekommen ist; er hat sie als Mitglied der Umweltkommission der Gemeinde Risch erhalten und hat auf Grund dieser Unterlagen diese Motion vorbereitet.
Zur Dringlichkeit. Am 31. Januar 2004, also übermorgen, läuft die Vernehmlassungsfrist zur Verordnung betreffend den Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr ab. Die deutliche Ablehnung dieser Verordnung durch die Gemeinden, die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände zeigt eindeutig, dass diese Verordnung nicht gewünscht und nicht praktikabel ist. Eine grundlegende Überarbeitung bzw. ein Neuanfang wäre unumgänglich. Würden die aktuellen Immissionsmesswerte berücksichtigt (Der Kanton gibt für diese Messungen jährlich rund 300'000 Franken aus)

und die beschlossenen Verschärfungen der Emissionsgrenzwerte der Personen- und Lastwagen bei den Prognosen beachtet, dann wäre erkennbar, dass aus lufthygienischen Gründen keine solch einschneidenden Massnahmen nötig werden. Im aktualisierten Massnahmenplan Luftreinhaltung des Kantons Zug vom Mai 2000 kommt das AFU bei der Massnahme «Verminderung des individuellen Pendlerverkehrs» zum Schluss: «Eine Emissionsreduktion lässt sich für die einzelnen Massnahmen nicht ausweisen». Aus lufthygienischen Gründen lässt sich diese Verordnung des Regierungsrats somit nicht rechtfertigen! Wir haben es in der Hand mit dem Richtplan und die Gemeinden mit dem Zonenplan und der Bauordnung, die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung zu bestimmen. Dazu ist keine Verordnung des Regierungsrats nötig.
Zur Notwendigkeit. Es geht bei der verlangten Gesetzesänderung primär um eine Kompetenzregelung. Der Kantonsrat hat in zwei Sitzungen den Richtplan beraten und genehmigt. Voraus gingen die Behandlungen in den Gemeinden und in der Raumplanungskommission. In vielen Stunden haben wir uns mit der Entwicklung unseres Kantons auseinandergesetzt. Basierend auf dem Richtplan werden die Gemeinden ihre Zonenpläne und Bauordnungen erstellen und vom Volk genehmigen lassen. Mit der heutigen gesetzlichen Regelung im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz hat der Regierungsrat die Kompetenz, eine Verordnung zu verfügen, die übergeordneten Charakter hat. Mit der Verordnung betreffend Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr hat er diese Kompetenz genutzt. In der Praxis bedeutet dies; gestützt auf den Zonenplan und die Bauordnung kann die Gemeinde und die Bevölkerung eine gewerbliche Überbauung oder einen Golfplatz, inkl. einer gewissen Anzahl Parkplätze bewilligen. Nun verbietet der Regierungsrat mit seiner Verordnung de facto die Benützung dieser Parklätze, bzw. verlangt, dass bestehende Parkplätze anderer Grundeigentümer nicht, bzw. nur noch eingeschränkt, benützt werden dürfen. Zudem wird die Gemeinde verpflichtet, die vom Regierungsrat vorgegebenen Fahrtenkontingente zu überprüfen.
Im Bericht des Regierungsrats zu dieser Vorordnung kommt dies auch klar zum Ausdruck: «Für das Landis & Gyr-Areal und SBB West wurde für den Vollausbau mit einem Verkehrspotenzial aus Arbeitungsnutzungen von rund 6'700 Fahrzeugfahrten pro Tag (Mehrverkehr gegenüber heute rund 3'800 Fahrzeugfahrten pro Tag) gerechnet. Das Projekt würde somit im Vollausbau mehr als das ganze Fahrzeugkontingent ... der Gemeinde Zug beanspruchen.» Und jetzt wird es spannend! «Diese Zielsetzung steht nicht im Widerspruch zum entsprechenden Sondernutzungsplan. Dieser Plan legt lediglich die maximale Parkplatzzahl, sowie die Parkplatzberechnung fest. Demgegenüber zählen die Rahmenbedingungen nicht die Parkplätze, sondern den von ihnen ausgehenden Verkehr.» Was auf den ersten Blick vernünftig tönt, heisst im Klartext: Es dürfen Parkplätze gebaut, aber nicht, oder nicht alle, benützt werden. Die Kompetenz der Gemeinden und der Bevölkerung wird damit beschnitten und der im Richtplan bekundete Wille des Kantonsrats ignoriert. – Wenn Sie also weiterhin den Kurs im Bereich Siedlungsentwicklung und Verkehr bestimmen und diese Kompetenz nicht weiter dem Regierungsrat geben wollen, kommen Sie nicht darum herum die Motion sofort zu behandeln und erheblich zu erklären.

Martin **Stuber** hält fest, dass die AF sich gegen die Dringlichkeit der FDP-Motion wendet. Sie beinhaltet eine wirklich substanzielle Änderung der Umweltschutzgesetzgebung. Da ist wohlüberlegtes Handeln angebracht und keine Hauruck-Übung.

Die FDP nennt im Motionstext auch keinen Grund für die Dringlichkeit, wir haben jetzt im Votum von Daniel Burch auch keinen gehört. Wir können uns das nur so erklären, dass die FDP dem Regierungsrat zutraut, die Verordnung vom ruhenden Verkehr in einer Nacht- und Nebelaktion sofort in Kraft zu setzen. Wir schätzen ja die Tatkraft unseres Regierungsrats im allgemeinen und des Baudirektors im speziellen. Aber hier im Rat glaubt doch niemand im Ernst, dass dies passieren wird. Also ist Hektik nicht angesagt. Lassen Sie bitte die Motion ihren normalen Gang nehmen.
Falls es doch zur Dringlichkeitserklärung kommen sollte, spricht der Votant jetzt auch zur Erheblicherklärung. Er möchte dazu aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 13. Juli 2002 zitieren, und zwar geht es da um den Bericht «Umwelt Schweiz» des Buwal. Die NZZ schreibt: «…, dass im Umweltschutz wesentliche Ziele nicht erreicht sind und dass bereits Erreichtes von manchen Seiten her immer wieder gefährdet ist. (…) Die wichtigsten Defizite liegen bei der übermässigen Beanspruchung des Bodens, eines im Kleinstaat Schweiz ohnehin knappen Gutes, sowie beim noch immer fast unbegrenzt wachsenden Verkehr.» Genau beim letzten Punkt setzt ja die Baudirektion mit ihrer Verordnung zum ruhenden Verkehr an. Wir wissen es – Parkplätze sind eine heilige Kuh, ja ein eigentliches Tabuthema. Das hat sich bei der Vernehmlassung zum Verordnungsentwurf wieder einmal gezeigt. Dass nun die FDP aber diese Verordnung als Anlass nimmt, dem Regierungsrat jegliche Kompetenz wegzunehmen, welche die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte bei der Luft betreffen, das geht nun wirklich zu weit. Wir vermuten, dass es der FDP vor allem darum geht, dass in diesem Bereich nichts gemacht wird – oder auf jeden Fall nicht vorwärts gemacht wird. Das ist schlimm, denn wir haben bei der Luftreinhaltung einen regelrechten Vollzugsnotstand. Wohl auch deshalb hat der Regierungsrat gehandelt und «Verantwortung übernommen» (FDP-Slogan). Das Bundesgesetz über den Umweltschutz wird heuer 20 Jahre alt und der erste Massnahmenplan Luft ist 14 Jahre alt. Und noch immer sind wir weit davon entfernt, die gesetzlich verbindlichen Limiten, welche in der eidgenössischen Luftreinhalteverordnung festgelegt sind, einzuhalten. Im aktuellen Massnahmenplan LRV des Kantons Zug wird auf S. 10 festgehalten: «Selbst im Jahr 2010 wird noch immer ein Sanierungsbedarf bestehen.» Selbst wenn alle Massnahmen, die im Massnahmenplan vorgesehen sind, greifen würden, hätten wir also 2010 immer noch einen Sanierungsbedarf. Und das Zitat von Daniel Burch bestätigt das ja eigentlich, es wird da nämlich ausgesagt, dass diese Massnahmen keine grosse Wirkung haben. Das ist genau das Problem. Das nennen wir einen veritablen Vollzugsnotstand.
Der Richtplan, der gestern verabschiedet worden ist, ist ein Wachstumsplan. Wir haben im vollen Bewusstsein, was dieser Richtplan für das Wachstum des Kantons Zug bedeutet, gestern diesen Plan beschlossen. Wachstumsplan heisst, dass auch bei den Emissionen ein Wachstum programmiert ist. D.h. wir werden dort nicht kleinere Probleme haben, sondern ganz sicher grössere – trotz allen technischen Fortschritten. Der Verkehr wird nämlich wachsen. – Zum Entwicklungsplan Landis & Gyr-Areal, den Daniel Buch angesprochen hat. Man muss dazu die genaue Geschichte kennen. Dieser Plan beweist, dass das Parkplatzreglement der Stadt Zug nichts wert ist. Denn wenn die Parkplätze dort nach dem Reglement festgelegt worden wären, müssten auf diesem Areal über 5'000 Parkplätze gebaut werden. Und wissen Sie, was passiert ist? Sie haben festgestellt, dass wenn dort tatsächlich so viele Parkplätze gebaut würden, wie im Reglement vorgesehen ist, das ganze Strassenverkehrssystem mit der Nordzufahrt nicht mehr funktionieren würde. Deshalb hat die Bauherrschaft zähneknirschend eingewilligt, dass man ein Parkplatzbewirtschaftungssystem

einführt, die Parkplätze auf 3'700 beschränkt und ein System einführt, wie diese Parkplätze bewirtschaftet werden. Das ist freiwillig von der Bauherrschaft akzeptiert worden und es war ein wichtiges Argument in der Abstimmung. Damit ist für den Entwicklungsplan geworben worden. Von daher ist das also kein Argument gegen, sondern für diese Verordnung. Denn wenn die Gemeinden nicht in der Lage sind, Parkplatzreglemente zu erstellen, die wirklich ihre Funktion erfüllen, muss der Regierungsrat handeln. Und es ist richtig, wenn er beim ruhenden Verkehr auch ansetzt. Und ihm hier nun handstreichartig die Kompetenz wegzunehmen, bedeutet in der politischen Realität, diesen Vollzugsnotstand auf Jahrzehnte hinaus zu zementieren. Martin Stuber möchte den Rat deshalb bitten, dieser Motion nicht zuzustimmen.

Louis **Suter** hält fest, dass es für die CVP nicht nachvollziehbar ist, wie es dazu kommen konnte, dass uns die vom rechtsbürgerlichen Departementvorsteher Hans-Beat Uttinger geleitete Baudirektion eine so alternativ linksgrüne Vorlage präsentieren konnte. Das vorgesehene Fahrtenmodell führt zu volkswirtschaftlich negativen Auswirkungen und hat hohe Verwaltungs- und Personalkosten zur Folgen. Wie in einem von Stagnation geprägten Wirtschaftsumfeld, von dem auch der Kanton Zug betroffen ist, die Baudirektion eine wirtschaftlich so einschneidende, dirigistische Verordnung ins Auge fassen konnte, ist für die CVP unverständlich. Mit grossem Befremden stellen wir auch fest, dass die bei der Behandlung des TRP Verkehr vom Kantonsrat verworfene kantonale Parkplatzpolitik nun auf anderem Wege mittels Fahrtenmodell trotzdem eingeführt werden soll. Und genau hier liegt das Problem: Diese Vernehmlassungsvorlage hat nicht nur Unbehagen, ungläubiges Staunen und eine klar ablehnende Haltung bei den Gemeinden, Wirtschaftsverbänden und bürgerlichen Parteien ausgelöst, sie hat vielmehr zu Gegenreaktionen geführt, wovon eine diese FDP-Motion ist. Diese Motion bestätigt aber leider die in einem anderen Zusammenhang vor diesem Parlament kürzlich gemachte Aussage des Votanten, dass sich zwischen der Regierung und dem Parlament ein immer grösser werdender Graben öffnet. Hier handelt es sich nicht um eine gewöhnliche Motion, mit der z.B. die Regierung beauftragt wird, eine bestimmte Aufgaben zu übernehmen oder eine Lösung auszuarbeiten. Diese Motion bezweckt schlicht und einfach die Kontrolle einer Exekutiv-Aufgabe durch das Parlament und ist gleichzeitig ein alarmierendes Misstrauensvotum – vergleichbar mit einer Feuerwehrmassnahme – gegenüber der Regierung, wie wir es in letzter Zeit kaum einmal erlebt haben. Und dies ist weder für die Regierung noch für das Parlament gut.
Aus diesem Grunde möchte die CVP diese Motion nur überweisen und nicht sofort erheblich erklären. Die Regierung soll nochmals eine faire Chance bekommen, um einerseits alle möglichen Massnahmen für die Lufthygiene zu evaluieren, und um uns anderseits zu beweisen, dass sie in der Lage ist, ein vernünftiges und wirtschaftlich tragbares Massnahmenkonzept zur Verminderung der Schadstoffe in der Luft präsentieren zu können. Gleichzeitig erwartet die CVP, dass die Regierung vom Fahrtenmodell definitiv Abstand nimmt und auf ein kantonales Parkplatzbewirtschaftungssystem verzichtet. Sollte die Regierung auf diese Forderungen nicht eingehen, behalten wir uns das Recht vor, bei der späteren Motionsbehandlung für die Erheblicherklärung zu stimmen.

Jean-Pierre **Prodolliet** weist darauf hin, dass wir auf Bundesebene zwei Gesetze haben, die einen substanziellen Beitrag leisten sollten zur Verminderung der Luftbelastung: Das Umweltschutzgesetz und das CO2-Gesetz. In diese Gesetze sind auch die Kantone eingebunden, sie sollten Massnahmen ergreifen. Wenn man dies grundsätzlich nicht akzeptieren will, wie es diese FDP-Motion deutlich macht, so ist das ein Verstoss gegen demokratische Loyalität. Das ist die Aussage: Wir wollen da einfach nichts machen! Diese Motion ist ein brutaler umweltpolitischer Kahlschlag. Denn was wir in § 12 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz haben, ist eine sehr klare Kompetenz an den Regierungsrat, hier Massnahmen zu ergreifen. Und wenn der Regierungsrat nun diese Verordnung in die Vernehmlassung geschickt hat, so hat er etwas getan, was er eigentlich gar nicht müsste. Er könnte solche Massnahmen einfach beschliessen. Wenn er nun so vorgegangen ist, hat er das vorsichtig getan und eine demokratische Vorgehensweise gewählt. Dass man nun hier mit einer solchen Hauruck-Übung geradezu einen Kahlschlag des UGS machen will, findet der Votant nicht angebracht. Er findet auch nicht richtig, dass jetzt gleichzeitig eine Debatte sowohl über Dringlichkeit wie auch Erheblicherklärung stattfindet. Zuerst müssen wir einmal über die Dringlichkeit beschliessen und nachher wird Jean-Pierre Prodolliet zur Erheblicherklärung noch einen Antrag stellen. Die SP-Fraktion ist ganz entschieden gegen dieses Hauruck-Vorgehen. Der Votant hat auch Zweifel, ob man beim Vorschlag in der Motion überhaupt weiss, was man will. Es heisst dort, der Massnahmenplan solle zur Genehmigung unterbreitet werden, falls übermässige Immissionen auftreten, verursachst durch mehrere Anlagen. Anlagen bezieht sich auf Gewerbe- und Industriebetriebe und nur bei Bst. b geht es um den ruhenden Verkehr. Und das will man einfach streichen.
Jean-Pierre Prodolliet hat gewisses Verständnis, dass man dem Kantonsrat mehr Kompetenzen einräumen will. Aber man muss das nicht mit einer solchen Hauruck-Übung machen, sondern der Regierungsrat soll die Materie vorlegen können, damit wir es eingehend diskutieren können. Also bitte keine sofortige Behandlung! Sie ist auch nicht nötig. Denn es ist nicht anzunehmen, dass diese Verordnung, die der Regierungsrat in die Vernehmlassung geschickt hat, jetzt nach Einreichen der Motion in Kraft setzen will. Die SP-Fraktion ist entschieden gegen die sofortige Behandlung.
Falls wir direkt behandeln, möchte der Votant den Antrag stellen, dass wir Abs. 2 Bst. a nicht streichen, sondern anfügen: *«Diese Rahmenbedingungen unterbreitet er dem Kantonsrat zur Genehmigung.»*

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass wir den Text einer eingereichten Motion nicht verändern können. Für ihr Anliegen müsste die SP-Fraktion eine weitere Motion einreichen.

Andrea **Hodel** weist darauf hin, dass wenn wir jetzt nicht sofort behandeln und erheblich erklären, wir der Regierung Arbeit für die Katz geben. Wir sind alle in den bürgerlichen Fraktionen der Meinung, was hier vorgelegt ist, wollen wir nicht. Und weshalb überweisen wir dann zuerst, lassen die Regierung arbeiten, schimpfen dann wieder über Stellenplafonierung und Erhöhung der Kosten? Nachher nehmen wir das Ganze wieder in den Rat zurück. Dann debattieren wir nochmals, um nochmals festzustellen, dass das ein Mist ist. Die Votantin bittet den Rat deshalb, das Ganze jetzt zu behandeln und erheblich zu erklären, dann haben wir es vom Tisch.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass der Regierungsrat den Rat ersucht, die Motion nicht sofort erheblich zu erklären. Lassen Sie uns Zeit! Wir haben ein politisches Thema aufgegriffen, das Sie mit dem Einführungsgesetz zum Umweltschutzgesetz vorgegeben haben. Die Gemeinden erwarten von uns einen Vorschlag. Der Souverän der Stadt Zug hat sogar im Fall des Landis & Gyr-Areals bereits ein Fahrtenmodell beschlossen, um den Verkehr in die Entwicklungsgebiete in den Griff zu bekommen. Das selbe gilt für den Bebauungsplan Kistenfabrik in Zug. Die Gemeindeversammlung von Risch hat ihrerseits besondere Massnahmen für den ruhenden Verkehr im Industrie- und Gewerbegebiet beschlossen. Wir wollen die Sache koordinieren und auf eine sichere Grundlage stellen. Der Verordnungsentwurf hat allerdings keine grosse Freude verursacht. Wir werden ihn zurückziehen und mit den Gemeinden eine neue Lösung suchen. Die sofortige Erheblicherklärung der Motion der FDP würde diese Lösung zum Vornherein verunmöglichen. Unsere Politik sollte jedoch noch immer lösungsorientiert sein. Hindern Sie uns bitte nicht daran! Der Regierungsrat wird bis zum Entscheid des Kantonsrats über die Motion der FDP keine Verordnung gestützt auf § 12 Abs. 2 EG USG erlassen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nun darüber abgestimmt wird, ob die Motion sofort behandelt wird oder nicht. Dazu braucht es eine Zweidrittelmehrheit. Es sind 74 Ratsmitglieder anwesend, das Quorum ist also 50.

➔ Mit 34 Stimmen wird das Quorum nicht erreicht. Die Motion wird somit zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

324 INTERPELLATION VON ALOIS GÖSSI UND MARTIN B. LEHMANN BETREFFEND PERSONALPLAFONIERUNG IN DER KANTONALEN VERWALTUNG

Alois **Gössi**, Baar, und Martin B. **Lehmann**, Unterägeri, haben am 16. Januar 2004 die in der Vorlage Nr. 1204.1 – 11384 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

325 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUM KONKORDAT VOM 25. JUNI 2003 ÜBER ERRICHTUNG UND BETRIEB EINER INTERKANTONALEN POLIZEISCHULE HITZKIRCH

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1182.1/.2 – 11311/12).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Andrea Hodel, ***Präsidentin***	***FDP***
1.	Rosvita Corrodi, Hofstrasse 74a, 6300 Zug	FDP
2.	Peter Diehm, Dorfstrasse 74b, 6332 Hagendorn	FDP
3.	Michel Ebinger, St. Wendelin 8, 6343 Holzhäusern	FDP
4.	Rosemarie Fähndrich Burger, Neudorfstrasse 2, 6312 Steinhausen	AF
5.	Beatrice Gaier, Bannstrasse 2, 6312 Steinhausen	CVP
6.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
7.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
8.	Silvan Hotz, Chlingenstrasse 23, 6340 Baar	CVP
9.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
10.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
11.	Beni Langenegger, Inwilerstrasse 30, 6340 Baar	SVP
12.	Flavio Roos, Birkenmatt 5, 6343 Rotkreuz	SVP
13.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
14.	Anton Stöckli, Steinhauserstrasse 23, 6300 Zug	SVP
15.	Max Uebelhart, Schutzengelstrasse 38, 6340 Baar	CVP

326 ARCHIVGESETZ

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. Oktober 2003 (Ziff. 256) ist in der Vorlage Nr. 1083.6 – 11329 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 36 : 33 Stimmen zu.

327 GESETZ ÜBER DIE GEBÜHREN FÜR BESONDERE INANSPRUCHNAHME VON ÖFFENTLICHEN GEWÄSSERN (GEWÄSSERGEBÜHRENTARIF)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. August 2003 (Ziff. 194) ist in der Vorlage Nr. 1090.6 – 11260 enthalten. – Bericht und Antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung (Nr. 1090.7 – 11367).

Bruno **Pezzatti**, Präsident der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz, hält fest, dass sich die Kommission an ihrer Sitzung vom vergangenen Montag im Zusammenhang mit der Behandlung des Berichts und Antrags der Regierung zur Änderung des Gewässergesetzes für eine Lockerung der seeexternen Massnahmen im Einzugsgebiet des Ägerisees, der Reuss und der Sihl auch mit den Anträgen der Regierung für die 2. Lesung des Gewässergebührentarifs befasst hat. Die Kommission befürwortet einstimmig die von der Regierung beantragten ursprünglichen Tarife für die Brauchwassernutzung ohne Rückgabe in Oberflächengewässer und für die

Grundwasserentnahme bei Rückführung in den Boden. Begründung: Die an der 1. Lesung beschlossenen Tarifsenkungen beruhen auf einem Missverständnis, bzw. auf einer Unklarheit in § 38 Bst. b des Gewässergesetzes. Die für die Landwirtschaft und den Gartenbau erforderlichen Wasserentnahmen und Nutzungen unterliegen grundsätzlich nicht der Konzessionspflicht, weil jede bis zu einem Jahr befristete Nutzung von oberirdischen öffentlichen Gewässern sowie von Grundwasser lediglich der Bewilligungspflicht gemäss § 36 Abs. 1 des Gewässergesetzes unterliegt. Für die landwirtschaftliche Nutzung, z.B. die Bewässerung von Kulturen in den Sommermonaten, sind somit in der Regel keine Konzessions- oder Nutzungsgebühren zu bezahlen. Der erwähnte § 38 des Gewässergesetzes ist nun aber in diesem Punkt gemäss unserer Kommission nicht klar, weil nur beim Wasserbezug aus oberirdischen öffentlichen Gewässern darauf verwiesen wird, dass der Wasserbezug den Rahmen des Gemeingebrauchs oder die bewilligungspflichtige Wasserentnahme übersteigen muss, um konzessionspflichtig zu sein. Der Wasserbezug aus Grundwasservorkommen enthält diesen Zusatz nicht, obwohl auch dort Konzessionen nur dann notwendig sind, wenn die Nutzung den Rahmen des Gemeingebrauchs oder die bewilligungspflichtige Wassernutzung übersteigt. Die Kommission wird deshalb bei der Behandlung der Vorlage 1175.1, welche an der Februar- oder Märzsitzung hier im Kantonsrat erfolgen wird, eine entsprechende Anpassung bzw. Präzisierung von § 38 beantragen. – Der Kommissionspräsident bittet den Rat, den Anträgen der Regierung zuzustimmen.

➔ Der Rat ist mit den Anträgen der Regierung einverstanden.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 64 : 0 Stimmen zu.

328 ÄNDERUNG DES SCHULGESETZES

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. November 2003 (Ziff. 274) ist in der Vorlage Nr. 1114.5 – 11357) enthalten.

Felix **Häcki** hat bei der Ausarbeitung des Antrags auf eine erste zeitliche Begrenzung des Gesetzes den gleichen Grundgedanken gehabt wie bei der Busvorlage im Zusammenhang mit der Stadtbahn. Es geht ihm darum, dass wir – im Wissen um die in Zukunft schwierigere Finanzsituation im Kanton – nicht einfach mehr Gesetze beschliessen, sondern dass wir nach einer gewissen Zeit auch überprüfen, ob es wirklich Sinn macht, was wir mit Kostenfolgen beschlossen haben. In der Zwischenzeit hat sich gezeigt, dass eben doch etliches aufgebaut resp. verändert werden muss, um das integrative Schulsystem einzuführen. Es eignet sich demnach nicht für ein relativ kurzzeitiges Provisorium. Die Kostenfolgen wären wohl ziemlich hoch und es müssten vor allem wieder viele Hilfspädagogen resp. Heilpädagogen nach wenigen Jahren entlassen werden. Da Felix Häcki jedoch nach wie vor überzeugt ist, dass der Weg der integrativen Schule der falsche Weg ist, weil er vor allem auf Kosten der mittel bis schwächer begabten Schüler geht und das allgemeine Schulniveau

senken wird, glaubt er, dass es besser ist, keine Versuchsphase mehr durchzuführen, sondern die Gesetzesänderung abzulehnen. Sonst steht die Frage im Raum, wo die Chancengleichheit der mittel bis schwächer begabten Schüler bleibt. Aus den genannten Gründen zieht er seinen Antrag zur 2. Lesung zurück und beantragt dafür, in der Schlussabstimmung die vorgeschlagene Gesetzesänderung abzulehnen.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 46 : 21 Stimmen zu.

329 AUFSICHTSBESCHWERDE VON PETER BROGLE, ZÜRICH, GEGEN DAS KANTONSGERICHT DES KANTONS ZUG

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1200.1 – 11371).

Andrea **Hodel**, Vizepräsidentin der Justizprüfungskommission, hält fest, dass die JPK die Aufsichtsbeschwerde von Peter Brogle überprüft hat, was Sie dem kurzen Bericht und Antrag entnehmen können. Dazu noch einige Worte. – Bis Personen mit einer Aufsichtsbeschwerde an die Justizprüfungskommission gelangen, sind sie meistens enttäuscht von unserem staatlichen System, können Entscheide nicht mehr akzeptieren. Dies der Grund, weshalb wir Aufsichtsbeschwerden sehr ernst nehmen, die Akten genau studieren und auch mit den Beschwerdeführern, wie dies vorliegend mit Peter Brogle geschehen ist, ein persönliches Gespräch führen. Bei allem Verständnis, welches wir enttäuschten Personen entgegenbringen möchten, ist aber festzuhalten, dass der Kantonsrat immer wieder dazu benützt wird, Einzelakte zu überprüfen. Dies ist nicht Aufgabe des Kantonsrats, nicht Aufgabe unserer Kommission und schon gar nicht dürfen wir die Gewaltenteilung unterwandern und in die Rechtsprechung eingreifen wollen. Dies würde zu einer verhängnisvollen Abhängigkeit der Justiz von der Politik führen. Wir haben diese Diskussion ausgiebig im Rahmen der grossen gescheiterten Parlamentsreform geführt und für die Kommission ist deshalb klar, dass es einmal mehr an der Zeit ist, auf die Gewaltenteilung hinzuweisen und festzuhalten, dass ein Gerichtsurteil mittels eines Rechtsmittels, sei es nun Beschwerde, Berufung, Einsprache oder Rekurs, nicht aber mit einem politischen Vorstoss getadelt, überprüft oder gar geändert werden kann. Die Justizprüfungskommission stellt deshalb den Antrag, auf diese Beschwerde nicht einzutreten. Auch die FDP-Fraktion schliesst sich geschlossen dieser Meinung an

➔ Auf die Beschwerde wird nicht eingetreten.

330 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINE PROVISORISCHE PARKPLATZANLAGE AUF DEM EHEMALIGEN GASWERKAREAL IN ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1155.1/.2 – 11248/49), der Strassenbaukommission (Nrn. 1155.3/.4 – 11342/43) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1155.5 – 11363).

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass dieses Geschäft der Strassenbaukommission zugewiesen wurde. Diese beantragt mit 10 : 2 Stimmen, dem Antrag der Regierung zu folgen, mit dem Zusatz einer weiteren Investition von 30'000 Franken. Die Vorlage hat zum Ziel, auf dem ehemaligen Gaswerkareal, welches dem Kanton als Baulandreserve dient, einen provisorischen Parkplatz für 192 PWs und 4 Cars zu erstellen. Die Kosten belaufen sich auf 495‘000 Franken, eingeschlossen eine von der Kommission aus Sicherheitsgründen beantragte zusätzliche Investition von 30‘000 Franken für eine angemessene Beleuchtung. An die Kosten leistet die Stadt Zug einen Anteil von 65‘000 Franken. Die vorgelegte Vollkostenrechnung des Regierungsrats ergibt einen jährlichen Nettogewinn von 65‘000 Franken. Es handelt sich für einmal um eine Vorlage, welche den Staatshaushalt nicht belastet, im Gegenteil.
Mit der Zurverfügungstellung werden im weiteren folgende Verbesserungen erreicht:

- Wir können ein permanentes Parkplatzproblem lösen und künftig ein besseres Angebot, namentlich für das kaufm. Bildungszentrum, die Zuger Techniker- und Informationsschule, die kantonale Verwaltung und für Sportanlässe des EVZ usw. zur Verfügung stellen.
- Der Kommissionspräsident sieht hier, obwohl nicht vorgesehen, auch einen Vorteil für den Bahnhof Zug, indem dieser Platz vermehrt als Park + Ride-Platz dienen kann.
- Der Stadtrat von Zug hat bereits die Baubewilligung erteilt, als Provisorium auf fünf Jahre, mit der Option auf Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr.

Die Gestaltung des Platzes führte in der Kommission zu verschiedenen Fragen und Anregungen und letztlich zur Auffassung, dass je länger der Platz als Parkierungsanlage genutzt wird, er um so besser gestaltet werden soll. Es dürfte aber so sein, dass in den nächsten fünf Jahren der KR wohl kaum über ein kantonales Bauprojekt auf diesem Platz befinden wird und so aus dem Provisorium ein Providurium wird. Insofern bittet er die Baudirektion, vor diesem Hintergrund für eine gute Gestaltung der Anlage besorgt zu sein und diese mit der Stadt Zug abzusprechen. – Die CVP steht einhellig hinter diesem Antrag und der Votant bittet den Rat, ihm in der Fassung der Strassenbaukommission zuzustimmen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage am 27. November 2003 beraten hat. Wir können sie begrüssen, weil sie umgehend Erträge abwirft. Die Regierung denkt hier unternehmerisch, nutzt brachliegendes Land und schafft ein Dienstleistungsangebot, das aus bürgerlicher Sicht erwünscht ist. Der Bedarf dafür ist ausgewiesen. Mit der provisorischen Parkplatzanlage können die Bedürfnisse der Kantonalen Verwaltung, des Kaufmännischen Bildungszentrums, der Zuger Techniker- und Informatikschule und von Sport- und Grossanlässe gedeckt werden. Wie Sie gehört haben, besteht auch die Möglichkeit für ein Park + Ride, um von dort aus die öffentli-

chen Verkehrsmittel zu nutzen. Das Provisorium ist vom Stadtrat bereits bewilligt und auf fünf Jahre befristet. Es besteht die Option, den Vertrag anschliessend jeweils um ein Jahr zu verlängern.
Zu den Kosten: Die Investitionskosten betragen gemäss der regierungsrätlichen Vorlage 465'000 Franken, wovon die Stadt Zug voraussichtlich 65'000 übernimmt. Die Strassenbaukommission stellt bekanntlich den Antrag, diese Investitionssumme um 30'000 Franken zu erhöhen, um eine Beleuchtungsanlage zu installieren. Die Stawiko unterstützt unter dem Aspekt der Sicherheit diesen Antrag. Der vorliegende Kredit liegt unter einer halben Million Franken und ist nicht referendumsfähig. Der Objektkredit erfordert deshalb nur einen einfachen Kantonsratsbeschluss.
Zur Rendite. Im schlechtesten Fall kann die provisorische Parkplatzanlage nur fünf Jahre genutzt werden. Wenn wir davon ausgehen, dass die Beleuchtung realisiert wird, resultieren Abschreibungen von 85'000 Franken pro Jahr. In diesem Fall beträgt der jährliche Nettoertrag rund 20'000 Franken. In Relation zur Investitionssumme von netto 430'000 Franken ergibt dies jährlich eine gute Rendite von 4,7 %. Wird der Parkplatz länger als fünf Jahre betrieben, erhöht sich die Rendite entsprechend, bei zehn Jahren auf 14,5 % pro Jahr. Eine wesentliche Ertragssteigerung würde dann resultieren, wenn die Parkplatzanlage rund um die Uhr an sieben Tagen pro Woche bewirtschaftet werden dürfte. Leider lässt sich diese Idee nicht umsetzen, weil gemäss einer Vereinbarung mit der Stadt Zug die Parkplätze nach einheitlichen Richtlinien zu bewirtschaften sind, d.h. nur von Montag bis Freitag von 07.00 bis 19.00 Uhr.
Zusammenfassen handelt es sich um eine Investition, die rentiert und deshalb klar von der Stawiko unterstützt wird. Der Votant beantragt deshalb im Namen der Stawiko, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der Strassenbaukommission zuzustimmen.

Berty **Zeiter** möchte dem Rat einige Zahlen aus dem Parkplatzinventar präsentieren. Es wurde vor knapp drei Jahren von der Stadtplanung Zug veröffentlicht. Wichtig scheinen der Votantin vor allem die öffentlichen Parkplätze zu sein. Innert zehn Jahren hat die Parkplatzanzahl massiv zugenommen. In der ganzen Stadt Zug sind die Parkplätze von 21'000 auf 27'000 gewachsen und unterdessen nochmals stark, so dass man damit rechnen muss, dass bis Ende nächstes Jahr 30'000 erreicht sind. Innert zehn Jahren sind also beinahe 6'000 Parkplätze neu dazu gekommen. Zum Vergleich: Es gibt elf Stadtkreise, Herti (wo das Gaswerkareal liegt) ist ein Stadtkreis davon, und hier sind beinahe 1'500 Parkplätze geschaffen worden. Ein Viertel der Zunahme trifft also dieses Herti-Quartier. Da möchte es die Votantin in Zweifel ziehen, dass hier ein *dringlicher* Parkplatzbedarf besteht. Auf Grund dieser Zahlen sind wir von der AF auch gegen die Schaffung von neuen Parkplätzen. Daniel Burch hat bei der Behandlung der FDP-Motion gesagt, dass wir im Kantonsrat es in der Hand hätten, das Verkehrsaufkommen auch ohne Parkplatzreglement zu beeinflussen. Und darum möchte Berty Zeiter den Kantonsrat auffordern, hier konkret die Chance zu ergreifen und das Verkehrsaufkommen dahingehend zu beeinflussen, dass wir nicht eine Aufgabe übernehmen, die nicht dem Kanton zusteht, nämlich Parkplätze zu schaffen. Und darum nicht darauf einzugehen. Es ist bei diesen Zahlen ja nicht erstaunlich, dass die Stadt Zug im Verkehr ertrinkt und alle Zufahrtsstrassen verstopft sind. Die Verkehrszunahme können wir sicher nicht stoppen mit zusätzlichen Parkplätzen, sondern wir müssen die Autofahrerinnen und -fahrer dazu bewegen, auf den

ÖV umzusteigen. Die Votantin möchte den Rat fragen: Was hätte denn Sie heute Morgen dazu bewegen können, nicht mit dem Auto hierher zu kommen? Was hätte Sie dazu bringen können, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu kommen? Ganz sicher nicht das Wissen, dass Sie einen Parkplatz in nächster Nähe haben, und erst noch gratis. Wenn Sie aber zu Hause gewusst hätten, dass Sie mindestens 300 Meter laufen müssten vom Parkplatz bis hierher, wäre es bestimmt attraktiver geworden, die fünf Minute vom Bahnhof zu Fuss zu kommen oder gar direkt mit dem Bus auf der Linie 4 oder 11 fast vor dem Sitzungssaal aussteigen zu können. Und in einem Jahr kommt sogar noch die Stadtbahn-Haltestelle in nächster Nähe dazu. Beat Villiger hat gesagt, dass diese Vorlage dazu dient, ein permanentes Parkplatzproblem zu lösen. Aber wir sehen bei uns ja selbst, wie stark die Bequemlichkeit unser Verhalten bestimmt. D.h. das Parkplatzproblem besteht immer. Wo irgendwo ein Parkplatz geschaffen wird, wird er automatisch gefüllt.
Wir haben immer den Anspruch, dass wir per sofort am nächsten Ort sein wollen. Und dabei beachten wir nicht, dass der Natur immer mehr überlebensnotwendiger Raum weggenommen wird. Darum möchten wir von der AF Ihnen eine Alternative vorschlagen zum geplanten Parkplatz. Mit schätzungsweise einem Zehntel der Kosten halten wir es für möglich, etwas viel Wertvolleres zu schaffen auf dieser Fläche des Gaswerkareals. Etwas, das für unsere Fraktion als Kompromissvorschlag gilt. Es bringt aber allen Seiten etwas. Haben Sie den Parkplatz schon einmal näher angesehen? Hinter den jetzt genutzten Parkflächen hat sich bereits eine grosse und vielfältige Pflanzenwelt breit gemacht. Das Land ist verwildert, ein Teil besteht noch aus Schotterflora. Das sind niedrige Pflanzen, die auf Kies wachsen, z.B. Breitwegerich, Kamille und ähnliches. Ein Teil hat sich schon zu einem sogenannten Ruderalstandort entwickelt, zu einer hochbuschigen Flora mit kleinen Bäumen. Mit wenig Aufwand und sehr wenig Pflege lässt sich dieser Teil als ökologisch wertvoller Standort erhalten und zu einem begehbaren Naturkundeobjekt umwandeln mit Fussgängerwegen dazwischen. Unser Kompromiss besteht darin, dass wir vorschlagen, die jetzigen Parkplätze sollen nur gut beschottert werden, normalerweise abgesperrt bleiben und bei Grossanlässen wie Zuger-Messe oder EVZ-Spielen zur Benützung inkl. Bewirtschaftung frei gegeben werden.
Noch ein Wort zu den Kosten des Projekts. Dass diese 500'000 Franken knapp unterschreiten, ist ja klar. Andernfalls wäre ein Referendum möglich, und diese Gefahr will von den Befürwortern niemand eingehen. Die Kommission hat sich bemüht, die Kosten zu drücken. Selbst die Bäume hat sie deswegen gestrichen. Im Bericht steht auch noch ein Satz, der Berty Zeiter stört, da er das ökologische Argument völlig verdreht: «Die Kommission war demgegenüber der Meinung, den gesamten Platz einzukiesen und auf die Bepflanzung mit Bäumen zu verzichten. Ausserhalb der Verkehrsfläche wird sich dadurch im Lauf der Zeit eine ökologisch wertvolle Ruderallandschaft bilden.» Störend an diesem Argument ist, dass es missbraucht wird, um die jetzt bereits bestehende ökologisch wertvolle Ruderallandschaft zuerst zu zerstören. Ob die Natur dann noch Zeit und von der Unterhaltsequipe her auch die Erlaubnis bekommt, im Kies wieder Kräuter und Bäume wachsen zu lassen, ist zu bezweifeln.
Die AF ist für Eintreten auf die Vorlage, da der jetzige Zustand auf die Dauer nicht legal ist. Wir stellen jedoch den Antrag auf Rückweisung an den Regierungsrat, mit dem Auftrag, ein einfacheres Projekt und einen Kompromiss zwischen wirtschaftlicher Nutzung und der ökologischen Erhaltung auszuarbeiten.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion der Meinung ist, dass auf einen Ausbau der Parkanlage auf dem ehemaligen Gaswerkareal verzichtet werden soll, und stellt den Antrag auf Nichteintreten. Diese Parkanlage wird nicht aus der Spezialfinanzierung Strassenbau, sondern über die Investitionsrechnung finanziert. Es stellt sich daher einmal mehr die Frage, ob es sich um eine absolut notwendige oder um eine wünschbare Investition handelt. Sie werden wenig überrascht sein, wenn die SP-Fraktion der Meinung ist, dass es sich dabei nur um eine wünschbare und keinesfalls um eine notwendige Investition handelt. Schon 1998 haben der Regierungsrat und die damalige Kommission für die Kaufmännische Berufsschule Zug entschieden, das unbebaute Areal nach dem Rückbau auszuebnen und mit einer Magerwiese zu versehen. Bereits heute wird ein Teil des Areals als Parkplatz benutzt. Auch diese Nutzung entspricht nicht der damaligen Absicht. Mit dem Bau von zusätzlichen 192 Parkplätzen verlässt der Regierungsrat seine ursprüngliche umweltfreundliche Absicht und opfert die gute Idee einer ökologisch wertvollen Magerwiese dem motorisierten Individualverkehr.
Es scheint zur Zeit Mode zu sein, alles, was dem Auto dient, ohne zu hinterfragen zu bewilligen. Das fragliche Gebiet ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln bestens erschlossen, liegt in der Nähe des Bahnhofs. Bushaltestellen befinden sich in unmittelbarer Nähe des Eisstadions, der Sportanlagen, der kantonalen Verwaltung und vor dem Siemensareal. Gute Velo- und Fussgängerverbindungen sind vorhanden. Weshalb sollen in diesem schon heute von Parkplätzen überstellten Quartier noch mehr Parkplätze realisiert werden? Diese Anlage wird unweigerlich mehr Verkehr anziehen. Die Bewohner von Zug West haben es aber verdient, nicht noch mehr durch den Verkehr belästigt zu werden. Besteht ein genügend grosses Parkplatzangebot, wird sich kaum ein Besucher einer Grossveranstaltung ernsthaft Gedanken über die Wahl des Verkehrsmittels machen, und mit seinem Privatauto anreisen. Es ist keine Kernaufgabe des Kantons, Parkplätze für private Arbeitgeber zu erstellen. Die Parkplätze sollen tatsächlich jene bauen, welche sie auch brauchen. Dass gemäss Strassenbaukommission auf die Magerwiese und die Baumbepflanzung verzichtet werden soll, unterstreicht die verblendete Sichtweise eines uneingeschränkten Glaubens an den motorisierten Individualverkehr, in dem die Natur zur Verliererin gestempelt wird. Bitte bekennen Sie Farbe und zeigen Sie, wie ernst es Ihnen ist mit Sparen! Hier sparen Sie an einem Ort, bei dem es keine Verlierer gibt, sondern nur solche, die etwas weniger bevorteilt werden.
Noch eine Frage an die Regierung zu S. 2 des Berichts. Investitionskosten sind mit 400'000 Franken ausgewiesen. Bruttoeinnahmen pro Jahr: 138'000 Franken. Dann schreibt die Regierung: «Damit können die Investitionskosten innert fünf Jahren amortisiert und verzinst werden.» Fünf mal 138'000 gibt fast 700'000 Franken. Der Votant weiss nicht, was da stimmt oder amortisiert werden muss. Ist das eine Mogelpackung? – Auf Grund dieser Ausführungen stellt die SP den Antrag auf Nichteintreten.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion diese Vorlage diskutiert hat und den Antrag der Regierung mit dem Zusatzantrag der Kommission unterstützt. Die vorübergehende Nutzung des brach liegenden unbebauten Areals für zusätzliche Parkierungsmöglichkeiten ist sinnvoll. Der Standort in unmittelbarer Nähe der Verwaltung, der Gerichte, des kaufmännischen Bildungszentrums und der Technikerschule ist sehr attraktiv. Und wir glauben auch – im Gegensatz zu den Vorrednern(-innen) –,

dass das Bedürfnis vorhanden ist. Denn wenn Sie die Zahlen genauer anschauen, sehen Sie, dass die Zunahme an Parkplätzen in der Stadt Zug zu über 90 % aus privaten Parkplätzen besteht. Diese gehören zu Wohnungen und Geschäften, stehen also nicht allgemein zur Verfügung. Diese Parkplätze werden bestimmt auch von Besuchern von Grossveranstaltungen im Stadion und auf dem Stierenmarkt-Areal, ja sogar von Bahnpendlern Richtung Zürich geschätzt. Nehmen wir doch einmal an, eine Grossveranstaltung findet im Stadion statt, ein Eishockeymatch. Da werden doch die Besucher von Ambri nicht mit dem Bus kommen. Da die Parkplätze vermutlich aber auch abends und in erster Linie von Besuchern von Weiterbildungskursen benützt werden, ist es sehr sinnvoll, wenn eine Beleuchtung eingerichtet wird. Bei der vorgesehenen Parkierungsanlage handelt es sich um ein Provisorium. Daher ist sie mit einfachsten Mitteln und möglichst kostengünstig zu realisieren. Die Regierung hat da sicher genügend Spielraum, die ökologischen Anforderungen weitgehend umweltverträglich zu realisieren. Dank der Parkplatzbewirtschaftung durch die Stadt Zug kann davon ausgegangen werden, dass sich die Investition von 495'000 Franken innert fünf Jahren mehr als amortisiert, was natürlich sehr erfreulich ist. Im Namen der FDP bittet der Votant daher den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** bittet den Rat, dieser Vorlage zuzustimmen. Das Hauptargument ist, dass wir in der Tiefgarage an der Aa dauernd keinen Platz haben. Sie ist überfüllt und wird auch von sehr vielen Personen der Polizei benützt, die Schichtwechsel haben. Und morgens um zwei oder um Mitternacht fahren in Gottes Namen keine Busse mehr. Zur angeblichen Mogelpackung können Sie auf S. 6 des Berichts nachschauen. Wir rechnen mit einer Abschreibung von 10 % auf 400'000 Franken. Das sagt aus, dass die Regierung nicht damit rechnet, dass vor den nächsten zehn Jahren dort ein Verwaltungszentrum gebaut wird. Dem Antrag der Kommission für die Beleuchtung von 30'000 Franken kann die Regierung zustimmen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag der SP-Fraktion auf Nichteintreten vorliegt.

➔ Der Rat beschliesst mit 52 : 16 Stimmen Eintreten auf die Vorlage.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Rückweisungsantrag der AF vorliegt. Gemäss § 43 der GO braucht es dazu die Zweidrittelmehrheit.

➔ Mit 15 Stimmen wird das Quorum nicht erreicht.

DETAILBERATUNG

§ 1

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Kommissionsantrag auf 495'000 Franken vorliegt, dem sich die Regierung anschliesst.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 54 : 14 Stimmen zu.

331 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG BETREFFEND BAUBEITRAG AN DEN VEREIN ZUGERISCHE WERKSTÄTTE FÜR BEHINDERTE (ZUWEBE) FÜR DIE WERKSTÄTTE BÖSCH IN DER GEMEINDE HÜNENBERG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 713.7 – 11334) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 713.8 – 11361).

EINTRETEN ist unbestritten.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

332 MOTION VON ROSEMARIE FÄHNDRICH BURGER BETREFFEND RADWEG VON BIBERSEE NACH OBERWIL, GEMEINDE CHAM

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1073.2 – 11372).

Rosemarie **Fähndrich Burger** bedankt sich bei der Regierung für die ausführliche Beantwortung ihrer Motion, auch im Namen der 14 Mitunterzeichnerinnen und -unterzeichner. Sie freut sich natürlich sehr, dass die Regierung beantragt, die Motion bezüglich der Kreuzung bei Bibersee als erheblich zu erklären. Allerdings ist sie mit der Abschreibung bezüglich Kreuzung Oberwil und dem Verbindungs-Strassenstück zwischen den beiden Kreuzungen aus folgenden Gründen mit der Regierung nicht einverstanden. Die Motionsbeantwortung nimmt Bezug auf die Interpellation Ulmann. Diese Interpellation veranlasste die Votantin, die vorliegende Motion einzureichen. Aus der damaligen Antwort geht hervor, dass innerhalb von 1994 bis 2000 in 14 von 21 Unfällen das Nichtgewähren des signalisierten Vortritts die Unfallursache war. In 6 der 21 Unfälle waren Velos verwickelt. Bei allen Unfällen, wo

Velos beteiligt waren, gab es Verletzte, zweimal gar Tote. Die Toten waren beide Male ältere Frauen aus Steinhausen. Die Regierung schreibt in ihrer Antwort: «Die Kreuzung ist unfallträchtig, das hat die Interpellation Ulmann eindrücklich in Erinnerung gerufen». Die BFU, die Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung, hat bei der Prüfung der Kreuzung vorgeschlagen, Vorsortierspuren oder einen Kreisel zu erstellen. Die Regierung begründet in der Antwort, warum sie das nicht will. Diesen Argumenten kann Rosemarie Fähndrich folgen. – Die getroffene Massnahme mit der automatischen Geschwindigkeits-Überwachung geht aus Sicht von Velofahrenden jedoch zu wenig weit. Es muss jederzeit mit Autos gerechnet werden, deren Fahrerinnen oder Fahrer trotz Radarfalle gedankenverloren zu schnell fahren oder über keine Kenntnis der örtlichen Begebenheiten verfügen. So können sie für Velofahrende eine Gefahr werden.
Wir müssen uns bewusst sein, dass die Kreuzung Oberwil ins sehr beliebte Naherholungsgebiet Niederwil, Frauental, Reussspitz führt. Velofahrende aus dem Raum Baar, Zug, Steinhausen kommen kaum darum herum, dabei die Kreuzung Oberwil zu befahren. Dementsprechend stark ist sie oft durch Velos befahren. Viele unserer Kinder und Jugendlichen von Pfadi, Blauring und Jungwacht begeben sich für die Auffahrts- und Pfingstlager oder ähnliche Freizeitaktivitäten mit ihren Fahrrädern in besagtes Gebiet. Für diese Kinder, aber auch für alle andern Velofahrenden, ist es unabdingbar, dass die Kreuzung Oberwil ohne Querung der Fahrbahn sicher gekreuzt werden kann. Wir brauchen keine Cadillaclösung. Es genügt eine einfache Unterführung, wie wir sie beispielsweise als Viehunterführung kennen. Aber wir möchten künftig die Kreuzung Oberwil für den Veloverkehr sicher wissen.
In Bezug auf die Finanzierung von Radwegen standen im Strassenbauprogramm 1998-2003 12 Mio. Franken zur Verfügung. Von diesem Kredit wurden in diesen sechs Jahren 7,9 Mio. Franken beansprucht. Es wurden also 4,1 Mio. Franken nicht verbaut. Das aktuelle Strassenbauprogramm sieht einen Betrag von 24 Mio. Franken vor für „Anlagen für die regionalen Buslinien und für Radstrecken“. Aus diesem Grund ist es in Bezug auf den Sicherheitsaspekt bestimmt angebracht, die Kreuzung Oberwil mit einer einfachen, zweckmässigen Velounterführung zu versehen. Ausserdem kann man sich vorstellen, dass mit dem künftig degradierten Strassenabschnitt von Steinhausen nach Bibersee zu einem reinen Radweg die gesamte Strecke von Steinhausen bis Oberwil und weiter nach Niederwil eine zusammen hängende Velostrecke werden kann. Aus diesem Grund beantragt die Votantin, auch im Namen der AF, auch die Kreuzung Oberwil mitsamt dem Verbindungs-Strassenstück von Bibersee nach Oberwil als erheblich zu erklären. Mit andern Worten, die Motion in allen drei Teilen als erheblich zu erklären. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Der **Vorsitzende** gibt noch eine Änderung im Bericht der Regierung bekannt bezüglich den Anträgen auf S. 5. Beim ersten Punkt lautet der Antrag, die Motion sei bezüglich Fortsetzung des Radwegs Bibersee-Oberwil als erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Es liegt hier ein Versehen vor. Begründung: Der Regierungsrat will diesen Ausbau zur Zeit nicht vornehmen. Sollte der Verkehr weiter zunehmen und ein Ausbau mit separatem Radweg erforderlich sein, stünde ein Rahmenkredit zur Verfügung. Somit will der Regierungsrat keine Zusicherung abgeben, dieses Begehren zu erfüllen. Er beantragt also in Abänderung von Vorlage Nr. 1073.2 – 11372, diesen Teil der Motion nicht erheblich zu erklären.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion nicht in allen Teilen zufrieden ist mit der Antwort des Regierungsrats. Die Motion beinhaltet drei Elemente, wovon der Regierungsrat nur eines erheblich erklären will.
1. Ausbau Radstrecke Bibersee Oberwil. Wer die Strecke kennt und diese auch schon mit dem Velo oder dem Auto befahren hat, weiss um die Gefährlichkeit dieses Streckenabschnitts. Es gibt nur einen Mittenstreifen, aber keinen Radweg und schon gar kein Trottoir oder zumindest eine Wegmarkierung für Fussgänger. Die Autos haben die Farbahn für sich. Entsprechend wird auf dieser Strecke mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren. Mit etwas gutem Willen wäre es doch möglich, einen einfachen Radstreifen zu bauen. Der Radstreifen Oberwil-Niederwil-Hagendorn könnte dazu als Beispiel dienen. Für die Sicherheit von zu Fuss Gehenden und Velofahrenden ist kein luxuriöses Bauwerk notwendig und gewünscht. Sondern eine kostengünstige und schnelle Realisierung, und das können wir uns leisten.
2. Kreuzung bei Oberwil. Die unfallträchtige Kreuzung wurde nicht saniert. Die Vorschläge des BFU fanden bei der Baudirektion kein Gehör. Immerhin kontrolliert jetzt eine Radaranlage die Einhaltung der Geschwindigkeit der Autofahrenden. Eine Verbesserung für die Radfahrenden und zu Fuss Gehenden ist damit aber nicht eingetreten. Als letzthin mehrere Schulklassen von Cham die Strasse in unmittelbarer Nähe dieser Kreuzung überqueren wollten, sorgten sich die Lehrpersonen um die Sicherheit der Kinder. Die Polizei dein Freund und Helfer führte die Klassen vor Ort sicher über die Strasse. Selbst ein Landwirt, der ca. 50 Meter oberhalb der Kreuzung Oberwil seinen Betrieb bewirtschaftet, mutet seinen Kühen nicht länger zu, die Strasse zu überqueren. Er findet einen Sponsor, der ihm eine einfache Unterführung für seine Tiere baut. Nun können die Kühe muhend, freudig und ohne Gefahr die saftigen Weiden auf der anderen Strassenseite erreichen. Nur für die Menschen scheint gemäss Regierung nichts notwendig zu sein. Vor diesem Hintergrund ist die Antwort des Regierungsrats schon fast zynisch zu bewerten. Auch in diesem Punkt verlangt die Motion nichts Aussergewöhnliches. Zumindest eine Gleichstellung zwischen Mensch und Tier währe anzustreben. Dem Votanten würde eine einfache Röhre wie für die Kühe genügen.
3. Kreuzung Bibersee. Wir freuen uns, dass der Regierungsrat die Notwendigkeit einer Verbesserung der Verhältnisse in Bibersee erkannt hat und wenn die notwendigen Anpassung möglichst bald realisiert werden.
Zusammenfassend stellt die SP-Fraktion den Antrag, alle Begehren der Motion erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben. Wir danken Ihnen, wenn Sie dem Antrag der SP-Fraktion zustimmen und damit die Sicherheit auch für die Menschen verbessern.

Andrea **Hodel** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion mit einer gehörigen Mehrheit dem Antrag des Regierungsrats anschliesst. Diskutiert haben wir nur die Kreuzung in Oberwil, da wir von der Änderung des Antrags des Regierungsrats damals noch keine Kenntnis hatten. Auch aus Sicht der FDP-Fraktion wäre es natürlich schön, man könnte alles und jedes auch für die Velofahrer jederzeit realisieren und veloverkehrstechnische Verbesserungen anfügen. Zu beachten und berücksichtigen bleibt aber auch, dass die diskutierte Unterführung, was die Kosten anbetrifft, wahrscheinlich nicht so günstig ist. Wenn sie so günstig wäre wie jene des Bauern, könnten wir uns vorstellen, dass wir einen privaten Sponsoren suchen oder dass wir den Bauer fragen, ob er die Velos auch noch unten durch lässt.

In der heutigen Landschaft müssen wir uns einfach fragen, ob es jetzt wirklich notwendig ist. Wir glauben, dass die Regierung heute einen richtigen Schritt in die richtige Richtung macht. Dass wir dann das ganze weiter beobachten. Und wenn es dann notwendig ist, später noch weitere Massnahmen ergreifen können. Wir müssen alle Verkehrsteilnehmer gleich behandeln. Wir haben vor Weihnachten auch Unterhalt für die Strassen zurückgestellt. Von daher glauben wir, finanzpolitisch in dieser Sache gleich vorgehen zu müssen und auch hier nicht alles auf einmal zu realisieren.

Margrit **Landtwing** erinnert daran, dass eine ihrer Vorrednerinnen und die Vorredner die Situation betreffend Radweg von Bibersee nach Oberwil ausführlich geschildert haben. Sie hält sich kurz und macht nur noch einige Ausführungen zur Kreuzung Oberwil. Dies tut sie aus der Sicht als Auto- wie als Velofahrerin. – Wie bereits erwähnt, überquert der Veloweg von Steinhausen her kommend bei Oberwil die Knonauerstrasse. Diese Querung passiert an einer gefährlichen Stelle, wie auch der Regierungsrat in der Beantwortung festhält. Er taxiert die Kreuzung als unfallträchtig. Warum? Die Votantin versucht, die Situation zu schildern:
1. Von dieser Stelle aus steigt die Kantonsstrasse in beide Richtungen an, was ein relativ plötzliches Auftauchen der Autos zur Folge hat.
2. Die Strasse ist stark befahren, vermehrt auch von Lastwagen.
3. Die Verkehrsordnung lässt hier ein Tempo von 80 km/h zu, obwohl eine Abzweigung nach Oberwil ohne Vorsortierspur besteht und ein Bauernhof und einige Häuser hier stehen.
80 km/h, das ist ein hohes Tempo, ein zu hohes Tempo! Die von weitem gesichteten Autos sind schnell da, entweder von links oder von rechts. Dies erschwert vor allem Familien, Gruppen oder älteren Leuten die Überquerung der Strasse. Wie die Sicherheitsdirektion bestätigte, hat die installierte stationäre Geschwindigkeitsüberwachung einen Teil zur Verbesserung der gefährlichen Kreuzung beigetragen. Raser werden etwas zurückgebunden. Für die Votantin sind aber weitere Massnahmen zur Entschärfung der Situation unumgänglich. Sie denkt da nicht in erster Linie an eine teure Unterführung, sondern stellt sich einfachere, kostengünstigere Lösungen vor. Vordringlich schlägt sie für die Gefahrenzone eine Reduktion der Höchstgeschwindigkeit auf 60 km/h vor. Sie ist überzeugt, dass eine solche Neusignalisation begründbar und somit schnell und unkompliziert realisierbar ist. Bestimmt würde diese Massnahme ihren Teil dazu beitragen, dass die Zahl der Unfälle mit Verletzten oder sogar Toten vermindert werden kann. – Deshalb schliesst sie sich dem Antrag von Rosemarie Fähndrich an, Punkt 2 der Anträge des Regierungsrats sei vollständig erheblich zu erklären und nicht als erledigt abzuschreiben. Die CVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag grossmehrheitlich.

Hans Peter **Schlumpf** kann sich in dieser Sache einmal nicht mit seiner Fraktionschefin einig erklären. Aber sie fährt vermutlich mit dem Fahrrad mehr Richtung Zugerberg als Richtung Steinhausen. – Die Motion ist unter anderem von sämtlichen Steinhauser Kantonsräten und -rätinnen mitunterzeichnet worden. Die Antwort des Regierungsrats bezieht sich auf die drei Elemente der Motion. – Zum *Ausbau der Radstrecke Bibersee nach Oberwil*. Die Gemeindestrasse dient auch als offizieller Radweg. Eine getrennte des Radwegs ist vorläufig nicht geplant auf Grund der relativ schwachen Verkehrsfrequenz, wie der Regierungsrat ausführt. Für einen späteren

Ausbau dieses Radwegs steht ein Rahmenkredit zur Verfügung. Im Moment kann man in diesem Punkt mit dem bestehenden Zustand wohl leben. Trotzdem ist nicht einzusehen, warum genau dieser Punkt in der Motion als erledigt abgeschrieben werden soll. Der Votant beantragt, auch diesen Punkt mit den anderen als erheblich zu erklären und nicht als erledigt abzuschreiben.
Zur *Kreuzung Bibersee*. Im Zusammenhang mit der Verlegung der Kantonsstrasse von Steinhausen nach Bibersee, auf die sogenannte Schwerverkehrspiste, wird im Raum Bibersee eine komplett neue Führung der dort sich treffenden Strassen und Radwege nötig werden. Die Regierung ist gewillt, im Zusammenhang mit diesen Neubauten, die im TRP Verkehr in 1. Priorität stehen, eine Querung von Kantonsstrasse und Radweg mittels geeigneter Massnahmen zu verbessern. Eine Unterführung wird als eine Möglichkeit gesehen. Die Motion soll in diesem Punkt erheblich erklärt werden, schlägt die Regierung vor. Dem ist zuzustimmen.
Zur *Kreuzung Oberwil*. Die gefährliche Kreuzung, wo sich in einer Senke die Kantonsstrasse Cham-Knonau und die Gemeindestrasse von Bibersee nach Niederwil kreuzen, ist offensichtlich das eigentliche pièce de résistance dieser Motion. Es ist an dieser Kreuzung – wie Sie gehört haben – schon zu zahlreichen Unfällen gekommen; zwei Radfahrerinnen sind in den letzten zwei Jahren dort gar zu Tode gekommen. Es ist eine jener Kreuzungen, wo man auf der Nebenstrasse daherkommend drei Mal nach links und rechts schaut, und wenn man dann vermeintlich freie Bahn hat und losfährt, dennoch plötzlich ein mit hoher Geschwindigkeit auftauchendes Fahrzeug vor oder neben sich hat. Wer im Verkehr nicht sehr schnell reagieren kann – dazu gehören ältere Fahrzeuglenker, aber auch Radfahrer(-innen) – kann dort tatsächlich in gefährliche oder gar lebensbedrohliche Situationen geraten. Auf die seinerzeitige Motion Ullmann hin hat die Regierung mit der Aufstellung einer stationären Radaranlage reagiert. Diese wird mit Sicherheit den Zuger Bussentopf zusätzlich speisen, was ihm zu gönnen ist, wird aber die Sicherheit für den Querverkehr kaum substanziell erhöhen. Gerade auswärtige und nicht ortskundige Lenker – und diese Strecke ist eine wichtige Transitstrecke vom Raum Zürich Richtung Innerschweiz – wissen nichts von dieser Radaranlage, mindestens das erste Mal nicht, und werden deshalb den Schwung, mit dem sie in diese Senke hinunterstechen, kaum drosseln. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum die Regierung genau diesen Punkt der Motion nur teilweise erheblich erklären und als erledigt abschreiben will. Genau in diesem Punkt ist das Anliegen der Motion in keiner Weise erledigt heute.
Es ist anzuerkennen, dass der Kanton Zug in den vergangenen Jahren viel getan hat, um im Kanton ein zusammenhängendes und gut ausgebautes Radwegnetz zu erstellen. Zug hat in den letzten Jahren aber auch viel in den öffentlichen Verkehr investiert, wir planen sehr grosse Investitionen ins Strassennetz in den kommenden Jahren. Wenn Sie all diese Projekte zusammenzählen, gibt das einiges über eine Milliarde Franken. Wir haben uns in unserer Richtplanung auch auf ein weiteres Bevölkerungswachstum festgelegt. Naherholungsräume und ein gutes und sicheres Radwegnetz sind wichtige Standortfaktoren für die Attraktivität unseres Zuger Arbeits- und Lebensraums. Hans Peter Schlumpf sagt das als Unternehmer in diesem Raum. Er plädiert deshalb dafür, hier auch etwas die Proportionen im Auge zu behalten. Die Summen, die in die Verbesserung der Radverbindungen investiert werden, sind eher bescheiden im Vergleich zu den Beträgen, die z.B. in die Infrastruktur des ÖV, aber auch des privaten Motorfahrzeugverkehrs fliessen. Bei der Kreuzung Oberwil sind noch Verbesserungen notwendig, aber auch möglich. Eine Rad- oder Fussgängerunterführung muss auch nicht immer eine Million oder mehr

Franken kosten. Es gibt bauliche Möglichkeiten, die wesentlich einfacher und kostengünstiger erstellt werden können. Das ist durch einen Vorredner ausgeführt worden. Der Votant beantragt daher, die Motion auch im Punkt Kreuzung Oberwil als erheblich zu erklären und nicht als erledigt abzuschreiben.

Käty **Hofer**: Heute Morgen haben wir in diesem Rat relativ locker 480'000 für Parkplätze ausgegeben. Das Gaswerkareal ist nicht gefährlich. Wenn die Votantin keinen Parkplatz findet, nimmt sie den ÖV oder einen Parkplatz etwas weiter weg und geht zu Fuss, wohin sie will. Ihre Vorrednerinnen und Vorredner haben geschildert, wie gefährlich diese Stellen sind, um die es in der Motion geht. Wie viele Verletzte und Tote es dort gegeben hat. Käty Hofer bittet den Rat: Setzen wir die Prioritäten richtig! Sie weiss wo sie diese setzt. Erklären wir die Motion erheblich und schreiben sie nicht ab!

Karl **Rust** unterstützt den Antrag der Regierung und möchte eine generelle Bemerkung machen zu Vorstössen. Seit der letzten Budgetsitzung müssen sich Regierung und Kantonsrat Gedanken machen über Kostenfolge, Nutzen für den Bürger sowie die Verhältnismässigkeit von Vorstössen. Im weiteren lehnt der Votant sich an die Ausführungen von Andrea Hodel an.

Georg **Helfenstein** reagiert auf das Votum von Karl Rust. Er ist einer von jenen, welche die WOV-Initiative ergriffen haben. Der Votant erinnert daran, dass dieser Bauer eine Unterführung erhalten hat, sie ist nämlich bewilligungspflichtig. Es wäre WOV-orientiert, wenn die Baudirektion bei solchen Situationen reagieren könnte und vielleicht entsprechende Massnahmen zur gleichzeitigen Erarbeitung von Radweg-Unterführungen ergreifen könnte. Dann würde man nämlich Geld sparen und müsste hier nicht unendlich lang diskutieren. In diesem Sinn eine Appellation an die Baudirektion, in Zukunft ein wenig orientiert zu denken.

Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass sich der Sicherheitsdirektor bereit erklärt hat, bei der Kreuzung Oberwil eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 60 km/h zu prüfen. Gleichzeitig hat er dem Baudirektor ein E-Mail überreicht, das der Polizei zugesandt wurde und das der Votant gerne vorliest: «Seit einiger Zeit stehen an der Knonauerstrasse bei Oberwil Radaranlagen. Wer auch immer dies veranlasst hat, ein herzliches Dankeschön. Ich kreuze täglich mehrmals die Knonauerstrasse bei Oberwil. Es ist unglaublich, wie manierlich sich nun die Autofahrer verhalten gegenüber früher. Jedenfalls kann man jetzt die Strasse stressfrei queren. Hohe Busseneinnahmen dürften daher kaum mehr zu erwarten sein. Der Beitrag an die Verkehrssicherheit ist jedoch – wenigstens auf Grund meiner persönlichen Beurteilung – enorm.»

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die über die Anträge des Regierungsrats einzeln abgestimmt wird. Dem Antrag, die Motion bezüglich Fortsetzung des Radwegs Biber-

see-Oberwil nicht als erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben, steht der Antrag der AF gegenüber, dieser Punkt sei erheblich zu erklären.

➔ Der Rat schliesst sich mit 43 : 27 Stimmen dem Antrag der AF an.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dem Antrag der Regierung, die Motion bezüglich der Kreuzung bei Oberwil, Cham, als teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben, der Antrag der AF gegenübersteht, dieser Punkt sei erheblich zu erklären.

➔ Der Rat schliesst sich mit 41 : 29 Stimmen dem Antrag der AF an.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der dritte Antrag der Regierung bezüglich Kreuzung Bibersee nicht umstritten ist und erheblich erklärt wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

333 MOTION DER SVP-FRAKTION BETREFFEND STANDESINITIATIVE BANKKUNDENGEHEIMNIS

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1082.2 – 11366).

Felix **Häcki** kann es kurz machen. Wir verdanken der Regierung die speditive und gute Arbeit, die sie geleistet hat. Wir können mit den Ausführungen einverstanden sein und unterstützen den Antrag der Regierung.

Josef **Lang** möchte den Rat zuerst aufmerksam machen auf eine «Wegleitung zur Steuerhinterziehung», die vor dem Saal auf dem Tisch liegt. Herausgegeben wurde sie von der Erklärung von Bern, einer entwicklungspolitischen Organisation, und der Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks. Im Sinne dieser Wegleitung wird auch sein Votum sein.
Das ethische Hauptproblem mit dem Bankgeheimnis liegt darin, dass es im Wesentlichen ein Steuerhinterziehungsgeheimnis ist. Und dieses Problem haben wir, weil es in der Schweiz die einzigartige und absurde Unterscheidung zwischen nicht strafbarer Steuerhinterziehung und strafbarem Steuerbetrug gibt. Würde aber das Bankgeheimnis für Steuerhinterziehung nicht mehr gelten, weil diese wie Steuerbetrug behandelt würde, gäbe es keine Standesinitiative für das Bankgeheimnis. Es geht hier nämlich im Wesentlichen nicht um die Wahrung der Privatsphäre, sondern um das Geld. Und die Begründung der Regierung im Briefentwurf an die Bundesversammlung bestätigt das auch.

Bevor der Votant darauf zu sprechen kommt, was hier Sache ist, möchte er auf den legitimen Schutz der Privatsphäre eingehen. Er tut das mit einem Zitat aus seinem Leibblatt, der Neuen Zürcher Zeitung. In der Rubrik «Focus der Wirtschaft» und unter dem Titel «Grundsätze fairen Steuerwettbewerbs» schrieb Peter Ulrich, Leiter des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen: «Gewiss gibt es eine schutzwürdige Privatsphäre des Bankkunden und dementsprechend ein legitimes Berufsgeheimnis des Bankiers. Die Offenlegung von persönlichen Einkommensverhältnissen – etwa gegenüber Nachbarn oder den Medien – steht jedoch in keiner Weise zur Debatte. Es geht einzig um die Darlegung der Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen gegenüber autorisierten Steuerbehörden, die in einem Rechtsstaat selbstverständlich dem Steuergeheimnis unterstehen. Dagegen die Keule des gläsernen Bürgers zu schwingen, ist unredlich; es gibt kein Bürgerrecht auf Steuerhinterziehung. Ausserdem ist keine Begründung dafür ersichtlich, wenn Kapitaleinkommensbezieher gegenüber Beziehern von Arbeitseinkommen privilegiert werden sollten. Wenn schon, müsste die fast absolute steuerliche Diskretion für alle gelten. Dann aber wären Steuern von Spenden nicht mehr zu unterscheiden.» Das Bankgeheimnis als Steuerhinterziehungsgeheimnis benachteiligt im Inland die Kleinen gegenüber den Grossen. Laut einer Studie des Wirtschaftsprofessors und NZZ-am-Sonntag-Kolumnisten Bruno S. Frey werden in der Schweiz 23 % des steuerbaren Einkommens hinterzogen. Der Spielraum für Beschiss, um ein populäres Wort zu gebrauchen, ist bekanntlich bei den Lohnabhängigen sehr beschränkt. Korrekt versteuert gäbe es gemäss Bruno S. Frey drei Milliarden Franken Mehreinnahmen jährlich für den Bund und sechs bis acht Milliarden zusätzlich für die Kantone und Gemeinden. Sparpakete auf Kosten der kleinen Leute wären da nicht mehr nötig.
Am verheerendsten wirkt sich der Schutz der Steuerhinterziehung durch das Bankgeheimnis für die dritte Welt aus. Weilt Steuerhinterziehung in der Schweiz nicht strafbar ist, ist die Schweiz nicht bereit, ausländischen Behörden gegen Steuerflucht Amts- und Rechtshilfe zu leisten. Die englische Entwicklungsorganisation Oxfam vermutet, dass Entwicklungsländern allein durch entgangene Steuern auf Vermögenserträgen – also ohne die Besteuerung der Vermögen selbst zu berücksichtigen – jährlich 15 Milliarden entgehen. Ein Drittel der weltweit im Ausland wie auch in der dritten Welt angelegten Gelder von Privatpersonen liegt in der Schweiz. Das bedeutet, dass der dritten Welt durch von Schweizer Banken verwaltete Gelder jährlich mindestens fünf Milliarden Franken an Steuern entgehen. Also fünf Mal mehr als die gesamte Entwicklungshilfe unseres Landes. Den Ärmsten der Welt fehlt es deshalb noch mehr an Geldern für Schulen, Spitäler, Infrastrukturen. Weiter schätzt Oxfam, dass die Länder der dritten Welt wegen den Steuersenkungen für Multis – die selber wiederum eine Folge der allgemeinen Steuerflucht sind – jährlich weitere 35 Milliarden Dollar verlieren. Der kleine Nutzen, den das Steuerhinterziehungsgeheimnis der Schweiz bringt, steht in keinem Verhältnis zum grossen dramatischen Schaden, den es Hunderten von Millionen Menschen in der ärmeren Mehrheit dieses Planeten beschert. Wem die dritte Welt nicht gleichgültig ist, wer die Ärmsten dieser Welt nicht einfach ihrem Schicksal überlassen will, kann diese Standesinitiative nie und nimmer unterstützen. Wer unter Wert etwas anderes als nur das Monetäre versteht, wem Solidarität und Fairness etwas bedeuten, der setzt sich stattdessen dafür ein, dass auch Steuerhinterziehung strafbar wird. Dann würde das Bankgeheimnis nicht mehr dazu dienen, die Armen hier und dort noch ärmer, und die Reichen hier und dort noch reicher zu machen.

Zum Schluss. Vor einem Jahr hat sich dieser Rat geweigert, eine Standesinitiative, welche dazu beigetragen hätte, diese Welt ein wenig besser zu machen, nur schon zu diskutieren. Es wäre absurd und skandalös, wenn der gleiche Rat eine Standesinitiative verbindlich machen würde, welche diese Welt bestimmt nicht besser macht.

Martin B. **Lehmann** weist darauf hin, dass der vorliegende – 20 Seiten umfassende – Bericht der Regierung sich liest wie eine PR-Schrift für den Schweizer Finanzplatz. Wäre er auf Hochglanzpapier gedruckt, müsste die Bankiervereinigung wohl noch eine Provision dafür bezahlen. Um es vorweg zu nehmen: Die SP-Fraktion anerkennt durchaus, dass der Finanzplatz Schweiz mit Blick auf die Wertschöpfung, Beschäftigung sowie das Steueraufkommen ein tragender Pfeiler der Schweizer Volkswirtschaft ist. Er erwirtschaftet jeden neunten Franken des Bruttoinlandprodukts, beschäftigt über 6 % aller Erwerbstätigen, generiert 14 % aller Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden und verwaltet über einen Drittel aller weltweit ausserhalb des jeweiligen Herkunftslands angelegten Privatvermögen. Aber auch diese beeindruckenden Eckwerte sind – mit Verlaub – noch kein Grund, dass sich eine Kantonsregierung in einer solch beispiellosen Art vor den Karren einer einzelnen Branche spannen lässt. Mit der Verankerung des Bankgeheimnisses in der Bundesverfassung würde erstmals ein Grundrecht festgeschrieben, welches theoretisch zwar von allen in Anspruch genommen werden kann, effektiv aber – neben den Banken – vor allem den wirklich Begüterten nützt. Dazu ein Zitat aus dem regierungsrätlichen Bericht: «Eine Verminderung des Diskretionsschutzes hätte zur Folge, dass der Finanzplatz für *bestimmte* Gruppen von Anlegern an Bedeutung verlieren würde.» Zweitens handelt es sich beim Bankgeheimnis um ein protektionistisches Instrument, welches den Banken in der Schweiz einen nicht abgegoltenen Wettbewerbsvorteil gegenüber der ausländischen Konkurrenz einräumt. Selbst die Regierung schätzt den Anteil des Bankgeheimnisses an der Attraktivität des Finanzplatzes als bedeutend ein. Und drittens manövriert sich die Schweiz durch ihre starre Haltung bei der Bekämpfung der internationalen Steuerhinterziehung und dem Informationsaustausch immer mehr in die Ecke der wenig ehrenvollen Offshore-Finanzplätze und gibt mit der Sakrosankt-Erklärung des Bankgeheimnisses in den Verhandlungen noch zusätzlich die eigentliche Trumpfkarte aus der Hand.
Die SP-Fraktion lehnt das Bankgeheimnis nicht grundsätzlich ab. Wir halten es hingegen für geboten, die Steuerhinterziehung nicht mehr länger als Kavaliersdelikt zu betrachten, sondern – analog dem Steuerbetrug – als strafrechtlich relevantes Delikt zu ahnden. Auf diese Weise wäre einerseits die schützenswerte Privatsphäre von ehrlichen Investoren weiter gewährleistet und andererseits den stetig steigenden Druckversuchen der EU, OECD und der USA der Wind aus den Segeln genommen. Die Zementierung des Bankgeheimnisses auf Verfassungsstufe lehnen wir aus juristischen, völkerrechtlichen und wettbewerbspolitischen Gründen ab und bitten Sie dementsprechend, dem Antrag der Regierung auf Einreichung einer Standesinitiative nicht zuzustimmen.

Andreas **Hotz** hält fest, dass sich für einmal – und dies kommt wahrlich nicht oft vor – die FDP-Fraktion einhellig hinter die Ausführungen des Regierungsrats und hinter eine Motion der SVP-Fraktion stellen kann. Obwohl bereits die Kantone Aargau, Baselland, Genf und Tessin, wie auch der Kanton Zürich, ähnlich lautende Standes-

initiativen einreichten, macht es Sinn, dass auch der Kanton Zug in dieser Hinsicht tätig wird. Der Regierungsrat zeigt in seiner Vorlage sehr detailliert und kompetent auf, welche Bedeutung der Banken- und Finanzplatz für unser Land hat. Allein ausschlaggebend sind für diese Bedeutung zwar nicht nur das Bankkundengeheimnis, sondern selbstverständlich auch Aspekte wie Kompetenz, Zuverlässigkeit und Seriosität. Nichts desto trotz hat das Bankkundengeheimnis eine enorme Symbol- und Marketingkraft, da damit insbesondere unterstrichen wird, dass in unserem Land die Privatsphäre eine zentrale Bedeutung besitzt. Auch für den Handels- und Finanzplatz Zug ist die Aufrechterhaltung des Bankkundengeheimnisses von essentieller Tragweite. Zahlreiche Unternehmen und Arbeitsplätze sind von diesem Dienstleistungsbereich stark abhängig. Ohne einen attraktiven Banken-, Handels- und Finanzplatz würden wir enorm an Wertschöpfungspotenzial und Wohlstand verlieren. Auf Grund der Bedeutung des Bankkundengeheimnisses für unser Land und im Hinblick auf die Verhandlungen der Schweiz betreffend die zweite Runde der bilateralen Verhandlungen macht es Sinn, dem Bundesrat den Rücken zu stärken, die langjährigen Bemühungen von alt Bundesrat Kaspar Villiger weiter zu führen und somit die vorliegende Standesinitiative einzureichen. Dabei gilt es – leider vermutlich vergeblich – erneut daran zu erinnern, dass mit dem Bankkundengeheimnis keine strafrechtlich relevanten Aktivitäten geschützt werden. Es geht alleine um den Schutz der Privatsphäre und um die Wahrung eines während Jahrzehnten aufgebauten sehr wirkungsvollen Wettbewerbvorteils.
Es geht auch nicht darum, ein Steuerhinterziehungsgeheimnis aufzubauen. Das ist es in keiner Art und Weise. Der Votant möchte mit Nachdruck darauf hinweisen, dass mit dem vor Jahrzehnten eingeführten Instrument der Verrechnungssteuer auch international anerkannt wird, dass damit hier in der Schweiz gegen die Steuerhinterziehung ein attraktives Instrument existiert. Offensichtlich hat Jo Lang die gestrige vorgezogene Würdigung unseres Kantonsratspräsidenten schlecht vertragen und vor allem dessen «lass alles»-Aufforderung völlig falsch interpretiert. Abschliessend kann Andreas Hotz festhalten, dass die FDP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats einstimmig unterstützt.

Heini **Schmid** hält fest, dass die CVP-Fraktion mehrheitlich den Antrag der Regierung unterstützt. Wir wollten eigentlich hier nicht sprechen, sehen uns jetzt aber zu einer Replik veranlasst, da Jo Lang uns als Werte-Partei direkt angesprochen hat. Dieser führt aus, dass wenn wir das Bankkundengeheimnis abschaffen würden, die dritte Welt und umliegende Steuerbehörden überhaupt keine Probleme hätten. Der Votant wundert sich, wie sich Jo Lang die hohen Hinterziehungsraten in den umliegenden Ländern erklärt. Wie er sich die gravierende Schwarzbeschäftigung und die Schattenwirtschaft in diesen Ländern erklärt. Es gehörte hier auch ausgeführt, dass nicht allein das Bankkundengeheimnis der Schweiz alleinseligmachend sein kann für diese Länder. Leute, die Steuern hinterziehen wollen, finden ihre Wege. Dass das Bankkundengeheimnis ein günstiges Instrument ist, dies zu tun, können wir hier nicht bestreiten. Aber es geht uns darum, der Behauptung zu widersprechen: Nur das Bankkundengeheimnis ist für das Elend auf dieser Welt verantwortlich. Jeder, der für das Bankkundengeheimnis einsteht, macht sich mitverantwortlich und will, dass die dritte Welt im Elend versinkt. So einfach liegt diese Sache nicht. Wir wissen alle, wie wichtig das Bankkundengeheimnis für die Schweiz ist. Und es geht um eine Güterabwägung: Wie viel können wir verbessern auf der ganzen Welt, wie viel schadet es

uns? Wir Bürgerlichen sind der Meinung, dass die Einschränkungen, die Gefährdung für die Schweiz beim Verlust des Bankkundengeheimnisses viel grösser sind als der Beitrag, der gegen Ungerechtigkeiten auf dieser Welt geleistet werden könnte. Wir sehen es bei der Geldwäscherei. Wir haben ein Rieseninstrumentarium aufgebaut. Der Votant hat aber noch keine Zahlen gesehen, dass die Geldwäscherei wirklich abgenommen hat. Gewisse Sachen müssen wir trotzdem unternehmen. Aber es darf nicht die Gleichung aufgestellt werden: Bankkundengeheimnis – keine Werte vertreten – nichts gegen das Elend auf dieser Welt machen zu wollen. Oder die Gutmenschen, die sagen: Bankkundengeheimnis, wir haben alle Probleme gelöst.

Josef **Lang** hat hier den Ausdruck «Abschaffung des Bankgeheimnisses» nie in den Mund genommen. Er hat gesagt, das Grundproblem des Bankgeheimnisses in der laufenden Debatte liege darin, dass in der Schweiz die Steuerhinterziehung nicht strafbar und deshalb durch das Bankgeheimnis geschützt sei. Wäre die Steuerhinterziehung strafbar wie Steuerbetrug, dann würde sich die Diskussion um das Bankgeheimnis völlig anders gestalten, nämlich so anders, dass wir nicht über eine Standesinitiative diskutieren würden, weil es monetär viel zu wenig interessant wäre, darüber zu diskutieren. Der Hinweis von Heini Schmid auf die umliegenden Länder ist völlig richtig und auch sehr wichtig. Der Votant hat ihn nicht gemacht, weil er sich zeitlich einschränken wollte und weil er die existenziellen Probleme und dramatischen Folgen der Verbindung von Nichtstrafbarkeit der Steuerhinterziehung und Bankgeheimnis für die dritte Welt viel wichtiger findet als für Italien, Deutschland, Frankreich, wo es nicht um Leben und Tod geht, sondern um mehr oder weniger Wohlstand. Das ist ein Unterschied. Heini Schmid hat völlig Recht, wenn er seine Darstellung quittiert mit der Aussage: So einfach ist es nicht mit der dritten Welt. Genau weil es nicht so einfach ist, hat Josef Lang sich nicht so einfach ausgedrückt. Es ist ein fauler Trick und ein Zeichen der Schwäche, die Argumentation des Gegners zu einer Karikatur zu machen und dann auf diese Karikatur einzuhacken. Es wäre dem Votanten lieber, Heini Schmid hätte sich mit dem auseinandergesetzt, was er hier wirklich gesagt hat.
Noch zwei begriffliche Sachen. Sprache ist nicht einfach unschuldig. Heini Schmid spricht immer vom Bankkundengeheimnis. Das ist Nomenklatur der Bahnhofstrasse. Aber damit werdet ihr ebenso wenig Erfolg haben wie mit dem 20-jährigen Versuch, aus den AKWs KKWs zu machen. – Zum Begriff Gutmenschen. Das ist ein Begriff, der aus der rechten Ecke kommt gegen jene Menschen, die überzeugt sind, dass eine bessere Welt möglich ist, dass sie auch nötig ist, weil es nicht angeht, dass bei so viel Reichtum, den es auf diesem Planeten gibt, jährlich Millionen von Menschen an Hunger sterben. Josef Lang ist froh, ein Gutmensch zu sein, und er glaubt, die Frohbotschaft, die etwa 2000 Jahre alt ist, beauftragt uns, Gutmensch zu sein.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** kommt zurück zur SVP-Motion. Man könnte juristisch gesehen die Meinung vertreten, dass die Verankerung des Bankgeheimnisses auf Verfassungsstufe nicht notwendig sei. Politisch gesehen sieht es aber anders aus. Denn juristisch haben wir griffige Instrumente auf Gesetzesstufe. So sieht das schweizerische Bankgeheimnis vor, dass Privatsphäre und Privateigentum des Bankkunden geschützt sind. Allerdings mit Einschränkungen, die weiterhin gelten sollen, so die Sorgfaltspflichten der Banken, welche weiterhin auf einem hohen Stan-

dard bleiben sollen, und auch unsere Überzeugung, dass das Bankkundengeheimnis nie Schutz für kriminelle Machenschaften bieten darf. Das Bankgeheimnis sollte niemals Gelder von Kriminellen, zum Beispiel aus dem Drogenhandel, oder von Terroristen schützen. Zur Ahndung von Geldwäscherei, Steuerbetrug und anderen kriminellen Handlungen steht der Schweiz ein griffiges gesetzliches Instrumentarium zur Verfügung, welches auch seitens des Auslands anerkannt wird und vorbildlich ist. Ein Instrumentarium welches die Schweiz auch anwendet, im Gegensatz zu anderen Staaten. Eine Aufnahme des Bankkundengeheimnisses in die Bundesverfassung darf natürlich unsere Missbrauchsgesetzgebung keinesfalls schwächen. Das ist sicher unbestritten. So wurde auch im Bundesparlament debattiert.
Politisch gesehen hat der Finanzdirektor aber eine andere Meinung, und heute hat diese eben als Signalwirkung die grössere Bedeutung. Auch Bundesrat Villiger hat immer wieder in aller Deutlichkeit auf die Bedeutung unseres Finanzplatzes hingewiesen und ausgeführt, dass dieser im internationalen Wettbewerb nur noch über wenige Trümpfe verfüge. Das Bankgeheimnis ist einer dieser wenigen Trümpfe, vor allem aber unser wichtigster Trumpf. Es ist unter anderem auch ein Garant dafür, dass unsere Grossbanken weiterhin – und zwar im eigenen Interesse – zum Finanzplatz Schweiz stehen und daran festhalten. Das Bankgeheimnis ist für unser Land wirtschaftlich viel bedeutsamer, als man vielleicht denkt. Es ist für unseren Finanz- und Werkplatz von entscheidender, existenzieller Bedeutung. Der Druck auf das Bankgeheimnis seitens der EU und der OECD hat derzeit etwas nachgelassen. Die OECD hat uns soeben von der schwarzen Liste gestrichen, was heisst, dass man die Doppelbesteuerungsabkommen mit diesen Staaten neu aushandeln muss. Aber für wie lange? Dessen sind wir uns hier, aber auch der Bundesrat, nicht sicher.
Es ist nicht richtig, wenn man das Bankgeheimnis als Ursache für die weltweite Ungerechtigkeit verantwortlich macht. Die Diskussionen, die wir heute führen, kommen vor allem auf Grund des starken Wettbewerbsdrucks. Die OECD macht nicht wegen der weltweiten Gerechtigkeit Druck auf uns, sondern um für sich bessere Wettbewerbsvorteile auszuloten. Wieso wäre denn sonst erklärbar, dass z.B. in Grossbritannien über 66'000 superreiche Personen per Pauschalsteuerabkommen besteuert werden? Oder wie ist es zu erklären, dass bei der Einführung der Finanzmarktaufsicht der weltgrösste Diamantenhändler von Luzern nach London zog? Wahrscheinlich kaum, weil man dort strengere Regelungen hatte. Was die Steuerhinterziehung betrifft, so haben wir in der Schweiz den welthöchsten Verrechnungssteuersatz von 35 %. Und jeder, der diese Steuer zurück haben will, gibt seine Vermögenswerte bei der Deklaration des Vermögens an. Diese Verrechnungssteuer soll – wie es heute aussieht – ab 2005 auch für die EU-Bürger gelten. Und was den Steuerbetrug betrifft, so hat der Votant vorher schon gesagt: Ob jetzt das Bank-geheimnis auf Gesetzes- oder auf Verfassungsstufe geregelt ist, wird er weiterhin geahndet. Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Regierung, unserem Antrag zu entsprechen. Auch nachdem der Ständerat mit 23:12 Stimmen und der Nationalrat mit 113 : 69 den Forderungen in dieser Richtung schon stattgegeben haben und die materielle Diskussion über diese Thematik eröffnet ist.

➔ Der Rat schliesst sich mit 53 : 17 Stimmen dem Regierungsantrag an, die Motion teilerheblich zu erklären und damit eine Standesinitiative zu ergreifen.

334 MOTION VON KÄTY HOFER BETREFFEND EXISTENZSICHERNDES EINKOMMEN FÜR FAMILIEN MIT KINDERN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1166.2 – 11380).

Käty **Hofer** hält die heutige Debatte für ein eigentliches Kontrastprogramm: Eben haben wir über Superreiche gesprochen und jetzt sprechen wir über Armut und Existenzsicherung. – 557 Kinder im Kanton Zug leben unter der Armutsgrenze. Das sind ungefähr 22 Schulklassen. Stellen Sie sich vor, im Durchschnitt gibt es in jeder Gemeinde zwei Schulklassen mit Kindern unter der Armutsgrenze, und das hier bei uns im Kanton Zug. Dabei hat der Regierungsrat die Bekämpfung der Armut als wichtigstes Postulat für die Gesamtpolitik 2000-2010 erklärt. Kinder stellen in der Schweiz das Armutsrisiko Nummer 1 dar. Familien machen 60 % der unter der Armutsgrenze lebenden Personen aus. 6 % der Familien leben in Armut. Das darf doch einfach nicht sein. Carlo Knöpfel, der anerkannte Spezialist in Fragen der Existenzsicherung, sagt: Wenn Kindern nicht aus der Armut heraus geholfen wird, wiederholt sich die Situation in der nächsten Generation. Die Ausbildung leidet, und als Folge davon sind die Berufsaussichten schlecht. Personen, die in Armut leben, haben wenig Anteil am sozialen Leben. Ausserdem haben sie überdurchschnittlich grosse Gesundheitsprobleme, die Kosten für des Gesundheitssystem und für die Wirtschaft verursachen. Es lohnt sich auch wirtschaftlich ganz klar, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.
Die Votantin liest in der Antwort der Regierung auf ihre Motion, dass Familien im Kanton Zug besser gestellt seien als in anderen Kantonen. Was nützt das den Kindern in den 22 Schulklassen? Der Kanton Zug hat eine Spitzenposition bei der Lebensqualität, den Steuern und den Lebenshaltungskosten. Das ist offenbar erwünscht. Eine Spitzenposition der Familien ist offenbar nicht erwünscht. Es heisst weiter, dass die Ergänzungsleistungen für Familien ein unerwünschtes Ungleichgewicht unter den Kantonen schaffen würden. Bei den Steuern ist das Ungleichgewicht erwünscht, für die Familien offensichtlich nicht. Weiter heisst es, die Ergänzungsleistungen für Familien seien eine indirekte Lohnsubventionierung bei tiefen Löhnen und sie würden deshalb abgelehnt. Andererseits ist die Regierung gegen Vorschriften für existenzsichernde Mindestlöhne. Hier beisst sich die Katze endgültig in den Schwanz.
Die Antwort der Regierung listet auf, was im Kanton Zug an finanziellen Hilfen für die Familien zur Verfügung steht. Die Liste ist eindrücklich, und trotzdem haben wir die 22 Schulklassen von Kindern unter der Armutsgrenze. Speziell herausgestrichen werden die Mutterschaftsbeiträge. Diese werden für das erste Jahr nach der Geburt ausgerichtet. Und danach? Die Kinder wachsen weiter und kosten mit zunehmendem Alter mehr. Das ganze System ist zu kompliziert, zu aufwändig, zu verzettelt und zu wenig effizient. Das System der Ergänzungsleistungen dagegen ist gezielt wirksam, einfach und kostengünstig. 12 Kantone wenden es erfolgreich an. Die Studie BASS sagt klar aus, dass mit den Bedarfsleistungen die Familienarmut auf die Hälfte reduziert werden kann. Das wären dann noch 11 Schulklassen, schon viel besser, aber eindeutig noch zu viel. – Einige Sätze zu den Zahlen. Die Kosten auf eidgenössischer Ebene werden mit 600-800 Millionen geschätzt. Die Einsparungen bezüglich der Sozialhilfe auf ca. 320 Millionen Das ist ein Faktor 2 bis 2,5. Der Faktor in der

Regierungsantwort wird mit 4 bis 6,5 errechnet. Würde die Zuger Ausgleichskasse so ineffizient arbeiten oder wird irgendwo falsch gerechnet?
Käty Hofer ist sehr enttäuscht über die Haltung der Regierung. Wir sind jetzt im Jahr 2004. Wenn die Armut im Kanton Zug bis im Jahr 2010 entscheidend gesenkt werden soll, ist es höchste Zeit, damit zu beginnen. Die Votantin beantragt, die Motion erheblich zu erklären.

Christian **Siegwart** kann ein vielstimmiges Lied davon singen: Kinder bringen viel Freude und Lebenssinn, sie bedingen aber auch materiellen Verzicht. Wer Kinder grosszieht, braucht mehr Geld, hat aber weniger Zeit dafür, es zu verdienen. Familien mit Kindern sind deshalb überdurchschnittlich oft von Armut betroffen – mit allen negativen Konsequenzen. Die kindliche Unbeschwertheit leidet unter materiellen Sorgen; Wahlfreiheit und Chancengleichheit gehen verloren. Die grosse Mehrheit der kinderreichen Familien profitiert höchstens geringfügig von tiefen Steuersätzen und Steuergeschenken. Ein weit wirksameres Mittel gegen die zunehmende Armut von Familien sind bedarfsabhängige Ergänzungsleistungen – da sind sich die Fachleute einig und das zeigen auch die Erfahrungen aus anderen Kantonen. Die durch die Kinderlasten begründete Einkommensschwäche ist in der Regel befristet auf einige Jahre – so lange, wie die Erwerbsmöglichkeiten durch die Kinderbetreuung eingeschränkt bleiben. Durch Familien-Ergänzungsleistungen erhalten junge Familien vorübergehend eine Existenzsicherung, wie wir sie unseren Rentnerinnen und Rentnern bis zum Tode garantieren.
An der Wirksamkeit solcher Ergänzungsleistungen zweifelt auch die Regierung nicht. Aber anstatt sich auf die Erarbeitung eines Zuger Modells einzulassen, das die erwähnten Vorteile bringt und auch zusätzlich Anreize schafft, um aus eigener Kraft der Armut zu entfliehen, gibt sich die Regierung wenig ehrgeizig mit dem Erreichten zufrieden. In der zitierten Studie, die für die Kantonshauptorte das verfügbare Einkommen nach Miete, Krankenkassenprämien und den diversen Transferzahlungen vergleicht, liegt Zug nur in einem von zwölf konkreten Beispielen an der Spitze. Mehrheitlich sind wir im Mittelfeld anzutreffen, und Alleinstehenden mit Alimentenverpflichtungen bleibt bei uns gar am zweitwenigsten zum Leben. Im Gegensatz zur Rangliste der Steuerbelastung, wo man mit allen Mitteln top bleiben will, soll Zug also bei der Existenzsicherung der Familien höchst mittelmässig bleiben. Zug kennt heute schon bedarfsgerechte Mutterschaftsbeiträge. Im Jahr 2002 wurden an 79 Frauen im Durchschnitt 13'500 Franken ausbezahlt. Feiert das Kind den ersten Geburtstag, hat die Familie aber nicht nur Grund zur Freude, denn die Zahlungen bleiben ab diesem Zeitpunkt aus. Um nicht in Armut abzugleiten, müssen die Betroffenen den Verlust von durchschnittlich rund 1100 Franken monatlich kompensieren. Dazu bieten sich zwei Wege an:

- Wer Glück hat, findet zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten und lässt das Kleinkind – oft widerwillig – fremd betreuen. Dieses Szenario müssten eigentlich auch SVP und CVP, nach dem Motto «Mütter bleiben am Herd» zu verhindern versuchen.
- Wer auf dem Arbeitsmarkt keine Chance hat, wird von der Sozialhilfe abhängig. Anders als die Regierung sieht der Votant aber die Sozialhilfe nicht in erster Linie als Beratungsstelle, welche den Menschen aktiv aus ihrer wirtschaftlichen Not hilft. Angesichts der hohen Fallbelastung sind seriöse Abklärungen und eine enge Betreuung längst nicht immer möglich. Die Sozialhilfe ist das letzte Auffangnetz, eine stigmatisierende Zahlstelle, die erst dann zum Tragen kommt, wenn eine

Familie ihr Erspartes aufgezehrt hat, also das letzte Polster verbraucht ist. Wer aber keine Reserven mehr hat, der kommt nicht mehr so leicht auf die Beine.

Christian Siegwart zieht Familienergänzungsleistungen der Sozialhilfe eindeutig vor. Im Namen der AF bittet er deshalb den Rat, die Motion zu unterstützen, damit uns die Regierung ein kreatives Zuger Modell für Kinder- oder Familienergänzungsleistungen vorlegen kann.

Andrea **Erni** erinnert den Rat an das Plakat mit dem herzigen Baby, mit der Frage «Bin ich Luxus?» Ja, liebe CVP, nicht immer, aber immer öfter. Als Sozialarbeiterin hat die Votantin viel Kontakt zu Familien, welche in Armut leben. Viele dieser Familien sind sogenannte working poor, also Menschen, die trotz 100 % Erwerbstätigkeit zu wenig Geld zum Leben verdienen. Diese Familien brauchen eigentlich keine Sozialhilfe, sondern ein existenzsicherndes Einkommen. Andrea Erni geht mit dem Regierungsrat einig, dass die Familienergänzungsleistungen die Sozialhilfe nicht vollständig ersetzen können. Aber die Ergänzungsleistungen könnten vielen Familien den Gang auf das Sozialamt ersparen, auf welchem sie von der Problemlage her – zu tiefe Löhne – nichts verloren haben. Der Regierungsrat lehnt Familienergänzungsleistungen unter anderem ab, weil er die Gefahr der indirekten Lohnsubventionierung sieht. Diese sind aber Realität und finden seit Jahren statt durch die Zahlung von Sozialhilfe. Wollen Sie lieber das teure Sozialhilfe- und Rentensystem beibehalten, statt Ergänzungsleistungen für Familien in Erwägung zu ziehen? Der Regierungsrat meint, dass die Folgen der mangelhaften Arbeitsmarktsfähigkeit der Eltern durch weitere Begleitmassnahmen aufgefangen werden müssten. In unserer schwierigen Arbeitsmarktlage (und diese Schwierigkeiten dauern seit mehreren Jahren mehr oder weniger an) stösst das ganze Betreuungs- und Vermittlungssystem an seine Grenzen. Wenn es keine Stellen hat, kann nichts vermittelt werden. Zudem müssen wir realistisch sein: Nicht alle können sich weiterbilden und Chefs oder Vorarbeiter sein. Wir brauchen Elektriker, Köche, Bäcker usw., die vielleicht unter Umständen nicht mehr ein Einkommen erzielen können, das die Familie ernähren kann. Solange also keine existenzsichernden Löhne gezahlt werden, muss der Staat indirekte Lohnsubventionierungen vornehmen. Den armen Familien nützt es nichts, wenn der Kanton Zug im interkantonalen Vergleich gut dasteht. Fakt ist, dass ihnen trotzdem zu wenig zum Leben bleibt. Zug will die tiefsten Steuern haben, wieso also nicht auch das beste System zur Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut? Nach Erachten der Votantin lohnt es sich, das Ergänzungsleistungs-System zur Bekämpfung der Familienarmut vertieft durchzudenken. Sie bittet den Rat deshalb im Namen der SP-Fraktion, die Motion erheblich zu erklären.

Thomas **Lötscher** übt sich bereits ein erstes Mal in der Darlegung von Interessenbindungen. Er ist Familienvater. Der Regierung möchte er zu ihrem guten Bericht gratulieren und ihn verdanken. Endlich hören wir einmal entgegen anderslautenden Unterstellungen, dass Zug nicht der böse steuerparasitäre Kanton ist, welcher nur den Reichen und Schönen den Hof macht. So erbringen Kanton und Gemeinden bereits heute finanzielle Leistungen für Familien, welche jene anderer Kantone zum Teil deutlich übertreffen. Die Kinderzulagen sind schweizweit die zweithöchsten und sollen noch verbessert werden. Die Steuerregelung ist für Familien mit Kindern schweizweit die beste, insbesondere für Einkommen bis 60'000 Franken. Als einer

von elf Kantonen entrichtet Zug Beiträge an bedürftige Mütter und als einer von fünf leistet er Hilfe an ausgesteuerte Arbeitslose. Daraus kann folgendes Fazit gezogen werden: Der Kanton Zug steht in Sachen sozialer Familienpolitik an vorderster Front. Das darf und soll einmal klar festgehalten werden. Hoffentlich auch in den Medien. Vor diesem Hintergrund ist es aber auch absolut unnötig, weitere zweistellige Millionenbeträge in diesen Bereich zu stecken. Dem Votanten wäre es lieber, wir hätten in den Zuger Schulen erweiterte Blockzeiten, welche Müttern zumindest eine gewisse Berufstätigkeit neben der Familie erlaubten, und damit Hilfe zur Selbsthilfe leisteten. Noch etwas an die Adresse von Käty Hofer. Sie hat gesagt, dass wir am wenigsten Kinder pro Kopf haben, und die Frage aufgeworfen, ob wir uns denn diese nicht mehr leisten könnten. Es gibt verschiedene Studien, die zeigen, dass die Anzahl der Kinder pro Familien sinkt, je höher das Bildungsniveau und der Wohlstand sind. Oder will ernsthaft irgend jemand sagen, dass man sich in Äthiopien und Schwarzafrika Kinder besser leisten kann als im Kanton Zug? – Diesen Ausführungen können Sie unschwer entnehmen, dass die FDP-Fraktion den regierungsrätlichen Antrag unterstützt.

Beat **Villiger** möchte zu Christian Siegwart noch sagen, dass «Mütter am Herd» nicht ein CVP-Programm ist, aber wir würden uns sehr dagegen einsetzen, wenn das auch noch verboten werden sollte. Die neusten Statistiken zeigen, dass die Armut in der Schweiz wächst. Dass sie steigt, hat nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Gründe. Und dass heute rund 300'000 Personen Sozialhilfe beziehen müssen, stimmt nachdenklich. Diese Hilfe kommt zum Zug, wenn die Arbeit fehlt, die Rente sinkt, die Krankenkosten drücken. Risikogruppen sind kinderreiche Familien, Alleinerziehende, ältere Leute, dauerhaft Arbeitslose und immer mehr auch Bauern. Es sind vielfach auch die Verlierer der rasenden Zeit. Personen also, welche kaum eine Chance haben, am freien Markt erfolgreich teilzunehmen. Und es ist zu befürchten, dass dieser Kreis bleiben wird, auch wenn die Konjunktur wieder anzieht. Diese Situation verkennt auch die CVP nicht. Wie soll nun eine Lösung dieses Problem angegangen werden und aussehen? Unser Marktsystem ändern, solche Leute gezielt unterstützen, das zur Zeit aktuelle Credo «Stopp dem Sozialstaat» befolgen, mehr Selbstverantwortung statt Staatshilfe? Eine Lösung hier auf die Schnelle zu erreichen, ist zugegebenermassen nicht einfach und kann letztlich auch nicht darin bestehen, dass sie nur zu Lasten des Staats erfolgt. Vielmehr müsste es möglich sein oder wieder werden, dass sich grundsätzlich alle mit einem angemessenen Arbeitseinkommen über Wasser halten können. Der Votant verweist hier auch auf den Tages-Anzeiger vom letzten Dienstag, wo dieses Kapitel abgehandelt wird. Es stellt sich dort ja auch die Frage, wie das Existenzminimum definiert wird. Da kommen Leute mit 9'000 Franken Einkommen, bei denen das Kostenmanagement in der Familien fehlt, wodurch es zu Sozialhilfeanträgen kommt. Für die CVP ist in diesem Sinn Handlungsbedarf vorhanden und wir haben auch Kenntnis davon, dass im Nationalrat verschiedene Vorstösse gleicher oder ähnlicher Prägung vorhanden sind. Auch die Frage, ob künftig mehr Schwergewicht auf Objekt- statt Subjekthilfe gelegt werden sollte, ist noch nicht beantwortet. Das von den Motionärinnen und Motionären verlangte EL-Modell für den Kanton Zug geht uns aber zu weit und ist nicht finanzierbar. Es würde letztlich auch dazu führen, dass unser Kanton seine bisherigen sozialen Aufgaben plötzlich nicht mehr wahrnehmen könnte. Wir unterstützen insofern grossmehrheitlich den Antrag und die Haltung des Regierungsrats und hal-

ten fest, dass der Kanton Zug insbesondere im Bereich der Familien in den letzten Jahren doch Einiges getan hat. Auch sind noch Anfragen beim Kanton pendent, die zu einem späteren Zeitpunkt in den Rat kommen werden.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** hält fest, dass der Regierungsrat die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen Familien mit Kindern leben, nicht verkennt, namentlich auch bei Alleinerziehenden. Wir haben die hiezu bekannten Fakten in unserem Bericht transparent und offen dargestellt. Wenn der Regierungsrat trotzdem die Nichterheblicherklärung der Motion beantragt, dann vor allem aus den folgenden Gründen:
Entgegen dem Antrag der Motion stellen sich sowohl die Verfasser der BASS-Studie, welche die Grundlage der Motion bildet, als auch der Schweizerische Gemeindeverband, die Städteinitiative Sozialpolitik und die Schweizer Sozialdirektorenkonferenz als Lösung zur gezielten Unterstützung von einkommensschwachen Familien ausdrücklich ein Ergänzungsleitungssystem auf Bundesebene vor. Postuliert wird explizit die möglichst grosse Gleichbehandlung in der ganzen Schweiz und nicht die Einführung von zusätzlichen kantonalen Massnahmen. Der Votant zitiert dazu aus dem Bericht der BASS-Studie. Unter dem Titel «Möglichst grosse Gleichbehandlung in der ganzen Schweiz» heisst es: «Der Grundsatz der Gleichbehandlung erfordert, dass Kinder in vergleichbaren Umständen in der ganzen Schweiz vergleichbar unterstützt werden. Die Leistung soll bei vergleichbaren Verhältnissen weder im Umfang noch in der Qualität vom Wohnort abhängen. Dabei können sich durchaus objektiv gerechtfertigte Differenzierungen ergeben.»
Eine gesonderte Einführung des Ergänzungsleistungssystems im Kanton Zug wäre also allein schon aus grundsätzlichen Überlegungen problematisch und nicht im Sinne der «Erfinder». Zudem ist ein Vorausgehen Zugs um so weniger angezeigt, als die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern bei uns im interkantonalen Vergleich überdurchschnittlich gut sind. Diese Feststellung gilt namentlich auch für Familien von alleinerziehenden Personen. Der Volkswirtschaftsdirektor verweist in diesem Zusammenhang auf die Studie mit verschiedenen Falltypen der Autoren Wyss und Knupfer, «Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz», herausgegeben von der Schweizer Konferenz für Sozialhilfe SKOS im Jahre 2002. Die Gründe für die deutlich besseren Verhältnisse der Zuger Familien haben wir in unserem Bericht im Einzelnen aufgezeigt. Sie bestehen zusammengefasst in den hohen Kinderzulagen, den tiefen Steuern für kleine Einkommen, den Mutterschaftsbeiträgen bis hin zur Alimentenbevorschussung. Diese Massnahmen kompensieren die vergleichsweise hohen Lebenskosten in unserem Kanton eindeutig.
Ein weiteres, legitimes Argument gegen die Erheblicherklärung der Motion sind auch die zu erwartenden, beträchtlichen finanziellen Auswirkungen. Sie lassen sich nicht genau quantifizieren. Je nach Ausgestaltung des Familien-Ergänzungs-Leistungssystems würden sie netto jedoch 10 bis 20 Mio. Franken betragen.
Die sozialen Leistungen des Kantons können nicht unbegrenzt ausgebaut werden, sie müssen finanzierbar bleiben. Das Wachstum der Sozialausgaben in den letzten Jahren ist beachtlich. Dies verdeutlicht allein ein Blick auf die Entwicklung des Aufwands unseres Kantons für die Prämienverbilligung: 1996 war Kantonsbeitrag von 8,2 Mio. Franken budgetiert, acht Jahre später, im Budget 04, sind es bereits 22,48 Mio.; das ist nahezu eine Verdreifachung innert acht Jahren!

Bevor neue Leistungen begründet werden, müssen auch im Sozialbereich Prioritäten festgelegt und die Wirksamkeit bestehender Aufwendungen hinterfragt werden. Dies gilt mit Blick auf die bevorstehenden Belastungen durch den NFA und die Sparmassnahmen des Bundes, insbesondere auch für den Kanton Zug.
Schliesslich ist auch darauf hinzuweisen, dass das soziale Netz auch für in Armut geratene Familien durch die Sozialhilfe gesichert ist. Neben Nachteilen für die Betroffenen hat die Sozialhilfe auch den grossen Vorteil, dass die finanzielle Leistung des Staates mit der Sozialberatung verbunden werden kann. Dabei können auch die Ursachen der Armut im Einzelnen abgeklärt und allenfalls gezielt angegangen werden. Diese Möglichkeit wäre bei einer neuen, institutionalisierten Leistung nicht gegeben. – Aus all diesen Gründen bittet Walter Suter den Rat im Namen des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 50 : 22 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

335 MOTION DER SP-FRAKTION BETREFFEND REGELMÄSSIGE VERÖFFENTLICHUNG EINER ERWEITERTEN ARBEITSMARKTSTATISTIK

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1188.2 – 11377).

Andrea **Erni** bedankt sich im Namen der SP-Fraktion bei der Regierung für die Beantwortung unserer Motion, resp. unseres Postulats. Wir nehmen gerne zur Kenntnis, dass der Regierungsrat zumindest einen Teil unserer Vorschläge aufnimmt. Wir würden es jedoch begrüssen, wenn der Kanton allen Vorschlägen nachkäme. Bei unserem Vorstoss geht es primär nicht um Zahlen, sondern vielmehr um Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons, welche zwar arbeitslos sind, aber als solche schon längst nicht mehr registriert werden. Mit der Erfassung der Arbeitslosen auch auf den Sozialämtern und in den Arbeitsprojekten käme der Kanton der wirklichen Anzahl arbeitslosen Personen wenigstens teilweise näher. Wir müssen uns bewusst sein: Nicht nur die registrierten Arbeitslosen sind arbeitslos. Ausgesteuerte Personen werden in keiner Statistik mehr erfasst und damit entschwindet ein grosser Teil der Personen, die keine Erwerbsarbeit haben, aus den Statistiken und schnell auch aus der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Dementsprechend halten wir uns an den veröffentlichten Quoten fest, hoffen auf das nächste Wirtschaftswachstum und sind erleichtert, wenn die Quote bei einer Entspannung der Arbeitsmarktlage etwas sinkt. Nach jeder Rezession aber bleiben immer mehr Personen auf der Strecke, welche vom Wirtschaftswachstum nicht mehr profitieren können. Sie sind vielleicht zu alt, haben keine dem Arbeitsmarkt entsprechende Ausbildung oder haben schon so lange keine Erwerbsarbeit mehr ausführen können, dass ihnen ein Arbeitgeber die erfolgreiche Erfüllung einer Arbeit nicht mehr zutraut.
Diese sogenannte Sockelarbeitslosigkeit wird zu einem grösser werdenden gesellschaftlichen Problem. Arbeit für alle auf dem ersten Arbeitsmarkt bleibt auch mit dem tollsten Wirtschaftswachstum eine Illusion. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Wirtschaft für immer mehr Bürgerinnen und Bürger keine Verwendung mehr hat. Deren Existenzsicherung bleibt in der Folge dauerhaft dem Staat überlassen. Wir alle

definieren unseren Wert zu einem grossen Teil über die Erwerbsarbeit. Personen, für welche die Wirtschaft keine Verwendung mehr hat, leiden. Sie leiden an den über Jahren erlebten Absagen, an unseren schiefen Blicken, an der fehlenden Anerkennung, am Gefühl, für die Gesellschaft keinen Wert mehr zu haben. Es wird Zeit, dass wir uns Gedanken machen, welchen Wert wir den Betroffenen geben können, wie wir Langzeiterwerbslose in unsere Gesellschaft integrieren können, statt sie in die Sozialhilfe oder Invalidenversicherung abzuschieben. Der erste Schritt dazu wäre, langzeiterwerbslose Personen überhaupt wieder wahrzunehmen.

Vreni **Sidler** weist darauf hin, dass Statistiken keinen Ist-Zustand darstellen, keine Zukunftsvision, sondern Vergangenheit. Sie sind nur sinnvoll, wenn das Ergebnis schnell erfasst werden kann, die Zukunftsgestaltung mitbestimmt, und ihre Erarbeitung keine Zeit frisst. Die Votantin ist für das Erstellen einer Statistik, wenn beim Ausüben der zu erfassenden Tätigkeit über den Computer eine Einstellung parallel läuft, welche am Schluss einer Periode per Knopfdruck das Ergebnis präsentiert. Dies sollte mit der neuen Software des Kantons und der Gemeinden möglich werden. Und auch der oft zitierte Datenschutz würde gewährleistet.
In diesem Zusammenhang hat Vreni Sidler auch einen NZZ-Artikel an die Adresse der Regierung: Statistik Stadt Zürich funktioniert seit zwei Jahren als Drehscheibe, wo sämtliche Daten und Informationen zusammen kommen und gespeichert werden. Dadurch lassen sie sich beliebig miteinander verknüpfen, so dass sie vermehrt für die strategische Planung des Stadtrats, der Stadtverwaltung, aber auch von Drittpersonen genutzt werden können. Mit seiner Vorwärtsstrategie konnte der Hersteller dieser Statistik bereits einen Erfolg verbuchen. Die Broschüre mit den wichtigsten Resultaten der Volkszählung 2000 zur Stadt Zürich fand derart Anklang, dass über 40 Städte eine gleiche Zusammenstellung verlangt haben, womit Statistik Stadt Zürich Geld verdiente.
Die Votantin möchte jedoch daran erinnern, dass nur wesentliche Tätigkeiten der Verwaltung, welche über Jahre Vergleichszahlen ergeben, in eine Statistik fliessen sollen. Zu viele Statistiken hingegen machen blind für das Wesentliche. Wesentlich ist, dass wir alle bei unserer täglichen Arbeit kreativ sind und neue Ideen entwickeln. Das gibt Kunden und neue Arbeitsplätze. Wir erhalten keinen einzigen Arbeitsplatz für Arbeitslose, nur weil bekannt ist, wie viele arbeitslos sind. Vreni Sidler plädiert für Nichteintreten, auch im Namen der FDP-Fraktion, denn diese Motion ist im besten Fall ein schlechter Werbespot und das Thema nicht motionswürdig.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** bittet den Rat, dieses Postulat gemäss Antrag des Regierungsrats nur teilweise erheblich zu erklären. Wir sind bereit, diese Daten zu liefern, die wir tatsächlich auch erfasst haben. Wir wollen sie in der Statistik aufführen. Insofern werden wir in Zukunft auch die ausgesteuerten Arbeitslosen und die Leute, welche Arbeitslosenhilfe beziehen, in der Arbeitsmarktstatistik aufführen. Wenn wir aber auch die Sozialhilfebezüger aufführen müssten, müssten wir uns jeden Monat auf die Angaben der Gemeinden abstützen können. Wir müssten diese Umfrage machen. Das ist erstens ein erheblicher Aufwand und zweitens würde es die Arbeitsmarktstatistik, die immer anfangs Monat möglichst schnell kommt, stark verzögern. Es wäre eine Verschlechterung gegenüber heute. Und drittens ist es völlig unmöglich, die nach Sozialhilfebezug wieder in den Arbeitsmarkt Integrierten in

einer Statistik aufzuführen, weil dazu schlichtweg die Daten fehlen. Der Votant bittet den Rat deshalb, das Postulat nicht einfach vollumfänglich erheblich zu erklären, sondern wie beantragt nur teilweise.

➔ Der Rat schliesst sich folgenden Anträgen der Regierung an:

- Auf die Motion nicht einzutreten;

- die in ein Postulat umgewandelte Motion bezüglich ausgesteuerte und Arbeitslosenhilfe beziehenden Personen teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben, nämlich soweit es folgende Teile des Begehrens betrifft:

  -Anzahl Personen, die von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert wurden,
  - Anzahl Personen, die nach der Aussteuerung Arbeitslosenhilfe beziehen;

- im Übrigen das Postulat nicht erheblich zu erklären.

336 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 26. Februar 2004.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

26. SITZUNG: DONNERSTAG, 26. FEBRUAR 2004

8.30 – 12.10 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

337 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Leo Granziol, Kathrin Kündig und Karl Rust, alle Zug; Markus Bucher und Martin B. Lehmann, beide Unterägeri; Andreas Hotz, Baar; Eugen Meienberg, Steinhausen.

338 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Landammann Walter **Suter** sich für die Sitzung entschuldigen lässt. Er nimmt an einer Konferenz von Bundesrat Schmid mit den kantonalen Militärdirektoren teil.

Der Präsident gibt den Rücktritt von Markus **Bucher** auf Ende Februar 2004 bekannt. Dies auf Grund der beruflichen Belastung. – Wir danken ihm für seinen Dienst an der Öffentlichkeit und wünschen ihm auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute.

339 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 28. und 29. Januar 2004.
2. Genehmigung von Kantonsrats-Ersatzwahlen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1206.1 – 11389 und 1207.1 – 11390).
3. Eid oder Gelöbnis.
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
5. Kommissionsbestellungen:

5.1. Wahl der Konkordatskommission.

5.2. Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Flexibilisierung bei der Leitung der Staatskanzlei und der Delegation von Kompetenzen).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1205.1/.2 – 11385/86).

5.3. Ersatzwahlen in die kantonsrätlichen Kommissionen.

6.1. Gültigkeit der Ersatzwahl eines Mitglieds des Obergerichts.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1209.1 – 11398).

6.2. Ersatzwahl einer hauptamtlichen Richterin oder eines hauptamtlichen Richters am Obergericht (mündlicher Antrag aus dem Rat).

6.3. Ersatzwahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Obergerichts (mündlicher Antrag aus dem Rat).

7. Kantonsratsbeschluss betreffend Forschungsbeitrag an das Micro Center Central Switzerland (MCCS).
   2. Lesung (Nr. 1141.5 – 11391).
8. Aufsichtsbeschwerde von Anton Hüsler gegen den Regierungsrat des Kantons Zug und subsidiär gegen den Gemeinderat Steinhausen betreffend Wasser- und Elektrizitätswerk Steinhausen (WEST).
   Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1208.1 – 11396).
9. Postulat von Andreas Bossard betreffend sporadische Durchführung von Festen der Verbundenheit (Nr. 1034.1 – 10928).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1034.2 – 11318).
10. Interpellation von Karl Betschart und Moritz Schmid betreffend Submissionsgesetz (Nr. 1088.1 – 11080).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1088.2 – 11355).
11. Interpellation von Moritz Schmid, Josef Zeberg und Karl Rust betreffend öffentliche Bauten, Qualitätssicherung vor allem im Ausbaugewerbe (Nr. 1127.1 – 11179).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1127.2 – 11381).
12. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Beiträge mit Zweckbindung (Nr. 1138.1 – 11210).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1138.2 – 11387).

13.1. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend öffentliche Sicherheit (Nr. 1139.1 – 11213).

13.2. Interpellation von Beat Zürcher und Karl Nussbaumer betreffend Jugendgewalt (Nr. 1143.1 – 11223).

13.3. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Ausschreitungen im Rahmen des WEF (Nr. 1199.1 – 11369).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1139.2/1143.2/1199.2 – 11383).

14. Interpellation von Martin B. Lehmann betreffend finanzielle Situation der Pensionskasse (Nr. 1176.1 – 11299).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1176.2 – 11346).
15. Interpellation von Beat Villiger betreffend Unterschlagung einer Summe von über 750'000 Franken durch X, ehemaliger Mitarbeiter der Baudirektion (Nr. 1180.1 – 11305).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1180.2 – 11388).

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass Ziff. 14 der Traktandenliste – Interpellation von Martin B. Lehmann betreffend finanzielle Situation der Pensionskasse – entfällt. Grund: Der Bruder von Martin B. Lehmann ist plötzlich verstorben, so dass Kollege Lehmann an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Wir entbieten ihm unsere tiefste Anteilnahme für den schmerzlichen Verlust. Ohne anderslautenden Antrag geht der Votant davon aus, dass der Rat einverstanden ist. Weil dieses Geschäft schon zwei Mal verschoben werden musste, wird es an der nächsten Kantonsratssitzung prioritär traktandiert.

➔ Der Rat ist einverstanden.

340 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle zu den Sitzungen vom 28. und 29. Januar 2004 werden genehmigt.

341 KANTONSRATS-ERSATZWAHLEN IN DER EINWOHNERGEMEINDE ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1206.1 – 11389 und 1207.1 – 11390).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Ersatzwahl folgender Personen zu genehmigen:

– Nachfolger von Dolfi Müller: Eusebius **Spescha**, SP, Zug.
– Nachfolger von Josef Lang: Stefan **Gisler**, SGA, Zug.

Die Rechtsmittelfristen für die Gewählterklärungen durch die Stadtgemeinde Zug sind bei beiden ungenützt abgelaufen.

Ohne anders lautenden Antrag gelten diese Ersatzwahlen als genehmigt. Eusebius Spescha tritt mit sofortiger Wirkung sein Amt als Kantonsrat an, weil sein Vorgänger Dolfi Müller per Ende Januar 2004 zurückgetreten ist. – Stefan Gisler hingegen tritt sein Amt erst mit Wirkung ab 1. März 2004 an, weil sein Vorgänger Josef

Lang per Ende Februar 2004 zurücktritt. Somit kann Eusebius Spescha an der heutigen Kantonsratssitzung teilnehmen, Stefan Gisler hingegen nicht.

➔ Der Rat ist einverstanden.

342 GELÖBNIS UND EID DER NEUEN MITGLIEDER DES KANTONSRATS

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Stefan Gisler das Gelöbnis und Eusebius Spescha den Eid ablegt. Bei Stefan Gisler erfolgt das Gelöbnis im Hinblick auf seinen Amtsantritt per 1. März 2004, womit er ab diesem Zeitpunkt sofort in allfälligen Kommissionen tätig werden kann. Ohne vorheriges Gelöbnis wäre eine allfällige Kommissionstätigkeit im März 2004 nicht möglich.
Der Ratspräsident bittet die beiden, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Er bittet Stefan Gisler, ihm nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Landschreiber die Worte «Ich gelobe es» nachzusprechen.

Landschreiber Tino **Jorio** verliest die Gelöbnisformel gemäss § 5bis Abs. 2 der GO, worauf das neue Ratsmitglied Stefan Gisler den vom Vorsitzenden vorgesprochenen Satz «Ich gelobe es» nachspricht.

Der **Vorsitzende** bittet nun Eusebius Spescha, ihm nach Verlesung der Eidesformel durch den Landschreiber die Worte «Ich schwöre es» nachzusprechen.

Der **Landschreiber** liest die in § 5bis Abs. 1 der GO enthaltene Eidesformel, worauf das neue Ratsmitglied Eusebius Spescha mit erhobenem Schwurfinger den vom Vorsitzenden vorgesprochenen Satz «Ich schwöre es» nachspricht.

343 MOTION DER SP-FRAKTION BETREFFEND EINREICHUNG EINER STANDESINITIATIVE ZUR ENTLASTUNG DES AGGLOMERATIONSVERKEHRS

Die **SP-Fraktion** hat am 16. Februar 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1211.1 – 11400 enthalten sind.

Louis **Suter** hält fest, dass die CVP-Fraktion die SP-Motion zur Standesinitiative für die Entlastung des Agglomerationsverkehrs ablehnt. Deshalb stellen wir den Antrag, diese Motion nicht zu überweisen. Wir wissen, dass es in diesem Parlament zur Ausnahme gehört, Anträge auf Nichtüberweisung einer Motion zu stellen. In diesem Falle sind aber die Kriterien für die Ausnahme klar gegeben.
1. Standesinitiativen sollten in erster Linie dann eingebracht werden, wenn es sich um ein spezifisches kantonales Problem handelt. Die Problematik des Agglomerati-

onsverkehrs ist aber nicht ein rein zugerisches Problem, sondern betrifft alle Regionen der Schweiz. Da es sich um ein schweizerisches Problem handelt, hat die SP gleichlautende Standesinitiativen denn auch in über einem Duzend weiteren Kantonen eingereicht.
2. Ziel dieser Standesinitiative ist es, zusätzlich zum FinöV Gelder, welche zu einem erheblichen Teil aus dem Reinertrag der Verbrauchssteuer auf Treibstoffen und vom Reinertrag der Nationalstrassen stammen sollen, für Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs, zur Trennung des Verkehrs und zur Förderung des Langsamverkehrs einzusetzen. Die CVP-Fraktion lehnt diese Art der Zweckentfremdung der für den Strassenbau bestimmten Gelder aus dem Treibstoffzoll und der Nationalstrassenabgabe grundsätzlich ab. Wir lehnen diese Forderung aber auch deshalb ab, weil durch diese unvernünftige Geld-Umverteilung – sie entspricht nicht dem Grundsatz des Avanti-Gegenvorschlags, auf den die SP bei der Begründung Bezug nimmt – auch die Finanzierung des Ausbaus des Zuger Strassennetzes, wie wir es im Januar mit dem kantonalen Richtplan beschlossen haben, betroffen ist.
3. Eines der wichtigsten Ziele des neuen kantonalen Richtplans ist es, die Probleme des öffentlichen und des motorisierten Individualverkehrs gemeinsam zu lösen, ohne diese gegeneinander auszuspielen. Aber genau dieses Auseinanderdividieren wird die Folge dieser SP-Standesinitiative sein. Denn mit diesen Geldern soll zur Entlastung des Agglomerationsverkehrs nur der ÖV, nicht aber der private Verkehr, d.h. der Strassenbau, unterstützt werden. Dies ist für unsere Fraktion nicht nur unverständlich, sondern vor allem unverantwortlich.
4. Auch die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Schweizer Verkehrspolitik nicht vor einem Scherbenhaufen stehen bleiben darf und die Probleme sofort angegangen werden müssen. Dabei gilt es aber nicht nur zu berücksichtigen, aus welchen Gründen Volk und Stände den Avanti-Gegenentwurf abgelehnt haben, sondern daraus müssen auch die richtigen Schlüsse gezogen werden. Bestritten waren sicher die zweite Gotthardröhre und der Ausbau der Gotthard-Nordrampe, womit der Alpenschutzartikel tangiert worden wäre, sowie die Zuteilung der Fondsmittel. Unbestritten waren jedoch die massgebliche finanzielle Unterstützung des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur – für den ÖV und MIV – in Agglomerationen und die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes. Folgerichtig müssten auf nationaler Ebene Massnahmen getroffen werden, welche ohne Einschränkung des Alpenschutzartikels eine koordinierte Verkehrspolitik für Schiene und Strasse – für den öffentlichen wie für den privaten Verkehr - sicherstellen, Massnahmen welche zur Beseitigung der Kapazitätsengpässe nicht nur beim ÖV, sondern auch beim privaten Verkehr beitragen. Wie Sie aus der Presse erfahren konnten, wird die CVP-Schweiz im National- und Ständerat eine entsprechende parlamentarische Initiative einreichen.
5. Persönlich ist der Votant zudem überzeugt, dass ohne eine gleichzeitige Änderung von Art. 81 der Bundesverfassung, der die Aufgaben des Bundes bezüglich des Verkehrs umschreibt, die Umsetzung dieser Standesinitiative höchst fraglich ist.
Diese Standesinitiative der SP erfüllt unser Forderung nach einer koordinierten und vernünftigen Verkehrspolitik für Schiene und Strasse in keiner Art und Weise. Die vorgesehene Finanzierung lehnen wir aus grundsätzlichen Gründen und auch wegen den Nachteilen für den Kanton Zug ab. Es würde uns deshalb freuen, wenn Sie unseren Antrag auf Nichtüberweisung unterstützen könnten.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Antrag der CVP auf Nichtüberweisung unterstützt. Dazu gibt es drei Gründe.
1. Es handelt sich um ein Thema, das auf Bundesebene behandelt werden muss.
2. Wir haben soeben darüber abgestimmt.
3. Die Auslegung des Abstimmungsthemas ist sehr einseitig.
Die FDP-Fraktion ist nicht bereit, mit solchen Arten von Vorstössen den Direktionen und damit dem Regierungsrat immer wieder Arbeit zu bereiten, ohne dass dazu ein Grund besteht. Der Volksentscheid wurde erst vor wenigen Wochen gefällt und dem Volksentscheid kann auch mit bestem Willen nicht entnommen werden, dass das Volk nur den öffentlichen Agglomerationsverkehr fördern will. Wenn es der Förderung des Agglomerationsverkehrs allenfalls noch zugestimmt hätte, was bereits eine Mutmassung ist, so sicher dem Ausbau des Privaten und öffentlichen Verkehrs. Nicht alle sitzen im Bus oder im Zug, einige stehen auch im Stau.
In diesem Zusammenhang möchte die Votantin noch auf die neue Interpellationsdichte zu sprechen kommen. Wenn Anfragen gestartet werden, die mit einem Telefon beantwortet werden können, so ist damit nichts anderes als Effekthascherei verbunden. Dem Regierungsrat wird für nichts und wieder nichts Arbeit beschert. Diese Ausführungen beziehen sich auf doch einige Vorstösse, heute im Speziellen auf Trakt. 15, wo mit der Interpellation Villiger nichts anderes als Neugierde befriedigt wird, die auch mit einem Telefonat oder der Presse hätte befriedigt werden können. Hans-Beat Uttinger hätte Beat Villiger die gleichen Antworten auch mündlich erteilt, wenn eine entsprechende Anfrage auf diesem informellen Weg gekommen wäre. – Diese Interpellationswut, aber auch immer mehr Motionen, führen in der FDP-Fraktion dazu, dass wir nicht mehr gewillt sind, alles und jedes zu überweisen und damit dem Regierungsrat Arbeit zu bescheren, wenn wir ganz genau wissen, dass die Arbeit unnütz ist, am Resultat einer Antwort niemand mehr ein Interesse hat und es nur um Medienpräsenz geht. Deshalb die Bitte, der FDP-Fraktion zu folgen und diese Motion nicht zu überweisen.

Alois **Gössi**: Erinnern wir uns an die Januar-Kantonsratssitzung. Wir diskutierten die Ergreifung einer Standesinitiative für die Verankerung des Bankgeheimnisses in der Bundesverfassung. Diese Standesinitiative wird eingereicht auf Grund einer SVP-Motion. Bei der damaligen Überweisung der Motion gab es keinerlei Diskussionen oder Ablehnungsanträge im Rat. Die SP-Fraktion war sich schon bei der Einreichung der Motion bewusst, dass wir ihr aus diversen Gründen, aus formalen und auch aus inhaltlicher Sicht, nicht zustimmen können. Unsere formalen Einwände waren, dass es
- erstens ein eidgenössisches Thema ist,
- zweitens deshalb den Bundesinstanzen, d.h. dem National- und Ständerat, zu überlassen ist,
- drittens schon gleiche Standesinitiative von anderen Kantonen überwiesen worden waren – dies übrigens im Rahmen einer SVP-Aktion.
Wir stellten jedoch keinen Ablehnungsantrag. Aus liberalen Gründen sind wir dafür, dass Motionen vorbehaltlos überwiesen werden, auch wenn wir inhaltlich die Motion nicht unterstützten können. Wir wollen, dass die inhaltliche Debatte zu einer Motion auf Grund der Motionsbearbeitung des Regierungsrats erfolgen soll und nicht schon bei der Motionsüberweisung. Es gibt nun in der letzten Zeit bei uns die Tendenz, Motionen nicht zu überweisen, sondern schon ganz zu Beginn abzuwürgen, etwa bei

der Motion der SGA zur Ergreifung einer Standesinitiative für sichere Öltransporte auf den Weltmeeren. Man kann nun natürlich einwenden, dass es reiner Zufall sei, dass nur Motionen von linken Parteien nicht überwiesen, sondern gleich zu Beginn abgewürgt werden. Aber ist es wirklich Zufall, dass nur nicht genehme linke Motionen schon zu Beginn abgeblockt werden?
Zum Inhalt der Motion: Unbestritten an der Avanti-Abstimmung war die Finanzierung von Infrastrukturausbauten in den Agglomerationen aus Geldern, die bisher für den Strassenbau reserviert waren. Wir möchten nun, dass der unbestrittene Teil auch umgesetzt werden kann: Ein Teil vom Reinertrag der Verbrauchssteuer auf Treibstoffen und vom Reinertrag der Nationalstrassenabgabe soll für die Finanzierung von Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs in Städten und Agglomerationen eingesetzt werden sowie zur Verbesserung des Verkehrsablaufs in Städten und Agglomerationen. Es würde auch vermehrt der öffentliche Verkehr und nicht nur der motorisierte Individualverkehr profitieren. Dies ist aus inhaltlicher Sicht denjenigen ein Dorn im Auge, die gegen die Überweisung unserer Motion sind. Wenn wir nun die Situation im Kanton Zug betrachten, gibt es Verkehrsprobleme im Agglomerationsverkehr. Diese werden nun angegangen, sei es mit der Stadtbahn 1. und 2. Etappe oder mit diversen Projekte aus dem Verkehrsrichtplan, bei denen die Projekte mit der ersten Priorität am Anlaufen sind. Würden wir es im Kanton Zug nicht schätzen, wenn der Bund diese Projekte, die zur Lösung unserer Probleme im Agglomerationsverkehr dienen, finanziell vermehrt unterstützt würde? Können wir es uns leisten, zum Vornherein auf diese Gelder zu verzichten; wollen wir nicht einen konstruktiven Beitrag leisten, damit der Bund finanziell den Agglomerationsverkehr – sei es der ÖV, aber auch der MIV – vermehrt unterstützt? Wenn der Votant sich an die Debatte für das Budget 2004 erinnert, müsste doch unser Antrag auf der Linie von vielen bürgerlichen Voten liegen. Wir erhielten allenfalls zusätzliche Gelder für den Kanton Zug und müssten weniger eigenes Geld ausgeben. – Im Sinne dieser Ausführungen und im Sinne einer liberalen Haltung zur Überweisung von Motionen bittet Alois Gössi den Rat, diese Motion zu überweisen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** weist darauf hin, dass es aus Sicht der AF absolut nicht nachvollziehbar ist, weshalb vorliegende Motion der SP nicht überwiesen werden soll. Wir Alternativen gehen stets davon aus, dass Motionen, welche nicht einer Mondlandung gleich kommen, unbedingt überwiesen werden sollen. Die Regierung soll Gelegenheit bekommen, inhaltlich zur Motion Stellung zu beziehen mit Bericht und Antrag. Erst dann können wir als Parlament ausreichend mit Pro und Contra entscheiden. Das Argument, das Thema sei Bundessache, ist nicht stichhaltig. Da es sich beim Anliegen der SP um eine Standesinitiative handelt, geht es notgedrungen um eine Bundessache. Ausserdem hätte bei der SVP-Motion zum Bankkundengeheimnis das selbe Argument geltend gemacht werden müssen. Auch diese war eine schweizweit gestreute Aktion. – Entsprechend der Gepflogenheit hier im Rat spricht die Votantin hier nicht inhaltlich zur Motion. Sie möchte dem Rat aber wirklich nahe legen, die Motion zu überweisen. Es gibt keinen triftigen Grund, dass wir uns von der bewährten und fairen Gepflogenheit der Motionsüberweisungen in unserem Parlament verabschieden.

Werner **Villiger** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Nichteintretensanträge von Louis Suter und Andrea Hodel einstimmig unterstützt. Gegenargumente liegen auf dem Tisch. Er verzichtet deshalb auf weitere Erklärungen. Übrigens: Wir tragen es jeweils mit Fassung, wenn Vorstösse von uns nicht überwiesen werden.

Käty **Hofer** muss doch Andrea Hodel noch eine Antwort geben. Sie sollte dringend die Hitliste der Interpellanten und Motionärinnen ansehen und schauen, wo diese angesiedelt sind. Bei einem der letzten Traktanden wären solche Bemerkungen eher am Platz.

➔ Der Rat beschliesst mit 54 : 16 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

344 INTERPELLATION VON GREGOR KUPPER UND VRENI WICKY BETREFFEND BAUABRECHNUNG FÜR DIE STRAFANSTALT

Gregor **Kupper**, Neuheim, und Vreni **Wicky**, Zug, haben am 11. Februar 2004 die in der Vorlage Nr. 1210.1 – 11399 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

345 WAHL DER KONKORDATSKOMMISSION

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese Kommission erst ab 1. Mai 2004 aktiv wird, nämlich ab Inkrafttreten der Kleinen Parlamentsreform. Wir möchten die Kommission jetzt schon wählen, damit die vorbereitenden Arbeiten möglichst rasch an die Hand genommen werden können.

Josef **Lang**: Wir erleben einen dieser Momente, die historisch und gleichzeitig komisch sind. Historisch ist es, dass dieser Rat in seinem mehr als hundertjährigen Bestehen das dritte Mal eine neue ständige Kommission bestellt. Im 19. Jahrhundert war es die Stawiko, im 20. die Justizprüfungskommission und jetzt im 21. die Konkordatskommission. Wie Joachim Eder seinerzeit noch als Kantonsrat gesagt hat, geht es hier um eine Pionierleistung unseres Kantons. Er nimmt das Problem der Demokratisierung der Konkordate ernsthaft in die Hand, und dazu können wir uns alle gratulieren. Komisch ist es, dass ausgerechnet jene Fraktion, aus der dieser Vorschlag ursprünglich stammt, in dieser Kommission nicht vertreten ist. Es ist das erste Mal seit 1894, dass dieser Rat eine Kommission neu bestellt, in der nicht alle Fraktionen, die in der Regierung vertreten sind, auch in der Kommission sind. Wir zahlen heute den Preis für den Willkürentscheid im Dezember 2002, der mit Proporz nichts

zu tun hat. Es hat inzwischen auch in anderen Köpfen gedämmert, dass es schädlich ist für die Arbeit in diesem Rat, dass die Linke allgemein und die Alternative im Besonderen derart untervertreten sind. Die Kraft, die bei den Regierungsratswahlen am meisten und bei den Nationalratswahlen am zweitmeisten Stimmen von den vier Blöcken gemacht hat, hat in den ständigen Kommissionen nur je einen Sitz. Wir machen keine Trotzreaktion. Wir möchten, dass dieser Rat dieses Problem möglichst bald lösen kann, ohne dass irgend jemand das Gesicht verlieren muss. Der Votant bittet alle inständig, den Vorschlägen, die aus der Regierung kommen, oder einem Gegenvorschlag, der vielleicht noch besser ist, zu unterstützen, damit der unhaltbare Zustand, dass z.B. die Alternativen in einer Stawiko oder in der ständigen Konkordatskommission nicht vertreten sind, beendet wird. Josef Lang wünscht den sieben Mitgliedern, die heute in diese neue Kommission gewählt werden, viel Glück. Und er hofft, dass sie ihre Aufgabe – die Konkordate zu demokratisieren – so gut lösen, dass es nächstens in anderen Kantonen auch entsprechende Vorstösse geben wird.

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** werden als Kommissionsmitglieder gewählt (CVP 2, FDP 2, SVP 2, SP 1):

	Andreas Huwyler, ***Präsident***	***CVP***
1.	Beatrice Gaier, Bannstrasse 2, 6312 Steinhausen	CVP
2.	Käty Hofer, Einhornweg 4, 6331 Hünenberg	SP
3.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
4.	Hans Peter Schlumpf, Keltenweg 26, 6312 Steinhausen	FDP
5.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
6.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
7.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

346 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE ORGANISATION DER STAATSVERWALTUNG (FLEXIBILISIERUNG BEI DER LEITUNG DER STAATSKANZLEI UND DER DELEGATION VON KOMPETENZEN)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1205.1/.2 – 11385/86).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 11-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Berty Zeiter, ***Präsidentin***	***AF***
1.	Manuel Aeschbacher, Flurstrasse 57, 6332 Hagendorn	SVP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Ursula Bieri, Bahnhof-Park 5, 6340 Baar	CVP
4.	Rosvita Corrodi, Hofstrasse 74a, 6300 Zug	FDP
5.	Michel Ebinger, St. Wendelin 8, 6343 Holzhäusern	FDP
6.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
7.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
8.	Max Uebelhart, Schutzengelstrasse 38, 6340 Baar	CVP
9.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
10.	Berty Zeiter, Ägeristrasse 34, 6340 Baar	AF
11.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

347 ERSATZWAHLEN IN DIE KANTONSRÄTLICHEN KOMMISSIONEN

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass durch den Rücktritt von Dolfi Müller per 31. Januar 2004 ein Sitz in der Raumplanungskommission neu zu besetzen ist. Die SP-Fraktion schlägt als Nachfolger das neue Kantonsratsmitglied Eusebius **Spescha**, Zug, vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Josef Lang hat am 6. Januar 2004 seinen Rücktritt per 29. Februar 2004 erklärt. Die AF schlägt für die Erweiterte Staatswirtschaftskommission als Nachfolger per 1. März 2004 das neue Kantonsratsmitglied Stefan **Gisler,** Zug, vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

348A GÜLTIGKEIT DER ERSATZWAHL EINES MITGLIEDS DES OBERGERICHTS

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1209.1 – 11398).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass Obergerichtspräsident Alex Staub per Ende März 2004 als Mitglied des Obergerichts zurücktritt. Es handelt sich beim vorliegenden Ersatzwahlverfahren um die Gültigerklärung einer Wahl ohne Wahlgang, somit von stillen Wahlen. Der Kantonsrat muss gemäss Gesetz feststellen, dass diese Wahlen in rechtlich einwandfreier Form stattfand. Dieser Beschluss erfolgt *nicht* geheim und somit auch nicht schriftlich. Ohne Gegenantrag ist die Ersatzwahl von Iris Studer-Milz stillschweigend für gültig erklärt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Peter Rust weist darauf hin, dass das neue Mitglied des Obergerichts somit für den Rest der Amtsperiode 2001-2006 ab 1. März 2004 definitiv gewählt ist. Wir wünschen Iris Studer-Milz viel Erfolg bei dieser fachlich und menschlich sehr anspruchsvollen Tätigkeit.

348B ERSATZWAHL EINER HAUPTAMTLICHEN RICHTERIN ODER EINES HAUPTAMTLICHEN RICHTERS AM OBERGERICHT

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 41 Bst. I Ziff. 2 der Kantonsverfassung der Kantonsrat aus den Mitgliedern des Obergerichts die hauptamtlichen Richterinnen und Richter wählt. Gemäss Kantonsratsbeschluss betreffend hauptamtliche Richterinnen und Richter im Obergericht ab Amtsperiode 2001-2006 vom 20. April 2000 (BGS 161.811) wird die Zahl auf drei festgesetzt. Ein Richter im Hauptamt, nämlich Alex Staub, tritt per Ende März 2004 zurück. Es muss somit vom Kantonsrat wiederum eine hauptamtliche Richterin bzw. ein hauptamtlicher Richter ab 1. April 2004 für den Rest der Amtsperiode 2001-2006 gewählt werden. Wird aus dem Rat ein entsprechender Antrag gestellt?

Andrea **Hodel** hat im Namen der FDP-Fraktion die Freude, dem Rat Iris Studer-Milz als neues hauptamtliches Mitglied des Obergerichts zur Wahl vorzuschlagen. Sie wurde 1951 geboren, ist in Hünenberg wohnhaft, besuchte die Schulen in Zug, studierte dann in Bern und erwarb 1977 ihr Rechtsanwaltspatent. In den meisten Fraktionen hat sie sich bereits selber vorgestellt und ist Red und Antwort gestanden. Die Votantin erlaubt sich deshalb, nicht allzu viel Zeit zu verlieren.
Iris Studer ist seit 1981 an den zugerischen Gerichten tätig. Sie besitzt also eine mehr als 20-jährige Erfahrung und war dabei sowohl für das Strafgericht als auch für das Zivilgericht tätig. So ist es für sie – wie auch für uns – von grosser Wichtigkeit, dass ihre effiziente Arbeit am Kantonsgericht auch beim Obergericht im Vollamt erhalten bleibt und sie dem Obergericht nach ihrer Wahl zu 100 % zur Verfügung steht. Andres Hodel empfiehlt sie dem Rat zur Wahl.

Peter Rust fragt, ob aus dem Rat ein anderer Vorschlag gemacht wird. – Dies ist nicht der Fall. – Gemäss § 67 der GO erfolgen die dem Kantonsrat zustehenden Wahlen schriftlich und geheim. Dazu noch folgender Hinweis: Wählbare Personen für dieses Hauptamt sind gemäss Verfassung nur Oberrichterinnen und Oberrichter, und zwar solche, die nicht bereits im Hauptamt tätig sind. Wählbar sind somit insgesamt nur diejenigen fünf Oberrichterinnen und Oberrichter, die ab 1. April 2004 im Nebenamt tätig sind (inkl. Iris Studer-Milz). Sofern Sie einen anderen Namen auf den Wahlzettel setzen, ist diese Stimme gemäss § 69 Abs. 1 Ziff. 3 der GO ungültig.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 74, eingegangene Stimmzettel 73, leer 4, ungültig 2, in Betracht fallende Stimmzettel 67, absolutes Mehr 34.

➔ Gewählt ist mit 67 Stimmen Iris Studer-Milz.

Der **Vorsitzende** gratuliert Iris Studer zu dieser Wahl. Der Rat applaudiert.

348C ERSATZWAHL DER PRÄSIDENTIN ODER DES PRÄSIDENTEN DES OBERGERICHTS

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 41 Bst. I Ziff. 4 der Kantonsverfassung der Kantonsrat aus den Mitgliedern des Obergerichts die Präsidentin oder den Präsidenten des Obergerichts wählt. Obergerichtspräsident Alex Staub hat seinen Rücktritt per 31. März 2004 eingereicht. Es gilt somit, eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten ab 1. April 2004 für den Rest der Amtsperiode 2001-2006 zu wählen. – Wird aus dem Rat ein entsprechender Antrag gestellt?

Andrea **Hodel** will die Debatte nicht künstlich verlängern. Sie hofft, dass Iris Studer mit der Wahl ins Vollamt bereits einmal das Vertrauen ausgesprochen wird. Sie ersucht den Rat, das im Anschluss noch einmal zu tun, indem er Iris Studer nicht nur zur vollamtlichen Richterin, sondern auch zur Präsidentin des Obergerichts wählt. Sie hat bereits vorhin darauf hingewiesen, dass wir ihre Arbeitskraft zu 100 % nützen wollen. Nun geht es darum, diese Arbeitskraft zu 120 oder 130 % zu nützen, indem wir sie zur Präsidentin wählen und ihr damit eine klare und intensive Aufgabe anvertrauen.

Da aus dem Rat kein anderer Antrag gestellt wird, folgen die Wahlen. Gemäss § 67 der GO geschieht das schriftlich und geheim. Peter Rust weist den Rat darauf hin, dass wählbare Personen für das Präsidium gemäss Verfassung nur haupt-, aber auch nebenamtliche Oberrichterinnen und -richter sind. Sofern Sie einen anderen Namen auf den Wahlzettel setzen, ist diese Stimme gemäss § 69 Abs. 1 Ziff. 1 der GO ungültig.

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 74, eingegangene Stimmzettel 72, leer 5, ungültig 0, in Betracht fallende Stimmzettel 67, absolutes Mehr 34.

Stimmen haben erhalten: Iris Studer-Milz 65, Klaus Weber 2.

➔ Gewählt ist mit 65 Stimmen Iris Studer-Milz.

Der **Vorsitzende** gratuliert der neuen Obergerichtspräsidentin zur Wahl.

Iris **Studer-Milz**: Sie haben mich soeben zur Präsidentin des Obergerichts gewählt. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, dass Sie mir mit dieser Wahl entgegenbringen. Ich bin bereit, diese neue Aufgabe anzutreten mit Elan und viel Motivation. Das Präsidium des Obergerichts ist für mich nach bald 23-jähriger Tätigkeit am Kantonsgericht kein Titel ehren- oder altershalber, sondern es bedeutet für mich eine Herausforderung, der ich mich mit allen Kräften – unterstützt vom bisherigen Obergerichts-Team – widmen will. Mit meiner Wahl haben Sie in der Geschichte der Zuger Justiz erstmals eine Frau auf diesen Stuhl gesetzt. Das dokumentiert, dass Sie mutig und fortschrittlich sind. Neben Bern und Glarus ist der Kanton Zug gemäss Recherchen im Internet der dritte Stand, der dieses Amt einer Frau anvertraut. Mutig und fortschrittlich auch deshalb, weil Sie ganz nebenbei und völlig freiwillig eine Quotenregelung eingehalten haben. Ab 1. Mai dieses Jahres sind nämlich 50 % der Gerichtspräsidien von Frauen besetzt bzw. geführt. Ich hoffe, dass dieses Zeichen auch andere Frauen ermutigt, vermehrt für verantwortungsvolle Positionen zu kandidieren. Ihre Wahl zeugt aber auch von Logik. Schliesslich sind gemäss Verfassung und Menschenrechten alle Personen vor dem Gesetz und somit auch vor einer Wahlbehörde gleich. Diese Gleichberechtigung und -stellung war bekanntlich vor einigen Jahrzehnten in der Praxis noch nicht alltäglich. Heute gehört sie zur Normalität in unserer politischen Kultur. Dass Zug als erster Kanton in der Zentralschweiz mit einer Obergerichtspräsidentin ein fortschrittliches Zeichen setzt, kann ihm möglicherweise einige zusätzliche Punkte in der Image-Rangliste des Schweizer Politbarometers einbringen. Die Arbeit der Richter und Richterinnen auf allen Stufen hat allerdings nichts mit Imagepflege, sondern mit Rechtspflege zu tun. Es geht darum, dem alten Grundsatz von «Gerechtigkeit ist Gleichheit» nachzuleben und dem geschriebenen Recht auch im Alltag tatsächlich zum Recht zu verhelfen. Dafür will ich mich einsetzen. Oft ist zu hören und zu lesen, dass die Gesetzesmühlen langsam mahlen und die Pendenzenberge auf den Tischen der Justiz wie auch in den politischen Räten nicht kleiner werden, sondern wachsen. Dagegen will ich bereits heute etwas tun, indem ich jetzt schliesse und Sie nicht mehr von ihrer Arbeit abhalte. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die neue Aufgabe und auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Kantonsrat.

Josef Lang überreicht der neuen Obergerichtspräsidentin unter dem Applaus des Rats einen Blumenstrauss.

Der **Vorsitzende** begrüsst den abtretenden Obergerichtspräsidenten Alex Staub.

Andrea **Hodel**: Lieber Alex, ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich dich, als du im Jahr 1993 für das Obergerichtspräsidium zur Wahl angetreten bist, auch wirklich gewählt hätte, hätte ich damals bereits im Kantonsrat gesessen. Die erste Begegnung mit dir war nämlich für mich eher schwierig. Es war die mündliche Anwaltsprüfung und ich gebe zu, das Strafrecht lag mir nicht und liegt mir auch heute noch nicht. Du, damals Staatsanwalt und Prüfungsexperte, erklärtest mir am Ende der Prüfung: «Fräulein Schmid, wäge mir im Strafrecht hättet sie d'Prüfig nid bestande.» Aber dies sind vergangene Zeiten. Heute haben wir uns aneinander gewöhnt. Ich habe gelernt, dass es sehr viel braucht, aber auch sehr viel bedeutet, ein Lob von dir zu erhalten. Ich, aber

auch die FDP, haben deine Tätigkeit als Obergerichtspräsident nicht nur immer mit Wohlwollen, sondern auch kritisch verfolgt, haben überprüft, wie viel verwaltet und wie viel gerichtet wird, haben die Anzahl Stellen bei den Gerichten hinterfragt und im Rahmen der Parlamentsreform mit dir doch einen harten Disput über die Frage der parlamentarischen Aufsicht oder Oberaufsicht geführt. In all diesen Jahren hast aber auch du es uns nicht leicht gemacht, deine Ansichten zu entkräften. Immer hast du die Aufstockung der Gerichte durchgesetzt, was manchmal der Stawiko ein Dorn im Auge war. Du hast engagiert aber sachlich die Anliegen der Gerichte im Kantonsrat vertreten. Wir wussten aber auch, dass du vorher bereits intensive Diskussionen intern geführt hast, um eben die Begehrlichkeiten im Zaune zu halten.
Dafür möchten wir dir heute ganz herzlich danken. Du hast, obwohl das Obergericht verselbständigt wurde, nie die Ehre erhalten, auf der Regierungsratsbank zu sitzen. Du erhieltest sowohl im alten als auch im neuen Kantonsratssaal immer nur einen Stuhl, meistens wenigstens mit Seiten- oder Rückenlehne und nicht nur ein Taburettli, wenn du auf deinen Auftritt warten musstest. Ich kann dich trösten, deine Nachfolgerin wird es im neuen alten Kantonsratssaal nicht besser haben, sie wird wieder auf einem Schemel, auf einer Bank oder vielleicht wenigstens auf einem Stuhl mit Seitenlehne warten, bis sie ihre Anliegen vertreten kann.
Durch die Verselbständigung des Obergerichts musstest du dich nicht nur mit Fällen, sondern auch mit uns Politikern auseinandersetzen. Dies hast du mit Freude und Engagement sachlich getan und bist dabei nie emotional geworden. Nie hast du aber auch eine Auseinandersetzung gescheut, hast in der Fraktion und im Kantonsrat immer Red und Antwort gestanden, manchmal sogar, wenn es gar nicht mehr nötig gewesen wäre. Du hast deine Leute beim Gericht gut vertreten, bist zu ihnen gestanden. Die Arbeit mit dir zusammen war konstruktiv, hat Freude bereitet und führte immer zu Lösungen, hinter welcher die Justizprüfungskommission – und ich spreche jetzt nicht nur von den FDP-Mitgliedern – stehen konnte. Deiner Nachfolgerin übergibst du eine Gerichtsorganisation, die funktioniert, ein motiviertes und an Arbeit gewöhntes Team von Richterinnen und Richtern. Ein Team, das sich gewöhnt ist, für seine Anliegen nicht nur im Kantonsrat, sondern bereits früher beim Obergericht einzustehen und diese begründen zu müssen. Dafür gebührt dir unser aller herzlichster Dank.
Ich wünsche dir bei deiner neuen Aufgabe den gleichen Elan, die gleiche Sachlichkeit und auch die gleiche Strenge, die du uns gegenüber hast walten lassen. Das Verbleiben beim Obergericht wäre der ruhigere Job gewesen. Es entspricht dir und spricht für dich, dass du nicht den einfachen Weg wählst, sondern die Herausforderung des Aufbaus eines neuen Gerichts im Tessin angenommen hast. Der Erfolg, da bin ich sicher, wird dir gewiss sein. Da das Leben nicht nur aus Arbeiten und Beten besteht, der Tessin nicht nur Gerichtssäle und Richterbüros aufweist, sondern auch seine schönen Seiten hat, die es zu entdecken gilt, übergebe ich dir eine kleine Schrift mit dem Titel «20 x 20 Geheimtipps aus unserem Ferienkanton». Herzlichen Dank für die Arbeit, die du geleistet hast und welche du noch leisten wirst.

Obergerichtspräsident Alex **Staub**: Ich war in den vergangenen elf Jahren bemüht, stets dann zu sprechen, wenn ich der Überzeugung war, dass ich auch etwas zu sagen habe. Heute stehe ich vor der Aufgabe, einige Worte an Sie zu richten, die einen Rückblick bedeuten. Und Rückblick bedeutet für mich immer etwas Schwieriges. In der Vergangenheit war ich dazu verpflichtet, wenn es um den Rechen-

schaftsbericht ging. In meiner Tätigkeit selber war dies nicht meine Aufgabe. Insbesondere auch im Hinblick auf den Wechsel am 1. April hatte ich in den vergangenen sechs Monaten dazu in der Tat keine Zeit. Ging es doch darum, einerseits diese Arbeit bis Ende März fortzuführen, und andererseits auch die Aufbauarbeit zu leisten, dass am 1. April ein einigermassen funktionstüchtiges Bundesstrafgericht vorhanden ist. Trotzdem: Es bleibt mir stets in Erinnerung, dass ich im Jahr 1992 – trotz der damals nicht möglichen Unterstützung von Andrea Hodel – als Präsident des Obergerichts gewählt wurde. Ich danke Andrea ganz herzlich für ihre Ausführungen. Ich nehme diese entgegen nach dem Motto «Die Menschen – und dazu gehören auch die Richter – sind oft besser als ihr Ruf, aber selten so gut wie ihr Nachruf».
Die vergangenen elf Jahre waren geprägt durch ein gerüttelt Mass an Arbeit – in der Rechtssprechung einerseits und andererseits in der Justizverwaltung. Ich hatte die Gelegenheit, rund 50 Vorlagen vor dem Kantonsparlament zu vertreten. In den ersten Jahren waren es vorwiegend Anträge in Bezug auf die Aufstockung der Personalstellen. Wir hatten bekanntlich seit 1992 eine Personalstellenplafonierung. Und eigenartigerweise zwar zwischendurch sogar eine Reduktion der Personalstellen vorgesehen, die mir allerdings niemand recht erklären konnte. Ich war immer dankbar, dass das Parlament für die sachlichen Argumente zugänglich war. Immer wurde ich jedoch gefragt, ob bei einem Antrag auf eine zusätzliche Personalstelle nicht auch eine halbe genügen würde. Und ich musste immer wieder feststellen, dass die Regierung etwas neidisch einen Blick auf die Justiz warf, weil hier doch die wenigen zusätzlichen Personalstellen regelmässig bewilligt wurden. Zum Glück ist für diese Amtsperiode ein gewisser Spielraum gewährt worden und ich gehe davon aus, dass es dem Obergericht gelingen wird, diese Amtsperiode zu Ende führen, ohne zusätzliche Personalbegehren stellen zu müssen.
Einige Reminiszenzen sind vorhanden. Ich will sie nicht alle aufzählen, aber doch eine herausgreifen, die zumindest für die Anfangsphase ganz speziell war. Mein Stellenantritt erfolgte damals vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die Selbständigkeit im Sinne der absoluten Gewaltenteilung, will heissen auch im personellen, administrativen Bereich. Im ersten Jahr ist mir mal aufgefallen, dass die Telefonnummer des Obergerichts im Amtsblatt nicht aufgeführt war. Ich habe dann meinen Kanzleivorsteher beauftragt, dieser Frage nachzugehen. Er kam mit der Antwort zurück: Sie wird künftig aufgeführt; bisher war sie es nicht, weil eigentlich nur die wichtigen Amtsstellen im Amtsblatt aufgeführt werden. Das hat sich mit der Zeit entwickelt, man hat sicherlich auch die Justiz etwas ausgeprägter wahrgenommen.
Eine erfreuliche Feststellung ist auch – und sie möchte ich hervorheben: Ich habe nie sehr viel von allgemeinen Diskussionen über die Gleichstellung gehalten. Aber in der Praxis war sie mir ein Anliegen. Wir konnten die Personalstellen im juristischen Bereich um mehr als Verdreifachen, und zwar nicht von 0,5 auf 1,5, sonder von fünf auf siebzehn. Und heute stelle ich mit einer gewissen Befriedigung fest, dass in jenem Bereich, wo wir keinen Einfluss hatten, nämlich bei den Gerichten, ich zumindest in Bezug auf das Obergerichtspräsidium mit meinem Rücktritt einer Frau Platz machen konnte. Ich gehe einerseits mit einer gewissen Wehmut, weil ich einiges schätzen gelernt habe und dies nun verlassen muss. Ich gehe mit einer gewissen Genugtuung, weil ich überzeugt bin, einen Beitrag geleistet zu haben, und zwar sowohl in der Rechtssprechung als auch in der Justizverwaltung. Und ich gehe letztlich auch in der Überzeugung, dass bei jeder Organisationseinheit nach einer gewissen Zeit ein Wechsel in der Führung auch positive Auswirkungen haben kann. Ich danke Ihnen als Parlament, ich danke gleichzeitig der Regierung für die gute Zusammenar-

beit in den vergangenen Jahren, ich danke nochmals Andrea Hodel für ihre Ausführungen, und ich wünsche meiner Nachfolgerin Iris Studer alles Gute und werde ihr – auch über den 1. April hinaus – für allfällige Rücksprachen zur Verfügung stehen.

Ursula Bieri überreicht dem abtretenden Obergerichtspräsidenten unter Applaus des Rats einen Blumenstrauss.

349 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND FORSCHUNGSBEITRAG AN DAS MICRO CENTER CENTRAL SWITZERLAND (MCCS)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. Januar 2004 (Ziff. 316) ist in der Vorlage Nr. 1141.5 – 11391 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 50 : 17 Stimmen zu.

350 AUFSICHTSBESCHWERDE VON ANTON HÜSLER, STEINHAUSEN, GEGEN DEN REGIERUNGSRAT DES KANTONS ZUG UND SUBSIDIÄR GEGEN DEN GEMEINDERAT STEINHAUSEN BETREFFEND WASSER- UND ELEKTRIZITÄTSWERKE STEINHAUSEN (WEST)

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1208.1 – 11396).

Andrea **Hodel**, Vizepräsidentin der Justizprüfungskommission, weist darauf hin, dass Anton Hüsler ein aufmerksamer Staatsbürger ist. Das konnte auch die JPK feststellen, als sie sich mit dieser Beschwerde befasste. Sie wurde insoweit zweiteilig behandelt, als Anton Hüsler ja auch eine Beschwerde beim Regierungsrat einreichte und es demnach zuerst an ihm war, die Beschwerde zu überprüfen und insbesondere festzustellen, ob die Gebühren, welche die Gemeinde Steinhausen einforderte, zu hoch waren oder nicht. Dies hat die Regierung festgestellt. Von daher wurde die Beschwerde von der Regierung bereits gutgeheissen, so dass sich die JPK damit materiell nicht mehr befassen musste. Sie hat aber dennoch – wie sie das mit Beschwerdeführern immer tut – mit Anton Hüsler ein Gespräch geführt und ihm auch das ganze Staatwesen und die verschiedenen Vorgänge erklärt. Wenn die Votantin trotzdem am Rednerpult steht, so vielleicht deshalb, weil wir zwar nicht aufsichtsrechtlich einschreiten wollen, aber doch feststellen müssen, dass die Behandlung der Beschwerde eindeutig zu lange gedauert hat. Wir sind der Meinung, man hätte dies auch früher erkennen können, und laden die Regierung ein, solche Beschwerden in Zukunft zügiger an die Hand zu nehmen. Wenn Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, sie würden vom Staat nicht korrekt behandelt, so hilft es, dass wir sie ernst nehmen und ihre Anliegen in möglichst kurzer Zeit prüfen.

➔ Die Aufsichtsbeschwerde wird als gegenstandlos abgeschrieben.

351 POSTULAT VON ANDREAS BOSSARD BETREFFEND SPORADISCHE DURCHFÜHRUNG VON FESTEN DER VERBUNDENHEIT

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1034.2 – 11318).

Anna **Lustenberger-Seitz** möchte dem Regierungsrat für die Antwort danken. Andreas Bossard und einige Mitunterzeichnerinnen und -unterzeichner wünschen, dass der Kanton weiterhin zusammen mit den elf Zuger Gemeinden sporadische Verbundsfeste durchführt. Auch wenn nun der Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung lautet, spürt man, dass die Regierung der Anregung von Andreas Bossard wohlwollend gegenüber steht und durchaus den Sinn solcher Feste anerkennt. Er empfiehlt jetzt aber ein Nichteintreten, weil eine Verbundenheit auch an anderen Festen und Anlässen zu erleben wäre. Der Idee des Regierungsrats, dass Gemeinden sich gegenseitig zu bestimmten Anlässen einladen können, um so Verbundenheit zu erleben, ist nichts entgegenzusetzen. Wir hoffen, dass einzelne Gemeinden dies wirklich aufnehmen. Die Initiative liegt aber ganz bei ihnen. Die AF unterstützt jedoch die Idee von Andreas Bossard und stellt den Antrag, das Postulat erheblich zu erklären. Wir möchten dies folgendermassen begründen.
An solche Festen in der Stadt Zug, wie sie in den letzten Jahren bei historischen Anlässen organisiert wurden, erlebte die Bevölkerung einen grossen Zusammenhalt. Nur die Kleinheit unseres Kantons macht dies überhaupt möglich. Die Bevölkerung feierte miteinander und erlebte Verbundenheit. Es ist eine Verbundenheit, die unter dem Volk möglich ist, jedoch in der politischen Landschaft, leider auch hier im Rat, im Moment fehlt. Angefangen hat dies mit der Bestrafung des Lassalle-Hauses, beim Thema Richtplan ist höchstens eine Verbundenheit mit ein paar Privaten da, man hilft ihnen den Weg für Überbauungen zu ebnen; also auch keine Verbundenheit mit der Natur und der Landwirtschaft in unserem Kanton. Das Plakat der SVP mit den roten Ratten ist vermutlich nur die Spitze des Eisbergs. Weitere Beispiele haben wir gleich heute Morgen erlebt: Man hat die Motion der SP nicht einmal überwiesen. Und auch bei der neuen Kommission dürfen wir keinen Einzug halten. Trotzdem oder gerade darum finden wir es wichtig, dass solche Verbundenheitsfeste in regelmässigen Abständen stattfinden sollten. Es braucht dazu keine historischen Anlässe, sondern nur den Willen. Und sporadisch durchgeführte Verbundenheitsfeste können so zu einer guten und wichtigen Tradition werden. Die Bevölkerung zeigt uns bei solchen Anlässen, wie Verbundenheit erlebt werden kann, und hinterlässt vielleicht auch in der politischen Landschaft Spuren.
Ein weiterer Grund: Andreas Bossard schreibt in einer Mitteilung an uns: Gerade die verschiedenen tragischen Ereignisse von 2001 sollten uns ermuntern zu feiern, wenn es uns gut geht. Und wie sagte doch unser verstorbener Kantonsratspräsident Herbert Arnet so oft: Feiern wir, wenn es Gelegenheit dazu gibt; man weiss nie, wann es das letzte Mal ist! In diesem Sinn bittet die Votantin den Rat, auch im Namen der AF, das Postulat von Andreas Bossard betreffend sporadische Durchführung von Festen der Verbundenheit erheblich zu erklären. Wir können solche Feste in einer Zeit der grossen Unruhe und Hektik, in einer Zeit, in der auf politischer Ebene eher Kälte herrscht, alle brauchen.

➔ Der Rat beschliesst mit 59 : 8 Stimmen, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

352 INTERPELLATION VON KARL BETSCHART UND MORITZ SCHMID BETREFFEND SUBMISSIONSGESETZ

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1088.2 – 11355).

Moritz **Schmid** dankt der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Dass wir Interpellanten Zweifel bei der Handhabung des Submissionsgesetzes zeigen, stimmt und wird ja von der Regierung auch unterstrichen. Bezüglich dem offenen/selektiven Verfahren, welches dem GATT/WTO-Übereinkommen untersteht, sowie dem Einladungsverfahren (Aufträge von 150'000 bis 383'000 Franken) möchten wir nichts erwähnen. Was das freihändige Verfahren anbelangt, sind wir der Ansicht, dass die Regierung im Interesse der KMU seine Kompetenz in Bezug Schwellenwerte optimal ausnützen muss. Auch müsste vor allem darauf geachtet werden, dass diese Vergabungen im Kanton Zug bleiben. Wir fragen uns, weshalb beim Tiefbauamt rund 150 Aufträge und beim Hochbauamt ca. 300 Aufträge im Einladungsverfahren vergeben wurden, obschon diese im freihändigen Verfahren hätten vergeben werden können. Die konsequente Handhabung, wenn möglich das freihändige Verfahren zu wählen, würde das Zuger Gewerbe begrüssen und bestimmt auch wieder motivieren, für die öffentliche Hand tätig zu sein.
Die Regierung schreibt in ihrer Antwort bezüglich Vergabungen: «Es sollten damit folgende Vorteile erreicht werden: Effizientere Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand und wirtschaftlicher Einsatz öffentlicher Gelder». Effizienz ist, wenn *sämtliche* Vergabungen bis zum Schwellenwert von 150'000 Franken im freihändigen Verfahren vergeben werden. Wirtschaftlicher Einsatz öffentlicher Gelder im freihändigen Verfahren fördert und verbessert die Beschäftigungslage der KMU im Kanton Zug. Der Rückfluss von Steuergeldern juristischer und natürlicher Personen ist für den Staatshaushalt von grosser Wichtigkeit. Von diesem Einsatz öffentlicher Gelder kommt also wieder ein grosser Teil zurück. Trotzdem wurden Vergabungen, welche unter das freihändige Verfahren fielen, im Einladungsverfahren vergeben. Konsequenz daraus könnte sein, dass dadurch Submissionsbeschwerden eingegangen sind, welche unnötig wären und Verwaltung und Gericht mit Arbeit belasten.

Andrea **Hodel** möchte einen Aspekt beim Submissionswesen herauspicken, nämlich das Beschwerdewesen. Dieses bringt dem Gewerbe keinen vernünftigen und guten Rechtsschutz. Das ist eine provokative Aussage, welche die Votantin erklären möchte. Ein Unternehmer oder eine Unternehmerin, welche(r) gegen den Zuschlag Beschwerde erhebt, erhält normalerweise zunächst die aufschiebende Wirkung. Diese wird ihr oder ihm entzogen, sobald der Staat ausführt, es sei dringend, dass das Bauwerk realisiert werden könne. Dies führt dazu, dass der Gewerbler, welcher der Ansicht ist, er habe den Zuschlag zu Unrecht nicht erhalten, auf dem Weg eines vielleicht schönen Urteils ist, vielleicht Schadenersatz fordern könnte, sollte er einen solchen nachweisen könnte, was recht schwierig ist, aber den Bau kann er nicht ausführen. Und das heisst für ihn, dass die Submissionsbeschwerde nichts bringt. Denn er ist nicht an einem Gerichtsurteil interessiert, sondern an einem Auftrag. Wenn man die effiziente Arbeit des Staates berücksichtigt, kann man dafür vielleicht von dieser Seite etwas Verständnis haben. Es geht darum, dass Bauten weitergeführt, dass der Bahnhof gebaut, das Friedhofgebäude dann einmal doch noch erstellt werden kann.

Aus der Sicht des Gewerblers muss man aber ganz einfach sagen: Die Aufhebung der aufschiebenden Beschwerde, wie sie heute im Gesetz verankert wird, bringt ihm bei der Aufsichtsbeschwerde überhaupt nichts mehr.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

353 INTERPELLATION VON MORITZ SCHMID, JOSEF ZEBERG UND KARL RUST BETREFFEND ÖFFENTLICHE BAUTEN, QUALITÄTSSICHERUNG VOR ALLEM IM AUSBAUGEWERBE

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1127.2 – 11381).

Josef **Zeberg** weist darauf hin, dass es im Bericht des Regierungsrats heisst, die Interpellanten *glaubten* festgestellt zu haben; so ist dies nicht richtig, wir *haben* festgestellt, dass an vielen Bauplätzen falsch gearbeitet wurde. Über solche falsche Ausführungen wurde schon mehrmals hier im Saal gesprochen. Der Votant denkt an Maler, Gipser, Schreiner, Lüftung, Schlosser. Er ist überrascht, wie die Baudirektion solche Sachen schnell vergisst oder vergessen will.
Bei GIBZ 1. Teil wurde durch Unternehmer schriftlich angefragt, ob die Arbeiten wie in der Offerte beschrieben ausgeführt werden müssen. Das Hochbauamt wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Ausschreibung nicht den heutigen Ausführungen entspreche. Die Antwort war eindeutig: Ausführung wie in Offerte zwingend. Weder Hochbauamt noch die Bauleitung waren so schlau, die Arbeitsausführung zu kontrollieren. Das Resultat: Falsche Ausführung nach Vertrag und Rückzahlung von weit über 100‘000 Franken. Ohne Einsprache eines Verbandes wäre dieses Geld verloren gewesen.
Bei GIBZ 2. Teil wurde die Bauleitung ausgewechselt und durch eine sehr gute ersetzt, wie uns berichtet wurde. Alle waren sensibilisiert, die neue Bauleitung und der Unternehmer wurden darauf aufmerksam gemacht, die Ausführungen würden kontrolliert. Weder Bauleitung noch Oberbauleitung waren fähig, auf drei zu zählen. Resultat: Die Ausführung nicht nach Vertrag. Das Schlimmste an der ganzen Sache war, dass die Unternehmung einen Anwalt vorschickte und nur mit 5000 Franken gebüsst wurde. Sicher ein Hohn für die Unternehmer, die nach Vertrag arbeiten, aber sicher auch eine Aufmunterung für Betrug. Dafür sehr viel unangenehme Arbeit für den Berufsverband.
Kaufmännische Berufsschule. Ein Unternehmer ohne jegliche Ausbildung machte dort Zwischenwände in jeder Beziehung falsch, es fehlten Gleitlager, Winkelanschlüsse, es hatte falsche Platten, die Isolation war nicht zertifiziert, es hatte zu wenig Plattenlagen, die Türprofile waren ohne Winkelanschlüsse und die Profile falsch. Auch hier war ein guter Bauleiter, der nach Meinung des Votanten aber wegen der Grösse des Hauses zeitlich und fachlich überfordert war, sicher auch deshalb, weil er die Materie zu wenig kannte. Das Tüpfchen auf dem i war die Gebäudeversicherung, welche die Arbeiten nach Beendigung begutachtete und glaubte, mit Streicheln der Wandoberfläche alles kontrollieren zu können; sie beglaubigte dem Unternehmer schriftlich, er hätte gut gearbeitet.

Bei allen aufgeführten Arbeiten hätte man nachträgliche Kontrollen, Besprechungen und Ärger sparen können, wenn die Verbände eingeschaltet worden wären. Bei vielen Arbeiten kommt es nicht nur auf die Ausführung direkt an, sondern auch auf die Sicherheit. Wählt der Unternehmer sein Material nach dem Preis und nicht nach der Zertifizierung aus, so ist es absolut möglich, dass Material wohl nach dem Aussehen richtig, aber nach den Werten absolut falsch ist. Z.B. Gipskartonplatten mit falschen Raumgewicht oder falschem Gipsinhalt, Gips aus Verbrennungsanlagen, Isolation mit falschen Dimensionen oder falsche Fasern. Was nützen gute Wände bei falschen Brandschutztüren? Alles Sachen, die eine Bauleitung eigentlich kontrollieren müsste, wobei sie aber vermutlich zeitlich und fachlich überfordert ist. Dabei können solche Fehler tödlich sein. Falsche Ausführung, falsche Isolation, zu wenig Platten, unter Umständen kein Gleitlager können den Feuerwiderstandswert senken. Von der Schalldurchlässigkeit gar nicht zu sprechen. Den Feuerwiderstand senken bedeutet aber, dass z.B. Fluchtwege eine halbe Stunde weniger lang benutzt werden können, denken Sie an Bewohner, Sanität und Feuerwehr.
Die Regierung sagt, man könne unmöglich für 50 Berufe Verbandskontrollen im Haus haben, die Bauleitung sei dazu selber fähig. Wenn Sie zugehört haben, ist das eben nicht so, und warum haben wir denn so viele Fach-Ingenieure für Sanitär, Elektrik, Statik usw.? Dies ist doch überhaupt nichts anderes als das, was wir wollen. Vor wenigen Jahren gab es diese Berufe nicht oder nicht in der Form. Wir sind überzeugt, dass unsere Lösung billiger ist mit garantiert guter und richtiger Ausführung. Eine Ausführung, die gute Unternehmer schützt und schlechte Unternehmer zwingt, entweder gute Arbeiten nach Vorschrift und Vertrag abzuliefern oder sich Ärger einzuhandeln. Warum falsches Arbeiten besonders an Zwischenwänden sehr gefährlich ist und zu grossen Schäden führen kann, zeigt Josef Zeberg an zwei mitgebrachten Musterwänden. Das Ständerwerk Metall ist fast überall das gleiche mit andern Dimension, je nach dem was eingebaut werden muss. Isolation nach Vorschrift ist nicht brennbar bei besondern Ansprüchen. Bei Platten ist die Anzahl wie im Zertifikat vorgeschrieben, je nach Feuerwiderstand und Ansprüchen. Gleitlager erzwingen bei modernen Bauten wie beim Spital Baar die Ausführung von Pfeilern und Betondecken, da gibt es kleine Durchbiegungen, die mit dem Gleitlager aufgenommen werden. Die Ausführung muss aber nach Vorschrift ausgeführt werden, sonst ist alles vergebens. Sonst geht Rauch und Feuer durch. Bei falscher Ausführung können sich auch die Wände durchbiegen, sie werden krumm und müssen ausgewechselt werden. Diese Arbeiten sind nicht versicherbar und der Votant möchte den Unternehmer sehen, der solche Arbeiten einfach gratis ausführen kann mit den enormen Mehrkosten, die solche Arbeiten mit sich bringen. Er rät der Regierung schon, unsere Vorschläge richtig zu prüfen und auch anzunehmen. Mehrere Berufsverbände stellen sich zur Verfügung. – Die FDP-Fraktion unterstützt den Votanten in diesem Sinne.

Moritz **Schmid** meint, der Rat verstehe wohl, dass die Interpellanten mit der Beantwortung durch die Regierung nicht zufrieden sind. Wir *glauben* nicht nur festgestellt zu haben, nein wir *haben* zum x-ten Mal festgestellt, dass Arbeiten speziell im Ausbaugewerbe nicht so ausgeführt wurden, wie sie ausgeschrieben waren. Die Baudirektion, im speziellen das Hochbauamt, wurde jedes Mal davon in Kenntnis gesetzt. Wir haben aber auch festgestellt, dass Arbeiten, die durch das Hochbauamt an Planer respektive Baufachleute vergeben wurden und ebenso durch das Hochbauamt ausbezahlt wurden, paradoxerweise gar nie oder ganz anders ausgeführt wurden.

Da müssen wir uns schon fragen, ob eine verhältnismässige Qualitätssicherung einzusetzen nicht angebracht ist. Natürlich kostet es ein paar Franken, aber dieses Geld ist sicher nicht verlorenes Geld. Erstens bekäme der Bauherr, in unserem Fall das Hochbauamt, die gewünschten Arbeitsleistungen, und das noch in der vorgeschriebenen und gewünschten Qualität. Und zweitens hätten alle Submittenten die gleich langen Spiesse. Es ist absurd feststellen zu müssen, wie sich die Regierung gegen die Berufsverbände und deren Dienstleistungen wehrt, und keinen Schritt von ihrer Linie abweicht. In der Beantwortung von Frage 1 steht ausdrücklich, dass es zutreffe, dass Architekten und jüngere Projekt- und Bauleiter in der Regel nicht über die Fachkompetenz verfügen, um rund 50 Bauberufe im Ausbaubereich überblicken zu können. Die Frage scheint berechtigt, warum man nicht die angebotenen Dienstleistungen wie Devisierungen oder Qualitätskontrollen von Berufsverbänden in Anspruch nimmt. Nicht nur die Architekten, nein auch die Projekt- und Bauleiter und die Ämter könnten von diesen Angeboten profitieren. Für die Erstellung von Offertgrundlagen hat der Kanton vier Möglichkeiten:

1. Architekt
2. Beizug Unternehmer (der scheidet dann zwar für die Submission aus)
3. Das Amt selber
4. Beizug Berufsverband.

Dabei gelten folgende Kriterien, welche durch das Gewerbe künftig beobachtet werden können: Fachkompetenz (d.h. Qualitätssicherung), Verhältnismässigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Zur Antwort der Frage 2 sei nur erwähnen, dass es sehr wünschenswert wäre, wenn sich das Hochbauamt an diese Vorgaben halten würde. Es wurde nämlich mehrmals festgestellt, dass das Hochbauamt Arbeiten an Unternehmen vergibt, dass einige dieser Punkte nicht einhält, aber trotzdem immer wieder berücksichtigt wird. Unter diesen Punkten sollte dringendst aufgenommen werden: *Einhalten des Gesamtarbeitsvertrags*. Unternehmen, die den Gesamtarbeitsvertrag nicht einhalten, dürften von der öffentlichen Hand für Arbeitsleistungen nicht berücksichtigt werden. Das aber nicht nur im Ausbaugewerbe.

In der Antwort zu Frage 4 und folgenden ist klar festzustellen, dass sich der Regierungsrat gegen eine fachspezifische Qualitätskontrolle wehrt, mit der fadenscheinigen Begründung, dass der Bauablauf stark behindert würde. Das stimmt nun einmal schlicht und einfach nicht und ist eine reine Schutzbehauptung. Dass dem nicht so ist, beweisen die im letzten Jahr in den Kantonen Luzern, Obwalden und Uri vorgenommenen Kontrollen. Aber vielleicht zahlt der Regierungsrat lieber Gelder für nicht geleistete oder nicht fachkonform und der Wirtschaftlichkeit entsprechende Leistungen aus, wie eingangs erwähnt. Auf jeden Fall zeigt der Regierungsrat mit seinem klaren Nein zur Qualitätskontrolle eindeutig auf, was er von gleichlangen Spiessen und von einem wirtschaftlichen Preis/Leistungsverhältnis hält. Er predigt lieber von gleichlangen Spiessen, als endlich etwas dafür zu tun. Das Angebot der Qualitätssicherung im Ausbaugewerbe wäre doch der Anfang dazu. Gespannt sind wir auf alle Fälle auf die regierungsrätlichen Versprechen mit den Arbeitsvergaben im Spitalneubau in Baar. Sollte der Regierungsrat resp. die Baudirektion keine Kenntnis von unseren Anliegen nehmen und weiterhin auf stur schalten, sehen wir uns gezwungen, mit einer Motion zu reagieren.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

354 INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND BEITRÄGE MIT ZWECKBINDUNG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1138.2 – 11387).

Gregor **Kupper**: «Alle erwarten vom Staat Sparsamkeit im allgemeinen und Freigiebigkeit im besonderen» – ein grosses Wort von Anthony Eden, dem früheren britischen Premier, aber auch ein sehr wahres Wort! Mit der Beantwortung der im letzten Juni von der CVP eingereichten Interpellation wird wohl heute der Verteilkampf so richtig lanciert. Es geht – wie Sie der vorliegenden Auflistung entnehmen können – um 320 Mio., und sämtliche Empfänger werden versuchen zu beweisen, dass gerade bei ihnen keine Abstriche möglich sind. Auf S. 2 der Antwort zeigt uns die Regierung mit dem Flussdiagramm auf, wie sie im laufenden Jahr diesen riesigen Ausgabenposten unserer Staatsrechnung durchforsten will. Es freut den Votanten, dass die CVP mit ihrer Interpellation helfen konnte, diese Übung nun endlich in Schwung zu bringen. Hier sind nun Beharrlichkeit und Mut gefragt – dabei darf es keine Tabuthemen oder besser, keine Tabuposten geben. Sämtliche Direktionen werden ihren Teil zu einer erfolgreichen Umsetzung beitragen müssen. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass Handlungsspielraum vorhanden ist, ohne dass ein für unsere Bevölkerung spürbarer Leistungsabbau betrieben werden muss.
Zu Antwort 1. Weniger erfreulich ist allerdings – und damit kommt Gregor Kupper zur Stellungnahme zu einzelnen Antworten – dass das Parlament von den kommenden Vorgängen weitgehend ausgeschlossen werden soll. Er hat erwartet, dass wir als Antwort auf unsere erste Frage detailliertere Informationen erhalten. Wir haben nach Zweck, Empfänger und Grundlage gefragt. Nun erhalten wir als Antwort einen Mix von Empfänger und Zweck, und die Grundlage für die einzelnen Positionen fehlt gänzlich. Damit wurde unsere Frage nur teilweise beantwortet, und vor allen Dingen lässt die Antwort kaum zu, dass wir aus der Auflistung diejenigen Posten selektieren können, bei denen wir selbst aktiv werden wollen. Es wurde hier wirklich mehr erwartet – aber offensichtlich sind diese Erwartungen nach einem tauglichen Arbeitsmittel für unsere parlamentarische Arbeit und Kontrolle ganz einfach zu hoch angesetzt. Die Regierung verspricht uns in ihrer Antwort immerhin, sich nun selbst ernsthaft um diese Sache zu kümmern. Wir werden die Auswirkungen erstmals bei der Behandlung des Budgets 2005 beurteilen können und sicher die erzielten Erfolge und Misserfolge kritisch mitverfolgen und wo nötig hinterfragen.
Zu Antwort 3. Hier zeigt uns die Regierung die Entwicklung der zweckgebundenen Beiträge in den kommenden drei Jahren auf. Wir sehen hier, dass man nicht ernsthaft damit rechnet, diese Beiträge in den kommenden Jahren reduzieren zu können. Schon das gesteckte Ziel, die Zunahme bei 3 % jährlich einzufrieren, dürfte nicht einfach zu erreichen sein. In der ersten Finanzstrategie vom 30. September 2002 ging die Regierung immerhin noch von einer Steigerungsrate von 6 % aus. Es ist als Erfolg zu werten, dass es der CVP mit der Interpellation gelungen ist, hier ein Umdenken einzuleiten, was mit Blick auf die zukünftige NFA-Mehrbelastung dringend erforderlich war. Nochmals: Die Antwort auf Frage 1 befriedigt nicht – vielleicht kann der Votant sich hier via Stawiko weitere Informationen beschaffen. Trotzdem dankt er der Regierung für die Beantwortung der Interpellation. Wenn Sie mit dem auf S. 2 aufgezeigten Weg wirklich ernst macht und das Parlament die nötige Ausgabendisziplin aufbringt, sollte es in den kommenden Jahren möglich sein, diesen grossen

Ausgabenposten unserer Staatsrechnung nun doch endlich besser in den Griff zu kriegen.

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Regierung für die in Angriff genommene Projektarbeit zur Reduktion des Ausgabenwachstums bei den zweckgebundenen Beiträgen dankt. Der in der Antwort auf die Interpellation zum Ausdruck kommende Wille der Regierung zeigt, dass sie zumindest im Bereiche der gebundenen Beiträge die Zeichen der Zeit erkannt hat und gewillt ist, das zu hohe Ausgabenwachstum der letzten Jahre zu bremsen. Wir hoffen sehr, dass die Regierung mit der gleichen Entschlossenheit auch an die Reduktion des Ausgabenwachstums im ebenfalls kostenintensiven Personalbereich gehen wird.
Bei den gebundenen Ausgaben kommt der Zielsetzung, das Ausgabenwachstum auf maximal 3 % pro Jahr zu begrenzen, eine zentrale und übergeordnete Bedeutung zu. Mit dieser ambitiösen, aber durchaus realistischen Zielsetzung wird der entsprechenden Forderung im finanzpolitischen Positionspapier der FDP vom vergangenen August 2003 vollumfänglich Rechnung getragen. Wir danken dafür. Das skizzierte Vorgehen der Regierung, wie diese Zielsetzung erreicht werden soll, erscheint uns als zweckmässig und richtig. Dabei wird entscheidend sein, wie die einzelnen Direktionen und selbstverständlich auch direktionsübergreifend, die drei im Antwortpapier aufgelisteten Kernfragen beantwortet werden. Wir erwarten, dass hier die einzelnen Regierungsräte und letzten Endes die Gesamtregierung ihre Führungsverantwortung voll und ganz wahrnehmen. Wir denken aber auch, dass es unnütz und unklug wäre, die Regierung bereits jetzt mit weiteren Fragen, wie und wo die Einsparungen erfolgen sollen, zu belasten. Wichtig ist, dass uns bis spätestens zur Budgetdebatte 2005 konkret vorgeschlagen wird, welche Beiträge gekürzt und welche Beiträge inskünftig ganz weggelassen werden können. Die mit der schriftlichen Antwort gelieferte Zusammenstellung mit den einzelnen konkreten zweckgebundenen Beiträgen zeigt jedenfalls, dass praktisch in jeder Direktion Sparpotential enthalten ist.
Selbstverständlich hängt betreffend Erreichung des ehrgeizigen Sparzieles vieles direkt von uns Kantonsrätinnen und Kantonsräten selbst ab. Es braucht jetzt grösste Zurückhaltung bei neuen Aufgaben für den Kanton. Es geht auch um unsere Glaubwürdigkeit. Wir müssen selbst einen konkreten Beitrag zur Reduktion des Ausgabenwachstum leisten und uns deshalb auch bezüglich neuer Motionen und Interpellationen grösste Zurückhaltung auferlegen. Der Votant hofft, dass hier vor allem die Fraktionschefs – insbesondere jener der CVP – mit gutem Beispiel vorangehen.

Josef **Lang** möchte der Regierung danken für die höchst detaillierte Antwort. Und der CVP – unabhängig von den Absichten, die vielleicht hinter den Fragen stecken – dass sie der Regierung Gelegenheit gegeben hat, zu beweisen, was wir schon immer betont haben: Bei den zweckgebundenen Beiträgen geht es grossmehrheitlich ums Soziale und um die Bildung. Der Votant hat diesen Zahlenberg der Regierung in vier Hauptbereiche aufgeschlüsselt. – Nehmen Sie Josef Lang bitte nicht bei der konkreten Zahl, denn bei einigen Bereichen kann man sich fragen, ob das jetzt Soziales sei oder Gesundheit, z.B. bei den Krankenkassenprämien. Aber der Gesamteindruck stimmt sicher so, wie es jetzt vorgebracht wird.
Von den 320 budgetierten Millionen gehen 38 % in die Bildung, inkl. Berufsbildung. 25 % in die Gesundheit, wobei die Krankenkassenprämienverbilligung hier dabei ist.

22 % ins Soziale, wobei der Grossteil dieser 70 Mio., nämlich 56 Mio. die Rubrik «Sozialversicherung und Mutterschaftsbeiträge» trägt, was für die Familienpartei sicher nicht uninteressant ist. 6 % öffentlicher Verkehr und Umwelt. Wenn man das zusammenzählt, kommt man auf 91 % dieser 320 Mio.. Darüber sprechen wir also. In keinem Bereich der Staatsausgaben ist das Sparen derart heikel wie in den erwähnten vier Hauptbereichen. Die Gefahr, dass auf Kosten der sozial Schwachen, vor allem von Familien und Alleinerziehen, gespart wird, ist hier sehr gross. Auch die Gefahr, dass auf Kosten des einzigen Rohstoffs unseres Landes, der Bildung, gespart wird, ist sehr gross. Der Votant will hier nun nicht gegen das Sparen sprechen. Wenn es um das konkrete Sparen geht, haben wir Alternativen z.B. bei der letzten Budgetdebatte gezeigt, dass wir sehr wohl Vorschläge machen und auch durchbringen können, und zwar nicht Vorschläge, bei denen es um zehntausende von Franken geht, sondern wo die Millionengrenze überschritten wird. Gregor Kupper hat ganz Recht mit seinem Zitat. Man kann es aber auch anders sagen: Es ist populär und billig, allgemein das Sparen zu predigen. Es ist unpopulär und schwierig, konkretes Sparen vorzuschlagen. Und Josef Lang schlägt doch vor, dass man in den zukünftigen Spardebatten immer auch den Adressaten und die Adressatin mitbenennt. Alles andere ist zu einfach.
Wenn wir diese Zahlen anschauen: Das Grundproblem unserer Staatsfinanzen liegt nicht bei den Ausgaben. Es liegt bei den Einnahmen. Wenn Konrad Studerus sagt, the party ist over, dann sagt der Votant: Diese Party wurde beendet mit der Steuergesetzrevision. Parties gehen oft zu Ende, wenn zu viel konsumiert wird, wenn übertrieben wird beim Konsum von Alkoholika. Bei der Steuergesetzrevision wurde die Party beendet, weil völlig übertrieben wurde bei den Steuergeschenken, vor allem für die privilegierten Personen und Gesellschaften. Bei der Steuergesetzrevision ist unser Kanton im nationalen Schnitt auf einen Schlag von 57 auf 50 Indexpunkte gefallen, obwohl die Durchschnittszahl 100 materiell auch gesunken ist. Weil ja die meisten Kantone mit den Revisionen Steuern gesenkt haben. Damals wurde ein grosser Fehler gemacht und es ist wichtig, ihn zu korrigieren. Wenn es uns nicht gelingt, die Steuern zu heben vor allem für jene, die es sich leisten können, dann wird dieser Kanton gezwungen sein, etwas zu machen, bei dem wir sicher nicht mitmachen, und das wir notfalls auch per Referenden bekämpfen werden. Nämlich Sozialabbau, Bildungsabbau, Umweltabbau. Das darf nicht passieren!

Alois **Gössi** weist darauf hin, dass der Schwachpunkt der Interpellationsantwort die Kolonne Bemerkungen bei der Auflistung aller Beträge mit Zweckbindung ist: Es fehlen uns die gesetzlichen Grundlagen, die für die Sprechung der einzelnen Beiträge dienen, falls solche vorhanden sind. Erst danach kann interpretiert werden, wo allenfalls Sparpotential oder die Verminderung von Kosten möglich ist oder wäre. Und um dies geht es doch bei der CVP-Interpellation, auch wenn sie es vordergründig nicht so ausdrückt.
Auch der Votant ist beeindruckt vom Total von 320 Mio. Franken im Budget 2004, den die Beiträge mit Zweckbindung ausmachen. Sehen wir uns die grössten Ausgabenposten an:

- Beitrag an die Bildung im weitesten Sinn (Schulen bei den Gemeinden, Universitäten, Lehrerseminarien, Pensionskasse der Lehrer): Mehr als 110 Mio. Franken.
- Arbeitsmarktmassnahmen RAV und VAM: Mehr als 10 Mio. Franken.
- Regionalverkehr Bus und Bahn: Mehr als 16 Mio. Franken.

- Kantonsbeitrag an die AHV und IV sowie Ergänzungsleistungen: Beinahe 55 Mio. Franken.
- Prämienverbilligung Krankenversicherung, bei der wir für das Budget 2004 den Ausübungssatz bei den Bundessubventionen gegenüber dem Vorjahr minim erhöht haben: Mehr als 22 Mio. Franken.
- Leistungseinkauf an aussenkantonale Krankenanstalten, beim Kantonsspital, Adelheid AG und Psychi Oberwil: Mehr als 56 Mio. Franken.

Zählen wir diese Posten zusammen, kommen wir auf 269 Mio. Franken. Es ist nach Ansicht des Votanten sehr schwierig, diese Posten massiv zu beeinflussen. Es kann nur darum gehen (damit ist Alois Gössi mit der Finanzstrategie einig), das Wachstum dieser Aufwände nicht überproportional werden zu lassen. Aber, und dies wird vielfach ausser Acht gelassen, viele grosse Posten können von Regierungs- und Kantonsrat nicht gross beeinflusst werden, man denke an die Kantonsbeiträge an die AHV und IV oder an den Bereich Bildung. Hier geht es am ehesten noch mit der Nichtgewährung des Teuerungsausgleich beim Personal, von dem der Kantonsrat für 2004 ja ausgiebig Gebrauch machte.
Es sind also die kleineren Posten, die beeinflusst werden können. Aber ob dann Kürzungen oder Streichungen, wie das der Regierungsrat in seinem Ablaufschema auf S. 2 stipuliert, auch wirklich Sinn machen, ist eine andere Frage. Als Beispiel der Posten von 190'000 Franken Aidshilfe. Aktuell gibt es wieder vermehrt Ansteckungen mit Aids. Soll nun die Aidshilfe in Zukunft auf 190'000 Franken eingefroren, reduziert oder gar ausgebaut werden? Dies mit dem Hintergrund, dass vermehrte Aufklärung auch bei uns im Kanton Zug das Risiko von Ansteckungen vermindern kann. Und jede verhinderte Ansteckung spart dem Kanton Zug, aber auch der Allgemeinheit, z.B. indirekt via Rechnungen an die Krankenkasse, einiges an Geld. Wie wird hier die Abwägung vorgenommen? Das ist eine nicht einfache Aufgabe.
Wir von der SP-Fraktion sind dagegen, dass auf Grund des im Moment herrschenden Spar-Fetischismus, der leider auch bei uns im Kantonsrat immer mehr vorherrscht, einfach Leistungen und Angebote abgebaut und gekürzt werden. Wir sind dafür, dass Leistungen regelmässig überprüft werden, aber wir unterstützen die bürgerliche Spareuphorie nicht.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass die Regierung die Kostenentwicklung bei den zweckgebundenen Beiträgen schon seit längerer Zeit mit Sorge beobachtet. Deshalb hat sie auch in der ursprünglichen Finanzstrategie eine Plafonierung des Wachstums auf 6 % als Ziel gesetzt von ursprünglich 6,4 %. Wir haben das ja dann letzten Herbst bei unserer Überarbeitungsstrategie auf 3 % reduziert. Diese Abschwächung bringt Kosteneinsparungen von 10 Mio. Franken pro Jahr. Das steht in der Finanzstrategie. Dort steht aber nicht nur etwas zum Sparen, sondern auch zu den Steuern. Dort haben wir ja gesagt, dass auch die Steuern um rund 30 Mio. angehoben werden sollten, um eine ausgeglichene Rechnung erhalten zu können. Wir sind heute daran, Überlegungen und Berechnungen anzustellen. Das wird nicht so einfach sein. Wir haben in der Strategie nämlich auch gesagt, dass wir weiterhin ein attraktiver Steuerkanton sein wollen. Und da stehen wir nicht nur in Konkurrenz zu Nachbarkantonen, welche in einzelnen Fällen aufgeholt und uns sogar überholt haben. Sondern wir stehen auch international in Konkurrenz.
Dass es uns mit diesen Wachstumsabschwächungen auch Ernst ist, zeigt, dass wir schon vor einem Jahr mit der Arbeit begonnen haben und dann im Frühling/Sommer

– also schon vor Eingabe der vorliegenden Interpellation – eine Umfrage bei allen Direktionen gemacht haben. Und zwar haben wir eine sehr umfangreiche Umfrage gemacht, wir haben Auskünfte verlangt zur Beitragshöhe, zur Zweckumschreibung, zur Rechtsgrundlage, zur Bemessungsart, zur Vergabeinstanz und -kompetenz, zur Beitragsentwicklung der letzten Jahre, auch wie das Controlling und das Reporting gemacht wird. Die Auswertung dieser Umfrage war ziemlich umfangreich – es beinhaltet doch 192 Kontos – und hat gezeigt, dass wir das nicht einfach so ring in eine Tabelle umlegen können. Z.B. bei den Rechtsgrundlagen kann es bis zu sechs verschiedene Gesetze und Vorgaben haben. Für uns war klar, dass wir in diesem Bereich weitere Abklärungen machen müssen und mit den Direktionen jedes einzelne Konto vertieft besprechen müssen. Auf Grund davon haben wir einen weiteren Regierungsratsbeschluss serviert. Damit wird die Finanzdirektion beauftragt, bis Ende April mit allen Direktionen Klausuren durchzuführen und auf Grund des Fragebaums, der in der Antwort dieser Interpellation aufgeführt ist, bei jedem einzelnen Konto vorzugehen. Die Ergebnisse – sofern es möglich ist, ohne Gesetzesanpassungen Einsparungen zu machen – sollen direkt ins Budget 05 einfliessen. Wenn das nicht möglich ist und Gesetzesänderungen braucht, da werden wir mit entsprechendem Bericht und Antrag an Sie treten, um die gesetzlichen Grundlagen abzuändern. Diese ganzen Aufgaben wollen wir direktionsintern durchführen. Sie sehen also, dass wir hier ziemlich gefordert sind. Der Finanzdirektor ist aber überzeugt, dass es keine einfache Aufgabe ist. Sparen wollen ja alle, aber sobald es dann im Einzelnen darum geht, etwas zu streichen oder zu beschränken, dann sicher nicht hier, sondern an einem anderen Ort. Diese Zerreissprobe wird nicht nur bei Ihnen, sondern vorher schon bei der Verwaltung und der Regierung ein grosses Thema sein. – Sie sehen also, dass wir die Ziele, die in der Finanzstrategie gesetzt wurden, Ernst nehmen, und erreichen möchten, dass diese Zielvorgabe von 3 % erreicht werden kann.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

355 - INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND ÖFFENTLICHE SICHERHEIT
- INTERPELLATION VON BEAT ZÜRCHER UND KARL NUSSBAUMER BETREFFEND JUGENDGEWALT
- INTERPELLATION VON THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND AUSSCHREITUNGEN IM RAHMEN DES WEF

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1139.2/1143.2/1199.2 – 11383).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass eine Ergänzung zur Antwort des Regierungsrats im Rat verteilt worden ist (siehe Beilage). Dazu wird der Sicherheitsdirektor zum Auftakt der Debatte noch etwas sagen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** weist darauf hin, dass die Kriminalstatistik 2003 zum Zeitpunkt der Interpellationsantwort noch nicht bekannt war. Die detaillierte Vorstellung und Interpretation dieser Statistik wird die Zuger Polizei nächsten Montag vornehmen. Dieser Termin wurde bereits seit langem festgelegt. Wir haben Ihnen aber einen Auszug auf Pult gelegt, zusammen mit einem kurzen Kommentar, gestützt auf eine erste Beurteilung. Wir haben das auch im Regierungsrat besprochen. Wir haben in der Interpellationsantwort ausgeführt, dass sich die Strategie der Zuger Polizei im Zusammenhang mit den Fragen der Interpellanten, die sich ja vor allem auf die Frage der Gewalt bezogen haben, auf folgende Schwerpunkte festgelegt hat: Bekämpfung der Jugendgewalt, von häuslicher Gewalt sowie der Schutz von Leib und Leben, auch im Strassenverkehr. Auch nach Vorliegen der neuen Kriminalstatistik zeigt sich, dass die Zuger Polizei die Strategie sowohl punkto Einsatzkonzeption wie auch punkto Mitteleinsatz erfüllt. Dies zeigt auch die Verkehrsunfallstatistik, welche Sie letzte Woche den Medien entnehmen konnten. Entgegen dem gesamtschweizerischen Trend konnte im Kanton Zug die Zahl der schweren Verkehrsunfälle gesenkt werden. Der Regierungsrat erachtet die Sicherheitslage im Kanton Zug weiterhin als sehr gut, gerade auch im Bereich der Gewaltkriminalität. Die Details entnehmen Sie bitte dem ausgeteilten Kommentar und der Statistik.

Beat **Villiger** möchte sich vorab bei der Regierung für die Interpellationsbeantwortung bedanken, danken möchte er auch Polizeikommandanten Karl Walker. Manchmal ist es ja gut, wenn nicht alle Geschäfte an einer Sitzung erledigt werden können. Die bürgerlichen Fraktionsdelegationen, die mit diesen Fragen konfrontiert waren, hatten in der Zwischenzeit nämlich die Möglichkeit, Fragen zu stellen und nähere Informationen zu erhalten. Diese Informationen, die in der regierungsrätlichen Antwort auch nicht unbedingt Platz haben konnten, waren dann Thema dieser Besprechung. Dort wurde unter anderem auf das eigentliche Einsatzkonzept, die Personalsituation, die Prävention, die polizeiliche Grundversorgung, die Ermittlungen sowie die Spezialeinsätze und Dienstleistungen eingegangen. Unsere Interpellationseingabe erfolgte ja bekanntlich auf Grund von gewalttätigen Übergriffen im Sommer letzten Jahres und auf Grund von Vorfällen im Zusammenhang mit unbewilligten Demonstrationen. Sie machten betroffen und vielerorts wurde die Durchsetzung von Recht und Ordnung bemängelt. Von den Antworten der Regierung nehmen wir Kenntnis und im Folgenden möchte der Votant auf ein paar Punkte eingehen, mit denen wir uns nicht ganz einverstanden erklären können.
Zum Thema Polizeidichte. Die Regierung wehrt sich entschieden dagegen, dass Zug eine der höchsten Polizeidichten habe. Die vorgelegte Statistik zeigt, dass wir mit oder ohne Berücksichtigung der juristischen Personen so etwa im breiten Mittelfeld liegen. Der Votant nimmt das so zur Kenntnis, obwohl er da etwas andere Zahlen hatte. Immerhin schreibt auch die Regierung zu diesem Thema, dass der direkte Vergleich nicht einfach sei. Und wie schon oft bei solchen Aufstellungen festgestellt hat das Unwahre bekanntlich zwei Steigerungsformen: Die Diplomatie und die Statistik. Sicher aber dürfte sein, dass unsere Polizei im interkantonalen Vergleich gut dasteht bezüglich Ausrüstung und der Zusammenarbeit. Wir haben im Kanton Zug kurze Distanzen und Entscheidungswege, wir haben keine Gemeindepolizeien mehr, wie das in anderen Kantonen der Fall ist. Insofern ist das sicher ein Vorteil. Erstaunt in dieser Frage hat Beat Villiger kürzlich ein Bericht des Bundes, wonach die Schweiz europaweit das teuerste Polizeiwesen hat, die Polizeidichte aber im europä-

ischen Vergleich trotzdem im unteren Mittelfeld liegt. Der Grund dafür sieht er in der föderalistischen Staatsstruktur unseres Landes. Die Tatsache, dass jeder Kanton verschiedene Informatiksysteme und unterschiedliche Funkfrequenzen verwendet, mache nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen, sondern auch unter den Kantonen selbst schwierig.
Zum Thema Einsatzstrategie, unser Hauptpunkt. Die Vermittlung von polizeilicher Sicherheit stellt eine staatliche Kernaufgabe dar. Sicherheit bringt Lebensqualität, schützt rechtsstaatliche Institutionen und schafft somit Stabilität sowie Prosperität. Sicherheit gilt als massgeblicher Standortfaktor. Der Rechtsstaat garantiert Gerechtigkeit, schützt die Schwachen, sichert die Rechtsgüter und gewährleitstet die Grundrechte. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass es sich in unserem Land lohnt, sich korrekt und gesetzestreu zu verhalten. Dafür braucht es zugegeben heute und auch morgen eine gute Polizei, die unter demokratischer Kontrolle das friedliche Zusammenleben aller Menschen in unserem Kanton sichert, das Aufkommen von Verbrechensfurcht verhindert und Kriminellen dauernd Grenzen setzt. Zugegeben: Es ist nicht einfach, hier mit den vorhandenen Personalressourcen alles unter einen Hut zu bekommen und vor allem im von uns gewünschten präventiven Bereiche künftig mehr zu tun. Andererseits muss aber auch konstatiert werden, dass die Polizei längst nicht mehr nur für ihre Kernbereiche zuständig ist. Man hat ihr immer mehr Aufgaben aufgebürdet. So zum Beispiel die Gewährleistung der Sicherheit bei den verschiedensten Veranstaltungen mit zum Teil kommerzieller Ausrichtung. Hier ist sicher Bedarf vorhanden. Die CVP vertritt die Meinung, dass das subjektive Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung in den letzten Jahren abgenommen hat, auch wenn es hierüber im Gegensatz zu anderen Kantonen keine gezielte und ausreichend umfassende Erhebung über das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und die Erwartungen an die Arbeit der Polizei gibt. In einer Umfrage im Kanton Aargau z.B. wird von den Befragten als grösstes Sicherheitsproblem die Kriminalität wie Aggressionen an Schulen, Raubüberfälle, Einbrüche und Diebstähle genannt, und die Wahrscheinlichkeit, selbst Opfer einer Straftat zu werden, wird als recht hoch beurteilt.
Der Regierungsrat, bzw. der Sicherheitsdirektor wird oder werden nun vermutlich sagen, dass unsere Forderungen mit mehr Personal erfüllt werden können. Aus bekannten Gründen dürfte dies der Kantonsrat in nächster Zeit wohl kaum so sehen. Es muss aber dennoch möglich sein, die Prioritäten von Zeit zu Zeit zu überdenken und allenfalls anzupassen und auch dem subjektiven Sicherheitsempfinden der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Mindestens gibt es in diese Richtung ein paar Verbesserungen, indem etwa ein Projekt mit der ZVB läuft, oder indem der Polizeikommandant das Gespräch mit den Gemeinden institutionalisieren will. Auch der eher über Gebühr verlangte Dienstleistungsbereich der Polizei kann zugunsten einer ersten Priorität reduziert werden. Letztlich aber, und da geht Beat Villiger mit dem Regierungsrat einig, müssen alle notwendigen und adäquaten Instrumente zur wirksamen Verbrechensbekämpfung zur Verfügung gestellt werden. Vergehen und Verbrechen dürfen sich nicht lohnen. Deshalb setzen wir nach wie vor auf eine leistungsfähige, moderne und vermehrt wieder auch als Autorität anerkannte Polizei. – Wir haben heute die Kriminalstatistik zum letzten Jahr erhalten. Die Zunahme ist besorgniserregend. 4940 Straftaten oder 13,5 pro Tag oder eine Zunahme von 18,5 %! Wenn der Regierungsrat in der Interpellationsbeantwortung sagt, die Sicherheit sei gut gewährleistet und es gebe am Einsatzkonzept nichts zu rütteln, so müsste diese Aussage auf Grund der Statistik, und dieser dürfen, bzw. müssen wir glauben, doch etwas relativiert werden. Natürlich haben viele dieser statistisch aufgeführ-

ten und gegenüber dem letzten Jahr zugenommenen Straftaten nicht nur, aber auch mit mangelnder Selbstverantwortung zu tun. Und hier sind wir alle gefordert.

Thomas **Lötscher** dankt vorab der Regierung für die Beantwortung seiner Interpellation, mit welcher er grundsätzlich einverstanden ist. Das Spannungsverhältnis zwischen den Grundrechten, zu denen auch die freie Meinungsäusserung gehört, und dem Sicherheitsbedürfnis ist gar nicht so schwierig, wenn man sauber trennt:

- Gegen bewilligte und geordnete Demonstrationen ist gar nichts einzuwenden.
- Gegen Randaliererei mit Tätlichkeiten gegen Personen und Sachen ist mit aller Konsequenz und Härte vorzugehen.

An dieser Stelle will der Votant endlich die Polizei aus dem Schussfeld der Kritik nehmen. Die Zuger Polizei verfügt anerkanntermassen über eine hohe Einsatzbereitschaft. Der Entscheid, ob und wie weit gegen randalierende Chaoten vorzugehen ist, ist allerdings eine Frage der politischen Führung. Daraus leitet sich der polizeiliche Auftrag ab. Die FDP fordert, dass die politischen Exekutiven aller Ebenen, nicht nur beim Kanton, Aufgabe wahrnehmen und der Polizei jeweils den klaren Auftrag zur Durchsetzung von Recht und Ordnung erteilen – und dann aber auch hinter der Polizei stehen. – Die Polizei kann der Gewalteskalation in unserer Gesellschaft allerdings nicht allein Herr werden. Alle sind wir gefordert, der steigenden Gewaltbereitschaft in unserem direkten Umfeld entgegen zu treten. Dazu gehört, wie wir selber Konflikte austragen und wie wir dies als Eltern und in der Schule unseren Kindern vermitteln. Erst dann kommt die Polizei zum Zug und gleich anschliessend die konsequente Anwendung des Strafgesetzes. Es kann nicht angehen, dass Täter von der Justiz gehätschelt werden. Sie haben sich für ihr Verhalten zu verantworten – sowohl im strafprozessualen als auch im zivilrechtlichen Sinne. Die FDP-Fraktion verlangt, dass der Staat als allein berechtigter Inhaber des Gewaltmonopols dafür die Voraussetzungen schafft.

Malaika **Hug** erinnert daran, dass im letzten Jahr aufgrund von Raserei, verweigertem Vortrittsrecht, Unaufmerksamkeit und Alkohol am Steuer mehr als 500 Personen auf Schweizer Strassen ums Leben gekommen sind. Das ist ein Anstieg von sieben bis acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Es ist also gesamtschweizerisch nicht bloss ein Anstieg der Jugendgewalt zu verzeichnen, sondern ebenfalls ein Anstieg von Aggressivität im Strassenverkehr. Hinzu kommt, dass eine veränderte Wahrnehmung der Gewalt und die Präsenz der Jugendkriminalität in Medien und Politik dafür verantwortlich sind, dass die Bürgerinnen und Bürger für diese Problematik sensibilisiert sind. Ausserdem ist die Gesellschaft, wie es scheint, nicht mehr fähig beziehungsweise bereit, einzugreifen, falls jemand auf offener Strasse zusammengeschlagen wird. Anstatt lediglich bei der Polizei Kritik zu üben, müssen wir die Gewaltproblematik gesellschaftskritisch betrachten.
Dennoch ist es leider nicht zu verneinen, dass die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen zugenommen hat. In den letzten Jahren zeigten international übereinstimmende Befunde, dass vor allem Mädchen Gewalt immer mehr als Konfliktlösung tolerieren. Es ist ein Trend feststellbar, dass Mädchen ebenfalls vermehrt gewaltdarstellende Medien konsumieren. Im Zentrum der Gewaltforschung steht somit die Frage, inwiefern gewaltdarstellende Medien einen negativen Einfluss auf die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen ausüben. Verschiedene Thesen wie z.B. die Stimulations-

these, die Erregungsthese, die Habitualisierungsthese oder die Suggestionsthese besagen, dass durch medial vermittelte Gewalt die Bereitschaft unter Jugendlichen steigt, selbst Gewalt anzuwenden. Die Medien spielen also eine nicht zu unterschätzende Rolle, was die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen anbelangt. Als Beispiel seien hier Nachahmungstaten erwähnt. Wir sollten uns daher ernsthaft fragen, ob der Verkauf von gewaltverherrlichenden Videos und Videogames weiterhin toleriert werden sollte.
Es sind jedoch immer mehrere Faktoren notwendig, die kumulativ wirken, dass ein Jugendlicher Gewalt einsetzt. Das schulische Umfeld, der Klassenverband, die soziale Einbettung bei Gleichaltrigen, die Familie, aber auch die persönliche Voraussetzung jedes Einzelnen sind dabei massgebend. Es ist folglich nicht alleine die Aufgabe der Polizei, gegen gewalttätige Jugendliche vorzugehen, sondern in der Konfliktbekämpfung spielt vielmehr die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Parteien, also Jugendlichen, Schulen, Eltern und Behörden eine zentrale Rolle. Nebst Polizeipräsenz ist hier so viel Prävention als möglich gefragt. Die Votantin hat sich in Bezug darauf beim Regierungsrat erkundigt (übrigens ohne Interpellation), ob wir im Kanton Zug ebenfalls Projekte haben, welche in die Richtung der Peacemaker-Workshops gehen. Diese gehen auf eine amerikanische Organisation zurück, die sich für Gewaltprävention, konstruktive Konfliktlösung sowie den Abbau von Vorurteilen und Rassismus einsetzt und seit 1995 in der Schweiz aktiv ist. Peacemaker-Workshops werden bereits in verschiedenen Schweizer Schulen angeboten – im Kanton Zug sind in mehreren Gemeinden ebenfalls solche oder ähnliche Projekte im Gange. Abschliessend gilt es zu betonen, dass die Zuger Bevölkerung sich trotz eines Anstieges von Kriminalität eher davor fürchten muss, Opfer eines Verkehrsdelikts zu werden, als Opfer von Jugendgewalt. Weniger Verkehrskontrollen durchzuführen ist folglich völlig unbegründet. Vor allem da, wie bereits erwähnt, im Strassenverkehr die Aggressivität ebenfalls stark zugenommen hat.

Martin **Stuber**: Bei der Lektüre der Interpellation der CVP könnte man meinen, dass im Kanton Zug der Notstand bei der öffentlichen Sicherheit ausgebrochen sei. Die Antwort der Regierung rückt dieses suggerierte Bild wieder zurecht, die Fakten liegen anders und wir werden den Eindruck nicht los, dass hier parteipolitisch motivierte Stimmung gemacht werden sollte. Dass wenige Tage später dann auch aus den Reihen der SVP nachgedoppelt wurde, ist da nicht verwunderlich. Die Konkurrenz zwischen den bürgerlichen Parteien treibt manchmal sonderbare Blüten. Inzwischen tönt es allerdings aus dem Mund des Fraktionssprechers der CVP ein bisschen anders. Trotzdem: Die Kernaussage in der CVP-Interpellation, die von Ihrem Fraktionschef in einem Zeitungsinterview zudem wiederholt wurde, lautet: Weniger Polizei für Verkehrskontrollen, dafür mehr öffentliche Präsenz für das subjektive Gefühl der Bevölkerung. Ist der CVP bewusst, dass es bei der Verkehrssicherheit ganz vital um eine Frage von Leib und Leben geht? Ist sich die CVP bewusst, dass wesentlich mehr Männer und Frauen in der Schweiz im Verkehr getötet oder schwer verletzt werden als bei Gewaltverbrechen? Da sind die Zahlen eindeutig. Wir hatten letztes Jahr 550 Tote und rund 20'000 Verletzte bei Verkehrsunfällen, davon 6'000 Schwerverletzte. 2002 sind 213 Leute durch vorsätzliche Gewalt getötet worden und es gab 6'000 Körperverletzungen durch vorsätzliche Gewalt. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Auch diese 213 Toten und 6'000 Verletzten sind viel zu viel. Eine Verschärfung des Waffengesetzes lässt hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten.

Das würde hier ein wenig helfen. Im Kanton Zug besteht eine Polizeistrategie, die es schafft, die Verkehrssicherheit so zu erhöhen, dass die Zahl von Unfällen mit Toten und Schwerverletzten deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt. Gleichzeitig erreicht sie auch bei Gewaltverbrechen unterdurchschnittliche Zahlen. Und diese Strategie soll nun geändert werden? Ist das im Ernst das Anliegen einer Partei, die bei den nicht weit zurückliegenden Nationalratswahlen auf den Plakaten und in den Inseraten den Mensch in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellte? Die AF unterstützt den Regierungsrat in seiner bisherigen Strategie. Wir sind zudem fest davon überzeugt, dass der präventive Wirkungsgrad der Polizei im Verkehrsbereich spürbar höher ist als bei Gewaltdelikten. Auch das zeigen die letzten Jahre deutlich.
– Zur SVP-Interpellation, die etwas spezifischer Fragen zur angeblich wachsenden Jugendgewalt stellt, möchte Martin Stuber Folgendes zu bedenken geben. Jugendgewalt ist wohl die Gewaltform, bei welcher die Polizei am wenigsten ausrichten kann, andere Institutionen dafür umso mehr. Zudem ist dieser Bereich besonders empfindlich auf gesellschaftliche Veränderungen – vielleicht kann hier sogar von einem Seismografen gesprochen werden. Glauben Sie nicht auch, dass eine Politik, welche unter dem Slogan der «Selbstverantwortung» die Ellbogengesellschaft propagiert und der Habgier und dem ungezügelten Egoismus gesellschaftliche Akzeptanz verschafft, dabei aber die wirtschaftliche Ungleichheit, Armut und existenzielle Unsicherheit fördert, keine gute Voraussetzung für eine gewaltfreie Gesellschaft ist? Und kombinieren Sie das noch mit einem Wirtschaftssystem, das einerseits mit einer tagtäglichen Werbewalze den Konsumwahn puscht, andererseits Langzeitarbeitslosigkeit fördert (über 500 Ausgesteuerte im Kanton Zug alleine 2003) zu einer normalen Erscheinung macht und – ganz besonders folgenreich – grosse Jugendarbeitslosigkeit zulässt. Die neuesten Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Zug sind erschreckend. Wir haben fast 370 Jugendarbeitslose im Moment. Das hat schlussendlich viel mehr mit Jugendgewalt zu tun als 5 % mehr oder weniger Polizeipräsenz auf öffentlichen Plätzen oder an Veranstaltungen.

Hans **Christen** möchte zu Frage 3 der Interpellation der CVP-Fraktion als zuständiger Stadtrat Stellung nehmen. Die Zuger Polizei hatte das Vorgehen bei der nicht bewilligten Demonstration vom 28. Juni 2003 mit dem Stadtrat von Zug abgesprochen. Die Fragestellung war klar und einfach: «Soll die nicht bewilligte Demonstration toleriert oder bei Beginn aufgelöst werden?» Der Stadtrat hat sich entschieden, die Demonstration zu tolerieren. Auch aus heutiger Sicht war dieser Entscheid richtig – ebenso das Vorgehen der Zuger Polizei. Es stand nicht im Voraus fest, dass es zu Sachbeschädigungen und Handgreiflichkeiten kommen würde. Zumindest bestand die Chance für einen friedlichen Verlauf der Demonstration. Solange eine derartige Chance besteht, muss sie genutzt werden. Der Stadtrat hatte aber auch verlangt, dass die Polizei eingreifen müsse, wenn es zu strafbaren Handlungen käme. In diesem Sinne hat die Zuger Polizei denn auch ihren Einsatz geführt. Hätte die Polizei bei Beginn die Demonstration aufgelöst, wären die Demonstranten – das muss aufgrund der polizeilichen Erfahrungen angenommen werden – in Gruppen oder einzeln durch die Stadt gezogen und hätten Sachbeschädigungen begangen. Die Situation wäre sehr viel schwieriger zu bewältigen und die Schäden grösser gewesen. Zugleich hätte man den Demonstranten einen «Rechtfertigungsgrund» geliefert. Sie hätten die Argumentation leicht umkehren und behaupten können, die Demonstration wäre friedlich verlaufen, wenn die Polizei nicht eingegriffen hätte. Nun hat sich aber

die Polizei defensiv verhalten und die Demonstranten haben selbst ihre Gewaltbereitschaft bewiesen.
Selbstverständlich hatten die Demonstranten nach dem 28. Juni 2003 ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Das erlaubte der Zuger Polizei, ihren Einsatz für die geplante und ebenfalls nicht bewilligte Demonstration vom 13. September 2003 mit einem anderen Konzept vorzubereiten und die Demonstration schliesslich aufzulösen. Die Vorwürfe der Demonstranten, die Zuger Polizei sei dabei unverhältnismässig hart vorgegangen, stiessen auf wenig Resonanz – die Gewaltbereitschaft der Demonstranten war ja mittlerweile bekannt. Grundsätzlich ist die Planung und Umsetzung eines Einsatzes Aufgabe der Zuger Polizei. Sie alleine verfügt über das polizeitaktische Know-how und die relevanten Informationen. Der Stadtrat kann der Polizei die Einsatzentscheide nicht abnehmen. Bei den Demonstrationen in der Stadt Zug hat sich die Zuger Polizei aus Sicht des Stadtrats richtig verhalten und die Schäden auf ein Minimum begrenzt. Dafür sei ihr an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt.

Beat **Zürcher** dankt der Regierung, auch im Namen von Karl Nussbaumer, für die Beantwortung unserer Fragen betreffs Jugendgewalt. Dass die Polizei sehr viel unternimmt, gegen die Gewalt anzukämpfen, ist der Votant mit der Regierung einverstanden. Wir könnten uns gut vorstellen, innerhalb der Polizei gewisse Umstrukturierungen vorzunehmen; das heisst mehr für die Sicherheit der unmobilisierten Bevölkerung zu tun. Wir glauben, es ist einfacher, einen mobilisierten Verkehrsteilnehmer herauszupflücken und ihn zu kontrollieren als irgend eine Bande, die sich auf der Strasse herumtreibt. Die Präsenz der Polizei würde in dieser Frage schon sehr viel ändern, ohne mehr Stellen zu schaffen. Wir fragen uns, was soll der Lotteriefonds von 100'000 Franken für das Zentrum für Konfliktgestaltung bezwecken. Wir finden, die Zugerland Verkehrsbetriebe sind ein schlechtes Beispiel. Sollte irgendwo auf deren Linie, wo die Busse zirkulieren, Aggressionen oder Vandalismus aufkommen, könnten die Buschauffeure die Ereignisse direkt der Polizei melden und nicht über Unwegen zuerst an das Zentrum für Konfliktgestaltung.
Absolut einig gehen wir mit der Regierung, dass die Jugendgewalt ein vielschichtiges Problem ist und nicht einfach an die Polizei delegiert werden kann. Es müssen dabei alle mithelfen; sei es zu Hause, in der Schule oder in der späteren Lehre. Wir müssen in allen Bereichen mehr Selbstverantwortung übernehmen und mehr Autonomie ausüben, wie es auch die Regierung darlegt. Wir möchten dabei ein kleines Beispiel anbringen, so wie es in der Englischschule in Walterswil vollzogen wird. Wenn sich eine Schülerin oder Schüler nicht an die Regeln hält, droht ihm das erste Mal eine Verwarnung im Mitwissen der Eltern und beim zweiten Mal der Rauswurf. In dieser Schule herrscht Ruhe und Ordnung. Es ist uns klar, dass in öffentlichen Schulen nicht gleich gehandelt werden kann, aber es könnte mehr Autorität ausgeübt und härtere Strafen vollzogen werden. Wir sind überzeugt, dass die Zeit der antiautoritären Erziehung der Vergangenheit angehört, für diese falschen Erziehungsmethoden müssen wir heute büssen. Als Erziehungsbeispiel betrachtet Beat Zürcher einen Baum, den man von jung auf hegen, pflegen und in Schranken halten muss, ansonsten nichts Schlaues aus ihm wird.

Michel **Ebinger** stehen die Haare zu Berge, wenn er die Interpellation liest. Da muss er wirklich Angst haben, auf die Strasse zu gehen. So ist das nicht! Ein Grossteil

unserer Jugend ist um einiges besser, als in dieser Interpellation beschrieben wird. Der Votant ist überzeugt, dass es nur ein ganz kleiner Teil der Jugend ist, der Gewalt anwendet. Er hat die Freude, an der Broschüre «Gewalt an der Schule» mitzuarbeiten. Es ist zwar eine deutsche Broschüre, welche deutsche Zustände betrifft, aber wir können froh sein, dass wir hier nicht solche Zustände haben an den Schulen. Uns geht es hier wirklich gut. Und wenn wir schon bei diesem Thema sind. Michel Ebinger ist darauf angewiesen, dass z.B. im Bus jemand aufsteht, weil er dort nicht stehen kann. Aber wenn jemand keinen Anstand hat, sind es sehr oft die Älteren oder die Alten. Er hat praktisch nie erlebt, dass ein Junger nicht aufsteht und ihm hilft. Aber bis ein Alter aufsteht, dazu braucht es viel. – Die Lehrer sind hier wirklich nicht zu beneiden. Wenn jemand zu kritisieren ist, dann sind es sehr viele Eltern, welche die Erziehungsarbeit schlichtweg vernachlässigen. Hier müsste man den Hebel ansetzen. Der Votant möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, die Jugend im Kanton Zug sei kriminell. Die meisten sind gut und anständig.

Arthur **Walker** meint an die Adresse von Martin Stuber, wenn er hier stehe, gehe es nicht um die CVP. Sondern es geht darum, dass er zu einem Thema spricht, das ihn täglich beschäftigt. Er spricht hier aus Betroffenheit. Es geht ihm auch nicht darum, ein Hickhack zu machen zwischen einem Polizeieinsatz auf der Strasse und einem für die Sicherheit der Bevölkerung.
Gewalt hat in unserer Zeit einen hohen Stellenwert, leider einen zu hohen. Gewalttaten liefern Stoff für unzählige Bücher, die Film- und Unterhaltungsindustrie verdient damit Millionen, die Medien berichten täglich darüber. Gewalt und deren Bekämpfung oder Überwindung faszinieren, der Kampf zwischen Gut und Böse gehört zur Geschichte der Menschheit. Gewalt verursacht aber vor allem unsägliches menschliches Leid. Denken Sie an Uganda, den Mittleren Osten mit dem Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, an den Streit in Nordirland, den Konflikt in Haiti, die Terroranschläge im Irak, den brutalen Terrorakt vom 11. September, die Bluttat von Zug, die Gewaltverbrechen in Belgien, die Ermordung eines Skyguides am vergangenen Dienstag. Gewalt hat verschiedene Gesichter. Sie äussert sich auch durch abschätzige und verletzende Worte und Gesten, durch Ausgrenzung und Diskriminierung, durch Mobbing in der Schule und am Arbeitsplatz, durch Vandalismus und blindwütige oder sinnlose Zerstörungslust.
Gewalt gefährdet unser Zusammenleben. Der Regierungsrat des Kantons Zug hält in seiner Beantwortung der drei Interpellationen auf S. 5 zu Recht fest: «Unabhängig davon stellt aber die Zunahme der Gewalt in der Gesellschaft und im häuslichen Umfeld eine besorgniserregende Entwicklung dar.» Weshalb versuchen Menschen ihre Probleme durch Gewalt zu lösen, obwohl sie eigentlich wissen müssten, dass dieser Weg in die Sackgasse führt? Was muss die Gesellschaft, die Politik, die Familie dagegen unternehmen? Gewalt ist ein vielschichtiges, komplexes, ein gesellschaftliches Problem. Gewalt ist auch ein sichtbares Zeichen für den Gesellschaftswandel. Unsere informelle Wertekultur zerfällt, Werte wie Anstand, Respekt, Achtung vor dem Mitmenschen und fremdem Eigentum, Solidarität und Gemeinschaft verlieren an Bedeutung, die religiösen Institutionen und Gemeinschaften können ihre gesellschaftsbildende Aufgabe nicht mehr erfüllen, Familienbande zerfallen, Personen und Institutionen werden demontiert. Wie reagieren wir auf die Zunahme der Gewalt, auf die Veränderungen in der Gesellschaft? Unverständnis, ein Gefühl der Ohnmacht stellt sich ein, das Bedürfnis nach Sicherheit nimmt zu, der Ruf nach har-

ten Massnahmen wird lauter. Doch sind dies die notwendigen Reaktionen, führen diese zu einer Verminderung von Gewalt? Arthur Walker erachtet drei Massnahmen als angezeigt:

1. Jeder Mensch muss als Mitglied unserer Gesellschaft auch Eigenverantwortung übernehmen und auf jegliche Form von Gewalt reagieren. Die Gewalt muss ein Gesicht erhalten, die Gewalttäter einen Namen, die Gewalt muss beachtet werden. Gleichgültigkeit, Wegschauen sind Nährboden für weitere Gewalt.
2. Elternhaus und Schule, aber auch Vereine und Jugendorganisationen müssen bei der Prävention gegen Gewalt, für die Bildung von Gemeinschaften und von sozialen Netzen enger zusammenarbeiten. Dazu braucht es die auch Unterstützung durch Fachstellen.
3. In unserer Demokratie hat die Staatsgewalt die legitime Macht gegen Gewalt vorzugehen. Sie erhält damit Pflichten und trägt somit auch viel Verantwortung. Diese Verantwortung kann dann am besten wahrgenommen werden, wenn die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst genommen werden und auf veränderte Situationen rasch reagiert wird, wenn die Erwartungen und die Verantwortlichkeiten im Dialog geklärt sind und wenn die Politik für gute Rahmenbedingungen sorgt.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** dankt für die Wortmeldungen und möchte dazu Stellung nehmen. Er findet diese Debatte sehr wichtig. Sie gibt auch die Möglichkeit, Probleme unabhängig von ganz konkreten Ereignissen aus Distanz zu betrachten, Legenden etwas zu zerstreuen und Dichtung ins Land der Dichtung zurück zu schicken. Es geht hier nicht um Polizeidichtung, sondern um Polizeidichte. Diese Statistik haben wir Mitte letzten Jahres veröffentlicht bei der Interpellation von Vreni Wicky, und die Zahlen sind offenbar so gut erhoben, dass noch niemand herausgefunden hat, wo die angeblich falsche Statistik nicht stimmen kann. Wir *sind* im Mittelfeld bei der Polizeidichte, bei den juristischen Personen sogar im hinteren Mittelfeld.
Zur föderalistischen Staatsstruktur. Diese ist sicher etwas teurer als eine zentralistische Lösung. Polizei, innere Sicherheit kann aber nicht zentral gelöst werden, sondern braucht die Verankerung nahe bei der Bevölkerung, weil sie eben auch von der Bevölkerung und der Gesellschaft abhängig ist. Hier haben wir die Hausaufgaben gemacht. Wir haben vor zwei Jahren mit dem Projekt der Zuger Polizei eine Projektphase der Zusammenlegung von Stadt- und Kantonspolizei abschliessen können. Wir haben damit auch entsprechende Synergien gewinnen können. Und der Votant ist im Auftrag der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz dafür verantwortlich, auf der Ebene der gesamtschweizerischen Polizeiarbeit zu schauen, dass man solche Zusammenarbeit und Zusammenlegungsprojekte auch gesamtschweizerisch machen kann. Gesamtschweizerisch – das haben Sie am letzten Freitag zu hören bekommen – besteht immer noch eine Lücke von je nach Schätzung 1'000 bis 1'500 Polizeistellen in der ganzen Schweiz. D.h. es gibt personell tatsächlich eine Lücke. Hanspeter Uster beobachtet im Kanton Bern einen Beschluss des Grossen Rates, der mehr Polizei will. Im Kanton St. Gallen hat die Regierung trotz Personalplafonierung mehr Polizei verlangt. Im Kanton Schwyz soll es gemäss Antrag des Regierungsrats 55 Polizisten mehr geben. Wir haben vor einem Jahr mit bescheidenen fünf zusätzlichen Polizeistellen nicht gejammert, sondern einfach gesagt, dass wir diese brauchen. Wir haben jetzt in der Rechnung 2003 wiederum rund 300'000 Franken Überstunden ausbezahlt, das entspricht etwa diesen drei zusätzlichen Stellen. Wir werden – und da hat Beat Villiger auf einen wichtigen Punkt hingewiesen – gera-

de auch bei Veranstaltungen mehr die Eigenverantwortung der Veranstalter verlangen müssen. Wir können nicht mehr diesen hohen Standard bei den polizeilichen Dienstleistungen bringen. Entweder Abbau dieser Dienstleistungen oder Verrechnung zum Vollkostentarif. Wichtig ist auch – und das ist eine Vorlage, die jetzt beim Rat liegt –, dass wir die Ausbildung noch einmal qualitativ verbessern können. Das bedeutet konkret, dass wir von der Regierung aus sehr hoffen, dass der Kantonsrat die Zustimmung gibt zum Beitritt zum Polizeiausbildung-Konkordats. Wenn wir eine qualitativ gute Ausbildung haben, sind diese Leute auch so gut vorbereitet, dass sie schneller im Einsatz sein können.
Und nochmals zu Beat Villiger. Wir hatten im Budget 2004 eine Bevölkerungsbefragung drin. Genau um dieses Sicherheitsgefühl ein wenig besser fühlen und objektivieren zu können. Wir werden wieder versuchen, das für das Budget 2005 zu budgetieren, hoffentlich mit Ihrer Unterstützung.
Zu einer Legende, die bei Beat Zürcher wieder angeklungen ist. Die Polizei mache zu viel Verkehrs- und zu wenig Kriminalpolizei. Abgesehen von den hohen Rechtsgütern, die im Verkehr verletzt werden, stimmt diese Aussage so einfach nicht. Sie geht von einem Polizeikonzept aus den 60er-Jahren aus, wo man eine Kriminalpolizei hatte, die im Büro war, eine Postenpolizei in den Gemeinden und eine Verkehrspolizei, die sich nur mit dem Verkehr beschäftigte. Heute haben wir eine Bereitschafts- und Verkehrspolizei, und diese ist für die Präsenz, die Grundversorgung und die Erstintervention zuständig. Und daneben macht sie auch noch Verkehrssicherheit, weil das eben auch etwas sehr Wichtiges ist bei den in Frage stehenden Rechtsgütern. Der Sicherheitsdirektor hat sich gefreut – um noch einmal auf den Kanton Schwyz zu kommen: Nicht weil dieser jetzt zusätzliches Personal will, sondern weil er genau die Einsatzkonzeption übernimmt, wie wir sie Kanton Zug haben. Er will die mobile Einsatzbereitschaft im ganzen Kantonsgebiet verdoppeln. Im Kanton Schwyz gibt es heute zwei Zweierpatrouillen, im Kanton Zug haben wir drei bis vier im 24-Stundenbetrieb. Und nur eine dieser Zweierpatrouillen macht gesamthaft gesehen Verkehr. Und was macht der Kanton Schwyz jetzt? Er will seine Patrouillen etwa auf die Zuger Patrouillenzahl heben. Das zeigt also, dass man auch im Kanton Schwyz sieht, dass man mobil nicht nur Verkehrsicherheit verbessern, sondern auch die Kriminalität besser bekämpfen kann. Und wenn wir bei Standards sind, will der Schwyzer Regierungsrat die Interventionszeit von heute 17 Minuten bis ins Jahr 2010 auf zwölf Minuten senken. Bei uns ist die Interventionszeit im Jahr 2004 zwischen sechs und zehn Minuten. Und wenn Sie uns den Auftrag geben, wir sollen den Schwyzer Standard machen, können wir das tun, aber Hanspeter Uster leitet dann die Telefone direkt an den Kantonsratspräsidenten weiter, die wir auf der Einsatzzentrale erhalten, weil die Polizei einfach und einfach nicht kommt. Sie sehen also: Wir haben eine Einsatzkonzeption und dazu haben wir uns auch einiges überlegt.
Zu den Peacemakern. Es gibt erfreulicherweise fünf Gemeinden, die das machen. Und zwei Gemeinden haben ein adoptiertes Konzept. Das ist sehr erfreulich.
Vielleicht noch ein Wort zur Statistik. Es wurde mehrmals von der Eigenverantwortung gesprochen. Und wir haben in dieser Statistik viele Diebstahlsdelikte, bei denen die Eigenverantwortung gleich null war. Gleichzeitig dann der Ruf nach mehr Polizei. Bei offenen Taschen, offenen Fahrzeugen, bei Fahrraddiebstählen (das hat sicher auch mit dem schönen Sommer zu tun) braucht es ein wenig mehr Selbstverantwortung. Die zweite, unbestrittene Steigerung in der Statistik war bei der häuslichen Gewalt. Nicht weil es mehr häusliche Gewalt gibt, sondern weil die Polizei bewusst alle Betroffenen eindringlich auffordert, dass sie Anzeige und Strafantrag stellen sol-

len. Und es ist sehr wichtig, dass das gemacht wird. Auch aus einem Erziehungsgrund. Vielfach sind auch Kinder von häuslicher Gewalt betroffen. Und wenn sie bei ihren Eltern beobachten, dass Gewalt das einzige Konfliktlösungsmittel ist, drückt sich das auch im Verhalten der Kinder aus. Nicht nur im sozialen Nahraum, sondern eben auch im öffentlichen Raum. Die Bekämpfung von häuslicher Gewalt ist also auch Gewaltprävention im öffentlichen Raum. Wenn Beat Zürcher meint, mit dem Rauswurf eines renitenten Schülers aus der Schule sei es getan, so irrt er sich. Das Gegenteil wird geschehen. Er wird nicht besser, sondern desintegriert. Man hat überhaupt keine Möglichkeit mehr, auf ihn Einfluss zu nehmen. Man kann einen Jugendlichen vielleicht von der Schule werfen, aber aus der Gesellschaft kann man ihn nicht werfen. Er ist weiterhin da, lebt desintegriert, verwahrlost; und dann erst ist er ein Sicherheitsproblem.
Zum Schluss eine Beobachtung, die der Sicherheitsdirektor mit dem Votum von Arthur Walker gemacht hat. Er hat in seinem Votum – das der Votant weitgehend unterstützen kann – fast nie von der Polizei gesprochen. Sondern er hat von drei Verantwortungen gesprochen, jene der Zivilgesellschaft, und die Verantwortung jedes Einzelnen, Zivilcourage zu zeigen. Und beim Konfliktzentrum geht es nicht darum, dass Telefone abgenommen werden, sondern darum, dass es mit der ZVB ein Konzept erarbeitet, um den Vandalismus im öffentlichen Nahverkehr zu bekämpfen. Also Zivilgesellschaft und Zivilcourage. Das Zweite: Die Vernetzung aller gesellschaftlichen Anstrengungen, in der Familie, der Schule, der Wirtschaft, bei den Sportvereinen, die anerkanntermassen bei der Integration von Jugendlichen eine grosse Rolle spielen. Und dann als ultima ratio die Staatsgewalt, die Justiz, die Polizei. Aber Sie wissen alle, und da legt der Regierungsrat grossen Wert darauf, die Polizei kann nicht am Schluss Probleme lösen, die sie von ihren Fähigkeiten her gar nicht lösen kann. Hier sind Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur, d.h. letztlich wir alle gefordert.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

356 INTERPELLATION VON BEAT VILLIGER BETREFFEND UNTERSCHLAGUNG EINER SUMME VON ÜBER 750'000 FRANKEN DURCH X, EHEMALIGER MITARBEITER DER BAUDIREKTION

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1180.2 – 11388).

Beat **Villiger** erinnert daran, dass ihm in diesem Zusammenhang der Vorwurf gemacht wurde, dass es unangebracht sei, innerhalb des laufenden Strafverfahrens eine Interpellation einzureichen. Das hat ihn eigentlich nicht gross interessiert, sondern er war ob diesem Vergehen derart erzürnt, und er ist es heute noch, dass er gewisse Fragen stellen musste. Schliesslich stellen wir hier auch Fragen, wenn es um weit kleinere Beträge geht. Es geht ja nicht allein nur um eine strafrechtliche Angelegenheit, sondern auch um Organisation, Führung und Kontrolle, und da hat es für den Votanten Fragen gegeben. Er möchte dem Regierungsrat für die Beantwor-

tung der Fragen danken, aber auch der Finanzkontrolle, dass sie den Fall im Rahmen einer Routinekontrolle aufdecken konnte.
Es geht Beat Villiger mit der Interpellation nicht darum, Schuldige zu suchen. Veruntreuungen passieren ja meistens auf ganz ausgeklügelte und von den Mitarbeitenden kaum festzustellende Arten. Und dennoch gab es im Sicherheitssystem offensichtlich eine Lücke. Es ist zu hoffen, dass auf Grund dessen dem Finanzcontrolling die notwendige Sicherheit geschenkt wird. Schlimm am Ganzen ist immer der Vertrauensmissbrauch gegenüber den engsten Arbeitskolleginnen und -kollegen, aber auch gegenüber den Vorgesetzten und mithin den Steuerzahlern. Der Votant hat sich auch darüber aufgeregt, dass ein solches schwarzes Schaf letztlich am Image der Verwaltung und des Staatswesens kratzt. Sollte sich der Baudirektor oder der frühere Baudirektor, bzw. die Regierung, Vorgesetzte usw. von den Fragen betroffen fühlen, so möchte der Votant sich dafür entschuldigen. Er kann nachvollziehen, dass sie unter diesem unangenehmen Zwischenfall ja selber zu leiden haben.
Zum Vorwurf, der heute von Andrea Hodel und Bruno Pezzatti gekommen ist. Beat Villiger hat nichts dagegen, wenn dieser Rat Vorstösse nicht überweisen will. Da hat er es mit Werner Villiger. Er hat schon im Rahmen der früheren Parlamentsreform gesagt, dass man ein Instrument bei uns einführen könnte, dass der Regierungsrat eine Vorprüfung macht. Das haben andere Kantone schon lange eingeführt. Aber bei uns läuft es recht gut mit dem System, das wir haben. Die Unterstellung, dass Vorstösse reine Selbstinteressen seien oder Medienabsichten dahinter stünden, ist eine völlige Unterstellung. Bruno Pezzatti hat die Kosten angesprochen. Beat Villiger stellt immer wieder fest, dass Kolleginnen und Kollegen, die sich einem Thema annehmen, sich auch damit auseinandersetzen, sich aktuellen Themen und Fragen stellen und sich auch politisch engagieren. Und wenn wir von der CVP seit Beginn der letzten Amtsperiode die meisten Vorstösse haben, hat das vielleicht auch mit der Grösse der Fraktion zu tun. Der Votant wird auch künftig weder Andrea Hodel noch Bruno Pezzatti noch die Regierung fragen, ob und wann wir eine Interpellation einreichen dürfen. Er nimmt für unsere Eingaben aber auch klar in Anspruch, dass sie keine grossen Folgekosten haben. Wir haben unsere Eingaben immer mit dem Ziel eingereicht, die Organisation zu hinterfragen und zu verbessern, Leistungen effektiver und effizienter erbringen zu können. Das war unser Ziel und das mit den Folgekosten möchte Beat Villiger völlig in Abrede stellen.

Andrea **Hodel** möchte Beat Villiger und Käty Hofer konkret ansprechen. – Ja, wir haben dieses Vorgehen der CVP und insbesondere auch von Beat Villiger heute kritisiert und kritisieren es nochmals. Es ging hier um nichts anderes als um das Bedürfnis zu stillen, irgend etwas zu erfahren, was letztendlich mit einem Telefon hätte erledigt werden können. Damit hätte man diesen Täter, auch wenn er nicht recht gehandelt hat, in der Öffentlichkeit etwas schonen können. Man sollte so etwas nicht zur Schau stellen. – Zur Behauptung, die CVP verursache keine Kosten. Andrea Hodel erinnert an die Interpellation von Karl Rust über das Krankenversicherungsgesetz. Es war ein Aufwand von etwa 30'000 Franken, all diese Daten zusammenzuholen. Und niemand hat die Antwort verstanden und niemand hat sich dafür interessiert. Das ist der Grund, weshalb wir hier relativ gereizt reagieren.

Karl **Betschart**: Die Antworten des Regierungsrats auf die sechs Fragen von Beat Villiger sind gemäss seiner Presseaussage vom 19. Februar «wie oft in letzter Zeit

etwas schön gefärbt» – dem stimmt der Votant voll und ganz zu. Er muss aber zugeben, dass der Zeitpunkt für die Beantwortung zu früh ist, nämlich in die Zeit der Untersuchung fällt. Inwiefern sich der Regierungsrat diesen Umstand auch zunutze macht und tatsächlich schön färbt oder den Fall abzutempieren versucht, sei dahingestellt. Immerhin geht es um über 750'000 Franken Steuergelder, und dies in einer angespannten Finanzlage, wo berechtigterweise Sparen angesagt ist. Ein Betrag, dessen Beibringung gemäss Pressezitat der zuständigen Untersuchungsrichterin («Da bin ich nicht so zuversichtlich») mehr als ungewiss ist.
Für die SVP-Fraktion liegt des Pudels Kern im Anstellungsverfahren von 1996. Dabei geht es uns bei den folgenden Bemerkungen in erster Linie nicht darum, die damaligen im Amte stehenden Verantwortungsträger, den damaligen Baudirektor (Vorvorgänger des jetzigen Baudirektors) und den betreffenden Amtsleiter als Personen in Misskredit zu bringen, sondern um Wiederholungsfälle zu verhindern. Bei der Anstellung des Delinquenten im Jahre 1996 stand klar fest, dass dieser sich bereits kurz vor seiner Anstellung in Zug als Angestellter einer Aargauer Gemeinde mit 10'000 Franken – wenn auch kurzfristig und mit Rückzahlung – vergriffen hatte. Alle für den Delinquenten positiv aufgeführten Argumente der regierungsrätlichen Antwort zeugen von einer gewissen Arglosigkeit und vor allem vom Voranstellen der Interessen eines Täters und nicht des «möglichen» Opfers, d.h. des Gemeinwohls. Statt mindestens ein besonders wachsames Auge auf die unter diesen Umständen angestellte Person im Bereich Finanzen zu haben, hat man ihn mit Buchhaltungen betraut, die ausgerechnet ausserhalb des Prüfungsverfahrens im ISOV-Finanzsystem stehen.
Mit dem Antrag der Regierung «um Kenntnisnahme» müssen wir uns wohl oder übel begnügen, und zwar nicht mit der lakonischen Bemerkung der Regierung in der Interpellationsantwort («Klar ist, dass es eine absolute Sicherheit vor Veruntreuungsfällen nicht gibt»), sondern in der Hoffnung, dass solche Fälle durch konkrete und uns vorgestellte Kontrollmassnahmen nach Abschluss der Untersuchung minimalisiert werden.

Käty **Hofer** fragt, ob ein Mensch eine zweite Chance verdiene. Das ist für sie die Kernfrage in dieser Diskussion. Die Antwort kann lauten: Ja sicher, oder sie kann lauten: Nein, auf keinen Fall. Es kommt auf die Umstände an, auf den Menschen, die neue Stelle. Die Votantin neigt zur Ansicht, dass ein Mensch wenn irgendwie möglich eine zweite Chance verdient. Wenn wir das aber bejahen, braucht es Kontrollmechanismen, damit ein GAU wie der, über den wir hier sprechen, nicht passieren kann. Es sind Konsequenzen eingeleitet worden. Eine Risikoanalyse läuft. Daraus werden Massnahmen zu definieren sein und dann wird man beurteilen müssen, ob es so reicht. Aber ein Restrisiko können wir nicht ausschalten. Bei Menschen schon gar nicht. Die Einstellung des Mitarbeiters erfolgte unter Baudirektor Twerenbold. Es kam der Wechsel zu Baudirektor Flachsmann und zu Baudirektor Uttinger. Das waren sicher keine günstigen Voraussetzungen. Der Amtsleiter ist noch der gleiche, aber es gab zwei Wechsel in der Baudirektion. Bei der Einstellung war bekannt, was vorgefallen ist, und die Votantin weiss nicht, ob Baudirektor Uttinger das auch noch gewusst hat auf Grund der Wechsel. Der Amtsleiter ist noch der gleiche, und es stellt sich die Frage, ob er ein genügend wachsames Auge gehabt hat auf seinen Mitarbeiter. Das wird die Strafuntersuchung zeigen. Die Regierung hat schnell und transparent informiert. Soweit Käty Hofer das beurteilen kann, auch wahrheitsgemäss. Sie

weiss nicht, wo Karl Betschart die Schönfärberei hernimmt. Die Strafuntersuchung läuft und sie wird uns Antworten bringen. Und dann wird der Zeitpunkt da sein, um Fragen zu stellen. Heute ist das eindeutig zu früh. Wir sollten auf die Regierung vertrauen, dass sie nach Abschluss der Untersuchung genau so schnell und transparent informiert, wie wir das schon gehört haben. Im Übrigen schliesst sich die Votantin dem Votum von Andrea Hodel an.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF dem Regierungsrat für die ehrliche und offene Antwort auf die Interpellation dankt. Ihr Votum geht in die gleiche Richtung wie das von Käty Hofer. Natürlich sind solche Vorkommnisse, welche ja auch in der Privatwirtschaft immer wieder vorkommen, immer wieder ärgerlich. Wir sehen darin aber im Gegensatz zu Beat Villiger kein Imageverlust für die Verwaltung und den Kanton. Eine gute Verwaltung zeichnet sich grundsätzlich durch ihre erbrachten Leistungen aus, durch die Leistungen ihrer Angestellten. Aber im angesprochenen Fall geht es nicht um die Qualität der Leistungen des betreffenden Arbeitnehmers. Die Art und Weise, wie die betroffene Person im Jahr 1996 vom damaligen CVP-Baudirektor Paul Twerenbold und dem Amtsleiter eingestellt worden ist, kann die AF nur positiv beurteilen. Die Vorgesetzten haben Angaben zum Vergehen am früheren Arbeitsort eingeholt und mit dem zukünftigen Angestellten darüber gesprochen. Sie wollten diesem Menschen eine Chance geben.
Wir begrüssen es, wenn der Regierungsrat weiterhin gewillt ist, Personen eine Chance zu geben, mit dem Risiko, dass diese nicht fähig oder willens sind, diese Chance dann auch zu nutzen. Auch in der Privatwirtschaft gibt es zum guten Glück immer wieder Arbeitgeber, welche probieren, Personen mit einem Vergehen einzustellen, damit diese wieder in die Zukunft blicken können, damit sie wieder eine Lebensperspektive haben. Es ist beängstigend, wie in den letzten Jahren die Tendenz zugenommen hat, Menschen zu entlassen, welche Fehler begangen haben. Als negatives Beispiel sei der Kanton Uri erwähnt. Es ist keine Lösung, Menschen zu entlassen oder nicht mehr anzustellen, bei welchen Schwächen ans Tageslicht gekommen sind, oder die – wie in diesem Fall – irgendwann gestolpert sind. Gegen diesen Trend muss sich der Staat, aber auch die Wirtschaft und die Gesellschaft wehren. Wo käme unsere Gesellschaft hin, wenn solche Chancen nicht mehr gegeben würden? Wenn nur noch die Perfekten eine Arbeit hätten? Eine solche Gesellschaft wäre zutiefst unmenschlich. Die Stiftung Phönix müsste bald wieder ein grösseres Tagesheim für Menschen mit psychischen Schwierigkeiten suchen. Was dies für den Kanton heisst, wissen wir seit dem letzten Frühling alle. Wir Alternativen stehen für eine Wirtschaft und eine Gesellschaft ein, in der Menschen Fehler machen dürfen und in der sie immer wieder eine Chance erhalten.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

357 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 25. März 2004 (Halbtagessitzung).

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

27. SITZUNG: DONNERSTAG, 25. MÄRZ 2004

8.30 – 12.10 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

358 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Abwesend sind: Christian Siegwart, Zug; Konrad Studerus, Menzingen; Flavio Roos, Risch.

359 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26. Februar 2004.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellung:
   Gesetz betreffend die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug, Änderung der Bestimmungen über die amtliche Vermessung.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 948.3/.4 – 11428/29).
4. Einbürgerungsgesuche.
   Antrag des Regierungsrats (Nr. 1218.1 – 11432).
5. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Ausbildung für Berufe im Gesundheitswesen).
   2. Lesung (Nr. 1184.4 – 11392).

6. Verschiedene Schlussabrechnungen:

6.1. Genehmigung der Schlussabrechnung (K40) betreffend die Kernentlastung II. Etappe, Gemeinde Baar.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 207.4 – 11408) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 207.5 – 11413).

6.2. Genehmigung der Schlussabrechnung (K98) betreffend den Ausbau der Kantonsstrasse 25a, Teilstrecke Zollweid - Matten, Gemeinde Hünenberg.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 231.4 – 11410) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 231.5 – 11414).

6.3. Genehmigung der Schlussabrechnung (K42) betreffend den Umbau der Kantonsstrasse 4c, Gemeinde Cham, Abschnitt Bärenplatz - Bahnhofstrasse, inklusive Kreisel Rabenplatz.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 469.4 – 11403) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 469.5 – 11415).

6.4. Genehmigung der Schlussabrechnung (K9) betreffend die Kantonsstrassen 4d/B, Gemeinde Risch, Umbau Knoten Lindenplatz, Rotkreuz.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 750.4 – 11404) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 750.5 – 11416).

6.5. Genehmigung der Schlussabrechnung (K44) betreffend den Ausbau der Ortsdurchfahrt, Teilstrecke Fischmatt bis Dorfbach, Gemeinde Oberägeri.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1212.1 – 11401) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1212.2 – 11417).

6.6. Genehmigung der Schlussabrechnung (K31) betreffend den Ausbau der Kantonsstrasse „R“, Abschnitt Maienmatt bis und mit Einmündung in die Kantonsstrasse 128b, Landerwerb, Gemeinde Oberägeri.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1213.1 – 11405) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1213.2 – 11418).

6.7. Genehmigung der Schlussabrechnung (K88) betreffend die Busbevorzugung auf der Kantonsstrasse 4b, Stadt Zug, Abschnitt Gubelstrasse - Stadtgrenze Zug.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1214. 1 – 11406) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1214.2 – 11419).

6.8. Genehmigung der Schlussabrechnung (K39) betreffend die Kernentlastung Baar, 1. Ausbaustufe, Kreisel Neugasse/Weststrasse, Gemeinde Baar.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1215. 1 – 11407) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1215.2 – 11420).

6.9. Genehmigung der Schlussabrechnung (K37) betreffend den Neubau der Sinserbrücke über die Reuss samt Zufahrtsstrassen, Gemeinde Hünenberg.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1216.1 – 11409) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1216.2 – 11421).

7. Gesetzesinitiativen

7.1. für eine bedarfsgerechte und soziale Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung im Kanton Zug und

7.2. für eine flexible Administration bei der Durchführung der Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung und eine schnellere Auszahlung der Gelder.
1. Lesung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1183.1/.2 – 11314/15), der Kommission (Nr. 1183.3 – 11402), der Kommissionsminderheit (Nr. 1183.5 – 11437) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1183.4 – 11423).

8. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Gründung einer interkantonalen Umweltagentur.
   1. Lesung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1172.1/.2 – 11288/89), der Kommission (Nr. 1172.3 – 11424) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1172.4 – 11425).
9. Kantonsratsbeschluss zur Erprobung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV).
   1. Lesung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1140.1/.2 – 11215/16), der Kommission (Nrn. 1140.3/.4 – 11411/12) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1140.5 – 11422).
10. Interpellation von Martin B. Lehmann betreffend finanzielle Situation der Pensionskasse (Nr. 1176.1 – 11299).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1176.2 – 11346).
11. Änderung des Gesetzes über die Kinderzulagen.
    1. Lesung.
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1161.1/.2 – 11267/68), Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats (Nr. 1161.3 – 11397) sowie Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1161.4 – 11435).
12. Änderung des Gesetzes über die Gewässer (GewG).
    1. Lesung.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1175.1/.2 – 11297/98) und der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz (Nrn. 1175.3/.4 – 11426/27).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Präsident der Wasserbaukommission heute um Mittagszeit pünktlich weg muss. Deshalb wird Trakt. 12 abtraktandiert.

➔ Der Rat ist einverstanden.

360 PROTOKOLL

Karl **Rust** kommt nicht umhin, eine Bemerkung zum Protokoll der letzten Sitzung, S. 923, anzubringen, bei der er entschuldigt abwesend war. Es geht um die Äusserung von Andrea Hodel zur Person des Votanten bei der Behandlung der Interpellation Beat Villiger. Im Protokoll heisst es: «Andrea Hodel erinnert an die Interpellation von Karl Rust über das Krankenversicherungsgesetz. Es war ein Aufwand von etwa 30'000 Franken, all diese Daten zusammenzuholen. Und niemand hat die Antwort verstanden und niemand hat sich dafür interessiert. Das ist der Grund, weshalb wir hier relativ gereizt reagieren.» -- Diese Behauptung weist Karl Rust, soweit sie ihn betreffen, vollumfänglich zurück. Er begründet kurz seine Richtigstellung.
1. Es war keine Interpellation, sondern es waren Fragen bei der 1. Lesung zum Objektkredit von 180 Mio. für den Zentralspital zu Handen der 2. Lesung.

2. Etwa fünf Fragen betrafen die Laufende Rechnung. Antwort der Regierung: Zusätzliche jährliche Mehraufwendung von ca. 9 Mio., d.h. immerhin gut 2 % aller Steuereinnahmen pro Jahr.
3. Etwa zwei Fragen betrafen einen vom Votanten in der Folge abgeänderten Antrag zur Kostenkontrolle, weil er herausgefunden hatte, dass der TU-Vertrag von 130 Mio. gar nicht finanzhaushaltgesetzkonform war. Namens der FDP-Fraktion (Protokoll S. 402) sagte Regula Töndury unter anderem, der abgeänderte Antrag von Karl Rust werde begrüsst. Kommissionspräsident Heinz Tännler sagte dazu: Was Karl Rust hier vorbringt, macht grundsätzlich Sinn.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das eine Äusserung gemäss § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung war.

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 26. Februar 2004 wird genehmigt.

361 MOTION DER SVP-FRAKTION BETREFFEND STÄRKUNG DER FINANZ-KOMPETENZEN DES KANTONSRATS

Die **SVP-Fraktion** hat am 26. Februar 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1217.1 – 11431 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

362 MOTION VON KARL BETSCHART, ANDREA HODEL UND BEAT VILLIGER BETREFFEND ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE KINDERZULAGEN (BGS 844.4 VOM 16. DEZEMBER 1982) UND DER VOLLZIEHUNGSVERORDNUNG ZUM GESETZ ÜBER DIE KINDERZULAGEN (BGS 844.411 VOM 28. MÄRZ 1983)

Karl **Betschart**, Baar, Andrea **Hodel**, Zug, und Beat **Villiger**, Baar, haben am 9. März 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1223.1 – 11439 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

363 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND ZUGER STRASSENBAUPROJEKTE ANGESICHTS DES AVANTI-VOLKSENTSCHEIDS UND DER FINANZIELLEN PERSPEKTIVEN DES KANTONS

Die **Alternative Fraktion** hat am 2. März 2004 die in der Vorlage Nr. 1219.1 – 11433 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird.

364 INTERPELLATION VON ANNA LUSTENBERGER-SEITZ UND MAJA DÜBENDORFER CHRISTEN BETREFFEND GEPLANTE «REGIONALSTUNDENTAFEL 2005» AUF DER PRIMARSTUFE

Anna **Lustenberger-Seitz** und Maja **Dübendorfer Christen**, beide Baar, haben am 4. März 2004 die in der Vorlage Nr. 1220.1 – 11434 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zehn Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird.

365 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND AUSGLEICH DER KALTEN PROGRESSION UND STEUERPAKET-AUSWIRKUNGEN AUF DIE FINANZEN VON KANTON UND GEMEINDEN

Die **Alternative Fraktion** hat am 8. März 2004 die in der Vorlage Nr. 1222.1 – 11438 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird.

366 INTERPELLATION VON ALOIS GÖSSI UND MARKUS JANS BETREFFEND KOSTENWAHRHEIT BEIM MOTORISIERTEN INDIVIDUELLEN VERKEHR (MIV)

Alois **Gössi**, Baar, und Markus **Jans**, Cham, haben am 11. März 2004 die in der Vorlage Nr. 1224.1 – 11440 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird.

367 GESETZ BETREFFEND DIE EINFÜHRUNG DES SCHWEIZERISCHEN ZIVILGESETZBUCHS FÜR DEN KANTON ZUG, ÄNDERUNG DER BESTIMMUNGEN ÜBER DIE AMTLICHE VERMESSUNG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 948.3/.4 – 11428/29).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Werner Villiger, Zug, ***Präsident***	***SVP***
1.	Bruno Briner, Rebenweg, 21d, 6331 Hünenberg	FDP
2.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
3.	Käty Hofer, Einhornweg 4, 6331 Hünenberg	SP
4.	Guido Käch, Luzernerstrasse 56, 6330 Cham	CVP
5.	Gregor Kupper, Windenboden 4, 6345 Neuheim	CVP
6.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
7.	Karl Rust, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
8.	Peter Rust, Wihelstrasse 20, 6318 Walchwil	CVP
9.	Stephan Schleiss, Bahnhofstrasse 36, 6312 Steinhausen	SVP
10.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
11.	Beat Stocker, Industriestrasse 3, 6300 Zug	SVP
12.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
13.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
14.	Erwina Winiger Jutz, Adelheid-Page-Strasse 14, 6330 Cham	AF
15.	Josef Zeberg, Blickensdorferstrasse 8a, 6340 Baar	FDP

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass bei der Kommission für die Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Flexibilisierung bei der Leitung der Staatskanzlei und der Delegation von Kompetenzen) von der SP-Fraktion an Stelle von Alois Gössi neu Käty **Hofer** vorgeschlagen wird.

➔ Der Rat ist mit dieser Änderung einverstanden.

368 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1218.1 – 11432).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

27 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

a) 6 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 26 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

369 ÄNDERUNGEN DES GESETZES ÜBER DAS GESUNDHEITSWESEN (AUSBILDUNG FÜR BERUFE IM GESUNDHEITSWESEN)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. Januar 2004 (Ziff. 317) ist in der Vorlage Nr. 1184.4 – 11392 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 74 : 0 Stimmen zu.

370 VERSCHIEDENE SCHLUSSABRECHNUNGEN

A. GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG (K40) BETREFFEND KERNENTLASTUNG II. ETAPPE, GEMEINDE BAAR

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 207.4 – 11408) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 207.5 – 11413).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

B. GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG (K98) BETREFFEND DEN AUSBAU DER KANTONSSTRASSE 25A, TEILSTRECKE ZOLLWEID-MATTEN, GEMEINDE HÜNENBERG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 231.4 – 11410) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 231.5 – 11414).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

C. GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG (K42) BETREFFEND DEN UMBAU DER KANTONSSTRASSE 4C, GEMEINDE CHAM, ABSCHNITT BÄRENPLATZ-BAHNHOFSTRASSE, INKLUSIVE KREISEL RABENPLATZ

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 469.4 – 11403) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 469.5 – 11415).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

D. GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG (K9) BETREFFEND DIE KANTONSSTRASSEN 4D/B, GEMEINDE RISCH, UMBAU KNOTEN LINDEN-PLATZ, ROTKREUZ

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 750.4 – 11404) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 750.5 – 11416).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

E. GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG BETREFFEND DEN AUSBAU DER ORTSDURCHFAHRT, TEILSTRECKE FISCHMATT BIS DORFBACH, GEMEINDE OBERÄGERI (K44)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1212.1 – 11401) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1212.2 – 11417).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

F. GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG (K31) BETREFFEND DEN AUSBAU DER KANTONSSTRASSE «R», ABSCHNITT MAIENMATT BIS UND MIT EINMÜNDUNG IN DIE KANTONSSTRASSE 128B, LANDERWERB, GEMEINDE OBERÄGERI

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1213.1 – 11405) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1213.2 – 11418).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

G. GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG (K88) BETREFFEND DIE BUSBEVORZUGUNG AUF DER KANTONSSTRASSE 4B, STADT ZUG, ABSCHNITT GUBELSTRASSE-STADTGRENZE ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1214.1 – 11406) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1214.2 – 11419).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

H. GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG (K39) BETREFFEND DIE KERNENTLASTUNG BAAR, 1. AUSBAUSTUFE, KREISEL NEUGASSE / WEST-STRASSE, GEMEINDE BAAR

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1215.1 – 11407) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1215.2 – 11420).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

I. GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG (K37) BETREFFEND DEN NEUBAU DER SINSERBRÜCKE ÜBER DIE REUSS SAMT ZUFAHRTSSTRASSEN, GEMEINDE HÜNENBERG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1216.1 – 11409) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1216.2 – 11421).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

371 GESETZESINITIATIVEN
– FÜR EINE BEDARFSGERECHTE UND SOZIALE PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG IM KANTON ZUG
– FÜR EINE FLEXIBLE ADMINISTRATION BEI DER DURCHFÜHRUNG DER PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG UND EINE SCHNELLERE AUSZAHLUNG DER GELDER

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1183.1/.2 – 11314/15), der Kommission (Nr. 1183.3 – 11402), der Kommissionsminderheit (Nr. 1183.5 – 11437) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1183.4 – 11423).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es beim Eintreten um drei verschiedene Elemente geht, nämlich um die Systeminitiative, die Durchführungsinitiative und den Gegenvorschlag des Regierungsrats zur Durchführungsinitiative. Der Inhalt der beiden Initiativen ist als Beilage im Bericht des Regierungsrats aufgeführt. – Wir führen die Eintretensdebatte über alle drei Elemente gemeinsam. Erfahrungsgemäss ist es schwierig, bei thematisch eng beieinander liegenden Geschäften beim Eintreten die einzelnen Geschäfte abzugrenzen.
Peter Rust weist den Rat darauf hin, dass es eine besondere Art von Eintretensdebatte ist. Gemäss § 35 Abs. 4 und Abs. 5 der Kantonsverfassung muss der Kantonsrat auf die beiden Gesetzesinitiativen eintreten und sie materiell behandeln. Nichteintreten wäre verfassungswidrig. Eine Eintretensdebatte macht trotzdem Sinn, und zwar als Grundsatzdiskussion für die Meinungsbildung. – Sie haben bei den beiden rechtlich voneinander unabhängigen Initiativen gemäss Verfassung folgende Möglichkeiten:

a) Es werden beide Initiativen abgelehnt. Es werden beide Initiativen gutgeheissen. Es wird die eine oder die andere Initiative gutgeheissen.

b) Sofern Sie eine oder beide Initiativen ablehnen: Sie beschliessen einen Gegenvorschlag zur abgelehnten Initiative oder zu beiden abgelehnten Initiativen oder gar keinen Gegenvorschlag.

Kommissionspräsident Guido **Käch** hält fest, dass wir einmal mehr mit der Behauptung konfrontiert sind, dass die Zuger Politik der Situation von Familien mit unterhaltspflichtigen Kindern und Einzelpersonen in bescheidenen Einkommensverhältnissen zu wenig Rechnung trage. Mitglieder der sozialdemokratischen und der alternativen Parteien verstehen es immer wieder, einzelne sozialpolitische Themen herauszugreifen, um den Vertretern der bürgerlichen Parteien mangelndes Sozialverständnis vorzuwerfen. Sie tun dies mit System und grosser Hartnäckigkeit und behaupten, dass Regierung und bürgerliche Parlamentsmitglieder Gesetze und Vorschriften missachten. In verschiedenen Medien erhielten sie eine Plattform, um ihre einseitigen und unwahren Behauptungen zu verbreiten. Die Neue Zuger Zeitung titelte zum Beispiel in zwei Beiträgen «Prämienverbilligung – Beide Gesetzesinitiativen abgeschmettert» und «Prämienverbilligung – Minderheit moniert Sarkasmus». Respektlos wird angeschuldigt und angeprangert. An der zweifellos ausgewogenen und korrekten Vorlage der Regierung und der konstruktiven Arbeit der Kommission findet die Gegnerschaft keinen guten Faden. Was zwei sozialdemokratische Regierungsmitglieder in der Gesundheitsdirektion schon angestrebt, aber nicht zustande gebracht haben, soll jetzt mit zwei Initiativen subito realisiert und umgesetzt werden.
Die Kommission hat die zwei Initiativen und die regierungsrätliche Vorlage an zwei Halbtagssitzungen beraten. Gesundheitsdirektor Joachim Eder und seine Mitarbeiter Andreas Schwarz und Jacques Luchsinger sowie der Direktor der Ausgleichskasse Zug, Rolf Lindenmann, haben uns über die Vorlage sehr kompetent und umfassend informiert und die massgebenden Punkte erläutert. Für die sachliche und fachliche Unterstützung dankt der Votant im Namen der Kommissionsmitglieder recht herzlich. Dem Initiativkomitee, vertreten durch Manuela Weichelt und Hubert Schuler, haben wir Gelegenheit gegeben, seine Standpunkte ausführlich darzulegen. In der anschliessenden Beratung, in der alle möglichen Argumente und Fakten einbezogen wurden, haben sich die Kommissionsmitglieder eine Meinung bilden können. Die Versuche, Kompromisslösungen zu finden, scheiterten nicht nur an der Tatsache, dass der Kanton jetzt schon ein gutes und taugliches System hat, sondern auch am sturen Festhalten an den in den Initiativen gestellten Forderungen. Für die Kommissionsminderheit gab es nur entweder oder, sie konnte und wollte auch keine konstruktiven Vorschläge in die Debatte einbringen. Unserem Bericht können Sie entnehmen, dass der Entscheid dann ganz eindeutig und klar zu Gunsten der regierungsrätlichen Vorlage gefallen ist. Die Begründung und die Einzelheiten haben sie dem Kommissionsbericht entnehmen können, auf weitere Ausführungen wird deshalb verzichtet.
Der Minderheitsbericht war schon in der Kommission ein Diskussionspunkt. Auf Grund des deutlichen Abstimmungsresultats war die Mehrheit der Auffassung, dass sich ein solcher Bericht nicht rechtfertigen lässt. Es wurde dann vereinbart, dass die Standpunkte der Kommissionsminderheit und der Initianten im Kommissionsbericht angemessen erwähnt werden. Aus Sicht von Guido Käch wurde diese Vereinbarung klar erfüllt. Trotzdem liegt nun ein Minderheitsbericht vor, in dem die Forderungen der Initianten einmal mehr wiederholt werden. Vergleicht man die Inhalte der beiden Berichte, sind kaum Unterschiede festzustellen, ausser der harschen Kritik der

Kommissionsminderheit an den Argumenten und Anträgen der Regierung und der Kommissionsmehrheit. – Noch einige Bemerkungen zum Inhalt des Minderheitsberichts. Die Prämiensubventionen werden nicht wie behauptet ineffizient eingesetzt, sondern basieren auf einem ganzheitlichen System. Dieses System berücksichtigt die Höhe des Einkommens, die Familienstruktur (Anzahl Erwachsene und Anzahl Kinder), die vom Regierungsrat festgelegten Richtprämien, es verlangt aber auch Eigenverantwortung und Eigeninitiative der Bezugsberechtigten. Verständliche und detailliertere Informationen darüber können sie der Broschüre «Prämienverbilligungen im Kanton Zug» entnehmen. Ein einheitlicher prozentualer Selbstbehalt vom anrechenbaren Einkommen ist vertretbar, wenn man diese Tatsache nicht isoliert, sondern im Rahmen des Gesamtsystems beurteilt. Was die Geldmenge betrifft, hat sich die Kommission an den budgetierten und beschlossenen Betrag zur Prämienverbilligung im Budget 2004 gehalten.
Das Zuger IVP-Modell ist tauglich, eine effizient und wirksam Lösung, es hat auch kleinere Mängel, es hat Vorteile und Nachteile wie dies jedes andere System auch hat. Eine Änderung wäre mit grossen Kosten verbunden, die bei einem Alleingang des Kantons Zug finanz- und sozialpolitisch nicht zu rechtfertigen wären. Falls das Initiativkomitee trotz der klaren Ausgangslage eine Abstimmung ins Auge fassen will, sollte es mindestens so fair sein, gleichzeitig über eine Erhöhung der Kantonssteuern abstimmen zu lassen.
Was sind die Schlussfolgerungen? Die Beiträge der individuellen Prämienverbilligung sind für viele Menschen im Kanton Zug ein wichtiger Budgetposten, ohne dessen Einnahmen sie in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten kommen würden. Eine höhere Entschädigung wäre in mancher schwierigen Situation willkommen und auch vertretbar. Dieser Tatsache war sich die vorberatende Kommission sehr bewusst. Wenn man aber das System der individuellen Prämienverbilligung nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit allen Massnahmen zu Gunsten von Menschen mit bescheidenen Einkommensverhältnissen beurteilt, kann und darf man zum Schluss kommen, dass im Kanton Zug kein sofortiger Handlungsbedarf gegeben ist. Auch kleine Schritte könnten zum Ziel führen, dazu braucht es jedoch kompromissbereite Verhandlungspartner. Das Zuger System erfüllt die Anforderungen bezüglich Wirksamkeit der Prämienverbilligung und ist im ersten Drittel der Interface-Studie 2002 platziert, von den angrenzenden Kantonen schneidet nur der Kanton Aargau leicht besser ab. Viele Kantone erfüllen diese Anforderungen nicht. Der Aufwand für eine Systemänderung lässt sich im Alleingang nicht rechtfertigen, der damit verbundene administrative Mehraufwand und die Mehrkosten sind zu hoch. Mit einem erneuten Vorstoss auf Bundesebene ist zu rechnen. Sobald eine Bundeslösung beschlossen ist und eine taugliche EDV-Lösung zur Verfügung steht, wird der Kanton Zug diese auch zügig prüfen und dem Kantonsrat einen Antrag stellen.
Die Kommissionsmehrheit beantragt dem Rat mit zwei Gegenstimmen
– beide Gesetzesinitiativen abzulehnen, auf die Vorlage 1183.2 einzutreten, der Kleinkorrektur zuzustimmen und die Motion von Christoph Hohler als erledigt abzuschreiben, also den Anträgen der Regierung zu folgen.
– Alle Anträge der Kommissionsminderheit abzulehnen.
Die CVP-Fraktion unterstützt ebenfalls einstimmig die Anträge der Regierung, der Kommissionsmehrheit und der Stawiko. Auf Grund der heutigen Situation ist sie der Meinung, dass es richtig und logisch wäre, wenn die beiden Initiativen nicht zur Abstimmung gebracht würden.

Lilian **Hurschler**: Als Antwort auf die harschen Anschuldigungen des Kommissionspräsidenten an unsere Adresse nur so viel: Ein Minderheitsbericht ist ein demokratisches Mittel, und das haben wir genutzt. – Die Krankenkassenprämien sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Sie sind zur Hauptbelastung Nr. 1 für das Haushaltsbudget geworden. Dies geht aus dem Gesundheitsmonitor 2003 hervor. Mit dem aktuellen Zuger System werden die stetig ansteigenden Krankenkassenprämien durch die ausbezahlten Prämienverbilligungsgelder nicht aufgefangen. Der Regierungsrat erhöhte die Selbstbehalte jährlich, anstatt die Belastung auf einem vertretbaren Niveau zu stabilisieren. Besonders Personen mit tiefen Einkommen und der untere Mittelstand werden in Zug zu wenig durch die Prämienverbilligung entlastet. Anstelle einer sozial- und volkswirtschaftlichen Prämienverbilligungspolitik fährt der Kanton Zug seit Jahren eingleisig auf der finanzpolitischen Schiene.
Wir haben folgende Ausgangslage: Der Kanton Zug hat erstmals im Jahr 2002 die vom Gesetzgeber verlangte minimale Ausschöpfung von 50 % ausbezahlt. Von 1996-2001 erhielt die Bevölkerung jedes Jahr zu wenig IPV, so dass der Bund den Kanton Zug verpflichtete, die Differenz bis zu 50 % auf das folgende Jahr zu übertragen. Da der Kanton Zug nie 100 % der bereitgestellten Mittel in Bern abholte, musste die Zuger Bevölkerung seit 1996 auf insgesamt rund 135 Mio. Franken verzichten. Diese soziale und volkswirtschaftliche Kurzsichtigkeit kostete die Haushalte in bescheidenen finanziellen Verhältnissen im Jahr rund 1'000 Franken. Die Systeminitiative verlangt einen nach Einkommen abgestuften Selbstbehalt – eine Progression analog dem Steuersystem und analog dem Stufenmodell des Bundes. Dadurch können Personen mit tiefen Einkommen viel wirkungsvoller entlastet werden. Für Haushalte in der tiefsten Einkommenskategorie soll der Selbstbehalt auf 2 % gesenkt werden. Mit der Systeminitiative wird erreicht, dass bei Menschen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen die Prämienerhöhung durch die IPV aufgefangen wird. Dies geht jedoch nur, wenn der Selbstbehalt jedes Jahr innerhalb der einzelnen Einkommenskategorie der selbe ist.
Um das Initiativ-Modell finanzieren zu können und zu verhindern, dass diese Änderung auf Kosten anderer, z.B. Familien mit Kindern geht, bedarf es einer Ausschöpfung der Bundesbeiträge von mindestens 80 %. Die Systeminitiative hat gegenüber der bisherigen zugerischen Lösung sowohl aus sozialer als auch aus volkswirtschaftlicher Sicht wesentliche Vorteile. Da aus Bern leider frühestens 2007 mit einer Bundeslösung bei der Prämienverbilligung zu rechnen ist und wir auch in den kommenden Jahren mit weiteren Prämienerhöhungen rechnen müssen, drängt sich eine zugerische Regelung auf. Umso mehr, da die Forderungen der Initiantinnen und Initianten mit der absehbaren Bundeslösung in Einklang stehen. Der Bundesrat hat bekanntlich gestern die Vernehmlassungsbotschaft für die Prämienverbilligung verabschiedet.
Die Durchführungsinitiative bringt folgende drei wesentliche Verbesserungen gegenüber der heutigen zugerischen Praxis.
• Der Kanton Zug muss erstens das geltende Bundesrecht umsetzen und die aktuellsten Einkommens- und Familienverhältnisse berücksichtigen, was er bis heute vernachlässigt.
• 2. können mit der Umsetzung der Initiative wesentliche finanzielle oder familiäre Änderungen während des laufenden Jahres endlich rechtzeitig berücksichtigt werden. Heute erfolgt die Berechnung des Anspruchs ausschliesslich auf Grund der definitiven Steuerdaten, d.h. im besten Fall auf dem Einkommen vor zwei Jahren. Auf familiäre und finanzielle Veränderungen, z.B. durch Familienzuwachs oder vermin-

dertem Einkommen, nimmt das heutige System keine Rücksicht. Für Haushalte in bescheidenen finanziellen Verhältnissen mit Lohn- oder Familienveränderungen ist dies äusserst belastend, da die Subvention nicht rechtzeitig erfolgt.
• 3. Anträge auf Prämienverbilligung können neu bis zum 30. September eingereicht werden und nicht wie heute lediglich bis Ende März.
Wir sind überzeugt, dass eine wirksame Entlastung eines grossen Teils der Zuger Bevölkerung die Mehrbelastung des kantonalen Budgets von ca. 4,1 Mio. mehr als wett macht. Angesichts der 27 Mio. Franken, auf die der Kanton bei einer allfälligen Annahme des Steuerpakets verzichten müsste, bzw. die Mehrheit des Regierungs- und des Kantonsrats verzichten möchte, erscheinen uns diese 4,1 Mio. Franken als durchaus verkraftbar. Sozial- und volkswirtschaftspolitisch sind höhere Prämiensubventionen auf jeden Fall dringender als Steuerentlastungen für gutsituierte Familien und Hauseigentümer(-innen).
Im Namen der Kommissionsminderheit beantragt die Votantin deshalb, auf die beiden Initiativen einzutreten und ihnen zuzustimmen. Ebenfalls beantragen wir, auf den Gegenvorschlag des Regierungsrats zur Durchführungsinitiative nicht einzutreten, da es sich bei dem vermeintlichen Entgegenkommen bei der Einreichungsfrist bis April um eine Harmonisierung der Durchführungspraxis mit anderen Zentralschweizer Kantonen und bei der Festschreibung der Einkommensveränderung von 25 % um die bereits bestehende Praxis des Verwaltungsgerichts handelt. Zudem behebt der Gegenvorschlag die ausgeführten grundlegenden Mängel nicht, sondern mildert diese lediglich geringfügig.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko die Vorlage an der Sitzung vom 4. März beraten hat. Er verweist wie üblich auf den Bericht und fasst die wichtigsten Punkte zusammen.
Finanziell Aspekte. Wie Sie den Unterlagen entnehmen können, hat die Belastung des Kantons Zug bei der Prämienverbilligung seit 1996 von 8,2 Mio. auf 22,5 Mio. Franken gewaltig zugenommen. Dabei wurden anfänglich 50 % der Bundesgelder abgeholt, heute sind es bereits 67,5 %. Warum 67,5 % und nicht 100 %? Auf Grund seiner Finanzkraft wird der Kanton Zug bei der Prämienverbilligung ein weiteres Mal überdurchschnittlich zur Kasse gebeten. Während beispielsweise Obwalden für einen Kantonsbeitrag von 10 Franken Bundesgelder von 116 Franken zur Prämienverbilligung abholen kann, erhält der Kanton Zug für die gleichen 10 Franken nur 5 vom Bund. Die Belastung des Kantons Zug ist deshalb ungleich höher, weshalb der Handlungsspielraum des Regierungsrats bei der Prämienverbilligung sehr schmal ist: Die Krankenkassenprämien steigen weiter und belasten die Haushaltbudgets weiter Bevölkerungskreise. Die prozentuale Belastungsgrenze, die in den Jahren 99 bis 2001 bei 4,8 % des massgebenden Einkommens festgelegt wurde, musste vom Regierungsrat in der Zwischenzeit auf 7,7 % angehoben werden. Weitere Steigerungsmöglichkeiten liegen in diesem Bereich höchstwahrscheinlich nicht mehr drin. Würden die Bundesgelder zu 100 % ausgeschöpft, wären neu rund 33 Mio. Franken für die Prämienverbilligung zu budgetieren. Dies ist ein Betrag, der in der heutigen Situation eine erhebliche Belastung für unser Kantonsbudget darstellen würde.
Selbstverständlich beobachtet auch die Stawiko mit Besorgnis die Problematik der Kostensteigerung im Gesundheitswesen. Prämienverbilligungen sind aber leider eine rein symptomatische Massnahme. Die Gesundheitspolitiker versuchen damit die nötige Zeit zu gewinnen, um die dringend nötigen Reformen im Gesundheitswesen

umzusetzen. Es wird etwas Druck aus dem kranken System genommen, bis – so hofft man – die kausale Therapie greift. Dabei stellt sich die schwierige Frage, wie hoch diese Prämienverbilligungen sein sollen? Sind sie zu tief, werden die sozialen Folgen der Kostensteigerung im Gesundheitswesen nicht genügend abgefedert. Sind die Verbilligungen zu hoch, wird kein Umdenken der Versicherten in Richtung von mehr Eigenverantwortung und Kostenbewusstsein stattfinden. Ebenfalls wird bei zu hohen Prämienverbilligungen der Druck von den Leistungserbringern genommen, ihre Kosten zu senken. Die Stawiko ist der Meinung, dass der Regierungsrat bis heute eine guten Mittelweg in dieser komplexen Frage gefunden hat. Die Interface-Studie hat dies bestätigt. Der Vorwurf, man habe der Bevölkerung Prämienverbilligungsgelder vorenthalten, ist aus unserer Sicht unbegründet. Die ausführliche regierungsrätliche Vorlage zeigt klar auf, weshalb die Regierung die beiden Gesetzesinitiativen nicht unterstützt.
Wir unterstützen die Meinung der Regierung, dass das bewährte und administrativ kostengünstige System im Kanton Zug beibehalten werden soll. Die KVG-Revision 2 wurde zwar verworfen. Es ist aber in Kürze auf eidgenössischer Ebene mit neuen Vorlagen zu rechnen – eine davon bringt ein neues Bundesmodell mit abgestuften Prämienbelastungsgrenzen. Es macht aus unserer Sicht wenig Sinn, im Alleingang ein neues Zuger Modell zu entwickeln und einzuführen. Die hohen Kosten für dieses Projekt sind aus unserer Sicht nicht zu rechtfertigen. Die Bundeslösung muss abgewartet werden. Der von den Initianten geforderte minimale Auslösungssatz von 80 % der Bundesgelder ist abzulehnen. Es soll dem Regierungsrat – unter Vorbehalt der Budgetgenehmigung durch den Kantonsrat – weiterhin überlassen bleiben, je nach Prämienentwicklung und finanziellen Möglichkeiten jährlich die Modalitäten der Prämienverbilligung festzulegen. Die vom Initiativkomitee geforderten Fristenverlängerungen und flexiblen Möglichkeiten zur Neuberechnung hätten einen grossen Personalaufwand mit den entsprechenden Kosten zur Folge. Zudem sind gewisse Forderungen von den Abläufen her schlicht nicht praktikabel. Wir sind deshalb, wie die vorberatende Kommission, mit den von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Änderungen für die anspruchsberechtigten Personen, bei der Neuberechnung, den Sonderregelungen und der Verlängerung der Eingabefrist bis zum 30. April einverstanden. – Die Stawiko beantragt einstimmig, die beiden Initiativen abzulehnen sowie auf die Vorlage Nr. 1183.2 einzutreten und ihr mit der redaktionellen Änderung gemäss der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält klar fest: Die AF unterstützt beide Volksinitiativen. Wir begrüssen es sehr, dass die beiden Kommissionsmitglieder Lilian Hurschler und Andrea Erni einen Minderheitsantrag gemacht haben. Die bedarfsgerechte und soziale Verbilligung der Krankenkassenprämien sowie ein flexibles Verfahren sind heute noch wichtiger als zur der Zeit, als Alternative, SP und Gewerkschaften die beiden Initiativen lancierten. – Zur Begründung möchte die Votantin gerne mit einem Beispiel beginnen. Ein Bekannter von ihr begann eine Diskussion zum Thema ansehnliche Vermögen von einigen älteren Leuten. Dieser Kollege arbeitet in einem Pflegeheim und erlebt oft, wie Bewohner sterben und grössere, meist hart ersparte Vermögen zurücklassen. Er fand, es brauche ein Gesetz, welches vermögenden älteren Menschen vorschreibt, ihre Kinder und Grosskinder finanziell zu unterstützen. Nach einer hitzigen Diskussion über diese fragwürdige Forderung brachte er es auf den Punkt: Grosse Sorge bereitet ihm die Krankenversicherung seiner Familie. Seine

Sorgen sind die ständig steigenden Prämien für die Krankenversicherung, die das Budget der Familie immer stärker belasten. Denn die Familie mit ihren vier schulpflichtigen Kinder hat ein monatliches Familieneinkommen von rund 6‘500 Franken. Auch dank viel Sonntagsarbeit und Nachtschichten des Vaters im Pflegeheim. Aber auch dank eines Nebenerwerbs der Partnerin und Mutter. Vater und Mutter arbeiten beide intensiv, daneben werden gemeinsam vier Kinder grossgezogen. Das Familienleben ist unter diesen Umständen alles anderes als einfach. Die Familie bezeichnet sich selber als Familie des unteren Mittelstandes. Solche Familien mit kleinen und mittleren Einkommen sind die Stützen unserer Gesellschaft. Auch für Anna Lustenberger ist klar: es gibt noch viele Familien mit weit tieferen Einkommen, trotz des vollen Arbeitseinsatzes eines Elternteils.
Genau um solche Familien geht es der AF und auch dem Initiativkomitee. Daher sind beide Initiativen dringend notwendig. Denn die Krankenkassenprämien sind in den letzten Jahren schubartig angestiegen, rund 10 % pro Jahr. Die Prämien für die Krankenkasse werden mehr und mehr zur grossen Belastung für immer mehr Familien. Und die Prämien werden weiter steigen. Man stelle sich vor, die erwähnte Familie hätte wirklich eine Prämienvergünstigung mit einem Selbstbehalt von 2 oder 3 %. Das würde einiges erleichtern und der Kollege käme nicht mehr auf die Idee, ältere Leute zu Zwangsabgaben für ihre Kinder und Grosskinder zu verpflichten. Es ist aber für die AF ebenso klar, dass die Prämienverbilligung nicht weiter nach dem Giesskannenprinzip verteilt werden soll. Wir begrüssen daher die Forderungen des Initiativkomitees sehr, dass der Selbstbehalt mit 2 % beginnen soll, dann aber nach Einkommensstufe langsam erhöht wird. Und für uns ist es genau so klar, dass dies nicht kostenneutral verlaufen soll, der Mittelstand darf nicht bestraft werden.
Daher sehen wir es als unumgänglich, dass der Kanton beim Bund die geforderten 80 % oder mehr einlösen soll. Die Kommissionsmehrheit begründet zwar ihre ablehnende Haltung gegenüber dieser Forderung: Es gelte abzuwarten, bis ein neuer Vorschlag des Bundes auf dem Tisch liege, es müsse dann sowieso alles wieder angepasst werden. Wir wissen alle, dass die Revision des Krankenversicherungsgesetzes vom Parlament in der Schlussabstimmung abgelehnt wurde. Bis eine neue Vorlage in Kraft ist, vergeht noch viel Zeit. Und die Vorschläge aus dem Departement Couchepin sind ja alles andere als familienfreundlich – Erhöhung der Franchise, Erhöhung des Selbstbehalts. Das wird Familien, aber auch ältere und kranke Menschen zusätzlich belasten. Eine höhere Prämienverbilligung während ein paar Jahren ist für Familien, wie sie im Beispiel geschildert wurde, von sehr grosser Bedeutung. Noch mehr stört die Votantin das Argument, das bestehende Zuger Modell zeichne sich durch Einfachheit, Klarheit, Effizienz und tiefe Verwaltungskosten aus. Sind solche Gründe wirklich gerechtfertigt, wenn die Prämienbelastung für viele Familien fast nicht mehr tragbar ist? Vielen Familien geht der finanzielle Schnauf aus, und die bürgerliche Kommissionsmehrheit ist stolz auf die tiefen Verwaltungskosten. Das verstehen die Familien im Kanton Zug nicht.
Die AF befürwortet ebenfalls die Durchführungsinitiative. Gerne erwähnt Anna Lustenberger als Begründung nochmals die dargestellte Familie. Es könnte ja sein, dass die Ehefrau aus irgendwelchen Gründen im Sommer ihr Arbeitspensum von 30 bis 50 % aufgeben müsste. Beispielsweise, weil eines der Kinder erkrankt und die Mutter zuhause sein müsste. Die Familie würde auf einen Schlag 20 % weniger Einkommen haben. Trotz der massiv veränderten Einkommenssituation bleibt die Prämienverbilligung gleich. Eine Anpassung erfolgt erst in zwei Jahren. Natürlich kann man entgegnen, dass für solche Fälle Lösungen vorhanden wären. Aber das ist doch eine

Erniedrigung für einen arbeitenden Elternteil, welcher 100 % strengste Arbeit verrichtet: Die Familie möchte keine Sozialhilfe, sie möchte eine Regelung, welche für sie stimmt und bei der sie nicht aus dem Rahmen fällt. – Wir unterstützen den Gegenvorschlag der Regierung nicht, die Eingabefrist bis Ende April zu verlängern. Diese Verlängerung um einen Monat bringt praktisch nichts, sie hilft höchstens den Vergesslichen unter den Anspruchsberechtigten. Im Steuerrecht hat man zu Recht die Gegenwartsbesteuerung eingeführt. Machen wir es doch bei den Prämienverbilligungen ebenso – die gegenwärtige Einkommenssituation ist entscheidend.
Die individuelle Prämienverbilligung entlastet das Haushaltsbudget vieler anspruchsberechtigter Versicherter, insbesondere von Familien mit Kindern, die mit einem bescheidenen Budget auskommen müssen. Das wollen bestimmt alle. Niemand will, dass Familien auf Grund der hohen Krankenversicherungskosten auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Mit einem Ja zu den beiden Initiativen haben Sie die Gelegenheit, die Familienpolitik im Parteiprogramm in die Tat umzusetzen. Wenn wir wirklich wollen, dass es Familien mit tiefen Einkommen besser geht, dann muss zu diesen beiden Initiativen ja gesagt werden. Anna Lustenberger bittet im Namen der AF um die Unterstützung des Rats.
Noch etwas zur Abschreibung der Motion Hohler. Gemäss dem Bericht der Kommissionsminderheit wurde über die Abschreibung der Motion Hohler nicht gross diskutiert. Wie kann man ein Begehren als erledigt abschreiben, das noch nicht erfüllt wurde? Der Umfang von 70 % ist noch nie ausgeschöpft worden und dies wird anscheinend auch in den nächsten Jahren nicht der Fall sein. Die Motion darf also nicht als erledigt abgeschrieben werden. Ein Ausschöpfen der Bundessubventionen im Umfang von 70 % würde viele Familien, viele Menschen mit tiefen Einkommen wirksam unterstützen. – «Familien entlasten», die AF steht hinter dieser Aussage – aber nicht mit Steuergeschenken für gutsituierte Familien, sondern mit sozial gerechten Verbilligungen bei den Krankenkassenprämien. Wer Familien wirksam unterstützen will, muss ja sagen zu den beiden Initiativen.
Noch etwas zum Eintretensvotum des Kommissionspräsidenten. Die Votantin weist seine Vorwürfe mit aller Deutlichkeit und aufs schärfste zurück. Sie möchte zu bedenken geben, dass gerade sozialpolitische Initiativen von der Bevölkerungen oft angenommen wurden. Als Beispiel erwähnt sie die Ladenöffnungszeiten, bei welchen die AF sich für die kleinen Geschäfte aber auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt hat. Dass wir eine solche Hartnäckigkeit an den Tag legen, fasst die Votantin beinahe als Kompliment auf. Denn nur so ist es uns gelungen, unseren Wähleranteil zu vergrössern. Das Resultat kennen wir. – Kompromissbereitschaft der bürgerlichen Fraktionen hätte Anna Lustenberger gerne erlebt, als es vor einem guten Jahr um die Sitzverteilung bei den Kommissionen ging.

Eusebius **Spescha** meint, die Eintretensdebatte diene üblicherweise dazu, eine Auslegeordnung der Argumente vorzunehmen. Da liegt es in der Natur der Sache, dass viele und harte Argumente fallen, aber nicht, dass der Kommissionspräsident einen erheblichen Teil seiner Redezeit dazu nutzt, den politischen Gegner zu diffamieren. Namens der SP-Fraktion wehrt sich der Votant dagegen.
Wir wissen es alle, die Gesundheitskosten sind ein ungelöstes Problem und belasten die Finanzen von Haushalten mit kleinem bis mittlerem Einkommen erheblich. Aus ökonomischer Sicht handelt es sich eigentlich um zwei verschiedene Problemkreise:

1. Wir haben im Gesundheitswesen kaum funktionierende Steuerungsmechanismen, so dass wir eine ungebremste Kostenentwicklung haben.
2. Wir haben eine äusserst unsoziale Pro-Kopf-Finanzierung der Krankenversicherung, notabene die unsozialste in Europa.
Das System der Prämienverbilligung wurde geschaffen, um dem zweiten Problemkreis entgegen zu wirken. Haushalten mit kleinen bis mittleren Einkommen sollen mit der Prämienverbilligung die Krankenkassenkosten einigermassen erträglich gemacht werden. Auf Wunsch der Kantone wurde die Umsetzung der Prämienverbilligung den Kantonen überlassen, so dass wir heute 26 verschiedene Systeme haben. Die KVG-Revision, welche eine teilweise Harmonisierung bringen sollte (z.B. mit Zielvorgaben für die Belastung der Haushalteinkommen durch Krankenkassenprämien), ist bekanntlich gescheitert. Den Optimismus, dass eine Neuauflage demnächst erfolgreiche sein werde, teilt Eusebius Spescha nicht. – Wenn wir die Situation im Kanton Zug anschauen, so haben wir die gleiche Situation: Die Krankenkassenprämien steigen und steigen, die Belastung der Haushalte mit bescheidenem Einkommen wird immer unerträglicher. Unerträglich ist aber auch, dass der Kanton Zug sich minimalistisch verhält und die Bundesbeiträge nicht ausschöpft. Nachdem verschiedene Anläufe von Seite der SP zur Verbesserung keinen Erfolg hatten, haben wir zum Mittel der Volksinitiative gegriffen. Mit den beiden Initiativen wollen wir einerseits eine wirkungsvollere Prämienverbilligung für jene, die darauf angewiesen sind, und andererseits eine flexiblere und damit situationsgerechtere Administration der Prämienverbilligung. Die Details der Initiativen haben Sie nachlesen können.
Bei der Schaffung des heute gültigen KVG wurde der Beibehalt der unsozialen Kopfprämien mit der Prämienverbilligung schmackhaft gemacht. Die Kantone, und im Besonderen der Kanton Zug, haben ihre damaligen Versprechen nicht eingehalten. Sie haben heute die Möglichkeit, diese Versprechen einzulösen und jenen, welche es besonders nötig haben, die Belastung durch Krankenkassenprämien erträglicher zu machen. Namens der SP-Fraktion ersucht der Votant den Rat um Zustimmung zu den beiden Initiativen.

Guido **Heinrich** hält fest, dass die kantonsrätliche Kommission sich an zwei Sitzungen mit den Gesetzesinitiativen auseinandergesetzt hat. Bei unseren Detailberatungen waren wir uns bewusst, dass die Krankenkassenprämien für die Bevölkerung eines der wichtigsten Probleme im Haushaltsbudget sind. Die Finanzierung der Prämienverbilligung erfolgt durch Bund und Kantone. Der Bundesanteil wird nach Massgabe der kantonalen Einwohnerzahl und auf Grund der Finanzkraft der Kantone festgelegt, was wiederum aussagt, dass die prozentuale Ausschöpfung der Bundesmittel nicht entscheidend ist. Ein Beispiel: Bei einem Kantonsanteil von 10 Franken erhält der Kanton Obwalden vom Bund 116, Zug hingegen nur 5 Franken. Der Bundesbeitrag beträgt im laufenden Jahr 67,5 %. Bei einer Ausschöpfung von 80 % gäbe es für den Kanton Mehrauslagen von 4,1 Mio.
Die Gesetzesinitiative für eine flexiblere Administration bei der Durchführung sowie eine schnellere Auszahlung der Gelder bringt einige Nachteile mit sich. Vor allem würden deswegen sehr grosse Verwaltungskosten entstehen. Die Ausgleichskasse ist jetzt schon bemüht, die Auszahlungen möglichst rasch vorzunehmen. Der Vorschlag des Regierungsrats zur Durchführungsinitiative beinhaltet drei Änderungen zugunsten der Anspruchsberechtigten, eine Neuberechnung, wenn das Einkommen im Vergleich zum Vorjahr 25 % tiefer liegt, volle Richtprämie bei Anspruch auf Mut-

terschaftsbeiträge und die Verlängerung der Frist für das Stellen von Gesuchen bis jeweils 30. April. Die Motion von Christoph Hohler vom 30. August 1999 betreffend stärkerer Verbilligung von Krankenkassenprämien wurde weitgehend erfüllt. Der Votant ist überzeugt, dass die kantonsrätliche Kommission hiermit eine akzeptable Lösung für alle Beteiligten geschaffen hat.
Das es immer Gewinner und Verlierer gibt, ist doch selbstverständlich. Der Bericht und der Antrag der Kommissionsminderheit erstaunen Guido Heinrich sehr. Es wird versucht, den Bericht und den Antrag der vorberatenden Kommission zu widerlegen. Demokratische Abstimmungen werden von Parlamentariern nicht mehr akzeptiert, was irritiert. Auch die Fraktion der SVP ist sehr überrascht vom demokratischen Verständnis der Kommissionsminderheit und wird ihren Antrag ablehnen. Der Votant schätzt es, wenn der Rat den Anträgen der vorberatenden Kommission sowie der Regierung zustimmt.

Thomas **Brändle** möchte sich als Mitglied der vorberatenden Kommission bei Regierungsrat Eder und den Vertretern der Gesundheitsdirektion bedanken, welche uns diese überaus komplexe Materie an zwei Nachmittagen transparent gemacht haben. Nach dem vorangegangenen, einschüchternden Studium der Unterlagen war er nämlich unsicher, ob er sich für die Kommissionssitzungen nicht einfach krank melden solle. Mit dem Einverständnis der FDP-Fraktion möchte er auf nähere Erläuterungen zu den beiden Gesetzesinitiativen verzichten. Die eindeutigen Abstimmungsresultate in der Kommission sind das Ergebnis einer sehr ausführlichen Auseinandersetzung mit dieser komplexen Thematik. Zusammenfassend muss aber gesagt werden, dass man das Zuger Modell im interkantonalen Vergleich als einfach, transparent und effizient bezeichnen muss. Perfekt ist es natürlich auch nicht. Deutlich geworden ist, dass der Kanton Zug durch seine Finanzkraft und sein niedriges Prämienniveau auch hier einmal mehr bestraft ist, indem er für 5 Franken Bundesgelder das Doppelte an Eigenmitteln bereitstellen muss, während andere Kantone das 20fache vom Bund lösen können. Auch hat der Kanton Zug eine ausgewiesene Wirksamkeit vorzuweisen. Das heisst, die Gelder bekommen die Krankenversicherer jener Versicherten, für welche die Prämienverbilligung gedacht ist; jene in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen. National beziehen übrigens beinahe 35 % der Versicherten Prämienverbilligungen.
In Bern ist man sich der Dringlichkeit einer Lösung auf Bundesebene bewusst. Für eine grosse Mehrheit in diesem Land ist die Krankenkassenprämie ganz klar eine riesige Belastung. Nun im Kanton Zug ein bewährtes System schlecht zu reden, um welches sich in den letztes Jahrzehnten vor allem die Linke verdient gemacht hat, ist Zwängerei, parteipolitische Stimmungsmache und Verschwendung von Zeit und Energie, welche der Ernsthaftigkeit des Themas nicht gerecht wird. Unser Gesundheitswesen ist schlicht zu teuer. Daher noch immer mit Umverteilungsdebatten Aufmerksamkeit auf sich ziehen zu wollen, zeigt nur, dass man keinen wirklichen Beitrag zur Lösungsfindung leisten will. Daran beteiligen sich sogar Bürgerliche, um unangenehme Grundsatzdebatten bis zum nächsten, erhofften Wirtschaftswachstum hinauszuzögern. Die Schweiz hat den nicht erst seit gestern eingesetzten Globalisierungsprozess in den vergangenen Jahrzehnten geschickt zur eigenen Wohlstandsmehrung genutzt. Ob sie das verlernt hat oder ob die anderen Länder durch die glücklicherweise zugenommene Demokratisierung ganz einfach haben aufholen können, da sind sich die Ökonomen uneinig und werden es wohl auch bleiben. Der

Votant kann sich aber nicht vorstellen, dass seine Generation die Möglichkeiten und vor allem die Kraft hat, unter diesen veränderten Bedingungen so grosse Wachstumsraten zu erwirtschaften, um unsere Sozialwerke im jetzigen Umfang finanzieren zu können. Das Prinzip der Generationensolidarität würde mit Sicherheit nicht nur im Gesundheitswesen über Gebühr strapaziert werden, zumal die gesellschaftliche Alterung im Jahre 2010 das erste Mal kräftig durchschlagen wird.
Wäre die Linke in Sachen Wirtschaftswachstum so innovationsfreudig und erfolgreich wie bei den Staatseinnahmen (jeder zweite Franken fliesst heute zur Umverteilung durch staatliche Kanäle), dann müsste Thomas Brändle nicht hier vorne stehen und könnte zu Hause Osterhasen giessen. Er führt übrigens zu Hause den selben Kleinkrieg; sein Bruder betreut die Administration, er die Produktion. So lange wir aber nicht das Gesamtwohl des Geschäfts aus den Augen verlieren und vom Staat nicht in die Enge getrieben werden, werden wir keine Probleme, sondern nur Aufgaben zu lösen haben. Seine Generation wird so oder so unter massiv verschärften Bedingungen eine ethisch herausfordernde Diskussion führen müssen, welche sich die Generationen des scheinbar unendlichen Wirtschaftswachstums durch eine unkritisch grosszügige Subventionspolitik ersparen konnte. Wer heute noch uneingeschränkt daran festhalten will, dem muss man die selbe Masslosigkeit, das gleiche Quartals- und Legislaturdenken attestieren, welches gewissen Managern und Politikern vorgeworfen werden darf. In Bern wird Versicherungspolitik gemacht und die Kantone dürfen entsprechend die Gesundheitsstrukturpolitik umsetzen. So kann die Verantwortung pausenlos hin und her geschoben werden.
Wir unterhalten uns aber nur noch über die Finanzierung einer nicht wirklich existenten Gesundheitspolitik. Seit Jahrzehnten ist jede medizinische Errungenschaft automatisch für jeden zu haben, und egal ob man sie will oder nicht, man muss sie mitfinanzieren. Nicht nur die Ärzteschaft, die Pharmaindustrie und die Politik sind mitschuldig am finanziellen Zustand unseres Gesundheitswesens. Obwohl wir das zweitteuerste Gesundheitswesen der Welt haben, ist die Schweiz offenbar ein einziges Krankenlager. Wir Schweizerinnen und Schweizer gehen 57 Millionen Mal pro Jahr zum Arzt, kriegen 83 Millionen Diagnosen ausgefüllt, wovon wir die Hälfte oft unkritisch mit Medikamenten behandeln. In China gab es Zeiten, da wurde ein Arzt je besser bezahlt, desto weniger Menschen in seinem Ort krank waren. Der Hausarzt des 83-jährigen Grossvaters von Thomas Brändle attestiert ihm neidisch und vierteljährlich eine ausgezeichnete gesundheitliche Verfassung. Statt dass er sich trotz einem Arbeitsleben auf dem Bau darüber freut, kann man mit ihm über nichts anderes als über seine angeblich angeschlagene Gesundheit sprechen. Die Medizin sollte wichtig sein für unser Überleben oder das Verhindern von Invalidität. Heute erwarten wir von ihr, dass sie uns auch noch glücklich, schön und leistungsfähig macht und uns über jede Unebenheit des Lebens hinweghilft. Im Herbst letzten Jahres gab es in einem deutschen Magazin einen Artikel über das deutsche Gesundheitswesen, wo sich ein Journalist die Mühe machte, sämtliche Statistiken neu entdeckter Krankheitsbilder zusammenzuzählen. Das Resultat war, dass jeder Deutsche an mindestens 20 Krankheiten leiden müsste. Als ehemaliges Mitglied eines Laientheaters fühlt sich der Votant ob dieser Absurditäten unweigerlich an Molières «Der eingebildete Kranke» erinnert.
Angesichts solcher Zahlen freut es ihn um so mehr, dass wir uns hier auch heute fast vollständig versammeln konnten. Wenn wir glauben, dass die Prämiensteigerung angesichts dieser Aktualitäten von den Kantonen uneingeschränkt abgefedert werden kann, dann fehlt sogar ihm als Liberalem, der abschliessende Wahrheiten nur in

Grimms Märchenwelt toleriert, jedes Verständnis. So viele Steuern können wir gar nicht erheben, um den Umverteilungsapparat und die erforderliche Prämienverbilligungssumme zu finanzieren, ohne dass der staatstragende Mittelstand auswandern muss. Dessen Verantwortungsbewusstsein und Leistungsbereitschaft lohnt sich eh kaum mehr, nicht nur, weil er bereits jetzt im europäischen Vergleich die höchsten Prämien bezahlt.
Die FDP-Fraktion empfiehlt die Ablehnung der Gesetzesinitiative für eine bedarfsgerechte Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung einstimmig. Bei der Gesetzesinitiative zur schnelleren Durchführung und Auszahlung der Prämienverbilligung wird im Gegenvorschlag der Regierung die Einreichungsfrist auf den 31. April ausgedehnt und eine Neuberechnung des Anspruchs kann bei 25 % tieferem Einkommen zum Vorjahreseinkommen geltend gemacht werden. Dieses Entgegenkommen des Regierungsrates ist kostenneutral und zumutbar, zumal es sich hier um eine Prämienverbilligung und nicht um eine Sozialhilfe handelt. Die FDP-Fraktion empfiehlt einstimmig bei zwei Enthaltungen die Ablehnung der Durchführungsinitiative und die Annahme des regierungsrätlichen Gegenvorschlags.

Andrea **Erni** spricht einerseits als Mitglied des Initiativkomitees, aber auch als Sozialarbeiterin, weil sie bei ihrer Tätigkeit immer wieder viel mit der Durchführung der Verbilligung zu tun hat. – Es gibt hauptsächlich zwei Gründe, warum wir die Durchführungsinitiativen eingereicht haben:
1. Der Kanton Zug widersetzt sich mit seiner aktuellen Regelung dem Bundesgesetz.
2. Personen, welche auf Grund ihrer finanziellen oder familiären Situation Anrecht auf Prämienverbilligungen hätten, bekommen diese gar nicht oder zu spät.
Zum ersten Punkt: Das Bundesgesetz verlangt ausdrücklich, dass für die Berechnung des Anspruchs auf Prämienverbilligung die aktuellsten Einkommens- und Familienverhältnisse zu berücksichtigen sind. Der Kanton Zug macht dies nicht. Er stützt sich auf die letzten definitiven Steuerdaten ab und lässt Neuberechnungen bei verschlechtertem Einkommen bis heute kaum zu. Das heisst, dass bei der Berechnung der Prämienverbilligung für das Jahr 2004 das Einkommen des Jahrs 2002 berücksichtigt wird, sofern denn die definitiven Steuerdaten bereits vorliegen. Viele Personen, auch im Kanton Zug, leben in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen, die es nicht erlauben, grosse Summen für schlechtere Zeiten auf die hohe Kante zu legen. Verändert sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Haushalts auf Grund von finanziellen oder familiären Veränderungen, sind die Betroffenen auf rechtzeitige Hilfe angewiesen, d.h. auch auf die Berechnung der Prämienverbilligung auf Grund ihres aktuellen Einkommens und sicher nicht auf Grund des Einkommens vor zwei Jahren. Der Regierungsrat taxiert den kantonalen Berechnungsmodus als geringen Nachteil und die Kommissionsmehrheit folgt ihm. Wir finden das sarkastisch. Personen und Familien, welche Anrecht auf Prämienverbilligung haben, leben nicht in Saus und Braus. Bedenken Sie, wie stark die Krankenkassenprämien im Vergleich zur Lohnteuerung – sofern sie denn überhaupt ausgezahlt wurde – gestiegen sind (Prämiensteigerung 96-2004 ca. 1'000 Franken für eine erwachsene Person). Dann können Sie sich vielleicht vorstellen, in welch schwieriger Lage sich Familien und Personen z.B. mit einem Büezerlohn befinden können.
Zum zweiten Punkt: Es wurde gesagt, dass anspruchsberechtigte Personen ihr Geld nicht oder zu spät erhalten. Dazu drei Beispiele:

1. Personen und Familien, welche Änderungen in ihren Familienverhältnissen erfahren, können ihren Anspruch beim heutigen System erst im neuen Jahr anmelden. So kommt es dazu, dass eine Familie, die im Februar ein Kind erhält, dessen Krankenkassenprämien zwar sofort bezahlen muss und durch die vermehrten Ausgaben finanziell auch sofort mehr belastet ist. Diese Familie kann aber für dieses Kind erst im darauf folgenden Jahr Prämienverbilligungen beanspruchen.
2. Ein Familienvater, der arbeitslos wird, erhält von der Arbeitslosenkasse noch 80 % seines vorherigen Lohns. Mit dem heutigen System muss diese Familie auf die Prämienverbilligung warten, bis die definitive Steuererklärung vorliegt. Wenn also ein Familienvater dieses Jahr arbeitslos wird und wegen der schlechten Arbeitsmarktlage während Monaten Arbeitslosentaggelder beziehen muss, wird diese immense Einkommenseinbusse frühestens im Jahr 2006 bei der Berechnung der Prämienverbilligung berücksichtigt.
3. Probleme können auch bei Familien in bescheidenen finanziellen Verhältnissen entstehen, die zusammen mit Jugendlichen im gleichen Haushalt leben. Wer nämlich 18 Jahre alt wird, muss mehr Prämien bezahlen, erhält aber vorerst keine Prämienverbilligung mehr, da diese von der definitiven Steuerveranlagung abhängt. So müssen Familien mit Jugendlichen in Ausbildung oft ungebührend lange auf die Entlastung durch Prämienverbilligungsgelder warten.
Wir fordern deshalb die Umsetzung des Bundesrechts mit der Berücksichtigung der aktuellsten Einkommens- und Familienverhältnisse. Des Weitern fordern wir, dass die Eingabefrist für die Prämienverbilligung bis Ende September verlängert wird und dass die Ausgleichskasse Berechnung und Auszahlung jeweils bald möglichst vornimmt. – Unsere Forderungen zur Verbesserung der Zuger Lösung sind wichtig. Die vorberatende Kommission und der Regierungsrat will unsere Änderungen nicht gutheissen mit der Behauptung, dass die Umsetzung dieser notwendigen Reformen zu viel kosten würde. Wieder einmal werden im Kanton Zug mit finanzpolitischen Argumenten soziale, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Notwendigkeiten abgewiesen. Wir finden es ungeheuerlich, auf dem Buckel von Menschen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen solche Diskussionen zu führen. Der sogenannte Gegenvorschlag der Regierung verdient kaum seinen Namen. Er ist kein Entgegenkommen auf die Durchführungsinitiative, sondern beinhaltet Anpassungen, welche Ausgleichskasse und Gesundheitsdirektion der Einfachheit halber gerne machen würden. – Im Namen des Initiativkomitees beantragt Andrea Erni, auf die Prämienverbilligungsinitiativen einzutreten und unseren Anträgen zu folgen.

Lilian **Hurschler** möchte noch auf einige Argumente eingehen, die wir bisher gehört haben. – Zu Peter Dür. Es ist illusorisch zu glauben, dass nach dem neuen Bundesgesetz alle Kantone die selbe EDV-Lösung haben werden. Und Haushalte, die dringend auf IPV-Gelder warten, auf das Jahr X zu vertrösten, ist für uns nicht nachvollziehbar. Auch widerspricht das Initiativ-Modell in keiner Weise dem Bundes-Modell.
Zu Guido Heinrich. Es ist tatsächlich so, dass es den Kanton Zug mehr kosten wird. Unsere Forderung, 80 % beim Bund abzuholen, würde Mehrkosten von 4,1 Mio. verursachen. Auf der anderen Seite darf es aber nicht sein, dass nicht alle Bundesmittel, die für den Kanton zur Verfügung stehen, abgeholt werden, nur um den kantonalen Haushalt zu schonen. Wir sind auch klar für Sparen, aber nicht auf Kosten derer, die dringend auf diese Gelder angewiesen sind.

Zu Thomas Brändle. Auf kantonaler Ebene können wir das KVG ja nicht ändern, denn es ist ein Bundesgesetz. Wenn wir aber auf *kantonaler* Ebene etwas einleiten und Verbesserung bringen können, dann sollen wir dies tun. Wir schieben die Verantwortung eben nicht weiter, sondern haben zwei Initiativen eingereicht, die wesentliche Verbesserungen bringen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eders** erster Dank für die gute Arbeit geht an die vorberatende Kommission und an die Stawiko – das Thema war nicht so einfach, die Zusammenarbeit mit den beiden Kommissionen und ihren Präsidenten Guido Käch und Peter Dür war in jeder Beziehung konstruktiv und an der Sache orientiert. Für die heutige Beratung hat der Votant noch drei Seiten verteilen lassen, die von Bedeutung sind (siehe Beilagen A, B & C). Dann dankt er für die Unterstützung der regierungsrätlichen Vorlage, welche durch die klaren Kommissionsbeschlüsse und auch die meisten heutigen Voten gestärkt wurde. Die Vorstellung, mit den Initiantinnen und Initianten eine einvernehmliche Lösung zu finden, hat sich leider schnell zerschlagen – zu gegensätzlich sind die Standpunkte.
Über die *Kritik an der IPV* ist der Gesundheitsdirektor erstaunt. Tatsache ist, dass unser Zuger Modell einfach und effizient ist und in der Vergangenheit einwandfrei funktioniert hat. Tatsache ist, dass 2003 über 15'000 bezugsberechtigte Haushalte Prämienverbilligung erhielten und es praktisch keine Beschwerden und Reklamationen gab. Tatsache ist, dass uns die Ausgleichskasse Zug die ganze Durchführung zu einem äusserst günstigen Ansatz macht: Letztes Jahr zahlte die öffentliche Hand dafür Fr. 409'293.50, bei ausgerichteten 28,6 Mio. Franken; das ist ein Verwaltungskostensatz von 1,43 %. Tatsache ist, dass unser Zuger Modell sozialpolitisch äus-serst wirksam ist, was das vom Bundesrat vorgegebene Sozialziel und die Entlas-tung der unteren Einkommen und Familien mit Kindern anbelangt. Dies bestätigt die neutrale Interface-Studie 2002 – Sie sehen in der Beilage C unten, welche 15 Kantone die Zielvorgaben nicht erreicht haben, unter ihnen auch solche, die 100 % Bundesmittel auslösen, unter ihnen auch jener Kanton, der Zug von den Initiantinnen und Initianten immer wieder als Paradekanton vorgehalten wird. Tatsache ist, dass wir schliesslich in neun Jahren unsere budgetierten kantonseigenen Mittel von anfänglich 8,2 Mio. auf 22,5 Mio. Franken im Jahr 2004 gesteigert haben, was fast einer Verdreifachung gleichkommt. Sie sehen diese eindrücklichen Werte in der Grafik ebenfalls in der Beilage C.
Regierungsrat und Kantonsrat haben ihre sozialpolitische Verantwortung in den letzten Jahren also wahrgenommen; sie haben auch die zunehmende Prämienlast, unter der viele leiden, ernst genommen. Den Vorwurf, man «habe der Bevölkerung Geld zurückgehalten», weist Joachim Eder in aller Form zurück. Er ist sehr erstaunt über die Kritik der Linken und Alternativen. Sie stellen damit nichts anderes als ihr eigenes Werk in Frage. Am 29. September 1994 war jedenfalls für die damalige Linke die Prämienverbilligungswelt noch in Ordnung. Hans Schaufelberger ersuchte nämlich namens der SP-Fraktion um Eintreten und Zustimmung zum Gesetz betreffend individuelle Prämienverbilligung der Krankenpflegeversicherung. Das Gesetz – so seine Worte als Fraktionssprecher – «entlaste gezielt jene, die es nötig haben». Sanitätsdirektor Urs Birchler, ebenfalls SP, doppelte nach: «In erster Linie geht es um die Verbilligung der Pro-Kopfprämien für die unteren Einkommen.» Die Vorlage ging in der Schlussabstimmung am 15. Dezember 1994 mit 65 : 0 durch – keines der 11 SP- bzw. der 4 SGA-Mitglieder war damals dagegen. Manchmal lohnt sich ein Blick in die

historischen Kantonsratsprotokolle tatsächlich! Wenn Sie, geschätzte Mitglieder der SP- und AF-Fraktion, heute also davon sprechen und schreiben, die Prämiensubventionen würden «ineffizient eingesetzt», die «Politik sei verantwortungslos, sozial- und volkswirtschaftlich kurzsichtig», der Kanton «fahre einseitig auf der finanzpolitischen Schiene» (Lilian Hurschler), «Zug betreibe eine minimalistische Prämienverbilligungspolitik» (Eusebius Spescha), dann kritisieren Sie das Werk, welches von ihren eigenen Regierungsmitgliedern ins Leben gesetzt und jahrelang gestützt wurde.
Zur System-Initiative. Der Regierungsrat ist der klaren Meinung, dass wir das jetzige Zuger Modell solange beibehalten, bis mit der erneuten KVG-Revision ein Bundes-Stufenmodell eingeführt wird. Wir sprechen uns also gegen einen Einzelgang des Kantons Zug aus und sind dankbar, dass dies die überwiegende Mehrheit des Kantonsrats auch so sieht. Die Administrativkosten wären viel zu hoch – wir unterstützen mit diesem Betrag sinnvollerweise lieber Personen, die auf die Prämienverbilligung wirklich angewiesen sind. Das ist der Grund, Anna Lustenberger, warum wir froh sind, dass unser Administrativaufwand so tief ist.
Sicher haben Sie die neuste Botschaft aus dem Bundeshaus zur Kenntnis genommen: Der Bundesrat hat gestern die Vernehmlassungsvorlage zum ersten Paket seiner Revisionsvorschläge in der Krankenversicherung verabschiedet. Bezüglich Prämienverbilligung, welche den eidgenössischen Räten nebst den Bereichen Risikoausgleich, Spitalfinanzierung, Pflegefinanzierung, Vertragsfreiheit und Kostenbeteiligung ebenfalls mit dem ersten Paket vorgelegt werden soll, liess der Bundesrat Folgendes verlauten: «Weil das heutige System der Kopfprämien die Haushalte mit mehreren Personen stark belastet, will der Bundesrat gezielter die Prämien von Familien verbilligen und den Kantonen ein differenziertes Sozialziel vorgeben. Für Haushalte mit und ohne Kinder sollen die Kantone je vier Einkommenskategorien und Höchsteinkommen für den Anspruch auf Prämienverbilligung festlegen. Je nach Kategorie müssten die Haushalte mit Kindern 2 bis 10 % ihres Einkommens für KVG-Prämien ausgeben, die Haushalte ohne Kinder zwischen 4 und 12 %. Zudem will der Bundesrat die Bundesmittel für die Prämienverbilligung um 200 Mio. Franken im Jahr 2005 erhöhen und danach jährlich um 3 %.» Soweit der Bundesrat in seiner gestern veröffentlichten Botschaft. Damit ist klar, dass die eidgenössischen Räte dieses Thema noch dieses Jahr wieder behandeln werden und es wirklich nicht nötig ist, nun vorgängig einen Zuger Alleingang zu inszenieren.
Was die von den Initiantinnen und Initianten verlangten 80 % Auslösung der Bundesmittel anbelangt, so hat sich der Kantonsrat anlässlich der Budgetdebatte vom vergangenen Dezember bereits vertieft mit dieser Frage befasst. Beim Entscheid der für das Jahr 2004 zur Verfügung gestellten Summe haben Sie sich für den Antrag der Regierung (Ausrichtung von 67,5 %) gegenüber dem Antrag der SP und Alternativen (Ausrichtung von 80 %) ausgesprochen. Entscheidend ist – das wissen die Initiantinnen und Initianten genau und der Votant wiederholt es gerne noch einmal – nicht der Prozentsatz. Verschiedenste Kantone lösen zwar 100 % aus, haben aber erwiesenermassen eine weniger wirksame Prämienverbilligung als der Kanton Zug. Wenn Sie das untere Bild auf Beilage A anschauen und sehen, dass der Kanton OW und der Kanton VS bei einem Kantonsanteil von 10 Franken vom Bund 116 Franken erhalten, der Kanton Zug jedoch für die gleichen 10 Franken nur einen Fünfliber erhält (und damit notabene einmal mehr für seine Finanzkraft bestraft wird), dann ist doch klar, dass solche Kantone 100 % auslösen. Das sagt aber gar nichts, wirklich

gar nichts über die Wirksamkeit der gesamten Prämienverbilligung aus. Man kann dies nicht genug betonen!
Wer profitiert vom Stufenmodell der Initiantinnen und Initianten oder anders gefragt: Wer sind die grossen Verlierer? Eine Vorbemerkung: Bei seinen nachfolgenden Ausführungen zu diesen Fragen geh der Gesundheitsdirektor davon aus, dass die gleichen Budgetwerte zur Verfügung stehen, welche Sie fürs Jahr 2004 bewilligt haben. Ein Haushalt mit nur einer Person profitiert beim Stufen-Modell des Initiativkomitees stark. Dagegen gibt es bei Haushalten bzw. Familien mit Kindern bereits bei einem unteren bis mittleren Einkommen Verlierer. Damit kann gesagt werden: Je höher die Richtprämie (d.h. je grösser die Familie) ist, desto früher fällt sie im Vergleich zum bestehenden System aus dem Bereich der Prämienverbilligung heraus. Diese Tendenz lässt sich leicht nachvollziehen: Beginnt die Belastungsgrenze statt bei 7,5 % schon bei 2 %, so profitieren die unteren Einkommen und damit auch die Haushalte mit niedrigen Richtprämien (1 E, 1 E + 1 K, 1 E + 2 K). Haushalte mit höheren Richtprämien (2 E, 2 E + 1 K, 2 E + 2 K etc.) fallen dann im Vergleich zum bestehenden Modell früher aus dem Bereich der Prämienverbilligung heraus. Je höher die Richtprämien, desto früher fällt diese Kategorie heraus. Dies ist das Ergebnis des progressiven Anstiegs der Belastungsgrenzen. Wollen Sie wirklich, dass es auch im unteren bis mittleren Einkommenssegment Verlierer gibt? Wollen Sie wirklich, dass Familien mit Kindern schlechter behandelt werden als heute?
Nun einige Bemerkungen zu den mündlichen und schriftlichen *Ausführungen der Minderheit*. Minderheitsbericht S. 3, 2. Abschnitt: «Von 1996 bis 2001 erhielt die Bevölkerung jedes Jahr zu wenig IPV, so dass der Bund den Kanton Zug verpflichtete, die Differenz bis zu 50 % auf das folgende Jahr zu übertragen.» Diese verzerrte Darstellung vermittelt den Eindruck, dass der Bund obrigkeitlich interveniert hätte. Das ist grundfalsch. Denn Art. 68 Abs. 5 KVG sagt genau, was ein Kanton darf und was nicht: «Ein Kanton darf den nach Abs. 4 von ihm zu übernehmenden Beitrag um maximal 50 % kürzen, wenn die Prämienverbilligung für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen trotzdem sichergestellt ist. Der Beitrag des Bundes an diesen Kanton wird im gleichen Verhältnis gekürzt. Der Bundesrat kann dazu nähere Bestimmungen erlassen.» Sämtlichen Verantwortlichen für die Durchführung der Prämienverbilligung ist diese Vorschrift bestens bekannt. Dasselbe trifft auf die Einhaltung dieser 50 %-Limite zu, indem nicht ausgeschöpfte Gelder ins Folgejahr zu übertragen sind. Das erfolgte immer korrekt über Abrechnungen mit dem Bundesamt für Sozialversicherung. Der Bund hat also den Kanton zu überhaupt nichts verpflichtet. Vielmehr hat sich der Kanton Zug immer an das Gesetz gehalten. Das versteht sich von selbst. Alle anderen Behauptungen sind, nachdem die Gesundheitsdirektion diese wiederholt richtig gestellt hat, reine Unterstellungen.
Minderheitsbericht S. 5, Ziff. 3, 1. Abschnitt: «bundesrechtswidrig» – Im Minderheitsbericht wird ausgeführt: «Die gegenwärtige Zuger Praxis stellt dagegen auf die jüngste rechtskräftige Steuererklärung ab und ist deshalb klar bundesrechtswidrig.» Andrea Erni hat dies heute wiederholt. Dieser gravierende Vorwurf wird stur durchgezogen, obwohl die Initianten genau wissen, dass er nicht stimmt. Die Ausführungen der Gesundheitsdirektion und der Ausgleichskasse werden einfach ignoriert. Der Kanton Zug stellt wie die meisten übrigen Kantone auf die letzten definitiv rechtskräftigen Steuerfaktoren des vorletzten Jahres ab. Bei der einjährigen Gegenwartsbemessung wird damit dem Erfordernis von Art. 65 Abs. 3 KVG, «aktuellste Einkommensverhältnisse», entsprochen. Zudem wird nun die Praxis des Verwaltungsgerichts des Kantons Zug in dieser Frage in das Gesetz übernommen. Danach kann

eine Neuberechnung beispielsweise im laufenden Durchführungsjahr 2004 beantragt werden, sofern sich das Einkommen im Zwischenjahr 2003 um mindestens 25 % vermindert hat. Wir verweisen auf die Ausführungen in Vorlage Nr. 1183.1 unter Ziff. 4.2.1. Zudem wird – und dies ist entscheidend – bezüglich Familienverhältnissen auf die geltende Situation per 1. Januar 2004 abgestellt. Die Entscheide des Zuger Verwaltungsgerichts bestätigen, dass es korrekt ist, im Jahr 2004 auf die Zahlen 2002 abzustellen. Dies geschah in voller Kenntnis der Bestimmung im Bundesgesetz. Es ist wirklich ein starkes Stück, wenn der Zuger Exekutive und Judikative vorgeworfen wird, sie verhalte sich bundesrechtswidrig.

Man müsste noch andere Korrekturen zum Minderheitsbericht anbringen – Joachim Eder nennt nur noch eine und verweist auf S. 3, 1. Abschnitt und Grafik 1. Diese Aussage zeigt, wie wenig die Initiantinnen und Initianten das System verstehen: Das angeführte Beispiel kann es gar nicht geben. Junge Erwachsene (18-25 Jahre) haben einen eigenen Anspruch und werden nicht in die Berechnung mit den Eltern einbezogen. Wir haben trotzdem das Beispiel durchgerechnet und kommen auf folgende IPV-Ansprüche – Andrea Erni und Lilian Hurschler erhalten ein Extra-Blatt dazu, damit sie dann wenigstens im Abstimmungskampf die richtigen Zahlen verwenden:

- 2002: Familie mit 1 Kind: 2777.- + zusätzlich Anspruch Jugendlicher ohne Einkommen 1572.- = total 4349.- (Richtprämien: 2 E + 1 J + 1 K= 6624.-; Selbstbehalt somit 2275.- (+355.- und nicht +680.-)
- 2003: Total Prämienverbilligung: 3300.- + 1860.- = 5160.- (Richtprämien total: 7560.-; Selbstbehalt somit 2400.- (+128.- und nicht +400.-)
- 2004: Total IPV: Total Prämienverbilligung 3584.- + 2040.- = 5624.-. Total Prämien: 8088.-; Selbstbehalt 2464.-, (+64.- und nicht +80.–).

Der Regierungsrat beantragt Ihnen aus all den erwähnten Gründen, im Einklang mit der vorberatenden Kommission und der Stawiko, die System-Initiative abzulehnen.

Zur *Durchführungs-Initiative*. Der Regierungsrat lehnt auch dieses Begehren ab, unterbreitet Ihnen aber einen Gegenvorschlag, mit dem die beiden grössten Mängel des aktuellen Systems behoben werden sollen:

1. Ein Mangel ist die Eingabefrist per 31. März. Die Regierung schlägt vor, diesen Termin auf Ende April zu verschieben. Dadurch ist die Koordination mit den umliegenden Kantonen gewährleistet.
2. Neuberechnung des Anspruchs, wenn das massgebende Einkommen im Vergleich zum Vorjahr um 25 % tiefer liegt. Die Regierung schlägt vor, dass diese Abweichungen, welche durch die Praxis des Verwaltungsgerichts geschützt werden, nun im Gesetz festgeschrieben werden.

Als dritten Punkt beantragen wir die volle Richtprämie bei Anspruch auf Mutterschaftsbeiträge. Diese drei Änderungen waren in der Kommissionsberatung unbestritten.

Zur Bemerkung S. 6, zweitletzter Abschnitt im Minderheitsbericht bezüglich des administrativen Mehraufwands und den angeblich nicht spezifizierten Kosten, welche die Angaben letztlich nicht nachprüfbar machten, wird sich der Votant – sofern nötig – in der Detailberatung äussern. Der Regierungsrat beantragt Ihnen auch hier, im Einklang mit der vorberatenden Kommission und der Stawiko, die Durchführungs-Initiative abzulehnen und unserem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Vier Schlussbemerkungen:

1. Mit dem Steuerpaket, dieser eidgenössischen Vorlage, über die wir am 16. Mai 2004 abstimmen, haben die beiden vorliegenden Gesetzesinitiativen nichts zu tun. Bezüglich Eusebius Speschas Vorwurf der «unsozialen Pro-Kopfprämie» nur so viel:

Erst kürzlich hat die Schweizer Bevölkerung an der Urne zu diesem Thema mit überzeugenden Mehr Stellung bezogen – und zwar nicht in seinem Sinne! Auch der zitierte Gesundheitsmonitor 2003 bringt die Meinung der Befragten zum Ausdruck: Über 80 % sind mit dem geltenden System einverstanden.
2. Die Prämien bilden nichts anderes als die Kosten ab, welche sich aus der Leistungserbringung im Rahmen des KVG ergibt. Bei aller verständlichen Besorgnis über den Kostenanstieg ist zu sagen, dass die Gesundheitsversorgung in der Schweiz auf einem Top-Niveau steht. Das kostet etwas – optimale Leistungen zu tiefen Kosten sind nun einmal nicht möglich – und ist einem Grossteil der Bevölkerung immer noch einiges wert, wie ebenfalls aus den Ergebnissen des Gesundheitsmonitors hervorgeht. Trotz zunehmenden Sorgen über den Kostenanstieg im Gesundheitswesen lehnen die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nämlich einen Qualitätsabbau, Einschränkungen des Leistungskatalogs in der Grundversicherung oder die Abschaffung der Wahlfreiheit bei Ärzten und Medikamenten ab. Das muss auch gesagt werden.
3. Die neusten Abklärungen und Zahlen zeigen, dass zwischen der günstigsten und teuersten Versicherungsgesellschaft bei der Grundversicherung eine Prämien-Differenz von rund 17 % besteht. Sparpotenzial würde also auch bestehen, wenn man vermehrt die Krankenkasse wechseln würde. Diesbezüglich sind wir allerdings sehr konservativ.
4. Das ursprüngliche Ziel der Prämienverbilligung war die Abfederung des Kopfprämiensystems. Wenn man den Anliegen der Initiantinnen und Initianten Rechnung trägt, wechselt man von der Sozialversicherung zur individuellen, wirtschaftlichen Sozialhilfe. Dafür ist das IPV-System aber nicht geeignet, da es sich um ein typisches Massengeschäft handelt (über 25'000 Gesuche jährlich). Wenn es in Einzelfällen zu finanziellen Engpässen führt, muss nicht das ganze, aus heutiger Sicht mit sehr geringem administrativem Aufwand gut funktionierende System umgekrempelt werden.
Der Gesundheitsdirektor dankt dem Rat, wenn er den Anträgen der Regierung zustimmt.

➔ Der Rat beschliesst mit 59 : 16 Stimmen, auf den Gegenvorschlag der Regierung einzutreten.

Erste Lesung Systeminitiative

Der **Vorsitzende** erläutert, dass gemäss § 44 der Kantonsverfassung in Verbindung mit § 55 Abs. 1 der GO die beiden Gesetzesinitiativen zweier Beratungen im Kantonsrat bedürfen. Dasselbe gilt für den Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe. Es gibt keine Detailberatung der Systeminitiative. Die Initiative kann logischerweise vom Kantonsrat nicht geändert, sondern nur als Ganzes gutgeheissen oder abgelehnt werden.

Lilian **Hurschler** räumt ein, dass tatsächlich eine falsche Berechnung in den Minderheitsbericht gerutscht ist. Wir entschuldigen uns hierfür. Damit Sie sehen, dass wir von der Materie doch etwas verstehen, haben wir ein korrektes Beispiel austeilen

lassen, auf das die Votantin noch zurückkommen wird. – Sie spricht im Namen der Kommissionsminderheit zur Systeminitiative, aber auch als Sprecherin von SP und AF.
Oberstes Ziel der Krankenkassenprämienverbilligung ist die gezielte Entlastung von Personen und Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen Mit Einführung des KVG sollte so ein Ausgleich zwischen Personen mit unterschiedlichen Einkommen geschaffen werden. Diese Solidarität findet in der Bevölkerung breite Akzeptanz. Nun gibt es aber je nach Kanton bei der Prämienverbilligung bessere und schlechtere Lösungen. Unserer Ansicht nach kann und muss das Zuger System wesentlich verbessert werden. Die Systeminitiative bringt wesentliche Verbesserungen mit sich. Leider verschliesst sowohl die Regierung als auch die Kommission die Augen vor den Mängeln im heutigen System und sie behaupten vom heutigen System, es sei absolut wirkungsvoll und habe sich bewährt. Wie sieht denn die Situation betreffend System im Kanton Zug überhaupt aus? Die Ist- und Soll-Situation gemäss Forderung der Initiative soll hier kurz erläutert werden. Die Systeminitiative fordert Änderungen in zwei wesentlichen Bereichen: Beim Selbstbehalt und bei der Ausschöpfung.
Zum *Selbstbehalt.* In diesem Jahr haben im Kanton Zug all diejenigen Personen und Familien Anspruch auf Prämienverbilligung, bei denen die Krankenkassenprämien mehr als 7,7 % des sogenannten anrechenbaren Einkommens ausmachen. Der jährlich von der Regierung festgelegte Selbstbehalt ist gemäss heutigem vielgelobten System für alle Anspruchsberechtigten der selbe, unabhängig vom Einkommen. Dies führt dazu, dass Personen mit tiefen Einkommen einen zu hohen Anteil der Prämien selbst bezahlen müssen. Deshalb fordern wir, dass der Selbstbehalt dem Einkommen eines Hauhalts angepasst wird. Tiefe Einkommen sollen einen tieferen Selbstbehalt haben als höhere Einkommen und somit effektiver entlastet werden. Auch die bis anhin jährlich schwankenden Selbstbehalte sind alles andere als lobenswert. Der Regierungsrat schreibt zwar in seinem Bericht und Antrag zu unseren Initiativen, dass mit der Prämienverbilligung die Belastung der Haushaltsbudgets durch die Krankenkassenprämien der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angepasst werden soll. Er hält dieses Versprechen aber nicht ein. Der Selbstbehalt wird auf Grund des Budgets jährlich neu festgelegt. Bei der Budgetierung nehmen sowohl Regierung als auch Kantonrat kaum Rücksicht auf die ständig steigenden Prämien. Dies führt dazu, dass sich der Selbstbehalt und somit die Belastung der Haushalte jährlich verändert, resp. seit 2002 massiv vergrössert hat. Die Tabelle der sich jährlich ändernden Selbstbehalte sehen Sie auf S. 3 in unserem Minderheitsbericht. Um tatsächlich eine gute Wirkung zu haben, brauchen wir stabile Selbstbehalte.
Welche Auswirkung haben nun diese Schwankungen beispielweise auf eine Mittelstandsfamilie mit zwei Kindern? Betrachten Sie dazu Beilage D. Sie sehen dort die Entwicklung der Prämienverbilligungszahlungen und der Krankenkassenprämien seit 1996 anhand eine Mittelstandsfamilie. Die hellere Balken zeigen den Betrag, welcher die Familie jährlich selbst bezahlen muss, also den Selbstbehalt. Der dunklere Balken zeigt die jährlich erhaltene Prämienverbilligung. Sie sehen: Weil der Selbstbehalt jährlich variierte und ab dem Jahr 2002 stetig angehoben wurde, variiert und steigt auch die selbst zu tragende Prämiensumme. Da das Einkommen nicht im selben Masse wie die Prämien explodierte, muss diese Familie in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen bei gleich bleibendem Einkommen trotz Prämienverbilligung immer höhere Summen für die Krankenkassenprämien ausgeben. Von Anpassung an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit kann doch hier nicht die Rede sein! Nur mit

der Umsetzung unserer Initiative erreicht der Kanton Zug die Stabilisierung und Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der betroffenen Haushalte.
Zur *Ausschöpfung*. Wie bereits beim Eintretensvotum erwähnt, hat der Kanton Zug erstmals 2002 die vom Gesetzgeber verlangte minimale Ausschöpfung von 50 % ausgeschöpft. Von 1996 bis 2001 wurden jedes Jahr zu wenig IPV-Gelder ausbezahlt, so dass der Bund den Kanton Zug verpflichtete, die Differenz bis zu 50 % auf das folgende Jahr zu übertragen. Die Tabelle des Regierungsrats gab lediglich die Budgetzahlen wieder und nicht die tatsächlich ausbezahlten Gelder. Wir haben deshalb auf der Beilage E die tatsächlich ausbezahlten Gelder in Klammern ergänzt. Damit unsere Initiative erfolgreich umgesetzt werden kann, müssen mehr Prämienverbilligungsgelder ausgeschöpft werden. Wir gehen davon aus, dass mit der Einführung eines progressiven Modells mindestens 80 % der Gelder abgeholt werden müssen. Stellen wir lediglich das System um, d.h. weg vom fixen Selbstbehalt hin zu einem progressiven Modell, würden Familien mit Kindern mehr belastet statt entlastet. Dies können wir nicht zulassen und fordern deshalb, dass die Prämienverbilligungsgelder zu mindestens 80 % ausgeschöpft werden. Die 2. KVG-Revision sah eine Bundeslösung mit voller Ausschöpfung der Bundesgelder, also 100 %, vor. Auf Grund der gestrigen Medienmitteilung des BAG kann davon ausgegangen werden, dass die kommende Bundeslösung für die Kantone weiterhin eine Ausschöpfung von 100 % enthalten wird. Mit der Annahme unserer Initiative macht der Kanton Zug somit einen Schritt in die richtige Richtung.
Mit unseren Initiativen erhält Zug also die folgenden Verbesserungen:

- Nach Einkommenskategorien abgestufte Prämienverbilligung (eine Progression ähnlich wie wir sie von den Steuern her kennen).
- Selbstbehalt in der untersten Kategorie maximal 2 % des massgebenden Einkommens.
- Um diese zwei Forderungen einhalten zu können, braucht es mehr Geld, also auch mehr Ausschöpfung.

Die Krankenkassenprämien werden in den nächsten Jahren weiter ansteigen. 1994 hat niemand voraussehen können, dass sie dermassen steigen werden. Die Situation ist also heute eine ganz andere als 1994. Damals waren wir die Einzigen, die auf dieses Thema eingegangen sind. Auch heute sind wir die, welche angemessen auf die *heutige* Situation reagieren möchten. Im Namen der Kommissionsminderheit, der AF und der SP beantragen wir deshalb, unsere Systeminitiative zu unterstützen.

Kommissionspräsident Guido **Käch** weist darauf hin, dass Lilian Hurschler sagt, es gebe keine Einkommensabstufung. Was ist dann, wenn das Einkommen steigt oder sinkt? Dann ändern ja auch die Selbstbehalte im oberen Bereich. Je kleiner das Einkommen, desto höher der Selbstbehalt. Egal ob das jetzt 7,5 % vom anrechenbaren Einkommen ist oder nicht. Also in diesem Fall trifft das nicht zu. – Zur Mittelstandfamilie. Wenn Sie sich mal überlegen, was für ein Nettolohn da zu Grunde liegt, dann fragt sich der Votant, ob das in unserem Kanton Mittelstandsfamilien sind. Er kennt viele, die weniger verdienen. Er verkennt die Situation dieser Familien absolut nicht. Vor 30 Jahren war er in der gleichen Lage. Er hat keine Prämienverbilligung erhalten. Er konnte und durfte seine Verantwortung selber wahrnehmen. Und in diesem Zusammenhang ist einfach zu sagen, dass das heutige System das Problem berücksichtigt und auch löst. In diesem Sinne empfiehlt der Votant, diese Initiativen abzulehnen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass bei einer Ablehnung der Systeminitiative dem Volk die Verwerfung des Begehrens empfohlen wird.

➔ Die Systeminitiative wird mit 57 : 15 Stimmen abgelehnt.

Erste Lesung der Durchführungsinitiative und des Gegenvorschlags dazu

Der **Vorsitzende** erläutert, dass am Schluss der Beratungen diese Initiative dem bereinigten Gegenvorschlag gegenübergestellt wird. Bezüglich Durchführungsinitiative gibt es keine Detailberatung. Sie kann nur als Ganzes gutgeheissen oder abgelehnt werden. Wir beraten vorerst den Gegenvorschlag des Regierungsrats (Vorlage Nr. 1183.2 – 11315). Hier ist eine *Detailberatung* nötig, da es sich um die Änderung eines formellen Gesetzes handelt.

§ 4 Abs. 1 Bst. b

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag der vorberatenden Kommission vorliegt, nach «KVG» ein neues Alinea zu machen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

§ 6ter Abs. 2

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag der Stawiko vorliegt, wonach es statt «Anspruchsjahr» neu *«Durchführungsjahr»* heissen soll.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass auch die Regierung mit diesen beiden Änderungen einverstanden ist.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1183.6 – 11453 enthalten.

Gegenüberstellung von Durchführungsinitiative und bereinigtem Gegenvorschlag

Andrea **Erni** ergreift das Wort im Namen der Kommissionsminderheit, aber auch der SP und AF. – Sie nützt gern die Gelegenheit, dem Rat anhand der fiktiven aber realistischen Familie Huber noch einmal zu erklären, warum die von uns vorgeschlagenen Änderungen sozial- und volkswirtschaftspolitisch sinnvoll und notwendig sind.

Die Beispiele sind mit dem für das Jahr 2004 geltenden Selbstbehalt von 7,7 % berechnet.
Herr Huber ist gelernter Elektriker. Er verdient monatlich 3‘900 Franken. Seine Ehefrau ist Service-Fachfrau und verdient 2‘800 Franken. Mit den beiden Löhnen können sich die zwei nicht hohe Sprünge, aber ein gutes Leben leisten. Frau Huber wird schwanger und nach der Geburt des ersten Kindes reduziert sie ihr Erwerbsarbeitspensum, um die Kinderbetreuung zu übernehmen. Das Einkommen der Familie wird knapp. Herr Huber erhält zwar Kinderzulagen, Frau Huber verdient aber nur noch rund 1‘000 Franken im Monat. Ein Anrecht auf Sozialhilfe oder Mutterschaftsbeiträge besteht nicht, jedoch auf Prämienverbilligungen. Das anrechenbare Einkommen der Familie beträgt 56‘450 Franken, sie erhält 2‘317 Franken Prämienverbilligung. Das zweite Kind kommt am 25. März 2004 auf die Welt. Dies bedeutet für die Familie Huber Mehrauslagen, auch bei der Krankenkasse. Hätte Frau Huber ihr Kind am 1. Januar 2004 geboren, bekäme die Familie die Prämienverbilligung für einen Vierpersonenhaushalt. Da das Kind aber erst heute geboren wurde, wird es bei der Berechnung nicht mehr berücksichtigt. Die Familie Huber muss deshalb auf mehr als 1‘000 Franken Prämienverbilligung verzichten. Leider wird Herr Huber arbeitslos. Seine Frau kann ihr Arbeitspensum zwar etwas aufstocken, die Lohneinbusse ist jedoch trotzdem schmerzlich. Das anrechenbare Einkommen beträgt lediglich noch 43‘940 Franken, es bestünde ein Anrecht auf insgesamt 4‘593 Franken Prämienverbilligung, welche die Familie dringend nötig hätte. Indes, die im 2004 erlittene Einkommenseinbusse wird frühestens im Jahr 2006 berücksichtigt.
Machen wir einen Zeitsprung. Herr Huber hat glücklicherweise wieder Erwerbsarbeit gefunden. Je älter die Kinder werden, desto öfter geht auch Frau Huber wieder im Service arbeiten, damit mehr Geld für den Lebensunterhalt da ist. Das Einkommen der Familie beträgt nun 82'500 Franken. Nach wie vor erhält die Familie Huber Prämienverbilligungen, bei einem anrechenbaren Einkommen von 71'000 Franken sind dies jährlich 2‘509 Franken. Die ältere Tochter wird nun dieses Jahr 18 Jahre alt. Sie befindet sich noch in Ausbildung. Sie erhält eine eigene Steuererklärung und kann deshalb von den Eitern nicht mehr für die Prämienverbilligung angemeldet werden. Die Familie erhält somit auf einen Schlag 1‘312 Franken weniger, obwohl die Lebenshaltungskosten der Familie steigen, weil die Tochter höhere Krankenkassenprämien zu bezahlen hat und die Franchise angepasst wird. Die 18-jährige Jugendliche ihrerseits kann sich selbst für die Prämienverbilligung anmelden, wird diese aber erst nach Vorliegen der definitiven Steuerveranlagung erhalten. Die heute 18-Jährige ist dann bereits mindestens 20 Jahre alt und hat die Lehre abgeschlossen.
Prämienverbilligungen haben den Sinn, die Höhe der Krankenkassenprämien für Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu reduzieren. Mit der geltenden Zuger-Lösung wird dies bei sämtlichen Änderungen in der Familienstruktur und in den finanziellen Verhältnissen nicht eingehalten. Wie Sie gehört haben, erhalten die Anspruchsberechtigten in den eben genannten Fällen ihre Prämienverbilligungen gar nicht oder zu spät. Wenn unsere Forderungen umgesetzt werden, erreichen wir, dass Familien und Personen in ähnlichen Umständen dann Unterstützung erfahren, wenn sie diese auch brauchen. Im Namen der Kommissionsminderheit und damit im Namen von SP, AF, Gewerkschaften und nicht zuletzt den vielen Menschen, welche die Initiativen unterschrieben haben, fordert Andrea Erni den Rat auf, die Durchführungsinitiative zu unterstützen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass falls die Initiative abgelehnt und der Gegenvorschlag gutgeheissen wird, das bedeutet, dass der Kantonsrat dem Volk die Verwerfung der Initiative und die Zustimmung zum Gegenvorschlag beantragt. Durchführungsinitiative und Gegenvorschlag werden einander direkt gegenüber gestellt, wie es die Verfassung gemäss § 35 Abs. 6 verlangt.

➔ Der Rat lehnt mit 57 : 15 Stimmen die Durchführungsinitiative ab und schliesst sich dem Gegenvorschlag an.

372 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUR INTERKANTONALEN VEREINBARUNG ÜBER DIE GRÜNDUNG EINER INTERKANTONALEN UMWELTAGENTUR

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1172.1/.2 – 11288/89), der Kommission (Nr. 1172.3 – 11424) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1172.4 – 11425).

Martin **Stuber** beantragt namens der vorberatenden Kommission Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung in der vorliegenden Form. Diese Zustimmung erfolgte in der Kommission einstimmig. Für die Begründung verweist der Kommissionspräsident auf den Kommissionsbericht und insbesondere auch auf die Beilage, die nach unserer Ansicht fast noch etwas interessanter ist als die regierungsrätliche Vorlage. Diese Vorlage ist insofern etwas speziell, weil wir nur Ja oder Nein sagen können. Es ist deshalb verständlich, dass die Diskussion in der Kommission sich auch darum drehte herauszufinden, ob es Gründe für ernsthafte Bedenken gibt, die ein Nein nahelegen würden. Dies war nicht der Fall. Der Kanton Zug ist gemäss Bundesrecht dazu verpflichtet, die Einhaltung der eidgenössischen Luftreinhalteverordnung (LRV) zu gewährleisten: Es ist Aufgabe der öffentlichen Hand, saubere Luft für alle zu garantieren. Um dieser Aufgabe nachkommen zu können, muss bekannt sein, wie es um die Luftschadstoffe bestellt ist. Die LRV verpflichtet in Art. 27 die Kantone deshalb auch, dies durch regelmässige Messungen zu erheben. Auf gut Neudeutsch heisst das heute Monitoring. Um das einfacher und effizienter zu tun, haben sich die Innerschweizer Kantone in dieser Frage zusammengeschlossen. Und nun soll die als einfache Gesellschaft strukturierte In-Luft in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft umgewandelt werden, die den sechs Kantonen (vier ganze und zwei Halbkantone) grossmehrheitlich (zu 90 %) gehören soll.
Es stellen sich zwei Fragen:
1. Ist es sinnvoll, die einfache Gesellschaft in eine AG überzuführen?
2. Sind die Modalitäten der Überführung in Ordnung?

Zu 1. Als Argumente für die Überführung in eine von der Rechtsform her gemischtwirtschaftliche AG wurden der Kommission die folgenden Gründe genannt:
- viele Drittaufträge, Tendenz zunehmend
- Haftungsfragen
- mögliche Erweiterungen (Kanton Aargau)

- Handling der Software-Rechte (ein nicht unbedeutendes Kapital liegt in der selbst entwickelten Software)
- Flexibilität im Hinblick auf eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit (siehe Gründungsvereinbarung, Art. 2 Abs. 1)
- Die Möglichkeit der Beteiligung Privater.

Zu 2. Zu den Modalitäten ist nicht viel zu sagen. Dies um so weniger angesichts der Tatsache, dass zum Zeitpunkt der Kommissionssitzung die übrigen fünf Kantone den Beitritt zur Vereinbarung schon beschlossen hatten. Etwas erstaunt war die Kommission aber schon, dass der Kanton Zug von sich aus auf den Einsitz im Verwaltungsrat verzichtet. Ausser Obwalden sind alle anderen Kantone vertreten. Die Kommission vertraut hier der Aussage des Baudirektors, dass über das sehr gute Einvernehmen mit seinen Amtskollegen in den anderen Kantonen und die Zusammenarbeit in der ZUDK die Wahrnehmung der Interessen des Kantons gewährleistet sei. Zug soll kein Trittbrettfahrer in der neuen Firma sein, sondern sich aktiv beteiligen und dazu beitragen, dass die neue Gesellschaft ihre Dienstleistungen effizient und kostengünstig erbringt. Wenig Begeisterung vermochte auch der Namen der neuen AG zu wecken: inNet Monitoring AG: Dieser Name ist umständlich, etwas sehr neudeutsch und wenig einprägsam. Wir trösten uns mit Goethes Faust: «Name ist Schall und Rauch». – Die Kommission ersucht den Rat um Eintreten und Zustimmung.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko die Vorlage an ihrer Sitzung vom 4. März 2004 behandelt hat. Er fasst die wichtigsten Punkte zusammen. – Gemäss der eidgenössischen Luftreinhalte-Verordnung ist der Kanton verpflichtet, den Stand und die Entwicklung der Luftqualität auf seinem Gebiet zu überwachen. Sinnvollerweise haben die Zentralschweizer Kantone im Jahr 1998 eine einfache Gesellschaft gegründet, um diesen Auftrag gemeinsam erfüllen zu können. Nun soll diese einfache Gesellschaft aus plausiblen Gründen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Die Gründe wurden genannt: Möglichkeit zur Aufnahme weiterer Kantone; in beschränktem Umfang Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Privaten; und die Möglichkeit, weitere Geschäftsfelder z.B. die Überwachung der Wasserqualität zu erschliessen. Die Staatswirtschaftskommission ist der Meinung, dass

1. die gut funktionierende Zusammenarbeit der Zentralschweizer Kantone im Bereich des Umweltschutzes fortzuführen ist.
2. es sinnvoll ist, solche vom Bund vorgegebenen Aufgaben im Verbund der Kantone zu erfüllen. Ein Alleingang des Kantons Zug wäre ineffizient und würde höhere Kosten verursachen.

Zu den Kosten: Auf Grund der vorliegenden Dokumente muss davon ausgegangen werden, dass dem Kanton durch diese Vereinbarung keine neuen oder zusätzlichen Kosten entstehen. Die Gründung der Aktiengesellschaft ist personenneutral. Das bisherige Personal wird unverändert von der neuen Umweltagentur übernommen. Es ist zu hoffen, dass durch die Aufnahme weiterer Kantone und die zusätzlichen Tätigkeiten eine Senkung der Fixkosten resultiert, was sich positiv auf die Beiträge der Vertragskantone auswirken sollte. Unverständlich wäre es für uns, wenn die Kosten für diese Aufgabe in Zukunft steigen würden.
Zu den Verträgen: Der Stawiko-Präsident will jetzt nicht die sonst gute Zusammenarbeit mit dem Baudirektor in Frage stellen. Aber erst am 19. März hat er Dokumente erhalten, die seit mehreren Monaten vorliegen und gemäss Brief des Baudirektors der vorberatenden Kommission vorgelegt worden sind. In der Zwischenzeit musste

der Votant erfahren, dass auch der Präsident der vorberatenden Kommission die entsprechenden Dokumente erst vor zwei Tagen erhalten hat. Wir haben die aus unserer Sicht nicht leichte Aufgabe, in unseren Sitzungen in relativ kurzer Zeit kompetent und nachvollziehbar über oft komplexe Geschäfte zu entscheiden. Sie finden meist ohne den zuständigen Regierungsrat statt – dies aus Effizienzgründen, um seine Ressourcen zu schonen – und basieren auf den vorliegenden Dokumenten. Wenn der Baudirektor von der Stawiko eine seriöse und kompetente Arbeit erwartet, müssen uns solche Dokumente rechtzeitig vor der Stawiko-Sitzung zur Vorbereitung unterbreitet werden. Da uns diese Dokumente gefehlt haben, war uns zum Zeitpunkt der Berichtverfassung unklar, in welchem finanziellen Rahmen die Gründung vorgenommen werden soll. Entsprechend muss man unseren Kommentar im Bericht heute relativieren. Es liegen nun nämlich vor: die Gründungsurkunde, der Gründungsbericht, die Statuten und der Aktionärsbindungsvertrag. – Wir nehmen jede Vorlage ernst, auch die sogenannt kleinen und unproblematischen; und dazu brauchen wir diese Dokumente.
Folgende Punkte aus diesen Dokumenten möchte Peter Dür nun erwähnen: Der Unternehmenswert der einfachen Gesellschaft In-Luft wird per 31. Dezember 03 bestimmt. Er liegt bei ca. 1,2 bis 1,4 Mio. Franken. Die definitive Bewertung liegt erst nach Vorliegen der Jahresrechnung 03 vor. Das Vermögen geht als Sacheinlage in die neue Gesellschaft ein. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft beträgt 1,2 Mio., aufgeteilt in 1‘200 Namenaktien im Nominalwert von 1‘000 Franken. Die Aktien werden zu 100 % liberiert. Jeder der sechs beteiligten Kantone erhält einen Sechstel der Aktien, d.h. 200 Aktien. Der Differenzbetrag zwischen dem Unternehmenswert und dem Aktienkapital wird den Gewinnreserven gutgeschrieben. Sicher auch eine grosszügige Lösung, wenn man denkt, dass in der Vergangenheit die verschiedenen Kantone ganz unterschiedliche Beiträge an die In-Luft geleistet haben. Luzern ist zuvorderst. Wir sind an dritter Stelle. Und jetzt wird der Unternehmenswert schön gleichmässig auf sämtliche Kantone verteilt. Auch hier wieder ein Beispiel, wie der Kanton Zug und andere Kantone entsprechend ihrer Wirtschaftskraft ihren Beitrag leisten.
Der Stawiko stellen sich noch zwei Fragen:
1. Die Gründung der Aktiengesellschaft findet bereits am 5: April 04 statt. In der Gründungsurkunde wird der Kanton Zug bereits explizit als Aktionär auf S. 4 aufgeführt. Zum Zeitpunkt der Gründung hat die zweite Lesung dieses KRB nicht stattgefunden und die Vorlage unterliegt dem fakultativen Referendum. Sie erwähnen, dass Sie bei positivem Resultat der ersten Lesung unter Vorbehalt an der Gründungsversammlung teilnehmen. Aus unserer Sicht gibt es keine Gesellschaftsgründung mit Vorbehalt. Wie stellen Sie sich dazu?
2. Gemäss Gründungsurkunde stellen alle anderen Kantone einen Vertreter im Verwaltungsrat. Einzig der Kanton Zug als in Zukunft drittgrösster Geldgeber ist in diesem Gremium nicht vertreten. Wir sind der Meinung, dass die Zuger Regierung einen entsprechenden Antrag einbringen sollte.
Gestützt auf unseren Bericht und diese Bemerkungen beantragt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Erwina **Winiger Jutz** hält fest, dass die AF nichts hat gegen die Umwandlung der In-Luft von einer einfachen Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft. Können dadurch doch Ressourcen genutzt werden. Diese Synergiennutzung hat ja auch seinen finan-

ziellen Reiz. Gemäss Kommissionsbericht konnten durch die Aufgabenübertragung an die In-Luft 50 % der früher anfallenden Kosten für die Messung der Luftqualität eingespart werden. Gleichzeitig erfahren wir, dass die Zentralschweizer Kantone gesamtschweizerisch über das Messnetz mit der geringsten Dichte verfügen. Dies ist an und für sich nicht weiter tragisch. Denn wir wissen eigentlich alle, wo die Probleme im Bereich der Luftreinhaltungs-Verordnung liegen. Wir haben den letzten Hitzesommer noch in guter Erinnerung. Und nach heutigem Wissensstand ist damit zu rechnen, dass die Häufigkeit solcher Hitzeperioden zunehmen wird. Unbestritten ist die weltweite Klimaerwärmung, der negative Einfluss der so genannten Treibhausgase, die hohen Ozonwerte. Also nicht das Messen ist die Schwierigkeit, sondern was danach passiert. Welche Schlussfolgerungen werden gezogen? Welche Massnahmen werden ergriffen? Was wird aus den Resultaten gemacht? Die Aktivität in diesem Bereich scheint eher mager auszufallen. Unter anderem warten Martin Stuber, Lilian Hurschler und die Votantin immer noch auf die Beantwortung unserer Interpellation «Fragen zum Stand der Luftreinhaltung und zum weiteren Handlungsbedarf», welche wir letzten Sommer eingereicht haben. Und der Handlungsbedarf ist unbestritten. Was die AF zusätzlich befremdet – soeben hat das auch der Stawiko-Präsident gesagt –, ist der Umstand, dass der Kanton Zug nicht im Verwaltungsrat Einsitz nehmen will. Denn damit geht das Instrument der direkten Einflussnahme verloren. Warum will der Kanton Zug nicht direkt mitdenken und -lenken?

Malaika **Hug** hält fest, dass die SP-Fraktion einstimmig für Eintreten auf diese Vorlage ist. Es handelt sich dabei um die Umwandlung einer einfachen Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft, weil die einfache Gesellschaft mit ihren Rechtsgrundlagen den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt. Die Gründung einer interkantonalen Umweltagentur ist nach der Zustimmung der Kantone Uri, Schwyz, Luzern, Nid- und Obwalden bereits erfolgt. Es liegt also noch am Kanton Zug, ebenfalls seine Zustimmung zu geben. Mit einem Beitritt ist es unserem Kanton möglich, mit den anderen Zentralschweizer Kantonen den vom Bund vorgegebenen Basisauftrag zur Erfassung der Luftemissionsdaten zu erfüllen, was mit Einsparungen verbunden ist. Die Empfehlung der Stawiko auf Neuverhandlung nach einem allfälligen Beitritt bedeutet, dass zwei Gremien der AG, der Konkordatsrat und nachher sechs Kantone je mit Regierung und Parlament ein neues Regelwerk beraten müssten. Dies ist bürokratischer Unsinn und kann wohl keine ernst gemeinte Empfehlung sein. Die Votantin bittet den Rat daher im Namen der SP-Fraktion, auf diese Vorlage einzutreten.

Beat **Zürcher**: Wir debattieren heute über ein Gesetz, das wir wollen oder nicht. Der Kanton Zug muss dieses Gesetz erlassen, gemäss Luftreinhalteverordnung, weil es einmal vom Bund befohlen wurde. Nun gut. Die SVP-Fraktion hat sich gefragt: Wird die Luft dadurch besser? Bestimmt nicht. Aber wir haben durch das Projekt In-Luft gewisse Erkenntnisse und der Bund kann eventuelle Massnahmen ergreifen, sollten die Schadstoffwerte die Limiten überschreiten. Die SVP-Fraktion ist einstimmig dafür, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Andrea **Hodel** nimmt namens der FDP-Fraktion ganz kurz zur geplanten Gründung einer AG für die Weiterführung der Interkantonalen Umweltagentur Stellung. Die

Fraktion unterstützt die Vorlage. Sie ist sich bewusst, dass solche Aufgaben im Verbund günstiger gelöst werden können als im Alleingang und dankt diesbezüglich der Regierung für die bisherige und auch neue Zusammenarbeit mit anderen Kantonen. Dabei ist der FDP-Fraktion aber Folgendes aufgefallen. Gemäss den Statuten besteht der Verwaltungsrat aus drei bis sieben Mitgliedern. Vorgeschlagen sind fünf Mitglieder. Es ist nicht einzusehen, weshalb der Kanton Zug nicht durch einen eigenen Vertreter, es muss ja nicht der Baudirektor selber sein, im Verwaltungsrat Einsitz nehmen soll. Wir ersuchen die Baudirektion, diese Frage nochmals zu überprüfen und ihren Anspruch auf eine Vertretung im Verwaltungsrat anzumelden. Dabei geht es uns nicht um ein Verwaltungsratshonorar oder um eine Prestigesache. Vielmehr geht des der FDP-Fraktion um Folgendes. Im Bericht und Antrag wird in Aussicht gestellt, dass durch die Zusammenarbeit unter den Kantonen, aber auch durch die Öffnung für Aufträge von Dritten sich die Belastung der Kantone reduzieren soll. Umgekehrt erklärt die heutige In-Luft aber auch, dass sie ihre Umweltdienstleistungen nicht nur auf den Luftbereich, sondern auf weitere Umweltbereiche ausdehnen können soll. Auf einer solchen Ausweitung der Arbeit darf nach Ansicht der FDP-Fraktion keine Mehrbelastung für die Kantone resultieren. Im Gegenteil, die Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen und der Privatwirtschaft muss sich ertragsbringend und damit kostensenkend auswirken. Damit diese Ausweitung des Dienstleistungsangebot kritisch überprüft, begleitet und auch hinterfragt werden kann, ist es notwendig, dass eben auch ein Vertreter des Kantons Zug, der immerhin 15 % an die Kosten beiträgt, ein wachendes Auge hat und mitreden kann.
Zuletzt noch zwei Bemerkungen, welche die Votantin bereits in der Kommission angebracht hat, und bei welchen sie die FDP-Fraktion ausdrücklich unterstützt. Die In-Luft will in Zukunft als inNET Monitoring AG auftreten. Was darunter verstanden werden soll, weiss Andrea Hodel nicht. Und zur AG-Gründung. Sie schlägt dem Baudirektor vor, wenn er die zweite Lesung nicht übersteht, diese Aktien wieder zu verkaufen. Eine bedingte Zeichnung gibt es nicht.

Franz **Müller** weist darauf hin, dass es sich bei der vorliegenden Vorlage um eine interkantonale Vereinbarung handelt, die in Kraft tritt, wenn vier der beteiligten sechs Kantone dieser Vereinbarung zustimmen. In der Zwischenzeit haben fünf der sechs Zentralschweizer Kantone zugestimmt. Damit ist die Vereinbarung zustande gekommen. Der Kantonsrat hat deshalb nur die Möglichkeit, zur Vorlage ja oder nein zu sagen. Hauptaufgabe der neu in eine Aktiengesellschaft überzuführenden in-Luft ist die gemeinsame Erfassung und Bereitstellung der Luft-Immissionsdaten in den sechs Zentralschweizer Kantonen. Der Nettobeitrag für den Kanton Zug beträgt im vorgesehenen Budget 2004-2007 jährlich 103'000 Franken. Betreffend dem Aktienkapital hat sich der Stawiko-Präsident bereits geäussert.
Folgen eines Nichtbeitritts wären unter anderem:

- Der Kanton Zug müsste dem gesetzlichen Auftrag gemäss Art. 27 LRV an eine Drittfirma weitergeben.
- Auch ohne Beitritt zur Umweltagentur ist der Kanton Zug laut Gesellschaftsvertrag bis 2006 an die in-Luft gebunden.

Die vorberatende Kommission – welcher der Votant auch angehörte – wie auch die Stawiko beantragen einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. In der CVP-Fraktion haben wir das Geschäft ausgiebig diskutiert. Es wurde bemängelt, dass wir im Kantonsrat dieses Geschäft erst heute in 1. Lesung diskutieren. Die

Gründung der AG findet aber bereits am 5. April 2004 statt. Hier steht der Kanton vor vollendeten Tatsachen und unter Zugzwang. Ebenfalls wurde kritisiert, dass der Kanton Zug keinen Einsitz im Verwaltungsrat hat. Die CVP-Fraktion hat aber grossmehrheitlich beschlossen, das vorliegende Geschäft zu unterstützen.

Gregor **Kupper** ist der Urheber von kritischen Bemerkungen zu dieser Vorlage. Das war in der Stawiko und in der Fraktion der Fall. Es ist ihm deshalb ein Anliegen, dazu kurz Stellung zu nehmen. Vorausgeschickt hält er fest, dass es nicht um das Was, sondern um das Wie geht.
Haben Sie auch schon mal die Katze im Sack gekauft? Wenn nicht, tun Sie das heute zum ersten Mal. Schauen wir mal, was da denn eigentlich abgegangen ist. Zuerst in zeitlicher Hinsicht. Wir haben einen Bericht des Regierungsrats vom 23. September letzten Jahres. Der Urner Landrat hat dieses Geschäft bereits am 24. September – also einen Tag nach unserem Bericht – verabschiedet. Wir tagen heute, am 5. April ist die Gründung dieser AG, die 2. Lesung wird anschliessend sein. Und logischerweise läuft nachher noch das fakultative Referendum. Irgendwo wäre unsere Regierung korrekterweise in der Lage, dann im Juli diese Gründung vorzunehmen. Sie wird uns sicher noch eine Antwort geben, wie sie das am 5. April schon machen kann. Der Votant hält das für einen Affront gegenüber unserer Parlamentsarbeit.
Zum sachlichen Aspekt. Diese Gründung der AG. Wenn ein Arbeitsloser auf dem RAV vorspricht und sagt, er wolle eine Gesellschaft gründen und irgend etwas realisieren, wird er wohl belehrt, dass man einen Businessplan macht. Dass er mal nach Hause geht und schaut, was er tut, wie viel Geld er dafür braucht, welche Investitionen er tätigen will, wie eine Planerfolgsrechnung aussieht, und wo man dann auch noch die Liquiditätsrechnung hinten anhängt. Was wir hier vorliegen haben heisst, dass wir eine AG gründen, ohne das Kapital zu kennen (seit heute Morgen wissen wir es). Wir haben eine Sacheinlagegründung. Es werden ganz offensichtlich für diese Gründung Vermögenswerte verwendet, die unsere Staatsrechnung eigentlich definitiv verlassen hatten. Unser Finanzdirektor wird Freude haben, dass die 180'000 zurückkommen in Form von Aktien. Dann hat er einen Posten, den er wieder bilanzieren kann. Jetzt müssen wir uns aber auch bewusst sein, diese Kosten wurden ganz offensichtlich über unsere Laufende Rechnung finanziert. Deshalb sind sie definitiv weg. Unser Anteil an der Geschichte wird in etwa so gross sein wie das, was in den Vorjahren abgeflossen ist. Für uns passt die Rechnung. Wie der Kanton Luzern, der doppelte Beiträge bezahlt hat, mit dem gleichen Aktienanteil zufrieden ist, ist seine Sache. Da danken wir nach Luzern. In der Vereinbarung steht, dass ein Aktionärbindungsvertrag gemacht werden soll. Wenn Kantone unter sich Vereinbarungen treffen, wäre das das Instrument, dass man alles da rein packt und nicht noch einen nicht öffentlichen Aktionärbindungsvertrag daneben abschliesst. Für den Votanten hat dieser Vertrag *ein* Gutes: Er lässt nämlich die Frage des Verwaltungsrats noch regeln. Da hat unser Baudirektor noch Spielraum. Und Gregor Kupper empfiehlt ihm dringend, im Aktionärbindungsvertrag die Bestimmung aufzunehmen, dass zumindest jeder Kanton das Recht hat, jederzeit einen Verwaltungsrat zu delegieren, wenn er davon nicht schon heute Gebrauch machen will.
Dann hat der Votant etwas im Bericht der vorberatenden Kommission gelesen im Bereich der Haftung. Vergessen Sie das! Sie können doch nicht mit sechs Kantonen eine AG gründen, und wenn die dann irgendwo was falsch macht, sagen, das inte-

ressiert uns nicht, wir sind da nicht dabei. Der Kanton beweist mit dem Kantonalbankgesetz, dass er da in die Haftung geht. Er kann sich mit Sicherheit auch beim Spital, wo er an einer AG beteiligt ist, nicht einfach ausklinken. Also Haftungsfragen stehen als Grund für die Gründung sicher nicht zur Diskussion. – Einen interessanten Abschnitt hat der Votant über die Steuern gelesen. Der Sitz wird jetzt grosszügig nach Uri gegeben. Das ist lobenswert. Aber die zuständigen Herren haben dann den Mut wieder verloren und den Urnern schon gesagt: Aber wehe, es gibt dann ein paar Steuerfranken, daran wollen wir auch partizipieren. Gregor Kupper weiss nicht, wie Uri so grosszügig auf seine Steuerhoheit verzichten kann.
Er hat also nicht in der Sache an sich wirklich viele Vorbehalte, aber am Wie. Wir haben eine Vorlage, in der verschiedene Sachen nicht klar ausformuliert wurden. Wir haben eigentlich sehr wenig gewusst. Auch bei der Stawiko-Sitzung hat uns niemand Aussagen machen können, wie hoch nur schon das Aktienkapital ist. Und dann kommt der ganze zeitliche Faktor dazu, der so ganz einfach nicht geht. Auf Grund dieser Überlegungen kommt der Votant dazu, dem Rat einen Antrag auf Nichteintreten zu stellen. Er betont aber ausdrücklich, dass es ihm nicht um die Umwelt geht, nicht um eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Lösung, sondern darum, wie wir dazu kommen, so etwas zu tätigen. Bei der AG-Gründung wird unser Baudirektor zwei Möglichkeiten haben: Entweder sagt er, wie man das in der Privatwirtschaft öfter macht, Augen zu und durch, um das zu genehmigen und zu verabschieden in der Hoffnung, das anschliessend nichts passiert. Und sonst muss er sich überlegen, dass er diese Aktien verkaufen kann, wie das schon Andrea Hodel gesagt hat.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** möchte sich zuerst für den zeitlichen Druck entschuldigen. Er ging von der irrigen Annahme aus, dass er mit diesem Geschäft gar nicht in den Kantonsrat muss.
Stellungnahme des Regierungsrats zu den Fragen der Stawiko in ihrem Bericht und Antrag vom 4. März 2004 in Sache Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur interkantonalen Umweltagentur.
Höhe des Aktienkapitals. Für die Stawiko ist nicht nachvollziehbar, in welchem finanziellen Rahmen die Gründung der AG vorgenommen werden solle. Die Höhe des Aktienkapitals und die Bewertung der Sacheinlage sei noch unbekannt. Gemäss Art. 7 Abs. 1 der interkantonalen Vereinbarung über die Gründung einer interkantonalen Umweltagentur vom Juni 2003 gründen die Vereinbarungskantone die Unternehmung mit einer Sacheinlage, wobei der Gegenstand der Sacheinlage sämtliche Aktiven und Passiven der bisherigen einfachen Gesellschaft bilden. Per Ende 2003 mussten die Gegenstände der Aktiv- und Passivvermögen bezeichnet und bewertet werden (Art. 7 Abs. 2 der Vereinbarung). Eine hiefür befähigte Revisionsstelle hat die Sacheinlage mit 1,2 Mio. Franken bewertet (Art. 4 Statuten der inNET Monitoring AG, Altdorf). An der nächsten ZUDK-Sitzung vom 5. April 2004 soll diese Schlussbilanz genehmigt werden. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt gemäss Art. 3 der Statuten 1,2 Mio. Franken und ist eingeteilt in 1'200 Aktien im Nominalwert von 1000 Franken. Die Aktien lauten auf den Namen und sind zu 100 % liberiert. Die Statuten sollen an der nächsten ZUDK-Sitzung vom 5. April 2004 ebenfalls verabschiedet werden.
Anteil und Haftung des Kantons Zug. Gemäss Stawiko ist noch unbekannt, welchen Anteil der Kanton Zug an der neuen AG halten wird und mit welchem Betrag er für die Verpflichtungen der Umweltagentur haftet. Es ist vorgesehen, dass jeder der

sechs Vereinbarungskantone je 200 Namensaktien à 1'000 Franken, somit insgesamt 200'000 Franken zeichnet. (Art. 6 Öffentliche Urkunde über die Gründung einer Aktiengesellschaft nach Art. 620 ff. OR und insbesondere Art. 762 OR). Sie übernehmen bei der Gründung 90 % des Aktienkapitals zu gleichen Teilen. Die weiteren 10 % des Aktienkapitals werden der Unternehmung zu Eigentum überlassen. Dem Kanton Zug werden also Aktien im Wert von 180'000 Franken gehören. Er wird in diesem Umfang für die Verbindlichkeiten der AG haften müssen.
Höhe des Aktienkapitals. Gemäss Stawiko ist auch nicht klar, wie im Falle einer Aktienkapitalerhöhung bei Aufnahme weiterer Aktionäre die Bezugsrechte geregelt seien. Die Vereinbarungskantone übernehmen gemäss Art. 8 Abs. 1 bei der Gründung nur 90 % des Aktienkapitals zu gleichen Teilen. Wenn alle Zentralschweizer Kantone der Vereinbarung beitreten, entfällt auf jeden Kanton einen Anteil von 15 % der Aktien. Die restlichen 10 % bleiben eigene Aktien der Unternehmung. Gemäss Art. 15 Abs. 2 der Vereinbarung sind jedoch diese Aktien in erster Linie für später beitretende Partner bestimmt. Insbesondere der Kanton Aargau hat sein Interesse bekundet, sich an der AG zu beteiligen. Sollte es in Zukunft einmal zu einer Aktienkapitalerhöhung kommen, würde es einer Anpassung der Statuten bedürfen (Art. 3 Statuten). Dieser Beschluss müsste mindestens zwei Drittel der vertretenen Stimmen und die absolute Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte auf sich vereinigen (Art. 9 Abs. 3 lit. e Statuten). Die weiteren Modalitäten, namentlich die Bezugsrechte, müssten im Rahmen dieser Statutenänderungen geregelt werden. Eine Erhöhung des Aktienkapitals ist aber aus heutiger Sicht nicht vorgesehen.
Empfehlung der Stawiko. Sie rät dem Regierungsrat, die Vereinbarung sofort nach einem allfälligen Beitritt kritisch zu hinterfragen und neu zu verhandeln. Der Regierungsrat nimmt dieses Anliegen entgegen. Er weiss, dass der Stawiko nur die Vereinbarung vom Juni 2003, der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 23. September 2003 sowie der Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission vom 22. Januar 2004 zur Verfügung standen. Es sind jedoch die Gründungsurkunde sowie der Bericht, die Statuten und der Aktionärsbindungsvertrag seit Herbst 2003 ausgearbeitet worden. Die entsprechenden Beschlüsse werden am 5. April 2004 anlässlich der Gründungsversammlung gefasst. Die vorberatende Kommission hat die Vorlage vorbehaltlos unterstützt. Daraus geht hervor, dass das gesamte Regelwerk ausgewogen ist. Die von der Stawiko empfohlene Nachverhandlung der Vereinbarung lehnt der Regierungsrat deshalb ab.
Anzahl der Verwaltungsräte. Es übersteigt nach Meinung des Verwaltungsrats die Verhältnismässigkeit, wenn wegen einem Aktienkapital von 180'000 Franken jeder Kanton im Verwaltungsrat Einsitz nehmen muss. Die Kosten für die Basisdienstleistungen werden eher sinken, dafür werden sich alle Direktoren der ZUDK einsetzen.
Zu Stawiko-Präsident Peter Dür. Der Baudirektor wird den Urner Juristen fragen, ob wir mit Vorbehalt zeichnen können oder ob ein anderer Kanton für uns zeichnet. – Erwina Winiger, Ihre Interpellation ist unterwegs. Sie war am 16. März 2004 bereits im Regierungsrat.

➔ Der Rat beschliesst mit 59 : 12 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1172.5 – 11454 enthalten.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, Traktandum 9 (WOV) zu verschieben, da die Vorlage zu umfangreich ist, um bis zum Ende der Sitzung durchberaten werden zu können. Er schlägt vor, stattdessen noch Traktandum 10 zu behandeln.

➔ Der Rat ist einverstanden.

373 INTERPELLATION VON MARTIN B. LEHMANN BETREFFEND FINANZIELLE SITUATION DER PENSIONSKASSE

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1176.2 – 11346).

Martin B. **Lehmann** dankt zuerst dem Regierungsrat für die speditive Beantwortung der Interpellation, aber auch dem Kantonsratspräsidium für die Geduld bei der Traktandierung des Geschäfts. – In Zeiten, da die Sparhysterie zum offensichtlich einzigen Thema auf der politischen Agenda wird, da dieses Parlament nach Jahren der Personalplafonierung für dieses Jahr noch zusätzlich einen faktischen Anstellungsstopp für Aushilfspersonal verordnet hat, da wir den Angestellten auch noch den eh schon mageren Teuerungsausgleich verweigern, in Zeiten also, die sich nicht eben motivierend auf unser Staatspersonal auswirken, mutet der Standpunkt der Regierung, die Mindestverzinsung der Altersguthaben in der obligatorischen beruflichen Vorsorge auch für dieses Jahr bei 4 % zu belassen, geradezu wie ein Befreiungsschlag an. Auch wenn der Satz schlussendlich durch den Vorstand der Pensionskasse auf 3,25 reduziert wurde, ist dieser nun immer noch ein ganzer Prozentpunkt über dem BVG-Mindestzinssatz. Dies ist wohl auch eine Art Dankeschön an das Staatspersonal, dem sich der Votant gerne anschliessen möchte. Er ist ebenfalls erfreut zu lesen, dass unsere Pensionskasse zu einer der sechs bestfinanzierten kantonalen Pensionskassen zählt, und hofft mit dem Regierungsrat, dass sich die Unterdeckung aus dem Jahre 2002 von über 160 Millionen Franken im letzten Jahr mindestens zu einem grossen Teil wieder aufgelöst hat.
Allerdings ist es nicht von der Hand zu weisen, dass es nicht zuletzt dem hohen Aktienanteil zu verdanken ist, dass sich die Unterdeckung in diesem renditestarken Jahr relativ rasch reduziert hat. In einem negativen Börsenumfeld hingegen, erweist sich der vom Vorstand definierte strategische Aktienzielwert von 35 % als riskanter Bumerang. Ebenfalls hat Martin B. Lehmann bereits in der Interpellation ausgeführt, dass ihm die Bestimmungen zum Einsatz von derivativen Instrumenten, sprich Optionen, Futures und anderer Termingeschäfte, zu breit abgefasst sind. Auch wenn die Pen-

sionskasse im Jahre 2002 effektiv nur gedeckte Call-Verkäufe getätigt hat, lassen die bestehenden Richtlinien auch Short-Positionen in Puts zu, was theoretisch einem unlimitierten Risiko entspricht. Und dies hat seines Erachtens bei der Anlage von Pensionsgeldern nichts zu suchen. Zu diesen beiden Themen vermisst er eine klare Aussage der Regierung. Es war im übrigen nicht seine Absicht, die Unterdeckung der Pensionskasse zu dramatisieren oder zu verharmlosen. Es liegt aber im ureigenen Interesse des Kantons wie auch der Versicherten, mit einem ausgewogenen Risikoprofil bei den Anlagen die Finanzierungssicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten. Diesem Aspekt gilt es auch in der laufenden Revision des Gesetzes über die Pensionskasse Rechnung zu tragen.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass sich die Börse seit dem Tiefstand im Frühling 2003 prächtig erholt hat. Die kantonale Pensionskasse hat davon überdurchschnittlich profitiert. Nach Auskunft von Geschäftsleiter Othmar Müller hat sie für das Jahr 2003 eine Performance von 9 % erarbeitet. Der Deckungsgrad hat Ende Jahr beinahe 100 % betragen. Die Liquidität der PK ist gut, das Verhältnis von Zahlenden zu Rentenbezügern nach wie vor günstig. Kurz: Die PK des Kantons Zug ist gesund. Das Auf und Ab gehört zur Börse. In Krisenzeiten haben gerade jene Pensionskassen Probleme, die sich angesichts des Börsenbooms Ende des letzten Jahrtausends zu euphorischen Geschenken hinreissen liessen. Die Pensionskasse des Kantons Zug ist dieser Versuchung nicht erlegen und hat stattdessen Reserven angelegt. Es war auch richtig, dass im Wellental die Verzinsung nicht ohne Not gesenkt wurde. Die Entscheidung des Vorstands, auch 2003 mit 4 % zu verzinsen, war ebenso weitsichtig wie angemessen. Für das laufende Jahr wurde der Zinssatz auf 3,25 % reduziert – nicht in erster Linie aus wirtschaftlicher Not, sondern eher auf politischen Druck hin. Doch die Situation der Kantonalen Pensionskasse präsentiert sich nicht so düster, wie sie zum Zeitpunkt der vorgängigen Rechnungsdebatte dargestellt wurde. Mit seiner Zinspolitik wolle der PK-Vorstand, so der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Interpellation, «auch das Vertrauen in die Stabilität der beruflichen Vorsorge stärken und die hohe Akzeptanz, welche die Pensionskasse des Kantons bei ihren Versicherten wie auch bei den Arbeitgebenden geniesst, nicht schmälern.»
Eine verlässliche Pensionskasse ist für die Kantonsangestellten tatsächlich um so wichtiger, da ihnen der Teuerungsausgleich verwehrt wurde. Eine verlässliche PK ist vertrauensbildend und deshalb ein valables Argument, gute Mitarbeitende zu finden oder zu halten. Dem Personal Sorge zu tragen, hält die Personalfluktuation tief und kommt letztlich der Staatskasse zugute. Die AF erwartet vom PK-Vorstand eine langfristige Strategie. Auch wenn jetzt die Unsicherheit in Folge der Anschläge in Madrid und Gaza die Börsenkurse drückt und auch die ersten Analysten die Konjunkturerholung an sich bezweifeln. Angesichts der Börsenabhängigkeit der zweiten Säule – und die ist aus unserer Sicht gerade in Zug mit dem überrissenen strategischen Aktienzielwert von 35 % sehr hoch – hält die AF eine starke 1. Säule für sehr wichtig.

Hans Peter **Schlumpf** weist darauf hin, dass Martin Lehmann mit seiner Interpellation zur Situation der kantonalen Pensionskasse, die er bereits im vergangenen Oktober eingereicht hat, zweifellos ein Thema angeschnitten hat, das nicht ohne Brisanz ist. Pensionskassen – sowohl im privaten wie auch im öffentlichen Bereich – waren kaum der öffentlichen Diskussion ausgesetzt, solange die Wirtschaft wuchs und flo-

rierte und solange die demografische Entwicklung nicht allzu dramatisch schien. Unter diesen Prämissen entwickelte sich die 2. Säule, also die berufliche Vorsorge, spätestens seit Einführung des Obligatoriums im Jahre 1985 zu einem mehrheitlich recht komfortabel ausgestatteten Vorsorgewerk, besonders wenn man den Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Ländern zieht. Es kann nicht verhehlt werden, dass dabei gerade die Pensionskassen der öffentlichen Körperschaften für ihre Mitglieder ausnehmend gute Bedingungen schufen, sowohl was die Finanzierung mit überdurchschnittlich hohen Arbeitgeberanteilen (wie man sie in der Privatwirtschaft kaum kennt), als auch was die Leistungen anbelangt. Sie wurden zudem grossmehrheitlich nach dem Prinzip des Leistungsprimats konzipiert, wo man Leistungen für den Vorsorgefall verspricht, unabhängig davon, wie man diese dann finanzieren kann. Der Votant hat schon 1985, als das BVG-Obligatorium eingeführt wurde, vor dem Prinzip des Leistungsprimats gewarnt, und er hätte es in seiner Firma nie eingeführt.

Begünstigt wurde der recht grosszügige Ausbau der 2. Säule generell durch zwei Sachverhalte. Erstens müssen die Leistungen erst in fernerer Zukunft erbracht werden und diejenigen, welche heute Leistungen versprechen, werden nicht mehr für deren Einlösung zuständig sein. Zweitens schien man mit den überdurchschnittlichen Börsenerträgen der 90er-Jahre die hohen Leistungszusagen praktisch gratis finanzieren zu können. Wer wollte da schon die Rolle des Spielverderbers übernehmen? Als im Sommer 2000 die Börsenkurse ihren Höhepunkt erreichten und danach der jähe Abstieg begann, während dem auch der SMI über 50 % seines Wertes verlor, kehrte auch bei den Pensionskassen und ihren Mitgliedern die grosse Ernüchterung ein. Ganz so reibungslos schien die Wohlstandmaschine für das Alter doch nicht zu funktionieren. Grundsätzlich ist eine Vorsorgeeinrichtung ja eine Art Durchlauferhitzer. Sie zieht Beiträge ein, legt diese profitabel an und schreibt die Erträge wieder den Mitgliedern gut. Könnte sie die tatsächlichen Renditen, auch im Falle von negativen Renditen, einfach an die Mitglieder weiterreichen, käme keine Vorsorgeeinrichtung je in finanzielle Schwierigkeiten. Zwar schrieb der Gesetzgeber bis vor kurzem vor, dass die Guthaben der Mitglieder mit mindestens 4 % pro Jahr zu verzinsen seien, doch schien dies angesichts der während Jahren tatsächlich erzielbaren hohen Renditen eine reine Formsache zu sein.

Doch seit nunmehr vier Jahren hat der Wind markant gedreht: Die Wirtschaftsflaute liess die Zinsen auf historische Tiefstwerte sinken, gleichzeitig brach der Wert der Anlagen massiv ein, also ein doppelt negativer Effekt. Die Wertverminderung der Anlagen liess den Deckungsgrad auf Werte oft weit unter 100 % fallen, gleichzeitig bescherte die Verzinsungspflicht von 4 % bei laufenden Anlagerenditen von bestenfalls 1-2 % weitere laufende Verluste. Ein Deckungsgrad von 100 % besagt, dass das aktuelle Nettovermögen gerade so gross ist, dass sämtliche künftigen Verpflichtungen, auf den heutigen Zeitpunkt abdiskontiert, erfüllt werden könnten. Der Deckungsgrad vieler Vorsorgeeinrichtungen ist nun in den vergangenen Jahren auf unter 100 % gefallen. Ist dies alleine einem temporären konjunkturellen Einbruch zuzuschreiben, so ist dies nicht unmittelbar alarmierend. Viele Kassen im öffentlichen Bereich schieben jedoch seit Jahren ein strukturelles Problem vor sich her, das entstand, weil die gemachten Rentenversprechen gar nicht mit der effektiven Finanzierung übereinstimmen. Deckungsgrade von gerade mal 60 oder 70 %, wie sie die Pensionskassen des Bundes, der SBB oder der Post auszeichnen, sind alleine auf Grund der riesigen betragsmässigen Deckungslücken volkswirtschaftliche Zeitbomben, die uns alle noch teuer zu stehen kommen werden.

Nun zum Kanton Zug: Im Zuge der geschilderten Entwicklung ist auch der Deckungsgrad der Pensionskasse des Kantons Zug von einem Höhepunkt von etwa 120 % auf unter 100 %, temporär gar auf etwa 93 % gefallen. In ihrer Beantwortung der Interpellation Lehmann schlägt die Regierung dennoch einen eher beschwichtigenden Ton an. Sie betont, dass die Finanzierung gesund, die Anlagepolitik vernünftig und marktkonform sei und der Deckungsgrad inzwischen wieder rund 100 % betrage. Von alarmierenden Zuständen zu sprechen wäre deshalb sicher eine Übertreibung. Dennoch, wenn schon nicht den Warn-, so doch den Vorsichtsfinger zu erheben, ist nicht unangebracht; warum? Öffentliche Vorsorgeeinrichtungen neigen in der Tendenz dazu, dass die Interessen der Arbeitnehmer überdurchschnittlich hoch gewichtet werden. Die sogenannten Arbeitgebervertreter im paritätisch zusammengesetzten Vorstand nehmen nicht dieselbe eindeutige Interessenvertretung wahr wie ein Unternehmer als Arbeitgeber in der Pensionskasse seiner Firma. Dies ist kein Misstrauensvotum an den Stiftungsrat der Pensionskasse des Kantons Zug, aber es ist ein strukturelles Merkmal, das den meisten öffentlichen Pensionskasse eigen ist. Unserer Auffassung nach wäre es geboten, mindestens einen kompetenten Unternehmer aus der Privatwirtschaft im Vorstand der PK des Kantons Zug zu haben.
Einige Aussagen im Bericht der Regierung werfen neue Fragen auf: So wird darauf hingewiesen, dass schon 1995 vom Leistungs- auf das Beitragsprimat umgestellt worden sei. Dies war sicher eine weise Massnahme. Nichtsdestotrotz ist im Geschäftsbericht 2002 der PK nachzulesen, dass ein Hauptziel im Rahmen der anstehenden Gesetzesrevision die «konsequente Umsetzung des Beitragsprimats» sei. Weitere Hinweise im Regierungsbericht deuten darauf hin, dass immer noch Verpflichtungen aus der Zeit des Leistungsprimats bestehen (was neun Jahre nach dem Wechsel zum Beitragsprimat an sich auch natürlich ist). Die Aussage, dass infolge der ungünstigen demografischen Entwicklung (Überalterung des Versichertenbestandes) die Sparbeiträge nicht mehr vollumfänglich zur Deckung der Spargutschriften ausreichten, ist bei einer schon sehr lange bestehenden Vorsorgeeinrichtung nicht ganz nachzuvollziehen. Im reinen Beitragsprimat und bei gleichmässiger Altersverteilung gibt es dieses Problem nicht. Es wäre daher gerade im Hinblick auf die anstehende Gesetzesrevision wünschbar, wenn die PK eine Prognose über die mutmassliche demografische Verteilung ihres Versichertenbestands erstellen oder, falls vorhanden, zur Verfügung stellen könnte.
Gemäss Geschäftsbericht 2002 der PK wird mit der Gesetzesrevision auch eine vermehrte Flexibilisierung des Pensionsalters angestrebt. In diesem Zusammenhang wird zu Recht darauf hingewiesen, dass der finanzielle Spielraum für weitere Ansprüche der Versicherten gering geworden sei. Hans Peter Schlumpf muss im Namen seiner Fraktion zuhanden dieser Revisionsbestrebungen schon heute quasi präventiv ankündigen, dass wir uns kaum vorstellen können, einen weiteren Leistungsausbau zulasten des Arbeitgebers, also des Staates, im politischen Entscheidungsprozess mitzutragen.
Noch ein Wort zum Mindestzinssatz, der letztes Jahr zu einem grossen Politikum geworden ist und Schlagworte wie «Rentenklau» und ähnliches geboren hat. Die ganze Diskussion, von Gewerkschaften und ihnen assoziierten Parteien politisch ausgeschlachtet, zielte aus fachlicher Sicht am Problem vorbei. Man kann den Mindestzinssatz festlegen, wie man will, er ist immer falsch! Wäre in den späten Neunzigerjahren ein Mindestzinssatz von 8 % vermutlich noch zu tief gewesen, so ist heute einer von 2 % noch zu hoch. Dies zeigt, dass mit einem Mindestzinssatz weder die Interessen der Versicherten noch diejenigen der Vorsorgeeinrichtung auf angemes-

sene und faire Weise befriedigt werden können. Es ist zuzugestehen, dass in einer Sammelstiftung, wo einzelne Mitglieder kaum Einfluss auf Anlagestrategie und Zinspolitik nehmen können, ein politisch festgesetzter Mindestzinssatz einen gewissen, wenn auch minimalen Schutz des Versicherten gewährleistet. In einer öffentlichen Pensionskasse wie unserer PK jedoch, wo gerade die Versicherten in den Entscheidungsgremien sehr prominent vertreten sind, ist die praktische Bedeutung des Mindestzinssatzes sehr gering. Wir sind der Meinung, dass es auch für eine Personalvorsorgeeinrichtung nicht mehr zeitgemäss ist, einfach über viele Jahre eine stetige Verzinsung der Mitgliederguthaben mit 4 % oder wie viel auch immer, anstreben zu wollen. Die notwendige Reservenbildung für eine solche Politik würde viel zu gross. Der Versicherte soll in guten Zeiten von hohen Renditen profitieren können, soll auch mal 6 % oder 8 % gutgeschrieben erhalten, muss in schlechten Zeiten aber bereit sein, auch mal ein Jahr mit einer Nullverzinsung zu leben. Bei einer solch dynamisierten Ausschüttungspolitik würde das Politikum des Mindestzinssatzes weitgehend entschärft.
Zum Entscheid, die Guthaben auch für das Jahr 2003 mit 4 % zu verzinsen. Gemäss dem Plädoyer des Votanten für eine Flexibilisierung der Verzinsung will er diesen Entscheid nicht allzu massiv kritisieren. Es ist jedoch schon zu überlegen, ob in der heutigen Situation nicht das Kriterium der Reservenbildung etwas höher gewichtet werden sollte als die Verzinsung der Guthaben.
Bei der Beantwortung von Frage 5 der Interpellation weist die Regierung wiederum auf die Behebung der noch bestehenden strukturellen Probleme der PK und auf die notwendige Gewährleistung der künftigen Finanzierungssicherheit hin, ohne genauer auszuleuchten, welcher Art diese strukturellen Probleme sind. Sollte die Regierung zu diesem Punkt hier noch einige Klärungen anbringen können, so wären wir dankbar dafür. – Wir nehmen den Bericht der Regierung zur Interpellation Lehmann zur Kenntnis, danken für die Ausführungen, sind froh, dass sich konjunkturell die Lage wieder etwas stabilisiert hat, betonen aber mit aller Deutlichkeit, dass sich strukturelle Mängel und Probleme, die in der Regel mit demografischer Entwicklung resp. ungenügender Abstimmung von Leistungen und deren Finanzierung zu tun haben, langfristig nicht einfach mit einem konjunkturellen Aufschwung beheben lassen. Dies wäre eine trügerische Annahme. Wir fordern die Regierung auf, in der Vorlage zur Revision des Pensionskassengesetzes, die noch für dieses Jahr erwartet wird, Strukturen zu schaffen, welche der demografischen Entwicklung, der anhaltend unsicheren Wirtschaftsentwicklung in unserem Lande wie auch der absehbaren finanziellen Situation unseres Staatswesens genügend Rechnung trägt.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte zuerst danken für die lobenden Worte zuhanden der Leitung der Pensionskasse. Er wird dies gerne weiterleiten, da ja die PK eine öffentlichrechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ist und insofern nur administrativ der Finanzdirektion zugeteilt ist. Es ist richtig vermerkt worden: Die PK hat in den vergangenen Jahren sehr gut gewirtschaftet. Es sei an den Deckungsgrad im Jahr 1989 erinnert, der damals bei rund 77 % lag. Und der massgebliche Teil dieser Deckungsverbesserung ist durch eine gute Bewirtschaftung der vorhandenen Mittel zustande gekommen und nicht durch übermässige Arbeitgeberbeiträge des Kantons Zug. Denn wenn Sie die Statistik des Bundesamts für Sozialversicherung konsultieren, sehen Sie, dass der durchschnittliche Arbeitgeberbeitrag sogar über dem Beitrag des Kantons Zug liegt.

Zur Anlagepolitik. Diese macht insofern auch nicht der Regierungsrat, sondern der Vorstand der PK. Er legt die Anlagepolitik in Zusammenarbeit mit externen Spezialisten fest. Und es ist wichtig, dass man solche Zielwerte nicht kurzfristig auf Grund einer Börsenbaisse rasch korrigieren und zurücknehmen soll, weil dann im Moment entsprechende Aktien verkauft würden. Insofern hat auch die PK richtig gehandelt und hat keine Aktien im schlechten Moment verkauft. Dies hat sich jetzt positiv in Erscheinung gebracht, indem im Wertschriftenbereich eine Rendite von über 12 % erreicht werden konnte und über das Gesamtvermögen eine Rendite von rund 10 %. Das sind sehr gute Werte, die sonst praktisch nicht erreicht werden. Das hat dazu beigetragen, dass der Deckungsgrad per Ende Jahr nach der konservativen Methode berechnet auf 101,5 % gestiegen ist, und wenn man die Langlebigkeit der Versicherten noch dazu rechnet, wäre der Deckungsgrad auch dann noch bei 99,9 %, also praktisch bei 100 %.
Die Verzinsung der Kapitalien, die 4 % die in der Interpellationsbeantwortung erwähnt sind, das war auch nur eine Empfehlung des Regierungsrats an den Finanzdirektor, die Vertretung im Vorstand. Dieser hat dann ja 3¼ % beschlossen.
Noch etwas zu den erwähnten Defiziten in der Interpellationsbeantwortung. Sie sind zum Teil bedingt durch die Überalterung des Versichertenbestands. Sie sind bedingt von den zu tiefen Risikobeiträgen, weil der Umwandlungssatz angepasst werden muss. Alle diese Elemente wollen wir dieses Jahr in die Vernehmlassung geben. Die Gesetzesrevision ist jetzt im Regierungsrat und Peter Hegglin hofft, dass dies in kurzer Zeit beschlossen wird und Sie dann im Verlauf des nächsten halben Jahres Zeit haben, sich zu diesen Änderungen zu äussern.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

374 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 29. April 2004.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

28. SITZUNG: DONNERSTAG, 29. APRIL 2004
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.25 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

375 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Mitgliedern.

Abwesend sind: Peter Diehm, Cham; Stephan Schleiss, Steinhausen.

376 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass heute nach der Kaffeepause das Frauennetz Steinhausen die Kantonsratssitzung besucht.

Beat **Villiger** wendet sich mit folgenden Worten an den Kantonsratspräsidenten:
Vor dem nächstem Traktandum / Gibt's zu erwähnen ein spezielles Datum / Es gehört dem Peter, unserem Präsidenten, / er feierte am Freitag seinen Sechzigsten.
Regierung, Fraktionen , Gäste und Presseleute / Wollen dir Peter gratulieren heute / Es schliessen sich an, das ist auch ganz klar / Zugerinnen und Zuger von Walchwil bis Baar.
Der Herr Präsident auf der obersten Bank / Verdient zudem des Parlamentes Dank / In die Debatten bringt er Tempo und Zug, / verhandelt zwischen Fraktionen ganz klug.
Hat die Akzeptanz von allen Seiten, / lockert auf mit Heiterkeiten. / Hält trotzdem den Faden in der Hand, / bestimmt gar manches im Zugerland.

Und das eine sollst du wissen / Ohne dich wären wir aufgeschmissen. / Wir können dich ganz gut ertragen, / uns zu wehren, würden wir nie wagen.
Geboren im Sternkreise Stier / Bekommst du ein besonderes Lebenselixier. / Aus dem Staatskeller einen Rebensaft / Für den Genuss und neue Lebenskraft.
Zum Gratulieren ist das ein Grund. / Nimm nichts zu schwer und bleib schön gesund! / Wir wünschen dir fürs neue Lebensjahrzehnt / die Erfüllung dessen, was du dir ersehnt!

377 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25. März 2004.
2. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1221.1 – 11436).
3. Vereidigung.
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
5. Kommissionsbestellung:
   Ersatzwahl in eine kantonsrätliche Kommission.

6.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Gründung einer interkantonalen Umweltagentur.
   2. Lesung (Nr. 1172.5 – 11454).

6.2. Postulat von Gregor Kupper, Karl Betschart und Thomas Lötscher betreffend ständige Vertretung im Verwaltungsrat der interkantonalen Umweltagentur (Nr. 1226.1 – 11456).
   Antrag auf sofortige Behandlung.

7. Energiegesetz.
   1. Lesung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1162.1/.2 – 11269/70), der Kommission (Nrn. 1162.3/.4 – 11443/44) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1162.5 – 11446).
8. Änderung des Gesetzes über die Kinderzulagen.
   1. Lesung.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1161.1/.2 – 11267/68), Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats (Nr. 1161.3 – 11397) sowie Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1161.4 – 11435).
9. Änderung des Gesetzes über die Gewässer (GewG).
   1. Lesung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1175.1/.2 – 11297/98), der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz (Nrn. 1175.3/.4 – 11426/27) sowie Zusatzbericht und -antrag der Kommission (Nr. 1175.5 – 11457).
10. Kantonsratsbeschluss zur Erprobung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV).
    1. Lesung.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1140.1/.2 – 11215/16), der Kommission (Nrn. 1140.3/.4 – 11411/12) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1140.5 – 11422).

11.1. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend Ausgleich der kalten Progression und Steuerpaket – Auswirkungen auf die Finanzen von Kanton und Gemeinden (Nr. 1222.1 – 11438).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1222.2 – 11451).

11.2. Interpellation von Alois Gössi betreffend Entlastungsprogramm Sparpaket des Bundes und deren Auswirkungen auf den Kanton Zug und seine Gemeinden (Nr. 1178.1 – 11302).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1178.2 – 11458).

12. Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz und Maja Dübendorfer Christen betreffend geplante «Regionale Stundentafel 2005» auf der Primarstufe (Nr. 1220.1 -11434).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1220.2 – 11455).

13.1. Motion von Toni Kleimann betreffend Einführung einer Schifffahrtssteuer (Nr. 7797).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1225.1 – 11448).

13.2. Motion von Peter Rust betreffend Seerettungsdienst Zugersee und Ägerisee (Nr. 991.1 – 10794).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 991.2 – 11447).

13.3. Interpellation von Josef Zeberg betreffend ungenügende Kontrollen von Booten auf dem Zugersee (Nr. 1115.1 – 11146).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1115.2 – 11441).

14. Interpellation von Erwina Winiger Jutz, Martin Stuber und Lilian Hurschler-Baumgartner betreffend Stand der Luftreinhaltung und weiterer Handlungsbedarf (Nr. 1152.1 – 11242).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1152.2 – 11445).

15. Interpellation von Hans Peter Schlumpf, Karl Rust und Werner Villiger betreffend langfristige Sicherstellung der Kiesversorgung im Kanton Zug (Nr. 1153.1 – 11244).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1153.2 – 11442).

16. Interpellation von René Bär betreffend Einhaltung gesetzlicher Vorgaben (Nr. 1159.1 – 11263).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1159.2 – 11450).

17. Interpellation von Markus Jans betreffend Stand der sozialen Integration von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Zug (Nr. 1189.1 – 11331).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1189.2 – 11449).

* erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung

378 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 25. März 2004 wird genehmigt.

379 KANTONSRATS-ERSATZWAHL IN DIE EINWOHNERGEMEINDE UNTERÄGERI

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1221.1 – 11436).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Ersatzwahl folgender Person zu genehmigen:

– Nachfolger von Markus Bucher: Markus **Grüring**, FDP, Unterägeri.

Ohne anderslautenden Antrag gilt diese Ersatzwahl als genehmigt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

380 EID EINES NEUEN MITGLIEDS DES KANTONSRATS

Der **Vorsitzende** bittet Markus Grüring, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Er bittet Markus Grüring, ihm nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber die Worte «Ich schwöre es» nachzusprechen.

Der **Landschreiber** liest die in § 5bis Abs. 1 der GO enthaltene Eidesformel, worauf das neue Ratsmitglied Markus Grüring mit erhobenem Schwurfinger den vom Vorsitzenden vorgesprochenen Satz «Ich schwöre es» nachspricht.

381 ERSATZWAHL IN EINE KANTONSRÄTLICHE KOMMISSION

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass durch den Rücktritt von Markus Bucher per 29. Februar 2004 ein Kommissionssitz in der Raumplanungskommission neu zu besetzen ist. Die FDP-Fraktion beantragt, dass als Ersatzmitglied das neue Kantonsratsmitglied Markus **Grüring** gewählt wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

382A KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUR INTERKANTONALEN VEREINBARUNG ÜBER DIE GRÜNDUNG EINER INTERKANTONALEN UMWELTAGENTUR

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 25. März 2004 (Ziff. 372) ist in der Vorlage Nr. 1172.5 – 11454 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 70 : 0 Stimmen zu.

382B POSTULAT VON GREGOR KUPPER, KARL BETSCHART UND THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND STÄNDIGE VERTRETUNG IM VERWALTUNGSRAT DER INTERKANTONALEN UMWELTAGENTUR

Gregor **Kupper**, Neuheim, Karl **Betschart**, Baar, und Thomas **Lötscher**, Neuheim, haben am 31. März 2004 folgendes Postulat eingereicht:

«Der Regierungsrat wird eingeladen, die nötigen Massnahmen zu treffen, damit der Kanton Zug ständig mit einem Mitglied im Verwaltungsrat der sich in Gründung befindenden interkantonalen Umweltagentur vertreten ist.»

Die Begründung des Postulats ist in der Vorlage Nr. 1226.1 – 11456 vom 31. März 2004 enthalten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag vorliegt, dieses Postulat sei sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich eine formelle über die sofortige Behandlung und danach eine materielle über die Erheblichkeitserklärung (die zweite mit einfachem Mehr). Wir führen aus Praktikabilitätsgründen eine Diskussion über beide Elemente zusammen, jedoch zwei getrennte Abstimmungen. Erfahrungsgemäss lassen sich formelle und materielle Aspekte nur schwer voneinander trennen. – Sofern die sofortige Behandlung nicht beschlossen wird, erfolgt eine ordentliche Überweisung des Postulats an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag.

Gregor **Kupper**: Nachdem der Kommissionspräsident, der Stawiko-Präsident und die meisten Fraktionssprecher an der letzten Sitzung anlässlich der 1. Lesung ihr Befremden zum Ausdruck gebracht hatten, dass der Kanton Zug im Verwaltungsrat nicht vertreten sei, geht der Votant davon aus, dass an der heutigen Sitzung die sofortige Behandlung unbestritten ist. Er äussert sich deshalb zum Materiellen.
Eigentlich wollten die Postulanten eine Ergänzung dieses KR-Beschlusses beantragen, der in einem Abs. 2 von § 1 gelautet hätte: «Der Regierungsrat setzt sich für eine ständige Vertretung des Kantons Zug im Verwaltungsrat ein.» Wir wurden dann von Tino Jorio aufgeklärt, dass wir damit in die Kompetenz des Regierungsrats eingreifen würden, weil für die Organisation von Konkordaten eben der Regierungsrat und nicht der Kantonsrat zuständig ist. Nach dieser Aussage muss sich der Regierungsrat auch dabei behaften lassen, dass wir das Geschäft ähnlich einem Konkordat betrachten. Dort ist es üblich, dass der Kanton sich im Konkordatsrat vertreten lässt. Nun haben wir eine Aktiengesellschaft, und da will er sich plötzlich von dieser Aufgabe drücken. Eine AG hat aber ganz klare Organisationsstrukturen; wir haben eine Generalversammlung und den Verwaltungsrat, der in der Regel eine Geschäftsleitung mit einem entsprechenden Organisationsreglement einsetzt. Wenn wir jetzt hier eine AG gründen und mit einer namhaften Minderheit daran beteiligt sind, aber auf einen Sitz im Veraltungsrat verzichten, nehmen wir unsere Verantwortung nicht richtig wahr. Die Regierung hat schon bei der letzten Sitzung erklärt, dass diese Funktion über die ZUDK ausgeübt werden soll. Diese ist aber gerade in diesem Fall Auftraggeber für den Basisleistungsauftrag. Wir haben also zwei Interessengruppen: Einen Verwaltungsrat, der die Interessen der Umweltagentur, und einen

Auftraggeber, der die Interessen des Kantons vertreten muss. Ob sich das dann wirklich nicht beisst, ist zu bezweifeln.
Es kommt noch ein zweiter Punkt dazu. Wir haben gelesen, dass bei dieser Umweltagentur nicht nur kantonale Aufträge bearbeitet, sondern auch Drittaufträge entgegengenommen werden sollen. Bei diesen hat die ZUDK gar nichts zu sagen. Dafür ist der Verwaltungsrat zuständig. Es würde dem Wirtschaftskanton Zug gut anstehen, sich auch in diesem Gremium vertreten zu lassen. Wenn nun der Vergleich mit der Spital AG gezogen wird, so hat dort der Regierungsrat auch Vertreter. Es sind nicht die Regierungsräte, sondern Drittpersonen. Wenn wir also bei der Umweltagentur so vorgehen, dass wir Robert Bisig in den Verwaltungsrat delegieren, kann der Votant damit leben. Er beantragt deshalb, das Postulat nicht nur sofort zu behandeln, sondern auch erheblich zu erklären und damit für eine korrekte Vertretung in diesem Gremium besorgt zu sein. Dieser Meinung ist auch fast die gesamte CVP.
Abschliessend die Frage an den Baudirektor, wie weit jetzt die Gründung fortgeschritten ist und wie er das Problem in formeller Hinsicht gelöst hat.

Thomas **Lötscher** erinnert daran, dass schon anlässlich der ersten Lesung fraktionsübergreifend gefordert wurde, der Kanton Zug müsse Einsitz haben im Verwaltungsrat dieser wichtigen Umweltagentur, deren nichtssagenden Namen der Votant leider schon wieder vergessen hat. Damals wie auch in der zwischenzeitlichen Diskussion wurde die Frage nach der Verhältnismässigkeit gestellt: Macht es Sinn, dass angesichts des bescheidenen Aktienkapitals die Zuger Regierung einen Vertreter delegiert, während sie beispielsweise bei der SBZ, wo es immerhin um die wegweisende und nicht ganz günstige Spitalfrage geht, auf Einsitznahme verzichtete – übrigens auf Betreiben des Kantonsrats. Ja, es macht Sinn! Erstens sind die zwei Fälle nicht vergleichbar: Bei der SBZ ist der Kanton Mehrheitsaktionär und kann somit jederzeit ausreichend Einfluss nehmen. Bei der Umweltagentur fehlen solche Möglichkeiten. Zweitens geht es uns nicht in erster Linie um den Schutz des investierten Kapitals sondern vielmehr um die materielle Mitwirkung. Zug soll mitreden, wenn es darum geht, Schwerpunkte zu setzen und Stossrichtungen zu definieren. Es mag sein, dass der Betrieb der Umweltagentur kostenmässig nicht stark einschenkt. Aber wie sieht es mit den Resultaten der Arbeit aus? Welche Massnahmen werden abgeleitet und was kosten diese? Die demokratischen Entscheidmechanismen treten durch die Organisationsform der Aktiengesellschaft etwas in den Hintergrund. Um so wichtiger ist es für den Kanton Zug, anderweitig den Schuh in der Türe zu halten. Die Vertretung im Verwaltungsrat muss nicht zwingend von einem Mitglied der Regierung wahrgenommen werden. Die Baudirektion verfügt über qualifizierte Mitarbeiter, die dafür in Frage kommen.
Seitens der Regierung wurde festgehalten, dass man mit den beteiligten Kantonen ein gutes freundschaftliches Verhältnis unterhalte, was ausreiche und die eigene Vertretung erübrige. Die guten Beziehungen sind erfreulich, und Freunde zu haben ist eine tolle Sache. Es sei aber daran erinnert, dass die schweizerisch/amerikanische Freundschaft just dann besonders betont wurde, als unser Land im Rahmen der Holocaust-Debatte erpresst wurde. Auch zu Deutschland unterhält die Schweiz sehr freundschaftliche Beziehungen. Keine Angst, es wird jetzt nicht über Luftverkehr, Grenzkontrollen und Bankkundengeheimnis referiert. Aber Vorsicht ist auch hier besser als Nachsicht. Deshalb wünscht auch die FDP-Fraktion eine Zuger Vertretung im Verwaltungsrat der Wie-war-doch-gleich-derName AG.

Malaika **Hug** hält fest, dass die SP-Fraktion das Postulat betreffend einer ständigen Vertretung im Verwaltungsrat der interkantonalen Umweltagentur einstimmig unterstützt. Dass es zusammen mit dem Hauptgeschäft behandelt werden sollte, steht für uns ausser Frage. Das Anliegen der Postulanten, dass der Kanton Zug selbst aktiv und direkt als Verwaltungsrat wirken und somit auf die Geschäftsführung der Umweltagentur unmittelbar Einfluss nehmen kann, unterstützen wir. Wir sind der Meinung, dass dieses Verwaltungsratsmitglied nicht zwingend ein Regierungsrat sein muss, sondern dass auch eine Fachperson diese Funktion übernehmen könnte. Gemäss Art. 4 Abs. 3 sollte dies möglich sein.

Rosemarie **Fähndrich** hält fest, dass sich die AF nicht gegen das Postulat stellt. Wichtiger als Einsitz in den Verwaltungsrat ist für uns aber, dass der Kanton Zug eine aktive Rolle innerhalb der Umweltagentur spielt. Die Luftqualität messen ist das eine, sie endlich so zu verbessern, dass wichtige Alarmwerte nicht mehr ständig überschritten werden, das andere. Letzteres ist für uns eigentlich das Entscheidende – wir werden heute Nachmittag anlässlich der Interpellationsbeantwortung «Stand Luftreinhaltung und Handlungsbedarf» noch darüber reden.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Die ZUDK hat anlässlich einer der Gründungsversammlung vorgezogenen Sitzung am 5. April 2004 folgende Mitglieder in den Verwaltungsrat gewählt:

- Armin Hüppin, Regierungsrat des Kantons Schwyz und Vorsteher Departement des Innern, Vertreter der ZUDK
- Benno Bühlmann, Vorsteher des Amts für Umweltschutz des Kantons Uri, bisher Verantwortlicher der In-Luft und Vertreter des Standortkantons
- Beat Marty, Abteilungsleiter im Amt für Umwelt und Energie, Vertreter des grössten Kantons Luzern
- Jürg Meyer, Direktor der Geschäftsleitung der Gemeindeverbände für Kehrichtbeseitigung und Abwasserreinigung, Luzern, Vertreter der Wirtschaft.

Als Präsident des Verwaltungsrats wurde Benno Bühlmann, als Vizepräsident Regierungsrat Armin Hüppin gewählt. Im Verwaltungsrat nicht persönlich, sondern über die ZUDK vertreten sind neben dem Kanton Zug die Kantone Nidwalden und Obwalden. Gemäss Art. 4 Abs. 1 der interkantonalen Vereinbarung besteht der Verwaltungsrat aus drei bis maximal sieben Mitgliedern. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass ein Verwaltungsratsmandat die Übernahme von Verantwortung und Aufgaben mit entsprechendem Zeitaufwand beinhaltet. Im Zeitalter der Effizienz und der Kostenwirksamkeit sowie knapper personeller Ressourcen ist es angebracht, Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Im Weitern kann auf Wunsch der Aktionäre bei der nächsten Generalversammlung ein Teil oder der ganze Verwaltungsrat ausgewechselt werden. Ein solches Vorgehen macht im Hinblick auf die Gewährleistung von Kontinuität zur Konsolidierung der neu gegründeten Firma jedoch wenig Sinn.
Nach Meinung der ZUDK ist ihre Vertretung mit einem Regierungsrat im Verwaltungsrat genügend. Dies wird bestätigt damit, dass die Nidwaldner Regierungsrätin auf einen Sitz verzichtet hat zugunsten des Regierungsrats aus dem Kanton Schwyz. Auch die Zuger Regierung ist der Meinung, dass im Verwaltungsrat ein Regierungsrat genügt. Es haben in erster Linie die verschiedenen Fachgruppen in den VR Einsitz zu nehmen. In politischer Hinsicht ist ein Vertreter der ZUDK – somit ein Mitglied

eines Regierungsrats – bereits Mitglied des Verwaltungsrats. Zudem sind es die Fachgruppen. Dies ist eine ausgewogene Vertretung. Aus diesen Gründen hat der Regierungsrat auf die Einsitznahme eines Vertreters aus dem Kanton Zug in den Verwaltungsrat verzichtet. Der RR ist jedoch bereit, sich bei der nächsten Vakanz dafür einzusetzen, dass jemand aus dem Kanton Zug vorgeschlagen wird. Die Firma erfüllt bundesrechtliche Vollzugsaufgaben und damit Verwaltungstätigkeiten. Es sind keine politisch relevanten Problemstellungen. Besteller sind in jedem Falle die einzelnen Kantone.
Zusammenfassung und Antrag: Die ständige Vertretung des Kantons Zug im Verwaltungsrat der Umweltagentur ist durch den/die Vertreter/in der ZUDK gewährleistet. Als Aktionär kann der Kanton Zug sowohl innerhalb der ZUDK wie auch an der Generalversammlung der Umweltagentur Einfluss nehmen. Im Hinblick auf die Ressourcen, insbesondere aus Kosten- und Zeitgründen, ist es unverhältnismässig, den Verwaltungsrat der Umweltagentur durch weitere Personen aufzublähen. – Antrag: Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir daher, das Postulat sei nicht erheblich zu erklären.
Die AG wurde am 5. April gegründet. Dem Votanten liegt eine Bestätigung des Notars des Kantons Uri vor, «dass der Vertreter des Kantons Zug, Herr Baudirektor Hans-Beat Uttinger, auf Grund des Kantonsratsbeschlusses nur eine Gründungserklärung abgeben konnte, die aufschiebend bedingt war. – Die Gründungsversammlung lief wie vorgesehen ab und ich beurkundete alle getroffenen Beschlüsse gemäss den gesetzlichen Bestimmungen. – Die Gründung wird erst rechtswirksam, wenn der Kantonsratsbeschluss rechtswirksam sein wird. Anschliessend werde ich die Anmeldung beim Handelsregister vornehmen können.»

➔ Der Rat beschliesst mit 75 Stimmen die sofortige Behandlung.

➔ Er beschliesst mit 65 : 6 Stimmen, das Postulat erheblich zu erklären.

383 ENERGIEGESETZ

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1162.1/.2 – 11269/70), der Kommission (Nrn. 1162.3/.4 – 11443/44) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1162.5 – 11446).

Kommissionspräsident Jean-Pierre **Prodolliet** fragt, ob es ein neues Energiegesetz braucht. Um diese Frage zu beantworten muss man sehen, was bisher in der Energiegesetzgebung gelaufen ist. Ein erstes Zugerisches Energiegesetz datiert aus dem Jahre 1985, es ist 1994 revidiert worden. Auf Bundesebene ist 1990 der Bundesbeschluss für eine sparsame und rationelle Energienutzung beschlossen worden. 1998 wurde ein neues eidgenössisches Energiegesetz beschlossen. Mit diesem wurden die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen klarer regelte und den Kantonen im Wesentlichen die Regelung des Wärmehaushalts in Gebäuden zugewiesen. Der Regierungsrat des Kantons Zug passte im gleichen Jahr die Vollziehungsverordnung dem neuen Bundesgesetz an. Mit dieser Vorlage eines neuen kantonalen Energie-

gesetzes will der Regierungsrat Klarheit schaffen, um eine solide Rechtsgrundlage zu haben. Somit stellt die Vorlage in erster Linie eine gesetzestechnische Bereinigung dar. Man könnte sich nun die Frage stellen, ob dies genügt, ob nicht auch dessen Inhalt der heutigen Situation angepasst und etwas Zukunft eingebaut werden müsste. Dazu ist Folgendes festzuhalten. Seit den Anfängen der Energiegesetzgebung haben die Gründe, die damals dafür sprachen, Energiegesetze zu erlassen, nicht an Gewicht verloren, sondern gewonnen. Die Sorge um unsere Ressourcen, um unser ökologisches Gleichgewicht, um unsere Luftqualität bedrängen uns nach wie vor. Erwähnt sei das Stichwort Kyoto-Protokoll und das daraus entstandene Bundesgesetz zur Reduktion der C02-Belastung. Haben nicht die weltpolitischen Ereignisse der letzten Zeit uns wieder verstärkt die Problematik der Abhängigkeit von den erdölfördernden Staaten ins Bewusstsein gebracht?
Auf die Frage, was für ein zusätzlicher Schritt unserem Energiegesetz getan werden müsste, gibt es eine klare Antwort: Modul 2. Was ist Modul 2? Es ist vom Kanton Zürich erfunden worden. Mit seinem 1995 in Kraft gesetzten revidierten Energiegesetz hat er von Neubauten gefordert, dass sie mindestens 20 % des Energieverbrauchs mit erneuerbaren Energien abdecken oder 20 % mit verstärkter Wärmedämmung einsparen müssen. Diese sogenannte 80/20 Regelung ist im Kanton Zürich nach wie vor in Kraft und hat keine Probleme verursacht. Sie ist dann in die von der Konferenz der Energiedirektoren erlassenen «Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich» aufgenommen worden und unter dem Titel «erweiterte Anforderungen an Neubauten» als Modul 2 bezeichnet worden. Bereits elf Kantone, welche schon mehr als die Hälfte der schweizerischen Bevölkerung repräsentieren, haben bisher Modul 2 in ihr neues Energiegesetz aufgenommen. Bei uns im Kanton Zug hat der Regierungsrat eine Gesetzesvorlage in die Vernehmlassung geschickt, die Modul 2 nicht enthielt. In der Vernehmlassung ist dies aber mehrfach gefordert worden, so vom energienetz-zug (Vereinigung der Energieberater), im weiteren vom Kantonsforstamt, vom Bauforum Zug, von acht der zehn sich dazu äussernden Gemeinden.
In unserer Kommission war diese Frage natürlich ein Hauptthema. Einen Antrag, diese erhöhten Anforderungen ins Gesetz aufzunehmen, lehnte die Kommission mit 9 zu 4 Stimmen ab. Die Gegner führten ins Feld, mit einer solchen Bestimmung würden allenfalls technische Neuerungen gefördert, die sich allenfalls auf die Dauer nicht bewähren könnten, so dass eines Tages wieder ein Gesetzesänderung nötig wäre. Andere argumentierten, man sei eigentlich gar nicht in der Sache dagegen, man wolle es aber dem Regierungsrat überlassen, dies über die Vollziehungsverordnung einzuführen. Das einzige bei der Beratung anwesende Mitglied des Regierungsrats konnte verständlicherweise aber keine Zusicherung abgeben. Von den zahlreichen übrigen Anträgen wurden fast alle abgelehnt. Somit stellt sich die Kommission hinter den Gesetzesentwurf des Regierungsrats. Sie beantragt Eintreten und empfiehlt, dem in der Kommission mit 9 : 2 Stimmen beschlossenen Gesetzestext zuzustimmen.

Thiemo **Hächler** hält fest, dass die CVP-Fraktion für Eintreten ist. Wir begrüssen grossmehrheitlich den Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist unseres Erachtens ausgewogen, kurz und klar formuliert. Er bildet ein gutes Rahmengesetz, das Leitsätze, Ziele und Absichten formuliert. Weiter lässt es Spielraum für Massnahmen zur Förderung von Energie-

sparmassnahmen. Wir werden allfällige Minderheitsanträge ablehnen und behalten uns vor, in der Detailberatung weiter dazu Stellung zu nehmen.

Thomas **Lötscher** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Regierung und den massgeblichen Mitarbeitern der Baudirektion für die sehr gute Vorlage dankt, die auch die grossmehrheitliche Zustimmung der vorberatenden Kommission fand. Das kantonale Energiegesetz ist so, wie wir uns ein Gesetz wünschen: Kompakt, ausgewogen, auf Nachhaltigkeit bedacht, ohne dabei Wirtschaft und Private über Gebühr zu drangsalieren. Es ist abgerundet und auf die aktuelle und kommende Bundesgesetzgebung abgestimmt. Eintreten ist denn auch für unsere Fraktion unbestritten. In der Vorberatung wurden von einer Interessengruppe via einzelne Kommissionsmitglieder eine ganze Reihe von verschärfenden Änderungsvorschlägen eingebracht, welche allesamt grossmehrheitlich abgelehnt wurden. Zu Recht, denn teilweise werden sie auf Bundesebene geregelt, enthalten unklare Vorgaben, die der Rechtsunsicherheit Tür und Tor öffnen, oder bringen wenig, ausser für die Beraterzunft. Es ist leider zu erwarten, dass die von der Kommission abgelehnten Zusätze und Abänderungen in der Detailberatung wieder eingebracht werden. Das vorliegende Gesetz ist aber ausgewogen und aus einem Guss. Deshalb bittet der Votant den Rat, dem Kommissionsantrag zu folgen und dieses schlanke und elegante Regelwerk in seiner Gesamtheit anzunehmen und es nicht mit unnötigen Geschwüren zu übersäen. Im Kommissionsbericht wird in Aussicht gestellt, das Modul 2, welche eine zusätzliche Verschärfung beinhaltet, könne auf dem Verordnungsweg eingeführt werden. Namens der FDP-Fraktion sei hier festgehalten, dass unsere Fraktion gegen die Einführung von Modul 2 ist, ob auf Gesetzes- oder Verordnungsstufe. Die FDP-Fraktion ist für die Annahme des vorliegenden Gesetzes.

Franz **Zoppi** kann es kurz machen: Die SVP-Fraktion hat Eintreten beschlossen. Sie kann dem vorgeschlagenen revidierten Gesetz ganzheitlich zustimmen. Die entsprechenden kleinen Ergänzungen werden dann in der Sachdiskussion gemacht.

Eusebius **Spescha** stellt im Namen der SP-Fraktion Antrag auf Nichteintreten. Energie ist eine Schlüsselgrösse jeder Gesellschaft. Ohne Energie läuft eigentlich gar nichts auf dieser Welt. Energie ist aber auch eine Schlüsselgrösse in der nachhaltigen Entwicklung unserer Welt. Die verschwenderische Nutzung von Energie ist Ursache der grossen Umweltprobleme unserer Zeit wie globale Erwärmung, Verschleuderung nicht erneuerbarer Energien, (Luft-) Verschmutzung usw. Jede vernünftige Energiepolitik beruht deshalb auf drei Pfeilern:

1. Sparen: Nicht verbrauchte Energie ist die umweltfreundlichste Energie.
2. Effizient nutzen: Eine nachhaltige Entwicklung verlangt nach hohen Wirkungsgraden bei der Energienutzung.
3. Nutzung erneuerbarer Energien: Ein möglichst hoher Anteil an erneuerbaren Energien ist anzustreben.

Der Bundesgesetzgeber hat dies erkannt, indem er in der Bundesverfassung entsprechende Vorgaben formuliert hat. Art. 89 der BV zur Energiepolitik verlangt nämlich eine «ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung» und «einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch».

Im Energiegesetz vom 26. Juni 1998 wurde dies aufgenommen und folgendes Ziel formuliert: Das Gesetz «bezweckt:
a) die Sicherstellung einer wirtschaftlichen und umweltverträglichen Bereitstellung und Verteilung der Energie;
b) die sparsame und rationelle Energienutzung;
c) die verstärkte Nutzung von einheimischen und erneuerbaren Energien.»
Gemäss Verfassung und Gesetz sind die Kantone zuständig «für Massnahmen, die den Verbrauch von Energie in Gebäuden betreffen.» (BV Art. 89 Abs. 4). Dies ist bekanntlich ja auch der Hintergrund für die vorliegende Gesetzesrevision.
Da diese Regelung zu 26 unterschiedlichen kantonalen Energiegesetzen führen würde, was nicht gerade sehr anwendungsfreundlich ist und vor allem für das Baugewerbe beschwerlich wäre, hat die Konferenz der kantonalen Energiedirektoren Mustervorschriften entwickeln lassen und verabschiedet, welche eine möglichst einheitliche Gesetzgebung der Kantone zum Ziel haben. Von alle dem findet sich im Entwurf zum kantonalen Energiegesetz sehr wenig:
– Die Aussagen zur Sicherstellung der Energieversorgung haben so in etwa den Stellenwert einer Randbemerkung. Als ob wir im Kanton Zug auf eine sichere Energieversorgung verzichten könnten.
– Die Zielsetzung einer sparsamen und rationellen Energienutzung wird nicht umgesetzt
– Die verstärkte Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien verkommt zu einer Floskel. Das kann es ja nicht sein. Wir wollen und brauchen ein Energiegesetz, das
1. die Vorgaben des Bundes auch tatsächlich umsetzt,
2. die Koordination mit den anderen Kantonen ernst nimmt und den Standard, den die bisher legiferierenden Kantone vorgegeben haben, einhält, und
3. besser ist als das bisherige Energiegesetz, zumindest aber nicht schlechter, wie dies beim vorgelegten Entwurf der Fall ist.
Aus diesen Gründen beantragen wir Nichteintreten auf den vorliegenden Entwurf. Sollten Sie dennoch Eintreten beschliessen, werden wir in der Detailberatung eine Reihe von Ergänzungs- und Änderungsanträgen stellen.

Erwina **Winiger Jutz** weist darauf hin, dass das neue Energiegesetz übersichtlich, klar und schlank ist – wie von vielen gesagt wird. Leider ist es etwas zu schlank geraten und dadurch nicht mehr zukunftweisend. Ein Energiegesetz in der heutigen Zeit muss klare Richtlinien aufweisen, die uns helfen, mit den noch verbleibenden Ressourcen sparsam und effizient umzugehen. Ein Energiegesetz hätte ein Riesenpotenzial, auch einen Beitrag zum aktiven Umweltschutz zu leisten. Hätte – wir haben es leider hier ein wenig verpasst. Doch heute bietet sich die Chance, dies in eine bessere Richtung zu lenken, sei dies z.B. bei der Deklaration von der Stromversorgung oder der individuellen Heizkostenabrechnung oder beim Modul 2, der sogenannten 80/20-Regelung. Am meisten vermisst die AF, dass der Mehrheit der Kommission sowie der Regierung die Klarsicht fehlte, sich klar zum Minergie-Standard zu stellen. Wie einige von Ihnen an der kürzlich in der Nähe stattfindendenden Wohn- und Gartenmesse erfahren konnten, bietet Minergie äusserst viele Vorteile. Diese möchte Erwina Winiger später beim Antrag Modul 2 noch genauer ausführen. Wir werden dementsprechende Anträge stellen und hoffen auf Unterstützung. Doch grundsätzlich sind wir für Eintreten.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass sich unsere energiepolitischen Fortschritte sehen lassen. Wir nennen drei Beispiele: Am meisten Energieeinsparung durch Gebäude mit Minergie-Zertifikat gibt es im Kanton Zug, an zweiter Stelle steht der Kanton Zürich. Der Anteil der Kantonsbevölkerung in Gemeinden mit Energiestadt-Label ist mit 60 % im Kanton Zug am höchsten. Bei der Nutzung der Sonnenenergie mit Kollektoren oder photovoltaischen Anlagen liegt der Kanton Zug jeweils im oberen Mittelfeld. Diese Angabe stammen alle aus einer Studie des Bundesamts für Energie und der Konferenz kantonaler Energiefachstellen vom Dezember 2003. Im übrigen ist das Gesetz das eine, die Praxis das andere. Bereits hat der Kanton eine Million Franken zur Förderung von Holzenergie aufgewendet. Zur Zeit läuft ein Programm von 2 Mio. Franken für die Sanierung von bestehenden Gebäuden. Das neue Energiegesetz sieht solche Programme ausdrücklich vor. Es will fördern, nicht befehlen.
Die Stawiko will dem Bericht und Antrag der regierungsrätlichen Vorlage entnommen haben, dass ein weiteres neues Förderungsprogramm für Holzenergie über 3,3 Mio. Franken mit einer Laufzeit von zehn Jahren in Vorbereitung sei. Das muss präzisiert werden. Richtig ist, dass der Regierungsrat der Vollständigkeit halber in seinem Bericht zum Energiegesetz Folgendes festgehalten hat: «Der Regierungsrat hat auf der Grundlage des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald vom 17. Dezember 98 ein neues Förderprogramm für Holzenergie mit einer Laufzeit von zehn Jahren beschlossen. Sein Umfang beträgt maximal 3,3 Mio. Franken.» Dieses Förderprogramm für Holzenergie hat mit den hier beratenen Energiegesetz keinen direkten Zusammenhang, sondern ist einzig und allein auf die Waldgesetzgebung gestützt. Finanzielle Mittel haben Sie beim Konto «Beiträge an Private für Waldpflege und Schadenbekämpfung» auch mit dem Budget 2004 bewilligt. Brigitte Profos wird Ihnen sicher gern noch weitere Auskünfte erteilen, sofern Sie dies wünschen.
Der Baudirektor hat heute Morgen noch eine Notiz der kantonalen Energiefachstelle erhalten zur sogenannten 80/20-Prozent-Regel. Die Verankerung einer solchen Bestimmung im Gesetz ist systemwidrig, weil nach Art. 6 Abs. 2 der Gesetzesvorlage der Regierungsrat die Anforderungen insbesondere technischer Art an die Energieverwendung in Gebäuden auf dem Verordnungsweg regelt und nicht mit dem Gesetz. Lassen Sie doch diese Flexibilität dem Regierungsrat! Jedes Mal, wenn etwas Neues kommt, 70/40 oder 60/50, müssen wir das Gesetz wieder ändern.
Zur Mindestzahl an Nutzeinheiten in neuen Gebäuden, die eine Abrechnung der Kosten für Heizung und Warmwasser nach Verbrauch zur Folge hat. Die energietechnische Ausführung von Gebäuden ist immer besser geworden. Das mindert den Zusatznutzen von individuell verbrauchsabhängig ermittelnden Abrechnungen der Heiz- und Warmwasserkosten. Die Latte ist deshalb eher hoch anzusetzen, d.h. wie im Kanton St. Gallen bei sieben Einheiten. Abgesehen davon ist festzuhalten, dass sich das Verbraucherverhalten angesichts immer noch kleiner Nebenkosten mit der individuellen Abrechnung gesamthaft wenig ändert. Was ins Gewicht fällt, ist der zunehmende Komfortbedarf, wie z.B. grössere Wohnflächen pro Person. – Soviel von der kantonalen Energiefachstelle.

➔ Der Rat beschliesst mit 62 : 10 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass als Grundlage die Vorlage Nr. 1162.4 – 11444 dient, da sich die Regierung den Vorschlägen der Kommission anschliesst.

§ 2 Abs. 1

Eusebius **Spescha** stellt den Antrag, bei diesem Absatz sei als erster Satz zu ergänzen: *«Der Kanton unterstützt bei Bedarf Gemeinden und Versorgungsunternehmen bei der Sicherstellung der Energieversorgung nach den Grundsätzen des Bundesrechtes.»*
Begründung: Energie ist der Lebensnerv unserer Existenz. Ohne Energie geht gar nichts mehr. Mit der vorgeschlagenen Ergänzung erhält der Kanton die Kompetenz, aber auch die Verpflichtung, bei Bedarf zur Sicherstellung der Energieversorgung beizutragen. Auf diesen Satz können wir nur verzichten, wenn sie hundertprozentig ausschliessen können, dass im Kanton Zug auch mal kritische Engpässe in der Energieversorgung auftreten können. Im übrigen versteht der Votant das auch als indirekte Aufforderung an die Vertretungen des Kantons in den Verwaltungsräten von NOK und CKW, die Interessen der Gemeinden und der von den Gemeinden beauftragten Versorgungsunternehmen zu wahren.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** versteht das so, dass sich der Kanton Zug selber versorgen soll. Ist das richtig? Und seit wann hält sich der Kanton nicht an Bundesgesetze?

➔ Der Rat lehnt den Antrag mit 57 : 13 Stimmen ab.

§ 3 Abs. 1

Markus **Jans** stellt den Antrag, den ersten Satz dieses Absatzes wie folgt zu ergänzen: «… Vorteile wahren, *und sind nach dem Stand der Technik zu planen und auszuführen.*»
Begründung: In Art. 89 Abs. 4 der Bundesverfassung wird festgehalten, dass für Massnahmen, die den Verbrauch von Energie in Gebäuden betreffen, vor allem die Kantone zuständig sind. Unter diesem Gesichtspunkt erachten wir es als notwendig, dass wir auch in unserem Gesetz einen Teil zum Stand der Technik einfügen, und wir beantragen Ihnen, unseren kleinen Zusatz zu genehmigen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Der Stand der Technik gehört nicht ins Gesetz! Sonst müssen Sie jedes Mal, wenn der Stand der Technik ändert, das Gesetz ändern.

Eusebius **Spescha**: Die Formulierung «Stand der Technik» im Gesetz erübrigt es ja eben gerade, jedes Mal eine Gesetzesänderung vorzunehmen, sondern gibt dem

Regierungsrat die Kompetenz, entsprechend dem Stand der Technik die Verordnung jeweils anzupassen. Das ist ja genau der Sinn dieser Formulierung. Der Votant bittet, in Zukunft solche Vorstösse, die wir uns sehr genau überlegt haben, auch ein wenig genauer zu reflektieren.

Thomas **Lötscher** meint, hier handle es sich eben gerade um einen Punkt, der zu Rechtsunsicherheit führen könne. Innerhalb der Kommission haben wir diese Frage auch diskutiert. Der Votant hat bei den Experten des Energienetzes Zug zwei Mal nachgefragt, was den eigentlich «Stand der Technik» sei. Er hat keine abschliessende Antwort erhalten und es kann sie wohl auch niemand geben. Ist jede Erfindung, die gemacht wird, und die man irgendwo kaufen kann, bereits «Stand der Technik»? Wenn ja, werden wir hier im Kanton Zug zu einem riesengrossen Forschungslabor, wo wir die allerneusten Techniken, ob ausgereift oder nicht, ausprobieren können, natürlich auch selber bezahlen, auch den Rückbau, falls es sich zeigt, dass sie sich nicht bewahrheiten. Der Stand der Technik ist deshalb eine Formulierung, die erstens nicht klar ist und zweitens dadurch auch sehr viel Streitpotenzial bietet, wodurch sie nur den Beratern und Juristen etwas bringt. Wir sind besser bedient, wenn wir diesen Punkt weglassen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag mit 54 : 18 Stimmen ab.

§ 3 Abs. 2

Erwina **Winiger Jutz** möchte den Antrag stellen, hier zusätzlich folgenden Abs. 3 aufzunehmen: *«Neubauten müssen so gebaut und ausgerüstet werden, dass höchstens 80 % des zulässigen Energiebedarfs für Heizung und Warmwasser mit nicht erneuerbaren Energien gedeckt werden.»*
Begründung: Minergie bietet viele Vorteile. Es seien hier nochmals einige aufgeführt. Zuerst aber die Klärung, was Minergie eigentlich ist. Es heisst, dass ein Teil der Energie, welche beim Unterhalt eines Hauses benötigt wird, durch erneuerbare Energie gedeckt sind, oder dass grundsätzlich weniger Energie verbraucht wird als bei Normalbauten. Möglichkeiten sind Solarkollektoren zur Wassererwärmung oder Raumheizung, wassersparende Sanitärarmaturen oder Holz-, Gas- und Ölheizungen, ergänzt mit einer Komfortlüftung mit Wärmerückgewinnung. Vorteil dieser Bauart ist die Verminderung von Kohlendioxid und Luftschadstoffen. Z.B. verursacht ein Einfamilienhaus mit einer Wärmepumpe bis zu 15 Mal weniger Schadstoffe als ein konventionelles Haus mit fossiler Heizung. So bequem und praktisch kann also aktiver Umweltschutz sein. Oft hat er ja auch mit Entbehrungen zu tun – hier wäre das nicht der Fall. Es braucht ausschliesslich einen Bauherr, eine Baufrau, die bereit sind, auf nichts zu verzichten aber ein besseres Gewissen zu haben, weil sie die Luft weniger belasten. Wir werden heute unter Trakt. 14 in der Beantwortung unserer Interpellation zum Stand der Luftreinhalteordnung wiederum von diesem Thema reden. Und auf S. 8 der Antwort des Regierungsrats sehen wir, dass er eingestehen muss, dass es wichtig ist, noch weiter greifende Massnahmen in diesem Bereich zu treffen.
Ein oft gebrauchtes Gegenargument lautet, das Bauen eines Minergie-Standards habe höhere Baukosten zur Folge. Das stimmt, es sind ungefähr 5 %. Aber während

der Betriebszeit wird das innert Kürze wieder wett gemacht. Denn die Energiekosten sind ja im Betrieb kleiner. Den Antrag beschränken wir auf Neubauten. Somit sind keine lästigen Nachrüstungen oder Sanierungen nötig. Gleichzeitig beschränken wir unseren Antrag auf eine 80/20-Regelung; eigentlich könnten wir ja auch eine 50/50-Regelung beantragen. Hans-Beat Uttinger hat gemeint, das könne ja in Zukunft kommen. Wir sind grosszügig und möchten nur eine 80/20-Regelung. Diese wird übrigens eigentlich schon sehr stark umgesetzt im Kanton Zug – auf freiwilliger Basis. Es ist aber noch nicht so, dass es die Regel ist, und darum möchten wir es gerne einführen. Die Aussage des Baudirektors, wonach das gesetzeswidrig sei, erstaunt die Votantin, da das ein Vorschlag des Bundes ist. In seiner Musterverordnung wird dies so zitiert und es ist unwahrscheinlich, dass der Bund gegen sich selbst gesetzeswidrig handelt.

Käty **Hofer** weist darauf hin, dass schon gesagt wurde, dass bereits elf Kantone mit weit mehr als der Hälfte der schweizerischen Bevölkerung (u.a. die Kantone Zürich und Bern) die 80/20-Regel zwingend vorschreiben. Der Kanton Zug brät hier seine Extrawurst, statt eine einheitliche, fortschrittliche Lösung der Kantone anzustreben. Weder die Regierung noch die Kommission konnten sich zu dieser Lösung durchringen. Die Regierung formuliert schwammig: «Die Verwendung von Energie in Gebäuden muss sparsam sein und ökologische Vorteile wahren.» Die Kommission meint, mit dieser Vorschrift begebe man sich in einen Bereich von nicht praxiserprobten Technologien. Wie lange muss sich eine Technologie im Einsatz bewähren, bis sie als praxiserprobt gilt? Die Votantin wohnt in einem Haus, das seit elf Jahren mit Wärmepumpe beheizt wird. Sie hat noch nie gefroren. Photovoltaikanlagen, solare Warmwasseranlagen und Holzheizungen sind seit langen Jahren mit Erfolg im Einsatz. Sind sie nicht praxiserprobt? Durch erneuerbare Energien machen wir uns bei der Energiebeschaffung wesentlich unabhängiger vom Ausland. (Erdöl, Erdgas und Uran kommen bekanntlich ausschliesslich aus dem Ausland). Erneuerbare Energie und die Anlagen dazu können im Inland hergestellt werden und schaffen also auch hier bei uns Arbeitsplätze. Mit einheimischem Holz, das vor unserer Haustüre wächst und nur kleinste Transporte benötigt, können wir ca. 10 % unseres Wärmebedarfs decken. Noch vor zehn Jahren war die Schweiz Spitze in diesen Technologien, heute haben wir den Anschluss verpasst, andere Länder haben uns weit überholt. Deutschland installiert pro Kopf der Bevölkerung zehn Mal mehr derartige Anlagen als die Schweiz und produziert werden mittlerweile die meisten in Japan. Mit dem neuen Energiegesetz, wie es jetzt vorliegt, verlagern wir Arbeitsplätze und Technologiewissen ins Ausland und schädigen dadurch unsere Wirtschaft, mal ganz abgesehen vom Zustand unserer Luft. Wer heute Anliegen von Beschäftigung, Wirtschaftswachstum, Innovation und Nachhaltigkeit bei Energieversorgung und Immissionsbelastung wirklich ernst nimmt, kann nur für ein modernes, griffiges Energiegesetz sein, welches erneuerbare Energien nach heute machbaren Kriterien fordert. Länder wie Deutschland, Holland und Dänemark haben im Markt der Nutzung erneuerbarer Energien längst ein Wachstum mit über 25 % jährlich, was alle anderen Branchen weit hinter sich lässt und gemäss allen Szenarien anhalten wird. Und darauf wollen wir freiwillig verzichten?
Die Schweiz kann ihre Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll und dem C02-Gesetz zur Reduktion der Produktion von C02 und Treibhausgasen bis ins Jahr 2010 nicht erfüllen. Das sind Verpflichtungen, die wir eingegangen sind. Unser «bedürfti-

ger» Kanton Zug leistet sich 0,1 Personalstellen in der Energiefachstelle pro 100'000 Einwohner/innen. Der offenbar besser situierte Kanton Jura hat deren 3,6. Für Fördermassnahmen zu Gunsten erneuerbarer Energien gab Zug im Jahr 2003 sieben Franken pro Einwohner/in aus, Baselstadt 49! – Die Absicht, Modul 2 auf dem Verordnungsweg einzuführen, ist doch pure Augenwischerei. Die Tendenz in diesem Rat im letzten Jahr war doch ganz klar, Kompetenzen von der Regierung zum Rat zu verlagern. Hier, bei einem Artikel, den man nicht will, gibt man freiwillig die Kompetenz wieder der Regierung. Das ist nicht konsistent. Das Gesetz ist sehr schlank, wie wir bereits gehört haben. Käty Hofer meint, es sei magersüchtig ohne das Modul 2. Es geht hinter das gültige Gesetz zurück. Der Kanton ist mit diesem Gesetz rückständig und macht sich unglaubwürdig. Bitte stimmen Sie diesem Modul 2 zu!

Franz **Müller** möchte zuerst offen legen, dass er als Sekretär der Korporation Oberägeri für die Waldwirtschaft des Kantons Zug spricht. Bekanntlich stehen die Schweiz und der Kanton Zug schon lange in der Pflicht, die Treibhausgase zu reduzieren. Der gute Weg, diese Aufgabe erfolgreich anzupacken ist das C02-neutrale Energieholz, das in grossen Mengen und ständig nachwachsend beinahe vor unseren Haustüren anfällt. Zur Zeit beträgt der Anteil von Holz als Energieträger nur ca. 2 %. Aus den Zuger Wäldern kann jedoch mit nachhaltiger Sicherheit 8 bis 10 % der Wärmeenergie bezogen werden. Dadurch lassen sich jährlich ca. 5'000 Tonnen Heizöl oder 6 Mio. Kubikmeter Ergas einsparen. Damit wären auch ökonomische Vorteile verbunden, denn wichtige Arbeitsplätze im Zuger Wald würden erhalten bleiben, die Zuger Waldwirtschaft könnte erhöhte Holzerträge generieren und Geld und Löhne würden vollständig in der Region bleiben.
Wussten Sie zum Beispiel,

- dass dank den in der Schweiz schon heute installierten Holzfeuerungen jedes Jahr eine halbe Million Tonnen Heizöl eingespart werden.
- dass das zusätzlich vorhandene, jährliche Energieholzpotential für das Beheizen von rund einer Million moderner Wohnungen ausreicht.
- dass ÖI und Gas mit grossen Risiken über Tausende von Kilometern herantransportiert werden müssen, während das Holz vom Zuger Förster geliefert wird.
- dass die heutigen Vorräte an fossilen Energieträgern in einer Zeitspanne von etwa 300 Millionen Jahren entstanden sind.
- dass unter der Annahme, die Vorräte fossiler Energieträger würden innerhalb von 1'000 Jahren verbrannt, die Verbrauchsspanne 300'000 mal kürzer wäre als die Entstehungszeit.

Im Interesse von uns allen, jedoch speziell unserer Kinder und Nachkommen ist es wichtig, die unbefriedigende Fassung des Energiegesetzes in Einklang mit einer nachhaltigen und harmonischen Entwicklung zu bringen. Ein teilweises Umsteigen auf erneuerbare Energie muss im Gesetz verlangt und verankert werden. Ein guter Weg, diese Vorgaben zu erreichen, ist es, das Modul 2 in das Energiegesetz einzubauen. Bereits elf Kantone haben das Modul 2 in ihr Gesetz aufgenommen. Dieses verlangt, dass höchstens 80 % des zulässigen Wärmebedarfs für Heizung und Warmwasser mit nicht erneuerbaren Energien gedeckt werden. – Der Votant unterstützt den Antrag der Alternativen und der SP-Fraktion und bitte auch Sie, einen zukunftsweisenden Entscheid zu fällen, indem Sie diesem Antrag ebenfalls zustimmen.

Thiemo **Hächler** möchte sich zum Modul 2 äussern und dabei etwas ausholen. Denn es beinhaltet mehrere Möglichkeiten, diesem Gesetz nachzukommen. Ein Teil ist die Verbesserung der Wärmedämmung eines Gebäudes, damit wir 20 % Energieeinsparung haben. Als Inhaber eines Architekturbüros, welches leitende Mitarbeiter im Bereich der Baubiologie hat ausbilden lassen, sind ihm die geforderten Anliegen bekannt. Sie gelten in seinem Büro auch als Planungsmassstab, soweit das wirtschaftlich vertretbar ist. Trotzdem ist es ihm wichtig, auch einige Fragezeichen zu setzen. Um bei der Wärmedämmung ein relativ kleines Mass an zusätzlicher Energieeinsparung zu erreichen, muss die Materialstärke erhöht oder auf hochkomplexe Baumaterialien, welche nicht gerade ökologische Grundstoffe beinhalten, zurückgegriffen werden. Es ist jedoch bekannt, dass zur Herstellung und zum späteren Rückbau, bzw. zur Vernichtung von zusätzlicher Dämmstärke eine enormer Energieaufwand notwendig ist. Bei einer durchschnittlichen Bestandeszeit, die in unserer Gegend zwischen 30 und 50 Jahren liegt, bis ein Gebäude umfassend renoviert, saniert oder gar abgebrochen wird, ist schwer zu erreichen, dass die benötigte Herstellungs- und Vernichtungsenergie von Isolationen während der Betriebszeit wieder eingespart wird. Ausser Mehrkosten und zusätzlichem Platzbedarf wird also nichts erreicht.
Ein kurzes Beispiel aus der Stadt Zug, welches bei einem eigenen Bau aufgetreten ist. Wir haben ein bestehendes, 30 Jahre altes Gebäude optimal saniert, zusätzlich wärmegedämmt und mit besten Isolierglasfenstern ausgestattet. Das Objekt verfügte zwar nach dem Umbau über modernste Energiesparmassnahmen; die Warmwasseraufbereitung erfolgte sogar über eine Solaranlage. Dafür war den Bewohnern nach dem Umbau der Blick über die schöne Stadt Zug und den See verwehrt. Was ist passiert? Mit langwierigen Nachforschungen haben wir erfahren, dass dieses Phänomen kein Einzelfall ist, sondern das Resultat von zu guten Wärmedämmgläsern. Der Abfluss der Wärme durch das Fensterglas, welches lange Zeit die grösste Energieverlustquelle bei Gebäuden war, wird heute dermassen gut verhindert, dass die äussere Scheibe praktisch keine Wärme mehr vom Raum beziehen kann. Durch die glatte Oberfläche und die materialspezifische Qualität von Glas ist nun seine Oberflächentemperatur so kühl, dass die Aussenluft an der Scheibe kondensiert. Die Glasindustrie hat auf Anfrage selbstverständlich eine Lösung für dieses Problem: Mit einem kleinen Elektroanschluss pro Fenster und speziell beschichteten Gläsern lässt sich jede Scheibe beheizen. (Wir kennen das vom Rückfenster beim Auto.) Aber das kann ja wohl nicht die Idee sein von Energiesparmassnahmen.
Aus Minderheitskreisen wird das Modul 2 zur Aufnahme im Gesetz vorgeschlagen. Was bedeutet dieses Modul? Entweder wie vorher besprochen besser isolieren oder mit zwei verschiedenen Energiekreisen Energie herstellen. Wir müssen uns bewusst sein, dass zur Realisierung dieser Forderung höchst aufwendige technische Installationen notwendig sind. Entweder Solarsysteme oder zwei unabhängige Heizkreise, z.B. mit Holz und mit Öl oder Gas. Nebst den baulichen Massnahmen, was z.B. einen Heizraum nicht verschwinden lässt, aber zusätzlichen Holzlagerraum fordert, nebst den technischen Apparaturen, welche zweigeteilte Systeme benötigen, wird das auch Unterhalts- und Servicearbeiten und Erneuerungen an jeweils zwei verschiedenen Systemen mit sich bringen. Die Herstellung, der Betrieb und die Wartung solcher Anlagen brauchen auch Energie. Der Votant wagt zu bezweifeln, ob dies nun ökologisch sinnvoll ist oder ob dies nur Massnahmen sind, um unser Gewissen zu beruhigen. Eine Möglichkeit, die 20 % einzuhalten, ist eine Elektroheizung zu installieren. 60 % der elektrischen Energie wird über erneuerbare Energie hergestellt

(Wasser, Wind). Aber das kann ja auch nicht das Ziel sein, dass wir unsere Gebäude elektrisch heizen und somit mit den restlichen heute 40 %, später vielleicht mehr, Atomkraftwerke fördern. Das ist wohl nicht im Sinne der Antragsteller.
Noch eine kurze Anmerkung zur Holzheizung. Der messbare Schadstoffausstoss bei einer Holzheizung mag leicht geringer sein als bei herkömmlichen Heizsystemen. Der Rohstoff ist erneuerbar, das ist unbestritten. Ein anderes Problem ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, und zwar die Geruchsentwicklung, die schleichenden Gase, welche ganze Wohnquartiere bedecken können. Wenn man nachfragt und sich informiert, sind das immer Probleme, die begründet werden mit: Das ist nicht richtig eingestellt oder die Feuchtigkeit des Holzes war nicht optimal usw. Aber das ist eine Tatsache in der Praxis. Auch meterhohe Kamine, welche z.T. in Wohngebieten aufgestellt werden, können dieser Problematik nicht richtig abhelfen. Man hofft dann, dass in einer Höhe von 6 Meter über dem Gebäude vielleicht die Windzüge so sind, dass die Gerüche abtransportiert werden, womit sie einfach an einem anderen Ort sind. Wie auch beim Dieselauto, wo wir den reduzierten Verbrauch sehr schätzen, müssen wir eine vielfach höhere Geruchsbelastung hinnehmen. Unterschätzen Sie dieses Problem nicht. Würden alle Neubauten mit Holzheizungen betrieben, würde sich die nächste zu behandelnde Gesetzesvorlage um Geruchsimmissionen drehen.

Konrad **Studerus** weist darauf hin, dass dieser Antrag von Erwina Winiger wieder auf den Tisch kommt, obwohl er in der Kommission deutlich abgelehnt wurde. Zuerst aber noch kurz ein Wort zu Franz Müller, der ein fulminantes Votum zu Gunsten der Holzenergie geführt hat. Das war sehr gut; er soll das bitte sauber ablegen, damit er es hervornehmen kann, wenn wir über den Rahmenkredit über die Förderung der Holzenergie sprechen. Dort ist dieses Votum am Platz. Man will ja da etwa 3 Mio. Franken sprechen.
Jetzt aber sprechen wir über dieses Modul 2. Aber auch da sprechen wir nicht über alles, sondern konkret über den Antrag, der unbedingt abgelehnt werden muss. Weil er, wie das häufig ist von linker Seite, zwar gut gemeint ist, aber völlig unklar, ungenau und überhaupt nicht zum Ziel führt. Es wurde vorher von Thiemo Hächler gesagt, wenn Sie diesen Wortlaut so annehmen, so ist das ein Stromheizungsförderungsgesetz. Die erneuerbare und die nicht erneuerbare Energie sind relativ klar definiert. Und beim Strom ist es so, dass wir 60 % erneuerbare Energie haben, der Strom aus Wasser, und 40 % aus AKWs, die als nicht erneuerbare Energie gelten. Wenn also dieser Wortlaut angenommen wird, hat jeder, der eine Elektroheizung hat, und wenn sie noch so schlecht ist, bereits das Plazet, dass er die Anforderung erfüllt. Und das wollen wir doch nicht. Wenn ihr also schon für das Modul 2 seid, bringt etwas Besseres. Diesen Antrag sollte man ablehnen, die CVP-Fraktion empfiehlt das auch, und zwar mit einer Dreiviertelmehrheit.

Kommissionspräsident Jean-Pierre **Prodolliet** meint, es sei verrückt, was für Beispiel hier an den Haaren herbeigezogen würden. Er hat in seinem Eintretensvotum gesagt, dass der Kanton Zürich diese Bestimmung schon seit 1995 hat. Und man hat noch nie gehört, dass hier ein viel grösserer Aufwand für Strom und Heizungen nötig sei oder sonst negative Auswirkungen entstanden seien. Das Glas, das Thiemo Hächler vorgebracht hat, ist nun wirklich an den Haaren herbeigezogen. Die technische Entwicklung beim Glas ist gross, die K-Werte sind in den letzten Jahren stark

zurückgegangen. Da gibt es vielleicht einmal ein Produkt, wo irgend etwas schief geht. – Zur Elektroheizung. Man kann Modul 2 erreichen, indem man einfach überall statt 12 cm Wärmedämmung 16 cm isoliert. Damit hat man es schon erreicht, man hat 80 % des zulässigen Wärmeverbrauchs. Oder man kann Holzheizung machen. Das braucht nicht mehr Strom. Und dann wird gesagt, die Bestimmung sei ungenau. Natürlich lässt sie Möglichkeiten offen. Das ist gut, es wird nicht ganz eng etwas Bestimmtes vorgeschrieben. Es ist ein relativ weiter Rahmen, mit dem man das erfüllen kann. Der Votant hat befürchtet, Konrad Studerus komme nochmals mit der elektrischen Widerstandsheizung, das hat er schon in der Kommission gebracht. Diese wird heute nicht mehr angewendet, weil sie einfach viel zu teuer ist. Niemand will so etwas. Das Modul 2 ist heute etwas ganz Normales geworden. Elf Kantone haben das in ihr Gesetz aufgenommen, nicht nur in die Vollzugsverordnung.

Wenn Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** die ausformulierten Anträge von Eusebius Spescha in den Händen hätte, würde das vielleicht zu weniger Missverständnissen führen. – Käty Hofer, der Kanton Zug brät keine Extrawurst. Sämtliche Zentralschweizer Kantone sind der selben Meinung. Kein Modul 2. – Erwina Winiger, der Votant hat nicht von Gesetzeswidrigkeit gesprochen, sondern von Systemwidrigkeit. – Konrad Studerus, noch einmal, der Regierungsrat hat auf der Grundlage des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz) vom 17. Dezember 98 ein neues Förderungsprogramm für Holzenergie mit einer Laufzeit von 10 Jahren beschlossen. Nichts von Pipeline. – Ist der Kommissionspräsident sicher, dass der Kanton Zürich noch so glücklich ist? Er hat 1995 80/20 ins Gesetz eingeführt. Heute schreiben wir 2004.

➔ Der Rat lehnt den Antrag mit 53 : 23 Stimmen ab.

§ 4

Eusebius **Spescha** stellt folgenden Antrag:
«§ 6 „Ortsfeste elektrische Widerstandsheizungen, Aussenheizungen, Warmluftvorhänge und heizbare Freiluftbäder“‘ und § 7 „Nutzung von Abwärme“ des gültigen Energie-Gesetzes vom 24. Februar 1994 sind ins neue Energiegesetz zu übernehmen. Die vorberatende Kommission wird beauftragt, die beiden Gesetzesartikel auf die 2. Lesung hin korrekt zu formulieren.»
Begründung: Das bisherige Energiegesetz enthielt Bestimmungen bezüglich Elektroheizungen, Aussenheizungen, Warmluftvorhängen und heizbaren Freiluftbädern einerseits und bezüglich der Nutzung von Abwärme andererseits. Diese Regelungen waren energiepolitisch im Sinne der haushälterischen Energienutzung sehr sinnvoll. Sie sind Teil der kantonalen Regelungskompetenz und werden als Teil der Mustervorschriften der Konferenz kantonaler Energiedirektoren empfohlen. (Die Dokumente der kantonalen Energiedirektorenkonferenz sind noch nicht so alt, sie stammen aus den Jahren 2000 und 2001. Und es wäre dem Votanten neu, wenn das eine linke Konferenz wäre. Mindestens drei Viertel dieser Energiedirektoren stammen aus bürgerlichen Kreisen.) Wir beantragen Ihnen, im Sinne der Kontinuität und der sparsamen und effizienten Energienutzung diese Regelungen in angepasster Form beizu-

behalten. Da die beiden geltenden Artikel redaktionell angepasst werden müssen, soll die vorberatende Kommission beauftragt werden, auf die zweite Lesung hin einen konkreten Vorschlag zu machen.

Gregor **Kupper** fühlt sich zunehmend überfordert. Er möchte dem Antragsteller beliebt machen, diesen Antrag zurückzuziehen und in schriftlicher Form auf die 2. Lesung hin zu unterbreiten.

Eusebius **Spescha** hält an seinem Antrag fest.

➔ Der Rat lehnt den Antrag mit 49 : 17 Stimmen ab.

§ 4 Abs. 2

Erwina **Winiger Jutz** stellt im Namen von AF und SP den Antrag, bei der individuellen Heizkosten- und Warmwasserabrechnung von sieben Nutzeinheiten zurück auf fünf zu gehen.
Begründung: Eine individuelle Heizkostenabrechnung, woraus ersichtlich ist, wie viel Energie beim Heizen oder Warmwasserverbrauch tatsächlich gebraucht wird, vergrössert die Motivation, Energie zu sparen, enorm. Erfolge sind klar sichtbar. Wenn ich also das Kippfenster im Winter den ganzen Tag geschlossen habe und damit nicht sinnlos die Umgebung heize, erspart es mir im Frühling viel Geld und natürlich der Umwelt grössere Sorgen. Klar, Gegner sagen, ich kann auch Energie sparen, also das Kippfenster schliessen, wenn ich keine individuelle Heizkostenabrechnung erhalte. Aber wir wissen alle, dass der Durchschnittsschweizer über das Portemonnaie lernt. Also geben wir möglichst vielen die Chance, aktiv – ohne grossen Mehraufwand – Energie zu sparen. Die Energieeinsparungen übertreffen alleweil den bescheidenen Mehraufwand bei der Installation bzw. der ebenfalls bescheidene zeitliche Aufwand bei der Abrechnung. Zudem kann diese Vorschrift umgangen werden, indem man das neue Gebäude besonders sparsam im Energieaufwand erstellt. Im Übrigen haben die anderen Kantone – ausser St. Gallen und Luzern – die Vorteile einer Heizkostenabrechnung ab fünf Nutzeinheiten bereits erkannt, denn in ihren Gesetzen ist eine verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung ab fünf Nutzeinheiten verankert.

Thiemo **Hächler** meint, die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung sei ein nimmersattes Thema. Man findet viele Leserbriefe, Zeitungsartikel und Literatur dazu. Allerdings findet man einzig negative Literatur. Es gibt praktisch keine Reaktionen auf diese damalige Gesetzeseinführung, welche positive Auswirkungen belegen. Sämtliche auf dem Markt erhältlichen Messsysteme sind sehr aufwändig und unterhaltsanfällig, wenn nicht gar untauglich. Die Praxis hat gezeigt, dass der Grossteil der eingebauten Systeme zwar installiert und bezahlt wurde, zur Abrechnung der Heizkosten jedoch nicht verwendet werden. Die Verbrauchsmessung spart praktisch keinen Liter Öl und kein Kilowatt Energie, das müsste dann der Nutzer tun. Im

Gegenteil. Schliesslich wird sie auch aus Rohmaterialien hergestellt, transportiert, eingebaut und am letzten Tag der Technik, was bei diesen Geräten nicht gerade lange dauert, auch wieder vernichtet. Im Gegensatz zur fälschlichen Meinung, es würde wesentliche Energie gespart, erreicht die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung genau das Gegenteil. Ich darf doch Energie verbrauchen, so viel ich will, schliesslich zahle ich ja dafür! Wenn in einem Mehrfamilienhaus nur ein Bewohner diese Denkweise vertritt, können die anderen so viel sparen wie sie wollen, sie mögen das nicht wieder gut machen. Ausserdem ist der Verwaltungsaufwand bezüglich den Heizkosten enorm hoch, was nach Auskunft erfahrener Immobilienverwalter im Raum Zug die Heizkosten um durchschnittlich 20 bis 30 % pro Wohneinheit erhöht. Laut einem Zeitungsbericht der Firma Alfred Müller AG hat sie langjährige fundierte Studien bei eigenen Objekten gemacht, um die Unterschiede zwischen Gebäuden mit und ohne verbrauchsabhängigen Heizabrechnungen zu vergleichen. Sie hat tatsächlich Einsparungen ausfindig machen können, durchschnittlich liegen sie pro Wohneinheit bei sagenhaften Fr. 4.71. Dem gegenüber stehen Aufwendungen, welche durch die Installation der Geräte, den Betrieb und Unterhalt und den alle zehn Jahren notwendigen Ersatz, die Batterien entstehen und rund 250 Franken betragen. Diese Kosten werden voll auf den Mieter oder den Eigentümer abgewälzt, d.h. wir haben nicht erreicht, dass es über das Portemonnaie läuft, sondern es kostet wesentlich mehr. Es wäre zu umfangreich, das detaillierter vorzutragen.
Im Moment sprechen wir hier über Energien und deren Zusammenhänge, Sparmassnahmen usw.. Wie oft kommen aber aus denselben Kreisen, welche hier die erhöhten Massnahmen wünschen, Forderungen nach günstigem Wohnraum. All diese Zusatzmassnahmen, erhöhen die Baukosten erheblich. Und eine solide und kostengünstige Bauweise wird verunmöglicht. Es ist sicher nicht das Ziel, über unsinnige technische Massnahmen zu versuchen, den Benutzer zu lehren, sondern z.B. mit zusätzlichen Isolationen, welche freiwillig bei der Sanierung eines Hauses angebracht werden, Einsparungen im Bereich zwischen 20 und 40 % zu erzielen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** wiederholt noch einmal die Stellungnahme der kantonalen Energiefachstelle: «Abgesehen davon ist festzustellen, dass sich das Verbraucherverhalten angesichts immer noch kleiner Nebenkosten mit der individuellen Abrechnung gesamthaft wenig ändert. Was ins Gewicht fällt, ist der zunehmende Komfortbedarf, wie z.B. grössere Wohnflächen pro Person.»

➔ Der Rat lehnt den Antrag mit 58 : 18 Stimmen ab.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1162.6 – 11465 enthalten.

384 ÄNDERUNGEN DES GESETZES ÜBER DIE KINDERZULAGEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1161.1/.2 – 11267/68), Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats (Nr. 1161.3 – 11397) sowie Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1161.4 – 11435).

Stawiko-Präsident Peter **Dür** hält fest, dass die Vorlage an der Sitzung vom 4. März 2004 beraten wurde. Für dieses Geschäft ist keine Spezialkommission eingesetzt worden, es wurde direkt der Stawiko übertragen. Der Votant dankt an dieser Stelle Rolf Lindenmann, Leiter der Ausgleichskasse, für seine Unterstützung. Er verweist auf den Bericht und erläutert nochmals die wichtigsten Punkte. Um was geht es? Auslöser für diese Gesetzesänderung ist eine Staatsrechtsbeschwerde im Kanton Freiburg. Im Kinderzulagengesetz des Kantons Freiburg war festgelegt, dass die Kinderzulagen primär dem Vater zustehen, auch wenn dieser die Zulagen in einem anderen Kanton geltend machen muss. Diese Regelung verstösst gegen die Rechtsgleichheit gemäss Art. 8 der Bundesverfassung. Diese Beschwerde wurde deshalb im Juli 03 durch das Bundesgericht gutgeheissen. Das Bundesgericht hat dabei festgestellt, dass diverse andere Kantone, u.a. auch der Kanton Zug, vergleichbare gesetzliche Regelungen haben, die gegen die Gleichheit von Mann und Frau verstossen. In unserem Gesetz über die Kinderzulage, datiert vom 16. Dezember 1982, steht in § 8 Abs. 2 Bst. c : «haben mehrere Personen nach diesem Gesetz oder
anderen Bestimmungen einen Anspruch für das gleiche Kind, so steht er der Reihe nach zu: (…) c) der Person, die in überwiegendem Mass für den Unterhalt des Kindes aufkommt.» Und dies ist heute mehrheitlich noch der Ehemann. Abs. 3 doppelt dann noch nach: «sind zwei im gleichen Haushalt lebende Ehegatten gleichzeitig anspruchsberechtigt, so steht der Anspruch in der Regel dem Ehemann zu.»
Warum ist dies ein Problem? Der Kanton Zug kennt, abgesehen vom Kanton Wallis, die höchsten Kinderzulagen. Es wird deshalb versucht, möglichst im Kanton Zug diese Zulage zu beziehen. Die bisherige gesetzliche Regelung führt zu Problemen. Wohnt beispielsweise die Familie im Kanton Zug , arbeitet der Mann im Kanton Zürich, seine Frau mit reduziertem Pensum im Kanton Zug, kann die Frau auf Grund der genannten Paragraphen im bisherigen Gesetz nicht die höhere Kinderzulage im Kanton Zug geltend machen. Dies verstösst gegen die Gleichbehandlung von Mann und Frau.
Zur Lösung der Regierung. Sie schlägt eine moderate und administrativ einfach umsetzbare Lösung vor. Diese Lösung wird von der Stawiko voll unterstützt. Die Gleichstellungskommission hat ein Wahlrecht gefordert, dass frei durch den Mann oder die Frau geltend gemacht werden kann. Diese Lösung wäre problematisch, da ein Doppelbezug möglich ist und die diesbezüglichen Kontrollen kaum durchführbar sind. SP und AF werden nochmals eine entsprechende Forderung stellen. – Der Ansatz der Regierung ist ganz anders. Das Grundprinzip ist eine Priorisierung des Wohnsitzkantons. Kinderzulagen sollen in jenem Kanton bezogen werden, in welchem die Familie, insbesondere das zulageberechtigte Kind, Wohnsitz hat, d.h. wo sich der Lebensmittelpunkt der Familie befindet. Der wichtige Anknüpfungspunkt ist dabei, dass ein Elternteil bei einem Unternehmen im Kanton Zug arbeitet, das der kantonalen Familienausgleichskasse angeschlossen ist. Peter Dür hat von Rolf Lindenmann eine entsprechende Aufstellung erhalten. Dort werden von der Ausgleichskasse Zug 21

Fälle aufgeführt. Da geht es um den Wohnsitz der Familie, um einen Elternteil 1 und 2. Es wird dort aufgeführt, wer von diesen Elternteilen in welchem Kanton arbeitet. Mit dieser Regelung wird es völlig belanglos, ob die Ehefrau oder der Ehemann Kinderzulagen beantragen kann. Dies heisst in der Praxis Folgendes: Anträge von Personen mit Wohnsitz im Kantor Zug können in Zukunft nicht mehr mit der Begründung abgelehnt werden, der Ehegatte beziehe in einem anderen Kanton eine volle Kinderzulage. Auf der anderen Seite wird zupendelnden Personen, deren Ehegatte im Wohnsitzkanton zulageberechtigt ist, nur eine Differenzzulage ausgerichtet. Das ist eine einfache und praktikable Lösung, die den Anforderungen des Bundesgerichtsentscheids gerecht wird.
Zusätzliche Änderungen: Die Regierung nimmt gleichzeitig die Gelegenheit wahr, einige weitere Korrekturen anzubringen.
§ 12 Abs. 1: Die bisherige Altersgrenze soll von 16 auf 18 Jahre erhöht werden, damit der Bezug auch dann sichergestellt ist, wenn eine junge Person nach Erfüllung der obligatorischen Schulpflicht keine Lehrstelle gefunden hat. Die Anspruchsberechtigung entfällt bei Erreichen des Mündigkeitsalters (18 Jahre).
Bei der Neuformulierung von *§ 12 Abs. 2* bleibt der Anspruch zum Bezug der Kinderzulage bis zum 25. Altersjahr bestehen, sofern sich das Kind in einer weiterführenden Ausbildung befindet.
Ersatzlos gestrichen wird die Anspruchsberechtigung bis zum 20. Altersjahr für Kinder, welche wegen Krankheit oder Invalidität dauernd erwerbsunfähig oder höchstens zu 20 % erwerbsfähig sind. In diesen Fällen besteht ab dem 18. Altersjahr ein Anspruch auf Geldleistungen der Invalidenversicherung
Die Stawiko unterstützt diese von der Regierung vorgeschlagenen zusätzlichen Änderungen. Die Regierung lehnt aus unserer Sicht zu Recht einen Antrag der Gleichstellungskommission ab, Alleinerziehenden bereits ab einem Arbeitspensum von 20 % eine volle Kinderzulage zu gewähren. Bei der Kinderzulage handelt es sich um eine Sozialversicherung des Arbeitsgebers und nicht um eine Sozialhilfe. Die von der Gleichstellungskommission geforderte Änderung gehört nicht zu den Aufgaben dieser Versicherung.
Zu den Kosten. Die Staatsrechnung des Kantons wird durch diese Neuregelungen direkt nicht zusätzlich belastet. Die Mehrkosten müssen von der Familienausgleichskasse getragen werden. Es handelt sich um voraussichtlich maximal 250'000 Franken für die Änderung der Anspruchskonkurrenz, um rund 350'000 für die Erhöhung der Altersgrenze. Die Familienausgleichskasse befindet sich erfreulicherweise in einer so guten Verfassung, dass die genannten Zusatzkosten tragbar und vertretbar sind. – Gestützt auf den Bericht und die eben gemachten Ausführungen beantragen wir einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Andrea **Hodel** teilt mit, dass die FDP-Fraktion der von Regierung und Stawiko vorgeschlagenen Änderung zustimmt. Peter Dür hat schon vieles gesagt, dazu aber noch eine Ergänzung. Bei der Forderung der Gleichstellungskommission, eine volle Kinderzulage auch bei einer Anstellung von 20 % zu zahlen, ist auch zu berücksichtigen, dass vielfach alleinerziehende Mütter oder Personen auch noch einen verpflichteten Vater oder anderen Elternteil haben, der dann ja mindestens 50 % arbeitet und volle Kinderzulagen bezieht. So dass es also ganz selten ist – eigentlich nur wenn zwei selbständig berufstätig sind oder wenn eine Witwe weniger als 50 % arbeitet –, dass es nicht möglich ist, Kinderzulage zu beziehen. Auch von daher gibt es also keinen

Grund, es gibt nur ganz wenige Fälle, wo Kinderzulagen überhaupt nicht mehr erhalten werden können.

Als Käty **Hofer** 1990 ihre Stelle im Vermessungsamt hier in der Zuger Verwaltung antrat, ging das nicht gerade reibungslos. Sie war genau mit der Problematik konfrontiert, die wir heute beraten. Sie musste dafür kämpfen, dass *sie* und nicht der Vater ihrer beiden Kinder die Kinderzulagen bekam. Der Kanton Zug zahlt bekanntlich zu den Kinderzulagen noch eine Familienzulage aus, und die wollte sie natürlich auch erhalten. Sie hat den Kampf gewonnen, aber sie muss auch sagen, dass der Aufwand beträchtlich war. Sie hofft, man kann sich vorstellen, wie ihr Gefühl gewesen wäre, wenn ihre Kollegen (also die Männer) im Vermessungsamt die Familienzulage kassiert hätten, weil sie Männer sind, und sie nicht, weil sie eine Frau ist.
Die SP und die Alternativen sind für Eintreten auf die Revision des Gesetzes über die Kinderzulagen. Diese Revision wird jetzt vorgenommen wegen eines Bundesgerichtsentscheides vom letzten Sommer, der unser Kinderzulagengesetz als verfassungswidrig erkannte. Schon vor einigen Jahren machte die Gleichstellungskommission die Regierung auf diesen Umstand aufmerksam, aber gut Ding will scheinbar Weile haben. Die Regierung hat jetzt ihre Hausaufgaben gemacht und die beanstandete Formulierung revidiert. Scheinbar ist jetzt die Gleichstellung zwischen Vätern und Müttern hergestellt. Nicht mehr der Vater hat Anspruch auf die Kinderzulage, sondern die Person, die in überwiegendem Masse für den Unterhalt des Kindes aufkommt. In der Theorie tönt das gut, aber die Vorlage der Regierung ersetzt einfach eine Diskriminierung durch eine andere. Die Votantin wird im Namen der Fraktionen der SP und der Alternativen in der Detailberatung einen Antrag zum § 8 stellen und dann auch die Begründung dazu liefern. – Die weiteren Inhalte des Gesetzes sind bei der SP-Fraktion unbestritten.

Anna **Lustenberger-Seitz** weist darauf hin, dass die Regierung dieses Gesetz – aus bekannten Gründen – dem Gleichstellungsartikel angepasst und entsprechend geändert hat. Die AF befremdet es aber, dass bei dieser Änderung, bei der es ja vorwiegend um eine Gleichstellungsfrage geht, die Gleichstellungskommission nicht von Anfang an zur Mitarbeit eingeladen wurde. Gerade auch für solche Fälle haben wir doch diese Kommission. Zwar konnte sie sich im Rahmen einer Vernehmlassung nachträglich dazu äussern und die Regierung hat darauf einen Zusatzbericht geliefert. Wir verstehen es auch nicht, dass dieses Geschäft nicht einer Spezialkommission übergeben worden ist. Wir bedauern es, dass die Punkte der Gleichstellungskommission nicht in einer speziell für dieses Geschäft eingesetzten Kommission diskutiert werden konnten.
Wir begrüssen die Änderung von § 12, bei welchem es um die Altersbegrenzung geht. Eine Änderung auf 18 Jahren ist heutzutage angebracht. Die AF ist für Eintreten.
Umstritten ist für uns aber § 8 Abs. 2. Wir stellen uns hier ganz hinter die Meinung der Gleichstellungskommission. Unsere Bedenken berufen sich vor allem auf die Situation, wenn beide Elternteile ausser Haus arbeiten. Es soll zwar nun nicht mehr der Lohn des Ehemanns entscheidend für die Auszahlung der Kinderzulage sein, sondern der höhere Lohn. Leider trifft es aber immer noch zu, dass der Mann für gleiche Arbeit mehr erhält als die Frau. So ändert sich beim vorliegenden Geset-

zesentwurf in diesem Punkt nicht viel, es wird in der Regel der Lohn des Mannes ausschlaggebend für die Kinderzulage sein. Es gibt aber Fälle, in denen Arbeitnehmende eine vom Arbeitgeber zusätzlich erbrachte Zulage, sei es eine höhere Kinderzulage oder zusätzlich eine Familienzulage, erhalten. In dem Sinn ist es von grosser Bedeutung, welcher Lohn ausschlaggebend ist, es muss nicht immer der höhere Lohn sein. Die Vorrednerin hat dies in ihrem Beispiel treffend geschildert. Es wäre daher für den Regierungsrat eine sehr gute Möglichkeit gewesen, die Regelung des Wahlrechts einzuführen. Das Ehepaar kann entscheiden, welcher Lohn für die Kinderzulage gelten soll, wie dies in vielen Kantonen der Fall ist. Manche Kantone legen sogar klar im Gesetz fest, dass jener Lohn entscheidend ist, der eine höhere Kinderzulage bewirkt. Der Regierung erklärt seine ablehnende Haltung gegenüber dieser Forderung mit grossen Problemen bei der Kontrolle. Dies zu regeln sollte doch möglich sein, denn bei andern Kantonen geht es anscheinend auch.
Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns die Auszahlung der Kinderzulage bei Alleinerziehenden. Für die AF ist dieser Punkt nicht befriedigend gelöst. Obwohl dies nicht Gegenstand der Änderung des Gesetzes war (er ist auf der Verordnungsstufe geregelt), hätte sich doch die Gelegenheit geboten, auch diesen Punkt zu revidieren. Alleinerziehende sind besonders auf eine volle Kinderzulage angewiesen, da leider in vielen Fällen nicht einmal die Alimente gesichert sind. Wohl ist in § 4 des Gesetzes beschrieben, dass Alleinerziehende einer besonderen Regelung unterstellt sind. Gemäss Verordnung erhalten aber alleinerziehende Mütter oder Väter die Kinderzulage erst bei einem 50 %-Arbeitspensum. Wir alle sind doch dafür, dass Kinder so lange wie möglich zu Hause von einem Elternteil betreut werden: Warum belohnt man diesen Willen nicht und gewährt schon bei einem kleinen Arbeitspensum die volle Kinderzulage? Immerhin bezahlen Luzern und Nidwalden bereits ab 20 % Arbeitspensum den ganzen Betrag. Es ist klar, dass dies zusätzlichen Kosten für den Kanton verursachen würde, welche man nicht den Arbeitgebern überwälzen darf. Aber Anna Lustenberger ist überzeugt, dies käme den Kanton immer noch günstiger zu stehen als subventionierte Krippenplätze. Man kann dafür keinen Antrag stellen, zu wünschen ist aber, dass die Regierung diesen Gedanken der Gleichstellungskommission überprüft.
Trotz des mässig erfüllten Auftrages, das Gesetz so zu ändern, damit in Bezug Gleichstellung keine Ungerechtheiten mehr vorhanden sind, ist die AF über diese Gesetzesänderung enttäuscht. Es widerspiegelt die neueren sozialen Realitäten nicht, und der Punkt des gemeinsamen Sorgerechts wurde zu wenig aufgenommen. Mit dem Antrag, welche die SP auch im Namen der Alternativen stellen wird, kommen wir einen kleinen Schritt näher: Daher bittet die Votantin den Rat, stimmen Sie in der Detailberatung dem Antrag der SP und der AF zu. Und die Unterstützung der Familie. welche sich alle Parteien gerne auf ihre Fahne schreiben, wird so etwas realistischer.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** darf zunächst feststellen, dass sowohl die Stawiko, welche die beantragte Änderung des Kinderzulagengesetzes vorberaten hat, als auch alle Fraktionen mit den beiden Revisionszielen des Regierungsrats grundsätzlich einverstanden sind, nämlich:
1. Die Anspruchskonkurrenz der beiden Elternteile für den Bezug der Kinderzulage in Beachtung der neuesten bundesgerichtlichen Rechtsprechung so neu zu regeln, dass das Gebot der Rechtsgleichheit umfassend eingehalten wird. In der Anwendung

wurde die rechtsgleiche Behandlung seit 1993 im Kanton Zug praktiziert. Es ist nur so, dass der Wortlaut des Gesetzes nach diesem Bundesgerichts jetzt auch noch korrigiert wird.
2. Die Altersgrenze für die Bezugsberechtigung vom 16. Altersjahr des Kindes auf das vollendete 18. Altersjahr anzuheben, um Kinder, die keine Lehrstelle finden oder arbeitslos sind, bis zu ihrem 18. Altersjahr ihren Altersgenossen gleich zu stellen, die in einer Ausbildung sind. Die Anhebung der Altersgrenze bewirkt zudem, dass ein Anspruch auf Kinderzulage besteht, solange die Eltern gegenüber ihren Kindern unterhaltspflichtig sind.
Für diese allseitige, grundsätzliche Zustimmung zur Vorlage des Regierungsrats bedankt sich der Volkswirtschaftsdirektor beim Rat. Er muss aber um Verständnis bitten, dass im Rahmen dieses Gesetzes nicht weitere sozialpolitische Anliegen berücksichtigt werden können. Die Kinderzulagen werden ausschliesslich von den Arbeitgebern finanziert. Und wir können nicht sozialpolitische Anliegen von den Arbeitgebern bezahlen lassen. – Zum Antrag von SP und AF wird der Votant in der Detailberatung Stellung nehmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 8 Abs. 2

Käty **Hofer** unterbreitet dem Rat im Namen von SP und AF folgenden Antrag für eine Neuformulierung von Abs. 2:
«Können mehrere Personen nach diesem Gesetz einen Anspruch für das gleiche Kind geltend machen, so steht er der Reihe nach zu:
a) dem von den Ehegatten gemeinsam bestimmten Elternteil
b) für Kinder nicht verheirateter Eltern sowie für Kinder aus getrennter oder geschiedener Ehe dem Elternteil, welchem die Obhut des Kindes anvertraut ist
c) *andernfalls demjenigen Elternteil, der überwiegend für den Unterhalt des Kindes aufkommt.*»
Das tönt kompliziert, ist aber ganz einfach. Ehepaare können wählen, ob der Vater oder die Mutter den Anspruch auf Kinderzulage geltend machen kann. Warum ist das so wichtig? In der Eintretensdebatte sagte die Votantin, dass die Vorlage der Regierung in der Theorie gut töne. Wie sieht es aber in der Praxis aus? Sie alle wissen, dass der grösste Teil der Betreuungsarbeit von den Müttern geleistet wird. Diese sind deshalb meist in Teilzeit oder gar nicht erwerbstätig und erzielen also ein reduziertes oder gar kein Erwerbseinkommen. Zudem ist es eine bekannte Tatsache, dass die Frauenlöhne immer noch um durchschnittlich 20 % tiefer sind als die Männerlöhne für vergleichbare Arbeit. Die Fälle, wo die Mutter für den überwiegenden Teil des Unterhalts des Kindes aufkommt, sind die absolute und seltene Ausnahme. Die Kinderzulagen gehen gemäss dem Vorschlag der Regierung weiterhin fast ausschliesslich an den Vater. Also ändert sich in der Praxis fast gar nichts. Die Diskriminierung schleicht sich durch die Hintertüre gut getarnt wieder ins Gesetz ein. Die Gleichstellungskommission hat diesen Umstand in ihrer Vernehmlassung in deutlichen Worten formuliert.

Sie erinnern sich an die Einleitung von Käty Hofers Eintretensvotum. Mit dem Vorschlag der Regierung wäre sie heute genau dort, dass ihre Arbeitskollegen die Familienzulage bekämen, und sie nicht, weil sie neben ihrem Teilpensum ihre Kinder betreut. Manche Frauen wären damit doppelt geprellt, nämlich erstens mit einem um 20 % tieferen Lohn und zweitens ohne Familienzulage. Das kann doch nicht sein. Die Regierung begründet ihre Ablehnung der Forderung der Gleichstellungskommission nach einem Wahlrecht der Eltern mit der kaum durchzuführenden Kontrolle, um einen Doppelbezug zu vermeiden. Die Kinderzulagen werden nicht nur durch Familienausgleichskasse Zug ausgerichtet, sondern auch durch andere Kassen, z.B. von Grossbetrieben. Diese Kassen müssten also miteinander reden, wenn der Vater einen Anspruch stellt und auch die Mutter, damit er nicht doppelt gestellt wird. Aber wie ist denn das mit dem Vorschlag der Regierung? Müssen hier die evtl. verschiedenen Kassen von Vater und Mutter nicht auch miteinander reden, um zu kontrollieren, ob der Vater oder die Mutter das höhere Einkommen hat und die Zulage nicht doppelt bezogen wird? Den Unterschied möchte die Votantin vom Volkswirtschaftsdirektor noch erklärt haben.
Ein weiteres Argument der Regierung sind die höheren Kosten. Konkret ist das so formuliert: «… hätte ein Wahlrecht nach Ansicht der Familienausgleichskasse Kosten von sicher über eine Million zur Folge». Diese Formulierung lässt den starken Verdacht aufkommen, dass man den Finger in die Luft gehalten und geschaut hat, ob Bise oder Föhn weht. Ausserdem kann der Volkswirtschaftsdirektor sicher die Frage beantworten, wie hoch die Überschüsse der Familienausgleichskasse in den letzten Jahren waren. Unser Antrag stammt aus dem Kinderzulagen-Gesetz des Kantons Bern, der diese Regelung ohne grosse Probleme umsetzt – wie übrigens auch fünf weitere Kantone. Sie sehen: Der Vorschlag ist praktikabel und keine exotische Forderung. Das Schlagwort von der Unterstützung der Familien oder ihrer Entlastung ist gegenwärtig auf allen Plakatwänden. Nur mit einem Wahlrecht für Eltern können alle verfügbaren Zulagen für Familien tatsächlich auch ausgeschöpft werden.
Zum Votum des Stawiko-Präsidenten. Er legt den Schwerpunkt auf die Wohnsitzfrage. Dieser bestimmt die Höhe der Kinderzulagen. Das ist sicher ein Punkt, aber eigentlich ein Nebenschaupunkt, weil andere Anteile wie Familienzulagen ein mehrfaches zum Unterschied der Familienzulagen zwischen den Kantonen ausmachen. Und dazu hat man nichts gehört. – Die Votantin bittet den Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

Andrea **Hodel** sieht das so wortreich vorgetragene Problem ganz einfach nicht. Der höhere oder tiefere Lohn hat ja keinen Einfluss auf die Höhe der Kinderzulagen. Die sind immer gleich hoch, ausser man unterschreitet das Pensum von 50 %, dann hat nur eine Person Anspruch. Ansonsten ist der Betrag gleich hoch. Auch das Problem des Erhalts von Kinderzulagen sieht die Votantin nicht. Wenn sich die beiden Elternteile einig sind, wird es auch kein Problem geben mit dem Weitergeben der Kinderzulage, damit sie schlussendlich dem Kind zu Gute kommt. Haben die Eltern darüber Streit, werden sie sich über die Zulagenberechtigung nicht einigen, und dann gibt es eben diese Konflikte, welche die Regierung angesprochen hat: Wer in welcher Kaskade kann die Kinderzulage erhalten? Und wenn der Streit dann weiter geht, ob die Kinder die Zulage erhalten sollen, gibt es mit ZGB das Institut der Anweisung an den Schuldner und dann wird der Arbeitgeber des zulagenberechtigten Elternteils angewiesen, die Kinderzulage und allenfalls sogar die ganzen Kinderalimente direkt dem

unterhaltsberechtigten Elternteil zu überweisen. Wir streiten hier um des Kaisers Bart und diese Lösung tut unserem Bedürfnis Rechnung, dass die Mutter, bei der die Kinder leben, und die Anspruch auf Unterhalt und Kinderzulagen hat, diese auch in möglichst umfassendem Umfang erhält.

Peter **Dür** kommt auf das Beispiel von Käty Hofer zurück. Sie hat gesagt, sie würde auch unter dem neuen Gesetz keinen Anspruch haben auf eine Kinderzulage. Dem ist nicht so. Das ist bei diesen 21 Fällen, die aufgearbeitet wurden und man geht davon aus, dass es nicht noch mehr solche Fälle gibt. Wenn also der Ehemann 100 % arbeitet und Käty Hofer arbeitet zu 50 % hier auf dem Vermessungsamt, dann hat sie Anspruch auf 50 % der Kinderzulage im Kanton Zug. Es geht hier nicht mehr um Mann oder Frau, sondern nur noch um Elternteile und wo diese arbeiten. Man hat hier in dieser komplexen Materie doch eine gewisse Einfachheit erreicht, indem man den Fokus geändert hat: Nicht Mann und Frau, sondern die Priorisierung des Wohnsitzkantons. Kinderzulagen sollen in jenem Kanton bezogen werden, in welchem die Familie, insbesondere das zulagenberechtigte Kind, Wohnsitz hat. Und sobald ein Elternteil mit diesem neuen Gesetz im Kanton Zug in einem Betrieb arbeitet, der diesem Gesetz untersteht, bekommt er Kinderzulagen entsprechend dem Prozentsatz, in dem er in diesem Betrieb arbeitet. Unabhängig davon ob Mann oder Frau. – Deshalb bittet der Votant im Namen der Stawiko, diesen Antrag abzulehnen.

Käty **Hofer** ist hier mit Peter Dür nicht ganz einig. Aber auch mit der Auslegung von Peter Dür würde sie 50 % Kinderzulage erhalten und 50 % Familienzulage. Und sie arbeitet nur deshalb 50 %, weil sie zu Hause Kinder zu betreuen hat. Die Betreuungsarbeit wird von den Frauen geleistet. Es ist also trotzdem abhängig davon, ob man Mann oder Frau ist.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** weist darauf hin, dass der gemeinsame Antrag der Alternativen Fraktion und der SP-Fraktion einem Antrag der Gleichstellungskommission entspricht, den der Regierungsrat in seinem Zusatzbericht vom 27. Januar 2004 abgelehnt hat. Zur Begründung dieser Ablehnung kann deshalb grundsätzlich auf die Ausführungen im Bericht des Regierungsrats (Vorlage 1161.3) Ziff. 3a verweisen werden. Im Einzelnen ist dazu Folgendes zu sagen.
Klar zu stellen ist zunächst, dass das verlangte Wahlrecht der Eltern nach dem Vorschlag der SP und der Alternativen unseres Erachtens nur Geltung hätte, wenn die Arbeitgeber von beiden Elternteilen ihren Betrieb oder den Geschäftssitz im Kanton Zug haben. Diese Beschränkung ist wichtig. Wenn das Wahlrecht auch bei ausserkantonalen Arbeitgebern angewendet werden müsste, ist offensichtlich, dass die Eltern stets die höhere Zuger Kinderzulage wählen würden. Die Zuger Arbeitgeber, welche die Kinderzulagen, die nach unserem Gesetz ausgerichtet werden, vollständig finanzieren, müssten sonst auch die Finanzierung der Kinderzulagen für ausserkantonale Arbeitgeber aufbringen. Bei einer solchen aus der Sicht der Finanzierung für Kinderzulagen absurden Regelung entständen für die Zuger Familienausgleichskasse nicht quantifizierbare Mehrkosten von sicher über einer Million Franken im Jahr.

Bei der dargestellten Beschränkung des Wahlrechts der Eltern, deren Arbeitgeber beide ihren Betrieb im Kanton Zug haben, entständen für die Zuger Familienausgleichskasse keine direkten Kosten. Der Regierungsrat lehnt das Wahlrecht aber auch in diesem Fall trotzdem ab, weil es zu grossen Problemen bei der Kontrolle des Doppelbezugs durch beide Elternteile führen würde. Dieser wäre möglich und die Kontrolle wäre kaum durchführbar, weil die kantonale Familienausgleichskasse die Kinderzulagen nicht für alle Zuger Arbeitgeber selber ausbezahlt. Grosse Unternehmungen wie die Siemens oder die V-Zug haben private Familienausgleichskassen. Oder die kantonale Ausgleichskasse hat die Ausrichtung der Kinderzulagen an Verbandsausgleichskassen übertragen, wie sie z.B. für die Baumeister, die Versicherungen, die Banken, die Maschinenindustrie oder die Bäcker bestehen. Um den Doppelbezug kontrollieren und verhindern zu können, müsste die kantonale Familienausgleichskasse die entsprechenden Vereinbarungen auflösen und die Auszahlung selber vornehmen. Die Folge wären Mehrkosten für den höheren Kontrollaufwand oder die komplexere Administration der Abrechnungen. Diese werden von der kantonalen Familienausgleichskasse auf 250'000 bis 500'000 Franken pro Jahr beziffert. Zudem hätten verschiedene KMU-Betriebe neu wieder zwei verschiedene Abrechnungsstellen für die AHV-Beiträge einerseits und für die Kinderzulagen andererseits. Der administrative Aufwand vieler mittlerer und kleinerer Unternehmungen würde dadurch stark vergrössert und dies ausgerechnet in einer Zeit, wo alle von der Notwendigkeit der Entlastung der KMUs von der Bürokratie sprechen.
Zusammengefasst:
1. Nur eine klare Regelung der Rangordnung für den Bezug der Kinderzulage kann – ohne grossen zusätzlichen administrativen Aufwand – den missbräuchlichen Doppelbezug vermeiden. Im Gesetz ist klar geregelt, dass bei Konkurrenz in der Anspruchsberechtigung zuerst die Person Anspruch, unter deren Obhut das Kind steht, zweitens der Inhaber der elterlichen Sorge und drittens die Person, die in überwiegendem Mass für den Unterhalt des Kindes aufkommt. Diese dritte Möglichkeit kommt also nur zum Zug, wenn das Kind bei keinem Elternteil in Obhut ist. Das Gesetz sieht also eine ganz klare Rangordnung vor und dabei ist keine Absprache zwischen Kassen erforderlich. Das kann kontrolliert werden auf Grund der Angaben des Zulagenberechtigten. (Dies eine Antwort an Käty Hofer.)
2. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Rangordnung erfüllt das Gleichheitsgebot und damit die verfassungsmässigen Anforderungen vollumfänglich.
3. Dem Argument, ohne Erhalt der Kinderzulage könnten viele Frauen bei ihren Arbeitgebern auch die Familienzulage nicht beziehen, ist Folgendes entgegen zu halten: Wenn die Ausrichtung einer Familienzulage vom Bezug der Kinderzulage abhängig gemacht und damit der Grundsatz für Rechtsgleichheit verletzt wird, muss die entsprechende Regelung geändert werden. Es ist nicht die Aufgabe des Kinderzulagengesetzes, mögliche Verfassungsverletzungen anderer Leistungssysteme zu verhindern oder zu korrigieren.
Aus all diesen Gründen bittet Walter Suter den Rat, den Antrag der AF und der SP-Fraktion abzulehnen und der regierungsrätlichen Fassung zuzustimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag mit 57 : 15 Stimmen ab.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat folgende Anpassung bezüglich Inkrafttreten dieses Gesetzes beantragt, weil in Folge von Verzögerungen beim gesamten Beratungsablaufs der ursprünglich beantragte 1. Mai 2004 nicht mehr möglich ist:
«Diese Änderung tritt nach unbenützter Referendumsfrist (§ 34 der Kantonsverfassung) oder nach der Annahme durch das Volk – nach der Veröffentlichung im Amtsblatt – am ersten Tag des nächstfolgenden Kalendermonats in Kraft.»

➔ Der Rat ist mit dieser Anpassung einverstanden.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1161.5 – 11466 enthalten.

385 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE GEWÄSSER

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1175.1/.2 – 11297/98), der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz (Nrn. 1175.3/.4 – 11426/27) sowie Zusatzbericht und -antrag der Kommission (Nr. 1175.5 – 11457).

Kommissionspräsident Bruno **Pezzatti** kann sich in seinen Ausführungen auf die wichtigsten Punkte beschränken, nachdem die Ausgangslage für die Änderung des Gewässergesetzes und der konkrete Revisionsbedarf in Richtung einer gezielten Lockerung im Bericht und Antrag der Regierung und im Bericht und Zusatzbericht der Kommission ausführlich dargelegt sind. Um die Debatte zeitlich zu verkürzen spricht er jetzt sowohl zum Eintreten als auch zu einzelnen abweichenden Anträgen der Kommission zu den Revisionspunkten der Regierungsvorlage.
Zum Eintreten. Die Gewässerkommission beantragt mit 11:3 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten. Die Argumente der Kommissionsmehrheit lassen sich in drei Hauptpunkte zusammenfassen: 1. Die Verschärfung der nationalen Gewässerschutz- und gewässerrelevanten Landwirtschaftsgesetzgebung, welche die anfangs der 90er-Jahre eingeführten kantonalen seeexternen Massnahmen in ihrer Wirkung grösstenteils ersetzen. 2. Die nachgewiesenen und auch sichtbaren Erfolge der bisherigen Sanierungsmassnahmen zugunsten der Zuger Gewässer bzw. der unterschiedliche Zustand des Zugersees und des Ägerisees, welcher in Zukunft ein differenziertes Vorgehen bei den seeexternen Massnahmen rechtfertigt. In diesem Zusammenhang sei auf die kürzliche Publikation «Blickpunkt Umwelt» des Amts für Umweltschutz verwiesen, worin zum Ausdruck kommt, dass die Nähstoffbelastung des Zugersees in den letzten Jahren zwar deutlich zurückgegangen, insgesamt aber immer noch zu hoch ist, während demgegenüber der Ägerisee eine vorbildliche Wasserqualität aufweist. 3. Die Schaffung von grundsätzlich gleichen Wettbewerbsbedingungen und Auflagen, d.h. von gleichlangen Spiessen, für die Zuger Landwirte im Vergleich zu ihren Kollegen und Kolleginnen in den benachbarten Kantonen.
Die Aufrechterhaltung der seeexternen Massnahmen ausserhalb des Einzugsgebiets des Zugersees würde bedeuten, dass zusätzlich zu den erwähnten neuen bundesrechtlichen Auflagen in unserem Kanton noch alte Auflagen beibehalten würden,

welche a) überflüssig sind und b) den Handlungsspielraum von unternehmerisch denkenden Landwirten unnötigerweise weiter massiv einschränken. Man kann von der Landwirtschaft auf der einen Seite nicht ständig marktkonformeres Verhalten und tiefere Produzenten- und Lebensmittelpreise verlangen, und ihr auf der anderen Seite mit unnötigen, kostenverteuernden Regulierungen und Auflagen dringend erforderliche Strukturanpassungen und Betriebsaufstockungen verunmöglichen. Wir dürfen von den Zuger Landwirten diesen Spagat nicht verlangen. – Die Kommissionsminderheit, welche das kantonseigene restriktive Gewässerschutzregime für den ganzen Kanton unverändert aufrechterhalten will, anerkennt zwar, dass sich die Zuger Gewässer teilweise erholt haben, sie widersetzt sich jedoch gegen die beantragten gezielten Lockerungen der Vorschriften.

Zu den einzelnen Anträgen der Kommission. Zunächst zu den Dünge- und Nutzungsbeschränkungen in § 64, Abs. 3. Die Kommission beantragt, diese zu Beginn der 90er-Jahre ins Gewässergesetz aufgenommenen und bei der Totalrevision von 1999 unverändert übernommenen verschärften kantonalen seeexternen Massnahmen nur in einem Punkt und nicht – wie von der Regierung vorgeschlagen – in zwei Punkten zu lockern. Einigkeit besteht mit der Regierung darin, dass beim Ausbringen von Düngern entlang von oberirdischen Fliessgewässern im Einzugsgebiet des Zugersees weiterhin ein Streifen von mindestens 7 m und am Zugersee selbst ein Streifen von 10 m freizuhalten ist. Mit der von der Kommission beantragten und von der Baudirektion akzeptierten Präzisierung «ohne das Einzugsgebiet des Ägerisees» wird die Zielrichtung der beantragten Lockerungsmassnahme unseres Erachtens noch klarer definiert. Aus dem Gesetzestext geht jetzt klar hervor, dass im Einzugsgebiet des Ägerisees, des Lorzenunterlaufs, der Sihl und der Reuss nur noch der national geltende Düngeverbots- und Nutzungsbeschränkungsstreifen von 3 m verlangt wird. Im Gegensatz zur Regierung beantragt die Kommission aber bei den Düngeverbotsstreifen an Strassen und Plätzen nicht von 2 m auf 0,5 m zurückzugehen und diese damit entsprechend der nationalen Gewässerschutzgesetzgebung zu lockern, sondern die verschärfte Norm von 2 m im Kanton Zug weiterhin beizubehalten. Die Kommission hat bei dieser Bestimmung nach einem Rückkommensantrag von zwei bäuerlichen Mitgliedern ihre ursprünglich gleiche Auffassung wie die Regierung, welche aber nur knapp mit meinem Stichentscheid zustande gekommen ist, wieder grossmehrheitlich revidiert. Sie ist in diesem Punkt den Umweltschutzkreisen entgegengekommen. Die Landwirte in der Kommission anerkennen, dass die Einhaltung eines Düngeabstandes von 0,5 m beim «Güllnen» trotz neuem Schleppschlauchverfahren schwierig und nicht immer einzuhalten ist. Der Votant beantragt deshalb namens der Kommission, §64, Abs. 3 gemäss der Formulierung im Kommissions-Zusatzbericht zu genehmigen.

Die zweite Differenz zur Regierung betrifft die beantragte Lockerung bei der Beschränkung der Tierbestände in § 66, wobei es sich hier nur um eine formelle Anpassung handelt. Der Begriff «Zuströmbereich» ist durch den Begriff «Einzugsgebiet» zu ersetzen. Das Wort Zuströmbereich wird im Bereich des Grundwassers benutzt und ist ein Begriff, der durch das eidgenössische Gewässerschutzgesetz besetzt ist.

Noch ein Wort zum Inhalt von § 66, Abs. 1. bzw. zu der von der Regierung beantragten teilweisen Lockerung: Tierbestände dürfen demnach im Einzugsgebiet des Zugersees, ohne das Einzugsgebiet des Ägerisees, nur soweit erhöht werden, als die anfallenden Hofdünger im Einklang mit der Umwelt- und Gewässerschutzgesetzgebung auf der langfristig selber bewirtschafteten Fläche verwertet werden können. Hier be-

antragt die Regierung, die Aufstockungsbegrenzung der Tierbestände nicht mehr im ganzen Kanton aufrechtzuerhalten, sondern auf das Einzugsgebiet des Zugersees zu begrenzen. Zusätzlich wird eine Ausnahmeregelung für Biobetriebe und Milchwirtschaftsbetriebe statuiert. Bei der Ausnahmeregelung sind aber die umweltschutzmässig problematischen Schweine-, Rinder- und übrigen Mastbetriebe ausgeschlossen. Die Kommission befürwortet diese begründete Ausnahmeregelung, weil Milchwirtschaftsbetriebe den grössten Teil der Milch aus Raufutter produzieren, welches aus einem begrenztem Umkreis stammt und nicht extern zugeführt werden muss, z.B. in Form von Kraftfutter. Biobetriebe werden aus ökologischen Gründen vom Kanton weiter gefördert und sollen deshalb in die Ausnahmeregelung hineingenommen werden.
Zur Anpassung des Gewässergesetzes in § 38, Bst. b. Nachdem es bei der kürzlichen Behandlung des neuen Gewässergebührentarifs im Kantonsrat zu Missverständnissen bei den der Konzessionspflicht unterstellten und nicht unterstellten Wasserentnahmen für die Bewässerung von landwirtschaftlichen Kulturen gekommen ist, beantragt die Kommission, die vorliegende Revision des Gewässergesetzes für eine Klärung von § 38, Bst. b, bzw. für eine Angleichung der Bestimmungen von § 38, Bst. b und c zu benutzen. Damit kann klar gestellt werden, dass z.B. Wasserentnahmen für die landwirtschaftliche Bewässerung – auch regelmässige, die aber nicht über ein Jahr hinausgehen – zwar eine kantonale Bewilligung, aber keine Konzession benötigen; dies unabhängig davon, ob das Wasser aus oberirdischen öffentlichen Gewässern oder aus dem Grundwasservorkommen stammt.

Louis **Suter** erinnert daran, dass am 23. Mai Peter Hegglin sowie sieben Mitunterzeichner mit einer Motion die Aufhebung der Benachteiligung bei der Gülleverwertung der Zuger Landwirte gegenüber ihren ausserkantonalen Kollegen beantragt haben. Dazu soll das GewG, welches diese Ungleichbehandlung vorsieht, entsprechend geändert werden. Das Zuger GewG ist bekanntlich 1988 im Rahmen der Diskussionen um die Zugersee-Sanierung massiv verschärft worden. In der Zwischenzeit sind die Phosphoreinträge in den Zugersee um über das zehnfache reduziert worden. Die Wasserqualität verbessert sich langsam aber stetig. Dies ist eine Folge verschiedenster Massnahmen. Dazu leistet auch die Zuger Landwirtschaft ihren Beitrag. Die einseitige Interpretation, dass vor allem die weiterführenden Massnahmen im kantonalen Gewässerschutzgesetz die Verminderung massgeblich beeinflusst hätten, ist jedoch nicht statthaft. Es gibt weder einen eindeutigen Knick in der Gehaltskurve nach 1990, noch sind die Auswirkungen des Gesetzes irgendwo belegt. Es stellt sich auch die Frage, wieso ab 1993 eine hohe Abnahme des Phosphorgehaltes im Zugersee ausgewiesen wird, obwohl das Gesetz 1990 in Kraft trat. Den viel grösseren Effekt als die Änderungen im kant. Gewässerschutzgesetz dürfte jedoch die seit 1993 breit eingeführte IP (heute OeLN) bewirkt haben. Die rückläufigen Tierzahlen, die geringere Anzahl an GV pro Flächeneinheit, die bessere Verteilung der Hofdünger sowie die Verschärfung verschiedener Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene haben ebenfalls wesentlich zur Verbesserung der Wasserqualität unserer Gewässer beigetragen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft verlangt nach neuen Betriebsformen und einer verstärkten Zusammenarbeit. Will man entwicklungsfähigen Landwirten eine Zukunft geben, bedarf es aber Gesetzen, die diese Entwicklungen nicht hindern: Das heisst, das GewG ist entsprechend zu ändern.

Besonders unzweckmässig ist die heutige Formulierung von § 66. Diese widerspricht nicht nur den Interessen der Landwirte, sondern bringt auch keine Vorteile für die Verbesserung der Wasserqualität. Als Mitunterzeichner der Motion möchte der Votant dem RR danken, dass er auf unser Hauptanliegen eingegangen ist. Mit der systematischen Trennung der Massnahmen zwischen dem «noch ungesunden» Zugersee und dem «gesunden» Ägerisee können mit dieser Vorlage die Interessen der Landwirtschaft mit denjenigen der Zugerseesanierung und des Naturschutzes in Einklang gebracht werden. Alle bisherigen kantonalen seeexternen Massnahmen für den Zugersee werden weitergeführt. Die CVP ist deshalb für Eintreten und unterstützt die Anträge der Kommission.

Josef **Zeberg** betont, dass Wasser unser wichtigstes Lebensmittel ist. Am 11. Januar 2003 stellte er dem Regierungsrat sechs Fragen, vor allem wegen dem See. Dieser Brief wurde sehr schnell und korrekt am 31 Januar beantwortet. Dafür möchte er sich bedanken. Um was geht es ? Dem Votanten wurden Zahlen bestätigt, die er vorher nicht glauben konnte und wollte, dass nämlich seit 1997 der Phosphoreintrag in den Zugersee um zwei bis fünf Tonnen pro Jahr stetig zugenommen hat. Bei einer Umrechnung von Normalgülle 0,8 kg/m^3 und Saugülle 1,6 kg/m^3, wohlverstanden bei immer weniger Bauernbetriebe und weniger Viehbestand. Jetzt haben wir einen Phosphoreintrag, den der See nicht mehr voll ableiten oder verarbeiten kann. In Kürze hätten wir wiederum einen noch mehr überdüngten See trotz modernster Ringleitung um den See und dazugehörender ARA. Josef Zeberg ist sich bewusst, dass viele Bauern sehr gut nach Vorschriften oder noch besser die Landwirtschaft betreiben. Andere aber die Vorschriften nicht kennen oder einfach nicht kennen wollen. Im Gespräch mit dem Präsidenten des Bauernverbands und mit dem Präsidenten des Obstverbands wollte er erreichen, dass der Bauernpräsident selber tätig würde, um seine Leute in dem Sinn zu informieren. Im Normalfall werden Informationen viel besser vom Präsidenten angenommen als vom Gesetzgeber. Dies ist jedenfalls eine jahrelange Erfahrung, die mit anderen Verbänden gemacht wurde. Selbstverständlich besprachen wir das auch mit Rudolf Rüttimann vom Amt für Umweltschutz. Nach Meinung des Votanten nahm dieser das Ganze nicht so ernst. Was aber sehr enttäuschte war, dass er mit keiner Silbe erwähnte, dass bereits eine Vorlage bereit sei. Das ist keine gute Zusammenarbeit, jedenfalls keine ehrliche.
Selbstverständlich ist sich Josef Zeberg bewusst, dass es Probleme geben kann, bei jetzt schon überdüngten Feldern nochmals Jauche auszubringen Deshalb braucht es noch mehr Einfühlungsvermögen gegenüber der Natur und sehr gute Informationen, die im Amt für Umweltschutz vorhanden sind – sie sollten nur verteilt werden Überzeugungsarbeit des Präsidenten und Vorstands des Bauernverbandes. Und besonders die Inpflichtnahme von Bauern, die das immer noch nicht begreifen wollen. Gelingt das, dann ist zu erwarten, dass der Phosphoreintrag auf einem Niveau gehalten werden kann, den der See vertragen kann.
Grösste Aufmerksamkeit braucht die Lorze. Es ist sehr fraglich, ob überhaupt darin noch schadlos gebadet werden darf. Manchmal gleicht die Lorze eher einem Güllekanal als einem gesunden Bach. Das Umweltschutzamt, dem alles bekannt ist, tut gut daran, alles zu unternehmen, um die nötigen Änderungen und Massnahmen zu veranlassen. (Einige Fotos liegen im Foyer auf.) Sollte dies alles nicht möglich sein, müssen in Kürze die Gesetze in dem Sinn neu angepasst, also verschärft werden.

Der Votant möchte es nicht unterlassen, seinen beiden Kantonsrats-Kollegen Beni Langenegger und Louis Suter für die Einsicht zu danken, die Düngabstände so wie bisher zu belassen, obwohl sie in der Kommission mit Präsidentenentscheid obsiegt hatten. Dies ist nicht Taktik, wie dies jemand von der Zuger Zeitung geschrieben hat, sondern Einsicht und Vernunft. Es ist sicher ein guter Anfang für sauberes Wasser, für einen gesunden See. Die FDP-Fraktion unterstützt vollumfänglich die Anträge der Kommission. – Zum Schluss ein Spruch des Naturphilosophen Thales von Milet (600 v.Chr.): Das Prinzip aller Dinge ist das Wasser. Aus Wasser ist alles, und ins Wasser kehrt alles zurück.

Beni **Langenegger** nimmt vorweg, dass die SVP-Fraktion einstimmig beschlossen hat, auf die Vorlage einzutreten. Wir sind der Auffassung, dass wir der Landwirtschaft die geforderten Strukturen, wie sie die Kommission und Regierung vorschlägt, geben müssen. Damit hätten unsere Landwirte vom Kanton Zug die gleichen Voraussetzungen – vor allem im Aufstockungsbereich – wie ihre Berufskollegen in den Nachbarskantonen. Und vergessen wir nicht, dass in den letzten Jahren gerade für die Zugerseesanierung, auch die bäuerliche Seite grosse Beiträge geleistet hat. An die Adresse von Josef Zeberg: Die Düngebroschüre wurde bereits vor einer Woche mit den Strukturerhebungsformularen durch die Ackerbaustellenleiter an ihre Kollegen verteilt. Der Erfolg der Bemühungen der Landwirtschaft ist bereits sichtbar, wenn man die Zugerseesanierungsstatistik betrachtet. Und all diejenigen Leute und Verbände, die das Gefühl haben, die Zugerseesanierung verlaufe zu langsam, möchte Beni Langenegger heute nochmals daran erinnern, dass der Zugersee über Jahrhunderte mit Abwässern aller Art belastet wurde. Zudem hat der Zugersee eine sehr lange Wasseraustauschzeit, welche die Seesanierung ebenfalls verzögert. Was den Rückkommensantrag von Louis Suter und dem Votanten anbetrifft, so hält er an den Ausführungen des Kommissionspräsidenten fest. Aber wie schon gesagt, sind wir auf dem richtigen Weg zu gesunden Gewässern. Persönlich hofft Beni Langenegger nur nicht, dass unsere Zuger Gewässer plötzlich zu sauber sind, und die darin beheimateten Wassertiere zu wenig Nahrung finden. Denn dann könnte es sein, dass beim einlösen des Fischerpatents zusätzlich noch eine Lupe abgegeben werden muss, damit die Hobbyfischer die Würmer von den Fischen unterscheiden können. Trotzdem zählt der Votant auf Unterstützung und Zustimmung zur vorliegenden Gesetzesvorlage.

Markus **Jans** fragt, ob der Regierungsrat mit dieser Vorlage Politik zum Schutz der Gewässer betreibt oder eher zum Schutz der Landwirtschaft. Tatsächlich geht es bei dieser Vorlage um handfeste Interessen der Landwirtschaft. Damit lässt sich aber weder der derzeitige Strukturwandel noch der massive Einkommensdruck auf die Landwirtschaft aufheben. Landwirtschaftspolitik wird nicht über das Gewässerschutzgesetz betrieben und schon gar nicht gelöst. Landwirtschaftspolitik wird zum grossen Teil von gesetzlichen Bestimmungen des Bundes bestimmt und kann von Kanton nur marginal beeinflusst werden. Der Regierungsrat und die Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz sind der Auffassung, dass der Ägerisee und sein Einzugsgebiet bei der Ausbringung von Dünger keinen Schutz mehr benötigen. Das heisst, dass rund um den Ägerisee wieder direkt bis an die Gewässer und darüber hinaus Dünger ausgebracht werden kann.

Wir von der SP sind hier klar anderer Meinung und lassen uns von der Regierung keine Burgunder-Algen, die Seen und die Sicht trüben, vor die Augen setzen. Dank den Anstrengungen des Gewässerschutzes konnte der Nährstoffeintrag in die Gewässer in den letzten 20 Jahren wesentlich reduziert werden. Die Messungen des Amts für Umweltschutz zeigen aber, dass immer noch rund 40 % der Fliessgewässer stark oder deutlich belastet sind. Die Phosphorkonzentration des Zugersees ist immer noch rund vier Mal zu hoch und seit 1997 wieder mit zwei bis fünf Tonnen pro Jahr im Steigen begriffen. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die seeexternen Massnahmen nicht mehr für alle zugerischen Gewässer Gültigkeit haben sollen. Sie sollen sich auf das Einzugsgebiet des Zugersees beschränken. Er schreibt dazu, dass das Gebiet entlang des Lorzelaufs, der Sihl, der Reuss und des Ägerisees von den Massnahmen nicht mehr betroffen sein sollen. Seit wann gehört die Lorze und der Ägerisee nicht mehr zum Einzugsgebiet des Zugersees? Da müsste sich die Landkarte aber gewaltig geändert haben und nur der Regierungsrat hätte dies bemerkt.
Um das Ziel eine optimale Wasserqualität zu erreichen, sind die bestehenden Vorschriften zwingend aufrecht zu erhalten. Die eingeleiteten Massnahmen sind nicht ohne Wirkung. Dass diese langsam vor sich gehen, ist verständlich, wurden doch die Gewässer des Kantons Zug auch nicht von heute auf morgen verschmutzt. Ein wesentlicher Verursacher der Verschmutzung war und ist die Landwirtschaft. Auch heute noch ist sie, trotz Schleppschlauchverfahren, mitverantwortlich für einen zu grossen Phosphateintrag in die Gewässer. Solange die Wasserqualität in allen Gewässern des Kantons Zug nicht als gut bezeichnet werden kann, darf an den bestehenden wirkungsvollen Gesetzen keine Veränderungen vorgenommen werden. Die SP-Fraktion stellt daher den Antrag auf Nichteintreten. Wir danken Ihnen, wenn auch Sie sich für «glasklare» Gewässer einsetzen und unseren Antrag unterstützen.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** möchte als erstes auf eine Frage der Neuen Zuger Zeitung vom 5. März antworten. Diese lautete: Wird das Gewässergesetz verwässert? Die Antwort lautet: Ja, ganz klar: Wenn wir der Mehrheit der Kommission folgen, dann verwässern wir das Gewässergesetz. Die Euphorie, dass es dem Ägerisee gut geht, ist so gross, dass man sich an die Verwässerung der bewährten Gesetzgebung macht. Wenn wir dieser Gesetzesvorlage zustimmen, dann bedeutet dies ein Schritt in die falsche Richtung. Die AF ist wie die SP-Fraktion für Nichteintreten. Wir sind nach wie vor der Meinung, sämtliche Düngeabstände seien beizubehalten. Das bisherige Gesetz hat sich bewährt; es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern. Ein Gewässergesetz muss in erster Linie den Schutz – und zwar den langfristigen – der Gewässer gewährleisten. Für die AF ist jegliche Lockerung des Gesetzes fehl am Platz. Wir brauchen einen kontinuierlichen und langfristigen Gewässerschutz und kein Sich-Ausruhen auf ersten Lorbeeren. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass der Ägerisee keine weiter gehenden Schutzmassnahmen mehr brauche. Im Bericht des kantonalen Amts für Umweltschutz steht auf S. 10 aber geschrieben: «Beim Ägerisee gilt es, den heutigen Zustand zu halten». Mit einer Lockerung des Gewässergesetzes wäre dies aber nicht mehr gewährleistet.
Wir alle wissen, wie schnell ein sauberes Gewässer verschmutzt werden kann; es dann aber von diesen Schadstoffen zu befreien und wieder gesund hinzukriegen, dauert bekanntlich viel länger. Beispiele dafür kennen wir auch in unserem Kanton. Sorgenkind Nr. 1, der Wilersee, aber auch der Zugersee gelten noch immer als

belastet. Der Kanton Zug wurde aufgrund der schlechten Wasserqualität im Zugersee zu strengeren Gesetzen gezwungen und trotz dieser Gesetzgebung rechnet man noch immer mit 40 bis 50 Jahren, bis der Phosphorgehalt im Zugersee wieder auf dem Normalstand ist (diese Information ist ebenfalls diesem Bericht zu entnehmen). Dies zeigt, wie lange es braucht, verschmutzte, kranke Gewässer wieder in einen gesunden Zustand zu bringen. (Eine Klammerbemerkung: Auch unter den Fliessgewässern schneiden verschiedene Bäche im Kanton Zug schlecht bis sehr schlecht ab, in der Wohngemeinde der Votantin, in Risch, sind z.B. der Dersbach und der Aabach beide stark belastet; der Sijentalbach ist deutlich belastet; jegliche Euphorie im Sinne von – unseren Gewässern geht es prima – wäre definitiv verfrüht. Beni Langenegger kann also seine Lupe noch zu Hause lassen.) – Als Politikerinnen und Politiker ist es unsere dringende Aufgabe, langfristig zu denken; wir können nicht auf der einen Seite in Finanzfragen ökonomische Weitsicht fordern und bei Gewässerschutzfragen ökologische Kurzsichtigkeit propagieren. Während im bisherigen Gesetzestext steht: Bei Seen ist ein Düngeverbots-Streifen von mindestens 10 m ab Gewässerraum freizuhalten, würde diese Vorschrift in Zukunft nur noch für den Zugersee gelten. Beim Ägerisee würde der Düngeverbotsstreifen von 10 m um sieben Meter reduziert – eine Reduktion von 70 % auf neu nur noch 3 Meter.
Das Argument dass man mit dieser Änderung eine Gleichberechtigung unter den Landwirten schaffen will, ist unglaubwürdig, weil doch gerade innerhalb des Kantons dann drei verschieden Regelungen gelten werden: Am Zugersee ein Streifen von 10 m, entlang von Fliessgewässern im Einzugsgebiet des Zugersees 7 m und rund um den Ägerisee ein Streifen von 3m. Damit hätten wir einen Metersalat im Kanton und ungleiche Spiesse für Zuger Bauern. – Zum geplanten 3 m-Abstand zum Ägerisee noch folgende Ergänzung: Im Kommentar zum Gewässer-Index vom November 2003 steht: «Hauptproblem in der Schweiz ist der Konflikt zwischen Landwirtschaftsraum und Gewässern. Um die unentbehrlichen Lebensräume in Uferzonen sieht es schlecht aus. Das Gesetz sieht einen Pufferstreifen von lediglich 3 m entlang von Gewässern vor, viel zu wenig für den Schutz der Gewässer vor Schadstoffen aus dem Umland.» Es gibt somit keinen Grund, diese gesamtschweizerische Gesetzgebung zu übernehmen. Bei Strassen und Plätzen soll der Düngeverbotsstreifen seit der letzten Kommissionssitzung nun doch nicht reduziert werden. Lilian Hurschler hat sich bereits an der ersten Kommissionssitzung gegen diese Reduktion ausgesprochen und begrüsst somit diesen Entscheid.
Auch wenn das Uno-Jahr des Wassers vorbei und das Thema Gewässerschutz vielleicht schon wieder ein bisschen vergessen gegangen ist, muss der Schutz unserer Gewässer mit strengen Gesetzgebungen langfristig gewährleistet sein. Alle Zuger Gewässer sollen Juwelen sein und bleiben und eine hohe Wasserqualität aufweisen. Hierfür müssen wir uns einsetzen. Es ist nicht zuviel verlangt, dafür gewisse Beschränkungen anderer Nutzungen in Kauf zu nehmen. Die bisherigen Massnahmen haben dank des bisher geltenden Gewässergesetzes Früchte getragen, die Ziele sind aber noch nicht erreicht. Dies zeigt, dass es heute noch keine Gesetzesänderung braucht. Somit: Nichteintreten auf diese Vorlage.

Louis **Suter** möchte einige Klarstellungen machen. Zu Markus Jans. Es ist natürlich nicht so, dass man ganz an den Ägerisee heran güllnen kann. Es ist ganz klar, dass es eine eidg. klare Gesetzgebung gibt, die sagt 3 Meter. Dazu kommt, dass beim Ägerisee auf einer Seite praktisch nur Wald ist, auf der anderen Seite ist eine Stras-

se. Sie können praktisch nirgends auch nur annähernd an diese Grenze von 3 Metern heran güllnen. – Zu Lilian Hurschler. Es ist ganz klar das Ziel dieser Motion gewesen, dass wir den Gewässerschutz etwas erleichtern. Damit man uns Landwirten etwas entgegenkommt und wir die gleich langen Spiesse haben wie unsere Kollegen in den anderen Kantonen. Am Zugersee haben unsere Schwyzer Kollegen 3 Meter. Wir haben die grösseren Abstände. Aber der Zugersee ist noch nicht gesund, da müssen und wollen wir die härteren Massnahmen haben. Dagegen ist der Ägerisee ein gesundes Gewässer; da sollen die eidgenössischen Gesetze gelten. Noch etwas zu den 7 und 10 Metern: Es sind die genau gleichen Abstände, nur sind sie anders gemessen. Es sind also nicht drei verschiedene Instrumente, sondern nur zwei, nämlich die 3 Meter, plus 7 und 10 Meter, etwas anders gemessen, das hängt zusammen mit der Ufergestaltung der Seen. – Weiter hat Lilian Hurschler drei Bäche genannt. Alle münden in den Zugersee und da gelten ja die härteren Massnahmen. Hingegen hätte sie auch den Binnenkanal erwähnen können – eine der saubersten Gewässer. Da hat es sehr seltene Fische wie z.B. die Nase. Rund herum ist auch die Landwirtschaft, und sie hat auch dazu beigetragen, dass es ein sauberes Gewässer ist. – Und was noch wichtig ist: Jahrelang haben wir Landwirte Klärschlamm übernehmen müssen. Heute müssen wir das nicht mehr, weil es Probleme mit der Sauberkeit gegeben hat, Schwermetalle usw.. Da hat uns niemand geholfen, und heute müssen wir das alles verbrennen. – Wir Landwirte beackern unseren eigenen Boden und tragen Sorge zu unseren Gewässern. Wir sind auf unser gutes Wasser angewiesen und wollen dazu Sorge tragen – aber mit den Anträgen der Kommission.

Bruno **Pezzatti** zu einigen Voten. Zuerst zu Markus Jans, der sagt, dass über das Gewässergesetz keine Landwirtschaftspolitik zu betreiben sei. Diese Feststellung ist grundsätzlich richtig. Nur verkennt er, dass wir heute eine Situation haben, in der das Gewässergesetz gerade im Bereich der Strukturanpassungen Entwicklungen im Bereich der Landwirtschaft verunmöglicht, die erwünscht wären. Wir haben heute eine schwierige Situation, Liberalisierung des Markts, Betriebe sollten aufstocken können. Und in einem solchen Umfeld macht es keinen Sinn, dass Auflagen aufrecht erhalten werden, die unnötig oder über eine nationale Gesetzgebung geregelt sind, und im Kanton noch weiter zu gehen und solche «Schikanen» aufrecht zu erhalten für die Zuger Landwirte. – Zu Lilian Hurschler und der rhetorischen Frage in der Zeitung. Das Gewässergesetz ist nicht da, um es zu verwässern. Im Kanton Zug haben wir ein gutes Gesetz und diese Revision wird es nicht verwässern. Diese rhetorische Frage ist verfänglich und absichtlich so gestellt worden. Diese Revision ist gezielt und wird nicht zu einer Verschlechterung des Zustands der Zuger Gewässer führen. Das ist ganz deutlich zu unterstreichen. – Was die Beispiele Gersbach und Sijentalbach anbetrifft, so hat das Louis Suter bereits richtig gestellt. Der Kommissionspräsident hat einfach den Eindruck, dass man auf linker Seite nicht einsehen und verstehen will, dass wir heute Regelungen auf nationaler Ebene haben, welche diese kantonalen seeexternen Massnahmen weitgehend ersetzen, zumindest in den Bereichen, wo die Regierung heute gezielte Massnahmen vorschlägt. – Zur Situation der Phosphorbelastung im Zugersee, die auch Josef Zeberg angesprochen hat. Der Baudirektor wird das wohl nachher noch ausführen. Wir haben eine starke Reduktion der Phosphorbelastung seit den 50er-Jahren. Und tatsächlich kurz vor der Jahrhundertwende einen leichten Knick nach oben, der jetzt aber wieder korrigiert wird im

Jahr 2003. Weshalb? Der Eintrag von Phosphor in die Seen hängt sehr stark von den Niederschlägen ab. Niederschlagsreiche Jahre werden den Eintrag erhöhen, und niederschlagsärmere haben einen geringeren Eintrag. Deshalb ist der Phosphoreintrag 2003 deutlich zurückgegangen. Insgesamt ist der Trend klar: Eine Reduktion der Phosphorbelastung seit den 50er-Jahren.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** verzichtet darauf, die Worte des Kommissionspräsidenten zu wiederholen. Aber nur soweit, Josef Zeberg, und das ist entscheidend: Im Zugersee nimmt der Phosphorgehalt seit Anfang der 80er-Jahre kontinuierlich ab. In den vergangenen zehn Jahren betrug der Rückgang im See rund 15 Tonnen pro Jahr. Die aktuelle Konzentration liegt heute bei 110 Milligramm Phosphor pro Kubikmeter Wasser. Bleibt die Belastung aus dem Einzugsgebiet in den kommenden Jahren konstant, wird sich der Gesamtphosphor im See weiter vermindern und schliesslich bei einer Gleichgewichtskonzentration von 50 Milligramm pro Kubikmeter einpendeln. 110 geteilt durch 50 gibt ungefähr 2, Markus Jans, und nicht 3. – Die Bilder von Josef Zeberg zeigen die Lorze unterhalb des Ausflusses. Und diese ist dort vom Zugerischen Gesetz voll erfasst. – Und zu Markus Jans. Wieso sollen wir Bauern Auflagen machen, die nichts bringen? Sauberer als sauber kann die Lorze nicht aus dem Ägerisee fliessen. Und konsequent bleiben Sie auch nicht, denn die meisten Gewässer der Gemeinde Hünenberg fliessen bekanntlich in die Reuss.

Josef **Zeberg** findet es bemühend, immer wieder zu hören, wir würden falsche Zahlen benützen. Er hat dem Baudirektor schon geschrieben, dass er nur mit den Zahlen gearbeitet hat, die er von der Baudirektion hat und die wir in der Kommission alle erhalten haben. Und zwar bis 2002. Letztes Jahr war sehr gut. Und wenn Sie diese Zahlen sehen, dann sind es 97 11,4 Tonnen, 98 12,9 Tonnen, 2000 13,4 Tonne, 2001 17,1 Tonnen, 2002 22,4 Tonnen. Der Votant will jetzt noch sagen, wie der See das abarbeiten möchte. Sie sprechen von 15 Tonnen Zufuhr aktuell. Das Ziel ist aber 10 Tonnen. Diese Rechnung geht bei weitem nicht auf. Und wir haben bewusst vom Amt für Umweltschutz einen Vortrag halten lassen über das Innenleben des Zugersees. Der Vortrag war sehr gut, und da kamen diese Missverhältnisse auf, weil eine zweite Person mit neuen Zahlen kam. Josef Zeberg möchte die Baudirektion schon bitten, Zahlen zu bringen, die auch stimmen.

Hans-Beat **Uttinger** bestätigt, dass Josef Zebergs Zahlen stimmen. Er spricht aber von der Eintragung und der Baudirektor von der Abnahme im See. Wir sprechen von zwei verschiedenen Dingen. Und da ist es eine Tatsache, auch wenn wir Kurven haben mit dem Eintrag – 2003 war natürlich sehr tief – nahm der Phosphor im Zuger See pro Jahr in den letzten zehn Jahren um 15 Tonnen ab. Josef Zeberg spricht vom Zufluss und Hans-Beat Uttinger vom Zustand des Sees. Das ist die Differenz zwischen uns.

➔ Der Rat beschliesst mit 57 : 17 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

➔ Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

29. SITZUNG: DONNERSTAG, 29. APRIL 2004
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.10 – 17.05 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

386 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Leo Granziol, Zug; Franz Müller, Oberägeri; Andreas Hotz, Baar; Peter Diehm, Cham; Stephan Schleiss, Steinhausen.

387 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE GEWÄSSER (GEWG)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1175.1/.2 – 11297/98), der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz (Nrn. 1175.3/.4 – 11426/27) sowie Zusatzbericht und -antrag der Kommission (Nr. 1175.5 – 11457).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 385)

DETAILBERATUNG

§ 38

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der vorberatenden Kommission für eine redaktionelle Änderung vorliegt, dem sich die Regierung anschliesst.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

§ 64 Abs. 3

Markus **Jans** erinnert daran, dass die SP-Fraktion das Nichteintreten auf die Vorlage vor allem mit der Änderung von § 64 Abs. 3 begründete. Die Auffassung des Regierungsrats und der Kommission, dass der Ägerisee und sein Einzugsgebiet bei der Ausbringung von Dünger keinen Schutz mehr benötigt, können wir nicht teilen. Wir stellen daher den Antrag auf Beibehaltung der ursprünglichen Fassung von § 64 Abs. 3 des Gesetzes über die Gewässer vom 25. November 1999. Dieser lautet wie folgt:
«Beim Ausbringen von Dünger entlang von oberirdischen Fliessgewässern ist ein Streifen von mindestens 7 m, ab dem Gewässerraum gemessen, freizuhalten. Bei Seen ist ein Streifen von mindestens 10 m ab Gewässerraum, bei Strassen und Plätzen ein Streifen von mindestens 2 m Breite freizuhalten. Diese Beschränkungen geben der Bewirtschafterin oder dem Bewirtschafter nur dann einen Anspruch auf Entschädigung, wenn sie oder er unverhältnismässig stark davon betroffen wird.»
Der Vorteil der Beibehaltung des ursprünglichen Gesetzestextes liegt darin, dass für das ganze Kantonsgebiet nicht verschiedene, sondern gleiche Grenzabstände zu den Gewässern bei der Ausbringung von Dünger eingehalten werden müssen. Es macht unseres Erachtens wirklich keinen Sinn, zwei verschiedene Grenzabstände auf so kleinem Raum einzuführen. Wir möchten Ihnen speziell beliebt machen, in einem kleinen Kanton wie dem Kanton Zug nicht drei verschiedene Grenzabstände vorzuschlagen. Machen wir doch eine Vereinheitlichung, dass es sich lohnt, wirklich den Gesetzestext zu kennen. Auch für die Landwirte wird es einfacher, wenn wir daran festhalten, dass sie nicht mit dem Gesetzestext auf den Feldern arbeiten müssen.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** hält fest, dass die AF den Antrag der SP unterstützt. Noch ein Wort zu Bruno Pezzatti. Ihr befürchtet ja, mit den jetzigen Düngeabständen eine geringere Landnutzung und somit eine geringere Rentabilität für die Bauern. Wo aber den Bauern tatsächlich Land weggenommen wird, ist bei Neueinzonungen, z.B. durch Golfplätze oder durch massive Siedlungserweiterungen. Dort ist tatsächlich von massivem Landverlust zu sprechen.

Kommissionspräsident Bruno **Pezzatti** stellt fest, dass von linker Seite einfach nicht zur Kenntnis genommen wird, dass wir im Kanton Zug analog zum Kanton Luzern ein differenziertes Vorgehen vorschlagen. Jene Gewässer, die verschmutzt sind, wo man wirklich zusätzliche Massnahmen vorsehen muss, dort ist ein Handlungsbedarf nach wie vor gerechtfertigt. Aber bei jenen Gewässern, wo wir keinen Handlungsbedarf haben, wo wir die nationalen verschärften Gewässerschutzmassnahmen oder die gewässerrelevanten Bestimmungen im Landwirtschaftsgesetz haben, ist wirklich ein differenziertes Vorgehen nötig. Wenn Sie diesen § 64 Abs. 3 und übrigens dann auch später § 66 ausangeln und der Linken Folge leisten, ist die ganze Revision überflüssig. Stimmen Sie für die Kommission und die Regierung!

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hat noch eine Hoffnung. Steter Tropfen höhlt den Stein. Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis: Für den Zuger See haben wir ein Zuger

Gesetz, für alles Übrige ein Schweizer Gesetz. Die einzige Ausnahme, die Sie im Schweizer Gesetz noch beschliessen, sind die restlichen 150 cm. Doch darüber lässt sich nach Meinung der Regierung nicht streiten. Da geben wir nach.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Wortlaut des Antrags der Kommission, dem sich auch die Regierung anschliesst, in Vorlage Nr. 1175.5 – 11457 auf S. 3 aufgeführt ist.

➔ Der Rat schliesst sich mit 57 : 15 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

§ 66 Abs. 1

Lilian **Hurschler-Baumgartner** hält fest, dass SP-Fraktion und AF folgenden Antrag stellen. Es soll wieder heissen:
«Die Tierbestände dürfen nur soweit erhöht werden, als die anfallenden Hofdünger im Einklang mit der Umwelt- und Gewässerschutzgebung auf der langfristig selber bewirtschafteten Fläche verwertet werden können.»
Begründung: Der Ägerisee soll langfristig ein Juwel bleiben. Es stimmt, wir haben es gehört, saubere Seen können tatsächlich nicht sauberer werden, aber schmutziger. Sollte sich der Zustand des Ägerisees mit der neuen Gesetzgebung wider Erwarten doch verschlechtern – und wir gehen davon aus – dann hätte das auch nachteilige Folgen für den Zugersee, da der Ägerisee bekanntlich in den Zugersee fliesst. Der Ägerisee braucht somit keine Spezialbehandlung. Wir brauchen weiterhin unser bewährtes Gewässergesetz. Die schweizerische Gesetzgebung ist der Minimalstandard.

Kommissionspräsident Bruno **Pezzatti** weist darauf hin, dass folgende Gleichung falsch ist: Wer dem Antrag der Alternativen jetzt zustimmt und glaubt, damit einen Beitrag zur Gesundung der Situation im Ägerisee zu leisten, liegt falsch. Und zwar deshalb, weil die nationalen Massnahmen, die seit die seeexternen Massnahmen im Kanton eingeführt wurden (1990/92), in der Wirkung diese kantonalen Massnahmen ersetzen. Der Ägerisee und auch die Fliessgewässer werden nicht mehr belastet, weil die nationalen restriktiven Gesetzgebungen hier ersatzmässig eingreifen. Deshalb stimmen Sie Regierung und Kommission zu. Wenn Sie diesen Abschnitt jetzt ablehnen, wird eine der Hauptziele der Revision aufgehoben, dann macht sie keinen Sinn mehr.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Nein, Lilian Hurschler! Der Zugersee braucht eine spezielle Behandlung, nicht der Ägerisee. Wie auch nicht der Vierwaldstättersee, nicht der Zürichsee, nicht der Walensee, nicht der Thunersee, nicht der Genfersee, nicht der Bodensee usw..

Eusebius **Spescha** möchte darauf hinweisen, dass es zwischen dem Ägerisee und den hunderten oder tausenden anderen Seen in der Schweiz einen kleinen Unterschied gibt: Der Ägerisee fliesst in den Zugersee und die anderen nicht.

➔ Der Rat lehnt den Antrag mit 55 : 16 Stimmen ab.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1175.6 – 11467 enthalten.

388 POSTULAT VON MAX UEBELHART UND MAJA DÜBENDORFER CHRISTEN BETREFFEND LINIENFÜHRUNG DER BUSLINIE NR. 3, BAAR-ZUG-OBERWIL

Max **Uebelhart** und Maja **Dübendorfer Christen**, beide Baar, haben am 8. April 2004 folgendes Postulat eingereicht:

«Der Regierungsrat wird eingeladen, die geplante neue Linienführung des Busses Nr. 3 an Hand des folgenden Berichts nochmals zu überarbeiten.»

Die Begründung des Postulats ist in der Vorlage Nr. 1228.1 – 11462 vom 8. April 2004 enthalten.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

389 INTERPELLATION VON ANDREA ERNI UND LILIAN HURSCHLER-BAUMGARTNER BETREFFEND VERNEHMLASSUNG ZUR TEILREVISION IN DER KRANKENVERSICHERUNG (KVG), VORLAGE PRÄMIENVERBILLIGUNG (IPV)

Andrea **Erni**, Steinhausen, und Lilian **Hurschler-Baumgartner**, Risch, haben am 19. April 2004 die in der Vorlage Nr. 1229.1 – 11463 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** beantwortet die Fragen wie folgt. Unmittelbar nach dem Scheitern der 2. KVG-Revision äusserte Bundesrat Pascal Couchepin die Absicht, das Revisionsvorhaben in Einzelpakete aufzuteilen und dem Parlament vorzulegen. In einer vom 24. März 2004 datierten Medienmitteilung gab der Bundesrat bekannt, dass er die Vernehmlassungsvorlage zum ersten Paket seiner Revisionsvorschläge verabschiedet hat. Dieses erste Paket enthält Massnahmen in den Berei-

chen Risikoausgleich, Spitalfinanzierung, Pflegefinanzierung, Vertragsfreiheit, Prämienverbilligung und Kostenbeteiligung. Am Montag, 19. April 2004, hat das Eidg. Departement des Innern die Kantonsregierungen zu einer konferenziellen Anhörung nach Bern eingeladen. Im Bereich Gesundheitswesen vertritt bekanntlich die Schweizerische Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) die Kantone. Anwesend waren aber auch der Präsident und der Sekretär der Schweiz. Finanzdirektorenkonferenz (FDK).
Die Interpellantinnen stellen nach Studium der Vernehmlassungsvorlage 1C Prämienverbilligung fest, dass die Kantone zwar Einkommenskategorien mit verschiedenen Selbstbehalten einzuführen hätten, diese aber in Eigenregie festlegen könnten. Zudem werde der maximale Bezug an Prämienverbilligungsgeldern nach wie vor den Kantonen überlassen. Wir nehmen zu den fünf Fragen wie folgt Stellung:

1. Wie lautet die Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug?
Der Kanton Zug war an der konferenziellen Anhörung durch Dr. Andreas Schwarz, Direktionssekretär der Gesundheitsdirektion, vertreten. Da der Regierungsrat bereits Gelegenheit hatte, sich zur 2. KVG-Teilrevision zu äussern, die aktuellen Vernehmlassungsvorlagen nur punktuell von dieser abweichen und im Speziellen der Kantonsrat zu den Gesetzesinitiativen «Prämienverbilligung» am 27. März 2004 klar Position bezog und Beschluss fasste, stand die Haltung des Kantons Zug fest. Zur Prämienverbilligung votierte der Direktionssekretär dahin, dass Bestrebungen für eine Bundeslösung begrüsst werden. Die Gesundheitsdirektion liess zudem tags darauf dem Bundesamt für Gesundheit die Vorlage Nr. 1183.1 – 11314 (Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 21. Oktober 2003 zu den Gesetzesinitiativen) zukommen. – Der Regierungsrat legt Wert darauf, dass die Kantone – innerhalb der Bundesvorgaben – die Sozialziele festlegen können. Für den Regierungsrat ist bei der Prämienverbilligung, wie in der Vorlage Nr. 1183.1 – 11314 mit Nachdruck festgehalten wird, die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel ausschlaggebend.
Die GDK vertrat an der konferenziellen Anhörung in Bern und dann in ihrer schriftlichen Eingabe vom 21. April 2004 den Standpunkt, dass die Sozialpolitik, unter welche auch die Prämienverbilligung zu rechnen ist, Sache der Kantone sei. Neu ist allerdings, dass die GDK von ihrer ursprünglichen Unterstützung des Bundesmodells abrückt, weil der damit verbundene grosse Vollzugsaufwand und dessen Wirksamkeit hinterfragt wird. Dies ist allerdings erst eine Vorstandsmeinung der GDK, die von der Plenarversammlung, die am 13. Mai 2004 in Engelberg stattfindet, noch nicht sanktioniert wurde.
Der Regierungsrat fand mit dem aufgezeigten Verfahren seine Interessen voll gewahrt. Eine nochmalige schriftliche Stellungnahme erübrigte sich, zumal die konferenzielle Anhörung von allen Seiten als sehr konstruktiv und fruchtbar bezeichnet wurde. Dabei zeigten sich die grossen Vorteile des unmittelbaren Gesprächs mit dem Departementvorsteher, dem Direktor des Bundesamts für Gesundheit (BAG) und dem in der Sache federführenden Leiter Kranken- und Unfallversicherung. Begrüsst wird generell seitens der Kantone, dass der Bundesrat die Bundesmittel für die Prämienverbilligung um 200 Mio. Franken im Jahr 2005 und danach jährlich um 3 % erhöhen wird. Allerdings wird diese Erhöhung die Kosten- bzw. Prämiensteigerungen nicht auffangen können.

2. Wie gedenkt der Kanton Zug die Einkommenskategorien und die Selbstbehalte festzulegen?
Diese Frage bildete schon Diskussionsgegenstand in der vorberatenden Kommission zu den beiden Gesetzesinitiativen. Vorerst ist der Ausgang der Beratung im Bundesparlament abzuwarten. Solange die Rahmenbedingungen aus Bern nicht klar sind, ist es zu früh, sich hier im Rahmen einer Interpellationsantwort festzulegen. Erneut ist allerdings deutlich zu unterstreichen, dass bei der Ausgestaltung der Prämienverbilligung und der einzusetzenden Mittel die Wirksamkeit im Vordergrund stehen muss. Diese sozialpolitische Zielsetzung hat der Regierungsrat konsequent verfolgt. So hat der Kanton Zug für das Jahr 2004 eine Prämienverbilligungssumme von 35,2 Mio. Franken zur Verfügung gestellt, was eine Steigerung von 14,3 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet! Was die Selbstbehalte anbelangt, gilt vorläufig das bewährte Zuger Modell: Diese können erst dann fixiert werden, wenn die zur Verfügung stehende Prämienverbilligungssumme feststeht. Diese wiederum bestimmt der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrats im Rahmen der jährlichen Budget-Genehmigung.

3. Wie viel Ausschöpfungsprozente sieht die Regierung mit den neuen Einkommenskategorien und Selbstbehalten vor?
Der Regierungsrat kann dazu erst Stellung nehmen, wenn die massgeblichen Faktoren bekannt sind. Vieles hängt auch vom Verlauf bzw. Anstieg der Krankenkassenprämien ab. Wir halten mit Nachdruck nochmals fest, dass der Regierungsrat das Sozialziel festlegt, wobei das Hauptaugenmerk auf die Wirksamkeit gerichtet sein wird. Entscheidend sind dabei die Leitideen, welche der Regierungsrat in der Vorlage Nr. 1183.1 auf S. 9/10 festgelegt hat. Zwei sollen wiederholt werden:
- Entscheidend bei der Durchführung ist die Wirksamkeit der Verbilligung für Familien bzw. untere Einkommen und nicht der Prozentsatz der abgeholten Bundesbeiträge.
- Der Prozentsatz des Selbstbehalts darf keinen grösseren Schwankungen von Jahr zu Jahr unterliegen.

4. Wird die Regierung die gesamte Übergangsfrist von 3 Jahren nutzen oder auf wann gedenkt sie die Revision im Kanton Zug umzusetzen?
Auch diese Frage ist zu früh gestellt. Sobald ein neues Bundesmodell in Rechtskraft erwachsen sollte, spricht sich der Regierungsrat für eine rasche Umsetzung aus, wobei er dies – um Kosten zu sparen – in enger Kooperation mit anderen Kantonen tun möchte.

5. Geht der Regierungsrat mit den Interpellantinnen überein, dass die vorgeschlagene KVG-Revision die Anliegen des Initiativkomitees nicht in allen Teilen erfüllt? Wenn ja, wird der Kanton Zug nach Annahme der Gesetzesrevision KVG diese vollständig im Sinne des Initiativkomitees umsetzen?
Es ist nicht Sache des Regierungsrats, zu beurteilen, inwieweit die Anliegen des Initiativkomitees erfüllt sind. Für uns ist entscheidend, dass die Vorgaben des Bundes mit unserer Grundhaltung übereinstimmen. Was den zweiten Teil der Frage anbelangt, müssen wir auf eine Antwort verzichten, weil aufgrund der Erfahrungen der bisherigen KVG-Revisionen im Bundesparlament die Ergebnisse der Beratungen nicht vorausgesagt werden können.

Die Bearbeitung dieses Vorstosses kostete 1'200 Franken.

Andrea **Erni** hält fest, das die Interpellantinnen dem Regierungsrat danken für die rasche Beantwortung der Interpellation. Inhaltlich sind wir jedoch von den Antworten enttäuscht. Seit mehreren Jahren ist bekannt, dass der Bund eine Revision des KVG betreffend der Prämienverbilligungen plant. Ebenfalls seit längerem ist bekannt, dass ein System mit mindestens vier Selbstbehaltstufen gefordert werden wird. Ferner oder eben nicht mehr so fern stimmen wir über unsere Prämienverbilligungsinitiativen ab. Und der Regierungsrat will uns weismachen, dass noch keine Überlegungen stattfanden betreffend Umsetzung des geforderten Systems. Was machen Sie, verehrte Regierung, wenn die Bevölkerung die Prämienverbilligungsinitiativen annimmt? Sind Sie so siegessicher, dass Sie diese Möglichkeit gar nicht in Betracht ziehen? Was, wenn Sie nicht recht behalten? Zu den Fragen.
1. Zur Vernehmlassungsantwort. Der Regierungsrat führt aus, dass Dr. Andreas Schwarz dahingehend votiert habe, dass «Bestrebungen für eine Bundeslösung begrüsst werden». Was heisst das genau? Im Bericht und Antrag zu den Prämienverbilligungsinitiativen hält der Regierungsrat an seinem System fest. Das heisst, kein Sozialziel, einen Einheitsselbstbehalt für alle und eine finanzpolitisch an Stelle einer sozialpolitisch gesteuerten Auslösung der Prämienverbilligungssumme: Dies, obwohl in der auch vom Regierungsrat viel zitierten Interface-Studie klar zum Ausdruck kommt, dass von der Berechnung der Prämienverbilligungen mit einem einheitlichen Selbstbehalt abzuraten ist.
Wir sind nicht der Meinung, dass die Kantone die Sozialziele selbst festlegen sollten. Der Gesetzesentwurf lässt dies aber zu und so wird es weiterhin 26 verschiedene Sozialziele geben. Im Kanton Zug wechselt dieses sogar noch jährlich. Diese föderalistische Lösung führt dazu, dass für die Anspruchsberechtigung nicht die wirtschaftliche Lage, sondern der Wohnsitz massgebend ist, weil im vorgeschlagenen Modell die Einkommenskategorien, die Referenzprämien und die Bezugshöhe kantonal unterschiedlich festgelegt werden können. Vielmehr verlangt doch das unsoziale Kopfprämiensystem nach einem wirksamen Sozialziel, welches Transparenz und Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger schafft!
Zu diesem Gesetzesentwurf gäbe es aber unserer Meinung nach noch viel mehr zu sagen und zu beanstanden. So sieht der Gesetzesentwurf z.B. eine Verschärfung des Verfahrens beim Verzug der Prämienzahlungspflicht vor, was wir begrüssen. Leider aber verpasst der Gesetzgeber erneut, die Zuständigkeit für die Bezahlung von ausstehenden Prämien für alle Kantone verbindlich zu regeln. Hat sich der Kanton Zug diesbezüglich auch geäussert? Weiter schlägt der Bund vor, dass er – nach Anhörung der Kantone – eine Referenzprämie festlegen will. Dies verursacht unserer Meinung nach einen ungerechtfertigten administrativen Aufwand und schafft neue Ungleichheiten. – Es gäbe noch weiter Punkte aufzuführen und wir hätten gerne gewusst, wie sich die Regierung zu den einzelnen Bestimmungen geäussert hat. Schade, dass wir davon nichts erfahren.
2. Zur Festlegung der Einkommenskategorien und der Selbstbehalte. Statt Stellung zu beziehen, sagt die Regierung, dass zuerst die Rahmenbedingungen aus Bern abzuwarten sind. Der Bund aber wird dem Kanton nie verbieten, Sozialziele zu setzen und umzusetzen. Die Regierung streut sich statt dessen Sand in die Augen, wenn sie glaubt, dass mit der Budgeterhöhung die immensen Prämienerhöhungen der letzten Jahre aufgefangen werden können. Wir können nicht verstehen, warum der Kanton überhaupt nach wie vor mit Budgetzahlen statt mit den effektiven Zahlen operiert. Für uns ist die tatsächlich ausgezahlte Prämienverbilligungssumme relevant.

3. Zu den Ausschöpfungsprozenten. Statt zu antworten, verweist der Regierungsrat immer wieder auf das kantonale Sozialziel, nämlich die Wirksamkeit der Prämienverbilligung. Aber was ist ein Sozialziel wert, welches jedes Jahr ändert? Oder anders gefragt: Wie lassen sich die jährlich ändernden Selbstbehalte mit der vom Regierungsrat aufgeführten Leitidee vereinbaren, dass der Prozentsatz des Selbstbehalts keinen grösseren Schwankungen von Jahr zu Jahr unterliegen darf? – Die Wirksamkeit steht auch bei unseren Initiativen an erster Stelle! Mit unserer Initiative können anspruchsberechtigte Familien und Einzelpersonen eindeutig wirksamer als heute entlastet werden, weil ihr Selbstbehalt je nach Einkommen berechnet wird. Sie können mit einem verlässlichen Selbstbehalt rechnen, der nicht jedes Jahr geändert wird. Mit dem aktuellen Zuger Modell gelten sie allenfalls für ein Jahr als in finanziell bescheidenen Verhältnissen und das andere Jahr wieder nicht mehr. Ist das wirksam?
4. Zur Übergangsfrist. In seinem Bericht und Antrag stellt der Regierungsrat eine schnelle Einführung des Bundesmodells in Aussicht und sieht deshalb keinen Handlungsbedarf. Machen wir uns nichts vor: Es kann locker 2009 werden, bis ein allfälliges Modell umgesetzt wird. Der Kanton Zug will in so vielen Bereichen der Beste und Schnellste sein; wieso nicht auch bei einem sozialverträglichen Prämienverbilligungssystem? Dieses könnte dann den anderen Kantonen angeboten werden?
Auch die 5. Frage bleibt vom Regierungsrat unbeantwortet. Wir denken nicht, dass diese Frage zu früh gestellt ist, schreibt doch der Regierungsrat in seinem Bericht und Antrag betreffend der Systeminitiative: «Das Bundesmodell erfüllt die Forderungen der Initianten somit in allen Teilen. Von daher beantragen wir, die Initiative abzulehnen und die kurz bevorstehende Bundeslösung abzuwarten.» Nach Studium des Gesetzesentwurfs, welcher unserer Einschätzung nach höchstens noch weitere Verwässerungen erfahren wird, ist diese Aussage schlicht nicht richtig. Das Bundesmodell wird es in dieser Form nämlich gar nicht geben. Es wird höchstens der gemeinsame Nenner der mindestens vier Einkommenskategorien bestehen bleiben. Die Höhe des Prämienverbilligungsbezugs und die Ausgestaltung der Einkommenskategorien aber werden weiterhin den Kantonen überlassen werden.
Wir stellen fest, dass es unsere Prämienverbilligungsinitiativen in Anbetracht des zu erwartenden wässrigen Gesetzes umso mehr braucht. Da das Ausschöpfungsminimum nach wie vor bei lediglich 50 % bleiben wird, ist der Kanton Zug nämlich nicht gefordert, die nötige Prämienverbilligungssumme abzuholen, damit die Einkommenskategorien sozialpolitisch sinnvoll umgesetzt werden können. Regierungsrat Eder sagte an der letzten Kantonsratsitzung, dass unser System Verliererinnen und Verlierer produzieren würde. Eben nicht, Herr Regierungsrat! Gerade weil wir keine Verliererinnen und Verlierer wollen, müssen bei einer Systemänderung mehr Prämienverbilligungsgelder zur Verfügung stehen und gerade deshalb muss der Kanton verpflichtet werden, mindestens 80 % der Subventionen auszuschöpfen! Nun, wir erwarteten Antworten, Gedanken zur Umsetzung – die Regierung bleibt uns dies aber schuldig. Stattdessen haben wir mehr Fragen als zuvor.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Eröffnung des Wahlkampfs zur Kenntnis genommen hat und hofft, dass nun nicht jeden Monat Fragen beantwortet werden müssen, die bereits beantwortet sind oder noch nicht beantwortet werden können. Nicht das Sozialziel wechselt jedes Jahr, sondern die Frage, welche Mittel wir dafür einsetzen müssen. Noch nie hat die Votantin gehört, dass nur die tatsächli-

che Summe ausschlaggebend ist, die wir einsetzen. In jedem vernünftig wirtschaftlich tätigen Gebilde ist doch das Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen ausschlaggebend. Und genau dies verfolgen wir mit dem heutigen System. Und dieses wollen wir auch beibehalten.

Guido **Käch** betont, dass die Interpellationsbeantwortung von Gesundheitsdirektor Joachim Eder ganz im Sinne der CVP-Fraktion ausgefallen ist. Der Votant geht wohl richtig in der Annahme, dass sie den Willen jener Kantonsrätinnen und Kantonsräte zum Ausdruck bringt, die an der letzten Kantonsratssitzung für die Anträge der Regierung gestimmt haben. Dem Gesundheitsdirektor dankt er für die deutlichen Worte und die sachliche Beantwortung der gestellten Fragen; seinen Ausführungen gibt es nichts hinzuzufügen. Am Zuger Modell soll gerade wegen der hohen Wirksamkeit und der kostengünstigen Administration auch in Zukunft festgehalten werden, dies hat dieses Parlament an der letzten Sitzung ganz klar zum Ausdruck gebracht. Eine Systemänderung soll erst dann in Betracht gezogen werden, wenn dies ein neues Bundesmodel vorschreibt oder ein Volksentscheid dies verlangt. Die Zuger Sozialdemokraten und die Alternativen werden alles daran setzen, um ihre Initiativen bestmöglichst zu verkaufen. Die vorliegende Interpellation ist nur ein (absolut legales) Mittel, um in eigener Sache Werbung zu machen. Es liegt nun an uns, das Stimmvolk davon zu überzeugen, dass der überaus deutliche Entscheid des Kantonsrats für die Anträge der Regierung auf fairen sozial- und sachpolitischen Grundlagen gefällt wurde. Dies wird uns, natürlich mit entsprechendem Einsatz, sicher gelingen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** möchte kurz zwei Fragen von Andrea Erni beantworten. – Wir haben eben gerade in unserem Kanton ein sozialverträgliches Prämienverbilligungssystem. Die von ihr aufgeführte Interface-Studie hat objektiv den Beweis erbracht, dass unsere Zuger Prämienverbilligungsbezügerinnen und -bezüger wirksamer entlastet werden, als viele andere in der Schweiz, nämlich wirksamer als jene in 15 Kantonen, darunter auch solche, die 100 % der Summe ausschöpfen. – Was wir bei Annahme der Initiative machen werden, ist wohl klar. Die Regierung wird den Volkswillen respektieren und wird diese abgestuften Einkommenskategorien einführen, weggehen vom linearen System, und das so schnell wie möglich umsetzen. Sie können die Regierung beim Wort nehmen, falls das der Fall sein sollte. Aber die Regierung wird sich auf dafür einsetzen, die Meinung des Kantons und des Regierungsrats in der bevorstehenden Abstimmung ganz deutlich zum Ausdruck zu bringen.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

390 KANTONSRATSBESCHLUSS ZUR ERPROBUNG DER WIRKUNGSORIENTIERTEN VERWALTUNGSFÜHRUNG (WOV)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1140.1/.2 – 11215/16), der Kommission (Nrn. 1140.3/.4 – 11411/12) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1140.5 – 11422).

Kommissionspräsident Werner **Villiger** empfiehlt dem Rat, alles zu vergessen, was er bisher über WOV, WIF und NMP gehört hat. Ab sofort heisst dieses Vorhaben bei uns im Kanton Zug Pragma, vorausgesetzt, dass Sie den Anträgen der Kommission folgen. Die vorberatende Kommission schlägt Ihnen für die Umsetzung der Motion von Karl Rust und Hanspeter Schlumpf einen einfachen, transparenten und pragmatischen Lösungsansatz vor. Die Hauptzielsetzung ist: Leistung, Kosten und Führung der kantonalen Verwaltung zu optimieren. Dieses Ziel soll durch Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget erprobt werden. Die Kommission hat entschieden, dass eine sofortige flächendeckende Einführung für die gesamte Verwaltung nicht in Frage kommt. Zuerst sollen mit einigen Ämtern zeitlich befristet Erfahrungen gesammelt werden. Die Kommission ist grossmehrheitlich überzeugt, dass die Einführung eines Leistungsauftrags in Bezug auf grössere Transparenz sinnvoll und dass auf Grund des Jahresbudgets die Einjährigkeit der Leistungsaufträge vorteilhaft ist. Die Erfahrungen aus anderen Kantonen zeigen, dass ein Pilotversuch in möglichst kurzer Zeit durchgeführt werden muss, um vernünftige Entscheidungsgrundlagen zu erhalten. Wir sind der Ansicht, dass drei Jahre eine vertretbare Zeitspanne ist. Mit den im Bericht und Antrag des Regierungsrats vorgeschlagenen fünf Pilotämtern ist die Kommission grundsätzlich einverstanden. Sie wünscht jedoch ausdrücklich, dass sich jede Direktion d. h. auch die Direktion des Innern, die Sicherheitsdirektion und die Finanzdirektion, mit mindestens je einem Amt oder einer Abteilung am Pilotversuch beteiligen. Vielleicht gehen unsere Wünsche bereits heute in Erfüllung, lassen wir uns überraschen.
Wie Sie dem Bericht der vorberatenden Kommission entnehmen, haben wir uns bemüht, uns auf die Kernaufgaben zu konzentrieren, und haben der Regierung für die Umsetzung viele Freiheiten gelassen. Wir sind dann über unseren Mut etwas erschrocken und zum Schluss gekommen, dass das Projekt Pragma bis zum Abschluss von einer Kommission des Kantonsrats begleitet werden sollte. Wir schlagen deshalb die Schaffung einer Begleitkommission vor. Damit das Know-how der bisherigen Kommission nicht verloren geht, bitten wir, weiterhin als Begleitkommission amten zu dürfen. Ihre Hauptaufgaben sind im Kommissionsbericht detailliert beschrieben. Dabei besteht kein Widerspruch zu den beschriebenen Aufgaben der Stawiko. Die Kommission sorgt dafür, dass die von der Regierung erarbeiteten Leistungsaufträge sich auf die wesentlichen Kernaufgaben konzentrieren, wie das Beispiel des Amts für Lebensmittelkontrolle zeigt. Selbstverständlich prüft nachher die Stawiko die Leistungsaufträge und das entsprechende Globalbudget. Es geht uns hier also vor allem darum, die Umsetzung zu überwachen. Mit einem Globalbudget wird vom Parlament als Vorgabe definiert, welche Leistungen Regierung und Verwaltung zu erbringen haben und welche Mittel dazu zur Verfügung stehen. Mit dem Berichtswesen wird gemessen, ob die Ziele erreicht, welche Leistungen tatsächlich erbracht und welche Mittel effektiv dazu eingesetzt wurden.

Die bestehende Gewaltentrennung zwischen Legislative und Exekutive wird unverändert beibehalten. Das Parlament bestimmt nach wie vor das «Was» hinsichtlich Budget, Gesetzgebung und Aufsicht. Regierung und Verwaltung definieren das «Wie» hinsichtlich der zu erbringenden Leistungen. Dieses neue Führungsinstrument bringt nebst Effizienz und Zweckmässigkeit auch mehr Transparenz zwischen Kantons- und Regierungsrat. Die vorberatende Kommission ist grossmehrheitlich überzeugt, dass die bestehenden alten Führungsstrukturen unbedingt optimiert werden müssen, um beispielsweise die anstehenden Probleme in Bezug auf ZFA und NFA unter besseren Bedingungen anpacken zu können. Es braucht ein anderes, zeitgemässes, neues Führungsinstrument in der kantonalen Verwaltung. Es braucht Pragma.
Der Stawiko-Bericht enthält zwei Hinweise, zu denen der Votant wie folgt Stellung nimmt:
a) Zum Hinweis betreffend Budgetvorbehalt. Dieses Anliegen wird von der Regierung in der Verordnung zu Pragma enthalten sein.
b) Zum Hinweis betreffend Personalstellen. Wir haben in der vorberatenden Kommission über diese Formulierung ausführlich diskutiert und versucht, diese möglichst einfach zu gestalten. Die Problematik liegt darin, dass wir heute noch nicht genau wissen, wie viele Ämter oder Abteilungen schlussendlich am Pilotversuch teilnehmen und damit aus der Stellenplafonierung entlassen werden können. Dies ist auch der Grund, wieso wir die Formulierung «abzüglich Abs 2, Bst. f» gewählt haben; d. h. dann in Klartext: Abzüglich des gesamten Personals der Pilotämter oder Pilotabteilungen. Wir sollten deshalb wohl bei dieser Fassung bleiben.
Vor der Kantonsratssitzung vom 25. März 2004 hat Werner Villiger erfahren, dass der Regierungsrat folgende Änderungsanträge der vorberatenden Kommission ablehnen wird:
a) Die Pilotphase von drei Jahren
b) Die Begleitkommission Pragma.
Der Finanzdirektor wird nachher in seinem Votum diese beiden Anträge einbringen. Der Kommissionspräsident hat deshalb am Morgen vor der Kantonsratssitzung vom 25. März kurzfristig zu einer Kommissionssitzung eingeladen, da diese beiden Anträge Kernelemente von Pragma sind. Wir haben diese beiden Anträge beraten und sind, kurz zusammengefasst, zu folgenden Ergebnissen gekommen:
a) Zur Dauer der Pilotphase. Die Regierung schlägt vor, dass die Pilotphase fünf Jahre dauern soll. Die Kommission ist damit einverstanden, unter der Voraussetzung, dass die effektive Pilotphase nach wie vor drei Jahre dauert und dass, bei flächendeckender Einführung, für die Umsetzung weitere zwei Jahre benötigt werden.
b) Zur Begleitkommission Pragma. Die Regierung ist damit nicht glücklich und lehnt die Begleitkommission ab mit der Begründung, dass hier in die Kompetenz der Regierung eingegriffen werden soll. Die Kommission ist mit 10 : 2 Stimmen ganz klar von der Notwendigkeit einer Begleitkommission überzeugt. Sie hat in diesem Prozess eine sehr wichtige Aufgabe, denn hier geht es auch um eine neue Aufgabenverteilung zwischen Parlament und Regierung. Deshalb muss eine Kommission des Kantonsrates diesen Lernprozess während der Pilotphase begleiten.
Die SP-Fraktion ist grundsätzlich mit der Begleitkommission einverstanden, möchte jedoch den entsprechenden Paragraphen anders regeln. Der Votant wird in der Detailberatung dazu Stellung nehmen.

Im Namen der SVP-Fraktion teilt er dem Rat ausserdem mit, dass die SVP-Fraktion den Pilotversuch einstimmig befürwortet und auch hinter den Anträgen der vorberatenden Kommission und der Stawiko steht.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** teilt dem Rat mit, dass diese Vorlage an der Sitzung vom 4. März 2004 beraten wurde. Seit der Motion von Karl Rust und Hans Peter Schlumpf vom 31. Januar 2000 ist einige Zeit vergangen. Nachdem das WOV-Projekt eine Zeit lang in eine Sackgasse gelaufen ist, kann die in den letzten Monaten zu beobachtende Entwicklung als sehr erfreulich bezeichnet werden. Die Finanzdirektion hat hier ihre Führungsaufgabe klar wahrgenommen und das vorher nebulöse Projekt wurde neu aufgegleist. Die Stawiko begrüsst es, dass der teure Beratervertrag aufgelöst werden konnte. Das Projekt wird nun wieder primär von der Verwaltung getragen. Besten Dank allen Beteiligten für ihren Extraaufwand und ihre gute Arbeit. Ein grosser Dank gilt aber auch der vorberatenden Kommission. Beim Studium der Sitzungsprotokolle und des ausgezeichneten Kommissionsberichts konnten wir mit Freude feststellen, mit welchem Engagement hier nach einer zweckmässigen Lösungen gesucht wurde. Allen war daran gelegen, ein Lösung zu finden, die für die Verwaltung mit vernünftigen Aufwand umsetzbar und nebenbei auch finanzierbar ist. Der neue Projektname Pragma passt gut zum aus unserer Sicht sehr guten Resultat dieser Bemühungen: ein pragmatischer Ansatz für einen Pilotversuch im Bereich wirkungsorientierter Verwaltungsführung. Die Stawiko unterstützt sämtliche von der vorberatenden Kommission gestellten Anträge einstimmig mit Ausnahme der Projektdauer. Sie ist sich bewusst, dass mit diesem Pilotprojekt nicht sämtliche Aspekte einer wissenschaftlich fundierten wirkungsorientierten Verwaltungsführung abgedeckt sind. Der hier vorgestellte pragmatische Ansatz eignet sich jedoch gut, um Erfahrungen zu sammeln, bevor über eine allfällige flächendeckende Einführung in der gesamten kantonalen Verwaltung entschieden wird.
Auch gehen wir primär nicht davon aus, dass mit Pragma und seiner allenfalls flächendeckenden Einführung in der Verwaltung gewaltige Kosteneinsparungen resultieren werden. Das Führen mit Zielsetzungen und die Konzentration auf die Wirkung der Verwaltungstätigkeit – sogenannte Outputsteuerung –, kann aber ein wertvolles Konzept sein, um die Verwaltungstätigkeit noch kundenorientierter, zielgerichteter und kosteneffizienter durchführen zu können. Es ist zu hoffen, dass mit einer geeigneten Kommunikation erreicht wird, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung die neue Herausforderung motiviert annehmen.
Zu den Kosten: Eine Übersicht zu den Kosten entnehmen sie unserem Bericht auf S 2. Die ursprüngliche Lösung der Regierung hätte jährliche Kosten von 380'000 Franken ausgelöst. In der Zwischenzeit konnte die Finanzdirektion den Beratervertrag im Umfang von 200'000 Franken auflösen, womit mit dem Regierungsansatz noch Kosten von 180'000 resultierten. Bei dem von der Stawiko unterstützten Kommissionsvorschlag Pragma geht es nur noch um eine Personalstelle in der Finanzdirektion, womit die Kosten weiter auf 120'000 Franken pro Jahr reduziert werden konnten. Die Kosten liegen nun für die Stawiko in einem akzeptablen Rahmen.
Anlässlich der Stawiko-Sitzung vom 25. März 20‘04 habe wir nochmals die Frage der Länge des Pilotversuches diskutiert. Die Kommission stellt den Antrag auf eine Dauer von drei Jahren, die Regierung auf eine von fünf Jahren. Entscheidend für die Beurteilung ist die Frage, was mit den Pilotämter und -abteilungen nach Abschluss der eigentlichen Pilotphase geschieht. Bekanntlich unterstehen die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter der Pilotämter ab Pilotbeginn nicht mehr der Personalplafonierung. Zusätzliche privatrechtliche Anstellungen sind möglich. Es ist deshalb entscheidend, dass nicht nur der Eintritt ins Projekt, sondern auch der Abschluss für diese Beteiligten klar geregelt ist. Der Auswertungsprozess von Pragma, die Berichterstattung, die Kommissionsberatungen, die Budgetierung, die weitere Planung und die allfällige Erarbeitung von Gesetzesänderungen benötigen Zeit. Der Finanzdirektor rechnet, was wahrscheinlich realistisch ist, mit einem Zeitbedarf von ein bis zwei Jahren. Drei Jahre für die Pilotphase und die anschliessende Auswertung scheinen uns nach nochmaliger Diskussion nun auch zu kurz. Wir unterstützen deshalb neu den Antrag der Regierung auf fünf Jahre, bzw. ein Modell Drei plus Zwei. Dabei muss aber ab dem ersten Jahr rollend eine Auswertung stattfinden. Kommt man früher zu einem klaren Entscheid, ist aus unserer Sicht auch eine frühzeitigere Weichenstellung möglich. Spätestens nach drei Jahren muss aber die definitive Auswertung stattfinden. Im negativen Fall würde die Rückführung der Pilotämter eingeleitet. Im positiven Fall könnten die Pilotämter und -abteilungen während der Zeit der Auswertung im Rahmen von Pragma weiterarbeiten. Nach fünf Jahren muss aber die Pilotphase Pragma in jedem Fall definitiv abgeschlossen sein.
Zum Thema Begleitkommission. Wir sind klar der Meinung, dass das Parlament dieses wichtige Projekt mit einer Begleitkommission begleiten soll. Nicht nur für die Verwaltung, auch für das Parlament stellt Pragma wahrscheinlich einen Meilenstein dar. Eine Begleitkommission ist vertrauensbildend und unterstützt den Lernprozess auf beiden Seiten.
Zusammenfassend beantragt Ihnen die Stawiko einstimmig. auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der vorberatenden Kommission mit Ausnahme der Projektdauer (fünf Jahre) zuzustimmen.

Karl **Rust** hat das Lob von der Stawiko gerne zur Kenntnis genommen. – Die CVP stimmt der Vorlage einstimmig zu. Auch den Vorschlägen der Spezialkommission. Der Votant spricht auch als Motionär. Die CVP legt wert darauf, dass bei diesem Pilotprojekt die kulturellen Werte in der Verwaltung weiter gepflegt werden. Alle Beteiligten sorgen für den guten Ruf der Zuger Verwaltung. Das Bessere kann trotzdem zum Feind des Guten werden. So gehen wir jetzt daran, das Bessere auszuprobieren. Zur Motionsidee gehörte auch, dass aus strategisch Gründen dem steigenden äusseren Druck auf unsern Kanton mit Pragma innere Stärke entgegensetzt wird. Bei Pragma darf man von vier profitierenden Nutzergruppen ausgehen.
1. Nutzen für die Verwaltung. Dank mehr Kompetenz und Eigenverantwortung stieg bei den Solothurner und Thurgauer Mitarbeiter(-innen) die Motivation. Bei Pragma wollen die Motionäre, die Spezialkommission und die CVP nichts anderes als Führen mit Globalbudget und Leistungsaufträgen. Dazu braucht es weder Experimente, Fremdwörter noch Expertenchinesisch. Auch wenn in den Kantonen Aargau, Luzern und Schwyz Rosskuren von Sparübungen laufen, hat das mit den dortigen ähnlichen Pilotprojekten nichts zu tun; sparen und entscheiden tut auch dort der Kantonsrat. Auch im Kanton Thurgau, wo das Projekt Optima heisst, geht es um effektivere Staatsleistungen. Pragma leistet also auch einen Beitrag für einen schlanker geführten Staatshaushalt. Dem Projekt Sozialabbau zu unterstellen, wäre unzutreffend. Wenn im Vergleich der Unternehmer im Betrieb effektiv, effizient und kundenfreundlich arbeitet, steht auf die Dauer mehr Geld zur Verfügung für soziale Anliegen der Mitarbeiter. Oder allgemein kämen dann, wenn es nach dem Votanten gehen würde,

Fragen auf den Kantonsrats-Tisch, ob es nicht angebrachter wäre, z. B. das Grundbuchinspektorat günstiger und zufriedenstellender zu lösen, um das eingesparte Geld sinnvoller für die Jungen auszugeben. Die gleiche Frage stellt sich z.B. auch für eine professionalisiertere Liegenschaftsverwaltung.
2. Nutzen für der Kantonsrat. Das Potenzial ist nicht ausgeschöpft, auch wenn weiterhin über das Budget gesteuert wird. Die Spezialkommission hat als sogenannte Findungskommission zusammen mit dem Finanzdirektor und dem Thurgauer «Geburtshelfer und Pragmatiker» Pius Lang das Zuger Modell entwickelt. Der Kantonsrat erhält neu ein strategisches Führungsinstrument. Die Stawiko – und nur diese – prüft Kosten und Leistungen. Die CVP begrüsst, dass die Spezialkommission während der Pilotphase bleibt. Der teure Expertenvertrag wurde vom Finanzdirektor gekündigt. Das ist gut so. Die Verwaltung soll auf eigenen Füssen stehen und nicht an Experten-Krücken. Zum andern dürfen die Folgen des Kulturwandels nicht unterschätzt werden. Gegenüber anderen Kantonen stehen wir mit einer einzigen Spezialkommission äusserst bescheiden da. Aus Erfahrung gehört auch eine zeitgemässe und kulturbezogene Schulung dazu. Nachdem die Kultur, von innen – von unten wie von oben – getragen werden soll, gehört ganzheitliches Handeln auf allen Stufen dazu, also bis zum Regierungs- und Kantonsrat.
3. Pragma wird auf den Bürgernutzen ausgerichtet (Fremdwort: Output). Auf mittelfristige Kostenoptimierungen wird auch der Kt. Zug angewiesen sein.
4. Der Nutzen für die Regierung ist der Spielraum. Mit dem Wie kann sie mit sinnvoller Planung und emotional intelligenter Führung das Was des Kantonsrats umsetzen. Dazu gibt es, soweit dies sinnvoll ist, Benchmark-Zahlen anderer Kantone. Benchmark heisst: Sich mit den Besten vergleichen.
Die CVP würde es schätzen, wenn noch weitere Pilotämter dazu kämen. Das griechische Wort Pragma heisst gemäss Karl Etter auf Deutsch Tat. Also schreiten wir gemeinsam zur Tat. Weil Pragma einen effizienten und pragmatischen Ansatz hat, ist es auch im Sinn der Bürger und Steuerzahler.

Hans Peter **Schlumpf** möchte als Mitmotionär in dieser Sache einige Ausführungen machen. Er wird auch die Meinung der FDP-Fraktion vertreten. – Im Frühjahr 1995, er war als Neuling in seiner ersten Amtsperiode in diesem Rat, reichten die drei altgedienten Kantonsräte Hans-Peter Hausheer (SP), Willy Bernet (CVP) und Ernst Moos (FDP) eine Motion ein mit dem Auftrag an die Regierung, ein Konzept für die Umgestaltung der kantonalen Verwaltungsführung nach dem Modell der wirkungsorientierten Verwaltung bzw. des New Public Management auszuarbeiten. Der Bericht, den die Regierung im April 1996 dann dem Parlament vorlegte, liess kaum ein gutes Haar am Motionsbegehren. Die Antwort argumentierte vor allem formaljuristisch und lässt sich auf drei Punkte zusammenfassen:

- Wir haben im Kanton Zug bereits eine effiziente Verwaltungsführung und deshalb keinen akuten Reformbedarf.
- Allfällige Reformen können auch im Rahmen der geltenden Rechtsordnung durchgeführt werden
- WOV und NPM sind nicht kompatibel mit unserer demokratischen Rechtsordnung.

Diese Argumentation war typisch dafür, wie NPM-Projekte damals noch vielerorts wahrgenommen wurden: Als theoretische Konzepte, die vor allem als Tummelfeld für wirklichkeitsfremde Universitätsprofessoren dienten und wenig mit unserer doch so

pragmatisch-effizienten Wirklichkeit zu tun hatten. Solch nüchtern zugerischer Realitätssinn in Ehren, doch darf nicht übersehen werden, dass schon zu jener Zeit in verschiedenen Kantonen, Städten und Gemeinden – von Projekten im Ausland mal ganz abgesehen –, ernsthafte Versuche zur Reform der Verwaltungsführung gestartet und im Gange waren, typischerweise an Orten, wo der Handlungsdruck schon grösser war als in unserem finanziell prosperierenden Kanton Zug. Wer mit der Gabe des kritischen Weitblicks gesegnet ist, für den war allerdings schon damals klar, dass damit auch in Zug das letzte Wort in Sachen Verwaltungsreform noch nicht gesprochen sein konnte. Man muss dazu nur etwas die grösseren Zusammenhänge betrachten: In den Neunzigerjahren fuhr eine eigentliche Welle der Veränderung zuerst über die Privatwirtschaft hinweg. Was etwas pauschalisierend mit «Globalisierung» bezeichnet wird, heisst im Konkreten: Veränderungen sind nicht mehr lokal und national, sondern wirken sich in kürzester Zeit auch grenzüberschreitend aus. Die Konkurrenz ist international, der Marktzugang ist frei und für alle möglich, Kartellisierung und Subventionierung sind marktverfälschend und gehören abgeschafft, die Preise für Güter und Leistungen kommen unter permanenten Druck; als Messlatte dienen nicht mehr Glaubensüberzeugungen, sondern objektive Benchmarks.
Als nächstes kamen die von der Konkurrenz bisher weitgehend abgeschotteten parastaatlichen Dienstleister unter Reformdruck: Post, Telekommunikation, Bahnen, Gesundheitswesen. Hier hiess das Postulat vor allem: Marktzutritt für neue Anbieter und Verbot der Quersubventionierung. Es ist nur logisch, dass auch die staatlichen Verwaltungen in den Sog der Reformbestrebungen kommen werden. Wir haben heute eine gute Verwaltung, sie ist kundenorientiert und bürgerfreundlich, wir haben kantonale und gemeindliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die sich nicht anders als in der Privatwirtschaft für ihre Sache einsetzen. Nicht *gegen* sie richten sich die Reformbestrebungen, sondern ihre Gestaltungskompetenz soll viel mehr noch gestärkt werden. Die Frage jedoch, welche Aufgaben wir in welchem Umfang durch den Staat erledigen lassen und welchen Teil der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung wir dafür aufwenden wollen resp. können, diese Frage ist nicht durch die Verwaltung zu beantworten, sondern durch die Gesellschaft als ganzer.
Warum bringt der Votant diese Überlegungen hier vor? Weil wir uns in Zukunft vermehrt werden Gedanken machen müssen über Nutzen und Kosten staatlicher Leistungen. Nicht mehr alles Wünschbare werden wir uns leisten können. Es werden verstärkt Prioritäten gesetzt werden müssen. Generell müssen wir nüchtern konstatieren, dass wir in den westlichen Gesellschaften ein Mass an Staatstätigkeit erreicht haben, das unsere internationale wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit zunehmend massiver beeinträchtigt. Es macht darum auch wenig Sinn, dass wir als Benchmark-Vergleich für den Umfang und die Kosten unserer Verwaltung unsere Nachbarstaaten nehmen und zum Schluss kommen, es sei bei uns ja noch gar nicht so schlimm. Dies ist schlichte Selbsttäuschung. Hans Peter Schlumpf war vergangene Woche auf Geschäftsreise in China. Da wird dann schlagartig klar, wo künftig die wirtschaftliche Messlatte liegen wird, nach der auch wir uns werden ausrichten müssen.
Doch zurück auf die lokale Ebene: Wir haben mit der Vorlage «zur Erprobung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget» vorerst ein kleines Projekt vor uns, mit dem wir einen ersten Schritt tun können, um in unserer kantonalen Verwaltung zum einen die Steuerung durch das Parlament auf das Wesentliche zu fokussieren, zum anderen die Selbstverantwortung und Effizienz in der operativen Umsetzung in der Verwaltung zu erhöhen. Als Karl Rust und der Votant anfangs 1990 die Motion zu diesem Thema einreichten, strebten sie konsequent nicht einen

wissenschaftlich-theoretischen Lehrbuchansatz an, sondern einen pragmatisch-einfachen. Sie haben mittlerweile die Materie genug lange und intensiv studiert und verfolgt, um zu wissen, auf welche Weise es funktionieren kann oder nicht. Sie waren denn auch gelinde gesagt erschüttert, als sie Kenntnis davon bekamen, dass die Regierung noch im Jahre 2002 einen teuren Beratervertrag für die Entwicklung und Implementierung des Motionsauftrags vergeben hatte. Schon die erste Kommissionssitzung bestätigte, dass dies nicht der pragmatische und kostengünstige Zuger-Weg werden würde, den wir unter allen Umständen angestrebt hatten. In der Kommission bestand denn auch rasch grosse Einigkeit, dass beim Vorgehen der Hebel noch einmal anzusetzen sei. Dass die Regierung unter Federführung des Finanzdirektors hier am selben Strick mitzog und zu veranlassen vermochte, dass aus dem Beratervertrag ohne wesentliche Kosten kurzfristig ausgestiegen werden konnte, verdient Anerkennung. Als Zeichen der gewollten pragmatischen Ausrichtung wollten wir auch weg vom Lehrbuchbegriff Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WOV und dem Projekt einen einprägsamen Namen geben, der ausdrückt, was Motionäre und Kommission wollten. Pragma ist ein guter Name dafür.

Wir sind mit unserem Projekt Pragma bei weitem nicht die ersten im Lande, aber Hans Peter Schlumpf ist der Meinung, dass wir nun auf dem richtigen Wege sind; wir haben uns, nicht zuletzt in intensiver Kommissionsarbeit, wie Sie dem Bericht entnehmen können, die guten Erfahrungen anderer zunutze gemacht und aus den schlechten Beispielen gelernt, wie es nicht gemacht werden sollte. Um nur ein Beispiel dafür zu nennen: Wir wollen nicht, dass das Projekt von einem ausufernden Berichts- und Kontrollwesen begleitet wird, welches der angestrebten Effizienz schon im Ansatz diametral gegenübersteht und auf die Beteiligten höchstens demotivierend wirkt.

Zur Frage der Pilotdauer haben sich die Vorredner bereits geäussert, dass wir mit diesen drei plus zwei Jahren sinnvollerweise leben können. Die Installation einer Begleitkommission erachten wir jedoch als ein zentrales Element. Hier eine Aufweichung aus unserer Sicht nicht in Frage. Wir haben hier nicht irgend ein Geschäft vor uns, sondern eine Projekt, das sich sehr grundsätzlich mit der Art und Weise, wie wir unseren Staat führen und lenken, beschäftigt. Der Anstoss dazu kam aus dem Parlament, und das Projekt betrifft Regierung und Parlament in gleicher Weise. Es ist daher von grundsätzlicher Bedeutung, dass Regierung und Parlament das Projekt auch gemeinsam entwickeln und zur Reife bringen. Beide Seiten haben gleichermassen ein Interesse daran, dass das Projekt nicht während der Pilotphase – vielleicht auch ungewollt – in eine falsche Richtung läuft. Die parlamentarische Begleitkommission, idealerweise in der Zusammensetzung der bisherigen vorberatenden Kommission, dürfte dafür die effizienteste und auch kostengünstigste Supervisorin sein.

In diesem Zusammenhang zum Antrag der SP. Sie argumentiert hier sehr formaljuristisch bezüglich strikter Trennung zwischen Exekutive und Legislative. Diese Gewaltentrennung ist ein wichtiger Grundsatz in unserem Staatswesen. Aber genau hier an diesem Beispiel, da wir ein Projekt haben, das von Regierung und Parlament gemeinsam entwickelt werden muss, müssen wir für einmal nicht so auf den formaljuristischen Aspekten herumpochen, so dass die Arbeit dieser Kommission, wie es in der Vorlage der vorberatenden Kommission steht, der richtige Weg ist.

Es freut den Votanten besonders, dass sich auch die kritische Stawiko derart klar und lobend hinter die Überlegungen und die Arbeit der vorberatenden Kommission stellt. In diesem Zusammenhang verdient auch Landschreiber Tino Jorio Dank und Anerkennung: Er hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass die formalrechtli-

chen Bedenken, die 1996 noch im Zentrum der regierungsrätlichen Antwort standen, heute keine mehr sind.
Kommission und Motionäre erachten es als wünschbar, dass jede Direktion sich mit mindestens einer Verwaltungseinheit am Projekt Pragma beteiligt. Wir wollten in diesem Punkt der Regierung aber bewusst etwas Gestaltungsraum lassen. Es wäre aber enttäuschend, wenn jene Direktionen, die sich bisher noch nicht entschieden haben, am Pilotversuch mitzumachen, dies nicht doch noch tun würden. Der Erfahrungsvorsprung derjenigen, die aktiv mitmachen, wird erheblich sein. Und wir möchten doch nicht, dass es diesbezüglich in der Regierung künftig zu einer Zweiklassengesellschaft kommt. Hans Peter Schlumpf ist überzeugt, dass die guten Erfahrungen mit Leistungsauftrag und Globalbudget schon bald auch weitere Verwaltungsbereiche motivieren werden, auf den Zug noch aufspringen zu wollen. Auch die Teilname einer Verwaltungseinheit aus dem Gerichtswesen wäre durchaus nicht abwegig. Der Votant dankt Parlament für seine Unterstützung und vor allem auch den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung und im besonderen jener der künftigen Pilotabteilungen, die motiviert sind, nun den Beweis dafür anzutreten, dass wir in Zug zwar schon eine gute Verwaltung haben, aber dennoch nicht glauben, es nicht noch besser und effizienter machen zu können, d.h. auch mit beschränkten Ressourcen den geforderten Output erzielen zu können. – Im Namen der Motionäre und der FDP-Fraktion beantragt er, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Andrea **Erni** hält fest, dass die SP-Fraktion zwar mehrheitlich aber ohne grosse Begeisterung für Eintreten auf die Vorlage ist und den Anträgen der vorberatenden Kommission bis auf zwei Punkte zustimmt, welche anschliessend kurz und in der Detailberatung etwas ausführlicher erläutert werden. Die Votantin verzichtet darauf, dem Rat Pragma auch noch einmal inhaltlich näher bringen zu wollen. Sie beschränkt sich auf vier Punkte.
1. Wir müssen uns im Klaren sein, dass unserer Verwaltung schon heute ein hoher Standard attestiert wird. Die kantonale Verwaltung hat bereits früher überlegt, welche Bereiche erfolgreich ausgelagert werden können und welche Aufgaben der Staat selbst zu erledigen hat. Sie arbeitet schon heute mit Leistungsaufträgen und überlegt bei jedem neuen Auftrag, ob dieser wirklich vom Staat zu erfüllen ist. Abgesehen davon sind im Kanton Zug schon seit langem viele Aufgaben «privatisiert», welche anderen Ortes durch die Verwaltung wahrgenommen werden (Kantonalbank, öffentlicher Verkehr, Heime usw.). Wir warnen deshalb, von massivsten Einsparungen und Verbesserungen zu träumen.
2. Wir warnen ebenfalls davor, eine Verwaltung unbegrenzt mit einem privaten Unternehmen vergleichen zu wollen. Eine Verwaltung kann nicht nur das Rentable behalten und das nicht Rentable auslagern oder streichen. Eine Verwaltung braucht qualifizierte und motivierte Mitarbeitende, um die Verwaltungsziele (Kundenorientierung, Effizienz und Effektivität) umsetzen zu können. Der Kanton Zug braucht eine gut funktionierende, kompetente und kundinnenorientierte Verwaltung und kein Profitcenter. Im Übrigen möchten wir klar festhalten, dass die Aufgaben der Verwaltung durch Verfassung und Gesetz festgelegt werden. Die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien hat deshalb einen zentralen Stellenwert.
3. In der Detailberatung wird die SP-Fraktion beantragen, § 7 Abs. 2 Bst. c zu streichen. Wir sehen keinen Grund, wieso Personen, welche allenfalls innerhalb des Pro-

jektes Pragma eingestellt werden, personalrechtlich schlechter gestellt sein sollen. Weitere Ausführungen dazu bei der Detailberatung.
4. Die SP-Fraktion ist mehrheitlich, aber mit grossen Vorbehalten, für die Einrichtung einer begleitenden Kommission. Wir finden es sinnvoll, wenn nebst der Stawiko eine weitere Kommission Einblick in die Entwicklung und Umsetzung der Leistungsaufträge und der Globalbudgets haben kann, um so mehr, als in der Stawiko nicht alle Fraktionen vertreten sind. Aber die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Gewaltentrennung zwischen Legislative und Exekutive unbedingt gewahrt werden muss. Es muss verhindert werden, dass der Kantonsrat sich in die Umsetzung des Projekts einmischt. Andrea Erni wird deshalb im Namen der SP-Fraktion in der Detailberatung eine abgeänderte Version des neuen § 20 vorlegen.
Zum Schluss sei festgehalten, dass sich die SP-Fraktion für die Erprobung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget ausspricht. Ob sie auch hinter der definitiven Einführung von Pragma stehen wird, wird sie erst nach der Evaluation entscheiden. Wir sehen in der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget durchaus Möglichkeiten für die Verwaltung, ihre Arbeit zu optimieren. Wenn die ganze Übung aber nur aus finanzpolitischen Überlegungen durchgeführt werden soll, werden wir uns nicht als Bündnispartnerin missbrauchen lassen. Wir stehen ein für eine kompetente Verwaltung, welche ihre Arbeit für uns Bürgerinnen und Bürger gut erfüllen kann und deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch gute Bedingungen zur Erfüllung Ihrer Arbeit vorfinden können. In diesem Sinne beantragt die Votantin im Namen der SP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten.

Berty **Zeiter** weist darauf hin, dass die in der Kommission angehörten Personen aus verschiedenen Kantonen mit positiven und negativen Erfahrungen mit der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltung der AF halfen, einige offensichtliche Schwachpunkte der Vorlage zu bearbeiten, wesentlich zu vereinfachen und pragmatischer zu werden. Doch dies genügte nicht, die Votantin als Kommissionsmitglied und die AF von der Sache als Ganzes zu überzeugen. Unsere Kritik bezieht sich auf Grundsätzliches. Sie beinhaltet folgende Punkte:
1. Die Voraussetzungen für die effiziente Anwendung der WOV-Führungsmittel wie Globalbudget und Leistungsauftrag sind in der Verwaltung nicht gegeben.
2. Die neue Führungsart baut die in der Verwaltung bestehende Kultur nicht aus, sondern zerstört sie.
3. Der Ist-Zustand wurde nicht analysiert, Schwachpunkte nicht herausgeschält.
4. WOV ist wenig miliztauglich, da die Legislative entweder weniger Einflussmöglichkeiten hat oder dann einen sehr hohen Kontrollaufwand erbringen muss.
5. Die WOV-Welle in der Schweiz ist vorbei.
6. Versprechungen, die in der WOV-Euphorie gemacht wurden, können nicht eingehalten werden.

Zu den einzelnen Punkten.
1 Die Voraussetzungen für die effiziente Anwendung der WOV-Führungsmittel wie Globalbudget und Leistungsauftrag sind in der Verwaltung nicht gegeben.
Zum Globalbudget. Das kann vordergründig sehr gut gebraucht werden zum Sparen, oder besser miss-braucht. Man kürzt einfach das Budget und die Abteilung soll dann schauen, wie sie mit den Vorgaben zurecht kommt. In den Gesprächen Berty Zeiters mit Personen, die in mit Globalbudget gehrten Institutionen arbeiten, kam fast überall zum Ausdruck, das Mobbing und Konkurrenzkampf dadurch zugenommen haben.

Das Erstellen von Leistungsaufträgen sollte dem etwas entgegenwirken. Es wurde aber auch durchs Band bestätigt, dass dies ein sehr anspruchsvoller Prozess ist. Denn eine Verwaltung ist keine privatwirtschaftliche Firma, die Bürgerinnen und Bürger haben andere Bedürfnisse und Erwartungen als Kundinnen oder gar Aktionäre. Es gibt Verwaltungsabteilungen, die sich zugegebenermassen gut eignen für dieses Führungsmodell. Das sind wohl auch die Abteilungen, die sich für die Testphase freiwillig zur Verfügung stellen. Darum ist auch die Anlage der Testphase wenig aussagekräftig, wenn es darum geht, WOV nachher flächendeckend einführen zu wollen.

2. Die neue Führungsart baut die in der Verwaltung bestehende Kultur nicht aus, sondern zerstört sie.

Die Einführung des WOV vermittle eine neue Kultur, heisst es bei den Befürwortern. Neu schon, aber ist das Neue auch Kultur? Angestellte der kantonalen Verwaltung können sich fragen, was sie denn bis jetzt gelebt haben. Nach den Erfahrungen der Votantin stellt sie fest, dass die kantonale Verwaltung bereits gut funktioniert, dass eine hohe Kultur herrscht von Bürgerfreundlichkeit und Kundennähe. Vor allem hat sie in den letzten Jahren auch mitbekommen, wie die Anforderungen an die Leistungsbereitschaft auf jeder Ebene gestiegen sind, wie die Leistungsvorgaben zugenommen haben, ohne dass die Pensen weiter erhöht wurden. Es ist respektlos und unangebracht, mit dem Klischee zu kommen: In der Verwaltung ist noch genug Luft drin, da können wir noch weiter drücken. Auf diese Weise können Sie jedes hoch motivierte Personal demontieren und dessen Ressourcen blockieren und verschleudern. Mit dem Argument, es sei noch genug Luft in der Verwaltung drin, wurden auch die beantragten 5 x 20 %-Pensen der Testämter gestrichen. Damit besteht auch die Gefahr, dass der Testlauf eine grosse Mehrbelastung für das betroffene Persona! wird.

3. Der Ist-Zustand wurde nicht analysiert, Schwachpunkte nicht herausgeschält.

Warum soll man WOV einführen? Weil es modern ist, weit alle davon sprechen, weil jedermann von Globalbudgets und Leistungsaufträgen spricht. Aber nie wurde eine Analyse des jetzigen Zustands durchgeführt, allfällige Schwachpunkte wurden nicht benannt, auch die Kommission kennt den aktuellen Zustand der Verwaltung keinen Deut besser als Sie alle. Schauen Sie die Unterlagen durch: Sie finden keinen einzigen konkreten Hinweis, wo genau Verbesserungen eintreten werden oder sollten. Es wurde nirgends aufgezeigt, was denn jetzt nicht gut funktioniert. Die Verwaltung ist zu vielfältig, zu viele Arbeitsstellen, zu viele Existenzsicherungen sind von Veränderungen betroffen, als dass wir so unseriöse Experimente anstellen dürften.

4. WOV ist wenig miliztauglich, da die Legislative entweder weniger Einflussmöglichkeiten hat oder dann einen sehr hohen Kontrollaufwand erbringen muss.

Dies hat z. B. der Solothurner Kantonsrat auch zu spät gemerkt. Weil er seine Mitsprachemöglichkeiten wieder zurückholen wollte, musste er neue parlamentarische Instrumente schaffen. Und diese Instrumente haben die ganze Sache dann so stark verbogen, dass die Grundidee von WOV völlig sabotiert wurde. Zugleich sind 120 der 144 Kantonsräte in Sachkommissionen engagiert Das ist nicht mehr miliztauglich. Der St. Galler Politologe Silvano Möckli hat festgestellt, dass bei jedem WOV-Versuch in der Schweiz das Parlament an Einfluss verloren hat.

5. Die WOV-Welle in der Schweiz ist vorbei.

So wie in den 90er-Jahren die Internet-Blase aufgeblasen wurde und nachher brutal zerplatzte, ging es auch mit WOV-Ideen. Sie wurden begeistert aufgenommen und umzusetzen versucht. Unterdessen haben x Kantone und Gemeinden das Experi-

ment abblasen müssen, nachdem sie zum Teil viel Geld in den Sand gesetzt haben. Und dort, wo es läuft, ist eine grosse Ernüchterung eingetreten. Gottlob war der Kanton Zug nicht bei den ersten Exponenten. So ist es nicht notwendig, dass wir auch noch ins Messer laufen, sondern wir haben die Chance, aus den Erfahrungen anderer zu lernen. Nutzen wir sie und reiten wir nicht mehr mit auf dieser Welle, die schon so viele andere Gemeinwesen hat stranden lassen.
6. Versprechungen, die in der WOV-Euphorie gemacht wurden, können nicht eingehalten werden.
Erstes Versprechen: Die neuen Führungsmittel motivieren die Mitarbeitenden ganz neu. Stimmt überhaupt nicht. Informationen aus erster Hand zeigen, dass durch die Umstellungen und gestiegenen Anforderungen die Widerstände bei den Leuten enorm gewachsen sind, dass das Arbeitsklima und die Motivation stark gelitten haben. Immer wieder haben wir gehört, dass eine Verwaltungsreform in diesem Ausmass nur gelingen kann, wenn Kantonsrat, Regierungsrat und Verwaltung mit Überzeugung dahinter stehen. Nach Wahrnehmung der Votantin steht die Verwaltung noch lange nicht hinter einer Reform diesen Ausmasses.
Zweites Versprechen: WOV ist ein gutes Mittel, um zu sparen. Das stimmt nicht, wie auch die Stawiko richtig erkannt hat. Gerade um das Personal zu motivieren und hinter die Reform zu scharen, wären grössere Ausgaben nötig. Da müsste viel Information und Fortbildung geschehen, die nicht einfach mit den vorhandenen Ressourcen bewältigt werden können. Dieser Posten ist im vorliegenden Bericht nicht berücksichtigt. Der Vertreter der externen Beratungsfirma hat uns auch bestätigt, dass diese Strukturreformen nicht geeignet sind, um kurz oder mittelfristig Einsparungen zu treffen. Wenn ein Sparpotenzial drin liegt, dann höchstens langfristig, falls das Experiment gelingen würde. Da Berty Zeiter jedoch nicht daran glaubt, bittet sie den Rat: Sparen Sie Geld, indem Sie auf dieses Modell verzichten.
Drittes Versprechen: Die Verwaltung wird transparent, und WOV erlaubt einen Vergleich mit anderen Kantonen. Für das Projekt Pragma gilt das nicht mehr, da wesentlich von den strengen WOV-Richtlinien abgewichen wird. Und mit wem sollen wir noch vergleichen, wenn fast alle Nachbarkantone WOV abgeblasen haben oder gar nicht einführen wollen?
Viertes Versprechen: WOV bringt einen schlankeren Staat. Das ist falsch, überall ist dadurch die Bürokratie verstärkt worden. Gleichzeitig öffnet WOV die Türen für Deregulierung, Privatisierung und Outsourcing. Das bedeutet Staatsabbau. Diesen Bestrebungen stellen wir uns entgegen.
Eine Schlussbemerkung. Die Auseinandersetzung mit dem Thema war sehr anspruchsvoll und komplex. Berty Zeiter hat mit dem Massstab nachgemessen: 5 cm hoch ist der Stapel Papier, der sich in ihrem WOV-Ordner angesammelt hat. Dieser Aufwand und Verschleiss erscheint ihr symptomatisch für die angestrebte Führungsart. Deshalb bittet sie den Rat im Namen der AF, die Papierflut nicht noch weiter zu vergrössern, und beantragt, auf die Vorlage sei nicht einzutreten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** betont, dass wir heute schon einen guten unternehmerischen Geist in der Verwaltung haben. Wir haben kleine, effiziente, an der Wirkung orientierte Verwaltungseinheiten. Und unsere Mitarbeiter fühlen sich verpflichtet, mit den ihnen zur Verfügung gestellten Ressourcen haushälterische umzugehen. Sie, aber auch alle Einwohner des Kantons, haben einen direkten und schnellen Zugang zur Verwaltung. Und selbst wir betrachten die Steuerzahler als Kunden und nicht als

Milchkühe, die ausgemolken werden sollen. Aber trotzdem ist möglich, und zwar ohne grosse Verwaltungsanalysen und kostspielige Abklärungen, Verbesserungen zu probieren. Und nachdem ja in der Schweiz jetzt praktisch alle Kantone mit WOV und ähnlichen Führungsinstrumenten Erfahrungen gesammelt haben, ist es richtig, dass auch der Kanton Zug solche Elemente ausprobiert und von den Erfahrungen anderer Kantone profitiert. Der Votant ist überzeugt, dass mit Steuerungselementen wie z.B. dem Leistungsauftrag die Leute, die das machen müssen, sich auch überlegen müssen, was denn die rechtliche Grundlage ist, was der Grundauftrag ist, wo wir die Schwerpunkte bei der Leistungserbringung setzen. Solche Fragen bringen auch etwas. Auch das Globalbudget oder die Kosten/Leistungsrechnung, die es dann ermöglichen sollten, Vergleiche mit anderen Kantonen zu ziehen bei den Kosten pro erbrachte Leistung. Da wäre ein Benchmarking möglich. Und es ist nicht zuletzt notwendig, wenn wir der Verwaltung und dem Regierungsrat mehr Handlungsspielraum geben wollen. Der Regierungsrat hat Ihnen ein WOV-Grundmodell unterbreitet, welches schon abgespeckt ist. Wir haben da schon bewusst auf WOV-Steuerungselemente verzichtet, z.B. auf den integrierten Finanz- und Aufgabenplan. Die Kommission hat dann weiter abgespeckt. So hat sie die Mehrjährigkeit gestrichen, die Legislaturziele und die Leistungs- und Wirkungsprüfung. Das wären aber zentrale WOV-Elemente und diese haben in den meisten Kantonen einen riesigen Papierkrieg verursacht. Es wurden Berichte abgefasst, die wahrscheinlich kaum jemand las. Und genau das wollen wir nicht machen und hier auf der pragmatischen Ebene fahren. Wir hätten uns aber nicht getraut, Ihnen eine derart abgespeckte WOV-Vorlage zu unterbreiten, weil der Motionsauftrag ja eben anders war. Um so mehr freut es Peter Hegglin, dass die Kommission, aber auch die Motionäre, darauf verzichtet haben. Dass wir heute den Auftrag ernst nehmen und von innen heraus umsetzen wollen, zeigt sich ja darin, dass wir den Vertrag der externen Projektleitung im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst haben. Und dass wir es jetzt intern machen, hat zur Folge, dass die Leitung möglichst nahe bei der Umsetzung dabei ist. Und nicht von irgend einer externen Stelle Papiere verfasst werden, welche die Kultur in der Verwaltung unseres Kantons nicht kennen und damit vielleicht etwas zerstören. Wir machen es intern, mit eigenen Leuten. Und diese sind nahe genug, um die Kultur nicht zu zerstören, sondern vielleicht noch zu verbessern.
Was die Kosten anbetrifft, so ist es kein Sparprogramm. Aber es kann dazu beitragen, dass die Leistungserbringung optimiert werden kann. Zur Projektdauer. Da möchte der Finanzdirektor dem Rat unbedingt beliebt machen, an der 5-jährigen Dauer festzuhalten. Denn bei einer 3-jährigen Versuchsdauer müssten wir ja schon im zweiten Durchführungsjahr mit der Auswertung beginnen, Ihnen entsprechende Berichte und Anträge unterbreiten, damit dann für das vierte Jahr die gesetzliche Grundlage für das Weiterführen vorhanden wäre. Nach eineinhalb Jahren Pilot schon Auswertungen zu erstellen und Gesetzesanpassungen zu veranlassen ist nicht seriös. Und was die Pilotdauer anbetrifft, so gibt es in der Schweiz ganz unterschiedliche Meinungen. Gewisse sagen, man solle es möglichst schnell machen, und andere sehen eher eine langfristige Pilotdauer als richtig an. So wie es wir jetzt vorschlagen, eine dreijährige Pilotdauer und dann zwei Jahre für die Auswertung und die Implementierung von neuen Gesetzen, ist richtig. Die vorberatende Kommission und die Stawiko unterstützen dies.
Was die zusätzlichen Ämter anbetrifft, was die Kommission ja eindringlich wünscht, so müssen wir wissen, dass das Mitmachen beim WOV-Projekt natürlich sehr viel Mehrarbeit bringt für die Ämter. Es ist freiwillig und sie bekommen keine zusätzlichen

Stellenprozente. Und sie müssen doch mit etwa 20 Stellenprozent Mehraufwand rechnen. Die Kommission hat das gestrichen. Insofern ist es nach wie vor wichtig, dass die Freiwilligkeit bestehen bleibt. Wir haben eine Umfrage gemacht innerhalb der Verwaltung, ob weitere Ämter freiwillig mitmachen würden. Definitive Zusagen eines Amts hat Peter Hegglin nicht, aber es ist doch Interesse vorhanden, so prüft z.B. das Forstamt, ob es mitmachen will. Es schaut auch, was für Erfahrungen in anderen Kantonen gemacht wurde, und je nachdem wird es dann eine definitive Zusage machen. Es gibt aber noch weiter Ämter wie z.B. das Strassenverkehrsamt, aber dort haben wir heute einen neuen Leiter und es wird vorerst noch geprüft, ob allenfalls eine selbständige öffentlichrechtliche Anstalt daraus gemacht werden soll. Auch die Finanzdirektion wurde aufgefordert, ein Amt zu melden. Sie wissen aus Medien oder Mitteilungen, dass wir erst eine Umorganisation vorgenommen haben, indem wir die Informatik-Ämter zusammengelegt haben, das ITL und AIO; wir haben dort eine neue Leitung. Da wäre es nicht angebracht, diese Leute noch mit so viel Mehrarbeit zu belasten. Der Votant ist aber guten Mutes, dass in der Projektdauer von fünf Jahren wahrscheinlich noch das eine oder andere Amt dazukommen wird.
Zur Begleitkommission. Die Regierung hat vorgeschlagen, keine einzusetzen, pragmatisch vorzugehen und die Prüfung bei der Stawiko zu belassen. Sie erachtet die Bestellung einer Begleitkommission als problematisch und als Abweichung zu den in der Verfassung festgehaltenen Grundsätzen der Aufgabenteilung. Der Kantonsrat legiferiert und der Regierungsrat führt aus. Wenn Sie die Begleitkommission einsetzen, beginnen wir, die Kompetenzen zu vermischen. Die Zuständigkeiten würden schwammiger und entgegen den Grundsätzen, wonach die strategischen und operativen Aufgaben zu trennen seien, vermischen wir sie wieder. Deshalb möchte die Regierung beantragen, auf die Begleitkommission zu verzichten.

➔ Der Rat beschliesst mit 60 : 7 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1140.4 – 11412

§ 7 Abs. 2

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich der Regierungsrat bezüglich Abs. 2 vollumfänglich der Kommission anschliesst, ausser bei der Dauer der Pilotphase; hier schliesst sich die Kommission dem Antrag der Regierung an, diese auf fünf Jahre statt drei Jahre festzulegen.

§ 7 Abs. 2, Bst. c

Andrea **Erni** beantragt, diesen Bst. ersatzlos zu streichen. Begründung: Wir sehen nicht ein, weshalb innerhalb des Projekts Pragma angestelltes Personal personalrechtlich schlechter gestellt sein soll als das übrige Personal. Gemäss § 2 Abs. 2 des Personalgesetzes heisst nämlich zivilrechtliche Anstellung, dass nur die Grundnormen des OR Anwendung finden und nicht das kantonale Personalrecht. Diese Ungleichbehandlung dürfte auch einer rechtlichen Überprüfung kaum standhalten. Wenn es darum geht, dass wegen des Projekts Pragma Personal befristet angestellt

werden soll, so verweisen wir auf § 5 Abs. 2 des Personalgesetzes, welches befristete Arbeitsverträge bis maximal sechs Jahre zulässt. Wir gehen davon aus, dass innerhalb dieser sechs Jahre wohl herausgefunden werden kann, ob ein unbefristetes Arbeitsverhältnis angezeigt ist. Deshalb beantragt die Votantin im Namen der SP-Fraktion, dieser Streichung zuzustimmen.

Werner **Villiger** weist darauf hin, dass es sich hier um ein grundsätzliches Problem handelt, das in der Kommission ausführlich diskutiert wurde. Zuerst wollten wir das gesamte Personal im Plafonierungsbeschluss behalten, um keine Unsicherheiten zu schaffen. Die weitere Beratung hat dann gezeigt, dass dies nicht der richtige Weg ist. Um den Pilotversuch möglichst realistisch durchzuführen und damit Erfahrungen sammeln zu können, ist es notwendig, dass die Pragma-Mitarbeiter vom Plafonierungsbeschluss ausgenommen werden. Konsequenterweise muss dann auch eine zivilrechtliche Anstellung möglich sein. Die Kommission will ausdrücklich die Möglichkeit schaffen, neue oder zu ersetzende Mitarbeiter zivilrechtlich anstellen zu können. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, den Antrag der SP-Fraktion abzulehnen.

Eusebius **Spescha** präzisiert, dass die SP-Fraktion nicht den Antrag stellt, das Personal dem Plafonierungsbeschluss zu unterstellen oder nicht, sondern mit dieser Streichung stellen wir den Antrag, dass für das im Rahmen von WOV oder Pragma angestellte Personal die gleichen personalrechtlichen Bedingungen bestehen. Mit einem solchen Beschluss werden Sie mit hoher Wahrscheinlichkeit die geforderte Gleichstellung verletzen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass das bisherige Personal weiterhin öffentlichrechtlich angestellt bleibt. Es ist nur das neue zusätzliche Personal. Aber wir haben ja schon heute sehr viel Personal, das zivilrechtlich angestellt ist. Alle Aushilfen, die wir haben, sind so angestellt, und das ist doch eine Lohnsumme von 9 Mio. Franken. Und es ist dem Votanten nicht bekannt, dass das Probleme gebracht hat. Der Beschluss gibt den Pragma-Ämtern doch einen grösseren Handlungsspielraum, mit dem sie ihre Aufgabe erfüllen können. Und den sollten sie erhalten.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag mit 52 : 7 Stimmen ab.

§ 20bis (neu)

Berty **Zeiter** möchte im Namen der AF zu dieser WOV-Begleitkommission sagen, dass wir die Regierung und die Verwaltung möglichst ohne Druck arbeiten lassen sollten. Wir sehen den Ansatz der Kommission, dass der Kantonsrat infomässig up to date bleibt, aber wir gewichten den Aspekt des Ernstnehmens der Verwaltung höher. Wenn Pragma so gut ist, wie die Mehrheit der Kommission meint, dann dürfen wir der Verwaltung vertrauen. Das Beharren auf der Begleitkommission könnte als Misstrauen und Wunsch nach kurzer Leine für die Verwaltung interpretiert werden. Denn

im Gegensatz zur Stawiko betrachten wir die Begleitkommission nicht als vertrauensbildend. Und deshalb beantragen wir im Namen der AF, die Begleitkommission abzulehnen. Also im gleichen Sinn, wie die Regierung.

Andrea **Erni** hält fest, dass die SP-Fraktion beantragt, § 20 wie folgt zu formulieren:
«[1] Der Regierungsrat erstattet dem Kantonsrat jährlich Bericht über die Entwicklung des Pilotprojekts Pragma.
[2] Der Kantonsrat setzt für die Dauer des Pilotprojekts Pragma eine Begleitkommission ein, welche die Berichterstattung des Regierungsrats zu Händen des Kantonsrats prüft.
[3] Der Regierungsrat kann der Begleitkommission Leistungsaufträge und weitere Grundsatzdokumente im voraus zur Stellungsnahme unterbreiten.»
Begründung: Wir von der SP-Fraktion sind der Meinung, dass eine begleitende Kommission grundsätzlich sinnvoll ist, da es sich bei diesem Geschäft um einen Systemwechsel handelt, um einen Prozess und nicht um eine einfache Änderung von Gesetzen. Wir sehen die Aufgabe dieser Kommission aber ausschliesslich darin, dass sie die regelmässigen Informationen zur Kenntnis nimmt, allenfalls Unklarheiten klärt, und diese Informationen zu Händen aller Kantonsrätinnen und Kantonsräte aufarbeitet. Eine Einmischung soll und darf wegen der Gewaltentrennung nicht stattfinden. Wir denken, dass mit unserem Vorschlag der Auftrag der Kommission und des Regierungsrats klar formuliert sind und das Prinzip der Gewaltentrennung damit gewahrt ist. Namens der SP-Fraktion bittet die Votantin den Rat, diesem Antrag zu folgen.

Louis **Suter** betont, dass das WOV für alle Beteiligten – Regierung, Verwaltung und Parlament – Neuland ist. Die Kommission hat die Exponenten und Spezialisten anderer Kantone angefragt, was denn das Wichtigste für die Umsetzung dieser Ziele sei. Die Antwort war von allen Seiten: Eine kreative und gute Begleitkommission. Warum? Wir müssen Erfahrungen sammeln. Wir müssen uns miteinander kreativ auseinander setzen. Denn wenn wir nachher Globalbudgets beraten wollen, Leistungsaufträge erteilen, ist das neu. Und wir können dann gegenseitig Erfahrungen sammeln, die nachher für die Ausgestaltung dieses neuen Gesetzes wichtig sind. Wir dürfen aber auch diese Kommission nicht allzu stark einschränken. Deshalb möchte der Votant den Rat im Namen der CVP bitten, das Ganze so zu belassen, wie es von Kommission und Stawiko unterstützt wird. Lassen Sie doch das so! Es wird immer gesagt, das Ganze sei ein Einmischen in die Exekutive. Wir sehen das überhaupt nicht so. Es handelt sich ja nicht um die Beratung und das Begleiten eines normalen Gesetzes. Sondern wir wollen drei Jahre eine Pilotphase haben, und dann müssen wir das Ganze auswerten und evaluieren. Und wir brauchen ja das Begleiten nur für diese Phase, nachher hören wir auf. Und da müssen wir eben mit der Regierung zusammen Sachen erarbeiten. Es geht also nicht um das Hineinreden, sondern miteinander ein möglichst gutes Gesetz und die besten Voraussetzungen zu schaffen.

Hans Peter **Schlumpf** möchte sich noch kurz dazu äussern, wieso denn nicht die Stawiko die Aufgabe dieser Begleitkommission übernehmen soll. Wir haben diesen Aspekt in der Kommission sehr wohl und intensiv diskutiert, und das war durchaus

eine Überlegung wert. Der Grund, weshalb man sich schliesslich für eine andere Lösung entschieden hat, ist eigentlich ganz simpel. Wir wissen, in welchem Ausmass die Stawiko das ganze Jahr hindurch mit den regulären Geschäften beschäftigt ist. Der Votant ist Mitglied der erweiterten Stawiko, die normalerweise zwei Mal im Jahr tagt. Er kennt die Agenda, die an diesen Tagen herrscht. Das Fazit ist klar: Die Stawiko ist schlicht nicht in der Lage, sich im gewünschten Ausmass mit dieser Materie zu beschäftigen. Und wenn er Peter Dür richtig versteht, ist es auch nicht der Wunsch der Stawiko, diese Kommissionsaufgabe zu übernehmen. Das war der Grund, weshalb wir uns für eine unabhängige Begleitkommission entschieden haben.

Kommissionspräsident Werner **Villiger** kann sich selbstverständlich den Voten von Louis Suter und Hans Peter Schlumpf anschliessen, möchte aber noch einen anderen Ansatz bringen. Seiner Ansicht nach gehen die Anträge der SP-Fraktion teilweise in die falsche Richtung, denn sie verringern die Kompetenzen und verwässern mit der Kann-Formulierung den Stellenwert der Kommission. Regierungsrat und SP-Fraktion beanstanden, dass die Kompetenzen zwischen Exekutive und Legislative nicht klar geregelt seien. Wir sollten unter dieses Thema endlich einen Schlussstrich ziehen. Denn für die Lösung komplexer Aufgaben bedarf es einer starken und engen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament. Es geht also nicht um irgendwelche Kompetenzabgrenzungen, sondern um eine effiziente und wirkungsvolle Umsetzung zukünftiger Aufgaben. Dafür ist eine Begleitkommission ein geeignetes Instrument. Der Votant wehrt sich deshalb dagegen, dass der Begleitkommission von der SP-Fraktion die Zähne gezogen und dann von der Regierung und der AF begraben werden soll. Er bittet den Rat deshalb, alle Anträge der SP-Fraktion abzulehnen, denn dem Anliegen bezüglich jährlicher Berichterstattung an den Kantonsrat kann entsprochen werden, ohne dass der Kantonsratsbeschluss geändert werden muss. Auch auf den Antrag der Regierung auf Abschaffung der Begleitkommission soll verzichtet werden, um jenem der Kommission zu folgen.

Peter **Dür** meint, es könnte nach dem Votum von Hans Peter Schlumpf der Eindruck entstehen, dass die engere Stawiko fast zusammenbreche wegen des grossen Arbeitspensums. Das muss er verneinen. Wir wären absolut in der Lage, auch diese Aufgabe zu übernehmen. Aber es ist nicht sinnvoll. Wenn Sie die Kommissionsberichte gelesen haben, so sieht man, dass sich diese Leute sehr gut in diese Materie eingearbeitet haben. Sie haben jetzt ein vertieftes Know-how in diesem Bereich. Es ist sinnvoll, wenn diese Kommission nun weiter arbeitet. Der Stawiko-Präsident möchte nur erwähnen, dass ja auch die Spitalkommission das Zentralspitalprojekt begleitet und sich darüber informieren lässt und schaut, dass das Ganze in die richtige Richtung geht. Und so geben wir doch jetzt der Regierung und der Kommission einen gewissen Spielraum, in dem sie sich bewegen kann, ohne dass staatsrechtliche Bedenken angemeldet werden müssen. Und am Schluss muss ja das Ganze ausgearbeitet werden und wieder ins Parlament. Und genau diese Kommission wird dann auch wieder den Bericht verfassen, das Know-how bleibt – zumindest für jene Mitglieder, die in einigen Jahren noch im Rat sind – erhalten.
In der Zuger Presse war eine Beilage zum Thema Wirtschaftsstandort. Verschiedene interessante Artikel, und auch etwas zum Thema Innovation, und das gilt vielleicht

jetzt auch für Pragma, folgenden Spruch: «Wer etwas Neues ausprobiert, kann scheitern. Wer nichts Neues ausprobiert, wird scheitern.»

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte nochmals die Haltung des Regierungsrats bekräftigen. Der Kantonsrat sagt, was zu tun ist, die Regierung sagt, wie es zu tun ist. Und es wäre falsch, wenn wir hier die selben Fehler machen wie andere Kantone, z.B. Solothurn. Dort ist eine WOV-Begleitkommission eingesetzt worden. 120 Kantonsräte sind in solchen Kommissionen beschäftigt. Das kann es doch wirklich nicht sein. Man sagt im Zusammenhang mit WOV immer, man solle mehr Verantwortung delegieren, die Ämter sollen selbständiger handeln können; man will die Motivation steigern und gleichzeitig setzt man eine Kontrollkommission ein. Aber wenn Sie schon eine Begleitkommission einsetzen wollen, dann ist die Regierung der Ansicht, dass es im Sinn des SP-Antrags sein soll, weil dort die Aufgabe klar definiert ist. In Abweichung zu Abs. 1; dort verlangt die SP einen jährlichen Bericht. Wir haben den im Kommissionsbericht schon versprochen. Wir sehen ihn im Zusammenhang mit der jährlichen Berichterstattung im Rechenschaftsbericht. Insofern ist diese jährliche Berichterstattung schon erfüllt.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Neufassung von § 20bis verfahrensrechtlich kompliziert ist. Es liegen nämlich jetzt drei Anträge zur Begleitkommission vor, jener der Regierung, die keine Begleitkommission will, jener der vorberatenden Kommission, die eine Begleitkommission will, und jener der SP-Fraktion, die eine weniger weit gehende Begleitkommission will. Wir gehen bei der Abstimmung wie folgt vor:
Schritt 1: Vorerst werden wir über den neuen Abs. 1 der SP-Fraktion abstimmen. Dieser enthält eine neue Bestimmung, die nicht direkt, sondern nur indirekt mit der Begleitkommission zu tun hat, nämlich die jährliche Berichterstattung an den Kantonsrat. Das erste Mehr betrifft die Zustimmung zu diesem Antrag (jährliche Berichterstattung an den Kantonsrat). Das zweite Mehr betrifft den Gegenantrag, der keine jährliche Berichterstattung will.
Schritt 2: Danach werden wir die Bestimmungen betreffend Begleitkommission bereinigen. Es werden dazu die Anträge der vorberatenden Kommission dem neuen Abs. 2 und 3 der SP-Fraktion gegenüber gestellt. Der Antrag der SP-Fraktion geht bezüglich Kompetenzen der Begleitkommission weniger weit als derjenige der Kommission. Das erste Mehr ist für den Antrag der vorberatenden Kommission, das zweite Mehr für den Antrag der SP-Fraktion.
Schritt 3: Der bereinigte Antrag betreffend Begleitkommission (obsiegender Antrag gemäss vorheriger Abstimmung) wird dem Streichungsantrag des Regierungsrats, der keine Begleitkommission will, gegenübergestellt. Erstes Mehr Antrag des Regierungsrats (keine Begleitkommission), zweites Mehr die bereinigten Bestimmungen betreffend Begleitkommission.

➔ Der Rat schliesst sich mit 40 : 23 Stimmen dem Antrag der SP-Fraktion für einen neuen Abs. 1 an.

➔ Der Rat schliesst sich mit 44 : 21 Stimmen dem Kommissionsantrag für Abs. 2 und Abs. 3 an.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag des Regierungsrats mit 48 : 20 Stimmen ab.

III. § 1 Abs. 1

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass die drei Punkte nach «abzüglich» wegfallen, so dass es heisst: «… 942.4 Personalstellen abzüglich Abs. 2 Bst. f bewilligt.»

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1140.6 – 11468 enthalten.

391A INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND AUSGLEICH DER KALTEN PROGRESSION UND STEUERPAKET-AUSWIRKUNGEN AUF DIE FINANZEN VON KANTON UND GEMEINDEN
391B INTERPELLATION VON ALOIS GÖSSI BETREFFEND ENTLASTUNGS-PROGRAMM SPARPAKET DES BUNDES UND DEREN AUSWIRKUNGEN AUF DEN KANTON ZUG UND SEINE GEMEINDEN

Es liegen vor: Antworten des Regierungsrats (Nr. 1222.2 – 11451 und 1178.2 – 11458).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die beiden Geschäfte unter der selben Ziffer geführt werden, weil beide auf Grund von Bundesbeschlüssen Auswirkungen auf den kantonalen Finanzhaushalt haben. Wir behandeln eine Interpellation nach der anderen, wobei thematische Überlappungen nicht auszuschliessen sind.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass das zusammengeschusterte Steuer-Multi-Paket die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verunsichert. Es werden Steuersenkungen versprochen, doch wo und wie Bund, Kantone und Gemeinden die jährlichen Steuerausfälle von rund 4,4 Milliarden kompensieren sollen, wird von den Befürwortern nicht gesagt. Die Interpellation der AF war eine demokratische Notwendigkeit, damit sich die Zugerinnen und Zuger noch vor der Abstimmung vom 16. Mai zumindest einigermassen informieren können, welche finanzielle und soziale Auswirkungen das Steuerpaket auf den Kanton Zug haben könnte. In diesem Sinne dankt die AF der Regierung für die Beantwortung und sieht sich gleichzeitig bestärkt in ihrem entschiedenen Nein zum Steuerpaket. Denn laut Zuger Regierung verlieren unser Kan-

ton und seine Gemeinden durch das Steuerpaket (inkl. Ausgleich kalte Progression) bei einer Maximal-Umsetzung bis zu 56 Mio., mindestens aber 35 Mio. Franken. Dabei sind wir schon ein wenig erstaunt, wie vom immer kleiner werdenden Befürworterkreis die Folgen dieser bevorstehenden Millionenverluste heruntergespielt werden. 35 Mio. sind nicht nichts. Und für den jetzt schon recht schlank operierenden Kanton Zug wäre das Steuerpaket zusammen mit dem nahenden NFA eine nur schwer verdaubare Doppelbelastung.
Welche Belastungen Zug nur schon durch das sogenannte Entlastungsprogramm 2003 erfährt, zeigt die regierungsrätliche Antwort auf die Interpellation von Alois Gössi. Tangiert sind Behinderte, Landwirte, Lehrlinge, Lehrbetriebe, Berufsverbände, Flüchtlinge, das Personal der Kantonsverwaltung sowie der öffentliche Verkehr oder mittelfristig die familienergänzende Kinderbetreuung. Überall baut der Kanton entweder seine Leistungen ab oder er muss, um seinen Mindest-Leistungsauftrag zu erfüllen, mehr Geld in die Hand nehmen. Dasselbe werden Kanton und Gemeinden bei Annahme des Steuerpakets machen müssen – nur gilt es dann nicht zwei, sondern eben 35 bis 56 Mio. zu kompensieren.
Wie will nun die Zuger Regierung den Einnahmeausfällen und den folgenden Entlastungsprogrammen begegnen? Dazu vier Punkte:
1) Weitere Einschränkungen wird es laut Regierung bei den Angestellten von Kanton und Gemeinden gebe Dies ist ungerecht, da ihnen auch durch diesen Kantonsrat immer wieder gute Arbeit bescheinigt wird.
2) Die Regierung ortet Sparpotenzial bei den zweckgebundenen Beiträgen des Kantons. Gut 90 % dieser 320 Mio. bestehen aus Aufwendungen für Soziales, Bildung, Gesundheit, Umwelt und Kultur. Grosse Posten darin sind die Verbilligungen von Krankenkassenprämien oder Mutterschaftsbeiträgen. Die AF hält Sparereien in diesem Bereich für ebenso bedenklich wie unsozial. Denn hier werden die meisten Zugerinnen und Zuger doppelt bestraft. Einerseits durch den Leistungsabbau in diesen sensiblen Bereichen. Dann noch finanziell: Viele sparen ja dank dem Steuerpaket nur wenige Franken. Doch Gebührenerhöhungen (z.B. für Krippen, Altersheimplätze, Musikschule, Schulzahnarzt, Krankenkassen) sorgen dafür, dass finanziell Schwächere, insbesondere Familien, am Ende gar weniger Geld zum Leben haben. Und den Gürtel enger schnallen müssten nebst den Betroffenen vor allem die Gesundheitsdirektion sowie die Direktion für Bildung und Kultur. Ob das geht? Der Votant hat nicht den Eindruck, dass die beiden Direktionen bisher sinnlose Ausgaben getätigt haben.
3) Der Regierungsrat schlägt eine Spezialfinanzierung für den Strassenbau vor. Doch gerade hier gibt es aus Sicht der AF ein reelles Sparpotenzial. Denn bis ins Jahr 2020 will der sonst so sparwillige Kantonsrat 1,3 Milliarden in Strassen einbetonieren. Das ist unbezahlbar.
4) Die Regierung sagt, dass ein Teil der Ausfälle vom Bund durch kantonale Steuererhöhungen kompensiert werden muss. Präzisierungen fehlen. Wie das vernünftig vor sich gehen könnte, hat die AF als erste Fraktion aufgezeigt mit ihrer NFA-Bewältigungs-Motion von 2003. Es ist ein Referenzpapier dafür, wie Steuersätze oder Steuerfüsse bei jenen angehoben werden, die es sich leisten können, zum Nutzen von Kanton, Gemeinden sowie des produzierenden Werkplatzes Zug.
Übrigens: Welche Folgen unnötige und fragwürdige Steuergeschenke an privilegierte Gesellschaften und Personen haben, zeigt die Kantonsrechnung 2003. Das Steuergesetz 2001 ist massgeblich mitverantwortlich dafür, dass der Kanton rote Zahlen schreibt. Und der Kantonsrat bekämpft das selbst produzierte Finanzloch mit Spar-

appellen statt mit Steuergerechtigkeit. Seit Jahren warnen wir Alternative vor den Folgen des Zuger Steuerdumpings, jetzt haben wir leider recht erhalten. Nun warnen wir vor den Folgen des nationalen Steuerpakets. Die Nachteile des Steuerpakets für Kanton, Gemeinden und die Zuger Bevölkerung liegen aus Sicht der AF auf der Hand. Darum bedauert es die AF, dass die Regierung – siehe Frage 5 in unserer Interpellation –seine befürwortende Haltung nicht überdacht hat. Dass die Regierung nicht in den Abstimmungskampf eingreift, werten wir als Zeichen dafür, dass Sie über ein Nein zum Steuerpaket zumindest nicht zu Tode betrübt wäre. Stefan Gisler auch nicht!

Alois **Gössi** möchte sich zuerst dem Regierungsrat für die Beantwortung seiner Interpellation danken. Ebenfalls bedanken möchte er sich, dass sie noch vor der Abstimmung zum Steuerpaket behandelt wird.
Wir haben beim Bund ein Strukturproblem: das Manko zwischen den Einnahmen und Ausgaben wird immer grösser. Betriebswirtschaftlich gibt es nur zwei Lösungsmöglichkeiten: Reduzierung der Ausgaben oder Erhöhung der Einnahmen. Und was ist nun geplant? Reduzierung der Ausgaben sowie Reduzierung der Einnahmen. Und das Resultat wird sein: Das Defizit bleibt so gross wie es eh schon ist, und es sind noch mehr Sparanstrengungen nötig, um die Defizite zu beheben. Ob dies unserem Land bekommt, ist zu bezweifeln. Der Bund hat es relativ einfach bei seinen Sparanstrengungen: Er gibt den Schwarzen Peter grösstenteils weiter an die Kantone und Gemeinden. Aus der Interpellationsantwort sehen wir, dass wir einen finanziellen bezifferbaren Schwarzen Peter in der Grössenordnung von mehr als 2 Mio. Franken erhalten, daneben drohen uns auch noch Zusatzbelastungen für das Personal der Kantonsverwaltung sowie der Missmut von Betroffenen, die unter den Sparanstrengungen leiden werden.
Der Kanton Zug hat die Wahlfreiheit, gewisse Massnahmen abzufedern. Haben wir wirklich überall eine Wahlfreiheit? Eine Wahlfreiheit würde bedeuten, bei den Kürzungen bei kollektiven IV-Leistungen eine Behinderteninstitution, z.B. das Maihof in Zug, zu schliessen. Können wir dies leisten, ist dies sinnvoll? Nein. Dem Kanton Zug wird nichts anderes übrig bleiben, als für diesen Bereich jährliche Mehraufwendungen von mindestens 1 Mio. Franken zu übernehmen. Asyl- und Flüchtlingsbereich: Hier haben wir seit dem 1. April 2004 eine neue Regelung. Personen, die einen Nichteintretensentscheid erhalten haben, werden vom Bund aus dem Asylbereich ausgeschlossen. Irgendwann werden sich leider Folgeprobleme ergeben, wenn der Kanton Zug nichts macht mit solchen Personen – hier dürfen wir keine Illusionen haben. Folgeprobleme wie Zunahme der Schwarzarbeit, Kriminalität etc.. Wenn solche Personen um Nothilfe ersuchen, verpflichtet uns die Bundesverfassung, diese zu gewähren: Unterkunft, Verpflegung, Kleidung. Das wird auch im Kanton Zug finanzielle Kostenfolgen haben.
Weitere Kosten, die auf den Kanton Zug «zurollen», im wahrsten Sinne des Wortes, hat der Regierungsrat noch gar nicht erwähnt. Zum Beispiel: Mit den Kürzungen vom Buwal im Forstbereich werden die Zuger Waldeigentümer 2006 ca. 117'000 Franken weniger Beiträge erhalten. Dies entspricht 24 % der Beiträge. Diese Beiträge an die Waldeigentümer sind Abgeltungen der Öffentlichkeit für gemeinwirtschaftliche Leistungen des Waldes wie Erholungsfunktionen, Waldnaturschutz, allg. Wohlfahrtsfunktionen. Übernimmt der Kanton Zug die Beiträge vom Bund nicht, ist die Gefahr sehr gross, dass die Waldeigentümer Leistungen einstellen oder banal ausgedrückt:

Forstpersonal würde entlassen. Und das bedeutet, mittel- und langfristig ist die Pflege des Waldes in Frage gestellt. Der Wald kann die von der Gesellschaft geforderten vielfältigen Leistungen jedoch nur erbringen, wenn er gepflegt ist. Wird dies nicht gemacht, stehen mittel- und langfristig massiv höhere volkswirtschaftliche Kosten an. Auch hier müssen wir uns wiederum die Frage stellen, sparen wir allenfalls kurzfristig Kosten ein und nehmen dafür mittel- und langfristig Schäden in Kauf? Alois Gössi ist überzeugt: Weitere Kürzungen, die auch den Kanton Zug betreffen, werden in Kürze folgen, das Buwal machte nur den Anfang.
Seine Quintessenz für das Sparpaket vom Bund: In Anbetracht der Defizite vom Bund kann er das Sparpaket verstehen, wenn er auch überhaupt nicht überzeugt ist von den Schwerpunkten – es gäbe bessere. Was er jedoch nicht verstehen kann, sind auf der anderen Seite die geplanten milliardenschwere Steuergeschenke, die leider nur einem kleinem Teil der Bevölkerung zugute kommen, und die nicht nur Einfluss auf die Einnahmen vom Bund, sondern auch den Kanton Zug und seine Gemeinden haben. Wird das Steuerpaket angenommen, werden wir im Kanton Zug doppelt gestraft sein: Durch die Sparanstrengungen des Bundes sowie die Steuerausfälle beim Kanton und bei den Gemeinden. Aus diesem Grunde hofft der Votant auf die Vernunft des Schweizer Volkes bei der Abstimmung zum Steuerpaket, eine Vernunft, die er im National- und Ständerat vermisste.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass die Interpellationsfragen und auch die Antworten des Regierungsrat stark auf das Spar- und das Steuerpaket des Bundes Bezug nehmen. Die CVP stützt die Antwort des Regierungsrats; lediglich bezüglich den Antworten im Zusammenhang mit der vorgesehenen Aufgabenteilung haben wir eine differenziert andere Auffassung. Mindestens kennen wir zum heutigen Zeitpunkt die Antwort oder die Vorlage zum zweiten Paket noch nicht. Solange möchten wir uns noch nicht abschliessend äussern. Aber zum Steuerpaket noch ein Gedanke aus unserer Sicht. Stefani Gisler sagt, dass wegen dieses Pakets Steuererhöhungen vorgesehen werden müssen und das der Regierungsrat auch in seiner Antwort sagt. Das interpretiert der Votant anders. Der Regierungsrat sagt, dass allenfalls wegen des NFA eine Steuererhöhung notwendig sei. Und das ist nicht eine Feststellung, welche die AF gemacht hat, sondern auch viele im Lager der Bürgerlichen wie auch Beat Villiger selbst haben schon immer gesagt, dass wenn der NFA kommt, wir wahrscheinlich nicht darum herum kommen werden, eine Steuererhöhung im Kanton Zug zu beschliessen. Zum Steuerpaket stellt sich ja die Frage, ob der vorgesehene Verzicht auf Steuereinnahmen für den Kanton und vor allem den Bund verkraftbar sind. Er muss verkraftbar sein. Die Mindereinnahmen bei den Kantonen ab 2009 belaufen sich auf ein bis drei Prozent. Von den Gegnern werden da immer wieder ganz andere Grössen aufgetischt. Seit Jahren steigen nämlich Steuern und Abgaben und damit die Ausgaben bei Bund und Kantonen. Eine gezielte Reduktion muss heute möglich sein. Die Kantone haben in den Familien- und Ehepaarbesteuerungen weiterhin einen beträchtlichen Handlungsspielraum. Und die Übergangsfrist von fünf Jahren zur Einführung der Neuerungen auf kantonaler Ebene bietet genügend Zeit. Das Steuerpaket bietet einen Ansatz, um den Staat zu verpflichten, seine Mittel zu überprüfen und nach klaren Prioritäten einzusetzen. Aus Sicht Beat Villigers bietet das Steuerpaket viel mehr Chancen als Risiken für Bund, Kantone und Gemeinden. Dies gilt auch für unseren Kanton.

Bruno **Pezzatti** hält ein Votum, das Andreas Hotz vorbereitete. Leider ist dieser heute Nachmittag anderweitig verpflichtet. – Zunächst aber eine Feststellung zu Stefan Gisler. Der Kreis der Befürworter wird selbstverständlich nicht kleiner, sondern im Gegenteil immer grösser.
Einmal mehr benutzt die AF das Mittel der Interpellation, um in einen laufenden Abstimmungskampf einzugreifen und mediales Echo zu gewinnen. Dies allein ist fragwürdig und nicht im Sinn und Geist des Interpellationsrechts. Zumal dann, wenn wie gehabt der Regierungsrat die gestellten Fragen bereits beantwortet und zur Sache klar Stellung bezogen hat. Ebenso hat sich auch unser Rat mehr als mehr als deutlich gegen die Ergreifung des Kantonsreferendums ausgesprochen. Allein die Tatsache, dass die Interpellantin in ihrer Eingabe die sonst von ihr nicht gerade hochgehaltene, meistverbreitete Boulevard-Presse und die Sonntagszeitung zitiert, zeigt in aller Deutlichkeit auf, was mit der Interpellation in Tat und Wahrheit beabsichtigt wird: Auf jeden Fall keine seriöse Auseinandersetzung mit dem gesamtschweizerischen Finanzhaushalt.
Der Ausgleich der kalten Progression, der in Bundesbern – zugegebenermassen – mit wenig Gelassenheit und Souveränität angegangen wurde, ändert an dieser Feststellung nichts. Darum nicht, weil der Ausgleich der kalten Progression nichts anderes als ein ordentlicher, bis anhin völlig unbestrittener und ca. alle sieben Jahre sich wiederholender Prozess ist. Der Ausgleich der kalten Progression hat zudem nichts aber auch gar nichts mit dem zwingend notwendigen Steuerpaket zu tun. Mit der Frage nach den Konsequenzen des Ausgleichs der kalten Progression nimmt die Interpellantin eine weitere, tendenziöse Möglichkeit wahr, um gegen das Steuerpaket eine Breitseite loszulassen und die Bevölkerung bzw. die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, zu verunsichern. Dabei zitiert sie mit Herzenslust einige bürgerliche Regierungsvertreter, die vorwiegend aus Bergkantonen kommen, welche, völlig uneigennützig natürlich, sich gegen das Steuerpaket aussprechen. Dabei ist mehr als offensichtlich, dass diese Vertreterinnen und Vertreter nichts anderes wollen, als ihre eigenen Pfründe zu sichern und sich insbesondere schwer tun, ihre Hausaufgaben zu erledigen.
Dabei zeigt sich klar, dass es in unserem Land höchste Zeit ist für eine fiskalpolitische Wende. Dies, nachdem in den vergangenen zehn Jahren in der Schweiz die Fiskalquote, also die Steuern und Abgaben in Prozenten des Bruttoinlandprodukts, von 26,9 auf 31,3 % kletterten. Dieser Anstieg ist im internationalen Vergleich weltrekordverdächtig und muss allein schon zu grosser Besorgnis Anlass geben. Dabei sind jedoch Gebühren für Kehrichtabfuhr, Radio/Fernsehen, sämtliche Zwangsabgaben an Einrichtungen wie Krankenversicherung, Unfallversicherung, Familienausgleichskasse, Pensionskasse, etc. noch nicht einmal berücksichtigt. Zählt man auch diese der Wirtschaft ebenfalls entzogenen Gelder der Fiskalquote dazu, wächst dieselbe auf sagenhafte 50 % des BIP.
Viele Gründe sprechen für die Annahme des Steuerpakets. Entscheidend ist jedoch vor allem die Einsicht, dass unser Staatsapparat wieder schlanker werden muss und sich die öffentliche Hand auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren hat. Dadurch erhält die Wirtschaft automatisch und zwingend notwendigen Schub und für Familien, Wohneigentümer und Mieterinnen und Mieter präsentieren sich neue, attraktive Perspektiven.
Wenn die Alternativen tatsächlich am finanziellen Wohl des Kantonshaushaltes interessiert wären, würden sie umgehend auf ihre Initiative für die Krankenkassenprämienverbilligung verzichten. Bei Gutheissung dieser Initiative entstehen nämlich dem

Kanton Zug im Maximalfall Zusatzkosten von rund 7 bis 11 Mio. Franken, ohne dass gleichzeitig der soziale Wohlstand im Kanton Zug massgeblich, wenn überhaupt, verbessert würde. Auch die Interpellation von Alois Gössi zielt im Grundsatz auf nichts anderes hin, als das am 16. Mai 2004 zur Abstimmung gelangende Steuerpaket zur torpedieren.
Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass jede Sparmassnahme der öffentlichen Hand auf irgendeiner Ebene Auswirkungen hat. Beim ersten Entlastungsprogramm 2003 des Bundes werden diese Auswirkungen vor allem beim Bund direkt zu spüren sein. Dies kann und darf jedoch nicht die entscheidende Frage sein. Vielmehr ist angesichts der in den letzten zehn Jahren weit überdurchschnittlich angestiegenen Staatsausgaben die Grundsatzfrage zu stellen, welche Kernaufgaben der Staat und seine Institutionen zwingend zu erfüllen haben. Tatsache ist, dass unser Staatsapparat in den vergangenen Jahren massiv Speck angesetzt hat und in Lethargie zu ersticken droht. Wenn dem Staat nicht sofort eine effiziente Abmagerungskur verschrieben wird, droht die Gefahr, dass sein Hunger nicht mehr befriedigt werden kann. Die Schweiz muss sich in diesem Zusammenhang nicht unbedingt an das Beispiel von Deutschland halten.
Das Entlastungsprogramm 2003, das Steuerpaket vom 16. Mai 2004, das in Bearbeitung stehende Entlastungsprogramm 2004 und die zu erwartende Unternehmenssteuerreform II sind erste, wichtige Schritte zur Gesundung unserer Finanzhaushalte. Vor allem sind es jedoch Schritte zur Belebung der Wirtschaft, zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zur Förderung von Selbstverantwortung und Masshaltung und vor allem auch zur Stärkung unserer sozialen Einrichtungen.
Die Antworten des Regierungsrats zu den Interpellationen der AF und von Alois Gössi zeigen mathematisch korrekt die pessimistisch, teilweise spekulativ hochgerechneten Ausfälle auf den verschiedenen Ebenen. Diese Zahlen werden jedoch nicht in einen Gesamtrahmen gestellt, welcher aufzeigen würde, dass wir immer von Einsparungen sprechen, die sich in aller Regel in tiefem, einstelligem Prozentbereich bewegen. Die Antworten der Regierung zeugen nicht von allzu grossem Zukunftsglauben und Kämpfertum, sondern sie lassen vielmehr zwischen den Zeilen durchschimmern, dass man möglichst kein Risiko eingehen oder sich anderswie die Hände mit etwas einschneidenden Massnahmen verbrennen will. In diesem Zusammenhang enttäuscht auch, dass sich der Gesamtregierungsrat im Abstimmungskampf für den 16. Mai 2004 überhaupt nicht engagiert. Dies, nachdem sich unser Parlament in aller Deutlichkeit gegen die Ergreifung des Kantonsreferendums und somit für das Steuerpaket ausgesprochen hat. Auch so kann natürlich das Verhältnis Parlament/Exekutive interpretiert werden.
Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die zur Zeit in Diskussion stehenden Spar- und Steuerpakete und damit auch der Ausgleich der kalten Progression, für unseren Kanton gestaffelt auf einige Jahre ein paar Millionen Mindereinnahmen bringen werden. Hingegen werden unsere staatlichen Einrichtungen nicht in den Grundfesten erschüttert oder gar gefährdet. Dafür geben diese Sparmassnahmen der Wirtschaft neue Impulse und schlussendlich auch die Kraft für Innovationen und Durchhaltevermögen.

Martin B. **Lehmann** hält fest, dass das unseriöse und panikartige Vorgehen von Bundesrat und Parlament in Bezug auf den Ausgleich der kalten Progression, welches schlussendlich in einem Dringlichkeitsverfahren durchgepaukt wurde, ange-

sichts des völlig überladenen und einseitigen Steuerpakets eigentlich gar nicht mehr wirklich überraschen kann. Einerseits werden der öffentlichen Hand jährlich über vier Milliarden Steuersubstrat entzogen, und andererseits hüten sich Bundesrat wie auch die Urheber dieser Mogelpackung wohlweislich vor dem Hinweis, welche Leistungen reduziert resp. teuerer werden sollen. Denn ganz offensichtlich sind Kantone und Gemeinden, welche über 2,5 Milliarden Franken verlieren werden, zu äusserst schmerzhaften Sparprogrammen gezwungen. Die Konsequenzen sind abzusehen: Grössere Schulklassen, Qualitätseinbussen beim Unterricht, schlechtere Sozialleistungen, Stilllegung von Bahn- und Buslinien, weniger Polizeikräfte etc.. Und ebenfalls sattsam bekannt ist die Tatsache, dass der überwiegende Anteil der Steuererleichterungen den hohen und höchsten Einkommen zugute kommen wird, und dass Mieterinnen und Mieter, unverheiratete Paare mit oder ohne Kinder und Eigentümer kleinerer Liegenschaften eindeutig zu den Verlierern zählen werden. Und da der breite Mittelstand vom Steuerpaket links liegen gelassen wird, wird er auch keinesfalls in der Lage sein, den Binnenmarkt anzukurbeln, wie uns dies die Befürworter gebetsmühlenartig vorpredigen wollen.
Der Votant kann nur nochmals seiner Verwunderung Ausdruck verleihen, wieso dass bürgerliche Politikerinnen und Politiker Sturm laufen gegen die NFA-Mehrbelastungen von etwa 110 Mio. Franken, die Mindereinnahmen von über 35 Mio. Franken des Steuerpakets aber ohne mit der Wimper zu zucken hinnehmen. Ebenso wenig überzeugt die finanzpolitisch nicht nachvollziehbare Haltung der Zuger Regierung, welche sich hinter das Steuerpaket stellt. Eine beinahe schon realsatirische Würze lieferte unsere Regierung, als sie kürzlich die Mitarbeit im Zuger Pro-Komitee mit dem Hinweis auf die «grossen Auswirkungen des Steuerpakets auf die Zuger Finanzen» ausschlug. Und in diesem Zusammenhang noch unverständlicher erscheint das Nein dieses Parlaments zu 4 Mio. mehr Verbilligung der Krankenkassenprämien. Martin B. Lehmann ist selbstverständlich nicht per se gegen Steuererleichterungen. Diese müssen aber gezielt und massvoll sein, und können nur in Zeiten erfolgen, in denen der Staat auch über genügend Mittel verfügt. Die voraussehbaren Folgen des Steuerpakets sind so verheerend, dass der Bundesrat schon im voraus angekündigt hat, die gefährlichsten davon im Falle einer Annahme zu entschärfen. Soll das Volk wirklich ja zu einem Vorhaben sagen, das sofort eine Korrektur erfordert?

➔ Die beiden Geschäfte sind erledigt.

392 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 27. Mai 2004.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

30. SITZUNG: DONNERSTAG, 27. MAI 2004

8.30 – 12.20 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

393 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern.

Abwesend sind: Werner Villiger und Eusebius Spescha, beide Zug; Konrad Studerus, Menzingen; Silvan Hotz und Beat Villiger, beide Baar; René Bär und Erwina Winiger Jutz, beide Cham; Gregor Kupper, Neuheim.

394 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29. April 2004.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Änderung des Gesetzes über die kantonalen Schulen (Entwicklung der Diplommittelschule zur Fachmittelschule).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1232.1/.2 – 11476/77).

3.2. Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Kleine Revision).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1233.1/.2 – 11478/79).

4. Gültigkeit der Ersatzwahl eines Mitglieds des Kantonsgerichts.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1230.1 – 11472).
5. Gesetzesinitiativen

5.1. für eine bedarfsgerechte und soziale Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung im Kanton Zug (ohne Gegenvorschlag) und

5.2. für eine flexible Administration bei der Durchführung der Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung und eine schnellere Auszahlung der Gelder mit folgendem Gegenvorschlag: Änderung des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung.
2. Lesungen (Nr. 1183.6 – 11453).

6.1. Kantonsratsbeschluss zur Erprobung der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget «Pragma».
2. Lesung (Nr. 1140.6 – 11468).

6.2. Wahl der Begleitkommission «Pragma».

7. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Verpflichtungskredit «Beiträge an die Sanierung, Vergrösserung und Erstellung von Jauchegruben» mit Zusatzkredit «Beiträge an Hofdüngeranlagen».
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1227.1 – 11459) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1227.2 – 11470).

Behandlung der Geschäfte, die für die Sitzung vom 29. April 2004 traktandiert waren, aber nicht behandelt worden sind:

8. Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz und Maja Dübendorfer Christen betreffend geplante «Regionale Stundentafel 2005» auf der Primarstufe (Nr. 1220.1 –11434).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1220.2 – 11455).

9.1. Motion von Toni Kleimann betreffend Einführung einer Schifffahrtssteuer (Nr. 7797).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1225.1 – 11448).

9.2. Motion von Peter Rust betreffend Seerettungsdienst Zugersee und Ägerisee (Nr. 991.1 – 10794).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 991.2 – 11447).

9.3. Interpellation von Josef Zeberg betreffend ungenügende Kontrollen von Booten auf dem Zugersee (Nr. 1115.1 – 11146).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1115.2 – 11441).

10. Interpellation von Erwina Winiger Jutz, Martin Stuber und Lilian Hurschler-Baumgartner betreffend Stand der Luftreinhaltung und weiterer Handlungsbedarf (Nr. 1152.1 – 11242).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1152.2 – 11445).

11. Interpellation von Hans Peter Schlumpf, Karl Rust und Werner Villiger betreffend langfristige Sicherstellung der Kiesversorgung im Kanton Zug (Nr. 1153.1 – 11244).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1153.2 – 11442).

12. Interpellation von René Bär betreffend Einhaltung gesetzlicher Vorgaben (Nr. 1159.1 – 11263).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1159.2 – 11450).

13. Interpellation von Markus Jans betreffend Stand der sozialen Integration von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Zug (Nr. 1189.1 – 11331).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1189.2 – 11449).

---

14. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zum Konkordat vom 25. Juni 2003 über Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeischule Hitzkirch.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1182.1/.2 – 11311/12), der Kommission (Nr. 1182.3 – 11461) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1182.4 – 11469).
15. Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Flexibilisierung bei der Leitung der Staatskanzlei und der Delegation von Kompetenzen).
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1205.1/.2 – 11385/86) und der Kommission (Nr. 1205.3 – 11471).
16. Interpellation der Alternativen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Übernahme der Parkhauskosten durch den Kanton während den Kantonsrats- und Kommissionssitzungen (Nr. 1187.1 – 11327).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1187.2 – 11460).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Ziff. 12 der Traktandenliste (Interpellation René Bär) auf Grund eines kurzen Spitalaufenthalts des Interpellanten abgesetzt und auf die nächste Traktandenliste verschoben wird. Der Kantonsratspräsident wünscht ihm gute Besserung.
Traktandum 2 entfällt, da keine Vorstösse eingegangen sind.

395 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 29. April 2004 werden genehmigt.

396 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE KANTONALEN SCHULEN (ENTWICKLUNG DER DIPLOMMITELSCHULE ZUR FACHMITTELSCHULE)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1232.1/.2 – 11476/77).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 11-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Rosemarie Fähndrich Burger, Steinhausen, ***Präsidentin***	***AF***
1.	Rosemarie Fähndrich Burger, Neudorfstrasse 2, 6312 Steinhausen	AF
2.	Markus Grüring, Grossmattstrasse 9, 6314 Unterägeri	FDP
3.	Silvan Hotz, Chlingenstrasse 23, 6340 Baar	CVP
4.	Malaika Hug, Flurstrasse 14, 6340 Baar	SP
5.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP

6.	Kathrin Kündig, Sterenweg 4, 6300 Zug	CVP
7.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
8.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
9.	Thomas Villiger, Goldhäusern, 6331 Hünenberg	SVP
10.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
11.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

397 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN (KLEINE REVISION)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1233.1/.2 – 11478/79).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Heini Schmid, Baar, ***Präsident***	***CVP***
1.	Rudolf Balsiger, Bruder-Klaus-Weg 5, 6317 Oberwil	FDP
2.	Ursula Bieri, Bahnhof-Park 5, 6340 Baar	CVP
3.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
4.	Michel Ebinger, Lindenmatt 1, 6343 Rotkreuz	FDP
5.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
6.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
7.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
8.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
9.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
10.	Stephan Schleiss, Bahnhofstrasse 36, 6312 Steinhausen	SVP
11.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
12.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
13.	Konrad Studerus, Kreuzrain 2, 6313 Edlibach	CVP
14.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
15.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

398 GÜLTIGKEIT DER ERSATZWAHL EINES MITGLIEDS DES KANTONSGERICHTS

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1230.1 – 11472).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass durch den Übertritt von Iris Studer-Milz vom Kantonsgericht ins Obergericht ein neues Mitglied des Kantonsgerichts zu wählen ist. Es handelt sich im vorliegenden Ersatzwahlverfahren um die Gültigerklärung einer

Wahl ohne Wahlgang, somit von stillen Wahlen. Der Kantonsrat muss gemäss Gesetz feststellen, dass diese stille Wahl in rechtlich einwandfreier Form stattfand. Diese Gültigerklärung erfolgt nicht geheim und somit nicht schriftlich. Ohne Gegenantrag ist die Ersatzwahl von Daniela **Thiel** stillschweigend für gültig erklärt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Der Kantonsratspräsident hält fest, dass das neue Mitglied des Kantonsgerichts somit für den Rest der Amtsperiode 2001-2006 ab 1. Juni 2004 definitiv gewählt ist. Wir wünschen Daniela Thiel viel Erfolg bei dieser fachlich und menschlich sehr anspruchsvollen Tätigkeit.

399 GESETZESINITIATIVEN
– FÜR EINE BEDARFSGERECHTE UND SOZIALE PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG IM KANTON ZUG (ohne Gegenvorschlag)
– FÜR EINE FLEXIBLE ADMINISTRATION BEI DER DURCHFÜHRUNG DER PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG UND EINE SCHNELLERE AUSZAHLUNG DER GELDER mit folgendem Gegenvorschlag: ÄNDERUNG DES GESETZES BETREFFEND INDIVIDUELLE PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 25. März 2004 (Ziff. 371) ist in der Vorlage Nr. 1183.6 – 11453 enthalten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zuerst die Schlussabstimmung über die Systeminitiative stattfindet.

➔ Der Rat lehnt die Systeminitiative in der *Schlussabstimmung* mit 56 : 15 Stimmen ab.

Der Kantonsratspräsident weist darauf hin, dass nun die Durchführungsinitiative dem bereinigten Gegenvorschlag (Vorlage Nr. 1183.6 – 11453) gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat lehnt die Durchführungsinitiative mit 56 : 15 Stimmen ab und heisst damit den Gegenvorschlag gut.

Peter Rust hält fest, dass nun noch die Schlussabstimmung zum Gegenvorschlag stattfindet. Diese ist nötig, weil bis anhin der Gegenvorschlag nur immer als Gegenüberstellung zur Durchführungsinitiative zur Abstimmung gelangte, jedoch nie für sich allein. Mit der separaten Schlussabstimmung bezüglich Gegenvorschlag ist rechtlich die Möglichkeit einzuräumen, nicht nur zu den beiden Initiativen nein zu

sagen, sondern neben den beiden Initiativen auch noch den Gegenvorschlag zu verwerfen. Dies betrifft allenfalls Ratmitglieder, die eine Nulllösung wollen oder allenfalls Befürwortende der Initiative, die den Gegenvorschlag als ungeeignet ablehnen.

➔ Der Rat stimmt dem Gegenvorschlag in der *Schlussabstimmung* mit 65 : 2 Stimmen zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Regierungsrat, die vorberatende Kommission und die Stawiko den Antrag stellen, die erheblich erklärte Motion von Christoph Hohler betreffend stärkere Verbilligung von Krankenkassenprämien (Vorlage Nr. 702.1 – 9943) sei als erledigt abzuschreiben. Die Kommissionsminderheit hingegen stellt den Antrag (vgl. Vorlage Nr. 1183.5 – 11437), diese Motion noch nicht als erledigt zu betrachten und demzufolge nicht abzuschreiben.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** erinnert daran, dass bereits im Kommissonsminderheits-Bericht Andrea Erni und sie darauf hingewiesen haben, dass wir nicht damit einverstanden sind, die Motion von Christoph Hohler abzuschreiben. Die AF unterstützt den Antrag der Kommissionsminderheit auf Nichtabschreiben der Motion und zwar aus folgenden Überlegungen:
1. Die Motion fordert eine Ausschöpfung von 70 % der Bundessubventionen. Diese Forderung wurde noch nicht erfüllt und nach Aussagen des zuständigen Regierungsrats in der Presse wird sie auch im kommenden Jahr nicht erfüllt werden. Der Regierungsrat lehnt verbindliche Vorgaben ab, weil diese zu wenig auf lokale Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Als wären die lokalen Gegebenheiten im Kanton Zug dermassen besser als in der übrigen Schweiz. Die Krankenkassenprämien sind auch im Kanton Zug zu einer grossen Belastung fürs Haushaltsbudget geworden. Und auch wenn wir hier tatsächlich hohe Kinderzulagen haben; so sind sie natürlich nicht hoch genug, um die grosse finanzielle Belastung, verursacht durch die ständig steigenden Krankenkassenprämien, aufzufangen. Das ist ja auch nicht der Sinn dieser Zulage. Unsere Krankenkassenprämien liegen tatsächlich etwas tiefer als in vielen anderen Kantonen; dafür sind unsere Mietkosten um einiges höher als in der übrigen Schweiz. Eine effiziente Prämienverbilligung für Haushalte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen ist auch im Kanton Zug dringend nötig, um Familien nicht in die Armut zu treiben.
2. Wie Sie unserer Interpellation entnehmen konnten, sieht die Vernehmlassungsvorlage 1 C Prämienverbilligung vor, es auch in Zukunft den Kantonen frei zu stellen, wie viel Prozent der Bundessubventionen sie beim Bund ausschöpfen wollen. Allerdings empfiehlt sie den Kantonen, den Bezug von 100 % der Bundesbeiträge für die Prämienverbilligung abzuholen; allerdings ist dies eben nur eine Empfehlung. Dies bedeutet, dass es dem Kanton Zug weiterhin frei steht, wie viel Prozent er beim Bund ausschöpft. Dass er dabei weiterhin die finanziellen Überlegungen höher gewichten wird, als die sozialpolitischen, liegt auf der Hand. Wir Linken können diese Praxis auf keinen Fall unterstützen, denn es trifft genau diejenigen, die diese IPV-Gelder dringend brauchen.

3. Die bisherige Prämienverbilligungsdebatte hat aufgezeigt, dass die bürgerliche Mehrheit von der zugerischen Praxis sehr überzeugt ist, obwohl wir in der Debatte nun bereits mehrmals auf erhebliche Mängel hingewiesen haben. Ein Mangel sieht der Regierungsrat selbst. So schreibt er In der Antwort auf die Motion Hohler, dass der Prozentsatz keinen grösseren Schwankungen von Jahr zu Jahr unterliegen sollte, denn Ausschläge nach oben oder unten hätten die unerwünschte Wirkung, dass Personen bei gleich bleibendem Einkommen und Vermögen in einem Jahr Prämienverbilligung erhalten, im anderen dagegen nicht. Hier sei aus sozialen Gründen Stabilität gefragt. Aber dieses Ziel ist überhaupt nicht erreicht, der Prozentsatz ist nach wie vor grossen Schwankungen ausgesetzt, Schwankungen von 4,8 bis 7,5 %.
Aus all diesen Überlegungen wird klar, dass es keinen Grund gibt, diese Motion bereits heute abzuschreiben. Die Votantin bittet den Rat, den Antrag der Kommissionsminderheit zu unterstützen.

➔ Der Rat beschliesst mit 56 : 15 Stimmen, die Motion Hohler abzuschreiben.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat die Volksabstimmung zu diesen beiden Initiativen auf Sonntag, 26. September 2004, festgesetzt hat, zusammen mit eidgenössischen Abstimmungen.

400 KANTONSRATSBESCHLUSS ZUR ERPROBUNG DER VERWALTUNGSFÜHRUNG MIT LEISTUNGSAUFTRAG UND GLOBALBUDGET «PRAGMA»

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 29. April 2004 (Ziff. 390) ist in der Vorlage Nr. 1140.6 – 11468 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 62 : 6 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat den Antrag stellt, die erheblich erklärte Motion von Karl Rust und Hans Peter Schlumpf (Vorlage Nr. 744.1 – 10078) betreffend Strategie für die Einführung einer Wirkungsorientierten Zuger Verwaltungsführung (WVZ) sei als erledigt abzuschreiben. Ohne Gegenantrag ist dieser Antrag stillschweigend gutgeheissen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Peter Rust hält fest, dass mit dem soeben verabschiedeten Kantonsratsbeschluss während der Pilotphase auch eine ständige Begleitkommission beschlossen wurde. Die vorberatende Kommission aus 15 Mitgliedern wird als neue Begleitkommission gewählt, jedoch erst mit Wirkung ab Inkrafttreten des neuen Beschlusses am 1. Januar 2005. Es handelt sich um:

Werner Villiger, Zug, ***Präsident*** ***SVP***

1.	Manuel Aeschbacher, Flurstrasse 57, 6332 Hagendorn	SVP
2.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
3.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
4.	Andrea Erni, Bannstrasse 3, 6312 Steinhausen	SP
5.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
6.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
7.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
8.	Karl Rust, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
9.	Hans Peter Schlumpf, Keltenweg 26, 6312 Steinhausen	FDP
10.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
11.	Louis Suter, Holzhäusernstrasse 2, 6331 Hünenberg	CVP
12.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
13.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
14.	Berty Zeiter, Ägeristrasse 34, 6340 Baar	AF
15.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

➔ Der Rat ist einverstanden.

401 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG BETREFFEND DES VERPFLICHTUNGSKREDITS «BEITRÄGE AN DIE SANIERUNG, VERGRÖSSERUNG UND ERSTELLUNG VON JAUCHEGRUBEN» MIT ZUSATZKREDIT «BEITRÄGE AN HOFDÜNGERANLAGEN»

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1227.1 – 11459) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1227.2 – 11470).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

402 INTERPELLATION VON ANNA LUSTENBERGER-SEITZ UND MAJA DÜBENDORFER CHRISTEN BETREFFEND GEPLANTE «REGIONALE STUNDENTAFEL 2005» AUF DER PRIMARSTUFE

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1220.2 – 11455).

Anna **Lustenberger-Seitz**: Monsieur le président, dear members of the council of the Kanton Zug, liebe Kolleginnen, liäbi Kollegä .... Es könnte ja eine Vision sein, dass in einigen Jahren der Präsident oder die Präsidentin jeweils entscheiden darf, in welcher Sprache die Debatte geführt wird. Für heute bleibt die Votantin beim Schuldeutsch, der Sprache, die sie am besten gelernt hat. Sie bedankt sich bei der Regierung, insbesondere bei der Bildungsdirektion und bei Bildungsdirektor Matthias Michel für die rasche und ausführliche Beantwortung der Interpellation. – Wir haben sicher ein erstes Ziel erreicht, nämlich das Parlament, aber auch die Bevölkerung auf diese doch sehr einschneidende Umstrukturierung der Stundentafel aufmerksam zu machen. Die Bildungsdirektion hat sehr schnell und offensiv auf unsere Interpellation reagiert; sie macht nun vehement Öffentlichkeitsarbeit für das Vorhaben neue Stundentafel. Mit der Diskussion heute im Parlament tragen wir alle dazu bei, dass über dieses wichtige Thema gesprochen wird. Anna Lustenberger möchte sich in ihrem Votum vor allem auf die Einleitung der Interpellations-Beantwortung konzentrieren. Maja Dübendorfer wird zu den einzelnen Antworten auf unsere Fragen Stellung nehmen.
Die Beantwortung durch die Regierung ist sehr umfassend ausgefallen. Vor allem das Thema Fremdsprachen in der Primarschule wird ausführlich behandelt. Die Antwort zeigt aber klar – man redet lieber über die steigende Bedeutung der Fremdsprachen und weniger über den schleichenden Abbau der handwerklichen und musischen Fächer. Auch diese Fächer haben sich in den vergangenen Jahren sehr stark weiterentwickelt; sie halten mit den heutigen Realitäten Schritt. Immerhin wird bei den Antworten auf unsere Fragen die Wertschätzung für die musischen und handwerklichen Fächer betont. Und die Regierung signalisiert, dass der Kanton Zug im Vergleich zur Zentralschweiz, ja sogar zur Schweiz, mit den Lektionen für handwerkliches Gestalten hoch liegt. Kurz gesagt, man versteht die Opposition dieser Lehrpersonengruppe nicht – und trotzdem – die Zahl der Unterrichtsstunden der Werkfächer nimmt seit Jahren stetig ab, und es wird vermutlich nicht das letzte Mal sein.
Die Votantin versteht, dass die Schweiz im Bereich des Fremdsprachenunterrichts konkurrenzfähig bleiben will. Da sind gemeinsame Bestrebungen im Gang. Man möchte mit den Zielen des europäischen Sprachenportfolios mithalten. Gemäss diesen sollte ein Kind nach drei bis vier Jahren Sprachunterricht auf der Primarschulstufe in der gelernten Fremdsprache gebräuchliche Sätze und wichtige Wörter verstehen und kurze, einfache Text lesen, einfache Sätze sprechen, kurze Text schreiben können. Ein realistisches Ziel, wenn für das Fach genügend Zeit aufgewendet wird und die Rahmenbedingungen stimmen – und vor allem, wenn es bei der einen Fremdsprache neben Hochdeutsch bleibt.
Die Bildungsdirektion schreibt, dass die Kinder die Standardsprache Deutsch im Unterricht problemlos übernehmen und spielerisch lernen. Wir lernen sie – aber nicht korrekt; Hochdeutsch ist und bleibt für uns eine Fremdsprache, auch wenn sie nicht mit den andern beiden Fremdsprachen zu vergleichen ist. Das Paradebeispiel dazu erleben wir jeden Monat live in unserem Kantonsratssaal. Wir halten uns krampfhaft

an unsere geschriebenen Voten. Probieren wir frei hochdeutsch zu formulieren, kommen viele von uns schnell ins Stottern. Und in 20 Jahren wird es nicht anders sein – sogar eher schlimmer, wenn nicht nach den Hauptgründen für die Verschlechterung des Deutsch gesucht wird. Zudem ist vor allem das geschriebene Deutsch eine immer grösser werdende Knacknuss für unsere Kinder. Das «Aufsatzbeispiel», welches ausgeteilt wurde, entspricht der heutigen Realität – leider. Die Befürchtung, dass drei Sprachen nebeneinander für einen sehr grossen Teil der Kinder eine Überforderung darstellen, ist sehr berechtigt.

Einige Gedanken zu den bisherigen Vorbereitungen im Kanton Zug. Die Bildungsdirektion beruft sich auf die Vernehmlassung Januar 2001, bei welcher es um ein Grobkonzept Englisch auf der Primarschulstufe ging. Diese fiel grossmehrheitlich positiv aus. Trotzdem, Stimmen mit Bedenken wurden schon damals laut, etwa mit einer Interpellation von alt Kantonsrat Jost Arnold zum gleichen Thema. Vor allem wollte Jost Arnold damals schon wissen, ob beim Fach Werken oder bei anderen musischen Bereichen abgebaut werde. Und die Antwort auf diese Frage war alles andere als klar und sehr ausweichend. Erst jetzt sind die Fakten richtig auf dem Tisch, jetzt weiss man, wo ab- und wo ausgebaut wird. Da ist es mehr als verständlich, dass die Bedenken auch erst jetzt richtig zum Ausdruck kommen und opponiert wird.

Zur neuen Zuger Stundentafel: Als Schulkommissionsmitglied für Textiles Gestalten und Hauwirtschaft sieht Anna Lustenberger bei ihren Besuchen in diese Stunden hinein. Sie kann sich nicht vorstellen, wie überhaupt in den zukünftig verbleibenden zwei Lektionen während eines halben Jahres noch ein vernünftiges Produkt entstehen kann, wenn zum Beispiel mit der Nähmaschine gearbeitet wird. Kaum wird diese hervor genommen, geht es wieder ans Aufräumen. Genau in diesen Klassen, wo all das vorher Gelernte so richtig angewendet werden kann, soll der Abbau stattfinden. Es wird für diese Lehrerinnen schwierig werden, das Fach noch so zu unterrichten, dass verschiedene vorgegebene Ziele überhaupt erreicht werden können. Fachlehrerinnen für das Textile Werken sind keine soziokulturellen Animatorinnen – das Fach Handwerkliches Gestalten ist kein Bastelclub – es muss genau so ernst genommen werden wie die anderen Fächer.

Diesen Sommer verlassen wieder elf topmotivierte Frauen als Fachlehrerin für Handwerkliches Gestalten und Hauswirtschaft das Seminar Heiligkreuz. Auch die nächsten zwei Jahre wird dies noch der Fall sein. Sie erleben aber nun mit, wie die handwerklichen Fächer immer mehr und mehr an Gewicht verlieren, wie immer mehr und mehr Stunden abgebaut werden. Wenn sich bei diesen Frauen jetzt Unsicherheit in Bezug auf ihr Berufsleben zeigt, ist dies mehr als verständlich. Die Frage, werden wir in ein paar Jahren noch gebraucht, ist sehr berechtigt. Und warum haben diese letzten Klassen keine Möglichkeit erhalten, sich ein zusätzliches Sprachdiplom zu erwerben, damit sie auch Englisch unterrichten könnten? Lieber Matthias, Du verstehst es sicher, auf Deine Rede an der Diplomfeier der betreffenden Klasse, in welcher auch die Tochter der Votantin dabei ist, ist sie sehr gespannt.

In vielen Kantonen wehren sich Lehrpersonen gegen die neue geplante Stundentafel. Der Regierungsrat benutzt dazu den Begriff «Glaubenskrieg». Dies stimmt insofern, als viele Gruppierungen wirklich viel Energie aufwenden, um auf all die problematischen Punkte hinzuweisen, welche diese einschneidenden Veränderungen in der Schule mit sich bringen. Auch die Zuger IG ganzheitliche Bildung ist aus verschiedenen Gründen gegen das Modell 3/5 und zieht das Modell 3/7 vor, mit Englisch ab der 3. Primarklasse. Natürlich, man könnte auch Französisch, eine Landes-

sprache vorziehen. Anna Lustenberger persönlich gefällt diese Sprache besser. Nicht so einem grossen Teil der Kinder und Erwachsenen. Englisch wird favorisiert, auch von der Wirtschaft, denn diese Sprache wird gebraucht und fast überall auf der Welt verstanden. Die Stundentafel der Primarschule ist aber mit drei Sprachfächern einseitig überladen. Und viele Eltern, viele Lehrpersonen, viele Zugerinnen und Zuger empfinden genau so. Die IG ganzheitliche Bildung wird daher noch diesen Sommer eine Volksinitiative lancieren. Eine Initiative für nur eine Fremdsprache, Englisch, auf der Primarschulstufe; und damit für den Erhalt der handwerklichen und musischen Fächer im jetzigen Ausmass.
Noch ein letzter Gedanke: Unsere Kinder werden in der Schule immer mehr und mehr fürs Erwerbsleben vorbereitet. Dabei verbringen wir viel mehr Zeit im sogenannten Nicht-Erwerbsleben, also in der Freizeit, in der Familie, zu Hause. Daher ist doch eine ganzheitliche Bildung von zentraler Bedeutung. Ein einseitiger Unterricht bringt aber nie einen ganzheitlich gebildeten Menschen hervor, welcher im Erwerbsleben wie im Nicht-Erwerbsleben als belastbare Person bestehen kann.

Maja **Dübendorfer Christen** erinnert das Tempo der Beantwortung an die Eile, mit der die neue Stundentafel eingeführt wird. Und sie sagt «wird», weil die Vernehmlassung auf den Entscheid des Erziehungsrats keinen Einfluss mehr hat. Als Mitglied der Baarer Hauswirtschafts- und Handarbeitskommission wurde sie zwangsläufig mit diesem Thema konfrontiert, weil mit der Einführung von Englisch und der Verstärkung von Französisch „ihr" Fach betroffen ist. Ganz wichtig ist aber: Die Einführung von Englisch auf der Mittelstufe ist eine sehr gute Sache. Unsere Kids wachsen mit der englischen Sprache auf, die Kids gehen übers Weekend boarden, biken, bladen, dancen und fooden. Es ist super, wenn alle die Chance erhalten, diese international und national wichtige Fremdsprache zu erlernen, ohne zu früh mit einer weiteren gefordert zu werden.
Nun zu den Antworten auf unsere Fragen. Gleich bei der ersten können wir ja eigentlich gar nichts sagen. Die Anpassung der Stundentafel musste kostenneutral erfolgen, was mit dem Neuverteilen der Lektionen auf dem Papier auch gelungen ist. Leider sind alle weiteren für die Umsetzung zwingend notwendigen Aus- und Weiterbildungen sowie Lehrmittel etc. von dieser Kostenneutralität ausgeschlossen. Was dann auch diese Beträge verursacht. Die Grafik der Stundentafel ist eindrücklich, denn innerhalb der gesamten Stundendotation bewegen sich die Änderungen zwischen 1 bis 4 %. Die Kürzungen z. B. innerhalb vom Handwerklichen Gestalten betragen aber 15 %! Das Handwerkliche Gestalten sei hier das einzige Mal erwähnt, denn es sprechen noch sehr viele gute Gründe für die Versetzung von Französisch auf die 7. Klasse.
Etwas knapp ist die Antwort zur Bedeutung der Hauswirtschaft ausgefallen. Klar wissen auch wir, dass dieses Fach erst auf der Oberstufe unterrichtet wird. Doch wissen wir auch, dass bei einer Einführung vom Model 3/7 ab der 7. Klasse erneut ein Stundenjonglieren stattfinden wird. Darauf hätten wir gerne eine Antwort gehabt, aber wir werden diese sicherlich zum gegebenen Zeitpunkt bekommen. Super hingegen ist die Antwort betreffend der Gewichtung der beiden Fremdsprachen im Selektions- und Übertrittsverfahren, denn genau dies wollten wir hören. Sollten neben einer ausgeglichenen Stundentafel nicht auch die Selektionsfächer ausgeglichen sein? Mehrere Sprachnoten gegenüber je einer Note in den anderen Fächern ist zu einseitig. Genau hier bekommen doch die Kinder, die sprachlich nicht so fit sind, Schwierigkei-

ten. Sie haben zu wenig Chancen, dieses Defizit mit den anderen Fächern auszubügeln. Und dies betrifft auch viele Schülerinnen und Schüler, die mit der Muttersprache Deutsch aufwachsen.
Auch die Frage zum Tempo haben wir dem Regierungsrat gestellt. Die Antwort ist nicht überzeugend. Es stimmt zwar, dass die Einführung von Englisch auf der Primarstufe ein mehrjähriger Prozess war, wenn die Vernehmlassung zur Grundsatzfrage «Englisch ab der 3.Stufe» mitgerechnet wird. Leider musste Maja Dübendorfer erfahren, dass sich dannzumal niemand wirklich Gedanken über das *Wie* gemacht hatte, und viele Antworten ein «Ja, aber...» enthielten. Weiter schreibt die Regierung, dass die Beibehaltung des Französischunterrichts eine kontinuierliche Entwicklung gewähren soll. Das Französisch wird nicht nur beibehalten, es wird massivst ausgebaut. Die Stundenzahl wird erhöht und das Fach wird neu auch für den Übertritt entscheidend sein. Ein grosses Problem, dass dieses Tempo mit sich bringt, wird deutlich anhand des erheblichen und gesamtschweizerischen Widerstands bei der Einführung von Englisch und Französisch auf der Mittelstufe. Die Zustimmung zum Grobkonzept fand nur bei der EDK statt. Fakt ist nun, dass die Kantonalen Lehrerverbände das Modell 3/7 bevorzugen. Einige Beispiele gefällig: Der Kanton Luzern will nun das Modell 3/7; der Kanton Nidwalden gleicht sich Luzern an; Uri hat bereits ein 3/5, neben Englisch ab der 3. und Franz ab der 7. besteht die Möglichkeit, vom Freifach Italienisch ab der 5. Klasse (diese Klasse ist bis heute noch nie zustande gekommen); in Zürich sind mehrere Volksinitiativen hängig, eine will das Modell 3/7; eine Lehrerumfrage in Obwalden hat ein Zustimmung für 3/7 ergeben, der Kanton St. Gallen akzeptiert das Modell 3/5 nicht; und auch der Kanton Schwyz ist mit 3/5 nicht einverstanden. Diese Auflistung ist nicht vollständig (und bereits einen Monat alt). Aber sie zeigt klar, dass falls der Kanton Zug am Modell 3/5 festhält, die Gefahr besteht, dass wir eine kleine 5er-Insel innerhalb der Schweiz werden könnten.
Wie bereits erwähnt, ist Englisch ab der 3. Klasse unbestritten, aber die zweite Landessprache gehört auf die Oberstufe. Wenn dies in der französischen, italienischen, rätoromanischen und deutschen Schweiz gleich unterrichtet wird, dann sitzen wir bald alle gleichzeitig am selben Tisch und unterhalten uns zusammen in Englisch. Ziel der Votantin ist es, dass hier eine gesamtschweizerische Einheit zustande kommen wird, dass nicht der Kanton Zug für den Rest der Schweiz als Versuchslabor dient. Eine Harmonisierung der Schulmodelle tut Not, aber nicht nur beim Sprachenkonzept. Wir dürfen im Kanton Zug keinen sprachpolitischen, zu früh losgefahrenen Sonderzug starten. Es muss ein gemeinsamer Start sein.

Franz **Zoppi** hält fest, dass die SVP-Fraktion die geplante Stundentafel nicht unterstützen kann, sie ist ganz klar für das Modell 3/7. Auch für sie ist die Einführung der englischen Sprache ab der 3.Primar unbestritten. Die französische Sprache soll an den Grundschulen erst ab der 1. Oberstufe unterrichtet werden. Dies ist kein Gesinnungswandel, sonder eine nüchterne Notwendigkeit nach reiflicher Überlegung. Wir haben in den letzten Jahren gelernt, mit einer Fremdsprache auf der Primarstufe umzugehen. Heute müssen wir bereits Bilanz ziehen und fragen: Wo stehen wir denn nun ? Noch sind wir in einer eigentlichen Einführungsphase und sollen uns nun mit einer zweiten Fremdsprache auseinander setzen. Die Bildungsziele sind klar und einmal mehr konnten die Betroffenen, die Schülerinnen und Schüler, verständlicherweise nicht mitreden. Zumindest wir, die Eltern, die Erwachsenenwelt, erlaubt sich nun, sich zu Wort zu melden. Und das zu einem Zeitpunkt, bei dem wir eigentlich gar

nichts mehr zu sagen hätten und die Vernehmlassung nur noch eine Formsache ist. Nichts desto trotz sei uns bei dieser Gelegenheit ein Nachdenken erlaubt. Ist eine zweite Fremdsprache auf der Primarstufe noch erträglich? Können die Kinder, nachdem sie nicht zuletzt dank dem Fernsehen mit der deutschen Sprache vertraut wurden und seit der dritten Primar mehr als nur englische Lieder kennen, bereits in der 5. Primarklasse dem Französisch mit Begeisterung entgegen blicken? Die Antwort ist ein klares Nein. Für die Mehrheit der Schüler ist die sprachliche Sicherheit in diesem Schulabschnitt noch in keiner Art und Weise gegeben. Es ist aber sinnvoll, nachdem der Einzelne mit der deutschen Sprache und Englisch ein wenig vertraut wurde, dass er in eine Phase der Sprachfestigung eintritt.
Eine zweite Fremdsprache ist in diesem Lernabschnitt für die meisten Schüler, nicht für die Lehrer, schlichtweg eine garantierte Überforderung. Wie steht es denn mit denjenigen Schülern, die eher der Mathematik und dem Handwerklichen zugeneigt sind ? Im Berufsalltag des Votanten, bei dem er es vorwiegend mit Realschulabgängern in einer gewerblichen Lehre zu tun habe, stellt er nicht selten fest, dass er diese in mathematischen Angelegenheiten meistens beim Schulstoff der 5. Primar abholen muss. Er nimmt das wohl zur Kenntnis, muss sich aber nun doch ernsthaft Gedanken machen, ob die sprachliche Übergewichtung für dieses Schülerinnen und Schüler überhaupt noch tragbar ist. Seine Antwort ist einmal mehr ein klares Nein. Er kann sich aber der Tatsache nicht erwehren, dass auch für die gewerblich/industriellen Berufe eine Fremdsprache, auch ohne Berufsmaturität, in den nächsten Jahren gefragt sein wird. Die Diskussionen in den technisch ausgerichteten Berufsverbänden zeigen aber ganz klar eine Tendenz zur englischen Sprache. Wir sind also auf dem richtigen Weg, wenn wir ab der dritten Primar mit dieser Sprache beginnen, was im übrigen von niemandem bestritten wird. Nun stellt sich aber die Frage, ab wann mit dem Französisch in der Schule begonnen werden soll. Es ist absolut sinnvoll, ab der 7. Klasse mit der zweiten Fremdsprache zu beginnen. Die sprachliche Sicherheit, nach vier Jahren ab Einführung der ersten Fremdsprache, ist beim einzelnen Schüler grösser. Die Fairness gegenüber der Französisch sprechenden Schweiz ist absolut gegeben, wenn wir uns mit ihnen in der englischen Sprache unterhalten, denn es ist ja für beide Seiten eine Fremdsprache. – Eine allfällige Initiative zur Einführung des Modells 3/7 wird auch von der SVP-Fraktion unterstützt.

Andrea **Hodel** betont, dass unsere Kinder Sprachen lernen müssen, um den Wettbewerbsvorteil, den wir früher auch in diesem Gebiet hatten, beizubehalten. Wir müssen uns der Sprachoffensive, die im europäischen Raum durchgeführt wird, stellen, und ihr auch folgen können. Gerade die Studie der CS über die Standortqualität hat gezeigt, dass der Kanton Zug überall Spitze ist ausser bei der Bildung. Da haben wir mindestens mit den anderen Kantonen gleichzuziehen oder sogar einen Aufholbedarf, denn nur wenn unsere Region auch dort an vorderster Front mit dabei ist, werden wir unsere Standortqualität und vor allem auch unsere Arbeitsplätze beibehalten können. Dabei können wir nicht immer nur auf die schwächsten Schüler und Schülerinnen Rücksicht nehmen. Unsere guten und mittleren Schülerinnen und Schüler haben auch das Recht, gefördert zu werden. In der FDP-Fraktion war ebenso unbestritten, dass Englisch auf der 3. Primarstufe eingeführt werden soll. Englisch ist eine Weltsprache, die wir tagtäglich benützen – teilweise auch ohne dass wir es merken.

Nun stellt sich die Frage: Was machen wir mit dem Französisch? Neben dem ganzen Englisch-Boom soll auch das Französisch – unsere Landessprache – nicht zu kurz kommen. Die FDP-Fraktion teilt deshalb in ihrer Mehrheit die Ansicht, dass die Detailplanung und die konkrete Umsetzung jetzt nicht umgestossen werden sollen. Wollen wir dem Französisch als wichtige Landessprache auch ihren Stellenwert geben, bleiben wir bei der jetzt vorgesehenen Planung, führen wir Englisch im Schuljahr 2005/06 in der 3. Klasse ein und behalten das Französisch in der 5. Klasse. Würden wir nämlich jetzt wieder dieses ganze System umstossen, würde das ja nichts anderes bedeuten, als dass wir auch mit dem Frühenglisch zeitlich wieder nach hinten fallen würden und es noch nicht eingeführt werden könnte. Bekennen wir uns doch zur englischen Weltsprache und zur französischen Landessprache. Wir brauchen eine Geschlossenheit zur Umsetzung der Sprachoffensive. Wir wollen uns ja gerade den schweizerischen Kantonen anpassen und mit der Bildungsdirektorenkonferenz gleichziehen. Wir müssen und wollen den Hebel bei den Sprachen ansetzen.
Noch ein Wort zu Anna Lustenberger und zur Abschlussfeier ihrer Tochter. Auch als Matthias Michel und die Votantin die Abschlussfeier bei ihrem Studium hatten, konnte ihnen niemand garantieren, dass sich ihr Berufsbild in den nächsten zwanzig Jahren nicht verändert.

Margrit **Landtwing**: Dear Mr. Chairman, chères messieurs et madame du gouvernement, cari colleghi, care colleghe, liebe Gäste. – Auch sie wählt diese Ansprache nicht, weil sie denkt, dass wir in Zukunft unsere Debatten in einer Fremdsprache führen werden oder weil sie sogar noch eine dritte Fremdsprache als obligatorisch in die Primarschule bringen möchte, sondern ganz einfach, weil sie vom Wert der Fremdsprachen überzeugt ist. Sie fährt also in der Muttersprache fort.
Die Vernehmlassung zur neuen Stundentafel geht davon aus, dass ab Schuljahr 2005/06 zwei Fremdsprachen an der Primarschule unterrichtet werden. Und nun ist eine sinnvolle Umsetzung gefragt, die dem Auftrag der Volksschule gerecht wird. Dieser Auftrag beinhaltet, die Kinder auf die veränderten Gewohnheiten und Anforderungen in unserer Gesellschaft vorzubereiten, ihnen das nötige Rüstzeug für weiterführende Schulen und den Einstieg ins Berufsleben mitzugeben. Die Bildungsverantwortlichen haben die Pflicht, notwendige Neuerungen einzuführen und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Umsetzung für alle Beteiligte verkraftbar ist.
Die CVP- Fraktion steht überzeugt zur frühen Einführung des Englisch und in grosser Mehrheit zum Modell 3/5. Sie geht mit dem Regierungsrat einig, dass die Förderung und Entwicklung der Sprachkompetenzen grundlegend sind für die Bildung. Die deutsche Sprache, unsere Muttersprache, soll dabei besonders stark gewichtet werden. Gelesenes muss verstanden und umgesetzt, Handlungen müssen verständlich verschriftlicht und die Kommunikationsfähigkeit muss gestärkt werden können. Dies sind Voraussetzungen für das gesamte Lernen und entspricht auch den Wünschen vieler Lehrmeister, welche oft bemängeln, dass die Lehrlinge im Formulieren von Arbeitsprotokollen, im Verstehen und im Umsetzen von schriftlichen Arbeitsaufträgen Mühe bekunden. Im Kanton Zug wurde der Wert der Sprachkompetenz schon vor den Ergebnissen der Pisa-Studie erkannt und es wurden Massnahmen ergriffen, indem die Standardsprache und Förderung der Sprachkompetenz in allen Schulstufen zum Inspektionsschwergewicht gemacht wurden. Hier bestehen klar deklarierte Standards, die es zu erreichen gilt.

Wie steht es mit Französisch, mit Englisch? Die EDK will bis zum Jahre 2007 überprüfbare und verbindlich zu erreichende Kompetenzziele für die Erstsprache wie auch für die Fremdsprachen erarbeiten, die für die ganze Schweiz Gültigkeit haben. Angelehnt an das europäische Sprachenportfolio besteht im Kanton Zug bereits ein gültiger Französisch-Lehrplan mit Lernzielen vom 5. bis zum 9. Schuljahr. In den beiden Fremdsprachen sollen nun laut Antwort des Regierungsrats vergleichbare Kompetenzen erreicht werden. Auf welche Kosten sollen nun diese Kompetenzen erworben werden? In dieser Frage scheiden sich die Geister. Klar ist, dass bei Einführung eines neuen, der Zeit angepassten Fachs von andern Schulinhalten teilweise Abschied genommen werden muss. Aus der Grafik auf S. 12 der Beantwortung ist ersichtlich, dass in der neuen Stundentafel die Förderung der koordinativen und motorischen Fähigkeiten trotz Streichung von drei Zeiteinheiten HWG noch gut 1/3 des Unterrichts einnimmt. Die Streichung der Lektionen im handwerklichen Gestalten führte in der Fraktion zu kontroversem Meinungsaustausch: Den einen fehlt der Ausgleich zu den kopflastigen Fächern, den andern erscheint die Stundentafel ausgeglichen und zeitgemäss. Die Letzteren plädieren zusätzlich zum HWG für einen handelnden, entwickelnden und experimentierenden Unterricht in allen Fächern, also ganzheitliches Unterrichten. Einig ist sich die CVP-Fraktion, dass den Gelingbedingungen wie ständige Begleitung und sorgfältige Evaluation auf allen Ebenen besondere Beachtung geschenkt werden muss und dass, bei entsprechenden Erkenntnissen, Anpassungen vorgenommen werden. – Thank you, merci, danke für die Aufmerksamkeit.

Markus **Jans** meint, es bestreite wohl niemand die grundlegende Bedeutung des Sprachenlernens in der Schule. Die Förderung und die Entwicklung von Sprachkompetenzen sind ein elementares Bildungsziel. Die englische Sprache als Weltsprache hat sich in allen Bereichen des Lebens durchgesetzt. Sie begleitet uns im Alltag wie keine andere Sprache. Easy, sorry, cool, känsch de Song, läk das esch es feeling, und viele andere Wörter mehr begleiten uns auf Schritt und Tritt. Wir leben bereits mit der Sprache. Der Sound der englischen Sprache ist den Kindern und den Erwachsenen nicht fremd, sondern vertraut. Das Lernen erfolgt oft spielerisch und über eingeübte Lieder. Die französische Sprache löst im Gegensatz zur englischen keine Nachahmungseffekte aus. Obwohl alle in der Deutschschweiz lebenden Personen im Schulfach Französisch unterrichtet wurden, haben viele nach Abschluss der Schule nur ein Ziel: Nie wieder Französisch. Die Verbindung zum Alltag fehlt, das Anwendungspotenzial ist zu gering und die Aussprache ist sowieso dauernd falsch. Kurz gesagt: Ein grosser Aufwand mit geringer Ausbeute, die in keinem Verhältnis zu den entstandenen Kosten steht.
Nun soll für alle gelten, was nur für wenige einen Nutzen bringt. Englisch ab der 3. und Französisch ab der 5. Klasse und das alles zu Lasten des handwerklichen Gestaltens. Für viele Kinder ist die deutsche Sprache bereits eine Fremdsprache, da sie mit einer anderen Muttersprache aufwachsen. Schulhäuser mit einem grossen Anteil an fremdsprachigen Kindern zeigen, dass die Lehrpersonen schon voll gefordert sind, den Kindern die deutsche Sprache beizubringen. Nun sollen diese auch noch in Englisch und Französisch geschult werden. Nach Auffassung des Votanten ein Ding der Unmöglichkeit. Überforderungen, schlechte Noten, frustrierte Kinder und Lehrpersonen. Das Nachsehen haben ein weiteres Mal die weniger begabten Kinder, für welche die Schulzeit mit weiteren zusätzlichen Frustrationserfahrungen ergänzt

wird. Markus Jans ist der Meinung, dass eine Fremdsprache, und damit meint er die englische, auf der Primarstufe völlig genügt. Packen wir nicht alles Wünschenswerte in die Schule. Lassen wir die Primarstufe nicht auf eine reine Wissensvermittlungsstufe verkommen, sondern lassen wir sie eine Stufe bleiben, in der die minimalsten kreativen Bedürfnisse der Kinder auch noch berücksichtigt werden. Es genügt, wenn für Jugendliche, welche die französische Sprache zusätzlich erlernen wollen, an der Oberstufe das entsprechende Wahlfach angeboten wird. Der Votant steht damit ein für das Modell 3/7+. Das heisst ab der 3. Klasse Englisch für alle Kinder und ab der 7. Klasse Französisch als Wahlfach.

Regula **Töndury** beginnt mit einem Zitat von Lao Tse: «Alles Flexible und Fliessende neigt zum Wachstum, alles Erstarrte und Blockierte verkümmert und stirbt.» Um ihre Interessenbindung von vornherein offen zu legen: Sie befasst sich als Mitglied des Erziehungsrats bereits seit einigen Jahren mit dem Thema Sprachunterricht auf der Primarschulstufe, mit der Einführung des Englischunterrichts und der Wochenstundentafel. Im Jahre 2001 konnten wir ja bereits anlässlich einer Vernehmlassung Stellung nehmen zum Thema Einführung des Frühenglisch. Dies wurde damals auch grossmehrheitlich bejaht.
Die jetzige Planung ist ein Resultat jahrelanger Vorbereitungen und Vorentscheidungen und nicht, wie in letzter Zeit oft zu lesen und zu hören war:
- Das neue System werde überstürzt und wenig durchdacht eingeführt.
- Die Kinder seien mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule überfordert.
- Die Wochenstundentafel sei in Bezug auf die Fächeranteile zu wenig ausgewogen.

Beim Anhören der heutigen Voten zu diesem Thema hat Regula Töndury sich ernsthaft gefragt:
- Sind unsere Schweizer Kinder wirklich dümmer als die Kinder in andern Länder, wo zwei Fremdsprachen auf der Primarschulstufe bereits eingeführt sind ?
- Oder liegt das Problem vielleicht ganz woanders? Die Lehrpersonen sind mit den vielen Neuerungen wirklich einer Dauerbelastung ausgesetzt und man versteht ihre Bedenken – sie sind ernst zu nehmen. Auch wird durch die Kürzung der Lektionen im Handwerklichen Gestalten der Beruf der Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen angetastet.

Aber hier gibt es bestimmt – mit kreativen Ideen und gutem Willen – Lösungsmöglichkeiten, um diesen Ängsten und Problemen begegnen zu können. Betrachten Sie auf S. 11 der Beantwortung des Regierungsrats die beiden Grafiken «Jetzige und vorgeschlagene Wochenstundentafel» und Sie werden feststellen, dass die Abweichungen minimal sind. Auch die vorgeschlagene moderate Erhöhung der Unterrichtszeit in der Primarschule wird für die Schülerinnen und Schüler als tragbar erachtet und liegt noch immer unter dem Vorschlag der Regionalen Wochenstundentafel der Zentralschweiz. Das Gleiche gilt für den Fachbereich Handwerkliches Gestalten. In der Regionalen Wochenstundentafel werden 12 Zeiteinheiten vorgeschlagen. Der Kanton Zug liegt mit 20 weit darüber, auch im Vergleich mit den umliegenden Kantonen. Nun schlägt der Erziehungsrat eine Reduktion um 3 Zeiteinheiten, auf 17 vor, noch immer eine komfortable Lösung.
Zum Thema Überforderung der Kinder gibt es interessante Erkenntnisse aus der Neuropsychologie. Untersuchungen haben ergeben, dass Kinder grundsätzlich in der Lage sind, mehrere Sprachen parallel zu lernen, besonders dann, wenn das Spra-

chenlernen früh beginnt. Das hat mit der sogenannten Plastizität des Gehirns zu tun, die zwischen dem ersten Altersjahr und der Pubertät am ausgeprägtesten ist. Plastizität des Gehirns ist – kurz und unvollständig erklärt –, die Fähigkeit der Vernetzung, Verknüpfung von Informationen im Gehirn. Diese wurde sogar durch tomografische Untersuchungen am Gehirn nachgewiesen. Lernen bedeutet lebenslange Umorganisation des Gehirns. Das Gehirn verändert sich beim Lernen physisch. Darum sprechen die Neurowissenschafter von Plastizität des Gehirns und dieses ist – wie bereits erwähnt – im frühen Kindesalter am ausgeprägtesten. Deshalb erlaubt es kleinen Kindern (vor der Pubertät) ein sehr effizientes Lernen z.B. von Sprachen. Ein Gutachten der Uni Bern hat ergeben, dass das Erlernen einer Fremdsprache ganz allgemein positive Rückwirkungen auf die Entwicklung der intellektuellen Fähigkeiten hat. In der Grundschule wirkt sich der Fremdsprachenunterricht deshalb deutlich positiv auf andere Lernbereiche aus, unabhängig vom tatsächlich erreichten Leistungsstand der jeweiligen Fremdsprache. Es wurde ebenfalls nachgewiesen, dass der Beginn des Unterrichts in einer zweiten Fremdsprache nicht zu weit hinausgeschoben werden darf, da sonst die Transfereffekte geringer und die Sprachlernsynergien kleiner werden.
Mit dem vorgeschlagenen Sprachenkonzept 3/5 liegt der Kanton Zug genau richtig und auch klar auf der Linie der gesamtschweizerischen Sprachenpolitik. Wir müssen davon wegkommen, einzelne Fächer gegeneinander auszuspielen und müssen uns fragen: Wie fördern wir unsere Kinder optimal? Es ist wohl unbestritten, dass es zum Bildungsauftrag gehört, die Schulabgänger optimal auf die Ansprüche der Berufswelt vorzubereiten; d. h wir müssen mehrsprachige junge Erwachsene in die Berufswelt entlassen. Die Weltsprache Englisch gehört dazu. Die Länder der EU sind daran, den Sprachunterricht markant zu verbessern, und die Schweiz darf hier den Anschluss nicht verpassen – sonst haben wir in einigen Jahren das Nachsehen. Wir dürfen keiner Zwei-Klassen-Bildung Hand bieten. Beweisen wir Weitsicht und etwas Mut und sagen ja zu einem neuen Sprachenmodell und einer angepassten Wochenstundentafel, da alles Flexible und Fliessende zum Wachstum neigt und alles Erstarrte und Blockierte verkümmert und stirbt.

Rosvita **Corrodi** ist eine dieser Fachlehrerinnen für handwerkliches Gestalten, jedoch nicht für den textilen Bereich, sondern für den anderen, wo mit festen Materialien gearbeitet wird. – Die Einführung der neuen Stundentafel auf der Primarschulstufe hat weit grössere Konsequenzen, als dies EDK und DBK in der Öffentlichkeit vermitteln. Politische Entscheide auf eidgenössischer Ebene sind strategische Entscheide. Die Bekanntmachung, zwei Fremdsprachen auf der Primarschulstufe einzuführen, hat deshalb ihren PR-Effekt nicht verfehlt. Die DBK des Kantons Zug bewertet diesen Beschluss als bedeutenden bildungspolitischen Schritt. Wenn heute festgestellt wird, man habe in der Zentralschweiz diesem Entscheid – Englisch auf der Primarschulstufe – bereits vor vier Jahren zugestimmt, dann ist dies richtig. Man sollte aber auch so ehrlich sein und festhalten, dass es damals nur um das Grobkonzept ging und keiner der beteiligten Kantone sich auch nur im geringsten dazu äusserte, wie er die genaue Umsetzung durchzuführen gedenke. Im Kanton Zug war die Befürwortung absolut nicht so eindeutig, wie dies immer dargestellt wird.
Nun läuft die Vernehmlassung und Regierungsrat Matthias Michel wünschte dazu eine Diskussion in der Öffentlichkeit, wie die einzelnen Fächer in Zukunft gewichtet werden sollen. Die Votantin unterstützt dieses Vorhaben voll und ganz. Eine Ver-

nehmlassung macht aber nur dann Sinn, wenn deren Stellungnahmen ernst genommen und berücksichtigt werden. Die in der Öffentlichkeit gemachten Äusserungen, der Entscheid sei gefallen, würde die ganze Vernehmlassung zu einer Alibi-Übung degradieren. In diesem Zusammenhang möchte Rosvita Corrodi wissen, wer die Auswertung der Vernehmlassung vornehmen wird, per wann liegt diese vor und können die Vernehmlassungsantworten eingesehen werden?
Wir wissen doch alle: Will man etwas richtig erlernen, dann spielt der Faktor Zeit eine sehr wichtige Rolle. Und hier liegt eben die Krux des ganzen Vorhabens. Die Kinder werden mit immer mehr Schulstoff konfrontiert. Die neue Wochenstundentafel beschert den Schulkindern ein weiteres Schulfach, Verlängerung der wöchentlichen Schulzeit um ein bis zwei Stunden, Wegfall des Unterrichts in Halbklassen und Stundenkürzung von genau jenem Fach, dass den lebenswichtigen Ausgleich zur Kopflastigkeit schafft. Im Vernehmlassungskommentar zum Fach Handwerkliches Gestalten hält die DBK fest:«Handwerkliches Gestalten hat für die ganzheitliche Entwicklung, besonders für die Entwicklung feinmotorischer Fähigkeiten des Kindes, eine wichtige Bedeutung». An anderer Stelle hält sie fest, dass es minimal drei Zeiteinheiten brauche, um in einem Fach das gesetzte Ziel zu erreichen. Sie erwähnt aber nicht, dass gerade das Fach Handwerkliches Gestalten die radikalste Kürzung erfährt. Geschickt wird erwähnt, der Kanton Zug kürze im Vergleich zu anderen Kantonen dieses Fach nur um drei Zeiteinheiten; das ist ein Taschenspielertrick: Man stockt die Stunden in der 1. Klasse auf – in jener Klasse, wo sowieso das Meiste noch spielerisch erlernt wird. Dass dann in der 4. Klasse die Unterrichtszeit von vier auf zwei Zeiteinheiten reduziert wird und diese Reduktion bis und mit der 6. Klasse weitergeht, erfährt nur, wer sich die Mühe nimmt, die Stundentafel genau zu analysieren. Handwerkliches Gestalten ist nicht Basteln. Dieses Fach hat einen Lehrplan, dessen Ziele zukünftig unter diesen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt werden können. Im HWG-Unterricht spielen nebst dem Erfahren und Erlernen von Handwerklichen Fähigkeiten die Sprache, die Naturwissenschaften, Ökologie und Ökonomie eine tragende Rolle. Im Handwerklichen Gestalten haben eher handwerklich begabte Kinder die fast einzige Chance, ihre diesbezügliche Begabung und Neigung zu erkennen. Ist es das Ziel der DBK, nur noch Kopffüssler zu züchten, um dann mit Kostenfolgen die Psychomotorik auszubauen, da viele unserer Kinder in Zukunft ihre Hände nicht mehr im Sinne Pestalozzis gebrauchen werden?
Eine Lehrperson, welche Textiles Werken auf der Primarschulstufe unterrichtet, und im Vollpensum arbeitet, hat im Verlauf von jeweils zwei Wochen Kontakt mit durchschnittlich 120 Kindern. Wird die geplante Stundenreduktion eingeführt und will sie weiterhin zu 100 % unterrichten, hat sie es mit drei Mal so vielen Personen zu tun wie hier zur Zeit im Saal sitzen. Eine persönliche Beziehung, die für Kinder in diesem Alter sehr wichtig ist, wäre nicht mehr möglich. Die von der DBK eingeführte Form des «Beurteilens und Förderns» ist mit 240 Kindern nicht mehr realistisch. Der Beruf der Fachlehrerin oder des Fachlehrers HWG wird zu einem reinen Verschleissberuf. Die unmöglichen Arbeitsbedingungen haben nichts mehr mit einem pädagogischen Beruf zu tun.
Die Einführung von Englisch ab der 3. Klasse bestreitet niemand. Dass aber der Französischunterricht, inklusive Aufstockung einer zusätzlichen Zeiteinheit von zwei auf drei, ab der 5. Klasse beibehalten werden soll, provoziert Widerstand. All jene Kinder, deren Können und Wissen eher als bescheiden eingestuft wird, werden auf der Strecke bleiben. Gemäss Aussage von Regierungsrat Matthias Michel an einer öffentlichen Veranstaltung besteht die Möglichkeit der Dispensation auf der Primar-

schulstufe. Was passiert dann mit diesen Kindern und wer übernimmt die Auffangzeiten? Da beide Fremdsprachen ja auch sogenannte Promotionsfächer im Rahmen des Übertrittsverfahrens werden sollen, stellt sich die Frage, wie dann diese Kinder eingestuft werden. Es wird immer wieder betont, dass die Vorbereitungen seit Jahren laufen, doch bis zum Zeitpunkt des Versands der jetzigen Vernehmlassung liegt kein Fremdsprachenkonzept vor. Auch wurde die Einführung des Französischunterrichts in der 5. Klasse in den vergangenen Jahren nie evaluiert. Gerne hätte die Votantin dazu eine Stellungsnahme unseres Bildungsdirektors.
Bisher wurde ganz bewusst auf die Schriftlichkeit im Französischunterricht verzichtet. Als Promotionsfach gehören aber Schrift und Grammatik dazu. Die Zusatzausbildung der Lehrpersonen für den Französischunterricht hat damals viel gekostet, und dass da nicht alles optimal verlaufen ist und die Lehrmittel nach kurzer Zeit alle ersetzt wurden, darf doch ruhig auch erwähnt werden. Hält man unter diesen Aspekten am gewählten Fahrplan und Ziel fest, müssen die französischunterrichtenden Klassenlehrpersonen nochmals, und zwar bald, nachqualifiziert werden. Wie und wann gedenkt der Kanton Zug dies zu tun und mit was für Zusatzkosten werden wir rechnen müssen? Der von den Medien hochgejubelte Entscheid, in der schweizerischen Schullandschaft einen gemeinsamen Beschluss gefasst zu haben, wirft viele Fragen und Probleme auf, derer sich die Mitglieder der EDK scheinbar zu wenig bewusst waren. Immer mehr Kantone weichen vom ursprünglichen Ziel und Fahrplan ab, da sie erkannt haben, dass die Umsetzung so nicht durchführbar ist. Initiativen werden oder sind schon lanciert, damit die Öffentlichkeit ein Mitspracherecht erhält. Rosvita Corrodi wünscht sich, dass die am stärksten Betroffenen – die Kinder – auch eine Stimme erhalten. Aus diesem Grund bittet sie die DBK und den Erziehungsrat, ihre Entscheide unter diesen Aspekten nochmals zu überprüfen.

Als Handwerker ist Georg **Helfenstein** froh, auch in Zukunft handwerklich interessierte und begabte Lehrlinge ausbilden zu dürfen. – Die Beantwortung der Regierung auf diese Interpellation hat ihn in gewisser Weise etwas enttäuscht. Die Aussage, man dürfe Fremdsprache nicht gegen Fremdsprache ausspielen, stimmt schon. Aber darf man Handwerk und Technik gegen Sprachen ausspielen? Die Schule ist einem grossen Wandel unterzogen und die Gefahr besteht, dass Änderungen rasch möglichst durchgeführt werden müssen. Dadurch steigt auch die Gefahr, dass Fehler gemacht werden, welche nur scher schwer und langsam wieder gutgemacht werden können.
Folgende Aussagen der Regierung nimmt der Votant nochmals auf. «Die zunehmende Wichtigkeit von Fremdsprachenkenntnissen zeigt sich an europäischen Reformbestrebungen.» Zeigen Sie diese Reformbestrebungen einmal in der Welt des PCs! Dort sind diese Reformen aufs Englische konzentriert. Gehen Sie mal nach Frankreich und sprechen sie spanisch oder deutsch. Träumen wir weiter davon, dass wir in Europa solche Sprachebenen finden. Aber Tatsache ist doch, dass Englisch der klare und weltweite Favorit ist. Man kann mit Englisch in den meisten Ländern problemlos kommunizieren. – Eine weiter Aussage: «Hochdeutsch ist eine Sprachform, mit der die Deutschschweizer Kinder schon früh in Kontakt kommen. Sie verstehen sie problemlos und übernehmen sie spielerisch.» Dieser Satz ist sehr fahrlässig. Wir haben eine Schule, welche die Integration zum Ziel hat. Da ist Deutsch bei ausländischen Kindern eine klare Fremdsprache. Deutsch ist aber auch für einige Schweizerkinder eine Fremdsprache.

Unter Punkt 1.3 wird auf die Wichtigkeit von Französisch hingewiesen. Das bestreitet ja niemand (ausser vielleicht der Votant ein bisschen), denn wenn Franzosen und Schweizer Englisch lernen, verstehen sie sich wieder wunderbar. Es geht vor allem um den Zeitpunkt des Lernens dieser Sprache. Fremdsprachen sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Technische, das Handwerk und das Musische jedoch spielen dabei leider eine untergeordnete Rolle. Was nützt Georg Helfenstein ein perfekt Französisch und Englisch sprechender Lehrling auf dem Dach, wenn er zwei linke Hände und kein Verständnis für das Handwerk hat. Er braucht aber dringend eine Ausbildung, weil er in den Sprachen auch nur zweite Wahl war.
Weiter gibt die Regierung zu bedenken: «Eine solche Verschiebung (des Französisch) würde unweigerlich eine Ausweitung der entsprechenden Unterrichtszeit in der jetzt schon zeitlich stark belasteten Oberstufe mit sich bringen.» Es findet doch jetzt auch schon Französisch in der Oberstufe statt! Muss die Grundschule heute wirklich so weit gehen, dass die Ausbildungsbetriebe im kaufmännischen Bereich Fremdsprachen als Hobbyfach führen sollen? Dort liegt auch Verantwortung und die muss auch wahrgenommen werden. Die Regierung wird nicht müde, zu betonen, wie wichtig zwei Fremdsprachen sind. Das stimmt und dagegen ist nichts einzuwenden. Aber über das Wie und Wann und zu Lasten von wem muss dringend noch beraten werden. Der vorgeschlagenen Weg ohne Rücksicht auf die Qualitäten von andersfähigen Kindern einzuschlagen, ist falsch. Nicht nur im Kanton Zug wehren sich Personen gegen diese Reform. Auch in anderen Kantonen wird dieses Vorgehen entsprechend angeprangert.
Eine weitere Aussage, welche den Votanten doch etwas bedenklich stimmt: «Handwerklich Begabte werden später ihre Talente in einen handwerklichen Beruf einbringen, sofern sie einen solchen wählen. Der Unterricht im Handwerklichen Gestalten kann diese Talente fördern.» Diese Aussage bekräftig Georg Helfenstein in der Annahme, dass der Regierungsrat nicht daran glaubt, das Handwerk und die Technik wirklich zu fördern. Es wird nur gesagt «...sofern sie ein Handwerk wählen». So nach dem Motto, mach was du nicht lassen kannst! Es wird in keiner Art und Weise daran geglaubt, dass es auch solche Kinder hat. Und wenn Mitarbeiter der Bildungsdirektion in leitenden Positionen dem Gewerbe mitteilen, dass Kinder mit den Noten 5 und besser nur für geistige Fächer geeignet sind, dann heisst doch das nur, dass wir Gewerbler die Übriggebliebenen noch irgendwie betreuen dürfen, in der Hoffnung, dass sie auch etwas lernen.
Grundsätzlich und abschliessend ist zu sagen, dass wir in der heutigen Zeit, wo technische Bildung und technisches Verständnis sehr hoch ist, dem Handwerk und der Technik kein Verständnis entgegen bringen. Unsere Arbeit wird komplexer, technisiert, automatisiert. Für uns in der Schweiz ist ein Verständnis für Technik und für deren Anwendung und Umsetzung lebenswichtig, wollen wir den Zusammenschluss mit der Welt noch halten können, so wie es der Regierungsrat im Anfang mit seinem Sprachgebilde erläutert. Handwerk und Technik, Kochen und Musik sind auch weltverbindende Elemente sowie wirtschaftliche Zweige. Sie bieten allen Menschen eine breite Chance für Arbeit und Einkommen. Unsere Nachkommen werden uns einmal dankbar sein dafür, wenn wir allen jungen Leuten eine Türe öffnen können.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass uns die Fehler der Vergangenheit heute einholen. Es ist richtig, dass viele Kinder und Schulabgänger heute nicht mehr richtig Deutsch sprechen. Das liegt aber nicht an der Einführung von Frühfranzösisch, son-

dern daran, dass während langen Jahren die Ausbildung in Deutsch vernachlässigt wurde und die Anforderungen gesenkt wurden. Wir haben heute die Quittung dafür. Das Frühfranzösisch wurde falsch eingeführt und führte zu Problemen. Das hat man heute erkannt und will es auch ändern. Wir müssen am Deutsch und Französisch arbeiten. Der Votant stellt immer wieder fest, dass grosse Ängste der Überforderung der Kinder vorhanden sind, wenn wir die beiden Fremdsprachen so nahe aufeinander einführen. Er hat das auch beim Votum der SVP gesehen und kann es nachvollziehen. Aber – Regula Töndury hat es bereits angesprochen – die Erkenntnisse aus der Hirnforschung zeigen eben, dass man nicht die einfache Wasserglasrechnung machen kann – der Kopf des Kindes ist wie ein Wasserglas, das irgendwann einfach voll ist. Wir müssen die Lernphysik berücksichtigen, aber auch die Lernmethodik. Wenn man zwei Sprachen auf der Grundstufe einführen muss, dann muss man die Kinder auch lehren, zu lernen. Und das kommt ihnen nicht nur bei den Sprachen zu gute, sondern generell in ihrer Ausbildung. Auch hier ist Thomas Lötscher bis zu einem gewissen Grad Interessenvertreter, weil er relativ lange zur Schule ging und leider relativ lange brauchte, bis er lernte, richtig zu lernen.
Die Sprachen sind nicht eine Gefahr oder Bedrohung für die handwerklichen Berufe, sondern eine Chance. Denn viele Handwerker, die ihr Handwerk auch gut verstehen, kommen irgendwann an eine Grenze, wie sie sich beruflich weiter entwickeln können. Und gerade da liegt eben die Chance. Sie können den Sprung über die Sprachgrenze machen, sie können z.B. im französischen Teil der Schweiz ihre Arbeit ausführen und dort für ihre Firma – gerade für KMUs – wertvolle Dienste leisten. Denn ob wir nun Französisch oder Englisch oder Deutsch miteinander sprechen am Biertisch, das ist eigentlich egal. Aber jeder, der in der Wirtschaft ist, weiss ganz klar, dass man sich als Unternehmer an seinen Kunden auszurichten hat. Und gehen Sie doch bitte mal in die Romandie und erklären Sie ihrem Kunden, dass Sie mit ihm Englisch sprechen wollen. Er lacht Sie aus und kauft bei jemandem ein, der mit ihm Französisch spricht. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Deshalb ist Französisch wichtig und auch eine gute Basis für das Gewerbe. Thomas Lötscher bedauert diesen Fächer-Gruppenwettbewerb, der jetzt hier betrieben wird und sehr stark von Partikularinteressen herrührt. Es ist richtig, dass die Arbeitszeit nur einen Drittel ausmacht. Aber wir können ja nicht noch ein Ausbildungsgefäss fürs Schlafen anbieten, das ja auch einen Drittel unseres Lebens ausmacht. Die musischen, handwerklichen und sportlichen Fähigkeiten können relativ einfach auch zu Hause oder in der Freizeit vermittelt werden in Vereinen. Der Votant sieht das bei seinem Sohn, der noch nicht in die Schule geht, aber bereits begeistert bastelt. Für diese Fähigkeiten können wir das ausserschulische Angebot sehr gut einsetzen. Für Sprachen ist das wesentlich schwieriger. Und deshalb ist es richtig, dass wir bei der Schulausbildung ein besonderes Augenmerk auf die Sprachen legen. Französisch in der 5. Klasse schulden wir nicht nur unseren Miteidgenossen, sondern unserer eigenen Zukunft, den Chancen unserer Kinder und dem Werkplatz Schweiz.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** möchte zuerst einige Fragen beantworten. Dies möglichst kurz, hat doch kürzlich das Kantonsratsbüro den Regierungsrat aufgefordert, die Interpellationsbeantwortungen – dazu gehören auch die mündlichen Ausführen – weniger technisch als politisch zu gestalten. – Zum Vorwurf, diese Vernehmlassung habe ja überhaupt keinen Einfluss mehr auf den Entscheid des Regierungsrats. Wir haben immer klar gelegt, dass es um die Frage der Umsetzung und des

Grobkonzepts des Modells 3/5 geht. Und darauf hat die Vernehmlassung Einfluss, wenn man sich darauf einlassen will. Man muss sich aber darauf einlassen und sich fragen, wie das umgesetzt wird. Man kann diese Diskussion auch scheuen und sagen: Ich bin grundsätzlich gegen 3/5, ich bin für 3/7. Dann haben wir natürlich keine qualifizierten Antworten. Wenn dann gesagt wird, man würde Antworten erwarten, wie das bei 3/7 aussehen würde, so war das nicht unser Auftrag. Diese Antworten sind eher von denen zu erwarten, welche dieses Modell jetzt propagieren. Erstaunlich ist der Vorwurf des Tempos oder über die offensive Informationspolitik. Der Bildungsdirektor nimmt das eher als Kompliment, dass wir im Fahrplan sind und das immer kommuniziert haben. – Zu den Bedenken von Maja Dübendorfer, dass Zug plötzlich eine sprachpolitische Insel werde. Es ist der EDK erstmals in der Geschichte der Schweiz gelungen, in diesem Frühling einen strategischen Konsens zu erzielen. Und gerade demjenigen, der als einer der ersten Schritt innerhalb dieser Strategie macht, wird vorgeworfen, er strebe eine sprachpolitische Isolierung an. Das Umgekehrte ist der Fall. Es wurden die Kantone Luzern, Nidwalden, Schwyz usw. erwähnt, die nun plötzlich abfallen. Rosvita Corrodi meint wohl die entsprechenden Lehrerorganisationen. Von Seiten der Bildungspolitik hat Matthias Michel bisher keinen Abfall verzeichnet. Diese Diskussion ist im Gang. Er wehrt sich dagegen, dass man nun – kaum ist dieser strategische Konsens erzielt – diesen mit allen Mitteln torpedieren will.
Zu einigen konkreten Fragen von Rosvita Corrodi. Die Auswertung der Vernehmlassung wird im Juli 04 vorliegen. Wir stützen uns hier auch auf eine externe Person mit Erfahrung im Bildungswesen, welche diese Auswertung vornehmen wird. – Zur Einsicht. Gemäss Gesetz und Praxis haben Dritte keine Einsicht in die einzelnen Vernehmlassungsunterlagen, die ja an die DBK gerichtet wurden. Die Resultat werden wohl bekannt gegeben, aber natürlich in anonymisierter Form, ohne dass man erkennt, welche Partei genau was geschrieben hat – das ginge aus datenrechtlichen Gründen nicht. – Der Votant wurde offenbar zitiert, man könne sich vom Französischunterricht dispensieren. Er hat lediglich gesagt, dass man zu prüfen hat, wie weit Dispensationen gehen können. Aber grundsätzlich ist Französisch wie heute ein Pflichtfach, und so leicht wird nicht dispensiert. Zuerst gelten die Regeln der sogenannten Binnendispensierung, schwächere Schüler im Rahmen der Klasse aufzufangen; das gilt bei allen Fächern. Wie dann eine Dispensationsmöglichkeit im Detail aussieht, wird sich ergeben, wenn diese Entscheidungen definitiv gefällt sind. – Zur Frage der Evaluation, die wir zwar auch schriftlich beantwortet haben. Es stimmt schlichtweg nicht, dass das Frühfranzösisch nicht evaluiert worden ist. Es wurde nicht in jedem einzelnen Kanton evaluiert. Zum Glück nicht. Wir haben konkret Evaluationen im Kanton Luzern, im Kanton Zürich, dicke Bücher aus dem Jahre 2002, die sich auf das Frühfranzösisch analog wie bei uns beziehen. Wir haben die Erkenntnisse daraus und es wäre wirklich müssig gewesen, dass der Kanton Zug das Gleiche nochmals wiederholt. Wir haben eine aktuelle Umfrage über den Einsatz von Lehrmitteln zum Französischunterricht. – Zur Nachqualifikation von Lehrpersonen. Es ist ein zentralschweizerisches Konzept, wie diese Lehrpersonen nachqualifiziert werden. Es ist klar, dass sie sich besser qualifizieren sollen, um das Niveau C 1 zu erreichen. Sie haben dazu voraussichtlich einige Jahre Zeit. Es sollte im Jahr 2012 erreicht sein. Wir rechnen mit Kosten von 10'000 Franken pro Nachqualifikation und mit ungefähr 60 Lehrpersonen. Das gibt 600'000 Franken verteilt auf mehrere Jahre und es wird jeweils über das normale Weiterbildungsbudget behandelt.

Noch einige Grundsatzbetrachtungen. Wir haben eine Sprachoffensive in einem europäischen Kontext vor uns. Wir sollten dabei von Detailfragen etwas wegkommen und zu den grossen Linien gelangen. Das eine ist das Fächerangebot. Sie haben es vor sich auf S. 11. Wenn Sie diese neue Stundentafel rechts anschauen und nicht wissen, wo wir herkommen, so würde wohl niemand bemängeln, das sei nicht ausgewogen, und Gestalten, Musik und Sport hätten ein zu kleines Gewicht. Man muss immer auch noch daran denken, was die Kindern abends und am Wochenende machen; sie musizieren oder machen Sport. Auch hier wagt der Bildungsdirektor, den Fächer etwas zu öffnen. Und auch wenn man sieht, von woher wir kommen und wohin wir gehen, sind die Unterschiede nicht derart gravierend. Man sollte diesen Gesamtzusammenhang sehen und vom Schublädlidenken wegkommen. Gerade Sie in diesem Rat erinnern uns immer wieder an strategische Vorgaben, an gesamtheitliches Denken – wir haben das hier versucht. In diesem Zusammenhang möchte Matthias Michel all denjenigen danken, welche dieses Modell ausgearbeitet haben. Sie hatten einen schwierigen Job. Sie mussten sich nämlich als Kolleginnen und Kollegen fragen: Wo bauen wir ab, wo ergänzen wir?
Für den Votanten ist die Hauptfrage, welches Bildungsziel wir haben. Und er stellt eigentlich einen grossen Konsens fest. Auch Gewerkschaften bis zum Dachverband sagen, dass sie für Mehrsprachigkeit sind, dass die Schüler bis zum 9. Schuljahr die Lokalsprache (Deutsch), Englisch und die zweite Landessprache Französisch beherrschen sollen. Das ist das strategische Ziel, das auch in den meisten Voten (ausser von Markus Jans) nicht bestritten wird. Wie sollen wir dieses Ziel erreichen? Die Schulbehörden haben alles daran zu setzen, dieses Ziel zu erreichen. Man ist sich offensichtlich auch einig, dass das Ziel beim Englisch erreicht wird mit einem Beginn in der 3. Klasse. Und im Französisch wird das Ziel erreicht, indem wir diese Sprache jetzt nicht nach oben verschieben und schwächen, sondern indem wir sie stärken. Und der Bildungsdirektor hat bisher noch keinen Vorschlag gehört, wie denn mit Modell 3/7 dieses Französisch so viel Gewicht erhält, damit wir die Schüler mit dieser Fremdsprache in die weitere Berufsbildung entlassen können.
Zur Überforderung der Kinder. Matthias Michel staunt, wie locker man hier sagt, der beste Beginn einer Fremdsprache sei ab Schuljahr sieben statt fünf. Wir wissen aus der Wissenschaft und der Praxis in anderen europäischen Ländern, dass das Modell 3/5 funktioniert und sogar ideal ist. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Der Votant staunt über die Aussage von Markus Jans, der schlichtweg von der Unmöglichkeit spricht, zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe zu beginnen. Und über den Vorschlag des Wahlfachs – wenn wir beginnen, in der obligatorischen Volksschulzeit derartige Kernfächer als Wahlfächer zu erklären, verlassen wir einen Weg, den die Schweiz bisher als Bildungsnation begangen hat. Gerade die Schweiz als mehrsprachiges Land.
Wir haben Kinder mit unterschiedlichen Startbedingungen, Begabungen, Fähigkeiten. Und diese Lage haben wir ohnehin, ob wir jetzt Französisch anbieten und ab wann auch immer. Die Klassen sind ohnehin heterogen. Und dieser Realität können und wollen wir nicht ausweichen, indem wir jetzt einfach das Französisch wieder auf die Oberstufe schieben. Die Erwartung an die Schule ist, dass sie mit solchen Unterschieden umgehen kann. Ob das gelingt, ist primär eine Frage der Rahmenbedingungen. Auch der Dachverband der schweizerischen Gewerkschaften, einer der Wortführer der Skeptiker, sagt inzwischen, dass er diesem Konzept 3/5 zustimmt. Der Bildungsdirektor hat hier zurückgefragt und vernommen, dass die Rahmenbedingungen gerade in unserem Kanton als gut erachtet werden. Es geht um die Quali-

fikation von Lehrpersonen, um die Lehrmittel. Wir haben Gefässe zur individuellen Förderung von Kindern. Und wir haben mit der EDK eine gesamtschweizerische Organisation. Welche Rahmenbedingungen braucht es denn noch, damit wir diesen Schritt nun wagen können? Natürlich sind heute noch nicht alle Detailfragen gelöst. Aber wir haben versprochen, dieses Modell streng zu evaluieren, und es wird Anpassungsmöglichkeiten geben. Sie können auch davon ausgehen, dass Matthias Michel selber mit Kindern, die in diese Generation hineinwachsen, ein strenges väterliches Auge auf diese Entwicklung werfen wird.
Abschliessend noch einige politische Äusserungen mit dem Aufzeigen von einigen Unstimmigkeiten der Gegnerschaft. – Wenn wir nun gleichzeitig mit der offenbar unbestrittenen Einführung des Englisch das Französisch wieder zurückverschieben, wäre das unnötige Eile und eine Hauruck-Übung. Ob dann in nämlich in der Oberstufe die vermehrt nötige Zeit fürs Französisch zur Verfügung stünde, weiss niemand. Es würde das gleiche Gerangel wieder auf der Oberstufe geben, was man abbauen soll. – Auch Kritiker und Skeptiker sagen, längerfristig sei das Modell 3/5 sehr wohl denkbar. Es wäre somit eine Übergangsphase, das Französisch wieder zu verschieben, um es dann wieder herunter zu nehmen. Gerade eine solche Politik wird der Behörde oft vorgeworfen aus Kreisen der Lehrerschaft. Wir sollten diesen Schritt nun tun und nicht das ganze Konzept wieder umstellen. – Wir sind in einer Umsetzungsphase. Dieses Konzept ist schon länger bekannt und im Grundsatz beschlossen. Wenn wir es kurz vor der Einführung wieder bremsen und mit Volksinitiativen den Konsens in der Schweiz wieder verzetteln, begeben wir uns wirklich in einen Zustand der Handlungsunfähigkeit. – Ein weiterer Wiederspruch tut sich auf. Gerade auch auf Seiten der skeptischen Lehrerschaft wird seit Jahren eine verstärkte Koordination im Bildungswesen gefordert. Nun, da man sich im Sprachenbereich gefunden hat, ist das auch wieder nicht recht und es wird torpediert. Sie können sich vorstellen: Wenn nun in jedem Kanton Initiativen gestartet werden, tut das der Koordination im Bildungswesen einen schlechten Dienst. Längerfristig wird dies dazu führen, dass die Bildungshoheit nach Bern geht. Ob das dann für unsere Schulqualität besser ist, wagt der Votant zu bezweifeln.
Es wurde heute erstmals angetönt, es würde auch im Kanton Zug eine Volksinitiative gestartet. Das enttäuscht den Bildungsdirektor etwas. Bei der BDK haben wir uns seit längerem bemüht, offensiv zu sein. Wir haben Kräfte in die Erarbeitung eingebunden, haben eine Informationsveranstaltung für alle Parteien durchgeführt. Deshalb würde er den Dialog schätzen darüber, wie wir mit diesem Französisch umgehen, auch von Seite dieser Gruppe IG ganzheitliche Bildung. Bevor wir uns hier mit Volksinitiativen wieder die Hände binden und im Gesetz festlegen, dass wir nicht mehr als eine Fremdsprache lernen dürfen. Deshalb die Abschlussfrage an die möglichen Initianten: Finden Sie es denn besser, wenn von nun an im Parlament und an der Urne Lehrinhalte, Lehrpläne usw. entschieden werden? Das ist eine bedenkliche Entwicklung, die zuletzt das verhindert, was Sie mit Pragma usw. wollen, nämlich mehr Handlungsfähigkeit, mehr strategische Entscheide, und die Umsetzung dann der Schulbehörde zu überlassen.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

403A MOTION VON TONI KLEIMANN BETREFFEND EINFÜHRUNG EINER SCHIFFFAHRTSSTEUER

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1225.1 – 11448).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass drei Vorstösse zu Seeproblemen auf der Traktandenliste unter der selben Ziffer aufgeführt sind, weil sie thematisch zusammenhängen. Wir behandeln einen Vorstoss nach dem anderen, wobei thematische Überlappungen nicht auszuschliessen und auch gestattet sind.

Rosemarie **Fähndrich Burger** bedankt sich zusammen mit ihrem Fraktionsvorgänger alt Kantonsrat Toni Kleimann bei der Regierung für die Beantwortung der Motion aus dem Jahr 1992. Die Motion scheint nach so langer Schubladisierung an Gewicht gewonnen zu haben, gemäss dem Motto «Was lange währt, wird endlich besser». Erfreut haben wir Alternativen von der Motionsantwort Kenntnis genommen. Erfreut darum, weil mit der Erheblicherklärung der Motion eine Rechtsungleichheit behoben werden kann. Es ist tatsächlich nicht nachvollziehbar, weshalb Motorfahrzeuge auf dem See gegenüber jenen auf der Strasse unterschiedlich behandelt werden. Vor allem, weil im Gegensatz zu einem namhaften Teil der Autos und Lastwagen die Schiffe auf dem See reinem Vergnügen dienen. Zugleich hat die Einführung einer Schiffssteuer die Gleichbehandlung der Zuger Schiffe mit jenen der Kantone Schwyz und Luzern zur Folge. Ebenso gerechtfertigt scheint die Einführung einer Schiffsteuer aus Gründen des Umweltschutzes. Mit den zusätzlichen Steuereinnahmen kann ein Beitrag an die Kosten des Kantons für die verschiedenen Massnahmen im Bereich des Gewässerschutzes abgegolten werden. Und zu guter Letzt begrüssen wir, dass durch die beabsichtigte Einführung einer Schiffsteuer die Abgabe von Kontrollschildern zu einer optimalen Überwachung des Schiffbetriebs auf unserem See realisiert werden kann.
Es ist für uns Alternative wirklich nicht nachvollziehbar und unverständlich, dass anscheinend ein Antrag vorliegt, der vorsieht, die Motion nicht erheblich zu erklären. Die aufgezeigte Strategie der Regierung zeigt einen konsequenten und korrekten Gedankengang auf. Das Verursacherprinzip weist die Richtung einer Lösung. Und bitte beachten Sie, dass es aus umweltrechtlichen Gründen tatsächlich dringend notwendig ist, dass die enorm umweltbelastenden Zweitaktmotoren sowie die leistungsstarken Boote, die einen extrem hohen Wellengang erzeugen, entsprechend hoch besteuert werden. Gemäss diesen Ausführungen beantragt die AF, die Motion erheblich zu erklären.

Felix **Häcki** spricht hier im Namen der SVP-Fraktion, die ihre Position sehr grossmehrheitlich festgelegt hat. Dabei legt er offen, dass er selber Besitzer eines Schiffes mit Verbrennungsmotor auf dem Zugersee ist. – Die Motion sowie der Antrag der Regierung für die Einführung einer Schifffahrtssteuer für Motorschiffe mit Verbrennungsmotor sind nicht erheblich zu erklären.
Begründung: Es wird nicht bestritten, dass der Kanton rein aus gesetzlicher Sicht kompetent wäre, eine Steuer auf Schiffe resp. Schiffmotoren – denn dies soll ja angestrebt werden – zu erheben. Aber muss der Kanton alles machen, was er noch

machen könnte? Wir meinen nein. – Unsere Partei ist gegen die Einführung neuer Steuern. Dies gilt erst recht für eine Steuer, die nur einen minimalen Ertrag bringt, weniger begüterten Leute unnötig belastet und wovon ein Grossteil sofort wieder von der notwendigen Administration aufgefressen wird. – Wir sind gegen eine Neidsteuer, denn darum würde es sich in Tat und Wahrheit handeln. – Wenn der Umweltschutz bemüht wird, um in dieser Sache eine neue Steuer einzuführen, so wird verkannt, dass die Betreiber von Verbrennungsmotoren über die Treibstoffzuschläge mit jedem getankten Liter bereits an den Umweltschutz mitbezahlen, denn aus diesen Abgaben werden ja auch Umweltschutzmassnahmen finanziert. Wenn man jedoch meint, mit der neuen Steuer könnte man den Bootssport reduzieren, so wird die Sachlage verkannt. Es würde heute eher dazu führen, dass einfach allenfalls kleinere (steuergünstigere) Motoren betrieben würden und zum Teil dann wohl kleinere Zweitaktmotoren statt grössere Viertaktmotoren benützt würden. Dabei ist klar und die Regierung erwähnt es ja auch explizit in Fussnote 10, S. 6 oder im letzten Satz S. 6 unten, dass Zweitaktmotoren für die Umwelt schlechter sind. Wenn man weiss – und dies tut der Votant aus eigener praktischer Erfahrung –, dass z.B. zwei 16-PS-Motoren mehr Benzin verbrauchen als ein 75-PS-Motor, so ist der von der Regierung vorgeschlagene Weg vernünftig nicht mehr nachvollziehbar. Kommt dazu, dass viele Schiffe auf dem Zugersee einen relativ grossen, sparsamen Motor aus Sicherheitsgründen haben, um im Notfall bei Sturmeinfall noch vernünftig in Ufernähe resp. an einen geschützten Platz zu kommen. Zudem haben die meisten Fischerboote noch einen keinen Motor, der viel mehr eingesetzt wird als der grosse, denn beim Fischen ist eben gerade nicht Tempo verlangt. Der grosse Motor wird jeweils nur kurz oder bei Gefahr eingesetzt. Und wenn wir schon beim Fischen sind: Eine Grosszahl von Fischern, die einen grossen Teil der Schiffe stellen, die mit Verbrennungsmotor häufig unterwegs sind, stammt aus nicht begüterten Kreisen oder sind Pensionierte. Soll man denen ihre Möglichkeit, die Freizeit sinnvoll zu gestalten, noch mit einer Steuer vergällen? Wir meinen jedenfalls nein. Was auch nicht gesagt wird, ist die Tatsache, dass viele Boote erst dank einem starken Motor geringere Wellen verursachen als ein Boot mit einem kleinen Motor, weil viele Boote erst ab einer gewissen Geschwindigkeit ins Gleiten kommen und viel weniger Wellen verursachen. Zudem wird das Seewasser durch die Schiffsantriebe eben auch mit Sauerstoff verwirbelt, was sich für den See positiv auswirkt. Dazu kommt, dass z.B. die Luftverschmutzung bei Motorrasenmähern, Mopeds und Kleinmotorrädern ebenso gross ist. Werden dort dieselben Steuersätze für vergleichbar grosse Motoren berechnet? Und warum hat man ausgerechnet bei zwei letztgenannten die Benutzung erleichtert durch die neuen Alters- und Motorengrössevorschriften in Bezug auf Ausweisgewährung? Kommt noch dazu, dass eine Reduktion der Boote auf dem See eine reine Fiktion ist, denn es sind mehr als 100 Leute auf der zur Zeit geschlossenen Warteliste für einen Bootsplatz in Zug. D.h., wenn einer wegen der Steuer aufgibt, sind dankbare 99, die darauf warten, einen Bootsplatz zu erhalten. Sollen nun nur noch die Begüterten mit einem Verbrennungsmotor fahren dürfen? Wir meinen nein.

Was die Schifflänge a priori mit dem Wellenschlag zu tun haben soll, ist dem Votanten schleierhaft. Es kommt doch auf die Strömungsverhältnisse an. So kann ein kürzeres Boot viel grössere Wellen produzieren, als ein beträchtlich längeres, wenn die Strömungsverhältnisse des Bootsrumpfs im Wasser ungünstiger sind. Deshalb werden ja z.B. auch Wakeboard-Schleppboote mit Wasserballast dazu gebracht, grössere Heckwellen zu produzieren. Demnach ist die Schifflänge aus Umweltschutzsicht ebenso untauglich als Mass wie die Kilowattleistung des Motors. – Es wird bei der

Beantwortung der Motion dargestellt, dass das Hauptübel, das viele beschäftigt, nämlich die Wanderboote, die den See unsicher machen, von einer neuen Steuer gar nicht erfasst würden oder jedenfalls noch nicht klar ist, wie die besteuert werden könnten und sollten. Und was ist dann eigentlich mit den Mietbooten mit Verbrennungsmotor, die ja besonders intensiv gewerblich genutzt werden und erst noch hauptsächlich von Leuten, die von den Vorschriften auf dem See überhaupt keine Ahnung haben? Muss für diese Boote nicht eine noch höhere Steuer eingeführt werden, damit sie verschwinden? Gemäss der Logik in der Regierungsantwort müsste dies so sein.
Wenn argumentiert wird, dass die Seepolizei resp. Rettungsdienste Kosten verursachen und darum Steuern erhoben werden müssten, so müsste man in erster Linie die Ruderboote, Segelboote ohne Motor und die Surfbretter etc. besteuern, denn diese verursachten die meisten Rettungsaktionen und Abstandsverletzungen, z.B. bei Schilfgürteln. Felix Häcki hat selber schon je einmal bei Sturm einen erschöpften Surfer und eine Seglerin, die mit einer Jolle in Seenot war, mit dem Motorboot ans Ufer gebracht. Dies nur dank der Sturmtauglichkeit seines Boots. Zudem müsste man dann wahrscheinlich noch eine Badehosensteuer einführen, denn auch die Schwimmer müssten eigentlich überwacht und gebüsst werden, denn viele baden resp. schwimmen an Orten, wo es eigentlich untersagt wäre, wie z.B. in der Hafeneinfahrt oder bei Anlegestellen oder in der Fahrtlinie der Kursschiffe, im Schilf etc..
Weiter ist der Sonnenöleintrag in den See auch nicht umweltfreundlich. Wenn man bedenkt, Tausende von Leuten, die sich mit Sonnenöl einstreichen und im See baden gehen, bringt das viel mehr Öl ins Wasser als von allen Booten zusammen. Es stellt sich hiermit wirklich die Frage, wo wir anfangen und wo wir aufhören sollten. Wir sind deshalb der Meinung, gar nicht erst mit dieser neuen Steuer anzufangen. Wir müssen keine neue Steuer einführen, weil, wie auch im Regierungsratsbericht erwähnt, die Kantone Luzern und Schwyz eine Steuer haben. Nach Wissensstand Des Votanten hat der Kanton Nidwalden z.B. auch keine Steuer und hat trotzdem den Vierwaldstättersee z.B. mit den Kantonen Luzern, Schwyz und Uri gemeinsam. Und dies ohne Probleme. – Stimmen Sie auf Grund der angeführten Argumente gegen eine Erheblicherklärung, wie von der Regierung beantragt. Wir sollten diese Motion nun endlich abschreiben.
Zur Motion von Peter Rust betreffend Seerettungsdienst. Hier folgt die SVP-Fraktion der Regierung und beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Rudolf **Balsiger** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Motion Kleimann ablehnt und Nichterheblicherklärung beantragt. Aus liberaler und vor allem bürgerlicher Sicht muss jede Einführung einer neuer Steuer bekämpft werden. Ganz besonders in diesem Zusammenhang, wenn die Regierung nicht beabsichtigt, die zusätzlichen Mittel gezielt einem definierten Zweck zukommen zu lassen. Nur mit dem Vorwand des Umweltschutzes das Loch in der Staatskasse stopfen zu wollen, findet bei uns keine Zustimmung. Dazu braucht es andere Mittel, aber die könnten vielleicht gar etwas weh tun. Auch der Motionär scheint das Umweltargument nur als Vorwand zu verwenden, denn wenn man Ausnahmen machen will, wie er das vorschlägt, ist genau der Gedanken der Umweltentlastung nicht mehr zu vertreten. Zudem wird wieder jemandem eine Entscheidungsgewalt zur Erteilung von Ausnahmenbewilligungen zugeordnet. Dass die Erfassung, der Einzug und die Kontrolle dieser neuen Steuer keine Konsequenzen im Personalbereich nach sich ziehen würde, glaubt ja doch

niemand wirklich allen Ernstes. Es ist bezeichnend, dass schon vor Jahren ein Vorstoss in derselben Sache in diesem Rat eine Abfuhr hinnehmen musste. Kämen wir Bürgerlichen wiederholt mit demselben Thema, würden die Kreise um den Motionär dies eine Zwängerei nennen. So können wir auch den regierungsrätlichen Antrag nicht verstehen und unterstützen.

Arthur **Walker** hält fest, dass die Mehrheit der CVP-Fraktion die Erheblicherklärung und damit Einführung einer Schifffahrtssteuer ablehnt. Begründung:
1. Eine Steuer soll gemäss Definition etwas steuern oder lenken. Wenn nun die Schifffahrtssteuer in die allgemeine Staatskasse fliesst und nicht zweckgerichtet eingesetzt wird, wird wenig bis gar nichts gesteuert.
2. Die vorgeschlagene Bemessung ist völlig unverhältnismässig. Jeder Schiffseigner braucht für die Einlösung des Boots einen Trocken- oder Wasserplatz. Er zahlt über den Besitzer des Booteshauses, den Konzessionär, eine Jahresmiete, die sich beispielsweise in der Grössenordnung zwischen 900 und 3000 Franken jährlich bewegt. Nachdem der Kantonsrat vor wenigen Wochen die Konzessionsgebühren teilweise um das Mehrfache erhöht hat, sollen die Fischer und Bootssportler einmal mehr zur Kasse gebeten werden. So müsste für ein schlankes Motorboot mit etwa 700 Franken Schifffahrtssteuer gerechnet werden. Gemäss Bericht und Antrag des Regierungsrats müsste sogar noch mit viel höheren Beträgen, ja mit einer Verdoppelung gerechnet werden, da der Regierungsrat eine Progression in Abhängigkeit zu den Motorenleistungen erwägt. Leider lässt der Regierungsrat den Kantonsrat darüber im Unklaren.
3. Es sind die Auslagen für den Bootsplatz, die Versicherung, den Unterhalt, den Gebrauch zu bezahlen. Nun soll die Schifffahrtssteuer den Sport und die Erholung auf unseren schönen Seen nur noch für Reiche ermöglichen. Oder können Sie sich vorstellen, wie sich einfache Leute noch ein Boot leisten können, wenn bei einer jährlichen Benutzung des Bootes von rund 30 Stunden mit mehr als 200 Franken pro Stunde zu rechnen ist?

Alois **Gössi** dankt dem Regierungsrat in Namen der SP-Fraktion für diese Vorlage, auch wenn sie erst zwölf Jahr nach der Überweisung behandelt wird. Gut Ding will Weile haben. Die SP-Fraktion kann der Einführung einer Schifffahrtssteuer auf den Zuger Gewässern zustimmen. Folgende zwei Argumente gaben für uns den Ausschlag.
Rechtsgleichheit. Bei der Revision des Gewässerschutzgesetzes, das wir an der letzten Sitzung behandelten, war der Auslöser die Rechtsungleichheit mit Landwirten aus anderen Kantonen. Unsere Landwirte waren benachteiligt, zu sehr eingeschränkt. Bei der Schiffssteuer soll die Rechtsungleichheit zu den Nachbarkantonen gemäss dem Rückweisungsantrag der bürgerlichen Fraktionen bestehen bleiben. Es besteht ein Vorteil für unsere Bootsbesitzer und es soll nicht davon abgerückt werden. In einem Fall will man Rechtsgleichheit, im anderen wieder nicht. Je nachdem, wo es gerade nützlich erscheint. Wo bleibt da die Rechtsgleichheit?
Verursacherprinzip. Die verschiedenen Gemeinden im Kanton Zug haben beim Abwasser das Verursacherprinzip eingeführt. Die Kosten der Entsorgung sollen die Verursacher bezahlen, und nicht via allgemeine Steuermittel aufgewendet werden. Ähnliches wird mit der Schiffssteuer bezweckt: Bezahlung der verursachten Schäden

und geleisteten Aufwände durch die Verursacher und nicht durch die Allgemeinheit. Der Votant als Nichtbootsbesitzer würde sich bedanken, wenn er solche Aufwände und Schäden in Zukunft auch indirekt nicht mehr bezahlen müsste. Felix Häcki hat gesagt, dass mit der Schiffssteuer nur noch Begüterte sich ein Boot auf dem Zugersee leisten können. Der Regierungsrat erwartet etwa 400'000 Franken Ertrag. Es hat etwa 1'600 Motorboote auf dem Zugersee. Das macht pro Motorboot im Durchschnitt etwa 250 Franken. Gibt es wirklich Nichtbegüterte, die sich diese 200 Franken nicht leisten können? – Wir bitten den Rat, die Motion Kleimann im Sinne dieser Ausführungen erheblich zu erklären.

Rosemarie **Fähndrich Burger** möchte kurz auf einige vorher geäusserte Argumente eingehen. Felix Häcki spricht von einer Neidsteuer. Damit hat unsere Unterstützung für die Motion absolut nichts zu tun. Die Votantin möchte es nochmals wiederholen: Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb Motorfahrzeuge auf dem See gegenüber jenen auf der Strasse unterschiedlich behandelt werden sollen. Vor allem weil im Gegensatz zu einem namhaften Teil der Autos und Lastwagen die Schiffe auf dem See grossenteils reinem Vergnügen dienen. Die wenigen Fischerboote, die auf dem See sind, fallen natürlich nicht darunter. Rosemarie Fähndrich möchte Felix Häcki zudem fragen: Sind Sie bereit, eine Motion mit zu unterzeichnen, welche eine Auflage für umweltfreundlichere Boote einführen möchte? D.h. dass wir die Zweitaktmotoren abschaffen könnten. Was die Reduktion der Boote betrifft: Es geht um die finanzielle Abgeltung analog der Motorfahrzeugsteuer für die Fahrzeuge auf der Strasse. Es geht um eine finanzielle Abgeltung und nicht darum, die Boote zu reduzieren. Und zu Rudolf Balsiger: Die damalige Abstimmung ging mit dem Resultat von 34 : 37 negativ aus. Solch eine Abfuhr war das also nicht.

Felix **Häcki** zu seiner Vorrednerin. Sie hat zwar bestritten, dass es eine Neidsteuer ist, hat aber nachher immer wieder betont, dass eigentlich nur wenige das Vergnügen hätten, auf dem See zu fahren. Also ist es offensichtlich doch eine Neidsteuer. Was eine andere Motion anbelangt, so können auch Zweitaktmotoren relativ sauber sein. Es gibt ja heute für die Motoren sehr strenge Auflagen. Man merkt einfach, dass die Leute von diesen Motoren keine Ahnung haben. Wir müssen ja die Boote vorführen und die Motoren werden auf Öldichtigkeit geprüft. Da wird geschaut, ob irgend etwas rauskommt. Zur Rechtsgleichheit. Dann müssten die Velofahrer auch eine massive Steuer bezahlen. Weil wir ja für sehr teures Geld Velowege bauen. Da werden Millionen eingesetzt für Wege, die nur Velofahrer benützen und die meisten auch nur zum Vergnügen und in der Freizeit. Der Votant benützt kein Velo, also ist er benachteiligt. Man sieht, wohin das führt. Diese Argumentation ist einfach Quatsch. Wir sind im Kanton Zug und müssen nicht alles von anderen Kantonen unbesehen übernehmen. Wenn man von Rechtsgleichheit mit anderen Kantonen spricht, so berührt das Felix Häcki eigentlich kaum, weil er in Zug als Kantonsrat gewählt ist und nicht in Schwyz oder Luzern. Und er versucht dafür zu sorgen, dass wir hier in Zug vernünftige Sachen machen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster**: Stellen Sie sich vor, *auch* vor zwölf Jahren – die Behandlungsdauer war unbestrittenermassen zu lang – sei eine Motion einge-

reicht worden, die argumentiert hätte, man müsste die schweren Motorräder, die nur am Sonntag, nur in der Freizeit und für den Sport gebraucht werden, von der Steuer befreien. Wenn der Regierungsrat das nicht mache, sei er nur neidisch auf diese Töfffahrerinnen und -fahrer. Der Regierungsrat wäre auch nach zwölf Jahren zum Schluss gekommen, das sei eine gute Idee, das machen wir so, und hätte ihnen genau das beantragt, was der Motionär vorgeschlagen hätte. Der Votant wäre gespannt gewesen, wie Sie auf diesen Antrag reagiert hätten und ob Sie uns zustimmen würden. Es ist tatsächlich so, dass für Motorboote keine Strassen gebaut werden müssen. Das ist der Unterschied zum Strassenverkehr. Wir haben aber ausführlich dargelegt, dass die Belastung des Sees – und nicht nur des Wassers, sondern auch der Umwelt –, durch die Motorboote beträchtlich ist, auch wenn es hier in den letzten Jahren sicher Fortschritte gegeben hat. Der Sicherheitsdirektor möchte das nicht alles wiederholen. Eindrücklich ist aber die Tatsache, dass ein Zehn-Kilowatt-Zweitakt-Motor so viel flüchtige Stoffe wie VOC ausstösst wie 207 Personenwagen mit einem Katalysator. Da sehen Sie, was einem schönen Tag ein kleines Böötli an VOC – das ist die Vorläufersubstanz für die Ozonbildung – verursacht. Wir haben auch klar gesagt, dass wir die Steuer differenzieren wollen. Wir haben ihnen einen Vorschlag gebracht und angemerkt, dass es erst ein grobes Muster sei. Wir haben aber ausdrücklich gesagt, dass wir differenzieren möchten, einerseits für sehr schwere Boote, welche die Belastung grösser machen, aber auch punkto Umweltbelastung. Und hier ist es dann durchaus denkbar und auch anzustreben, dass diese Steuerung so passiert, dass man VOC-trächtige Zweitaktmotoren wesentlich stärker besteuert als sehr gute und umweltfreundliche Motoren. Die Leistung ist nur das eine, es kommt auch noch auf den Motorentyp an. Und wir können uns auch durchaus die Idee vorstellen mit der gewerblichen Nutzung, dass gewerblich genutzte Boote, welche viel im Einsatz sind, höher besteuert werden. Wir haben also hier eine ganze Palette, und wir werden, wenn die Motion erheblich erklärt wird, eine Gesetzesvorlage mit einem Bericht ausarbeiten. Und über dieses Gesetz stimmt ja dann nicht der Regierungsrat ab, sondern Sie.
Die Steuer hat auch den Vorteil, dass Boote, welche heute aus steuerlichen Gründen nicht im Kanton Schwyz oder Luzern immatrikuliert sind, nicht mehr im Kanton Zug immatrikuliert bleiben, die Standplätze dann frei werden und die Zahl der Boote eher abnehmen wird. Das ist sicher im Interesse aller Seebenützer. Und ein weiterer Vorteil ist die Tatsache, dass wir das erste Mal mit einer Steuer auch effektive Kontrollmöglichkeiten hätten, dass wir eigentliche Motorbootsnummern hätten, was heute fehlt und die ganze Kontrolle erschwert. – Es wurde auch die Zweckbindung angesprochen. Es ist in der Regel nicht üblich, dass eine Steuer zweckgebunden ist. Aber wir müssen gar keinen Zweck suchen. Wir haben den Aufwand schon; bei der Seepolizei und bei der Schifffahrtskontrolle. Und wir hätten den Aufwand, wenn Sie die Motion Peter Rust gutheissen würden und der Kanton für die Seerettung zuständig wäre. Diesen Aufwand haben wir also schon und er wird heute nicht von den Verursacherinnen und Verursachern getragen, sondern von der Allgemeinheit, von allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, und das ist sicher auch nicht im Sinne der vorherigen Votanten. – Zum Schluss möchte der Sicherheitsdirektor Felix Häcki und Arthur Walker herzlich danken für den genialen Doppelpass, den sie ihm gegeben haben. Felix Häcki hat verschiedentlich gesagt, es sei eine Neidsteuer, ein Affront gegen die weniger begüterten Leute, die sich dann vielleicht die 100 oder 270 Franken nicht leisten könnten (diese Zahlen hat er nicht genannt). Und Arthur Walker hat dann gesagt, was sich diese wenig begüterten Leute leisten müssen, dass sie über-

haupt einen Bootsstandplatz haben. Er hat von 900 bis 3'000 Franken gesprochen. Da sind diese 100 oder 270 oder vielleicht auch 350 Franken für ein Hobby, das eh schon so viel kostet, wirklich kein Grund, dass jemand, der weniger begütert ist, seinen Sport nicht ausüben kann. – Hanspeter Uster dankt dem Rat, wenn er die Motion erheblich erklärt, damit wir an dieser Frage weiter arbeiten können, und er freut sich auf die Abstimmung.

Felix **Häcki** kann das so nicht stehen lassen. Das zeigt, wie von der Regierung desinformiert wird. Wenn der Regierungsrat von 10-Kilowatt-Zweitakt-Motoren spricht, die auf dem See herumfahren, soll er mir *ein* solches Boot bringen. Solche Boote fahren nicht mehr. Solche Motoren werden in der Schweiz nicht mehr importiert, weil die Bootsimporteure die Motoren kaufen müssen, die auf dem Markt sind. Und auf dem Markt sind Motoren, welche die Boodenseevorschriften erfüllen. Andere Motoren rentieren sich gar nicht extra zu bauen. Deshalb ist die Rechnung völlig illusorisch und aus der Luft gegriffen. Das findet in der Praxis so nicht statt. – Was den Votanten auch geärgert hat, ist die Aussage, wenn die Leute nicht viel hätten, komme es auf 100, 270 oder 350 Franken auch nicht an. Aber bei den Krankenkassenbeiträgen kommt es dann darauf an. Es ist einfach das Portemonnaie der Leute, Sie wollen den Leuten doch nicht den Sport verbieten, der ist gesund, da werden sie weniger krank.

➔ Der Rat beschliesst mit 46 : 21 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

403B MOTION PETER RUST BETREFFEND SEERETTUNGSDIENST ZUGERSEE UND ÄGERISEE

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 991.2 – 11447).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass er während der Dauer dieser Motionsbehandlung die Ratsleitung abgibt. Die Vizepräsidentin ist heute infolge einer zweitägigen Schulklausurtagung entschuldigt. Es kommt in diesem Fall § 8 der GO zum Zuge. Eigentlich müsste der abgetretene Präsident Christoph Straub den Rat präsidieren. Da er nicht mehr Mitglied dieses Rats ist, übernimmt das amtsälteste Mitglied Othmar Birri für dieses Geschäft die Ratsleitung.

Othmar **Birri** erteilt das Wort dem Motionär Peter Rust.

Peter **Rust** kann dem Bericht immerhin einen einzigen positiven Aspekt abgewinnen. Die Motion ist im Vergleich zur Schifffahrtssteuer um ganze zehn Jahre bevorzugt behandelt worden. Zuerst einmal stellt der Votant fest, dass der Sicherheitsdirektor den Motionsauftrag einfach nicht verstanden hat oder nicht verstehen will. Die Motion verlangt: «Der Kanton ist für den Seerettungsdienst auf dem Zuger- und Ägerisee

zuständig. Er kann die Aufgabe an andere Organisationen delegieren. (…)» Konkret heisst dies: Die Zuständigkeit für den Seerettungsdienst würde neu von den Gemeinden zum Kanton übergehen, aber die Umsetzung kann wie bisher and die FFZ delegiert werden. D.h. der Kanton koordiniert im Wesentlichen die Seerettung, aber die Einsatzmannschaft wird wie bisher von der FFZ der Stadt Zug gestellt. Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Zug verfügt über eine gut ausgebildete und bewährte Rettungsorganisation, welche bis heute untadelig und sehr kostengünstig das Rettungswesen auf dem Zugersee anbietet.
Peter Rust möchte dem Rat die Zahlen der FFZ für das Jahr 2003 nicht vorenthalten. So leistete die FFZ im vorigen Jahr 700 Stunden Ausbildungs- und Kontrollfahrten, d.h. wenn man Vollkostenrechnung macht 700 Stunden à Fr. 42.85, sind das rund 30'000 Franken. Bootshaus, Boot inkl. Abschreibung sind im Jahr 54'000 Franken. Das ergibt jährliche Vollkosten von 84'000 Franken. Abzüglich der Beitrag des Kantons an die Bootsmiete 20'000 Franken. Abzüglich die Lohnkostenminderung, weil ja die FFZ das in freiwilliger Arbeit leistet, nochmals 30'000 Franken. Das gibt dann effektive Kosten für die Seerettung von 34'000 Franken. Der Votant möchte es bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, Hans Christen für diese günstige Lösung zu danken, weil wir Walchwiler ja Trittbrettfahrer sind in dieser Sache. Aber wir werden so oder so mit der Stadt Zug eine Lösung finden.
Erinnern Sie sich noch an die Synergie-Beschwörungen des Sicherheitsdirektors anlässlich der Fusion Stadtpolizei/Kantonspolizei? Die Seerettung war damals noch bei der Stadtpolizei integriert. Und der Sicherheitsdirektor hat nun ausführlich dargelegt, wie der Synergieeffekt bei der Seerettungsorganisation bei einem allfälligen Übertragen an den Kanton funktionieren würde:

- Der Bestand des Milizpersonals von derzeit 12 würde auf 25 Personaleinheiten verdoppelt.
- Dazu würden drei, bzw. sieben fest angestellte Gewässerpolizisten benötigt.
- Die Personalkosten werden im Bericht mit rund einer Million errechnet, dazu kommen noch 0,5 Mio. für Sachaufwände. Die Sicherheitsdirektion denkt da offensichtlich an eine Art Marineeinheit mit Admirälen.

Um nur ein kleines Detail herauszugreifen. Beim seinerzeitigen Ausbau der Zuger Polizeigebäude wurde eine sehr teure Polizei-Funkanlage installiert, mit der man buchstäblich jedes Mausloch im Kanton Zug anpeilen kann. Weshalb heute wegen einer Seerettung die Funkanlage um 100'000 Franken nachgerüstet werden soll, kann nur mit übertriebenem Luxusdenken im Sicherheits-Pentagon zusammenhängen.
Sie werden sich fragen, wieso denn Walchwil die Seerettung, wenn sie so gut funktioniert, dem Kanton übertragen will. Jeder Anstösser und Benützer an stehenden Gewässern im Kanton Zug weiss, dass sämtliche Nutzungen am Wasser, im Wasser und auf dem Wasser des Zuger- und Ägerisees bewilligungs- und gebührenpflichtig sind. Es ist der Kanton, der allein zuständig ist für: Fischerpatent, Berufsfischerei, Schutzgebiete, Konzessionen für die Wassernützung, Schilf, Binnenschifffahrt, Seepolizei, Sturmwarnung, Badebetriebe, Baubewilligungen und Konzessionen für Bootshäuser, Bojen, Hafenanlagen, Seemauern, Anlegestellen, Wellenbrecher, Badestege, Bootsstege und Badetreppen. Für all diese Einrichtungen und damit verbundene Auflagen, Konzessionen, Gebühren und Steuern (die Sie glücklicherweise abgelehnt haben) ist einzig und allein der Kanton zuständig und er kassiert beträchtlich Geld dafür. Aber wenn Peter Rust dann als Walchwiler von einem dieser konzessionierten Badestege oder von einem Boot ins Wasser fällt und am Ertrinken ist,

dann ist nicht mehr der Kanton zuständig, sondern die Gemeinde, und der Provinzgemeinderat wird in Pflicht und Verantwortung genommen. Das steht zwar so im Binnenschifffahrtsgesetz, aber der Votant wollte diese Aufgabe wegen der Koordination an den Kanton übertragen, weil dort die Einrichtungen, Sturmwarnung etc., in die Polizei integriert sind. Es geht nur um das Koordinieren. Bei einem grösseren Schadenereignis auf dem See könnten Geschädigte die Gemeinde wegen ungenügender Sicherheitsrettungsorganisation mit Haftungsfragen konfrontieren.
Der Sicherheitsdirektor irrt sich, wenn er glaubt, der Votant sei vom Nichteintreten auf das Begehren enttäuscht. Nein. Vielmehr gibt ihm die angewandte Taktik zu denken, wie solche Begehren zu Fall gebracht werden. Eine bestehende Milizlösung FFZ für 35'000 Franken wird mit einem masslos übertriebenen Verwaltungseifer zu einem 1,5 Mio. schweren Projekt von der Güte eines Überwachungsgeschwaders der Marine aufgebläht. Die Lehre daraus: Peter Rust verzichtet natürlich und wird keinen anderen Antrag stellen. Er wird einfach seine rechtliche Amtszeit dafür verwenden, alles was aus dem Sicherheits-Pentagon gebracht wird, mit dem Etikett von Luxus 18 Karat zu versehen und immer genau zu schauen. An diesem Beispiel haben Sie uns illustriert, wie Sie die Begehrlichkeiten des Parlaments übertreiben. Der Gemeinderat von Walchwil wird sich diesem Verdikt beugen und mit der Stadt Zug eine einvernehmliche Lösung finden.

Rosemarie **Fähndrich Burger**: Die Antwort der Regierung zum Seerettungsdienst empfinden wir Alternativen als informativ und aufschlussreich. Sie gibt einen Einblick in ein weniger bekanntes Kapitel des Rettungsdienstes. Erstaunt haben wir Alternativen jedoch vom Motionsbegehren Kenntnis genommen. Erstaunt deshalb, weil hier wieder der Kanton eine Aufgabe übernehmen soll, die eigentlich die Gemeinden berappen können. Ob das nun die FFZ oder die Polizei ist, die Rettungsaufgaben übernimmt, spielt dabei eigentlich keine wesentliche Rolle. Die AF empfiehlt dem Rat, die Motion gemäss den Ausführungen der Regierung nicht erheblich zu erklären.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** steht es natürlich fern, dem Kantonsratspräsidenten zu widersprechen bei der Auslegung seines Motionstextes. Aber es steht dort ganz klar: Der Kanton ist zuständig und kann (er muss nicht) das delegieren. Wir haben keine Luxuslösung gewollt. Wir haben unter Ziff. 6 diese Vorschläge als nicht machbare Varianten bezeichnet; wir haben sie der Vollständigkeit halber aufgeführt. Es ist tatsächlich so, dass nach der heutigen Gesetzgebung, die wir nicht ändern möchten, die Gemeinden zuständig sind. Es ist auch ganz einfach zu verstehen, wieso das in diesem Fall bei den Gemeinden liegt. Die Gemeinden sind viel näher dran. Sie sind dort, wo es passiert. Oder mindestens näher dran, wenn etwas passiert. Bei der Haftungsfrage kann der Votant den Rat beruhigen: Es geht nur darum, dass die Gemeinde entsprechend organisiert ist. Wenn sie gar nichts macht, hat sie ein Haftungsproblem. Wenn sie die Leistung bei der FFZ einkauft, hat sie überhaupt kein Haftungsproblem, selbst wenn etwas passiert und diese Person nicht mehr gerettet werden kann. Sie hat alles vorgekehrt, was sie machen muss.
Noch ein kurzes Wort zur Frage der Kosten. In der Rechnung, welche der Motionär gebracht hat, werden 20'000 Franken abgezogen, die der Kanton der Stadt zahlt, weil er ihr eine Entschädigung gibt für die Benützung des Bootes als Seepolizeiboot.

Aber das kann man natürlich in einer Rechnung, die der Kanton macht, nicht abziehen. Das ist ein Aufwand, der an einem ganz anderen Ort verbucht werden muss. Und noch ein Wort zum sehr teuren Funk. Erstens ist er nicht sehr teuer gewesen. Der Votant hat selber dafür geschaut, dass er eine Million günstiger gekommen ist. Und es hat im Kantonsrat eine erbitterte Debatte gegeben, ob man einen Zuger Funkverschlüsselungsanbieter nehmen muss – die Bürgerlichen waren tendenziell eher dafür. Und Hanspeter Uster hat sich dafür eingesetzt, dass man den günstigeren Anbieter nimmt. Das hat eine Million ausgemacht. Der Funk funktioniert immer noch sehr gut und kann mit kleinen Anpassungen auch noch für einige Jahre weiterfunktionieren. – Wenn man es auf einen Nenner bringen will, geht es der Gemeinde Walchwil letztlich nur darum, den Kanton verantwortlich zu machen, weil man selber die Kosten nicht tragen will. Und das kann – bei allem Verständnis für die Situation in Walchwil – ja wohl nicht im Sinn einer zukunftsweisenden Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton sein. – Der Sicherheitsdirektor dankt dem Rat, wenn er die Motion nicht erheblich erklärt.

➔ Der Rat erklärt die Motion nicht erheblich.

403C INTERPELLATION VON JOSEF ZEBERG BETREFFEND UNGENÜGENDE KONTROLLEN VON BOOTEN AUF DEM ZUGERSEE

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1115.2 – 11441).

Josef **Zeberg** macht zuerst eine Richtigstellung. Obwohl der See-Club Zug bei den unterzeichnenden Vereinen aufgeführt ist, hatte damals niemand unterzeichnet – trotz Zusage. Der einfache Grund: Der See-Club wollte alle Möglichkeiten prüfen, damit alle Seebenützer – auch die Boarder – ihre Hobbys ausführen können. Der Votant dankt aber dem See-Club Zug für den überraschenden Brief, den er dem Rat nun vorliest.

«Sehr geehrte Damen und Herren der Zuger Polizei, die Entwicklungen und teilweise massiven Auswirkungen des Wakeboard-Sports auf dem Zugersee haben während des letzen Jahres zahlreiche Diskussionen ausgelöst. Teilweise wurde gar die Berechtigung dieser Trendsportart mittels politischen Vorstössen in Frage gestellt. Auch der See-Club Zug hat an diesen Diskussionen wenn immer möglich aktiv teilgenommen und bewusst eine vermittelnde Rolle eingenommen, obwohl gerade die Ruderer durch die Auswirkungen des Wakeboardens ganz massiv tangiert werden. Gerne haben wir unter anderem an einem Informationsanlass des Boardstock Festivals unsere Ideen und Vorschläge eingebracht und (sind) der Erarbeitung eines Verhaltenskodex für Wakeboarder auf dem Zugersee positiv gegenüber gestanden. Auch haben wir vorgebracht, dass die Organisatoren solcher Anlässe alle betroffenen Seebenutzer nach ihren Bedürfnissen zu befragen hätten, um dann einen konstruktive Benutzung des Sees vorzuschlagen. Leider haben wir seither von Seiten der Veranstalter keine weiteren Aktivitäten mehr vernehmen können. Auch hat nun das Wakeboarden letzten Sommer ein Ausmass angenommen, welches die Ruderer

während den Sommermonaten teilweise praktisch gänzlich vom See vertrieben hat. Dies akzeptieren wir selbstverständlich nicht.
Der Wohn- und Lebensraum Zug besitzt mit dem Zugerberg und dem Zugersee zwei überaus wichtige Naherholungsgebiete. In Bezug auf die Nutzung und den Platz respektiert und akzeptiert der See-Club Zug grundsätzlich alle Sportvereine und steht auch dafür ein, dass alle die gleichen Rechte haben. Schliesslich haben wir auch alle dieselben Ziele und Bedürfnisse: Wir wollen uns und unseren Mitgliedern eine interessante und möglichst sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglichen. Wir sind uns auch absolut bewusst, dass auch in Zusammenhang mit der Ausübung des Rudersports gelegentlich beispielsweise ein Mindestabstand von einem schleppenden Fischer o.ä. nicht eingehalten werden kann. Doch bisher konnte dies immer pragmatisch, mit gegenseitiger Toleranz und einer Portion gesundem Menschenverstand gelöst werden. Dass nun allerdings eine Sportart andere praktisch vertreibt, überschreitet jedes Mass an gegenseitiger Toleranz. Wir können unseren zahlreichen Mitgliedern nicht zumuten, nur noch morgens um 6 Uhr den See benutzen zu können. Auch unsere Wettkämpfe finden in der warmen Jahreszeit statt und unsere Trainingsgruppen rekrutieren wir mehrheitlich aus Schüler- und Arbeitnehmerschaft, welche auch nicht beliebige Tageszeiten wählen können.
Was unseres Erachten gar keiner Mässigung mehr unterliegt, sind die so genannten Wanderfahrten. Am Hafen wassern Boote aus allen möglichen Kantonen (und teilweise Ländern!) ein – ohne dass irgend eine Kontrolle oder das Befolgen einer Regel ersichtlich wäre. Immer wieder mussten wir auch feststellen, dass sich die Wakeboarder ihrer Emissionen gar nicht bewusst sind oder sein wollen. Auch haben wir schon versucht, auf dem See Verletzungen der Uferzone oder der gegenseitigen Rücksichtnahme direkt anzusprechen, doch die betroffenen Motorbootfahrer sind ohne Kommentar davongerauscht. Auch unter ökonomischen und ökologischen Aspekten ist diese massive Zunahme an Wakeboardern zu hinterfragen. Tagestouristen bringen wohl dem jeweiligen Veranstalter gewisse Einnahmen, dem Kanton Zug als Wirtschafts- oder Tourismusplatz aber ganz sicher nichts. Im Gegenteil: Die Verärgerung aller anderen Seebenutzer bewirkt wohl einiges mehr. Und die Auswirkungen auf Flora und Fauna am Zugersee sind zumindest umstritten.
Wir sind leider zu der Erkenntnis gekommen, dass es mit schönen Worten und vermittelnden Gesprächen nicht getan ist und eigentlich nur einen Freifahrtschein für noch mehr Aktivitäten bewirkte. Da wir ganz eindeutig nicht bereit sind, unseren 400 Mitgliedern noch einmal einen solchen Sommer zumuten zu müssen, ergreifen wir jetzt die Initiative und fordern vor Saisonbeginn eine klare Reglementierung der Wakeboard-Aktivitäten auf den Zuger Gewässern. Konkret wollen wir folgende Lösungen diskutiert und geprüft wissen:

- Eine rechtlich abgesicherte Einführung von Zeit- und Zonenfenstern, welche die Bedürfnisse aller Seebenutzer angemessen zu berücksichtigen hat.
- Eine dringend einzuführende Bewilligung für Wakeboardschulen.
- Eine massive Einschränkung von ortsunkundigen Wanderfahrern.
- Eine klar festgelegte Beschwerdeinstanz bei Verfehlungen.»

Das waren Ausschnitte aus dem Brief des See-Clubs Zug. Es folgen Ausschnitte aus dem Brief von Daniel Schärer vom Verein vom 22. März 2004: «Ich bin persönlich fischen gegangen, um zu verstehen um was es geht. (Selbstverständlich auf unsere Einladung hin.) Ein paar Mal haben mir Fischer angerufen und mir mitgeteilt, was passiert sei. Wir haben die Saison 03 ausgewertet und haben auch festgestellt, dass vor allem zwei Sorten Seebenützer am meisten Ärger machen. Die Wanderboote, die

die Geschwindigkeit und Uferabstände hochprozentig missachten, und die Wakeboardschule.»
Zu den einzelnen Fragenbeantwortungen. Zu Frage 1 ist nach Meinung des Votanten alles im Brief des See-Clubs enthalten. Zu Frage 2 stimmt er der Regierung zu, dass das Rowdytum auf unseren Gewässer keinen Platz hat. Zu Frage 3 stimmt er dem Regierungsrat zu, dass alle Personen überall, nicht nur auf dem See, Platz haben sollten für Erholung und Sport. Problematischer wird es, wenn Trendsportarten dazukommen mit allen Auswüchsen. Schlimm findet es Josef Zeberg, dass eine Gruppe von zehn Leuten es fertig bringt, ein solches Durcheinander auf dem See zu veranstalten. Wen eine private Firma wie die Vitamin D nicht eine Sportschau, sondern wie Herr Meienberg selber sagte, eine moderne Chilbi veranstalten lässt, hat der Votant grosse Bedenken für die Richtigkeit. Er hat zwei Mal erlebt, wie die Firma vorgegangen ist, wie die Firma zweimal etwas erreicht hat, das niemandem von uns gelungen wäre, wieso kann er nicht sagen. Zwei Mal wurden Plakate gedruckt, Termine abgemacht, und erst später um Bewilligung nachgefragt, teils mit Mails, teils undatiert an viele Amtsstellen. Obwohl viele Amtsstellen Bedenken angemeldet haben, wurde die Chilbi bewilligt, warum? Sicher ist, dass die Veranstaltung Leute nach Zug bringt, ob es aber die Leute bringt, die wir bis dato hatten, Ruhe suchende, Freude an gepflegten Restaurants, sauberen Strassen und Plätzen, Leute die immer wieder gerne kommen, ist zu bezweifeln. Wer die Zeitungen gelesen hat, dem sind die negativen Berichte sicher aufgefallen. Niemand von den Vereinen, die den See benützen dürfen, wollen jemandem etwas vorschreiben. Wir fühlten uns bis vor kurzem sehr wohl auf dem See, wen irgend etwas passierte, wurde dies sofort unbürokratisch erledigt. Es kann immer vorkommen, dass Abstände von Fischerboot zu Kursschiff oder Ruderer nicht eingehalten werden, ein Segler Probleme hat mit Boot und Wind, aber deswegen gibt es keinen Krieg. Die Wakeboarder hingegen stellen für viele Seebenützer eine Bedrohung dar. Die Regierung tut gut daran, was sie tun darf, was sie tun müsste, nämlich diese Schiffe, vor allem die Wakerwanderboote zu verbieten. Die Wanderboote besser zu kontrollieren, eventuell zu limitieren.
Da sind wir schon beim Polizeiboot. Jetzt haben wir Zustände fast wie vor 50 Jahren. Bei einem Einsatz musste damals der wackere Seerettungsoffizier zum Schiffli Weber unten am Leuenplatz. Vielleicht war er da, bei dem Glücksfall wurde das private Schiffchen gestartet, manchmal ging auch das nicht, weil ein Kabel brannte. Sicher war, dass keiner dieser beiden Schwimmen konnte. Wir von Lebensrettungsgesellschaft verlangte darauf, dass alle Polizisten, die etwas mit dem See zu tun hatten, das Brevet eins machen mussten. Die Zuger Polizei hat in den letzten Jahren eine sehr gute Truppe für diese speziellen Arbeiten ausgebildet; es ist sehr schade, dass dies nicht anders ausgenützt wird. Bei ca. 1600 Motorbooten, vielen Ruderschiffen und anderem mehr müsste ein Polizeischiff da sein für eventuelle Kontrollen. Es ist den Beamten nicht möglich, allen Schiffen nachzuschwimmen. Sicher überlegungswert ist die Benützung des Bootes Lemar. Es ist in Walchwil stationiert, ein solches Schiff wird teilweise vom Amt für Fischerei und Jagd benützt. Sonst hängt es in der Schiffhütte. Für Kontrollen und solche Arbeiten genügt Lemar sicher mit dem Vorteil, dass es nicht sofort als Polizeiboot ersichtlich ist. Der zweite Vorteil: Das Boot ist bezahlt, die Kosten könnten so aufgeteilt werden. Und das Schiff währe sofort einsatzbereit.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** hält fest, dass die AF mit dem Interpellanten und den ihm angeschlossenen Seebenützerinnen und -benützern wie auch den Wassersportvereinen einig geht, dass es gilt, zum Zugersee Sorge zu tragen. Sehr vielen Menschen bietet der See Ruhe, Erholung und Aufenthalt in grossenteils unberührter Natur. Wir Alternativen gehen mit der Regierung einig, dass das Wakeboarden auf dem eher kleinen Zugersee sehr rigoros beschränkt, wenn nicht gar ganz verboten werden soll. Das Vergnügen einiger weniger Personen steht in keinem Verhältnis zu den Immissionen, welche die leistungsstarken Boote verursachen. Der hohe Wellengang beeinträchtigt die grossen Bemühungen, die der Kanton dem Schilfgürtel im Raum Ennetsee zukommen lässt. Menschen, Vögel und Tiere werden durch den sehr aktiven Betrieb in ihrem Bedürfnis nach Ruhe und Erholung gestört. Wir begrüssen in diesem Zusammenhang, dass mit den betroffenen Kreisen ein Gespräch am runden Tisch geführt worden ist und damit nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht wird. Wir Alternativen können uns allerdings vorstellen, dass weiterhin vereinzelte Grossanlässe mit den entsprechenden Auflagen durchgeführt werden können, wie beispielsweise das Boardstock-Festival vom vergangenen August in der Zuger Vorstadt. Vor allem dann, wenn sich zeigt, dass die Auflagen zu keinen Beanstandungen Anlass geben. Ein ebenso wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit der Seebenützung scheint uns, dass die Polizei rigoros Kontrollen auf dem See vornimmt und durch ihre regelmässige Präsenz zeigt, dass uns allen der Schutz des Zugersees ein wichtiges Anliegen ist. Demnach begrüssen wir, wenn die Regierung beabsichtigt, das zu revidierende Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt mit Geschwindigkeitslimiten zu ergänzen.

Vreni **Wicky** möchte eine Lanze brechen für die Wakeboarder. Sie ist Mutter von zwei Wakeboardern, aber auch Sportchefin der Stadt Zug und vertritt somit sämtliche Sportarten, die in Zug betrieben werden. Josef Zeberg schreibt in seiner Interpellation, dass auf dem Zugersee Boote zirkulieren, die weder eine Nummer noch ein Hoheitszeichen tragen. Die Kontrolle sei vernachlässigt worden und das Rowdytum sei untragbar. Eine Nachfrage bei der Zuger Polizei hat aber ergeben, dass bis dato noch keine einzige Person in Sachen Rowdytum verzeigt worden ist. Letztes Jahr hat die Seepolizei einen einzigen Schiffführer, bzw. Wasserskifahrer verzeigt, welcher ohne Kontrollperson auf dem See umherfuhr – also auch da nicht wegen Rowdytum.
Dass dieses auf unserem See keinen Platz haben darf, damit sind wohl alle Seebenutzer einverstanden. Nur das Mass mit welchem das angebliche Rowdytum beschrieben wird, scheint klar übertrieben. Störend ist, wie Rowdytum vom Interpellanten meist mit den Wakeboardern in Verbindung gebracht wird. Dies erinnert stark an die Anfänge des Snowboardfahrens, als prinzipiell jeder Snowboarder ein Chaot war. Eine neue Sportart steht wohl oder übel im Rampenlicht. Grundsätzlich ist die Votantin aber überzeugt, dass der Anteil der Rücksichtslosen unter allen Bootsbenutzern zu suchen ist. Schon beim Hearing zur Bewilligung von Kite-Surfen auf dem Zugersee prophezeite Josef Zeberg chaotische Zustände, welche aber offensichtlich überhaupt nicht eingetreten sind. In Zug gibt es bis heute eine einzige Wakeboardschule. Diese, von der immerhin ein vierfacher Weltmeister und vierfacher Europameister ausgeht, kennt die Regeln auf dem Zugersee und hat Null Interesse, dagegen zu verstossen.
Ein Problem stellen wirklich die Wanderboote dar. Wenn es stimmt, dass diese Boote weder Nummern noch Hoheitszeichen tragen, muss die Polizei dem nachgehen.

Vreni Wicky fragt sich nur: Warum wurden bis heute keine Anzeigen gemacht? Auf dem Zugerberg ist es möglich, verschiedenste Sportarten nebeneinander zu betreiben, dies sollte doch auch auf unserem See möglich sein. Einmal jährlich findet das Boardstock-Festival statt. Die Votantin ist der Regierung dankbar, wenn sie diesem Event auch im 04 wieder eine Bewilligung erteilt. Laut Bericht der Zuger Polizei vom 4. August 2003 über das Festival 03 wurden alle in der Bewilligung auferlegten Bedingungen und Auflagen eingehalten und es konnten keine Unregelmässigkeiten festgestellt werden. Dieses Festival lockte mehr als 7000 Besucher an die Gestade unsres Sees und wurde nach strengsten Umweltauflagen und Bedingungen durchgeführt. Wenn unser See einerseits zur Erholung und anderseits für Freizeit und Sport dienen soll, prallen die unterschiedlichsten Interessen aufeinander. Wakeboarden ist eine neue Sportart, hat viele Freunde, aber leider noch keine Lobby. Vreni Wicky ist sicher, dass in gegenseitigem Dialog Lösungen gefunden werden können, damit eine neue Sportart gleichberechtigt ausgeführt werden kann.

Markus **Jans** meint, gemäss den Ausführungen von Josef Zeberg herrsche auf dem Zugersee bereits Notstand. Wir sind aber noch weit davon entfernt, von einer Katastrophe und Rowdytum reden zu können. Als Snowboarder ist der Votant heute auf allen Skipisten auch akzeptiert, was vielleicht früher nicht ganz so war. – Die grossen Mittellandseen und deren Ufer sind zunehmend erheblichen Belastungen ausgesetzt. Sie stellen bevorzugte Siedlungs- und Erholungsgebiete dar, in denen sich zahlreiche konkurrierende Nutzungen in einem konfliktreichen Umfeld überlagern. Wir alle gehören zu den Nutzerinnen und Nutzern des Zugersees und tragen durch unser Verhalten dazu bei, dass der Erholungsraum mehr oder weniger eingeschränkt wird. Die Wanderboote sind nur ein Teil des zunehmenden Erholungsdrucks auf den See. Wir können dabei Symptombekämpfung betreiben und die Kontrollen der Boote verstärken, Geschwindigkeitsbeschränkungen für Boote einführen, Hinweistafeln aufstellen und verschärfte Kontrollen bei der Vignettenpflicht durchführen. Das Grundanliegen, die überhöhte Nutzung des Zugersees durch Freizeitsportler und Erholungssuchende, können wird damit nicht verhindern. Vielmehr stellt sich die Frage, wie viel Mensch erträgt der See? Jedes Boot mit oder ohne Motor belastet den See. Zugegebenermassen Motorboote wesentlich mehr als Segel- oder Ruderboote. Bereits vor dreissig Jahren gab es Bemühungen, die Motorboote aus dem Zugersee zu verbannen – leider erfolglos. Aus ökologischer Sicht spricht bis heute nichts gegen einen motorbootsfreien Zugersee. Dem kantonalen Fischerverband und dem See-Club geht es aber weniger um Ökologie, als um das eigene Fischer- und Bootsgeschäft. Erst wenn sich die Betroffenen ernsthafte Gedanken machen, wie dem zunehmenden Erholungsdruck auf den Zugersee entgegengewirkt werden kann, und vor eigenen Nutzungsbeschränkungen nicht zurückschrecken, werden sie als Partner ernst genommen. Die Belastung des Zugersees und seine Uferregionen wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Damit die Ökologie und der Erholungsraum Wasser nicht schwimmen geht, braucht es vertieftere Anstrengungen und teilweise auch schmerzhaftere Eingriffe. Bleiben wir nicht bei der Symptombekämpfung, sondern engagieren wir uns für eine ökologische und damit nachhaltige Nutzung des Erholungsraums Zugersee.

Beat **Stocker** verzichtet auf die Einleitung und kommt direkt zum Punkt. Da der Regierungsrat in Sitzungen mit den Beteiligten keine einvernehmliche Lösung für ein problemloses Nebeneinander gefunden hat, schlägt er nun dem Regierungsrat folgende Lösung vor: Wakeboardern steht der Zugersee ab 10 Uhr morgens zur Ausübung ihres Sports zu. Es besteht keine räumliche Begrenzung. Die Uferschutzzonen sind dabei zu beachten. Begründung: Die Fischer und Ruderer bevorzugen die Morgenstunden auf dem See, da diese für sie die besten Wasserverhältnisse bieten. Das Wasserskifahren wird nicht eingeschränkt, da die erzeugten Wellen im See zu gering sind. Eine Zuteilung von Räumen ist nicht praktikabel, da der Zugersee zu klein ist, die erzeugten Wellen der Wakeboardfahrer sich weit im See ausbreiten und das Gebiet Oberwil, Zug und Cham von allen bevorzugt wird. Einzelne Wakeboardfahrer können problemlos ihren Sport ab Mittag durchführen. Ausserdem ist der Votant dafür, dass die Wakeboardfahrer ihre Events im Sommer durchführen dürfen. Er hofft, dass die Regierung seine Vorschläge prüft.

Arthur **Walker** möchte daran erinnern, dass es auch einen Ägerisee gibt. Und wenn die Regierung eine Massnahme beschliesst, dann gilt sie auch für den Ägerisee. Aus der Beantwortung der Interpellation lassen sich vier Problemkreise benennen: Hohe Geschwindigkeit, Einhaltung von Verkehrsregeln, Wanderboote und Rowdytum. Diesen Problemen will der Regierungsrat unter anderem mit zwei einschneidenden Massnahmen begegnen: Ergänzung des Binnenschifffahrtsgesetzes mit Geschwindigkeitslimiten und ein generelles Verbot der Schifffahrt. «Der Regierungsrat wird aber auch ein generelles Verbot und eine damit einhergehende Revision des EG zum Binnenschifffahrtsgesetz prüfen. Vorgängig wird die zuständige Sicherheitsdirektion die betroffenen Kreise anhören.»
Die Sicherheitsdirektion hat die betroffenen Kreise am 3. Mai 2004 zu einem Hearing eingeladen. Seit dem 4. Mai 1994 besteht im Ägerital die Interessengemeinschaft Boot Ägerisee mit rund 60 aktiven Mitgliedern. Die IG Boot wurde damals gegründet, um den eingangs erwähnten Problemkreisen in Eigenverantwortung zu begegnen. Im Zweckartikel ihrer Statuten ist dies wie folgt festgehalten: «Die Erhaltung des freien Motorbootsports und des Wasserskisports auf dem Ägerisee im Rahmen der Rechtsordnung. Die Förderung und Pflege guten Einvernehmens mit anderen Wassersportclubs. Die Erhaltung geeigneter Trocken-, Hafen- und Bojenplätze am Ägerisee.» Es erstaunt doch, wenn die Sicherheitsdirektion die IG Boot Ägerisee zum Hearing nicht eingeladen hat. Wie muss man nun die Aussage verstehen, wonach vor der Einführung eines generellen Verbots die betroffenen Kreise angehört werden?
Der Votant stellt in wesentlichen Punkten Übereinstimmung mit dem Interpellanten und der Problemerkennung des Regierungsrats fest. Für die Wassersportfreude des Ägeritals sind die Nichteinhaltung von Verkehrsregeln, die Wanderboote und in einem untergeordneten Mass auch das Rowdytum ebenfalls ein Problem. Der Ansatz der Geschwindigkeitslimiten, der Begrenzung von Motorenleistung und des generellen Verbots zielt aber am Problem vorbei. Wer etwas von der Gleitfähigkeit von Booten und etwas vom Wasserskifahren versteht, weiss, dass die Boote bei einer Geschwindigkeit von 50 bis 60 km/h ideal gleiten und somit nur geringe Wellen schlagen. Die Wakeboardfahrer hingegen bevorzugen eine Geschwindigkeit von 32 km/h, weil dann das Boot die gewünschte hohe Welle schlägt. Ebenso sagt die Motorenleistung nichts über die Beeinträchtigung anderer Seebenutzer aus. Der

Wasserskifahrer muss beim Start möglichst rasch hochgezogen werden, das Schiff möglichst schnell zum Gleiten gebracht werden. Die Motorenleistung muss zudem der Grösse und dem Gewicht des Bootes angemessen angepasst werden. Können sie sich vorstellen, wie lange die Mittagspause dauert, wenn der Kantonsrat zu einer Rundfahrt auf die MS Rigi eingeladen wird und der Kapitän um 12.30 Uhr die 6-PS-Maschine in Gang bringt? Ebenso hält Arthur Walker Beschränkungen, die über die geltende Gesetzgebung hinausgehen, oder gar ein generelles Verbot für falsch. In Übereinstimmung mit der IG Boot Ägerisee, deren Kassier und Aktuar der Votant ist, ist sie auch unverhältnismässig. Vielmehr erachtet er den Leitsatz «Förderung und Pflege guten Einvernehmens mit anderen Wassersportclubs» als den vernünftigen Weg, wie man Probleme vor Ort sinngemäss und effizient löst.

Rudolf **Balsiger** fragt, worum es bei dieser Interpellation eigentlich gehe und was das Hauptanliegen von Josef Zeberg sei. Sicherlich das Selbe wie das der Sportler. Ein wichtiges Naherholungsgebiet, das nicht nur sehr nahe liegt, sondern vor allem einfach zugänglich ist für jedermann, wird durch eine verschwindend kleine Minderheit, welche hauptsächlich gar nicht aus unserer Region stammt, mit kommerziellem Motiv überbeansprucht, und dies – und das ist unsere Sorge – zum Nachteil der grossen Mehrheit der Erholungssuchenden und Freizeitsportlern (im Gegensatz zu den Profis). Diese Vereine, welche einen ganz direkten Beitrag zur Förderung unserer Jugend leistet, müssen wir unterstützen und ihre Anliegen ernst nehmen. Nicht dass wir als Freisinnige den Wakeboardschulen das liberale Motiv des Unternehmergeists und der Innovation absprechen wollten, aber es darf nicht zum Nachteil einer Mehrheit der Bevölkerung geschehen.
Der Votant spricht nun auch aus der Sicht der Sportler des See-Clubs, da sein Sohn als Juniorentrainer vier bis sechs mal pro Woche mit seinen Schützlingen auf dem Wasser aktiv ist. Das Waschbord dieser leichten Ruderrennboote weist ein lichte Höhe von nicht mehr als 10 bis 20 cm über dem Wasserspiegel auf. Bei Wellen besteht die Gefahr, dass Wasser in das Boot gelangen kann und nicht nur das Rudern verunmöglicht, sondern den Bootsköper füllt und die Mannschaft im schlimmsten Fall zum Aussteigen zwingt. Dies ist ja auch der Grund, weswegen bereits bei mittelmässigem Wellengang keine Rudersportboote auf dem See anzutreffen sind. Wir wissen dass die Zugersee Schifffahrtsgesellschaft vor kurzer Zeit ein neues Schiff kaufte, unter anderem auch deswegen, um durch weniger hohe Wellen die Sportler und Fischer nicht mehr im selben Masse zu beeinträchtigen und um die Ufer mit Schilfbeständen zu schonen. Nun ist aber vorgesehen dass im kommenden Sommer gleich drei Wakeboardschulen auf dem Zugersee den Betrieb regelmässig und gewerbsmässig aufnehmen wollen, mit dem Ziel möglichst hohe Wellen zu generieren um damit den ‚fun' der Wakboarder zu erhöhen. Dies zum Nachteil der genannten Kreise. Es muss aber festgehalten werden, dass der See-Club nichts gegen Sportveranstaltungen einzuwenden hat, auch wenn dies ein Wakboardereignis für ein Wochenende darstellt. Sport und Innovation soll unterstützt werden. Aber es muss zeitlich begrenzt sein. Genau wie wenn einmal im Jahr Kilbi oder ein Feuerwehrfest stattfindet, nimmt man erhöhte Emissionen in Kauf, denn danach kehrt ja wieder Ruhe ein. Bei einer zeitlichen Begrenzung könnten dennoch einzelne Wakeboarder geduldet werden, indem man sich gegenseitig arrangiert. Eine räumliche Einschränkung dagegen bringt keine Entlastung, denn die Wellen pflanzen sich hydrodynamisch über den ganzen See fort und erreichen das andere Ufer sicher,

wenn oft auch mit einer zeitlich langen Verzögerung. Diese stören genau so. Auf dem Zürichsee wurden vor kurzer Zeit zeitliche Fenster so festgelegt, dass einzelne Wakeboardsportler sich betätigen können und die andern Wassersportler trotzdem ungestört trainieren können.
Das Anliegen ist somit klar: Es sollen keine Wakeboardschulen zugelassen werden, da diese ohnehin nur auf unseren Zugersee kommen, weil sie anderorts verboten sind. Nicht umsonst musste doch die Sprungschanze auch in der Bucht von Cham entfernt werden. Es kann und darf doch nicht sein, dass die zwei Rudersportvereine auf dem Zugersee, die jährlich über 60 Jugendliche ausbilden und so dem Wassersport näher bringen, und das alles kostenlos durch nebenamtliche Trainer und Betreuer, – von den Seglern, Schwimmern Tauchern, Rettungsschwimmer und Fischern gar nicht zu sprechen –, in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt werden, nur damit eine Exklusivsportart (man spricht von gegen 100 Franken pro Fahrt) auf kommerzieller Basis entwickelt und gefördert werden kann. Rudolf Balsiger geht davon aus, dass der Betrieb eines solchen Gewerbes ohnehin gewissen Auflagen unterliegt, so dass der Regierungsrat hier ansetzen kann. Dies ist die Hauptsorge der Ruderer und so laden wir die Regierung ein, den regelmässigen Betrieb der drei vorgesehenen Schulen nicht zuzulassen. Gleichzeitig aber auch den Boots- und Schiffsbetrieb besser zu überwachen, und zwar nicht nur die Wanderboote, sondern ebenso die ungehaltenen Einheimischen. Von Rowdytum zu sprechen ist hier jedoch nicht angezeigt, denn es handelt es sich vorwiegend um Einzelfälle, denen ins Bewusstsein zurückgerufen werden muss, dass tatsächlich Kontrollen gemacht werden, die durchaus Konsequenzen haben können. Wer von den auswärtigen Wanderbooten eine Vignette bezieht, soll neu mit einem Merkblatt (bitte nur eine A-4-Seite, nicht eine Gesetzessammlung) ausgestattet werden, woraus die Regeln und Vorschriften auf unserm See zu ersehen sind. Ebenso ist das Hinweisschild, das auf die Vignettenpflicht erinnert, an allen Einwasserungsstellen gut ersichtlich anzubringen. Sind diese Wünsche durch die Regierung erfüllt, können wir überzeugt sagen, dass auch eine solche neue Trendsportart in eingeschränktem Rahmen mit den andern Seebenützern und den Erholungssuchenden in gutem Einvernehmen zusammenleben kann. Der Votant bittet also die Regierung, entsprechend zu handeln. Was ihn an diesem Vorstoss besonders freut ist, dass er für ein Mal die linke Ratsseite auf seiner Seite hat.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** dankt für die Rückmeldungen, denen er entnehmen kann, dass die überwiegende Mehrheit der Votantinnen und Votanten die Stossrichtung des Regierungsrats grundsätzlich unterstützt. Er möchte dem Rat vorab drei Informationen geben und dann skizzieren, wie sich der Regierungsrat das weitere Vorgehen vorstellt.
1. Der Votant hat diesen Monat die Neuauflage des Boardstock-Festivals bewilligt. Die Bewilligungsvoraussetzungen sind vorgelegen und es geht um eine Bewilligung und nicht um eine Konzession. Wenn die geforderten Voraussetzungen vorliegen, gibt es keinen rechtlichen Spielraum. Es wurde auch zu Recht gesagt, dass es vom letzten Jahr her keine nennenswerten Reklamationen gegeben hat. Das Boardstock-Festival nach den Sommerferien ist also bewilligt.
2. Es ist tatsächlich so, dass die Polizei nicht in dem Masse, wie wir es uns eigentlich wünschen, in der Lage war Kontrollen zu machen – besonders letztes Jahr. Wir haben das überprüft und wir können jetzt mit einem neuen Dispositiv mit Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeitern, die dafür extra eingeteilt werden, eine genügende Kontrolle nicht nur auf dem Zugersee, sondern auch auf dem Ägerisee machen. Der Sicherheitsdirektor wird im Moment keinen Antrag stellen für ein zusätzliches Boot – auch nicht im Budget 2005. Der Kantonsratspräsident ist darüber sehr glücklich, Hanspeter Uster müsste ihn ja praktisch zum Admiral der Flotte ernennen, damit er ihm die Zustimmung abringen könnte. Wir sehen, dass es geht mit dieser Absprache mit der FFZ. Die Stadt ist Bootsinhaberin und die FFZ benützt es für die Seerettung. Und wenn man das gut abspricht, hat man auch wenig Probleme, dass die Polizei das Boot in genügendem Ausmass benützen kann.
3. Wir haben hier in diesem Saal mit nur minim weniger Leuten ein Hearing durchgeführt, das über drei Stunden dauerte. Die IG Boot wurde übrigens eingeladen und war auch anwesend. Adi Bamert war hier. Das wurde möglicherweise, weil wir nicht über einen aktuellen Adresssatz verfügt haben – weil das bis anhin nicht zu den Kerngeschäften der Sicherheitsdirektion gehörte – zuerst unterlassen; aber wir haben ein Mail erhalten und diese Leute wurden auch eingeladen. Das Hearing hat bestätigt, was etwa zu erwarten war. Es waren sehr viele gegensätzliche Voten zu hören. Es gibt halt tatsächlich Interessenkonflikte.
Und nun zu den inhaltlichen Ausführungen. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass es auf dem See immer verschiedenste Nutzungen geben wird. Dass auch die Umweltanliegen, die Anliegen der Flora und Fauna zu berücksichtigen sind. Und es gibt auch immer, wenn Menschen, Umwelt, Tiere zusammen um einen See sind, Nutzungskonflikte. Wir haben nicht die Illusion, dass man diese Konflikte wegbringt. Aber das Wakeboarden hat eine spezifische Qualität bezüglich der Stärke des Nutzungskonflikts. Wenn ein Ruderer und ein Fischer sich in die Quere kommen, können in der Regel beide ihre Tätigkeit ausüben. Wenn aber ein Wakeboarder unterwegs ist und er verkommt dem Ruderer oder dem Fischer, dann hat der Fischer und der Ruderer ein Problem. Die Nutzung des Wakeboarders ist viel intensiver als andere Nutzungen. Das ist auch das Problem und deshalb diskutieren wir das heute.
Hanspeter Uster möchte kurz skizzieren, was der Regierungsrat auf Verordnungsstufe beabsichtigt. Wir haben im Moment mit einer Ausnahme nicht im Sinn, das Gesetz zu ändern, aber die entsprechenden Verordnungen. Zuerst wollen wir definieren, was überhaupt geregelt werden muss. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass der Wakeboardverkehr geregelt werden muss. Ein ausgewiesener Experte, der selber wakeboardet, hat dem Votanten im einem Schreiben mitgeteilt, dass auch die Trickboarder gleich viel Wellen machen und mit der gleichen Geschwindigkeit fahren müssen. Wir prüfen also, ob allenfalls auch die Trickboarder in eine entsprechende Verordnungsänderung eingebaut werden müssen.
Zur räumlichen Komponente. Der Sicherheitsdirektor spricht hier im Moment für den Zugersee, aber Ähnliches gilt selbstverständlich auch für den Ägerisee. Räumlich wollen wir den Wakeboardverkehr auf dem Obersee nicht und wir wollen ihn geografisch nur noch in einem Bereich 500 Meter im See draussen von Osten her und 1 Kilometer von Norden und Westen her zulassen. Wir haben uns auch intensiv überlegt, ob eine zeitliche Begrenzung sinnvoll sei. Das hat auch die SVP-Fraktion vorgeschlagen und es tönt auf den ersten Blick sehr attraktiv. Es ist aber in der Durchführung relativ schwierig. Auf jeden Fall sehen wir aber vor, dass das Wakeboarden vor 9 Uhr am Morgen nicht erlaubt werden soll. Und wir prüfen auch, ob das Wakeboarden ausser für die Monate Mai bis Ende September nicht zugelassen sein soll. Zusätzlich kommt wahrscheinlich eine Beschränkung an jenen Tagen in die Verordnung, an denen andere nautische Veranstaltungen (Segelregatten,

Schwimmwettbewerbe etc.) auf dem See stattfinden, damit diese ungestört durchgeführt werden können. Das ist eine gewisse zeitliche Beschränkung.
Zum Kernstück der Überlegungen des Regierungsrats. Wir sind auf Grund des Hearings und der allgemeinen Diskussion zum Schluss gekommen, dass die Beschränkung des Wakeboardverkehrs vor allem eine Beschränkung nach der Nutzungsart sein soll. Und wir wollen Folgendes vorschlagen: Verboten sind das gewerbsmässige Wakeboarden und übermässige Immissionen durch Wakeboarden, namentlich auch durch Aktivitäten von Organisationen und Körperschaften. Wenn sich also jemand organisiert dem Wakeboarden hingibt – das kann z.B. eine Schule sein, die durch einen Verein geführt wird –, darf die Immission nicht übermässig sein. Gewerbsmässig ist das Wakeboarden namentlich dann, wenn es öffentlich ausgeschrieben wird, nicht nur einem bestimmten Personenkreis zugänglich ist oder gegen Entgelt geleistet wird, das zur Erzielung eines Gewinns dient, auch wenn vielleicht mit diesen Beträgen nicht alle Vollkosten abgedeckt sein werden. Es geht also in die Richtung, wie sie Rudolf Balsiger angetönt hat, mit einer Bewilligungspflicht für Wakeboardschulen. Diese können wir wohl ohne gesetzliche Grundlage nicht einführen, aber wir wollen die Gewerbsmässigkeit verbieten. Auf dieser Schiene wird der Regierungsrat in nächster Zeit über eine Verordnung beraten.
Mit dieser Verordnungsänderung werden wir auch bei den Wanderbooten statt der bisher 50 Franken Zulassungsgebühr neu zwischen 180 und 200 Franken verlangen. Und wir werden das Wanderboot nur noch in jenem Monate auf dem See zulassen, da die Vignette gelöst wird. Wenn jemand also am 10. Mai eine Vignette löst, kann er das Wanderboot bis Ende Mai benutzen und dann in diesem Jahr nicht mehr. Und weil wir von der Polizei her jetzt mehr Personal investieren, werden wir das beim Einschiffen auch relativ gut überwachen können. Wir prüfen aber tatsächlich, ob wir nicht generell die Wanderboote verbieten sollen. Das braucht aber noch einige rechtliche Abklärungen und dafür würde auch eine Verordnungsänderung nicht ausreichen, sondern wir müssten das Gesetz ändern und Sie selbstverständlich dazu wieder begrüssen.
Das sind knapp zusammengefasst die Überlegungen, die sich die Sicherheitsdirektion gemacht hat, und von denen der Regierungsrat in einer Grobskizze Kenntnis hat. Der Sicherheitsdirektor ist überzeugt, dass wir mit diesen Massnahmen zumindest für eine gewisse Zeit eine Beruhigung erreichen können.

Arthur **Walker** möchte noch etwas zur Klärung sagen. Es ist richtig, dass Adi Bamert als Präsident der IG Boot da war. Aber es nicht richtig, dass er eingeladen wurde. Wir hatten eine Woche vorher Vorstandssitzung, und ein Mitglied der IG Boot hat gesagt: «Adi, bist du auch eingeladen worden?» Er sagte, nein, er sei nicht eingeladen; daraufhin kam dieser Fax und so ist das entstanden. Der Votant möchte klar stellen, dass er keine Unwahrheit gesagt hat.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

404 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 24. Juni 2004.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

31. SITZUNG: DONNERSTAG, 24. JUNI 2004

8.30 – 11.50 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

405 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern.

Abwesend sind: Leo Granziol, Andrea Hodel und Eusebius Spescha, alle Zug; Martin B. Lehmann, Unterägeri; Ursula Bieri und Andreas Hotz, beide Baar; Peter Dür und Eugen Meienberg, beide Steinhausen.

406 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass 1999 der Kanton Zug 100 m^2 Reben aus der Walliser Staatsdomäne «Grand Brulé» geschenkt erhielt. Ein Jahr später überbrachte der Staatsrat die erste Weinernte direkt in den Kantonsrat. Darauf hat der Kanton Zug jedes Jahr die daraus resultierenden 100 Flaschen Wein erhalten. Nach fünf Jahren soll aus diesem Zuger Rebstück wieder etwas Spezielles kommen: 2004 schenkt der Kanton Wallis zum 5. Jahrestag zwei Fässer Wein. Der Branchenverband der Walliser Weine wird heute diese Fässer im Auftrag des Kantons Wallis überbringen. Wir werden am Anschluss an die Sitzung die Walliser Delegation begrüssen und mit ihr einen Apéro einnehmen.

407 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. Mai 2004.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellung:

3.1. Änderung des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Teilrevision von § 55 betreffend Unvereinbarkeitsregelung für die Mitglieder des Verwaltungsgerichts).
Bericht und Antrag des Verwaltungsgerichts (Nrn. 1240.1/.2 – 11494/95).

4. Aufsichtsbeschwerde von A. Sch. gegen Zuger Behörden, insbesondere gegen einen Kantonsrichter.
Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1234.1 – 11482).

5. Einbürgerungsgesuche.
Antrag des Regierungsrats (Nr. 1239.1 – 11492).

6. Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2003.
Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1236.1 – 11486).

Geschäfte, die am 27. Mai 2004 traktandiert waren, aber nicht behandelt wurden:

7. Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Flexibilisierung bei der Leitung der Staatskanzlei und der Delegation von Kompetenzen).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1205.1/.2 – 11385/86) und der Kommission (Nr. 1205.3 – 11471).

8. Interpellation von Erwina Winiger Jutz, Martin Stuber und Lilian Hurschler-Baumgartner betreffend Stand der Luftreinhaltung und weiterer Handlungsbedarf (Nr. 1152.1 – 11242).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1152.2 – 11445).

9. Interpellation von Hans Peter Schlumpf, Karl Rust und Werner Villiger betreffend langfristige Sicherstellung der Kiesversorgung im Kanton Zug (Nr. 1153.1 – 11244).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1153.2 – 11442).

10. Interpellation von René Bär betreffend Einhaltung gesetzlicher Vorgaben (Nr. 1159.1 – 11263).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1159.2 – 11450).

11. Interpellation der Alternativen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Übernahme der Parkhauskosten durch den Kanton während den Kantonsrats- und Kommissionssitzungen (Nr. 1187.1 – 11327).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1187.2 – 11460).

12. Interpellation von Markus Jans betreffend Stand der sozialen Integration von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Zug (Nr. 1189.1 – 11331).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1189.2 – 11449).

---

13. Postulat von Hans Christen betreffend Software Lösung für das Handelsregisteramt des Kantons Zug (Nr. 1109.1 – 11129).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1109.2 – 11483).

14. Postulat von Max Uebelhart und Maja Dübendorfer Christen betreffend Linienführung der Buslinie Nr. 3, Baar - Zug - Oberwil (Nr. 1228.1 – 11462).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1228.2 – 11493).
15. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Umsetzung des Teilrichtplans Verkehr (Kantonsstrassen der 1. Priorität) (Nr. 1174.1 – 11296).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1174.2 – 11481).

408 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 27. Mai 2004 wird genehmigt.

409 GESETZESINITIATIVE VON TONY STOCKLIN

Der **Vorsitzende** teilt dem Rat gemäss § 35 Abs. 4, Satz 1 der Kantonsverfassung Folgendes mit: Tony Stocklin, Steinhausen, reichte am 15. Juni 2004 eine Gesetzesinitiative «Stopp dem Zwang zum Passivrauchen» ein. Die Staatskanzlei stellte mit Verfügung vom 18. Juni 2004 fest, dass das Volksbegehren mit 2034 Unterschriften formell korrekt zu Stande gekommen ist. Die Gesetzesinitiative ist eine allgemeine Anregung und lautet: «Die unterzeichneten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verlangen in der Form der allgemeinen Anregung, die bestehenden Gesetze innert drei Jahren seit Annahme der Initiative so zu ändern, dass Nichtraucherinnen und Nichtraucher in allen öffentlich zugänglichen Lokalitäten vor Tabakrauch geschützt werden.» Der Regierungsrat wird innert der verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Fristen Bericht und Antrag dem Kantonsrat unterbreiten. Die Feststellungsverfügung der Staatskanzlei liegt beim Infotisch auf.

➔ Der Rat nimmt von der Gesetzesinitiative Kenntnis.

410 AUFSICHTSBESCHWERDE II VON ALEX SCHNURRENBERGER

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich hier um eine neue Beschwerde handelt und nicht um jene, die bei Trakt. 4 behandelt wird. – Alex Schnurrenberger, Hünenberg, reichte am 18. Juni 2004 gegen einen Kantonsrichter sowie gegen einen Untersuchungsrichter eine Aufsichtsbeschwerde wegen «Lebensgefährdung, Nötigung sowie willkürliche Verfahrensführung» bei der kantonsrätlichen Justizprüfungskommission ein. Diese Aufsichtsbeschwerde wird an die JPK zu Bericht und Antrag weitergeleitet.

➔ Der Rat ist einverstanden.

411 MOTION VON ANDREA HODEL UND BRUNO PEZZATTI BETREFFEND ÄNDERUNG DES STEUERGESETZES

Andrea **Hodel**, Zug, und Bruno **Pezzatti**, Menzingen, sowie 37 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 27. Mai 2004 folgende Motion eingereicht:
«Der Regierungsrat wird beauftragt, eine *Teilrevision des Steuergesetzes* vorzunehmen mit den beiden folgenden Zielsetzungen:

- *die Vermögenssteuer generell massvoll zu senken*
- *die Höhe der Vermögenssteuer mit einer Maximalbelastung im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen) zu begrenzen.*

Die ins Auge zu fassende Gesetzesrevision ist so auszugestalten, dass sie sowohl für die Steuerzahler als auch für die Steuerverwaltung ein möglichst einfaches Vorgehen ermöglicht; sei es beim Ausfüllen der Steuererklärung bzw. bei der Veranlagung der Vermögenssteuern. Der organisatorische und administrative Aufwand soll durch die Gesetzesrevision nicht erhöht werden.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1237.1 – 11489 vom 27. Mai 2004 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

412 MOTION VON MARKUS JANS BETREFFEND SCHAFFUNG VON GESETZLICHEN GRUNDLAGEN ZUR BETREUUNG VON PERSONEN AUS DEM ASYLBEREICH MIT EINEM RECHTSKRÄFTIGEN NICHTEINTRETENSBESCHEID (NEE) DURCH DEN KANTON

Markus **Jans**, Cham, sowie 39 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 1. Juni 2004 folgende Motion eingereicht:
«Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, dass Personen aus dem Asylverfahren mit einem rechtskräftigen Nichteintretensbescheid (NEE) durch den Kanton und nicht durch die Gemeinden betreut werden können.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1238.1 – 11490 vom 1. Juni 2004 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Vizepräsidentin des Rats bei den obigen beiden Motionen ein doppeltes Unterschriftenopfer geworden ist. Bei der Motion Hodel und Pezzatti ist eine halbleserliche Unterschrift von den Entzifferungsspezialisten der Staatskanzlei fälschlicherweise als diejenige von Erwina Winiger erraten worden. Sie

ist somit als Mitunterzeichnerin dieser Motion gestrichen. Wem diese nicht entzifferbare Unterschrift zuzuordnen wäre, ist noch nicht bekannt. Die Staatskanzlei bittet Unterzeichnende nochmals, immer hinter ihrer Unterschrift mit Blockschrift ihren Vor- und Familiennahmen anzuführen. Bei der Staatskanzlei gibt es diesbezüglich bei vielen Unterzeichnenden immer wieder ein heiteres Rätselraten.
Bei der Motion von Markus Jans ist die Vizepräsidentin Mitunterzeichnerin, wird jedoch nicht als solche aufgeführt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in der offiziellen Eingabe vom 1. Juni (über EDV eingescannt) ihre Unterschrift nicht enthalten war, jedoch in einer später postalisch eingereichten Eingabe vom 3. Juni 2004. Die Unterschriften sind mit diesem Namen entsprechen zu ergänzen.

413 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DEN RECHTSSCHUTZ IN VERWALTUNGSSACHEN (Teilrevision von § 55 betreffend Unvereinbarkeitsregelung für die Mitglieder des Verwaltungsgerichts)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1240.1/.2 – 11494/95).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die erweiterte Justizprüfungskommission überwiesen.

414 AUFSICHTSBESCHWERDE VON ALEX SCHNURRENBERGER GEGEN ZUGER BEHÖRDEN, INSBESONDERE EINEN KANTONSRICHTER

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1234.1 – 11482).

Othmar **Birri** versichert dem Rat, dass die JPK wie auch die Delegation, welche diese Aufsichtsbeschwerde behandelte, ihre Aufgabe seriös und zuverlässig erledigen. Wir müssen darauf hinweisen, dass wir gemäss GO nur auf den äusseren Geschäftsgang der Gerichte eingehen können; Beschwerdepunkte, welche den inneren Geschäftsgang berühren, können wir nicht behandeln. Wir haben uns in der Delegation mit dem Beschwerdeführer und den Gerichten auseinandergesetzt. Wir haben ihm das eröffnet. Sie haben den ausführlichen Bericht vor sich und der Präsident der JPK möchte nicht mehr darauf eingehen. Sie haben gehört, dass heute eine zweite Beschwerde gekommen ist (siehe Ziff. 410). Der Votant findet darin keine neuen Punkte. Aber wir werden auch diese Beschwerde wieder behandeln und den Rat informieren.

➔ Der Rat tritt auf die Aufsichtsbeschwerde nicht ein.

415 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1239.1 – 11492).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

25 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN /AUSLÄNDER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

a) 12 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).
b) 50 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

416 RECHENSCHAFTSBERICHT DES OBERGERICHTS FÜR DAS JAHR 2003

Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1236.1 – 11486).

EINTRETEN ist unbestritten.

Othmar **Birri**, Präsident der JPK, weist darauf hin, dass die Gerichte im Berichtsjahr noch in alter Zusammensetzung bestanden. Wir haben uns in der Kommission erlaubt, zusammen mit der neuen Obergerichtspräsidentin auch den alten Präsidenten einzuladen, es war ja sein Geschäftsjahr. Diese Aussprache fand im Mai statt. Aus unserem Bericht können Sie entnehmen, dass die Massnahmen, welche dieser Rat beschloss, erste Früchte tragen. Die Belastung der Gerichte ist weiterhin gross. Die personellen Massnahmen und die internen Restrukturierungen tragen jedoch Früchte. Wir dürfen jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass das Obergericht bei der letzten Personalaufstockung keinen Antrag stellte, die Situation aber heute so ist, dass Rekurse von grossen Fällen an die zweite Instanz (Obergericht) gelangen, und da werden wir zu gegebener Zeit mit Anträgen kommen. Ein zweites Problem ist der Gedankenaustausch zwischen der Polizei und dem Untersuchungsrichteramt; aber auch hier sind die Wege offen, man diskutiert miteinander und der Votant wird den Rat im nächsten Jahr darüber informieren.

Michel **Ebinger** kann sich kurz halten. – Die FDP geht mit dem Bericht und Antrag der JPK einig. Ein paar wenige Bemerkungen seien trotzdem erlaubt. Der Wirtschaftsstandort Zug bringt es unweigerlich mit sich, dass die Arbeitslast der Gerichte auf allen Stufen und leider auch im strafrechtlichen Bereich gross ist. Mann darf jedoch nicht vergessen, dass eine funktionierende Justiz ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil darstellt. Falls sich Unternehmen mit mangelhaften Gerichten herumschlagen müssen, ist dies genau so schädlich wenn nicht gar schädlicher als ein paar Prozentpunkte Steuern mehr oder weniger. Ebenfalls nicht ausser Acht darf gelassen werden, dass eine Aufdotierung der Stellen im unteren Hierarchiebereich früher oder später zu einer verstärkten Arbeitsbelastung im oberen Bereich führen wird. Es ist vorauszusehen, dass sich dies bald zu einem Thema entwickeln wird, welches seriös und mit aller Objektivität bearbeitet werden muss. Zum Schluss möchte es die FDP nicht unterlassen, allen Behördenmitgliedern und dem gesamten Personal der Justiz für den grosse Einsatz für die Justiz und somit für den Kanton Zug recht herzlich zu danken.

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** möchte vorab der JPK für die angenehme Zusammenarbeit im Rahmen der jährlichen Inspektion sowie auch für die offene Gesprächskultur, die dabei gepflegt werden kann, bestens danken. So sehr wir mit dem Bericht und Antrag der JPK zufrieden sind, und auch damit, dass die Zuger Justiz insgesamt gut funktioniert, so sehr beschäftigt uns anderseits die Tatsache, dass die Belastung im strafrechtlichen Bereich – die Anzahl der Verfahrenseingänge – in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Es ist leider auch keine Besserung in Sicht. So musste z.B. das Untersuchungsrichteramt bereits im 1. Quartal dieses Jahres Mehreingänge von Strafanzeigen von 12 % gegenüber dem Vorjahresquartal verzeichnen. Auch das Obergericht ist mittlerweile selbst an die Kapazitätsgrenze gestossen, wie Sie bereits im Bericht der JPK gesehen haben. Othmar Birri hat ja auch heute darauf hingewiesen. Seit dem Amtsantritt der Votantin vor weniger als drei Monaten sind auch die zwei komplexesten Wirtschaftsstraffälle im Bereich des Anlagebetrugs, welche die Zuger Justiz je beschäftigten, ans Obergericht gelangt. Es ist deshalb zur Zeit daran, Massnahmen zu prüfen, welche geeignet sein könnten, dass die obergerichtlichen Verfahren auch in Zukunft unter Beachtung des Beschleunigungsgebots durchgeführt werden können. Sollte das Obergericht dem Rat gelegentlich Massnahmen beantragen müssen, hofft die Votantin auf Verständnis. Sie gibt den Dank des Rats gerne an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2003 und spricht den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rechtspflege seinen Dank aus für die vorzüglich geleistete Arbeit.

417 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE ORGANISATION DER STAATSVERWALTUNG (FLEXIBILISIERUNG BEI DER LEITUNG DER STAATSKANZLEI UND DER DELEGATION VON KOMPETENZEN)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1205.1/.2 – 11385/86) und der Kommission (Nr. 1205.3 – 11471).

Kommissionspräsidentin Berty **Zeiter** weist darauf hin, dass Hintergrund dieser Vorlage die Tatsache ist, dass in der kantonalen Verwaltung in den letzten Monaten und Jahren eine zunehmende Arbeitslast aufgetreten ist. Auf Grund der Personalplafonierung kann diese innerhalb der bestehenden Strukturen nicht mehr genügend abgefedert werden. Dadurch treten Überlastungssituationen auf, die sich negativ auswirken auf die Gesundheit der Betroffenen wie auch auf die Qualität der Arbeit. Die Vorlage schlägt nun zwei Gesetzesänderungen vor, die eine Verbesserung der Situation bringen sollen. Die Votantin spricht zuerst zum zweiten Vorschlag, zur Flexibilisierung bei der Delegation von Kompetenzen. Bislang konnten der Regierungsrat und die Direktionen Kompetenzen nur an die Amtsleiter delegieren, wie dies im Organisationsgesetz festgehalten ist. Neu können Kompetenzen auch eine Stufe weiter nach unten, auf die Abteilungsleiter delegiert werden oder an einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit hoheitlichen Handlungen betraut sind. Von Bedeutung ist diese Kompetenzdelegation für Handlungen, die in grosser Zahl vorkommen und nicht von erheblicher politischer, rechtlicher oder finanzieller Bedeutung sind. Einige Beispiele finden Sie in der Vorlage. Nachdem diese Kompetenzdelegation, der Not gehorchend, bereits an etlichen Stellen praktiziert wird, geht es nun darum, auf Gesetzesstufe eine klare Kompetenznorm zu schaffen. Dieses Anliegen war in der Kommission unbestritten und gab keinen Anlass zur Diskussion.
Der in der Vorlage erstgenannte Vorschlag betrifft die Flexibilisierung bei der Leitung der Staatskanzlei. Diese Gesetzesänderung bezieht sich auf die Situation, dass unser Landschreiber Tino Jorio seit Jahren permanent überlastet ist. Bereits in der Diskussion um die grosse Parlamentsreform wurde dieses Problem erkannt. Als Lösung wurde das so genannte Trennmodell vorgeschlagen, fand aber keine Gnade vor dem Rat. Im April 2003 ergriff der Regierungsrat dringliche Sofortmassnahmen zur Entlastung des Landschreibers, als gesundheitliche Probleme auftraten. Nun sind auch hier Rechtsgrundlagen für weitere Massnahmen zu schaffen. Der Anhang zum Kommissionsbericht erlaubt einen Überblick über die Aufgaben des Landschreibers. Die Leitung der Staatskanzlei beansprucht etwa 15 % des Pensums, die Belastungstendenz zeigt in diesem Bereich auf etwa gleich bleibend. Auch beim Kantonsrat zeigt sich eine seit einigen Monaten gleich bleibende Belastungslage. Zunehmend ist die Belastung im Bereich Regierungsrat, und stark zunehmend sind einige der gelben Bereiche bei der Koordination innerhalb und ausserhalb der kantonalen Verwaltung (Direktionssekretärenkonferenz als verwaltungstechnische Klammerfunktion, verwaltungsweite Umsetzung einer unité de doctrine in Verfahrens- und formellen Fragen, Ausarbeitung und Umsetzung neuer Kommunikationsleitlinien, die neu gegründete Zentralschweizer Staatsschreiberkonferenz etc.).
Der bisherige stellvertretende Leiter der Staatskanzlei, Urs Fuchs, wäre bereit, diese 15 % vom Landschreiber zu übernehmen, da nach erfolgtem Aufbau des Internets dieser Aufgabenbereich etwas kleiner wird. Der Regierungsrat schlägt in der Vorlage eine Kann-Formel vor. Das heisst, dass nach einer viermonatigen Zeit der Aufgaben-

teilung zwischen Tino Jorio und Urs Fuchs evaluiert würde und die Massnahme rückgängig gemacht werden könnte, falls sie sich nicht bewähren würde. Dieser Punkt gab in der Kommission am meisten zu reden. Auf diese Weise ist die Entlastungsmassnahme personenabhängig. Wir jedoch gewichteten das Anliegen der Entlastung des Landschreibers als vordringlich und beschlossen, die Kann-Formel in eine Muss-Formel umzuändern. Tino Jorio *muss* entlastet werden. Wenn die vorgeschlagene Lösung sich nicht bewähren sollte, wird nicht die Massnahme rückgängig gemacht, sondern innerhalb der Verwaltung eine andere geeignete Person gesucht. Es ist also keine Pensenausweitung vorgesehen, und deshalb resultieren nur geringe Kosten aus dieser Änderung.
In der Beratung wurde allerdings die Vorlage samt der neuen Muss-Formel als zu wenig weit gehend kritisiert. Angesichts der zentralen Bedeutung, die der Landschreiber für das Funktionieren des Regierungsrats wie des Kantonsrats hat, stufen einige Kommissionsmitglieder seine Entlastung als zu gering ein und wünschen eine eindeutigere und innovativere gesetzliche Regelung. Die Mehrheit jedoch betont die Bedeutung der raschen Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Entlastung, also die Dringlichkeit der Massnahme. Deshalb beantragen wir Ihnen mit 8 : 2 Stimmen und einer Stimmenthaltung Eintreten auf die Vorlage.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass der vorgesehene Fraktionssprecher Max Uebelhart – vermutlich wegen eines Feuerwehralarms – noch nicht eingetroffen ist. Er will sich deshalb auf das Wesentliche beschränken: Die CVP-Fraktion unterstützt die Vorlage, und zwar grossmehrheitlich im Sinne des Antrags der Regierung. Der Votant bittet den Rat im Interesse der künftigen Organisation der Staatskanzlei, dieser Vorlage zuzustimmen.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion dieses Geschäft beraten und einstimmig beschlossen hat, auf die Vorlage einzutreten. Das von der Regierung vorgeschlagene Modell ist unseres Erachtens ein pragmatischer Lösungsansatz zur dringend notwendigen Entlastung des Landschreibers, dessen Einsatz und Arbeitsleistung wir sehr schätzen. Wir möchten es nicht unterlassen, ihm an dieser Stelle ganz herzlich zu danken. Bemerkenswert scheint uns die Tatsache, dass der Regierungsrat eine Lösung vorschlägt, die ohne Erhöhung des Stellenplafonds und ohne Generierung von Mehrkosten zum Ziel führen kann.
Bezüglich der Anpassung von § 4, Abs. 1 folgt die FDP-Fraktion mehrheitlich der Fassung des Regierungsrats. Wir erkennen in der vorgeschlagenen Form zwar auch eine personenbezogene Lösung, sehen darin aber keinen Nachteil, sondern eher einen Vorteil. Eine effiziente Organisation muss mit den heute im Einsatz stehenden Personen, mit ihren Stärken und Schwächen funktionieren. Es kann durchaus sein, dass das heute gewählte Modell in einer anderen personellen Besetzung nicht ideal ist. Sollte dieser Fall eintreten, soll die Organisation einfach und unkompliziert den dannzumaligen Möglichkeiten angepasst werden können. Die Kompetenz dazu ist beim Regierungsrat absolut am richtigen Ort. Aus diesem Grund unterstützt die FDP die Kann-Formulierung. Sie empfiehlt dem Rat, auf die Vorlage einzutreten und in der Detailberatung bei § 4 der Fassung der Regierung zuzustimmen.

Manuel **Aeschbacher** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Gesetzesvorlage in der Fassung der Kommission einstimmig unterstützt und für Eintreten ist. Wir sind der Ansicht, dass sich eine wirksame und schnelle Entlastung des offensichtlich überlasteten Landschreibers zum jetzigen Zeitpunkt nur durch die Kommissionsvariante realisieren lässt. Diese schreibt im Gegensatz zur Regierungsvariante das Übertragen der Leitung der Staatskanzlei auf einen Mitarbeiter vor – den Landschreiber sinnvollerweise ausgenommen. Somit wird vermieden, dass er sich, da er ja wirklich überlastet ist, bei einer Nichtbewährung des Modells wieder der Leitung der Staatskanzlei annehmen muss. Schützen wir also unseren sehr geehrten Landschreiber vor einer allzu grossen Arbeitsbelastung, in dem wir der Kommissionsfassung zustimmen. Wir begrüssen es, dass bei der Änderung dieses Gesetzes nur geringe Mehrkosten in der Form von Funktionszulagen anfallen. Gleichfalls sind wir uns aber bewusst, dass zu gegebener Zeit eventuell über neue, dauerhafte Lösungsansätze diskutiert werden muss. Im Übrigen entspricht die Flexibilisierung der Kompetenzdelegation den Vorstellungen der SVP-Fraktion. Herzlichen Dank für die Unterstützung im Sinne der vorberatenden Kommission und der SVP-Fraktion.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion für Eintreten ist und der Änderung des Gesetzes in der Fassung der Kommission zustimmt. Wir haben schon verschiedentlich gehört, dass die Entlastung des Landschreibers dringend und unbestritten ist. Die Vorlage stellt einen Schritt in diese Richtung dar, sie ist relativ schnell umzusetzen. Ein Fragezeichen machen wir allerdings bei der Wirksamkeit auf längere Sicht. Ob die Entlastung tatsächlich genügend ist? Wir haben gehört, dass es um 15 % geht, und das ist doch relativ wenig. In diesem Sinne behalten wir uns eine Diskussion über die Trennung der Sekretariate von Regierungs- und Kantonsrat vor, das
sogenannte Trennmodell. Das im Sinne einer langfristig wirksamen und umfassenden Lösung. Aber heute stimmen wir der Vorlage zu.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF die Forderung des Regierungsrats anerkennt, das Gesetz über die Organisation der Staatsverwaltung so zu ändern, dass unser Landschreiber sowie auch Mitglieder der Direktionssekretariate in ihrer umfangreichen und immer grösser und komplexer werdenden Arbeit entlastet werden. Wir stehen ganz hinter den Sofortmassnahmen, welche der Regierungsrat per 1. April 2003 ergriff, um kurzfristig die Überlastung des Landschreibers zu entschärfen. Die Flexibilisierung bei der Delegation von Kompetenzen ist in unserer Fraktion auch völlig unbestritten. Die Entlastungsmassnahmen für den Landschreiber gehen uns viel zu wenig weit. Wir sind zwar für Eintreten, werden uns aber bei der Abstimmung der Stimme enthalten.
Begründung: 15 % Entlastung ist sehr wenig, wenn man gemäss Kommissionsbericht sieht, welche Aufgaben nebst der Stabsfunktion Regierungsrat und Stabsfunktion Kantonsrat der Landschreiber weiter noch wahrnehmen muss. Die Votantin denkt vor allem auch an die Bearbeitung komplexer Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte, die bestimmt noch zunehmen werden. Die AF bedauert daher, dass bei dieser Gelegenheit nicht wieder das Trennmodell als Entlastungsvariante in Erwägung gebracht wurde, obwohl man in der Kommission darüber sprach. Beim Trennmodell wären die beiden Stabsfunktionen personell getrennt, also eine Person nur für den Regierungsrat, die andere nur für den Kantonsrat zuständig. Bei der grossen Parla-

mentsreform war dies der Vorschlag des Regierungsrats – er wurde von den beiden linken Fraktionen unterstützt. Anna Lustenberger möchte aber nicht weiter auf dieses Modell eingehen, weil es ja nicht zur Diskussion steht. Wir sind aber überzeugt, dass Interessenkonflikte, welchen der Landschreiber zweifelsohne vermutlich immer öfters gegenübersteht, viel Energie kosten und eben auch krank machen können. Die Votantin möchte nur einen Satz zitieren, den sie aus dem Protokoll der Sitzung vom Februar 2001 anlässlich der Beratung Parlamentsreform gefunden hat. Der damalige Landammann Hanspeter Uster, welcher das Geschäft im Namen des Regierungsrats vertrat, sagte Folgendes: «Es gibt tatsächlich einen Interessenkonflikt. Der Landschreiber hat in der Regierungsratssitzung mindestens zwei Hüte an und manchmal auch noch fünf verschiedene Nasen. Je nachdem, welche Fraktion er gerade beraten hat, sähe dies farblich sehr interessant aus. Er berät zu Recht Kantonsrätinnen und Kantonsräte, weiss z.B. wenn sie dem Regierungsrat kritische Fragen stellen, darf aber dem Regierungsrat davon noch nichts sagen.» Die Meinung der AF dazu: Solche Situationen sind belastend und alles andere als gesund. Wir wissen auch, dass die Stabsfunktion Regierungsrat eher steigt. Die AF findet es daher nötig, dass in absehbarer Zeit das Trennmodell wieder diskutiert wird, damit es für unseren Landschreiber eine wirkliche Entlastung gibt.

Landammann Walter **Suter** möchte dem Rat zuerst dafür danken, dass er das Anliegen des Regierungsrats unterstützt, den Landschreiber möglichst schnell möglichst pragmatisch entlasten zu können. Er möchte namens der Regierung die Gelegenheit gerne benützen, unserem Landschreiber ganz herzlich zu danken für seine ausgezeichnete Arbeit und für sein fast grenzenloses persönliches Engagement, das er jeden Tag zeigt. – Wir sind froh, dass Sie auf die Vorlage eintreten. Die Belastung ist wirklich stark zunehmend. Wir wollen eine schnelle, pragmatische Lösung. Natürlich hätten wir die Grundsatzfrage des Trenn- oder des Kooperationsmodells wieder diskutieren können. Sie haben das ausgiebig getan im Rahmen der Parlamentsreform. Die Meinungen sind sehr kontrovers. Die Regierung hat sich wie zitiert immer für das Trennungsmodell ausgesprochen. Aber hier gibt es schon einen Meinungsunterschied mit dem Landschreiber selbst, der das anders sieht. Wir wollten diese Diskussion nicht erneut provozieren und politisch lange vor uns her schieben, sondern wir wollten eine schnelle und richtige Lösung.
Zur vorberatenden Kommission gibt es einen Unterschied. Der Regierungsrat wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die bisherige sehr starre Regelung, dass die Staatskanzlei durch den Landschreiber geleitet werden *muss*, nicht durch eine ebenso starre Regelung ersetzen würden, dass nämlich der Landschreiber die Staatskanzlei nicht mehr leiten *darf*. Das würde der Regierung eine grosse Flexibilität wegnehmen. Wir hätten an und für sich auf Grund des Organisationsgesetzes die Möglichkeit, auch Ämter zu verschieben, z.B. das Staatsarchiv, oder gewisse Abteilungen anderen Direktionen zuzuordnen statt der Staatskanzlei. Sie würden uns bei diesen Möglichkeiten einengen. Es geht uns überhaupt nicht darum, dass wir, falls das Modell mit der jetzigen personellen Besetzung nicht funktionieren würde, wieder den Ist-Zustand herstellen möchten. Wir haben ja manifestiert, dass wir den Landschreiber entlasten wollen, indem wir diese Vorlage brachten. Und wir werden das nicht rückgängig machen. Aber wir könnten allenfalls wieder andere Lösungen prüfen, die eine Entlastung des Landschreibers bringen würden. Walter Suter wäre dem Rat daher

namens der Regierung sehr verbunden, wenn er ihr diese Flexibilität liesse und dem Wortlaut des Regierungsrats zustimmen würde.

EINTRETEN ist unbestritten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Stawiko dieses Geschäft nicht beraten hat, weil die jährlichen Mehraufwendungen weniger als 20'000 Franken pro Jahr betragen und damit gemäss GO die Zuständigkeit dieser Kommission nicht gegeben ist.

DETAILBERATUNG

§ 4 Abs. 1

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich hier die Version der Regierung und jene der Kommission gegenüberstehen.

➔ Der Rat stimmt der Version des Regierungsrats mit 34 : 32 Stimmen zu.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1205.4 – 11505 enthalten.

418 INTERPELLATION VON ERWINA WINIGER JUTZ, MARTIN STUBER UND LILIAN HURSCHLER-BAUMGARTNER BETREFFEND STAND DER LUFTREINHALTUNG UND WEITERER HANDLUNGSBEDARF

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1152.2 – 11445).

Martin **Stuber** gibt zuerst seine Interessenbindung bekannt: Als regelmässig draussen Sport Treibender hat er sehr grosses Interesse an guter, gesunder, frischer Luft. – Die AF bedankt sich beim Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Allerdings hat die Regierung sieben Monate gebraucht, um schliesslich einen Teil der Fragen gar nicht oder nur sehr ausweichend zu beantworten. Wenn auch der unmittelbare Anlass die dramatische Ozon-Situation während des letzten Sommers war, so zeigt Ihnen der aktuelle Jahresbericht von In-Luft deutlich auf, dass die Luftqualität auch in einem normalen Sommer ein Problem ist. – Wir gehen kurz auf die wichtigsten Aspekte der einzelnen Antworten ein.
Zu Frage 1: Der Regierungsrat bestätigt zwar den Handlungsbedarf und bis zu einem gewissen Punkt auch die Dringlichkeit, aber von Handlungswillen ist wenig zu spüren, und die Bereitschaft, zwei Gänge höher zu schalten, fehlt völlig.

Zu Frage 2: Die differenzierte und variabilisierte Mfz-Steuer ist längst überfällig, aber angesichts der schnell wachsenden Übermotorisierung auf unseren Strassen muss sie griffig ausgestaltet sein. Zu Bedenken ist auch das schnelle Wachstum des Anteils an Dieselfahrzeugen, die bei den Feinstaubpartikeln und beim NOx – einer der beiden entscheidenden Vorläufersubstanzen des Ozons – deutlich höhere Emissionen aufweisen als Benzinfahrzeuge. Wann ist mit der Vorlage zu rechnen?
Zur Verminderung des Pendlerverkehrs (S. 5): Der Regierungsrat «vergisst» zu erwähnen, dass sich gemäss TRP Verkehr der Modalsplit zu Ungunsten des öffentlichen Verkehrs entwickeln wird. Der MIV soll um 43 % wachsen der ÖV um 38 %. Mit welchem Wunder angesichts dieser Wachstumszahlen die notwendige Halbierung der Ozonbelastung je erreicht werden soll, verrät uns der Baudirektor vielleicht noch. Wir sind gespannt. Womit wir bei der Frage sind, wo denn der Hebel prioritär angesetzt werden muss. Der aktuelle Zuger Massnahmenplan liefert die Antwort. Auf S. 15 heisst es bei den Temporeduktionen: «Das Verhältnis des Aufwandes zum Umwelt- und Verkehrsnutzen ist bei dieser Massnahme günstig. Eine Umsetzung der Massnahme ist im Übrigen angezeigt zur Erhaltung der Opfersymmetrie. Dies vor allem, da in den ersten zehn Jahren Massnahmenplanung die Erfolgsquote bei den Verkehrsmassnahmen am niedrigsten war.» Aus Sicht der AF ist der TRP ein Fiasko im Hinblick auf die Luftreinhaltung. Mehr Gas geben müssen wir nicht bei den Strassen, sondern beim öffentlichen Verkehr!
Zu Frage 3. Erfreulich hier: Die ZVB zeigt, dass man sehr wohl einen Fahrplan zur Umsetzung der Massnahmen durchziehen kann. Davon ist in anderen Bereichen wenig zu spüren. Zu begrüssen ist die Einführung der Partikelfilter bei den Baumaschinen und der Einbezug der Holzfeuerungen. Beides betrifft die immer noch zu wenig beachtete massive Belastung unserer Luft mit Feinstaubpartikeln. Und hier sind die Stichworte Lungenkrebs und Asthma zu erwähnen. Das ist ein Problem, das in der Öffentlichkeit immer noch zu wenig wahrgenommen wird.
Zu Frage 4. Hier stellt der Regierungsrat fest, dass im Kanton Zug die Massnahmenplanung rollend sei. Präzisierend müsste ergänzt werden: Rückwärts rollend - siehe TRP Verkehr. Die Frage selbst wird gar nicht beantwortet. Dass die jetzigen Massnahmenpläne nicht genügen, selbst wenn sie voll umgesetzt würden, wofür gemäss der Interpellationsantwort kaum Hoffnung angebracht ist, scheint die Regierung wenig zu bewegen.
Zu Frage 6. Der TRP Verkehr, der den MIV ungehemmt um 43 % wachsen lässt, ist sakrosankt. «Die Planungssicherheit hat Vorrang» heisst es da – Vorrang offenbar auch vor der Gesundheit der Bevölkerung. Weiter schreibt der Regierungsrat: «Nötig ist jedoch ein griffiger Massnahmenplan, um unerwünschte Auswirkungen des Verkehrswachstums einzudämmen». Entschuldigen Sie, wenn der Votant diese Aussage nach all den vorgängigen Antworten in dieser Vorlage als schlechten Witz empfindet. Wie soll denn dieser griffige Massnahmenplan aussehen? Kann uns der Baudirektor ein paar dieser Massnahmen skizzieren? Die AF ist überzeugt, dass der TRP Verkehr in dieser Form untauglich ist und schnellstmöglich auch im Hinblick auf den Modalsplit überarbeitet werden muss. Die Zukunft gehört den modernen öffentlichen Nahverkehrssystemen.
Zu Frage 7. Es ist tatsächlich diskutabel, ob Schnellschüsse etwas bringen und wir gehen mit der Regierung einig, dass ein koordiniertes Vorgehen Sinn macht. Umso unverständlicher ist es für ans aber, dass die Innerschweizer Umweltdirektoren auf eine Temporeduktion auf den Autobahnen verzichten (vgl. S. 6). Wenn Sie bedenken, dass die Kantone Tessin und Graubünden – der zuständige Regierungsrat ist ja

ein erklärter Autofan – von sich aus auf der A 2 und der A 13 das Tempo reduzieren werden auf 80 km/h, ohne vorher den Bundesrat zu fragen, fragen wir uns schon, weshalb die Innerschweizer Umweltdirektoren nicht bereit sind, wenigstens einen Gang höher zu schalten. Wir fragen den Baudirektor an, ob er bereit ist; in der ZUDK ein Rückkommen auf diesen Fehlentscheid zu beantragen.
Zusammenfassend stellen wir fest: Das Problem ist schon längst erkannt, es ist gravierend und beeinträchtigt die Gesundheit und die Lebensqualität der Bevölkerung; es ist eigentlich auch bekannt, wie es innert halbwegs nützlicher Frist zu lösen wäre. Es fehlt aber offensichtlich am Willen – und fairerweise muss gesagt werden: Am Willen nicht nur des Regierungsrats, sondern auch einer Mehrheit hier im Kantonsrat. Wir erinnern an die schon fast hysterische Reaktion auf die Verordnung zum ruhenden Verkehr, wo der Regierungsrat endlich mal Mut bewiesen hatte zum konsequenten Handeln. Und – auch das muss fairerweise gesagt werden – es fehlt auch am Willen eines Teils der Bevölkerung (die Opfer sind teilweise auch die Täter!). Die AF ist nicht bereit, diesen Vollzugsnotstand einfach hinzunehmen. Sie besteht auf einer konsequenten und raschen Umsetzung der LRV und wird sich weiter dafür einsetzen. Sie hören noch von uns.

Daniel **Burch** gibt zuerst seine Interessenbindung bekannt: Er ist Fussgänger, Velofahrer, Autofahrer, Benützer des öffentlichen Verkehrs, und er verdient seinen Lebensunterhalt beim TCS. – Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für das Aufzeigen der bereits ergriffenen Massnahmen. Erstaunt sind wir über die Interpellation. Mit etwas Sachverstand und gutem Willen hätten die Interpellanten die wesentlichen Antworten auf ihre Fragen selber finden können. Auf der Homepage des Buwal sind die entscheidenden Fakten und Informationen zum Ozon enthalten. So kann man erfahren, dass bei einem Messwert von 200 µg/m^3 Ozon lediglich 40 µg/m^3 direkt beeinflussbar sind. Berücksichtigt man die Anteile der Emissionsquellen bei den Vorläufersubstanzen, so könnten rein theoretisch die Immissionen von 200 µg/m^3 auf 180 µg/m^3 reduziert werden, wenn kein einziges Motorfahrzeug, kein einziger PW, kein einziger Lastwagen und kein einziger Bus mehr verkehren würde. Trotz dieser drastischen Massnahme wäre der schweizerische Grenzwert von 120 µg/m^3 noch beträchtlich überschritten. In der EU gelten erheblich höhere Werte. Bei 180 µg/m^3 soll die Bevölkerung informiert werden, und erst bei 240 µg/m^3 sind Massnahmen vorgesehen. Zudem wird im Gegensatz zum schweizerischen Einstundenwert in der EU ein Achtstundenmittelwert angewendet, woraus entsprechend weniger Überschreitungen resultieren. Otto Brändli, Chefarzt der Zürcher Höhenklinik in Wald und Experte für Lungenerkrankungen, sagte in der NZZ am Sonntag vom 17. August 2003, für ihn sei der europäische Grenzwert der entscheidende: «240 µg/m^3 als Schwelle zu betrachten ist sinnvoll». Sehr empfindliche Leute würden vielleicht bei 160 µg/m^3 schon etwas merken, aber um die akute Wirkung von Ozon – gereizter Rachen, Leistungsreduktion – wirklich zu spüren, müsse man auf 240 bis 300 µg/m^3 gehen. Weiter führt er aus, dass bleibende Schäden durch Ozon nicht bekannt seien.
Es ist eine Tatsache, dass die sommerlichen hohen Ozonwerte, wie sie im Kanton Zug gemessen wurden (höchster Stundenmittelwert 202,4 µg/m^3 am 31.August 2003), keine akute Gefahr darstellen und zudem nicht mit lokalen Massnahmen verringert werden können. Dies gibt der Regierungsrat auch in seiner Antwort bekannt. Die Messungen von In-Luft (dafür gibt der Kanton jährlich rund 300'000 Franken aus)

zeigen, dass der N02 Grenzwert einzig bei der Messstelle Zug Neugasse überschritten wird. N02 ist eine der Vorläufersubstanzen für die Bildung von Ozon. Bei den Messstellen Zug Postplatz und Rotkreuz Holzhäusern liegen die Messwerte im Bereich des Grenzwerts. Bei allen andern 16 Messstellen wird der Grenzwert zum Teil deutlich unterschritten. Temporeduktionen ausserorts werden mit Sicherheit nichts zur Senkung der Schadstoffimmissionen und im Speziellen zur Verringerung der Ozonbelastung führen, höchstens zu mehr Bussenverfügungen. Die FDP-Fraktion wird sich daher vehement gegen Temporeduktionen ausserorts zur Wehr setzen. Temporeduktionen aus lufthygienischen Gründen zu erlassen, ist wohl medienwirksam, aber unredlich. Die Grundlage für die Einführung von Umweltmassnahmen ist der Massnahmenplan. Der Massnahmenplan Luftreinhaltung des Kantons Zug ist längst nicht mehr auf den aktuellen Stand. Er war bereits bei der Herausgabe der «aktualisierten» Version von 25. Mai 2000 überholt. In Kürze veröffentlicht das Buwal die neuen Grundlagen mit wichtigen Änderungen gegenüber früher. Die neusten Erkenntnisse zeigen u.a., dass die NOx Emissionen noch günstiger ausfallen als bisher angenommen. – Bezüglich Partikelemissionen PM10 darf man gespannt sein, wie dann die Regierung die zusätzlichen PM10-Emissionen, verursacht durch die Stadtbahn, beurteilen wird. Das perfide an den PM10-Emissionen von Bahnen ist, dass die Züge nicht nur während der Fahrt Staubpartikel aufwirbeln, sondern beim Bremsen zusätzliche selber erzeugen, und genau dort, wo sich die Fahrgäste aufhalten, im Bereich der Haltestellen.
Die FDP-Fraktion unterstützt Massnahmen zur Reduktion der Luftbelastungen dort, wo sie gerechtfertigt sind. Wir wehren uns aber gegen übertriebene und unnütze Auflagen und Schikanen. Wir bitten den Regierungsrat, die Überarbeitung des Massnahmenplans Luftreinhaltung des Kantons Zug mit den aktuellen Vorgaben des Buwal zu veranlassen und dem Kantonsrat vorzulegen.

Jean-Pierre **Prodolliet** glaubt, dass diese Interpellationsbeantwortung die Vielfältigkeit der Problematik Luftreinhaltung aufzeigt. Sie hat einen erfreulich guten Informationsgehalt. Sie zeigt auf, dass im Rahmen der in der Verwaltung zur Verfügung stehenden Kapazitäten der Luftreinhalte-Fachstellen der Innerschweizer Kantone, die zusammenarbeiten, gut, fachkompetent und gezielt gearbeitet wird. Es wäre schön, wenn diese engagierte Arbeit auch entsprechende Resultate zur Folge hätte. Dies ist aber offensichtlich nicht der Fall, es sind im Gesamten gesehen keine wirkungsvollen Resultate erzielt worden. Der Bericht ist aber nicht nur negativ, sondern er zeigt auch Positives auf. Zum einen ist nachgewiesen worden, dass z.B. VOC und NOx abgenommen haben. Das zeigt auf, dass durch die Anforderungen an die Fahrzeuge Resultate erreicht worden sind. Dass das im Gesamten sich auf die Ozonbelastung nicht gross ausgewirkt hat, wird aber auch aufgezeigt.
Es ist auch positiv zu vermerken, dass wir im Kanton Zug das Projekt Stadtbahn beschlossen haben. Dies ist eine wirkungsvolle Massnahme, um den sogenannten Modalsplit zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs zu verändern, vor allem im Bereich der Berufspendler. Ein Satz der Antwort ist dem Votanten aber speziell aufgefallen. Auf S. 9 unten heisst es: «So sind z.B. neue oder andere Massnahmen zu prüfen, falls der Regierungsrat aus politischen Gründen keine Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr erlassen kann.» Mit den politischen Gründen ist die FDP-Motion angesprochen, welche § 12 aus dem EG USG streichen möchte. Jean-Pierre Prodolliet ist grundsätzlich der Meinung, dass sich der Regierungsrat einsetzen sollte für

die beschlossenen Gesetze und nicht für Anliegen aus dem Rat, welche Gesetze ändern möchten. Es geht also darum, ob wir noch Massnahmen haben im Bereich des ruhenden Verkehrs oder nicht. Wir haben in das Projekt Stadtbahn 70 Mio. investiert. Wenn das Projekt zum Erfolg führen soll, braucht es auch Massnahmen zum ruhenden Verkehr. Es ist notwendig, dass wir da keine Rückschritte machen. Wenn wir mit dem Projekt Stadtbahn etwas erreichen, so im Zusammenhang mit der Luft-reinhaltung. Wir können den Modalsplit verändern beim Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Verkehr. Es ist aber auch ein Beitrag zur Sparsamkeit des Staatshaushalts, denn wir können dann die kostspieligen Strassenprojekte in Frage stellen, allenfalls hinausschieben. Und es ist letztlich auch ein Beitrag zur Lebensqualität und vielleicht auch zur Standortsqualität des Kantons Zug.

Markus **Jans** erinnert daran, dass der lange und beschwerliche Weg des Massnahmeplans Luftreinhaltung der Zentralschweizer Kantone 2000 schon auf dem kleinstmöglichen gemeinsamen Nenner basiert, weil dieser von fünf Kantonsregierungen abgesegnet werden musste. Das ist aus politischer Sicht zwar verständlich, aus Sicht der Luftreinhalteverordnung aber ungenügend. Die Interpellationsantwort des Regierungsrats scheint nun genau der Linie des kleinstmöglichen Fortschritts zu folgen. Die Antwort des Regierungsrats ist aus politischer Sicht nicht falsch, aus Sicht der Luftreinhaltung aber wenig nützlich. Der Bericht beinhaltet fast nur technischen Änderungen. Verhaltensänderungen, die viel schwieriger zu erzielen sind, werden dabei ausgeklammert. Wir schaffen es schon heute nicht, den Massnahmeplan zur Luftreinhaltung umzusetzen oder gar einzuhalten. Auf S. 11 des Berichts schreibt der Regierungsrat, dass er damit rechnet, dass bis ins Jahr 2020 die Verkehrsleistung im Privatverkehr um 43 % zunehmen wird. Ohne einschneidende Massnahmen und Verhaltesänderungen ist es illusorisch, die Ziele zur Luftreinhalteverordnung je erreichen zu können.
Die Immissionsgrenzwerte der Schadstoffe Ozon, Feinstaub und Stickoxide werden teilweise massiv überschritten. Atemwegerkrankungen stehen in einer Wechselbeziehung zur Lustverschmutzung. Die Gesundheitskosten durch übermässige Luftschadstoffe verschlingen in der Schweiz jährlich Milliarden. Daher genügt es nicht, die Grenzwerte der Schadstoffe einfach zur Kenntnis zu nehmen. Es braucht auch hier einschneidendere Massnahmen als nur schöne Worte. So sind die Vorläuferschadstoffe bei der Ozonproblematik NOx (Stickoxid) und VOC (flüchtige organische Kohlenwasserstoffe) dauernd und grossflächig auf einen tieferen Stand zu bringen. Nur wegen dem schönen Wetter und der hohen Strahlung wird nicht soviel Ozon gebildet, dass die Grenzwerte überschritten werden. Die Aussage des Regierungsrates auf S. 12 des Berichts wirkt daher geradezu zynisch, wenn es heisst: «Der Regierungsrat ist nicht bereit, auf kleinem Gebiet eine Massnahme einzuführen, die eher als Schikane denn als wirksames Mittel verstanden wird». Wenn eine Temporeduktion von 120 auf 100 km/h schon als Schikane bezeichnet wird, lässt das aufhorchen und auf den Geist der regierungsrätlichen Antwort schliessen.
Der Regierungsrat hofft, dass sich mit der Eröffnung der Stadtbahn der Modalsplit zugunsten des ÖV verschiebt. Der Votant ist gegen das System Hoffnung. Wir haben es in der Hand, Massnahmen zu ergreifen, die solche Ziele nicht in den Bereich Hoffnung verdrängen, sondern durchaus realistisch erscheinen lassen. Dazu brauchen wir aber weit bessere Instrumente als die heutigen gesetzlichen Grundlagen. So haben andere Länder mit Roadpricing schon gute Erfolge erzielt. Auch hat der

Kantonsrat nicht umsonst soviel Geld in die Verbesserung des ÖV bewilligt, nur um den privaten Verkehr noch eine bessere Plattform zu bieten. Gerade beim C02 macht das Mengenwachstum des Verkehrs die technischen Fortschritte gerade wieder zu Nichte. Dabei ist der Höhepunkt der Investitionen in die Technik von fossilen Brennstoffen schon längst überschritten. Neue Technologien stehen im Vordergrund. Fördern wir diese angemessen, bewirken sie, dass wir auch technologisch aus dem mittlerweile hinteren Mittelfeld wieder zur Spitzengruppe aufschliessen.
Die beste Energie ist die Energie, welche wir nicht benötigen. Mit der Aufbesserung des Energiegesetzes an der nächsten Sitzung des Kantonsrats haben wir es ein weiteres Mal in der Hand, etwas zur Schadstoffminderung beizutragen. Die Förderung erneuerbarer Energien muss dringend ein integrierender Bestandteil des Energiegesetzes werden. Auch ist es notwendig, dass das Energiegesetz auf den Stand des heute schon technisch Machbaren gebracht wird.
Ganz zum Schluss möchte Markus Jans den Regierungsrat ermuntern, etwas mehr Willenskraft in den Massnahmeplan Luftreinhaltung zu investieren. Zeigen Sie, auch durch unpopuläre Massnahmen, dass es Ihnen ernst ist mit der Umsetzung der Luftreinhaltung. Die Kritik der Gemeinden ist ihnen damit gewiss. Wir werden aber nicht darum herumkommen, nebst technischen Massnahmen auch Verhaltensmassnahmen bei jedem Einzelnen einzufordern, denn bedenken Sie: Die beste Energie ist die Energie, welche wir nicht benötigen!

Martin **Stuber** möchte kurz etwas zum Votum von Daniel Burch sagen. Dieser hätte die ganze Interpellation lesen müssen, dann wäre ihm vielleicht aufgefallen, dass der Ozonsommer nur der äussere Anlass war für die Interpellation. Der Inhalt betrifft den Massnahmenplan und dessen Umsetzung und nicht einfach nur das Ozon. – Zu den Grenzwerten; sie sind immer ein Streitpunkt. Der Wert 160 treffe nur sensible Leute. Alle Kinder sind sensible Leute! Und ein ansehnlicher Teil der älteren Menschen gehört auch zu diesen sensiblen Leuten. Es trifft den Votanten, wenn einfach leichtfertig gesagt wird: Grenzwert 160 trifft ja nur die Sensiblen. Wir müssen uns vorstellen, wer alles zu diesen Leuten gehört. – Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass die Atemwegerkrankungen zunehmen, und zwar schon länger. Was das volkswirtschaftlich bedeutet, darüber werden wir in den nächsten zehn oder fünfzehn Jahren noch diskutieren. Es sind nämlich sehr teure Erkrankungen. – Zum Feinstaub. Es ist richtig, dass Bahnen Staub erzeugen, aber das Entscheidende beim Feinstaub ist, wie lungengängig er ist. Die Grösse der Partikel ist entscheidend. Und beim Abrieb bei den Bahnen sind die Partikel grösstenteils so gross, dass sie nicht lungengängig sind. Martin Stuber stört der Gestank bei den neuen Kunststoffbremsen auch. Aber in Bezug auf den Feinstaub ist es zum Glück nicht sehr problematisch.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** teilt mit, dass die ZUDK folgende Lösungs- und Realisierungsgrundsätze für die Umsetzung durch die Zentralschweizer Regierungen verabschiedet: 1a) Monitoring Nationalstrasse, 1d) Erweiterung Kontrolle auf Nationalstrassen, 2a) Emissionsminderungen im öffentlichen Verkehr, 3) ökologisches Bauen, 4) Emissionsminderungen und 5b) Holzfeuerungen – wie bereits in der Antwort umschrieben. Von den nun beschlossenen sechs Massnahmen sind lokal messbare Verbesserungen insbesondere im Bereich der Gesundheit bei den genannten Feinstäuben und beim Stickoxid zu erwarten. Bei konsequenter Umset-

zung der beschlossenen Massnahmen in der Zentralschweiz resultiert bis 2010 eine Reduktion der Schadstofffrachten von jährlich 275 Tonnen Stickoxid, von 120 Tonnen VOC sowie von 110 Tonnen Feinstäube pro Jahr. All dies ist nicht nichts! Damit lassen sich jedoch die Ziele der Luftreinhaltung weiterhin nicht erreichen. Dazu sind Massnahmen auf eidgenössischer und europäischer Ebene notwendig.
Differenzierte und variabilisierte Motorfahrzeugsteuer. Das sollte nach den Sommerferien im Regierungsrat sein und nachher voraussichtlich in die Vernehmlassung gehen. – Der griffige Massnahmenplan wird demnächst zusammen mit den Gemeinden diskutiert. – Der Baudirektor ist nicht bereit, in der ZUDK einen Antrag auf Temporeduktion zu stellen.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

419 INTERPELLATION VON HANS PETER SCHLUMPF, KARL RUST UND WERNER VILLIGER BETREFFEND LANGFRISTIGE SICHERSTELLUNG DER KIESVERSORGUNG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1153.2 – 11442).

Hans Peter **Schlumpf** spricht im Namen der Interpellanten. – Kies ist praktisch der ziemlich einzige natürliche Rohstoff, der in unserer Gegend vorkommt und abgebaut werden kann. Früher hat jeder Bauer und jedes Baugeschäft irgendwo an einem Moränenhügel seine eigene kleine Kiesgrube unterhalten und dort bei Bedarf im kleinen Rahmen Kies abgebaut. Wenn Sie mal durch das Menzinger und Neuheimer Hügelland oder auch durch das Talgebiet wandern, können Sie die Spuren davon noch vielerorts sehen. Mit der erstmaligen Planung unserer Landschaften und ihrer Nutzung durch Richtpläne und Zonenpläne, die Ende der Fünfziger-, Anfang der Sechzigerjahren begann, wurde dieser wilde Kiesabbau unterbunden und nur noch in bestimmten Zonen erlaubt. Mit der stark wachsenden Bautätigkeit nahm dann auch der Kiesabbau grösseren Umfang an. Die wesentlichen Kiesabbaugebiete der letzen Jahrzehnte im Kanton Zug lagen und liegen in Neuheim, in Sihlbrugg, im Gebiet Bethlehem Menzingen, und im Grenzgebiet Cham/Knonau im sogenannten Äbnetwald. Gerade in den wirtschaftlich schwachen Berggemeinden hat der Kiesabbau ab den Sechzigerjahren auch eine erhebliche ökonomische Bedeutung erlangt. Die Sand AG in Neuheim und die Kibag in Menzingen gehören zu den wichtigsten Arbeitgebern und Steuerzahlern in ihrer Gemeinde.
In den Standortgemeinden des Kiesabbaus sah man denn auch die Sache immer wesentlich pragmatisch nüchterner als es die vorwiegend aus den urbanen Gebieten stammenden Landschaftsschützer und Ökofundis, um mal einen etwas pointierten Ausdruck zu gebrauchen, taten. Niemand, selbst die Vertreter der Kiesgewinnungsfirmen nicht, plädiert dafür, dass nun das ganze Zuger Hügelland und auch noch die Reusslandschaft dem Kiesabbau geopfert werden sollen. Doch gilt es auch hier, die Verhältnismässigkeit zu wahren und keine einseitige Betrachtungsweise zu pflegen. Wenn die Veränderung der Landschaft allein schon ein Kriterium wäre, den Kiesabbau zu unterbinden, dann müssten zahlreiche andere unserer zivilisatorischen Tätig-

keiten auch eingestellt werden. Dass die Vorschriften bezüglich Rekultivierung von Kiesabbaugebieten in der Schweiz die wohl weltweit strengsten sind, dass die rekultivierten Landschaften den ursprünglichen in ihrer topologischen Ausprägung und landschaftlichen Schönheit kaum nachstehen, und dass für die Tier- und Pflanzenwelt die Kiesabbaugebiete ökologisch hochwertige Reservate darstellen, ist bekannt und sei hier nur am Rande erwähnt.
Der Votant hat zum Thema Kiesabbau etwas ausgeholt. Zurück zur Interpellation: Es ist unser Anliegen, dass die Regierung sich der Bedeutung des Kiesabbaus als Wirtschaftsfaktor bewusst ist, sowohl was die Versorgung unserer Region mit einem wichtigen Rohstoff als auch was die direkte ökonomische Bedeutung für die Standortgemeinden anbelangt. Wir wissen alle, dass die Planungshorizonte in der Raumplanung und die Vorlaufzeiten bis zur Realisierung eines Abbauvorhabens lang sind. Die Raumplanung rechnet mit bewilligten abbaubaren Vorräten von noch ca. 19 bis 26 Jahren, je nach jährlichem Abbau und je nach Import/Export-Saldo. Zieht man die noch immer hohe allgemeine Bautätigkeit und im Besonderen die grossen anstehenden Infrastrukturprojekte (Strassenbauten, Zentralspital) in Betracht, so ist damit zu rechnen, dass die bewilligten Vorräte eher früher als später erschöpft sein werden. Es gibt im Kanton Zug noch grosse Kiesvorkommen, die teilweise innerhalb, aber auch ausserhalb der heute planerisch ausgeschiedenen Zonen liegen. Es ist nicht einzusehen, warum nicht solche Gebiete in einer Langfristplanung identifiziert werden sollen, damit sie für den Abbau vorgesehen werden können in einer späteren Zeit, wo heutige Abbaugebiete bereits wieder rekultiviert sein werden.
Der Kantonsrat hat bei der Beratung des Kantonalen Richtplanes entgegen dem Antrag der Raumplanungskommission entschieden, dass die langfristige Versorgung des Kantons mit dem Rohstoff Kies nicht allein auf Vorräte im Kanton abzustützen sei. Dieser Entscheid ist zu respektieren und er ist auch keine Tragödie. Es würde uns aber gleichwohl schlecht anstehen, hier eine St. Florians-Politik zu betreiben und uns allein auf den Abbau und den Import aus anderen Kantonen zu verlassen. Auch in anderen Kantonen stösst Kiesabbau, wie bei uns, nicht nur auf Gegenliebe. Es gilt vielmehr, das eine zu tun and das andere nicht zu lassen. Wenn die Industrie in der Lage ist, Kiesersatzstoffe und Recyclingmaterial zu wirtschaftlich konkurrenzfähigen Bedingungen zu liefern, so wird dagegen niemand etwas einzuwenden haben. Den Import resp. den Export von Kies in und aus dem Kanton limitieren zu wollen, ist in einer grenzüberschreitenden arbeitsteiligen Wirtschaft, wie wir es sind, kaum eine marktkonforme und geeignete Massnahme (Export und Import von Kies heben sich übrigens im Kanton Zug gegenseitig praktisch auf). Lange Transportwege sind weder aus wirtschaftlichen (Verteuerung des Rohstoffes) noch aus ökologischen und verkehrstechnischen Gründen erwünscht. Mit der LSVA ist gerade ein Instrument geschaffen worden, das den Strassentransport auf das Notwendige begrenzen soll. Dazu gehört aber auch, dass im Falle des Kiesbedarfs auch regionale Beschaffungsmöglichkeiten bestehen.
Wir entnehmen der regierungsrätlichen Antwort auf unsere Interpellation, dass der Regierungsrat die Baudirektion beauftragen wird, im Jahre 2005 die Aktualisierung der Kiesabbauplanung an die Hand zu nehmen auf Grund des Konzepts für die Kiesnutzung von 1994, und dass die Regierung gewillt ist, unter breiter Abstützung bei allen interessierten und involvierten Kreisen die langfristige Planung der Kiesversorgung rechtzeitig an die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, dass die Kontinuität der Versorgung auch im Kanton Zug langfristig gewährleistet sein wird.

Jean-Pierre **Prodolliet** ist erfreut über die Antwort des Regierungsrats, und zwar deshalb, weil sie eigentlich nichts Neues aufzeigt. Sie stützt sich auf das, was wir im Rahmen des Richtplans diskutiert haben. Dass wir gesagt haben: Im Jahre 2006 wird die Kiesplanung wieder neu an die Hand genommen. Das kommt dann 2007 wieder in diesen Rat oder besser in den dann neu gewählten. Interessant ist auch folgender Aspekt: Der Regierungsrat weist darauf hin, dass man z.B. Kies auch auf dem Schienenweg transportieren kann. Die Ökologie ist ja das grosse Argument der Interpellanten. Dann wird auch gesagt, dass wir im Kanton Zug nicht nur Selbstversorger gewesen sind beim Kies, sondern dass wir auch immer sehr viel exportiert haben. Es ist deshalb richtig, dass der Zeitfahrplan so durchgeführt wird, wie er beschlossen worden ist. Was hat der Kanton in der Zwischenzeit zu tun? Hier kann man auf die Planungsgrundsätze des Richtplans verweisen. Dort heisst es: «Um die natürlichen Ressourcen zu schonen, unterstützt der Kanton die Verwendung von Recyclingmaterialien und Holz.» Der Votant ist von der Branche und er glaubt, dass hier noch ein Potenzial besteht, um mehr zu machen, z.B. bei öffentlichen Bauten. Hier können die Gemeinden und der Kanton Vorschriften machen. Man kann auch im Rahmen der Baubewilligungsverfahren noch besser beraten.
Wie soll diese künftige Kiesplanung im Jahr 2006 angegangen werden? Folgende Punkte sind wichtig: Die Abbaureserven in den bestehenden Gebieten sollen verlässlich und unabhängig von den Betreibern ermittelt werden. Auch muss aufgezeigt werden, wie sich das Verhältnis von abgebautem Kies und Recyclingkies entwickelt hat. Und es ist wichtig, dass eine überregionale Gesamtsicht des Kiesabbaus vorgelegt wird. Wo liegen eigentlich gesamtschweizerisch oder darüber hinaus die grossen Reserven? Es gibt nämlich nicht nur Reserven, durch deren Abbau man Landschaften zerstört, es gibt auch Reserven, die abzubauen ökologisch sinnvoll oder sogar erwünscht ist, z.B. in Flussunterläufen. Jean-Pierre Prodolliet wird hier ein wenig belehrend. Das wäre aber eigentlich gar nicht nötig. Diese Interpellation hätte man nämlich zurückziehen können, nachdem der Kantonsrat im Rahmen der Richtplandebatte ganz klar gesagt hat, wie es mit dem Kies weitergehen soll. Es gibt immer wieder Stimmen, die eine grössere Effizient des Kantonsrats fordern; hier wäre eine Möglichkeit gewesen!

Christian **Siegwart**: Wir wissen ja längst, der Kiesnotstand bleibt ein Schreckensgespenst der Baulobby und der Interpellanten. Dennoch hat die Interpellation ihre Wirkung ja bereits gezeigt. Den Volkswillen missachtend soll der Kiesabbau auch weiterhin in der Moränenlandschaft möglich sein. Leider, muss man sagen. Denn wenn es ja der einzige Rohstoff ist, sollten wir ja wirklich haushälterisch damit umgehen. Was dem Votanten immer etwas sauer aufstösst, ist die Tatsache, dass die Interpellanten im Zusammenhang mit dem Kiesabbau die Umweltaktivisten mimen. Sicher, kurze Transportwege sind ökologisch sinnvoll. Noch sinnvoller aber wären eine geringere Bautätigkeit, eine energievollere Bauweise und weniger motorisierter Verkehr. Ökologisch sinnvoller wäre es auch, auf den vermehrten Einsatz von Recyclingmaterial zu pochen. Schliesslich gilt es nochmals festzuhalten, dass nicht die hohen Kiespreise das Wohnen im Kanton Zug rekordverdächtig teuer machen. Ausschlaggebend sind die tiefen Steuern und die damit verbundenen hohen Bodenpreise, der hohe Wohnkomfort – schliesslich gibt es ja kaum mehr Altwohnungen – und der grosse durchschnittliche Flächenbedarf.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Das stimmt einfach nicht, Christian Siegwart! Der Volkswillen wird eingehalten! Der jetzt bewilligte zusätzliche Abbauperimeter entspricht genau der Volksabstimmung!

➔ Das Geschäft ist erledigt.

420 INTERPELLATION VON RENÉ BÄR BETREFFEND EINHALTUNG GESETZLICHER VORGABEN

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1159.2 – 11450).

René **Bär** ist von der Antwort des Regierungsrats enttäuscht. Begründung: Das Umweltschutzamt, das Amt für Raumplanung (Baubewilligungen) und das Tiefbauamt (Probleme der Verkehrsstaus) sind der gleichen Direktion (Baudirektion) unterstellt. In dieser Direktion werden offensichtlich bezüglich Beurteilung der Umweltbelastung verschiedene Ellen benutzt. Von der Industrie werden Belastungsgrenzen verlangt – und nicht zimperlich geahndet – welche bei der Belastung durch den Verkehr offensichtlich nicht gelten. Zum Beispiel: Gebäudebau- und Strassenführungsbewilligungen welche durch die Baudirektion erteilt werden. Wenn durch Baubewilligungen und Verkehrsplanungen Staus generiert werden, welche die zulässige Emissionen und Immissionsgrenze übersteigen, werden die entsprechenden Mitarbeiter, welche die Bewilligungen erteilten, geschützt. Bei der Industrie werden die Verantwortlichen durch die gleiche Direktion, zur Kasse gebeten. Ist sich der verantwortliche Regierungsrat bewusst, was er macht, wenn er in seinem Verantwortungsbereich die Umweltbelastung mit verschiedenen Ellen misst?
Gemäss Kyoto-Abkommen und entsprechenden Publikationen ist die Gesamtbilanzierung der Belastungen entscheidend, und diese ist nicht zuletzt von der Bevölkerungsdichte abhängig. Der Vergleich von Emissionen, besonders aber auch bezüglich Klimaschädlichkeit durch treibhauswirksame Abgase, darf sich beim Wettbewerb von Energieträgern nicht auf die lokalen Verbrennungsprozesse beschränken. Es müssen alle klimarelevanten Gase über die ganze Energieförderungs- und Anwendungskette mit einbezogen werden. (Studie Juni 2001, Ing. Fichter, Stuttgart. In Brennpunkt Nr. 47, Dezember 2002 S. 6., www. heizoel.ch.) Für Vergleiche müssen die gleichen Massstäbe angewendet werden! Auszug aus Kyoto-Abkommen, Klimaentwicklung, Stand 17. Febr. 2004, Artikel 10: «Alle Vertragsparteien werden unter Berücksichtigung ihrer gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihrer speziellen nationalen und regionalen Entwicklungsprioritäten, Ziele und Gegebenheiten etc. einführen.» Artikel 4 Lit. i lautet: «Diese Programme würden unter anderem den Energie-, den Verkehrs- und Industriebereich, sowie die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Abfallwirtschaft betreffen. Ausserdem würden Anpassungstechnologien und Methoden zur Verbesserung der Raumplanung die Klimaänderungen verbessern.» Der Votant versteht das so, dass all diese Themen gleichwertig zu beurteilen und zu handhaben sind. Sein Anliegen entspricht somit

den Grundlagen des Kyoto-Abkommens welches von den Bundesbehörden unterzeichnet wurde, sowie der Eidesformel, die lautet «Ich schwöre, die Verfassung und die Gesetze des Bundes und des Kantons getreu zu befolgen». Es ist für den verantwortlichen Regierungsrat offensichtlich einfacher, den Interpellanten als nicht kompetent zu taxieren, als die Kyoto-Grundlagen selber zu studieren und nach diesen zu handeln. René Bär bittet, dass künftig mit gleichen Ellen gewertet wird.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint, was René Bär von der Regierung verlange sei, dass sie per sofort flächendeckend über den ganzen Kanton ein totales Bauverbot erlasse. Der Interpellant sitzt im falschen Boot!

➔ Das Geschäft ist erledigt.

421 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION UND DER SP-FRAKTION BETREFFEND ÜBERNAHME DER PARKHAUSKOSTEN DURCH DEN KANTON WÄHREND DEN KANTONSRAT- UND KOMMISSIONSSITZUNGEN

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1187.2 – 11460).

Lilian **Hurschler-Baumgartner** hält fest, dass die Interpellanten mit den Antworten des Regierungsrats nicht sehr zufrieden sind. Sie zeigen auf, dass unsere Interpellation richtig und wichtig war. Es ist eines der wenigen Male, dass als Folge einer Interpellation konkrete Schritte vorgenommen werden. – Auslöser der Interpellation war die Sitzung vom 28. August 2003, an der die Motion der Votantin zum Thema «finanzielle Unterstützung von Mitgliedern des Kantonsrats mit Kindern im Vorschulalter» nicht einmal überwiesen wurde, mit dem Hauptargument, sie würde Kosten verursachen. Kosten in der Grössenordnung von weniger als 1'000 Franken pro Jahr notabene. An der gleichen Sitzung wurden alle Kantonsratsmitglieder darüber informiert, dass der Kanton Zug neuerdings bereit sei, die Parkplatzgebühren der Kantonsratsmitglieder während der Kantonsratssitzungen und der Kommissionssitzungen zu übernehmen. Dies kostet den Kanton pro Kantonsratstag. schätzungsweise 200 Franken. Lilian Hurschler ist davon ausgegangen, dass die Hälfte des Kantonsrates per ÖV anreist, hinzu kommen noch die vielen Kommissionssitzungen. Auf für unsere Fraktion unerfreuliche Art und Weise wurde an dieser Sitzung deutlich, dass das Thema Sparen von bürgerlicher Seite her sehr willkürlich gehandhabt wird. Je nach Thema ist man bereit, sehr viel Geld in die Hand zu nehmen. Andere Anliegen (meist im Bereich der Sozial- und Umweltpolitik) haben es sehr schwer; sogar dann, wenn sie ein Vielfaches weniger kosten. Dies ist nicht einfach so eine Behauptung, sondern etwas, das sich in vielen Voten und Abstimmungen im Rat immer wieder zeigt.
Es ist ein urpolitisches Thema: Wo wollen wir investieren? Welche Themen liegen uns am Herzen? Wo sehen wir Handlungsbedarf? Welche Prioritäten setzen wir? Hier erkennen wir das Gesicht einer Partei und einer Fraktion. Im Konkreten lässt sich herausspüren, welches Menschen- und Wertebild einer Partei und einer Fraktion

zu Grunde liegt. Ein weiterer Punkt störte uns massiv: In den Gemeinden wurden zu jener Zeit Parkplatzreglemente erstellt. oder bereits umgesetzt. In Risch war man sich in der Verkehrskommission, wo die Votantin selbst Mitglied ist, über alle Parteien hinweg einig, dass Parkplätze nicht mehr gratis zur Verfügung gestellt werden dürfen. Man hatte eingesehen, dass sich der Individualverkehr durch Parkplatzbewirtschaftung steuern lässt und tatsächlich viele Leute auf den öffentlichen Verkehr umsteigen oder das Velofahren und das zu Fuss Gehen wieder neu entdecken. Genau in diese Zeit fiel diese Information über das Gratisparkieren, und es ist klar, dass sie in weiten Teilen der Bevölkerung auf grosses Unverständnis stiess. Für die Bevölkerung ist es nicht einsehbar, dass wir als Behördenmitglieder für Parkplätze nicht zahlen sollen, wenn die kantonale Verwaltung diese Gebühren aufbringt und auch auf öffentlichen Parkplätzen nur noch selten gratis parkiert werden darf.
Die neuen Ausführungsbestimmungen vom 1. Juni 2004 sind deshalb dringend notwendig gewesen. Die Regierung hat damit ein wichtiges Signal gesetzt. Nun ist zu hoffen, dass diese Massnahme auch die gewünschte Wirkung bringt, dass nämlich mehr Behördenmitglieder per ÖV und/oder per Velo an die Sitzungen kommen (oder sich zusammen in ein Auto setzen und das Auto zu Hause lassen). Hoffen auf diese Umlagerung allein genügt jedoch aus Sicht der AF klar nicht. Es braucht zusätzliche Massnahmen (wie sie die Alternativen seit Jahren fordern und auch schon vielen zur Umsetzung verholfen haben). Zum einen liegt im Bereich der Werbung für den Langsamverkehr noch ein grosses Potenzial; zum anderen müssen die Tarife des öffentlichen Verkehrs langfristig tief bleiben – damit es sich auch finanziell lohnt, umzusteigen. Weiter braucht es flächendeckend sichere und attraktive Velowege. Der Bau des Velowegs Richtung Menzingen ist wieder ein ganz wichtiger Schritt in diese Richtung und der Realisierung der Velobrücke Alpenblick gehört oberste Priorität.
Nun zu den einzelnen Antworten. Die Geste des Baudirektors war zwar grosszügig gemeint, die Auswirkungen dieser Geste jedoch schlecht. Wir sind froh, dass er dies auch so sieht. Antwort 2 zeigt auf, dass sich die Übernahme der Parkkosten mit den Zielen der Parkplatzbewirtschaftung und des Umweltschutzes niemals vereinbaren lassen. Dies ist immer ein Widerspruch! Ziel muss sein, möglichst viel motorisierten Verkehr auf den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr umzulagern. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es aktive Massnahmen und nicht ein passives Abwarten. Der Kanton Zürich z.B. schenkt allen Kantonsrätinnen und Kantonsräten einen ÖV-Verbundpass im Wert von 1'700 Franken, analog dem Zugerpass im Wert von 495 Franken. (Der Zürcher Kantonsrat tagt wöchentlich!) Dieses Geschenk ist eine Investition, die sich sowohl mit den Ideen des Umweltschutzes als auch mit den Massnahmen zum ruhenden Verkehr optimal vereinbaren lässt.
Sie sehen, gute Ideen bestehen bereits, man braucht das Rad nicht neu zu erfinden. Es braucht aber den Mut, diese Massnahmen umzusetzen. Und noch eine letzte Bemerkung: An schönen Tagen – sozusagen den besten Velotagen – genügen die zur Verfügung stehenden Velo-Abstellplätze hier draussen oft nicht. Beim Regierungsratsgebäude besteht die Chance, für Velofahrende attraktive gedeckte Veloabstellplätze mit Velohelmfächern zu realisieren.

Thomas **Lötscher**: Nachdem wir letztes Mal bereits eine 15er-Kommission eingesetzt haben, welche sich um das korrekte Verschliessen der Stimmcouverts kümmert, kommt nun wieder ein Thema von unglaublicher Wichtigkeit für die Zukunft unseres Staatswesens aufs Tapet. Wenn die Stimmbürger gewusst hätten, womit wir

unsere Zeit verbringen, hätten sie das Steuerpaket wohl angenommen – nur um uns zu mehr Effektivität und Effizienz zu zwingen. Die FDP-Fraktion findet es schon überflüssig, dass für die paar Parkplätze ein Reglement erlassen wurde. Die Auswirkungen dieses Papiertigers nehmen nun groteske Formen an, wenn der Baudirektor aufgrund einer netten Geste gelöffelt wird. Hoffen wir, dass er deswegen nicht in Handschellen aus diesem Saal geführt wird. Seine erfrischend knappen und doch träfen Voten würden fehlen. Eigentlich gibt es unter diesem Traktandum nur eine Frage, die interessiert: Die Beantwortung dieser überflüssigen Interpellation war ja auch nicht gratis. Keine Angst, der Votant fragt nicht, was dieser Spass gekostet hat. Aber es wäre interessant zu wissen, wie viele Parkkarten es dafür gegeben hätte.

Markus **Jans** stellt mehr als nur in Frage, ob diese Interpellation überflüssig war oder nicht. Er findet es unangemessen, dass Thomas Lötscher sagt, wenn eine Handlung des Regierungsrats läuft, die nicht legal ist, dass wir da nicht einmal nachfragen können. Er hofft, dass Sie das nächste Mal dann auch einfach sagen: Das ist okay, wir schauen nicht hin, und nicht noch lange debattieren.
Die SP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Antwort. Einen Dank für die schnelle Beantwortung der Interpellation kann der Votant leider nicht übermitteln. Dass sie bei einer so offensichtlich klaren Rechtslage mehr als sechs Monate benötigt, ist doch erstaunlich und etwas unverständlich. Über die Beantwortung der Frage 1 sind wir doch etwas erstaunt, wenn da wörtlich steht: «Die Interpellanten haben diese Geste des Baudirektors richtig erkannt». Es kann sich wohl bei einer rechtswidrigen Handlung nicht um eine Geste handeln, sondern eher um eine unüberlegte Bevorteilung des motorisierten Individualverkehrs. Es ist auch unüberlegt, wenn ein Mitglied der Regierung sich als nobler Spender aufführt und sich darin zu sonnen wagt. Wir bedauern auch, dass für die Velofahrenden und zu Fuss Gehenden keine ähnliche Geste angeboten wurde und diese im Regen stehen gelassen werden. Genügend überdeckte Veloabstellplätze bleiben zumindest vor diesem Ratssaal ein Wunschdenken. Trotzdem möchten wir es nicht unterlassen, für die ehrliche Antwort zu danken. Einsicht ist der beste Weg zur Besserung.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

422 INTERPELLATION VON MARKUS JANS BETREFFEND STAND DER SOZIALEN INTEGRATION VON AUSLÄNDERINNEN UND AUSLÄNDERN IM KANTON ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1189.2 – 11449).

Markus **Jans** weist darauf hin, dass in der Schweiz jede Fünfte eine Ausländerin oder jeder Fünfte ein Ausländer ist, bei den Erwerbstätigen sogar jeder oder jede Vierte. Jeder Dritte von uns hat ausländische Wurzeln, im Gastgewerbe ist jede zweite Arbeitskraft nicht schweizerisch und auf der Welt sind wir alle Ausländer – fast überall. Es war nie die Absicht des Votanten und ist es bis heute nicht, ein Sparprogramm auszulösen, sondern es ist sein Bestreben, die vorhandenen Mittel zielgerich-

teter zu verwenden. Die Antwort des Regierungsrats zeigt auf, dass im Integrationsbereich grosse Anstrengungen unternommen werden, viel davon auch ehrenamtlich. Diese Anstrengungen sind beizubehalten und wenn möglich sogar zu verstärken. Handlungsbedarf sieht der Regierungsrat in der Koordination und Vernetzung von professionellen und nicht professionellen Organisationen und Institutionen. Doppelspurigkeiten, so schreibt der Regierungsrat weiter, müssen vermieden und Synergien genutzt werden. Er schlägt vor, ein kantonales Leitbild zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung im Kanton Zug zu veröffentlichen und umzusetzen.
Die Stossrichtung des Leitbildes kann Markus Jans nur unterstützen. Ein Leitbild ist dringend nötig. Zu einem Leitbild gehört zwingend ein handlungsorientierter Massnahmeplan mit Kostenfolgen. Nur so lässt es sich wirkungsvoll umsetzen und sind die Resultate messbar. Eine Koordination und Vernetzung der professionellen und nichtprofessionellen Organisationen und Institutionen ist dringend notwendig. Es darf nicht mehr geschehen, dass innerhalb der Verwaltung zwei Organisationen von zwei Direktionen mit der gleichen Aufgabe beauftragt werden. Auf Grund der Verzettelung der Kräfte gibt es bis heute kein Kompetenzzentrum für die Integration. Die Fachstelle Migration und die Geschäftsstelle für Integrationsfragen und gegen Rassismus wären prädestiniert, eine solche Funktion zu übernehmen. Trotz unterschiedlicher Ausrichtung beider Stellen besteht in beiden Organisationen ein hohes Fachwissen und hohe Fachkompetenz, gepaart mit einem grossen Engagement. Die Fachstelle Migration blickt zudem in diesem Jahr auf eine 40-jährige Erfahrung zurück. Ein Kompetenzzentrum würde die Kräfte bündeln und die Finanzen zielgerichteter einsetzen lassen. Der Votant bedauert sehr, dass sich Arbeitgeber in den letzten Jahren aus der Verantwortung verabschiedet haben und die soziale Integration zunehmend dem Kanton und den Gemeinden überlassen. Arbeitskräfte werden durch unsere Wirtschaft angezogen und von ihr auch dringend benötigt. Daher sollen sich Arbeitgeber auch an den Kosten der Integration beteiligen. Ohne klare Regelung der Kosten kann die Integration nicht optimal gefördert werden. Eine solche Regelung müsste im Kanton Zug freiwillig oder per Gesetz angestrebt werden. Nach der Ausarbeitung des versprochenen Leitbildes erwartet Markus Jans von der Regierung eine klarere Themenführung bei Integrationsfragen. Dies ist umso wichtiger, weil damit eine weitere Verzettelung der Kräfte verhindert wird.

Maja **Dübendorfer** ersucht den Regierungsrat im Namen der FDP-Fraktion, eines nicht zu vergessen: Integration ist nicht nur eine Bringschuld, sondern auch eine Holschuld. Diese Gewichtung erwartet die FDP-Fraktion auch bei der Ausarbeitung des neuen Leitbilds. Wir stellen an uns sehr hohe Anforderungen, Ausländerinnen und Ausländer zu integrieren. Wo bleiben die Anforderungen an die Ausländerinnen und Ausländer, sich dem schweizerischen System, der deutschen Sprache anzupassen? Dies ist nämlich möglich. Diese Forderungen dürfen wir ausländischen Staatsangehörigen stellen. Wenn die Regierung ausführt, es benötige mehr Koordination, so stimmen wir dabei mit der Regierung überein. Die Koordination ist aber in erster Linie Sache der verschiedenen Vereine und nicht eine staatliche Aufgabe. Sollte also ein Leitbild eine Koordinationsstelle verlangen, wie wir dies bereits beim Beauftragen für Langsamverkehr, den wir Gott sei Dank abgelehnt haben, oder bei der Berufsintegration gesehen haben, würde sich die FDP klar gegen eine solche neue Stelle aussprechen. Die notwendige Koordination ist von den aufgeführten Institutionen selber vorzunehmen. Diese Vereine funktionieren gut und sind durchaus in der Lage, selber

ihre Aufgaben miteinander abzusprechen und Doppelspurigkeiten zu vermeiden. – Um ihrerseits Doppelspurigkeiten zu verhindern, hat die Votantin das von Andrea Hodel geschriebene Votum weder ergänzt noch umgeschrieben.

Berty **Zeiter**: Kennen Sie aus Erfahrung die Situation, dass Sie in eine neue, interessannte, aber geschlossene Gruppe hineinkommen wollten? Z.B. während Ihrer Schulzeit in einem Ferienlager oder als Jugendliche an einem Fest. Wie haben Sie sich da verhalten? Wohl in vielen Fällen sehr angepasst und darauf bedacht, die Normen der Gruppe zu erspüren und zu übernehmen. Sie zeigten sich von Ihrer besten Seite. Und meist ist es Ihnen gelungen: Sie wurden akzeptiert und integriert. Sonst hätten Sie wohl nicht das Selbstbewusstsein aufbauen können, das Sie bis hierher in den Kantonsrat geführt hat. Was hier beschrieben wurde, ist Lebensstil-Integration, ein Teil der sogenannten «horizontalen Integration». – Menschen, die neu in unser Land kommen, leiden zusätzlich unter einer strukturellen Ungleichheit, unter der vertikalen Desintegration. Im Jahre 1999 kam eine Studie heraus mit Zahlen, Fakten und Erklärungsansätzen zur Kriminalität unter ausländischen Jugendlichen in der Schweiz. Hauptverfasser dieser Studie war Manuel Eisner, Soziologe und Gewaltforscher an der Uni Zürich. Die Studie hat aufgezeigt, dass junge Menschen aus anderen Kultur- und Sprachkreisen in den ersten Jahren ihres Hierseins stark motiviert sind sich anzupassen, unsere Normen zu adaptieren. Sie sind voller Hoffnungen und voll guten Willens. Diese positiven Haltungen können im Durchschnitt über fünf Jahre aufrechterhalten werden. Erleben sie jedoch bis dahin keine Ansätze von Integration, keine Gefühle des Auch-dazu-Gehörens, sondern weiterhin nur Ablehnung und Widerstand, kann ihr Verhalten kippen. Frustration, Hoffnungslosigkeit, Enttäuschung und Orientierungslosigkeit wachsen und wirken sich aus. Die Studie belegt, dass in den ersten Jahren des Aufenthalts in der Schweiz die Gewaltdelinquenz bei ausländischen Jugendlichen markant tiefer ist als im Durchschnitt aller Jugendlichen, nach zehn Jahren bei nicht erfolgter Integration aber überdurchschnittlich angestiegen ist.
Sie können dieses Phänomen sicher leicht nachvollziehen, wenn Sie sich auf der mitmenschlichen Ebene einfühlen. Deshalb liegt auch der Schluss klar auf der Hand: Integrationsbemühungen sind am erfolgreichsten, wenn sie die Ausländerinnen und Ausländer in der ersten Zeit ihres Aufenthalts bei uns erreichen. Effizienz und Effektivität decken sich in dieser Beziehung. Deshalb unterstützt die Votantin im Namen der AF das Anliegen des Interpellanten, dass der Kanton eine führende Position einnimmt in Bezug auf Integration. Was wir in den ersten Aufenthaltsjahren für die Integration eines ausländischen Menschen ausgeben, sparen wir in den folgenden Jahren zehnfach wieder ein. Durch koordinierte und gezielte Integrationsmassnahmen erreichen wir gleichzeitig mehrere Ziele:

- Integrierte Menschen sind schneller fähig, sich materielle und soziale Lebensgrundlagen zu schaffen.
- Wir sichern uns dadurch auch einen nachhaltigen Nachwuchs, der unsere massiven demographischen Probleme lösen hilft.
- Die Kriminalitätsrate unter Ausländern und deren Folgekosten werden sinken.

- Wir werden weniger Auswirkungen von Frustration und Gewalt erleben, wenn wir diese nicht durch Widerstand und Ablehnung der Migration und der Migrantinnen und Migranten fördern, sondern durch Integration von Anfang an vermeiden helfen. Deshalb sind starke Integrationshilfen nicht nur wünschbar, sondern in jeder Hinsicht notwendig.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

423 POSTULAT VON HANS CHRISTEN BETREFFEND SOFTWARE-LÖSUNG FÜR DAS HANDELSREGISTERAMT DES KANTONS ZUG

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1109.2 – 11483).

Hans **Christen** spricht als Postulant sowie als Sprecher der FDP-Fraktion. Er dankt dem Regierungsrat, dass er sich mit dem Postulat ernsthaft beschäftigt und das Projekt für das Redesign ISOV HRA nicht gestartet hat. Dank diesen Abklärungen hat man sich doch etwas tiefer mit der Softwarebeschaffung für das Handelsregister auseinandergesetzt. – Grundsätzlich will der Votant sich nicht in eine Vollzugsaufgabe des Regierungsrats einmischen. Da hier das ITL und das Handelsregister aber etwas zu expertengläubig waren und die Regierung auch kein Submissionsverfahren durchführen wollte, sah er sich dazu verpflichtet, eine Interpellation und anschliessend ein Postulat einzureichen. Mit dieser Überprüfung konnte man einstweilen den seines Erachtens nach wie vor überrissenen Kostenrahmen von 2'300'000 Franken verfallen lassen. Wie hoch allfällige Prozesskosten bei Beschwerden von Mitbewerbern gewesen wären, kann Hans Christen nicht beurteilen.
Das Beispiel HRWin hat er erwähnt, weil 18 Deutschweizer Kantone und das Tessin diese Software benutzen und diese Applikation auf der vom Kanton Zug benutzten Microsoft Standardoberfläche laufen würde und diese Software für ca. 10 % des budgetierten Betrags zu beschaffen wäre. Wenn auch noch Schnittstellen in die Finanzbuchhaltung «Navision» zu tätigen sind, so würde dies bei Weitem nicht 2 Mio. Franken kosten! Der Postulant geht nach wie vor davon aus, dass die Kosten bei HRWin, die wie erwähnt von allen Deutschschweizerkantonen ausser dem Kanton Zug angewendet wird, realistisch sind. Man müsste zuerst von dieser Firma eine Grobofferte verlangen. So wie der Votant unterrichtet ist, wurde dies bis heute anscheinend unterlassen.
Die elektronische Signatur – wie in der Antwort des Regierungsrats erwähnt – gehört nicht in dieses Beschaffungskonzept. Die elektronische Signatur muss in absehbarer Zeit auch für andere Abteilungen der Verwaltung beschafft werden. Vorläufig fehlt jedoch noch die gesetzliche Grundlage von Seiten des Bundes dafür. Ein solches Projekt müsste dann meiner Meinung zusammen mit anderen Kantonen zuerst einmal definiert, realisiert und dann finanziert werden. Auch hier könnten bei einer Zusammenarbeit nicht zu unterschätzende Kosten eingespart werden. – Abschliessend empfiehlt Hans Christen, bei einer Submission der Softwarelösung für das Handelsregisteramt die Musskriterien so zu definieren, dass sicher zwei bis drei Softwarelieferanten in der Lage sind, eine Offerte einzureichen. Es darf nicht wieder

vorkommen, dass das ITL eine zweite Ausschreibung wie bei der Beschaffung der Finanzsoftware für den Kanton und die Gemeinden durchführen muss, womit eine Verzögerung mit Kostenfolge vermieden werden kann.

➔ Das Geschäft wird als erledigt abgeschrieben.

424 POSTULAT VON MAX UEBELHART UND MAJA DÜBENDORFER-CHRISTEN BETREFFEND LINIENFÜHRUNG DER BUSLINIE NR. 3, BAAR-ZUG-OBERWIL

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1228.2 – 11493).

Max **Uebelhart** weist darauf hin, dass seitdem die neue Linienführung beim Bus Nr. 3 zur Diskussion steht

a) der Gemeinderat Baar bei seiner ablehnenden Haltung geblieben ist,
b) innert kurzer Zeit nach Bekanntwerden des Beschlusses «Bahn und Bus aus einem Guss» 1900 Baarerinnen und Baarer eine Petition gegen die Verlegung der Buslinie aus dem Dorfkern an den Bahnhof unterschrieben haben.

Es ist der gleiche Kanton resp. der gleiche Regierungsrat, welcher bei der Umgestaltung der Baarer Dorfstrasse mit der Strassen- und Linienführung der Busse mithalf, den Dorfkern einerseits ausgezeichnet zu erschliessen und andererseits mit der gleichen Massnahme verkehrstechnisch massiv zu beruhigen. Gerade die Linie 3 mit den Fahrintervallen von 10 Minuten trägt entscheidend zur heutigen guten Situation bei. Mit der geplanten Linienführung über den Bahnhofplatz wurden auch zwei neue Haltestellen sowie eine Lichtsignalanlage am Kreuzplatz geplant. Die Baudirektion hat sich bei diesem Projekt sehr gesputet und bereits anfangs März den Grundeigentümern der neuen Überbauung Rathausplatz Pläne und Unterlagen zum Erwerb von Land für die Haltestelle Richtung Lättich zugestellt. Die gleichen Eigentümer haben bereits ihr Bauprojekt früher zu Gunsten der Haltestelle Kreuzplatz revidiert. Sie sind deshalb nicht bereit, dem Kanton Land für eine neue Bushaltestelle am Rand der Marktgasse zu verkaufen. Diese Aussage macht der Votant auch als Verwaltungsratspräsident der an der Überbauung beteiligten Raiffeisenbank Zug, welche dort vor wenigen Tagen ihren neuen Hauptsitz eröffnet hat. Damit ist auch seine Querverbindung zur Angelegenheit «Landverkauf» offen gelegt. Für die zweite Haltestelle in Richtung Bahnhof müsste ein Teil des Fellmann-Parks geopfert werden, was auch keinen Sinn macht. Zudem käme diese Haltestelle mit einer Entfernung von unter 100 Metern Luftlinie zum Bahnhof direkt in einer gefährlichen Kurve zu liegen.

Mit der Antwort des Regierungsrats ist Max Uebelhart mindestens teilweise befriedigt, weil Bereitschaft signalisiert wird, nach einer einjährigen Betriebsphase die Busbenützerinnen und -Benützer zu befragen und die Linienführung und damit auch die Haltestellen nochmals zu thematisieren. Gerade deshalb beantragt er dem Rat, das Geschäft offen zu lassen und das Postulat, im Gegensatz zur regierungsrätlichen Meinung, heute erheblich zu erklären.

Maja **Dübendorfer Christen** meint, die Antwort des Regierungsrats sei sehr gut und erschreckend logisch. Von dieser Betrachtungsseite her müsste man für die Führung der Buslinie 3 zum Bahnhof sein. Nach wie vor und trotzdem sind wir aber überzeugt, dass diese Linienführung Schwachstellen und Probleme aufweist. Sehr zentral, aber völlig ungelöst ist das Verkehrsproblem. Was nämlich geschehen wird, wenn der Verkehrsfluss auf der bereits heute überlasteten Kantonsstrasse Marktgasse mit zusätzlichen Bus-Stopps gestört wird, konnten wir Ende Mai eins zu eins erleben: Ein Lichtsignal regulierte den Verkehr auf der Baarer Neugasse. Der Verkehr staute sich durch ganz Baar bis zum Kreisel Lättich und nach Inwil. Es gab kein Entkommen. Und dieses Schau- oder Stauspiel kann sicher in Bälde wieder erlebt werden, wenn die Zuger Neugasse saniert und der Verkehr sehr zähflüssig durch Baar tröpfelt. Wird das unsere Zukunft sein, wenn ein Bus alle paar Minuten auf der Kantonsstrasse den gesamten Verkehr stoppt? Dennoch freuen auch wir uns, dass die SBB den Baarer Bahnhof so stark aufwertet und zusammen mit Privaten einen 30-Mio.-Bau realisieren will. Nur: Hat sich bereits jemand überlegt, wie viel zusätzlichen Verkehr es für ein solch gewaltiges Bauvolumen auf dem Baarer Bahnhofplatz geben wird? Dass der gesamte Baustellenverkehr neben dem ÖV durchkommen muss? Und das all diese Lastwagen, Zulieferer und Handwerker auch im Stau stehen?
Wir verstehen die Antwort des Regierungsrates, doch die Votantin kann dem Antrag zur Nichterheblicherklärung nicht zustimmen. Aber sie darf hier öffentlich sagen, dass der Bus Nr. 3, wenn es sich zeigt, dass die Verkehrsprobleme auf der Kantonsstrasse Marktgasse nicht zufriedenstellend gelöst werden können, jederzeit wieder auf die Dorfstrasse und den alten Kurs zurückkehren kann. – Von der FDP-Fraktion kann sie sagen, dass diese sehr grossmehrheitlich dem Antrag des Regierungsrats zustimmt. Doch möchten wir vom Regierungsrat gern wissen, was er zu unternehmen gedenkt, damit im neuen Fahrplan die Haltestellen Zürich Enge und Wollishofen nicht gestrichen werden. Es ist ja beinahe schizophren, wenn im Kanton Zug alles mögliche getan wird, um den Pendlern so gute Verbindungen wie nur irgendwie möglich angeboten werden, aber in Zürich alle Passagiere bis zum HB gekarrt werden.

Beatrice **Gaier** hält fest, dass eine deutliche Mehrheit der CVP-Fraktion die Argumentation des Regierungsrats unterstützt und das Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» nach wie vor befürwortet. Die Grundidee eines kohärenten Gesamtsystems, die optimale Verknüpfung der Stadtbahn mit den Buslinien, soll nicht schon vor dem Start gefährdet werden. Die nach einem Jahr vorgeschlagene Überprüfung der neuen Linienführung mittels einer Umfrage bei den tatsächlichen Benützerinnen und Benützern des öffentlichen Verkehrs scheint uns ein konstruktiver Lösungsvorschlag zu sein. Je nach Resultat könnten dann noch Anpassungen vorgenommen werden.

Moritz **Schmid**, Präsident der Kommission für öffentlichen Verkehr, weist darauf hin, dass an der Kommissionssitzung vom 20. Oktober 2003 die Vorlage zur Anbindung des Busnetzes an die Stadtbahn diskutiert und intensiv beraten wurde. Ebenso wurde die Linienführung der Buslinie 3 durch die Ortschaft Baar angesprochen. Eine Diskussion über die Problematik der Postulanten wurde dannzumal nicht gewünscht und fand nicht statt, auch von den anwesenden Baarer Kommissionsmitgliedern nicht. Was auch aus dem Bericht der vorberatenden Kommission hervorgeht. Ebenso ist nicht bekannt, dass während der Behandlung der Vorlage im Kantonsrat sei-

tens der Postulanten das Wort über die Linienführung verlangt wurde. Auch auf die 2. Lesung wurde von den Postulanten keine Anträge in dieser Richtung gestellt. Es erstaunt Moritz Schmid schon ein bisschen, dass ein Vierteljahr nach der 2. Lesung ein solches Postulat eingereicht wurde. Es hilft mit, das sonst schon stark belastete Personal unnötig zu beschäftigen und die Staatskasse ungehörig zu belasten. Um den starken Verkehr auf der Dorfstrasse zu beruhigen, ist es sicher nur von Vorteil, wenn der Bus über den Bahnhof geführt wird, schon weil es nötig ist, die Fahrgäste auf die Stadtbahn zu bringen, und nicht zuletzt, weil der Bahnhof Baar auf den Fahrplanwechsel vom 12. Dezember 2004 neu stündlich je einen Fernverkehrshalt von und nach Zürich und Zug-Luzern erhalten wird. – Der Kommissionspräsident möchte den Rat höflich bitten, den Antrag der Regierung zu unterstützen und das Postulat nicht erheblich zu erklären. – Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Regierungsrats grossmehrheitlich zu.

Malaika **Hug** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag der Regierung auf Nichterheblicherkärung des Postulats unterstützt. Dem Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» sollte nicht von vornherein ein Stein in den Weg gelegt werden. Das Argument der Postulanten, dass es nicht sein darf, dass der Erfolg der Stadtbahn von der Buslinie 3 abhinge, ist für uns unverständlich. Denn das Gelingen des Konzepts ist doch gerade von der Linienführung der einzelnen Busse über die jeweiligen Bahnhöfe abhängig. Nur dadurch ist eine gut funktionierende Verknüpfung von Bahn und Bus am ehesten gesichert. Sicherlich finden Bahnbenutzerinnen und Bahnbenutzer den Bahnhof auch, ohne direkt an den Bahnhof chauffiert zu werden. Doch liegt es nicht im Interesse des öffentlichen Verkehrs, diesen Weg so einfach als möglich zu gestalten, so dass der öffentliche Verkehr an Attraktivität gewinnt? Ausserdem gilt es zu beachten, dass andere Gemeinden – nehmen wir als Beispiel Cham – ebenfalls Einwände gegen die neue Linienführung bringen könnten, wenn die Gemeinde Baar ein Extrazügli fahren darf. Dies würde ein Gelingen der Verknüpfung von Bahn und Bus sehr in Frage stellen. Eine konsequente Umsetzung des Konzepts spricht daher für sich. Nicht zu vergessen seien die Investitionen des Kantons an den Bushof beim Bahnhof Baar, welche bereits im Hinblick auf eine Optimierung des öffentlichen Verkehrs zugesprochen wurden. Wir von der SP erachten die Antwort der Regierung als äusserst fair und vernünftig. Die einjährige Probezeit können wir nur unterstützen. Wenn die Mehrheit der Baarer ÖV-Benutzerinnen und Benutzer sich nach diesem Probejahr gegen die neue Linienführung ausspricht, sollte wirklich darüber nachgedacht werden, wie die zukünftige Linienführung der Buslinie Nummer 3 aussehen soll. Schliesslich ist der Kunde König und das Netz des öffentlichen Verkehrs sollte den Ansprüchen der Benutzerinnen und Benutzer desselben angepasst sein. Das Ziel sollte es doch sein, den öffentlichen Verkehr so attraktiv wie möglich zu gestalten, damit er auch effizient genutzt werden kann und vor allem auch genutzt wird.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** weist darauf hin, dass mit dem Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss», das der Kantonsrat ausdrücklich und grossmehrheitlich genehmigt hat, die Buslinien zu den Bahnhöfen Rotkreuz, Cham, Zug und Baar geführt werden sollen. Damit wird das Ziel verfolgt, die Verkehrslinien optimal zu vernetzen und eine lückenlose Transportkette zwischen Bahn und Bus, aber auch zwi-

schen den verschiedenen Buslinien herzustellen. Entsprechend wurden die Bushöfe bei allen der genannten Bahnhöfe – mit erheblichen finanziellen Mitteln vom Kanton unterstützt – ausgebaut. Indem wir daran festhalten, dass die Linie 3 in Baar ebenfalls zum Bahnhof geführt wird, wollen wir nicht einfach blindlings auf Biegen und Brechen das Prinzip der Verknüpfung von Bahn und Bus durchsetzen. Sondern wir sind der festen Überzeugung, dass es wichtig und praktisch sehr wirkungsvoll sein wird, wenn die Linie 3 in Baar zum Bahnhof geführt wird. Ganz kurz nochmals die wichtigsten Gründe dazu.
Die Linie 3 vom Lättich hat ein grosses Einzugsgebiet und ist damit ein entsprechend grosser Zubringer. Der Bahnhof Baar wird mit dem Fahrplanwechsel erheblich aufgewertet. Stündlich halten dort vier Stadtbahnzüge, stündlich gibt es je einen Fernverkehrshalt, der die Verbindung nach Zürich und nach Luzern sicherstellt. Dazu kommt der stündliche Halt der Zürcher S-Bahn. Es werden also in der Stunde sieben Verbindungen am Bahnhof Baar stattfinden. Die oft gehörte Befürchtung, dass keine Busse mehr auf der Dorfstrasse Baar fahren werden, stimmt nicht. Die Anzahl der Durchfahrten wird von heute 200 pro Tag lediglich auf 170 reduziert, weil eben andere Buslinien verstärkt werden. Der gewünschte Verkehrsberuhigungseffekt bleibt also auf der Dorfstrasse erhalten. Und wie gesagt: Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, die Linienführung der Linie 3 über den Bahnhof nach einem Betriebsjahr bei den Busbenützerinnen und -benützern zu evaluieren. Wir werden je nach Ergebnis dieser Evaluation das Thema nochmals angehen, falls dann die Linienführung in Frage gestellt wird.
Wichtig ist auch ein Wort zu den neuen Haltestellen beim Kreuzplatz. Sie gehen auf ein Postulat der Gemeinde Baar zurück. Sie will, dass die Busse, auch wenn sie zum Bahnhof geführt werden, mindestens trotzdem im Dorfkern anhalten. Das ist also nicht unser Wunsch. Und wenn man das tun will, müssen eben diese neuen Haltestellen geschaffen werden. Auch dass diese Haltestellen während dem ersten Betriebsjahr provisorisch gemacht werden sollen, geht auf den ausdrücklichen Wunsch des Gemeindepräsidenten von Baar zurück. Denn Baar will verhindern, dass während dieser Evaluationsphase schon Präjudizien mit teuren neuen Haltestellen gemacht werden. Dass diese provisorischen Haltestellen nicht ideal für den Verkehr sind, wissen auch wir. Aber wie gesagt, es ist nicht unser Anliegen, diese Haltestellen unbedingt zu machen. Es fragt sich, ob nicht die Dorfstrasse vom Bahnhof her genügend erschlossen wäre.
Walter Suter möchte den Rat einladen, den «erschreckend logischen» Antrag des Regierungsrats zu unterstützen und das Postulat nicht erheblich zu erklären. Es ist nämlich schwierig, das Postulat offen zu halten. Wir haben dort den ausdrücklichen Auftrag, die Linienführung zu überarbeiten, und das wollen wir nicht tun.
Zur Frage betreffend Zürich-Enge. Es ist tatsächlich so, dass bei der jetzt laufenden Fahrplandiskussion die neue Stadtbahn sehr breite und gute Unterstützung findet, aber der Halt in Zürich-Enge als grösstes Problem bleibt. Der Grund ist einfach: Die stündlichen Interregio-Züge, die heute in Cham, Rotkreuz, Zug und Baar anhalten und dann in Zürich-Enge, werden neu durch den neuen Tunnel zwischen Thalwil und Zürich geführt und fahren so an der Enge vorbei. Das kann man von unserer Seite her nicht ändern. Man versucht aber, gewisse Verbesserungen herzustellen. Als Ersatz ist z.B. vorgesehen, dass in den Hauptverkehrszeiten zwei Entlastungszüge eingesetzt werden, die dann in der Enge halten. Für die Bahnhöfe Baar und Zug gibt es Verbesserungen bei der S 21, die in der Enge halten. In den Hauptverkehrszeiten werden von 5.30 bis 8.00 Uhr sieben Züge geführt, am Abend sind es zwischen

16.30 und 18.30 Uhr vier Züge. Ein Problem ist es für den Ennetsee, für Rotkreuz, Hünenberg und Cham. Bei diesen Entlastungszügen ist es noch nicht sicher, wo sie überall halten. Bis jetzt ist vorgesehen, dass sie in Zug halten. Angesichts der guten Erschliessung durch die S 21 wäre es auch denkbar, dass sie in Rotkreuz oder in Cham halten. Aber hier sind Besprechungen im Gang. Wir haben uns schriftlich dafür verwendet, wir haben der SBB am 14. Juni geschrieben. Walter Suter hat auch ein Gespräch mit Benedikt Weibel und Paul Blumenthal von der Geschäftsleitung dazu benützt, um sie auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Es wird jetzt abgeklärt, ob es bahntechnisch möglich ist, diese Halte in Cham und Rotkreuz zusätzlich zu machen, oder evtl. an Stelle der Halte in Baar und in Zug. Das wird jetzt intensiv abgeklärt. Wir versuchen auch, seitens der Buszubringer allenfalls einen früheren Bus nach Cham zu führen, damit man von Cham her den Anschluss in Zug an den Entlastungszug, der in der Enge hält, schafft. Wir sind also mit dieser Frage intensiv beschäftigt, aber der Votant kann noch keine Lösung bekannt geben.

➔ Der Rat beschliesst mit 43 : 15 Stimmen, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

425 INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND UMSETZUNG DES TEILRICHTPLANS VERKEHR (KANTONSSTRASSEN DER 1. PRIORITÄT)

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1174.2 – 11481).

Georg **Helfenstein** weist darauf hin, dass die CVP-Fraktion die Umsetzung des TRP Verkehr sehr ernst nimmt. Die Diskussionen in der Zwischenzeit bis zur Beantwortung der Interpellation zeigen, wie wichtig dies ist. Wir sind immer noch der Meinung, dass an den Prioritäten nichts geändert werden darf, um in der Verkehrspolitik endlich Lösungen zu erreichen. Uns beunruhigen die grossen Verzögerungen bei der Nordzufahrt, aber auch bei der Tangente Neufeld. Auf Grund der Beantwortung sind bei der Tangente Neufeld noch politische Meinungsbildungen offen. Wie der Votant erfahren hat, kann der in der Beantwortung erwähnte Termin, im Sommer 2004 eine neue Variante der Regierung vorzulegen, eingehalten werden. Jedenfalls muss es unbedingt möglich sein, dass der Kreditantrag für das generelle Projekt dem Kantonsrat noch dieses Jahr vorgelegt werden kann. Georg Helfenstein hat noch folgende Fragen an den Baudirektor:
1. Um welche Differenzen handelt es sich hier im Wesentlichen?
2. Die Minitunnelabstimmung in der Stadt Zug im Herbst steht vor der Tür. Beabsichtigt die Regierung, auf Grund einer Annahme durch das Zuger Stadtvolk die Prioritäten zu wechseln, und wenn ja, auf Kosten welcher Projekte?
Wir danken dem Baudirektor für die Beantwortung dieser zusätzlichen Fragen und der Baudirektion für die zu leistende Arbeit. Wir hoffen, dass die genannten Prioritäten und Termine eingehalten werden.

Markus **Grüring** hält fest, dass die FDP-Fraktion mit der Antwort grundsätzlich einverstanden ist. Trotzdem erlaubt er sich ein paar grundsätzliche Bemerkungen. Wohin bewegen wir uns? Es ist doch einfach tragisch, wenn wir hilflos mit ansehen müssen, wie lange es dauert, bis ein Strassenprojekt schlussendlich realisiert werden kann. Obwohl wir bereits heute teilweise massiv im Stau stecken, planen wir dringend notwendige Infrastrukturbauten, die – sofern alles gut geht – erst frühestens im Jahr 2016 dem Verkehr übergeben werden können. Heute zählt der Kanton Zug ca. 102'000 Einwohner, im Kanton sind ca. 75'000 Autos immatrikuliert. Gemäss Aussagen der Kontaktstelle Wirtschaft werden wir im Jahr 2020 einen Bevölkerungszuwachs von ca. 30 % auf ca. 125'000 Einwohner haben, ca. 25 % mehr Arbeitsplätze (75'000), und das heute schon überlastete Verkehrsnetz wird sage und schreibe 45 % mehr Verkehr zu bewältigen haben. Klar, die Stadtbahn wird uns sicher helfen, den Super-Verkehrs-GAU zu verhindern, aber gleichwohl, diese Zahlen sprechen Bände und müssten uns massiv zu denken geben! Ist es wirklich richtig – und werten Sie diese Aussage bitte nicht als Angriff auf unsere demokratischen Rechte – dass dem Bürger so viele Verfahrenmöglichkeiten offen stehen, um dringende Projekte massiv und teilweise ungebührlich zu verzögern, aber damit diese schlussendlich doch nicht verhindern zu können, jedoch dafür zu sorgen, sie schlussendlich unnötig zu verteuern? Würde nicht die Möglichkeit bestehen, mindestens bei dringenden Strassenbauvorhaben (seit ca. 1985 wurden im Kanton Zug keine neuen Strassen mehr gebaut) gewisse «Einschränkungen» beim Verfahrensablauf «einzubauen»? Oder wie wäre es mit einer Kostenbeteiligung, die den Einsprechern aufgebrummt werden könnte, insbesondere dann, wenn durch die Einsprachen ein Projekt verteuert wird? Als Einwohner des verkehrsgeplagten Unterägeri rinnt dem Votanten schon heute der Schweiss von der Stirne, wenn er daran denkt, wie lang es wohl gehen wird, bis der dringend notwendige Umfahrungstunnel nicht nur in den Köpfen und auf dem Papier, sondern real existieren wird.

Berty **Zeiter** meint, die CVP sehe richtig, dass die zunehmende Stausituation auf unseren Strassen zu einem gewichtigen Abbau der Standortvorteile unseres wirtschaftlich prosperierenden Kantons führen werden. Um die auf uns zukommenden Verkehrsprobleme realistisch zu beurteilen, gilt es, folgende vier Fakten im Auge zu behalten:

1. Gemäss Richtplanvorgabe soll die Zuger Bevölkerung bis ins Jahr 2020 um 30 % wachsen. Das wird einen Mehrverkehr von 50 % mit sich bringen.
2. Die Nordzufahrt wird frühestens im Jahre 2008 eröffnet. Die Tangente Neufeld kommt nicht vor 2016, falls sie überhaupt gebaut wird. Die Reaktionen aus der Bevölkerung an der Orientierungsversammlung vom vergangenen 5. Mai lassen jedoch auf massiven Widerstand schliessen. Und falls vom Kammerkonzept Ennetsee der eine oder andere Teil gebaut wird, wird dies auch in diesem fernen Zeitrahmen sein.
3. Die wohlbekannte Einsicht, dass mehr Strassen mehr Verkehr bringen.
4. Die zunehmend ins öffentliche Bewusstsein rückende Tatsache, dass das Ölzeitalter langsam aber sicher dem Ende zugeht und besser früher als später Alternativen zum heutigen Verkehrssystem gesucht werden.

Diese Fakten zeigen uns klar auf, dass mit neuen Strassenzügen unsere Verkehrsprobleme nicht gelöst werden können, wenn wir – im wörtlichen Sinn – so weiterfahren wie bisher. Da würden wir wohl schon in zehn Jahren gezwungen sein, ein Road-

Pricing, also eine Strassenbenutzungsgebühr für den ganzen Kanton einzuführen, um unser Auto von Rotkreuz nach Menzingen zu bewegen, wenn es da nicht ein verheissungsvolles kantonales Projekt gäbe: Die Stadtbahn! Wir freuen uns, dass sie im nächsten Winter ihren Betrieb aufnimmt. Wenn wir im Kantonsrat gemeinsam den Ausbau der 2. und 3. Etappe so tatkräftig unterstützen wie das im 1. Teil geschehen ist, vollzieht sich in unserem Kanton ein Quantensprung bei der Lösung unserer Verkehrsprobleme. Dann wird es in den Werbeprospekten für den Kanton Zug heissen: Die Stadtbahn bildet das Rückgrat einer gelungenen und effizienten Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse. Und dann wird der Kanton Zug einen neuen Standortvorteil, nämlich ein durchdachtes und innovatives Verkehrsnetz aufweisen, auch wenn (fast) keine neuen grossen Strassen mehr gebaut werden.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass der Kredit für das Projekt Tangente Neufeld nächste Woche in die Regierung kommt, am 28. August in die Strassenbaukommission, und dann liegt das Geschäft in den Händen des Rats. Die Diskussion über die Prioritäten führt der Kantons- und nicht der Regierungsrat. Frühstens 2007 in diesem Rat. – Markus Grüring muss sein Anliegen im bürgerlich beherrschten National- und Ständerat in Bern vorbringen.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

426 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 1. Juli 2004.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

32. SITZUNG: DONNERSTAG, 1. JULI 2004

8.30 – 12.35 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

427 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 79 Mitgliedern.

Abwesend ist: Georg Helfenstein, Cham.

428 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste.
2. Es liegen keine parlamentarischen Vorstösse oder Eingaben vor.
3. Petition von Familie F. betreffend Ausrichtung eines Härtebeitrags.
   Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1241.1 – 11496).
4. Energiegesetz.
   2. Lesung (Nr. 1162.6 – 11465).
   Anträge der Redaktionskommission (Nr. 1162.7 – 11480) und von Eusebius Spescha (Nr. 1162.8 – 11491).
5. Änderung des Gesetzes über die Kinderzulagen.
   2. Lesung (Nr. 1161.5 – 11466).
6. Änderung des Gesetzes über die Gewässer (GewG).
   2. Lesung (Nr. 1175.6 – 11467).
7. Staatsrechnung 2003, Jahresrechnung 2003 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

Gedruckte Rechnung sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1235.1/1173.3/1191.4 – 11484).

8. Rechenschaftsbericht des Regierungsrats für das Jahr 2003.
   Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1235.1/1173.3/1191.4 – 11484).
9. Zwischenbericht des Regierungsrats zu den per Ende März 2004 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1231.1 - 11473) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1235.1/1173.3/1191.4 – 11484).
10. 1. Motion von Beat Villiger betreffend erheblich erklärte, jedoch noch nicht erledigte Motionen und Postulate (Nr. 1173.1 – 11295).
    2. Überprüfung der kostenwirksamen, erheblich erklärten Motionen und Postulate gemäss aktualisierter Finanzstrategie (Nr. 1191.1 – 11333).
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1173.2/1191.3 – 11474) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1235.1/1173.3/1191.4 – 11484).
11. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zum Konkordat vom 25. Juni 2003 über Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeischule Hitzkirch.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1182.1/.2 – 11311/12), der Kommission (Nr. 1182.3 – 11461) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1182.4 – 11469).
12. Motion der Kommission Teilrevision Personalgesetz betreffend Einführung eines leistungsabhängigen Entlöhnungssystems für das gesamte Staatspersonal (Nr. 666.1 – 9864).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 666.6 – 11475).
13. Behandlung der Geschäfte, die für die Sitzung vom 24. Juni 2004 traktandiert waren, aber nicht behandelt wurden.
14. Motion von Alois Gössi betreffend bessere Hilfestellung von Ehefrauen/Kindern vor schlagenden Ehemännern/Vätern (Nr. 995.1 – 10804).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 995.2 – 11498).
15. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend familienfreundliche Blockzeiten (Nr. 1198.1 – 11364)
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1198.2 – 11497).

429 PETITION VON FAMILIE FANKHAUSER BETREFFEND AUSRICHTUNG EINES HÄRTEBEITRAGS

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1241.1 – 11496).

Andrea **Hodel**, Vizepräsidentin der JPK, erinnert daran, dass sich die JPK bereits zum dritten Mal mit einer Petition der Familie Fankhauser beschäftigt. Der Bericht und Antrag liegt Ihnen vor. Es sei kurz nochmals kurz Folgendes festgehalten.
Die JPK hat sich einmal mehr die Arbeit nicht leicht gemacht, sie hat die Frage eines Härtebeitrags nochmals geprüft. Die JPK stellte sich dabei auf den Standpunkt, dass die Bezahlung eines Härtebeitrags von sämtlichen involvierten Parteien getragen werden müsste, und die Höhe sicherstellen sollte, dass die Liegenschaft – die zwischenzeitlich übrigens im Rohbau bereits erstellt wurde – auch wirklich finanziert

werden kann. Wir liessen deshalb die Erstellungskosten für die geplante Liegenschaft schätzen und konnten einen Eigenmittelbedarf von rund 275'000 bis 300'000 Franken berechnen. Wir unterbreiteten im Anschluss daran an die Familie Fankhauser einen Vorschlag, der vorsah, dass sie einen Betrag von 350'000 Franken erhalten sollte, umgekehrt aber sämtliche laufenden Verfahren – insbesondere die zwischenzeitlich bereits eingereichte Klage gegen EWZ, NOK und PWC Switzerland AG – zurückziehen würden. Diesen Vorschlag konnte die Familie Fankhauser unter dem Hinweis, dass die entsprechenden Verfahren am Kantonsgericht bereits hängig seien und sie einen sehr viel höheren Prozesserfolg erwarten würden, nicht annehmen. Nach einer nochmals einlässlichen Diskussion hat sich die JPK dazu entschlossen, Familie Fankhauser einen Vorschlag zu unterbreiten, welcher verlangt hätte, dass der Kantonsrat heute die JPK beauftragen würde, einen KRB auszuarbeiten, der die Ausrichtung eines Härtebeitrags von 100'000 Franken vorsehen würde, sofern Familie Fankhauser die Finanzierung der Liegenschaft nachweisen könnte und uns gegenüber erklären würde, in Zukunft sich zumindest gegenüber dem Kanton per Saldo aller Ansprüche auseinandergesetzt zu erklären. Dabei ist festzuhalten, dass es eigentlich nichts für auseinandergesetzt zu erklären gibt, denn es gibt keine Ansprüche gegenüber dem Kanton. Dies ist mit aller Deutlichkeit festzuhalten.
Dieses Angebot hat die JPK – selbstverständlich unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantonsrats – der Familie Fankhauser schriftlich unterbreitet. Da Familie Fankhauser mit der Votantin nicht mehr spricht, hat Othmar Birri dieses Angebot unterbreitet, in der Meinung, dass damit vielleicht ein Dialog zustande kommen könnte. Die JPK hat lange diskutiert, ob ein solches Vorgehen überhaupt möglich ist. Eine gesetzliche Grundlage für die Ausrichtung eines solchen Beitrags gibt es nicht. Auch stellt sich die Frage der Rechtsgleichheit mit anderen Bürgerinnen und Bürgern oder Einwohnerinnen und Einwohnern in diesem Kanton. Wir haben uns dann aber, in der Meinung, dass damit für die Familie Fankhauser eine sehr grosszügige Lösung gefunden werden konnte, entschlossen, dieses Angebot zu unterbreiten und dem Rat vorzubringen. Das Angebot wurde aber von der Familie Fankhauser erneut nicht angenommen, sie hat nicht einmal geantwortet und ein Gespräch mit der JPK abgelehnt. Das Einzige, das wir erhalten haben, ist ein Leserbrief, der die Tatsachen einmal mehr verdreht. Es wäre wünschenswert gewesen, Familie Fankhauser wäre nicht einmal mehr in die Öffentlichkeit gegangen, sondern hätte mit uns diskutiert und eine Lösung gesucht. Nachdem die Frist einmal mehr verstrichen ist, ohne dass wir den Beschwerdeführern hätten sprechen können und ohne dass sie unser Angebot angenommen hätten, bleibt der JPK heute nichts anderes übrig, als dem Rat zu beantragen, von der Petition erneut Kenntnis zu nehmen und auf sie nicht einzutreten.
Andrea Hodel weiss, dass heute ein Antrag kommen wird, diese Frist nochmals anzusetzen. Die JPK wehrt sich nicht gegen dieses Vorgehen. Sie bittet aber die Beschwerdeführer in diesem Fall, doch nicht mehr in die Öffentlichkeit zu gehen, sondern den Dialog mit uns zu führen und zusammenzuarbeiten. Dies würde allen Beteiligten nützen.

Beat **Villiger** ist es vorerst ein Anliegen, der JPK für ihre nicht einfache, aber sachliche Beurteilung der Petition Fankhauser herzlich zu danken. Die Kommission hat sich wiederholt um eine Lösung bemüht und verschiedene Varianten aufgezeigt. Weil kein Einlenken der Familie Fankhauser gezeigt wurde, sah sich die JPK wie soeben

gehört veranlasst, auf die heutige Sitzung hin einen Nichteintretensantrag zu stellen und folglich keinen Härtebeitrag zu bezahlen. Bedauerlich ist auch, dass die Familie Fankhauser auf den zweiten Vorschlag hin nicht reagierte und die JPK vor allem deshalb den heutigen ablehnenden Antrag stellt. Dafür hat der Votant sogar Verständnis. Nur bleibt die leidige Angelegenheit vermutlich weiterhin eine solche. Wir haben die Situation in der CVP-Fraktion besprochen und möchten den Faden der Kommission wieder aufnehmen. Das heisst, wir stellen Ihnen heute einen Antrag auf Auszahlung eines Härtebeitrags, und der Antrag lautet wie folgt:

1. *Der Kantonsrat beschliesst, für die Familie Fankhauser einen Härtebeitrag von 100 000 Franken auszurichten.*
2. *Der Betrag wird im Sinne eines Baukredits direkt der das neue Wohngebäude finanzierenden Bank überwiesen.*
3. *Mit Erhalt der Zahlung erklärt sich die Familie Fankhauser gegenüber dem Kanton per Saldo aller Ansprüche für auseinandergesetzt.*
4. *Dieser Härtebeitrag verfällt, wenn seitens der Familie Fankhauser die Zustimmung zu diesem Lösungsvorschlag nicht bis Ende Juli 04 vorliegt.*
5. *Beat Villiger stellt gleichzeitig den Antrag auf geheime Abstimmung.*

Wenn Sie heute diesem Antrag zustimmen, dann ist es eine eigentliche Erheblicherklärung der Petition Fankhauser. In der Folge wäre durch die JPK zu Handen der Augustsitzung ein KRB auszuarbeiten und vorzulegen. Begründung: Der Votant schliesst sich den nicht einfachen Begründungen von Andrea Hodel an. Es handelt sich aber hier um einen Härtefall, ob selber oder unverschuldet, können wir hier nicht abschliessend beurteilen. Tatsache ist auch, dass die Familie Fankhauser auf Grund der Leitungsproblematik in einer Notunterkunft wohnt, bzw. wohnen muss. Diese Wohnsituation darf so eigentlich auch von der gesetzlichen Betrachtungsweise her nicht toleriert werden wegen fehlender Wohnhygiene usw.. Hier ergeben sich also je länger je grössere Probleme, auch gesundheitliche, die ärztlich bescheinigt worden sind. Der Kanton muss auch ein Interesse daran haben, dass wir jetzt zu einer Lösung kommen. Umso mehr, als wir auch Einsitz im Verwaltungsrat der EWZ haben. Ein Präjudiz ist ja eine heikle Frage. Im Moment sieht der Votant keines. Im Sinn der heutigen Situation würde er einen Härtebeitrag für opportun halten.
Abschliessend möchte der Votant die Familie Fankhauser bitten, sich endlich kooperativ zu zeigen. Er weiss, welche Anstrengungen für Lösungsansätze diesbezüglich seitens der Gemeinde Baar, des Gemeinderats Baar usw. unternommen worden sind. Wenn jetzt zu einer Lösung seitens der Familie Fankhauser nicht Hand geboten wird, sieht Beat Villiger wirklich keinen Handlungsbedarf mehr, innerhalb dieses Rats auf weitere Begehren einzutreten. Dann ist für ihn aber auch klar, dass die Familie Fankhauser gar keine Lösung will, sondern weiterhin die Auseinandersetzung mit den Behörden und dem EWZ anstrebt. Er möchte auch unterstützen, dass nicht via Medien die Konfrontation zur JPK oder zu Mitgliedern davon gesucht wird. Diese Leute haben von unserer Fraktion und vermutlich vom ganzen Rat das volle Vertrauen.

Hans Peter **Schlumpf**: Sie haben soeben den Antrag von Beat Villiger gehört. Der Votant hätte unabhängig davon einen ähnlichen oder gleich lautenden Antrag gestellt und braucht das jetzt nicht zu tun. Er wird also den Antrag von Beat Villiger unterstützen. Warum? Hans Peter Schlumpf muss auch vorwegnehmen, dass er die materiellen Ausführungen von Andrea Hodel zu 150 % unterstützt. Er weiss, wie sich die

JPK und besonders ihre Vizepräsidentin Andrea Hodel in den letzten zwei Jahren in einem unglaublichen Mass eingesetzt haben. Sie haben ungezählte Stunden nach Lösungen gesucht. Dafür verdienen sie eher Dank, als in der Öffentlichkeit noch diffamiert zu werden. Der Votant ist sich bei diesem Antrag auch völlig bewusst, dass das Problem des Präjudizes nach wie vor im Raum stehen bleibt. Es gibt im Kanton Zug andere Einwohner und andere Liegenschaften, welche unter einer Starkstromleitung oder in deren Nähe liegen. Diese Problematik wischen wir natürlich nicht vom Tisch mit diesem Vorgehen. Trotzdem – Hans Peter Schlumpf hat in seiner politischen und beruflichen Laufbahn eines gelernt: Wenn es für ein Problem im Moment schon keine Lösung gibt – und das scheint hier doch leider der Fall zu sein – soll man wenigstens dafür sorgen, dass die Situation nicht weiter eskaliert, und nicht dazu beitragen. Der Votant stellt also den Antrag, jenen von Beat Villiger zu unterstützen. Wie das formell abzulaufen hat, darüber hat sich der Landschreiber in den letzten Tagen zahlreiche Gedanken gemacht.

Markus **Grüring** möchte zuerst seine allfälligen Interessenbindungen offen legen. Er hat keine und kennt die Familie Fankhauser auch nicht persönlich. Allerdings möchte er sich als bekennenden Liberalen, verantwortungsbewussten Bürger und gerechtigkeitsliebenden Menschen "outen". Und er ist felsenfest überzeugt, dass er hier im Saal, mindestens was diese Eigenschaften angeht, beileibe kein Exot ist. Er bittet also alle im Saal, die mit Überzeugung hinter diesen Eigenschaften stehen, hinzuhören. Alle anderen dürfen das selbstverständlich auch tun. Über diesen Fall wurde schon sehr viel geschrieben und gesprochen. Die Situation ist verworren und die Fronten – entschuldigen Sie bitte diesen militärisch tönenden Ausdruck – sind leider verhärtet. Und doch, das Anliegen der Familie Fankhauser einfach abzuschmettern, dafür kann er sich nicht erwärmen. Damit ist auch gesagt, dass es sich hier um ein persönliches und nicht um ein Fraktionsvotum handelt.
Bevor es ans Eingemachte geht, noch eine Vorbemerkung. Markus Grüring ist überzeugt, dass der Kanton Zug hier nur bedingt, wenn überhaupt, in die Rolle des Angeklagten gedrängt werden darf. Da stehen für ihn andere im Vordergrund. NOK und EWZ sind hier, vermutlich nicht abschliessend, die Stichworte. Warum setzt er sich als Kantonsrat für diese Sache ein? Vielleicht kann er mit den nun folgenden Fragen bzw. Bemerkungen etwas Licht ins Dunkel bringen:
– Der Fall der Familie Fankhauser sprengt für ihn persönlich jeden erträglichen Rahmen und macht ihn sehr betroffen.
– Es ist praktisch über alle Parteien hinweg festzustellen, dass der Elektrosmog bzw. dessen negative Auswirkungen auf die Menschen (und um diese Problematik geht es ja hier schlussendlich) ein gewichtiges Thema ist. Der Beweis dazu – seines Erachtens hätte es ihn zwar aus gesundheitlicher Sicht nicht mehr gebraucht – wurde kürzlich auf dem Serviertablett und mit viel Medienecho geliefert. Ein überparteiliches Komitee, es sind unter anderen auch prominente FDP-Parteifreunde dabei, kämpft mit Vehemenz, grossem Mediengetöse und – man höre und staune – mit finanzieller Unterstützung durch die öffentliche Hand, gegen den Bau einer Stromfreileitung. Man will diese, völlig richtigerweise, in den Boden "verdammen". Und dieses Engagement erfolgt mit 100%-iger Sicherheit nicht aus landschaftsschützerischen Motiven. Warum denn? Mehr ist dazu nicht zu sagen, auch nicht zum Fakt, dass es sich bei der Unterstützung durch die öffentliche Hand um einen hohen fünfstelligen Betrag handelt.

– Haben NOK/EWZ wirklich gesetzes- und vertragskonform gehandelt, als die Stromspannung plötzlich auf 380 Kilovolt erhöht worden ist?
– Wie klar ist die Sprache, die im schon mehrfach zitierten Gutachten Dr. Bitzi verwendet wurde? Besteht da nicht, einmal vorsichtig ausgedrückt, Interpretationsspielraum, der bisher nur zu Ungunsten der Familie Fankhauser ausgelegt worden ist?
– Warum wird der Familie Fankhauser nur dann eine Entschädigung angeboten, wenn sie im Gegenzug darauf verzichtet, den Fall gerichtlich weiter zu ziehen? Quillt da nicht Unsicherheit der Netzbetreiber zwischen den Zeilen hervor? Und – was noch dazu kommt – mit so einem Kuhhandel möchten sich die Netzbetreiber so quasi durch die Hintertüre das bisher bereits praktizierte Durchleitungsrecht für 380 Kilovolt elegant legalisieren lassen.
– Wieso ist dieser brisante Fall vor dem Kantonsgericht Zug immer noch pendent, dies obwohl nun mittlerweile schon seit sechs Jahren diskutiert wird? By the way, das neue Haus der Familie Fankhauser ist bereits aufgerichtet.
– Und, zu guter Letzt: Markus Grüring möchte, dass endlich Klarheit besteht und dass keine weiteren Petitionen mehr gegen den Kanton eingereicht werden. Dies um so mehr, als bei ihm, wie erwähnt, die feste Überzeugung besteht, dass der Kanton Zug die falsche Zielscheibe ist.
Es gäbe noch weitere Fragen zu stellen. Der Votant verzichtet darauf, so wie er auch darauf verzichtet, das Verhalten aller Parteien kritisch zu hinterfragen; dies obwohl für ihn feststeht, dass sowohl hüben wie drüben nicht immer mit sehr viel Fingerspitzengefühl und gesundem Menschenverstand vorgegangen worden ist. Obwohl der Kanton Zug nicht belangt werden kann – aus dem Einsitz im Verwaltungsrat der NOK kann man nicht einfach ein Mitverschulden konstruieren – sollte der Kanton Zug Folgendes tun:
– Das Angebot, der Familie Fankhauser einen Härtebeitrag von 100'000 Franken zu sprechen, aufrechterhalten. Dies obwohl sie das Angebot, weil Auflagen daran geknüpft waren, abgelehnt hat.
– An diesen Härtebeitrag sollten keine Bedingungen geknüpft werden, insbesondere kein Forderungsverzicht gegenüber den NOK oder dem EWZ.
– Der Kanton unternimmt alles, was in seinen Möglichkeiten steht, um das hängige Verfahren vor Kantonsgericht zu beschleunigen.
Daraus stellt Markus Grüring folgenden Antrag:
Auf die dritte Petition der Familie Fankhauser sei einzutreten und – sofern Eintreten beschlossen wird –, es sei ihr ein Härtebeitrag von 100'000 Franken im Sinne seiner Ausführungen zu gewähren.
Allenfalls käme auch folgende Variante in Frage: Der Kanton "organisiert" ein rückzahlbares Hypothekardarlehen von z.B. 500'000 Franken und die 100'000 Franken könnten zweckgebunden für die Bezahlung des Darlehenszinses währen fünf bis sieben Jahren (je nach Höhe des Zinses) eingesetzt werden.

Der **Vorsitzende** fragt den Antragsteller, ob er sich mit diesen 100'000 Franken dem Antrag Villiger und Schlumpf anschliesst. Dieser bejaht das.

Othmar **Birri** hat sich vor der Sitzung mit seinen JPK-Mitgliedern unterhalten und sich informiert. Eine Mehrheit ist dafür, dass man nochmals eine Fristverlängerung macht. Zu Markus Grüring. Er darf das nicht vermischen; im ersten Antrag für diese

350'000 Franken haben wir diese Auflage gemacht. Im Antrag von 100'000 ist keine Verknüpfung mehr mit dem EWZ oder anderen Betreibern. Diese 100'000 sind nur vom Kanton. – Der Votant stellt im Namen der JPK den Antrag auf geheime Abstimmung gemäss § 64 Abs. 1 der GO. Bei Annahme des Antrags von Beat Villiger wird die JPK zusammen mit der Staatskanzlei und dem Stawiko-Präsidenten versuchen, dem Rat auf August eine Vorlage zu bringen.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst über die geheime Abstimmung abgestimmt wird, wofür 20 Stimmen notwendig sind. Dann werden der Antrag Villiger und jener der JPK einander gegenübergestellt. Peter Rust weist darauf hin, dass wir im Fall der Annahme des Antrags Villiger keinen Rechtstitel haben, diese 100'000 Franken irgendwo her zu nehmen. D.h. wenn Sie diesem Antrag zustimmen, werden wir bis zur Augustsitzung einen formulierten einfachen KRB ausarbeiten, der sinngemäss diesem Antrag nachkommt. Dieser wird Ihnen in der Augustsitzung vorgelegt, damit alles seine Richtigkeit hat.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag auf geheime Abstimmung zu.

➔ Der Rat lehnt Eintreten auf die Petition mit 38 : 35 Stimmen ab.

430 ENERGIEGESETZ

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 29. April 2004 (Ziff. 383) ist in der Vorlage Nr. 1162.6 – 11465 enthalten. – Auf die 2. Lesung hin liegen zusätzlich Anträge der Redaktionskommission (Nr. 1162.7 – 11480), von Eusebius Spescha (Nr. 1162.8 – 11491) und der Alternativen Fraktion (Nr. 1162.9 – 11500) vor.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** möchte sich zuerst zum Bericht und Antrag der Redaktionskommission äussern. Die vorberatende Kommission fand § 3 richtig, so wie er vom Regierungsrat vorgeschlagen wurde. Insbesondere Abs. 1 sagt mehr, als die Redaktionskommission annimmt. Der erste Satz dieses Abschnitts nimmt Art. 89 Abs. 4 der Bundesverfassung auf, wo es heisst, für energieseitige Massnahmen in Gebäuden seien vor allem die Kantone zuständig. Inhaltlich geht es um den *Grundsatz*. Er wiederholt nicht einfach Art. 89 Abs. 1 der Bundesverfassung. Dort steht, die Kantone würden sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch einsetzen. Unser Gesetz geht weiter, indem es den Bogen zur Ökologie spannt. Es beachtet ferner die Wirtschaftlichkeit, was im letzten Satz von Abs. 1 zum Ausdruck kommt. Es übernimmt damit einerseits die Regel, die gemäss Art. 89 Abs. 5 der Bundesverfassung für den Bund – und nur für ihn allein – formuliert ist, andererseits trägt es dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit Rechnung. Das alles hat direkten Einfluss auf die Verordnung zum Energiegesetz. Wie Sie sehen, ist in diesem § 3 Abs. 1 des Energiegesetzes mehr enthalten, als man auf den ersten Blick meinen könnte. – Was die *redaktionellen* Änderungen angeht, so sind wir damit einverstanden.

Max **Uebelhart**, Präsident der Redaktionskommission, hält fest, dass seine Kommission diese Bemerkungen zur Kenntnis nimmt.

➔ Der Rat ist mit den Änderungen der Redaktionskommission einverstanden.

§ 2 Abs. 1

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag von Eusebius Spescha für eine Ergänzung von Abs. 1 vorliegt.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** bittet den Rat, diesen Antrag abzulehnen. Würde man dem Kanton eine unterstützende Rolle in der Energieversorgung zusprechen, könnte diese nur im nicht von Einwohnergemeinden abgedeckten Umfang der Versorgungssicherheit spielen (siehe § 2 Abs. 3). Die Einwohnergemeinden sind für die so genannten elementaren Lebensbedürfnisse zuständig. Der Kanton müsste somit auch für einen Luxusbedarf einstehen. Es genügt vollkommen, wenn er sich gemäss § 2 Abs. 2 finanziell beteiligen kann. Damit ist es ihm bereits möglich, die Energieversorgung im Kanton zu beeinflussen.
Auch der neue Abs. 3 ist abzulehnen, da er inhaltlich weitgehend den ersten Satz von Abs. 1 wiederholt. Es ist nicht einzusehen, warum nur gerade bei Neubauten eine besonders sparsame Energieverwendung anzustreben ist. Der Gebäudebestand setzt sich vorwiegend aus Altbauten zusammen. Im Weiteren ist das Ziel eines möglichst hohen Anteils an der Nutzung erneuerbarer Energien in dieser Absolutheit falsch. Niemand will diesen Anteil unbesehen vom Energiebedarf hochtreiben. Vielmehr soll dieser möglichst gering sein und – soweit zweckmässig – auch durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Diese lassen sich übrigens kaum je ohne Bereitstellung elektrischer Energie sinnvoll einsetzen. – Abs. 4 und 5 sind unnötig, weil gemäss § 6 Abs. 2 Bst. a der Regierungsrat die Aufgabe hat, auf dem Verordnungsweg die Einzelheiten der Anforderungen insbesondere technischer Art an die Energieverwendung in Gebäuden festzulegen. Es macht keinen Sinn, einzelne Anforderungen speziell zu nennen, wie dies Kantonsrat Eusebius Spescha mit den Abs. 4 und 5 vorschlägt, und andere wieder ganz dem Verordnungsgeber zu überlassen. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Anträge von Eusebius Spescha allesamt abzuweisen sind.

Der **Vorsitzende** macht den Rat darauf aufmerksam, dass der Baudirektor gleich auch zu § 3 Stellung genommen hat. Wir sind aber immer noch bei § 2 Abs. 1.

Eusebius **Spescha** hat für diese 2. Lesung sehr unterschiedliche Anträge eingebracht. Er bittet den Rat deshalb, diese auch differenziert zu betrachten. Es sind nicht alles politisch linke Anträge. Er möchte jetzt aber speziell zum Antrag zu § 2 Abs. 1 Stellung nehmen. Der Baudirektor macht es sich ein wenig einfach, wenn er sagt, Energieversorgung sei ein Auftrag der Gemeinden. Diese seien dafür verantwortlich, sie sicherzustellen. Und damit sei der Kanton jeder Verantwortung entbunden. Der

Votant kennt keinen Kanton in der Schweiz, der eine solche Regelung aufweist. Auch wenn die heutige Energieversorgung durchaus gut funktioniert und mehrheitlich auch auf privatwirtschaftlicher Basis, sind doch verschiedene Szenarien denkbar, welche diese Situation kritisch machen können. Beispielsweise erfordert eine Liberalisierung, wie sie jetzt wieder vorbereitet wird, dass auch die Kantone politisch aktiv werden. Im Kanton Zug haben wir nur Energieverteiler und keine eigentlichen Produzenten. Wir sind darauf angewiesen, dass wir Energie – insbesondere elektrische Energie, auswärts einkaufen können. Und da spielen eben die grossen Organisationen wie NOK, Axpo oder CKW eine grosse Rolle. Und dort haben die Gemeinden und die Energieversorger keinen Einfluss. Dort kann aber der Kanton Einfluss nehmen. In diesem Sinn ist er in der Pflicht und braucht nach Ansicht des Votanten die Rechtsgrundlage, um wirklich unterstützend eingreifen zu können. Die Interpretation des Baudirektors, wonach es nur um die Sicherstellung von Luxusbedürfnisse handle, ist sicher nicht die korrekte Interpretation dieses Antrags.

Werner **Villiger** spricht im Namen der SVP-Fraktion. Den von Eusebius Spescha eingereichten Anträgen können wir nicht zustimmen. Wir sehen darin keine neuen Ansätze. Alles wurde schon in der 1. Lesung ausführlich beraten, und wir unterstützen die Meinung und das Votum des Baudirektors. – Der Votant nimmt auch Stellung zum Antrag der AF zu § 3. Hier verweisen wir auf § 6 Abs. 2 Bst. a. Der Regierungsrat hat die Möglichkeit, auf dem Verordnungsweg Einfluss auf die Energieverwendung in Gebäuden zu nehmen. Weiteren Begehren können und wollen wir nicht zustimmen. Wir gehören dann eben zu den 15 Kantonen, die das Modul 2 nicht in ihrem Energiegesetz haben. Wir stehen somit voll und ganz hinter dem in 1. Lesung verabschiedeten Energiegesetz und lehnen die Anträge von Eusebius Spescha und der AF einstimmig ab. Bei diesem Geschäft sehen wir heute keine Alternativen. Werner Villiger denkt – und das ist seine persönliche Meinung –, wir haben keine Chance verpasst, wenn wir heute die 80/20er-Regel nicht in das Energiegesetz einbauen. Jetzt gilt es abzuwarten, was mit dem CO2-Leistungsabgaben passiert, denn zur Zeit läuft eine Vernehmlassung mit vier Varianten, nämlich CO2-Steuern auf Brennstoffen, CO2-Abgaben auf Treibstoffen, Einführung eines integralen Klimarappens und eine Kombination davon. Der Kanton hat seine Verantwortung in Bezug auf die Reduktion von CO2-Emissionsreduktionen sehr wohl wahrgenommen. Es sei hier an die Diskussion vom vergangenen Donnerstag bezüglich des Massnahmenplans zur LRV erinnert.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Eusebius Spescha mit 57 : 17 Stimmen ab.

§ 3

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier Anträge von Eusebius Spescha und der AF für einen neuen Abs. 3 vorliegen. Der Antrag Spescha ist ein Eventualantrag, der nur dann aufrechterhalten wird, wenn der Antrag der AF abgelehnt wird.

Martin **Stuber** ist der Meinung, dass wir drauf und dran sind, ein schwammiges, buchstäblich energieloses Energiegesetz zu verabschieden. Heute Morgen haben wir noch die letzt Chance, doch noch etwas Zeitgemässeres und Griffigeres zu gestalten. Sie haben ein gemeinsames Schreiben folgender Organisationen erhalten: Bauforum Zug, Energienetz Zug, Forstpersonalverband Zug, Pro Natura Sektion Zug, Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie Regionalgruppe Zentralschweiz, VCS Sektion Zug, Waldwirtschaftsverband Zug und WWF Sektion Zug. Der Votant zählt das deshalb auf, weil er denkt, dass ein solches Schreiben es wirklich verdient, zur Kenntnis und ernst genommen zu werden. In diesem Schreiben wird der Kantonsrat dringend gebeten, gerade in § 3 seinen Standpunkt nochmals zu überdenken. Die AF nimmt dieses Anliegen auf und unterbreitet Ihnen erneut, § 3 mit einem Absatz zu ergänzen. Elf Kantone haben dieses Begehren übrigens in ihren Gesetzen schon verankert. Zug wäre der zwölfte. Martin Stuber zitiert aus dem Schreiben dieser acht Organisationen: «Eine Harmonisierung mit denjenigen Kantonen, in welchen dieses Modul heute schon im Gesetz verankert ist, würde auch den in unserem Kanton ansässigen Baufachleuten Planungssicherheit und Konkurrenzvorteile durch Innovation verschaffen. Das Modul lässt einen breiten Spielraum, so dass optimale Lösungen für alle Gebäudebereiche möglich sind. Die Verbesserung der Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien würde gleichzeitig vielen Gewerbe- und Industriebetrieben ermöglichen, Innovationen in diesem Bereich mitzutragen, damit konkurrenzfähiger zu werden und Arbeitsplätze zu schaffen.»
Es gibt für uns noch einen weiteren, einen langfristigen Gesichtspunkt. Der Votant hat vor einigen Wochen Gelegenheit gehabt, an einer hochkarätig besetzten Fachtagung der Schweizerischen Energiestiftung zum Thema «Erdöl, der Streit um die Reserveprognosen» teilzunehmen. Es haben übrigens auch Vertreter der Erdölindustrie teilgenommen. Auch wenn die Sprachregelungen am Schluss weiterhin unterschiedlich waren, so schälte sich doch ein unterschwelliger Konsens heraus: Die Erdölreserven sind endlich. Wenn der weltweite Verbrauch stabil bliebe – im Moment steigt er wieder – ist irgendwann zwischen 2040 und 2050 Schluss mit Öl. Einige in diesem Saal werden diesen Zeitraum hoffentlich noch erleben. Ganz abgesehen davon, dass es eigentlich eine Sünde ist, einen so wertvollen Rohstoff wie Erdöl einfach schnöde zu verbrennen, und das zur Hauptsache und in riesigen Mengen, so ist es in unserem ureigensten Interesse, hier endlich mit Sparen ernst zu machen. Neben dem Verkehr ist heute die Gebäudeheizung samt Warmwassererzeugung der Hauptverbraucher von fossilen Energieträgern in der Schweiz. Wir sind es unseren Nachkommen schuldig, haushälterisch damit umzugehen. Der Antrag zu § 3 ist ein kleiner Beitrag dazu. Im Namen der AF appelliert Martin Stuber an die Weitsicht des Rats und dankt für seine Unterstützung.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass wir diesen Antrag bereits anlässlich der 1. Lesung behandelt haben. Sie haben ihn mit 53 : 23 Stimmen abgelehnt. Der Antrag ist auch heute fehl am Platz. Es sei daran erinnert, dass die an sich gut gemeinte Absicht, auf der Basis von Mustervorschriften einheitliche technische Standards einzuführen, fehlgeschlagen ist. Vorherrschend ist immer noch der SIA, und das bedeutet Modul 1 und nicht Modul 2. Wenn gesagt wird, elf Kantone hätten Modul 2 eingeführt, so ist das nur halb richtig. Vier dieser Kantone haben Modul 2 nach ihrem Belieben verändert. Wir wollen uns nicht mit gesetzgeberischen Blüten schmücken. Die Bauwirtschaft verlangt mit Recht verlässliche Regeln über die Kan-

tonsgrenzen hinweg. Also werden wir versuchen, wenigstens in der Zentralschweiz eine einheitliche Regelung zu finden.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AF mit 44 : 23 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Eventualantrag von Eusebius Spescha mit 45 : 21 Stimmen ab.

§ 3 Abs. 4 und 5 (neu)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag von Eusebius Spescha vorliegt, zwei neue Absätze anzufügen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Spescha für einen neuen § 4 mit 48 : 19 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Spescha für einen neuen § 5 mit 54 : 18 Stimmen ab.

➔ Der Rat stimmt dem Energiegesetz in der *Schlussabstimmung* mit 57 : 17 zu.

Käty **Hofer** stellt dem Parlament den Antrag, zum Energiegesetz das Behördenreferendum zu beschliessen. Wir wissen es alle und haben es mehrfach gehört: Energie ist einer unserer wichtigsten Rohstoffe. Das Gesetz setzt Leitplanken für den Umgang mit der Energie. Es soll die Absichten des Kantons ausdrücken, wie wir in Zukunft mit diesem Rohstoff umgehen wollen. Wir wissen auch, dass der Kantonsrat in letzter Zeit nicht immer in Übereinstimmung mit dem Volkswillen politisiert hat. Und wir möchten dem Stimmvolk die Gelegenheit geben, zu diesem wichtigen, richtungweisenden Gesetz seine Meinung zu sagen, ob wir hier im Kanton Zug einen Schritt in die Zukunft oder einen in die Vergangenheit wollen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass laut Auskunft unseres Landschreibers eine solche Abstimmung rund 200'000 Franken kostet. Es darf doch wohl nicht wahr sein, dass über ein Modul 1 oder 2 eine Volksabstimmung durchgeführt wird!

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass für das Behördenreferendum 27 Stimmen notwendig sind.

➔ Mit 17 Stimmen wird das Quorum nicht erreicht.

431 GESETZ ÜBER DIE KINDERZULAGEN

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 29. April 2004 (Ziff. 384) ist in der Vorlage Nr. 1161.5 – 11466 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 74 : 0 Stimmen zu.

432 GESETZ ÜBER DIE GEWÄSSER (GEWG)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 29. April 2004 (Ziff. 387) ist in der Vorlage Nr. 1175.6 – 11467 enthalten. – Zur 2. Lesung liegt ein Antrag von Martin B. Lehmann, Unterägeri, vor (Vorlage Nr. 1175.7 – 11499).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Unterschied des Antrags Lehmann zum Ergebnis der 1. Lesung darin besteht, dass in der 1. Lesung der Geltungsbereich von Abs. 3 auf das Einzugsgebiet des Zugersees bzw. auf den Zugersee selber eingeschränkt wird. Martin B. Lehmann lehnt diese Einschränkung ab und wünscht die bisher geltende Fassung, wonach der Ägerisee in Zukunft ebenfalls unter Abs. 3 fällt.

Martin B. **Lehmann** weist darauf hin, dass im Schatten der stark emotional geführten Debatte pro oder kontra Wakeboarding, welche zuweilen den Eindruck erweckt, als gäbe es in unserem Kanton kein wichtigeres Problem, ein eigentliches Gewässerschutz-Thema in Vergessenheit geraten ist. Mit der beantragten Reduktion des Düngeverbotsstreifens von 10 auf 3 m am Ägerisee und – noch schlimmer – an den Bächen im Ägerital, wird nämlich die bisher gute Wasserqualität des Ägerisees aufs Spiel gesetzt. Zwei Kriterien verstärken die Gefahr, dass beim Düngen Phospate in ein Gewässer gelangen.

1. Die Topographie des Geländes. Je steiler das angrenzende Land ist, um so eher wird die Gülle z.B. bei Regen in das Gewässer ausgewaschen. Im Berggebiet ist das Ufergelände der Bäche steiler als im Talgebiet, weshalb die Auswaschungsgefahr diesbezüglich umso grösser ist.
2. Der Bodenzustand. Je nässer der Boden ist (d.h. gesättigt oder gar gefroren), um so weniger kann der Boden den Dünger aufnehmen und er wird eher oberflächlich ausgewaschen. Im Ägerital ist es bekanntlich niederschlagsreicher und länger Winter.

Der bisherige Düngeverbotsstreifen ist aber nicht nur aus gewässerschützerischen und ökologischen Gründen beizubehalten, sondern auch aus ökonomischen. So ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Gemeinden rund um den Ägerisee ihre bevorzugte Wohnlage und die Einnahmen aus dem Tourismus massgeblich dem See zu verdanken haben. Mit einer Aufweichung des Düngeverbots würde so nicht nur eine Verschlechterung der Wasserqualität in Kauf genommen, sondern ein eigentlicher weicher Standortvorteil der Berggemeinden riskiert. Und, geschätzte Landwirte im Rat, mit diesen paar zusätzlichen gedüngten Quadratmeter Land können die strukturellen Probleme der Landwirtschaft wahrlich nicht gelöst werden. Die

SP-Fraktion rät Ihnen daher dringend, § 64 Abs. 3 in seiner jetzigen Fassung beizubehalten.

Bruno **Pezzatti**, Präsident der Gewässerkommission, spricht auch für die FDP-Fraktion. Martin B. Lehmann stellt den Antrag, die bisherige Fassung von § 64 Abs. 3 beizubehalten. Dieser Antrag ist nicht neu; er wurde bereits sowohl in der vorberatenden Gewässerkommission als auch bei der 1. Lesung im Kantonsrat gestellt, diskutiert und schlussendlich grossmehrheitlich abgelehnt. Seit der 1. Lesung sind keine relevanten neuen Fakten hinzugekommen. Nachdem nach der 1. Lesung in einer Zuger Zeitung fälschlicherweise von einer Verwässerung des Gewässergesetzes geschrieben wurde und demgegenüber die sachlichen Argumente der Regierung, der Mehrheit der Gewässerkommission und der Mehrheit des Kantonsrats für eine gezielte Teilrevision des Zuger Gewässergesetzes unverständlicherweise nicht gebührend gewürdigt und nur teilweise wiedergegeben wurden, überrascht der erneute Antrag von linker Ratsseite zu § 64 nicht. Nach der erwähnten einseitigen Berichterstattung ist auch eine gewisse Verunsicherung bei einem Teil der Bevölkerung rund um den Ägerisee festzustellen, die um eine künftige Verschmutzung ihres sauberen Sees bangt. Diese Befürchtungen sind unbegründet. Folgende Fakten und Zusammenhänge zeigen auf, dass bei der in erster Lesung beschlossenen, gezielten Anpassung von §64 Abs. 3 keine Verschlechterung der Wasserqualität des Ägerisees befürchtet werden muss:
1. Die Verschärfung der nationalen Gewässerschutz- und gewässerrelevanten Landwirtschaftsgesetzgebung, vor allem die Einführung des ökologischen Leistungsausweises, die einzelbetriebliche Nährstoffbilanz und die Bindung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen an diese Mindestanforderungen, welche die anfangs der 90er-Jahre eingeführten kantonalen seeexternen Massnahmen in ihrer Wirkung ersetzen oder sogar noch übertreffen, verhindern heute, dass in der Landwirtschaft übermässig gedüngt wird.
2. Der unterschiedliche Zustand des Zugersees und des Ägerisees bzw. die vorzügliche Wasserqualität des Ägerisees rechtfertigen in Zukunft im Kanton Zug ein differenziertes Vorgehen bei den seeexternen Massnahmen, d.h. Beibehaltung des Düngeverbotsstreifen von 10 m beim "Problemgewässer" Zugersee und bei den Fliessgewässern, die in den Zugersee fliessen, und andrerseits Übernahme des gesamtschweizerisch gültigen Düngeverbotsstreifens von 3 m im Einzugsgebiet des sauberen Ägerisees. Ausserhalb der Problemgebiete und -seen braucht es deshalb keine über die eidg. Gesetzgebung hinausgehenden Bestimmungen. So gilt z.B. beim benachbarten Vierwaldstättersee, bei dem mit dem Ägerisee vergleichbaren Sarnersee oder bei anderen ebenfalls grundsätzlich unproblematischen Schweizerseen überall der gesamtschweizerische Gewässerabstand von 3 m.
3. Beim Ägerisee kann festgestellt werden, dass das Ufer auf weiten Strecken von Strassen, Wald, Bauten und Ökoflächen gesäumt ist. Im 10 m- resp. 3 m-Streifen liegen nur wenige Ufergrundstücke, die nicht als Ökoflächen genutzt werden. Ein grosser Teil der in den Ägerisee mündenden Bäche fliessen zudem in hauptsächlich bewaldeten Gräben und Tobeln, die nicht oder nur begrenzt landwirtschaftlich genutzt werden. Es besteht aufgrund dieser Spezifität des Ägerisees sowie aus den in Punkt 1 erwähnten Gründen keine Gefahr, dass beim Düngen vermehrt Phosphate in diesen See gelangen .

Die von den Antragstellern aufgeführte Begründung rechtfertigt die Aufrechterhaltung der restriktiven Massnahmen ausserhalb des Einzugsgebiets des Zugersees in keiner Weise. Der Votant beantragt deshalb sowohl als Präsident der Gewässerkommission als auch als Fraktionssprecher der FDP, an der Fassung von § 64 gemäss 1. Lesung festzuhalten und den Änderungsantrag abzulehnen.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** meint, das Meiste sei bereits von ihrem Vorredner gesagt worden. Es gibt vier wesentliche Punkte, die für seinen Antrag sprechen.
1. Über folgendes Ziel sind wir uns hier im Rat sicher alle einig. Der gute Gewässerzustand des Ägerisees muss langfristig gewährleistet sein. Daraus folgt: Jede unnötige Gefährdung der guten Wasserqualität muss unbedingt vermieden werden. Die landwirtschaftliche Düngung *ist* eine potenzielle Gefährdung der Gewässer. D.h. die Reduktion des Düngeabstands ist sehr wesentlich, vor allem entlang der Bäche. Es gibt nämlich dort viel mehr Kontaktstellen Landwirtschaftsfläche/Wasser als beim Ägerisee.
2. Wer ist eigentlich *für* diese Gesetzesänderung? Allenfalls einige Landwirte, die Land im Ägerital bewirtschaften. Ob die alle für diese Gesetzesänderung sind, wagt die Votantin zu bezweifeln. Für wen bringt diese Gesetzesänderung Nachteile? Für den Ägerisee und für die Bäche im Ägerital, die wieder mehr Gülle und somit mehr Phosphor aufnehmen müssen. Nachteile bringt diese Gesetzesänderung auch für den Zugersee, weil bekanntlich der Ägerisee in den Zugersee fliesst. Nachteile bringt diese Gesetzesänderung aber nicht nur für die Gewässer, sondern auch für die Bevölkerung selbst. Wenn man diese beiden Seiten auf eine Waage legen würde, wäre das Gewicht doch ziemlich einseitig verteilt.
3. Jedes Gesetz, das sich bewährt, soll beibehalten werden.
4. Der Ägerisee soll langfristig ein Juwel bleiben. Es gibt somit nur eines. Nein zur Verwässerung des Gewässergesetzes (Lilian Hurschler bleibt dabei!) und Ja zum Antrag von Martin B. Lehmann.

Guido **Heinrich** weist darauf hin, dass der Ägerisee in jeder Beziehung ein Juwel ist. Seine Sauberkeit, seine Lage und seine Umgebung sind einzigartig. Die hervorragende Wasserqualität des Ägerisees ist ein grosser Verdienst unserer Landwirtschaft sowie der Bevölkerung des ganzen Ägeritals. Der Ägerisee kann nicht mit dem Zugersee verglichen werden. Dass die bundesrechtlichen Bestimmungen für Schutzmassnahmen im Ägerital genügend sind, bestätigt uns der hervorragende Zustand der Gewässer. Die topographischen Verhältnisse für den Ägerisee und seine Zubringer sind optimal. Die grössten Bäche, der Hüribach, der Dorfbach und der Trommbach fliessen zu drei Viertel durch den Wald oder durch Naturschutzgebiete. Um den Ägerisee gibt es Wald, Naturschutzwiesen, Campingplätze, Badeanstalten sowie Strassen und Wege. Die Möglichkeit in der Nähe von Gewässern zu Düngen bleibt somit gering. Vorbeugende Massnahmen für unsere Gewässer mittels Gesetzen zu treffen ist überflüssig. Gesunder Menschenverstand ersetzt Gesetze! Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen vor, den Antrag von Martin B. Lehmann abzulehnen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** betont nochmals, dass der Zugersee die Ausnahme ist und nicht der Ägerisee. Für diesen gilt das Gleiche wie für die weitaus meisten

Seen der Schweiz. Martin Lehmann ist auch nicht konsequent. Das meiste Wasser der Gemeinde Hünenberg und ein Teil aus der Gemeinde Risch fliesst in die Reuss und so überlässt er eigentlich das ach so grässliche Wasser den Holländern. Der Votant möchte daran erinnern, dass ¾ des Einzugsgebiets des Ägerisees Wald ist. Und der kann nach Meinung des Baudirektors noch immer nicht gedüngt werden. Und übrigens darf man auf gefrorene Flächen nicht düngen. Das ist verboten. Auf die Einwände von Lilian Hurschler möchte Hans-Beat Uttinger nicht weiter eingehen, weil ¾ davon schlichtweg nicht stimmt.

➔ Der Antrag Lehmann wird mit 54 : 20 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 59 : 17 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat den Antrag stellt, die Motion von Peter Hegglin (Vorlage Nr. 1027.1 – 10903) betreffend Änderung des Gesetzes über die Gewässer sei im Sinne der Erwägungen teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

433 STAATSRECHNUNG 2003, JAHRESRECHNUNG 2003 DER INTERKANTONALEN STRAFANSTALT BOSTADEL

Es liegen vor: Gedruckte Rechnung sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1235.1/1173.3/1191.4 – 11484).

Stawiko-Präsident Peter **Dür** weist darauf hin, dass die erweiterte Stawiko die Staatsrechnung 2003 an ihrer Sitzung vom 24. Mai behandelt hat. Im Bericht hat sie ausführlich und detailliert zu allen wichtigen Aspekten Stellung bezogen. Er wird im Folgenden nochmals die grundsätzlichen Aussagen darlegen. Eine Rechnung stellt immer eine Rückschau dar. Gleichzeit lassen sich aber wichtige Aussagen für die Zukunft machen. Es stellt sich insbesondere heute die Frage, ob wir bei der letzten Budgetdebatte überreagiert haben oder ob unsere Entscheide adäquat waren. Die Rechnung 2003 gibt uns eine klare Antwort: Die Massnahmen von Regierung und Parlament sind adäquat, entschlossenes Handeln ist gefragt.
Zur laufenden Rechnung 2003. Die Staatsrechnung 2003 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 15,5 Mio. Franken. Die Laufende Rechnung hat demnach insgesamt um 31,0 Mio. Franken schlechter abgeschlossen als budgetiert. Der Kanton Zug hat letztmals im Jahr 1974 ein Defizit in der laufenden Rechnung ausgewiesen. Dies muss spätestens heute allen Beteiligten zu denken geben. Gründe für dieses Defizit sind:

1. eine klare Fehlprognose bezüglich der Steuereinnahmen
2. ein unverhältnismässiges Ausgabenwachstum.

Die Entwicklung gibt jenen Recht, die seit mehreren Jahren darauf hinweisen, dass die Steuererträge das zu rasche Ausgabenwachstum nicht kompensieren können. Zur Beurteilung der Rechnung müssen Sonderfaktoren berücksichtigt werden: Durch die konsequente Rechnungsabgrenzung fällt eine einmalige Mehrbelastung von rund 8,6 Mio. Franken an. Andererseits haben folgende Umstände die Rechnung entlastet:
– Durch Auflösung des Otto-Beisheim-Fonds profitierte die Staatskasse von einem ausserordentlichen Ertrag in der Höhe von 3,6 Mio. Franken.
– Zudem wurden 31,6 Mio. Franken weniger Investitionen als budgetiert getätigt. Der geringere Abschreibungsaufwand hat ebenfalls die Rechnung entlastet.
– Beim Steuerertrag gilt es zu beachten, dass der Veranlagungsstand bei den natürlichen Personen gegenüber dem Vorjahr um 7 % verbessert wurde. Diese positive Leistung der Steuerverwaltung führte zu einer Steigerung der Einkommensteuern aus Vorjahren um nicht weniger als 27,3 Mio. Franken. Ohne diese Zusatzleistung der Steuerverwaltung wäre der Rückgang der Steuererträge entsprechend höher. Eine solche Massnahme ist sicher in Zeiten sinkender Steuererträge richtig. Man muss sich aber bewusst sein, dass das Aufholen der Rückstände bei der Veranlagung einem Auflösen von stillen Reserven entspricht.
Die erwähnten Sonderfaktoren führen dazu, dass die Gesamtsituation noch etwas günstiger dargestellt werden kann, als sie tatsächlich ist. Lassen sie sich nicht täuschen: Die finanzielle Situation unseres Kantons hat sich deutlich verschlechtert. Die von uns mit dem Budget 2004 geforderten und von der Regierung eingeleiteten Sparmassnahmen sind auch aus heutiger Sicht adäquat und müssen unbedingt umgesetzt werden.
Zielvorgaben gemäss aktualisierter Finanzstrategie 2004 bis 2010. Die Jahresrechnung 2003 wird noch nicht an den Zielvorgaben der aktualisierten Finanzstrategie gemessen. Es ist aber aus Sicht des Stawiko-Präsidenten wichtig, dass der Rat sich bereits heute mit den Kennzahlen auseinander setzt und die Entwicklung mit Hilfe der Kennzahlen beurteilt.

Position	**Wachstumsrate Rechnung 2003 zu 2002**	**Zielvorgabe der Regierung für Budget 2005**
Personalaufwand	3,9 %	2,4 %
Zweckgebundene Beiträge (Aufwandseite)	11,4 %	3,0 %
Steuerertrag	3,2 % (Sonderfaktoren)	2,4 %

Zur Kennzahl 2,4 % beim Personalaufwand wurden in der erweiterten Stawiko Stimmen laut, die auch diese Vorgabe immer noch als zu hoch erachten und eine Wachstumsrate von 1,5 % (allerdings exklusive Teuerung) sehen. Die Stawiko geht davon aus, dass die Kennzahl 2,4 % der Regierung inklusive Teuerung zu interpretieren ist.
– Die Entwicklung bei den zweckgebundenen Beiträgen gibt zur Besorgnis Anlass. Es zeigt sich, dass die Regierung auf die Unterstützung des Kantonsrats angewiesen ist, um ihre Zielvorgabe bereits ab Budget 2005 tatsächlich erreichen zu können.
– Beim Steuerertrag hat der Votant bereits auf die Sonderfaktoren hingewiesen. Durch die erwähnte Zusatzleistung der Steuerverwaltung wurde der Veranlagungsstand verbessert – und damit stille Reserven aufgelöst. Beachten Sie aber: Trotz

einer schwierigen Wirtschaftslage haben die Steuererträge deutlich mehr als 2,4 % gemäss Vorgabe in der Finanzstrategie zugenommen. Was kann man daraus schliessen? Der Kanton Zug hat nicht ein Problem auf der Einnahmenseite, sondern auf der Ausgabenseite. Aus Sicht der grossen Mehrheit der erweiterten Stawiko ist das vorliegende Defizit auf ein überbordendes Ausgabenwachstum zurück zu führen. Und nicht, wie von linker Seite immer wieder vorgebracht, eine Folge der Steuergesetzrevision.

Bilanz, Investitionstätigkeit, Abschreibungen. Das gesamte Eigenkapital beläuft sich per Ende 2003 noch auf 164,5 Mio. Franken. Es hat sich seit 1999 um rund einen Drittel vermindert. 2003 wurden letztmals zusätzliche Abschreibungen im Umfang von 32,6 Mio vorgenommen. Diese Abschreibungen erfolgten erfolgsneutral über eine Verminderung des freien Eigenkapitals. Durch den Aufwandüberschuss und die Kompensation der zusätzlichen Abschreibungen hat das freie Eigenkapital um rund 43 Mio. Franken abgenommen und beläuft sich lediglich noch auf 46,6 Mio. Franken. Aufwandüberschüsse können kurzfristig nur über dieses freie Eigenkapital gedeckt werden. Somit ist die Reserve für die Abdeckung allfälliger weiterer Aufwandüberschüsse nur noch knapp dotiert. Gemäss Finanzkontrolle droht «somit möglicherweise bereits in absehbarer Zeit ein Bilanzfehlbetrag». Das gebundene Eigenkapital hat 2003 um rund 14 Mio. auf 117,9 Mio. Franken zugenommen. Diese Zunahme ist auf eine Inventarisierung aller sich im Besitz des Kantons befindlichen Grundstücke zurück zu führen. Von den rund 700 Positionen gehören etwa 100 ins Finanzvermögen und wurden neu bewertet. Die Neubewertung ergab einen Buchgewinn von 17,2 Mio. Franken. Man muss sich aber bewusst sein, dass diese Neubewertung ebenfalls eine Auflösung stiller Reserven darstellt.

Zur Investitionstätigkeit. Der Kanton Zug hat sich richtigerweise antizyklisch verhalten und 2003 Nettoinvestitionen von 104,3 Mio. Franken getätigt. Der Finanzierungsbeitrag der Laufenden Rechnung an die Investitionen betrug aber lediglich 51,0 Mio. Franken und lag damit 29 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Dies erklärt auch den völlig unbefriedigend tiefen Selbstfinanzierungsgrad von 48, 9%. Die erweiterte Stawiko ist besorgt über die Gesamtentwicklung. Im Hinblick auf die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) müsste jetzt dringend das freie Eigenkapital geäufnet werden. Sollte sich die Wirtschaft erholen, müssen die zusätzlichen Steuererträge zur Verbesserung des freien Eigenkapitals verwendet werden. Gleichzeitig darf eine Verbesserung der Ertragssituation nicht dazu verleiten, die Ausgabenbremse zu lockern. Die Zeit bis zum Start des NFA ist sehr kurz und wird voraussichtlich nicht ausreichen, um die Eigenkapital nachhaltig zu verbessern!

An unserer ganztätigen Sitzung wurden auch verschiedene Probleme und Fragen diskutiert, die zu folgenden Forderungen führten:

1. Eine Mehrheit der erweiterten Stawiko fordert die Regierung auf, in der anstehenden Revision des Pensionskassengesetzes festzuschreiben, dass die Arbeitgebervertreter im Pensionskassenvorstand durch den Kantonsrat zu wählen sind. Sollten durch Fehlentscheidungen des Pensionskassen-Vorstandes grössere Defizite entstehen, haftet der Kanton Zug im Rahmen seiner Staatsgarantie. Diesem Risiko muss man mit einer unabhängigeren Arbeitgeber-Vertretung, die durch den Kantonsrat zu wählen ist, gerecht werden.
2. Bei allen interkantonalen Vereinbarungen ist abzuklären, ob und in welcher Höhe latente Pensionskassen-Verpflichtungen bestehen, die der Kanton Zug mitfinanzieren muss. Begründung: in der Jahresrechnung 2003 finden sich

Sonderbelastungen von 150'000 Franken für Nachzahlungen in die PK der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel, von 122'000 für die Bildungsplanung Zentralschweiz. Die erweiterte Stawiko will die entsprechenden Risiken besser abschätzen können.

3. Wie bereits bei der Budgetdebatte im letzten Spätherbst stellt die erweiterte Stawiko mit Ihren Delegationen fest, dass bezüglich des Personalbudgetierungsprozesses an verschiedenen Stellen in der Verwaltung Unklarheiten bestehen. Warum diese Unklarheiten weiterhin bestehen, ist uns unklar. Wir würden uns freuen, wenn die Regierung nun entsprechende Schritte unternimmt, um die Diskussionen zu diesem Thema zu beenden.

Zum Abschluss möchte Peter Dür im Namen der erweiterten Stawiko der Regierung und insbesondere den Mitarbeitern der Finanzdirektion seinen Dank aussprechen. Die erweiterte Stawiko hat zu Beginn der neuen Legislatur mit Nachdruck auf die sich verschlechternde finanzielle Situation unseres Kantons hingewiesen. Zahlreiche Anträge und Forderungen wurden im Verlauf des Jahres 2003 gestellt. Die Budget-Debatte 2003 war intensiv und wurde kontrovers geführt. Das Klima im Rat hatte sich, entsprechend der Jahreszeit, vor Weihnacht 03 vorübergehend etwas abgekühlt. Aber die positiven Auswirkungen dieser Auseinandersetzungen sind sichtbar und spürbar. Wir danken der Regierung und insbesondere der Finanzdirektion für ihre klare Neuausrichtung und ihre Bemühungen, unseren Anliegen gerecht zu werden. Vieles wurde in der Zwischenzeit bereits umgesetzt oder ist in Bearbeitung. Erwähnt sei nur einiges:

– konsequente Rechungsabgrenzung (umgesetzt)
– Überarbeitung der Finanzstrategie mit klaren Kennzahlen (umgesetzt)
– Neubewertung der Grundstücke im Finanzvermögen (umgesetzt)
– Neugestaltung des Berichts zur Staatsrechnung mit entsprechend aussagekräftigen Grafiken und Tabellen (umgesetzt)
– Abweichungsbegründungen und vieles mehr.

Die erweiterte Stawiko spürt einen neuen Wind in den meisten Direktionen. Wir hoffen, dass durch konstruktive Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament weitere Meilensteine ermöglicht werden. Sollte die NFA im aktuell kommunizierten Rahmen umgesetzt werden, stehen wir vor einer der grössten Herausforderungen für unseren Kanton. Nur konsequentes und gemeinsames Handeln ermöglicht es uns, die Sonderstellung unseres Kantons langfristig zu erhalten. Die Stawiko stellt Ihnen den Antrag,

- die Staatsrechnung 2003 zu genehmigen und die Jahresrechnung 2003 der Interkantonalen Strafanstalt zu genehmigen,
- den Rechenschaftsbericht des Regierungsrats für das Jahr 2003 zu genehmigen,
- den Zwischenbericht des Regierungsrats zu den per Ende März 2004 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen (Vorlage Nr. 1231.1 – 11473) zu genehmigen,
- den Bericht und Antrag des Regierungsrats zur Motion von Beat Villiger betreffend erheblich erklärte, jedoch noch nicht erledigte Motionen und Postulate sowie zur Überprüfung der kostenwirksamen, erheblich erklärten Motionen und Postulate wie folgt zu behandeln: Zustimmung zu allen Anträgen des Regierungsrates mit Ausnahme eines Begehrens. Ausnahme: die Motion Rust Peter betreffend Ausbau der Kantonsstrasse 25b, Zug-Walchwil vom 26. Juni 1989 sei nicht als erledigt abzuschreiben Diese Motion soll aus Sicht

der erweiterten Stawiko erst abgeschrieben werden, wenn das Bauwerk abgeschlossen ist.

Stefan **Gisler** möchte sich zuerst dem Dank anschliessen an die Finanzdirektion. Peter Hegglin und sein Team haben eine gute Arbeit geleistet. – Die Staatsrechnung 2003 des Kantons Zug. 15 Mio. Defizit. Wovor wir Alternativen seit Jahren warnten, ist eingetroffen. Zug hat die Quittung erhalten für die fragwürdigen Steuergeschenke an privilegierte Personen und Gesellschaften durch die Steuergesetz-Reform 2001. Die Steuern sind bei Firmen so tief angesetzt, dass wir trotz der jährlichen Neuansiedlung von 600 Unternehmen in Zug 50 Millionen weniger Steuereinahmen von juristischen Personen haben als budgetiert. Einverstanden: Die zu optimistische Budgetierung sowie die Rezession trugen ihren Teil zum schlechten Abschluss bei. Doch der Hauptgrund bleibt die Zuger Dumpingsteuer-Politik. Einige hier im Rat werden anführen: Die Steuersenkungen waren nötig, um neues Steuersubstrat anzuziehen. Der Votant aber meint: Wir haben dadurch keine einzige Firma mehr gewonnen. Zug war damals und ist heute der Kanton mit der tiefsten Steuerbelastung. Der Zuger Steuerindex lag im Jahre 2000 bei 58,2 Punkten. Dies bei einem Landesschnitt von 100 Indexpunkten. Das zweitgünstigste Nidwalden lag damals mit 71,1 Punkten weit zurück. Jetzt, vor zwei Wochen, publizierte das eidgenössische Steuerdepartement die aktuellsten Zahlen. Zug hat 2003 noch immer die weitaus geringste Steuerbelastung mit 52,3 Punkten. Es folgen mit grossem Abstand Schwyz mit 64,5 und der Tessin mit 71,7 Punkten. Zug ist im Steuerbereich unter den Kantonen, was Denner unter den Einkaufsketten ist: der Superdiscounter. Einige hier im Rat werden anführen, Zug müsse sich nicht gegen die anderen Kantone behaupten, sondern auf internationaler Ebene. Stefan Gisler aber sagt: Auch dort sind wir der Superdiscounter. Er hat sich vor zwei Tagen vom eidg. Finanzdepartement die neusten Zahlen zu den Fiskalquoten geben lassen. Mit 31,4 % lag die Schweiz 2002 weit unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten. Deren Schnitt liegt bei 36,6 %. In Europa weist die Schweiz die zweittiefste Fiskalquote aus. Nur Irland ist mit 28 % noch tiefer.
Zurück zur Schweiz. Zug ist eine treibende Kraft, dass auch andere Kantone glauben, mit Steuerdumping Standortpolitik machen zu müssen. Und hier schliesst sich der Votant der Warnung von Finanzdirektor Peter Hegglin an. Er wies in einem Zuger Presse-Interview darauf hin, dass wenn diese Abwärtsspirale alle Kantone erfasst, am Schluss alle Kantone mit leeren Kassen dastehen. Und dann? Kein Kanton wird noch in der Lage sein, grundlegendste Staatsaufgaben zu übernehmen. Abgesehen davon hält Stefan Gisler Steuerdumping weder für eine kluge, noch zukunftsgerichtete Standortpolitik. Steuern senken ist nicht exklusiv. Jeder kann ein Superdiscounter werden. Langfristig wirklich wichtig sind Faktoren wie Lebenqualität, Bildung, soziale Sicherheit, intakte Umwelt oder Mobilität. Und hier denkt der Votant an einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr, weil der private langfristig keine Perspektiven hat. Diese Angebote kosten etwas. Diese Investitionen lohnen sich, und dafür braucht es Steuergelder.
Was sind die Folgen der Zuger Steuerpolitik? Da sorgt sich Stefan Gisler. Die heute einseitig auf schnelles Wachstum ausgerichtete Steuerpolitik bedroht die Lebensqualität in unserem Kanton. Der Beton-Richtplan ist Ausdruck dieser unseligen Wachstumseuphorie. Die Zuger Steuerpolitik führt zudem zu hohen Bodenpreisen und überhöhten Mieten. Doch in Zug gibt es nicht nur Unternehmen, sondern auch Menschen,

die hier arbeiten und leben wollen. Und es kann nicht sein, dass sich in Zug nur Superreiche das Wohnen leisten können.
Wie wird mit dem Defizit umgegangen? Mit unsozialen Kürzungen planen vor allem Rechtsbürgerliche, die Steuergeschenke für die Privilegierten zu finanzieren und den Haushalt wieder ins Lot zu bringen. Sie setzen bei den zweckgebundenen Mitteln an. Über 90 % dieser 314 Millionen bestehen aus Aufwendungen für Soziales, Bildung, Gesundheit, Umwelt und Kultur. Die AF hält Sparen in diesem Bereich für bedenklich. Peter Dür beklagte, den Kostenanstieg um 11,4 % bei den zweckgebundenen Mitteln. Laut Finanzdirektion sind dafür Beiträge u.a. für AHV und Arbeitslosenversicherung verantwortlich. Das ist logisch. Es sei daran erinnert, dass Zug im Jahr 2003 lange die höchste Erwerbslosenquote in der Deutschschweiz hatte. Die Wirtschaft überträgt also in der Rezession die soziale Verantwortung und die Kosten dem Gemeinwesen. Nebst dem Sozialabbau planen einige Bürgerliche auch Sparübungen beim Staatspersonal. Das erstaunt den Votanten. Denn er las die Berichte, welche die sieben Stawiko-Delegationen nach den Besuchen bei den Direktionen geschrieben hatten. Dort steht fast überall, dass die Direktionen personell stark ausgelastet sind. Die Bürgerlichen wollen eine bereits ausgequetschte Zitrone weiter auspressen und hoffen, mit den paar bitteren Tropfen den Staatshaushalt zu sanieren. Das funktioniert nicht. Zug ist ein Wachstumskanton und so wächst auch die Verwaltung. Aber sie darf das offenbar nicht. Die Alternativen sind offen für das Sparen, und zwar dort, wo es einschenkt. Beim Strassenbau zum Beispiel. Die im TRP Verkehr bis im Jahr 2020 vorgesehenen Ausgaben von 1,4 Milliarden sind unverantwortlich. Zug hat aber nicht ein *Ausgaben*-, sonder primär ein *Einnahmen*problem. Darum haben wir Alternativen als erste einen konkreten Vorschlag gebracht, wie Steuererhöhungen sozial- und umweltverträglich gestaltet werden können. Wir Alternativen empfehlen Ihnen dazu unsere hängige Motion vom 22. September 2003 zur erneuten Lektüre. Sie zeigt nicht nur, wie der NFA bewältigt werden kann, sondern ist auch ein Basispapier, wie der Zuger Haushalt generell ins Lot zu bringen ist. Wir sind sehr gespannt auf die Antwort der Regierung.
Dass auch die Zugerinnen und Zuger über die Steuern ein Mindestmass an sozialem Ausgleich wollen, zeigt das deutliche Nein zum Steuerpaket. Daher offenbart die neuste FDP-Motion, welche eine geringere Besteuerung der Vermögendsten fordert, geringeren politischen Realitätssinn. Und sie ist nach der Beinahe-Abschaffung der Kapitalsteuer durch die Steuerreform, angesichts des Kantonsdefizits und vor dem anstehenden NFA geradezu unverantwortlich. Die eidg. Steuerverwaltung publizierte Mitte Juli den Bericht «Die Steuerbelastung 2003 in den Kantonen». Dort steht: In Zug werden natürliche Personen mit hohem Reinvermögen bereits jetzt weit unter dem schweizerischen Durchschnitt besteuert. Die Belastung ist eben nicht, wie dies die Motionäre suggerieren «relativ hoch und unattraktiv». Wir Alternativen propagieren hingegen mit unserer Motion Steuergerechtigkeit. Ist das möglich? Ja, es ist möglich und auch nötig. Die eidg. Steuerverwaltung hat am 8. Juni eine Studie vorgestellt. Sie heisst «Verteilung des Wohlstands in der Schweiz» und macht deutlich: Die Armen werden ärmer und die Reichen reicher. Dazu Zahlen zu drei Punkten:

1. Einkommen. Von 1990 bis 98 ging das Arbeitseinkommen beim ärmsten Viertel um 8,5 % zurück, während das reichste Zehntel 7,5 % mehr verdiente.
2. Mieten. Von 1990 bis 2001 machen beim ärmsten Viertel die steigenden Mieten zusätzliche 3,2 % des Haushaltsbudgets aus. Das reichste Viertel muss nur 0,1 % mehr bezahlen.

3. Steuern. Von 1990 bis 2001 stieg der Anteil, wie viel für Steuern und Sozialbeiträge bezahlt wird, beim ärmsten Viertel von rund 20 auf 24 %. Beim reichsten Viertel blieb die Belastung konstant bei 26 %.

Sie sehen: Die Schweiz hat weniger ein Steuerbelastungs-, sondern vielmehr ein Verteilungsproblem. – In Zukunft möchtet Stefan Gisler bei der Rechnungsdebatte eine ausgeglichene Rechnung kommentieren dürfen. Diese kommt zustande a) mit Steuergerechtigkeit gemäss unserer Motion; b) durch Sparen beim Strassenbau; c) in Solidarität mit anderen Kantonen und Ländern; d) unter Erhaltung der wichtigen Standortfaktoren Bildung, Landschaft, Umwelt, zahlbares Wohnen und Lebensqualität; e) ohne, dass die Schere zwischen arm und reich weiter geöffnet wird. – Die AF beantragt in diesem Sinne Genehmigung von Staatsrechnung und Rechenschaftsbericht.

Martin B. **Lehmann**: Eine Staatsrechnung, welche erstmals seit 30 Jahren in der Laufenden Rechnung mit einem Defizit abschliesst, ein freies Eigenkapital unter 50 Mio. Franken und eine Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen, die sich deutlich auftut, das ist zugegebenermassen keine optimale Ausgangslage für die kommenden Mehrbelastungen aus dem NFA. Trotzdem darf dieser Ausgabenüberschuss nicht dramatisiert werden. Dass in einem rezessiven Umfeld die Steuereinnahmen sinken, liegt auf der Hand, auch wenn natürlich die letzte Steuergesetzrevision das Steuersubstrat noch zusätzlich erheblich schmelzen liess. Und dass in konjunkturell schlechteren Zeiten der Bedarf nach Sozialleistungen steigt, ist ebenfalls eine Binsenwahrheit und bedarf keiner weiteren Erläuterungen. Vielmehr müssten sich diejenigen, welche den Abbau der Sozialleistungen auf ihre Fahnen geschrieben haben, einmal fragen, wie es um die Ethik gewisser Arbeitgeber steht. Es ist unerträglich, dass z.B. Banken, welche die höchsten Gewinne ihrer Firmengeschichte einfahren, gleichzeitig trotzdem Tausende von Angestellten wegrationalisieren. Sie verabschieden sich damit nicht nur aus ihrer sozialen Verantwortung, sondern bürden dem Staat die sozialen Folgekosten auf. Und – noch verwerflicher – äussern sich dann auch noch abschätzig über die Politik.

Es gilt zwar durchaus, die Ausgaben im Auge zu behalten, allerdings unter dem Gesichtpunkt der Nachhaltigkeit. Ausgaben müssen nämlich nicht zwingend neue Bedürfnisse wecken. Ein Beispiel für nachhaltig eingesetztes Steuergeld sind auf nationaler Ebene die 55 Mio. Franken Subvention für das Programm «Energie Schweiz» aus dem Jahr 2001, welche Investitionen von 800 Millionen Franken mit einem Beschäftigungsvolumen von annähernd 4700 Personenjahren ausgelöst haben. Allein die Mehrwertssteuer brachte 60 Millionen in die Bundeskasse zurück, wobei die Steuern auf Löhne und Gewinne nicht einmal mitgerechnet sind. Leider ist dies aber ein rares Beispiel. Vielmehr jagen sich landauf, landab in eigentlicher Sparhysterie kurzfristig angelegte, meist konzeptlose und ohne Controlling geführte Massnahmenpakete. Sie schüren ein Klima der Verunsicherung, welche weit über die öffentlichen Verwaltungen hinausgeht, werden selten nach den Kriterien der Nachhaltigkeit überprüft, absorbieren Ressourcen und sollen meist noch von den echten Problemen ablenken. Vor allem aber werden solche Pakete missbraucht, um ideologisch ungeliebte öffentliche Aufgaben zu eliminieren, und verhindern dabei die dringend notwendigen strukturellen Reformen. So waren sich Befürworter und Gegner des Steuerpakets im Abstimmungskampf einig, dass die familienpolitischen Anliegen unbedingt umgesetzt werden müssten. Wie sich nun aber gezeigt, waren

dies offenbar reine Lippenbekenntnisse. Für die von Alois Gössi und dem Votanten eingereichten Vorstösse für höhere Abzüge für Kinder und die Kinderbetreuung hat sich keine einzige bürgerliche Unterschrift gefunden. Im Gegenteil, etwa die Hälfte der bürgerlichen Kantonsrätinnen und Kantonsräte macht sich mit der Motion Hodel/Pezzatti mehr Sorgen um die Steuerlast der Reichsten. Hier tun sich finanzpolitische Gräben auf, die nichts Gutes für die Zukunft verheissen.
Zum Schluss noch ein Wort zur Investitionspolitik. Die SP-Fraktion begrüsst ausdrücklich das antizyklische Verhalten der Regierung in Bezug auf die Investitionen. Mit dieser Steuerung können resp. konnten wichtige Impulse für die Wirtschaft ausgelöst werden. Wir wünschten uns, dass diese Politik in einem konjunkturell anziehenden Umfeld fortgesetzt wird. Gerade im Bereich des Strassenbaus könnten wir durchaus mit substanziellen Kürzungen leben. – Die SP-Fraktion empfiehlt Ihnen einstimmig, der Staatsrechnung 2003 zuzustimmen.

Karl **Betschart** bedankt sich namens der SVP-Fraktion bei der Stawiko für den ausführlichen Bericht sowie die Arbeit, welche sie geleistet hat. Er möchte grundsätzlich nicht wiederholen, was die erweiterte Stawiko in ihrem Bericht erläuterte, resp. was der Stawiko-Präsident in seinem Votum zusätzlich ausgeführt hat. Er nimmt es vorab: Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Staatsrechnung 2003 sowie die Separatrechnungen. Sie unterstützt auch einstimmig die weiteren Anträge des Berichts der erweiterten Stawiko. Sie bedankt sich bei der Regierung für die transparente Berichterstattung. Vor allem schätzen wir die periodengerechte Rechnungsabgrenzung, welche in dieser Staatsrechnung erstmals vorgenommen wurde. Wir sind uns auch bewusst, dass diese Rechnungsabgrenzungen im Jahre 2003 zu einer einmaligen Mehrbelastung geführt haben. Trotzdem ist der wider Erwarten niedrigere Aufwandüberschuss von 15,5 Mio. Franken unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass die Steuereinnahmen besser ausgefallen sind, da die Steuerverwaltung zwischenzeitlich den Veranlagungsstand verbessern konnte. Die SVP-Fraktion hofft, dass die Steuerverwaltung vor allem bei den Veranlagungen der natürlichen Personen nochmals alles daransetzt, Pendenzen aufzuarbeiten. Nach wie vor gibt es noch zu viele verärgerte Steuerpflichtige, welche auf die Veranlagungen alter Steuerperioden warten. Unsere langjährige Forderung, die Ausgabenvermehrung sei auf die Teuerung oder zumindest auf das Wachstum des Zuger Volkseinkommens zu beschränken, welches das Wachstum der Zuger Bevölkerung mit einschliesst, wurde auch im Jahre 2003 nicht erfüllt. Anlässlich der Budgetdebatte für 2005 im kommenden Dezember werden wir darauf zurückkommen.
Leider muss man damit rechnen, dass auch die Staatsrechnung 2004 nicht rosig ausfallen wird. Wir bitten deshalb die Regierung, weiterhin auf die Ausgabenbremse zu drücken. Im Investitionsbereich müssen konsequent Prioritäten zwischen dringenden, notwendigen und wünschbaren Investitionen gesetzt werden. Die Regierung muss den Mut haben, Investitionsprojekte, welche im Moment nicht notwendig sind, auf bessere finanzielle Zeiten hinauszuschieben. Ein weiteres Mal weisen wir auf den NFA hin, welche kurz vor unserer Türe steht und unsere Staatskasse arg unter Druck setzen wird. Vor ca. drei Jahren war die SVP die einzige Partei, welche über den NFA gesprochen und vor der finanziellen Belastung, welche den Kanton Zug treffen wird, gewarnt hat. Leider haben zu diesem Zeitpunkt sämtliche Parteien die SVP an den Pranger gestellt und der Partei Schwarzmalerei vorgeworfen. Heute sprechen alle Parteien über diese kommende finanzielle Hürde. – Wir erwarten von Regierungs-

rat und Parlament, dass sie weiterhin alles daran setzen, eine Ausgabenvermehrung zu verhindern. Die SVP wird zurzeit keine Steuererhöhungen akzeptieren. Wir erwarten eine rigorose Ausgabendisziplin. Zum Schluss: Schauen wir positiv in die Zukunft und tragen Sorge zu unserem Staatshaushalt und unserem schönen Kanton Zug.

Hans Peter **Schlumpf** hält fest, dass die FDP-Fraktion mit den Ausführungen der Stawiko zu Rechnung und Rechenschaftsbericht 2003 ohne Einschränkungen einig geht. Er verzichtet deshalb darauf, die Ausführungen der Stawiko hier zu wiederholen und die üblichen jährlichen Ermahnungen an die Regierung auszusprechen. Er will aber den Finger auf einige Punkte legen, die für unseren Zuger Staatshaushalt vor allem in Zukunft von Bedeutung sind. – Eine Rechnung rückblickend zu beurteilen, ändert nichts mehr an ihrem Inhalt. Entscheidend ist, dass aus der Beratung und Analyse der Rechnung und aus den mittelfristigen strategischen Vorgaben (Finanzplan) primär durch die Regierung Konsequenzen für den kommenden Budgetprozess 2005 gezogen werden. Wenn nämlich die erweiterte Stawiko das Budget im kommenden November beraten wird, ist es reichlich spät, daran materiell noch Substantielles zu ändern. Der Votant ist hauptberuflich Unternehmer und daneben in verschiedenen Projekten involviert, die im weitesten Sinne alle mit der Attraktivität des Standorts Zug als Wirtschafts- und Lebensraum zu tun haben. Je länger er in diesem Umfeld tätig ist, um so mehr ist er überzeugt, dass wir uns bei allen Aufgaben, die wir dem Staat übertragen, bei allen Projekten und Investitionen, die wir als Parlament für unseren Kanton gutheissen, bei allen politischen Entscheiden immer primär die Frage stellen müssen, ob sie *langfristig* für diesen Standort als Gesamtes in seinem nationalen und globalen Umfeld gut und nachhaltig nützlich sind. Dies ist nicht zu verwechseln mit kurzfristigen und partikulären Interessen.
Der Kanton Zug hat einen insgesamt guten Ruf; es wird weitherum anerkannt, dass wir hier in Zug manches besser, effizienter und weniger bürokratisch tun als dies andernorts der Fall ist. Diesen Geist, der durch die Arbeit von Regierung und Verwaltung, wie auch von zahlreichen Institutionen im Schnittpunkt zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft geprägt wird, gilt es unbedingt lebendig zu halten. Selbstverständlich werden auch unsere Verwaltungen kritisiert; selbstverständlich gibt es auch in Zug Leerläufe und Ineffizienzen, aber es gibt, verteilt über verschiedene Direktionen, auch hervorragende Mitarbeiter, welche das Bild dieses Kantons nach innen und nach aussen in einer Art und Weise prägen und gestalten, auf die auch manches Privatunternehmen stolz sein könnte. Hans Peter Schlumpf ist allerdings auch nicht mit allem zufrieden, was in unserer Zuger Verwaltung läuft. Selbst im Rahmen des relativ engen gesetzlichen Korsetts gäbe es Spielraum, Wesentliches beschleunigt durchzuziehen. Das monate- und jahrelange Verschleppen von Pendenzen ist noch immer ein Übel, das in einzelnen Direktionen mehr hervorsticht als in anderen. Eine Pendenz zu erledigen ist nicht immer nur eine Frage der vorhandenen personellen Kapazität, sondern auch eine Frage des Willens, der Organisation, der Entschlossenheit und der Art und Weise, wie eine Aufgabe angegangen wird. Dass, um bei einem aktuellen Beispiel zu bleiben, Steinhausen, die Wohngemeinde des Votanten, letzte Woche zum ersten Mal seit Menschengedenken an ihrer Sommer-Gemeindeversammlung die Rechnung des Vorjahres nicht behandeln und verabschieden konnte wegen der Beschwerde eine Stimmbürgers, die im übrigen materiell ohne Belang war, hat ganz direkt mit der Art und dem Tempo zu tun, mit welchem

die Sache bei der zuständigen Direktion der Regierung vorher behandelt worden war. – Nun zu einigen konkreten Aspekten beim Staatshaushalt.
Zum Steueraufkommen. Seit wir vor drei Jahren unser Steuergesetz revidiert haben, wird die politisch Linke nicht müde, den Vorwurf zu erheben, Zug hätte damit Geschenke an die Wohlhabenden verteilt zu Lasten der Ärmeren und des Mittelstands, indem sich der Staat vor allem bei den Sozialleistungen totspare. Die vorgestern erschienene Zeitungskolumne von Eusebius Spescha haut genau in diese Kerbe. «Reiche bereichern sich auf Kosten der Armen» tönt immer gut, ist aber nicht zutreffend. Selbstverständlich kann über die Höhe einzelner Steuersätze immer debattiert werden und man kann darüber unterschiedliche Auffassungen haben. Entscheidend ist aber, dass dabei jenseits aller Erbsenzählerei strategisch richtige Entscheide getroffen werden: Dabei gilt es vor allem die *globalen* Veränderungen zu berücksichtigen, die heute stattfinden. Die Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten in den Fernen Osten mit den Märkten China, Indien, Südostasien, wo heute bereits mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt und wo in den nächsten Jahrzehnten ein Wachstum und eine wirtschaftliche Dynamik wird, von der wir nur neidvoll träumen können. Dann aber auch die neuen EU-Länder im Osten Europas, wo eine junge Bevölkerung, hungrig nach wirtschaftlichem Erfolg und materiellem Wohlstand die Chancen, die sich ihnen nun endlich bieten, wahrnehmen wollen und dies auch tun. Was hat dies alles mit der Zuger Staatsrechnung zu tun? Langfristig einiges! Es zeigt sich, dass wir die Messlatte, an der wir gemessen werden, immer weniger selber setzen können.
Dass wir im vergangenen Jahr zum ersten Mal seit langem einen Aufwandüberschuss zu verbuchen hatten, wird gerne dem unerwarteten Einbruch bei den Steuereinnahmen zugeschrieben. Der Kanton Zug hat 2003 zwar weniger Steuern eingenommen als budgetiert, aber er hat immer noch 3,2 % mehr Steuern eingenommen als im Vorjahr 2002. Den Einbruch der Einnahmen von juristischen Personen, welche den Schwankungen der wirtschaftlichen Dynamik stärker unterworfen sind, wurde durch die Mehreinnahmen von natürlichen Personen mehr als wettgemacht. Sie können daraus eines schliessen: Wir haben im Kanton Zug mit Sicherheit kein Einnahmenproblem! Wir haben höchstens ein Ausgabenproblem! Deshalb ist auch das Gerede vom «Totsparen» des Staates unwahr. Wir haben im vergangenen Jahr nicht nur nichts totgespart; die Ausgaben – gerade etwa im Sozial- und Gesundheitsbereich – sind vielmehr erneut überdurchschnittlich gewachsen, wesentlich stärker als der Anstieg des Sozialprodukts, also die wirtschaftliche Leistung! Wir brauchen also die Leistungen des Staates, die anerkanntermassen ein wichtiger ökonomischer Steuerungsfaktor in einer modernen Volkswirtschaft sind, keineswegs totzusparen; wir brauchen nur das Wachstum der Leistungen auf ein Mass zu beschränken, das höchstens dem Wachstum der wirtschaftlichen Wertschöpfung entspricht.
Zum Staatlichen Rechnungswesen. Hier möchte Hans Peter Schlumpf nicht wiederholen, was Vorredner gesagt haben. Es ist sehr positiv, dass man in der Finanzdirektion bei der Rechnungslegung doch einige wichtige Pflöcke eingeschlagen hat für eine transparentere und konsequentere Darstellung gerade bei den Abschreibungen und bei der periodengerechten Abgrenzung.
Zur Interkantonalen Zusammenarbeit. Über die letzten Jahre hat die interkantonale Zusammenarbeit an Umfang stetig zugenommen und wird wohl noch weiter zunehmen. Der Kanton Zug ist in diesen Konkordaten und anderen Zusammenarbeitsformen bisher mehrheitlich ein starker Partner gewesen, der nicht überall unbedingt auf die kantonsübergreifende Zusammenarbeit angewiesen gewesen wäre. Für bevölke-

rungsmässig kleinere und wirtschaftlich schwächere Kantone ist die interkantonale Zusammenarbeit immer häufiger aber der einzige Weg, um Aufgaben mit der nötigen Professionalität und Kompetenz erfüllen zu können. Dies alles ändert aber nichts daran, dass diese neuen Formen der interkantonalen Zusammenarbeit eine neue rechtliche Ebene geschaffen haben, welche sich unseren rechtsstaatlich/demokrati-schen Vorstellungen und den entsprechenden Prozessen weitgehend entzieht. Unser Kanton hat mit der kürzlichen Schaffung einer Konkordatskommission hier ein Zeichen gesetzt, wie solche Zusammenarbeitsformen in unser Konzept von Demokratie eingebunden werden können. Das Beispiel wird mit Sicherheit Schule machen. Zu diesem Thema am Rande vermerkt: Im Rahmen der Inspektionstätigkeit der erweiterten Stawiko bei den einzelnen Direktionen sind mindestens zwei Fälle aufgetaucht, wo durch unseren Kanton aus Konkordatsverpflichtungen substantielle Nachzahlungen an ausserkantonale Pensionskassen geleistet werden mussten, die bislang ausserhalb jeder parlamentarischen Aufsicht und Kontrolle gelegen sind.
Zur Kantonale Pensionskasse. Obwohl die kantonale Pensionskasse formell eine selbständige Institution ist, eine Bemerkung dazu, weil unser Kanton schliesslich faktisch der Bürge hinter der Pensionskasse ist. Wir anerkennen, dass der Stiftungsrat sich bisher seriös um das Wohl dieser wichtigen Institution gekümmert hat; wir stellen aber auch fest, dass dieser Stiftungsrat in hohem Masse arbeitnehmerlastig zusammengesetzt ist und die gerade in Zukunft eminent wichtige und auch vom Gesetz gewollte interessenmässige Ausgewogenheit vermissen lässt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die paritätisch zu bestimmende Arbeitgebervertretung im Stiftungsrat der kantonalen Pensionskasse künftig korrekterweise durch das Parlament bestimmt werden kann.
Zur Verwaltungsreform. Als Letztes will der Votant noch einmal darauf hinweisen, wie wichtig es ist, dass wir uns auch mit neuen Formen der Verwaltungsführung auseinandersetzen. Die beschlossenen Pilotprojekte Pragma sind ein viel versprechender Ansatz dazu und es ist erfreulich, dass die federführende Finanzdirektion sich mit Engagement dafür einsetzt. Diese Pilotprojekte sind möglicherweise der Ansatz dafür, wie in Zukunft öffentliche Haushalte in einem demokratischen Umfeld effizient geführt werden können.
Hans Peter Schlumpf fasst zusammen: Nicht mehr das Rechnungsergebnis 2003, ob nun negativ oder positiv, ist heute entscheidend. Zentral ist vielmehr die Frage, ob wir in unserem Kanton in einer Zeit der rasanten Veränderung in der Lage sind, strategisch langfristig richtige Entscheide zu treffen. Sein Glaube, dass das Parlament als Ganzes dies kann und die Sache nicht in einer sukzessiven Demontage unseres Wirtschaftsstandorts mündet, ist nicht ungebrochen; aber die Hoffnung hat ihn auch noch nicht ganz verlassen. Die wichtigsten Konsequenzen aus der Rechnung 2003 für die Zukunft sind:
– Ausgabenwachstum ist erlaubt, aber höchstens im Umfang des wirtschaftlichen Wachstums des Kantons.
– Die Eigenkapitalbasis in der Bilanz muss mittels Erzielung von Rechnungsüberschüssen wieder gestärkt werden, um die finanzielle Handlungsfreiheit nicht zu verlieren.
– Die verfügbaren Mittel müssen gezielter dort eingesetzt werden, wo sie Impulse für künftiges wirtschaftliches Wachstum auslösen und nicht bloss der Erhaltung nicht wettbewerbsfähiger Strukturen dienen.
– Die Wirtschaft kann nur prosperieren und Steuererträge generieren, wenn sie global konkurrenzfähig ist.

– Die Wohlfahrt aller Bevölkerungsgruppen im Kanton ist zwar ein berechtigtes Anliegen. Dem Aspekt der Eigenverantwortung muss dabei aber wieder mehr Gewicht beigemessen werden.
– Die staatliche Tätigkeit muss daran gemessen werden, ob sie Voraussetzungen schafft, dass Privatpersonen und Unternehmen der Meinung sind, der Standort Zug (und übergeordnet natürlich auch der Standort Schweiz) seien ein attraktives Umfeld zum Leben und für wirtschaftliche Aktivitäten, dass sie der Meinung sind, die Generierung von Wertschöpfung werde massvoll und angemessen besteuert, unternehmerische Tätigkeit werde ermuntert und nicht verhindert und die öffentlichen Leistungen seien attraktiv und zu angemessenen Preisen erhältlich.
– Auch Zug ist zunehmend zu klein, um nicht über die Kantonsgrenze hinweg schauen und agieren zu müssen. Wir müssen gerade in der interkantonalen Zusammenarbeit immer wiederüberzeugend darlegen – ohne aufdringlich zu sein –, dass die Zuger Art, Aufgaben zu lösen, ein Muster an Effizienz und Effektivität sein kann.
Noch ein Hinweis an Karl Betschart bezüglich NFA. Er hat gesagt, vor drei Jahren sei die SVP die erste und einzige Partei gewesen, welche sich mit diesem Thema beschäftigt habe. Die FDP hat damals darüber bereits Klausurtagungen und Seminare gemacht, als die SVP böse gesagt noch gar nicht wusste, was NFA heisst.
In diesem Sinne schliesst Hans Peter Schlumpf seine Ausführungen und appelliert auch an den Rat, dass er bei künftigen Parlamentsentscheiden diese Grundsätze nicht ganz vergisst. – Die FDP-Fraktion beantragt, auf die Vorlagen in diesem Zusammenhang einzutreten und ihnen im Sinne von Regierung und Stawiko zuzustimmen.

Gregor **Kupper** kann als aufmerksamer Zuhörer und letzter Fraktionssprecher feststellen, dass wirklich schon alles gesagt wurde, was es an Wichtigem zu sagen gab. Eigentlich könnte er sagen, er habe nichts mehr zu sagen, wird das aber nicht ganz tun. – Zuerst zur Staatsrechnung. Das ist Vergangenheitsbewältigung und Rückblick. Wir haben dicke Bücher erhalten, die einen haben sie gelesen, die anderen nicht. Aber jedenfalls wurde da geschrieben und analysiert in einer Art und Weise, dass wir uns wirklich ins Bild setzen können, wenn wir wollen. Der Votant möchte den Rat hier auf den Stawiko-Bericht verweisen. Dieser hat eine Form und einen Umfang, die ihn lesbar machen, und er schneidet alle wichtigen Punkte an. Natürlich haben wir ein schlechtes Ergebnis. Aber Hand aufs Herz: Wir haben das schlechte Ergebnis gewusst, wir wussten bereits im letzten Sommer, was auf uns zukommt. Insofern ist das Ergebnis nicht überraschend. Eines müssen wir bedenken: Wir haben zu den Steuern festzustellen, dass wir im letzten Jahr stille Reserven aufgelöst haben. Wir werden das 2004 nochmals tun können mit Verbesserung des Veranlagungsstands. Aber dann wird diese Quelle ausgeschöpft sein. Die Steuern der Vorjahre werden im Jahr 2005 sicher nicht mehr gehalten werden können. Beim Thema Steuern noch ein Wort zu den Voten von links. Wir kennen diese, seit es das neue Steuergesetz gibt. Beachten Sie einfach, dass das Steuergesetz nicht nur von uns gestaltet, sondern auch vom Volk genehmigt wurde. Und im Rahmen dieser Steuergesetzrevision und im Abstimmungskampf wurden die Voten und Argumente ausgetauscht, so dass sich jeder ein Bild davon machen konnte, was er in die Urne geworfen hat. Eine überwältigende Mehrheit unserer Bevölkerung wollte dieses Steuergesetz.
Nun aber kurz ein Blick in die Zukunft. Natürlich macht uns die Entwicklung der Personalkosten und der zweckgebundenen Ausgaben Bauchweh. Da werden wir in

Zukunft, wenn wir das Stabilisierungsprogramm einhalten wollen, alle ganz erheblich gefordert sein. Es wird teilweise wirklich nur mit der Brechstange gehen. Ziel dieser ganzen Sache muss sein, in Zukunft zumindest ausgeglichene Rechnungen zu erreichen.
Der Votant möchte auch der Regierung danken, insbesondere der Volkswirtschaftsdirektion. Seine mehrjährigen Interventionen in der Stawiko, endlich seitlich abgegrenzte Rechnungen zu präsentieren, wurden erhöht. Dank aber auch der Finanzdirektion für die Modernisierung des ersten Teils der Staatsrechnung. Wir erhalten da Zahlen und Tabellen präsentiert, die wirklich zulassen, dass man sich die Rechnung nun transparenter vor Augen führen kann, ohne dass man hinten den ganzen Zahlenfriedhof durchforsten und studieren muss. Es ist ein Zeichen der Effizienz, dafür herzlichen Dank. Wenn es dann noch gelingt, im Rechenschaftsbericht diese Effizienz auch anzuwenden und ihn umfangmässig auf die Hälfte und dafür materiell besser zu gestalten, haben wir ein wesentliches Ziel auch noch umgesetzt. – Die CVP-Fraktion beantragt einstimmig, auf die Vorlagen einzutreten und den Anträgen der Regierung und der Stawiko stattzugeben.

Konrad **Studerus** hat so ein schönes Referat vorbereiten und kann nun ¾ streichen, weil wirklich schon sehr wichtige Sachen gesagt wurden, insbesondere vom Stawiko-Präsidenten, aber auch von Hans Peter Schlumpf und Gregor Kupper. Bevor er aber nun doch noch einige Ausführungen zur Rechnung macht, kommt er zurück auf Stefan Gisler, der die Fehlbehauptung in den Raum gesetzt hat, dass wir ein Einnahmen- und nicht ein Ausgabenproblem hätten. Er hat behauptet, dass wir die juristischen Personen zu stark entlastet hätten mit der Steuergesetzrevision. Der Votant hat zum Glück den richtigen Zettel gefunden, wo er die Steuererträge der juristischen Personen hat. 1997 waren das 83 Mio. Franken und 2003 waren es 118 Mio. Franken. Ein Plus von 45 %. Da haben wir kein Einnahmenproblem und nicht zu stark entlastet.
Bei der Rechnung ist es dem Votanten ein grosses Anliegen, dass der Rat richtig versteht, was dort steht. Wir haben zwar ein ausgewiesenes Defizit in der Laufenden Rechnung von 15,5 Mio. Franken. Wenn der ausserordentliche Aufwand wegen der Rechnungsabgrenzung (6,9 Mio. Franken) abgezogen würde, wäre unsere Rechnung nur um 8,5 Mio. Franken defizitär. Der eine oder andere könnte versucht sein zu glauben, dies sei gar nicht so schlimm. Leider müssen wir aber eine weitere Tatsache berücksichtigen: Wir müssen uns bewusst sein, dass durch die Aufarbeitung der Veranlagungsrückstände bei den natürlichen Personen statt der budgetierten 14 Mio. Franken satte 41,3 Mio. Franken Einkommenssteuern aus den Vorjahren eingingen, das ist ein Plus von 27,3 Mio. Franken. Bei gleich bleibendem Veranlagungsstand bei den Einkommenssteuern der natürlichen Personen wäre unser wirkliches Defizit eben wesentlich höher ausgefallen, nämlich in der Grössenordnung von etwa 36 Millionen Franken. Es kommt dazu, dass auch der Kantonsanteil bei der direkten Bundessteuer durch den Abbau des Veranlagungsrückstands zwangsläufig ebenfalls höher ausgefallen ist als in einem durchschnittlichen Jahr ohne Abbau von Veranlagungsrückständen. Auch dies dürfte unsere Laufende Rechnung netto zwischen 5 und 10 Mio. Franken besser aussehen lassen, als sie wirklich ist, so dass also bei gleichem Veranlagungsrhythmus (clausula rebus sic stantibus) unser wirkliches Defizit irgendwo zwischen 40 und 45 Mio. Franken betragen würde. In ein bis zwei Jahren sind diese Veranlagungsrückstände aber weitgehend abgebaut und das

Steuersoll aus den Vorjahren wird sich wieder zurückbilden. (Zwischen 1997 und 2002 lag das Steuersoll aus den Vorjahren jeweils zwischen 5 und 17,5 Mio. Franken.) Die Stawiko hat in ihrem Bericht auf diesen Umstand hingewiesen und auch im Rechenschaftsbericht ist dies umschrieben.
Konrad Studerus hat in verschiedenen Zeitungen lesen dürfen, dass die FDP auch – wie wahrscheinlich die deutliche Mehrheit in diesem Rat – von einem Ausgabenproblem spricht. Er hofft, dass die FDP diese Auffassung auch ihren Regierungsräten vermitteln kann. Vor einigen Tagen stand in der Neuen Zuger Zeitung unter dem Titel «Sparwut» über die Patentfeier im Seminar Menzingen: «In diesem Teil der Rede (von Regierungsrat Michel) ging es um die um sich greifende Sparwut. Er machte klar, dass er sich gegen das Sparen im Bildungssektor einsetzen werde.» Es geht im Kanton Zug eigentlichem gar nicht ums Sparen. Es geht nur darum, dass die exorbitanten Wachstumsraten unseres Staatshaushalts in den letzten Jahren wieder auf ein vernünftiges Mass zurückgefahren werden. Und dieses Mass muss sich entlang der Linie «volkswirtschaftliches Wachstum +/- Bevölkerungswachstum» einpendeln. Es geht also darum, ein neues vernünftiges Mass zu finden. Das unmässige Wachstum der letzten Jahre – insbesondere bei den wichtigsten Ausgabengruppen (Beiträge mit Zweckbindung und Personalausgaben) – müssen wir energisch bekämpfen. Entsprechend bittet der Votant den Rat um Unterstützung. So ist bei der Behandlung der Motion Gössi die Aufstockung um 200 Stellenprozente klar abzulehnen. Im Übrigen unterstützt Konrad Studerus die Anträge der Stawiko zur Staatsrechnung und zum Rechenschaftsbericht.

Felix **Häcki** meint, das Resultat des Abschlusses der Staatsrechnung habe nicht eigentlich überraschen können. Wenn wir uns zurückerinnern an die dazugehörige Budgetdebatte und/oder die Voten, die seinerzeit Hans Durrer bei verschiedenen Gelegenheiten hielt, wenn wir uns weiter erinnern, was alles im vorletzten und letzten Jahr an zusätzlichen Ausgaben beschlossen worden ist, musste ein Defizit resultieren. Es ist eigentlich ganz einfach: Wenn es der Wirtschaft längere Zeit schlecht geht, geht es relativ rasch auch dem Staat schlecht. Daran ist nicht etwa das neue Steuergesetz schuld, sondern die schlechten Resultate, die in der Wirtschaft erzielt wurden, verbunden mit den stagnierenden oder gar rückläufigen Einkommen der Privaten. So etwas schlägt sich natürlich in den Steuererträgen nieder. Wie die Zahlen aus der Bundessteuer zeigen, die ja durch das neue Steuergesetz nicht tangiert werden, gab es auch bei diesen Steuern massive Einbrüche. Der Votant möchte Stefan Gisler sagen, dass man merkt, dass er noch jung ist. Er hat halt die Zeit nicht erlebt, wie es vor ungefähr 50 Jahren im Kanton Zug ausgesehen hat, als die heutige Steuerpolitik erst gestartet wurde. Im Übrigen kommen zwei Drittel der Kantonssteuern nicht von den Unternehmen, sondern von den Privaten. Und da kann man weit in der Schweiz herum suchen. Man findet kaum vergleichbare steuerbare Einkommen, wo die Steuer überhaupt erst beginnt. Wir haben ja auch keine Kopfsteuer mehr und bis rund 60'000 Franken zahlt man keine Steuern mehr im Kanton Zug. Relativ tiefe Einkommen sind sehr stark bevorzugt. Und dass die natürlich keine Steuerersparnisse machen können, wenn sie keine bezahlen, ist auch klar. Die Sozialausgaben wurden überhaupt nicht gekürzt in den letzten Jahren, sondern sie wuchsen überproportional. Man muss sich eben mit den Zahlen richtig befassen, und nicht mit der ideologischen Brille hinschauen. Zur Aussage, die Armen würden immer ärmer, die Reichen immer reicher. Dazu ist kürzlich eine Studie veröffentlicht worden. Diese Behauptung

ist absurd und falsch. In den letzten 20 Jahren sind die Armen ganz klar reicher geworden. Das verfügbare Einkommen ist massiv gestiegen. Wer gelitten hat, ist der Mittelstand. Die sind stagniert. – Zu den Steuern aus Vorjahren wurde schon viel gesagt. Man muss sich aber bewusst sein, dass sich bei etlichen Firmen in den letzten ein bis zwei Jahren erhebliche Verlustvorträge aufgebaut haben, die sich in den künftigen Jahren niederschlagen werden.
Der Votant möchte jetzt keine Budgetdebatte führen. Er appelliert einerseits an die Regierung, bei der Budgeterstellung für das Jahr 2005 diesen Fakten gebührend Rechnung zu tragen. Und anderseits möchte er an den Rat, der ja für die meisten Ausgabensteigerungen verantwortlich ist, die Bitte richten, sich jederzeit bewusst zu sein, wohin blindes oder zu wohlwollendes Beschliessen von Ausgaben führt. Man sieht das gut bei der Nettofinanzschuld. In Franken pro Einwohner, d.h. also inklusiv Kind und Kegel, hat sich die Schuld von 865 Franken im Jahr 2002 um 65 % auf 1'427 Franken erhöht.
Last but not least möchte Felix Häcki dem Finanzdirektor und seinen Mitarbeitern danken und gratulieren. Er hat in seiner kurzen Amtszeit hervorragende Arbeit geleistet, schon sehr viel bewegt und neue viel versprechende Ansätze geschaffen. Zudem hat er auch die Staatsrechnung erheblich transparenter werden lassen. Es bleibt nur zu hoffen, dass er von allen seinen Kollegen auch wirklich in seinen Bestrebungen für eine vernünftige Entwicklung der Staatsfinanzen wirkungsvoll unterstützt wird, wie dies teilweise schon zu geschehen scheint. Und dass wir in Zukunft in der Staatsrechnung keine Sätze wie «Konto im Betrag der Budgetkürzung überschritten, da gebundene Ausgabe» mehr lesen müssen. Insbesondere wenn wir wissen, dass die so genannte Budgetkürzung vom zuständigen Regierungsmitglied im Rahmen der Budgetkürzungsrunde selber eingereicht worden ist. Und zu Matthias Michel wegen der Sparwut. Der Votant hat sich das schnell angeschaut. In den letzten zehn Jahren sind die Besoldungen der Lehrer von 21,8 Mio. auf 33,9 Mio. gestiegen. Und bei Nebenamt, Stellvertreter und Aushilfen von 2,5 auf 12 Mio.. Man kann wirklich nicht von Sparwut reden.

Erziehungsdirektor Matthias **Michel** ist sehr froh, dass er auf dieses Zitat angesprochen wurde. Er hat es gelesen und versteht nicht, wie man das aus seinem Referat herauslesen konnte. Er bittet die entsprechende Zeitung auch gleich um eine Berichtigung. Man kann das Referat bei ihm bestellen. Er hat aber gemerkt, woher das kam. Er sprach zur neuen Fächerverteilung und sagte, dass im Kanton Zug das Fach Hauswirtschaft nicht aus Spargründen zum Abbau vorgesehen ist wie im Kanton Zürich. Er wollte damit sagen, dass wir im Kanton Zug eine gute Ausgangslage haben und nicht aus Spargründen Fächer streichen müssen. Das Wort «Sparwut» hat er seines Wissens gar nicht benützt. Generell glaubt er, dass man im Bildungsbereich die Finanzstrategie umsetzen muss. Wenn man die heutigen Zahlen betrachtet und die neuen Abgrenzungen ausnimmt, so haben wir im Bildungsbereich ein Wachstum von 2,7 %. Damit ist das Ziel der Finanzstrategie für das nächste Jahr bereits erreicht. – Zu den Löhnen. Gerade im Bildungsbereich haben wir praktisch ausschliesslich zweckgebundene Beiträge. Und gerade dort haben wir ja ein strenges Wachstumsziel. Der Bildungsdirektor steht voll dafür ein, dass wir das erreichen. Die Anzeichen dafür, dass das gelingt, stehen gut.

Stefan **Gisler** möchte noch eine kurze Replik zu Konrad Studerus anbringen. Er hat gesagt, die AF halte das Defizit für nicht so schlimm. Das stimmt nicht. Sonst würde der Votant ja hier keinen solchen Aufstand machen um das Defizit und die Probleme bei den Steuereinnahmen. Diese nehmen im Kanton Zug in absoluten Zahlen zu. Doch es bleibt eine unverrückbare Tatsache, dass Zug sich zu billig verkauft. Wir verzichten freiwillig und unnötig auf *mögliche* Einnahmen. Und dies in einer Zeit vor dem NFA, da wir das Eigenkapital erhöhen müssten. In der Stadt Zug wies die Rechnung übrigens einen Verlust in absoluten Zahlen auf und das war mitverantwortlich für das erste Defizit seit 1971. Der Kanton Zug hat mit der Steuerreform die Kapitalsteuer massiv gesenkt. Das mag ja noch angehen. Aber gleichzeitig kommt die FDP mit einer Motion, welche die Vermögenssteuer bei den Vermögenden noch senken will. Das geht dann ans Lebendige! – Noch kurz etwas zu Felix Häcki. Eigentlich möchte der Votant das gar nicht kommentieren. Wer statt mit Argumenten jemanden mit seinem Alter widerlegen will, disqualifiziert sich selbst. Zur Armut in der Schweiz: Stefan Gisler hat die Zahlen genannt. Er empfiehlt die Studie zur Lektüre und wird sie Felix Häcki geben.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte zuerst herzlich danken für das Lob, dass Regierung und Finanzdirektion erhalten haben. Es ist nicht selbstverständlich in einem Jahr, in welchem man erstmals seit 30 Jahren ein Defizit gemacht hat. Aber dieses Lob ist natürlich für uns Motivation, weiterhin Verbesserungen zu suchen und diese auch umzusetzen. Wir werden dementsprechend dieses Lob an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeben. Positiv stimmt den Votanten auch, dass die neue Rechnungslegung beim Rat gut ankommt. Wir haben uns bemüht, leserlicher zu sein, den Text zu vereinheitlichen, Tabellen einzufügen, die mehr Transparenz schaffen. Und wir haben zu Handen des Rats und der Medien die gleichen Grundlagen abgegeben. Das schafft auch mehr Transparenz. – Was das statistische Handbuch anbetrifft, so hat der Finanzdirektor auch einmal gemeint, man solle das anpassen und revidieren. Er hat sich aber eines Besseren belehren lassen. Denn wir haben im Kanton kein statistisches Amt und dafür ein statistisches Jahrbuch, den Rechenschaftsbericht. Und dieser beinhaltet eigentlich alles, was in der Kantonsverwaltung abgeht. Peter Hegglin möchte dem Rat beliebt machen, dass wenn jemand etwas über den Kanton wissen will, vielleicht vor dem Schreiben einer Interpellation: Schauen Sie im Rechenschaftsbericht nach, dort ist es mit grosser Sicherheit abgehandelt. – Was die Transparenz anbetrifft, so hat der Votant dem Rat vor einem Jahr eine Ertragswarnung durchgegeben. Wir haben damals gesagt, dass die Steuererträge nicht so hoch liegen, wie sie budgetiert sind. Das hat dann dazu geführt, dass wir die Finanzstrategie überarbeitet haben. Wir haben dort Zielvorgaben gesetzt. Heute wurde gesagt, man hätte sie zum Teil noch tiefer setzen sollen. Peter Hegglin ist überzeugt, dass sie ambitiös sind und dass die Regierung alles daran setzt, sie einzuhalten. Wir sind jetzt in der Budgetierungsphase und er kann dem Rat sagen: Es ist nicht einfach, diese Vorgaben einzuhalten. Wenn er dieses Jahr keine Ertragswarnung durchgibt, dann begründet sich das darin, dass die Steuererträge über dem Vorjahr liegen. Wir sind schätzungsweise auf Ende Jahr etwa 5 % über dem Steuerertrag des letzten Jahres. Er möchte aber nicht davon ablenken, dass das Rechnungsjahr 03 mit einem Defizit von 15,5 Mio. abgeschlossen hat. Wenn wir die transitorischen Abgrenzungen abrechnen, ist das mit den Vorjahren vergleichbare Defizit 7 Mio.. Das Budget hat sich dann auch nicht um 31 Mio. verschlechtert,

wie es im Stawiko-Bericht heisst, weil man die transitorischen Abgrenzungen ja auch hätte abrechnen müssen. Dann wären es effektiv 22 Mio., um welche sich die Rechnung verschlechtert hat.
Zu den Steuererträgen. Im Gegensatz zu anderen Kantonen haben wir doch mehr Steuererträge als in den Vorjahren, wenn auch weniger als budgetiert. Und vor allem bei den natürlichen Personen. Es wird jetzt immer gesagt, es seien vor allem die Steuererträge der Vorjahre. Das ist richtig, es ist einerseits der Veranlagungsrückstand, den wir abbauen, aber auf der anderen Seite ist es eben auch die Genauigkeit der provisorischen Rechnungen. Wenn diese zu tief gestellt werden, gibt es auch Nachzahlungen. Der Finanzdirektor ist natürlich froh, wenn die die Rechnungen eher tief gewesen sind, dann gibt es noch Nachzahlungen. Das Gegenteil wäre schlechter. Wie sich aber diese Zahlen in Zukunft verändern werden, ist schwierig abzuschätzen. Es haben praktisch alle Kantone mit der Umstellung von der zweijährigen auf die einjährige Veranlagung mehr Steuererträge aus den Vorjahren. Vermutlich wird diese Summe kleiner, aber sie wird kaum verschwinden. Wir werden dort auch in Zukunft massgebende Steuererträge haben. Der Einbruch bei den juristischen Personen ist ein konjunkturelles Problem. Die Steuergesetzrevision ist ja 01 in Kraft getreten und haben wir das Rechnungsjahr 03. Ob es richtig gewesen ist, mag der Votant jetzt nicht kommentieren.
Zu den PK-Nachzahlungen. Es wurde im Stawiko-Bericht verlangt, dass wir überprüfen, ob noch weitere Nachzahlungen geleistet werden müssen. Wir sind daran und es wird eine gewisse Zeit dauern, um diese Überprüfungen vorzunehmen. Zur Besetzung des Pensionskassenvorstands. Die Gesetzesrevision läuft und da haben Sie die Möglichkeit, entsprechende Korrekturen zu machen. Die Regierung wird auf jeden Fall für die laufende Amtsdauer die Zusammensetzung des Vorstands nicht ändern. Die Vorstandsmitglieder sind gewählt und wenn keine Rücktritte kommen, wird es so bleiben. Was die Staatsgarantie für die PK betrifft, so gilt sie nur für die Kantonsangestellten. Diese sind ein kleiner Teil der 6'500 Versicherten. Es sind rund 1'600. Diese Staatsgarantie käme ja nur dann zum Tragen, wenn auf einmal alle Versicherten die Mitgliedschaft künden und austreten würden. Dann müsste allenfalls eine Deckungslücke finanziert werden. Sonst ist der Deckungsgrad ja nur eine rechnerische Grösse.
Zur Personalbudgetierung. Es ist uns jetzt schon gelungen, dort Klarheit zu schaffen. Tatsache ist, dass beim Budgetierungsprozess ganze Ordner voller Zahlen hin und her geschoben werden. Wichtig ist natürlich, dass diese Zahlen auch gelesen werden und man sich damit befasst. Die Zahlen waren auch in der Vergangenheit auf den entsprechenden Ämtern vorhanden, aber vielleicht hat man sie nicht gelesen. – Zum Sparen und ob die Probleme auf der Ertrags- oder auf der Aufwandseite liegen. Jeder, der eine Vereins- oder Haushaltskasse führt, weiss, dass wenn er die Aufwandseite nicht im Griff hat, er noch so viel Ertrag hineinbringen kann und doch nie eine ausgeglichene Kasse hat. Insofern haben wir jetzt auf der Aufwandseite begonnen, ausgehend von der Finanzstrategie, und haben begonnen, die Ausgaben in den Griff zu bekommen. Wir möchten Ihnen vor dem Budgetprozess für das Jahr 2005 dann unser Stabilisierungsprogramm vorlegen, wo Sie sehen, in welchen Bereichen wir Anpassungen vornehmen wollen. Primär möchten wir die Abläufe verbessern, die Effizienz steigern und dann erst am Schluss, wenn es nicht mehr geht, auf das Materielle greifen, wo es dann effektiv zu Kürzungen kommt. Was die Ertragsseite betrifft, ist Peter Hegglin ebenfalls der Meinung, dass wir spätestens, wenn der NFA kommt, ein Problem haben, das wir angehen müssen.

Unsere Steuerpolitik ist nicht falsch. Es ist auch nicht ganz richtig, wenn man sagt, wir machten Steuerdumping. Der Kanton Zug macht keine Steuergeschenke. Gerade im Ansiedlungswettbewerb hat er noch nie ein Steuergeschenk gemacht; im Gegensatz zu andern Kantonen, die bis zu zehn Jahren Steuerbefreiung anbieten. Wir stehen sehr oft im Wettbewerb mit solchen Konkurrenten. In dieser Hinsicht ist der Votant auch in einer Arbeitsgruppe der eidg. Steuerverwaltung, die nach Lösungen sucht, damit keine schädliche Steuerpolitik betrieben wird. Der Kanton Zug erhält gerade von der Steuerverwaltung ein gutes Zeugnis, weil wir uns an die Vorgaben halten und keine Geschenke machen. Bei uns zahlen *alle* tiefe Steuern und nicht nur spezielle Bevölkerungsgruppen. Was die Konkurrenz betrifft, so stellen wir fest, dass andere Kantone nachziehen und in gewissen Bereichen schon günstigere Tarife haben als wir. D.h. für uns, dass wir unser Steuergesetz überprüfen. Die Regierung hat in der Antwort zur kleinen Anfrage der CVP gesagt, dass wir möglichst ein Gesamtpaket schnüren möchten für Steuergesetzanpassungen. Wir sind am überlegen, ob wir es trotzdem aufschnüren sollen und ein erstes Paket mit eher technischen Anpassungen vornehmen und dann ein zweites Paket mit mehr materiellen Anpassungen. Damit wird wieder ein grosses Reformpaket in der Finanzdirektion eröffnet. Peter Hegglin hat eigentlich schon genügend Grossprojekte und er ist nicht unbedingt ein Fan von Riesenprojekten, die dann am Schluss vielleicht gar nichts bringen. Er möchte eher einen pragmatischen Ansatz verfolgen.
Was die Verschiebung der Investitionen betrifft, so können wir jene, die wir jetzt tätigen, kaum verschieben. Das macht keinen Sinn. Wir haben jetzt mit dem Spitalbau in Baar begonnen und wenn man jetzt sagt, wir sollten die Investitionen in die Zukunft verschieben, dann ist das nicht gespart, sondern nur aufgeschoben. Was die Investitionen im Strassenbau betrifft, so werden diese ja über die Spezialfinanzierung Strassenbau finanziert.
Zum Schluss noch ein Wort zu Pragma. Wir sind an der Umsetzung, definieren Verordnungen und Leistungsaufträge. Das ist alles schon relativ gut gelungen. Was Peter Hegglin am meisten Sorgen macht, ist die Umsetzung der Kosten-/Leistungsrechnung. Da haben wir uns auch in anderen Kantonen informiert. Und wenn er dann von anderen Städten und Kantonen hört, dass man pro Amt zwischen 0,3 und 0,5 Personaleinheiten einsetzen muss für Kosten-/Leistungsrechnung und Controlling, macht das ihm schon etwas Bauchweh. Wenn er an unsere 70 Ämter denkt und das mit diesem Wert multipliziert, gibt das einen Personaleinsatz, den er nicht vertreten wird. Wir werden dort sehrt grossen Druck ausüben, dass die Einführung auch pragmatisch ist. Der Votant ist nicht bereit, 1 Mio. Franken einzusetzen, um 100'000 Franken einsparen zu können.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat schliess sich den Anträgen des Regierungsrats und der Erweiterten Staatswirtschaftskommission an und genehmigt sowohl die Staatsrechnung 2003 wie auch die Jahresrechnung 2003 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

434 RECHENSCHAFTSBERICHT DES REGIERUNGSRATS FÜR DAS JAHR 2003

Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1235.1/1173.3/1191.4 – 11484).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Direktion des Innern

Andrea **Hodel** weist darauf hin, dass Rechenschaftsbericht und Staatsrechnung eng zusammenhängen. Sie erlaubt sich deshalb, bei der Detailberatung zum Rechenschaftsbericht Fragen zu Beidem zu stellen. – Die FDP des Kantons Zug ist mit der Führung der Direktion des Innern nicht zufrieden. Die Kritik setzt an folgenden Punkten an. Betrachten wir die Staatsrechnung so fällt nicht nur die von der Stawiko bereits gerügte Begründung bzw. Nicht-Begründung beim Kto. 36501 auf S. 33 auf, sondern auch, dass beispielsweise Begründungen für höhere Kosten ganz fehlen, etwa bei der Besoldung des hauptamtlichen Personals beim Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst oder bei der Budgetüberschreitung für das hauptamtliche Personal und Aushilfen im Sozialwesen. Diese Budgetüberschreitung beträgt immerhin mehr als 70'000 Franken. Auch erstaunt, dass auf S. 33 ganz oben der Staatsrechnung beim Seereinigungsdienst eine Kostenüberschreitung von über 30'000 Franken zu verzeichnen ist, wobei ausgeführt wurde, Monitoring und Betrieb neues SRG aufwendiger als erwartet. Eine eigentliche Begründung fehlt nach Ansicht der FDP-Fraktion.
Einmal abgesehen von der teilweise nicht vorhandenen oder nicht nachvollziehbaren Begründung der Budgetüberschreitungen, die das Bild, wie es von der Stawiko aufgezeigt wurde, noch verstärkt, ergibt sich auch aus dem Rechenschaftsbericht und insbesondere den noch hängigen Geschäften, dass die Direktion des Innern mit der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen sehr stark im Rückstand ist. So fehlt uns nach wie vor ein Vorschlag bezüglich der Motion Heinz Tännler und Hans Durrer betreffend Beurkundungskompetenz für Notare und das Grundbuchamt aus dem Jahre 2001. Es fehlt ein Vorschlag über die Änderung des Gesetzes für Wahlen und Abstimmungen, obwohl wir immer verlangt haben, dass die Änderung vor den nächsten Gesamterneuerungswahlen vorliegen, durchberaten und auch in Kraft gesetzt werden muss. Auch der Gebührentarif im Grundbuchwesen lässt auf sich warten. Das Gleiche gilt für das Sozialhilfegesetz und einen Bericht und Antrag zur FDP-Motion betreffend Fürsorgestopp für abgewiesene Asylbewerber. Ebenfalls fehlt es am Vorschlag betreffend der erheblich erklärten Motion betreffend Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Im Rechenschaftsbericht wird, soweit dazu Stellung genommen wird, darauf hingewiesen, dass Thesenpapiere vorgelegt wurden und Vorschläge in Bearbeitung sind, Resultate liegen aber nicht vor. Wir würden uns wünschen, dass dem Kantonsrat nun auch Vorschläge vorgelegt werden.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, möchte zu den Punkten Stellung nehmen, so gut sie das kann. Zum Seereinigungsdienst wusste sie nicht, dass eine Frage kommen wird, aber es war so, dass im letzten Jahr der Seereinigungsdienst beim Seer-

einigungsboot eine Spezialanfertigung konstruiert hat, die aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt wurde. Und dieser Aufbau hat mehr Arbeitskraft benötigt, als wir erwarten konnten. – Zu den hängigen Geschäften Folgendes. Beurkundungskompetenz, das ist eine Motion, die mit der Revision des Beurkundungsgesetzes behandelt wird. Die Regierung hat die Priorisierung in diesem Bereich wie folgt gesetzt: Zuerst kommt der Grundbuchgebührentarif, der nächstens in die Vernehmlassung gehen wird. Die Vorlage ist am nächsten Dienstag bei der Regierung. Das Beurkundungsgesetz wird erst in zweiter Priorität angegangen. Und dann natürlich auch diese Motion Tännler darin verarbeitet. – Zum Wahl- und Abstimmungsgesetz haben wir ja jetzt diese kleine Teilrevision behandelt. Die grosse Totalrevision wird aber der Regierung nächstens vorgelegt werden und nachher in die Vernehmlassung gehen. Es ist eigentlich bereit. Die Bundeskanzlei hat dazu bereits Stellung genommen. – Das Sozialhilfegesetz steht in sehr engem Zusammenhang mit der Zuger Finanz- und Ausgabenreform. Die Votantin erinnert daran, dass im ersten Paket der Bereich der Sozialhilfe sehr stark involviert ist. Es wird parallel behandelt und nächstens auch bereit sein. Und selbstverständlich auch die Motion von Andrea Hodel, die genau ein Jahr alt ist. Die Grundlagen für den Fürsorgestopp für Nichteintretensentscheide vom Bund sind sehr kurzfristig gekommen, nämlich erst diesen Frühling. Wir mussten darauf warten, bis wir aktiv werden konnten, um überhaupt zu wissen, wie wir damit umgehen sollen. Das betrifft nicht nur den Kanton Zug, sondern auch die anderen Kantone.

Baudirektion

Vreni **Wicky** erinnert daran, dass wir betreffend die Kostenüberschreitungen bei der Strafanstalt noch immer keine detaillierten Informationen erhalten haben. Sie wusste nicht ganz genau, wen sie anfragen soll, die Sicherheits- oder die Baudirektion. Lieber hätte sie die Sicherheitsdirektion gefragt, weil sie sich ein wenig scheut vor der knappen Antwort des Baudirektors.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass bis Ende August 04 Zeit ist, diese Interpellation zu beantworten, und er hofft, diesen Termin einhalten zu können.

Sicherheitsdirektion

Andrea **Hodel** ist auch bei der Sicherheitsdirektion das Fehlen von Begründungen von einigen Kostenüberschreitungen aufgefallen. So ist z.B. auf S. 87 zu lesen, bei immerhin knapp 300'000 Franken Budgetüberschreitung bei Kto. 31503 und 31506, «zu optimistisch budgetiert». Das ist keine Begründung. Wir hätten gerne eine materielle Aussage bei derart hohen Kostenüberschreitungen. Dann hat die Votantin auch eine Frage, bei der sie nicht genau wusste, ob sie zum Baudirektor oder zum Sicherheitsdirektor gehört. Es ist ihr bei der Baudirektion auf S. 311 aufgefallen, dass bezüglich der Asyldurchgangsstation festgehalten wurde «überdurchschnittliche Beanspruchung, da sehr hohe Reparaturkosten angefallen sind». Heisst das im Klartext, es gibt Sachbeschädigungen? Und werden diese auch geahndet? Das würde dann wieder zur Polizei gehören. Anders kann sich die Votantin diese Umschreibung

nicht vorstellen. Bezüglich der Strafanstalt Zug ist ihr nicht beim Bau etwas aufgefallen, sondern dass man hier einen Lehrer angestellt hat. Frage: Ist das eine Vollzeitstelle, ist die Stelle notwendig und wurde sie budgetiert, bzw. ist sie im Stellenplafonierungsbeschluss? Auch hätte sie etwas fragen wollen zu den Juristenstellen, aber da sind ihr der eloquente Landschreiber und der noch eloquentere Sicherheitsdirektor zuvorgekommen. Sie haben die Votantin eingedeckt mit allen Antworten und Hanspeter Uster hat ihr noch gesagt: Wenn Du mich auch noch meinst – ich bin vom Juristen zum Politiker mutiert und zähle nicht.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** bestätigt, dass es tatsächlich so ist, dass wir bei zwei Konti der Zuger Polizei, bei Unterhalts- und Reparaturkonti, zu wenig budgetiert haben, bzw. unvorhergesehene Reparaturen und Kosten dazu gekommen sind, von denen wir nichts wussten, als wir budgetiert haben. Wir werden das nächstes Mal nicht mehr als zu optimistisch bezeichnen, sondern einfach auf das Problem hinweisen, dass wenn etwas kaputt geht, man es dann – damit der Betrieb weiter gehen kann – reparieren muss. – Zur Frage wegen der Lehrerstelle in der Strafanstalt. Es ist eine 10 %-Stelle mit Lohnkosten von 12'000 Franken und ca. 2'000 Franken Schulungsmaterial. Es ist ein Projekt, das auf zwei Jahre befristet und deshalb im genehmigten Aushilfskonto drin ist. Nach dem neuen Strafgesetzbuch müssen die Strafanstalten auf Angaben über Betreuung, Arbeit, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Wiedergutmachung, Beziehung zur Aussenwelt machen. Deshalb haben wir jetzt einen Pilot für zwei Jahre. Der heute angestellte Lehrer hat breite Erfahrungen in der Erwachsenenbildung. Es geht um Erwachsenenbildung, insbesondere mit dem Thema Gewalt. Themen, die mit den Insassen bearbeitet werden, sind Neuorientierung im Beruf, Wie mache ich ein Bewerbungsschreiben, Lerndisziplin, Lernen in Gruppen, Beurteilung von Arbeitszeugnissen, Kindererziehung, Lernmöglichkeiten zu erkennen, zeigt grundsätzlich die Möglichkeit zur Veränderung auf. Und die Chance, Veränderungen wahrzunehmen, ist eine wichtige Grundlage dafür, sich ein anderes Leben als ein kriminelles vorzustellen. Allerdings gibt es Widerstände bei den Insassen selber. Sie haben keine Freude, dass sie in die Schule müssen und Lernen lernen müssen. Das passt ihnen nicht, aber wir wollen das trotzdem machen. Es kommt jetzt auch besser an und die Insassen sehen, dass es ihnen für das künftige Leben etwas bringt. Das sind die Gründe, wieso wir diesen Pilot gemacht haben, und wir können in einer Kurzbilanz nach einem guten halben Jahr sagen: Es hat sich bis jetzt sehr gut bewährt. – Zur Frage zur Durchgangsstation nimmt der Baudirektor Stellung. Es ist eine Betreuungssache, für die übrigens die Direktion des Innern zuständig ist.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass die Durchgangsstation für Asylsuchende einen Gebäudeunterhalt von 122'162 Franken erforderte. Die Auslagen waren hoch, weil die Bewohnerinnen und Bewohner einen anderen Umgang mit anvertrautem Gut pflegen, als wir es gewohnt sind.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht.

435 ZWISCHENBERICHT DES REGIERUNGSRATS ZU DEN PER ENDE MÄRZ 2004 ZUR BERICHTERSTATTUNG FÄLLIGEN PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1231.1 - 11473) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1235.1/1173.3/1191.4 – 11484).

EINTRETEN ist unbestritten.

Der **Vorsitzende** macht folgenden Hinweis: Sie haben am 28. Januar 2004 im Rahmen der Kleinen Parlamentsreform folgende Änderung von § 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung beschlossen: «… in Ausnahmefällen kann der Kantonsrat die Jahresfrist zur Behandlung einer Motion oder eines Postulats auf Grund eines Zwischenberichts des Regierungsrats maximal um ein Jahr erstrecken. Liegen äussere Umstände vor, welche die fristgemässe Berichterstattung verunmöglichen, so kann der Regierungsrat die Frist auf Grund eines Zwischenberichts des Regierungsrats nochmals erstrecken.» Diese Änderung der Kleinen Parlamentsreform ist am 1. Mai 2004 in Kraft getreten. Sie betrifft somit auch diese Vorlage. Auf Grund dieser Änderung können die Geschäfte gemäss Vorlage zwar nochmals um ein Jahr erstreckt werden. Im nächsten Jahr aber ist eine weitere Erstreckung für dieselben Geschäfte nur noch einmalig und unter erheblich erschwerten Voraussetzungen möglich. – Es handelt sich hier um formelle Fristersteckungsgesuche gemäss § 39 Abs. 2 und § 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kantonsrats. Stellt jemand aus dem Rat den Antrag, dass für ein bestimmtes Geschäft das Fristerstreckungsgesuch um ein Jahr nicht zu bewilligen ist? Das ist nicht der Fall.

➔ Der Rat genehmigt den Zwischenbericht und stimmt allen Fristerstreckungsgesuchen um ein Jahr zu.

Der **Vorsitzende** beantragt, dass Trakt. 11 (Polizeischule Hitzkirch) vorgezogen wird, weil dieses Geschäft dringend ist und die Nachmittagssitzung ausfällt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

436 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUM KONKORDAT VOM 25. JUNI 2003 ÜBER ERRICHTUNG UND BETRIEB EINER INTERKANTONALEN POLIZEISCHULE HITZKIRCH

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1182.1/.2 – 11311/12), der Kommission (Nr. 1182.3 – 11461) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1182.4 – 11469).

Kommissionspräsidentin Andrea **Hodel** hält fest, dass die Kommission den Bericht und Antrag des Regierungsrats nicht nur an zwei Sitzungen, sondern auch durch ergänzende Fragen, die insbesondere die Besonderheiten und Auswirkungen für den Kanton Zug betrafen, sehr intensiv beraten und diskutiert hat. Die Kommission musste nach Vorlage des Berichts und Antrags des Regierungsrats feststellen, dass wohl die Polizeischule und damit der Konkordatstext in der Vorlage sehr genau und für alle Kantone einheitlich beschrieben wurden, dass aber Aussagen zu den Auswirkungen für den Kanton Zug fehlten. Diese Antworten haben wir im Nachhinein von der Regierung und auch dem Projektleiter, Beat Henseler, der gleichzeitig Kommandant der Kantonspolizei Luzern ist, erhalten. An dieser Stelle nochmals einerseits unseren besten Dank, anderseits aber die Bitte an die Regierung, in Zukunft sich doch nicht einfach auf den Bericht aus interkantonaler Sicht zu beschränken, sondern auch von Beginn weg die Konsequenzen einer Umsetzung im eigenen Kanton aufzuzeigen. Wenn die Kommissionen trotz jährlichen Mehrkosten von etwas mehr als 120' bis 130'000 Franken pro Jahr für die Grundausbildung einstimmig hinter dem Beitritt zum Konkordat über die interkantonale Polizeischule Hitzkirch steht, so nochmals kurz zusammengefasst aus folgenden Gründen.

1. Die Kommission verspricht sich eine erhebliche Qualitätsverbesserung durch die Professionalisierung der Ausbildung und das Arbeiten in kleineren Klassengrössen.
2. Die Ausbildung dauert nur noch neun bis zehn Wochen und es fallen 280 Betreuungstage bei sieben Polizeianwärter oder Polizeianwärterinnen pro Jahr weg, so dass sowohl Instruktoren als auch jüngere Polizistinnen und Polizisten, die die Ausbildung absolviert haben, rascher und effizienter in der täglichen Arbeit eingesetzt werden können.
3. Mit der Beteiligung des Kantons Zug an der IPH erhalten wir auch eine Garantie, dass unsere Polizeianwärter und Polizeianwärterinnen wirklich einen Ausbildungsplatz erhalten. Wartezeiten und damit eine Verschiebung des Einsatzes können vermieden werden.
4. Der Nicht-Beitritt würde bedeuten, dass der Kanton Zug beispielsweise beim Zürcher Polizeikonkordat oder beim Ostschweizer Konkordat sich für mehr Geld einkaufen müsste und eine genügende Anzahl Ausbildungsplätze nicht gesichert wäre.

Dies alles sind Gründe, weshalb die Kommission einstimmig beschloss, auf die Vorlage einzutreten, womit sie ihr auch zugestimmt hat. Wenn heute durch die Stawiko und auch durch die FDP-Fraktion Kritik aufkommt an den höheren Kosten, der Lösung eines Baurechtsvertrags und der Frage der Konkordatsdauer, so liess sich auch die Kommission dazu instruieren und die Votantin kann ergänzend noch Folgendes anführen. Die Begründung, weshalb höhere Kosten akzeptiert werden können, haben Sie bereits gehört. Dass das Konkordat die Liegenschaften im Baurecht

übernehmen kann, ist aus Sicht der Kommission sinnvoll, will doch eine interkantonale Organisation nicht plötzlich Liegenschaften zu Eigentum erwerben und sich dann mit zusätzlichen Abschreibungen und auch der Frage, was nach Ablauf des Konkordates mit den Liegenschaften geschehen soll, befassen müssen. Aufgabe des Konkordats ist es, die Polizeischule zu führen, nicht aber möglichst viel Energie in die Verwaltung eigener Liegenschaften zu investieren.
Richtig ist auf den ersten Blick der Einwand der FDP, dass die Konkordatsdauer sehr lang ist. Umgekehrt ist aber festzuhalten, dass Luzern, wie dies eben bereits im Bericht der Kommission auf S. 10 festgehalten wurde, sehr hohe Vorleistungen erbringt, indem sie die Einführungskosten bis zum Schulbeginn in der Höhe von 7 Mio. Franken vorfinanziert und auch die Liegenschaften zu einem günstigen Baurechtszins zur Verfügung stellt. Dies kann der Kanton Luzern nur dann tun, wenn er die Sicherheit hat, dass eben das Konkordat eine gewisse Dauer, hier 30 Jahre, Bestand hat.
Dies die Gründe, weshalb Andrea Hodel namens der einstimmigen Kommission ersucht, auf diese Vorlage einzutreten und damit zum Konkordat über die Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeischule Hitzkirch zuzustimmen.
Bereits vorwegnehmen kann sie, dass der Sicherheitsdirektor sie informiert hat, dass im Kanton Schwyz und Basel-Stadt die Regierungen dem Parlament beantragen, dem Konkordat auch beizutreten. Dass aber umgekehrt, weil es Verzögerungen bei den Beratungen gibt, mit einem Start der Schule auf September 2007 zu rechnen ist.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** weist darauf hin, dass sich an der geplanten Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) elf Kantone sowie die Stadt Luzern beteiligen sollen. Entscheidend ist die Zusage des Kantons Basel-Stadt; sagt er nicht zu, muss das Konkordat neu ausgehandelt werden. Das zu Grunde liegende Konkordat sieht vor, dass die IPH eine selbstständige rechtsfähige Anstalt der Konkordatspartner darstellt. Sie wird mit einem Globalbudget von maximal 13,66 Mio. Franken pro Jahr für die erste vierjährige Leistungsauftragsperiode ausgestattet. Der Anteil des Kantons Zug beläuft sich auf rund 433'000 Franken pro Jahr. Dieser Betrag beinhaltet einen fixen und einen variablen Teil. Der fixe Teil beträgt 70 % und wird nach dem Tragfähigkeitsprinzip basierend auf der Korpsgrösse, der Einwohnerzahl und der Anzahl Teilnehmertage der letzten vier Jahre berechnet. Der variable Teil beträgt 30 % und richtet sich nach dem Verursacherprinzip entsprechend der tatsächlichen Anzahl der auszubildenden Polizeianwärterinnen und -anwärter. Wir stellen fest, dass es sich bei diesen Schlüsseln um eine Momentaufnahme bei den verschiedenen Konkordatspartnern handelt. Da die Kennwerte Veränderungen unterliegen, müssen diese ab Betriebsaufnahme der IPH laufend aktualisiert und jährlich angepasst werden.
Das Konkordat ist auf 30 Jahre angelegt, d.h. ein Austritt vor dem Jahr 2035 ist nicht möglich. Und hier liegt ein Problem dieser Vorlage. Bisher waren die Ausbildungskosten für Polizeianwärter zu einem grösseren Teil variabel. Mit dieser Vorlage schaffen wir uns eine äusserst langfristige Verpflichtung und laden der Laufenden Rechnung zu 70 % fixe Kosten und damit gebunden Ausgaben auf. Der Votant erinnert dabei an die Vorgaben der Finanzstrategie und an das Projekt nachhaltige Finanzen Zug (NFZ): Das Ziel ist ein Wachstum der Zweckgebundenen Ausgaben um durchschnittlich maximal 3 %. Diese Vorlage schafft weitere zweckgebundene Ausgaben. Wir stellen ebenfalls fest, dass die Kosten für den Kanton Zug für die

Grundausbildung von Polizeianwärterinnen und -anwärtern jährlich um 120'000 bis 130'000 Franken ansteigen werden. Auf den ersten Blick erstaunt es schon, wenn trotz grösserer Trägerschaft und einer Koordination der Ausbildung über regionale Grenzen hinaus die Gesamtkosten steigen. Die vorberatende Kommission zeigt aber in ihrem guten Bericht auf S. 4 und 5 klar die Vorteile bzw. den Nutzen dieser Vereinbarung auf:
1. Bessere Ausbildung in kleineren Klassen
2. Reduktion des Aufwandes kantonaler Instruktoren und Mentoren
3. Einfachere Koordination bei interkantonalen Einsätzen
4. Aufnahmegarantie für unsere Polizeianwärterinnen

Die Stawiko erwartet, dass durch die höheren Ausbildungskosten tatsächlich auch die Qualität und Effizienz der Polizeiarbeit gesteigert werden und dass zukünftige Personalbegehren tiefer ausfallen. Der geringere Aufwand an Betreuungstagen und an Instruktoren-Einsätzen beträgt eine halbe Stelle, und nicht, wie in unserem Bericht erwähnt, eine Stelle. Diese halbe Stelle steht der Polizei mit Start der IPH für andere Aufgaben zur Verfügung. Diesem Umstand ist bei zukünftigen Personalbegehren Rechnung zu tragen.

Noch ein Wort zur Kapitalausstattung der IPH; diese sieht wie folgt aus: 7 Mio Franken als zinsloses Darlehen des Kantons Luzern, 20 Mio. Franken Immobilien im Baurecht einmaliger kapitalisierter Baurechtszins, 27,5 Mio. Franken als verzinsliches Darlehen von Dritten (damit werden noch Umbauten und Neubauten erstellt); das ergibt total 54,5 Mio. Franken. Die Schule startet dementsprechend ausschliesslich mit Fremdkapital. Wie wir in unserem Bericht erwähnt haben, waren uns die Modalitäten der Übernahme der Liegenschaften und des Baurechtsvertrags unklar. In der Zwischenzeit hat uns Hanspeter Uster entsprechende Unterlagen zugestellt. Hier rächt es sich halt, dass der Bericht wirklich zu kurz war. Die Kommission hat das ganze aufgearbeitet und später kommen Fragen, die dann auch noch beantwortet werden müssen. Mit einem etwas längeren Bericht wäre das wesentlich effizienter abgelaufen.

Gemäss Angaben der Sicherheitsdirektion besteht bis heute kein ausformulierter Baurechtsvertrag. Diese Arbeit wird nun an die Hand genommen. Die Sache mit dem Baurecht ist deshalb ungewöhnlich, weil normalerweise ein Baurecht für ein Grundstück vergeben wird und der Baurechtnehmer sein Gebäude darauf erstellt. In diesem Fall besteht das Gebäude schon und geht an die IPH über. Wegen des Standortvorteils muss der Kanton Luzern einen deutlichen Abschlag vom geschätzten Wert in Kauf nehmen. Der von KPMG geschätzte Wert beträgt 55 Mio., der Baurechtswert nur 20 Mio.. Das Konstrukt «Baurechtsvertrag» wurde scheinbar aus politischen Gründen gewählt, um einen möglichen politischen Widerstand im Kanton Luzern besser abfangen zu können. In der Eröffnungsbilanz sind die Liegenschaften mit 47.5 Mio eingestellt. Dies wird damit begründet, dass die IPH nach Erwerb des Baurechts zusätzliche Umbauen und Neubauten im Wert von 27.5 Mio. Franken tätigen wird. d.h. 20 Mio. für das Baurecht und 27.5 Mio. für die Neu- und Umbauten, womit der Betrag von 47.5 Mio. erklärt ist.

In Bezug auf Art. 14 betreffend Interparlamentarischer Geschäftsprüfungskommission erachtet es die Stawiko als zweckmässig, dass die beiden dem Kanton Zug zufallenden Sitze mit den Stawiko-Mitgliedern, welche das Budget und die Rechnung der Sicherheitsdirektion prüfen, besetzt werden.

Abschliessend noch ein Wort zum Thema Konkordatskommission. Heute sind wir gezwungen, einer Vorlage zuzustimmen, die unsere Staatsrechnung unbefriedigend

lang mit gebundenen Ausgaben belastet. Verschieden finanzielle Modalitäten sind unklar. Wir stimmen aber zu, weil ein Alleingang nicht sinnvoll erscheint. Wir stimmen zu, weil wir Zuger nicht ein Konkordat blockieren und gewisse kritische Fragen nochmals aufbringen wollen. Diese Vorlage zeigt den Nutzen einer Konkordatskommission auf. Die kritischen Fragen zur Vertragslaufzeit, zu finanziellen und organisatorischen Gesichtspunkten können zu einem Zeitpunkt gestellt werden, zu dem noch Änderungen möglich sind. Situationen wie die heutige gehören dann definitiv der Vergangenheit an. – Die Stawiko beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** beantragt im Namen der AF, auf die Vorlage einzutreten und dem Konkordatsbeschluss zuzustimmen.
Aus unserer Sicht lohnt es sich für unseren Kanton, das zusätzliche Geld zu investieren, denn den Mehrkosten steht ein Mehrwert gegenüber. Einerseits ein qualitativer, andererseits ein quantitativer. Der qualitative Mehrwert bezieht sich auf die Arbeitsvoraussetzungen in der künftigen Ausbildung. So sind neue Lehr- und Lernformen vorgesehen, des weiteren Gruppenunterricht sowie Lernen durch praktisches Tun. Die Qualität zeichnet sich ausserdem durch neue inhaltliche Schwerpunkte und Methoden aus. So werden neu zu vermittelnde Fächer wie Psychologie, Menschenrechte und Ethik, Tätigkeit im praktischen Polizeieinsatz und bei der Quartierpolizei eingeführt. Der quantitative Mehrwert bezieht sich auf die konzentrierte Ausbildungsweise in theoretischer und praktischer Hinsicht. Ausserdem überzeugt uns die Begeisterung und der hohe Anspruch, welche die Initianten an ihre neue Schule haben. Frauen ist die Votantin, nota bene, in diesem Zusammenhang keinen begegnet. Die Initianten also haben sich zum Ziel gesetzt, auf dem aktuellsten Stand der Ausbildung zu sein und wollen diesem Ziel auch längerfristig verpflichtet bleiben.
Ein Hauptaugenmerk möchte Rosemarie Fähndrich nun noch auf das bereits angetönte Thema Frauen im Projekt der Polizeischule richten. Es geht ihr dabei um die geschlechtergerechten Anforderungen im künftigen Lehrkörper. Der heutige Anteil der in Ausbildung stehenden weiblichen Personen liegt bei 20 bis 30 %. Der Frauenanteil im Lehrkörper ist bedeutend tiefer. Wie tief er wirklich ist, entzieht sich ihrer Kenntnis. Dieser Umstand veranlasst sie, darauf hinzuweisen, dass im Bereich der Gleichstellung innerhalb des Lehrpersonals Nachholbedarf besteht. Und wir bitten die zuständigen Organe, die im Jahr 2005 die Lehrpersonen anstellen werden, diesem Thema entsprechende Beachtung zu schenken.

Alois **Gössi** ist im Namen der SP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage und für den Beitritt zum Konkordat. Die wichtigsten Punkte für uns sind:

- Wir haben keine andere Wahl als mitzumachen, wenn wir sicher sein wollen, dass unsere Polizei auch in Zukunft immer genügend Ausbildungsplätze hat
- Verbesserte Qualität der Ausbildung
- Durch die Verbesserung der Ausbildungsqualität weniger Betreuungsaufwand danach von den übrigen Korpsangehörigen
- Einheitliche Doktrin der verschiedenen Polizeikorps auf Grund der gemeinsamen Grundausbildung und insbesondere danach bei der gemeinsamen Weiterbildung.

Für uns gibt aber auch noch einige Aber:

- Im Hinblick auf die Ressourcen, insbesondere aus Kosten- und Zeitgründen, ist es unverhältnismässig, den Verwaltungsrat der Umweltagentur durch weitere Personen aufzublähen. Dies sagte der Baudirektor bei der April-Sitzung zum Postulat über eine ständige Vertretung im Verwaltungsrat der Interkantonalen Umweltagentur. Es ging um fünf Verwaltungsräte. Die andere Stossrichtung hat nun Regierungsrat Uster resp. die Konkordatskantone: Beim Konkordat geht es um etwa 15 Vertreter im strategischen und 15 Vertreter im operativen Bereich. Und bei der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission geht es gar um ein Gremium von etwa 30 Mitgliedern. Der Votant wünscht Andy Hotz und Vreny Wicky, welche unsere zwei Sitze wahrscheinlich übernehmen werden, jetzt schon viel Vergnügen bei ihren Sitzungen in dieser Mammutkommission. Weniger wäre mehr gewesen bei der Grösse der Gremien. Für zukünftige Konkordate bittet Alois Gössi den Regierungsrat, einen besseren Mittelweg zu finden. Und eine Abstimmung im Regierungsrat für eine unité de doctrine bei der optimalen Zahl für eine strategische Leitungsgruppe, wie sie auch immer heissen mag, wäre auch nicht schlecht.
- Knebelvertrag. Als Nichtjurist würde der Votant den einzugehenden Konkordatsvertrag in Richtung Knebelvertrag sehen. Wir binden uns mindestens 30 Jahre an dieses Konkordat, wir haben keine Kündigungsmöglichkeit. Alois Gössi ist auch für einen nachhaltigen Schutz der eingegangenen Investitionen, aber dies für 30 Jahre?
- Wir sagen nur Ja oder Nein zum Beitritt zum Konkordat, zum Konkordatsvertrag selber haben wir nichts zu sagen. Hier ist doch mit der neuen Konkordatskommission Besserung zu erhoffen.
- Wir beschliessen jetzt wahrscheinlich Beitreten zu diesem Konkordat, müssen uns aber bewusst sein, dass die anfallenden Ausgaben zur Polizeiausbildung in den nächsten 30 Jahren gebundene Ausgaben sein werden, das heisst, wir Kantonsräte können nichts mehr dazu sagen.

Trotz den gewissen Mängeln vom Konkordatsvertrag stimmen wir von der SP-Fraktion dem Beitritt zum Konkordat einstimmig zu.

Anton **Stöckli** legt zuerst seine Interessensbindungen offen. Sein Arbeitsplatz befindet sich hier unter diesem Dach. Er ist Korpsangehöriger der Zuger Polizei. – Die SVP-Fraktion hat die Vorlage, in Kenntnis davon, dass der Konkordatsbeschluss lediglich als Ganzes durch das Parlament angenommen oder abgelehnt werden kann, eingehend beraten.
Der Votant möchte dazu ein paar grundlegende Hinweise anzubringen. Die Polizei hat einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Die Polizeiarbeit erweist sich jedoch zunehmend schwieriger und ist komplexer geworden. Die aktuelle Kriminalstatistik des Bundes spricht eine deutliche Sprache. Man denke da insbesondere an die erhöhte Gewaltbereitschaft. Zudem sind eine zunehmende Gewalt und Drohungen gegen Polizeibeamte spürbar. Bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern handelt es sich um ausgebildete Berufsleute. Die Polizeischule stellt deshalb eine Grundausbildung dar, welche zur Aufgabenerfüllung des Polizeiberufes von sehr grosser Bedeutung ist. Es ist nicht ausser Acht zu lassen, dass auch in diesem Beruf die Technisierung schon längst Einzug gehalten hat. Der Kanton ist gefordert, geeignete Ausbildungsplätze zu finden, denn auf dem Stellenmarkt lassen sich praktisch keine

ausgebildeten Polizeifachkräfte finden. Für die SVP-Fraktion stellt sich die Frage, wo und zu welchem Preis wir die Ausbildung und Weiterbildung für unsere Polizeiaspirantinnen und Aspiranten einkaufen können.
Mit dem Konkordat werden Voraussetzungen geschaffen, welche die Ausbildungsplätze für Polizeianwärterinnen und -Anwärter des Kantons Zug sicherstellen. Der Polizeiberuf ist einem ständigen Wandel unterworfen, was eine gute Ausbildung erfordert. Das Konkordat trägt diesem Umstand Rechung und die Weiterbildung wird garantiert. Vor nicht all zu langer Zeit hat eine Aussage eines Kantonsrats in einem Zeitungsinterview Anton Stöckli sehr erstaunt. Jener hat sich dahingehend geäussert, dass die Polizei immer nur jammere, und wer zur Polizei gehe, wisse was auf ihn zukomme. Dies kann vielleicht im kaufmännischen Bereich (z.B. Buchhalter oder Gemeindeschreiber) zutreffen, nicht aber für den Polizeiberuf. Der Votant möchte hier keinen Namen nennen, aber hat der Fraktionschef der CVP zugehört? Gestatten Sie hierzu eine persönliche Bemerkung. In seiner 34-jährigen Tätigkeit bei der Kantonspolizei Zug, heute Zuger Polizei, sind Dinge auf Anton Stöckli zugekommen und Ereignisse geschehen, welche er bei der Berufswahl und der Entscheidung, den Polizeiberuf auszuüben, nie für möglich gehalten hätte.
Der Umstand, dass die Schule in Hitzkirch – also in unserer Region – angesiedelt werden soll, wird positiv bewertet. Das neue Ausbildungskonzept der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch bietet eine effiziente und praxisbezogene Ausbildung an, welches die Stammkorps personell entlasten. Die einheitliche Grundausbildung bietet zudem den Vorteil, dass bei kantonsübergreifenden Einsätzen (sog. Konkordatseinsätzen) wie WEF, Demonstrationen usw. die Einsatzdoktrin vereinfacht werden kann. Aus Sicht der SVP-Fraktion beinhaltet der Konkordatsbeitritt jedoch eine sehr lange Zugehörigkeitsklausel. Der Kanton Zug ist bis 2035 an dieses Konkordat gebunden. Also entstehen 30 Jahre gebundene Kosten, welcher der Kanton Zug tragen muss. Dies wird jedoch wettgemacht, da man sonst die Ausbildung anderweitig einkaufen muss und dies teuer zu stehen käme und zudem keine Ausbildungsplätze garantiert würden. Die SVP-Fraktion beschloss unter Berücksichtigung des Zusatzantrags unter Ziffer 4.2 des Berichts der Stawiko einstimmig Eintreten auf die Vorlage.

Peter **Diehm** ist der Ansicht, dass man hier eigentlich nur ja oder nein sagen kann. Wir können keine Änderungen vornehmen. Die FDP-Fraktion ist mehrheitlich für Eintreten auf die Vorlage und für den Beitritt zum Konkordat. Störend am Ganzen ist, dass bei der Vorberatung keine Details und Wünsche eingebracht werden konnten. Man muss das Ganze so zur Kenntnis nehmen und dann absegnen. Der Votant kann sich im Weiteren nur noch den Ausführungen der Kommissionspräsidentin und dem Bericht der Stawiko anschliessen und der Vorlage zustimmen.

Beatrice **Gaier** hält fest, dass die CVP-Fraktion ohne Gegenstimme den Beitritt zum Konkordat der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch unterstützt. Die verzettelte Aus- und Weiterbildungssituation ruft nach neuen Lösungen. Da die interkantonale Zusammenarbeit immer wichtiger wird und räumlich übergreifend ist, scheint es sinnvoll, die Aus- und Weiterbildung zu harmonisieren. Ein bildungspolitisches Gesamtkonzept für elf Kantone ist zukunftgerichtet und ermöglicht Kompatibilität in unterschiedlichen Bereichen. Es fördert die interkantonale Vernetzung und die gemeinsa-

me Nutzung von personellen und materiellen Ressourcen. Durch eine effiziente Zusammenarbeit wird in der Ausbildung eine Qualitätssteigerung ermöglicht.
In der Fraktion wurden auch kritische Fragen gestellt, vor allem zu den höheren Ausbildungskosten. Was ist denn der effektive Nutzen für die Mehrausgaben und ist dieser quantifizierbar?
Es wurde bereits ausführlich erwähnt, dass mit der neuen Polizeiausbildung eine höhere Professionalität angestrebt und erreicht werden kann.
– Die Ausbildung zu Allroundern in kleineren Klassen innerhalb einer optimalen Infrastruktur wird gewährleistet.
– Psychologische und persönlichkeitsbildende Inhalte werden vermittelt.
– Die Ausbildungsplätze für Zuger Anwärterinnen und Anwärter sind langfristig gesichert.
– Die Ausbildung im kantonalen Korps mit entsprechender Betreuung kann reduziert werden.
Der Qualitätssteigerung und den Mehrkosten steht eindeutig ein entsprechender Nutzen gegenüber. Alle anderen Lösungen kämen den Kanton Zug mit Sicherheit teurer zu stehen. Mit dem Vorschlag der Stawiko, dass die zuständigen Stawikomitglieder in der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission Einsitz nehmen, ist die CVP-Fraktion einverstanden. Als Präsidentin des Zuger Polizeiverbandes ist es der Votantin natürlich ein besonders grosses Anliegen, dass auch der Rat der neuen Ausbildung zum anspruchsvollen Polizeiberuf und dem Beitritt zum Konkordat zustimmt.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** möchte einleitend der Kommission und speziell ihrer Präsidentin danken für die gute Zusammenarbeit und gerade auch für die Fragen, die gestellt wurden und die wir beantworten durften. Herzlichen Dank auch der Stawiko für die Fragen und die Erläuterungen zu den gemachten Stellungnahmen. – Es gibt tatsächlich Mehrkosten, aber auch die Qualität der Ausbildung wird höher. Sie wird verbessert und wir werden uns bemühen, den Anteil der Frauen im Lehrkörper ebenfalls nach und nach zu erhöhen. Heute hat es zwar mehr Frauen, die in die Ausbildung gehen, aber noch wenige, die in der Ausbildung tätig sind. Das hat damit zu tun, dass natürlich der Frauenanteil bei allen Polizeikorps relativ klein war und erfahrene Leute unterrichten müssen. Das braucht eine gewisse Zeit, aber wir werden unser Augenmerk darauf richten. Wir werden auch die halbe Stelle bezüglich der Optimierung berücksichtigen, allerdings können wir das erst tun ab Ende 2007. Aber solche Optimierungen gibt es natürlich immer wieder und wir berücksichtigen sie; sie werden das auch sehen bei der Neuaushandlung der Stellenplafonierung.
Zum Baurechtsvertrag. Der Stawiko-Präsident hat die wichtigsten Sachen dazu gesagt. Es ist tatsächlich eine spezielle Konstruktion. Der Sicherheitsdirektor muss zum Bericht sagen: Auch mit einem längeren Bericht wären wir wahrscheinlich auf dieses spezifische Problem, das von der Stawiko aufgeworfen wurde, nicht eingegangen. Wir haben uns um diese Frage nicht so intensiv kümmern können, wie das ein Stawiko-Mitglied gemacht hat. Und der Votant hofft, dass wir jetzt auch dort eine gute Lösung finden.
Zu Alois Gössi. Es ist heute schon eine gebundene Ausgabe. Wir müssen heute schon Leute ausbilden, wir haben auch die gesetzliche Grundlage dazu im Kantonspolizeigesetz. Und die Mitsprache, die moniert wird, weil sie beim Kantonsrat kleiner wird, wird gleichzeitig kritisiert bei der Konkordatsbehörde. Dort können wir mitspre-

chen, auch was die Ausbildungsqualität und die Kosten betrifft. Im Konkordatsrat sind schlicht und einfach die elf Vertreterinnen und Vertreter der Konkordatsregierungen drin und die Vertreterin der Stadt Luzern. Hanspeter Uster versteht nicht ganz, wieso man einerseits sagt, wir hätten weniger Einflussmöglichkeiten, aber dann verlangt, dass nicht mehr alle Kantone im Konkordatsrat vertreten sind. Bei den Fachhochschulkonkordaten sind selbstverständlich auch alle Kantone in den jeweiligen Konkordatsräten vertreten. Es ist wichtig für unsere Einflussnahme, dass wir auch dort eine gewisse Kontrolle auf der strategischen wie auch der operativen Ebene durch die Polizeikommandantinnen und -kommandanten ausüben können.
Es ist tatsächlich so, dass die Vertragsdauer lang ist. Es geht aber auch um eine Gesamtinvestition von rund 47,5 Mio. Franken. Lesen Sie aber bitte im Konkordatstext auch den zweiten Absatz von Art. 44! Dort heisst es nämlich, wenn auf Grund von Umstrukturierungen ein Kanton niemanden mehr ausbildet, weil es den Kanton nicht mehr gibt oder die Stadt- oder Kantonspolizei, kann man selbstverständlich das Konkordat kündigen. Das wird wahrscheinlich schon bald der Fall sein. Die Stadt Bern wird wohl kaum dem Konkordat beitreten, weil es dort auch eine Zusammenlegung geben wird. Sie ist jetzt mindestens in Diskussion. Und der Kanton Bern hat dann diese Kosten schon übernommen. Von daher sieht der Sicherheitsdirektor also keine Probleme. Falls dann wirklich etwas Ausserordentliches geschehen sollte und der Kanton Zentralschweiz in den nächsten 30 Jahren geschaffen wird, hat der Kanton Zug keine Verpflichtungen mehr. Er ist überzeugt, dass es sich hier um ein
zukunftsweisendes Projekt handelt, nicht nur weil die Vertragsdauer 30 Jahre ist, sondern weil die Qualität entscheidend verbessert werden kann. Es ist aber auch für die gesamte Diskussion für die innere Sicherheit in der Schweiz etwas sehr Wichtiges, dass zum ersten Mal im Polizeibereich zwei grosse Regionen in einem *einzigen* Konkordat zusammenarbeiten. Neben der Zentralschweiz sind es ja auch alle Kantone der Nordwestschweiz. Das ist ein wichtiges Zeichen, dass die Kantone weiterhin bereit sein wollen, gute Ausbildung zu machen, gute Polizeiarbeit zu leisten und dass die Ausgaben der Polizei weiterhin eine Domäne der Kantone und Städte sein werden und nicht des Bundes. Hanspeter Uster dankt dem Rat für seine Zustimmung.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1182.5 – 11512 enthalten.

437 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 26. August 2004

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

33. SITZUNG: DONNERSTAG, 26. AUGUST 2004

8.30 – 12 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

438 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Mitgliedern.

Abwesend sind: Rosvita Corrodi, Zug; Hans Peter Schlumpf, Steinhausen.

439 MITTEILUNGEN

– Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Trix Gaier nach 6-jähriger Tätigkeit als Sportchefin von diesem Amt zurücktritt und die Aufgabe ab September 2004 Ursula Bieri übergibt. Dass Trix Gaier dieses Amt Spass gemacht hat, haben wir alle gespürt. Die Anlässe waren immer tadellos organisiert und es herrschte fraktionsübergreifend eine sehr kollegiale Atmosphäre. Wir sprechen ihr für ihr feuriges Engagement einen sportlichen Dank aus und wünschen Ursula Bieri ebenso viel Spass bei der Ausübung dieses Ämtlis. (Der Standesweibel überreicht Trix Gaier unter Applaus des Rats einen Blumenstrauss.)

– Der Ratspräsident erinnert an die Einweihung der Gedenkstätte Attentat am Montag, 30. August 2004, vor dem Regierungsgebäude.

– Der Rat hat ein Gutachten vom 2. August 2004 der Universität Bern betreffend Zuständigkeitsfragen im Finanzhaushaltrecht des Kantons Zug erhalten. Die Staatskanzlei hat dieses Gutachten auf Grund verschiedener staatsrechtlicher Unklarheiten

anlässlich der letzten Budgetdebatte in Auftrag gegeben. Auswertung, allenfalls Umsetzung der Ergebnisse erfolgen im Rahmen des nächstfolgenden Budgets 2005.

440 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 24. Juni 2004 und 1. Juli 2004.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA), Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden (1. Paket), Anpassung der kantonalen Gesetzgebung.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1250.1/.2 – 11518/19).

3.2. Verlängerung der beiden Kantonsratsbeschlüsse betreffend Errichtung einer Fachstelle Berufsintegration und betreffend Soziallöhne im Rahmen von Integrationsprojekten.
Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1243.1/.2/.3 – 11502/03/04).

3.3. Vollzug des Strassenbauprogramms 2004-2011, Kreditbegehren PR 21, Objektkredit für das Generelle Projekt des neuen Anschlusses der Berggemeinden an die Talebene mit Verbindung zur Nationalstrasse A 40 - Tangente Neufeld.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1247.1 – 11514).

3.4. Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats betreffend Zusammensetzung der Kommissionen (Kleine Parlamentsreform).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1248.1/.2 – 11515/16).

3.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Sanierung der Gebäudehülle und Dächer der Liegenschaft Hofstrasse 15 in Zug.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1251.1/.2 – 11520/21).

3.6. Änderung der beiden Kantonsratsbeschlüsse betreffend Übernahme der Burgliegenschaft Zug sowie die Errichtung einer Stiftung für den Betrieb eines Museums in der Burg Zug und betreffend Satzungen der Stiftung „Museum in der Burg Zug“.
Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1252.1/.2/.3 – 11522/23/24).

4. Änderung des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Flexibilisierung bei der Leitung der Staatskanzlei und der Delegation von Kompetenzen).
2. Lesung (Nr. 1205.4 – 11505).
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zum Konkordat vom 25. Juni 2003 über Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeischule Hitzkirch.
2. Lesung (Nr. 1182.5 – 11512).
6. Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Kleine Revision).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1233.1/.2 – 11478/79) und der Kommission (Nr. 1233.3 – 11526).
7. 1. Motion von Beat Villiger betreffend erheblich erklärte, jedoch noch nicht erledigte Motionen und Postulate (Nr. 1173.1 – 11295).
2. Überprüfung der kostenwirksamen, erheblich erklärten Motionen und Postulate gemäss aktualisierter Finanzstrategie (Nr. 1191.1 – 11333).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1173.2/1191.3 - 11474) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1235.1/1173.3/1191.4 – 11484).

8. Motion der Kommission Teilrevision Personalgesetz betreffend Einführung eines leistungsabhängigen Entlöhnungssystems für das gesamte Staatspersonal (Nr. 666.1 – 9864).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 666.6 – 11475).
9. Motion von Alois Gössi betreffend bessere Hilfestellung von Ehefrauen/Kindern vor schlagenden Ehemännern/Vätern (Nr. 995.1 – 10804).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 995.2 – 11498).
10. Motion von Karl Betschart, Andrea Hodel und Beat Villiger betreffend Änderung des Gesetzes über die Kinderzulagen (BGS 844.4 vom 16. Dezember 1982) und der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Kinderzulagen (BGS 844.411 vom 28. März 1983) (Nr. 1223.1 – 11439).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1223.2 – 11513).
11. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend familienfreundliche Blockzeiten (Nr. 1198.1 – 11364).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1198.2 – 11497).

---

vom Regierungsrat nach den Sommerferien behandelt:

12. Motion von Markus Jans betreffend Schaffung von gesetzlichen Grundlagen zur Betreuung von Personen aus dem Asylbereich mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE) durch den Kanton (Nr. 1238.1 – 11490).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1238.2 – 11528).

441 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 24. Juni und 1. Juli 2004 werden genehmigt.

442 MOTION VON ALOIS GÖSSI UND MARTIN B. LEHMANN BETREFFEND DES KINDERBETREUUNGSABZUGS

Alois **Gössi**, Baar, und Martin B. **Lehmann**, Unterägeri, sowie 14 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 25. Juni 2004 folgende Motion eingereicht:
«Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen einer Teilrevision des Steuergesetzes den Kinderbetreuungsabzug gemäss § 33 Abs. 2 von gegenwärtig 3'000 Franken auf 7'000 Franken zu erhöhen. Die Beschränkung dieses Abzugs auf Reineinkommen bis 50'000 Franken soll auf neu 70'000 Franken erhöht werden.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1244.1 – 11506 vom 25. Juni 2004 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

443 MOTION VON ALOIS GÖSSI UND MARTIN B. LEHMANN BETREFFEND ERHÖHUNG DES KINDERABZUGS

Alois **Gössi**, Baar, und Martin B. **Lehmann**, Unterägeri, sowie 15 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 25. Juni 2004 folgende Motion eingereicht:
«Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen einer Teilrevision des Steuergesetzes den Kinderabzug gemäss § 33 Abs. 2 substanziell zu erhöhen.»

Die Begründung der Motion ist in der Vorlage Nr. 1245.1 – 11507 vom 25. Juni 2004 enthalten.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

444 INTERPELLATION DER SP-FRAKTION BETREFFEND SCHWÄCHUNG DES REGIONALVERKEHRS DURCH DAS EP 04

Die **SP-Fraktion** hat am 6. Juli 2004 die in der Vorlage Nr. 1253.1 – 11525 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** beantwortet die Fragen wie folgt:
1. Welche Auswirkungen hat dieser Bundesrats-Entscheid auf das kantonale Angebot im öffentlichen Verkehr?
Nach den Vorstellungen des Bundes soll das Entlastungsprogramm 04 im öffentlichen Regionalverkehr ab 2006 greifen und im Jahr 2007 mit einem höheren Betrag fortgesetzt werden. Für diese Kürzungen bestanden ursprünglich zwei Szenarien. Im ersten Fall war beabsichtigt, den Bundesanteil an der Abgeltung für den öffentlichen Regionalverkehr gesamtschweizerisch um 60 Mio., im zweiten Fall um 90 Mio. Franken zu kürzen. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat diese Absichten insofern revidiert, als er nun von Kürzungen im Ausmass von 30 Mio. Franken im Jahr 2006 und von 40 Mio. Franken im Jahr 2007 ausgeht. Auf den Kanton Zug wirken sich diese Kürzungen wie folgt aus: Im Jahr 2006 würde die Abgeltung des Bundes, die bezogen auf den Kanton Zug gegenwärtig rund 6,27 Mio. Franken beträgt, um geschätzte 160'000 Franken, im Jahr 2007 um etwa 216'000 Franken gekürzt. Auf Grund der seinerzeitigen Ausgangslage hätten die Kürzungen rund 300'000 Franken beim Szenario 1, resp. rund 500'000 Franken beim Szenario 2 ausgemacht.
Bestandteil des Entlastungsprogramms ist auch der Verzicht auf die Rückerstattung der Mineralölsteuer beim öffentlichen Verkehr, in dessen Zusammenhang der Bund weitere 50 Mio. Franken einzusparen gedenkt. An diesem Sparumfang hat der Bundesrat bei der Bereinigung des Entlastungsprogramms von Mitte August dieses Jahres vollumfängiich festgehalten. Der Verzicht auf die Rückerstattung der Mineralölsteuer an die Unternehmungen des öffentlichen Verkehrs, wie zum Beispiel die Zugerland Verkehrsbetriebe oder die Zugersee Schifffahrt, würde im Kanton Zug mit rund 1,4 Mio. Franken zu Buche schlagen.

Soweit die vom Kanton beauftragten Transportunternehmungen die entfallenden Bundesmittel nicht durch weitere Rationalisierungsmassnahmen kompensieren können, müsste der Regierungsrat in letzter Konsequenz Linien des öffentlichen Regionalverkehrs mit schlechtem Kostendeckungsgrad auf ihre Existenzberechtigung hin überprüfen. Wir sind uns bewusst, dass es sich dabei um Buslinien handeln könnte, die heute in den Randgebieten des Kantons eine minimale Grunderschliessung sicherstellen. Möglicherweise müsste künftig auch auf Buslinien verzichtet werden, die entlang von Stadtbahnachsen die Feinverteilung übernehmen. Bei der Zugersee Schifffahrt führt dies zu höheren Defiziten, welche durch die öffentliche Hand bis zur Defizitlimite abgegolten werden müssten.

2. Ist damit der Start, Betrieb und Ausbau der Stadtbahn in irgendeiner Weise gefährdet?

Die Stadtbahn und das auf die Stadtbahn abgestimmte Busnetz werden im geplanten Umfang am 12. Dezember 2004 in Betrieb genommen. Unabhängig von den Sparabsichten des Bundes ist vorgesehen, die Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit der neuen Angebote bei Bahn und Bus nach einer gewissen Einführungszeit einer generellen Überprüfung zu unterziehen und gegebenenfalls die sich aufdrängenden Anpassungsmassnahmen vorzunehmen. Ob im Falle eines weiter gehenden Rückzugs des Bundes aus der Mitfinanzierung des Regionalverkehrs in späteren Jahren zusätzliche Massnahmen ergriffen werden müssten, darüber können im Moment verständlicherweise noch keine Aussagen gemacht werden.

3. Wird sich der Regierungsrat gegen diese Angebotskürzung im öffentlichen Verkehr wehren und falls ja, wie? Werden die Zuger National- und Ständeräte in diese Diskussionen miteinbezogen?

Ja. Der Kanton Zug hat gegenüber dem Bundesamt für Verkehr (BAV) bereits mit Schreiben vom 21. Juli 2004 dargelegt, dass er die in Aussicht gestellten Kürzungen nicht akzeptiert und dass er für den Bund finanziell nicht in die Bresche springen kann. Die Vertreter des Kantons Zug in den Eidgenössischen Räten sind über diesen Briefwechsel informiert worden. Wir werden die National- und Ständeräte über die weiteren Abklärungen und Diskussionen auf dem Laufenden halten.

4. Wird mit den Nachbarkantonen zusammengearbeitet, um diese Sparmassnahmen zu verhindern oder zu reduzieren?

Ja. Die Zusammenarbeit erfolgt im Rahmen der Zentralschweizer Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (ZKöV) sowie der gesamtschweizerischen Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV). Beide Gremien haben sich bereits in mehreren Medienmitteilungen dezidiert gegen die Sparabsichten des Bundes im Verkehrsbereich ausgesprochen. Weitere Gespräche sind vorgesehen – sowohl auf regionaler als auch auf gesamtschweizerischer Ebene. Geplant sind zudem schriftliche Eingaben der erwähnten Konferenzen zuhanden der zuständigen Bundesbehörden. Wie der Ausgang der Bereinigungsrunde des Entlastungsprogramms durch den Bundesrat von Mitte August 2004 zeigt, haben die bis-herigen Interventionen der Kantone zu einem ersten Erfolg geführt.

Käty **Hofer** bedankt sich bei der Regierung für die schnelle und ausführliche Antwort. Vielleicht haben Sie den Tages-Anzeiger heute Morgen schon angesehen. Halbtaxabo auf Schiffen ungültig. Die Schifffahrtsunternehmen schlagen Alarm. Wenn der Bund weiter spart, müssen sie General- und Halbtaxabos ausser Kraft setzen. Wir sehen, es ist ein brennendes Thema. In den Jahren 2006/2007 – wir haben es eben gehört – machen die Sparmassnahmen im Kanton Zug etwas 1,8 Mio. aus. Das kön-

nen unsere Unternehmen im öffentlichen Verkehr schlicht nicht verkraften. Die Votantin hat letzthin einen Fernsehbericht gesehen. Dort hat Martin Bütikofer, Präsident der Schifffahrtsgesellschaft Vierwaldstättersee, die Auswirkungen der Sparmassnahmen auf seine Gesellschaft verdeutlicht. Nur die Kompensation der Mineralölsteuer würde den ganzen Gewinn dieser Gesellschaft auffressen. Vergleichen wir das mit dem Wirtschaftssektor: Wenn der Bund jetzt plötzlich beschliessen würde, den Banken Gebühren in ähnlicher Höhe aufzuerlegen, würde das einige Milliarden ausmachen. 1 : 1 übersetzt heisst das: Neue Gebühren in der Höhe des ganzen Jahresgewinns. Wir haben gehört, dass die Massnahmen vor allem die Randregionen betreffen würden. Auch hier ein Beispiel: Die ganze Reussebene der Gemeinde Hünenberg ist jetzt schon sehr schlecht mit öffentlichem Verkehr erschlossen. Es gibt die Linie, die nach Sins fährt, am Morgen ein Bus, mittags ein Bus, am Abend ein Bus, vielleicht noch einer dazwischen. Die ganze Reussebene würde vom öffentlichen Verkehr abgeschnitten. Auf der anderen Seite besteht aber auch ein breiter Konsens, dass wir die grössten Verkehrsprobleme in den Agglomerationen haben. Und diese Probleme lassen sich nur mit dem ÖV lösen. Hier widerspricht sich der Bundesrat selber, wenn er auf der einen Seite den ÖV in den Agglomerationen fördern will, auf der anderen Seite das mit diesen massiven Sparmassnahmen wieder verhindert. Käty Hofer bittet den Regierungsrat, sich weiterhin tatkräftig einzusetzen, damit diese Vorlage in dieser Form nicht durchkommt. Sie bittet auch alle im Rat, sich via den nationalen Parteien einzusetzen, dass das so nicht in Kraft tritt.

Andrea **Hodel** wendet sich hier vorab an die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen. Wir können nicht immer über das Sparen sprechen und uns beklagen, dass der NFA nicht mehr zu bezahlen ist, und uns gleichzeitig gegen jede Sparmöglichkeit zur Wehr setzen. So werden wir nie zu einem für uns tragbaren finanzpolitischen Ziel kommen. Die Votantin hat in einem Artikel der Weltwoche gelesen, dass die SBB seit 1992 wissen, dass 22 Bahnlinien eigentlich gestrichen werden sollten, weil sie für uns nicht mehr tragbar sind. Es wird nichts unternommen, immer mit dem Argument, dass wir in irgend einer Region irgend jemandem einen guten Dienst erweisen. Natürlich ist die Votantin auch dafür, dass wir alle möglichst gut behandeln, aber wir können es irgend einmal nicht mehr bezahlen. Und deshalb bittet sie den Regierungsrat: Tragen Sie diese uns auferlegten Lasten im Sinne einer Gesamtschau.

Martin **Stuber**: Andrea Hodel hat es indirekt gesagt, das so genannte Entlastungsprogramm 04 ist kein Entlastungs-, sondern ein *Be*lastungsprogramm. Es belastet nämlich einfach andere. Entlastet werden bei den Steuern diejenigen, die es sich leisten können, Steuern zu bezahlen. Und irgendwoher muss das Geld dann ja kommen. Und belastet werden dann im konkreten Fall – wenn es um den öffentlichen Verkehr geht – die ZVB, die Schifffahrt, alle Benutzerinnen und Benutzer des ÖV und schlussendlich auch der Kanton, denn er muss sich dann die Frage stellen, woher er das Geld nimmt, um diese Ausfälle des Bundes zu tragen. Es wird jetzt auch für die Bevölkerung sichtbar, was diese so genannten Entlastungsprogramme tatsächlich an Belastungen bringen.
Zum Regionalverkehr. Andrea Hodel hat die SBB angesprochen. Diese haben Anfang der 90er-Jahre ein sehr ambitiöses Programm gehabt, um den Regionalverkehr auszudünnen. Das wäre für die SBB Selbstmord gewesen. Sie haben es noch rechtzeitig gemerkt. Ein Beispiel ist Deutschland. Die Deutsche Bundesbahn hat den

Regionalverkehr massiv ausgedünnt. Das ist Selbstmord für die Bahnen, weil sie nachher die Zubringer nicht mehr haben. Die SBB hat das zum Glück noch gestoppt und hat es jetzt umgekehrt. Man hat bei den politischen Stellen auch in Bern gemerkt, dass das schlecht ist und auch finanziell ein Desaster wäre. Und man hat darauf verzichtet. Es wäre sicher sinnvoll, diesen Kurs weiter zu fahren.
Diese Zusatzbelastungen für den Kanton kommen im dümmsten Moment. Und zwar nicht nur für unseren Kanton, sondern vor allem für solche, die nicht so finanzstark sind wie wir. Der Ausbau des Regional- und Agglomerationsverkehrs läuft jetzt und er ist auch bitter nötig, wenn wir nicht im Verkehr ersticken wollen. Es ist aber nicht nur dumm, gerade hier in diesem Moment zu sparen. Es missachtet auch den Volkswillen. Nicht nur die Avanti-Abstimmung, sondern auch mehrere andere Abstimmungen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass das Schweizer Volk dem öffentlichen Verkehr Priorität geben will. Es sei daran erinnert, dass im ersten sogenannten Entlastungsprogramm der ÖV schon massiv geblutet hat. 18 % der Einsparungen gingen auf seine Kosten. Und damit muss jetzt wirklich Schluss sein. Ziel muss es sein, dass beim Bund keine Einsparungen mehr auf dem Buckel des ÖV stattfinden. Unsere Fraktion weiss sich hier auf der Seite der Volksmehrheit. Wir wollen keine Sparübungen mehr auf Kosten des ÖV. Der Widerstand gegen diese Kürzungen war ja breit und er hat gewirkt – leider noch nicht genügend. Der Votant möchte in diesem Zusammenhang auch der Zuger Regierung danken, dass sie sich gewehrt hat.
Zu den konkreten Zahlen in der Antwort. 160'000 oder 215'000 Franken weniger Beiträge vom Bund an den Regionalverkehr. Das könnten wir wohl notfalls noch im Rahmen des normalen Budgets verkraften. Aber auf gar keinen Fall darf am ausgeklügelten und auf die Stadtbahn abgestimmten Busnetz (Bahn und Bus aus einem Guss) herumgeflickt werden. Schwerwiegender ist der Treibstoffzoll. 1,4 Mio. würden dort wegfallen. Der Chef der ZVB, Hugo Berchtold, ist in der Presse zitiert worden: «Das geht für uns an die Substanz». Das kommt für die ZVB im allerdümmsten Moment. Wir sind an einem kritischen Punkt. Wir werden die Stadtbahn eröffnen anfangs Dezember. Es geht darum, eine gute Verzahnung zu schaffen zwischen Stadtbahn und Busnetz. Wir müssen das zum Funktionieren bringen. Und wenn jetzt eine Kürzung für die ZVB kommt, die an die Substanz geht, können wir das nicht zulassen. Und für unsere Fraktion ist klar: Im Worst-case-Szenario, wenn sie in Bern nicht vernünftig werden und das Parlament tatsächlich diesen Wegfall der Treibstoffzollrückerstattung beschliessen sollte, müssen wir das anders regeln. Wir haben auch einen Vorschlag: Der Beitrag, den der Kanton von der LSVA erhält, wird von 2,2 auf 4 Mio. steigen. Wenn das in Bern wirklich beschlossen werden sollte, könnte man das aus diesem Beitrag kompensieren. Wir möchten den Regierungsrat ermuntern, weiterhin hart zu bleiben in dieser Sache. Wir freuen uns, dass er in dieser Sache mit den Bundesparlamentariern Kontakt aufgenommen hat. Und Martin Stuber möchte die Fraktionen von CVP, FDP und SVP dazu aufrufen, bei ihren Leuten in dieser Frage etwas Seelenmassage anzuwenden. Wir müssen verhindern, dass dieses Worst-case-Szenario in Bern Tatsache wird.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

445 INTERPELLATION VON STEFAN GISLER UND MARTIN STUBER BETREFFEND ZUGER WOHNRAUM- UND MOBILITÄTSPOLITIK ANGESICHTS DER GROSSEN WOHUNGSNOT UND DES HOHEN PENDLERVERKEHRS

Stefan **Gisler** und Martin **Stuber**, beide Zug, haben am 16. August 2004 die in der Vorlage Nr. 1256.1 – 11534 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sieben Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird.

446 BEGNADIGUNGSGESUCH

Willi **Wyssling**, Adliswil, hat am 23. Juni 2004 ein in der Vorlage Nr. 1254.1 – 11531 näher begründetes Begnadigungsgesuch eingereicht.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass dieses Begnadigungsgesuch an die Justizprüfungskommission zur Berichterstattung überwiesen wird.

447 ZUGER FINANZ- UND AUFGABENREFORM (ZFA), AUFGABENTEILUNG KANTON-GEMEINDEN (1. PAKET)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1250.1/.2 – 11518/19).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Beat Villiger, Baar, ***Präsident***	***CVP***
1,	Manuel Aeschbacher, Flurstrasse 57, 6332 Hagendorn	SVP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Bruno Briner, Rebenweg 21d, 6331 Hünenberg	FDP
4.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
5.	Stefani Gisler, Angelgasse 7a, 6317 Oberwil	AF
6.	Leo Granziol, Brüschrain 3, 6300 Zug	CVP
7.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
8.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
9.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
10.	Bruno Pezzatti, Kreuzrain 3, 6313 Edlibach	FDP
11.	Stephan Schleiss, Bahnhofstrasse 36, 6312 Steinhausen	SVP

12.	Eusebius Spescha, Hertistrasse 49, 6300 Zug	SP
13.	Louis Suter, Holzhäusernstrasse 2, 6331 Hünenberg	CVP
14.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
15.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP

448 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND VERLÄNGERUNG DER KANTONSRATSBESCHLÜSSE BETREFFEND ERRICHTUNG EINER FACHSTELLE BERUFSINTEGRATION UND BETREFFEND SOZIALLÖHNE IM RAHMEN VON INTEGRATIONSPROJEKTEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1243.1/.2/.3 – 11502/03/04).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 11-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Erwina Winiger Jutz, Cham, ***Präsidentin***	***AF***
1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
3.	Beatrice Gaier, Tellenmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	CVP
4.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
5.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
6.	Guido Käch, Luzernerstrasse 56, 6330 Cham	CVP
7.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
8.	Beat Stocker, Industriestrasse 3, 6300 Zug	SVP
9.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
10.	Erwina Winiger Jutz, Adelheid-Page-Strasse 14, 6330 Cham	AF
11.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

449 VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMS 2004-2011, KREDITBEGEHREN PR 21, OBJEKTKREDIT FÜR DAS GENERELLE PROJEKT DES NEUEN ANSCHLUSSES DER BERGGEMEINDEN AN DIE TALEBENE MIT VERBINDUNG ZUR NATIONALSTRASSE A40 – TANGENTE NEUFELD

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1247.1 – 11514).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass das Geschäft zur Beratung an die Strassenbaukommission überwiesen werden soll.

Rosemarie **Fähndrich Burger** beantragt im Namen der AF, die Vorlage sei einer neu zu bildenden Kommission zuzuweisen. Diese Kommission soll zu gleichen Teilen aus Fachleuten der Raumplanung und des Strassenbaus zusammengesetzt sein. – Wir wissen, dass die Strassenbaukommission das heute traktandierte Geschäft bereits gestern behandelt hat. Das, obwohl das Büro im vergangenen September beschlossen hat, dass die Präsidentinnen und Präsidenten der nichtständigen Kommissionen mit Dauerauftrag erst dann vorzeitig mit der Kommissionstätigkeit beginnen dürfen, wenn die Zustimmung aller Fraktionschefinnen und -chefs bei jedem einzelnen Geschäft vorliegt. Diese Zustimmung ist nicht eingeholt worden. Wir Alternativen kommen uns vor den Kopf gestossen vor. Denn der vorliegende Antrag macht deutlich, dass der Bürobeschluss Sinn macht. Beim Antrag geht es uns Alternativen keinesfalls um einen Misstrauensantrag gegen die Strassenbaukommission. Wir wissen, dass die Strassenbaukommission fachlich kompetent ist und gute Arbeit leistet.
Unsere Argumente sind die Folgenden: Auf Beilage 3 der Vorlage sehen Sie die vielen Hinweise auf Beeinträchtigungen. Es sind dies

- Lärmbeeinträchtigungen an vier verschiedenen Orten
- Beeinträchtigung von Streuobstwiesen an zwei Orten
- Beeinträchtigung von Bachgehölz und Ufergehölz, je einmal
- Beeinträchtigung einer Hecke
- Beeinträchtigung eines Grundstücks.

Die beiden Streuobstwiesen, die Hecke und das Bachgehölz sind in der Vorlage als Schutzobjekte gekennzeichnet. Das Projekt tangiert also an vier verschiedenen Orten geschützte Landschaftsabschnitte. Des weitern sind durch die Tangente in der Ebene mit der Grundwasserfassung Sternen und in der Hanglage im Gebiet von Grossacher-Geissbühl-Margel empfindliche, teils von der Landwirtschaft genutzte Landschaftsräume beeinträchtigt. Zudem ist zu berücksichtigen, dass das Projekt das sehr, sehr wichtige Naherholungsgebiet von Baar und Inwil nicht nur tangieren, sondern zerschneiden wird. An Sonntagen, aber auch an schönen Werktagen wimmelt es geradezu von Menschen, die in dieser noch recht intakten Gegend Erholung suchen. Die Leute spazieren, fahren Velo, bladen, spielen, ruhen sich aus.
Aus den eben gemachten Erläuterungen geht hervor, dass es sich bei dieser Vorlage keineswegs nur um ein strassenbauliches Vorhaben handelt. Uns ist schon bewusst, dass sich die Raumplanungskommission bei der Festlegung im Richtplan bereits mit dem Thema befasst hat. Aber bei der nun zur Diskussion stehenden Vorlage muss es nun um eine detaillierte Beurteilung und Betrachtung aus raumplanerischer Sicht gehen. Daher stellen wir Ihnen den Antrag in dieser Form. Das Projekt muss aus raumplanerischer und strassenbaulicher Sicht beurteilt und vorbereitet werden. Denn es sind neben den strassentechnischen Fragen auch Fragen des Landschaftsschutzes, des Umweltschutzes, des Gewässerschutzes und des Lärmschutzes – also alles raumplanerische Aspekte –, die durch die zu bildende Kommission beurteilt werden müssen.

Beat **Villiger,** Präsident der Strassenbaukommission, gibt der AF in einem Punkt Recht. Das Büro hat wirklich beschlossen, Geschäfte zu überweisen, bevor die Kommissionen tagen. Dies aber vor allem deshalb, damit die Fraktionen genügend Zeit haben, Geschäfte vorher zu beraten, um den Kommissionsmitgliedern wichtige Anliegen mitgeben zu können. Bei diesem Geschäft, das anfangs Juli zugestellt wurde, ging der Kommissionspräsident davon aus, dass die Fraktionen diese Zeit hatten.

Insofern wurde diese Kommissionssitzung auf gestern vereinbart und sie wurde auch abgehalten. Der Votant hat eine sehr spannende und gute Sitzung miterlebt.
Zur Tangente Neufeld. Es wird jetzt gesagt, dass gewisse Ideen nicht eingebracht werden. Wenn Beat Villiger sieht, dass schon für die Vorarbeiten ca. 500'000 Franken ausgegeben worden sind – die Arbeiten und Kosten der Gemeinden Zug und Baar nicht eingerechnet –, und dass wir nur für das generelle Projekt 3,2 Mio. ausgeben, dann geht er davon aus, dass genau die angesprochenen Fragen wirklich integriert werden können. Er zweifelt nicht daran, dass vor allem auch die raumplanerischen und landschaftsschützerischen Anliegen mit einbezogen werden können. Insofern bittet er den Rat, den Antrag der AF abzuweisen. Sonst haben wir ständig Anträge, wenn irgend jemandem nicht passt, dass eine bestimmte Kommission ein Geschäft beraten soll. Die Strassenbaukommission ist zwar keine ständige Kommission, aber eine Kommission mit Dauerauftrag, und insofern sind wir uns gewohnt, dass Geschäfte, die mit Strassenbau zu tun haben, an uns gehen. Wir wollten sicherstellen, dass das dringende Geschäft Neufeld noch dieses Jahr in den Kantonsrat kommt. Das waren die Hauptüberlegungen, weshalb die Sitzung bereits stattgefunden hat. Der Votant hat trotz gegenteiliger Beteuerung doch etwas das Gefühl, dass mit diesem Antrag ein Misstrauensantrag gegen die Strassenbaukommission vorliegt.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hütet sich davor, sich in kantonsratsinterne Angelegenheiten zu mischen, aber wir müssen uns bewusst werden, wo wir überhaupt stehen. Wir stehen beim Kredit für ein generelles Projekt. Dieses soll eben genau all diese Fragen abklären. Und nachher können wir diskutieren. Bevor wir die Unterlagen nicht erarbeitet haben, hat es doch keinen Sinn, zu diskutieren. Wir stehen nur vor der Bewilligung für einen Kredit für ein generelles Projekt. Genau am selben Ort, wo wir vor einem Jahr mit dem Kammerkonzept standen. Damals wurde der Kredit für das generelle Projekt ohne Diskussion bewilligt.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AF mit 61 : 12 Stimmen ab und überweist das Geschäft zur Beratung an die Strassenbaukommission.

450 ÄNDERUNG DER GESCHÄFTSORDNUNG DES KANTONSRATS BETREFFEND ZUSAMMENSETZUNG DER KOMMISSIONEN (KLEINE PARLAMENTSREFORM)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1248.1/.2 – 11515/16).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Jean-Pierre Prodolliet, ***Präsident***	***SP***
1.	Karl Betschart, Altgasse 74, 6340 Baar	SVP
2.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
3.	Michel Ebinger, Lindenmatt 1, 6343 Rotkreuz	FDP
4.	Beatrice Gaier, Tellenmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	CVP
5.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
6.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
7.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
8.	Jean-Pierre Prodolliet, Alpenblick 5, 6330 Cham	SP
9.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
10.	Flavio Roos, Birkenmatt 5, 6343 Rotkreuz	SVP
11.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
12.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
13.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
14.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
15.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP

450 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND SANIERUNG DER GEBÄUDEHÜLLE UND DÄCHER DER LIEGENSCHAFT HOFSTRASSE 15 IN ZUG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1251.1/.2 – 11520/21).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Vreni Sidler, ***Präsidentin***	***FDP***
1.	René Bär, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
2.	Othmar Birri, Fliederweg 7, Postfach 4122, 6304 Zug	SP
3.	Jacques-Armand Clerc, Holzhäusernstrasse 5, 6343 Holzhäusern	CVP
4.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
5.	Thiemo Hächler, Grubenstrasse 18, 6315 Oberägeri	CVP
6.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
7.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP
8.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
9.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
10.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
11.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
12.	Anton Stöckli, Steinhauserstrasse 23, 6300 Zug	SVP
13.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
14.	Martin Stuber, Bleichimattweg 5, 6300 Zug	AF
15.	Josef Zeberg, Blickensdorferstrasse 8a, 6340 Baar	FDP

451 ÄNDERUNG DER KANTONSRATSBESCHLÜSSE BETREFFEND
– ÜBERNAHME DER BURGLIEGENSCHAFT ZUG SOWIE DIE ERRICHTUNG EINER STIFTUNG FÜR DEN BETRIEB EINES MUSEUMS IN DER BURG ZUG
– SATZUNGEN DER STIFTUNG «MUSEUM IN DER BURG ZUG»

Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1252.1/.2/.3 – 11522/-23/24).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung einer 15-köpfigen Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Moritz Schmid, ***Präsident*** ***SVP***

1.	René Bär, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
4.	Jacques-Armand Clerc, Holzhäusernstrasse 5, 6343 Holzhäusern	CVP
5.	Rosvita Corrodi, Hofstrasse 74a, 6300 Zug	FDP
6.	Peter Diehm, Dorfstrasse 74b, 6332 Hagendorn	FDP
7.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
8.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
9.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
10.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
11.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
12.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
13.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
14.	Berty Zeiter, Ägeristrasse 34, 6340 Baar	AF
15.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

452 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE ORGANISATION DER STAATSVERWALTUNG (FLEXIBILISIERUNG BEI DER LEITUNG DER STAATSKANZLEI UND DER DELEGATION VON KOMPETENZEN)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 24. Juni 2004 (Ziff. 417) ist in der Vorlage Nr. 1205.4 – 11505 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69 : 0 Stimmen zu.

453 KANTONSRATSBESCHLUSS BETRERFFEND DEN BEITRITT ZUM KONKORDAT VOM 25. JUNI 2003 ÜBER ERRICHTUNG UND BETRIEB EINER INTER-KANTONALEN POLIZEISCHULE HITZKIRCH

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 1. Juli 2004 (Ziff. 436) ist in der Vorlage Nr. 1182.5 – 11512 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 71 : 0 Stimmen zu.

454 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN (KLEINE REVISION)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1233.1/.2 – 11478/79) und der Kommission (Nr. 1233.3 – 11526).

Kommissionspräsident Heini **Schmid** hält fest, dass die Kommission das vorliegende Geschäft an ihrer Sitzung vom 24. Juni 2004 abschliessend behandelt hat. An dieser Stelle möchte er sich bei Regierungsrätin Brigitte Profos, beim designierten Direktionssekretär Vladimir Novotny, bei der Protokollführerin Ruth Schorno und beim Landschreiber Tino Jorio für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit im Namen der Kommission bedanken. – Die nun vorliegende kleine Revision des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen beruht einerseits auf der Motion von Sophie Stuber und Moritz Schmid betreffend Neugestaltung des Zustell- und Antwortkuverts und anderseits auf der Aufforderung der Bundeskanzlei, die Zuger Praxis betreffend unverschlossenem Stimmkuvert zu ändern. Beide Vorstösse wollen dem Stimmgeheimnis gemäss Art 34 der Bundesverfassung Nachachtung verschaffen. Die kleine Revision betrifft zwei Hauptpunkte. Mit der Neugestaltung des Stimmmaterials, insbesondere mit der Trennung des Stimmrechtsausweises vom Rücksendekuvert und der Ausgestaltung des Stimmrechtsausweises als Wendekarte, wird sichergestellt, dass bei der brieflichen Stimmabgabe die Personalien des Stimmberechtigten nicht mehr von aussen sichtbar sind. Mit der Änderung von § 33 Abs. 1 WAG wird nun bestimmt, dass das Stimmzettelkuvert verschlossen sein muss. Diese Neuerungen bedingen die Änderung diverser Paragraphen, auf die allenfalls in der Detailberatung einzugehen ist.
Die Kommission liess sich von der Verwaltung über die konkrete Gestaltung der neuen Stimmmaterials ins Bild setzen. Dabei wurden von Mitgliedern der Kommission Anregungen gemacht. Wichtig ist dabei aber, dass die Kompetenz und damit die Verantwortung für die definitive Ausgestaltung des Stimmmaterials bei der Exekutive und nicht beim Kantonsrat liegt und hier somit nicht eine Debatte über das konkrete Aussehen des Stimmmateriales zu führen ist. Ebenfalls wurde die Kommission über den Stand der generellen WAG-Revision informiert. Sie begrüsst die Absicht der Regierung, dieses Vorhaben nun voranzutreiben, damit das neue Gesetz für die nächsten Gesamterneuerungswahlen Anwendung findet. Einteten auf die Vorlage war somit unbestritten und die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der Kommission zuzustimmen. – Die CVP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

Rudolf **Balsiger** meint, der Berg habe eine Maus geboren. Am Anfang stand die Revision des WAG an, das bei nächsten Wahlen im Jahre 2006 in Kraft gesetzt sein sollte. Bald schon sollte sich zeigen, dass die verantwortlichen Stellen bei der zuständigen Direktion des Innern – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der Lage sein würden, dieses revidierte Gesetz dem Rat zeitgerecht vorzulegen. Man begnügte sich also damit, der Kommission ein "Couvert-Zuklebe-Gesetz" zur Beratung zu unterbreiten, damit wenigstens der Auftrag der Anonymität des Stimmenden gesichert sei. Behufs dessen wird nun ein neues Couvert und eine neue Stimmkarte kreiert. Die Aufgabe lautet zwar einfach: Couvert zukleben! Man könnte zwar zusätzlich – wie das die Banken machen – eine vorbereitete Adressetikette zum Überkleben des Absenders mitliefern und jeder Stimmbürger wüsste wie handhaben. Nein, das ist doch zu einfach. Die Kommission, welche durch die Abwesenheit eines Drittels seiner Mitglieder nicht unbedingt ausgesprochenen Übereifer an den Tag legte, musste nun darüber beraten, ob mit dieser vorgelegten Lösung dem Datenschutzgesetz Genüge getan werden konnte. Das Resultat sehen Sie hier. Jeder der hier im Saal Anwesenden, der pro Tag mehr als einen Brief in der Post findet, legt die Couverts auf einen Stapel und öffnet diese mit einem Messer oder Brieföffner. Beim Stimmcouvert ist das schon falsch und die Stimme auf dem Korrespondenzweg ist schon ungültig, bevor man den Stimmzettel ausgefüllt hat. Es gibt nämlich eine Lasche zum Aufreissen dieses Umschlags, damit dieser nachher mit der vorberei-teten Klappe wiederum verschlossen werden kann. Es ist davon auszugehen, dass am Vortag der Zustellung ein Merkblatt verschickt wird, wie das anderntags folgende Couvert zu behandeln sei. Im Hinblick auf die Tatsache, dass mit der umfassenden Revision des WAG auch hier eine praktische und brauchbare Lösung gefunden wird, muss sich die FDP-Fraktion nolens vonlens mit diesem provisorischen Vorschlag –der sicher nicht das Gelbe vom Ei darstellt – zufrieden geben und wird zähneknirschend und mit schlechtem Gewissen zustimmen.

Moritz **Schmid**: Was lange währt, wird endlich zur Abstimmung gebracht. An der Septembersitzung 2001 wurde die Motion Stuber/Schmid gegen den Willen der Regierung überwiesen. Auf 13'000 Franken schätzte man dannzumal die Mehrkosten, was von den Motionären stark bezweifelt wurde. Jetzt sind es lediglich 4'000 Franken, und das auch nur, wenn jährlich vier Abstimmungen stattfinden. Ein grober Schätzfehler, aber schliesslich wollte man ja die Motion kippen. Heute, einen Monat weniger als drei Jahre danach, liegt die Vorlage zur Abstimmung auf dem Tisch. Eine wahrlich lange Zeit ist da verstrichen. Aber eins ist sicher: Mit Vorlagen aus der Direktion des Innern werden wir ja nicht verwöhnt. Die SVP-Fraktion findet es schade, dass nicht das WAG im Ganzen behandelt werden kann. Die lange Vorlaufzeit hätte dazu dienen müssen, dass das WAG nicht im Einzelnen abgehandelt werden muss. – Die SVP-Fraktion unterstützt die Anträge der Kommission.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, dankt den Fraktionen für die Unterstützung zur kleinen WAG-Revision. Sie ist notwendig. Wir werden damit den Vorgaben der Bundeskanzlei betreffend Verschliessung des Stimmkuverts Nachachtung verschaffen. Und auch der Motion Stuber/Schmid, welche eine anonyme Rücksendung des Stimmmaterials wollte. Was Sie heute wahrscheinlich gutheissen, ist andernorts bewährte Praxis. Wir werden natürlich die Anregungen der Kommission noch unter-

suchen und ihnen Nachachtung verschaffen, so dass das Szenario von Rudolf Balsiger nicht eintreten wird.
Noch eine kurze Bemerkung zur grossen WAG-Revision. Sie wird dieser Tage in Vernehmlassung gehen. Sie werden Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen. Nachher erfolgt die Beratung im Kantonsrat.

Heini **Schmid** möchte den Rat beruhigen. Auf Grund der intensiven Diskussion, wie das nun mit dem doppelt verschliessbaren Rücksendekuvert herauskommen wird, hat sich die Verwaltung Gedanken gemacht, wie dieses Problem gelöst werden kann. Sie kam zum Schluss, dass man auf dem Rücksendekuvert folgenden Satz aufnehmen wird: «Sofern Sie das Rücksendekuvert aus Versehen mit dem Brieföffner geöffnet haben, ist das Rücksendekuvert vor der brieflichen Stimmabgabe mit Klebeband zu verschliessen.»

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 35 Abs. 1 Bst. d

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag der Kommission vorliegt, hier einen zusätzlichen Bst. einzusetzen (siehe Vorlage Nr. 1233.3 – 11526, S. 4).

➔ Der Rat ist einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1233.4 – 11541 enthalten.

455 1. MOTION VON BEAT VILLIGER BETREFFEND ERHEBLICH ERKLÄRTE, JEDOCH NOCH NICHT ERLEDIGTE MOTIONEN UND POSTULATE
2. ÜBERPRÜFUNG DER KOSTENWIRKSAMEN, ERHEBLICH ERKLÄRTEN MOTIONEN UND POSTULATE GEMÄSS AKTUALISIERTER FINANZSTRATEGIE

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1173.2/1191.3 – 11474) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1235.1/1173.3/1191.4 – 11484).

Der **Vorsitzende** fragt die Vizepräsidentin, ob sie ihm zu seiner Motion (siehe Vorlage Nr. 1173.2/1191.3 – 11474, S. 7, Punkt 5.3, Bst. B) das Wort erteilt. Das ist der Fall.

Peter **Rust** hält nicht mehr an seiner ursprünglichen Absicht fest, wonach diese Motion nicht abzuschreiben sei. Anlass war eine Begegnung mit dem Baudirektor. Dieser hat dem Votanten verraten, dass dieses Geschäft jetzt in der Regierung ist und nächste Woche dort behandelt wird. Das veranlasst Peter Rust, nicht daran festzuhalten. Es war ja seine Absicht, so viel Druck zu geben, dass diese Vorlage endlich kommt. Und jetzt kommt sie.

Beat **Villiger** möchte vorab der Regierung, vor allem der Staatskanzlei für die doch rasche und fundierte Bearbeitung der Motion danken. Kurz ein Wort zu den einzelnen Anträgen auf S. 7 der Regierungsvorlage:
5.1 ist erfüllt. Die Antworten liegen übersichtlich vor. Wenn es hier etwas zu kritisieren gäbe, dann das, dass genauer Auskunft gegeben hätte werden müssen, bis wann die einzelnen Geschäfte vorgelegt werden.
Zu 5.2. Bei den vor drei Jahren erheblich erklärten Vorstössen wurde der Grund der Nichterheblicherklärung verlangt. Der Votant nimmt die Antworten und Begründungen zur Kenntnis, auch wenn sie zum Teil etwas gar gesucht daherkommen. Solche Beispiele führten letztlich zu Eingabe der vorliegenden Motion. Es ist für Mitglieder des Kantonsrats nämlich nicht gerade erbauend, wenn man in einer nicht so unbedeutenden, aber letztlich auch nicht so komplexen Sache bis zu zehn Jahren auf eine Vorlage warten muss. Beat Villiger hatte aber kürzlich mit der zuständigen Regierungsrätin in dieser Sache ein gutes Gespräch und er hofft, dass der Zeitplan für die Änderung des Wahl- und Abstimmungsgesetzes nun eingehalten werden kann.
Zu 5.3. Der Votant ist damit einverstanden, dass die Motionen A, C, D und E abgeschrieben werden. Bei Bst. B kann er Peter Rust versichern, dass diese Vorlage noch dieses Jahr in den Rat kommt, weshalb diese Motion auch abgeschrieben werden kann.
Zu 5.4. Bei der geforderten Frist von zwei Jahren will der Regierungsrat ein Jahr mehr. Das heisst, dass er dann Zeit hat, eine erheblich erklärte Motion oder ein Postulat erst nach drei Jahren vorzulegen. Hier schlägt Beat Villiger vor, dem Antrag der Regierung zuzustimmen, wobei die spätere Kommission durchaus nochmals über die drei oder zwei Jahre diskutieren soll und wir dann in der späteren Vorlage definitiv die Frist festlegen.
Zu 5.5. Unsere Fraktion unterstützt mehrheitlich den Antrag, das Postulat Jeannette Ackermann als erledigt abzuschreiben, da im Moment solche Projekte nicht erste Priorität haben und nicht finanziert werden können.
Im Übrigen sagt die CVP-Fraktion einstimmig ja zu den Anträgen der Regierung.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** erinnert daran, dass noch der Antrag der erweiterten Stawiko vorliegt, die Motion Rust nicht als erledigt abzuschreiben. Nachdem wir die Argumente von Peter Rust gehört haben, glaubt der Votant, im Namen der erweiterten Stawiko sagen zu können, dass wir dieser Argumentation auch folgen können. Scheinbar ist das Projekt auf gutem Weg. Deshalb ziehen wir unseren Antrag zurück.

Daniel **Burch** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Regierung dankt für die übersichtliche Auflistung der hängigen Motionen und Postulate und für die Beantwortung der Fragen. Das Resultat zeigt, dass das Anliegen der Motionäre berechtigt ist.

Zu den einzelnen Anträgen. Wir unterstützen die Haltung der Regierung, insbesondere zum Postulat von Jeannette Ackermann. Wir teilen die Absicht des Regierungsrats, das Postulat nicht erheblich zu erklären. Weder im Richtplan, noch im Strassenbauprogramm 2004-2011 haben wir diese rund 800'000 Franken teure Velobrücke aufgenommen. Aus heutiger Sicht ist eine solche Lösung nicht erforderlich und daher nicht gerechtfertigt. – Zur Motion von Peter Rust wurden wir gestern in der Strassenbaukommission auch dahingehend orientiert, dass dieses Geschäft nun beim Regierungsrat ist und wir es in der nächsten Kommissionssitzung behandeln werden.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass der Regierungsrat mit der Beantwortung dieser Motion mehr Aufträge erfüllt hat, als dies von den Motionären verlangt worden ist. Mit teilweise minimalster Begründung werden Motionen und Postulate abgeschrieben, was eigentlich falsch ist. Unter Punkt 3 wurde nur verlangt, dass wenn sich bei einer Motion die Sachlage stark verändert hat oder sich die Ausarbeitung eines Gesetzes nicht mehr als nötig erweist, der Regierungsrat Bericht und Antrag zu stellen hat. Die Abschreibung von Postulaten war also gar nicht gefragt. Mit der Abschreibung des Postulats von Jeannette Ackermann betreffend Velobrücke über die Zugerstrasse zwischen Alpenblick und Kollermühle von 12. September 1995 ist die SP-Fraktion nicht einverstanden. Wir stellen Ihnen deshalb den Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben.
Wir begründen diesen Antrag wie folgt: Seit bald 15 Jahren warten Velofahrende und Fussgängerinnen und Fussgänger an der Alpenblickkreuzung in Cham wesentlich länger als die übrigen Strassenbenützer, bis sie die Strasse überqueren können. Der dadurch entstandene volkswirtschaftliche Schaden lässt sich zwar kaum exakt beziffern, dürfte aber hoch sein. Die Sanierung der Kreuzung Alpenblick wird uns ebenso lang vorgegaukelt, wie die Umsetzung des erheblich erklärten Postulats. Der einzige Fortschritt, der in all den Jahren erzielt wurde, ist die Vorfahrtregelung für den Bus. Erhaschen Sie bei der Überquerung der Alpenblickkreuzung nicht gerade eine Grünphase, warten Sie bis zu fünf Minuten, bis die Strasse wieder regulär überquert werden kann. In der Begründung zur Aufhebung des Postulats schreibt der Regierungsrat: «Aus heutiger Sicht ist diese Velobrücke nicht vordringlich, da sie keine neue Verkehrsbeziehung ermöglicht, jedoch hohe Kosten verursacht». – Strassen und Wegverbindungen verursachen immer hohe Kosten! Mit dem genau gleichen Argument hätte der Regierungsrat z.B. die Sanierung der Ägeristrasse ablehnen können. Der dortige neue Veloweg ermöglicht auch keine neue Verkehrsbeziehung, sondern verbessert eine alte. Mit der Annahme des regierungsrätlichen Vorschlags ist eine Verbesserung der Situation der Velofahrenden bei der Alpenblickkreuzung auf Jahre hinaus blockiert. Die Frage, ob die Kreuzung nicht teils unterirdisch oder gar als Kreisel angelegt wird, hat zum grössten Teil keinen Zusammenhang mit dem Problem der Velofahrenden. Sie löst höchstens das Problem der Autofahrenden.
Die bereits entstanden Kosten von ca. 53'000 Franken waren angeblich nötig, um Abklärungen mit den direkt interessierten Einwohnergemeinden führen zu können. Dabei ging es im Wesentlich um den Kostenteiler. Die Gemeinde Cham hat mit Recht diesen Verteiler abgelehnt. Die Finanzierung kantonaler Velowege ist eine kantonale Aufgabe. Diese Klärung hätte man auch mit geringerem Kostenaufwand erhalten können. Wenn sich der Regierungsrat passiv verweigert und die Situation bei der Alpenblickkreuzung nicht mit konkreten Massnahmen verbessert, bleibt alles bisher geschriebene und Gesagte zu diesem Thema Makulatur. Die Velofahrenden

und Fussgängerinnen und Fussgänger haben genug vom langen Warten an dieser Kreuzung. Sie wollen Taten sehen. Das heisst nichts anderes als eine wesentliche Verbesserung der Situation an der Alpenblickkreuzung mittels einer Velobrücke über die Zugerstrasse. Nicht unwesentlich dabei ist, dass der Gemeinderat von Cham an der Zusammenkunft vom letzten Montag mit den Chamer Kantonsrätinnen und Kantonsräten sich ebenfalls gegen eine Abschreibung des Postulats geäussert hat.
Markus Jans bittet den Rat, dem Antrag der SP-Fraktion, das Postulat von Jeannette Ackermann nicht abzuschreiben und weiterhin als erheblich erklärt stehen zu lassen, zuzustimmen. Damit fordern Sie indirekt den Regierungsrat auf, das Verkehrsproblem Alpenblickkreuzung ernsthaft anzupacken und Lösungen zu präsentieren.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** antwortet Markus Jans, dass das Studium der Sanierung der Alpenblickkreuzung Bestandteil des generellen Projekts Kammerkonzept ist, also keineswegs in der Schublade wartet. Somit werden auch die Veloverbindungen untersucht.

Josef **Zeberg** nimmt Stellung zu seiner Motion (siehe Vorlage Nr. 1173.2/1191.3 – 11474, S. 7, Punkt 5.3, Bst. D). Obwohl sie nicht veraltet ist, wie der Regierungsrat meint, ist der Votant mit der Abschreibung einverstanden, und zwar aus folgenden Gründen. Es wurde und wird sehr viel im See gemacht, dafür möchte er sich bedanken. Er konnte die Arbeiten sehr gut überprüfen, teilweise wurde ihm die ganze Sache an Ort und Stelle erklärt. In diesem Frühjahr war er mit Stephan Villiger und dem Vorsteher für Fischerei und Jagd mit der Seekuh Ruedi beim Schilfschutzgebeit Brüggli. Gerade bei solchen Besichtigungen wurde sofort klar, dass die kleinen noch bestehenden Schilfgürtel geschützt werden müssen, denn alle nicht geschützten Schilfteile wurden grossteils von den Vögeln abgefressen oder durch Schwemmholz zerstört. Stephan Villiger möchte er besonders danken für die sehr guten Arbeiten in den Schilfgebieten, aber auch für die sehr guten Ideen beim Planktonfischen und beim Umbau der Seehkuh – damit konnten drei Viertel der Zeit gespart werden. Beim Planktonfischen machte er eine Vorrichtung, damit gleichzeitig mit vier Netzen statt nur mit einem gefischt werden konnte; auch das Entfernen von Schwemmholz funktionierte bestens – eine sehr wichtige Sache, die sofort nach einem Gewitter ausgeführt werden muss.
Dem Votanten gefällt jedoch nicht, dass nicht einmal probiert wurde, ob Schilfanpflanzungen am Ostufer möglich seien. Aber die Experten der Baudirektion haben ja sowieso immer recht, deshalb sind ja auch noch keine Wellenbrecher ersetzt oder ergänzt worden. Viel lieber ist vermutlich ein Totalschaden an den Mauern, damit diese komplett ersetzt werden müssen. Wellenbrecher schützen nicht nur Mauern, sondern brechen auch – wie es das Wort sagt – die Wellen. Kein Verständnis hat Josef Zeberg bei den Neuanpflanzungen. Die nach Amtsjahren älteren Kantonsräte können sich sicher noch erinnern, dass er bei der Motionseingabe betonte, man müsse aufpassen, Schilfanpflanzungen sei nicht zu vergleichen mit Salat Setzen. Es sei vernünftiger, an diversen Orten zu versuchen, kleine Teile anzupflanzen. Aber nein, auch hier wussten es die Sachverständigen besser. Noch schlimmer: Was kein Bauer, kein Gärtner machen würde, nämlich nach einer Fehlpflanzung nichts mehr zu machen, macht leider der Kanton. Es ist zu hoffen und der Votant ist überzeugt, dass wieder angepflanzt wird, und vor allem, dass Fachleute diese Arbeiten ausführen mit den nötigen Kenntnissen und jener Geduld, die es für diese Anpflanzungen

braucht. Nur ballenweise Schilf versenken im See bringt nichts. Schilf-anpflanzungen sind nicht nur fürs Auge schön, Schilf ist wichtig für allerlei Tiere und Vögel, Schilf ist sehr wichtig für die Regeneration des Wassers. Josef Zeberg ist überzeugt, dass mit oder ohne Motion alles Mögliche am und im See gemacht wird, deshalb ist er mit der Abschreibung der Motion einverstanden

Erwina **Winiger Jutz** gehört ebenfalls zu den Unterzeichnerinnen der Motion Villiger. Die Folge, dass aber nun die Motionen und Postulate, die noch nicht erfüllt sind, wie z.B. der Bau der Velobrücke beim Alpenblick, plötzlich so sang- und klanglos obsolet sein sollen, ist für sie unverständlich. Es scheint, als wolle der Regierungsrat unliebsame Postulate auf diese Art leise vom Tisch wischen. In diesem speziellen Fall mit der Begründung «zu teuer». Im Postulat wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Kanton die Kosten nicht vollumfänglich selber tragen soll, sondern die Städte Zug, Cham, evtl. auch Steinhausen sich ebenfalls daran beteiligen sollen. Da jedoch der Veloweg mit der Brücke auf Stadtzuger Boden läge, stünde es dem Kanton klar an, als Koordinator und Mitfinanzierer dieses Projekts zu erscheinen. Das Thema «Veloführung beim Alpenblick» scheint leidig und langatmig zu sein. Begann es doch tatsächlich bereits vor 15 Jahren. Schon damals beantragte die Gemeinde Cham diese Linienführung beim Kanton, sie wurde aber leider – auch aus Kostengründen – vertröstet. Cham gab nicht auf und nahm die Wegverbindung im Teilrichtplan von 1991 als gemeindliche Absicht auf.
Alles Nachfragen während der letzten Verkehrsrichtplandebatte ergab immer wieder die gleiche Antwort: «Vergessen haben wir es nicht, es laufen bereits Landverhandlungen mit diversen Anwohnern, eine erste Studie wurde gemacht.» Die Votantin wurde immer wieder vertröstet. Die Verhandlungen mögen zäh sein, das ist jedoch kein Grund, die Arbeit aufzugeben. In der Zwischenzeit wurde vom Kanton auch gefordert, dass diese Velobrücke aufprallsicher konstruiert werden soll, was die Kosten natürlich nochmals in die Höhe treibt. Die Gemeinde Cham ist jedoch nach wie vor an einer Lösung an der stark frequentierten Alpenblickkreuzung interessiert, wie dies Markus Jans bereits gesagt hat.
Erwina Winiger hat es satt, im Regen zu stehen und zuzuschauen, wie der motorisierte Verkehr die erste Priorität geniesst. Und irgendwann kommt dann der Velo- und Fussgängerverkehr. Weil nicht nur ihr der Geduldfaden reisst, lassen sich an dieser stark befahrenen Kreuzung immer wieder haarsträubende, ja lebensgefährliche Strassenüberquerungen beobachten. Eine bessere Lösung für den Alpenblick käme übrigens nicht nur dem Langsamverkehr zugute, sondern auch der Verkehrsfluss des motorisierten Verkehrs würde bedeutend weniger unterbrochen und wäre daher zügiger. Die Votantin fordert, dass dieses Postulat erheblich erklärt wird, damit die Chance genutzt werden kann, eine geschicktere, flüssigere, zügigere Lösung für den Alpenblick-Stau zu finden. Sie appelliert im Namen der AF: Lassen Sie das Postulat nicht einfach so fallen.

➔ Der Rat beschliesst mit 43 : 29 Stimmen, das Postulat Jeannette Ackermann nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat schliesst sich im Übrigen allen Anträgen der Regierung an (siehe Vorlage Nr. 1173.2/1191.3 – 11474, S. 7 und 8).

456 MOTION DER KOMMISSION TEILREVISION PERSONALGESETZ BETREFFEND EINFÜHRUNG EINES LEISTUNGSABHÄNGIGEN ENTLÖHNUNGSSYSTEMS FÜR DAS GESAMTE STAATSPERSONAL

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 666.6 – 11475).

Andrea **Hodel** spricht sowohl als Kommissionspräsidentin wie auch im Namen der FDP-Fraktion. – Im Jahr 1999 haben wir eine erste Teilrevision des Personalgesetzes in der damaligen Spezialkommission Teilrevision Personalgesetz diskutiert, dem Kantonsrat Anträge gestellt und gleichzeitig eine Motion betreffend Einführung eines leistungsabhängigen Entlöhnungssystems für das ganze Staatspersonal eingereicht. Der Kommission ging es damals darum, ein leistungsabhängiges Entlöhnungssystem einzuführen, womit eben in Zukunft die Treue- und Erfahrungszulage (TREZ) nicht mehr automatisch, sondern nur noch leistungsbezogen ausgerichtet werden sollte. Ebenfalls war nach Ansicht der damaligen Kommission und der Motionäre und Motionärinnen zu prüfen, ob nicht auch für den Lehrkörper ein leistungsbezogenes Entlöhnungssystem eingeführt werden könnte.
Thema war bereits damals die Kostenneutralität. Dies hiess für die Kommission damals, dass einerseits aus der strukturellen Besoldungsrevision zu Lasten der Angestellten keine Sparübung gemacht werden sollte, indem die bisher erhaltenen TREZ, die auch bereits Lohnbestandteil geworden sind, gekürzt oder wegfallen würden, umgekehrt aber mit der Besoldungsrevision auch keine Mehrkosten verbunden sein sollen, sondern dass einfach der jährlich grösser werdende Beitrag der TREZ für die individuelle Abgeltung von Leistungen verwendet werden könnte.
Im Zusammenhang mit dieser Ausarbeitung der Motion wurden wir von der Regierung darauf hingewiesen, dass für die Überprüfung des gesamten Besoldungswesen eine analytische Arbeitsplatzbewertung nötig sei, insbesondere um auch vermeiden zu können, dass Lohngleichheitsklagen infolge ungleich hohen Löhnen zwischen Männern und Frauen gegenüber dem Kanton erhoben würden.
Das Resultat liegt vor. Gekostet hat die ganze Übung rund 1,5 Mio. Franken, eine Neuorganisation des Besoldungswesen ist ohne Mehrkosten nicht möglich, systematische Ungleichheiten zwischen der Entlöhnung von Mann und Frau konnten nicht festgestellt werden. Dieses Resultat ist ernüchternd. Wenn die Votantin auch nicht sagen will «ausser Spesen nichts gewesen», ist doch festzuhalten, dass sicher die Mehrheit der Kommission, aber auch die geschlossene FDP-Fraktion ein anderes Resultat erwartet hätten. Über eine Million auszugeben, um festzustellen, was alles in Ordnung ist, ist ein stolzer Preis. Über eine Million auszugeben, um festzustellen, dass die TREZ bereits heute auf Grund der bestehenden Gesetzesgrundlage leistungsabhängig verteilt werden kann, ist ebenfalls ein stolzer Preis. Für mehr als eine Million festzustellen, dass die Einführung eines Lohnsystems nicht kostenneutral erfolgen kann, ist ebenfalls eher ernüchternd.
Dennoch dankt die FDP des Kantons Zug der Regierung für die Arbeit, die sie zusammen mit der Stadt Zug gemacht hat, und auch für die Einsicht, dass eben heute auf die Umstellung und die Einführung eines neuen Lohnsystems verzichtet wird. Mehrkosten von 6,5 bis 13 Millionen pro Jahr können wir uns ganz einfach nicht leisten. Versöhnlich stimmt die FDP-Fraktion auch, dass auf Grund der Arbeitsplatzbewertung festgestellt wurde, dass gerade in den unteren und mittleren Gehaltsklassen die Löhne tendenziell hoch, daneben bei der Besoldung der Kaderfunktionen eher

tief seien. Wir sind ein sozialer öffentlicher Arbeitgeber. Das Problem der fehlenden Flexibilität bei der Entschädigung von Kaderleuten wurde auch von der FDP bereits mehrmals in diesem Rat diskutiert, dies selbstverständlich eher in Phasen der Hochkonjunktur als heute. Der Regierungsrat führt aus, die TREZ könne, bzw. müsse bereits heute leistungsbezogen ausgerichtet werden, was bedeutet, dass genau gleich wie beim Stufenanstieg mindestens eine gute Qualifikation erreicht werden muss, um von der TREZ zu profitieren. Wir erwarten aber auch von der Regierung, dass sie diese leistungsabhängige Auszahlung der TREZ intern umsetzt und keine Ausrichtung gemäss Giesskannenprinzip mehr erfolgt. Auch soll dieser Betrag der TREZ in Zukunft dazu dienen, um eine Flexibilisierung bezüglich der Anstellungsbedingungen von nötigen Kaderleuten zu erhalten. Richtig erachtet die FDP-Fraktion auch, dass die strukturelle Besoldungsrevision bezüglich des Lehrkörpers weiter verfolgt wird, wir knüpfen daran aber nicht nur die Hoffnung, sondern auch die Erwartung, dass damit keine weiteren Expertenkosten mehr verbunden sind.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** macht zuerst eine Vorbemerkung: Die Stawiko hat diese Vorlage nicht beraten und demzufolge auch keinen Bericht verfasst. Der Grund liegt darin, dass sie keine Kostenfolgen hat, die gemäss den Bestimmungen der GO eine Beratung durch die Stawiko erfordern. Dort steht ja unter § 18, Abs. 5, dass die Stawiko Vorlagen behandelt, die eine neue einmalige Ausgabe von über 100'000 Franken oder neu wiederkehrende Ausgaben von über 20'000 Franken behandelt. Dort muss sie einen Bericht abgeben. Der Votant möchte aber zu Handen der Staatskanzlei sagen, dass wir in letzter Zeit mehrmals angefragt wurden, ob wir eine Vorlage behandeln wollen oder nicht. Es gibt immer wieder Vorlagen, bei denen nicht sicher ist, ob sie wirklich keine Kostenfolgen haben. Bei einer Vorlage haben wir darauf bestanden, dass wir sie diskutieren möchten. Es steht ganz klar unter § 7, dass wir auch zu anderen Gesetzesvorlagen Stellung beziehen und Anträge stellen können. Im Zweifelsfall werden wir in Zukunft solche Vorlagen immer in der Stawiko behandeln.
Die Stawiko-Mitglieder haben diese Vorlage studiert und kommentiert, und der Präsident fasst nun die Überlegungen zusammen. Trotz der ausgiebigen und vermutlich auch ausserordentlich kostspieligen Erhebung kann uns der Regierungsrat nicht vollständig davon überzeugen, dass eine strukturelle Besoldungsrevision nicht einigermassen kostenneutral hätte abgewickelt werden können. Beispiele aus der Privatwirtschaft zeigen, dass eine strukturelle Besoldungsrevision mit Arbeitsplatzbewertung durchaus ohne Mehrkosten durchgeführt werden kann. Dies wäre auch im Fall der Zuger Verwaltung mit punktuellen Lohnanpassungen, Lohnumschichtungen oder ähnlichen Massnahmen sehr wohl möglich gewesen. Dies hätte bei einer guten und sachlichen Kommunikation auch nicht zu einer gemäss Regierungsrat «allgemeinen Demotivationsrunde» geführt. Solange die Exekutive jedoch nicht die Bereitschaft zeigt, auch allfällige harte Entscheidungen zu fällen, scheint ein Weiterverfolgen des Projekts auch aus unserer Sicht wenig sinnvoll. Auf Grund der heutigen Kostenentwicklung und generell der Entwicklung unserer Kantonsfinanzen wäre es völlig undenkbar, im Rahmen einer Besoldungsrevision einer Personalkostensteigerung von 6,5 bis 13 Mio. zuzustimmen. Wir begrüssen es deshalb, dass der Regierungsrat keine Vorlage mit einer entsprechenden Kostensteigerung präsentiert hat.

Es zeugt von wenig Transparenz, wenn in dieser Vorlage keine Angaben zu den Projektkosten gemacht werden. Die Mehrheit der Stawiko fordert die Regierung auf, ihr noch eine entsprechende Kostenübersicht zu präsentieren. Die Besoldungsrevision hätte dem Regierungsrat insbesondere mehr Flexibilität in Lohnfragen geben können. Gerade bei der Besetzung von Kaderstellen gibt es immer wieder Probleme, da der Kanton nicht mit den Löhnen in der Privatwirtschaft mithalten kann. Während die Besoldung der unteren und mittleren Gehaltsklassen im Kanton Zug scheinbar im Quervergleich eher hoch angesetzt sind, sind diejenigen bei den Kadern eher tief. Wir teilen die Auffassung des Regierungsrats, dass die Kaderpositionen hochstehend besetzt werden müssen. Eine gute, optimale und vor allem auch langfristige Besetzung dieser Stellen ist für die Entwicklung unseres Kantons von zentraler Bedeutung. Tatsache ist, dass falsch besetzte Kaderpositionen sehr schnell einen Dominoeffekt bewirken, und ganze Belegschaften verunsichert und demotiviert werden können. Ebenso ist Tatsache, dass qualifizierte Kaderleute ihren Preis haben und nicht allein mit dem Argument sicherer Arbeitsplätze gewonnen werden können. Wir sind der Auffassung, dass ein Teil der Gelder, die heute und in Zukunft über die TREZ zur Verfügung stehen, für solche Spezialanstellungen zur Verfügung stehen sollten.
Einige positive Aspekte hat dieses sicher sehr teure Projekt gebracht:
1. Die TREZ wird nicht mehr automatisch, sondern leistungsbezogen ausgerichtet werden. Die Erfahrung wird zeigen, wie mit diesem Gefäss umgegangen wird. Wir werden zukünftig bei der Behandlung von Budget und Rechnung diesem Punkt Beachtung schenken.
2. Positiv beurteilen wir die Aussage des Regierungsrats, dass die Überprüfung/-Neubeurteilung der auf dem Jahr 1976 basierenden Besoldungsstruktur des gesamten Lehrkörpers der gemeindlichen Schulen fortgeführt werden soll. Hingegen vermissen wir hier einen klaren Zeithorizont und eine klare Strategie betreffend weiteres Vorgehen. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er sich für dieses Teilprojekt klare zeitliche Vorgaben gibt und diese auch dem Kantonsrat kommuniziert.
3. Positiv ist ebenfalls, dass das gesamte Besoldungswesen unter Einbezug der Arbeitsplatzbewertung überprüft wurde. Beispielsweise hat es sich gezeigt, dass keine systematischen Lohnungleichheiten bestehen.
4. Positiv ist auch, dass ab 1. Januar 2000 eine differenzierte Mitarbeiter-Beurteilung sowie der leistungsabhängige Gehaltsanstieg eingeführt wurden.
Abschliessend ist die Stawiko weiterhin der Überzeugung, dass der Regierungsrat mit etwas mehr Nachdruck und Risikofreudigkeit die Beschlüsse des Kantonsrats vom 31. Oktober 2002 hätte umsetzen können. Wir sind weiterhin der Meinung, dass ein solches Projekt kostenneutral umgesetzt werden kann bzw. in einer überschaubaren Übergangsphase kostenneutral umgesetzt werden könnte.

Louis **Suter** spricht für die CVP-Fraktion und als Mitglied der wenig glorreichen Kommission für die Revision des Personalgesetzes. – Sie sind wohl alle mit ihm einig, dass sich mit dem Resultat dieser Motion niemand ein Denkmal setzen kann. Freuen dürften sich höchstens die Lehrerinnen und Lehrer, die sich von Anfang an gegen ein leistungsabhängiges Lohnsystem gewehrt haben. 1,6 Mio Franken auszugeben, wovon der Kanton 1,1 Mio zu zahlen hat, um vor allem in Erfahrung bringen zu können, dass es klüger ist, die ganze Übung abzubrechen, ist viel Geld, zu viel, ein zu kostspieliges Lehrstück. Man hätte dieses Geld wesentlich nutzbringender anwenden können. Die CVP ist deshalb froh, dass die Regierung unter der Füh-

rung des neuen Finanzdirektors auf das Bremspedal getreten ist und sich, wie schon beim externen WOV-Projekt, für den Übungsabbruch einsetzt. Wir unterstützen deshalb den Regierungsantrag, die Motion betreffend Einführung eines leistungsabhängigen Entlöhnungssystems für das gesamte Personal als erledigt von der Geschäftsliste abzuschreiben.
Der Ablauf der Bearbeitung dieser erheblich erklärten Motion kommt dem Votanten vor wie Friedrich Dürrenmatts Stück «Der Tunnel». Sie kennen die Geschichte. Eine Reisegruppe besteigt die Bahn. Schon bald bemerken sie, dass der Zug in eine andere Richtung fährt. Doch niemand interessiert dies besonders. Man ist in den richtigen Zug gestiegen, die Zugskomposition ist neu, die Billettkontrolle hat ohne irgend einen Hinweis statt gefunden und in der Lok sitzt gemäss Ansage des Bahnbetreibers ein externer Spezialist. Was kann da schon falsch sein. Das Vertrauen ist gross. Zu gross. Es kommt wie es kommen muss – der Zug fährt auf einem falschen Gleis und das Abenteuer endet im Tunnel, wo an der Strecke noch immer emsig
gebaut wird. So etwa kommt Louis Suter auch die Geschichte unserer Motion vor. Alle, die damals dabei waren oder noch heute dabei sind, tragen Mitverantwortung. Natürlich kann man darauf hinweisen, dass die vorberatende Kommission die Motion selbst eingebracht hat. Ebenso ist es richtig, dass die Bearbeitung dieser Motion in erster Linie eine Exekutivaufgabe der Finanzdirektion war. Trotzdem, wie schon gesagt, alle tragen Mitverantwortung:
– Der Kantonsrat, nicht nur weil er die Motion erheblich erklärte, sondern weil er ohne grosse Diskussion Budget und Rechnung jeweils laufend genehmigte.
– Die vorberatende Kommission, weil sie zu blauäuig war, mit ihrer Eigendynamik das Ganze erst recht heraufbeschwor und die Entwicklung nicht kommen sah.
– Die damalige Führung der Finanzdirektion, welche vor allem durch die externe Vergabe und die Verbuchung der Kosten in der laufenden Rechnung das Projekt weder finanziell noch operativ in Griffe hatte. Hier stellt sich zudem die Frage, weshalb man nicht zuerst ausgewählte Zielgruppen überprüfte, bevor man das ganze Staatspersonal einer Arbeitsplatzbewertung unterzog.
– Die Stawiko, welche wohl die finanziellen Probleme erkannte, sich aber in der Folge in erster Linie darauf beschränkte, am Postulat der Kostenneutralität festzuhalten.
– Die Regierung als Ganzes, weil sie beim Zwischenbericht vom 21. Mai 2002 wohl über die Problematik orientierte, jedoch nur beantragte, vom Postulat der Kostenneutralität Abstand zu nehmen, und nicht die richtigen Schlüsse zog.
Es scheint deshalb falsch, jemandem den Schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben. Vielmehr geht es darum, heute die richtigen Lehren zu ziehen. Zukünftig muss alles daran gesetzt werden, dass solche Vorkommnisse nicht wieder vorkommen. Besonders wichtig für die CVP ist, dass externe Projektvergaben oder externe Gut-achten sorgfältiger überprüft werden. Sie sollen eine Ausnahme sein und die finanziellen Auswirkungen bei der Erheblicherklärung einer Motion haben transparent vorzuliegen. Zudem sind wir der Meinung, dass es nicht sein darf, dass die Regierung auf Grund einer Motion Ausgaben in Millionenhöhe beschliesst und diese als gebundene Kosten betrachtet. Zur Frage der gebundenen Ausgaben hat bekanntlich alt Kantonsrat Hans Durrer am 17. Oktober 2002 eine Motion eingereicht. Aufgrund dieser Situation hätten wir deshalb gerne gewusst, wie weit man mit dieser Motion ist und welche Änderungen des Finanzhaushaltsgesetzes zu erwarten sind.

Unabhängig davon sollten aber zukünftig bei der Erheblichkeitserklärung die Kostenauswirkungen – sowohl für Abklärungen als auch durch die Motionen selbst – besser bekannt sein. Ohne diese Vorgabe dürfen Motionen nicht mehr erheblich erklärt werden. Zudem ist es für die CVP-Fraktion wichtig, dass bereits bei der Motionsüberweisung die finanziellen Aspekte gebührend in Betracht gezogen werden und konsequenterweise nicht mehr alle Motionen automatisch der Regierung zur Überprüfung überwiesen werden. Die jetzige Praxis, bei der es zum guten Ton gehört, praktisch alle Motionen automatisch zu überweisen, ist deshalb zu überdenken.
Trotz allem Negativen dürfen wir aber nicht vergessen, dass andere Anliegen der Motion erfüllt werden konnten. Neue Erkenntnisse, die sich auch positiv für die Angestellten der kantonalen Verwaltung auswirken, konnten eingebracht werden:
– Die TREZ erfolgt leistungsabhängig.
– Die Arbeitsplatzanalyse hat gezeigt, dass keine geschlechtsspezifische Lohnungleichheiten vorhanden sind und somit die Befürchtungen der Arbeitsgruppe zur Gleichstellung von Mann und Frau unbegründet waren.
– Weitere Anliegen wie Massnahmen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitbeitsplatz, Verbesserung der Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall bei befristeten Arbeitsverhältnissen, die Überprüfung neuer Arbeitsmodelle, verbesserter Kündigungsschutz im Fall von strukturellem Arbeitsabbau sowie der Mutterschaftsurlaub konnten in der Zwischenzeit erfüllt werden.
Im Bericht des Regierungsrates wird zudem unter dem Titel «Weiteres Vorgehen» darauf hingewiesen, dass eine Teilrevision des Lehrerbesoldungsgesetzes geplant ist. Trotz umfangreichen Hinweisen ist jedoch nicht klar ersichtlich, in welchem Umfang und Zeitrahmen diese Revision geplant ist. Wir würden uns deshalb über eine kurze Orientierung durch den Bildungsdirektor freuen. – Fazit: Trotz dem Scheitern des Hauptprojekts sollten wir uns an den eben erwähnten positiven Ergebnissen freuen und die richtigen Lehren aus diesem finanzpolitischen Scherbenhaufen ziehen.

Eusebius **Spescha** meint, eine strukturelle Besoldungsrevision ohne Kostenfolgen sei nicht zu haben. Dies ist keine neue Erkenntnis, die entsprechenden Erfahrungen bei Privatwirtschaft und Verwaltung liegen schon lange vor. Der Votant möchte von den Stawiko-Mitgliedern gerne wissen, welche relevante private Firma eine strukturelle Besoldungsrevision ohne Kostenfolge durchgezogen hat. Obwohl diese Erkenntnisse vorhanden waren, hat es dieser Rat für nötig befunden, der Regierung einen unmöglichen Auftrag zu erteilen, auch wider allen Empfehlungen der begleitenden Experten. Vier Jahre wurde gearbeitet, es liegen ein Gehaltskonzept vor, eine Arbeitsplatzbewertung (die sogenannte strukturelle Besoldungsrevision) und eine Überprüfung der Anstellungsbedingungen. Neben einem externen Berateraufwand in siebenstelliger Höhe wurde auch ein hoher interner Aufwand geleistet. Dutzende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen und der städtischen Verwaltung, insbesondere auch eine hohe Zahl wichtiger Kaderpersonen, waren in das Projekt involviert, haben mit hohem Engagement gut gearbeitet, wie sich jede und jeder durch Einsicht in die Unterlagen überzeugen kann.
Die Resultat sind klar. Es liegen gute Produkte vor, und trotzdem muss dies schubladisiert werden. Es ist ein Scherbenhaufen. Wieso? Weil die politischen Vorgaben falsch waren. Obwohl bekannt war aus verschiedensten Erfahrungen und Untersuchungen, dass die Vorgabe der Kostenneutralität nicht eingehalten werden kann,

musste dieses Projekt unbedingt durchgezogen werden. Und wenn Eusebius Spescha heute die bisherigen Äusserungen anhört, stellt er auch fest, dass versucht wird, die Verantwortung zu verwischen. Entweder ist niemand Schuld oder alle ein wenig. Es ist aber ganz eindeutig: Die Vorgabe war falsch und dieser Rat hat sie zu verantworten. Wir von der SP hoffen sehr, dass in Zukunft Sachargumenten mehr Beachtung geschenkt wird. Regierung und Verwaltung haben gut gearbeitet, sie haben einen immensen Aufwand geleistet. Der Votant möchte ihnen auch danken dafür. Er ist überzeugt, dass es umsetzungswürdige Resultate hat. Es wurden in der Verwaltung auch Hoffnungen geweckt, die jetzt enttäuscht wurden. Da bleibt sicher eine gewisse Frustration zurück. Die SP-Fraktion ist einverstanden mit der Abschreibung der Motion. Es hat tatsächlich keinen Sinn mehr, in der heutigen Situation an diesen Projekten ausserhalb der von der Regierung aufgezeigten Vorgehensweise festzuhalten.

Erwina **Winiger Jutz** hält fest, dass es der AF von Beginn weg klar war, dass ein Qualitätssystem, das *direkt* lohnwirksam wird, nicht zu Qualitäts- und Leistungssteigerung führt, sondern im Gegenteil zur Minderung der Qualität. Diese Aussage wird durch namhafte Untersuchungen untermauert. Auf Grund der gemachten negativen Erfahrungen mit den lohnwirksamen Entlöhnungssystemen werden diese in der Privatwirtschaft wie auch in Verwaltungen nach und nach wieder abgeschafft. Nichtsdestotrotz wurde das leistungsabhängige Entlöhnungssystem in der kantonalen Verwaltung institutionalisiert. Mindestens wurde erkannt, dass die lohnwirksame Leistungsbeurteilung bei den Lehrkräften nicht durchführbar ist. Es fehlen die organisatorischen und personellen Voraussetzungen. An den einen und anderen Orten werden zwar Mitarbeitergespräche eingeführt, was die Votantin persönlich sehr begrüsst. Doch die Rahmenbedingungen sind noch unausgereift (es fehlt an qualifiziertem Personal), so dass dies nie und nimmer lohnwirksame Folgen haben darf.
Die Besoldungsstruktur bei Lehrpersonen ist übrigens tatsächlich im Wanken. Darum sind wir froh um den Vorbehalt, dass die Besoldungsstruktur innerhalb des gemeindlichen Lehrpersonals überprüft werden soll. Auch wir sind gespannt auf den zeitlichen Ablauf. Es ist für Erwina Winiger schleierhaft, wieso eine Kindergärtnerin dermassen viel weniger verdienen soll als eine Primarlehrkraft. Allzu bald werden die ersten Abgänger und Abgängerinnen der Pädagogischen Hochschulen auf den Lehrerstellenmarkt treten. Spätestens bis dann muss entschieden sein, was mit den unterschiedlichen Gehaltsstrukturen passiert. Dank dem Projekt «Geleitete Schulen» werden in den Gemeinden nun Schulleiter und Schulleiterinnen installiert. Die Entlöhnung ist jedoch noch nicht geregelt. D.h. sie basiert auf dem ursprünglichen Lehrerlohn. Ein Sekundarlehrer, der als Schulhausleiter arbeitet, erhält also für die gleiche Arbeit bedeutend mehr Lohn als wenn eine Kindergärtnerin, eine Primarlehrkraft oder eine Hauswirtschaftslehrerin den genau gleichen Job ausübt. Dies ist ungerecht.
Es wurde bereits mehrmals erwähnt, dass die Umsetzung einer solchen Motion nicht kostenneutral erfolgen kann. Wenn man nur schon bedenkt, wie viel Geld uns die ganze Übung bis hierhin gekostet hat! Die Teilrevision Personalgesetz entpuppt sich als ein schwieriges Unterfangen. Die Kosten von 1,5 Mio. Franken für die Ausarbeitung sind eindeutig zu hoch, wenn man bedenkt, dass schlussendlich einfach festgestellt wurde, was wir bis anhin ohnehin schon wussten, dass einige zuviel und etwa gleichviel zuwenig verdienen, der grosse Teil jedoch richtig entlöhnt ist. Was hingegen wieder als beruhigend taxiert werden kann, ist die Feststellung, dass Frau

und Mann bei gleichen Voraussetzungen grundsätzlich gleich besoldet werden. Allerdings besteht da immer noch die Frage, ob die erwähnte Kindergärtnerin so wenig verdient, weil es ein fast ausschliesslicher Frauenberuf ist. – Die AF ist ebenfalls für die Abschreibung im Sinne des Regierungsrats, so dass die Besoldungsstruktur des Lehrpersonals noch überarbeitet wird.
Finanzdirektor Peter **Hegglin** beginnt mit einem Zitat: «Die Zukunft ist zu beneiden, weil sie die Details über die Vergangenheit weiss.» Heute sind wir aus Sicht des Projekts «Strukturelle Besoldungsrevision» in der Zukunft – wir kennen die Details. Der Votant möchte dem Rat danken für die differenzierte Betrachtung des Projekts. Es ist von Scherbenhaufen gesprochen worden, diese Bezeichnung ist aber sicher übertrieben. Der Finanzdirektor möchte nicht von einem Scherbenhaufen sprechen, denn es sind doch auch wesentliche Elemente verwirklicht worden, die er noch erwähnen möchte. Z.B wurde die Einführung der Leistungsbeurteilung auf Januar 2000 eingeführt und damit haben wir den Automatismus für den Stufenanstieg abgeschafft. Ab diesem Datum braucht es eine differenzierte Mitarbeiterbeurteilung, um den Stufenanstieg auszulösen. Wir haben im Bericht aufgezeigt, dass wir weiter gehen möchten und auch die TREZ möglichst differenziert auszahlen wollen. Wobei wir hier sicher noch Erfahrungen sammeln müssen, wie und ob das so auch machbar sein wird. Weiter ist auch festgestellt worden, dass keine Lohnungleichheiten zwischen Mann und Frau bestehen. Das heisst, dass keine Lohngleichheitsklagen zu erwarten sind. Nur *eine* solche Klage hätte Kosten in sehr grosser Höhe verursacht. Zudem haben wir Massnahmen gegen Mobbing, Bossing und Sexing ergriffen und umgesetzt. Aber auch der Mutterschaftsurlaub wurde verbessert und ebenfalls auf Januar 2000 eingeführt.
Daneben gibt es natürlich viele nicht realisierte Elemente. Diese stammen aber aus einer anderen Zeit, in der andere Voraussetzungen galten. Es sind doch fast sechs Jahre vergangen seit Beginn dieses Projekts. Peter Hegglin erinnert sich an die Kommission 1998. Damals hat sogar die Kommission beschlossen, man solle die Festsetzung der Höhe der Besoldung der Exekutive überlassen und nicht mehr dem Kantonsrat über das Personalgesetz. Diese Änderung hätte eine Verfassungsabstimmung nötig gemacht und das wäre wohl beim Kantonsrat kaum durchgekommen und noch weniger beim Volk. Eine Idee war auch, das Maximalgehalt auf 270'000 Franken anzuheben, mit entsprechenden Kostenfolgen. Wir haben dann, als wir das Projekt neu beurteilt haben, von diesen Positionen Abstand genommen und nur noch die Arbeitsplatzbewertung herausgelöst und versucht zu Ende zu führen. Die Bewertung haben wir zu Ende geführt, aber wir kamen dann zum Problem der Umlegung auf die Gehaltsklassen, die im Bericht abgehandelt sind. Das hätte 35 neue Klassen bedingt und viel höhere Kosten zur Folge gehabt. Also haben wir versucht, die Ergebnisse ins bisherige Lohnsystem einzufügen, was dann zur Einsicht führte, dass der mittlere und untere Bereich der Lohnempfänger eigentlich im Vergleich zu anderen Kantonen gute Löhne hat. Aber es wäre nicht einfach gewesen, hier die Löhne einfach zu senken. Wenn wir Löhne senken wollen, braucht es dazu Grundlagen und man kann da nicht einfach reduzieren. Die Bewertung hat aber auch gezeigt, dass der mittlere und obere Bereich, der akademische Mittelbau, wegen der komprimierten Überführung zu hoch eingestuft ist und tiefer eingestuft werden müsste. Wir hätten also im gesamten Kader und mittleren akademischen Bereich Besitzstände gehabt. Und das hätte zu einer gewissen Frustration geführt, was wir nicht provozieren wollten. Ein Ergebnis ist aber auch, dass wir die übrigen Anstellungsbedingungen weiter verbessern wollen. Wir haben hier eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um flexible

Arbeitszeitmodelle zu erarbeiten oder auch zahlungspflichtige Überstunden zu verhindernd, indem diese übers Jahr abgebaut werden können.
Das Anliegen der CVP, Kosten durch erheblich erklärte Motionen und daraus folgenden Aktionen zu deklarieren, haben auch schon die SVP und Hans Durrer aufgebracht. Wir haben das Anliegen aufgenommen in der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes. Diese Vorlage war in der Vernehmlassung. Dort haben wir das abgehandelt und Ihnen unterbreitet, dass wir inskünftig die finanziellen Auswirkungen von Motionen und ihrer Bearbeitung darlegen wollen, damit Sie in Kenntnis der Folgen über die Erheblicherklärung entscheiden können.
Zum weiteren Vorgehen bei der Lehrerbeurteilung. Das Projekt ist aufgegleist. Es wurde heute schon mehrfach erwähnt, dass dort ein Nachholbedarf besteht. Denn wir haben Lohnungleichheiten zwischen Rektoren und Prorektoren. Wir haben die Schulhausleitung neu strukturiert, die Schulhausvorsteher. Wir haben auch neu geschaffene Lehrerkategorien wie schulische Heilpädagogen oder Fachgruppenlehrpersonen. Und all diese müssen besser strukturiert werden. Zudem haben wir zukünftig eine neue Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Die Lehrerkategorien rücken ausbildungsmäüssig näher zusammen. Das sollte alles beurteilt werden. Wir möchten möglichst auf bestehenden Ergebnissen aufbauen. Aber wir können nicht versprechen, dass es nicht notwendig sein wird, Experten beizuziehen. Es kann zum Teil ja auch günstiger sein, mit Spezialwissen von Experten vorwärtszukommen, als alles Wissen zuerst intern aufzubauen. Das Projekt sollte eigentlich im September gestartet werden und innert Jahresfrist sollten die entsprechenden Resultate vorliegen.

➔ Der Rat schliesst sich dem Antrag des Regierungsrats an und beschliesst, die Motion unter Vorbehalt der Überprüfung und Korrektur der Besoldungsstruktur innerhalb des gemeindlichen Lehrpersonals als erledigt von der Geschäftsliste abzuschreiben.

457 MOTION VON ALOIS GÖSSI BETREFFEND BESSERE HILFESTELLUNG VON EHEFRAUEN/KINDERN VOR SCHLAGENDEN EHEMÄNNER/VÄTERN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 995.2 – 11498).

Alois **Gössi** dankt dem Regierungsrat und insbesondere dem Sicherheitsdirektor herzlich für die Beantwortung seiner Motion. Sie haben diese sehr ernst genommen, lieferten einen sehr umfassenden und detaillierten Bericht ab und haben auch schon klare Vorstellungen, wie es weitergehen soll. – Diese Motion wurde nicht grundlos gestellt: Häusliche Gewalt kommt viel zu oft vor, es gibt viel zu viele Opfer. Allein im Kanton Zug hatten wir im letzten Jahr 157 Fälle. Im Kanton Zürich kamen 2003 neun Personen deswegen zu Tode, es gab fünf Fälle von Tötungsversuchen, sechs Personen wurden schwer verletzt. Handlungsbedarf ist also dringend vorhanden – der Votant darf wohl davon ausgehen, dass wir uns hier alle einig sind. Der Regierungsrat hat die Absicht, die Wegweisung des Täters oder der Täterin, das Rückkehrverbot des Täters oder der Täterin und die Kontaktsperre zum Opfer gesetzlich zu verankern. Dies bedeutet eine nachhaltige Verbesserung des Opferschutzes und

eine klare und notwendige Verbesserung gegenüber der heutigen Situation, in der die Opfer in aller Eile das Notwendigste zusammen suchen und weggehen müssen, während der Täter weiterhin im gemeinsamen Haushalt bleiben kann. Dass Handlungsbedarf besteht, bewies schon der Kanton St. Gallen, er hat eine ähnliche Forderung bereits umgesetzt. Auch der Kanton Zürich handelt. Der Zürcher Regierungsrat hat ähnliche Absichten wie unser Regierungsrat und startete kürzliche eine Ver-nehmlassung zu den geplanten Gesetzesänderungen.
Aus fachlicher Sicht machen die vorgeschlagenen Massnahmen sehr viel Sinn, dies wird sehr wahrscheinlich – ausser von der FDP-Fraktion – von niemandem bestritten. Aber die Massnahmen, welche auf Grund des nachgewiesenen Handlungsbedarfs getroffen werden müssen, verlangen auch nach mehr personellen Ressourcen. Die Polizei braucht zwei neue Stellen, um eine Fachstelle für häusliche Gewalt schaffen zu können. Diese Fachstelle wird für die Umsetzung der nachhaltigen Verbesserung des Opferschutzes verantwortlich sein. Wir haben hier im Kantonsrat die Aufgabe, das Notwendige vom Wünschenswerten zu trennen und entsprechend unsere Prioritäten zu setzen. Alois Gössi wäre froh, wenn diese zwei Stellen nicht geschaffen werden müssten, weil wir nicht mit so viel häuslicher Gewalt und deren Konsequenzen konfrontiert wären. Aber die Realität ist leider anders, eine Fachstelle ist auch im Kanton Zug notwendig und nicht nur wünschenswert.
Die FDP schrieb in ihrem Fraktionsbericht von der Fraktionssitzung am 21. Juni 2004, abrufbar im Internet: «Der regierungsrätliche Antrag zur Hilfestellung an Ehefrauen und Kinder von schlagenden Männern wird nicht unterstützt. Der Aufwand ist zu gross und es existieren bereits Anlaufstellen und Schutzmöglichkeiten.» Wenn der Votant dies liest, fragt er sich, ob die FDP das Problem verstanden hat. Es geht nicht um Anlaufstellen oder Schutzmöglichkeiten, es geht darum, dass der Täter, in der Minderheit auch eine Täterin, vom oder von den Opfern weggewiesen wird. Nicht das Opfer soll flüchten, sondern der Täter oder die Täterin soll weggewiesen werden. Alois Gössi bittet die FDP, der Realität ins Auge zu sehen. Wir haben im Kanton Zug dringenden Bedarf, den Opferschutz bei häuslicher Gewalt endlich zu verbessern. Als Motionär bittet er den Rat, die Motion im Sinne seiner Ausführungen erheblich zu erklären.

Silvan **Hotz** möchte vorweg nehmen, dass sich die CVP-Fraktion mit dem Vorschlag des Regierungsrats bezüglich gesetzlicher Regelung einverstanden erklären kann. Nicht akzeptieren können wir jedoch eine Personalstellenerhöhung. Begründung: Wir wissen alle um das Problem von häuslicher Gewalt und dürfen unsere Augen davor nicht verschliessen. Auch im Kanton Zug ist die Zunahme der häuslichen Gewalt besorgniserregend. Es sei zudem darauf hingewiesen, dass in jüngster Zeit innerhalb der Schweiz mehrere schwere Körperverletzungen bis hin zu Totschlag unter Ehegatten und unter Konkubinatspartnern zu verzeichnen waren. Das Parlament ist hier gefordert, Massnahmen zu treffen. Wir könnten eines Tages sehr stark in die Kritik geraten, wenn wir etwas gar oberflächlich zu notwendigen Regelungen nein sagen. Der Regierungsrat zeigt auf, dass es jetzt eine rechtliche Gratwanderung ist, weil die Arbeit der Polizei rechtlich schlecht abgestützt ist. Heute hat die Polizei die Möglichkeit, gewalttätige Personen vorübergehend in Gewahrsam zu nehmen, aber nur für 24 Stunden. Dies führt in den seltensten Fällen zu einer nachhaltigen Verbesserung. Was passiert? Es wird mit grosser Wahrscheinlichkeit wieder eskalieren. Eine weitere polizeiliche Intervention wird nötig sein. Deshalb ist eine Ergänzung zum heutigen Gesetz wichtig und auch richtig. Dies fordern auch die Motionäre. Dass

daraus wieder mehr Personalstellen geschaffen werden müssen, spricht für oder eben gegen den Polizeidirektor. Wir vertreten die Auffassung, dass nicht mit jeder Sicherheitsvorlage weitere Personalstellen verbunden sein müssen.
Mit der Möglichkeit der Wegweisung, des Rückkehrverbots und der Kontaktsperre für gewaltbereite Personen schaffen wir für die Polizei neue und notwendige Grundlagen. Dadurch wird die Arbeit der Polizei erleichtert. Mehr wollten die Motionäre nicht und schon gar nicht ist davon auszugehen, dass diese Änderung mit einer Mehrbelastung, das heisst mit neuen Stellenprozenten verbunden ist. Diese Massnahmen dürfen mehrere Tage verhängt werden. In dieser Zeit können dann unsere guten Sozialwerke eingreifen. Oder evtl. der Richter eine Verlängerung der polizeilichen Verfügen bewirken. Die neue Regelung führt letztlich zu einer Vereinfachung und Reduktion der polizeilichen Arbeit. Gewaltbereite Personen dürfen z.B. nicht schon nach 24 Stunden wieder nach Hause. Ob ein Sozial-Pikettdienst geschaffen werden muss, wie dies in der Vorlage gefordert wird, ist sehr genau zu prüfen. Wenn die gewalttätige Person weggewiesen werden darf, die Rückkehr und jegliche Art von Kontaktaufnahme verboten wird, könnte der Sozialdienst auch erst am nächsten Morgen Kontakt aufnehmen.
Sehr störend ist für den Votanten der Titel der Motion. Der Motionär greift nur das Problem gewalttätiger Ehemänner auf. Die Regierung hat deshalb richtigerweise die Sichtweise etwas weiter gefasst. Auch zeigt er auf, dass es für gewaltbetroffene Männer keine Zufluchtsorte gibt. Lediglich zwei Beratungsstellen werden aufgezeigt. Die eine ist die Opferberatung der Frauenzentrale Zug. Ein gewisses Umdenken ist hier dringend nötig. Denn ein Mann mit häuslichen Problemen will sich sicherlich nicht von Frauen helfen lassen. Umgekehrt ist es ja nicht anders.
Unterstützen Sie unseren Antrag, die Motion nur bezüglich gesetzlichen Grundlagen erheblich zu erklären, im übrigen aber, was die Personalforderung anbelangt, abzulehnen. So kann die Polizei einfacher, schneller und effizienter handeln, was primär letztlich den Opfern zugute kommen würde. Lassen Sie sich von der einmal mehr von der Sicherheitsdirektion überbordenden Vorlage nicht blenden und stimmen Sie unserem Antrag zu. Mehr wollten ja die Motionäre auch nicht.

Maja **Dübendorfer Christen** dankt in Namen der FDP-Fraktion dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Problemstellungen, die sich im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt ergeben. Die FDP ist aber mit der Erheblicherklärung dieser Motion nicht einverstanden. Im heutigen finanziellen Umfeld des Kantons sind die damit verbundenen Ausgaben zu hoch. Denn die Forderung der Motion kann der eigentlichen Situation nicht gerecht werden. Trotz allen Bemühungen sind auch die getroffenen Massnahmen kein wirksames Mittel gegen die häusliche Gewalt. Diese ist ein Problem des unrechtmässigen Verhaltens von Menschen und betrifft Personen, die in einem erheblichen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen. Das erklärt auch, weshalb bis zum ersten Kontakt mit der Polizei meist viel zu viel Zeit vergeht. Darum geht die FDP auch mit dem Regierungsrat darin einig, dass häusliche Gewalt eines der vielen Probleme der heutigen Gesellschaft ist, das wirklich ernst genommen werden muss. Dass die bekannt gewordenen und darum statistisch erfassten Übergriffe 2003 so stark zugenommen haben, ist sicher darauf zurückzuführen, dass unsere Polizeikommandantin Silvia Steiner sehr viel mehr Gewicht als bisher auf die Verfolgung dieser Delikte und auch auf die Aufklärungsarbeit legt.
Die wirtschaftlichen Folgen der häuslichen Gewalt sind, dies stellt der Regierungsrat richtig fest, sicher gravierend. Wirtschaftliche Folgen jedes gesetzwidrigen

Verhaltens sind aber häufig gravierend. So zum Beispiel Körperverletzungsdelikte, die zu bleibenden Gesundheitsschädigungen führen oder auch Wirtschaftsdelikte, die manchmal gar viele von Geschädigten zur Folge haben.
Die FDP des Kantons Zug dankt der Zuger Polizei, dass sie heute mehr ermittelt als vermittelt. Dabei darf aber nicht verkannt werden, dass viele Ermittlungen letztendlich ins Leere führen, weil häufig die ursprünglich erwünschten Massnahmen zurückgezogen werden. Tatsache bleibt, dass in diesem Bereich von der Polizei, den Sozialbehörden und den gerichtlichen Instanzen sehr viel undankbare Arbeit geleistet wird. Nach Ansicht der FDP sind die heute vorhandenem Möglichkeiten wie Präventivhaft, Fernhalte- und Eheschutzmassnahmen, wenn auch nicht ideal, so doch derzeit genügend. Dass eine weitergehende Hilfestellung wünschenswert wäre, dass es gut wäre, wenn sich die Polizei mehr Zeit nehmen könnte für die Betreuung der Opfer, ist sicher richtig. Solche Möglichkeiten wären aber nicht nur bei der Polizei oder beim angesprochenen Pikettdienst der Sozialämter, sondern auch in anderen sozialen Bereichen wünschenswert. Nicht nur bei der häuslichen Gewalt, auch bei anderen Delikten gegen Personen können die Opfer traumatisiert sein und wäre eine Nachbetreuung wünschenswert. Der Staat kann aber nicht für alles und jedes einen öffentlichen Dienst unterhalten. Hier muss die private Hilfe greifen. Die FDP denkt hier an die Unterstützung von Eltern, Verwandten und Freunde, die für eine kurze Zeit wirksam helfen können und sollen. Nicht vergessen werden darf, dass neben dem Frauenhaus auch andere Institutionen sehr wertvollen Dienste anbieten.
Wenn die FDP auch sieht, dass der Ausbau der Hilfe und die Betreuung der Opfer nach Delikten wichtig wäre, ist doch einzusehen, dass im heutigen finanziellen Umfeld nicht Ressourcen zur Schaffung eines Sozialpikettdienstes (dieser wäre Sache der Gemeinden) oder für Hintergrundarbeit zur Verfügung gestellt werden können. Wir müssen jetzt und in Zukunft bestrebt sein, unsere öffentlichen Aufträge mit den bestehenden Mitteln so gut wie möglich zu erfüllen. Dies die Gründe, weshalb die FDP Fraktion nicht bereit ist, diese Motion erheblich zu erklären. Obwohl auch wir die Problematik im Bereich der häuslichen Gewalt und der damit verbundenen notwendigen Betreuung der Opfer sehen. Auch eine Teilerheblicherklärung ist für die FDP-Fraktion nicht denkbar. Es geht doch nicht, dass wir die dafür nötigen Stellen nicht bewilligen, aber trotzdem dem Mehraufwand zustimmen.

Heidi **Robadey** hält fest, dass die SVP-Fraktion den regierungsrätlichen Antrag nicht unterstützt. Die Fraktion ist der Meinung, dass die dazu nötigen gesetzlichen Massnahmen mit einem verhältnismässig zu hohen Aufwand verbunden sind. Es existieren bereits Anlaufstellen und Schutzmöglichkeiten für Frauen und Kinder, die Opfer von häuslicher Gewalt sind. Wie aus dem Bericht des Regierungsrats zu entnehmen ist, wird sich der Kantonsrat nächstes Jahr mit dem in Ausarbeitung befindlichen neuen Polizeigesetz befassen. Deshalb betrachtet es die SVP als nicht effizient, wenn nun eine Gesetztesergänzung bei häuslicher Gewalt vorgezogen wird. Beim neuen Polizeigesetz könnte auch die Problematik der häuslichen Gewalt und deren Verfolgung durch entsprechende Massnahmen beraten und behandelt werden.
Zu bemerken ist noch, dass die Motion bezüglich der Urheberschaft in häuslicher Gewalt einseitig formuliert ist. Sie verlangt nämlich gesetzliche Massnahmen, damit Ehefrauen und Kinder vor schlagenden und prügelnden Ehemännern und Vätern besser geschützt werden. Tatsächlich sind Opfer nicht ausschliesslich Frauen, Jugendliche und Kinder. Wie die Votantin aus einem Bericht der Zuger Woche vom 27. August 2003 über die häusliche Gewalt entnehmen konnte, sind Frauen im

Gesetz, gemäss Aussage der Chefin der Zuger Kriminalpolizei, generell im Vorteil. Welcher Mann gibt schon zu, dass er von seiner Angetrauten verprügelt oder misshandelt wurde. Die Angst, als Waschlappen und Taugenichts hingestellt zu werden, ist bei den meisten Männern viel zu gross. In den meisten Fällen würden die Männer verurteilt, aus der eigenen Wohnung verwiesen, und/oder ins Gefängnis gesteckt, nach dem Motto: «Ein gewalttätiger Mann ist kriminell, hingegen eine Frau, die das gleiche tut, ist psychisch krank.» Grundsätzlich haben die Männer in Sachen häusliche Gewalt die gleichen Rechte wie Frauen, nur haben die Letztgennannten in der heutigen Zeit die grössere Lobby. Aus allen diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion diese Motion ab.

Andrea **Erni**: Werte Fraktionsmitglieder der FDP und SVP – es geht heute und hier nicht darum zu beurteilen, ob es genügend Schutzmöglichkeiten für Opfer gibt, weil diese Schutzmöglichkeiten allesamt darauf abzielen, die Opfer aus der Wohnung zu entfernen. Es geht auch nicht darum, ob die Motion einseitig formuliert ist oder nicht – zumal die die Begrifflichkeiten ja angepasst wurden. Und es geht überhaupt nicht darum, aus der Polizei eine soziale Institution zu machen, Sie wissen das alle ganz genau. Es geht vielmehr um ein sehr ernsthaftes, für die Betroffenen äusserst schmerzhaftes Thema. Es geht um Menschen, deren Leben ernsthaft bedroht wird. Es geht – und das kann auch die SVP nicht wegdiskutieren – vor allem um Frauen und Kinder, deren Menschenwürde und Integrität verletzt werden. Es geht um sehr viel Leid. Haben Sie schon einmal eine verprügelte Frau gesehen? Platzwunde im Gesicht, ein Auge zugeschwollen, überall blaue Flecken, leerer Blick. Haben Sie schon einmal diese Stimmung, die spürbare Aggression, die Ohnmacht, die fassungslosen, verstörten Kinder erlebt? Das Eingreifenmüssen in eine Situation, wie sie eben beschrieben wurde, ist äusserst heikel und verlangt viel Feingefühl und Professionalität. Und es ist zwingend die Polizei, die eingreifen muss, weil nur sie die hoheitliche Gewalt, die Autorisierung dazu hat. Bis zum heutigen Zeitpunkt aber können Opfer nur geschützt werden, indem sie weggebracht werden. Eine unzumutbare und nicht länger tolerierbare Situation. Die Misshandelten müssen unter Polizeischutz in Windeseile ein paar Sachen zusammenpacken, ihre vertraute Umgebung verlassen und werden dann irgendwohin platziert. Der gesamte Freundeskreis, die vertrauten Personen sind nicht mehr unmittelbar erreichbar.
Es kann doch nicht sein, dass die Opfern nach all dem Erlebten aus ihrem Umfeld herausgerissen werden. Es ist doch ungeheuerlich, dass der Täter oder die Täterin in der Wohnung bleiben kann und die Opfer ihre Wohnung, ihr zu Hause verlassen müssen. Oder finden Sie es richtig, werte SVP-Mitglieder, dass ein von seiner Frau geschlagener Mann die gemeinsame Wohnung verlassen muss, während die Täterin zu Hause bleiben kann? Es geht hier und jetzt darum, endlich die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen und die geeigneten Massnahmen zu ergreifen, dass die Opfer zu Hause bleiben können und die Täter weg müssen. Es geht darum, der Polizei bald möglichst Instrumente zur Verfügung zu stellen, dass Sie die Täter nicht nur vorübergehend einsperren, sondern wegweisen und ein Rückkehrverbot und eine Kontaktsperre verhängen können. Es geht darum, der Polizei die nötige Kompetenz zuzugestehen, um im Fall von häuslicher Gewalt adäquat reagieren und agieren zu können. Darum geht es!
Zum Schluss noch etwas zur Stellenfrage. Werte CVP-Mitglieder, lassen Sie die Vorlage nicht schon im Voraus Makulatur werden mit ihrer Forderung, dass diese Gesetzesänderung ohne zusätzliche Personalstellen umzusetzen sei. Lassen Sie

uns die Vorlage – so wie sie ist – erheblich erklären. Lassen Sie uns dann über allfällige zusätzliche Stellen diskutieren, wenn alle Grundlagen und Tatsachen auf dem Tisch liegen. Grundsätzlich sollten Sie aber zur Kenntnis zu nehmen, dass wir der Polizei mit dieser notwendigen Vorlage erneut mehr Arbeit zuweisen. Und lassen Sie sich bitte auch sagen, dass Fremdplatzierungen – nebst der unsäglichen Belastung für die Betroffenen – oft sehr viel Geld kosten. Noch einmal: Es ist wirklich wichtig, dass die Opfer zu Hause bleiben und die Täter entfernt werden können. Es ist wirklich wichtig, jetzt zu handeln. Die jetzige Handhabung ist nicht länger akzeptabel. Wir von der SP-Fraktion beantragen deshalb eindringlich, die Motion von Alois Gössi erheblich zu erklären.

Anna **Lustenberger-Seitz** dankt dem Regierungsrat im Namen der AF für die ausführliche Antwort zu diesem sensiblen Thema. Die Antwort öffnet die Augen, zeigt die Wirklichkeit auf und schlägt differenzierteLösungswege von einer anderen Seite vor: Nicht die Opfer sollen sich durch Fliehen in Schutz bringen, sondern die Täter sollen vom Platz des Geschehens weggewiesen werden. Der vorgeschlagene Weg ist vollkommen logisch. Denn grundsätzlich soll doch das Opfer in der vertrauten Umgebung bleiben können und nicht noch zusätzlich bestraft werden, indem es diese verlassen muss. Häusliche Gewalt ist kein geschlechtsneutrales Thema. Untersuchen zeigen, dass in überwiegender Mehrheit Männer die gewaltausübenden Personen und Frauen die Opfer sind. Die Votantin wird also nur von Tätern sprechen.
Ein sensibles Thema, über welches nicht gerne gesprochen wird. Und doch – Gewalt im häuslichen Umfeld, im Privatbereich ist gross. Jede fünfte Frau erlebte schon einmal von einem Partner körperliche oder sexuelle Gewalt. Stellen Sie sich vor: Wir sind hier im Kantonsrat 20 Frauen, vier von uns wären also bereits einmal Opfer geworden. Ein komisches Gefühl – man spricht nicht davon. Tatsache ist, dass in unserem Bekanntenkreis, vielleicht in der eigenen Familie, Gewalt vorkommt – man will es aber nicht wissen, das Thema ist tabu! Für Anna Lustenberger stellt sich immer die Frage: Warum kommen Menschen so weit, dass sie sich zu solch unwürdigen Handlungen hinreissen lassen? Sind es Probleme am Arbeitsplatz, schwierige Situationen zu Hause, finanzielle Sorgen, zu wenig Akzeptanz im Bekanntenkreis, schlechtes Selbstwertgefühl, Überforderung, psychische Probleme, Alkohol? Dazu stellt sich auch immer die Frage, in welchem Umfeld ist diese Person gross gewor-den, was hat sie erlebt und geprägt? Und die zentrale Frage: Ist der Täter auch Opfer?
Für die AF ist ganz klar: Bevor solchen Fragen von Beratungsdiensten, von Fachstellen, von der Justiz nachgegangen werden, müssen Opfer sofort geschützt werden. Die AF unterstützt die Erheblicherklärung der Motion Alois Gössi einstimmig. Die Schaffung einer Fachstelle Häusliche Gewalt und entsprechende Ergänzungen im kantonalen Polizeigesetz, wie dies der Regierungsrat vorschlägt, sind dringend notwendig. Wir unterstützen daher auch die Schaffung der 200 Stellenprozent für diese Aufgabe. Es geht ja nicht nur um den eigentlichen Polizeieinsatz, sondern auch um die Auswertung und Nachbearbeitung. Es braucht eine saubere Kriminalanalyse, um längerfristig sofort richtig zu handeln. Es braucht Personen, welche die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten beraten und betreuen, damit sie bei ihrer Kernaufgabe bleiben können, und es braucht eine seriöse Kontrolle. Die Votantin hat mit dem Chef der Kriminalpolizei St.Gallen gesprochen. Dort wurden im vergangenen Jahr diese Massnahmen eingeführt. Herr Fehr bestätigte ihr, dass das vorgeschlagene Arbeits-

pensum für unseren Kanton der Realität entspreche und richtig sei. Er ist von dieser Art Vorgehen gegen häusliche Gewalt überzeugt und ist sicher, dass Täter weniger rückfällig werden. Er ist sich sicher, dass der eingeschlagene Weg gegen häusliche Gewalt präventiv wirken wird und schliesslich sogar kostengünstiger zu stehen kommt. Aber dieser Weg muss seriös ausgeführt werden, wenn eine längerfristige und nachhaltige Wirkung erzielt werden möchte. Polizeieinsätze alleine genügen nicht.
Wieder sind es Kostengründe, welche Mitglieder der FDP, CVP und SVP veranlassen, den Vorschlag für zusätzliche Stellen abzulehnen. Aber längerfristig wird uns doch dies günstiger kommen! Zum Beispiel können Kosten für das Frauenhaus, für Notwohnungen wegfallen, und die Täter werden sich gut überlegen, ob sie ein zweites oder drittes Mal die Wohnung aus Gewaltgründen verlassen wollen. Die AF wünscht sich, dass auf diesem Weg mehr Opfer den Mut haben, sich rechtzeitig zu wehren. Sätze wie «Opfer reagieren erst mit Anzeige bei der Polizei, wenn sich defintiv in der Trennungs- oder Ablösungsphase befinden» lassen aufhorchen. Oder: «Wer längere Zeit Opfer häuslicher Gewalt wurde, kann kaum aus eigener Kraft ein Ende setzen» – das darf nicht sein. Bei solchen Feststellungen kann man sich fragen, ob der vorgeschlagene Weg überhaupt genügt. Das Prinzip Hoffnung genügt nicht, es ist Aufgabe von uns allen, das Tabu häusliche Gewalt zu brechen. Alles, was gemacht wird, um häusliche Gewalt zu bekämpfen, ist ein gesellschaftliches Signal, dass Gewalt auch im privaten Bereich nicht mehr toleriert wird, und dass die Gesellschaft bereit ist, zu intervenieren und die Gewalt zu stoppen. Und dies ist doch unsere zentrale Aufgabe. Also stimmen Sie dieser Vorlage zu!

Peter **Dür** spricht jetzt nicht als Stawiko-Präsident, sondern macht ein persönliches Votum. Als er diese Vorlage angeschaut hat, sind ihm natürlich auch die Kostenfolgen mit 200 Stellenprozenten aufgefallen, Beratungsstellen, Leistungaufträge usw.. Diese Aufstellung war aber relativ einseitig und man hat einfach aufgeführt, was man alles machen sollte. Die Bilanz ist hier noch nicht sauber gemacht. Für viele von uns, die vor allem auf die finanziellen Aspekte schauen, ist es wichtig, was passiert, wenn wir diese Motion erheblich erklären. Gebundene Ausgaben entstehen erst dann, wenn ein Gesetzestext vorliegt. Und dort muss man dann genau aufpassen, welche Kostenfolgen damit verbunden sind. Das kann zum Teil auch etwas versteckt sein. Hier passiert nun aber noch nichts und es stellt sich vorerst die Frage, ob das Problem relevant ist oder nicht. Auf Grund seiner beruflichen Tätigkeit glaubt der Votant, dass es ein sehr relevantes Problem ist. Demzufolge sollte man hier weitergehen. Wenn wir diese Motion erheblich erklären, entsteht für den Sicherheitsdirektor die Herausforderung, hier nun eine ganz genaue Analyse zu machen. Es gibt eine erhöhte Belastung auf der einen Seite, aber es gibt auch Bereiche, wo es eine Entlastung geben könnte. Es können auch erhebliche indirekte Kosten entstehen, die heute von uns getragen werden müsssen, Frauenhaus, Notunterkünfte, Sozialkosten usw.. Der Sicherheitsdirektor muss diese finanziellen Aspekte ganz sauber aufzeigen und eine genau Bilanz machen. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass dieser Gesetzestext sinnvoll und nötig ist, um die Wegweisung zu ermöglichen. Aber wir gehen vorerst auch einmal davon aus, dass er keine Kostenfolgen hat. Und falls sie doch nötig werden, sind sie *dann* akzeptabel, wenn man aufzeigen kann, dass damit indirekte Kosten in erheblichem Mass wegfallen. Peter Dür war ursprünglich dafür, diese Motion nicht erheblich zu erklären. Er hat sich aber nun überzeugen lassen,

dass man sie vorerst erheblich erklären sollte und dann den Gesetzestext genau anschauen muss.

Margrit **Landtwing** ist entrüstet über die Argumentation der FDP: Es wird erkannt, dass ein Problem da ist. Man sieht das Problem, aber in unserer momentanen Finanzsituation ist zu wenig Geld da. Es ist kein Geld vorhanden, um Massnahmen ergreifen zu können. Für die Votantin heisst das: Schlägerei, Ungerechtigkeit, Gewalt werden nur geahndet, wenn Geld vorhanden ist. Diese Argumentation kann es ja nicht sein! Margrit Landtwing bittet den Rat, die Motion erheblich zu erklären.

Christian **Siegwart**: «Jetzt hausch ab, oder du flügsch zum Balkon usä», schreit der junge Mann. Sein Mutter packt eiligst einige Habseligkeiten, verlässt die Wohnung im siebten Stock und verbringt zwei Nächte bei der einzigen eingeweihten Freundin. Es ist dies nicht das erste Mal. Die Mutter hat Angst. Sie traut ihrem Sohn, wenn der Jähzorn ihn reitet, alles zu. – Wir haben bislang von Frauen gehört, die der Gewalt ihrer Männer ausgesetzt sind, aber auch – für den Votanten ist das ein Ablenkungsmanöver – überraschend viel von gewalttätigen Frauen. In seinem Job begegnen ihm auch Mütter, die von ihren Söhnen bis an die Grenzen gepeinigt werden. Die nicht zuletzt auch wegen der Selbstvorwürfe, als Mutter versagt zu haben, hilflos und passiv bleiben bis zur Handlungsunfähigkeit. Für sie wäre eine Fachstelle Häusliche Gewalt, wo sie von kompetenten Personen gestützt und über ihre Rechte informiert würden, ein Hoffnungsschimmer. Denn schon allein durch die Tatsache, dass eine solche Stelle existierte, wüsste die Frau, dass sie nicht allein ist, nicht die einzige ist. Dass eben häusliche Gewalt ein Problem ist, das beim Namen genannt wird. Der erste Schritt zur Polizei wäre gewiss viel kleiner.
Für die SVP, die sich ja sonst bei jeder Gelegenheit mit der Forderung nach Sicherheit oder nach mehr Sicherheit brüstet, ist eine solche Fachstelle, wie auch die ganze Vorlage, offenbar überflüssig. Das Bedürfnis nach Sicherheit endet aber nicht an der Wohnungstüre. Es geht uns alle an, wenn im trauten Heim die Fetzen fliegen – unabhängig davon, ob eine Frau oder ein Mann die Wut austobt. Verschliessen wir nicht länger die Augen! Es ist nun mal so, dass Männer schneller handgreiflich werden als Frauen. Wenn ein Mann seine Frau mit Drohungen und Gewalt gefügig macht, ist das kein Kavaliersdelikt. Auch das Recht darf nicht an der Wohnungstüre enden. Und wenn polizeiliche Arbeit bei häuslicher Gewalt schwierig ist, wenn angestrebte Verfahren kurzfristig wieder zurückgezogen werden, ist das, liebe Maja Dübendorfer, eben gerade ein Argument *für* diese Vorlage. Das Problem wird von ihr als gravierend bezeichnet – und wir sollen nichts tun? Vogel Strauss lässt grüssen. Es liegt schliesslich auch in der Natur der Sache, dass sich Gewalt zu Hause nicht an die Bürozeiten hält, sondern eher abends oder an Wochenenden eskaliert. Damit jederzeit schnell gehandelt werden kann, wäre ein Pikettdienst, wie ihn die Vorlage vorsieht, ein besonders wirksames Mittel. Wenn wir wirklich etwas tun wollen gegen häusliche Gewalt, wenn wir betroffene Frauen, Kinder *und* Männer schützen wollen, geschieht dies nicht quasi beiläufig durch ein paar Gesetzesparagraphen und durch eine Randbemerkung im Pflichtenheft der Polizei. Dann braucht es eben, liebe bürgerliche Kollegen, auch zusätzliche, fachlich geeignete Kräfte. Und wenn wir jetzt nein sagen zu dieser Vorlage, wird der Schrei nach Sicherheit zum heuchlerischen Lippenbekenntnis.

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass wir uns hier im Saal alle einig sind, dass die häusliche Gewalt besser bekämpft werden muss, als das bis heute der Fall war. Wir sind uns nicht einig über den Weg. Aber es kann sicher nicht so gehen, wie es die Sicherheitsdirektion beantragt, dass man diese Motion erheblich erklärt. Nach Erachten des Votanten ist es, soweit es die polizeilichen Massnahmen anbetrifft, eine Frage der Prioritätensetzung. Er erwartet von der Sicherheitsdirektion, dass richtige Prioritäten gesetzt werden, dass die Bekämpfung der häuslichen Gewalt in Zukunft einen höheren Stellenwert erhält, dass Personal umgeschichtet wird, dass Personal bei der Bussenzettelverteilung abgezogen wird und vermehrt für diese wichtige Aufgabe eingesetzt wird.

Leo **Granziol**: Wenn Sie sich auf das Motionsbegehren konzentrieren, heisst es ganz klar, dass der Regierungsrat beauftragt wird, gesetzliche Massnahmen vorzuschlagen. Es steht da nichts drin von einem Ausbau der Opferhilfe. Das Problem ist erkannt, es besteht, es wurde hier ausdrücklich geschildert. Sie können auch lesen, wie der Regierungsrat diesem Begehren nachkommen will, indem er eine Wegweisung, ein Rückkehr- und ein Kontaktverbot einführt. Und auf S. 20 ist ganz klar geschildert, wieso das notwendig ist. Diese Massnahmen kosten nichts. Das ist gratis gemacht von der Polizeidirektion, die das wohl tun kann. Eine andere Frage ist der Ausbau der Opferhilfe nachher. Was will man noch dazu machen? Aber das sind Optionen, die noch gar nicht beschlossen werden, wenn wir diese Motion erheblich erklären. Darüber können wir dann beraten, wenn die Vorlage hier ist. Aber dem Grundgedanken der Motion, den gesetzlichen Massnahmen, die der Polizei ganz andere Instrumente in die Hand geben und ihr damit auch die Arbeit erleichtern, sollten wir wirklich zustimmen. Im Übrigen zu den Kostenfolgen: Das heutige Regime, dass eben das Opfer weggeschafft werden muss und in ein Frauenhaus kommt, kostet doch viel mehr und erfordert einen viel höheren Beratungsaufwand, als wenn das Opfer in seiner gewohnten Umgebung bleiben könnte und der Täter weggeht. Von daher sieht der Votant auch nicht unbedingt, dass es mehr kosten sollte als heute, wenn der Schläger weggewiesen werden kann.

Andrea **Hodel** glaubt, ohne sich mit der FDP-Fraktion abgesprochen zu haben, dass wir mit der Interpretation, wie sie Leo Granziol jetzt vorgeschlagen hat, leben können. Wir erachten es einfach als falsch, wenn wir diese Motion so entgegen nehmen, wie das Hanspeter Uster gemacht hat. Er hat mich schon vor einem Monat darauf hingewiesen, es gebe Sachen, die ohne Personal umgesetzt werden könnten, er würde mir das noch aufzeigen. Er hat mir dann aber eine Mitteilung zukommen lassen, die sich nur wieder über die Personalressourcen ausspricht. Und wir müssen Ihnen sagen: Was man gesetzlich tun kann, soll man tun. Die Situation ist aber nicht derart schlecht, wie es jetzt in all diesen Geschichten und Einzelschicksalen dargestellt wurde. Es gibt heute schon die Möglichkeit, dass die Polizei geht und eine Person, welche die Ehegattin schlägt, in Untersuchungshaft hat. Es gibt jetzt schon die Möglichkeit, dass das Untersuchungsrichteramt eine Fernhalteverfügung erlässt, wonach sich der Täter dem Opfer nicht mehr als 200 Meter nähern darf. Sie können lachen, aber diese Massnahmen greifen grossenteils sehr gut. Denn wenn er das trotzdem tut, wird er länger wieder in U-Haft genommen. Alle diese Möglichkeiten gibt es heute schon. Wenn die gesetzlichen Möglichkeiten verbessert werden können, können wir

das tun und die Motion in diesem Sinn erheblich erklären. Die FDP findet es aber nicht richtig, dass wir so tun, wie wenn wir bereit wären, hier Mittel zur Verfügung zu stellen, und dann einfach in einem halben Jahr wieder das Gegenteil sagen. Es ging uns darum, dies aufzuzeigen und nicht, uns über irgendwelche Opfer zu mokieren oder das nicht ernst zu nehmen.

Silvan **Hotz** ist froh, wenn wir uns so finden, und er hofft, dass die SVP nachzieht. Er ist etwas skeptisch über den Antrag der Regierung. Dort steht, dass die Motion erheblich zu erklären ist, indem die vorgeschlagenen neuen Massnahmen gesetzlich zu verankern sind. Und in diesen neuen Massnahmen sind die 200 Stellenprozente inbegriffen. Wenn Hanspeter Uster ihm heute sagen kann, dass er dann in der Beratung nicht daran festhalten wird, ziehen wir unseren Antrag zurück.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** möchte einige Klarheit schaffen und noch einmal kurz sagen, worum es geht. Auf Grund des geltenden Rechts ist es für die Polizei lediglich möglich, Opfer häuslicher Gewalt zu ihrem Schutz aus ihrer Wohnung und ihrem gewohnten Umfeld auf eine ausserhäusliche Institution zu verweisen. Somit ist nicht die verursachende, gewalttätige Person der schwierigen Situation ausgesetz, die Wohnung verlassen zu müssen. Eigentlich sollte aber der Täter weg müssen. Und das kann die Polizei in der heutigen gesetzlichen Situation nicht verfügen. Sie kann es auch nicht, wenn es um ein Rückkehrverbot geht. Und sie kann von sich aus auch keine Kontaktsperre verfügen. Dafür braucht es schon eine höhere Schwelle, die nicht immer in allen Fällen erreicht wird, damit das Untersuchungsrichteramt entsprechend handeln kann. Der bisherige Antrag der FDP wollte global diese gesetzlichen Möglichkeiten auch nicht, weil sie es koppelte mit den entsprechenden Personalstellen. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, diese gesetzlichen Massnahmen unbedingt zu befürworten, denn wir brauchen diese Instrumente. Er hat Andrea Hodel schon vor den Sommerferien gesagt, und das steht auch in der Vorlage, dass es für die Intervention, für den Einsatz in der Wohnung, wo es darum geht, dass unsere Bereitschaftspolizei ausrückt, kein zusätzliches Personal braucht. Das haben wir auch nie gesagt. Und diese Bereitschaftspolizei übernimmt auch noch, wenn sie keine solchen Ernstfalleinsätze hat, verkehrspolizeiliche Aufgaben. Schon am Begriff Bereitschafts- und Verkehrspolizei sehen sie, dass es nicht nur eine Alphabetisierung, sondern auch eine Priorisierung ist. Damit diese Massnahmen nachhaltig sind – und darauf hat die Regierung hingewiesen – braucht es aber eine Nachbearbeitung dieser Fälle. Man muss sie analysieren können. Man muss mit diesen Familien Kontakt haben und schauen können, ob die Massnahmen auch eingehalten werden. Und nur deshalb und aus Transparenzgründen haben wir darauf hingewiesen, dass für eine vollständige Umsetzung auch Personal notwendig ist. Aber nicht beim Ersteinsatz, sondern in der Nachbearbeitung. Wenn die SVP an ihrem Antrag festhalten würde, hätten wir gar keine zusätzlichen Mittel. Die Ausführungen von Peter Dür sind klar und klug. Und das Selbe gilt auch für die Ausführungen von Leo Granziol. Erheblich erklärt wird heute nur das gesetzliche Instrumentarium. Es wird nicht erheblich erklärt, dass wir mehr Personal bekommen. Hanspeter Uster wird in einer Vorlage dann gerne diese genaueren Berechnungen über den Kostenaufwand noch einmal bringen, so weit das möglich ist. Und dann können Sie darüber entscheiden. Abgesehen davon ist es ja nicht der Regierungsrat, der zusätzliche Stellen sprechen kann, sondern das macht der Kantonsrat im Rahmen der Personalplafonierung. Deshalb

bittet der Votant, die Motion erheblich zu erklären, wie sie der Regierungsrat beantragt hat.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass die CVP-Fraktion dass er den Antrag auf teilweise Erheblicherklärung zurückzieht. Es bleiben die Anträge von FDP und SVP auf Nichterheblicherklärung.
Karl **Betschart** hält fest, dass die SVP-Fraktion auf Grund der Erklärungen von Regierungsrat Uster ihren Antrag zurückzieht.

Andrea **Hodel**: Die FDP-Fraktion zieht ihren Antrag ebenfalls zurück.

➔ Somit wird die Motion vom Rat erheblich erklärt.

458 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 30. September 2004. – Am Nachmittag findet der Kantonsratsausflug statt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

34. SITZUNG: DONNERSTAG, 30. SEPTEMBER 2004

8.30 – 12.10 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

459 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Karl Rust, Martin Stuber und Stefan Gisler, alle Zug; Franz Müller, Oberägeri; Arthur Walker, Unterägeri; Ursula Bieri, Baar; Stephan Schleiss, Steinhausen.

460 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** gibt dem Rat den Rücktritt von Michel Ebinger auf Ende Jahr bekannt. In seinem Rücktrittschreiben hält dieser im Wesentlichen fest: «Auf Grund meiner gesundheitlichen Situation wäre ich zwar auch weiterhin in der Lage, mein Amt auszuüben. Ich habe jedoch erkennen müssen, dass ich, wenn ich nicht bis zu meinem Pensionierungsalter IV-Bezüger bleiben will, alle meine Ressourcen auf die verschiedenen Therapien konzentrieren muss. Ich habe noch Chancen, Fortschritte zu machen.» Wir danken Kollege Ebinger für seinen Dienst an der Öffentlichkeit und sein leidenschaftliches Engagement in politischen Fragen. Für seinen weiteren Lebensweg wünschen wir ihm alles Gute und viel Kraft für die erforderlichen Therapien.

Der Kantonsratspräsident weist darauf hin, dass gemäss § 31 der Geschäftsordnung Ton- und Bildaufnahmen der Bewilligung des Rats bedürfen. An der nächsten Sitzung wird zu Beginn der neue Kantonsratssaal eingeweiht. Es ist mit vielen Medienvertretungen zu rechnen, die ebenfalls Ton- und Bildaufnahmen wünschen. Der Votant beantragt, dass für diese Sitzung eine generelle Bewilligung erteilt wird. Das

Büro des Kantonsrats hat an der Sitzung vom 27. März 2003 zwar festgelegt, unter welchen Auflagen solche Bewilligungen möglich sind. In Anbetracht der Spezialität des Anlasses sind jedoch folgende – strengere – Auflagen mit der Bewilligung zu verbinden:

- Es darf ab Beginn der Sitzung nur von hinten, somit von den Besucherreihen aus, gefilmt oder fotografiert werden und nicht neben, vor oder gar zwischen den Bankreihen.
- Es dürfen während der Sitzung keine Interviews im Kantonsratssaal gemacht werden, sondern nur in der Wandelhalle.
- Es darf nur während der eigentlichen Einweihungsfeier fotografiert oder gefilmt werden, nicht mehr danach während der eigentlichen Sitzung.

Wir hoffen, dass möglichst wenige Medienschaffende kommen. Aus diesem Grund hat die Begleitgruppe Attentat für die Medienschaffenden eine separate Begehung des Saals vor der Einweihung organisiert, um möglichst viel medialen Druck von der Einweihungsfeier zu nehmen

➔ Der Rat ist mit der generellen Bewilligung und den damit verbundenen Auflagen einverstanden.

461 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26. August 2004.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Vollzug des Strassenbauprogramms 2004 - 2011, Kreditbegehren RA 22 + ER 20, Objektkredit für die Instandstellung der Artherstrasse inkl. Geh- und Radweg, Eielen-Lotenbach, Stadtgemeinde Zug.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1257.1 – 11543).

3.2. Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats betreffend Einführung einer Frist zur Erledigung erheblich erklärter Vorstösse (Kleine Parlamentsreform).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1261.1/.2 – 11553/54).

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2005-2008.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1255.1/.2 – 11532/33).

4. Einbürgerungsgesuche.
Antrag des Regierungsrats (Nr. 1258.1 – 11545).
5. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend den Beitrag an kantonale Aktivitäten im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten im Jahre 2002 zur Erinnerung an Zugs Eintritt in den Bund vor 650 Jahren.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 869.9 – 11485) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 869.10 – 11550).
6. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Beitrag an den Bau des Pflegezentrums Ennetsee Cham.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1249.1 – 11517) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1249.2 – 11551).
7. Gesetz betreffend die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug, Änderung der Bestimmungen über die amtliche Vermessung.

Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 948.3/.4 – 11428/29), der Kommission (Nr. 948.5 – 11535) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 948.6 – 11537).

8. Änderung des Gesetzes über die kantonalen Schulen (Entwicklung der Diplommittelschule zur Fachmittelschule).
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1232.1/.2 – 11476/77), der Kommission (Nr. 1232.3 – 11538) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1232.4 – 11542).
9. Motion von Karl Betschart, Andrea Hodel und Beat Villiger betreffend Änderung des Gesetzes über die Kinderzulagen (BGS 844.4 vom 16. Dezember 1982) und der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Kinderzulagen (BGS 844.411 vom 28. März 1983) (Nr. 1223.1 – 11439).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1223.2 – 11513).
10. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend familienfreundliche Blockzeiten (Nr. 1198.1 – 11364).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1198.2 – 11497).
11. Motion von Markus Jans betreffend Schaffung von gesetzlichen Grundlagen zur Betreuung von Personen aus dem Asylbereich mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE) durch den Kanton (Nr. 1238.1 – 11490).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1238.2 – 11528).
12. Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells (Nr. 1192.1 – 11340).
    Bericht und Antrag des Obergerichts (Nr. 1192.2 – 11536).
13. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend Zuger Strassenbauprojekte angesichts des Avanti-Volksentscheides und der finanziellen Perspektiven des Kantons (Nr. 1219.1 – 11433).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1219.2 – 11549).

Am Nachmittag erfolgt der Kantonsratsausflug.

462 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 26. August 2004 wird genehmigt.

463 MOTION VON CHAMER KANTONSRÄTINNEN UND KANTONSRÄTEN BETREFFEND UNTERSTÜTZUNG DER PLANUNG DER VERZWEIGUNG BLEGI IM NATIONALSTRASSENPROJEKT 6-SPUR-AUSBAU N4

Sieben Chamer Kantonsrätinnen und Kantonsräte haben am 7. September 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1259.1 – 11547 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

464 VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMS 2004-2011, KREDITBEGEHREN RA 22 + ER 20, OBJEKTKREDIT FÜR DIE INSTANDSTELLUNG DER ARTHER-STRASSE INKL. GEH- UND RADWEG, EIELEN-LOTENBACH, STADTGEMEINDE ZUG

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1257.1 – 11543).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Strassenbaukommission überwiesen.

465 ÄNDERUNG DER GESCHÄFTSORDNUNG DES KANTONSRATS BETREFFEND EINFÜHRUNG EINER FRIST ZUR ERLEDIGUNG ERHEBLICH ERKLÄRTER VORSTÖSSE (KLEINE PARLAMENTSREFORM)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1261.1/.2 – 11553/54).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die bereits eingesetzte Kommission mit 15 Mitgliedern überwiesen, welche an der Sitzung vom 26. August für die Kleine Parlamentsreform betreffend Zusammensetzung der Kommissionen eingesetzt wurde; Präsident ist Jean-Pierre Prodolliet.

466 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEWILLIGUNG VON PERSONALSTELLEN IN DEN JAHREN 2005-2008

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1255.1/.2 – 11532/33).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die erweiterte Staatswirtschaftskommission überwiesen.

467 WAHL VON ZWEI AUSSERORDENTLICHEN ERSATZMITGLIEDERN BEIM OBERGERICHT IN DEN VERFAHREN SO 2004/5-7 UND SO 2004/11-13

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Obergerichts (Nr. 1262.1 – 11556).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft direkt an die Justizprüfungskommission zu Bericht und Antrag überwiesen.

468 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1258.1 – 11545).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

19 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

a) 7 jungendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 47 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

469 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG BETREFFEND DEN BEITRAG AN KANTONALE AKTIVITÄTEN IM RAHMEN DER JUBILÄUMSFEIERLICHKEITEN IM JAHRE 2002 ZUR ERINNERUNG AN ZUGS EINTRITT IN DEN BUND VOR 650 JAHREN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 869.9 – 11485) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 869.10 – 11550).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

470 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG BETREFFEND BEITRAG AN DEN BAU DES PFLEGEZENTRUMS ENNETSEE CHAM

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1249.1 – 11517) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1249.2 – 11551).

EINTRETEN ist unbestritten.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** verweist üblicherweise bei Schlussabrechnungen auf den Bericht. Ein Brief der Bürgergemeinde Cham zwingt ihn nun aber doch, Stellung zu beziehen. Im Schreiben vom 23. September 2004 steht: «Der Bürgerrat zeigt sich erstaunt, dass eine hoch geachtete Kommission des Kantonsrats derart oberflächlich an die Arbeit geht und tatsachenwidrige Behauptungen in der Öffentlichkeit verbreitet.» Wir sind sehr erstaunt, in welchem Ton dieses Schreiben verfasst ist. Als Milizparlamentarier behandeln wir jede Vorlage nach bestem Wissen und Gewissen. Wir prüfen die Unterlagen mit der uns möglichen Sorgfalt. Wir haben gewisse zeitliche Vorgaben, aber wir gehen sehr tief in diese Vorlagen hinein. Entsprechend befremdet uns dieses Schreiben sehr. Um was geht es? Basis für die Diskussion stellt die Tatsache dar, dass die Bürgergemeinde Cham Therapieräume des neuen Pflegezentrums von Beginn weg für eine private Praxis umgenutzt hat. Dabei stellen sich zwei Fragen:

1. Ist der von der Expertengruppe berechnete Abzug vom subventionsberechtigten Betrag gerechtfertigt?
2. Wurde die Regierung von der Bürgergemeinde adäquat und rechtzeitig informiert?

Zu Frage eins. Den uns zur Verfügung gestellten Unterlagen können wir entnehmen, dass die Bürgergemeinde Cham bereits bei der ersten Kontaktaufnahme einen Betrag von 500'000 Franken als Abzug für die bekannten Räumlichkeiten genannt hat. Die Verhandlungsbasis wurde demnach durch die Bürgergemeinde Cham gleich zu Beginn gesetzt. Eine Expertengruppe hat diese Berechnung überprüft und den Betrag auf definitiv 531'900 Franken festgelegt. In unserem Bericht haben wir erwähnt, dass diese Berechnung «sehr zu Gunsten der Bürgergemeinde Cham ausgefallen sei». Warum kommen wir zu diesem Schluss?
Das Expertenteam hat sicher eine sorgfältige Arbeit gemacht. Es ist aber eine Ermessenssache, welche Positionen in der Bauabrechnung berücksichtigt werden und welche nicht. Die Regierung hätte in diesem Falle auch eine härtere Gangart wählen können. Beispielsweise wäre es vertretbar gewesen, einen Teil der Umgebungsarbeiten anzurechnen. Ein Beispiel: Wenn Sie eine Wohnung in einem Neubau kaufen, ist im Kaufpreis ein Anteil an den Umgebungsarbeiten enthalten. Im Fall dieser Umnutzung wurde auf die Verrechnung dieses Umgebungsanteils verzichtet. Richtig oder falsch? Entscheiden Sie selbst! Wir waren der Meinung, dass die Bürgergemeinde Cham – mit anderen Worten – «sicher nicht benachteiligt wurde». Insbesondere auch, wenn man berücksichtigt, dass bei der Umnutzung dieser Räume auch ein juristischer, bzw. zivilrechtlicher Tatbestand hätte diskutieren werden können. Zumindest wurde mit diesem Vorgehen gegen Treu und Glauben verstossen – etwas, das in unserem Kanton, so hoffen wir, nicht Schule machen sollte.
Zur zweiten Frage. Die Bürgergemeinde hat mit Telefonat und Brief vom 24. Oktober 2002 den Controller der Gesundheitsdirektion angefragt, ob eine Umnutzung von Räumen des Pflegezentrums möglich sei. Mit Brief vom 13. November 2002 hat Herr

Widmer der Bürgergemeinde Cham mitgeteilt, dass dies grundsätzlich möglich sei. Um eine solche Frage schlüssig beantworten zu können, benötige die GD ein Gesuch mit detaillierten Angaben. Dieses Gesuch ist nie bei der GD eingetroffen. Erst die Meldung einer Besucherin hat den Stein ins Rollen gebracht. Bleibt die Kernfrage: Hat sie rechtzeitig und korrekt informiert oder nicht? Die Stawiko ist der Meinung: Sie hat nicht rechtzeitig und korrekt informiert! Ein Beispiel: Will jemand ein Haus bauen und erkundigt sich die Person bei der Baubewilligungsbehörde telefonisch über das Vorgehen, so kommt ja wohl niemandem in den Sinn, aus dieser Anfrage etwas zu seinen Gunsten abzuleiten. Daran ändert mit Bestimmtheit auch nichts, dass die Baubewilligungsbehörde in ihrer Antwort Detailunterlagen fordert, gleichzeitig aber festhält, dass eine Bebauung des Grundstückes aus raumplanerischer Sicht prinzipiell möglich sei, zumal es sich beim betroffenen Gelände um Bauland handle. Reicht der Bauherr nun aber in der Folge keine Gesuchsunterlagen ein, so darf die Baubehörde entsprechend dem Grundsatz von Treu und Glauben sowie den Antrags- und Mitwirkungspflichten davon ausgehen, dass die Idee für eine Realisierung fallengelassen wurde. Wird sie nun von einem Spaziergänger darauf aufmerksam gemacht, dass auf der bislang grünen Wiese plötzlich ein Haus steht, so wird die Baubehörde freilich von sich aus tätig. Auf keinen Fall wird sich der Bauherr nachträglich darauf berufen können, er habe die Behörde vorgängig ausreichend und korrekt informiert.
Dass die Bürgergemeinde im vorliegenden Fall ihre Mitwirkungs- und Antragspflicht verletzte, hat sie schliesslich auch selbst klar eingesehen. In ihrem Schreiben vom 10. Mai 2004 an die Gesundheitsdirektion hält sie dazu ausdrücklich und schriftlich fest: «Für die nicht korrekte Orientierung seitens des Bürgerrates möchte ich mich als Bürgerpräsident bei Ihnen entschuldigen.» Unbegreiflicherweise schreibt die gleiche Bürgergemeinde in ihrem Brief an die Stawiko vom 23. September 2004: «Es ist unzutreffend zu behaupten, die Bürgergemeinde habe die Behörden des Kantons nicht zeitgerecht über die Zweckentfremdung informiert». Kommentar überflüssig.
Zusammenfassend ist die Stawiko der Meinung, dass die Bürgergemeinde Cham mit der vorliegenden Lösung mit Sicherheit sehr zuvorkommend behandelt worden ist. Ein schaler Beigeschmack bleibt bei dieser Geschichte, die – so ist zu hoffen – heute ein Ende finden wird.

Jean-Pierre **Prodolliet** weist darauf hin, dass es beim Pflegezentrum Ennetsee darum ging, von einem Teil des Gebäudes den Kostenanteil von der Gesamt-Investition zu ermitteln. Es ist in der Regel ein nicht immer so einfach Unterfangen, dies hieb- und stichfest gegen alle Anfechtungen zu tun, weil ein Gebäude komplizierter ist als ein Stück Kuchen. Ohne die detaillierte Abrechnung zu kennen, ist es schwierig zu urteilen, aber dem Votanten fallen einige Begründungen im regierungsrätlichen Bericht wie auch in der nachgelieferten Rechtfertigung der Gesundheitsdirektion auf, die schwer nachzuvollziehen sind. Z.B. heisst es, wo es um die 8,32 % des Gesamtvolumens geht: «Diese 8,32 % dürfen nun aber nicht über die ganze Bausumme geschlagen werden, zu berücksichtigen sind nämlich nur jene Positionen und Kostenteile der Baurechnung, die unmittelbar von der Umnutzung betroffen sind, d.h. eine Wirkung auf die Baukosten zeitigen.» Das macht für Jean-Pierre Prodolliet keinen Sinn. Und der Stawiko-Präsident hat auch die Problematik der Umgebung angesprochen und gesagt: Meiner Meinung nach gehören die Umgebung, sämtliche Vorbereitungsarbeiten und Nebenkosten zu den Gesamtkosten. Dass man die Betreibseinrichtungen und die Ausstattungen ausklammern kann, scheint einleuchtend. Aber nun haben wir dieses problematische Vorgehen und dazu meinen wir, dass die

Stawiko eigentlich gewissenhaft arbeiten müsste. Aber im Stawiko-Bericht haben wir den seltsamen Satz – ohne dass sie über die genauen Berechnungsdetails verfügt –, dass die Abrechnung sehr zu Gunsten der Bürgergemeinde Cham ausgefallen ist. Die SP-Fraktion ist befremdet von der Arbeit der Stawiko.

Georges **Helfenstein** hat die Berichte der Stawiko stets als treffend und meist fundiert empfunden. Doch hier muss er feststellen, dass ihr ein Lapsus passiert ist. Wörtlich schreibt sie: «Ohne dass sie über die genauen Berechnungsdetails verfügt, muss festgestellt werden, dass die Abrechnung sehr zu Gunsten der Bürgergemeinde ausgefallen ist.» Diese Unterstellung ist insofern tragisch, weil sie erstens nicht zutrifft und zweitens ohne Beweislast festgestellt wird. Man kann doch nicht verurteilen, ohne die genauen Details zu kennen! Dasselbe wäre, wenn der Votant sagen würde: Die Stawiko macht ihre Aufgaben nicht sehr gut, aber die genauen Details muss man zuerst noch überprüfen. Diese Verurteilung der Bürgergemeinde zeigt auf, dass das Trauma Zentralspital bei gewissen Stawikomitgliedern scheinbar noch zu gut in Erinnerung ist.
Ein Dank gebührt der Gesundheitsdirektion, welche in ihrem Schreiben an uns Kantonsräte klar aufgezeigt hat, dass es für die Stawiko besser wäre, sich eingehender zu informieren, bevor man schädigende Äusserungen gegenüber der Bürgergemeinde Cham macht. Fakt ist, dass die Bürgergemeinde Cham den Controller der GD mit Brief vom 24. Oktober 2002 auf den Umstand aufmerksam machte, dass ein Teil des in den Plänen stets gekennzeichneten disponiblen Raums an Drittpersonen vermietet wird. Die Bürgergemeinde Cham machte auch darauf aufmerksam, dass die Baukosten für diesen Bereich sich um rund eine halbe Million Franken bewegen dürften, und dass man den Subventionsbetrag entsprechend kürzen soll. Der Controller seinerseits beantwortete am 13. November 2002 dieses Schreiben mit der Bitte, dass die Bürgergemeinde die entsprechenden Minderkosten ausrechnen und belegen solle, was durch das Architekturbüro auch geschah. Und zwar mit der genauen Endabrechnung, damit die Zahlen auch genau ausgewiesen werden konnten. Es wurde nichts verheimlicht oder vertuscht. Die Endabrechnung wurde genau kontrolliert und gutgeheissen.
Am 24. September 2004 wurde das Pflegezentrum Ennetsee durch die GD unter der Leitung des Gesundheitsdirektors inspiziert. Diese Inspektion verlief zufrieden stellend und somit teilte die GD dem Pflegezentrum Ennetsee mittels Schreiben vom 27. September 2004 mit, dass es die definitive Bewilligung erhalten werde. Das Pflegezentrum nimmt seine Aufgabe im Bereich des Gesundheitswesens ernst, was auch die GD feststellte. Georges Helfenstein hält daran fest, dass die Bürgergemeinde die Auflagen und Erwartungen der Regierung im Zusammenhang mit dem Pflegezentrum stets erfüllte. Auch in Zukunft wird sich das Pflegezentrum für das Gesundheitswesen im Kanton Zug stark einsetzen. Und dasselbe Engagement erwartet der Votant von der Stawiko bei der Prüfung von solchen Vorlagen.

Eusebius **Spescha** hat noch zwei Fragen, die er gern von der GD beantwortet hätte. Im Gegensatz zu seinem Vorredner ist er der Meinung, dass es sich hier um ein ziemlich dreistes Vorgehen handelt. Ein Bürgerrat – immerhin eine öffentlichrechtliche Gemeindebehörde – entscheidet, dass eine Summe zwischen einer halben und einer ganzen Million – je nachdem wie man es rechnet – zweckentfremdet wird. Der Votant möchte von der GD wissen, wieso hier keine Strafanzeige erstattet wurde. Es scheint sich doch um einen rechtlich heiklen Fall zu handeln. – Die zweite Frage: Der

Kanton hat die subventionierte Bausumme zu Recht reduziert, zu Gunsten der Bürgergemeinde nicht allzu stark. Von den gesamten Baukosten ist der Kanton für 60 % der Baukosten zuständig, die anderen 40 % bezahlen ja eigentlich normalerweise die Gemeinden. Und zwar bezahlen sie dies über einen Taxzuschlag bei der Pensionstaxe. Eusebius Spescha möchte nun wissen, ob gewährleistet ist, dass diese reduzierte Bausumme zur Anwendung kommt bei der Berechnung dieses Gemeindezuschlags. Es wäre ja ziemlich widersinnig, wenn der Kanton seine Subvention reduzieren würde und dafür die Gemeinden dies bezahlen müssten.

Peter **Dür** war an sich nicht erstaunt über das Votum von Georges Helfenstein. Er möchte aber nicht, dass man nun alte Gräben wieder aufreisst, die damals im Zusammenhang mit der Zentralspital-Abstimmung aufgerissen wurden. Die Seiten sind klar, aber der Stawiko-Präsident kann ganz klar sagen: Die Unterstellung, dass unser Bericht in Zusammenhang steht mit früheren Auseinandersetzungen zum Thema Zentralspital, ist aus der Luft gegriffen. Das hat überhaupt keinen Zusammenhang. Wir haben das objektiv angeschaut. Der Votant möchte die Leute, welche früher in dieser Kommission war, welche dieses Projekt beurteilt hatte, daran erinnern, dass einige Stimmen laut wurden, die sagten, es sei eine schwierige Verquickung zwischen Spital und Pflegezentrum. Es gibt sehr viele Räume, die gemeinsam genutzt werden. Und es wurde damals die Frage gestellt, wie weit man das abgrenzen könne. Deshalb ist es heute nicht erstaunlich, dass eine solche Diskussion entsteht. Peter Dür hat an der heutigen kurzen Stawiko-Sitzung darauf hingewiesen, dass dieser Satz missverständlich ist, ohne die Details zu kennen. Wir haben die Details bis zu einem gewissen Level gekannt. Wir wussten, was herausgenommen wurde, unter anderem die Umgebung. Wir sind aber nicht mehr weitergegangen, wir könnten sonst ja in jeder Sitzung sagen: Aufgeschoben, wir wollen noch weitere Unterlagen! Wir haben damals darauf verzichtet, die Experten selbst anzuhören und zu erfahren, wie sie zu dieser Entscheidung gekommen sind. Aus unserer Sicht haben wir nur beurteilt, was hinein genommen wurde und was nicht. Daraus haben wir unsere Beurteilung abgeleitet. Wir sind ein Milizparlament, der Landschreiber sucht immer nach Vorlagen, die man hier debattieren kann. Entsprechend müssen wir manchmal auch abwägen. Wir haben uns hier für den schnelleren Gang entschieden und hoffen, dass Sie das nachvollziehen können. Wir machen das wirklich nach bestem Wissen und Gewissen.

Konrad **Studerus** weist darauf hin, dass dieses Thema in der Stawiko von ihm aufgebracht wurde. Er war der Meinung, dass man das genauer anschauen müsse. Es war nicht der Präsident. Sie sollten also nicht mit Argumenten kommen wie das Georges Helfenstein getan hat, Zentralspital usw., damit hat es nichts zu tun. Es ist doch eine recht grundlegende Frage in der Subventionspraxis, ob wir es tolerieren wollen, dass man zu grosse Gebäude eingibt oder sich auf das wirklich Notwendige beschränkt.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** meint, dieses Geschäft habe in den letzten Tagen und auch heute einige Hektik verursacht. Fast könnte man von einer unendlichen Geschichte sprechen. Im Auftrag des Regierungsrats hat der Votant dem Rat vor den Fraktionssitzungen einen ergänzenden Bericht zugestellt, der zu den Vorhalten der Stawiko Stellung bezieht. Dabei legte er klar, dass insbesondere der Vorhalt, dass

«die Abrechnung sehr zu Gunsten der Bürgergemeinde Cham ausgefallen ist» jeder Grundlage entbehrt und sich sowohl aus formeller wie auch aus materieller Optik als unbegründet erweist. Auf ein entsprechendes Schreiben der Bürgergemeinde Cham an die Stawiko und vereinzelte KR-Mitglieder betreffend ihre Orientierung der Zweckentfremdung hat Joachim Eder die Stawiko und die Fraktionschefs ebenfalls mit den Fakten bedient. Stawiko-Präsident Peter Dür hat heute dazu Stellung genommen. Zusätzliche Ausführungen erübrigen sich deshalb.
Bevor der Gesundheitsdirektor zu den Fragen von Eusebius Spescha kommt, möchte er vier Punkte kurz ansprechen:
1. Vorerst gilt es nochmals ausdrücklich festzuhalten, dass die vorgenommene Subventionskürzung die unmittelbare und direkte finanzielle Folge der von der Bürgergemeinde vorgenommenen Zweckentfremdung ist.
2. Der Votant macht den Rat darauf aufmerksam, dass wir – gerade wegen dieses Vorfalls – das Problem einer allfälligen Rückerstattungspflicht betreffend den vom Kanton gewährten Beitrag an die Bau- und Einrichtungskosten des PZ Ennetsee Cham am 3. Mai 2004 vertraglich geregelt haben und – sobald das Finanzhaushaltsgesetz geändert ist – im Grundbuch eintragen werden. Die Stawiko ist im Besitze der Unterlagen. Der Wortlaut der entscheidenden Vereinbarung lautet: «Wird die Baute des PZ Ennetsee Cham vor Ablauf von 25 Jahren seit der kantonalen Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Beitrag an den Bau des PZ Ennetsee Cham ganz oder teilweise zweckentfremdet oder auf eine nicht gemeinnützige Rechtsträgerschaft übertragen, so sind die geleisteten Kantonsbeiträge entsprechend dem zweckentfremdeten bzw. übertragenen Anteil zurückzuerstatten. Der zurückzuerstattende Betrag vermindert sich pro Jahr bestimmungsgemässer Verwendung um 4 %.»
3. Hinsichtlich Orientierung durch die Bürgergemeinde hält der Gesundheitsdirektor daran fest, dass diese durch die Verantwortlichen nicht korrekt erfolgt ist. Die Bürgergemeinde hat ihre gesetzliche Mitwirkungs- und Informationspflicht verletzt. Dies hat sie schliesslich selbst auch eingesehen. Stawiko-Präsident Peter Dür hat den entscheidenden Satz im Brief vom 10. Mai 2004 an die Gesundheitsdirektion bereits zitiert.
4. Zu den Bemerkungen von Jean-Pierre Prodolliet bezüglich Abrechnung: Diese wurde gewissenhaft und nach rein objektiven Kriterien erstellt. Zudem wurde die Finanzkontrolle (als verlängerter Arm des Kantonsrats) in jeden einzelnen Schritt des Verfahrens miteinbezogen, und zwar fachlich und personell. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass die Finanzkontrolle in ihrem Bericht Nr. 07 – 2004, Schlussabrechnung Pflegezentrum Ennetsee, Cham, die Ordnungsmässigkeit der Rechnungsführung ausdrücklich bestätigt und die Genehmigung der Bau- und Subventionsabrechnung im berechneten Umfang empfiehlt.
Zu den Fragen von Eusebius Spescha. Wieso wurde keine Strafanzeige erstattet? Von einer Strafanzeige wurde ganz einfach deshalb abgesehen, weil offensichtlich kein Straftatbestand erfüllt war. Für den Betrugstatbestand etwa fehlt es klar am subjektiven Tatbestandsmerkmal der Arglist. Das Zuger Recht kennt im Übrigen auch keinen Übertretungstatbestand, der vorliegend hätte angerufen werden können bzw. müssen. Zivilrechtliche Folgen sind ebenfalls nicht auszumachen. Wir befinden uns klar und ausschliesslich im Bereich des Verwaltungsrechts, wo wiederum zwischen der Leistungs- und Eingriffsverwaltung unterschieden wird.
Ist gewährleistet, dass nicht die Gemeinden die vom Kanton nicht bezahlten Subventionen bezahlen müssen (über den Taxzuschlag für Amortisation und Verzinsung)? Es ist zweifach sichergestellt, dass keine Abwälzung auf die Gemeinden erfolgen kann.

1. Durch die gewählte Abrechnungsmethode: Die Anrechung von Investitionskosten wie auch die Gewährung der Subvention knüpft an die Zweckbestimmung der Baute als Pflegezentrum an. Bauteile und Einrichtungen, welche nicht dem Pflegeheimbetrieb dienen (also betriebsfremd sind), sind deshalb von vornherein von der Anrechenbarkeit ausgeschlossen. Die Subventionsabrechnung erfolgte entsprechend dem in § 1 Kreditbeschluss implizit festgeschriebenen Grundsatz der Parität von Subvention und subventionsberechtigtem Objekt nach der Nettomethode. Konkret bedeutet das, dass die Umnutzung nicht bloss beim Kostendach, sondern auch bei den Baukosten in Abzug gebracht wurde. Die effektiven Baukosten wurden um die betriebsfremden Bauten bereinigt. Damit ist gewährleistet, dass den Gemeinden nur die anrechenbaren Kosten gemäss Bauabrechnung überwälzt werden.
2. Durch die Genehmigung des Rahmentarifs. Nach § 10 Abs. 1 des Spitalgesetzes vom 29. Oktober 1998 (SpG; BGS 826.11) erheben die Institutionen der stationären Langzeitpflege Tarife nach einem Rahmentarif, der durch den Regierungsrat genehmigt wird. Die Tarifprüfungen des Regierungsrats erfolgen gemäss den neuen Bestimmungen der Langzeitpflegeverordnung in zwei Stufen. In einem ersten Schritt wird geprüft, ob die geltend gemachten Tarife auf korrekt ermittelten Kosten beruhen (Kostenmethode). Daran anschliessend wird in einem zweiten Schritt der Frage nachgegangen, ob die Leistungserbringung der vom Spitalgesetz geforderten Wirtschaftlichkeit zu genügen vermag. Die Wirtschaftlichkeitsprüfung erfolgt über einen exakteren Vergleich der durchschnittlichen Kosten, da die Preise dank der von den Institutionen in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsdirektion aufgegleisten Vereinheitlichung der Kostenrechnungen tatsächlich vergleichbar werden (Wirtschaftlichkeitsprüfung anhand Benchmark). Zusammenfassend und vereinfacht ausgedrückt bestehen verschiedene Kontroll- und Prüfungsmechanismen, welche verhindern, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern, aber auch den Gemeinden, unberechtigte Kosten überbunden werden.
Abschliessend möchte Joachim Eder klar und deutlich seinem Wunsch Ausdruck geben, dass nun rund um das PZ Ennetsee Cham Ruhe einkehren sollte. Der Gesundheitsrat, den er von Amtes wegen präsidiert und der von Gesetzes wegen mehrheitlich aus Medizinalpersonen A besteht, nahm am vergangenen Freitag eine Inspektion vor Ort vor. Der Rundgang durch das Pflegezentrum und die deutlich spürbare gute Atmosphäre haben uns beeindruckt. Man kann mit gutem Gewissen sagen, dass das Pflegezentrum Ennetsee Cham die Anforderungen und die gesundheitspolizeilichen Vorgaben, welche heute an einen solchen Betrieb gestellt werden, erfüllt. Diese Meinung wird vom ganzen Gesundheitsrat geteilt. Der Gesundheitsdirektor beantragt, die Schlussabrechnung gemäss Vorlage zu genehmigen.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

471 GESETZ BETREFFEND DIE EINFÜHRUNG DES SCHWEIZERISCHEN ZIVILGESETZBUCHS FÜR DEN KANTON ZUG, ÄNDERUNG DER BESTIMMUNGEN ÜBER DIE AMTLICHE VERMESSUNG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 948.3/.4 – 11428/29), der Kommission (Nr. 948.5 – 11535) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 948.6 – 11537).

Kommissionspräsident Werner **Villiger** weist darauf hin, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat die vorliegende Gesetzesvorlage in einer überarbeiteten Version unterbreitet. Sie ersetzt die von der vorberatenden Kommission im Januar 2002 geprüfte Vorlage, welche vom Regierungsrat auf Grund der von der Kommission aufgeworfenen Fragen im Januar 2003 zurückgezogen worden ist. Die überarbeitete Vorlage berücksichtigt die Hauptvorbehalte der früheren vorberatenden Kommission und war daher in der neuen Kommission in den Grundzügen unbestritten. Die neue Vorlage bringt einerseits eine klare Vereinfachung des Gesetzeswerkes mit seinen Verordnungen und andererseits eine Entflechtung der komplizierten Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden. Im Mittelpunkt stehen heute Erneuerung, Nachführung und Unterhalt des Vermessungswerks. Auch die Liberalisierung der Nachführungstätigkeiten wurde von den Kommissionsmitgliedern grundsätzlich begrüsst, über den Umfang wurde jedoch heftig debattiert. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage: Wieso wurden die Nachführungsarbeiten in den Gemeinden Menzingen und Zug nicht *auch* submissioniert? Kantonsgeometer Peter Berchtold begründete dies im Wesentlichen damit, dass diese Regelung historisch begründet sei und das Vermessungsamt dadurch über die notwendige Praxis, die es zur Ausübung der Vermessungsaufsicht braucht, erhalte. Diese Argumente vermochten einige Mitglieder der Kommission nicht zu überzeugen, denn man sieht keinen Grund, weshalb das Vermessungsamt selbst Vermessungsarbeiten vornehmen soll, anstatt sich auf die Vermessungsaufsicht zu beschränken. Ein weiterer Hauptdiskussionspunkt betraf die finanziellen Auswirkungen dieser Vorlage. Unklar war, wie sich die Position von 675'000 Franken in der Tabelle auf S. 27 des Berichts und Antrags der Regierung zusammensetzt. Dieser Punkt konnte im Rahmen der Kommissionssitzung nicht einwandfrei geklärt werden.
In der Detailberatung wurde dann ein Änderungsantrag gestellt, wonach für alle Gemeinden, auch für Zug und Menzingen, Nachführungsverträge mit Dritten abgeschlossen werden können. Diesem Antrag wurde mit 8 : 4 Stimmen bei zwei Enthaltungen zugestimmt. Damit auch für die Gemeinden Zug und Menzingen Nachführungsverträge mit Dritten abgeschlossen werden können, müssen die Übergangs- und Schlussbestimmungen entsprechend angepasst werden. Hier beantragt die Kommission eine Übergangsfrist bis spätesten Ende Dezember 2009. In der Schlussabstimmung befürwortet die Kommission die Vorlage mit den von ihr beschlossenen Änderungen im Verhältnis 10 : 1 bei zwei Enthaltungen.
Der Kommissionspräsident hat die finanziellen Auswirkungen mit Peter Berchtold nochmals besprochen. Die Ergebnisse sind in der dem Kommissionsbericht beiliegenden Tabelle zusammengefasst. Diese Tabelle zeigt nun in einer Gegenüberstellung die finanziellen Auswirkungen in einem Zeitrahmen von 2004 bis 2007. Dazu kann festgehalten werden, dass die vorgesehenen Gesetzesänderungen für den Kanton eine finanzielle Entlastung bringt, ausserdem werden die Gemeinden finanziell vollständig entlastet. Die Kosten für die laufende Nachführung von Veränderungen, die Grundstücke betreffen, werden neu von den Grundeigentümerinnen und

-eigentümern allein getragen. Grundsätzlich findet auch hier das Verursacherprinzip Anwendung. Es ist deshalb schwierig, diese Kosten zu quantifizieren. Zu diesem Thema werden sich sicher noch die Direktorin des Innern, Brigitte Profos, und/oder die Stawiko äussern.
Werner Villiger bittet den Rat im Namen der Kommissionsmehrheit, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Kommissionsanträgen zuzustimmen. – Abschliessend noch die Stellungnahme der SVP-Fraktion: Sie befürwortet einstimmig die Anträge von Kommission und Stawiko.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** verweist auf den Bericht.

Erwina **Winiger Jutz** hält fest, dass die AF das Gesetz stützt, so wie es die Regierung vorschlägt. Dieses Gesetz, welches 2002 schon einmal behandelt wurde, dann aber von der Kommission mit einigen Vorbehalten wieder zurück an die Regierung gelangte, ist zwischenzeitlich angepasst worden, wie das Werner Villiger bereits ausgeführt hat. Neu liefert die amtliche Vermessung nicht nur die Grundlagen zur Führung des Grundbuchs, sondern auch für den Aufbau von Landinformationssystemen. Neu zählt die Vermessungsaufgabe ausschliesslich zu den Kantonsaufgaben. Die Kommission beschloss einen Änderungsantrag unter § 155, Bst. b, welchen wir nicht unterstützen. Gemäss Kommission soll die Nachführung der amtlichen Vermessung ausschliesslich von Dritten übernommen werden. Es würde jedoch mehr Sinn machen, wenn das kantonale Vermessungsamt einen Teil der Vermessungen weiterhin selbsttätig übernehmen könnte. Im speziellen Fall würde dies Zug und Menzingen betreffen. Wieso? Es gehört zu den Aufgaben des Kantons, die Vermessungen der andern zu überprüfen. Denn schlussendlich trägt der Kanton die Verantwortung für die Richtigkeit der Vermessungsdaten. Doch eine Verifikation der anderen könnte schwierig werden, wenn man selber nicht mehr à jour ist. Das jetzt noch vorhandene Know-how, die notwendige Praxis, die es zur Ausübung der Vermessungspflicht braucht, muss unbedingt beibehalten werden können; nach dem Motto «Übung macht den Meister». Darum befürwortet die AF den Gesetzesentwurf, wie ihn die Regierung vorschlägt.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion für dieses Gesetz ist, und zwar in der Fassung des Regierungsrats. Die jetzige Fassung ist wirklich hoffnungslos veraltet. 1993 sind die neuen Vorschriften auf Bundesebene in Kraft getreten. Dort hat es ganz wesentliche Änderungen, die wir jetzt auf Kantonsebene nachvollziehen müssen. Ein wichtiger Punkt ist, dass nicht mehr die Methoden vorgeschrieben werden, sondern die Qualität des Resultats. Auch sind jetzt die Daten der Geoinformationssysteme – also alle digitalen Daten, die in irgendeiner Weise mit dem Boden zu tun haben – mit der gesetzlichen Grundlage der amtlichen Vermessung verknüpft. Auch das müssen wir noch nachvollziehen. Diese Regelung kommt nicht mit diesem Gesetz, sondern später in einem Raumdatengesetz. Es ist sicher eine effiziente Lösung, wenn wir das pendente Geoinformationsgesetz auf eidgenössischer Ebene abwarten und unser Gesetz dann entsprechend gestalten, damit wir hier nicht doppelte Arbeit machen. Auch neu ist, dass jetzt die Regelung der Eigentumsbeschränkung der Grundeigentümerinnen und -eigentümer auf Gesetzesstufe geregelt wird und nicht nur auf Verordnungsstufe. Offenbar genügt die Verordnungsstufe hier juristisch nicht. Zur Frage der Nachführung in Zug und Menzingen durch das kantonale Vermessungsamt wird

sich die Votantin in der Detailberatung noch ausführlich äussern. Sie empfiehlt dem Rat, auf dieses Gesetz einzutreten.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Vorlage beraten hat, und beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Kommissionsanträgen zuzustimmen. Nachdem die Erstvermessung für die Anlage des Grundbuchs im Kanton Zug bereits seit 1995 abgeschlossen ist und verschiedene Bestimmungen der gültigen Verordnung durch die technische Entwicklung überholt sind, ist der Zeitpunkt richtig, die amtliche Vermessung mit einer Gesetzesänderung an die bundesrechtlichen Vorschriften anzupassen. Die Entlastung der Gemeinden von der Subventionierung der Kosten für die Nachführung entspricht ganz dem Gedanken der Aufgabenentflechtung. Die FDP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass sich die Kosten für Vermessungsarbeiten für die Gemeinden erübrigen und für den Kanton allmählich senken. Bedingt durch den Wegfall der Subventionen steigen allerdings die Kosten für Grundeigentümer, was zwar unschön ist, aber mit dem Verursacherprinzip begründet werden kann. Zu den Kosten des Kantons verweisen wir auf den Bericht der Stawiko, dem wir uns anschliessen.
Die Erledigung der Vermessungsarbeiten durch eine Drittfirma, welche im Submissionsverfahren durch den Kanton bestimmt wird, erachtet die FDP-Fraktion als richtig, und sie unterstützt den Antrag der Kommission, dies auf alle Gemeinden, also inkl. der Stadt Zug und Menzingen, auszudehnen. Damit verbleibt beim Vermessungsamt in erster Linie noch die Aufsicht über die Durchführung der Vermessungsarbeiten. Die FDP-Fraktion sieht die Vorteile bezüglich Know-how-Erhalt durch die eigene praktische Durchführung von Vermessungsarbeiten schon, sie gewichtet aber eine für den ganzen Kanton einheitliche Regelung stärker. Die Sicherstellung des Fachwissens kann durch eine gezielte Weiterbildung bestimmt gewährleistet werden. Dank der relativ langen Übergangszeit sollte sich das Vermessungsamt auch personell ohne grössere Schwierigkeiten an die eingeschränkte Aufgabenstellung anpassen können.

Guido **Käch** weist darauf hin, dass die Beratung der Vorlage in der CVP-Fraktion zu einer engagierten Diskussion geführt hat. Die Überlegungen und Einwände von Kommission und Stawiko sorgten auch bei uns für Gesprächstoff. Dabei kamen wir ebenfalls zum Schluss, dass die Vergabe der Vermessungsarbeiten für alle Gemeinden submissioniert werden soll, und zwar auch für die Stadt Zug und die Gemeinde Menzingen. Wir fanden keinen triftigen Grund, warum das Vermessungsamt selbst Vermessungsarbeiten ausführen sollte. Aus unserer Sicht ist für das Ausüben der Vermessungsaufsicht die Praxisausübung nicht notwendig. Im weitern schliessen wir uns den Begründungen in den Vorlagen der vorberatenden Kommission und der Stawiko an. Aus der Vorlage der Regierung geht nicht hervor, was der Unterhalt der Vermessungsinfrastruktur und der notwendigen Software kostet, auf welchem Stand sie sich befindet und ob künftig grössere Investitionen notwendig sind. Wir bitten Brigitte Profos, uns diese Auskünfte in ihrer Stellungnahme nachzuliefern. – Die CVP-Fraktion unterstützt die Anträge von Kommission und Stawiko bezüglich Änderung von §155 Bst. b und der Ergänzung der Übergangs- und Schlussbestimmungen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 155 Bst. b

Käty **Hofer** weist darauf hin, dass die Kernfrage dieses Paragraphen lautet, ob das kantonale Vermessungsamt amtliche Vermessungen ausführen darf oder nicht. Welche Aufgaben hat das Vermessungsamt?

- Unterhalt der Vermessungsfixpunkte in Lage und Höhe
- Verifikation neu erhobener Vermessungsdaten
- Planung der Vermessungsarbeiten im ganzen Kanton
- Submission und Vergabe von Vermessungsarbeiten
- Koordination mit dem Bund, Abschliessen von Leistungsvereinbarungen und Abrechnung mit dem Bund.

Im Vermessungsamt gibt es 3,5 Stellen, die für die amtliche Vermessung zuständig sind. Sie finanzieren ihren Lohn selber. Wenn wir diese Stellen streichen, haben wir kleinere Lohnkosten, aber weniger Einnahmen für die Aufträge. Der Kanton spart also hier mit dem Antrag der Kommission nichts. Der Kanton Zug braucht im Vermessungsamt ein EDV-System für die Vermessungsarbeiten, und zwar ein voll ausgewachsenes. Hier irrt die Stawiko, wenn sie sagt: «Es macht keinen Sinn, dass das kantonale Vermessungsamt für zwei Gemeinden eine eigene Vermessungsinfrastruktur unterhält.» Es braucht diese Infrastruktur, um die Vermessungsarbeiten im Kanton zu überwachen und die Daten verifizieren zu können. Auch hier sparen wir nichts.
Wie steht es mit dem Know-how? Zug ist ein kleiner Kanton. Die Ersterhebungen sind abgeschlossen. Das ist noch lange nicht in allen Kantonen der Fall. Aber im Vergleich zu anderen Kantonen fallen weniger Daten zur Verifikation an. Grosse Kantone habe sehr viel mehr Daten zu verifizieren, sie haben also ausgelastete Personen, die nur diese Arbeit machen. Es fragt sich jetzt, ob wir den Erhalt des Know-hows extern einkaufen wollen oder ob wir ihn erhalten wollen durch produktive Arbeit beim Kanton. Fast alle anderen kleinen Kantone (Genf, Schaffhausen, Basel-Stadt, Neuenburg) machen die ganze Nachführung durch den Staat. Teilweise wird die Nachführung durch kantonale Amtsstellen gemacht in den Kantonen Basel-Land, Luzern, St. Gallen, Freiburg und Waadt. Es gibt städtische und gemeindliche Vermessungsämter in den Städten Bern, Biel, Chur, Luzern, St. Gallen, Zürich, Winterthur und Uster. Sie sehen also, dass Zug durchaus kein Einzelfall ist, sondern in sehr guter Gesellschaft. Es gibt wirklich Gründe, das so zu belassen.
Es ist seit 1993 auch klar – seitdem Vermessungsarbeiten submissioniert werden –, dass die Anforderungen an die Verifikation steigen. Vorher waren die Arbeiten sehr viel stärker reglementiert. Es war genau vorgeschrieben, mit welchen Instrumenten und Methoden gearbeitet wird. Die Verifikation wird also anspruchsvoller und Sie wissen genau, dass bei Submissionen der Preisdruck steigt. Also wird es umso wichtiger, dass eine qualitativ gute Verifikation vorhanden ist. Wir kennen Beispiele, wo Arbeiten zurückgewiesen wurden, weil die Qualität nicht genügend war. Es fragt sich, ob wir jetzt unsere Kontrolle auf einem hohen Stand behalten oder ob wir die Spätfolgen mit Fehlern bei den Vermessungswerken in Kauf nehmen wollen, hier im Kanton Zug mit unseren hohen Bodenpreisen und unserer extrem starken Entwicklung. Die Vermessungswerke sind teuer. Es kostet sehr viel, sie herzustellen; sie müssen sorgsam unterhalten und gepflegt werden.
Warum macht der Kanton die Nachführung in Menzingen? Das war eine Zeit, als die Vermessung nicht attraktiv war. Die Arbeit wurde begonnen und blieb liegen. Der Kanton musste einspringen und die Arbeit fertig machen. Die Votantin hat selbst eine

andere Gemeinde so übernommen und vermessen. Die Arbeit ist einfach liegen geblieben, weil sonst genug Arbeit vorhanden war. Wenn wir jetzt dem Antrag der Kommission folgen, dann *darf* das kantonale Vermessungsamt keine amtliche Vermessung mehr machen. Und was geschieht, wenn wir wieder in eine Periode kommen, in der niemand die Nachführung machen will? Dann bleibt sie liegen. Hier gehen wir ein sehr grosses Risiko ein. Die amtliche Vermessung ist nicht irgend etwas Abstraktes, sondern jede und jeder von uns wird damit konfrontiert. Diese Daten sind die Grundlagen für das Grundbuch, also für die Bodenwerte, die Sicherung der Eigentumsgarantie in unserem Kanton. Und sie sind zum Teil verantwortlich für die Geodaten, d.h. Raumplanung, Wasserwirtschaft, Planung Hoch- und Tiefbau, Gefahrenkataster etc.. Aktuelle und zuverlässige Daten sind gerade im Kanton Zug mit der raschen Entwicklung unverzichtbar. Werden alle Grundeigentümerinnen und -eigentümer mit der bisherigen Lösung gleich behandelt? Die Nachführung wurde frisch submissioniert, und der Privatgeometer gewährt 12 % Rabatt auf den gültigen Tarif. Was macht da das kantonale Vermessungsamt? Durch Art. 8 und 9 der Bundesverfassung ist die Gleichbehandlung der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet. Es braucht also hier keine Regelung im Gesetz. Das Vermessungsamt wird das gleiche Angebot für Menzingen und Zug zwingend auch anbieten. 12 % von 3,5 Stellen sind ungefähr 0,4 Stellen. Das können wir kontrollieren. Wir können den Auftragsumfang und die Stellen kontrollieren. Das kann uns das Vermessungsamt mit Zahlen belegen.
Käty Hofer fasst zusammen. Die Vermessungsaufsicht bleibt zwingend beim Kanton. Das können wir nicht auslagern, weil es eine hoheitliche Aufgabe ist. Die Nachführung von Zug und Menzingen finanziert einen Teil des EDV-Systems, das der Kanton so oder so braucht. Das Know-how wird gewährleistet. Kleine Kantone und Städte haben fast durchwegs ein eigenes Vermessungsamt. Ein Verbot für die Nachführung durch den Kanton birgt ein sehr hohes Risiko. Die Rechtsgleichheit der Eigentümerinnen und Eigentümer ist gewährleistet. Der Kanton wird durch dieses Gesetz durch die Abschaffung der Subventionen an die Grundeigentümerinnen und -eigentümer entlastet. Wenn die Gemeinden Menzingen und Zug an Privatgeometer vergeben werden, spart der Kanton kein Geld, geht aber Nachteile und Risiken ein. Die Votantin dankt dem Rat, wenn er den Antrag der Regierung unterstützt.

Für Beat **Villiger** stellt sich seit gestern Abend in diesem Zusammenhang eine Frage. Und zwar hat er zufälligerweise mitbekommen, dass man den Nachfolger von Dr. Heim als Grundbuchverwalter gewählt hat. Er ist dann am Abend noch schnell aufs Internet gegangen und hat dies und jenes über diese Persönlichkeit mitbekommen. Er hat dabei festgestellt, dass es sich um eine Person handelt, die aus dem Bau- und Vermessungswesen kommt und weniger aus dem Notariats- und Grundbuchwesen. Deshalb die Frage an Brigitte Profos: Ist jetzt vorgesehen, dass man diese beiden Ämter vor dem Hintergrund der bevorstehenden Pensionierung von Peter Berchtold kurz oder mittelfristig zusammenlegen will?

Nachdem Gregor **Kupper** im Bericht als Antragsteller genannt ist, möchte er dazu auch etwas sagen. Für ihn spielen drei Gründe eine wesentliche Rolle, wieso diese beiden letzten Gemeinden Zug und Menzingen auch ausgelagert werden sollten. Auf der einen Seite sind es wirtschaftliche Überlegungen. Es kann ihm niemand sagen, dass zwei Organisationen für die gleiche Tätigkeit nicht mehr Kosten auslösen. Das sollte eigentlich für jeden nachvollziehbar sein. Es braucht mehr Infrastruktur, mehr

Organisation. Wir fahren in unserem kleinen Kanton zwei Stellen, die so nicht erforderlich sind. Dann kommt aber auch die Aufsicht. Wir haben gehört, dass das Fachwissen beim Vermessungsamt nur da ist, weil sie selber auch vermessen. Nur das setzt das Vermessungsamt in die Lage, das Büro Gätzi auch zu überprüfen. Wenn er das hört, stehen dem Votanten die Haare zu Berge. Wenn wir den selben Massstab bei unserer Finanzkontrolle anwenden würden, müsste Martin Billeter bei Peter Hegglin auch ein bisschen buchen und Zahlungsverkehr machen, damit er in der Lage ist, sein Fachwissen zu behalten. Das kann es doch nicht sein! Dann stellt sich aber in Bezug auf diese Überwachungsfunktion auch die Frage, wer denn die Gemeinden Zug und Menzingen prüft. Prüft sich das Amt dort selbst? Wenn aber die Prüfung der Tätigkeit von so immenser Bedeutung ist, dann haben wir doch hier eine Aufgabenkumulation, die so nicht hingenommen werden kann. Wenn diese Aufsichtsfunktionen wesentlich sind, müssen wir sie auch für die Gemeinden Menzingen und Zug gewährleisten. Gregor Kupper empfiehlt dem Rat dringend, dem Antrag der Kommission zu folgen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, möchte vorab die Fragen beantworten und auch ankünden, dass die Regierung hier an ihrem Antrag festhält. – Die Stawiko hat darauf hingewiesen, dass sie Informationen wünscht, wie sich die Kosten auf die verschiedenen Betroffenen der Nachführung nach der Gesetzesrevision verteilen. Diese Tabelle wurde an die Stawiko und an die Fraktionspräsidenten verteilt und damit ist diese Frage vollumfänglich beantwortet. Der Kanton wird um 100'000 Franken entlastet, die Gemeinden um etwa 140'000, und die Grundeigentümer als Verursacher tragen diese Kosten. – Zur Frage von Guido Käch über die EDV-Kosten. Diese werden vom AIO im Bereich der Vermessung mit etwa 10'000 Franken pro Arbeitsplatz veranschlagt; wo es um spezialisierte Geräte geht, auf etwa 15'000 Franken pro Jahr. Es braucht leistungsfähigere PCs, Sachprogramme und grössere Bildschirme. Hinzu kommen etwa 100'000 Franken für die zentrale Infrastruktur, zusätzliche Server und Scanner. Diese wird auch von der Fachstelle Landinformation benutzt. Es stehen derzeit keine generellen Erneuerungen der Betriebssysteme oder der Vermessungssoftware an. – Zur Frage von Beat Villiger. Diese ist prüfungswert. Es gibt Kantone, wo das zusammengeführt wird. Das steht aber im Moment nicht zur Diskussion.
Nur zur Begründung, weshalb die Regierung an ihrem Antrag festhält. Die gute Qualität der amtlichen Vermessung muss gewährleistet werden. Dem Vermessungsamt obliegt die Aufsicht und Verifikation der Vermessungsdaten. Um diese Aufgabe gut wahrnehmen zu können, benötigt das Vermessungsamt das erforderliche Know-how. Wissen und Können kann sichergestellt werden, indem die praktische Nachführungsarbeit im Vermessungsamt ausgeübt wird. Der Umgang mit Geräten und EDV – es geht hier nicht nur um einen Buchungsvorgang, sondern um die praktische Anwendung – muss geübt und erprobt sein, um sicher zu stellen, dass bei der Verifikation der Daten mit der nötigen Fachkompetenz gearbeitet wird. Die Überprüfung der erhobenen Daten muss durch das Vermessungsamt im Feld vorgenommen werden. Es geht also nicht nur darum, die digitalen Daten zu überprüfen, sondern auch darum, Fixpunkte und Daten im Feld zu überprüfen. Mit regelmässiger Weiterbildung kann diese praktische Tätigkeit nicht genügend abgedeckt werden. Eine mangelhafte Vermessungsaufsicht kann die Gefahr bergen, dass ein Qualitätsverlust bei der amtlichen Vermessung geschieht. Davon betroffen wären in erster Linie die Grundeigentümerinnen und -eigentümer; aber auch im Bau- und Planungswesen könnte sich das negativ auswirken und langfristig zu Streit und Kostenfolgen führen.

Die Nachführung in den Gemeinden Zug und Menzingen ist in etwa kostenneutral, was die Löhne anbetrifft. Die Einnahmen aus den Nachführungen decken etwa die Lohnkosten für die in diesem Bereich tätigen Mitarbeitenden. Selbstverständlich wird den Grundeigentümern in diesen Gemeinden der Aufwand des Vermessungsamts für Mutationen zu denselben Bedingungen verrechnet wie vom privaten Geometer in den übrigen Gemeinden des Kantons, nämlich mit dem Rabatt auf der Honorarordnung HO33 von ebenfalls 12 %. Die entsprechende Summe kann beim Vermessungsamt durch die Reduktion von Personaleinheiten eingespart werden. Bereits wurde bei einer Neuanstellung in diesem Herbst eine 100-Prozent-Stelle nur zu 80 % besetzt. Beim nächsten Personalwechsel kann eine weitere Einsparung erzielt werden.
Für die Tätigkeit der Vermessungsaufsicht braucht es eine Infrastruktur in den Bereichen EDV, Hard- und Software, Vermessungsinstrumente, Geräte und Fahrzeuge. Im EDV-Bereich muss die Vermessungsaufsicht über spezielle Vermessungsprogramme verfügen, genau wie ein Nachführungsgeometer. Diese Infrastruktur muss vorhanden sein, auch wenn das Vermessungsamt keine Nachführungsarbeiten ausführt. Führt das Vermessungsamt diese jedoch selber aus, kann die heutige Infrastruktur effizienter und wirtschaftlicher genutzt werden, indem sie auch Einkünfte generiert. Dieselben Überlegungen gelten auch für das Fachwissen. Die Handhabung von Geräten wie dem Theodoliten muss gelernt und à jour gehalten werden. Auch hier ergibt sich eine Synergie zwischen praktischer Tätigkeit und Aufsichtsfunktion.
Die Regierung hält an ihrem Antrag fest; die Nachführung in den Gemeinden Zug und Menzingen soll weiterhin durch das Vermessungsamt ausgeführt werden, weil damit Infrastruktur und Fachwissen im Amt optimal genutzt werden können, die Nachführung in diesen Gemeinden dem Kanton kaum Kosten verursacht und gute Aufsicht und Verifikation der Daten nur möglich ist mit geübter praktischer Anwendung von Wissen und Geräten. Brigitte Profos bittet den Rat, dem Antrag der Regierung stattzugeben.

➔ Der Rat schliesst sich mit 53 : 14 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

§§ 164/165

Brigitte **Profos** stellt auf Grund der Anmerkung der Stawiko den Antrag, hier die Titel wie folgt zu verändern:

Bei § 164: *Kostentragung für Erneuerung, periodische Nachführung und Unterhalt*

Bei § 165: *Kostentragung für laufende Nachführung*

➔ Der Rat ist einverstanden.

Der **Vorsitzende** fragt die Regierung, ob sie mit der *Änderung der Übergangs- und Schlussbestimmung* gemäss Antrag der Kommission – eine logische Folge der Änderung bei § 155 – einverstanden ist.

➔ Die Regierung schliesst sich dem Kommissionsantrag an, wonach für den Abschluss der Nachführungsverträge mit Dritten eine Übergangsfrist bis spätestens 31. Dezember 2009 gilt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 984.7 – 11564 enthalten.

472 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE KANTONALEN SCHULEN (ENTWICKLUNG DER DIPLOMMITTELSCHULE ZUR FACHMITTELSCHULE)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1232.1/.2 – 11476/77), der Kommission (Nr. 1232.3 – 11538) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1232.4 – 11542).

Kommissionspräsidentin Rosemarie **Fähndrich Burger** weist darauf hin, dass die Schule bis anhin DMS (Diplommittelschule) hiess und zu ihrer Gründerzeit WS (Weiterbildungsschule). Nun steht sie wiederum vor einer Namensänderung: FMS (Fachmittelschule) soll ihr künftiger Name sein. Es war eine Pioniertat, als Zug in den Siebzigerjahren die Schule gründete. Das Schulziel war damals und ist es auch heute noch, jungen Leuten als Anschluss für die obligatorische Schulzeit eine zusätzliche schulische Übergangszeit zu ermöglichen. Jugendlichen, die einen sozialen oder pflegerischen Beruf erlernen möchten. Bis anhin hat die Schule Jugendliche während drei Jahren ausgebildet und ihnen nach Abschluss der Schulzeit ein Diplom gewährt. Der Umbruch, der in den vergangenen Jahren im schweizerischen Bildungswesen Einzug gehalten hat, macht auch vor der Diplommittelschule nicht Halt. In der aktuellen Bildungslandschaft genügen Diplome nicht mehr, Berufs- und Fachmaturitäten sind gefragt. Mit der Neuerung wird den künftigen Schulabgängerinnen und -abgängern der Zugang an die Fachhochschulen ermöglicht. Die von der Regierung vorgeschlagene Änderung des Gesetzes über die kantonalen Schulen garantiert, dass eine Voraussetzung für den zugerischen Bildungsstandort erhalten bleibt.
Dem ersten Anhang zum Kommissionsbericht können Sie entnehmen, dass auch die neue FMS den dreijährigen Ausbildungsgang mit Fachmittelschulabschluss beibehält. Die Ausbildung wird aber neu durch ein zusätzliches viertes Schuljahr ergänzt und ermöglicht die beiden Maturitätstypen Fachmatura Pädagogik und Berufsmatura Gesundheit/Soziales. Die Fachmatura Pädagogik gewährt den Zugang an die pädagogische Hochschule. Die Berufsmatura Gesundheit/Soziales den Anschluss an die Fachhochschulen im gesundheitlich, sozialen Gebiet.
Zur finanziellen Situation der Vorlage gilt es, Folgendes zu sagen: Entgegen dem Bericht und Antrag der Regierung hat sich in der Zwischenzeit herausgestellt, dass die Stundendotation der FMS jener der DMS nicht entspricht. Nach Vorgaben der Bildungsdirektorenkonferenz müssen neu zusätzliche Lektionen erteilt werden. Auf alle drei Klassen bezogen ergibt sich ein Mehraufwand von 16 Lektionen und somit von 96'000 Franken pro Jahr. Das ersehen Sie aus der Tabelle im Anhang 2 zum Kommissionsbericht. Zur kritischen Anmerkung der Stawiko zu diesem Beiblatt ist zu sagen, dass tatsächlich von den Zahlen in der Tabelle ausgegangen werden kann. Bei den darunter erwähnten Aufzählungen handelt es sich um Beispiele. Die aktuelle

Stundentafel hat sich grundsätzlich verändert, es gibt auch Reduktionen und Verschiebungen von Fächerangeboten.
Im Namen der vorberatenden Kommission, welche den Beschluss einstimmig gutgeheissen hat, beantragt die Votantin, auf das Geschäft einzutreten und ihm zuzustimmen. – Auch die AF begrüsst die vorgesehene Änderung.

Malaika **Hug** hält fest, dass die SP-Fraktion die Entwicklung der DMS zur FMS als notwendig erachtet und daher sowohl den Antrag der Regierung als auch den von Kommission und Stawiko gutzuheissen. Durch geringe gesetzliche Anpassungen ist es möglich, dass die heutige DMS als FMS einen festen Platz im Bildungssystem erhält. Auf Grund dieser Anpassungen ist es FMS-Schulabgängerinnen neu möglich, nach einem zusätzlichen Schuljahr beziehungsweise einem Praktikajahr an Höhere Fachschulen oder Fachhochschulen zu gehen. Dadurch eröffnen sich diesen mehr Perspektiven sowohl in der Ausbildung als auch später im Berufsleben. Die immer höheren Anforderungen in den verschiedenen Berufen sind Folge unseres gesellschaftlichen Wandels. Es ist daher notwendig, diese Anpassungen im schulischen Bereich vorzunehmen. Schon deshalb, weil die heutige DMS ohne solche im zukünftigen Bildungssystem untergehen würde. Als Folge müssten die Zuger Schülerinnen und Schüler im Bereich Gesundheit, Soziales und Pädagogik in anderen Kantonen eine entsprechende Ausbildung absolvieren, sofern sie denn überhaupt aufgenommen würden. Ausserdem wäre es schade, wenn das Know-how des Kantons Zug in diesen Bereichen verloren ginge. Sorge bereiten der SP-Fraktion aber jene Schüler und Schülerinnen, die den gestiegenen Anforderungen in der heutigen Gesellschaft nicht mehr gewachsen sind und daher durch die Maschen zu fallen drohen. Sie müssen ebenfalls Zukunftsperspektiven haben und dürfen nicht auf der Strecke bleiben. Es darf nicht sein, dass man in Zukunft für jeden Beruf die Matura haben muss. Diese gesellschaftliche Entwicklung gilt es zu beobachten.

Franz **Zoppi** weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion die Notwendigkeit der Änderung der DMS zur FMS mit dem Modell 3 + 1 erkennt. Mit ihr steht den Jugendlichen ein weiterer Weg offen, zum Beispiel auch die Fachreife für die Pädagogische Hochschule zu erlangen. Die Diplom-Mittelschule hat die Zeichen der Zeit erkannt und nutzt die Möglichkeit, allfällige Defizite der Grundschule aufzuarbeiten. Wie aus der Kostenzusammenstellung ersichtlich ist, werden zum Beispiel Mathematik und Deutsch aufgestockt. Dass mit einem Zusatzjahr die Berufs- bzw. die Fachmatura erreicht werden kann, ist sinnvoll, ja auf Grund der Veränderung in der Bildungslandschaft sogar zwingend. Allerdings ist in naher Zukunft darauf zu achten, dass die Kosten des vierten Jahres nicht zu einseitig, das heisst vor allem auf Seite des Absolventen, zu tragen sind. Besondere Beachtung ist der Berufsmatura im Bereich Gesundheit und Soziales zu schenken.
Da diese Berufsfelder erst mit dem *neuen* Berufsbildungsgesetz dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT unterstellt worden sind, ist diesem Ausbildungsgang die notwendige Akzeptanz zu verschaffen. Mit dieser Unterstützung sollte es möglich sein, dass eine weitere Chance der Berufswelt genutzt wird und die Motivation der Schüler bestehen bleibt. Der Votant bittet deshalb den Rat – auch im Namen der SVP-Fraktion – auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Regula Töndury erinnert daran, dass das schweizerische Berufsbildungswesen – wie auch die ganze Bildungslandschaft Schweiz – im Fluss ist und sich dem gesellschaftlichen Wandel und den veränderten Ansprüchen anpassen muss. Damit die jetzige DMS ihre Berechtigung behalten kann, ist die Umwandlung zu einer FMS die logische Folge der Entwicklung. – Die Votantin gibt ihre Interessenbindung bekannt: Sie ist seit 1996 Schulkommissionspräsidentin der heutigen DMS. So konnte sie einen kleinen Abschnitt der Entwicklungsgeschichte der Schule hautnah mitverfolgen.
1972 startete die Schule als WS (Weiterbildungsschule) mit einer Dauer von zwei Jahren unter der Führung der Stadt Zug. 1979 wurde sie vom Kanton übernommen. 1990 erhielt sie die interkantonale Anerkennung gemäss den «Richtlinien für die Anerkennung der Diplome an Diplommittelschulen». 1997 wurde der Name der Schule geändert auf DMS, und gleichzeitig beschloss der Regierungsrat eine Verlängerung der Schulzeit auf drei Jahre. Seit Schuljahr 2002/03 gibt es nur noch Diplomprüfungen nach der 3. Klasse. Nun schreiben wir das Jahr 2004 und die nächste Änderung steht vor der Tür, bzw. die Schule ist durch Weitsicht der Schulleitung bereits auf ihre neue Aufgabe vorbereitet. Mit dem neuen schweizerischen Berufsbildungsgesetz, welches am 1. Januar 2004 in Kraft trat, und dem neuen «Reglement über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen» ist der Rahmen für die Weiterentwicklung der Diplommittelschulen gegeben. Die logische Folge ist: Diplommittelschulen werden zu Fachmittelschulen weiterentwickelt. Die schulische Ausbildung dauert in allen Bereichen drei Jahre und wird mit dem Fachmittelschulabschluss beendet. Mit einem Zusatzjahr kann dann die Fachmatura oder Berufsmatura erworben werden. Somit erhalten dann die Absolventinnen und Absolventen den prüfungsfreien Zugang zur entsprechenden Fachhochschule.
Bei Ausarbeitung der Vorlage ging man davon aus, dass die Stundentafel in etwa gleich bleibt und somit keine Mehrkosten entstehen würden. Nun steht fest, dass eine Anpassung der Stundentafel geschehen muss und zwar eine Erhöhung der Lektionen in den Fächern Mathematik, Deutsch und Chemie/Physik, dies wird z.B. für das Profil Pädagogik verlangt. Dadurch entstehen Mehrkosten von 96'000 Franken im Jahr. Die Stundentafel wird in der Zentralschweiz koordiniert und nach Absprache mit der PHZ (Pädagogischen Hochschule) und den Ausbildungsverantwortlichen im Bereich G + S (Gesundheit und Soziales) angepasst. – Die FDP-Fraktion steht einstimmig hinter dieser Vorlage und stimmt der Gesetzesänderung zu. Noch eine Bemerkung: Wir hätten es befürwortet, wenn der Kommissionsbericht bereits vor Schuljahresbeginn vorgelegen wäre.
Nun noch einige persönlichen Gedanken zu den geäusserten und berechtigten Ängsten. Was machen wir mit den schwachen Schülerinnen und Schülern? Die DMS ist keine Schule für schwache Schülerinnen und Schüler. Regula Töndury stellt fest, dass dieser Schule bei gewissen Personen noch immer der Touch einer irgendwie alternativen Schule anhaftet. 1972 bei der Gründung war es tatsächlich ein neuer, etwas alternativer Schultypus, der sich aber unterdessen weiterentwickelt und voll in die schweizerische Schullandschaft integriert hat. 1990 hat die DMS die interkantonale Anerkennung gemäss den «Richtlinien für die Anerkennung der Diplome an Diplommittelschulen» erhalten, und sie wird nach diesen Richtlinien inklusive Diplomabschluss geführt. Die Absolventen kommen mehrheitlich mit einem klaren Berufsziel an die Schule, somit muss sie den Anforderungen der Abnehmer gerecht werden. Realschülerinnen konnten bis vor zwei Jahren nur als grosse Ausnahme und mit sehr guten Noten aufgenommen werden. Der Erziehungsrat musste dies jeweils bewilligen. Seit Einführung der kooperativen Oberstufe werden keine Realschülerinnen mehr aufgenommen. Es stellte sich im Schulalltag immer wieder heraus, dass

diese Schülerinnen den Anforderungen der Schule nicht gewachsen waren. Es gibt sogenannte Brückenangebote – dies sind Bildungsangebote, die im Anschluss an die obligatorische Volksschule besucht werden können. Folgende Brückenangebote sollen ab Sommer 2005 angeboten werden: Schulisches Brückenangebot, kombiniertes Brückenangebot und Integrations-Brückenangebot. Auch die Votantin denkt, dass man dem Problem der schwachen Schüler und Schülerinnen bei Schulabgang spezielle Aufmerksamkeit schenken muss und gute Lösungen anbieten soll. Sie hofft, dass dies mit den Brückenangeboten geschehen kann. Sie bittet den Rat nochmals, der Gesetzesänderung zuzustimmen.

Vreni **Wicky** weist darauf hin, dass durch die Änderungen der Rahmenbedingungen auf schweizerischer und regionaler Ebene Diplommittelschulen erstmals klar im Schweizer Bildungssystem verankert werden. So passt sich auch die DMS Zug den neuen Gegebenheiten an. Die wichtigsten Änderungen bzw. Ergänzungen sind, dass nach dem Fachmittelschulabschluss ein Maturaabschluss erworben werden kann, sei es im Bereich Pädagogik oder im Bereich Gesundheit und Soziales. Weiter muss der Unterricht in den Fachbereichen verstärkt werden. Schliesslich die Namensänderung. Im Namen der CVP-Fraktion darf die Votantin dem Rat all diese Änderungen empfehlen und sie beantragt, der Vorlage zuzustimmen. Mit dem neuen schweizerischen Berufsbildungsgesetz, welches per 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist, sind diese Anpassungen notwendig und werden auch unterstützt. Dass der Regierungsrat mit der Vorlage bis im Frühling 2004 gewartet hat und die Schule seit dem neuen Schuljahr ohne Zustimmung des Kantonsrats schon nach den neuen Grundsätzen arbeitet, ist ein Schönheitsfehler.
Vreni Wicky möchte noch auf eine Sorge der CVP hinweisen, was sie schon in der Kommission getan hat und was jetzt auch von der SP aufgenommen wurde. Das freut sie. Mit der Gesetzesanpassung wird nämlich auch der Notendurchschnitt für den prüfungsfreien Eintritt in die FMS von heute 4,9 auf 5,0 angehoben. Somit erhalten immer mehr Schülerinnen und Schüler auf der Real- und Sekundarstufe Niveau B weniger Ausbildungs- und Berufschancen. Und ein Brückenangebot ersetzt diese Ausbildung nie. Somit haben wir auch auf der Sekundarstufe einen weiteren sozialen Brennpunkt, und je länger je weniger dürfen wir von gleichen Ausbildungschancen sprechen. Es muss uns ein ernstes Anliegen sein, auch Schülerinnen und Schüler mit durchschnittlichen Leistungen und Möglichkeiten zu unterstützen und ihnen Zukunftschancen zu öffnen. Menschen sind nämlich lernende Wesen, die in Bezug zueinander leben. Und was entsteht, wenn dieses Zueinander und Miteinander durch Perspektivenlosigkeit immer mehr gestört wird? Dieses Problem dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Eine Möglichkeit für Jugendliche ist Gott sei dank die neue Berufslehre «Fachangestellte für Gesundheit». Und wer weiss, vielleicht gibt es in Zug ja bald die Möglichkeit für die Ausbildung «Fachangestellte Soziales». Die Votantin jedenfalls würde es begrüssen.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** freut es primär für die Jugendlichen, wie auch für den Bildungsstandort Zug, dass alle Votanten den Wert und die Bedeutung dieser Vorlage erkennen und der FMS eine klare Zukunft im schweizerischen Bildungssystem geben. Sie haben erkannt, dass diese Änderung, so gering sie auf gesetzlicher Ebene scheinen mag, ideal ist für unseren Kanton. Sie ist wirkungsorientiert, kohärent und standortstärkend. Wirkungsorientiert, weil gemäss Kommission mit verhältnismässig geringen Mehrkosten und relativ geringfügigen gesetzlichen Anpassungen

eine enorme Wirkung erzielt wird. Sie ist kohärent, weil die neue FMS klar im Bildungssystem verankert wird, und standortstärkend, weil unser Kanton mit der PHZ und mit den Schulen im Gesundheitswesen Ausbildungen anbietet, die auf Absolventen der FMS angewiesen sein werden. Und all das kommt unseren Jugendlichen zu Gute, die diese Schule schon bisher als attraktive Schule mit einem guten Ruf kennen gelernt haben.
Noch zwei, drei Worte zu den Bedenken um die schwächeren Schülerinnen und Schüler. Es sind da vielleicht auch einige Punkte im Kommissionsbericht missverständlich. Der Bildungsdirektor kann bestätigen, was Regula Töndury gesagt hat: Schon bisher wurden Realschülerinnen und -schüler nur ausnahmsweise aufgenommen, und das mit schwierigen Erfahrungen. Nur mit einer tieferen Eingangsschwelle, wie das zum Teil suggeriert wird, wäre da nicht Abhilfe geschaffen. Wenn man schwächere Schülerinnen und Schüler aufnehmen will, müsste man dem auch in der Bildung Rechnung tragen. Das Niveau der Ausbildung müsste nach unten nivelliert werden, und das kann und darf nicht die Meinung sein. Die FMS muss dem Vergleich mit der Handelsmittelschule standhalten und auch den Ausbildungen an unseren Bildungszentren KBZ und GIBZ, soweit diese dann zur Berufsmatura führen. Es stimmt auch nicht ganz, wenn im Bericht steht, für Sekundarschülerinnen und -schüler mit Schnitten unter 4,9 geben es kein schulisches Angebot mehr. Das ist einfach der prüfungsfreie Eintritt. Aber ab 4,4 kann man mit einer Prüfung eintreten. Es wurde zum Schluss noch erwähnt, dass im Bereich Gesundheit und Soziales die neuen Berufslehren wichtig sind.
Schliesslich noch etwas zur kleinen Rüge der Stawiko, der Regierungsrat habe die finanziellen Auswirkungen nicht korrekt oder nicht vollständig wiedergegeben. Matthias Michel nimmt diese Rüge auf sich, weist sie aber gleichzeitig zurück. Wir haben die Kommission, sobald wir gesehen haben, wie diese Stundendotation aussieht, kurz aber vorgängig schriftlich informiert. Und Sie haben ja von Vreni Wicky gehört, wir seien zu spät gekommen mit der Vorlage; es ist immer ein Abwägen, ob man warten soll, bis man die Auswirkungen bis auf jeden Franken kennt. Missverständlich war die Dotation, ob es jetzt 19 oder 16 mehr sind. Netto sind es 16, Sie haben es heute gehört. Und dass diese beschränkten Mehrkosten gut investiert sind, sehen Sie daraus, dass sie in den Fächern Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften investiert werden. Diese Investition dürfte auch jene Kreise beruhigen, welche das Gefühl haben könnten, im Kanton Zug würden auf der Primarstufe solche Fächer nicht mehr oder zu wenig gewichtet. Zu diesem Thema können Sie dann am Samstag die Zeitung lesen. Besten Dank für Zustimmung für unseren Antrag.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1232.5 – 11565 enthalten.

473 MOTION VON KARL BETSCHART, ANDREA HODEL UND BEAT VILLIGER BETREFFEND ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE KINDERZULAGEN (BGS 844.4) UND DER VOLLZIEHUNGSVERORDNUNG ZUM GESETZ ÜBER DIE KINDERZULAGEN (BGS 844.411)

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1223.2 – 11513).

Karl **Betschart** sowie seine Mitmotionärin und sein Mitmotionär sind enttäuscht über diese Berichterstattung. Sie ist wohl umfangreich, (zu) ausführlich und trotzdem einseitig ausgefallen. Der Regierungsrat hat grundsätzlich Verständnis für die Motionäre, geht aber bei der Beantwortung der Motion kaum auf ihre Anliegen ein. Er sucht und findet weitere Kriterien, welche als Resultat eine Nullrunde produzieren. Erstaunlich ist auch, dass die Regierung nicht einmal die Zahlen über die Kinderzulageleistungen für Kinder im Ausland bei der AHV-Ausgleichskasse beibringen konnte. Unsere Motion wurde immerhin ca. 4 Monate vor der Beantwortung eingereicht. Die Zeit dazu wäre also vorhanden gewesen.
Der Regierungsrat möchte keine Gleichbehandlung der Kinderzulagen für Kinder im Inland und Ausland. Eine Gleichbehandlung dieser Kinderzulagen führt zu einem gerechten Gesetz (Rechtsgleichheit für alle), was unsere Regierung verhindern will. Er will nicht sparen, wenn auch nur im Kleinen. Er will KMU-Betriebe nicht unterstützen, damit alle im Kanton Zug die gleichen Prämien an die FAK bezahlen müssen. Es ist ja bekannt, dass die FAK-Beiträge je nach Kanton und privaten Familienausgleichskassen von 1,1 bis 3,0 % schwanken. Diese FAK-Beiträge bezahlen die Unternehmungen zu 100 %; sie werden also nicht wie z.B. die AHV-Beiträge hälftig auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Dass diese FAK-Beiträge geschuldet sind, ist klar. Dass sich diese Beiträge jedoch mittel- bis langfristig reduzieren könnten, ist ebenfalls klar. Diese Prämien sollen zur Alimentierung der Kinderzulagen dienen und sie werden sich reduzieren, wenn die Kinderzulagen durch Kaufkraftverhältnisse tiefer werden. Dass auf eidgenössischer Ebene die Landwirtschaft für die bezugsberechtigten Kinder keine Abstufung vornimmt, muss hier etwas präzisiert werden. Alle Projekte für die Familienzulagen (inkl. Rahmengesetz) für die Bundeslösung sehen eine Kaufkraft-Abstufung vor.
Dieses durch uns Motionärin und Motionäre vorgeschlagene neue Gesetz führt ganz und gar nicht zu einem ungewollten Anreiz für eine verstärkte Immigration in die Schweiz (Nachzug der Kinder), wie es die Regierung schreibt. Dieser Nachzug ist schon immer ein ständiger Prozess gewesen. Dies steht übrigens auch im Gegensatz zur Aussage des Regierungsrats, dass Kinder allenfalls ihre Ausbildung im Ausland absolvieren und somit ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen. In vielen Ländern ist eine Ausbildung bedeutend günstiger als hier in der Schweiz.
Einsparungen bei der Familienausgleichskasse Zug scheinen unerwünscht zu sein. Man spricht von einem Einsparpotential von rund 250'000 Franken brutto, resp. 0,3 %. Dies ist eine gewaltige Einsparung im Verhältnis zu dieser kleinen Prozentzahl. Eine Veränderung könnte jederzeit möglich sein und bei 0,5 % sprechen wir bereits von rund 420'000 Franken Einsparungen. Dass die Durchführung dieses neuen Gesetzes zusätzliche massive Mehraufwendungen nach sich ziehen soll, wurde uns von keinem Kanton bestätigt, welcher die Kinderzulagen zwischenzeitlich nach Kaufkraftverhältnis zwischen der Schweiz und dem Staat, in dem das Kind den Wohnsitz hat, abrechnet (Ausnahme ist der Kanton Luzern). Auch für die Arbeitgeber wird dies nicht zu Kostenexplosionen führen. Seitens der Gastro-Ausgleichskasse (immerhin eine der grössten AHV-Ausgleichskassen) wurden uns derartige Mehr-

aufwendungen – wie sie die Regierung in ihren Auflistungen aufzeigt – nicht bestätigt. Hier stellt die Regierung Angstmacher-Hypothesen auf. Einmalige Aufwendungen sind mit jedem neuen Projekt verbunden. Die Aussage der AF in der Zuger Zeitung, dieses Gesetz führe zu einer Mehrklassengesellschaft, stimmt so nicht. Wir haben innerhalb der Schweiz von Kanton zu Kanton schon verschiedene Auszahlungen von Kinderzulagen. Wir bitten Sie, den Antrag der Regierung nicht zu unterstützen. Unterstützen Sie den Antrag der Motionärin und Motionäre, die Motion erheblich zu erklären.

Berty **Zeiter** weist darauf hin, dass Kinderzulagen ein integraler Teil des Erwerbseinkommens sind. Viele Lohnbezügerinnen und -bezüger sind auf die Kinderzulagen angewiesen, da sie mit dem Geld, das sie für ihre Arbeit erhalten, nur schlecht über die Runden kommen. Und nun sind die Motionäre auf die Idee gekommen, auch bei diesen Leuten könnten wir noch zu sparen versuchen. Gegen dieses Ansinnen wehrt sich die AF mit folgenden Überlegungen:
1. Es gibt auch Länder, deren Lebenshaltungskosten höher sind als jene der Schweiz. Konsequenterweise müssten solchen Staatsangehörigen die Kinderzulagen nach oben angeglichen werden.
2. Von der Motion betroffen wären vor allem Leute aus Russland, Brasilien, Irak und Sri Lanka. Am weitaus stärksten vertreten sind dabei Menschen aus Sri Lanka. Überlegen Sie sich, wo die Tamilen arbeiten, die Sie eventuell kennen. Die meisten sind doch angestellt als Küchengehilfen, Abwarte, Arbeiter in Produktionsbetrieben oder bei McDonalds, als Pflegehilfen und Putzfrauen. Ihre Löhne bewegen sich zwischen 2'500 und 3'500 Franken im Monat. Da wollen Sie noch sparen?
3. Der nächste Schritt liegt in der Überlegung, dass Menschen, deren Angehörige in Portugal oder in Rumänien leben, auch weniger Lohn brauchen, da sie mit dem bei uns verdienten Geld in ihrer Heimat viel weiter kommen. Wo werden die Grenzen bei dieser eingeschränkten Sichtweise gezogen?
In den letzten Monaten hat die Votantin in diesem Gremium ab und zu den Vorwurf an die Ratslinke gehört, wir seien bloss neidisch, wenn wir auf die zunehmend ungerechte Verteilung der finanziellen Mittel und auf die Punkte hingewiesen haben, die eine Mehrklassengesellschaft ausmachen. Aber es muss trotzdem wieder festgehalten werden: So wie es falsch ist, dass denen, die schon viel haben, noch mehr gegeben wird, so wäre es hier falsch, den weniger Privilegierten noch mehr wegzunehmen. Es ist unübersehbar, dass Werte wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit am Zerfallen sind. Und im Zuger Kantonsrat scheint sich die Monetik immer stärker zur Monoethik zu entwickeln. Das finden wir des wohlhabenden Kantons Zug unwürdig, und deshalb beantragen wir, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Malaika **Hug** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung dieser Motion vollumfänglich unterstützt. Es wäre zwar vernünftig, für im Ausland lebende Kinder eine der Kaufkraft des Auslandstaates angemessene Kinderzulage auszurichten. Denn mit 250 Schweizerfranken kann man sich in Sri Lanka wesentlich länger über Wasser halten als beispielsweise in Deutschland. Wobei hier noch die Frage gestellt werden muss, wo genau in Deutschland, denn der Osten Deutschlands ist, was die Lebensunterhaltskosten anbelangt, wesentlich günstiger als der Westen. Dennoch ist unsere Haltung klar gegen diese Motion. Ausländerinnen und Ausländer tragen mit ihren Steuerbeiträgen zur Finanzierung der Kinderzulagen und des Staatshaushalts in gleichem Masse wie Schweizerinnen und

Schweizer bei. Daher sollen auch Kinder aus Ländern ohne Sozialversicherungsabkommen mit der Schweiz, wie Brasilien, Sri Lanka, Indien, Iran, Vietnam etc. weiterhin über Kinderzulagen finanziell unterstützt werden. Dies stellt eine Art der Entwicklungshilfe dar, denn durch Kinderzulagen wird es diesen Kindern ermöglicht, in ihrem Land eine Ausbildung zu absolvieren. Ausländerinnen und Ausländer müssen für den Unterhalt ihrer im Ausland lebenden Kinder sorgen. Wenn ihnen die Kinderzulagen nicht ausbezahlt werden, dann holen sie die Kinder in die Schweiz, was Mehrkosten – auch für den Kanton – nach sich ziehen würde. Dies kann wohl nicht im Sinne der Motionäre sein. Weiter gibt die Votantin zu bedenken, dass Schweizer Kinder ebenfalls im Ausland Ausbildungen absolvieren. Diese würden von der neuen Regelung ebenso tangiert, ansonsten gegen das Rechtsgleichheitsgebot nach Art. 8 der BV verstossen würde. Dies liegt wohl ebenfalls nicht im Interesse der Motionäre. Wir gehen mit dem Regierungsrat einig, dass die Mehraufwendungen, welche sich für die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer, die Einwohnerkontrollen, die AHV-Zweigstellen und Familienausgleichskassen ergeben, in keinem Verhältnis zu den erwarteten Einsparungen stehen. Es ist für die SP schwer verständlich, wie eine Entlastung der KMU-Betriebe von administrativen Aufgaben gefordert werden kann, und gleichzeitig Regelungen vorgeschlagen werden, welche einen deutlichen Mehraufwand nach sich ziehen. Und dies nur um des vermeintlichen Sparens willens. Aus diesen Gründen unterstützt die SP-Fraktion den Antrag der Regierung auf Nicht-Erheblicherklärung.
Übrigens ist es erstaunlich, dass die SVP die nötigen gesetzlichen Massnahmen bei der Motion von Alois Gössi betreffend bessere Hilfestellung für Opfer von häuslicher Gewalt als zu hohen Aufwand abtut und gleichzeitig die Motion von Betschart, Hodel, Villiger – eine reine Beschäftigungstherapie – unterstützt. Die Prioritäten werden anders gesetzt. Allem voran das geht das Sparen.

Andrea **Hodel** weist darauf hin, dass Karl Betschart das Wichtigste bereits gesagt hat. Auch die FDP-Fraktion, in deren Namen sie spricht, wird grossmehrheitlich für die Erheblicherklärung dieser Motion stimmen. Sie möchte aber noch zwei zusätzliche Aspekte beleuchten.
Im Familienrecht – ein Bereich, in dem die Votantin arbeitet – ist es eine Selbstverständlichkeit, und es wird auch vom Bundesgericht so verlangt, dass auf die Kaufkraft sowohl eines pflichtigen Unterhaltsschuldners als auch einer berechtigten Unterhaltsempfängerin oder eines Empfängers in jedem ausländischen Staat Rücksicht genommen wird. Wir verlangen z.B. von einem Vater, der in den Balkanstaaten wohnt, einen seiner Kaufkraft angemessenen Unterhaltsbeitrag. Umgekehrt zahlen wir auch nur so viel in solche Staaten. Wenn dann die AF sagt, man müsste auch nach oben anpassen, ist dazu zu sagen, dass die Broschüre der UBS, die auch das Bundesgericht seinen Entscheiden zu Grunde legt, drei Städte in der ganzen Welt angibt, die teurer sind als der Wohn- und Arbeitsplatz Schweiz. Wir würden also nicht so wahnsinnig nach oben anpassen müssen. Immer wieder wird in der Diskussion der Aufwand aufgeführt. Übrigens noch zu Malaika Hug: Andrea Hodel ist nicht SVP-Mitglied, muss aber doch schnell in die Bresche springen. Die Polizei hat ihr gesagt, dass das, was die SVP sagte, man müsse nicht wahnsinnig viel Aufwand treiben, um bei der häuslichen Gewalt behilflich zu sein, auch mit den heutigen Grundlagen sehr gut möglich ist, wenn man Intervention betreibt und nicht Hilfe und Mediation.
Zurück zu den Kosten. Immer wieder wird gesagt, die Kosten seien riesig. Wie dem Rat bekannt sein wird, ist die Votantin doch recht eng mit der Baubranche liiert. Sie hat sich dort umgehört. Unser Buchhalter hat uns erklärt, erstens müsse er die Erhe-

bungen genau gleich machen, um zu wissen, wer wieviele Kinderzulagen bekommt, und zweitens wäre er sehr froh, wenn solche Abstufungen gemacht würden, zumal in diesem Betrieb 20 % der Kinderzulagen kaufkraftbereinigt ausbezahlt werden könnten. Dies die Argumente der FDP, weshalb sie für Erheblicherklärung stimmt.

Felix **Häcki** hält fest, dass die SVP-Motion die Motion vollumfänglich unterstützt und den Rat bittet, sie erheblich zu erklären. – Es freut uns, dass die Regierung in diesem Fall wenigstens keine teuren Experten zugezogen hat, um festzustellen zu lassen, dass Motion nicht zulässig sei, weil sie der Regierung offenbar nicht genehm ist. Es wäre ja wohl auch hoffnungslos gewesen, weil verschiedene Kantone (einige Beispiele wurden Ihnen anlässlich der letzten KR-Sitzung verteilt) bereits Restriktionen, wie in der Motion verlangt, erfolgreich eingeführt haben, ohne dass diese Kantone bis heute abgeblockt worden wären.
Zu einigen Punkten des Berichts der Regierung. Diese sagt, dass auf Grund der Abkommen mit der EU- und den EWR-Staaten Kinder in diesen Staaten den vollen Anspruch hätten. Dies gilt nur für die «alten» EU- und EWR-Staaten. Kommen neue hinzu, so müssen die Abkommen erst nachgeführt und, sofern fehlend (wie im Falle Polens), Sozialversicherungsabkommen geschlossen werden. Die Ausweitung unterliegt dem Entscheid des Parlaments und dem fakultativen Referendum. Dies bedeutet, dass die «neuen» EU-Länder frühestens Mitte nächsten Jahres, Polen wohl noch etwas später, in den Genuss derselben Privilegien kommen wie die alten Mitglieder der EU. Wenn argumentiert wird, dass unter Auslassung der EU- und EWR-Länder nur noch wenige Länder und damit wenige Kinderzulagen von einer Regelung tangiert würden, so möchte der Votant dem doch entgegenhalten, dass die Anzahl Arbeitnehmender von ausserhalb der EU und EWR mit Kindern zu Hause in ihrem Ursprungsland viel stärker wächst und wohl auch in Zukunft wachsen wird, wenn man die legalen und vor allem illegalen Immigrationsströme betrachtet.
Wenn sich die Regierung Sorgen macht, dass die Belastung für kleine und mittlere Unternehmen sowie Verbandskassen ein Problem mit abgestuften Kinderzulagen haben könnten, so ist dies an den Haaren herbeigezogen. Die Abklärungen von Felix Häcki haben ergeben, dass es ein einmaliger kleiner Aufwand ist, die notwendigen Programmanpassungen bei den Lohnabrechnungsprogrammen und den Verwaltungsprogrammen vorzunehmen, und dass die jährlichen Anpassungen vernachlässigbaren Aufwand bedeuten. Auch in der Firma, in der er arbeitet, haben wir Mitarbeiter in verschiedenen Kantonen, die unterschiedlich hohe Kinderzulagen erhalten. Auch für uns ist der Zusatzaufwand vernachlässigbar. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass der Kanton Tessin wohl das extremste Beispiel abgestufter Kinderzulangen hat, indem es eine Tabelle mit allen Ländern der Erde und unterschiedlichsten Kinderzulagen gibt. Sogar diesen Fall können die Verbandskassen und KMUs ohne grosse Umtriebe bewältigen.
Wenn bemängelt wird, dass eine Delegationsbestimmung in der Motion fehle für die gestaffelte Festsetzung, so kann die Regierung bei der endgültigen Ausarbeitung der Gesetzesvorlage diesen Mangel leicht korrigieren, ja sie hätte bei einigem gutem Willen die Ergänzung bereits heute einfliessen lassen können. Es gibt deshalb keinen stichhaltigen Grund, die Motion nicht erheblich zu erklären. Wenn durch die Regierung noch die Bildungspolitik bemüht wird, um die Folgen in Bezug auf die Kinderzulagen für eventuelle Studiengänge in andern Ländern als kritisch hinzustellen, so ist dies sicher an den Haaren herbeigezogen, denn es dürften wohl kaum so viele Studenten in Länder mit stark reduzierten Kinderzulagen strömen, dass es ein Problem würde. Zudem sind dort bekannterweise auch die Lebenshaltungskosten entspre-

chend tief. Im Übrigen würde es wohl ausreichen, wenn sie in dieser begrenzten Zeit in der Schweiz immatrikuliert blieben, um die Zulagen trotzdem zu erhalten. Es ist auch zu berücksichtigen, dass die meisten Studierenden Auslandsemester mit Stipendienunterstützung oder Auslandaufenthalte als Praktika mit Lohn absolvieren.
Die Regierung betrachtet offenbar die Kinderzulagen als Lohnbestandteil. Dies sind sie nicht und sollen sie nicht sein. Es ist ja gerade ein Merkmal dieser Zulage, dass sie für die Kinder bestimmt ist. Es wird und kann keinen Druck geben, dass bei abgestuften Kinderzulagen die Löhne angehoben werden, denn die Wirtschaft bezahlt eben vielleicht im Unterschied zu vielen öffentlichen Verwaltungen Leistungslöhne und darin haben Zahlungen für vorhandene Kinder nichts zu suchen. Aus diesem Grunde gibt es ja auch die Familienausgleichskassen. Der Votant hat auch in seiner bald 40-jährigen Führungstätigkeit, die meistens auch den Personalbereich eingeschlossen hat, nicht einmal erlebt, dass die Höhe der Kinderzulagen überhaupt ein kritisches Thema bei einer Anstellung gewesen wäre.
Ganz verquer ist wohl die Argumentation, dass die Immigranten ihre Kinder eher nachziehen würden, wenn die Kinderzulagen geschmälert würden. Dies ist nicht nachvollziehbar, denn in den meisten Fällen dürfte es so sein, dass wenn sie die Kinder in die Schweiz holen, sie der zusätzliche Lebensunterhalt (grössere Wohnung, höhere Lebenshaltungskosten) viel mehr kostet, als die Abzüge bei den Kinderzulagen ausmachen. Zudem dürften auch die hohen Kinderzulagen heute mit einer der Gründe sein, weshalb Wirtschaftsflüchtlinge in die Schweiz und in der Schweiz in bestimmte Kantone drängen, denn es kann ja verlockend sein, wenn man allein mit den Zulagen für drei Kinder pro Monat zum Beispiel ein Einkommen entsprechend einem Jahreseinkommen im Herkunftsland erzielen kann. Zudem ist Entwicklungshilfe nicht Sache der Unternehmen, vor allem nicht der KMUs.
Was die Regierung beim Einsparungspotential, nicht berücksichtigt hat ist, dass viele Arbeitgeber und zwar solche mit einem eher überproportionalen Anteil an relevanten Mitarbeitern, nicht bei der kantonalen Familienausgleichskasse, sondern bei Verbandskassen sind. Dort dürften die potentiellen Einsparungen eher höher sein. Wenn zu guter Letzt noch gesagt wird, die Mehrkosten für die Durchführung würden sich voraussichtlich für die Familienausgleichskasse des Kantons Zug auf 75'000 Franken beziffern, so ist dies für uns ebenso eine Übertreibung wie seinerzeit jene 13'000 Franken pro Jahr für geänderte Abstimmungscouverts im seinerzeitigen Bericht zur Motion für die Abänderung der Couverts, die sich nun, wie wir letzte Sitzung erfahren haben, wunderbarerweise auf nur 4'000 Franken pro Jahr bei vier Abstimmungen belaufen werden.
Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die Regierung redlich bemüht hat, die vorliegende Motion zu zerpflücken, um sie zu beerdigen, dass sie jedoch nicht ausreichende, ja teilweise nur fadenscheinige Gründe zu ihrem Vorhaben gefunden hat. Als Quintessenz der Ausführungen bittet Sie die SVP-Fraktion, die Motionäre zu unterstützen und die vorliegende Motion erheblich zu erklären.

Beatrice **Gaier**: Was auf den ersten Blick als richtig und gerecht erscheint, entpuppt sich beim genaueren Hinsehen als wenig geeignetes Mittel, um tatsächlich zu sparen. Auch wenn dem Anliegen der Motionäre ein gewisses Verständnis entgegen gebracht werden kann, steht der zusätzliche administrative Mehraufwand in keinem Verhältnis zum effektiven Nutzen. Jedenfalls werden die Arbeitgeber finanziell nicht entlastet. Die Anzahl der von der neuen Regelung betroffenen Bezügerinnen und Bezüger ist – gemessen am Gesamtvolumen der ausbezahlten Kinderzulagen – derart klein, dass die Einsparungen kaum ins Gewicht fallen. Natürlich kann argumen-

tiert werden, dass Sparen im Kleinen beginnen muss. Doch wenn die Mehraufwendungen vor allem für die Familienausgleichskasse und die KMU eine solch geringe Entlastung bei den Kinderzulagen mit sich bringen, ist eine Gesetzesänderung nicht sinnvoll. Auch die Tendenz, dass die Anzahl der ausländischen Kinder von ausserhalb der Nicht EU/EFTA-Staaten kontinuierlich abnimmt, spricht gegen das Begehren der Motionäre. – Aus diesen Gründen unterstützt eine grosse Mehrheit der CVP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats, diese Motion als nicht erheblich zu erklären. Nach Erachten der Votantin ist die Argumentation des Regierungsrats genügend stichhaltig. Sie dankt dem Rat, wenn er das Begehren der Motionäre nicht unterstützt.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** hält fest, dass der Regierungsrat grundsätzlich Verständnis hat für das Anliegen der Motionäre. Es macht in der Tat keinen Sinn und lässt sich bei einer wirkungsorientierten Betrachtung nicht rechtfertigen, wenn Kinderzulagen in Ländern mit geringen Lebenskosten in gleicher Höhe ausbezahlt werden wie in Ländern mit hoher Kaufkraft. Trotz dieser grundsätzlich positiven Haltung gegenüber dem Anliegen der Motion stellt der Regierungsrat nach vertiefter Auseinandersetzung mit den Auswirkungen und den Folgen bei ihrer Umsetzung mit Überzeugung den Antrag, dass die Motion nicht erheblich erklärt werden soll.
Kurz zusammengefasst besteht der Grund darin, dass die Ausrichtung von kaufkraftabhängjgen Kinderzulagen den Arbeitgebern keinen Nutzen bringt, sondern ihnen im Gegenteil zusätzlich administrativen Aufwand verursacht. Schon heute könnten nur bei einem sehr kleinen Anteil – nämlich bei etwa einem halben Prozent aller Kinderzulagen – überhaupt kaufkraftbedingte Reduktionen vorgenommen werden. Dieser Anteil wird in Zukunft nochmals geringer werden. Für Kinder von Staatsangehörigen der EU und der EFTA-Staaten müssen bei Wohnsitz der Kinder in ihren Heimatländern die vollen Kinderzulagen ausbezahlt werden. Mit der Erweiterung der EU von 15 auf 25 Mitgliedstaaten wird die Möglichkeit der Ausrichtung von kaufkraftbereinigten Kinderzulagen nochmals markant verkleinert. Eine Kaufkraftbereinigung der Kinderzulagen wird in Zukunft für Kinder von Staatsangehörigen der neuen EU-Staaten wie etwa Polen, Ungarn, Tschechien oder der Slowakei nicht mehr möglich sein. Zudem wird die Anstellung von Staatsangehörigen aus Nicht-EU- und Nicht-EFTA-Ländern – also aus so genannten Drittstaaten – fast unmöglich oder stark erschwert sein. Kontingente für Arbeitnehmer aus Drittstaaten sind nämlich nur möglich, wenn nachgewiesen wird, dass in den EU- und EFTA-Staaten keine entsprechenden Arbeitskräfte rekrutiert werden können. Das Anliegen der Motionäre wird deshalb in Zukunft praktisch keine Bedeutung mehr haben.
Die kaufkraftbereinigte Ausrichtung der Kinderzulagen vermöchte die Höhe der Arbeitgeberbeiträge auf keinen Fall zu beeinflussen. Die Arbeitgeber müssten also auch im Falle der Erheblicherklärung der Motion weiterhin die gleich hohen Finanzierungsbeiträge leisten. Andererseits würde der administrative Aufwand sowohl bei den Ausgleichskassen als auch bei den Arbeitgebern spürbar grösser. Neu müsste für jedes zulagenberechtigte Kind zu Beginn der Bezugsberechtigung und anschliessend periodisch mindestens alle vier Jahre wiederholt der Wohnsitz gemeldet und mit entsprechenden Belegen nachgewiesen werden. Dieser Vorgang kann mit dem üblichen periodischen Nachweis für Kinder verglichen werden, die nach dem Erreichen der Altersgrenze noch in der Erstausbildung sind. Wenn Ausgleichskassen behaupten, es entstünde kein Mehraufwand, dann unterlassen sie offensichtlich die für eine tatsächlich wirkungsvolle Kaufkraftbereinigung der Auszahlungen und für eine rechtsgleiche Ausrichtung der Kinderzulagen notwendigen Abklärungen und

verzichten auf die entsprechenden Wohnsitznachweise. In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, dass für alle Kinder, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, die in Ländern mit tiefen Lebenskosten leben, die reduzierten Kinderzulagen ausgerichtet werden müssten, so beispielsweise auch für Schweizer Kinder, die ihren Wohnsitz zeitweilig, z.B. für das Studium oder für Sprachausbildung, in einem Land mit tiefer Kaufkraft haben. Unsere Familienausgleichskasse geht davon aus, dass sich der administrative Aufwand der Arbeitgeber für die Kinderzulagen gegenüber heute um bis zu 40 % erhöhen würde. Fazit: Die Arbeitgeber würden von der Neuregelung finanziell keinesfalls profitieren, sondern im Gegenteil mit zusätzlichem bürokratischem Aufwand belastet.
Der Volkswirtschaftsdirektor möchte dem Rat diese Tatsachen mit den Aussagen der Leiter der Ausgleichskassen der Kantone Zürich, Luzern und Schwyz illustrieren. Die entsprechenden Anfragen hat Karl Betschart gemacht, dem Rat aber die Antworten vorenthalten. Im Kanton Luzern hat man sich auch mit einer Motion befasst und sie schliesslich abgeschrieben mit der Begründung: «Insgesamt hätte die Einführung kaufkraftabhängiger Familienzulagen weitere administrative Belastungen für Arbeitgeber, insbesondere auch für KMU zur Folge, ohne dass damit entsprechende Einsparungen erwartet werden können. Dies widerspricht der administrativen Vereinfachung der Sozialversicherungen, wie sie gerade auch auf Bundesebene gefordert wird.» – Im Brief vom Kanton Zürich wird ausführlich illustriert, was der administrative Mehraufwand wäre. Walter Suter möchte das vorlesen, weil ja immer wieder bestritten wird, dass es ihn geben würde. Man schreibt, es gebe bei der Einführung einmalige Aufwendungen. «Die EDV-Programme, die Kinderzulagenverfügungen und die Anmeldeformulare mussten angepasst werden. Bis anhin spielte der Wohnsitz der Kinder für die Festsetzung der Kinderzulagen nur eine untergeordnete Rolle. Dementsprechend wurde der Wohnsitz bzw. Aufenthaltsort der Kinder im EDV-Datenstamm nicht aufgeführt. Bei bereits verfügten Ansprüchen mussten nachträglich von allen Leistungsbezügern Bescheinigungen über den Wohnsitz der Kinder einverlangt, die Kinderzulagenansprüche überprüft und allenfalls neu verfügt werden.» Zu den wiederkehrenden Aufwendungen heisst es: «Der Aufwand bei der Bearbeitung der Kinderzulagenanmeldungen hat zugenommen. Dies erklärt sich auf Grund der zusätzlich benötigten Unterlagen, welche teilweise fehlen und deshalb nachgefordert werden müssen. In diesem Zusammenhang sind auch öfters Rückfragen beim Arbeitgebenden, dem Antragstellenden oder beim Personalmeldeamt notwendig. Bei Verlängerungsgesuchen wird zudem jeweils der aktuelle Aufenthaltsort des Kindes überprüft.»– Der Kanton Schwyz hat diese Kaufkraftbereinigung auch eingeführt. Der Leiter der Ausgleichskasse schreibt: «Ich bin überzeugt, dass heute die kaufkraftabhängige Kinderzulagen im Kanton Schwyz nicht mehr eingeführt würden. Dies vor allem auch, da der Aufwand unverhältnismässig und die Einsparungen minimal sind. Zudem wurde diese Einschränkung mit der Einführung der bilateralen Verträge mit den EU-Staaten weitgehend wirkungslos. Bei einer weiteren EU-Erweiterung wird dies noch extremer ausfallen.»
Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Wir haben uns in der Volkswirtschaftsdirektion das Jahresziel gesetzt, bei Gesetzesvollzug den bürokratischen Aufwand für die KMUs nach Möglichkeit zu verringern. Wir haben in diesem Zusammenhang auch dem eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement einen Katalog von Vorschlägen eingereicht, wie der administrative Aufwand für die Betriebe und Unternehmungen ganz konkret reduziert werden könnte. Es wäre deshalb für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkswirtschaftsdirektion nur schwer verständlich und nicht gerade motivierend, wenn ausgerechnet Parteien, die den KMUs nahe stehen, uns verpflichten würden, eine Gesetzesänderung vorzulegen, welche eindeu-

tig eine Vergrösserung des administrativen Aufwands für die Arbeitgeber bewirken würde und ihnen gleichzeitig keinerlei finanzielle Vorteile brächte. Das eindeutig kontraproduktive Ergebnis wäre wirklich administrative Mehrbelastung der Wirtschaft statt finanzieller Entlastung. Der Volkswirtschaftsdirektor bittet den Rat deshalb dringend, die tatsächlichen Auswirkungen dieses Entscheids zu beachten und deshalb dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen und die Motion nicht erheblich zu erklären. Die Freunde der FDP werden es Ihnen danken.

Felix **Häcki** meint, es sei wieder einmal offensichtlich, dass die kantonalen Ausgleichskassen bei so einer Sache einen Riesenmehraufwand betreiben würden, weil sie öffentliche Kassen sind. Das scheint dem Votanten auch so zu sein. Dem stimmt er bei. Nur hat man vergessen, bei privatwirtschaftlich geführten Verbandskassen nachzufragen. Das hat Felix Häcki gemacht. Und dort wurde die Auskunft gegeben, es gebe einen vernachlässigbaren Mehraufwand. Es sei eine kleine Sache. Wir haben bei unserer Firma in sieben Kantonen Niederlassungen. Und wir verlangen überall Nachweise. Und die Verbandskassen verlangen das auch. Die bezahlen keine Kinderzulage, wenn sie keinen Nachweis erbringen. Aber bei den öffentlichen Kassen sieht es anders aus. Dasselbe gilt für die Berechtigten. Dass nicht viele Kinder bei den öffentlichen Kassen in den Genuss kommen, kann sich der Votant auch vorstellen. Aber wenn man in der Privatwirtschaft schaut, sieht das anders aus. Andrea Hodel hat ein kleines Beispiel erwähnt.

Beat **Villiger** möchte als Mitmotionär zwei kleine Bemerkungen machen. An Berty Zeiter. Er möchte bei dieser Motion nicht als Sparmonster abgestempelt werden. Es ist den Motionären wirklich darum gegangen, eine gerechtere Lösung zu bringen, und nicht in erster Linie ums Sparen. – Zu den Ausführungen des Volkswirtschaftsdirektors. Wenn Abklärungen und Vergleiche mit anderen Kantonen gemacht wurden, dann hätte Beat Villiger es lieber gehabt, wenn das in der Vorlage auch aufgeführt worden wäre. Und er ist nicht so sicher, ob andere Kantone das Selbe sagen würden.

➔ Der Rat beschliesst mit 37: 35 Stimmen, die Motion erheblich zu erklären.

474 INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND FAMILIENFREUNDLICHE BLOCKZEITEN

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1198.2 – 11497).

Margrit **Landtwing** weist darauf hin, dass der Regierungsrat mit den Interpellanten einig geht, wonach Blockzeiten aus familiären Gründen gerechtfertigt und regelmässige Tagesstrukturen in den Familien zu begünstigen sind, und die Schule hier einen Beitrag zu leisten hat. Erweiterte Blockzeiten können nicht nur eine geeignete Massnahme zu dieser Zielerreichung sein, sondern sie sind es. Dazu skizziert die Votantin zwei Szenarien mit gleicher Ausgangslage: Eine Familie mit drei Kindern: Das Ältes-

te besucht die dritte Klasse, das Zweitälteste die Erste und das Kleinste den Kindergarten.
Erstes Szenarium: Der Drittklässler hat um Viertel vor acht Schule, verlässt das Zuhause um 7.20 Uhr. Die Erstklässlerin muss erst um Viertel nach neun in der Schule sein, verlässt das Zuhause kurz vor neun. Zwischen den beiden muss die Kleinste um zehn nach acht von zu Hause weggehen, damit sie rechtzeitig im Kindergarten eintrifft. Auch zu verschiedenen Zeiten kehren die drei Kinder an diesem Morgen zurück: Das eine Kind beendet den Unterricht um elf Uhr, das Zweite um 11.15 Uhr und das Dritte um 11.45 Uhr. Dieses Szenarium entspricht der heute gängigen Praxis und der Gesetzesvorgabe, welche zwar eine Blockzeit von 150 Minuten vorschreibt. Diese darf aber auf der Unterstufe mehrfach angeschnitten werden. Es wäre sogar möglich, dass *ein* Kind bereits um zehn Uhr die Schule verlassen könnte.
Zweites Szenarium: Kurz nach acht Uhr verlassen alle drei Kinder das Zuhause und kehren um zwölf Uhr zurück. Dieses Szenarium wäre mit einer Erhöhung der Blockzeit um 50 Minuten und mit deren konsequenten Einhaltung möglich.
Die Interpellanten sind enttäuscht, dass hier bei einer landesweiten, in breiten Kreisen unbestrittenen Forderung der Regierungsrat nicht gewillt ist, Führung zu übernehmen, dass er sich kategorisch weigert, auch nur über dieses Thema zu diskutieren und mögliche Lösungsansätze zu erarbeiten, die für den ganzen Kanton Gültigkeit haben können. Im Bereich der Gemeinden ist der Kanton für die hauptsächlichsten schulpolitischen Entscheide, aber auch für die Unterrichtszeit zuständig. Im Schulgesetz, § 11, Abs. 3, sind gemäss den Richtlinien des Erziehungsrates Blockzeiten festzulegen. Für weitere Betreuungsangebote sind nach wie vor die Gemeinden zuständig. Eine einheitliche Blockzeit würde unserer Ansicht nach eher weniger Nachfrage zur Folge haben. Sie wäre aus Sicht der Interpellanten eine kostengünstige Betreuungsform und würde eine evtl. weitere Organisation in den Gemeinden vereinfachen. Die Argumentation der Regierung wirkt hier etwas fade. Margrit Landtwing ist gespannt, ob und wenn ja, dann mit welcher Würze, der Erziehungsdirektor diese nachher noch geschmackvoller machen kann.
Das Gleiche gilt für das Argument des Regierungsrats « Die ländlichen und die städtischen Bedürfnisse seien zu berücksichtigen». Und dies in unserm kleinen, überschaubaren Kanton, in welchem sich keine Gemeinde mehr im Dornröschenschlaf befindet. Die Bevölkerungsstruktur ist in etwa überall gleich und somit sind es auch die Bedürfnisse der jeweiligen Einwohner. Deshalb ist es schwer zu verstehen, warum gerade bei diesem Thema das Rad in jeder Gemeinde neu erfunden werden soll. Es sind gemeindeübergreifende Massnahmen sinnvoll und möglich. Föderalismus soll nicht zu einem „Föderalissimus" verkommen! Zudem hat unser Anliegen mit Aufgabenteilung nichts zu tun, es geht lediglich um einen Rahmen, um Vorgaben, die für alle gleich sind, die einen Umzug von Gemeinde zu Gemeinde erleichtern und die mit gutem Willen und wenig Aufwand umgesetzt werden könnten. – Unser Nachbar, der Kanton Schwyz ist uns da eine Nasenlänge voraus. Er hat Blockzeiten von 200 Minuten an den Vormittagen verbindlich festgelegt. Die Schulgemeinden können ihre Anfangs- und Schlusszeiten ihren Gegebenheiten entsprechend festlegen. Für die Umsetzung dieser Neuerung musste die Pflichtstundenzahl der Kinder leicht erhöht und auf der Unterstufe zusätzlich ein freier Nachmittag für die Kinder eingebaut werden. Dies macht weiterhin einen alternierenden Unterricht möglich und die Kinder haben genügend Erholungszeit.
Im Zuge der Erhöhung der Stundenzahl und der vorgesehenen Schulgesetz-Änderung, hätte ein Miteinbezug unseres Anliegens und eine vertiefte, ernsthafte Auseinandersetzung, welche dem ausgewiesenen Bedürfnis nach zeitgemässen Schulzeiten entgegen kommt, in Aussicht gestellt werden können. Schwyz hat

bewiesen, dass kreative Lösungen möglich sind. – Die CVP-Fraktion nimmt ohne Freude zur Kenntnis, dass die Regierung nicht gewillt ist, Änderungen in Bezug auf erweiterte Blockzeiten ins Auge zu fassen, und sie wird mit einer Motion ihrem Anliegen Nachdruck verschaffen.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** weist darauf hin, dass die Familie heute starkem und stetem Wandel ausgesetzt ist. Heute wird eine Vielzahl von Familienmodellen gelebt. Laut der Schweizerischen Arbeitskräfte-Erhebung gehen mehr als 65 % der Mütter und rund 95 % der Väter von Kindern unter 15 Jahren einer voll- oder teilzeitlichen Erwerbstätigkeit nach. Eine Publikation des Schweizerischen Arbeitgeberverbands hält fest, dass «der Anteil nicht betreuter Schulkinder zwischen 7 und 14 Jahren erschreckend hoch ist. 45 % der Kinder, also fast jedes zweite Kind, ist ausserhalb der Schulzeiten nicht betreut.» Es gilt, diesen Fakten ins Auge zu sehen und Lösungen zu suchen. Aus Sicht der Alternativen besteht Handlungsbedarf. Es ist an der Zeit, im Kanton Zug eine ganzheitliche Politik zur Stärkung und Förderung von Familien zu betreiben. Ein Ausbau der familienergänzenden Betreuung *und* die Anpassung der Schulstrukturen sind absolut notwendig. Unser Kanton braucht ein flächendeckendes Krippenplatz- und Tagesschulangebot. Tagesfamilien, Mittagstische und Spielgruppen müssen stärker gefördert werden. Selbst Bundesrat Pascal Couchepin forderte vor kurzem solche strukturellen Anpassungen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen.
Die Einführung von erweiterten Blockzeiten ist eine taugliche und kostengünstige Massnahme, diesem Ziel näher zu kommen. Vielen Familien würde mit erweiterten Blockzeiten geholfen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Viele Mütter und Väter, die teilzeit arbeiten, sind auf erweiterte Blockzeiten angewiesen, damit sie ihrer beruflichen Tätigkeit überhaupt nachgehen können. Die heutige Minimalbestimmung des Schulgesetzes lautet: Vormittags 2½ Stunden Blockzeit. Dass 2½ Stunden sicher *nicht* genügen, um einer Erwerbsarbeit nachzugehen, leuchtet wohl allen ein. Darum könnte das in Baar angelaufene neue Schulzeitmodell mit den erweiterten Blockzeiten der Pilotversuch für eine kantonale Lösung sein.
Die Frauenzentrale hat eine Aufstellung gemacht, in der alle familien- und schulergänzenden Angebote innerhalb einer Gemeinde erfasst wurden. Wer diese Unterlagen studiert, stellt grosse Unterschiede zwischen den Gemeinden fest, unter anderem auch beim Thema Blockzeiten. Unterägeri und Cham haben die kürzesten Blockzeiten: 2 Stunden 30 Minuten (also das gesetzliche Minimum). Nur gerade fünf Minuten länger sind die Blockzeiten in Neuheim, Hünenberg, Risch, Steinhausen und Zug/Oberwil. In Oberägeri und Walchwil betragen die Blockzeiten 2 Stunden 45 Minuten, in Menzingen 3 Stunden. Am vorbildlichsten ist die Gemeinde Baar. Dort beginnen die Blockzeiten bereits um 7.30 Uhr und dauern bis zum Mittag. Baar bietet zusätzlich Betreuungsangebote für Kinder an vier Nachmittagen pro Woche an. Was bedeuten diese Unterschiede unter den Gemeinden im Kanton Zug nun konkret? Ganz einfach: Ein Umzug von wenigen Metern oder Kilometern – über eine Gemeindegrenze hinweg – kann eine Familie im positiven Fall stark entlasten, im negativen Fall stark belasten. Ein gutes familien- und schulergänzendes Kinderbetreuungsangebot ist längst ein wichtiges Kriterium für die Standortattraktivität einer Gemeinde. In einigen Zuger Gemeinden besteht Nachholbedarf. Baar ist bereits heute eine Vorzeigegemeinde in Sachen erweiterte Blockzeiten; es ist zu hoffen, dass andere Gemeinden dem guten Beispiel folgen.
Die AF bedauert das Nein der Regierung zu einheitlichen Blockzeiten. Die Begründung der Regierung, es sei Sache der Gemeinden, ist nicht nachvollziehbar. Die

Bedürfnisse der Eltern sind nämlich in allen Gemeinden mehr oder weniger dieselben. Die Elternumfragen in Baar und Zug (die der Antwort der Regierung zu entnehmen sind) zeigen deutlich: Die Mehrheit der Eltern wünscht sich einheitliche Unterrichts- und Betreuungszeiten für alle Kindergarten- und Schulkinder in Form von erweiterten Blockzeiten oder Tagesschulen. Eine Umfrage in Unterägeri aus dem Jahre 2002 kam zum selben Resultat. Zu einer guten, modernen Schule gehören heute erweiterte Blockzeiten, dies sowohl aus volkswirtschaftlicher als auch aus sozialpolitischer Sicht. Uns fehlt in der Interpellationsantwort eine inhaltliche Diskussion über den realen Bedarf, den Nutzen, die Erarbeitung und Umsetzung von Blockzeiten im Kanton. Aus Sicht der AF muss die *Regierung* in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Vorgaben für ein kantonal verbindliches und einheitliches Blockzeiten-Modell erarbeiten und durchsetzen. Nur so kann die Chancengleichheit aller Kinder im Kanton Zug gewährleistet werden. Der Kantönligeist im Bildungswesen ist störend genug; es sollte möglich sein, für unsere elf Gemeinden eine einheitliche Lösung zu finden.

Markus **Jans** hält fest, dass er sich nach der Ankündigung der CVP-Fraktion, wonach sie mit einer Motion nachstösst, etwas kürzer halten kann. – Die Antwort des Regierungsrats hat ihn etwas überrascht. Die Bedürfnisse von erwerbskompatiblen Schulzeiten und Betreuungsangeboten sind für Familien, die darauf angewiesen sind, in allen Gemeinden gleich. Nur die Anzahl Personen wird sich je nach Gemeinde unterscheiden. Mit der Beantwortung der Motion verabschiedet sich der Regierungsrat von der strategischen Aufgabe und überlässt alle Fragen der Schulzeitregelung den Gemeinden. Damit wird es im Kanton Zug elf verschiedene Schulzeitmodelle geben, und gerade einen solchen Zustand wünscht sich der Votant nicht. Die lokalen Unterschiede im kleinen Kantonsgebiet können so gross nun auch wieder nicht sein, dass jede Gemeinde ihre eigene Schulzeit kreieren muss. Es macht doch durchaus Sinn, dass Eltern, die auf familienergänzende Blockzeiten angewiesen sind, in allen Gemeinden die gleichen Chancen erhalten. Die Argumentation gegen einheitliche Blockzeiten verbindet der Regierungsrat mit der Stärkung der Gemeindeautonomie und dem ZFA. Beides ist fraglich und hält einer genauen Überprüfung nicht stand. Die gemeindlichen Strukturen werden dank dem ZFA ernsthaft zu hinterfragen sein. Können wir uns tatsächlich elf Schulmodelle leisten, elf Gemeindeverwaltungen, elf Feuerwehren usw.? Gerade die Zusammenlegung des Zivilschutzes und der Zivilstandkreise zeigen doch, dass der Trend zu grösseren Einheiten sinnvoll ist, ja sogar notwendig. Die Schule ist davon nicht ausgeschlossen. Familienfreundliche Schulzeitenmodelle und schulergänzende Betreuungseinrichtungen kennen keine künstlichen Grenzen, wie dies die Gemeindegrenzen darstellen. Familien wechseln den Wohnort und sollten sich darauf verlassen können, dass sie in der neuen Gemeinde vom gleichen Angebot profitieren können. Die Gestaltung der Schule ist eine klassische Verbundsaufgabe. Auch wenn der Regierungsrat sich davon verabschieden würde, hat er auch zukünftig die Pflicht, kantonale Regelungen im Schulbereich zu erlassen. Wir brauchen keine elf gemeindliche Regelungen betreffend Ausgestaltung von Schulzeiten und familienfreundlichen Betreuungsmöglichkeiten *Eine* genügt Markus Jans völlig, und das auch der SP-Fraktion. Wir sind darauf angewiesen, dass der Regierungsrat seine strategische Aufgabe auch in Zukunft wahrnimmt. Bei der Beantwortung der Interpellation tut er dies deutlich zu wenig.

Thomas **Lötscher** möchte zuerst seine Interessenbindung darlegen: Als Vater einer «klassischen» Einverdienerfamilie war er im Mai 2003 Initiant einer gemeindlichen Interpellation der FDP Neuheim zur Einführung von Blockzeiten. – Die FDP-Fraktion unterstützt das Anliegen der familienfreundlichen Blockzeiten. Wir danken deshalb der CVP für die Einreichung dieser Interpellation. Ebenfalls danken wir der Regierung für die umfassende Beantwortung. Auf den ersten Blick scheint es zwar, als drücke sich die Regierung um die Arbeit, indem sie die Umsetzung der einzelnen Anliegen jeweils den Gemeinden zuweist. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden macht dies allerdings Sinn, ohne dass hier den ZFA-Diskussionen vorgegriffen werden soll. Wichtig ist aber, dass endlich Bewegung in das Thema «Erweiterte Blockzeiten» kommt, dass den Gemeinden klare Kompetenzen zugewiesen werden. Das war bislang nicht der Fall und hinderte einzelne Gemeinden, Lösungen für ihre spezifischen Bedürfnisse zu finden. Aufgrund dieser Interpellationsbeantwortung sind die Voraussetzungen geschaffen, dass alle Gemeinden autonom ihrer Grösse, Finanzkraft und vor allem ihrem Bedarf angepasste Modelle entwickeln und umsetzen können. Sie tragen damit den Bedürfnissen von Familien, Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung. Es ist zu hoffen, dass die Gemeinden diese Gelegenheit packen.

Vreni **Wicky** fragt den Rat, wer am Sonntagmorgen noch die Frühmesse bei den Kapuzinern besuche. 80 Kantonsrätinnen und Kantonsräte – und die Votantin wagt zu behaupten, dass keine und keiner von ihnen am letzten Sonntag um 6 Uhr früh seine Knie auf das harte Holz der Eichenbänke drückte. Erstens gibt es die Kapuziner leider nicht mehr in Zug und zweitens haben sich die Zeiten wirklich geändert. Nur die Schulzeiten sind geblieben. Einheitliche Unterrichtszeiten – sprich Blockzeiten – an den Schulen sind der dringende Wunsch vieler Eltern. Bis sie in allen Kantonen eingeführt sind, wird es aber noch Jahre dauern. Dies leider auch im Kanton Zug. Was ist mit dem innovativen, zukunftsgerichteten Kanton los? Sind wir daran, die Frühmesse zu verschlafen? Immerhin haben schon fünf Kantone die Blockzeiten eingeführt. Basel-Stadt, Genf, Waadt, Tessin und Schwyz. Schulzeiten sind auch in unserem Kanton bis heute im Schulgesetz geregelt. In der Interpellationsantwort zeigt uns die Regierung auf, wie die Schulzeiten in den umliegenden Kantonen geregelt sind. Schade, dass sie sich nicht an den fortschrittlichen und zukunftsgerichteten Schulgesetzen orientiert. Bei einer Umfrage in allen Kantonen der Schweiz im Tages-Anzeiger vom 6. August sind es einzig die Regierungen der Kantone Zug und Neuenburg, welche zu den Blockzeiten keine Angaben machen können. Verstecken wir uns heute schon hinter der Aufgabenreform? Es darf nicht sein, dass der ZFA zum Verhinderer und Entschuldiger jeglicher Innovation und jeglichen Mutes herangezogen wird. Es braucht nämlich noch manche politische Debatte zum Thema und die Votantin wagt zu behaupten, dass gerade die vorgeschlagene Aufgabenteilung in der Bildung sehr wenige Chancen hat. Wenn der Regierungsrat nichts verordnen will, warum streicht er dann die Schulzeiten nicht einfach aus dem Schulgesetz? Oder gestaltet sie mindestens flexibel? Heute müssen wir immer noch Schulversuche beantragen. Müssen wir die angekündigte Gesetzesänderung «Gute Schule» abwarten? Und wann kommt diese, vor oder nach der Aufgabenteilung?

Der **Vorsitzende** berichtigt die Votantin, dass es noch immer einen Kapuzinerpater in Zug gibt.

Bildungsdirektor Matthias **Michel**: Wenn man die zum Teil deutliche Kritik an unserer Antwort hört, könnte man den Eindruck haben, der Regierungsrat sei gegen familienfreundliche Schulzeitenregelungen. Das dem nicht so ist, haben wir zum Ausdruck gebracht. Es geht uns nur darum, auf welchem Weg man dieses Ziel erreicht. Und dass wir nicht gegen familienfreundliche Regelungen sind, können Sie schon dem Umstand entnehmen, dass unsere Exekutive bekanntlich zur kinderreichsten im ganzen Lande gehört.
Auf welchem Weg erreichen wir eine solche Regelung? Es erstaunt den Votanten doch ein wenig, wenn er nun die Kritik hört. Unsere Haltung ist kohärent zur Haltung von Regierungs- und Kantonsrat. Weshalb? Matthias Michel muss dazu nicht das Archiv zu bemühen, sondern bloss das Gedächtnis des Rats, das er noch nicht als archiviert betrachtet. Vor 2½ Jahren nahm der Regierungsrat im Rahmen der Behandlung der Motion Lustenberger/Stadelmann/Töndury/Baggenstos betreffend familienfreundliches Zuger Modell genau die selbe Position ein wie heute, nämlich den gemeindlichen Gestaltungsspielraum nicht von oben her einzuengen. Niemand, auch die Motionärinnen nicht, haben damals gegen diese Haltung opponiert. Im Gegenteil, der Regierungsrat beantragte damals bezüglich verschiedener Punkte – auch der Verlängerung der Blockzeiten – die Nichterheblicherklärung der Motion, und dies mit ausdrücklicher Zustimmung der Motionärinnen. Zu Margrit Landtwing: Die Suppe ist heute genau gleich gewürzt wie vor zwei Jahren.
Inzwischen ist offenbar ein Meinungsumschwung eingetreten– nicht bei uns, aber bei einigen Kantonsrätinnen und -räten. Das ist an und für sich legitim. Aber dann sollte man vielleicht etwas zurückhaltender sein mit der Kritik an der Regierung. Wir tun nichts anderes, als die damalige Nichterheblicherklärung der Motion ernst zu nehmen. Zu diesem Meinungsumschwung zwei Punkte. Wenn heute vom Kanton mehr verlangt wird als noch vor zwei Jahren, verbindlichere, strengere Regelungen an die Gemeinden, sollte man die Folgen bedenken. Es ist logisch, dass verlängerter Unterricht und Betreuungszeiten an der Schule auch mehr kosten. Wenn die Kinder länger an der Schule bleiben, sind auch die Lehrpersonen zu verstärkter Präsenz verpflichtet. Alle Modelle in der ganzen Schweiz kosten von daher mehr. Wenn etwa der Kanton Schwyz in Folge Erhöhung der Blockzeit um 50 Minuten total vier Unterrichtseinheiten pro Woche mehr anbieten muss – in der ersten und dritten Klasse – würde das umgelegt auf unseren Kanton rund eine Million Franken mehr kosten. Und auch an den Beispielen, die wir erläutert haben – Baar und Zug: Beide Modelle haben Kosten in sechsstelliger Höhe zur Folge. Die Frage ist einzig, ob sich diese Mehrkosten denn kompensieren lassen. Aber es gibt Kosten. Und hier steht überall, wo diese Diskussion geführt wird, der alternierende Unterricht in Frage. Das wird ja von der CVP in der Interpellation auch angeschnitten. Es erstaunt den Bildungsdirektor, dass das Alternieren, der Halbklassenunterricht, gerade in jenen Kreisen vehement verteidigt wird, die heute Blockzeiten fordern. Mit Kompensieren wird dann nicht mehr viel sein. Und es ist ja voraussehbar: Wenn dann die Motion kommt, wird es heissen: Aber bitte kostenneutral! Und dann kommt dann die Stunde der Wahrheit. Das Alternieren müsste abgeschafft werden, um die Kostenneutralität zu erreichen. Das hätte Auswirkungen auf Pensen der Lehrpersonen der ersten, zweiten und dritten Primarklasse. Der Votant fragt dann diejenigen Parteien, die den Gewerkschaften nahe stehen, ob diese Pensenreduktionen in Kauf genommen werden. Oder sind es dann diese Lehrpersonen, die Kinder nicht unterrichten, sondern über Mittag betreuen? Und irgendwann ist es auch fertig mit Kosten Kompensieren. Wir tun das zum Teil schon mit der Einführung des Englischunterrichts, der ja von allen Seiten gefordert wird. Sind Sie vor dem Hintergrund der heutigen finanzpolitischen Rahmenbedingun-

gen bereit, Mehrkosten in Kauf zu nehmen, bzw. dass der Kanton die Gemeinden zu solchen Mehrkosten zwingt?
Es erstaunt, dass in den letzten zwei Jahren nun der Wunsch gekommen ist nach verstärktem kantonalem Druck. Gerade in dieser Zeit sind nämlich in den Gemeinden Modelle entstanden und in Erprobung. Matthias Michel meinte früher in seinen politischen Jugendzeiten auch noch, verstärkter Druck von oben bewirke dann Besseres oder Schnelleres. Er hat inzwischen gelernt, dass Entwicklungen oft schneller, wirksamer und mit mehr Identifikation geschehen, wenn man sie nicht von oben verordnet, sondern Raum dazu bietet. Also Innovation im Freiraum und nicht mit Motionen gestützt auf Druck von oben. Und was kann uns nun Besseres passieren, als dass einige Gemeinden verschiedene Modelle ausprobieren, Erfahrungen machen, sich austauschen. Zusätzliche kantonale Vorschriften würden vor allem diametral den Forderungen der Gemeinden im Hinblick auf den ZFA widersprechen. Mehr Eigenverantwortung wird hier und andernorts verlangt.
Noch etwas zum Punkt Schulversuch. Heute haben wir die gesetzlichen Schranken. Wir haben schon überall gesagt, dass diese bei der nächsten Schulgesetzrevision fallen werden; dass man z.B. den Unterricht auf neun Halbtage verteilen muss und nicht auf fünf. Das war bisher noch nie ein Hindernis für eine Gemeinde. Jedes Gesuch wurde bisher bewilligt. Die Gemeinden haben sogar noch den Vorteil, dass der Kanton sich dann jeweils an den Evaluationskosten beteiligt, wenn man das unter dem Titel «Schulversuch» erprobt.
Die CVP hat sich in der Presse beschwert, dass die Antwort zu knapp, zu wenig inhaltlich sei. Der Bildungsdirektor erinnert daran, dass der Kantonsrat uns noch vor nicht allzu langer Zeit mit der Stimme der Stawiko aufgefordert hat, unsere Interpellationsbeantwortungen müssten sich vermehrt auf Kernaufgaben und politische Aussagen beschränken, statt sich in langen technischen Details (oder hier Blockzeiten-Modellen) zu ergehen. Wir haben immerhin zwei Beispiele illustriert und im Übrigen eine klare staatspolitische Haltung eingenommen, die Sie mindestens vor zwei Jahren auch noch geteilt haben. – Matthias Michel bittet den Rat, sich auf der für uns richtigen, der gemeindlichen Ebene zu engagieren, damit das gemeinsame Ziel der erweiterten Blockzeiten Realität wird.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

475 DANK FÜR DAS GASTRECHT BEI DER ZUGER POLIZEI

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Rat heute zum letzten Mal in diesem Saal tagt. Das gibt ihm Gelegenheit, einige Worte an den Hausherrn des Saals zu richten. – Sehr geehrter Herr Polizeikommandant Karl Walker. Sehr geehrte Angehörige des Zuger Polizeikorps. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat. Gastfreundschaft zu erfahren in einer Zeit, in der wir alle erfüllt waren von Trauer und Schrecken, da der Zuger Kantonsrat von einer Stunde zur anderen heimatlos geworden war, bedeutete uns mehr, als nur Unterkunft zu erhalten. Es war vielmehr ein Akt der Solidarität und Anteilnahme, ein unbürokratisches Angebot, dem hart getroffenen Kantonsrat Hilfe und Schutz zuzusichern. Für das sehr geschätzte Gastrecht in diesem Saal des Polizeigebäudes während drei Jahren bedankt sich der Kantonsratspräsident im Namen des Regierungsrats und aller Kolleginnen und Kollegen des Kantonsrats aufs Herzlichste. Ganz speziell danken möchte er auch den beiden Saaltechnikern Peter

Wagenbach und Franz Waller, die uns während den ganzen drei Jahren eine perfekte Infrastruktur für den Ratsbetrieb bereitgestellt haben. In diesen Dank einschliessen möchte er auch den ständigen Begleiter Dani Merz, der uns von der ersten Stunde weg stets diskret begleitet hat – dies stellvertretend für alle Polizeiangehörigen in dieser Zeit. Wir verlassen diesen Ort der Zuflucht mit guten Gedanken an eine ganz besondere Zeit, die uns nach den furchtbaren Erlebnissen des 27. Septembers 2001 neu zusammengeschweisst hat, und in der wir sicher und in freundschaftlicher Umgebung tagen konnten. Peter Rust ist sicher, sehr geehrter Herr Polizeikommandant, dass Sie auch das Nachhausekommen in unser Zuger Regierungsgebäude mit ihrem vollumfänglichen Schutz erleichtern werden. Dafür dankt der Votant Ihnen zum Voraus bestens. Das von ihm angebrachte Kreuz wird er mitnehmen, um Ihnen den Saal wie angetreten abzugeben. Herzlichen Dank für alles. (Applaus des Rats – die namentlich Genannten erhalten ein symbolisches Geschenk.)

Polizeikommandant Karl **Walker:** Lieber Peter, ich möchte dir ganz herzlich danken für deine anerkennenden Worte für die Zuger Polizei. Vor drei Jahren und drei Tagen war auch für uns ein ganz besonderer Moment in einer schwierigen Zeit. Wir haben Euch sehr gern beigestanden und selbstverständlich diese Zuflucht zur Verfügung gestellt – es ist ja letztlich auch Euer Gebäude. Ich schätze es sehr, dass Sie heute diese Leistung anerkennen und ich gebe den Dank meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich weiter. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Rückkehr in Ihr Gebäude. Für diejenigen, für die diese Rückkehr auch mit einer besonderen Belastung verbunden ist, wünsche ich, dass die Sicherheit, die wir dort leisten, vielleicht dazu beiträgt, dass man sich auch dort rasch wieder wohl fühlen kann. Das wünschen ich Ihnen allen, damit Sie für den Kanton Zug und seine Bevölkerung gute Entscheide fällen können. Herzlichen Dank. (Applaus des Rats)

476 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 28. Oktober 2004

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

35. SITZUNG: DONNERSTAG, 28. OKTOBER 2004

8.30 – 12.05 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

477 EINWEIHUNG DES RESTAURIERTEN KANTONSRATSSAALS

Kantonsratspräsident Peter **Rust** eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten:
Ich begrüsse Sie herzlich an diesem historischen 28. Oktober 2004 im prachtvoll renovierten Kantonsratssaal in unserem ehrwürdigen Zuger Regierungsgebäude. Sicher sind Sie alle, wie auch ich, heute Morgen mit einem Kampf der Gefühle zur heutigen Kantonsratssitzung gekommen. Vorerst erfüllt mich eine tiefe Dankbarkeit, weil diese Rückkehr in den geschichtsträchtigen, vertrauten Saal nicht selbstverständlich ist. Wer hätte sich vor drei Jahren – gezeichnet von Schrecken, Trauer und Verwüstung – vorstellen können, je wieder diesen Raum zu betreten, darin zu arbeiten, geschweige denn darin sich je wieder freuen zu können?
Hinter uns liegt die unglaublich schwierige Zeit des Verarbeitens der schrecklichen Ereignisse. Doch trotz dieser enormen Belastung mussten wir die Zukunft um den weiteren Tagungsort des Parlaments in Angriff nehmen. Viele Kolleginnen und Kollegen konnten sich nichts anderes vorstellen, als in diesen unseren historischen Kantonsratssaal zurück zu kehren, und doch kamen immer wieder Zweifel auf, ob wir die furchtbare Last der Erinnerungen in diesem Raum miteinander aushalten können. Viele Bedenken und Probleme mussten überwunden werden, bis der Entschluss zur Rückkehr reif war.
Als Herr Pfarrer Sacchi an der ergreifenden Gedenkfeier vom 27. September in St. Oswald uns eindringlich aufgefordert, ja gebeten hat, ja zu sagen zum Leben, zum Weiterleben auch angesichts des Todes und der Trauer, ja zu sagen zum Schmerz und zum Aufstehen, da waren alle Zweifel von mir gewichen und ich wusste, dass mit der Rückkehr in unseren Kantonsratssaal ein grosses Ja gesprochen wurde. Zum ja Sagen braucht es Mut, denn nicht immer wissen wir zum voraus genau, was dieses Ja denn auch wirklich bedeutet, was damit auf uns zukommen wird. Ich bin jedoch sehr zuversichtlich, dass wir zusammen die Kraft aufbringen werden, Trauer, Erinnerungen, Gedenken an unsere Kolleginnen und Kollegen, die

hier ihr Leben lassen mussten, Gedanken auch an unsere körperlich und seelisch verletzten Kolleginnen und Kollegen, Verständnis für all diejenigen, die Mühe haben, sich an diesem Ort der tiefsten Gefühle wieder zurecht zu finden, dass wir zusammen diese Kraft aufbringen werden, Freud und Leid miteinander zu verbinden. Das bedeutet auch freudiges, engagiertes Politisieren im neuen Kantonsratssaal und nachdenkliches Innehalten an der Gedenkstätte im Vorhof nebeneinander zu ertragen. Unsere mutige Rückkehr an den Ort des schrecklichen Geschehens soll aber auch weit in die Welt hinein leuchten als Zeichen dafür, dass wir nicht resignieren vor Gewalt und Terror und ebenso soll es ein symbolisches Zeichen sein für die Angehörigen der Opfer, dass wir solidarisch mit ihnen den Weg in die Zukunft weiter gehen wollen.

Dankbar blicke ich zurück auf die vergangenen drei Jahre, in denen wir nebst vielen anderen Solidaritätszeichen behütetes Gastrecht bei der Zuger Polizei in Anspruch nehmen durften. Sehr herzlich bedanken wir uns für dieses unbürokratische Entgegenkommen und wir bedanken uns auch herzlich, dass wir den Schutz der Zuger Polizei ins Regierungsgebäude mitnehmen dürfen. Dieses Sicherheitsgefühl ist für unsere Tagungen unentbehrlich.

Das Gelingen der höchst anspruchsvollen Renovation dieses Saales lag in vielen Händen. Und diesmal gilt nicht «viele Köche verderben den Brei», nein im Gegenteil, es ist ein Werk zustande gekommen, das Erstaunen und Freude auslöst und auch – sehr wichtig für den Finanzminister – viele Jahre überdauern wird. Herzlichen Dank und Gratulation unserem Kantonsbaumeister Herbert Staub mit seinen Mitarbeitern vom Hochbauamt, Alfons Eder und Erich Müller, den Bauart-Architekten Peter Jakob und Patrick Remund, den ausführenden Architekten Rolf Trinkler und Thomas Kissling vom Architekturbüro Zünti und Partner, sowie allen beteiligten Bauleuten, die sich mit aller Kraft und grossem Können und Wissen dieser heiklen Aufgabe gewidmet haben. Kaum jemand hätte es für möglich gehalten, den Kantonsratssaal je wieder in dieser Pracht bewundern zu können. In meinen herzlichsten Dank einschliessen möchte ich am heutigen Tag die Begleitgruppe «Attentat», Landschreiber Tino Jorio und seine Gemahlin Ruth Jorio sowie Standesweibel Paul Langenegger. In den schwersten Stunden der Geschehnisse und nebst ihrer persönlichen Trauerarbeit leisteten sie wertvolle Begleitdienste in allen Belangen. Auch heute noch wenden sie ihre ganze Kraft dafür auf, überall dort beizustehen, wo der Weg nicht mehr weiter zu gehen scheint. Möge Ihnen die Zukunft durch viele freudige Erfolge etwas von ihrem Geben zurück bringen.

Dank und Gruss entbiete ich den alt Kantonsratspräsidenten. Ihre Anwesenheit und Anteilnahme ehrt und freut uns. Einmal mehr bestätigt es mir: In der Ausübung des Präsidenten-Amts entwickelt man so etwas wie ein Vater-Kind-Verhältnis. Freud und Leid des Parlaments werden einem nie mehr gleichgültig sein. Meinen ganz speziell herzlichen Dank spreche ich unserem Landschreiber Dr. Tino Jorio aus. Mit enormem zeitlichem und fachmännischem Aufwand hat er nebst seinem üblichen grossen Arbeitspensum nicht nur alle Aufgaben rund um die Saalrenovation, sondern auch unsere heutige Rückkehr vorbereitet, begleitet und koordiniert. Aussenstehende können kaum ermessen, was dies zusätzlich zu seinem Amt bedeutet. Er jedoch meisterte auch diese Herausforderung wie gewohnt souverän, korrekt und exakt. In meinen herzlichen Dank einschliessen möchte ich an diesem Tag auch unser Standesweibel Paul Langenegger. Er hat uns im Exil seine wertvollen Begleitdienste zur Verfügung gestellt und ich bin sicher, dass er uns auch im neuen Kantonsratssaal als Hausmeister die Wünsche von den Augen abliest und das Unmögliche möglich macht.

An diesem für unser Parlament so bedeutungsvollen Tag möchte ich meinem grossen Wunsche Ausdruck geben, einander in diesem Saal mit Würde und Respekt zu begegnen, sowie auch fair und sachlich aus dem Ratsgeschehen zu berichten. Nie im Leben werden wir das jähe, schmerzvolle Verlassen des Kantonsratssaals vergessen, nie im Leben wollen wir aber auch die mutige Rückkehr an diesem heutigen 28. Oktober 2004 vergessen. Ich bitte Sie um eine Gedenkminute an die Vergangenheit und an die Zukunft unseres Parlaments.

(Der Rat erhebt sich zu einer Schweigeminute. Es folgt eine musikalische Einlage, gespielt von der Violinistin Esther Hoppe.)

Pfarrer Andreas **Haas** liest Psalm 8 in der Mundartübersetzung von Josua Boesch:
Wie gross bisch Du, Gott, wie herrlich und nööch! Und miir uf der erde töörffed Diich käne. Äin gwaltige gsang töönt wiit über d himel und wiit über d erde. Und Dini macht läbt doch vo de chind und allne, wo siich nöd chöned weere. Soo mue sich schäme, wer nüüt nach Dir frööget, wer sich wott setzen an Dini stell. Lueg ich in himel – äis kunschtwerk isch daas: de moond und d Sterne und d wältrüüm – waas isch scho en mäntsch, dass Du anen tänksch und soorgisch für inn. Nu wenig feelt em zum göttlich sii. E chroone und würde häsch em Du ggee, won er sich nie het la tröime. Du häsch en zum mäischter gmacht über ales, ales häsch em Du aavertrout: Rinder und schaaff, und d tier uf em fäld, und d vögel am himel und d fisch au im meer, und s wasser und s füür, und d erden und d luft, siinere hand isch alls aavertrout. Wie grooss bisch Du, Gott, wie herrlich und nööch, mir töörffed Diich käne und über d erde begleite.

Pfarrer Alfredo **Sacchi** wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden:
Wir haben Ihnen als Vertreter der reformierten und katholischen Kirche einige Psalmverse mitgebracht. Sie bringen den Menschen zur Sprache, den Menschen in seinem Verhältnis zu Gott und zur Mitwelt. Wenn wir auf die Psalmverse hören, ist sofort eine Spannung auszumachen: wie klein ist doch der Mensch, wie gering, wie unbedeutend der einzelne – und auf der anderen Seite wie gross, wie wunderbar, wie herrlich, wie mächtig! Diese Spannung in ein Gleichgewicht zu bringen, ein gesundes Selbstwertgefühl zu entwickeln, ohne sich zu überschätzen, eigene Interessen zu vertreten und sie abzugleichen mit den Interessen anderer und der ganzen Lebensgemeinschaft – das ist die Aufgabe jedes einzelnen Menschen und eine Aufgabe von Gemeinschaften. Wie labil dieses Gleichgewicht ist, das müssen wir immer wieder schmerzlich erfahren. Wir haben erlebt, wie es zur Katastrophe führen kann, wenn es kippt. Der Psalmist legt nun in diese Spannung zwischen der Grösse und der Unbedeutsamkeit ein ganz wesentliches Element. Er singt: Gott denkt an den Menschen, sorgt sich, erhebt ihn, gibt ihm Verantwortung und Freiheit. Indem er Gott ins Spiel bringt, bringt er die Liebe mit ins Spiel!
Genau das sehen auch wir heute als unsere Aufgabe an: Gott und die Liebe ins Spiel zu bringen. Sie haben ein mächtiges und eindrucksvolles Kreuz hier vorne im Saal: Eine Darstellung der Liebestat Gottes, die er in Jesus von Nazaret gewirkt hat. Es möge alle hier erinnern, dass Gott sich um jeden von uns sorgt, uns erhebt, uns Freiheit und Verantwortung gibt und uns ermutigt und auch verpflichtet, uns selbst und die Mitmenschen zu lieben. Ich hoffe dass dies über verschiedene politische Standpunkte, über verschiedene Lösungsansätze bei den Sachgeschäften, über Par-

tei- und Eigeninteressen immer wieder möglich wird in ihrer täglichen Arbeit. Ich hoffe, dass sie sich als Menschenfreunde zeigen und erleben können. Dies wird die Qualität ihrer grossen Arbeit steigern, vielleicht wird es noch etwas mehr Mühe und Anstrengung kosten, aber das Klima hier im Saal wird sich unabhängig von Klimaanlage noch verbessern (und die wunderschön beleuchtete Decke wird sich vielleicht sogar als Himmelsgewölbe zeigen). Ich wünsche Ihnen allen persönlich und in ihrem gemeinschaftlichen Einsatz den Geist des menschfreundlichen Gottes.

Pfarrer Andreas **Haas** bittet die Anwesenden, aufzustehen, und er spricht folgendes Segensgebet:
Alle, die in diesem Saal debattieren, erfülle Gott mit Klugheit, Witz und Liebe
Alle, die in diesem Saal streiten, erfülle Gott mit Kraft und mit Achtung gegenüber dem Andern.
Alle, die in diesem Saal nach Lösungen ringen, erfülle Gott mit Ausdauer und einem offenen Herzen.
Mögen die Entscheide, welche hier gefällt werden, getragen sein von der Liebe zu den Menschen und zur Umwelt,
mögen diese Entscheide den Kleinen und Schwachen zeigen, dass sie für andere Menschen von Bedeutung sind.
Der menschenfreundliche Gott begleite alle, die hier wirken, mit seinem Segen, damit alles, was hier geschieht, zum Segen werden kann.

Pfarrer Alfredo **Sacchi**: So segne der menschenfreundliche Gott uns und diesen Raum, Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes, Amen.

Pfarrer Andreas **Haas** und Pfarrer Alfredo **Sacchi** sprechen abwechslungsweise folgende Fürbitten:
Du, Quelle des Lebens, Du hast uns zugesagt, zu uns zu schauen, Du hast uns Kraft gegeben, Liebe weiter zu geben. Im Vertrauen darauf, dass Du uns begleitest und in der Absicht, Deine Liebe erfahrbar zu machen, bringen wir unsere Fürbitten vor Dich. Wir bitten Dich für alle Opfer der Bluttat im alten Kantonsratssaal. Begleite Du sie mit Deiner liebenden Gegenwart und schenke ihnen Menschen, die an sie denken und für sie da sind. Wir bitten Dich für alle, die im Hintergrund für die hier beratenden Parlamente arbeiten. Stärke Du sie mit Deiner Kraft und schenke ihnen Menschen, die sie spüren lassen, wie wichtig sie sind. Wir bitten Dich für alle hier tagenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Erfülle Du sie mit Deiner Liebe und der Liebe zu den Menschen und zur Umwelt; schenke ihnen Menschen, die ihnen Liebe schenken. Wir bitten Dich für alle, die hier streiten. Erfülle Du sie mit Deinem Feuer und lass sie die Achtung für einander nie verlieren. Gott, wir danken Dir, dass Du mit uns gehst. Amen

(Musikalische Einlage durch Esther Hoppe)

Peter **Rust**: Sehr geehrter Herr Pfarrer Sacchi, sehr geehrter Herr Pfarrer Haas, in Freud und Leid dürfen wir immer wieder auf Ihre Verbundenheit mit dem Zuger Parlament zählen. Ihre Begleitung in dieser denkwürdigen Stunde hier im neuen Kan-

tonsratssaal freut und ehrt uns ganz besonders. Und ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Gedanken der Besinnung, die treffende Umschreibung unserer Aufgabe im Staat, für Ihre Gebete und die guten Wünsche. Sehr geehrte Frau Hoppe. Frau Hoppe ist eine begnadete Violinvirtuosin, die dieser Stunde in unserem neuen Saal mit den Werken von Johann Sebastian Bach einen würdigen und festlichen Rahmen verliehen hat. Ich danke Ihnen im Namen des Zuger Parlaments für Ihre geschätzten musikalischen Darbietungen sehr herzlich.

(Musikalischer Abschluss der Einweihungsfeier durch Esther Hoppe)

478 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Mitgliedern.

Abwesend sind: Leo Granziol, Zug; Malaika Hug, Baar.

479 TRAKTANDENLISTE

Einweihung

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30. September 2004.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellung:

3.1. Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1266.1/.2 – 11561/62).

4. Änderung des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Kleine Revision). 2. Lesung (Nr. 1233.4 – 11541).
5. Begnadigungsgesuch von W.W.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1254.1 – 11531) und der Justizprüfungskommission (Nr. 1254.2 – 11563).
6. Vollzug des Strassenbauprogramms 2004-2011, Kreditbegehren PR 21, Objektkredit für das Generelle Projekt des neuen Anschlusses der Berggemeinden an die Talebene mit Verbindung zur Nationalstrasse A 40 – Tangente Neufeld.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1247.1 – 11514), der Strassenbaukommission (Nr. 1247.2 – 11546) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1247.3 – 11552).
7. Änderung des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Teilrevision von § 55 betreffend Unvereinbarkeitsregelung für die Mitglieder des Verwaltungsgerichts).
Berichte und Anträge des Verwaltungsgerichts (Nrn. 1240.1/.2 – 11494/95) und der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1240.3 – 11544).

Behandlung der Geschäfte, die für die Sitzung vom 30. September 2004 traktandiert waren, aber nicht behandelt wurden:

8. Motion von Markus Jans betreffend Schaffung von gesetzlichen Grundlagen zur Betreuung von Personen aus dem Asylbereich mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE) durch den Kanton (Nr. 1238.1 – 11490).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1238.2 – 11528).
9. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend Zuger Strassenbauprojekte angesichts des Avanti-Volksentscheides und der finanziellen Perspektiven des Kantons (Nr. 1219.1 – 11433).

Antwort des Regierungsrats (Nr. 1219.2 – 11549).

---

10. Zwischenbericht der Begleitkommission Pragma zum aktuellen Stand des Pilotprojekts.
    Bericht der Begleitkommission Pragma (Nr. 1267.1 – 11566).
11. Motion der FDP-Fraktion betreffend Fürsorgestopp für abgewiesene Asylsuchende (Nr. 1125.1 – 11176).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1125.2 – 11555).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Fraktionschefin der SP angeregt hat, dass die Motion Zeiter/Lustenberger/Stuber betreffend Zweckmässigkeitsstudie Bypass Neufeld-Inwil statt Tangente Neufeld vom 28. September 2004 (Vorlage Nr. 1265.1 – 11559) zusammen mit dem entsprechenden Hauptgeschäft unter Ziff. 6 der Traktandenliste (Tangente Neufeld) behandelt wird. Dies ist zweckmässig. Diese Motion wird somit zu Ziff. 6.1 der Traktandenliste und das Hauptgeschäft zu Ziff. 6.2.

➔ Der Rat ist einverstanden.

480 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 30. September 2004 wird genehmigt.

481 MOTION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND ERWEITERUNG DER BLOCKZEITEN IN DER PRIMARSCHULSTUFE UND BEIBEHALTEN DER BLOCKZEITEN IN DER VORSCHULSTUFE

Die **CVP-Fraktion** hat am 30. September 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1268.1 – 11567 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

482 MOTION VON WERNER VILLIGER, KARL NUSSBAUMER UND THOMAS VILLIGER BETREFFEND FÖRDERUNG DES ERWERBS VON WOHNEIGENTUM MITTELS BAUSPAREN

Werner **Villiger**, Zug, Karl **Nussbaumer**, Menzingen, und Thomas **Villiger**, Hünenberg, sowie 18 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 30. September 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1269.1 – 11568 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

483 MOTION VON MANUEL AESCHBACHER UND THOMAS VILLIGER BETREFFEND BEFREIUNG DER JURISTISCHEN PERSONEN VON DER KIRCHENSTEUER

Manuel **Aeschbacher**, Cham, und Thomas **Villiger**, Hünenberg, haben am 14. Oktober 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1271.1 – 11570 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

484 MOTION VON LILIAN HURSCHLER-BAUMGARTNER UND JEAN-PIERRE PRODOLLIET BETREFFEND WEITERFÜHRUNG DER FÖRDERUNG DER RENOVATION VON GEBÄUDEN NACH MINERGIE-STANDARD

Lilian **Hurschler-Baumgartner**, Risch, und Jean-Pierre **Prodolliet**, Cham, sowie sieben Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 18. Oktober 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1272.1 – 11571 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

485 INTERPELLATION VON MARTIN STUBER, HANS CHRISTEN, EUSEBIUS SPESCHA, VRENI WICKY UND BEAT STOCKER BETREFFEND ZUGER STADTKERNENTLASTUNG NACH DER ABSTIMMUNG VOM 26. SEPTEMBER 2004

Martin **Stuber**, Hans **Christen**, Eusebius **Spescha** und Beat **Stocker**, alle Zug, haben am 27. September 2004 die in der Vorlage Nr. 1263.1 – 11557 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird.

486 INTERPELLATION VON BRUNO PEZZATTI BETREFFEND NICHTBEWILLIGUNG DES ZUGER OL 2004

Bruno **Pezzatti**, Menzingen, hat am 27. September 2004 die in der Vorlage Nr. 1264.1 – 11558 näher begründete Motion eingereicht und dabei Regierungsrätin Brigitte Profos fünf und dem Regierungsrat weitere vier Fragen gestellt.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, stellt einleitend die Ausgangslage dar, wie es zur Nichtbewilligung des Zuger OL gekommen ist. – Gemäss Jagdgesetz, Jagdverordnung und Jagdbetriebsvorschriften findet die Niederwildjagd im Monat Oktober an den festgesetzten Tagen Montag, Mittwoch und Samstag statt. Dieses Jahr wurde der Zuger OL auf den 2. Oktober festgelegt. Seit 38 Jahren findet der Zuger OL immer am letzten Samstag im September (Ausnahme: 1994, 1995 im Juni) statt, also ausserhalb der Niederwildjagd. Der erste Jagdtag der Niederwildjagd und der Orientierungslauf fielen damit im Jahr 2004 zum ersten Mal auf denselben Samstag. Jagdgebiet ist das ganze Kantonsgebiet. Leider wurde in der Direktion des Innern die Kollision der beiden Termine nicht bereits bei der ersten Ankündigung des Termins im Januar 2004 bemerkt, sondern erst mit dem Vorliegen der Gesuchsunterlagen beim bewilligenden Kantonsforstamt Ende August 2004. Die Votantin bedauert diesen Fehler ausdrücklich und bittet die Betroffenen um Entschuldigung, ging doch damit wertvolle Zeit für eine eventuelle zeitliche Verschiebung des OL verloren. Als die beiden in die Bewilligung involvierten Ämter Forstamt und Amt für Fischerei und Jagd sie Ende August über die Terminkollision ins Gespräch zogen, war es dafür zu spät. Nun stellte sich die heikle Frage, wie das Dilemma der beiden Veranstaltungen risikolos gelöst werden konnte. Aus Sicherheitsüberlegungen gab es dafür nur die Nichtbewilligung des Zuger OL. – Nun zu den Fragen:

1. Warum haben Sie, entgegen der Meinung der Fachleute Ihrer Direktion und trotz der Tatsache, dass in seiner 58-jährigen Geschichte der Zuger OL schon sehr oft am gleichen Tag wie die Eröffnung der Niederwildjagd stattgefunden hat, die Bewilligung für die Durchführung des Zuger OL 2004 nicht erteilt?
Wie einleitend festgehalten, stimmt es nicht, dass «der Zuger OL schon sehr oft am gleichen Tag wie die Eröffnung der Niederwildjagd stattgefunden hat». Diese Situation ist einmalig, was die letzten 38 Jahre anbetrifft. – Erfahrungsgemäss ereignen sich trotz aller Vorsicht jedes Jahr Jagdunfälle, zum Teil mit tödlichem Ausgang. Nach Einschätzung der Direktion des Innern konnte ein Unfall vorliegend nicht voll-

ständig ausgeschlossen werden. Das verbleibende Restrisiko mit möglichen folgenschweren Auswirkungen war nicht zu verantworten, insbesondere darum, weil im vorliegenden Fall der Staat als Bewilligungsbehörde für die Sicherheit aller Beteiligten in hohem Mass verantwortlich ist.

2. Wenn Sie nicht beide Anlässe am gleichen Tag durchführen lassen wollten, warum haben Sie nicht den einen Tag Niederwildjagd abgesagt, nachdem davon viel weniger Personen betroffen sind und nachdem genügend weitere Niederwildjagdtage stattfinden?
Weil die Jagd wie einleitend erwähnt auf Anfang Oktober festgelegt ist. Jägerinnen und Jäger sind gemäss den gesetzlichen Bestimmungen im ganzen Kanton zur Jagd berechtigt, während der OL ausnahmsweise im Oktober angesetzt wurde. Überdies trifft es nicht zu, dass viel weniger Jagd-Teilnehmende betroffen gewesen wären.

3. Warum waren Sie nicht in der Lage, den Datenkonflikt rechtzeitig zu lösen, nachdem die Daten von Niederwildjagd und Zuger OL in Ihrer Direktion schon seit Januar 2004 bekannt waren?
Brigitte Profos verweist auf die Einleitung.

4. Haben Sie auch Massnahmen getroffen, dass Einzelpersonen wie Wanderer, Pilzler, Biker, Jogger und andere mehr an Niederwildjagdtagen die Jagdgebiete nicht betreten?
Nein. Für Einzelpersonen gilt grundsätzlich das freie gesetzliche Betretungsrecht des Waldes. Als Massnahmen zum Schutz von Einzelpersonen sind zu nennen die Aus- und Weiterbildung der Jagdausübenden, die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Kontrollen durch die Organe der Jagdpolizei sowie die Publikation der Jagdtage.

5. Die Nichtbewilligung des Zuger OL ist kein weltbewegendes Ereignis, aber sind Sie sich bewusst, dass Sie mit Ihrem einsamen Beschluss schweizweit Unverständnis und Kopfschütteln ausgelöst haben, was nicht zur Imagepflege des Kantons Zug beiträgt?
Der Entscheid war keineswegs «einsam». Er war das Resultat einer genauen Abwägung der in Frage stehenden Interessen und einer eingehenden Analyse der Sicherheitslage.

6. Hatte der Regierungsrat vor dem Entscheid von Regierungsrätin Brigitte Profos Kenntnis von der terminlichen Konfliktsituation und wenn ja, hat er etwas unternommen, um eine bessere Lösung zu finden?
Der Regierungsrat wurde an seiner Sitzung vom 21. September 2004 orientiert, dies einen Tag nach der Nichtbewilligung durch das Kantonsforstamt. Die Zuständigkeit liegt gemäss § 11 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald für derartige Veranstaltungen beim Kantonsforstamt, so dass der Regierungsrat höchstens auf Beschwerde hin interveniert.

7. *Als Mitglied der Orientierungslaufvereinigung Zug ist mir bekannt, dass zwischen Orientierungsläufern und Jägern, dank seit Jahrzehnten stattfindenden Koordinationsgesprächen, gute Beziehungen bestehen. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass Entscheide wie die Nichtbewilligung einer Veranstaltung zugunsten einer andern solche Beziehungen erheblich stören können?*
Der Regierungsrat teilt diese Auffassung nicht. Er ist vielmehr der Überzeugung, dass die guten Beziehungen zwischen Jägerinnen und Jägern einerseits und Orien-

tierungsläufern und -läuferinnen andererseits wesentlich stärker belastet wären, wenn sich trotz aller Sicherheitsmassnahmen ein Jagdunfall ereignet hätte.

8. Ist der Regierungsrat bereit, bei ähnlichen Situationen in Zukunft dem Zuger OL, der eine grössere Beteiligung als die Jagd hat, den Vorzug vor der Niederwildjagd zu geben?
Wie bereits dargelegt, ist der Regierungsrat für derartige Bewilligungen nicht zuständig. Er hat diesbezüglich nur als Rechtsmittelinstanz eine Kontrollfunktion auszuüben.

9. Ist der Regierungsrat bereit, Massnahmen zu treffen, dass die verwaltungsinterne Kommunikation zwischen den betroffenen Amtsstellen besser funktioniert?
Die verwaltungsinterne Kommunikation ist im Gesetz klar vorgesehen. Gemäss § 11 Abs. 3 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Wald hört das Kantonsforstamt vor seinem Entscheid das Amt für Fischerei und Jagd sowie allfällige weitere betroffenen Amtsstellen an. Im konkreten Falle haperte es mit der Umsetzung dieser Koordinationspflicht. Konkrete organisatorische Verbesserungsmassnahmen wurden mittlerweile getroffen.

Die Beantwortung dieser Interpellation kostete Fr. 1'600.-

Bruno **Pezzatti** dankt Brigitte Profos, dass sie sich in der Einleitung der Interpellationsantwort für die mangelnde verwaltungsinterne Kommunikation in der Direktion des Innern entschuldigt. Allerdings hätte er erwartet, dass sie sich auch persönlich entschuldigen würde, nachdem sie den Absageentscheid fällte. – Sie begründet ihren Absageentscheid mit dem verbleibenden Restrisiko bezüglich Jagdunfälle. Der Votant stimmt ihr zu, dass die Jagd gefährlich ist, vor allem für die Jäger selber, wie ein tragischer Unfall im Kanton Schwyz kürzlich leider zeigte. Vorsicht ist unbestritten und nötig. Wenn die Regierungsrätin auf Frage 4 aber antwortet, dass bezüglich dem Aufenthalt von Einzelpersonen in Jagdgebieten keine Verbotsmassnahmen angeordnet sind, zeigt dies die Unverhältnismässigkeit der OL-Absage und die Inkonsequenz ihres Handelns, ist doch eine grosse Zahl von Läuferinnen und Läufer in auffälliger Kleidung in einem für die Jagd gesperrten Gebiet eine erheblich geringeres Risiko für einen Jagdunfall als eine Einzelperson, z.B. ein Pilzsammler, im offenen Jagdgebiet. Entschieden widersprechen muss er jedoch der Antwort auf Frage 5. Dieser Absageentscheid war sehr wohl einsam gefällt. In der Einleitung zur Interpellation hat Bruno Pezzatti die Sitzung vom 3. September 2004 erwähnt, an der alle beteiligten Ämter und Fachleute, der Jagdverwalter, die Vertreter der Jäger und der OL-Organisatoren anwesend waren. An dieser Sitzung wurden klare Lösungen erarbeitet, welche die Durchführung des Zuger OL ermöglicht hätten, d.h. Durchführung des OL in einem abgegrenzten Waldgebiet und zeitlich begrenzte Sperrung dieses Gebiets für die Jagd. Wenn Brigitte Profos gegen die einvernehmliche Meinung dieser Fachleute anders entscheiden hat, ist dies sehr wohl ein einsamer Entschluss, der klar als unverhältnismässig, ja als willkürlich taxiert werden muss. Ein Entscheid, der zudem künftig – was sehr zu bedauern wäre – einen Graben zwischen OL-Läufern und Jägern aufreissen kann. Dass der Entscheid unverhältnismässig ist, bestätigen auch Jäger selber, wie das erfahrene Jäger auch dem Votanten gegenüber deutlich zum Ausdruck gebracht haben.

Es mag sein, dass der Zuger OL in den letzten drei Jahrzehnten am letzten Septembersamstag stattgefunden hat. Der Zuger OL ist aber sechs Jahrzehnte alt und aus zum Teil eigener Erfahrung weiss Bruno Pezzatti, dass er auch schon oft im Oktober zur Zeit der Niederwildjagd stattfand. Die Frage ob September oder Oktober ist aber gar nicht so wichtig. Im September ist immer Hirschjagd, mit dem gleichen Restrisiko. So wurden dieses Jahr am letzten Septembersamstag, an dem der Zuger OL in der Regel stattfindet, vier Hirsche geschossen, wie dies der Homepage der Zuger Jagdverwaltung entnommen werden kann.
In Bezug auf die Rechtmässigkeit dieses Handelns sei auf Folgendes hingewiesen:

- Wie in der Antwort zur Frage 6 ausgeführt, liegt die Zuständigkeit für Veranstaltungen im Wald gemäss §11 des Waldgesetzes beim Kantonsforstamt und nicht bei der Direktorin des Innern. Die Interpellation wäre wahrscheinlich überflüssig gewesen, wenn Frau Regierungsrätin Profos den Entscheid der zuständigen Stelle überlassen hätte.
- Im weitern wäre gemäss §11 des Waldgesetzes für den Zuger OL aufgrund der Teilnehmerzahl gar keine Bewilligung nötig, sondern lediglich eine Meldepflicht. Bis 100 Teilnehmer braucht es keine Melde- oder Bewilligungspflicht; 100 bis 250 Teilnehmer erfordern eine Meldepflicht; lediglich 250 und mehr Teilnehmer verlangen eine Bewilligungspflicht. Beim Zuger OL 2004 waren weniger als 250 Teilnehmer angemeldet Eine Absage für eine Veranstaltung, die gar keine Bewilligung braucht, ist rechtlich falsch. Gerade bezüglich Orientierungsläufe besteht leider eine Tendenz, Vorschriften strenger anzuwenden, als es das Gesetz vorschreibt.

Abschliessend sei festgehalten, dass der Absageentscheid von Brigitte Profos rechtlich und sachlich falsch war und in OL- und Jägerkreisen sowie in der breiten Bevölkerung, auch über die Kantonsgrenzen hinaus, Unverständnis und Kopfschütteln ausgelöst hat Der Votant fordert den Regierungsrat auf, dafür zu sorgen, dass solche peinlichen Pannen in Zukunft vermieden werden.

Markus **Jans** findet es schön, dass wir keine wichtigeren Probleme haben. Als regelmässiger Teilnehmer hat ihm die Absage des Orientierungslaufs einen freien Samstagnachmittag und einen muskelkaterfreien Sonntag beschert. Er hat die Absage mit sportlicher Fairness und entsprechender Gelassenheit zur Kenntnis genommen. Der Schutz von Menschenleben wurde vom Regierungsrat, resp. vom Kantonalen Forstamt, höher gewertet. Ein allfälliger Unfall hätte mit Bestimmtheit grössere Konsequenzen ausgelöst als die Absage des OL. Kaum auszudenken, welches «Feuerwerk» der Interpellant dann losgetreten hätte, nur um der Regierung und im Speziellen eine Regierungsrätin in ein schlechtes Licht zu stellen. Die aufgewärmte Interpellation verfehlt auch heute ihr Ziel. Auf Grund von verschiedenen tragischen Vorkommnissen bei der Jagd ist der Votant jedenfalls heilfroh, dass der Regierungsrat den OL abgesagte und dadurch den Schutz von Menschenleben mehr gewichtet als die Durchführung einer Sportveranstaltung. Verloren hat dabei niemand.
Die Organisatoren haben die Vorbereitungen für das nächste Jahr bereits gemacht, dem Regierungsrat kann nicht Untätigkeit in einer heiklen Situation vorgeworfen werden und Markus Jans kann sich auf den Anlass im nächsten Jahr noch besser vorbereiten, damit der Muskelkater am Sonntag eher zu ertragen ist.

Anna **Lustenberger-Seitz** stellt fest, dass der Entscheid, diesen 59. Zuger Orientierungslauf nicht zu bewilligen, in der Bevölkerung Verärgerung ausgelöst hat. Insbe-

sondere bei den Sportlerinnen und Sportlern. Im Orientierungslauf gehört die Schweiz zur Weltspitze; es ist also wichtig, dass diese Sportart, die ohne grosse Sponsoren auskommen muss, ihren Platz behalten kann und beispielsweise in der Schule noch mehr gefördert wird. Die AF versteht die Verärgerung in OL-Kreisen. Verärgert war auch Bruno Pezzatti, Mitglied der zugerischen Orientierungstaufvereinigung. Die Votantin kann dies nachvollziehen. Gestört hat sie aber die Art und Weise der Interpellation, der Stil der Fragen. Und sie hat die leise Vermutung, dass mit einzelnen Fragen auch beabsichtigt wurde, die Vorsteherin der Direktion des Innern nochmals öffentlich zu kritisieren. Und so darf denn die Frage erlaubt sein, ob eine Interpellation auf solche Art und Weise Sinn macht.
Anna Lustenberger wünscht sich keinen Regierungsrat mit einer Elefantenhaut, die Kritik nicht mehr durchlässt. Sie wünscht sich einen sensiblen Regierungsrat, der die wahren Ängste und Nöte der Zuger Bevölkerung richtig wahrnehmen kann. Dies bedingt aber für uns, dass wir als Kantonsratsmitglieder entsprechend sorgfältig mit unseren Regierungsratsmitgliedern umgehen. Kritik ja, solche Angriffe eher nein. In diesem Sinn hätte auch eine kleine Anfrage genügt, das ist auch die Meinung der AF. – Auf eine Äusserung in der Interpellation möchte die Votantin aber doch noch eingehen: Auf das Image des Kantons. Ob diese OL-Absage für das Image unseres Kantons schweizweit derart von Bedeutung ist, zieht sie in Zweifel. Das Zuger Image hängt viel stärker davon ab, wie solidarisch wir als Kanton mit anderen Kantonen sind. Ob wir als Zugerinnen und Zuger bereit sind, als finanzstarker Kanton in freundeidgenössischer Art den anderen Ständen zu helfen.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

487 INTERPELLATION VON THOMAS LÖTSCHER UND ANDREA HODEL BETREFFEND FREUNDEIDGENÖSSISCHE HILFE DES KANTONS ZUG AN ANDERE KANTONE

Andrea **Hodel**, Zug, und Thomas **Lötscher**, Neuheim, haben am 1. Oktober 2004 die in der Vorlage Nr. 1270.1 – 11569 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** beantwortet die Fragen wie folgt:

Welche Beiträge an freundeidgenössische Hilfe leistet der Kanton Zug ausserkantonal ohne Verpflichtung durch übergeordnetes Recht? (Explizit beschränkt sich die Frage nicht nur auf kulturelle Beiträge)
Freundeidgenössische Hilfe wurde in früheren Jahren aus den Ertragsüberschüssen der Laufenden Rechnung geleistet. Diese Leistungen wurden jeweils vom Kantonsrat durch einfachen Kantonsratsbeschluss bewilligt. In der Regel wurden die Beiträge nicht an die Kantone, sondern an Gemeinden ausbezahlt. Auf Ihren Tischen finden Sie zu Ihrer Information eine Zusammenstellung aller Beiträge der Jahre 1996 bis 2002 (siehe Beilage). Da im Finanzplan 2005 bis 2008 keine Ertragsüberschüsse erwartet werden, stellt sich die Frage von freundeidgenössischer Hilfe in diesem Zusammenhang zur Zeit nicht. Als freundeidgenössische Hilfe können auch Beiträge bezeichnet werden, welche der Regierungsrat aufgrund des Kantonsratsbeschlusses

betreffend sofortige Hilfeleistungen bei Katastrophen und Kriegen vom 25. April 2002 (BGS 542.12) für humanitäre Hilfe im Inland sprechen kann.

Wird der Kanton Zug durch die neue Aufgabenteilung zu solchen Leistungen zusätzlich zu den allgemeinen Abgaben gezwungen werden können? Wenn ja, wie erfolgt die Festlegung und würden bestehende Leistungen angerechnet oder besteht da kein Zusammenhang?
Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird die interkantonale Zusammenarbeit verstärkt. Dies ist eines der fünf Instrumente der NFA. Gestützt auf den geltenden Art. 48 Abs. 1 unserer Bundesverfassung besteht bereits heute eine Vielzahl interkantonaler Verträge und Vereinbarungen, von einfachen Verwaltungsvereinbarungen bis zur interkantonalen Universitätsvereinbarung. Mit dem neuen Art. 48a der Bundesverfassung wird die Grundlage geschaffen, dass die interkantonale Zusammenarbeit in neun Bereichen obligatorisch erklärt werden kann. In diesen Bereichen ist die Zusammenarbeit mit einem Lastenausgleich verknüpft, weshalb hier von der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich gesprochen wird. Es handelt sich dabei um folgende Bereiche:
- Straf- und Massnahmenvollzug
- kantonale Universitäten
- Fachhochschulen
- Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung
- Abfallbewirtschaftung
- Abwasserreinigung
- Agglomerationsverkehr
- Spitzenmedizin und Spezialkliniken
- Institutionen zur Eingliederung und Betreuung von Invaliden.

Die Konferenz der Kantonsregierungen hat einen Vorschlag für eine neu strukturierte interkantonale Rahmenvereinbarung (IRV) erarbeitet. Dieser Vorschlag war bis Mitte September 2004 in Vernehmlassung, wozu auch der Kanton Zug eine Stellungnahme abgegeben hat. In diesem Zusammenhang sind die Arbeiten also in vollem Gange und man rechnet damit, dass die neue IRV bei Inkrafttreten der NFA, voraussichtlich per 1. Januar 2008, abgeschlossen sein wird. Bei der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich handelt es sich nicht um ein Umverteilungsinstrument, sondern um eine Abgeltung bezogener Leistungen von anderen Kantonen. Gemäss Modellrechnungen in der Botschaft des Bundes zur NFA vom 14. November 2001 wird der Kanton Zug bei Inkrafttreten der NFA mit 5,6 Mio. Franken zusätzlich belastet.
Gestützt auf den Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge an kulturelle Institutionen in Zürich und Luzern vom 16. Dezember 1999 (BGS 421.3) zahlt der Kanton Zug rund 1 Mio. Franken pro Jahr. In § 1 Abs. 3 ist festgelegt, dass diese Beiträge nur bis zum Inkrafttreten interkantonaler Vereinbarungen gewährt werden. Eine neue Vereinbarung über 2.6 Mio. Franken ist in Vorbereitung und wird dem Kantonsrat zu einem späteren Zeitpunkt zum Entscheid vorgelegt werden. In der Finanzstrategie des Kantons Zug ist die Mehrbelastung von 4.6 Mio. Franken (5.6 Mio. minus 1.0 Mio. Franken) erwähnt. Gemäss neuem Finanzplan ist sie im Jahr 2008 eingeplant.

Es ist denkbar, dass sich einzelne Leistungen auf zeitlich befristete Vereinbarungen abstützen. Wie sieht ein kürzest möglicher Zeitplan für den Ausstieg aus diesen Beiträgen aus – mit besonderer Berücksichtigung des Termins der NFA-Einführung?
Zweckgebundene Beiträge (und dabei handelt es sich nicht um freundeidgenössische Hilfe) an Institutionen anderer Kantone werden spätestens auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der NFA überprüft werden. Als Beispiele seien erwähnt:

- Kantonsratsbeschluss betreffend Defizitbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz vom 30. Oktober 2003 (BGS 421.4), welcher bis zum Jahr 2006 befristet ist. Die jährliche Zahlung beträgt 75'000 Franken.
- Kantonsratsbeschluss betreffend Forschungsbeitrag an das Micro Center Central Switzerland (MCCS) vom 26. Februar 2004 (BGS 913.5), befristet bis zum Jahr 2007. Der jährliche Beitrag beläuft sich auf 175'500 Franken.

Die Bearbeitung dieses Vorstosses kostete 1 '200 Franken.

Thomas **Lötscher** macht seine Ausführungen sowohl als Interpellant wie auch im Namen der FDP-Fraktion. Man mag einwenden, dass die regelmässige Zahlung von einer Million Franken an Zürich und Luzern nicht sehr hoch sei. Nun, sie entspricht ziemlich genau dem NFA-Beitrag der gesamten Romandie und erfuhr in den vergangenen Jahren je nach Rechnungsabschluss eine situative Steigerung um bis zu 100 Prozent durch Nothilfe. Aber die heutige Zuger Solidarität beschränkt sich längst nicht nur auf den künftigen NFA-Beitrag der welschen Schweiz, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- Die Zugersee-Kursschiffe laufen auch den Hafen in Arth an, obwohl sich der Kanton Schwyz um eine Kostenbeteiligung drückt.
- Der Kanton Zug hat das Wildspitz-Restaurant wieder aufgebaut, obwohl der Wildspitz auf der Grenze zwischen den Kantonen Zug und Schwyz liegt und sich der Kanton Schwyz um eine Kostenbeteiligung drückt.
- Die Zuger Buslinien werden teilweise über die Kantonsgrenzen hinaus geführt, ohne adäquate Kostenbeteiligung der ausserkantonalen Nutzniesser.
- Verschiedene Bundesbeiträge an die Kantone sind nicht aufwand-, sondern finanzkraftabhängig. Das führt dazu, dass der Kanton Zug im Verhältnis viel weniger erhält als andere Kantone. Auch hier wird somit ein Solidaritätsbeitrag geleistet. Prominentestes Beispiel dafür ist nach der entsprechenden Abstimmung in unserem Kanton die Prämienverbilligung der Krankenkassen. Pro 10 Franken, mit denen der Kanton die Prämien verbilligt, erhält Zug aus Bern deren 5 und Obwalden 116.

Der Kanton Zug zahlt heute schon über 120 Mio. Franken in den Interkantonalen Finanzausgleich. Trotzdem entwickeln sich die Steuern in der Schweiz weiter auseinander. Dies zeigt, wie unbrauchbar diese Umverteilungsübung ist – zumal die Nehmerkantone nicht verpflichtet werden, ihre Steuern zu senken. Unter dem Strich wird der NFA deshalb die Staatsquote weiter ausdehnen. Der Votant kommt deshalb nicht umhin, für einmal den Sozialdemokraten zu danken, die auf Bundesebene mit einem Verhältnis von 3 : 1 die Nein-Parole zum NFA beschlossen haben und im Kanton Zug nachzogen. Allerdings decken sich die Gründe für das NFA-Nein der SP nicht vollumfänglich mit jenen der Zuger FDP. Aber damit kann Thomas Lötscher leben. All diese Beispiele zeigen, dass der Kanton Zug bereits heute ein sehr solidarisches Mitglied unseres Bundesstaates ist. Es gibt zwar Kritiker, die wider besseres Wissen das Gegenteil behaupten. Besonders stossend ist, dass einige Politiker der äusseren Linken statt sich für die Zuger Interessen einzusetzen den Kantons Zug

schlecht machen, wo sie nur können. Aber auch wenn Sie es in ihren Leserbriefen anders sehen, dürfen wir Zuger auch weiterhin den 1. August ohne schlechtes Gewissen mit unseren Miteidgenossen feiern.

Der **Vorsitzende** stellt richtig, dass das Wildspitz-Restaurant nach dem Brand gänzlich auf Zuger Boden geschoben wurde.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass die Interpellanten mit ihrem Vorstoss signalisieren wollen, dass nach einem NFA-Ja bei der freundeidgenössischen Hilfe sowie bei interkantonalen Vereinbarungen gespart werden soll. Das wäre eine kleinmütige Trotzreaktion. Der Regierungsrat hat aufgezeigt, wer bisher Gelder erhielt. In der Regel Berggemeinden. Für diese sind kleinere Summen von 15'000 oder 50'000 Franken substanzielle Beiträge, um zum Beispiel Unwetterschäden zu beheben oder die Trinkwasserversorgung zu garantieren. Zug muss sich – NFA hin oder her – weiterhin solidarisch zeigen mit in Not geratenen Berggemeinden. Und der Kanton muss weiterhin seine internationale Verantwortung wahrnehmen, wie er das mit Beiträgen an Projekte in der 3. Welt immer wieder tut. Auch interkantonale Vereinbarungen sind ein wichtiges Instrument. Denn Zentrumsleistungen, gerade von Luzern oder Zürich, tragen zur Standort- wie zur Lebensqualität bei. Denken Sie nur an ihre Besuche im Verkehrshaus, als Kind oder mit ihren Kindern.
Das staatsbürgerliche Verständnis des Votanten hört nicht an der Reuss, an der Sihl oder kurz vor dem Albis und am Ende des Ägerisees auf. Es braucht Solidarität innerhalb der gesamten Schweizer und natürlich auch innerhalb der globalen Gemeinschaft. Dazu gehört Steuergerechtigkeit. Darum sagen die Alternativen auch Ja zum NFA – trotz unseren Bedenken, was die Kantonalisierung des IV-Bereichs für Folgen hat. Denn seit 30 Jahren weisen wir darauf hin, dass es nicht angeht, mit Tiefst-Steuerpolitik anderen Gemeinwesen das Geld zu entziehen. Es ist ungerecht gegenüber den Entwicklungsländern wie auch gegenüber strukturell benachteiligten Kantonen. Es ist unhaltbar, dass im Kanton Zug die Steuern nur halb so hoch sind wie im interkantonalen Durchschnitt, und dass die Steuern für die Reichsten eins ums andere Mal gesenkt werden. Die Zürcher FDP-Ständerätin Trix Heberlein begründete ihr Ja zum NFA so: «Das Gefälle zwischen reichen und schwächeren Kantonen ist ausgeprägter geworden. Dies wird weit herum als ungerecht empfunden.» Ähnlich argumentiert der Berner SVP-Ständerat Hans Lauri: «Das Steuergefälle in der Schweiz führt zu einem Wohlstandsgefälle – das gefährdet den nationalen Zusammenhalt » Im Gegensatz zu ihren Mutterparteien sagen Zugs bürgerliche Parteien nein zur Schweizer Solidarität, weil ihnen der Preis hierfür zu hoch ist. Sie sorgen sich dabei um die Steuervorteile privilegierter Firmen und sehr vermögender Personen. Dabei führt die Zuger Tiefst-Steuerpolitik zu überhöhten Mieten und Lebenskosten. So bleibt der grossen Mehrheit der Wenig- bis Normalverdienenden am Schluss trotz tiefen Steuern weniger zum Leben. Zudem bedroht das forcierte Wachstum unsere Lebensqualität: Die Grünflächen werden betongrau, der Strassenverkehr schränkt Freiräume ein und ist umweltschädlich.
CVP, SVP und FDP halten den NFA für nicht verkraftbar. Doch wir Alternativen haben mit der vor einem Jahr eingereichten Motion aufgezeigt, wie der NFA sozial- und umweltverträglich sowie nicht wirtschaftsbehindernd zu bewältigen ist. Mit massvollen Steuererhöhungen bei denen, die es sich leisten können. Ohne die Bevölkerungsmehrheit zu belasten. Eben nicht 1200 Franken pro Kopf, sondern bei einem Steuerbetrag von 2000 Franken lediglich 80 Franken an Mehrsteuern. Und dennoch,

bliebe Zug der steuergünstigste Kanton und auch international wettbewerbsfähig. Im Übrigen ist die Staatsquote nicht das einzig Entscheidende. Finnland hat eben bei einer Untersuchung als das kompetitivste Land abgeschnitten und es hat eine viel höhere Staatsquote.
Sehr geehrte bürgerliche NFA-Gegner: Studieren Sie die Steuermotion, stimmen Sie ihr zu, und dann können Sie dem NFA gelassener entgegensehen und gleichzeitig die freundeidgenössische Hilfe *und* die interkantonalen Vereinbarungen fortführen.

Eusebius **Spescha** möchte klar festhalten, dass die SP des Kantons Zug den Finanzausgleichsmechanismus des NFA unterstützen würde und den NFA rein aus sozialpolitischen Gründen ablehnt.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass das Zuger Nein kein Nein zu weniger Solidarität ist. Wenn Sie in der Rechnung sehen, was Zug über die direkte Bundessteuer, über den Finanzausgleich geleistet hat, sind das enorme Summen. Unser Nein geht eher dahin, dass wir langfristig die Solidarität des Kantons Zug zur Schweiz sicherstellen können. D.h. dass wir unsere Wirtschaftskraft erhalten wollen. Mit einem Ja zur NFA würden wir wahrscheinlich auf schweizerischer Ebene momentan mehr Freunde und mehr Sympathie gewinnen, aber mit der Schwächung unserer Wirtschaft könnten wir langfristig weniger an den Bund und die anderen Kantone abliefern. Es ist falsch, von Steuergerechtigkeit zu sprechen. Es gäbe ja auch noch eine Mietgerechtigkeit und eine Lebenskostengerechtigkeit. Und wenn man von Steuergerechtigkeit spricht und dann wahrscheinlich eine Angleichung der Steuern anvisiert, hat man mehrere Beispiele in Europa, dass das nicht gut ist. Sogar der deutsche Bundeskanzler Schröder ist zur Überzeugung gekommen, dass Steuerwettbewerb gut ist und uns fordert und zu innovativen Lösungen führt.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

488 GESETZ ÜBER DIE FAMILIENERGÄNZENDE KINDERBETREUUNG (KINDERBETREUUNGSGESETZ)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1266.1 – 11561).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Thomas Brändle, Unterägeri, ***Präsident***	***FDP***
1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Thomas Brändle, Zugerstrasse 23, 6314 Unterägeri	FDP
3.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP

4.	Andrea Erni, Bannstrasse 3, 6312 Steinhausen	SP
5.	Beatrice Gaier, Tellenmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	CVP
6.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
7.	Lilian Hurschler-Baumgartner, Schöngrund 14, 6343 Rotkreuz	AF
8.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
9.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
10.	Bruno Pezzatti, Kreuzrain 3, 6313 Edlibach	FDP
11.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
12.	Thomas Villiger, Goldhäusern, 6331 Hünenberg	SVP
13.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
14.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
15.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

489 GESETZ ÜBER DIE WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN (KLEINE REVISION)

Das Ergebnis der 1. Lesung von 26. August 2004 (Ziff. 454) ist in der Vorlage Nr. 1233.4 – 11541 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 75 : 0 Stimmen zu.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat den Antrag stellt, die Motion von Sophie Stuber und Moritz Schmid betreffend Neugestaltung des Zustell- und Antwortkuverts für Wahlen und Abstimmungen (Vorlage Nr. 863.1 – 10413) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

490 BEGNADIGUNGSGESUCH

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1254.1 – 11531) und der Justizprüfungskommission (Nr. 1254.2 – 11563).

Der **Vorsitzende** macht den Rat auf folgende Spezialität von § 66 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats aufmerksam: «Der Kantonsrat entscheidet ohne Diskussion in geheimer Abstimmung durch absolutes Stimmenmehr, ob auf das Begnadigungsgesuch einzutreten oder ob es abzuweisen ist.» – Dies ist der erste Schritt. – Der zweite Schritt wäre gemäss § 66 Abs. 3 wie folgt: «Beschliesst der Kantonsrat, auf das Begnadigungsgesuch einzutreten, so wird über das Ausmass der Begnadigung in offener Abstimmung entschieden. Die Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats sind berechtigt, über das Ausmass der Begnadigung Anträge zu stellen und sie kurz zu begründen. Eine Diskussion über den Straffall ist unzulässig.»

Die geheime Abstimmung ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 77, eingegangene Stimmzettel 77, leer 1, ungültig 0, in Betracht fallende Stimmzettel 76, absolutes Mehr 39, Ja 4, Nein 72.

➔ Der Rat beschliesst somit, auf das Begnadigungsgesuch nicht einzutreten.

491A MOTION VON BERTY ZEITER, ANNA LUSTENBERGER-SEITZ UND MARTIN STUBER BETREFFEND ZWECKMÄSSIGKEITSSTUDIE FÜR «BYPASS NEUFELD-INWIL» STATT TANGENTE NEUFELD

Berty **Zeiter** und Anna **Lustenberger-Seitz**, beide Baar, sowie Martin **Stuber**, Zug, hab en am 28. September 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1265.1 – 11559 enthalten sind.

Der **Vorsitzende** macht zuerst folgende Vorbemerkungen: Es liegt vorerst der *formelle* Antrag der Motionäre vor, diese Motion *sofort* zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es liegt dann der *materielle* Antrag der Motionäre vor, diese Motion erheblich zu erklären, wozu ein einfaches Mehr notwendig ist. Es ist zudem mit dem *materiellen* Antrag zu rechnen, dass die Motion schon gar nicht zu überweisen ist – wozu ebenfalls ein einfaches Mehr notwendig ist. Ein solcher Antrag hat den Charakter eines Nichteintretensantrags. Sollte ein solcher Antrag obsiegen, so wäre die Motion definitiv und sofort erledigt. Somit müsste vorerst über diesen Nichtüberweisungsantrag debattiert werden. Es ist aber erfahrungsgemäss schwierig, die Voten thematisch auf einen der oben aufgeführten Anträge zu beschränken. Sie hängen materiell eng zusammen. Sie können daher zu allen drei obigen Anträgen sprechen (allenfalls Nichtüberweisung, sofortige Behandlung, Erheblicherklärung). Die Abstimmungen erfolgen nach folgendem Muster:
Erste Abstimmung: Allfälliger Antrag auf Nichtüberweisung (der noch zu stellen ist). Sofern dieser gutgeheissen wird, ist das Geschäft erledigt.
Zweite eventuelle Abstimmung: Sofern der Antrag auf Nichtüberweisung abgewiesen oder dieser Antrag nicht gestellt wird, wird über die sofortige Behandlung abgestimmt. Sofern dieser Antrag nicht gutgeheissen wird, wird die Motion zur ordentlichen Berichterstattung an den Regierungsrat überwiesen.
Dritte eventuelle Abstimmung: Sofern der Antrag auf sofortige Behandlung gutgeheissen wird, wird über Erheblicherklärung bzw. Nichterheblicherklärung abgestimmt.

Martin **Stuber** fragt, was die Motion der AF will. Eigentlich etwas ganz Einfaches: Bevor wieder einige Millionen in eine Planung gesteckt werden, die politisch auf wackligen Füssen steht, sollten auch Alternativen auf ihre Zweckmässigkeit hin geprüft werden. Sie wissen, dass wir grosse Zweifel an der Zweckmässigkeit der Tangente Neufeld haben. Berty Zeiter wird im Detail noch aufzeigen, weshalb. Es geht uns nicht um eine prinzipielle Opposition gegen neue Strassen. Dass wir sehr differenziert an diese Fragen herangehen, zeigten wir beim Kammerkonzept oder bei der Zuger Stadtkernentlastung, wo wir ja zu den treibenden politischen Kräften gehören. Was nun das Projekt Tangente Neufeld betrifft, so sind wir der Meinung, dass

eine Entlastung der Zuger- und Baarerstrasse für den geplanten Ausbau des ÖV auf dieser Achse sinnvoll ist. Das würde auch eine bessere Anbindung des grossen Arbeitsplatzgebietes Inwil/Grienbach/V-Zug mit einem direkten Anschluss an die A4 ermöglichen, was sicher prüfenswert ist. Dieser «Bypass Neufeld-Inwil» müsste aber so ausgestaltet sein, dass das Wohnquartier Rosenweg keine Nachteile erleidet, und durch flankierende Massnahmen muss zwingend gewährleistet sein, dass die als Quartiersammelstrasse klassifizierte Industriestrasse südlich Göbli-/Feldstrasse keinen Mehrverkehr erhält. Eine Zweckmässigkeitsstudie mit einer groben Kostenschätzung könnte Aufschluss geben, ob ein solcher Bypass funktioniert und ein akzeptables Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist. – Unsere Motion hat offenbar einen Nerv getroffen, denn wie anders sind die zahlreichen Reaktionen zu verstehen. Das freut uns. Der Votant möchte kurz auf einige Kritikpunkte eingehen.
In der Strassenbaukommission wurden vom Baudirektor vor allem zwei Argumente genannt: dass der Teilrichtplan feststehe und wegen dem Grundwasser. Der TRP Verkehr ist, wie der Name sagt, ein Richtplan. Ein Richtplan ist etwas Dynamisches. Neue Rahmenbedingungen, neue Ideen oder neue Erkenntnisse müssen berücksichtigt werden können. Bei den Rahmenbedingungen haben sich sicherlich zwei Dinge geändert oder werden sich ändern: Die Finanzsituation des Kantons und die klare Aussage des Zuger Souveräns anlässlich der Avanti-Abstimmung, welche einer Priorisierung des Strassenbaus eine Absage erteilt hat, auch im Kanton Zug. Sich hinter dem TRP zu verstecken und zu mauern, ist wenig hilfreich. Zum Grundwasser möchte der Votant den Rat bitten, in der Vorlage die Beilage 17 hervor zu nehmen (Projektvertiefung B2). Die Linienführung des Bypasses, dessen Zweckmässigkeit und Kosten/Nutzen wir prüfen lassen möchten, entspricht ziemlich genau der Verbindung von der Industriestrasse zur Südstrasse, einfach ohne den grossen Kreisel, der nicht nötig ist. Dadurch kann die Strasse noch etwas weiter westlich geführt werden und ist damit weiter weg von der Grundwasserzone als der Vorschlag der Baudirektion. Ganz zu schweigen davon, dass dieser Vorschlag natürlich über eine viel längere Strecke der Grundwasserzone entlang führt. Wenn unser Vorschlag wegen dem Grundwasser nicht mal geprüft werden soll, dann darf die Tangente in dieser Form sicher nicht geplant werden!
Etwas erstaunt sind wir über die Raumplanungskommission. Erfreulich ist zwar, dass sie unsere Motion auch diskutiert hat. Aber sie hat dabei offensichtlich leider nicht die raumplanerischen Aspekte behandelt, sondern es ging wohl eher darum, eine unbequeme Motion zu bodigen. Denn sonst wäre in der RPK doch die Frage diskutiert worden, ob es raumplanerisch wirklich der Weisheit letzter Schluss ist, die langsam zusammen wachsenden Gemeinden Zug und Baar mit einer Hochleistungsstrasse zu durchschneiden und dabei auch gleich noch ein wichtiges Naherholungsgebiet für immer zu zerstören. Das einzige Argument der RPK, der Richtplan sei noch nicht einmal ein Jahr alt, ist nicht relevant. Der Teilrichtplan Verkehr – und um den geht es bei diesem Projekt schliesslich – ist bald zweieinhalb Jahre alt. In der Medienerklärung einiger Kantonsräte schliesslich versuchen die vielen Ausrufezeichen über den fehlenden argumentativen Inhalt hinwegzutäuschen. Wer versucht, eine Diskussion über reale Probleme abzuwürgen, und an offenen Fragen einfach vorbei sieht, disqualifiziert sich selbst. Diese Grundhaltung hat bei den Umfahrungen Zug-Baar die Zuger Steuerzahlerinnen und -zahler 20 Mio Franken gekostet. Falls sie einem Antrag auf Nichtüberweisung stattgeben, wiederholen sie den gleichen Fehler nochmals. – Wir bitten Sie um sofortige Behandlung und nachher um Erheblicherklärung, damit die Zweckmässigkeitsstudie im Rahmen des Generellen Projektes Tangente Neufeld erarbeitet werden kann.

Beat **Villiger**, Präsident der Strassenbaukommission, weist darauf hin, dass diese an ihrer letzten Sitzung grossmehrheitlich beschlossen hat, heute Antrag zu stellen, die Motion nicht zu überweisen. Auch die CVP-Fraktion schliesst sich diesem Antrag an. Begründung: Der Kantonsrat hat am 28. Januar 2004 den kantonalen Richtplan beschlossen und gleichzeitig haben wir den im Jahre 2002 beschlossenen TRP Verkehr integriert. Es waren damals keine Anträge für eine Änderung des TRP Verkehr vorhanden. Insbesondere sind darin die Projekte der ersten Priorität wie Nordzufahrt, Kammerkonzept und Tangente Neufeld enthalten. Das heisst, dass der Regierungsrat und der Kantonsrat sich verpflichtet haben, diese Projekte zu planen und wenn möglich auch zu realisieren. An diesen Vorhaben besteht ein kantonales Interesse. Sie wurden dementsprechend abgestimmt und festgesetzt.
Eigentlich möchte die Motion ja das Projekt Tangente-Neufeld verhindern, was nach Ansicht des Votanten aber eine Motion auf Änderung des TRP Verkehr bedingen würde. Man will jetzt vorerst teure Abklärungen in Auftrag geben, um dann allenfalls mit diesen Grundlagen eine Motion zur Änderung des TRP nachzuschieben. Diese Haltung und Absicht widersprechen eindeutig den im kantonalen Richtplan aufgenommenen Zielen:

a) stark beeinträchtigte Ortszentren vom Durchgangsverkehr entlasten, um die Lebensqualität zu verbessern
b) verkehrsmässige Anbindung der Siedlungsgebiete
c) den motorisierten Individualverkehr direkter auf die Nationalstrassen zu führen.

Die Ziele der Motion sind aber völlig andere:

- Es geht primär nur um eine Entlastung von Zug und zwar auf dem Gebiet der Gemeinde Baar.
- Die Gemeinde Baar hat von einer solchen Lösung keine Vorteile, und der Berg, welcher den Anschluss dringend benötigt, geht leer aus. Er ist nur gut genug, um der Stadtbahn zuzustimmen.
- Wir befinden uns beim Bypass-Vorschlag in einem heiklen Grundwasserschutzgebiet, was eine tiefe Strassenführung wohl sehr problematisch machen würde.

In der Motion werden Aufwand und Ertrag des Projektes Tangente Neufeld als unverhältnismässig dargestellt und es werden Verkehrszahlen herangezogen, die es sehr zu hinterfragen gilt. Auch Beat Villiger hat alles andere als Freude an neuen Strassen, an entsprechenden Einschnitten in der Landschaft oder letztlich am immer weiter zunehmenden Verkehr. Aber mit Nichtstun lösen wir das Problem nicht. Das zeigen die letzten ca. 30 Jahre im Kanton Zug. Innerhalb dieser Zeitspanne ist aber der Fahrzeugbestand im Kanton Zug von ca. 25'000 auf gegen heute 80'000 angestiegen, wobei auch die Zupendler im gleichen Verhältnis angestiegen sein dürften. Wir haben heute in den Spitzenzeiten in Zug, Baar und Cham unhaltbare Zustände, und wenn man daran denkt, dass in den nächsten zehn oder noch mehr Jahren ausser der Nordzufahrt keine neuen Kantonsstrassen gebaut werden, auch die Tangente Neufeld und das Kammerkonzept nicht – da macht sich der Votant auf Grund der Erfahrungen keine Illusionen –, dann ist es geradezu verantwortungslos, wenn wir nicht endlich auch bereit sind, die entsprechenden politischen Zeichen zu setzen. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, die Motion nicht zu überweisen.

Louis **Suter** möchte im Auftrag der Raumplanungskommission den Antrag auf Nichtüberweisung unterstützen. Wie bereits gesagt ist dieser Richtplan nun ein Jahr alt. Es ist aber falsch zu sagen, weil der TRP Verkehr früher beraten wurde, nun von zweieinhalb Jahren zu sprechen. Selbst wenn das so wäre, entspricht das nicht der Realität, weil wir vom 28. Januar ausgehen müssen, damit wir eine Kontinuität

haben. Und wenn wir praktisch jedes Jahr zwei, drei Mal irgendwo im Kanton diesen Richtplan ändern, haben wir kein Konzept mehr, sondern ein Chaos. Und das hätte zur Folge, dass wir weder im Bauen noch im Umsetzen des Richtplans eine Kontinuität haben. Das ist also eine sehr fatale Sache. Der Votant möchte den Rat aber auch noch bitten, folgende Überlegung zu machen: Mit dieser Motion wird tatsächlich ein Strassenprojekt – nämlich die Tangente Neufeld – bekämpft, ein Projekt, das im kantonalen Richtplan enthalten ist. Eine Richtplanänderung so kurze Zeit nach der Verabschiedung ist abzulehnen, weil der Richtplan seine Funktion nur dann erfüllen kann, wenn er eine gewisse Beständigkeit hat. Diese Verhältnisse haben sich seit der Verabschiedung des kantonalen Richtplans nicht geändert, so dass sich aus diesem Grund keine Richtplanänderung aufdrängt. Unsere Kommission ist daran interessiert, dass der kantonale Richtplan nun umgesetzt wird. Wir unterstützen deshalb diese Vorlage des Regierungsrats für einen Objektkredit für das generelle Projekt der Tangente Neufeld. Und das ist wichtig, weil mit dem generellen Projekt alle wichtigen Fragen rund um die Tangente Neufeld abgeklärt werden und anschliessend definitiv über das Projekt entschieden werden kann. Louis Suter möchte den Rat deshalb bitten, eine evtl. Teilerheblicherklärung auch aus diesem Grunde abzulehnen.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion dem Rat dringend empfiehlt, die Motion nicht zu überweisen. Die Motionäre behaupten, der Nutzen der Tangente Neufeld stehe in keinem Verhältnis zu den Kosten – sowohl finanziell, bezüglich Landverbrauch wie auch bezüglich schwerwiegender Beeinträchtigung eines wichtigen Naherholungsgebiets. Diese Fragen werden dann durch das generelle Projekt beantwortet. Anstelle der Tangente Neufeld wollen sie einen so genannten Bypass Neufeld-Inwil prüfen. Ich frage mich, ob das nicht eher in die Kompetenz der Stadtgemeinde Zug fallen würde.
Damit richtet sich diese Motion klar gegen das heute traktandierte Geschäft betreffend Objektkredit für das generelle Projekt des neuen Anschlusses der Berggemeinden an die Talebene mit Verbindung zur Nationalstrasse A 40 – Tangente Neufeld, sowie gegen den Willen des Kantonsrats, der die Tangente Neufeld im Juli 2002 mit dem TRP Verkehr und im Januar dieses Jahres mit dem Richtplan beschlossen hat. Im Richtplan ist die Zielsetzung der Tangente Neufeld definiert. Gemäss dem gültigen Richtplan ist in den Berggemeinden mit einem Bevölkerungswachstum bis ins Jahr 2020 von ca. 25 % auf rund 23'000 Einwohnerinnen und Einwohner zu rechnen. Auch bezüglich der Anzahl Arbeitsplätze im Ägerital wird ein grösseres Wachstum erwartet. Dies wird sich auf den öffentlichen wie auch auf den motorisierten Individualverkehr auswirken. Und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass das bestehende Strassennetz in der Zuger Talebene bereits heute seine Grenzen erreicht hat. Die Tangente Neufeld, als neue Ost/Westverbindung, wird dringend benötigt. Die Gemeinden Zug, Baar und die Berggemeinden unterstützen daher das Projekt für einen neuen Anschluss der Berggemeinden an die Talebene mit einer Verbindung zur A 40.
Mit dem von den Motionären gewünschten Bypass Neufeld-Inwil wäre aber die dringend notwendige Verbesserung der Verbindung zwischen Berg und Tal und an die Autobahn auf keine Art und Weise gelöst, sondern verhindert. Daran ändert auch die Erstellung einer Zweckmässigkeitsstudie nichts, sie verzögert lediglich die Planung und Realisierung des Projekts Tangente Neufeld und verursacht zusätzliche Kosten. Wir beantragen, diese Motion nicht zu überweisen; sollte sie wider Erwarten überwiesen werden, wünschen wir sofortige Behandlung und Abstimmung über Nichterheblicherklärung.

Eusebius **Spescha** hält fest, dass die SP-Fraktion diese Motion so liest, dass es nicht darum geht, den TRP Verkehr abzuändern, sondern die Grundlagen für eine Etablierung zu schaffen. Es ist ja wahrscheinlich in diesem Rat sowohl auf der linken wie auf der rechten Seite unbestritten, dass das Gebiet Baarermatte ungenügend erschlossen ist, schon längst besser erschlossen werden sollte – durch die Gemeinde Baar wohlverstanden – und dass dieses Problem vordringlich zu lösen ist. Wir sind der Meinung – ob der Rat jetzt diese Motion überweist oder nicht – dass im Rahmen der Projektierung für die Tangente Neufeld auf jeden Fall Auskunft über die Etappierung gemacht werden muss. Wir bitten Sie deshalb, diese Motion zu überweisen.

Guido **Heinrich**: Zu wenig Verkehr vom Berg zur A 40? So lautete der Titel einer Spalte in der Neuen Zuger Zeitung vom 29. September 2004. Ein Gedanke, der drei Ratsmitgliedern aus dem Tal in den Köpfen herum schwirrte. Sie nahmen es zum Anlass, einen Virus zu platzieren, um den wichtigen Autobahnanschluss Nord zu verzögern. Es stimmt nachdenklich, dass Personen, die hauptsächlich öffentliche Verkehrsmittel benützen und den Privatverkehr als lästiges Übel betrachten, sich als Experten für eine effiziente Verkehrsplanung stark machen wollen. Der Votant ist überzeugt, dass die Bewohner im Tal es kaum erwarten können, bis die Stadtbahn ihren Betrieb aufnimmt. Wir Bergler freuen uns mit ihnen auf diesen Start, trotz dem Wissen, dass der Nutzen dieser Bahn für sie viel grösser ist als für uns. Bekanntlich gibt es in den Berggemeinden zu wenige Arbeitsplätze für alle. Es ist daher zwingend, solche auswärts zu suchen. Seien diese in Zug, Luzern oder Zürich. Haben wir vom Berg nicht auch das Recht auf eine gute Verbindung zur Autobahn?
Die Nordzufahrt zur Tangente Neufeld ist ein sehr gutes Projekt für die Berggemeinden. Die Städte Zug und Baar müssten nicht mehr durchfahren werden. Das wäre eine merkliche Entlastung für diese wie auch für die Automobilisten. Also zwei Fliegen auf einen Schlag! Guido Heinrich möchte den Motionären beliebt machen, an einem schönen Tag im Ägerital zu wandern, den Weitblick in die Berge zu geniessen und diesen stets präsent zu halten. Es kann doch nicht sein, dass dieses wichtige Projekt mit solchen Argumenten verzögert wird. Der Objektkredit für das generelle Projekt des neuen Anschlusses der Berggemeinden an die Talebene mit Verbindung zur Nationalstrasse ist richtig. Wir sind jetzt gefordert, den ersten Schritt zu machen. Bis zur Fertigstellung dieses wichtigen Bauvorhabens vergehen noch mehr als zehn Jahre. Zweckmassige Strassen sind der Puls einer florierenden Wirtschaft. Sie sind ein wichtiger Stein im Puzzle des Wirtschaftskantons Zug. Helfen Sie mit, den Standort Zug weiterhin attraktiv zu gestalten. Vorausdenken und etwas erahnen sind Tugenden, die zu unserem Mandat gehören. – Die Fraktion der SVP freut sich auf Ihre Unterstützung für die Vorlagen des Regierungsrats, der Strassenbaukommission sowie der Stawiko. Besten Dank für Ihren Weitblick.

Martin **Stuber** möchte jetzt nicht zur Tangente sprechen, sondern zur Bypass-Option. Eusebius Spescha hat es schon an die Adresse von Louis Suter gesagt, der insinuiert hat, es gehe darum, den TRP Verkehr abzuändern. Das stimmt nicht. Wir wollen einfach etwas prüfen lassen. Es geht uns nicht um eine Abänderung des TRP. Und die Diskussion, ob nun der TRP zweieinhalb Jahre alt ist oder ob der Richtplan relevant ist, ist einigermassen müssig. Wir sind uns wohl einig, dass dieser TRP zweieinhalb Jahre alt ist, dass die Überlegungen, die dahinter stecken, zum Teil viel älter sind, dass das im Juli 2002 entschieden worden ist. Es ist schade, auf dieser

Ebene zu argumentieren. Wir haben in unserer Fraktion beim Richtplan bewusst darauf verzichtet, den TRP wieder hervorzuziehen, weil wir gesagt haben: Wir wollen uns auf die Richtplandiskussion konzentrieren können, auf die raumplanerischen Fragen. Von daher ist es fragwürdig, immer wieder mit diesem Jahr zu kommen. Der TRP ist zweieinhalb Jahre alt. – Zur Linienführung. Beat Villiger, Präsident der Strassenbaukommission, hat gesagt, dass er bezweifle, dass das so gebaut werden könne. Sie sehen die Situation auf der Beilage 2 der Vorlage Nr. 1247.1 – 11514. Wenn man das ohne Kreisel macht, kann man das weiter nach Westen ziehen und weiter weg von der Grundwasserzone. Lieber Beat: Wenn unser Bypass nicht gebaut werden kann, dann kann die Tangente Neufeld ganz sicher nicht gebaut werden. Und schliesslich möchte der Votant das Zweite aufnehmen, was Beat Villiger gesagt hat: Man solle die Sache prüfen. Prüfen heisst in diesem Fall aber ganz klar, dass wir diese Motion überweisen. Sonst wird nämlich nichts geprüft.

Karl **Nussbaumer** hält fest, dass es das legitime Recht der AF ist, sich gegen die Tangente Neufeld zu wehren. Sie lässt auch immer wieder verlauten: «Wir wollen keine weiteren Strassen mehr ausser dem Stadttunnel». Es ist aber ebenso das legitime Recht der Befürworter der Tangente Neufeld, sich zu wehren. Denn ohne Tangente würde nicht nur der Berg abgeschnitten, auch Baar und Zug würden nicht entlastet. Laut einer Studie Kantonstrassenplanung im Raum Zug-Baar vom Dezember 2000 gäbe das im Jahre 2020 folgende Verkehrsentlastungen (bis dahin ist die Tangente hoffentlich gebaut): Vom Talacher nach Baar 71 % von 8'100 Fahrzeugen, mit Halbriegel sogar 100 %, vom Talacher nach Zug 41 % von 12'700 und auf der Marktgasse in Baar immerhin auch 27 % von 24'600 Fahrzeugen. Die AF versucht nun, ein grosses Projekt mit einem kleinen Projekt zu verhindern, wohl wissend, dass das kleine Projekt nie kommen wird. Dies aus folgenden Gründen:

1. Die AF schlägt vor, die Stadt Zug zu Lasten der Gemeinde Baar zu entleeren. Dies sogar auf Baarer Gemeindeboden, ohne dass die Gemeinde Baar, im Gegensatz zur Tangente Neufeld, etwas davon profitiert.
2. Die AF schlägt vor, diese Alternative unterirdisch, d.h. im Grundwasser zu bauen, wohl wissend, dass alleine schon dadurch ihr Projekt auf grossen Widerstand stösst.

Diese Alternative der Alternativen ist somit keine Alternative. – Selbstverständlich wird mit dem generellen Projekt Tangente Neufeld auch die Verlängerung der Industriestrasse genau untersucht, auch in Bezug auf flankierende Massnahmen. Der Votant unterstützt den Antrag der Strassenbaukommission, die Motion nicht zu überweisen. Übrigens möchte er in Erinnerung rufen, dass die Tangente Neufeld von den Autofahrerinnen und Autofahrern bezahlt wird.

Franz Peter **Iten** weist darauf hin, dass wir alle auf diesem Erdball, alle Tiere und Pflanzen, jedes Lebewesen in unserer Atmosphäre, Raum benutzen und benötigen. Dieses räumliche Miteinander und Nebeneinander ist sinnvoll und mit der nötigen Zurückhaltung in den kantonalen Richtplan eingeflossen. Die verschiedenen Interessen wurden ausgewogen und so aufeinander abgestimmt, dass eine massvolle Entwicklung unseres Kantons ermöglicht wird. Unser Kanton soll sich entwickeln und entfalten. Jede Gemeinde soll die Möglichkeit erhalten, aus ihrer Sicht so zu wachsen, dass eine sinnvolle Entwicklung möglich wird, die für unseren Kanton volkswirtschaftlich wichtig ist. Dazu braucht es aber auch Infrastrukturen, die eine Entwicklung möglich machen. Es braucht einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, es braucht

aber auch gut ausgebaute Strassen und Wege. Die Grundlage dazu bildet der am 3. Juli 2002 vom Kantonsrat beschlossene TRP Verkehr mit den entsprechenden Prioritäten sowie der Richtplankarte. Im Rahmen der Behandlung des kantonalen Richtplans, der am 28. Januar 2004 durch den Kantonsrat beschlossen wurde, wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass nur auf den bereits genehmigten TRP Verkehr eingegangen wird, wenn sich gravierende Änderungen seit der Genehmigung ergeben würden. Da weder vom Regierungsrat noch vom Kantonsrat solche Änderungen eingebracht wurden, konnte der TRP Verkehr, wie im Juli 2002 beschlossen, in den kantonalen Richtplan aufgenommen werden, und er hat dadurch seine endgültige Verbindlichkeit erlangt.
Der Regierungsrat hat festgehalten, dass er mit allfälligen Änderungen beim kantonalen Richtplan frühestens im Juli 2006 an den Kantonsrat gelangen wird. Wenn vor diesem Zeitpunkt Änderungen beantragt werden müssten, müsse der Kantonsrat aktiv werden und entsprechende Änderungen beschliessen. Aus diesem Grunde hat der Regierungsrat z. B. auch beschlossen und dies dem Kantonsrat beantragt, dass der Stadttunnel Zug in der 3. Priorität – wie im TRP enthalten – belassen werden soll. Der Votant weist darauf hin, dass der kantonale Richtplan behördenverbindlich ist, d.h. er gilt auch für die Stadt Zug. Im Zusammenhang mit dem Fahrplan der Prioritäten 1 bis 3 ist darauf hinzuweisen, dass der zeitliche Rahmen längst nicht mehr im vorgesehenen Ablauf stimmt, die entsprechenden Vorhaben in den jeweiligen Prioritäten jedoch schon noch. Auch wenn der Fahrplan nicht mehr stimmt, berechtigt dies nicht dazu, Änderungen in den Prioritäten vorzunehmen bzw. entsprechende Vorhaben von der angestammten Priorität in eine andere zu verschieben oder eben wie es die vorliegende Motion fordert, ein neues Vorhaben in den Richtplan aufzunehmen. Die vorliegende Motion zielt dahin, die Tagente Neufeld zu verhindern, obwohl die Zweckmässigkeit im Rahmen der Diskussionen um den Teilrichtplan Verkehr aufgezeigt worden ist.
Wir müssen nun endlich Nägel mit Köpfen einschlagen und am lange diskutierten und nach wie vor ausgewogenen TRP Verkehr festhalten. Wo kämen wir denn hin, wenn wir nach Lust und Laune immer wieder das konzeptionelle Vorgehen stoppen, ändern und zum Teil total umkrempeln. Beispiele aus der Wirtschaft gibt es viele, wo Strategieänderungen zum Teil keine oder nur sehr kleine Verbesserungen gebracht haben, und wenn, dann auf Kosten des Personals (die Swiss lässt grüssen). Nur wenige Firmen (und dies vor allem Grosskonzerne) haben aufgrund solcher Änderungen erfolgreich reüssiert. Wenn die Motionäre in der Motion festhalten, dass «der Nutzen der Tangente Neufeld in keinem Verhältnis zu den Kosten steht – sowohl finanziell bezüglich Landverbrauch wie auch bezüglich schwerwiegender Beeinträchtigung eines wichtigen Naherholungsgebiets», so kann dies so nicht stimmen, wenn man jeweils im Stau durch die beiden Zentren Baar und Zug steht, wie Franz Peter Iten dies aus eigener Erfahrung immer wieder erleben muss. Dass sich die sieben bürgerlichen Kantonsräte, zu denen auch der Votant gehört, darüber geärgert haben, dass seitens der AF die Realisierung der Tagente Neufeld mit allen Mitteln verhindert werden soll, ist für Direktbetroffene wohl verständlich und hat wenig damit zu tun, dass wir die Diskussion und die demokratische Auseinandersetzung gleich abwürgen wollen. Wir brauchen die Tagente Neufeld, sie ist für die Berggemeinden wichtig und dringend notwendig. Die Berggemeinden brauchen nicht nur den direkten Anschluss an die Talebene und an die Autobahn, sondern vor allem auch den Anschluss an die Stadtbahn durch eine direkte Buslinie, die nicht im morgendlichen Stau stecken bleibt. Die Entflechtung des Verkehrs ist dringend notwendig und darf nicht verzögert werden. Es darf aber auch nicht sein, dass in Zukunft das Wohn- und Arbeitsgebiet Inwil/Grienbach verkehrstechnisch nicht erschlossen werden kann, dass die Stadt

Zug nicht auf einfache und wirkungsvolle Art vom Bergverkehr befreit werden soll, und dass schliesslich die Stadt Baar auch in Zukunft weiterhin durch den chronischen Umweg- und Schleichverkehr vom Berg belastet wird. Wir, alle Zugerinnen und Zuger, brauchen die Tagente Neufeld zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs, zu Gunsten der Pendler aus den Berggemeinden, zu Gunsten der Entlastung von Zug und Baar, zu Gunsten des Industriegebiets Inwil/Baarermatte und schlussendlich allgemein zu Gunsten des Wirtschaftsstandorts Zug. Nicht vergessen dürfen wir bei unserer Beurteilung, dass die neue Nordzufahrt und das Kammerkonzept wesentliche Bestandteile der Entflechtung des Verkehrs sein werden. – Aus diesen Gründen bittet der Votant den Rat, diese Motion nicht zu überweisen und die Anträge der Strassenbau- und Raumplanungskommission zu unterstützen.

Rudolf **Balsiger** wendet sich an die Motionäre und meint, die Bürgerlichen hätten schon Ziele. Eines davon ist die Realisierung der Entflechtung des Verkehrs mittels des Richtplans. Wir verweigern auch nicht die Diskussion, wie das in der Zeitung kolportiert worden ist. Aber diese Diskussion hat vor über zwei Jahren stattgefunden und hat sich gezeigt bei der Abstimmung über den Richtplan. Und als demokratische Parlamentarier halten wir uns daran und erwarten das auch von Ihnen. Wenn der Votant diese Motion anschaut, scheint ihm, dass das Ziel der Weg sei. Und der Wegweiser kommt mit. Aus diesem Grunde ersucht er den Rat, die Motion nicht zu überweisen.

Berty **Zeiter** wird zur Tangente erst später Stellung nehmen. Aber jetzt möchte sie als Baarerin Karl Nussbaumer doch noch eine kurze Antwort geben, wenn er sagt, dass die Baarer von unserem Projekt, das wir zur Zweckmässigkeitsprüfung vorschlagen, nicht profitieren werden. Inwil gehört auch zu Baar, und wir denken für beide Ortsteile.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die Regierung usanzgemäss zu Überweisungen von Motionen nicht Stellung nimmt. Aber: Es ist doch wohl ein Unterschied, ob die Tangente Neufeld auf dem Terrain gebaut wird, wo Grundwasser vorhanden ist, oder wie die Motion vorschlägt, die Strasse unterirdisch im Grundwasser zu bauen.

➔ Der Rat beschliesst mit 60 : 14 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

491B VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMS 2004-2011, KREDITBEGEHREN PR 21, OBJEKTKREDIT FÜR DAS GENERELLE PROJEKT DES NEUEN ANSCHLUSSES DER BERGGEMEINDEN AN DIE TALEBENE MIT VERBINDUNG ZUR NATIONALSTRASSE A 40-TANGENTE NEUFELD

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1247.1 – 11514), der Strassenbaukommission (Nr. 1247.2 – 11546) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1247.3 – 11552).

Beat **Villiger**, Präsident der Strassenbaukommission, verweist bei diesem Geschäft in erster Linie auf die ausführlichen Berichte und Anträge der Regierung, der Strassenbaukommission und der Stawiko. Es wird für die Ausarbeitung des generellen Projekts ein Kredit von 3,2 Mio. Franken beantragt. Namens der Strassenbaukommission und auch der CVP-Fraktion bittet der Votant den Rat, den Kredit für die Ausarbeitung des generellen Projektes zu genehmigen. Auf die Wichtigkeit und die Grundlagen hat er bereits hingewiesen. Es geht um die Erarbeitung der notwendigen Unterlagen, um später, das heisst in ca. zwei Jahren, über den eigentlichen Planungskredit befinden zu können. Nachdem bereits die Behördendelegation Zug-Baar mit Unterstützung der Baudirektion umfangreiche Abklärungen und Planungen vorgenommen hat, können heute bezüglich Tangente Neufeld schon relativ verbindliche Angaben über Linienführung, Landschaftsschutz, Kosten usw. gemacht werden. Nachdem das Projekt die vorgegebenen Entwicklungsstufen bereits durchlaufen hat, weisen die Pläne der Studie B2 einen technisch hohen Bearbeitungsstand auf. Bei einem generellen Projekt waren wir bezüglich Unterlagen noch nie so weit wie bei diesem Projekt. Und diese sollten für die UVP und den Verkehrsplanern als Grundlage für ihre Untersuchungen und zwecks Kosteneinsparungen zur Verfugung gestellt werden müssen. Beat Villiger ist nach wie vor der Auffassung, dass weitere Optimierungen dadurch mit einem begrenzten Aufwand weiterentwickelt werden können. Das heisst nicht, dass wir schon heute ein generelles Projekt haben. Aber immerhin sind wesentliche und nachhaltige Abklärungen bereits gemacht worden. So wird bei der Weiterentwicklung des Projekts Wert auf Abklärungen bezüglich Verkehrsanbindungen, Knotenpunkte, Ökologie, Verkehrszählungen, Kosten, Signalisationen, Lärmschutz usw. gelegt. Geprüft werden auch mögliche Etappierungen, damit wir dann später auch darüber genau darüber befinden können. Die Strassenbaukommission ist bei Etappierungen eher der Meinung, dass man dann den Kredit für das gesamte Bauprojekt bewilligen sollte und daraus Etappierungen ableiten könnte. – Für die Kommission ist es auch wichtig, dass bereits im Rahmen des generellen Projekts die Projektrisiken erkannt und die so genannten Killerkriterien ausgeschaltet werden, damit nicht dann in der Ausführungsphase zeitraubende und kostentreibende Korrekturen notwendig werden. Aus den Erfahrungen des Projekts Nordzufahrt können auch Verbesserungen für die Tangente Neufeld abgeleitet werden.
Der Votant hatte am letzten Montag an einer Veranstaltung in Inwil zum Projekt Tangente Neufeld die Möglichkeit, das Projekt und die Absichten gemäss Richtplan vorzustellen. Das Interesse war gross und es hat ihm gezeigt, dass man gut daran tut, die betroffenen Kreise wie Anwohner, Landeigentümer usw. möglichst früh zu informieren und einzubinden. Er könnte sich dabei sehr gut vorstellen, wenn schon im generellen Projekt und dann erst recht bei der Ausführungsplanung und Realisierung eine aussenstehende Koordinationsstelle mit folgenden Aufgaben betraut würde:

- Informationswesen
- Einbinden der Landeigentümer und Abschluss z.B. von Vorverträgen
- Einbinden der Nachbarschaft
- Einbinden der Mitwirkungsgruppen.

Beat Villiger hat in Inwil keine Frontalopposition spüren müssen. Es war durchaus auch Verständnis für das Herbeiführen von Lösungen in der Verkehrspolitik vorhanden. Aber der einmütige Wunsch war der, dass man auf dem Laufenden gehalten werde und dass man z.B. die an dieser Info-Veranstaltung genannten Fragen und Vorschläge der Baudirektion weiterleite, was der Votant in den nächsten Tagen selbstverständlich noch schriftlich nachholen wird.
Ich komme nochmals auf die derzeitige unhaltbare Verkehrssituation zurück. Diese müsste sich mit der Inbetriebnahme der Stadtbahn etwas entschärfen. Die Tatsache ist dennoch, dass wir ausser der Nordzufahrt in den nächsten gut zehn Jahren kaum Verbesserungen im Verkehrsbereiche erhalten werden und der Individualverkehr kaum abnehmen wird. Insofern bittet Beat Villiger den Regierungsrat, dieser Situation die nötige Beachtung zu schenken. Das heisst, dass man Massnahmen für ein vermehrtes Benutzen der öffentlichen Verkehrsmittel treffen muss, bis hin zu Park and Ride-Plätzen. Andererseits muss man nun, wenn möglich nochmals auf dem Verhandlungsweg, versuchen und alles daran setzen, den Baubeginn für die Nordzufahrt zu ermöglichen und die Planungszeiten bei Grossprojekten bis zur Ausführungsreife zu verkürzen. Die Strassenbaukommission wird sich über Beschleunigungsfragen noch unterhalten. Z.B. wäre es möglich, mit der Genehmigung des generellen Projekts gleichzeitig den Planungs- und Baukredit zu bewilligen. – Vorerst aber vielen Dank, wenn Sie dem Kredit und den gestellten Anträgen zustimmen.

Barbara **Strub** möchte den Rat als Vertreterin einer Berggemeinde bitten, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Dies aus folgenden Gründen: Schon heute sind sehr viele Einwohner unserer Berggemeinden auf Arbeitsplätze im Tal, z.B. im Göbli, im Industriequartier Zug/Baar, im Ennetsee oder gar in den Kantonen Luzern und Zürich angewiesen. Auch bei einem massvollen Bevölkerungswachstum werden es Jahr für Jahr mehr Pendler sein, welche sowohl mit Bus und Bahn wie auch mit den privaten Verkehrsmitteln ihre Arbeitsplätze erreichen müssen. Dies sollte für alle möglichst ohne Staustress zu bewältigen sein. Schon heute werden die Wohnquartiere in Baar und Zug tagtäglich von Autokolonnen, welche den Weg zu den grossen Verkehrsachsen suchen, geplagt. Auch die Busse stehen in diesen Kolonnen. Verspätungen sind an der Tagesordnung. Dazu kommt, dass dies für die vielen Anwohner der stark besiedelten Quartiere eine grosse Belastung und für die Pendler aus den Berggemeinden unangenehm ist. Die Tangente Neufeld soll als neue Hauptverkehrsstrasse für Bus und Individualverkehr die Berggemeinden mit dem Tal verbinden. Sie wird die Ost –West-Achse in unserem Kanton sein. Sie wird die Qualität des Siedlungsraums Zug mit den Berggemeinden zusammen als attraktiven Wohn- und Arbeitsraum der «kurzen Wege» fördern. Es ist Zeit, nach der Stadtbahn auch die Verkehrswege vom Berg zum Tal der Entwicklung im Kanton Zug anzupassen. Die Solidarität, welche beim Entscheid für die Stadtbahn auch von den Berggemeinden mitgetragen wurde, sollte nun auch für dieses Anliegen umgekehrt mitspielen. Ohnehin wird es noch viele Jahre dauern, bis die Ägerer und Menzinger einen direkten Anschluss an die Stadtbahn und die A 4 erhalten. In diesem Sinne bittet die Votantin den Rat, auch im Namen der FDP-Fraktion, auf den Antrag einzutreten und der Vorlage, wie sie die Strassenbaukommission vorschlägt, zuzustimmen.

Eusebius **Spescha**: Es wird Sie kaum überraschen, dass die SP dem vorliegenden Planungskredit mehrheitlich nicht zustimmen wird. Trotzdem wird die heutige Schlussabstimmung zu keiner Überraschung führen. Die Meinungen sind gemacht. Dieser Kredit wird mit eindeutiger Mehrheit angenommen werden. Wenn der Votant mit seinen Ausführungen also das Ziel hätte, ein anderes Abstimmungsresultat zu erzielen, könnte er gleich einpacken. Ihm geht es aber um etwas anderes. – Das Projekt der Tangente Neufeld wirft viele Fragen auf. In der Vorlage des Regierungsrates wird keine davon beantwortet, obwohl entsprechende Sachinformationen durchaus vorhanden sind. Wir haben es mit einer eigentlichen Mangelvorlage zu tun. Sie können diese Fragen heute unbeantwortet lassen. Aber in ein paar Jahren – beim bisherigen Planungstempo des kantonalen Tiefbaus wird dies vermutlich knapp vor Ende dieses Jahrzehnts der Fall sein – werden Sie mit diesem Geschäft in eine Volksabstimmung gehen müssen. Dann werden Glaubensbekenntnisse nicht genügen. Das Volk wird Fakten sehen wollen. Sie tun deshalb gut daran, unsere Fragen und Einwände ernst zu nehmen.
1. Wir gleisen eine Planung auf für ein Projekt von ca. 150 Mio. Franken, ohne dass wir den Nutzen dieses Projektes kennen. Die Tangente Neufeld wird nach den uns zugänglichen Daten von einigen Tausend Fahrzeugen täglich befahren werden – oder wenn sie es noch deutlicher haben wollen – 200-300 Fahrzeugen pro Stunde. In anderen Kantonen wäre dies niemals eine Kantonsstrasse (üblicherweise geht man für eine Kantonsstrasse von einem Mindestverkehr von 10'000 Fahrzeugen täglich aus). Wie lassen sich 150 Mio. Investition für diese geringen Verkehrsfrequenzen rechtfertigen?
2. Es gibt in diesem Gebiet tatsachlich ein schwer wiegendes Verkehrsproblem: Die Erschliessung des Gewerbegebiets Baarermatte ist völlig ungenügend. Sie ist so mangelhaft, dass eine Überbauung raumplanungsrechtlich eigentlich gar nie hätte bewilligt werden dürfen. Nun, die Baarermatte ist überbaut, der Verkehr ist da. Die vernünftigste Linienführung zur besseren Erschliessung ist dem Kanton und den beiden Gemeinden auch schon seit Längerem bekannt. Es ist völlig unverständlich, wieso diese Etappe nicht vorgezogen angepackt wird. Anwohner-/innen und Gewerbe werden seit Jahren vertröstet und werden offensichtlich noch für weitere Jahre vertröstet werden. Wir erwarten spätestens beim Projekt klare Aussagen zur Etappierung.
3. Die Tangente Neufeld wird eine heute grüne Landschaftskammer zerstören. Die landschaftspflegerische Begleitplanung wird dies zwar etwas mildern. Der Schaden der Landschaftszerstörung wird dennoch gross sein. Wie rechtfertigen sie dies?
4. Die Tangente führt hart an Wohnquartieren vorbei. Ohne Not werden gegen zwei Tausend Menschen mit neuen Immissionen beglückt. Wie erklären sie dies den Betroffenen?
Eine bessere Erschliessung der Baarermatte ist notwendig und wäre eigentlich auch dringlich. Für die gesamte Tangente Neufeld gibt es keine sachlich überzeugenden Argumente. Deshalb sehen wir keinen Sinn darin, mehr als 3 Mio. Franken für die Planung zum Fenster raus zu werfen. Die Mehrheit der SP-Fraktion wird deshalb diesen Planungskredit ablehnen.

Berty **Zeiter** meint, es sei allseits bekannt, dass die AF sich gegen dieses Projekt wehrt. Sie möchte die Gründe für diese Haltung aber noch einmal darlegen.
▪ Die neue Hochleistungsstrasse zerschneidet und zerstört das wichtige Naherholungsgebiet von Baar und Inwil.

▪ Die Lärm- und Schadstoffemissionen werden mit dem Bau dieser Strasse in keiner Weise reduziert, sondern nur verlagert.
▪ Mit dem Bau eines attraktiven Zubringers auf die Autobahn wird neuer Verkehr generiert aus den Berggemeinden selbst wie auch aus dem schwyzerischen und zürcherischen Hinterland. Dem touristisch orientierten Ägerital wird dies nicht förderlich sein. Oder fragen Sie Dorfbewohner von Menzingen, wie sie mit weiterem zusätzlichem Verkehr durch das enge Dorf fertig werden sollen.
▪ Durch den Bau eines direkten Zubringers auf die A4 gewinnen die Berggemeinden zusätzliche Attraktivität für Pendler in die Regionen Zürich und Luzern. Der heute schon zu beobachtende negative Trend, dass sich die Berggemeinden zunehmend von Wohn- zu Schlafgemeinden entwickeln, würde durch die Tangente Neufeld stark und wohl unwiderruflich beschleunigt.
▪ Es ist ein Trugschluss, dass Baar und Zug auf die Dauer vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Überall, wo Strassen vom Verkehr entleert werden, entsteht eine Sogwirkung, so dass innert weniger Jahre wieder das gleiche Verkehrsaufkommen herrscht. Konkrete Beispiele für die Wirkungslosigkeit dieser Entlastungen sind der Dorfkern Baar und die Durchfahrt durch Cham.
▪ Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, dass bürgerliche Politikerinnen und Politiker auf bessere Strassenverbindungen pochen für die Berggemeinden. Schliesslich können die aktuell grossen Strassenprojekte wie Nordzufahrt und Kammerkonzept Ennetsee nur mit Unterstützung der Berggemeinden durchgepaukt werden. Aber das darf uns in der heutigen finanziell angespannten Lage nicht davon abhalten, die Zweckmässigkeit und das Kosten-Nutzen-Verhältnis genau anzuschauen. Und das stimmt nun mal nicht beim aktuellen Verkehrsaufkommen vom Berg auf die Autobahn. Es ist offensichtlich, ein Blick auf den Plan in unserer Motion genügt. Eine Zweckmässigkeitsprüfung und eine seriöse Kosten/Nutzen-Analyse drängt sich geradezu auf, bevor Millionen in die Planung gesteckt werden.
▪ Für die Berggemeinden und den Busverkehr zwischen ihnen und der Stadtbahn wird auch der geplante Stadttunnel von grosser Bedeutung sein. Dass der ÖV ungenügend sei, kann die Votantin durch eigene Erfahrung widerlegen: Seit sechs Jahren macht sie ihren Arbeitsweg von Baar auf den Berg mit dem Bus. Ihr Vorgesetzter wohnt in Cham, arbeitet seit zehn Jahren auf dem Berg und besitzt kein Auto – und es geht!
Wohl allen wird langsam bewusst, dass die Erdölförderung irgendwann in den nächsten vier bis acht Jahren den Zenith überschreitet. Danach wird das Öl nur noch knapper und logischerweise nur noch teurer. Teuer müssen uns aber auch unser Boden, unser Lebensraum, unsere Luft zum Atmen sein, denn auch sie werden zunehmend knapper. Aktive Verkehrspolitik heisst in diesem Umfeld, nach neuen, innovativen Lösungen zu suchen. Ein erstes positives Beispiel haben wir ja mit der Stadtbahn. Weitere solche zukunftsweisenden Projekte müssen jetzt folgen. Ein Nein zur Tangente Neufeld ermöglicht dieses Umdenken. Deshalb beantragt Ihnen die AF, auf die Vorlage nicht einzutreten. Falls der Kantonsrat Eintreten beschliesst, werden wir die Rückweisung an den Regierungsrat beantragen. 100'000 Franken der insgesamt 3,2 Mio. für das generelle Projekt sind vorgesehen, um eine Zweckmässigkeitsstudie zu erstellen. Wir finden es unsinnig, die Zweckmässigkeit erst innerhalb des generellen Projektes zu erheben. Diese gehört vorher gemacht. Gerne hätten wir mit unserer Motion eine zweite Studie veranlasst, um danach eine umso klarere Entscheidungshilfe zu haben.

Anna **Lustenberger-Seitz** ist es als Baarerin ein Anliegen, die Besorgnis vieler Baarerinnen und Baarer zum Ausdruck zu bringen. Als ihre Familie vor 17 Jahren nach Baar zog, wohnte sie mit Blick auf eine grüne Wiese. Vor dem Haus befand sich eine grosse Landwirtschaftsfläche, welche sich bis zur Lorze erstreckte. Heute lebt sie immer noch in der gleichen Wohnung, aber mitten in einem dicht besiedelten Quartier. Sie hat dies auch akzeptiert, denn die Lage in Bahnhofsnähe ist ihr nach wie vor wichtig. Viele grüne Flächen in Baar sind in der Zwischenzeit verschwunden. Das Naherholungsgebiet ist zwar immer noch nah, aber es rutscht weiter und weiter weg. Nun beabsichtigt der Kanton, ein sehr wichtiges Naherholungsgebiet zu zerstören. Zwischen Baar und Inwil trifft man tagtäglich Leute an, junge Eltern mit ihren Kindern, ältere Menschen, für welche diese Strecke zum Spazieren noch machbar ist. Mit dem Wechsel der Jahreszeiten kann dort noch Natur pur erlebt werden. Der Lärm der nahe gelegenen Strassen ist erträglich. Daher ist jetzt dort noch Erholung möglich. Inwil selber ist ein Quartier mit Charme. Es lässt sich dort angenehm leben. Die Votantin ist sicher: Mit der neuen Strasse wird auch dies anders werden. Die Lärmbelastung wird massiv zunehmen. Stellen Sie sich nur vor: In der Steigung werden alle Autos schalten müssen, auch die Lastwagen auf der zusätzlichen Kriechspur. Die Abgase werden nicht am Strassenrand Halt machen. Abgase also im Dorf, zusätzlich noch auf der neuen Strasse im stark veränderten Naherholungsgebiet. Zudem mehr Luftbelastung auch im Ägerital. Warum sind wir nicht bereit, zu unserer Gesundheit mehr Sorge zu tragen? Das Verkehrsaufkommen wird zunehmen. In Stosszeiten werden Autos auf der neuen dreispurigen Strasse den Berg hinauf wollen, aber auch Autos auf der herkömmlichen Strasse von Baar her. Irgendwo wird aber alles wieder nur zweispurig. Der Rückstau ist vorprogrammiert, ins Dorf Baar hinunter und auf der neuen Tangente selber. Es werden Verhältnisse herrschen wie beispielsweise heute schon in Sihlbrugg. Z.B. wenn es heisst «Unterägeri hell», wenn also alle unter dem Nebel nach Unter- und Oberägeri, nach Menzingen wollen, und das gibt es halt hie und da.
Anna Lustenberger möchte noch auf eine Bemerkung eingehen, die in letzter Zeit immer wieder gemacht wird. Man pocht auf den verabschiedeten Richtplan und lässt nichts anderes mehr zu. So haben Sie auch jetzt unsere Motion für ein alternatives, aber viel kostengünstigeres Projekt nicht überwiesen. Die linke Ratsseite hat diesem Richtplan mehrheitlich nicht zugestimmt. Und viele Zugerinnen und Zuger hätten es auch nicht. Hätten wir die Möglichkeit zum Referendum gehabt, wäre es sicher zustande gekommen. Aber eben, es war ja nur der Richtplan. Gerade von bürgerlicher Seite wurde immer wieder betont, der Richtplan gebe nur die Richtung vor, mehr nicht. Und jetzt wird auf einmal aus dem Richtplan eine sakrosankte Richtschnur gemacht.
Noch etwas zu den Folien, welche der Baudirektor jeweils benützt, wenn er das Projekt vorstellt, z.B. letzten Mai in Baar. Zu diesem Projekt wird eine wunderschöne grosse und grüne Landschaft zwischen Baar und Inwil gezeigt. Dazwischen ein grauer Streifen, welcher eher einem Gartenweglein gleicht als einer dreispurigen Strasse. Die vereinzelten Autos wirken darauf wie verirrte Gartenzwerge. Die Votantin ist sicher, dass sich die Baarerinnen und Baarer, aber auch viele andere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht irreführen lassen. Die grüne Matte zwischen Baar und Inwil ist uns viel wert; eine breite Strasse, welche die Landschaft zerschneidet, braucht es nicht.

Thomas **Lötscher**. Wir haben von den Vorrednern gehört, dass es einerseits zu viel Verkehr hat und anderseits für eine Kantonsstrasse zu wenig. Der Votant möchte

dazu etwas Grundsätzliches zu bedenken geben. Regelmässig arten Diskussionen über den Verkehr in diesem Rat zu Glaubenskriegen pro und kontra öffentlichen und individuellen Verkehr aus. Das ist grundfalsch. Denn keiner von beiden ist in der Lage, die Verkehrsnachfrage zu befriedigen. Diese Diskussion bringt uns nicht weiter. Wir brauchen wirklich beide Verkehrsträger. Und wenn wir von den Berggebieten sprechen: Wenn wir den Berggemeinden jenen Standard des öffentlichen Verkehrs bieten wollten, wie wir ihn im Tal unten haben, mit der Stadtbahn und dem engen Taktfahrplan, könnten wir das schlicht und einfach nicht bezahlen. Wir können nicht nach Neuheim und Menzingen einen 7,5 Minuten-Takt durchziehen. Also bleibt uns in diesem Bereich wirklich nichts anderes übrig als der Individualverkehr. Und wenn wir jetzt noch von der Luftbelastung sprechen, dann ist schon lange bekannt, dass ein Verkehr, der fliesst, bei der gleichen Anzahl Auto weniger Schadstoffe ausstösst als ein Verkehr, der steht oder stottert.

Karl **Nussbaumer** wendet sich an Berty Zeiter und meint, es seien nicht alle in der glücklichen Lage, auf einer Gemeindeverwaltung arbeiten zu können, wo man kommen und gehen kann, wie man will. Es gibt Leute mit geregelten Arbeitszeiten, und auch Handwerker, die nicht auf den öffentlichen Verkehr umsteigen können. Wo ist da die Solidarität? Unterstützen Sie darum diesen Strassenkredit!

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: 80 Kantonsräte – 80 Strassenbauspezialisten. Wir werden Grundeigentümer, Nachbarn, die Gemeinden Baar und Zug orientieren und ganz sicher mit einbeziehen. Aber lassen Sie uns doch nun mit dem generellen Projekt vorerst vertieft in die Details gehen! – Zu Eusebius Spescha: Fragen Sie sich doch einmal, wo wir heute stehen! Wir stehen vor dem generellen Projekt. Mit diesem werden wir Ihnen die Fragen sicher beantworten. Zudem sind Zahlen meistens Glücksache. Laut der zitierten Studie vom Dezember 2000 werden die Reduktionen des Verkehrs im Jahre 2020 immerhin 71 % von 8'100 vom Talacher nach Baar, 41 % von 12'700 Fahrzeugen vom Talacher nach Zug, und auf der Marktgasse immerhin noch 27 % von 24'600 Fahrzeugen. – Berty Zeiter: Lassen Sie uns doch gerade mit diesem generellen Projekt die flankierenden Massnahmen prüfen, damit wir sie Ihnen aufzeigen können! Und zudem: Stau trägt auch nicht unbedingt zur besseren Luft bei. – Der Votant findet es schade, dass Eusebius Spescha das Tiefbauamt verunglimpfen muss, und das ausgerechnet heute.

➔ Der Rat beschliesst mit 64 : 13 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass noch folgender Rückweisungsantrag der AF vorliegt:
«Rückweisung der Vorlage an den Regierungsrat mit dem Auftrag, vor der Ausarbeitung des generellen Projekts dem Kantonsrat eine Zweckmässigkeitsstudie vorzulegen.»

Martin **Stuber** weiss nicht, ob der Baudirektor mit seiner Bemerkung, wonach Zahlen Glückssache sind, in der weiteren Zukunft glücklich werden wird. Diese Aussage ist nämlich sehr breit interpretierbar. – Mit dem 3,2 Millionen-Kredit für die Tangente

Neufeld wird das Pferd am Schwanz aufgezäumt. Bereits wurden für die bisherigen Planungsarbeiten eine halbe Million Franken ausgegeben. An der grossen Informationsveranstaltung vom 5. Mai dieses Jahres in Baar hat der Votant den Kantonsingenieur gefragt, ob denn neben all den technischen Abklärungen, welche Sie in der Vorlage detailliert dokumentiert finden, auch abgeklärt worden sei, was denn dieses Projekt verkehrsmässig in Zahlen bringe. Die Antwort war: Diese Zahlen habe er nicht, das sei auch nicht sein Auftrag gewesen. Wenn Sie dann die Vorlage studieren, finden Sie auch keine Auskunft darüber, welche Verkehrsumlagerungen dieses Projekt zur Folge hätte. Auf S. 8 heisst es z.B. einfach: «Mit diesen zwei Projekten werden die Zugerstrasse in Baar und die Baarerstrasse in Zug entlastet.» Die interessante Frage wäre jetzt eigentlich, wie stark diese Entlastung ist. Auf S. 14 findet sich schliesslich im untersten Abschnitt die entscheidende Aussage: «Eine Zweckmässigkeitsbeurteilung wird den Vergleich des Verkehrsnetzes im Betriebszustand 2020 mit und ohne Tangente Neufeld aufzeigen und somit als Entscheidungshilfe dienen.» Als Entscheidungshilfe wozu fragen wir. Die Antwort liegt eigentlich auf der Hand, nämlich um entscheiden zu können, ob dieses 150 Mio. teuere Bauwerk verkehrsmässig überhaupt einen Sinn macht. Wäre es nicht gescheiter, diese Frage zu beantworten, bevor eine halbe Million Franken für technische Abklärungen und mit dem vorliegenden Kredit weitere 3,2 Mio. unter Umständen für nichts ausgegeben werden? Immer wird in diesem Rat vom Sparen gesprochen. Von der Stawiko zuerst, das ist auch ihre Aufgabe. Aber was tut die Stawiko bei dieser Vorlage? Bei haushälterischem Umgang mit unseren Finanzen müsste doch sicherlich zuerst die Zweckmässigkeit und das Verhältnis von Kosten zu Nutzen abgeklärt und erst dann allenfalls Geld verplant werden. Der Verdacht, dass in der momentanen Stimmung grosse Strassenvorlagen offenbar vom Spartrieb ausgenommen sind, taucht auf.
Wir haben noch einen anderen Verdacht. Es gibt nämlich Zahlen, und zwar sehr interessante. Aber die möchte man im jetzigen Moment lieber noch auf der Seite lassen, weil sie das Projekt gefährden würden. Es ist kein Zufall, dass die Grafik, welche wir als Beilage zu unserer Motion verteilen liessen, in keinem offiziellen Dokument erscheint. Sie war im ersten Zwischenbericht der Mitwirkungsgruppe Kantonsstrassenplanung im Raum Zug/Baar noch enthalten. Im zweiten war dann nur noch die dazugehörende grosse und schwierig zu lesende Zahlentabelle drin. Und im Schlussbericht nicht einmal mehr diese Tabelle. Honi soit qui mal y pense! Diese Grafik zeigt nämlich zwei Dinge sehr deutlich: Erstens suchen nicht sehr viele Autos vom Berg den Weg auf die Autobahn. Das sind heute nicht mal 2'000 Autos pro Tag. Das ist weniger als ein Viertel des gesamten Verkehrs vom Berg. Zweitens: Der Löwenanteil des Verkehrs vom Berg ins Tal ist Ziel/Quellverkehr in die Städte Baar und Zug. Das heisst, dieser Verkehr geht in die Städte hinein und nicht auf die Autobahn. Das sind die realen Verhältnisse. Die Tangente Neufeld bringt nur eine Umverlagerung des Verkehrs, keine Entflechtung. Im besagten Schlussbericht aus dem Jahr 2000 sind Belastungsveränderungen auf wichtigen Abschnitten ausgewiesen. Auf S. 18 finden Sie diese Zahlen. Es gibt darin genau einen Strassenabschnitt, der eine wirklich massive Verkehrreduktion aufweist, und interessanterweise kommt der Baudirektor auch immer mit dieser Zahl, das ist die Ägeristrasse in Baar mit minus 71 %. Das ist aber der einzige Strassenabschnitt, wo es wirklich eine merkliche Reduktion gibt. Auf der Marktgasse in Baar sind es nur noch minus 27 %. Das merken Sie gar nicht! Ein Viertel Reduktion bei einem grossen Verkehrsvolumen merken Sie nicht. Was die Baarerinnen und Baarer aber merken werden, dass wegen des prognostizierten Verkehrswachstums diese minus 27 % nachher in absoluten Zahlen fast keine Reduktion darstellen werden im Jahr 2020. Sie haben zwar eine Reduktion gegenüber heute. Aber wenn dann die Tangente mal stehen würde, falls sie je

gebaut wird, haben die Leute an der Marktgasse in absoluten Zahlen praktisch den gleichen Verkehr wie heute. Ähnlich ist es auf fast allen anderen Abschnitten. Wir prophezeien Ihnen heute: Sie produzieren eine weitere teure Planungsleiche, wenn Sie nicht vorgängig die Zweckmässigkeit seriös und umfassend abklären. Die Rede war offenbar in einer Kommission von 20 Mio. Franken für die gesamte Planung der Tangente Neufeld bis zum Auflageprojekt. Das ist so viel, wie heute in den Schubladen für die Umfahrung Zug/Baar ruht. – Unterstützen Sie deshalb unseren Antrag auf Rückweisung und Abklärung der Zweckmässigkeit.

Andrea **Hodel**: Wir haben nun eine Stunde lang Fundamentalopposition abgehört und die Votantin freut sich, wenn wir nun mit dem generellen Projekt beginnen können nach einem klaren Abstimmungsresultat.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** zu Martin Stuber: Wir haben ja Vorabklärungen gemacht, die Sie selber zitieren. Wieso wollen Sie diese denn nun plötzlich negieren? Wir werden mit dem generellen Projekt die flankierenden Massnahmen aufzeigen, z.B. einen Halbriegel im Margel. Und das Sparargument können Sie definitiv vergessen, weil die Tangente Neufeld von den Autofahrern und -fahrerinnen gezahlt wird.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass für den Rückweisungsantrag eine Zweidrittelsmehrheit notwendig ist.

➔ Mit 11 befürwortenden Stimmen scheitert der Rückweisungsantrag.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag der Regierung, der auf S. 16 der Vorlage aufgeführt ist, auch von Stawiko und Strassenbaukommission unterstützt wird.

➔ Der Rat schliesst sich dem Regierungsantrag für einen Objektkredit mit 60 : 12 Stimmen an.

492 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DEN RECHTSSCHUTZ IN VERWALTUNGSSACHEN (TEILREVISION VON § 55 BETREFFEND UNVEREINBARKEITSREGELUNG FÜR DIE MITGLEIDER DES VERWALTUNGSGERICHTS)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Verwaltungsgerichts (Nrn. 1240.1/.2 – 11494/95) und der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1240.3 – 11544).

Othmar **Birri**, Präsident der Justizprüfungskommission, weist darauf hin, dass das Geschäft auch in der erweiterten Justizprüfungskommission unbestritten war. Er bittet den Rat deshalb, dem Geschäft zuzustimmen, und möchte dem Verwaltungsgerichtspräsidenten für seine schriftliche und mündliche Orientierung sowie dem Gerichtsschreiber Aldo Elsener danken.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1240.4 – 11588 enthalten.

493 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 25. November 2004

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

36. SITZUNG: DONNERSTAG, 25. NOVEMBER 2004
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

494 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Regula Töndury, Zug; Manuel Aeschbacher und René Bär, beide Cham; Andreas Huwyler, Hünenberg.

495 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass das Büro des Parlaments des Kantons Appenzell heute den Zuger Kantonsrat besucht und gemeinsam mit ihm das Mittagessen einnehmen wird.

- Er begrüsst eine Delegation des Vereins für Arbeitsmassnahmen (VAM), welche die Ratsdebatte bis zur Kaffeepause verfolgen wird.

- Er weist darauf hin, dass nun Adolf Eder, Leiter der Fachstelle Sicherheit beim Hochbauamt, und Hugo Halter, stellvertretender Polizeikommandant, den Rat über Sicherheitsaspekte im neu restaurierten Kantonsratssaal orientieren werden. (Adolf Eder und Hugo Halter informieren den Rat über bauliche und organisatorische Sicherheitsmassnahmen.)

- Der Kantonsratspräsident erinnert den Rat daran, dass er kürzlich einer Änderung des Organisationsgesetzes zugestimmt und damit ermöglicht hat, dass die administrative Leitung der Staatskanzlei von der Funktion des Landschreibers getrennt wird. Der Regierungsrat hat mit Wirkung ab 15. November 2004 Urs Fuchs, bisheriger

stellvertretender Leiter der Staatskanzlei, zum neuen Leiter gewählt. Er wird Sie jetzt in die Geheimnisse der Mikrophontechnik im neu eingerichteten Saal einweihen. (Urs Fuchs orientiert den Rat darüber, wie man sich am Rednerpult das Mikrophon richten soll und dass die Elektronik sich an die verschiedenen Stimmen und Lautstärken anpassen kann.)

- Peter Rust weist darauf hin, dass Gesundheitsdirektor Joachim Eder sich nach der Kaffeepause entschuldigen lässt, weil er an der Herbsttagung der Gesundheitsdirektorenkonferenz teilnehmen und dort ein Referat halten wird. – Sicherheitsdirektor Hanspeter Uster kann wegen Krankheit nicht an der Sitzung teilnehmen.

496 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28. Oktober 2004.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Submissionsgesetz (SubG).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1277.1/.2 – 11585/86).

3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zum Konkordat vom 19. April 2004 über die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1274.1/.2 – 11580/81).

3.3. Umsetzung der aktualisierten Finanzstrategie 2004 bis 2010: Wachstumsabschwächungen des Personalaufwands und der Beiträge mit Zweckbindung.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1280.1/.2 – 11592/93).

4. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1273.1 – 11572).
5. Wahl von zwei ausserordentlichen Ersatzmitgliedern beim Obergericht in den Verfahren SO 2004/5-7 und SO 2004/11-13.
Berichte und Anträge des Obergerichts (Nr. 1262.1 – 11556), der Justizprüfungskommission (Nr. 1262.2 – 11579) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1262.3 – 11582).

Geschäfte, die an der Sitzung vom 28. Oktober 2004 traktandiert waren, aber nicht behandelt wurden:

6. Motion von Markus Jans betreffend Schaffung von gesetzlichen Grundlagen zur Betreuung von Personen aus dem Asylbereich mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE) durch den Kanton (Nr. 1238.1 – 11490).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1238.2 – 11528).
7. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend Zuger Strassenbauprojekte angesichts des Avanti-Volksentscheids und der finanziellen Perspektiven des Kantons (Nr. 1219.1 – 11433).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1219.2 – 11549).
8. Zwischenbericht der Begleitkommission Pragma zum aktuellen Stand des Pilotprojekts.
Bericht der Begleitkommission Pragma (Nr. 1267.1 – 11566).

9. Motion der FDP-Fraktion betreffend Fürsorgestopp für abgewiesene Asylsuchende (Nr. 1125.1 – 11176).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1125.2 – 11555).

---

10. Änderungen (Verlängerung) der beiden Kantonsratsbeschlüsse betreffend
10.1. Soziallöhne im Rahmen von Integrationsprojekten und
10.2. Errichtung einer Fachstelle Berufsintegration.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1243.1/.2/.3 – 11502/03/04), der Kommission (Nr. 1243.4 – 11527) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1243.5 – 11560).
11. Änderungen der beiden Kantonsratsbeschlüsse betreffend
11.1. Übernahme der Burgliegenschaft Zug sowie die Errichtung einer Stiftung für den Betrieb eines Museums in der Burg Zug und
11.2. Satzungen der Stiftung «Museum in der Burg Zug».
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1252.1/.2/.3 – 11522/23/24), der Kommission (Nrn. 1252.4/.5/.6 – 11573/74/75) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1252.7 – 11576).
12. Vollzug des Strassenbauprogramms 2004 - 2011, Kreditbegehren RA 22 + ER 20, Objektkredit für die Instandstellung der Artherstrasse inkl. Geh- und Radweg, Eielen - Lotenbach, Stadtgemeinde Zug.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1257.1 – 11543), der Strassenbaukommission (Nr. 1257.2 – 11577) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1257.3 – 11578).
13. Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells (Nr. 1192.1 – 11340).
Berichte und Anträge des Obergerichts (Nr. 1192.2 - 11536) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1192.3 – 11594).
14. Interpellation von Stefan Gisler und Martin Stuber betreffend Zuger Wohnraum- und Mobilitätspolitik angesichts der grossen Wohnungsnot und des hohen Pendlerverkehrs (Nr. 1256.1 – 11534).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1256.2 – 11598).

497 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 28. Oktober 2004 wird genehmigt.

498 MOTION VON GEORG HELFENSTEIN UND THIEMO HÄCHLER BETREFFEND ARBEITSVERGABE AN FIRMEN MIT ANGESTELLTEN IM LOHNDUMPING

Georg **Helfenstein**, Cham, und Thiemo **Hächler**, Oberägeri, haben am 4. November 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1281.1 – 11596 enthalten sind.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die Motion gleichzeitig mit dem neuen Submissionsgesetz bzw. dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) dem Kantonsrat unterbreitet wird. Wegen des direkten

Zusammenhangs mit dieser Vorlage kommt § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Anwendung, wonach die Motion als Antrag behandelt und der Konkordatskommission – zusammen mit dem Hauptgeschäft – direkt zur Behandlung überwiesen wird.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

499 MOTION DER SP-FRAKTION BETREFFEND EINFÜHRUNG DER INTERINSTITUTIONELLEN ZUSAMMENARBEIT (IIZ) IM KANTON ZUG

Die **SP-Fraktion** hat am 12. November 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1282.1 – 11599 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

500 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND AUSWIRKUNG DES NFA'S AUF BEHINDERTENEINRICHTUNGEN, SONDERSCHULEN UND SPITEX-DIENSTE IM KANTON ZUG

Die **Alternative Fraktion** hat am 25. Oktober 2004 die in der Vorlage Nr. 1276.1 – 11584 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird.

501 INTERPELLATION VON EUSEBIUS SPESCHA BETREFFEND FAMILIENPOLITIK DES KANTONS ZUG

Eusebius **Spescha**, Zug, hat am 2. November 2004 die in der Vorlage Nr. 1278.1 – 11590 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird.

502 INTERPELLATION VON KARL RUST BETREFFEND FREIZÜGIGKEIT IM PERSONENVERKEHR AB 01.06.2004: MISSBRAUCHSVERHINDERUNG MIT ERFASSEN DER KRITISCHEN BEITRAGSPFLICHTIGEN

Karl **Rust**, Zug, hat am 12. November 2004 die in der Vorlage Nr. 1283.1 – 11600 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Der Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird.

503 SUBMISSIONSGESETZ (SUBG)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1277.1/.2 – 11585/86).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass dieses Geschäft gemäss Antrag der **Fraktionschefkonferenz** der Konkordatskommission überwiesen werden soll, da es sich im Wesentlichen um den Beitritt zu einem Konkordat handelt. Es wird aber aus dem Rat beantragt, zusätzlich zur Konkordatskommission eine vorberatende Kommission mit 15 Mitgliedern einzusetzen.

Käty **Hofer** erinnert den Rat daran, dass wir nun neu die Konkordatskommission haben. Wie haben sie eingesetzt, um unseren parlamentarischen Einfluss bei Konkordaten zu verstärken. Das Submissionsgesetz besteht aus zwei Teilen. Der eine Teil ist eine interkantonale Vereinbarung. Dazu können wir hier im Parlament noch ja oder nein sagen. Das ist der übliche Weg bei einem Konkordat. Der zweite Teil ist das kantonale Submissionsgesetz. Ein Teil dieses Gesetzes wird auch durch die interkantonale Vereinbarung bestimmt. Aber da bleibt ein Rest, der durchaus in diesem Parlament materiell diskutiert werden kann. Und wenn wir schon eine Konkordatskommission einsetzen, um unseren Einfluss zu verstärken, sollten wir doch nicht freiwillig darauf verzichten, ein kantonales Gesetz in einer Spezialkommission materiell zu diskutieren. Die Votantin bittet den Rat, diesem Antrag zuzustimmen und eine Spezialkommission einzusetzen.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass meistens Einstimmigkeit herrscht, wenn es um das Bestellen von Kommissionen geht. Heute ist das wieder einmal nicht der Fall. Die Fraktionschefkonferenz hat eigentlich mehrheitlich beschlossen, dieses Geschäft der Konkordatskommission zu überweisen. Die Begründung liegt darin, dass es mehrheitlich um Konkordatsfragen geht, im Speziellen um den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen. Und zugegeben auch um ein neues Submissionsgesetz. Theoretisch könnte man das Gesetz einer vorberatenden Spezialkommission geben. Wir kommen aber nicht darum herum, es dann trotzdem noch der Konkordatskommission zuzuweisen. Der Votant beantragt aus diesem Grund und weil er davon ausgehen kann, dass die Konkordatskommission

auch die für das Submissionsgesetz relevanten Themen behandeln kann, das Gesetz ihr zu übergeben.

Werner **Villiger** hält fest, dass dieser Antrag für die SVP-Fraktion keinen Sinn macht. Weil erstens mit Käty Hofer eine kompetente Vertreterin der SP in der Konkordatskommission Mitglied ist und diese die Anliegen der Linken sicher gut einbringen kann. Zweitens zeigt die Erfahrung, dass Anträge der Linken, die in einer Spezialkommission abgelehnt werden, sowieso in der Detailberatung im Kantonsrat noch einmal gestellt und beraten werden. So gesehen bringt eine zusätzliche Kommission keine Steigerung der Effizienz. Drittens werden wir zukünftig sicher wieder einmal vor der gleichen Situation stehen. Es macht doch keinen Sinn, dass sich dann zusätzlich zur Konkordatskommission noch eine Spezialkommission mit der gleichen Materie auseinander setzt. Die SVP-Fraktion lehnt deshalb diesen Antrag einstimmig ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 50 : 18 Stimmen ab. – Somit wird das Geschäft zur Beratung an die Konkordatskommission überwiesen.

504 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUM KONKORDAT VOM 19. APRIL 2004 ÜBER DIE ZENTRALSCHWEIZER BVG- UND STIFTUNGSAUFSICHT

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1274.1/.2 – 11580/81).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass dieses Geschäft an die Konkordatskommission überwiesen wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

505 UMSETZUNG DER AKTUALISIERTEN FINANZSTRATEGIE 2004 BIS 2010: WACHSTUMSABSCHWÄCHUNGEN DES PERSONALAUFWANDS UND DER BEITRÄGE MIT ZWECKBINDUNG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1280.1/.2 – 11592/93).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Geschäft einer 15-köpfigen Kommission überwiesen werden soll.

Andrea **Hodel** stellt namens der FDP-Fraktion den Antrag, dieses Geschäft an die Erweiterte Stawiko zur Beratung zu übergeben. Sie haben soeben beim Submissionsgesetz den Antrag der SP abgelehnt und das Geschäft einer ständigen Kommission überwiesen. Obwohl es sich nun um eine Finanzvorlage handelt, bei deren

Umsetzung lediglich einige Gesetzesbestimmungen angepasst, geändert oder gestrichen werden müssen, soll hier eine Spezialkommission gebildet werden. In der Erweiterten Stawiko sind alle Fraktionen vertreten. Sie hat einen politischen Auftrag, genau gleich wie z.B. die JPK, wenn sie Gesetzesvorlagen berät, welche die Justiz betreffen. Nun machen wir die Arbeit einfach zwei Mal. Zuerst in der Spezialkommission, dann in der engeren Stawiko. Sie können aber im Ergebnis wählen. Nachdem auch in der Spezialkommission die FDP das Präsidium übernimmt, wählen Sie einfach, ob Sie lieber die Votantin oder Peter Dür als Präsident(-in) haben. Und Andrea Hodel ist nicht beleidigt, wenn der Rat Peter Dür wählt.

Beat **Villiger** meint, man könne über die Zuweisung an die Stawiko, die Erweiterte Stawiko oder an eine Spezialkommission wirklich verschiedener Meinung sein. Die Fraktionschefkonferenz ist hier der Ansicht, dass es nicht nur um finanzrelevante Anliegen geht, sondern auch um einschneidende politische Grundsatzfragen, die unter anderem zu Gesetzesänderungen führen. Der Votant möchte den Rat deshalb bitten, dieses Gesetz der von der Konferenz vorgeschlagenen Spezialkommission zuzuweisen.

➔ Der lehnt den Antrag der FDP-Fraktion mit 42 : 27 Stimmen ab. – Somit wird das Geschäft zur Beratung an eine Spezialkommission überwiesen.

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Andrea Hodel, Zug, ***Präsidentin***	***FDP***
1.	Karl Betschart, Altgasse 74, 6340 Baar	SVP
2.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
3.	Stefan Gisler, Angelgasse 7a, 6317 Oberwil	AF
4.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
5.	Guido Käch, Luzernerstrasse 56, 6330 Cham	CVP
6.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
7.	Martin B. Lehmann, Wilbrunnenstrasse 130, 6314 Unterägeri	SP
8.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
9.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
10	Bruno Pezzatti, Kreuzrain 3, 6313	FDP
11.	Karl Rust, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
12.	Louis Suter, Holzhäusernstrasse 2, 6331 Hünenberg	CVP
13.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
14.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
15.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion vorschlägt, in der Kommission für das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz) an Stelle von Bruno Pezzatti neu Rosvita Corrodi, Zug, zu wählen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

506 KANTONSRATS-ERSATZWAHL IN DER EINWOHNERGEMEINDE RISCH

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1273.1 – 11572).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass der Regierungsrat beantragt, die Ersatzwahl der nachfolgend genannten Person mit Wirkung ab 1. Januar 2005 zu genehmigen. Es handelt sich dabei nicht um eine Wahl, sondern um die Genehmigung einer bereits erfolgten Wahl. – Nachfolgerin von Michel Ebinger ist Karin Julia **Stadlin**, FDP Risch. – Ohne anders lautenden Antrag gilt diese Ersatzwahl als genehmigt. Die Ablegung des Eides sowie die Ersatzwahlen in die Kommissionen nach dem Rücktritt von Michel Ebinger erfolgen an der Sitzung vom 16. Dezember 2004 mit Wirkung ab 1. Januar 2005.

➔ Der Rat ist einverstanden, womit die Ersatzwahl genehmigt ist.

507 WAHL VON ZWEI AUSSERORDENTLICHEN ERSATZMITGLIEDERN BEIM OBERGERICHT IN DEN VERFAHREN SO 2004/5-7 UND SO 2004/11-13

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts (Nr. 1262.1 – 11556), der Justizprüfungskommission (Nr. 1262.2 – 11579) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1262.3 – 11582).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 44 Bst. I Ziff. 5 KV und § 40a Abs. 1 Ziff. 3 GOG wählt der Kantonsrat ausserordentliche Ersatzmitglieder für die Dauer von höchstens zwei Jahren, wenn ein Gericht wegen einer ausserordentlichen Zunahme der Arbeitslast nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgabe innert angemessener Frist zu erfüllen. Der Antrag des Obergerichts lautet:

- Es sei Rechtsanwalt lic.iur. Martin Stosberg im Berufungsverfahren SO 2004/5-7 für die Zeit ab 1. Februar bis 31. Dezember 2005 als ausserordentliches Ersatzmitglied des Obergerichts des Kantons Zug zu wählen, und er sei für seine Tätigkeit in die Gehaltsklasse 24, Stufe 10 einzustufen, wobei insgesamt höchstens zehn Monate entschädigt werden.

- Es sei Rechtsanwältin lic.iur. Verena Bräm im Berufungsverfahren SO 2004/11-13 für die Zeit ab 1. Januar bis 30. Juni 2005 als ausserordentliches Ersatzmitglied des Obergerichts des Kantons Zug zu wählen, und sie sei für ihre Tätigkeit in die Gehaltsklasse 26, Stufe 10 einzustufen, wobei insgesamt höchstens drei Monate entschädigt werden.

- Der Budgetkredit sei entsprechend zu erhöhen.

Othmar **Birri** hält fest, dass die JPK dieses Geschäft mit dem Obergericht beraten hat. Wir haben auch diskutiert, ob das nicht eine Person machen könnte; das wurde wegen dem Umfang der beiden Fälle verneint. Ausserordentliche Situationen brau-

chen ausserordentliche Lösungen. – Wir haben dem Obergericht ganz klar signalisiert, dass dies eine Ausnahme ist und bei einem nächsten Mal nicht wieder mit ausserordentlichen Richtern gearbeitet werden soll, sondern dass dann diskutiert werden muss, das Obergericht um eine zusätzliche Stelle aufzustocken. – Der JPK-Präsident bittet den Rat im Namen seiner Kommission, diesem Geschäft zuzustimmen.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Stawiko dieses Geschäft am 4. November beraten hat. Obergerichtspräsidentin Iris Studer stand uns für ergänzende Informationen zur Verfügung. Die Stawiko unterstützt das Anliegen des Obergerichts, mit der Anstellung von zwei ausserordentlichen Ersatzmitgliedern, zeitlich befristet, zwei grosse Wirtschaftsfälle abzuschliessen. Der Bearbeitungsaufwand für diese umfangreichen Wirtschaftsstraffälle ist ausgewiesen und rechtfertigt diese Massnahmen. Das Vorgehen, mit zeitlich befristeten zusätzlichen Personalressourcen eine Belastungsspitze abzudecken, ist aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt eine adäquate Lösung. Diese wohlwollende Beurteilung der Stawiko soll das Obergericht aber nicht dazu verleiten, in Kürze den Antrag für eine zusätzliche ordentliche Richterstelle in Angriff zu nehmen. Ebenfalls kann man aus dieser Beurteilung nicht ableiten, dass die Stawiko den Wechsel auf das Staatsanwaltschaftsmodell befürwortet müsste. Wie sie wissen, lehnen wir diesen Wechsel ab. Der Stawiko-Präsident wird dazu später noch Stellung beziehen. Wir möchten die Gerichte darauf hinweisen, dass die anderen Verwaltungsbereiche alles daran setzen, mit der bestehenden Organisation und den vorhandenen Personalressourcen ihr zunehmendes Arbeitsvolumen zu bewältigen. Bisher haben die Gerichte in Bezug auf Budget und Rechnung eine Art Eigenleben geführt. Die Möglichkeiten des Parlaments sind, was die Kontrolle dieses Budgets anbelangt, sehr begrenzt. Wir müssen aber davon ausgehen, dass auch im Bereich der Gerichte noch ein Potenzial zur Produktivitätssteigerung schlummert, welches mit organisatorischen Änderungen auf der Basis der bestehenden Organisation genutzt werden könnte. Im Übrigen möchte der Votant noch darauf hinweisen, dass die aufgeführten Löhne zwar im Vergleich zu den Verhältnissen im Kanton Zürich adäquat sind. Mit solchen Löhnen wird aber das Lohngefüge innerhalb der Zuger Verwaltung stark strapaziert. Eine Absprache mit dem Regierungsrat wäre in Zukunft dringend nötig, um den Handlungsspielraum des Regierungsrats bei seinen Anstellungen nicht zu kompromittieren.
Wie Ihnen bekannt ist, belastet diese Vorlage das Budget 2005 mit einem Betrag von 199'000 Franken. Da dieser Betrag, was wir sehr bedauern, nicht im Budget eingestellt werden konnte, entscheiden sie heute bereits über einen zusätzlichen Aufwand, der dem Aushilfekonto des Obergerichts für 2005 belastet werden muss. – Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragen wir Ihnen mit 4 : 2 Stimmen (ohne Enthaltung), auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion bereit ist, auf diese Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Dabei unterstützt sie den Antrag der Stawiko, dass der Betrag auf 199'000 Franken nach oben begrenzt wird. Die FDP-Fraktion sieht ein, dass heute gehandelt und die beiden genannten Wirtschaftsstraffälle raschmöglicht beurteilt werden müssen. Gerade für solche Belastungsspitzen besteht ja die Möglichkeit, eine ausserordentliche Ersatzwahl auf Zeit vorzunehmen. Die FDP-Fraktion ersucht jedoch zunächst das Obergericht, alles daran zu setzen, damit die Aufgabe innerhalb oder besser unterhalb des dargestellten Zeitbudgets erledigt werden kann

und ersucht die Gerichte im Allgemeinen, alles daran zu setzen, ihre Aufgaben mit den vorhandenen Personalressourcen zu erledigen. Denn nicht nur bei der Verwaltung, sondern auch bei der Justiz muss in Zukunft noch mehr als bisher sicher gestellt werden, dass die Kosten nicht ungebremst wachsen. Die FDP verlangt von der JPK, dass diese in Zukunft die mit der Justiztätigkeit verbundenen Kosten noch genauer als bisher als Teil des äusseren Geschäftsgangs prüft.

Der **Vorsitzende** fragt den Rat, ob ein Antrag auf Nichteintreten zum einen oder anderen Wahlgang oder zu beiden gestellt wird.

EINTRETEN ist unbestritten.

Der **Vorsitzende** fragt den Rat, ob eine andere Person zur einen oder anderen Wahl vorgeschlagen wird. – Das ist nicht der Fall. – Er weist darauf hin, gemäss § 67 der GO die dem Kantonsrat zustehenden Wahlen schriftlich und geheim erfolgen müssen. Formeller Hinweis: Es handelt sich hier um echte Wahlen und nicht nur um Bestätigungswahlen oder um eine Genehmigung bereits erfolgter Wahlen. Sie müssen somit auf den Wahlzetteln einen Namen aufführen oder leer lassen.

Die erste geheime Wahl für ein ausserordentliches Ersatzmitglied am Obergericht ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 75, eingegangene Stimmzettel 75, ungültig 0, leer 1, in Betracht fallende Stimmzettel 74, absolutes Mehr 38.

Stimmen haben erhalten: Martin Stosberg 74.

➔ Martin **Stosberg** wird mit 74 Stimmen gewählt.

Die zweite geheime Wahl ergibt: Ausgeteilte Stimmzettel 75, eingegangene Stimmzettel 74, ungültig 0, leer 16, in Betracht fallende Stimmzettel 58, absolutes Mehr 30.

Stimmen haben erhalten: Verena Bräm 55, Martin Stosberg 3.

➔ Verena **Bräm** wird mit 55 Stimmen gewählt.

508 MOTION VON MARKUS JANS BETREFFEND SCHAFFUNG VON GESETZLICHEN GRUNDLAGEN ZUR BETREUUNG VON PERSONEN AUS DEM ASYLBEREICH MIT EINEM RECHTSKRÄFTIGEN NICHTEINTRETENSENTSCHEID (NEE) DURCH DEN KANTON

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1238.2 – 11528).

Markus **Jans** stellt entgegen der Meinung der Regierung den Antrag, die Motion erheblich zu erklären. Dies aus folgenden Gründen:
1. Der Regierungsrat begründet die Zuständigkeitsregelung mit § 59 Abs. 1 Ziff. 2 des Gemeindegesetzes. Gemäss dieser Bestimmung obliegt der Einwohnergemein-

de im Rahmen der Gesetze insbesondere die Sicherstellung der elementaren Lebensbedürfnisse. Diese Vorschrift darf indessen nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss in Verbindung mit § 57 des Gemeindegesetzes gebracht werden. Abs. 1 dieser Bestimmung lautet wie folgt: «Die Einwohnergemeinde umfasst alle in der Gemeinde wohnhaften Personen (§ 70 Kantonsverfassung)». Damit ergibt sich klar, dass die Einwohnergemeinden nur – aber immerhin – für die Sicherstellung der elementaren Lebensbedürfnisse ihrer Einwohner zuständig sind, das heisst derjenigen Personen, welche in der Gemeinde *niedergelassen* sind. § 59 Abs. 1 Ziff. 2 Gemeindegesetz gilt nach Erachten des Votanten also nicht für illegal anwesende ausländische Staatsangehörige.
2. Der Regierungsrat vermag sich auch nicht mit Erfolg auf die in der Sozialhilfegesetzgebung verankerte Zuständigkeit für die Leistung von Nothilfe zu berufen. Bei dieser Nothilfe handelt es sich um eine einmalige Hilfestellung (z.B. erste medizinische Versorgung bei einem Unfall). Sowohl das Zuständigkeitsgesetz für die Unterstützung Bedürftiger (Art. 21) als auch das Sozialhilfegesetz sehen denn auch folgerichtig vor, dass die nothilfebedürftige ausländische Person in ihren Heimatstaat zurückkehrt, beziehungsweise heimgeschafft wird, sobald es der gesundheitliche Zustand dieser Person erlaubt. Demgegenüber geht es bei der so genannten «Nothilfe» zugunsten von NEE-Personen um eine eigentliche Sozialhilfe, welche auf unbestimmte Zeit ausgerichtet wird. Im Sozialhilfegesetz lässt sich keinerlei gesetzliche Grundlage finden, welche die Gemeinden verpflichten würde, eine derartige Dauerhilfe für Personen ohne unterstützungsrechtlichen Wohnsitz in der Gemeinde zu leisten.
3. Nach Art. 46 Abs. 1 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 ist der Zuweisungskanton verpflichtet, eine (allfällige) Wegweisungsverfügung zu vollziehen. Das heisst der Kanton Zug ist für die Aus- bzw. Heimschaffung der ihm zugeteilten NEE-Personen verantwortlich. Vollzieht er diese Aus- bzw. Heimschaffung nicht (aus welchen Gründen auch immer) hat er die Folgen dieser Unterlassung selber zu tragen. Dies gilt insbesondere auch für die Sozialhilfekosten, welche durch die unterlassene Heimschaffung entstehen.
4. Die Gemeinden haben im Verlauf der letzten Jahre ihre Betreuungsstellen für Asylbewerber aufgelöst und die Aufgabe an den Kanton zurückgegeben. Ab 2005 wird der Kanton flächendeckend für alle Gemeinden die Betreuung und Unterbringung der Asylsuchenden übernehmen. Somit ist ab 2005 die Kantonale Asylkoordination allein für Asylbewerbende zuständig. Alle Personen mit einem Nichteintretensentscheid haben das Asylverfahren durchlaufen und wurden von der kantonalen Asylkoordination betreut. Der Entscheid des Regierungsrats führt dazu, dass alle Gemeinden ihre zwischenzeitlich aufgelösten Betreuungsstellen für Asylbewerber wieder reaktivieren müssen. Solchen Leerlauf dürfen wir nicht zulassen!
5. Die Kantonale Asylkoordination verfügt bereits heute über die nötige Erfahrung und das Personal zur Betreuung von Asylbewerbenden. Dank der rückläufigen Zahl der Asylgesuche wäre diese ohne zusätzliches Personal durchaus in der Lage, auch die Personen mit einem Nichteintretensentscheid zu betreuen. Dazu braucht es tatsächlich nicht elf Gemeinden.
6. Eine ganz wesentliche Zielsetzung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA) bestand darin, dass inskünftig die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden in der Weise verteilt werden, dass *Aufgabenverantwortung, Vollziehungsverantwortung und Finanzierungsverantwortung* jeweils bei ein und demselben Gemeinwesen vereinigt sind. Jetzt soll beim ersten «Ernstfall» dieses Grundprinzip bereits wieder aufgegeben werden? Aus Sicht von Markus Jans ein falsches Zeichen zwischen Kanton und Gemeinden.

7. Der Bund wird in nächster Zukunft im Sinne seines Sparprogramms weitere Aufgaben an die Kantone und Gemeinden delegieren. Der Kantonsrat wird von Fall zu Fall prüfen müssen, wem die Zuständigkeit zu übertragen ist. Im vorliegenden Fall ist der Votant überzeugt, dass der Kanton die Aufgabe kostengünstiger und effizienter erfüllen kann als jede Gemeinde allein, und er gesetzlich dazu auch verpflichtet ist.
Aus all den gemachten Überlegungen stellt er den Antrag, die Motion erheblich zu erklären, und dankt dem Rat, wenn er seinen Antrag unterstützt. Ganz zum Schluss teilt er im Namen der SP-Fraktion mit, dass sie seinen Antrag auf Erheblicherklärung unterstützen wird.

Berty **Zeiter**: Auf Menschen mit einem NEE-Entscheid, also auf Asylsuchende mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, trifft dieses Kürzel wirklich perfekt zu: Nee, euch wollen wir nicht im heilen Alpenland Schweiz! Konkret geht es darum, diesen Menschen die Fürsorgeleistungen zu entziehen. Der Bund hat diese Massnahmen gegen den Willen der Kantone in Kraft gesetzt. Die Kantone jedoch wussten sehr wohl, weshalb sie sich gegen diese unmenschliche Verschärfung des Asylgesetzes zur Wehr setzten: Auf diese Weise wird ein Vorgang initiiert, der Menschen verstärkt untertauchen lässt, zu Obdachlosen macht und damit zu ihrer Verelendung beiträgt. Die ganze NEE-Angelegenheit ist also ein bedenklicher Abbau der humanitären Tradition der Schweiz. Damit können wir von der AF uns nie und nimmer einverstanden erklären.
Nun zur konkreten Situation im Kanton Zug: Die für die Nothilfe zuständigen Einwohnergemeinden haben inzwischen eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Kanton abgeschlossen. Mit dem ZFA wird die Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen noch klarer den Gemeinden zugeteilt werden. Es ist einsichtig und nachvollziehbar, dass es keinen Sinn macht, dass jede einzelne Gemeinde eine eigene Organisation zum Auffangen der NEE-Fälle aufzieht. Aber es macht Sinn, dass die Gemeinden das Know-how und die vorhandenen Strukturen des Kantons gegen Entgelt nutzen und so Synergien schaffen. Dies ist ihnen mit der ausgehandelten Verwaltungsvereinbarung soweit gelungen, auch wenn die Kritik an den Kosten nicht zu überhören ist. Da liegt es an den Gemeinden, weiter am Ball zu bleiben, entweder mit dem Kanton über eine Kostensenkung zu verhandeln oder selber eine effizientere und günstigere gemeinsame Organisation aufzuziehen. Deshalb unterstützt die AF mehrheitlich den Antrag des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Andrea **Hodel** stellt dem Rat in Namen der FDP-Fraktion den einstimmigen Antrag, diese Motion nicht erheblich zu erklären. Der Regierungsrat legt uns eine effiziente, einfache und auch richtige Lösung vor. Effizient ist die Lösung, weil der Kanton die Koordination übernimmt und nicht jede Gemeinde eine eigene Organisation auf die Beine stellen muss. Einfach ist sie, weil die Auftrageserledigung durch eine Verwaltungsvereinbarung erfolgt und es keiner Gesetzesänderungen bedarf. Richtig ist sie, weil die Gemeinden für die Sozialhilfe oder eben Nothilfe im Generellen und auch hier aufzukommen haben. Die FDP-Fraktion dankt der Regierung für diese Lösung.

Heini **Schmid** hält fest, dass die CVP-Fraktion mehrheitlich beschlossen hat, dem Antrag der Regierung zuzustimmen und damit die Motion im Sinne der Ausführungen nicht erheblich zu erklären. An dieser Stelle möchte er dem Regierungsrat danken, dass dieser schnell, unkompliziert und effizient das materielle Problem der Betreuung

abgewiesener Asylbewerber mittels einer Verwaltungsvereinbarung gelöst hat. Umstritten ist nur noch, ob mittels einer Gesetzesänderung der Kanton verpflichtet werden soll, die Zuständigkeit und damit auch die finanziellen Lasten für diesen Bereich zu übernehmen. Begründet wird der Antrag auf Erheblicherklärung mit dem Argument, dass die Gemeinden nur Aufgaben erfüllen sollen, welche sie selbständig erfüllen können. Folgerichtig würde das bedeuten, dass die Gemeinden nicht fähig sind, die Nothilfe für abgewiesene Asylbewerber selbständig zu erbringen. Falls dem so wäre, müsste sich der Kantonsrat schleunigst mit der Abschaffung der Gemeinden befassen und alle Aufgaben dem Kanton zuweisen.
Richtigerweise weist der Regierungsrat darauf hin, dass die Sicherstellung der elementaren Lebensbedürfnisse, und damit die Nothilfe, Sache der Einwohnergemeinde ist. Diese Zuweisung der Zuständigkeit ist sinnvoll, da die Gemeinden die notwendige Nähe zu den Problemen und insbesondere bei der Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten die besseren Möglichkeiten haben. Es wurde vom Motionär richtig erkannt, dass ein gemeinsames Vorgehen aller Gemeinden eine effizientere Lösung ergibt als der Alleingang jeder Gemeinde. Eine gemeinsame Lösung der Gemeinden bedingt aber nicht, dass diese Aufgabe an den Kanton abgetreten werden muss. Wie das Beispiel Abfälle zeigt, sind Zweckverbände – oder wie hier Verwaltungsvereinbarungen – geeignete Mittel, solche Aufgaben zu erfüllen. Die meisten staatlichen Aufgaben können heute nicht mehr im Alleingang auf effiziente Art und Weise gelöst werden. Aufgabenteilung bedeutet heute Hauptverantwortung zuweisen, und die Verantwortlichen haben die richtige Form der Zusammenarbeit zu gestalten. Die CVP ist der Meinung, dass die Gemeinden hier die Hauptverantwortung tragen sollen und die Motion somit nicht erheblich zu erklären ist.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass der Regierungsantrag festhält, die Motion sei nicht erheblich zu erklären. Die meisten Gründe wurden bereits genannt, die wichtigsten seien hier nochmals aufgeführt. Personen, die bei ihrem Eintritt in die Schweiz so beurteilt wurden, dass ihnen kein Asyl gewährt wird (so genannte Nichteintretensentscheide) fallen aus den Asylstrukturen. Diese sind für sie nicht mehr zuständig. Das war das Ziel des Entlastungsprogramms des Bundes, das er gegen den Widerstand der Kantone einführte. Die Lebensbedürfnisse für Einzelne zu decken, ist Aufgabe der Gemeinden. Das wird wohl von niemandem bezweifelt. Der Regierungsrat hat den Gemeinden eine praktikable und vernünftige Lösung vorgeschlagen, dass diese nämlich weiterhin zuständig sind für die Nothilfe für NEE-Personen, dass aber der Kanton diese Nothilfe zentral organisiert. Die Gemeinden sind insofern zuständig, als sie die Vollkosten dieser Betreuung weiterhin bezahlen müssen. Und sie müssen aktiv Unterkünfte zur Verfügung stellen. Diese Verwaltungsvereinbarung ist noch nicht unterschrieben. In einer ersten Vernehmlassung wurde sie von allen Gemeinden positiv beurteilt. In einer zweiten Runde hat sich eine Gemeinde aus rechtlichen Gründen gegen diese Verwaltungsvereinbarung gewehrt, wie das Markus Jans ausgeführt hat. Es ist sicher sinnvoll, wenn wir auf diese Verwaltungsvereinbarung eintreten, auch wenn die Kosten relativ hoch sind. Das hat damit zu tun, dass die Zivilschutzanlage, die den NEE-Personen für das Übernachten zur Verfügung steht, auf Wunsch der Standortgemeinde betreut werden soll, wenn sich Leute dort aufhalten.
Noch etwas zu den Zahlen. In letzter Zeit waren es pro Nacht zwischen eins und drei Personen, die um Nothilfe ersuchten und in dieser Unterkunft übernachteten. Der Regierungsrat hält also das Angebot aufrecht, dass die Direktion des Innern diese Nothilfe zentral organisiert, dass die Gemeinden aber weiterhin zuständig sind und

die Kosten tragen. Es besteht keine Veranlassung, eine neue Gesetzesgrundlage zu schaffen. Deshalb beantrag der Regierungsrat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 38 : 26 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

509 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND ZUGER STRASSENBAUPROJEKTE ANGESICHTS DES AVANTI-VOLKSENTSCHEIDS UND DER FINANZIELLEN PERSPEKTIVEN DES KANTONS

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1198.2 – 11497).

Erwina **Winiger Jutz** dankt im Namen der Interpellanten für die Antwort des Regierungsrats, obwohl sie davon etwas enttäuscht sind. Er behandelt den Teilrichtplan Verkehr wie einen Monolith, der in Stein gemeisselt ist. Das ist er natürlich nicht. Wie der Begriff Richtplan sagt, gibt dieser die Richtung an. Zum Regieren gehört nun aber auch, dass dynamische Entwicklungen und in der Schweiz eben auch die politischen Aussagen des Volkes in Abstimmungen ernst genommen werden und in die Regierungspolitik einfliessen. Oder wie es ein freisinniger Gewerbler am Abstimmungshöck des Komitees «Minitunnel Jetzt» auf den Punkt brachte: «In meinem Geschäft muss ich auch über die Bücher, wenn sich die Situation verändert hat. Dann ist der Plan von vor zwei Jahren halt nicht mehr aktuell und wird überarbeitet.» Das heisst für die AF, dass die zwei Kernaussagen in unserer Interpellationsbegründung nicht einfach ignoriert werden können, so wie die Regierung das mit dem Verweis auf den Teilrichtplan leider noch tut. Auch der Kanton Zug hat den Avanti-Gegenvorschlag deutlich abgelehnt. Jenseits aller divergierenden Interpretationen des Resultates kann festgestellt werden, dass der Souverän damit zwei Grundaussagen gemacht hat:
- Die einseitige Bevorzugung des Strassenbaus gegenüber dem öffentlichen Verkehr wird nicht akzeptiert.
- Angesichts der Situation der Staatsfinanzen fehlt die Bereitschaft, so grosse Summen für den Strassenbau auszugeben.

Das Ungleichgewicht bei den kantonalen Projekten bis 2020, welches mit Berücksichtigung der gemeindlichen Beiträge Ausgaben von 1,16 Milliarden Franken für Strassenbauten gegenüber 0,44 Milliarden für öffentlichen Verkehr und Radstrecken vorsieht, ist nicht nur aus ökologischer sondern auch in finanzieller Hinsicht nicht akzeptabel. Hier müssen wir über die Bücher!
Nun hat mit der denkwürdigen Abstimmung vom 26. September der Souverän des Kantonshauptortes eine glasklare Aussage gemacht: Die Zuger Stadtkernentlastung muss eine höhere Priorität bekommen. Wir können hier Stadtrat und Kantonsratskollege Hans Christen zitieren: «Sie ist zurzeit das einzige durch eine Volksabstimmung legitimierte grosse Strassenbauprojekt im TRP Verkehr.» Es kann ja nicht sein, dass dieses Projekt in der 3. Priorität vor sich hin dämmert. Die Regierung argumentiert auch arg widersprüchlich, wenn sie in Antwort 1 den TRP quasi als sakrosankt erklärt und schon bei der Antwort auf Frage 2 dann aber feststellt: «Im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 2004 hat sich nämlich die Erkenntnis durchgesetzt, dass der

ursprüngliche Zeitplan für die Realisierung aller Projekte des kantonalen Richtplanes nicht eingehalten werden kann.» Also muss der Zeitplan angepasst werden.
Nun noch zur Finanzierung der Strassenbauprojekte: Auch hier widerspricht sich der Regierungsrat in seiner Antwort: Einerseits meint er, dass wegen der zeitlichen Verzögerungen der Strassenbaufonds bis 2015 reiche (Antwort 2), andererseits schreibt er in Antwort 3, dass «bei ausserordentlichen Bauinvestitionen Beiträge aus der Verwaltungsrechnung zugewiesen werden können». Sprich: Allgemeine Steuermittel angezapft werden sollen. Das wird – auch angesichts der finanziellen Konsequenzen des NFA – noch einige Diskussionen geben. Die AF ist klar der Meinung, dass gerade angesichts der Finanzen so oder so jedes einzelne Projekt einer seriösen Zweckmässigkeitsprüfung und einer Kosten/Nutzen-Analyse unterzogen werden muss, bevor mit der Ausarbeitung eines generellen Projektes begonnen wird. Darauf haben wir an der letzten Sitzung bei der Tangente Neufeld bestanden, darauf werden wir auch bei den anderen Projekten bestehen. Zu Begrüssen ist, dass die Regierung hier die Etappierung von Projekten ins Auge fasst. (Antwort 4). Ganz so tabu ist der TRP zum Glück auch für die Regierung denn doch nicht. Das ist immerhin schon mal ein Anfang.

Karl **Nussbaumer**: Wie wir alle bei der Abstimmung vom 26. September 2004 gesehen haben, hat man doch auch aus linker Seite dem Projektkredit für den Mini-Tunnel der Stadt zugestimmt. Deshalb braucht es jetzt auch dringend den Ausbau der Anschlussstrassen. Mit dieser Interpellation wird der Kantonale Richtplan mit der Avanti-Initiative vermischt und dies ist der SVP-Fraktion unklar. Wir finden es nicht richtig dass man nur den öffentlichen Verkehr ausbauen, aber die dringend nötigen Strassenausbauten verhindern will. Wir möchten der AF beliebt machen, endlich mal mit offenen Augen die stetige Zunahme des Strassenverkehrs zur Kenntnis zunehmen. Allein im Kanton Zug haben wir von 1993 bis 2003 eine Zunahme des Motorfahrzeugbestandes von 19'760 Fahrzeugen, von 52'056 im Jahr 1993 auf 71'824 im Jahr 2003 zu verzeichnen. Die Besitzer dieser Motorfahrzeuge bezahlen alle Strassenverkehrssteuern und haben ein Anrecht auf gut ausgebaute Strassen; deshalb unterstützen wir von der SVP-Fraktion die Zuger Strassenbauprojekte.

Thomas **Lötscher** fühlt sich vom Geist der Interpellation im Namen der FDP-Fraktion zu ein paar grundsätzlichen Bemerkungen rund um die Zuger Verkehrspolitik veranlasst.
1. Der Avanti-Entscheid ist ein demokratischer Volksentscheid, den es zu respektieren gilt. Dabei ist aber zu beachten, dass das Avanti-Paket relativ heterogen zusammengesetzt war. Die Gegner setzten sich somit aus verschiedenen Lagern zusammen und vertraten unterschiedliche Argumentationen. So wurde beispielsweise kritisiert, dass mit Avanti die Zweckbindung der Treibstoffzölle gelockert und das Geld auch für den Öffentlichen Verkehr verfügbar gemacht würde. Wer sein Nein so begründete, war kaum gegen den Strassenbau per se. Und so gab es noch weitere differenzierte Gegnerschaften. Wenn die Alternativen Glauben machen wollen, dass das Avanti-Nein ein geschlossenes und grundsätzliches Nein gegen den Strassenbau sei, ist dies eine unzulässige Simplifizierung und Verdrehung der Fakten – sozusagen ein «Avanti-Bschiss».
2. Der Teilrichtplan Verkehr ist ebenfalls demokratisch zustande gekommen. Deshalb und auf Grund der vorherigen Ausführungen braucht die Strassenbauplanung wegen des Avanti-Neins sicher nicht über den Haufen geworfen zu werden.

3. Am 12. Dezember dieses Jahres wird ein Meilenstein im Öffentlichen Verkehr des Kantons Zug Realität: Mit «Bahn und Bus aus einem Guss» werden Kapazität, Geschwindigkeit und Komfort des ÖV markant gesteigert. Das ist sinnvoll, um dem realisierten, geplanten und demokratisch legitimierten Wachstum des Kantons und den gestiegenen Bedürfnissen der Benutzer Rechnung zu tragen. Dieser Fortschritt kostet Kanton und Gemeinden aber auch sehr viel Geld, das jeder von uns über die Steuern mitbezahlt, ob er das Angebot nutzt oder nicht.
4. Trotz markanter Leistungssteigerung des Öffentlichen Verkehrs vermag dieser allein die zusätzlichen Transportbedürfnisse nicht zu befriedigen. Es bedarf dazu auch des motorisierten Individualverkehrs. Und hier stehen wir heute vor gravierenden Engpässen und im Zugzwang. Das Strassennetz, welches den Verkehr vor 30 Jahren aufnahm, reicht nicht mehr aus für die heutigen Anforderungen und schon gar nicht für jene der kommenden 30 Jahre. Im Übrigen werden die Strassen von den Benutzern über die Motorfahrzeugsteuern bezahlt und belasten somit die öffentliche Rechnung nicht. Dass wir mit diesem Geld trotzdem haushälterisch umzugehen haben, versteht sich von selbst und wird unter Trakt. 12 sicher noch thematisiert.
Als Fazit kann festgehalten werden, dass wir die Verkehrsherausforderungen des Kantons Zug nur im Verbund von Öffentlichem Verkehr und motorisiertem Individualverkehr lösen können. In diesem Sinne ist zu hoffen, dass auch die Alternativen irgendwann vom ideologischen Irrweg des verkehrspolitischen Klassenkampfes auf die Strasse der Realpolitik finden. Ob mit Bus oder Auto überlässt der Votant als Liberaler gerne jedem persönlich.

Beat **Villiger** hat schon etwas gestaunt, mit welchen Zahlen die Interpellantin die Strassenbaurechnung erläutern will. Es wird geschrieben, dass wir mit Motorfahrzeugsteuererhöhungen im Jahre 2020 eine Überschuldung der Strassenbaurechnung von ca. 800 Mio. hätten, und ohne ein solche Erhöhung würde im Jahre 2017 die Milliardengrenze überschritten. Das sind Horrorszenarien. In der Interpellation wird mit den Bauprojekten der ersten, zweiten und dritten Priorität operiert. Der Votant möchte hier einfach relativieren und zwei, drei Sachen berichtigen:
- Thomas Lötscher hat es bereits gesagt: Der Strassenbau wird einzig allein durch Erträge aus der Motorfahrzeugsteuer bezahlt.
- Das von uns verabschiedete Strassenbauprogramm für die Jahre 04 bis 11 kostet gut 150 Millionen, jährlich also gegen 20 Millionen.
- Nach Abzug der Aufwendungen schliesst die Strassenbaurechnung jeweils jährlich mit einem Gewinn von ca. 3 bis 7 Millionen ab.
- Die Projekte der ersten Priorität kosten ca. 500 Mio., wobei 100 Mio. dafür bereits vorhanden sind.
- Wir haben Unterlagen von der Baudirektion, dass diese Projekte der ersten Priorität eigentlich ohne Erhöhung der MFZ-Steuer bezahlt werden können.
Es wird wohl nicht der kühnste Optimist annehmen, dass wir zur ersten Priorität noch weitere Grossprojekte in den nächsten Jahren zur Ausführung bringen können. Es kann höchstens sein, dass die zweite und dritte Priorität auf Grund neuer Interessenslagen neu zu beurteilen sind. Man muss in der Verkehrsplanung alle drei Prioritäten im Auge behalten. – Sie prangern weiter an, dass der öffentliche Verkehr zu kurz komme. Und auch hier wird mit Zahlen gespielt. Dabei werden aber z.B. die Aufwendungen für die Stadtbahn mit keinem Deut genannt und wenn man den Richtplantext kennt, so heisst es darin, dass wir im Kanton Zug den Bereich öffentlicher Verkehr anfrageorientiert und jenen des motorisierten, also Individualverkehrs, angebotsorientiert planen. Dieser Vergleich ist also sehr gefährlich. Auch die Rad-

strecken werden genannt, es wird aber nicht gesagt, dass wir in den letzten Jahren eine Vielzahl an neuen Radstrecken realisiert haben. Und im Vergleich zu andern Kantonen stehen wir hier wirklich sehr gut da. Es wird auch nicht gesagt, dass der ÖV letztlich sehr viele Subventionsbeiträge absorbiert aus Steuerzahlungen.
Mit den Antworten des Regierungsrates ist Beat Villiger zufrieden. Es macht z.B. wirklich keinen Sinn, heute schon Steuererhöhungen ins Auge zu fassen, wenn die Projekte noch nicht ausführungsreif vorliegen. Die Erfahrung zeigt, dass die Finanzierung einfacher zu lösen sein wird, als das Überwinden der Hürden bis zur Ausführungsreife. Etwas resigniert tönt es dann seitens der Regierung bezüglich das Einhalten der Termine. Dass es Verzögerungen gegeben hat, das wissen wir. Aber man darf sich nicht entmutigen lassen. Wie schon gesagt, muss man jetzt alles unternehmen, um die Nordzufahrt und die anderen beiden Projekte Kammerkonzept und Tangente Neufeld voranzutreiben.
Noch etwas dazu, dass diese Strassenbauprojekte Steuergelder absorbieren. Dem ist nicht so. Wenn man die Rechnung kennt, dann würde es höchstens ein Darlehen der kantonalen Verwaltung an die Strassenbaurechnung geben. Heute sagt auch niemand etwas, wenn 100 Mio. vom Plus der Strassenbaurechnung für die Finanzierung der übrigen Rechnungen benutzt werden.

Martin **Stuber** möchte zur Avanti-Abstimmung Folgendes klar stellen, und das steht auch in unserer Interpellation. Es ging dabei nicht um ein Für oder Gegen Strassenbau oder öffentlichen Verkehr. Sondern es ging um die Frage der Prioritäten. Und das Schweizer Volk hat in den letzten Jahren mehrfach und konsequent, wenn es Gelegenheit hatte, sich zur Frage der Prioritäten zu äussern, diese dem öffentlichen Verkehr gegeben. Darum geht es uns, und das meinen wir, sollte zur Kenntnis genommen werden. Wir sind nicht prinzipiell gegen Strassen. Wir haben in der Stadt Zug massgeblich für den Minitunnel gekämpft. Wir haben eine Motion gemacht für einen Bypass, weil wir uns bei der Tangente Neufeld eine andere Lösung vorstellen können. Sie werden heute Nachmittag sehen, was wir zur Artherstrasse sagen werden. Vergessen Sie das doch bitte endlich ein für alle Mal. Wir sind nicht prinzipiell gegen Strassen. Wir haben andere Prioritäten. Aber wir machen keine ideologische Verkehrspolitik, sondern lösungsorientierte Sachpolitik. Das haben wir in den letzten Jahren genügend bewiesen. Zur demokratischen Legimitation des TRP Verkehr möchte der Votant nur sagen: Diese existiert, der Kantonsrat hat ihn beschlossen, aber sie ist beschränkt, weil das Volk noch nicht dazu Stellung genommen hat. Und Martin Stuber hätte es sehr begrüsst, wenn das Volk Gelegenheit gehabt hätte, über diesen TRP abzustimmen. Er ist nicht sicher, ob das Zuger Volk einem TRP zugestimmt hätte, der 1,2 Milliarden für Strassen und 450 Mio. für den ÖV ausgibt. Das sind die Zahlen des TRP, wie er im Moment noch existiert. Und wie er ja immer als sakrosankt dargestellt wird. – Noch kurz etwas zum Geld. Natürlich stimmen die Zahlen des TRP jetzt schon wieder nicht. Das bestätigt ja, was die Vorrednerin der AF gesagt hat: Das Ganze verzögert sich, es gibt evtl. noch Änderungen in den Prioritäten. Deshalb sagen wir ja: Hören wir doch auf, diesen TRP einfach als in Stein gemeisselt darzustellen, der die nächsten zehn Jahre gilt. Ein Richtplan ist ein dynamisches Werk, und das hat auch Konsequenzen für die Finanzen.

Louis **Suter** möchte einige kurze Bemerkungen zu den bis jetzt gemachten Voten machen. Zur Vizepräsidentin: Wir haben nur einen kantonalen Richtplan und keine Teilrichtpläne mehr. – Zur Frage der weiteren Entwicklung dieses Richtplans. Er ist

ein dynamisches Planungsinstrument, das aber, damit es richtig umgesetzt werden kann, eine Nachhaltigkeit haben muss. Wir haben das Ganze schon letztes Mal durchdiskutiert bei der Behandlung der Motion Tangente Neufeld, und jetzt wiederholen wir praktisch das Gleiche noch einmal. Wenn wir eine Planung machen wollen, die wir auch umsetzen können, dann müssen wir eine bestimmte Kontinuität hineinbringen. Und wenn wir diese Avanti-Initiative falsch interpretieren und als Prioritäten auslegen, so geht das nicht. Wir wissen alle ganz genau: Die Avanti-Initiative ist abgelehnt worden, weil sie überbelastet war mit der Frage des Gotthard-Tunnels, und nicht wegen den Prioritäten. Und wenn wir eine zukünftige und nachhaltige gute Planung machen wollen, können wir das nicht jeden Tag wieder frisch machen. Sondern es braucht eine klare Planung. Und wir haben auch in diesem Richtplan Meilensteine gesetzt und setzen weitere, wenn wir auch zwischendurch einen Marschhalt machen und uns das frisch überlegen. Das ist im Richtplan auch so dargelegt. Was soll dann das Ganze? Es ist sowieso absurd, zu interpretieren, auf Grund der Avanti-Initiative müsse dieser Richtplan laufend geändert werden. Genau das wollen wir nicht und der Votant bittet den Rat, das auch bei künftigen Projekten nicht zu tun.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** kann die Vermischung zwischen Avanti-Abstimmung und kantonalem Richtplan wirklich nicht verstehen. Unabhängig von der zweiten Gotthardröhre fallen die Interpretationen zur Avanti-Abstimmung sehr unterschiedlich aus. Der Votant ist nicht sicher, ob der National- und der Ständerat den zwei Grundaussagen der AF folgen werden. Dazu ein Zitat aus einem Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung vom 22. November 2004. «Avanti-Spätfolgen. Der Schlüssel liegt nun im weiteren Vorgehen nach der im Frühjahr gescheiterten Abstimmung über den Avanti-Gegenvorschlag. Dieser wollte dem Agglomerationsverkehr zusätzlich Finanzmittel verschaffen, wurde nach überwiegender Auffassung jedoch wegen der vom Parlament hineingepackten zweiten Gotthardstrassenröhre verworfen. Die Verkehrskommissionen der Räte haben Bundesrat Leuenberger beauftragt, die Lösung «Infrastrukturfonds» rasch voranzutreiben. Dieser Fonds sieht Investitionsbeiträge des Bundes an Strasse und Schiene in den Agglomerationen und für die gezielte Eliminierung von Kapazitätsengpässen des Nationalstrassennetzes vor. Weiter verfolgt werden soll nach dem Willen vor allem der Ständeratskommission auch die zeitlich begrenzte Variante «Härtefallfonds»; dabei ginge es im Ausgleich zum Entlastungsprogramm um dringendste Vorhaben beim Agglomerationsverkehr, bei schwer finanzierbaren Haupt- und allenfalls Nationalstrassen.» Strassen heisst es da, Frau Winiger. – Dieser Kantonsrat hat am 28. Januar 2004 den kantonalen Richtplan mit den Prioritäten beschlossen und die Baudirektion pflegt diesem hohen Haus meistens zu gehorchen. Zur Erinnerung: Sämtliche Strassen der ersten Priorität gemäss kantonalem Richtplan zahlen die Autofahrerinnen und -fahrer selber.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

510 ZWISCHENBERICHT DER BEGLEITKOMMISSION PRAGMA ZUM AKTUELLEN STAND DES PILOTPROJEKTS

Es liegt vor: Bericht der Begleitkommission Pragma (Nr. 1267.1 – 11566).

Kommissionspräsident Werner **Villiger** geht davon aus, dass inzwischen alle den Zwischenbericht der Begleitkommission gelesen haben. Er wird sich deshalb kurz fassen. Die Begleitkommission wurde am 1. September 2004 von der Finanzdirektion über den aktuellen Stand des Pilotprojekts Pragma informiert und hat in die Leistungsaufträge der fünf Pilotämter Einsicht genommen. Wir haben zwei Empfehlungen abgegeben.
1. Budgetabweichungen von mehr als 200'000 Franken sind zu begründen. Dieses Anliegen ist inzwischen erledigt. Die Begründung erscheint im Anhang zum Budget 05.
2. Im Leistungsauftrag des Amts für Umweltschutz sind die Leistungsziele 6 und 7 zu überarbeiten und möglichst messbar zu formulieren. Diese Leistungsaufträge wurden inzwischen ebenfalls überarbeitet.
Die Kommission begrüsst ausdrücklich die übersichtliche, einfache und klare Formulierung der Leistungsaufträge, und anerkennt die hohe Leistungsbereitschaft der Finanzdirektion und der Pilotämter bei der Erarbeitung dieser Leistungsaufträge. Die Kommission legt Wert auf die Feststellung, dass die Kosten/Leistungsrechnung nicht eingeführt werden muss, weil Pragma dies verlangt, sondern weil eine moderne Verwaltung sowieso mit diesem Instrument ausgerüstet werden muss. In Bezug auf die Kommentierung der Leistungsziele haben wir uns bewusst zurückgehalten, denn wir sind der Ansicht, dass mit den vorliegenden Leistungszielen die Pilotämter nun erste Erfahrungen sammeln sollen. Jetzt gilt die Devise: Erfahrungen sammeln. Die Stawiko hat inzwischen wie vorgesehen die Globalbudgets und die Leistungsaufträge im Rahmen der Budgetberatung überprüft und wird im Rahmen der Budgetberatung im Dezember dazu Stellung nehmen.

Hans Peter **Schlumpf** weist darauf hin, dass mit dem vorliegenden Zwischenbericht der Begleitkommission zum ersten Mal seit Anlauf der Vorbereitungsarbeiten zum Pilotprojekt Pragma der Zwischenstand der Projektarbeiten dokumentiert wird. Namens der FDP-Fraktion wie auch als einer der Initianten der seinerzeitigen Motion, die zum heutigen Projekt Pragma geführt hat, freut es ihn, dass das Projekt seriös aufgegleist ist und von der Finanzdirektion, ihrem Vorsteher und den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Engagement und Zielstrebigkeit vorangetrieben wird. Er dankt der zuständigen Direktion auch, dass sie die parlamentarische Begleitkommission (der auch der Votant angehört) offen und umfassend orientiert, nicht zuletzt auch über einige anspruchsvolle Herausforderungen, die mit der Projektumsetzung verbunden sind. Und dass sie die vom Kommissionspräsident en erwähnten Empfehlungen in die Arbeit einfliessen lassen wird. Grundsätzlich soll man die Sache jetzt einmal laufen lassen und Erfahrungen in der Umsetzung machen. Natürlich sind die Leistungsziele, die jetzt mal in einem ersten Anlauf gesetzt worden sind, nach Ablauf eines ersten Pilotjahres kritisch zu überprüfen. Noch zwei, drei Hinweise.
1. In ihrem Bericht jongliert die Kommission immer etwas zwischen den Begriffen WOV und Pragma. Hier wäre künftig eine präzisere Terminologie erwünscht. Es ist zwar nicht illegitim, von wirkungsorientierter Verwaltung (WOV) zu sprechen. Wir

wissen aber, dass wir in Zug nicht genau das machen, was die Lehre unter WOV versteht. So lassen wir beispielsweise die Wirkungskontrolle aus Gründen der Praktikabilität bewusst weg. Wir konzentrieren uns auf die zwei Hauptelemente «Leistungsauftrag» und «Globalbudget». Pragma hingegen ist einfach der geläufige und eingängige Projektname für das Zuger Projekt. Soweit meine Anregung an die Kommissionsleitung.
Was allerdings der links-alternative Zuger Nationalrat Josef Lang, und Hans Peter Schlumpf erlaubt sich ganz bewusst, dies hier anzubringen, in einem kürzlich erschienenen Zeitungsinterview in dieser Sache öffentlich von sich gegeben hat, verdient eine klare Korrektur. Hat er doch in diesem Interview, das sich im Wesentlichen auf das Thema NFA bezog, unwidersprochen von sich geben dürfen, der Kanton Zug werde unter anderem viel Geld sparen, weil er sich keine teuren und nutzlosen WOV-Übungen leiste! Wenn er damit meinte, dass Zug nicht einfach unkritisch sein Vorgehen bezüglich wirkungsorientierter Verwaltung aus dem universitären Lehrbuch abschreibt, dann hätte er sogar Recht. Aber das ist natürlich kaum das, was er meinte. Der Votant hat inzwischen selbst von Vertretern linker Fraktionen in diesem Rat gehört, es sei nun höchste Zeit, dass die Führung über Leistungsauftrag und Globalbudgets endlich umgesetzt werde. Das ist doch eigentlich schon ein deutliches Zeichen.
2. Mit dem Amt für Berufsberatung (DBK), dem landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Schluecht (VD), dem Amt für Umweltschutz (BD), dem Amt für Lebensmittelkontrolle (GD) und dem Ambulanten psychiatrischen Dienst (ebenfalls GD) sind bis dato fünf Verwaltungseinheiten als Teilnehmer an den Pilotprojekten bestimmt. Dies ist erfreulich und Hans Peter Schlumpf ist überzeugt, dass die involvierten Mitarbeiter/innen ihre Teilnahme an diesem Projekt nicht bereuen werden, eben gerade weil sie auch eine gewisse Herausforderung und Veränderung darstellt. Er hat in all den Jahren, in denen er mit der Zuger Staatsverwaltung zu tun hatte, immer feststellen dürfen, dass es eine grosse Anzahl von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gibt, denen privatwirtschaftliche Entscheidungsmechanismen nicht fremd sind und diese gerne verstärkt anwenden möchten. Ein paar andere gibt es natürlich auch! Im Hinblick auf eine spätere, durchgehende Umsetzung der Verwaltungsführung mittels Leistungsauftrag und Globalbudget wäre es sehr wünschenswert, wenn jede Direktion in das Projekt involviert wäre. Dies ist im Moment noch nicht der Fall. Explizit sind es die Direktion des Innern und die Sicherheitsdirektion, die noch keine Pilotabteilungen gefunden haben. Der Votant kann das nicht ganz verstehen, will jetzt aber über die Motive nicht spekulieren. Es ist auch jetzt noch nicht zu spät, einzusteigen und er drückt hier noch einmal seinen Wunsch und seine Überzeugung aus, dass es sehr vorteilhaft und nützlich wäre, wenn auch diese beiden Direktionen sich noch am Projekt beteiligen würden (Bsp. STVA).
3. Von Skeptikern wird ja noch immer etwa die Frage aufgeworfen, ob es denn eigentlich nötig sei, an der bisherigen Art der Verwaltungsführung etwas zu ändern. Wenn Sie sich vor Augen halten, dass es künftig noch viel mehr als bisher notwendig sein wird, zu definieren, welche Aufgaben in welchem Umfange unsere Verwaltungen mit begrenzt zur Verfügung stehenden Mitteln erfüllen sollen, dann empfindet man es gerade als Parlamentarier durchaus als nützliches und hilfreiches Werkzeug, wenn man auf weniger als vier A4-Seiten den Leistungsauftrag. die Aufgaben, die Ziele und die Erfolgskontrolle sowie das zur Verfügung stehende Globalbudget für eine Verwaltungs- und Führungseinheit dargestellt findet. Das hat es bisher nie gegeben und allein das ist ein echter Fortschritt und schärft den Blick dafür, welche Aufgaben man der Verwaltung übertragen will und welche explizit nicht und wie viele Mittel dafür eingesetzt werden sollen und können.

4. Wenn Sie sich etwas umschauen und umhören, dann sehen Sie, dass wir schon lange nicht mehr die Ersten sind, die sich mit einer neuen Art der Verwaltungsführung beschäftigen. Zahlreiche Kantone und Gemeinden haben heute die Verwaltungsführung mittels Leistungsauftrag und Globalbudget bereits etabliert oder sind daran, es zu tun, und machen damit gute Erfahrungen.
Hans Peter Schlumpf freut sich auf die weitere Projektumsetzung und wünsche allen Involvierten, dass sie das bisherige Engagement und Durchhaltevermögen, gepaart mit einem gewissen Enthusiasmus für etwas Neues und Interessantes, beibehalten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte zuerst danken für das Lob, das er sehr gerne entgegengenommen hat und natürlich an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter gibt. Das ist für sie Motivation, hier aktiv weiter zu arbeiten. Ist es doch mit einem recht grossen Mehraufwand verbunden, in einem gewissen Sinn auch mit Risiken.
Der Präsident hat es gesagt: Wir haben die Empfehlungen aufgenommen nach der Kommissionssitzung. Die Leistungsaufträge sind angepasst und ins Budget eingeflossen, und Sie haben jetzt alle die Möglichkeit, diese Leistungsaufträge zu lesen und zu studieren. Was läuft jetzt? Wir sind in der Schlussphase der Stellenbesetzung für das WOV, für die Stelle, die Sie bewilligt haben. Dann sind wir dabei, die Kosten/Leistungs-Rechnung anzugehen, zu definieren, wie diese ausgestaltet werden soll, ob es Teil- oder Vollkostenrechnungen sind. Und der Votant kann dem Rat versprechen, dass er da den Finger drauf hat, damit wir nicht teure und nutzlose Papiere machen. Gerade im Zusammenhang mit Kosten/Leistungs-Rechnung gilt es, jene Daten zu erfassen und auszuwerten, die steuerungsrelevant sind, und nicht grosse Papierberge zu produzieren, die dann am Schluss nichts nützen. Deshalb hat Peter Hegglin das auch etappiert und wir machen die Erarbeitung des Konzepts zuerst mit einer Voranalyse, einem Grobkonzept. Und erst anschliessend wollen wir das dann verfeinern. Positiv ist, dass auch die Gemeinden bis jetzt aktiv dabei sind. Damit können wir die Kosten zwischen Kanton und Gemeinden aufteilen.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

511 MOTION DER FDP-FRAKTION BETREFFEND FÜRSORGESTOPP FÜR ABGEWIESENE ASYLSUCHENDE

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1125.2 – 11555).

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion beantragt, die Motion erheblich zu erklären. Es ist falsch, wenn die Regierung erklärt, die gesetzlichen Grundlagen, damit nur noch Nothilfe gewährt werden könne und müsse, seien bereits vorhanden. Nun aber der Reihe nach. Die FDP-Fraktion wehrt sich nicht, dass abgewiesenen Asylsuchenden, die die Schweiz nicht verlassen und sich illegal hier aufhalten, die Nothilfe gemäss BV 12 gewährt wird. Die FDP will aber, dass Personen mit einem rechtskräftigen negativen Asyl- und Wegweisungsentscheid den Personen mit einem Nichteintretensentscheid gleichgestellt werden, denn die Auswirkungen der letztinstanzlichen Entscheide sind in beiden Fällen dieselben. Die Bundesgesetzgebung überlässt es den Kantonen bzw. Gemeinden, wie sie die Sozialhilfe ausgestalten. Die

Kantone sind zuständig für die Sozialhilfe gegenüber abgewiesen Asylbewerbern. Dies geht aus Art. 82 des Asylgesetzes hervor, welches besagt: «Für die Ausrichtung von Fürsorgeleistungen gilt kantonales Recht». Die von der Regierung zitierte Bestimmung Art. 21 ZUG heisst wörtlich: «Bedarf ein Ausländer, der sich in der Schweiz aufhält, hier aber keinen Wohnsitz hat, sofortiger Hilfe, so ist der Aufenthaltskanton unterstützungspflichtig.» Die vom Regierungsrat genannte Bestimmung im kantonalen Sozialhilfegesetz sagt in § 27 zu den Pflichten der Einwohnergemeinden unter anderem: «Sie sorgen für Aufenthalter in Notfällen». Mit diesen drei Bestimmungen sagt der Gesetzgebern nur etwas darüber aus, wer zu sorgen hat – nämlich letztlich die Einwohnergemeinden – nicht aber, in welchem Umfange die Nothilfe gewährt werden muss. Genau hier aber setzt die Motion der FDP an. Sie will nämlich, dass nicht das Wer, sondern das Wie und in welchem Umfang gesetzlich geregelt wird. Damit eben unabhängig von der Zuständigkeit des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden die Hilfe auf die Nothilfe nach BV 12 begrenzt werden muss. Dies ist der Grund, weshalb die FDP die Motion erheblich erklären will. Die gesetzlichen Grundlagen müssen geschaffen werden, solange der Bund nicht die ganze Asylpolitik und damit auch die Nothilfe umfassend regelt.

(Der Ratspräsident begrüsst das Büro des Parlaments des Kantons Appenzell.)

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AF die Regierung unterstützt und ebenfalls für Nichterheblicherklärung der Motion plädiert. Dies aus formalen und politischen Gründen. Er staunt über Andrea Hodel: Die Motionäre wollen nun plötzlich das Wer und nicht das Wie regeln. Aber der Motionstext ist eindeutig. Er verlangt die Aufhebung der Sozialhilfe, nicht die Reduzierung der Nothilfe gemäss BV 12. Sie können nicht eine Motion verfassen und dann im Rat sagen: Wir haben es ein wenig anders gemeint. – Zug kann nicht eigenmächtig einen Sozialhilfestopp für Leute im hängigen Asylvollzug verfügen. Bundesrecht geht vor. Nicht unter das Asylrecht fallen laut Art. 44a des Asylgesetzes nämlich nur Flüchtlinge mit einem Nichteintretensentscheid. Die fliegen tatsächlich aus der Sozialhilfe und haben nur noch Anrecht auf Nothilfe. Abgewiesene Asylsuchende aber verbleiben in der Asylstruktur. Und für diese schreiben Art. 80 und 81 vor, dass der Kanton die *Fürsorge* und eben nicht die Nothilfe gewährleisten muss. Art. 88 sagt, dass der Bund die Beiträge für Abgewiesene in Form von Pauschalen bezahlt. Mit der Motionslösung müsste plötzlich der Kanton alles zahlen. Geht es um Kürzungen (das Wie), so ist ebenfalls keine Änderung des Zuger Gesetzes nötig. Art. 83 des Asylgesetzes regelt alle Gründe für Einschränkungen abschliessend. Eine kantonale Gesetzesänderung im Sinne der Motion ist aus all diesen Gründen nicht angezeigt.
Zum politisch Inhaltlichen. Selbst wenn die von Andrea Hodel vorgetragene Motion umsetzbar wäre, und sie ist es nicht, würde es die Asylprobleme nicht lösen, sondern verschärfen. Seit dem 1. April gibt es schweizweit den Sozialhilfeentzug für Flüchtlinge mit Nichteintretensentscheid. Regierungsräte und Stadträte in der ganzen Schweiz warnen – sie konnten es in den letzten Tagen in den Medien lesen – vor mehr Schwarzarbeit, vor Obdachlosigkeit, vor der Abdrängung in den illegalen Aufenthalt. Besonders Frauen riskieren ausgebeutet zu werden. Kinder wachsen unter menschenunwürdigen Bedingungen auf. Ja, diese Menschen verschwinden zwar aus der Asylstatistik, aber nicht aus der Schweiz. Und dies alles ist erst noch teurer, weil höhere Polizei- und Gerichtskosten anfallen. Gespart wird da höchstens an Menschlichkeit. Es ist intelligenter, abgewiesene Asylsuchende in ein funktionierendes Asyl-

system einzubinden, statt sie auszuschliessen. So sind sie von staatlichen Stellen erreichbar und es besteht die Chance, sie zu identifizieren und zur Ausreise zu bewegen. Die Schweiz und insbesondere Zug hat mit Rechtsberatung, aktiver Rückkehr- und Wiedereingliederungshilfe gute Erfahrungen gemacht bezüglich Quote und langfristiger Kostensenkung. Zum Beispiel nach dem Kosovo-Krieg. Dieser liberale Weg muss weitergegangen werden. Einige innerhalb der FDP wollten mit diesem Vorstoss letztes Jahr im Vorfeld der Nationalratswahlen ihre Partei als asylpolititischen Hardliner profilieren – die Blocher-Partei quasi rechts überholen. Doch der Vorstoss erweist sich als unpraktikabel. Im Asylbereich braucht es Lösungen und keine Effekthascherei.

Malaika **Hug** hält fest, dass die SP-Fraktion nicht damit einverstanden ist, dass nebst Personen mit einem Nichteintretensentscheid (NEE) auch solche mit einem rechtskräftigen negativen Entscheid aus der Sozialhilfe ausgeschlossen werden. Unsere Fraktion unterstützt daher den Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung. Denn mit einer Streichung der Sozialhilfe ist das Problem vielleicht finanziell gelöst, aber nicht generell. Es ist nämlich zu vermuten, dass bei einer Ausdehnung des neu angewandten Systems auf alle Personen mit einem negativen Entscheid ein grösserer Teil von Personen in die Anonymität und Illegalität abtauchen wird. Aus den Augen, aus dem Sinn, darf hier nicht gelten. Ausserdem muss mit einer Zunahme von Kriminalität gerechnet werden. Es hat sich bereits jetzt herausgestellt, dass seit dem Systemwechsel ein erheblicher Teil der NEE-Personen untergetaucht ist und sich bislang nur wenige Personen bei den kommunalen Behörden gemeldet und Nothilfe beansprucht haben. Ein Fürsorgestopp ist daher der falsche Weg. Viel eher sollte gegen das Untertauchen und die Kriminalität vorgegangen werden, als kollektiv Personen, nämlich auch diese, die sich kooperativ zeigen, zu bestrafen. Es sollten nationale, wenn nicht gar internationale Lösungen gefunden werden, wie diesem Problem Abhilfe geschaffen werden kann. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Kantone und der Schweiz mit der EU wäre hierbei effektiver. Denn in der EU abgewiesene Asylanten versuchen es in der Schweiz und tauchen dann hier unter – dies resultiert aus dem Alleingang der Schweiz. Zu überlegen wäre auch eine Beteiligung der Schweiz an internationaler Hilfe in den betroffenen Ländern selbst – also vor Ort. Auf diese Weise lässt sich diesen Menschen in ihrer Heimat eine Zukunftsperspektive bieten und sie kommen gar nicht erst in die Schweiz. – Aus diesen Gründen lehnt die SP-Fraktion eine Ausdehnung des Systemwechsels auf alle Personen mit einem negativen Asylentscheid entschieden ab und befürwortet die Beibehaltung der heutigen Regelung.

Franz **Zoppi** weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion die Motion der FDP unterstützt. Asylsuchende mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid sind in Bezug auf die Nothilfe kantonal auch denjenigen mit einem Nicht-Eintretensentscheid gleichzustellen. Das Sozialhilfegesetz aus dem Jahre 1982 wurde nicht für Asylsuchende geschrieben. Dannzumal wurde in erster Linie auch nicht an sie gedacht. Dass heute verschiedene Kreise dieses Gesetz auf alle Bedürftige anzuwenden versuchen, ist im Sozialstaat Schweiz verständlich. Warum soll also anderseits nicht auch im kantonalen Sozialhilfegesetz explizit erwähnt werden, welche Personen primär kein Anrecht auf die gängige Sozialhilfe haben? Gemäss gültigem Gesetz ist es der Gemeinde erlaubt, die Sozialhilfe einzuschränken oder zu unterbrechen. Nur wird von dieser Möglichkeit in den seltensten Fällen auch wirklich Gebrauch gemacht. Für bestimmte

Personen sollte grundlegend auch die Nothilfe zeitlich befristet werden. Es ist durchaus sinnvoll, diese lediglich in Nothilfesituationen zu gewähren. Dabei soll es sich um eine punktuelle Unterstützung handeln. Mit der Nothilfe, der Sozialhilfe auf tiefstem Niveau, dürfen aber unter keinen Umständen falsche Anreize geschaffen werden. Es sind keine zusätzlichen Nothilfe-Strukturen zu schaffen, die ihrerseits wiederum eine erhöhte Nachfrage mit sich ziehen würden. Ein eigentlicher Sozialhilfestopp auf Stufe Kanton und Gemeinde ist für Personen mit einem rechtskräftigen negativen Asylentscheid absolut notwendig. Die Nothilfe im Rahmen einer Pauschalentschädigung wäre hier durchaus denkbar und würde einen Sozialtourismus zumindest im innerkantonalen Raum eindämmen. Dabei sollen nicht individuelle Lebenshaltungskosten im Vordergrund stehen, sondern eine pauschale Abgeltung des Allernotwendigsten. Der Votant bittet den Rat deshalb, auch im Namen der SVP-Faktion, die Motion der FDP als erheblich zu erklären.

Stefan **Gisler** möchte nochmals betonen: Die Motion ist nicht umsetzbar. Da können wir noch lange ein kantonales Gesetz zusammenzimmern. Warum wohl will Bundesrat Blocher den – zwar völlig kontraproduktiven und problemschaffenden – Fürsorgestopp auf alle abgewiesenen Flüchtlinge auf *Bundesebene* durchsetzen und nicht auf kantonaler? Weil zumindest er weiss, dass es der einzige legale Weg ist.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, erinnert daran, dass die FDP-Motion die rechtlichen Grundlagen für eine Verweigerung jeglicher Nothilfe an NEE-Personen verlangt. Nothilfe im Sinne von BV § 12 ist ein garantiertes Minimum, welches mit kantonalen Rechtsnormen nicht aufgehoben bzw. ganz verweigert werden kann. Das ist eine Grundlage, die wir nicht ändern können. Die Votantin stellt nun fest, dass der ursprüngliche Antrag jetzt leicht modifiziert erscheint, nämlich das Wie und den Umfang der Nothilfe an NEE-Personen zu regeln. Dafür ist jedoch keine Gesetzesanpassung erforderlich. Mittels Änderung der Verordnung zum Sozialhilfegesetz können wir dieses Ziel erreichen. Dazu später. Zuerst aber zur heute angewandten Praxis. Sie ist pragmatisch und stützt sich auf eine gemeinsame Empfehlung der Sozialdirektorenkonferenz ab. Sie wird in der Zentralschweiz einheitlich angewandt. Und sie bewährt sich in aller Regel. Neben der Notunterkunft, welche die Votantin in einer anderen Motionsbehandlung heute bereits erwähnt hat, wird den Menschen, die Nothilfe beantragen, ein Betrag von 8 Franken ausbezahlt. Den erhalten sie am Morgen, wenn sie die Notschlafstelle verlassen. Die geleistete Nothilfe ist also im Umfang erheblich geringer als die wesentlich höheren Leistungen der Sozialhilfe gemäss schweizerischen Richtlinien. Deshalb will der Regierungsrat – auch wenn die Motion gemäss Antrag nicht erheblich erklärt wird – im Sinne der Motion eine Rechtsgrundlage schaffen für die Nothilfe, und zwar in der Sozialhilfeverordnung. Dort sollen Anspruch, Inhalt und Umfang der Nothilfe geregelt werden, in Übereinstimmung mit dem erwähnten § 12 der BV. Auf diese Weise kann dem Wunsch der Motionärin, das Wie und den Umfang zu regeln, entsprochen werden. Der Regierungsrat beantragt dem Rat die Nichterheblicherklärung der Motion.

Andrea **Hodel** hat gut zugehört, und wenn unser Anliegen erfüllt wird, muss die Motion nicht erheblich erklärt werden. Sie zieht deshalb ihren Antrag zurück. Es geht ja darum, dass das Anliegen erfüllt wird.

Auch die **SVP-Fraktion** hält nicht an ihrem Antrag fest.

➔ Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

512 ÄNDERUNGEN (VERLÄNGERUNG) DER BEIDEN KANTONSRATSBESCHLÜSSE BETREFFEND A. SOZIALLÖHNE IM RAHMEN VON INTEGRATIONSPROJEKTEN B. ERRICHTUNG EINER FACHSTELLE BERUFSINTEGRATION

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1243.1/.2/.3 – 11502/03/04), der Kommission (Nr. 1243.4 – 11527) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1243.5 – 11560).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Eintretensdebatte für beide Vorlagen gemeinsam erfolgt, weil sie in einem engen Zusammenhang zueinander stehen. Die Detailberatung erfolgt dann getrennt.

Erwina **Winiger Jutz**, Präsidentin der vorberatenden Kommission, weist darauf hin, dass es sich eigentlich um zwei Geschäfte handelt, welche bereits vor drei Jahren vorlagen und nun verlängert werden müssen. Die beiden Projekte sind an und für sich unbestritten.
Zu den Soziallohnprojekten. Es handelt sich um die Soziallohnprojekte der GGZ, der gemeinnützigen Gesellschaft Zug. Das wären der Bauteil-Laden Zug, der Recycling Service Baar, die Yellow (das Zuger Lagerschiff), der GGZ Büroservice und das GGZ Service Team Steinhausen. Diese Projekte dienen als Arbeitsplatz und Tagesstruktur für Arbeitslose, die jedoch keine Arbeitslosenversicherung ALV mehr beziehen können. Die betroffenen Menschen werden sinnvoll beschäftigt und haben dadurch weniger gesundheitliche Probleme. Einige finden via diese Projekte auch wieder den Anschluss im ersten Arbeitsmarkt. Es arbeiten nur Personen in den Soziallohnprojekten, die von den Gemeinden vermittelt wurden. Die Finanzierung muss durch die einweisende Gemeinde gesichert sein. Mit einzelnen Gemeinden seien erst kürzlich die Verträge langjährig verlängert worden. Es wäre für die Gemeinden daher ein Problem, falls der Kantonsrat die Projektfinanzierung nicht verlängern würde.
Zur Fachstelle Berufsintegration. Diese Fachstelle ist ebenfalls der GGZ angegliedert. Sie analysiert die Stärken und Schwächen der Arbeitslosen und entwickelt individuelle Förderungsmassnahmen, die letztendlich wieder in den ersten Arbeitsmarkt führen sollen. Vielfach kommen die Menschen erst zur Fachstelle Berufsintegration, wenn sie ausgesteuert sind. Hier bekommen Personen, die von der Arbeitslosen- oder Invalidenversicherung unterstützt oder beim RAV in der Beratung sind, keine Beratung. Das Hauptthema bei der Fachstelle Berufsintegration ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Im letzten Jahr konnten 18 Personen, die von der Fachstelle Berufsintegration beraten wurden, im ersten Arbeitsmarkt wieder eine Stelle finden. An einem Kostenbeispiel wurde uns aufgezeigt, dass durch erfolgreiche Platzierungen ca. 400'000 Franken bei der Sozialhilfe eingespart werden können. – Zur interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) haben Sie heute die Motion der SP überwiesen.

Wie gesagt: Diese beiden Geschäfte waren in der Kommission unbestritten. Es war allen klar, dass es in unserer Gesellschaft solche Stellen braucht, wo Menschen, die sonst durch das Netz falten, aufgefangen und integriert werden. Mehr Diskussionspunkte ergab die Situation, dass wiederum um eine Verlängerung ersucht werden muss, da 2001 bei der Erstberatung die Hoffnung bestand, dass das Sozialhilfegesetz bis zum heutigen Tag revidiert sei. Gemäss Direktion des Innern ist die Revision des Sozialhilfegesetzes eng mit den Reformprojekten der Zuger Finanz- und Aufgabenreform ZFA sowie mit der Neugestaltung des Finanzausgleiches zwischen Bund und Kantonen NFA gekoppelt. Da diesbezüglich noch viele Fragen offen sind, ist das Sozialhilfegesetz SHG noch nicht vollständig revidiert. Es ist augenfällig, dass es Arbeitsverschleiss ist, ein Gesetz zu revidieren, wenn so viele Punkte noch unklar sind. Das einzige, was dann klar ist: Man müsste das Revidierte schnell wieder revidieren. Der Kommission blieb es einzig übrig, an die Regierung zu appellieren, die Überarbeitung des SHG voranzutreiben. Das heisst, die Kantonsratsvorlage verlangt eine Verlängerung der beiden Kantonsratsbeschlüsse bis zum Inkrafttreten des revidierten Sozialhilfegesetzes SHG spätestens bis Ende 2007. Eine Unzufriedenheit über das noch nicht revidierte Sozialhilfegesetz mit Nichteintreten oder Ablehnen der Vorlage wäre eine völlig falsche Reaktion. Denn die Leidtragenden wäre nicht die Regierung, sondern jene, die so oder so am Rande der Gesellschaft stehen. Es träfe die völlig Falschen. Darum beantragt Ihnen die Kommission fast einstimmig, auf das Geschäft einzutreten und der Vorlage zuzustimmen. Die gleiche Haltung vertritt die AF.

Andrea **Erni** möchte dem Rat nicht verheimlichen, dass sie im Vorstand der Gemeinnützigen Gesellschaft Zug tätig ist. Zugleich möchte sie aber mitteilen, dass sie hier nicht in dieser Funktion spricht, sondern als SP-Kantonsrätin und nicht zuletzt als Sozialarbeiterin, welche auf einem gemeindlichen Sozialdienst arbeitet und somit mit den Arbeitsprojekten und der Fachstelle Berufsintegration täglich zusammenarbeitet. – Die Fachstelle Berufsintegration ist aus unserem Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Auf der Fachstelle werden Personen beraten und begleitet, welche kein Anrecht auf Arbeitslosen-Taggelder haben und Sozialhilfe beziehen. Dies betrifft Menschen in den verschiedenen Altersklassen und mit den verschiedensten Voraussetzungen. Jugendliche brauchen oft nicht nur Beratung, welche sie eventuell auch vom BIZ erhalten würden, sondern auch Begleitung. Die Fachstelle nimmt diese wahr, in dem sie die Jugendlichen darin unterstützt, die Bewerbungsunterlagen bereit zu stellen, mit ihnen Vorstellungsgespräche übt, sie bei der Lehrstellensuche unterstützt und allenfalls auch Brückenangebote vermittelt. Durch die enge Zusammenarbeit mit dem BIZ und anderen Stellen werden Doppelspurigkeiten vermieden. Auch erwachsene, ausgesteuerte Personen haben verständlicherweise oft Probleme, für sich eine Perspektive erarbeiten zu können, wenn sie trotz intensiver zweijähriger Suche keine Erwerbsarbeit finden. Die Fachstelle unterstützt sie bei der Erarbeitung – eventuell neuer – beruflicher Perspektiven, klärt die Notwendigkeit von Zusatzqualifikationen ab und kann so mit ihrer Arbeit immer wieder aktiv Mithilfe bei der Vermittlung von Personen in den ersten Arbeitsmarkt leisten. Die Arbeitsprojekte sind nicht mehr aus der Sozialhilfe wegzudenken, vor allem nicht, solange der so genannte erste Arbeitsmarkt nicht genügend Arbeitsplätze und kaum mehr Nischenarbeitsplätze anbietet. Als Sozialarbeiterin erachtet Andrea Erni es einerseits als richtig, wenn arbeitsfähige Personen, welche Sozialhilfe beziehen, eine Gegenleistung in Form von Arbeit erbringen. Andererseits sind denn auch die Betroffenen froh um diese Arbeit, bringt sie doch nach langer Zeit wieder eine Struktur

in ihren Alltag, und die Möglichkeit, ein berufliches Umfeld zu erleben. In den Arbeitsprojekten werden Arbeiten erledigt, welche für die Gesellschaft nützlich sind. Und nicht zuletzt ist die Beschäftigung in einem Arbeitsprojekt als Prävention gegen Schwarzarbeit zu sehen. – Die Fachstelle Berufsintegration und die Arbeitsprojekte sind gesellschaftlich wichtige, nützliche und nötige Einrichtungen. Namens der SP-Fraktion bittet die Votantin den Rat, auf die Vorlagen einzutreten und ihr zuzustimmen.

Beat **Stocker** hält fest, dass die SVP-Fraktion für die Weiterführung der Integrationsprojekte sowie für die Fachstelle Berufsintegration ist. Diese Vorlage hat aber mehr als nur ein Haar in der Suppe. Dieser soziale Leistungskatalog gehört im Sozialhilfegesetz verankert. Leider haben wir schon zu oft von der Direktion des Innern gehört, wieso dies noch nicht geschehen ist. Die Revision der Sozialhilfegesetze wurde uns vor ca. drei Jahren für Ende 2004 zugesagt. Inzwischen wurde diese Revision aus verschiedenen Gründen immer wieder hinausgeschoben, heute liegt der Termin bei spätestens 2007. Die SVP Fraktion befürchtet, dass weitere Verzögerungen auftreten werden. Im Finanzplan 2005-2008 sind die Schwerpunktgeschäfte für den Kantonsrat in den Jahren 2005 und 2006 aufgelistet. Darin ist die Revision der Sozialhilfegesetze für das Jahr 06 vorgesehen, das reicht uns jedoch so nicht. Wir bitten nun die Regierung eindringlich, uns hier und heute dazu einen verbindlichen Termin zu nennen. Wir erwarten, dass das revidierte Sozialhilfegesetz bis spätesten Ende Februar 06 dem Kantonsrat zur Beratung vorliegt, damit noch in dieser Legislatur die Beratungen abgeschlossen werden können.

Andrea **Hodel** kann dem Rat im Namen der FDP-Fraktion mitteilen, dass wir diese Vorlagen ebenfalls unterstützen und einstimmig Eintreten und Zustimmung beschlossen haben. – Soziallohnprojekte bestehen seit 1989. Diese wurden von den Gemeinden zusammen mit der GGZ initiiert. Im Jahr 2001 beschloss der Kantonsrat nach eingehenden Beratungen in der Kommission, welcher damals wie heute Guido Käch, Beatrix Gaier und die Sprechende angehörten, diesen befristeten KRB zu fassen, bis mit der bereits im Jahr 2001 geplanten Revision des Sozialhilfegesetzes eine umfassende gesetzliche Grundlage für alle Integrationsprojekte geschaffen werde. Auf dieses Gesetz und die Koordination warten wir noch heute. Die FDP-Fraktion stimmt der Weiterführung des Soziallöhne und der Fachstelle für Berufsintegration zu und weiss die Wichtigkeit dieser Arbeit zu schätzen. Nur deshalb ist sie bereit, dieses Provisorium weiterzuführen. Es geht darum, nicht die falschen, nämlich die Sozialhilfeempfänger, zu bestrafen. Die FDP-Fraktion fordert die Regierung auf, wie dies bereits die Kommission und die Stawiko getan haben, die notwendigen Gesetzes-grundlagen nun endlich im Rahmen der Revision des Sozialhilfegesetzes zu schaffen und auch die in der Motion der SP aufgeführten Bemühungen verschiedenster Stellen und Ämter für die berufliche Integration zu koordinieren und zusammen-zufassen. Was nicht heissen kann, dass für die Koordination neue Stellen geschaffen, sondern dank der Koordination Fachwissen effizienter genutzt und Personal eingespart oder für die wichtige Beratungsarbeit an der Front vermehrt eingesetzt werden kann.

Beatrice **Gaier** erinnert daran, dass sich die Gewitterwolken über dem Arbeitslosenhimmel seit 2001 noch mehr verdunkelt haben. Die Zahl der erwerbslosen Personen

hat sich seither, auch im Kanton Zug, mehr als verdoppelt. Die Anzahl der stellenlosen Jugendlichen nach der Schule, der Lehre oder dem Studium haben massiv zugenommen. Die kurzen Aufhellungen über dem Wirtschaftshimmel können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es noch Monate, wahrscheinlich eher noch Jahre dauern wird, bis sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt deutlich und spürbar verbessern wird. Deshalb ist es für alle betroffenen Frauen und Männer von grosser Wichtigkeit und Bedeutung, wenn sie in ihrer schwierigen Situation auf die Unterstützung der Fachstelle Berufsintegration und die lntegrationsprojekte mit Soziallohn zählen können. Beide Projekte sind mittlerweile erfolgreich institutionalisiert und helfen mit, das Selbstvertrauen zu stärken – präventiv Krankheiten entgegen zu wirken. Sie bieten Hand, eine geregelte Tagesstruktur zu erreichen und im optimalen Fall eine Anstellung im ersten Arbeitsmarkt zu realisieren. Dies als Lichtblicke in einer persönlich schwierigen und tristen Situation. Trotz der professionellen Arbeit dieser Institutionen wird es weiterhin Personen geben, die nicht in die Arbeitswelt integriert werden können. Es gibt Probleme unterschiedlichster Art, die auch mit einer gezielten und individuellen Unterstützung zu keiner positiven Lösung führen.
Die Vorlage wurde in der CVP-Fraktion eingehend diskutiert. Inhaltlich sind beide Projekte nicht umstritten. Es ist uns allen klar, dass es bei einer Ablehnung die schwächsten Menschen unserer Gesellschaft treffen würde. Genauso wie wegfallende Projektkosten keine Einsparungen, sondern lediglich eine Kostenverlagerung mit sich bringen würden. Und dennoch gab es kritische Bemerkungen, die bereits im Bericht der vorberatenden Kommission und der Stawiko festgehalten sind. Es wird bemängelt, dass das auf spätestens Ende 2004 versprochene, revidierte Sozialhilfegesetz immer noch nicht auf dem Tisch liegt. Für die Fraktion sind die Gründe nicht nachvollziehbar, wieso nicht endlich vorwärts gemacht wird. Teilweise wird sogar die Frage gestellt, ob die Direktion des Innern ihrer Verantwortung genügend nachkomme. Auch wird die volle Kostentransparenz gefordert. Es wird die Auflistung der Folgekosten für den Staatshaushalt betr. Soziallöhne im Rahmen von Integrationsprojekten erwartet und zwar bereits in der Vorlage des Regierungsrats.
Die IIZ wird begrüsst. Die Effizienz und Kundenfreundlichkeit kann damit deutlich verbessert werden. Eine möglichst baldige Umsetzung dieser Zusammenarbeit soll prioritär angestrebt werden. – Eine grosse Mehrheit der CVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und stimmt dieser zu.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass die Wirtschaft anzieht. Wo aber bleiben die Arbeitsplätze? Die Erwerbslosigkeit stieg seit Juni 2004 sogar leicht an. Auf wessen Kosten? Die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen hat gesamtschweizerisch eine Arbeitslosenquote von 6,1 %. Der allgemeine Durchschnitt beträgt 3,7 %. Es braucht unterstützende Massnahmen, und darum dankt der Votant für die Zustimmung für die Vorlage. Doch das genügt nicht. Darum ein Appell an die Wirtschaft, auch genügend Arbeitsplätze und Lehrstellen für die Jungen zur Verfügung zu stellen. Nur noch 17 % der Betriebe bilden Lehrlinge aus. Und bis 2008 werden laut demografischen Prognosen gesamtschweizerisch rund 8'000 Junge mehr auf den Lehrstellenmarkt kommen. Eine andere mögliche Massnahme wäre z.B. eine Garantie auf einen Arbeitsplatz ein Jahr nach der Weiterbeschäftigung.

Guido **Käch** erinnert daran, dass der Kantonsratsbeschluss betreffend Soziallöhne im Rahmen von Integrationsprojekten heute zum dritten Mal, der Kantonsratsbeschluss betreffend Errichtung einer Fachstelle Berufsintegration zum zweiten Mal

Gegenstand einer Kantonsratsdebatte ist. An drei Kommissionssitzungen haben in den letzten Jahren dreissig Kantonsrätinnen oder Kantonsräte in wechselnder Zusammensetzung die Geschäfte vom 29. Oktober 1998, vom 27. September 2001 und von heute behandelt und vorberaten. Am Inhalt der Vorlagen hat sich in den letzten sieben Jahren praktisch nichts geändert, auch die Begründungen der Direktion des Innern und der zuständigen Fachstellen blieben die Gleichen. Heute stellt die Direktion des Innern dem Kantonsrat zum dritten Mal den Antrag, den im Jahre 1998 gefassten Kantonsratsbeschluss zu verlängern. Die Kantonsratsbeschlüsse wurde anfänglich bis zum 31. Dezember 2001 befristet, dann bis zum Inkrafttreten des revidierten Sozialhilfegesetzes, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2004, heute bis zum Inkrafttreten des revidierten Sozialhilfegesetzes, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2007. Der seit sechs Jahren bestehende Auftrag, die Soziallöhne im Rahmen von Integrationsprojekten und der seit drei Jahren bestehende Auftrag, die Einrichtung einer Fachstelle Berufsintegration im Rahmen der Revision des Sozialhilfegesetzes zu regeln, ist bis heute nicht erledigt.
Die Begründung von Regierungsrätin Profos, die ZFA und der NFA hätten die Revision des Sozialhilfegesetzes verzögert bzw. verunmöglicht, lässt der Votant nicht gelten. Die bestehenden Sozialaufgaben müssen primär aus organisatorischer und struktureller Sicht überprüft, angepasst, bereinigt und gesetzlich neu geregelt werden. Doppelspurigkeiten sind auszuräumen. Dann können die Aufgaben zugeordnet und verteilt sowie die Rahmenbedingungen festgelegt werden. Auf der Basis einer Gesetzesvorlage können die Kosten berechnet und gemäss den Beschlüssen aus der ZFA und des NFA verteilt werden. Die Gesamtkosten im Sozialbereich dürften dabei etwa gleich hoch ausfallen, es muss eher gespart als mehr ausgegeben werden! Die zuständigen Amtsstellen der Direktion des Innern und ihre Vorsteherin sind ihrer Pflicht, Kantonsratsbeschlüsse termingerecht umzusetzen, nicht nachgekommen. Die Revision des Sozialhilfegesetzes wird um weitere Jahre hinausgezögert (Regierungsrätin Profos spricht von mindestens 80 Wochen für eine Gesetzesänderung), dies wäre nicht nötig gewesen und ist gegenüber den Betroffenen verantwortungslos. Verstehen *Sie*, warum praktisch der gleiche und nicht so schwierige Auftrag zuerst drei Jahre, dann sechs Jahre und jetzt neun Jahre dauern soll? Guido Käch nicht. Aus seiner Sicht gibt es dafür nur zwei Begründungen, es ist entweder Gleichgültigkeit oder Unvermögen. Aus Ärger und aus Protest gegen dieses unverständliche Verhalten lehnt er die beiden Kantonsratsbeschlüsse ab. Gleichzeitig fordert er die Direktion des Innern auf, das Sozialhilfegesetz nun endlich zu revidieren und die Soziallöhne im Rahmen von Integrationsprojekten und die Einrichtung einer Fachstelle Berufsintegration im Sozialhilfegesetz zu regeln.

Der **Vorsitzende** fragt den Votanten, was er mit der Formulierung «ich lehne es ab» genau meint. – Guido Käch stellt keinen Antrag, er wird aber aus Ärger und Protest diesen Vorlagen nicht zustimmen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, bedankt sich im Interesse der betroffenen Personen für die vielen unterstützenden Voten. Sie stellen fest, dass die Verlängerung der beiden Kantonsratsbeschlüsse anerkannt und bewährt ist im Interesse der sie nutzenden Klienten.
Zur Revision des Sozialhilfegesetzes. Die Votantin hat bereits bei der vorberatenden Kommission dazu Stellung genommen, aber offenbar sind die Begründungen, die sie auch den Fraktionschefs übermittelt hat, nicht wie beabsichtigt angekommen. – Die

Sozialhilfegesetzgebung ist sehr eng mit den ZFA-Projekten verknüpft und vor allem auch mit dem NFA. Wir haben der Regierung – kurz nachdem Brigitte Profos das Amt angetreten hat – eine Vorlage vorgelegt für eine Revision des Sozialhilfegesetzes. Diese wollte mit Recht genauere Angaben zu den finanziellen Auswirkungen. Und diese konnten wir nicht bearbeiten, weil die Rahmenbedingungen einfach nicht genügend definiert waren. Heute sieht das anders aus. Wir werden am nächsten Sonntag über den NFA abstimmen und wir haben etwas verspätet im Oktober die Entwürfe für die Umsetzung für die Gesetzesbestimmungen im Behindertenbereich erhalten, die dann im Parlament umgesetzt werden sollen. Mit diesen Gesetzesentwürfen haben wir immerhin eine etwas klarere Ausgangslage, wie sich der NFA auf den ganzen Sozialbereich auswirken wird. Wir haben nun die Revisionsarbeiten aufgegriffen, vor dem Hintergrund dieser genaueren Informationen sind sie im Gange, und zwar als Schwerpunkt Gesetzgebungsarbeit in der Direktion des Innern. Wir werden dem Wunsch der SVP gerecht werden und anfangs des Jahres 2006 dieses Revisionspaket vorlegen können, damit die Beratungen noch in dieser Legislatur abgeschlossen werden können. Damit können auch die beiden Projekte, die wir heute beraten, ins Sozialhilfegesetz integriert werden.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Vorlage Nr. 1243.2 – 11503, Kantonsratsbeschluss betreffend Soziallöhne im Rahmen von Integrationsprojekten

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1243.6 – 11612 enthalten.

Vorlage Nr. 1243.3 – 11504, Kantonsratsbeschluss betreffend Errichtung einer Fachstelle Berufsintegration und Verlängerung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Soziallöhne im Rahmen von Integrationsprojekten

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1243.7 – 11613 enthalten.

513 ÄNDERUNG DER BEIDEN KANTONSRATSBESCHLÜSSE
A. ÜBERNAHME DER BURGLIEGENSCHAFT ZUG SOWIE ERRICHTUNG EINER STIFTUNG FÜR DEN BETRIEB EINES MUSEUMS IN DER BURG ZUG
B. SATZUNGEN DER STIFTUNG «MUSEUM BURG ZUG»

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1252.1/.2/.3 – 11522/23/24), der Kommission (Nrn. 1252.4/.5/.6 – 11573/74/75) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1252.7 – 11576).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich hier um zwei verschiedene Kantonsratsbeschlüsse handelt, wobei der zweite Beschluss (Vorlage Nr. 1252.3 – 11524) seine Rechtsgrundlage im ersten Beschluss (Vorlage Nr. 1252.2 – 11523) findet. – Die Eintretensdebatte erfolgt für beide Beschlüsse gleichzeitig, weil diese in engem innerem Zusammenhang stehen.

Moritz **Schmid** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Vorlage am 22. September 2004 im Rahmen einer halbtägigen Sitzung beraten hat. Mathias Michel, Direktor für Bildung und Kultur, und Hans-Peter Büchler, Direktionssekretär, standen uns für Fragen zur Verfügung. Dieser war auch zuständig für das Protokoll. Der Kantonsrat hat an der Sitzung vom 26. Juni 2003 zwei praktisch gleich lautenden Vorlagen über die Änderung der beiden Beschlüsse zur Stiftung Museum in der Burg mit 60 : 5 resp. 60 : 7 Stimmen zugestimmt. Am 9. September 2003 lehnte der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug die Vorlage mit 18 : 16 Stimmen ab. Um solche Leerläufe in Zukunft zu vermeiden, möchte der Kommissionspräsident dem Rat beliebt machen, bei Vorlagen, die im Zusammenhang mit der Stadt Zug stehen, d.h. die vom Grossen Gemeinderat der Stadt Zug auch beraten und genehmigt werden müssen, zuzuwarten, bis dieser entschieden hat. So können wir uns wertvolle Zeit und Geld ersparen. Es soll nicht mehr passieren, dass der Kantonsrat Vorlagen wie zum Fischereimuseum und zum Museum in der Burg an seiner Sitzung genehmigt und der GGR lehnt diese später ab. Das kann ja wohl nicht das gelbe vom Ei sein.
In der neuen Vorlage sind die umstrittenen Punkte angepasst worden. Dies hatte sich positiv ausgewirkt. Vor unserer Sitzung haben zwischenzeitlich die Bürgergemeinde Zug und der Grosse Gemeinderat von Zug die Vorlage verabschiedet. Die Korporationsgemeinde Zug hat dem Votanten zu Handen der beratenden Sitzung ein positives Zeichen gegeben. Folgende Änderungen wurden vorgenommen:

- Einvernehmliche Vereinbarung mit der Bürgergemeinde und der Korporationsgemeinde Zug bezüglich fixen Beiträgen von 40'000 resp. 80'000 Franken jährlich.
- Einvernehmliche Vereinbarung mit dem Stadtrat von Zug betreffend Festlegung des städtischen Beitrags auf einen Drittel des in der Leistungsvereinbarung umschriebenen Beitrags.
- Erhöhung der Anzahl Stiftungsräte von fünf auf sechs, um der Bürger- und Korporationsgemeinde Zug auch inskünftig einen gemeinsamen Sitz im Stiftungsrat zusichern zu können.

Der Stiftungsrat hat zwischenzeitlich beschlossen, ab dem 1. Januar 2005 die Co-Leitung durch eine Einerleitung zu ersetzen. Mit dem Verzicht auf die geplante Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters bzw. einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin sowie Beiträge weiteren Einwohnergemeinden an die Museumspädagogik konnte das Budget 2005 gegenüber der Vorlage 2002 massgeblich reduziert werden. Durch weitere Kürzungen im Sachaufwand konnten die Nettoaufwendungen von einer Mio.

Franken auf rund 840'000 gesenkt werden. Der neue Kostenteiler (Kanton 2/3, Stadt 1/3) der im Leistungsauftrag vereinbarten Pauschale limitiert für die Stadt Zug den Betrag auf 240'000 Franken plus Teuerung und für den Kanton auf maximal 480'000 Franken zuzüglich Teuerung. Als erfreulichen Aspekt konnte die Kommission davon Kenntnis nehmen, dass nun alle Zuger Gemeinden sich mit einem jährlichen Beitrag an den Betriebskosten beteiligen, wenn auch zum Teil zeitlich befristet.
Die Kommission entschied dann mit 14 : 0 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten. Ebenso stimmte die Kommission der Vorlage 1252.2 mit 14 : 0 Stimmen zu und der Vorlage 1252.3 mit 13 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung. Im Namen der Kommission beantragt Moritz Schmid dem Rat, auf die beiden Vorlagen einzutreten und ihnen mit den von der Kommission beschlossenen Änderungen in den Vorlagen 1252.5 und 1252.6 zuzustimmen. Für die freundliche und tatkräftige Unterstützung in seinen Vorbereitungen möchte er sich bei Hans-Peter Büchler herzlich bedanken.
Da aber neben dem Museum in der Burg weitere kantonale, gemeindliche und private Museen sowie Museumsabsichten bestehen, ist die Kommission der Auffassung, dass im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden die Zuständigkeit im Museumsbereich überprüft, bzw. die Zusammenarbeit unter den Museen verbessert werden sollte. – Die SVP-Fraktion unterstützt den Kommissionsantrag mit den von ihr beschlossenen Änderungen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko bereits im Frühling 2003 zu diesen Vorlagen Stellung bezogen hat, diese zwar befürwortet, aber gleichzeitig einige kritische Anmerkungen gemacht. Da der Grosse Gemeinderat die Vorlagen in der Folge im September 2003 abgelehnt hat, erfolgte eine umfassende Überarbeitung mit Optimierung der Kostenstruktur und Organisation. Glück im Unglück! Das Resultat liegt vor und ist aus unserer Sicht erfreulich. Folgende Punkte hat die Stawiko im Frühling 2003 diskutiert:
1. Die Kostenentwicklung wurde von der Stawiko als kritisch beurteilt. Die Kosten waren seit der Eröffnung des Museums, teuerungsbereinigt, um 75 % angestiegen.
2. Die in der Organisationsanalyse vorgeschlagenen Massnahmen hätten zu einer weiteren Kostensteigerung geführt. Aufgrund eines höheren Sachaufwandes, Teuerungszulagen und einer Personalstellenerhöhung um 75 Stellenprozente wären die Kosten von 855'900 Franken (im Jahr 2002) auf rund 1 Mio. im Jahr 2004, d.h. um nochmals 16 % angestiegen. Die Stawiko forderte den Regierungsrat auf, die Kostenentwicklung im Auge zu behalten.
3. Die Mehrheit der Stawiko war damals der Meinung, dass eine Neuorganisation mit Verkleinerung des Stiftungsrats und die Steuerung über einen Leistungsauftrag modern und sinnvoll wären.
Mit Befriedigung nehmen wir heute zur Kenntnis, dass:
- der budgetierte Nettoaufwand von 1 Mio. auf 840'000 Franken gesenkt werden konnte.
- die Führungsstrukturen optimiert worden sind und u.a. die bisherige Co-Leitung ab 2005 durch eine Einerleitung ersetzt wird.
- dass der Regierungsrat und der Zuger Stadtrat der Stiftung einen Leistungsauftrag erteilt haben.

Wir danken Regierungsrat Matthias Michel für diese erfolgreiche Überarbeitung und Neuorganisation.
Zur Finanzierung. Die Bürgergemeinde Zug trägt 40'000 Franken (statt 42'800 gemäss der alten Vorlage), die Kooperationsgemeinde Zug 80'000 statt 85'000 Franken der Kosten. Gemäss Kostenteiler übernimmt der Kanton Zug 2/3, die Stadt Zug

1/3 der Leistungsvereinbarung. Dieser Kostenteiler entspricht, allerdings im umgekehrten Sinn, demjenigen bei der Stadt- und Kantonsbibliothek. Der Kanton stellt zudem die Burgliegenschaft unentgeltlich zur Verfügung und zahlt den Unterhalt von jährlich 80'000 Franken. Zu diesen Einnahmen kommen Beiträge von weiteren Gemeinden, u.a. Steinhausen und Baar im Betrag von aktuell 50'000 Franken. Die Zusicherung ist teilweise auf zwei bis drei Jahre beschränkt. Wie sie bereits gehört haben, hat der Grosse Gemeinderat zwar der Beitragserhöhung gemäss dem Kostenteiler zugestimmt, gleichzeitig aber den Beitrag auf maximal 240'000 Franken zuzüglich Teuerung limitiert (Steigerung von 170'000 auf 240'000 Franken). Dieses Kostendach führt automatisch zu einer Limitierung des Kantonsbeitrags auf maximal 480'000 Franken (plus Teuerung) pro Jahr. Der Beitrag des Kantons liegt damit um 100'000 Franken tiefer als in der 2003 präsentierten Vorlage. Aktuell ist mit diesen Beiträgen das Budget des Museums in der Burg gesichert.
Eintreten in der Stawiko war unbestritten. In der Detailberatung wurde ein Antrag abgelehnt, den Kantonsbeitrag, analog zur Stadt, explizit auf 480000.- Franken zu begrenzen. Die Mehrheit der Staatswirtschaftskommission ist der Meinung, dass ein solcher Maximalbetrag nicht ins Gesetz gehört. Die nun vorliegenden Rahmenbedingen sind aus unserer Sicht genügend, um eine unerwünschte Kostensteigerung zu verhindern. – Die Stawiko beantragt, auf beide Vorlagen einzutreten und diesen mit den Änderungen der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Berty **Zeiter** hat für dieses Traktandum ein Anschauungsobjekt mitgebracht. Wissen Sie, was ein Mohrenkopf mit dem Museum in der Burg zu tun hat? Bei der ersten Beratung der Vorlagen vor gut einem Jahr hat uns die Museumspädagogin ein Beispiel ihrer Arbeit mit Kindern gezeigt. Die verteilten Mohrenköpfe machten auch uns gwundrig, und so blieb ihre Erklärung haften, dass wertvolle Gegenstände beim Vergolden mit einer Schicht Gold überzogen werden, die nur 1/20 so dick ist wie das Mohrenkopfpapier. Auf so anschauliche Weise wird kleinen wie grossen Besuchern die Museumswelt nahe gebracht. Also nichts Verstaubtes und Langweiliges, sondern aktualisiert und lebendig. Das Museum hat in den letzten Jahren an Attraktivität und Popularität gewonnen. Das zeigt sich auch darin, dass das Museum letzten Sommer zehn Ferienpass-Angebote bereitstellte – und alle waren ausgebucht. Um diesen Stand zu sichern, ist es wichtig, auch seine Satzungen und den Betrieb zu aktualisieren. Es ist ein anerkennenswerter Fortschritt, dass alle Einwohnergemeinden Beiträge an das Museum gesprochen haben. Auch die Aufteilung des Kostenteilers zwischen Stadt Zug und Kanton im Verhältnis von 1/3 zu 2/3 finden wir in Ordnung. Eher bedenklich finden wir die kleinliche Regelung, dass die Stadt Zug die Beitragsobergrenze in Franken festlegt, und deshalb wehren wir uns auch dagegen, dass der Kanton es der Stadt nachmacht. Dazu wird sich die Votantin in der Detailberatung noch äussern. Hinter den beiden Vorlagen stehen wir jedoch mit Überzeugung und sind für Eintreten.

Markus **Jans** erinnert daran, dass schon bei der ersten Behandlung der beiden Vorlagen im Kantonsrat vor etwas mehr als einem Jahr die SP-Fraktion den Anträgen der Regierung zustimmte. Die jetzt vorliegenden Vorlagen unterscheiden sich nur finanziell und nicht inhaltlich von den ersten, weshalb die SP-Fraktion auch heute den Anträgen der Regierung zustimmt. Durch die Beitragslimitierung im Beschluss des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug wird dem Museum die Möglichkeit der Weiterentwicklung stark eingeschränkt, was wir sehr bedauern. Die Gewinnung von

Sponsoren für eine anerkannt öffentliche Aufgabe ist im heutigen wirtschaftlichen Umfeld sehr unwahrscheinlich. Auch die Entlassung von Personal, wie im Kommissionsbericht erwähnt, ist keine gangbare Möglichkeit zur Förderung des Museums. Die SP-Fraktion erwartet zumindest von den Gemeinden, dass ihre auf drei Jahre beschränkten Beitragszahlungen bei der allfälligen Erneuerung nicht einfach gestrichen oder gekürzt, sondern tendenziell eher angehoben werden. Wesentliche Nutzniesser dieses Museums sind nämlich die gemeindlichen Schulen. Die SP-Fraktion dankt dem Rat, wenn er den Vorlagen und Anträgen der Regierung zustimmt.

Rosvita **Corrodi** weist darauf hin, dass wir uns viel Zeit, einen Teil Arbeit und auch Kosten hätten sparen können, wenn man den Bedenken bezüglich Terminierung der Behandlung der Burg-Traktanden im Sommer 2003 Rechnung getragen hätten. Dass der GGR der Stadt Zug den finanziellen Forderungen des Kantons zustimmen würde, war wohl etwas zu optimistisch kalkuliert. Das Nein des GGR hat aber im Nachhinein auch sein Gutes. Organisation und Budget mussten neu diskutiert werden. Dass die Realisierung der neuen Leitung und der engere Kostenrahmen nun möglich sind, ist sicher ein grosses Verdienst unseres Regierungsrats Matthias Michel. Ihm gebührt dafür ein herzliches Dankeschön. Es ist uns aber auch bewusst, dass das neue Kostenkorsett durch die Plafonierung der Finanzen einiges an Kreativität fordert. Erfreulich sind deshalb die zugesicherten Beiträge der Gemeinden für die kommenden drei Jahre. – Die Votantin erlaubt sich hier noch eine kleine Zwischenbemerkung. Ihre Feststellung im letzten Sommer, dass als einzige Gemeinde die Gemeinde Walchwil keinen Beitrag zahlen wolle, hat sicher dank dem politischen Einfluss des Kantonsratspräsidenten Peter Rust dazu geführt, dass seine Wohngemeinde nun auch einen Obolus entrichtet. – Nun geht es einzig noch darum, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zug am kommenden Wochenende ein mehrheitliches Ja in die Urne legen. Die FDP-Fraktion wird diesem Geschäft bereits heute zustimmen.

Jacques-Armand **Clerc** möchte sich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit kurz fassen. Als Mitglied der Kommission und der CVP-Fraktion empfehlen wir einstimmig Annahme der Vorlagen. Die CVP steht zur Kultur und somit auch für das Museum in der Burg. Grossmehrheitlich standen wir bereits am 26. Juni 2003 zu den Vorlagen. Da sich diese nun verbessert haben, sehen wir keinerlei Gründe zu opponieren. Wir empfehlen daher einstimmig die Ja-Parole. Zu einem persönlichen Anliegen hat sich schon die Vorrednerin geäussert: Den Walchwilern nahe zu legen, sich grosszügig für die Burg einzusetzen.

Peter **Dür** meint, es sei möglicherweise der Eindruck entstanden, dass nur Baar und Steinhausen Beiträge zahlen. Unterdessen hat der Stawiko-Präsident von Hans Christen eine aktualisierte Liste erhalten, damit doch zumindest alle Gemeindevertreter wissen, was da bezahlt wird. Baar zahlt 33'000 Franken wie bisher, Steinhausen 12'000 jährlich unbefristet. Und jetzt kommen die befristeten Beschlüsse: Cham 10'000 Franken, Hünenberg 10'000, Menzingen 2'400, Neuheim 1'500, Oberägeri 5'000, Risch 10'000, Unterägeri wartet noch ab, zahlt im Moment 5'000, und Walchwil doch jetzt neu 3'000. Das ergibt eine erkleckliche Summe von 51'900 Franken. Und wie der Votant vom Bildungsdirektor gehört hat, ist der Stiftungsrat der Meinung, dass diese beschränkten Gelder im Moment – auch auf Grund des Willens der

Gemeinden – für die Museumspädagogik eingesetzt werden. Davon profitieren ja die Gemeinden, wenn sie ihre Schulkinder ins Museum schicken können. Und so lange diese Beiträge von den Gemeinden fliessen, wird diese Museumspädagogik auch weiter geführt.

Matthias **Michel**, Direktor für Bildung und Kultur, meint, dieses Geschäft gehöre zu den am gründlichsten beratenen Geschäften der letzten Jahre. Heute ist die siebte Ratsdebatte insgesamt, mit allen Korporations-, Bürger- und Einwohnergemeinderäten zusammen. Trotzdem vielleicht noch kurz ein Wort. Der Kommissionspräsident hat angeregt, wenn es um Zusammenarbeitsprojekte mit Gemeinden gehe, solle man jeweils die gemeindlichen Beschlüsse abwarten. Der Votant ist hier anderer Meinung. Der Kanton zahlt hier den Grossteil der Kosten. Er ist federführend und da muss er auch ein Zeichen setzen. Er hofft nicht, dass wir heute auf die Glückszahl sieben angewiesen sind. Es scheint nicht so. Das Gelingen des heutigen Beschlusses hängt ab von guter Vorarbeit, wofür der Bildungsdirektor der vorberatenden Kommission dankt. Er dankt auch Leo Granziol, der angeregt hat, die Gesetzessystematik nochmals zu überdenken. Deshalb sind jetzt auch die neuen Anträge über die Kommission hereingekommen. Er dankt sämtlichen Trägerschaften, insbesondere den Verantwortlichen der Korporation- und Bürgergemeinde für die konstruktiven Verhandlungen, die dann zu einem wirklichen Konsens geführt haben. Schliesslich dem Stiftungsrat des Museums in der Burg, den er präsidieren darf. Und Dank an dieser Stelle auch der Museumsleitung, auch dem abtretenden Museumsleiter Dr. Keller, der Grundsteine für dieses Museum gelegt und ihm ein Profil gegeben hat; wir haben ihn in einer Abschiedsfeier gewürdigt.
Matthias Michel möchte abschliessend noch einen Hinweis machen. Diesen Budgetkürzungen im Vergleich zur vorherigen Vorlage liegt eine klare Verzichtsplanung zu Grunde. Man verzichtet auf 75 % der vorgesehenen Stellen, es ist ein enges Korsett, dass insbesondere mit der Plafonierung der Stadt so eng wird wie bei kaum einer anderen Institution, die von der Öffentlichen Hand getragen wird. Nur ein Beispiel: Jede Beförderung einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters müsste anders finanziert werden als durch öffentliche Gelder. Und deshalb ist natürlich diese von der Stadt eingeführte Plafonierung ein Wermutstropfen, der durch das Museum noch geschluckt werden muss. Der Bildungsdirektor kann den Rat hier nur aufrufen: Sie sitzen auch in Gremien oder haben Einfluss darauf, welche mit Gesuchen um Beiträge an Sonderausstellungen konfrontiert werden. Das Museum ist darauf angewiesen, dass andere Finanzierungsquellen für Sonderausstellungen erschlossen werden. Dass Sie dann diesen Gesuchen wohlwollend gegenüber stehen. Gerade in diesen Tagen ist eine sehr gute Ausstellung neu eröffnet worden über die Generation des Zweiten Weltkriegs. Matthias Michel dankt dem Rat und hofft, dass er mit der gleichen Überzeugung ohne Gegenstimme, wie alle anderen Räte zuvor, dieser Vorlage zustimmt.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Vorlage Nr. 1252.5 – 11574, Kantonsratsbeschluss betreffend die Übernahme der Burgliegenschaft in Zug sowie die Errichtung einer Stiftung für den Betrieb eines Museums in der Burg

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich hier um die Anträge der vorberatenden Kommission handelt, denen sich sowohl Regierung wie Stawiko anschliessen.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1252.8 – 11610 enthalten.

Vorlage Nr. 1252.6 – 11575, Kantonsratsbeschluss betreffend Satzungen der Stiftung «Museum in der Burg»

II. Finanzierung

Berty **Zeiter** hat hier noch einen Einwand. Wir haben erst vor wenigen Monaten über WOV- und Pragma-Modelle diskutiert. Und die Mehrheit des Rats hat uns Alternativen Kritikern und Skeptikern weisgemacht, dass durch Globalbudgets mehr Eigenverantwortung und Motivation geschaffen werden. Und dass Leistungsaufträge das ideale Führungsmittel seien, um schnell auf aktuelle Anforderungen reagieren zu können. Hans Peter Schlumpf hat das ja heute auch wieder betont. Und nun kommt der gleiche Kantonsrat und will diese Grundsätze wieder aushebeln, indem wir auf Gesetzesstufe eine maximale Beitragsgrenze übernehmen, welche die Stadt Zug uns gibt. Wenn wir Art. 3 Abs. 2 so stehen lassen, wie er jetzt ist, heisst dies, dass der Kanton ohne Gesetzesänderung der Stadt Zug keine Möglichkeit hat, auf Grund einer aktuellen Situation oder veränderten Finanzlage einen Betrag von über 480'000 Franken zu sprechen. Dies steht im Widerspruch zu den Pragma-Grundsätzen, zu denen Sie sich vor kurzem bekannt haben. Und es schränkt die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten eines wichtigen kulturellen Aushängeschilds unseres Kantons ein. Deshalb stellen wir den Antrag, in den *Art. 3 Abs. 2* der Satzungen ein *mindestens* hinein zu nehmen, so dass es neu heisst:

> *«[2] Ausserdem übernimmt der Kanton mindestens 2/3 der im Leistungsauftrag vereinbarten Abgeltung für den Betrieb des Museums.»*

So haben wir die Möglichkeit, flexibel reagieren zu können, wenn eventuelle neue finanzielle Anforderungen auftreten.

Moritz **Schmid** weist darauf hin, dass die Kommission genau das nicht wollte. Das *mindestens* haben wir diskutiert und darüber abgestimmt. Und wir wollen es nicht drin haben. Darum bittet der Kommissionspräsident, dem Kommissionsantrag zuzustimmen.

Matthias **Michel**, Direktor für Bildung und Kultur, hält fest, dass die Regierung diesen Antrag auch besprochen hat. Als Präsident des Stiftungsrats hat er natürlich Verständnis dafür, aber als Regierungsrat nicht. Gerade im Hinblick auf die Aufgabenteilung kann und soll der Kanton nicht in Lücken springen, welche die Gemeinden nicht ausfüllen. Und das würde hier indiziert. Das würde eine Entwicklung präjudizieren, welche der Votant aus übergeordneten grundsätzlichen Überlegungen im Namen des Regierungsrats nicht unterstützen kann. Der Regierungsrat bleibt deshalb bei der bisherigen Fassung.

➔ Der Antrag der AF wird mit 61 : 12 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1252.9 – 11611 enthalten.

Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

37. SITZUNG: DONNERSTAG, 25. NOVEMBER 2004
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.15 – 16.20 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

514 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Regula Töndury, Zug; Andreas Hotz, Baar; Manuel Aeschbacher und René Bär, beide Cham; Andreas Huwyler, Hünenberg; Stephan Schleiss, Steinhausen.

515 VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMS 2004-2011, KREDITBEGEHREN RA 22 + ER 20, OBJEKTKREDIT FÜR DIE INSTANDSTELLUNG DER ARTHER-STRASSE INKL. GEH- UND RADWEG, EIELEN-LOTENBACH, STADTGEMEINDE ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1257.1 – 11543), der Strassenbaukommission (Nr. 1257.2 – 11577) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1257.3 – 11578).

Kommissionspräsident Beat **Villiger** weist darauf hin, dass die Strassenbaukommission dem Rat im Rahmen der Vorlage Strassenbauprogramm 2004-2011 vor allem aus Sicherheitsgründen beantragte, das Projekt Ausbau Kantonsstrasse Eielen-Lotenbach von der 2. in die 1. Priorität zu verschieben. Der Rat stimmte damals richtigerweise zu, denn es handelt sich hier um einen der gefährlichsten Kantonsstrassenabschnitte im Kanton Zug. Es handelt sich aber auch um das letzte Teilstück zwischen Zug und Walchwil, das von der Bausubstanz her gesehen unbedingt

saniert werden muss. Der heutigen Vorlage ging eine lange, allzu lange Planung voraus, ab und zu auch ein Pingpong, was aber nicht der Baudirektion angelastet werden kann. Vielmehr liegt diese Vorlaufzeit darin begründet, dass es nicht einfach war, die vielen Interessen (Wald, Wildtierkorridor, Natur- und Denkmalschutz, Landschaftsschutz, Grundeigentümer, Bahn) zu einer Lösung zusammenzuführen. Die Kommission machte aber in den letzten Jahren immer wieder Druck und auch die Gemeinde Walchwil drängte auf den Ausbau. Es ist dem Votanten deshalb ein Anliegen, der Baudirektion und der Regierung dafür zu danken, dass nunmehr der gemeinsame Nenner gefunden werden konnte und wir heute über eine Vorlage befinden können.
Die Kommission ist sich bewusst, dass die Kosten von gut 11 Millionen sehr hoch sind, vor allem auch deshalb, weil man beim Strassenbauprogramm noch von Kosten in der Höhe von 6 Mio. für Kantonsstrassen und 2 Mio. für Radwege, also total 8 Mio. ausgegangen ist. Die Strasse weist an verschiedenen Stellen eine Breite von nur 5,7 bis 6 m auf. Bei Bussen und Lastwagen kommt es beim Kreuzen häufig zu Schäden und es kommt vor, dass die Trottoirfläche zum Kreuzen benutzt wird. Beim Zigeunerplätzli ist die Sicherheit noch prekärer. Auf dem genannten Streckenabschnitt wurden in den letzten fünf Jahren elf Verkehrsunfälle registriert. Seeseits reiht sich eine Kunstbaute an die andere. Alle sind in einem desolaten Zustand, und bergseits sind es die SBB-Stützmauern, die unterhaltsbedürftig sind. Aus drei Varianten wurde die nun vorliegende als die Bestvariante auserkoren. Wir haben die Kosten in der Kommission hinterfragt. Immerhin hat die Baudirektion die Kosten intern kontrolliert und die Berechnungen einem externen Experten unterbreitet. Dieser habe bestätigt, dass die Kosten korrekt ermittelt worden seien, und ein weiteres Sparpotential wurde nicht geortet. Der Regierungsrat hat in der Folge bekanntlich noch Kostenreduktionen in Höhe von 210'000 Franken vornehmen können. Die Ausführungen sind in den Jahren 2006 bis 07 vorgesehen. Die Strecke wird während rund anderthalb Jahren nur noch einspurig befahren werden können – eine Geduldsprobe auch für die Walchwiler. Es wird zwei Baustellen mit zwei gekoppelten Lichtsignalanlagen und einer grünen Welle geben, mit voraussichtlicher Busbevorzugung. Die Kommission wünschte, dass die lange Bauzeit von anderthalb Jahren mit geeigneten Massnahmen verkürzt werden sollte und dass insbesondere die Bauarbeiten mit den SBB zu koordinieren sind. Die Kommission wünschte, dass der Baudirektor spätestens an der heutigen Sitzung über den Stand dieser Koordination Auskunft gibt.
Ein Thema in der Kommission waren auch die 30'000 Franken für die Pigmentierung. Grossmehrheitlich wurde entschieden, aus optischen Überlegungen die Pigmentierung nicht aus dem KV zu streichen, und es wurde die Ansicht vertreten, dass dieser Betrag wohl noch im vom Regierungsrat vorgelegten Kostenvoranschlag Platz haben sollte. Es war von der Kommission mehr eine vorsorgliche Aufnahme des Betrages als eine absolut verpflichtende. Es wäre einfach schade, wenn die lange Mauer von weither dann als weisses Band wahrgenommen würde und die Walchwiler gegen ihren Willen ein neues Wahrzeichen erhielten. Und es darf nicht angehen, dass dann diese Mauerbehandlung später trotzdem noch erfolgt. Die Stawiko sagt, dass die Mauer von selbst eine etwas dunklere Farbe bekomme und durch die Vegetation von selbst begrünt werde. Wenn der Stawiko-Präsident und der Baudirektor heute sagen können, dass dem ohne Wenn und Aber und auch auf Grund von Aussagen der Fachleute so sein werde, kann Beat Villiger dies nachvollziehen. Wenn nicht, so möchte er den Rat bitten, dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen. – Weiter gaben aber auch der Gesamtbetrag oder die 15 % für Unvorhergesehenes zu reden. Vor dem Hintergrunde der schwierigen Topografie und der über 20 verschiedenen Kunstbauten müssen wir uns aber wohl oder übel damit abfinden, dass dieses Pro-

jekt eben diesen hohen Betrag verursacht. – Die CVP-Fraktion hat ebenfalls einhellig zugestimmt, die 30'000 Franken wurden aber auch von ihr mehrheitlich abgelehnt.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko die Vorlage an ihrer Sitzung vom 4. November 2004 geprüft hat. Die genannte Strassensanierung ist im Strassenbauprogramm 2004-2011, im Teilrahmenkredit von 24 Mio. für lokale Korrekturen aufgeführt. Beträge über 1,5 Mio. aus diesem Programm werden mit einfachem Kantonsratsbeschluss ausgelöst. Dies ist hier der Fall. Auf den ersten Blick hat es auch die Stawiko überrascht, dass ein Strassenstück von nur 850 m Länge für rund 11 Mio. Franken saniert werden muss. Ein erster Grund liegt sicher darin, dass die Grundkonzeption eine sehr sorgfältige Sanierung dieser Strasse, basierend auf ihrer historischen Bedeutung als Verkehrsweg, vorsieht. Es ist für uns sehr schwierig zu beurteilen, ob diese Grundkonzeption richtig oder falsch ist. Es stellt sich aber schon die Frage, ob wir uns, bei zunehmend begrenzten Ressourcen – auch in der Strassenbaureserve – in Zukunft noch solche Objekte leisten können. Wir gehen davon aus, dass wir auch in Zukunft im Kanton Zug nicht eine Art Ballenberg für historische Strassen schaffen.
Ein zweiter Grund für den hohen Betrag liegt sicher in der Komplexität des Bauwerkes: Mit zusätzlichen Unterlagen konnte uns der Kantonsingenieur klar aufzeigen, wie aufwändig die einzelnen Bauten auf diesem kurzen Strassenstück aussehen. Es handelt sich in der Tat um eine kontinuierliche Abfolge von Kunstbauten, eingeklemmt zwischen Eisenbahntrasse und See. Die Höhe des Objektkredits hat gemäss Kantonsingenieur Fässler primär auch die Baudirektion überrascht. Eine Kostenüberprüfung durch ein für Baucontrolling spezialisierte Firma hat aber klar aufgezeigt, dass die Berechnung stimmt und, unter Berücksichtigung aller Fakten, keine wesentlichen Einsparungen gemacht werden können. Wir haben den Eindruck erhalten, dass die Vorlage sehr sorgfältig geplant wurde und danken Hannes Fässler für die prompte und kompetente Beantwortung unserer zusätzlichen Fragen. Wir sind wie die Strassenbaukommission der Meinung, dass Reserven von 15 % für komplexe Bauten dieser Art gerechtfertigt sind. Die Stawiko geht davon aus, dass die Baudirektion wie üblich sehr sorgfältig mit der Reserve umgeht und uns bei Bauabschluss – so hoffen wir – eine Kosten-Unterschreitung präsentieren wird.
Schlussendlich begrüssen wir es, dass der Regierungsrat nur einen Teil der auf S. 15 der Vorlage aufgeführten Gestaltungselemente als notwendig erachtet und somit Einsparungen im Betrag von 210'000 Franken vorgenommnen hat. Wie der Regierungsrat lehnt auch die Stawiko eine Pigmentierung der seeseitigen Betonstützmauern ab. Wir sind der Meinung, dass mit einer Begrünung wesentlich günstiger eine gleiche Wirkung erzielt und die Zeit überbrückt werden kann, bis die Stützmauer ganz natürlich verwittert und dunkler wird. – Der Präsident der Strassenbaukommission hat gefordert, der Votant müsse dafür eine Garantie geben, er kann nur sagen, dass er in seinem Garten eine grössere Mauer hat und dort wilde Reben gepflanzt hat. Und nach zwei Jahren ist diese Mauer total überwuchert. Von diesem kleinen Experiment her ist zu schliessen, dass das auch in grösserem Massstab funktionieren wird.
Basierend auf diesen Überlegungen empfiehlt Ihnen die Stawiko, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Berty **Zeiter** ist der Ansicht, dass auf 800 m Strasse 11 Mio. Franken zu verbauen eine teuere Sache ist. Die AF opponiert aber nicht dagegen, da das vorgelegte Sanierungskonzept für diese Strecke mit ihren 22 Kunstbauten sorgfältig ausgearbei-

tet wurde. Die vielfältigen Bedürfnisse der verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer wie auch von Denkmalpflege, Natur- und Landschaftsschutz werden dabei angemessen berücksichtigt. Dafür gehört allen an der Projektierung beteiligten Stellen ein Kompliment. – Noch einige Anmerkungen zu gewissen Details: Natürlich hätten wir gerne einen breiteren Rad- und Gehweg gehabt. Aber um das Ausmass der Kunstbauten und des Eingriffs in die Landschaft im Rahmen zu halten, mussten *alle* Ansprüche herabgesetzt werden. Wir sind froh, dass die Variante Berg ausgewählt wurde, mit einer moderaten Ausbaugeschwindigkeit und halt eben auch der schmäleren Strassenbreite. Wichtig ist uns dabei, dass nun der Gehweg erhöht und durch kantige Randsteine vom Strassenraum abgetrennt ist. Wenn die Motorfahrzeuge nicht mehr so leicht auf die Seite ausweichen können, erhöht dies die Sicherheit für die Fussgänger und langsamen Radfahrerinnen eklatant.
Noch ein Punkt ist uns wichtig: Die neu sanierte Strasse wird auf Grund der heutigen Gepflogenheiten zum Rasen einladen. Deshalb bittet die AF die Regierung eindringlich, den Einbau einer Radarkamera an dieser Stelle zu prüfen und wenn immer möglich vorzunehmen. Sonst haben wir am Schluss mit viel Geld eine herkömmliche Unfallquelle eliminiert, aber grad wieder eine neue geschaffen. An der Vorlage begrüssen wir auch sehr, dass darauf geachtet wurde, den Baumbestand möglichst wenig zu tangieren. Auch der Korridor für die vom Chiemen her den Zugersee querenden Wildtiere ist im Projekt einbezogen worden. Für die Beachtung dieser Zusammenhänge war es auch in der Strassenbaukommission von Vorteil, dass unser prominentestes Mitglied nicht nur Baumeister, sondern auch patentierter Jäger ist! Aus all diesen Gründen sind wir für Eintreten auf die Vorlage. Sie sehen damit auch, dass wir uns zu Strassenprojekten positiv stellen, wenn auch die Rahmenbedingungen stimmen.

Martin B. **Lehmann**: Bei allem Verständnis für die schlechte Substanz der Strasse, den fehlenden Radstreifen, mangelhaften Kunstbauten und die widrigen topographischen Verhältnisse – 11 Millionen Franken für 850 m Strasse oder über 13'000 Franken pro Meter Strasse ist vor dem Hintergrund der gebetsmühlenartig vorgetragenen Spar-Rhetorik in diesem Rat eine nicht nachvollziehbare Luxus-Lösung. Scheinbar gelten beim Strassenbau andere Massstäbe als im Sozialbereich. Verdankenswerterweise hat wenigstens die Regierung bei den Gestaltungselementen bereits substanzielle Kürzungen vorgenommen, während die von der Strassenbaukommission vorgeschlagene Pigmentierung der Betonstützmauern – wieso für etwas Geld ausgeben, dass die Natur selber regelt? – beinahe schon eine realsatirische Würze liefert. Wäre dieser Objektkredit nicht Bestandteil des vom Kantonsrat abgesegneten Strassenbauprogramms und damit dessen Finanzierung sichergestellt, wäre Opposition angezeigt.
Nachdem aber offenbar bereits die Planung über eine halbe Million Franken verschlungen hat, bleibt wohl nichts anderes übrig, als diese goldene Kröte des Baudirektors zähneknirschend zu schlucken - allerdings ohne den Segen der SP-Fraktion. Sie hat grossmehrheitlich beschlossen, das sozialdemokratische Plazet zu verweigern. Und dafür bringt der Votant grösstes Verständnis auf.

Der **Vorsitzende** fragt den Votanten, ob das ein Antrag auf Nichteintreten gewesen sei. – Martin B. Lehmann verneint das.

Beni **Langenegger** weist darauf hin, dass trotz den horrenden Sanierungskosten, bedingt durch die Kunstbauten, Strassen und Trottoirverbreiterungen, auf diesem gefährlichen Strassenstück in Zukunft etwas für die Sicherheit getan wird. Sämtliche Verkehrsteilnehmer können davon profitieren. Es ist für unsere Fraktion eine Pflicht, unser Strassensystem in Schwung zu halten. Und es ist uns ein Anliegen, dass unsere beiden Walchwiler Polithaudegen auch in Zukunft den Weg nach Zug finden werden, ohne durchgeschüttelt zu werden. Zudem möchten wir auch den Sparwillen der Regierung in diesem wichtigen Geschäft rühmen, auf Wünschbares zu verzichten und so 210'000 Franken zu sparen. Für Diskussionsstoff sorgte in unserer Fraktion lediglich der Mehraufwand von 30'000 Franken für die Pigmentierung der seeseitigen Betonstützmauern. Die Fraktion hat sich jedoch grossmehrheitlich für die Variante Regierung und Stawiko ausgesprochen. Deshalb unterstützen wir die gesamte Vorlage in der Fassung der Regierung.

Bruno **Briner** weist darauf hin, dass die Notwendigkeit der Sanierung des betroffenen Strassenstücks unbestritten ist. Der dazu benötigte Objektkredit ist Bestandteil des Strassenbauprogramms 2004-2011, welchem der Kantonsrat vor einem Jahr zugestimmt hat. Die Kosten von über 11 Mio. Franken für lediglich 850 m Strasse, d.h. über 13'000 Franken für einen Meter Sanierung erscheinen zwar recht hoch, lassen sich aber mit der Komplexität des Bauwerks zwischen den angejahrten bergseitigen SBB-Stützmauern und dem landschaftlich empfindlichen Seeufer mit dem schönen Baubestand erklären. Den Planern ist ein gutes Projekt gelungen, das neben dem technisch Notwendigen die Sicherheit für alle Strassenbenützer erhöht, den Verkehr flüssiger macht und zusätzlich die Interessen von Wald, Wildtieren, Natur- und Landschaftsschutz gebührend berücksichtigt. Wie die Stawiko ist auch die FDP-Fraktion der Ansicht, dass bei der Ausführung des Projekts auf die Pigmentierung der seeseitigen Betonstützmauern zu verzichten sei, da dadurch doch immerhin 30'000 Franken eingespart werden können. Weiter erwarten wir, dass bei der Ausführung des Projekts Sparsamkeit Priorität hat und der Kredit nicht unbedingt ausgeschöpft wird.
Die FDP-Fraktion beantragt, auf die Vorlage einzutreten und einem Kredit von insgesamt 11'080'000 Franken gemäss dem Antrag von Regierungsrat und Stawiko zuzustimmen.

Alois **Gössi** spricht für eine kleine Minderheit innerhalb der SP-Fraktion. Wir befürworten diesen Kredit, jedoch nicht mit allzu grosser Begeisterung. 11,08 Mio. Franken für 800 m Strassenbau, resp. Sanierung, ist ein grosser Betrag. Auch in Anbetracht der mehr als 20 Kunstbauten, die auf diesem Stück nötig sind. Unsere Hauptargumente für die Zusage zum Kreditantrag für die Instandstellung der Artherstrasse sind der bauliche Zustand der Artherstrasse und eine Verbesserung der Situation für die Radfahrer. Die Strassenbaukommission unterstützte grossmehrheitlich einen Zusatzkredit von 30'000 Franken für die Pigmentierung der seeseitigen Betonstützmauer. Nach seiner damaligen Enthaltung ist der Votant nun gegen diesen Zusatzkredit. Es ist ein unnötiges Geldausgeben – im wahrsten Sinne für die Katze. Es ist eine reine Frage der Zeit, bis sich die Betonstützmauer der Natur angepasst, verursacht durch die Witterung oder das Überwuchern mit Pflanzen. Alois Gössi fragt sich nun, wie die bürgerlichen Strassenbaukommissionsmitglieder diesem Zusatzkredit zustimmen konnten, nun aber von ihren Fraktionen sang- und klanglos im Regen stehen gelassen werden. Er ist für den Objektkredit, aber gegen den Zusatzkredit.

Hans Peter **Schlumpf** ist ebenfalls Mitglied der Strassenbaukommission, und er möchte nur kurz zwei Aspekte dieser Geschichte hervorheben. Erstens wissen Sie, dass heute beim Kantonalen Finanzausgleich die Verteilung recht einseitig ist. Wir haben im Moment nur noch eine Gemeinde, die einzahlt, und zehn, die beziehen. Dieses Verhältnis wird sich aber verändern und Walchwil wird die nächste Gemeinde sein, die in den Finanzausgleich zahlen wird. Und da lohnt es ich schon, dass wir dorthin eine gute Verbindung aufrechterhalten, zumal der grösste Teil der Strecke bereits gebaut ist. Es fehlen nur noch diese 850 m. Diese Lücke sollten wir unbedingt schliessen. – Zu dieser Geschichte mit der Pigmentierung. 30'000 Franken sind ein relativ kleiner Teil bei diesem ganzen Kredit von 11 Mio.. Eigentlich hat auch die Strassenbaukommission gefunden, diese 30'000 Franken könnte man eigentlich streichen. Aber sie war da etwas in einem Dilemma. Der Votant hat selber etwas Erfahrung mit dem Bauen und er glaubt, dass wenn man mit dem Unternehmer geschickt verhandelt, kann man ihn auch bitten, etwas Pigmentfarbe in den Beton zu mischen, ohne dass das unbedingt mehr kostet. Dazu sind nicht unbedingt 30'000 Franken nötig. Das Problem war eher technisch: Wir konnten ja nicht sagen, wir streichen den Kredit, sonst wäre die Sache auch materiell weggefallen. – Wir sollten den Kredit gemäss Strassenbaukommission belassen, aber ganz klar die Erwartung äussern an die Baudirektion, dass wir eine Kreditunterschreitung von mindestens 30'000 Franken erwarten.

Hans-Beat **Uttinger** zum Antrag der Strassenbaukommission: Der Regierungsrat hält aus Spargründen an seinem Antrag fest. Pigmentiert wird die Mauer von selbst, nur etwas später. – Sämtliche notwendigen Landerwerbe konnten gesichert werden. Der Ersatz der Rodungsflächen ist vollständig sicher gestellt. Die SBB werden zusammen mit dem kantonalen Projekt die Arbeiten ausführen, und die Kosten trägt sie selbst. Es handelt sich dabei um folgende Arbeiten: Bacheinlauf verbessern; zwischen SBB-Trasse und Strasse wird zur Sicherung der Strasse ein Weidrost mit Ein- und Ausstieg für Kleintiere erstellt; die hohen SBB-Bauten werden unter gestalterischen Aspekten saniert, Oberfläche und statische Sicherheit. Ich hoffe, Sie sind mit dieser Antwort zufrieden.
Zur SP-Fraktion. 11,1 Mio. für 850 m. Der Votant kann versichern, dass das Tiefbauamt zuerst selbst erschrocken ist über diesen Posten. Es hat deshalb zusätzlich ein unabhängiges Büro beauftragt, den Kostenvoranschlag zu überprüfen. Nach eingehender Analyse hat dieses Büro die Richtigkeit bestätigt. Und die Kosten für Denkmalschutz und Umwelt sollten doch von der SP eigentlich unterstützt werden. Wenn der Radweg allein gebaut würde, würde das rund 7 Mio. kosten. Oder meint die SP, wir sollten nur die Strasse bauen ohne Trottoir? Die heutige Situation ist ungenügend. Schwere Fahrzeuge weichen immer wieder auf den Trottoirbereich aus. Wollen Sie ernsthaft diese gefährliche Situation aufrechterhalten? Übrigens sei daran erinnert, dass 8,3 Mio. von den Autofahrerinnen und -fahrern bezahlt werden.
Berty Zeiter: Die Radarfallen sind Angelegenheit Ihres Regierungsrats. – Hoffentlich freut sich der Kantonsratspräsident am Abschiedsgeschenk der Baudirektion. Hans Peter Schlumpf: Die Artherstrasse befindet sich voll und ganz auf Stadtzuger und nicht auf Walchwiler Boden. Wenn der Kantonsrat die Pigmentierung streicht, wird sich die Baudirektion hüten, diese schleichend einzusetzen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 3 Abs. 1 des KRB über das Strassenbauprogramm 2004-2011 der Kantonsrat die notwendigen Mittel für das vorlie-

gende Projekt durch einfachen Beschluss aus dem Rahmenkredit frei gibt. Es gibt somit nur eine einzige Lesung. Der Beschluss untersteht nicht dem fakultativen Referendum.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Berty **Zeiter** hat gemeint, das Thema Pigmentierung komme erst in Detailberatung zur Sprache. Hans Peter Schlumpf hat das Dilemma in der Kommission über die Pigmentierung gut ausgedrückt. Aus der Überlegung, dass das ein historischer Verkehrsweg ist und aus Gründen der Landschaftsverträglichkeit kann die Votantin als Kommissionsmitglied hinter den 30'000 Franken stehen. Aber die AF hat Stimmfreigabe beschlossen und will auch hier eine kritische Bemerkung zur Höhe dieses Betrags anbringen. Eine Parallele: Die Regierung hat in ihrer aktuellen Budgetvorlage 30'000 Franken für das Frauenhaus und 30'000 für das Jugendparlament nicht mehr aufgenommen. Und hier wäre mit dem gleichen Betrag in sozialen Belangen sehr viel Wesentlicheres zu bewirken. Darum sind wir auch aufgefordert, hier wie in der Budgetdebatte unsere Werthaltung zu überdenken.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass hier der Antrag von Regierung und Stawiko für einen Kredit von 11'080'000 Franken dem Antrag der vorberatender Kommission gegenübersteht, wonach dieser Kredit um 30'000 Franken erhöht werden soll.

➔ Der Rat lehnt den Kommissionsantrag mit 49 : 15 Stimmen ab.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 60 : 11 Stimmen zu.

516 MODELL DER ERWEITERTEN JUSTIZPRÜFUNGSKOMMISSION BETREFFEND EINFÜHRUNG DES STAATSANWALTSCHAFTSMODELLS

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts (Nr. 1192.1 – 11536) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1192.3 – 11594).

Othmar **Birri** hat sich in der Erweiterten JPK für dieses Modell stark gemacht und der Rat kann sich vorstellen, dass der JPK-Präsident nicht glücklich ist, dass die Stawiko dazu einen Bericht abgibt. Wir haben das in der kleinen JPK nochmals diskutiert und stehen weiterhin dahinter. Der Votant ist nicht erst seit gestern in diesem Rat, aber das hat es noch nie gegeben, dass die Stawiko zu einer Erheblicherklärung einer Motion eine schriftliche Stellungnahme abgibt. Sie stützt sich auf einen Paragraphen der Geschäftsordnung. In der Motionsbeantwortung wurde ehrlicherweise mal aufgeführt, dass mit der Erheblicherklärung der Motion Kosten entstehen. *Jede* erheblich

erklärte Motion kostet Geld. Nur ist das hier für einmal ehrlicherweise ausgewiesen. Und die Stawiko stützt sich nun auf diesen Paragraphen, dessen Väter sicher nie daran gedacht haben, dass die Stawiko einmal so weit gehen würde, für eine Erheblicherklärung eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Aber Othmar Birri will dafür kämpfen, dass man auf den Antrag des Obergerichts eingeht und versucht, das Staatsanwaltschaftsmodell im Kanton Zug einzuführen.
Er hat sich beim Bundesamt für Justiz und Polizei in Bern über die Termine erkundigt und hat vom Staatssekretär folgende Auskunft erhalten: In der Herbst/Wintersession 2005 wird der Bundesrat den revidierten Vorentwurf zu Handen der Räte verabschieden. Aus diesem bereinigten Vorentwurf könnten wir dann aufbauen. 2005 wird das in die Räte kommen, geht dann zu den Kommissionen, vor das Parlament, und der *früheste* Einführungstermin ist 2012. Aber nur wenn alles gut läuft.
Die Erweiterte JPK hat für diese Motion wirklich Mühe aufgewendet. Wir haben ein Hearing veranstaltet mit dem Mitarbeiter, der diesen Vorentwurf gestaltet hat, Prof. Niklaus Schmid, wir haben alle Gerichte eingeladen, wir haben uns intensiv unterhalten und sind nach wie vor überzeugt, dass hier der Kanton Zug nicht als einziger Kanton vorprellt, wie es im Stawiko-Bericht heisst. Andere Kantone haben das auch schon. Und für unseren Kanton und unsere wirtschaftliche Lage ist es vorteilhaft, dies jetzt durchzuziehen und zu prüfen. Es wird von der Stawiko aufgeführt, dass ja 95 % Tagesgeschäfte sind und nur 5 % Wirtschaftsfälle. Aber genau diese 5 % der Wirtschaftsfälle benötigen 80 bis 90 % der Zeit bei der Untersuchung. Und *da* muss man den Hebel ansetzen. Und es kommt dann auch der Effekt, dass wenn dieses Staatsanwaltschaftsmodell eingeführt ist, man mehr Effizienz erzielt und Kosten einsparen kann. Anfänglich kostet das sicher etwas Geld, aber am Schluss werden Sie sagen: Wir danken der Erweiterten JPK, dass sie diese Vision gehabt und so weit voraus geschaut hat.

Peter **Dür** bestätigt, dass die Stawiko normalerweise zu Motion und deren Beantwortung durch die zuständige Behörde keine Stellung nimmt. Im Fall dieser Motion muss die Stawiko von dieser Usanz abweichen, da im Motionstext explizit der Antrag gestellt wird, für die Erarbeitung der nötigen gesetzlichen Grundlagen einen Betrag von 150'000 Franken zu bewilligen. Dieser Betrag liegt klar über der Schwelle, die gemäss Geschäftsordnung obligat eine Beratung und Berichterstattung durch die Stawiko nötig macht. Dort heisst es nämlich: «Sie gibt ihren Bericht ab zu jedem Antrag oder Gesetzesvorschlag, dessen Annahme die Einnahmen wesentlich beeinflussen würde oder eine neue einmalige Ausgabe von mehr als 100'000 Franken zur Folge hätte.» Da dieser spezielle Umstand der Staatskanzlei erst wenige Tage vor der September-Sitzung aufgefallen ist, konnte die Stawiko keine kurzfristige Beratung mehr ansetzen. Die Verschiebung um zwei Monate gab uns Gelegenheit, dieses Geschäft detailliert zu studieren und an unserer Sitzung vom 4. November 2004 in extenso zu beraten. An der Sitzung standen uns Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz, Strafrichter Marc Siegwart – ein vehementer Befürworter der Vorlage – und Leo Granziol als Vertreter der JPK für ein Hearing zur Verfügung.
In der neuen Zuger Zeitung vom 17. November 2004 wurde unser Stawiko-Bericht auf die einfache Formel reduziert: «Es kostet etwas, und deshalb ist die Stawiko dagegen». Ganz so einfach hat es sich die Stawiko bei der Beratung dieses Geschäfts nicht gemacht. Und – was möglicherweise ist unüblich für die Stawiko: Die Frage der Kosten, im engeren Sinne, spielte bei der Beurteilung dieses Geschäfts primär eine untergeordnete Rolle. Der Grund ist einfach: Die Unterlagen und die Auskünfte der verantwortlichen Personen erlauben gar keine detaillierte Beurteilung dieser Frage-

stellung. Im Budget 2005 ist im Konto Nr. 6111.31899 ein Betrag von 250'000 Franken eingestellt. Als Erklärung steht dort: «externe Projektleitung und Beratung, falls der KR die vorzeitige Umstellung auf das Staatsanwaltschaftsmodell beschliessen sollte». Sie sehen, es geht bereits um eine Viertelmillion Franken und nicht mehr um 150'000! Wir haben von der Obergerichtspräsidentin anlässlich unseres Hearings zusätzliche Angaben zu den organisatorischen, personellen und finanziellen Aufwendungen für Erarbeitung und Umsetzung des Staatsanwaltschaftsmodells verlangt. Sie konnte uns mit Ausnahme der erwähnten Zahl keine weiteren quantitativen Angaben machen. Die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen helfen, mit Ausnahme gewisser Erfahrungszahlen aus anderen Kantonen, in dieser Frage auch nicht weiter. Die Umsetzungskosten scheinen aber aufgrund der Erfahrungen aus anderen Kantonen erheblich zu sein. Mehr können wir, wie übrigens auch die JPK, nicht zum Thema Finanzen sagen. Deutliche Mehrkosten sind aber zu erwarten.
Und damit kommt der Stawiko-Präsident zu den drei Schlüsselfragen, die bei unseren Beratungen im Vordergrund standen:

1. Besteht ein Notstand, der eine möglichst rasche und vorzeitige Einführung rechtfertigt?
2. Ist der Zeitpunkt der Richtige?
3. Wer setzt dieses Projekt um? Hat das Gericht neben dem eigentlichen Tagesgeschäft die nötigen Ressourcen, um das Staatsanwaltschaftsmodell zu erarbeiten und umzusetzen?

Zur ersten Frage. Wir möchten klar darauf hinweisen, dass im Bereich der Gerichte im Kanton Zug kein Notstand besteht. Unser Untersuchungsrichter-Modell hat sich bewährt. Wir unterstützen deshalb die Meinung des Obergerichts, dass «für die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells grundsätzlich weiterhin kein dringender Handlungsbedarf besteht». Bei Handlungsbedarf in Bezug auf Führung und Organisation des Untersuchungsrichteramts oder anderer richterlicher Behörden wäre es sehr wohl möglich, mit kleineren Restrukturierungen in diesen Bereichen eine Effizienzsteigerung zu erzielen.
Zur zweiten Frage. Die Stawiko beantwortet diese Frage mit Nein. Der Vorentwurf einer Schweizerischen Strafprozessordnung sieht für das Jahr 2010 die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells vor. Die Notwendigkeit für ein Vorpreschen des Kantons Zug erscheint uns nicht gegeben. Bei einer vorzeitigen Einführung müsste die Zuger Strafprozessordnung und die Geschäftsordnung der Gerichte mit grossem Aufwand revidiert werden. Bei der gesamtschweizerischen Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells würde die eidgenössische Strafprozessordnung in der ganzen Schweiz obligatorisch werden. Die Investitionen für die Revision der Zuger Strafprozessordnung wären verloren.
Zur dritten Frage. Nicht ganz unerwartet hat uns das Obergericht mitgeteilt, dass die personellen Ressourcen voll für das Kerngeschäft benötigt werden und damit keine Ressourcen für eine Projektleitung freigestellt werden können. Gemäss der Obergerichtspräsidentin müsste das Projekt vollumfänglich durch eine externe Projektleitung umgesetzt werden. Welche Belastung das Projekt für die internen Projektmitglieder hätte, kann nicht abgeschätzt werden. Die Erfahrung mit reinen externen Projektleitungen ist sowohl in der Verwaltung wie auch in der Privatwirtschaft sehr durchzogen. Der Trend geht eindeutig wieder in Richtung «interne Projektleitung mit Beizug externer Experten zur Unterstützung». Wenn aber, wie im Fall der Gerichte, diese Mittel für eine interne Projektleitung fehlen, wird die ganze Sache hochproblematisch. Die Stawiko kommt deshalb zum Schluss, dass die nötigen Ressourcen für eine Umsetzung dieses aufwändigen Projektes klar fehlen.

Zusammengefasst ist die Stawiko der Meinung, dass unsere Richterinnen und Richter zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit einem so aufwändigen Projekt beauftragt und belastet werden sollen. Es besteht klar kein Notstand in den Zuger Gerichten, ein Vorpreschen des Kantons Zug vor Einführung der eidgenössischen Lösung ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Die wie in den meisten anderen Bereichen begrenzten personellen Ressourcen sollen möglichst optimal für die Rechtssprechung eingesetzt werden. Gestützt auf diese Überlegungen beantragen wir Ihnen mit 5 : 1 ohne Enthaltung, die Motion nicht erheblich zu erklären. – Die FDP-Fraktion folgt der Argumentation der Stawiko und lehnt die Erheblicherklärung aus den gleichen Gründen wie die Stawiko grossmehrheitlich ab.

Christian **Siegwart** meint, das Obergericht verstecke seine Begeisterung für einen Wechsel zum Staatsanwaltschaftsmodell vornehm zurückhaltend. Die AF unterstützt die Vorlage mit mehr Feuer. Er persönlich tut dies auch als Bruder eines Bruders, der als Untersuchungsrichter, Staatsanwalt und jetzt auch Strafrichter drei involvierte Instanzen kennen gelernt hat. Einige Punkte zur Begründung.

- Wir sprechen hier nicht von einer Sparvorlage, was ja ursprünglich das Motiv war. Zumindest während der Umstellungszeit dürfte der Wechsel zu Mehraufwand führen. Nicht aber ein Spareffekt steht für uns im Vordergrund, sondern die Aussicht auf schnellere Strafverfahren gerade bei komplexen Wirtschaftsdelikten. Ein Vorteil des heutigen Modells, das «Vieraugenprinzip», kann eben gerade bei komplexen Wirtschaftsfällen zu zeitraubenden Doppelspurigkeiten führen. Nachdem sich erst der Untersuchungsrichter monatelang durch einen aufwändigen Wirtschaftsfall gequält hat, muss der Staatsanwalt für die Anklageerhebung faktisch wieder bei Null beginnen. Ausgefuchste Anwälte verstehen es nur zu gut, die Verfahren in die Länge zu ziehen. Wenn Geschädigte und Angeschuldigte jahrelang auf ein Urteil warten müssen, ist damit weder der Gerechtigkeit noch dem Ruf der Zuger Justiz gedient.
- Beim Staatsanwaltsmodell liegt die Verantwortung von A bis Z bei derselben Person, von der ersten Einvernahme notfalls bis vor Bundesgericht. Sie kann Fall und Verantwortung nicht weiterreichen und ist damit noch mehr an einer seriösen Untersuchung interessiert.
- Für Zwangsmassnahmen wie Untersuchungshaft oder Hausdurchsuchungen wird beim Staatsanwaltschaftsmodell mit dem Haftrichter eine unabhängige Instanz geschaffen. Dies ist eine rechtstaatliche Verbesserung im Vergleich zu heute, wo der Untersuchungsrichter einen Verdächtigen ohne weiteres in Haft setzen kann.
- Das Untersuchungsrichteramt war in der Vergangenheit nicht immer leicht zu führen, da sich jeder Untersuchungsrichter auch gegenüber dem Amtsleiter stets auf die Unabhängigkeit berufen kann. In einer hierarchisch gegliederten Staatsanwaltschaft lassen sich einfacher Teams bilden, die zur Bewältigung eines aufwändigen Falls am selben Strick ziehen.
- Das Strafgericht befürchtet, dass es bei einem Wechsel zu längeren Gerichtsverhandlungen kommen wird, weil die Anwälte mehr Unmittelbarkeit, d.h. mehr Zeugeneinvernahmen vor Gericht, fordern werden. Einerseits ist das nach heutiger Strafprozessordnung bereits möglich, andererseits würde das Gericht von aufwändigem Aktenstudium entlastet und hätte wohl erst noch einen spannenderen, weil abwechslungsreicheren Job. Zudem argumentieren jetzt Kritiker eines Wechsels so, als ob es eine völlige Unmittelbarkeit geben würde. Dies ist sicher nicht der Fall. Letztlich kann das Gericht dies auch steuern, indem es entsprechende Anträge ablehnt.
- Das Staatsanwaltschaftsmodell wird uns dereinst durch die eine einheitliche Schweizer Strafprozessordnung wohl ohnehin vorgeschrieben. Weil das Modell aber

mehr Vor- als Nachteile hat, sollten wir nicht länger zuwarten und den Wechsel heute vollziehen. Wenn Stawiko, FDP und SVP die Umstellung aus Kostengründen in die Zukunft verlegen wollen, scheint dem Votanten diese Haltung alles andere als ökonomisch. Sollte der Wechsel tatsächlich mit Mehrkosten verbunden sein – es ist dies ja erst eine Vermutung – so sollten wir die Mehrkosten lieber heute, im Vor-NFA-Zeitalter tragen. Vergessen wir nicht: Richter und auch wir Politiker haben uns bereits mit der Materie befasst, haben Zeit und Energie investiert. Eine Mehrheit der Richter will die Umstellung jetzt, und Widerstand wird es auch in zehn Jahren geben. Wenn wir die Übung jetzt auf halbem Weg abbrechen, sparen wir heute keinen Rappen. Wenn wir jetzt ja sagen, investieren wir in die Zukunft.
▪ Eine Schlussbemerkung: Der Bund kann mit der so genannten Effizienzvorlage auch komplexe und grenzüberschreitende Wirtschaftsfälle in eigener Regie bearbeiten. Bislang hat die aufwändige und personalintensive Bundes-Strafverfolgungsbehörde ihre Wirksamkeit noch nicht bewiesen. Es ist zu hoffen, dass die Aufwärmphase in Bern bald abgeschlossen ist und gerade auch die Justiz im für Wirtschaftsdelikte reizvollen Kanton Zug entlastet wird.

Käty **Hofer** erinnert daran, dass ihr Fraktionskollege Othmar Birri die Vorteile des Staatsanwaltsmodells mit Herzblut vertreten hat. Wir haben auch anerkannt, dass es an und für sich eine gute Sache ist und haben deshalb tatsächlich Sympathien dafür. Aber die Bedenken überwiegen. Die SP-Fraktion lehnt die jetzige Einführung des Modells im Kanton Zug ab. Die Vor- und Nachteile haben wir bereits zur Genüge gehört. Aber unsere Bedenken sind sehr gross, dass wenn wir das Modell jetzt im Zuger Alleingang einführen, uns das wesentlich teurer zu stehen kommt, als wenn wir auf die Bundeslösung warten und dann mit der genauen Vorgabe vom Bund mit den anderen Kantonen zusammen umstellen. Im jetzigen Zeitpunkt wissen wir die Details der Bundeslösung noch nicht. Das würde bedingen, dass wir unsere Zuger Lösung an die eidgenössische anpassen müssten. Die SP-Fraktion ist inhaltlich mit der Stawiko einverstanden, aber nicht mit dem Vorgehen.

Thomas **Villiger** liest das Votum des erkrankt abwesenden Manuel Aeschbacher. – Das Untersuchungsrichtermodell bewährt sich im Kanton Zug. Das Vier-Augen-Prinzip innerhalb dieses Modells sorgt für eine objektive Betrachtung eines Falls und schliesst Abhängigkeiten aus. Rechtsstaatlich ein Gewinn. Nur in komplexen Fällen sind Doppelspurigkeiten möglich. Und diese sind im Kanton Zug klar nicht die Regel. Die erweiterte JPK als Motionärin erhofft sich von der Einführung eines Staatsanwaltschaftsmodells eine schnellere Erledigung der Geschäfte am Gericht. Im Bericht und Antrag des Obergerichts wird diese Hoffnung aber widerlegt. Der Verlust des Vier-Augen-Prinzips bei Untersuchung und Anklage-/Gerichtsverfahren führt zu längeren Verhandlungen am Gericht. Amerikanische Verhältnisse im Kanton Zug wollen wir nicht. Es ist nicht einzusehen, weshalb der Kanton Zug hier einen Extra-Zug fahren will. Ein Vorpreschen generiert unnötige Kosten. Sobald die Bundeslösung definitiv feststeht, kann darauf reagiert werden. Ansonsten droht ein weiterer Umbau nach der Abfahrt unseres Extra-Zuges auf dem Weg zum Zielbahnhof, der Bundeslösung. Zumal auch das Obergericht keinen dringenden Handlungsbedarf zur Einführung eines Staatsanwaltschaftsmodells sieht. – Die SVP-Fraktion stellt den Antrag auf Nichterheblicherklärung dieser Motion.

Leo **Granziol** hält fest, dass die CVP für eine moderne und effiziente Strafverfolgung ist und deshalb die Motion unterstützt. Der Votant weiss, dass es heute eine knappe Sache wird. Die JPK arbeitet seit anfangs 2002 an diesem Thema und an der Motion mit entsprechenden Vorabklärungen. Alle sind sich einig, dass durch das Staatsanwaltsmodell die Täter schneller vor Gericht kommen. Und dies dient ganz klar der Verbrechensprävention. Es geht heute einfach zu lange, bis Grossbetrüger sich endlich vor Gericht verantworten müssen. Die Wege und Verfahren sind zu lang. Und es scheint, dass das einem Grossteil der Kantonsräte gleichgültig ist. Leo Granziol begreift das nicht. Denken Sie an die Opfer. Jeder kann betroffen werden, nicht auf der Täter-, aber auf der Opferseite. Wir haben mehrere Betrugsfälle mit mehreren 100 Geschädigten. Die warten alle darauf, dass der oder die Täter endlich vor Gericht kommen. Man sagt, es gebe keinen Notstand. Der Votant hat hier die Geschäftskontrolle des Untersuchungsrichteramts von Ende September dieses Jahres. Darin sind noch aus dem Jahre 2000 und von vorher drei grosse und ein mittlerer Fall hängig. Das sind jetzt vier Jahre. Aus dem Jahre 2001 sind es drei grosse Betrugsfälle, aus dem Jahre 2002 und 2003 sind es fünf grosse und zehn mittlere Betrugsfälle. Im Jahre 2004 kamen weitere drei grosse Betrugsfälle dazu. Die JPK findet das nicht akzeptabel. In zehn Kantonen und im gesamten europäischen Umfeld ist das Staatsanwaltsmodell in Gebrauch. In Italien – sonst ja nicht gerade berühmt für schnelle Verwaltungsapparate – hat es die Justiz fertig gebracht, mit dem Staatsanwaltsmodell den Parmalat-Fall mit Hunderten von Mio. Schaden innert zehn Monaten aufzuarbeiten und die Gebrüder Tanzi vor Gericht zu stellen. Und das für einen Fall mit Hunderttausenden von Geschädigten und mehreren hundert Millionen Schadenssumme. Im Kanton Zug ist so etwas völlig ausgeschlossen, das dauert mindestens fünf Jahre. Und das nennt man dann Verbrechensprävention.
Auf der anderen Seite können Sie problemlos elf Millionen sprechen für 800 m Strasse. Der Baumschutz und die Pigmentierung ist Ihnen wichtiger als hier wirklich mal etwas zu tun in diesem Kanton, damit sich Betrüger hier nicht niederlassen. In den genannten Zuger Fällen laufen aber die Angeschuldigten zum Ärgernis der Geschädigten frei herum oder tauchen ab. Sie kennen alle den Smart-Fall. Der Mann hat Hunderte betrogen, indem er ihnen einen Smart zu einem Phantasiepreis verkaufte, der dann nie geliefert wurde. Der Mann läuft frei herum. Und was das endlich zur Aburteilung kommt, weiss niemand. Das sind Tatsachen, vor denen sich die JPK nicht verschliesst, sondern Lösungen vorschlägt. Jedes Jahr stehen wir ein paar Tage bei den Gerichten und prüfen diese Fälle und schauen, was los ist und weshalb es nicht vorwärts geht. Das liegt nicht an den Gerichten, sondern am Verfahren. Aber wir in der JPK fühlen uns verantwortlich, dieses ineffiziente System im Interesse des guten Rufes des Wirtschaftstandorts Zug und der Bevölkerung zu ersetzen. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Zeit, als wir noch nebenamtliche Staatsanwälte hatten. Und diese dann auch in Verwaltungsräten von Firmen sassen, die ins Gerede kamen. Da mussten wir auch blitzschnell handeln und plötzlich ging es. Vorher hat man die Notwendigkeit in diesem Rat auch nicht erkannt. Und hier scheint man es offensichtlich auch noch nicht erkannt zu haben. Wollen Sie zuwarten, bis es in der Zeitung kommt, dass bei uns die Betrüger einfach nicht hart genug angefasst werden? Für die Staatsanwälte wäre es eben auch motivierend, wenn sie sich solchen Betrügern in den Nacken setzen könnten, Leuten wie Behringer, statt den Fall fünf Jahre beim Untersuchungsrichteramt und dann zwei Jahre beim Staatsanwalt hängen zu lassen. Wenn man ihnen von A bis Z im Nacken sitzt und sie vor Strafgericht bringt, den Antrag stellt und es dann zum Urteil kommt. Das wäre auch motivierend für diese Staatsbeamten, statt dann die Geschädigten bis fünf Jahre warten zu lassen, bis sie ein Urteil haben. So lange gilt nämlich für den Betrüger die Unschulds-

vermutung. Er kann sogar weitere Betrügereien begehen, ohne dass wir ihn daran hindern können.
Der Votant begreift die SVP nicht, welche die JPK hier im Regen stehen lässt. Sie hat sich stets für eine härtere Gangart bei der Verbrechensbekämpfung eingesetzt, und jetzt, da es vielleicht etwas kostet, vergisst sie ihre Vorsätze. Sind denn Kosten wirklich ausschlaggebend bei der Verbrechensbekämpfung? Bei Justizminister Blocher offensichtlich nicht, aber hier in Zug. Auch die SVP hat keine Mühe, 11 Mio. auszugeben für 850 m Strasse. Aber hier sind 200'000 Franken zu viel. Auch die FDP-Fraktion versteht Leo Granziol nicht. Vor knapp vier Wochen haben sie in der Zuger Zeitung mit einem Inserat gross verkündet: Wir fordern die rasche Umsetzung des Staatsanwaltsmodells! Offensichtlich ist die Klausurtagung, an der das beschlossen wurde, spurlos an den FDP-Vertretern vorbei gegangen. Wir wollen keine Geldwäscherei, keine Betrügereien, wir möchten dass das hier nicht vorkommt. Dafür arbeiten auch die Verbände. Aber dazu ist es auch notwendig, dass Sie auf der Strafverfolgungsseite entsprechende Instrumente zur Verfügung stellen, damit diese Leute angepackt werden. Die Zuger Kantonspolizei steht ja in der Woche zwei bis drei Mal nachts an allen Einfallsachsen des Kantons und seither haben wir weniger Einbrecher. Ganz klar Prävention. Und bei den grossen Fällen sollten wir eben auch etwas machen, damit sich solche Leute nicht in Zug niederlassen und hier anfangen zu betrügen.
Und dann die Ausrede des Obergerichts, ihm fehle die Zeit dazu. Das ist doch völlig inakzeptabel. Bei der Verbrechensbekämpfung kann es doch nicht darum gehen, ob wir jetzt Zeit haben, das zu tun oder nicht. Wir sind der stärkste Wirtschaftskanton der Schweiz und leisten uns das ineffizienteste und langsamste Strafverfolgungsverfahren. Und der Druck von unten wächst. Schauen Sie mal im Internet unter Zuger Kantonspolizei! Da können Sie die Kriminalstatistik verfolgen. Die meldet 41 pendente Wirtschaftsfälle mit 3'350 Geschädigten und einer Deliktsumme von 23 Mio. Franken. Man sagt, das seien nur 5 % der Fälle. Aber die 14 Fälle, die hängig sind, sind in Bezug auf die Geschädigtenanzahl und auf die Deliktsumme weit grösser als die andern, die erledigt wurden. Der Votant wird das im Frühling genau abklären und der Rat wird überrascht sein, was da für eine Deliktsumme zusammenkommt bei Fällen, die nicht erledigt sind.
Die drei Staatsanwälte sagen ganz klar, wir können das, was die 16 Untersuchungsrichter erarbeiten, nicht mehr innert nützlicher Frist bewältigen. Sie sagen: «Je länger je mehr sind im Wirtschaftskanton Zug sehr grosse Wirtschaftsfälle zu bewältigen; abgesehen davon nimmt die Komplexität der Fälle generell zu. Auf diese Entwicklung muss reagiert werden. Wir sehen keine bessere Lösung als das Staatsanwaltschaftsmodell einzuführen, weil es von der Effizienz her nicht mehr verantwortet werden kann, dass sich nach einer umfangreichen und jahrelangen Untersuchung auch noch eine Staatsanwalt in die zahllosen Aktenstücke einarbeiten muss. Wir sind einstimmig der Meinung, dass nicht mehr länger zugewartet werden sollte.» Und das Strafgericht, Herr Siegwart, Carole Ziegler und die übrigen Kantonsrichter sind einstimmig der gleichen Meinung. Das Untersuchungsrichteramt ist einstimmig der gleichen Auffassung. Das sind doch die Experten, die haben damit täglich zu tun. Und jetzt kommt das Obergericht mit einer lauten Stellungnahme: Ja man könnte das ja tun, aber man muss das nicht unbedingt. Der Votant findet das nicht in Ordnung. Er weiss nicht, ob das Obergericht jetzt wirklich die Verantwortung übernimmt, dass diese Fälle schneller erledigt werden. Oder ob die dann in einem Jahr wieder kommen und sagen: Jetzt brauchen wir halt mehr Staatsanwälte und mehr Untersuchungsrichter. Jetzt haben sie zwei zusätzliche Oberrichter verlangt, und es geht sicher in diesem Takt weiter. Aber das kann nicht die Lösung sein. Wir müssen am

Verfahren arbeiten, dass es dort Effizienz gibt. Und wenn es im Jahr 2012 auf Bundesebene kommt, sind das immerhin noch sechs bis sieben Jahre. Und dann kommen sämtliche Kosten der Umstellung genau gleich auf uns zu. Der Gesetzesentwurf ist dann das Einzige, was vorliegen würde. Aber die ganze Organisationsumstellung, das macht nicht der Bundesrat für uns. Wer wo zusammensitzt, wie die Gerichtsbehörden aufgeteilt werden. Das muss der Kanton selbst entscheiden und diese Arbeiten können wir auch jetzt vorwegnehmen. Die Umsetzungskosten fallen so oder so an. Und die Kosten insgesamt sind sicher durch einen Effizienzgewinn aufzuwiegen. Wenn Staatsanwälte die Verfahren direkt führen können, von der polizeilichen Untersuchung bis zum Gericht, dann muss das schneller gehen, sonst haben wir die falschen Staatsanwälte. Dann können Sie es auch beurteilen. Sie sind heute nicht mal in der Lage, zu beurteilen, wo denn der Fehler liegt, wenn es nicht vorwärts geht. Weil ein Pingpong-Spiel zwischen dem Untersuchungsrichter und dem Staatsanwalt stattfindet. Und deshalb wäre das auch ein Vorteil.
Und jetzt noch etwas Persönliches. Die JPK hat viel Herzblut daran verwendet. Wir arbeiten daran und fühlen uns verantwortlich, hier eine Verbesserung anzubringen. Leo Granziol hat kein persönliches Interesse. Er steckt in keinem Verfahren drin und macht auch selten eine Strafverteidigung. Aber wir wollen hier eine Verbesserung bringen und haben daran gearbeitet. Und jetzt werden wir wegen 200'000 Franken desavouiert von einem Grossteil des Rats. Der Votant hat dafür wirklich kein Verständnis. Und er möchte auch nicht noch sechs oder sieben Jahre die Fälle prüfen, die hängig geblieben sind, und dem Rat rapportieren. Was soll er dann dazu sagen und was sagen die Staatsanwälte und Untersuchungsrichter? Das Kantonsparlament akzeptiert ja diese Situation, was müssen wir jetzt pressieren? Ist das das Richtige? Leo Granziol möchte den Rat bitten, hier weiter zu machen und der JPK zu helfen, damit wir zu dieser effizienteren Strafverfolgung kommen.

Thomas **Lötscher** kann die Ausführungen von Leo Granziol nachvollziehen, vor allem was seine Aussagen zu juristischen und gesellschaftlichen Auswirkungen anbetrifft, und sogar jene zur FDP. Der Votant kann dem Rat als Kommunikationschef der FDP versichern, dass das für ihn ein Super-Gau ist. Aber er kann sich zumindest damit darüber hinweg trösten, dass er zur Minderheit in der FDP gehörte. Zur Sache: Es ist absolut stossend und es stört das Rechtsempfinden, wenn man immer wieder in der Zeitung liest von Fällen, bei denen Urteile gefällt wurden und zum Teil massive Reduktionen im Strafmass gesprochen werden mussten wegen Verschleppung und zu langen Verfahren. Der Votant hat festgestellt, dass die juristische Materie wahrscheinlich für viele im Rat schwierig abschätzbar ist. Und jetzt führt man vor allem eine Diskussion über die Kosten. Thomas Lötscher ist zwar in der Erweiterten JPK, aber nicht Jurist, sondern nur Betriebswirtschafter. Er hat dieses Papier vom Obergericht gelesen und sich gewundert darüber, dass man schreiben kann, dass mit diesem Staatsanwaltschaftsmodell die Effizienz gesteigert werde, man aber keine Kosten sparen könne. Das geht doch schlicht und einfach nicht auf. Der Votant hat versucht, das mit einfachen Plausibilitätsüberlegungen nachzuvollziehen, und wenn er im einen Modell jemanden hat, der die Grundlagen erarbeitet, sich reinkniet und mit den Details vertraut macht, und dann das weiter gibt, und der Nächste kniet sich auch wieder drein, macht sich mit den Grundlagen und Details vertraut, so gibt das einen doppelten Aufwand. Im Gegensatz zur Situation, wo das nur einer tut und dann auch den Antrag stellt. Für Thomas Lötscher ist es nicht nachvollziehbar, dass der Effizienzgewinn nicht auch Auswirkungen auf die Kosten hat. Die Anspielung von Leo Granziol macht auch Sinn. Vielleicht ist es ja tatsächlich so,

dass wenn wir das Staatsanwaltschaftsmodell nicht vorzeitig einführen, wir dann vordergründig effektiv Kosten sparen; vielleicht ist es einfach so, dass wir dann plötzlich Anträge auf dem Tisch haben, das Personal zu erhöhen. Aber das ist auch kostenwirksam. Aus diesen Gründen ist der Votant für einmal nicht ganz der Meinung seiner Partei und spricht sich stark für die vorzeitige Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells aus. Denn es kommt noch dazu: Die Einführungskosten haben wir ja so oder so, ob wir das Modell jetzt oder später einführen. Und wenn man die Entwicklung auf Bundesebene anschaut, kann man sich kaum vorstellen, dass wenn wir jetzt ein Staatsanwaltschaftsmodell einführen, das so komplett anders ist als das, was von Bern kommt, und wir dann die ganze Arbeit nochmals machen müssen.

Peter **Dür** begreift natürlich Othmar Birri und Leo Granziol, die sehr viel Herzblut in diese Vorlage gelegt und jetzt das Gefühl haben, dass sie auf der Ziellinie abgefangen werden. Wenn man anderseits die Vorlage liest: Das Staatsanwaltschaftsmodell macht vom Grundsatz her Sinn, enttäuscht ist man aber dann, wenn man sieht, dass eigentlich nirgends etwas effektiv zur Effizienzsteigerung aufgeführt ist. Und da hört man, die Leute seien schneller vor Gericht, aber es gehe nachher recht länger bei der Gerichtsverhandlung; und die ganze Verfahrensdauer bleibe sich etwas gleicht. Das hat man dem Stawiko-Präsidenten bei den Gerichten gesagt. Dann braucht es zusätzliche Elemente wie den Strafrichter. Das Obergericht wird als neue Rekursinstanz überlastet sein und braucht neues Personal. Die Unterlagen von Dr. Andreas J. Keller, Staatsanwalt in St. Gallen, zur Umstellung auf das Staatsanwaltschaftsmodell, haben auch keine Aussagen gemacht, dass es hier zu einer wahnsinnigen Effizienzsteigerung kommt. Leo Granziol hat auch zwei Sachen verwechselt. Er hat uns suggeriert, dass wir mit dieser Viertelmillion die ganze Umsetzung gewährleisten werden. Das ist natürlich nicht so, diese 250'000 sind nur dafür da, um die gesetzlichen Grundlagen zu erarbeiten. Nachher geht es dann um die Einführung und dort geht es dann um Personal, Informatik, Raumbedarf etc.. Darum ging es uns eigentlich nicht grundsätzlich. Es ist eine schwierige Frage, ob das Staatsanwaltschaftsmodell nur wirklich das Ei des Kolumbus ist. Uns ging es nur darum, ob es richtig sei, dieses Modell vorzeitig und überstürzt einzuführen. Und das zu einem Zeitpunkt, da die Ressourcen nicht gegeben sind. Wir haben keinen Notstand im Kanton und der Votant möchte deshalb weiterhin dafür plädieren, die Motion nicht erheblich zu erklären. Die Gerichte können als Überbrückung bis zum eidgenössischen Modell auf der bisherigen Organisation basieren und z.B. durch eine straffere Führung des Untersuchungsrichteramts dieselbe Effizienzsteigerung erzielen.

Martin **Stuber** ist weder Jurist noch in der JPK noch in der Erweiterten JPK noch in der Stawiko. Ihm sind alle diese Fragen fremd. Wir haben deshalb eine sehr interessante Fraktionssitzung mit Iris Studer gehabt. Danach hatte der Votant immer noch gewisse Zweifel. Vom Prinzip her leuchtet ihm das Staatsanwaltschaftsmodell völlig ein. Es ist wohl auch für einen Normalsterblichen einsichtig, dass mit dem Staatsanwaltschaftsmodell ein Effizienzgewinn da ist. Dieser kommt nämlich ganz klar, wenn die Verfahren abgekürzt sind und die Täter schneller vors Gericht kommen. Was den Votanten dann wirklich überzeugt hat, ist ein Kollege, ein Jurist, der vor allem als Verteidiger tätig ist. Martin Stuber hat ihn gefragt, was er dazu meine, und dieser hat gesagt: «Als Verteidiger bin ich ganz klar gegen die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells, weil ich viel mehr Möglichkeiten haben, die Sache hinzuschleppen. Aber als Staatsbürger und jemand mit Rechtsempfinden bin ich klar dafür.» Das Plä-

doyer von Leo Granziol hat hoffentlich nicht nur den Votanten endgültig überzeugt, sondern auch noch andere Zweifler. Martin Stuber versteht die SP nicht, die Gründe sind im Votum von Käty Hofer auch nicht ausgeführt worden. Angesichts der möglichen knappen Mehrheitsverhältnisse müsste sich die SP wohl die Verantwortung auf die Fahnen schreiben, wenn dieses Modell hier knapp scheitern sollte.

Othmar **Birri** möchte nur kurz eine Klarstellung machen. Die Stawiko sagt richtig, sie müsse das wegen des finanziellen Aspekts beraten. Der JPK-Präsident akzeptiert aber nicht, wenn sie sich auch materiell einmischt. Wir sind die Spezialkommission und die Stawiko soll sich auf die finanziellen Aspekte beschränken. Peter Dür spricht dann von zwei Zahlen, 150'000 in der Vorlage, das haben wir so ausgewiesen. Dann kommt er aber auf das Budget und sagt: «Dort sind dann auch noch 250'000.» Aber die sind nicht nur für das Staatsanwaltschaftsmodell. Die Obergerichtspräsidentin wird das dann schon noch ausführen. Wir sprechen heute über die vorliegende Vorlage und da wird über diese 150'000 Franken gesprochen. Die 250'000 können Sie dann im Dezember diskutieren. Aber die sind nicht nur für das Staatsanwaltschaftsmodell, sondern es sind noch andere Beträge eingerechnet für Umstrukturierungen. – Othmar Birri hat auch noch mit Prof. Schmid gesprochen, was seine Begleitung ungefähr koste. Er hat das im Kanton Solothurn gemacht und er war bei uns als Referent. Er hat gesagt, seine Arbeit würde zwischen 70' und 100'000 Franken kosten.

Heini **Schmid** glaubt, dass wir im Rat spüren, dass es auf Messers Schneid steht. Leo Granziol hat fulminant eine Lanze gebrochen für ein effizientes Justizwesen in diesem Kanton. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass es hier nicht um die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells geht, sondern lediglich um das Gutheissen des Kredits, damit wir diese Fragen, die auch die Stawiko beschäftigen, abklären können. Es geht darum, den Zug, den die JPK aufgegleist hat, am Laufen zu halten. All die Fragen, die wir hier heute diskutieren, ohne die Grundlagen zu haben. Wenn wir die genauen Auswirkungen kennen, haben wir nochmals die Gelegenheit, für oder gegen dieses Modell ausführlich zu diskutieren. Und der Votant bittet den Rat inständig, jetzt die JPK, die für uns die Verantwortung für eine effiziente Justiz wahrnimmt, zu unterstützen, den Abklärungskredit zu sprechen. Wir sehen uns dann wieder, wenn die Sachlage erarbeitet ist, und dann können wir beurteilen, ob all die Versprechungen, die wir uns machen, wirklich auch eintreffen. Heini Schmid bittet vor allem auch die SP-Fraktion, ihre Haltung wirklich noch einmal zu überdenken. Das Staatsanwaltschaftsmodell hat insbesondere auch für die Beklagten sehr grosse Vorteile. Es ist ein klareres, ein transparenteres Verfahren, das auch den Beklagten besseren Rechtsschutz gibt, wo er wichtig ist. Nicht zum Verzögern, aber wichtige freiheitseinschränkende Massnahmen können besser überprüft werden. Und es käme dem Votanten wirklich komisch vor, wenn die bürgerliche CVP, die sonst immer angeschwärzt wird, wir hätten ein Interesse an einem unsauberen Wirtschaftsstandort, die Einzige wäre, die wirklich für einen sauberen Wirtschaftsstandort eintritt. Glücklicherweise haben das die Alternativen erkannt.

Andrea **Hodel** ist von ihrer Fraktion etwas im Regen stehen gelassen worden. Sie möchte nicht mehr auf die Vor- und Nachteile zu sprechen kommen, aber nur eine Frage stellen. Weshalb stehen wir im Kanton Zug so gut und innovativ da? Weil wir immer auf Bundeslösungen gewartet haben? Nein, weil wir selber ein gutes Steuer-

gesetz eingeführt habe, weil wir selber ein RAV aufgebaut haben, weil wir selber GGZ-Projekte umgesetzt haben. Denken Sie daran und seien Sie mutig!

Felix **Häcki** ist schon etwas erstaunt. Heute Morgen mussten wir zwei ausserordentliche Oberrichter wählen, weil das Obergericht überlastet ist. Und jetzt soll dasselbe Obergericht innerhalb von 18 Monaten noch eine Vorlage zusätzlich ausarbeiten. Was veranstalten wir hier überhaupt?

Iris **Studer-Milz**: Wenn Sie aus unserem Bericht – wie das Leo Granziol getan hat – den Eindruck gewonnen haben, das Obergericht stehe eigentlich nicht hinter der JPK-Motion, so kann die Votantin das angesichts der Skepsis, die wir da geäussert haben, verstehen. Auch jene, die sie gehört haben, konnten spüren, dass sich ihre Begeisterung in Grenzen gehalten hat. Das war einzig und allein deswegen, weil ihr die Geschäftslast Sorgen machte. Mit der Wahl von heute Morgen – die sie hier auch noch verdanken möchte – ist ihr aber nun wenigstens ein Stein vom Herzen gefallen. Sie hat natürlich gewisse Zweifel geschürt, weil sie diese Geschäftslast sehr bedrückt. Das Obergericht steht aber sehr wohl hinter dem Antrag. Unser Anliegen war es einfach, nicht den falschen Eindruck aufkommen zu lassen, dass man mit dieser Massnahme sparen könne. Das Obergericht ist überzeugt, dass es angesichts der je länger und je komplexer werdenden Straffälle nötig ist, dass System zu wechseln, und dass nur noch das Staatsanwaltschaftsmodell zeitgemäss ist. Die Obergerichtspräsidentin muss die Vorteile nicht mehr gross aufführen, nur noch ganz kurz in Stichworten. Die Effizienz wurde angesprochen. Es ist effizienter, wir haben keine Doppelspurigkeiten mehr, es kommt schneller zur Anklage. Leo Granziol hat das sehr anschaulich geschildert. Die Anwälte behaupten zwar oft viel, und man muss das immer sehr genau prüfen, aber heute kann die Votantin alles bestätigen, was er gesagt hat. Es wurde die Frage gestellt, ob zur Effizienzsteigerung nicht auch ein Mehraufwand gehöre. Dazu ist zu sagen, dass die Effizienz deshalb gesteigert wird, weil es schneller zur Anklage kommt. Es ist wirklich störend, wenn Wirtschaftsbetrüger jahrelang frei herum laufen. Dass es einen gewissen Mehraufwand geben könnte, haben wir angedeutet. In welchem Umfang, muss dann noch geprüft werden. Es ist dann eine gewisse Unmittelbarkeit gegeben, aber das liegt dann auch an den Gerichten.
Ein weiterer Punkt, der für das Staatsanwaltschaftsmodell spricht, ist die Möglichkeit eines hierarchischen Aufbaus bei einer Staatsanwaltschaft. Peter Dür hat dargelegt, es müsse halt dann eine straffere Führung her. Das kann man schon verlangen, aber Sie dürfen nicht vergessen, die Untersuchungsrichter sind unabhängig und auch die Richter sind unabhängig. Der Geschäftsleiter hat da nicht sehr viele Einflussmöglichkeiten. Er kann einfach vom äusseren Geschäftsgang her gewisse Vorgaben geben. Aber in der Sache selbst sind die Untersuchungsrichter und -richterinnen unabhängig. Es wurde auch gesagt, dass die Untersuchungsrichter, die dann zum Teil zu Staatsanwälten würden, müssten dann das Resultat ihrer Arbeit selber vor Gericht vertreten. Das gibt eine grössere Motivation. Der Beruf wird attraktiver.
Ganz wichtig ist, dass es heute nicht darum geht, dieses Modell jetzt einzuführen. Sondern es geht darum, dass Sie dem Obergericht den Auftrag erteilen, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Wir sind also erst vor einer ersten Phase. Erst in der zweiten Phase, wenn die Vorlage ausgearbeitet ist, müssen Sie dann darüber entscheiden, ob es sich rechtfertigt, das Modell vorzeitig einzuführen. Erst dann können wir auch nähere Angaben zu den organisatorischen, persönlichen, räumlichen

und finanziellen Folgen machen. Und bei der Ausarbeitung der Vorlage kann dann auch die Frage geprüft werden, ob allenfalls eine Reorganisation auch auf das Untersuchungsrichteramt und die Staatsanwaltschaft zu beschränken wäre, wie dies von diesen beiden Ämtern angeregt wird – das so genannte »Staatsanwaltschaftsmodell light». Es kommt noch dazu, dass ein grosser Teil der Arbeiten, die auf uns Gerichte zukommen, auch Vorinvestitionen sind im Hinblick auf die Bundeslösung. Das Jahr 2010 für diese Lösung ist ein bisschen optimistisch. Es wird eher davon gesprochen, dass das frühestens im Jahr 2012 komme.
Noch ein Wort zu den Kosten. Wir haben natürlich vorsichtig budgetiert. Iris Studer hat noch Abklärungen gemacht im Hinblick auf die Stawiko-Sitzung, und sie kann nun auch bestätigen, dass in der ersten Phase 200'000 Franken ausreichen sollten, sowohl für die Gesetzesredaktion wie auch für eine allfällige externe Projektleitung. Aber es ist noch lange nicht gesagt, ob wir diese wirklich auswärts vergeben. Das haben wir im Obergericht noch nicht im Detail besprochen. Die Ressourcen sind schon ein kritischer Punkt. Es ist eng bei uns und die Geschäftslast bereitet Sorgen. Aber wir würden auf jeden Fall eine interne Arbeitsgruppe auf die Beine stellen, und da müssen wir uns eben die Zeit nehmen. Es ist wichtig, dass wir nun ein effizientes und zeitgemässes Modell haben. – Zusammenfassend möchte die Obergerichtspräsidentin den Rat bitten, dem Antrag des Obergerichts zuzustimmen, damit wir eine zeitgerechte Lösung erarbeiten können.

➔ Der Rat beschliesst mit 47 : 25 Stimmen, die Motion erheblich zu erklären.

517 INTERPELLATION VON STEFAN GISLER UND MARTIN STUBER BETREFFEND ZUGER WOHNRAUM- UND MOBILITÄTSPOLITIK ANGESICHTS DER GROSSEN WOHNUNGSNOT UND DES HOHEN PENDLERVERKEHRS

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1256.2 – 11598).

Martin **Stuber** hat sein Votum auf einen Drittel zusammengekürzt, weil er verschiedentlich gebeten worden ist, sich kürzer zu fassen. – Die ausführliche Beantwortung unserer Interpellation bietet einige Erkenntnis, die wir in der weiteren Zukunft noch vertiefen möchten. *Eine* Erkenntnis aus der Interpellationsbeantwortung liegt auf der Hand. Zug braucht ein statistisches Amt. Ist es nicht ausserordentlich peinlich für den reichsten Kanton der Schweiz, dass er sich ein paar statistische Zahlen bei einer Zürcher Firma zusammenkratzt, um die zentralen Fragen in unserer Interpellation wenigstens teilweise beantworten zu können? Madeleine Landolt von der AF hat anfangs 90er-Jahre schon einmal einen Vorstoss für die Schaffung eines statistischen Amtes unternommen. Offenbar ist es Zeit, hier wieder einmal initiativ zu werden. – Eine zweite Erkenntnis drängt sich auf: Wir haben eine Immobilienkrise bei den Büroflächen, kein Zweifel. Dass der Leerbestand 1993 und 1994 noch etwas höher lag als jetzt, ändert daran nichts. Die jetzige Krise bei den Büroimmobilien hat allerdings in Kombination mit einem anderen Phänomen dazu geführt, dass wir in einen Wohnbauboom hinüber switchen: An teuren Wohnungen wird nämlich ebenfalls sehr gut verdient und für diese ist nicht zuletzt wegen des neuen Steuergesetzes, das die Reichen bevorzugt, zurzeit eine grosse Nachfrage da.

Was zur dritten Erkenntnis führt: Der viel gepriesene und offenbar immer noch sakrosankte Markt führt angesichts der steuerlichen Anziehungskraft auf gut und sehr gut Verdienende dazu, dass immer weniger Wohnungen im unteren bis mittleren Preissegment gebaut werden. Der Kanton hat selber kein vernünftiges Zahlenmaterial. Er will es wahrscheinlich lieber auch gar nicht so genau wissen. Die Wahrheit ist etwas unangenehm. Der Blick hat vor zwei Monaten das Problem auf den Punkt gebracht: Unter dem Titel «Tiefe Steuern, hohe Wohnkosten – Im Steuerparadies sind Normalverdiener die Dummen» weist er nach, dass sich die Rechnung effektiv nur für die Reichen lohnt, weil sie so viel Steuern zahlen, dass sie sich die wesentlichen höheren Miet- oder Eigentumswohnungskosten eben leisten. Die Berechnungen selbst sind nicht vom Blick, sondern er hat eine Studie der Zürcher Kantonalbank zitiert. Die Zahlen sind also seriös. Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Zahlen, welche der Stadtplaner von Zug an einer Veranstaltung der städtischen CVP kürzlich präsentiert hat. So haben anfangs der 70er-Jahre in 7'300 Wohnungen 23'700 Einwohnerinnen und Einwohner gelebt in der Stadt Zug. 30 Jahre später ist der Wohnungsbestand bei 11'300 Wohnungen bei etwas weniger Einwohnerinnen und Einwohnern. 4'000 neue Wohnungen und ein Rückgang der Bevölkerung! Dies reflektiert einerseits sicherlich den gewachsenen Wohlstand eines Teils der schon ansässigen Bevölkerung. Aber vor allem steckt dahinter die soziale Veränderung in der Stadt durch den Zuzug von Reichen. Die privilegierte steuerliche Situation führt dazu, dass immer mehr Privilegierte in Zug wohnen – respektive ihren Wohn- und Steuersitz in Zug haben, was noch lange nicht immer dasselbe ist. Wenn man z.B. ein Amtsblattinserat nimmt: Eine 5-Zimmer-Dachwohnung von 145 m^2 kostet 4'900 Franken im Monat ohne Nebenkosten, Garagenplätze vorhanden. Dazu steht: Als Steuerdomizil geeignet. Womit Martin Stuber bei der vierten Erkenntnis ist: Wenn es dem Kanton wirklich ernst damit ist, dass weiterhin auch Normalverdienende nach Zug ziehen oder in Zug bleiben, muss er auch selber günstigen Wohnungsbau realisieren oder dessen Realisierung in grösserem Umfang ermöglichen – dort wo er kann. Zum Beispiel auf dem Areal des Kantonsspitals. Der Kanton könnte dort mit dem guten Beispiel vorangehen und nicht einfach den maximalen Profit aus diesem Grundstück schlagen, wie er das nun offenbar vorhat. Auf die verkehrsmässigen Konsequenzen aus den regierungsrätlichen Ausführungen werden wir in einem anderen Zusammenhang noch vertieft eingehen. Sie können versichert sein: Die AF bleibt hier am Ball!

Jean-Pierre **Prodolliet** weist darauf hin, dass die Interpellation zwei Problemkreise anschneidet, zum einen jenen der Berufspendlerbewegungen, zum andern jenen der Wohnraumversorgung. Es gibt keinen Zweifel: Der Standard des Angebots des öffentlichen Verkehrs darf nicht reduziert werden. Dies ist das eine. Das andere sind die Vorschriften in unseren Bauordnungen betreffend Parkplatzangeboten. Davon ist in der Interpellationsbeantwortung mit keinem Wort die Rede. Entscheidend sind dabei die Parkplätze bei den Arbeitsplätzen, für die Arbeitnehmer. Eine Bestrebung ist feststellbar, bisherige Beschränkungen zu lockern und in den neuen Bauordnungen für Berufspendler mehr Parkplätze zu ermöglichen. Dies ist ein verhängnisvoller Rückschritt. Damit torpedieren wir unsere bisherigen Bemühungen im öffentlichen Verkehr, unsere bisher gemachten Investitionen, z.B. 70 Millionen für die Stadtbahn. Diesen Tendenzen ist Widerstand entgegenzusetzen.
Zur Thematik Wohnungsversorgung sagt der Regierungsrat, «er sehe davon ab, eine eigene Wohnbaupolitik zu betreiben». Er kann sich aber der Verantwortung in diesem Bereich nicht entziehen, denn wir haben nicht nur ein Wohnbauförderungsge-

setz, sondern gelegentlich ist der Kanton auch ein Akteur im Immobilienhandel. Es kommt immer wieder einmal vor, dass Wohnbauland in öffentlichem Besitz ist oder einmal gewesen ist. Wenn die öffentliche Hand selbst Wohnbauland zu verkaufen hat, sollte die Chance doch genutzt werden, dafür zu sorgen, dass das was gebaut werden soll, ein Beitrag ist zur Lösung unseres Wohnungsproblems, d.h. jene Wohnungen entstehen, die unsere Bevölkerung braucht. Man kann feststellen, dass z.B. Korporationen und Kirchgemeinden nicht selten ihre Verantwortung sehen und wahrnehmen. Was beim Staat selbst, bei Bund, Kanton und Gemeinden in diesen Fällen geschieht, ist sehr oft enttäuschend. Bei diesen Landverkäufen geht es oft um nichts anderes als darum, einen möglichst hohen Verkaufspreis herauszuschlagen. Wenn aber der Staat dann, wenn er selbst agiert, keine soziale Verantwortung walten lässt, läuft in allen Bereichen alles auf eine Zweiklassengesellschaft hinaus. Ein neuer Testfall ist nun der Investorenwettbewerb für das Kantonsspital-Areal. Die SP-Fraktion wird dazu eine Motion einreichen. Sie will versuchen, dass der Kanton hier eine Limite gegen oben setzt und dass die Angebote nachher gegen oben begrenzt und auch Mietwohnungen erstellt werden.

Maja **Dübendorfer Christen** weist darauf hin, dass sie das Votum von Andreas Hotz liest, der an der Nachmittagssitzung nicht teilnehmen kann. – Wenn er namens der FDP-Fraktion zur Interpellation Stellung nimmt, hat er Sie vorab darüber zu orientieren, dass er Präsident des Hauseigentümerverbands Zug und Umgebung ist und zudem mit der in der Antwort zitierten Immobilienfirma Colliers CSL AG, Zürich, in engem beruflichen Kontakt steht. – Die FDP-Fraktion kann sich hinter die rund 4'500-fränkige Interpellationsantwort des Regierungsrats stellen. Es ist unbestritten und notorisch bekannt, dass per Datum im Kanton Zug eher ein Überangebot an Büroflächen existiert und gleichzeitig der Wohnraummarkt, insbesondere im tieferen und mittleren Preissegment, eher eingeschränkt ist. Weder im Bereich Bürofläche, noch im Bereich Wohnungsmarkt kann jedoch von einer dramatischen Situation gesprochen werden. Der Büromarkt unterliegt seit jeher erheblichen Schwankungen. Die heutige Situation ist allgemein nicht besorgniserregend, höchstens allenfalls für einige wenige Investoren. Immerhin gibt der flüssige Büromarkt die Möglichkeit, flexibel zu reagieren und Neuansiedlungen von wertschöpfungsintensiven Gesellschaften schnell umzusetzen. Der Kanton Luzern hat vor kurzem beklagt, dass im Kanton Zug wenig zukunftsträchtige Investitionen im Immobilienbereich getätigt werden. Dadurch fehle die notwendige Flexibilität.
Auch im Wohnungsbereich kann von keinem Notstand gesprochen werden. Der Markt ist zwar eng und die Lebenshaltungskosten tatsächlich überdurchschnittlich hoch. Dies ist jedoch die normale Konsequenz des Zuger Erfolgsmodells. Eine mehr als subsidiäre Einflussnahme der öffentlichen Hand drängt sich nicht auf. Die Wohnraumförderungsmassnahmen von Kanton und Gemeinden in den vergangenen Jahren dürfen als effizient und erfolgreich beurteilt werden. Von zusätzlichen Aktivitäten ist unbedingt Abstand zu nehmen. Gleiches gilt vorerst auch für die Situation im Pendlerverkehr. Der Kanton Zug hat mit der Stadtbahn und dem Konzept «Bahn und Bus aus einem Guss» in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel in den öffentlichen Verkehr gesteckt. Zusammen mit den in der Pipeline steckenden Strassenprojekten sollte sich in diesem Bereich eine Entspannung oder zumindest eine Konsolidierung einstellen.
Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Kanton Zug keine Notsituation besteht, die bisherigen Wohnraumförderungsmassnahmen erfolgreich und effizient waren und eine nachhaltige, ausgewogene Entwicklung primär über Richt- und Ortsplanungen

sicherzustellen ist. – Abschliessend muss gefordert werden, dass die Marktkräfte nicht eingeschränkt werden und die Wohnraumförderung, dies insbesondere auf Stufe Gemeinde – wo sie auch hingehört – subsidiären, unterstützenden Charakter behält.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte nur zwei, drei Bemerkungen zu den Äusserungen von Martin Stuber machen. Von einer Immobilienkrise im Bereich der Büroflächen zu sprechen, geht eindeutig zu weit. Es sind 8 % Leerbestand der gesamten Fläche. Und diese kurzfristige Verfügbarkeit von Büroflächen hat auch seine guten Seiten. In der Praxis ist es ein eindeutiger Vorteil, in der Ansiedlungspolitik und für den Wirtschaftsstandort Zug. Wir haben gerade in der letzten Zeit *dank* den verfügbaren Büroflächen enorme Vorteile gehabt. – Zwei Hinweise auf die Unredlichkeit der linken Seite im Zusammenhang mit dem NFA: Von den guten steuerlichen Bedingungen im Kanton Zug profitieren auch und besonders die Bevölkerungsgruppen mit tieferen Einkommen. Das muss man einmal deutlich sagen. Und von der überdurchschnittlichen Wirtschaftskraft im Kanton Zug profitieren auch der Arbeitsmarkt und die Arbeitnehmerschaft des Kantons Zug und der angrenzenden Regionen. Spätestens wenn wir dann über Mehrbelastungen im Steuerbereich sprechen oder wenn es auf dem Arbeitsmarkt einmal schlechter geht, werden wir die Vorwürfe von links dann wieder hören.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass weder der Kanton noch die Stadt im Sinn haben, auf dem Kantonsspitalareal in Zug sozialen Wohnungsbau planen zu lassen. Die Stadt Zug erstellt im Gegenzug sozialen Wohnungsbau in der Roost und auf der Frauensteinmatt. Sozialer Wohnungsbau ist nicht Sache des Kantons. Parkplatzbewirtschaftung wird unter 300 Parkplätzen Angelegenheit der Gemeinden sein. Über 300 Parkplätze muss jeder Bauwillige durch die UVP.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

518 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 16. Dezember 2004

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

38. SITZUNG: DONNERSTAG, 16. DEZEMBER 2004
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.45 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

519 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri, Zug; Konrad Studerus, Menzingen; Flavio Roos, Risch.

520 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass gestern als Folge eines tragischen Unglücksfalls in Neuseeland der Zuger Unternehmer Heinrich **Bossard** starb. Er war in der Zuger Wirtschaft eine ganz bedeutende Persönlichkeit. Zudem war er der Bruder des am 27. September 2001 verstorbenen Regierungsrats Peter Bossard.

➔ Auf Ersuchen des Ratspräsidenten erheben sich die Ratsmitglieder zu einem Moment des Gedenkens an den Verstorbenen von ihren Sitzen.

Peter **Rust** erinnert daran, dass heute Michel **Ebinger** zum letzten Mal Mitglied des Rats ist. Wir wünschen ihm auf dem weiteren Lebensweg von Herzen viel Kraft und Zuversicht. Wir danken ihm für die jahrelang geleistete, engagierte Arbeit.
Auch Konrad **Studerus** hat seinen Rücktritt aus dem Kantonsrat auf Ende Januar 2005 bekannt gegeben. Der Vorsitzende liest sein Rücktrittsschreiben vor: «Hiermit teile ich Ihnen mit, dass ich mein Amt als Kantonsrat und Vertreter der Gemeinde Menzingen im Parlament per 31. Januar 2005 aufgeben muss. Es sind berufliche und gesundheitliche Gründe, die mich zu diesem Schritt zwingen, was ich sehr bedaure. Ich wünsche dem Kantonsrat und der Regierung viel Erfolg, Glück und Segen bei der Bewältigung der kommenden Herausforderungen. Ihnen allen danke

ich für die mir geschenkte Kollegialität und Freundschaft.» Der Kantonsratspräsident dankt auch Konrad Studerus herzlich für die grosse geleistete Arbeit und wünscht ihm insbesondere gute Gesundheit. Er hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt, wird jedoch an der Sitzung von Ende Januar 2005 teilnehmen und sich von uns verabschieden.

- Der Vorsitzende beantragt, dass allen Medienschaffenden während den Wahlgeschäften Ton- und Bildaufnahmen gemäss § 31bis der Geschäftsordnung gestattet sind.

➔ Der Rat ist einverstanden.

- Als Ersatzstimmenzählende für die Wahl von zwei Stimmenzählerinnen bzw. Stimmenzählern werden von den Fraktionsleitungen Eugen Meienberg (CVP) und Anna Lustenberger-Seitz (AF) beantragt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

- Landammann Walter **Suter** wird etwas verspätet zur Kantonsratssitzung erscheinen. Er weilt bereits früh morgens in Zürich an einer Sitzung bezüglich Flughafen Kloten.

- Gemäss § 35 Abs. 4 der Kantonsverfassung nimmt der Kantonsrat an seiner ersten Sitzung nach der Einreichung der Unterschriften für eine Initiative Kenntnis davon. Gestern sind der Staatskanzlei zwei Gesetzesinitiativen eingereicht worden, nämlich:

- Die Gesetzesinitiative «Eine Fremdsprache auf Primarstufe» mit folgendem Begehren in Form einer allgemeinen Anregung: Das Schulgesetz ist durch eine Bestimmung zu ergänzen, wonach auf der Primarstufe der gemeindlichen Schulen nur eine einzige Fremdsprache unterrichtet wird.
- Die Gesetzesinitiative «Kein Abbau beim handwerklichen Gestalten» mit folgendem Begehren in der Form einer allgemeinen Anregung: Das Schulgesetz ist durch eine Bestimmung zu ergänzen, wonach an der Volksschule die momentane Stundendotation im handwerklichen Gestalten beizubehalten ist. Die Stundendotation beträgt in der Primar- und Sekundarstufe I 23 Lektionen ohne Wahlpflichtfächer.

521 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25. November 2004.
2. Ablegung des Eides durch ein neues Mitglied des Kantonsrats.
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
4. Ersatzwahlen in kantonsrätliche Kommissionen.
5. Einbürgerungsgesuche.
   Antrag des Regierungsrats (Nr. 1286.1 – 11608).
6. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuchs für den Kanton Zug (amtliche Vermessung).
   Bericht und Antrag der Redaktionskommission (Nr. 948.8 – 11604).
   2. Lesung (Nr. 948.7 – 11564).

7. Änderung des Gesetzes über die kantonalen Schulen (Entwicklung der Diplommittelschule zur Fachmittelschule).
   2. Lesung (Nr. 1232.5 – 11565).
8. Änderungen (Verlängerungen) der beiden Kantonsratsbeschlüsse betreffend
8.1. Soziallöhne im Rahmen von Integrationsprojekten.
   2. Lesung (Nr. 1243.6 – 11612).
8.2. Errichtung einer Fachstelle Berufsintegration.
   2. Lesung (Nr. 1243.7 – 11613).
9. Änderungen der beiden Kantonsratsbeschlüsse betreffend
9.1. Übernahme der Burgliegenschaft in Zug sowie die Errichtung einer Stiftung für den Betrieb eines Museums in der Burg.
   2. Lesung (Nr. 1252.8 – 11610).
9.2. Satzungen der Stiftung «Museum in der Burg Zug».
   2. Lesung (Nr. 1252.9 – 11611).
10. Finanzplan 2005 – 2008.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1275.1 – 11583) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1275.2 – 11589).
11. Budget 2005 sowie Budget 2005 der Strafanstalt Bostadel.
   Gedruckter Voranschlag sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1279.1 – 11591).
12.1. Interpellation von Alois Gössi und Martin B. Lehmann betreffend Personalplafonierung in der kantonalen Verwaltung (Nr. 1204.1 – 11384).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1204.2 – 11529).
12.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2005 – 2008.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1255.1/.2 – 11532/33) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1255.3 – 11606).
13. Änderungen der Geschäftsordnung des Kantonsrats (Kleine Parlamentsreform) betreffend
13.1. Zusammensetzung der Kommissionen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1248.1/.2 – 11515/16), der Kommission (Nrn. 1248.3/1261.3 – 11601, 1248.4 – 11602) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1248.5 – 11603).
13.2. Einführung einer Frist zur Erledigung erheblich erklärter Vorstösse.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1261.1/.2 – 11553/54) und der Kommission (Nr. 1248.3/1261.3 – 11601).
13.3. Kommissionswahlen: Erweiterung der Staatswirtschaftskommission, der Justizprüfungskommission und der Konkordatskommission von 7 auf 9 Mitglieder (sofern der Kommissionsantrag gutgeheissen wird).
14. Motion von Jean-Pierre Prodolliet betreffend gesetzliche Massnahmen, die bewirken, dass Grundeigentum für die in der Raumplanung vorgesehenen Zwecke genutzt werden kann und die der Baulandhortung entgegenwirken (Nr. 1193.1 – 11349).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1193.2 – 11530).

---

15. Wahlen (zeitlich fest zwischen 11.00 und 12.00 Uhr):
15.1. Wahl der Kantonsratspräsidentin oder des Kantonsratspräsidenten.
15.2. Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Kantonsrats.
15.3. Wahl von 2 Stimmenzählerinnen bzw. Stimmenzählern des Kantonsrats.
15.4. Wahl der Frau Landammann oder des Landammanns.

15.5. Wahl der Statthalterin oder des Statthalters.
16. Verabschiedungen des Kantonsratspräsidenten und des Landammanns (ganz am Schluss der Sitzung).

* wird aus Zeitgründen auf die Sitzung vom 27. Januar 2005 verschoben.

522 PROTOKOLL

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass wegen der kurzen Zeit zwischen der letzten und der heutigen KR-Sitzung nur das Protokoll der Vormittagssitzung vom 25. November 2004 vorliegt. Das Protokoll der Nachmittagssitzung wird am Donnerstag, 27. Januar 2005 genehmigt.

➔ Das Protokoll der Vormittagssitzung vom 25. November 2004 wird genehmigt.

523 EID EINES NEUEN MITGLIEDS DES KANTONSRATS

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Karin Julia **Stadlin** heute den Eid ablegt. Sie wird ihr Amt zwar erst am 1. Januar 2005 als Nachfolgerin von Michel Ebinger antreten. Die jetzige Vereidigung erlaubt ihr jedoch, eine allfällige Kommissionstätigkeit bereits ab 1. Januar 2005 aufzunehmen.
Der Kantonsratspräsident bittet Karin Julia Stadlin, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Er bittet Karin Julia Stadlin, ihm nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber die Worte «Ich schwöre es» nachzusprechen.

Der Landschreiber liest die in § 5^{bis} Abs. 1 der GO enthaltene Eidesformel, worauf das neue Ratsmitglied Karin Julia Stadlin mit erhobenem Schwurfinger den vom Vorsitzenden vorgesprochenen Satz «Ich schwöre es» nachspricht.

524 ERSATZWAHL IN KANTONSRÄTLICHE KOMMISSIONEN

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass durch den Rücktritt von Michel Ebinger per 31. Dezember 2004 zwei Kommissionssitze neu zu besetzen sind. Die FDP-Fraktion beantragt, dass als Ersatz folgende Mitglieder des Kantonsrats gewählt werden: In die Justizprüfungskommission Daniel **Burch**, in die Raumplanungskommission Barbara **Strub**. – Wegen Austritt von Vreni Wicky aus der Kommission für Spitalfragen gemäss Schreiben vom 18. November ist auch hier ein Kommissionssitz neu zu besetzen. Die CVP-Fraktion schlägt als Ersatzmitglied Monika **Barmet** vor.

➔ Der Rat ist einverstanden.

525 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1286.1 – 11608).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

14 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

a) 9 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 44 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

526 GESETZ BETREFFEND DIE EINFÜHRUNG DES SCHWEIZERISCHEN ZIVILGESETZBUCHS FÜR DEN KANTON ZUG, ÄNDERUNG DER BESTIMMUNGEN ÜBER DIE AMTLICHE VERMESSUNG

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. September 2004 (Ziff. 471) ist in der Vorlage Nr. 948.7 – 11564 enthalten. – Zusätzlich liegt ein Bericht und Antrag der Redaktionskommission (Nr. 948.8 – 11604) vor.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Eusebius Spescha und Käty Hofer auf die zweite Lesung folgenden Antrag zu § 155 Bst. b stellen:

«regelt den Vollzug der laufenden Nachführung und schliesst die Nachführungsverträge ab.»

Es handelt sich hier um den gleichen Vorschlag, wie ihn die Regierung zur ersten Lesung machte. Die Begründung für diesen Antrag befindet sich in Vorlage Nr. 948.9 – 11617.

Eusebius **Spescha** erinnert daran, dass in der ersten Lesung dieser Gesetzesrevision beschlossen wurde, dass die kantonale Vermessung die Nachführung in zwei Gemeinden nicht mehr vornehmen soll. Für den Votanten war und ist dieser Entschluss unverständlich. Deshalb hat er den Antrag gestellt, dies nochmals zu überdenken. Ohne Not wird eine gut funktionierende Lösung geändert. Es sind keine Vorteile und keine Kostenersparnisse ersichtlich. Es wird auch von den betroffenen Gemeinden nicht gewünscht. Dafür entsteht ein Monopol mit allen Risiken, die sol-

che Monopole beinhalten. Es besteht auch der Nachteil, dass Know-how vor allem betreffend diese beiden Gemeinden verloren geht, welches in der praktischen Tätigkeit von Nutzen ist. Deshalb beantragt Eusebius Spescha, dass der Rat diesen Antrag genehmigt.

Werner **Villiger**, Präsident der vorberatenden Kommission, weist darauf hin, dass zu diesem Antrag keine zusätzliche Kommissionssitzung stattgefunden hat. Denn das gleiche Thema haben wir bereits sowohl in der Kommission wie auch bei der ersten Lesung behandelt. Der Votant spricht jetzt also nicht im Namen der vorberatenden Kommission, sondern als deren Präsident. – Die Argumente, die für eine Privatisierung sprechen, sind nach wie vor gültig. Denn es macht sicher keinen Sinn, dass das kantonale Vermessungsamt für zwei Gemeinden eine eigene Infrastruktur unterhält. Die von den beiden Antragsstellern vorgebrachten Bedenken bezüglich Monopolstellung und Mehrkosten teilt Werner Villiger nicht, und er bittet den Rat, diesen Antrag abzulehnen. Er vermutet, das Ganze läuft unter dem Motto «Steter Tropfen höhlt den Stein». Ob damit das Ziel erreicht wird, die Arbeit im Kantonsrat effizienter zu gestalten, ist zu bezweifeln.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, hält fest, dass der Regierungsrat diesen Änderungsantrag unterstützt, entspricht er doch der ursprünglichen Vorlage der Regierung. Er teilt die Bedenken, welche die Antragsteller bezüglich des Monopols anführen. Die Votantin möchte auch nochmals auf die Gründe hinweisen, die zum Beibehalten am ursprünglichen Antrag geführt haben. Die *praktische* Nachführungsarbeit sichert die Qualität und Fachkompetenz im Vermessungsamt. Die Infrastruktur im Vermessungsamt ist auch für die Verifikation der Daten, welche bei der Vermessungsaufsicht liegen, notwendig. Der Umgang mit den Geräten und der EDV ist aber Voraussetzung für die qualitativ hoch stehende Verifikation der Daten. Eine mangelhafte Vermessungsaufsicht führt zu Qualitätsverlust in der amtlichen Vermessung. Betroffen von einem solchen Qualitätsverlust wären in erster Linie die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer, aber auch Leute, die in der Planung und im Bauwesen tätig sind. Namens der Regierung bittet Brigitte Profos aus diesen Gründen den Rat, den Antrag gutzuheissen.

➔ Der Antrag wird mit 55 : 16 Stimmen abgelehnt.

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass noch ein Antrag der Redaktionskommission vorliegt, der in der Vorlage Nr. 948.8 – 11604 aufgeführt ist.

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 55 : 13 Stimmen zu.

527 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE KANTONALEN SCHULEN (ENTWICKLUNG DER DIPLOMMITTELSCHULE ZUR FACHMITTELSCHULE)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. September 2004 (Ziff. 472) ist in der Vorlage Nr. 1232.5 – 11565 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 70 : 0 Stimmen zu.

528 ÄNDERUNGEN (VERLÄNGERUNG) DER BEIDEN KANTONSRATSBESCHLÜSSE BETREFFEND
A. SOZIALLÖHNE IM RAHMEN VON INTEGRATIONSPROJEKTEN
B. ERRICHTUNG EINER FACHSTELLE BERUFSINTEGRATION

A. Das Ergebnis der 1. Lesung vom 25. November 2004 (Ziff. 512A) ist in der Vorlage Nr. 1243.6 – 11612 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 66 : 2 Stimmen zu.

B. Das Ergebnis der 1. Lesung vom 25. November 2004 (Ziff. 512B) ist in der Vorlage Nr. 1243.7 – 11613 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69 : 2 Stimmen zu.

529 ÄNDERUNG DER BEIDEN KANTONSRATSBESCHLÜSSE
A. ÜBERNAHME DER BURGLIEGENSCHAFT ZUG SOWIE ERRICHTUNG EINER STIFTUNG FÜR DEN BETRIEB EINES MUSEUMS IN DER BURG ZUG
B. SATZUNGEN DER STIFTUNG «MUSEUM BURG ZUG»

A. Das Ergebnis der 1. Lesung vom 25. November 2004 (Ziff. 513A) ist in der Vorlage Nr. 1252.8 – 11610 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 71 : 0 Stimmen zu.

B. Das Ergebnis der 1. Lesung vom 25. November 2004 (Ziff. 513B) ist in der Vorlage Nr. 1252.9 – 11611 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 70 : 0 Stimmen zu.

530 FINANZGESCHÄFTE

A. FINANZPLAN 2005-2008

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1275.1 – 11583) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1275.2 – 11589).

B. BUDGET 2005 SOWIE BUDGET 2005 DER STRAFANSTALT BOSTADEL

Es liegen vor: Gedruckter Voranschlag sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1279.1 – 11591).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass für beide Finanzgeschäfte eine gemeinsame Eintretensdebatte durchgeführt wird. Beide Geschäfte hängen materiell zusammen.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die erweiterte Stawiko den Finanzplan, das Budget sowie den neuen Personalplafonierungsbeschluss an der Sitzung vom 22. November 2004 beraten hat. Er verweist auf die ausführlichen Berichte. – Nicht unerwartet hat die Diskussion über die Personalbegehren der Regierung viel Zeit in Anspruch genommen. Dies ist nicht weiter verwunderlich, stellen doch die Personalkosten im Budget 2005 mit rund 235 Mio. nach den Beiträgen mit Zweckbindung, welche 320 Mio. betragen, den grössten Kostenfaktor dar. Der Stawiko-Präsident wird unter Trakt. 12 im Detail auf dieses Thema eingehen. Es sei aber darauf hingewiesen, dass die beantragten Personalstellen bereits im neuen Finanzplan und im Budget berücksichtigt sind. Ein zweites Thema anlässlich unserer Sitzung war das vom Regierungsrat bei der Universität Bern in Auftrag gegebenen Gutachten zu Zuständigkeitsfragen im Finanzhaushaltsrecht des Kantons Zug. Peter Dür möchte an die letztjährige Budgetdebatte erinnern. Damals wurden folgende Anträge der erweiterten Stawiko vom Rat angenommen:

- Kürzung des Aushilfekontos um 1.4 Mio auf 9 Mio.
- Streichung des Teuerungsausgleichs, was Einsparungen von 3.6 Mio. brachte.
- Kürzungen auf der Ertragsseite von 30 Mio., weil die erweiterte Stawiko die wirtschaftliche Entwicklung und damit die Entwicklung der Steuereinnahmen pessimistischer als die Regierung einschätzte.
- Aus dem Rat kam zusätzlich die Streichung des Beitrages an das Lassalle-Haus und eine Kürzung um 1 Mio. beim Strassenunterhalt.

Das Gutachten der Universität Bern liegt nun vor. Der Regierungsrat ist, basierend auf diesem Gutachten der Meinung, dass er inskünftig weiterhin allein für die allfällige Ausrichtung eines Teuerungsausgleichs für das Staatspersonal zuständig sei, d.h. bezüglich der Teuerung keinen Budgetvorbehalt anbringen will. Entgegen dem Gutachten will er inskünftig Beförderungen nur noch unter Budgetvorbehalt vornehmen und ebenfalls beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit Dritten einen Budgetvorbehalt anbringen. Das Gutachten führt auch aus, dass der Kantonsrat bei der Budgetdebatte zwar einzelne Positionen (z.B. für die Erwachsenenbildung) kürzen kann. Der Kantonsrat könne aber nicht genau festlegen, welche Institution von der Kürzung konkret betroffen sein soll.
Zum Teuerungsausgleich. Eine Mehrheit der Stawiko ist mit 8 : 6 Stimmen der Meinung, dass der Kantonsrat sich die wenigen Möglichkeiten bewahren soll, auf den

Personalaufwand Einfluss nehmen zu können. Die allfällige Ausrichtung eines Teuerungsausgleichs und die Bestimmung seiner Höhe sollen in Zukunft von der Regierung beantragt und vom Kantonsrat im Rahmen der Budgetdebatte beraten werden. Die erweiterte Stawiko wird deshalb im nächsten Jahr eine Motion einreichen, in der eine diesbezügliche Anpassung des Personalgesetztes verlangt wird. Der Teuerungsausgleich liegt gemäss Entscheid des Regierungsrats vom 14. Dezember 2004 bei einem Prozent. Mit diesem Beschluss werden ein Drittel der Jahresteuerung sowie die Vorjahresteuerung nicht ausgeglichen, und der Regierungsrat bleibt damit in den mit uns vereinbarten Kennzahlen. Wir nehmen diesen Entscheid zur Kenntnis.
Zum Thema Budgetkürzungen. Die Stawiko akzeptiert, dass sie in Zukunft nicht gezielt einer Institution den Beitrag kürzen oder streichen kann. Sie erwartet aber vom Regierungsrat, bei allfälligen klar deklarierten Budgetkürzungen durch den Kantonsrat dessen Meinung auch umzusetzen. Wie Ihnen bekannt ist, werden Sie das heute anlässlich der Detailberatung zum Thema Erwachsenenbildung nochmals diskutieren.
Zum Finanzplan. Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Finanzplan auf der aktualisierten Finanzstrategie basiert. Die mit der erweiterten Stawiko vereinbarten Kennzahlen zum Ausgabenwachstum werden klar eingehalten. Die erweiterte Stawiko verdankt die Überarbeitung der Berichterstattung. Das Zahlenwerk ist auf vier wesentliche Tabellen reduziert worden und der Textteil enthält gegenüber früher aussagekräftigere Informationen. Stawiko und Kantonsrat werden damit in kurzer und übersichtlicher Form informiert, wie NFA, ZFA und die Wachstumsabschwächungen zahlenmässig in die Finanzplanung einfliessen und wie sich damit die finanzielle Lage des Kantons im Planungszeitraum verändern wird. Die Tabellen zeigen klar auf, dass die NFA-Belastung im Jahr 2008 einschneidende Auswirkungen auf unsere Finanzlage haben wird. Die Investitionen sind im ganzen Planungszeitraum hoch, ganz besonders in den Jahren 2006 und 2007. Mit Besorgnis muss vom tiefen Selbstfinanzierungsgrad im Jahr 2008 Kenntnis genommen werden. Ebenfalls völlig unbefriedigend ist die Tatsache, dass 2008 das freie Eigenkapital wohl aufgebraucht ist und ein Bilanzfehlbetrag ausgewiesen werden wird. Die Stawiko begrüsst es, dass die Regierung einerseits sämtliche bekannten Mehrbelastungen eingeplant hat, andererseits jedoch ganz bewusst noch keine Steuererhöhungen vorsieht. Wir sind gespannt auf die kommenden Finanzpläne, welche diesbezüglich eine Konkretisierung bringen werden. 2008 kommt näher wie die berühmte Mauer bei einem Marathonlauf. Parlament und Regierung sind gefordert, sehr eng zusammen zu arbeiten, um dieser grossen Herausforderung gerecht zu werden.
Zum Budget 2005. Die Stawiko stellt mit Freude fest, dass die Regierung auch das Budget konsequent auf den Kennzahlen der aktualisierten Finanzstrategie aufgebaut hat. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass der Regierungsrat grosse Anstrengungen unternommen hat, um diese Kennzahlen zu erreichen. Das Budget 2005 gab deshalb im Vergleich zum Budget 04 zu wenigen Diskussionen Anlass, und Eintreten war unbestritten. Der budgetierte Aufwandüberschuss ist mit 2,8 Mio. deutlich tiefer als im Budget 2004. Zum Vergleich: Im Budget 2004 wurde, nach Korrekturen durch den Kantonsrat, ein Defizit von 25,5 Mio. eingestellt. Der Personalaufwand und die zweckgebundenen Ausgaben wachsen 2005 gemäss den Vorgaben in der Finanzstrategie. Die Regierung beantragt mit der separaten Vorlage zusätzlich 10,1 Personalstellen und hat die damit zusammenhängenden Kosten bereits im Budget eingestellt. Die Abschreibungen werden neu vom Jahresend-Buchwert berechnet (bisher Jahresanfangs-Buchwert). Dadurch entsteht ein einmaliger zusätzlicher Aufwand von 9,4 Mio. Franken. Trotz weiterhin hohen Investitionen im Umfang von 115,4 Mio. Franken erhöht sich der Selbstfinanzierungsgrad von 29,4 % im Vorjahr auf 67,7 %

im 2005. Die Steuererträge wurden basierend auf den Trendwerten der Steuereinnahmen 2004 budgetiert. Sie liegen gegenüber dem vom Rat gekürzten Budget 04 um 9,4 % höher. Es zeigt sich heute, dass höchstwahrscheinlich die vom Kantonsrat anlässlich der Budget-Debatte 2004 vorgenommenen Kürzungen auf der Ertragsseite des Budgets zu massiv waren. Die kontroverse Debatte im Dezember 03 hatte aber retrospektiv auch viele positive Seiten. Das Parlament hat gegenüber Regierung und Verwaltung klar gezeigt, dass es das Wachstum der Ausgaben bremsen und damit günstigere Voraussetzung für die künftige Herausforderung NFA schaffen will. Die von der Regierung in der Folge eingeleiteten und bereits umgesetzten Massnahmen tragen heute wesentlich dazu bei, das bei der seinerzeitigen Debatte zum Budget 2004 strapazierte Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Parlament wieder zu verbessern. Es liegt nun am Parlament, diese Bemühungen zu würdigen und auf dem vom Regierungsrat und der Stawiko aufgezeigten konstruktiven und auf Transparenz ausgelegten Weg weiterzuarbeiten. Wir danken dem Regierungsrat und der Verwaltung für Ihren grossen Einsatz in diesem Jahr.
Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragen wir Ihnen einstimmig, auf den Staatsvoranschlag 2005 einzutreten und ihm mit folgender Änderung zuzustimmen: Der Budgetbetrag beim Konto Nr. 1700.36526 sei um 75'000 Franken auf 260'000 Franken zu reduzieren; die Begründung haben sie in der Vorlage gelesen. Der Stawiko-Präsident wird bei der Detailberatung darauf eingehen. Wir beantragen weiter, das Budget 2005 der interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen und den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2005 unverändert auf 82 % der Einheitssätze zu belassen.

Max **Uebelhart** spricht in seinem Eintretensvotum im Namen der CVP-Fraktion. Sie schliesst sich grundsätzlich dem Dank der Stawiko für den überarbeiteten Finanzplan an und anerkennt die positive Arbeit der Regierung. Die vier Tabellen einerseits und die gegenüber früher wesentlich griffigeren Aussagen andererseits zeigen auf, dass der Finanzplan nun als Führungsinstrument eingesetzt werden kann. Klar aufgezeigt wird, mit welchen Wachstumsraten z.B. beim Personalaufwand 2005 und in den folgenden Jahren bis 2008 budgetiert wird. Die strategisch vorgegebenen 2,5 % Wachstum werden im Durchschnitt aufgeführt und zwingen den Regierungsrat, entsprechend zu handeln. Von Interesse sind auch die Aussagen bezüglich der finanziellen Auswirkungen von NFA und ZFA im Jahr 2008. Sehr wichtig scheint uns die aufgezeigte Stabilität und Kontinuität bis zum Jahr 2008, so werden bis 2007 fast ausgeglichene Rechnungen angestrebt und bis zum NFA sollten auch Steuererhöhungen kein Thema sein. Die Devise zum Bilden von gewissen Reserven muss nun wirklich heissen: «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not». Gewisse Dinge sind gerade für uns Zugerinnen und Zuger schon sehr fragwürdig, wenn z.B. Luzern und Bern als Nehmerkantone heute Geld nicht etwa in den Sand, sondern in den Schnee setzen und mit diesen letzthin abgehaltenen Langlaufrennen Hand zu einem ökologischen Blödsinn bieten, indem man Schnee in der Schweiz herumführt. Vielleicht hat wenigstens unsere Eisbahn AG den Schnee, den man von Zug nach Luzern gekarrt hat, verkaufen können! – Zurück zum Finanzplan. Wir teilen die Auffassung, dass bei den Steuererträgen die strategische Vorgabe von durchschnittlich 4,1 % aus heutiger Beurteilung der Lage erwartet werden darf. Als Kantonsrätinnen und Kantonsräte sind natürlich auch wir gefordert, uns in diesen Parametern zu bewegen und uns nicht dauernd Ausnahmen zu erlauben, nur weil halt das und jenes jetzt gerade auch noch sehr wichtig und natürlich nicht aufschiebbar ist. Und mal auf etwas ganz ver-

zichten, tun wir halt alle nicht so gerne. Die CVP nimmt den Finanzplan 2005-2008 wie beantragt zur Kenntnis.
Zum Staatsvoranschlag 2005. Erstmals präsentiert uns die Regierung ein Budget, bei dem an gewissen Stellen nur noch zwei Zahlen eingesehen werden können (Einnahmen und Ausgaben), so z.B. S. 113 beim Amt für Umweltschutz. Das AfU nimmt am Projekt Pragma teil und verfügt deshalb neu über ein Globalbudget. Bei diesen Pragma-Ämtern verfügen wir deshalb über die definierten Zielsetzungen, welche von der kantonsrätlichen Begleitkommission z. K. genommen worden sind, von der erweiterten Stawiko jedoch nicht überprüft werden konnten. Noch weniger überprüft werden kann im Moment der Geldfluss in diesen Pragma-Ämtern. Demzufolge fehlt die Kontrollmöglichkeit des Kantonsrats. Vom Leistungs-Controlling her befriedigt Pragma noch nicht. Wir teilen die Meinung des Regierungsrats, dass in diesem Zusammenhang auch die Abgrenzung zur Finanzkontrolle noch definiert werden muss. Dringend müssen die Unterlagen für eine Kosten- Leistungsrechnung geschaffen werden. Gespannt sehen wir den ersten Resultaten der Pragma-Ämter entgegen.
Im Rahmen des Eintretens noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu Positionen, welche dann bei der Detailberatung sicher noch zu reden geben werden.
- Zum wieder aufgenommenen Beitrag für das Lassalle-Haus: Die CVP stimmt mehrheitlich, wie vom Regierungsrat beantragt, für das Belassen dieses Beitrags von 75'000 Franken im Budget. Sachlich gesehen kommt das Geld ja der Institution Lassalle-Haus und nicht dem teilweise immer noch umstrittenen Leiter zu gute.
- Richtig finden wir auch die Wiederaufnahme der Beiträge für Jugendförderung gemäss Beilage 1279.2, erfolgte doch die Mitteilung der Kürzung durch die Direktion des Innern erst im November 2004, d.h. also wesentlich zu spät. Mit der Korrektur anlässlich der Inkraftsetzung des ersten Pakets der Zuger Finanz- und Aufgabenreform sind wir einverstanden. Einen etwas schaleren Nachgeschmack hinterlässt der Kompensationsvorschlag der 274'400 Franken. Der eine Teil des Kompensationsbeitrags (der Beitrag für die Vermessungssubventionen) würde auch sonst wegfallen und beim andern Teil hat man einen sonst schon geschätzten Durchschnittsbetrag einfach um 19 % gekürzt und wird dannzumal, wenn das Geld dann nicht gereicht hat, sicher eine einleuchtende Erklärung für den Überzug finden. So sollte mit dem Budget nicht umgegangen werden.
- Die CVP ist mehrheitlich für die Nichtwiederaufnahme eines Beitrags für das Jugendparlament. Wir bitten jedoch den Regierungsrat, beim Vorliegen eines entsprechenden Projektgesuchs nach Möglichkeit einen Projektbeitrag zu sprechen.
Die CVP empfiehlt dem Rat, auf das Budget 2005 einzutreten, den Steuerfuss unverändert bei 82 % zu belassen und auch das Budget des Bostadels zu genehmigen. Gerne richtet der Votant an dieser Stelle im Namen der CVP auch den Dank an all die Personen, die während des vergangenen Jahres in der Verwaltung tätig waren und gute Arbeit geleistet haben.

Hans Peter **Schlumpf** äussert sich im Namen der FDP-Fraktion zum Staatsvoranschlag, zum Finanzplan und auch zum Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen, da ein innerer Zusammenhang besteht. Wir stellen uns in allem Wesentlichen hinter den Bericht der erweiterten Stawiko und die Ausführungen von Stawiko-Präsident Peter Dür. Der Votant verzichtet darauf, bereits Gesagtes, mit dem wir einig gehen, zu wiederholen. Einige Aspekte sind dennoch herauszugreifen und etwas vertiefter zu kommentieren.
Seit Hans Peter Schlumpf Mitglied in diesem Rat ist, hat es Jahr für Jahr nicht an mahnenden Appellen zur Sparsamkeit gefehlt – bewirkt haben sie nur wenig. Jahr für

Jahr stiegen die Ausgaben stärker als das Wachstum des Sozialprodukts. Vor allem gegen den Anstieg der beiden grössten Positionen im Zuger Staatshaushalt, der Beiträge mit Zweckbindung und der Personalkosten, schien, trotz der schon vor Jahren eingeführten Personalstellenplafonierung, kein Kraut gewachsen. Solange unabhängig von der Aufwandsteigerung die Steuererträge immer noch stärker anstiegen und für positive Abschlüsse sorgten, war der Druck zur Beschneidung der Kosten resp. der Kostensteigerungen schlicht nicht gross genug. Es brauchte wohl die Kombination verschiedener Einflussfaktoren, um hier eine Wende zu bewirken: Die Verdüsterung des wirtschaftlichen Klimas, der wachsende globale Druck auf die Volkswirtschaften des Westens – zu dem, trotz Aussenseiter-Status in Europa, auch wir gehören –, die Erwartung eines Rückgangs der Steuereinnahmen und über allem natürlich die Drohung des NFA, der in einigen Jahren unseren Staatshaushalt mehr als nur kosmetisch beeinflussen wird. Es brauchte aber auch den gemeinsamen Willen von Regierung, Stawiko und Parlament, einen oberen Plafond für den Kostenanstieg zu setzen und als Zielgrösse zu akzeptieren, aber auch die bewusste Bereitschaft von Seiten des Parlaments, der Regierung weniger im Detail dreinzureden und ihr die operative Freiheit zu lassen, wie sie im Rahmen der gesetzten Zielwerte ihre operativen Entscheide treffen will.

Wer die heftigen Auseinandersetzungen in der erweiterten Stawiko vor einem Jahr erlebt hat, mit der akuten Gefahr, dass der Rechnungsvoranschlag 2004 nicht genehmigt wird, mag diesen Konsens zwischen Parlament und Regierung nun reichlich idyllisch dargestellt finden. Dies ändert aber schlussendlich nichts daran, dass dieser gefundene Weg der unendlich klügere und für den Kanton bessere ist als jenes unsägliche und ergebnislose Hickhack zwischen Regierung und Parlament über das Budget, wie es uns verschiedene Schweizer Städte und einzelne Kantone in den letzten Jahren wiederholt vorexerziert haben. Hans Peter Schlumpf war und ist wohl nicht der Einzige in diesem Saal, der überzeugt ist, dass wir mit einer derart unergiebigen Auseinandersetzung dem Ruf der Verlässlichkeit und Kontinuität unseres Kantons einen veritablen Bärendienst erwiesen hätten, resp. erweisen würden. Er ist heute nicht ohne Zuversicht, das wir auch in dieser Hinsicht in Zug einen pragmatischen, im Endeffekt aber vorteilhafteren Weg des Konsenses finden, der die Voraussetzung dafür ist, dass wir auch die Zeit nach 2008 einigermassen akzeptabel bewältigen werden können.

Dass wir genau in dieser Zeit, wo es endlich zu gelingen scheint, vom kleinlichen, aber letztlich unergiebigen Erbsenzählen in der Staatsbuchhaltung wegzukommen und den Staatshaushalt primär über einige zentrale Eckwerte oder Kennzahlen zu führen, auch die ersten Pragma-Pilotprojekte, d.h. die Führung von vorerst einzelnen Bereichen der Staatsverwaltung mittels Leistungsauftrag und Globalbudget, in Angriff nehmen, mag ein zeitlicher Zufall sein, einen inneren Zusammenhang hat es aber sehr wohl. Die Lenkung des Staatshaushalts über einige Schlüssel-Kennzahlen ist denn auch bereits ein erster Schritt in Richtung einer Globalbudgetierung. Die Frage, ob denn die heutige Personalstellen-Plafonierung überhaupt noch angebracht und nötig sei, wenn gleichzeitig ein Plafond für den Kostenanstieg vorgegeben und eingehalten wird, ist nicht unberechtigt. Die Personalstellen-Plafonierung hat über die vergangenen Jahre, wie bereits dargelegt, zwar keine Wunder bezüglich des generellen Kostenanstiegs vollbracht, sie hat aber möglicherweise einen noch stärkeren und unkontrollierten Kostensteigerung verhindert. Es macht deshalb – wie es sogar die Regierung beantragt – Sinn, die bisherige Personalstellen-Plafonierung als zusätzliches Steuerungs- und Kontrollinstrument weiterzuführen. Wenn wir einmal Leistungsaufträge und Globalbudgets durchgehend eingeführt haben, mag es angebracht sein, die Debatte über die Personalstellen-Plafonierung erneut zu führen.

Zu den Personalstellen-Begehren. Es ist kein Geheimnis, dass es verschiedene Schlupflöcher gibt, um eine Stellenplafonierung mehr oder weniger elegant zu umgehen. Outsourcing, Aushilfen, befristete Pensen, von Dritten bezahlte Stellen etc. sind nur einige Stichworte dazu. Es ist über viele Jahre in verschiedenen Bereichen diesbezüglich recht kreativ gesündigt worden, was fairerweise nicht vollumfänglich der heutigen Regierung angelastet werden darf. Es ist ihr deshalb zuzugestehen, dass sie solche Altlasten bereinigen will. Bei allem Unmut über Unsauberkeiten der Vergangenheit sind wir deshalb der Meinung, dass der von der Regierung beantragten Flurbereinigung, wenn auch nicht gerade mit Euphorie, mit den Einschränkungen resp. Ergänzungen, wie sie die Stawiko beantragt, zuzustimmen ist, auch weil damit die Budgetvorgaben nicht verletzt werden. Mit den zusätzlichen Leitplanken soll aber sichergestellt werden, dass bei allen nicht-regulären Stellen künftig klare Regeln gelten und eingehalten werden. Kein Verständnis haben wir für die Meinung der Regierung, dass die 4,2 Stellen, die bei der Verlagerung der Stiftungsaufsicht in ein künftiges neues Zentralschweizer-Konkordat im Kanton frei werden, einfach in einer Art Reservepool bestehen bleiben sollen. Dies ist etwas zuviel der Schlaumeierei. Wir werden zwar mutmasslich mit der dannzumal in Luzern zentralisierten neuen Zentralschweizer Stiftungsaufsicht eine günstigere Lösung als heute haben; etwas kosten wird sie aber gleichwohl noch!

Zur Frage des Teuerungsausgleichs. Die Budgetdebatte 2004 führte zu einem letztlich ungeklärten Disput über die Kompetenz zur Ausrichtung des Teuerungsausgleichs an das Staatspersonal. Während die Regierung die Meinung vertrat, dies falle in ihre operative Verantwortung und Kompetenz, vertreten Stawiko und Parlament klar die Meinung, auch ein Teuerungsausgleich könne sich nicht ausserhalb des zu bewilligenden Budgetrahmens bewegen. Bei der Entlohnung von öffentlich Bediensteten hat sich bis heute die Fiktion gehalten, der Ausgleich der Teuerung habe nichts mit dem Lohn an sich zu tun, sondern sei ganz unabhängig davon geschuldet! In der Privatwirtschaft kennt man eine solche Trennung überhaupt nicht mehr. Je mehr das Lohnniveau in der Wirtschaft durch globale Einflussfaktoren bestimmt wird, umso weniger lässt sich eine solche fiktive Trennung von Lohn und Teuerungsausgleich aufrechterhalten. Dies wird auch der Staat zunehmend erkennen müssen, der sein Lohnniveau nicht losgekoppelt von der Privatwirtschaft entwickeln kann. Die erweiterte Stawiko beabsichtigt, an ihrer nächsten Sitzung eine Motion bezüglich Teuerungsausgleich zu verabschieden, welche die Gewährung des Teuerungsausgleichs nur unter Vorbehalt der Budgetgenehmigung durch den Kantonsrat erlaubt. Dies ist richtig so und schafft klare Kompetenzverhältnisse. Sie werden im Frühjahr Gelegenheit haben, diesen Antrag zu unterstützen.

Zu den Zusatzanträgen der Regierung betreffend Beiträge an die Jugendförderung, Amtliche Vermessung und Denkmalpflege. Wer beide Augen zudrückt und in buchhalterischen Belangen nicht allzu pingelig ist, kann die Begründung der Regierung nachvollziehen. Sauber ist sie natürlich nicht ganz: Echten Mehrauslagen auf der einen Seite stehen auf der anderen Seite einfach reduzierte Budgetpositionen gegenüber, welche man ohnehin nicht ausgeschöpft hätte! Dies zeigt immerhin, dass es noch Zitronen gibt, welche noch nicht so ausgequetscht sind, wie es gerne dargestellt wird. Im Falle der Beiträge an die gemeindlichen Jugendzentren ist der Widerstand der Gemeinden gegen die Kürzungen nachvollziehbar, weil es kaum haltbar ist, in einer Phase, wo die gemeindlichen Budgets bereits gemacht und verabschiedet sind, noch Kürzungen von kantonalen Beiträgen anzukündigen. Auch hier sind noch Altlasten aus der Vergangenheit abzutragen, in den säuerlichen Apfel muss deshalb wohl gebissen werden. Die Erwartung ist aber selbstredend, dass die Beitragskürzungen den Gemeinden gegenüber nun korrekt angekündigt und künftig

auch umgesetzt werden! Ein weiterer Nebenaspekt ist der Beitrag an das Lassalle-Haus im Konto «Beiträge an Erwachsenenbildung». Weil darüber bereits wieder eine laute öffentliche Polemik geführt wird, kommt der Votant nicht umhin, sich kurz dazu zu äussern, obwohl, und das muss mit aller Deutlichkeit wiederholt werden, der Kantonsrat gar nicht die Kompetenz hat, über einen einzelnen Beitrag wie diesen zu befinden. Das Parlament entscheidet über die Budgetposition als Gesamtes; die einzelnen Beitragsvergabungen liegen in der Kompetenz der Regierung. Materiell würde die FDP-Fraktion einen erneuten Kürzungsantrag dieser Position grösstmehrheitlich nicht unterstützen. Vor einem Jahr wurde mit der Kürzung des Beitrags eine Strafaktion gegen den Leiter dieser Institution wegen seines persönlichen Verhaltens lanciert. Die Gründe dafür sind nicht mehr aktuell. Es ist nicht zu vergessen, das bezüglich der Sprechung von Beiträgen an Institutionen der Erwachsenenbildung klare Richtlinien über deren Zweckbindung bestehen. Das Lassallehaus erfüllt diese Anforderungen und geniesst weit über die Grenzen des Kantons hinaus einen guten Ruf als Bildungsinstitution. Hans Peter Schlumpf bittet den Rat schon, sich nun nicht zu einer erneuten Provinzposse hinreissen zu lassen und die Verhältnismassigkeit zu wahren!

Zu den Pragma-Leistungsaufträgen. Zum ersten Male überhaupt haben wir ein Budget vor uns, worin einzelne Verwaltungsbereiche, (aktuell sind es fünf aus vier verschiedenen Direktionen) über Leistungsaufträge und Globalbudgets geführt werden. Dass wir mit unserem Zuger Projekt «Pragma» nun an diesem wichtigen Punkt stehen, erfüllt den Votanten natürlich mit grosser Genugtuung. Wir sind damit auf dem Wege dazu, zu beweisen, dass man ein ambitiöses, aber unbedingt nötiges Projekt der Verwaltungsreform auf pragmatische und effiziente Weise konzipieren und

umsetzen kann, ohne Millionen an Beraterhonoraren zu verpuffen. Wenn er vor den jetzigen und künftigen Herausforderungen bezüglich der Führung unseres Staates und seines Haushaltes steht, dann ist er immer mehr überzeugt, dass wir mit dem Projekt «Pragma» einen Meilenstein bezüglich Verwaltungsführung und Lenkung des Staatshaushalts setzen. Die erstmalige Formulierung der Leistungsaufträge mag da und dort noch etwas an Präzision bezüglich Messbarkeit vermissen lassen; auch wäre wünschenswert, dass noch einige weitere Verwaltungsbereiche sich am Pilotprojekt beteiligen. Doch dies sind letztlich Nebenaspekte. Mit der Erfahrung aus der praktischen Umsetzung und mit einem klugen und seriösen Controlling wird die fünfjährige Pilotphase dazu dienen, die Lenkungsinstrumente «Leistungsauftrag» und «Globalbudget» weiter zu präzisieren. Max Uebelhart hat die Kosten-/Leistungsrechnung angesprochen. Selbstverständlich ist sie ein wichtiges Element, damit das Parlament trotzdem noch eine Kontrolle hat. Sie ist relativ anspruchsvoll, befindet sich aber in Vorbereitung. Vergessen Sie nicht: Die Pilotprojekte laufen erst im Jahr 2005 an. – Dank und Anerkennung an diejenigen, die sich mit grossem Engagement für die Umsetzung des Pilotprojekts «Pragma» einsetzen.

Zum Steuerfuss. Den Antrag auf Erhöhung des Steuerfusses der allgemeinen Kantonsssteuer um 2 % unterstützen wir nicht. Auf Grund des Staatsvoranschlags 2005 besteht keine Notwendigkeit, die Steuern zu erhöhen. Für die Zeit nach Einführung der NFA Steuern auf Vorrat zu erheben, ist nicht zulässig. Diese Mehrbelastung müssen wir mit grundsätzlichen strukturellen Reformen auffangen, wie sie sich gegenwärtig mit der ZFA und anderen Massnahmen in Vorbereitung befinden. Wenn all diese Massnahmen ausgearbeitet und genehmigt sind und als Konsequenz daraus eine Notwendigkeit zur Anpassung der Steuersätze resultiert, dann soll dies der letzte Schritt in der Kette sein. Vorbeugend schon mal die Steuern zu erhöhen, wäre nicht nur sachlich falsch, sondern würde auch ein falsches Signal an die Zuger

Steuerzahler und Steuerzahlerinnen senden. Der Votant kann in diesem Zusammenhang eine milde Rüge an die Initianten von Steuererhöhungsbegehren nicht unterdrücken: Steuererhöhungen sind leicht zu fordern, wenn man sie mit der Bedingung koppelt, dass davon nur die anderen, die so genannt Reichen betroffen sind. Vergessen Sie nicht, das sind auch diejenigen, die wirtschaftlich aktiv sind, Wertschöpfung und Arbeitsplätze und damit wieder Steuersubstrat generieren; wenigstens die meisten von ihnen!
Zum Schluss. Wenn man sieht, wie der Staatsvoranschlag 2005 ausgearbeitet worden ist und wie Kennzahlen als verbindliche Eckwerte gesetzt und auch eingehalten worden sind, dann erhält man zum ersten Mal seit vielen Jahren den Eindruck, das diesbezüglich echte Fortschritte gemacht worden sind und es gelungen ist, strategische Zielsetzungen auf die operative Ebene hinunter umzusetzen. Es braucht dazu von beiden Seiten, Regierung wie Parlament, ein Einsehen in die Notwendigkeit und den Sinn einer konstruktiven und nicht konfrontativen Zusammenarbeit. Es braucht aber auch explizit von Seiten des Parlaments die Bereitschaft, die Exekutive strategisch mittels wichtiger Kennzahlen mit Blick aufs Ganze zu führen und von unergiebiger Erbsenzählerei und Detailklauberei abzusehen. Dies wird nicht allen immer leicht fallen. – Die Regierung und die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung, aber auch die Stawiko und ihr Präsident als Vertretung des Parlaments verdienen Anerkennung für die gute Arbeit, aus der man den Willen spürt, zusammen zielorientiert, aber wenn nötig auch kompromissbereit, den Kanton Zug effizient und im Interesse seiner Bewohner zu führen und zu lenken. Dies ist, was auch die Bürger und Bürgerinnen von uns allen erwarten!
Namens der FDP-Fraktion beantragt Hans Peter Schlumpf, vom Finanzplan 2005-2008 Kenntnis zu nehmen, auf den Staatsvoranschlag 2005 mit den Ergänzungsanträgen der Regierung einzutreten und ihm in der Fassung der Regierung zuzustimmen. Den Kürzungsantrag einer Stawiko-Mehrheit im Bereich Erwachsenenbildung – der übrigens bei leicht gelichteten Reihen zustande gekommen ist – unterstützen wir nicht! Wir beantragen, das Budget der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen, den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2005 unverändert auf 82 % der Einheitssätze zu belassen und dem KRB betreffend Bewilligung von Personalstellen in der Fassung der Stawiko zuzustimmen.

Silvia **Künzli** hält fest, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist. – Dieser Tage ist das Budget 2005 des Kantons in der Obhut der Parlamentarier, worüber wir nun befinden dürfen, allerdings nur beschränkt, und deshalb ist es ein Muss, dass § 33 Abs. 4 des Finanzhaushaltgesetzes in absehbarer Zeit einer Revision unterzogen wird. Rufen wir uns vorerst die Ausgangslage in Erinnerung. Der Finanzvorschlag sieht bei Einnahmen von 990,9 Mio. und Ausgaben von 993,7 Mio. ein Defizit von 2,8 Mio. vor. Obwohl immer noch ein Loch in der Kasse klafft, konnte das Defizit gegenüber dem Budget 2004 infolge eines ansehnlichen Ertragsüberschusses enorm geschmälert werden. Von einem ausgeglichenen Budget ist man zwar immer noch entfernt, doch wird vermehrter auf der Aufwandseite die Bremse angezogen. Um ein ausgeglichenes Budget erreichen zu können, müssen weiterhin einschneidende Massnahmen ergriffen werden, einerseits gezielte Eingriffe bei laufenden Ausgaben (wie z.B. dem Gespenst «Haus der Kantone» in Bern), anderseits das Begrenzen von Investitionen. Wir müssen die Ausgaben stabilisieren und hin und wieder daran erinnert werden, besonders im Hinblick auf die NFA. Unsere Zahlen zeigen, dass die finanziellen Mittel nicht fehlen. Was fehlt, ist der Wille, den liebgewordenen Standard zu reduzieren.

Im Grunde genommen sind sich alle einig, dass es so nicht weitergehen kann, nur scheint niemand konkrete Massnahmen treffen zu wollen.
Die Behauptung, dass weitere Sparmassnahmen nicht möglich seien und jede Steuersenkung verheerende Folgen für den Kanton haben werde, ist ein Ammenmärchen. Vielmehr trifft das Gegenteil zu: Steuersenkungen wirken sich nicht nur positiv auf die Wirtschaft aus, sondern verpassen auch der Politik einen wohltuenden Weckruf. Der Finanzdirektor hat erkannt, dass die Ausgaben genau unter die Lupe genommen werden müssen. Für diese Anstrengung gehört ihm ein Lob, wobei gleichzeitig betont werden muss, dass dies nur der erste Tropfen auf den heissen Stein ist und weitere Schritte zur dauerhaften Verbesserung der Situation folgen müssen. Die nimmermüden Sparappelle zeigen eine erste Wirkung. Allerdings soll der Druck nicht bloss gegenüber der Regierung aufrechterhalten werden, die ihre Verantwortung zum Teil wahrzunehmen scheint, sondern vor allem auch gegenüber dem Parlament. Es wird weh tun, lieb gewordene Traditionen zu schmälern und unser Anspruchsverhalten zu reduzieren. Die Korrektur muss jedoch gleichwohl erfolgen. Je länger man damit zuwartet, desto einschneidender wird sie ausfallen. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang an einen Ausspruch von Dante Alighieri: «Der eine wartet, bis die Zeit sich wendet – der andere packt sie kräftig an und handelt». Im Sinne der viel zitierten Nachhaltigkeit, auf die sich gewisse Kreise bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit berufen, soll in erster Linie an künftige Generationen gedacht werden. Eine Mitgift in Form eines finanziellen Schlamassels dürfte äusserst bitter schmecken. – Im Namen der SVP-Fraktion dankt die Votantin allen Beteiligten der Regierung sowie der Verwaltung für die geleistete Arbeit und für das grosse Engagement.

Martin B. **Lehmann**: Trotz grossem Druck aus den Reihen dieses Hauses hat die Regierung mit dem vorliegenden Staatsvoranschlag den Weg von Stabilität und Weitsicht gewählt und sich nicht der Effekthascherei hingegeben. So ist der Voranschlag zwar einerseits von – zum Teil schmerzhaft – hohem Kostenbewusstsein geprägt, die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Bildung aber auch Sozialwerke geniessen aber nach wie vor einen angemessenen Stellenwert. Auf der Einnahmenseite basieren die Steuererträge auf einer realistischen Einschätzung des Zuger BIP-Wachstums. Um ein weiteres Auseinanderdriften von Ausgaben und Einnahmen zu verhindern, aber natürlich vor allem im Hinblick auf die massiven zusätzlichen NFA-Belastungen, hat sich die Regierung mit den strategischen Vorgaben bei den drei grössten Positionen der Staatsrechnung, dem Personalaufwand, den Beiträgen mit Zweckbindung und den Steuererträgen ein durchaus ambitiöses Ziel gesetzt. Dass diese Ziele im Budget – auf den ersten Blick gesehen – verfehlt werden, ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass der Kantonsrat die ursprüngliche Ausgangsbasis in der letzten Budgetdebatte durch substanzielle Kürzungen verändert hat. Um diesen Faktor sowie eine ergebnisneutrale Umschichtung im Kantonalen Gymnasium Menzingen und einen vom Kantonsrat bewilligten Mehraufwand für die Stadtbahn bereinigt, konnten die Ziele tatsächlich eingehalten werden. Und dafür gebührt dem Finanzdirektor eine rote SP-Rose.
Naturgemäss stossen die Veränderungen bei den einzelnen Budget-Positionen auf einen unterschiedlich grossen Grad an Begeisterung in unserer Fraktion. So nehmen wir zwar mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Ausschöpfungsgrad bei der Krankenkassenprämienverbilligung auf 74,5 % erhöht werden soll, was hoffentlich auch ein wenig auf die Lancierung unserer beiden Initiativen zurückzuführen ist. Gleichzeitig hat die SP-Fraktion aber nur ein Kopfschütteln übrig für die von der Stawiko

erneut beantragte Abstrafung des Lassalle-Hauses und wird sich gegen weitere geplante Kürzungen einsetzen. Mitglieder unserer Fraktion werden sich im Rahmen der Detailberatung dazu äussern. Echte Freude über die von diesem Hause vor einem Jahr viel zu pessimistisch prognostizierten Steuererträge mag nicht richtig aufkommen angesichts der dreistelligen Millionen-Beträge, welche im Zuge der NFA ab 2008 auf uns zukommen. Während die einen jetzt schon auf Vorrat hin die Steuern erhöht haben möchten, sehen Repräsentanten unserer Law-and-order-Fakultät und Zugewandte das Heil gar in weiteren Steuersenkungen. Angesichts dieser Herausforderung muss wieder ein Konsens darüber entstehen, dass Anliegen, aus welchen politischen Ecken sie auch immer stammen mögen, nicht verabsolutiert und vor allem nicht ohne Rücksicht auf Gesamtzusammenhänge verteidigt resp. bekämpft werden. – Die SP-Fraktion beantragt einstimmig Eintreten auf das Budget und Kenntnisnahme des Finanzplans.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass 2008 das Eigenkapital aufgebraucht ist und ein Budgetdefizit von rund 77 Mio. in Aussicht steht. Das sagt uns der Finanzplan. Stawiko-Präsident Peter Dür hat Recht, wenn er angesichts dieser Zahlen sagt, es sei unbefriedigend. Leider ist eben der Finanzplan nur ein halber Plan. Denn zwar sind die Aufwendungen berücksichtigt, aber mögliche *Mehr*einnahmen auf der Steuerertragsseite nicht. Auch die Regierung weiss, dass es im Hinblick auf den NFA in irgendeiner Form Steuererhöhungen geben muss, stellt sie doch in ihrer Stellungnahme zum Gutachten Kirchgässner und Hauser richtigerweise fest, dass «der Kanton Zug ein schlanker Staat mit beschränktem Sparpotential ist». Spare in der Zeit, dann hast du in der Not, sagte vorher Max Uebelhart. Aber ein gesunder Haushalt braucht auch Einkünfte. Bei aller Komplexität der Materie ist darum die sture Haltung, bis 2008 keine Steuern zu erhöhen, ja bislang nicht mal ernsthaft zu diskutieren, *wer* denn die höheren Steuern bezahlen soll, unverständlich. In der aktualisierten Finanzstrategie spricht der Regierungsrat undifferenziert von einer Erhöhung der Steuererträge um 6 %. Der Votant fragt sich, ob die Steuerfrage nur ungern diskutiert wird, weil es ein Eingeständnis wäre, dass die Steuergesetz-Revision mit ihren masslosen Steuersenkungen falsch und somit die wirkliche Ursache für unsere NFA-Probleme war? Angesichts der baldigen NFA-Mehrbelastung sollte Zug eine weitsichtige Steuerpolitik betreiben. Wir müssten schon seit geraumer Zeit Geld zur Seite legen, damit wir 2008, wenn der NFA greift, nicht mit leeren Hosentaschen dastehen. Die Gemeinde Baar beispielsweise macht dies und erhöht schon jetzt moderat die Steuern. Und so werden wir erneut den Antrag stellen auf eine Steuerfusserhöhung um zwei Prozentpunkte von 82 auf 84 %.
Doch die NFA-Belastung ist nicht durch kantonale Steuerfusserhöhungen alleine zu bewältigen. In der letztjährigen Budget-Debatte forderte Gregor Kupper eine Steuerplanung, die auch die Gemeinden einbezieht. Genau das macht die Steuermotion der Alternativen, die aufzeigt, wie der NFA zu finanzieren ist. Die AF lädt die Regierung erneut ein, bei der künftigen Finanzplanung und -strategie auch auf unsere Motion abzustellen. Einer der obersten Staatszwecke ist ja der soziale Ausgleich. Und daher muss die Regierung durch eine intelligente Finanzplanung und -strategie dafür sorgen, dass nicht der Mittelstand und die Wenigverdienenden die NFA-Hauptlast tragen. Sie sollen nicht durch Leistungsabbau beim Service public und durch massive Steuererhöhungen doppelt bestraft werden. Ja sogar drei- und vierfach bestraft, denn die Zuger Tiefststeuerpolitik verteuert im Verhältnis zu dem, was sie dem Fiskus bringt, übermässig die Wohn- und Lebenskosten und erschwert der produzierenden Wirtschaft das Überleben. Dass tiefe Steuern kein Garant für Indus-

trie-Arbeitsplätze sind, zeigt die geplante Massenentlassung bei der Esec. Ein typisches Beispiel für die neoliberale Globalisierung – Steuern im steuergünstigen Zug, Produzieren im billigen Asien. Hans Peter Schlumpf, nicht nur die Reichen sind fleissig und produktiv. Die Basis der Wertschöpfung liegt vor allem bei den einfachen Arbeiterinnen und bei den Angestellten. Wenn man die zu stark belastet, gerät die Wirtschaft in Schwierigkeiten. Darum muss der NFA von jenen bezahlt werden, die es sich leisten können und gleichzeitig durch ihre blosse Anwesenheit das Ressourcenpotenzial und somit auch die NFA-Rechnung erhöhen.
Noch eine Anmerkung zum Teuerungsausgleich fürs Staatspersonal: Die AF begrüsst den regierungsrätlichen Entscheid, dem Staatspersonal immerhin einen Teuerungsausgleich von 1 % zu gewähren. Allerdings werden damit die Vorjahres-Teuerung – die ja von diesem Kantonsrat abgelehnt wurde – und die diesjährige Teuerung nicht vollständig ausgeglichen. Die AF ermuntert den Regierungsrat, die aufgelaufene Teuerung in nächster Zukunft auszugleichen. Nicht dass es mittel- bis langfristig zu Reallohnkürzungen kommt. Kein Verständnis hat die AF, dass die Stawiko nächstes Jahr eine Motion einreichen will, welche die Kompetenz für den Teuerungsausgleich wieder dem Parlament zurückgeben will. Aber immerhin beweist dies, dass wir heute nicht über die Streichung des Teuerungsausgleichs diskutieren müssen, weil wir dazu keine rechtliche Grundlage haben.
Zum Schluss noch Folgendes: Die Regierung hielt mit dem Budget die vom Kantonsrat mitgetragenen strategischen Vorgaben ein. Sowohl beim Personalaufwand wie auch bei den Beiträgen für Zweckbindung. Die Regierung hat ihren Teil des Abkommens gehalten. Nun ist es am Kantonsrat dies anzuerkennen. Darum hätte die AF überhaupt kein Verständnis für Kürzungsanträge im Rahmen der Detailberatung. Zudem denken wir wirklich, dass die verschiedenen Direktionen jetzt an die Grenzen der sozial-, umwelt- und wirtschaftsverträglichen Sparmassnahmen gegangen sind. Erfreut nimmt Stefan Gisler zur Kenntnis, dass nicht nur AF und SP sich gegen eine allfällige Verlängerung der Strafaktion gegen das Lassalle-Haus wehren. – Die AF stimmt der Vorlage betreffend Neubudgetierung von Beiträgen zur Jugendförderung zu. Im selben Konto ist auch der Beitrag für das Zuger Jugendparlament – die AF wird einen Antrag stellen, dass das JumP weiterhin finanziell unterstützt wird. Sie nimmt den Finanzplan zur Kenntnis und plädiert für Eintreten auf das Budget.

Alois **Gössi** möchte als erstes Stefan Gisler korrigieren. In Baar haben wir nicht den Steuerfuss erhöht, sondern er bleibt das nächste Jahr gleich. Wir haben einen SVP-Antrag auf Steuerfuss-Senkung abgelehnt. Der Votant möchte sodann seine Interessenbindung bekannt geben: Er ist Präsident der Angestelltenvereinigung des Kantons Zug, dem unter anderem Verbände angehören, deren Mitglieder Arbeitnehmer beim Kanton sind. Er hat zwei Hauptanliegen: Teuerungsausgleich und Beförderungsquote.
Zum Teuerungsausgleich. Der Regierungsrat gewährt dem Personal für das nächste Jahr einen Teuerungsausgleich von 1 %. Seit der zuletzt gewährten Teuerung 2002 wird die Teuerung von 2003 sowie 1/3 der diesjährigen Teuerung nicht ausgeglichen. Und der Regierungsrat schreibt da noch von einem verdankenswerten Beitrag der Angestellten zu einem gesunden Staatshaushalt. Ein gewisser Zynismus kann hier dem Regierungsrat nicht abgesprochen werden. Wegen den ständigen Kostensteigerungen im Bereich der Krankenkassen, aber auch im Mietwohnungsbereich etc. kann klar von einer Kaufkraftverschlechterung gesprochen werden. Motivationsfördernd ist dies für das Personal sicher nicht. Aber wahrscheinlich fährt das Personal immer noch besser, als wenn der Kantonsrat über den Teuerungsausgleich beschliessen

könnte. Das letzte Jahr haben wir uns ja diese Kompetenzanmassung herausgenommen und – gegen die Stimmen aus der linken Seite – den Teuerungsausgleich ganz gestrichen. Und hier ist auch mit der angekündigten Motion der Stawiko nichts Gutes zu erwarten, wenn die Kompetenz zum Beschliessen des Teuerungsausgleichs auf den Kantonrat übertragen werden sollte. Das Personal käme so wohl vom Regen in die Traufe.
Zur Beförderungsquote. Der Regierungsrat hat die zur Verfügung stehende Summe gegenüber 2004 halbiert; es stehen noch eine Million Franken zur Verfügung. Auch hier ist Alois Gössi mit dem Regierungsrat gar nicht zufrieden, für ihn ist die Finanzstrategie eine heilige Kuh, dem er alles unterordnet. Wir im Kantonsrat verlangten schon mehrfach eine leistungsabhängige Entlohnung. Aber ist diese zu haben, wenn die Leistung finanziell nur in einem beschränkten Masse honoriert wird? Mit den Beförderungen hat der Regierungsrat ein Mittel zur Verfügung, Leistungen zu honorieren. Aus diesem Grunde wird der Votant in der Detailberatung den Antrag stellen, die zur Verfügung stehende Summe für die Beförderungen für das nächste Jahr auf 2 Mio. zu verdoppeln. – Alles in allem: Mit den zwei Negativpunkten beim Teuerungsausgleich und bei der Beförderungssumme ist es auch für Alois Gössi ein akzeptables Budget.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte zuerst herzlich danken für das viele Lob und die Rosen. Er nimmt sie natürlich nicht nur für sich, denn die Regierung hat massgeblich mitgetragen bei der Erarbeitung des Budgets. Die anderen Direktionen haben geholfen, die strategischen Wachstumsvorgaben einzuhalten. Auch das Personal muss das mittragen und bei den zweckgebundenen Beiträgen spüren das nun gewisse Empfänger. In diesem Sinn wird hier nicht nur gesprochen, wir haben auch gehandelt und Massnahmen ergriffen. Diese haben bereits Wirkungen gezeigt. Und heute werden wohl auf Grund dieser Kürzungen bei verschiedenen Punkten Anträge gestellt. Der Votant möchte nicht alles Gesagte wiederholen, sondern nur auf einige Punkte hinweisen.
Zum Finanzplan. Es wurde richtig gesagt, dass wir ihn angereichert haben (bessere Tabellen, besseren Text, inhaltlich mehr gewertet). Sie sehen, dass wir bis ins Jahr 2007 ziemlich ausgeglichene Rechnungsabschlüsse haben. Und der Finanzdirektor geht auch schon davon aus, dass dieses Jahr ein guter Abschluss sein wird. Wir haben aktuell mehr Steuererträge, als wir im Budget geschätzt haben. Das heisst, dass die Basis besser wird. Man weiss ja vom NFA, dass er frühestens im Jahr 2008 in Kraft tritt und dann der Kanton Zug 121 Millionen zu bezahlen hätte. Es könnte aber auch ein wenig später sein. Und der Betrag ist geschätzt, basiert auf Annahmen, Tabellen und Berechnungen, die noch nicht ganz erhärtet sind. Es sind auch hier für uns noch gewisse Verbesserungen zu erwarten. Peter Hegglin wird alles daran setzen, hier noch etwas erreichen zu können. Von daher wäre es wirklich falsch, wenn wir heute schon über Steuererhöhungen sprechen würden. Mit dieser Diskussion würden wir Unsicherheit schaffen im Kanton Zug bei Arbeitgebern und potenziellen Steuerzahlern. Und wenn man jetzt sagt, es sei so einfach, bei Firmen oder bei besser gestellten Personen die Steuern zu erhöhen, dann ist das eben nicht so einfach, wie es tönt. Im Steuerwettbewerb ist es sehr eng und viele Kantone machen Unternehmenssteuerreformen. Wir haben bereits mehrere Kantone, die schon tiefer sind als wir. Und sie beabsichtigen, noch tiefer zu gehen. Und das sind die offiziellen Tarife. Was den Finanzdirektor besonders stört ist, dass wir Firmen haben, die ordentlich Steuern zahlen, und wenn sie in einen anderen Kanton gehen – einen Nehmerkanton – erhalten sie dort über den Bonny-Beschluss Steuerbefrei-

ung, nicht nur bei der Kantonssteuer, sondern auch bei der direkten Bundessteuer. Deshalb auch die grosse Zurückhaltung, heute schon über Steuererhöhungen im Bereich der Unternehmen zu diskutieren. Das Gleiche auch bei besser verdienenden Personen. Wir sind sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, die pauschale Berechnung anzuwenden. Und wenn Personen bei uns abgelehnt werden und wir dann später feststellen müssen, dass in Nehmerkantonen solche Abkommen gemacht werden, ist das schon ärgerlich. Von daher plant der Finanzdirektor heute noch keine Steuererhöhungen. Das soll dann zu einem späteren Zeitpunkt geschehen. Die definitiven Zahlen des NFA erwartet man im Jahr 2006. Peter Hegglin wird sicher auf diesen Zeitpunkt hin mit konkreteren Zahlen und Überlegungen an den Rat treten. Das heisst nicht, dass wir solche Modelle nicht intern schon durchrechnen.
Zum Gutachten Kiener. Sie haben es gelesen. Die Regierung hält an der Kompetenz zur Teuerung fest. Wir haben sie beschlossen. Wir könnten ja auch bei der Beförderung an unserer Kompetenz festhalten. Wir haben aber gesagt, dass wir das nicht machen, weil ja das Parlament abschliessend über die Gesamtsumme bei den Personalkosten beschliesst. Und wenn wir dort die Kompetenz ohne Budgetvorbehalt ausgeübt hätten, würden wir unseren Handlungsspielraum einschränken. Und wir wollten ja mit diesem Budgetvorbehalt bei der Beförderungssumme unseren Handlungsspielraum offen halten, dass wir entweder mehr befördern können oder wenn es die Summe nicht zulassen würde bei zusätzlichem Personal, dass wir da eine Balance hätten. Peter Hegglin wird sich natürlich dagegen wehren, wenn die Stawiko ihre Motion einreicht und die Kompetenz zu Handen des Kantonsrats verschieben will. Denn gerade in Anbetracht von Pragma und von Wirkungsorientierung sollte diese Kompetenz in der Hand der Regierung sein.
Zur Teuerung. Wenn jetzt auch nur ein Prozent ausgerichtet wird aus der Vorjahresteuerung, so schreiben wir ja trotzdem den Index fort. Dieser basiert auf dem Jahr 1995. Wenn jetzt nur ein Prozent und nicht die ganze Teuerung ausgeglichen wird, dann zeigt uns der Index, wie viel jetzt nicht ausgeglichen wurde. Das sind aktuell 1,12 %. Bei den nächsten Teuerungsberatungen werden wir dieses Manko wieder feststellen und dann neu beurteilen, ob wir diese Summe ausschütten oder nicht.
Zu den Pragma-Ämtern. Wenn man heute sagt, dort habe man nur zwei Zahlen und man könne überhaupt nicht kontrollieren, so stimmt das auch nicht ganz, weil man bei den Pragma-Ämtern die Leistungsaufträge definiert hat. Man hat dort zuerst einmal gesagt, was sie zu tun haben. Das war auch intern ein guter Prozess. Man hat die gesetzliche Grundlage erhoben. Wenn die Stawiko-Delegationen die Direktionen besuchen, haben sie ja die Möglichkeit, auch in diesen Ämtern fundierte Auskunft zu verlangen und in alles Einsicht zu nehmen. Auch dort ist die Übersicht gewährt. Was fehlt – und da sind wir daran – ist der Aufbau einer Kosten/Leistungsrechnung und eines Kontolinks, aber auch hier möchten wir pragmatisch vorgehen und nur so weit gehen, wie es Sinn macht, und nicht einen Riesenapparat aufbauen, der Zahlen und Seiten produziert, aber am Schluss nichts Führungsrelevantes aussagt.
Zum Schluss möchte der Finanzdirektor dem Rat empfehlen, dass er uns im Bereich der Umbuchungen dem nachgelieferten Antrag folgt und die Veränderungen vornimmt. Sie haben ja gesehen, dass wir die Korrektur versucht haben intern aufzufangen. Das ist uns gelungen und mit dieser Umbuchung wird das Wachstumsziel von drei Prozent bei den zweckgebundenen Beiträgen eingehalten. Peter Hegglin empfiehlt dem Rat, allen Anträgen der Regierung zuzustimmen, inklusive dem Lassalle-Haus, denn er würde es absolut nicht verstehen, wenn man hier die Strafaktion kleinkrämerisch fortsetzen wollte.

EINTRETEN ist unbestritten.

A. FINANZPLAN 2005-2008

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat nimmt Kenntnis vom Finanzplan

B. BUDGET 2005 SOWIE BUDGET 2005 DER INTERKANTONALEN STRAFANSTALT BOSTADEL

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** verweist ergänzend auf den Antrag Nr. 1279.2 – 11619, den der Rat per Mail erhalten hat. Wir werden diesen Änderungsantrag des Regierungsrats bei Konto Nr. 1550.36501 der Direktion des Innern behandeln (unter Beiträge für Jugendförderung). Der Antrag wird von der Vertretung des Regierungsrats dann nochmals mündlich gestellt, jedoch nicht mit der ganzen Begründung verlesen. Die Änderungen der anderen Konti werden wegen des inneren Zusammenhangs gleichzeitig behandelt.
Die Obergerichtspräsidentin steht auf Abruf bereit, falls sich bei der Justiz noch ergänzende Fragen stellen sollten. Peter Rust macht bei dieser Gelegenheit noch aufmerksam auf den Antrag des Obergerichts vom 7. September 2004 – im Zusammenhang mit der Wahl von zwei ausserordentlichen Ersatzmitgliedern beim Obergericht (Vorlage Nr. 1262.1 – 11556) – wonach das Konto Nr. 6111.30105 beim Obergericht um 199'200 Franken zu erhöhen ist. Wir werden diesen Antrag beim entsprechenden Konto der richterlichen Behörden behandeln.

Direktion des Innern

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte den Antrag aus der Vorlage Nr. 1279.2 – 11619 vorbringen. Wir beantragen:
«die Änderung des Budgets 2005 in den Konten "Beiträge für Jugendförderung" (Konto 1550.36501), "Vermessungssubventionen an Private" (Konto 1520.36626) sowie "Denkmalpflege, Beiträge mit Zweckbindung an Gemeinden (Konto 1580.36200), an private Institutionen (Konto 1580.36500) sowie an private Haushalte (Konto 1580.36600)" zu genehmigen.»
Damit ergeben sich die Verschiebungen, wie sie in der Tabelle auf S. 5 der Vorlage aufgelistet sind.

Peter **Dür** erinnert daran, dass anlässlich der Budgetdebatte vom 22. November die erweiterte Stawiko dahingehend informiert wurde, dass die Gemeinden kurzfristig mit Schreiben vom 2. November 2004 über eine Kürzung der Betriebsbeiträge für die gemeindliche Jugendarbeit informiert worden sind. Zum Zeitpunkt der Stawiko-Debatte zeichnete sich bereits ein massiver Widerstand der Gemeinden ab. Aus unserer Sicht zu Recht. Es ist uns unerklärlich, weshalb die Direktion des Innern

mehrere Monate gebraucht hat, um dieses Problem anzugehen und anschliessend viel zu spät den Gemeinden zu kommunizieren. Eine Erklärung wird deshalb heute gewünscht. Der – bedingt durch diese monatelange Verzögerung – ebenfalls kurzfristig vorliegende Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 7. Dezember 2004 konnte in der erweiterten Stawiko nicht diskutiert, sondern nur noch per e-mail vernehmlasst werden. Auf den ersten Blick präsentiert der Antrag eine erfreuliche Lösung, indem die Zuger Gemeinden 2005 nochmals mit dem vollen Betrag für die gemeindliche Jugendarbeit rechnen können. Der Betrag von 270'000 Franken kann innerhalb des Budgets der Direktion des Innern kompensiert werden. Erfreulich ist auch, dass trotz dieser Korrektur noch alle Zielwerte für das Budget 2005 eingehalten werden können.
Aber nun kommt die Kehrseite der Medaille. Bei der Ausgabe von 270'000 Franken handelt es sich um eine echte, liquiditätswirksame Ausgabe, während die Einsparungen primär nicht liquiditätswirksam und damit nur auf dem Papier erfolgen. Es mutet seltsam an, wenn die Regierung einerseits regelmässig kommentiert, dass die Zitrone ausgepresst und keine Luft mehr im Budget sei, anderseits relativ locker eine Viertelmillion Franken umverteilt werden kann. Die Stawiko-Zweierdelegationen analysieren bekanntlich die Budgets der verschiedenen Direktionen im Detail. Ihnen ist aufgefallen, dass in den meisten Direktionen grosse Anstrengungen gemacht wurden, die Kostensteigerung in den Griff zu bekommen, bzw. die Kosten gegenüber dem Vorjahr zu reduzieren. Wir müssen heute aber definitiv in Frage stellen, ob diese Aussage auch für die Direktion des Innern gemacht werden kann. Mit Budgetwahrheit hat eine solche Kompensationsaktion wenig zu tun. – Wie die Regierung schreibt, werden die diskutierten Kantonsbeiträge bei Verabschiedung des ersten ZFA-Pakets ab dem 1. Januar 2006 entfallen. Neben diesen Beiträgen erwarten wir eine zweite Einsparung. Die heute als Kompensationsgeschäft auf S. 5 der Vorlage präsentierten Einsparungen in den Bereichen Vermessung und Denkmalpflege dürfen nicht mehr ins Budget 2006 aufgenommen werden. Für die Vermessungssubvention sollte dies klar sein, für die Beiträge der Denkmalpflege möchten wir dies definitiv klarstellen.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag der Regierung einverstanden.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, möchte die Frage des Stawiko-Präsidenten beantworten, weshalb die Kürzung der Beiträge an Jugendzentren so spät kommuniziert wurde. Diese Kommunikation erfolgte auf Grund einer Anfrage aus dem Kreis der Jugendzentren. Die Votantin übernimmt für diese zu späte Information die Verantwortung. Die Direktion des Innern suchte daraufhin nach Kürzungsmöglichkeiten, und zwar im Bereich zweckgebundene Beiträge. Wir hatten das Bestreben, unsere eigene Finanzstrategie einzuhalten und wirklich nur dort Verlagerungen vorzunehmen, damit wir diese 3 % bei den zweckgebundenen Beiträgen einhalten konnten. Wir wollten auf der anderen Seite dem Unmut der Gemeinden und Jugendzentren Rechnung tragen und diese Kürzungen vornehmen, um so mehr, als mit dem ZFA diese Kürzungen zum letzten Mal vorgenommen werden. Ab Beginn ZFA werden die Betriebsbeiträge für Jugendzentren voll von den Gemeinden getragen werden müssen.
Zu den Verlagerungen. EG ZGB – Sie haben die Vorlage heute verabschiedet. Das neue Gesetz sollte ab 1. März 2005 in Kraft treten und es besteht wirklich gute Gewähr, dass das auch möglich ist, indem die Genehmigung durch den Bund zu die-

sem Zeitpunkt mit allergrösster Wahrscheinlichkeit hier sein wird, so denn überhaupt eine solche Genehmigung notwendig ist. Wir haben uns beim Bund darum bemüht, diese Zusage zu erhalten und er hat sie uns gegeben. – Zu den Verlagerungen bei den Konti der Denkmalpflege. Diese Konti wurden ja errechnet. Es sind nicht die effektiven Budgetzahlen, sondern es sind errechnete Zahlen auf Grund eines Durchschnitts. Hätten wir ins Budget den Zehnjahresdurchschnitt genommen, dann wären bei diesen drei Konti 350'000 Franken kontiert gewesen. Im Gespräch mit der Finanzdirektion wurde festgestellt, dass dann der Sprung zu einzelnen bisherigen Beträgen in diesen Konti sehr gross gewesen wäre, und wir haben den Betrag reduziert auf 263'000 Franken in diesen drei Konti. Bereits diese 263'000 Franken sind errechnete und nicht die effektiven Beiträge. Brigitte Profos kann dem Rat gerne erklären, wie das mit diesen Beiträgen in der Denkmalpflege bisher gemacht worden ist. Es ist schwierig, sie zu budgetieren, weil man nicht weiss, welche Renovationsvorhaben anstehen und wie viele Kosten sie auslösen. Zudem wird im Moment, da ein Renovationsvorhaben ansteht, dieses im nächstmöglichen Budget budgetiert. Die Kosten werden aber dann ausgelöst, wenn die Schlussabrechnung da ist. Dieser Unschönheit haben wir mit diesem errechneten Beitrag entgegenwirken wollen. – Wir haben mit dieser Verlagerung der Kosten eine sachgerechte Lösung gefunden. Wir können den Gemeinden diese Betriebsbeiträge weiterhin und zum letzten Mal leisten. Und wir haben die Möglichkeit, in unserer Finanzstrategie bei den zweckgebundenen Beiträgen in diesem Rahmen zu bleiben. Die Direktorin des Innern bittet den Rat, diesen Antrag gutzuheissen.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** stellt im Namen von SP und AF einen Antrag zum Betriebsbeitrag Jugendförderung auf S. 67, Kto. 1550.36501. – Immer wieder hört sie Klagen, die Jungen interessierten sich für nichts und schon gar nicht für Politik. Das stimmt nicht – und schon gar nicht für die Mitglieder des kantonalen Jugendparlaments. Sie sind äusserst aktiv, und nicht wie im Stawiko-Bericht kolportiert «nicht besonders aktiv». JumP organisiert Podien und politische Informationsanlässe für alle Zuger Jugendlichen. Gäste waren schon Toni Bortoluzzi, Ueli Maurer, Christine Egerszegi und so weiter. JumP organisiert den Austausch unter politisch interessierten Jugendlichen aus der ganzen Schweiz und beteiligt sich aktiv an der nationalen Jugendsession. Gerade wir Parlamentarier und Parlamentarierinnen sollten politisches Engagement und Mitwirkungswille von Jugendlichen stützen. Das JumP ist eine wichtige Brücke zwischen uns mehr oder weniger etablierten Politikerinnen und der politisch interessierten Jugend. Das JumP interessiert sich explizit auch für die offizielle Politik, für das Parlament und für Abstimmungen und Wahlen. Wir kantonalen Politikerinnen müssen ein Interesse daran haben, mit Jugendlichen in Kontakt zu bleiben. Die Kürzung wurde zudem den Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren erst Ende Oktober mitgeteilt. Mit einer vollen Kürzung des jährlichen Beitrages von 30'000 Franken stände das JumP vor dem Aus und könnte seine Türen schliessen. Die Stawiko argumentiert, bei der politischen Arbeit gehe es um ideelle Werte, der Kanton solle nicht bezahlen. Auch wir Kantonsrätinnen und -räte sind aus ideellen Gründen hier, und trotzdem erhalten wir durch den Kanton kleine Entschädigungen in Form von Sitzungsgeldern. Auch die Jungen brauchen wie wir ein wenig kantonale Unterstützung. Die Alternativen stellen den Antrag, dem Regierungsrat in diesem Budgetbereich die Handlungsfreiheit zu geben, um künftig auch das JumP zu unterstützen. Unser Antrag lautet:
Das Gesamtkonto 1550.36501, Betriebsbeitrag an Jugendförderung, sei um 15'000 Franken aufzustocken.

Wieso nur 15'000 Franken? Dieser Vorschlag kommt von den Jugendlichen selber. Sie beharren nicht stur auf den 30'000 Franken, sondern kommen dem Kantonsrat einen grossen Schritt entgegen. In Zeiten des Sparens ist es ihnen bewusst, dass wo möglich gespart werden soll. Die Jugendlichen brauchen diese 15'000 Franken vor allem für die nötigsten Infrastrukturen. Die weiteren 15'000 Franken für die verschiedenen Anlässe würden die Jugendlichen künftig in Eigeninitiative selber zu organisieren suchen. Die Jugendlichen sind dem Sparwillen des Kantons mit ihrer Eigenverantwortung einen Riesenschritt entgegen gekommen. Belohnen wir dies und machen wir heute im Rat den anderen Schritt.

Vreni **Wicky** unterstützt diesen Antrag von ganzem Herzen. Die Arbeit des Jugendparlaments ist nämlich sehr wichtig, da sie die einzige Möglichkeit bietet, erste politische Schritte zu machen. JumP bietet allen interessierten Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren eine Plattform, die Politik besser kennen zu lernen und Freude an der politischen Arbeit zu wecken. Die Jugendlichen sind viel zu spät orientiert worden. Übrigens zur gleichen Zeit wie die Gemeinden. Und sie können nicht die Gemeinden anders behandeln als dieses Jugendparlament. Mit der Streichung des kantonalen Beitrags ist die Weiterführung des Parlaments bedroht. Die Votantin bittet den Rat, das Jugendparlament weiterhin zu unterstützten; letztlich profitieren alle Parteien davon.

Manuel **Aeschbacher** weist darauf hin, dass der Verein Jugendparlament letztlich ein sehr sinnvolles Ziel verfolgt. Er fördert das Interesse der Jugendlichen an der Politik, und davon können wir alle profitieren. Wir können unseren Nachwuchs nachziehen. Der Votant steht für diesen Beitrag an das Jugendparlament ein, hat allerdings eine Anregung an die Verantwortlichen. Der Vorstand soll vielleicht etwas weniger linkslastig zusammengesetzt werden. So wird es möglich, dass alle Jugendlichen vom Jugendparlament profitieren können und keine Berührungsängste bestehen bleiben.

Malaika **Hug** versteht nicht, dass wir vom Kanton das Interesse von politisch engagierten Jugendlichen nicht unterstützen möchten. Der Kantonsrat sollte doch zeigen, dass er dieses jugendliche Engagement in der Politik schätzt. Dass Jugendliche vermehrt ihre Chance packen, um einen Einblick in die Politik zu erhalten. Wir bewilligen Budgetbeiträge in Millionenhöhe, ohne mit der Wimper zu zucken. Aber wir bringen es fertig, uns um 15'000 Franken zu streiten. Diese wären doch ein gut investierter Beitrag an die Jugendförderung. SP und AF bitten den Rat daher, hier einen Beitrag von 15'000 Franken zu Gunsten des Jugendparlaments JumP aufzunehmen. Herzlichen Dank auch im Namen von politisch interessierten Jugendlichen.

Felix **Häcki** ist etwas überrascht. Beim Lassalle-Haus sollen 75'000 Franken gesprochen werden – die vertreten auch ideelle Werte. Beim Jugendparlament soll das Geld gestrichen werden, weil sie ideelle Werte vertreten. Der Votant ist der Meinung, das Jugendparlament mache viel mehr und es wäre Erbsenzählerei, wenn man hier streichen würde. Er ist dafür, dass wir die 15'000 sprechen, aber man soll die 75'000 bei der Erwachsenenbildung herausnehmen.

Peter **Dür** hält fest, dass diese Frage auch kurz in der erweiterten Stawiko diskutiert wurde. Sie wissen, dass wir den Antrag abgelehnt haben. Warum? Die Tätigkeit des JumP ist sicher anerkennenswert. Es ist richtig, dass sich auch junge Leute schon früh mit der Politik auseinandersetzen sollten. Es sind in der Tat Leute, die möglicherweise einmal in diesem Rat sitzen werden. Das sind alles gute Gründe. Man kann auch sagen: Sie wurden zu spät informiert, wie die Gemeinden. Das ist auch richtig. Eigentlich hätte der Stawiko-Präsident von der Regierung erwartet, dass sie diese Scharte mit der Vorlage auch noch gleich ausgewetzt hätte, die wir vorher verabschiedet haben. Sie hat es nicht getan und ist konsequent geblieben. Sie müssen einfach wissen: Wir haben diese Kennzahlen mit der Regierung vereinbart. Der Finanzdirektor hat alles daran gesetzt, zusammen mit seiner Kollegin und seinen Kollegen diese Kennzahlen einzuhalten. Das hat auch noch viele andere schmerzhafte Entscheide zur Folge gehabt, die auch umstritten waren. Sie werden Anfang des nächsten Jahres die Vorlage Nr. 1280.1 diskutieren, in der es um die Wachstumsabschwächung des Personalaufwands und der Beiträge mit Zweckbindung geht. Auch dort gibt es immer gute Gründe, wieso man dafür oder dagegen sein kann. Wenn es um das Sparen geht, erhalten diese einzelnen Institutionen plötzlich ein Gesicht und es wird schwierig. Wenn Sie jetzt gleich beim ersten Mal schon inkonsequent sind und hier zustimmen, unterstützen Sie den Regierungsrat überhaupt nicht in seinen Bemühungen, weiterhin auf diesem vereinbarten Weg zu bleiben und die Kennzahlen einzuhalten. Peter Dür möchte den Rat im Namen der erweiterten Stawiko bitten, diesen Antrag nicht zu unterstützen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass Peter Dür erwähnt hat, dass die Regierung im Rahmen ihres Stabilisierungsprogramms nach möglichen Einsparungen gesucht hat. Wir waren sehr bemüht, unsere eigenen Vorgaben einzuhalten. Es mussten Prioritäten gesetzt werden. Und es geht hier wiederum um den Bereich der Beiträge mit Zweckbindung. Die Regierung ist der Meinung, dieser Betrag solle nicht wieder aufgenommen werden. Die Begründung lautet wie folgt: Die Regierung hat den Eindruck, dass das JumP nur von wenigen Personen genutzt wird und möchte deshalb auf eine Aufnahme von diesen 15'000 Franken verzichten. Es besteht aber die Möglichkeit, wenn bestimmte Projekte vorliegen, mit einem Projektgesuch an die Regierung zu gelangen. Wir haben auch in anderen Bereichen jeweils bei einem bestimmten Projekt, das wir gutheissen konnten, einen Projektbeitrag gesprochen. Wenn die Parteien so viel Interesse haben am JumP, könnten sie ja auch Gotte und Götti spielen und den Nachwuchs auf diese Weise fördern.

➔ Der Antrag von Lilian Hurschler, Kto. 1550.36501 um 15'000 Franken zu erhöhen, wird mit 47 : 27 Stimmen angenommen.

Christian **Siegwart** ist Katholik. Dennoch setzt er sich an dieser Stelle für die triangel-Beratungsdienste der Reformierten Kirchgemeinde des Kantons Zug ein. In den vergangenen Jahren erhielt der triangel jährlich 50'000 aus der Schatulle des Kantons. Im Budget 05 fehlt der Beitrag – stillschweigend und ohne Vorankündigung gestrichen, obwohl er auf Seiten der potentiellen Empfängerin bereits im Budget vorgesehen ist. Nebenbei sei hier erwähnt, dass der Kanton mit einer derartigen Informationspolitik seinen Ruf als verlässlicher Partner aufs Spiel setzt. Als ehemaliger Praktikant beim triangel kennt der Votant den Wert deren Beratungsangebote für

Familien, Paare und Jugendliche. Mit seiner Schuldenberatungsstelle hat der triangel zudem – um es zynisch auszudrücken – eine regelrechte Marktlücke entdeckt. Das Angebot hat in diesen wirtschaftlich rauen Zeiten Hochkonjunktur. Ein Abwälzen der Kosten auf die Nutzniesser ist in diesem Fall offensichtlich abwegig. Sicher: Die reformierte Kirchgemeinde erhebt selber Steuern und trägt auch den Löwenanteil der Kosten von jährlich rund 850'000 Franken für die gesamte Beratungsstelle. Doch auch Katholiken, Moslems und Atheisten haben Eheprobleme und verschulden sich. Es ist deshalb nichts als richtig, wenn sich die Allgemeinheit, also der Kanton, an diesem Angebot beteiligt. Schliesslich ist der Kanton, wenn er wie im Finanzplan vorgesehen weiter fährt, bald selber reif für die Schuldenberatung. Wird der Beitrag nicht mehr ins Budget aufgenommen, wird nur vordergründig gespart. Den Mehraufwand trägt ohnehin der Steuerzahler – ob er nun durch die Kirchgemeinde oder dereinst vielleicht durch fallbezogene Gemeindebeiträge finanziert wird. Christian Siegwart beantragt deshalb, *dass der Budgetposten der Direktion des Innern im Kto. 1550.36500 um 50'000 Franken erhöht wird und wie bisher ein Beitrag in dieser Höhe an die triangel-Beratungsdienste ausgerichtet wird.*

Rudolf **Balsiger** möchte seine Interessenbindung bekannt geben. Er ist Präsident der Reformierten Kirchgemeinde des Kantons Zug, und damit ist der triangel indirekt ihm unterstellt. Was ihm etwas Mühe bereitet, ist die Tatsache, dass er erst aus dieser Vorlage erfahren musste, dass dieser Beitrag gestrichen wurde. Offiziell weiss weder triangel noch die Kirchgemeinde etwas von dieser Streichung. Christian Siegwart hat bereits gesagt, dass triangel Beratungen für alle Leute zur Verfügung stellt. Er arbeitet mit einem Budget von ca. 840'000 Franken. Davon sind Einnahmen durch Dritte zwischen 120' und 150'000; also 50'000 vom Kanton und der Rest wird von der reformierten Kirchgemeinde übernommen für alle, welche die Beratungsdienste in Anspruch nehmen. Aus diesem Grund möchte der Votant beliebt machen, dass der Antrag von Christian Siegwart unterstützt wird.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass dieser Beitrag ebenfalls im Rahmen des Stabilisierungsprogramms gestrichen wurde. Im Hinblick darauf, dass die evangelisch reformierte Kirchgemeinde für diesen Beitrag ihrerseits Steuern erheben kann, indem sie Steuerhoheit geniesst. Der Regierungsrat beantragt die Ablehnung dieses Antrags. Dies sicher nicht aus mangelnder Wertschätzung für die Dienstleistungen, welche triangel anbietet. Wir haben auch bisher schon diese Beratungsstelle weiterempfohlen und sie wird rege genutzt; insbesondere die Budgetberatung ist eine wichtige Dienstleistung. Die Votantin bittet den Rat im Namen der Regierung, diesen Antrag abzulehnen.

Bevor Thomas **Lötscher** über diesen Beitrag abstimmt, möchte er von der Direktion des Innern gerne wissen, ob allenfalls noch mehr kurzfristige Kürzungen gemacht wurden, die jetzt über die Hintertüre wieder als Anträge einfliessen. Er möchte gerne ein Gesamtbild haben und sich nicht alle fünf Minuten wieder erneut überraschen lassen.

Beat **Villiger** möchte vom Landammann oder vom Finanzdirektor wissen, wie dieser Fehler gelaufen ist. Und wenn er wirklich gemacht wurde und die Empfängerin nichts

davon wusste, ist der Votant der Meinung, dass wir diesen Beitrag heute nicht streichen dürfen. Man soll das richtig kommunizieren und allenfalls auf das nächste Jahr vorsehen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass die Budgetberatungen jeweils vom Frühling in den Sommer hinein laufen, manchmal bis nach den Sommerferien. Und wir hatten die Vorgabe eines Wachstums von drei Prozent. Wir haben intensiv nach verschiedensten Möglichkeiten gesucht, wo man einsparen kann. Und diese Einsparung wurde im Rahmen des Budgetprozesses gemacht. Wir haben in verschiedensten Direktionen Kürzungen vorgenommen und Ihnen dann bewusst die Vorlage Nr. 1280, Umsetzung der aktualisierten Finanzstrategie, schon anfangs November zugestellt, damit Sie möglichst alle informiert sind über die einzelnen Budgetkürzungen. Daneben sind natürlich schon die einzelnen Direktionen gehalten, die entsprechenden Kürzungen ihren Klienten oder jenen, welche die Beiträge erhalten, auch mitzuteilen, damit sie entsprechend budgetieren können. Dass das in diesem Fall nicht mitgeteilt wurde, ist bedauerlich. Aber trotzdem: Der triangel ist eine Beratungsstelle einer öffentlichen Körperschaft. Diese kann Steuern erheben, wie das der Kanton auch tun kann. Wir haben unsere Beratungsstellen, die wir auch finanzieren. Und wir haben die Meinung, dass wir nicht eine andere Körperschaft mit unseren Steuergeldern unterstützen, wenn sie ja selber Steuern erheben kann. Das war die Überlegung und nicht, dass wir die Qualität dieser Beratung in Frage stellen. Eine Körperschaft sollte doch nicht eine andere mit Steuergeldern unterstützen. Das war der Grund. Und wenn Sie die Finanzstrategie einhalten wollen, dann müssen Sie eigentlich unseren Anträgen folgen, weil sonst dieses Kartenhaus einstürzt.

➔ Der Antrag von Christian Siegwart wird mit 44 : 26 abgelehnt.

(Die Detailberatung des Budgets 2005 wird hier unterbrochen, um die Wahlen durchzuführen.)

531 WAHLEN

A. WAHL DER KANTONSRATSPRÄSIDENTIN ODER DES KANTONSRATSPRÄSIDENTEN

Rosemarie **Fähndrich Burger** freut sich ganz ausserordentlich, dem Rat im Namen der AF die bisherige Vizepräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham, als Kantonsratspräsidentin vorschlagen zu können.

Die geheime Wahl ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Stimmzettel 76, eingegangene Stimmzettel 76, leer 7, ungültig 2, in Betracht fallende Stimmzettel 67, absolutes Mehr 34.

Stimmen haben erhalten: Erwina Winiger 43, Käty Hofer 9, Malaika Hug 1, Othmar Birri 1, Lilian Hurschler 4, Andrea Erni 1, Andrea Hodel 1, Leo Granziol 1, Karl Betschart 6.

➔ Erwina **Winiger Jutz** wird mit 43 Stimmen zur Kantonsratspräsidentin gewählt.

Die gewählte, die den Saal vorübergehend verlassen hat, kehrt zurück und wird mit grossem Applaus begrüsst.

Der **Vorsitzende** gratuliert der neu gewählten Kantonsratspräsidentin herzlich und wünscht ihr für dieses neue Amt viel Erfolg, eine gute Zukunft und viel Spass, wie er es in diesem Rat gehabt hat.

Die neue Ratspräsidentin Erwina **Winiger Jutz**: Sie haben mir mit Ihrer Wahl das hohe Amt der Kantonsratspräsidentin anvertraut. Dafür danke ich ganz herzlich. Das Fiebern hat nun ein Ende. Bereits vor zwei Jahren, bei meinem Amtsantritt zur Vizepräsidentin, erwähnte ich, dass eine Wahl immer eine Wahl ist, und der Ausgang entsprechend ungewiss. Darum freut es mich nun doppelt, dass Sie mit Ihrer Wahl unserer kantonalen Usanz Folge geleistet haben. Es erfüllt mich mit Stolz, dass wir Zuger Alternativen uns nun endlich auch in die Reihe der Kantonsratspräsidentinnen und -präsidenten einreihen dürfen. Wir waren im Jahre 2001 bereits nahe am Ziel, aber die tragischen Umstände vom 27. September haben uns einen anderen Weg gewiesen. Mit meiner Wahl ehren Sie auch meinen Berufsstand. Eine Lehrerin stand dem Kantonsrat bereits einmal vor – allerdings noch nie aus meinem Fachbereich. Und schliesslich ehren Sie auch die Region Ennetsee und speziell meine Wohngemeinde Cham. Dem amtierenden Kantonsratspräsidenten und Kollegen Peter Rust danke ich für seine Arbeit während den vergangenen zwei Jahren. Er übergibt mir ein gut eingearbeitetes Parlament. Der Vorteil davon ist, dass wir für die vielen wichtigen Geschäfte und die damit verbundenen Fragen, die in den nächsten zwei Jahren zu behandeln sind, hoffentlich viele geschickte Lösungsansätze finden werden. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich freue mich auf die Aufgabe, den Kanton Zug während den kommenden zwei Jahren repräsentieren zu dürfen. Ich bin überzeugt, dass ich dieses Amt mit Freude, Würde und Befriedigung ausführen werden. Allen Befürchtungen zum Trotz werde ich nicht nur linken, sozialen und grünen Veranstaltungen die Ehre erweisen. Wenn der Kanton Zug aber durch mein Amt einen leicht alternativen Touch erhält, macht es mich nicht traurig. Ich nehme die Wahl von Herzen gerne an und freue mich auf die neue Tätigkeit.

Bruno **Werder**, Gemeindepräsident von Cham, möchte im Namen des Gemeinderats und der ganzen Bevölkerung der Gemeinde Cham der geschätzten Erwina herzliche Glückwünsche überreichen und recht herzlich gratulieren zur Wahl zur Kantonsratspräsidentin für zwei Jahre. Herzliche Gratulation zum guten Resultat und für das grosse Vertrauen, das dir das Parlament geschenkt hat. Das Resultat wird dir auch den nötigen Rückhalt und die notwendige Kraft verleihen. Es ist für unsere Gemeinde eine Ehre, dass wir Chamer seit 1874 zum neunten Mal das Präsidium besetzen dürfen. Es freut uns noch viel mehr, als mit Erwina eine einfache, sympathische und

kompetente Frau zum ersten Mal ins höchste Amt gewählt wurde. Unsere Delegation aus Cham soll die Freude der ganzen Bevölkerung ausstrahlen und dir die besten Glückwünsche überreichen. Wir freuen uns, morgen Abend mit Ihnen zusammen in Cham Erwina als Kantonsratspräsidentin zu feiern. Ich möchte die geschätzten Mitglieder des Parlaments nochmals herzlich dazu einladen.

B. WAHL DER VIZEPRÄSIDENTIN ODER DES VIZEPRÄSIDENTEN DES KANTONSRATS

Moritz **Schmid** gratuliert der neu gewählten Kantonsratspräsidentin zur Wahl. Er schlägt dem Rat im Namen der SVP-Fraktion Karl Betschart, Baar, als neuen Kantonsratsvizepräsidenten vor. Er ist seit sechs Jahren im Zuger Parlament und Zuger Fraktionschef und daher bestens geeignet für dieses Amt. Seit dem 11. November ist er Räbenvater und führt die nächste Fasnacht in Baar.

Die geheime Wahl ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Stimmzettel 76, eingegangene Stimmzettel 76, leer 9, ungültig 0, in Betracht fallende Stimmzettel 67, absolutes Mehr 34.

Stimmen haben erhalten: Karl Betschart 58, Moritz Schmid 3, Beni Langenegger 2, Leo Granziol 1, Felix Häcki 1, Werner Villiger 1, Heidi Robadey 1.

➔ Karl **Betschart** wird mit 58 Stimmen zum Vizepräsidenten des Kantonsrats gewählt.

Der **Vorsitzende** gratuliert Karl Betschart zu seiner Wahl.

Karl **Betschart** dankt dem Rat aufrichtig für die Wahl. Sie haben mir und der SVP damit ihr Vertrauen ausgesprochen. Es ist das erste Mal, dass ein Politiker gerade zwei Throne besteigen wird. Der eine hier als Vizepräsident im Kantonsrat und der andere am 15. Januar bei der Inthronisation als Räbevater in Baar. Ich nehme diese Herausforderung sehr gerne an und erkläre hiermit Annahme der Wahl.

C. WAHL VON ZWEI STIMMENZÄHLERINNEN BZW. STIMMENZÄHLERN

Andrea **Hodel** schlägt im Namen der FDP-Fraktion Rudolf **Balsiger,** Zug, zur Wahl vor.

Käty **Hofer** schlägt im Namen der SP-Fraktion Andrea **Erni**, Steinhausen, zur Wahl vor.

Die geheime Wahl für die Stimmenzählerin ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Stimmzettel 75, eingegangene Stimmzettel 75, leer 0, ungültig 0, in Betracht fallende Stimmzettel 75, absolutes Mehr 38.

Stimmen haben erhalten: Andrea Erni 72, Georges Helfenstein 1, Trix Gaier 1, Anna Lustenberger 1.

➔ Gewählt ist mit 72 Stimmen Andrea **Erni**.

Die geheime Wahl für den Stimmenzähler ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Stimmzettel 75, eingegangene Stimmzettel 75, leer 1, ungültig 0, in Betracht fallende Stimmzettel 74, absolutes Mehr 38.

Stimmen haben erhalten: Rudolf Balsiger 72, Peter Diehm 1, Bruno Briner 1.

➔ Gewählt ist mit 72 Stimmen Rudolf **Balsiger**.

D. WAHL DER FRAU LANDAMMANN ODER DES LANDAMMANNS

Käty **Hofer** schlägt im Namen der SP-Fraktion Statthalterin Brigitte Profos, Zug, als Frau Landammann vor. Sie ist eine engagierte Politikerin und sie wird unseren Kanton in ihrer gewohnt warmherzigen Art bestens repräsentieren.

Die geheime Wahl ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Stimmzettel 77, eingegangene Stimmzettel 77, leer 2, ungültig 0, in Betracht fallende Stimmzettel 75, absolutes Mehr 38.

Stimmen haben erhalten: Brigitte Profos 31, Joachim Eder 17, Hans-Beat Uttinger 16, Peter Hegglin 4, Walter Suter 3, Matthias Michel 2, Hanspeter Uster 2.

Der **Vorsitzende** hält fest, dass das absolute Mehr nicht errreicht ist und es zu einem zweiten Wahlgang kommt. – Matthias Michel und Hanspeter Uster verzichten auf eine Kandidatur.

Der geheime zweite Wahlgang ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Stimmzettel 77, eingegangene Stimmzettel 77, leer 4, ungültig 0, in Betracht fallende Stimmzettel 73, absolutes Mehr 37.

Stimmen haben erhalten: Brigitte Profos 37, Joachim Eder 18, Hans-Beat Uttinger 17, Peter Hegglin 1.

Gewählt ist mit 37 Stimmen Brigitte **Profos**.

Der **Vorsitzende** gratuliert der neu gewählten Frau Landammann und wünscht ihr zu diesem Amt viel Erfolg, Glück und Befriedigung in der Ausübung dieses Amts für den Kanton Zug.

Brigitte **Profos** dankt dem Rat, insbesondere für das geschenkte Vertrauen. Ich freue mich sehr darauf, dieses Amt ausüben zu dürfen in meiner Wahlheimat, in der ich etwas mehr als die Hälfte meines Lebens wohne. Ich möchte mich für das Gedeihen des Kantons Zug auch in dieser Funktion einsetzen. Das Wohl des Kantons Zug liegt mir am Herzen, und zwar das Wohl auch der einzelnen Menschen, die in diesem Kanton leben. Zusammen sind wir verantwortlich: Sie als Gesetzgeber, wir in der Regierung als ausführende Gewalt, gute, tragfähige Lösungen für Probleme zu finden. Im Hinblick auf die künftigen Herausforderungen, die auf uns zukommen. Und da denke ich nicht nur an die Steuerfranken und die NFA-Millionen, sondern an die einzelnen Menschen, die in diesem Kanton wohnen. Diese guten, tragfähigen Lösungen können nur gedeihen und wachsen in einer Kultur des Konsenses. Es wurde heute Morgen schon angesprochen; ich zitiere aus dem Votum von Hans Peter Schlumpf: «Der Konsensweg zwischen Regierung und dem Kantonsrat ist der unendlich viel klügere Weg als dauerndes Hickhack.» Ich denke, wir haben das gemeinsame Ziel, das Leben der Menschen in diesem Kanton lebenswert zu gestalten. Wir haben nach der Katastrophe in diesem Saal zu solcher Kultur des Umgangs gefunden. Ich möchte meinerseits daran anknüpfen und wo ich kann, meinen Beitrag leisten. In diesem Sinne erkläre ich die Annahme der Wahl. Vielen Dank.

Vreni **Wicky** gratuliert im Namen des Zuger Stadtrats und der Zuger Stadtbevölkerung Brigitte Profos herzlich zu ihrer Wahl. Vor allem gratuliere ich Ihnen zu Ihrem Durchhaltewillen, sich dieser Wahl zu stellen. Ihnen kommt als erste Frau die Ehre zu, dieses hohe Amt in unserem Kanton zu bekleiden. In der Demokratie brauchen wir unbedingt eine Vielzahl von Parteien und Persönlichkeiten, welche politische Aufgaben übernehmen. Sie alle haben unseren Respekt verdient. Ihr Motto, Frau Landammann, «die Rücksicht auf die Schwachen ist die Verpflichtung der Starken» soll unsere aller Devise sein. Für die kommenden zwei Jahre wünsche ich Ihnen Befriedigung und Freude bei den vielfältigen Aufgaben einer Frau Landammann. Glück, Wohlergehen und die Unterstützung aus allen politischen Lagern mögen Ihre Begleiter sein.

E. WAHL DES STATTHALTERS

Moritz **Schmid** schlägt im Namen der SVP-Fraktion Regierungsrat Hans-Beat Uttinger, Zug, zur Wahl als Statthalter vor. Er ist wohnhaft in Zug und seit gut drei Jahren in der Zuger Regierung.

Die geheime Wahl ergibt folgendes Resultat: Ausgeteilte Stimmzettel 77, eingegangene Stimmzettel 77, leer 7, ungültig 2, in Betracht fallende Stimmzettel 68, absolutes Mehr 35.

Stimmen haben erhalten: Hans-Beat Uttinger 49, Joachim Eder 17, Peter Hegglin 2.

➔ Gewählt mit 49 Stimmen ist Hans-Beat **Uttinger.**

Der **Vorsitzende** gratuliert dem neu gewählten Statthalter im Namen des Kantonsrats ganz herzlich und wünscht ihm viel Erfolg.

Hans-Beat **Uttinger** ist sehr glücklich, dass der Rat ihn zum Statthalter gewählt hat. Es ist für mich eine grosse Ehre, dieses Amt übernehmen zu dürfen. Die Pflichten des Landammanns und des Statthalters werden ja gern etwas verniedlicht. Es seien reine Repräsentationsaufgaben mit angenehmen Nebenwirkungen, ist etwa zu vernehmen. Das ist erstens nur die halbe Wahrheit und zweitens hat der Begriff Repräsentation in der jüngeren Vergangenheit für den Kanton Zug ein völlig neues Gesicht erhalten. Wir müssen feststellen, dass unser Selbstbild nicht von allen geteilt wird. Und wir müssen zugeben, dass es uns nicht gelungen ist, die bekannten Clichés durch ein differenziertes Bild zu ersetzen. Das französische *représenter* heisst übersetzt *darstellen* oder *vor Augen führen*, und genau das sollten wir in Zukunft tun. Wir sollten unseren Kanton nach aussen intensiver darstellen, seine Vielfalt den Leuten vor Augen führen und seine legitimen Bedürfnisse selbstbewusster anmelden. Wir haben uns in den letzten Jahren stark auf den Innenausbau unseres Zuger Hauses konzentriert. Das war richtig und wichtig. Wir haben eine neue Raumordnung, wir haben uns eine neue Finanzordnung gegeben, diese erhält eine neue Basis und der Regierungsrat wird demnächst seine Gesamtpolitik für die kommenden zehn Jahre vorlegen. Nun ist es aber an der Zeit, den Blick nach aussen zu richten. Wenn wir beim NFA eine Schadensbegrenzung erreichen, beim Bund unsere Anliegen bei Strassen und Bahn erfolgreich platzieren wollen, brauchen wir Verbündete. Wir brauchen Verständnis für unsere Situation im Kanton Zug und Anerkennung für die Leistungen, die wir für die übrige Schweiz erbringen. All dies können wir aber nur erreichen, wenn wir besser repräsentieren, oder um es anders zu sagen: Uns besser verkaufen. Öffnen wir die Fenster unseres Hauses, lassen wir die Aussenstehenden Einblick nehmen, geben wir ihnen die Möglichkeit, ihr bisheriges Bild des Kantons Zug zu bereichern und wenn nötig zu korrigieren. Der Aufwand wird sich lohnen. Dabei ist eines klar: Dieser Aufwand kann nicht nur von zwei Personen geleistet werden. Deshalb rufe ich Sie dazu auf, Frau Landammann und mich zu unterstützen.

Die Sitzung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

39. SITZUNG: DONNERSTAG, 16. DEZEMBER 2004
(NACHMITTAG)
14.20 – 17.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsident Peter Rust, Walchwil
PROTOKOLL	Guido Stefani

532 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri, Leo Granziol und Beat Stocker, alle Zug; Konrad Studerus, Menzingen; Andreas Hotz, Baar; Stephan Schleiss, Steinhausen; Flavio Roos, Risch.

533 FINANZGESCHÄFTE

A. FINANZPLAN 2005-2008

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1275.1 – 11583) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1275.2 – 11589).

B. BUDGET 2005 SOWIE BUDGET 2005 DER STRAFANSTALT BOSTADEL

Es liegen vor: Gedruckter Voranschlag sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1279.1 – 11591).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 530)

DETAILBERATUNG BUDGET 2005

Direktion für Bildung und Kultur

Peter **Dür** erachtet es nicht gerade als eine privilegierte Aufgabe, dem Rat heute diesen Antrag stellen zu müssen. Und doch, als Präsident der erweiterten Stawiko hat er die Pflicht, Mehrheitsanträge zu stellen – ob ihm dies nun passt oder nicht. Er erlaube sich aber, bei einem so umstrittenen Antrag sowohl die Meinung der Kommissionsmehrheit als auch der Kommissionsminderheit darzulegen. – Der Antrag lautet: *Die erweiterte Stawiko beantragt mit 8 : 5 Stimmen bei einer Enthaltung, den Betrag des Kontos Nr. 1700.36526 um 75'000 Franken auf 260'000 Franken zu reduzieren.*
Zuerst die Begründung der Kommissionsmehrheit:
1. Der Kantonsrat hat vor einem Jahr klar entschieden, dass das Lassalle-Haus vom Kanton nicht mehr unterstützt werden soll. Die Kursbesucherinnen und -besucher sollten für ihre Kosten selber aufkommen. Die Mehrheit der erweiterten Stawiko ist der Meinung, dass sich die Regierung über den Willen des Kantonsrats hinweg setzt, wenn er bereits im nächsten Budget das Lassalle-Haus wieder unterstützt. Die öffentliche Bekanntgabe ist eine Provokation und kann so nicht akzeptiert werden.
2. Die anderen Institutionen der Erwachsenenbildung haben vor allem eine Zuger Kundschaft, das Lassalle-Haus hat viel mehr auswärtige Teilnehmer. Für diese Leute sollen deren Kantone zahlen, vor allem jetzt, wo der NFA angenommen worden ist.
3. Mit den knappen Ressourcen sollten wir Institutionen unterstützen, welche die grosse Mehrheit der Bevölkerung, vor allem die unteren sozialen Schichten im Kanton, mit Qualifizierungsprogrammen weiterbilden und nicht esoterische oder spirituelle Kurse für eine Elite anbieten. Wenn schon gespart werden muss, dann lieber bei der Erwachsenenbildung als bei der Jugendförderung oder beim Jugendparlament.
4. Es ist uns klar, dass der Kantonsrat gemäss Gutachten der Uni Bern nur berechtigt ist, ein Konto zu kürzen. Dies machen wir mit diesem Antrag. Die Verteilung auf die verschiedenen Institutionen ist Sache des Regierungsrats. Allerdings sind wir der Meinung, dass der Wille des Rats bei der Auswahl der Begünstigten berücksichtigt werden muss.
Dies die Meinung der Kommissionsmehrheit, die mit Sicherheit nächstens durch ein Votum von Felix Häcki noch eine kräftige Akzentuierung erfahren wird. – Nun einige Fakten, welche die Kommissionsminderheit zur Ablehnung dieses Antrags bewogen haben:
1. Der Entscheid der Regierung, den Lassalle-Entscheid bereits frühzeitig mit einer Pressemitteilung darzulegen, erachtet auch die Kommissionsminderheit als eine missglückte Aktion. Die Kommissionsminderheit hätte es begrüsst, wenn diese Tatsache diskret anlässlich der Budgetdebatte in der Stawiko offen gelegt worden wäre. Unverständlich ist aus Sicht der Kommissionsminderheit, dass gleich wieder das Mittel der Kontokürzung zur Anwendung kommen soll. Eine kritische Bemerkung gegenüber der Regierung hätte aus unserer Sicht gereicht.
2. Wie sie dem Regierungsratsbeschluss vom 24. August 2004 entnehmen können, wurde das Lassalle-Haus seit dem Entscheid im letzten Dezember bezüglich Angebot, Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Bedeutung des Angebots und Finanzierung einer vertieften Prüfung unterzogen. Die Prüfung hat gezeigt, dass das Lassalle-Haus sämtliche Richtlinien für einen Beitrag aus dem Konto für Erwachsenenbildung erfüllt. Der Stawiko-Präsident versteht gut, dass Angebote wie Zen, Exerzitien, Kontemplation, Spiritualität im Alltag, Fasten und Heilen, Rituale, Tanz auf den ersten Blick fremd wirken. Angebote wie Schreibmaschinenschreiben, Word-Kurs, Englisch-

kurs sind einfacher nachvollziehbar. Aber: Es ist glücklicherweise nicht die Aufgabe des Rats, dieses Angebot zu beurteilen. Für diese Aufgabe gibt es die Kommission für Allgemeine Weiterbildung, welche diese Aufgabe, basierend auf allgemeinen Richtlinien und einem Punktesystem übernimmt und Antrag an den Regierungsrat stellt. Bruno Briner ist Mitglied dieser Kommission, und er wird sich anschliessend dazu äussern. Als Grundbedingung muss es sich bei der begünstigten Institution um eine Non-Profit-Organisation handeln. Wird das erwähnte Punktesystem angewendet – ein wichtiges Kriterium sind geleistete Freiwilligenstunden – so würde das Lassalle-Haus extrem gut abschneiden und einen Betrag von mehreren hunderttausend Franken zugesprochen bekommen. Würde man das Angebot andererseits an der Anzahl Zuger Benutzerinnen und Benutzer messen, würde immer noch ein Betrag von über 80'000 Franken resultieren. Wie Sie es drehen oder wenden, dass Lassalle-Haus erfüllt die heute gültigen Richtlinien. Die Unterstützung des Lassalle-Hauses beträgt 2 % des Gesamtbudgets. Es ermöglicht mit dem Betrag Menschen eine Weiterbildung, die nicht über genügend materielle Ressourcen verfügen: Rentner, Alleinerziehende, Erwerbslose usw.
3. Wer sind die anderen Begünstigten der Jahresbeiträge Erwachsenenbildung? Benevol Zug, Bildungsclub Zug, Volkshochschule, Freizeitanlage Loreto, Freizeitanlage Oberwil, Kommission Elternbildung der Frauenzentrale, Pro Senectute, Schule und Elternhaus sowie der Zuger Kantonale Frauenbund. Dazu kommen Projektbeiträge an verschiedene Institutionen. Wenn Sie den Konto-Betrag kürzen, muss der Regierungsrat die Verteilung der Gelder neu diskutieren. Es ist nicht auszuschliessen, dass dann alle genannten Begünstigten eine Beitragskürzung in Kauf nehmen müssten. Auf Grund dieser Fakten lehnt die Kommissionsminderheit diesen Antrag ab.
Zum Schluss noch ein persönlicher Gedanke. Aus Sicht des Votanten hätten wir bei einem Budget von über 960 Millionen und einem zukünftigen NFA-Beitrag von 125 Millionen wesentlich wichtigere Probleme, als diese 75'000 ein zweites Mal zu diskutieren! Einerseits starten wir einen Pragma-Versuch und sprechen langfristig von Globalbudgetierung, und andererseits fokussieren wir ein zweites Mal auf eine einzige Institution in einem Sammelkonto – eine Aufgabe, die aus gutachterlicher Sicht klar in den operativen Bereich des Regierungsrats gehört. Dem Kanton Zug nützen solche Anträge überhaupt nichts, im Gegenteil: Sie können dem Image des Kantons Zug einen längerfristigen Schaden zufügen.

Bruno **Briner** bittet den Rat im Namen der FDP-Fraktion, den Antrag der erweiterten Stawiko zur Reduktion der Budget-Position Kto. 36526 Erwachsenenbildung um 75'000 Franken abzulehnen. Er möchte den Rat darüber orientieren, dass er Mitglied der Kommission Allgemeine Weiterbildung ist.
Staat und Wirtschaft haben ein Interesse daran, dass Weiterbildung breit angeboten wird. Es ist nachweisbar, dass die Arbeitsmarktfähigkeit der Arbeitnehmer damit erhalten und gefördert werden kann. Im Mai 2003 hat die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK Empfehlungen zur Weiterbildung verabschiedet. Diesen Empfehlungen folgend hat der Kanton Zug ein Leitbild zur Allgemeinen Weiterbildung erstellt und entsprechende Richtlinien erlassen. Er unterhält im Internet die Homepage www.weiterbildungzug.ch., organisiert zwecks Koordination regelmässige Treffen der Anbieter und arbeitet zurzeit an einem Projekt für «Bildungsungewohnte Personen». Das Budget 2005 für die Allgemeine Weiterbildung beträgt 335'000 Franken.

Davon sind
- 135'000 Franken für Jahresbeiträge, mit denen lediglich Non-Profit-Organisationen von kantonaler Bedeutung unterstützt werden, unter anderem die Volkshochschule, Pro Senectute, die Oberwiler Kurse, der Zuger Kantonale Frauenbund usw.
- 88'000 Franken zur Unterstützung von Projekten
- 20'000 Franken für Service und Versand
- 15'000 Franken für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen.

Die Jahresbeiträge richten sich nach den durchgeführten Teilnehmerstunden und nach den ehrenamtlich geleisteten oder entschädigten Stunden. Die angebotenen Leistungen werden alle drei Jahre überprüft. Ab 2006 verlangt der Kanton Zug von den Anbietern das eduQua-Zertifikat.
Etwas anders sieht es mit der Entschädigung des Lassalle-Hauses aus. Die Leistungen sprengen den Rahmen der Berechnung für die Jahresbeiträge der anderen Anbieter (das Lassalle-Haus kommt z.B. pro Jahr auf rund 180'000 Teilnehmerstunden). Würde man die Berechnung trotzdem durchführen, käme das Lassalle-Haus auf einen Jahresbeitrag von 420'000 Franken, was den Rahmen des Budgets absolut sprengen würde. Aus diesem Grund wird dem Lassalle-Haus ein Pauschalbetrag von 75'000 Franken zugesprochen. Dieser Betrag entspricht etwa den Ermässigungen, die das Lassalle-Haus wenig begüterten Personen gewährt. Es handelt sich dabei um Menschen in finanziellen Krisen, working poor, Studierende und Schüler, Erwerbslose, Empfänger von Sozialhilfe, freischaffende Künstler mit wenig Verdienst, allein erziehende Eltern und Ordensleute. Ermässigungen werden auf Grund von schriftlichen Anträgen gewährt. – Es liegt zwar nicht in der Kompetenz des Kantonsrats, die Höhe einzelner Zuwendungen zu bestimmen, doch ist auf Grund des beantragten Kürzungs-Betrages unschwer feststellbar, dass mit der verlangten Budgetkürzung der Beitrag an das Lassalle-Haus gestrichen werden soll.
Das Lassalle-Haus Bad Schönbrunn besteht seit 75 Jahren und steht seit 1970 im Dienste der allgemeinen Weiterbildung. Das Lassalle-Haus ist zu unterscheiden vom Lassalle-Institut, welches im Bereich Manager-Ausbildung tätig ist. Seine Kurse und Veranstaltungen sind selbsttragend, sie werden von keiner Seite unterstützt. Das Lassalle-Haus ist für seine Bildungsarbeit speziell im Bereich Meditation, Exerzitien, Fasten und Dialog der Religionen und Kulturen weit über den Kanton Zug und die Landesgrenzen hinaus bekannt. In den letzten Jahren sind die Eigen- und Gastkurse von über 7'000 Personen, davon ca. 15 % Zugerinnen und Zugern, besucht worden. An den Kursen für Jugendliche im Jugendhaus «Alte Villa» nahmen rund 1'500 Personen teil, davon ca. 700 aus dem Kanton Zug. Ausserdem ist das Lassalle-Haus ein bedeutender Arbeitgeber, es beschäftigt 38 Personen, davon 35 Zugerinnen und Zuger. Das Lassalle-Haus wird neben dem Kanton Zug von der Vereinigung der katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug und von privaten Spendern unterstützt und seit 2001 gibt es einen Gönnerverein. Die Vereinigung der katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug leistet seit 2002 einen Beitrag von 85'000 Franken. Die Spenden der vergangenen zwei bis drei Jahre betrugen ca. 300'000 jährlich. Trotz dieser Unterstützung verbucht das Bildungs-Haus einen Verlust von durchschnittlich über 80'000 Franken pro Jahr. Die Bilanzen lagen der Direktion für Bildung und Kultur immer vor, die finanzielle Transparenz ist also gewährleistet.
Bruno Briner kann sich noch gut an die letztjährige Diskussion um diesen Budgetposten erinnern. Wir waren damals mit gewissen Aktionen des Leiters des Lassalle-Hauses nicht einverstanden. Aber die Sache ist nun erledigt. Der versteckte Flüchtling hat den Flüchtlingsstatus sowie den Ausweis C erhalten und die negativen Urteile von 1996 und 1997 sind für nichtig erklärt worden. Die Absicht des Regierungs-

rats, das Lassalle-Haus ab 2005 wiederum mit 75'000 Franken zu unterstützen, verdient unsere Zustimmung, denn das Lassalle-Haus hat mit seiner seriösen Arbeit über Jahrzehnte diesen Beitrag auch verdient. Gerade für den Kanton Zug als Wirtschaftsstandort von internationaler Bedeutung ist es wichtig, als Pendant dazu auch ein international bedeutendes Angebot im spirituell-religiösen Bereich zu unterstützen.
Die Ansicht, dass der Staat private Bildungs-Institutionen prinzipiell nicht unterstützen soll, kann der Votant nicht teilen. Die Kantone haben nach dem neuen Berufsbildungsgesetzes die Pflicht, für ein bedarfsgerechtes Angebot an berufsorientierter Weiterbildung zu sorgen. Es ist aber gerade für Nicht-Erwerbstätige wichtig, dass auch sie Gelegenheit haben, sich weiter zu bilden. Und dies geschieht in erster Linie in Kursen der Allgemeinen Weiterbildung. Weiterbildung ist für den Einzelnen Schlüssel zur persönlichen Entfaltung und zum beruflichen Erfolg. Es wäre selbstverständlich gut, wenn alle Menschen ihre persönliche Weiterbildung mit eigenen finanziellen Mitteln bezahlen könnten. Doch dies wird leider für immer mehr Mitmenschen zunehmend schwieriger. – Bruno Briner bittet deshalb den Rat, den Antrag der erweiterten Stawiko abzulehnen und dem im Voranschlag gedruckten Betrag von 335'000 Franken zuzustimmen.

Berty **Zeiter** suchte im vergangenen Frühjahr im Internet nach einem bestimmten Kursangebot. Sie wurde zweifach fündig. Das gleiche Team bot den neuntägigen Kurs einmal im Schwarzwald und einmal im Lassalle-Haus an. Jener im Schwarzwald kostete nur zwei Drittel so viel wie jener vor ihrer Haustüre. Doch auf Grund der letztjährigen Debatte im Kantonsrat war sie sehr motiviert, das Lassalle-Haus mal gründlicher kennen zu lernen. Sie erlebte dort neun wunderbare und erholsame Tage. Sie staunte ob dem Kleinod, das so nahe bei uns existiert und das sie zuvor so wenig kannte, obwohl sie früher etliche Wochenend-Kurse in Bad Schönbrunn erlebt und gar mitgeleitet hatte. Aber jetzt nahm sie wahr, wie sich das Bildungshaus weiterentwickelt hatte in den letzten Jahren. Wir erhielten einen gepflegten Hotelservice und genossen die moderne exquisite Küche. Sie nutzte auch die unzähligen Spazier- und Wandermöglichkeiten in der näheren und weiteren Umgebung.
Heinz Tännler hatte letztes Jahr in seinem Votum die Streichung des Beitrags klar als Strafaktion für das Lassalle-Haus und dessen Direktor deklariert. Deshalb war es in der Sache logisch, dass der Regierungsrat nach vollzogener Strafaktion den Beitrag wieder ins Budget aufnahm. Die Transparenz, die er mit der Deklaration im Budget schuf, ist anerkennenswert. – Eine Information möchte die Votantin noch einbringen. Bruno Briner hat auf das Lassalle-Institut hingewiesen. Es erhält ja keine Kantonsbeiträge. In einem Gespräch mit der Geschäftsführerin des Instituts, Dr. Anna Gamma, hat Berty Zeiter jedoch erfahren, dass die Strafaktion des Kantonsrats dem Institut vielleicht mehr geschadet hat als dem Bildungshaus. Die negativen Schlagzeilen wurden vor allem von jenen Menschen zur Kenntnis genommen, die sie als Kursbesucherinnen und -besucher ansprechen wollen: Von den Führungskräften aus Wirtschaft und Politik. Die Votantin bittet deshalb im Namen der AF: Sagen Sie ja zum Erwachsenenbildungsbeitrag, wie ihn die Regierung im Budget hat. Sagen Sie damit ja zu Kursangeboten, die Ethik und Spiritualität fördern, und sagen Sie damit ja zu hohen Werten, die ebenfalls zu einem Wirtschaftskanton gehören müssen.

René **Bär** erinnert daran, dass erwähnt worden ist, dass das Lassalle-Haus in www.weiterbildungzug nicht enthalten ist. Es ist also nicht unter den Weiterbildungsorten, die ein Diplom erwarten für Erwachsenenweiterbildung, sie hat keinen Handelsregistereintrag für Erwachsenenweiterbildung. Der Votant beantragt, den Betrag von 75'000 Franken abzulehnen. Letztes Jahr sagte der Sprecher des Lassalle-Hauses, das er auf diesen Betrag nicht angewiesen sei.

Martin B. **Lehmann** weist darauf hin, dass auch die Befürworter dieses Antrages genau wissen, dass das Lassalle-Haus mit annähernd 20'000 gebuchten Kurstagen eine weit über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus anerkannte und angesehene Bildungsinstitution ist. Ebenfalls ist ihnen bekannt, dass diese Institution auch in der restlichen Schweiz als wohltuende spirituell-religiöse Alternative zum ansonsten materialistisch geprägten Image unseres Kantons wahrgenommen wird. Spätestens seit dem entsprechenden Regierungsratsprotokoll wissen sie zudem, dass – würde der sonst bei Weiterbildungs-Institutionen angewandte Berechungsraster für kantonale Beiträge angewandt – das Lassalle Haus eigentlich Anspruch auf 300'000 Franken Unterstützung hätte. Und zu guter letzt dürfte ihnen nicht fremd sein, dass der kantonale Beitrag auch dafür verwendet wird, den finanziell weniger Begüterten Zugang zum Kursangebot zu ermöglichen. Offenbar fehlen also sachliche Gründe, und so ist dieser Kürzungsantrag nichts anderes als eine Weiterführung der letztjährigen Strafaktion. – Die SP-Fraktion rät Ihnen dringend, diesen willkürlichen Antrag abzulehnen.

Felix **Häcki** ist schon überrascht. Er hört hier viele Argumente, die man ebenso gut für triangel hätte verwenden können. Wo ist eigentlich der Unterschied? Das versteht er nun wirklich nicht mehr. Auch triangel macht Hilfsleistungen an Bedürftige, an Leute mit Problemen. Das hat man abgelehnt mit der Begründung, sie würden mehr ideelle Werte vertreten. Beim Lassalle-Haus hebt man genau die ideellen Werte hervor. Kommt dazu, dass das Lassalle-Haus selber letztes Jahr verlauten lassen hat, es sei kein Problem für sie, wenn sie die 75'000 Franken nicht kriegen. Warum sprechen wir mit unseren knappen Mitteln einer Institution Geld zu? Wobei wir es ja nicht der Institution zusprechen, wir können es nur bei der Erwachsenenbildung kürzen, das ist ja unser Dilemma. Wenn wir gar nichts machen, heisst es immer: Ihr sagt nur immer kürzen, ihr sagt nicht wo. Wenn wir sagen wo, dann heisst es, ja Sie können nicht so etwas Einzelnes herauspicken und darauf herumreiten. Wir sind also in einem echten Dilemma. Aber irgendwo müssen wir anfangen. Es ist ja nur die Spitze vom Eisberg im Grunde genommen mit Kürzungen. Man könnte wahrscheinlich, wenn man genügen Detailwissen haben könnte, noch an etlichen Orten im Budget ansetzten und eine Kürzung beantragen. Wenn wir bei der Erwachsenenbildung 75'000 kürzen, ist das keine Provinzposse, wie Kollege Schlumpf heute gesagt hat. Sondern es ist eine Provinzposse, wenn der Ernst der Lage der Kantonsrechnung beschworen wird, und dann kurz darauf eine unnötige Ausgabe von 75'000 Franken ernsthaft zu verlangen. Konsequentes Handeln ist eben nicht jedem gegeben. Auf der anderen Seite sind auch wir nicht unbedingt nur gegen jeden Kompromiss. Und der Votant wäre gerne für einen Kompromiss gewesen, wenn man gesagt hätte, man teilt das Geld auf. Wir haben ja heute glücklicherweise – Felix Häcki war ja auch am Rednerpult – die 15'000 Franken für das Jugendparlament gesprochen. Er wäre froh gewesen, hätte man auch für triangel den restlichen Betrag ausgeteilt, hälftig triangel und hälftig Lassalle-Haus. Das wäre ein faires Vorgehen gewesen. Aber man kann

nicht auf der einen Seite triangel ablehnen und auf der anderen Seite sagen: Wir müssen eine Institution wie das Lassalle-Haus unbedingt berücksichtigen. Das spricht gegen jede Fairness. Der Votant ist jetzt mindestens bereits so weit, zuzustimmen, dass wir sagen, wir kürzen die 75'000 auf 60'000, weil wir 15'000 für das Jugendparlament gesprochen haben, dann bleibt das Budget immer noch im Lot. Dann haben wir wenigstens ein Bisschen Gerechtigkeit walten lassen.

Der **Vorsitzende** erkundigt sich, ob das ein Antrag gewesen sei – Felix Häcki bejaht das.

Beat **Villiger** hat es ein wenig einfacher als der Stawiko-Präsident, wenn er hier im Namen der CVP-Fraktion spricht. Die drei Hauptgründe vom letzten Jahr können heute nicht mehr ins Feld geführt werden.
1. Die Sache mit dem Flüchtling ist durch das BFF erledigt worden.
2. Pater Niederberger hat öffentlich bedauert, sich politisch für einen Nationalratskandidaten eingesetzt zu haben, und hat sich seither auch nicht mehr politisch eingemischt.
3. Die Direktion für Bildung und Kultur hat den Einwand bezüglich mangelhafter finanzieller Transparenz geprüft und ist gar zum Schluss gekommen, dass wenn man den üblichen Schlüssel anwenden würde, das Lassalle-Haus viel mehr Geld erhalten müsste.
Die CVP-Fraktion beantragt grossmehrheitlich, den Beitrag im Sinne des Antrags der Regierung zu gewähren. – Noch ein Wort zu Felix Häcki. Es ist vermutlich etwas falsch herübergekommen, dass das Lassalle-Haus gesagt hat, dass die 75'000 Franken nicht so wichtig seien. Natürlich geht es nur um 2 % des Gesamtbudgets. Aber es ist letztlich doch ein substanzieller Betrag, der fehlen würde, und wir haben auch gehört, dass die Regierung sagt, dass er für Kursvergünstigungen eingesetzt wird. Beat Villiger möchte den Rat bitten, den Antrag von Felix Häcki abzuweisen.

Thomas **Lötscher** ist der Meinung, dass wir es uns als Parlament schuldig sind, dass wir unsere Politik sachlich und einigermassen professionell machen. Vor einem Jahr war der Votant bei jenen, die für die Streichung des Beitrags an das Lassalle-Haus stimmten. Es gab dafür drei Gründe: Es war die Konsequenz für eine illegale Handlung, die im Nachhinein zwar legalisiert wurde, damals aber illegal war. Es war die Konsequenz, weil man sagte, durch interne Quersubventionierung könnte das Lassalle-Haus eigentlich diese 75'000 Franken reinbringen. Und vor allem auch, weil man gesagt hat, die Subventionierung von Erwachsenenbildung sei ein fragliches Thema. Es sei fraglich, ob wir das als Kanton überhaupt machen sollten. Das dritte Argument war, dass der Leiter des Lassalle-Hauses den Wahlkampf von Jo Lang unterstützte. Wenn der Votant ein Jahr später diese drei Argumente anschaut, muss er sagen: Diese Strafe für die illegale Handlung hat stattgefunden, aber eine Strafe soll nicht ewig währen. Zur Subventionierung der Erwachsenenbildung möchte Thomas Lötscher nachher noch etwas sagen. Dass der Leiter einen Wahlkampf unterstützt hat, dieses Argument war für den Votanten schon vor einem Jahr Unsinn. Denn es ist sein demokratisches Recht, das er auch als Leiter des Lassalle-Hauses hat.
Nun aber zur Subventionierung der Erwachsenenbildung. Thomas Lötscher ist gerne bereit, über den Sinn von Erwachsenenbildung und ihre kantonale Subventionierung

zu diskutieren. Aber dann sollten wir diese Diskussion allgemein führen und grundsätzlich und daraus dann klare Richtlinien für alle ableiten. Das ist wohl der wesentlichste Punkt in dieser ganzen Geschichte. Dass wir schliesslich klare Richtlinien haben für welche Institution auch immer. Es darf nicht sein, dass wir in der Politik einfach willkürliche Entscheide nach Gutdünken fällen. Und für das Argument von Felix Häcki, wenn er triangel als Beispiel anführt, hat Thomas Lötscher ein gewisses Verständnis. Aber was wir heute Morgen mit JumP, triangel und den Beiträgen an die Jugendförderung erlebt haben, war einfach schlampig. Wir können deshalb aber nicht die einzelnen Organisationen gegeneinander ausspielen. Dass das heute Morgen nicht funktioniert hat, ist nicht der Fehler des Lassalle-Hauses. Und deshalb sollten wir diesen Beitrag sprechen und die Diskussion über die Erwachsenenbildung allenfalls ein anderes Mal führen.

Felix **Häcki**: Wenn man das Lassalle-Haus anschaut – es ist niemand dort, der einen Ausweis hat zur Erwachsenenbildung. Die Qualifikation fehlt eigentlich immer noch. Sie soll irgendwann nachgereicht werden. Wenn wir schauen, wie notwendig es dort ist, so macht die ganze Geschichte für das Lassalle-Haus 50 Rappen pro Teilnehmerstunde aus. Da gibt es andere Institutionen, die haben grössere Probleme. Wenn man es auf die Teilnehmer umlegt, dann sind es 4 Franken pro Teilnehmer pro Kurs. Es ist keine dramatische Geschichte, aber für den Kanton ist es ziemlich viel Geld. Weil wir irgendwo anfangen müssen. Wir können nicht immer einfach nett sein und überall sagen: Wir haben ja Geld, wir geben hier ein Bisschen, dort 15'000, dort 50', dort 100', weil wir ja alle in der Zeitung gut dastehen wollen. Irgendwo müssen wir ja auch einmal hinstehen und mal unseren Worten Taten folgen lassen und uns konsequent verhalten. Felix Häcki ist immer noch der Meinung: Wir kürzen den Betrag auf 60'000.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** erinnert daran, dass letztes Jahr eine Mehrheit des Kantonsrats offensichtlich ein Zeichen setzen wollte. Wir haben das nun verschiedentlich gehört, und es ist auch bekannt, wie es dazu kam. Aber welches Zeichen soll denn heute gesetzt werden, wenn Sie den Antrag der Stawiko oder von Felix Häcki unterstützen? Wenn Sie heute ein derartiges Zeichen setzen wollen, müsste das kohärent und sachlich begründet werden. Die sachliche Begründung fehlt und man kann sich auch nicht hinter dem letztjährigen Entscheid verstecken, wie das die Stawiko im Bericht zum Ausdruck bringt, indem man diesen Betrag am liebsten nirgends erwähnt hätte. Man bringst Unverständnis zum Ausdruck, dass der Regierungsrat offen kommuniziert hat. Wenn Transparenz und offene Kommunikation zum Vorwurf werden, nehmen wir diese Schelte auch in Zukunft sehr gerne entgegen. Die Stawiko wurde mit dem Regierungsratsbeschluss über die Wiederaufnahme dieses Beitrags bedient, der eingehend begründet wurde. Es wurden dort fünf Gründe genannt, insbesondere warum der Beitrag jetzt wieder aufgenommen werden soll. Der Votant hat heute und auch im Stawiko-Bericht nirgends gesehen, mit welchen Argumenten man gegen diese Gründe ankämpft. Es werden jetzt andere Punkte ins Feld geführt. Zum Beispiel das Argument, es mache nur 50 Rappen pro Teilnehmer aus. Wenn man das so auf alle Teilnehmer umwälzt, müssten wir keine Institution mehr unterstützen, dann macht das in der Regel nie sehr viel aus. Dann müssten wir konsequent sein und die Erwachsenenbildung generell streichen.
Triangel ist eine Institution mit kirchlicher Trägerschaft; die Kirchen erheben Steuern und können sich selber finanzieren. Beim Lassalle-Haus ist das nicht so, die Kirche

ist hier nicht Trägerschaft. – Felix Häcki argumentiert generell mit den knappen Mitteln. Einerseits kommt Anerkennung zum Ausdruck, dass wir die strengen Ziele einhalten, die wir uns gesetzt haben. Wir gehen offensichtlich mit den Mitteln gut um. Dann müssen Sie aber konsequent sein und uns innerhalb dieser Ziele die Freiheit lassen, wo wir dieses Geld einsetzen. Der Bildungsdirektor kann den Vorwurf nicht gelten lassen, die Haltung sei nicht konsequent und wir würden diesen Spardruck nicht konsequent umsetzen. Gerade in der Bildungsdirektion wurden diese Ziele eingehalten, zweckgebundene Beiträge, Personalaufwand – Sie können das nachprüfen. Matthias Michel bittet den Rat, heute ein Zeichen zu setzen, die Gewaltenteilung zu bewahren und dem Antrag des Regierungsrats zu folgen. Er bittet auch um ein Zeichen, dass Sie die Gleichberechtigung innerhalb dieser anerkannten Institutionen der Erwachsenenbildung bewahren. – Vielleicht noch ein Wort zur Qualität. Sie wurde mindestens im letzten Jahr nie bestritten. Das Lassalle-Haus hätte auch nicht derartige Referenzen, derartige Leiter und derartige Ausstrahlung, wenn die Qualität nicht stimmen würde. – Zu René Bär: Es gehört nicht zu den Kriterien unserer Auswahl, ob man im Handelsregister verzeichnet ist oder auf einer Homepage erscheint. Das Lassalle-Haus wird von einer anerkannten Revisions-Gesellschaft jährlich revidiert, wir kennen diese Berichte und das ist für uns massgebend.
Zum Schluss vielleicht noch ein Blick über die Grenzen hinaus. Hier könnte der Bildungsdirektor das Votum unseres neuen Statthalters vorlesen: Öffnet die Fenster. Zum Beispiel der Kanton Aargau hat ein Bildungshaus, Herzberg, das mit 60'000 Franken unterstützt wird. Der Kanton Baselstadt hat ein Haus für Bildung im interkulturellen Bereich, das mit 60'000 Franken unterstützt wird. Und gerade auch aus Gründen des Standorts und Images des Kantons Zug ist es wichtig, dass Sie heute ein gutes Zeichen setzen. – Der Kürzungsantrag auf 60'000 Franken wäre als willkürlich zu betrachten; wenn man in einer anderen Position aus nachvollziehbaren Gründen eine Budgetposition erhöht und jetzt willkürlich in einem anderen Bereich eine andere Institution dafür leiden lässt. Das wäre nicht kohärent und der Bildungsdirektor dankt dem Rat, wenn er dem Regierungsantrag folgt.

Felix **Häcki** muss schon noch etwas korrigieren. Die Argumentation, man hätte das ruhiger machen sollen und nicht publizieren. Der Grund für diese Rüge ist natürlich ganz klar, weil emotional argumentiert wurde von Seite des Regierungsrats. Als wir sagten, wir wollten eine Kürzung, hat es geheissen: Ja wir können jetzt doch nicht mehr kürzen, nachdem es bereits in der Presse erschienen ist. Ja müssen wir denn alles wirklich annehmen, was in der Presse erscheint durch den Regierungsrat? Da müssen wir uns gar nicht mehr versammeln jeden letzten Donnerstag im Monat. Dann können wir den netten Brief schreiben, wir sind einverstanden mit dem, was in der Presse steht.

➔ Der Antrag von Felix Häcki wird mit 50 : 16 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Antrag der Stawiko wird mit 47 : 21 Stimmen abgelehnt.

Baudirektion

Eusebius **Spescha** hat eine Frage über Gespräch und Kontakte weitgehend abklären können, aber er möchte die Schlussantwort noch hier offiziell im Kantonsrat

haben, weil sie für die Zukunft eine gewisse Bedeutung hat. – Er hat beim Kto. 3060 Hochbauamt gesehen *Zusätzliche Personalstelle Sicherheit und Projektleiter Zentralspital*. Er hat sich daran erinnert, dass im Investitionskredit für das Kantonsspital 2,5 Mio. eingesetzt wurden für Projektmanagement bauherrenseitig. Er hat sich nun gefragt, ob das nun eine Doppelausgabe sei. Er wurde informiert darüber, dass diese Kosten selbstverständlich im Grundsatz aus dem Investitionskredit finanziert werden. Er hat allerdings in diesem Budget keinen Betrag gesehen und nachgefragt. Die Antwort lautete wie folgt: «Diese Stelle (Projektleiter Zentralspital) und die vier Personalstellen Sicherheit werden im Prinzip aus diesen Investitionskrediten finanziert. Sie laufen aber über die Laufende Rechnung und werden dann buchhalterisch bei den Investitionskrediten quasi abgezogen.» Damit das transparent und klar ist, wäre der Votant froh, die zuständigen Regierungsräte würden ihm diesen Vorgang so bestätigen. Er wird sich nämlich das Recht heraus nehmen, gelegentlich dann bei der Abrechnung dieser Kredite nachzuprüfen, ob das wirklich so gehandhabt wurde.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** kann dies gerne so bestätigen. Es ist, wie es im Budget dargestellt ist. Die Projektleitung wird über die Laufende Rechnung bezahlt und bei der Schlussabrechnung des Neubaus des Kantonsspitals werden dann die Kosten aufgerechnet und klar dargestellt. Weil wir das so machen, sind diese Kosten dann ja schon bezahlt und müssen nicht zu einem späteren Zeitpunkt noch abgeschrieben werden. Sie werden laufend bezahlt. Das ist eigentlich sonst bei allen kantonalen Bauten so üblich, da sind es immer wieder Projektleiter der Baudirektion, die solche Bauten leiten. Und die werden über dieses Konto bezahlt. Beim Kredit Kantonsspital war eine externe Leitung vorgesehen, aber weil es mit einer internen Lösung besser geht, machen wir es so.

Berty **Zeiter** weist darauf hin, dass auf S. 115 die Parkplatzbewirtschaftung aufgeführt ist. Da möchte die Votantin etwas nachfragen und beantragen. Und zwar haben wir die Information erhalten, dass vor zwei Wochen die kantonalen Angestellten einen «Weihnachtsbrief» vom Regierungsrat erhalten haben, der Bezug genommen hat auf das Reglement über die Bewirtschaftung von Parkplätzen. Dort ist festgelegt, dass der Kanton die Hälfte des Ertrags aus den Personalparkgebühren den Angestellten in Form von Reka-Rail-Gutscheinen vergütet. Bei einem Arbeitspensum von über 50 % erhalten die Angestellten einen Gutschein im Wert von 100 Franken, bei einem Pensum unter 50 % Gutscheine für 50 Franken. Auf diese positive und motivierende Art wurde dem Personal die Benützung des ÖV schmackhaft gemacht. Die Regierung teilt den Angestellten im Brief nun mit, dass sie beschlossen hat, das Reglement per 1. Januar 2005 zu ändern und den Angestellten nichts mehr aus der Parkplatzbewirtschaftung zukommen zu lassen. Begründet wird diese Reglementsänderung mit dem NFA und dessen grossen finanziellen Herausforderungen für den Kanton. Das betrifft die Posten 3061.31460, Aufwand 312'500 Franken, und den Ertrag findet man unter dem Posten 4271 mit 350'000 Franken. Wir möchten den Regierungsrat auffordern, diese Reglementsänderung rückgängig zu machen. Sie zielt in die falsche Richtung. Denn eine ökologisch und verkehrstechnisch sinnvolle Massnahme wird gestrichen. Der Kanton weicht ab von seiner Vorbildfunktion, die er auch in Bezug auf die Förderung des öffentlichen Verkehrs hat. Bei der Diskussion um die Parkplatzerstellung auf dem Gaswerkareal haben wir gehört von der Parkplatzmisere, die rund um das Stadtzentrum und die öffentliche Verwaltung herrsche. Wie wäre es denn, wenn der Regierungsrat anders herum überlegen würde. So wie

er die Kompetenz hat, die Auszahlung der Reka-Gutscheine zu streichen, hat er auch die Kompetenz, die Parkplatzgebühren zu erhöhen. Selbst wenn er sie nur auf das Eineinhalbfache erhöht und ein Parkplatz im Freien dann monatlich 75 Franken oder ein Einstellplatz 120 Franken kosten würde, sind das noch moderate Preise. Gerade jetzt zum Zeitpunkt der Betriebaufnahme der Stadtbahn mit der Haltestelle Schutzengel in nächster Nähe der Verwaltungsgebäude ist es unangebracht, zentralst gelegene Parkplätze zu Preisen von monatlich 50 und 80 Franken zu vermieten. Wir stellen deshalb den Antrag, der Regierungsrat solle die beschlossene Massnahme wieder rückgängig machen, und wir bitten den Rat, uns dabei zu unterstützen.

Auf das Nachfragen des **Vorsitzenden** hält Berty Zeiter fest, dass das kein Antrag ist, sondern eine Empfehlung.

Jean-Pierre **Prodolliet**: Es geht um das Kto. 3080.30100, um die Raumplanung Hier wird um eine halbe Stelle aufgestockt. Die Begründung lautet *Personalreduktionen in diesem Amt würden sich nachteilig auf die Bauherrschaften und die gesamte Wirtschaft des Kantons auswirken.* Die SP-Fraktion versteht das nicht. Hier wird nun bei der Raumplanung aufgestockt. Zum einen ist bei der Raumplanung der Richtplan vorbei. Da braucht man nicht noch mehr Personal. Und man muss auch feststellen, dass die Baugesuche eher zurückgehen, sie nehmen nicht zu. Die Begründung ist nicht plausibel, insbesondere deshalb, weil man hier um eine halbe Stelle aufstockt, anderseits man zum Beispiel beim Sozialwesen sehr restriktiv ist, sehr sparsam. Aber hier will man eine halbe Stelle bewilligen. Wir möchten mehr Informationen und der Votant stellt den Antrag, dass man dieses Konto um 70'000 Franken reduziert, das ist ungefähr diese halbe Stelle. Wir möchten aber zuerst die Antwort haben und dann entscheiden, ob wir diesen Antrag zur Abstimmung bringen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass die Einnahmen aus Personalparkgebühren unter Kto. 3061.42710 mit 350'000 Franken budgetiert sind. Beim Zeitpunkt der Budgetierung 2005 war die Streichung der Rückerstattung an das Personal noch nicht bekannt. Auf Grund des Regierungsratsbeschlusses vom 16. November 2004 reduziert sich somit unter 3061.31460 der budgetierte Aufwand von 312'500 Franken um 162'500 auf 150'000 Franken. Somit ist das Budget um 150'000 Franken kleiner. Der Regierungsrat hat aus Spargründen nicht im Sinn, diese Rückerstattung weiterhin zurück zu erstatten.
Zur Diskussion über die Stelle mit dem ARP muss der Votant zuerst sagen, dass Jean-Pierre Prodolliet das einem Protokoll der Stawiko entnommen hat. Die sehr positiven Aussagen im Bericht der erweiterten Stawiko freuen uns natürlich. Er kann ihn aber beruhigen. Wir bauen im Amt für Raumplanung keine zweite Kontaktstelle für Wirtschaft auf. Die 50 %-Stelle kommt dem geografischen Informationssystem GIS zugute. Die beantragte Stelle ist insofern mit der Wirtschaft verknüpft, dass verschiedenste Daten auch mit der Wirtschaft ausgetauscht, resp. von der Wirtschaft im Kanton Zug bereit gestellt werden. Zudem sind auch die Gemeinden froh, wenn wir das GIS dotieren, weil sie ständig an der Ortsplanung sind. Der Begriff Wirtschaftsförderung im Bericht der Stawiko ist ein wenig irritierend.

Berty **Zeiter** möchte also den Antrag stellen, dass einerseits dem Personal die Rückerstattung ausbezahlt wird, andererseits die Parkplatzbewirtschaftungsgebühren entsprechend heraufgesetzt werden.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass die Änderung dieses Parkplatzreglements in der Kompetenz des Regierungsrats liegt. Er hat das aus Spargründen gemacht aber auch deshalb, weil wir in der kantonalen Verwaltung zwei Systeme von Reka-Checks haben. Wir haben die normalen, die über die Finanzverwaltung verteilt werden. Und über das Parkplatzreglement hatten wir auch noch Reka-Railchecks. Dort haben wir die Hälfte des Ertrags der Parkplatzbewirtschaftung an das Personal rückerstattet. Das würde über das Hochbauamt gemacht. Im Herbst erhielten die kantonalen Angestellten ein Couvert mit ihren Reka-Checks. Wir haben uns gesagt, dass sei ja schon gut und recht, aber irgendwie müssen wir auch die Verfahren vereinfachen. Der Gedanke, der hinter dieser Rückerstattung stand, ist mit der Zeit auch irgendwie verloren gegangen und man hat Reka-Railchecks verteilt, ohne dass die Bezüger wohl genau gewusst haben, wieso sie jetzt diese erhalten haben. Wir haben vorhin nicht beantragt, den Budgetkredit um diese 162'500 Franken zu reduzieren, wir haben das einfach zur Kenntnis genommen. Die Regierung hat das Reglement geändert. Die Summe wird dann in der laufenden Rechnung entsprechend tiefer ausfallen. Sonst muss der Finanzdirektor eben wie letztes Jahr nach der Debatte von heute noch einmal ein Budget schreiben. Dann haben wir dann zwei Budgets, das gedruckte und noch einen Budgetantrag. Das ist doch wirklich nicht sinnvoll. Aber die Kürzungen nehmen wir selbstverständlich zur Kenntnis.

Peter **Dür**: Wie Sie wissen, besucht immer eine Stawiko-Delegation die jeweilige Direktion. Bei der Baudirektion waren das Peter Rust und Bruno Pezzatti. Und sie haben René Hutter genau diese Frage gestellt, warum es weiterhin so grosse Kapazitäten im Amt für Raumplanung brauche, obwohl der Richtplan verabschiedet ist. Die Antwort war detailliert. Er hat Folgendes gesagt: Nach dem Beschluss folgt nun die nicht weniger intensive Umsetzung; Anpassungen, Controlling, Umsetzen diverser Aufträge. Dies ist nicht mit weniger Zeit verbunden. Zudem hat das Amt für Raumplanung noch weitere Aufgaben. Er nennt folgende drei Beispiele: Bewilligung von Bauten ausserhalb der Bauzonen – hier konnte bisher mit einer Bearbeitungszeit von eineinhalb bis zwei Monaten gerechnet werden. Mit wenig Personal würde es länger dauern, diese Bewilligung zu erarbeiten. Auch das Beratungsangebot müsste zurückgestuft werden. – Dann laufen zurzeit die Gesamtrevisionen der kommunalen Nutzungspläne. Für das ARP ist das sehr arbeitsintensiv, die Vorprüfung und Genehmigung dauert in der Regel nur gerade zwei bis drei Monate. Damit diese kurzen Verfahrensfristen eingehalten werden können, brauchen sie Personalkapazitäten. Die letzte Nutzungsplanung wird jene der Stadt Zug sein, die voraussichtlich 2007/08 abgeschlossen wird. Bis dann brauchen sie diese Kapazitäten. – Und schlussendlich sieht der Richtplan die Möglichkeit von Bauzonen mit speziellen Vorschriften vor, z.B. Tagungszentrum in Buonas der Roche oder Göhner-Gut, Tageszentrum Novartis. Diese Arbeiten werden sehr eng vom ARP begleitet, damit die Planung von Anfang an rechtskonform aufgegleist werden kann. Es gibt also einige Gründe, wieso René Hutter an diesen Personalkapazitäten festhalten muss. Und darauf basiert unser Kommentar in unserer Vorlage. Wir haben das also im Detail abgeklärt.

Der **Vorsitzende** stellt noch immer Unklarheiten bei der Parkplatzordnung fest und bittet den Finanzdirektor, das zu klären.

Peter **Hegglin** wollte es möglichst einfach machen. Wenn diese Summe eingestellt ist, heisst das ja nicht, dass wir dann diese Summe unbedingt ausgeben müssen. Wir könnten ja auch das ausgeben, was wir wollen. Aber die Änderung des Parkplatzreglements hat zur Folge, dass um 162'500 Franken weniger zurückerstattet wird. Das heisst, dass die Summe 150'000 Franken beträgt.

Sicherheitsdirektion

Karl **Rust** hat eine Frage an den Sicherheitsdirektor zur Motofahrzeugkontrolle, S. 128, Kto. 3581.30500, Begründung. Die Umwandlung von Aushilfsstellen in feste Stellen hat den Unmut der Stawiko ausgelöst. Der Votant möchte nicht weiter darauf eingehen, das ist Sache der Stawiko. Die Pragma-Kommission hingegen wünschte, dass die Motorfahrzeugkontrolle ein Pragma-Projekt werden könnte. Das wurde im Stawiko-Bericht in diesem Jahr abgelehnt, mit der Begründung, es würde dann vielleicht ein Outsourcing-Projekt geprüft. Die Frage ist nun, wann der Entscheid fällt, ob dieses Outsourcing wirklich kommt.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** erinnert den Rat an seine grenzenlose Begeisterung für Pragma. Wir sind nicht dazu gekommen, das Strassenverkehrsamt in dieses Projekt einzubeziehen. Nicht zuletzt deshalb, weil auf 1. Januar 2005 ein neuer Leiter die Arbeit aufnimmt und mit anderen Sachen beschäftigt ist. Wir sind jetzt aber daran und der Votant hatte gestern mit dem neuen Leiter ein Gespräch. Es gehört zu unseren Zielvereinbarungen, dass wir das Strassenverkehrsamt zu einer selbständigen öffentlich/rechtlichen Anstalt machen wollen, ähnlich wie die Gebäudeversicherung. Das ist mit Gesetzesarbeit verbunden. Wir brauchen eine gesetzliche Grundlage, und die wird im nächsten Jahr erarbeitet. Das Ziel des Sicherheitsdirektors ist es, in dieser Legislaturperiode diesen Rat über diese Frage entscheiden zu lassen. Der Regierungsrat ist orientiert, wir haben aber noch keine bindenden Beschlüsse in der Regierung gefasst.

Finanzdirektion

Alois **Gössi** stellt im Namen der SP-Fraktion den Antrag, *den Betrag für Beförderungen von 1 Mio. auf 2 Mio. Franken zu erhöhen*. Dies betrifft das Budget auf S. 148, Kto. Nr. 5011.30132. Die zwei Hauptargumente sind:

1. Leistung soll auch belohnt werden. Hierzu ist das Geld für Beförderungen ein gutes Mittel.
2. Das Personal erhält nur 1 % Teuerungsausgleich. Nur ein kleiner Teil der aufgelaufenen Teuerung wird ausgeglichen. Als Ausgleich dazu möchte der Votant, dass der zur Verfügung stehende Betrag für Beförderungen auf dem gleichen Niveau bleibt wie im laufenden Jahr.

Wahrscheinlich können die Meisten im Rat hier nicht über den eigenen Schatten springen. Aber hier würde es sich besonders lohnen, denn wir wollen die Leistung des Personals belohnen. Besten Dank für Unterstützung dieses Antrags.

Peter **Dür** kann sich nur wiederholen. An der Vormittagssitzung ist ja schon der Sündenfall passiert, dass man zusätzliche 15'000 Franken bewilligt hat, die der Regie-

rungsrat einsparen wollte. Nun haben wir diese Kennzahl von 2,5 % Wachstum im Personalbereich. Der Regierungsrat hat alles daran gesetzt, diese Zahl einzuhalten. Er hat den Spielraum zwischen Beförderung und Teuerung genutzt. Er hat für die Teuerung 1 % gegeben und den Betrag für Beförderungen halbiert. Wenn Sie jetzt hier wieder in dieses System eingreifen, sind Sie völlig inkonsequent. Der Regierungsrat hat Konsequenz gezeigt, und jetzt müssen Sie standfest bleiben, auch wenn es natürlich jetzt vor Weihnachten schön wäre, die Beförderungssumme zu erhöhen. Machen Sie das nicht. Wir wollen auch in Zukunft mit diesen Kennzahlen argumentieren. Und wenn Sie jetzt hier ausscheren, ist dieses Argumentarium definitiv kaputt.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** wäre der Antrag Gössi eigentlich sympathisch. Schliesslich geht es ja um das Verwaltungspersonal. Das sind unsere Leute, die uns täglich unterstützen. Wenn wir so handeln würden wie am Vormittag der Kantonsrat, hätten wir vielleicht hier mehr gemacht. Aber die Regierung ist konsequent, wie wir es in allen Punkten waren. Wir haben nicht nur bei externen Geldempfängern gekürzt, sondern es durchgezogen und überall gemacht, und zwar beim Personal über die Beförderungssumme. Diese Halbierung wurde über alle Direktionen umgelegt, auch über die Gerichte. Und wir haben die Beförderungsrunden eigentlich bereits abgeschlossen. Die Summe, die zur Verfügung stand, ist knapp nicht ausgeschöpft worden. Was die Teuerung betrifft, so wird diese ja jeweils auf der Basis des November-Indexes der Konsumentenpreise errechnet. Und Sie wissen ja, dass seit Sommer in den Herbst hinein die Ölpreise massiv gestiegen sind, und dass dadurch der Konsumenten-Index in die Höhe geschnellt ist. Inzwischen sind aber die Ölpreise wieder um rund 10 % zurückgegangen. Das heisst auch, dass der Index im Dezember wahrscheinlich wieder tiefer liegen wird. Insofern ist das nicht ausgeglichene Manko nicht ganz so gross. Wenn wir dann noch die Leistungen des Arbeitgebers mit anderen Kantonen vergleichen, sieht man, dass z.B. der Kanton Luzern gar keine Teuerung ausschüttet, der Kanton Zürich 0,75 %. Wenn man das so vergleicht, sind unsere Massnahmen doch vertretbar. Ein ganz kleines Geschenk gibt es trotzdem noch für das Personal. Und zwar im Zusammenhang mit Ankündigung unserer Versicherung, dass die Nichtberufsunfall-Versicherungs-Prämie um 0,12 % ansteigt. Wir beabsichtigen, diesen Anstieg voll zu übernehmen.

➔ Der Antrag von Alois Gössi wird mit 49 : 15 Stimmen abgelehnt.

Richterliche Behörden

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass hier eine Erhöhung von 199'200 Franken im Zusammenhang mit zwei ausserordentlichen Ersatzmitgliedern beim Obergericht vorliegt.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Investitionsrechnung

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier eine kleine Korrektur vorgenommen werden muss, und zwar bei der Gesundheitsdirektion die Position 4030.GD0006. Hier ist wegen eines technischen Fehlers der budgetierte Investitionsbeitrag 511'000 statt 430'000 Franken. Informationen zu dieser Änderung findet man auf S. 15 des Stawiko-Berichts.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Das Budget ist durchberaten.

➔ Das Budget 2005 wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

Konto	Bezeichnung	Budget bisher	Budget neu	Differenz
1550.36501 DI	Beiträge für Jugend-föderung	2'016'900	2'306'300	+274'000 + 15'000
1520.36626 DI	Vermessungssub-ventionen an Private	150'000	25'000	-125'000
1580.36200 DI	Denkmalpflege, Beiträge an Gemeinden	263'000	213'200	-49'800
1580.36500 DI	Denkmalpflege, Beiträge an private Institutionen	263'000	213'200	-49'800
1580.36600 DI	Denkmalpflege, Beiträge an private Haushalte	263'000	213'200	-49'800
3061.31460 BD	Parkplatz-bewirtschaftung	312'500	150'000	-162'500
6111.30105 Obergericht	Besoldung Aushilfe-personal	430'000	629'200	+199'200
Investitions-rechnung 4030 GD0006	Div. private Kranken-anstalten. Investitions-beiträge an diverse Einrichtungen	430'000	511'000	+81'000

➔ Der Rat genehmigt den Voranschlag 2005 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

Der **Vorsitzende** stellt den kantonalen Steuerfuss zur Diskussion.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AF unverzagt und unverdrossen den Antrag stellt, den Steuerfuss um 2 % von 82 auf 84 % der Einheitssätze zu erhöhen. Das bringt dem Kanton Zug rund 10 Mio. Franken. Es gilt vorausschauend zu handeln. Die NFA-Wand kommt auf uns zu, und wir bauen uns damit eine kleine Rampe, damit wir 2008 über die Wand hinaus kommen. An dieser Stelle möchte der Votant nochmals daran erinnern, dass das Budget und die Rechnung zwei Kolonnen haben, eine Einnahmen- *und* eine Ausgabenseite. Es ist nicht einzusehen, wieso jetzt auf Vorrat gespart werden soll, aber auf der Einnahmenseite keine ausgleichende Bewegung in Gang gesetzt wird. Der Finanzdirektor will Firmen und Reiche nicht verunsichern, wie er beim Eintreten zum Budget gesagt hat. Stefan Gisler lässt sich durch eine trans-

parente Diskussion um Steuererhöhungen nicht verunsichern, eher durch die Vogel-Strauss-Politik, alle im Ungewissen zu lassen, was denn 2008 an Erhöhung auf uns zukommen könnte. Eine massive Steuererhöhung auf einen Schlag wäre auch sicher nicht gut für die Wirtschaft.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hat bei der Eintretensdebatte noch etwas vergessen, und zwar die Antwort auf ein Votum von Silvia Künzli zum Finanzhaushaltsgesetz. Dazu kann er dem Rat ankündigen, dass wir die Totalrevision in der Regierung beschlossen haben und dass Sie ab Januar Zeit haben, zu einer Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes Stellung zu nehmen. Sie erhalten also von uns wieder eine Hausaufgabe.
Zur Steuerdiskussion. Der Finanzdirektor möchte dem Rat wirklich ans Herz legen, noch keine Erhöhung des Steuersatzes vorzunehmen. Wir haben beide Kolonnen im Griff und im Auge. Und so wie wir auf die Ausgabenseite schauen, betrachten wir auch die Einnahmenseite. Der Votant hat heute bereits angekündigt, dass die Steuererträge höher sind als in der aktualisierten Rechnung, und zwar beträchtlich höher, so dass wir voraussichtlich ein gutes Ergebnis 04 haben werden. Da wäre es wirklich falsch, eine Steuertarifanpassung vorzunehmen. Peter Hegglin ist der Letzte, der eine Steuerdiskussion verweigern würde, aber es ist einfach noch zu früh. Wir haben die Zahlen noch nicht. Man kann intern zwar Modellrechnungen machen, aber wenn man damit jetzt nach aussen tritt, scheucht man etwas auf, das vorerst völlig unnötig ist. Ob der NFA wirklich 2008 in Kraft tritt, ist vorerst noch zu bezweifeln, und es ist noch offen, wie das geschehen wird. Es ist gut möglich, dass da noch etwas zu erreichen ist. Peter Hegglin beantragt, diesen Antrag abzulehnen.

➔ Der Antrag der AF wird mit 57 : 10 Stimmen abgelehnt, womit der Steuerfuss auf 82 % belassen wird.

534A INTERPELLATION VON ALOIS GÖSSI UND MARTIN B. LEHMANN BETREFFEND PERSONALPLAFONIERUNG IN DER KANTONALEN VERWALTUNG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1204.2 – 11529)

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Traktanden 534A und B materiell eng zusammen hängen. Es ist also mit materiellen Überschneidungen zu rechnen. Wir bitten Sie, nach Möglichkeit die beiden Geschäfte auseinander zu halten, weil sie zwei unterschiedlichen rechtlichen Stufen angehören.

Alois **Gössi** und sein Mit-Interpellant haben das Gefühl, dass der Regierungsrat die Interpellation eher dürftig beantwortet hat. Die einzelnen Direktionen haben einen Personalbedarf von fast 29 Stellen angemeldet, der Regierungsrat bewilligte jedoch nur deren 15,6 zusätzliche Stellen. Er kürzte die Stellen jedoch nicht, weil er überzeugt ist, dass er weniger Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen braucht, sondern er kürzte sie, weil er mit seinen Vorgaben die Finanzstrategie um jeden Preis erfüllen will. Im Jahr 2003 gab es bei der Polizei und bei der Steuerverwaltung Überstunden in der

Grössenordnung von beinahe 19'000 Stunden, d.h. etwa zehn Vollzeitstellen. Der Votant möchte gern von Peter Hegglin wissen, wie gross alle Überstunden beim Kanton waren, nicht nur in diesen zwei Abteilungen. – Die ausbezahlten Überstunden werden zusätzlich mit einem Zuschlag von 25 % ausbezahlt, was gesetzlich vorgeschrieben ist. Dies ist ein ganz erklecklicher Zusatzbetrag, den der Kanton Zug zu übernehmen hat. Schon aus diesem Grunde wäre es sinnvoller, mehr Personal anzustellen, damit für den gleichen Preis mehr Leistung – weil ohne 25 %-Zuschlag – erbracht wird. Der Regierungsrat schreibt schon fast resignierend: «Ein solcher Zustand (gemeint ist die hohe Zahl von Überstunden) kann auf die Dauer nicht eingehalten werden, ohne dass infolge der permanenten Überlastung sowie der fehlenden Ruhezeiten der Wert der ausgeführten Tätigkeiten und die Motivation der Mitarbeitenden sinken». Aber er macht nur halbherzig etwas dagegen, er macht nur, was im Bereiche Finanzstrategie liegt, mehr liegt für ihn nicht drin.
Der Regierungsrat drückt sich auch vor klaren Aussagen, wie er das Problem mit knappen Ressourcen im Bereich Personal und der laufend grossen Zunahme unserer Bevölkerung sowie der juristischen Personen und einem guten, bis exzellenten Service Public, für den sich unser Kanton ja auch gerne rühmt, lösen will. Wobei hier nicht nur der Regierungsrat alleine belangt werden kann, auch hier haben wir vom Kantonsrat eine Verantwortung, aus der wir uns nicht stehlen können. Wir setzen dem Regierungsrat Rahmenbedingungen oder sagen einfach, er soll mit den bestehenden Ressourcen auskommen, er soll mit seinem Personal effizienter und wirtschaftlicher umgehen. Hier erwartet Alois Gössi von denjenigen im Kantonsrat, die immer vom Sparen reden – sei es im Personalbereich oder bei den Ausgaben –, dass sie auch klar sagen, auf was wir verzichten sollen, wollen oder müssen. Er erwartet auch, dass sie sagen, wo wir unseren hoch stehenden Service Public, dessen wir uns rühmen, reduzieren sollen, denn mit der bestehenden Personalplafonierung können wir den bestehenden Service Public wahrscheinlich nicht mehr lange aufrechterhalten: Die Schere klafft auseinander zwischen dem Möglichen und dem Gewünschten.

Louis **Suter** ist der Ansicht, dass wenn Parlament und Regierung bei der Personalplafonierung unterschiedliche Interessen vertreten, das in der Natur der Sache liegt. Das Ganze kommt ihm vor wie ein Zweifrankenstück: Auf der Seite mit der Ziffer zwei das Parlament, welches in Anbetracht des steten Wachstums in der Verwaltung die Kosten in Griff behalten will, auf der Seite der stehenden Helvetia die Regierung, welche die stete Zunahme der Verwaltungsaufgaben mit zusätzlichem Personal bewältigen will. Für zusätzliche neue Personalstellen für tatsächlich neue Aufgaben hat die CVP immer objektiv Stellung bezogen. Kein Verständnis hat unsere Fraktion jedoch für das gezielte Umgehen des Plafonierungsbeschlusses. Dies trifft insbesondere für die Finanz- und die Sicherheitsdirektionen zu. Hier sind neue Stellen geschaffen worden, welche so durch den Kantonsratsbeschluss nie vorgesehen waren. Wir sind deshalb froh, dass der neue Finanzdirektor reinen Tisch machen will, die Ungereimtheiten offen legt und für Transparenz sorgen will. Im Gegensatz zur Finanzdirektion, wo es in erster Linie um die Bereinigung von Altlasten geht, für welche die damalige Finanzdirektorin verantwortlich ist, kann man bei der Sicherheitsdirektion nicht von Altlasten sprechen. Im Gegenteil: Diskussionen um die Umsetzung des Personalplafonierungsbeschlusses durch die Sicherheitsdirektion sind nicht neu. Es sei dabei an die Interpellation unserer Fraktionskollegin Vreni Wicky betreffend Personalstellen bei der Zuger Polizei vom März 2003 erinnert. Bekanntlich haben wir beim Kantonsrat nicht ständige Kommissionen mit festem Auftrag. Es scheint, dass

sich unser Sicherheitsdirektor davon inspirieren liess, als er immer wieder Aushilfspersonal mit festem Auftrag langjährig anstellte. Gemäss § 2 der Personalverordnung handelt es sich beim Aushilfspersonal aber um Personen, die stellvertretend die Arbeit von vorübergehend ausfallenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen. Wenn nun mit Hilfspersonal die Arbeit der Radaradministration übernommen wird, ist dies mit Sicherheit nicht der Fall. Solches Vorgehen – dies betrifft die damalige Finanzdirektion und die Sicherheitsdirektion – kann nicht toleriert werden und trübt mit Sicherheit das Vertrauensverhältnis zwischen der Regierung und dem Parlament. Letztlich schneidet man sich damit ins eigene Fleisch, wird es doch unter solchen Umständen immer schwieriger, dass der Kantonsrat berechtigte, neue Personalstellen bewilligt.
Wenn nun die CVP-Fraktion den Regierungsantrag und den mit Hängen und Würgen zustande gekommen Antrag der Stawiko für maximal 934,5 Personalstellen trotzdem unterstützt, so tut sie das einzig allein darum, weil mit einer Reduktion nicht die Regierung, sondern in erster Linie das Personal bestraft würde. Wie die Stawiko verstehen auch wir diese Unterstützung als einmalige Bereinigung von Altlasten. In diesem Sinne unterstützen wir auch den zweiten Antrag der Stawiko, § 1 Abs. 2 Bst. d mit dem Wortlaut «die nicht dem Vollzug kantonaler Aufgaben dienen» zu ergänzen. Mit diesem Votum nehmen wir indirekt auch gleichzeitig Stellung zur Interpellation von Alois Gössi und Martin Lehmann. Der Antrag der Regierung, die Personalstellen für die nächsten 4 Jahre um 16,5 Stellen bzw. um 2,5 % zu erhöhen, wird, wie bereits erwähnt, von der CVP unterstützt. Wir sind überzeugt, dass damit die Voraussetzungen für eine weiterhin gute Qualität des Leistungsstandards unserer Verwaltung geschaffen werden. Bei allen Diskussionen um die Stellenplafonierung dürfen wir aber nicht vergessen, dass der NFA einschneidende Auswirkungen haben wird. Bei allen Entscheiden müssen die zukünftig vorhanden finanziellen Möglichkeiten objektiv einbezogen werden. Innerhalb und zwischen den Direktionen sind die Möglichkeiten des Stellenaustauschs vermehrt und besser zu nutzen. Synergiemöglichkeiten müssen optimal genutzt, Doppelspurigkeiten rigoros abgebaut werden. In diesem Sinne müssen auch Neuzuteilungen von Aufgaben bei den Ämtern innerhalb und zwischen den Direktionen möglich sein. Solche Massnahmen können und sollen zur Verminderung von zusätzlich benötigen neuen Stellen beitragen und eröffnen damit innerhalb der Personalplafonierung neue Möglichkeiten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** betont, dass die Regierung die Interpellation nicht aus dem hohlen Bauch heraus beantwortet hat. Wir haben eine Umfrage gemacht bei den Direktionen und haben die Antworten versucht einfliessen zu lassen. Und wenn da nicht substanziell mehr gekommen ist, liegt das vielleicht daran, dass sehr Vieles im subjektiven Bereich liegt, Überlastung, die reduzierte Leistungserfüllung der Arbeitenden. Es war schwierig, materiell mehr einzubringen. – Zu den geleisteten Überstunden. In der Interpellationsbeantwortung haben wir ausgeführt, wie viel bei der Polizei und der Steuerverwaltung angefallen sind. Wenn man das in der Gesamtverwaltung betrachtet, so sind Überstanden in der Grössenordnung von acht Vollstellen geleistet worden, oder für eine Summe von 1,035 Mio. Franken.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** weist darauf hin, dass im Votum von Louis Suter suggeriert worden ist, dass die Sicherheitsdirektion irgendetwas versteckt habe. Der Votant muss einfach klar und deutlich sagen: Wir haben all diese Stellen immer im Budget ausgewiesen. Er erinnert den Rat an die Rechnung 1998, wo wir in der Ab-

weichungsbegründung ausdrücklich schrieben: Einführung Verkehrskontrolldienst. Er erinnert an das Budget 2002. Da haben wir in der Begründung ausdrücklich geschrieben: Die Zunahme hängt damit zusammen, dass wir Verkehrskontrolldienstaufgaben und Personal von der Stadt übernehmen. Der Sicherheitsdirektor muss in aller Form zurückweisen, dass wir irgendetwas versteckt haben. Wir haben das immer klar ausgewiesen. Es ist auch zu präzisieren, was die Stawiko bezüglich der Befristung sagt. Im Personalgesetz wird ausdrücklich gesagt, dass Lehrlinge, Aushilfspersonal und Hilfskräfte durch zivilrechtlichen Arbeitsvertrag angestellt werden. Das sind nicht die Aushilfen, die irgendetwas machen müssen, weil jemand krank geworden ist. Es ist logisch, dass diese befristet sind. In der zitierten Vollziehungsverordnung wird dann hergeleitet: «Hilfskräfte sind Personen …». Und jetzt gibt es drei Kategorien. Die erste ist: «Personen, die zur Erledigung eines vorübergehenden ausserordentlichen Arbeitsanfalls angestellt werden.» Die zweite Kategorie sind Personen im Büroreinigungsdienst. Das ist logisch, der Büroreinigungsdienst ist keine ausserordentliche Aufgabe, die befristet ist, sondern eine Daueraufgabe. Und dann steht «dergleichen». Und sowohl Verkehrskontrolldienst wie Leute in der Radaradministration sind klassische Hilfskräfte. Hanspeter Uster stellt doch nicht voll ausgebildete Polizisten an, um Radarbilder zu analysieren und Bussenbescheide aus dem Computer herauszulassen. Das machen die Hilfskräfte, genau so wie der ruhende Verkehr durch Hilfskräfte kontrolliert wird, die spezifisch für diese Aufgabe ausgebildet werden. Wir haben das ausgewiesen.
Und wenn Louis Suter dann noch die Interpellation Vreni Wicky zitiert, wird auch so getan, als wenn irgendetwas im Unklaren geblieben wäre. Es gibt keine Direktion, die über ihre letzte Aushilfsstelle zahlenmässig so detailliert Auskunft gegeben hat. Lesen Sie die mündliche Antwort des Regierungsrats im Regierungsprotokoll vom 25. März 2003. In Ziff. 5 sagen wir: «Es gibt sechs Personen mit insgesamt 4½ Personaleinheiten, die sind befristet, und es gibt zwölf Personen mit insgesamt 8,3 Personaleinheiten, inkl. die 4½ befristeten Stellen.» Wir haben das tatsächlich ausgewiesen, wie auch in Ziff. 4 damals den Verkehrskontrolldienst. Und Vreni Wicky, die den Sicherheitsdirektor zusammen mit Andreas Hotz kontrolliert, dankt dem Regierungsrat, und vor allem auch der Verwaltung für die Beantwortung ihrer Interpellation. Und dann sagt sie, sie habe noch mit dem Polizeikommandanten einige Fragen und Unklarheiten abgeklärt. Sie fährt fort: «Es ist offen auseinanderdividiert worden, wer unter welche Plafonierung fällt und welche Stellen über Aushilfen besetzt werden und damit nicht der Plafonierung unterstehen.» Und dann sagt sie: «Nicht darunter fallen die Verkehrskontrolldienst wie auch die Aushilfen mit 12 Personen und insgesamt 8,3 Personaleinheiten. Auch die 38 Angehörigen der Hilfspolizei unterliegen nicht der Plafonierung.» Und dann: «Die Votantin ist froh, dass verschiedenste Fragen ausgeräumt werden konnten.» Und jetzt wird dem Sicherheitsdirektor unterstellt, dass er irgendetwas verschwiegen oder gar verdeckt hätte. Da muss er sich wehren und das zu Protokoll geben. Er bittet den Rat, das zu Kenntnis zu nehmen. Es wäre ein schönes Weihnachtsgeschenk für Sie, aber auch für das Personal, das engagiert und gut arbeitet.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

534B KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEWILLIGUNG VON PERSONALSTELLEN IN DEN JAHREN 2005-2008

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1255.1/.2 – 11532/33) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1255.3 – 11606).

Peter **Dür** hält fest, dass die erweiterte Stawiko diese Vorlage an ihrer Sitzung vom 22. November 2004 beraten hat. Im Gegensatz zum Budget hat diese Vorlage enorm viel Zeit gebraucht. Entsprechend wird der Stawiko-Präsident einige Ausführungen machen müssen. Der zurzeit gültige KR-Beschluss zur Personalplafonierung vom 26. Oktober 2000 läuft Ende 2004 aus. Die Regierung beantragt bekanntlich für 2005-2008 15,6 Stellen. Die erweiterte Stawiko hat mit 12: 3 Stimmen beschlossen, auf die Vorlage einzutreten. Ausschlaggebend für die Neinstimmen ist in erster Linie die Tatsache, dass in der Vergangenheit Stellen ausserhalb der Plafonierung geschaffen worden sind, welche der Kantonsrat so nie vorgesehen hatte. In den vergangenen Jahren wurde vom Kantonsrat mehrfach Auskunft zum Konto «Aushilfenstellen» verlangt. Die Antworten waren immer ausweichend. Wir wurden das Gefühl nicht los, dass das Konto Aushilfen zur Umgehung des Personalplafonierungsbeschlusses benutzt wurde. Der bereits damals geäusserte Verdacht bestätigt sich nun. Das Konto «Besoldung Aushilfspersonen» stellt ein Sammelkonto dar, in dem verschiedene Angestelltengruppen mit zivilrechtlichem Arbeitsverhältnis aufgeführt sind. In der Personalverordnung gibt es klare Definitionen zu diesen verschiedenen Angestelltengruppen. Der Begriff «Aushilfen» wurde von der Regierung sehr weit und nicht entsprechend der Definition in der Personalverordnung ausgelegt und damit der Personalplafonierungsbeschluss mehrfach missachtet. Ebenfalls missachtet wurde dieser Beschluss durch eine 2001 erlassene Verfügung der damaligen Finanzdirektorin, zehn Stellen der Steuerverwaltung als «von Dritten finanziert» (d.h. durch den Bund zur Erhebung der Bundessteuer finanziert) zu bezeichnen und damit zehn neue Stellen in der Steuerverwaltung zu schaffen. Dieses Personal wurde aber nicht nur für die Erhebung der Bundessteuer, sondern auch für kantonale Aufgaben eingesetzt. Verschiedene Kantonsratsmitglieder fühlen sich durch diese Tatsachen in ihrer Meinung bestätigt, dass die Regierung in der Vergangenheit das Parlament mehrfach in Personalfragen getäuscht und damit diesbezüglich auch nicht ernst genommen hat. Entsprechend intensiv und kontrovers waren die Diskussionen in der erweiterten Stawiko. Wir stellten uns zwei Fragen:

1. Wie können wir diese Altlasten sanieren und eine saubere Ausgangsbasis für die Zukunft schaffen.
2. Wie können wir verhindern, dass eine zukünftige Regierung wieder versucht, den Willen des Parlamentes zu missachten.

Unser Lösungsvorschlag sieht wie folgt aus: Wir begrüssen es sehr und werten es als sehr gutes Zeichen, dass die jetzige Regierung volle Transparenz geschaffen und sämtliche Fakten offen auf den Tisch gelegt hat. Das Gesuch, 16,5 bisherige Aushilfsstellen in Feststellen umzuwandeln, zeigt den Willen der Regierung, eine saubere Ausgangsbasis für die Zukunft zu schaffen und das Personal entsprechend ihrer Tätigkeit, anzustellen. Aus Sicht einer Mehrheit der erweiterten Stawiko geht es nun darum, ein neues Vertrauensverhältnis mit der Regierung aufzubauen und im Sinne einer gemeinsamen Vereinbarung die Regeln für die weitere Zusammenarbeit zu formulieren. Diese gemeinsame Vereinbarung zwischen Regierung und Parlament hat selbstverständlich keinen bindenden Charakter wie ein Gesetz. Sie steht aber im Protokoll und zeigt auf, wie Parlament und Regierung sich eine von Vertrauen

geprägte Zusammenarbeit in Zukunft vorstellen. Die Punkte unseres Vorschlages für eine gemeinsame Vereinbarung sehen wie folgt aus:
Einmaliger Auftrag
Die Regierung veranlasst eine rechtliche Abklärung zur Definition der «von Dritten nachweisbar voll finanzierten Stellen» und macht Angaben zu den finanziellen Rückerstattungen auf Stufe Konto zu jeder aktuell unter diese Kategorie fallender Stelle. Wir möchten langfristig klarstellen, was von Dritten finanzierte Stellen sind.
Daueraufträge
- Durch Dritte finanzierte Stellen werden nur geschaffen, wenn die Definition eingehalten ist und wenn die entsprechenden Rückerstattungen nachvollzogen werden kann. Bei der Anstellung von Aushilfen und Hilfskräften werden die Definitionen gemäss § 2 Abs. 2 und 3 der Personalverordnung vom 12. Dezember 1994 eingehalten. Diese stellt übrigens auch einen Schutz für das Personal dar, das in Zukunft nur noch gemäss den Definitionen und den dazu passenden Tätigkeiten angestellt werden kann.
- Die Vorgaben zum Personalaufwand gemäss aktualisierter Finanzstrategie in den Jahren 2004 - 2010 werden eingehalten. Es geht um diese 2,5 Prozent. Man muss sich bewusst sein, dass es noch 885 Stellen ausserhalb der Personalplafonierung gibt. Mit der Plafonierung können Sie nur *ein* Gefäss kontrollieren, mit den 2,5 Prozent der Strategie die ganzen Personalkosten.
- Das Konto «Besoldung Aushilfspersonal» erhöht sich, ausgehend vom Wert im Budget 2005, von 7,8 Mio. Franken, maximal um die Teuerung. Letzten Dezember haben wir das Konto auf 9 Mio. plafoniert. Jetzt werden von diesem Konto noch die Aushilfen abgezogen. Und damit resultieren 7,8 Mio., die plafoniert werden.
Die erweiterte Stawiko erhält jährlich mit dem Budget eine detaillierte Aufstellung der verschiedenen Personalkategorien.
Diese Massnahme ermöglicht es uns, die Entwicklung im Personalbereich regelmässig zu kontrollieren.
Soweit unsere Anträge für eine gemeinsame Vereinbarung. – In der Detailberatung wurde der Antrag gestellt, maximal lediglich 920 Stellen zu bewilligen, d.h. den Antrag der Regierung um 4,5 Stellen zu kürzen. Es sollen nicht alle beantragten Stellen bewilligt werden als Ausdruck dafür, dass den Kantonsrat gegen die seinerzeitige Vorgehensweise der Regierung beziehungsweise der Finanzdirektion protestiere. Nach sehr kontroversen Diskussionen wurde dieser Antrag mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt. Die knappe Mehrheit war der Meinung, dass die Anstrengungen der Regierung gewürdigt werden sollen. Es ist nicht sinnvoll, bereits wieder die Konfrontation zu suchen und damit das Vertrauensverhältnis definitiv zu stören. Die Regierung hat sich bemüht, allen unseren Forderungen gerecht zu werden. Sie hält die Kennzahlen in der Finanzstrategie klar ein – dies müssen wir anerkennen.
Zusammenfassung. Geht die Regierung auf diese erwähnte Vereinbarung ein, beantragt Ihnen die erweiterte Stawiko, die 15,6 neuen Stellen für den Zeitraum 2005-2008 zu bewilligen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Anträge aus den Direktionen bereits halbiert wurden und sich die Regierung mit der jetzt beantragten Personalaufstockung auf das absolut Notwendige beschränkt. Es wird zudem einstimmig beschlossen, dem Kantonsrat im Sinne einer einmaligen Bereinigung von Altlasten den Antrag zu stellen, den Personalplafonds zusätzlich um 10 auf insgesamt 934,5 Stellen zu erhöhen. Damit können die 10 Personalstellen, die fälschlicherweise unter der Kategorie «von Dritten nachweisbar voll finanzierten Stellen» angestellt wurden, ebenfalls in den Personalplafonierungsbeschluss genommen werden. Der Kantonsrat muss sich bewusst sein, dass mit dieser Massnahme keine neuen Kosten entstehen. Es geht nur um die korrekte Anstellung dieser Personen

entsprechend ihrer Aufgabe. Mit dieser Massnahme wird eine weitere Bereinigung vollzogen, was uns jährlich wiederkehrende Diskussionen ersparen wird. Die erweiterte Stawiko beantragt Ihnen mit 8 : 7 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten, der kantonalen Verwaltung für den Zeitraum 2005-2008 maximal 934,5 Personalstellen zu bewilligen, und. § 1 Abs. 2 Bst. d wie folgt zu formulieren: *die von Dritten nachweisbar voll finanzierten Personalstellen, die nicht dem Vollzug kantonaler Aufgaben dienen*.

Louis **Suter** möchte einen Punkt berichtigen. Er hat nie gesagt, dass der Sicherheitsdirektor irgendetwas versteckt oder verschwiegen habe. Er hat das mit keinem einzigen Wort erwähnt. Der Sicherheitsdirektor hat praktisch die ganze Richtigstellung auf diesem Aspekt aufgebaut. Der Votant liest aus dem Stawiko-Bericht, S. 5: «Umwandlung von Aushilfs- in Feststellen». Er hat nur diesen Artikel erwähnt, wo es um Aushilfspersonal geht. Und da liest er, dass für die Sachbearbeitung Radaradministration bis jetzt verschiedene halbe Stellen und teilweise ganz Stelleneinheiten eingesetzt worden sind. Und diese neu der Personalplafonierung unterstellt werden. Wenn es sich nicht um Aushilfsstellen gehandelt hätte, würden Sie diese ja jetzt auch nicht der Personalplafonierung unterstellen. Es sind ja nicht Hilfskräfte oder so etwas. Und dem will ja jetzt auch die Stawiko mit ihrem Antrag ganz klar entgegenwirken, d.h. neu ist es ganz klar, was der Plafonierung unterstellt ist und was nicht. Louis Suter hat nur dies sagen wollen und er wehrt sich dagegen, dass Hanspeter Uster ihm unterstellt, er habe behauptet, er verstecke etwas.

Andrea **Hodel** kann namens einer Mehrheit der FDP-Fraktion mitteilen, dass wir dem KR-Beschluss mit der Änderung der Stawiko-Mehrheit sowohl bezüglich Eintreten als auch in der Detailberatung zustimmen. Die Stawiko hat ihre Arbeit sehr gut gemacht. Die Regierung hat die Zeichen der Zeit erkannt, die Ziele der aktualisierten Finanzstrategie eingehalten und bei der Schaffung zusätzlicher Planstellen Augenmass bewiesen. – Der Stellenplafonierungsbeschluss ist nach wie vor nötig. Er ist im Moment, und solange wir nicht mit Globalbudgets für die gesamte Verwaltung arbeiten, das Mittel um die Personalkosten im Griff zu behalten. Vergessen wir nicht, dass wir insgesamt rund 235 Mio. Franken für das Personal aufwenden. Allein mit den Zielvorgaben der Finanzstrategie, die ja nirgends gesetzlich vorgeschrieben sind und von der Regierung auch einmal nicht beachtet werden könnten, ist es nicht möglich, die Kosten im Griff zu behalten. Die FDP-Fraktion steht deshalb hinter der Personalplafonierung. Mit der Bewilligung der Personalstellen gemäss Antrag Regierung bzw. Antrag der Stawiko unter Berücksichtigung der Bereinigung der so genannten Altlasten wird die Zitrone nicht ausgepresst. Es wird einzig Sorge getragen, dass eben die Finanzstrategie eingehalten und das Kostenwachstum im Griff behalten wird. Wenn sich die FDP-Fraktion für die Stawiko Mehrheit und gegen die Minderheit ausgesprochen hat, so im Wesentlichen aus folgenden Gründen:
Die Stawiko-Minderheit begründet ihren Antrag auf Streichung von 4,5 Stellen nicht, mit Ausnahme des Umstands, dass die Regierung bestraft werden solle für ihre bisher nicht korrekt deklarierten Stellen. Wir bestrafen mit dieser Aktion aber nicht den Regierungsrat, sondern das Personal. Damit treffen wir den Falschen. – Der Regierungsrat hat mit der Stawiko eine Vereinbarung getroffen, nämlich die Ziele der Finanzstrategie einzuhalten. Diese Vereinbarung erfüllt die Regierung. Das System der Zielvorgabe wird nur geschwächt, wenn wir die Regierung trotz Einhaltung der Zielvorgabe in ihren Forderungen, welche nach Ansicht der Mehrheit der FDP-Frak-

tion berechtigt sind, nicht unterstützen. Wir verlangen motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einen guten Service Public. Dies geht nicht, wenn wir unsererseits die Anliegen des Personals nicht ernst nehmen. Nach Ansicht der Mehrheit der FDP-Fraktion sind die Stellenanträge begründet. Wir sind deshalb bereit, mit der Regierung zusammen zu arbeiten, auf gegenseitiges Vertrauen zu bauen und diese Stellen zu bewilligen. Gleichzeitig ersuchen wir, die von der Stawiko geforderte Ergänzung zu §1 Abs. 2 Bst. b zu unterstützen. Die Votantin dankt dem Rat, wenn er der Regierung mit dieser Bewilligung der Personalstellen das Vertrauen ausspricht und die Regierung gleichzeitig in die Pflicht nimmt, die Finanzstrategie einzuhalten.

Martin B. **Lehmann**: Die Stellenplafonierung und der damit einhergehende jährliche Stellen-Bazar ist entwürdigend, wachstumspolitisch paradox und erst noch ein administrativer Leerlauf. Entwürdigend, weil nur mit einem Rückkommensantrag in der erweiterten Stawiko-Sitzung ein völlig willkürlicher Antrag zur Kürzung des regierungsrätlichen Antrags noch knapp erfolgreich bekämpft werden konnte. Eine Strafaktion also auf dem Buckel der Staatsangestellten, welche auf den durch die frühere Regierung aus der Not etwas freizügig interpretierte Begriff «Aushilfe» zurückzuführen ist. Wachstumspolitisch paradox, weil bei unserer Verwaltung beim andauernden Zuzug von juristischen aber auch natürlichen Personen naturgemäss ein Mehraufwand entsteht, welcher mit einem plafonierten Mitarbeiterbestand nur mit Preisgabe der allerseits immer betonten weichen Standortvorteile zu machen ist. Und zu guter letzt ein administrativer Leerlauf: Wenn schon sämtliche Traktanden mittlerweile fast nur noch durch die finanzpolitische Brille betrachtet werden, dann bitte auch hier. Der Regierungsrat bewegt sich mit den zusätzlich beantragten Stellen innerhalb der Vorgaben der aktualisierten Finanzstrategie, und das ist doch matchentscheidend und nicht die Anzahl Stellen. Zudem: Der Votant ist normalerweise eher zurückhaltend gegenüber amerikanischen Management-Methoden. Aber mit Pragma und den damit einzuführenden Globalbudgets könnten wir uns und dem Staatspersonal solche Diskussionen zukünftig ersparen. – Die SP-Fraktion begrüsst die von der jetzigen Regierung an den Tag gelegte Transparenz und befürwortet ausdrücklich den von ihr beantragten neuen Stellen-Etat, und zwar im vollen Umfang. Ebenfalls unterstützen wir den Antrag der Stawiko, die zehn bis dato ausserhalb der Plafonierung figurierenden und drittfinanzierten Stellen in der Steuerverwaltung in den ordentlichen Plafonds zu übernehmen.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass es bei dieser Vorlage im Kern um drei Punkte geht. – Erstens um die Umwandlung von 16,5 langjährigen Aushilfs- in Feststellen. Die AF dankt der Regierung, dass sie in diesem Bereich für die notwendige Transparenz gesorgt hat. Diese Umwandlung ist sachlich unbestritten, zumal im Stawiko-Bericht deutlich festgehalten wird, dass sie kostenneutral ist. Das Konto 30105 wird von 9 auf 7,8 Millionen reduziert. – Zweitens geht es um die Umwandlung von zehn Stellen beim Finanzdepartement. Der Personalplafonds wird um zehn Stellen erhöht, gleichzeitig wird der Bereich «von Dritten finanzierte Stellen» um zehn Stellen reduziert. Die AF ist wie die Stawiko einstimmig für diese Umwandlung. – Und drittens geht es um 15,6 neu beantragte Stellen bei den plafonierten im Zeitraum von heute bis ins Jahr 2008. Die Regierung hält sich damit an die vom Kantonsrat mitgetragenen strategischen Vorgaben mit einem abgeschwächten Wachstum im Personalbereich von maximal 2,5 %. Dies wurde möglich, weil die Regierung ihre Personalbegehren um die Hälfte gekürzt hat. In der Antwort auf die Interpellation zur Personal-

plafonierung nämlich sagte die Regierung noch, dass der eigentliche Stellenbedarf bei rund 29 Stellen läge.
Zusammenfassend ist aus Sicht der AF diese Vorlage eine Mindestlösung. Sie konnten es dem Bericht des Regierungsrats zum Budget 2005 entnehmen. Steuerpflichtige natürliche Personen nehmen um 1 % zu, und die Zahl der juristischen Personen nimmt um 4 % zu. Das ist weit über dem schweizerischen Schnitt und da braucht es eine personell genügend dotierte öffentliche Verwaltung, um Schritt zu halten. Weitere Sparübungen im Personalbereich würde zu einem Leistungsabbau bei Qualität und Effizienz des Service Public kommen: Zu Lasten der Bevölkerung und der viel gerühmten Standortqualitäten und der Wirtschaftfreundlichkeit. Kommt hinzu, dass Zugs Verwaltungsgrösse allein bezüglich Einwohnerzahl leicht unter dem Schweizer Durchschnitt liegt. Rechnet man die im Schweizer Vergleich bis zu viermal höhere Anzahl Firmen mit ein, die ja auch öffentliche Leistungen in Anspruch nehmen, liegt Zug weit unter dem Schnitt. Das sagt die Regierung in ihrer Stellungnahme zum Gutachten Kirchgässner und Hauser. Fazit: Die AF unterstützt den von der Regierung vorgeschlagenen und durch die Stawiko gutgeheissenen Personalstellenbeschluss inklusive der Änderungen gemäss Antrag Stawiko. Sie haben der Regierung Vorgaben bezüglich Personalwachstum gemacht. Die Regierung hat diese eingehalten. Darüber hinaus hat sie frühere Unklarheiten bereinigt. Honorieren Sie beides mit einem Ja zur Vorlage.

Bruno **Pezzatti** beantragt namens der Fraktionsminderheit der FDP, maximal 930 Stellen, d.h. 4,5 Stellen weniger als von der Regierung und knappen Stawiko-Mehrheit beantragt, zu bewilligen. Zur Begründung:
1. Die in den vergangenen Jahren wiederholte Missachtung der Personalverordnung, vor allem bei der Anstellung von Aushilfspersonal, und die dadurch zum Teil bewusst vorgenommene Aushebelung der Personalplafonierung darf nicht einfach so sanktionslos hingenommen werden. Nötig ist ein klares Zeichen, eine Massnahme, die weh tut. Die von der erwähnten schwachen Stawiko-Mehrheit vorgeschlagene Lösung, d.h. jetzt eine Bereinigung der Altlasten vorzunehmen, die Aushilfsstellen in Feststellen umzuwandeln und dies mit verbalen Bedingungen zu verknüpfen, ist problematisch, zu grosszügig und finanzpolitisch fehl am Platz. An Regierung und Verwaltung würde so ein falsches Signal ausgesendet. Rechtswidriges Anstellen von (Aushilfs)personal würde nachträglich belohnt und damit das künftige, erneute Umgehen von Kantonsratsbeschlüssen vorprogrammiert.
2. Die Reduktion der Stellenumwandlung um 4,5 Stellen entspricht 0,48 % aller Feststellen. Es kann hier im Saal wohl niemand im Ernst behaupten, dass diese in vier Jahren vorzunehmende, minimale Reduktion des Stellenetats für Regierung und Verwaltung nicht verkraftbar ist. Bei welchen Direktionen entsprechende minimale Abstriche vorgenommen werden müssten, ist von der Regierung selbst zu bestimmen. Der Votant geht aber davon aus, dass die Prioritäten richtig gesetzt werden und vor allen dort gekürzt wird, wo am wenigsten Bedarf besteht und wo in der Vergangenheit am meisten gesündigt wurde.
3. Der Druck auf die Regierung, das Ausgabenwachstum zu bremsen, muss im Interesse von auch in Zukunft gesunden Staatsfinanzen unbedingt aufrechterhalten werden. Wir dürfen hier nicht nachlassen. Bevor im Zusammenhang mit der NFA über allfällige Steuererhöhungen diskutiert wird, muss im Interesse der Steuerzahler jedes sich bietende Sparpotential, auch bei den Personalstellen und in der Verwaltung, genutzt werden.

Vreni **Wicky** muss jetzt einfach noch etwas sagen. Louis Suter und der Sicherheitsdirektor haben sie zitiert. Sie konnte sich aber mit Louis Suter nicht absprechen. Sie war leider nicht an der Fraktionssitzung, weil sie zu dieser Zeit nämlich das Budget der Stadt durchlitt. Ein Kompliment Hanspeter Uster, er ist der schlaue Fuchs der Regierung und ein brillanter Rhetoriker. Die Interpellation hat die Votantin nämlich gemacht, weil sie schon damals merkte, dass irgendetwas nicht stimmte. Er hat ihr Auskunft gegeben, aber anscheinend nicht alles gesagt. Er sagt jetzt, so detailliert gebe nur die Sicherheitsdirektion Auskunft. Heute zeigt es sich auch, dass nur bei der Sicherheitsdirektion solche Stellen umgewandelt werden müssen. Die Tatsache, dass der Regierungsrat diese Stellen heute nämlich umwandelt, zeigt ja, dass es nicht richtig war, dass sie unter Aushilfen liefen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** meint, es seien harte Vorwürfe zu Handen der vorherigen Regierung gefallen. Man spricht von Missachtung und nicht Ernstnehmen von KR-Beschlüssen. Der Votant muss die Vorgänger doch etwas in Schutz nehmen, denn sie haben ja den Stellenbeschluss nicht zum Plausch ausgereizt oder gedehnt. Sondern sie haben das gemacht, um Aufträge zu erfüllen, die sie vom Parlament in Form von Gesetzen und KR-Beschlüssen erhalten haben. Und wenn sie beim Aushilfskonto mehr Leute beschäftigt haben statt z.B. mit Überzeit zu fahren, ist das ja unter dem Strich günstiger gekommen, weil Überzeit mit 25 % Zulage vergütet werden muss. Als wir die Vorlage gemacht haben, sind wir uns bewusst gewesen, dass wir ein heikles Thema ansprechen. Aber wir haben gesagt: Wir wollen das offen legen und korrigieren. Es gibt da ja verschiedene Optiken. Wir haben die Finanzstrategie, die sagt: 2,5 % Wachstum maximal. Wenn wir dieses Ziel einhalten wollen, müssen wir Transparenz schaffen, in welchen Kategorien wir Kosten haben. Von daher haben wir das genau analysiert, und nicht nur zu Handen von uns, sondern auch zu Handen des Parlaments. Der Finanzdirektor betrachtet es schon als eine Strafaktion, wenn auf diese Offenheit und den Antrag auf Bereinigung die Regierung gestraft werden soll, weil man in der Vergangenheit diese Begriffe zu grosszügig ausgelegt hat. Wenn man jetzt die beantragten Stellen kürzt, die wir ja selber schon um die Hälfte des Bedarfs gekürzt haben. Das kommt Peter Hegglin fast so vor wie bei einer Sportveranstaltung. Wir haben das gesetzte Ziel erreicht, und jetzt kommt der Kantonsrat und setzt das Ziel nochmals fünfzig oder hundert Meter weiter hinten an. Es wäre heute der falscheste Moment, wenn Sie diesem Antrag folgen würden.
Noch etwas zur Vereinbarung im Stawiko-Bericht. Da ist einmal die einmalige Forderung, man sollte abklären, wie sich die drittfinanzierten Stellen zusammensetzen und ob wir diese Forderung auch erfüllen können. Wir haben die Aufgabe, dies jeweils zur Rechnungs- und zur Budgetsitzung der Stawiko zu tun. Wir haben das inzwischen schon gemacht und können diese Forderungen erfüllen. – Zu den Daueraufträgen. Die meisten sind völlig unbestritten. Bei Lemma 3 spricht man von Aushilfs- und Hilfspersonal. Da möchte der Finanzdirektor doch bitten, das differenziert zu betrachten. Denn die Personalverordnung spricht in § 2 Abs. 3 von einem Unterschied zwischen Aushilfs- und Hilfspersonal. Aushilfen werden für vorübergehend ausfallende Mitarbeiter angestellt. Das hat man gedehnt ausgelegt, deshalb die heutige Bereinigung. Aber seit zwei Jahren stellen wir das Aushilfspersonal nicht mehr unbefristet an. Das Hilfspersonal sind Personen, die zur Erledigung eines vorübergehenden ausserordentlichen Arbeitsanfalls oder im Büroreinigungsdienst und dergleichen stundenweise angestellt werden. Diese Personen müssen und wollen wir auch weiterhin unbefristet anstellen – wohl stundenweise, weil das auch Sinn macht. Das sind ja vor allem Personen im Büroreinigungsdienst, und da macht es Sinn, Leute,

die schon fünf oder zehn Jahre stundenweise die Büros reinigen, das auch zukünftig tun zu lassen. Es gibt aber auch noch Personen im Verkehrskontrolldienst und die Hilfspolizei, die ebenfalls stundenweise zum Einsatz kommt, genau so wie z.B. die Dolmetscher. In diesem Sinn kann Peter Hegglin den Aufträgen der Stawiko zustimmen, und wir möchten das in Zukunft auch so halten. Er empfiehlt dem Rat, dem Antrag der Regierung oder der Stawiko, der ja noch die Bereinigung der zehn Stellen in der Steuerverwaltung hat, zuzustimmen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** hat sich in der Zwischenzeit mit Louis Suter aussprechen können und sein Votum angeschaut. Er hat tatsächlich von Umgehung gesprochen, was die Sicherheitsdirektion betrifft. Das hat der Votant als Verstecken interpretiert und er ist froh, wenn Louis Suter das anders gemeint hat. – Dem Sicherheitsdirektor ist es wichtig, dass wir die Sachen wirklich dargestellt haben. Und wir haben jetzt im Rahmen der Bereinigung auch Hilfspersonal (z.B. der Radaradministration) in diese Umwandlung hineingetan. Man hätte auch die 7 Personaleinheiten, besetzt von 13 Personen, beim Verkehrskontrolldienst hineintun können, kostenneutral. Denn im Aushilfsbudget, das Sie vorher genehmigt haben, sind diese sieben Personaleinheiten selbstverständlich budgetiert. Man könnte also auch diese unter den Personalplafonierungsbeschluss nehmen und aus dem Aushilfsbudget heraus nehmen, das käme auf das Gleiche heraus. Von daher sieht Hanspeter Uster auch die Logik des Regierungsantrags.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich die Regierung den Anträgen der Stawiko anschliesst.

§ 1 Abs. 1

Felix **Häcki** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag Pezzatti unterstützt. Dabei möchte der Votant den Alternativen erklären, dass wir nicht sparen wollen. Wir wollen Wachstum begrenzen. Das ist ein Riesenunterschied, den man verstehen können muss. Der Bestand wächst trotzdem noch um zwölf Personen, auch wenn er auf 930 begrenzt wird. Es ist also durchaus nicht ein Sparen, wenn man dem Antrag Pezzatti zustimmt. Wenn wir die ganze Geschichte anschauen, ist es auch hier schwierig. Wir können ja nicht auf einzelne Stellen Einfluss nehmen. Wir können der Regierung nicht sagen: Ihr müsst dort oder dort beim Personal sparen oder weniger ausbauen. Wir können nur sagen: Der Bestand ist so und so hoch. Das ist alles. Aber wenn man uns fragt, was dann dahinter steht, kann man sagen: Beim Handelsregister kommen die neuen Firmen nicht von heute auf morgen, das geht über eine Zeitperiode. Dasselbe gilt bei der Steuerverwaltung. Die neuen Unternehmen machen nicht morgen schon alle Zusatzaufwand. Auf der anderen Seite hat es aber auch Stellen, die wegfallen. Der Votant denkt da z.B. an die Stellen bei der Stiftungsaufsicht oder bei der Sicherheitskommission. Der Projektleiter Spital fällt auch wieder weg. Wenn wir hier über eine Zeitperiode 2005-2008 sprechen, so ist eine Reduktion des Wachstums um 4,5 Personen durchaus im Rahmen. Und dies ist keine Spar-

oder Strafaktion. Mit der Keule Strafaktion wird alles erschlagen. So kommen wir nie zu Resultaten. Wenn man bei allem, was beantragt wird, um das Aufgabenwachstum zu begrenzen, einfach mit der Keule Strafaktion kommt, werden wir nie zum Ziel kommen. Felix Häcki bittet den Rat, den Antrag Pezzatti zu unterstützen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte sich nicht wiederholen. Was die Stiftungsaufsicht betrifft, so gibt es dazu eine separate Vorlage. Sie haben dann die Möglichkeit, über diese vier Personalstellen zu diskutieren. Aber was die Finanzstrategie betrifft: Wir haben sie Ihnen vorgelegt und die Wachstumsabschwächung gezeigt. Es ist eine massive Reduktion zu den früheren Jahren. Sie haben es positiv zur Kenntnis genommen und gewürdigt. Wir sind dann an die Arbeit gegangen und haben uns daran orientiert. Wir haben in der Regierung wirklich gerungen, um die 29,8 Stellen auf unter 16 Stellen herunterzubringen. Und irgendwo hat das Sparen schon auch seine Grenzen. Man kann sich auch krank sparen. Wir sind doch ein Wirtschaftsstandort, der weiterhin attraktiv bleiben soll. Und wir haben nicht die Absicht, da zurück zu fahren, bis wir die Dienstleistungen, die wir anbieten, nicht mehr mit gutem Gewissen vertreten können. – Unterstützen Sie den Antrag der Stawiko, seien Sie kein schlechter Verlierer, indem Sie die Ziellinie verschieben!

➔ Der Antrag Pezzatti wird mit 48 : 17 Stimmen abgelehnt.

§ 1 Abs. 2 Bst d

Felix **Häcki** hält fest, dass die SVP-Fraktion diesen Absatz ergänzt haben möchte, und zwar wie folgt: *«die von Dritten nachweisbar voll finanzierten Personalstellen, die nicht dem Vollzug kantonaler Aufgaben dienen.»*
Begründung: Die gemachte Erfahrung zeigt, dass in verschiedenen Direktionen das Risiko besteht, dass auch dies falsch interpretiert wird. Wir möchten sicherstellen, dass nicht durch missbräuchliche Interpretation des unpräzisen Gesetzestextes zusätzliche Stellen wieder in die Verwaltung geschmuggelt werden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass dieser Antrag jenem von Stawiko und Regierung entspricht.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 48 : 14 Stimmen zu.

535 VERABSCHIEDUNGEN

Karl **Betschart** widmet dem aus dem Amt scheidenden Kantonsratspräsidenten folgende Worte: Unser Kantonsratspräsident im Sternzeichen Stier. Es ist das Zeichen der Erde. Menschen mit diesem Sternzeichen sind gefühlsbetont und stets auf Harmonie und Frieden bedacht. Sie haben Ausdauer, Ruhe, Geduld und praktische Intelligenz. Sie verlieren selten die Selbstbeherrschung, doch wenn sie sich aufregen, kann es zu heftigen Ausbrüchen kommen. Ein besonderes Schwergewicht liegt

auf der finanziellen Sicherheit. In diese Richtung wird weder Mühe noch Arbeit gescheut, weshalb sich der Traum vom Häuschen im Grünen für die meisten Stiere erfüllt.
Lieber Peter, deine Amtszeit als Kantonsratspräsident neigt sich dem Ende zu. Vor zwei Jahren wurdest du mit einem Glanzresultat von 72 Stimmen gewählt. Eigentlich hättest du wahrscheinlich 73 Stimmen erhalten, denn eine Stimme ging damals an deinen Bruder Karl. Sachlich und humorvoll hast du die Sitzungen geführt und das Parlament dabei stets im Griff gehabt. Was dich als Regisseur dabei immer wieder störte, war das Drehbuch für die Kantonsratssitzungen. Es war für dich zu kompliziert und für die juristischen Floskeln hattest du wenig Verständnis. Wenn deine Augen zu rollen begannen oder du die Nase rümpftest, wusste man, dass wieder jemand zu lange referiert. Du wurdest bissig und rumpelsurig. Heinz Tännler durfte dies beispielsweise erleben, als du ihn während einer Spitaldebatte zurechtgewiesen hast. Für ihn als Kommissionspräsidenten war dein Hieb frustrierend, und er war so richtig geknickt. Im Zuge der Zeit wurdest du dann immer sanfter und milder, ja es fand in dir gar ein Wandel statt. Da bewahrheitet sich der Spruch: Stiere werden mit zunehmendem Alter immer gutmütiger.
Dass du ein Geniesser bist, hast du während den vergangenen zwei Präsidialjahren bewiesen. Der Landschreiber «vergönnt» dem Rat bei Ganztagessitzungen schon lange das altbewährte Mittagessen. Er würde einen Stehlunch mit Bananen, Äpfeln und Darwida bevorzugen. Du jedoch hast dich ganz vehement dafür eingesetzt, dass die Essenskultur in unserem Parlament weiterhin gepflegt wird. Nicht zu vergessen sind deine Worte oder Aufrufe, welche das Parlament immer wieder aus seiner Lethargie holte. So bei deiner ersten Sitzung als Kantonsratspräsident: «Das Wort hat Leo Ohnsorg – Entschuldigung, ich habe den Namen falsch notiert und bringe ihn nicht mehr weg». Du meintest Leo Granziol. Manchmal hatte man gar das Gefühl, man befinde sich in einem Kloster oder ein Geistlicher weile unter uns anwesenden Politikern, nämlich immer dann, wenn du Bruder Karl aufriefst oder ihm das Wort erteiltest. Mit Freuden hast du für die November-Sitzung das Büro des Kantonsrats Appenzell-Innerrhoden zu uns ins Parlament eingeladen. Deine Absicht war, dass unser Büro im nächsten Jahr an die Landsgemeinde nach Appenzell eingeladen wird. Leider ist dir aber entgangen, dass solche Einladungen jeweils zwischen den Regierungen stattfinden. Du hast somit zwar richtig kalkuliert, doch die Rechnung geht nicht auf. Unsere Regierung wird es freuen. Du bist auch kein Freund von Schriftverkehr. Am Liebsten wickelst du alles per Handschlag ab. Der Landschreiber durfte dir möglichst nichts mailen oder schriftlich mitteilen. Du wolltest alles mündlich regeln. So blieb es auch die ganzen zwei Jahre. Das einzige Schriftstück deiner Präsidialzeit, welches du selbst in Schriftform erstellt hattest, war die Einladung mitsamt Menü zum Alt-Kantonsratspräsidententreffen vom 12. November 2004 in Walchwil. Zweimal riefst du den Landschreiber an, ob das Papier angekommen sei, so wichtig war es für dich. Das Menü für diesen Anlass hast du selber auf deine Kosten degustiert.
Lieber Peter, dein grösstes Ziel war es, baldmöglichst in den jetzigen Ratssaal zurückzukehren. Du hast dich dafür eingesetzt und durch alle Widerstände gepeitscht, welche seitens der Verwaltung kamen. Es ist dir gelungen, dieses Geschäft im Rat in einem enormen Tempo durchzuboxen. Wir alle danken dir dafür, dass wir wieder da sind, wo wir mal gewaltsam herausgerissen wurden. Du hattest keine einfache Präsidialzeit, da die Wehen des Attentats immer noch zu spüren waren. Du hast deine Aufgabe als Kantonsratspräsident aber staatsmännisch gemeistert. Stellvertretend für alle Fraktionen unseres Rats, im Namen der gesamten Regierung und im Namen der Bevölkerung des Kantons Zug danke ich dir für deinen

Einsatz. Nun darfst du bald wieder auf den normalen Stühlen im Kantonsratssaal sitzen. Wir freuen uns, dich wieder als politischen Kritiker am Rednerpult zu hören. Vielleicht musst du es dann mal erleben, dass dir die Kantonsratspräsidentin das Wort abbricht.

Zwei Jahre zu herrschen über unseren Kanton
Flott hast du das gemacht, das wissen alle schon
Ich persönlich bin sehr stolz auf dich
Kamen wir doch beide in Walchwil ans Tageslicht

Nun ist deine Zeit auf dem königlichen Thron vorbei
Du kehrst zurück in die Rolle des Lakaien
Nun ist es so, dass eine Frau das Zepter in die Hände nimmt
Ihre Untertanen werden ihr huldigen, wenn sie den Thron erklimmt

Lieber Peter, nach getaner Arbeit ist gut ruhn
Ein Lorbeerkranz, das sei dein Ruhm
Gute Gesundheit sei dein steter Begleiter
Und die gütige Gotteshand führe dich weiter

Dieses Gedicht wurde übrigens von meiner 89-jährigen Mutter geschrieben. – Ich darf dir im Namen des Zuger Volkes in Anerkennung deiner grossen Verdienste um den Freistaat Zug ein Geschenk überreichen, ein Geschenk, das du dir schon lange gewünscht hast.

(Dem abtretenden Kantonsratspräsidenten wird unter Applaus des Rats ein Gemälde und ein Blumenstrauss überreicht.)

Peter **Rust** dankt Karl Betschart sehr herzlich für seine Worte der Anerkennung und des Lobes. Seine Mutter in Walchwil, Dorfchronistin und Schriftstellerin, hätte ihre helle Freude gehabt, festzustellen, dass ihr Sohn ihre Talente geerbt hat. Vorerst vielen Dank auch für dieses sehr schöne Geschenk in Form eines Bildes eines von mir geliebten Künstlers. Es wird mich zeitlebens an diese zwei Jahre als Kantonsratspräsident erinnern. Den mir ausgesprochenen Dank möchte ich von Herzen weiter geben, denn wie einsam wäre ein Präsident ohne Parlament, ohne Ratsbüro, ohne Begleitung des Standesweibels, und vor allem ohne einen allwissenden, verlässlichen und treuen Ratgeber und Begleiter in guten und schwierigen Zeiten, Landschreiber Tino Jorio. Einen herzlichen Dank richte ich an meine Kolleginnen und Kollegen aus der CVP-Fraktion mit Beat Villiger als treibender Kraft. Mit viel Engagement haben sie meine präsidialen Anliegen unterstützt und mit vielen guten Ideen bereichert. In meinen Dank einschliessen möchte ich ebenso die Stimmenzähler Andrea Erni und Ruedi Balsiger, die mich mit ihrem guten Zählen vor brisanten Stichentscheiden bewahrt haben. Ein herzliches Dankeschön gebührt den Vertretern der Presse. Sie haben sich Mühe gegeben, sachlich und fair aus dem Ratsaal zu berichten. Und wenn dann einmal die Debatten sehr emotional geladen waren, kann man es den Journalisten nicht verargen, wenn sie diese Stimme in ihrer Berichterstattung widerspiegelten. Ab und zu bin ich zu Hause wegen des «Aufgeschnappt» nicht so gut weggekommen. Bedenken Sie also zukünftig, dass diese Rubrik auch von meiner Familie gelesen wird.

Ich will hier nicht alle guten und schwierigen Momente meiner Amtszeit noch einmal Revue passieren lassen. Aber erlauben Sie mir, zwei ergreifende Schwerpunkte in meinen Präsidialjahren noch einmal hervorzuheben. Anlässlich meiner Wahl zum Kantonsratspräsident vom 22. Dezember 2002 hat mir meine Heimatgemeinde Walchwil einen unvergesslichen Empfang bereitet. Wir sind damals aus der dunklen Nacht in den festlich beleuchteten Saal getreten. Unweigerlich hat mich die Symbolik dieses Vorgangs an unsere Situation im Kantonsratssaal erinnert, und ich war fest entschlossen, den Rat aus dem düsteren Asyl wieder in den ehrwürdigen Saal im Regierungsgebäude zurückzuführen. So habe ich bereits in meiner ersten Bürositzung vom 30. Januar 2003 diesen Wunsch vorgebracht, und an dieser Stelle muss ich dem Regierungsrat und allen beteiligten Gremien meinen allerherzlichsten Dank aussprechen, dass mein Anliegen aufgenommen und zu einem guten Ende geführt wurde. So war denn der 28. Oktober 2004 für mich wie ein Heimkommen vom Dunkel ans Licht. Ein wichtiger Schritt in der traurigen Geschichte des Zuger Kantonsrats war damit vollzogen, und dass ich diese Stunde der Rückkehr in diesen wunderbaren Saal als Ratspräsident erleben durfte, wird mich immer mit Freude und Genugtuung erfüllen.
Die zweite unvergessliche Stunde meiner Amtszeit erlebte ich bei der Einweihung des Mahnmals an das schreckliche Ereignis vom 27. September. Ich möchte heute jedoch lieber sagen: Einweihung der Gedenkstätte zur Erinnerung an unsere verstorbenen Kolleginnen und Kollegen. Auf der einen Seite hat uns dieses Erinnern an unsere grenzenlose Traurigkeit, Hilflosigkeit und Wut einmal mehr erfasst, auf der anderen Seite lässt uns die überaus würdig und schön gelungene Gedenkstätte mit den 14 Lichtern zur Besinnung kommen. Jedes Mal beim Betreten des Regierungsgebäudes wird uns dieser Zwiespalt der Gefühle zu schaffen machen. Vielleicht wird es später sogar möglich sein, diese Lichter mit den Namen der Opfer zu ergänzen, wie dies von einem Grossteil der Zuger Bevölkerung erwünscht wäre. Die Einweihung dieser Gedenkstätte in meiner Präsidialzeit wird mich ein Leben lang begleiten.
Ich gratuliere von Herzen meiner Nachfolgerin Erwina Winiger zur ehrenvollen Wahl und wünsche und hoffe, dass auch sie als Kantonsratspräsidentin in den bevorstehenden zwei Jahren viele gute Stunden im Parlament, viele interessante Begegnungen, viel Freude und in den düsteren Momenten Unterstützung und Wohlwollen erleben darf. Wenn sie zudem in der Familie soviel Kraft schöpfen kann, wie ich es konnte, sollte einer erfolgreichen Tätigkeit nichts im Wege stehen. Mit einem grossen Dankeschön an Sie alle verabschiede ich mich als Kantonsratspräsident und freue mich darauf, den ersten Platz wieder mit dem letzten tauschen zu können.

Andrea **Hodel**: Hochgeachteter Herr Landammann, lieber Walter. Vor zwei Jahren hast du zum zweiten Mal das Amt des neu gewählten Landammanns angetreten. Dieser zweite Amtsantritt war nicht unbeschwert. Du hast uns damals in Erinnerung gerufen, dass du dies mehr als Pflicht ansiehst, dass du bereit bist, in die Lücke zu treten, welche die verstorbenen Mitglieder des Regierungsrats aufgerissen haben. Du bist angetreten und hast dieses Amt angenommen. Dabei hast du nicht nur eine Lücke geschlossen, sondern diese Lücke auch gefüllt. Damals hast du betont, dass nicht deine Person, sondern dein Amt, deine Pflichterfüllung im Vordergrund stehen würden. Du hast von grossen Projekten gesprochen, vom Bau des Zentralspitals, vom Erlass des neuen Richtplans, von der Neuausrichtung der Finanzpolitik. Diese Ziele hast du erfüllt. Das Spital wird gebaut, der neue Richtplan ist in Kraft, der NFA verlangt die Neuausrichtung der Finanzpolitik. Dies ist, wie wir heute gesehen haben, erfolgt. Dabei hast du die Regierungsratssitzungen mit grösster Sachkompetenz,

Dossierkenntnis und Effizienz geführt. Du liessest es nicht zu, dass Geschäfte liegen blieben. Dabei hast du dich auch gegenüber hungrigen und durstigen Kollegen als unerbittlich gezeigt. Zuerst die Arbeit, dann das Vergnügen, war deine Maxime. Du hast die Gesamtpolitik, den gesamten Regierungsrat im Auge behalten und nicht nur von Erfolgen der Ansiedlungspolitik gesprochen. Deine konsequente Mitte/Rechts-Politik macht dich für uns alle kalkulier- und berechenbar, wenn auch nicht immer bequem. Bei aller gesunden Skepsis, ob Benachteiligte wirklich benachteiligt sind oder nur so tun, zeigst du ein ausgeprägtes Solidaritätsbewusstsein für Menschen, die echt auf der Schattenseite der Menschheit stehen. Du bist ein Mann des Volkes geblieben. Glaubwürdig und verlässlich ist deine Politik. Du bist aber auch ein animal politique. Du hast immer versucht, eine Lösung zu erzielen, zu welcher alle Ja sagen könnten und bei der dennoch schlussendlich die rechtsbürgerliche Politik obsiegt.
Du hast aber auch deine privaten Seiten. Du bist nicht hoffärtig, du liebst nicht die grossen Auftritte. Meist ist dein Tschoopen braun, du trägst keine blauen Doppelreiher mit Goldknöpfen, und auch bei unserem internen Wettbewerb über die schönste und mutigste Krawatte hast du nie gewonnen. Wenn dann aber die Arbeit getan war und der gemütliche Teil seinen Platz bekommen konnte, hast du nie hinten angestanden. Immer noch fandest du Zeit, deine berühmte, für die einen wohlriechende, für die andern stinkende Zigarre anzuzünden, lehntest dich genüsslich lächelnd zurück und liessest dich nicht hetzen, wenn eigentlich Aufbruch geboten gewesen wäre. Diesfalls mussten sich der Chauffeur, deine Kolleginnen oder Kollegen oder auch wir beim Weihnachtsessen in der Stipendienkommission, beim Altkantonsratsessen uns sicher nochmals zwanzig Minuten gedulden, bis du dann sagtest: «Jetzt isch Zyt, jetzt gömmer». Diese Mischung aus Pflichtbewusstsein und der Fähigkeit, das Leben zu geniessen, schätzen wir an dir. Es zeigt deine Kompetenz und macht dich gleichzeitig liebenswürdig. So geniesse denn die nächsten Zigarren, wenn du nicht mehr als primus inter pares deine Kolleginnen und Kollegen aus dem Regierungsrat antreiben musst, sondern dich ein Bisschen mehr als bisher zurücklehnen, die Runde mit ein wenig mehr Distanz und begleitet von einem Pokerface beobachten kannst.
Wir sind sicher, in den entscheidenden Momenten wirst du auch als Altlandammann das Wort ergreifen, die Gruppe führen und auch uns im Kantonsrat erklären, wo es entlang geht. Wir wünschen dir aus dem Rat, dass du noch lange ein animal politique bleibst, dass es dir auch in der Rolle des zurückgetretenen Landammanns weiterhin gefällt, und dass du ein gesundes Mass an Skepsis gegenüber uns, aber auch gegenüber deinen Regierungsratskollegen und deiner Regierungsratskollegin behältst. Wir haben ja im Kantonsrat Sparprogramm. Unser Geschenk ist sehr viel kleiner, aber es ist eine einigermassen modische Krawatte.

(Dem abtretenden Landammann wird unter dem Applaus des Rats ein Geschenk und ein Blumenstrauss überreicht.)

Walter **Suter** wird keine lange politische Grundsatzrede halten, sondern sich auf ein kurzes Dankeswort beschränken. Man hat heute fast den Eindruck gehabt, dass Verabschiedungen angenehmer sind als Wahlen. Dieser Eindruck ist selbstverständlich falsch. Ich bin immer noch froh, dass Sie mich vor zwei Jahren zum Landammann gewählt haben, und ich habe die Aufgabe sehr gern erfüllt, die Leitung des Regierungsrats auszuüben, aber auch den Kanton Zug nach aussen etwas mehr zu vertreten, als man das sonst als Regierungsrat tut. Einer meiner Vorvorgänger, An-

dreas Iten, würde das so formulieren: Ich habe dieses Amt durchaus mit Lust ausgeübt, und ich hoffe, dass man das zwischendurch auch gespürt hat. Ich möchte Andrea Hodel ganz herzlich danken für die freundliche und sehr wohlwollende Würdigung. Es ist klar, dass nicht all die politischen Taten, die sie aufgezählt hat, ihren Ursprung in meiner Person oder Arbeit hatten, aber ich habe dabei sehr gerne mitgewirkt. Ich danke natürlich auch für die modische Krawatte – ich werde sie über die Festtage einweihen. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen im Regierungsrat. Wir haben immer konstruktiv, ziel- und lösungsorientiert zusammengearbeitet, und nach meinem Empfinden haben auch die Kultur dieser Zusammenarbeit und das Klima im Regierungsrat immer gestimmt. Es war sehr angenehm. Ich danke Landschreiber Tino Jorio für seine stete Unterstützung, und auch dem Kantonsratspräsidenten Peter Rust, mit dem die Zusammenarbeit immer sehr freundschaftlich und gut war. Ich wünsche Ihnen alle eine schöne und festliche Weihnachtszeit und vor allem auch meiner Nachfolgerin, Brigitte Profos, viel Glück und Erfolg im Jahr 2005.

536 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 27. Januar 2005

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

40. SITZUNG: DONNERSTAG, 27. JANUAR 2005

8.30 – 12.35 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

537 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri, Zug; Markus Grüring, Unterägeri; Andreas Hotz, Baar; Hans Peter Schlumpf, Steinhausen.

538 BEGRÜSSUNG

Die neu gewählte Kantonsratspräsidentin Erwina **Winiger Jutz** eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: «In jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, der uns beschützt, der uns hilft zu leben. Nur wer bereit zu Aufbruch ist und Reise, mag lähmender Gewöhnung sich entraffen.» Dies zwei Zeilen aus dem Gedicht «Stufen» von Hermann Hesse. In diesem Sinne geben wir uns in den Zauber des Neuanfangs – für uns alle in die erste Sitzung im Jahre 2005, für mich zur ersten Sitzung auf diesem Stuhl, begleitet zu meiner Rechten vom Zauberlehrling Vizepräsident Karl Betschart und zu meiner Linken vom Landschreiber Tino Jorio. Ich begrüsse Sie somit alle herzlichst zur 40. Sitzung dieser Legislaturperiode. Wir sind bereit zum Aufbruch.

539 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** begrüsst 15 Lernende der Kantonalen Verwaltung, welche heute die Ratsdebatte verfolgen.
Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** lässt sich entschuldigen, da er an einer Schweizerischen Direktorenkonferenz in Bern teilnimmt.

Konrad **Studerus** ist heute nach 14-jähriger Tätigkeit als Kantonsrat zum letzten Mal unter uns. Wir danken ihm von Herzen für seine grosse geleistete Arbeit. Er war uns immer ein mahnendes Gewissen in echter Sorge um langfristig ausgeglichene Staatsfinanzen. Wir wünschen ihm auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute und insbesondere gute Gesundheit. (Applaus des Rats)

Als Nachfolger von Konrad Studerus begrüsst die Vorsitzende das neue Ratsmitglied Karl **Künzle**, der heute vereidigt wird. Sie begrüsst zudem – als Nachfolgerin vom Michel Ebinger – Karin Julia **Stadlin**, und wünscht ihr viel Befriedigung bei dieser anspruchsvollen Tätigkeit.

540 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 25. November und vom 16. Dezember 2004.
2. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1296.1 – 11634).
3. Ablegung des Eides durch ein neues Mitglied des Kantonsrats.
4. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben (inkl. deren fünf von der Sitzung vom 16.12.2004).
5. Kommissionsbestellungen:

5.1. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1292.1/.2 – 11627/28).

5.2. Gesetzesinitiative "Stopp dem Zwang zum Passivrauchen".
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1293.1 – 11631).

5.3. Vollzug des Strassenbauprogramms 2004 - 2011, Kreditbegehren ÖV 22 und BU 22, Kantonsstrasse H, Stadt Zug, betreffend Erstellung einer Busspur und teilweiser Belagssanierung der Steinhauserstrasse (Abschnitt Riedmatt - Chamerstrasse).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1291.1 – 11618).

5.4. Ersatzwahl in eine kantonsrätliche Kommission.

6. Änderung des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Teilrevision von § 55 betreffend Unvereinbarkeitsregelung für die Mitglieder des Verwaltungsgerichts).
   2. Lesung (Nr. 1240.4 – 11588).
7. Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA), Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden (1. Paket), Anpassung der kantonalen Gesetzgebung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1250.1/.2 – 11518/19), der Kommission (Nr. 1250.3 – 11629) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1250.4 – 11630).

8. Änderungen der Geschäftsordnung des Kantonsrats (Kleine Parlamentsreform) betreffend
8.1. Zusammensetzung der Kommissionen.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1248.1/.2 – 11515/16), der Kommission (Nrn. 1248.3/1261.3 – 11601, 1248.4 – 11602) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1248.5 – 11603).
8.2. Einführung einer Frist zur Erledigung erheblich erklärter Vorstösse.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1261.1/.2 – 11553/54) und der Kommission (Nr. 1248.3/1261.3 – 11601).
8.3. Kommissionswahlen: Erweiterung der Staatswirtschaftskommission, der Justizprüfungskommission und der Konkordatskommission von 7 auf 9 Mitglieder (sofern der Kommissionsantrag gutgeheissen wird).
9. Motion von Jean-Pierre Prodolliet betreffend gesetzliche Massnahmen, die bewirken, dass Grundeigentum für die in der Raumplanung vorgesehenen Zwecke genutzt werden kann und die der Baulandhortung entgegenwirken (Nr. 1193.1 – 11349).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1193.2 – 11530).
10. Motion der Chamer Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Unterstützung der Planung der Verzweigung Blegi im Nationalstrassenprojekt 6-Spur-Ausbau N4 (Nr. 1259.1 – 11547).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1259.2 – 11620).

541 PROTOKOLL

Zum Protokoll der Vormittagssitzung vom 16. Dezember 2004, S. 1052, 2. Abschnitt, drittletzte Zeile, liegt folgendes Änderungsbegehren von Rudolf Balsiger vor:

An Stelle von *Kirchgemeinden* heisst es *der reformierten Kirchgemeinde*.

➔ Der Änderungsantrag wird genehmigt. – Im Übrigen werden die Protokolle der Nachmittagssitzung vom 25. November 2004 und der Ganztagessitzung vom 16. Dezember 2004 genehmigt.

542 GENEHMIGUNG EINER KANTONSRATS-ERSATZWAHL

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1296.1 – 11634).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat beantragt, die Ersatzwahl folgender Person mit Wirkung ab 1. Februar 2005 zu genehmigen:

Nachfolger von Konrad Studerus ist Karl **Künzle**, CVP, Menzingen.

Es handelt sich hier nicht um eine eigentliche Wahl, sondern um die Genehmigung einer bereits erfolgten Gewählterklärung durch den Gemeinderat Menzingen (Nachrücken des nächst Platzierten auf der Liste der CVP Menzingen). Es ist lediglich zu prüfen, ob dieses Nachrücken gesetzlich einwandfrei erfolgt ist. Die Rechtsmittelfrei-

heit bezüglich des Entscheids des Gemeinderats Menzingen (Nachrücken von Karl Künzle) ist am 20. Januar 2005 ungenützt abgelaufen.

➔ Der Rat ist einverstanden, womit die Ersatzwahl genehmigt ist.

543 EID EINES NEUEN MITGLIEDS DES KANTONSRATS

Die **Vorsitzende** hält fest, dass Karl **Künzle** heute den Eid ablegt. Er wird sein Amt zwar erst ab 1. Februar 2005 als Nachfolger von Konrad Studerus antreten. Heute amtet noch Konrad Studerus. Die jetzige Vereidigung erlaubt Karl Künzle jedoch, eine allfällige Kommissionstätigkeit bereits ab 1. Februar 2005 aufzunehmen.
Die Kantonsratspräsidentin bittet Karl Künzle, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Sie bittet Karl Künzle, nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber den Eid abzulegen.

Der Landschreiber liest die in § 5bis Abs. 1 der GO enthaltene Eidesformel, worauf das neue Ratsmitglied Karl Künzle mit erhobenen Schwurfinger sagt «Ich schwöre es».

544 MOTION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND STANDESINITIATIVE ZUR FESTLEGUNG EINER OBERSTEN BELASTUNGSGRENZE FÜR DIE RESSOURCENSTARKEN KANTONE BEI DER NEUGESTALTUNG DES FINANZAUSGLEICHS (NFA)

Die **CVP-Fraktion** hat am 18. November 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1284.1 – 11605 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag vorliegt, die Motion sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich vorerst eine formelle über die sofortige Behandlung. Sofern die sofortige Behandlung nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Überweisung der Motion an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wurde, gibt es danach eine materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung (mit einfachem Mehr). – Wir führen aus Praktikabilitätsgründen eine Diskussion über beide Elemente zusammen, jedoch zwei getrennte Abstimmungen. Erfahrungsgemäss lassen sich das Formelle und das Materielle schlecht voneinander trennen.

Beat **Villiger** erinnert daran, dass das Zuger Nein zur NFA derart wuchtig ausgefallen ist, dass jetzt nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden kann. Wir – der Kantonsrat, die Regierung, aber auch die Standesvertreter – sind nach Meinung des Votanten nun auch verpflichtet, alles daran zu setzen, dass die Zuger Anliegen bei der nun folgenden Ausarbeitung der weiteren Bestimmungen Gehör finden werden.

Es wird gesagt, dass die Zuger Bedenken unbegründet seien, weil die Beiträge aus den ressourcenstarken Geberkantonen durch die NFA verfassungsmässig begrenzt seien. Sie betragen mindestens zwei Drittel und höchstens vier Fünftel der Leistungen des Bundes. Das stimmt. Aber über diese Manövriermasse entscheidet Bern, und die heutige obere Begrenzung nimmt nicht Rücksicht auf unsere Leistungsfähigkeit. Für Zug besteht auf Grund der Mehrheitsverhältnisse pro Nehmerkantone ein Risiko, weil eine verbindliche berechenbare Belastungsobergrenze fehlt und somit eine klar verlässliche Finanzplanung erschwert wird. War auf den Standort Zug seit Jahren Verlass, so laufen wir mit dieser NFA Gefahr, dass das Vertrauen in den Kanton und in die vorausschauende Zuger Finanzpolitik Schaden nehmen könnte. Es geht der CVP-Fraktion nicht um eine Entsolidarisierung, sondern darum, den anderen Kantonen klar zu machen, dass wir nur dann solidarisch sein können, wenn wir verlässliche, berechenbare und verkraftbare Rahmenbedingungen erreichen können.
Vor diesem Hintergrund wurde die Motion für eine Standesinitiative eingereicht, mit dem Begehren, eine oberste Belastungsgrenze bei der NFA einzubauen. Ob die Initiative zum Erfolg führt, kann nicht vorausgesagt werden. Beat Villiger wünscht sich aber, dass sie mindestens hier im Zuger Kantonsrat eine gute Mehrheit findet, mindestens bei den bürgerlichen Fraktionen. Aber auch die Linke kann, wenn sie die Sache undogmatisch ansieht, dieser Standesinitiative zustimmen. Schliesslich kann auch die Linke kein Interesse daran haben, dass der Kanton Zug unberechenbaren Einflüssen von Bern ausgesetzt wird, und schliesslich bedeutet die Forderung nach einer berechenbaren oberen Limite kein Abschied von der Solidarität.
Der Votant möchte dem Regierungsrat danken, dass er sich vehement für die berechtigten Anliegen eingesetzt hat und letztlich auch mutig genug war, gegen die Vorlage anzukämpfen. Vor und nach der Abstimmung war die fehlende Belastungsgrenze bei vielen Politikern ausserhalb des Kantons ein Thema. Als Realisten dürfen wir uns nicht zu viel davon versprechen, aber wir müssen alles versuchen, was versucht werden kann, und die vorliegende Motion ist ein Schritt zu einer Lösung, die Solidarität und Wettbewerb nicht gegeneinander ausspielt, sondern versöhnt. Und vielleicht kann der Finanzdirektor bereits heute schon sagen, wie weit die Regierung sich in Bezug auf die NFA schon eingesetzt hat, und ob diesbezüglich schon Signale aus Bern gehört werden konnten. Stimmen Sie deshalb unseren Anträgen zu.

Stefan **Gisler** stellt keinen Antrag auf Nicht-Überweisung, weil das bei seiner Fraktion so Usanz ist. Es gibt ja das Bonmot, das wir alles überweisen, was nicht gerade eine Zuger Mondlandung verlangt. Doch mit unserem Ja zur Überweisung dieser Motion sagen wir nun in gewisser Weise sogar Ja zu einer Mondlandung, denn das wäre ja in etwa gleich realistisch wie ein Erfolg der Standesinitiative in Bern. Die AF stellt aber den Antrag, die Motion nicht sofort zu behandeln. Warum die Eile? Die NFA kommt frühestens 2008. Die AF wünscht sich eine seriöse Behandlung der Motion mittels einer schriftlichen Stellungnahme durch die Regierung. Zudem stellt die AF den Eventualantrag, die Motion nicht erheblich zu erklären, sofern die sofortige Behandlung beschlossen wird.
Mit dieser Standesinitiative wird vom eigentlichen NFA-Problem abgelenkt. In Zug dürfen wir uns nicht auf die Frage nach einer festen Obergrenze versteifen. Wir müssen uns der wahren Frage nach dem Ja zur NFA stellen, und die lautet: *Wer* bezahlt in Zug die NFA-Mehrbelastung? Wir hier im Kantonsrat bestimmen, wer die NFA bezahlt. Und der Votant hegt den Verdacht, dass die grosse Bevölkerungsmehrheit – vor allem der Mittelstand – diesen tragen soll. Sei es durch Abgaben- und Steuerer-

höhungen, sei es durch den Abbau des service public. Das ist ungerecht. Bezahlen sollen die, welche von der Zuger Tiefststeuerpolitik profitieren: Privilegierte Firmen, äusserst Vermögende und solche mit Millionen-Einkommen. Das ist gerecht. Wieso? Zug zieht jedes Jahr 700 bis 800 neue Firmen an – vor allem Holdings, Domizil- und gemischte Gesellschaften. Mit jeder neuen Firma und auch mit jeder neuen sehr vermögenden Person steigt das Zuger Ressourcenpotential. Und so steigt auch die NFA-Belastung. Denn das Ressourcenpotenzial (nicht etwas die Höhe der Steuereinnahmen) ist die Berechnungsgrundlage der NFA.
Was ist das Ziel der NFA? Er will einen Disparitätenabbau zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen. Wie schützt der NFA dabei Zahlerkantone vor zu grossen Belastungen? Das Verhältnis zwischen dem NFA-Beitrag der Zahlerkantone und dem des Bundes muss zwischen 2/3 und 4/5 liegen. Also nur wenn das bürgerlich dominierte Bundesparlament den NFA-Bundesbeitrag hebt, steigt die Belastung der Zahlerkantone. Und so kann man angesichts der Schuldenbremse des Bundes sagen: es gibt eine faktische Obergrenze. Die Motionärin will nun aber mit einer festen NFA-Obergrenze die Beziehung von Ressourcenpotential zur NFA-Rechnung ab einem gewissen Niveau kappen. Doch das ist – Stefan Gisler hat sich bei der eidgenössischen Steuerverwaltung erkundigt – NFA-systemwidrig und würde den vom Volk gewünschten nationalen Ausgleich-Effekt zunichte machen. Feste Obergrenze oder Obergrenze durch die 2/3-4/5-Lösung? Dies wurde damals im Bundesparlament ausgiebig beraten. Und die jetzt vorliegende NFA-Lösung überzeugte auch alle fünf bürgerlichen Zuger Bundesparlamentarier – Herr Bieri, Herr Hess, Herr Leutenegger, Herr Schweiger und Herr Scherer – derart, dass vier ja sagten und einer sich der Stimme enthielt. Und schon in der damaligen Beratung sprach man von Belastungen für Zug von über 110 Millionen Franken. Das Ja zur NFA war schweizweit so wuchtig, dass sich der Kanton gut überlegen muss, wie wir in Bern vorstellig werden. Zug erscheint durch die Nichtakzeptanz eines demokratisch eindeutigen Entscheids in der ganzen Schweiz als schlechter Verlierer. Es ist zu befürchten, dass der Herr Statthalter – sie haben seine Antrittsrede sicherlich noch in guter Erinnerung – bald noch grössere Anstrengungen zur Zuger Imageaufbesserung unternehmen muss. Doch solange wir in Zug keine andere Politik machen, wird dies nichts nützen. Ein Image entsteht nicht durch das, was man sagt oder durch eine Task-Force-Kommunikation schön redet. Ein Image entsteht durch das, was man tut.

Martin B. **Lehmann** möchte vorweg nehmen, dass die SP-Fraktion durchaus ein gewisses Verständnis für das von der CVP vorgebrachte Anliegen aufbringt. Auch uns bereitet das Nichtvorhandensein einer expliziten oberen Belastungsgrenze Bauchweh und wir halten es nicht nur aus finanzpolitischer Sicht für bedenklich, dass wir über keinerlei Planungssicherheit verfügen. Trotzdem lehnen wir die Ergreifung einer solchen Standesinitiative ab. Einerseits – und dies hat uns spätestens die Abstimmungskampagne zur NFA auf eindrückliche Art und Weise gezeigt – bringen unsere Miteidgenossen kaum Verständnis für finanzpolitische Anliegen aus dem Zugerland auf. So ist davon auszugehen, dass einem solchen Vorstoss nicht der Hauch einer Chance zuteil wird. Zudem halten wir die Einreichung einer solchen Initiative sogar für ausserordentlich schädlich und kontraproduktiv für das Image unseres Kantons. Gerade im nun folgenden Gesetzgebungsprozess zur NFA gilt es im Spannungsfeld zwischen Solidarität und finanzieller Machbarkeit mit Verhandlungsgeschick, Fingerspitzengefühl und guten Argumenten eine Win-win-Situation zu schaffen. Dafür muss aber erst einmal Goodwill bei unseren Miteidgenossen geschaffen werden – wie dies der frisch gebackene Herr Statthalter in seiner Antritts-

rede im Dezember zu Recht vermerkte. Mit einem solchen Zuger Vorstoss würden all diese Bemühungen im Keim erstickt, was fatale Folgen haben könnte. Für dieses Eigengoal kann und will die SP-Fraktion keine Verantwortung übernehmen. In diesem Sinne unterstützen wir die Anträge der Alternativen.

Stephan **Schleiss** erinnert daran, dass der Regierungsrat im Mai 2001 eine Pressemitteilung der SVP mit dem Titel «Neugestaltung des Finanzausgleichs: Katastrophe für den Kanton Zug» zum Anlass nahm für eine Belehrung an die Adresse der SVP. Als es dann zu spät war, änderte sich die Einstellung zu diesem Geschäft auch in den anderen bürgerlichen Parteien und auf der Finanzdirektion. Am 29. November 2004 blieb dem Zuger Stimmvolk aber nichts anderes mehr übrig, als auf Empfehlung der bürgerlichen Parteien und der Regierung ein trotziges Nein in die Urne zu werfen. Dieses Nein kam zustande, obwohl sich die meisten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bewusst waren, dass der Kanton Zug vom Rest der Schweiz überstimmt werden würde. Dieses wuchtige Nein war ein Auftrag an die Regierung und an den Kantonsrat. Nämlich der Auftrag, einerseits mit dem Sparen ernst zu machen und sich anderseits für Nachbesserungen am NFA-Regelwerk auf Bundesebene einzusetzen. Die Motion der CVP ist in diesem Zusammenhang zu begrüssen. Leider ist einer Standesinitiative aber nur geringe Aussicht auf Erfolg beschieden, denn sowohl in der ständerätlichen als auch in der nationalrätlichen Spezialkommission zur NFA wurden Anträge zur Festlegung einer obersten Belastungsgrenze stets mit grossem Mehr abgelehnt. Trotzdem sind wir der Ansicht, der Kanton Zug müsse mit seinem wichtigen Anliegen auf nationaler Ebene im Rahmen einer Standesinitiative vorstellig werden. Die SVP-Fraktion unterstützt Erheblicherklärung und sofortige Behandlung der Motion einstimmig.

Andrea **Hodel** teilt im Namen der FDP-Fraktion mit, dass diese der sofortigen Behandlung und Erheblicherklärung zustimmt. Die NFA-Abstimmung im Kanton Zug hat gezeigt, dass die Zuger Bevölkerung nicht bereit ist, als Milchkuh für die ganze Nation zu dienen. Wir akzeptieren den Volksentscheid. Wir sind bereit, das unsrige zu tun und die NFA zu tragen. Dabei ist für uns das Kriterium der Berechenbarkeit, wie sich bei allen Diskussionen im Vorfeld der Abstimmung zur NFA gezeigt hat, eines der wichtigsten Kriterien und gleichzeitig Garant dafür, dass unser Staatshaushalt auch in Zukunft planbar bleibt. Die Standesinitiative ist deshalb richtig und notwendig. Sie wird von der FDP-Fraktion einstimmig unterstützt. Die Votantin möchte in diesem Zusammenhang unsere nationalen Parlamentarier aufrufen, sich auch im Bund nochmals für eine Obergrenze einzusetzen. Der Einwand, wir hätten einen schweren Stand und seien allenfalls im National- und Ständerat chancenlos, darf nicht bedeuten, dass sich unsere Mitglieder des Nationalrats, aber auch unsere Standesvertreter, nicht nochmals für eine solche Obergrenze einsetzen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass die Regierung einverstanden ist, die Motion zur sofortigen Behandlung zu übernehmen und erheblich zu erklären. Sie geht in die gleiche Richtung, wie das die Regierung beim Abstimmungskampf immer wieder geäussert hat, dass nämlich eine verlässliche Belastungsobergrenze fehlt. Die Mehrbelastung des Kantons Zug könnte noch viel höher als bei 120 Mio. liegen. Das haben jetzt neueste Berechnungen, die wir anstellen liessen, auch bestätigt. Dies insbesondere, weil die 80 %, welche die Kantone zahlen sollen im Verhältnis zu

den 100 % des Bundes nur eine Verhältniszahl ergeben. Daneben gilt ja der Ressourcenindex, der das Verhältnis zwischen den einzelnen Kantonen bestimmt. Und wenn ein Kanton im Ressourcenindex stark sinkt – der Finanzdirektor denkt da vor allem an den grossen Kanton Zürich –, hat das für den Kanton Zug zur Folge, dass wir dann entsprechend überproportional mehr zu bezahlen haben. Wenn heute gesagt wurde, es sollten vor allem Firmen und reiche Personen die NFA-Mehrbelastung zahlen, so zielt das wohl in die Richtung unserer gemischten Gesellschaften. Und das ist ja ein Steuersystem, das nicht nur der Kanton Zug, sondern auch andere Kantone anwenden könnten. Und es sind ja vor allem diese Firmen, die sehr viel an direkter Bundessteuer bezahlen. Sie zahlen dort 100 % und das hat zur Folge, dass der Kanton Zug mit 1,5 % Einwohnern über 6 % der direkten Bundessteuern beiträgt. Das ist doch eine sehr grosse Leistung für unseren kleinen Kanton. Und wenn man sagt, diese Firmen sollten mehr bezahlen, dann besteht das Risiko, dass diese Firmen abwandern. – Die Steuern sind ein Punkt, ein anderer wichtiger Punkt sind die Arbeitsplätze. Denn diese Firmen schaffen ja hier im Kanton Zug Arbeitsplätze, aber auch um unseren Kanton herum. Viele Regionen um unseren Kanton herum profitieren eben von dieser Wirtschaftskraft Zug und es wäre bedauerlich, wenn sie geschwächt würde.
Wir sind uns bewusst, dass eine Standesinitiative auf Bundesebene nicht sehr viel Erfolg verheisst. Die Praxis zeigt, dass von vielen eingereichten Standesinitiativen nur sehr wenige aufgenommen wurden. Wir verstehen diese Standesinitiative auch so, dass wir sie als Druckmittel bei Verhandlungen brauchen können. Denn die Verfassung und die Gesetzesbestimmungen sind das eine, aber jetzt stehen vor allem Verordnungen an. Und wir sollten versuchen, hier noch Verbesserungen für uns zu erwirken. Wir haben inzwischen beim Bundesrat um eine direkte Aussprache ersucht. Diese ist uns zugesichert worden, wobei noch kein Termin festgelegt ist. Es ist uns auch zugesichert worden, dass man uns in Kommission zu solchen Verordnungen Einsitz gewähren will.

➔ Der Rat beschliesst mit 60 Stimmen, die Motion sofort zu behandeln.

➔ Der Rat beschliesst mit 60 : 15 Stimmen, die Motion erheblich zu erklären.

545 MOTION DER SP-FRAKTION BETREFFEND ERSTELLUNG EINES RECHTSGUTACHTENS FÜR DIE FESTSTELLUNG DER VERFASSUNGSKONFORMITÄT DER UNTERSCHIEDLICHEN GRÖSSE DER WAHLKREISE IM KANTON ZUG

Die SP-Fraktion hat am 23. November 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1287.1 – 11609 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag vorliegt, die Motion sei sofort zu behandeln. Die Modalitäten sind dieselben wie beim vorherigen Traktandum.

Alois **Gössi** fragt, ob wir bei den nächsten Wahlen 2006 einen Super-GAU wollen im Kanton Zug. Der Super-GAU wäre, wenn diese Wahlen nachträglich annulliert wür-

den durch das Bundesgericht wegen der Nichtkonformität der Wahlkreisgrössen bei uns im Kanton Zug. Auch CVP-Fraktionschef Beat Villiger bezeichnete dies in einem Zeitungsartikel als einen Super-GAU, den es unter allen Umständen zu vermeiden gelte. Das Bundesgericht hat auf Grund von Stimmrechtsbeschwerden schon verschiedentlich verlangt, dass das Wahlgesetz in Bezug auf die Wahlkreisgrösse geändert werden muss. Für die Stadt Zürich kam es zu einem solchen Urteil, ebenso für den Kanton Aargau. Der Kanton Zürich beschloss wegen der Bundesgerichtsurteile eine Änderung der Wahlkreisgrössen. Widersprüchliches dazu kommt aus dem Kanton Wallis: Hier wurde eine Stimmrechtsbeschwerde beim Bundesgericht wegen der Wahlkreisgrösse abgewiesen. Wie steht es nun bei uns im Kanton Zug? Eine Revision des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (WAG) ist angesagt. Die Vernehmlassungsvorlage des Regierungsrats sagt nun einfach ziemlich salopp, dass sich auf Grund der historisch gewachsenen Strukturen eine Änderung der Wahlkreisgrösse nicht aufdrängt. Die historisch gewachsene Struktur ist eine Begründung des Bundesgerichts, die eine unausgewogen grosse Aufteilung der Wahlkreise zulässt. Aber auch die Bezirke im Kanton Aargau sind historisch gewachsen, und dennoch muss der Kanton auf 2009 die Wahlkreisgrössen ändern.
Wir sind klar der Meinung, dass ein Handlungsbedarf vorhanden ist, die Frage der Verfassungskonformität der Wahlkreisgrösse bei uns im Kanton Zug erstmals intensiv abklären zu lassen. Wir wollen dies mit einem in Auftrag zu gebenden Rechtsgutachten geklärt haben. Das Ergebnis dieses Gutachtens soll die Frage beantworten, ob bei der WAG-Revision die Wahlkreisgrösse ein Thema sein muss oder nicht. – Wir beantragen sofortige Überweisung und Erheblicherklärung der Motion, damit die laufende WAG-Revision zeitlich nicht beeinflusst wird. Wir sind der Meinung, dass alles getan werden muss, damit es bei uns nicht zu einem Super-GAU kommt.
Wir von der SP sind für eine Änderung der Wahlkreisgrösse. Der Votant persönlich ist sowohl für eine Änderung der Wahlkreisgrösse wie auch dafür, dass weiterhin von Gesetzes wegen jede Zuger Gemeinde im Kantonsrat vertreten sein soll. Dies wäre dann eine Knacknuss, die es vom Regierungs- wie auch vom Kantonsrat zu lösen gilt. Wenn das Rechtsgutachten für uns wider Erwarten keinen Handlungsbedarf ergeben sollte, wird eine Neuaufteilung der Wahlkreisgrösse im Kanton Zug kein Thema mehr sein. Aus dieser Sicht ist das Rechtsgutachten auch für uns ein Risiko. Alois Gössi bittet den Rat, der sofortigen Überweisung und anschliessenden Erheblicherklärung zuzustimmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF die Motion der SP-Fraktion unterstützt, wonach ein Rechtsgutachten erstellt werden soll, das die unterschiedliche Grösse der Wahlkreise auf ihre Verfassungsmässigkeit hin prüft. In weniger als zwei Jahren, im Herbst 2006, finden in unserem Kanton Wahlen statt. Die Revision des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen muss darum zügig an die Hand genommen werden. In spätestens einem Jahr sollte das neue Gesetz beschlossen sein, damit sich die Parteien entsprechend vorbereiten können. Es ist also in unserem eigenen Interesse, es ist aber auch im Interesse der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, wenn wir – Regierung und Parlament – mit dieser Totalrevision vorwärts machen. Ein Rechtsgutachten kann dabei sehr aufschlussreich rein. Wenn die Direktion des Inneren bereits rechtliche Abklärungen in Auftrag gegeben hat, so begrüsst dies die AF. Es hat nichts mit «vorauseilendem Gehorsam» zu tun, wie es CVP-Fraktionschef Beat Villiger in einer Kolumne bezeichnet, sondern mit einer umfassenden Abklärung im Hinblick auf die Behandlung der Vorlage in Regierung und Parlament. «Gouverner – c'est prévoir». Oder wollen wir riskieren, dass das Bundes-

gericht ein revidiertes Wahl- und Abstimmungsgesetz als verfassungswidrig zurückweist?
In zwei Entscheiden hat das Bundesgericht festgehalten, dass das Quorum für ein Parlamentsmandat zehn Prozent nicht übersteigen darf. Im Kanton Zug erfüllen nur drei Gemeinden diese Bedingung, nämlich Zug, Baar und Cham. Alle anderen Gemeinden sind so gesehen zu kleine Wahlkreise, in denen der Proporzgedanke gar nicht richtig zum Tragen kommt. Die Votantin kann dem Rechtsgutachten nicht vorgreifen. Aber ein Fazit wird darin garantiert gezogen werden: Das Risiko wird gross sein, mit einem neuen Wahlgesetz, das an der Wahlkreiseinteilung nichts ändert, vor Bundesgericht in Lausanne zu scheitern. Ein Rechtsgutachten ist darum nötig. Ebenso wichtig ist der politische Wille, ein Wahlgesetz zu schaffen, das dem Prinzip der Wahlrechtsgleichheit entspricht. Gefordert sind darum erstens die federführende Direktion des Inneren, zweitens der Gesamtregierungsrat, drittens wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte – wir müssen ein Gesetz beschliessen, das vor dem Bundesgericht Stand hält.
Die SGA des Kantons Zug hat in ihrer Vernehmlassung einen möglichen Weg aufgezeigt: Die einzelnen Gemeinden bleiben Wahlkreise – zur Ermittlung der Parlamentssitze werden mehrere Gemeinden zu Wahlkreis-Regionen zusammengefasst. Neuheim und Walchwil werden mit diesem Modell gerade nicht zu Nachbarsgemeinden geschlagen; sie behalten ihre Kantonsräte. Aber die Sitzverteilung unter den Parteien wird übergeordnet, in der entsprechenden Wahlkreis-Region, berechnet. Die SVP-Stimme in Neuheim, die FDP-Stimme in Walchwil, die Alternative-Stimme in Oberägeri – sie sollen nicht vergebens sein. Bei einem Wahlgesetz spielen oft parteitaktische Überlegungen eine Rolle. Darum darf es nicht gehen. Sondern einzig um das Vertrauen in das Wahlsystem und um Gerechtigkeit. Ein Rechtsgutachten kann mithelfen, unsere Sinne für das Wesentliche zu schärfen. Damit nicht nur jede Stimme gezählt und erfasst wird, sondern damit jede Stimme auch zählt und Einfluss auf das Wahlergebnis hat. Einzig und allein darum geht es.

Moritz **Schmid** hält fest, dass die SVP-Fraktion überhaupt keine Notwendigkeit sieht, vor den Wahlen 06 an den bestehenden historisch gewachsenen Wahlkreisen irgendetwas zu ändern. Wir können uns nicht vorstellen, dass das Bundesgericht in unser gültiges Wahlgesetz eingreifen kann. Falls uns eine Wahlkreisänderung vom Bundesgericht vorgegeben würde, löste dies im Kanton Zug eine gewaltige, politische Diskussion aus, die sicher einige Jahre dauern würde. Die Änderung könnte uns frühestens auf die übernächsten Wahlen aufgezwungen werden. Falls heute ein Rechtsgutachten vom Kantonsrat in Auftrag gegeben wird, bestehen wir darauf, dass dieses erst für die übernächsten Wahlen 2010 Auswirkung hat. Wir bitten die Regierung dringend, den Bericht und Antrag zum neuen Wahlgesetz spätestens bis Ende Februar 2005 in den Kantonsrat zu bringen, so dass das neue Wahlgesetz rechtzeitig zu den Wahlen 2006 in Kraft treten kann. – Die SVP- Fraktion empfiehlt dem Rat, die Motion der SP-Fraktion nicht sofort zu behandeln und nicht erheblich zu erklären.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion für sofortige Behandlung und Erheblicherklärung ist. Die Motion kann aber gleichzeitig wieder als erledigt abgeschrieben werden, weil sie bereits erfüllt ist. Im Nachgang zur letzten Kantonsratssitzung hat das Büro den Regierungsrat ersucht, dieses Gutachten nun sofort in Auftrag zu geben, damit es bei der Beratung des Wahlgesetzes nicht zu Verzögerungen kommt. Wenn unsere Fraktion gerade nach Studium des neuesten Bundesgerichtentscheids

auch mehrheitlich die Ansicht vertritt, dass politisch gewachsene Strukturen nicht einfach über den Haufen geworfen werden sollen und es bei der historisch gewachsenen, heute bestehenden Wahlkreiseinteilung bleiben soll, wenden wir uns doch nicht gegen dieses bereits in Auftrag gegebene Gutachten. Es wurde ja von der Direktion des Innern bereits in Auftrag gegeben und sollte im März vorliegen. Wir werden uns eine kritische und vertiefte Diskussion des Gutachtens in der Kommission vornehmen.

Beat **Villiger** hält fest, dass sich die CVP-Fraktion den Anträgen von SVP und FDP anschliesst. Es würde ihn aber noch interessieren, wo Alois Gössi gelesen hat, dass der Votant etwas von einem GAU geschrieben hat. Er hätte davon geschrieben, wenn das Bundesgericht sagen würde, wie wir die Wahlkreise gegen unsere Kantonsverfassung und gegen das System, das alle Gemeinden in den Kantonsrat einbindet, neu einzuteilen hätten.
Aber nun noch einige Gedanken zur Motion. Nachdem die Regierung den Auftrag bereits erteilt hat, sind wir für die sofortige Erheblicherklärung und Abschreibung, weil keine anderen Begehren mehr in der Motion enthalten sind. Es würde Beat Villiger aber noch interessieren, an wen denn dieser Auftrag für ein Gutachten gegangen ist. Die Motionäre stützen sich auf die Haltung des Bundesgerichts bezüglich Wahlkreiseinteilung in der Stadt Zürich oder im Kanton Aargau. Man kann aber die ganze Sache nicht einfach miteinander vergleichen. So haben wir im Kanton Aargau Bezirke, wo 10 bis 15 Gemeinden zu einem Wahlkreis zusammengeschossen sind. Da ist jede Gemeinde zum vornherein im Grossen Rat vertreten. Und wir müssen darauf achten, dass unsere Gemeinden weiterhin im Kantonsrat vertreten sein können. So lange wir Gemeinden haben und dieser Rat in dieser Grösse besteht, sieht der Votant überhaupt keinen Grund, an der Wahlkreiseinteilung etwas zu ändern. Ein Gemeindevertreter ist im Kantonsrat ein Gemeindevertreter, und wenn er nach Hause geht, ist er ein Kantonsvertreter. Es geht im Kern letztlich um die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton, um Gegenseitigkeit. So lange die Gemeinden bestehen und ihnen wesentliche Aufgaben überbunden sind, wehrt Beat Villiger sich gegen die Abwertung von Gemeinden, die mit einer neuen Wahlkreiseinteilung auch eingeläutet würde, und er wehrt sich gegen eine überkommunale Wahlkreiseinheit.

Die Direktorin des Innern, Brigitte **Profos**, kann im Namen der Regierung mitteilen, dass das Motionsbegehren tatsächlich bereits erfüllt ist, das Gutachten ist in Auftrag gegeben. Den Auftrag erhielt Prof. Pierre Tschannen von der Universität Bern – ein ausgewiesener Fachmann für öffentliches Recht. Die Wahlkreisgrösse muss in Bezug auf die Verfassungskonformität begutachtet werden und das Gutachten wird bis Ende März vorliegen. Angesichts dieser Situation beantragt die Regierung, die Motion sofort zu behandeln, erheblich zu erklären und gemäss dem Antrag der FDP sofort abzuschreiben, weil das Motionsbegehren erfüllt ist.
Das WAG ist von der Regierung verabschiedet worden und wird dem Kantonsrat nächstens zugestellt. Die Kommissionsbestellung wird Ende Februar stattfinden können.

➔ Der Rat beschliesst mit 67 Stimmen, die Motion sofort zu behandeln.

➔ Da die SVP-Fraktion ihren Antrag, die Motion sei nicht erheblich zu erklären, zurückzieht, wird sie vom Rat erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

546 MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND ERHEBUNG EINER MANDATSSTEUER FÜR JURISTISCHE PERSONEN AN STELLE DER BISHERIGEN KIRCHENSTEUER

Die **Alternative Fraktion** hat am 26. November 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1288.1 – 11614 enthalten sind.

Werner **Villiger** weist darauf hin, dass auch in der SVP-Fraktion die Meinungen betreffend Abschaffung der Kirchensteuer bei juristischen Personen, wie die Motionäre Manuel Aeschbacher und Thomas Villiger dies verlangen, unterschiedlich sind. Daher kam auch keine Fraktionsmotion zu Stande. Wir denken, dass nun der Zeitpunkt gekommen ist, auch in Bezug auf die NFA, dieses brisante Thema zu diskutieren und die Vor- und Nachteile aufzuzeigen. Anschliessend soll dann der Kantonsrat oder vielleicht schlussendlich auch der Stimmbürger entscheiden können. Wir lehnen jedoch die Einführung einer Mandatssteuer für juristische Personen, wie Sie die AF fordert, einstimmig ab und stellen somit den Antrag, diese Motion sei nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Wir wehren uns grundsätzlich gegen jede neue Steuer, aber dies ist natürlich nicht der einzige Grund, wieso wir diese Motion ablehnen.
Die Problematik Abschaffung der Kirchensteuer und Einführung einer Mandatssteuer wurde bereits im Frühling 2002 im Kantonsrat behandelt. Ausgangsbasis dafür war damals eine Motion von alt Kantonsrat Jo Lang, in welcher er drei Anträge stellte. Ein Antrag davon lautete: «Die bisherige Kirchensteuer wird ersetzt durch eine Mandatssteuer für alle Steuerpflichtigen». Es ging damals nicht nur um einen Ersatz bei den juristischen Personen, sondern um einen Ersatz bei allen Steuerpflichtigen. Der Regierungsrat stellte damals den Antrag, die Motion von Jo Lang sei nicht erheblich zu erklären, und der Kantonsrat stimmte dann, nach einer ausführlichen Debatte, diesem Antrag zu. Hauptargumente, die damals gegen die Einführung einer Mandatssteuer sprachen, waren:

- Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, für private Organisationen unter dem Titel «Steuern» Geld einzutreiben. Der Kanton und die Gemeinden erfüllen bereits heute über die ordentlichen Steuern ihre Aufgaben.
- Es ist nicht gewährleistet, dass die Steuergelder der Mandatssteuer für soziale Werke im Kanton verwendet werden, da diese auch für beliebige Entwicklungshilfeprojekte auch im Ausland eingesetzt werden können.
- Da die Auswahl der Begünstigten in breiten Teilen wohltätiger und gemeinnütziger Institutionen natürlich eingeschnürt werden muss, führt die Mandatssteuer zur Bevorzugung einzelner Institutionen.

Die Argumente, die damals gegen eine Einführung der Mandatssteuer sprachen, gelten auch heute und sicher auch morgen.

Rosemarie **Fähndrich Burger**: Langsam verstehen wir Alternativen die Welt nicht mehr. Eine ungeschriebene Regel dieses Rats hat einmal geheissen: Motionen werden in aller Regel überwiesen, damit die Regierung dem Rat Bericht und Antrag

erteilen kann. Wollen wir diese Regel stillschweigend begraben? Und damit nach aussen kundtun, dass unser Rat nur dort gesprächsbereit ist, wo es ihm eben passt? Den vorliegenden Antrag auf Nichtüberweisung empfinden wir als besonders pikant. Vor zwei Monaten hat der Rat eine Motion zur Befreiung der juristischen Personen von der Kirchensteuer überwiesen. Die Motion wurde von zwei Exponenten der SVP eingereicht. Dem Vernehmen nach waren die Meinungen zu jener Motion in allen Fraktionen gespalten. Aber die Motion wurde stillschweigend überwiesen. In der Zwischenzeit haben wir Alternativen eine Motion eingereicht, in der es lediglich um eine Diskussionserweiterung zur Motion Aeschbacher und Villiger geht. Ziel der Motion ist, die Regierung solle bei der Beantwortung des Themas Kirchensteuer für juristische Personen Handlungsspielraum gewinnen. Nach Meinung der SVP soll also nicht einmal ein Zusatzantrag zu einer bereits erteilten Motion Platz haben. Wo bleibt da unsere viel gerühmte Meinungsvielfalt und Gesprächskultur? Die Votantin möchte darauf hinweisen, dass das Motionsanliegen keine neue Steuer beinhaltet. Wir haben die Kirchensteuer für juristische Personen. Es geht hier um die Abschaffung oder darum, ob die Steuer verändert werden soll. Nicht wir, sondern die SVP hat das Thema wieder lanciert, das Jo Lang eingebracht hatte. Wir hätten zurzeit bestimmt keine neue Motion zu diesem Thema gemacht. Rosemarie Fähndrich bittet den Rat, die Motion zu überweisen. Sie kann beteuern, dass es sich wirklich nur um einen Gegenvorschlag zu dieser bereits überwiesenen Motion handelt. Mit der Überweisung zeigen Sie auch der Zuger Bevölkerung, dass wir als Parlament bereit sind, Themen in all ihren Nuancen zu diskutieren.

Rudolf **Balsiger** weist darauf hin, dass die Motionäre den Kirchgemeinden offensichtlich Geld entziehen wollen. Das wirkt besonders befremdend und stossend, wenn man den Hintergedanken und Zweck erkennt. Alle wissen, dass die Kirchgemeinden die finanziellen Mittel nicht nur zur Entlohnung von Pfarrpersonen, Diakonen und Sigristen einsetzen, sondern sie leisten einen grossen Beitrag zur Lösung von sozialen und gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit. Diese Aufgaben wären grossteils von den Einwohnergemeinden und allenfalls vom Kanton zu übernehmen. Bereits an der letzten Sitzung sind Mittel gestrichen worden für Beratungsdienste, welche eher zu den freiwilligen Aufgaben einer Kirchgemeinde gehört. War nicht das Argument auch der Frau Landammann, dass die Kirchgemeinden ja Steuern erheben können? Dass soll nun also eingeschränkt werden. Ein völlig untaugliches Mittel, insbesondere weil dabei niemand Nutzen daraus ziehen kann, weder der Steuerzahler, noch der Kanton oder die Gemeinde, und es gereicht vor allem schon gar nicht zur Förderung des Standortvorteils oder des Images unseres Kantons. Nur einige – zum Teil sektiererische – Gruppierungen, welche dann zum auserwählten Kreis der Bezugsberechtigen gehören würden, können daraus profitieren, und natürlich deren Steuerungsgremien. Wer wählt Bezüger aus? Der Votant fragt die Motionäre deshalb: Werden Sie dann auch die Jugendgruppen in den Gemeinden unterstützen, werden Beiträge an soziale Vorhaben entrichtet, werden Direkthilfen angeboten an die Entwicklungsprojekte in der Schweiz und im Ausland? Und vor allem, wird dem Nachbar hier im Kanton Hilfe und Beistand gewährt, wenn er sie braucht, ohne sich an eine kantonales Amt zu wenden? Viele historische Gebäude werden durch die Kirchgemeinden unterhalten, ohne dass es die Gemeinde oder den Kantons etwas kostet.
Diese Mandatassteuer kann doch soweit führen, dass auch der Steuerpflichtige gesteuert und gar erpresst werden kann. Kommt z.B. die bezugsberechtigte Luftorganisation WWV daher und erteilt nur der Druckerei den Auftrag zu Erstellung der Prospekte, welche auch die Mandatssteuer an sie entrichtet. Das darf nicht sein. Es

wird ein Buhlen um die Gunst der Steuerzahler geben, und das zwischen den Kirchgemeinden, welche heute auf dem besten Weg zur wahren Ökumene sind. Haben wir nicht im vergangenen Jahr hier in diesem Rat dem Steuerausgleich unter den katholischen Kirchgemeinden zugestimmt, welcher zum Inhalt hatte, dass in den Ausgleichstopf 20 % der Erträge der juristischen Personen fliessen würden. Mit diesem Ansinnen ist ein solcher Steuerausgleich nicht mehr möglich. Es macht tatsächlich den Anschein, dass dieser Vorstoss auch von Leuten unterstützt wird, welche damit die eigenen ideologischen Auffassungen leichter verwirklichen können. Wollen wir alle nicht auch den Regierungsrat von unnötiger Arbeit schützen, da die Motion ja ohnehin nicht erheblich erklärt werden wird, und so beauftragen wir ihn nicht mit der Erarbeitung einer Vorlage. Würden wir etwas kritischer solche Vorstösse vor der Überweisung beurteilen, müssten wir weniger Geld ausgeben, und wir wissen ja nun, wie viel die Ausarbeitung eine solchen Vorlage kostet. Rudolf Balsiger sagt an dieser Stelle absichtlich nicht sparen. War doch früher Sparen eine angesehene Tugend, ist es heute gar ein Unwort, wenn nicht ein Schimpfwort, geworden. Also werden wir eben in Zukunft optimieren! Zusammenfassend ist zu sagen, dass diese Motion nicht überwiesen werden darf, denn im Grunde ist das nichts anderes als kalter Kaffee, der schon vor einigen Jahren nicht gekocht wurde.

Andrea **Hodel** versucht, sich wieder auf das Thema zu konzentrieren. Namens einer relativ guten Mehrheit der FDP-Fraktion werden wir uns gegen das Überweisen nicht zur Wehr setzen, weil wir erstens auch keine Freude an der Motion der beiden SVP-Vertreter hatten und zweitens Werner Villiger genau ihr Votum zitiert hat, dass sie damals bei der Motion Jo Lang vorgebracht hatte. Sie sagte damals nämlich namens der FDP-Fraktion: Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, für private Organisationen unter dem Titel «Steuern» Geld einzutreiben. Dennoch sind wir der Ansicht, dass wenn die andere Motion schon überwiesen ist und die Regierung ja die alte Begründung wieder hervornehmen kann, sie auch die alte Begründung zur Motion Lang nochmals verwenden kann.

Käty **Hofer**: Sie kennen die Haltung der SP, was die Überweisung von Motionen betrifft. Wir überweisen generell alle Motionen und finden das nach wie vor ein faires Vorgehen. Also sind wir auch für die Überweisung dieser Motion. Und wenn die Votantin jetzt die Argumente von Rudolf Balsiger gehört hat, fragt sie sich, warum er sein Votum nicht gehalten hat, als wir die Motion der SVP zur Abschaffung der Kirchensteuer überwiesen haben. Alle seine Argumente wären eigentlich dort am Platz gewesen. Die SVP-Motion entzieht den Kirchen alle Steuern. Die Mandatssteuer verteilt die Steuern der juristischen Personen auf die Kirchen und andere sozialen Institutionen. Also geht die Mandatssteuermotion wesentlich weniger weit als die Motion zur Abschaffung der Kirchensteuer. Alle Argumente hätten dort hingepasst. Käty Hofer ist mit Andrea Hodel einig, dass wir jetzt diese Motion überweisen müssen. Sie betrifft das gleiche Thema wie die erste Motion, und es ist angebracht, hier das ganze Feld anzuschauen und zu beurteilen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** will jetzt nicht auch noch inhaltlich zur Motion Stellung beziehen. Aber es ist für uns etwas schwierig. Die Votantin hat sich an die Abmachung gehalten und nur zur Überweisung gesprochen. Die Diskussion würde spannend werden, aber im Moment sind die Spiesse nicht gleich lang.

➔ Der Rat beschliesst mit 43 : 27 Stimmen, die Motion zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweisen.

547 MOTION DER SP-FRAKTION BETREFFEND ERHALT DER STANDORT-QUALITÄTEN DES KANTONS ZUG

Die **SP-Fraktion** hat am 30. November 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1290.1 – 11616 enthalten sind.

Bruno **Briner** weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt, dass den Motionären Erhalt und Förderung der Standortqualitäten des Kantons Zug am Herzen liegen. Auch die FDP ist der Ansicht, dass neben der geringen steuerlichen Belastung von Privatpersonen und Unternehmen weitere nicht zu vernachlässigende Faktoren zur heute sehr hohen Attraktivität des Standorts Zug beitragen. In einer öffentlich zugänglichen Studie seiner Arbeitgeberin zum Thema «Standortqualität» ist unter anderem zu lesen: «Unangefochten und wenig überraschend rangiert der Kanton Zug an der Spitze. Ein Ergebnis, welches nicht nur aus der geringen steuerlichen Belastung herrührt, sondern ebenso von einer sehr guten Verfügbarkeit von Hochqualifizierten, einer hohen Erreichbarkeit und einem guten Ausbildungsstand der Bevölkerung.» Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, dass man aus der Wirtschaft und von Zugezogenen immer wieder Lob bezüglich der Kundenfreundlichkeit, Kompetenz und Effizienz unserer kantonalen und kommunalen Verwaltungen hört. Auch verzeichnet der Kanton Zug das grösste Bevölkerungswachstum in der gesamten Schweiz. Das hängt mit der Standortqualität zusammen. Im Gegensatz zu den Motionären aber sieht die FDP in der Erstellung eines Konzepts keinen relevanten Beitrag zum Erhalt und zur Förderung der Standortqualitäten unseres Kantons. Es ist die Aufgabe des Parlaments, also unsere Aufgabe, jede Vorlage bezüglich ihres Einflusses auf die Standortgunst zu hinterfragen oder mit parlamentarischen Vorstössen notwendige Veränderungen herbeizuführen. Aus diesen Gründen stellt Ihnen die Fraktion der FDP den Antrag, die Motion der SP-Fraktion betreffend Erhalt der Standortqualitäten des Kantons Zug nicht zu überweisen. Wir sind uns bewusst, dass Motionen in der Regel überwiesen werden. In diesem Fall glauben wir aber, dass wir damit der Regierung einen grossen Arbeitsaufwand ersparen können, damit sie die eingesparte Zeit für tatsächliche Verbesserungen der Standortqualitäten einsetzen kann.

Als Martin **Stuber** vor etwas mehr als zwei Jahren begann, sich damit auseinanderzusetzen, wie der Kantonsrat funktioniert, wurde ihm gesagt, dass das System bei Motionen anders sei als im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug. Hier würden Motionen grundsätzlich überwiesen, wenn das Thema motionsfähig sei, damit die Regierung Stellung dazu nehmen könne. Und auf dieser Basis und nach der öffentlichen Diskussion werde hier im Kantonsrat über das Thema diskutiert. Der Votant ist sehr befremdet, dass dieses System zunehmend auf kaltem Weg abgeschafft wird. Wir haben heute schon drei Mal erlebt, dass schon bei der Überweisung inhaltlich diskutiert wird, und zwar nicht darüber, ob die Motion motionsfähig sei. Das ist ein Systembruch. Wenn das Parlament dieses System ändern will, möchte Martin Stuber die Exponenten, die auf solche Nichtüberweisungen aus sind, bitten einen entsprechen-

den Vorstoss zu machen, damit das Parlament darüber diskutieren kann, ob das System geändert werden solle. Er wird sich deshalb nicht inhaltlich zur SP-Motion äussern. Nur so viel: Es kann niemand in diesem Saal im Ernst behaupten, dass nach der Annahme der NFA durch das Schweizer Volk andere Standortqualitäten als die fiskalischen nicht eine ganz neue Bedeutung erhalten. Es ist deshalb sehr wohl angezeigt, die sachlich abgefasste Motion zu überweisen. Überlegen Sie sich bitte das Signal, das Sie aussenden, wenn Sie diese Motion nicht überweisen. Vor kurzem haben Sie eine Standesinitiative zur sofortigen Behandlung überwiesen, bei der es nur um das Geld bei der NFA geht.

Thomas **Lötscher** versteht langsam die Welt auch nicht mehr und er wundert sich über die Voten von Rosemarie Fähndrich und Martin Stuber. Wir sprechen hier über eine Gewohnheit im Bereich der Motionen, und nicht über ein Gesetz. Gewohnheiten kann man anpassen, da sind wir grundsätzlich frei. Er möchte darüber die Diskussion nicht lancieren. Er möchte nur darauf hinweisen, dass das erste Votum, das heute hier in diesem Saal gehalten wurde und sich gegen die Überweisung einer Motion aussprach, von SGA-Kantonsrat Stefan Gisler kam, im Zusammenhang mit der CVP-Motion. Es wird jetzt behauptet, das sei nicht der Fall gewesen, der Votant hat es allerdings so verstanden. Es wurde auch die Rechtmässigkeit oder die Richtigkeit der Motion in Frage gestellt. Wir müssen da natürlich schon sauber bleiben und uns überlegen, wie wir das handhaben wollen. Thomas Lötscher ist auch neu in diesem Rat und behält sich vor, zwischendurch über Gewohnheiten nachzudenken und sie allenfalls zu ändern. Dieser Rat hat erkannt – vielleicht war das früher anders –, dass im Kanton Zug das Geld nicht einfach mehr so reinfliesst, sondern dass man auch dazu schauen soll. Und er ist nicht mehr bereit, sich in Ineffizienzen zu verstricken und Vorstösse, die offensichtlich keine Chance haben, einfach um der Sache willen durchzuziehen und die Verwaltung damit zu beschäftigen und weitere Kosten zu verursachen.

Die **Vorsitzende** korrigiert Thomas Lötscher: Stefan Gisler hat gegen die *sofortige* Überweisung gesprochen und nicht gegen die Überweisung an sich. Er hat zudem beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären, falls sie sofort behandelt wird.

Eusebius **Spescha** bekräftigt, dass sowohl SP-Fraktion wie AF gegen die sofortige Behandlung waren, aber für eine Überweisung gewesen wären. Er ist erstaunt über den Antrag der FDP gegen die Motion. Bruno Briner hat gesagt, die Standortqualität sei selbstverständlich ein zentrales Thema. Trotzdem wünscht er offenbar nicht, dass die Regierung ein Gesamtkonzept ausarbeitet, das es auch dem Kantonsrat ermöglichen würde, in einer Gesamtschau die verschiedenen Faktoren der Standortqualität zu diskutieren und zu gewichten. Das ist für den Votanten nicht verständlich. Entweder will man Standortqualität – dann macht es auch Sinn, ein Gesamtkonzept zu haben und dieses ausführlich zu diskutieren. Deshalb beantrag Eusebius Spescha, die Motion zu überweisen.
Noch eine kleine Anmerkung: Die SP des Kantons Zug – das kann man in verschiedenen Dokumenten nachlesen – hat sich immer um Standortqualität gekümmert. Sie hat diese aber immer nicht nur fiskalisch gesehen, sondern in einem umfassenden Sinn – im Sinn einer Wohnraumqualität, einer Lebensqualität. So hat die SP des

Kantons Zug z.B. schon Vorstösse zu Umweltvorhaben eingereicht, als es in diesem Rat nur drei Fraktionen gab.

Felix **Häcki** möchte nur kurz etwas zur Geschäftsordnung des Kantonsrats sagen, wo unter § 39 klar steht, dass Motionen überwiesen werden, sofern sie der Rat nicht zum vornherein ablehnt. Es ist also ganz klar das Recht da, eine Motion abzulehnen. Wir hören immer wieder, es sei Usus und es sei die Regel, dass man die überweisen müsste. Es ist nicht so. Es ist in der Freiheit des Kantonsrats, zu sagen: Wir wollen keine unnötigen Kosten produzieren, es ist zum vornherein nicht sinnvoll, wir lehnen es ab. Und man kann niemand dafür diffamieren, weil er einen Antrag auf Ablehnung stellt.

Stefan **Gisler** möchte kurz Thomas Lötscher antworten. In seinen ersten fünf Sätzen hat der Votant gesagt: Wir sind *für* Überweisung wie üblich. Wir sind also kohärent. Und eine der Standortqualitäten möchte Stefan Gisler hier noch anführen: Das wäre eine offene Debattierkultur nach der Überweisung einer Motion, die dann auch inhaltlich geführt werden kann.

➔ Der Rat beschliesst mit 46 : 22 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

548 SEEBEBEN IN SÜDOSTASIEN
A. INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND EINEM FINANZIELLEN BEITRAG AN DIE FLUTKATASTROPHE IN SÜDOSTASIEN UND AFRIKA

Die **CVP-Fraktion** hat am 30. Dezember 2004 die in der Vorlage Nr. 1294.1 – 11632 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

B. MOTION DER ALTERNATIVEN- UND DER SP-FRAKTION BETREFFEND SPENDE EINES ANGEMESSENEN BETRAGS FÜR SOFORTHILFE AN DIE BETROFFENEN LÄNDER DER FLUTKATASTROPHE VOM 26. DEZEMBER 2004

Die **Alternative-** und die **SP-Fraktion** haben am 3. Januar 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1295.1 – 11633 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zu diesem Thema zwei parlamentarische Vorstösse vorliegen, nämlich eine Interpellation und eine Motion. Der Regierungsrat beantwortet zuerst mündlich die Interpellation, was Informationen zum gesamten Geschäft liefert.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** erinnert daran, dass die Interpellation der CVP-Fraktion darauf hinweist, dass eine Flutkatastrophe am Sonntag, 26. Dezember 2004, rund um den Indischen Ozean in insgesamt zwölf Ländern Tausende von Quadratkilometern Land zerstört hat. Die Interpellantin ist der Meinung, dass sich der Kanton Zug mit einem Betrag von mindestens 500'000 Franken an die schweizerischen Hilfswer-

ke bei der Linderung dieser unendlichen Not und Tragödie beteiligen solle. Der Kanton Zug könne damit über die nationale Solidarität hinaus auch ein internationales Zeichen der Hilfeleistung setzen. – Die gestellten Fragen beantworten wir wie folgt:

1. Welche Unterstützung sieht der Regierungsrat vor und welche Reserven für eine internationale Hilfeleistung sind noch vorhanden?
2. Ist der Regierungsrat bereit, für die Bewältigung der Folgen dieser humanitären Katastrophe den Schweizerischen Hilfswerken mindestens 500'000 Franken zur Verfügung zu stellen?
An der ersten Sitzung nach der Katastrophe, am 4. Januar 2005, hat der Regierungsrat beschlossen, dem Schweizerischen Roten Kreuz für die Opfer des Seebebens im Indischen Ozean 500'000 Franken zu überweisen. Die Zahlung zu Lasten der Laufenden Rechnung 2004 wurde noch am gleichen Tag ausgelöst. Diese Soforthilfe stützt sich auf den Kantonsratsbeschluss betreffend sofortige Hilfeleistungen bei Katastrophen und Kriegen vom 25. April 2002 (BGS 542.12). Aufgrund des Ausmasses der Tragödie hat die Regierung die ihr zustehende Maximallimite von einer halben Million Franken pro Ereignis ausgeschöpft. Damit ist die Forderung der Interpellantin erfüllt. – Für Soforthilfe-Beiträge ins Ausland werden pro Jahr 100'000 Franken budgetiert (Konto Nr. 1130.36700). Die Hälfte davon wurde anfangs 2004 bereits für die Erdbebenopfer in Bam (Iran) gespendet. Mit der jetzigen Zahlung beträgt die Budgetüberschreitung bei diesem Konto 450'000 Franken. Die Interpellantin fragt zudem, welche Reserven für eine internationale Hilfeleistung noch vorhanden sind. Es werden aber keine Reserven für derartige Hilfeleistungen gebildet. Vielmehr werden – eher pro memoria – jeweils 100'000 Franken pro Jahr budgetiert, weil sich weder Anzahl noch Ausmass von Katastrophen voraussagen lassen.
Wie der Regierungsrat in seinem Beschluss vom 4. Januar 2005 festgehalten hat, prüft er zusätzlich zur geleisteten Soforthilfe eine finanzielle Beteiligung an einem langfristigen Aufbauprojekt im Katastrophengebiet. Dabei wird er sich mit spezialisierten Hilfsorganisationen in Verbindung setzen, um ein mögliches Projekt auszuwählen. Da für eine derartige finanzielle Hilfe die Rechtsgrundlagen fehlen, werden wir, falls wir ein Aufbauprojekt unterstützen, dem Kantonsrat einen entsprechenden Bericht und Antrag unterbreiten. Zu diesem Zeitpunkt werden wir auch die Motion der Alternativen und der SP-Fraktion vom 3. Januar 2005 betreffend Spende eines angemessenen Beitrages für Soforthilfe an die betroffenen Länder der Flutkatastrophe vom 26. Dezember 2004 (Vorlage Nr. 1295.1 -11633) beantworten. Der Regierungsrat beantragt daher, die Motion der Alternativen und der SP-Fraktion an der heutigen Sitzung nicht sofort zu behandeln. Sie ist wie üblich an den Regierungsrat zu überweisen. Sobald er seine Prüfung bezüglich langfristigen Aufbauprojekts abgeschlossen hat, wird er dem Kantonsrat Bericht und Antrag erstatten.

3. Ist der Regierungsrat allenfalls bereit, zusammen mit den Zuger Gemeinden eine Hilfsaktion zu koordinieren?
Der Regierungsrat sieht keine Notwendigkeit, Hilfsaktionen mit den Gemeinden zu koordinieren. Unsere Möglichkeiten beschränken sich auf Unterstützung von Organisationen, welche vor Ort professionelle Hilfe leisten. Die Gemeinden entscheiden autonom, ob und in welchem Umfang sie ebenfalls Beiträge sprechen oder anderweitige Unterstützung anbieten wollen.

Die Bearbeitung dieses Vorstosses kostete 720 Franken.

➔ Die Interpellation ist erledigt.

Franz **Müller** weist darauf hin, dass uns das Seebeben vom zweiten Weihnachtstag noch stark in Erinnerung ist. In der Zwischenzeit geht man von rund 280'000 Toten aus. Millionen von Menschen haben ihr Zuhause und ihr Hab und Gut verloren. Mit Genugtuung hat die CVP-Fraktion vom Entscheid des Regierungsrats vom 4. Januar 2005 Kenntnis genommen, 500'000 Franken an das Schweizerische Rote Kreuz für die Opfer des Seebebens zu überweisen. Der Votant dankt dem Regierungsrat für diesen Entscheid und für die Beantwortung unserer Interpellation. Mit dieser Zusage hat der Kanton Zug ein Zeichen der Solidarität auch über die nationalen Grenzen hinaus, gesetzt.

Anna **Lustenberger-Seitz** dankt dem Regierungsrat im Namen der AF für die prompte und schnelle finanzielle Hilfe mit der ihm zustehenden Maximallimite von einer halben Million an das Schweizerische Rote Kreuz. Wir sind überzeugt, dass das Geld beim SRK für eine gezielte und effiziente Soforthilfe gut eingesetzt wird. Wichtig ist, dass die Regierung weiterhin den Handlungsspielraum hat, bis zu 500'000 Franken selbst zu sprechen. Denn so kann unbürokratisch und schnell geholfen werden. Wir begrüssen es, dass die Regierung ebenfalls für ein langfristiges Aufbauprojekt finanzielle Hilfe leisten möchte und prüft, dem Kantonsrat einen entsprechenden Bericht und Antrag zu stellen. Die Glückskette gab z.B. bekannt, dass 10 bis 15 % der Spendegelder in die Nothilfe, 85 bis 90 % jedoch nachhaltig in den Wiederaufbau investiert werden. In den Gebieten der Flutkatastrophe wird es noch lange dauern, bis nur das Notwendigste wieder einigermassen funktioniert, bis sich Familien selber wieder helfen und eine Existenz aufbauen können. Die AF begrüsst es, dass die Regierung diese Überlegungen grundsätzlich teilt. Sie ist daher mit der Regierung einverstanden, die Motion nicht sofort zu behandeln, diese aber im üblichen Rahmen zu überweisen. Die Votantin bittet den Rat, dieser Überweisung zuzustimmen. Es ist nötig, dass wir hier noch weiter helfen. Wie sagte dies gestern am Radio Toni Frisch, Delegierter des Bundes für Soforthilfe: Die Hauptarbeit liegt sowieso bei den betroffenen Ländern und ihren Bewohnerinnen und Bewohnern selber. Sie leisten bereits jetzt schon Grossartiges. Nebst dem Aufbauen ihres eigenen Hauses müssen sie die Trauer für Verstorbene überwinden, und suchen dabei immer noch nach vermissten Angehörigen. Was wir machen können ist aber, mit finanziellen Mitteln weiterhin zu helfen.

Markus **Jans** erinnert daran, dass die SP-Fraktion zusammen mit der AF die Motion eingereicht hat. Wir stellen fest, dass der Regierungsrat von sich aus umgehend reagierte und einen ansehnlichen Betrag von 500'000 Franken bereitstellte. Weiter erklärt sich der Regierungsrat bereit, zu prüfen, welche Projekte er längerfristig unterstützen möchte. Er wird dazu dem Kantonsrat bei Gelegenheit einen entsprechenden Antrag unterbreiten. Im Namen der SP-Fraktion dankt der Votant dem Regierungsrat für sein schnelles und unbürokratisches Handeln in dieser aussergewöhnlichen Situation. Wir sind gespannt auf die Antwort des Regierungsrats, welche Projekte er längerfristig unterstützen möchte, und danken, wenn der Rat die Motion überweist.

Andrea **Hodel** dankt in Namen der FDP-Fraktion dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Die FDP-Fraktion dankt ihm aber auch, dass er so schnell gehandelt hat. Es zeigt, dass weder Interpellation noch Motion notwendig gewesen

wären. Wir haben uns die Frage gestellt, ob es nicht eher Effekthascherei als Notwendigkeit gewesen ist. Ein Telefonat an den eigenen Regierungsrat hätte genügt, um alle Eingaben nicht mehr notwendig zu machen. Die FDP-Fraktion ist mit der Soforthilfe und der Grosszügigkeit des Regierungsrats einverstanden. Sie ist auch damit einverstanden, dass jetzt ein nachhaltiges Projekt geprüft wird. Sie ersucht aber den Regierungsrat, auch kritisch zu überprüfen, ob nicht andere Projekte eher unterstützungswürdig sind – Projekte, die nicht so stark in den Medien präsent gewesen sind wie diese Tsunami-Katastrophe, die weniger Spendengelder erhalten und mehr benachteiligt sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

549 POSTULAT DER SP-FRAKTION BETREFFEND VERKAUF DER KANTONSSPITAL-LIEGENSCHAFT UNTER DER BEDINGUNG, DASS EIN DEN BEDÜRFNISSEN DER BEVÖLKERUNG ENTSPRECHENDES WOHNUNGSANGEBOT MIT DER ERFORDERLICHEN INFRASTRUKTUR GESCHAFFEN WIRD

Die **SP-Fraktion** hat am 26. November 2004 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1289.1 – 11615 enthalten sind.

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass das Postulat schon vor der letzen Sitzung eingereicht wurde, es also an der Dezembersitzung hätte überwiesen werden sollen. Er bittet den Regierungsrat, dieses Postulat – wenn es überwiesen wird – möglichst schnell zu behandeln, weil der Zeitplan so ist, dass nur eine baldige Behandlung dieses Vorstosses noch einen Sinn macht. Der Terminplan des Investorenwettbewerbs ist so, dass im Februar die Vorgaben hinausgehen, und irgendwann im Sommer wird juriert. Es wäre also sinnvoll, wenn man das hier noch vorher behandeln könnte. Das ist kein Antrag, sondern eine Bitte. Wenn der Regierungsrat die Frist zur Beantwortung voll ausnützt, hat das Postulat überhaupt keinen Sinn mehr.

Anton **Stöckli** hält fest, dass die SVP-Fraktion das Postulat eingehend diskutiert und beraten hat. Auf Grund der Ausgangslage ist es differenziert zu betrachten, und zwar aus folgenden Gründen:
- Der Regierungsrat hat im Bericht und Antrag (Vorlage Nr. 1084.1) vom 21. Januar 2003 unter anderem Folgendes geschrieben: «Zudem steuert die beabsichtigte Veräusserung des Kantonsspital-Areals in Zug einen substantiellen Beitrag von mutmasslich ca. 30 Mio. Franken für den Neubaukosten bei.»
- Diese Aussage wurde gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern stets so kommuniziert. Es wäre verfehlt, und das Stimmvolk würde hintergangen, wenn wir heute eine Kehrtwendung machen würden.
- Der Kanton nimmt die soziale Verantwortung im Bereich der Förderung von preisgünstigem Wohnraum wahr. Es sei daran erinnert, dass der Kantonsrat mit dem neuen Gesetz (WFG) vom 30. Januar 2004 die Grundlage dafür geschaffen hat.

- Im Weiteren ist die Förderung von günstigem Wohnraum grundsätzlich nicht eine Angelegenheit des Kantons, sondern der Gemeinden. Wenn der Votant richtig orientiert ist, sieht die Stadt Zug vor, ganz in der Nähe des Kantonsspital-Areals (im Roost) günstigen Wohnungsbau zu realisieren.
- Über Zonenplan und Bebauungsplan der Stadt Zug bestimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zug an der Urne.
- Auf Grund der Vorgaben gemäss Zustimmung des Stimmvolks zur Spitalvorlage macht es doch keinen Sinn, allfälligen Investoren den Kauf des Kantonsspital-Areals in Zug an kaum erfüllbare Bedingungen und Auflagen zu knüpfen. Wenn dies der Kanton trotzdem tut, ist vorauszusehen, dass der Ertrag der Veräusserung des Kantonsspital-Areals markant sinkt. Dies hätte zwangsläufig zur Folge, dass das Geld für die Finanzierung des Zentralspitals dann nicht bzw. nur noch zum Teil zur Verfügung stehen würde.
- Die SP-Fraktion hätte ihre Anliegen bei der Behandlung der Spitalvorlage einbringen müssen.
- Ein solches Vorgehen kann Anton Stöckli persönlich und als Mitglied der Kommission für Spitalfragen nicht unterstützen.
- Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir in dieser Sache die Führungsverantwortung übernehmen müssen und nicht den bequemen Weg «alles überweisen» wählen sollten.

Die SVP-Fraktion hat sich einstimmig für Nichtüberweisung des Postulats ausgesprochen. Der Votant stellt somit im Namen der SVP-Fraktion den Antrag, das Postulat der SP-Fraktion sei nicht zu überweisen.

Rudolf **Balsiger** stellt namens der FDP-Fraktion den Antrag, das Postulat nicht zu überweisen. Begründung: Wenn im besagten Areal des heutigen Kantonsspitals Wohnungen für mittlere Einkommen zu erstellen sind, kommt das einer Subvention durch den Kanton gleich. Das bedeutet, dass für die Veräusserung dieses Areals z.B. statt 30 Mio. nur deren 20 Mio. gelöst werden können. Der Ertrag von 30 Mio. hat aber bereits in der Kostenrechnung des neuen Zentralspitals in Baar Eingang gefunden. Der zustimmende Bürger hat damals mit den 30 Mio. gerechnet, was ihn zu einem Ja für diese Volksbefragung bewogen hat. Also zu Gunsten des Zentralspitals dürfen wir das Postulat nicht überweisen. Auf dieses Begehren einzugehen hiesse gleichfalls, dass der Kanton Bauland indirekt kaufen würde, um es für günstigen Wohnraum abzugeben. Im Oktober 2002 aber, als über das Wohnraumförderungsgesetz beraten wurde, lag dasselbe Anliegen von einem der Postulanten auf dem Tisch, doch dieses Parlament lehnte das damals mit 52 Stimmen ab. Damit wurde auch kein Präjudiz geschaffen und der Kanton wurde nicht in die Pflicht genommen. Die Ausschreibung für den Wettbewerb, welche der Regierungsrat bereits ausgelöst hat, müsste unverzüglich gestoppt werden, bis dieses Postulat beantwortet wäre. Im heutigen Stadium dürfte das schwierig sein. Dieses Postulat stellt ganz klar eine Einmischung des Kantons in die Entscheidungsfreiheit der Stadt Zug dar, über die kommunale Kompetenz der Gestaltung der Bau- und Zonenordnung. Ein Bebauungsplan wird hier erforderlich sein, und sicherlich will die Stadt hier mitreden wollen. Im Sinne der Gemeindeautonomie darf das Postulat nicht überwiesen werden. So verlangt doch dieses Postulat insgesamt eine Verschiebung etablierter gemeindlicher Kompetenzen im Bereiche Nutzungsordnung auf den Kanton, was nicht nur aus politischer Sicht äusserst fragwürdig ist, sondern auch eine erhebliche Rechtsunsicherheit für andere Vorhaben schafft und sachlich in keiner Weise gerechtfertigt ist. Wir sehen auch, dass der Kanton als Landverkäufer dadurch der Käuferschaft ein-

schränkende Bestimmungen hinsichtlich der Mietpreise der zu erstellenden Wohnungen sowie hinsichtlich der Erstellung von Quartierinfrastrukturen auferlegt. Die Kaufinteressenten müssen zusammen mit dem Landkaufangebot ohnehin detaillierte Unterlagen einreichen, welche auch die Anlagekosten, Verkaufs- und Mietpreise umfassen.
Die Postulanten verkennen auch, dass

- es nicht sinnvoll wäre, das städtebaulich wertvolle Areal lediglich unter dem Gesichtspunkt einer Tiefhaltung von Mietzinsen zu verkaufen;
- die Beurteilungskriterien ausgewogen sind und alle Aspekte von Städtebau, Architektur, Umgebungsgestaltung, Wirtschaftlichkeit und letztlich das Kaufangebot umfassen;
- allfällige Vorgaben bezüglich Quartierinfrastrukturen – wie oben bereits angedeutet – letztlich in die Kompetenzen der Stadt Zug fallen, da jedes Projekt ohnehin eine Zonenplanänderung nach sich zieht und der Kanton aus rechtlichen Überlegungen im Rahmen des Genehmigungsverfahren kaum anders als bei der Beurteilung anderer Zonenplanänderungen handeln kann, nur weil er im vorliegenden Fall Direktbeteiligter ins.

Alle diese Gründe zusammengefasst müssen zum Schluss führen, dass dieses Postulat nicht überwiesen werden soll.

Jean-Pierre **Prodolliet** betont, dass dieser Vorstoss ein Postulat ist. Was ist das? Ein Anliegen, womit das was man möchte, dem Regierungsrat vorgelegt wird, indem er eingeladen wird, etwas in diesem Sinn zu tun. Wenn man also hier argumentiert, es verstosse gegen Beschlüsse, die man gefasst hat, oder es greife irgendwo in irgendeine Kompetenz ein, so ist das nicht sachlich. Es geht hier lediglich darum, eine Meinungsbildung zu erwirken, die nachher für den Regierungsrat quasi konsultativ wirksam sein könnte. Aber auch für allfällige Investoren eine Wirkung haben könnte. Wenn sie merken, dass die Bevölkerung eher etwas in diese Richtung will, könnten sie geneigt sein, das zu tun. Schliesslich sind wir in der freien Wirtschaft, und da geht es auch darum, Kunden zu befriedigen. Solche Vorwürfe weist der Votant in diesem Sinn zurück. Wenn man den Vorstoss liest, sieht man, dass es nicht darum geht, preisgünstigen Wohnungsbau zu fördern. Das ist in diesem Gebiet nicht sinnvoll. Wir haben bereits ein Projekt, das sich zum Ziel gesetzt hat, preisgünstige Wohnungen anzubieten. Es geht hier darum, in erster Linie Mietwohnungen zu erstellen, die erschwinglich sind für mittelständische Mieter. Das ist auch ein Beitrag zur Lösung unseres Wohnproblems. Der Votant bittet den Rat deshalb, der Überweisung zuzustimmen, damit der Regierungsrat die Meinung des Kantonsrats entgegennehmen kann.

Christian **Siegwart** weist darauf hin, dass die Bürgergemeinde Zug 1981 das einstige Bürgerspital für 3 Mio. Franken dem Kanton abgetreten hat. Der auch für die damalige Zeit niedrige Kaufpreis ist wohl einzig durch den sozialen Zweck zu erklären. Nun will der Kanton einem Spekulanten gleich das Areal für den wohl mehr als zehnfachen Preis verschachern, damit Investoren Wohnungen und allenfalls ein 4-Stern-Hotel errichten. Es steht wohl ausser Frage, dass unter diesen Vorzeichen einzig Wohnungen im Hoch- und Höchstpreissegment erstellt werden können. Ein sozialer Gedanke ist nicht einmal mehr im Ansatz zu spüren. Günstiger Wohnraum ist in Zug mehr denn je eine Notwendigkeit. Gefragt ist für das Areal eine vielfältige Nutzung, die allen Bevölkerungsschichten zugute kommt, eine Durchmischung, wie sie die SP

mit ihrem Postulat anregt. Dies ist auch im Sinne der Stadtzuger Bevölkerung. Der Votant bittet den Rat deshalb eindringlich, das Postulat an die Regierung zu überweisen.

Martin **Stuber** hat das Argument mit der Volksabstimmung in die Nase gestochen. Sie erinnern sich sicher, dass die Diskussion um das Zentralspital hier in diesem Rat nicht ganz einfach war. Und Sie wissen auch, dass es schwierig ist, wenn man komplizierte, grosse Vorlagen überfrachtet. Unsere Fraktion hat bewusst darauf verzichtet, diese 30 Mio. hier zum Thema zu machen, wohl wissend, dass das später wieder ein Thema werden wird. Wir haben das bewusst gemacht, weil wir die Vorlage nicht gefährden wollten. Wir waren natürlich absolut nicht einverstanden damit, dass der Kanton sich als Spekulant betätigt. Wir sind damals im Interesse der Gesamtvorlage zurückgestanden. Und es ist nicht sehr nett, wenn jetzt dieses Thema mit dieser Volksabstimmung quasi beerdigt werden soll. Wie wissen genau, dass das Volk nicht über diese 30 Mio. abgestimmt hat. Der Votant hat in der Stadt viele Diskussionen mit Leuten gehabt, die ihn gefragt haben: Was passiert denn nachher mit diesem Areal? Er hat allen Leuten gesagt: Es geht hier ums Zentralspital, über diese 30 Mio. sprechen wir dann später. Er möchte den Rat eindringlich bitten, diese Diskussion nicht im Keim einfach abzuwürgen. Sie belasten damit in Zukunft weitere schwierige Vorlagen. Wenn Sie das heute nämlich so abklemmen, werden wir uns in Zukunft nicht mehr zurückhalten und im Gesamtinteresse auf solche Diskussionen zum Vornherein verzichten. Es geht hier auch ein wenig um Diskussionskultur und darum, gute Gesamtlösungen zu finden. Überweisen Sie deshalb bitte das Postulat der SP.

Heini **Schmid** möchte zuerst seine Interessenbindung offen legen. Als Präsident von «Zug Tourismus» liegt ihm die Hotel-Standortqualität am Herzen. Nicht zuletzt in dieser Funktion möchte er sich hier melden. Die SP-Fraktion hat vorher ein Traktandum eingebracht unter dem Titel «Standortqualität». Wenn sich jemand mit Standortqualität auseinandersetzt, ist es offensichtlich, dass das Hotelangebot in unserem Kanton und speziell in der Stadt dringend verbesserungswürdig ist. Es geht nicht, dass man jetzt einseitig die Weichen auf mittleren Wohnungsbau stellt. Der Regierungsrat und insbesondere die zuständige Stadt Zug sind gut beraten, sich zu fragen, was wir mit diesem Areal machen, damit die Standortqualität optimal gefördert ist. Ein solches Postulat ist kontraproduktiv. Bitte messen Sie den Regierungsrat, die Stadt Zug und auch den Stimmbürger daran, ob ihnen etwas Gescheites in den Sinn kommt, wie dieses Areal genutzt werden kann, damit alle optimal profitieren können.

Hans-Beat **Uttinger**: Wie schon oft dargelegt, äussert sich der Regierungsrat zu Überweisungen von Vorstössen sehr zurückhaltend. So auch in diesem Fall.

➔ Der Rat beschliesst mit 45 : 23 Stimmen, das Postulat nicht zu überweisen.

550 INTERPELLATION VON FRANZ MÜLLER BETREFFEND VERWENDUNG VON ZUGER HOLZ BEI DER MÖBLIERUNG DES NEUEN KANTONSRATSSAALS

Franz **Müller**, Oberägeri, hat am 7. Januar 2005 die in der Vorlage Nr. 1298.1 – 11637 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zwei Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

551 ÄNDERUNG DES EINFÜHRUNGSGESETZES ZUM BUNDESGESETZ ÜBER DEN UMWELTSCHUTZ

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1292.1/.2 – 11627/28).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Käty Hofer, Hünenberg, ***Präsidentin***	***SP***
1.	Rudolf Balsiger, Bruder-Klausen-Weg 5, 6317 Oberwil	FDP
2.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
3.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
4.	Beatrice Gaier, Tellenmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	CVP
5.	Guido Heinrich, Rothusweg 12, 6315 Oberägeri	SVP
6.	Georg Helfenstein , Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
7.	Käty Hofer, Einhornweg 4, 6331 Hünenberg	SP
8.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
9.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
10.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
11.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
12.	Karl Rust, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
13.	Louis Suter, Holzhäusernstrasse 2, 6331 Hünenberg	CVP
14.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
15.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

552 GESETZESINITIATIVE «STOPP DEM ZWANG ZUM PASSIVRAUCHEN»

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1293.1 – 11631).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Jacques-Armand Clerc, Risch, ***Präsident*** ***FDP***

1.	Manuel Aeschbacher, Flurstrasse 57, 6332 Hagendorn	SVP
2.	Bruno Briner, Rebenweg 21d, 6331 Hünenberg	FDP
3.	Jacques-Armand Clerc, Holzhäusernstr. 5, 6343 Holzhäusern	CVP
4.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
5.	Malaika Hug, Flurstrasse 14, 6340 Baar	SP
6.	Lilian Hurschler-Baumgartner, Schöngrund 14, 6343 Rotkreuz	AF
7.	Kathrin Kündig, Sterenweg 4, 6300 Zug	CVP
8.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
9.	Beni Langenegger, Inwilerstrasse 30, 6340 Baar	SVP
10.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
11.	Karin Julia Stadlin, Gartenweg 17, 6343 Buonas	FDP
12.	Anton Stöckli, Steinhauserstrasse 23, 6300 Zug	SVP
13.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
14.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
15.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP

553 VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMS 2004-2011, KREDITBEGEHREN ÖV 22 UND BU 22, KANTONSSTRASSE H, STADT ZUG, BETREFFEND ERSTELLUNG EINER BUSSPUR UND TEILWEISER BELAGSSANIERUNG DER STEINHAUSERSTRASSE (ABSCHNITT RIEDMATT-CHAMERSTRASSE)

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1291.1 – 11618).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Strassenbaukommission überwiesen.

554 ERSATZWAHL IN EINE KANTONSRÄTLICHE KOMMISSION

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass Konrad Studerus per 31. Januar 2005 aus dem Kantonsrat zurücktreten wird. Es sind folgende Kommissionssitze ab 1. Februar 2005 neu zu besetzen: Die CVP-Fraktion beantragt als neues Mitglied in die engere Staatswirtschaftskommission Peter **Rust**, und an seiner Stelle als neues Mitglied in die erweiterte Staatswirtschaftskommission Arthur **Walker**.

➔ Der Rat ist mit dieser Ersatzwahl einverstanden.

555 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DEN RECHTSSCHUTZ IN VERWALTUNGSSACHEN (TEILREVISION VON § 55 BETREFFEND UNVEREINBARKEITSREGELUNG FÜR DIE MITGLIEDER DES VERWALTUNGSGERICHTS)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. Oktober 2004 (Ziff. 492) ist in der Vorlage Nr. 1240.4 – 11588 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69 : 0 Stimmen zu.

556 ZUGER FINANZ- UND AUFGABENREFORM (ZFA), AUFGABENTEILUNG KANTON-GEMEINDEN (1. PAKET), ANPASSUNG DER KANTONALEN GESETZGEBUNG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1250.1/.2 – 11518/19), der Kommission (Nr. 1250.3 – 11629) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1250.4 – 11630).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Stawiko in ihrem Bericht Nr. 1250.4 – 11630 auf S. 5 der Direktorin des Innern verschiedene Fragen zu § 34 des Sozialhilfegesetzes stellt. Die Direktion hat den Mitgliedern der Stawiko und des Büros diese Antworten per Mail zugestellt.

Beat **Villiger** erinnert daran, dass seit der Motion der FDP im Jahre 1994 betreffend Aufgabenteilung nun rund zehn Jahre verstrichen sind und wir heute das mit B-Post eingetroffene Paket behandeln können. In einer halbtägigen Sitzung hat die vorberatende Kommission die Vorlage beurteilt. Der Kommissionspräsident möchte für die gute Unterstützung der Kommission, den involvierten Direktionen und namentlich Finanzdirektor Peter Hegglin sowie seinem Mitarbeiterstab bestens danken. Sie wurden mit ausführlichen Unterlagen der Regierung, der vorberatenden Kommission sowie der Stawiko bedient. – Worum geht es beim Projekt Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden? Die Regelung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten von Kanton und Gemeinden ist historisch gewachsen. In vielen Aufgabenbereichen bestehen Verflechtungen bei der Verantwortung für Entscheid, Finanzierung und Vollzug. Das vor Jahren gestartete Projekt Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden verfolgt das Ziel, die Handlungsspielräume aller Beteiligten zu vergrössern, Doppelspurigkeiten zu beseitigen und die Wirksamkeit und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu erhöhen. Ohne zweckmässige und klare Aufgabenzuordnung zu den staatlichen Ebenen können Föderalismus und Demokratie weniger gut funktionieren. In diesem Sinn ist die Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden von grosser staatspolitischer Bedeutung für die Erhaltung und Weiterentwicklung der föderalistischen und direktdemokratischen Struktur unseres Kantons. Für verschiedene Aufgaben werden die Gemeinden neu umfassend verantwortlich.
Gemäss den im 1. Paket festgelegten Grundsätzen werden die Aufgaben derjenigen staatlichen Ebene zugeordnet, die sie insbesondere am besten lösen kann. Im Vordergrund steht der Grundsatz, dass die öffentliche Hand – Kanton und Gemeinden – die Aufgaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger so effizient und wirksam wie

möglich erfüllt. Dies setzt voraus, dass sich jede staatliche Ebene auf ihre Stärken konzentriert. Die Zuständigkeiten für den Entscheid, die Finanzierung und den Vollzug einer Aufgabe werden nach Möglichkeit und sinnvoll in eine Hand gelegt. Übernehmen Gemeinden eine Aufgaben, mischt sich der Kanton nicht mehr ein – oder umgekehrt. Ausgenommen sind höchstens Verbundaufgaben. Es ist auch nicht so, wie das die AF geschrieben hat, dass diese Aufgabenteilung ein reines Sparpaket sei, indem man staatliche Aufgaben abbaue. Sie muss und kann zwar zu Sparmassnahmen führen durch bessere Zuordnung von Aufgaben, und gleichzeitig müssen Ausgaben auch hinterfragt werden, ob sie noch richtig sind oder ob der Staat in den letzten Jahren nicht zu viele Aufgaben übernommen hat.
Die vorberatende Kommission hat sich auch über die Struktur der Gemeindeorganisation im Kanton Zug unterhalten und beschlossen, dass diese Frage im Zusammenhang mit dem zweiten Paket genauer zu prüfen sei und die Kommission dannzumal sich mit diesem einerseits hoch interessanten, andererseits politisch aber auch sehr heiklen Thema befassen möchte. Insofern hat den Votanten die Motion der AF etwas irritiert und er befürchtet, dass dieser gewählte Weg eher in eine Sackgasse führt, als dass er parteiübergreifend sachlich etwas bringt. So oder so: Infolge der Reformen werden die Gemeinden neue Aufgaben und damit mehr Eigenverantwortung übernehmen. Um diese Herausforderung zu bewältigen, sollen die Gemeinden umgehend in einzelnen Bereichen ihre Organisation überprüfen und allenfalls Massnahmen im Hinblick auf eine optimalere Aufgabenerfüllung ergreifen.
Der Kantonsrat hat die Zielsetzungen seit ca. 1998 bei neuen Gesetzen und der Zuordnung von Verantwortlichkeiten nach Möglichkeit bereits einige Male beachtet und umgesetzt. Auf Grund dessen wurde der Kanton jährlich mit ca. 4,1 Mio. mehr belastet und die Gemeinden um ca. 5,7 Mio. entlastet. Darin nicht enthalten sind die finanziellen Konsequenzen der Zusammenlegung der Stadtpolizei zur Zuger Polizei. Die Kostenzunahme im Bereich der Krankenanstalten hat zu Lasten des Kantons jedoch in den letzten Jahren noch weiter zugenommen. Was die effektive Kostenverteilung gemäss erstem Paket anbelangt, so zeigte die Vorlage der Regierung – ungeachtet der früheren Verschiebungen – eine Mehrbelastung für die Gemeinden von gut 6,65 Mio. und eine Entlastung beim Kanton von ca. 6,8 Mio. Mit dem Belassen der Mutterschaftsbeiträge beim Kanton würden die Gemeinden um gegen eine Million wieder entlastet.
Für Beat Villiger ist aber nicht allein massgebend, ob der Kanton oder die Gemeinde die Lasten hat. Hauptsache ist, dass die Zielsetzungen der Aufgabenteilung erreicht werden. Der finanzielle Aspekt muss bei einem Ungleichgewicht über den Weg des Finanz- oder Steuerausgleichs gefunden werden. Diesem Aspekt ist besonders beim zweiten Pakten Rechnung zu tragen, in welchem es dann darum geht, die weiteren Aufgaben noch zu bereinigen, aber auch den innerkantonalen Finanzausgleich anzupassen und die Finanzierung der NFA zu regeln. Insofern hat Gregor Kupper richtig gesagt, das erste Paket sei ein Gesellen-, das zweite dann ein Meisterstück. Das Projekt ZFA ist in zwei Pakete geschnürt. Das erste Paket hat per saldo verhältnismässig geringe Lastenverschiebungen zur Folge. Darin enthalten sind schwergewichtig Sozialbereiche. Die Kommission hat bei ihrer Arbeit unter anderem die Ergebnisse der umfassenden Vernehmlassung zum ersten Paket in die Überlegungen mit einbezogen.
Zu den einzelnen Themen des ersten Paketes nimmt die Kommission wie folgt Stellung:
Schulzahnarztdienst. Dieser soll gemäss Kommission im Sinne der Regierung an die Gemeinden übertragen werden. Es ist davon auszugehen, dass diese Neuordnung unbestritten ist.

Schulzahnpflegedienst. Wir beantragen, den Schulzahnpflegedienst gemäss Antrag Regierung in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden zu übertragen. Der Antrag, dieser Dienst sei für die Gemeinden obligatorisch zu erklären, wurde mit 10 : 4 Stimmen abgelehnt. Der Antrag dürfte auch heute gestellt werden. Der Votant wird dann in der Detailberatung dazu noch Stellung nehmen.
Allgemeine Weiterbildung. Einige Kommissionsmitglieder wollten hier staatliche Beiträge gänzlich streichen. Dieser Antrag ist nicht durchgekommen und wir unterstützen die Vorlage der Regierung.
Gesetz über das Gesundheitswesen. Dieser Antrag des Regierungsrats war unbestritten. Es liegt aber hier der Antrag der Stawiko vor, dass man die Kann-Formulierung bei der Unterstützung von Institutionen aufnimmt unter § 39. Die Kommission hat heute Morgen noch kurz getagt und ganz knapp entschieden, dass man die bisherige Formulierung belassen sollte, und zwar deshalb, weil man nicht falsche Signale geben möchte und vieles vom Bund her schon vorgegeben ist. Und wenn Finanzierungen oder Subventionen gesprochen werden, sind immer Auflagen und Bedingungen damit verbunden.
Gesetz über Mutterschaftsbeiträge. Hier folgt die Kommission nicht dem Antrag der Regierung. Grossmehrheitlich will man diesen Bereich beim Kanton belassen. Beat Villiger wird in der Detailberatung dazu noch etwas dazu sagen.
Familienzulagen in der Landwirtschaft. Der Antrag des Regierungsrats war unbestritten.
Sozialhilfegesetz. § 33 ist unbestritten. Mit dem Vorschlag der Stawiko unter § 34, den Titel Jugendhilfe durch Jugendförderung und Jugendschutz zu ersetzen, sind wir einverstanden. Ebenfalls mit der Änderung in Ziff. 1.
Zu den Anträgen im Gesamten. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der vorberatenden Kommission sowie mit den beantragten Änderungen der Stawiko zuzustimmen. Ebenfalls bittet er um Zustimmung, die Motion der FDP-Fraktion bei Ziff. 1 und 2 als erledigt abzuschreiben. Bei der Motion Villiger beantragt die Kommission, diese noch nicht abzuschreiben und mit dem zweiten Paket zu behandeln. Dies mit der Begründung, dass es heute noch nicht sicher feststeht, dass das zweite Paket auch umgesetzt werden kann. Dann nämlich hätte der Kantonsrat die Möglichkeit, im Sinne der Motionsbegehren Vorgaben zu beschliessen. Der Votant hat der Kommission schon gesagt, dass er auch damit leben kann, wenn man sie heute abschreibt, aber wie schon gesagt, man hätte später noch ein wenn auch nur kleines Pfand in der Hand.
Die CVP Fraktion hat folgende Beschlüsse gefasst: Sie ist für Eintreten. Bei der Schulzahnpflege unterstützt sie mit einer knappen Mehrheit das Obligatorium für die Gemeinden. Die Stawiko-Anträge werden unterstützt. Die Motion Villiger soll - trotz Beat Villigers Gegenwehr in der Fraktion – abgeschrieben werden.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Vorlage an der Sitzung vom 4. Januar behandelt wurde, er verweist auf den Bericht. Wie Sie der Vorlage entnehmen können, wurde der erste Vorstoss für eine neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden bereits 1978 eingereicht. Damals fehlte aber der Wille seitens des Kantonsrats, den ausgearbeiteten Vorschlag umzusetzen. Die Mühlen mahlen langsam. Rund 26 Jahre später liegt nun wiederum ein erstes Paket ZFA von. Man muss allerdings auch erwähnen, dass eine erste Aufgabenteilung mit dem Spitalgesetz vollzogen wurde, datiert vom 1. Januar 1999. Dort ist diese Trennung so: Der Kanton ist verantwortlich für Akutmedizin und Rehabilitation, die Gemeinden für

Langzeitpflege und Spitex. Diese Aufgabenteilung wird ja im ZFA-Paket eingerechnet.
Ziel der Vorlage ist es, Aufgaben, Kompetenzen die Finanzierung bei einem Gemeinwesen zu vereinen. Wer zahlt, befiehlt oder besser: Wer über Ausgaben entscheidet, soll auch die Konsequenzen tragen und die Finanzierung gewährleisten. Mit diesen Massnahmen sollen zudem Doppelspurigkeiten verhindert und eine zusätzliche Verbesserung der Ausgabendisziplin in den Gemeinwesen erreicht werden. Aus Sicht der Stawiko zeigt die Vorlage in die richtige Richtung. Mit dem 1. Paket werden erste konkrete Massnahmen umgesetzt. Ungünstig ist sicher, dass das Projekt ZFA nun mit den Mehrbelastungen aus dem NFA zusammenfällt. Bei den Diskussionen wird es wichtig sein, diese zwei Grossprojekte auseinander zu halten, obwohl dies in Anbetracht der Komplexität der Materie und der gegenseitigen Interaktionen dieser Projekte schwer fallen wird.
Die Stawiko begrüsst grundsätzlich eine klare Zuteilung von Aufgaben, Kompetenzen und Finanzierung an den Kanton oder an die Gemeinden. Ebenso wird die Aufteilung in ein erstes und zweites Paket als sinnvoll erachtet. Die Kommissionsmehrheit steht den vom Regierungsrat beantragten, umsetzbaren und konkreten Massnahmen und den damit verbundenen Gesetzesänderungen positiv gegenüber. Einzig beim Gesetz betreffend Mutterschaftsbeiträge ist die Stawiko wie die vorberatende Kommission, anderer Meinung. Obwohl die Ausrichtung der Mutterschaftsbeiträge zur sozialen Grundversorgung und damit in den Kompetenzbereich der Gemeinden gehört, möchte auch die Stawiko diese Aufgabe einstweilen beim Kanton belassen. Aktuell ist nämlich nicht klar, welche Auswirkungen die neue Mutterschaftsversicherung auf dieses Gesetz hat. Die wenigen Fälle sollen wie bisher mit der bewährten Lösung des Kantons behandelt werden, bis die Situation geklärt ist.
Zur Kostenneutralität. Die Maxime der Kostenneutralität ist nur schwer nachzuweisen, weil einerseits die Berechungen nicht auf den neusten Zahlen, d.h. den Jahresabschlüssen 2004 basieren. Andererseits haben einzelne Ausgaben, beispielsweise im Sozialhilfe- und im Pflegeheimbereich gerade im Jahr 2004 stark zugenommen. Es wäre nun aber falsch, der Regierung für diese nicht mehr ganz aktuellen Zahlen einen Vorwurf zu machen. Die regierungsrätliche Vorlage datiert vom 6. Juli 2004, weshalb nur die definitiven Zahlen des Jahres 2003 berücksichtig werden konnten. Eine Mehrheit der Stawiko hat die Meinung des Finanzdirektors unterstützt, dass eine kurzfristige, aufwändige Aktualisierung der Zahlen zum jetzigen Zeitpunkt wenig Sinn macht. Je nach Entscheiden in diesem Rat wird sich die Situation nochmals ändern, weshalb erst nach Verabschiedung der ersten ZFA-Vorlage eine erste Bilanz gezogen werden muss. Die Stawiko verlangt von Regierungsrat, dass dem Rat mit dem zweiten ZFA-Paket diese aktualisierte Übersicht vorgelegt wird. Erst dann wird sich zeigen, wieweit die Zielvorgabe «Kostenneutralität» beim ersten Paket erreicht werden konnte. Je nach Resultat müssen die resultierenden Abweichungen beim zweiten Paket berücksichtigt werden. Wir danken der Regierung, bzw. Regierungsrätin Profos, für die Beantwortung unserer Fragen zum Bereich Jugendschutz und Jugendförderung und die Präzisierung des Gesetzestextes.
Zusammenfassend ist es aus Sicht der Stawiko erfreulich, dass der Regierungsrat das erste ZFA-Paket vorlegt. Das erste wird wenige, dass zweite Paket deutliche Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Die Umsetzung der ZFA-Pakete darf nicht unterschätzt werden. Bereits das erste Paket wird einen erheblichen organisatorischen Aufwand verursachen. 2008 evtl. 2009 werden zudem die Auswirkungen des NFA zu spüren sein, die unsere finanziellen Möglichkeiten einschränken werden. Gerade die kleineren Gemeinden werden vor der Herausforderung stehen, allen ihren Aufgaben gerecht zu werden. Dieser Druck kann aber auch positive Auswir-

kungen haben. Aufgaben und Ausgaben müssen neu beurteilt werden. Innovative Lösungen, das Suchen nach Synergien mit verschiedenen Partnern und eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden wird – so hoffen wir – die Folge sein. – Gestützt auf unseren Bericht und diese Erläuterungen beantragen wir dem Rat mit 6 : 1 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den in unserem Bericht beantragten Änderungen zuzustimmen.

Stefan **Gisler** betont, dass die AF das Grundprinzip des ZFA, das eine eindeutige Zuteilung der öffentlichen Aufgaben auf Kanton oder Gemeinden vorsieht, für sinnvoll hält. Sie ist für Eintreten auf das erste Paket. – Der Votant möchte den Rat daran erinnern, dass es sich beim ersten und beim zweiten Paket sowie bei der Totalrevision des innerkantonalen Finanzausgleichs eben nicht um eine Spar- und Abbauvorlage handeln darf. Und er ist froh, dass ihm dies Beat Villiger zumindest teilweise so bestätigt hat. Wir brauchen in Zug intelligente Bildungspolitik, eine gesundes Gesundheitssystem, einen mobilen öffentlichen Verkehr, ein soziales Sozialsystem usw.. Für die Bewältigung solcher öffentlicher Aufgaben müssen – ZFA hin oder her – allen Körperschaften genügend Mittel zur Verfügung stehen. Im Zentrum der ZFA muss darum die sachbezogene Aufgabenverteilung stehen, welche Gemeinden und Kanton erlauben, dank Optimierungen bessere Leistungen zum Wohl aller Zugerinnen und Zuger zu erbringen. Die Gefahr des Leistungsabbaus und der zunehmenden Ungleichheit zwischen den Gemeinden besteht besonders, wenn heute obligatorische kantonale Aufgaben bei der Verschiebung in die Gemeinden für nichtobligatorisch erklärt werden und sich der Kanton aus der Finanzierung zurückzieht. Beim ersten Paket ist dies bei der vorgeschlagenen Änderung beim Schulgesetz im Bereich der Schulzahnpflege der Fall. Die Alternativen wehren sich – zum Wohl der Kinder in *allen* Gemeinden – gegen die De-facto-Abschaffung der Schulzahnpflege.
Zum Stawiko-Antrag zu § 39 Abs. 2 im Gesetz über das Gesundheitswesen. Wir begrüssen den Vorschlag von Regierung und vorberatender Kommission, die bestehende Formulierung zu belassen. Die AF unterstützt den Stawiko-Antrag zum Schulgesetz, Bereich allgemeine Weiterbildung. Die vorgeschlagene Umformulierung von § 82 Abs. 1 und 2 macht das Gesetz schlicht verständlicher. Beim Gesetz betreffend Mutterschaftsbeiträge stellt sich die AF wie die vorberatende Kommission und die Stawiko gegen den regierungsrätlichen Vorschlag und plädiert für die Beibehaltung der heutigen Regelung, die uns wirksamer und kostengünstiger erscheint.
Zum Schluss zu etwas Grundsätzlichem. Hauptziele des ZFA sind laut Steuerungsgruppe einerseits «die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben effizient und in guter Qualität» und andererseits «die Ausgleichswirkung des bestehenden Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden wird beibehalten». Die AF fragt sich, ob die ZFA-Massnahmen zum Ziel führen. Besteht nicht die Gefahr, dass die ZFA-Reform letztlich nur Pflästerli-Politik bleibt? Der Votant weiss es nicht. Er weiss aber, dass gerade darum die Zeit reif ist, uns mit einer Strukturreform seriös zu befassen. Darum hat die AF anfangs Woche eine Strukturreform-Motion eingereicht, welche den Regierungsrat beauftragt, zu überprüfen, wie viele Gemeinden Zug in Zukunft braucht. Ob wie heute elf Gemeinden bis hin zur Reduktion auf den Stadtkanton. Stefan Gisler bevorzugt keine der Optionen. Er freut sich aber, diese Diskussion mit den Rats- und Regierungsmitgliedern zu führen. Und sie vor allem mit der Bevölkerung zu führen. Und für eine öffentliche Diskussion braucht er ja zum Glück keine Motionsüberweisung.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass es wohl unbestritten sein dürfte, dass die ZFA eines der zentralsten Sachgeschäfte dieser Legislatur ist. Auch wenn das erste Paket weit gehend unbestritten ist, lohnt es sich, zur Gesamtreform einige grundsätzliche Überlegungen anzustellen. Bei der ZFA geht es darum, die im Lauf der Zeit stark vermischte Aufgabenerfüllung der beiden staatlichen Ebenen – Kanton und Gemeinden – zu hinterfragen und eine übersichtlichere und sachdienliche Aufgabenzuteilung festzulegen. Zugleich sollen mit dem Finanzausgleich die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die einzelnen Gemeinwesen auch genügend Einkommen für die Erfüllung ihrer Aufgaben haben. Eine solche Auslegeordnung macht sicher Sinn, denn die heutige Situation hat erhebliche Nachteile. Dazugehören beispielsweise:

- Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten vermischen sich.
- Die Transparenz fehlt.
- Finanzielle Anreize (Subventionen) führ(t)en auch zu Auswüchsen.
- Wegen sachlicher Notwendigkeiten entstanden Koordinationsgremien, wie z.B. die Fachkonferenzen der Gemeinden, Zweckverbände usw., welche bei der Aufgabenerfüllung einen erheblichen Nutzen haben, aber demokratisch häufig nur beschränkt legitimiert sind.

Eine Neuverteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten schafft Transparenz und klare Verantwortlichkeiten. Dies wird von der SP unterstützt. Allerdings: Die Neuverteilung der Aufgaben hat klaren Grundsätzen und Kriterien zu folgen und darf nicht auf eine reine Finanzlastenneuverteilung reduziert werden.
Der Regierungsrat hat in verschiedenen Vorlagen die folgenden Grundsätze formuliert:

- Erhaltung und Stärkung der Gemeindeautonomie
- Rechtssicherheit/Rechtsgleichheit
- Steigerung der staatlichen Leistungsfähigkeit
- Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung
- Transparenz der staatlichen Aufgaben
- Finanzierbarkeit
- Kostenneutralität bzw. Ausgleich der Lastenverschiebungen.

Diese Grundsätze kann die SP unterstützen unter der Bedingung, dass tatsächlich alle diese Kriterien zur Anwendung kommen. Die bisherigen Vorschläge lassen aber befürchten, dass der Rechenschieber der Kostenneutralität das dominierende Argument war.
Wir möchten allerdings mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die Aufgabenentflechtung auch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. So verbinden sich mit der Idee der Aufgabenneuverteilung auch unrealistische Vorstellungen. Die verschiedenen Staatsebenen sind heute so intensiv miteinander verbunden, dass es in den meisten Bereichen kaum mehr möglich ist, eine reine Aufgabenteilung vorzunehmen. Vielmehr geht es darum, zu bestimmen, welche Ebene für die Ausführung primär zuständig ist und dafür auch die finanzielle Verantwortung trägt. So machen wir explizit darauf aufmerksam, dass die Entflechtung im Bereich der Sozialhilfe zwar zu einer finanziellen Entlastung des Kantons führen wird, dass aber gleichzeitig verschiedene Stellen in der kantonalen Verwaltung einen Mehraufwand haben werden, z.B. in den Bereichen der Prämienverbilligung und der AHV. Der Kanton wird in Zukunft Aufgaben selber durchführen müssen, welche die Gemeinden bisher nebenher mit erledigt haben. An die Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit werden heute erhebliche Ansprüche gestellt. Die Einwohnerinnen verstehen und akzeptieren unterschiedliche Behandlungen in Gemeinden des gleichen Kantons nicht mehr, und je länger desto mehr werden auch in Gemeinden unterschiedlicher Kantone vergleich-

bare Regelungen und Angebote erwartet. Dies betrifft das Bildungswesen, soziale Leistungen usw. Auch wenn es zutrifft, dass die Notwendigkeit, dass mehrere Gemeinden sich für die Erfüllung einer Aufgabe zusammen tun, noch nicht heisst, dass es sich um eine kantonale Aufgabe handelt, so ist doch zu bemerken, dass es im kleinen Kanton Zug wenig Sinn macht, staatliche Zwischenebenen (z.B. Bezirke) einzuführen, welche ja häufig alle Gemeinden umfassen müssten und dann geografisch deckungsgleich mit dem Kanton wären. Es scheint uns, dass hier der kantonale Gesetzgeber gefordert ist, entweder Regelungen zu erlassen, die eine einheitliche Handhabung gewährleisten, oder Koordinationsmechanismen vorzusehen, welche diesen Zweck erfüllen. Der Bund hat dies beispielsweise im NFA-Paket auch vorgesehen. Die Devise «wer zahlt, befiehlt» ist staatspolitisch ausserordentlich bedenklich. Staatliche Regelungen sind von jener Ebene und Instanz zu erlassen, welche dazu verfassungsrechtlich legitimiert ist und aus sachlichen Gründen dies auch tun sollte, unabhängig davon, ob sie etwas daran bezahlt oder nicht. Selbstverständlich ist dabei immer mit zu überlegen, ob die ausführende Ebene über die notwendigen Ressourcen verfügt.
Zusammenfassend beurteilen wir das erste Paket der ZFA unter Anwendung dieser Überlegungen als sachlich vernünftig und finanzpolitisch ausgewogen. Die SP stimmt den vom Regierungsrat vorgeschlagenen Änderungen in den folgenden Bereichen zu: Schulzahnarztdienst, Allgemeine Weiterbildung, Gemeindliche Gesundheitskommission, Impfwesen, Familienzulage für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern, Sozialhilfe von Integrationsprojekten für ausgesteuerte Arbeitslose. Beim Schulzahnpflegedienst unterstützen wir den Vorschlag, statt der ersatzlosen Streichung eine Verschiebung in die gemeindlichen Schuldienste (§ 43) vorzunehmen. Der Vollzug kantonaler Mutterschaftsbeiträge ist für uns klar eine kantonale Aufgabe. Die Mutterschaftsbeiträge sind keine Form der Sozialhilfe, sondern Teil der Sozialversicherungen. Wir unterstützen deshalb die Anträge der vorberatenden Kommission und der Stawiko. Bei der Neuordnung der Jugendhilfe unterstützen wir den neuen Vorschlag der Regierung. Er entspricht den von der SP bereits in der Vernehmlassung gemachten Vorschlägen in Richtung einer möglichst weit gehenden Entflechtung der Aufgaben im Bereich der Jugendförderung. Die Motion Villiger ist unseres Erachtens gegenstandslos geworden und ist deshalb nicht erheblich zu erklären.

Bevor Manuel **Aeschbacher** auf einzelne Punkte der Vorlage Zuger Finanz- und Aufgabenreform erstes Paket zu sprechen kommt, will er daran erinnern, dass es auch seitens der Direktion des Innern möglich sein sollte, dem Kantonsrat komplette, exakt abgefasste und ausformulierte Vorlagen zu unterbreiten. So können in Zukunft sicher auch Nachfragen der Stawiko vermieden werden. Die SVP-Fraktion musste bei der Behandlung dieses Geschäft einmal mehr feststellen, dass in zweitletzter Sekunde Nachträge abgefasst und per E-Mail verteilt wurden. Wir erwarten in Zukunft ausgereifte Vorlagen oder eine Verschiebung des Geschäfts, sollte dies erforderlich sein. Wir bitten um Kenntnisnahme.
Nach dem Kaktus darf der Votant nun der Regierung aber auch eine Rose überbringen: Die SVP-Fraktion ist erfreut darüber, dass sich die Regierung mit der ZFA zum Ziel gesetzt hat, Aufgaben zu entflechten, sie dort anzusiedeln, wo sie anfallen und die Finanzierung klar einer Partei zuzuordnen. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass das erste ZFA-Paket für die Gemeinden praktisch keine Mehrkosten auslöst. Gleichzeitig sind wir aber der Meinung, dass finanzielle Verschiebungen bei der Entscheidungsfindung über die Aufgabenzuteilung erst in letzter Priorität beachtet wer-

den sollten. Für das zweite Paket ZFA wird dies von Wichtigkeit sein. Wir sind auch bereit, spätestens zu diesem Zeitpunkt über allfällige Strukturreformen zu diskutieren.
Der Schulzahnpflegedienst war wie schon in der vorberatenden Kommission und in der Staatswirtschaftskommission auch innerhalb der Fraktion ein Thema. Wir vertreten die Ansicht, dass es den Gemeinden überlassen werden soll, ob sie einen Schulzahnpflegedienst anbieten wollen oder nicht. Wir weisen aber darauf hin – und dieser Hinweis ist uns sehr wichtig – dass eine Delegation dieses Dienstes in die Gemeinde nicht automatisch der Abschaffung des Schulzahnpflegedienstes gleichkommt, wie dies von verschiedenen Seiten befürchtet wird. Die Gemeinden sind sich ihrer Verantwortung in dieser Hinsicht bewusst und werden wissen, in welcher Form sie diesen Dienst für richtig halten. Geben wir den Gemeinden doch die Freiheit, darüber zu entscheiden. Vielleicht bringt diese Freiheit ja gerade neue, innovative und vielleicht noch bessere Lösungen mit sich, die wirksamer sind als der bisherige Schulzahnpflegedienst.
Zu den Mutterschaftsbeiträgen: Dem Grundsatz der ZFA folgend halten wir es für richtig, Finanzierung und Vollzug der Mutterschaftsbeiträge beim Kanton zu belassen. Die geringe Fallzahl rechtfertigt keine Organisation auf Gemeindeebene. Eine allfällige Abgabe des Vollzugs an die Ausgleichskasse oder eine Zusammenarbeit der Gemeinden kommt für die SVP-Fraktion in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht in Frage, weil so wiederum Grundsätzen der ZFA widersprochen würde. Finanzierung und Vollzug gehören in die Kompetenz des Kantons, weil da mit einfachen Mitteln der Vollzug zentral geregelt werden kann.
Die SVP-Fraktion empfiehlt, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der Stawiko zu folgen. Es ist uns wichtig, dass jetzt ein erster Teil der Finanz- und Aufgabenreform an die Hand genommen wird. In den Fragen, die dieses erste Paket betreffen, besteht zwischen den Gemeinden und dem Kanton ein Konsens, also kann dieser erste Schritt ohne Verlierer umgesetzt werden. Zudem zeigen wir, dass wir gewillt sind, uns den weiteren Herausforderungen, die die NFA bringt, zu stellen und Lösungen zu erarbeiten.

Bruno **Briner** weist darauf hin, dass eine klare Aufgabenzuteilung zwischen Kanton und Gemeinden ein langjähriges Anliegen der FDP ist. Wir haben die bisherigen Arbeiten – insbesondere jene der Steuerungsgruppe – stets mit Interesse verfolgt und uns mit der Vorlage zum ersten Paket der Zuger Finanz- und Aufgabenreform vertieft auseinander gesetzt. Im Hinblick auf die Einführung der NFA ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Reform der Zuger Finanz- und Aufgabenordnung voranzutreiben. Der Kanton muss von Aufgaben und damit von Kosten entlastet werden, damit er die massiven Mehrbelastungen aus der NFA tragen kann. Bei der Reform ist sicherzustellen, dass die Erhaltung der Gemeindeautonomie, die Rechtssicherheit, die Rechtsgleichheit, die Wirtschaftlichkeit, die Transparenz und Kostenneutralität gewährleistet sind, und wir teilen die Auffassung des Regierungsrats, dass die Kostenträger mit den Nutzen- und Entscheidungsträgern identisch sein sollen. Das zweiphasige Vorgehen bei der Umsetzung Zuger Finanz- und Aufgabenreform begrüssen wir.
Mit Ausnahme der Ausrichtung von Mutterschaftsbeiträgen können wir der im vorliegenden ersten Paket vorgeschlagenen Aufgabenzuweisung zustimmen. Den vorgängig erwähnten Grundsätzen wird Folge geleistet. Wir teilen zwar die Auffassung, dass die Ausrichtung der Mutterschaftsbeiträge ein Teil der Sozialhilfe darstellt und demzufolge bei den Gemeinden anzusiedeln wäre. Wir sind aber der Meinung, dass

in Anbetracht der wenigen Fälle und der Unkenntnis über die Auswirkungen der kürzlich angenommenen Mutterschaftsversicherung zurzeit keine Gesetzesänderungen vorzunehmen sind. Zur angestrebten Kostenneutralität ist schwer Stellung zu nehmen. Die bezifferte Kostenverschiebung basiert auf den Zahlen aus dem Jahr 2003. Vermutlich wird sich das Ergebnis auf Grund einer Kostenzunahme, vor allem im Sozialbereich, zu Ungunsten der Gemeinden verändern. Mangels Verfügbarkeit aktuellerer Zahlen wollen wir aber heute nicht weiter auf diese Thematik eingehen. Wir verlangen, dass die Werte bis zur Beratung des zweiten Pakets in aktualisierter Form vorliegen und bei der Festlegung der neuen Finanzströme berücksichtigt werden können. – Auf Grund dieser Überlegungen beantragt die FDP Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr bezüglich der Gesetzesanpassungen in der Version der Stawiko zuzustimmen und bezüglich der Abschreibung resp. Erheblicherklärung von Motionen demjenigen der vorberatenden Kommission zu folgen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin**: Da Eintreten unbestritten ist und das Geschäft eine lange Geschichte hat, möchte er nicht auf alle Punkte eingehen, sondern nur einzelne Fragen anschneiden und kurz erläutern. Beginnen möchte er mit der Bemerkung der SVP zu Handen der Direktion des Innern, dass man zu spät oder nicht korrekte Unterlagen geliefert habe. Das ist insofern abzuschwächen und zurückzuweisen, als dieses Geschäft ja eines ist, in welches fünf Direktionen involviert sind. Also ein sehr schwieriges direktionsinternes Geschäft. Die Direktion des Innern ist da eingebunden und wir alle zusammen haben das Geschäft so erarbeitet. Wenn in der Beratung der Stawiko noch Fragen aufgeworfen wurden, so musste die Direktion des Innern die Fragen zu Handen des Regierungsrats beantworten. Erst der Regierungsrat konnte dann die entsprechenden Antworten geben. Von daher müssen Sie auch die späte – aber nach Ansicht des Finanzdirektors doch noch rechtzeitige – Beantwortung vom letzten Freitag sehen.
Sie haben in Ihren Voten die Grundsätze unterstützt: Die Erhaltung und Stärkung der Gemeindeautonomie und die sachlogische, sachgerechte und vollständige Zuweisung der entsprechenden Aufgaben. Die Regierung hat sich daran gehalten. Auch in den vorberatenden Steuerungsgruppen hat man sich streng daran orientiert. Und der Votant ist heute natürlich gespannt, wie der Rat entscheidet. Ob Sie diese sachlogische Zuweisung ebenfalls vornehmen. Denn der Regierungsrat hält natürlich an seinem Antrag fest und möchte, dass die Mutterschaftsbeiträge umgesetzt werden. Genau so wie der Schulzahnpflegedienst. Wenn wir sagen, die Gemeinden seien stark und autonom, sie könnten die ihnen zugewiesenen Aufgaben auch erfüllen, wäre es falsch, wenn wir das heute als verpflichtend im Gesetz festschreiben. Wenn gesagt wurde, der Rechenschieber sei benutzt worden zum Schauen, ob die Zuordnungen richtig gemacht wurden, so ist das falsch. Denn der Rechenschieber wurde erst am Schluss zugezogen, um zu schauen, wie etwa die Verantwortungszuschiebung gemacht worden ist. Und wenn gesagt worden ist, dass Kostenträger nicht unbedingt mit Nutzen oder Zahlen übereinstimmen, so möchte Peter Hegglin dem klar widersprechen. Denn auch bei Staatsfinanzen geht es um Mittel, die sparsam eingesetzt werden müssen. Und wenn Sie eine Ausgabe beschliessen und diese dann selber bezahlen müssen, handeln Sie sicher verantwortungsvoller.
Richtig gesagt wurde, dass es keine Sparübung ist. Wir streichen ja eigentlich keine Massnahmen. Wir sind aber überzeugt, dass durch administrative Vereinfachungen und durch die Verantwortung, die wir den einzelnen Körperschaften geben, gewisse Spareffekte resultieren können. – Ein wichtiger Punkt ist das weitere Vorgehen. Und das wollen wir so handhaben, wie wir es in der Vergangenheit immer gehandhabt

haben. Es waren ja immer paritätische Kommissionen und Steuerungsgruppen, welche die verschiedenen Pakete vorbereitet haben. Und in den Steuerungsgruppen waren immer drei Gemeindevertreter und drei Vertreter der Regierung vertreten. Das wollen wir auch so fortführen. Das heisst wir achten die Gemeinden als eben so starke Partner wie die Regierung. Wir wollen sie ernst nehmen und auf ihre Anliegen eingehen. So ist es auch beim zweiten Paket, wo wir mit der Vorbereitung der Vernehmlassung schon ziemlich weit fortgeschritten, eigentlich praktisch fertig sind. Nur noch das Modul Finanzausgleich fehlt, wo ja die Gemeinden einen alternativen Vorschlag vorbereiten und uns schon gewisse Punkte mitgeteilt haben. Auch dort wollen wir schauen, dass wir zusammen mit den Gemeinden die wichtigen Aufgaben angehen können. Auch eine Strukturreform – wie sie motioniert wurde – muss, wenn sie Erfolg haben will, zwischen Gemeinden und Kanton fortgeführt werden. Die Frage Strukturreform kann im jetzigen Zeithorizont, bis die NFA in Kraft tritt, sicher nicht abschliessend behandelt werden. Das ist eher in einem Zeitraum von gegen zehn Jahren zu behandeln.
Zum Schluss noch zu den Fragen zur Kostenübersicht, welche die Stawiko in ihrem Bericht aufwirft, die aber auch heute wieder explizit verlangt worden ist. Da muss der Finanzdirektor zu bedenken geben, dass wir wirklich die aktuellsten Zahlen im Bericht haben. Auch heute noch sind sie am aktuellsten, weil die Rechnung 04 ja noch nicht abgeschlossen ist. Die Zahlen zur Rechnung erhalten wir auch von den Gemeinden in der Regel erst im Juni. Im Juni 05 bekommen wir also die Zahlen für das Rechnungsjahr 04. Und wenn wir Zahlen früher erheben, sind sie alle provisorischer Natur. Diese Kostenübersicht nachführen, heisst für uns so ca. einen Tag Arbeit. Und für die Vernehmlassungsvorlage zweites Paket, das wir im Frühjahr beabsichtigen in die Vernehmlassung zu geben, müssen wir eine provisorische Kostenübersicht machen und dann im Sommer noch eine definitive. Und jedes Mal müssen wir bis ins Detail alles nachrechnen, damit die Tabellen auch stimmen. Überhaupt macht es immer weniger Sinn, eine solche Kostenübersicht nachzuführen, weil die Aufgabenteilung ja 1998 begonnen hat. Seither wird anders verbucht, die Bestimmungen sind anders und die Ströme laufen anders. Wir müssten quasi eine Schattenbuchhaltung weiterführen, wie es wäre, wenn es so geblieben wäre. Es wird also immer schwieriger und es stellt sich zunehmend die Frage, ob das Sinn macht. Denn die Zahlen sind immer mehr interpretierbar und die Vergleichbarkeit sinkt. Ein immer weiteres Fortführen von allen Veränderungen seit 1998 macht einfach immer weniger Sinn. Wir versuchen trotzdem alles oder fast alles, was der Kantonsrat will, zu machen. Aber hier werden wir uns erlauben, nur so weit zu gehen, wie es in unseren Augen Sinn macht. Der Finanzdirektor sieht, dass der Stawiko-Präsident damit einverstanden ist.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Abschnitt I, § 43

Monika **Barmet** stellt folgenden Antrag: *Abs. 1 soll mit einem Bst. f, Schulzahnpflegedienst ergänzt werden.* Damit werden die Gemeinden verpflichtet, auch den Schulzahnpflegedienst anzubieten. In diesem § 43 verpflichtet der Kanton die Gemeinden, unter anderem eine Schulbibliothek, den Schularzt-Dienst und den Schulzahnarzt-Dienst anzubieten. Zum Schulzahnarzt gehört für die Votantin ergän-

zend auch der Schulzahnpflegedienst. Eine knappe Mehrheit der CVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag und anerkennt damit den Schulzahnpflegedienst als wichtige präventive Massnahme zu Gunsten unserer Schulkinder. Monika Barmet befürchtet, dass ohne gesetzliche Verpflichtung nicht alle Gemeinden dieses Angebot in ihren Schulklassen weiterführen und somit vor allem aus Spargründen darauf verzichten. Wir schaffen so unterschiedliche Situationen in den Gemeinden. Gerade in dieser Frage ist es aber wichtig, dass der Kanton per Gesetz den Gemeinden den Auftrag erteilt, den Schulzahnpflegedienst als wichtige präventive und gesundheitsfördernde Massnahme anzubieten und deshalb die Gemeinden dazu verpflichtet. Es macht nur Sinn, den Schulzahnarzt anzubieten, wenn gleichzeitig auch das Angebot der Schulzahnpflege besteht. Verschiedene Erkenntnisse in den letzten Jahren haben aufgezeigt, dass Vorschulkinder an den ersten Zähnen vermehrt Karies haben. Jene Kinder, die eine zahnärztliche Behandlung brauchen, werden immer jünger. Dank der Schulzahnpflege können Jugendliche aber dann nach der obligatorischen Schulzeit grossmehrheitlich mit gesunden Zähnen die Eigenverantwortung für ihre Zähne übernehmen. Das zeigt deutlich auf, dass der langjährige Schulzahnpflegedienst erfolgreich ist, sich bewährt und dadurch auch seine Berechtigung hat.
Die Votantin ist einverstanden, dass die Zahnpflege in die Verantwortung der Eltern gehört. Nur braucht es oft verschiedene Personen, die das gleiche Anliegen vertreten. Wir unterstützen und stärken damit die Eltern in ihrer Erziehungsarbeit. Im Kanton Luzern fordern Grossräte sogar ein besser greifendes Gesetz zur Schulzahnpflege, weil einige Gemeinden die Schulzahnpflege abgeschafft haben. Im Kanton Zug würden wir mit dem Vorschlag des Regierungsrats diesen wichtigen Dienst einfach den Gemeinden überlassen. Mit der Zustimmung zu diesem Antrag helfen wir den Gemeinden langfristig, Kosten im Bereich Sozialhilfe zu sparen. Vor allem, wenn es nötig ist, denn finanzschwächeren Familien die Kosten für den Zahnarzt der Kinder mitzutragen oder sogar zu übernehmen. Wenn Sie sich in der Feuerwehr engagieren, investieren Sie auch nicht nur in die Brandbekämpfung, sondern genau so in die Brandverhütung. Deshalb ist es wichtig, nicht nur den Schularzt und den Schulzahnarzt im Gesetz zu verankern, sondern auch den Schulzahnpflegedienst. Unterstützen Sie diesen Antrag! Verpflichten wir die Gemeinden, den Schulzahnpflegedienst weiterhin anzubieten zum Wohl aller Zuger Kinder.

Beat **Villiger** hält fest, dass die Kommission den Antrag der Regierung unterstützt. Es sagt ja niemand, dass eine Prävention in der Schule nicht Not tut. Und dass diese Aufgabe umfassend allein von den Eltern übernommen werden soll. Der Kanton stellt nicht den Schulzahnpflegedienst in Frage, sondern die Zuordnung der Aufgabe. Es geht hier aber auch um eine Grundsatzfrage, die sich im Rahmen der weiteren Aufgabenteilung noch da und dort stellen wird. Man will es den Gemeinden neu selber überlassen, ob und wie sie allenfalls diese Aufgaben lösen wollen. Und es ist davon auszugehen, dass die Gemeinden im Interesse von teuren Spätfolgen Massnahmen treffen werden, und zu diesem Thema auch in den Gemeinden die entsprechende Diskussion geführt wird. Deshalb bittet der Votant den Rat, diesen Antrag abzulehnen.

Bruno **Briner** weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion der Meinung ist, dass die Gemeinden sehr wohl in der Lage sind, passende Lösungen zu finden im Bereich Erziehung zur Zahnhygiene. Wir anerkennen auch die Wichtigkeit der Zahnhygiene als Teil der Gesundheitsförderung. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Kosten des

Schulzahnarztdienstes vollumfänglich bei den Gemeinden anfallen und ein direkter Zusammenhang zwischen Zahnarztkosten und Zahnhygiene besteht. Also werden die Gemeinden ihre Verantwortung in dieser Sache schon aus Kostengründen bestimmt wahrnehmen, ohne dass ihnen das der Kanton mit einem Gesetz vorschreibt. Wir empfehlen Ihnen, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen und den Zahnpflegedienst nicht im Schulgesetz zu verankern.

Andrea **Erni** betont, dass die Formulierung «es ist davon auszugehen» zu vage ist. AF und SP-Fraktion befürchten, dass nicht alle Gemeinden den Schulzahnpflegedienst freiwillig beibehalten werden. Dass er gestrichen wird, um kurzfristig zu sparen. Wir sind überzeugt, dass kurzfristiges Sparen bei dieser Präventionsmassnahme mittel- und langfristig finanzielle Mehrbelastungen für die Gemeinden und die Gesellschaft mit sich bringt. Wir haben auch gehört, dass der Abbau des Schulzahnpflegedienstes direkt auf die Kosten der Gesundheit der Schulkinder geht, welche dann in den Gemeinden, wo das abgeschafft wird, nicht von dieser Gesundheitsausbildung profitieren können. Die vorberatende Kommission kann schon bemerken, dass die Hygieneerziehung keine Staatsaufgabe ist, sondern in die Eigenverantwortung der Familie gehört. Einverstanden. Aber machen wir uns doch nichts vor, dies entspricht nicht der Realität. Sicherlich wird die Gesundheitsdirektion bestätigen können, dass vor allem in den ersten Primarschuljahren immer mehr Kinder sehr schlechte Zähne haben. Sollen also die Kinder für das mangelnde Verantwortungsbewusstsein der Eltern bestraft werden? Nein, Information und Prävention sind vielmehr weiterhin dringend notwendig. Wenn es um die Gesundheit von Kindern geht, reichen Appelle nicht aus. Die Gemeinden müssen zwingend selber aktiv werden. Die Massnahmen im Bereich des Zahnpflegedienstes sind dabei ein wichtiger Anstoss für Kinder und Eltern, ihre Eigenverantwortung wahrzunehmen und auf ihre Gesundheit zu achten. Die Schulzahnpflege soll auch nach Einführung des ZFA in allen Gemeinden obligatorisch weitergeführt werden, weil

1. der Dienst eine wichtige Massnahme für den Erhalt der Volksgesundheit darstellt;
2. die Gesundheitsschäden bei Kindern tiefer gehalten werden können;
3. alle Schulkinder im Kanton Zug die selben Chancen punkto Gesundheitsvorsorge haben sollen;
4. mittel- und langfristig die Gesundheitskosten für die Gemeinden gesenkt werden.

Aus diesen Gründen bittet Andrea Erni den Rat im Namen von AF und SP-Fraktion, den Antrag der CVP-Fraktion zu unterstützen.

Gregor **Kupper** war während zwölf Jahren und Gemeindepräsident. Was hier geschieht ist ein eigentliches Misstrauensvotum an unseren gemeindlichen Behörden. Er wehrt sich für sie, weil sie unser Vertrauen verdienen. Auch die heutigen Gemeindebehördenmitglieder handeln mindestens so verantwortungsbewusst wie wir hier im Saal. Wenn wir aber das ganze Geschäft anschauen, geht es ja nur um einen kleinen Teil. Es geht um 231'000 Franken. Verteilt auf die Gemeinden ist das nicht der Kostenposten, der den Gemeinderäten zuerst in die Augen sticht. Wenn das dann tatsächlich in einer Gemeinde passieren sollte, gibt es immer noch die Gemeindeversammlung. Auch der Souverän kann eingreifen, wenn er meint, es laufe tatsächlich falsch. Was für den Votanten aber viel wichtiger ist: Wenn wir bereits jetzt den Gemeinden nicht vertrauen, was passiert dann im zweiten Paket? Dort werden

Forderungen kommen; wenn es darum geht, die Lehrerbesoldung zu verschieben, wollen die Gemeinden mit Recht auch die nötigen Kompetenzen haben. Wir werden damit Unterschiede in den gemeindlichen Schulsystemen erhalten und damit leben müssen. Dafür haben wir am Schluss wiederum das Volk, das in den einzelnen Gemeinden sagen kann: Wir wollen mehr und sind auch bereit, mehr zu bezahlen. Geben wir in diesem kleinen Punkt den Gemeinderäten das Vertrauen! Schauen wir, was sie tun und streuen nicht bereits heute Misstrauen, wenn wir dann von Gemeinden in Zukunft wesentlich mehr haben wollen.

Vreni **Wicky** möchte den Rat nur noch darauf aufmerksam machen, dass die Gemeinden wirklich selber interessiert sind an gesunden Zähnen der Kinder. Monika Barmet hat richtig gesagt, dass sich die Zähne verschlimmert haben. Und dies trotz Schulzahnarztprophylaxe. So müssen jetzt die Gemeinden neue Formen finden und die Prophylaxe wieder vermehrt einsetzen können, um die Karies einzudämmen.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** ist erstaunt, da in der Vernehmlassung die CVP diesen Punkt wohl in Frage gestellt hat, aber nicht aus gesundheitspolitischen Gründen, sondern aus Angst im Hinblick auf das zweite Paket. Er glaubt auch, dass Prophylaxe und Zahnpflege äusserst wirksam sind zu sehr massvollen Kosten. Genau deshalb glaubt er, dass die Gemeinden das ohne weiteres weiterführen können. Wenn sie das nicht tun, würden gerade sie im Rahmen der Tragung von Sozialkosten wieder zur Kasse gebeten. Die Gemeinden haben also ein ureigenes Interesse daran, hier Prophylaxe zu unterstützen. Der Bildungsdirektor spricht bewusst generell von Zahnprophylaxe. Denn auf welchem Weg diese geschieht, kann unterschiedlich sein. Ob das traditionelle «Zahnfräulein» die alleinige Form ist, kann man mit Fug hinterfragen. Was würden wir mit dem Obligatorium tun? Wir fixieren die Gemeinde auf diesen Dienst. Wir geben ein einziges Instrument vor. Das ist auch der Unterschied zum Schulzahnarzt. Wenn es um das Reparieren und Korrigieren im Mund geht, gibt es kaum eine Alternative. Aber im Bereich Zahnprophylaxe gäbe es wohl auch andere Formen, vielleicht auch innovativere. Man müsste sich auch fragen, ob es nicht auch andere Präventionsbereiche gäbe, die man mit ebenso guter Berechtigung obligatorisch erklären könnte. Man denke an die gesamte Sucht- und Gewaltprävention oder an die Ernährungslehre. Im neusten Schulblatt eines Kantons wird gefordert, dass die Ernährungsberaterin als obligatorisches Schulfach eingeführt wird. Wo kommen wir da hin? Mit diesen grundsätzlichen Überlegungen plädiert Matthias Michel wirklich dafür, dass wir den Gemeinden die Form dieser Prophylaxe überlassen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag mit 45 : 27 Stimmen ab.

Abschnitt I, § 82

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier folgende Anträge von Stawiko und vorberatender Kommission vorliegen (Änderungen kursiv):

«[1] Eine allfällige finanzielle Unterstützung *von Weiterbildungsangeboten* auf kantonaler Ebene ist … »

«[2] (neu) Die Direktion für Bildung und Kultur kann im Rahmen des Staatsvoranschlags *Weiterbildungsangebote* gemeinnütziger Organisationen …»

Bei Abschnitt 4 wird eine genauere Umschreibung der Aufgabe der erwähnten Kommission verlangt.

➔ Der Rat ist mit diesen Änderungsanträgen einverstanden.

Abschnitt II, § 39, Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier folgender Antrag von Stawiko und vorberatender Kommission vorliegt (Änderung kursiv):

«Der Staat *kann* Institutionen, die sich der Bekämpfung und Verhütung übertragbarer Krankheiten widmen, unterstützen.»

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko an sich der Meinung war, dass die Erläuterungen auf S. 4 des Berichts genügen, um diesen Antrag zu erklären. Er wurde nun aber gebeten, das zumindest für die Materialen noch kurz zu erklären. – Es geht bei dieser Kann-Formulierung nicht darum, die Basis für eine Sparübung zu legen. Vielmehr geht es darum, das Gesetz so zu formulieren, dass der Regierungsrat auch in Zukunft seinen operativen Spielraum bei der Vergabe von Leistungsaufträgen behalten kann. Basierend auf eidgenössischen und kantonalen Gesetzen wurden unter anderem Leistungsaufträge mit der Lungenliga Zug und der Aids-Hilfe abgeschlossen. Es könnte nur aber der Fall eintreten, dass andere Institutionen mit einem gleichen Angebot wie die genannten Institutionen im Kanton tätig werden möchten. Mit der Kann-Formulierung wird verhindert, dass solche Institutionen einen Rechtsanspruch ableiten und zwingend eine Unterstützung durch den Kanton geltend machen können. Mit der Kann-Formulierung ist der Regierungsrat in der Lage, die Angebote zu vergleichen und den Leistungsauftrag der geeignetsten Institution zu vergeben. Der Stawiko-Präsident möchte den Rat deshalb bitten, den Antrag zu unterstützen.

➔ Der Rat schliesst sich dem Antrag mit 52 : 18 Stimmen an.

Abschnitt III

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Antrag von Stawiko und vorberatender Kommission vorliegt, den ganzen Abschnitt zu streichen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte es nicht unterlassen, die in der Eintretensdebatte so hoch gelobten Grundsätze der Aufgabenteilung auch bei diesem Aspekt Rechnung zu tragen. Damals haben Sie ja gesagt, der sachgerechten und vollständigen Zuweisung der Aufgaben zu Kanton und Gemeinde solle man Nachachtung

verschaffen. Und wenn wir jetzt von den kantonalen Mutterschaftsbeiträgen sprechen, muss man sehen, dass es ein wesentlicher Unterschied ist zu den bundesrechtlichen Vorgaben der Mutterschaftsversicherung. Das Parlament und das Stimmvolk haben diese Revision ja 2002 angenommen. Und da geht es um einen bezahlten Mutterschaftsurlaub für alle erwerbstätigen Mütter. Sie bekommen ab Zeitpunkt der Geburt während 14 Wochen ein Taggeld, das 80 % des massgebenden Erwerbseinkommens entspricht. Bei den kantonalen Mutterschaftsbeiträgen – und die gibt es seit dem Jahr 1982 – gewährt der Kanton während einem Jahr nach der Geburt bedarfsabhängige Beiträge. Das sind individuelle finanzielle Leistungen, die abhängig sind vom Einkommen und Vermögen. Es sind Leistungen für den Grundbedarf, die nicht zu verwechseln sind mit Versicherungsleistungen. So wie es aussieht, bekommen etwa drei Viertel aller Mütter von der neuen Mutterschaftsversicherung keine Leistungen, weil sie nicht erwerbstätig sind. Unserer Meinung nach ist die sachgerechte Zuordnung bei den Gemeinden gegeben.

Eusebius **Spescha** meint, es gebe sicher immer wieder Fälle, bei denen die Regierung Recht hat. In diesem Fall hat sie mit ihrer Argumentation nicht Recht. Sie können in der Fachliteratur ausführlich nachschauen: Mutterschaftsbeiträge werden fast immer unter dem Kapitel «Mutterschaftsversicherung, Sozialversicherung» abgehandelt und eben nicht unter dem Kapitel «Sozialhilfe». Sie sind in der Regel nicht Sozialhilfeersatz, sondern Ersatz für eine bisher nicht bestehende Sozialversicherung. Es ist aber – wenn man auch die Kriterien anwendet, welche die Regierung selber formuliert hat – nicht sachgerecht, wenn eine Leistung, die wenige Fälle betrifft und heute sehr effizient vom Kanton organisiert wurde, in Zukunft von elf Gemeinden wahrgenommen werden soll, die dann einen erheblichen zusätzlichen administrativen Aufwand haben. In diesem Sinne bittet der Votant den Rat, den Antrag von Stawiko und vorberatender Kommission zu unterstützen, die Situation im Bereich der Mutterschaftsbeiträge so zu belassen, wie sie heute ist.

➔ Der Rat folgt mit 67 : 0 Stimmen dem Streichungsantrag.

Abschnitt V, § 34, Abs. 1

Markus **Jans** weist darauf hin, dass die zusätzliche Antwort der Direktion des Innern zu den Fragen des Jugendschutzes und der Jugendförderung zur Klärung der Begriffe beigetragen hat. Sie entsprechen weitgehend den von uns bereits bei der Vernehmlassung der Zuger Finanz- und Aufgabenteilung eingereichten Vorschlägen. Es ist für uns unbestritten, dass die Gemeinden für die Jugendförderung zuständig sind. In nur wenigen Gemeinden wurde bisher der Jugendschutz konsequent umgesetzt, und die wenigen Gemeinden, die das taten, stiessen schnell an die Grenzen der Professionalität. Es ist daher notwendig, dass der Kanton die Gemeinden mit der Fachstelle «punkto Jugend und Kind» im Bereich Kinder- und Jugendschutz unterstützt. Im Sinne einer Bereinigung der Aufgabenzuteilung gilt es, die Situation zu nutzen, um bei der Ausarbeitung des Leistungsauftrags Doppelspurigkeiten zu vermeiden. So soll sich der Kanton ganz auf Jugendschutz, Jugendberatung und Kindesschutz und die Koordination der Jugendförderung beschränken. Der Bereich Migration, Suchthilfe und mobile Jugendarbeit ist den entsprechenden kantonalen Fachstellen

zuzuweisen oder den Gemeinden zu überlassen. Wir danken dem Regierungsrat, wenn er unsere Anregungen aufnimmt.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, stellt nochmals den Antrag der Regierung, den alle per Mail erhalten haben. Der Titel zu § 34 soll neu heissen:

Jugendförderung und Jugendschutz

Abs. 1 soll neu wie folgt lauten:

Der Kanton koordiniert die Jugendförderung.

Die Direktorin des Innern möchte an dieser Stelle nochmals auf den Auftrag der Stawiko zurückkommen, der lautete, dass vor der Kantonsratssitzung einige Begriffe zu klären seien. Die Direktion des Innern solle eine ergänzende Stellungnahme vor der Kantonsratssitzung liefern. Die Präsidentin hat den Rat eingangs des Geschäfts darüber informiert, dass und wie diese Information erfolgt. Die Votantin weist deshalb den Vorwurf von Manuel Aeschbacher entschieden zurück. Auch die SVP-Fraktion wurde über ihren Rääbevater mit der Information bedient. Übrigens hätte Manuel Aeschbacher als Mitglied der Kommission anlässlich der Kommissionsdebatte Gelegenheit gehabt, Klärungen in der Begrifflichkeit oder Änderungsanträge bezüglich § 34 zu stellen.
Brigitte Profos möchte in Kürze die Gründe wiederholen, weshalb diese beiden Anträge in der vorliegenden Fassung von der Regierung geändert werden. Der Titel sagt jetzt Genaueres aus und er benützt gebräuchliche Begriffe. Es ist tatsächlich so, dass die bisherige Formulierung eine unschöne Verdoppelung der Begriffe gebracht hat. Inhaltlich und materiell ändert sich hingegen nichts gegenüber der bisherigen Vorlage der Regierung. Die Direktorin des Innern bittet den Rat um Zustimmung zu diesen beiden Anträgen.

➔ Der Rat ist mit den Änderungsanträgen einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1250.5 – 11655 enthalten.

557 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 24. Februar 2005

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

41. SITZUNG: DONNERSTAG, 24. FEBRUAR 2005
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 11.55 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

558 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Kathrin Kündig, Zug; Franz Müller, Oberägeri; Thomas Brändle, Unterägeri; Käty Hofer, Hünenberg.

559 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** begrüsst das neue Kantonsratsmitglied Karl Künzle und wünscht ihm heute und in Zukunft eine gute, spannende Arbeit und viel Freude an der Tätigkeit als Kantonsrat.

Sie teilt mit, dass Bildungsdirektor Matthias Michel bis Mitte des Nachmittags abwesend ist, weil er an der Schweizerischen Universitätskonferenz teilnimmt.

560 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. Januar 2005.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*

3. Kommissionsbestellungen:
3.1. Anpassung kantonaler Gesetze an die Revision des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs (AT StGB) und an das Bundesgesetz über das Jugendstrafverfahren (Jugendstrafgesetz, JStG).
Bericht und Antrag des Obergerichtes und des Regierungsrats (Nrn. 1297.1/.2 – 11635/36).
3.2. Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz; WAG) und Änderung der Kantonsverfassung (Änderung der statistischen Grundlagen für die Zuteilung der Kantonsratsmandate).
Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1300.1/.2/.3 – 11641/42/43).
3.3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Schaffung einer Höheren Fachschule Gesundheit.
3.3.2. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug.
3.3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Aufhebung des Konkordats zwischen den Kantonen Luzern, Schwyz und Zug über den Betrieb einer Schule für praktische Krankenpflege am Spital und Pflegezentrum Baar.
Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1302.1/.2/.3/.4 – 11645/46/47/-48).
3.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1307.1/.2 – 11657/58).
4. Aufsichtsbeschwerde von A. Sch. gegen Mitglieder der Zuger Justizbehörden.
Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1299.1 – 11639).

Geschäfte, die an der Sitzung vom 27. Januar 2005 traktandiert waren, aber nicht behandelt wurden:

5. Änderungen der Geschäftsordnung des Kantonsrats (Kleine Parlamentsreform) betreffend
5.1. Zusammensetzung der Kommissionen.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1248.1/.2 – 11515/16), der Kommission (Nrn. 1248.3/1261.3 – 11601, 1248.4 – 11602) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1248.5 – 11603).
5.2. Einführung einer Frist zur Erledigung erheblich erklärter Vorstösse.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1261.1/.2 – 11553/54) und der Kommission (Nr. 1248.3/1261.3 – 11601).
5.3. Kommissionswahlen: Erweiterung der Staatswirtschaftskommission, der Justizprüfungskommission und der Konkordatskommission von 7 auf 9 Mitglieder (sofern der Kommissionsantrag gutgeheissen wird).
6. Motion von Jean-Pierre Prodolliet betreffend gesetzliche Massnahmen, die bewirken, dass Grundeigentum für die in der Raumplanung vorgesehenen Zwecke genutzt werden kann und die der Baulandhortung entgegenwirken (Nr. 1193.1 – 11349).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1193.2 – 11530).
7. Motion der Chamer Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Unterstützung der Planung der Verzweigung Blegi im Nationalstrassenprojekt 6-Spur-Ausbau N4 (Nr. 1259.1 – 11547).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1259.2 – 11620).

---

8. Submissionsgesetz (SubG).
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1277.1/.2 – 11585/86) und der Konkordatskommission (Nr. 1277.3 – 11640).
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Sanierung der Gebäudehülle und Dächer der Liegenschaft Hofstrasse 15 in Zug.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1251.1/.2 – 11520/21), der Kommission (Nr. 1251.3 – 11595) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1251.4 – 11597).
10. Behandlung von Oberaufsichtsbeschwerden durch den Kantonsrat.
    Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1304.1 – 11651).
11. Motion von Hans Christen betreffend Änderung der Rechtspflegevorschriften des Gesetzes über den Feuerschutz (Nr. 1158.1 – 11262).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1158.2 – 11652).
12. Interpellation von Martin Stuber, Hans Christen, Eusebius Spescha, Vreni Wicky und Beat Stocker betreffend Zuger Stadtkernentlastung nach der Abstimmung vom 26. September 2004 (Nr. 1263.1 – 11557).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1263.2 – 11638).
13. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend Auswirkung der NFA auf Behinderteneinrichtungen, Sonderschulen und Spitex-Dienste im Kanton Zug (Nr. 1276.1 – 11584).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1276.2 – 11650).

*Die Behandlung erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung.

561 ANPASSUNG KANTONALER GESETZE AN DIE REVISION DES ALLGEMEINEN TEILS DES STRAFGESETZBUCHS (AT STGB) UND AN DAS BUNDESGESETZ ÜBER DAS JUGENDSTRAFVERFAHREN (JUGENDSTRAFGESETZ, JSTG)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1297.1/.2 – 11635/36).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** ist das Geschäft zur Beratung bereits an die erweiterte Justizprüfungskommission überwiesen worden (Direktüberweisung).

562 GESETZ ÜBER DIE WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN (WAHL- UND ABSTIMMUNGSGESETZ, WAG) UND ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (ÄNDERUNG DER STATISTISCHEN GRUNDLAGEN FÜR DIE ZUTEILUNG DER KANTONSRATSMANDATE)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1300.1/.2 – 11641/42).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1). – Es handelt sich um dieselbe Kommission, welche bereits die kleine WAG-Revision behandelte.

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Heini Schmid, Baar, ***Präsident*** ***CVP***

1.	Rudolf Balsiger, Bruder-Klausen-Weg 5, 6317 Oberwil	FDP
2.	Ursula Bieri, Bahnhof-Park 5, 6340 Baar	CVP
3.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
4.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
5.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
6.	Gregor Kupper, Windenboden 4, 6345 Neuheim	CVP
7.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
8.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
9.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
10.	Stephan Schleiss, Bahnhofstrasse 36, 6312 Steinhausen	SVP
11.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
12.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
13.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
14.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
15.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

563 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND SCHAFFUNG EINER HÖHEREN FACHSCHULE GESUNDHEIT
ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DAS GESUNDHEITSWESEN IM KANTON ZUG
KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND AUFHEBUNG DES KONKORDATS ZWISCHEN DEN KANTONEN LUZERN, SCHWYZ UND ZUG ÜBER DEN BETRIEB EINER SCHULE FÜR PRAKTISCHE KRANKENPFLEGE AM SPITAL UND PFLEGEZENTRUM BAAR

Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1302.1/.2/.3/.4 – 11645/46/47/48).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Geschäft auf Antrag der Fraktionschefkonferenz zur Beratung an die Konkordatskommission überwiesen werden soll.

Eusebius **Spescha** beantragt im Namen der SP-Fraktion, für die Behandlung dieses Geschäfts eine Spezialkommission einzusetzen. Es ist eindeutig ein bildungspolitischer Entscheid, es geht darum, eine neue Höhere Fachschule zu schaffen. Die Frage eines Konkordats ist absolut sekundär, dieses Geschäft könnte sogar entschieden werden, ohne das Konkordat aufzuheben. Von daher ist es eine klare sachpolitische Vorlage, und deshalb sind wir der Meinung, es sei klar eine Vorlage, welche an eine Spezialkommission zu überweisen ist. Dies ist beim nächsten Gesetz, bei der neuen interkantonalen Fachhochschulvereinbarung, völlig anders. Dort geht es um ein Konkordat, um die Fortführung eines Konkordats, und dort ist es auch selbstverständlich, dass es an die Konkordatskommission überwiesen wird. Aber hier ist die Konkordatsfrage sekundär oder tertiär.

Beat **Villiger** hat nicht das Gefühl, dass es hier um ein untergeordnetes konkordatsrechtliches Thema geht. Es geht um die Aufhebung eines Recht setzenden Konkordats. Der Umbau der Berufsbildung im Gesundheitsbereich wird zudem in der Zentralschweiz koordiniert. Die Verantwortung liegt bei der zentralschweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz. Es gilt auch zu erwähnen, dass gerade die linke Seite, Jo Lang, die Konkordatskommission immer gefordert hat. Es war nie ein Thema, dass wir dann bei der Zuweisung von Geschäften an diese Kommission noch zusätzliche Fachkommissionen bilden sollten. In diesem Sinne bittet der Votant den Rat, auf Grund einer besseren Effizienz im Parlament auf eine Separatkommission zu verzichten. Er hat aber dem Büro vorgeschlagen – und diese Auffassung teilt auch Andrea Hodel – dass wir nach einer gewissen Zeit, wenn wir Erfahrungen mit der Konkordatskommission haben, darauf zurück kommen und schauen, wie es sich bewährt hat oder eben nicht. Aber vorläufig sollten wir von dieser neuen Praxis nicht abweichen. Beat Villiger bittet deshalb den Rat, den Antrag der SP abzuweisen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 60 : 16 Stimmen ab, womit die Vorlage zur Beratung an die Konkordatskommission überwiesen wird.

564 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEITRITT ZUR INTERKANTONALEN FACHHOCHSCHULVEREINBARUNG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1307.1/.2 – 11657/58).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Konkordatskommission überwiesen.

565 AUFSICHTSBESCHWERDE VON ALEX SCHNURRENBERGER GEGEN MITGLIEDER DER ZUGER JUSTIZBEHÖRDEN

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1299.1 – 11639).

Andrea **Hodel** hat einmal mehr die unangenehme Aufgabe, dem Rat zu erklären, dass und weshalb sich die JPK nicht in Entscheide des Gerichts einmischen kann, auch wenn wir für die Sorgen des Beschwerdeführers und das Leid der Kinder, das diese durch einen ehelichen Streit erfahren mussten, Verständnis haben. Die Votantin geht davon aus, dass dem Rat die Antwort auf die Beschwerde vom 11. Januar 2005 noch präsent ist. Nachdem aber der Beschwerdeführer in seinem Schreiben vom 17. Februar 2005 an alle Ratsmitglieder vor allem nochmals die Gründe der Beschwerde vom Mai 2004 aufgeworfen hat, möchte Andrea Hodel nochmals kurz die damaligen Feststellungen der JPK in Erinnerung rufen.
Die lange Verfahrensdauer. In einem Ehestreit, unter welchem nicht nur die Parteien, sondern vor allem die Kinder gelitten haben, ist nochmals festzuhalten, dass die Parteien dieses Rechtsstreits und damit der Beschwerdeführer und seine Frau das Verfahren in die Länge gezogen haben. Dies unter anderem damit, weil der Beschwer-

deführer eine Frist um beinahe ein halbes Jahr selber erstrecken wird, um dem Gericht ein Gegengutachten vorlegen zu können. Wenn Eingaben vom Gericht zurückgewiesen wurden, so deshalb, weil – wie die JPK feststellen konnte – beide Parteien immer wieder ausserhalb des Schriftenwechsels, und auch Drittpersonen, die am Prozess nicht beteiligt waren, dem Gericht ungefragt Schreiben und Eingaben zukommen liessen.
Damit verblieb damals einzig der Vorwurf, der zuständige Sachrichter habe den Beschwerdeführer mit dem Attentäter Leibacher verglichen. Diesen Vorwurf erhebt der Beschwerdeführer heute nochmals und legt dem Rat nun diesbezüglich zwei Polizeirapporte der Zuger Polizei vor. Diese lagen der JPK bereits bei der Beantwortung der Beschwerde im Jahr 2004 vor. Dem Polizeirapport ist auf Grund eines Telefonats zwischen einem Polizisten und dem Richter zu entnehmen: «Er (der Richter) kenne den Fall Leibacher relativ gut und sehe im Verhaltensmuster von Schnurrenberger Alex gewisse Parallelen zu Leibacher.» Der Bericht der JPK von 2004 führt genau diesen Hinweis auf. Die JPK ist und war sich bewusst, dass ein solcher Vergleich eine Person in ihren Gefühlen stark treffen kann und dass nicht leichtfertig mit solchen Vergleichen umgegangen werden soll. Sollte sich der Beschwerdeführer durch diesen Vergleich des Richters in seinen Gefühlen verletzt fühlen, so ist dies aus heutiger Sicht verständlich und auch zu bedauern. Es ist aber gleichzeitig Folgendes zu berücksichtigen. Der Hinweis an die Polizei durch den Kantonsrichter erfolgte am 5. November 2001, also etwas mehr als einen Monat nach diesem schrecklichen Attentat. Zu diesem Zeitpunkt waren nicht nur wir alle, sondern sämtliche Beamte ängstlicher als sonst, hatten Befürchtungen und mussten auch erleben, dass in unserem Staat und in unserem Kanton unzufriedene Bürger sich teilweise auf dieses Attentat bezogen. Dies verängstigte, machte unsicher und liess auch die Polizei vorsichtig sein. Dass in diesem Zusammenhang nicht nur der Beschwerdeführer, sondern auch andere Personen etwas härter als sonst angefasst wurden, etwas mehr und genauer untersucht und überwacht wurden, muss heute als sicher angenommen werden. Wir wollten dadurch aber niemanden verletzen, sondern einfach unserer Angst und der Besorgnis Ausdruck verleihen. Schliesslich ist auch zu bedenken, dass die Behörden auf Grund des verschärften Sicherheits-Dispositivs uns alle und alle Ämter aufgefordert haben, auffällige Personen der Polizei zu melden. Für diese schwierige Position, in welcher wir uns damals alle befanden, bitten wir von der JPK umgekehrt auch den Beschwerdeführer um Verständnis.
Abschliessen ist Folgendes festzustellen: Die Votantin ist sich bewusst, dass die Antwort der JPK auch auf die zweite Beschwerde den Beschwerdeführer nicht befriedigen kann. Die Anhandnahme einer Beschwerde würde aber nichts anderes bedeuten, als dass wir vom Parlament feststellen könnten, dass eine Pflichtverletzung vorliegt, die einen Missstand darstellt. Ein solcher ist aber nicht vorhanden. Die Behörde hat ihre Aufgabe erfüllt. Was wir hier im Kantonsrat aber nicht tun können, und was der Beschwerdeführer offensichtlich von uns erwartet, ist dass wir als Kantonsräte selber als Familienrichter auftreten und an Stelle der ordentlichen Gerichte neue Entscheide fällen. Das aber können wir nicht tun. Wir sind Mitglieder des Kantonsrats und keine Richter und Richterinnen. Wir können in einer hängigen eherechtlichen Auseinandersetzung nicht an Stelle der Gerichte Entscheide fällen oder gerichtliche Entscheide aufheben. Die Rechtsprechung ist und bleibt Aufgabe der Justiz.

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** weist darauf hin, dass der Umstand, dass Alex Schnurrenberger dem Rat kurz vor der heutigen Sitzung ein mehrseitiges

Papier hat zukommen lassen, sie leider zwingt, das Wort zu ergreifen. Sie möchte drei Punkte aufgreifen.
1. Aufgabe des Parlaments. Die JPK hat in ihrem Bericht und Antrag klar dargelegt, worauf sich die Aufgabe des Parlaments bei Aufsichtsbeschwerden bezieht: Es ist einzig der äussere Geschäftsgang der Justiz. Der innere Geschäftsgang, die materielle Rechtsprechung, ist alleine Sache der Gerichte. Diese Grundsätze unseres demokratischen Rechtsstaats – die Unabhängigkeit der drei Gewalten – scheinen nicht alle Bürger akzeptieren zu wollen. Der Beschwerdeführer verkennt, dass Sie als Parlamentarier und Parlamentarierinnen in seiner Ehestreitigkeit nicht den Familienrichter oder die Richterin spielen können. Derartigen Ansinnen muss das Parlament klar und entschieden entgegen treten. Sowohl die Frage der Kinderzuteilung wie diejenige der Festlegung von Unterhaltsbeiträgen oder die Auferlegung von Gerichtskosten oder die Frage der Anhandnahme einer Strafanzeige ist materielle Rechtsprechung, für welche der justizinterne Instanzenzug zur Verfügung steht.
2. Zum Verfahrensstand. Der Fall Schnurrenberger ist erledigt. Ein familienrechtliches Verfahren ist derzeit weder beim Kantonsgericht noch beim Obergericht hängig. Die Justizkommission hat mit Urteil vom 14. Dezember 2004 den Fall entschieden, die beiden Kinder dem Vater zugewiesen, das Besuchsrecht und die Unterhaltspflicht geregelt. Dieser Entscheid ist rechtskräftig. Wenn dieser Entscheid nun derart willkürlich und menschenrechtswidrig wäre, wie dies der Beschwerdeführer geltend macht, hätte er diesen Entscheid doch sicher ans Bundesgericht weiter gezogen – dort kann man nämlich Willkür rügen. Er hat dies nicht getan, er hat den Entscheid akzeptiert. Der Fall ist also rechtskräftig erledigt. Und wir können nicht verstehen, weshalb der Beschwerdeführer, nachdem er nun sein Ziel erreicht hat, nicht Ruhe gibt, sondern mit einem emotional geladenen Schreiben 80 Parlamentarier und Parlamentarierinnen angeht. Ruhe wäre jetzt nämlich nötig, vor allem für die Kinder. Das sollte der Beschwerdeführer, wenn er schon immer vom Wohl der Kinder spricht, ebenfalls beherzigen und nicht noch seine private Angelegenheit zu einer öffentlichen Sache machen, indem hier und heute darüber diskutiert werden muss. Auch der Fall betreffend Untersuchungsrichter Markus Kurt ist justizintern erledigt. Die Justizkommission hat die Beschwerde mit Entscheid vom 14. Januar 2005 abgewiesen. Eine Beschwerde ans Bundesgericht ist bis heute nicht erfolgt.
3. Stellungnahme zum Schreiben des Beschwerdeführers an alle Mitglieder des KR vom 17. Februar 2005. Dieses Schreiben, das üble Beschimpfungen an diverse Personen enthält, kann und darf aus unserer Sicht nicht unwidersprochen bleiben. Die Votantin will sich nicht auf Einzelheiten einlassen, es enthält nämlich zahllose Auslassungen, Verkürzungen, Halbwahrheiten, unsubtanziierte Behauptungen und auch klare Aktenwidrigkeiten. Der Sachverhalt wurde absolut verzerrt dargestellt. Wir könnten die einzelnen Stellen im Detail widerlegen. Einerseits sind uns aber die Hände gebunden, da wir dem Amtsgeheimnis unterstehen und die Geschichte dieses Scheidungskriegs nicht offen legen dürfen. Andererseits wollen wir Sie – soweit Angriffe auf Richter zur Diskussion stehen und wir Stellung nehmen dürften – auch nicht mit unzähligen Details belästigen. Die Obergerichtspräsidentin weist daher die Angriffe und Vorwürfe des Beschwerdeführers gesamthaft klar zurück und beschränkt sich auf drei Beispiele, um aufzuzeigen, wie er mit der Wahrheit umgeht.
Auf S. 2 wird des Briefes wird die Vorgeschichte geschildert. Dort heisst es, als sich seine Frau vor viereinhalb Jahren von ihm getrennt habe, habe er die Obhut beantragt. Das ist schlicht und einfach falsch. Tatsache ist, dass die Obhutszuteilung an die Mutter aufgrund einer Vereinbarung der Parteien erfolgte. Erst im späteren Änderungsverfahren beantragte dann der Beschwerdeführer die Obhut.

Ein zweites Beispiel. Auf S. 3 unten wirft er Iris Studer vor, sie habe als Oberrichterin über ihre eigene Verfügung befunden, sie habe also ihre Ausstandspflichten nicht beachtet. Dies ist eine krasse Aktenwidrigkeit und Unterstellung: Sie hatte – als sie noch am Kantonsgericht tätig war – als Stellvertreterin von Kantonsrichter Beat Furrer eine einzige Kurzverfügung zu erlassen. Dieser Verfügung ist der Beschwerdeführer damals nachgekommen und er hat sie auch nicht angefochten. Diese Verfügung stand also im letzten Verfahren vor Obergericht gar nicht zur Diskussion. Trotzdem begab sie sich als Mitglied der Justizkommission in den Ausstand, als der Fall am 14. Dezember 2004 beraten wurde. Der Beschwerdeführer weiss dies ganz genau, weil nämlich die Mitglieder des Gerichts auf der ersten Seite des Urteils aufgeführt sind. Und trotzdem will er dem Rat weismachen, sie hätte die Ausstandspflicht missachtet.
Ein drittes Beispiel, das einer Auslassung oder Verkürzung. Der Beschwerdeführer hat dem Rat eine Kopie eines Polizeirapports vom 5. November 2001 zugestellt, allerdings nur zwei Seiten. Seite 3 hat er wohlweislich weggelassen. Dort ist nämlich vom Inhalt des Telefongesprächs von Alex Schnurrenberger mit einer Sekretärin des Kantonsgerichts die Rede, welches der Grund dafür war, dass Kantonsrichter Beat Furrer mit der Polizei Kontakt aufnahm. Das Wichtigste ist Ihnen also vorenthalten worden. In diesem Polizeirapport steht nämlich, dass der Polizist mit einer Sekretärin Kontakt aufgenommen hat. Sie sagte aus, dass sie vor ca. zehn Tagen ein Telefongespräch mit Schnurrenberger geführt habe. In diesem Gespräch, wo auch über das Scheidungsverfahren gesprochen wurde, habe er die Frage gestellt, ob er zur Gewalt greifen müsse. Sie habe dies dann Kantonsrichter Furrer mitgeteilt. Zu diesem Punkt nun aber gerade eine Frage an Sie. Andrea Hodel hat auch schon in diese Richtung gesprochen. Wären Sie damals, am 5. November 2001 – also unter dem Eindruck der Vorfälle vom September 2001 – als Richter anders vorgegangen? Hätten Sie bei einer derart verkappten Drohung nicht auch die Polizei avisiert, wenn Sie – auf Grund der Eskalation im Trennungsverfahren – besorgt gewesen wären, dass sich eine Familientragödie anbahnen könnte? Und sind die Äusserungen von Kantonsrichter Furrer angesichts der Äusserungen des Beschwerdeführers wirklich derart abwegig? Es sei Ihnen überlassen, diese Frage für sich zu beantworten.
Noch eine letzte Bemerkung zum Schreiben des Beschwerdeführers. Wir Richter sind von Verfassung wegen verpflichtet, vor einem Entscheid immer beide Seiten anzuhören. Der Beschwerdeführer hat Ihnen – unaufgefordert – seine subjektive Sicht der Dinge über seine Ehegeschichte und die Problematik der Kinderzuteilung geschildert. Nicht nur hier in diesem Schreiben. Dem Vernehmen nach ist er auch auf einzelne Kantonsräte zugegangen. Seine Ehefrau haben Sie aber nicht angehört und auch nicht anhören können. Auch Kantonsrichter Furrer konnten Sie nicht anhören, weil er sich wegen des Amtsgeheimnisses gar nicht äussern darf. Dass Sie auf Grund des Schreibens vom 17. Februar möglicherweise verunsichert wurden oder sich allenfalls auch geängstigt hatten, ist verständlich. Wenn Sie aber die ganzen Akten einsehen und eben auch beide Parteien anhören könnten, würde das Bild, das Ihnen der Beschwerdeführer gemalt hat, ganz anders aussehen.
Und abschliessend noch eine Bemerkung. Iris Studer-Milz war fast 20 Jahre im Familienrecht tätig und glaubt, über eine recht grosse Erfahrung zu verfügen. Sie kennt auch alle unsere Richter. Und Sie kann Ihnen eines versichern: Familienrechtliche Streitfälle sind – vor allem wenn sie derart zwischen den Ehegatten eskalieren – keine einfache, sondern eine sehr anspruchsvolle Arbeit. Und unsere Richter geben sich alle erdenkliche Mühe, mit den Parteien jeweils Lösungen zu finden. Wenn keine Lösungen gefunden werden, so liegt das in der Regel nicht am Richter, sondern an den Parteien. Und was sie auch versichern kann: Jeder Richter richtet nach bestem

Wissen und Gewissen und hat bei der Kinderzuteilung in erster Linie das Kindeswohl vor Augen. Hier war es nicht anders, auch wenn der Beschwerdeführer das Gegenteil behauptet.

Thomas **Lötscher** schreibt seine Voten und Leserbriefe in der Regel relativ zügig und mit einer gewissen Leichtigkeit. Bei diesem Votum wie auch beim Studium der Akten spürte er allerdings nichts davon. Er rang mit den Informationen, mit Gedanken, mit Emotionen und mit sich selbst. Er ist kein Anwalt und verfügt lediglich über einen bescheidenen Rucksack an juristischen Grundkenntnissen. Diese Kenntnisse brachten ihn bald einmal zur Einsicht, dass die JPK Recht hat mit ihren Ausführungen. Das mit dem inneren Geschäftsgang überzeugt auch in den soeben gehörten Ausführungen von Andrea Hodel. Als Kantonsräte können wir die Scheidung und das Sorgerechtsverfahren materiell – also vom Sachverhalt her – nicht beurteilen. Wir dürfen es auf Grund der verfassungsmässigen Gewaltentrennung auch gar nicht. Und doch bleibt beim Votanten eine Leere zurück. Das formaljuristische Element ist erschöpfend abgehandelt, aber wo bleibt der Mensch? Für Thomas Lötscher offenbart dieses Traktandum – er hat Mühe, von einem Geschäft oder Fall zu sprechen – einmal mehr, dass *recht*, *gerecht* und *richtig* nicht zwingend gleichbedeutende Ausdrücke sind, auch wenn ihnen der gleiche Wortstamm zugrunde liegt.
Einen Monat nach dem Attentat im Zuger Regierungsgebäude meldete der zuständige Kantonsrichter der Polizei, dass der Beschwerdeführer in Sachen Sorgerechtsverhandlung aufgefallen sei. Neun Tage später verglich der Richter das Verhalten des Beschwerdeführers mit jenem des mehrfachen Mörders. Soweit der Polizeibericht. Dass sich der Familienvater, der gegen den Widerstand der Justiz um das Sorgerecht für seine Kinder kämpfte – und dieses schliesslich auch erhielt – von diesem Vergleich zutiefst verletzt fühlte, kann man verstehen, zumal das Ganze sehr direkte Auswirkungen auf ihn hatte und auch auf seine Kinder, die beim Vater bleiben wollten. – Nur dieser Aspekt soll deshalb hier erörtert werden. – Aber auch dem Kantonsrichter gebührt Verständnis: 30 Tage nachdem 14 Menschen in öffentlichen Funktionen brutal ermordet worden waren, lagen die Nerven allenthalben blank. Angst und Überempfindlichkeit prägten diese Zeit. Aber wer kann es verargen? Niemand von uns kann sich an eine Tragödie ähnlichen Ausmasses erinnern. Wenn man denn auch ein gewisses Verständnis für diesen Vergleich des Kantonsrichters zum damaligen Zeitpunkt aufbringen kann, ohne allerdings das Verhalten des Beschwerdeführers und einen allfälligen Anlass dazu zu kennen, begreift der Votant nicht, weshalb bis heute – also über einen Zeitraum von mehr als drei Jahren – eine Entschuldigung des Richters ausblieb und er diesen aktenkundigen Vergleich sogar abstritt. Als Nichtjurist, der in Rechtsfällen gerne aus dem Bauch heraus entscheidet, freut Thomas Lötscher sich für Alex Schnurrenberger und seine Kinder, dass ihr Herzenswunsch in Erfüllung ging und sie nun endlich wieder vereint sind.
Abschliessend sei die Frage aufgeworfen, wie es sich hier nun verhält mit *recht*, *gerecht* und *richtig*.
• Recht wurde in dieser Angelegenheit bereits gesprochen, und Recht hat auch die JPK gesprochen. Als Parlamentarier können wir nicht anders, als ihrem Antrag folgen; denn alles andere wäre Willkür und nicht mehr Recht.
• Gerecht ist, dass jene Menschen, die dies so sehnlichst wünschten, wieder vereint sind.
• Und richtig ist schliesslich, dass Alex Schnurrenberger für den unpassenden Vergleich mit einem mehrfachen Mörder eine Entschuldigung hört. Als politischer Exponent des Kantons Zug fühlt der Votant sich mitverantwortlich für das, was im Namen

unseres Kantons geschieht. Bei Alex Schnurrenberger möchte er sich für diesen Vergleich entschuldigen. Er weiss, dass er damit in diesem Rat nicht allein ist und wünschte, dass der betroffene Richter sich dieser Entschuldigung anschliessen würde. Alex Schnurrenberger wünscht er, dass er diese Entschuldigung annehmen und einen Schritt auf uns zumachen kann, den Glauben in unser manchmal schwer verständliches Staatsystem wieder findet und mit seiner Familie eine glückliche Zukunft verbringen kann.

Karl **Nussbaumer** möchte es gleich vorwegnehmen: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der JPK, auf die Aufsichtsbeschwerde sei nicht einzutreten. Dieser Fall hat aber heftig Diskussionen in der der SVP ausgelöst. Auf Grund der uns vorliegenden Akten sind wir klar der Meinung, dass Alex Schnurrenberger ungerecht behandelt wurde. Wir sind der Ansicht, dass es wünschenswert wäre, wenn sich Kantonsrichter Furrer bei Alex Schnurrenberger öffentlich entschuldigen würde.

Anna **Lustenberger-Seitz** möchte sich eigentlich nicht zu diesem Fall äussern, aber zur CD, welche mit dem Brief geschickt worden ist. Sie haben Sie alle erhalten. Die Votantin hat nur kurz hineingehört und ist entsetzt gewesen. Nicht über den Inhalt, sondern dass hier ein Telefongespräch eines Kindes mit seiner Mutter aufgenommen wurde – es weint –, um zu seinem Recht zu kommen. Das Kind wurde in diesem Fall zum Instrument gemacht. Und diese CD wurde x mal versendet, nicht nur dem Rat, auch andere haben sie erhalten. Dies verstösst eindeutig gegen die Würde eines Menschen, eines Kinds. Anna Lustenberger wäre sehr froh, wenn diese Gedanken an den Beschwerdeführer weiter geleitet würden. Sie hat beim Lesen des Schreibens ein wenig Verständnis gehabt für diesen Fall. Als sie die CD hörte, hat sich dieser Mann für sie entlarvt.

Iris **Studer-Milz** möchte sich noch kurz zum Votum von Thomas Lötscher und zur Stellungnahme der SVP-Fraktion äussern. Es wird eine Entschuldigung von Beat Furrer gefordert. Es fragt sich, ob das alle wünschen. Beat Furrer hat das Verhalten nicht verglichen, er hat gesagt, es seien gewisse Parallelen vorhanden. Es bestand Waffenbesitz, eine totale Eskalation im Scheidungsverfahren und dann diese verkappte Drohung gegen eine unserer Kanzleisekretärinnen. Beat Furrer hat dann dem Beschwerdeführer einen zweiseitigen Brief geschrieben. Wenn der Rat heute nun noch eine Entschuldigung fordert, kann die Obergerichtspräsidentin das nicht verstehen. Sie muss es auch Beat Furrer überlassen, ob er das will. Sie persönlich meint, dass der Hinweis an die Polizei bei diesen Parallelen – wir hatten Angst in jener Zeit, das ging Ihnen ebenfalls so – das einzig Richtige war.

➔ Der Rat schliesst sich dem Antrag der Justizprüfungskommission an, auf die Aufsichtsbeschwerde sei nicht einzutreten.

566 ÄNDERUNGEN DER GESCHÄFTSORDNUNG DES KANTONSRATS (KLEINE PARLAMENTSREFORM) BETREFFEND

A. ZUSAMMENSETZUNG DER KOMMISSIONEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1248.1/.2 – 11515/16), der Kommission (Nrn. 1248.3/1261.3 – 11601, 1248.4 – 11602) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1248.5 – 11603).

B. EINFÜHRUNG EINER FRIST ZUR ERLEDIGUNG ERHEBLICH ERKLÄRTER VORSTÖSSE

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1261.1/.2 – 11553/54) und der Kommission (Nr. 1248.3/1261.3 – 11601).

C. KOMMISSIONSWAHLEN: ERWEITERUNG DER STAATSWIRTSCHAFTSKOMMISSION, DER JUSTIZPRÜFUNGSKOMMISSION UND DER KONKORDATSKOMMISSION VON 7 AUF 9 MITGLIEDER (sofern der Kommissionsantrag gutgeheissen wird)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zwei verschiedene Revisionsthemen in zwei verschiedenen Vorlagen vorliegen. Wir führen die Eintretensdebatte wegen des formellen (nicht aber materiellen) Zusammenhangs gemeinsam. Es wird derselbe Erlass geändert. Die Detailberatungen führen wir danach getrennt. – Es liegen zwei einfache KR-Beschlüsse vor, bei denen nur eine einzige Lesung stattfindet. Zudem unterliegen die beiden Beschlüsse nicht dem fakultativen Referendum.

Jean-Pierre **Prodolliet** hält fest, dass die vorberatende Kommission am 29. Oktober 2004 tagte und zu ganz einhelligen Beschlüssen kam. Der Kommissionspräsident möchte das betonen, weil nachträglich eine arge Diskussion über dieses Thema entstanden ist. Die Ausgangslage für diese Vorlage war ja, dass es keine Motion war, die eingereicht wurde, sondern es war ein Brief der Fraktionspräsidenten an den Regierungsrat, weil nach der konstituierenden Sitzung dieser Legislaturperiode ein Problem aufgetreten war. Es handelte sich um die Art, wie die wichtigen ständigen Kommissionen (Stawiko, JPK, Konkordatskommission) bestellt wurden. Das Unbehagen kam auch in der Kommission klar zum Ausdruck. Allgemein wurde die Meinung geäussert, die jetzige Situation sei nicht befriedigend, es sei nicht gut, dass nicht alle Fraktionen in diesen wichtigen Kommissionen vertreten sind. Das war der erste Entscheid der Kommission. Der zweite war, dass man die vorgeschlagene Lösung des Regierungsrats – den Wahlmodus zu ändern – ablehnte. Der dritte Beschluss der Kommission war, dass es sinnvoll sei und das Problem löse, wenn man die Anzahl der Kommissionsmitglieder in diesen drei Kommissionen von sieben auf neun erhöhe. Diesen Antrag möchte der Votant dem Rat nun im Namen der Kommission empfehlen. Die Argumente, die unterdessen von der Stawiko eingebracht worden sind und offenbar in verschiedenen Fraktionen kontrovers diskutiert wurden, beziehen sich auf die Kostenfrage. Diese wurde in der Kommission ebenfalls diskutiert. Natürlich gab es auch Mitglieder, die darauf hinwiesen, dass es bei einer Erhöhung auch mehr koste. Aber man sagte, wir hätten ja sonst bei den Ad-hoc-Geschäften jeweils 15er-Kommissionen, und meinte, man könne dort ein

wenig kürzen. Insgesamt würde der Vorschlag, bei den wichtigen Kommissionen von sieben auf neun zu gehen und bei den Ad-hoc-Kommissionen zu reduzieren, bedeuten, dass die Energien und der Aufwand bei der Kommissionsarbeit sinnvoller eingebracht würden. Somit verbleibt Jean-Pierre Prodolliet nur, die Meinung der Kommission zu empfehlen. Diese entspricht auch jener der SP-Fraktion.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Stawiko diese Vorlage bereits am 25. November 2004 beraten hat. Im Bericht haben wir ausführlich Stellung bezogen. Er möchte drei Punkte nochmals betonen.
Zuteilung der Kommissionssitze. Das Thema der Verteilung von Kommissionssitzen ist nicht neu und wird immer wieder aufgegriffen. Die Stawiko ist sich bewusst, dass es für die AF unbefriedigend ist, in dieser Legislatur nicht in den 7er-Kommissionen vertreten zu sein. Die proportionale Verteilung kann sich jedoch in jeder Legislaturperiode je nach Wahlresultat wieder ändern. Die Stawiko hat das Gefühl, dass die vorberatende Kommission im Sinne eines gutschweizerischen Kompromisses versucht hat, alle Interessen unter einen Hut zu bringen, insbesondere mit dem Ziel, der AF umgehend wieder den Einsitz in den 7er-Kommissionen zu ermöglichen. Aus Sicht der Stawiko ist es unverhältnismässig, dieser aktuell für eine Fraktion unbefriedigenden Situation mit einer Gesetzesänderung Rechnung zu tragen.
Kommissionsgrösse, Belastung der Stawiko. Im Bericht der vorberatenden Kommission wird ausgeführt, mit einer Erhöhung der Sitzzahl könne die Arbeit der überlasteten Stawiko verbessert werde. Diese Behauptung weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Die Stawiko ist wechselnd stark belastet, von Überlastung kann keine Rede sein. Die Feedbacks aus dem Parlament und aus der Regierung sind in der Regel gut und bestärken uns in der Annahme, dass unsere Arbeit und unsere Berichte geschätzt werden. Unsere Position als finanzielles Gewissen des Parlaments und der Regierung ist exponiert. Unsere Aussagen werden auf die Goldwaage gelegt und kritisiert; an dieser Situation würde aber auch eine Erhöhung der Kommissionssitze nichts ändern. Die Stawiko kann sich auch nicht der Argumentation anschliessen, dass eine Erhöhung der Mitgliederzahl die Effizienz der Kommissionsarbeit verbessern würde. Eine Verteilung der Belastung auf mehrere Personen wäre nur möglich, wenn einzelne Geschäfte innerhalb der Kommission aufgeteilt würden. In der engeren Stawiko ist eine solche Aufteilung nicht sinnvoll, weil jedes Mitglied mit jedem Geschäft im Detail vertraut sein muss. Bei einer Erhöhung auf neun Mitglieder würde sich an diesem Vorgehen aus unserer Sicht nichts ändern. Eine Erhöhung der Mitgliederzahl hätte eher negative Auswirkungen auf die Effizienz der Arbeit. Es muss nochmals darauf hingewiesen werden, dass eine Erhöhung der Kommissionssitze gemäss Antrag der vorberatenden Kommission neue zweckgebundene Ausgaben von jährlich rund 40'000 Franken zur Folge hätte. Es fragt sich schon, ob es sinnvoll ist, diese Mehrausgabe zu tätigen. Einerseits fordern wir vom Regierungsrat massvolles Haushalten und die Überarbeitung und Reduktion der zweckgebundenen Ausgaben, und andererseits wollen wir aus Eigeninteressen neue zweckgebundene Ausgaben in der Höhe von 40000 Franken beschliessen. Dies ist ein klarer Widerspruch. Die Stawiko ist deshalb konsequent und lehnt die Sitzerhöhung und damit diese Mehrausgabe klar ab.
Wahl in den Kantonsrat, Verteilung der Kommissionssitze. Wir möchten beliebt machen, zwei Schritte klar zu unterscheiden: Schritt eins, die Wahl in den Kantonsrat, und Schritt zwei, die Wahl in eine kantonsrätliche Kommission. Mit dem von der Regierung vorgeschlagenen Verfahren käme es zu einer Vermischung der beiden Schritte, indem die Wählerstärke (Anzahl der bei den Kantonsratswahlen im ganzen

Kanton erzielten Wählerstimmen) die Grundlage für die Berechnung der Kommissionssitze darstellen würde, d.h. das Ergebnis von Schritt eins bestimmt auch den Ablauf von Schritt zwei. Die Stawiko möchte am bisher bewährten Verfahren festhalten. Die Wahl in den Kantonsrat soll gemäss dem Gesetz über die Wahlen (WAG), die Verteilung gemäss der GO des Kantonsrats und proportional zur Fraktionsstärke erfolgen. Wir unterstützen deshalb den Antrag der vorberatenden Kommission zu § 22 Abs. 2, diese Kommissionssitzverteilung explizit im Gesetz festzuschreiben, damit zukünftige Diskussionen zu diesem Thema vermieden werden.
Abschliessend noch Folgendes: Wir habe in unserem Bericht einen Namen und eine Seitenzahl aus dem Protokoll der vorberatenden Kommission zitiert. Das Büro des Kantonsrats und der Betroffene haben zu Recht interveniert. Sie haben mich auf § 22 Abs. 4 der GO des Kantonsrats hingewiesen. Dort steht: «Die Beratungen in den Kommissionen sind nicht öffentlich. Die Materialien der Kommissionen sind nach Abschluss der Beratungen allen Mitgliedern des Kantonsrats zugänglich, soweit sie nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen. Über eine allfällige Orientierung der Öffentlichkeit entscheidet die Kommission». Was heisst dies? Öffentlich ist nur der Kommissionsbericht, weshalb nur aus diesem und nicht aus dem Kommissionsprotokoll zitiert werden darf. Peter Dür war sich dieses Umstands zu wenig bewusst und er möchte sich für diesen Fehler entschuldigen.
Zum Schluss nochmals unsere Anträge: Keine Aufstockung der 7er-Kommissionen. Vertretung der Fraktionen in den Kommissionen proportional zur Anzahl Parlamentssitze. Inkrafttreten auf die neue Legislatur 2007 bis 2010. Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragen wir, auf diese Vorlage einzutreten und ihr gemäss unseren Anträgen in der Detailberatung zuzustimmen.

Gregor **Kupper** erinnert an den 1. Dezember 1932. An diesem Tag beschloss ein weiser Kantonsrat die Geschäftsordnung für den Kantonsrat. Seit mehr als 70 Jahren hat die Stawiko, wohl auch die JPK, und seit neustem jetzt die Konkordatskommission, sieben Mitglieder. Diese Zahl hat sich also ganz offensichtlich bewährt. Die kleinen Kommissionen sind und bleiben effizient. Nun haben wir auf Grund des Wahlausgangs eine unzufriedene Linke. Und schon meinen wir, wir müssten Bewährtes über Bord werfen. Das ist eine kurzsichtige Denkweise. Bei den nächsten Wahlen kann das durchaus wieder anders aussehen. Wir haben vielleicht eine neue Partei, die es gerade schafft, mit drei Mitgliedern Fraktionsgrösse zu erreichen. Wir werden dann wohl die ständigen Kommissionen auf elf Mitglieder erhöhen. Das kann es doch nicht sein. Denken wir langfristig und behalten wir die bewährte Organisation so bei.
Zur Arbeit der Stawiko. Kleine Kommissionen sind effizient. Bei der Stawiko ist es so, dass sich von den sieben Mitgliedern keines verdrücken kann, keines kann sich hinter dem Rücken eines anderen Mitglieds verstecken, jedes ist gefordert und muss die Vorlagen im Detail studieren. Das ist auch richtig und soll so beibehalten werden. Je grösser die Kommissionen sind, umso schwerfälliger werden sie, umso länger werden die Diskussionen, ohne dass sich am Schluss an den Fakten irgendetwas ändert. Zu den Kosten möchte sich der Votant nicht mehr äussern, da sie schon genügend erwähnt wurden. Wenn wir davon ausgehen, dass sich bei den nächsten Wahlen das Ganze wieder verschiebt, wird es ja wohl nicht so sein, dass dann jemand den Antrag stellt, dass wir jetzt die Kommissionen wieder auf sieben herunterfahren. Was wir heute entscheiden, wird wohl in Zukunft beibehalten werden. Und wenn wir an die Zukunft denken, empfiehlt Gregor Kupper dem Rat, das beizubehalten, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, um die Effizienz beizubehalten. Die CVP unterstützt mit einer knappen Mehrheit die Anträge der Stawiko. Sie unterstützt

aber auch den Antrag der Regierung bezüglich Behandlung von Motionen, wie sie von Beat Villiger gefordert wurde.

Daniel **Burch** erinnert daran, dass bei der Konstituierung des Kantonsrats für die Amtsperiode 2003-2006 die Zuteilung der Kommissionssitze auf der Zahl der erreichten Kantonsratssitze erfolgte. Die Veränderung der Fraktionsstärken hatte zur Folge, dass die AF bei den 7er-Kommissionen nicht mehr vertreten war. Gemäss geltendem Recht sollen die Fraktionen «angemessen» vertreten sein, wobei das nicht explizit definiert ist. Auf Grund der heutigen Situation soll nun das Gesetz geändert werden. Der Regierungsrat schlägt vor, die Besetzung der Kommissionssitze nach der Wählerstärke der Parteien im gesamten Kantonsgebiet vorzunehmen. Die vorberatende Kommission dagegen beantragt, die Zahl der Mitglieder der Stawiko, der JPK und der Konkordanzkommission von sieben auf neun zu erhöhen. Beiden Vorschlägen kann die FDP Fraktion nicht zustimmen.
Die Kantonsratskommissionen sind Beratungsgremien für den Kantonsrat. Sie beraten Geschäfte für den Kantonsrat vor. Sie haben keine Entscheidungsfunktion und ersetzen auch nicht die Diskussionen in den Fraktionen und im Kantonsratssaal. Obwohl die Berichte der vorberatenden Kommissionen eine Hilfe sind, sind die Fraktionen gefordert, sich mit der Materie eingehend auseinander zu setzen. Da die Geschäfte im Rat durch die Ratsmitglieder und die Mandatsverteilung – und nicht durch die Wähler – entschieden werden, ist es nur logisch, dass die Kommissionen auch nach der Mandatsverteilung zusammengesetzt werden, d.h. proportional zur Anzahl der Parlamentssitze der Parteien.
Die Erhöhung der Zahl der Kommissionsmitglieder ist keine Lösung. Gewinnen kleinere Parteien bei den nächsten Wahlen Sitze, dann erweist sich die Erhöhung als überflüssig. Verlieren sie weiter, reichen wohl auch neun Kommissionssitze nicht mehr zu einem Sitz. Bei der heutigen Regelung reichen drei Ratssitze, um Fraktionsstärke zu erlangen. Sollte diese Fraktion dann auch «angemessen» vertreten sein, brauchte man mindesten 27er-Kommissionen. Die heutigen 7er-Kommissionen Stawiko und JPK arbeiten effizient, und von der neuen Konkordatskommission erwarten wir dies. Die Mitglieder übernehmen die nötige Verantwortung und erbringen die geforderten Leistungen und Ergebnisse. Eine Erhöhung auf neun Mitglieder macht daher wenig Sinn. Es ist nicht zu erwarten, dass die Ergebnisse dieser Kommissionen mit neun Mitgliedern wesentlich anders ausfallen als heute, und sich das Abstimmungsverhalten im Ratssaal dadurch ändern würde. Zudem sind bereits heute die Mitglieder der erweiterten Stawiko und JPK bestimmt und können bei Bedarf eingesetzt werden. Für die Mehrkosten von 40'000 Franken erhält der Steuerzahler weder einen Mehrwert noch eine Gegenleistung.
Es ist nicht einzusehen, weshalb eine allfällige Gesetzesänderung sofort, und nicht wie vom Regierungsrat vorgeschlagen auf die Legislaturperiode 2006-2010 eingeführt werden soll. Akzeptieren wir doch die heutigen Spielregeln. Beim Sport werden die Regeln auch nicht während der laufenden Meisterschaft geändert, auch wenn gewisse Mannschaften nicht die erwarteten Ziele erreichen.
Zusammengefasst fordert die FDP-Fraktion den Rat auf, den Anträgen der Stawiko zu folgen.

Werner **Villiger** nimmt im Namen der SVP-Fraktion zuerst Stellung zur Zusammensetzung der Kommissionen. Die von der vorberatenden Kommission bei der Stawiko, der JPK und der Konkordatskommission vorgeschlagenen Erhöhungen der Kommis-

sionsmitglieder war in der SVP-Fraktion sehr umstritten. Schlussendlich sprach sie sich grossmehrheitlich für die Anträge der Stawiko aus. Argumente, welche für oder gegen eine Aufstockung sprechen, haben wir soeben gehört, und der Votant wird diese jetzt nicht wiederholen. Für uns ist jedoch eines ganz klar: Hinter einer Aufstockung steckt die Idee, dass man die Diskussionen vor allem in den Kommissionen führen soll und nicht im Kantonsrat, mit dem Ziel, dass dadurch die Arbeit im Kantonsrat effizienter würde. Dieser Argumentation können wir uns nicht anschliessen und befürchten eher das Gegenteil. Wir vertreten deshalb die Meinung, dass sich die bisherige Zusammensetzung der Kommissionen bewährt hat und sehen keinen Grund, diese zu vergrössern. Zudem ist zu bedenken, dass die Verhältnisse nach den nächste Wahlen vielleicht klarer sind, und dann hätten wir drei 9er-Kommissionen, die eigentlich gar nicht nötig wären.
Zum Wahlmodus. Grundsätzlich handelt es sich bei den Kommissionen um Arbeitsgruppen des Kantonsrats. Deshalb sollen diese die aktuelle Zusammensetzung der Fraktionsstärken im Kantonsrat widerspiegeln. Wir wollen also hier keinen Systemwechsel einführen, sondern den bestehenden Wahlmodus beibehalten, d. h. die Zusammensetzung der Kommissionen soll, wie bisher, auf Grund der aktuellen Fraktionsstärke im Kantonsrat gewählt werden.
Bei der zweiten Vorlage geht es um die Einführung einer Frist zur Erledigung erheblich erklärter Vorstösse. Eine Frist von drei Jahren erachten wir als zu lang. Von der Überweisung bis zur Erheblicherklärung dauert es normalerweise schon ein Jahr, weshalb bis zur Erledigung der Vorlage insgesamt eine Frist von vier Jahren entstehen würde. Wir befürworten deshalb eine Frist von zwei Jahren. Bei sehr komplexen Geschäften hat die Regierung ja immerhin die Möglichkeit, mit einem Bericht und Antrag eine Fristerstreckung zu beantragen. Wir unterstützen somit einstimmig das Motionsbegehren von Beat Villiger und beantragen, die Frist bei § 39bis Abs. 1 der GO des Kantonsrats auf zwei Jahre festzulegen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF für Eintreten ist. Um es vorweg zu nehmen: Es geht hier nicht einfach um das Recht für eine spezielle Fraktion – im heutigen Fall für unsere. Es geht hier auch nicht um links oder rechts, sondern lediglich um eine gerechte Verteilung der Sitze in den Kommissionen. Die AF begrüsst den Vorschlag des Regierungsrats. Der Gedanke der Stawiko und der Vorredner, die Sitzverteilung proportional zu den Parlamentssitzen zu verteilen, ist grundsätzlich nicht falsch. Aber dafür sind unsere Wahlkreise nicht richtig eingeteilt. Daher begrüssen wir den Vorschlag des Regierungsrats, die Sitzverteilung gemäss Wählerstärke vorzunehmen. Die Zahl der erreichten KR-Sitze der Parteien ist nicht identisch mit dem Wählerinnen- und Wähleranteil im ganzen Kanton. Die Resultate der KR-Wahlen sind leicht verzerrt, da in kleinen Gemeinden für die kleinen Parteien die Hürde sehr gross ist, überhaupt einen Sitz im Parlament zu erreichen. Mit dem vorgeschlagenen Modell des Regierungsrats werden so immerhin verloren gegangene Listenstimmen – und das sind sehr viele – wieder berücksichtigt, indem sie für die Sitzverteilung in den Kommissionen gezählt werden. Sie erhalten also wieder einen Wert. Gerade wenn man die hauptsächliche Absicht des Proporzes aufnehmen möchte, nämlich Minderheiten angemessen zu berücksichtigen, macht der Vorschlag des Regierungsrats zum heutigen Zeitpunkt Sinn. Mit diesem Vorschlag braucht es auch keine Sitzerhöhung der ständigen Kommissionen, und es gibt auch keine zusätzlichen Kosten. Wir der Antrag des Regierungsrats abgelehnt, unterstützt die Fraktion den Antrag der vorberatenden Kommission, die Zahl der Mitglieder von sieben auf neun Personen heraufzusetzen. Die Votantin wird das später begründen.

Ebenfalls befürwortet die AF ein sofortiges Inkrafttreten, damit nun wirklich alle Fraktionen in den ständigen Kommissionen eingebunden sind. Die kleine Parlamentsreform ist ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit in unserem Rat. Ein Schritt, der nicht viel kostet, aber durch den Einbezug aller Parteien in die wichtigen Kommissionen das Vertrauen in die Demokratie stärkt.
Noch kurz zur Einführung einer Frist zur Erledigung erheblich erklärter Vorstösse. Auch hier ist die AF für Eintreten. Wir stimmen dem Vorschlag der vorberatenden Kommission zu, eine Frist von drei Jahren einzuführen.

Sicherheitsdirektor Hans-Peter **Uster** hält fest, dass sich der Regierungsrat für das unbestrittene Eintreten bedankt. Er will aber an seinem Vorschlag festhalten, dass die Fraktionen in den Kommissionen angemessen vertreten sind und dafür die Wählerstärken im ganzen Kanton hinzugezogen werden. Es wurde in der Kommission die Befürchtung geäussert, dass der Regierungsrat damit eine Wahlkreisreform vornehme. Wir haben in unserem Bericht ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es nicht darum geht. Sonst hätten wir die Wahlkreisreform vorgeschlagen. Aber es geht darum, dass mit der Wählerstärke im ganzen Kanton eben auch die Regierungsratswahlen adäquat auf den Kantonsrat bezogen abgebildet werden. Gregor Kupper hat als CVP-Sprecher sehr interessante Ausführungen zur Geschichte gemacht. Es ist tatsächlich so, dass die jetzige Geschäftsordnung mit diesem Satz aus dem Jahr 1932 stammt. Von 1932 bis 2002 wurde dieses «angemessen» denn auch in der Regel immer so ausgelegt, dass die Stawiko gemäss der Wählerstärke im Regierungsrat zusammengesetzt wird. D.h. wer einen Sitz im Regierungsrat hat, hat auch einen oder zwei oder drei – früher waren es sogar vier – Sitze in der Stawiko. Und als 1990 die AF zum ersten Mal im Kantonsrat Fraktionsstärke erreichte, hat sie mit sieben Mitgliedern einen Sitz in der Stawiko bekommen. Weil sie eben im Regierungsrat vertreten war. Die SVP hatte dann 1994 drei Sitze und bekam keinen Sitz in der Stawiko. Ab 98 hatte sie dann auch einen Sitz. Und wenn wir auf die Geschichte zurückgehen, dann ist die Interpretation des «angemessen» bis ins Jahr 2002 immer dieses Kriterium gewesen. Der Grund dafür liegt auch darin, weil ja die Stawiko eine Art Geschäftsprüfungsaufsichtsbehörde über den Regierungsrat ist. Und so ist es natürlich auch logisch, dass sich die verschiedenen im Regierungsrat vertretenen Parteien gegenseitig kontrollieren. Das ist der Grund für unseren Antrag. Und der Regierungsrat hält an diesem Antrag fest. Der Votant dankt dem Rat, wenn er dem Regierungsantrag zustimmt.

EINTRETEN ist unbestritten.

A. DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1248.4 – 11602 (Zusammensetzung der Kommissionen).

Grundsatzfrage bezüglich Berechnungsbasis (§ 22 Abs. 2)

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass vorberatende Kommission und Stawiko als Basis für die Zuteilung der Sitze die Fraktionsstärke proportional wollen, der Regierungsrat hingegen nach den bei den letzten Kantonsratswahlen im gesamten Kanton erzielten Wähleranteilen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 58 : 15 Stimmen dem Antrag von vorberatender Kommission und Stawiko an.

Grundsatzfrage bezüglich der Grösse der ständigen Kommissionen (§§ 18 und 19)

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass hier Regierungsrat und Stawiko beantragen, die jetzige Grösse zu belassen; die vorberatende Kommission möchte die Anzahl Kommissionsmitglieder von sieben auf neun erhöhen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF nach Ablehnung des Regierungsantrags für die Berechnungsbasis hier den Antrag der Kommission unterstützt, die Anzahl der Mitglieder von sieben auf neun zu erhöhen. Drei Punkte sprechen dafür:
1. Der Grundgedanke, alle Parteien einzubinden, wird so erfüllt.
2. Gerade die Justizprüfungskommission muss teils sehr schwerwiegende Entscheide fällen, diese tragen und uns einen Antrag stellen, wie z.B. heute Morgen. Es kann durchaus Sinn machen, dass solche Entscheide von mehr Mitgliedern gefällt und getragen werden.
3. Schon bereits zwei Mal hat die Konkordatskommission Vorlagen beraten, bei welchen es zusätzlich richtigerweise eine Spezialkommission oder eine nichtständige Kommission mit Dauerauftrag gebraucht hätte, bei denen alle Fraktionen eingebunden sind. Das Submissionsgesetz ist die eine Vorlage, der KR-Beschluss betreffend Schaffung einer Höheren Fachschule Gesundheit die andere. Der Einfachheit halber oder damit nicht zwei und im Extremfall sogar drei Kommissionen das Geschäft beraten, übergibt man jetzt konkordatslastige Geschäfte der Konkordatskommission. Diese übernimmt also mehr und mehr Geschäfte, welche sonst von einer anderen Kommission beraten würden. Und da sollten wirklich alle Fraktionen einen Sitz in dieser Kommission haben.
Die Votantin bittet den Rat daher im Namen der AF, den Kommissionsantrag zu unterstützen.

Heini **Schmid**: Stellen Sie sich vor, Sie sind als Parlamentarier gewählt und keiner hört ihnen zu! Sie wollen sich über eine Vorlage fundiert ins Bild setzen und können keine Fragen stellen. All dies dürfen sie erst dann tun, wenn die Meinungen schon gemacht sind und ihre Fragen nur als lästige Störung des Ratsbetriebs empfunden werden. Wir alle wissen aus eigener Erfahrung, wie wichtig die Arbeit unserer Kommissionen ist. Ein Ausschluss sollte darum nicht leichtfertig geschehen. Unsere ganze politische Kultur basiert darauf, dass wir erst dann entscheiden, wenn alle wichtigen Gruppen die Möglichkeit hatten, sich zum Thema zu äussern und den gleichen Zugang zu den relevanten Fakten hatten. Sich im politischen Kampf Vorteile zu verschaffen, indem man die Mitwirkungsrechte des politischen Gegners beschneidet, gilt zu Recht nicht als die Art des feinen Mannes. Auch wir Parlamentarier sind dazu aufgefordert, unseren demokratischen Errungenschaften Sorge zu tragen. Lösen Sie sich darum bitte vom politischen Hickhack und gewähren auch dem politischen Konkurrenten die Rechte, die Sie für sich selber ganz selbstverständlich in Anspruch nehmen.
Der Knackpunkt der ganzen Vorlage scheint die zukünftige Grösse der 7er-Kommissionen zu sein. Eine starke Minderheit der CVP-Fraktion unterstützt hier den Antrag der vorberatenden Kommission, die Anzahl der Mitglieder der 7er-

Kommissionen auf 9 zu erhöhen. Tradition, Effizienz und Kostengründe scheinen für die 7er-Lösung zu sprechen. Die Stawiko disqualifiziert gar den Vorschlag der Kommission als «gutschweizerischen Kompromiss». Unabhängig von der Vertretungsproblematik der kleineren Fraktionen gibt es aber auch gute Gründe, die für eine 9er-Kommission sprechen. Dem Votanten konnte bis heute noch niemand erklären, warum gerade die wichtigsten die kleinsten Kommissionen sind. Wie die Regierung in ihrem Bericht ausführt, scheint es in den anderen Parlamenten der Schweiz gerade umgekehrt zu sein, d.h. je wichtiger desto grösser. Unsere Lösung birgt die Gefahr, dass die kleinen Kommissionen gar nicht mehr ein Abbild der Meinungen und Mehrheitsverhältnisse des Rats darstellen, da nur noch ein kleines Meinungsspektrum einbezogen ist. Solche Kommissionen laufen Gefahr, Irrläufer zu produzieren. Diese Gefahr wird verstärkt durch das Phänomen, dass sehr oft nicht alle Kommissionsmitglieder anwesend sind. In den letzten zwei Jahren fehlte an den Sitzungen der engeren Stawiko durchschnittlich knapp ein Kommissionsmitglied. In der Realität diskutieren wir somit, ob wir eine 6er- zu einer 8er-Kommission vergrössern wollen oder nicht. Es ist wirklich zu bezweifeln, ob acht Personen weniger effizient arbeiten als sechs. Und wenn das wirklich so wichtig ist, schlägt Heini Schmid vor, dass Peter Dür die Stawiko von nun an alleine schmeisst. Was die 40'000 Franken Mehrkosten betrifft, glaubt der Votant, dass wir diesen Betrag sehr schnell gespart haben, geht er doch davon aus, dass die zwei neuen Mitglieder der engeren Stawiko mit kreativen Sparvorschlägen die 40'000 Franken schnell wieder einsparen werden. Und selbst wenn diese Lösung etwas kostet, muss man doch die Relationen wahren. 40'000 Franken im Vergleich zu einem Budget von einer Milliarde Franken scheint doch ein angemessener Betrag für eine bessere und politisch ausgewogene Kontrolle zu sein.
Nach Ansicht der CVP-Fraktionsminderheit haben 9er-Kommissionen keine gravierenden Nachteile, sondern gewährleisten eine ausgewogenere Meinungsbildung. Hat diese Lösung auch noch den Vorteil, dass kleinere Fraktionen ebenfalls vertreten sind, so sehen wir nicht ein, warum wir den Vertretern von 12 % unserer Bevölkerung die volle Teilnahme am parlamentarischen Prozess verweigern sollen. Was die Umsetzung betrifft, unterstützen wir den Antrag der Kommission auf sofortige Umsetzung. Wir alle wissen nicht, wie gross unser politisches Kuchenstück in Zukunft sein wird. Sorgen Sie heute dafür, dass Sie auch später noch kraftvoll in Ihren fairen Anteil am Kuchen beissen können. In diesem Sinn beantragt ihnen eine CVP-Minderheit, der Vorlage gemäss Antrag der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 46 : 26 Stimmen dem Antrag von Regierung und Stawiko an, wonach die Grösse der ständigen Kommissionen nicht erhöht wird.

Sicherheitsdirektor Hans-Peter **Uster** weist darauf hin, dass im Antrag der vorberatenden Kommission bei § 19 mit Abs. 3 eine Ergänzung aufgeführt ist, die an sich sinnvoll ist und nichts direkt mit diesem Geschäft zu tun hat. Es wird nämlich dort verankert, dass es neu eine erweiterte Justizprüfungskommission gibt. Es gibt sie heute schon und die Kommission hat sich entschieden, diese neu als Abs. 3 in die GO zu nehmen. Nach der eben erfolgten Abstimmung benötigt dieser Abs. aber noch eine Ergänzung. Es muss dort heissen:
«Für die Behandlung von Geschäften aus dem Bereich der Justizgesetzgebung wird die Justizprüfungskommission um *acht* auf 15 Mitglieder erweitert.»

Der Grund ist, dass der Kommissionsantrag sich auf eine neue Grösse von neun Mitgliedern bezog, welche ja abgelehnt wurde. Es geht also lediglich darum, einen jetzt schon bestehenden Zustand in der GO klar zu regeln.

➔ Der Rat ist mit dieser Änderung einverstanden.

Hans-Peter **Uster** möchte noch klarstellen, dass diese Änderung am Tag nach Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft tritt. Der Antrag von Stawiko und Regierung für ein späteres Inkrafttreten hatte sich ja auf einen anderen Antrag bezogen.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage Nr. 1284.4 – 11602 in der *Schlussabstimmung* mit 53 : 11 Stimmen zu.

B. DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1261.2 – 11554 (Einführung einer Frist zur Erledigung erheblich erklärter Vorstösse)

§ 39bis

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der SVP-Fraktion vorliegt, die Frist auf zwei Jahre zu begrenzen.

Jean-Pierre **Prodolliet** muss noch die Meinung der vorberatenden Kommission zum Eintreten nachholen. Sie war dafür und es ist gar nichts geändert worden. Da nun die Frist diskutiert wird, möchte der Kommissionspräsident darauf hinweisen, dass diese auch in der Kommission diskutiert wurde. Der Antrag auf zwei Jahre war dem Votanten persönlich auch sympathisch, aber es ist überzeugend dargelegt worden, dass diese zwei Jahre bei Gesetzen einfach nicht reichen. Der Vorgang dauert länger. Deshalb möchte Jean-Pierre Prodolliet den Antrag der Kommission bestärken, der Vorlage des Regierungsrats so zuzustimmen. – Das ist auch die Meinung der SP-Fraktion.

Beat **Villiger** meint, dass wir nun endlich Fristen erhalten, wenn es um erheblich erklärte Motionen und Postulate geht. Er geht nicht davon aus, dass wenn er drei Jahre verlangt hätte, die Regierung vier Jahre vorgeschlagen hätte. Er hat in der Kommission auch gesehen, dass für gewisse Geschäfte eine etwas längere Frist notwendig ist. Der Sicherheitsdirektor hat uns klar erläutert, dass diese drei Jahre sehr verbindlich sein sollen für die Regierung und keine Verlängerungen mehr beantragt werden könnten. Trotzdem hält der Votant an der Zweijahresfrist fest.

Andrea **Hodel** stellt im Namen der JPK und der FDP-Fraktion einen Zusatzantrag, wobei wir mit der Frist von drei Jahren einverstanden sind. Wir möchten aber bei Abs. 3 folgenden Satz anfügen:
«Sofern bei der Erheblicherklärung von Motionen und Postulaten eine davon abweichende Frist beschlossen worden ist, geht diese vor.»

Es könnte einerseits Beat Villiger und der SVP entgegenkommen, dass eben der Rat kürzere Fristen beschliessen kann, und geht eigentlich zurück auf unsere Vorlage zum Staatsanwaltschaftsmodell, wo die JPK eine Frist von 18 Monaten gesetzt hat, weil eben nur dann die vorzeitige Einführung des Modells Sinn macht.

Sicherheitsdirektor Hans-Peter **Uster** möchte sich zuerst zur Dreijahresfrist äussern. Er hat in der Kommission ausgeführt, dass vor allem auch die Gemeinden, aber auch die Parteien froh sind um eine längere Vernehmlassungsfrist. Sie muss mindestens drei Monate dauern. Sie muss dann aber auch noch ausgewertet werden. Nach der ersten Lesung vor der Vernehmlassung gibt es eine ausführliche zweite Lesung im Regierungsrat, unter Umständen teilweise mit grundlegend anderen Anträgen. Da ist eine Zweijahresfrist schon bei mittleren Vorhaben praktisch nicht einzuhalten. Das zum Inhaltlichen.
Der Sicherheitsdirektor hat aber in der Kommission auch gesagt, dass die Regierung eigentlich für eine Zweijahresfrist wäre, weil diese mit den Ausführungen von Werner Villiger uns viel einfacher die Möglichkeit gäbe, dann rasch eine Fristerstreckung zu holen. Die Dreijahresfrist, wie wir sie hier jetzt beantragen und wie sie auch von der Mehrheit der Kommission beantragt wird, legt aber viel höhere Voraussetzungen an eine Fristerstreckung. Der Votant kann dazu auf den Kommissionsbericht verweisen und auf frühere Ausführungen, die wir im Zusammenhang mit Fristerstreckungen gemacht haben. Diese äusseren Umstände, die vorliegen müssen, haben wir präzisiert. Das sind namentlich die Bundesgesetzgebung und allenfalls Verordnungen des Bundes. Wenn der Bund etwas ändert, ist es ja wohl nicht sinnvoll, dass der Kanton auch etwas ändert, damit er es dann nachher noch einmal ändern kann. Bundesbewilligungen, z.B. im Bereich der Raumplanung, weil der Bund die Richtpläne ja genehmigen muss. Bundesgerichtsentscheide, die relevant sein können. Da kann eine ganze Gesetzgebung mit einem Bundesgerichtsurteil obsolet werden oder in eine ganz andere Richtung gehen. Oder auch eine im Kanton Zug lancierte oder noch hängige Volksinitiative. Das haben wir als Beispiele aufgezählt. Es müssen also Umstände sein, die von aussen kommen, die wir auf keinen Fall beeinflussen können. Deshalb ist es auch im Interesse des Kantonsrats, mit diesen strengen Fristerstreckungsgründen eine Frist von drei Jahren in die GO aufzunehmen.
Zum Antrag von Andrea Hodel. So wie Hans-Peter Uster ihn beim Mail-Verkehr und bei ausführlichen Gesprächen mit dem Landschreiber verstanden hat, geht es nicht um einen Antrag, der generell gelten soll. Sondern er will vor allem ein intertemporales, also ein übergangsrechtliches Problem lösen, indem nämlich der Kantonsrat bei der Behandlung Staatsanwaltschaftsmodell eine kürzere Frist gemacht hat. Dieses Anliegen, dem man zustimmen kann, müsste man nicht in einen neuen Abs. 3 kleiden, sondern man müsste eine übergangsrechtliche Bestimmung dieses Inhalts machen. Der Sicherheitsdirektor stellt also im Namen der Regierung und mutmasslich auch des Obergerichts den Antrag, dass man im Zusammenhang mit dem Antrag von Andrea Hodel eine übergangsrechtliche Bestimmung macht.

Andrea **Hodel** betrachtet die Lösung der Regierung als sehr elegant, aber das ist nicht das, was wir wollen. Sondern wir wollen, dass wir als Kantonsräte in einer Motion von uns aus die Frist herabsetzen können, wenn die Angelegenheit uns dringlich erscheint. Dann darf es nicht nur in die Übergangsbestimmungen kommen, sondern als zweiten Satz in Abs. 3, damit es auch nach der Übergangsfrist bestehen bleibt. (Nach kurzer Diskussion mit dem Landschreiber modifiziert Andrea Hodel ihren

Antrag so, dass der beantragte Satz als neuer Abs. 4 eingebracht wird, da er sonst in die Übergangsbestimmungen gerät.)

Hans-Peter **Uster** weist den Rat darauf hin, dass er hier Gesetzgebung macht. Natürlich ist es ein einfacher KR-Beschluss, der nicht referendumspflichtig ist. Aber Sie geben die Grundregel an, Sie sagen, wie man das machen soll. Die Grundregel soll dann auch immer gelten. Sonst ist es sinnlos, eine Grundregel zu machen. Und mit dem Antrag von Andrea Hodel haben Sie dann bei jeder Motionsüberweisung die Möglichkeit, diese Frist zu verkürzen. Und es kann doch nicht der Sinn einer Geschäftsordnung sein, dass man eine Geschäftsordnung mit einer Grundregel hat und der Kantonsrat jedes Mal von dieser Regel abweichen kann. Sonst müssen Sie die Bestimmung mit den drei Jahren gleich streichen und sagen: Der Kantonsrat beschliesst bei der Motionserheblicherklärung, wie lange die Bearbeitungszeit ist. Aber nicht einmal Andrea Hodel möchte wohl so weit gehen. Der Votant dankt dem Rat, wenn er einer guten Übergangsbestimmung zustimmt und bei den drei Jahren bleibt.

Werner **Villiger** zieht im Namen der SVP-Fraktion den Antrag auf zwei Jahre zurück, damit das Ganze nicht allzu kompliziert wird. Wir wollen aber die Spezialregelung unbedingt drin haben.

Beat **Villiger** hält an seinem Antrag fest.

➔ Der Rat beschliesst mit 52 : 18 Stimmen, die Frist auf drei Jahre festzulegen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag von Andrea Hodel für einen neuen Abs. 4 mit 39 : 26 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 57 : 10 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die traktandierten Ergänzungswahlen in die Kommissionen wegfallen, da eine Erhöhung der Anzahl Mitglieder abgelehnt wurde.

Sie weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, Ziff. 4 der Motion von Beat Villiger betreffend erheblich erklärte, jedoch noch nicht erledigte Motionen und Postulate (Vorlage Nr. 1173.1 – 11295) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

567 MOTION VON JEAN-PIERRE PRODOLLIET BETREFFEND GESETZLICHE MASSNAHMEN, DIE BEWIRKEN, DASS GRUNDEIGENTUM FÜR DIE IN DER RAUMPLANUNG VORGESEHENEN ZWECKE GENUTZT WERDEN KANN UND DIE DER BAULANDHORTUNG ENTGEGENWIRKEN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1193.2 – 11530).

Jean-Pierre **Prodolliet** weist darauf hin, dass der Regierungsrat unter Punkt eins den gewünschten Bericht liefert. Dafür besten Dank. Er nimmt unter dem Titel «Ausgangslage» eine Situationsbeurteilung vor. Mit dieser ist der Votant nicht einverstanden. Dann äussert sich der Regierungsrat zu den Themen Verkehrswertbesteuerung und Eigentumsgarantie. Dazu hat Jean-Pierre Prodolliet Repliken anzubringen.
Stichwort Situationsbeurteilung. Was im Bericht erwähnt wird ist unvollständig, die wesentlichen, die Lebensumstände der Bevölkerung betreffenden Gesichtpunkte fehlen. Es wird mindestens anerkannt, dass die Bodenpreise hoch sind. Dass dies zu hohen Mietpreisen führt, was familienpolitisch belastend ist, würde der Regierungsrat wohl nicht bestreiten. Die Durchschnittsmiete im Kanton Zug ist um 368 Franken höher als die Durchschnittsmiete in den anderen Kantonen. Im Bericht wird erwähnt, in den letzten Jahren sei die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner von 30 auf 45 m^2 gestiegen. Es wäre sicher falsch wenn man diese Entwicklung den gesteigerten Ansprüchen der Bevölkerung anlasten wollte. Was man als eigentliche Verschwendung von Lebensraum bezeichnen kann, ist einzig allein Folge eines extrem unausgewogenen Marktes. Es wird nur noch in das höchste Preissegment investiert.
Was im Weiteren ausgesprochen nachdenklich stimmen muss, ist folgende Wirkung dieser Marktverhältnisse: Dass jene Investoren, die z.B. Mietwohnungen für den Normalverdiener erstellen möchten, keine Chance mehr haben, Bauland zu erwerben, weil sie bei diesen hohen Preisen nicht mehr mithalten können. In Steinhausen haben vor Jahren einige junge Familienväter eine Wohnbaugenossenschaft gegründet. Sie haben viel Zeit und Engagement aufgewendet, alles Mögliche unternommen, aber einfach kein Bauland gefunden. Auch etablierte Trägerschaften von gemeinnützigem Wohnungsbau, die erweitern möchten, haben die gleichen Schwierigkeiten. Beurteilt man die Situation sachgerecht, hat man drei gravierende Fakten festzuhalten.

1. Die Mietpreise sind sehr hoch, das ist nicht familienfreundlich.
2. Es entsteht ein Wohnungsangebot dass nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht.
3. Potenzielle Investoren für bezahlbare Mietwohnungen haben keine Chance mehr.

Zur Frage, wie nun auf diese Situation reagiert werden soll, sagt der Bericht etwas zum Thema Verkehrswertbesteuerung. Es wird ein Härtefall Landwirtschaft dargestellt. Aber zuerst einmal muss man fragen: Wer sind eigentlich grossmehrheitlich die Eigentümer von Bauland? Es sind entweder bereits die künftigen Investoren oder Landwirte oder Nachkommen von Landwirten, die bereits einmal Bauland verkauft haben und durchaus in der Lage wären, höhere Vermögenssteuern zu zahlen. Für den eher speziellen Fall, für den es wirklich eine Härte bedeuten könnte, ist das bereits gelöst mit Art. 14 StHG. Dieser sieht die Möglichkeit der Nachbesteuerung vor. Von einer Erschwernis für die Landwirtschaft zu sprechen, ist demnach unsachlich, es ist eine Falschinformation.
Nun kann man auch über eines nicht hinwegsehen: Unbebautes Bauland ist die attraktivste Vermögensanlage, denn nebst der geringen Steuerbelastung winkt allen-

falls noch eine Wertsteigerung. Je mehr Grundeigentümer dies gemerkt haben und sich dementsprechend verhalten, desto besser gelingt die Wertsteigerung. Der Normalbürger hingegen muss seine Vermögensanlagen auf der Bank deklarieren und versteuern. Es geht doch auch einmal darum, Gerechtigkeit herzustellen und zu verhindern dass diese Ungerechtigkeit auch noch Ursache ist der hohen Boden- und Mietpreise, die dann der Normalbürger wieder zu bezahlen hat. Aus dem Bericht geht hervor, dass es dem Kanton mögliche wäre, die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen auszuschöpfen. Dies zu tun lehnt er jedoch ab.
Stichwort Eigentumsgarantie. Der Regierungsrat sieht diese in Gefahr. Dabei wird das Ziel dieses Vorstosses vorsätzlich missverstanden. Es geht keineswegs darum zu erwirken, dass nach Einzonung sofort enteignet werden könnte. Die Unterstellung eines solchen Unsinnsszenarios weist der Votant zurück. Es geht nur darum, eine Rechtsgrundlage zu haben für Fälle, wo Missbrauch von Eigentumsrechten zu eigentlichen Blockierungen führen, die eine «zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens» zu verhindern, wie es in der Bundesverfassung heisst. Solche Blockierungen tragen ja auch zum ungünstigen Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei. Es ginge eigentlich nur darum, Art. 53 unseres PBG sinnvoll zu erweitern.
Der RR lehnt es durchweg ab Gesetzesänderungen vorzuschlagen. Warum den eigentlich? Eine Verkehrswertbesteuerung und allenfalls ein Enteignungsrecht für extreme Situationen würden die Rahmenbedingungen des Immobilienmarktes etwas verändern, damit kämen wir zu einem ausgeglicheneren Verhältnis von Angebot und Nachfrage – und zudem noch zu mehr Steuereinnahmen. Dies gäbe weder unlösbare Härtefällen, noch wäre das Eigentumsrecht angetastet.
In politischen Diskussionen in den Schweizer Medien hört man oft das Wort Reformstau. Speziell wenn von unserer Integrationsfähigkeit in ein künftiges Europa die Rede ist. Immer wieder genannt werden unsere hohen Lebenskosten, davon sind ein beträchtlicher Teil die hohen Wohnkosten. Wäre es deshalb nicht sinnvoll, in diesem Bereich Probleme anzugehen? – Jean-Pierre Prodolliet stellt den Antrag, die Motion sei erheblich zu erklären und der Regierungsrat sei zu beauftragen, dem Kantonsrat entsprechende Gesetzesänderungen im Steuergesetz und im PBG zu unterbreiten. Dieser Antrag wird auch von der SP-Fraktion unterstützt.

Louis **Suter** spricht sowohl im Namen der CVP-Fraktion als auch der Mehrheit der Raumplanungskommission, und er möchte dem Regierungsrat für die in unserem Sinne positive Stellungnahme bedanken. Er möchte auch sagen, dass er zwar einen Landwirtschaftsbetrieb besitzt, jedoch kein Bauland. Um zu dieser Motion Stellung nehmen zu können, gilt es drei Fragenkomplexe zu beantworten.
Ist eine staatliche Intervention im Sinne der Motionäre notwendig? Wir teilen die Meinung der Motionäre nicht, wonach in unserem Kanton zu wenige Wohnungen erstellt werden. Immerhin sind seit 1990 über 11'500 neue Wohnungen erstellt worden. Zu beachten aber ist, dass gleichzeitig der Bedarf an Wohnfläche pro Einwohnerin und Einwohner von 30 auf 45 m^2 gestiegen ist, was den Bedarf an Bauland wesentlich erhöht. Aufgrund der Motionsbegründung gehen die Motionäre davon aus, dass im Kanton Zug Angebot und Nachfrage von Bauland im Ungleichgewicht ist und Bauland in grossem Umfang gehortet wird. Dies ist aber grundsätzlich unrichtig. Natürlich steht nicht alles eingezonte Land für Verbauungen in absehbarer Zeit auch tatsächlich zur Verfügung. Auch Erschliessungsprobleme und Einsprachen verhindern oder verzögern immer öfters Überbauungen. Richtig aber ist vielmehr, dass im Kanton Zug grundsätzlich genügend verfügbares Bauland vorhanden ist, und das Wohnen hier trotz hohen Baulandpreisen attraktiv und die Nachfrage nach Bauland entspre-

chen gross ist. Wie schnell eingezontes Land überbaut werden soll, wird durch die Gemeinden selbst sehr unterschiedlich beurteilt. Um die durch die Bautätigkeit ausgelösten Infrastrukturprobleme (z.B. Bau von Schulhäusern, Erschliessungen etc.) lösen und finanzieren zu können, sind viele Gemeinden froh, wenn das Überbauen des eingezonten Landes nicht zu schnell erfolgt. Deshalb ist in der Vergangenheit in verschiedenen Gemeinden eingezontes Bauland nur etappenweise freigestellt worden. Auch ist darauf hinzuweisen, dass sich in einigen Gemeinden bei der Neugestaltung der Zonenplanung ein ganz anderes, neues Problem ergibt, dass nämlich mehr Land von bauwilligen Grundeigentümern zur Verfügung steht als auf Grund des Eidg. Raumplanungsgesetzes für die Einzonung möglich ist.
Die Erfahrung, dass in gewissen Gemeinden eingezontes Bauland für Verbauungen nicht zur Verfügung steht, ist bei der Neugestaltung des Richtplans besonders berücksichtigt worden. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden und betroffenen Grundeigentümern ist Bauland, welches für Verbauungen in absehbarer Zukunft nicht zur Verfügung steht, grossenteils freiwillig ausgezont worden. Anderseits wurde für Neueinzonungen in erster Linie und gezielt Land von bauwilligen Grundeigentümern vorgesehen. Dieses Vorgehen wird sich, dies vor allem aufgrund der Erfahrungen bei der Neugestaltung der Zonenplanungen in den ersten Gemeinden, sehr positiv auf die Verfügbarkeit von verbaubarem Land für Wohnungen auswirken.
Welche Auswirkungen haben die geforderten staatlichen Zwangsmassnahmen? Wie die Regierung bereits ausgeführt hat, sind besondere staatliche Eingriffe für die Freigabe von eingezontem Bauland sehr problematisch. Sie sind zudem gemäss den vorigen Ausführungen auch nicht notwendig. Die zur Diskussion gestellten Eingriffe in die Eigentumsgarantie sind fatal. Die Eigentumsgarantie, die in der Schweiz einen hohen Stellenwert hat, bedeutet ganz klar, dass kein Bauzwang für Land in der Bauzone besteht. Auch der Grundeigentümer hat ein Anrecht auf die von Verfassung garantierten Grundrechte. Der Glaube, dass ein mit steuerlichen Massnahmen erzwungenes Mehrangebot von verfügbarem Bauland zu starken Bodenpreissenkungen führt, ist eine Vision. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage des Kantons würde gleichzeitig dementsprechend die Nachfrage wieder angekurbelt, was wieder zu höheren Bodenpreisen führt. Auszonungen von landwirtschaftlich genutztem Bauland wäre eine weitere Folge. Würde man den Baulandwert anstelle des Ertragswertes vorschlagen, gerieten bäuerliche Betriebe finanziell in Bedrängnis, da sie die wesentlich höheren Steuern mit den Erträgen aus der Landwirtschaft nicht bezahlen könnten. Neueinzonungen wären unter diesen Umständen sehr schwierig, und eine längerfristige und nachhaltige Zonenplanung für die Gemeinden dadurch in Frage gestellt. Völlig abwegig ist der Ruf nach Enteignung von Grundstücken, um die Freigabe von Bauland zu erzwingen. Dies ist nicht nur verfassungswidrig, sondern auch das Spiegelbild eines eigentumsfeindlichen Gedankengutes. Die gerechte und transparente Umsetzung dieser Forderungen ist praktisch unmöglich, würde einen grossen Verwaltungsapparat voraussetzen und vor allem die Gerichte und Juristen beschäftigen.
Gibt es Alternativen zu diesen staatlichen Zwangsmassnahmen? Ja es gibt sie. Sie sind vielleicht nur zu wenig angewendet worden. Mit den Instrumenten der Richtplanung, der Zonenplanung und der Baugesetzgebung haben die Gemeinden durchaus die Möglichkeit, nicht nur die Siedlungsentwicklung, sondern auch eine für sie sinnvolle Bautätigkeit zu steuern. Es liegt deshalb an den Gemeinden, von den vorhandenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Es ist somit nicht in erster Linie der Kanton, der gefordert ist, sondern die Gemeinden. Der Richtplan S 1.1.2 sieht für diese Aufgaben explizit die Gemeinden vor. Der staatliche Interventionismus, den die Motionäre fordern, ist deshalb nicht notwendig. Der Markt, und das hat die Vergan-

genheit bewiesen, ist mit den heutigen Gesetzen absolut in der Lage, die gestellten Probleme für die Bevölkerung und die Gemeinden zu lösen.
Zuletzt sei daran erinnert, dass wir erst vor drei Jahren über eine ähnlich lautende Motion der SGA debattiert und diese mit 41 : 15 Stimmen abgelehnt haben. Die Situation hat sich seither nur insofern geändert, dass sich heute, auf Grund der genannten Gründe – und nicht durch dirigistische und eigentumsfeindliche Massnahmen – das Problem der Baulandhortung noch weniger stellt als früher.
Aus diesen Gründen lehnen die CVP und die grosse Mehrheit der Raumplanungskommission die Erheblicherklärung dieser Motion ab und unterstützen die Anträge der Regierung.

Daniel **Burch** dankt der Regierung im Namen der FDP-Fraktion für die objektive und sachliche Beantwortung der Motion. Sie hat damit die Sache auf den Punkt gebracht. Die Motionäre unterschätzen zum einen die Marktwirtschaft und zum andern die Funktion des Staates. Die von ihnen aufgezeigten Massnahmen sind für den Kanton Zug und die Schweiz inakzeptabel. Vom Bund und den Kantonen wird eine koordinierte und ausgewogene Raumplanung verlangt. Ebenfalls sind die Grundrechte und namentlich die Eigentumsgarantie zu respektieren. Es ist schwierige zu verstehen, weshalb man auf der einen Seite mit dem Boden haushälterisch umgehen will und auf der anderen Seite die Grundeigentümer zwingen soll, ihr Land möglichst schnell zu überbauen. Die grosse Wohnbautätigkeit in unserem Kanton beweist, dass der Handel mit Bauland funktioniert. Das grosse Wachstum der Bevölkerung zeigt, dass der Kanton Zug als Wohnstätte attraktiv ist. Mit dem kantonalen Richtplan verfolgen wir das Ziel, ein gemässigtes Wachstum zu erreichen, bzw. zu ermöglichen. Laut Motionstext soll nun alles eingezonte Land ohne zeitlichen Verzug überbaut werden. Dies ist wohl nicht im Sinn der Mehrheit des Kantonsrats und würde eine Abweichung von den Zielen bedeuten. Es ist Aufgabe und in der Kompetenz der Gemeinden, mit den örtlichen Zonen- und Bauplänen die Entwicklung des Gemeindegebiets im Rahmen des Richtplans zu lenken. Es ist *nicht* Aufgabe des Kantons, sich in diese Aufgabe einzumischen. Für die FDP-Fraktion existiert in dieser Frage kein Handlungsbedarf. Wir unterstützen daher einstimmig die Anträge des Regierungsrats.

Christian **Siegwart** hält fest, dass unbestritten ist, dass der Wohnbau im Kanton Zug boomt. Auch wenn der Bedarf an Wohnraum weiterhin unbestritten ist, wünschen auch wir uns keine weitere Beschleunigung. Die im Richtplan bezeichneten Siedlungs- und Erweiterungsgebiete sind für die nächsten zwanzig Jahre mehr als ausreichend. Wenn wir aber dennoch dafür sind, die Verfügbarkeit von Bauland für die raumplanerisch vorgesehene Nutzung zu erleichtern, dann nicht zuletzt mit der Idee, dass vermehrt auch Siedlungslücken geschlossen werden. Unsere Dörfer und Städte sollen nicht weiter ungebremst ausfransen. Natürlich wollen auch wir nicht, dass z.B. Bauern mit einer Verkehrswertbesteuerung von landwirtschaftlich genutztem Boden um ihre Existenz gebracht werden. Aber wenn die Bauern bauern wollen, sollen sie dies auf Landwirtschaftsland tun. Bauland, das jahrzehntelang als Kuhweide genutzt wird, sollte umgezont werden. Und in den Kernzonen sollte der Wohnungsbau gefördert werden. Steuerliche Massnahmen wären dazu ein garantiert wirksames Mittel. Schliesslich würde so auch die Allgemeinheit von den steigenden Bodenpreisen profitieren.
Eine teilweise Abschöpfung von Planungsgewinnen ist für uns trotz des KR-Entscheids vom Dezember 2001 ein Gebot der Stunde. Wer durch einen Federstrich

im Nutzungsplan ein Vermögen macht, sollte einen ansehnlichen Teil des mühelos erzielten Gewinns der Allgemeinheit weiterleiten. Der Bund sieht dies ja explizit vor. Nicht umsonst bemängelt das Bundesamt für Raumentwicklung in seinem Prüfungsbericht zum neuen Zuger Richtplan, «dass der Kanton sich nicht dazu äussert, wie er in Umsetzung des Art. 5 RPG den angemessenen Ausgleich von erheblichen Vor- und Nachteilen, die durch die Erweiterung der Bauzonen entstehen, regeln will.» Das Horten von Bauland, vorab in der Stadt Zug, wurde bei der Beratung des Richtplans in der Raumplanungskommission immer wieder bedauert. Ein nützliches Gegenmittel wollte die Kommission dem Kanton aber nicht geben. Die Kompetenz dazu wurde den Gemeinden überlassen. Sie sollen – so der Richtplantext – «mit entsprechenden Massnahmen für die Verfügbarkeit der rechtskräftigen Bauzonen sorgen». Uns würde aber gerade interessieren, was sich hinter dem Feigenblatt «entsprechend» verbirgt. Auch der Bund hat hier in seinem Prüfungsbericht seine Vorbehalte: «Kantonale Vorgaben wären hier nützlich, da auf kommunaler Ebene der Handlungsspielraum häufig sehr begrenzt ist». – Aus den genannten Gründen bittet Christian Siegwart den Rat, die Motion entgegen dem Antrag der Regierung erheblich zu erklären.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass wenn Ziffer 2 dieser Motion bleibt, nur noch zwei Massnahmen denkbar sind, nämlich Steuerschraube anziehen oder Druck bis zur Enteignung. So klingt das Motionsbegehren auch nicht besser. Raumplanung ist Ausgleich verschiedener Interessen in Harmonie, dazu gehört auch, dass nach Bundesrecht Land nicht etwa für sofortigen Bedarf, sondern mit Blick auf die nächsten 15 Jahre eingezont wird. Die Enteignung von Bauland nach dem Muster eines gescheiterten Raumplanungsgesetzes würde so schrill tönen, dass unser Kanton nicht mehr zu erkennen wäre. Das zweite Motionsbegehren geht eindeutig zu weit, der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

Jean-Pierre **Prodolliet** ist der Ansicht, dass das Votum von Louis Suter extrem neben der Sache war. Da wurde behauptet, die Motion würde staatliche Zwangsmassnahmen erfordern. Sie fordert eine Änderung der Besteuerung. Sie sei verfassungswidrig wegen der Enteignung. Wir haben im PBG Enteignungen, z.B. für den Strassenbau oder für Zonen von öffentlichem Interesse. Der Vorschlag ist ganz sachlich gemacht worden, bei der Besteuerung etwas zu ändern und bei den Enteignungsmöglichkeiten etwas zu ändern, d.h. eine Missbrauchsbekämpfung zu machen. Wenn man das als verfassungswidrig und als staatliche Zwangsmassnahme bezeichnet, ist das eine unsachliche Art der Diskussion.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung beantragt, Ziff. 1 der Motion sei zur Kenntnis zu nehmen und die Motion in diesem Punkt erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben; Ziff. 2 der Motion sei nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat folgt mit 53 : 14 Stimmen den Anträgen der Regierung.

568 MOTION VON CHAMER KANTONSRÄTINNEN UND KANTONSRÄTEN BETREFFEND UNTERSTÜTZUNG DER PLANUNG DER VERZWEIGUNG BLEGI IM NATIONALSTRASSENPROJEKT 6-SPUR-AUSBAU N4

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1259.2 – 11620).

Margrit **Landtwing** weist darauf hin, dass aus der Motionsbeantwortung der Regierung und aus den geführten Diskussionen klar wird, dass die Schwerpunkte verschieden gesetzt werden. Auf der einen Seite stehen formaljuristische und monetäre Gründe, auf der anderen die Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner von Cham und die Sorge um die Natur. Als Chamerin überzeugt die Votantin die formaljuristische Begründung betreffen Erheblichkeitserklärung nicht und den in Aussicht gestellten Rauswurf des im Richtplan enthaltenen Korridors überraschen sie auf unangenehme Weise. Herr Baudirektor, ist nun der vom Parlament beschlossene kantonale Richtplan behördenverbindlich oder nicht?
Margrit Landtwing kommt zu ihren Ausführungen mit den Schwerpunkten Naherholungsgebiet für die Chamerinnen und Chamer und Ökologie. Mit weiteren Punkten der Beantwortung werden sich nachfolgende Votanten auseinandersetzen. – Sowohl als Chamerin wie auch als Kantonsrätin ist sie aus folgenden Gründen mit der Antwort des Regierungsrats nicht zufrieden:
1. Die massiven Veränderungen der Landschaft, welche durch die Strassenbauten in Cham – welche übrigens von kantonaler und schweizerischer Bedeutung sind – in Kauf genommen werden müssen, dürfen die Attraktivität von Cham als Wohn- und Lebensgemeinde nicht weiter beeinträchtigen. Dem Naherholungsgebiet für die Einwohnerinnen und Einwohner gilt es auch als Kanton bestmöglich Sorge zu tragen.
2. Nicht zuletzt weil diese riesigen Verkehrsbauten die Chamer Landschaft belasten, wird intensiv an einem LEK (Landwirtschaftsentwicklungskonzept) gearbeitet, das kurz vor dem Abschluss steht. Eine Vernetzung über die Autobahn ist darin ein zentrales Thema.
3. Die Einigung bei der Planung Cham Nord 01 zwischen dem Kanton und der Gemeinde Cham (sowie die umstrittene Genehmigung durch die Gemeindeversammlung) kam nach dem Richtplanentscheid, also dem Entscheid mit Korridor, zustande.
4. In der Betrachtungsweise des Regierungsrats betreffend Wildtierkorridor als Teil der Motion konzentriert man sich vor allem auf das Thema Wild. Es scheint einleuchtend, dass die Rehe tatsächlich vorläufig auch den Weg der Lorze entlang finden können. Wie sieht es mit den Kleinsäugern, Amphibien und Reptilien aus? Der Lebensraum für diese Tiere würde isoliert, was unverantwortbare Auswirkungen auf ihren Genaustausch und somit ihre gesunde Vermehrung zur Folge hätte. Die Antwort, es gebe auf der ganzen Welt noch genügend Kleintiere, mutet befremdend an und zeugt von wenig ernsthafter Auseinandersetzung mit dieser Problematik und von wenig Fingerspitzengefühl.
5. Der Städtler Wald wurde dank der grossen Bemühungen des Zuger Waldwirtschaftsverbandes zertifiziert. Die Waldgenossenschaft Städtli schafft ökologisch wertvolle Waldränder, scheidet naturnahe Elemente für Wildtiere aus und die Städtlibauern arbeiten an einem Vernetzungsprojekt, um all den Bemühungen zur Erhaltung der Lebensräume auch für Kleintiere einen Sinn zu geben. Das heisst, die Beziehungen der Lebewesen zur Umwelt werden erkannt und ernst genommen.
6. Im Generellen Projekt ist statt des Korridors ein Fuss- und Radwegübergang vorgesehen. Dieser ist aber so schmal geplant, dass neben den vorprogrammierten

Problemen mit Joggern, Velofahrern, Fussgängern, Reitern und nicht zuletzt mit Forstarbeitern kein Lebensraum oder grüner Durchgang für Tiere entstehen kann.
7. Die Votantin versteht nicht, wie der Baudirektor auf die 17,5 Mio. Franken kommt. Beispiele aus andern Gegenden in der Schweiz zeigen, dass ökologisch sinnvolle Verbindungen im Preis bescheidener ausfallen können. Dazu kommt noch die Behauptung, der Bund zahle nichts an einen Wildkorridor. Auch hier zeigen Beispiele aus Zürich, dass mit Verhandlungsgeschick und Hartnäckigkeit einiges herauszuholen ist!
Quintessenz aus dem Gesagten: Der alleinig vorgesehene, noch verbleibende 50 Meter breite natürliche Durchgang zwischen den Siedlungsräumen entlang der Haupterschliessungsachse, wo sich in Zukunft die Siedlung entwickeln könnte oder müsste, reicht nicht aus. Die Bemühungen um eine möglichst intakte Umwelt für Mensch und Tier würden mit dem Herausstreichen des Korridors aus dem Richtplan zunichte gemacht. Einleuchtend auch, dass ein schmaler Steg, wie er im Generellen Projekt vorgesehen ist, die vorher erwähnten Bedürfnisse nicht decken kann. Es gilt, die Ökologie und die Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner von Cham und Umgebung ernsthaft in die Planung miteinzubeziehen und verantwortbare Lösungen zu finden. Dazu bedarf es grösstmöglicher Anstrengungen seitens des Kantons, auch gegenüber dem Bund! – Zur Sicherstellung eines ernsthaften Einbezugs unserer Anliegen bittet Margrit Landtwing den Rat, an seinem Richtplanentscheid festzuhalten und für Erheblicherklärung der Motion zu stimmen.

Markus **Jans** ist als Chamer Kantonsrat von der Motionsbeantwortung durch den Regierungsrat sehr enttäuscht. Dem Votum von Margrit Landtwing stimmt er vorbehaltlos zu und unterstützt das Begehren, die Motion erheblich zu erklären. Die formaljuristische Begründung der regierungsrätlichen Antwort teilt er nicht. Sie zeigt höchstens, dass der Regierungsrat und im speziellen die Baudirektion das Ziel der Motion nicht verstanden haben. Beim Neubau der N 4 durch das Knonaueramt hat uns die Baudirektion des Kantons Zürich vorgemacht, was es braucht, um in Bern erfolgreich zu sein und gehört zu werden. Wir haben das Gebiet mit der Chamer Planungskommission besucht und uns entsprechend informieren lassen. Bei der N 4 gibt es auf einer Länge von ca. 16 km eine Überdeckung bei Rüteli von 400 Metern, bei Egli von 120 Metern, eine Wildtierüberführung und eine Wildtierunterführung. Trotz Mobilitätswunsch der Bevölkerung und dem Wunsch des Baus der Autobahn haben die Zürcher die Zeichen der Zeit verstanden und wenigsten einen Teil der intakten Landschaft zu schonen versucht. Durch geschicktes Lobbying konnten auch die Kosten zum grössten Teil dem Bund übertragen werden. Über 30 Jahre nach der Erstellung der Autobahn im Kanton Zug haben wir mit dem Ausbau auf 6 Spuren die einmalige Möglichkeit, einen Teil der damaligen Fehler zu korrigieren. Leider erkennt die Baudirektion diese einmalige Chance nicht, ganz nach dem Motto «Nach uns die Sintflut». Bezüglich der landschaftlichen Einbettung, der ökologischen Aufwertung und Verringerung der Trennwirkung des Autobahnriegels ist nur das absolut Notwendigste vorgesehen. Die Autobahn, die 1974 in Betrieb genommen wurde, hat gravierende Mängel. Damit solche Mängel zukünftig vermieden werden, sind seit der Eröffnung der N 4 wesentliche eidgenössische Gesetzesgrundlagen geschaffen worden (BG Raumplanung, Umweltschutz, Wald usw.). So wie die verkehrstechnische Anpassung der Anlage an die heutigen Erkenntnisse eine Selbstverständlichkeit ist, muss dies auch bezüglich der landschaftlichen Anpassung und der besseren Vernetzung für den Fuss- und Veloverkehr der Fall sein. Die jetzige Vorlage ist das nicht.

Erstaunt hat die Antwort auch bezüglich der largen Haltung des Regierungsrats zum kantonalen Richtplan. Bei der Beantwortung der Motion betreffend Zuger Stadtkernentlastung nach der Abstimmung vom 26. September 2004 sagt der Regierungsrat wörtlich: «Im Weiteren sei daran erinnert, dass Richtpläne für die Behörden verbindlich sind und erst dann überprüft und nötigenfalls angepasst werden, wenn sich die Verhältnisse geändert haben oder sich neue Aufgaben stellen oder eine gesamthaft bessere Lösung möglich ist. Ein Richtplan vermittelt auch Planungssicherheit. Er ist keine dauernde Baustelle. Wir wollen in der kantonalen Raumordnungspolitik diese Verlässlichkeit bewahren». Bei der Beantwortung unserer Motion scheint die Baudirektion die eigenen Ziele völlig ausser Acht zu lassen. Das nennt man selektive Wahrnehmung. Unsere Motion hatte nicht die Frage zum Inhalt, ob der Wildtierübergang aus dem Richtplan gestrichen werden soll oder nicht. Der Kantonsrat hatte am 17. Dezember 2003 zweimal die Gelegenheit sich zum Wildkorridor zu äusseren. Mit 42 : 11 stimmte er dem Antrag zu, über den Wildkorridor sofort abzustimmen. Es war ihm also ein Anliegen, das nicht zu verzögern. Mit 39 : 20 Stimmen beschliesst der Rat, den Wildtierkorridor Städtlerwald in den Richtplan aufzunehmen. Auch wenn der Wildtierkorridor der RPK und der Baudirektion nicht passt, wurde dieser in den Richtplan aufgenommen und ist entsprechend zu behandeln. Es scheint fast so, dass Ideen, die nicht aus dem Kochtopf der Baudirektion stammen, grundsätzlich falsch, nicht am richtigen Ort, viel zu teuer sind und demzufolge nicht akzeptiert werden können. Im Übrigen hat sich die Situation seit der Aufnahme des Wildtierkorridors in den Richtplan weder verändert, noch ist eine bessere Lösung in Sicht. Die Baudirektion hat mit 17,5 Mio. eine Wildtierüberführung der Luxusklasse abklären lassen. Das Tiefbauamt des Kantons Bern, mit ganz anderen finanziellen Verhältnissen als der Kanton Zug, schaffte es 2001 bei der A 1 zwischen Schönbühl und Kirchberg, eine 60 m breite Wildtierquerung und eine anschliessende 30 m breite Überquerung des sich daneben befindenden Bahntrassees für ca. 14 Mio. Franken zu realisieren. Markus Jans ist überzeugt, dass die Wildtierpassage in der Blegi wesentlich günstiger gebaut werden kann. Ob diese dann 40 m breit ist oder 30 m, ist wirklich eine Detailfrage. Aber wir brauchen zumindest eine anständige Überführung. Die jetzt vorgesehene Überführung von 6 m genügt kaum für Enten. Die durch die Wildtierüberführung gewonnene Fläche könnte als Realersatz für die 9'000 m^2 gerodete Waldfläche zur Anpassung der Blegikurve genutzt werden.
Die Motion hat wesentlich das Ziel, die Stellung des Kantons gegenüber Bern in verschiedenen Bereichen zu unterstützen. Auf Grund der Antwort des Regierungsrats ist der Votant der Auffassung, dass er diese Unterstützung wirklich nötig hat. Im Sinne seiner Ausführungen bittet er den Rat, die Motion erheblich zu erklären. Sie würden damit nicht nur ihm, sondern allen Chamerinnen und Chamern sowie der angrenzenden Bevölkerung einen grossen Dienst erweisen.

Bruno **Briner** erinnert daran, dass der Kantonsrat mit der Verabschiedung des kantonalen Richtplans vor rund einem Jahr dem 6-Spur-Ausbau der A 4 zustimmte und dass die Gemeinden im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens zur Generellen Projekt Stellung nehmen konnten. Die Erstellung eines rund 40 m breiten Übergangs für Wildtiere erachtet die FDP aus Kostengründen als unverhältnismässig, umso mehr als aus den Stellungnahmen des Amts für Fischerei und Jagd sowie des Amts für Raumplanung zu entnehmen ist, dass er gar nicht notwendig ist. Wir schliessen uns der Meinung der RPK an, auf den Wildtierübergang zu verzichten. Das Generelle Projekt liegt nun bei den verantwortlichen Bundesbehörden, welche nach dessen Genehmigung den Kanton beauftragen können, ein Auflageprojekt auszuarbeiten.

Dieses wird den Umweltverträglichkeitsbericht enthalten und als Grundlage für das Baubewilligungsverfahren dienen. Im dessen Rahmen besteht dann die Möglichkeit zu Einsprachen, welche durch das UVEK behandelt werden müssen. Demzufolge kann sich die FDP-Fraktion der Begründung und dem Antrag des Regierungsrats anschliessen, die Motion sei nicht erheblich zu erklären.

Martin **Stuber** kann sich kurz fassen. Die AF unterstützt die Anliegen der Motionärinnen und Motionäre aus Cham einstimmig und geschlossen. Man muss nicht Chamerin oder Chamer sein, damit einem die Lebensqualität in diesem Gebiet ein Anliegen ist. Der Regierungsrat schreibt: «Da dieser Wildtierkorridor im geltenden Richtplan aufgeführt ist, wird der Regierungsrat dem Kantonsrat bei einer Änderung des Richtplans dessen Streichung beantragen.» Offenbar ist es also für den Regierungsrat doch kein Problem, den Richtplan, der weniger als ein Jahr ist, einfach so abzuändern. Wir merken uns das!

Louis **Suter** spricht für die Raumplanungskommission und die Mehrheit der CVP-Fraktion. Die RPK hat die Begehren der Motionäre eingehend behandelt und unterstützt den Antrag der Regierung, die Motion sei nicht erheblich zu erklären, mit 11 : 0 Stimmen. Ebenso unterstützt auch die Mehrheit der CVP-Fraktion den Nichterheblichkeitsantrag der Regierung. – Die Motion der Chamer Kantonsrätinnen und Kantonsräte kann man grundsätzlich in zwei Fragenkomplexe aufteilen.
Zum Wildtierkorridor. Der Votant möchte offen legen, dass er seit über 25 Jahren im Kanton Zug auf die Jagd geht. Er hat Verständnis, dass die Motionäre über die Ablehnung des Baus des Wildtierkorridors keine Freunde haben. Immerhin hat dieses Parlament das Begehren vor rund einem Jahr in den Richtplan aufgenommen. Bereits bei der Richtplandebatte hat die RPK aber darauf hingewiesen, dass die Notwendigkeit für einen Wildtierkorridor nicht bestehe, dass mit sehr hohen Kosten zu rechnen sei und mit keinem Bundesbeitrag gerechnet werden dürfe. Diese Aussagen sind nun auf Grund der vertiefen Abklärungen durch die Baudirektion eindeutig bestätigt worden. Die Zuger Jagdverwaltung spricht sich klar gegen den Wildtierkorridor aus, da Alternativen für den Wildtierwechsel bestehen. Damit der Korridor seine Funktion erfüllen kann, müsste dieser mindestens 40 m breit sein und würde rund 17,5 Mio. Franken kosten. Mit einem Bundesbeitrag kann, da es sich *nicht* um einen Wildtierkorridor von nationaler Bedeutung handelt, nicht gerechnet werden.
Jean-Pierre Prodolliet hat in der Zuger Zeitung die Meinung geäussert, auch eine weniger breite Wildtierbrücke würde genügen. Dadurch würde die Brücke wesentlich kostengünstiger gebaut werden können. Massgebend für die Breite einer Wildtierbrücke sind die Tierarten, welche über diesen Korridor wechseln sollen. Deshalb stellt sich die Frage, welche Wildtiere wir im Städtler Wald vorfinden. Es sind dies vor allem Füchse und in geringer Zahl Dachse, Marder, Rehe und evtl. Hasen. Es ist richtig, dass Füchse nicht auf einen Wildtierkorridor dieser Breite angewiesen sind. Als Kulturfolger finden sie den Weg jedoch so oder so bis in die Zentren der Dörfer, ja sogar Städte. Für sie müssen wir auf jeden Fall keinen Wildtierkorridor bauen. Dachse und vor allem Hasen wechseln auf schmalen Wildtierbrücken jedoch selten. Noch kritischer sieht es bei den Rehen aus. Erfahrungsgemäss wechseln diese nur über Korridore mit genügender Breite und guter Deckung. Deshalb ist es grundsätzlich auch falsch, von einer Brücke zu sprechen. Damit Rehe wechseln, muss der Korridor einem verlängerten Waldarm entsprechen. Deshalb diese Breite.

Im kantonalen Richtplan haben wir die kommunalen Naherholungsgebiete festgelegt. Darin enthalten ist auch der Städtler Wald. Er ist beliebt, attraktiv und viel begangen. Verschiedene Freizeitaktivitäten können dort stattfinden. Viele gehen spazieren, auch mit ihren Hunden. Wir treffen Reiter an und der Vitaparcours ist sehr beliebt. Hier macht es Freude zu joggen. Der Städtler Wald erfüllt seine Funktion als Naherholungsgebiet exzellent. Nun ist es aber so, dass Rehe ruhige Lebensräume mit guter Deckung bevorzugen. Grosse Unruhe verdrängt die Rehe aus den Wäldern. Diese wildbiologisch notwendigen Kriterien erfüllt aber der Städtler Wald wegen seiner Funktion als Naherholungsgebiet und der eher geringen Deckungs- bzw. Rückzugmöglichkeiten für die Rehe nicht mehr. Es macht deshalb aus raumplanerischen und wildbiologischen Gründen wenig Sinn, gerade hier mit viel Geld das Rehwild zusätzlich fördern zu wollen. – Dies sind unsere Gründe für die Ablehnung dieses Motionsteils.
Zum Ausbaustandard der Umgebung und dem Begehren für die Deponie Grossmoos. Wir bezweifeln, dass dieser Motionsteil motionsfähig ist. Denn es werden Massnahmen verlangt, die bereits im Richtplan enthalten sind, und Forderungen gestellt, die in die übergeordnete Kompetenz der Regierungs- und Bundesrates eingreifen. Die Begehren bilden einen Teil der ökologischen Ausgleichsmassnahmen des Gesamtprojekts. Die konkreten Ausführungsprojekte werden aber öffentlich aufgelegt und es besteht deshalb, auch für den Gemeinderat von Cham, die Möglichkeit, dagegen Beschwerde einzureichen. Gefährlich bei einer Erheblicherklärung dieses Motionsteils ist jedoch, dass dadurch der zeitliche Ablauf des Ausbaus der A 4 auf 6 Spuren zusätzlich weiter verzögert wird. Solche hausgemachten und unnötigen Verzögerungen können und wollen wir nicht in Kauf nehmen. Umso unverständlicher ist deshalb das Schreiben des Chamer Gemeinderats an alle Kantonrätinnen und Kantonsräte. Wir weisen dies Art der Polemisierung grundsätzlich zurück und erwarten, dass auch die Gemeindebehörden für ihre Anliegen sachlich werben. – Aus diesen Überlegungen lehnen wir die Erheblichkeitserklärung ab und unterstützen den Antrag der Regierung. Wir würden uns auf Ihre Unterstützung sehr freuen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Wenn der Gemeinderat Cham eine andere Meinung hat als der Regierungsrat, so ist dem entgegenzuhalten:
1. Der Regierungsrat lässt keine Projekte ausarbeiten, welche mit der Verfassung in Widerspruch stehen.
2. Der Kanton Zug ist in keinem Interessenkonflikt, wenn er im Auftrag des Bundes Nationalstrassen projektiert. Solche Aufträge entsprechen dem geltenden Recht.
3. Die zuständige Bundesbehörde wird prüfen, wie weit der Ausbau der Nationalstrasse im Ennetsee samt Umbau der Verzweigung Blegi mit dem geltenden Recht zu vereinbaren ist.
4. Die Koordination mit Festsetzungen des kantonalen Richtplans, welche die Deponien betreffen, ist Teil der Aufgabe des Bundes.
5. Der kantonale Richtplan sieht einzig eine Deponie Grossmoos mit einer Kubatur von rund 200'000 m^3 vor. Eine Vervierfachung dieser Kubatur bedürfte einer Anpassung des Richtplans. Soll der Regierungsrat bei der Bundesbehörde einen Unterbruch in der Planung des 6-Spur-Ausbaus und des Umbaus der Verzweigung Blegi beantragen, um die Anpassung des kantonalen Richtplans für eine deutlich vergrösserte Deponie Grossmoos in die Wege zu leiten und vom Kantonsrat beschliessen zu lassen, so dass die geänderte Festsetzung auf die Nationalstrassenplanung zurückwirkt, dort wiederum zu einer Anpassung des generellen Projekts führt und die

Planung letztlich mit wesentlicher Verzögerung abgeschlossen werden kann? Sicher nicht.
Letztlich bleibt nur noch der Wildtierkorridor. Die Fachleute, d.h. unter anderem Peter Ullmann, Chef des Amts für Fischerei und Jagd, und das BUWAL in Bern betrachten den Wildtierkorridor als überflüssig. Die Regierung ist nicht bereit, 17 Mio. in Überflüssiges zu investieren. Ganz und gar nicht als überflüssig betrachtet die Regierung den Stadttunnel. Wir werden Ihnen daher auch keinen Streichungsantrag beantragen. Das hat man eben von Schnellschüssen. Zuerst noch schnell in den Richtplan, ohne sich vorher bei der Baudirektion zu erkundigen. Dann noch husch eine Motion, ohne sich vorher bei der Baudirektion zu erkundigen. Unsere Türen sind jederzeit offen. Kommen Sie vorbei und erkundigen Sie sich. Die Aufnahme des Wildtierkorridors wurde im Plenum in den Richtplan aufgenommen, ohne dass die RPK oder die kantonalen Fachstellen sich dazu äussern konnten. Das birgt ein Risiko. Deshalb die Bitte an die SP, sie solle zukünftig solche Anträge in die Diskussion der RPK einspeisen. – Margrit Landtwing: Es ist keine regionale Bewegungsachse. Und somit zahlt der Bund auch bei geschicktester Verhandlung nichts. Und Markus Jans: Im Kanton Zürich ja, wenn es eine regionale Bewegungsachse ist.

Markus **Jans** kann nicht alles unwidersprochen stehen lassen. Er ist weder Jäger noch sonst jemandem verpflichtet, aber er ist Bewohner von Cham und hat 1974 miterlebt, was die Autobahn heisst und was sie uns kaputt gemacht hat. Wir haben hier die Möglichkeit, wirklich etwas zu verändern und zu verbessern. Die Bewohner von Cham hätten das verdient. Evtl. ist dem Baudirektor Recht zu geben, wenn er sagt, der Wildtierkorridor sei im nationalen Richtplan nicht zu berücksichtigen. Aber zumindest müssen wir in diesem Bereich etwas haben, dass uns Chamerinnen und Chamern die Überquerung der jetzigen Blegi ermöglicht. Vielleicht wäre das möglich, wenn der Baudirektor mit dem Chamer Gemeinderat das Gespräch suchen würde. Dieser hat letzthin vier Stunden mit dem Baudirektor gesprochen – es hat leider nichts gebracht. Und wenn Louis Suter sagt, der Chamer Gemeinderat solle sich doch äussern und einsetzen: Er hat mehrfach geschrieben. Praktisch keine Anliegen in diesem Bereich wurden von der Baudirektion angenommen und im Plan berücksichtigt. Der Gemeinderat von Cham ist in diesem Bereich mehr als frustriert. Und er überlegt sich auch, was er noch machen kann, damit sich die Situation wieder verbessert. Der Städtler Wald ist schliesslich schon längst amputiert, und zwar vom Pfad. Früher hatten wir eine Verbindung bis zum Pfadwald, also über die Autobahn hinweg. Hier braucht es nun wirklich die notwendigen Verbesserungen, und das können wir mit einer anständigen Brücke erreichen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** kann Markus Jans versichern, dass der Gemeinderat Cham nicht mehr frustriert ist. All dies klären wir jetzt ab und es ist im Generellen Projekt ein Übergang vorgesehen. Das heisst doch nicht, dass wir ein Riesending bauen müssen. Der Kantonsrat muss sich entscheiden, ob er für etwas Überflüssiges 17 Mio. Franken ausgeben will. Vom Bund erhalten wir ganz sicher kein Geld.

➔ Der Rat beschliesst mit 42 : 23 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Die Sitzung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

42. SITZUNG: DONNERSTAG, 24. FEBRUAR 2005
(NACHMITTAGSSITZUNG)
13.50 – 16.45 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

569 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Leo Granziol, Kathrin Kündig, Karl Rust und Eusebius Spescha, alle Zug; Franz Müller, Oberägeri; Thomas Brändle, Unterägeri; Beat Villiger, Baar.

570 MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND KANTONALE STRUKTURREFORM ZUR LANGFRISTIGEN SICHERUNG VON QUALITÄT UND EFFEKTIVITÄT DER ÖFFENTLICHEN AUFGABEN

Die **Alternative Fraktion** hat am 24. Januar 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1303.1 – 11649 enthalten sind.

Werner **Villiger** fragt, ob es sinnvoll sei, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Die SVP-Fraktion ist einstimmig der Ansicht, das mache keinen Sinn. Er stellt deshalb den Antrag, die Motion sei nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Begründung:
1. Diese Motion bringt kurzfristig in Bezug auf den neuen interkantonalen Finanzausgleich keine Lösungen, denn ein Umsetzungsprozess dauert viel länger. Die elf Gemeinden müssen enger zusammenarbeiten. Hier gibt es sicher Möglichkeiten und neue Lösungen, auch Synergien, die noch nicht genützt wurden.
2. Sie ist auch nicht notwendig für die Erarbeitung des neuen Wahlgesetzes. Denn eine Diskussion über eine neue Wahlkreiseinteilung ist nach dem Bundesgerichtsurteil zum Kanton Wallis nicht mehr notwendig.

3. Diese Motion ist unserer Ansicht nach weder mittel- noch langfristig politisch umsetzbar, denn ein Zusammenschluss einzelner Gemeinden muss von ihnen aus aufgegleist werden.
Wir können doch den Kanton Zug nicht neu erfinden, nur damit der NFA umgesetzt wird.

Stefan **Gisler** ist etwas überrascht über diesen Antrag, und er hat sich während dem Votum seines Vorredners einige Argumente dazu notiert. – Unabhängig davon, was der ZFA bringt oder nicht, und unabhängig vom Wahlgesetz ist jetzt ein guter Zeitpunkt, sich der Grundsatzfrage zu stellen, wieviele Gemeinden der Kanton Zug braucht. Der Votant kennt die Lösung nicht – elf Gemeinden bis hin zu einer Gemeinde. Es muss aber im Interesse aller sein, ein funktionierendes Gemeinwesen Zug aufrecht zu erhalten und langfristig zu sichern. Diese Motion ist ein Anstoss zu dieser Diskussion. Der Prozess wird 15, 20 Jahre oder länger dauern. Aber irgendeinmal müssen wir den Schuh in die Tür halten, mit Diskutieren beginnen und uns ernsthaft damit auseinandersetzen. Wenn man diese Motion jetzt nicht überweist, wird so eine Strukturreform nie umsetzbar sein, weil man sie schon gar nicht diskutiert. Die Diskussion ist offen und die Motion sagt nicht, in welche Richtung sich der Kanton Zug entwickeln soll. Sie will lediglich, dass sich die Regierung grundsätzlich Gedanken macht zu diesem Thema, damit wir hier im Rat eine fundierte Ausgangsbasis haben, dieses Problem zu diskutieren.

➔ Der Rat beschliesst mit 41 : 22 Stimmen, die Motion zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweisen.

571 MOTION DER RAUMPLANUNGSKOMMISSION BETREFFEND ÄNDERUNG DES EINFÜHRUNGSGESETZES ZUM BUNDESGESETZ ÜBER DEN WALD (EG WALDGESETZ)

Die **Raumplanungskommission** hat am 24. Januar 2004 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1305.1 – 11653 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag vorliegt, die Motion sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich zuerst eine formelle über die sofortige Behandlung; sofern diese nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Abstimmung über die Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wurde, gibt es danach eine materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung, dies mit einfachem Mehr. – Wir führen aus Praktikabilitätsgründen eine Diskussion über beide Elemente zusammen.

Louis **Suter** möchte den Rat bitten, dem Antrag der RPK zuzustimmen, und zwar aus folgendem Grund. Die ganze Problematik Waldrichtplan ist ja jetzt im Fluss. Wir wissen, dass es aus zwei verschiedenen Ebenen kommt. Einerseits ist die Richtplanung Sache des Kantonsrats, aber die Schlussfassung des Waldrichtplans ist Sache der

Regierung. Anderseits haben wir bereits beschlossen, dass bestimmte Elemente des Waldrichtplans in die Richtplanung hinein kommen. Und irgendwie beissen sich zuletzt die beiden Sachen, weil die Beschlussfassung auf zwei verschiedenen Ebenen liegt. Wir haben in der RPK das Ganze sehr eingehend diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass es im Sinne einer guten Beschlussfassung – damit auch der Kantonsrat darüber diskutieren und beschliessen kann – sinnvoll ist, das jetzt sofort erheblich zu erklären. Wenn wir das tun, können wir in einem relativ guten Zeitrahmen über das Ganze beschliessen. Das ist zu Gunsten des Kantonsrats, aber auch für eine gute Beschlussfassung für den Wald.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass die RPK zutreffend feststellt, dass die öffentliche Mitwirkung zum Waldrichtplan abgeschlossen ist. Die Ergebnisse und Empfehlungen sind in den Entwurf eingearbeitet. Der Beschluss zum Waldrichtplan steht bevor. Der Regierungsrat teilt die Auffassung der RPK, dass die wichtigsten Planungsgrundsätze, übergeordnete Aussagen und Planinhalte in den kantonalen Richtplan gehören. Damit erhält der Wald die angemessene Bedeutung in seinen Aufgaben und seinen wesentlichen Funktionen. Der Regierungsrat ist daher damit einverstanden, dass die Motion sofort behandelt und erheblich erklärt wird. So wird der Weg frei, damit das EG zum Waldgesetz so geändert wird, dass der Kantonsrat die wesentlichen Planinhalte zum Wald beschliessen kann.

➔ Der Rat beschliesst mit 65 Stimmen, die Motion sofort zu behandeln.

➔ Der Rat beschliesst, die Motion erheblich zu erklären.

572 MOTION VON THOMAS VILLIGER UND MANUEL AESCHBACHER BETREFFEND STEUERRABATT FÜR HYBRID- UND ERDGASBETRIEBENE MOTORFAHRZEUGE

Manuel **Aeschbacher**, Cham, und Thomas **Villiger**, Hünenberg, haben am 27. Januar 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1306.1 – 11654 enthalten sind.

Daniel **Burch** erinnert daran, dass die Motionäre verlangen, dass hybrid- und erdgasbetriebene Motorfahrzeuge von einer reduzierten Besteuerung profitieren können. Gemäss Formulierung sollen Fahrzeuge einzig auf Grund der verwendeten Technologie, ohne Wirkungsnachweis, begünstigt werden. Mit diesem Sinn ist die Motion nicht zu überweisen. Wenn es um die Begünstigung von energieeffizienten Fahrzeugen geht, so können Verbrauchswerte in Form von CO2-Emissionen als Ziel oder Massstab definiert werden. Als Beurteilungskriterien könnte die Energieetikette des Bundesamts für Energie verwendet werden. Diese berücksichtigt bereits die Fahrzeuge mit gasbetriebenem Antrieb, indem nur der Gasbetrieb deklariert wird, d.h. der Verbrauch in m^3 Erdgas pro 100 Kilometer. Zudem sind heute bereits zwei Personenwagenmodelle mit Hybridantrieb käuflich. Im Sommer wird dann noch ein Sport- und Freizeitfahrzeug, ein so genanntes SUV der oberen Klasse, mit dieser Antriebstechnik angeboten. Es ist nicht Aufgabe der Politik bzw. des Gesetzgebers,

vorzuschreiben mit welchen technischen Massnahmen die Ziele zu erreichen bzw. einzuhalten sind. In den 80er-Jahren hat man Fahrzeuge von der Motorfahrzeugsteuer befreit, welche die tiefen Abgasgrenzwerte (damals nach US 83) eingehalten haben, bevor diese Pflicht waren. Bei den Fahrzeugen mit Benzinmotor war die Einhaltung nur mit Katalysator möglich, bei Fahrzeugen mit Dieselmotor auch ohne. Die Halter von Kat-Fahrzeugen kamen nicht in den Genuss einer Steuerbefreiung, weil ihr Fahrzeug mit einem Katalysator ausgerüstet war, sondern weil diese deutlich geringere Schadstoffmengen ausstiessen. Es gab übrigens Fahrzeuge mit Katalysator, welche diese Werte nicht einhielten und nicht steuerbegünstigt waren. Wird die Motion so verstanden, dass generell verbrauchsarme Motorfahrzeuge mit geringen CO2-Emissionen begünstigt werden sollen, dann entspricht sie sinngemäss etwa der Motion von Thomas Lötscher betreffend Neuregelung der kantonalen Motorfahrzeugsteuer. Man könnte sie als Ergänzung ansehen und in diesem Fall erheblich erklären. Also ja, wenn es darum geht, generell verbrauchsarme Motorfahrzeuge zu begünstigen. Und nein, wenn es darum geht, nur die Technik vorzuschreiben.

Die **Vorsitzende** erkundigt sich, ob das ein Antrag auf Nichtüberweisung gewesen ist. – Daniel Burch erklärt, dass er zuerst abwarten will, wie die Motionäre auf seinen Vorschlag reagieren.

Thomas **Villiger** bekräftigt, dass die Motionäre den Wortlaut der Motion nicht ändern wollen. Ihr Ziel ist, speziell umweltfreundliche Technologien von erdgas- und hybridangetriebenen Fahrzeugen zu Fördern. Wir können durch keine andere Antriebstechnik CO2-neutrale Fahrzeuge betreiben. Der Votant hofft, dass die Motion so überwiesen wird.

Daniel **Burch** hält fest, dass er in diesem Fall den Antrag stellt, die Motion nicht zu überweisen.

➔ Der Rat beschliesst mit 43 : 21 Stimmen, die Motion zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweisen.

573 MOTION VON STEPHAN SCHLEISS BETREFFEND MILDERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN DOPPELBELASTUNG BEI DER EINKOMMENS- UND VERMÖGENSSTEUER

Stephan **Schleiss**, Steinhausen, hat am 2. Februar 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1308.1 – 11659 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

574 MOTION DER KOMMISSION «UMSETZUNG DER AKTUALISIERTEN FINANZSTRATEGIE 2004-2010: WACHSTUMSABSCHWÄCHUNGEN DES PERSONALAUFWANDS UND DER BEITRÄGE MIT ZWECKBINDUNG» BETREFFEND ÄNDERUNG DES DENKMALSCHUTZGESETZES

Die **Kommission «Umsetzung der aktualisierten Finanzstrategie 2004-2010: Wachstumsabschwächungen des Personalaufwands und der Beiträge mit Zweckbindung»** hat am 10 Februar 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1310.1 – 11661 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

575 POSTULAT VON LILIAN HURSCHLER-BAUMGARTNER UND MARTIN STUBER BETREFFEND SOFORTIGEN BAU DER SBB-DOPPELSPUR CHAM-ROTKREUZ

Lilian **Hurschler-Baumgartner**, Risch, und Martin **Stuber**, Zug, sowie eine Mitunterzeichnerin und drei Mitunterzeichner haben am 7. Februar 2005 ein Postulat eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1309.1 – 11660 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

576 INTERPELLATION DER FDP-FRAKTION BETREFFEND SONDERSCHULWESEN

Die **FDP-Fraktion** hat am 19. Januar 2005 die in der Vorlage Nr. 1301-1 – 11644 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat 14 Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

577 SUBMISSIONSGESETZ (SUBG)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1277.1/.2 – 11585/86) und der Konkordatskommission (Nr. 1277.3 – 11640).

Andreas **Huwyler** ist ausserordentlich erfreut, dass er heute erstmals in diesem Rat Bericht und Antrag der neu geschaffenen Konkordatskommission vertreten darf. Gleichzeitig spricht er auch im Namen der CVP-Fraktion. Er beschränkt sich in seinem kurzen Votum auf die Eintretensfrage und wird sich in der Detailberatung noch

zu den einzelnen Anträgen vernehmen lassen. Bericht und Antrag der Kommission liegt dem Rat vor und der Kommissionspräsident möchte Wiederholungen soweit möglich vermeiden.
Die Konkordatskommission hat sich bereits im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens am 18. August des letzten Jahres mit diesem Geschäft auseinandergesetzt. An ihrer Sitzung vom 25. November 2004 hat sie gleichzeitig als vorberatende Kommission die regierungsrätlichen Vorlagen 1277.1 und 1277.2 beraten. An dieser Sitzung nahmen seitens der Baudirektion Regierungsrat Uttinger, Max Gisler und Paul Baumgartner teil. Der Kommissionspräsident möchte sich bei den Vertretern der Baudirektion für die professionelle und kompetente Beratung bedanken. Wie Sie wissen, müssen auch wir im Kanton Zug gewisse Verpflichtungen des Bundes aus den bilateralen Verträgen mit der Europäischen Gemeinschaft in das kantonale Recht überführen. Der Regierungsrat schlägt vor, diese Umsetzung mit Hilfe eines neuen Submissionsgesetz zu bewerkstelligen, das den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001, die so genannte IVöB 2001, vorsieht. Diese sieht als wichtigste Neuerungen vor, dass auch Gemeinden sowie private Unternehmungen, die mit Konzessionen der öffentlichen Hand ausgestattet sind, von den Vorschriften betroffen sind. Eine weitere wichtige Neuerung besteht in der Harmonisierung der Schwellenwerte im Binnenmarkt. Schliesslich ist an dieser Stelle auch noch die Ausklinkklausel zu erwähnen, die festlegt, unter welchen Bedingungen ein Tätigkeitsbereich von der Unterstellung befreit werden kann. – Die Konkordatskommission hat einstimmig Eintreten auf die Vorlage beschlossen und somit den Beitritt zur IVöB 2001 unterstützt. Es scheint unserer Kommission mehr als sinnvoll, dass die kantonale Umsetzung der bilateralen Verträge möglichst einheitlich vollzogen wird. Die unrealistische Alternative zum Beitritt zu der interkantonalen Vereinbarung wäre, im Kanton Zug eine eigene Lösung zu erarbeiten. So haben denn auch bereits 17 andere Kantone den Beitritt zur IVöB 2001 beschlossen. In der Innerschweiz fehlen nur noch Zug und Uri. Der Votant bittet den Rat, Eintreten zu beschliessen.

Hans Peter **Schlumpf** will die Ausführungen des Präsidenten der Konkordatskommission nicht wiederholen. Der wesentliche Teil des neuen Gesetzes ist der Beitritt zur IVöB 2001. Die Mehrheit der Kantone hat den Beitrag zu dieser Vereinbarung beschlossen. Wir können sie nicht mehr abändern, sondern mit der Annahme des Gesetzes dem Beitritt zustimmen oder ihn eben ablehnen. Es gibt aber keinen triftigen Grund, dem neuen Gesetz die Zustimmung zu verweigern. Es handelt sich um ein modernes Regelwerk zum öffentlichen Beschaffungswesen und entspricht anerkannten internationalen Grundsätzen. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung. – Eine Bemerkung zu den parlamentarischen Vorstössen und Anträgen:
1. Die Motion Helfenstein/Hächler betreffend Arbeitsvergabe an Firmen mit Angestellten im Lohndumping. Wir anerkennen das Anliegen der Motionäre grundsätzlich und beantragen, ihre Motion erheblich zu erklären, sie jedoch gleichzeitig als erledigt abzuschreiben, weil die geltenden Gesetze genug Handhabe bieten, das Anliegen der Motionäre durchzusetzen.
2. Die Motionen von Josef Zeberg betreffend Arbeitsvergebungen. Wir unterstützen den Antrag der Regierung, die Motionen als erledigt abzuschreiben. So viel der Votant weiss, ist auch der Motionär mit diesem Vorgehen einverstanden.

Werner **Villiger** hält fest, dass auch die SVP-Fraktion den Beitritt zur IVöB 2001 begrüsst. Wir sind uns dabei bewusst, dass es keine Alternative zu einem Beitritt gibt, nachdem eine grosse Mehrheit der Kantone dem Konkordat bereits beigetreten ist. Das neue Submissionsgesetz und die neue Submissionsverordnung wurden textlich klar vereinfacht und enthalten diverse Klarstellungen. Wir begrüssen diese Massnahmen und erachten einen Beitritt des Kantons Zug zum Konkordat als sehr wichtig, denn das neue Submissionsgesetz unterstützt bei Vergaben in der ganzen Schweiz die Chancengleichheit aller Firmen im Kanton Zug. Die Schaffung eines Submissionsraums Zentralschweiz erachten wir nicht für sinnvoll, und dies ist gemäss Baudirektor auch nicht vorgesehen. Die SVP-Fraktion unterstützt im Weiteren einstimmig die drei Anträge der Konkordatskommission. Die Frage, ob die Lehrlingsausbildung als Zuschlagskriterium mit entsprechender Gewichtung in die Submissionsverordnung aufgenommen werden soll oder nicht, wurde in der Fraktion sehr ausführlich diskutiert. Bei der Entscheidungsfindung war die interne Notiz von Paul Baumgartner sehr nützlich. Schlussendlich empfiehlt die SVP-Fraktion einstimmig, auf eine Aufnahme dieses Kriteriums in der Submissionsverordnung zu verzichten, denn die Probleme, die wir zurzeit mit der Lehrlingsausbildung haben, können nicht indirekt über das Submissionswesen gelöst werden. Hier sind alle Beteiligten, d.h. Eltern, Schulen, Schüler, Lehrlinge und Lehrbetriebe gefordert. Wir wollen ausserdem den Vergabebehörden in Bezug auf eine bevorzugte Behandlung von Lehrbetrieben einen gewissen Handlungsspielraum zugestehen und erwarten, dass dieser auch konsequent ausgenützt wird.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass es bei der vorgeschlagenen Revision um den Beitritt zum revidierten Konkordat geht. Die SP-Fraktion unterstützt den Beitritt. Die SP-Fraktion unterstutzt den Beitritt zum revidierten Konkordat. Es gibt keine vernünftigen Argumente dagegen. Einmal mehr muss auch bei diesem Konkordat der Aufwand zur Legiferierung hinterfragt werden. 26 Kantone (26 Regierungen, 26 Kommissionen und 26 Parlamente) beraten das gleiche Konkordat. Ein Ja drängt sich auf. Am Konkordatstext selber kann nichts mehr geändert werden. Da steckt viel Leerlauf drin, welcher zum Beispiel mit einem eidgenössischen Submissionsgesetz verhindert werden könnte. Kein Verständnis haben wir für die Tatsache, dass der Kanton Zug mehr als vier Jahre brauchte, um dieses Geschäft abzuwickeln. Im fünften Abschnitt der Verfassung des Kantons Zug werden als Gemeinden aufgezählt: Einwohnergemeinden, Bürgergemeinden, Kirchgemeinden und Korporationsgemeinden. Wir sind deshalb klar der Meinung, dass die neuen Regeln für die Beschaffung auch für die Bürger-, Kirch- und Korporationsgemeinden gelten. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er alle öffentlichrechtlichen Gemeinden in diesem Sinne instruieren wird.
Erstaunt sind wir, dass trotz der aufwändigen interkantonalen Regulierungen eine ausführliche kantonale Verordnung notwendig sein soll. Im Sinne der Kundenfreundlichkeit gegenüber den Anbietern sind wir der Meinung, dass bei zukünftigen Konkordaten darauf geachtet werden soll, dass die Regelungen so präzis sind, dass kantonal nur noch der Rechtsweg und die Zuständigkeiten zu regeln sind. Es hat doch etwas Peinliches, wenn einerseits der Beschaffungsmarkt international ist, das Angebotsformular sich aber von Gemeinde zu Gemeinde unterscheidet. In diesem Bereich gibt es vermutlich ein erhebliches Synergiepotenzial. – Die SP des Kantons Zug ist grundsätzlich der Auffassung, dass im öffentlichen Beschaffungswesen die Marktmechanismen wirken sollen. Der Staat soll das Recht haben, Leistungen in guter Qualität unter Konkurrenz zu günstigen Preisen einzukaufen. Gleichzeitig

braucht es aber klare rechtliche Leitplanken, damit tatsächlich eine faire Konkurrenz zustande kommt. Aufträge soll nur erhalten, wer die rechtlichen Vorgaben, wie sie z.B. in Art. 11 der IVöB unter dem Titel «Allgemeine Grundsätze» festgehalten sind, einhält. Wir sind der Meinung, dass der Staat in diesem Bereich eine Vorbildfunktion hat, und werden deshalb in der Detailberatung einen Antrag zur Ergänzung des Gesetzes einbringen, in welchem der Auftraggeber verpflichtet wird, die notwendigen Kontrollen durchzuführen. – In diesem Sinn unterstütz die SP-Fraktion das Eintreten.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF für Eintreten ist und den Beitritt zur revidierten interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen befürwortet. So sagen wir auch ja zum neuen Submissionsgesetz des Kantons Zug. Uns ist der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr wichtig. Und dieser Schutz darf in der Schweiz nicht geschwächt werden. Daher begrüssen wir auch § 4 mit den Sanktionsbestimmungen gegen fehlbare Anbieterinnen und Anbieter, welche die Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen etc. nicht einhalten. Das bedingt aber eine seriöse Kontrolle. Wir möchten das festlegen und die Kontrolle nicht der Verordnung überlassen. Es braucht eine gesetzliche Verpflichtung. Auch so muss diese Kontrolle nicht zwingend bei jedem Auftrag gemacht werden, sondern kann stichprobenartig oder wenn ein Verdacht besteht, durchgeführt werden. Wir werden daher bei der Detailberatung zusammen mit der SP einen Antrag stellen, damit die Kontrolle auch auf Gesetzesstufe eingeführt ist. Eine gute Kontrolle ist nicht nur ein Schutz für die Arbeitnehmenden, sondern sie schützt auch ehrliche Gewerbetreibende vor Firmen, welche sich einen Konkurrenzvorteil schaffen, indem sie probieren, gewisse Bestimmungen zu umgehen. Mit einem speziellen Paragraphen zur Kontrolle schaffen wir keinen Heimatschutz und kein neues Gesetz, das die Wirtschaft behindert, sondern wir sorgen dafür, dass bestehendes Recht, an welches sich die meisten Zuger Firmen halten, auch künftig durchgesetzt wird. Dies ist vor allem im Hinblick auf die bilateralen Verträge zur Personenfreizügigkeit wichtig. Bereits heute leben 535'000 Menschen in der Schweiz in Working-Poor-Haushalten. Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse schaden aber sowohl den betroffenen Familien wie der Wirtschaft, denn Arbeitnehmende sind immer auch Konsumenten. Und ohne Konsumenten keine florierende Wirtschaft. Die Votantin bittet den Rat jetzt schon, diesen Antrag zum Wohl von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden, aber auch zum Wohl der Wirtschaft zu unterstützen.

Georg **Helfenstein** hält fest, dass es aus seiner persönlichen Sicht keinen Grund gibt, der IVöB nicht beizutreten, zumal die Gesetzgebung so kantonal vereinheitlicht wird. Es ist aber zu bedenken, dass es trotzdem immer wieder Kantone oder Gemeinden geben wird, welche das Gesetz zu umgehen wissen oder sich mit Vertragsklauseln als einheimische Beschützer aufspielen werden. Diese Kantone müssen in Zukunft zur Rechenschaft gezogen, und nötigenfalls Auftragnehmer aus diesen Kantonen von der Liste der Submittenten gestrichen werden. Ebenfalls ist das Gewerbe gefordert, die Augen offen zu halten und entsprechende Meldungen zu machen. Zum heutigen Traktandum liegen dem Votanten jedoch zwei Punkte am Herzen: Das Lohndumping und die Lehrlingsausbildung.
Zum Lohndumping vorab besten Dank an die Kommission für das Vorabklären unserer Motion. Der Kommissionsbericht sowie die Antworten des Regierungsrats lassen in diesem Bereich leider tatsächlich keine grossen Möglichkeiten zu. Die Konkordatskommission schreibt in ihrem Bericht von der Erfüllung der Motion Helfen-

stein/Hächler. Die Motion ist grundsätzlich aber erst dann erfüllt, wenn der Regierungsrat diese Punkte in der Verordnung konkret erfasst und anwendet. Wir sind jedoch mit der Erheblicherklärung sowie mit der Abschreibung in diesem Sinn einverstanden. Da Verordnungen in den Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats fallen, erwarten wir aber eine klare Haltung der Regierung in dieser Sache. Es ist wichtig, dass sich Firmen kein Lohndumping leisten können und dass Anreize dazu nicht noch belohnt werden dürfen. In diesem Sinn werden wir die Verordnung des Regierungsrats genau überprüfen und ihr nötigenfalls mit geeigneten Massnahmen zur Umsetzung unserer Motion verhelfen.
Zur Lehrlingsausbildung. Diese wird vom Kanton stets gefördert mit viel Geld für Prospekte, Broschüren, Mails und Internetseiten. Georg Helfenstein möchte dem Kanton gerne dabei behilflich sein, das Anliegen der Lehrlingsausbildung, eingeschlossen die Praktikumsausbildungen, gesetzlich so zu verankern, dass wir auch im Kanton Zug aufzeigen, wie ernst wir es mit unserer Jugend nehmen. Die Kommission hat Recht, wenn sie darauf hinweist, dass Lehrlingsausbildung keinen Platz als Zuschlagskriterium in der öffentlichen Ausschreibung hat. Beim Einladungsverfahren wie auch beim freihändigen Verfahren besteht jedoch die Möglichkeit, das Anliegen der Lehrlingsausbildung entsprechend zu berücksichtigen. Der Votant wird deshalb in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 2

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass hier folgender Änderungsantrag der Konkordatskommission vorliegt:
«Der Regierungsrat erlässt im Rahmen einer Submissionsverordnung Ausführungsbestimmungen zur IVöB und zu diesem Gesetz.»

Andreas **Huwyler** möchte kurz zu diesem Antrag Stellung nehmen. Wir möchten das Gesetz hier etwas klarer formulieren. Der Regierungsrat hat die Kompetenz, nicht nur Ausführungsbestimmungen zur IVöB zu erlassen, sondern auch zum vorliegenden Submissionsgesetz. Wenn der Regierungsrat diese Kompetenz schon hat, ist eigentlich nicht einzusehen, weshalb diese im Gesetz nicht genannt sein soll. Eine vollständige Formulierung verhindert spätere Zweifel oder Auslegungsprobleme. Der Kommissionspräsident beantragt dem Rat deshalb, § 2 so zu ergänzen, dass explizit erwähnt wird, dass der Regierungsrat auch Ausführungsbestimmungen zum vorliegenden Gesetz erlassen kann.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass der Regierungsrat diesen Antrag ablehnt, weil er unnötig ist und nur Selbstverständlichkeiten wiederholt. Er ist bereits auf Grund der Kantonsverfassung § 47 Abs. 1 berechtigt, die notwendigen Verordnungen zu erlassen. Der Vorschlag der Konkordatskommission widerspricht dem Grundsatz, dass im Gesetz nichts wiederholt wird, was bereits anderenorts geregelt ist.

➔ Der Rat schliesst sich mit 50 : 13 Stimmen dem Antrag der Konkordatskommission an.

§ 3

Markus **Jans** hält fest, dass SP-Fraktion und AF zu diesem Paragraphen folgenden Antrag stellen:
Das Submissionsgesetz soll durch folgenden Paragraphen ergänzt werden (einfügen nach § 3):
«Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Einhaltung der geltenden Arbeitsschutzbestimmungen, der Arbeitsbedingungen, des Verbotes der Schwarzarbeit und der flankierenden Massnahmen zu den Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU zu kontrollieren.»
Begründung: Es zeigt sich immer wieder, dass sich Firmen einen Konkurrenzvorteil dadurch zu verschaffen suchen, dass sie Arbeitsschutzbestimmungen nicht einhalten, Lohndumping betreiben oder sogar Schwarzarbeitende beschäftigen. Dies ist weder im öffentlichen Interesse, noch im Interesse derjenigen Gewerbebetreibenden, welche sich um die Einhaltung der Regeln bemühen, noch im Interesse der Arbeitnehmenden. Damit einem Missbrauch der Riegel geschoben werden kann, ist ins SubG eine Verpflichtung zur Kontrolle aufzunehmen. Wie die Kontrolle durchzuführen ist, ist durch den Regierungsrat in der Verordnung zu regeln.

Hans Peter **Schlumpf** weist darauf hin, dass es nicht in erster Linie Aufgabe des Auftraggebers ist, die Vorschriften zu überwachen. Je nach Branche – gerade im Bau- und Baunebengewerbe – ist das oft an Drittorganisationen (Gewerkschaften, Berufsorganisationen etc.) delegiert. Es ist aber gleichwohl nicht etwa so, dass der Auftraggeber von jeglicher Kontrollverpflichtung entbunden ist. An verschiedenen Stellen in der IVöB und andernorts sind Kontrollmechanismen vorgesehen resp. geplant. Zum Beispiel in Art. 19 IVöB die Kontrollpflicht der Vergabebestimmungen, wozu auch die Einhaltung der Arbeitsbedingungen gehört. Oder das so genannte Entsendegesetz, wo die tripartite Kommission ihre Funktion definiert hat. Dann das so genannte Schwarzarbeitsgesetz, das in den eidgenössischen Räten bereits beraten worden ist. Wir sind folglich der Meinung, dass es genügend gesetzliche Handhabe zur Durchsetzung der Vorschriften gibt, und dass der Aufbau einer weiteren Kontrollbürokratie nicht geboten ist. Darum beantragen wir, den Antrag von SP-Fraktion und AF abzulehnen.

Andreas **Huwyler** hält fest, dass dieser Antrag in der Kommission explizit nicht behandelt wurde, weil er damals noch nicht im Raum stand. Wir haben aber im Zusammenhang mit der Motion Helfenstein/Hächler die Vergabekriterien angeschaut und uns dort überzeugen können, dass sie vollständig sind und auch die Generalklausel sämtliche Fälle enthält, u.a. auch das Lohndumping. Eusebius Spescha, der diesen Antrag ursprünglich einmal stellen wollte, wollte nicht die Vergabekriterien ändern, sondern einfach dazu schauen, dass diese dann während der Dauer des Auftrags auch eingehalten werden. Nach Erachten des Kommissionspräsidenten ist dies in der IVöB – besonders mit § 19 – sichergestellt. Genau diese Pflicht wird dort festgehalten und er erübrigt sich deshalb, dass wir diese Kontrollmechanismen zusätzlich in das Gesetz aufnehmen. Dieser Antrag sollte deshalb abgelehnt werden.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint, dieser Antrag sei genau so überflüssig wie jener der Konkordatskommission. Die Kantone haben nach Art. 19 IVöB 2001 den Auftrag, die Einhaltung der Vergabebestimmungen durch die Auftraggeber und Anbieter zu überwachen, und sie müssen für den Fall der Verletzung Sanktionen vorsehen. Diesem Auftrag kommen wir mit dem § 4 des neuen Submissionsgesetzes nach. Nach dieser Bestimmung muss ein ungeeigneter Anbieter, der beispielsweise Lohndumping betreibt und damit gegen die Arbeitsbedingungen verstösst, vom laufenden Submissionsverfahren ausgeschlossen werden. Bei schwerwiegenden Verstössen ist zusätzlich auch ein Ausschluss von künftigen Submissionen für die Dauer von bis zu fünf Jahren möglich. Diese Ausführungen zeigen, dass der Regierungsrat Verstösse gegen die Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen nicht auf die leichte Schulter nimmt, sondern im Gegenteil in § 4 alle denkbaren und rechtsstaatlich noch zulässigen Sanktionen für solche Verstösse vorsieht. Der Kanton Zug ist einer der wenigen Kantone, die überhaupt solche weitreichenden Sanktionsmöglichkeiten vorsehen. Der Bund kennt keine solchen Sanktionsmöglichkeiten.
Dass öffentliche Aufträge nur an Anbieter erteilt werden dürfen, welche die Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen einhalten, ist ein wichtiger Grundsatz im Submissionsrecht. Dieser Grundsatz ist in Art. 11 Bst. e der IVöB 2001 verankert und er bedeutet, dass die Vergabestellen sicherstellen müssen, dass die Anbieter die Arbeitsbedingungen, d.h. die Vorschriften der Gesamt- und Normalarbeitsverträge und, wo solche fehlen, die orts- und berufsüblichen Vorschriften einhalten. Ferner müssen die Vergabestellen auch sicherstellen, dass die Anbieter die Arbeitsschutzbestimmungen, d.h. die Vorschriften des Arbeitsgesetzes und des Unfallversicherungsgesetzes beachten. Diese Grundsätze gelten selbstverständlich für schweizerische wie für ausländische Anbieter.
Eine Ergänzung der Vorschriften, dass die Vergabestellen die Anbieter auch bezüglich der Einhaltung des Verbotes der Schwarzarbeit und des Bundesgesetzes über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Entsendegesetz) und der darin verankerten flankierenden Massnahmen kontrollieren müssen, ist nicht notwendig, weil dies bereits durch Art. 11 Bst. e IVöB 2001 abgedeckt ist. Ein Anbieter, der beispielsweise Schwarzarbeiter im Lohndumping beschäftigt, verstösst gegen die Arbeitsbedingungen und wird vom Submissionsverfahren ausgeschlossen. Dazu kommt, dass auf Bundesebene ein Bundesgesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit in Vorbereitung ist, das diesen Themenbereich umfassend regeln wird. Auch bezüglich des befürchteten Lohndumpings durch ausländische Anbieter oder durch ausländische Arbeitnehmer, die in die Schweiz kommen und hier Aufträge ausführen, besteht kein Handlungsbedarf, da alles bereits im erwähnten Entsendegesetz geregelt ist. Die Vergabestellen müssen auch in diesem Punkt sicherstellen, dass die Vorschriften dieses Gesetzes eingehalten werden, und bei einem allfälligen Verstoss werden die bereits erwähnten Sanktionsmassnahmen ergriffen.
Fazit: Es braucht keine zusätzlichen Vorschriften, sondern die bestehenden Vorschriften müssen nur konsequent angewendet werden. Der Regierungsrat und die Baudirektion sind gewillt, dies zu tun.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von SP-Fraktion und AF mit 40 : 22 Stimmen ab.

§ 4

Georg **Helfenstein** stellt den Antrag für einen neuen Paragraphen mit folgendem Wortlaut:
«Bei der Auswahl im freihändigen Verfahren und im Einladungsverfahren gemäss Anhang der IVöB sind nach Möglichkeit Anbietende zu berücksichtigen, die Lehr- und/oder Praktikumsstellen in einem für die Branche und die Betriebsgrösse angemessenen Umfang bieten.»
Begründung: Es gibt Kleinbetriebe, welche keine Lehrlinge ausbilden können oder dürfen. Diese sind auf der einen Seite zwar benachteiligt, profitieren im Markt aber trotzdem von ausgebildeten Berufsleuten, welche an anderen Betrieben lernten. Die Leistung der Lehrlingsausbildung muss vermehrt wieder anerkannt werden, zumal der Staat ja selber viel Geld in Kampagnen und Verbände investiert, um so die Lehrlingsausbildung zu erhalten. Beim Antrag des Votanten hat der Gesetzgeber die Möglichkeit, die Lehrlingsklausel anzuwenden. Zugleich ist das freihändige Verfahren dazu da, um Arbeiten direkt vergeben zu können, so auch unter Umständen bei kleineren Arbeiten oder Reparaturen an Firmen, welche begründet keine Lehrlinge ausbilden können oder dürfen. Firmen jedoch, welche konsequent keine Lehrlinge ausbilden wollen, werden so im Submissionsmarkt benachteiligt, was aus Sicht von Georg Helfenstein auch richtig ist.
In diesem Sinne erscheint ihm dieses Anliegen absolut legal, zumal der Kanton Zürich dieselbe Formulierung in seinem Gesetz aufweist und ein Schreiben aus unserer Baudirektion ja bestätigt, dass in den beiden erwähnten Verfahren eine solche Regel zulässig wäre. Georg Helfenstein will auch, dass dieser Passus im Gesetz und nicht nur in der Verordnung verankert ist. Es geht auch nicht darum, nun ein komplett anderes Gesetz zu machen, wie die anderen der IVöB angehörenden Kantone, sondern es geht darum, im Gesetz die Lehrlingsausbildung entsprechend zu würdigen. Schliesslich ist gerade jetzt in den Zeitungen viel über die Problematik von Lehrstellen und Ausbildungsplätzen zu lesen. Es ist dem Votanten bewusst, dass wir so nicht direkt und sofort Ausbildungsplätze schaffen. Aber wir setzen ein Zeichen in die richtige Richtung. Mit diesem Gesetz erhalten die Gemeinden einen Spielraum, den sie heute schon benützen, aber sie geraten nicht mehr in die Clinch-Situation, ob man die Lehrlingsausbildung als Kriterium heranziehen dürfe oder nicht. Georg Helfenstein hofft, der Rat unterstützt seinen moderaten Antrag.

Andreas **Huwyler** hält fest, dass auch diese Frage in der Kommission diskutiert wurde. Das Anliegen, dass die Lehrlingsausbildung ein Zuschlagskriterium sein soll, ist eigentlich in der Kommission auf sehr grosses Verständnis gestossen. Auf der anderen Seite muss man sich aber ganz klar bewusst sein, dass es sich bei der Lehrlingsausbildung um ein leistungsfremdes Kriterium handelt, dessen rechtliche Zuständigkeit sehr umstritten ist. Es wäre bei der Anwendung dieses Kriteriums mit grossen Rechtsunsicherheiten und mit einer Vielzahl von Beschwerden zu rechnen. Die Konkordatskommission hat somit diesen Antrag bewusst nicht gestellt und unterstützt ihn in dieser Form nicht. Sie hat sich aber dafür ausgesprochen, dass man das dort, wo es möglich ist, in der Verordnung berücksichtigt.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF den Antrag von Georg Helfenstein unterstützt. Wir wissen alle, wie wichtig es ist, dass heutzutage genügend Lehrstellen vorhanden sind. Natürlich wissen wir, dass dies nicht EU-konform ist und auch mit

Schwierigkeiten verbunden sein kann, wenn es in unserem Zuger Gesetz festgeschrieben ist. Der formulierte Antrag von Georg Helfenstein ist jedoch sehr moderat und lässt auch einen Spielraum offen, wenn es für Firmen nicht möglich ist, einen Lehrplatz zur Verfügung zu stellen, oder wenn kein Lehrling gefunden werden konnte. In diesem Sinn hat dieser Antrag durchaus Platz im neuen Submissionsgesetz. Bitte unterstützen sie ihn!

Hans Peter **Schlumpf** meint, Georg Helfenstein habe inzwischen seinen Antrag so milde formuliert, dass er fast verleitet wird, nichts mehr dazu zu sagen. Aber dennoch: Der Einbezug der Lehrlingsausbildung ins Submissionsgesetz ist sicher ein populäres Anliegen, und es wird in diesem Rat auch nicht zum ersten Mal debattiert. Hans Peter Schlumpf ist mit seiner Firma selbst Lehrlingsausbilder in zwei Berufen, und er hat einiges Verständnis für den materiellen Gehalt des Antrags. Es ist aber bekannt, dass im Ausschreibungsverfahren der Einbezug der Lehrlingsausbildung nicht zulässig ist, weil er ein so genannt vergabe- oder leistungsfremdes Kriterium darstellt. Bei kleineren Vergaben, die im Einladungsverfahren vergeben werden können, hat der Auftraggeber aber durchaus die Möglichkeit, solche Kriterien einzubeziehen. Dies wird bekanntlich auch heute schon getan. Darüber nun eine weltanschauliche Grundsatzdiskussion zu veranstalten, macht sicher keinen Sinn. Wir plädieren aber dennoch aus den Gründen, die bereits Andreas Huwyler vorgebracht hat, dafür, das Kriterium nicht ins Gesetz aufzunehmen. Sie schaffen damit mindestens so viele neue Ungerechtigkeiten und Fragwürdigkeiten, wie Sie vielleicht glaubten, damit eliminiert zu haben. Die Motivation, Lehrlinge auszubilden, kann nie und nimmer darin liegen, dafür mehr Aufträge von der öffentlichen Hand zu erhalten. Die Motivation dafür darf einzig und allein die Ausbildung von Nachzug für den eigenen Berufsachwuchs sein. Vergessen Sie dabei auch all die Unternehmen nicht, die Lehrlinge ausbilden, aber noch nie einen Auftrag der öffentlichen Hand erhalten haben und wohl auch nie einen erhalten werden. Zudem passt der Antrag von der ganzen Gesetzessystematik her nicht ins Gesetz. Der Votant ist aber ohne weiteres dafür, dass dieses Kriterium in der Verordnung Platz findet.

Georg **Helfenstein** hofft, es ist allen klar, wovon er gesprochen hat. Er hat nichts von öffentlichen Ausschreibungen gesagt, sondern betont, dass dort die Lehrlingsausbildung kein Kriterium ist. Wie läuft es heute in den Gemeinden oder im Kanton? Es wird ein Haus saniert, die Fenster werden für 30'000 Franken erneuert. Man sucht Unternehmen und sagt, diese drei oder vier rechnen mit. Da wird nichts öffentlich ausgeschrieben. Aber es gibt Bewertungen. Je nach Gemeinde ist diese verschieden gestaltet. Es gibt Gemeinden, die Wert auf Qualität legen, das gibt x Punkte, der Preis gibt y Punkte und auch der Rest wird mit Punkten bewertet. Die Gemeinde Cham macht das so und auch in Zug ist das gang und gäbe. Und jedes Mal kommt in der Gemeinde die Frage, ob die Lehrlingsausbildung ein Kriterium sei, ob man das einbringen dürfe oder nicht. Mit diesem Antrag, der sich nur auf Einladungsverfahren und freihändige Verfahren bezieht, geben wir den Gemeinden den Spielraum, diese Möglichkeit endlich zu nützen, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben. Es gibt keine Einsprachen, weil nur einsprechen kann, wer eingeladen wurde. Einladungsverfahren in den Gemeinden sind Sache des Auftragsgebers. Wir geben den Gemeinden aber mit diesem Antrag eine Motivation, Firmen mit Lehrlingsausbildung zu bevorzugen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: So phantastisch kommuniziert der Kantonsrat untereinander! Zum Glück ist der Baudirektor orientiert. Zum Gott sei Dank nun definitiven, 36 Stunden alten Antrag von Georg Helfenstein für einen neuen Paragraphen in Sachen Lehrlingsausbildung: Der Regierungsrat ist mit diesem Antrag einverstanden. Die vorgeschlagene Bestimmung kennt bereits der Kanton Zürich. Diese Bestimmung deckt sich mit Haltung und Praxis des Regierungsrats und der Baudirektion. Im Einladungsverfahren und im freihändigen Verfahren wird immer darauf geachtet, dass genügend qualifizierte Lehrbetriebe zur Angebotseingabe eingeladen werden.
Zum Eintretensvotum von Markus Jans. Die Gemeinden werden sich an das Submissionsgesetz, wie es der Kanton seit Jahren praktiziert, halten *müssen*.

➔ Der Rat stellt sich mit 55 : 9 Stimmen hinter den Antrag von Georg Helfenstein.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1277.4 – 11671 enthalten.

578 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND SANIERUNG DER GEBÄUDEHÜLLE UND DÄCHER DER LIEGENSCHAFT HOFSTRASSE 15 IN ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1251.1/.2 – 11520/21), der Kommission (Nr. 1251.3 – 11595) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1251.4 – 11597).

Vreni **Sidler** hält fest, dass die Kommission durch Baudirektor Hans-Beat Uttinger, Kantonsbaumeister Herbert Staub und Projektleiter Josef Traxler in zwei Sitzungen über die Sanierung informiert wurde. Nach kurzer Debatte war Eintreten auf die Vorlage unbestritten. Bei der Detailberatung wurden vorerst kostensenkende Vorschläge geprüft, wie z.B. der Verzicht auf die vielen kleinen Dachfenster, die aufwändige Schliessanlage oder die Elektrifizierung der Sonnenstoren. Die vorgebrachten Argumente überzeugten jedoch die Kommissionsmitglieder davon, dass diese Investitionen zweckmässig sind. Die Gebäude Hofstrasse waren bereits 1996/97 teilsaniert worden, deshalb prüfte die Kommission zusätzlich die nachhaltige Investition einer Fotovoltaik-Anlage auf den Sheddächern. Leider liegen diese Schrägdächer grösstenteils im Schatten des hohen Bürogebäudes und eine solche Solaranlage erwies sich aus diesem Grund als nicht effizient. Deshalb verzichtete die Kommission auf einen entsprechenden Antrag. Dasselbe gilt auch für die gleichzeitige Erneuerung der Nordfenster im Hochhaus. Auf die Mehrkosten von 410'000 Franken konnte verzichtet werden. Von Fachleuten wurde den Fenstern der Nordfassade nämlich eine weitere Lebensdauer von 10-15 Jahren attestiert, da diese nicht so stark der Witterung ausgesetzt sind wie die Westfassade. Der beanstandete Eindruck von Luftzug im Bürogebäude kann mit dem Ersatz der Westfenster bereits korrigiert sein.
Die vorberatende Kommission ist einstimmig für die Überführung der Shedhallen GS 4448 vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen. Der vordere Teil der Shedhal-

len sowie das Bürogebäude GS 1419 befinden sich durch einen Kantonsratsbeschluss bereits im Verwaltungsvermögen. Die Kommission betrachtet eine langjährige Nutzung durch kantonale Institutionen als Tatsache und deshalb sollen auf dem Wert dieser Liegenschaft auch Abschreibungen vorgenommen werden können. Die Kommissionspräsidentin bittet den Rat, der Sanierung der Gebäudehülle und der Dächer der Liegenschaft Hofstrasse im Betrag von Fr. 3'110'000 Franken und der Vorlage in der Fassung des Regierungsrats zuzustimmen.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** weist darauf hin, dass die vorberatende Kommission das Geschäft detailliert beraten und die Vorlage nach Einsparmöglichkeiten und Möglichkeiten zur Nutzung alternativer Energien durchleuchtet hat. Wir nehmen zur Kenntnis, dass trotz Sanierung der Dächer keine neuen Nutzflächen geschaffen werden können. Auch die Heizkosten für das Bürogebäude und die sehr hohen Shedhallen werden durch die Sanierung nur minim zurückgehen. Eine allfällige Sanierung der Heizung würde sich erst in etwa 15 Jahren aufdrängen, wenn auch die Fenster ersetzt werden müssten. Die im Bericht gemachten Überlegungen können wir nachvollziehen – der Baudirektor hat uns versichert, dass die Baudirektion bei der Vergabe der anstehenden Arbeiten alles daran setzen wird, günstige Preise auszuhandeln. Die Stawiko hat diese Vortage zweimal beraten, weil sie den Betrachtungszeitraum etwas öffnen und mit einer etwas anderen Optik als die vorberatende Kommission einige grundsätzliche Fragen erörtern wollte.
1. stellten wir uns die Frage, wie der 1989 getätigte Kauf und der heutige Betrieb und Unterhalt dieser Liegenschaften für den Kanton aus finanzieller Sicht zu bewerten ist.
2. stellten wir uns die Frage, welche Strategie der Kanton mittel- bis langfristig mit diesen Liegenschaften verfolgt und ob sie für den Kanton längerfristig nicht zur einer finanziellen Hypothek werden könnten.
Die Ausgaben sind erheblich und sehen bis heute wie folgt aus: 16,5 Mio. für den Kauf – damals war es das Ziel, auf diesem Areal die kaufmännische Berufsschule zu erstellen. In der Zwischenzeit ist das auf dem Gaswerkareal erfolgt. Also bereits damals hat man in Betracht gezogen, alle diese Liegenschaften abzureissen und dort ein modernes neues Gebäude zu erstellen. 9,2 Mio. für eine erste innere Sanierungen. 4,9 Mio, für die Überführung der Parzelle GS 1419 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen. Insgesamt sind somit bereits rund 30 Mio. Franken investiert worden. Mit dieser Vorlage werden für die äussere Sanierung weitere 3,1 Mio. Franken beantragt. Dazu kommt die von der Regierung vorgeschlagene Überführung der GS 4448 ins Verwaltungsvermögen, was die weitere Ausgaben von 8,5 Mio. Franken zu Lasten der Investitionsrechnung, und was nicht vergessen werden darf, einen jährlichen Abschreibungsaufwand von rund 850'000 Franken für zehn Jahre verursachen würde. Später sind weitere Sanierungen nötig: Heizungsanlagen, Sanitäranlagen, Elektroanlagen usw.
Alte Liegenschaften haben die Eigenschaft, dass sie Geld verschlingen können wie ein Fass ohne Boden. Und genau so ein Fass ohne Boden scheint diese Liegenschaft aus unserer Sicht darzustellen. Und alte Liegenschaften, die bereits im Inventar der schützenswerten Denkmäler aufgenommen worden sind, und für die gemäss Regierung bereits eine definitive Unterschutzstellung vorgesehen ist, verlieren noch zusätzlich an Wert. Die Stawiko stellt sich wirklich die Frage, ob es sich beim früheren Fabrikgebäude der Landis & Gyr um ein schützenswertes Kulturgut handelt. Das ursprüngliche Erscheinungsbild wurde bereits durch die 1996/97 erbauten Arkaden verändert. Nach unserer Ansicht dürfen längerfristig ein Verkauf oder gar ein Abbruch kein Tabu darstellen.

Die Stawiko verdankt die aufschlussreichen zusätzlichen Informationen, welche die Baudirektion erstellt hat. Die unserem Bericht beigelegten Tabellen zeigen ein ungünstiges Bild. Die Nettonutzflächen, die den verschiedenen Institutionen zur Verfügung stehen, sind sehr grosszügig bemessen. Wenn man einen gewissen Raum hat, wird er einfach ausgefüllt. Wir gehen davon aus, dass sie mit weniger Nutzfläche auskommen müssten, wenn sie tatsächlich Mietkosten bezahlen würden. Dann würden unsere Regierungsräte plötzlich ganz anders reagieren und diese Nutzflächen überprüfen und reduzieren. Die errechneten hohen Eigenmietwerte, basierend auf einer marktgerechten Rendite des eingesetzten Kapitals, deuten klar darauf hin, dass die Liegenschaft seinerzeit überzahlt worden ist. Die zum Vergleich herangezogenen Marktmieten für Büros, Lager und Archive sind aus unserer Sicht eindeutig zu hoch gegriffen. Man bekommt heute Lager- und Büroräumlichkeiten für wesentliche günstigere m^2-Preise und muss dann auch nicht noch zusätzlich Sanierungen zahlen. Das Gebiet bei der Hofstrasse 15 dürfte spätestens in zehn bis fünfzehn Jahren ein interessantes und entwicklungsfähiges Siedlungsgebiet der Stadt Zug darstellen. Wir fordern den Regierungsrat auf, in Zusammenarbeit mit der Stadt Zug ein langfristiges Nutzungskonzept für dieses Areal auszuarbeiten. Er soll sich dabei primär nicht von Auflagen des Denkmalschutzes einschränken lassen. Für die bisherigen Mieter findet man andere adäquate und kostengünstigere Räumlichkeiten auf dem freien Markt. Im Moment ist die Situation im Bereich dieses Areals sehr verfahren. Vreni Wicky wird dazu noch Stellung nehmen. Es ist ein richtiges Patchwork. Einerseits hat es Grundstücke, die bereits im Verwaltungsvermögen sind, die restlichen sind alle noch im Finanzvermögen. Wenn man die alten Gebäude stehen lässt, wird nachher in einem L darum herum gebaut. Das sieht aus wie ein Faust aufs Auge. Da ist zu verlangen, dass der Regierungsrat nochmals mit dem Stadtrat zusammen sitzt und schaut, wie man dort etwas Adäquates generieren kann.
Der Gebäudesanierung stimmen wir zu, um die Substanz der Liegenschaften bis zum Vorliegen eines langfristigen Nutzungskonzepts zu erhalten. Die Überführung der Liegenschaften vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen lehnen wir klar ab, auch wenn schon eine im Verwaltungsvermögen ist, das präjudiziert nichts. Die Überführung belastet unsere Investitionsrechnung und unsere Abschreibungen und präjudiziert eine langfristige Nutzung durch den Kantons. Wir beantragen Ihnen deshalb, die Parzelle GS 4448 im Finanzvermögen zu belassen und § 2 zu streichen. Der Stawiko-Präsident hat gehört, dass mit dieser Streichung die Vorlage zu einem einfachen KRB mit einer Lesung und ohne Referendumsklausel mutiert. – Zusammenfassend beantragen wir Ihnen einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr ohne § 2 zuzustimmen.

Franz Peter **Iten** erinnert daran, dass bei der zur Diskussion stehenden Vorlage seitens des Kantonsbaumeisters bzw. Projektleiters mehrmals darauf hingewiesen wurde, dass bereits bei der Sanierung im Jahr 1995 bekannt war, dass die Dächer und zum Teil die Fenster ebenfalls sanierungsbedürftig gewesen wären, diese Sanierung aber aus Kostengründen erst später an die Hand genommen werden sollte und deshalb damals nur eine sanfte Sanierung beantragt wurde. Dieser Entscheid ist aus heutiger Sicht zwar nachvollziehbar. Es wurde aber das Risiko eingegangen, einen Verlust an der Bausubstanz einzufahren. Auch heute könnte angeführt werden, dass aus Kostengründen auf eine Sanierung von Dach und Fenster verzichtet werden sollte. Doch das wäre wohl ein falsches Signal. An der Kantonsratssitzung vom 6. Juli 1995 hatte sich der Kantonsrat mehr mit der Nutzung der Gebäude als mit der eigentlichen Sanierung befasst. Gerade diese damalige Diskussion um eine sinnvolle

Nutzung der Gebäude zeigt, dass diesem Umstand mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsste. Deshalb vermissen wir in der Vorlage entsprechende Überlegungen für eine sinnvolle und der heutigen Zeit angemessenen Gesamtnutzung unter gleichzeitigem Einbezug des Theilerhauses. Die Forderung der Stawiko an den Regierungsrat, ein langfristiges Nutzungskonzept für die Liegenschaft Hofstrasse 15 auszuarbeiten, kann die CVP-Fraktion vollumfänglich unterstützen, und wir hoffen, dass die Regierung dieser Forderung so schnell wie möglich nachkommt.
Die vorberatende Kommission wurde durch die Baudirektion, wie schon erwähnt, mehrmals auf die Notwendigkeit der geplanten Sanierung hingewiesen. Auch wurde der Nachweis erbracht, dass die Dächer und die Fassaden bei den erwähnten Gebäudeteilen sanierungsbedürftig sind und eine Sanierung nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden sollte. Für die CVP-Fraktion ist deshalb Eintreten auf diese Vorlage unbestritten, die beantragte Sanierung wird grossmehrheitlich gutgeheissen.
Die vorberatende Kommission prüfte aber auch, ob nicht noch weitere bauliche Massnahmen getroffen werden müssten. Im Zentrum standen der Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Shedhalle sowie der Einbau neuer Fenster bei der Nordfassade der Liegenschaft Hofstrasse 15. Wie die Abklärungen ergeben haben, wäre die Installation einer Photovoltaikanlage nur auf dem nördlichsten Sheddach sinnvoll. Aufgrund der Berechnung der Wirtschaftlichkeit ist aber klar ersichtlich, dass mit einer Fotovoltaikanlage auf dem Sheddach kein vernünftiges Kosten-Nutzen-Verhältnis erzielt werden kann und deshalb darauf zu verzichten ist. Auf Grund der Situation, dass die Fenster der Nordfassade noch eine Lebensdauer von mindestens zehn Jahre aufweisen, hat eine nochmalige Beurteilung ergeben, dass die Fenster der Nordfassade nicht zu sanieren sind, weil mit Kosten von rund 410'000 Franken zu rechnen wäre. Es ist für unsere Fraktion klar, dass auf diese Zusatzsanierung verzichtet werden sollte.
An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass wir in der Kommission mit den vorliegenden Unterlagen nicht zufrieden waren. Die eben erwähnten Zusatzabklärungen wurden durch das Hochbauamt erst auf Verlangen vorgenommen, ein entsprechender Kostenvergleich betreffend Photovoltaikanlage zwischen dem kaufmännischen Bildungszentrum und der Hofstrasse wurde sogar ganz kurzfristig und während der Sitzung organisiert. Das Einfordern von zusätzlichen Unterlagen durch die Stawiko im Rahmen ihrer Beratungen bestätigt unseren Eindruck. Den Antrag der Stawiko, die Parzelle GS 4448 im Finanzvermögen zu belassen und nicht ins Verwaltungsvermögen zu überführen, können wir nachvollziehen, umso mehr als mit der Überführung ins Verwaltungsvermögen ein Konzept für eine langfristige Nutzung eingeschränkt würde. Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Stawiko, die Parzelle nicht ins Verwaltungsvermögen zu überführen, einhellig.
Noch drei Bemerkungen. Der Votant hat festgehalten, dass sich nebst der Stawiko auch die CVP-Fraktion daran gestört hat, dass in Bezug auf ein langfristiges Nutzungs- und Erschliessungskonzept für dieses Areal noch keine Erkenntnisse vorliegen. Aber in Anbetracht der Tatsache, dass für die Substanzerhaltung eine Sanierung der Gebäudehülle und der Dächer notwendig ist, verzichtet unsere Fraktion auf einen Rückweisungsantrag. – Im Bericht und Antrag des Regierungsrats ist festgehalten, dass die Liegenschaft im Inventar der schützenswerten Denkmäler enthalten ist. Wir empfehlen ihm, die Entlassung aus dem Inventar der schützenswerten Denkmäler ernsthaft zu prüfen. Dies vor allem deshalb, weil die heutige Architektur auf Grund der längs des Gebäudes im Jahre 1995 realisierten Arkade eine starke Veränderung gegenüber dem ursprünglichen Bild erhalten hat. – Im Weiteren bemängelt unsere Fraktion bei der Berechnung der Eigenmietwerte, dass diese auf Grund der heutigen Marktsituation viel zu hoch festgelegt wurden. Müsste dieses

Gebäude nämlich vermietet werden, würde wohl kaum mehr als die Hälfte des mit ca. 1,5 Mio. angegebenen Werts als Ertrag erzielt werden. Es ist davon auszugehen, dass die Stawiko diesen Punkt ebenfalls noch genauer prüfen wird. – Abschliessend bittet der Votant den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der Vorlage der Stawiko zuzustimmen.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Kommissionsantrag einstimmig unterstützt. Die vorgeschlagenen Sanierungen und Erneuerungen sind sinnvoll und notwendig. Weitergehende und grössere Instandstellungen wie etwa die Installation einer Photovoltaikanlage oder der zusätzliche Ersatz aller Fenster an der Nordfassade gehen für uns zu weit. Auch die FDP-Fraktion vertraut auf die Äusserungen der Experten, die diesen Fenstern noch eine Lebensdauer von mindestens zehn Jahren zugestehen. Diese zu ersetzten ist Wegwerfmentalität und nicht der verantwortungsbewusste Umgang mit Ressourcen. Die FDP-Fraktion folgt aber auch dem Antrag der Stawiko, welche die Streichung von § 2 beantragt. Wir finden es weitsichtig, wenn die Gebäude an der Hofstrasse weiterhin im Finanzvermögen belassen werden, um eine zukünftige Neunutzung des gesamten Areals offen zu lassen. Gleichzeitig begrüssen wir die Forderung der Stawiko, dass die Regierung in Zusammenarbeit mit der Stadt Zug für dieses Areal ein Nutzungskonzept erstellt. Vor diesem Hintergrund ist es unserer Ansicht nach gerechtfertigt, wenn an den Gebäuden nur notwendige, Substanz erhaltende Investitionen getätigt werden, um bei einer allfälligen Abbruchaktion nicht unnötige Verluste zu machen. Falls der Kantonsrat dem Antrag der Stawiko folgen wird, und die Gebäude an der Hofstrasse im Finanzvermögen belassen werden, könnten wir auf das Ausmass der bevorstehenden Renovationen nicht mehr detailliert einwirken. Doch wir sind zuversichtlich, dass sich die Regierung an die Ergebnisse der Kommissionsarbeit halten wird, auch wenn sie dies auf Grund der eventuell geänderten Tatsachen nicht mehr müsste. Im Sinne einer weitsichtigen Nutzung dieser Gebäude und des gesamten Areals stimmt die FDP-Fraktion der massvollen Sanierung sowie dem Belassen der Liegenschaft im Finanzvermögen zu.

Silvia **Künzli**: Liegenschaft Hofstrasse à fonds perdu und ein Fass ohne Boden. War der Kauf der Liegenschaft eine finanzielle Spritze für die Landis & Gyr, um Arbeitsplätze zu erhalten, dann war die Wirkung dieser Spritze nicht von langer Dauer – wie wir alle wissen, gingen die Arbeitsplätze trotzdem verloren. Die Konsequenzen aus dieser Handlung gilt es nun nachhaltig in Griff zu bekommen. Nachhaltig in Griff zu bekommen bedeuten beim Zustand dieser Liegenschaft Sofortmassnahmen kurzfristiger Art, wie auch eine langfristige Planung. Für eine langfristige Nutzungs- und Bewirtschaftungsplanung gehören klare strategische Ziele. Ziele einer gesamtheitlichen Betrachtung aller relevanten Einflussfaktoren wirtschaftlicher, technischer und soziologischer Natur. Es kann durchaus sein, dass die periphere Lage dieser Liegenschaft für die heutigen Nutzer in einigen Jahren nicht mehr geeignet ist und sich eine Wohnnutzung durch die Entwicklung der direkten Umgebung aufdrängt. Die Votantin erinnert an die laufende Neuplanung des Spitalareals. Diese Planung kann nicht von heute auf morgen geschehen – eine Planung braucht Zeit, genau diese Zeit müssen wir uns verschaffen. Zeit verschaffen, ohne uns schon vorzeitig unnötige Fussschellen, wie z.B. denkmalschützerische Auflagen und Zuweisung in das Verwaltungsvermögen, zu verpassen. Der heutige Zustand der Anlage verlangt sofortige bauliche Massnahmen, um die Substanz erhalten und die Gebrauchstauglichkeit

gewährleisten zu können. Eine substanzielle Sanierung in der vorgeschlagenen Form ist sinnvoll. Dass die Erneuerung und Sanierungsarbeiten zu Konkurrenzpreisen vergeben und kostenoptimal abgewickelt werden, erachten wir nicht nur als dringend erforderlich, sondern als selbstverständlich. Geben wir der Hofstrasse die Chance für eine gute Entwicklung mit Zukunft. Wir von der SVP-Fraktion empfehlen dem Rat einstimmig, den Antrag der Stawiko zu unterstützen.

Othmar **Birri** war auch in der vorberatenden Kommission, auch schon 1995. Wir haben damals diese Liegenschaft gekauft, mit dem Hintergedanken, dort die kaufmännische Berufsschule zu bauen. Das hat sich in der Zwischenzeit geändert, wie Sie bereits gehört haben. Wir von der SP-Fraktion unterstützen den Antrag der vorberatenden Kommission, diese sanfte Sanierung zu machen und die Liegenschaft in das Verwaltungsvermögen zu überführen, weil die Nutzung schon heute bekannt ist. Es sind dort alles kantonale Institutionen eingemietet, die ihre Arbeit dort verrichten. Aus diesem Grund kann der Votant nicht verstehen, dass viele aus der Kommission, die einstimmig dafür war, nun auf den Stawiko-Antrag umschwenken. Wir bleiben dabei und unterstützen den Antrag der vorberatenden Kommission.

Martin **Stuber** hält fest, dass die AF dieser Vorlage zähneknirschend zustimmt. Zähneknirschend, weil es sich um eine Altlast aus der Ära Twerenbold handelt. Altlast deshalb, weil zuviel bezahlt wurde für diese Liegenschaft. Aber auch deshalb, weil sie damals nicht richtig teilsaniert wurde. Und das ist der zweite Grund, dass wir nur zähneknirschend für diese Vorlage sind, weil diese Liegenschaft auch jetzt nicht wirklich fertig saniert wird. Es ist wieder nur eine Teilsanierung. Wir verzichten aber auf einen Antrag. Den Antrag der Stawiko lehnen wir ab. Die diversen Institutionen, welche der Kanton in dieser Liegenschaft betreibt, erfüllen kantonale Aufgaben. Der Kanton muss diese Aufgaben wahrnehmen, und deshalb gehört diese Liegenschaft ohne Zweifel ins Verwaltungsvermögen. Der Votant ist auch nicht dafür, dass das aus dem Inventar der schützenswerten Liegenschaften herausgenommen wird. Für die Stadt ist das ein wichtiges Zeugnis aus einer leider bald vergangenen, blühenden industriellen Ära. Für Martin Stuber als Stadtzuger ist hingegen sehr wünschenswert, wenn der Kanton und die Stadt für dieses Gebiet zusammen endlich einmal den Rank finden. Aber er glaubt nicht, dass man das über die Frage Finanz- oder Verwaltungsvermögen regeln kann. Man sollte einmal die Vergangenheit auf die Seite schieben, vorbehaltslos zusammen sitzen und schauen, was man aus diesem grossen Gebiet machen kann.

Vreni **Wicky** erinnert daran, dass die Liegenschaften Hofstrasse 13 und 15, welche 1989 von der Landis & Gyr für 16,5 Mio. Franken gekauft wurden, zum Teil bereits im Jahre 1896 erstellt wurden. Schon damals haben visionäre Pioniere den Wert und die optimale Lage des Grundstücks hervorgehoben. Heute, über 100 Jahre später, wäre der Wert dieses Grundstücks und seine Lage für jeden anderen Kanton ein Juwel. Diese Erkenntnis vermisst die Votantin in der regierungsrätlichen Vorlage. Seit beinahe 20 Jahren steht das Theilerhaus leer. Es wurde als Schiessanlage der Polizei zur Verfügung gestellt, und verschiedenste Feuerwehrübungen sowie massiver Zerfall mangels Unterhalt haben dem Gebäude arg zugesetzt. Vor x Jahren wurde unverständlicherweise Familien, welche glücklich im Theilerhaus lebten, gekündigt. Notabene zu einem Zeitpunkt, als die Wohnungen noch absolut bewohnbar

waren. Heute befindet sich das ganze Ensemble, also Theilerhaus, Shedhalle und Hochbau, im Inventar für schützenswerte Objekte. So hat die Denkmalkommission entschieden. Vreni Wicky bittet die Regierung dringlich, sich die Unterschutzstellung wohl zu überlegen. Es kann doch nicht sein, dass die selben Eigentümer, welche eine Anlage über Jahrzehnte zerfallen liessen, diese dann plötzlich wieder unter Schutz stellen wollen. Seit Jahren ist die Stadt beim Kanton immer wieder vorstellig geworden und hat sich dafür eingesetzt, dass endlich mindestens ein Nutzungskonzept gemacht wird. Schon oft hat die Stadt dem Regierungsrat die Bereitschaft signalisiert, einen Bebauungsplan zu machen. Goodwill haben wir auch beim gemeinsamen Studienverfahren gezeigt und mehr als die Hälfte daran bezahlt. Sie wissen auch, dass die Stadt ihren Landanteil – der übrigens über den Oberwiler Kirchweg erschlossen werden kann – endlich veräussern will.
Noch etwas zur Zone. Das Grundstück des Kantons liegt in der Wohn- und Gewerbezone. Das Problem des Kantons ist aber heute, dass der ganze Gewerbeteil in den Shedhallen an der Hofstrasse 15 voll ausgenutzt wird. Kann nun ein Investor gefunden werden, kommt für ihn nur Wohnanteil in Frage. Darum bittet die Votantin den Rat, den Antrag der Stawiko zu unterstützen und die Parzelle im Finanzvermögen zu belassen, damit in Zukunft Nutzungen noch flexibel gehandhabt werden können. Sie bittet die Regierung, nun ein Nutzungskonzept für das gesamte Areal vorzulegen, ohne sich dabei durch die Auflagen des Denkmalschutzes einzuschränken. Seit Jahren ist die Stadt beim Kanton immer wieder vorstellig geworden, und hat sich dafür eingesetzt. Das ganze Areal ist von hohem Wert und darf keine weiteren 20 Jahre verkümmern. Vieles liegt in den Schubladen: Ein Studienverfahren und ein umfassender Arbeitsbericht der Hochschule für Technik und Architektur Burgdorf sind nur zwei davon. Jetzt gilt es, vorwärts zu machen und das öffentliche Grundstück endlich einer Nutzung zuzuführen. Das sind wir dem Steuerzahler schuldig, nachdem bereits weit über 30 Mio. investiert worden sind.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern und Vorsteherin der Denkmalpflege, möchte ein Missverständnis aufklären bei der Bedeutung des Inventars der schützenswerten Denkmäler. Im Regierungsbericht steht, die Hofstrasse 15 sei in das Inventar der schützenswerten Denkmäler aufgenommen. Das bedeutet, dass die Denkmalpflege für die Beratung zu einer sachgerechten Renovation beigezogen wird. Und das ist auch so geschehen. Die Denkmalpflege hat an diesem Renovationsvorhaben mitgewirkt. Der Schluss, dass Objekte, welche im Inventar der schützenswerten Denkmäler enthalten sind, später mehr oder weniger automatisch geschützt werden, stimmt nicht. Für eine Unterschutzstellung werden verschiedenste Aspekte geprüft: Die architekturgeschichtliche Bedeutung, die Lage im Ortsbild, die kulturelle Bedeutung, die Nutzungsmöglichkeiten, die Rentabilität für den Besitzer und für die öffentliche Hand. Im Sommer 2002 hat die Denkmalpflege das Objekt Hofstrasse 15 ins Inventar aufgenommen. Und zwar vor dem Hintergrund, dass das ganze Gebiet, das vorher von Vreni Wicky erwähnt wurde, auch im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) mit einer Bonität A erwähnt ist. Aber auch vor dem Hintergrund, dass noch kein definitives Überbauungsprojekt bestand. Die Liegenschaft ist also nicht geschützt und der Entscheid liegt vermutlich bei der Regierung, je nachdem wie viel Geld vom Kanton in die Renovation fliessen müsste.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass der Regierungsrat einverstanden ist, die Hofstrasse 15 vorläufig im Finanzvermögen zu belassen. Somit sind alle Optio-

nen für die Zukunft offen. – Franz Peter Iten, diese zusätzlichen Abklärungen, die letztlich nichts gebracht haben, haben auch nicht nichts gekostet. – Vreni Wicky, ausgerechnet die Stadt, mit ihrem ewigen Hin und Her, je nach dem jeweiligen Stadtarchitekten, macht hier Vorwürfe! Das Theilerhaus und Umgebung ist ein Dauerthema bei der jeweiligen Quartalssitzung mit der Stadt. Das Problem ist, dass die Stadt vom Oberwiler Kirchweg eben *keinen* Zugang auf ihre Liegenschaft hat. Und somit auf den Zugang von der kantonalen Liegenschaft angewiesen ist. Dieses Angewiesensein hat die Stadt nicht so gern. Aber mit dem neuen Stadtarchitekten sind wir jetzt auf gutem Weg.

Vreni **Wicky** muss noch einmal für die Stadt einstehen. Sie erläutert dem Rat die Besitzverhältnisse auf dem Areal anhand eines Plans und besteht darauf, dass das städtische Areal vom Oberwiler Kirchweg her erschlossen werden kann. Und die Stadt ist bereit für einen Bebauungsplan, sobald der Kanton eine Nutzungsstudie hat.

Peter **Rust** hat bis jetzt nicht gehört, was er eigentlich hören wollte, eher das Gegenteil. Die Direktorin des Innern hat erklärt, dass sie fast noch einen Schritt weiter gehen. Jetzt ist das Objekt bereits in einem Schweizerischen Inventar. Er hätte von der Regierung gern gehört, dass man dieses Objekt in überhaupt kein Inventar aufnimmt. Die Landis & Gyr hat es doch gar nicht verdient, dass sie noch einen speziellen Ehrenplatz erhält an der Hofstrasse, da wir ja dort sowieso schon viel zu viel investiert haben. Der Votant bittet die Regierung, dass dieses Objekt überhaupt in keinem Katalog Eingang findet. Es ist schon deshalb nicht schützenswürdig, weil es ja in früheren Jahren durch diesen Arkadeneinbau schon so weit verändert wurde, dass es überhaupt nicht schützenswert ist. Kommt dazu, dass die Stawiko den Auftrag erteilt hat, dass die Regierung eine andere Nutzung suchen muss. Es ist eine erhebliche Einschränkung, wenn das Objekt an den Markt geht, und in irgendeiner Weise nur schon inventarverdächtig ist. Das drückt ja den Preis unheimlich. Und niemand hat ein Interesse daran, dass wir dieses Objekt, das wir zu teuer gekauft haben, nicht einmal wärmeschutztechnisch isolieren können. Wenn es geschützt ist, können wir das nicht mehr. Peter Rust bittet die Regierung inständig, das Objekt nicht in irgendein Inventar von Denkmalmist aufzunehmen.

Martin **Stuber** fühlt sich herausgefordert. Das Areal ist das Ursprungsareal der Landis & Gyr. Er würde heute die Aussage riskieren, dass in der Perspektive von 30 Jahren das vermutlich der einzige bleibende Zeuge der Landis & Gyr sein würde. Alles andere wird platt gemacht und neu gebaut sein. Das heutige Landis & Gyr-Areal wird man in 30 Jahren nicht mehr wieder erkennen. Man wird nicht mehr wissen, dass dort einmal eine der bedeutendsten Schweizer Industrieunternehmen war. – Peter Rust hat gesagt, er möchte lieber nicht erinnert werden an die Geschichte oder das Ende der Landis & Gyr. Da können wir uns ja noch treffen. Aber dieses Areal an der Hofstrasse legt Zeugnis ab über die Blütezeit der Landis & Gyr. Und wollen wir wirklich alles, was die wirtschaftliche Geschichte dieser Stadt ausgemacht hat, platt haben? Martin Stuber hofft es nicht.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Stawiko, Regierung, SVP-, FDP- und CVP-Fraktion beantragen, diesen Paragraphen ersatzlos zu streichen.

➔ Der Rat beschliesst mit 57 : 13 Stimmen, § 2 zu streichen.

§ 3

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass aus der Vorlage damit ein einfacher KR-Beschluss geworden ist, und § 3 nun lautet:

«Dieser Beschluss tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.»

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 65 : 4 Stimmen zu.

579 BEHANDLUNG VON OBERAUFSICHTSBESCHWERDEN DURCH DEN KANTONSRAT

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1304.1 – 11651).

Die **Vorsitzende** gratuliert dem Verwaltungsgerichtspräsidenten Peter **Bellwald** zum 25. Dienstjubiläum.

Andrea **Hodel** weist darauf hin, dass sich die JPK seit mehreren Jahren mit der Frage herum schlägt, was wir nun als Oberaufsichtsbehörde prüfen und was nicht. Das Büro hat im Jahr 2000 einmal heftig darüber diskutiert, als es um eine Beschwerde der WWF über die Baudirektion ging. Immer wieder kamen dann im Rahmen der Parlamentsreform Diskussionen auf, was wir machen und was nicht. Es wurde dann schliesslich das Gutachten Zimmerli in Auftrag gegeben, und dieses hat uns nun Anlass gegeben, die Frage einmal zu klären, welche Beschwerden der Kantonsrat als Oberaufsichtsbehörde prüfe. Die Votantin möchte die Vorlage nicht wiederholen, muss aber noch etwas anfügen. Vom Grundsatz her geht es darum, dass wir nur Beschwerden prüfen, die sich gegen die allerobersten Verwaltungs- und Gerichtsinstanzen richten, und immer nur gegen das gesamte Verwaltungsgericht oder Obergericht oder gegen den gesamte Regierungsrat. Und dass wir uns dabei nicht in hängige Verfahren einmischen.
Nun stellte sich Tino Jorio als unser juristisches Gewissen die Frage: Wir haben ja gar keinen Antrag gestellt. Wir haben Ihnen das einfach als Vorlage präsentiert. Er schlägt der JPK nun vor – und die Vizepräsidentin gibt das dem Rat nun weiter –, den Antrag wie folgt zu präzisieren:

«Der Kantonsrat beschliesst – in Auslegung von § 35 Ziff. 6 der Geschäftsordnung –, seine Zuständigkeit bei der Behandlung von Oberaufsichtsbeschwerden gemäss Ziff. 6.1 (funktionale Zuständigkeit) und Ziff. 6.2 (sachliche Zuständigkeit) dieser Vorlage.
Die Staatskanzlei wird beauftragt, diesen Beschluss auf Grund von § 4 des kantonalen Publikationsgesetzes (BGS 152.3) in die Gesetzessammlung aufzunehmen.»

Andrea Hodel bittet den Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

➔ Der Rat ist einverstanden

580 MOTION VON HANS CHRISTEN BETREFFEND ÄNDERUNG DER RECHTSPFLEGEVORSCHRIFTEN DES GESETZES ÜBER DEN FEUERSCHUTZ

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1158.2 – 11652).

Hans **Christen** dankt dem Regierungsrat für den Bericht und hofft, dass die Gesetzesänderung ihren Zweck erfüllen kann.

➔ Die Motion wird erheblich erklärt.

581 INTERPELLATION VON MARTIN STUBER, HANS CHRISTEN, EUSEBIUS SPESCHA, VRENI WICKY UND BEAT STOCKER BETREFFEND ZUGER STADTKERNENTLASTUNG NACH DER ABSTIMMUNG VOM 26. SEPTEMBER 2004

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1263.2 – 11638).

Hans **Christen** erinnert daran, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zug am 26. September 2004 der Volksinitiative «Minitunnel jetzt» mit dem Gegenvorschlag des Stadtrats mit 6010 : 2388 Stimmen zugestimmt haben. Nach diesem klaren Ja des Souveräns der Stadt Zug zu einer Stadtkernentlastung waren wir fünf unterzeichnenden Kantonsräte aus der Stadt Zug sicher legitimiert, dem Regierungsrat eine entsprechende Interpellation einzureichen. – In seinen Vorbemerkungen schreibt der Regierungsrat, dass ein Stadttunnel «eher von lokalem Interesse» sei. Dieser Aussage widersprechen die Interpellanten vehement. Wie die Nordzufahrt, die Tangente Neufeld und das Kammerkonzept ist auch die Zuger Stadtkernentlastung von kantonaler, ja regionaler Bedeutung. Die Stadt Zug hat rund 23'500 Einwohnerinnen und Einwohner und verfügt über mehr als 26'000 Arbeitsplätze. Der Votant muss sicher niemanden hier im Kantonsratssaal über die Verkehrs- und Stauprobleme während der Rushhours aufklären. Die Verkehrszahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Unter den grössten Verkehrsproblemen leiden in unserem Kanton die beiden Städte Zug und Cham.

Der Regierungsrat ist mit seinen Strassenbauprojekten auf dem richtigen Weg. Hans Christen möchte aber der Regierung und dem Kantonsrat eine sich abzeichnende Situation aufzeigen, die in nächster und weiterer Zukunft die Stauprobleme auf der Nord-Südachse verschärfen werden:

- Auf der Frauensteinmatte plant die Stadt Zug ein neues grösseres Alterszentrum mit zusätzlichen Familienwohnungen und einer entsprechenden Tiefgarage.
- Auf dem Areal Kantonsspital beabsichtigt der Kanton, ein Hotel, Wohnungen und weitere Nutzungen durch einen Investor erstellen zu lassen.
- Auf der Roostmatt plant die Stadt zusammen mit zwei Wohnbau-Genossenschaften eine grössere Wohnüberbauung. Die Planung ist abgeschlossen und der Grosse Gemeinderat wird noch vor den Sommerferien über den Baukredit zu befinden haben.

Bei diesen drei genannten Projekten sollen zusammen ohne Hotel und Zusatznutzungen nahezu 300 Wohneinheiten entstehen.
Die Stawiko fordert im Bericht betreffend Sanierung der Gebäudehülle und Dächer der Liegenschaft Hofstrasse 15 in Zug den Regierungsrat auf, in Zusammenarbeit mit der Stadt Zug ein langfristiges Nutzungskonzept für dieses Areal auszuarbeiten. Das Gebiet an der Hofstrasse sei ein interessantes und entwicklungsfähiges Siedlungsgebiet. Der Votant will hier der Stawiko in keiner Weise widersprechen. Die Wohnlage beim ehemaligen Landis & Gyr Areal ist in der Tat sehr attraktiv und diese Idee müsste sicher näher geprüft werden, aber nur unter der Prämisse, dass eine seriöse Verkehrsplanung miteinbezogen wird. – Weiter ist auch nicht zu vernachlässigen, dass immer mehr Pendler aus der Gemeinde Walchwil, dem Schwyzer Talkessel und aus dem Kanton Uri mit dem Auto nach Zug zur Arbeit kommen. Die Stadtbahn Linie 2 wird in den nächsten Jahren sicher mit dem zurzeit gültigen Fahrplan keine Entlastung bringen. Dazu wäre ein attraktiverer Taktfahrplan nötig. Wenn heute schon zu gewissen Zeiten ein Rückstau vom Kolinplatz bis zum Kantonsspital und noch weiter südlich zu beobachten ist, stellt sich die Frage: Wer denkt bei all diesen anstehenden Projekten an die sich abzeichnenden Verkehrsprobleme? Wollen wir warten bis zu dem zu erwartenden Verkehrskollaps an der Neugasse?
Es wäre doch gerade jetzt die Gelegenheit geboten, in die Zukunft zu schauen, und Hans Christen fordert den Regierungsrat auf, wie er bei der Antwort zu Frage 3 schreibt, dem Kantonsrat «in der Regel alle vier Jahre» eine aktualisierte Prioritätenliste für die verschiedenen im Richtplan aufgeführten Verkehrsvorhaben zu unterbreiten. Mit den genannten Bauvorhaben drängt sich eine solche Überarbeitung des Verkehrsrichtplanes geradezu auf. Andere geplante Strassenbauprojekte der Baudirektion werden doch mit sehr grossen Widerständen von verschiedenen Seiten bekämpft. Es wäre sicher etwas einfacher, das Projekt Stadtkernentlastung Zug in eine nächsthöhere Priorität zu setzen. Es ist ja nicht auszuschliessen, dass eines der genannten Strassenbauprojekte arg in Verzug gerät. Die Spatzen jedenfalls pfeifen es bereits vom Dach.
Die Stadtkernentlastung Zug ist mit der Volksabstimmung vom 26. September 2004 das einzige von einem Souverän bestätigte Strassenbauprojekt. Wenn es auch nur von einer Gemeinde ist. Das sollte doch für die zuständigen Stellen bei der Baudirektion Motivation genug sein. Über das so genannte auflagereife Projekt Umfahrung Zug/Baar (UZB) müssen wir sicher keine weiteren Worte mehr verlieren. Wenn auch die politischen Kräfte zum Abschuss dieses Projektes zum Teil in der Stadt Zug zu suchen sind, so können wir heute doch feststellen, dass die UZB ein mehrere hundert Millionen schwerer Rohrkrepierer gewesen ist. – Der Votant dankt an dieser Stelle der Baudirektion, dass sie die Vorarbeiten für einen Stadttunnel erneut aufgenommen hat, und erwartet in naher Zukunft gerne positive Resultate. Mit Freude wird

er den städtischen Beitrag von 250'000 Franken in seiner Funktion als Finanzchef der Stadt Zug für die Überweisung an den Kanton Zug visieren, und sei es vielleicht auch in zwei Tranchen.

Martin **Stuber**: Das Erfreuliche vorweg – Hans Christen hat es bereits gesagt: Der Regierungsrat nimmt die 250'000 Franken der Stadt entgegen und treibt die Planung nun vorwärts. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Kanton diese Planung in engem Kontakt mit der Stadt betreibt. Ansonsten besticht die Antwort der Regierung vor allem durch eines: Wenig Respekt vor einem Volksentscheid. Die Stadtzugerinnen und Stadtzuger haben am 26. September ein unmissverständliches Zeichen gegeben. Es ist schlicht nicht nachvollziehbar, weshalb die Regierung so wenig Gehör für das Anliegen der Stadtkernentlastung des Kantonshauptortes zeigt. Nebenbei bemerkt: Es sitzen drei Stadtzugerinnen und Stadtzuger in dieser Regierung und ein Baarer Regierungsrat wurde am Abstimmungs-Apéro des Initiativkomitees im Ratshauskeller gesichtet. Wenn die Stadtkernentlastung in Zug – das sind mehr als 20'000 Fahrzeuge pro Tag, die aus fast allen Gemeinden des Kantons stammen und sich durch die enge Altstadt zwängen – nur von lokalem Interesse sein soll, dann ist wirklich zu fragen, von welchem Interesse denn all die anderen Strassenbauprojekte sein sollen. Sie alle in diesem Rat wissen, dass es auch um die Prioritäten geht. Diese sind im Teilrichtplan Verkehr festgelegt, der aus dem Jahre 2002 stammt und alle vier Jahre überarbeitet und angepasst werden soll. Das ist 2006. Wenn die grösste Gemeinde des Kantons und notabene der mittlerweile einzige Zahler in den Finanzausgleich ein solch zentrales Anliegen via Volksabstimmung beim Kanton deponiert, dann ist es wohl nicht mehr als fair, das zu akzeptieren und Konsequenzen zu ziehen. Wir haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat beim Traktandum 7 (Korridor Wildtiere/Langsamverkehr bei der A 4-Verzweigung Blegi) bereit ist, den Richtplan, der ja zwei Jahre weniger alt ist als der Teilrichtplan Verkehr, mal eben schnell abzuändern. Die gleiche Flexibilität erwarten wir bei einem für den Kanton mindestens ebenso wichtigen Projekt, der Zuger Stadtkernentlastung.

Louis **Suter** möchte im Namen der Raumplanungskommission kurz Stellung nehmen und auf vier für uns wichtige Punkte hinweisen.
1. Die Verkehrsvorhaben des kantonalen Richtplans sind konzeptionell, räumlich und prioritär aufeinander abgestimmt. Der Zeitpunkt der Realisierung, oder anders ausgedrückt die Prioritäten, können deshalb nicht beliebig gegen einander ausgetauscht werden. Wenn wir z.B. nur einen Teil des Kammerkonzeptes realisieren, so macht das Kammerkonzept als Ganzes keinen Sinn mehr, weil sich die erhofften Verkehrsverbesserungen nicht einstellen werden. Ebenso wäre es ein Irrtum zu glauben, der Bau des Stadttunnels könne beliebig vorgezogen werden. Ohne die zielgerichtete und vorherige Realisierung der geplanten Verkehrsvorhaben, welche den durch den Stadttunnel führen Verkehr abnehmen sollen, macht der Stadttunnel für sich allein wenig Sinn.
2. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es aus Sicht der RPK, trotz den erheblichen Verzögerungen und der Erkenntnis, dass der Realisierungszeitplan wohl zu ehrgeizig war, keine Gründe für eine frühzeitige Änderung der Prioritäten bei den strassenbaulichen Verkehrsvorhaben. Wir sind vielmehr der Meinung, dass die geplanten Strassenbauvorhaben zügig vorangetrieben werden müssen und alles von Seite der kantonalen und kommunalen Behörden, aber auch der eidgenössischen Parlamentarier, für eine möglichst schnelle Umsetzung der Bauvorhaben der 1. Priorität getan wird. Wird sind

uns bewusst, dass dieses Unterfangen nicht einfach ist. Viele – wohl zu viele – Eigeninteressen stehen auf dem Spiel. Wenn alle Lobbyisten, jede Gruppe, jede Organisation, jede Partei, jede Gemeinde ihre eigene Suppe kochen will, werden wir nie ans Ziel kommen. Darunter aber, dessen müssen wir uns bewusst sein, wird die Standortattraktivität des Kantons erheblich leiden.
3. Gemäss Richtplan hat die Regierung alle vier Jahre eine aktualisierte Prioritätsliste vorzulegen. Dies wird spätestens anfangs 2008 der Fall sein. Um zu diesem Zeitpunkt über eine allfällige Änderung der Prioritäten entscheiden zu können, müssen sehr gute Gründe vorliegen und aussagekräftige Entscheidungskriterien vorhanden sein. Nur so können sachliche und nicht emotionale oder regionalpolitische Entscheide gefällt werden. Die RPK hat deshalb der Baudirektion den Auftrag gegeben, entsprechende Abklärungen zu treffen
4. Die RPK unterstützt die von der Regierung vorgeschlagene Verwendung für die vom Souverän der Stadt Zug gesprochen 250'000 Franken. Damit können die Planungsstudien vertieft und die notwendige Raumfreihaltung für den zukünftigen Stadttunnel und für die räumliche Entwicklung der Stadt gesichert werden.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass zum ersten Mal ein Teil des Souveräns zu einem im Richtplan aufgeführten Projekt Stellung bezogen und diesen unterstützt hat. Zum ersten Mal seit 20 Jahren ist eine gewisse Deblockierung bei einer wichtigen Verkehrsfrage vorhanden. Zum ersten Mal ist eine Gemeinde bereit, zur Unterstützung eines Verkehrsvorhabens des Kantons Vorleistungen in Form von Geldleistungen im Betrage von 250'000 Franken zu erbringen, und die Regierung versteckt sich erneut hinter Formaljuristerei. Die Auslegung des Richtplans scheint der Regierungsrat sehr situativ anzuwenden, wenn nicht sogar willkürlich. Eine Stadtkernentlastung wäre auch aus wirtschaftlicher Sicht angezeigt. Wenn die Verkehrszunahme sich entsprechend den Prognosen des Regierungsrats als richtig erweisen wird, wird die Stadt Zug zum Stauzug. Einen solchen Imageschaden wollen wir uns nicht auch noch einhandeln. Der Souverän wünscht hier ein schnelleres Handeln und hat dies mit seiner Zustimmung zum Planungsbeitrag deutlich gemacht. Mit der in Aussicht gestellten aktualisierten Prioritätenliste des Richtplans bis im Jahr 2007 ist die SP-Fraktion einverstanden. Auf Grund der Vorarbeiten sollte dann auch eine klare Aussage zur Stadtkernumfahrung möglich sein. Sollte sich zeigen, dass eine schnellere Realisierung möglich und sinnvoll ist, wünscht die SP-Fraktion eine Verschiebung der Stadtkernumfahrung in die erste Priorität.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass die Planung zusammen mit der Stadt aufgenommen worden ist. Eine Verschiebung der Priorität bringt im Moment nichts. Wir können nicht mehr tun, als anfangen zu planen. Mit der Planung der ersten Priorität Verkehr des kantonalen Richtplans sind wir Gott sei Dank weiter. Und diese Planung sollten wir jetzt ja nicht stoppen. – Hans Christen hat in seiner Aufzählung vergessen, den Wenigerverkehr des heutigen Kantonsspitals abzuziehen. Die zwei Tranchen von je 125'000 Franken haben wir aber bereits abgemacht. – Martin Stuber, soll der Baudirektor die Gemeinde Unterägeri auffordern, auch eine Volksabstimmung über den Tunnel Unterägeri durchzuführen? Der Votant hat heute Morgen eine Streichung des Wildtierkorridors beantragt, er wird aber niemals eine Streichung des Stadttunnels beantragen.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

582 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND AUSWIRKUNGEN DER NFA AUF BEHINDERTENEINRICHTUNGEN, SONDERSCHULEN UND SPITEX-DIENSTE IM KANTON ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1276.2 – 11650).

Berty **Zeiter** ist der Ansicht, dass die Antwort der Regierung in Bezug auf die Spitex-Dienste am eindeutigsten ausgefallen ist. In diesem Punkt stellt die Regierung klar, dass es im Interesse der öffentlichen Hand liegt, dass dieses Angebot bedarfsgerecht ausgebaut wird, weil so letztlich am meisten Geld gespart werden kann. Ganz anders lautet dagegen die regierungsrätliche Antwort in Bezug auf die heilpädagogische Früherziehung. Der Kanton werde in Anwendung von § 37 des Schulgesetzes weiterhin Beiträge für die bisherigen IV-Fälle bezahlen. Offen sei, ob auch weiterhin Beiträge an die Nicht-IV-Fälle bezahlt werden, so die Regierung. Im Klartext heisst dies doch, dass Nicht-IV-Fälle aller Voraussicht nach keine Beiträge mehr erhalten werden. Das wäre allerdings ein Leistungsabbau mit Bumerang-Effekt. Mit der heutigen, aktuellen Regelung wird nämlich langfristig Geld gespart, denn so kommen Nicht-IV-Kinder über einen kurzen Zeitraum in den Genuss von anerkannten Therapien. Nicht-IV-Kinder sind entwicklungsauffällige Kinder, deren Schwierigkeiten dem von der IV festgelegten Schweregrad (noch) nicht entsprechen. Da sich die Lern- oder Entwicklungsschwächen oft bereits nach einer kurzen Therapiezeit sehr positiv verändern können, darf mit der heilpädagogischen Früherziehung nicht zugewartet werden, bis sich die Probleme verschlimmern. Es ist abzusehen, dass nicht therapierte Kinder Folgekosten generieren, welche die Allgemeinheit weit mehr belasten werden als die kurzsichtig eingesparten Therapiebeiträge.
In der Antwort auf Frage 6 schreibt die Regierung, dass sie vom Gesetz her verpflichtet sei, die Institutionen und Behindertenorganisationen bei der Erarbeitung des verlangten Behindertenkonzeptes einzubeziehen. Deshalb fragen wir die Regierung: Werden nur die im Gesetz erwähnten oder auch die bei uns bewährten Institutionen einbezogen? Es gibt neben dem Heilpädagogischen Dienst (HPD) auch eine zweite Stelle im Kanton mit diesem Angebot, die Arbeitsgemeinschaft Heilpädagogische Früherziehung, und diese betreut aktuell ca. einen Drittel der Kinder. Weiter gibt es auch noch die spezialisierte Früherziehung für blinde und sehbehinderte Kinder vom Sonnenberg. Wird die DBK die Möglichkeit wahrnehmen, im Schulgesetz ein Finanzierungsmodell zu entwerfen, das einen Leistungsabbau unattraktiv macht? Werden die Auswirkungen von Kostenverlagerungen auf Gemeindeebene auch zu Ende gedacht werden? Diese Kostenverlagerungen könnten auch sehr negative Auswirkungen haben auf die Heilpädagogik an der Regelschule.
Wir akzeptieren, dass die Regierung keine definitiven Zusagen machen kann, bevor nicht die zu Grunde liegenden Gesetze (Sozialhilfegesetz, Schulgesetz, Sonderschulkonzept) ausgearbeitet sind. Wir vermissen jedoch verbindlich formulierte Grundhaltungen und eine klare Stellungnahme zu Gunsten der schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft. Bei den durch den NFA tangierten Behindertenbereichen muss die optimale Leistungserbringung und nicht der Spareffekt im Vordergrund stehen. – Kürzlich wurde der Börsenguru Marc Faber in der Neuen Zuger Zeitung zitiert, der meinte: «Ich bin Ökonom, ich habe keine soziale Verantwortung.» Tags darauf wurde in derselben Zeitung Hans Reis vom Arbeitgeberverband zitiert, der mit folgenden Worten entgegnete: «Die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung liegt im eigenen Interesse der Unternehmen.» Und als Politikerin ergänze die Votantin mit

Überzeugung: Die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung liegt auch im Interesse der Politik.

Thomas **Lötscher** erinnert daran, dass die AF die einzige politische Gruppierung im Kanton Zug war, welche den NFA befürwortete, während die SP mit Blick auf die Behinderten sie ablehnte. Jetzt kommen die Alternativen mit einer Interpellation, in welcher sie sich die Interessen der Behinderten auf die Fahne schreiben. Der Votant will unseren alternativen Ratskollegen kein schlechtes Gewissen unterstellen, kann sich aber ein gewisses Schmunzeln nicht verkneifen – nur ein kleines, kaum sichtbares, quasi auf den Stockzähnen. Die FDP-Fraktion ist froh, dass der Regierungsrat den Braten gerochen hat und sich nicht zu verfrühten Zusagen zugunsten einzelner Interessengruppen hinreissen liess. Tür und Tor für weitere Präventivforderungen von Interessenvertretern zur Vermeidung von Sparanstrengungen wären geöffnet und der NFA könnte wohl nur noch über Steuererhöhungen finanziert werden. Louis Suter beispielsweise würde vielleicht vorbeugende Forderungen für die Bauern platzieren, Josef Zeberg für die Fische und Karl Betschart für die Baarer Fasnacht. Nein, das werden sie natürlich nicht; denn sie sind sich ihrer Verantwortung für den ganzen Kanton bewusst. Sie werden dem Regierungsrat Gelegenheit geben, eine umfassende Lösung für die NFA-Finanzierung zu präsentieren. Eine Lösung, welche die Last breit verteilt und eine möglichst umfassende Opfersymmetrie anstrebt. Derzeit sind erst Lösungsskizzen ersichtlich und Thomas Lötscher muss gestehen, dass ihm auch nicht alles gefällt, was er da kommen sieht. Aber er ist überzeugt, dass wir den Regierungsrat erst aufzeigen lassen sollten, wie er die Aufgaben neu verteilen und wo er sparen will, um dann allenfalls die Lösung zu optimieren. Ein Vorpreschen mit Einzelinteressen führt zu Verzögerungen, trübt die Übersicht und weckt Erwartungen, die dann vielleicht enttäuscht werden. Gerade behinderte Mitmenschen und ihre Organisationen sollten wir nicht benutzen für ein politisches Tauziehen, zumal es vielleicht völlig unnötig ist. Es ist noch früh genug, solche Auseinandersetzungen sachlich zu führen, wenn und falls konkrete Vorlagen Anlass dazu bieten. Die FDP hofft deshalb, dass weitere Vorstösse unter dem Motto «Sparen ja, aber nicht bei mir» unterbleiben und der Regierungsrat sich auf das Gesamtbild konzentrieren kann.

Andrea **Erni** hält fest, dass die SP-Fraktion die ausweichenden Antworten des Regierungsrats mit Befremden zur Kenntnis nimmt. Wir akzeptieren, dass zum heutigen Zeitpunkt keine abschliessenden Angaben über zukünftige Finanzierungen und Leistungen gemacht werden können. Im Minimum aber hätten wir zumindest eine Absichtserklärung erwartet. Die Beantwortung als Ganzes hinterlässt einen schalen Nachgeschmack, vor allem, wenn dann auch noch in der regierungsrätlichen Schwerpunktspolitik unter Punkt 6.3, Behinderte, als Einzigstes der Satz zu lesen ist: «Er (der Kanton) stellt die Qualität der Behindertenbetreuung möglichst sicher.» Da dürfen wir jetzt wohl rätseln, was dies wohl zu bedeuten hat. Die SP des Kantons Zug hatte nach langen Diskussionen die Nein-Parole zum NFA beschlossen. Dies, weil mit Annahme des NFA ein gut funktionierendes, gerechtes, überkantonales System durch 26 kantonale Lösungen ersetzt wird, und so die Ungleichbehandlung vorprogrammiert ist. Wir hoffen sehr, dass wir im Kanton Zug unseren psychisch, physisch und geistig behinderten, lernbeeinträchtigten und kranken Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen interkantonalen Verteilkampf um ihre Leistungen ersparen. Wir hoffen, dass die Bürgerlichen, welche die Deregulation der IV-Leistungen als Grund zur

Ablehnung des NFA genannt haben, sich auch später daran erinnern werden. Die SP ist bereit, an den verschiedenen Vernehmlassungen und Konzepten mitzuarbeiten und mitzudenken. Sie wird sich für qualitativ gute und ausreichende Hilfe für Behinderte, Lernbeeinträchtigte und Kranke einsetzen, und die Votantin hofft, dass auch Sie das tun werden.

Martin **Stuber** möchte einige Sätze zu Thomas Lötscher vorbringen. – Als wir die Parole diskutiert haben, waren wir uns sehr wohl bewusst, dass das ein grosses Problem ist mit der Behindertenfrage. Wir haben trotzdem ja gesagt, weil wir Prioritäten gesetzt haben. Wir haben aber gleichzeitig explizit beschlossen, dass wenn der NFA durchkommt, wir es als unsere Aufgabe betrachten werden, dafür zu sorgen, dass in den Kantonen nachher nicht auf dem Buckel der Behinderten gespart wird. Das ist der Grund, weshalb wir gleich nach der Abstimmung interveniert haben. Wir machen eine konsequente Politik. Der Votant möchte nicht sagen, dass wir als Alternative nie ein schlechtes Gewissen haben müssen. Aber in dieser Frage brauchen wir wirklich keines zu haben.

Matthias **Michel**, Direktor für Bildung und Kultur, nimmt Stellung zu einigen Fragen im Bereich Sonderschulwesen. Zuerst zur heilpädagogischen Früherziehung. Es ist so, dass der NFA uns verpflichtet, in diesem Bereich ein Angebot zu haben. Und die NFA-Gesetzgebung unterscheidet nicht zwischen IV- und Nicht-IV-Fällen. Diese Unterscheidung haben wir bis anhin gemacht, aber mit dem Rückzug der IV wird es diese Unterscheidung nicht mehr geben. Von daher ist es eigentlich eine Hilfsbegründung, die wir in der schriftlichen Begründung gemacht haben. In der Zukunft werden die Kantone untereinander – wir sind hier am Arbeiten – feststellen, welche Fälle therapiert werden müssen. Und da gibt es heute derart viele Krankheitsbilder, dass diese bisherige Unterscheidung ohnehin fragwürdig geworden ist. Im heutigen Zeitpunkt können wir für die Zukunft nicht mehr von dieser Abgrenzung sprechen. Und es ist schliesslich dann eine fachliche Frage, welche Fälle auch im Vorschulbereich einer Therapie bedürfen. Der Votant setzt sich dafür ein, dass diese Frage nicht verpolitisiert wird. Er bittet um Berücksichtigung, dass wir Ihnen nicht heute schon diese hochkomplexen fachlichen Fragen darlegen können, die Ergebnisse sind schlichtweg noch nicht da. Aber wie gesagt, die Verpflichtung haben wir, und wir stehen auch zur heilpädagogischen Früherziehung, weil wir damit gute Erfahrungen gemacht haben.
Zur Frage der Prioritäten bei der Ausarbeitung des neuen Schulgesetzes. Die Frage geht in die Richtung Aufgabenteilung im Schulbereich. Es ist ja bekannt, dass wir auch bei der nächsten Änderung des Schulgesetzes, wo es um Qualitätsentwicklung in den Gemeinden geht, ihnen mehr Autonomie und Entscheidungsfreiheit geben wollen. In diesem Zusammenhang steht natürlich dann auch die Kostenteilung bezüglich Subventionierung der Lehrerbesoldung. Hier halten wir es einfach so, dass wir die heilpädagogischen Dienste – die Logopädie oder die Psychomotorik – nicht schlechter behandeln als die übrigen subventionierten Besoldungen, wie die der Lehrpersonen. Wie auch immer dieser Kostenteiler lautet, den Sie in diesem Rat dann beschliessen werden: Unsere Grundhaltung ist, dass diese Schuldienste bezüglich der Beiträge des Kantons gleich behandelt werden, auf jeden Fall nicht schlechter.
Zum Finanzierungsmodell – ob man Anreize schaffe, hier keinen Leistungsabbau zu machen. Die Frage muss anders gestellt werden. Es geht heute darum, dass wir das

Angebot an Sonderschulen auf die Nachfrage abstimmen. Und hier haben wir Ungleichgewichte. Wir haben in gewissen Bereichen ein sehr grosses Angebot, das dann häufig auch die Nachfrage bestimmt. Das ist im Sprachheilbereich der Fall. Wir haben aber den Oberstufenbereich, wo wir ein zu knappes Angebot haben und auf ausserkantonale Möglichkeiten angewiesen sind. Und auch die Frage des Finanzierungsmodells lösen wir nicht als Kanton allein, sondern im Verbund mit anderen. Umso mehr braucht auch dieser Bereich noch entsprechende Bearbeitung.
Zur Frage Leistungsabbau. Wenn wir weniger Kinder in Sonderschulen haben, ist das natürlich kein Leistungsabbau. Wenn wir diese Kinder womöglich in die Schule integrieren, ist das ein Leistungs- und Qualitätszuwachs. Diese Entwicklung zu vermehrter Integration muss natürlich auch berücksichtigt werden.
Noch zu einem Punkt, der im Rahmen der Steuergruppe zur Aufgabenteilung eingebracht wurde, wo wir daran arbeiten, dass der Kanton verstärkt Steuerung übernimmt im Bereich Sonderschulwesen. Heute sind es ja die Gemeinden, welche die Schüler zuweisen. Die Vorstellung besteht, dass der Kanton hier im Sinne der Gleichberechtigung für eine einheitliche Praxis dafür sorgt, dass über alle Gemeinden hinweg die gleichen Kriterien betreffend Zuweisung an Sonderschulen gelten und gleich angewendet werden. Auch das ist keine Frage des Leistungsabbaus, sondern der Qualität, die hier sichergestellt wird.
Schliesslich zur Frage der Grundhaltung im sonderpädagogischen Bereich, die in der Beantwortung vermisst wird. Über den NFA wurde soeben abgestimmt. Wir kennen seit kurzem Erhebungen im Sonderschulbereich, erarbeiten jetzt Strategien und werden diese noch vor dem Sommer dem Regierungsrat vorlegen – und die werden dann auch veröffentlicht. Strategien im Hinblick auf ein neues sonderpädagogisches Konzept, wo es dann darum geht, wie gesteuert wird, welche Bereiche im Sonderschulbereich wir ausbauen müssen und welche zurückfahren, und wie in Zukunft Leistungsvereinbarungen mit diesen Sonderschulen aussehen werden. Dieser Bereich ist im Fluss, und der Bildungsdirektor ist dagegen, dass wir punktuell irgendwelches Halbwissen aus Arbeiten herauspflücken, ohne dass wir ein Gesamtkonzept oder eine Grundhaltung vorlegen können. Das ist der Grund, weshalb wir Ihnen hier nicht einfach einige zusätzliche Sätze hingeschrieben haben.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

583 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 24. März 2005

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

43. SITZUNG: DONNERSTAG, 24. MÄRZ 2005

8.30 – 12.25 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

584 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Christian Siegwart, Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Beat Zürcher, Baar; Gregor Kupper, Neuheim.

585 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass sich die Strassenbaukommission zu einer Terminabsprache betreffend Objektkredit für eine neue Sol- und Salzbeladeanlage im Werkhof Hinterberg in Steinhausen trifft. Diese Vorlage ist noch nicht versendet worden. Die Terminabsprache erfolgt wegen der zeitlichen Dringlichkeit bereits heute. Die Fraktionschefkonferenz hat der vorzeitigen Aufnahme der Kommissionstätigkeit zugestimmt.

586 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. Februar 2005.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Einbürgerungsgesuche.
   Antrag des Regierungsrats (Nr. 1312.1 – 11669).

4. Gesetzesinitiative von Tony Stocklin, Steinhausen, betreffend "Stopp dem Zwang zum Passivrauchen".
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1293.1 – 11631) und der Kommission (Nr. 1293.2 – 11679).
5. Umsetzung der aktualisierten Finanzstrategie 2004 bis 2010: Wachstumsabschwächungen des Personalaufwands und der Beiträge mit Zweckbindung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1280.1/.2 – 11592/93), der Kommission (Nr. 1280.3 – 11662) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1280.4 – 11665).
6. Vollzug des Strassenbauprogramms 2004-2011, Kreditbegehren ÖV 22 und BU 22, Kantonsstrasse H, Stadt Zug, betreffend Erstellung einer Busspur und teilweiser Belagssanierung der Steinhauserstrasse (Abschnitt Riedmatt-Chamerstrasse).
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1291.1 – 11618), der Strassenbaukommission (Nr. 1291.2 – 11663) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1291.3 – 11664).
7. Motion von Marcel Meyer betreffend Machbarkeit einer Autobahnraststätte auf dem Zuger Nationalstrassennetz (Nr. 1066.1 – 11012).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1066.2 – 11666).
8. Interpellation von Karl Rust betreffend Freizügigkeit im Personenverkehr ab 01.06.2004: Missbrauchsverhinderung mit Erfassen der kritischen Beitragspflichtigen (Nr. 1283.1 – 11600).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1283.2 – 11680).

587 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 24. Februar 2005 werden genehmigt.

588 MOTION VON LILIAN HURSCHLER-BAUMGARTNER BETREFFEND JUGENDSCHUTZ BEIM VERKAUF VON TABAKWAREN

Lilian **Hurschler-Baumgartner**, Risch, sowie sieben Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 8. März 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1318.1 – 11678 enthalten sind.

Manuel **Aeschbacher** weist darauf hin, dass die vorliegende Motion in starkem Zusammenhang mit dem heutigen Traktandum 4 steht, der Gesetzesinitiative «Stopp dem Zwang zum Passivrauchen». Eine komfortable Mehrheit der vorberatenden Kommission dieses Geschäfts spricht sich in ihrem Bericht ganz klar und unmissverständlich für den eingeschlagenen Weg der Regierung in Sachen Tabakpräventionsstrategie aus. Das hier zur Diskussion stehende Begehren aber verlangt nun, dass zügig Gesetzesvorlagen ausgearbeitet werden, die dem pragmatischen Vorgehen der Regierung in dieser Sache widersprechen. Stellen Sie sich zum Vergleich folgende Situation vor: Sie entschliessen sich, gemütlich im Regionalzug von A nach B zu fahren, mit der Sicherheit, dass Sie – vielleicht nicht auf schnellstem Weg. aber sicher – in B ankommen werden. Auf halber Strecke erfasst Sie plötzlich die Idee,

aus dem fahrenden Zug auszusteigen und sich auf den nachfolgenden Cisalpino aufzuschwingen. Ausser einem Beinbruch und einem verpassten Zug würden Sie keinen Gewinn aus dieser Aktion ziehen. Eine Schlussfolgerung, die sich auf unseren Fall ummünzen lässt. Die Motion steht klar im Widerspruch zur Meinung der Regierung und der vorberatenden Kommission bezüglich Tabakpräventionsstrategie und weiterführenden Massnahmen. Versetzen Sie diesen beiden Gremien keinen Dolchstoss in den Rücken, sondern unterstützen Sie den Antrag der SVP-Fraktion, die vorliegende Motion sei nicht zu überweisen.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion nicht der Meinung von Manuel Aeschbacher ist. Wir sind ganz klar der Meinung, dass diese Motion überwiesen werden sollte. Wenn die SVP-Fraktion die Meinung der Regierung und der Kommission schon vorwegnimmt, ist das von uns aus gesehen unzulässig. Dieses Thema dürfen und müssen wir noch einmal diskutieren. Es sind andere Ansätze in dieser Motion als in der Gesetzesinitiative, welche wir heute beraten. Wir bitten den Rat dringen, die Motion zu überweisen und die Regierung zu Wort kommen zu lassen.

Für Lilian **Hurschler-Baumgartner** kam nicht ganz klar zum Ausdruck, was formell oder inhaltlich gegen die Überweisung ihrer Motion spricht. Der Antrag auf Nichtüberweisung kommt für sie sehr überraschend, vor allem deshalb weil Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus allen Fraktionen – auch aus der SVP – die Motion unterzeichnet haben. Wir besprachen in der Kommission, dass wir gemeinsam als Kommission keine Motion verfassen werden. Nicht mehr und nicht weniger. Es wäre der Votantin neu, dass ein Verbot oder eine Sperre ausgesprochen wurde, als einzelnes Kommissionsmitglied eine Motion einzugeben. Sie hat die Motion allen Kommissionsmitgliedern gezeigt und ihnen die Möglichkeit gegeben, diese zu unterzeichen.
Die Erkenntnis, dass der Grossteil der Jugendlichen, die bis zum 18. Lebensjahr nicht mit Rauchen begonnen haben, auch danach nicht mit Rauchen beginnen, zeigt auf, dass der Jugendschutz beim Verkauf von Tabakwaren sehr wichtig und sinnvoll ist. Eine Tabakprävention, wie sie von Fachleuten vorgeschlagen wird, basiert auf den fünf Säulen Rauchverbote, Werbeeinschränkungen, hohe Tabaksteueren, Prävention und eben Verkaufsverbote an Minderjährige. Alle zusammen sollen ein umfassendes Massnahmenpaket ergeben.

➔ Der Rat beschliesst mit 38 : 29 Stimmen, die Motion zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweisen.

589 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IM KANTON ZUG

Die **Alternative Fraktion** hat am 17. Februar 2005 die in der Vorlage Nr. 1313.1 – 11672 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat 13 Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

590 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND ANGEKÜNDIGTE SENKUNG DER VERZINSUNG DER GUTHABEN BEI DER KANTONALEN PENSIONSKASSE

Die **Alternative Fraktion** hat am 23. Februar 2005 die in der Vorlage Nr. 1311.1 – 11668 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

591 INTERPELLATION DER SP-FRAKTION BETREFFEND ERHALT DER STANDORTQUALITÄTEN DES KANTONS ZUG

Die **SP-Fraktion** hat am 28. Februar 2005 die in der Vorlage Nr. 1314.1 – 11673 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zehn Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

592 INTERPELLATION VON EUSEBIUS SPESCHA BETREFFEND NEUFORMULIERUNG DER VERFASSUNG

Eusebius **Spescha**, Zug, hat am 8. März 2005 die in der Vorlage Nr. 1317.1 – 11677 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zwei Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

593 PETITION VON XAVER VONESCH BETREFFEND WAHLKREISE

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass Xaver Vonesch am 22. März 2005 eine Petition eingereicht hat, mit der im Wesentlichen gefordert wird, dass die Verfassung geändert wird und für die Kantonsratswahlen neue Wahlkreise gebildet werden; § 49 Abs. 3 WAG sei zudem ersatzlos zu streichen.
§ 41 der Geschäftsordnung lautet: Stehen Petitionen im Zusammenhang mit einem vor dem Rat hängigen Beratungsgegenstand, so werden sie von der betreffenden kantonsrätlichen Kommission begutachtet. Die Begehren des Petenten werden zurzeit in der kantonsrätlichen Kommission betreffend Totalrevision des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen behandelt. Die Petition wird folglich dieser Kommission zu Bericht und Antrag überwiesen. Es stellt sich zudem die Frage, ob diese Petition gemäss § 19 Abs. 2 Bst. b der Geschäftsordnung auch noch der Justizprüfungskommission zu überweisen ist. Danach begutachtet die JPK Petitionen. Die Kantons-

ratspräsidentin schlägt dem Rat jedoch vor, dass auf Grund der spezielleren Bestimmung in § 41 der GO diese Petition nur der Kommission WAG und nicht auch noch der JPK überwiesen wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

594 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Antrag des Regierungsrats (Nr. 1312.1 – 11669).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

26 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

a) 3 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 32 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

595 GESETZESINITIATIVE «STOPP DEM ZWANG ZUM PASSIVRAUCHEN»

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1293.1 – 11631), der Kommission (Nr. 1293.2 – 11679) und der Kommissionsminderheit (Nr. 1293.3 – 11681).

Jacques-Armand **Clerc** vertritt als Kommissionspräsident zugleich die grossmehrheitliche Meinung der CVP-Fraktion. Die Kommission lehnt die Initiative mit 13 : 2 Stimmen ab.
Zum Bericht. Trotz dem eindeutigen Resultat wurde er doch sehr ausgewogen abgefasst. Es kann ja nicht sein, dass er in erster Linie die demokratische Minderheitsmeinung vertritt. Wo bleibt da das demokratische Verständnis? Zudem war es keine Kommission, die über Raucherprävention zu entscheiden hatte, sondern lediglich über die Initiative Stocklin. Diese war zu beurteilen mit ihrer ganzen Tragweite und Konsequenz, vor allem für die Zuger Gastronomie. Generell muss man sich fragen, ob der Staat wirklich die Aufgabe hat, mit Polizei und Justiz dem Wirt vorzuschreiben, wer in seinem Lokal was für legale Genussmittel geniesst? Wie stark ist die

Gefährdung auf andere? Müssen diese sich dort aufhalten, wo rauchen gestattet ist, wenn sie nicht wollen? Nein befand die Kommission. Es gibt Alternativen, so wie es auch alkoholfreie Restaurants gibt. Es gibt zu diesem Zweck sogar einen Gastroführer für den Kanton Zug. Niemand ist somit gezwungen, gerade in dieses Restaurant zu gehen. Für jene, die Angst haben vor dem Rauch oder ihn ablehnen, gibt es eine wachsende Palette von Gastrobetrieben im Kanton Zug. Die Kommission konnte zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr Gastrobetriebe im Kanton Zug sehr wohl auf Anstand und Rücksicht bauend rauchfreie Zonen, wenn möglich sogar eigene Räume oder ganze Lokale anbieten und ohne Gesetzesvorschrift auch über gute Lüftungen verfügen. Auch hätte man keine Freude an exklusiven Raucher-Clubs, die so entstehen könnten. Wenn die Zahlen der «untoleranten Nichtraucher» stimmen, wird das heutige Bild bald vom Markt selbst reguliert, alles deutet darauf hin. Es ist nicht abzustreiten, dass die Zahl der Raucher abgenommen hat. Die Kommission lobte die gute Arbeit der Regierung zu diesem Thema und ermunterte die Gesundheitsdirektion, in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Verbänden (z.B. Krebsliga) ihre Arbeit fortzuführen und die Leute über die Risiken und Probleme des Rauchens aufmerksam zu machen.
Zur Prävention ganz allgemein. Das Thema wurde diesem Zusammenhang zwangsläufig diskutiert. Einstimmig ist die Haltung der Kommission in allen Fragen des Jugendschutzes, und sie hat klar den Willen, weitere Massnahmen in Betracht zu ziehen, z.B. ein Werbeverbot laut Genfer Modell und wenn möglich Einschränkungen beim Verkauf von Tabakwaren an Jugendliche. Erschreckend ist, dass die jungen Mädchen und Frauen offenbar dem Tabakkonsum immer noch zunehmend frönen. Daher an sie der Appell: Rauchen wirkt nicht cool, sondern verleitet sehr schnell zu übermässigem Konsum. Die Tabakindustrie macht die Tabakwaren immer handlicher, damit in allen möglichen und unmöglichen Lagen geraucht werden kann. Die Pfeife des Grossvaters ist out. Sie ist zu umständlich für die heutige Zeit, sogar im Appenzell und auf der Alp ist sie der Zigarette gewichen. Der Kautabak ist schon länger nicht mehr üblich und das Rauchen von Zigarren oder der Stumpen dauert oft zu lange. Die Wasserpfeife ist bei uns noch nicht so üblich. Bei der Generation unserer Väter, die auch sehr alt wurden und gesund blieben, ist zu erwähnen, dass sie trotz allem mehr an der frischen Luft waren und der Konsum vom Anstand oder von den Lebensumständen her geringer war. Bei den Frauen war das Rauchen aus gutem Grund tabu. Die Autorität der Eltern war ungebrochen. Junge hatten nicht zu rauchen, sicher nicht vor den Eltern. Heute werden die Raucher immer jünger, und da erhofft sich die Kommission von der Gesundheitsdirektion klar ein notwendiges Gegensteuer. Es bleibt der Kommission auch unverständlich, wie sich Eltern gegenüber rauchenden Kindern tolerant zeigen können. Ansonsten sind wir für eine liberale Haltung, die aber in der Prävention wie gesagt ihre laufenden Bemühungen ausbauen soll. Der Jugendschutz wird gross geschrieben.
Der AF möchte der Votant in Erinnerung rufen, dass es noch nicht viele Jahre her ist, als sie die völlige Liberalisierung in der Gastronomie gefordert hatte. Keine Lüftungsvorschriften in den Gastrobetrieben, kein Wirtepatent mehr, keine Raumvorschrift etc.. Damals wehrte sich Kantonsrat Jost Arnold als Wirt vehement. Er verwies in seinen Befürchtungen auf einige künftige Probleme hin. Die liberale Haltung von Regierungsrat Uster und Jo Lang obsiegten. Auch Jacques-Armand Clerc war damals erstaunt über diesen Mut und er stimmte der liberalen Haltung zu. Heute haben wir keine Vorschriften mehr über Lüftungen, Lokalgrösse, Bestuhlung usw., und jetzt will ausgerechnet die AF wieder durch ein Gesetz bessere Lüftungen, Saalabtrennungen etc. errichten. Nötig wäre hier aber vor allem Liberalität und Toleranz gegenüber anderen. Ist es Ironie des Schicksals, dass der vom Plakat lachende

freie Texaner Cowboy bald nur noch in einem arabischen Kaffeehaus seine Zigarette rauchen kann? Zum Schluss noch dies: Wenn Mehrheiten wegen dem Tabak unter Minderheiten leiden müssen, wird die Wirtschaft dies schnell von sich aus regeln. Wenn Minderheiten von Mehrheiten Berichte verlangen, die nicht der Mehrheit entsprechen, so müssen diese auch nicht immer mit Mehrheiten argumentieren.
Zurück zum Thema. Die Mehrheiten von Kommission und CVP-Fraktion empfehlen die Ablehnung der Initiative von Anton Stocklin. Als positiv kann festgehalten werden, dass die Initiative das Thema im Kanton Zug aktualisiert hat, und damit auch der Regierung in ihren präventiven, aber liberalen Bemühungen den Rücken stärkt.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** spricht im Namen von Kommissionsminderheit und AF. Zuerst möchte sie der Regierung für den fundierten Bericht und dem Kommissionspräsidenten für die rasche Zustellung des Kommissionsberichts danken. Dies hat es ihr erlaubt, den Minderheitsbericht erst danach zu verfassen. – Sicher kommen Ihnen mindestens eines der folgenden Beispiele bekannt vor:
– Sie betreten ein Restaurant und fragen nach der Nichtraucher-Ecke. Es gebe keine, ist die Antwort. Was tun Sie? Verlassen Sie das Restaurant und suchen Sie ein Nichtraucherrestaurant? Oder suchen Sie sich dennoch einen Platz in diesem Restaurant und nehmen den Rauch in Kauf?
– Sie sitzen in einem Restaurant bei einem feinen Essen und neben ihnen wird geraucht, ohne dass Sie gefragt wurden, ob Sie der Rauch störe. Was tun Sie? Tolerieren Sie den Rauch oder bitten Sie die rauchende Person, die Zigarette zu löschen?
– Kindervorstellung im Kino: Während der Pause rauchen einige Eltern. Was tun Sie? Gehen Sie mit ihren Kindern raus, egal ob es regnet oder schneit? Bitten Sie die rauchenden Eltern nicht mehr zu rauchen, oder verlangen Sie den Chef und bitten ihn, während Kindervorstellungen Rauchverbote einzuführen? Oder sagen Sie sich ganz einfach: Das bisschen Rauch wird meinem Kind sicher nicht schaden.
Diese drei Beispiele zeigen auf, dass es gar nicht so einfach ist wie man sich als Person, die sich vom Rauch anderer belästigt fühlt, verhalten soll. Das einfachste ist, öffentlich zugängliche Räumlichkeiten, in denen in den meisten Fällen geraucht werden darf, zu meiden. Das würde aber bedeuten, dass man sich selber stark isoliert. Die zweite Möglichkeit ist, sich dem Rauch anderer auszusetzen und tolerant zu sein. Die dritte Variante ist, sich für den Nichtraucherinnenschutz stark zu machen und immer wieder darauf hinzuweisen, dass rauchfreie Kinos, Bahnhöfe, Einkaufszentren und Restaurants ein Bedürfnis sind. Dieser Weg ist sicher der anspruchsvollste, und man muss damit rechnen, sich nicht bei allen beliebt zu machen.
In vielen Punkten sind wir uns alle einig. Rauchen und Passivrauchen sind gesundheitsschädigend. Massnahmen, die der Bevölkerung helfen, gar nicht erst mit rauchen anzufangen, wie auch Massnahmen, die den Rauchenden helfen, mit Rauchen aufzuhören, sind wichtig und nötig. Aufklärung über die gesundheitlichen Risiken des Rauchens und des Passivrauchens sind wichtig. Prävention, wie sie von Fachleuten vorgeschlagen wird, beruht aber nicht nur auf Aufklärung, sondern beinhaltet fünf Standbeine: Rauchverbote, Werbeverbote, hohe Tabaksteuern, Verkaufsverbote an Jugendliche und eben Aufklärung.
Im Kanton Zug läuft viel in Sachen Aufklärung und Werbeverbote (wie Sie den Erläuterungen des Kommissionspräsidenten eben entnehmen konnten). Dieses Engagement verdient Anerkennung und Lob. Es gibt aber noch Verbesserungspotential. So hat die Schweiz die tiefste Tabaksteuer Westeuropas, obwohl bekannt ist, dass der Preis Auswirkungen aufs Kaufverhalten hat. Verkaufsverbote an Jugendliche gibt es

noch nicht. Die Votantin hofft, dass die von ihr eingereichte Motion auch hier Verbesserungen im Jugendschutz bringen wird. Rauchverbote gibt es in der Schweiz nur in öffentlichen Verkehrsmitteln und in einigen wenigen Nichtraucherrestaurants (im ganzen Kanton Zug hat es aktuell elf Nichtraucherrestaurants). Dies erstaunt umso mehr, weil Rauchverbote ein wichtiger Teil einer umfassenden Tabakprävention sind. Die Kommissionsminderheit und die AF sind der Meinung, dass es analog zum Strassenverkehr klare Regeln braucht, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Raucherinnen und Raucher sollen weiterhin rauchen dürfen, aber nicht überall. In öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten, die für jeden und jede offen sind, soll der Nichtraucherschutz gewährleistet sein. Wer den Blick über die Kantonsgrenzen wirft, sieht dass in anderen Kantonen einiges in diese Richtung läuft. Lilian Hurschler verweist auf die Kantone Tessin und Baselland, über die sie im Bericht eingehend berichtet hat. Bis heute kennt der Kanton Tessin als einziger Kanton Rauchereinschränkungen in Restaurants. Werfen wir den Blick über die Landesgrenzen, so stellen wir fest, dass viele europäische Länder die Tabakprävention stark intensiviert haben und einige Länder Rauchverbote im öffentlich zugänglichen Raum bereits umgesetzt haben (Irland als erstes europäisches Land; aber auch Italien und Norwegen). Während in diesen Ländern die Zahl der Raucherinnen die Anzahl Raucherinnen gesenkt werden konnte, sind die Zahlen in der Schweiz mehr oder weniger stabil geblieben.
Die Gesetzesinitiative fordert die Wahlfreiheit jedes einzelnen, ob man sich dem Passivrauch aussetzen will oder nicht. So wie wir beim Zugfahren wählen können, ob wir in einem Raucher- oder in einem Nichtraucherabteil Platz nehmen wollen, sollen wir überall im öffentlich zugänglichen Raum wählen können. Wir bedauern sehr, dass sowohl die Regierung als auch die Kommissionsmehrheit die Gesetzesinitiative zur Ablehnung empfehlen und auch keinen Gegenvorschlag bringen. Im Kommissionsbericht hat die Votantin deshalb den Antrag gestellt, die Gesetzesinitiative Stopp dem Zwang zum Passivrauchen anzunehmen. Die AF unterstützt diesen Antrag. Diese Initiative bietet die einmalige Chance, den Nichtraucherinnenschutz im öffentlich zugänglichen Raum endlich zu gewährleisten.

Malaika **Hug** weist darauf hin, dass der vom Kommissionspräsidenten erwähnte texanische Cowboy an Lungenkrebs gestorben ist. Sie hält fest, dass die SP-Fraktion die Gesetzesinitiative ohne Gegenvorschlag ablehnt. Warum? Jeder Mensch ist für seine Gesundheit selbst verantwortlich. Es ist uns aber völlig klar, dass das Problem darin besteht, dass die meisten Menschen unfreiwillig dem Passivrauch ausgesetzt sind. Es ist uns ebenfalls völlig klar, dass Passivrauchen nicht verharmlost werden darf und dass dadurch gesundheitliche Schäden entstehen können. Dennoch sind wir der Meinung, dass dieses Problem nicht auf gesetzlicher Ebene geregelt werden muss, sondern vor allem durch die Eigenverantwortung und die Selbstinitiative der Wirte als auch der Raucherinnen und Raucher selbst. Wir erachten daher die Idee von «rauchfrei geniessen» als äusserst gut. Wo getrennte Räume möglich sind, sollten solche zur Verfügung gestellt werden, sofern der betreffende Wirt dies verantworten kann. Ein Wirt, der mehrheitlich rauchende Gäste hat, ist nicht daran interessiert, diese zu verlieren. Wir zählen daher sehr auf die Eigeninitiative und die Vernunft der einzelnen Wirte. Ein Nebeneinander von Raucherinnen und Raucher sollte doch möglich sein – beide Parteien sollten sich dabei aber bewusst sein, dass es ein Nehmen und ein Geben ist. Jede sollte daher etwas dafür geben, dass ein Nebeneinander möglich ist. Die Aussage, dass Raucherinnen und Raucher in der Minderheit sind, sollte kein Argument dafür sein, diese Menschen aus dem öffentlichen

Leben zu streichen. Wir unterstützen die Ziele der Tabakprävention der Gesundheitsdirektion des Kantons Zug. Der Einstieg muss vermieden werden, denn vor allem immer mehr Minderjährige greifen zum Glimmstengel. Prävention sowohl in der Schule als auch im öffentlichen Leben und nicht zuletzt in den eigenen vier Wänden muss vermehrt forciert werden! Auf die Gefahren von Rauchen und Passivrauchen muss aufmerksam gemacht werden! Tabakwerbung im Kino ist hierbei leider alles andere als nützlich.
Der Ausstieg muss unterstützt werden. Viele Raucherinnen und Raucher wären froh, endlich den Absprung zu schaffen. Ohne Unterstützung ist dies jedoch äusserst schwierig. Ein Ausstieg ist für uns in zweierlei Hinsicht von grossem Nutzen. Erstens wird so das Krankheitsrisiko der Raucher vermindert, und somit werden Krankheitskosten und daraus folgende Arbeitsausfälle reduziert. Zweitens sind weniger Menschen dem Passivrauch ausgesetzt. Schliesslich sollten Nichtraucherinnen und Nichtraucher vor Passivrauch geschützt werden. Dies jedoch – wie bereits erwähnt – *nicht* auf gesetzlicher Ebene. Zudem müssen wir hierbei nicht bloss an die Gäste in Gastronomiebetrieben denken, sondern vor allem auch an das dortige Personal! Dieses ist zum Teil stundenlang Tabakrauch ausgesetzt. Es ist uns von der SP-Fraktion sehr wichtig, dass in diese Richtung etwas unternommen wird. Dennoch greift die Gesetzesinitiative unseres Erachtens zu weit und wir unterstützen den Antrag von Regierung und vorberatender Kommission.

Manuel **Aeschbacher** schlägt dem Rat im Namen der SVP-Fraktion vor, dem Antrag der vorberatenden Kommission und der Regierung zu folgen, die Gesetzesinitiative sei ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Der Kommissionsbericht widerspiegelt die Haltung der SVP-Fraktion ziemlich genau. Wir teilen die Bedenken der Kommission, dass diese Initiative in der Praxis nur sehr schwer umsetzbar sein würde. Es müsste sogar ein Papiertiger befürchtet werden, denn nur schon die Definition «in allen öffentlich zugänglichen Lokalitäten» lässt Interpretationsspielraum offen. Und sie bringt zugleich auch die Erkenntnis mit, dass damit nur ein Tropfen auf den heissen Stein gegeben würde: Denn wer schützt zum Beispiel Kinder vor Passivrauch zu Hause? Die Eigenverantwortung von Eltern und Gesellschaft ist gefragt, und nicht eine praxisuntaugliche Regelung. Klar ist für die SVP-Fraktion auch, dass die Nachfrage das Angebot bestimmen wird. Kein Wirt kann es sich heute leisten, auf die Gruppe der Nichtraucher und Nichtraucherinnen zu verzichten. Und tut er es doch, so wird er aus Geschäftsinteresse bald einsichtig werden. Wir sind überzeugt davon, dass ohne staatliche Intervention ein Nebeneinander von Rauchenden und Nichtrauchenden möglich ist, ja sogar sein muss. Die Tabakpräventionsstrategie der Regierung und die Ausführungen der Kommission dazu nehmen wir gerne zur Kenntnis.

Barbara **Strub** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion einig ist, dass Nichtraucherinnen und Nichtraucher vor dem Passivrauch geschützt werden sollen. Die Frage ist nur, ob dies vom Kanton aus per Gesetz verordnet werden muss. Die vorliegende Initiative verlangt dies. Wir haben in der Kommissionsarbeit gemerkt, dass es schwierig sein wird, zu definieren, wo eine öffentlich zugängliche Lokalität anfängt und wo es sich um privates Eigentum handelt. Ebenfalls ist es eine Illusion zu glauben, dass die vorliegende Initiative in den Zuger Restaurants zu einem Rauchverbot führen wird. Ein solches wird nämlich im Initiativtext nicht verlangt. Die gemeinsame Kampagne und die vorbildlichen Anstrengungen der Gesundheitsdirektion und von Gastro Zug zeigen, dass die Zuger Wirtinnen und Wirte durch dieses Thema mehr und mehr

sensibilisiert werden. Sie bemühen sich, allen Gästen – den Rauchern und den Nichtrauchern – angenehme Restaurantaufenthalte zu gewähren. Wenn, wie der Initiant sagt, Wirte bis zu 30 % einsparen für Heizung, Lüftung, Renovation, Krankheitsausfälle, Reinigung und mehr Kundschaft, so werden wohl die cleversten Wirte so schnell wie möglich freiwillig ihre Lokale als rauchfrei propagieren. Sowohl die Zuger Gesundheitsdirektion, der Bund wie die WHO haben Strategien, um den Tabakrauch einzudämmen und Nichtraucher zu schützen. Beim Bund läuft ein Nationales Programm, dass Nichtrauchende jederzeit und überall die Möglichkeit haben sollen, rauchfreie Luft zu atmen. Im Kanton Zug hat die Gesundheitsdirektion eine Tabakpräventionsstrategie mit verschiedenen Massnahmen. Als neuste Meldung haben wir gehört, dass unser Zuger Kantonsspital ab April rauchfrei sein wird.
Was mit dieser Initiative nicht erreicht wird, ist der Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakrauch zu Hause. Die Tatsache, dass die Raucherinnen und Raucher immer jünger werden, zeigt, dass hier auch noch einiges zu tun ist. Die FDP Fraktion unterstützt deshalb die Anstrengungen der Gesundheitsdirektion, im Bereich Jugendschutz und Prävention noch aktiver zu werden. Diese Altersgruppe wird mit der vorliegenden Initiative nicht geschützt. Werbeverbote und eine Verschärfung zur Beschaffung von Tabakwaren für Jugendliche wären begrüssenswert.
Wir sind der Überzeugung, dass diese Initiative nicht der richtige Weg ist und empfehlen auch Ihnen, diese abzulehnen. Vom liberalen Standpunkt aus ist sich die FDP Fraktion einig, dass nicht alles per Gesetz verboten werden muss. – Noch eine Bemerkung zum Minderheitsbericht: Die FDP Fraktion ist erstaunt, dass beim Ausgang in einer Kommissionsabstimmung von 13 : 2 Stimmen ein Minderheitsbericht erstellt wird. Wir finden, dass es auch eine unserer Aufgaben ist, demokratisch zustande gekommene Entscheide zu akzeptieren.

Arthur **Walker** weist darauf hin, dass diese Gesetzesinitiative bewegt. Sie bewegt die Gemüter, sie weckt Emotionen. Das ist auch gut so. Sie bewegt deshalb, weil sie sich mit einem sensiblen Bereich befasst. Sie tangiert das Spannungsfeld zwischen der persönlichen Freiheit und der Freiheit der Mitmenschen. In der menschlichen Gesellschaft gibt es verschiedene geschriebene und ungeschriebene Verhaltensregeln. Sie dienen dazu, eine gewisse Ordnung in unsere gegenseitigen Beziehungen zu bringen und uns vor Ärger aller Art zu schützen. Trotzdem möchten wir doch alle frei sein. Unserer persönliche Freiheit geht uns über alles, und wir reagieren sehr empfindlich, wenn wir in dieser Freiheit von irgendwoher eingeschränkt werden. Ein Grundsatz lautet: Niemand darf seine eigene Freiheit so weit ausdehnen, dass er dadurch jene seiner Mitmenschen einschränkt oder seine Umwelt schädigt und gefährdet. Aus diesem Grundsatz stellen wir Regeln auf. Die Gesetzesinitiative thematisiert mit ihrem Vorstoss eine Problematik, mit der sich die Menschen in einer demokratischen Gesellschaft auseinandersetzen müssen und – das ist das Gute daran – eben auch auseinandersetzen können und sollen. Das macht einerseits die Demokratie spannend, andererseits aber auch spannungsgeladen. Die Gesetzesinitiative wirft konkret die Frage auf, ob und wie die Mehrheit der nicht rauchenden Bevölkerung, Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer im öffentlichen Raum vor ungewolltem Tabakrauch und dessen gesundheitsschädigenden Wirkungen durch ein Gesetz geschützt werden kann. Mit diesem Vorstoss werden die Anliegen der Nichtraucherinnen und Nichtraucher ins Zentrum gestellt. Dieses Anliegen ist doch eigentlich einleuchtend und es ist sachlich richtig, dass wir alles, was in unserer Macht liegt, unternehmen müssen, was der Gesundheit und dem Wohlbefinden dient.

Das Gesetz von Ursache und Wirkung bewirkt nun, dass unweigerlich ein Zusammenhang entsteht zwischen den Verursachern und den Anliegen der Initianten. Raucherinnen und Raucher nehmen wahr, dass durch bestimmte Verhaltensmuster die Freiheit und das Wohl anderer Menschen tangiert werden. Sie werden sich bewusst, dass eine gesetzliche Regelung auch einschneidende Auswirkungen auf lieb gewonnene oder lästige Gewohnheiten hat. Man müsste auf den Konsum einer Zigarre als ein Ritual nach einem guten Essen verzichten. Man müsste das Rauchen über kürzere oder längere Zeit oder in bestimmten Situationen und vor allem aus Rücksicht auf andere Menschen selber einschränken. Das wird dann als Eingriff in die persönliche Freiheit verstanden. Mit sachlichen und auch emotionalen Argumenten legt man sich ins Zeug und verteidigt auch seine persönlichen Interessen.
Das Bedürfnis der Initianten und damit die Stossrichtung und der Ansatz der Gesetzesinitiative werden auch vom Regierungsrat unterstützt. Der Votant verweist dazu auf den schriftlichen Bericht und er dankt der Gesundheitsdirektion für die fundierte Stellungnahme. In seinem Bericht und Antrag hält der Regierungsrat zudem fest, dass die Erkenntnis bezüglich einer verstärkten Tabakprävention – hier namentlich der Schutz der Nichtraucherinnen und Nichtraucher – in der Schweiz gewachsen sei. Er weist auch darauf hin, dass Gesetzesanpassungen beim Nichtraucherschutz auf schweizerischer Ebene nötig sind. In seinen Folgerungen ist der Regierungsrat aber nicht oder zu wenig konsequent. Er setzt statt auf eine gesetzliche Regelung auf Selbstverantwortung, Einsicht, Motivation, Kooperation und auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Im Grundsatz hat der Regierungsrat die Unterstützung Arthur Walkers. In diesem Sinn findet er auch die Aktion «rauchfrei geniessen in Zug» unterstützenswert. Doch wenn Selbstverantwortung, Einsicht und Motivation dann aufhören, wenn man sich in seiner persönlichen Freiheit eingeschränkt fühlt, glaubt er nicht an einen Erfolg. Die Veränderungen in der Gesellschaft, der Wertezerfall, die Unterordnung des Gemeinwohls unter das Eigenwohl sprechen leider eine andere Sprache. Deshalb und weil er das Gemeinwohl und die Gesundheit höher gewichtet, unterstützt er die Gesetzesinitiative. Und er wäre auch nicht erstaunt, wenn die Bevölkerung dies ebenfalls tut. Gleichzeitig fordert er die Regierung auf, für die Verwaltungen, Schulanlagen und Spitäler, für die Gebäude und Anlagen des öffentlichen Verkehrs rasch Bestimmungen zu erlassen, die dem Kernanliegen der Initiative entsprechen und dem umfassenden Schutz der nicht rauchenden Bevölkerung dienen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** weist darauf hin, dass die Meinungen zur Initiative gemacht sind. Man könnte direkt zur Abstimmung übergehen. Wenn er trotzdem noch kurz das Wort ergreift, dann aus drei Gründen.
1. Dank. Der erste Dank für die gute Arbeit geht an die vorberatende Kommission mit ihrem Präsidenten Jacques-Armand Clerc für die speditive, an der Sache orientierte Behandlung dieses Geschäfts. Danken möchte der Gesundheitsdirektor aber auch dem Rat für die Unterstützung der regierungsrätlichen Haltung, welche durch die klaren Fraktionsbeschlüsse und die meisten heutigen Voten gestärkt wurde. Ein letzter Dank geht auch an den Initianten Tony Stocklin und die 2'034 Zugerinnen und Zuger, welche mit ihrem Vorstoss eine grundsätzliche Diskussion in der Öffentlichkeit ermöglicht haben. Mit der bevorstehenden Volksabstimmung wird unsere Bevölkerung nämlich die erste in der Schweiz sein, welche an der Urne zu diesem Thema Stellung beziehen kann. Es ist anzunehmen, dass die Initiative die Gemüter in den kommenden Monaten noch erhitzen wird.

2. Zwei Farben sind zu wenig. Die Raucherthematik ist gegenwärtig tatsächlich ein gesellschaftspolitisch heiss umstrittenes Thema, nicht nur in unserem Land. Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass irgendwo wieder eine neue Schlagzeile gelesen werden kann. Man kann es nicht genug betonen: Auch hier sind zwei Farben zu wenig – es gibt nicht nur ein Schwarz und ein Weiss, Extrempositionen bringen uns nicht weiter. Hören wir doch auf die spannenden Zwischentöne, die Ihnen die Regierung aufgezeigt hat. Hat die Zuger Regierung weniger Mut als jene Italiens oder als Fidel Castro, wurde der Votant kürzlich von einem Zuger Journalisten gefragt. Wir haben nicht weniger Mut, aber eine andere Strategie. Der Erfolg versprechende Weg führt nach unserer Auffassung über eine kohärente Tabakpräventionspolitik, über das gezielte Engagement in Gesundheitsförderung und Prävention sowie über die Verstärkung der Netzwerke und der Selbstverantwortung. Der von uns gewählte Weg, der auf verschiedenen Ebenen greift, wurde in der ganzen Diskussion – in der Kommission und auch heute hier im Rat – begrüsst. Joachim Eder freut sich sehr über diese flächendeckende Unterstützung. Sie stärkt uns in unseren Aktivitäten und in unseren Massnahmen. Sie bejahen damit auch eine der Zielsetzungen der regierungsrätlichen Schwerpunktpolitik 2005-2015, wo wir folgende Priorität gesetzt haben: Alkohol- und Tabakprävention werden intensiviert. – Wir setzen mit unseren Zuger Aktivitäten dort an, wo es am meisten bringt: Wir wollen verhindern, dass Jugendliche mit dem Rauchen anfangen; wir helfen Leuten, die mit dem Rauchen aufhören möchten, und wir unterstützen Bestrebungen, Nichtrauchende vor dem lästigen Passivrauch zu schützen. Diesbezüglich kommt die neuste Erfolgsmeldung aus dem Zuger Kantonsspital, das ab 2. April rauchfrei wird.
3. Konkrete Taten. Wie viel Motivations- und Sensibilisierungsarbeit wert ist, zeigt die gegenwärtig laufende Kampagne «rauchfrei (geni)essen in Zug», welche das vierblättrige Kleeblatt Gesundheitsdirektion, Stadt Zug, Krebsliga Zug und Gastro Zug zusammen initiiert und umgesetzt haben – und zwar mit Erfolg. In keinem anderen Kanton gibt es prozentual derart viele rauchfreie Essenszeiten, rauchfreie Räume oder gar komplett rauchfreie Restaurants. Diese freiwillige, aber koordinierte Aktion, der sich 57 Betriebe angeschlossen haben, hat es tatsächlich in sich, wie zufriedene Wirtinnen und Wirte, aber ebenso auch Gäste immer wieder bestätigen. Dies ist der pragmatische Zuger Weg, mit dem wir stets gut gefahren sind: Wir setzen auf Freiwilligkeit, Einsicht und Kooperation statt auf Weisungen und Verbote. In Zeiten, wo wir Vorstösse haben, welche eine Staatsaufgabenreform und eine Durchleuchtung der Gesetze verlangen, in Zeiten, wo wir die NFA und ihre finanziellen Folgen umzusetzen haben, gehört eine gesetzliche Verankerung des Rauchverbots wirklich nicht zu den Kernaufgaben des Staats. Deshalb ist eine solche Haltung nicht – wie es die Kommissionsminderheit in ihrem Bericht schreibt – unverständlich und fahrlässig, sondern vernünftig und Erfolg versprechend.
Der Gesundheitsdirektor ist dem Rat dankbar, wenn er den Antrag der Regierung, der vorberatenden Kommission und der meisten Fraktionen, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen, unterstützt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Eintreten – weil es sich um eine Gesetzesinitiative handelt – rechtlich zwingend ist, sofern nicht ein formeller oder anderer rechtlicher Mangel geltend gemacht wird. Die Staatskanzlei hat mit Verfügung vom 18. Juni 2004 festgestellt, dass sie formell richtig zustande gekommen ist.

EINTRETEN ist somit unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass kein Gegenvorschlag vorgebracht wird.

➔ Der Rat lehnt die Gesetzesinitiative mit 65 : 7 Stimmen ab.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass eine zweite Lesung folgt, da es sich um eine Initiative auf Gesetzesstufe mit der Möglichkeit eines Gegenvorschlags auf derselben Stufe handelt. Danach kommt die Schlussabstimmung. Die Volksabstimmung ist auf den 25. September 2005 vorgesehen.

596 UMSETZUNG DER AKTUALISIERTEN FINANZSTRATEGIE 2004 BIS 2010: WACHSTUMSABSCHWÄCHUNGEN DES PERSONALAUFWANDS UND DER BEITRÄGE MIT ZWECKBINDUNG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1280.1/.2 – 11592/93), der Kommission (Nr. 1280.3 – 11662) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1280.4 – 11665).

Andrea **Hodel** möchte im Namen der vorberatenden Kommission kurz auf eine wichtige Aspekte hinweisen, wobei sie zuerst auf den Kommissionsbericht hinweist, und die dort gemachten Ausführungen nicht wiederholen will. Sie nimmt bereits jetzt zu sämtlichen Detailanträgen Stellung und hofft, dass sie dazu nicht nochmals ans Rednerpult kommen muss. Sie vertritt auch die Meinung der mehrheitlichen FDP-Fraktion.
Die Kommission ist in ihrer Mehrheit mit sämtlichen Sparvorschlägen und den damit verbundenen Gesetzesänderungen einverstanden und ersucht Sie, diesen zuzustimmen. Die Regierung hat die Umsetzung der Finanzstrategie ernst genommen, nach Lösungen gesucht und diese – wie die Kommission in ihrer Mehrheit findet – auch richtig und sozialverträglich umgesetzt. Sämtliche notwendigen Gesetzesänderungen für weitere Sparmassnahmen greifen (noch) nicht so sehr in unsere bisherige Subventions-, Sozial- und Beitragspolitik ein, dass sie uns bzw. unseren Bürgerinnen und Bürgern wehtun würden. Es ist nach Ansicht der Kommissionsmehrheit wichtig, dass gespart wird und dass, wenn gespart wird, nicht nur beim Personal und den Löhnen, sondern auch bei den gebundenen Ausgaben. Der Kantonsrat muss sich selber beschränken. Es ist dabei ganz wichtig, ein Zeichen nach aussen zu setzen, dass wir und damit der Kantonsrat gewillt ist, die Forderungen nach einer Kostensenkung bzw. einer Reduktion der Kostensteigerungen umzusetzen. Die Kommissionspräsidentin begreift die Ausführungen der Stawiko, die im Grundsatz ja sagt, aber im Detail dann doch wieder partikuläre Interessen vertreten will, nicht.
Zum Denkmalschutz. Bei der Änderung des Denkmalschutzgesetzes hat die Presse einen tollen Wirbel gemacht, indem sie am 16. Februar 2005 sehr prominent und wortgewaltig berichtete. Andrea Hodel möchte hier die ganze Frage des Denkmalschutzes ins rechte Licht rücken. In der Kommission wurde darüber diskutiert, dass es nicht damit getan sein kann, wenn der Betroffene oder die Betroffene, deren Haus und Gebäude unter Denkmalschutz gestellt wird, bestraft wird, indem er oder sie

weniger Beiträge erhält. Vielmehr sei in einer Gesamtschau zu überprüfen, ob unsere Praxis der Unterschutzstellung noch richtig ist. Die Votantin glaubt, dass es sich bei der in der Folge eingereichten Motion der Kommission, welche den Regierungsrat beauftragt, die Denkmalpflege, die Praxis der Unterschutzstellung und auch die Organisation kritisch zu hinterfragen, um ein wichtiges Anliegen handelt, das in der Bevölkerung auf gute Aufnahme stösst. Dabei geht es uns nicht darum, die Geschichte und schützenswerte Vergangenheit mit Füssen zu treten. Wir wollen aber, dass nach langen Jahren der eingeführten Praxis erneut hinterfragt wird, ob unsere Praxis der Unterschutzstellung richtig ist und ob man sich nicht noch mehr auf das Wesentliche beschränken müsste. Andrea Hodel hofft, dem Rat hiermit einen wirklichen Einblick in die Überlegungen der Kommission geben zu können und auch dargelegt zu haben, dass weder sie noch die Kommission beim Denkmalschutz generell von Mist sprechen, und es uns auch nicht darum geht, unser Kulturgut vor die Hunde gehen zu lassen.

Zum Sportgesetz. Auch die Änderung des Sportgesetzes hat in unserer Kommission zu Diskussionen geführt. Es war für uns aber ganz wichtig, das man hier, auch wenn dieses Gesetz erst im Jahre 2003 in Kraft getreten ist, eben unterscheidet zwischen wirklich Notwendigem und nice-to-have. Es geht mit der Streichung dieser Beiträge ab Ende 2006 auch nicht um Jugendliche wie beim Jugendparlament JumP, die sich für etwas, was es nicht gibt, freiwillig einsetzen, sondern es geht darum, dass der freiwillige Schulsport, die Sache der Gemeinden ist, nur noch bis Ende 2006 mit einer Anschubfinanzierung durch den Kanton mitgetragen wird. Es kann doch nicht sein, dass wir gerade in dieser Finanzierung eine Ausnahme machen, wo es erstens nicht den bedürftigen Privaten trifft, es sich zweitens um eine gemeindliche Aufgabe handelt und drittens diese Aufgabe bei den Gemeinden meistens bereits bestens gelöst wird und viertens die Gemeinden ja auch bei Übernahme des regierungsrätlichen Vorschlags noch während des ganzen 2005 sowie 2006 Zeit haben, ihr Konzept zu erarbeiten und dafür kantonale Gelder abzuholen. Die Votantin bittet deshalb den Rat im Namen der Mehrheit von Kommission und FDP eindringlich, hier der Regierung und Kommission zu folgen. – Die Stawiko wird sich selber untreu und wirkt nicht gerade glaubwürdig mit ihrem Antrag, es bei dieser Anschubfinanzierung bis Ende 2008 zu belassen. Die Stawiko hielt uns jeden Franken vor, will dann ausgerechnet ein wohl wünschbares, aber nicht notwendiges Projekt auf Kosten des Kantons verlangen. Andrea Hodel kann die engere Stawiko nicht verstehen.

Zur Berufsbildung. Bezüglich der Änderung des Einführungsgesetzes zur Berufsbildung hat sich auch unsere Kommission sehr ausgiebig mit der Frage der Notwendigkeit der Übernahme der Fahrspesen auseinandergesetzt. Wir haben deshalb auch zweimal beim Amt für Berufsbildung nachgefragt und konnten feststellen, dass auf jedem Lehrvertrag feststellbar ist, ob die Reisekosten, Kosten für Verpflegung und Unterkunft und das Schulmaterial vom Lehrbetrieb übernommen wird. Nur konnte uns das Amt für Berufsbildung nicht ohne Kontrolle sämtlicher Lehrverträge mitteilen, bei wie vielen Lehrverträgen diese Kosten gegenwärtig übernommen werden. Dies hätte eine Überprüfung sämtlicher (rund 1'000) Lehrverträge benötigt. Wir haben aus Zeitgründen auf die Kontrolle dieser Lehrverträge verzichtet. Auch wird jedem Lehrvertrag ein Merkblatt mitgeschickt, auf dem die Spesenregelung vermerkt ist. Formal müssen die Lernenden einen Antrag auf Rückerstattung stellen, wobei das Amt für Berufsbildung keine Kontrolle darüber unternimmt, ob der Lernende bereits vom Lehrbetrieb Reisespesen zurückerhält und damit eine Doppelzahlung ausgeschlossen werden kann. – Die Diskussion in unserer Kommission und auch die Nachfrage bei grossen Lehrbetrieben haben gezeigt, dass eben sehr oft die Reisekosten von den Lehrbetrieben übernommen werden. Auch musste die Kommission feststellen,

dass neben den Studierenden auch Lehrlinge, die aus anderen Kantonen nach Zug kommen, keine Fahrspesenentschädigung erhalten. Damit kommt es auch bei der heutigen Regelung zu einer Ungleichbehandlung in verschiedenen Ausbildungsarten. Da schliesslich in Härtefällen auch Stipendien zur Verfügung stehen, beschloss die Kommission grossmehrheitlich, dass diese Fahrspesen gestrichen werden können.
Die weiteren Änderungen gaben nicht zu grossen Diskussionen Anlass. – Abschliessend ersucht Andrea Hodel den Rat im Namen der grossen Mehrheit der vorberatenden Kommission und der Mehrheit der FDP-Fraktion, diesen Gesetzesänderungen, die Sie der synoptischen Darstellungen bei der Vorlage 1280.3 entnehmen können, zuzustimmen.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass bevor die Stawiko diese Vorlage behandeln konnte, zuerst abgeklärt werden musste, ob sie solche Vorlagen überhaupt beraten kann. Gemäss der Geschäftsordnung prüft die Stawiko Vorlagen, die eine Kostensteigerung bzw. eine relevante Veränderung auf der Einnahmenseite, jedoch nicht, wie im vorliegenden Fall, eine Kostensenkung zur Folge haben. Wir gehen nicht davon aus, dass es sich um eine so genannte qualifizierte Lücke im Gesetz handelt, d.h. dass der Gesetzgeber die Stawiko gewollt von der Beratung Kosten senkender Vorlagen ausschliessen wollte. Scheinbar handelt es sich um eine offensichtliche Gesetzeslücke, die der Gesetzgeber im Jahr 1932 nicht bedacht hatte. Scheinbar ist man damals nur vom Wachstum und nie von Kostensenkungen ausgegangen.
Zwei Beispiele: Wenn Sie bei einem Haus aus kurzfristigen Überlegungen am Unterhalt sparen, obwohl das Dach dringend erneuert werden sollte, sparen Sie zwar kurzfristig ein, mittelfristig bezahlen Sie aber wegen des folgenden grossen Wasserschadens einen viel höheren Betrag. Solche Vorlagen möchten wir eruieren. – Oder wenn Sie zunehmendes Übergewicht und Bewegungsmangel in der Bevölkerung feststellen, können Sie jetzt mehr sportliche Betätigung fördern oder warten, bis mittel- bis langfristig ein wesentlich grösseres gesundheitliches Problem entsteht und Sie dies mit einem Multiplikator in Form von steigenden Gesundheitskosten bezahlen müssen Sparen ist nicht gleich sparen! Und das hat – Andrea Hodel – nichts mit Partikularinteressen zu tun.
Es ist deshalb der Stawiko die Möglichkeit einzuräumen, auch Kosten sparende Vorlagen zu überprüfen, insbesondere mit der Frage, ob die ausgewiesenen Reduktionen tatsächlich entstehen. Zu prüfen, ob allfällige Kosten erhöhende Konsequenzen dieser Vorlage in anderen Bereichen entstehen, und zu prüfen, ob weitere Sparmöglichkeiten vorhanden wären, die (noch) nicht aufgezeigt worden sind. Der Regierung wurde bereits mit unserem Bericht dazu aufgefordert, die Zuständigkeit der Stawiko vertieft im Rahmen der Totalrevision des Finanzhaushaltgesetzes (FHG) zu prüfen und eine entsprechende Änderung in der Geschäftsordnung vorzusehen.
Zur Vorlage. Die Stawiko anerkennt, dass die Regierung weiterhin alles daran setzt, die Kennzahlen der aktualisierten Finanzstrategie 2004 bis 2010 einzuhalten. Diese Anstrengungen haben bereits zu einer wesentlichen Dämpfung der Kostenentwicklung im Personalbereich geführt. Wie von verschiedener Seite gefordert, wurden sämtliche zweckgebundenen Beiträge systematisch einer vertieften Beurteilung unterzogen. Das Ziel war es, weiteres Potenzial für eine Wachstumsabschwächung zu finden. Die Stawiko stellt mit Befriedigung fest, dass diese Tätigkeit vorwiegend mit eigenem Personal abgewickelt werden konnte. Dieses Vorgehen führt ebenfalls zu Kosteneinsparungen und fördert, was sehr zu begrüssen ist, das verwaltungsinterne Know-how.

Der Kantonsrat hat anlässlich der Debatte für das Budget 2005 mit einer kleinen Ausnahme bereits knapp 1,6 Mio. Franken an zweckgebundenen Beiträgen eingespart. Die Ausnahme waren damals die 15'000 Franken an das Jugendparlament. Die finanziellen Auswirkungen der nun zur Diskussion stehenden Vorlage weisen gegenüber dem Budget 2004 jährlich wiederkehrende Einsparungen von 4,7 Mio. Franken ab dem Jahr 2007 aus.
Eintreten auf die Vorlage war für die Stawiko unbestritten. Die einzelnen Einsparungen könnten wir weitgehend nachvollziehen. Sie werden mit einer Ausnahme vollumfänglich gut geheissen. Die Ausnahme betrifft die Beiträge für den freiwilligen Schulsport. Die Stawiko teilt bei dieser Gesetzesänderung zwar die Meinung der Regierung, dass der freiwillige Schulsport im Sinne einer klaren Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden mittelfristig durch die Gemeinden finanziert werden muss. Wir weisen aber darauf hin, dass es sich nicht um eine echte Einsparung, sondern nur um eine Verschiebung dieser zweckgebundenen Beiträge in die Gemeindebudgets handelt. Wir schlagen, im Gegensatz zur vorberatenden Kommission und zur Regierung vor, diese Gesetzesänderung erst auf Ende Schuljahr 2007/2008 in Kraft zu setzen. Eine detaillierte Begründung wird der Stawiko-Präsident bei der Detailberatung abgeben. – Gestützt auf diese Ausführungen und unseren Bericht beantragt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit unserem Änderungsantrag zu III § 4, Freiwilliger Schulsport, zuzustimmen.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass der Politik offenbar euphemistische Umschreibungen von Spar- und Leistungsabbau-Paketen gefallen. Entlastungsprogramme heissen sie national. Umsetzung der aktualisierten Finanzstrategie heisst es kantonal. Nennen wir doch das Kind beim Namen: Zuger Sparpaket. – Die Alternativen treten zwar auf das Sparpaket ein, aber solange wenige privilegierte Firmen und Personen von der Tiefststeuerpolitik zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit profitieren, ist es ungerecht, Leistungsabbau bei Lehrlingen, Stipendien, Denkmalschutz und Jugendsport zu betreiben. Dies nicht zuletzt auf Grund des sich abzeichnenden Überschusses im Jahr 2004. Der Finanzdirektor wird im Hinblick auf die NFA-Bewältigung nicht müde, sein Credo «keine Steuern auf Vorrat» zu repetieren. Im Prinzip hat er ja Recht. Und wir Alternativen verlangen ja auch keine exorbitanten Erhöhungen per sofort. Aber wir wollen lieber heute als morgen konkret debattieren, wer im Hinblick auf die NFA allenfalls wie hohe Steuererhöhungen zu tragen hätte. Und dass es zu Steuererhöhungen kommt, ja kommen muss, darüber sind wir uns hier im Rat ja grossmehrheitlich einig. Dennoch wenden Rat und Regierung diesbezüglich das Prinzip «nichts hören, nichts sehen, nichts sagen» an. Und nun präsentiert uns die Regierung eine Vorlage, die der Votant mit «Sparen auf Vorrat» umschreiben möchte. Wieso nur das eine tun und das andere lassen? Die Regierung unterbreitet uns Sparvorschläge in fünf Punkten und spart viermal am falschen Ort. Geniessbar sind für die AF einzig die Gesetzesänderungen beim ungeniessbaren Fleisch und beim Tierseuchenfonds.
Zu den vier Nein der AF.
1) Berufsbildung. Gerade bei Lehrlingen, die ja nun wirklich nicht viel verdienen, soll gespart werden? Nein. Die AF stellt sich gegen die vollständige Streichung von Beiträgen an Lehrlinge für ihre Fahrspesen zum Besuch ausserkantonaler Berufsschulen. Und wenn – wie von Kommissionspräsidentin Andrea Hodel ausgeführt wurde – die Streichung begründet wird durch bestehende Ungleichbehandlungen oder allfällige Doppelzahlungen, dann gälte es, diese zu beheben, den Budgetposten aber ganz

oder teilweise zu belassen. Unter dem Strich ergäbe dies ja auch eine Entlastung der Lehrbetriebe. Dazu folgt in der Detailberatung ein Antrag der Ratslinken.
2) Sportgesetz. Jeder Franken, der im Jugendsport gespart wird, verursacht mehrfache Sozial- und Gesundheitskosten. Die AF will – wie die in dieser Frage sehr glaubwürdige Stawiko – langfristig sparen und wird sich darum in der Detailberatung gegen eine sofortige Beitragseinstellung beim freiwilligen Schulsport wenden.
3) Ausbildungsbeiträge. Die Alterslimite für Stipendienberechtigte soll von 50 auf 40 gesenkt werden. Die AF wird in der Detailberatung einen Antrag stellen, die Limite bei 50 zu belassen.
4) Denkmalschutz. Die Kürzungen dieser kantonalen Beiträge hielt Stefan Gisler in der Kommission noch für akzeptabel. Doch dann schiebt die Kommission eine Motion nach, die einem die Augen öffnet. A) Verlangt sie weitere Beitragskürzungen. B) Soll die Unterschutzstellung von Gebäuden erschwert werden. Und C) sollen bei bereits unter Schutz gestellten Gebäuden die Schutzauflagen gelockert werden. Der Votant ist nicht für einen Ballenberg-Kanton, da ist er mit Andrea Hodel einig. Aber die heute vorgeschlagene Gesetzesänderung ist der erste Schritt zur Aushöhlung des Denkmalschutzes. Darum beantragt die AF, die Gesetzesänderung abzulehnen. Denn was geschähe in Zukunft? Erinnern sie sich an die Voten der Februar-Ratssitzung bei der Debatte über die ehemalige Landis & Gyr an der Hofstrasse? Vor einer Unterschutzstellung wurde heftigst gewarnt. Es würde ja das Plattmachen eines einmaligen Zeugnisses des Industriezeitalters verhindern. Und verhindert würde damit auch der mögliche Arealverkauf und Profite für Private. Auch für diesen Vorgang gibt es im Übrigen eine euphemistische Umschreibung: Planungsfreiheit.
So viel zum Sparpaket und zu guter Letzt noch die Haltung der AF bezüglich der Motion. Wir stimmen Regierung, vorberatender Kommission und Stawiko zu, diese als erledigt abzuschreiben.

Martin B. **Lehmann** hält fest, dass auch die SP-Fraktion zur Kenntnis nimmt, dass die Beiträge mit Zweckbindung in den letzten fünf Jahren mit annähernd 8 % im Vergleich zu den Steuereinnahmen überproportional angewachsen sind. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass diese sich öffnende Schere rechtzeitig, aber spätestens auf 2008 hin stabilisiert werden muss, auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmen-Seite. Vor diesem Hintergrund ist der von der Regierung eingeschlagene Weg zwar konsequent und logisch, das nun vorliegende Bündel an Sparmassnahmen aber wenig durchdacht und alles andere als nachhaltig. So birgt erstaunlicherweise allein die Redimensionierung der kantonalen Stelleninserate sowie eine Änderung bei der Finanzierung von Entschädigungen für ungeniessbares Fleisch ein Einsparungspotenzial von beinahe 700'000 Franken pro Jahr. Andererseits wird mit einem Bruchteil dieser Einsparung der freiwillige Schulsport in den meisten Gemeinden faktisch lahm gelegt. Und obendrein werden über 700 Lehrlingen von einem Tag auf den anderen Entschädigungen von 600 Franken gestrichen, während sich zur gleichen Zeit ein Teil der Befürworter dieser Massnahme ungeniert Gedanken macht über eine Reduktion der Vermögenssteuern von Superreichen. Mit Verlaub, dies ist nicht nur unanständig, sondern auch alles andere als ein durchdachter Massnahmen-Mix. Wenn – bar jeglicher nachhaltigen Optik – nur noch der kurzfristige Spareffekt zählt, dann verkommt der grundsätzlich zu befürwortende Stabilisierungsprozess zu einem konzeptlosen Planierraupen-Streichkonzert, welches die SP-Fraktion nicht mehr mit trägt. Dies umso mehr vor dem Hintergrund der wieder reichlich sprudelnden Steuereinnahmen und dem – vor allem seit dem NFA-Ja – fast rekordverdächti-

gen Zuzug von juristischen Personen. – Unsere Fraktion spricht sich für Eintreten aus, wird aber in der Detailberatung zu einzelnen Punkten noch Anträge stellen.

Karl **Nussbaumer** betont, dass die SVP-Fraktion den Sparwillen der Regierung begrüsst. Nun gilt es auch, die uns vorgelegten Gesetzesänderungen umzusetzen. Über einen Teilbereich der aktualisierten Finanzstrategie können wir heute entscheiden. Es ist uns klar, dass es überall Interessenkonflikte geben kann, wie z.B. beim freiwilligen Schulsport. Wir anerkennen, dass dieser für die Jugendförderung wichtig ist. Aber wir sind klar der Meinung, dass dieser nicht vom Kanton finanziert werden muss, sondern die Erziehungsberechtigten den Gemeinden einen kleinen Beitrag entrichten sollten, wie dies in andern Kantonen bereits angewandt wird. Erlauben Sie uns eine Anmerkung: Ein freiwilliger Sport, welcher zugleich noch sehr gesund ist, wäre wenn man mit den Kindern vermehrt wandern geht oder diese zu Fuss in die Schule gehen würden. – Wenn wir nun wieder nachgeben, können wir die Finanzstrategie nie umsetzen. Bedenken Sie, dass alle zu einem Kompromiss bereit sein müssen. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion einstimmig den Antrag der vorberatenden Kommission und der Regierung.

Louis **Suter**: Um das finanzpolitische Ziel eines ausgeglichenen Finanzhaushalts auch nach dem Inkrafttreten des NFA ohne übermässige Steuererhöhungen erreichen zu können, müssen jetzt die notwendigen Massnahmen auch auf der Ausgabenseite angegangen werden. Bei der aktualisierten Finanzstrategie für den Kanton Zug 2004-2010 stellen die Wachstumsabschwächung des Personalaufwands und der Beiträge mit Zweckbindung zwei zentrale Elemente dar. Beim Personalaufwand soll die Wachstumsrate von durchschnittlich 5,3 auf 2,5 %, bei den zweckgebundenen Ausgaben von 7,7 auf 3 % reduziert werden. Diese Grundsatzentscheide sind mutig und stellen eine grosse Herausforderung dar. Sie sind jedoch dringend notwendig, und – sofern der Kantonsrat die Weichen heute richtig stellt – auch realisierbar. Die CVP unterstützt deshalb diese von der Regierung gut durchdachte und konzeptionell breit abgestützte Vorlage. Unter dem Vorbehalt, dass die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen heute beschlossen werden, sind wir auch damit einverstanden, unsere Motion betreffend das Aufzeigen von Sparmöglichkeiten für das Budget 2005 und folgende Jahre als erledigt zu bezeichnen und von der Geschäftsliste zu streichen. Dies deshalb, weil mit der Aktualisierung der Finanzstrategie und mit den in die Wege geleiteten konkreten Massnahmen unsere Ziele umgesetzt werden. Der Regierung, speziell aber der Finanzdirektion, möchten wir an dieser Stelle für ihr Engagement und die Bereitschaft, Sparen als Dauerauftrag umzusetzen, bestens danken.
Sparen, den Gürtel enger schnallen, ist nicht jedermanns Sache. Dies erst recht nicht, wenn es den Staat und als Folge dessen einen persönlich trifft. Dazu kommt, dass wir Zuger uns nicht gewohnt sind, zu sparen. Bis jetzt konnten wir immer aus dem Vollen schöpfen, konnten die uns notwendig erscheinenden Massnahmen beschliessen und auch finanzieren. Aus dem Vollen schöpfen weckt aber auch Begehrlichkeiten. Die Bereitschaft, bei anstehenden Problemen prioritär den Staat zu Hilfe zu rufen, ist auch bei Politikerinnen und Politikern gross, und sie ist zunehmend. Oft wird aber dabei vergessen, dass je mehr wir unseren Alltag reglementieren, Eigeninitiative, Solidarität und Mitverantwortung verloren gehen. Alle heute zur Diskussion stehenden Gesetze sind mit guten Gründen vom Kantonsrat beschlossen und für notwendig befunden worden. Es ist deshalb nur natürlich, dass die durch die

Gesetzesänderung vorgeschlagenen Sparmassnahmen nicht überall auf Begeisterung stossen und unterstützt werden. Mit Sparpolitik holt man sich in der Regel keine Lorbeeren. Mit jeder Sparmassnahme trifft man eine bestimmte Gruppe. Bestes Beispiel dazu ist der Antrag der Stawiko, die mit Stichentscheid des Präsidenten eine Verlängerung der Gesetzesvorlage über den Schulsport bis 2008 möchte. Auch bei uns in der CVP gibt es Kolleginnen und Kollegen, welche diese Verlängerung unterstützen möchten. Die Fraktionsmehrheit ist jedoch für den Regierungsantrag.
Wir müssen diese Sparmassnahmen jetzt durchziehen. Nicht zum Selbstzweck oder weil Sparen im Trend ist. Die stetig wachsenden Staatsausgaben, insbesondere aber die rigorosen Auswirkungen der NFA zwingen uns dazu. Wir müssen nicht nur für die kommende Generation die Verantwortung tragen, sondern uns auch die Möglichkeit schaffen, die Finanzierung für kommende und wichtige Aufgaben sicherzustellen. Vor allem mit Steuererhöhungen der Belastung durch die NFA begegnen zu wollen, wie es die Linksparteien gerne möchten, ist volkswirtschaftlich falsch und wäre für den Kanton Zug sehr verhängnisvoll. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine wirtschaftsfreundliche Steuerpolitik nicht nur für die Wirtschaft zum Vorteil ist, sondern auch für die gesamte Bevölkerung. Die zukünftigen Aufgaben des Kantons, insbesondere auch im Sozialwesen, lassen sich nur finanzieren, wenn der Kanton Zug auch weiterhin wirtschaftlich prosperiert. Für das zukünftige Wirtschaftswachstum gibt es nur Eines: Weiterhin an der Standortattraktivität arbeiten und besser sein als die andern. Dazu können auch diese Sparmassnahmen führen und eine Reduzierung der Regelungen, wie es die vorberatende Kommission mit ihrer Motion zum Denkmalschutz vorschlägt. Unterstützen Sie deshalb die Anträge der Regierung und der Kommission. Die CVP ist selbstverständlich für Eintreten. Bei der Detailberatung wird Louis Suter – je nach Ablauf der Debatte – nochmals Stellung nehmen.

Silvan **Hotz**: Es stimmt, dass alle vom Sparen sprechen, ausser es betrifft das eigene Gebiet. Und als Gewerbler und Lehrmeister betrifft es hier einmal sein Gebiet. Auch er ist für Wachstumsabschwächung, ist aber persönlich sehr enttäuscht, dass zuerst bei unserem dualen Bildungssystem gespart wird. Ist doch die Berufsbildung ein sehr wichtiges Instrument in unserem Bildungssystem. Er ist überzeugt, dass es noch sehr viele andere Positionen gäbe, bei denen zuerst gespart werden kann. Wie jeder, dessen Gebiet es betrifft. Der Votant wird – auch wenn es ihm nicht leicht fällt – hier keinen Gegenantrag stellen. Er wird auch die Anträge der Alternativen im Hinblick auf die NFA nicht unterstützen. Wir haben schon viele mehr oder weniger gute Gründe gehört, warum diese Einsparungen gemacht werden sollten. Darauf geht Silvan Hotz nicht mehr ein, sondern er möchte einige Argumente korrigieren.
Er macht den Rat darauf aufmerksam, dass die Streichung der Fahrspesen bei Lernenden hauptsächlich Jugendliche betrifft, welche sonst mit einem kleinen Lohn auskommen – und zwar ganz massiv. Wir sprechen gemäss Vorlage von ca. 300 Franken bei Lernenden, welche in Goldau in die Schule gehen, bis zu 1'400 Franken bei Lernenden, welche in Bern in die Schule gehen. Rechnen Sie es mal selber aus: Bei einem Lehrlingslohn von ca. 12' bis 15'000 Franken pro Jahr stehen Mehrausgaben bis 1'400 an. Dies sind von 2,5 % bei der Schule in Goldau bis zu 10 % des Jahreslohnes bei der Schule in Bern. Im Stawikobericht steht, im Weiteren könne davon ausgegangen werden, dass Lehrbetriebe die Fahrspesen der Lehrlinge übernehme. Das stimmt so natürlich nicht. Es ist von beiden Parteien im Lehrvertrag festzuhalten, wer für die Fahrkosten zur Schule aufkommt. Im Bericht wird suggeriert, dass in Zukunft der Lehrbetrieb diese automatisch übernimmt. Dieser ist dazu nicht verpflichtet und das darf somit hier auch nicht festgehalten werden. Weiter steht, dass bei

Härtefällen Stipendien beantragt werden können. Dies ist nach Meinung des Votanten etwas an den Haaren herbeigezogen. Sind wir doch realistisch! Wissen Sie, wie lange es braucht, bis jemand ein Stipendium erhält, und welche Unterlagen beschafft werden müssen? Es wird doch so laufen, dass bevor irgendein Stipendium ausbezahlt wird, zuerst die Eltern oder dann die Arbeitgeber in die Bresche springen.
Sind Sie konsequent, aber auch in Zukunft. Hier streichen wir eine Entschädigung, welche bis zu 10 % des Einkommens ausmacht, hauptsächlich bei Jugendlichen. Sind Sie in Zukunft auch bei anderen Sparübungen konsequent, wenn es um Ihr Gebiet geht. Es könnte mal die Kultur, die Umwelt, das Staatspersonal, ganz aktuell die Zuger Polizei treffen. Wir werden in unserer Legislatur noch einige Male die Möglichkeit haben, Sparübungen durchzuführen, und es müssen nicht immer 10 % sein.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** kann sich kurz halten und auf das Grundsätzliche beschränken, weil ja die Fachdirektionen jeweils in den einzelnen Fachgebieten die Meinung des Regierungsrats vertreten werden. Damit manifestiert die Regierung auch, dass sie voll hinter dem Paket steht und möchte, dass es wie von ihr beantragt umgesetzt wird. Auf einzelne Punkte nimmt er insofern Stellung, als vorher gesagt wurde, man könne auch von einem Spar- oder Sanierungspaket sprechen oder von einer Notmassnahme. Aber so ist es nicht. Wir wollen einzig das Wachstum, das früher über sechs Prozent war, abschwächen auf drei oder zweieinhalb Prozent. Insofern ist es ja keine so gewaltige Sparmassnahme, sondern nur eine Wachstumsabschwächung. Wir haben hier keine Begriffsverwirrung gemacht, sondern das Wort bewusst so gewählt. Hinter unsere Bemühungen steht eine Strategie, und wir ergreifen nicht ziel- und wahllos irgendwo Massnahmen. Es gibt eben unter dem Dach der Finanzstrategie verschiedene Einzelmassnahmen. Z.B. solche, die beim Personal greifen. Wir haben im Vergleich zu den Vorjahren über eine Million Beförderungssumme nicht und auch bei der Teuerung nicht alles gewährt. Dieser Bereich hat also massiv mitgetragen. Wir haben bei den Leistungen, die wir bei Organisationen einkaufen, mögliches Potenzial ausgeschöpft und machen dort neue Leistungsvereinbarungen. Und mit jeder Leistungsvereinbarung hinterfragen wir auch die Aufgabe, die erfüllt wird, das Ausmass und wie es erbracht werden könnte. Genau so haben wir Ihnen bei der Aufgabenneuverteilung zwischen Kanton und Gemeinden auch schon ein Paket vorgelegt. Sie haben das erste Paket anfangs Jahr in diesem Rat schon beraten können. Sie sind also dabei mit jeder Massnahme, die wir Ihnen unterbreiten, und so ist es auch heute.
Bei diesem Paket haben wir 192 verschiedene Massnahmen geprüft. Und davon gibt es in rund 30 Punkten aus unserer Sicht vertretbare Reduktionen. Es gibt bei jedem Punkt Argumente dafür und dagegen. Wir haben sie auch abgewogen. Aus unserer Sicht empfehlen wir Ihnen, es so zu machen, wie wir es vorschlagen. In diesem Sinn möchte der Finanzdirektor auch der vorberatenden Kommission – vor allem auch der Präsidentin – danken für die gute Kommissionsarbeit und den Bericht.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

I. § 34

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der AF vorliegt, dass die bisherige Formulierung, beibehalten werden solle.

➔ Der Antrag der Alternativen Fraktion wird mit 58 : 10 abgelehnt.

II. § 5

Eusebius **Spescha** stellt im Namen der SP-Fraktion den Antrag, auf die von der Regierung vorgeschlagene Änderung zu verzichten und diese damit abzulehnen. Die vorgeschlagene Änderung des Stipendiengesetzes zeigt exemplarisch die Kopflosigkeit und Widersprüchlichkeit dieser Vorlage, aber auch der bürgerlichen Sparhysterie. Bildung gilt als wichtigster Rohstoff der Schweiz. Seit Jahren wird die lebenslange Aus- und Weiterbildung gefordert. Wirtschaftskreise kritisieren die mangelnde berufliche Mobilität. Die bürgerlichen Parteien wollen die Lebensarbeitszeit sogar verlängern und das Pensionierungsalter heraufsetzen. Mit den von der Regierung beabsichtigten Änderungen wird aber gerade das Gegenteil umgesetzt. Personen über 40 Jahre, welche über wenig eigene finanzielle Mittel verfügen, werden zusätzlich bestraft, indem ihnen die Möglichkeiten zur Erlernung eines Erst- oder Zweitberufes erheblich erschwert werden. Die Regierung schreibt in der Vorlage nichts über den Ist-Zustand. Der Votant liegt aber wohl kaum allzu falsch, wenn er davon ausgeht, dass es sich um etwa ein Dutzend Fälle pro Jahr handelt, dass es in erster Linie Frauen und vorwiegend berufliche Wiedereinsteigerinnen sind, die betroffen sind. Stipendien bekommen nur Personen, welche über eine ungenügende finanzielle Leistungsfähigkeit verfügen. Seien wir froh darum, dass diese Menschen sich darum bemühen, mit Hilfe von Ausbildungen neue berufliche Perspektiven zu erhalten. Die 65'000 Franken generieren wahrscheinlich ein Mehrfaches an volkswirtschaftlichem Nutzen. Im Übrigen ist festzuhalten, dass die von der Regierung in eigener Kompetenz vorgesehenen Änderungen der Verordnung bildungspolitisch ebenso unsinnig sind.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die AF beantragt, beim Gesetz über Ausbildungsbeiträge Ziff. 2 beizubehalten. Unser Antrag lautet:
Die Alterslimite für Stipendienberechtigte soll bei 50 Jahren belassen und nicht auf 40 Jahre gesenkt werden.
Begründung: Im Stipendienbereich sollte die Regierung nicht kurzfristig sparen, sondern langfristig investieren. Auch auf diese Weise kann gespart werden. Die Wirtschaft verlangt gut aus- und weitergebildete, flexible Arbeitskräfte. Lebenslanges Lernen ist die Voraussetzung für höhere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Gleichzeitig sind Bestrebungen im Gang, das Rentenalter zu erhöhen. Das bedeutet, dass die Menschen länger im Arbeitsprozess verbleiben. Darum muss Personen zwischen 40 und 50 die wichtige und notwendige Weiterbildung ermöglicht werden. Denn wer nicht mehr mitkommt, wird eher entlassen und belastet zudem die ALV, später die Sozialhilfe. Gerade Frauen über 40, die beispielsweise nach der Familienpause wieder ins Erwerbsleben eintreten wollen, sind auf finanzielle Unterstützung in Form von

Stipendien angewiesen. Schaffen sie den Sprung in die Berufswelt, bedeutet das einen persönlichen Erfolg für sie, aber auch die Wirtschaft profitiert von deren hohen Sozial- und Selbstkompetenz, vor allem aber entlastet der Wiedereinstieg den Staatshaushalt.
Wir alle, die wir über 40 sind, gehören nicht zum alten Eisen – das spüren wird doch selber. Wir sind nicht zu alt für berufliche Neuorientierungen. Wir können noch über Jahre gute Leistungen erbringen. Ermöglichen Sie mit Ihrem Ja zum Antrag allen eine Chance – auch jenen, die sich eine Weiterbildung aus finanziellen Aspekten nicht leisten können und daher auf Stipendien angewiesen sind.

Andrea **Hodel** ist auch 40 gewesen und manchmal denken Sie vielleicht schon, dass sie zum alten oder zumindest verknöcherten Eisen gehört. – Sie möchte die ganze Problematik ins rechte Licht rücken. Wir haben erstmals die Grenze von 500 Stipendiengesuchen überschritten. Dabei betreffen etwa zehn Gesuche Personen, die das 40. Altersjahr überschritten haben. Von diesen zehn Gesuchen sind vielleicht zwei oder drei, bei denen es um einen echten Wiedereinstieg, um eine Zweitausbildung geht. Die vielleicht in die Richtung von Vermeidung von Sozialfällen gehen. Und für solche Fälle behalten wir ja einerseits die Möglichkeit, dass Darlehen gewährt werden. Diese sind bis zu einem Jahr nach der Ausbildung nicht zu verzinsen und erst nach fünf Jahren zurückzubezahlen. Und es bleibt der letzte Satz von Abs. 2: «In Härtefällen bleibt die Möglichkeit von Ausnahmeklauseln.» Das sind genau die Fälle, die Rosemarie Fähndrich angesprochen hat. Die Votantin glaubt also nicht, dass wir hier kopflos vorgehen, sondern wir gehen sehr sozialverträglich vor.

Wenn Bildungsdirektor Matthias **Michel** die Worte von Eusebius Spescha hört, so meint dieser, der Bildungsbereich sei wirklich tabu, wenn es um Anstrengungen geht, die Zahlen etwas herunter zu holen. Der Votant ist da ganz anderer Ansicht. Wir können ohne Qualitätsverlust auch im Bildungsbereich Kosten sparen. Sie kennen die Studien der OECD – die Schweiz ist ein sehr teures Bildungsland mit zum Teil nicht entsprechenden Resultaten. Und dieser Stipendienbereich steht nun vor Ihnen mit dem Entscheid der Altersgrenze. Der übrige Bereich ist – wie schon erwähnt – vom Regierungsrat auf dem Verordnungsweg bereits beschlossen worden. Wir haben gesehen, dass der Kanton bei den Stipendien in den vordersten vier oder fünf Rängen steht. Und auch hier gilt die Losung unserer Schwerpunktspolitik, dass wir unser Niveau von hervorragend oder sehr gut auf gut herunternehmen. Die Lage im Stipendienbereich ist auch mit diesen Massnahmen nach wie vor sehr gut. Matthias Michel erinnert daran, dass das Alter 40 Bestandteil eines Mustergesetzes ist, das vor Jahren als Empfehlung an die Kantone ging. Diese Altersgrenze ist eigentlich die Regel. Wir gehen eigentlich nur auf dieses normale Mass zurück. – Bei Härtefällen kann man nach wie vor darüber gehen, Darlehen gibt es auch. Wir haben also genügend Spielraum, um hier dem Einzelfall Rechnung zu tragen. Der Bildungsdirektor bittet den Rat deshalb, dem Regierungsantrag zuzustimmen.

➔ Der Antrag von AF und SP wird mit 57 : 14 Stimmen abgelehnt.

III. § 4

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko mit seinem Stichentscheid den Antrag stellt, das Projekt «Freiwilliger Schulsport» erfolgreich zum Abschluss zu bringen und deshalb die Unterstützungsbeiträge bis Ende Schuljahr 2007/08 zu sprechen. Es geht hier nicht um eine Streichung, sondern um eine Verschiebung dieser Gesetzesänderung um zwei Jahre. Ist das wirklich so inkonsequent, wie gewisse Kreise behaupten? Der Stawiko-Präsident sagt klar nein, und zwar aus folgenden Gründen:
1. Sie haben in den Schuljahren 2002/03 44'000 Franken und 2003/04 52'000 Franken in den freiwilligen Schulsport investiert. Im diesem Schuljahr sind 56'000 Franken budgetiert. Im Gegensatz zu Broschüren des BAG, die für mehr Bewegung plädieren, in der Regel aber gar nichts bewirken und meist im Abfall landen, wurden diese Gelder in das umgesetzt, was wir wollen: in Bewegung, sportliche Aktivität – und dies effizient und effektiv. Die Statistik ist eindrücklich: Im Schuljahr 2003/04 haben sich 1'245 Schulkinder in 86 Kursen sportlich betätigt. Der freiwillige Schulsport führte dabei zu ca. 16' -18'000 zusätzlichen Stunden mit sportlicher Aktivität.
2. Heute sehen wir uns mit einem zunehmenden Bewegungsmangel und Übergewicht unserer Bevölkerung konfrontiert. Bewegungsmangel und Übergewicht verursachen mittel- bis langfristig erhebliche Gesundheitskosten, die je nach Fall pro Patient ein Vielfaches dieser nun diskutierten Kosten verursachen können. Die übergewichtigen und bewegungsfaulen Kinder sind die kranken Erwachsenen von morgen und sie wissen ja: «Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr». Der freiwillige Schulsport ist ein wichtiges Element, um Bewegungsmangel und Übergewicht frühzeitig entgegen zu wirken. Kommt dazu, dass Bewegung eine wesentliche Grundlage für eine gesunde geistige, körperliche und soziale Entwicklung der Kinder darstellt.
3. Das Argument, der freiwillige Schulsport nehme den Vereinen die Mitglieder weg, lassen wir nicht gelten. Viele Kinder haben eine recht grosse Hemmschwelle gegenüber einem direkten Vereinsbeitritt. Diese ist bedeutend geringer, wenn die Kinder in der gewohnten Schulumgebung und mit den bekannten Lehrpersonen sportliche Aktivität erleben können. Der freiwillige Schulsport ist aus unserer Sicht eine wichtige Einrichtung, um Kinder abzuholen, für den Sport zu motivieren und anschliessend den Vereinen zuzuführen. Die Vereine profitieren vom freiwilligen Schulsport.
4. In seiner Vorlage vom 4. Dezember 2001 schreibt der Regierungsrat: «Die Einführung des freiwilligen Schulsports, dessen Stellenwert in unserem Kanton heute noch relativ gering ist, soll den Gemeinden durch den Kanton erleichtert werden, indem er ihnen beim Aufbau fachliche Beratung durch das Amt für Sport zur Verfügung stellt. Zudem sollen alle Gemeinden mit einem Kantonsbeitrag zur Führung des freiwilligen Schulsportes animiert werden. Es darf davon ausgegangen werden, dass dank eines solchen Kantonsbeitrags die Gemeinden den freiwilligen Schulsport auch einführen und innert nützlicher Frist ein breites Angebot haben werden.» Heute haben wir in gewissen Gemeinden ein breites Angebot, in anderen überhaupt nicht.
Heute schreibt die Regierung: «Es ist unbestritten, dass die kantonalen Beiträge – verbunden mit der Beratung – den Gemeinden ermöglichen, den freiwilligen Schulsport aufzubauen. Die Regierung ist jedoch der Auffassung, dass die Finanzierung des freiwilligen Schulsportes *nach dem Aufbau* allein Sache der Gemeinden sein muss. Es wird deshalb beantragt, mittelfristig auf Kantonsbeiträge zu verzichten.» Hat die Regierung ihre Ziele wirklich erreicht? Ist das Angebot der Gemeinden breit und was bedeutet mittelfristig? August 2006? Der freiwillige Schulsport ist erst in sechs Gemeinden mehr als ein Schuljahr realisiert. In Baar und Zug besteht seit Jahren ein sehr gutes Angebot, Neuheim und Cham sind seit drei Jahren, Menzingen

und Steinhausen seit zwei Jahren dabei. Dieses Jahr startet Oberägeri, nächstes Jahr Unterägeri. Es kann davon ausgegangen werden, dass bis im Schuljahr 2007/08 auch die letzte Gemeinde, Walchwil, ein solches Programm realisieren kann. Erst dann ist das Projekt abgeschlossen. Es ist deshalb nicht logisch, wenn die Regierung schreibt, dass sie die Finanzierung nach Abschluss des Aufbaus stoppen will, und andererseits dieses Projekt, wie Sie sehen, mitten im Aufbau auf Ende Schuljahr 2005/06 stoppt. Das bisher investierte Geld ist nur dann gut angelegt, wenn das Projekt sauber abgeschlossen und der freiwillige Schulsport in allen Gemeinden auf ein langfristiges Fundament gestellt ist. Und das ist der Unterschied zu einem Zahnpflegedienst. Dieser ist seit Jahren in allen Gemeinden etabliert und bewährt. Es wird niemandem einfallen, den Schulzahnpflegedienst zu streichen. Das Gleiche kann man erreichen, indem man diesen freiwilligen Schulsport sauber aufbaut. Die Gemeinden können Erfahrung gewinnen und werden sich dann schwer überlegen, ob sie dieses sinnvolle Projekt streichen wollen.
Und den Finanzspezialisten in diesem Rat möchte Peter Dür noch eines zu bedenken geben: Eine grosse Studie in der USA zeigt klar, dass ein Dollar für Jugendsport später drei Dollar Gesundheitskosten einspart. In der Schweiz wird dies nicht viel anders sein. Für diese 150'000 Franken werden Sie beispielsweise in zehn Jahren netto 300'000 einsparen können. Keine schlechte Rendite, da können Sie doch wohl nicht widerstehen und müssten unseren Antrag unterstützen.
Zusammenfassend möchte der Votant im Namen der knappen Stawiko-Mehrheit raten, das Projekt «Freiwilliger Schulsport» entsprechend den ursprünglichen Zielen abzuwickeln und die Unterstützungsbeiträge bis Ende Schuljahr 2007/08 zu sprechen. Die Neue Zuger Zeitung hat im Artikel zu diesem Thema geschrieben: «Kein schlechtes Gewissen, Herr Dür?» Nein, er hat wirklich kein schlechtes Gewissen und Sie sollten es ebenfalls nicht haben. Im Gegenteil – mit relativ kleinem Aufwand können Sie hier direkt, effizient und effektiv Kinder und Jugendliche zu mehr Bewegung und Sport motivieren. Sie legen damit eine wichtige und nachhaltige Grundlage für die Gesundheit unserer Bevölkerung und nebenbei auch für weniger Gesundheitskosten in der Zukunft. Sagen Sie ja zu unserem Antrag! Ihr Entscheid ist absolut vereinbar mit einer nachhaltigen und auf Langfristigkeit ausgelegten Finanzpolitik.

Stefan **Gisler**: Lassen Sie sich nicht vom Äusseren täuschen, wenn auch ein etwas gewichtiger Kantonsrat zum Sportgesetz spricht! – Erst im Schuljahr 2003/04 wurden die kantonalen Beiträge für den freiwilligen Schulsport eingeführt. Und nun sollen diese auf Mitte 2006 bereits wieder abgeschafft werden. Dieses Hüst und Hott ist ein grobes Foulspiel an den Gemeinden und schmälert die Glaubwürdigkeit des Kantons. Denn nicht alle Gemeinden waren in dieser kurzen Zeit in der Lage, den freiwilligen Schulsport aufzubauen und zu etablieren. Und dafür sind diese Gelder gedacht, nämlich als Anstossfinanzierung für den Aufbau oder die Erweiterung des freiwilligen Schulsports. Und hier kann die Regierung auch Prioritäten setzen bei der Geldvergabe, dass wirklich die Gemeinden profitieren, die noch keine genügenden Angebote haben. Aktuelle Recherchen durch die Turn- und Sportlehrervereinigung Zug haben ergeben, dass mit der sofortigen Streichung dieser Beiträge neue Angebote im
Jugendsportbereich verhindert oder eben erst lancierte Projekte im Ansatz abgewürgt würden. Hünenberg und Rotkreuz kennen noch keinen freiwilligen Schulsport. Aber sie haben Konzepte, und die zuständigen Lehrpersonen machen sich nun an die Umsetzung. Ohne Gelder eine Illusion. In anderen Gemeinden wie Oberägeri, Menzingen und Cham kamen dank der kantonalen Anstossfinanzierung erste Ange-

bote zustande. Doch diese sind noch nicht etabliert genug, als dass sie auf eigenen bzw. gemeindlichen Beinen stehen könnten. Einige im Rat wenden ein, die Gemeinden sollen zahlen oder die Eltern. Langfristig stimmt dies wohl – für etablierte Angebote. Aber für den Aufbau braucht es die kantonale Unterstützung. Mit wenig Geld kann viel bewirkt werden. Dies sieht auch die Stawiko so und stellt darum den Antrag auf eine Verlängerung der Beiträge bis ins Jahr 2008. Natürlich stützt die AF diesen Antrag, die Gründe dafür sind:
1. Sport ist wichtig für Kinder. Sport fördert die Lernfähigkeit. In einem Schulversuch in Kanada erhielten Primarschüler zusätzliche fünf Turnstunden auf Kosten von Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften. Was geschah? Die Schulleistungen stiegen in den gestrichenen Fächern. Zudem verweist der Votant auf das Pisa-Spitzenland Finnland. Dort sind so genannte Bewegungsinseln ein wichtiger Teil des Schulalltags.
2. Sport ist wichtig für Kinder und fördert die Gesundheit. Das ist notwendig. Denn laut Studien – nachzulesen auch in einem Artikel der NZZ am Sonntag vom 27. März 2003 – werden die Kinder in der Schweiz langsamer, dicker, schwächer und ungelenker. Im selben Artikel wird der UNO-Sonderbeauftragte für Sport, Adolf Ogi, so zitiert: «Ein Dollar für den Jugendsport spart später drei Dollar Gesundheitskosten.» Im Bundesamt für Gesundheit werden die Kosten, die direkt auf Bewegungsmangel zurückzuführen sind, auf 2 Milliarden jährlich geschätzt.
3. Sport ist wichtig für Kinder. Sport fördert die soziale Integration und Sozialkompetenz. Dies in den Kursen selbst, aber auch in Sportvereinen, in welche einige der Kinder auf Grund der neu kennen gelernten Sportarten wechseln. Der freiwillige Schulsport ist eine grosse Chance für Sportvereine, für sich und ihren Sport zu werben. Stefan Gisler selbst leitete solche Kurse für den Curling-Club Zug – den Kindern gefiel es und einige traten darauf dem Verein bei. Dies geschah und geschieht auch in Gemeinden mit freiwilligem Schulsport. Das ist einer der Multiplikatoren-Effekte dieser kantonalen Unterstützung.
Der Votant appelliert besonders an diejenigen, welche mit ihm fleissig die freiwilligen Sportangebote des Kantonsrats besuchen. Auch an die rechten Flügelstürmer in unserer Fussballmannschaft. Die Beibehaltung der Beiträge für den freiwilligen Schulsport garantiert zwar keine Ski-WM-Medaillen – aber sie hat genug positive Effekte. Geben Sie sich einen Ruck, im Jahr des Sports etwas für den Sport und für die Jugend zu tun.

Barbara **Strub** besucht als kantonale Turninspektorin die obligatorischen Turnstunden in den zugerischen Schulen. Es fällt ihr auf, dass die heutige Schuljugend im Durchschnitt weniger körperliche Fertigkeiten hat als noch vor zehn Jahren. Dies führt sie auf einen Wandel in unserer Gesellschaft zurück. Nintendo und Playstation haben die Kinderzimmer erobert, bevor ein Kind Velofahren oder Seilspringen erlernt hat. Es ist unsere Aufgabe, die Jugend an eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung heranzuführen. Bewegungsarmut, Fettleibigkeit, Trägheit, soziale Isolation etc. können mit Sporttreiben in einer Gruppe Gleichaltriger bekämpft werden. Der freiwillige Schulsport ermöglicht es, Kindern eine Sportart näher zu bringen. Sie finden hier eventuell eine Freizeitbeschäftigung, die sie Jahre begleiten wird und ihre körperliche und geistige Fitness stärkt. Das so ausgegebene Geld kompensiert der Staat bei weitem mit Einsparungen bei den Gesundheitskosten, wenn es uns gelingt, zumindest einen weiteren Teil der Jugendlichen gesund und fit ins Alter zu führen. Stellen Sie sich vor, wie viel Geld schon bei der Alkohol- und Raucherprävention gespart werden könnte, wenn unsere Jugend mehr gesunden Sport treiben würde! Die UNO

hat das Jahr 2005 zum Jahr des Sports erklärt. Wollen wir gerade in diesem Jahr das bescheidene Budget von ca. 55'000 Franken pro Jahr für den Aufbau des freiwilligen Schulsportes in den Gemeinden kürzen? Die Votantin bittet den Rat, dies nicht zu tun und die Mittel, wie im Sportgesetz vorgesehen, bis 1. August 2008 für unsere Jugend bereit zu halten. Geben Sie den Gemeinden die nötige Zeit für diesen Aufbau. Es ist gut investiertes Geld.

Martin B. **Lehmann**: Wenn die Stawiko – wenn auch nur eine knappe Mehrheit – eine Sparmassnahme ablehnt, dann lässt dies aufhorchen und es illustriert auf eindrückliche Weise, dass auch Kosten sparende Vorlagen nicht nur auf ihren materiellen Aspekt reduziert werden dürfen. Der Votant möchte an dieser Stelle die so offensichtlichen gesundheitspolitischen Gründe gegen die vorzeitige Streichung dieses Kantonsbeitrags nicht nochmals aufzählen. Er möchte nur kurz aus dem am 14. Dezember 2004 formulierten regierungsrätlichen Schwerpunktprogramm 2005-2015 zitieren: «Der Kanton betreibt eine innovative, ganzheitliche und qualitätssichernde Gesundheitspolitik. Er agiert als Impulsgeber bei der Gesundheitsförderung und bei der Prävention. Breiten- und Jugendsport werden gefördert.» Dem hat die SP-Fraktion nichts anzufügen, und sie unterstützt den Antrag der Stawiko einstimmig.

Bruno **Pezzatti** wollte nach den klaren Ausführungen der Kommissionspräsidentin zur Notwendigkeit der von der Regierung und der vorberatenden Kommission beantragten Massnahmen zur Abschwächung des Ausgabenwachstums bei gebundenen Beiträgen eigentlich als überzeugter Befürworter das Wort nicht ergreifen. Einzelne, zum Teil sehr erstaunliche Voten, auch von Mitgliedern der engeren Stawiko, haben ihn nun aber aus dem Busch geklopft. Er äussert sich zu diesem Geschäft einerseits als aktiver Freizeitsportler und Mitglied von verschiedenen Sportvereinen und andrerseits als ein um die zukünftigen Kantonsfinanzen besorgter Finanzpolitiker.
Wie soll die Regierung, welche sich nicht zuletzt auf den ständigen und notwendigen Druck der Stawiko und im Hinblick auf die auf uns zukommenden finanzpolitisch schwierigeren Jahre endlich dazu durchgerungen hat, nicht nur das starke Ausgabenwachstum beim Personalaufwand, sondern jetzt auch richtigerweise die überhöhten Ausgabensteigerungen bei den Beiträgen mit Zweckbindung gezielt zu bremsen, künftige Sparappelle unseres Rates ernst nehmen, wenn sie bei den ersten konkreten Sparmassnahmen ausgerechnet von der Stawiko zurückgepfiffen wird? Als der Votant ihren Antrag zur Aufweichung, bzw. Verschiebung der Sparmassnahme gelesen hat, musste er sich – und dies vor allem auch als Mitglied der erweiterten Stawiko – vor Erstaunen und Unverständnis die Augen gleich mehrere Male reiben. Er fragte sich: Waren sich die betreffenden Mitglieder und vor allem auch der von ihm geschätzte Präsident der Stawiko über die kontraproduktive Signalwirkung ihres Antrags bewusst? Kaum. Er bedauert den Antrag der engeren Stawiko sehr, kann ihn nicht nachvollziehen und ersucht den Rat, die Anträge der Regierung und der Kommission vollumfänglich zu unterstützen und ausnahmsweise nicht der Stawiko zu folgen. Fehler können überall und allen passieren, auch dem sonst ausgezeichneten Stawiko-Präsidenten! Es kann wohl niemand hier im Saal allen Ernstes behaupten, dass es sich bei den Kantonsbeiträgen an den freiwilligen Schulsport um eine notwendige, unverzichtbare Massnahme handelt. Wir haben zum einen im Kanton Zug mit den drei obligatorischen Schulsportstunden pro Woche (gegenüber zwei Stunden zu seiner Schulzeit) zusammen mit den Sportbetätigungsmöglichkeiten in

verschiedenen, sehr aktiven Sportvereinen ein überaus vielfältiges und ausreichendes Angebot. Zum andern können private Organisationen und/oder die Gemeinden den freiwilligen Schulsport weiterführen. Ab 2007 kann deshalb auf diese unnötige Subventionierung mit guten Gründen verzichtet werden.

Vreni **Wicky** weist darauf hin, dass es doch heute überhaupt nicht darum geht, den Schulsport abzuschaffen oder nicht. Es geht lediglich darum, eine Strategie gutzuheissen. Der Schulsport in den Gemeinden wird keineswegs lahm gelegt, wie dies Martin B. Lehmann suggeriert. Heute gehört es zu den Standortvorteilen und -qualitäten einer jeden Gemeinde, Schulsportmöglichkeiten anzubieten. Spare in der Zeit, so hast du in der Not! Eigentlich wissen wir es ja alle. Jetzt soll im Hinblick auf die NFA gespart werden. Aber wer ist überhaupt dazu bereit? Zu viele Einzelinteressen wie Vereinszugehörigkeiten, Parteipolitik, Gemeindezugehörigkeit etc. verunmöglichen leider oft ein weitsichtiges strategisches Denken und Handeln. Ist der oder die Präsident(-in) ein Sportfan, wird beim Sport nicht gespart. KMU-Vertreter wollen später dann bei den Reisespesen für ihre Lehrlinge – obwohl diese zum Teil doppelt ausbezahlt werden und zudem im einzigen Kanton der ganzen Schweiz – auch nicht sparen. Um die strategischen Vorgaben auch in Zukunft einhalten zu können, hat die Regierung konkrete Massnahmen eingeleitet, und es kann und darf doch wohl nicht sein, dass sie wegen Partikularinteressen über den Haufen geworfen werden. Auch wenn im Moment die Defizite weder im Kanton noch in den Gemeinden wie budgetiert ausfallen, heisst es, verantwortlich handeln, mit Weitsicht planen und gewissenhaft umsetzen. Die Votantin bittet den Rat, Regierungsrat und vorberatende Kommission in diesem Sinn zu unterstützen.

Peter **Dür**: Man könnte jetzt meinen, dass die Stawiko mit ihrem Entscheid das ganze Programm in Frage stelle. Das ist natürlich nicht so. Es könnte auch der Eindruck entstehen, dass wir diese Gesetzesänderung nicht wollen. Das stimmt auch nicht. Wir haben einzig gesagt: Gehen wir nachhaltig mit den Ressourcen um, wir haben in dieses Projekt investiert. Wir waren 2002 überzeugt von diesem Projekt. Bringen wir es nun sauber zum Abschluss, d.h. konkret nur Folgendes: Ab 2007 sparen Sie 4,55 Mio., ab August 2008, d.h. ab 2009 sparen Sie 4,7 Mio.. Es geht nur um einen kleinen Betrag. Und weitsichtige Finanzpolitik ist auch, wenn man Projekte bei der Gesundheitsförderung etabliert, sobald Rauch auftaucht, und nicht erst wenn das Gebäude lichterloh brennt. Der Votant bittet den Rat deshalb, den Stawiko-Antrag zu unterstützen.

Stefan **Gisler** ganz kurz etwas zum Votum von Vreni Wicky, die gerne spart. Die Stawiko macht mit ihrem Antrag einen Sparvorschlag. Wenn Sie der Regierung zustimmen, verursachen Sie Mehrkosten.

Bildungsdirektor Matthias **Michel**: Sport bewegt – auch die Gemüter. Beim Anhören einiger Voten könnte man den Eindruck bekommen, der Kanton messe dem freiwilligen Schulsport oder generell dem Sport vor allem für Kinder und Jugendliche ungenügende Bedeutung zu, fördere diesen Bereich zu wenig bzw. nicht mehr glaubwürdig, wenn er die Beiträge an die Gemeinden nun per 2006 einstellt. Dieser Eindruck ist falsch. Wir haben mit dem neuen Sportgesetz dem Sport in unserem Kanton

einen Schub gegeben, auf verschiedenen Ebenen: Koordination und Beratung, Nachwuchssport, freiwilliger Schulsport. Zu diesen Zwecken haben wir das Amt für Sport personell auf das Jahr 2003 hin verstärken können. Und *hier* liegen die eigentliche Stärke und die Bedeutung des kantonalen Engagements, auch im freiwilligen Schulsport. Insbesondere auch im freiwilligen Schulsport ist es Dank der Motivation, der Vermittlungsarbeit und dem Einsatz des zuständigen Mitarbeiters Felix Jaray gelungen, einige zusätzliche Gemeinden zum Aufbau des freiwilligen Schulsports zu motivieren (ab dem Schuljahr 05/06, d.h. ab nächstem August werden es insgesamt acht Gemeinden sein). Dieser personelle Einsatz ist – gemäss unserer Erfahrung – der zentrale und bedeutende Beitrag des Kantons; gleiches gilt auch auf gemeindlicher Ebene: Wo motivierte, überzeugende Personen am Werk sind, dort findet freiwilliger Schulsport statt. Betrachten Sie nun andererseits den kantonalen finanziellen Zustupf – mehr als ein Zustupf ist es wahrlich nicht –, angesichts folgender Fakten:
– Das Sportgesetz zwingt uns, die Beiträge pauschal pro teilnehmendes Kind auszurichten. Das heisst: Wir können Gemeinden als Anreiz zum Start nicht mehr auszahlen als Gemeinden, in denen der freiwillige Schulsport schon Tradition hat und bei denen gar keine Anschubfinanzierung mehr notwendig ist. Das ist zwar rechtsgleich, indem jede Gemeinde pro Kind im freiwilligen Schulsport gleichviel erhält, aber mag doch die ursprünglich Idee, eine Anschubfinanzierung zu leisten, nicht umzusetzen. Aber das Gesetz lässt nichts anderes zu, ist somit nicht sehr zielgerichtet.
– Dieser Mechanismus – gleicher Betrag für jedes Kind – führt dazu, dass der allergrösste Teil des kantonalen Beitrags an zwei Gemeinden bezahlt wird, welche diesen Beitrag bestimmt gerne entgegennehmen, bei denen der freiwillige Schulsport jedoch – zum Glück – ein fester Bestandteil ist. In Zahlen: Von den im Jahr 2004 ingesamt ausgerichteten 52'000 Franken gingen 42'000 an die Gemeinden Zug und Baar; bloss rund 10'000 an andere Gemeinden. Also: Weniger als 20 % ging an Gemeinden, welche allenfalls für den Aufbau noch Unterstützung brauchen! Angesichts dieses Beitragsverhältnisses wird der bestimmt wohlgemeinte Antrag der Stawiko, die Aufbauarbeit nicht zu gefährden, doch stark relativiert.
– Und noch ein Faktum. Wie erwähnt: Bis anfangs des kommenden Schuljahrs werden acht Gemeinden Angebote im freiwilligen Schulsport haben. Es bleiben noch drei Gemeinden, welche zukünftig beginnen könnten. Und hier stellt sich die Frage: Kommt es denn auf die 1'000 oder 2'000 Franken an, welche locken, damit eine Gemeinde mitmacht? (Steinhausen und Neuheim etwa beziehen im Jahr 2004 rund 2'000 Franken.)
Die Regierung meint, es seien andere Motivationen, welche für das Angebot im freiwilligen Schulsport spielen und spielen müssen. Wir versuchen deshalb, beim Verzicht kantonaler Beiträge kohärent zu sein. Und hier handelt es sich – und das ist wohl von niemanden wegzudiskutieren – um einen bescheidenen Beitrag des Kantons, der aber quer in der Landschaft der Aufgabenteilung steht, indem eine gemeindliche Aufgabe vom Kanton mitsubventioniert wird – wie gezeigt nicht sehr zielgerichtet. Der Kanton setzt die kantonalen Finanzen auch im Sport wirkungsvoll ein. Ein Beispiel, um gleichzeitig unsere Sportfreundlichkeit zu beweisen: Aus dem Sport-Toto-Fonds hat der Regierungsrat eben einen Beitrag von 75'000 Franken gesprochen für insgesamt elf spezielle Projekte im diesjährigen UNO-Jahr des Sports. - Sie werden das hoffentlich spüren in den Gemeinden, Vereinen und Schulen und sich davon bewegen lassen. Sport bewegt.

➔ Der Rat stellt sich mit 42 : 31 Stimmen hinter den Antrag der Regierung.

IV. § 6

Andrea **Erni** hält fest, dass die SP-Fraktion, unterstützt von der AF, beantragt, *§ 6 Abs. 5 im EG zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen zu belassen. Dabei ist aber der budgetierte Betrag von 450'000 Franken um die Hälfte zu reduzieren.*
Begründung: Der Regierungsrat schreibt unter anderem in seinem Kommentar, dass sich wahrscheinlich ein Teil der Lehrfirmen ebenfalls an den Kosten beteiligen werden. Wir sind der Ansicht, dass die Zuger Firmen, welche Ausbildungsplätze anbieten, nicht mit noch mehr Kosten konfrontiert werden dürfen. Vielmehr sollten wir froh über jede Firma sein, welche bereit ist, Lehrlinge auszubilden. Mit der Halbierung des budgetierten Betrags tragen wir den Sparabsichten des Regierungsrats Rechnung und federn auch allfällige Kostenfolgen für die Lehrbetriebe deutlich ab. – Mit der Streichung der Beiträge treffen wir jene, welche am wenigsten verdienen und auf die wir doch in Zukunft angewiesen sind: Die Lehrlinge und somit die Berufsleute von morgen. Die Ausschöpfung von über 90 % beweist, dass die Lehrlinge sehr froh um diese Beiträge sind. Lassen Sie zumindest die Hälfte des budgetierten Betrags stehen, damit die Lehrlinge auch weiterhin wenigstens einen Teil ihrer Fahrspesen vergütet bekommen. Lassen Sie uns verhältnismässige Sparmassnahmen ergreifen, statt sinnvolle Entlastungsbeiträge wie diese ersatzlos zu streichen. Im Namen von SP und AF bittet die Votantin den Rat, dem Antrag zu folgen.

Andrea **Hodel** möchte sich nicht wiederholen, aber dem Gewerbe danken, dass es den Entscheid, der für es zum Teil bitter ausfällt, mit trägt. – Noch eine Korrektur zum Votum von Silvan Hotz in der Eintretensdebatte. Natürlich ist es so, dass das Stipendium nicht zuerst kommt, sondern die Eltern. Aber das ist ja auch nicht schlecht, wenn die Eltern die Ausbildung ihrer Kinder in diesem Punkt mitfinanzieren, soweit es die Lehrlingsbetriebe nicht freiwillig tun. – Zum Antrag von Andrea Erni. Der Antrag mit der Kürzung des Budgets ist gut gemeint, aber allenfalls wirkungslos. Wenn wir diese gesetzlichen Bestimmungen haben und die Beiträge werden abgeholt, haben wir einfach eine Budgetüberschreitung. Wir können dann ja nicht sagen, wenn das Budget aufgebraucht ist: Wir geben jetzt keine Beiträge mehr. Von daher behalten wir entweder den Beitrag und müssen damit rechnen, dass der Betrag ausgeschöpft wird, oder aber wir streichen diesen Beitrag. Oder es müsste eine neue Bestimmung kommen, dass nur noch ein Teil dieser Beiträge subventioniert wird.

Die **Vorsitzende** möchte klären, dass der Antrag von Andrea Erni eine Budgetkürzung beinhaltet. Und wir beraten hier eine Gesetzesvorlage, bei der kein Budgetposten definiert ist. Der Antrag von Andrea Erni müsste also lauten: Beibehaltung der jetzigen Situation und bei der Behandlung des Budgets dann die Hälfte verlangen. Das geht aber formell nicht.

Andrea **Erni** erläutert, dass es im fraglichen Paragraphen nur heisst: Er (der Kanton) gewährt Beiträge. Es kann problemlos so gehandhabt werden, dass diese Budgetkürzungen eingehalten werden könnte. – Wenn das aber nicht möglich ist, wird der Antrag reduziert auf *Beibehalten von § 6 Abs. 5*.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** freut sich selbstverständlich dass sich die SP-Fraktion für die Berufsbildung und für die Lernenden im Kanton einsetzt. Trotz dieser Sympathie und allem Verständnis für diese Haltung muss man bei nüchterner Betrachtung allerdings feststellen, dass der Verzicht auf den Ersatz der Fahrspesen im Rahmen dieser Sparbemühungen richtig und vertretbar ist. Und das aus folgenden Gründen: Der Verzicht auf diesen Spesenersatz ist letztlich keine Belastung für die Berufsbildung, sondern lediglich die Abschaffung eines Privilegs der Zuger Lernenden. Der Kanton ist mittlerweile nämlich der einzige Kanton in der Schweiz, der den Lernenden die Auslagen für Fahrt und Unterkunft übernimmt. Zudem beseitigen wir gleichzeitig eine bestehende Ungleichbehandlung der Jugendlichen im Kanton Zug. Die Kosten der beruflichen Grundbildung werden insgesamt – beispielsweise auch für die Berufsschulen – nicht nach dem Wohnortsprinzip bezahlt, sondern sie richten sich nach dem Lehrort der Lernenden. Deshalb besteht auch die Möglichkeit nicht, eine andere Regelung zu treffen. Worin besteht denn nun diese Ungleichbehandlung der Jugendlichen? Lernende mit Wohnsitz im Kanton Zug und Lehrort in einem anderen Kanton erhalten keinen Spesenersatz. Aber umgekehrt bezahlt der Kanton Zug Lernenden mit Wohnsitz in den Nachbarkantonen und Lehrort im Kanton Zug diesen Spesenersatz. In diesem Zusammenhang auch der Hinweis, dass im Kanton Zug mehr als 30 % aller Lernenden aus den Nachbarkantonen stammen. Das zeigt, dass unsere Nachbarregionen von der Wirtschaftskraft des Kantons Zug und von den unentgeltlichen Berufsschulen direkt profitieren. Insgesamt wäre der Volkswirtschaftsdirektor auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung froh, wenn diese Privilegierung abgeschafft würde.

➔ Der Rat lehnt den SP-Antrag mit 54 : 16 Stimmen ab.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1280.5 – 11691 enthalten.

597 VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMS 2004-2011, KREDITBEGEHREN ÖV 22 UND BU 22, KANTONSSTRASSE H, STADT ZUG, BETREFFEND ERSTELLUNG EINER BUSSPUR UND TEILWEISER BELAGSSANIERUNG DER STEINHAUSERSTRASSE (ABSCHNITT RIEDMATT-CHAMERSTRASSE)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1291.1 – 11618), der Strassenbaukommission (Nr. 1291.2 – 11663) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1291.3 – 11664).

Beat **Villiger** erinnert daran, dass die Strassenbaukommission für die Erstellung einer Busspur und die teilweise Belagssanierung der Steinhauserstrasse beantragt, den Kredit von 3'765'000 Franken zu bewilligen. Er möchte nicht wiederholen, was schon in den Berichten der Regierung, der vorberatenden Kommission und der Stawiko enthalten ist. Man ist sich darin einig, dass der Ausbau notwendig, jedoch sehr

kostspielig ist. Die vorberatende Kommission hat vor allem auch die Frage gestellt, ob die Busspur bis zur Haltestelle Riedmatt notwendig sei oder ob eine verkürzte Zusatzspur verantwortet werden könne. Was die Kommission und scheinbar da und dort auch Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen nicht ganz zu befriedigen vermochte, ist der Umstand, dass für eine breit abgestützte Entscheidfindung die Auswertung aus dem Betriebsleitsystem fehlt. Auch wurde dem Kommissionspräsidenten in den letzten Tagen mitgeteilt, dass in letzter Zeit auf der Steinhauserstrasse keine Bus-Staus festzustellen gewesen seien. Auf Grund einer gestern mit dem Amt für öffentlichen Verkehr geführten Besprechung möchte er dazu Folgendes festhalten:
– Die verlangte Auswertung kann erst im Verlaufe des kommenden Monates zur Verfügung gestellt werden.
– Für die Zukunft möchte Beat Villiger die Regierung bitten – zumindest die involvierten Direktionen – solche Unterlagen zum Standard zu erklären, damit auch die Kommissionen darauf abstützen könne. Auch dann, wenn die Unzulänglichkeiten offensichtlich sind und behoben werden müssen.
– Dass es in letzter Zeit auf der Steinhauserstrasse zu keinen Staus gekommen ist, hat seinen Grund anscheinend darin, dass die Lichtsignalanlage Steinhauserstrasse/Chamerstrasse seit ca. Anfang dieses Jahres falsch eingestellt war und sich dadurch Rückstaus auf der Chamerstrasse ergeben hätten. Die Anlage sei jetzt wieder korrigiert worden, mit dem Resultat, dass es in den Spitzenzeiten nun wieder zu Staus bis in die Riedmatt komme.
– Die Linie Steinhausen (Linie 6) ist jene mit der drittstärksten Auslastung und fährt in Spitzenzeiten im 7,5-Minutentakt. Man habe aber trotzdem immer wieder Kapazitätsengpässe.
– Dies rührt daher, dass diese Linie zwischen Steinhausen und Zug ein eigentlicher Lebensnerv darstellt, da z.B. keine Stadtbahn vorhanden ist oder etwa auch der SBB-Bahnhof ungünstig liegt.
– Mit dem Ausbau dieser Busspur erhalten wir nachweisbar eine stark verbesserte Fahrplantreue.
Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der Regierung und der Kommission zuzustimmen. – Er möchte die Baudirektion bitten, wenn dann diese Unterlagen und Statistiken aus dem Betriebsleitsystem vorliegen, sich nochmals Gedanken zu machen, ob die Staus wirklich so gravierend sind. Falls dem nicht so sein sollte, müsste man sicher entsprechende Massnahmen noch treffen.

Berty **Zeiter** kann sich den Ausführungen des Kommissionspräsidenten anschliessen und will nur einige wenige Stichworte nochmals betonen. Steinhausen ist noch nicht ans Stadtbahnnetz angeschlossen, also ist die Anbindung an ein effizientes Busnetz umso wichtiger. Die Nachfrage auf der Linie 6 zwischen Steinhausen und Zug ist so gross, dass neu morgens und abends während je 5/4 Stunden der 7½-Minuten-Takt eingeführt wurde. Gleichzeitig stehen die Busse aber im Stau! Diese Taktverdichtung hat bereits zu weiteren Frequenzsteigerungen geführt, so dass klar ist, dass hier etwas unternommen werden muss. Die AF stimmt der Vorlage trotz der hohen Kosten einstimmig zu. Aber die bekannten Probleme mit dem Setzungsverhalten muss man angehen. Es wird sich auch hier ausbezahlen, wenn man das seriös angeht.

Eusebius **Spescha** hält fest, dass die SP-Fraktion grundsätzlich den vorgesehenen Ausbau der Steinhauserstrasse und die Einrichtung einer Busspur unterstützt. Wir erachten die Busspur Richtung Süden als notwendig, weil es in diesem Bereich fast

täglich zu Rückstaus kommt, welche sowohl den ÖV wie auch den MIV behindern. Allerdings stören wir uns an der Höhe des Kredits, der einmal mehr darauf hinweist, dass beim Strassenbau nicht nur Komfort, sondern geradezu Luxus betrieben wird. Wir haben uns deshalb auf die Suche nach Einsparmöglichkeiten gemacht und zwei gefunden, welche problemlos verwirklicht werden können.
1. Auf der Steinhauserstrasse in Fahrtrichtung Nord ist neu eine Abbiegespur für die Im Rank-Strasse vorgesehen. Diese ist völlig überflüssig. Es hat dort noch nie einen relevanten Rückstau gegeben.
2. Heute hält der Bus in Fahrtrichtung Nord auf der Strasse. Auch dies hat noch nie zu einem Problem geführt. Es ist deshalb nicht einsichtig, wieso neu eine Haltebucht für den Bus geschaffen werden soll.
Der Votant hat während mehr als fünfzehn Jahren in diesem Quartier gewohnt. Als er 1988 dorthin gezogen ist, gab es in Fahrtrichtung Nord keine Bushaltestelle. Diese wurde von der Volkswirtschaftsdirektion abgelehnt, weil sie gefährliche Rückstaus befürchtete. Wir haben dann im Quartier Unterschriften gesammelt und der Bushalt auf der Strasse wurde eingeführt. Und siehe da, in all diesen Jahren ist dies problemlos gegangen. Eusebius Spescha stellt deshalb folgenden Antrag:
«Auf die Abbiegespur auf der Steinhauserstrasse in Fahrtrichtung Nord in die Im Rank-Strasse und auf die Haltebucht für den Bus bei der Haltestelle Im Rank in Fahrtrichtung Nord ist zu verzichten. Der Baukredit ist um den entsprechenden Betrag zu kürzen.»
Dies ist ein Sparbeitrag, der niemandem weh tut. Der Votant dankt dem Rat für seine Unterstützung.
Zum Schluss noch eine Anmerkung. Grosszügig ist der Kanton auch, indem er östlich der Steinhauserstrasse auf der Höhe der Im Rank-Strasse gratis und franko eine Erschliessungseinfahrt erstellt. Üblicherweise werden für solche Leistungen erhebliche Perimeterbeiträge erhoben. Allzu schlimm scheint es um die Finanzen doch nicht zu stehen, dass es möglichst ist, solche Geschenke zu machen.

Die **Vorsitzende** gibt noch eine kurze Ergänzung zu diesem Antrag. Wir haben abklären lassen, wie gross etwa die Einsparungen wären. Es handelt sich um ca. 50'000 Franken.

Beni **Langenegger** kann sich kurz fassen und will es gleich vorweg nehmen: Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage. – Für Diskussionsstoff in unserer Fraktion sorgten einzig die happigen Baukosten. Sie wurden jedoch von Seiten der Kommission und des Tiefbauamts mit dem schlechten Bauuntergrund tadellos begründet. Gefreut hat uns natürlich, dass die für das Projekt notwendigen Landverhandlungen bereits bereinigt sind. Der Votant bittet den Rat, die Vorlage im Sinne von Kommission und Regierung zu unterstützen.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion hinter diesem Antrag steht. Sie empfiehlt dem Rat ebenfalls, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Neben der Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs sehen wir auch eine Verflüssigung des Individualverkehrs, vor allem aus Cham Richtung Zug, da nach Inbetriebnahme der Busspur an der lichtsignalgesteuerten Kreuzung lediglich dem Bus aus Steinhausen Priorität eingeräumt werden muss, und nicht der gesamten vor ihm stehenden Kolonne. Die hohen Kosten von rund 3,8 Mio. Franken lösten natürlich auch

bei uns grössere Diskussionen aus. Wir sehen aber die Notwendigkeit und akzeptieren die Begründung, dass der Bau auf dem schwierigen Untergrund im Ried aufwändig ist. Auf die Änderungsanträge von Eusebius Spescha empfehlen wir nicht einzutreten.

Peter **Dür** spricht hier als Kantonsrat aus Steinhausen. Er würde dem Rat dringend raten, den SP-Antrag abzulehnen, und zwar aus folgendem Grund: Wir haben eine Taktverdichtung bezüglich der Busverbindungen. Alle 7½ Minuten fährt dort ein Bus durch. Zuerst wird an der Abzweigung auf der Chamerstrasse Richtung Steinhausen das Lichtsignal blockiert, so dass der Verkehr in dieser Spur nicht mehr abfliessen kann. Dann fährt der Bus über die Chamerstrasse zur Haltestelle Rank. Zuerst wird also der Individualverkehr am Lichtsignal angehalten, dann wieder am Rank. Und dann wird die ganze Kolonne weiter gezogen bis zur Riedmatt. Dort kann man auch wieder nicht überholen. Man wartet wieder und es kommt noch die Fussgängerregelung als vierte Barriere. Der Bus blockiert den Individualverkehr also enorm. Es geht nicht nur um diese Haltestelle Rank, sondern darum, dass der Individualverkehr in einem unzumutbaren Mass blockiert wird. Darum ist es sinnvoll, dass dort diese Nische eingebaut wird.

Guido **Käch** ist nicht überrascht, dass neben der Strassenbaukommission auch die Stawiko und alle Fraktionen die Vorlage zur Erstellung einer Busspur auf der Steinhauserstrasse fast vorbehaltlos unterstützen. Die Stawiko schreibt in ihrem Bericht, dass Investitionen zur Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs regelmässig gemessen und immer wieder kritisch hinterfragt werden sollen. Der Votant vermisst diese kritische Haltung im vorliegenden Stawikobericht, und dies vor allem bei den Kosten. Allein die Tatsache, dass ein Projekt im Strassenbauprogramm enthalten ist, kann doch nicht Grund genug sein, dies auch zu realisieren. In der Vorlage der Regierung wird ausgeführt, dass es werktags zwischen 07.15 und 08.45 Uhr vor der Einmündung in die Chamerstrasse regelmässig zu Staus kommen würde. Über diese Feststellung hätte Guido Käch gerne genaue Angaben gehabt, nämlich wie häufig und wie gross die Verspätungen auf der Linie 6 ausgefallen sind. Weder die Baudirektion noch die Volkswirtschaftsdirektion noch das Amt für öffentlichen Verkehr konnten aber entsprechendes Zahlenmaterial liefern. Am 3. Februar 2005 hat die Strassenbaukommission die Vorlage beraten. Ab diesem Zeitpunkt hat der Votant täglich auf seinem Arbeitsweg in der erwähnten Stosszeit das Verkehrsaufkommen auf der Steinhauserstrasse beobachtet. Er konnte dabei feststellen, dass nie mehr als zwölf Fahrzeuge vor der Lichtsignalanlage standen. Einmal war sogar kein einziges Fahrzeug zu sehen. Er ist sich bewusst, dass seine Feststellungen wenig repräsentativ sind, aber sie sind sicher aussagekräftiger als nicht belegbare Behauptungen. Vorgestern ist es dann wie ein Wunder doch noch passiert, es bildete sich ein Rückstau bis zur Bushaltestelle Riedmatt. Darüber staunte er nicht schlecht. Auf seine Nachfrage bei der ZVB bestätigten ihm Herr Trottmann und Herr Gertsch, die gleiche Feststellung gemacht zu haben. Es sei eine Ausnahme und sie hätten auch die Erklärung dafür. Das Tiefbauamt habe am Montag Einstellungen an der Lichtsignalanlage Steinhauserstrasse/Chamerstrasse vorgenommen. Herr Baudirektor, können sie uns sagen was da gemacht wurde und warum?
Die Mitarbeiter der ZVB gaben ihm bereitwillig weitere Informationen, die zur Beurteilung dieses Projekts interessant gewesen wären: Die ZVB habe seit dem Inkrafttreten des neuen Fahrplans auch festgestellt, dass es auf der Steinhauserstrasse deut-

lich weniger Rückstau gegeben habe. Genauere Angaben über Verspätungen auf dem gesamten Streckennetz der ZVB seien nächstens möglich. Das Statistikmodul des Busleitsystems werde im Monat April in Betrieb genommen, und sobald das Personal entsprechend ausgebildet sei, könnten entsprechende Angaben über Verspätungen, auch auf dem Streckenabschnitt Steinhauserstrasse, gemacht werden. Die Datenbasis dafür werde seit der Inbetriebnahme des Busleitsystems laufend erfasst (Fahrplanumstellung am 12.12.2004). Die ZVB habe Änderungen am Fahrplan der Linie 6 vorgenommen. Für die Strecke Riedmatt-Lorzen sei eine Minute mehr, dafür für die Strecke Lorzen-Zug eine Minute weniger Fahrzeit eingesetzt worden. Die Lichtsignalanlage könne vom Arbeitsplatz des Buschauffeurs aus schon längere Zeit in beschränktem Rahmen beeinflusst werden, um die Einfahrt in die Chamerstrasse zu beschleunigen. Trotz der verbesserten Situation hätten die ZVB an der Realisierung der Busspur nach wie vor grosses Interesse.
Nun zu den Kosten. Das Projekt beinhaltet Gesamtkosten von 3,765 Mio. Franken. Der Anteil für den ÖV beträgt 2,82 Mio. Sind Sie sich bewusst, dass dies für dieses Vorhaben sehr viel Geld ist? Ein Vergleich zwischen den Projekten Busspur Chamerstrasse und Busspur Steinhauserstrasse zeigt folgendes Bild: Auf der Steinhauserstrasse werden rund 1'000 m^2 neuer Strassenraum geschaffen. Wenn das umgerechnet wird auf die 2,82 Mio. Franken, kommt man auf einen Quadratmeterpreis von sage und schreibe 2'820 Franken. Wenn man dann die Quadratmeterpreise für die Realisierung dieser Busspur vergleicht, haben wir auf der Chamerstrasse 440 Franken gehabt und für die Steinhauserstrasse haben wir 530 Franken oder 20 Prozent mehr. Beni Langenegger, der von einer tadellosen Begründung gesprochen hat, kann dem Votanten vielleicht nachher erklären, was das für tadellose Sachen sind. Ausser dem schlechten Untergrund hat er nichts gehört. Und es kann ihm doch niemand weismachen, dass der Untergrund viel schlechter ist als auf der Chamerstrasse. Der Laufmeterpreis betrug auf der Chamerstrasse 5'100 Franken, auf der Steinhauserstrasse sind es 6'100 Franken plus rund 20 Prozent.
Fazit: Guido Käch wird den Eindruck nicht los, dass Projekte des öffentlichen Verkehrs von diesem Parlament weder kritisch hinterfragt noch nach stichhaltigen Fakten beurteilt werden. Die Linie 6 Steinhausen-Zug verkehrt in Stosszeiten im siebeneinhalb Minutentakt. Parallel dazu verkehrt die S1 im Halbstundentakt. Das Angebot im ÖV für das Einzugsgebiet Steinhausen ist also sehr grosszügig konzipiert und funktioniert in vertretbarem Rahmen. Die in allen Berichten erwähnten Rückstaus können nicht mit brauchbarem Zahlenmaterial nachgewiesen werden. Er teilt darum die Ansicht nicht, dass die Busspur im heutigen Zeitpunkt absolut notwendig ist. Auf Grund des fehlenden Zahlenmaterials, der aus seiner Sicht viel zu hohen Kosten und der zurzeit vertretbaren Betriebsbedingungen könnte das Projekt problemlos zurückgestellt werden. Die Baudirektion hätte Gelegenheit, die fehlenden Fakten nachzuliefern, und könnte angewiesen werden die Projektkosten zu reduzieren. Der Votant stellt keinen Antrag, da die Meinungsbildung ja schon länger erfolgt ist und die Gründe für eine mögliche Rückweisung zugegebenermassen auch unterschiedlich beurteilt werden können. In der Strassenbaukommission hat er sich als einziges Mitglied der Stimme noch enthalten. Auf Grund der zwischenzeitlich erworbenen Erkenntnisse wird er aber in der Schlussabstimmung gegen dieses Luxusprojekt stimmen. Er empfiehlt dem Rat, dies ebenfalls zu tun.

Peter **Dür** spricht nun wieder als Stawiko-Präsident. – Diesen Angriff von Guido Käch findet er sehr unfair gegenüber der Stawiko. Wir haben dieses Geschäft genau geprüft. Wir haben mit Kantonsingenieur Hannes Fässler alle Positionen im Detail

angeschaut. Sie sind berechtigt wegen des schwierigen Untergrunds. Wir haben auch noch die Frage des Landpreises betrachtet. Man kann da nicht einfach Quadratmeterpreise einsetzen. Es geht darum, ob es Landwirtschaftsland ist, das etwa 20 Franken wert ist; wenn es eingezontes Land ist, beträgt der Basispreis 800 bis 1'000 Franken. Davon nimmt man aber nur einen gewissen Prozentsatz. Und dann gibt es bereits überbautes Land, wo man keine Ausnützung anrechnen kann – das hat auch seinen Preis. Es sind ganz verschieden Sorten Land, die hier vorliegen, und daraus berechnet sich der Landpreis. Das haben wir plausibilisiert. Man kann jetzt natürlich noch die Frage stellen, ob man überhaupt plausibilisiert hat, ob diese Busspur notwendig ist. Auch das haben wir uns gefragt. Wir müssen aber hier schon davon ausgehen, dass die Regierung diese Grundsatzfrage seriös geklärt hat. Immerhin ist zu erwarten, dass der Bus Richtung Süd nachher störungsfrei läuft, dass das Herausspülen von Fahrzeugen in die Chamerstrasse wegfällt und dass dementsprechend auch der Individualverkehr auf der Chamerstrasse besser läuft. Das heisst: Für die Steinhausener wird es in Richtung Süd etwas schlechter, dafür in Richtung Nord etwas besser. Und für die Chamer sollte es in jedem Fall besser werden, weil die Bevorzugung des Individualverkehrs aus Steinhausen wegfällt. Wir haben das also alles seriös geprüft und der Stawiko-Präsident möchte solche Angriffe in Zukunft nicht mehr hören.

Guido **Käch** hat nur gesagt, er habe im Bericht nichts gelesen und nicht, die Stawiko habe nichts getan.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** äussert sich zuerst zur SP-Fraktion. Verzicht auf Bushaltebucht. Es besteht das Risiko, dass sich Fahrzeuge bei grossem Verkehrsaufkommen bis zur Chamerstrasse zurück stauen können, auch der ÖV. Zudem: Wenn wir die Busspur haben und anschliessend die Lichtsignale umstellen, beschleunigen wir den Verkehr auf der Chamerstrasse. Schauen Sie sich dort doch mal den Stau an! Jetzt müssen wir die Lichtsignalanlage so lassen, damit der Bus überhaupt durchkommt im 7½-Minuten-Takt. Die Busbucht ist für den ÖV mit keinem Nachteil verbunden. Der MIV fliesst unbehindert ab. Er wird heute dreimal aufeinander folgend behindert. Zuerst die Busbevorzugung an Lichtsignalanlage Steinhauserstrasse, der Rechtsabbiegerverkehr wird zurückgehalten. Zweitens Fahrbahn-Haltestelle Rank, der Bus kann nur bei freier Steinhauserstrasse überholt werden, was selten möglich ist. Drittens die Fahrbahn-Haltstelle Riedmatt, Überholen ist dort durch bauliche Massnahmen verhindert. Also: Eine Fahrbahn-Haltestelle ist an diesem Ort als reine Schikane zu bezeichnen, um den MIV zu stören. – Verzicht auf Linksabbiegestreifen. Im Gebiet Rank gibt es noch diverse eingezonte, jedoch nicht überbaute Grundstücke, welche zukünftig bei dieser Abzweigung Mehrverkehr verursachen werden. Die Nähe zum Knoten Chamer-/Steinhauserstrasse und damit das Risiko des Rückstaus in den Knotenbereich rechtfertigt eine Linksabbiegespur. Auf der Steinhauserstrasse wird auch der ÖV behindert, welcher heute im 7½ -Minuten-Takt verkehrt. Und entscheidend: Die Schutzinsel, die ja für die Fussgänger gebaut werden *muss*, schafft gerade Raum und begünstigt somit diese Linksabbiegespur. – Zur Kosteneinsparung bei Verzicht auf die Bushaltestellen-Bucht und die Linksabbiegespur. Sie beträgt ca. 55'000 Franken, d.h. maximal zwei Prozent der Bausumme. – Der sehr einfache Bau der Zufahrt war Bestandteil der Landverhandlungen. Der Baudirektor kann versichern, dass die Baudirektion einen sehr geschickten Landverhandler hat. Sie sollten mal die andere Seite hören.

Zu den Kostenvorwürfen von Guido Käch. Eine Strasse besteht ja nicht nur aus seiner Länge. Sie hat ja auch noch eine gewisse Breite. Bei der Chamerstrasse wurde ein Meter angehängt. Bei der Steinhauserstrasse benötigen wir zusätzlich 3,25 - 4.60 Meter. Zudem werden die neuen Verkehrsflächen auf eine setzungsempfindliche grüne Wiese gestellt. Da ist nichts vorhanden. Der Boden besteht aus Sumpf-, Delta- und Seeablagerungen, welche einen höheren Strassenaufbau von 40 - 50 cm verlangt. Somit sind es mehr Quadratmeter und mehr Kubikmeter pro Laufmeter als bei der Chamerstrasse. Die Zahlen, die Guido Käch erwähnt, werden von der ZVB mit der neuen Leitzentrale seit 1. Januar 2005 erhoben. Vorher konnten sie nicht erhoben werden. Sobald diese Zahlen auf dem gesamten Strassennetz aussagekräftig sind, wird die ZVB die Stawiko sicher orientieren.

Guido **Käch** zitiert aus dem Bericht der Regierung: «Die bestehenden Fahrspurbreiten der Steinhauserstrasse von je 3,75 m werden reduziert auf 3 m in Fahrtrichtung Zug und minimal 3,25 m in Fahrtrichtung Steinhausen, so dass für die Busspur lediglich eine Verbreiterung von rund 2 m notwendig ist.»

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** verweist ihn auf den anschliessenden Satz.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag der SP-Fraktion vorliegt, welche Einsparungen verlangt, indem die Einbiegespur und die Haltebucht Richtung Nord gestrichen wird, was ca. 55'000 Franken ausmacht.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 58 : 8 Stimmen ab.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 64 : 3 Stimmen zu.

Die Vorsitzende schlägt dem Rat in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit vor, Traktandum 8 vorzuziehen und Traktandum 7 an der nächsten Sitzung zu behandeln.

➔ Der Rat ist einverstanden.

598 INTERPELLATION VON KARL RUST BETREFFEND FREIZÜGIGKEIT IM PERSONENVERKEHR AB 1.6.2004: MISSBRAUCHSVERHINDERUNG MIT ERFASSEN DER KRITISCHEN BEITRAGSPFLICHTIGEN

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1283.2 – 11680).

Karl **Rust** weist darauf hin, dass die Personenfreizügigkeit unserem Land einen gewaltigen Systemwechsel beschert hat. Wegen Gleichbehandlung fallen vorgängige Kontrollen weg. Also nur noch nachträgliche Kontrollen, die Missbrauch ermöglichen mit schlitzohrigem Vorgehen bei Arbeitgebern und -nehmern. In unserem reglementierten Land ist das Thema komplex und schwierig zu kontrollieren. Der Votant konzentriert sich deshalb auf die Frage 6 und schlägt vor, dass wir alle zusammen gemeinsam eine Lösung suchen müssen. Trotzdem fordert er mehr Transparenz, damit die Selbstkontrolle stattfinden kann – die ist ja günstiger als die staatlichen Kontrollen, die kaum durchführbar sind. Die Rahmengesetzgebung in der Schweiz ist ja auch bei diesen Gesetzen eidgenössisch. Der Vollzug hingegen ist kantonal. Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Dem Kanton hilft das neue, im Bereinigungsverfahren stehende Schwarzarbeitsgesetz, das jetzt bei den eidg. Räten in der Schlussphase ist. Unter anderem wird die Auskunftspflicht der AHV neu eingeführt. Dazu hat Karl Rust Kontakte gehabt mit Bundesrat Joseph Deiss, mit Jean-Luc Nordmann vom SECO und mit verschiedenen eidg. Parlamentariern. Um es kurz zu machen, gibt der Votant den letzten Brief, den er von Bundesrat Deiss erhalten hat, dem Volkswirtschaftsdirektor als Kuckucksei ins Osternest.

Anna **Lustenberger-Seitz** möchte nur auf einen Punkt hinweisen. AF und SP-Fraktion wollten im Submissionsgesetz, das wir letzthin beraten haben, einen Paragraphen über die Kontrolle einbringen. Leider wurde dieser abgelehnt. Denn die Kontrolle in diesem Punkt ist sehr wichtig. Das haben wir nur schon aus der Antwort des Regierungsrats gespürt. Es ist ein sehr komplexes Gesetz, und dass hier noch Verbesserungen angestrebt werden müssen, kommt auch aus der Antwort des Regierungsrats hervor.
Die AF hält fest: Vor allem im Hinblick auf die Abstimmung vom 25. September über die Personenfreizügigkeit muss die tripartite Kommission wichtige Signale mit einer guten Kontrolle setzen. Und das soll auch öffentlich bekannt werden. Denn es ist ganz klar, dass die Gegner und Gegnerinnen der Personenfreizügigkeit mit einer Angstmacherkampagne (keine Arbeit für Schweizerinnen und Schweizer, Lohndumping etc.) auftreten werden. Da liegt es an der Regierung, der Bevölkerung zu zeigen, dass sie alles daran setzt, die flankierenden Massnahmen zu den Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU zu kontrollieren.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

599 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 2. Juni 2005

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

44. SITZUNG: DONNERSTAG, 2. JUNI 2005

8.30 – 12.25 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

600 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Hans Christen, Zug; Guido Heinrich, Oberägeri; Andrea Erni, Steinhausen; Jacques-Armand Clerc, Risch.

601 MITTEILUNGEN

– Die **Vorsitzende** begrüsst die Mitarbeitenden von VAM Plus, dem Berufsintegrationsprogramm für Stellensuchende im Kanton Zug, mit ihrer Begleitperson Franz Marty, welche heute die Ratssitzung verfolgen.

– Andrea Erni hat sich für heute entschuldigt, als Ersatzstimmenzähler wird Markus Jans vorgeschlagen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

– Josef Zeberg hat mit Schreiben vom 4. April mitgeteilt, dass er per 31. Mai 2005 aus dem Kantonsrat zurücktreten wird. Wir wünschen ihm auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute und insbesondere eine eiserne Gesundheit. Wir danken ihm von Herzen für die geleistete Arbeit. Sein feuriger Einsatz galt insbesondere unseren Gewässern – damit verbunden dem Schilfbestand, den Fischen und den Anliegen der Fischenden. Er hat diese Themen prominent besetzt. Josef Zeberg zeichnete sich zudem als gradliniger und konsequenter Vertreter des Gewerbes aus. Seine

bildlichen Ausführen über qualitativ hoch stehende Handwerkerarbeit anhand eines Gipsmodells gehören zu den Highlights bezüglich Veranschaulichung.

– Als Nachfolger von Josef Zeberg begrüsst Erwina Winiger das alt/neue Ratsmitglied Daniel Grunder von der FDP Baar, der heute vereidigt wird. Es freut die Vorsitzende, dass er trotz schlimmsten persönlichen Erlebnissen am 27. September 2001 sich wieder in den Dienst der Öffentlichkeit stellt.

– Fraktionschef der SVP ist neu Moritz Schmid. Erwina Winiger wünscht ihm bei seinem neuen Amt viel Befriedigung. Vizepräsidenten Karl Betschart dankt sie für sein jahrelanges aktives Mitdenken im Büro des Kantonsrats als Fraktionschef. Sein Anliegen war stets ein effizienter, kostengünstiger Ratsbetrieb. Nun ausschliesslich in der Rolle des Kantonsrats-Vizepräsidenten wird er seine markigen Voten wahrscheinlich weiterhin im Büro platzieren.

– Vereinzelte Ratsmitglieder haben beanstandet, dass die April-Sitzung abgesagt wurde. Die Kantonsratspräsidentin erklärt ihren damaligen Entscheid nochmals wie folgt: Im März gab es zu wenig spruchreife Geschäfte. Die Traktandenliste hätte Ende April ca. bis zur Kaffeepause ausgereicht. Eine derart kurze Sitzung wurde von Ratsmitgliedern beim letzten Mal vor rund zwei Jahren heftig kritisiert und als ineffizient bezeichnet. Der zeitliche und finanzielle Aufwand hält dem Ertrag nicht die Waagschale. – Wir werden heute nicht alle Traktanden behandeln können, doch Erwina Winiger ist zuversichtlich, dass die Doppelsitzung von Ende Juni / Anfang Juli – voraussichtlich beides Ganztagessitzungen – genügen wird, um alle hängigen Geschäfte vor den Sommerferien zu behandeln.

– Die Vorsitzende bittet den Rat – auch im Namen des Kantonsratsbüros –, der Debatte jeweils die volle Aufmerksamkeit zu schenken. Der Geräuschpegel in diesem Saal hat markant zugenommen – ein Teil mag an der Akustik liegen. Sollten Sie mit Ratskollegen Geschäfte zu besprechen haben, tun Sie das bitte im Foyer! Jede Rednerin und jeder Redner hat Ihre Präsenz verdient. Danke für Ihre Kooperation.

602 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. März 2005.
2.1. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1336.1 – 11726).
2.2. Ablegung des Eides durch ein neues Mitglied des Kantonsrats.
2.3. Ersatzwahl in kantonsrätliche Kommissionen.
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
4. Kommissionsbestellungen:
4.1. Gesetz über den Gebührentarif im Grundbuchwesen (Grundbuchgebührentarif).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1316.1/.2 – 11675/76).
4.2. Änderung des Datenschutzgesetzes (DSG) betreffend Sammelauskünfte zum Geburtsjahr durch die Einwohnerkontrollen.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1322.1/.2 – 11688/89).
4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend bauliche Massnahmen im Museum in der Burg Zug.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1332.1/.2 – 11709/10).

4.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Anbau eines zusätzlichen Unterrichtsraums für das Fach Bildnerisches Gestalten in der Kantonsschule Zug.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1333.1/.2 – 11711/12).

4.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für zwei Fahrzeugunterstände im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schönau, Cham.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1334.1/.2 – 11713/14).

5. Gesetzesinitiative von Tony Stocklin, Steinhausen, betreffend «Stopp dem Zwang zum Passivrauchen».
2. Lesung (Nrn. 1293.1/.2 – 11631/79).

6. Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA), Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden (1. Paket), Anpassung der kantonalen Gesetzgebung.
2. Lesung (Nr. 1250.5 – 11655).

7. Submissionsgesetz (SubG).
2. Lesung (Nr. 1277.4 – 11671).
Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats (Nr. 1277.5 – 11697).

8. Umsetzung der aktualisierten Finanzstrategie 2004 bis 2010: Wachstumsabschwächung des Personalaufwandes und der Beiträge mit Zweckbindung.
2. Lesung (Nr. 1280.5 – 11691).

9. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Beitrag an die Stiftung Phönix Zug für ein neues Tageszentrum für psychisch behinderte Menschen.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1055.5 – 11667) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1055.6 – 11670).

10. Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zum Konkordat vom 19. April 2004 über die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1274.1/.2 – 11580/81), der Konkordatskommission (Nr. 1274.3 – 11693) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1274.4 – 11694).

11.1. Motion von Marcel Meyer betreffend Machbarkeit einer Autobahnraststätte auf dem Zuger Nationalstrassennetz (Nr. 1066.1 – 11012).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1066.2 – 11666).

11.2. Motion von Beat Villiger, Andrea Hodel und Moritz Schmid betreffend Ergänzung des kantonalen Richtplanes (Aufnahme einer Autobahnraststätte) (Nr. 1338.1 – 11729). Antrag auf sofortige Erheblicherklärung.

12. Motion der Kommission Parlamentsreform betreffend verwaltungsinterne Rechtsprechung (Nr. 823.1 – 10314).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 823.2 – 11685).

13. Postulat von Gregor Kupper, Karl Betschart und Thomas Lötscher betreffend ständige Vertretung im Verwaltungsrat der interkantonalen Umweltagentur (Nr. 1226.1 – 11456).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1226.2 – 11716).

14. Interpellation von Eusebius Spescha betreffend Familienpolitik des Kantons Zug (Nr. 1278.1 – 11590).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1278.2 – 11690).

15. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend die angekündigte Senkung der Verzinsung der Guthaben bei der kantonalen Pensionskasse (Nr. 1311.1 – 11668).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1311.2 – 11715).

Am Nachmittag finden die Fraktionsausflüge statt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass unter Ziff. 5 die zweite Lesung zur Gesetzesinitiative von Tony Stocklin, Steinhausen, betreffend «Stopp dem Zwang zum Passivrauchen» aufgeführt ist. Er hat mit Schreiben vom 14. Mai 2005 – bei der Staatskanzlei eingetroffen am 18. Mai 2005 – seine Initiative zurückgezogen. Gemäss Initiativtext ist er allein zuständig, die Initiative zurückzuziehen. Der Regierungsrat hat am 25. Mai entschieden, diese Gesetzesinitiative als erledigt abzuschreiben. Er hat dem Rat diesen Entscheid zugestellt. Somit entfällt Ziff. 5 der Traktandenliste.

603 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 24. März 2005 wird genehmigt.

604 GENEHMIGUNG EINER KANTONSRATS-ERSATZWAHL

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat beantragt, die Ersatzwahl folgender Person mit Wirkung ab 1. Juni 2005 zu genehmigen:

Nachfolger von Josef Zeberg ist Daniel **Grunder**, FDP, Baar.

Es handelt sich hier nicht um eine eigentliche Wahl, sondern um die Genehmigung einer bereits erfolgten Gewählterklärung durch den Gemeinderat Baar (Nachrücken des nächst platzierten auf der Liste der FDP Baar). Es ist lediglich zu prüfen, ob dieses Nachrücken gesetzlich einwandfrei erfolgt ist. Die Rechtsmittelfreiheit bezüglich des Entscheids des Gemeinderats Baar (Nachrücken von Daniel Grunder) ist am 26. Mai 2005 ungenützt abgelaufen.

➔ Der Rat ist einverstanden, womit die Ersatzwahl genehmigt ist.

605 EID EINES NEUEN MITGLIEDS DES KANTONSRATS

Die **Vorsitzende** bittet Daniel Grunder, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Sie bittet Daniel Grunder, nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber den Eid abzulegen.

Der Landschreiber liest die in § 5^{bis} Abs. 1 der GO enthaltene Eidesformel, worauf das neue Ratsmitglied Daniel Grunder mit erhobenem Schwurfinger sagt «Ich schwöre es».

606 ERSATZWAHL IN KANTONSRÄTLICHE KOMMISSIONEN

Die Vorsitzende erinnert daran, dass Josef Zeberg per 31. Mai 2005 aus dem Kantonsrat zurückgetreten ist. Es sind deshalb ab 1. Juni 2005 folgende Kommissionssitze neu zu besetzen:

Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz
Die FDP-Fraktion beantragt als neues Mitglied: Peter **Diehm**

Kommission für öffentlichen Verkehr
Die FDP-Fraktion beantragt als neues Mitglied: Rudolf **Balsiger**

➔ Der Rat ist einverstanden.

607 MOTION DER SVP-FRAKTION BETREFFEND VERWENDUNG DER EINNAHMEN AUS DEM ANTEIL DES KANTONS ZUG AN DER AUSSCHÜTTUNG DER FÜR DIE GELDPOLITIK NICHT MEHR BENÖTIGTEN GOLDRESERVEN DER NATIONALBANK

Die **SVP-Fraktion** hat am 30. März 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1323.1 – 11692 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag vorliegt, die Motion sei sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich vorerst eine formelle über die sofortige Behandlung. Sofern die sofortige Behandlung nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Überweisung der Motion an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wird, gibt es danach eine materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung – dies mit einfachem Mehr. Wir führen aus Praktikabilitätsgründen eine Diskussion über beide Elemente zusammen.

Stephan **Schleiss** erinnert daran, dass die Nationalbank seit dem 2. Mai dem Kanton Zug wöchentlich 12,2 Mio. Franken überweist. Die letzte Tranche wird am 4. Juli überwiesen werden. Bei der Ausschüttung der für die Geldpolitik nicht mehr benötigten Goldreserven haben wir momentan also genau Halbzeit. Das Kantonsparlament muss aufpassen, dass es grundsätzliche Entscheide nicht erst in der Nachspielzeit trifft. Die Lehre ist sich einig, dass diese ausserordentlichen Einnahmen am nachhaltigsten zur Tilgung von Schulden verwendet werden. Die allermeisten Kantone wollen dies auch so halten. Der Kanton Zug hingegen ist nicht verschuldet. Es gibt allerdings Gemeinden im Kanton, die mittel- und langfristige Schulden haben. Wenn nun die ausserordentlichen Einnahmen aus den Goldreserven trotzdem zum Schuldenabbau im Gemeinwesen verwendet werden sollen, kann dies auf Gemeindestufe geschehen. Allerdings muss ein diesbezüglicher Entscheid rasch gefällt werden. Erstens ist die ZFA am Laufen und der Kantonsrat sollte Entscheide, welche die Ausgangslage bei der Finanzkraft der einzelnen Gemeinden betreffen, nicht verschleppen. Denken Sie in diesem Zusammenhang auch an die Neuregelung des innerkan-

tonalen Finanzausgleichs unter den Gemeinden. Zweitens sind die Gemeinden darauf angewiesen, dass sie ihre rollenden Finanzpläne rechtzeitig den neuen Gegebenheiten anpassen können. Zu guter Letzt muss auch der Finanzdirektor rechtzeitig wissen, wann er über wieviele der 122 Mio. Franken verfügen kann, damit Einnahmen und Ausgaben weiterhin im Lot bleiben. Dies alles muss vor Beginn des «magischen Jahres» 2008 abgewickelt sein. Schieben Sie deshalb die Erledigung dieser Aufgabe nicht auf und stimmen Sie für sofortige Behandlung dieser Vorlage!

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass die Bundespolitiker – unsere Vorbilder – um die Verteilung des Nationalbankgoldes lange und sehr heftig gestritten haben. Schlussendlich hat sich das Gesetz durchgesetzt. Das Nationalbankgesetz sagt, dass der Bund einen Drittel erhält und die Kantone zwei Drittel. Diese Verteilung findet nun statt. Das ist übrigens eine Verteilung, die unserem Finanzdirektor erhebliches Kopfzerbrechen bereitet hat. Die Verteilung an die Kantone erfolgt nämlich nach Finanzkraft. Wir haben auch da einen versteckten Finanzausgleich drin. Dieser Verteilschlüssel führt dazu, dass der Kanton Zug sehr schlecht fährt. Der Votant hat immer gemeint, die Nationalbank gehöre letztlich dem Volk und dieses sei gemäss Bundesverfassung gleich. Offensichtlich sind wir Zuger wieder mal ein wenig gleicher und werden für unsere Finanzkraft erheblich gestraft.
Zurück zur Motion. Wir müssen uns verinnerlichen, was denn jetzt eigentlich mit diesen Erträgen passiert. Der Finanzdirektor nimmt diese Beträge jetzt herein. Er muss diese in der Laufenden Rechnung als Ertrag verbuchen und wird uns wohl in einem Jahr mit strahlenden Augen einen Überschuss präsentieren, wie er noch nie da war und nie mehr da sein wird. Wir Kantonsräte können anschliessend beschliessen, was wir damit tun wollen. Unsere Rechte sind damit gewahrt. So wie wir in der nächsten Sitzung über den Überschuss 2004 befinden, werden wir wohl in einem Jahr über den Überschuss 2005 befinden. Es ist also keine Eile angesagt. So gesehen könnten wir eigentlich auf die Überweisung verzichten. Die CVP-Fraktion schlägt dem Rat trotzdem vor, die Überweisung vorzunehmen, weil sie der Meinung ist, dass das ganze Thema doch einen Zusammenhang hat mit der Aufgabenteilung und dem Neuen Finanzausgleich und in diesem Zusammenhang vertieft geprüft werden soll. Wir wollen damit auch erreichen, dass uns die Regierung detailliert Bericht erstattet, was da geschehen soll. Eine sofortige Erheblicherklärung lehnt unsere Fraktion allerdings ab. Wir sind der Meinung, das Ganze habe Zeit bis zur Finanzausgleichsdebatte, bis zur Aufgabenteilung und vor allem bis zur Ergebnisverwendung 2005.

Alois **Gössi** betont, dass die SP-Fraktion wie üblich und im Sinne ihrer sehr liberalen Praxis für die Überweisung dieser Motion ist. Wir sind jedoch gegen eine sofortige Behandlung und die nachfolgende Erheblicherklärung. Wir gehen davon aus, dass die Überweisungen der SNB von 122 Mio. Franken nicht ertragswirksam beim Kanton verbucht werden. Es eilt also nicht, ob die Gemeinden heute oder morgen einen allfälligen Anteil von diesen 122 Mio. Franken erhalten. Wohin geht es mit dem ZFA, der Zuger Finanz- und Aufgabenreform, zweites Paket? Was sind deren Auswirkungen und wie partizipieren die Gemeinden am ZFA? Haben die Gemeinden rechtlich gesehen überhaupt einen Anspruch auf eine Ausschüttung? Wie steht es mit der Einführung vom NFA, per wann kann damit gerechnet werden? Dies sind für uns Fragen, die geklärt sein müssen, bevor wir den Regierungsrat überhaupt beauftragen, eine Beschlussvorlage mit dem Auftrag zur Verteilung von mindestens 41 Mio. Franken an die Gemeinde auszuarbeiten. Auch wir würden gerne Gelder im grossen Stil

verteilen, aber nur wenn die nötigen Unterlagen vorhanden sind. Und hier fehlen sie im Moment schlicht und einfach. Wir sagen nicht nein zur SVP-Forderung, wir wollen sie beurteilen können im Gesamtkontext und dieser ist im Moment überhaupt noch nicht vollständig. – Die SP-Fraktion ist also für die Überweisung dieser Motion im üblichen Rahmen, wir lehnen die sofortige Behandlung jedoch ab. Sollte sie sofort behandelt werden, werden wir aus den oben erwähnten Gründen prophylaktisch nein sagen zur Erheblichkeitserklärung.

Andrea **Hodel** kann im Namen der FDP-Fraktion mitteilen, dass wir mit einer Überweisung, nicht aber mit der sofortigen Behandlung und Erheblicherklärung dieser Motion einverstanden sind. Die Frage, ob die Goldreserven der Nationalbank beim Kanton bleiben oder die Gemeinden mitbeteiligt werden sollen, kann nicht übers Knie gebrochen werden. Sie bedarf der vertieften Überprüfung und ist zeitlich auch nicht vordringlich zu behandeln. Die FDP-Fraktion ersucht den Regierungsrat, diese Fragen im Zusammenhang mit der Zuger Finanz- und Aufgabenreform vertieft zu prüfen und zunächst der Kommission und dann auch dem Kantonsrat Bericht zu erstatten. Irgend eine überstürzte Verteilung von Geldern, die – wie wir in den nächsten Traktanden noch genügend sehen werden – nur Begehrlichkeiten weckt, ist heute nicht angezeigt.

Stefan **Gisler** ist mit der SVP einig, dass für das dem Kanton Zug aus der Auflösung der Goldreserven zufliessende Vermögen eine gesetzliche Grundlage zu erstellen ist. Wer aber hier im Saal kann guten Gewissens von sich behaupten, er wisse hundertprozentig und abschliessend, wie die 122 Mio. am effektivsten und zum Nutzen aller Zugerinnen und Zuger eingesetzt werden können? Der Votant appelliert an den Rat, mit diesem Gstürm aufzuhören, Motionen durch den Rat zu peitschen, indem vermehr sofortige Behandlung und sofortige Erheblicherklärung gefordert wird. Gerade bei der Verwendung dieser 122 Mio. braucht es aus Sicht der Alternativen eine seriöse, umfassende Abklärung durch die Regierung. Darum plädiert die AF für die reguläre Überweisung der Motion und ist wie die Regierung gegen die sofortige Behandlung und gegen die sofortige Erheblichklärung – nicht zuletzt deshalb, weil wir die Komplexität der künftigen Finanzstrategie und -planung angesichts von ZFA und NFA anerkennen. Und weil die Rechte des Kantonsrats gewahrt sind, wie dies Gregor Kupper eben ausführte.
Ein Goldregen ist nicht immer ein Goldsegen. Erinnern wir uns. Mit den Goldreserven sollte einmal eine Solidaritäts-Stiftung zu Gunsten von Benachteiligten im In- und Ausland entstehen. Die Idee stammte vom damaligen Nationalbank-Präsidenten und wurde von Bundesrat Arnold Koller, von der Wirtschaft sowie von den meisten Parteien mitgetragen. Die grosse Idee wurde im folgenden jahrelangen politischen Hickhack aufgerieben. Heute ist der Solidaritätsgedanke auf nationaler Ebene beerdigt. 14 Milliarden Franken werden schweizweit an die Kantone verteilt – das meiste verschwindet in Schuldenlöchern, allenfalls in Steuerreserven. Das ist nicht die Lehre, wie vorher Stephan Schleiss ausführte, sondern schlicht phantasielos und wenig nachhaltig. Dabei werden Begehrlichkeiten nach Steuersenkungen für Privilegierte geweckt, und Sparmassnahmen sowie die Aushöhlung des Service public gehen trotzdem munter weiter. Auch die SVP Zug möchte so verfahren. Doch gerade der Abbau von Schulden, wie durch eine einmalige Ausschüttung an die Gemeinden, verheisst strukturellen Stillstand statt zukunftsweisende Innovation dank intelligenter Investition. Zwar macht sich Stefan Gisler auf Grund der aktuellen Zusammenset-

zung des Rats keine Illusionen, aber die Alternativen würden es vorziehen, wenn im Kanton Zug die Goldreserven zumindest teilweise solidarisch für Soziales, Bildung, Entwicklungshilfe oder Umwelt verwendet würden. Angesichts der von den tiefen Steuern verursachten hohen Mieten, könnte eine Stiftung zur Förderung von günstigem Wohnbau gegründet werden. – Nochmals in aller Kürze: Überweisen ja, sofort behandeln nein, erheblich erklären nein.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass der Regierungsrat keinen Antrag stellt auf Nichtüberweisung dieser Motion, obwohl ihm dieser Antrag sympathisch wäre und wir dann heute schon wüssten, wo das Geld bleibt. Aber gemäss unserer üblichen Praxis halten wir uns in der Überweisungsfrage zurück und sind bereit, das Anliegen seriös zu prüfen. Wir sind aber absolut gegen eine sofortige Behandlung und Erheblicherklärung. Wir sehen die Dringlichkeit überhaupt nicht. Zwar wird den Kantonen ihr Anteil am Verkauf des Nationalbankgoldes in zehn Tranchen überwiesen. Heute wird übrigens die vierte Tranche überwiesen. Es wurde gesagt, dass der Verteilschlüssel eine gewaltige Verzerrung bewirke. Das ist tatsächlich so. Wir erhalten im Vergleich zu anderen Kantonen bis zu Faktor 3,5 mal weniger pro Zuger Einwohner. Der Votant hat immer gemeint, dass die Finanzkraft linear umgelegt würde. Aber in diesem Fall geschieht das degressiv und mit dieser gewaltigen Verzerrung. Die Summe, die uns überwiesen wird, reicht nicht einmal für eine Jahrestranche der NFA-Mehrbelastung, geschweige denn um einen grossen Spielraum für Steuersenkungen zu eröffnen. Das Geld wir analog der übrigen Einnahmen verbucht und die überschüssigen Vermögenswerte werden von der Finanzverwaltung bewirtschaftet, sprich angelegt. Das präjudiziert eine allfällige Aufteilung des Erlöses auf den Kanton und die Gemeinden nicht. Eine solche wäre auch mit der Verwendung des Ertragsüberschusses 05 möglich, wie das schon Gregor Kupper gesagt hat. Wobei sich Peter Hegglin natürlich schon überlegt, wie die Verbuchungspraxis dann aussehen soll, weil ihm dieser Peak in der Jahresrechnung ebenfalls überhaupt nicht gefällt, denn die Vergleichbarkeit mit den umliegenden Jahren wäre nicht mehr gegeben.
Es ist weiter wissenswert, dass der Kanton Zug Bundesrechts wegen in der Verwendung seines Anteils frei ist. Die schweizerische Nationalbank ist eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft. Der Kanton Zug ist daran mit 400 Namenaktien beteiligt. Seit jeher fallen die Dividendenzahlungen der SNB ausschliesslich an den Kanton. Diese Ausschüttung ist eigentlich eine Kumulierung von nicht ausbezahlten Jahreserträgen. Für die von der Motion angeregte Verteilung gibt es derzeit keine kantonalrechtliche Grundlage. Eine derartige Beteiligung wäre eine fragwürdige Begünstigung der Gemeinden, weil diese ja die ursprüngliche Investition des Kantons in die Namenaktien nicht mitgetragen haben. Zudem geht aus der Motion auch nicht klar hervor welche Gemeinden in den Genuss einer Zahlung kommen sollten. Denn gemäss § 1 des Gemeindegesetzes könnten das Einwohner-, Bürger-, Kirch- oder Korporationsgemeinden sein. Der Vorstoss ist auch in dieser Frage unklar.
Aus all diesen Gründen empfiehlt der Finanzdirektor dem Rat, diese Motion höchstens zu überweisen.

➔ Da lediglich 16 Stimmen für die sofortige Behandlung sind, ist das Quorum nicht erreicht. – Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

608 MOTION VON BEAT VILLIGER, ANDREA HODEL UND MORITZ SCHMID BETREFFEND ANPASSUNG DES KANTONALEN RICHTPLANS (AUFNAHME EINER AUTOBAHNRASTSTÄTTE)

Beat **Villiger**, Baar, Andrea **Hodel**, Zug, und Moritz **Schmid**, Walchwil, sowie 52 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 11. Mai 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1338.1 – 11729 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese Vorlage unter Ziff. 11.2 behandelt wird.

609 POSTULAT VON WERNER VILLIGER, RUDOLF BALSIGER UND KARL RUST BETREFFEND SOFORTIGER EINRICHTUNG EINER KURZEN STADTBAHN-AUSWEICHSTELLE BEI DER HALTSTELLE FRIDBACH ODER BEI DER HALTESTELLE OBERWIL

Werner **Villiger**, Rudolf **Balsiger** und Karl **Rust**, alle Zug, haben am 18. März 2005 ein Postulat eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1320.1 – 11684 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

610 INTERPELLATION VON ANDREA HODEL, FRANZ PETER ITEN, MAJA DÜBENDORFER CHRISTEN, SILVIA KÜNZLI, PETER DÜR UND PETER RUST BETREFFEND ZUKÜNFTIGE NUTZUNG DER GEBÄUDE AUF DER LIEGENSCHAFT HOFSTRASSE IN ZUG

Andrea **Hodel**, Zug, Franz Peter **Iten**, Unterägeri, Maja **Dübendorfer Christen**, Baar, Silvia **Künzli**, Baar, Peter **Dür**, Steinhausen, und Peter **Rust**, Walchwil, haben am 4. April 2005 die in der Vorlage Nr. 1324.1 – 11695 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

Die Kantonsratspräsidentin weist darauf hin, dass es dem Regierungsrat nicht entgangen ist, dass die Interpellierenden um sofortige mündliche Beantwortung an der heutigen KR-Sitzung ersuchen. Die beiden Fachberichte der Direktion des Innern und der Baudirektion zu diesem Themenkreis werden dem Regierungsrat Ende Juni 2005 vorgelegt und von ihm beraten. Erst auf Grund dieser Berichte kann die Antwort ausgearbeitet werden. Der Regierungsrat bittet um Verständnis, dass die Komplexität des Geschäfts eine fundierte Antwort an den Kantonsrat erfordert.

Andrea **Hodel**: Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, und es wird die Regierung nicht erstaunen, dass die Votantin mit dieser Mitteilung gar nicht einverstanden ist. Die Interpellation wurde am 5. April eingereicht. Heute haben wir den 2. Juni. Mithin hatten die Regierung und die beiden involvierten Direktionen zwei Monate Zeit, um insgesamt fünf Fragen zu beantworten, die zum Teil nur der Meinungsbildung und nicht einmal der rechtlichen Abklärung bedürfen. Geht es der Regierung darum, Zeit zu schinden und bedeutet dies, dass wir ebenfalls annehmen müssen, dass damit die Sanierungsarbeiten betreffend Gebäudehülle und Dächer an der Hochstrasse in Angriff genommen werden, und damit befürchtet werden muss, dass heute erneut 3,1 Mio. ausgegeben werden, ohne dass feststeht, dass diese Ausgabe überhaupt noch Sinn macht? Dann müssen wir ganz einfach andere Mittel ergreifen. Wenn die Votantin nicht die klare Antwort erhält, dass die Regierung wenigstens bereit ist, bis zur Beantwortung der gestellten Fragen mit dem Beginn oder der Weiterführung der Renovation an der Liegenschaft Hochstrasse zuzuwarten, wird sie an diesem Wochenende eine Motion einreichen, wonach der KR-Beschluss betreffend Sanierung der Gebäudehülle und Dächer der Liegenschaft Hochstrasse in Zug wieder aufgehoben werden soll. Sie wird dann gleichzeitig beantragen, dass diese Motion sofort behandelt und erheblich erklärt wird, damit dieser KR-Beschluss wieder aufgehoben ist. Wenn der Kantonsrat einen Beschluss erlassen kann, wird er ihn wohl auch wieder aufheben können. Andrea Hodel kann nicht verstehen, weshalb die Regierung nicht wenigstens bereit ist, hier mit dem Kantonsrat insoweit zusammen zu arbeiten, damit wir zunächst diese Fragen beantwortet erhalten und anschliessend entscheiden können.

Martin **Stuber** weiss nicht, wie es um das Kurzzeitgedächtnis von Andrea Hodel steht, aber wie er sich erinnert, hat dieser Rat mit ziemlich grosser Mehrheit vor noch nicht allzu langer Zeit einer Vorlage zugestimmt, welche die Sanierung dieses Gebäudes beschloss. Der Votant war Mitglied jener Kommission. Wir haben das ausführlich besprochen und sind zu einem Konsens gekommen, wie auch in diesem Rat. Jetzt wird eine Interpellation eingereicht – also nicht eine Motion oder ein Postulat – und es werden Fragen gestellt. Der Regierungsrat nimmt sich die erforderliche Zeit, um sie zu beantworten, und nun kommt Andrea Hodel aufs Podium und sagt: Was wir da vor einigen Wochen beschlossen haben, ist nichtig; wir wollen das jetzt nicht mehr sanieren, ich werden dann eine Motion nachreichen. Wie springt man in diesem Rat mit Sachgeschäften um? Über das Anliegen an sich kann man ja diskutieren, aber nicht so!

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, bittet den Rat im Namen des Regierungsrats um Verständnis dafür, dass heute keine materielle Beantwortung der Interpellation möglich ist. Für die detaillierte materielle Beantwortung sind fundierte Berichte der Baudirektion und der Direktion des Innern notwendig. Diese haben wir auf Ende dieses Monats terminiert. Ein Entwurf aus der DI liegt bereits vor. Mit dem Beschluss von Ende Februar, der in diesem Rat mit 65 : 4 Stimmen gefällt wurde, haben Sie mit einstimmiger Unterstützung der Stawiko entschieden, dass die Gebäude an der Hofstrasse saniert werden müssen. Dass es dringend notwendig ist, diese Sanierung vorzunehmen. Und gemäss einem Zitat aus dem Stawiko-Bericht: «Dass die Substanz der Liegenschaft erhalten werden muss, bis ein längerfristiges Nutzungskonzept vorliegt». Über dieses Konzept wird Sie die Regierung im Rahmen der detaillier-

ten Interpellationsantwort genau informieren, wie auch über mögliche künftige Nutzungen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Zu Ihrer Orientierung. Das Architekturbüro Ochsner & Ochsner ist zurzeit an den Vorbereitungsarbeiten für das Baugesuch und die Ausschreibungsunterlagen für die verschiedenen Arbeitsgattungen. Das Baugesuch soll demnächst beim Baudepartement der Stadt Zug eingereicht werden. Die Arbeitsausschreibungen werden im Verlauf dieses Monats an die Unternehmer versandt.

Peter **Rust** ist der Meinung, dass die Frage von Andrea Hodel nicht präzis beantwortet worden ist. Er möchte auch gerne hören, ob der Baudirektor vor oder nach der Beantwortung der Interpellation mit Bauen beginnt.

Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass der Baudirektor den Auftrag des Kantonsrats von Ende Februar erfüllt.

Peter **Rust** meint, das sei eine klare Antwort. Der Baudirektor erfüllt den Auftrag. Das heisst, er *kann* vorher beginnen. Er kann den Bauauftrag auslösen und muss nicht warten, bis dieser Rat in Kenntnis gesetzt wird, was die Regierung beschliesst in Zusammenhang mit dieser Interpellation. Das hat der Votant gerne gehört. Damit ist die Frage von Andrea Hodel nicht beantwortet.

Käty **Hofer** bittet den Rat jetzt dringend, dieses Cabaret zu stoppen. Der Kantonsrat hat mit grosser Mehrheit einen Beschluss gefällt, der nun umzusetzen ist. Die Regierung hat die Kompetenz, eine Interpellation schriftlich oder mündlich zu beantworten. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Nehmen wir doch unser Gremium ernst!

Andrea **Hodel** betont, dass hier kein Cabaret stattfindet. Wir hatten nach der Fassung des KR-Beschlusses neue Erkenntnisse darüber, dass es Interessenten gibt, welche diese Liegenschaft erwerben möchten, bzw. den Verkauf planen. Es macht keinen Sinn, eine Liegenschaft zu renovieren, wenn der Verkauf vor der Renovation möglich wäre. Deshalb wurden diese Fragen gestellt. Deshalb bat die Votantin, mit den Bauarbeiten zuzuwarten, bis man Klarheit hat über diese Frage. Wenn der Regierungsrat das nicht zur Kenntnis nehmen will, sondern sich an den Auftrag hält, dann müssen wir uns im Rat überlegen, ob wir auf Grund dieses Umstands zum Mittel greifen sollen, den KR-Beschluss wieder aufzuheben, bis wir die Antwort erhalten.

Eusebius **Spescha** erinnert daran, dass wir eine Liegenschaft haben, die vorläufig für kantonale Zwecke genutzt wird. Das war hier in der Debatte im Februar unbestritten. Es war offen, ob sie längerfristig (z.B. nach zehn Jahren) für andere Zwecke zur Verfügung gestellt würde. Aber *jetzt* wird sie für kantonale Bedürfnisse benötigt und deshalb macht es auch Sinn, die Liegenschaft vernünftig instand zu stellen. Wir sind doch nicht dazu da, irgendwelche private Investoren zu unterstützen, die möglicher-

weise ein schönes Geschäft planen. Sondern wir haben dafür zu sorgen, dass der Kanton seine räumlichen Bedürfnisse erfüllen kann.

Martin **Stuber** meint, es stimme nicht, was Käty Hofer gesagt habe. Es ist kein Cabaret, sondern ein Lehrstück. Wenn ein einflussreicher grosser Investor Interesse hat an einem Filetstück, das zufälligerweise dem Kanton gehört, wird einfach mir nichts dir nichts ein drei Monate vorher gefällter Entschluss des Kantonsrats runtergespült. Man sieht, wo die Macht sitzt in diesem Kanton. Aber der Kantonsrat wird – wenn eine Motion kommt – Gelegenheit haben, sich dazu auszudrücken. Der Votant ist gespannt darauf.
Übrigens ist noch etwas zu bedenken. Wir haben in der Stadt das Problem, dass wir zunehmend keine erschwinglichen Räume mehr haben. Das betrifft z.B. auch Institutionen wie das VAM. Wenn Sie schlussendlich alle günstigen Sachen ausgeräumt haben und alle privaten Investoren ihr Geld günstig investieren konnten, dann haben wir zwar eine reiche Stadt Zug, aber wir haben auch eine Apartheid-Stadt, in der nur noch gewisse Schichten leben können. Martin Stuber ist überzeugt, dass das schlussendlich auch in dieser Stadt eine Mehrheit nicht will.

➔ Die Interpellation wird schriftlich beantwortet.

611 INTERPELLATION VON LEO GRANZIOL UND PETER DÜR BETREFFEND ERHÖHUNG DER ÜBERLEBENSCHANCEN BEI HERZSTILLSTAND

Leo **Granziol**, Zug, und Peter **Dür**, Steinhausen, haben am 8. April 2005 die in der Vorlage Nr. 1325.1 – 11696 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

612 INTERPELLATION VON EUSEBIUS SPESCHA BETREFFEND UMSETZUNG DES BEHINDERTENGLEICHSTELLUNGSGESETZES IM KANTON ZUG

Eusebius **Spescha**, Zug, hat am 11. April 2005 die in der Vorlage Nr. 1326.1 – 11698 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

613 INTERPELLATION VON THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND KOOPERATION IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH

Thomas **Lötscher**, Neuheim, hat am 12. April 2005 die in der Vorlage Nr. 1327.1 – 11699 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

614 INTERPELLATION VON KARL BETSCHART BETREFFEND UNTERKUNFT VON ABGEWIESENEN ASYLBEWERBERN IM KANTON ZUG

Karl **Betschart**, Baar, hat am 14. April 2005 die in der Vorlage Nr. 1328.1 – 11700 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

615 INTERPELLATION VON OTHMAR BIRRI BETREFFEND FERNSTEUERUNG DES FAHRDIENSTES SBB BAHNHOF ZUG

Othmar **Birri**, Zug, hat am 26. April 2005 die in der Vorlage Nr. 1330.1 – 11702 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** weist darauf hin, dass in der Interpellation darauf hingewiesen wird, dass die SBB beabsichtigen, den Fahrdienst Zug mit zwölf Arbeitsplätzen auf den 1. Januar 2006 an das Fernsteuerungszentrum Zürich zu verlegen. – Vorbemerkung: Es wird bei modernen Eisenbahnen üblich, dass Weichen und Signale oft über Hunderte von Kilometern ferngesteuert werden. Dank der modernen Stellwerk- und Telekommunikationstechnologie kann die vorhandene Bahninfrastruktur damit noch besser genutzt werden, die Dispositionsentscheide können vorausschauender und umfassender getroffen werden und der hohe Sicherheitsstandard der Bahn kann noch weiter verbessert werden. Die SBB konzentrieren bereits seit rund 20 Jahren diverse fahrdienstliche Arbeiten und entsprechende Bedienungsanlagen in ihren Fernsteuerungszentren. Sie haben verschiedene Projekte in diesem Bereich aufgenommen und umgesetzt. So werden zum Beispiel seit 1990 innerhalb des Kantons Zug die Bahnhöfe Baar, Cham und Rotkreuz von Zug aus problemlos ferngesteuert. Mit dem nationalen Projekt Rail Control Center (RCC) beabsichtigen die SBB über die nächsten 15 Jahre eine weitere Konzentration der fahrdienstlichen Aufgaben. In diesem Zusammenhang soll die Verlegung des Fernsteuerzentrums von Zug nach Zürich als Teilschritt vollzogen werden. Nach aktuellem Planungsstand ist als Termin der 1. Januar 2006 vorgesehen, sofern bis dann die technischen Rahmenbedingungen dies zulassen. – Zu den Fragen.

1. Wurde die Regierung über dieses Vorgehen von der SBB informiert?
Die Geschäftsleitung der SBB trifft sich regelmässig mit den zuständigen Regierungsräten der Zentralschweizer Konferenz der Kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs und informiert über die grösseren Projekte und Reorganisationen. Die Zuger Regierung wurde jedoch über das vorliegende Projekt von den SBB nicht informiert. Daneben ist unser Amt für öffentlichen Verkehr häufig mit verschiedenen Organisationseinheiten und Hierarchiestufen der SBB im Kontakt. Es ist daher recht gut über technische und organisatorische Veränderungen bei den SBB im Bild. Der Grundsatz, dass die SBB beabsichtigen, vermehrt moderne Stellwerk- und Telekommunikationstechnologie auch in der Region Zug einzusetzen, war dem Amt deshalb bekannt.
2. Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?
Der Regierungsrat wird keine besonderen Schritte unternehmen. Wir erwarten, dass die SBB gemeinsam mit der Zulieferindustrie die Verschiebung der fahrdienstlichen Aufgaben von Zug nach Zürich ebenso professionell sicherstellen werden, wie dies auf anderen Bahnhöfen umgesetzt wurde. Nach Auskunft der SBB werden die zwölf betroffenen Mitarbeitenden keine Kündigung erhalten, sondern deren Stellen werden innerhalb der SBB verschoben.
3. Ist die Regierung nicht der Meinung, das diese Dienststelle in Zug bleiben soll?
Der Entscheid der SBB ist nachvollziehbar. Das Zusammenlegen der anordnenden Betriebsleitzentrale in Zürich mit dem ausführenden Fernsteuerzentrum und die Nähe zu den Einheiten, welche Personal und Rollmaterial planen und disponieren, schafft kürzere Wege und kann im Störungsfall zu einer besseren internen Kommunikation bei den SBB führen. Die Zusammenarbeit der Betriebsleitzentrale in Zürich mit der Zugerland Verkehrsbetriebe AG ist erprobt und wird auch in Zukunft sichergestellt bzw. in definierten Bereichen sogar ausgebaut. – Gegenüber heute ändert sich bei Störungen für die Bahnreisenden nichts. Da die Mitarbeitenden im Fernsteuerzentrum des Bahnhofs Zug gerade im Störungsfall eben nicht für die Kundinnen und Kunden auf dem Perron zur Verfügung stehen können, da sie das Problem technisch lösen müssen, setzen die SBB seit dem Fahrplanwechsel eine Ad-hoc-Organisation mit Kundenberaterinnen und -beratern auf den Bahnhöfen ein. Technische Hilfsmittel wie Notrufsäulen oder Kameraüberwachungen helfen zudem in den Stadtbahnzügen und auf den Bahnhöfen mit, die Personensicherheit und die Kundeninformation auch in Randstunden zu gewähren. Zudem wird für die Sicherheit der Reisenden vermehrt Bahnpolizei eingesetzt.
4. Wird die Regierung bei den SBB in dieser Sache vorsprechen und Ihre Bedenken anmelden?
Die SBB sind eine eigenständige Unternehmung. Bei solchen Unternehmen verzichtet der Regierungsrat konsequent auf eine politische Einflussnahme in interne Abläufe und Reorganisationen, sofern für die Zuger Bevölkerung keine bedeutsamen Nachteile entstehen. Der Regierungsrat wird aus den erwähnten Gründen nichts unternehmen. Falls mit der Umsetzung wider Erwarten wesentliche Mängel im Bahnbetrieb auftauchen sollten, behält sich die Regierung vor, bei den SBB zu intervenieren.
Die Beantwortung dieser Interpellation kostete 800 Franken.

Othmar **Birri** möchte zuerst offen legen, wo er arbeitet. Er ist Lokomotivführer bei den SBB am Standort Zug. Deshalb hat er einen direkten Bezug zu dieser Interpellation und er hat Herzblut, dass wir für den öffentlichen Verkehr da sind und schauen, dass wir die Fahrplansicherheit einhalten können. Er dankt dem Regierungsrat für

die sofortige Antwort. Er hat sie nicht anders erwartet. Aber er kann sagen: Wenn Sie sich zurück erinnern an den Crash anfangs Jahr, als das Stellwerk Zürich ausgestiegen ist, so muss er nicht weiter ausholen. Je grösser man solche Anlagen macht, desto anfälliger sind sie und desto grösser sind die Auswirkungen von Zugsverspätungen. Fragen Sie jene, die regelmässig mit dem Zug fahren. Es ist nicht so, dass das nur einmal im Jahr passiert, sondern es geschieht mehrmals monatlich, dass
irgendwo etwelche Störungen auftreten. Wenn man dann vor Ort ist, ist das viel idealer. Der Regierungsrat hat angesprochen, die Kommunikation sei kein Problem. Wir sind in Zug im gleichen Gebäude mit den Stellwerkbeamten. Jetzt müssen Sie mir sagen, was schneller ist: Eine Treppe hoch zu gehen oder zuerst zum Telefon zu greifen und zu schauen, ob man die Person erreicht oder nicht. Das ist die Ausgangslage. Wir sind nicht irgendein Landbahnhof, sondern ein komplizierter Bahnhof mit Inselfunktion, eine Linie Richtung Süden, die andere Richtung Luzern. Wir haben eine sehr grosse Fahrplandichte zwischen Baar und Rotkreuz. Diese Situation lässt nicht zu, dass irgendetwas Kleines passiert. Der Fahrdienst funktioniert, man kommt heraus und informiert die Leute. Die Bevölkerung von Zug hat das Anrecht zu wissen, was hier passiert. Wir haben noch keine Information erhalten, obwohl wir viel Geld investiert haben. Wir investieren weiterhin viel Geld. Deshalb möchte Othmar Birri die Regierung bitten, bei den SBB vorzusprechen.

Manuel **Aeschbacher** möchte auch seine Interessenbindung offen legen. Er ist Fahrdienstleiter im Rangierbahnhof Limmattal. Er arbeitet also im Stellwerk und ist indirekt von dieser Interpellation betroffen. Er könnte die Interpellation fast unterschreiben. Sie lässt der SBB die unternehmerische Freiheit, die ihr zusteht. Es gibt in der Interpellation aber zwei Fehler. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, der hohe Sicherheitsstandard der Bahn könne noch weiter verbessert werden. Die Sicherheit wird dadurch aber nicht verbessert. Sie bleibt genau gleich. Ob jetzt jemand im Fernsteuerzentrum Zug arbeitet oder den Zugsverkehr von Zürich aus fernsteuert, spielt keine Rolle. Die Sicherheit ist jederzeit gewährleistet und wird gleich bleiben. Der zweite Fehler, der sich in der Antwort von Walter Suter eingeschlichen hat, ist die Tatsache, dass Rotkreuz nicht ferngesteuert wird, es ist nach wie vor 24 Stunden im Tag örtlich besetzt. Im Kanton wird momentan Baar und Cham von Zug aus ferngesteuert. Noch eine Replik an Othmar Birri. Er hat zwar Recht, wenn er sagt, bei Störungen sei die Interventionszeit länger. Aber wir gehen in den Fernsteuerzentren im Stellwerk nicht von Störungen aus, sondern wir rechnen mit dem Normalbetrieb. Und bei Störungen gibt es mobile Equipen, die schnell vor Ort sein können. Auch in Zukunft, wenn der Verkehr von Zürich aus ferngesteuert werden sollte, sind die Interessen der Bahnreisenden abgedeckt.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

616 INTERPELLATION VON DANIEL BURCH UND THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND TEMPOREDUKTION BEI HOHEN OZONBELASTUNGEN

Daniel **Burch**, Risch, und Thomas **Lötscher**, Neuheim, haben am 29. April 2005 die in der Vorlage Nr. 1331.1 – 11706 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

617 INTERPELLATION VON JEAN-PIERRE PRODOLLIET BETREFFEND GESUNDHEIT DES ZUGER WALDES

Jean-Pierre **Prodolliet**, Cham, hat am 11. Mai 2005 die in der Vorlage Nr. 1337.1 – 11727 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

618 INTERPELLATION VON URSULA BIERI BETREFFEND VERANSTALTUNGEN AM HOHEN DONNERSTAG UND KARFREITAG

Ursula **Bieri**, Baar, sowie drei Mitunterzeichner haben am 19. Mai 2005 die in der Vorlage Nr. 1340.1 – 11737 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

619 GESETZ ÜBER DEN GEBÜHRENTARIF IM GRUNDBUCHWESEN (GRUNDBUCHGEBÜHRENTARIF)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1316.1/.2 – 11675/76).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Beat Villiger, Baar, ***Präsident***	*CVP*
1.	Ursula Bieri, Bahnhof-Park 5, 6340 Baar	CVP
2.	Leo Granziol, Brüschrain 3, 6300 Zug	CVP

3.	Daniel Grunder, Schutzengelstrasse 34f, 6340 Baar	FDP
4.	Felix Häcki, Weinbergstrasse 17, 6300 Zug	SVP
5.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
6.	Käty Hofer, Einhornweg 4, 6331 Hünenberg	SP
7.	Karl Künzle, Neudorfstrasse 32, 6313 Menzingen	CVP
8.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
9.	Beni Langenegger, Inwilerstrasse 30, 6340 Baar	SVP
10.	Bruno Pezzatti, Kreuzrain 3, 6313 Edlibach	FDP
11.	Karl Rust, Blasenbergstrasse 23, 6300 Zug	CVP
12.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
13.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
14.	Berty Zeiter, Ägeristrasse 34, 6340 Baar	AF
15.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

620 ÄNDERUNG DES DATENSCHUTZGESETZES (DSG) (SAMMELAUSKÜNFTE ZUM GEBURTSJAHR DURCH DIE EINWOHNERKONTROLLEN)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1322.1/.2 – 11688/89).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 11-köpfige Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Rosemarie Fähndrich Burger, Steinhausen, ***Präsidentin***	*AF*
1.	Rudolf Balsiger, Bruder-Klausen-Weg 5, 6317 Oberwil	FDP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Karl Betschart, Altgasse 74, 6340 Baar	SVP
4.	Ursula Bieri, Bahnhof-Park 5, 6340 Baar	CVP
5.	Rosemarie Fähndrich Burger, Neudorfstr. 2, 6312 Steinhausen	AF
6.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
7.	Markus Grüring, Grossmattstrasse 9, 6314 Unterägeri	FDP
8.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
9.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
10.	Stephan Schleiss, Bahnhofstrasse 36, 6312 Steinhausen	SVP
11.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP

621 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BAULICHE MASSNAHMEN IM MUSEUM IN DER BURG ZUG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1332.1/.2 – 11709/10).

➔ Auf einstimmigen Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Staatswirtschaftskommission überwiesen.

Die **Vorsitzende** erläutert, dass der Grund für diese direkte Überweisung das kleine Geschäft und die grosse zeitliche Dringlichkeit ist.

622 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DEN ANBAU EINES ZUSÄTZLICHEN UNTERRICHTSRAUMS FÜR DAS FACH BILDNERISCHES GESTALTEN IN DER KANTONSSCHULE ZUG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1333.1/.2 – 11711/12).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 11-köpfige Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Rosvita Corrodi, Zug, ***Präsidentin***		*FDP*
1.	Manuel Aeschbacher, Flurstrasse 57, 6332 Hagendorn	SVP
2.	Othmar Birri, Fliederweg 7, Postfach 4122, 6304 Zug	SP
3.	Rosvita Corrodi, Hofstrasse 74a, 6300 Zug	FDP
4.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
5.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
6.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
7.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
8.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
9.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
10.	Max Uebelhart, Schutzengelstrasse 38, 6340 Baar	CVP
11.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP

623 KANTONSRATBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR ZWEI FAHRZEUGUNTERSTÄNDE IM ZIVILSCHUTZ-AUSBILDUNGSZENTRUM SCHÖNAU, CHAM

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1334.1/.2 – 11713/14).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft derselben Kommission zugewiesen wie beim vorherigen Geschäft (siehe Ziff. 622).

624 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINE NEUE SOLE- UND SALZBELADEANLAGE IM WERKHOF HINTERBERG IN STEINHAUSEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1319.1/.2 – 11682/83).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass das Geschäft mit einstimmigem Einverständnis der Fraktionschefkonferenz bereits an die Strassenbaukommission überwiesen worden ist.

625 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEITRITT ZUR VEREINBARUNG ÜBER DIE INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH ÜBERREGIONALER KULTUREINRICHTUNGEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1321.1/.2 – 11686/87).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass das Geschäft bereits an die Konkordatskommission überwiesen worden ist.

626 ZUGER FINANZ- UND AUFGABENREFORM (ZFA), AUFGABENTEILUNG KANTON-GEMEINDEN (1. PAKET)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. Januar 2005 (Ziff. 556) ist in der Vorlage Nr. 1250.5 – 11655 enthalten. – Zudem liegt auf die 2. Lesung ein Antrag von Anna Lustenberger-Seitz, Monika Barmet und Andrea Erni zu § 43 Abs. 1 Bst f des Schulgesetzes vor (Vorlage Nr. 1250.6 – 11740).

Anna **Lustenberger-Seitz** spricht im Namen von AF und SP-Fraktion. – Der Kanton Uri schreibt in seiner Verordnung zum Schulzahnarztdienst unter Zweck und Ziel Folgendes: Die Milchgebisse und die bleibenden Zähne der Schüler sollen gesund erhalten werden und möglichst wenig zahnärztliche Behandlungen notwendig machen." Wäre dies immer noch das Ziel in unserm Kanton, müsste dies heissen, dass auch der Schulzahnpflegedienst weiterhin in gleicher Art und Weise angeboten werden muss. Diese Gewähr ist aber seit der letzten Debatte nicht mehr vorhanden. Die verschiedenen Leserbriefe, ganz allgemein Stimmen zum Zahnpflegedienst, zeigen jetzt schon ein anderes Bild auf. Von der FDP Baar wurde bereits eine Interpellation zur Weiterführung des Zahnpflegedienstes eingegeben. Sie findet zwar, die Weiterführung des Schulzahnpflegedienstes sei ein wichtiger Bestandteil des Unterrichts, liest man aber genauer zwischen den Zeilen dieser Interpellation, pocht sie ganz klar auf die Eigenverantwortung der Eltern, wie dies teils auch in Leserbriefen geäussert wurde. Die FDP Baar stellt z.B. folgende Frage: «Sieht der Gemeinderat Aktionen vor, welche die Eigenverantwortung der Eltern ansprechen oder sogar in den Vordergrund rückt?» Eine Nachfrage in einer anderen Gemeinde ergibt einen ähnlichen Tenor, sogar von Gemeinderatsmitgliedern. Dabei ist ja dieser Dienst eine Rahmenbedingung, damit Eigenverantwortung übernommen werden kann.

Warum gehört denn der Schulzahnpflegedienst in allen Kantonen, bei denen die Votantin nachgefragt habe, zu den obligatorischen Aufgaben einer Gemeinde? Haben diese Kantone einfach erkannt, dass die Schulzahnpflege ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsprävention ist und nicht aufs Spiel gesetzt werden darf? Anlässlich der ersten Lesung haben mehrere Kantonsräte, auch der Finanzdirektor, beteuert, die ZFA-Reform sie keine Sparvorlage. Aber offensichtlich wird sie in den Gemeinden als solche wahrgenommen. Sie werden zwar formell die Schulzahnpflege vom Kanton übernehmen. Aber Sie können noch so auf die Verantwortung der Gemeinden pochen, diese werden die Gelder für den Zahnpflegedienst kürzen – und wird dann noch die gleiche Qualität gewährleistet sein? Wohl kaum! Etwas was während Jahren aufgebaut wurde, wird nun mit einem Entscheid im Kantonsrat gefährdet. Wir sind damit bereits beim Abbau unserer Volksgesundheit mit teuren Folgekosten. Viele von uns selber haben bereits die Zahnprophylaxe in der gegebenen Form erlebt und vergessen einfach, dass dies ihr Bewusstsein zur Gesunderhaltung der Zähne wesentlich mitgeprägt hat. Der Kanton Zug hat wiederum einen Riesengewinn erwirtschaftet. Es wären genügend Mittel vorhanden, den Zahnpflegedienst beim Kanton zu belassen. Im Sinne der Aufgabenteilung kann Anna Lustenberger ja sagen, dass dieser Dienst halt nun den Gemeinden übergeben wird. Trotzdem hat sie Mühe, dass wir als finanzstarker Kanton diesen Dienst nun so gefährden. Andere Kantone hingegen, welche Defizite schreiben, welche wirklich sparen müssen, um einigermassen über die Runden zu kommen, sehen aber ein, dass hier, bei den Kindern, nicht kurzfristig gespart werden darf. Deshalb nochmals die Bitte: Nehmen Sie die Chance der 2. Lesung wahr und unterstützen Sie unseren Antrag, damit auch bei uns der Zahnpflegedienst weiterhin zur Pflicht gehört.

Monika **Barmet** erinnert daran, dass in § 29 des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug zur Gesundheitsförderung, Prävention und anderen Aufgaben in Abs. 1 unter anderem heisst: «Der Kanton setzt sich für gute Bedingungen ein, die der Förderung der Gesundheit dienen». Eine gute Bedingung zur Förderung der Gesundheit ist für die Votantin unter anderem der Schulzahnpflegedienst. Es ist wichtig, dass wir die Gemeinden verpflichten, diesen anzubieten. Die unterschiedlichen Reaktionen und Ansprüche aus den Gemeinden und von Fachpersonen zum Schulzahnpflegedienst nach der 1. Lesung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform zeigen deutlich auf, dass es einen gesetzlichen Rahmen braucht. Auch wenn die Schulpräsidentinnen und -präsidenten versuchen, eine gemeinsame Lösung zu finden, braucht es eine Verpflichtung, um eine Ausgangslage zu schaffen, die unabhängig der finanziellen Situation für alle Gemeinden gleich ist. Die Spardebatten, die wir hier im Kantonsrat führen, werden auch auf Gemeindeebene geführt – folglich wird gestrichen, wo kein gesetzlicher Auftrag vorgegeben ist. Einige Kantone haben diese Verpflichtung bei der Aufgabenteilung im Bereich des Schulzahnpflegediensts eingeführt. – Bitte unterstützen Sie diesen Antrag, auch im Namen einiger Kolleginnen und Kollegen der CVP-Fraktion; verpflichten wir die Gemeinden, den Schulzahnpflegedienst weiter anzubieten.

Beat **Villiger** hält fest, dass die vorberatende Kommission auf Grund des vorliegenden Antrags nicht nochmals zu einer Sitzung zusammengekommen ist. Es werden auch keine weiteren Argumente dargelegt, die eine Aufhebung des ersten Beschlusses rechtfertigen würden. Insofern bittet der Kommissionspräsident den Rat um die Bestätigung des Beschlusses der 1. Lesung. Er möchte aber auch nochmals darauf

hinweisen, dass wir nicht immer dann, wenn es um persönliche oder nahe Dinge geht, so oder so entscheiden sollten. Wir haben heute auch andere Anträge, die genau in diese Richtung gehen. Beat Villiger hätte dort an einem Ort am liebsten auch zugestimmt, aber im Interesse der gesamten Sache muss man eine klare Linie einhalten. Dies gilt sowohl für diese Anträge wie auch für die Regierung im Rahmen der Finanzstrategie. Auch dort werden wir uns demnächst über Dinge unterhalten, bei denen die Regierung von einer solch klaren Linie wieder abgewichen ist. Der Votant bittet den Rat, auch im Namen der Mehrheit der CVP, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Bruno **Briner** weist darauf hin, dass die Wichtigkeit der Zahnhygiene als Teil der Gesundheitsförderung unbestritten ist. Die Erziehung dazu kann aber auf unterschiedliche Weise erfolgen. Die FDP ist der Meinung, dass die Gemeinden in der Lage sind, für die Zahnpflege ihrer Schulkinder passende Lösungen zu finden, und sie vertraut den Gemeinden, dass sie dies auch ohne gesetzliche Vorschriften tun. Von seinem Sitznachbar hat der Votant soeben erfahren, dass sich der Gemeinderat Baar der Sache annehmen und sehr wahrscheinlich eine gute Lösung finden wird. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Kosten des Schulzahnarztdienstes vollumfänglich bei den Gemeinden anfallen und ein direkter Zusammenhang zwischen Zahnhygiene und Zahnarztkosten besteht. Also werden die Gemeinden ihre Verantwortung schon aus Kostengründen in dieser Angelegenheit wahrnehmen. – Die FDP-Fraktion empfiehlt, den Antrag abzulehnen und der Vorlage in der Fassung der 1. Lesung zuzustimmen.

Peter **Dür** ist der Ansicht, dass hier zwei Vorlagen miteinander verwechselt werden. Es geht um zwei ganz verschiedene Dinge. Bei den zweckgebundenen Beiträgen, die wir noch diskutieren werden, geht es klar ums Sparen. Hier aber geht es um eine Aufgabenteilung. Wenn man jetzt hier sagt, man müsse hier konsequent sein wie auch bei den zweckgebundenen Beiträgen, so ist das ein falsches Verständnis dieser beiden Vorlagen. Der Votant hat volles Verständnis, dass man das ins Gesetz hinein nehmen muss, so dass die Gemeinden verpflichtet sind, einen Schulzahnpflegedienst anzubieten. D.h. aber noch nicht, wie sie das machen sollen. Die Gemeinden haben immer noch die Möglichkeit, die Lehrer zu instruieren, damit diese dann diese Ausbildung machen. Wenn das auch nicht sinnvoll ist. Schreiben Sie das hinein und schaffen Sie damit auch günstige Voraussetzungen für das zweite ZFA-Paket. Wenn jetzt schon der Verdacht geschürt wird, dass das eine Sparvorlage ist und nicht eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden, werden dann die Widerstände beim zweiten ZFA-Paket noch grösser, weil alle schon das Gefühl haben, auch bei der Schule werde dann an allen Ecken und Enden gespart. Sind Sie sich des Signals bewusst! Unterstützen Sie also diesen Antrag. Die Gemeinden haben immer noch grosse Freiheiten. Aber das fachlich sicher gute Argument, die Zähne der Kinder müssten geschützt werden, bleibt im Gesetz.

Vreni **Wicky** bittet den Rat wirklich, diesen Antrag nicht zu unterstützen. Einer der hauptsächlichen Aussagen des Regierungsrats bei der Aufgabenteilung ist: Wer zahlt befiehlt, und wer die Gesetze macht, der bezahlt. Wir dürfen doch jetzt nicht schon bei der ersten Strategie diesem Grundsatz nicht folgen. Die Schulpräsidentinnen und -präsidenten des Kantons sind daran, in einer Arbeitsgruppe eine Lösung zu erarbeiten. Aber auch hier: Es sind jetzt einfach andere Zeiten im Hinblick auf den

NFA. Die Votantin hat bei ihrer Gemeinde nachgefragt, wie es nur schon mit dem Gutschein ist. Sie plädiert dafür, hier eine härtere Gangart einzusetzen. Wir verteilen jedem Schüler persönlich Gutscheine, zum Zahnarzt gehen zu können. Und wir haben gesehen, dass höchstens zwei Drittel davon eingelöst werden. Wo ist da die Eigenverantwortung?

Anna **Lustenberger-Seitz** meint, genau aus dem Grund, den Vreni Wicky vorgebracht habe, sei es dringend nötig, dass wir diesen Antrag unterstützen. Der zahnärztliche Dienst, den sie angesprochen hat, ist etwas ganz anderes als der Zahnpflegedienst. Der zahnärztliche Dienst betrifft den Untersuch. Aber bereits dort zeigt es sich, dass mit dem Einführen des anderen Systems ein Drittel der Schüler nicht mehr zu diesem Untersuch gehen. Und das bringt doch einfach Folgekosten mit sich. Bitte unterstützen Sie unseren Antrag, damit es wenigstens mit dem Zahnpflegedienst so weiter geht wie bisher.

Wenn Thomas **Lötscher** die Voten hört, weshalb man das ins Gesetz aufnehmen müsste, hört er auch die unterschwellige Botschaft «Wenn wir das den Gemeinden überlassen, kommt es nicht gut». Er möchte dazu animieren, dass wir im Bereich Arroganz und Selbstüberschätzung nicht allzu weit gehen. In den Gemeinden haben wir es nicht einfach mit konzeptlosen Idioten zu tun, sondern es sind auch gewählte Volksvertreter, die sich ihrer Aufgabe und Verantwortung bewusst sind. Und es ist offensichtlich, dass die Prävention ganz klar positive Auswirkungen hat auf die später anfallenden Kosten. Diese Gemeinderäte wären wirklich schlecht beraten, wenn sie das negieren und die entsprechenden Kosten nachher wieder über den Sozialbereich und das Gesundheitswesen einfahren würden. Es ist also wirklich zentral, vor allem auch im Hinblick auf die weitere Aufgabenteilung, welche die Verantwortung und Finanzierung beim jeweiligen Gemeinwesen lassen will. Es wirkt unglaubwürdig, wenn wir bereits jetzt in der ersten Phase sagen: Wir teilen zwar um, aber unseren Partnern trauen wir nicht. Das sollten wir tunlichst vermeiden.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** bittet den Rat, sich zu erinnern. Bei der Vernehmlassung hat nur die SGA dem vorgeschlagenen Modell opponiert. Alle Gemeinden haben diesem freiwilligen Dienst zugestimmt. Sie könnten es sich einfach machen. Mit einem Obligatorium könnte man sich verstecken und sagen: «Tut uns leid, der Kanton befiehlt». Sie stellen sich aber der Verantwortung und das ist schwieriger. Das ist für den Votanten ein Zeichen, das Vertrauen verdient. In der Zwischenzeit gab es keine neuen Erkenntnisse, die Debatte geht aber weiter und das ist gut so. Thomas Lötscher hat es bereits gesagt: Wenn wir jetzt hier ein Obligatorium einführen, sieht das nach Misstrauen aus. Wir lassen den Gemeinden ja nicht einmal die Zeit, zusammen zu sitzen und nicht einfach zu sagen: Muster X machen wir seit Jahren, weiter so! Wenn im Antrag gesagt wird, der Regierungsrat nehme seine Verantwortung nicht mehr wahr, wenn er die Aufgabe den Gemeinden überlasse, so ist das ein starkes Stück. Wenn man so argumentiert, so ist es definitiv fertig mit der Gemeindeautonomie. Wenn jede wichtige Aufgabe nicht den Gemeinden überlassen werden kann, hören wir am besten auf, von Gemeindeautonomie zu sprechen. Das gilt gerade auch für Kreise, die in der Regel viel von Basisdemokratie und Teilautonomie von kleineren Gebilden halten. Bitte bleiben Sie beim Ergebnis der 1. Lesung.

➔ Der Antrag wird mit 47 : 26 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 66 : 7 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sowohl Regierungsrat wie Stawiko beantragen, die erheblich erklärte Motion der FDP-Fraktion (Vorlage Nr. 142.1 – 8302) in Ziff. 1 und 2 als erledigt abzuschreiben, sowie die Motion von Beat Villiger (Vorlage Nr. 1120.1 – 11156) nicht erheblich zu erklären. – Die Kommission beantragt im Gegensatz dazu, die Motion von Beat Villiger im Rahmen des zweiten Pakets der ZFA zu entscheiden.

➔ Der Rat ist damit einverstanden, Vorlage Nr. 142.1 – 8302 in Ziffer 1 und 2 als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat beschliesst mit 56 : 9 Stimmen, über Vorlage Nr. 1120.1 – 11156 erst im Rahmen des zweiten Pakets der ZFA zu entscheiden.

627 SUBMISSIONSGESETZ (SUBG)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 24. Februar 2005 (Ziff. 577) ist in der Vorlage Nr. 1277.4 – 11671 enthalten. – Es liegt zudem ein Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats zur 2. Lesung vor (Vorlage Nr. 1277.5 – 11697).

Jean-Pierre **Prodolliet** weist darauf hin, dass der Antrag des Regierungsrats anstrebt, den Rechtsschutz im unteren Bereich aufzuheben. In der Begründung wird dieser Bereich unterhalb des Schwellenwerts bei Einladungsverfahren Bagatellbereich genannt. Es wird auf einen Auftrag in der Höhe von 16'000 Franken hingewiesen. Der Bagatellbereich geht bis 100'000 Franken bei Lieferungen, bis 150'000 bei Dienstleistungen und Nebengewerbe und bis 300'000 bei Bauhauptgewerbe. Es gibt bei unseren Submissionen zu öffentlichen Bauvorhaben sehr viele Aufträge in diesem Bereich. Das Auftragsvolumen in diesem Bereich ist sehr ahnsehnlich, es geht um x Millionen Franken. Die bisherige Praxis war, dass jeweils diese Möglichkeit des freihändigen Verfahrens nicht ausgeschöpft wurde, sondern die öffentlichen Auftraggeber haben jeweils Einladungsverfahren durchgeführt. Der Votant selbst hat sowohl auf Stufe Gemeinde wie Kanton solche Einladungsverfahren durchgeführt. Warum macht die Öffentlichkeit diese Einladungsverfahren? Es geht um den Preis. Es ist nicht auszudenken, wie teuer unsere Bauvorhaben würden, wenn wir viele solche Aufträge in freihändigem Verfahren vergeben würden und keine Konkurrenzverfahren durchführen würden. Der zweite Punkt sind die Offenheit und Chancengleichheit im Gewerbe. Es ist nicht auszudenken, wie es kommen würde, wenn die Gemeinderäte viele Aufträge in diesem Bereich einfach direkt vergeben würden. Das Einladungsverfahren wird oft durchgeführt, weil es aus politischen Gründen notwendig ist. Bei der bisherigen Praxis hatten wir den Rechtsschutz, d.h. man hat gegen diese Entscheide Beschwerde führen können. Es sind wenige solche Beschwerden eingegangen und das sprich wohl auch für die Qualität dieser Verfahren. Die öffentlichen Bauherren sind also nicht durch Beschwerdeverfahren mit viel Verwaltungs-

aufwand belastet worden. Und es hat auch nicht viele Bauverzögerungen gegeben. Denn wenn eine solche Beschwerde eingereicht wird, kann sie innerhalb von zwei Monaten behandelt werden. Das Verwaltungsgericht entscheidet dann allfällig auf aufschiebende Wirkung und trifft sofort einen erstinstanzlichen Entscheid. Daraufhin kann die Baubehörde weiterfahren. Die bisherige Praxis hat also keine Probleme ergeben.
Was sind nun die Vorteile dieses Rechtsschutzes? Man muss ganz klar sehen, dass natürlich die Seriosität und die Qualität eines solchen Verfahrens gehoben werden. Denn wenn alle damit rechnen müssen, dass ihre Arbeit vom Gericht gerügt werden kann, führt das zu zusätzlicher Qualität dieser Submissionen. Und gute Submissionen wirken kostensparend, schlechte kostentreibend. Der Votant ist deshalb dafür, in diesem Bereich den Rechtsschutz beizubehalten und bei der bisherigen Praxis zu bleiben. Er bittet den Rat, den Antrag der Regierung abzulehnen.

Andreas **Huwyler** spricht als Präsident der Konkordatskommission gleichzeitig auf für die CVP-Fraktion, welche die Kommissionsmeinung zum Antrag der Regierung teilt. Die Konkordatskommission hat an der Sitzung vom 12. Mai 2005 den vorliegenden Antrag beraten und unterstützt ihn. Es scheint der Kommission sinnvoll, dass der Rechtsschutz dann nicht gewährt werden soll, wenn die Schwellenwerte für das Einladungsverfahren nicht erreicht werden. Die vergebende Behörde wird nämlich, wenn sie nicht mit einem langwierigen Beschwerdeverfahren rechnen muss, viel eher geneigt sein, freiwillig ein Einladungsverfahren durchzuführen, auch wenn sie nicht müsste. Insofern nützt die Streichung des Rechtsschutzes für diese kleinen Vergaben etwa nicht nur der Verwaltung, sondern vor allem auch dem Gewerbe. Es werden voraussichtlich mehr Einladungsverfahren auch unterhalb der Schwellenwerte durchgeführt, als wenn wir den Rechtsschutz belassen.

Martin **Stuber** hält fest, dass die AF einerseits das Argument der Regierung bezüglich Effizienz sehr wohl sieht. Anderseits ist aber auch das Interesse der Anbieter am Rechtsschutz ebenfalls berechtigt und er liegt auch im Interesse des Steuerzahlers. Wir schlagen Ihnen deshalb im Sinne eines Kompromisses vor, den Antrag der Regierung wie folgt abzuändern:
«Der Rechtsschutz nach Abs. 1 Bst. a entfällt, wenn der Auftragswert unterhalb *der Hälfte des Schwellenwerts* für das Einladungsverfahren liegt.»
Der Schwellenwert für den Rechtsschutz läge dann bei 150'000 Franken beim Bauhauptgewerbe, bei 75'000 beim Baunebengewerbe und bei Dienstleistungen, und bei 50'000 Franken bei Lieferungen. Wir glauben, dass das keine Bagatellbeträge mehr sind, und es wäre angezeigt, hier Rechtsschutz zu gewähren. So kämen sowohl die Effizienz wie der der Rechtsschutz zum Zuge.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** zu Jean-Pierre Prodolliet. Bitte zwingen Sie uns nicht dazu, direkt vergeben zu müssen, wenn die Beschwerden zunehmen. – Und zum Antrag der SGA. Der Regierungsrat lehnt ihn ab. Der Rechtsschutz ist nach Vergabedatum im Einladungsverfahren zu regeln und nicht von einer willkürlich festgelegten Betragshöhe abhängig zu machen. Wenn das freihändige Verfahren zum Zuge kommen könnte, muss Freiheit sein. Das bedeutet Formlosigkeit im positiven Sinne, frei von Verfahrenszwang und Beschwerdemöglichkeiten. Oder mit anderen Worten: Wollen Sie, dass wir einmal dem Hans vergeben und dann wieder dem

Sepp. Bitte zwingen Sie uns nicht dazu! Z.B. Bauhauptgewerbe bis 150'000 Franken ausschreiben, zwischen 150'000 und 300'000 dem Sepp geben und über 300'000 wieder ausschreiben. Nehmen Sie den Antrag bitte zurück!

➔ Der Rat lehnt den Antrag der Alternativen Fraktion mit 59 : 12 Stimmen ab.

➔ Der Rat stellt sich mit 57 : 11 Stimmen hinter den Regierungsantrag.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 70 : 0 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die erheblich erklärten Motionen von Josef Zeberg betreffend verbesserte Arbeitsvergebungen (Vergaberichtlinien), die Vorlagen Nrn. 892.1 – 10507 und 893.1 – 10508, als erledigt abzuschreiben. – Die Konkordatskommission beantragt ausserdem, die Motion von Georg Helfenstein und Thiemo Hächler betreffend Arbeitsvergabe an Firmen mit Angestellten im Lohndumping, Vorlage Nr. 1281.1 – 11596, erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

628 UMSETZUNG DER AKTUALISIERTEN FINANZSTRATEGIE 2004 BIS 2010: WACHSTUMSABSCHWÄCHUNG DER BEITRÄGE MIT ZWECKBINDUNG

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 24. März 2005 (Ziff. 596) ist in der Vorlage Nr. 1280.5 – 11691 enthalten. – Ausserdem sind zur 2. Lesung zwei Anträge der AF (Vorlagen Nr. 1280.6 – 11738 und Nr. 1280.7 – 11739) und ein Antrag von Silvan Hotz (Vorlage Nr. 1280.8 – 11741) eingegangen.

Antrag der AF zum Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Vorlage Nr. 1280.6 – 11738)

Rosemarie **Fähndrich Burger** weist darauf hin, dass die AF bei § 5, Ziff. 2 beantragt, dass die Alterslimite für Stipendienberechtigte bei 50 Jahren belassen und nicht auf 40 Jahre gesenkt werden. Wieso stellt die AF diesen Antrag nach der 1. Lesung in der 2. nochmals? Zwischenzeitlich wurde die Zuger Staatsrechnung 2004 publiziert. Darin gibt die Regierung ein kantonales Wirtschaftswachstum von 2,5 % bekannt. Zug wächst schweizweit am stärksten. Aber die Arbeitslosenzahlen gingen nicht wesentlich zurück. Darum müssen aus Sicht der AF alle sinnvollen Angebote zur beruflichen Wiederintegration aufrechterhalten werden – Stipendien bis ins 50. Altersjahr sind ein solches Angebot. Bildung – und zwar für alle – ist eine unserer wichtigen Ressourcen. Sie hat im Kanton Zug eine jahrhundertealte Tradition. Hier darf und soll unseres Erachtens nicht gespart werden. Im Gegenteil, hier soll weiterhin langfristig investiert werden. Unter anderem auch, weil in der heutigen Zeit sich auch die Frauen gleichberechtigt in der Arbeitswelt bewegen. Dementsprechend bilden sich die Frauen gut aus. Als Gesellschaft sind wir aber auch darauf angewiesen, dass diese gebildeten Frauen bereit sind, Kinder zu kriegen. Folgendes Beispiel

zeigt, dass das gar keine Selbstverständlichkeit mehr ist: Anlässlich einer Klassenzusammenkunft von 30-jährigen ehemaligen Absolventinnen und Absolventen der Kantonsschule hat sich heraus gestellt, dass lediglich eine einzige Frau ein Kind hat. Alle andern Frauen und Männer leben kinderlos. Wenn diese 30-jährigen Frauen bereit sind, sich in nächster Zeit doch noch für Kinder zu entscheiden, haben sie nach einer allfälligen Familienpause bald einmal die 40-Jahresgrenze überschritten und sind darauf angewiesen, dass sie den Sprung ins Erwerbsleben nochmals schaffen werden. Für finanziell benachteiligte Menschen kann dabei die Beibehaltung der Stipendiengrenze bei 50 Jahren den Sprung zurück in die Berufswelt erleichtern. Denn wer bildungsmässig nicht mehr mitkommt, findet kaum eine Stelle oder wird eher entlassen. Und dann wird die ALV, später die Sozialhilfe belastet. Der berufliche Ausschluss ist einerseits ein individuelles Drama, andererseits kostet er den Staat viel Geld – viel mehr als die bescheidene Investition mittels Stipendien.

Gregor **Kupper** hält fest, dass die CVP-Fraktion empfiehlt, an den Beschlüssen der 1. Lesung festzuhalten und nicht auf diese Änderungsanträge einzutreten. In Einzelfällen ist es zumindest die grosse Mehrheit der Fraktion. Wieso? Wir haben hier drei Änderungsanträge, zwei davon sind nicht mal begründet. Man kann der AF den Vorwurf nicht ersparen, dass wenn wir das in anderen Fraktionen ernsthaft diskutieren sollen, wir doch wissen müssen, was die Überlegungen hinter diesen Anträgen sind. Wenn wir das so erhalten, müssen wir auf den Argumenten der 1. Lesung aufbauen, und damals haben wir uns zur Genüge ausgetauscht, wie auch in den Kommissionen. Neues ist nicht zum Vorschein gekommen. Wir müssen aber auch den Blick auf das Gesamte werfen. Es geht hier um die Finanzstrategie und da gibt es immer Gewinner und Verlierer. Wenn wir das als Gesamtpaket betrachten, werden wir gut tun, wenn wir es als Paket behalten und nicht beginnen, Teile davon herauszubrechen. Sonst können wir die ganze Finanzstrategie vergessen.

Andrea **Hodel** möchte als Kommissionspräsidentin nochmals kurz Stellung nehmen, wobei sie auch die Meinung der FDP-Fraktion vertritt. An der Sachlage hat sich seit der 1. Lesung nichts geändert. Zwischenzeitlich wurden einzig die aktuellen Zahlen über Einnahmen und Ausgaben in Kanton und Gemeinden bekannt. Die Abschlüsse sind besser ausgefallen als vermutet, und dies weckt Begehrlichkeiten. Die Regierung will mit der Umsetzung ihrer Finanzstrategie langfristig einen ausgeglichenen Haushalt erreichen und das Ausgabenwachstum dämpfen. Diese Zahlen und Ziele haben nach wie vor Gültigkeit und können nicht auf Grund eines isolierten und guten Abschlusses – über den wir selbstverständlich alle froh sind – im Kanton und in den Gemeinden über den Haufen geworfen werden. In materieller Hinsicht haben sich zwischen der 1. und der 2. Lesung keine neuen Aspekte ergeben. Bereits in der Kommission und bei der 1. Lesung haben wir über die Alterslimite 40 oder 50 Jahre diskutiert. Man darf nicht vergessen, dass auch nach dem 50. Altersjahr noch Darlehen gewährt werden können.

Karl **Nussbaumer** weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich an der 1. Lesung festhält und sämtliche gestellte Anträge zur 2. Lesung nicht unterstützt. Wenn die Regierung schon mal sparen möchte, verdient sie auch unsere Unterstützung.

Peter **Rust** meint, es sei durchaus legitim, dass z.B. Rosemarie Fähndrich sich für ihr Anliegen einsetze. Es ist auch legitim und ehrenvoll, dass sich Silvan Hotz als Gewerbevertreter für die Lehrlinge stark macht. Aber der Votant nimmt eine Selbstkasteiung in Kauf. Er schickt seit 30 Jahren Lehrlinge nach Sursee und ist jetzt dazu verknurrt, diese Fahrspesen zu übernehmen. Er macht es nicht gern, aber er macht es aus einer Verpflichtung heraus, den Nachwuchs zu pflegen. Die Ernüchterung ist aber noch grösser geworden, seit er weiss, dass sämtliche Anträge, die der Finanzdirektor bei Bundesrat Merz deponiert hat, abgeschmettert wurden, etwa als es um den Einfluss des politischen Steuerungsorgans für den neuen NFA ging oder darum, für die ressourcenstarke Kantone eine Übergangsregelung einzuführen oder den abzugsberechtigten Freibetrag mit einer Indexierung zu versehen. Wenn er sich zudem vergegenwärtigt, was gestern im Nationalrat an Sparprogrammen über die Bühne ging, da steht es uns schlecht an, schon beim ersten kleinen Hauch gleich wieder umzukippen. Der Votant bittet den Rat dringend, alle drei Anträge abzulehnen.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** möchte kurz nochmals einen Gesamtzusammenhang herstellen. Als Einzelpunkte tönen solche Anträge ja immer gut. Er möchte daran erinnern, dass diese Altersgrenze nur ein Element eines Gesamtpakets war. Die anderen zwei Punkte hat der Regierungsrat bereits in eigener Kompetenz beschliessen können, nämlich eine massvolle Reduktion der Maximalbeiträge an Stipendien und eine massvolle Beschränkung der Stipendierung von Zweitausbildungen. Bei der Altersgrenze sind jetzt Sie am Zug, nämlich diese auf ein schweizerisch übliches Mittel zu senken. – Wir müssen auch die Entwicklung ansehen. Da ist zwar einerseits die erfreuliche Entwicklung der Ertragslage, aber zum andern die Entwicklung von Stipendienausgaben. Sie können selber in den Staatsrechnungen nachlesen, dass in den letzten zehn Jahren diese Ausgaben von 2,3 auf 3,7 Mio. Franken, also um etwa 65 %, zugenommen haben. Wenn wir bei dieser Situation eine massvolle Bremsung in die Wege leiten, zählen wir auf ihre Unterstützung. Massvoll gerade auch in diesem Punkt. Denn auch über 40-Jährige werden Darlehen beanspruchen können. Und bei Härtefällen sind Ausnahmen immer möglich, gerade z.B. bei Arbeitslosigkeit. Wenn man z.B. sieht, dass eine Ausbildung völlig out ist und keinerlei Möglichkeit besteht, wieder in den Markt hinein zu kommen. – Es ist ein massvoller Vorschlag und der Bildungsdirektor dankt dem Rat, wenn er bei den Ergebnissen der 1. Lesung bleibt und den Antrag ablehnt.

➔ Der Antrag der AF wird mit 58 : 15 Stimmen abgelehnt.

Antrag der AF zum Sportgesetz (Vorlage Nr. 1280.7 – 11739)

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass Peter Rust vorher von Zuger Zielen zum NFA gesprochen hat. Es gibt aber auch noch andere Ziele unserer Regierung. Sie sind im Schwerpunktprogramm der Regierung 2005-2015 festgehalten. Dort steht: «Breiten- und Jugendsport werden gefördert». Und was machen wir 2005 als erstes? Wir streichen Beiträge für Breiten- und Jugendsport. Der Votant bittet den Rat nun, unserer «ersten» Regierung mit ihrem Schwerpunktprogramm zu folgen und nicht der «zweiten» mit der Finanzstrategie. Über die Vorteile der Anstossfinanzierung des freiwilligen Schulsports in den Gemeinden haben wir anlässlich der 1. Lesung ausgiebig

debattiert. Verschiedenste Votantinnen und Votanten wiesen darauf hin, dass mehr Bewegung an den Schulen die Lernfähigkeit und die Schulleistungen der Kinder steigern. Dass mehr Bewegung die Gesundheit der Kinder fördert. Dass Sport die Sozialkompetenz fördert und der freiwillige Schulsport eine Chance für die Dorf- und Sportvereine ist, Kinder nachhaltig für ihre Sportart zu gewinnen. Die AF stellt darum den Antrag, die kantonalen Beiträge für den freiwilligen Schulsport statt 2006 erst 2008 einzustellen. Gegenüber der 1. Lesung gibt es sehr wohl einen Unterschied in diesem Bereich. Wir beantragen nämlich eine Änderung und schlagen vor, bei § 4 einen abgeänderten Abs. 2 einzuführen. Neu soll er heissen:
Er gewährt ihnen einen vom Regierungsrat festzulegenden Pauschalbeitrag.
Was ist der Unterschied? Heute leistet der Kanton einen Beitrag pro Teilnehmerin und Teilnehmer. Der Bildungsdirektor monierte letztes Mal zu Recht, dass so die Gelder nicht dort eingesetzt werden können, wo sie am meisten Sinn machen. Und Gemeinden wie Zug oder Baar mit etablierten Angeboten überproportional profitierten. Unser Vorschlag ermöglicht nun eine projektorientierte Finanzierung. Der Regierungsrat kann bewusst die Gemeinden stützen, in welchen sich die Angebote im Aufbau befinden. Gleichzeitig hofft Stefan Gisler natürlich, dass z.B. die sportbegeisterte Vreni Wicky als zuständige Stadträtin in Zug die Angebote im gleichen Umfang wie heute weiter unterstützt. – Noch ein Argument: Zwischen der 1. und der 2. Lesung las der Votant in der Zuger Zeitung, dass sich der Kanton im Rahmen des Jahrs des Sports an der zeitlich beschränkten Kampagne «Bewegung, Ernährung, Entspannung» beteiligt. Das ist begrüssenswert und Stefan Gisler möchte es keineswegs gegen den freiwilligen Schulsport ausspielen. Doch ist es aus seiner Sicht eine wenig kohärente Gesundheits- und Sportpolitik, gleichzeitig ein bewährtes Projekt in den Zuger Gemeinden wie den freiwilligen Schulsport, welches Kinder mit wenig Aufwand zu viel Bewegung animiert, durch eine Scheinsparmassnahme derart zu gefährden.

Andrea **Hodel** erinnert daran, dass wir uns über die Frage der länger dauernden Förderung des freiwilligen Schulsports bereits bei der 1. Lesung ausführlich auseinandergesetzt haben. Sie ersucht den Rat deshalb im Namen der Kommission, auch hier am Resultat der 1. Lesung festzuhalten. Stefan Gisler hat zu Recht festgestellt, dass heute ein ergänzter Antrag gestellt wird, wonach der Regierungsrat den Pauschalbeitrag nun selber festlegen kann. Dies bedeutet aber nichts anderes, als dass nun noch für zwei Jahre, nämlich bis zum Auslaufen dieses KRB, ein neues System eingeführt werden müsste. – Noch ein Wort zu Menzingen. Es wurde viel darüber gesprochen, die Gemeinde würde jetzt sofort aufhören und gar nichts mehr machen. Menzingen meinte, per sofort nichts mehr erhalten zu können, was ja nicht zutrifft. Es macht sich heute Gedanken, wie es den freiwilligen Schulsport weiterführen will. Und es hat jetzt auch zu Kenntnis genommen, dass man das auch über Elternbeiträge teilweise finanzieren kann. Es trifft also nicht zu, dass unser Signal so weit gegangen ist, dass jetzt die Gemeinden einfach aufhören, in dieser Richtung etwas zu tun. Lehnen Sie deshalb diesen Antrag ab!

Bildungsdirektor Matthias **Michel** meint, es sei löblich, dass der Antragsteller dem Regierungsrat mehr Ermessensspielraum einräumen will. Das haben wir ja eigentlich gerne. Aber wir wollen ihn dort, wo wir ihn auch nachhaltig einsetzen können. Und hier wäre das nicht der Fall. Wir wissen, dass die Gemeinden bis 2006 Zeit haben, sich darauf einzustellen. Und ob jetzt diese Beiträge noch auf andere Weise zwei

Jahre länger eingesetzt werden, nützt das den Gemeinden im Zeitalter von mehrjährigen Finanzplanungen nichts. In ein, zwei Jahren stünden die Gemeinden wieder vor derselben Frage, wie das jetzt finanziert werden soll. Und bekanntlich helfen ja dann die gut gemeinten Anschubfinanzierungen wenig. Die Kantone regen sich jeweils auf, wenn der Bund gross mit Anschubfinanzierungen einfährt und sich dann zurückzieht, z.B. bei den Lehrstellenbeschlüssen. Der Bildungsdirektor kann bestätigen, was Andrea Hodel zu Menzingen gesagt hat. Das wird weiter geführt und ab übernächstem Schuljahr wird sich Menzingen überlegen müssen, wie das zu finanzieren ist. Diese Überlegung muss sich jede Gemeinde ohnehin machen. Das bringt eben die Sache dann auf den Punkt. Dann darf man auch nicht kommen mit den Aktionen, die wir im UNO-Jahr des Sports finanzieren. Freiwilliger Schulsport ist eine Daueraufgabe klar gemeindlicher Kompetenz. Wir schaffen hier einfach Klarheit. Der Votant dankt dem Rat, wenn er das Ergebnis der 1. Lesung bestätigt.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AF mit 41: 26 Stimmen ab.

Antrag von Silvan Hotz zum EG Berufsbildung

Silvan **Hotz** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Als Präsident des kantonalen Gewerbeverbands zeigt er dem Rat noch einmal einige Fakten auf. – Wir streichen jedem Lehrling, der ausserkantonal zur Schule muss, die Fahrkosten im Wert von mindestens 50 Franken pro Monat. Das sind, gemessen an einem Lehrlingslohn, mindestens 50 %. Es sind hauptsächlich kleinere Berufsgruppen, welche es sonst schon schwierig haben bei der Rekrutierung von neuen Lernenden. Diese Berufsfelder werden erneut gestraft. In Zug haben wir 97 Berufsgruppen, welche ausserkantonal in die Schule müssen. Dies entscheidet allein der Kanton. Betreffend der viel zitierten Ungerechtigkeit: Wir erhalten eine neue. Ist es denn nicht auch ungerecht, dass der eine Lehrling in Zug zur Schule darf und der andere nach Luzern oder Goldau muss? Die ausserkantonale Schulgänger haben zwangsläufig höhere Fahrkosten. Und für diese kann nur der Kanton etwas, also sollte er dies auch vergüten.
Ein ausserkantonaler Lehrling kostet uns pro Jahr zwischen 4' und 5'000 Franken Schulgeld. Was deutlich unter den Vollkosten liegt, da der Preis eher symbolischen Charakter hat. Bei einer Vollkostenrechnung wäre es viel teurer. Sie sehen, der Kanton spart sogar, wenn er Lehrlinge ausserkantonal in die Schule schickt. Können Sie sich noch erinnern an Ihre Lehre? Auch wir, oder wenigstens der Votant, mussten jeden Franken umdrehen und waren froh um diesen Zustupf an die unverschuldeten Mehrauslagen. Er ging in Goldau zur Schule. Sie denken jetzt sicher – und dies zu Recht – warum kommt er wieder mit diesen Argumenten? Auch er hat sich in der 1. Lesung zur Selbstkasteiung hingeben lassen. Er hat aber auch gesagt, dass diese Einsparungen sehr schmerzen. Vor allem Jugendliche, weil die Kosten nicht auf das Gewerbe abgewälzt werden können und dürfen. Er hat letztes Mal diese Kröte geschluckt, wies aber auch darauf hin, dass wir alle weiterhin zum konsequenten Sparen aufgefordert sind. Was ist in der Zwischenzeit passiert? Wir haben im Speziellen zwei Vorlagen präsentiert bekommen, welche alles andere als Sparvorschläge sind. Der Regierungsrat will die Beiträge mit Zweckbindung sogar um 1,66 Mio. erhöhen zu Gunsten der Kunst in Luzern und Zürich. Er kann das ja, weil er dieses Geld in seinem eigenen Kanton beim arbeitenden Volk, sprich den Jugendlichen, vom Munde abspart. Und so als Zückerchen obendrauf, will der sparsame Regierungsrat seinen Mitarbeitern einen Bonus aus dem Jahresgewinn der Rechnung

2004 ausrichten. Dies kostet ja auch «nur» 1,55 Mio. Es ist ja nicht sein Geld, sonst würde er sicher haushälterischer und zukunftsorientierter damit umgehen. Oder ist da etwa auch ein wenig Eigeninteresse im Spiel? Mit diesem Antrag haben wir die Möglichkeit, diese Ungerechtigkeit – Sparen bei den einen und Ausgeben bei den anderen – zu korrigieren. Überraschen Sie sich und den Votanten, stimmen Sie dem Antrag zu und belassen sie den Lehrlingen ihre Fahrspesenentschädigung.

Andrea **Hodel** ist schon für Überraschungen, aber nicht in diesem Fall. Die Votantin ersucht den Rat, auch hier am Resultat der 1. Lesung festzuhalten. Das mit der Ungerechtigkeit ist schon ein wenig zu einfach. Dann wäre es ja auch ungerecht, dass ein Schüler aus Rotkreuz nach Zug an die Kanti muss, weil es in Rotkreuz keine hat. Es wäre ungerecht, wenn ein Student nach Luzern an die Fachhochschule gehen muss, weil es in Zug keine hat. Es ist eben so, wenn wir diese Beiträge lösen, haben wir immer noch Ungleichheiten, die bestehen bleiben. Von daher kann dieser Betrag gestrichen werden. Wenn Silvan Hotz davon spricht, dass an anderen Orten auch nicht gespart wird, dann ist es sicher nicht das Mittel, an einem Ort nicht zu sparen, weil es anderswo nicht geschieht. Sondern dann muss man eben an beiden Orten sparen. Solche Vorlagen gegeneinander auszuspielen, ist sicher die falsche Art und Weise des Vorgehens. Lehnen Sie deshalb bitte diesen Antrag ab!

Markus **Jans** meint, Silvan Hotz zeige Mut. Er hat seine ursprüngliche Meinung zum EG Berufsbildung um 100 Prozent geändert, von einem zustimmenden Ja zu einem Nein, so nicht. Die SP-Fraktion unterstützt diesen Antrag, wenn auch mit etwas anderer Begründung. Lernende sind unsere berufliche Zukunft. Es ist richtig, dass am Gewerblichen Bildungszentrum des Kantons Zug nicht alle Berufssparten ausgebildet werden. Für Lernende wie z.B. Gartenbauer, Gärtner, Innendekorateure, Vermessungszeichner etc. besteht die Möglichkeit, sich ihr Wissen an einem ausserkantonalen gewerblichen Bildungszentrum anzueignen. Welche Berufssparten in Zug oder ausserhalb des Kantons erlernt werden können, ist eher zufällig und es lässt sich keine Systematik erkennen. Ausserkantonale Schulbesuche sind nachweislich mit höheren Kosten verbunden. Die vorberatende Kommission hat sich bei ihrem Entscheid nicht von Zahlen und Fakten leiten lassen, sondern auf nicht nachvollziehbare Argumente abgestellt. Formal müssen Lernende einen Rückerstattungsantrag stellen. Und automatisch verbunden damit ist auch die Pflicht der wahrheitsgetreuen Angaben. Solche Formulare haben wir überall auszufüllen, sei das bei der AHV, IV, Prämienverbilligung. Überall, wo der Kanton Formulare verlangt, sind wahrheitsgetreue Angaben zu machen. Lernende dürfen keinen Rückerstattungsantrag stellen, wenn sie die Rückerstattung bereits vom Lehrbetrieb erhalten haben. Hier von einem grossen Problem zu sprechen, wie das die vorberatende Kommission gemacht hat, ist schlicht und einfach falsch. Dies zu kontrollieren ist für das Amt für Berufsbildung ohne grossen Aufwand möglich. Und damit ist das Hauptargument der vorberatenden Kommission eigentlich nichtig. Mit dem Entscheid, keine Fahrspesen für Lernende aus zugerischen Lehrbetrieben für den Besuch einer ausserkantonalen Berufsschule mehr zu gewähren, bestrafen Sie in erster Linie den zukünftigen Berufsstand der KMU. Wollen Sie das wirklich? Nebenbei gesagt, kostet jeder Kantonsschüler ein Mehrfaches im Vergleich zu den Ausbildungskosten der Berufsschüler. Der Kanton soll sich für handwerkliche Berufe genau so einsetzen wie für Absolventen einer Hochschule oder höheren Fachschule. Die SP-Fraktion ist daher der Meinung, dass der Antrag von Silvan Hotz die volle Unterstützung verdient. Mit ihrer Zustimmung

setzen Sie ein Zeichen, dass Ihnen die Ausbildungsbetriebe und die Lernenden im Kanton Zug wichtig sind und ihre volle Unterstützung erhalten.

Christian **Siegwart** hält fest, dass die AF sich wie schon bei der 1. Lesung gegen Sparmassnahmen des reichen Kantons Zug zu Lasten von wenig verdienenden Lehrlingen und vor allem auch von kleineren gewerblichen Ausbildungsbetrieben ausspricht. Allerdings unabhängig von der Personal- und der Kulturvorlage. Darum heissen wir auch den Antrag von Silvan Hotz gut. Es ehrt ja Peter Rust, dass er seinen Lehrlingen die Reisekosten nach Sursee finanzieren will und so unseren ach so gebeutelten Staat zu entlasten hilft. Aber wer garantiert, dass alle Gewerbler diesem guten Beispiel folgen werden? Werden sie in wirtschaftlich rauen Zeiten neue Ausgaben freiwillig auf sich nehmen? Die Versuchung ist doch gross, diese Kosten an die Lehrlinge weiter zu reichen. Aus diesem Grund bittet der Votant den Rat, den Antrag zu unterstützen.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** bittet den Rat im Namen der Regierung, diesen Antrag abzulehnen und uns vor dieser Überraschung zu schützen. Natürlich freut er sich darüber, dass sich mehrere Votanten für die Berufsbildung engagieren. Das tun wir in der Volkswirtschaftsdirektion auch, und das jeden Tag. Aber wir sind trotzdem der Auffassung, dass diese Sparmöglichkeit durchaus besteht. Walter Suter hat es letztes Mal schon gesagt: Es ist so, dass unseres Wissens der Kanton Zug der einzige ist, der solche Spesenbeiträge bezahlt. Das ist insofern ein Problem, als es zu Ungerechtigkeiten führt. Dieser Kostenersatz wird nach Lehrort ausbezahlt und nicht nach Wohnsitz. Das führt z.B. dazu, dass ein Zuger Lernender, der im Kanton Schwyz die Dachdeckerlehre macht und nach Uzwil in die Berufsschule fahren muss, nichts bekommt vom Kanton Schwyz. Aber umgekehrt Lernende aus Nachbarkantonen, die im Kanton Zug ihre Lehre machen, die entsprechenden Entschädigungen ausbezahlt erhalten. Und das ist kein vernachlässigbares Problem, sondern es ist so, dass heute nahezu ein Drittel aller Lernenden, die im Kanton Zug ausgebildet werden, aus Nachbarregionen der angrenzenden Kantone stammen.
Die Belastung muss man schon ein wenig relativieren. An Spesen bezahlt der Kanton Zug pro Lernenden im Durchschnitt 50 Franken aus. Am allerhöchsten ist der Betrag für Lernende, die ihre Schule in Bern machen müssen. Da bezahlen wir 120 Franken pro Monat. Auch wenn dieses Geld auf die Lehrlinge überwälzt wird, muss man sehen, dass sie im ersten Lehrjahr über 500 Franken ausbezahlt erhalten, bei Bäckern und Konditoren sind es 675 Franken. Im vierten Lehrjahr bekommen sie über 1'000 Franken. Die Maurerlehrlinge erhalten im dritten Lehrjahr 1'975 Franken. Wir glauben, dass diese Belastung vertretbar ist, auch wenn sie nicht vom Lehrmeister getragen wird. In diesem Sinne bittet der Volkswirtschaftsdirektor den Rat wirklich, diesen Antrag abzulehnen.
Was ihn stört, ist wenn man das in Verbindung bringt mit neuen Ausgaben, die wir noch diskutieren können. Und auch die Formulierung «Bonus für die Angestellten» ist falsch. Es ist daran zu erinnern, dass man damals für das Jahr 2004 die Teuerung nicht ausglich, weil man ein negatives Budget hatte. Und jetzt bei einem Mehrertrag von über 40 Mio. Franken hat die Regierung die Auffassung, dass man diese Streichung der Teuerung nachzahlen kann, weil die Grundlage eindeutig falsch war. Da kann man nicht von einem Bonus sprechen. Wir können darüber noch streiten. Aber das nun gegeneinander auszuspielen, wäre falsch.

➔ Der Antrag von Silvan Hotz wird mit 52 : 22 abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 59 : 11 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die erheblich erklärte Motion der CVP-Fraktion betreffend Aufzeigen von Sparmöglichkeiten für das Budget 2003 und folgende Jahre vom 20. Dezember 2001 (Vorlage Nr. 981.1 – 10762) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

629 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG BETREFFEND BEITRAG AN DIE STIFTUNG PHÖNIX ZUG FÜR EIN NEUES TAGESZENTRUM FÜR PSYCHISCH BEHINDERTE MENSCHEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1055.5 – 11667) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1055.6 – 11670).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

630 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUM KONKORDAT VOM 19. APRIL 2004 ÜBER DIE ZENTRALSCHWEIZER BVG- UND STIFTUNGSAUFSICHT

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1274.1/.2 – 11580/81), der Konkordatskommission (Nr. 1274.3 – 11693) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1274.4 – 11694).

Andreas **Huwyler** spricht als Präsident der Konkordatskommission und gleichzeitig auch für die CVP-Fraktion, zumindest was das Eintreten betrifft. Die Konkordatskommission hat an den Sitzungen vom 24. Juni 2004, 1. Juli 2004 und 20. Januar 2005 das vorliegende Geschäft eingehend besprochen. Sie haben unseren schriftlichen Bericht erhalten, der an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholt werden soll. Wir haben uns überzeugen können, dass die Vorteile der Zusammenlegung der BVG- und Stiftungsaufsicht in der Zentralschweiz gegenüber den Nachteilen ganz klar überwiegen. Obwohl der Anstoss für eine solche Zusammenarbeit nicht vom

Kanton Zug ausgegangen ist, profitiert der Kanton Zug von einem Beitritt zum Konkordat vor allem in finanzieller Hinsicht. Es ist mit einer jährlichen Einsparung von rund 500'000 Franken zu rechnen. Wir sind überzeugt, dass auch die neue, zentrale BVG- und Stiftungsaufsicht trotz kostengünstiger Erledigung den hier ansässigen Stiftungen in qualitativer Hinsicht nach wie vor eine gute Dienstleistung bieten kann. Die neue Aufsicht wird selbsttragend arbeiten, das heisst, dass sämtliche Kosten durch die zu erhebenden Gebühren gedeckt werden. Dies wiederum hat zur Folge, dass sich die Gebühren gegenüber dem heutigen Tarif in Zug massiv erhöhen werden. Die Konkordatskommission ist einverstanden, dass für die in Zug ansässigen Stiftungen diese Gebührenerhöhung während einer Übergangszeit abgedämpft wird, indem die Regierung beabsichtigt, den Kostendeckungsgrad auf 50 % resp. 75 % festzulegen und die Differenz selber zu tragen. Es ist der Konkordatskommission ein Anliegen, dass auch unter der zentralen Aufsicht das hohe Mass an Kundenfreundlichkeit und Professionalität, das wir uns von unserem kantonalen Amt gewohnt sind, beibehalten werden kann. Es scheint der Konkordatskommission sinnvoll, die Tätigkeiten der BVG- und Stiftungsaufsicht zusammenzulegen, Synergien zu nutzen und, nicht zu letzt, Kosten einzusparen. Deshalb hat die Kommission einstimmig Eintreten beschlossen. Diese Haltung zum Eintreten teilt auch die CVP-Fraktion.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 11. April 2005 beraten hat. Wir verweisen auf unseren Bericht. Hier nochmals die wichtigsten Punkte.
1. Die Stawiko unterstützt den Antrag der Regierung, dem Konkordat über die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht beizutreten. Bei der Stiftungsaufsicht handelt es sich um eine staatliche Tätigkeit, die sehr gut im Konkordatsverbund gelöst werden kann. Die örtliche Konzentration von Experten aus den verschiedenen Kantonen verspricht vor allem bei Problemfällen eine raschere und hochkompetente Abwicklung. Ebenfalls verspricht man sich eine effektivere und effizientere Abwicklung des Tagesgeschäfts. Bezweifelt wird etwas, dass der heute überdurchschnittlich hohe Servicegrad bei der für uns dezentralen Lösung aufrechterhalten werden kann. Die Lösung hat, sofern die Personalstellen abgebaut werden, eine Netto-Kosteneinsparung von rund einer halben Million pro Jahr ab 2006 zur Folge.
2. Wir weisen darauf hin, dass die Gebühren steigen werden, da gemäss Konkordat die Leistungen kostendeckend erbracht werden müssen. Dies würde zu einer abrupten und deutlichen Erhöhung der bisher im Kanton Zug geltende Aufsichtsgebühren führen. Wir teilen die Ansicht des Regierungsrats, dass die Aufsichtsgebühren schrittweise erhöht werden und die definitive Festlegung und allfällige Anpassung des Kostendeckungsgrads dem Regierungsrat obliegen soll. Wir halten jedoch fest, dass nach höchstens zehn Jahren die volle Kostendeckung über die Gebühren erreicht werden muss.
3. Sofern Zug dem Konkordat beitritt, müsste das kantonale Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht aufgehoben werden. In diesem Zusammenhang beantragt der Regierungsrat, dass denjenigen Mitarbeitenden des bisherigen kantonalen Amts, welche von der neuen ZBSA angestellt werden, während zehn Jahren eine lohnmässige Besitzstandsgarantie zu gewähren sei. Die Stawiko stellt einstimmig *den Antrag, Abs. 2 von III. ersatzlos zu streichen*. Sie ist der Meinung, dass eine solche Besitzstandsgarantie nicht notwendig ist. Die Regierung führt in ihrem Bericht aus, dass im Kanton Luzern das Gehalt eher höher liegt als das entsprechende Gehalt im Kanton Zug und demzufolge keine Lohneinbussen erwartet werden müssen. Wenn der Kantonsrat trotz dieses Umstands hier einer Besitzstandsgarantie

zustimmen würde, wäre damit ein Präzedenzfall geschaffen, woraus bei anfälligen zukünftigen Restrukturierungen Lohnansprüche abgeleitet werden könnten. Im Weiteren würde die Lohngarantie unserer Ansicht nach zu einer Rechtsungleichheit zwischen Personen, welche bei der ZBSA eine Anstellung finden und denjenigen, welche sich nach einer anderweitigen Beschäftigung umsehen müssen, führen.
4. Wir halten wir es für eine grundlegende und selbstverständliche Pflicht, dass der Kanton diejenigen Personen, welche nicht weiter beschäftigt werden können, bei der Suche nach einer adäquaten Lösung unterstützt. Die Bestimmung im zweiten Satz von Abs. 2 gehört nicht ins Gesetz und soll gestrichen werden.
5. Reduktion des Stellenplafonds. Die Stawiko stellt den Antrag, den Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2005-2008 vom 16. Dezember 2004 (BGS 154.212) um diejenigen 4,2 Stellen zu reduzieren, welche mit dieser Vorlage frei werden. Durch den Plafonierungsbeschluss werden der Regierung diejenigen Stellen zur Verfügung gestellt, welche sie nach ihren eigenen Angaben benötigt, um die vorhandenen Aufgaben zu erfüllen. Wenn jetzt eine Aufgabe wegfällt und damit ein kantonales Amt aufgehoben werden kann, erscheint es uns aus Gründen der Transparenz unerlässlich zu sein, auch die bewilligten Stellen zu reduzieren. Sofern der Regierungsrat für neue Aufgaben zusätzliche Stellen benötigt, muss dem Kantonsrat ein separater Antrag gestellt werden.
Gestützt auf den Bericht beantragt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den von uns beantragten Änderungen zuzustimmen.

Vreni **Sidler** stimmt der Konkordatsvorlage aus folgenden Gründen zu. Sie begrüsst, dass für alle sechs Kantone die Professionalität gesteigert werden kann und überdies Ferienabsenzen besser abgedeckt werden können. Für schwierige Fälle, wie sie auch im Kanton Zug vorkamen, soll eine schnellere Erledigung möglich werden. Die Verteilung der Fixkosten auf mehrere Kantone ist im Hinblick auf die angestrebte verbesserte Verwendung von Steuersubstanz ebenfalls von Vorteil. Der Kanton Zug erwartet eine weitere Zunahme von Stiftungsgründungen aller Art, wie wir auch aus der Finanzplanung ersehen konnten, und die dadurch aufkommende Mehrarbeit kann im Konkordat besser abgefedert werden. Durch dieses Konkordat umgehen die Zentralschweizer zudem, dass vom Bund eine Staatslösung aufgezwungen wird. Dies ist für den Kanton Zug auf jeden Fall besser, auch wenn er den Standortvorteil aufgeben muss. In der heutigen mobilen Zeit ist auch Luzern nicht mehr auf einem anderen Stern und in unserer Nähe. Die optimale Kundennähe, welche in unserem Kanton als Luxuslösung vorhanden war, darf etwas abgespeckt sein. Die FDP-Fraktion hofft, dass für die Anliegen aus dem Kantons Zug kein Wartsaal entsteht. Sie erwartet, dass die Geschäfte zügig erledigt und nicht als Pendenzen aufgestapelt werden. Die Stiftungsleitung muss hier den Finger darauf halten. Die Subventionierung der Gebühren während einer Übergangsfrist von bis zu zehn Jahren ist ebenfalls ein Wermutstropfen dieser Vorlage, muss aber als Investition in die Zukunft angesehen werden. Eine Abwanderung von Stiftungen nur wegen der Gebührenerhöhung wäre nicht zu verantworten. Die grösste Opposition besteht gegen die Zusatzzahlung von Lohn und BVG-Beiträgen an heutige Kantonsangestellte, welche eine Anstellung finden in dieser neuen Organisation. Eine solche Präjudiz ist nicht angebracht und wird von der Fraktionsmehrheit nicht unterstützt. Die Votantin bittet den Rat, auch im Namen der FDP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und die Anträge der Stawiko zu unterstützen.

Felix **Häcki** hält fest, dass die SVP-Fraktion dem Antrag der Stawiko zustimmt. Wir wurden jedoch stark verunsichert, weil wir noch einen Schritt weiter gehen und III. Abs. 3 auch streichen wollten, weil wir der Meinung sind, dass diese Bestimmung zu weit geht und unverhältnismässig ist. Es wurde uns jedoch mitgeteilt, dass dies nicht möglich sei, weil diese Bestimmung auch im Konkordat enthalten ist. In der Wirtschaft wechseln bei einer Übernahme oder Teilübernahme die Mitarbeitenden der betroffenen Geschäftsteile in die Pensionskasse der übernehmenden Gesellschaft. Dies ist ein völlig normaler Vorgang. Es ist deshalb nicht einzusehen, wieso in diesem Fall die Angestellten der öffentlichen Hand besser gestellt werden sollen. Wir wurden aber darauf hingewiesen, dass diese Besserstellung bereits im Konkordat unter Art. 29 festgeschrieben ist und wir dazu nichts mehr zu sagen haben. Wir sind also in einer ähnlichen Situation wie die Schweiz im Verhältnis zur EU. Wir sind gezwungen, autonom nachzuvollziehen, was bereits beschlossen ist. Diese Situation gefällt uns nicht und ist uns zu wenig demokratisch. Wir wollen nun aber wenigstens eine Kostenbeteiligung der begünstigten Mitarbeitenden, wie sie auch in Art. 29 Abs. 2 des Konkordats festgeschrieben. Wir stellen deshalb den Antrag, dass bei III. Abs. 3 gemäss Regierungsvorlage der letzte Satz gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt wird:
Allfällige diesbezügliche Mehrkosten werden je hälftig vom Kanton Zug und von den betroffenen Mitarbeitenden getragen.
Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der Stawiko, ergänzt mit unserem Zusatzantrag, zuzustimmen. Wir können für die Mitarbeitenden der öffentlichen Hand aus Gerechtigkeitsgründen keine Sonderrechte beschliessen.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass die SP-Fraktion dem Konkordat zustimmt. Es macht sicher Sinn, diese Aufgabe in der Zentralschweiz gemeinsam zu lösen. Die daraus resultierenden Vorteile sind in der Vorlage erwähnt und wurden auch in verschiedenen Voten angesprochen. Es gibt zu dieser Vorlage aber auch ein grosses Aber. Sie erinnern sich, dass die kantonale Stiftungsaufsicht während längerer Zeit ein Sorgenkind war. Dies konnte in den letzten Jahren behoben werden. Heute verfügt der Kanton Zug über eine leistungsfähige Aufsicht. Mit dem neuen Konkordat erfolgt ein massiver Leistungsabbau. Der Votant bittet den Regierungsrat, die Entwicklung aufmerksam zu beobachten und rechtzeitig zu reagieren, um zu verhindern, dass wir ähnlich schwierige Probleme haben wie vor rund zehn Jahren. Im Übrigen beantragen wir, den Anträgen der Regierung Folge zu leisten.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AF die Regierung unterstützt, indem sie den Beitritt zu diesem Konkordat befürwortet. Er schliesst sich seinem Vorredner an, dass die Regierung ein Auge darauf halten sollte, dass die Qualität für die Leistungsbeziehenden aufrechterhalten wird. Die Gebühren steigen, und um die in Zug ansässigen Stiftungen zu schonen, trägt der Kanton während einer Übergangszeit von zehn Jahren einen Teil der höheren Kosten. Das ist in Ordnung. Aber die AF findet, dass die Angestellten nicht schlechter gestellt werden dürfen als die Stiftungen. Darum hätten diese ebenfalls Anrecht auf eine Übergangszeit von zehn Jahren gehabt. In diesem Fall wird dies auf Grund der besseren Löhne in Luzern jedoch gegenstandslos. Aber in einem nächsten Fall ist wieder darauf zu achten, dass es zu keiner Schlechterstellung kommt. Eine solche bedeutet auch der eben gestellte Antrag von Felix Häcki im Namen der SVP. Dagegen opponieren wir. Die AF folgt bezüglich der Stellenplafonierung der Empfehlung der Konkordatskommission und weist den Stawiko-Antrag

ab. Da erreicht die Regierung jährliche Einsparungen von einer halben Million Franken und wird dafür noch mit Stellenkürzungen bestraft. Wenn Sie dies gutheissen, wird sich die Regierung wohl in Zukunft wohl zu Recht hüten, weitere Sparvorschläge zu erarbeiten.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, legt dem Rat die Meinung der Regierung zu den Anträgen dar. Zuerst zur Besitzstandsgarantie, zum Anfangslohn bei der neu zu errichtenden Stiftungsaufsicht gegenüber dem bisherigen Lohn in der kantonalen Verwaltung Zug. Der Regierungsrat ist einverstanden mit dem Stawiko-Antrag. Die Besitzstandsgarantie ist nicht mehr notwendig. Die Personalsituation im Kanton Zug hat sich insofern verändert, als eine Person, die jetzt bei der kantonalen Stiftungsaufsicht arbeitet, die Verwaltung verlassen und eine Stelle in der Privatwirtschaft angetreten hat. Die Verhandlungen mit dem designierten Leiter der neuen Anstalt haben ergeben, dass die Löhne der Mitarbeitenden des Kantons Zug ungefähr gleich sind wie die neuen Anfangslöhne. Er hat die Absicht bekundet, dass Schluss- und Anfangslohn in etwa gleich sein werden. Somit kann man auf diese Besitzstandsregelung verzichten.
Zum Antrag bezüglich der Pensionskasse. Gemäss Felix Häcki sollen die Mitarbeitenden die Hälfte der Zusatzkosten selber tragen. Auch hier hat sich die Situation erheblich geklärt. Sie finden in der Vorlage eine Zahl von etwa 12'000 Franken, die vom Kanton Zug zu bezahlen wären, um bei der Zuger Pensionskasse zu bleiben. Weil aber höchstens drei Mitarbeitende zur neuen Aufsicht wechseln, reduziert sich dieser Betrag auf unter 10'000 Franken. Beim Einsparungspotenzial dieser Vorlage von knapp einer halben Million Franken ist die Regierung der Meinung, dass diese 10'000 Franken für die Mitarbeitenden der ehemaligen Zuger Aufsicht bezahlt werden sollten.
Zum Personalplafonierungsbeschluss. Die Regierung hält mit Unterstützung der Konkordatskommission fest an ihrem Antrag, die 4,2 Stellen in unterdotierten Bereichen des Kantons einsetzen zu können. Aus diesen 4,2 Stellen sollen dann auch etwa zwei Stellen für die NFA-Umsetzung genommen werden können. Mit dieser Vorlage kann der Kanton Zug etwa eine halbe Million Franken sparen. Die Sparbemühungen der Regierung werden – wenn Sie den Personalplafonierungsbeschluss reduzieren – sozusagen bestraft und die Sparmotivation wird geschwächt. Die Regierung will die Finanzstrategie weiterhin einhalten. Das ist unser Instrument, um zu sparen. Die Votantin bittet den Rat also abschliessend, dem Antrag der Regierung zuzustimmen und auf denjenigen der Stawiko nicht einzutreten.

Peter **Dür** ist der Ansicht, dass diese Sparbemühungen ein Dauerauftrag an die Regierung sind, nach Möglichkeiten zu suchen, die Aufgaben möglichst effizient zu lösen. Und im Zusammenhang mit dieser Stellenplafonierung ist zu sagen, dass nun eine Aufgabe wegfällt und sich der benötigte Personalplafond entsprechend reduziert. Die Regierung sagt: Gebt uns diese 4,2 Stellen, wir können die z.B. für die Herausforderungen des NFA einsetzen. Wir haben vorgestern Stawiko-Sitzung gehabt genau zu diesem Thema. Wir haben gesagt: Die Regierung kann mit einer separaten Vorlage kommen, z.B. im Zusammenhang mit der NFA, und wir werden dann sehr zuvorkommend sein, wenn wir der Meinung sind, dass dieses Begehren berechtigt ist. Deshalb möchte der Stawiko-Präsident den Rat dringend bitten, diese Reduktion zu machen. Und nur mit dieser Reduktion werden die 500'000 eingespart. Ohne Reduktion wird das nicht eingespart, weil die Personalkosten ja der wesentli-

che Teil dieser 500'000 Franken sind. Sind Sie also konsequent und wenn Sie dann der Meinung sind, die Regierung brauche für diese neue Aufgabe NFA zusätzliches Personal, sind sie ebenfalls konsequent.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

III. Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der Stawiko vorliegt, diesen Absatz zu streichen. Die Regierung unterstützt diesen Antrag.

Andreas **Huwyler** hat beim Eintreten bewusst auf Einzelheiten verzichtet, die jetzt in der Detailberatung zur Sprache kommen. Wir haben über das Thema der Gehaltsgarantie in der Konkordatskommission auch diskutiert und in Unkenntnis der Haltung der Regierung damals einen Kompromissvorschlag unterbreitet, die Gehaltsgarantie aufrecht zu erhalten, aber nur für eine Dauer von fünf Jahren. Wir haben das ausführlich diskutiert und dabei gesehen, dass es für die neue zentrale Aufsichtsstelle eminent wichtig ist, fachlich bestens qualifiziertes Personal zu finden, das offensichtlich nicht sehr dicht gesät ist. Es liegt nämlich auch im Interesse des Kantons Zug, dass die Professionalität der neuen, zentralen Stelle gewährleistet bleibt, und bislang in Zug arbeitende Fachleute sich nicht allein auf Grund finanzieller Überlegungen von einem Wechsel zur neuen Arbeitgeberin abhalten lassen. Überdies ist nicht zu erwarten, dass diese Garantie sich faktisch sehr stark auswirkt, da das Lohnniveau im Kanton Luzern ohnehin leicht höher ist als in Zug. Wir sind uns aber auch sehr bewusst gewesen, dass es keine garantierten Löhne und auch keine garantierten Jobs mehr gibt. Deshalb sind wir klar der Meinung gewesen, dass die Übergangslösung von zehn Jahren zu lange wäre. Somit haben wir damals auf Grund einer Abwägung dieser Fakten diese Kompromisslösung vorgeschlagen, die uns angemessen schien. Der Kommissionspräsident geht allerdings davon aus, dass er hier auch im Namen der Mehrheit der Kommission spricht, wenn wir nicht an diesem Antrag festhalten, da die Regierung sich dem Stawiko-Antrag anschliesst.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass demnach ohne Gegenantrag dieser Absatz gestrichen wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

III. Abs. 3

Felix **Häcki** möchte nochmals kurz auf das Votum von Brigitte Profos zurückkommen. Wie wir gehört haben bei der Finanzstrategie, muss der Kanton bei anstehenden Kosten genau hinschauen, ob sie berechtigt sind. Wenn hier seiner Ansicht nach richtig entschieden worden ist, dass die Fahrspesen an Lehrlinge im Kanton Zug nicht mehr vergütet werden sollen, so können und müssen wir einer Teilung der

Mehrkosten für die Pensionskasse zwischen Mitarbeitenden und Kanton zustimmen. Kommt dazu, dass man hier ein Präjudiz mit unabsehbaren Folgen schaffen will für drei Mitarbeitende. Denn bei zukünftigen Konkordaten wird dann Ähnliches kommen. Auch aus diesem Grund muss mindestens eine Kosten*teilung* zwischen Kanton und Mitarbeitenden für die Zusatzkosten in der Pensionskasse angestrebt werden. Felix Häcki bittet deshalb den Rat, seinem Antrag (siehe Eintretensdebatte) zuzustimmen.

Andreas **Huwyler**: Zum Verbleib in der angestammten Pensionskasse hat die Kommission aus denselben Überlegungen, die auch für die Beibehaltung der Gehaltsgarantie gegolten haben, sich dafür ausgesprochen, dass übertretende Mitarbeiter in der angestammten Pensionskasse sollen verbleiben können. Auch hier es uns darum, die bestmöglichen Fachkräfte nicht von einem Übertritt in die neue zentrale Stelle abzuhalten. Überdies sieht der Konkordatstext in Art. 29 Abs. 2 diese Regelung zwingend vor, weshalb die Streichung in unserem KR-Beschluss gar keine Auswirkungen hätte. Über den nun aber heute von der SVP gestellten Antrag, die begünstigten Mitarbeiter zur Hälfte an den entstehenden Mehrkosten zu beteiligen, hat die Kommission nicht diskutiert. Der Kommissionspräsident kann deshalb nur seine persönliche Meinung dazu kurz darlegen. Er ist der Auffassung, dass der Konkordatstext diesem Antrag nicht entgegensteht und er deshalb möglich sein müsste. Der Kommission ist es ja darum gegangen, die besten Mitarbeiter für die neue Fachstelle zu gewinnen. Wenn man aber bedenkt, dass es hier um rund 10'000 Franken pro Jahr geht und die übertretenden Mitarbeiter sich daran zur Hälfte beteiligen sollten, so scheint Andreas Huwyler der Antrag der SVP ein vernünftiger Kompromissvorschlag zu sein.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, bekräftigt nochmals die Haltung der Regierung, auf diese 10'000 Franken Unterstützung bei der bisherigen Pensionskassenlösung nicht zu verzichten, sie auch nicht hälftig auf Mitarbeitende und den Kanton zu verteilen. Es geht um einen Miniaturbetrag im Vergleich zu den eingesparten Kosten. Wir sind wirklich darauf angewiesen, dass die Mitarbeitenden des Kantons Zug mit hoher fachlicher Professionalität sich in dieser neuen Stiftung um eine Stelle bewerben. Die Kompetenzen dieser Mitarbeitenden (es geht um den Verwaltungsfachmann, die Verwaltungsfachfrau für Personalvorsorge mit eidgenössischem Fachausweis) sind nicht dicht gesät und es ist uns ein grosses Anliegen, die Qualität und Dienstleistungen in der neuen Anstalt beizubehalten. Betrachten Sie das als einen kleinen Anreiz, dass die Mitarbeitenden des Kantons Zug ihre Stelle wirklich wechseln zur neuen Anstalt.

Felix **Häcki** muss hier der Regierungsrätin widersprechen. Es geht nicht nur um 5'000 Franken, sondern um ein Präjudiz für die Zukunft. Wenn wir hier beginnen, solche Sachen zu machen, dann kommt das immer wieder. Und dann sind es nicht 5' oder 10'000 Franken, sondern plötzlich 100' oder 200'000. Im Übrigen verlieren ja die Mitarbeitenden nicht viel, denn was sie einzahlen, ist ja nichts anderes als Zwangssparen. Wenn sie pensioniert werden, erhalten sie das Geld wieder zurück. Der Votant sieht nicht ein, weshalb die Regierung die Pension aufbessern muss.

➔ Der Rat schliesst sich mit 39 : 29 Stimmen dem SVP-Antrag an.

IV. (neu)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der Stawiko vorliegt, wonach der kantonale Stellenplafond um 4,2 Stellen reduziert werden soll (siehe Vorlage Nr. 1274.4 – 11694).

Andreas **Huwyler** beantragt im Auftrag der Konkordatskommission, den Stellenplafonds nicht zu ändern. Ausschlaggebend für diesen äusserst knappen Kommissionsentscheid war einerseits die Tatsache, dass die Verwaltung in verschiedenen Bereichen aus verschiedenen Gründen unterdotiert ist und deshalb die eingesparten Stellen für andere, teilweise auch neue Aufgaben benötigt. Andererseits vermochte die Argumentation der Regierung zu überzeugen, dass die Motivation zum Abbau von Überkapazitäten in gewissen Bereichen höher ist, wenn die Regierung die dadurch eingesparten Stellen in anderen Bereichen wieder verwenden darf, als wenn wir hier einfach eine Streichung vornehmen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 53 : 19 Stimmen dem Antrag der Stawiko an.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1274.5 – 11766 enthalten.

631 MOTION DER KOMMISSION PARLAMENTSREFORM BETREFFEND VERWALTUNGSINTERNE RECHTSPRECHUNG

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 823.2 – 11685).

Jean-Pierre **Prodolliet** weiss nicht, ob es noch nötig ist, zu dieser Sache noch Stellung zu nehmen. Als Vertreter der SP-Fraktion macht er es kurz. Als Mann der Parlamentsreform in der SP hatte er die Aufgabe, diesen Bericht zu lesen. Man kann feststellen, dass sich die Regierung einlässlich und tiefgründig mit der Materie befasst hat. Deshalb kann man Vertrauen haben, dass sie zu einem richtigen Schluss gekommen ist, d.h. dass die verwaltungsinterne Rechtsprechung beibehalten werden soll. Diesem Schluss kann der Votant im Namen der SP-Fraktion zustimmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** ist selber Mitglied der damaligen Parlamentsreform gewesen, welche diese Motion eingereicht hat. Im jetzigen Parlament sitzen gerade noch sieben Mitglieder der damaligen Kommission, davon zwei nun im Regierungsrat. Viele, welche diese Frage damals aufwarfen, sind nicht mehr hier, aus Ihnen bekannten Gründen. Die Votantin weiss aber noch, dass wir damals als Kommission diese Frage nicht lösen wollten, weil wir uns ihrer Tragweite bewusst waren, und so eine Moti-

on formuliert haben. Sie weiss auch noch, dass wir ausgiebig über die Arbeit der Regierung und der Gerichte diskutiert haben und so auf die Thematik der verwaltungsinternen Rechtsprechung gekommen sind. Sie dankt daher im Namen der AF dem Regierungsrat für die ausführliche, sehr fundierte Beantwortung dieser Motion. Es wird offen dargelegt, welche Gründe für das Auslagern der verwaltungsinternen Rechtsprechung sprechen, und welche für die Beibehaltung bei der Regierung. In der AF haben wir die Gründe dafür und dagegen ausführlich diskutiert. Wir können die Regierungsmeinung vertreten. Viele Aspekte sind bereits genannt worden. Ein paar wesentliche für uns sind:
1. Die Regierung verfügt über ausgewiesene Fachleute in verschiedenen Sachgebieten; dies könnte eine unabhängige Rekurskommission kaum bieten.
2. Die Regierung erarbeitet die Gesetze und Verordnungen, daher hat sie die nötigen Erfahrungen und den Überblick über das staatliche Handeln, die Verfahren werden daher sicher weniger lang dauern als bei einer unabhängigen Rekurskommission.
3. Die Anforderungen der Menschenrechtskonvention werden gewahrt; jede Beschwerde kann an ein unabhängiges Gericht weiter gezogen werden.
4. Die verwaltungsinterne Rechtssprechung hat einen grossen Vorteil: Beschwerden können im Gespräch gelöst werden; es können Kompromisse gefunden werden. Die Verwaltung ist dadurch gezwungen, ihre Entscheide immer wieder selber zu hinterfragen und allenfalls in vergleichbaren Fällen gleich anzupassen.
Mit der Beibehaltung der verwaltungsinternen Rechtssprechung motivieren wir unsere Kantonsangestellten. Wir stärken sie in ihrer Aufgabe. Wer nur von aussen, von Gerichten kontrolliert wird, verliert bald einmal die Motivation. Wir wollen Kantonsangestellte, die selbstverantwortlich und motiviert an ihre Aufgaben herangehen. Die verwaltungsinterne Rechtssprechung ist ein Mosaikstein dazu. Die AF stimmt somit dem Antrag des Regierungsrats zu.

➔ Der Rat erklärt die Motion nicht erheblich.

632 POSTULAT VON GREGOR KUPPER, KARL BETSCHART UND THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND STÄNDIGE VERTRETUNG IM VERWALTUNGSRAT DER INTERKANTONALEN UMWELTAGENTUR

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1226.2 – 11716).

Gregor **Kupper** dankt der Regierung im Namen der Postulanten für die Beantwortung. Der Auftrag ist erfüllt.

➔ Das Geschäft wird als erledigt abgeschrieben.

633 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 30. Juni 2005

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

45. SITZUNG: DONNERSTAG, 30. JUNI 2005
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

634 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Mitgliedern.

Abwesend sind: Max Uebelhart, Baar; Georg Helfenstein, Cham.

635 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass der Kantonsrat heute vom Büro des Grossen Rates des Kantons Aargau besucht wird.

Bildungsdirektor Matthias Michel kann wegen der Teilnahme an Schuldiplomierungen nicht an der Nachmittagssitzung teilnehmen.

Die Neue Zuger Zeitung hat festgestellt, dass sie nur ältere Aufnahmen des Kantonsratssaals besitzt und lässt daher anfragen, ob der Rat es gestattet, während der Vormittagssitzung Bildaufnahmen zu machen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

636 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 2. Juni 2005.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Gesetz über die Zuger Pensionskasse.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1346.1/.2 – 11755/56).

3.2. Änderung des Steuergesetzes.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1341.1/.2 – 11742/43).

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons an Innovationsförderungsmassnahmen.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1342.1/.2 – 11748/49).

3.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1350.1/.2 – 11761/62).

4. Einbürgerungsgesuche.
Antrag des Regierungsrats (Nr. 1353.1 – 11770).

5. Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zum Konkordat vom 19. April 2004 über die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht.
2. Lesung (Nr. 1274.5 – 11766).

6. Staatsrechnung 2004, Jahresrechnung 2004 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.
Gedruckte Rechnung sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1344.1 – 11751).

7.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2004 (vgl. Anträge S. 17 der Vorlage).

7.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung der kantonalen Mitarbeitenden am Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2004 (Nr. 1335.2 – 11723).

7.3. Kantonsratsbeschluss betreffend freundeidgenössische Hilfeleistung aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2004 (Nr. 1335.3 – 11724).

7.4. Kantonsratsbeschluss betreffend Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2004 (Nr. 1335.4 – 11725).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1335.1/.2/.3/.4 – 11722/23/24/25) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1335.5 – 11752).

8. Rechenschaftsbericht des Regierungsrats für das Jahr 2004.
Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1344.1 – 11751).

9. Zwischenbericht des Regierungsrats zu den per Ende März 2005 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1329.1 – 11701) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1344.1 – 11751).

10. Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts über die Jahre 2003 und 2004.
Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1343.1 – 11750).

11. Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1266.1/.2 – 11561/62),der Kommission (Nrn. 1266.3/.4 – 11718/19) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1266.5 – 11745).

12.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Schaffung einer Höheren Fachschule Gesundheit.

12.2. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug.

12.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Aufhebung des Konkordats zwischen den Kantonen Luzern, Schwyz und Zug über den Betrieb einer Schule für praktische Krankenpflege am Spital und Pflegezentrum Baar.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1302.1/.2/.3/.4 – 11645/46/47/-48), der Konkordatskommission (Nr. 1302.5 – 11728) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1302.6 – 11732).

13. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine neue Sole- und Salzbeladeanlage im Werkhof Hinterberg in Steinhausen.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1319.1/.2 – 11682/83), der Strassenbaukommission (Nr. 1319.3 – 11707) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1319.4 – 11708).

14.1. Motion von Marcel Meyer betreffend Machbarkeit einer Autobahnraststätte auf dem Zuger Nationalstrassennetz (Nr. 1066.1 – 11012).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1066.2 – 11666).

14.2. Motion von Beat Villiger, Andrea Hodel und Moritz Schmid betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Aufnahme einer Autobahnraststätte) (Nr. 1338.1 – 11729). Antrag auf sofortige Erheblicherklärung.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1338.2 – 11771).

15. Motion der SP-Fraktion betreffend Einführung der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IZZ) im Kanton Zug (Nr. 1282.1 – 11599).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1282.2 – 11754).

16. Interpellation von Eusebius Spescha betreffend Familienpolitik des Kantons Zug (Nr. 1278.1 – 11590).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1278.2 – 11690).

17. Interpellation der SP-Fraktion betreffend Erhalt der Standortqualitäten des Kantons Zug (Nr. 1314.1 – 11673).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1314.2 – 11721).

* erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung

637 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 2. Juni 2005 wird genehmigt.

638 GESETZ ÜBER DIE ZUGER PENSIONSKASSE

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1346.1/.2 – 11755/56).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Bruno Pezzatti, Menzingen, ***Präsident*** *FDP*

1.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
2.	Stefan Gisler, Angelgasse 7a, 6317 Oberwil	AF
3.	Markus Grüring, Grossmattstrasse 9, 6314 Unterägeri	FDP
4.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP
5.	Käch Guido, Luzernerstrasse 56, 6330 Cham	CVP
6.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
7.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
8.	Bruno Pezzatti, Kreuzrain 3, 6313 Edlibach	FDP
9.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
10.	Hans Peter Schlumpf, Keltenweg 26, 6312 Steinhausen	FDP
11.	Eusebius Spescha, Hertistrasse 49, 6300 Zug	SP
12.	Louis Suter, Holzhäusernstrasse 2, 6331 Hünenberg	CVP
13.	Max Uebelhart, Schutzengelstrasse 38, 6340 Baar	CVP
14.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
15.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

639 ÄNDERUNG DES STEUERGESETZES

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1341.1/.2 – 11742/43).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Gregor Kupper, Neuheim, ***Präsident*** *CVP*

1.	Karl Betschart, Altgasse 74, 6340 Baar	SVP
2.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
3.	Stefan Gisler, Angelgasse 7a, 6317 Oberwil	AF
4.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
5.	Leo Granziol, Brüschrain 3, 6300 Zug	CVP
6.	Daniel Grunder, Schutzengelstrasse 34f, 6340 Baar	FDP
7.	Felix Häcki, Weinbergstrasse 17, 6300 Zug	SVP
8.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
9.	Silvan Hotz, Chlingenstrasse 23, 6340 Baar	CVP
10.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
11.	Gregor Kupper, Windenboden 4, 6345 Neuheim	CVP
12.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
13.	Stephan Schleiss, Bahnhofstrasse 36, 6312 Steinhausen	SVP
14.	Anton Stöckli, Steinhauserstrasse 23, 6300 Zug	SVP
15.	Louis Suter, Holzhäusernstrasse 2, 6331 Hünenberg	CVP

640 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BETEILIGUNG DES KANTONS AN INNOVATIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1342.1/.2 – 11748/49).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 11-köpfige Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Werner Villiger, Zug, ***Präsident***	*SVP*
1.	Manuel Aeschbacher, Flurstrasse 57, 6332 Hagendorn	SVP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
4.	Malaika Hug, Flurstrasse 14, 6340 Baar	SP
5.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
6.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
7.	Hans Peter Schlumpf, Keltenweg 26, 6312 Steinhausen	FDP
8.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
9.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
10.	Martin Stuber, Bleichimattweg 5, 6300 Zug	AF
11.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP

641 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ANPASSUNG DES KANTONALEN RICHTPLANS

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1350.1/.2 – 11761/62).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Raumplanungskommission überwiesen.

642 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Antrag des Regierungsrats (Nr. 1353.1 – 11770).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

32 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

a) 19 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 74 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

643 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUM KONKORDAT VOM 19. APRIL 2004 ÜBER DIE ZENTRALSCHWEIZER BVG- UND STIFTUNGS-AUFSICHT

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 2. Juni 2005 (Ziff. 630) ist in der Vorlage Nr. 1274.5 – 11766 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 74 : 0 Stimmen zu.

644 STAATSRECHNUNG 2004, JAHRESRECHNUNG 2004 DER INTERKANTONALEN STRAFANSTALT BOSTADEL

Es liegen vor: Gedruckte Rechnung sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1344.1 – 11751).

Stawiko-Präsident Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Staatsrechnung 2004 vorliegt. Er verweist auf den ausführlichen Bericht, worin die Stawiko zu allen wichtigen Punkten Stellung bezogen hat. In seinem Votum möchte er deshalb nur noch auf wenige wichtige Punkte hinweisen.
1. Das Resultat kennen Sie bereits: Die Staatsrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 45,5 Mio. Franken. Es ist hoch erfreulich, wenn trotz hoher Investitionen ein Selbstfinanzierungsgrad von über 100 % resultiert und die Chance besteht, das freie Eigenkapital zu äufnen. Bekanntlich sind im Dezember 03 die erweiterte Stawiko und später auch der Kantonsrat von einem Aufwandüberschuss von 25,6 Mio. ausgegangen. Nun ist es völlig anders gekommen. Wie Sie unserem Bericht entnehmen können, haben verschiedene Sonderfaktoren zu diesem guten Resultat geführt. Der Kanton Zug ist ein Wachstumskanton und funktioniert glücklicherweise anders als andere Wirtschaftskantone. Die im Kanton ansässigen nationalen und internationalen Unternehmen sind breit diversifiziert und haben auch in den für die Wirtschaft schwierigen Jahren gute Erträge erwirtschaftet. Zudem hat das nochmalige Aufarbeiten von Steuererträgen aus früheren Steuerperioden in dieser Höhe nicht erwartete 15,6 Mio. Franken eingebracht. Wir waren zu konservativ in unseren Annahmen, und nun ist es deutlich besser herausgekommen. Im gegenteiligen Fall hätten wir ein Problem gehabt – jetzt können wir der Regierung und der Verwaltung zum guten Resultat gratulieren und unseren Steuerzahlern für die tolle Leistung danken.
2. Gratulieren kann der Votant im Namen der erweiterten Stawiko der Regierung vor allem für die Tatsache, dass es ihr gelungen ist, das Wachstum auf der Aufwandseite

zu bremsen. Die Vereinbarungen, basierend auf den Kennzahlen in der Finanzstrategie, zahlen sich nun zunehmend aus und erlauben es, uns auf unsere strategische Aufgabe zu konzentrieren. Mit Freude stellen wir fest, dass in allen Direktionen heute der Wille besteht, jede Ausgabe kritisch zu hinterfragen. Die Verwaltung zieht mit und geht zunehmend nachhaltiger mit den bekanntlich auch im Kanton Zug begrenzten Ressourcen um.
3. Zu den Personalstellen. Wir stellen fest, dass die Regierung heute gewillt ist, völlige Transparenz im Bereich der Personalstellen in den einzelnen Personalkategorien zu schaffen. Heute verfügen wir über aussagekräftige Tabellen, die uns die Arbeit wesentlich erleichtern.
4. Wie im Bericht erwähnt, hat die Veränderung des Kontenplans zwischen Budget und Rechnung für einige Verwirrung gesorgt. Der Finanzdirektor hat reagiert, diese Problematik sollte in Zukunft nicht mehr zu Diskussionen führen.
Zusammengefasst liegt eine Rechnung 2004 vor, die sowohl bezüglich der Entwicklung der Ausgaben- wie der Einnahmenseite erfreulich ist. Die Regierung und vor allem die Finanzdirektion haben in den letzten 2½ Jahren viele Optimierungen im Finanzbereich umgesetzt, die sich heute auszahlen und unsere Aufgabe als Parlamentarier erleichtern. In Anbetracht der NFA, die uns zusätzliche Aufwendungen in dreifacher Höhe des Ertragsüberschusses 2004 bescheren wird, ist jedoch allzu grosser Optimismus nicht angezeigt. Die Regierung *und* der Rat müssen an der Ausgabendisziplin festhalten, und die geplanten Optimierungsprojekte konsequent weiterziehen. Nur so sind wir in der Lage, der Herausforderung NFA in naher Zukunft gerecht zu werden.
Gestützt auf den Stawiko-Bericht und seine Ausführungen beantragt Peter Dür im Namen der erweiterten Stawiko

– die Staatsrechnung 2004 und die Jahresrechnung 2004 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen,
– den Rechenschaftsbericht des Regierungsrats für das Jahr 2004 zu genehmigen,
– den Zwischenbericht des Regierungsrats zu den per Ende März 2005 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen zu genehmigen.

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass für 2004 25,6 Mio. Franken budgetiert waren – der Kantonsrat hatte die Regierung nach unten korrigiert. Nun verzeichnet der Kanton einen Überschuss von 45,5 Mio. Da haben wir uns um 70 Mio. verhauen. Allen ist klar, dass Budgetieren angesichts der Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung nicht leicht ist. Stossend ist aber die Argumentation: Daneben liegen macht nichts, solange es ein positives Ergebnis gibt. Auch der Votant liebt Überraschungen, wenn er zum Beispiel Lotto spielt. Bei Budgets und Rechnungen hingegen geht ihm der Sinn für Überraschungen ab. Vor allem dann, wenn ein budgetierter Verlust dazu verführt, Staatsangestellten keine Teuerung auszugleichen oder fragwürdige Sparmassnahmen auszulösen, wie sie der Kantonsrat auf Kosten von Jugendsport, Lehrlingen, Stipendien und Denkmalschutz beschlossen hat. Er weiss: Eine gute Staatsrechnung macht noch keinen Frühling. Dieser Überschuss ist ein Tropfen auf den heissen Stein der NFA-Bewältigung. Doch auch das von bürgerlicher Seite vorangetriebene «Sparen auf Vorrat» wird uns nicht davor bewahren, Steuererhöhungen zu beschliessen. Darum fragt Stefan Gisler nochmals: Wer bezahlt die NFA? Die Alternativen schlagen moderate Steuererhöhungen für privilegierte Personen und Firmen vor. Wird dieser Kantonsrat den Mittelstand durch Steuererhöhungen und Wenigverdienende durch den Abbau des Service public die NFA und auch die Tiefststeuern

für Privilegierte zahlen lassen? Es scheint so – denn ein Überschuss von 45.5 Mio. weckt Begehrlichkeiten. Nicht bei den Linken, bei einigen Bürgerlichen. Sie setzen alles daran, um ihrer reichen Klientel nach den Steuergeschenken durch die Steuerrevision 2000 nun noch tiefere Steuern zu bescheren.
Leider hat die Regierung dem Druck nicht standgehalten. Anfangs Jahr schrieb sie zur geplanten Steuerrevision: «Punktuelle Steuersenkungen vorzunehmen, wäre kurzsichtig». Nur Wochen später wird sie doch kurzsichtig, wenn nicht gar blind, und schlägt sofortige Steuersenkungen für Grossaktionäre vor. Die Regierung hat keinen vollständigen Plan zur NFA-Bewältigung vorgelegt und will dennoch Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden von 10 bis 20 Mio. Franken sowie eine noch höhere NFA-Rechnung provozieren. Unverantwortlich und unnötig! Im Kanton Zug von einer Doppelbelastung von Grossaktionären zu sprechen, ist falsch. Die steuerliche Gesamtbelastung für Unternehmen, Vermögende und eben auch Aktionäre ist im Kanton Zug bereits heute international und schweizweit unverfroren tief. (Zwischenruf von Andreas Hotz, der die Präsidentin bittet, den Votanten zu mahnen, sich auf das Thema Staatsrechnung zu beschränken.) Liest jemand von Ihnen jemals den von der eidgenössischen Steuerverwaltung publizierten «kantonalen Steuervergleich»? Dort wird die durchschnittliche Steuerbelastung in der Schweiz mit 100 Punkten gewertet. Der Zuger Index sank gegenüber dem Vorjahr von 52,3 auf 51,7 Punkte. Zug hat einen Riesenvorsprung auf die Verfolgerkantone wie Schwyz oder Nidwalden. Sie sehen: Moderate Steuererhöhungen tun gar nicht weh – das sieht auch Finanzminister Hans-Rudolf Merz so. In seiner Antwort auf die Zuger NFA-Forderungen beim Bund empfiehlt er Zug Steuererhöhungen und sagt, dass «die NFA Zugs internationale Konkurrenzfähigkeit auf Grund des relativ grossen Abstands zu den meisten anderen vergleichbaren Standorten kaum beeinträchtigt».
Verlieren tut die Bevölkerungsmehrheit. So ist Zug laut einer Studie des Mieterverbands für eine Familie mit zwei Kindern und Bruttoeinkommen von 70'000 Franken der teuerste Ort der Schweiz überhaupt. Denn in Zug machen Ausgaben für Wohnen, Krankenkasse und Lebensunterhalt die Steuereinsparungen mehr als wett – vor allem beim Mittelstand. Gewinner sind Begüterte und privilegierte Firmen. Letztere zahlten beispielsweise keine oder kaum Ertragssteuern sowie bloss minimale Kapitalsteuern. Die Folge: Die Steuereinnahmen nahmen 2004 trotz konjunktureller Erholung (Zug hält mit 2,5 % Wachstum den Schweizer Rekord) und trotz Neuzuzügen von 1200 Firmen eher bescheiden zu. Viele der neuen Firmen bringen zudem kaum Arbeitsplätze – so hat denn auch die Arbeitslosigkeit kaum abgenommen.
Letztlich lautet die Kardinalsfrage: Welches Zug wollen wir in 20 oder 30 Jahren? Ein solidarisches Zug, in welchem Menschen aus allen Bevölkerungsschichten anständig leben können? Oder ein Innerschweizer Monaco, wo nur noch Superreiche wohnen bzw. ihr Steuerdomizil haben? Alle sind in Zug willkommen – alle heisst aber auch, dass der Mittelstand und Menschen mit bescheidenen Finanzen hier Platz finden. Dazu zitiert der Votant immer wieder gerne seinen Freund – einen englischen Rohstoffhändler, der bei den Crown Resources gearbeitet hat. «Was schätzt Du an Zug», fragte er ihn. Antwort: «In Zug herrscht im Gegensatz zu Grossbritannien keine Zweiklassengesellschaft. Der Zugang aller Bevölkerungsschichten zu guten Schulen, zur guten medizinischen Versorgung, zu gutem öffentlicher Verkehr, zu den Sozialwerken ist garantiert.» Das soll so bleiben – oder sogar noch besser werden.

Martin B. **Lehmann** weist darauf hin, dass die Staatsrechnung 2004 – die drittbeste Staatsrechnung aller Zeiten – kaum mit dem Prädikat «hohe Budgetgenauigkeit» in die Annalen der Zuger Staatsgeschichte eingehen wird. Für eine genaue ökonomi-

sche Prognose gebührt einzig der Zuger Kantonalbank ein Oscar, da sie mit einer Schätzung von 2,7 % sehr nahe an das reelle Zuger BIP-Wachstum heran kam. Mit aller Bescheidenheit gilt es aber dennoch festzuhalten, dass im allgemeinen Hickhack der Budget-Debatte im Dezember 2003 von allen Fraktionen die SP mit Abstand am realistischsten zu veranschlagen wusste. 16 Monate später ist es nun aber eine unumstössliche Tatsache, dass die Rechnung um 71,1 Mio. Franken besser abgeschlossen hat als budgetiert. Der hauptsächliche Grund dafür ist schnell auszumachen: Aller Unkenrufe zum Trotz wollten die stetig sprudelnden Steuerquellen auch im Berichtsjahr nicht abreissen – auch oder trotz der Tatsache, dass unser Kanton gemäss dem kürzlich publizierten Gesamtindex der Steuerbelastung auch im vergangenen Jahr mit 51,7 Punkten weiterhin unangefochten an der Spitze lag und den Vorsprung auf den Kanton Schwyz gar noch ausweiten konnte.
Finanzdirektor Peter Hegglin Hess liess sich an der Medienkonferenz mit folgenden Worten zitieren: «Die ganze kantonale Verwaltung hat *noch* weniger gekostet und *mehr* geleistet». Diese zwar wenig feinfühligen Worte will der Votant namens der SP-Fraktion trotzdem aufgreifen, um den Mitarbeitenden der Finanzdirektion, aber auch allen anderen Teilen der Verwaltung für ihre wertvolle Arbeit zu danken, welche direkt aber auch indirekt mitgeholfen haben, dieses Ergebnis zu erreichen. Dies ist mitunter ein Grund, wieso die SP-Fraktion den einmaligen Bonus im Umfang des nicht gewährten Teuerungsausgleichs des Jahres 2004 ausdrücklich unterstützt.
Die Beratung der Rechnung ist immer eine Vergangenheitsbewältigung und selbst die interessantesten Analysen ändern nichts mehr an ihrem Inhalt. Trotzdem nun einige Worte zur Zukunft. Die SP fordert seit längerem eine finanzpolitische Auslegeordnung, nicht zuletzt im Hinblick auf die NFA. Durch die anhaltende Vertröstung der Regierung auf einen späteren Zeitpunkt wird nicht nur ein Klima der Unsicherheit geschürt, sondern eben auch der Nährboden für Spekulationen gelegt, welcher dann zu den bekannten diametral auseinander liegenden Vorschlägen von links und rechts führt. Wenn schon kein zuverlässiges Zahlenmaterial vorhanden ist, dann müssten wenigstens verschiedene Varianten präsentiert werden können. Die gegenwärtige Finanzpolitik ist nicht dazu angetan, diesbezügliche Transparenz zu schaffen. So werden einerseits die Vorgaben auf der Ausgabenseite der Finanzstrategie rigoros umgesetzt, und zwar bar jeglicher Nachhaltigkeit oder auch nur eines Konzept*ansatzes*. Dabei wäre es dringendst angezeigt, von der reinen Erbsenzählerei wegzukommen und bei einer komplexeren Betrachtungsweise anzusetzen. Wir müssen endlich realisieren, dass es eben auch Ausgaben gibt, welche zukünftige Ausgaben reduzieren helfen oder gar nicht erst aufkommen lassen. Und dann wird auch ausserhalb dieses Hauses nicht verstanden, wie wir bei der Jugend kleckern können (Stichworte: Schulsport, Fahrspesenentschädigung für Lehrlinge etc.), aber gleichzeitig bei der Unterstützung des Zürcher Opernhauses mit 1 Mio. Franken klotzen.
Andererseits schlägt die Regierung nun im Rahmen der Steuergesetzrevision 2007 eine substanzielle Reduktion der Besteuerung auf Dividenden vor, von welcher hauptsächlich Unternehmer und Kapitalinvestoren profitieren werden. Dieses Steuergeschenk wird ein Loch von bis zu 10 Mio. Franken in der Rechnung hinterlassen. Und ebenso ist es wohl auch eine Frage der Zeit, bis die Regierung dem Druck nach einer Herabsetzung der Steuersätze für Vermögen über 800'000 Franken nachgeben wird. Auch wenn die Debatten darüber erst noch zu führen sind, ist vor dem Hintergrund dieser geplanten Steuersenkungen zu befürchten, dass die regierungsrätliche Finanzstrategie, ein ansonsten zweckmässiges Führungsinstrument, zu einem eigentlichen Abbauprogramm verkommt, weil eine Anpassung der Steuereinnahmen auch eine entsprechende Korrektur beim Personalaufwand, resp. den gebundenen Ausgaben, nach sich zieht. Und dies werden wir keineswegs goutieren.

Die SP-Fraktion tritt im Sinne dieser Ausführungen einstimmig auf das Geschäft ein und empfiehlt, die Staatsrechnung 2004 und die Jahresrechnung 2004 der interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen. Ebenfalls sprechen wir uns für Eintreten auf den KRB betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der laufenden Rechnung 2004 aus.

Silvia **Künzli** bedankt sich vorerst im Namen der SVP-Fraktion bei der Stawiko für den vorzüglichen Bericht und die geleistete Arbeit, und bei ihrem Präsidenten für seine grosse, nicht immer leichte Arbeit. – Die SVP-Fraktion stimmt der Staatsrechnung 2004 und der Jahresrechnung der Interkantonalen Strafanstalt 2004 zu. Sie genehmigt auch den Rechenschaftsbericht des Regierungsrats, der einiges aussagefähiger wurde als in früheren Jahren. Im 2004 hat der Kanton 1025,2 Mio. Franken eingenommen und 979,7 Mio. ausgegeben. Der Ertragsüberschuss beträgt 45,5 Mio., und nicht ein Defizit von 25,6 Mio. wie budgetiert. Diese erfreuliche Differenz ist einerseits auf den verbesserten Veranlagungsstand der Vorjahres-Steuererträge von 36,0 Mio., den Steuererträgen des Berichtsjahrs, welche durch die wirtschaftliche Entwicklung und den Zuzug von natürlichen und juristischen Personen um insgesamt 11,3 Mio. das Budget positiv beeinflusst und überstiegen haben, und andererseits auf Einsparungen beim Sachaufwand von 6,9 Mio. Franken oder 7.7 % zurückzuführen. Vergleicht man nur die definitiven Zahlen, hat man ein leichtes Spiel, nach pessimistischen Prognosen eine Verbesserung festzustellen. Beobachtet man aber die Entwicklung im Vergleich zur vorhergehenden Rechnung, stellt man wie so oft fest, dass die so genannten «verminderten» Ausgaben trotzdem höher sind als diejenigen des Vorjahrs, und dass vor allem dank den noch höheren Einnahmen das Defizit nicht eingetreten ist. Einen positiven Punkt kann man aber trotzdem unterstreichen: Im Vergleich zu den Ausgaben in den Vorjahren sind die Ausgaben 2004 um 0,7 % gestiegen, was weniger ist als die Inflation. Die Einnahmen hingegen zeigen im Vergleich mit den Zahlen 2003 eine Erhöhung um 7,1 %.
Zur Gewinnverteilung. Die SVP-Fraktion ist mit einer knappen Mehrheit dafür, dass die kantonalen Mitarbeitenden am Ertragsüberschuss in Form eines Bonus beteiligt werden können. Es darf nach Meinung der SVP-Fraktion jedoch nicht als Teuerung abgegolten werden. Es darf auch keine Indexanpassung vorgenommen werden. Die Votantin zitiert das Votum von Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter in Sachen Ausbildungsbeiträge vom 2. Juni 2005: «Was mich stört, ist wenn man das in Verbindung bringt mit neuen Ausgaben, die wir noch diskutieren können. Und auch die Formulierung «Bonus für die Angestellten» ist falsch. Es ist daran zu erinnern, dass man damals für das Jahr 2004 die Teuerung nicht ausglich, weil man ein negatives Budget hatte. Und jetzt bei einem Mehrertrag von über 40 Mio. Franken hat die Regierung die Auffassung, dass man diese Streichung der Teuerung nachzahlen kann, weil die Grundlage eindeutig falsch war. Da kann man nicht von einem Bonus sprechen. Wir können darüber noch streiten. Aber das nun gegeneinander auszuspielen, wäre falsch.» – Was die SVP-Fraktion stört ist, dass ein Entscheid des Parlaments kurz über lang auf den Haufen geworfen wird. Wo ist da die Glaubwürdigkeit? Wir möchten aber heute nicht darüber streiten.
Mit den vorgeschlagenen Hilfeleistungen, sowohl freundeidgenössisch wie international, stimmt die SVP-Fraktion grossmehrheitlich zu. Sie möchte aber festhalten, dass evtl. schon vor Inkraftsetzen der NFA auch solche Zahlungen gestrichen werden müssen. Die SVP-Fraktion vertritt klar die Meinung, dass das Resultat 2004, vor allem im Hinblick auf den NFA, keine Entwarnung zulässt. Beunruhigend ist deshalb, dass einige unter dem Vorwand, dass sich das Volk Schlimmeres gewohnt sei, in

diesen Zahlen eine Gelegenheit zur Nachlässigkeit sehen und sich durch die Begehrlichkeit umstimmen lassen. Die SVP-Fraktion blickt in die Zukunft: Der Kanton darf nicht über seine Verhältnisse leben. Das Einhalten der durch die Bremse vorgegebenen Grenzen ist ein wichtiges Ziel. Die «Jagd auf die Verschwendung», die der Kanton in letzter Zeit in all seinen Direktionen durchführt, ist zwar wichtig, wird aber nicht reichen, das gewünschte Gleichgewicht herzustellen. Man muss das Ausmass der Kantonsaufgaben vermehrt unter die Lupe nehmen. Der Kantonsaushalt muss in erster Linie durch eine Verminderung der Ausgaben und nicht durch eine starke Anhebung der Einnahmen saniert werden. Der Kanton ist über Jahrzehnte stärker gewachsen als die Volkswirtschaft und die Steuerkraft. Heute sind die Grenzen des Finanzierbaren erreicht. Der Streit, ob der Kanton über Steuererhöhungen und neue Einnahmen oder über Sparmassnahmen zu sanieren sei, hat bisher keine ermutigenden Resultate gebracht. Was will der Kanton mit einer bestimmten Leistung bewirken? Welche Leistung ist uns wie viele Steuergelder wert? Welche Wirkung ergibt sich, wenn der Kanton in einem bestimmten Bereich mit mehr oder mit weniger Mitteln auskommen muss? Wir von der SVP-Fraktion sind der Meinung: Der Kanton muss mit neuartigen Anreizen dazu geführt werden, dass der Kanton und seine Verwaltung kundenfreundlicher, kostengünstiger und effizienter als heute arbeiten können. Effizienter bedeutet dabei zweierlei: Mit weniger Aufwand das Gleiche erreichen oder mit gleich viel Mitteln mehr erreichen. Dazu müssen Instrumente wie Leistungsaufträge resp. -kontrolle, Globalbudgets, Delegation von operativer Ausführungsverantwortung und andere unternehmensähnliche Instrumente in der Verwaltung eingeführt werden. Besonnenes und konsequentes Handeln ist für die Zukunft angezeigt.
Zum Schluss beantragen wir nochmals, die Jahresrechnungen und Geschäftsbericht zu genehmigen, den Antrag der Regierung zu unterstützen und nur Zahlungen in der gewünschten Form – wie durch die SVP-Fraktion vorgängig beantragt – auszurichten.

Wenn sich Hans Peter **Schlumpf** auf das Votum von Stefan Gisler bezieht, kann er nur seiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass die auf sechs Spuren ausgebaute A 4 dereinst in der Lage sein wird, die Ströme von emigrierenden Steuerzahlern Richtung Jura zu bewältigen. – Nun aber zur Sache. Kaum jemand wird bestreiten wollen, dass die Situation, in welcher der Kanton Zug sich befindet, nämlich auf einen guten, ja unerwartet guten Jahresabschluss 2004 zurückblicken zu können, die wesentlich angenehmere ist, als wenn sich das Jahr negativer als erwartet entwickelt hätte. So haben sich die eher pessimistischen Erwartungen der Stawiko und einer Parlamentsmehrheit bei der Budgetierung für das Jahr 2004 für einmal nicht erfüllt. Es darf auch konstatiert werden, dass das ausgewiesene Resultat nicht durch Veränderungen von Reserven beeinflusst worden ist. Wir wollen über diese Entwicklung nicht allzu traurig sein. Dem Finanzdirektor gönnen wir es neidlos, dass er mit etwas mehr Gelassenheit den Herausforderungen der Zukunft entgegenblicken kann, als dies der Fall wäre, wenn gleichzeitig akute Finanznöte drücken würden. Zug hat auch in jüngster Vergangenheit einen ungebrochenen Sog auf auswärtige und ausländische Firmen und Privatpersonen ausgeübt. Dies, aber auch das erneute Wachstum des Steuersubstrats dank besserer Konjunktur für viele der hier ansässigen Steuerzahler, dann auch das Aufarbeiten von Veranlagungsrückständen bei der Steuerverwaltung haben zu diesem guten Resultat mit rund 45 Mio. Franken Überschuss statt des budgetierten Fehlbetrags von 25 Mio. bei einem Gesamtertrag von etwas über einer Milliarde Franken geführt.

Nicht minder wichtig, aber auch erfreulich ist, dass die Rechnung 2004 nun seit langem erstmals den Trend zu brechen vermochte, welcher über Jahre überdurchschnittlich steigende Personalkosten und Sachausgaben mit sich geführt hatte. Die Fähigkeit und der unbedingte Wille, auch enge Budgetvorgaben ohne Wenn und Aber strikte einzuhalten, sind zentrale Voraussetzungen zur Führung eines Staatswesens in guten, noch vielmehr aber in schwierigen Zeiten. Die Stawiko und ihr Präsident verdienen Anerkennung, dass sie seit Beginn dieser Legislatur hartnäckig und zielstrebig darauf hingearbeitet haben, dass für die Budgetierung der Staatsrechnung klar definierte Eckwerte in die Finanzstrategie einfliessen und eingehalten werden müssen, besonders beim Wachstum der beiden grössten Ausgabengruppen, den Personalkosten und den Beiträgen mit Zweckbindung. Die Regierung und allen voran ihr Finanzdirektor verdienen Respekt, dass sie der Einsicht in die Notwendigkeit einer strikten Limitierung des Wachstums der Staatsrechnung auf ein Niveau, das nicht höher ist als das Wachstum unserer Volkswirtschaft, gefolgt sind und es nicht auf letztlich unergiebige Auseinandersetzungen und ein Hickhack zwischen Regierung und Parlament haben ankommen lassen, wie es uns verschiedene Schweizer Städte und einzelne Kantone in den letzten Jahren vorexerziert haben. Dem Ruf von Verlässlichkeit und Kontinuität unseres Kantons hätten wir damit keinen guten Dienst erwiesen. Die Staatsrechnung 2004 zeigt nun erstmals die positiven Auswirkungen dieser Politik der Führung des Staatshaushalts über einige zentrale Schlüssel-Kennzahlen. Die Aufwandseite konnte unter Kontrolle und im vorgegebenen Rahmen gehalten werden.

Dass die Ertragsseite nun wesentlich besser als erwartet abgeschlossen hat, indem deutlich höhere als geplante Steuereinnahmen verbucht werden konnten, darf in erster Linie mal dem Steuerzahler verdankt werden. Es ist aber auch eine Folge der klugen zugerischen Steuerpolitik, welche den Steuerzahler als Kunden betrachtet und ihn steuerlich so wenig wie möglich oder nur soviel wie nötig belastet. Die mit der Führung und Verwaltung unseres Kantons Beschäftigten leisten im Allgemeinen einen engagierten und effizienten Einsatz. Für ihre konstante Leistung im Dienste der Öffentlichkeit und unseres Staates, für ihre hohe Bürger- oder Kundenorientiertheit, für ihre anerkannte Dienstleistungsqualität verdienen sie unseren Dank und unsere Anerkennung. Ohne diese Leistungen im Geringsten schmälern zu wollen, haben wir gleichzeitig kein Verständnis dafür, wenn Personalverbände des Staatspersonals aus dem unerwartet guten Rechnungsabschluss flugs die Forderung ableiten, der Rechnungsüberschuss sei eine Folge der guten Arbeit des Staatspersonals und sei Rechtfertigung genug für einen bonusartigen Lohnzuschuss an die Staatsbediensteten. Bei allem Respekt vor deren Leistung ist eine solche Argumentation natürlich absurd und sie erwiese sich auch für das Staats personal selber als höchst zwiespältiger Segen: Schliesslich ist es auch noch niemandem eingefallen, bei einem schlechten Rechnungsabschluss das Staatspersonal dafür verantwortlich zu machen. Gleichwohl wollen wir immer die Verhältnismässigkeit wahren: Dass die Regierung im Rahmen der Gewinnverwendung nun auch einen einmaligen Beitrag ans kantonale Personal im Umfange von insgesamt ca. 1,55 Mio. Franken beantragt, können wir als angemessen und vertretbar akzeptieren. Wir begrüssen das Vorgehen aber explizit, damit nicht den Teuerungsindex hochzutreiben, weil dies in Zukunft zu jährlichen Folgekosten geführt hätte. Mit Blick auf die Entwicklung in der Privatwirtschaft und im globalen Umfeld ist es unerlässlich, dass wir mittelfristig von unflexiblen und kostentreibenden Teuerungsautomatismen wegkommen.

Desgleichen unterstützen wir die Anträge zur freundeidgenössischen Hilfe im Betrag von 300'000 Franken und die Auslandhilfe im Betrag von 260'000 Franken. Selbstverständlich gäbe es immer noch weitere Möglichkeiten der Hilfeleistung im In- wie

im Ausland, die im Einzelnen genauso berechtigt sein möchten. Die FDP-Fraktion akzeptiert hier die Kompetenz der Regierung bei der Bestimmung der Hilfeleistungen und unterstützt deren Anträge. Aus diesem Grunde werden wir auch keine ergänzenden Anträge für weitere Hilfeleistungen unterstützen. Dass die Bewertungskorrektur von 9,1 Mio. Franken im Zusammenhang mit der Verbuchung der direkten Bundessteuer, um einen während über zehn Jahren aufgelaufenen systematischen Buchungsfehler zu korrigieren, nun zu Lasten des Rechnungsergebnisses 2004 vorgenommen werden soll, erachten wir als richtig und unterstützen den Antrag. Gleichwohl müssen wir an die Rechnungsführer wie auch an die interne und externe Finanzkontrolle appellieren, regelmässig ein besonderes Augenmerk auf solche Buchungstatbestände zu richten, wo wegen Abgrenzungsdifferenzen ein erhöhtes Risiko der systematischen Fehlerkumulation besteht.
Das Rechnungsjahr 2004 ging vor genau sechs Monaten zu Ende. Es ist bereits ausgiebig analysiert und kommentiert worden. Wir wollen uns daher nicht mehr unnötig lange damit aufhalten, sondern nur noch auf einige wenige Sachverhalte hinweisen, denen für die Zukunft Bedeutung zukommt. Wir stellen erfreut fest, dass im
Berichtsjahr in den meisten Direktionen der Aufwand für den Einsatz externer Experten zurückgefahren werden konnte. Wir können die Direktionsvorsteher nur ermutigen, hier in Zukunft genauso restriktiv oder gar noch zurückhaltender zu sein. Die Expertitis ist ein weit verbreitetes Krebsübel, das – man erlaube dem Votanten diese etwas pauschale Verdammung – in der Privatwirtschaft wie beim Staat vor allem eingesetzt wird, um nicht entscheiden zu müssen oder die Verantwortung für Entscheide an Dritte abtreten zu können.
Wir begrüssen es ausdrücklich, dass die Regierung zuhanden der Stawiko eine transparente Darstellung der Gesamtheit der Staatsstellen erstellt hat, worin besonders auch die so genannten drittfinanzierten Stellen klar ausgewiesen sind. Mit dem Personalstellenetat hängt die Frage der Personalstellen-Plafonierung zusammen. Die Frage, ob sie heute überhaupt noch angebracht und nötig sei, wenn gleichzeitig ein Plafond für den Kostenanstieg vorgegeben und eingehalten wird, ist nicht völlig unberechtigt. Sie hat über die vergangenen Jahre, wie bereits dargelegt, zwar keine Wunder bezüglich des generellen Kostenanstiegs vollbracht, sie hat aber möglicherweise eine noch stärkere und unkontrollierte Kostensteigerung verhindert. Es macht deshalb Sinn, die bisherige Personalstellen-Plafonierung als zusätzliches Steuerungs- und Kontrollinstrument weiterzuführen. Wenn wir einmal Leistungsaufträge und Globalbudgets durchgehend eingeführt haben, mag es angebracht sein, die Debatte über die Personalstellen-Plafonierung erneut zu führen.
Der Vergleich zwischen Budget 2004 und Rechnung 2004 hat bei akribischen Lesern zu Verwirrungen geführt, weil budgetierte Positionen in der Rechnung nicht mehr zu finden waren. Es ist sicher keine sehr glückliche Praxis, zwischen Budget und Rechnung den Kontenplan zu ändern. Wir denken, dass dies an zuständiger Stelle erkannt worden ist und in einem nächsten Fall anders gehandhabt würde. Wir halten der Korrektheit halber immerhin fest, dass es hierbei nicht um materielle, sondern um rein formelle Fehler geht. Unter dem Strich waren die Beträge jeweils wieder dieselben.
Eine Bemerkung zu kantonsübergreifenden Konkordaten: Wie an einer kürzlich abgehaltenen Zentralschweizer Fraktionstagung zu diesem Thema festgestellt werden konnte, tritt das Thema der demokratischen Legitimation und Kontrolle von Konkordaten überall zunehmend ins Bewusstsein. Der Kanton Zug hat mit der Schaffung einer Konkordatskommission hiezu ein Instrument geschaffen, das wegweisend sein kann und über den Kanton hinaus auf Beachtung stösst. Gerade das Beispiel der

PHZ, der pädagogischen Hochschule Zentralschweiz mit ihren drei Standorten Luzern, Zug und Goldau, welche unsere früheren Lehrer-Seminare ersetzt, zeigt exemplarisch, dass solche Konkordate oft erhebliche politische Kompromisse beinhalten, die letztlich wieder kostenrelevant sind und finanziert werden müssen. Die PHZ ist beileibe kein schlechtes Projekt, aber es zeigt exemplarisch, wie wichtig Aufsicht und Kontrolle in solch führungsmässig komplexen Gebilden sind. Es darf unserem Bildungsdirektor zugute gehalten werden, dass er im obersten Leitungsgremium der PHZ zu jenen wenigen gehört, die den Finger konsequent auf kostenrelevante Abläufe und Strukturen halten, während andere Kantone mit solchen Tatbeständen oft wesentlich salopper und unkritischer umgehen!
Zur Investitionsrechnung: Es wäre zu begrüssen, in der Jahresrechnung jeweils einen transparenten Überblick über die Gesamtheit und die Details aller bewilligten Investitionskredite und der bereits beanspruchten Kredittranchen zu haben. Besonders bei Investitionsvorhaben, die über Jahre andauern (Spital, grössere Strassenbauvorhaben) ist es nicht leicht, jeweils den Überblick über den aktuellen Stand der Kreditbeanspruchung zu behalten. Das Datenmaterial für diese Information wäre sicher vorhanden und abrufbar.
Der Kanton Zug, und dazu gehören neben allen privaten Akteuren explizit Regierung und Parlament, hat immer wieder bewiesen, dass er mit pragmatischen, aber oft wegweisenden Lösungen und mit Augenmass in der politischen Führung, mit Kostenbewusstsein, aber auch mit Verzicht auf teure Maximallösungen, mit einem insgesamt attraktiven Paket von Rahmenbedingungen politisch und wirtschaftlich erfolgreich ist. Diese Politik gilt es beizubehalten; es gilt sie aber noch zu akzentuieren. Übermut ist nicht angebracht: Die Herausforderungen an unseren Standort werden grösser, die Forderungen nach zusätzlicher finanzieller Umverteilung werden auch nach Einführung der NFA anhalten. Es genügt künftig nicht, im Strom des Durchschnitts mit zu schwimmen; wir müssen auf verschiedensten Gebieten immer wieder wegweisend und federführend sein. Damit leisten wir nicht nur unserem Stand Zug, sondern auch dem ganzen Land den besten Dienst, um für unsere Bevölkerung auch in Zukunft Wohlstand und Sicherheit in einem attraktiven und lebenswerten Umfeld zu ermöglichen.
Abschliessend unterstützt die FDP-Fraktion geschlossen die Anträge von Regierung und Stawiko bezüglich Staatsrechnung 2004, Jahresrechnung Strafanstalt Bostadel, Rechenschaftsbericht 2004 und Zwischenbericht zu hängigen parlamentarischen Vorstössen. Zum letzten Punkt unterstützen wir den Wunsch der Stawiko nach besserer Transparenz ausdrücklich. Ebenso unterstützt die FDP-Fraktion, unter Hinweis auf die vorgängig gemachten Ausführungen, die Anträge der Regierung betreffend Verwendung und Verbuchung des Ertragsüberschusses der Rechnung 2004 ohne Einschränkungen.

Peter **Rust** meint, dass ein bekannter alt Bundesrat zur Zuger Staatsrechnung 2004 sagen würde: «Freude herrscht». Die Rechnung darf sich tatsächlich sehen lassen und veranlasst den Votanten, einen dreifachen Dank abzustatten. Der erste Dank geht an die Zuger Steuerzahlerinnen und -zahler. Sie haben in erster Linie das stolze Ergebnis in der Staatsrechnung ermöglicht. Der zweite Dank geht an die Regierung mit der ausdrücklichen Anerkennung für ihre steten Bemühungen, die gewünschten Sparmassnahmen von KR und ZFA konsequent durchzusetzen. Diese Anstrengungen haben sich mehr als gelohnt. Der dritte Dank geht an die Verwaltung. An vielen Details in den diversen Konten lässt sich ablesen, dass auch die zuständigen Angestellten heute bereit sind, das Kostenbewusstsein in ihren Ämtern umzusetzen.

Die Mehrheit der CVP Fraktion unterstützt aus diesem Grund die einmalige Auszahlung von 0,6 % oder 1,5 Mio. Franken für nicht gewährte Teuerung 2004 sowie ebenfalls nicht gewährte Beförderungszulagen an die Staatsangestellten. Wir können nicht bei jeder Gelegenheit die hervorragenden Leistungen der Verwaltungen rühmen und die Anerkennung mit ein paar überschwänglichen Dankesworten abtun. Als kleiner Wermutstropfen verbleibt der Vorwurf einiger Gemeinden, gegenüber ihren Angestellten sei das Staatspersonal mit der nachträglichen Ausrichtung der Teuerungszulage bevorzugt. Den Gemeinden muss jedoch für Lohnfragen in Zukunft mehr Autonomie zugemutet werden. Für die weitere Verwendung der Ertragsüberschüsse schliesst sich die CVP den Anträgen der Regierung an, lehnt aber weitergehende Anträge, die von der linken Ratsseite gestellt werden, strikte ab. Mit der transparenten Offenlegung der Bewertungskorrektur von 9,1 Mio. Franken und mit der Äufnung des freien Eigenkapitals von 34,1 Mio. ist die CVP einverstanden.
Der umfassende Rechenschaftsbericht des RR erreicht heute eindeutig einen zu hohen Detaillierungsgrad. Mit einiger Sicherheit würde der Ratsmehrheit ein schlankerer Bericht genügen und wäre vermutlich sogar übersichtlicher. Vergessen wir nicht, zusätzlich produzieren etliche kantonale Amtsstellen eine Vielfalt von PR-Broschüren und Statistiken. Ein altes Anliegen aus dem Ratskreis sei deshalb dem Regierungsrat in Erinnerung gerufen: Die Sub-Ämter der Direktionen sind dringend anzuhalten, die Flut von mehrfarbigen Broschüren und Statistiken auf ein Minimum zu beschränken. Die Druckkosten allein sind gewaltig, kommt dazu, dass von den jeweiligen Autoren für die Erarbeitung dieser Werke beträchtliche Zeit aufgewendet wird, die anderweitig besser investiert werden könnte.

Peter **Dür** möchte kurz zu einer Aussage von Stefan Gisler Stellung nehmen. Er wehrt sich gegen die unfreundliche Argumentation, wir hätten anlässlich der Budgetdebatte 2003 Lottospiele veranstaltet. Stefan Gisler war bei der letzten Stawiko-Sitzung ebenfalls dabei und er weiss, dass wir damals nochmals sämtliche Unterlagen durchgesehen und analysiert haben, wie diese Entscheide damals zustande kamen. Wir kommen zum Schluss, dass die damaligen Entscheide sachlich begründet waren und auf einer sorgfältigen, etwas zu pessimistischen, Analyse basierten. Bei den Personalkosten war das Problem, dass sie übermässig budgetiert waren. Der Anstieg war übermässig hoch. Wir hatten primär die Idee, die Beförderungssumme zu kürzen. Leider war dies nicht möglich, weil die Beförderungen bereits ausgesprochen waren. Es blieb uns nichts anderes übrig, als die Teuerung auszusetzen. Dass es auch anders gehen kann als im Kanton Zug, zeigt der Wirtschaftskanton Zürich. Dort schreibt im April 2005 die NZZ: «Erstmals seit 1998 ist der Aufwand in der Rechnung des Kantons leicht zurückgegangen. Trotzdem resultiert mit 413 Mio. Franken ein Defizit, dass deutlich höher ist als budgetiert. Bei den Steuereinnahmen war der Voranschlag zu optimistisch.» Eine der dort aufgeführten Begründungen lautet, dass die Steuernachträge aus früheren Steuerperioden nicht einmal halb so hoch ausgefallen seien wie budgetiert. Man kann also auch völlig anders liegen. Im Moment funktioniert der Kanton Zug anders als die anderen Wirtschaftskantone. Es ist aber unsere Aufgabe, ein Budget nach unten zu korrigieren, wenn wir der Meinung sind, dass die Regierung zu optimistisch budgetiert hat. Das hat unserer Sicht nichts mit Lottospielen zu tun.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte zuerst danken für das Lob, das er gerne an seine Kollegin und die Kollegen weiter gibt, aber auch an alle in der Verwaltung. Ein

Rechnungsabschluss bietet jeweils Gelegenheit, Rückschau zu halten, er ist die Zusammenfassung der geleisteten Arbeit im vergangenen Jahr und in diesem Sinn auch ein Aufzeigen von möglichen Schwächen und Stärken. Im Nachhinein ist es immer einfach zu sagen, man hätte damals so oder anders entscheiden sollen.
Wenn er jetzt zu den Ergebnissen kommt oder zur Basis der wirtschaftlichen Entwicklung, die man damals angenommen hat, worauf dann die Steuererträge budgetiert wurden, so muss man doch sehen, dass im Jahr 2003 erstmals die budgetierten Steuererträge massiv unterschritten wurden. Wir hatten wesentlich weniger als erwartet. Der Finanzdirektor gab damals im Rahmen der Finanzdebatte ja auch eine Ertragswarnung ab. In diesem Jahr haben auch Seco und BAK ihre wirtschaftlichen Prognosen laufend korrigiert. Dass dann der Regierungs- und der Kantonsrat auch die Ertragserwartung zurückgenommen haben, darf man heute nicht allzu sehr kritisieren. Das gute Ergebnis basiert auf den Steuererträgen, aber auch auf vermehrten Gebühren beim Handelsregister- und Grundbuchamt. Das widerspiegelt ja auch die anhaltende Attraktivität des Standorts Zug mit zuziehenden Firmen und wohlhabenden Personen. Auch dieses Jahr liegen die Erträge sicher im Rahmen des Vorjahres. – Wenn wir jetzt sehr hohe Erträge erwirtschaftet haben, so ist es nicht nur der Kanton Zug, der davon stark profitiert, sondern auch der Bund. Wir haben ihm über 92 Mio. mehr direkte Bundessteuern gebracht, also mehr, als wir direkt eingenommen haben. Das Gleiche gilt auch für den Finanzausgleich mit den anderen Kantonen, auch der liegt 13,5 Mio. über dem Vorjahr. Sie sehen: Wenn es dem Kanton Zug gut geht, geht es der ganzen Schweiz gut. Vielleicht der einzige Wermutstropfen daran ist, dass diese guten Zahlen auch bei der Berechnung des Finanzausgleichs zugezogen werden, da das Jahr 2004 als Basis für das Jahr 2008 dient. Wenn man die Entwicklung in den anderen Kantonen anschaut, dann sind wir schon wesentlich besser als die anderen Kantone. Und da es eine Abhängigkeit von Kanton zu Kanton ist, ist anzunehmen, dass die Belastung bei uns noch wesentlich höher ausfallen wird.
Noch etwas zu den Kontenänderungen im laufenden Jahr. Der Kanton Zug ist hier in einer speziellen Situation. Der Kanton *und* die Gemeinden haben nur eine Rechnungssoftware. Damit sparen wir viele Kosten und die Vergleichbarkeit ist besser. Aber in den Jahren 2003/04 waren wir mit der Einführung dieser neuen Software stark beschäftigt. Wir haben das zum Anlass genommen, den Kontenplan zu überarbeiten. In der Hektik hatten wir fast zu wenig Zeit, um diese Anpassung mit den Ämtern zu konsolidieren. Man ist dann auch weiter gegangen und hat die Zahlen im beschlossenen Budget verschoben. Das Total ist aber gleich geblieben. Deshalb hat Peter Hegglin auch nicht verlangt, alle Veränderungen rückgängig zu machen. Es wären über 1'500 gewesen – völlig unverhältnismässig.
Zum Verbindungskonto Steuerverwaltung/Finanzverwaltung, das wir gemäss Hans Peter Schlumpf besser kontrollieren sollten. Wir haben nur eine interne Kontrolle, die Fiko. Und der Sachverhalt war sehr komplex. Wir haben längere Zeit daran gearbeitet, bis wir die Mechanismen genau gekannt und richtig korrigierten haben. Die Person, welche die Abgleichung machen musste, brauchte ohne EDV-Unterstützung jeweils beinahe 14 Tage, um die Zahlen zu eruieren, weil der gesamte kantonale Steuerertrag von rund 1,5 Milliarden darüber abgewickelt wird.
Zur Steuergesetzrevision. Der Finanzdirektor hat im Frühjahr wirklich gesagt, es gebe keine Geschenke, weder beim Personal noch beim Steuerzahler. Sie kennen die Entwicklung. Es gibt jetzt in verschiedenen Bereichen etwas. Und unsere Steuergesetzrevision ist angebracht. Wir heizen damit nicht den Steuerwettbewerb an, sondern wir ziehen eigentlich nur nach, was andere Kantone schon gemacht haben. Im Frühjahr und letztes Jahr ging der Votant immer davon aus, dass das Nachziehen

nicht jetzt schon nötig wird, weil er hoffte, dass der Bund schneller reagieren würde und die Unternehmersteuerreform heute eigentlich schon vorliegen sollte. Dem ist aber nicht so, und deshalb haben verschiedene Kantone (LU, SZ, ZH) bereits eine Reform vorgenommen. Es geht dabei nicht darum, vermögende Personen steuerlich zu begünstigen, sondern der Ansatzpunkt ist, unternehmerisch tätige Personen steuerlich zu begünstigen, damit sie die Vergünstigung wieder in Unternehmen und Arbeitsplätze investieren. Es geht um die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Wenn Bundesrat Merz meint, dass Steueranpassungen unnötig seien, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, ist zu sagen, dass ja nicht der Bund die Steuerveranlagungen macht und in Konkurrenz zu anderen Steuerstandorten steht, sondern die Kantone. Wir machen das und der Bund hält dann einfach die hohle Hand hin und erwartet möglichst viel direkte Bundessteuer. Dass dieser Wettbewerb spielt zeigt, dass ja gerade momentan einer unserer besten Steuerzahler nach London zieht. Die Steuerbelastung ist sicher nur *ein* Argument, aber sie spielt eine wichtige Rolle, und wenn es dann darum geht, einen neuen Firmenstandort zu eruieren, ist die Steuerbelastung immer das oberste Kriterium. Wenn man zu hoch ist, fällt man bereits aus der Liste der möglichen Standorte.
Von einer Zweiklassengesellschaft zu sprechen, ist bei uns sicher weit verfehlt. Auch wenn wir mit der Finanzstrategie und mit der Aufgabenteilung verschiedene Aufgaben hinterfragt haben, haben wir keine substanziellen Leistungen gestrichen, sondern lediglich bewertet, wo man zurückfahren kann. Wir haben das ja nur in wenigen und ganz spezifischen Bereichen getan. Aber sobald man ein wenig versucht, zu korrigieren, wird das sofort massiv kritisiert. Beim Jugendsport ist es ja klar eine Aufgabenteilung. Wir haben auf Grund der Zuständigkeit gesagt, das sei nicht beim Kanton, sondern beim Bund. Wenn von Martin B. Lehmann gesagt wird, wir machten keine finanzpolitischen Überlegungen und es sei überhaupt noch nichts vorgelegt worden, dann muss Peter Hegglin dem widersprechen. Denn wir haben mit dem Bericht der «Steuerungsgruppe Aufgabenteilung Kanton/Gemeinde» bereits vor einem Jahr aufgezeigt, wie wir die Mehrbelastung tragen wollen. Es ist Ihnen sicher bekannt, dass die Gemeinden damals mit dem Vorschlag nicht einverstanden waren. Wir haben den Ball an die Gemeinden weitergegeben und von ihnen einen Vorschlag verlangt. Dieser ist inzwischen eingetroffen und wir wollen nächste Woche an einer Besprechung mit den Gemeindepräsidenten Klarheit schaffen und uns abgleichen. Nachher können wir dann erst überlegen, was in Form von höheren Steuererträgen resultieren sollte. Jetzt wissen wir noch nicht genau, wie die Gemeinden die 120 Mio. mittragen. Heute ist es einfach zu früh, um genaue Strategien vorlegen zu können.
Zu Silvia Künzli, die gesagt hat, man solle beim Kanton kundenfreundlicher, effizienter, sparsamer usw. sein. Dazu ist zu sagen, dass wir am nächsten Donnerstag eine Motion zur Staatsaufgabenreform behandeln, zu welcher der Regierungsrat die Erheblicherklärung beantragt. Allein schon mit dem, was wir bis jetzt gemacht haben, leben wir diesen Worten schon nach. Und es ist nach wie vor unsere Verpflichtung, dem nachzuleben.
Zu Peter Rust und dem Rechenschaftsbericht. Er ist der Ansicht, der Bericht sei zu detailliert. Dem ist dagegen zu halten, dass dieser Bericht die einzige statistische Grundlage des Kantons ist. Und wenn Sie als Kantonsräte diesen Bericht vermehrt konsultieren würden, wären sehr viele Fragen zum Kanton bereits beantwortet. Peter Hegglin glaubt eher, dass der Bericht noch detaillierter werden könnte. Viele Berichte, die sonst erstellt, verschickt und im Papierkorb entsorgt werden, könnten noch zusätzlich in den Rechenschaftsbericht integriert werden, und man könnte damit viele Kosten einsparen.
Der Finanzdirektor bittet den Rat, alle Anträge der Regierung zu unterstützen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Direktion des Innern

Andrea **Hodel** entnimmt der Staatsrechnung, dass praktisch bei allen Direktionen bei Experten, auswärtigem Support, Gutachteraufträgen usw. gespart wurde. Bei der Direktion des Innern sieht man auf S. 24 bei Kto. 31899 rund 45'000 Franken Mehrkosten für Gutachten und Outsourcing WAG-Revision. Das Gleiche gilt im Umfang von rund 10'000 Franken auf S. 34 beim Kto. Besoldung Aushilfspersonal mit der Begründung «Juristische Begleitung SHG-Revision». Weiter konnte die Votantin einen neuen juristischen Mitarbeiter kennen lernen, der bei der DI arbeitet und ihr erklärte, er sei befristet bis Herbst 2005 zu 50 % beigezogen worden zur Bearbeitung eines Gesetzesentwurfs für das neue Beurkundungsgesetz. Es stellt sich die Frage, weshalb diese Arbeiten nicht mit dem ordentlichen Personal – dem Direktionssekretär oder seinem ordentlichen juristischen Mitarbeiterstab oder dem Notariatsinspektor – erledigt werden können.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, bestätigt, dass für die Revision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes ein Experte von aussen zugezogen werden musste, weil das mit unseren Kapazitäten nicht bewerkstelligt werden konnte. Das schlägt sich in der Rechnung nieder. – Zum Beurkundungsgesetz. Im Bereich von Grundbuch und Sachenrecht haben wir den Grundbuch- und Notariatsinspektor. Er muss alle Beschwerden in diesem Bereich bearbeiten, Ausbildungen veranstalten, er erstellt in engem Kontakt mit dem Grundbuchamt Weisungen. Wenn es nun darum geht, verschiedene Gesetzesgrundlagen zu erarbeiten (z.B. den Grundbuchgebührentarif), so genügt dazu seine Arbeitskapazität neben allen anderen Aufgaben nicht. Wir konnten intern mit minimalen Stellenverschiebungen für eine befristete Zeit einen Mitarbeiter anstellen, der sich für das bevorstehende Beurkundungsgesetz ohne Störungen durch das Tagesgeschäft voll einsetzen kann, und das bewährt sich ausgezeichnet.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat schliesst sich den Anträgen des Regierungsrats und der Erweiterten Staatswirtschaftskommission an und genehmigt sowohl die Staatsrechnung 2004 wie auch die Jahresrechnung 2004 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

645 -KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND VERWENDUNG DES ERTRAGSÜBERSCHUSSES DER LAUFENDEN RECHNUNG 2004
-KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BETEILIGUNG DER KANTONALEN MITARBEITENDEN AM ERTRAGSÜBERSCHUSS DER LAUFENDEN RECHNUNG
-KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND FREUNDEIDGENÖSSISCHE HILFELEISTUNG AUS DEM ERTRAGSÜBERSCHUSS DER LAUFENDEN RECHNUNG
-KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND AUSLANDHILFE AUS DEM ERTRAGSÜBERSCHUSS DER LAUFENDEN RECHNUNG 2004

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1335.1/.2/.3/.4 – 11722/23/24/25) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1335.5 – 11752).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Eintretensdebatte zum gesamten Traktandum gemeinsam geführt wird, weil sich die einzelnen Bereiche materiell nicht trennen lassen. Zudem wurde die Debatte zum Teil ja bereits beim vorangehenden Traktandum geführt. Es steht dem Rat aber frei, bei den einzelnen KR-Beschlüssen nochmals das Wort zu verlangen.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** erinnert daran, dass unser Kanton gemäss langjähriger Praxis auf freiwilliger Basis freundeidgenössische Hilfe und Auslandhilfe leistet, sofern die Laufende Rechnung des Vorjahrs mit einem deutlichen Ertragsüberschuss abschliesst. Berücksichtigt werden muss dabei die Soforthilfe bei Katastrophen und Kriegen, welche der Regierungsrat in eigener Kompetenz bewilligen kann. 2004 wurden total 550'000 Franken zu Gunsten der Opfer der Tsunami-Katastrophe im indischen Ozean und anlässlich des Erdbebens in iranischen Bam geleistet. Die Kriterien für eine Ausschüttung von freundeidgenössischer Hilfe und Auslandhilfe sind gegeben: Der Ertragsüberschuss ist gross, der Selbstfinanzierungsgrad des grossen Investitionsvolumens liegt bei über 100 %. Die Regierung schlägt bekanntlich folgende Beträge gemäss Übersicht auf der letzten Seite der Regierungsvorlage vor:
1. Kantonale Ebene. Einmaliger Betrag an die kantonalen Mitarbeiter, proportional zum Lohn und entsprechend der im 2004 nicht ausgeglichenen Teuerung von 0,6 %, d.h. 1'550'000 Franken. Die Stawiko hat in der Vergangenheit immer darauf hingewiesen, dass eine leistungsabhängige Entlohnung der Verwaltung ohne indexabhängigen Ausgleich der Teuerung wesentlich zeitgemässer wäre und den Verhältnissen in der Privatwirtschaft entsprechen würde. Nun ist ein gutes Resultat eingetreten, weshalb sich die erweiterte Stawiko nicht gegen diesen einmaligen Betrag an das Personal stellt. Wir weisen aber daraufhin, dass diese Zahlung einmalig ist und der Indexstand per November 2003 für die Berechnung des Teuerungsausgleichs nicht erhöht werden darf. Die Regierung muss sich zudem bewusst sein, dass dieser Entscheid für verschiedene Gemeinden problematisch sein kann, haben doch alle Gemeinden auf den Entscheid im Dezember 2003, die Teuerung nicht auszugleichen, abgestellt. Es wird nicht allen Gemeinden möglich sein, nachzuziehen und diese einmalige Teuerungskompensation auszuschütten.
2. Eidgenössische Ebene. 300'000 Franken für Projekte in finanzschwachen Gemeinden der Schweiz. Die verschiedenen Projekte sind klar aufgeführt und gaben zu keinerlei Diskussionen Anlass.

3. Internationale Ebene. Auslandhilfe im Betrag von 260'000 Franken für verschiedene Projekte in den Bereichen Gesundheit, Schule und Ausbildung. Auch dieses Jahr wurden in der erweiterten Stawiko Stimmen laut, Auslandhilfe sei Aufgabe des Bundes und nicht der Kantone. Da im Kanton Zug aber eine sehr international ausgerichtete Wirtschaft ihren Standort hat, unterstützt eine Mehrheit weiterhin ein Auslandhilfeprogramm unseres Kantons. Keine Mehrheit fanden Parlamentarier, die eine Aufstockung der Auslandhilfe forderten. Die Mehrheit der erweiterten Stawiko ist der Meinung, dass ein Betrag von total 810'000 Franken (die jetzt zur Diskussion stehende Auslandhilfe und die bereits geleistete Soforthilfe) ein adäquates Engagement unseres Kantons darstellt. Zudem muss berücksichtigt werden, dass diese Beträge in den entsprechenden Ländern, bedingt durch den Kaufkraftunterschied, eine wesentlich höhere Kaufkraft entfalten.
4. Die erweiterte Stawiko ist der Meinung, dass der verbleibende Ertragsüberschuss dem freien Eigenkapital zugerechnet werden soll. Wie unsere Ausführungen auf S. 6 unseres Berichts zeigen, macht eine andere Verwendung, beispielsweise als NFA-Reserve, finanztechnisch aus Transparenzgründen keinen Sinn.
5. Die erweiterte Stawiko befürwortet ebenfalls die Bewertungskorrektur in der Höhe von 9,127 Mio. Franken. Die Finanzdirektion hat im Detail über diesen Buchungsfehler informiert. Es handelt sich um keine Ausgabe, die das Finanzvermögen des Kantons reduziert, sondern einzig um eine Umbuchung.
Zusammenfassend beantragen wir, auf die Vorlage einzutreten und allen Anträgen der Regierung zuzustimmen.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AF zur Verwendung des Ertragsüberschusses in vier Punkten Stellung bezieht.
1. Beteiligung der kantonalen Mitarbeitenden am Ertragsüberschuss. Die Alternativen begrüssen es sehr, dass Regierung und Stawiko zur Einsicht gekommen sind, dass den Angestellten der Teuerungsausgleich für 2004 zu bezahlen sei. Dieser wurde ja vom Kantonsrat in der Annahme gestrichen, 2004 schliesse mit einem Defizit ab. Nun haben wir einen Gewinn von 45,5 Mio., und 1,1 bis 1,55 Mio. Franken für den Teuerungsausgleich sind gut investiertes Geld. Der Teuerungsausgleich ist gerechtfertigt. Das Staatspersonal hat mit seinem Know-how und verschiedenen Vorschlägen massgeblich dazu beigetragen, dass fast alle Direktionen unter dem Budget blieben und der Kanton somit einen satten Überschuss erzielte. Es ist darauf hinzuweisen, dass im Speziellen der Personalgesamtaufwand 2004 1,6 Mio. Franken unter dem vom Kantonsrat verabschiedeten Budget lag. Zudem leistet das Staatspersonal anerkanntermassen gute Arbeit bezüglich Qualität, Flexibilität und unbürokratischer Bürgernähe. Das Staatspersonal ist ein grosses Plus für den Standort Zug. Es bewältigt die hohen Anforderungen eines Wachstumskantons – und das ohne überdotiert zu sein. Denn Zugs Verwaltungsgrosse liegt laut Regierung allein schon bezüglich Einwohnerzahl leicht unter dem Schweizer Durchschnitt. Rechnet man die im Schweizer Vergleich bis zu viermal höhere Anzahl Firmen mit ein, die ja auch öffentliche Leistungen in Anspruch nehmen, liegt Zug weit unter dem Schnitt. Helfen Sie mit, dieses Plus, diese wertvolle Ressource Personal dem Kanton zu erhalten. Sagen Sie ebenfalls Ja zum Teuerungsausgleich.
2. In- und Auslandhilfe. Zug ist national und international vernetzt – wirtschaftlich, politisch, kulturell, gesellschaftlich. Um seine eigene Lebensqualität langfristig zu erhalten, muss Zug in all diesen Bereichen vernetzt denken und handeln, und zwar nicht nur in Zug, sondern auch in der Schweiz und weltweit. Dazu gehört aus Sicht der AF die nationale und internationale Solidarität. Ein beträchtlicher Teil des Zuger

Überschusses wurde auch in anderen Kantonen und im Ausland erwirtschaftet. Gerade der Rohstoffhandel hatte laut Auskunft des Finanzdirektors ein gutes Jahr. Darum ist es wichtig, dass wir einen kleinen Teil in Form von In- und Auslandhilfe zurückgeben. SP und Alternative werden darum in der Detailberatung Anträge stellen, dass die In- und Auslandhilfe massvoll aufzustocken sei.
3. Zur Korrekturbuchung gemäss Kapitel 2.4 der Vorlage. Besser einen Fehler spät als nie entdecken. Die AF dankt der Regierung für die offene Informationspolitik und begrüsst, dass der Finanzdirektor Massnahmen eingeleitet hat, um künftige Differenzen zu verhindern. Davon ausgehend, dass diese greifen, stimmt die AF der Verbuchung der Bewertungskorrektur im Umfange von rund 9,1 Mio. Franken zu.
4. Zur Äufnung des freien Eigenkapitals. Wie Regierung und Stawiko begrüsst es die AF, dass der verbleibende Ertragsüberschuss dem freien Eigenkapital zugewiesen wird.
In diesem Sinn plädiert die AF für Eintreten.

Monika **Barmet** kann als Menzinger Kantonsrätin dem Antrag des Regierungsrats, die kantonalen Mitarbeitenden am Ertragsüberschuss zu beteiligen, nicht zustimmen. Vorerst möchte sie erwähnen, dass sie die engagierten Leistungen des Staatspersonals sehr schätzt und sich bei der Budgetdebatte im Dezember 2003 für die Auszahlung der Teuerungszulage auch eingesetzt hat. Ihre Bedenken sind vielmehr damit verbunden, dass nicht alle Gemeinden dem gemeindlichen Lehrpersonal den Ausgleich auszahlen wollen oder können. Im Bericht und Antrag des Regierungsrats heisst es auf S. 4: «Sofern die Einwohnergemeinden ihren Mitarbeitenden auf Grund des Rechnungsergebnisses 2004 ebenfalls analoge Leistungen erbringen». Und dieses Rechnungsergebnis ist eben in Menzingen ein Defizit. Menzingen ist die einzige Gemeinde mit einem Aufwandüberschuss – konkret 711'000 Franken im Jahr 2004 – und kann sich deshalb an einem entsprechenden Teuerungsausgleich beim gemeindlichen Lehrpersonal nicht beteiligen. Wir schaffen somit ungleiche Ausgangslagen in den Gemeinden, und diese werden durch den Kanton ausgelöst. Mit der nachträglichen Auszahlung wird aber auch ein nicht zu unterschätzender administrativer Aufwand ausgelöst. Zudem werden Forderungen auch vom Personal von Organisationen und Betrieben im Kanton Zug gestellt, die sich an der Entlöhnung der kantonalen Verwaltung orientieren. Setzen wir uns für das Staatspersonal ein – aber nicht erst im Nachhinein oder wenn die Rechnung positiv ausfällt! Schaffen wir keine unnötigen Unterschiede in den Gemeinden!

Silvan **Hotz** hält fest, dass die Parlamentarier keine Krösusse sind, welche einfach Geld verteilen können, sondern sie sollten eigentlich nur treuhänderisch für die Zuger Steuerzahler damit umgehen. Das sagte ein Fraktionssprecher anlässlich der Gewinnverteilung 2001. Der Überschuss ist das Resultat erhöhter Steuereinnahmen und muss deshalb auch sparsam verwaltet werden. *Der Votant stellt den Antrag, auf die Vorlage 1335.2 nicht einzutreten.* Es geht um die Beteiligung der kantonalen Mitarbeiter. Begründung: Auch er freut sich über diesen grossen Gewinn, auch wenn er schlussendlich schlechter ausfiel, als zuerst angenommen. Wir haben nicht wie zuerst ausgewiesen 45 Mio. Franken Gewinn erzielt, denn nach Abzug der Bewertungskorrektur, welche in das Jahr 2004 gehört, haben wir noch 36 Mio., welche wir jetzt verwenden können. Solche Gewinne wecken Begehrlichkeiten, auch bei den Linken, nicht wie es Stefan Gisler vorher gesagt hat. Mit dem Vorschlag der Regierung, einen Bonus in der Höhe der nicht gewährten Teuerung auszubezahlen, ist die

Gewerkschaft Gewehr bei Fuss und verlangt eine Nachbesserung des gesamten Teuerungsindexes. Wir haben hier vor einem Monat den Lehrlingen die Fahrspesen gestrichen. Zwei der Hauptbegründungen dieser Vorlage waren der Sparwillen der Regierung und das Ausräumen von Ungerechtigkeiten. Was machen wir jetzt? Zum einen sprechen wir den kantonalen Mitarbeitern, welche im kantonalen Vergleich gute Besoldungsgrundlagen haben, einen zusätzlichen Lohnbetrag von 0,6 % aus. Ein Betrag, mit dem sie nicht gerechnet haben, also ein Bonus. Das machen wir, während wir anderen wenig Verdienenden bestehende Beträge von bis zu 10 % pro Lehrjahr kürzen! Andererseits heben wir Ungerechtigkeiten auf, schaffen aber mit dieser Vorlage neue. Denn die gemeindlichen Lehrpersonen werden nicht überall beteiligt. Beide Ägeri, Menzingen, Walchwil und Hünenberg zahlen keine Mitarbeiter-Beteiligung aus. Das sind fünf von elf Gemeinden! Letztes Mal im Jahr 2001 hatte der Regierungsrat den gemeindlichen Lehrpersonen den vollen Bonus von 650 Franken ausbezahlt, ohne auf die gemeindlichen Angestellten Rücksicht zu nehmen. Können Sie sich noch an die Reaktionen erinnern? Man könnte doch schon meinen, die Regierung hätte daraus gelernt. Soviel zur Gerechtigkeit.
Ein viel gesagtes Argument der Regierung vor allem Silvan Hotz gegenüber ist immer: Auch die Wirtschaft beteiligt Mitarbeiter bei guten Geschäftsjahren am Gewinn. Das stimmt. Aber bei der Wirtschaft liegt der Gewinn hauptsächlich im Geschäftsjahr selbst und besteht nicht aus Nachzahlungen aus Vorjahren. Im Bericht der Stawiko zur Rechnung wird auf einen Mehrertrag von 36 Mio. aus den Vorjahren hingewiesen. Und genau diesen Gewinn können wir jetzt verteilen. Die Stawiko schreibt im Bericht zur Rechnung 2003: «Man muss sich aber bewusst sein, dass das Aufholen der Rückstände bei der Veranlagung einem Auflösen von stillen Reserven entspricht». Kein einziges Unternehmen löst stille Reserven auf, um Mitarbeiter daran zu beteiligen. Woher bekommen die Unternehmer das Geld? Sie müssen es erwirtschaften. Der Markt sagt ihnen, welchen Preis sie für Ihre Produkte verlangen dürfen. Hier beim Staat ist es anders. Er diktiert allen seinen «Kunden» den zu zahlenden Preis. Anders formuliert: Bei einem Geschäft kann ich nein sagen, wenn mir der Preis nicht angemessen ist; versuchen Sie dies mal beim Staat. Etwas anderes macht ein Unternehmen auch nicht. Wir schauen nicht nur einzelne Jahre für sich an. Sondern den ganzen Geschäftsgang rückblickend und vorausschauend. Schauen wir mal etwas rückwärts. 2002 hatten wir nach Reserveentnahme von 46,1 Mio. einen Gewinn von 150'000, also einen kaschierten Verlust von 46 Mio. 2003 hatten wir einen Verlust von 15,5 Mio. Obwohl auch damals durch das Aufarbeiten von rückständigen Veranlagungen 27 Mio. mehr eingenommen wurde. Haben wir da die Mitarbeiter zur Rechenschaft gezogen und ihnen zum Beispiel einen Betrag am 13. Monatslohn abgezogen? Es wurde nur gejammert, dass die Steuererträge infolge Wirtschaftsflaute nicht so gross sind wie angenommen. Und der gesamte Verlust wurde ohne Mitarbeiterbeteiligung in der Bilanz ausgeglichen. Also müssen wir doch auch hier den Gewinn ohne Mitarbeiterbeteiligung wieder in der Bilanz ausgleichen und nicht verteilen.
Und nun vorausschauend. Der Votant erwähnt hier nur die NFA. Sie wird uns weit über 130 Mio. Mehrkosten pro Jahr verursachen. Er weiss nur eines, ein Unternehmen welches zwei Jahre lang Verlust gemacht hat (zusammen 61 Mio. Franken), wird, wenn es geschickt geführt wird, sicher nicht im erstbesten Gewinnjahr die Mitarbeiter derart beteiligen, wie es die Regierung will. Dazu noch eine ganz einfache Milchbüchleinrechung, indem die besagten Jahre gegenübergestellt werden. 61 Mio. Verlust zu 36 Mio. Gewinn. Es resultiert immer noch ein Fehlbetrag von 25. Mio. Nur der Staat kann vom Fehlbetrag noch Boni auszahlen.

Was ist jetzt und heute unsere Aufgabe? Wir sind die Aktionäre des Kantons und müssen heute der Geschäftsleitung, unserem Regierungsrat, sagen, wie er die Geschäfte oder die Finanzen zu verwalten hat. Wir haben vor 1½ Jahren die Teuerung gestrichen, mit dem Wissen, dass wir 61 Mio. im Minus waren. Unsere Geschäftsleitung will jetzt genau unseren Entscheid umstossen und die Teuerung durch einen Bonus doch noch ausbezahlen. Obwohl wie schon gesagt immer noch 25 Mio. in der Kasse fehlen. Deshalb dürfen wir hier nicht überborden. Stimmen Sie dem Nichteintretensantrag zu.

Thomas **Lötscher** hat den Eindruck, dass eine zunehmende Verwirrung über Entlöhnungssysteme entsteht. Wir haben grundsätzlich ein Entlöhnungssystem bei Kanton, das nicht erfolgsabhängig ist. Wir haben dafür eine Koppelung an die Teuerung. Einmal haben wir nun eine Ausnahme gemacht, indem wir die Teuerung strichen. Der Votant hat dem damals auch zugestimmt, und zwar auf Grund von Annahmen in Bezug auf die wirtschaftliche Situation und den Ausblick. Er war damals auch der Meinung, dass wir hier auch von den Mitarbeitern einen gewissen Beitrag verlangen müssen. Das war aber nicht eine Umstellung auf ein erfolgsabhängiges Lohnsystem. Mittlerweilen wissen wir, dass unsere Annahmen bezüglich der Einnahmen falsch waren. Stawiko-Präsident Peter Dür hat erklärt, weshalb diese Annahmen damals plausibel waren. Es ist nun aber anders herausgekommen. Thomas Lötscher möchte hier so konsequent sein wie bei der Hofstrasse. Wenn sich nämlich die Grundlagen eines Entscheids verändert haben, muss man in Gottes Namen darauf zurückkommen. Deshalb ist er der Meinung, dass wir in diesem Fall diese als Bonus bezeichnete Entschädigung auszahlen müssen. Sie ist eigentlich gar keine Bonuszahlung, sondern ein Zurückkommen auf einen Entscheid, der aus heutiger Sicht überholt ist. Der Votant möchte aber damit auch nicht stillschweigend ein Bonussystem einführen, wie das Silvan Hotz behauptet. Es ist eine einmalige Situation und heisst überhaupt nicht, dass wir bei allfälligen späteren Überschüssen wieder Bonuszahlungen ausrichten wollen. Wir werden uns grundsätzlich entscheiden müssen, ob wir ein relativ statisches Entlöhnungssystem mit Lohnklassen und Teuerungsausgleich haben wollen, oder ob wir auf ein Leistungslohnsystem umstellen möchten. Diese grundsätzliche Frage können wir aber nicht anhand dieser Vorlage beantworten. Sie ist die Reaktion auf eine einmalige Situation. Deshalb empfiehlt Thomas Lötscher dem Rat, dem Regierungsantrag zuzustimmen.

Martin **Stuber** weiss als regelmässiger und konzentrierter Leser von «Gewerbe aktuell», dass Silvan Hotz kürzlich eine Rede gehalten hat. Die diesbezüglich Überschrift in «Gewerbe aktuell» lautete sinngemäss: «Die Sparwut des Staates bedroht das Zuger Gewerbe». Und jetzt steht Silvan Hotz vor dem Rat und versucht ihn zu überzeugen, dass man den Teuerungsausgleich nicht gewähren soll. Das passt absolut nicht zusammen. Wenn wir die Wirtschaft anschauen, woran krankt sie in der Schweiz seit Jahren? Es ist der Konsum. Die Schweiz leidet seit Jahren an einer sehr schlechten Konsumentenstimmung. Die Leute geben ihr Geld nicht aus, und wir haben eine unglaublich hohe Sparquote. Wenn heute der Kantonsrat das Signal nach aussen gibt, dass er einen Super-Überschuss erzielt und nicht einmal den Teuerungsausgleich gewährt, was heisst das für die Konsumentenstimmung im Kanton? – Und noch eine Schlussbemerkung: Martin Stuber versteht sich nicht als Aktionär dieses Staates. Wenn schon, sind es die Steuerzahlerinnen und -zahler des Kan-

tons. Wir wären eher der Verwaltungsrat, und auf der Regierungsbank sitzt das Management.

Finanzdirektor Peter **Hegglin**: Wenn es jeweils nicht darauf ankommt, loben wir den Föderalismus und die Gemeindeautonomie; umso mehr, wenn es zu einem Vorteil in der jeweiligen Gemeinde kommt. Und es gibt Unterschiede von Gemeinde zu Gemeinde. Unter anderem ist auch die Festsetzung von Feier- und Freitagen nicht in jeder Gemeinde gleich. Wenn jetzt gesagt wird, man mache etwas, woran nicht alle Gemeinden teilhaben könnten, so ist es nicht der Kanton gewesen, der die ersten Leistungen beschlossen hat. Es gibt Gemeinden, die schon vorher beschlossen, ihre Angestellten z.B. in Form von Reka-Checks am Ergebnis zu beteiligen. Wenn Peter Hegglin zurück blickt auf damals, als wir den Teuerungsentscheid machten, so war die Teuerung ja eingestellt. Wir hatten sie vorgesehen und nach den Korrekturen und dem erwarteten Defizit hat man sie gestrichen. Das Resultat ist heute anders. Es ist deshalb notwendig, darauf zurückzukommen und die Teuerung zu gewähren. Insbesondere auch deshalb, wenn man betrachtet, wie man mit dem Personal im laufenden Jahr umgegangen ist. Da sind wir ja auf Grund der scharfen Budgetrestriktionen soweit gegangen, dass wir die Beförderungssumme für das Jahr 2005 nur zur Hälfte gewährt haben im Vergleich zum Vorjahr. Und die Teuerung ist aktuell zu rund 1,2 % nicht ausgeglichen. Und wenn der Rat diese 0,6 % nicht bewilligt, hat der Finanzdirektor schon langsam Mühe, dem Personal nur immer in Form von Lobesworten für die Leistungen und Mehrleistungen zu danken. Es ist absolut gerechtfertigt, wenn der Rat diesen Beitrag an das Personal gewährt.
Zum Schluss noch etwas zur Rechnung von Silvan Hotz. Er hat mit Reserveeinnahmen und -entnahmen gerechnet, und dass man ein viel grösseres Defizit habe. Dazu ist zu sagen, dass das eine Verbuchungspraxis ist, die zu dieser Verwirrung beiträgt. Es ist immer so gewesen, dass das Vorjahresergebnis über die laufende Rechnung des folgenden Jahres verbucht wurde, auf der Einnahmens- und Ausgabenseite und anschliessend in der Bilanz. Das hat in den vergangenen Jahren mehrfach zur Verwirrung beigetragen. Peter Hegglin hat das abgeklemmt und der Ertragsüberschuss vom letzten Jahr wird in diesem Jahr nicht mehr über die laufende Rechnung verbucht, damit diese Missverständnisse nicht mehr entstehen. Es wird direkt in der Bilanz korrigiert. Das Ergebnis ist also nicht so schlecht, wie Silvan Hotz gesagt hat.

Felix **Häcki** möchte nur noch etwas klar stellen. Es ist jetzt immer vom Teuerungsausgleich die Rede gewesen. Wir haben aber letztes Jahr nicht die Teuerung gestrichen. Wir wollten die Beförderungszulage streichen und das konnten wir nicht. Stattdessen blieb uns dann nichts anderes übrig, als bei der Teuerung anzusetzen. Bei uns werden die Leute nur zustimmen, wenn es einmalige Leistung ist und nicht ein Teuerungsausgleich.

➔ Der Rat lehnt den Nichteintretensantrag für die Vorlage Nr. 1335.2 – 11723 mit 52 : 13 Stimmen ab.

Das EINTRETEN auf die anderen Vorlagen bezüglich Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2004 ist unbestritten.

DETAILBERATUNG *der Vorlage Nr. 1335.2 – 11723 (Beteiligung der kantonalen Mitarbeitenden am Ertragsüberschuss)*

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1335.6 – 11782 enthalten.

DETAILBERATUNG *der Vorlage Nr. 1335.3 – 11724 (freundeidgenössische Hilfeleistung aus dem Ertragsüberschuss)*

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier gemäss Geschäftsordnung nur eine einzige Lesung stattfindet, weil der Betrag unter 500'000 Franken liegt.

§ 1

Stefan **Gisler** möchte sich zuerst bedanken bei der Regierung für ihre beiden KRB-Vorschläge zur In- und Auslandhilfe – es ist wichtig, dass Zug Zeichen der nationalen und internationalen Solidarität setzt. SP und Alternative sähen es allerdings gerne, wenn etwas mehr Hilfe geleistet würde. Darum stellen wir an dieser Stelle zwei Anträge:

– *Die Inlandhilfe soll um 200'000 Franken aufgestockt werden.*
– *Die Auslandhilfe soll um 240'000 Franken aufgestockt werden.*

Voraus einen Vergleich. Die Stadt Zug hatte einen Ertragsüberschuss von 10,4 Mio. Franken. Daraus hat sie für die In-und Auslandhilfe eine halbe Million Franken gesprochen. Der Kanton Zug hatte einen Ertragsüberschuss von 45,5 Mio. und will nun gerade mal 560'000 Franken sprechen. Wollte der Kanton mit der Stadt gleichziehen, würde er Hilfe im Umfang von über 2 Mio. sprechen. SP und Alternative sind moderat und beantragen eine Aufstockung, durch welche der Kanton Hilfe im Wert von einer Million Franken leistet. Das wären nicht mal 0,1 Prozent des Kantonsumsatzes von gut über einer Milliarde Franken. Zug gibt sich weltoffen. Diese Aufstockung würde unserem national und international vielfältig vernetzten Kanton gut anstehen. Und solche konkrete Taten verhelfen Zug auch zu einem positiven Image – woran uns allen ja gelegen ist.
Zur Inlandhilfe. Als Zugerinnen und Zuger sind wir Teil der Gemeinschaft Schweiz. Als finanziell gesunder Kanton ist es angemessen, finanziell schwächeren Gemeinden – gerade in Berggebieten – freundeidgenössische Hilfe zukommen zu lassen.
Zur Auslandhilfe. Armut ist das grösste Problem unserer Zeit. Die Folgen von Armut in Entwicklungsländern sind Hunger und Krankheit. Die Betroffenen haben keinen Zugang zu Trinkwasser, medizinischer Versorgung und Bildung. Über eine Milliarde Menschen sind so arm, dass ihr Leben in Gefahr ist. Acht Millionen Menschen sterben jährlich, weil sie zu arm zum Überleben sind. Im Rahmen der Seebeben-Debatte im Januar ersuchte die FDP-Fraktionschefin die Regierung darum auch zu Recht, andere Projekte zu prüfen, die «nicht so stark in den Medien präsent gewesen sind, die weniger Spendengelder erhalten haben und benachteiligt sind». Tatsächlich finden auch SP und Alternative, dass sich der Kanton Zug für langfristige Entwicklungsprojekte einsetzen soll. Das hat die Regierung gemacht und den Fokus auf Bildungsprojekte für Kinder und Frauen gelegt. Dies ist tatsächlich einer der besten Wege zur Armutsbekämpfung. Aber wir sind der Ansicht, dass der Gesamtbetrag für

die langfristige Entwicklungshilfe gleich gross sein soll wie die für das Seebeben – nämlich 500'000 Franken, so dass es eben zu keiner Benachteiligung medial nicht beachteter Gebiete kommt.
Wieso schlägt der Votant dem Rat keine konkreten Projekte vor? SP und Alternative sind der Meinung, die Regierung solle nach eingehender Prüfung in eigenem Ermessen entscheiden, welchen Projekten sie das Geld gibt. Es ist nämlich fragwürdig, dass wir sowohl in der Stawiko wie auch im Kantonsrat einen Bazar mit verschiedensten Projekten verschiedenster Hilfswerke und verschiedenster Gemeinden eröffnen. Diese Argumentation benutzte übrigens auch der Präsident der Stadtzuger Geschäftsprüfungskommission, FDP-Gemeinderat Ivo Romer, als er empfahl, Geld für die Hilfe zu sprechen und dann der Stadtregierung das Ermessen über die Projektwahl zu überlassen. Wir sind überzeugt, dass auch die Kantonsregierung diesen Auftrag zur Projektwahl gewissenhaft ausführt.

*Die **Vorsitzende** begrüsst die Mitglieder des Büros des Grossen Rates des Kantons Aargau, welche den Rest der Vormittagssitzung verfolgen und dann zusammen mit dem Kantonsrat das Mittagessen einnehmen werden.*

Die Kantonsratspräsidentin hält fest, dass der Wortlaut des Antrags von AF und SP lautet:

Die Vorlage ist zu ergänzen mit dem Alinea
- für weiter Projekte im Ermessen des Regierungsrats Fr. 200'000.–

➔ Der Antrag wird mit 56 : 15 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 68 : 1 Stimmen zu.

DETAILBERATUNG *der Vorlage Nr. 1335.4 – 11725 (Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss)*

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auch hier nur eine einzige Lesung stattfindet, weil der Betrag unter 500'000 Franken liegt.

§ 1

Die **Vorsitzende** hält fest, dass der Wortlaut des Antrags von AF und SP lautet:

Die Vorlage ist zu ergänzen mit dem Alinea
- für weitere Projekte im Ermessen des Regierungsrats für die langfristige Entwicklungshilfe im Bereich Bildung für Frauen und Kinder Fr. 240'000.–.

➔ Der Antrag wird mit 55 : 16 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 66 : 2 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass noch der Antrag des Regierungsrats über die *Verbuchung der Bewertungskorrektur* von Fr. 9'137'449.25 vorliegt (siehe Vorlage Nr. 1335.1 – 11722, S. 17, Ziff. 4.1, viertes Alinea).

➔ Der Rat ist einverstanden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ausserdem der Antrag des Regierungsrats über die Äufnung freies Eigenkapital mit Fr. 34'300'201.60 vorliegt (siehe Vorlage Nr. 1335.1 – 11722, S. 17, Ziff. 4.1, fünftes Alinea).

➔ Der Rat ist einverstanden.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Äufnung des freien Eigenkapitals im erwähnten Betrag unter dem Vorbehalt erfolgt, dass der Rat in der zweiten Lesung dem KRB betreffend Beteiligung der kantonalen Mitarbeitenden unverändert zustimmt. Sollten sich Abweichungen zum Ergebnis erster Lesung ergeben, würde sich der Betrag entsprechend ändern.

646 RECHENSCHAFTSBERICHT DES REGIERUNGSRATS FÜR DAS JAHR 2004

Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1344.1 – 11751).

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Baudirektion

Jean-Pierre **Prodolliet** hat eine Frage, die sich auf S. 305 bezieht. Ganz unten heisst es dort: «Verkauf von Liegenschaften: Der Verkauf der Liegenschaften Birkenstrasse 4 in Rotkreuz, Blickensdorferstrasse 21 in Baar und Morgartenstrasse 4 in Oberägeri ist weiterhin pendent.» Offensichtlich ist also die Baudirektion daran, Liegenschaften zu verkaufen. Das sind Wohnungen. Der Votant hat sich beim Hochbauamt erkundigt, und der Kanton hat ein Eigentum von insgesamt 35 Wohnungen. Davon gehören etwa sieben zu Schulen oder sind in Verbindung mit kantonalen Aufgaben. Die übrigen 27 nicht. Warum sollen diese drei Liegenschaften nun verkauft werden? Ist es generell Zielsetzung des Regierungsrats, Wohnungen zu veräussern?

Hans-Beat **Uttinger** bejaht das. Sofern die Wohnungen im Finanzvermögen sind und nicht als Realersatz dienen könnten.

Sicherheitsdirektion

Thomas **Lötscher** hat schon einmal in diesem Rat anlässlich der Diskussion des damaligen Rechenschaftsberichts auf den hohen Anteil von Ausländern an den ermittelten Straftätern hingewiesen. Es ging ihm darum, dass wir erkennen, dass gewisse diffuse Ängste in der Bevölkerung durchaus einen realen Hintergrund haben. Ferner ist die Politik gefordert, die Probleme Ausländerkriminalität und Sozialmissbrauch anzupacken, zum Schutz der einheimischen Bevölkerung, aber auch jener Mehrheit von Ausländern, die sich bei uns korrekt aufführen und unter den Fehltritten ihrer Landsleute leiden. Unsere Aufgabe ist es, Ängsten der Bevölkerung Beachtung zu schenken, sie abzubauen oder es zumindest zu versuchen. Denn Angst ist ein schlechter Ratgeber – auch bei politischen Entscheidungen –, und sie wird leider vermehrt in Abstimmungskämpfen missbraucht. Gerade für den Kanton Zug, der von engen Verbindungen zum Ausland und damit zu Ausländern lebt, können solche Entwicklungen verheerende Folgen zeitigen. Der erste Schritt zu Lösung des Problems ist sicher die Kenntnis seiner Dimension. In diesem Zusammenhang ist die Aufstellung im Rechenschaftsbericht auf S. 355 auch sinnvoll. Und der Sicherheitsdirektor kündigte damals an, es würde zukünftig auch bei den jugendlichen Straftätern zwischen Ausländern und Schweizern unterschieden. Ein verwaltungsinterner Lapsus hat nun offensichtlich dazu geführt, dass dies ausblieb. Wo gearbeitet wird, unterlaufen zuweilen auch Fehler, und in diesem Fall kann man sicher nicht von einem gravierenden sprechen. Den Votanten hat aber gefreut, dass auf seinen Input hin der Sicherheitsdirektor persönlich und schnell der Sache nachgegangen ist und einerseits versprochen hat, dass es nächstes Jahre klappt, und anderseits die aktuellen Zahlen nachgereicht hat. Sie wurden dem Rat eben ausgeteilt. Die Art, wie ein Fehler sofort eingestanden und ebenso schnell korrigiert wurde, wie Sachkritik konstruktiv angenommen wurde, zeugt von einer professionellen Arbeitsweise, wie man sie erfreulicherweise bei den meisten Direktionsvorstehern beobachten kann. Stellvertretend möchte Thomas Lötscher dem Sicherheitsdirektor dafür danken.
Ein Punkt bei der Sicherheitsdirektion warf beim Votanten noch Fragen auf. Auf S. 388 ff. stehen im Rahmen des Bauprojekts Bostadel Aussagen wie: «Aus zum Teil nur schwer nachvollziehbaren Gründen verliefen die Arbeiten schleppend.» Oder: «Leider stürzte das Gerüst unter dem neu betonierten Vordach ein.» Solche Formulierungen lassen Zweifel an der Kompetenz der Bauleitung aufkommen. Sind sie berechtigt? Wurden allenfalls auch Massnahmen ergriffen? Welche Mehrkosten fielen deswegen für den Kanton an?

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** ist eigentlich der falsche Mann, um hier Auskunft zu geben, wenn er das Inserat der SVP richtig verstanden hat, dass es den Sicherheitsdirektor nicht braucht, wenn es einen guten Polizeikommandanten gibt. Solange diese Änderung aber noch nicht in Kraft ist, gilt weiterhin der Primat der Politik über die Verwaltung. Wie Sie an den Fragen gesehen hat, gibt es in der Sicherheitsdirektion noch andere Ämter ausser der Zuger Polizei. Und Thomas Lötscher hat es richtig gesagt: Auch im Bereich der Verwaltung ist es Aufgabe der Politik, Tendenzen frühzeitig zu erkennen und politische Massnahmen zu treffen, z.B. in Bezug auf die Ausländerkriminalität. Dort ist es ja so, dass diese prozentual überdurchschnittlich hoch ist. Man muss dabei aber auch berücksichtigen, dass natürlich der Anteil der Ausländer, die kriminell sind, – und der Sicherheitsdirektor benutzt jetzt bewusst nur die männliche Form –, überdurchschnittlich ist, weil der Anteil derjenigen Gruppe, die ganz generell am häufigsten kriminell wird, nämlich der 18- bis 39-

Jährigen, bei den Männern aus dem Ausland überdurchschnittlich hoch ist. Das ergibt natürlich dann auch einen höheren Durchschnitt bei der Ausländerkriminalität. Hanspeter Uster ist vom Standesweibel auch noch darauf aufmerksam gemacht wurden, er habe von einem Kantonsrat gehört, dass bei den nachgelieferten Zahlen auf der ersten Zeile bei den 74 Schweizern das nächste Mal noch gesagt werden soll, wann die 74 Schweizer eingebürgert worden sind. Der Votant bittet Peter Rust, mit diesem unbekannten Inputgeber zu sprechen im Zusammenhang mit dem Detaillierungsgrad des Rechenschaftsberichts.
Zum Bostadel. Dort ist es so, dass der Generalunternehmer offenbar am Anfang angesichts der nicht sehr hohen Bausumme die Komplexität eines Gefängnisbaus unterschätzt hat. Hier wurden aber Gespräche geführt und dabei konnte das korrigiert werden. Das Verwaltungsgebäude, die Produktionsräume konnten inzwischen bezogen werden. Auch der grösste Teil der Mauer steht, und dort wo die neue noch nicht steht, ist selbstverständlich noch die alte. Die Sicherheitsabteilung wird voraussichtlich im ersten Quartal 2006 eröffnet werden können. Bei den Bruttokosten sind wir im Plan. Hier haben wir eine scharfe Kostenkontrolle. Und bei den Nettokosten können wir entgegen der Vorlage noch mit rund einer Million Franken aus dem Fonds des Strafvollzugkonkordats rechnen, weshalb sich diese also gesamthaft tiefer präsentieren werden.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht und dankt dem Regierungsrat und dem Personal des Kantons einschliesslich der Lehrerschaft für die im Berichtsjahr erbrachten Leistungen.

647 ZWISCHENBERICHT DES REGIERUNGSRATS ZU DEN PER ENDE MÄRZ 2005 ZUR BERICHTERSTATTUNG FÄLLIGEN PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1329.1 – 11701) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1344.1 – 11751).

EINTRETEN ist unbestritten.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass im Zwischenbericht eine SP-Motion zur Bekanntgabe des Abstimmungsverhältnisses bei Gerichtsentscheiden vom 28. Juni 1990 aufgeführt ist. Vor zwei Tagen konnte diese Motion also den 15. Geburtstag feiern. Vierzehn Jahre davon hat der Regierungsrat gebraucht, um zu merken, dass er gar nicht zuständig ist. Glücklich hat er die Motion aus einer sehr tiefen Schublade weiter schieben können. Offenbar ist sie nun in einer tiefen Schublade der Gerichte gelandet. Die Bekanntgabe des Abstimmungsverhältnisses bei Gerichtsentscheiden wird von verschiedenen Gerichten praktiziert. Beispielsweise kann man der Bundesgerichts-Berichterstattung entnehmen, was der Referent gesagt hat, was der Koreferent usw. Es handelt sich um einen politischen Entscheid, ob man dies will oder nicht will. Materiell ist die Bearbeitung dieses Anliegens sehr einfach. Wir erwarten deshalb, dass die Gerichte, die jetzt für diese Motion zuständig sind, bis Ende Jahr eine entsprechende Vorlage bringen. Das sollte problemlos möglich sein.

Peter **Rust** meint, das Parlament habe ein gewisses Verständnis, wenn bei komplexen Vorstössen die betroffene Direktion die vorgegebenen Fristen für die Behandlung und Berichterstattung nicht bei allen Geschäften einhalten kann. Eine jahrelange Verschleppung von Vorlagen kann aber nicht mehr hingenommen werden. Im Zwischenbericht gibt es zwei verschleppte, beinahe prähistorische Vorstösse. Den ersten hat vorher Eusebius Spescha angesprochen. Die einlässlich Darlegung des Regierungsrats vom 4. Mai 2004, die Sicherheitsdirektion habe ein Kuckucksei im Nest entdeckt, ist an sich schon peinlich. Interessanter wäre es zu wissen, was der Sicherheitsdirektor mit dem Ei während der 10-jährigen Brutzeit gemacht hat. Falls die Berichterstattung in ähnlichen Zeitabständen verläuft, sucht der Kantonsrat die Vorlage dereinst am ehesten im Rechenschaftsbericht archäologische Funde bei Stefan Hochuli. – Der zweite prähistorische Vorstoss ist die Motion Rolf Schweiger betreffend Erleichterung für Halter von Motorfahrzeugen mit elektrischem Antrieb. Für dieses Geschäft hat uns der Sicherheitsdirektor den Bericht vor den Sommerferien in Aussicht gestellt. Nach dem Zeitverständnis des Votanten müsste der Rat heute im Besitz der regierungsrätlichen Unterlagen sein. Er nimmt an, der Sicherheitsdirektor geht nicht in die Ferien, ohne sein Versprechen einzulösen. – Dann die Motion der CVP-Fraktion betreffend bessere Zusammenarbeit im Sozialbereich, welche die Direktion des Innern betrifft. In Berücksichtigung der gegebenen Umstände beim Direktionspersonal ist die CVP-Fraktion bereit, eine Fristverlängerung um etwa ein halbes Jahr zu gewähren. Ist die DI bereit, bis zum Januar 2006 Bericht und Antrag an den Kantonsrat zu erstatten?

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** entschuldigt sich wie schon letztes Jahr für die wirklich viel zu lange Bearbeitungsdauer der Motion der SP-Fraktion, die allerdings doch nicht so einfach ist, wie das Eusebius Spescha vermutet. Es geht bei dieser Frage nämlich nicht nur um die Bekanntgabe des Abstimmungsverhältnisses. Sondern eng damit verknüpft ist auch, inwieweit abweichende Meinungen dann auch publiziert werden. Aber es gibt nichts zu diskutieren: Das ging viel zu lang und der Votant hat das letzte Jahr im Stawiko-Bericht schon vom Unmut Kenntnis genommen, jetzt kommt der Unmut erneut. Das tut dem Sicherheitsdirektor wirklich leid und er hofft, dass sich das nicht mehr wiederholt. – Bei der Motion Rolf Schweiger haben wir das Ziel, sie zusammen mit der Vorlage für ein neues Motorfahrzeugsteuer-Gesetz zu verabschieden. Der Regierungsrat hat vor den Sommerferien noch zwei Sitzungen. Deshalb auch diese Wortwahl, vorausgesetzt, er kann das Gesetz an einer dieser Sitzungen verabschieden. Auch hier haben sich grundsätzliche Fragen gestellt, aber Hanspeter Uster muss sich auch hier entschuldigen für die lange Bearbeitungsdauer.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, nimmt Stellung zur Frage von Peter Rust betreffend der CVP-Motion. Die Finanzdirektion hat in Zusammenarbeit mit der DI eine Umfrage gestartet hat, um in diesem Bereich eine Auslegeordnung zu erstellen. Der nächste Schritt ist die Auswertung dieser Umfragen. Es besteht ein enger Zusammenhang mit dem Sozialhilfegesetz. Dieses wird den Betroffenen nächstens zur Vernehmlassung gegeben. Parallel dazu wollen wir die Motionsantwort vorbereiten, und wir beabsichtigen, Sozialhilfegesetz und Motionsbeantwortung zusammen dem KR bis Januar 2006 vorzulegen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich hier um formelle Fristerstreckungsgesuche gemäss § 39 Abs. 2 und § 40 der Geschäftsordnung des Kantonsrats handelt. Stellt jemand aus dem Rat den Antrag, für ein bestimmtes Geschäft das Fristerstreckungsgesuch um ein Jahr nicht zu bewilligen? – Das ist nicht der Fall.

➔ Der Rat genehmigt den Zwischenbericht und stimmt allen Fristerstreckungsgesuchen um ein Jahr zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Stawiko zwei Verfeinerungen der Zwischenberichte anregt. – Der Regierungsrat ist damit einverstanden.

648 RECHENSCHAFTSBERICHT DES VERWALTUNGSGERICHTS ÜBER DIE JAHRE 2003 UND 2004

Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1343.1 – 11750).

EINTRETEN ist unbestritten.

Othmar **Birri,** Präsident der Justizprüfungskommission, hält fest, dass es in der zweijährigen Berichtsperiode am Verwaltungsgericht einen neuen Präsidenten und neue Richter gegeben hat. Sie haben sich sehr gut auf die neue Situation eingestellt, wie Sie dem Rechenschaftsbericht entnehmen können. Das Verwaltungsgericht operiert sehr gut, effizient und schnell, es setzt die die Ersatzrichter gut ein, das Personal ist motiviert. Man sieht es am Resultat: Sie können die Pendenzen halten, die Neueingänge schwanken von der einen Abteilung in die andere. Grosso modo kann man sagen, dass das Gericht ein Bravo verdient und uns bei unseren Besuchen immer Freude macht. Wir können es nur alle zwei Jahre loben. Die JPK hat im Einverständnis mit dem Verwaltungsgerichtspräsidenten beschlossen, dass wir das Gericht jeweils auch im Zwischenjahr besuchen. – Der Votant bittet den Rat, in diesem Sinn vom Bericht und Antrag Kenntnis zu nehmen, dem Gericht das Vertrauen auszusprechen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiten zu danken.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts für die Jahre 2003 und 2004 und spricht den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeitenden den besten Dank für die erbrachten Leistungen aus.

649 GESETZ ÜBER DIE FAMILIENERGÄNZENDE KINDERBETREUUNG (KINDERBETREUUNGSGESETZ)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1266.1/.2 – 11561/62), der Kommission (Nrn. 1266.3/.4 – 11718/19) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1266.5 – 11745).

Thomas **Brändle**, Präsident der vorberatenden Kommission, bedankt sich zuerst bei den Kommissionsmitgliedern und den zuständigen Mitarbeitern der Direktion des Innern für die kompetente, engagierte und konstruktive Zusammenarbeit bei diesem komplexen gesellschaftspolitischen Thema. Das tut er umso lieber, als er kaum auf Grund seiner überragenden Sachkenntnisse Kommissionspräsident geworden ist, sondern vielmehr, weil er im Vorfeld an diversen Veranstaltungen zum Thema «Standortfaktor Familienfreundlichkeit» der einzige männliche Kantonsrat war.
Die grosse Mehrheit ist sich sicherlich darüber einig, dass die traditionelle Familie, welche mit dem Gehalt eines Elternteils gut über die Runden kommt, dem nach wie vor anzustrebenden Idealbild entspricht. Auch die Vorstellung, dass sich Verwandte und Nachbarn gelegentlich um den Nachwuchs kümmern, ist Ausdruck einer natürlichen Solidarität einer sich kümmernden Gesellschaft. Wir wissen aber auch, dass die traditionelle Familie aus unterschiedlichsten Gründen, über die wir auch heute endlos debattieren könnten, zwar keine Konkurrenz, aber immerhin Alternativen – teils unerwünschte, teils vielleicht sogar erwünschte – bekommen hat. Familie ist heute auch das blosse Zusammenleben unterschiedlichster Konstellationen sich liebender oder zumindest sich um einander kümmernder Menschen geworden. Das mögen die einen Bedauern, andere als Bereicherung begrüssen. Fakt ist aber, dass beispielsweise die Anforderungen der Wirtschaft und der Konsumenten an Flexibilität, Mobilität und Weiterbildung der arbeitenden Menschen in den letzten Jahren stark angestiegen sind, ebenso die wertvollen beruflichen Qualifikationen der Frauen und leider auch die Scheidungsraten – sogar hier befindet sich unser Kanton in den Spitzenrängen. Das alles konnte natürlich nicht ohne gesellschaftliche Konsequenzen bleiben.
An den Veranstaltungen zum Thema familienergänzende Kinderbetreuung hat man Redner und Rednerinnen vermisst, deren Familien aus wirtschaftlichen Gründen durch zwei Einkommen finanziert werden müssen. Ob deren Abwesenheit auf Scham, Zeitnot oder Desinteresse gründet, ist schwierig zu beurteilen. Eltern, die zu 100 Prozent arbeiten und trotzdem keine grossen Sprünge machen oder nur schwerlich das soziale Umfeld pflegen können, gibt es aber auch in unserem Kanton immer mehr. Manche Eltern sind auch einfach überfordert, und gerade Kinderbetreuungsstätten geben ihren Kindern nötige Strukturen. Gerne wird angeführt, dass sich diese beruflich besser qualifizieren könnten, um zu einem höheren Einkommen zu gelangen. Dieser Begründung ist bei näherer Betrachtung wenig Substanz abzugewinnen. Auf das Gehalt bezogen ist schwer einzusehen, weshalb beispielsweise ein Regierungsrat höher qualifiziert ist als beispielsweise ein Landwirt. Beide nehmen in unserer Gesellschaft wichtige Funktionen wahr – wie übrigens die meisten anderen Beruf auch. Wir könnten nach dieser Logik also alle Regierungsräte werden und uns so jede Art von familienergänzenden Betreuungsmodellen leisten, nur würden wir ohne Bauern möglicherweise verhungern. Aus eigener Erfahrung weiss Thomas Brändle, dass viele KMU-Unternehmer ihren etwas grösseren Lohn vor allem durch das unternehmerische Risiko begründen und nicht durch ihre Funktion im Betrieb. Überschüsse werden richtigerweise wieder ins eigene Geschäft investiert, zumindest so

lange es sich rechnet. Erst wenn sie nicht mehr an die eigene Firma glauben, steigen die Bezüge und werden woanders investiert. – Das ist übrigens kein Plädoyer für fünf Regierungsräte oder deren tiefere Entlöhnung, sondern nur eine mögliche Betrachtungsweise zum Thema berufliche Qualifikationen. Dennoch: Eine einigermassen verhältnismässige Einkommensverteilung wäre nicht nur von Vorteil für das Wachstum im Binnenmarkt, sondern auch sinnvoll gegen die zunehmende Verschuldung privater Haushalte und letztlich auch gegen die zunehmenden, oft auch gerechtfertigten Reparaturansprüche an den Staat, der wieder richten muss, was der vermeintlich selbst regulierende Markt offenbar doch nicht so richtig hinkriegt. Ebenso kann aber der Standpunkt einer flächendeckend auf hohem Niveau normierten familienergänzenden Kinderbetreuung kein Ziel sein, was die Kommission deutlich zum Ausdruck gebracht hat und wohl auch die Wertevorstellung der Bevölkerung widerspiegelt. Das trotz dieser beiden vielleicht wünschbaren, aber realitätsfernen Extremstandpunkte ein Eintreten und immerhin ein Fördergesetz möglich geworden ist, muss als Erfolg gewertet werden, zu welchem nicht der Kommissionspräsident, sondern vor allem die gesprächsbereiten Kommissionsmitglieder beigetragen haben.

Manche werden heute sagen, dieses Gesetz komme ohnehin zu spät. Der Votant hat nach bald dreijähriger Ratszugehörigkeit den Eindruck, dass Politik tendenziell ein zu spät Kommen ist. Die visionäre, gestaltende Politik hingeben erlebt wenige Highlights und erntet oft nur ein müdes Lächeln. Andere führen gar über mehrere, unterschiedlichste Volkswirtschaften hinweg eine gemeinsame Währung ein und erst Jahre später folgt die dazugehörige Verfassung. Das ist dann ein wirklich fulminantes zu spät Kommen. Einige Rednerinnen und Redner werden sagen, dieses Fördergesetz habe keine Zähne, sei also nutzlos. Dieses Gesetz ist aber nicht nur ein politisches Bekenntnis zur Familie und zu Kindern, sondern auch die Aufforderung an die Gemeinden, die vielseitig, also sozial-, gesellschafts-, wirtschaftlich- und arbeitsmarktpolitische in mehreren Studien nachgewiesene Notwendigkeit und Nützlichkeit der familienergänzenden Kinderbetreuung weiterhin voranzutreiben und die Autonomie in der Gestaltung der Angebote zu nutzen, so wie es die Gemeinde Risch unter Hans-Peter Fähndrich und mittlerweile die meisten Gemeinden mit geradezu unternehmerischem Weitblick getan haben. Von der bereits bewilligten 50-Prozent-Stelle erwarten wir unter anderem eine engagierte Unterstützung der Gemeinden und den aktiven Kontakt zur Wirtschaft, zu den Unternehmen und zur Sozialvorsteherkonferenz, damit die Kommission dem einzigen Änderungsantrag der Stawiko unter § 3, Absatz 1, Bst. b (ermittelt periodisch den Bedarf an Einrichtungen) zustimmen kann. Aufgrund einer per E-Mail-Umfrage zustande gekommenen, komfortablen Mehrheit bei vier Enthaltungen *zieht die Kommission den Antrag auf Streichung hiermit zurück*.

Da der Kommissionspräsident davon ausgeht, dass der Rat alle Vorlagen jeweils aufmerksam durchliest, hat er sich überlegt, wie er dieses Votum beenden soll, ohne den Rat mit schon Gelesenem zu langweilen. Da kam ihm das aktuelle Magazin «Der Spiegel» in die Finger. Die Titelgeschichte heisst «Die veruntreute Zukunft». Mit anderen Worten: Wir haben das Büffet leer gefressen und nun muss noch jemand die Rechnung bezahlen. Jedes Neugeborene in der Schweiz kann sich gleich mit 30'000 Franken an der Staatsverschuldung beteiligen – eine teure Einbürgerung, zumal man sich den Bürgerort noch nicht einmal aussuchen kann. Dass die Aussicht unseres Nachwuchses auf eine Lehrstelle zunehmend schwieriger wird, auf Grund der demografischen Entwicklung vielleicht bald bis 80 gearbeitet werden muss, obwohl man ab 40 für die derzeitige Wirtschaftswelt bereits zu alt oder zu teuer ist, man allenfalls nur dank Frühchinesisch in einer wirtschaftlichen Boomregion unterkommen kann und das Kinderhaben erwiesenermassen das Armutsrisiko erhöht,

macht die Freude auf die Zukunft eher schwierig. Springen Sie also über ihren Schatten, beweisen Sie heute ihren ökonomischen Weitblick statt betriebwirtschaftliche Kurzsicht. Alle Kinder sind unsere Kinder. Vor allem wenn sie mal Ihre Rente finanzieren sollen.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** verweist auf den Bericht.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** dankt dem Kommissionspräsidenten für seine Arbeit und den Bericht, und sie schliesst sich ihm bei vielen in seinem Votum erwähnten Punkten an. Die meisten waren sich in der Kommission darüber einig, dass Angebote im Bereich familienergänzende Kinderbetreuung für eine Gemeinde ein wichtiger Standortsfaktor sind. Viele Gemeinden im Kanton Zug haben dies realisiert und in den letzten Jahren vermehrt Anstrengungen unternommen, um das Netz familienergänzender Kinderbetreuung auf- und/oder auszubauen. Solche Angebote sind ein Muss für den Wirtschaftsstandort Zug. Weiter waren wir uns grossmehrheitlich einig, dass von familienergänzender Kinderbetreuung alle profitieren:

1. Die Kinder selbst (Sozialkompetenz, Chancengleichheit, Integration).
2. Die Erziehungspersonen (Beruf und Familie lassen sich vereinbaren, Kontakte zu anderen Eltern finden statt, Erziehungsfragen werden diskutiert).
3. Der Staat (laut Studie des Sozialdepartements der Stadt Zürich bewirkte 2001 jeder in familienergänzende Kinderbetreuung investierte Franken drei bis vier Franken Steuereinnahmen; es kommt also zu höheren Steuereinnahmen, Einsparungen im Bereich Sozialhilfe und geringeren Ausgaben für Integration und Sonderausbildung).
4. Die Wirtschaft (indem berufstätige Frauen und Männer, die Eltern werden, nicht aus dem Erwerbsprozess ausscheiden).

Aus diesen Überlegungen heraus ist eine gesetzliche Regelung für die familienergänzende Kinderbetreuung notwendig. Der vorliegende Gesetzesentwurf entspricht bezüglich Qualitätssicherung und Koordination durch den Kanton den Anliegen der AF. Qualitätskriterien sind nötig, wie sie z.B. in der Wirtschaft längst existieren. Es ist zudem nötig, den Bedarf an familienergänzender Kinderbetreuung an zentraler Stelle statistisch zu erheben, damit die Angebote bedarfsgerecht gesteuert werden können. Im Weiteren sind möglichst einheitliche Tarife gefragt; es kann ja nicht sein, dass in Zug Eltern 100 Franken pro Tag und Kind bezahlen und in Risch nur 40. Die Tarife müssen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Erziehenden unbedingt berücksichtigen, damit sie auch von Eltern mit tiefem Einkommen, die ganz besonders auf zwei Einkommen angewiesen sind, genutzt werden können und die Sozialhilfe nicht unnötig belastet wird. Eine Koordination und Vernetzung der Angebote macht Sinn und wird von den Gemeinden auch gewünscht. All diese Punkte werden durch die entsprechende Gesetzesvorlage wesentlich verbessert.
So weit so gut. Der AF geht der Gesetzesentwurf aber klar zu wenig weit, indem es sich hier nur um ein Förderungsgesetz handelt anstatt um ein Gesetz mit verpflichtendem Charakter. Die Motion betreffend Unterstützung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten, familienergänzenden Kinderbetreuungsangebotes von Manuela Weichelt sowie 19 Mitunterzeichnerinnen forderte, wie es im Titel der Motion klar zum Ausdruck kommt, die Sicherstellung der Angebote und somit ein Verpflichtungsgesetz. Für einen Wirtschaftskanton ist ein Unterangebot an Ganztagesbetreuungen für Kinder von 15 Wochen bis und mit Schule ein Armutszeugnis. Für internationale Firmen ist die familienergänzende Kinderbetreuung sehr wohl ein Faktor bei der

Standortwahl. Die Nachfrage nach familienergänzender Kinderbetreuung übersteigt das Angebot um ein Mehrfaches. Das ist dem Bericht «Familienergänzende Kinderbetreuung im Kanton Zug / Aktuelle und zukünftige Nachfragepotenziale» des Sozialamts des Kantons Zug klar zu entnehmen. Dies bedeutet in der Praxis, dass es im Kanton Zug Eltern gibt, die trotz intensiver Suche keinen Betreuungsplatz für ihr Kind finden. Dies kann dazu führen, dass Kinder unbetreut sind oder dass das Kind zwar betreut wird, aber immer wieder von anderen Erziehungspersonen und an anderen Orten, was weder für das Kind noch für die Eltern befriedigend ist.
Die vorliegende Motion ist ganz im Sinne von avenir suisse, dem think-tank der Schweiz. Nicht ohne Eigeninteressen hat sich in den letzen Wochen auch avenir suisse für eine erwerbskompatible familienergänzende Kinderbetreuung ausgesprochen, und auch der Lehrer- und Lehrerinnenverband fordert Tagesschulen. Leider wurde die Wirtschaft nicht in die Gesetzesvorlage einbezogen. Der Vorschlag der Kommissionsmehrheit entspricht somit nicht dem Anliegen der Motion von Manuela Weichelt. Deshalb werden SP und AF in der Detailberatung diesbezüglich einen entsprechenden Antrag stellen. Sollten wir den Rat nicht für ein Verpflichtungsgesetz überzeugen können, so wird die AF bei der Schlussabstimmung der Gesetzesvorlage dennoch klar zustimmen. Das Kinderbetreuungsgesetz bringt in jedem Fall wesentliche Verbesserungen zum Ist-Zustand. Es leistet einen Beitrag dazu, die Rahmenbedingungen in der familienergänzenden Kinderbetreuung zu verbessern.

Andrea **Erni**: Sie haben es diese Woche im Radio gehört und in der Zeitung gelesen – um familienergänzende Betreuungsangebote für Kinder im Vorschulalter ist es in der Schweiz schlecht bestellt. Um die Nachfrage zu decken, müssten noch rund 50'000 Plätze geschaffen werden, Tendenz steigend. Was sich schweizweit zeigt, ist auch im Kanton Zug zutreffend. Auch in unserem Kanton haben wir viel zu wenige Betreuungsangebote. Je nach Wohnort suchen Eltern oft Monate oder vergebens nach einer Lösung. Ungeachtet dessen, welches Familienbild wir als Idealfall in unseren Köpfen haben: Genügend familienergänzende Betreuungsplätze sind in der heutigen Zeit wichtig und notwendig, die Gründe dafür haben Sie im Votum von Lilian Hurschler gehört.
Die SP-Fraktion spricht sich klar für die längst fällige Schaffung des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung aus. Das vor uns liegende Gesetz ist jedoch etwas magersüchtig. Wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte sind doch zuständig für die Schaffung von Rechtsgrundlagen für unseren Kanton. Und da geht es nicht darum, möglichst nicht verpflichtende, minimalistische Gesetze zu schaffen. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, den Gemeinden klare, brauchbare Vorgaben zu machen. Es geht beim Kinderbetreuungsgesetz darum, genügend und geeignete Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen, Qualitätsanforderungen zu definieren und Transparenz bei den Tarifmodellen, also bei den Kosten zu schaffen. Ferner ist es wichtig, dass der Kanton eine Koordinationsfunktion hat: Viele Eltern melden sich bei verschiedenen Kinderbetreuungsangeboten, ihre Kinder sind auf verschiedenen Wartelisten vermerkt. Dies erschwert die Eruierung des Platzbedarfs und die Vermittlung von Plätzen erheblich. Für die Gemeinden bedeutet ein brauchbares, klares Gesetz, dass sie ihre Richtlinien auf die des Kantons stützen können und somit das Rad nicht elf Mal neu erfunden werden muss.
Die SP ist daher der Meinung, dass das Gesetz mehr Fleisch am Knochen braucht. Wir sprechen uns für ein verpflichtendes Gesetz aus. Im Kanton Zug sollen genügend geeignete Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Argumente dafür haben Sie gehört und gelesen: familien- und kinderfreundlich, Standortvorteil, wirt-

schaftsfreundlich. Alles Argumente, welche jede und jeden von uns überzeugen müssten. Weiter werden wir uns in der Detailberatung für klare Qualitätskriterien und gegen die unnötige Befristung des Gesetzes aussprechen. – Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage. Und wir bitten Sie, sich ebenfalls dafür einzusetzen, dass Zug ein klares und brauchbares Kinderbetreuungsgesetz erhält.

Beat **Zürcher** hält fest, dass die SVP-Fraktion grundsätzlich nichts gegen ein Kinderbetreuungsgesetz hat. Wieso aber muss sich der Kanton bei den Gemeinden einmischen, wenn das Rad schon am Rollen ist? Nur weil einmal eine Motion gemacht wurde und sie überwiesen wurde, muss man nicht gleich ein Gesetz daraus machen. Sind die Gemeinden nicht fähig dazu? Der Votant glaubt das schon. Auch wenn gewisse Gemeinden Anlaufschwierigkeiten haben, sind wir sehr zuversichtlich, dass diese Aufgabe gemeistert werden kann. Der Kanton sollte nicht nur Gesetze erlassen und sie danach an die Gemeinden herunterdelegieren. Die Kosten werden sowieso von den Gemeinden getragen. Die Meinung der Fraktion wäre, sich von der staatlichen Kinderbetreuung gänzlich zu distanzieren. Wird die Verantwortung wirklich wahrgenommen? Ein Kind wird geboren, kaum kann es laufen, wird es abgeschoben, weil beide Elternteile arbeiten wollen oder müssen. Das Kind kommt in eine Krippe, kann dort tun und lassen, was es will. Wir fragen uns, wird die Verantwortung gegenüber der Kinder wirklich noch wahrgenommen? Oder anders gesagt, helfen wir mit diesem Gesetz tatsächlich den Kindern? Und dennoch ist es der SVP-Fraktion bewusst, eine Kinderbetreuung ist unumgänglich, aber lassen wir doch diese Verantwortung bei den Gemeinden. Wir sehen auch, für eine gewisse Aufsicht von Kindern, bei denen Eltern keine Zeit für sie haben, muss etwas getan werden. Die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich gegen Eintreten auf die Vorlage. Sollte dennoch eingetreten werden, wird die SVP-Fraktion in der Detailberatung bei § 3 Abs. 1 Bst. b grossmehrheitlich der vorberatenden Kommission zustimmen.

Andrea **Hodel** möchte eine Vorbemerkung zum Votum ihres Vorredners machen. Gerade weil wir die Kinder nicht abschieben wollen, wollen wir ja dieses Gesetz, damit sie eben gut betreut sind. – Die FDP verlangt auf Bundesebene in einem Postulat mehr Krippenplätze. Dies ist nötig, wir konnten es am Dienstag in der Zeitung lesen. Für die FDP-Fraktion ist klar, dass familienergänzende Kinderbetreuung heute einen ganz wichtigen Platz in unserer modernen Gesellschaft einnimmt, dies von den Gemeinden erkannt wurde und die Gemeinden mit viel Elan und auch im Sinne eines Standortvorteils begonnen haben, das heute zur Beratung stehende Gesetz bereits umzusetzen. Die heutige Gesellschaft, die moderne Partnerschaft, Eltern, welche beide verdienen müssen oder wollen, sind auf Tagesstrukturen angewiesen, die es ihnen ermöglichen, einem Beruf nachzugehen, wenn auch meist in der heutigen Zeit dies die Mutter nur teilzeitweise tut. Dabei sind nicht einfach Tagesschulen das Allerheilmittel und einzig richtige Instrument. Auch die Randzeitbetreuung und der Mittagstisch bilden eine sehr gute, effiziente und meist auch kostengünstige Entlastung für ausser Haus erwerbstätige Eltern oder Elternteile. Schliesslich benötigen wir für unsere kleinsten Kinder Krippenplätze. Die Mehrheit der FDP-Fraktion steht nicht nur hinter der Forderung der familienergänzenden Betreuung in den Gemeinden, sondern befürwortet auch dieses Gesetz. Argumente sind, dass damit der doch sensible Bereich der Betreuung von Kindern einheitlich geregelt und auch überwacht wird. Das Kindeswohl muss im Vordergrund stehen, deshalb braucht es dieses Gesetz, das einheitliche Standards, vergleichbare Tarife und die Zusammenarbeit

zwischen öffentlichen Trägerschaften – wie von der Gemeinde geführte Kinderhäuser oder Krippen oder einen Mittagstisch an den Schulen – und der Wirtschaft koordiniert.
Mit diesem Gesetz bekennen wir uns zu einer qualitativ hoch stehenden Kinderbetreuung, welche modernen Familien die notwendigen Hilfen gibt. Letztendlich ist dieses Gesetz Standortmarketing, indem wir uns öffentlich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekennen. Die Mehrheit der FDP-Fraktion ersucht den Rat deshalb, auf dieses Gesetz einzutreten und ihm mit den Änderungen der Kommission und insbesondere auch mit der Befristung auf sechs Jahre zuzustimmen. Es wird in sechs Jahren an uns sein zu überprüfen, ob und in welcher Form es dieses Gesetz noch braucht, ob die familienergänzende Kinderbetreuung, die in den nordischen Staaten alltäglich geworden ist, auch bei uns Bestandteil unseres Lebens geworden ist. Die FDP-Fraktion ist in ihrer Mehrheit auch damit einverstanden, dass Bst. b, nämlich die periodische Bedarfsermittlung, wieder ins Gesetz aufgenommen wird. Die FDP-Fraktion legt dabei Wert auf die Feststellung, dass es darum geht, den Bedarf zu ermitteln, zu koordinieren und zu vernetzen, und dies nicht nur unter den öffentlichen Körperschaften und insbesondere den Gemeinden, sondern in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Entsprechende Beispiele für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten zwischen Wirtschaft und Verwaltung zeigt uns die Wirtschaftsförderung der Volkswirtschaftsdirektion immer wieder. Wir erwarten, dass auch die Direktion des Innern im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung genau gleich eng und kooperativ und nicht ver- oder behindernd mit der Wirtschaft zusammenarbeitet. – Andrea Hodel dankt dem Rat, wenn er zusammen mit der Mehrheit der FDP-Fraktion diesem Gesetz zustimmt.

Monika **Barmet** erinnert daran, dass wir – bedingt durch einen gesellschaftlichen Wandel – heute in einem Umfeld leben, das bezüglich Kindern und Familien grosse Veränderungen geschaffen hat. Der Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein Anliegen aus sozialpolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Gründen. Immer mehr Familien sind infolge zwingender beruflicher Tätigkeit von Mann und Frau auf familienergänzende Kinderbetreuung angewiesen. Erfreulicherweise haben fast alle Zuger Gemeinden in den letzten Jahren Anstrengungen unternommen und diesem Bedürfnis entsprechend das Angebot von familienergänzender Kinderbetreuung ausgebaut. Der Kanton Zug kennt bisher keine verbindlichen Qualitätskriterien für den Betrieb von Tagesbetreuungseinrichtungen. Es bestehen grosse Tarifunterschiede und die Koordination in der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Zug ist ungenügend. Zudem fehlt eine zentrale Anlaufstelle für fachliche Auskünfte. All diese Schwachstellen werden nun im vorliegenden neuen Kinderbetreuungsgesetz geregelt und die Aufgaben von Kanton und Gemeinden genau definiert.
Die Mehrheit der CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrates auf Erlass eines Gesetzes betreffend familienergänzender Kinderbetreuung, obwohl auch Zweifel an der Notwendigkeit und am Nutzen dieses neuen Gesetzes geäussert wurden. Der Kanton Zug soll sich im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung engagieren und dazu einen Beitrag leisten und Unterstützung bieten. Qualitativ gute familienergänzende Kinderbetreuung wirkt sich positiv auf schulisches und soziales Verhalten der Kinder aus und hat daher eine nachhaltige Wirkung. Qualitätsrichtlinien sind nötig und sinnvoll, um die Angebote langfristig zu sichern.
Die CVP-Fraktion unterstützt die Anträge der vorberatenden Kommission. Ausser beim § 3 Abs. 1 Bst. b, wo sie den Antrag der Stawiko und des Regierungsrats

unterstützt. In der Befristung des Gesetzes wird vor allem der weiteren Entwicklung im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung und in der Erarbeitung und Erfüllung einiger aufgetragenen Aufgaben Rechnung getragen. So bietet sich Gelegenheit, die kantonalen Aufgaben in sechs Jahren anzupassen oder zu streichen.
In einem Artikel der Neuen Zuger Zeitung vom Dienstag dieser Woche zu einer Studie des Nationalfonds zur aktuellen Situation der Kinderkrippen in der Schweiz wird auf Folgendes hingewiesen: «Die Kantone könnten die Angebotsplanung besser koordinieren und die Gemeinden wären bei der Mitfinanzierung der Angebote und der finanziellen Unterstützung der Eltern gefordert.» Genau so wird dieses Anliegen mit dem neuen Kinderbetreuungsgesetz im Kanton Zug umgesetzt. Stimmen Sie diesem neuen Kinderbetreuungsgesetz zu und unterstützen Sie mit dieser familienfreundlichen Massnahme die Zuger Familien!

Peter **Rust** ist für Kinderbetreuung, aber brauchen die Gemeinden für die Erfüllung dieser Aufgabe ein Gesetz mit kantonaler Oberaufsicht? Die ZFA verfolgt eine klare Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Mit dem vorliegenden Kinderbetreuungsgesetz wird dieser Grundsatz bereits wieder über Bord geworfen, denn dieses Gesetz fördert eine Verbundaufgabe ohne Beteiligung der Regierung an den Kosten. Der Votant ist nicht bereit, eine einseitige Aufgabenteilung für die Kinderbetreuung zu akzeptieren, die mit einer übergeordneten Organisation bloss einheitliche Vorschriften erlässt, aber kaum neue Krippenplätze generiert. Die Kinderbetreuung ist und bleibt primär die alleinige Aufgabe der Familien und dann der Gemeinden. In Walchwil möchten wir frei sein, wie die Kinderbetreuung gestaltet, gefördert, koordiniert und vernetzt wird. Unsere Gemeinde ist in der Lage, selbst den Platzbedarf zu ermitteln und die Qualität der Betreuungsangebote zu bestimmen. Peter Rust ist doch sehr erstaunt, wie gering das Vertrauen der Regierung und ein Teil dieses Rates gegenüber den Gemeinden ist. Es soll ihm doch bitte jemand erklären, in welcher Gemeinde ein Betreuungsnotstand vorhanden ist. Das präsentierte Gesetz, zumindest der Titel, ist sehr populär, aber die Vorlage selbst – das zeigen auch die Kommissionsberichte in aller Deutlichkeit – verdient höchstens das Prädikat «mittelmässig». Oskar Wilde hat das Mittelmass wie folgt umschrieben: «Man muss mittelmässig sein, wenn man beliebt sein will.» Einen ordnungspolitischen Sündenfall begehen, um beliebt zu sein, dafür ist der Votant nicht zu haben. Er unterstützt daher den Nichteintretensantrag.

Franz **Müller** weist darauf hin, dass sich die Familienstrukturen in den letzten Jahren stark gewandelt haben. Kinder wachsen immer weniger mit Geschwistern auf. Die Mobilität ist ein Grund, weshalb der vor einigen Generationen noch übliche Familienverband mit mehreren Lebensaltern in naher geografischer Verbundenheit entfällt. Der Erlebnisarmut und den mangelnden sozialen Erfahrungsräumen ist auf geeignete Art zu begegnen. Denn für die nachfolgende Generation wachsen die Herausforderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben. Kein Zweifel, hier kann die familienergänzende Kinderbetreuung eine Antwort geben. Einzelkinder erhalten ein Übungsfeld, um sich mit anderen Kindern auszutauschen, eigene Bedürfnisse zu formulieren und diese mit denen anderer Menschen auszubalancieren. Sie erhalten eine echte Chance, frühzeitig die immer wichtiger werdende Sozialkompetenz zu erwerben. Die familienergänzende Kinderbetreuung gibt da eine Antwort. Unterstützen wir eine zeitgemässe Familienpolitik und leisten wir damit auch einen Beitrag zur Gleichstellung von Frau und Mann.

Es ist klar, dass das Kinderbetreuungsgesetz ein Förderungs- und Unterstützungsgesetz ist und keinen Rechtsanspruch auf eine familienergänzende Kinderbetreuung begründet. Aufbau und Betrieb sowie die Finanzierung der verschiedenen Betreuungsangebote sollen weiterhin Sache der Gemeinden bleiben. Mit diesem Gesetz können aber die verschiedenen Angebote koordiniert und gesteuert werden. Zusammengefasst leistet das neue Kinderbetreuungsgesetz einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung und Förderung der Familie. Es ist zudem gesellschafts-, sozial-, wirtschafts- und arbeitsmarktmässig von grosser Bedeutung. Der Votant bittet den Rat, diesem Gesetz zuzustimmen und damit einen wichtigen familienpolitischen Entscheid zu fällen. Mit diesem Gesetz wird ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung und Förderung der Familie geleistet.

Vreni **Wicky** fordert Taten statt Statistiken. Gerade weil sie sich für breit abgestützte, private und staatliche familienergänzende Betreuung stark macht, muss sie diese Gesetzvorlage ablehnen. Ablehnen wie es schon die Stadt Zug, die Gemeinden Unterägeri und Walchwil sowie die FDP und die SVP in ihren Vernehmlassungen zum Gesetzesentwurf getan haben. Der Zeitpunkt für den Erlass des Gesetzes für die familienergänzende Kinderbetreuung ist denkbar ungünstig. Mit der ZFA will der Regierungsrat eine klare Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden erreichen. Mit dem neuen Gesetz widerspricht er seiner eigenen Zielsetzung, denn das Gesetz generiert eine neue Verbundaufgabe, an der sich der Regierungsrat finanziell nicht beteiligt. Insgesamt weist der Gesetzesentwurf sehr wenig Substanz auf und erweist sich in weiten Teilen als völlig unnötig. Es entspricht in keiner Weise mehr der ursprünglichen Forderung der Motion und hat, wie die SP sagt, kein Fleisch mehr am Knochen. Zudem haben sich die Zeiten und die Philosophien geändert und inzwischen sind die Gemeinden daran, sich intensiv mit der Betreuung auseinander zu setzen und Plätze zu schaffen. Die Gemeinden haben die Bedürfnisse erkannt und schaffen Betreuungsplätze und individuelle Betreuungsangebote nach ihren eigenen Bedürfnissen. Die Kommune hat erkannt, dass Betreuungsangebote zum wichtigen Standortfaktor geworden sind.
In der regierungsrätlichen Vorlage werden die unverbindlichen Qualitätskriterien, uneinheitliche Tarife sowie fehlende Koordination und Vernetzung der Angebote als Schwachstellen genannt. Insbesondere sei eine Bedarfserhebung wichtig. Erstens zu den Tarifen: Unterschiedliche Tarife sind wichtig und befruchten die Eigenständigkeit untereinander. Einheitliche, vorgeschriebene Tarife könnten private Institutionen davon abhalten, neue Angebote anzubieten. Und im Gegenzug hätten wir bald nur noch staatliche Betreuungsangebote. Wollen Sie das wirklich? Zweitens Bedarfserhebung: Die Kommissionsmitglieder haben einen Grundlagenbericht zum Studium erhalten. Die Verfasserin ist als best ausgewiesene Fachfrau für familienergänzende Betreuung bekannt und der Bericht ist interessant zum Lesen. Leider aber stimmten weder die Zahlen der aufgelisteten Angebote noch die Zahlen des Bedarfes beim Erscheinen des Berichts. Vreni Wicky will damit sagen, dass noch so erfahrene und kompetente Fachpersonen Erhebungen und Bedürfnisabklärungen machen können, beim Erscheinen des Papiers ist es Altpapier!
Bitte unterstützen Sie den Nichteintretensantrag, mit diesem neuen und unnötigen Gesetz schaffen Sie keinen einzigen Betreuungsplatz, sondern im Gegenteil: Sie halten eher noch private Institutionen davon ab, sich in diesem Bereich zu engagieren. Viel wichtiger wäre es, mit den 50'000 Franken Personalkosten, welche wegfallen, Krippenplätze einzukaufen und sie dem Personal vergünstigt abgeben. Für 50'000 Franken jährlich kann der Kanton zwei volle Plätze übers ganze Jahr belegen. Das

heisst, bei der aktuell durchschnittlichen Belegung von *2½* Kindern pro Platz ergäbe dies Betreuungsplätze für fünf Kinder. Das wäre effektive Hilfe, fünf Mütter und Väter hätten weniger Sorgen und fünf glückliche Kinder würden sich über einen tollen Platz freuen. Noch schöner wäre es, eine betriebseigene Betreuungsstätte einzurichten. Die Votantin behält sich vor, in dieser Richtung eine Motion einzureichen.

Andrea **Hodel** weiss, dass die Stadt Zug es nicht gern hat, wenn der Kanton auch mal eine gute Idee hat. Aber sie kann Vreni Wicky mitteilen, dass all die Forderungen, die sie aufgezählt hat, mit diesem Gesetz erfüllt werden. Es kann doch nicht sein, dass wir eine gute Idee nicht an die Hand nehmen und uns dazu nicht bekennen, nur weil die Gemeinden auch schon tätig sind. Wir sind froh über jede Gemeinde, und insbesondere die Stadt Zug, die hier sehr viel tut. Aber das heisst doch nicht, dass wir jetzt einfach den Kopf in den Sand stecken. Die Votantin bittet den Rat, diesem Gesetz zuzustimmen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass der Nutzen von familienergänzender Kinderbetreuung derzeit in aller Munde ist. Es ist ein zukunftsfähiges Modell. Die Votantin will nicht alle Punkte wiederholen, die vorgängig genannt wurden, weshalb das so ist. Ein Punkt ist aber noch nicht genannt worden: In der Pisa-Studie wurde erfasst, dass Kinder, die neben der Familie in familienergänzenden Einrichtungen betreut werden, in ihrer Lese- und Schreibkompetenz besser abschneiden. Neben dem sozialen Lernfeld, worin die Kinder gewinnen können, wird auch die kognitive Kompetenz gefördert. Es wurde mehrfach erwähnt, dass die familienergänzende Kinderbetreuung ein Standortvorteil ist. Wenn wir in unserem Kanton gewährleisten können, dass Familien, die von auswärts zuziehen, gewährleisten können, dass ihre Kinder gut betreut werden können, werden auch Leute hierher ziehen, die sich das sonst zweimal überlegen. Brigitte Profos weiss von ausländischen Eltern, die sich nach dem Netz der Betreuungsangebote erkundigten, bevor sie eine Wohnung in einer Gemeinde wählten.
Was will das Gesetz bewirken? Die Direktorin des Innern möchte die drei wichtigsten Punkte erwähnen. Es will verbindliche Qualitätsrichtlinien für die Einrichtungen schaffen. Es soll den Bedarf an Plätzen ermitteln, und zwar periodisch immer wieder. Und es soll die Koordination zwischen gemeindlichen, öffentlichen, aber auch privaten Angeboten wahrnehmen.
Eine kurze Entgegnung an Beat Zürcher und Peter Rust. – Zur Motion von Manuela Weichelt. Die Regierung war verpflichtet, ein Gesetz vorzulegen. – Zur Frage, ob man den Eltern die Kinder gleichsam wegnimmt mit familienergänzender Kinderbetreuung. Das ist nicht so. Die Eltern bleiben in der Verantwortung für ihre Kinder. Aber die Votantin möchte nochmals daran erinnern, dass es viele Eltern gibt, bei denen beide Elternteile für den Verdienst der Familie aufkommen *müssen*, und ihr Anteil ist steigend. Das ist eine Tatsache, die wir anerkennen müssen. Und es ist daran zu erinnern, dass bereits vor einigen Jahren eine Studie des Arbeitgeberverbands feststellte, dass fast die Hälfte der Kinder bis ins Primarschulalter regelmässig unbetreut ist. Und all jene, die selber Kinder erzogen haben, wissen, was das bedeutet: Kinder können ihre Emotionen oder unangenehmen Erlebnisse nicht abladen, wenn sie nach Hause kommen. Es braucht Leute, die dann dort sind und die Kinder anhören. Vielleicht auch ihre Freude, das kann ja auch vorkommen. Und da bietet die familienergänzende Kinderbetreuung ein sicheres Netz.

Zu Peter Rust. Es ist der Wunsch der allermeisten Gemeinden – Walchwil ist hier eine Ausnahme –, dass der Kanton regelmässig den Bedarf an Plätzen erhebt und eine Koordinationsfunktion wahrnimmt zwischen den öffentlichen Angeboten und der Wirtschaft. Es ist der Wunsch dieser Gemeinden – weil sie froh sind, wenn sie eine modellhafte Vorstellung haben –, dass ein Tarif-Mustermodell erstellt wird, das die Gemeinden nach Wunsch übernehmen können. Aber die Vision von Peter Rust, der Schiller zitiert hat, «wir wollen frei sein, wie die Väter waren …» ist durchaus realisierbar. Walchwil kann die Freiheit bewahren. Die Gemeinden sind nämlich frei, welche Einrichtungen sie mit ihren Beiträgen unterstützen wollen, vorausgesetzt, diese haben eine Bewilligung.
Zum Schluss möchte Brigitte Profos danken für die Voten, welche dazu einladen, auf das Gesetz einzutreten. Es ist kein Verpflichtungsgesetz mit Auftrag an die Gemeinden. Es bringt aber Verbesserungen bei der Bedarfsermittlung, der Koordination und den Qualitätsvorgaben. Geben Sie dem Standortmarketing eine Chance und treten Sie auf dieses Gesetz ein!

➔ Der Rat beschliesst mit 48 : 25 Stimmen, auf das Gesetz einzutreten.

Die Sitzung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

46. SITZUNG: DONNERSTAG, 30. JUNI 2005
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14 – 17 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

650 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Regula Töndury, Zug; Max Uebelhart, Baar; Georg Helfenstein, Cham; Gregor Kupper, Neuheim.

651 GESETZ ÜBER DIE FAMILIENERGÄNZENDE KINDERBETREUUNG (KINDERBETREUUNGSGESETZ)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1266.1/.2 – 11561/62), der Kommission (Nrn. 1266.3/.4 – 11718/19) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1266.5 – 11745).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 649).

DETAILBERATUNG

§ 1

Lilian **Hurschler-Baumgartner** stellt im Namen von SP-Fraktion und AF den Antrag im Sinne der Motion, es sei hier ein neuer Abs. 1 einzufügen. Diesen Antrag haben wir bereits in der Kommission gestellt und er sollte deshalb bekannt sein. Der neue Absatz würde lauten:

«Das Gesetz bezweckt, im Kanton Zug eine bedarfsgerechte, qualitativ gute familienergänzende Kinderbetreuung zu tragbaren Kosten sicherzustellen.»
Begründung: Nachfrage und Angebot stimmen nicht überein. Die Nachfrage nach familienergänzender Kinderbetreuung übersteigt das Angebot um ein Mehrfaches. Aus Überlegungen der Chancengleichheit darf es nicht sein, dass es Gemeinden gibt, die keine erwerbskompatible Angebote zur Verfügung stellen. Genau weil der Gesetzestext keine familienergänzende Kinderbetreuung fordert, hat Vreni Wicky Recht, wenn sie sagt, die Gesetzesvorlage schaffe noch keinen neuen Betreuungsplatz. Schalten wir also einen Gang höher und schaffen wir mit der Unterstützung dieses Antrags ein Gesetz mit mehr Fleisch am Knochen.

Andrea **Hodel** macht im Namen der FDP-Fraktion darauf aufmerksam, dass wir diese Änderung nicht befürworten. Wir wollen nicht in Richtung einer Anspruchsbegründung für einen kinderbetreuenden Platz gehen. Und deshalb lehnen wir diesen Zusatzantrag ab.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass die Regierung am Antrag festhält, dass das vorliegende Gesetz ein Fördergesetz sein soll und kein Verpflichtungsgesetz. Sie haben vorhin auch die Bedenken einzelner Gemeinden gehört, dass wenn dieses Gesetz den Bedarf erhebt und dann die Gemeinden verpflichten würde, diese Plätze auch eins zu eins anzubieten, unter Umständen sehr grosse finanzielle Leistungen auf sie zukommen könnten. Deshalb hält die Regierung daran fest, dass es ein Fördergesetz bleiben soll. Die Direktorin des Innern bittet den Rat, diesen Antrag abzulehnen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag mit 53 : 16 Stimmen ab.

§ 3, Abs. 1, Bst. b

Andrea **Hodel** hält fest, dass sich die Kommission hier der Regierung anschliesst, wonach Bst. b nicht gestrichen werden soll.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier Antrag von Beat Zürcher vorliegt, Bst. b dennoch zu streichen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, erinnert daran, dass die Regierung vorgeschlagen hat, dass die DI periodisch den Bedarf an Einrichtungen erhebt. Die Stawiko ist diesem Antrag gefolgt, und nun auch die Kommission. Wir möchten Sie einladen, diesem ursprünglichen Antrag der Regierung zuzustimmen, weil die Bedarferhebung ein Instrument ist, um auch die entsprechenden Plätze auch längerfristig planen zu können.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag mit 42 : 27 Stimmen ab.

§ 3, Abs. 2

Silvan **Hotz** hätte gerne eine klare Stellungnahme, wie weit die Qualitätsanforderungen gehen sollen. Es darf keinesfalls darauf hinauslaufen, dass nur noch Pädagogen solche Einrichtungen betreuen, wie es der Schweizerische Lehrerverband fordert. Dies wäre nicht mehr bezahlbar. Vielmehr ist die Qualität bei Ernährung, betrieblicher und persönlicher Hygiene und bei der Bewegung, evtl. auch bei der Einrichtung gefragt. Der Votant würde eine Antwort auch im Hinblick auf die zweite Lesung akzeptieren.

Eusebius **Spescha** möchte dem Rat beliebt machen, hier der Fassung des Regierungsrats Folge zu leisten. Seiner Ansicht nach ist die Formulierung der Kommission missverständlich. Sie könnte so interpretiert werden, als ob es möglich wäre, für gleiche Angebote unterschiedliche Qualitätsstandards zu definieren. Dies kann aber nicht sein, damit würden die kinderschutzrechtlichen Mindestanforderungen unterschritten. Für gleiche Angebote müssen auch gleiche Spielregeln gelten, und zwar solche, die den kinderschutzrechtlichen Mindestanforderungen standhalten. Ob die Einrichtung nun Kindertagesstätte oder Tagesheim heisst: Die Bedingungen sind gleich zu definieren, und zwar im Sinne des Schutzes der Kinder, welche in diesen Einrichtungen betreut werden. Der Votant macht den Rat darauf aufmerksam, dass alles andere bundesrechtswidrig wäre.

Andrea **Hodel** ersucht den Rat, diesem Antrag der SP nicht zuzustimmen. Es ging in der Kommission genau um das, was Silvan Hotz gesagt. Nämlich darum, dass man klar festlegt, dass in der Anspruchshaltung den unterschiedlichen Betreuungsangeboten Rechnung getragen wird. Ein einfaches Beispiel: Es ist nicht notwendig, dass Pädagogen oder Kleinkindererzieher einen Mittagstisch überwachen. Schauen Sie sich die International School an, wo Lehrpersonen und ältere Schüler und Schülerinnen den Kleineren behilflich sind. Genau darum ging es. Selbstverständlich bleibt die Pflegekinderverordnung in Kraft. Bei diesen Angeboten bleibt dieses Gesetz für die Betreuung massgebend. Es geht uns hier darum, dass wir Randzeitenbetreuung und Mittagstische nicht derart an Fachpersonal binden, dass es nicht mehr finanzierbar ist.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, gibt beiden Votanten gerne Antwort. – Bisher war es so, dass für die Vormundschaftsbehörden die Empfehlungen des Krippenverbands für die Bewilligungen für Kinderbetreuungsstätten galten. Es ist so, dass weiterhin die PAVO, die schweizerische Verordnung, und die davon abgeleitete kantonale Verordnung, Gültigkeit behalten. – Zu den *abgestuften* Qualitätsanforderungen, dem Kommissionsvorschlag, den die Regierung mit trägt. Es geht darum, mit diesem *abgestuft* zu vermeiden, dass von der Komplexität her unterschiedliche Einrichtungen mit gleichem Massstab gemessen werden. Ein Beispiel: Es kommt sehr darauf an, ob in einer Kindertagesstätte eine Gruppe zusammengesetzt ist aus Säuglingen, Kleinkindern, Kindern mit Sprachschwierigkeiten etc. Je höher die Komplexität ist, desto eher braucht es Fachpersonal. Bei einer homogenen Gruppe mit weniger grossen pädagogischen Anforderungen, z.B. bei einem Mittagstisch, können die Qualitäts-vorgaben nach unten abgestuft werden. Selbstverständlich ist das höchste Gebot, dass die Sicherheit der Kinder gewährleistet ist, sowohl im pädagogischen

Bereich wie bei der Hygiene oder der Bewegungsfreiheit. Das wollen und können wir nicht ändern. Wir können dem Kommissionsvorschlag hier zustimmen mit der Erklärung, dass *abgestuft* nicht etwa heisst gemeindlich oder privat, sondern gemäss der Komplexität der Einrichtung.

Eusebius **Spescha** meint, am Schluss sei der Text entscheidend, der hier steht. Und dieser Text ist zumindest missverständlich und kann unterschiedlich interpretiert werden. Er glaubt gerne, dass die Kommission das in diesem Sinne interpretiert haben wollte, wie sie das jetzt erklärt hat. Aber der Text kann auch anders interpretiert werden, und da würde der Votant zumindest den Vorschlag machen, dass auf die zweite Lesung hin ein geschickterer Vorschlag kommt.

Die **Vorsitzende** erkundigt sich, ob Eusebius Spescha bei seinem Antrag bleibt, der dem ursprünglichen Regierungsantrag entspricht. – Dieser bejaht das.

Felix **Häcki** weist darauf hin, dass alles hier Gesprochene protokolliert wird. Und die Direktorin des Innern hat klar gesagt, wie es interpretiert wird. Es braucht also keine genauere Bezeichnung mehr; jeder kann im Protokoll nachlesen, was gemeint ist. Man kann also dem Vorgehen der Kommission ohne weiteres zustimmen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Eusebius Spescha mit 52 : 14 Stimmen ab.

§ 8

Andrea **Erni** beantragt im Namen von SP und AF, den Kommissionsantrag auf Befristung (neuer Abs. 2) abzulehnen. Jedes Gesetz kann neu diskutiert werden, dafür braucht es unseres Erachtens im Gesetz keine Befristung. Wir bewirken mit diesem Absatz höchstens Arbeitsbeschaffung für den zukünftigen Kantonsrat und die Verwaltung.

➔ Der Rat schliesst sich mit 56 : 16 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung in allen anderen Punkten den Änderungsanträgen der vorberatenden Kommission zustimmt (siehe Vorlage Nr. 1266.4 – 11719).

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1266.6 – 11779 enthalten.

652 MOTION VON SILVAN HOTZ, ANDREA HODEL, KARL BETSCHART UND BEAT VILLIGER BETREFFEND BEIBEHALTUNG DES BISHERIGEN LOHNAUSWEISES

Silvan **Hotz**, Baar, Andrea **Hodel**, Zug, Karl **Betschart**, Baar, und Beat **Villiger**, Baar, sowie 36 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 2. Juni 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1348.1 – 11759 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

653 MOTION DER ERWEITERTEN STAATSWIRTSCHAFTSKOMMISSION BETREFFEND ÄNDERUNG DES PERSONALGESETZES

Die **erweiterte Staatswirtschaftskommission** hat am 6. Juni 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1351.1 – 11768 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

654 MOTION VON ANDREA HODEL BETREFFEND SOFORTIGE AUFHEBUNG DES KANTONSRATSBESCHLUSSES BETREFFEND SANIERUNG DER GEBÄUDEHÜLLE UND DÄCHER DER LIEGENSCHAFT HOFSTRASSE 15 IN ZUG

Andrea **Hodel**, Zug, sowie 16 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 7. Juni 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1352.1 – 11769 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag auf sofortige Behandlung von der Motionärin am 8. Juni 2005 zurückgezogen wurde. Dies auf Grund der formellen Erklärung des Regierungsrats, dass – abgesehen von internen untergeordneten Vorbereitungsarbeiten – für dieses Projekt gestoppt wird, bis der Kantonsrat am 25. August 2005 einen Entscheid bezüglich der Motion gefällt hat.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

655 POSTULAT VON MANUEL AESCHBACHER BETREFFEND PUBLIKATION VON BERICHTEN DER DIREKTIONEN, ÄMTER UND NAHE STEHENDEN ORGANISATIONEN

Manuel **Aeschbacher**, Cham, sowie 18 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 15. Juni 2005 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1354.1 – 11772 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

656 INTERPELLATION DER SP-FRAKTION UND DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND ARBEIT DER KANTONALEN TRIPARTITEN KOMMISSION

Die **SP-Fraktion** und die **Alternative Fraktion** haben am 2. Juni 2005 die in der Vorlage Nr. 1347.1 – 11758 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

657 –KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND SCHAFFUNG EINER HÖHEREN FACHSCHULE GESUNDHEIT
–ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DAS GESUNDHEITSWESEN IM KANTON ZUG
–KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND AUFHEBUNG DES KONKORDATS ZWISCHEN DEN KANTONEN LUZERN, SCHWYZ UND ZUG ÜBER DEN BETRIEB EINER SCHULE FÜR PRAKTISCHE KRANKENPFLEGE AM SPITAL UND PFLEGEZENTRUM BAAR

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1302.1/.2/.3/.4 – 11645/46/47/48), der Konkordatskommission (Nr. 1302.5 – 11728) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1302.6 – 11732).

Die **Vorsitzende** gibt bekannt, dass das Eintreten zu allen drei Vorlagen gemeinsam debattiert wird, weil diese voneinander abhängen.

Andreas **Huwyler** hält fest, dass er sein Votum als Präsident der vorberatenden Konkordatskommission hält, gleichzeitig aber auch im Namen der CVP-Fraktion. – Unsere Kommission das Geschäft hat am 23. März beraten und diesem – wie Sie unserem Bericht entnehmen können – einstimmig zugestimmt. Die Ausgangslage stellt sich so dar, dass seit dem 1. Januar 2000 die Zuständigkeit für die Berufsbildung im nicht akademischen Bereich beim Bund liegt. Der Bund hat mit seinem Berufsbildungsgesetz, das seit 2004 in Kraft ist, die Berufsbildung bekanntlich neu

strukturiert. Eine Folge davon ist ein Umbau im System der Berufsbildung für die nicht ärztlichen Gesundheitsberufe mit der Schaffung einer Berufslehre «Fachangestellte/Fachangestellter Gesundheit» (FAGE) und der daran anschliessenden Lehrgängen auf der Stufe Höhere Fachschule. Es wird also inskünftig im Gesundheitswesen Angestellte mit einem Berufslehrabschluss und Kaderleute mit dem Abschluss der Höheren Fachschule geben. In der Zentralschweiz wird diese Höhere Fachschule im Pflegebereich in Luzern, Sarnen/Wilen und Zug angeboten, wobei in Zug der Lehrgang mit dem Schwerpunkt «alte, chronischkranke und behinderte Menschen» vorgesehen ist.
Die Konkordatskommission befürwortet, dass die Umsetzung dieses neuen Ausbildungssystems sinnvollerweise in Zusammenarbeit mit allen Zentralschweizer Kantonen gemeinsam erfolgt. Dass dabei der Kanton Zug weiterhin Ausbildungsstandort bleibt, scheint uns wichtig. Es ist leider auf Grund der knappen Zeit und weil der Bund die Rahmenlehrpläne noch nicht vorlegen konnte noch nicht möglich gewesen, einen Konkordatsvertrag auszuarbeiten. Deshalb wird unter den beteiligten Trägern einstweilen lediglich eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen. Die Kommission hat sich kritisch mit der Qualität der künftigen Ausbildung auseinandergesetzt, konnte sich indes davon überzeugen, dass das vorgesehene Ausbildungsprogramm Gewähr für eine qualitativ gute Ausbildung bietet.
Zusammenfassend erachtet es die Kommission als sinnvoll, dass auf Grund der neuen Ausgangslage eine Höhere Fachschule Gesundheit Zentralschweiz mit einem Kompetenzzentrum in Zug geschaffen wird. Der Kommissionspräsident bittet deshalb den Rat, den Anträgen der Regierung und der Kommission zuzustimmen.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Stawiko die drei Vorlagen im Zusammenhang mit der Schaffung einer höheren Fachschule Gesundheit an ihrer Sitzung vom 31. Mai beraten hat. Die Vorlagen waren in der Stawiko völlig unbestritten. Sie begrüsst den Umstand, dass im Rahmen der neuen Bildungssystematik im Gesundheitswesen in Zug eine Höhere Fachschule für Krankenpflege aufgebaut wird. Der Schwerpunkt dieser Schule liegt im Bereich ACB d.h. Pflege von alten chronischkranken und behinderten Menschen, einem Gebiet, dass in den kommenden Jahren bei einer immer älter werden Bevölkerung grössere Bedeutung bekommen wird. Im Rahmen dieser Neuorganisation wird die Schule für praktische Krankenpflege in Baar ihren Betrieb schrittweise einstellen. Während einer Übergangszeit müssen die alte und die neue Ausbildung parallel geführt werden, was zu Mehrkosten führen wird. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Berechnung der Kostenfolgen für diese Übergangsphase wegen der Komplexität der Materie schwierig und mit einer gewissen Unsicherheit behaftet ist. Wir haben jedoch den Eindruck bekommen, dass der Regierungsrat versucht hat, alle Einflussfaktoren bei der Kostenberechnung zu berücksichtigen und danken für die ausführlichen Informationen im Bericht.
Gemäss der regierungsrätlichen Vorlage steigen die Kosten von 2,17 Mio. im Jahr 2005 auf 2,25 Mio 2006, um dann im Jahr 2008 relevant auf 1,6 Mio. abzusinken. Wir nehmen die Aussage des Regierungsrats zur Kenntnis, dass die Staatsrechnung ab dem Jahr 2008 bezüglich dieses Projekts eine deutliche Entlastung erfahren wird. Das Beispiel der im Aufbau befindlichen Pädagogischen Hochschule zeigt, dass die Verantwortlichen wegen des komplizierten rechtlichen Konstrukts genau aufpassen müssen, dass ihnen die Kosten in der Aufbauphase nicht aus dem Ruder laufen. Gerade weil die Kostenfolgen auch bei diesem Projekt schwierig abschätzbar sind, wird von der verantwortlichen Direktion von Beginn weg ein straffes Kosten-Controlling erwartet.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass sich die AF bewusst ist, dass die Änderungen des schweizerischen Berufsbildungsgesetzes einen grossen Einfluss auf die Berufe im Gesundheitswesen haben. Vieles muss neu geplant und erarbeitet werden. Der Beruf der Fachangestellten oder des Fachangestellten Gesundheit, abgekürzt spricht man vom Beruf FAGE, ist noch voll in der Entwicklung. Der Rahmenlehrplan für die höhere Fachschule Gesundheit ist noch nicht verabschiedet worden – und trotzdem will die Zentralschweiz bereits mit dieser tertiären Ausbildung beginnen. Die AF sagt ja zu allen drei Vorlagen, aber mit vielen Vorbehalten. Uns stellen sich viele Fragen, vor allem im Bereich der zu gründenden Teilschule für Langzeitpflege. Da unsere Fraktion – Sie hier im Saal wissen warum – in der Konkordatskommission nicht vertreten ist, hat die Votantin dem Volkswirtschaftsdirektor die Fragen der AF schriftlich gestellt.
Frage 1. Ganz grundsätzlich – warum hat die Zentralschweiz dieses Tempo eingeschlagen, wenn noch nicht einmal der Rahmenlehrplan steht? Dass die ersten Absolventinnen und Absolventen die Lehre FAGE abgeschlossen haben, versteht Anna Lustenberger nicht als Begründung. Diese Leute haben jetzt einen Abschluss und hätten auch ohne weiteres einmal ein Jahr als FAGEs arbeiten und Berufserfahrungen sammeln können.
Frage 2. Warum bietet die Zentralschweiz als einzige Region in der Schweiz nur eine zweijährige höhere Fachschule an, um das Diplom der Pflegefachfrau oder des Pflegemannes zu erwerben? Die meisten höheren Fachschulen bieten eine dreijährige Schule an. Ist dies überhaupt EU-kompatibel? In verschiedenen Artikeln war zu lesen, dass Arbeitgebende die Berufslehre der Fachangestellten im Gesundheitswesen als eine einschlägige Ausbildung sehen. D.h. diese Berufslehre ist eine Vorstufe zur diplomierten Pflegefachfrau, also genüge eine zweijährige höhere Fachschule. Da gehen die Meinungen aber auseinander. Gerade die Spitex sagt, dass dies kein Pflegeberuf sei.
Frage 3. Sind die Fachangestellten Gesundheit für diese zweijährige Schule mit Bildungsinhalten genügend ausgerüstet? Anderseits – haben junge Menschen mit einer Fachmittelschule (bei uns früher Diplommittelschule) wirklich genügend praktische Kenntnisse für diese zweijährige Ausbildung, auch wenn sie noch ein Jahr Praktikum vorher absolvieren? Der ganze Pflegebereich wird immer komplexer, denn es gilt nicht nur die Patientinnen und Patienten zu pflegen, sondern sie auch zu schulen, wie eine gewisse Selbständigkeit erhalten oder wiedererlangt werden kann. Zudem wird der Bereich der Angehörigenschulung ebenfalls immer grösser. Gerade wenn dies ökonomisch Sinn machen soll, kann man sich fragen, ob zwei Jahre Fachschule für diesen anspruchsvollen Beruf wirklich genügen.
Frage 4 (zur Interessengemeinschaft ZIGG, das ist der Zusammenschluss der Arbeitgebenden). Warum sind in diesem Gremium keine Pflegeverbände vertreten? Wenn man auf der Homepage der ZIGG nachschaut, sind im Vorstand vorwiegend Leute aus Führungsgremien von Institutionen. Vertreten diese wirklich die Basis? Immer mehr sind dies Personen mit einer Ausbildung im Managementbereich, was sicher nicht schlecht ist, sie haben aber meistens keine Ausbildung im Gesundheitsbereich. Und diese planen jetzt die Ausbildung. Für Anna Lustenberger ist dies sehr fragwürdig. Sie bedauert es auch, dass der Vorstand vorwiegend mit Männern besetzt ist – gerade zwei Frauen sind dabei. Das ist leider so typisch – die Männerwelt plant den Beruf, der vorwiegend von Frauen ausgeübt wird –immer noch!
Frage 5. Stehen in der Zentralschweiz, somit auch in Zug, genügend Lehrpersonen für Pflege evt. Pflegewissenschaft zur Verfügung, die den gesetzlichen Anforderungen entsprechen, also die nötige Weiterbildung auf dem Fachgebiet, im welchem sie unterrichten, absolviert haben oder noch absolvieren? Die Befürchtungen der AF

sind gross, dass im Gesundheitswesen aus Kostengründen Qualität abgebaut wird, indem vorwiegend Personen mit der Lehre FAGE eingestellt werden und zuwenig diplomierte Pflegefachleute. Die Lehre FAGE hat viel Gutes, und wenn diese Leute richtig eingesetzt werden, ist diese Ausbildung eine gute Errungenschaft in der Berufsbildung. Aber der Anteil der Diplomierten muss je nach Institution genügend gross sein.
Man kann im Gesundheitswesen kurzfristig sparen. Und viele Bemühungen gehen leider in diese Richtung. Gesundheit ist jedoch ein zu wichtiges Gut. Wir merken es erst, wenn es einem fehlt, also wenn wir krank sind. Ob es der Votantin, ob es Ihnen gut geht, ob wir bei einem Spital- oder Pflegeaufenthalt wieder schnell gesund werden, das hängt nicht zuletzt vom gut ausgebildeten Personal auf allen Stufen ab.

Eusebius **Spescha** ist der Meinung, dass die Neuorganisation der Ausbildung in Krankenpflege grundsätzlich richtig ist. Sie ist die logische Folge der Integration der Gesundheitsberufe in die Berufsbildung und entspricht der schweizerischen Bildungssystematik. Die Zusammenarbeit über die ganze Zentralschweiz ist sehr positiv und wird von uns ausdrücklich gelobt. Den vorgeschlagenen Beschlüssen kann deshalb vorbehaltlos zugestimmt werden. Trotzdem möchte der Votant auf einige Aspekte hinweisen, welche er als kritisch erachtet:
1. Die Ausbildungskapazitäten sind mit hoher Wahrscheinlichkeit zu knapp berechnet. Eusebius Spescha ist überzeugt, dass es viele Bereiche der Krankenpflege geben wird, bei welchen ein höherer Anteil an HF-Absolventinnen notwendig sein wird, als dies in der Vorlage ausgesagt ist. Er macht auch darauf aufmerksam, dass der Beruf der Fachangestellten Gesundheit von den Organisationen der Arbeitswelt vorläufig nicht als pflegerischer Grundberuf gesehen wird. Persönlich bedauert er dies. Trotzdem wird die Regierung diesen Umständen Rechnung tragen müssen.
2. Wenn wir nicht riskieren wollen, dass es in einigen Jahren zu wenig ausgebildetes Pflegepersonal gibt, ist es unbedingt notwendig, neben der vorgesehenen zweijährigen HF-Ausbildung eine dreijährige HF-Ausbildung für Studierende ohne spezifische Vorbildung anzubieten. Diese Möglichkeit ist im Berufsbildungsgesetz ausdrücklich vorgesehen.
3. Im Gegensatz zur Stawiko ist der Votant mit den Kostenangaben in der Vorlage nicht sehr zufrieden. Er ist überzeugt, dass die Kosten zu optimistisch eingeschätzt sind. Für den Kanton entstehen mittelfristig nur dann Kostenersparnisse gegenüber heute, wenn sich zu wenig Studierende für den in Zug angebotenen Schwerpunkt interessieren. Dies wäre zwar ökonomisch vorteilhaft, für die Patientinnen im Langzeitpflegebereich wohl eher nicht.
4. Die Regierung geht von einer Einstufung des Lehrpersonals in den Klassen 18/19 aus. Dies dürfte kaum korrekt sein. Da es sich um eine Ausbildung im Tertiärbereich handelt, sind auch die entsprechenden Einstufungen anzuwenden. Der Kanton riskiert sonst eine Klage wegen Lohndiskriminierung.
5. Da es sich um eine Zentralschweizer Planung handelt, ist es ausserordentlich bedauerlich, dass die Physiotherapieschule Luzern geschlossen werden soll. Physio- und Ergotherapie können auf Grund der gesetzlichen Grundlagen auch auf der HF-Stufe ausgebildet werden. Dies nicht mehr zu tun, ist ein Verlust an Ausbildungsmöglichkeiten für Personen mit Lehrabschluss. Abgesehen davon, dass HF-Ausbildungen bedeutend günstiger sind als FH-Ausbildungen.
Und noch eine Anmerkung zur Vorlage: Es wäre schön, wenn die Beschlüsse und Paragrafen, welche aufgehoben werden sollen, im Anhang der Vorlage dokumentiert wären. Es ist sehr mühsam, wenn man sich aus der Gesetzessammlung alles selber

raussuchen muss. Diese Kundinnenfreundlichkeit würde kaum Mehraufwand bedeuten, würde uns Freizeitpolitikerinnen aber die Arbeit erleichtern.

Werner **Villiger** weist darauf hin, dass die neu zu schaffende Höhere Fachschule Gesundheit eine direkte Folge aus der Neugestaltung der Berufsbildung im Gesundheitsbereich ist. Damit ist auch der Kanton Zug gezwungen, einen Umbau der Berufsbildung im Gesundheitsbereich vorzunehmen. Wie das im Einzelnen umgesetzt werden könnte, ist Gegenstand dieser drei Vorlagen. Wie auch der Bericht und Antrag der Konkordatskommission aufzeigt, sind zum heutigen Zeitpunkt noch nicht alle Arbeiten abgeschlossen und alle Fragen beantwortet. Die SVP-Fraktion betrachtet dieses Projekt jedoch nicht nur aus diesen Gründen sehr kritisch. Für uns stellen sich zwei grundsätzliche Fragen.
1. Wieso sind drei Kompetenzzentren – je eines in Luzern, in Zug und in Sarnen – vorgesehen? Diese Lösung bedeutet für jeden Standort relativ kleine Schülerzahlen und eine eigene Führungsstruktur mit vielen Koordinationsaufgaben.
2. Wieso soll unbedingt ein Kompetenzzentrum in Zug realisiert werden?
Wir haben diese Fragen ausführlich diskutiert und stimmen mit einer äusserst knappen Mehrheit den Anträgen von Regierung und Kommission zu. Diese knappe Mehrheit sieht die Gründung der HFG Zug als eine Investition in die Zukunft für den Bildungsstandort Zug.

Vreni **Sidler** erinnert daran, dass wir den Trend zur Internationalisierung der Ausbildungen, die gegenseitige Anerkennung von Diplomen und die nationale Ausrichtung bereits vor einigen Jahren eingeläutet haben. Die Vorlage 1302 geht genau in diese Richtung. Am 1. Januar 2004 ist das Gesetz und die Verordnung über die Berufsbildung vom Bund in Kraft gesetzt worden, dies hat auch Auswirkungen auf die Ausbildung im Kanton Zug. Einerseits heben wir ein altes kantonales Gesetz und ein Konkordat auf, und andererseits treten wir einem neuen Konkordat bei, welches die Ausbildung an einer höheren Fachschule Gesundheit regelt. Die Vorteile dieses neuen Konkordats liegen in der Tatsache, dass eine Schule mit dem Spezialgebiet «Alte, Chronischkranke und Behinderte» im Kanton Zug bleibt. Die dafür notwendigen Bauten mit Infrastruktur stehen nach Wegzug des Kantonspitals aus der Stadt Zug zur Verfügung und gehen ins Eigentum des Kantons über. Und das Spezialgebiet ist ganz sicher zukunftsorientiert. Ein kleiner Nachteil ist, dass der Kanton Zug eine Schule in Baar schliessen muss und die Ausbildung in den übrigen Fachgebieten auch für Zugerinnen und Zuger nur noch in Luzern für die Akutpflege und in Sarnen-Wilen für die Spitex angeboten werden. Bis 2007 gibt es die neuen und alten Lehrgänge im Angebot, damit keine Engpässe in der Pflegepersonalrekrutierung entstehen. Dies wird die Kosten kurzfristig etwas erhöhen. Der Zusammenschluss und die Spezialisierung sind – wie anfangs bereits erwähnt – ein Trend, und die Votantin erhofft sich davon eine Qualitätssteigerung und eine Kostensenkung ab 2008. Als Mitglied der Konkordatskommission und auch im Namen der FDP-Fraktion bittet sie den Rat, der Aufhebung des Gesetzes, der Auflösung des bisherigen Konkordats und dem neuen Konkordat zuzustimmen.

Kathrin **Kündig** weist darauf hin, dass im Bereich der Berufsbildung auf Stufe Höhere Fachschule (HF) Gesundheit derzeit wichtige Entscheidungen gefällt werden. Das Berufsbild der diplomierten Pflegefachfrau HF / des diplomierten Pflegefachmanns

HF ist zeitgerecht und modern zu gestalten, um die längerfristige Sicherstellung der Ausbildungs- und Pflegequalität zu garantieren. Erforderlich ist eine professionelle Pflege für Patientinnen und Patienten im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich unter Berücksichtigung unterschiedlicher Pflege- und Lebenssituationen sowie des sozialen und familiären Umfeldes. Das Verständnis der Pflege bezieht sich heute, neben der auf Heilung von Krankheiten ausgerichteten Pflege, auch auf präventive, gesundheitsfördernde, rehabilitative und palliative Massnahmen.
Mit der Vorlage 1302.1 unterbreitet uns der Regierungsrat in erster Linie eine richtungweisende bildungs- und gesundheitspolitische Vorlage. Der Regierungsrat stellt unter anderem einen Antrag zur Schaffung einer Höheren Fachschule Gesundheit mit der Möglichkeit eines verkürzten Bildungsgangs für Fachangestellte Gesundheit, (FAGE)-Absolventinnen und Absolventen. Die FAGE ist ein generalistisch angelegter Gesundheitsberuf mit den vier Bereichen Lebens-, Umfeld- und Alltagsgestaltung, Medizintechnik, Logistik und Pflege auf der Sekundarstufe 2. Sie ist also keine eigentliche Pflegeausbildung, vielmehr ein Einstieg für junge Leute in verschiedenste Gesundheitsberufe wie z.B. Physiotherapeuten, Hebammen, Ernährungsberaterinnen, Biomedizinische Analytiker (früher medizinische Laboranten) etc. Je nach Einsatzort kommt eine FAGE-Lernende während ihrer dreijährigen Ausbildungszeit mehr oder auch weniger mit der direkten Pflege in Kontakt. In der Ausbildung zur FAGE werden Kompetenzen erworben, die sich von denjenigen der dipl. Pflegefachfrau HF, des dipl. Pflegefachmanns HF sowohl inhaltlich wie bezüglich Taxonomie deutlich unterscheiden. Es ist nicht abzustreiten, dass in der Ausbildung zur Fachangestellten Gesundheit in Theorie und Praxis Themen gelehrt werden, die im Bildungsgang zur dipl. Pflegefachfrau HF wieder aufgenommen werden. Hier erfahren sie aber eine unabdingliche Vertiefung und Erweiterung, was zu Grundlagenkompetenzen in der Patientenbetreuung im Pflegealltag führt.
Die Zentralschweizer Interessengemeinschaft Gesundheitsberufe (ZIGG) geht von der so genannten «Einschlägigkeit» der zentralschweizerischen FAGE-Ausbildung aus und leitet daraus die auf zwei Jahre verkürzte Höhere Fachschule ab. Das Fähigkeitszeugnis für FAGE-Absolventinnen kann aber mindestens zurzeit nicht als «einschlägig» betrachtet werden. Die neu gegründete nationale Dach-OdA Gesundheit (12. Mai 2005) wird erst im Verlauf diesen Jahres den Rahmenlehrplan für die FAGE-Ausbildung, wo auch die «Einschlägigkeit» definiert wird, überprüfen, revidieren und verabschieden. Für die Votantin ist es unverständlich, warum nun die Zentralschweiz – als einzige Bildungsregion in der Deutschschweiz – mit einer auf zwei Jahre verkürzten Höheren Fachschule Gesundheit für FAGE-Absolventen vorprescht. Die ersten FAGE-Absolventen in der Deutschschweiz schliessen im Sommer 2005 ihre Ausbildung ab. Bis heute hat niemand Erfahrungen mit diesen jungen Berufsleuten im Praxisalltag gemacht. Umso erstaunlicher ist dieser Entscheid, wenn man beachtet, dass z.B. eine Hebamme oder Ernährungsberaterin eine mindestens dreijährige Höhere Fachschule durchlaufen muss, obwohl ihr Wirkungsbereich deutlich begrenzter und eingeschränkter ist als bei einer diplomierten Pflegefachfrau, eines Pflegefachmanns HF. Natürlich brauchen wir im Gesundheitswesen deutlich mehr ausgebildete Pflegefachleute als Hebammen oder Ernährungsberaterinnen. Da liegt es auf der Hand, dass man mit einer zwei- statt dreijährigen Ausbildungsdauer auch beachtliche Kosten einsparen kann. Es gilt jedoch im Interesse jedes Einzelnen auch ein Mindestmass an Professionalität zu wahren.
«Die Pflege von alten Menschen ist die hohe Kunst der Krankenpflege.» Dieser Aussage wird in Pflegekreisen kaum widersprochen. Allerdings wird es zunehmend schwieriger, qualifiziertes Personal für diese anspruchsvolle Arbeit zu finden. Das hat mit der geringen Wertschätzung dieser Arbeit in der Gesellschaft, aber auch unter

den Berufsleuten selbst zu tun. Bewunderung und Anerkennung ist mir sicher, wenn ich mich als Intensivpflegefachfrau vorstelle oder auf einer Notfallstation arbeite. Wer aber bewundert mich, wenn das Pflegeheim mein Arbeitsplatz ist? Und doch ist dies vielleicht der Platz, der die höheren Anforderungen an die menschliche und fachliche Qualifikation des Personals stellt. Darum erstaunte es Kathrin Kündig auch nicht zu hören, dass bis heute nicht genügend FAGE-Absolventinnen und -Absolventen (mind. 6 Personen) für den in Zug angebotenen zweijährigen Ausbildungsgang mit Schwerpunkt in Pflege alter, chronischkranker und behinderter Menschen (ACB-Pflege) rekrutiert werden konnten. Und dies trotz massiver Werbung seitens der ZIGG. Wurde das Angebot auf seine Markttauglichkeit geprüft? Daher wäre es sinnvoller und Kosten sparender, nur einen dreijährigen Ausbildungsgang an der Höheren Fachschule Gesundheit anzubieten. Dieser könnte für alle an einem Pflegeberuf Interessierten mit der erforderlichen Grundausbildung zugänglich sein. Langzeitpflege ist ein höchst anspruchsvoller Beruf und verlangt eine entsprechend qualifizierende Ausbildung.
Nur zu gut ist uns noch der Fall des Innerschweizer Pflegefachmanns in Erinnerung, der 24 ihm anvertraute, pflegebedürftige, betagte Menschen tötete. Der Fall in Luzern ist kein Einzelfall, man vermutet, dass die Dunkelziffer beachtlich ist. Natürlich greift nicht jede Pflegende zur Todesspritze oder zum Plastiksack. Doch sind leider Gewalt und Demütigungen gegenüber vor allem alten, dementen und pflegebedürftigen Menschen auch in unseren Gesundheitsinstitutionen eine traurige Realität. Die Ursache wird oft in der psychischen und physischen Überforderung des Pflegepersonals gesehen. Umso wichtiger ist es, den jungen Berufsleuten eine gute und fundierte Ausbildung zu geben, die es ihnen ermöglicht auch mit schwierigen Situationen professionell umzugehen. Es ist unmöglich, in zwei Jahren die gleichen Inhalte und Kompetenzen zu erwerben wie in einer dreijährigen Ausbildung. Die Votantin fordert daher den Regierungsrat eindringlich auf, die Entwicklungen auf nationaler Ebene in der Bildungsreform im Gesundheitswesen kritisch zu beobachten und das zweijährige Ausbildungsprogramm Höhere Fachschule für FAGE-Absolventinnen und -Absolventen genaustens zu evaluieren. Das Letzte was unser «krankes Gesundheitswesen» braucht, sind überforderte und ausgebrannte Pflegende mit einer marginalen Grundausbildung.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte zuerst allen Fraktionen ganz herzlich danken, dass sie Eintreten beschlossen haben und der Vorlage grundsätzlich zustimmen werden. Es geht – wie mehrfach betont wurde – darum, dass wir jetzt die Reform der Ausbildung und das neue Ausbildungsgesetz in den Pflegeberufen umsetzen und auch diesen Bereich der Ausbildung in das allgemeine Berufsbildungssystem integrieren. Es wurde mehrfach dargelegt, dass wir beim Aufbau der neuen Ausbildung in der Zentralschweiz stark zusammengearbeitet haben, sowohl bei der FAGE wie auch nachher bei der Höheren Fachschule. Wenig Verständnis hat der Volkswirtschaftsdirektor für die Vorstellung von Teilen der SVP-Fraktion, im Kanton Zug bei dieser Zusammenarbeit keinen Ausbildungsstandort anbieten zu wollen. Bisher hatten wir immerhin zwei Pflegeschulen, und der Vorteil, dass wir im Kanton Zug weiterhin eine Höhere Pflegeschule haben, liegt auf der Hand. Gerade im Kompetenzbereich, den wir anbieten, im Bereich der behinderten, kranken und pflegebedürftigen Menschen, besteht eine grosse Nachfrage und ein grosses Entwicklungspotenzial für dieses Kompetenzzentrum im Kanton Zug. Das erleichtert den Pflege- und Altersheimen im Kanton Zug sicher die Rekrutierung von gutem Personal. Es ist sehr wichtig, im Kanton Zug einen Ausbildungsstandort zu haben.

Die Meinungen gehen vor allem auseinander bei der Frage, ob die Ausbildung an der Höheren Fachschule ein oder zwei Jahre dauern soll. Walter Suter hat Verständnis für diese Frage und er teilt selbstverständlich die Meinung, dass es sehr wichtig ist, dass die Ausbildungsqualität nicht abnimmt. Die Pflegeberufe sind sehr anspruchsvoll und es ist auch sehr wichtig, dass die Leute in den Pflegeberufen sehr gut ausgebildet sind. Der Votant möchte auf diesen Themenbereich eingehen, indem er die Fragen von Anna Lustenberger beantwortet. Zuerst hat sie die Frage gestellt, wieso man in der Zentralschweiz jetzt schon ein Angebot der Höheren Fachschule bedient, bevor der Schweizer Rahmenlehrplan fertig ist. Wir bedauern auch sehr, dass es so lange dauert, bis dieser definitiv zur Verfügung steht. Auf der anderen Seite kommen die ersten Leute mit dem neuen Fähigkeitsausweis FAGE diesen Sommer in ihren Beruf, und wir wollten diese Anschluss-Ausbildungsmöglichkeit unbedingt eröffnen. Es sind insgesamt über 20 Jugendliche, die in diese Fachschule Gesundheit in Luzern eintreten wollen und es gibt wirklich keinen Grund, ihnen diese Möglichkeit nicht zu bieten. Umgekehrt, wenn wir nicht bereit gewesen wären mit diesem Ausbildungsangebot, wäre ein Vorwurf wohl berechtigter gewesen. Darum haben wir dieses Tempo eingeschlagen. Wir konnten uns bei der Konzeption der Ausbildung auch auf den Entwurf des Rahmenlehrplans abstützen, und es wird hier keine grundlegenden Änderungen mehr geben.
Die zweite Frage war, warum in der Zentralschweiz als einzige Region dieser zweijährige Ausbildungsgang beschlossen wurde. Die Steuerungsgruppe in der Zentralschweiz wollte diese Berufsbildungssystematik konsequent umsetzen – auch im Pflegebereich. Es ist generell so, dass im Anschluss an die Berufslehre aufgebaut wird auf die Kenntnisse, die man sich in der Lehre erworben hat. Und dass man die Ausbildung an der Höheren Fachschule darauf abstützt. Es ist auch so, dass diese zweijährige Höhere Fachschule auch in anderen Berufen die Regel ist. Und dass man die Kenntnisse mit einbezieht, die in der Berufslehre erworben wurden. Die Ausbildung von zwei Jahren entspricht auch den Mindestvorschriften des Berufsbildungsgesetzes und der entsprechenden Verordnung des eidg. Volkswirtschafsdepartements. Der Votant kann Eusebius Spescha versichern, dass geplant ist, dass Leute, die nicht aus dieser FAGE-Ausbildung kommen, ein Angebot von drei Jahren erhalten werden. Diese Voraussetzung ist also erfüllt, aber umgekehrt wollte man die Leute, die aus der Berufsausbildung kommen, nicht mit der gleich langen Ausbildungsdauer belasten und praktisch ihre Berufsausbildung wiederholen lassen. Wir werden aber diese Ausbildung evaluieren – das BBT wird das machen – und die Erkenntnisse daraus selbstverständlich diskutieren und nötige Anpassungen machen. Wir wollen selbstverständlich überhaupt nicht, dass die Unterrichtsqualität gegenüber heute schlechter wird. Zur Ausbildungsdauer eine kleine Illustration: Bis heute hat man vier Jahr investiert, bis man das Diplomniveau 2 (Pflegeberufe) erreicht hat. Neu werden es bis zum Abschluss der Höheren Fachschule fünf Jahre sein – also ein Jahr mehr. Und wenn man an der Höheren Fachschule generell einen Dreijahreskurs einrichten würde, wären es insgesamt sechs Jahre. Und das widerspräche nun wirklich der allgemeinen Berufsbildungssystematik. Aber wie gesagt: Wir werden die Ausbildungsqualität evaluieren.
Ähnlich ist es mit der Frage der EU-Kompatibilität. Auch hier sind wir der Meinung, dass die Voraussetzungen erfüllt sind. Das kann man nicht so klar mit Ja oder Nein beantworten. Es wurde vom BBT in einem Projekt überprüft. Man kam zum Schluss, dass nichts dagegen spricht. Aber auch hier: Wenn das nicht der Fall sein sollte, würden wir entsprechend darauf reagieren. Wir wollen selbstverständlich unseren Jugendlichen eine Ausbildung anbieten, die auch in der EU anerkannt wird.

Zur Frage zum ZIGG, wieso dort nur Leute aus dem Management der Betriebe integriert werden und vorwiegend Männer. Dazu ist zu sagen, dass die ZIGG der Arbeitgeberverband der Betriebe ist. Und es ist weder für den Zuger Volkswirtschaftsdirektor noch für die Regierung möglich, diesen Leuten vorzuschreiben, wen sie in den Vorstand ihrer Organisation delegieren sollen. Walter Suter kann aber umgekehrt sagen, dass man bei der Konzeption der Ausbildung selbstverständlich das Fachpersonal integriert hat, auch die in der Praxis tätigen Leute. Und es ist davon auszugehen, wenn man die Berufsstruktur anschaut, dass dort vermutlich mehr Frauen dabei waren als Männer. – Zur Frage zur Physiotherapie. Hier ging man davon aus, dass die Zentralschweiz ein zu kleines Einzugsgebiet ist. Man ist daran, eine überregionale Lösung für diese Ausbildung zu suchen.
Insgesamt dankt der Volkswirtschaftsdirektor dem Rat nochmals für die Zustimmung, und er kann nochmals bestätigen, dass wir die Ausbildung evaluieren werden. Es ist im Gesetz auch nicht festgeschrieben, dass die Ausbildungsdauer nur zwei Jahre sein wird. Wir werden das evaluieren und die nötigen Anpassungen vornehmen. Die Offenheit dazu besteht.

Wenn sich Felix **Häcki** die Sache anschaut, fragt er sich, wieso wir in Zug eigentlich alles tun müssen. Wenn er sich die Zahlen anschaut, Leute mit Wohnort im Kanton Zug und auswärts, so sieht er überall den berühmten Hockeyschläger-Effekt. Heute sind es nur ein paar Leute, 2012 sind es dann plötzlich sehr viele. Kein Mensch weiss, ob dieser Effekt eintritt. Normalerweise nicht, denn die grössten Wachstumsraten sind ab 2010 vorgesehen. Der Votant geht mit dem Regierungsrat einig, dass es Fachpersonal in der Altenpflege braucht. Aber es braucht Basispersonal. Die Leute, welche die Höhere Fachschule gemacht haben, wollen nicht mehr in die Basispflege. Sie wollen Vorgesetztenstellen. Und wo sollen sie diese Stellen finden? Wir bilden dann im Kanton Zug 15 Zuger aus und 105 Leute aus anderen Kantonen. Davon werden wahrscheinlich 110 Leute nicht im Kanton Zug arbeiten. Und wenn man sich anschaut, wie die Kosten verteilt werden bei der Höheren Lehranstalt für die Lehrer, so geht es nach den tiefsten Durchschnittskosten, und da ist Zug immer schlecht dran mit den relativ tiefen Zahlen. Wir werden also massiv zur Kasse gebeten werden, um Leute auszubilden, die nie in Zug arbeiten werden. Es wird also hier keine Wertschöpfung stattfinden, sondern in anderen Kantonen. Deshalb ist Felix Häcki der Meinung, dass diese Vorlage überflüssig ist und abgelehnt werden sollte.

Die **Vorsitzende** erkundigt sich, ob dies ein Nichteintretensantrag gewesen ist. – Felix Häcki bejaht das.

➔ Der Rat beschliesst mit 54 : 6 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG *des KRB betreffend Schaffung einer Höheren Fachschule Gesundheit (Vorlage Nr. 1302. – 11646)*

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es hier nur eine einzige Lesung gibt. § 4 Abs. 4 des Einführungsgesetzes Berufsbildung (BGS 413.11) hält nämlich fest, dass der Kanton mit einfachem KRB weitere Höhere Fachschulen oder Einrichtungen von Fachhochschulen führen oder sich an solchen beteiligen kann.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 63 : 5 zu.

DETAILBERATUNG *des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Vorlage Nr. 1302.3 – 11647)*

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1302.7 – 11780 enthalten.

DETAILBERATUNG *des KRB betreffend Aufhebung des Konkordats zwischen den Kantonen Luzern, Schwyz und Zug über den Betrieb einer Schule für praktische Krankenpflege am Spital und Pflegezentrum Baar (Vorlage Nr. 1302.4 – 11648)*

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1302.8 – 11781 enthalten.

658 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINE NEUE SOLE- UND SALZBELADEANLAGE IM WERKHOF HINTERBERG IN STEINHAUSEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1319.1/.2 – 11682/83), der Strassenbaukommission (Nr. 1319.3 – 11707) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1319.4 – 11708).

Beat **Villiger** möchte den Rat bitten – nachdem das Geschäft in der vorberatenden Kommission, in der Stawiko, aber auch in den Fraktionen Zustimmung gefunden hat – ebenfalls und abschliessend die Zustimmung zum Brutto-Investitionskredit von 895'000 Franken zu erteilen. Wenn Unklarheiten bestehen, können der Baudirektor oder der Kommissionspräsident gerne weitere Auskünfte erteilen. – Abschliessend drei Kriterien, die für diese Investition sprechen:
1. Wir optimieren den Winterdienst und die Vorkehrungen für eine zweckmässige Unfallverhütung.
2. Wir verbessern die Einrichtungen im Werkhof Hinterberg, Salz und Sole wirtschaftlicher einzusetzen.
3. Wir erhalten vom Bund an die Massnahmen einen Beitrag von 40 Prozent, was bei einer späteren Sanierung, z.B. nach der viel diskutierten Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen und vor allem auch nach der Neuregelung des Unterhalts von Nationalstrassen vermutlich nicht mehr der Fall sein dürfte.

Insofern und weil der Werkhof ja dann ein Werkhof für den Kanton Zug bleiben wird, möchte der Kommissionspräsident den Rat bitten, dieser Vorlage zuzustimmen. Auch die CVP-Fraktion ist einstimmig dieser Meinung.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** verweist auf den Bericht.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion – wie üblich, wenn es um Kredite im Strassenbereich geht – mit mässiger Begeisterung für den beantragten Kredit ist. Bei der jetzt behandelten Vorlage geht es um den Infrastrukturbereich, um den Unterhalt unserer Strassen während dem Winter. Folgende zwei Punkte sind für uns bei diesem Geschäft bemerkenswert. In der Vorlage des Regierungsrats heisst es zur gleichzeitigen Beladung der Fahrzeuge mit Streusalz und Sole: «Damit kann entscheidende Zeit gewonnen, die Unfallgefahr reduziert und die Betriebssicherheit auf unseren National- und Kantonsstrassen erhöht werden. Die benötigte Zeit zum Beladen sinkt von ca. 15 bis 20 Minuten auf 5 Minuten.» Dies tönt gut. Es hört sich an, als ob die Fahrzeuge vor dem Einsatz zuerst beladen werden müssten und gleich anschliessend gesalzen würde. Aber dies ist nur die halbe Wahrheit. Die Fahrzeugflotte wird bei kritischem Wetter jeweils schon am Abend vorher beladen, und ob man dazu 5 oder 20 Minuten braucht, ist für die Reduzierung der Unfallgefahr oder für die Betriebssicherheit auf unseren Strassen total irrelevant. Die Reduzierung der Ladezeiten ist nur für solche Fahrzeuge relevant, die im Verlauf der Nacht oder während des Tages noch einmal Salz laden müssen. In diesem Sinn ist die Vorlage des Regierungsrats als mangelhaft zu betrachten. Der Nutzen wird viel optimaler dargestellt, als er effektiv ist.
Der Bund schlägt vor, die Soleanlage zu ersetzen. Die bestehende Anlage ist nicht mehr genügend für den Werkhof Hinterberg. Genügend ist sie aber für den Werkhof Risi zwischen Nidfuren und Neuägeri. Die Baudirektion plant, die Soleanlage im Hinterberg zu demontieren und dann im Werkhof Risi wieder aufzubauen, um sie für den Winter-Strassenunterhalt am Berg zu verwenden. Dies wird im Bericht des Regierungsrats aber mit keinem Wort erwähnt. – Trotz den erwähnten Punkten wird die SP-Fraktion aber dem Objektkredit zustimmen.

Beni **Langenegger** hält fest, dass sich die SVP-Fraktion einstimmig zur Erneuerung der Sole- und Salzbeladeanlage im Werkhof Hinterberg in Steinhausen bekennt. Trotz des heissen Wetters ist der Votant froh, dass der Rat in dieser Vorlage bereits auch wieder an den Winterdienst für kältere Tage denkt. Denn der Winterdienst auf unserem Kantons- und Nationalstrassennetz kann nur funktionieren, wenn wir die dazugehörende Technik auf den neusten Stand bringen, wie es der Regierungsrat vorschlägt. Davon profitieren alle Verkehrsteilnehmer, der öffentliche Verkehr, die Umwelt, die Wirtschaft und nicht zuletzt auch die Salzequipe, die den Streusalzeinsatz speditiv abwickeln kann. In diesem Sinne hofft Beni Langenegger, dass der Rat die Vorlage tatkräftig unterstützt.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Wenn die Wetterprognosen stimmen, hat Alois Gössi Recht. Wenn sie aber nicht stimmen, und wir vom Wetter überrascht werden, sind wir sicher froh, wenn wir alle Fahrzeuge blitzartig laden können. Die jetzige Soleanlage ist eine Self-made-Anlage, die den heutigen Anforderungen nicht mehr

genügt. Aber wenn wir sie nächstes Jahr in die Risi-Anlage zügeln, wird sie für die dortige Anlage genügen.

Peter **Dür** ist der Ansicht, dass der Baudirektor nicht auf alle Fragen eingegangen ist. Die Information, dass die Anlage abgebaut und an einem anderen Ort wieder aufgestellt wird, wurde in der Vorlage mit keinem Wort erwähnt. Ebenfalls wurde nicht erwähnt, was für diese Anlage noch bezahlt wird, wenn sie verkauft wird. Dieser Betrag müsste dann ja auch von der Investition abgezogen werden. Warum ist diese wichtige Information nicht in die Vorlage aufgenommen worden? Die Stawiko verlässt sich auf die Informationen, die sie erhält. Schlussendlich hätten wir sicher gleich entschieden, aber das ist doch eine wichtige Information.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** gibt dem Stawiko-Präsidenten Recht. Aber er hat vorhin bereits gesagt, dass es eine Self-made-Anlage ist. Die Leute haben dort etwas selbst gebastelt. Das war nicht mit Kosten verbunden, und das kann man auch nicht verkaufen. Und es wird auch keine grösseren Kosten auslösen, wenn dieses Gebastel gezügelt wird. Das haben die Leute innovativ selber eingerichtet. Das war keine gekaufte und keine bestellte Anlage.

Martin **Stuber** fragt, ob SVP-Unternehmer Risi diese Anlage nun gratis erhält? Hat er das richtig verstanden?

Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die so genannte Risi-Anlage eine kantonseigene Anlage ist. Sie gehörte einmal der Firma Risi.

Peter **Dür** ist mit den Antworten des Baudirektors überhaupt nicht einverstanden und stellt deshalb den Antrag, diese Vorlage an die Kommission zurückzuweisen. Dort soll geprüft werden, was hier genau läuft. Dann kann man wieder an den Rat kommen.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass der Baudirektor und die anderen zuständigen Leute die Kommission über diese Angelegenheit orientiert haben. Wir erachteten diesen Punkt als nicht relevant und haben es deshalb nicht in den Bericht aufgenommen. Der Kommissionspräsident schlägt vor, das Geschäft nicht zurückzuweisen.

Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass wenn diese Anlage 2006 gezügelt wird und das grössere Kosten auslösen würde, kommt das selbstverständlich ins Budget 2006. Und dort können Sie dann selbstverständlich sagen, ob Sie das wollen oder nicht. Wenn wir das jetzt nochmals an die Kommission zurückgeben, steht diese Soleanlage für den Winter 05/06 noch nicht.

Peter **Dür** fordert den Rat auf, beharrlich zu bleiben und diese Vorlage zurückzuweisen. Diese Anlagen sind Ressourcen des Kantons und wir müssen klar wissen, was sie noch Wert sind und wer für den Abbau und den Wiederaufbau verantwortlich ist. Das ist ein sensibler Bereich, der hier scheinbar etwas locker angeschaut wird. Wir können nicht akzeptieren, dass uns solche Dinge vorenthalten werden. Zurückweisen, noch einmal anschauen und dann wieder kommen.

Thomas **Lötscher**: Bevor wir jetzt das Kind mit dem Bade ausschütten, möchte er doch dem Baudirektor noch die Chance geben, diese Frage zu klären, die offensichtlich zur Verunsicherung führt. Wird die bestehende Anlage verkauft? Wenn ja, zu welchem Preis und an wen? Wenn wir diese Antwort haben, liegt die Entscheidgrundlage vor. Die Antwort darf auch mehr als drei Sätze umfassen.

Felix **Häcki** weist den Rat darauf hin, dass wer von Zug nach Ägeri fährt, weiss, wo sich die Anlage befindet. Sie ist zwischen Nidfuren und Neuägeri. Dort wird heute von Hand Salz umgeschaufelt. Und was von der zentralen Anlage verschoben werden soll, ist keine Fabrik, sondern eine kleine Förderanlage, die dort weiter ihren Dienst tun soll. Deswegen müssen wir nicht das ganze Geschäft zurückstellen. Das wäre völlig sinnlos.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hat bereits gesagt, dass das eine Eigenerfindung seiner Leute ist. Diese Anlage kann man nicht verkaufen. Die haben etwas gebastelt. Das kauft Ihnen kein Mensch ab.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass diese Anlage gemäss Auskunft des Baudirektors beim Kanton bleibt und die ganze Aufregung völlig grundlos ist.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass ein Rückweisungsantrag eine Zweidrittelsmehrheit der Stimmen benötigt.

➔ Mit 41 Stimmen wird das nötige Quorum für eine Rückweisung nicht erreicht, womit auf die Vorlage eingetreten wird.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 55 : 9 Stimmen zu.

659 –MOTION VON MARCEL MEYER BETREFFEND MACHBARKEIT EINER AUTOBAHNRASTSTÄTTE AUF DEM ZUGER NATIONALSTRASSENNETZ
–MOTION VON BEAT VILLIGER, ANDREA HODEL UND MORITZ SCHMID BETREFFEND ANPASSUNG DES KANTONALEN RICHTPLANS (AUFNAHME EINER AUTOBAHNRASTSTÄTTE)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn 1066.2 – 11666 und 1338.2 – 11771).

Die **Vorsitzende** weist den Rat darauf hin, dass die beiden Motionen thematisch eng verwandt sind und folglich zusammen beraten werden. Abgestimmt wird aber über jede Motion separat. – Bei der zweiten Motion (Ergänzung des kantonalen Richtplans) liegt der Antrag vor, die Motion sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich vorerst eine formelle über die sofortige Behandlung. Sofern die sofortige Behandlung nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Überweisung der Motion an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wurde, gibt es danach eine materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung (diese Abstimmung mit einfachem Mehr).

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass nach recht langer Zeit und erst nach der Beratung des kantonalen Richtplans nun die Motion von alt Kantonsrat Marcel Meyer zur Behandlung vorgelegt wird. Es wäre vorteilhafter gewesen, man hätte dieses Geschäft zusammen mit dem Richtplan behandelt, um schon dort die nötigen Weichen stellen zu können. Eine Kritik müssen sich Regierung, Kommission und auch wir uns als Rat gefallen lassen. Der Richtplan nämlich soll für die Behörden und die Bevölkerung ein verlässliches und nachvollziehbares Planwerk sein und nicht ohne Not immer wieder in Frage gestellt oder abgeändert werden. Für den Votanten war aber immer klar, dass die Frage der Motion Meyer irgendwann noch aufs Tapet kommt. Wenn nicht im Rahmen der Neuauflage des Richtplans, dann halt nachher. Und nachher haben wir jetzt. Insofern hat Beat Villiger auch keine Mühe damit, im Nachhinein diese Pendenz zu erledigen.
In der Motionsbeantwortung kommt die Regierung zum Schluss, dass der Antrag bezüglich Machbarkeit eines ABRS erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben sei. Es liege nun an den Initianten selbst, für eine Raststätte in Rotkreuz ihre dortige Idee weiter zu prüfen und zu entwickeln. Der Regierungsrat hat somit nichts gegen eine Autobahnraststätte, nur gegen den Standort. Daran ändert auch der ungewohnte Zusatzbericht der Regierung zur heutigen Sitzung nichts. In den letzten Monaten wurde intensiv von einer engagierten Gruppe am Raststätteprojekt weitergearbeitet. Um nun das Projekt zu konkretisieren, ist für die Bestimmung des Standorts ein entsprechendes Richtplanverfahren einzuleiten. Der Votant möchte kurz ein paar Fakten, die für die Motion, das Verfahren, die sofortige Erheblicherklärung und die Behandlung innert eines Jahres sprechen, kurz aufzeigen:
1. Der Kanton Zug wird mit der Eröffnung A4 Knonaueramt, mit dem 6-Spurausbau und einer möglichen späteren Anbindung an die Ostschweiz merklich mehr Autobahnverkehr haben.
2 Es ist deshalb aus wirtschaftlicher und touristischer Sicht völlig richtig, wenn der Kanton Zug daraus profitiert. Andere Regionen und Kantone sind Beispiele dafür.

Wenn wir das nicht tun, haben wir nur die belastenden Aspekte des Durchgangsverkehrs zu schlucken.
3. Wir schaffen mit dieser Einrichtung auch Arbeitsplätze, und zwar ca. 200 bis 300, vorwiegend auch im niederschwelligen Bereiche.
4. Wir ermöglichen daraus einen Umsatz in Höhe von ca. 30 bis 35 Mio. Franken jährlich und generieren also auch Steuergelder
Die Standortfrage ist dabei ganz entscheidend. Wenn die Raststätte funktionieren und rentieren soll, so kann sie nicht, wie das zum Beispiel die Regierung will, in das Industriegebiet, welches ohnehin nicht mehr erhältlich sein dürfte, platziert werden. Autobahn-Raststätten befinden sich aus nachvollziehbaren Gründen immer abseits vom Siedlungsgebiet. Der nun vorgesehene Standort würde die Voraussetzungen für eine gut funktionierende Einrichtung erfüllen. Insofern stellen wir Antrag auf sofortige Erheblicherklärung und die Unterbreitung von Bericht und Antrag innert Jahresfrist. Wenn nun die Regierung schreibt, sie wolle die übliche Dreijahresfrist auf zwei Jahre reduzieren, so möchte Beat Villiger heute noch hören, dass wenn wir mehr als ein Jahr geben, mit dieser verlängerten Frist keine Planungen benachteiligt werden, weil der 6-Spur-Ausbau und die Planung der Zürcher Raststätte im Gang sind. Nicht dass wir dann wie die alte Fasnacht hinterher kommen und die Benachteiligten sind. Der Votant kann sich allenfalls mit einer Frist von 18 Monaten einverstanden erklären, aber länger nicht, weil das nachteilig für die gesamte Planung sein könnte.
Es ist uns allen bewusst, dass der Richtplan und mithin auch die Standortfrage für diese Raststätte eine politische Herausforderung, immer aber auch einen Spagat zwischen Ökologie, Fruchtfolgeflächen, Lebensqualität auf der einen Seite und der Wirtschaft mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und somit auch mit Wohlstand auf der anderen Seite darstellt. Die verschiedenen Aspekte gilt es gegeneinander abzuwägen. Der Kantonsrat hat, auch wenn er heute die sofortige Erheblicherklärung beschliesst, später immer noch die Möglichkeit, nein zum Projekt zu sagen. Oder die Regierung könnte theoretisch auch einen neuen Standort noch ins Spiel bringen. – Der Votant bittet den Rat, den Anträgen der Motion zuzustimmen. Die CVP wird dies sehr grossmehrheitlich tun.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** hält fest, dass die AF nicht grundsätzlich gegen eine Autobahnraststätte ist, aber ganz klar gegen das Projekt Zugerhof in der vorliegenden Form am vorgesehenen Standort. Wir sehen durchaus Vorteile, die eine Autobahnraststätte mit sich bringen kann, wie beispielsweise zusätzliche Arbeitsplätze und Mehreinnahmen. Bei diesem Projekt überwiegen die Nachteile jedoch ganz klar.
Das wichtigste Argument, das gegen die Autobahnraststätte Zugerhof spricht, ist: Sie liegt am falschen Ort! Wenn schon eine Autobahnraststätte auf Zuger Boden, dann bitte am richtigen Ort. Der beste Standort (und da sind wir uns ja alle einig) wäre weiter nördlich auf der anderen Autobahnseite, bevor sich die Autobahn wieder verzweigt. Weder die Chamer noch die Hünenberger haben jedoch ein Interesse an einer Autobahnraststätte angemeldet. Für Alternativstandorte im Industriegebiet der Gemeinde Risch fehlen bis heute detaillierte Abklärungen. Der jetzige Standort ist ein raumplanerischer Sündenfall, indem er eine noch unberührte Geländekammer anknabbert, und ist somit nicht kompatibel mit dem Richtplan.
Zum Landverbrauch. Die Autobahnraststätte benötigt zwischen vier und sieben Hektaren Landwirtschaftsland (so genannte Fruchtfolgeflächen). Wenn man bedenkt, dass die Autobahnraststätte offenbar nur im Zusammenhang mit dem 6-Spur-Autobahnausbau Sinn macht und die Raststätte ja auch noch erschlossen werden müsste, dann ist der Landverbrauch gleich in dreifacher Hinsicht immens.

Im Knonaueramt ist ebenfalls eine Autobahnraststätte in Planung. Diese ist bereits weiter fortgeschritten. Beide Autobahnraststätten zu realisieren, wäre auf Grund der kurzen Distanz wohl kaum sinnvoll.
Die Rischer Bevölkerung konnte bislang keine Stellung zum Projekt nehmen. An der Informationsveranstaltung vom 25. April 2005, die in der Gemeinde Risch statt fand, war kein einziges Pro-Votum aus dem Publikum zu hören.
Bezüglich der Behauptung, die ASTRA stehe hinter dem Projekt Zugerhof, ist zu sagen: Das Astra hat nur eine Bedürfnisabklärung gemacht und diese ist positiv ausgefallen. Nicht mehr und nicht weniger.
Zum Argument, Autobahnraststätten förderten den Tourismus. Kantone sind dann touristisch attraktiv, wenn sie ein breites Freizeitangebot bieten (Velo- und Wanderwege, Orte zum Verweilen und Ausruhen) und nicht, wenn sie immer mehr zubetoniert werden. Worin bestünde denn in Zukunft noch der Reiz für Touristen, in unserem Kanton zu verweilen, wenn wir die letzten zusammenhängenden, intakten Grünflächen zubetonieren?
Damit das Projekt Zugerhof doch noch nicht vom Tisch ist, wollen Beat Villiger, Moritz Schmid und Andrea Hodel den erst kürzlich beschlossenen Richtplan ändern. Es scheint, als müsse das Projekt Zugerhof um jeden Preis durchgeboxt werden. Die Autobahnraststätte zeigt auf, wie sich gewisse Politiker und Politikerinnen in den Dienst von Einzelinteressen privater Investoren stellen, ohne das Gesamtinteresse von Kanton, Gemeinde und Bevölkerung im Auge zu behalten. Es darf nicht sein, dass ein Richtplan auf Grund eines Bauprojekts geändert wird. Die AF stützt die Anträge der Regierung: Die Motion von Marcel Meyer erheblich erklären und als erledigt abschreiben. Bei der Motion von Beat Villiger, Andrea Hodel und Moritz Schmid sagt die AF zur sofortigen Behandlung nein. Falls der Rat die sofortige Behandlung beschliesst, wird die AF gegen eine Erheblicherklärung stimmen. Zur abgekürzten Frist von einem Jahr für die Erledigung sagen wir ebenfalls nein.

Käty **Hofer** äussert sich zuerst zur Motion Meyer. Die Machbarkeit ist abgeklärt und der Bericht liegt vor. Nach Meinung der SP-Fraktion ist das Begehren der Motion erfüllt. Wir teilen die Ansicht der Regierung, dass die Motion als erledigt abzuschreiben ist. – Zur Motion Villiger, Hodel und Schmid. Wir werden sie selbstverständlich überweisen. Wir sind aber ganz klar gegen eine sofortige Behandlung. Wir haben schon wieder einen Antrag auf Änderung des Richtplans auf dem Tisch. Es ist nicht der erste, und es scheint, dass das langsam Mode wird. Der Richtplan ist ein langfristiges Planungsinstrument und muss als solches sorgfältig behandelt werden. Er gibt uns die Leitplanken zur Entwicklung im Kanton, und wir müssen uns davor hüten, bei Detailfragen und Partikularinteressen an diesem Richtplan herumzuschrauben. Die Kernfrage muss hier sein: Besteht ein kantonales Interesse oder nicht? Das muss sorgfältig abgeklärt werden, und das kann nicht im Schnellverfahren mit einer sofortigen Behandlung geschehen. Das Projekt der Raststätte kommt in eine zusammenhängende Landwirtschaftszone zu liegen. Das Stichwort Fruchtfolgeflächen haben wir bereits gehört. Der Landbedarf für die Raststätte wäre enorm. Hier drängt sich die Frage auf, wie gross die Rolle des Landpreises ist – in der Landwirtschaftszone oder auf der anderen Seite der Autobahn in der Industrie- und Gewerbezone, wo es Land zur Verfügung hat, das schon eingezont ist. Eine Raststätte müsste in einer eingezonten Fläche geplant werden. Ausserdem müsste für uns beim Bau einer Raststätte eine strikte Randbedingung eingehalten werden: Keine Kostenbeteiligung der öffentlichen Hand. Das müsste auch für die Ein- und Ausfahrten gelten. Weitere Bedenken gegen dieses Projekt: Die Raststätte Knonau ist bewil-

ligt. Andererseits sind die Begehren für Autobahnanschlüsse in der Ammannsmatt und im Schlatt in Hünenberg von Bern nicht bewilligt worden. Wenn schon zusätzliche Autobahn-Ein- und -Ausfahrten gebaut werden müssten, dann eher für Zu- und Wegfahrten für die Bevölkerung als für eine Raststätte.
Zusammengefasst ist die SP-Fraktion für Abschreibung der Motion Meyer und für eine Überweisung der Motion Villiger, Hodel und Schmid. Wir sind aber gegen eine sofortige Behandlung dieser Motion, und falls diese beschlossen würde, würden wir sie ablehnen.

Werner **Villiger** möchte zuerst eine kurze Stellungnahme der SVP-Fraktion abgeben zum Vorgehen des Regierungsrats bei diesem Geschäft. Wir begrüssen, dass er im Zusammenhang mit der sofortigen Behandlung dieser Motion materiell dazu Stellung nimmt. Bei Anträgen aus dem Kantonsrat auf Nichtüberweisung eines parlamentarischen Vorstosses könnten wir uns ein gleiches Vorgehen ebenfalls vorstellen.
Zur Motion. Die SVP-Fraktion unterstützt die Motion Villiger, Hodel und Schmid betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans grösstmehrheitlich, d.h. mit einer Gegenstimme. Die sofortige Behandlung dieser Motion wird ebenfalls grösstmehrheitlich unterstützt, jedoch mit zwei Gegenstimmen. Das von privater Seite initiierte Projekt Raststätte Zugerhof überzeugt uns. Die Anpassung des Richtplans soll deshalb – wie von den Motionären vorgeschlagen – sofort an die Hand genommen werden. Die neue Raststätte ist gut an das bestehende Siedlungsgebiet angeschlossen. Die vorgesehenen Nutzungen halten wir für realisierbar und vernünftig. Es ist sicher sinnvoll, Industrie- und Gewerbebetriebe wenn möglich in der Nähe von Autobahnen anzusiedeln. Der zu diesem Geschäft vorliegend Bericht und Antrag des Regierungsrats enthält unserer Meinung nach keine neuen Argumente in Bezug auf den vorgesehenen Standort. Uns ist auch klar, dass die raumplanerischen und umweltrechtlichen Fragen noch vertieft überprüft und gewichtet werden müssen. Das gut ausgearbeitete Projekt geht jedoch bereits teilweise auf diese Aspekte ein. Da ein ausführliches Projekt vorliegt, kann die Motion sofort behandelt werden. Auch die vorgesehene Frist von einem Jahr für die Anpassung des kantonalen Richtplans auf Stufe Gemeinde und Kanton halten wir für vernünftig und realistisch. Dass die Bundesbehörden unsere Ergänzung des Richtplans anschliessend noch genehmigen müssen, ist selbstverständlich, hat jedoch keinen Einfluss auf diese Frist. Es geht also heute nur darum, das Verfahren für eine Anpassung des Richtplans einzuleiten. Spätestens in einem Jahr können wir dann über eine Aufnahme debattieren.

Andrea **Hodel** kann im Namen der Mehrheit der FDP-Fraktion und auch als Motionärin mitteilen, dass die FDP ebenfalls der Ansicht ist, die Motion sei sofort zu behandeln und erheblich zu erklären. Sie will nicht alles wiederholen; es geht uns darum, jetzt mit der Planung beginnen zu können. Wenn der Regierungsrat dazu zwei Jahre benötigt, weil diese Fristen sonst nicht einzuhalten sind, dann opponieren wir dem nicht. – Noch ein Wort zu den angeblichen privaten Interessen der Votantin. Sie kann mit diesem Vorwurf von linker Seite gut leben und nur dazu sagen, dass sie nicht einmal weiss, wer hier privat involviert ist.

Silvan **Hotz** spricht als Präsident des kantonalen Gewerbeverbands. Zuerst dankt er dem Regierungsrat für die Beantwortung seines Vorgängers Marcel Meyer, obwohl sie sehr lange dauerte. Hier stimmt er dem Antrag der Regierung zu. – Wir vom

Gewerbeverband haben dieses Projekt injiziert. Wir waren und sind heute noch überzeugt, dass der Kanton Zug nicht nur der Verkehr schlucken soll, sondern auch davon profitieren muss. Es verträgt neben der Raststätte Knonaueramt ganz klar den Zugerhof in Rotkreuz. Unser grosses Vorbild ist unter anderem die Gotthardraststätte in Erstfeld. Nicht nur, weil es ihnen am Anfang gleich erging wie uns heute. Schauen Sie mal die aktuelle Lage in Erstfeld an! Es liefert hauptsächlich oder fast ausschliesslich das Urner Gewerbe nach Erstfeld. Diese Raststätte gehört auch den Urnerinnen und Urnern und dem Gewerbe. Und sie rentiert.
Was bringt uns eine Autobahnraststätte?
–Wir können endlich vom Verkehr profitieren. Dieser Verkehr wird mit Bestimmtheit nicht weniger! Die Eröffnung der Autobahn durch das Knonaueramt lässt grüssen.
–Es werden neue Arbeitsplätze geschaffen – wir rechnen mit ca. 200. Wir brauchen in unserem Dienstleistungs-Kanton unbedingt vermehrt solche Arbeitsplätze.
–Der Kanton profitiert von mehreren hunderttausend Franken Steuereinnahmen, nebst den anfallenden Konzessions-Gebühren.
–Nicht ganz vergessen dürfen wir, dass alleine durch den Bau des Zugerhofs viele Arbeitsplätze im Kanton erhalten werden können.
–Der Zugerhof bietet eine optimal Plattform, um unseren Kanton besser vorzustellen und zu präsentieren. Nicht nur für das Gewerbe. Der Votant denkt auch an die Kontaktstelle Wirtschaft Zug.
–Die Raststätte Zugerhof bildet ein Tor zur Zentralschweiz und wird damit von regionaler Bedeutung.
–Mit dem bewilligten Anschluss A-14 in Buchrain wird die A-14 in Zukunft auch mehr Verkehr führen, wovon auch der Zugerhof profitieren wird.
Das sind nur ein paar Beispiele, warum der Gewerbeverband diese Raststätte möchte. Ein oft erwähntes Argument ist der Standort. Wie schon gesagt, mit dem neuen A-14 Anschluss in Buchrain wird dieser Standort an Attraktivität gewinnen. Und so schlecht kann die Lage ja wohl nicht sein. Denn unser Zuger Regierungsrat hat 1996 dieses Land der Lego angeboten für ein Lego-Land. Das hätte eine Fläche von 60 ha benötigt. Fast zehnmal mehr als unsere Raststätte. Und das Lego-Land hätte ein Vielfaches an Mehrverkehr mit sich gebracht. Stellen sie sich mal den Europapark Rust in Rotkreuz vor. Ein Zitat aus der damaligen Bewerbung des Regierungsrats: «Sie (damit ist der Standort gemeint) sind ausgezeichnet erschlossen und belasten keine Wohngebiete.» Das war vor acht Jahren. Silvan Hotz möchte gern den Grund für die radikale Meinungsänderung des Regierungsrats innert so kurzer Zeit wissen, vielleicht kann uns der Volkswirtschaftsdirektor dazu noch mehr sagen.
Sie werden es nachher noch hören: Der Regierungsrat ist ganz klar gegen den jetzigen Standort. Es hat es uns in seinem Antrag schon dargestellt. Und das ist etwas ganz Neues. Ein schriftlicher Antrag vor der Überweisung der Motion. Und haben sie die Vorlage 1338.2 gelesen? Silvan Hotz ist zwar erst seit vier Jahren Kantonsrat, aber einen so einseitigen Antrag hat er noch nie gesehen. Schauen sie mal auf S. 3! Alle negativen Punkte sind dick hervorgehoben und mit zwei bis drei Sätzen begründet. Dagegen sind die positiven Punkte auf S. 4 in einem kleinen Abschnitt zusammengefasst. Wenn das der neue Stil des Regierungsrats ist, um uns Vorlagen schmackhaft zu machen oder zu vergällen, müssen wir uns vorsehen. Der Votant glaubt aber, dass in der Eile des Gefechts die Vorlage völlig oberflächlich bearbeitet und beantwortet wurde.
Obwohl der Regierung sagt, dass er grundsätzlich nicht gegen eine Raststätte ist, nimmt er doch wissentlich in Kauf, dass er mit seiner Meinung das Projekt zum Scheitern verurteilen wird. Denn die Gemeinden Hünenberg und Cham haben kein Interesse an einer Raststätte. Risch aber schon. Und da ist dies nun mal der einzige

Platz. Also warum sofort behandeln? Der Regierungsrat hat in seiner oberflächlichen Vorlage seine Gründe dargelegt. Diese werden in einem Jahr auch nicht ändern. Die Motion würde schubladisiert, um in einem Jahr mit den genau gleichen Gründen die Ablehnung zu beantragen. Der Regierungsrat geht mit seinem schriftlichen Antrag ja eigentlich auch auf eine sofortige Behandlung ein. Deshalb können wir heute die Motion sofort behandeln!
Was machen wir aber anschliessend mit der Erheblicherklärung? Wir starten ein Verfahren, welches ein öffentliches Mitwirken beinhaltet. In diesem Verfahren werden alle Beteiligten eingeladen, Stellung zu nehmen. Auch die Gemeinde Risch. In einem Jahr haben wir dann eine Vorlage auf dem Tisch, welche mit dem Einfluss der Stellungnahmen zustande gekommen ist. Wir können dann immer noch entscheiden, ob wir die Änderung des Richtplans wollen oder nicht. Mit der Erheblicherklärung haben wir materiell der Richtplanänderung noch nicht zugestimmt, sondern nur ein Verfahren in die Wege geleitet.
Zu den Vorwürfen von Lilian Hurschler. Die Abklärungen betreffend andere Standorte haben wir gemacht. Silvan Hotz hat bereits erwähnt, dass Hünenberg und Cham nicht wollen. Zur anderen Autobahnseite haben wir den Gemeinderat gefragt und eine ganz klare Ablehnung erhalten. Zur Infoveranstaltung mit keinem einzigen Pro-Votum: Diese Veranstaltung war mit ca. 30 bis 40 Teilnehmern nicht repräsentativ. Mit der Erheblicherklärung werden wir ein Verfahren einleiten, bei dem die gesamte Rischer Bevölkerung Stellung nehmen kann. Also machen wir doch das! Den Vorwurf, über die Köpfe der Bevölkerung hinweg zu entscheiden, kann der Votant nicht gelten lassen. Das wollen wir nicht, deshalb das Mitwirkungsverfahren. Und zu den Kosten der öffentlichen Hand: Die Autobahnraststätte wird eine Autobahn-Nebenanlage sein. D.h. der Kanton wird voraussichtlich das Land erwerben müssen, um es dann den Betreibern der Raststätte gegen eine Konzessionsgebühr zur Verfügung zu stellen.
Der Votant bittet den Rat, den Anträgen der Motionäre zuzustimmen, die Motion sofort zu behandeln, erheblich zu erklären und die Frist auf ein Jahr festzulegen.

Karl **Rust** möchte zuerst kurz Lilian Hurschler antworten. Es gibt keine privaten Investoren, sondern nur einige idealistisch gesinnte Gewerbetreibende und Motionäre, die etwas unternehmen, das allen nützt.
Der Votant kann sich leider nicht so kurz fassen wie der Baudirektor, weil für ihn die raumplanerischen Aspekte zu ernsthaft sind. – Den Standort bestimmte die Baudirektion gemäss «Machbarkeitsmotion Meyer». Der Gemeinderat Risch steht einstimmig dahinter und er will keine Verschiebung. Entgegen der Meinung des Regierungsrats werden von diesem Standort aus im Kreuzungsdreieck mit dem Signalisieren beide Autobahnen bedient (d.h. Zürich-Gottard und nach Schwyz, gemäss dem Ing. Büro Preisig ZH sowie nach der Broschüre S. 25). Die Verantwortung gegenüber der Raumplanung und Landschaft nehmen die Gemeinde Risch und die Motionäre sehr ernst. Seine fünf raumplanerischen Fakten wird Karl Rust deshalb nachvollziehbar dokumentieren oder einen Verweis auf den Richtplan anbringen.
1. Für die Funktion und Erhaltung der Landschaft haben wir im neuen Richtplan die Landaschafterhaltungszone. Die gesamte Landschaftskammer rund um den sehr schönen Weiler Berchtwil ist bis zur Reuss Landschaftsschongebiet (siehe Beilage mit Richtplanausschnitt).
2. Nur die kleine Raststättenfläche mit dem massstäblichen Eintrag der Raststätte ist nicht mehr in der Landwirtschaftszone.

3. Ennet der Autobahn, d.h. am Anfang der Landschaftskammer, hat der Kantonsrat im Richtplan diese Landschaftskammer selbst angeschnitten mit einer Inertstoffdeponie von 600'000m^3 (grosse dunkle Fläche). Gemäss dem Betreiber wird in den nächsten Jahren begonnen. Der Regierungsrat schreibt dabei von einem intakten Naherholungsgebiet und verschweigt u. a., dass dort schon bald die Lastwagen vom Industriegebiet her auf der Radroute über die gebaute Betonbrücke in diese Landschaftskammer fahren werden.
4. Im Moment ist in dieser Geländekammer auf der andern Seite der besagten Brücke zwischen der Autobahn und Berchtwil eine grössere bewilligte Geländeauffüllbaustelle in Arbeit (kleinere dunkle Dreieckfläche). Zwischen diesen beiden dunklen Flächen liegt die Raststätte. Sie liegt auf der inselartigen Restfläche, welche zu keinem Bauernhof gehört. Es gibt auch kein Pachtvertrag. Beim tiefsten Streifen entlang der Autobahn bleibt das Wasser bei starken Regenfällen liegen. Dieser zum Teil veränderte und aufgefüllte Boden entlang der Autobahn und der Brücke müsste drainiert werden. Er wird deshalb lediglich als Schafweide genutzt. Dieser Landstreifen, welcher durch Spätkomplikationen des Autobahnbaus und aus anderen Gründen nur beschränkt landwirtschaftlich nutzbar ist, kann deshalb nicht als «gelobtes Land» für Fruchtfolgeflächen dienen. Gemäss dem Bericht des Bundesrats über den Richtplan stehen diese ca. 3 Hektaren für die Raststätte bei der Fruchtfolgeflächebereinigung 2006 als qualitativ fragwürdige Grösse zur Diskussion.
5. Der von der Baudirektion vorgeschlagene Standort für die Raststätte respektiert den auf der Hügelkuppe liegenden Weiler Berchtwil, welcher zu Recht im Bundesinventar für schützenswerte Ortsbilder der Schweiz ISOS aufgeführt ist. Aus diesem Grund kennt der Architekt die vier Grundregeln und die 19 Kernsätze der ISOS-Kriterien. Er hat die Gestaltpsychologie und Typologie von Berchtwil übernommen. Es sind Begriffe aus dem Vokabular des ISOS. Er reagiert «sensibel gestaltend» darauf mit einer adäquaten Hofarchitektur. Der Votant meint: klein und fein. Mit Holz als Gestaltungselement (statt einer Betonkiste) passt der Bau zur echten Identifikation mit dem Namen «Zugerhof». Von der Distanz her sind es 330 m vom zweigeschossigen tief gelegenen Restaurant bis zur grossen hoch gelegenen Scheune. Selbst der Volkswirtschaftsdirektor hat für die Gestaltung in unserer Fraktion lobende Worte gefunden.
Das sind einige grundsätzliche Aspekte zu einer fairen, noch vorzunehmenden Güterabwägung, welche das RPG in Art. 1 umschreibt mit «Achten auf die natürlichen Gegebenheiten sowie auf die Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft». In diesem Sinn ist die Motion lediglich ein Auftrag, dem Kantonsrat Bericht und Antrag zu stellen. Der Rat entscheidet materiell nicht heute, sondern bei der nächsten Vorlage. Nachtrag: Der zweite Teil der Beilage ist der positive Bedürfnisnachweis für Rotkreuz des ASTRA vom 11. April 2005.

Hans-Beat **Uttinger** zu Beat Villiger: Auch bei 18 Monaten kann der Baudirektor nicht garantieren, dass der Bund rechtzeitig Stellung nimmt. Die Baudirektion hat jedoch im Sinn, innert zwölf Monaten die Beschlussfassung dem Kantonsrat einzureichen, falls der Rat die Motion erheblich erklärt. Die Regierung bleibt aber bei ihrem Antrag auf zwei Jahre. – Zu Silvan Hotz: Der Votant ist auch der Ansicht, dass sich der Regierungsrat nicht zu Überweisungen von Motionen äussern sollte. In diesem Fall war es aber fair, die Investoren auf *alle* Klippen aufmerksam zu machen.

➔ Die Motion Marcel Meyer wird erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass 75 Kantonsrätinnen und Kantonsräte anwesend sind und die Zweidrittelsmehrheit für die sofortige Behandlung der Motion Villiger, Hodel, Schmid demnach 50 Stimmen erfordert.

➔ Das Quorum für die sofortige Behandlung wird mit 47 Stimmen nicht erreicht; die Motion wird demnach zu Bericht und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

(Die Debatte zu dieser Motion wird am Schluss des nächsten Traktandums nochmals aufgenommen.)

660 MOTION DER SP-FRAKTION BETREFFEND EINFÜHRUNG DER INTERINSTITUTIONELLEN ZUSAMMENARBEIT (IIZ) IM KANTON ZUG

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1282.2 – 11754).

Markus **Jans**: Schätzen wir uns glücklich, klopfen wir uns auf die Schultern! Im Kanton Zug läuft bei der Zusammenarbeit zwischen den verschieden Akteuren im Sozial- und Sozialversicherungsbereich alles optimal und es braucht keine verbesserte interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ). Auf diese Schlussfolgerung kommt jeder, welche mit der Materie wenig vertraut ist und als Laie den Bericht des Regierungsrats gelesen hat. Nun kann der Votant von sich sagen, mit der Materie gut vertraut zu sein und die Situation aus vorderster Front beurteilen zu können. Als Leiter des grössten gemeindlichen Sozialdienstes und als Sozialarbeiter machen er und seine Mitarbeitenden im beruflichen Alltag leider oft eine gegenteilige Erfahrung. Mit IIZ soll die Integration von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt verbessert werden. Drehtüreneffekte, Doppelgleisigkeiten und Lücken im Arbeitsmarkt- und Sozialsystem können mit IIZ minimiert werden. Die Sektorisierung durch die ALV, die IV und Sozialhilfe führte bislang dazu, dass vorwiegend nach Massgabe der Zuständigkeit gedacht, geplant und gehandelt wurde und nicht für den grösstmöglichen Integrationsnutzen der Betroffenen. Dies gilt insbesondere für schwer integrierbare Personen mit multiplen Problemstellungen, deren Anzahl in den letzten Jahren massiv angestiegen ist.
Dazu ein Beispiel aus der Praxis, welches auch Sie treffen könnte: Ihre Firma wird restrukturiert respektive sie werden entlassen. Nach über 400 Bewerbungen, 20 Vorstellungsgesprächen, 15 Termine bei der RAV-Beratung, dem Bezug von 400 Taggelder der Arbeitslosenversicherung und 90 Taggeldern des Kantons (so genannte Arbeitslosenhilfe) werden sie definitiv von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert. Nach einem weiteren Jahr haben sie Anspruch auf Sozialhilfe, weil dann ihr bisheriges Vermögen bis auf 4'000 Franken aufgebraucht ist. Dank den Arbeitsprojekten, welche ihr Sozialdienst anbietet, können sie nach fast vier Jahren Arbeitslosigkeit wieder für maximal zwölf Monate arbeiten. Obwohl sie sich weiter aktiv bewerben, gelingt es Ihnen nicht, eine Stelle zu finden. Nach diesen zwölf Monaten haben Sie wieder Anspruch auf Taggelder der Arbeitslosenversicherung, und der Kreislauf

beginnt von neuem. Einher mit der langen Arbeitslosigkeit sinkt ihre Moral langsam, aber stetig. Zusätzlich leiden Sie unter Schlaf-, Essstörungen, Nervosität und anderem mehr. Unter Freunde getrauen sie sich kaum noch und Einladungen lehnen Sie grundsätzlich ab, denn ein kleines Mitbringsel können Sie sich nicht leisten. Es kommt der Tag und Ihre psychische Situation kollabiert. Nach einer weiteren Zeit entschliessen Sie sich nach Rücksprache mit Ihrem Arzt, sich bei der IV für berufliche Massnahmen anzumelden, denn auch bei der IV gilt Integration vor Rente. Die berufliche Massnahme wird nach einem weiteren Jahr angeordnet und die Umschulung verläuft zu ihrer vollen Zufriedenheit. Nach ca. sechs Jahren gelingt es Ihnen wieder langsam Fuss zu fassen und in die neue Berufswelt einzusteigen.
Diese Geschichte zeigt exemplarisch, weshalb IIZ notwendig ist. Wären hier nicht die Akteure in subsidiärer Reihenfolge in Aktion getreten (Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Invalidenversicherung), sondern hätten sie sich ab Beginn vernetzt, wäre evtl. eine Desintegration zu verhindern gewesen. Das hätte nebst sozialer Desintegration viel persönliche Frustration des Betroffenen und auch Sozial- und Arztkosten verhindert und viel weniger Verwaltungskosten generiert. Von einer wirkungsvollen und nachhaltigen Zusammenarbeit unter den verschieden Akteuren in diesem Bereich sind wir im Kanton Zug noch weit entfernt, obwohl uns der Regierungsrat in seinem Bericht von etwas anderem überzeugen will. Der Regierungsrat selbst hat eine IIZ Koordinationsstelle eingerichtet und sie mit dem Auftrag ausgestattet, mit organisatorischen und anderen Massnahmen die interinstitutionelle Zusammenarbeit zu fördern und zu erleichtern. Die IIZ Kanton Zug soll dazu führen, dass sich die betroffenen Amtsstellen im Interesse von Klientinnen und Klienten verständigen und eine nachhaltige Kultur des Miteinander entwickeln. Damit sagt der Regierungsrat ja selber, dass es *mehr* (oder IIZ) braucht, und er müsste in letzter Konsequenz auch die Motion erheblich erklären. Die Arbeitsgruppe hat aus Gründen ungenügender gesetzlicher und damit fehlender finanzieller Grundlagen die Umsetzung des Detailkonzepts abgebrochen. Sie war aber immer der Meinung, und das haben Gespräche mit Vertretern der Arbeitsgruppe gezeigt, dass IIZ sinnvoll und im Kanton Zug auch notwendig ist. Nach dem Abbruch des Detailkonzepts stehen wir wieder am Anfang des Problems und sind noch keinen Schritt weiter gekommen. Wenn Sie nach vier Jahren einen zweiseitigen Entscheid erhalten, dass Sie keine IV-Rente erhalten, und keinen Kommentar dazu, was gelaufen ist, ist das für Sie völlig unverständlich, weil in der Zwischenzeit auch keine Gespräche mit den involvierten Stellen geführt wurden. Für das IIZ wäre eigentlich das erarbeitete Handbuch relativ einfach umzusetzen, und es braucht dazu nicht noch grosse weitere Abklärungen.
Aus diesen Ausführungen ist unschwer festzustellen, dass es im Kanton Zug eine verbesserte interinstitutionelle Zusammenarbeit dringend braucht. Dazu muss die gesetzliche und finanzielle Voraussetzung geschaffen werden. Die SP-Fraktion stellt den Antrag, die Motion erheblich zu erklären und an den Regierungsrat zu überweisen.

Berty **Zeiter**: Wer von Ihnen hat beim Durchlesen oder Überfliegen der Vorlage nicht gedacht, da renne die SP anscheinend offene Türen ein? Im ersten Moment ist also verständlich, dass die Regierung die Motion nicht erheblich erklären will. Aber wer näher hinschaut und vielleicht sogar beruflich mit der Thematik konfrontiert ist, merkt, dass die Vorlage das Thema oberflächlich und schönfärberisch behandelt. – Wer in der Wirtschaft tätig ist, dem ist das Anliegen der Interinstitutionellen Zusammenarbeit wohl sehr vertraut. Überall geht es heutzutage um die Zusammenarbeit von verschiedenen Firmen, um die Nutzung von Synergien. Da werden ganze Beraterteams

eingesetzt, um die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen, wenn es um Firmen geht. In der IIZ-Vorlage geht es nicht um Firmen, sondern um Menschen. Wenn wir so sachlich-nüchtern von IIZ sprechen, kann uns das leicht dazu verleiten, auf Distanz zu gehen, das Anliegen als eine Sache zu sehen, die man mit wenigen Worten leicht abtun kann. Die Not leidenden und verzweifelten Menschen hinter diesem Begriff, welche auf Hilfe angewiesen sind, geraten in Gefahr, vergessen zu gehen. – Die Votantin möchte vier Punkte zur Vorlage ergänzen oder korrigieren:
1. Die bereits bestehende und in der Vorlage hoch gelobte IIZ lebt auf rein freiwilliger Basis. Es ist den engagierten Mitarbeitenden der Institutionen von Sozialdiensten, IV und ALV hoch anzurechnen, dass sie bereits einen guten gemeinsamen Weg der Zusammenarbeit gefunden haben. Doch in der Vorlage auf S. 3 heisst es, dass das Bestreben, die IIZ zu institutionalisieren, aus Gründen ungenügender gesetzlicher und fehlender finanzieller Grundlagen abgebrochen werden musste. Es geht nicht darum zu perfektionieren, sondern nur darum, das Vorhandene im sinnvollen Umfang auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.
2. Die IIZ muss nicht mehr erprobt werden. Die Resultate sind bis ins Detail bekannt. Ein gutes Case-Management bietet für alle Beteiligten Vorteile. Menschen, die jahrelang von einer Stelle zur andern herum geschoben werden, wie das Markus Jans eben geschildert hat, reagieren auf diese Stressbelastungen mit Erkrankung und Resignation. Es bewegt sich nichts mehr, sie werden zu unlösbaren «Fällen», welche die Sozialhilfekosten unverhältnismässig stark in die Höhe treiben.
3. Bei einem Case-Management muss eine dazu bezeichnete Stelle die Führung und Koordination übernehmen. Die Fachstelle Berufsintegration der GGZ wäre prädestiniert dazu, doch hat sie weder den Auftrag noch die Kapazität dafür. Die Fachstelle hat ein 100 %-Arbeitspensum, das für die Führung von 60-80 Fällen gedacht ist. Doch alleine im letzten Jahr hat die Stelleninhaberin 180 Fälle bearbeitet. Dass da kein Spielraum mehr für IIZ, also für die seriöse Bearbeitung von komplexen Fällen vorhanden ist, scheint sonnenklar. Die Anzahl Fälle zeigt jedoch klar die Notwendigkeit einer übergeordneten Anlaufstelle auf.
4. Mit dem Umsetzen des ZFA kommen auch die kommunalen Sozialdienste noch mehr unter Druck, die kleineren stärker als die grossen. Obwohl das erste Paket des ZFA als fast kostenneutral angepriesen wurde, trifft das für die kleineren Gemeinden überhaupt nicht zu. So wird zum Beispiel das Budget der Einwohnergemeinde Menzingen durch die Sozialkosten, die neu von der Gemeinde alleine getragen werden müssen, mit zusätzlichen sechs Steuerprozenten belastet. Da liegt es auf der Hand, dass weder Pensen ausgebaut noch freiwillige Finanzlasten akzeptiert werden. Mit der Erheblicherklärung der Motion würde der Kanton diese Gemeinden in ihrer Aufgabe unterstützen.
Konsequenzen: Ohne gesetzliche Grundlage ist die IIZ im Kanton Zug stark gefährdet. Wenn die Interinstitutionelle Zusammenarbeit im Kanton nicht auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird, resultieren nur Verlierer.
–Die Sozialarbeitenden sind in ihrer immer anspruchsvolleren Aufgabe zunehmend kapazitätsmässig überfordert. Je länger je mehr müssen sie die wichtige Beratung aufgeben und können ihre Fälle nur noch verwalten, aber nicht mehr begleiten.
–Verlierer sind aber auch die Gemeinden, die aus Geldmangel das Übel nicht mehr an der Wurzel packen können, sich dabei langfristig jedoch in noch viel höhere Sozialkosten hineinmanövrieren.
–Die grössten Verlierer sind die Menschen, die als «schwierige Fälle» abgeschrieben werden müssen, keinen Ausweg mehr finden aus ihrer Situation. Sie haben keine Chancen mehr zur Reintegration in die Gesellschaft und müssen als Kostenverursacher auf Lebenszeit bezeichnet werden.

Aus diesen Gründen bittet Berty Zeiter den Rat um Erheblicherklärung der Motion.

Beatrice **Gaier** erinnert daran, dass im letzten Herbst der Antrag zur Verlängerung der KR-Beschlüsse betreffend Fachstelle Berufsintegration und Soziallöhne im Rahmen von Integrationsprojekten beraten wurde. Während der Diskussion in der vorberatenden Kommission wurde klar, dass es im Kanton Zug viele Fachstellen zur Vermittlung von Arbeitskräften gibt, die jedoch nicht oder zu wenig koordiniert sind. Die sozialen Strukturen sind für Aussenstehende schwierig durchschaubar. Um eine qualitative Verbesserung der Angebote, eine Verkürzung der Wartezeiten und allenfalls auch Kosteneinsparungen im Sozialbereich zu erzielen, ist eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwingend. Die Verantwortlichkeiten müssen geklärt und die Entscheidungskompetenzen klar zugeordnet werden. Dies ist sowohl aus Sicht der betroffenen Arbeitsuchenden wie auch aus Sicht der involvierten Fachstellen dringend notwendig. In der Antwort des Regierungsrats wird die bereits heute praktizierte interinstitutionelle Zusammenarbeit aufgezeigt. Im Speziellen wird auf das Projekt „IIT-Light" verwiesen, das im Frühling 2006 ausgewertet wird. – Die CVP-Fraktion nimmt die Bemühungen des Regierungsrats zur Kenntnis und unterstützt den Antrag, die Ergebnisse aus dem Pilotprojekt abzuwarten. Wir hoffen, dass dann zusammen mit den bereinigten Vorgaben des Bundes eine klare Ausgangslage für weitere Entscheide geschaffen sein wird. Deshalb stimmt die CVP-Fraktion für Nichterheblicherklärung dieser Motion.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** hält fest, dass der Regierungsrat mit der Zielsetzung der Interinstitutionellen Zusammenarbeit absolut einverstanden ist. Entsprechend wurde auch eine Projektorganisation aufgebaut und das Pilotprojekt IIT-Light gestartet. Daraus könnte man den Schluss ziehen, man sei mit der Erheblicherklärung der Motion einverstanden. Das sind wir nicht, weil Voraussetzungen fehlen. Der verbindliche Auftrag der Motion wäre nämlich, diese IIZ im Kanton Zug flächendeckend einzuführen. Hiezu sind die nötigen bundesrechtlichen Leitlinien noch nicht vorhanden, und diese wären Voraussetzung, damit eine wirkungsvolle interinstitutionelle Zusammenarbeit betrieben werden könnte. Zudem betreiben wir jetzt ein Pilotprojekt und es macht keinen Sinn, bevor wir dessen Ergebnisse kennen und ausgewertet haben, bereits die flächendeckende Einführung zu beschliessen. Es braucht unserer Ansicht nach im Moment keine gesetzlichen Anpassungen, um dieses Pilotprojekt zu Ende zu führen. Und wenn man uns vorwirft, dieser Bericht sei schönfärberisch und nicht den Meinungen der an der Basis Tätigen entsprechend, ist dazu zu sagen, dass der Entwurf dieser Antwort ausdrücklich im Kernteam für das Pilotprojekt bereinigt wurde, und dass die Anregungen mehrheitlich lediglich redaktioneller Natur waren und aufgenommen wurden. Im Grundsatz war man mit dem Ansatz des Regierungsrats einverstanden. Der Volkswirtschaftsdirektor ist dem Rat deshalb dankbar, wenn er dem Antrag des Regierungsrats zustimmt und die Motion nicht erheblich erklärt.

➔ Die Motion wird mit 50 : 15 Stimmen nicht erheblich erklärt.

———

Beat **Villiger** möchte zurückkommen auf das nicht erreichte Quorum zur sofortigen Behandlung der Motion Villiger, Hodel und Schmid über die Anpassung des kantonalen Richtplans zur Aufnahme einer Autobahnraststätte. Man ist sich nicht ganz einig,

wie denn das Resultat berechnet wird. Geht man von der Anzahl der Anwesenden gemäss Präsenzliste aus oder von den tatsächlich anwesenden Ratsmitgliedern oder von den Stimmenden? Dann müsste man auch das Gegenmehr aufnehmen. Der Votant weiss nicht genau, welche Variante die richtige ist. Am besten wäre wohl, man würde die Anwesenden zählen und das Quorum von dieser Zahl her berechnen. Insofern möchte Beat Villiger die Abstimmung korrekt wiederholen lassen.

Die **Vorsitzende** beruft sich auf § 39 der GO, wo es heisst, dass «zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder die sofortige Behandlung beschliessen». Die Anwesenheit wurde anlässlich des Appells zu Beginn der Nachmittagssitzung festgestellt und die Präsidentin sagte vor der Abstimmung ausdrücklich, es seien 75 Ratsmitglieder anwesend und für eine Zweidrittelsmehrheit brauche es 50 Stimmen. Sonst müsste man vor jeder Abstimmung genau nachzählen, wer jetzt da ist. Bis anhin war die Praxis immer so, dass man anhand des Appellbuchs vorging. Gleichzeitig ist das ja auch die Massnahme, womit die Kantonsrätinnen und -räte zu ihrem Sitzungsgeld kommen. Ob diese tatsächlich jederzeit im Saal sind oder nicht, wird nicht kontrolliert. Es liegt in der Verantwortung jedes und jeder Einzelnen, dass wenn man draussen ist und hört, dass eine Abstimmung kommt, in den Saal zu kommen. Aus diesen Gründen ist die Abstimmung bereits richtig erfolgt.

Andrea **Hodel** muss festhalten, dass wir die GO nicht kohärent auslegen. In § 33 Abs. 1 heisst es nämlich: «Um gültig verhandeln zu können, ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit sämtlicher Mitglieder des Kantonsrats notwendig.» Die Votantin kann sich an lange Debatten erinnern, da wir zu Beginn etwa um die 70 waren, dann sind alle nach Hause gegangen und wir waren irgendwo um knapp 50 und dann wurde vor jeder Abstimmung ausgezählt, ob noch genügend Leute anwesend sind, um überhaupt gültig verhandeln zu können. Entweder behandeln wir in Zukunft auch mit 30 Anwesenden noch, weil ursprünglich mal 50 gemeldet waren, oder wir wiederholen diese Abstimmung und nehmen das Gegenmehr auf.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass § 33 die Beschlussfähigkeit in einer ganz anderen Situation behandelt. Sie beharrt auf § 39, wo es um die Behandlung von Motionen und Postulaten geht. Daher belassen wir es bei diesem Entscheid. Erwina Winiger erkundigt sich bei Beat Villiger, ob sein Votum einen Ordnungsantrag beinhaltet. – Dieser bejaht das. – Somit lautet der Ordnungsantrag, dass die Abstimmung nochmals wiederholt wird, diesmal mit Gegenmehr.

➔ Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag mit 43 : 19 Stimmen zu, womit die Abstimmung über die sofortige Behandlung wiederholt wird.

➔ Der Rat stellt sich mit 44 : 23 ohne Enthaltungen hinter die sofortige Behandlung, das notwendige Quorum von 45 ist somit nicht erreicht und die Motion wird zu Bericht und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

661 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 7. Juli 2005

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

47. SITZUNG: DONNERSTAG, 7. JULI 2005
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

662 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Abwesend sind: Leo Granziol, Zug; Franz Müller, Oberägeri; Stephan Schleiss, Steinhausen.

663 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2004.
   Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1349.1 – 11760).
4. Anpassung kantonaler Gesetze an die Revision des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs (AT StGB) und an das Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz, JStG).
   Berichte und Anträge des Obergerichts und des Regierungsrats (Nrn. 1297.1/.2 – 11635/36), der erweiterten Justizprüfungskommission (Nrn. 1297.3/.4 – 11730/31) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1297.5 – 11735).

5. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Vereinbarung über die Interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1321.1/.2 – 11686/87), der Konkordatskommission (Nr. 1321.3 – 11746) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1321.4 – 11747).
6. Kantonsratsbeschluss betreffend bauliche Massnahmen im Museum in der Burg Zug.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1332.1/.2 – 11709/10) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1332.3 – 11744).

7.1.1. Motion der Kommission Parlamentsreform betreffend Staatsaufgabenreform (Nr. 822.1 – 10313) und

7.1.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2005 - 2008.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 822.2/857.2/1317.2 – 11703; 822.3 – 11704) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 822.4 – 11705).

7.2. Motion von Heinz Tännler, Karl Betschart und Hans Durrer betreffend Durchleuchten der kantonalen Gesetzgebung (Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung) (Nr. 857.1 – 10399).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 822.2/857.2/1317.2 – 11703).

7.3. Petition von Matthias Kieffer betreffend Totalrevision der Kantonsverfassung.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 822.2/857.2/1317.2 – 11703).

7.4. Interpellation von Eusebius Spescha betreffend Neuformulierung der Verfassung (Nr. 1317.1 – 11677).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 822.2/857.2/1317.2 – 11703).

---

8. Geschäfte, die an der Sitzung vom 30. Juni 2005 traktandiert waren, aber nicht behandelt wurden.

---

9. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Sonderschulwesen (Nr. 1301.1 – 11644).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1301.2 – 11717).
10. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend der angekündigten Senkung der Verzinsung der Guthaben bei der kantonalen Pensionskasse (Nr. 1311.1 – 11668).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1311.2 – 11715).
11. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Zug (Nr. 1313.1 – 11672).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1313.2 – 11720).
12. Interpellation von Leo Granziol und Peter Dür betreffend Erhöhung der Überlebenschancen bei Herzstillstand (Nr. 1325.1 – 11696).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1325.2 – 11736).
13. Interpellation von Ursula Bieri betreffend Veranstaltungen am Hohen Donnerstag und Karfreitag (Nr. 1340.1 – 11737).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1340.2 – 11775).

* erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Traktandum 12, Interpellation von Leo Granziol und Peter Dür betreffend Erhöhung der Überlebenschancen bei Herzstillstand, auf Wunsch von Leo Granziol wegen beruflich bedingter Abwesenheit auf die Sitzung vom 25. August verschoben wird.

664 RECHENSCHAFTSBERICHT DES OBERGERICHTS FÜR DAS JAHR 2004

Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1349.1 – 11760).

EINTRETEN ist unbestritten.

Othmar **Birri** verweist für die Details auf den Bericht der Justizprüfungskommission. – Allgemein ist festzuhalten, dass bei den Gerichten die Arbeitslast zugenommen hat. Die Neueingänge sind 2004 wieder angestiegen. Teilweise sind die Kapazitätsgrenzen erreicht. Wir haben dem Obergericht in der Plenumssitzung ganz klar signalisiert, dass sie mit einem Antrag zu uns kommen müssen, wenn sie mehr Personal brauchen. Wir möchten nicht wieder in die Situation kommen, dass Überlastungen mit Verzögerungen von Prozessen und Untersuchungen auftreten. In diesem Sinne hofft der Präsident der JPK, dass der Rat den Bericht genehmigt und dem Gericht und den Angestellten den besten Dank ausspricht. Auch die SP-Fraktion schliesst sich dem an.

Andreas **Huwyler** hält fest, dass die CVP-Fraktion den Bericht des Obergerichts über die Zivil- und Strafrechtspflege im Kanton Zug im Jahr 2004 zur Kenntnis genommen hat. Wir sind froh, dass die Justiz funktioniert. Eine effektive Rechtssprechung gehört sich nicht nur für einen Rechtsstaat, sondern bildet auch einen unabdingbaren Bestandteil eines Wirtschafts- und Finanzplatzes. Es ist deshalb auch in Zukunft darauf zu achten, dass die Pendenzenlast nicht stetig anwächst und die Verfahrensdauern nicht länger werden. Das Obergericht wird wohl nicht darum herum kommen, Massnahmen zu prüfen, wie dieser Tendenz weiter entgegen gewirkt werden kann. Unter anderem erwarten wir – gerade was die Verfahrensdauer anbetrifft – auch vom Staatsanwaltsmodell eine Verbesserung. – Die CVP dankt dem Obergericht und seiner Präsidentin für den Bericht und allen Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeitenden an den Zuger Gerichten für die im Berichtsjahr geleistete grosse Arbeit. Wir beantragen dem Rat, den Bericht zu genehmigen.

Andrea **Hodel** kann auch im Namen der FDP-Fraktion mitteilen, dass diese den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2004 genehmigt und sich dem zu entrichtenden Dank an die Richterinnen und Richter sowie allen Mitarbeitenden der Zivil- und Strafrechtspflege auf allen Stufen anschliesst. Die FDP-Fraktion nimmt einerseits – soweit es das Personal betrifft – mit Anerkennung, andererseits – soweit es den Blick auf unsere Finanzen betrifft – auch mit Besorgnis von der unzweifelhaft festzustellenden Erhöhung der Geschäftslast auf allen Stufen und in allen Bereichen Kenntnis. Die FDP-Fraktion nimmt auch mit Freude zur Kenntnis, dass sich alle Stu-

fen bemühen, mit grossem Einsatz die angestiegene Geschäftslast zu bewältigen – und dies mit den vorhandenen Personalressourcen. Wenn in der Presse zu lesen war, dass die JPK mehr Personal verlange, so schliesst sich die FDP-Fraktion dieser Personalforderung nicht an. Nicht dass sie nicht sehen würde, dass die Geschäftslast zunimmt. Es ist aber nicht Aufgabe des Kantonsrats, Personalpolitik zu betreiben, wie dies in dem demnächst einzureichenden Postulat betreffend Tätigkeit des Jugendanwalts der Fall ist. Die FDP-Fraktion geht die Sache anders an: Es geht darum, dass wir dem Obergericht klare Vorgaben machen, dass eine Verfahrensverschleppung nicht eintreten darf. Es gehört zu einem Rechtsstaat, dass Verfahren innert vernünftiger Frist erledigt werden und nicht ohne Grund und nur infolge Überlastung der Gerichte liegen bleiben. Die Votantin muss auf die diesbezüglichen Beanstandungen, wie wir sie früher machen mussten und wie es heute nicht mehr der Fall ist, nicht zurückkommen. Es liegt bei dieser Vorgabe dann allerdings am Obergericht zu entscheiden, wann, wo, welches und wie viel Personal eingesetzt werden soll und ob Personalanträge gestellt werden sollten. Die Präsidentin des Obergerichts hat uns versichert, dass auf Grund der Pendenzenlast, wie sie Mitte des Jahres festgestellt wird, das Obergericht über den Einsatz der noch vorhandenen Personaleinheit, welche ihr ohne Erhöhung des Plafonierungsbeschlusses noch zur Verfügung steht, entscheiden wird. Es wird dann am Obergericht liegen, den Kantonsrat auf Ende der Amtsperiode der Gerichte – mithin Ende 2006 – entsprechende Anträge vorzulegen, sofern das nötig ist.
Zusammenfassend dankt die FDP-Fraktion dem Einzelrichteramt, dem Untersuchungsrichteramt, der Staatsanwaltschaft, dem Strafgericht, dem Kantonsgericht und auch dem Obergericht für den Einsatz, der mit einem «Nine to Five Job» nicht mehr verglichen werden kann. Wir schätzen diesen Einsatz zum Wohl unseres Kantons und verdanken ihn.

Rosemarie **Fähndrich Burger** möchte sich speziell zum Thema Jugendanwaltschaft äussern. – Dem Tätigkeitsbericht des Obergerichts und dem Visitationsbericht der JPK haben wir entnommen, dass bei der Jugendanwaltschaft die Neueingänge zugenommen haben. Dem nebenamtlich tätigen Jugendanwalt fehlt inzwischen die nötige Zeit, um seine Tätigkeit den wünschbaren Umständen entsprechend ausüben zu können. Denn wegen der Personalunion als Einzelrichter ist er nur zu einem Drittelpensum für die Jugendanwaltschaft tätig. Im Vergleich mit andern Jugendanwaltschaften bleibt wenig Zeit, um dringend notwendige Gespräche mit Jugendlichen und ihren Eltern zu führen. Für die Bearbeitung der Fälle muss notgedrungen auf schlanke Lösungen ausgewichen werden. Diese erlauben oft nicht, die Vorkommnisse mit der nötigen Sorgfalt und Gründlichkeit zu behandeln. Das aber wäre für die betroffenen Jugendlichen von grosser Notwendigkeit.
Die beschriebene Ausgangslage ruft nach Handlungsbedarf. Einerseits sind wir als Gesellschaft darauf angewiesen, dass Jugendliche, welche Delikte begehen, entsprechend sanktioniert werden. Die Strafe schreckt sie hoffentlich vor weiteren Vergehen ab. Andererseits ist es für die betroffenen Jugendlichen von grosser Wichtigkeit, dass sich der Jugendanwalt ihnen und ihrer Biografie annehmen kann. Dass er ihnen einsichtig machen kann, dass Vergehen gegen die gesellschaftlichen Regeln in eine Sackgasse führen. Diesem Aspekt kann kaum genügend Aufmerksamkeit geschenkt werden, wenn die Arbeitslast zu hoch ist. Obergericht und JPK haben deshalb übereinstimmend Handlungsbedarf festgestellt. Die AF schliesst sich dieser Meinung an und beantragt dem Rat, den Bericht zu genehmigen.

Zudem müssen wir uns bewusst sein, dass in der Jugendkultur immer wieder negative Tendenzen die Runde machen. Tendenzen, die uns aufhorchen lassen müssen. In diesem Zusammenhang möchte Rosemarie Fähndrich kurz auf ein Novum eingehen, das den Namen «Happy Slapping» trägt. Der Ausdruck bedeutet, fröhlich Leute zu verprügeln. Es geht dabei um rohe Gewalt, um Misshandlung und Demütigung. Beispielsweise wird ein Opfer vom Velo gezerrt, es wird auf es eingeschlagen – und der brutale Akt wird mit einer Handy-Videokamera gefilmt, elektronisch dokumentiert, um später damit prahlen zu können. – Was haben wir wohl noch alles von unserer Spassgesellschaft zu erwarten und zu genehmigen? Auch der beabsichtigte Namenswechsel zu «stupid slapping» ändert am Sachverhalt nichts.

Iris **Studer-Milz** möchte sich nur kurz zur Jugendanwaltschaft äussern. Es ist ja auch noch ein Postulat von Malaika Hug eingetroffen, das aber offene Türen einrennt. Die Situation bei der Jugendanwaltschaft ist dem Obergericht bekannt. Es ist nicht so, dass die Situation unhaltbar oder unerträglich wäre. Die Verfahren können auch rechtzeitig erledigt werden. Der Jugendanwalt hätte schon längst Antrag gestellt, wenn das anders wäre. Auf Grund interner Diskussionen ist es für uns aber klar, dass das Pensum der Jugendanwaltschaft überprüft werden muss. Wir wollen jedoch keinen Schnellschuss loslassen, sondern werden dies im Rahmen des Plafonierungsbeschlusses prüfen – wir müssen Ihnen ja nächstes Jahr einen Antrag stellen. Auch im Zusammenhang mit dem Staatsanwaltschaftsmodell, das wir im Moment ja bearbeiten. Sie müssen hier also keine Bedenken haben. Jetzt hat der Jugendanwalt sicher ein Bisschen zu wenig Zeit, und das muss überprüft werden, aber wir wollen dazu Vergleichszahlen beiziehen.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2004 und spricht den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeiterinnen Mitarbeitern der Rechtspflege seinen Dank aus für die vorzüglich geleistete Arbeit.

665 ANPASSUNG KANTONALER GESETZE AN DIE REVISION DES ALLGEMEINEN TEILS DES STRAFGESETZBUCHS (AT STGB) UND AN DAS BUNDESGESETZ ÜBER DAS JUGENDSTRAFVERFAHREN (JUGENDSTRAFGESETZ, JSTG)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts und des Regierungsrats (Nrn. 1297.1/.2 – 11635/36), der erweiterten Justizprüfungskommission (Nrn. 1297.3/.4 – 11730/31) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1297.5 – 11735).

Othmar **Birri** weist darauf hin, dass diese Vorlage sogar den Juristen in der erweiterten JPK ein gewisses Kopfzerbrechen verursacht hat. Es ist für Laien umso schwieriger, sich in diese Materie einzulesen und den Durchblick zu erhalten. Unsere Kommission hat das intensiv getan; wir haben zwei Halbtage getagt und sind zum Schluss gekommen, dass ein Teil sofort eingeführt werden sollte. Warum? In der Zwischenzeit hat das Bundesamt für Justiz- und Polizeiwesen eine Überarbeitung seiner Vorlage vorgenommen, weil sie gemerkt haben, dass gewisse Fehler vorhanden sind. Wir sind dann trotzdem in die zweite Runde gegangen und haben

beschlossen, jenen Teil, der vom Bundesgesetz nicht betroffen ist, einzuführen, und den zweiten Teil zu einem späteren Zeitpunkt nochmals vor den Rat zu bringen.
Zum Hinweis der Stawiko wegen des Staatsanwaltschaftsmodells. Der JPK-Präsident hat vorige Woche vom Sekretär Bundesrat Blochers ein Telefon erhalten, dass die eidg. Strafprozessordnung voraussichtlich zwischen 2010 und 2012 in Kraft treten sollte, sofern der Rat dies wünscht. Der Bundesrat hat die Vorlage zu Handen des Parlaments verabschiedet. D.h. dass sie entweder in der Herbstsession oder in der Frühjahrssession nächstes Jahr beraten wird. Unsere Vizepräsidentin und die Obergerichtspräsidentin haben an einer Tagung teilgenommen, um sich in diese Materie einzuarbeiten. Sie haben uns dann auch zusammen mit der Sicherheitsdirektion tatkräftig unterstützt. – Othmar Birri bittet den Rat, den Anträgen der erweiterten JPK zuzustimmen, wie das auch die Sicherheitsdirektion und das Obergericht tun. – Auch die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt den Kommissionsanträgen zu.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** erinnert daran, dass das neue Bundesrecht zwingend einige erhebliche Anpassungen des kantonalen Rechts erfordert. Mit diesen Anpassungen verbunden sind neue Verfahren und Zuständigkeiten, deren finanzielle Auswirkungen leider zum heutigen Zeitpunkt nicht abschätzbar sind. Die Stawiko konnte sich, auch nach genauer Durchsicht und Diskussion der Unterlagen des Obergerichts und der JPK, kein klares Bild schaffen. Sie sieht sich ausser Stande, eine konkrete Stellungnahme bezüglich der finanziellen Folgen dieser Vorlage abgeben.
Nun, wir halten fest, dass diese Vorlage aktuell noch keine zusätzlichen Kosten verursacht und die Gerichte auch keine Stellenbegehren eingereicht haben. Wegen der Verfahrensänderungen bei den Gerichten erwähnt die JPK zwar einen möglichen zusätzlichen Personalbedarf von 4,5 Stellen. Allerdings ist diese Zahl sehr vage, basiert diese Schätzung doch wiederum auf einer Schätzung des Kantons Luzern. Und die Sicherheitsdirektion moniert ebenfalls bereits eine Zusatzbelastung für die Polizei. Die Meinung der Stawiko ist klar: Warten Sie die Einführung der Gesetzesrevisionen ab. Dies wird wahrscheinlich frühestens 2007 sein, da bekanntlich unter anderem Fragen im Zusammenhang mit der Verwahrungsinitiative eine nochmalige Überprüfung der Gesetze im EJPD nötig machen. Die Einführung der Gesetzesänderungen und die Erfahrungen bei der Anwendung der Gesetze werden mit Sicherheit die Frage klären, ob und in welcher Form ein Mehraufwand entsteht und ob dies eine Personalaufstockung rechtfertigt.
Wir hoffen im Übrigen, dass die Gerichte in der Lage sind, neben dem sehr intensiven Tagesgeschäft und diesen Gesetzesrevisionen auch noch das Staatsanwaltschaftsmodell einzuführen. Die Gerichte haben sich dieses Mammut-Programm selbst auferlegt. Wer A sagt, muss auch B sagen. Die Stawiko wird zukünftige Stellenbegehren auch unter diesem Aspekt kritisch betrachten.

Andreas **Huwyler** beantragt im Namen der CVP-Fraktion, auf diese Vorlage einzutreten. Die nun unterbreiteten Gesetzesänderungen sind durch die Änderungen von Bundesrecht grösstenteils vorgegeben. Wir haben im Kanton lediglich umzusetzen, was uns der Bund auf Grund seiner Gesetzgebungskompetenz vorschreibt. So ist es wohl auch müssig, über die zu erwartende Mehrbelastung zu lamentieren. Eintreten ist deshalb unbestritten. Der Votant möchte an dieser Stelle auch gleich erklären, dass sich die CVP in der Detailberatung den Anträgen der erweiterten JPK

anschliesst, und er bittet deshalb den Rat, dieser Vorlage mit den Änderungen und Ergänzungen der erweiterten JPK zuzustimmen.

Andrea **Hodel** kann dem Rat im Namen der FDP-Fraktion mitteilen, dass sie sich den Voten der Vorredner anschliesst. Einzig noch etwas zum Personal. Wir haben uns mit den Beanstandungen der Stawiko auseinander gesetzt. Man kann sicher festhalten, dass im Jahr 2006 noch keine erhöhten Personalbegehren zu erwarten sind. Das Obergericht wird uns dann – sobald die Einführung feststeht – nochmals versuchen, genauer zu erklären, was an personellen Ressourcen, die wir zur Verfügung stellen, auf uns zu kommt.
Zum Staatsanwaltschaftsmodell nur ein Hinweis. Gerade dessen Einführung könnte das Vorgehen bei der Ermittlung der Geldstrafe vereinfachen. Im heutigen System muss erstens die Polizei, zweitens das Untersuchungsrichteramt, drittens die Staatsanwaltschaft und am Schluss das Strafgericht die finanziellen Verhältnisse feststellen, wenn ein Verfahren relativ lange dauert, um die Höhe einer Geldstrafe ermitteln zu können. Gerade durch den Zusammenzug der verschiedenen Untersuchungsinstanzen erhoffen wir uns hier eine Erleichterung.
Die Votantin bittet den Rat im Namen der FDP-Fraktion, den Kommissionsanträgen zuzustimmen. – Wir haben noch gehört, dass offensichtlich irgendwelche Bestimmungen des Steuergesetzes abgeändert werden müssen, da sie nicht bundesrechtskonform sind, und sind gespannt auf die diesbezüglichen Ausführungen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** hält fest, dass der Regierungsrat die Anträge der erweiterten JPK beraten hat und dem Rat empfiehlt, ihnen ebenfalls zuzustimmen. Was das Inkrafttreten der Vorlage betrifft, sieht es auf den ersten Blick etwas kompliziert aus. Alle Bestimmungen, die mit der Einführung des AT StGB auf Bundesebene zusammenhängen, sollen am Tag in Kraft treten, an dem der AT StGB beim Bund in Kraft tritt. Das EJPD hat uns mitgeteilt, dass es beabsichtigt, den AT StGB auf 1. Januar 2007 vom Bundesrat in Kraft setzen zu lassen. Dies aber unter der Voraussetzung, dass die Abänderungen des bereits beschlossenen AT StGB, die noch nicht in Kraft sind, im nächsten Jahr vom Parlament beschlossen werden können und allenfalls auch noch eine Referendumsabstimmung durchgeführt worden ist. Das ist ein sehr knapper Zeitplan und es kann durchaus sein, dass es 1. Juli 2007 wird. Das hat aber auf unsere Beratung keinen Einfluss. Wir können das hier in erster und zweiter Lesung beraten. Das Inkrafttreten der Bestimmungen geschieht automatisch dann, wenn der AT StGB vom Bundesrat in Kraft gesetzt wird.
Anders sieht es aus mit einer ganzen Reihe von anderen Bestimmungen, die rein redaktioneller Natur sind. Wo z.B. geändert wird, dass es immer noch Verhörrichter heisst und Polizeirichter; hier heisst es dann neu Untersuchungsrichteramt oder Einzelrichter, je nach Bestimmung. Bis jetzt haben wir in der gleichen Strafprozessordnung zwei verschiedene Begriffe für die gleiche Person. Einerseits existiert bei den noch nicht revidierten Paragraphen immer noch der Verhör- oder der Polizeirichter. Dort wo es schon eine Revision gegeben hat, ist es der Einzelrichter oder der Untersuchungsrichter. Jemand vom Bund hat den Votanten letzthin bei einer Besprechung über Bestimmungen der Strafprozessordnung darauf angesprochen und gemeint: «Sie haben in Zug ein interessantes Modell. Da gibt es offenbar zwei Arten von Untersuchungsrichtern: Der Verhörrichter, der die Verhöre macht, und der Untersuchungsrichter, der die Untersuchung macht.» Aus der Ferne wird das also völlig falsch interpretiert. Für uns intern ist klar, dass Verhör- und Untersuchungsrichter das

Gleiche sind. Diese Bestimmungen können vom Regierungsrat sofort in Kraft gesetzt werden, sobald der AT StGB bei uns beraten und die Referendumsfrist abgelaufen ist.
Der Sicherheitsdirektor möchte aber einen Vorbehalt machen. Wir haben in drei Bereichen noch kleine Ergänzungen oder Änderungen. Wir werden diese auf die zweite Lesung hin beantragen. Es geht einerseits um § 87; es war im ersten Paket ZFA drin, dass die Massnahmenvollzugskosten von den Gemeinden zur Hälfte mitgetragen werden. Da haben wir im Rahmen des ZFA gesagt, der Kanton solle das vollumfänglich tragen. Jetzt ist hier aber das Problem aufgetaucht, dass es allenfalls Fehlsteuerungen geben kann. Dass statt einer Jugendschutzmassnahme eine Gemeinde darauf hinwirkt, dass es eine strafrechtliche Massnahme wird. Das wollen wir noch vertieft abklären und werden dem Rat zusammen mit dem Obergericht auf die zweite Lesung einen Antrag stellen. Der Votant empfiehlt dem Rat aber, heute in erster Lesung diesen § 87 so zu belassen.
Steuerfragen sind in diesem Rat immer heisse Fragen, Andrea Hodel hat es angetönt. Da kann Hanspeter Uster den Rat aber beruhigen. Es ist nämlich so, dass die Steuerverwaltung festgestellt und uns über die Finanzdirektion mitgeteilt hat, dass hier die Steuergesetz-Strafbestimmung wahrscheinlich nicht ganz konform ist mit dem Steuerharmonisierungsgesetz des Bundes. – Und dann gibt es noch ganz kleine Änderungen, wo wir herausgefunden haben, wo in der Gesetzgebung sonst der Verhör- und der Polizeirichter noch auftreten. Das werden wir ebenfalls noch beantragen.
Der Sicherheitsdirektor dankt dem Rat für die wohlwollende Aufnahme dieses Riesenwerks, das vor allem eine technische Arbeit gewesen ist, die aber sehr viel Fingerspitzengefühl und Know-how gebraucht hat. Er dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Obergerichts, die sehr viel Zeit investiert haben, der gesamten Justiz und auch seinem Direktionssekretär und seiner Stellvertreterin. – Dem Rat vielen Dank für das Eintreten und das Abstimmen gemäss den Anträgen von erweiterter JPK, Regierung und Obergericht.

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** möchte zuerst zwei kurze Bemerkungen machen. Erstens ist das Obergericht mit den Änderungsanträgen der erweiterten JPK einverstanden. Zweitens zum Hinweis der Stawiko, die sich daran stört, dass keine konkreten Angaben zu den finanziellen oder personellen Auswirkungen gemacht wurden. Es ist wirklich so, dass konkrete Schätzungen hier nicht möglich sind, weil nicht absehbar ist, in welchem Ausmass dieser AT StGB die Gerichte zusätzlich beschäftigt. Auch die Fallzahlen von neuen Fällen und nachträglichen Verfahren sind nicht abzuschätzen. Es macht ja auch keinen Sinn, Annahmen zu äussern, die dann überhaupt nicht so eintreffen. Die JPK hat den Hinweis auf Luzern gemacht. Dort hat man Prozesse durchgespielt, hat einen Fall genommen und geschaut, wie das mit dem neuen AT StGB gemacht werden müsste. Das braucht aber enorm viel Zeit und wir sind zum Schluss gekommen, dass das im Moment keinen Sinn macht. Denn wir stellen ja auch keine Personalbegehren. Das wäre viel zu früh, und es ist noch nicht einmal absehbar, ob dieser Allgemeine Teil auf den 1. März 2007 in Kraft tritt. Das Obergericht wird im Rahmen des Plafonierungsbeschlusses für die Periode 2007 bis 2012 prüfen müssen, ob und in welchem Umfang dieser AT StGB zusätzliche Personaleinheiten benötigt. Den Stawiko-Präsidenten kann die Obergerichtspräsidentin beruhigen: Die Arbeit am Staatsanwaltschaftsmodell machen wir im Moment so nebenbei und ohne zusätzlichen Personalbegehren.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1297.4 – 11731

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sowohl Stawiko wie auch Regierungsrat und Obergericht mit den Änderungsanträgen der erweiterten JPK einverstanden sind.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1297.6 – 11788 enthalten.

666 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEITRITT ZUR VEREINBARUNG ÜBER DIE INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH ÜBERREGIONALER KULTUREINRICHTUNGEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1321.1/.2 – 11686/87), der Konkordatskommission (Nr. 1321.3 – 11746) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1321.4 – 11747).

Andreas **Huwyler** hält fest, dass die Konkordatskommission diese Vorlage am 28. April 2005 beraten und ihr nach ausführlicher und kritischer Diskussion zugestimmt hat. Er möchte kurz in Erinnerung rufen, dass der Kanton Zug als bisher einziger angrenzender Kanton seit 1998 an die Kulturinstitutionen in Zürich und Luzern insgesamt einen Betrag von derzeit jährlich 1 Mio. Franken leistet. Diese Beiträge sind freiwillig und gelangen direkt an die betroffenen Institutionen. In der ganzen Schweiz, vor allem aber auch im Kanton Zürich, sind diese Zahlungen mit grosser Anerkennung aufgenommen worden und haben sich positiv auf das Image unseres Kantons ausgewirkt. Mit Einführung der NFA wird inskünftig der Bund, gestützt auf Art. 48 Bst. a der Bundesverfassung, die Kantone im Bereich der Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung zum Beitritt zu interkantonalen Verträgen verpflichten können. Die Ausgangslage stellt sich somit so dar, dass der Kanton Zug einerseits bereits einen freiwilligen Betrag zahlt und andererseits in wenigen Jahren zu einem erhöhten Beitrag verpflichtet werden könnte. Die vorliegende Vereinbarung wurde vom Kanton Schwyz entworfen und von den Kantonsregierungen Zürich, Luzern, Schwyz und Zug im Sommer 2003 genehmigt. Wie Sie wissen, sieht diese Vereinbarung vor, dass im Rahmen der interkantonalen Lastenabgeltung der Kanton Zug – wie auch Schwyz – eine Abgeltung im Verhältnis zu den Besucheranteilen aus dem eigenen Kanton leisten wird. Das wird unseren Kanton rund 2,66 Mio. Franken pro Jahr kosten. Die zur Berechnung dieser Abgeltung herbeigezogenen Faktoren sind für unseren Kanton voraussichtlich günstiger als diejenigen, die später unter der NFA zur Anwendung gelangen werden.
Die Konkordatskommission hat sich intensiv mit den Vor- und Nachteilen der vorliegenden Vereinbarung auseinandergesetzt. Selbstverständlich hat sich auch in der Kommission ein gewisser Widerstand geregt. Vor allem emotionale Argumente sprechen gegen einen Beitritt bzw. gegen eine freiwillige Erhöhung unseres seit Jahren

bezahlten Kulturbeitrags. Rein sachlich und nüchtern betrachtet überwiegen aber die Argumente, welche für einen Beitritt zur Vereinbarung sprechen. Die wichtigsten Argumente sind:
– Der finanzielle Beitrag an die Standortkantone stellt lediglich den Preis für Dienstleistungen dar, die Zugerinnen und Zuger auch tatsächlich beziehen. Bis heute wird dieser Preis trotz unserem freiwilligen Beitrag von den Standortkantonen nach wie vor subventioniert.
– Die Vereinbarung sieht vor, dass aktiv auf den Beitritt weiterer Kantone hingearbeitet wird. Dabei stehen etwa Nidwalden oder Aargau im Vordergrund. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass der Beitritt dieser Kantone unseren Beitrag nicht reduzieren wird, da jeder Kanton ohnehin nur die von seinen Einwohnern verursachten Kosten trägt.
– Die bedeutenden Kulturhäuser in unseren Nachbarkantonen Zürich und Luzern bilden einen nicht unwichtigen Faktor unserer sehr hohen Standortqualität. Wir werben ja aktiv mit diesen Kultureinrichtungen, um auswärtige und ausländische Firmen hier anzusiedeln. Es ist deshalb nicht mehr als korrekt, wenn wir die auf die Eintritte unserer Einwohner entfallenden Kosten dafür auch vollumfänglich übernehmen.
– Der Kanton Zug hat sich mit der Bezahlung des freiwilligen Beitrags von 1 Mio. Franken schweizweit ein positives Image geschaffen. Dieses Image wird sich mit einem Nein in diesem Rat zur neuen Vereinbarung schlagartig in das Gegenteil verkehren. Wir werden wieder zu Trittbrettfahrern gestempelt, und die Beiträge in der Vergangenheit sind Schnee von gestern, interessieren niemanden mehr. Nicht umsonst hat die Neue Zürcher Zeitung bereits am Dienstag dieser Woche ihren Artikel zu diesem Thema unter den Titel gestellt: «Kneift Zug bei der Zürcher Kultur?» Wir können darüber denken, was wir wollen. Entscheidend ist, wie unser Signal in der übrigen Schweiz und vor allem bei dem für unseren Kanton wichtigen Partner Zürich ankommen wird. Da wird uns auch die Ausrede der Linken nicht weiterhelfen, dieser Beitrag komme nur den Reichen und Elitären zu Gute. Wir werden in der übrigen Schweiz und bei unserem wichtigsten Partner, dem Geberkanton Zürich, als «Kneifer» dastehen.
Die finanziellen Auswirkungen der NFA werden unseren Kanton in der Tat hart treffen. Wenn wir uns im Zusammenhang mit diesem NFA von der übrigen Schweiz auch nicht ernst genommen und gerecht behandelt fühlen, ist dies wohl verständlich. Wir können jetzt schmollen, trötzeln und noch ein wenig stämpfeln, und uns damit als schlechte Verlierer zeigen. Wir können aber auch cool zur Tagesordnung übergehen, die Emotionen auf der Seite lassen und die objektiv begründete und korrekte Vereinbarung mit unseren Nachbarn abschliessen. Die Konkordatskommission hat sich für den letzteren Weg entschieden und mit 5 : 2 Stimmen das Eintreten auf die Vorlage beschlossen. Andreas Huwyler bittet den Rat: Bleiben Sie cool, lassen Sie sich von der rein sachlichen Argumentation überzeugen und unterstützen Sie den Beitritt des Kantons Zug zu dieser interkantonalen Vereinbarung!

Stawiko-Präsident Peter **Dür** erinnert daran, dass der Kanton Zug, basierend auf dem KRB vom 16. Dezember 1999, auf freiwilliger Basis einen Betrag von 1 Mio. Franken an bekannte kulturelle Institutionen in Zürich und Luzern leistet. Gemäss § 1 Abs. 3 dieses KRB werden diese Beträge bis zum Inkrafttreten einer interkantonalen Vereinbarung gewährt. Die Regierung legt uns nun diese interkantonale Vereinbarung in der Höhe von 2,66 Mio. Franken vor, womit zweckgebundene Mehrausgaben von 1,6 Mio. Franken zur Diskussion stehen. Die Stawiko hat diese Vorlage an der Sitzung vom 31. Mai 2005 behandelt und sehr kontrovers diskutiert. Wie Sie unserer

Vorlage entnehmen können, wird der Antrag mit 3 : 2 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Das Resultat widerspiegelt unsere intensiv geführte Debatte. Die Argumente, die zum jetzigen Zeitpunkt für oder gegen diese interkantonale Vereinbarung sprechen, entnehmen Sie ebenfalls unserer Vorlage. Der Votant wir im Folgenden nochmals unsere ablehnende Haltung erläutern:
1. Die NFA kommt immer näher. Die wahrscheinliche Belastung in Höhe des drei bis Dreieinhalbfachen unseres Jahresgewinns 2004 ist massiv, alle Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Kantonen zur Begrenzung dieser extrem hohen Belastung waren bisher erfolglos. Diverse Anträge unter anderem für eine Obergrenze wurden abgelehnt. Die genaue Berechnung der 2008 oder 2009 drohenden ersten NFA-Zahlung ist unklar. Der Bund lehnt bisher auch die Forderung ab, die Inkraftsetzung zu verschieben, um eine saubere Budgetierung zu gewährleisten. Im Rahmen des NFA wird auch der Interkantonale Lastenausgleich in verschiedenen Rechtserlassen ausdrücklich geregelt, so dass der Kanton Zug zur Beteiligung an interkantonalen Verträgen wie der vorliegenden Vereinbarung verpflichtet werden kann. – Die Stawiko ist der Meinung, dass die vorliegende Vereinbarung einstweilen nicht unterzeichnet werden soll. Zuerst wollen wir die genauen Auswirkungen der NFA kennen: Definitive Berechnungsgrundlage, Betragshöhe, Einführungszeitpunkt und vieles mehr. Erst dann möchten wir über eine Aufstockung dieses Betrags an ausserkantonale kulturelle Institutionen beraten. – Wir haben wenig Verständnis für die Konzeption des Regierungsrats, einerseits mit Konsequenz das Wachstum der zweckgebundenen Beiträge im Kanton zu bremsen und praktisch gleichzeitig freiwillig und vorzeitig zusätzliche 1,6 Mio. an zweckgebundenen Ausgaben zu generieren.
2. Mitglieder der Stawiko kritisieren die Tatsache, dass nur gewisse kulturelle Institutionen mit eher elitärem Charakter von den Unterstützungsgeldern profitieren. Das Opernhaus Zürich beispielsweise verschlingt riesige Beträge und hat ein grosses Privatsponsoring, von dem kleinere Institutionen mit schmalem Budget nur träumen können. Trotz dieser hohen Beiträge ans Opernhaus wird ein Besuch dieser Institution auch für den guten Mittelstand zunehmend unerschwinglich. Und eine Mitsprache bei der Programmgestaltung wird nicht eingeräumt.
3. Wir gehen mit der Regierung nicht einig, dass das freiwillige und vorzeitige Eingehen dieser interkantonalen Vereinbarung zur Mitfinanzierung überregionaler Kultureinrichtungen unser Image wesentlich verbessern wird. Es gibt ein Sprichwort, das besagt: Wenn du kritisiert wirst, dann musst du irgendetwas richtig machen, denn man greift nur denjenigen an, der den Ball hat. Der Kanton Zug hat 2004, dank gut positionierter Wirtschaft, einen ausserordentlich hohen Gewinn erwirtschaftet. Der Bund hat dank der hohen Zuger Steuereinnahmen zusätzlich 80 Mio. Franken an Bundessteuer-Gelder erhalten. Wurde diese Tatsache durch die anderen Kantone begrüsst? Ist unser Image deshalb besser geworden? Glauben Sie wirklich, dass diese zusätzlichen 1,6 Mio. Franken unser Image wesentlich verbessern können? Solange wir es richtig machen und am Ball sind, werden wir kritisiert. Passen Sie auf: Wenn wir einst nicht mehr kritisiert werden sollten, sind wir nicht mehr am Ball und haben unsere herausragende Stellung verloren.
Zusammenfassend ist die Stawiko der Meinung, dass der Regierungsrat diese interkantonale Vereinbarung zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterzeichnen soll. Einstweilen soll weiterhin der freiwillige Betrag in der Höhe von 1 Mio. Franken ausgerichtet werden. Zuerst sind die genauen Informationen zum NFA abzuwarten. Sobald die entscheidenden NFA-Eckdaten bekannt sind, werden Budgetierung und Finanzplanung aufzeigen, in welcher Form und in welcher Höhe eine interkantonale Vereinbarung im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen eingegangen werden soll.

Heini **Schmid**: Wie verlockend wäre es doch, bei diesem Geschäft einfach nein zu sagen. Stoppen wir den Raubzug auf unsere Staatskasse! Verteidigen wir die Interessen unserer Steuerzahler, unserer Wähler! Schon bald sind wieder Wahlen. Die Stimmbürger werden es uns danken. Unglücklicherweise sind wir aber gemäss unserem Eid gehalten, die Interessen unseres Kantons zu wahren. Unglücklicherweise besteht die Schweiz nicht nur aus dem Kanton Zug, und leider verirren sich einige Zugerinnen und Zuger an so exotische Orte wie das Opernhaus Zürich. Und ganz dummerweise ist der Kanton Zürich der grosse Financier der NFA. Wie die Abstimmung zur NFA gezeigt hat, steht der Kanton Zug ganz alleine da. Wir gelten als unsolidarische Schmarotzer, die trotz blühender Wirtschaft, voller Staatskassen und einer weit überdurchschnittlichen Finanzkraft uns um alle Beiträge drücken wollen.
Damit wir uns richtig verstehen: Der Widerstand gegen die NFA Vorlage war richtig und wichtig. Einer carte blanche für einen unbeschränkten Raubzug auf den Kanton Zug durften und konnten wir nicht zustimmen. Die Würfel sind aber nun gefallen und wir sind gehalten, aus dieser Situation das Beste zu machen. Wir sind dringend auf Partner angewiesen. Die Kantone Zürich und Schwyz sind ebenfalls Geberkantone, und unsere Regierung hat eine Geberkonferenz ins Leben gerufen. Diesen Partnern jetzt die kalte Schulter zu zeigen, kann nur kontraproduktive Wirkungen haben. Bei einem Nein zu dieser Vorlage fragt sich der Votant dann schon, wer denn in Bern unserer Standesinitiative noch zustimmen soll? Nur mit einer gefestigten Allianz im Grossraum Zürich können wir verhindern, dass unsere Wirtschaftsregion durch Bundesbern nicht noch zusätzlich geschwächt wird. Wir brauchen den Partner Zürich, um unsere Verkehrssituation im Bereich Zimmerberg, Hirzel, Knonaueramt zu verbessern. Ein Zuwarten bis zum Inkrafttreten der NFA hätte mit Ausnahme des eingesparten Betrags nur Nachteile für den Kanton Zug. Der ganze Goodwill durch die bisher geleisteten Beiträge würde durch das heutige Nein mit einem Schlag vernichtet. Wahrlich ein PR-Supergau, abgesegnet von unserer Stawiko. Konsequenterweise müssten wir dann auch die bisherigen Beiträge streichen, weil wir ebenso gut unser Geld zum Fenster hinaus werfen können. Nur wenn wir heute beschliessen, freiwillig einen höheren Beitrag zu bezahlen, sind uns die Empfänger dankbar für diese Beiträge. Oder haben sie das Gefühl, ein Kanton werde sich je für die 120 NFA-Millionen bedanken. Lernen wir doch von den Reichen und den grossen Unternehmen. Haben sie das Gefühl, diese verschenken ihre Millionen, die sie der Kultur freiwillig zukommen lassen? Wie jeder Gewerbetreibende, der einen Matchball spendet, haben sie begriffen, dass sie etwas für ihren Ruf tun müssen. Nur wer freiwillig gibt, dem wird gegeben.
Wer sich hier beklagt, es würden nur elitäre Institutionen unterstützt, der hat wohl den Sinn des interkantonalen Lastenausgleiches nicht verstanden. Es geht um den fairen Ausgleich für teure Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung, die nur von wenigen Kantonen überhaupt angeboten werden können. Oder haben wir an die Uni Zürich auch nichts mehr zu bezahlen, weil die Volksschule des Kantons Zürich keinen Beitrag erhält? Mit diesem Beitrag ist keine Wertung verbunden, was förderungswürdige Kultur ist. Es ist Aufgabe des Kantons Zug, die nicht elitäre Kultur zu fördern, weil wir dies auch alleine bezahlen können.
Da Heini Schmid nicht davon ausgeht, dass die Argumente eines lieben und netten Politikers die Stahlhelme in unserem Parlament überzeugen können, kann er wohl nur noch den Neinsagerkanton Schwyz in die Waagschale werfen. Es muss uns doch mindestens zu denken geben, wenn dieser Kanton, der sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit um Beiträge drückt, nun dieser Vorlage zugestimmt hat. Der Votant glaubt nicht, dass die knorrigen Schwyzer aus reiner Nächstenliebe den

Geldsack gezückt haben. Im Namen einer Mehrheit der CVP beantragt er dem Rat deshalb, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Thomas **Lötscher** hält fest, dass die FDP-Fraktion grundsätzlich für einen interkantonalen Lastenausgleich ist und deshalb auch für die Beibehaltung der Beiträge von einer Million Franken an kulturelle Institutionen in Zürich und Luzern. Der Kanton Zug leistet diesen Beitrag, der heute noch seinesgleichen sucht, seit geraumer Zeit auf freiwilliger Basis. Andere Kantone, die von der Nachbarschaft zu Zürich und Luzern profitieren, tragen nichts aber auch gar nichts bei. Die FDP-Fraktion ist aber auch grossmehrheitlich gegen die beantragte Erhöhung dieses Betrags um mehr als 160 Prozent. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen, von welchen nur einige aufführt werden sollen:
– Der Kanton Zug unterstützt mit diesem Beitrag keine kulturellen Aktivitäten. Das Geld fliesst einfach in die jeweilige Kantonskasse. Es reduziert damit das kantonale Defizit und stellt einen Deckungsbeitrag für ein bestehendes Angebot dar. Alle Zugerinnen und Zuger, die beispielsweise die Oper besuchen, leisten damit bereits Beiträge zur Defizitreduktion. Paradox ist, dass der Kanton Zug nun für jeden dieser Beiträge noch einen Beitrag zusätzlich leistet. Gingen also weniger Zuger in die Oper, stiege deren Defizit und gleichzeitig reduzierte sich unser Kantonsbeitrag. Dies zeigt, dass Zuger Opernbesucher nicht Schmarotzer sind, die auf Kosten Zürichs Kultur geniessen. Im Gegenteil, jeder von ihnen hilft mit, das Defizit zu verringern. Eine Zahlungserhöhung aus schlechtem Gewissen ist folglich unnötig.
– Zwar sind Zürich und Luzern mit der neuen Lösung frei, wofür sie die Zuger Beiträge einsetzen. Allerdings dürften sie weiterhin hauptsächlich den bisherigen Institutionen zugute kommen, welche ja auch die Basis für die Berechnung bilden. Die Oper ist wahrlich ein kultureller Genuss, dem der Votant gern vermehrt frönen würde. Die hohen Kosten veranlassen ihn allerdings, diese klassische Spitzenkultur in sehr homöopathischen Dosen zu geniessen. Viele Menschen in unserem Kanton werden es ähnlich halten oder gar vollständig von einem Opernbesuch absehen, weil sie sich diesen nicht leisten können. Sie sollen nun aber gezwungen werden, mit ihren Steuern den Opernbesuch jener zu subventionieren, die ihn sich leisten können. Das ist, als würde ein Teil der von Ihnen bezahlten Motorfahrzeugsteuern dazu verwandt, die exklusivsten Autos der Marken Rolls Royce und Ferrari mit ein paar Tausend Franken zu subventionieren. Leisten könnten sich diese Autos weiterhin nur wenige – aber etwas günstiger. Bei aller Freude, die Thomas Lötscher beim Anblick exklusiver Autos empfindet – das ginge selbst ihm zu weit.
– Der Kanton Schwyz habe diesem Konkordat – oder wohl eher Konkordätchen bei nur gerade zwei Zahlern – bereits zugestimmt, und deshalb könnten wir Zuger nicht nachstehen, hört man zuweilen. Diese Argumentation geht nicht auf. Der Kanton Schwyz vollzieht mit einiger Verspätung jetzt das nach, was der Kanton Zug bereits seit einigen Jahren leistet. Das wäre dann ein weiterer Kanton. Und wo bleiben die anderen? Fakt ist: Bevor andere nutznießende Kantone nicht wenigstens *das* an kulturellem Lastenausgleich erbringen, was der Kanton Zug bereits seit einiger Zeit freiwillig zahlt, gibt es für uns keinen Grund, noch weiter vorzupreschen.
Nun noch zu einem Thema, das in letzter Zeit bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit bemüht wird. Es geht um das Image. Jedes Mal, wenn gewisse Interessengruppen für irgend etwas kantonales Geld locker machen wollen und sich das parlamentarische Nein abzeichnet, wird mitten in der Kurve der sich in die andere Richtung entwickelnden Meinung das Image dem Handbremshebel gleich hoch gerissen. Autos, die im Grenzbereich mit einer derartigen Lastwechselreaktion konfron-

tiert werden, pflegen die Bodenhaftung zu verlieren, ins Schleudern zu geraten und sich schlimmstenfalls zu überschlagen. Mag sein, dass man auf diese Art auch Politikermeinungen zum Kippen bringen kann. Der Votant hofft hier allerdings zur Unfallverhütung beitragen zu können. In der Zeitung wurde ihm zwar schon unterstellt, er sei der Meinung, dass der Kanton Zug ein ganz schlechtes Image habe. Das ist nun so falsch, dass nicht einmal mehr das Gegenteil stimmt. Er ist der Meinung, dass der Kanton Zug über weite Teile ein gutes, teilweise vielleicht auch ein neutrales Image hat. Er gehört nicht unbedingt zu den Lieblingen der Nation wie Wallis und Tessin, aber das lässt sich verkraften. Was sich weniger verkraften lässt, ist die ständige Drohung, ja beinahe Erpressung mit dem Imageverlust. Robert Lembke, den Sie vielleicht noch als früheren Moderator der deutschen Quiz-Sendung «Was bin ich?» kennen, definierte Image als «eine massgeschneiderte Zwangsjacke». In den leidigen Diskussionen über das Zuger Image trifft diese Aussage voll ins Schwarze. Wollen wir uns des vermeintlichen Images wegen gängeln lassen? Da lobe man doch Christian Morgensterns Wiesel, das auf einem Kiesel inmitten Bachgeriesel stand. Nicht des Images wegen, sondern um des Reimes Willen. Je länger je mehr glaubt Thomas Lötscher nämlich, dass sich der Rest der Schweiz ausserhalb dieses Saales nebst Stress im Beruf, Reibereien mit den Kindern, Sorgen um das Geld und untreue Ehepartner herzlich wenig für das Image des Kantons Zug interessiert. Nehmen wir uns ein Beispiel an den Aargauern, die letzte Woche bei uns waren. Diese pfeifen auf ihr Image als unmögliche Autofahrer und verzichten darauf, jedem Kantonsbürger gratis Fahrstunden zu offerieren. Sie sparen damit Geld. Und genau das sollten auch wir tun!
Eingangs wurde betont, dass unsere Fraktion einen interkantonalen Lastenausgleich befürwortet. Der Votant möchte deshalb die Regierung auffordern, diesen gesamtheitlich anzugehen. Das heisst einerseits, dass alle mitmachen und nicht nur Zug als Musterknabe, zumal Musterknaben in einer Klasse oftmals nicht sehr beliebt sind. (Ups, jetzt sind wir schon wieder beim Image.) Andererseits gibt es für diesen Lastenausgleich noch weitere Themen nebst der Kultur, wie sie der regierungsrätlichen Vorlage auf S. 5 entnehmen können. Da sticht einem doch gleich der Agglomerationsverkehr in die Augen. Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, wie viele Zürcher, Luzerner, Schwyzer und weitere tagtäglich unser Strassennetz belasten? Nicht? Dann hören Sie einmal zu Stosszeiten Radio. Täglich passieren Tausende den Kreisel Sihlbrugg und andere neuralgische Stellen, verursachen uns Kosten und kommen nie dafür auf. Die NFA sieht auch hier einen Lastenausgleich vor. Vielleicht sollten wir uns einmal *darum* kümmern.

Werner **Villiger** bemüht sich, cool zu bleiben. – Die SVP-Fraktion spricht sich grossmehrheitlich gegen den Antrag des Regierungsrats und der KOK aus. Dass sich auch unser Kanton an der staatlichen Unterstützung einiger wichtigen Kulturzentren in Zürich und Luzern beteiligen muss, ist für uns unbestritten. Wir wehren uns jedoch dagegen, dass zusätzlich pro Jahr 1,66 Mio. Franken, das heisst bis zum Inkrafttreten des NFA im Jahr 2008 total ca. 5 Mio. Franken freiwillig geleistet werden sollen, denn mit der Einführung des NFA werden wir noch frühzeitig genug zur Kasse gebeten. Uns stört aber auch, dass die zusätzlichen Beträge nicht den einzelnen Kulturinstitutionen direkt zufliessen und keine Belastungsobergrenze festgelegt wurde. Wir haben die aktualisierte Finanzstrategie der Regierung immer unterstützt und damit auf konsequente Weise die Wachstumsabschwächung des Personalaufwands und der Beiträge mit Zweckbindung mitgetragen. Wir haben andrerseits aber auch die Auszahlung eines einmaligen Bonus an die Mitarbeiter des Kantons und der Gerichte

an der letzten KR-Sitzung grossmehrheitlich gutgeheissen. Wir können jedoch nicht akzeptieren, dass einerseits Einsparungen bei den Ausbildungsbeiträgen, beim Sport und bei der Berufsbildung usw. vom KR beschlossen werden und dann freiwillig ca. 5 Mio. Franken ausgegeben werden sollen. Diese Vorlage des Regierungsrats steht für uns deshalb völlig quer in der Landschaft. Eine Annahme würde von der Zuger Bevölkerung sicher nicht verstanden und wir würden uns damit unglaubwürdig machen. – Abschliessend eine kurze Stellungnahme zu den Hauptargumenten der Befürworter:
Zum Standortvorteil. Einige Firmen, die sich bereits in Zug niedergelassen haben oder dies noch tun wollen, würden die Nähe der Kulturinstitutionen in Zürich und Luzern als Standortvorteil bewerten, wird argumentiert. Dieses Argument ist nicht stichhaltig, weil wir nicht grundsätzlich gegen eine Beteiligung opponieren und bereits in den letzten fünf Jahren total 5 Mio. Franken freiwillig geleistet haben und weiterhin 1 Mio. Franken pro Jahr bezahlen wollen, bis der NFA in Kraft tritt.
Zur Imageverbesserung bei einer Zustimmung. Dieses Argument basiert auf dem Motto «Wir geben etwas und bekommen dafür etwas». Zu erwähnen ist hier z.B. der Ausbau der Autobahn auf sechs Spuren, die Erdverlegung der Hochspannungsleitung in Baar oder der Bau einer Autobahnraststätte in Rotkreuz. Die Frage ist: Hilft uns dieses Konkordat wirklich bei der Lösung dieser Probleme? Das muss zumindest bezweifelt werden.
Zum Argument, später gebe es einen schlechteren Vertrag. Das können wir uns nicht vorstellen, denn das vorliegende Konkordat wird sicher nicht unter den Kantonen neu ausgehandelt, nur weil wir Zuger im Moment nicht beitreten wollen. Wir denken, die gewonnene Zeit sollte genutzt werden, um die Kantone Aargau und Nidwalden ebenfalls in das Konkordat einzubinden.
Zur Solidarität. Dieser Begriff ist spätestens im Zusammenhang mit der NFA-Abstimmung im Kanton Zug ziemlich überstrapaziert.

Martin B. **Lehmann** möchte zuerst kurz den staatspolitischen Kurs der CVP replizieren. Wenn ihr das Image des Kantons auf einmal so sehr am Herzen liegt, hätte sie vor einer Woche an dieser Stelle den Worten Taten folgen lassen können, indem sie den Antrag der Linken nach einer substanziellen Erhöhung der In- und Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss mit unterstützt hätte.
Kultur spielt eine wichtige Rolle für die Gesellschaft. Sie hat eine identitäts- und integrationsfördernde Wirkung, schafft Orte für soziale Begegnungen und ist nicht zuletzt ein bedeutender Standortfaktor. Finanzielle Aufwendungen für Kultur können daher nicht nur mit der Schaffung schöner künstlerischer Werke legitimiert werden. Kulturförderung ist mehr, sie ist eine Investition in die Gesellschaft. Und so erstaunt es kaum, dass 80 % aller Kulturausgaben durch die öffentliche Hand bestritten werden. Ohne ihr Engagement ist Kultur schlicht in Frage gestellt. Bei der Ausrichtung von Kultursubventionen müssen aber zwei Prämissen erfüllt sein:
1. muss ein chancengleicher und diskriminierungsfreier Zugang zu Fördermittel gewährleistet sein, und
2. muss einkommensstarken Bevölkerungsgruppen zugemutet werden können, für ihr Kulturerlebnis mehr zu bezahlen als einkommensschwache.
Beides ist bei dieser Vorlage nicht gegeben. So beschränken sich die zusätzlichen 1,7 Mio. Franken auf eine exklusive Auswahl von sechs grossen und etablierten Kulturinstituten, während weniger kommerzielle und alternative Häuser vollständig leer ausgehen. Diese Ungleichbehandlung fällt umso mehr ins Gewicht, als dass staatliche Beiträge oft ebenso hohe Beiträge von dritter Seite auslösen, die kleineren Kul-

turinstitutionen also doppelt verlieren. Mehr als ein Drittel des aufgestockten Betrags, das heisst über 1 Mio. Franken, sollen neu direkt an das Zürcher Opernhaus fliessen, ein Haus, das bereits einen Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von annähernd 50 % aufweist, was in Europa übrigens einen Spitzenwert darstellt. Auf die ca. 5'000 jährlichen Zuger Besucher umgerechnet, ergibt dies eine Subvention von annähernd 200 Franken pro Eintrittsbillet. Noch stossender allerdings ist die Tatsache, dass sich eine durchschnittlich verdienende Familie eine Vorstellung im Zürcher Opernhaus gar nicht leisten kann, mit ihrer Steuerrechnung diese Subvention aber trotzdem mitfinanzieren muss.
Die SP stellt sich vollumfänglich hinter die bisherige freiwillige Leistung von 1 Mio. Franken. Einige Mitglieder unserer Fraktion unterstützen zwar aus staatspolitischen Gründen die mehr als hundertprozentige Aufstockung des Beitrags. Eine deutliche Mehrheit aber ist der Meinung, dass das kulturpolitische Kriterium stärker zu gewichten ist und lehnt die Zementierung dieser Zweiklassen-Kulturpolitik ab. Die SP-Fraktion empfiehlt dem Rat daher ganz sachlich und nüchtern, auf diese Vorlage nicht einzutreten.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die Alternativen einstimmig und geschlossen für den Antrag von Regierung und Konkordatskommission sind. Aus unserer Sicht ist es unbestritten, dass Kultur mit all ihren Facetten ein sehr wichtiges gesellschaftliches Gut ist. Unter anderem stellt sich die menschliche Gesellschaft durch kulturelle Ausdrucksformen dar. Daher ist es unseres Erachtens notwenig, dass Kultur generell finanziell sowie ideell unterstützt und gefördert wird. Beim vorliegenden Geschäft geht es darum, etablierte Kulturstätten von Zürich und Luzern finanziell zu unterstützen. Das Anliegen von uns Alternativen geht jedoch weiter. Es ist uns wichtig, dass auch freie, kleine Ensembles finanzielle Unterstützung erhalten. Mit andern Worten, dass auch Gruppierungen, welche innovativ, zeitgenössisch und experimentell arbeiten, zu finanziellen Mitteln kommen. Dadurch, dass der Kanton Zug den etablierten Häusern in Zürich und Luzern finanzielle Unterstützung gewährt, werden dort andere finanzielle Mittel frei. Geld also, welches der nicht etablierten Nischenkultur zugute kommen kann. Das Argument, das wir den Medien entnommen haben, dass Fahrspesen für Lehrlinge, freiwilliger Schulsport, In- und Auslandhilfe ebenfalls keine finanziellen Mittel erhalten, ist für uns nicht stichhaltig. Durch ein Nein bekommt niemand von den eben genannten Organisationen auch nur einen Franken. – Beim vorliegenden Geschäft geht es unseres Erachtens nicht nur um die Kulturvereinbarung. Es geht auch um Imagepflege. Wir sind der Meinung, dass ein Image durch Worte nicht verändert werden kann, egal wie es auch ist. Jedes Image muss gepflegt werden. Unser Zuger Kabarettist Osi Zimmermann hat es in einem Interview mit folgenden Worten formuliert: «Zug müsste spürbar grosszügig sein». Und für uns ist es unglaublich, wozu das Schreckgespenst NFA alles hinhalten muss. – Die Votantin bittet den Rat: Folgen Sie dem Antrag von Regierung und Konkordatskommission, seien Sie grosszügig und sagen Sie mit einem herzhaften Ja ja zur Kultur.
In diesem Zusammenhang noch ein kleiner Exkurs. Wir im Kanton Zug haben zurzeit noch die Spinnihalle in Baar als Stätte für zeitgenössische, experimentelle und innovative Kultur. Ab kommendem Herbst wird sie durch die sich im Bau befindliche Chollerhalle ersetzt. Die Spinnehalle hatte regelmässig Konzerte auf dem Programm, die Rosemarie Fähndrich sehr ansprachen. Aber es wird dort derart viel geraucht, dass es für Nichtraucherinnen und Nichtraucher eine Zumutung ist, in einer solch verrauchten Halle Kultur zu geniessen. Daher besucht sie dort keine Veranstaltungen mehr. Und sie kennt verschiedene andere Personen, die es ihr gleich tun. Herr Kul-

turdirektor, setzen Sie sich bitte dafür ein, dass die Chollerhalle rauchfrei betrieben wird, zumindest was den Konzertraum und einen abgetrennten Barraum betrifft. Vielen Dank im Voraus für Ihre Bemühungen.

Bruno **Briner** ist bei diesem Geschäft ausnahmsweise einmal anderer Meinung als das Gros seiner Fraktionskolleginnen und -kollegen. Die Kultureinrichtungen in Zürich und Luzern, insbesondere das Opernhaus, das Schauspielhaus und das KKL, geniessen Weltruf. Die Nähe zu diesen beiden Kulturzentren ist ein wichtiges Kriterium bei der Beurteilung der Standort-Attraktivität des Kantons Zug. Es ergänzt in idealer Weise die Nähe zur Wirtschaftsmetropole, zum internationalen Flughafen und zur wunderschönen Landschaft. Zahlreiche Zugerinnen und Zuger empfinden es jedenfalls als Privileg, ohne grossen Aufwand Weltklasse-Aufführungen in Zürich oder Luzern geniessen zu können. Ob diese grossen Standortvorteile 1 Million oder 2,6 Mio. wert sind, kann nicht einfach mit einem Ja oder Nein beantwortet werden. Die Berechnung im Anhang der Vorlage macht jedoch Sinn und ist angemessen.
Im Kanton Schwyz hat das Parlament dem Beitritt zur Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen grossmehrheitlich zugestimmt. Der Beitrag des Kantons Schwyz beträgt voraussichtlich rund 2,3 Mio. Gemäss Informationen war ausschlaggebend der neue Art. 48a der Bundesverfassung, der vorsieht, dass die Kantone zeitgleich mit dem Inkrafttreten der NFA in diesem Bereich zur Zusammenarbeit verpflichtet werden könnten, was ja nicht notwendig ist, wenn die Kantone freiwillig zusammenarbeiten. Der Votant hat gehört, dass der ehemalige Schwyzer Regierungsrat Marti an der Ausarbeitung des Vertrags massgeblich mitbeteiligt gewesen sei, und von ihm weiss man, dass er mit den Finanzen sehr sorgfältig umgegangen ist. Die Politik des Kantons Schwyz zeigt uns doch, dass wir im Hinblick auf die NFA dieser Vorlage zustimmen sollten. Eine Ablehnung könnte für uns in zwei drei Jahren viel teurer werden. Überhaupt sollten wir mit dem Argument NFA vorsichtig umgehen. Die definitive Ausgestaltung der NFA kennen wir heute ja noch nicht und die zur Diskussion stehende Vereinbarung kann oder muss zu gegebener Zeit wieder überprüft werden. Auf jeden Fall wird Zürich via NFA kein Zuger Geld erhalten, Zürich ist im NFA selbst Geberkanton, wie der Kanton Zug oder der Kanton Schwyz. Dass noch andere Kantone an Luzern und Zürich angrenzen und deren Bewohner auch vom kulturellen Angebot dieser beiden Kantone profitieren können, ist bekannt. Doch was glauben Sie, werden sich diese Kantone eher für eine Zusammenarbeit entschliessen, wenn der Kanton Zug dieser Vorlage zustimmt oder wenn er sie ablehnt?
Warum betrachten wir die Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen nicht als ersten Schritt zu weiteren Vereinbarungen. Vielleicht wäre eine Zusammenarbeit mit den Kantonen Zürich, Luzern und Schwyz bei der Durchsetzung von Forderungen im öffentlichen Verkehr oder beim Autobahnbau für uns auch sehr hilfreich. Wer nicht sät, erntet nicht. Der Beitritt zur Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen ist kein Luxus, sondern ein Zeichen von Grosszügigkeit und Solidarität. Bruno Briner wird auf jeden Fall für Eintreten auf die Vorlage stimmen und er bittet den Rat, ihn dabei zu unterstützen.

Andrea **Hodel** ist nicht die coole Rednerin. Sie haben ihre Meinung in der Zeitung gelesen und sie hält daran fest: Wir sollten die Sache vergessen! Es ist doch eine Frage zwischen Diplomatie und Finanzpolitik. Hat uns die Diplomatie in der letzten

Amtsperiode weiter gebracht, als wir, um auf die Diskussionen zum NFA Rücksicht zu nehmen, darauf verzichtet haben, Steuersenkungen vorzunehmen? All dies hat uns nie weiter gebracht. Und nun sagt man, man würde das Image verbessern, wenn wir von einer Million auf 2,6 hochgehen. Falls wir das tun, wird morgen in der Zeitung stehen: Zug hat ja gesagt, und es ist vergessen. Wenn wir nein sagen, heisst es morgen, wir seien knauserig, obwohl wir schon eine Million bezahlen, und es ist übermorgen auch vergessen. Es geht darum, dass wir unsere Finanzpolitik aus einer Position der Stärke weiterführen, und dies mit der Konsequenz, wie wir es auch innerhalb des Kantons in den letzten und harten Debatten getan haben. Sagen Sie deshalb nein!

Käty **Hofer** vertritt die Minderheit der SP-Fraktion. Für sie ist diese Vorlage eine Grundsatzfrage. Wollen wir im Kanton Zug eine Oper, wollen wir das Angebot eines KKL, wollen wir das Angebot einer Tonhalle? Für die Votantin ist ganz klar, dass sie das will für den Kanton Zug. Als kleiner Kanton kann Zug das nicht allein anbieten. Also kaufen wir die Leistungen ein, genau so wie wir andere Leistungen einkaufen, z.B. in der Spitzenmedizin. Heute ist die Situation so, dass Zugerinnen und Zuger Leistungen konsumieren, deren Kosten sie nicht decken. Die Kantone Luzern und Zürich subventionieren unsere Eintrittsbillette. Käty Hofer widerspricht hier Thomas Lötscher: Wir verringern keineswegs die Defizite dieser Kantone, sondern wir kaufen Leistungen ein zu den Preisen, die sie kosten. Und wir kaufen sie zu günstigen Preisen ein. Die bisherige Million, die wir bezahlt haben, war eine ganz grobe Schätzung. Die neuen Beiträge basieren auf einer gründlichen Kostenanalyse. Es besteht ein klarer Kostenverteiler, und es sind realistische Preise. Der Kanton Schwyz hat sich bisher nicht beteiligt an diesen Kosten – jetzt tut er es. Die Votantin ist überzeugt, dass andere Kantone dem Beispiel folgen werden. Wir können doch nicht warten, etwas zu tun, bis andere Kantone uns vorausgehen. So passiert nämlich gar nichts und niemand tut etwas. Wer, wenn nicht wir; wann, wenn nicht jetzt?
Diese Vorlage betrifft Kultursparten, die im Kanton Zug nicht angeboten werden. Aus Kostengründen nicht angeboten werden *können*. Wir geben im Kanton selber beträchtliche Summen aus, um Kultur zu unterstützen, für Ensembles und Häuser. Es ist keineswegs so, wie Fraktionskollege Martin B. Lehmann gesagt, dass kleine Häuser nicht unterstützt werden. Sie gehen keineswegs leer aus; der Kanton Zug unterstützt sie hier im eigenen Kanton. – Es gibt in allen begünstigten Institutionen auch günstige Billette, man muss sich lediglich danach erkundigen. Es kostet kein Vermögen, ins KKL oder in die Tonhalle zu gehen. Die Votantin befürchtet, dass wenn wir heute nein sagen, diese günstigen Billette abgeschafft werden. Das Opernhaus bietet Veranstaltungen für Schulklassen an, und diese kommen anscheinend bei den Kindern sehr gut an. Ob dieses Angebot nachher für den Kanton Zug weiterhin besteht, weiss man nicht.
Käty Hofer hat ausserhalb dieser Vorlage noch einen Wunsch an den Bildungsdirektor. Es gibt im Kanton Zug sehr gute Kulturensembles, die immer auf der Suche nach geeigneten Räumen sind. Gerade das KKL wäre ein sehr guter Raum, den wir von unserem Kanton aus auch nützen möchten. Er ist für uns aber sehr teuer. Der Bildungsdirektor soll sich doch dafür einsetzen, dass wir vom Kanton Zug diese Häuser zum Einheimischentarif benützen können. Das würde diversen Zuger Ensembles sehr viel nützen.
Wir sind es dem Standort Zug schuldig, dass wir zu dieser Vorlage ja sagen. Die Votantin bittet den Rat herzlich darum.

Guido **Käch** weist darauf hin, dass die Vorlage mit einer Vielzahl von finanzpolitischen Argumenten und Überlegungen von der Stawiko, den Fraktionen der SP, SVP und FDP zur Ablehnung empfohlen wird. Zugegeben, der zur Diskussion stehende Beitrag von 2,66 Mio. Franken an die Kosten von überregionalen Kultureinrichtungen, 1,66 Mio. mehr als bisher, ist auch für den Kanton Zug ein bedeutender Ausgabeposten. Aus gesellschaftspolitischer Sicht gibt es aber gute Gründe, sich für diese Vorlage einzusetzen. Die Regierung hat sie in ihrem Beschluss detailliert aufgelistet. Der Kantonsrat hat nun über diesen Beschluss abzustimmen. Mit Ihrer Stimme drücken Sie aus, wie viel Ihnen ein qualitativ gutes Kulturangebot in unseren Nachbarkantonen wert ist. Eines ist jetzt schon ganz sicher: Sollte ein negatives Resultat herauskommen, wird in den Medien mit entsprechender Kritik nicht gespart! Nicht zu Unrecht würde uns der Stempel von kleinlichen Kulturbanausen aufgedrückt.
Natürlich sind nicht dies die Gründe, warum der Votant der Vorlage zustimmen wird, sondern weil er die unbestritten guten Leistungen der Kultureinrichtungen in Zürich und Luzern anerkennen und unterstützen möchte. Er findet es nicht fair, wenn die Kantone Zürich (auch NFA-Geberkanton) und der Kanton Luzern die fehlenden Beträge für ihre teuren Kultureinrichtungen alleine tragen müssen. Im täglichen Leben gibt es noch viele andere Kulturbereiche, angefangen bei der Familienkultur, der Geschäftskultur, der Politkultur etc. Überlegen Sie sich doch mal, wo Sie welche Entscheidungskriterien anwenden! Man kann dabei z.B. sparsam und trotzdem im Einzelfall grosszügig und vernünftig, aber auch unnötig kleinlich sein. – Mit diesen Überlegungen bittet Guido Käch den Rat, der Vorlage zuzustimmen.

Martin **Stuber** fällt es schwer, angesichts einzelner Voten bei dieser Vorlage cool zu bleiben. Es hat ihn ein wenig erstaunt, von einem Teil der Zuger Politelite zu hören, dass man nicht bereit ist, so genannt elitäre Kultureinrichtungen in anderen Kantonen zu unterstützen. Zudem ist das Argument falsch. Die AF hat sich erkundigt im Kanton Zürich. Mit diesem Beitrag, den wir heute hoffentlich sprechen werden, wird Geld frei für andere Kultureinrichtungen. Es werden damit indirekt auch kleinere Einrichtungen unterstützt werden. Es gilt hier wirklich der Satz: Wo grosse Kultur floriert und blüht, profitiert auch die so genannt kleine Kultur. – Noch eine Bemerkung zum Votum von Andrea Hodel. Wann war der Kanton Zug in Steuerfragen je diplomatisch? Wenn wir die Geschichte der Steuergesetzrevision anschauen, was hat der Kanton Zug gemacht? Er hat gewartet, bis alle anderen Kantone die vom Bund geforderte Steuergesetzrevision gemacht haben. Dann ist er gekommen, hat seine Revision gemacht und ist unten rein. War das diplomatisch?

Felix **Häcki**: Wir haben eben gehört, wie es läuft. Im Gesetz ist vorgeschrieben, wohin das Geld fliessen soll und welche Institute profitieren sollen. In Tat und Wahrheit profitieren andere, weil wir eben einfach nur an die Defizite der Empfängerkantone bezahlen. Da kann im Gesetz stehen, was will, es wird überall ausgeschüttet, wir haben nichts dazu zu sagen. – Dann möchte der Votant doch Martin B. Lehmann unterstützen gegen Käty Hofer. Wenn man die Sache anschaut, muss man als Berechnungsgrundlage die Grenzkosten nehmen. Eine Vollkostenrechnung in diesem Zusammenhang ist völlig idiotisch. Das weiss jeder Betriebswirtschafter. Weil nämlich das Angebot besteht, ob Zuger kommen oder nicht. Die machen ein Angebot in Zürich und Luzern in eigener Regie und eigener Verantwortung, und wenn sie etwas gut machen, kommen mehr Zuger, wenn sie es schlecht machen, unter

Umständen gar keine. Und die Kosten haben sie so oder so. Es fragt sich also nur: Haben sie Grenzkosten, wenn noch Zuger kommen, oder nicht? Wenn man die Sache realitätsgetreu anschaut, entstehen gar keine Grenzkosten. D.h. alles was Zug bezahlt, ist einfach eine Schenkung an die Kantone, wo die Leute hingehen. Oder es ist ein Beitrag an die Fixkosten, der noch bezahlt wird. Das ist ganz klar.
Wegen der Schulkinder. Der Votant war seinerzeit beim ersten Kontakt mit Pereira selber dabei. Wir haben ihn angesprochen, ob die Zuger Schulkinder in Zürich Aufführungen sehen können. Er hat damals gesagt: Ich gehe überall hin, wo mir jemand ein Eintrittsbillett bezahlt. Also auch hier: Ob wir den Beitrag zahlen oder nicht, weil Pereira genau weiss, dass es um Grenzkosten geht, die Zuger Kinder werden weiterhin ins Theater gehen. Das ist ganz klar. – Felix Häcki bittet den Rat deshalb, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Gregor **Kupper**: Wir haben viel von Image, Strategie, Standortvorteilen usw. gehört. Der Votant möchte eigentlich auf die Vereinbarung an sich zurückkommen. Uns liegt eine Vereinbarung vor, die unsere Konkordatskommission passiert hat in einer Phase, da das Ganze eigentlich schon geritzt war. Leider haben wir diese Kommission zu spät ins Leben gerufen, sonst hätte sie vielleicht auf die Ausgestaltung dieser Vereinbarung Einfluss nehmen können. Wenn Gregor Kupper diesen Einfluss vermisst, hat er den Eindruck, dass die Vereinbarung nicht zeitgemäss ist. Wir haben eine Vorlage, da bezahlen wir auf Grund von Gesamtkosten, die wir in keiner Art und Weise beeinflussen können. Wenn der Kanton Zürich sagt, er investiere jetzt 20 Mio. ins Opernhaus, dann bezahlen wir unseren Anteil, haben dazu aber gar nichts zu sagen. Heute machen wir in unserem Kanton Leistungsvereinbarungen. Wir gehen weg von Defizitgarantien. Wir haben hier eine Defizitgarantie. Das ist ein Rückfall ins finanzpolitische Mittelalter. Die Vorlage ruft dringend nach einer Aktualisierung. Wenn wir schon auf dieser Basis eine Vereinbarung machen wollen, gehört für den Votanten zwingend zumindest ein Kostendach hinein. Wir sollten diese Vorlage heute nicht genehmigen, sondern sie zurückweisen. Wir sollten der Regierung die Möglichkeit geben, in dieser Richtung nochmals einzugreifen und das Ganze nachzubessern. Gregor Kupper ist nicht gegen Kultur. Wir bezahlen ja auch weiterhin die Million. Und wenn wir mit einer vernünftigen Vereinbarung zu einem höheren Beitrag kommen, ist er der Letzte, der dazu nein sagt.

Die **Vorsitzende** erkundigt sich bei Gregor Kupper, ob das ein Rückweisungs- oder ein Nichteintretensantrag gewesen ist. – Ein Nichteintretensantrag.

Kulturdirektor Matthias **Michel** beginnt folgendem Zitat: «Kritisiert wurde, dass der Standortkanton die Kosten diktiere und dass keine Kostenobergrenze festgelegt worden sei. „Wir kaufen die Katze im Sack", wurde bemängelt. Sodann sei nicht nachvollziehbar, warum der Kanton freiwillig 2,2 Mio. Franken zahlen solle. Mit der NFA werde der Kanton noch früh genug zur Kasse gebeten.» Diese Argumente kommen Ihnen bekannt vor, geschätzte Parlamentsmitglieder. Es könnte ein Ausschnitt sein aus dem Bericht unserer Stawiko. Es ist in Wirklichkeit ein Medienbericht der Debatte im Schwyzer Kantonsrat. Aber nur von einem Teil der Debatte. Der Grundtenor war sehr positiv, der Vereinbarung wurde mit 52 : 31 Stimmen zugestimmt. Und entsprechend positiv tönten die Medienstimmen; ein Beispiel: «Man konnte es wie einen Befreiungsschlag empfinden. Der Kantonsrat hat ein neu herangewachsene Kultur-

verständnis bewiesen, gleichzeitig „Kantonsdünkel" überwunden; Schwyz hat sich zu einem offenen Kanton gewandelt...» – So könnte es morgen auch in unseren, den Luzerner und Zürcher Medien und weiter herum tönen. Der Fokus dieser Medien ist heute auf Zug gerichtet – allen ist bewusst, dass der Entscheid aus Zug noch aussteht, bis diese Vereinbarung betreffend Lastenabgeltung im Kulturbereich überhaupt in Kraft treten kann. Sie haben es heute in der Hand, die bisher mit der Zahlung von jährlich einer Million begründete Zuger Erfolgsstory weiterzuführen – und auch den Kanton Schwyz mit einzubinden. Unter neuen Vorgaben weiterzuführen, nämlich gestützt auf verlässliche Berechnungen und mit einem Partner, dem Kanton Schwyz, das heisst heute: Beitritt zur Vereinbarung, was der Regierungsrat und die vorberatende Kommission Ihnen beantragen, und welche die Stawiko nur kapp ablehnte.
Wir konnten in den vergangenen Wochen aus diversen Kolumnen und Leserbriefen viele Gegenargumente erkennen – sie wurden teilweise heute wiederholt. Auf den ersten Blick tönten einige plausibel. Aber eben, nur auf den ersten, schnellen Blick. Sie begnügen sich doch nicht damit – Sie gehen tiefer, wollen wirkungsvoll handeln und nachhaltig. Werfen wir deshalb einen tieferen Blick auf folgende gegnerischen Positionen, die bei näherem Hinsehen nicht standhalten:
– «Noch mehr Geld für die Kultur», hiess es etwa. Nur: Die Kultur erhält insgesamt nicht mehr Geld, sondern die Belastung der öffentlichen Hand wird etwas anders verteilt, nämlich in Berücksichtigung der effektiven Nutzung durch Bewohnerinnen und Bewohner aus den Kantonen Zug und Schwyz. Also in Berücksichtigung des allseits immer wieder geforderten Verursacherprinzips.
– «Geldgeschenke an Zürich und Luzern, ohne Gegenleistung!» wurde geschrieen. Wenn dem so wäre, wäre dies wirklich nicht recht. Es ist aber nicht so: Die Gegenleistung beziehen wir schon lange, indem nämlich bis heute die Kantone Zürich und Luzern und damit deren Steuerzahler die Zuger Besucher subventionieren! Mit der Vereinbarung werden wir in Zukunft nur insoweit Beiträge leisten, als unsere Bevölkerung die Zürcher und Luzerner Kulturinstitutionen benutzt. Wir bezahlen also nur, was wir beziehen. Oder umgekehrt: Was wir beziehen, bezahlen wir – gehört das nicht zu unserem Selbstverständnis?
– Subventionierung etablierter Kultur sei «unerwünschte Umverteilung von unten nach oben», da der Steuerzahler primär obere Schichten in ihrem Konzert- oder Opernbesuch unterstütze. Diese Behauptung stimmt schlichtweg nicht. Wir wissen, dass von ca. der Hälfte aller Steuerpflichtigen nur knapp 10 % des Steuerertrags kommt, dass umgekehrt 50 % des Vermögenssteuerertrags von nur 220 Zuger Steuerzahlern stammt.
– Umgekehrt wird bemängelt, dass alternative Kultureinrichtungen nicht berücksichtigt würden. Es wäre ja einfach gewesen und hätte an den Kantonen Zürich und Luzern gelegen, solche Alternativen zu nennen – sie taten es nicht. Warum nicht? Weil es keine solchen gibt, welche den Kriterien der Vereinbarung entsprechen, so etwa ein eigenes Stammhaus mit wirklich überregionaler Bedeutung haben. Abgesehen davon, werden die Zahlungen ja nicht an die Kulturinstitutionen direkt bezahlt, sondern diese sind bloss die Berechnungsgrössen, nach welchen die Abgeltung an die Kantone Luzern und Zürich bemessen wird, dies zur Abgeltung ihrer kulturellen Zentrumslast. Durch diese Vereinbarung werden weder eine Oper, noch eine Rote Fabrik mehr oder weniger erhalten.
– Gefordert wird schliesslich ein verstärktes privates anstelle des staatlichen Finanzengagements bei Kulturinstitutionen. Diese Forderung ist an sich sympathisch. Und Matthias Michel meint, sie sei gerade in der Schweiz schon erfüllt. Gerade das Zürcher Schauspielhaus und die Oper sind bekannt für ihre hohen Sponsoreneinnahmen; sie nehmen diesbezüglich europaweit eine Spitzenstellung ein. Etwa die

Oper finanziert 45 % ohne staatliche Beiträge. Der Anteil öffentlicher Gelder mit 55 % ist respektabel tiefer im Vergleich etwa zu deutschen Opern, wo diese Quote regelmassig 70-80 % beträgt.
Sie sehen: Dieser zweite, etwas tiefere Blick lässt erahnen, dass diese Vereinbarung so schlecht nicht ist, wie sie nun zum Teil dargestellt worden ist. Und dass auch die staatliche Unterstützung – angesichts der tollen Qualität dieser Häuser – in einem gesunden Verhältnis steht. Es fällt auf, dass bei dieser finanzpolitischen Debatte nun plötzlich die grossen, herausragenden Kulturhäuser Zürichs und Luzern angezweifelt werden: Elitäre Kunst und Kultur, zu wenige Privatengagement und -finanzierung usw. Sonst wurde bisher landauf landab die grosse kulturelle, standortpolitische und wirtschaftliche Bedeutung solcher Häuser anerkannt. Fast unbestritten. Es ist ja respektabel, wie solche überregional, ja international ausstrahlenden Häuser wie ein KKL, eine Tonhalle oder die Zürcher Oper an den jeweiligen Standorten geschätzt und – auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten – alimentiert werden, von privater wie öffentlicher Hand. Auch, wie demokratisch legitimiert diese Häuser und deren Subventionierung sind. Beiträge an diese Institutionen müssen ja jeweils auch durch die Parlamente dieser Kantone beschlossen und budgetiert werden, zuweilen gibt es auch Volksentscheide. Und diese haben die staatlichen Unterstützungen bisher bestätigt. Dies liegt auch im Umstand begründet, dass eben ganz viele Mitbürgerinnen und -bürger ihre grossen Kulturhäuser schätzen, stolz sind auf sie und sie als wichtige Elemente bedeutender Städte anerkennen, selbst wenn sie selber diese Häuser nicht oder wenig besuchen. Das ist eine wissenschaftlich anerkannte Tatsache. Daran ist erkennbar, dass der Wert solcher Institutionen, ihre kulturelle Qualität, ihre Bedeutung für Städte und Regionen, die auch im internationalen Tourismus- und Standortwettbewerb mitmachen, recht deutlich anerkannt ist.
Und wir in Zug? Wir können uns doch dieser Anerkennung nicht entziehen. Und wir tun und wollen es eigentlich auch nicht. Seit langem profitieren wir direkt und indirekt von Kulturzentren Zürich und Luzern, grenzüberschreitend selbstverständlich. Und selbstverständlich schreiben wir uns das auch wörtlich auf unsere Visitenkarte. «Die kulturellen Zentren Luzern und Zürich sind in kürzester Zeit erreichbar», heisst es unter dem Titel «Zug schenkt Lebensqualität» in unserer aktuellsten Broschüren zum Standortmarketing. Gleiches stand in der Vorgängerbroschüre, ergänzt mit einem Zitat des Direktors der Unilever Schweiz AG. Entsprechendes steht auch auf der Zuger Homepage. Dieses Kulturangebot Zürichs und Luzerns ist also Teil unserer selbst und viel gepriesenen Lebensqualität und des Standortvorteils.
Für den Regierungsrat zusammen mit der vorberatenden Kommission (und nun auch mit dem Kanton Schwyz) ist es eine Frage der logischen Konsequenz, nun entsprechend dieses Werts, dieses Nutzens, dieses Vorteils unseren finanziellen Anteil zu leisten. Oder finden Sie als Zuger Volksvertreterinnen und -Vertreter es etwa richtig, dass die Zuger Besucherplätze weiterhin durch Zürcher und Luzerner Steuerzahler subventioniert werden? Erachten Sie es nun wirklich als richtig, dass wir zwar zu den nahesten und direktesten Nutzern von Kulturhäusern Zürichs und Luzern gehören, dass wir hier und bei unserer Standortwerbung sowie dem Steuerklima an vorderster Stelle stehen, dass wir aber diese Stelle nicht einnehmen wollen, wenn es um die Abgeltung kultureller Leistungen geht, und wir hier auf weitere Kantone verweisen? Kantone übrigens wie Aargau und St. Gallen, welche selber eigene wichtige Orchester haben. Empfinden Sie es als sachgerecht, bei Abgeltungen in anderen Bereichen wie etwa Hochschulausbildungen und Spitzemedizin grenzüberschreitende Abkommen mit entsprechenden Abgeltungen zu schliessen, nicht aber bei der ebenso grenzüberschreitenden Kultur? Möchten Sie wirklich die kommende NFA-Belastung zum Anlass nehmen, die bereits vor Jahren angekündigte und nun lang verhandelte

Vereinbarung, die primär auch unserem Nachbarn und Geberkanton Zürich zugute kommt, auf unabsehbare Zeit zu verschieben? Und schliesslich die Frage: Wie sollen denn andere Kantone motiviert werden mitzumachen, wenn Zug als ein Hauptnutzer dies ablehnt?
Mit Grund wurde die vorliegende Vereinbarung von den jeweiligen Vorstehern der Kultur- wie Finanzdirektionen der beteiligten Kantone ausgehandelt. Auch für Zug zeigt die Mitverhandlung seitens des Finanzdirektors, dass diese Vorlage finanzpolitisch tragbar und standortpolitisch richtig ist. Und der Regierungsrat hat uns darin unterstützt. Eine richtige, folgerichtige Vereinbarung. Auch in der heutigen finanzpolitisch schwierigen Zeit – oder eben gerade jetzt. – Namens des Regierungsrats dankt der Kulturdirektor dem Rat, wenn er diesen Argumenten folgen und entsprechend unserem Antrag zustimmen kann.

➔ Der Rat beschliesst mit 40 : 31 Stimmen, auf die Vorlage nicht einzutreten.

667 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BAULICHE MASSNAHMEN IM MUSEUM IN DER BURG ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1332.1/.2 – 11709/10) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1332.3 – 11744).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass dieses eher kleine Geschäft direkt der Stawiko überwiesen wurde. Es wurde somit keine vorberatende Kommission eingesetzt.

Peter **Dür** erinnert daran, dass die Stawiko Ende April 2005 angefragt wurde, ob sie gewillt sei, diese Vorlage beschleunigt und als einzige Kommission zu beurteilen. Begründung für die Dringlichkeit war der Umstand, dass die zur Diskussion stehenden Umbauarbeiten nur in den Sommerferien durchgeführt werden können, damit das Museum seine Türen ab Anfang September wieder für Schulklassen und Bevölkerung öffnen kann. Die Fraktionschefs waren mit diesem Vorgehen einverstanden, die Stawiko hat die Vorlage an der Sitzung vom 31. Mai 2005 beraten. Sie musste über dieses Geschäft an dieser einen Sitzung entscheiden, da eine erneute Traktandierung für eine zweite Sitzung, wie dies bei Fachkommissionen üblich sein kann, aus Zeitgründen ausgeschlossen war. An der Sitzung wurden wir von Robert Jehli, Mitarbeiter der Baudirektion und Regierungsrat Matthias Michel ausführlich über die geplanten Umbauarbeiten informiert. Der Stawiko-Präsident hat letzte Woche die Baudirektion und die DBK nochmals angefragt, ob es allenfalls zusätzliche Unterlagen gibt, die der Stawiko bei der Beratung nicht zur Verfügung standen. Fazit: Es gibt keine relevanten zusätzlichen Unterlagen.
Wie Sie unserem Bericht entnehmen können, lehnt die Stawiko diese geplanten Umbauarbeiten im Betrag von 280'000 Franken ab. Unsere Gründe:
1. Die Stawiko anerkennt die Bemühungen von Matthias Michel, den Betrieb des Museums Burg langfristig durch eine grössere Reorganisation zu sichern. Heute ist die Finanzierung geregelt, die strategische Führung einem unabhängigen Stiftungsrat übertragen und eine neue Museumsleitung eingesetzt. Es ist verständlich, dass der neue Museumsdirektor nun mit vielen Ideen einsteigt und diverse Umbau-Ideen

hat. Wir teilen aber die Meinung des Regierungsrats nicht, dass neue Ideen nur in sofort umgebauten Räumlichkeiten umsetzbar sind. Wir sind der Meinung, dass auch in den bestehenden Räumlichkeiten interessante Ausstellungen möglich sind, und verstehen die zeitliche Dringlichkeit dieser Vorlage nicht.
2. Die Vorlage sieht, wie bereits erwähnt, Umbauarbeiten im Betrag von 250'000 Franken vor. Bei den vorliegenden Zahlen handelt es sich weitgehend um Richtpreisofferten und Erfahrungswerte der Baudirektion. Die Kosten sind erheblich, wenn Sie die Beträge in der Beilage der regierungsrätlichen Vorlage betrachten: 12'000 Franken für einen Feinputz der Wände des Turmzimmers oder 26'000 Franken für einen neuen Parkett im Turmzimmer oder 37'0000 Franken für neue Bodenüberzüge in den Kulturgüterschutzräumen im 1. und 2. Untergeschoss. Es fragt sich wirklich, ob hier nachhaltig mit den auch im Kanton Zug begrenzten Ressourcen umgegangen wird. Ein Architektur-Büro wurde bereits kontaktiert, Verträge wurden aber nicht unterzeichnet. Wenn Sie diesem KRB zustimmen, werden in grosser Eile Offerten eingeholt und es wird sofort mit den Umbauarbeiten begonnen. Wenn das Museum zur Burg ein Notfall wäre, könnten wir dies ja verstehen. Da dies aber nicht der Fall ist, muss aus unserer Sicht eine ruhigere Gangart mit weiteren detaillierten Abklärungen gewählt werden.
3. Ein Umbau muss auf einem längerfristigen Konzept basieren, das einerseits den Betrieb und die Räumlichkeiten der Burg, andererseits aber auch die längerfristigen Vorstellungen einer Museumserweiterung bzw. von Synergien mit dem Kunsthaus Zug beinhaltet. Der frühere Stiftungsrat hat sich bereits in der Vergangenheit mit einer Machbarkeitsstudie zur Museumserweiterung befasst. Die Weiterbearbeitung der Machbarkeitsstudie wurde 2003 von Matthias Michel zu Recht passager gestoppt. Diese Konzepte müssen nun aber wieder reaktiviert und überarbeitet werden. Aus Sicht der Stawiko sind diese längerfristigen Konzepte Basis für jegliche weiteren Investitionen.
Zusammenfassend beantragt die Stawiko, auf diese Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt nicht einzutreten. Der Regierungsrat wird aufgefordert, die mittel- und längerfristigen Konzepte für den Betrieb und die mögliche Erweiterung des Museums in der Burg erarbeiteten zu lassen. Der Regierungsrat soll dann mit dem Umbauprojekt in den Rat zu kommen, wenn alle notwendigen Unterlagen vorliegen. Dies kann realistischerweise bereits nächstes Jahr der Fall sein. Wir sind der Meinung, dass eine Optimierung der Ausstellungen und eine Attraktivitätssteigerung des Museums in der Zwischenzeit auch in den bestehenden Räumlichkeiten möglich sind.

Peter **Rust** ist der Ansicht, der Regierungsrat müsste nun eigentlich den Sparwillen des Rats definitiv erkannt haben. Warum dem Parlament immer noch Kreditvorlagen vorgelegt werden, die allenfalls gewünscht, aber keineswegs nötig sind, erstaunt einmal mehr. Das vorliegende Geschäft wird im Wesentlichen begründet mit der Anstellung des neuen Museumsdirektors, welcher eine Neugestaltung des Museums in der Burg realisieren möchte. Neue Direktoren – neue Ideen, dieser Zusammenhang ist nachvollziehbar. Nachdem im Bericht des Regierungsrats von einem etappierten Ausbau der Burg die Rede ist, sollte uns vorerst ein integrales Betriebskonzept samt Investitionsplan vorgelegt werden. Nicht bloss der KR, mutmasslich auch die öffentlichen Stiftungskörperschaften und die privaten Sponsoren würde interessieren, wie ein längerfristiges Betriebskonzept aussieht.
Den Votanten erstaunt, wie locker die baulichen Eingriffe in der denkmalgeschützten Zuger Burg im Bericht umschrieben und baulich umgesetzt werden sollten. Nach dem Motto: Eine Hand wäscht die andere. Von Amt zu Amt – vom Museum zur

Denkmalpflege – bestehen offensichtlich keine denkmalpflegerischen Hürden, wie sie jeweils privaten Bauherren zu Albträumen werden können. Zum typischen Erscheinungsbild einer Burg gehören unter anderem massive Eichentüren, im Innern rustikal verputzte Wände, tönerne Böden oder auch schmale Sandsteintreppen. Räume im Untergeschoss müssen zwingend wenigstens ein Hauch eines Burgverlieses vermitteln, sonst ist der Burgeffekt dahin. Weshalb soll also im Zuger Burgmuseum der Kulturgüterschutzraum im Untergeschoss eine behagliche Wohnzimmeratmosphäre ausstrahlen? Wieso soll ein typisch enger Sandsteintreppen-Durchgang ins Dachgeschoss verändert werden und warum soll eine hölzerne Burgtüre einer gläsernen Türe weichen? Wie wird wohl die zweite Etappe aussehen. Von der wissen wir ja das Endergebnis noch nicht. «Via Dolorosa», welch ein Leidensweg muss ein privater Bauherr über sich ergehen lassen, wenn er z.B. in der Kernzone eine Dachlukarne bauen will, ganz zu schweigen vom Einbau einer Glastüre bei einer Bauernhaus Renovation? Der Verdacht, bei der Denkmalpflege gelte zweierlei Recht, ist nicht von der Hand zu weisen. – Die CVP-Fraktion ist mehrheitlich für Nichteintreten auf diese Vorlage.

Rudolf **Balsiger** hält fest, dass die FDP-Fraktion in ihrer Mehrheit die Vorlage unterstützt. Wenn der Regierungsrat mit dieser Vorlage einen Kredit von 280'000 beantragt, will er damit zwei Ziele erreichen. Erstens: Er will einen Nachholbedarf an anstehenden Unterhaltsarbeiten decken, damit die Burg durch ihren eigenen Zerfall nicht selbst museal und zur Burgruine wird. Zweitens: Durch diese allgemeine Erneuerung und vor allem durch Erweiterung und optimalen Einbezug nicht genutzter bestehender Räume soll die Wirtschaftlichkeit und Attraktivität gesteigert werden können. Nicht nur soll mit Wechselausstellungen vermehrt das Interesse der Öffentlichkeit geweckt werden, sondern durch das Organisieren von attraktiven Veranstaltungen wird es der Stiftung ermöglicht, Mittel zu generieren um den Auftrag zu erfüllen, den Selbstfinanzierungsgrad optimal hoch zu halten. Ein Argument, das doch bei der Stawiko auf offenen Ohren stossen sollte.
Bekanntlich wurden die Betriebsbeiträge der öffentlichen Hand eingefroren. Haben nicht wir hier in diesem Rat vor nicht allzu langer Zeit der Stiftung klare Rahmenbedingungen gesetzt? Und jetzt, da die Trägerschaft diese umsetzen will, müssen wir ja sagen! Alle Gemeinden zusammen zahlen heute 100'000, aber nicht mehr. Private Sponsoren zu motivieren Mittel zu sprechen, nur mit einem Werbespruch, oder ins Feld zu führen, dass die Stiftungsräte gut arbeiteten und sympathische Leute seien, reicht heute nicht mehr aus. Man muss etwas bieten! Das soll in Form der Möglichkeit geschehen, dass geeignete Lokalitäten in der Burg für private Anlässe in geschichtsträchtigen Räumen zur Verfügung gestellt werden. Sie alle kennen das Schloss Lenzburg. Dort werden in den Schlossräumen mit einer Catering-Firma private Festivitäten veranstaltet, und damit wird ein Beitrag an den aufwändigen Unterhalt der Liegenschaft geleistet. Das Interesse ist entsprechende gross. Wollte man Ähnliches heute auch nur in der einfachsten Form eines Apéros in der Burg machen, reichte die Infrastruktur nicht mal, um die Gläser zu waschen, und kaum, um den Güsel aufzufangen. Es gibt kein zusätzliches Restaurant, sondern die lokalen Caterer kommen zum Zug.
Die Forderung von verschiedenen Seiten steht im Raum, dass nur zusammen mit dem Kunsthaus ein Gesamtprojekt (in Sinne einer Kulturmeile Zug) geschaffen werde soll. Dazu müsste aber die Regierung eine vollständig neu ausgearbeitete Vorlage präsentieren. Das würde noch Jahre dauern, und die Zahlen für die Burg wären, wie wir aus Erfahrung wissen, nicht viel anders. Der Stawiko geht es offenbar dies-

mal zu schnell. Das ist das einzige Argument, das der Votant aus ihrem Bericht entnehmen kann. Er möchte ein Beispiel anfügen mit dem Vogelschwarm auf dem Baum vor dem Arbeitszimmer, der zwitschert und Sie stört. Sie klatschen in die Hände, um die Vögel zu vertreiben, setzen sich wieder und freuen sich an der Ruhe. Zwei Minuten später sitzen alle Vögel wieder da und zwitschern. Was haben Sie erreicht? Sie sitzen in anderer Anordnung auf dem Baum. Der Stiftung jedoch sind die Hände gebunden, die Burg möglichst wirtschaftlich zu nutzen. Überdies will sie das Image der Burg aus der Lethargie heraus führen. Und genau das will nun der innovative und agile Direktor Frei mit der Burg bewirken. Er will sie zu neuem Leben erwecken. Es wird darin – und das ist nicht unwichtig – Kultur geboten, die für jeden verständlich, fassbar und erschwinglich ist. Ein Argument, das angeblich bei Kulturtempeln in Nachbarstädten nicht immer der Fall sein soll. Geht es nicht auch darum, durch eine Investition, welche von der Sache her viel sinnvoller erscheint, mit der Öffentlichkeitswirkung Effizienz zu beweisen? Dazu kommen auch vermehrte Kooperationen mit andern Institutionen, die für temporäre Ausstellungen benötigt werden und auch private Unterstützung nach sich ziehen werden.
Als schlechtes Beispiel darf das Historische Museum Luzern angeführt werden. Man hat für die Gesamterneuerung (Bausubstanz und Dauerausstellung mit Museumskonzept) 5,4 Mio. ausgegeben. Sicherlich wäre es aber in jeder Hinsicht besser gewesen, für eine Reihe von aussergewöhnlichen Sonderausstellungen während mehreren Jahren in Folge Teilbeträge auszugeben und damit gezielt aber rollend eine neue Infrastruktur aufzubauen. Dynamisches Denken ist gefragt, und niemand hier im Saal will sich sagen lassen, dass er/sie nicht zu dynamischem Denken fähig ist. Dass die Vergangenheit in der Burg nicht viel mit Abwechslung und Attraktivität geglänzt hat, darf man mit Fug und Recht feststellen. So soll und darf es nicht weitergehen. Schliesslich haben wir die neue Museumsführung geholt, um eine Zäsur zu erwirken, und wir müssen die notwendigen Voraussetzungen dazu schaffen. Dass alle baulichen Anpassungen mit der Denkmalpflege abgesprochen sind, davon ist auszugehen. – Zu den von der Stawiko monierten Ungenauigkeiten bei den Zahlen ist zu sagen, dass die meisten Unternehmer mit den Verhältnissen der Burg vertraut sind und somit Überraschungen an einem kleinen Ort zu finden sein werden. Das heisst also, dass die «Erfahrungswerte» doch einen relativ hohen Genauigkeitsgrad aufweisen dürften. Mit dieser Investition fördern wir die Kreativität, die zum neuen Konzept benötigt wird. Stimmen wir dieser Vorlage zu und verhelfen wir auch der Kultur in Zug zu mehr Bedeutung.

Moritz **Schmid** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Initiative der neuen Museumsleitung begrüsst. Dass aber so planlos umgestaltet werden soll, dafür fehlt nicht nur der SVP-Fraktion das Verständnis. Vielen privaten Bauherren wird durch die Denkmalpflege vorgeschrieben, was sie tun und lassen müssen, und in diesem altehrwürdigen Gebäude sollen Umbauten vorgenommen werden, die nicht zu einem wirklich denkmalgeschützten Gebäude passen. Die SVP-Fraktion versteht auch nicht, warum solche Eile besteht. Mit etwas mehr Zeit hätte ein Konzept ausgearbeitet werden können und danach ein Kostenvoranschlag dem Parlament präsentiert werden, der allen verständlich ist und Unterstützung verdient hätte. Wie wir aus der Vorlage entnehmen können, soll dieser Betrag nur für die erste Etappe bereitgestellt werden. Wann folgt die nächste Ausbauetappe und wie viel kostet diese? Die SVP-Fraktion ist gerne bereit, nachdem ein neues Betriebskonzept und ein aktueller, detaillierter Kostenplan vorliegt, nochmals über eine neue Vorlage zu diskutieren. Wir sind nicht abgeneigt, auch das Museum in der Burg mit einem Beitrag zu unterstützen, nach-

dem an der letzten Kantonsratssitzung die freundeidgenössische Hilfe grosszügig ausgefallen ist. Die Mehrheit der SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Stawiko.

Martin B. **Lehmann** möchte vorweg nehmen, dass die SP-Fraktion ausdrücklich die grosse Motivation und das Engagement des neuen Direktors bei der Neupositionierung des Museums in der Burg anerkennt. Sie will seine Bemühungen nach Möglichkeit auch unterstützen. Der uns vorliegende Bericht der Regierung lässt aber nicht nur ein eigentliches Betriebskonzept vermissen, auch einen Investitionsplan suchen wir vergeblich. So kann anhand von einzelnen geplanten baulichen Massnahmen, wie z.B. dem Einbau von Geschirrspülmaschinen, Klimageräten und einer Gleingangstüre keine für das Museum attraktivitätssteigernde Wirkung nachvollzogen werden. Und schon gar kein Grund, wieso der ordentliche parlamentarische Ablauf mit einer vorberatenden Kommission ausgehebelt wurde. Der grosse – von uns in keiner Art und Weise nachvollziehbare – Zeitdruck scheint wohl der Grund dafür zu sein, dass die Kostenschätzungen nur mit Vorsicht zu geniessen sind. So ist zum Beispiel konkret bei der Position Kulturgüterschutzraum 1. und 2. Untergeschoss, welche immerhin einen Drittel des Gesamtbetrags ausmacht, nicht einmal das Material des neuen Belags bestimmt worden. Unter solchen Voraussetzungen sieht sich die SP-Fraktion ausserstande, auf die Vorlage einzutreten. Wir laden die Regierung ein, uns eine neu ausgearbeitete und vollständige Vorlage zu präsentieren.

Berty **Zeiter** erinnert daran, dass an der letzten Sitzung ein Redner den Vergleich brachte, der Kantonsrat nehme sozusagen die Funktion des Verwaltungsrats ein. Sie findet das Bild recht zutreffend und möchte es weiterführen. Einer unserer Firmenzweige, die wir verwalten, sind die Kulturbetriebe. Ein Geschäft wollte lange Zeit nicht so recht blühen. Doch jetzt haben wir einen neuen CEO angestellt, der als ideale Besetzung gilt: Er ist fähig und kompetent, dynamisch und innovativ. In kürzester Zeit hat er sich eingearbeitet, und bereits identifiziert er sich mit den Zielen und Leitbildern, die der Verwaltungsrat ihm vorgegeben hat. Mit Schwung und Kreativität macht er sich daran, zusammen mit seinem Team die gestellten Aufgaben zu lösen, die Vorgaben konkret umzusetzen. Bis hierhin tönt die Sache sehr gut. Doch betrachten wir jetzt den Stawiko-Bericht so quasi als Führungsinstrument dieses Verwaltungsrats. Da wird kritisiert und zurück gebunden, verständnislos und motivationstötend, mit Argumenten, die für uns Alternative nicht nachvollziehbar und in sich unlogisch sind.
Erstens heisst es im Bericht: «Die Kommissionsmehrheit ist überzeugt, dass auch in den bestehenden Räumlichkeiten eine Optimierung der Ausstellung vorgenommen werden kann.» Genau dies beabsichtigt der vorliegende Antrag der Regierung. Von einer Erweiterung ist keine Rede. In der Vorlage heisst es ausdrücklich, die vorgeschlagenen baulichen Massnahmen seien sofort zu realisieren, «umso mehr, als sie die weitere Entwicklung des Museums nicht präjudizieren». Wenn in gewissen Räumen neue Böden eingelegt werden, die Wände frisch verputzt und der Haupteingang des Gebäudes nutzbar gemacht wird, so gilt das nach 20-jähriger Betriebsdauer wohl nicht als Konzeptänderung.
Zweitens verlangt die Stawiko ein überarbeitetes Betriebskonzept und einen Investitionsplan. Damit schiesst sie weit über das Ziel hinaus. Vorgeschlagen sind kurzfristig ausführbare Optimierungen für eine bessere und flexiblere Nutzung der Räume, um den vom Kantonsrat klar und eindeutig gestellten Vorgaben besser gerecht werden zu können. Bei der Einschränkung der finanziellen Mittel hat der Stiftungsrat den

Auftrag erhalten, auch nach fremden Mitteln – sprich Sponsoren – Ausschau zu halten. So soll nun ein Raum im 3. Obergeschoss einen festlichen Charakter erhalten, damit er zusätzlich für repräsentative Zwecke genutzt werden kann. Weitere Optionen und Ausbauwünsche, die ein verändertes Betriebskonzept benötigen und einen Investitionsplan voraussetzen, sind nicht angemeldet. Im Namen der AF appelliert die Votantin an den Kantonsrat, sich als verantwortungsbewussten Verwaltungsrat zu zeigen mit einer fairen Kredit- und einer aufbauenden Personalpolitik. Sie haben im letzten Traktandum soeben 1,6 Mio. Franken gespart. Geben Sie nun 280'000 Franken in unserem Kanton selbst aus für eine Geste der Kulturförderung.

Regula **Töndury**: Nun waren wir einmal schnell – offenbar zu schnell. Schade, dass die Regierung dafür kein Kompliment erhält. Wer A sagt, muss auch B sagen. Aber was, wenn einer vom ganzen Alphabet nur das A kennt? Durch die Neuorganisation der betrieblichen Strukturen, mit plafonierten Betriebsbeiträgen des Kantons und der Stadt Zug, erhält die Stiftung Museum in der Burg Zug einen Maximalbetrag von 720'000 Franken jährlich. Die Defizitdeckung des Kantons fällt weg. So spart der Kanton jährlich ca. 80'000 Franken. Von der neuen Trägerschaft, dem neuen Stiftungsrat sowie der neuen Museumsdirektion wird von der Stiftung mehr Eigenverantwortung und vom Museum mehr Aussenwirkung erwartet. Mehr Aussenwirkung, mehr Attraktivität auch deshalb, um private Sponsoren gewinnen zu können. Der Mehraufwand muss mit Beträgen Dritter gedeckt werden. Wie lässt sich das bewerkstelligen? Die baulichen Massnahmen sind sicher eine wichtige Grundlage dazu, um die Burg Zug aktiv nutzen zu können. Nach mehr als 20-jährigem Betrieb ist die vorgeschlagene sanfte und bescheidene Anpassung nötig. Der neue Museums-Direktor und der neue Stiftungsrat gehen mit viel Elan und innovativen Ideen an ihre Arbeit. Es wäre wirklich schade, mit einem kurzsichtigen Entscheid diese Initiative schon von Anfang an zu hemmen, speziell bei einem Betrag, der absolut verkraftbar ist. Bitte stimmen Sie der Vorlage des Regierungsrats zu!

Rudolf **Balsiger** erinnert daran, dass die Präsidentin einleitend betont hat, dass es sich um ein kleines Geschäft handelt. Setzen Sie mal diese 280'000 Franken ins Gesamtinvestitions-Budget des Kantons. Dann müssen Sie feststellen, dass es wahrscheinlich der Situation nicht angemessen ist, eine Maschine der Expertokratie und Konzeptitis anlaufen zu lassen. Wir können dem Stiftungsrat durchaus zutrauen, dass hier seriös gearbeitet wird. Der Votant ersucht den Rat nochmals, das zu unterstützen.

Wenn Heini **Schmid** die Voten aller Opponenten gegen diese Vorlage richtig verstanden hat, müssen wir ja eigentlich eine Rückweisung beantragen. Alle Einleitungen begannen damit, dass gesagt wurde: «Wir sind eigentlich dafür, dass man etwas macht, aber …». Deshalb möchte der Votant dem Rat beliebt machen, auf die Vorlage einzutreten. Er wird dann Rückweisung an die Regierung beantragen.

Kulturdirektor Matthias **Michel**: Freuen wir uns! Wir freuten uns, als Ende letzten Jahres nach einigem Hin und Her zwischen den diversen beteiligten Körperschaften eine einstimmige Verabschiedung der neuen Trägerschaftsstruktur möglich wurde. Sie zeigten sich sodann befriedigt über die klare, berechenbare neue Finanzierungs-

regelung, welche im Übrigen den Kanton jährlich um mehr als 70'000 Franken entlastet (in vier Jahren ist somit die heute beantragte Investition wieder kompensiert). Sie applaudierten auch zur Ablösung der bisherigen Co-Leitung durch eine Einerleitung. Und Sie freuen sich offensichtlich – so in den Worten der Stawiko – über die Dynamik und das Engagement des neuen Direktors, Urs-Beat Frei, den der Kulturdirektor ebenfalls als Gast begrüssen möchte. Und man freut sich auch daran, dass ausgewiesene Persönlichkeiten, auch aus der Privatwirtschaft, für den neuen, ehrenamtlich tätigen Stiftungsrat haben gewonnen werden können, so etwa

- der Präsident, Rainer Hager, anerkannter Rechtsanwalt und ehemals Präsident des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug,
- als Finanzchef Andreas Guggenbühl, als Ökonom bei einer Roche-Tochter in Basel tätig,
- aus dem Kreis von Selbständigunternehmenden: Dr. Gian Duri Töndury, Arzt, sowie die freischaffende Kunsthistorikerin Nicole Pfister Fetz,
- aus dem Korporationsrat Andreas Landtwing, Rechtsanwalt,
- und schliesslich Jörg Stählin, Kulturbeauftragter von Baar, als Verbindungsperson zu den Gemeinden, mit welchen im Übrigen auch schon gute Gespräche über die künftige Zusammenarbeit und Finanzierung laufen.

Kaum werden die genannten Personen unter der neuen Eigenverantwortung privatwirtschaftlich schnell aktiv, wird nicht mehr applaudiert, sondern herunter tempiert. Halt, Gefahr der Überrumpelung; das könnte eventuell in eine falsche Richtung gehen, befürchtet man. – Die genannten Personen sind erfahrene und bedachte Leute; sie verdienen Vertrauen.

Matthias Michel hat auch gehört: «Kaum kommt ein neuer Leiter, müssen Bodenbeläge und Anstriche ändern; der soll doch zuerst etwas zeigen, bevor er nun Geld ausgibt.» Aber:

- Dieser Direktor wäre unter mehr als hundert Bewerberinnen und Bewerbern nicht gewählt worden, hätte er nicht schon etwas, und zwar Hervorragendes, geleistet. Er hat uns bereits beim Bewerbungsgespräch eine summarische Raumanalyse vorgelegt und gezeigt, dass es ihm primär darum geht, bestehende Räume besser und logischer zu nutzen.
- Dieser Direktor steht in der Lohnliste tiefer, als man sich vorstellen könnte; jegliche Beförderung (wie auch sonst jede Mehrausgabe) wird die Stiftung selber finanzieren müssen; Stadt und Kanton beteiligten sich nicht daran wegen des plafonierten Beitrags.
- Dieser Direktor arbeitet mit einem tieferen Budget, als es sein Vorgänger für die Zukunft noch erwartet hat.
- Er hat bereits eine Erfolg versprechende, strategisch ausgerichtete Koordination mit dem Kunsthaus Zug begonnen.
- Er hat sich sodann in der kurzen Zeit hier in Zug bereits ein erstaunliches Netz von Kontakten geschaffen, welches dem Museum und damit der Öffentlichkeit zugute kommen wird.

Hier zu sagen, der solle zuerst etwas leisten, wirkt beschämend. Aber eben, es könnte ja nun doch ein vorschneller Investitionsbeitrag sein, der hier bewilligt wird. – Eigentlich haben sie Recht, die Stawiko und alle, welche ein neues Betriebskonzept und einen Nutzungsplan sowie einen mehrjährigen Investitionsplan verlangen. Und die Stawiko hat Recht, wenn sie sagt, es solle in den bestehenden Räumlichkeiten eine Optimierung der Ausstellungen vorgenommen werden. Aber warum sollen Sie denn gleichwohl dem Regierungsantrag zustimmen? Sie können das, weil zum einen Teil diese Forderungen ja eben gerade erfüllt sind. Es geht beim Antrag um nichts anderes, als um die von der Stawiko erwähnte Optimierung bestehender Räumlich-

keiten; es gibt keine räumliche Ausweitung; mit den Massnahmen können aber die bestehenden Räume besser genutzt werden. Was aber nicht geht, ist, was die Stawiko eigentlich will, nämlich eine Attraktivitätssteigerung, mehr Sonderausstellungen, eine räumliche Optimierung – ohne jegliche bauliche Massnahmen und damit ohne Geld. Ein Bild soll das erläutern: Sie können auch nicht aus einer Halle, die vor einem viertel Jahrhundert als Turnhalle gebaut wurde, ohne bauliche Massnahmen eine moderne Mehrzweckhalle machen! Für eine veränderte, optimierte, diversifizierte Nutzung sind bauliche Anpassungen unabdingbar (Boden, Beleuchtung, etc.)
Die zweite Forderung: Es brauche ein neues Betriebs- und Nutzungskonzept. Lesen Sie die Vorlage und auch das Schreiben des Stiftungsrats. Sie erkennen daraus eine klare Analyse der Raumsituation sowie ein Konzept, welches folgendes beinhaltet: Als übergreifende Idee eine bessere Nutzung der bestehenden Räume, der Ressourcen der Burg, sowie eine klarere Wahrnehmung der Burg gegen aussen und somit mehr Öffentlichkeitswirksamkeit (einschliesslich Attraktivität für Sponsoren).
Was kann besseres passieren: Da kommt einer, der neue Direktor, und verlangt nicht zuerst neue Räume und Erweiterungen, obwohl ein entsprechendes Projekt unter seinem Vorgänger bereits weit gediehen war. Er beschränkt sich auf Bestehendes, optimiert dieses wirkungsvoll und denkt auch an die Attraktivität für Sponsoren, auf welche die Stiftung ab sofort speziell angewiesen ist. Im Detail heisst dieses Konzept genau das, was in der Vorlage beschrieben ist, und somit im Wesentlichen:

- Dauerausstellung im historischen Teil der Burg.
- Sonderausstellungen im neuen Gebäudeteil, dem Kulturgüterschutzraum (2. UG), und zwar richtigerweise, ist dieser doch der flächenmässig grösste Raum, auf Grund seiner Höhe auch der flexibelste.
- Einrichtung des Turmzimmers gemäss den historischen Plänen und Fotos für repräsentative Zwecke.
- Kleine Infrastruktur zur Durchführung von Apéros und Empfängen (Sponsoren!).
- Mögliche Nutzung des Haupteingangs als Museumseingang (anstelle des heutigen Dienstboteneingangs).
- Nächtliche Beleuchtung.

Schliesslich zur dritten Forderung nach einem mehrjährigen Investitionsplan. Der Kulturdirektor versteht diese Forderung und würde sie unter üblichen Gegebenheiten und den bisherigen Abläufen auch erheben. Nur haben wir hier aber eine *andere* Ausgangslage – und diese ist möglicherweise aus der Vorlage und auch der Präsentation in der Stawiko nicht klar genug hervorgegangen; Der Votant nimmt das auf sich. Und er glaubt, dass sich viele bisher ablehnende Stimmen dieser anderen Ausgangslage nicht bewusst waren und nicht sein konnten. Lassen Sie ihn das erklären: Wir haben in der Vorlage erwähnt, dass eine schon bestehende Machbarkeitsstudie – es gab bereits ein ausgearbeitetes Modell einer Erweiterung des Museums – gestoppt worden ist. Der Stiftungsrat schreibt sodann in seinem Brief an Sie vom 23. Juni Folgendes: «Allenfalls nötige künftige bauliche Erweiterungen sind nur im Rahmen eines Gesamtkonzepts mit anderen Ausstellungsinstituten (z.B. Kunsthaus Zug) sinnvoll». Das ist wohl der bedeutendste Passus in diesem Schreiben! Es ist genau der Ansatz, welcher Beat Villiger vor rund zwei Jahren in der vorberatenden Kommission erwähnte, als es damals um die Erweiterung des Museums für Urgeschichte ging: Er forderte eine gesamtheitliche Betrachtungsweise und nicht einfach stückweise Erweiterungen des einen oder anderen Museums. Das war einleuchtend. Und entsprechend erhielt die neue Museumsleitung den Auftrag, in Zukunft notwendige zusätzliche Räume gemeinsam mit dem Kunsthaus Zug zu definieren.
Bekanntlich ringt das Kunsthaus Zug seit der Beherbergung der grossen Sammlung Kamm um neue Räume, um dieses wunderbare, international anerkannte Samm-

lungsgut der Wiener Moderne gerecht ausstellen und lagern zu können. Es gibt nun durchaus vergleichbare Bedürfnisse von zwei auch noch so unterschiedlich ausgerichteten Häusern, eines Heimatmuseums und eines Hauses mit moderner Kunst. Der Auftrag an beide lautet, die gemeinsam nutzbaren Räume zu definieren (Cafeteria, Bibliothek, Lagerräume usw.). Dies kann dann auch die Basis für ein bauliches Gesamtkonzept bilden. Dieser Prozess ist allerdings komplex, er ist auf Grund der Beteiligung ganz verschiedenartiger Häuser mit unterschiedlichen Trägerschaften auch zeitlich langwieriger. Dies ist die besondere Ausgangslage, welche es verunmöglicht kurzfristig oder auch in einigen Monaten schon ein mehrjähriger Investitionsplan vorzulegen.
Gerade um dieser gemeinsamen Entwicklung im Sinne des geforderten Gesamtkonzepts zwischen beiden Häusern zu ermöglichen, sind nun die vorgeschlagenen, nicht sehr weit gehenden baulichen Massnahmen (zum Teil ist es auch Unterhalt) wichtig. Sie ermöglichen in dieser Übergangszeit, die sehr wohl einige Jahre dauern kann, eine Optimierung mit den erwähnten Wirkungen, insbesondere auch für das Engagement von Sponsoren. Nur so kann in dieser Zeit das Museum in der Burg die neue Eigenverantwortung auch wahrnehmen. Gleichzeitig ist diese massvolle Investition überhaupt nicht präjudizierend für die heute beim besten Willen noch nicht absehbaren Entwicklungen. An dieser besonderen Ausgangslage würde sich nichts ändern, wenn nun – in einem zweiten Anlauf – das übliche Verfahren mit vorberatender Kommission durchgeführt würde. Im Gegenteil: Durch die bereits erreichte Medienpräsenz, die Wiedereröffnung im September und die dann beginnende erste Ausstellung des neuen Museumsdirektors sind potenzielle Sponsoren in dieser Zeit zugänglich. Sie erwarten aber Gegenleistungen; so weiss ich von einem möglichen Sponsor, der nach Empfangs- und Cateringmöglichkeiten gefragt hat; genau dies kann nur durch die vorgesehenen Umbauten realisiert werden; ein Sponsor wäre gewonnen.
Mit diesem zusätzlichen Wissen wird es Ihnen auch möglich sein, eine evtl. schon gefasste ablehnende Haltung zu revidieren. Sie erkennen, dass es

- Erstens darum geht, die Räume des Heimatmuseums dieses Kantons besser zu nutzen.
- Zweitens dieses Nutzungskonzept auf klaren Vorstellungen beruht, welche absolut auf der Strategie des Kantonsrates liegen.
- Drittens diese massvolle Investition heute wichtig ist, weil die Stiftung ab sofort eigenverantwortlicher wirtschaften muss um zu überleben.
- Viertens diese Investition eben gerade die Chance wahrt, dass die Burg zusammen mit dem Kunsthaus weitere Entwicklungen im Gesamtzusammenhang angeht.

Mit einem Nein heute wäre nichts gewonnen, im Gegenteil: Eine Chance wäre verpasst und es wäre zu befürchten, dass wir in ein oder zwei Jahren genau wieder hier stünden, evtl. mit einer etwas teureren Vorlage, aber mit schlechteren betrieblichen Erträgen des Museums, womit schliesslich wieder der Kanton gefordert wäre. Zeigen Sie deshalb heute die nötige Flexibilität, vertrauen Sie dem neuen Stiftungsrat und dem Direktor, und sind Sie bereit, mit dieser Erkenntnis auch ihre allfälligen Vorbehalte bis heute abzulegen und unserem Antrag zuzustimmen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Rückweisungsantrag nach dem Eintreten gestellt werden müsste.

➔ Der Rat beschliesst mit 39 : 31 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

Heini **Schmid** stellt einen Rückweisungsantrag.

Die **Vorsitzende** erläutert, dass es gemäss § 43 der GO für einen Rückweisungsantrag eine Zweidrittelsmehrheit der anwesenden Mitglieder braucht.

Matthias **Michel** möchte den Antragsteller fragen, mit welchem Auftrag er die Vorlage zurückweist. Wir müssen ja dann in Ihrem Sinne konstruktiv etwas machen.

Heini **Schmid** hat – wie bereits gesagt – aus vielen Voten entnommen, dass die Vorlage in ihrer Stossrichtung richtig ist. Man hat Verständnis dafür, dass Veränderungen vorgenommen werden. Hauptkritikpunkt war die Eile, es fehlten die notwendigen Grundlagen. Und es wird ein konzeptioneller Rahmen vermisst. Um diese Kritikpunkte aufzufangen, wäre es richtig – falls Rückweisung beschlossen würde – dass die Regierung diese zwei Schwachpunkte noch einmal fundiert angeht und in kurzer Zeit wieder ans Parlament kommt.

Matthias **Michel** möchte den Rat im Namen des Regierungsrats bitten, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Er hat bereits gesagt, dass wir für diese moderaten Massnahmen konzeptuell gerüstet sind. Alles Weitere wäre eine strategische Zielrichtung. Machen Sie jetzt Nägel mit Köpfen und geben grünes Licht!

➔ Der Rat stimmt bei zwei Enthaltungen mit 46 Stimmen für Rückweisung, mit 26 dagegen. Damit ist das notwendige Quorum von 50 Stimmen nicht erreicht und es erfolgt keine Rückweisung.

DETAILBERATUNG

§ 1

Peter **Rust** möchte auf Grund von § 43 einen einzelnen Paragraphen zurückweisen, und zwar § 2 der Vorlage. Begründung: Wir sind innerhalb der Stawiko alles andere als glücklich gewesen mit der ganzen Auflistung dieser Kosten. Kulturdirektor Matthias Michel hat in seinem Votum ausdrücklich gesagt, dass keine weiteren Bauten vorgesehen sind. Auf der letzten Seite des regierungsrätlichen Berichts, wo ausdrücklich von einer ersten Etappe die Rede ist. Es soll dem Votanten jemand erklären, wie dann die zweite Etappe aussieht. Das war nämlich genau ein Grund, weshalb die Stawiko, welche ohnehin die ganzen Kosten bezweifelte, der Meinung war, dass das vom Regierungsrat nochmals überarbeitet werden muss. Wir sind ja in der Eintretensdebatte nicht auf die einzelnen Kosten eingetreten. Peter Rust ist davon ausgegangen, dass diese mittelmässige Vorlage die Hürde des Eintretens gar nicht nimmt. Und so bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als mit § 43 zu verfahren, gemäss dem er einen einzelnen Paragraphen mit einfachem Mehr zurück an den Regierungsrat weisen kann.

Die **Vorsitzende** weist den Votanten darauf hin, dass er mit § 2 das Inkrafttreten der Vorlage zurückweist. – Peter Rust korrigiert sich, er will § 1 zurückweisen. – Die Vorsitzende erläutert, dass – weil die Vorlage materiell nur aus einem einzigen Paragraphen besteht – dieser Rückweisungsantrag einer gesamten Zurückweisung entspricht. Darüber haben wir aber eben abgestimmt.

Peter **Rust** beharrt darauf, dass die Vorlage mit dem Inkrafttreten zwei Paragraphen enthält. Und er kann einen Paragraphen zurückweisen.

Andrea **Hodel** drängt darauf, mit diesem Kasperlitheater aufzuhören. Man kann ja in der Schlussabstimmung dagegen sein und erreicht das gleiche Ziel.

Das Wort zur Detailberatung wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat lehnt die Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 45 : 26 Stimmen ab.

668 A. MOTION DER KOMMISSION PARLAMENTSREFORM BETREFFEND STAATSAUFGABENREFORM
B. KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEWILLIGUNG VON PERSONALSTELLEN IN DEN JAHREN 2005-2008
C. MOTION VON HEINZ TÄNNLER, KARL BETSCHART UND HANS DURRER BETREFFEND DURCHLEUCHTEN DER KANTONALEN GESETZGEBUNG (VERWESENTLICHUNG UND FLEXIBILISIERUNG DER RECHTSETZUNG UND RECHTSANWENDUNG)
D. PETITION VON MATTHIAS KIEFFER BETREFFEND TOTALREVISION DER KANTONSVERFASSUNG
E. INTERPELLATION VON EUSEBIUS SPESCHA BETREFFEND NEUFORMULIERUNG DER VERFASSUNG

Es liegen vor: Bericht, Antrag und Antwort des Regierungsrats (Nr. 822.2/857.2/-1317.2 – 11703) [*für A bis E*], Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (Nr. 822.4 – 11705) [*für A und B*].

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Eintretensdebatte zum gesamten Traktandum zusammen vorgenommen wird, da die einzelnen Geschäfte in sich zusammenhängen. Danach folgt die Detailberatung der einzelnen Geschäfte.

Karl **Betschart** dankt der Regierung als letztes Überbleibsel der Motionäre für die Motion Tännler/Betschart/Durrer, dass die Motion nun nach fast fünf Jahren zur Bearbeitung aus der Schublade geholt wurde. Dass sich innerhalb von fünf Jahren vieles ändert, gilt auch für die von uns eingereichte Motion. Es macht deshalb Sinn, dass unsere Motion, welche Gemeinsamkeiten hat mit der Motion betreffend Staatsaufgabenreform, nicht separat behandelt wird. Die Regierung schreibt bei

ihren Schlussfolgerungen zu unserer Motion: «Eine Durchleuchtung der kantonalen Gesetzgebung im Sinne der Motion wäre an sich interessant und insgesamt wohl auch nützlich. (…) Erst im Anschluss an die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung wird zu prüfen sein, ob und wie weit eine zusätzliche formelle Bereinigung der kantonalen Rechtssammlung überhaupt noch erforderlich ist.» Aus diesen Gründen könnte man die Motion zwar ohne weiteres erheblich erklären und noch nicht abschreiben. Trotzdem stimmt der Votant dem Antrag des Regierungsrats zu, die Motion nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Er wird jedoch nach erfolgter Staatsaufgabenreform Bilanz ziehen und bei Nichterfüllen unserer Motion mit einer neuen Motion an die Regierung gelangen.

Eusebius **Spescha** ist der Meinung, dass die Verfassung des Kantons Zug in verschiedener Hinsicht eine Zumutung ist. Er möchte dem Rat dazu einige Kostproben liefern. – In § 1 Abs. 1 heisst es: «Der Kanton Zug ist ein demokratischer Freistaat.» Kennen Sie diesen Begriff? – § 2 heisst: «Die Souveränität beruht in der Gesamtheit des Volkes.» Wie erklären Sie diesen Satz im Staatskundeunterricht? – § 3: « Die Glaubens- und Gewissensfreiheit, sowie die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen werden nach Massgabe der Art. 49 bis 53 der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 gewährleistet.» In einer Anmerkung heisst es dann: «Die Art. 51 und 53 BV sind heute aufgehoben.» Diese Bundesverfassung in dieser Form gibt es gar nicht mehr, weil seit 2000 eine neue in Kraft ist. Wer also die Verfassung des Kantons Zug lesen und verstehen will, muss jeweils ins Archiv gehen und eine alte Verfassung suchen, um die Zuger Verfassung überhaupt interpretieren zu können. In § 15 Abs. 3 heisst es: «Die Stimmberechtigung verpflichtet zu einem mässigen, auf alle gleich zu verlegenden Beitrag an die öffentlichen Lasten.» Kann jemand dem Votanten ausdeutschen, wie dies heute interpretiert wird? § 17: «Jeder Stimmberechtigte ist pflichtig, an den Gemeindeversammlungen zu erscheinen und an den Verhandlungen teilzunehmen.» Wie wird diese Pflicht kontrolliert? Was hat dies für Konsequenzen? Und schliesslich § 17 Abs. 2: «Das korrektionelle Strafgesetz wird die Strafe auf Zuwiderhandlung bestimmen.» Eusebius Spescha ist froh um jeden Juristen, der sein Geld mit Verfassungsinterpretationen verdienen kann. Für normalsterbliche Politikerinnen und Politiker dürfte diese Verfassung wenig verständlich sein.
Es gibt neben dieser sprachlichen und formellen aber auch eine inhaltliche Zumutung. Die Verfassung des Kantons Zug ist ein besseres Organisationsgesetz. Sie finden darin fast nichts von dem, was in einem aktuellen Rechtsverständnis eine Verfassung ausmacht. Die Grundrechte kommen im besten Fall am Rand vor. Staatliche Aufgaben werden nicht definiert. Dies sind sicher zwei Hauptmängel. Die Juristinnen und Juristen in diesem Rat könnten die Liste sicher beliebig fortsetzen. – Die Diagnose ist klar: Unsere geltende Verfassung ist ein inhaltliches und sprachliches Flickwerk. Dies hat auch die Regierung in unterschiedlichsten Zusammensetzungen jeweils festgehalten, wenn sie sich, ausgelöst durch einen parlamentarischen Vorstoss, zur Verfassung äussern musste. Wieso geschieht trotzdem nichts? Die Antwort ist auch immer die Gleiche. Zuviel Aufwand. Natürlich bringt die Neuformulierung der Verfassung erheblichen Aufwand mit sich. Da ist der Votant mit der Regierung einig. Selbstverständlich geht es auch um mehr als nur um eine redaktionelle Bearbeitung. Es müssten anspruchsvolle Diskussionen geführt werden. Eine neue Verfassung ist ein beträchtliches Projekt. Dass der reiche Kanton Zug seit mehr als zwanzig Jahren behauptet, er sei dazu nicht in der Lage, und diese Aufgabe immer wieder auf die nächste Politikerinnen- und Politiker-Generation verschiebt, will Euse-

bius Spescha nicht in den Kopf. Was der Kanton Zürich geschafft hat, sollen wir nicht schaffen? Ist dies tatsächlich eine Politik, welche an eine Zukunft glaubt?

Peter **Dür** betont, dass die Stawiko üblicherweise zu Motionen keinen Bericht und Antrag abgibt. Dass wir es dieses Mal trotzdem tun, hängt damit zusammen, dass mit der möglichen Erheblich-Erklärung der Motion Staatsaufgabenreform auch ein Personalbegehren verbunden ist. Wir äussern uns nur zu diesen Personalstellen.
Anlässlich der Beratungen des Kantonsratsbeschlusses betreffend Beitritt zum Konkordat Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht hat die Stawiko verlangt, dass der Personalstellenbeschluss für die Jahre 2005 - 2008 um die freiwerden 4,2 Stellen reduziert wird. Der Kantonsrat ist diesem Antrag gefolgt. Gleichzeitig haben wir die Regierung darauf hingewiesen, dass sie einen Antrag stellen soll, wenn sie für eine neue Aufgabe zusätzliche Stellen benötigt. Wir haben damals ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des NFA eine solche neue Aufgabe darstellt und wir einen diesbezüglichen Antrag der Regierung unterstützen würden. Dieser Antrag liegt nun bereits vor. Die Regierung beantragt zwei zusätzliche Personalstellen mit Kosten von je 150'000 Franken pro Jahr. Dazu werden Kosten für unabdingbare externe Beratungen in der Höhe von gesamthaft 100'000 Franken und ein beträchtlicher verwaltungsinternen Aufwand genannt. Total wird gemäss tabellarischer Übersicht in der regierungsrätlichen Vorlage auf S. 25 von Kosten in der Höhe von 350'000 Franken für die Jahre 2006 und 2007, von 300'000 für das Jahr 2008 ausgegangen.
Sofern der Rat die Motion der Kommission Parlamentsreform vom 6. September 2000 gutheisst, werden die zwei Personalstellen, befristet während der Dauer der Umsetzung der NFA in Kombination mit dem Projekt Staatsaufgabenreform, eingesetzt. Die NFA bedingt nicht nur eine Finanzaufgabenreform, sondern auch eine neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton. Dabei muss die Regierung die gleichen oder ähnliche Fragestellungen bearbeiten, wie sie in der Motion Staatsaufgabenreform gefordert werden. Die Stawiko teilt die Meinung der Regierung, dass es Sinn macht, diese Aufgaben miteinander zu kombinieren. Die NFA stellt eine der grössten Herausforderungen in der Geschichte unseres Kantons dar. Aus Sicht der Stawiko ist es unabdingbar, dass der Regierung für dieses Schlüsselprojekt die nötigen personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Im Verhältnis zu der erwarteten jährlichen NFA-Belastung von 120 bis 150 Mio. sind diese zusätzlichen befristeten Personalkosten in der Höhe von 300'000 Franken vertretbar.
Zusammenfassend beantragt ihnen die Stawiko, den Personalstellenbeschluss für die Jahre 2005 - 2008 um zwei Personalstellen zu erhöhen, sofern der Rat die Motion Staatsaufgabenreform erheblich erklärt. Diese Stellen sollen dem Regierungsrat befristet für die Dauer der Projekte NFA und Staatsaufgabenreform bewilligt werden.

Beat **Villiger** hält fest, dass die CVP-Fraktion die Vorlage sowie die Anträge der Regierung voll und ganz unterstützt. Insbesondere begrüssen wird die Zielsetzungen der Staatsaufgabenreform. Sie wird nicht nur für die Regierung und die Verwaltung eine grosse Herausforderung darstellen. Es wird darum gehen, zu überprüfen, ob die staatlichen Leistungen im bisherigen Rahmen, allenfalls gar nicht mehr oder anders erbracht werden sollen. Auch das Durchleuchten der Gesetzgebung im Sinne der Motion Tännler/Betschart/Durrer begrüssen wir. Dass sie heute formell abgeschrieben wird, ist richtig. Sie wird aber faktisch aufrechterhalten. – Der Änderung des Personalplafonierungsbeschlusses stimmen wir zu. Wir sehen ein, dass es für dieses

Projekt entsprechendes Fachpersonal und wenn nötig auch beratende Unterstützung braucht. Wir sagen aber klar nein zu einer Totalrevision der Staatsverfassung, wie auch zu der von Eusebius Spescha gewünschten Neuformulierung. Das Resultat würde den finanziellen und zeitlichen Aufwand nicht rechtfertigen. Wir müssen uns im Moment mit wichtigeren Geschäften befassen. Und wenn wir die Projekte in anderen Kantonen – vor allem im Kanton Zürich – anschauen, sehen wir, dass es nicht angezeigt ist, ohne Not ein solches Unterfangen zu beginnen. Der Kanton ist in den letzten Jahren ja nicht untätig gewesen. Wir haben auf Grund der Staatsverfassung da und dort neue Erlasse beschlossen. Und durch die heutige Regelungsdichte hat eine Verfassung nicht mehr die gleiche Bedeutung wie früher. Der Votant bittet den Rat, hier dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

Vreni **Sidler**: Vier Jahre durchforsteten im Kanton Zürich 100 Leute in sechs Kommissionen während 42 Sitzungen die Verfassung. Nach der Vernehmlassung gab es nochmals zehn Sitzungen, bis die Abstimmung durch die Stimmbürger erfolgen konnte. Haben Sie die Kosten schon zusammengezählt? Auch wenn der Kanton Zug nicht die gleiche Grösse und Anzahl Einwohner hat, sind sich die Gesetze ähnlich. Die FDP-Fraktion will keine solchen Mammutprojekte, nur um die Gesetze zu durchforsten und auf ihre Sprache und ihre Tauglichkeit zu überprüfen, spricht sich aber klar für die Überarbeitung von Gesetzen im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton (NFA) sowie Kanton und Gemeinden (ZFA) aus. Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass auch dieses Projekt nicht allein mit dem Personal der Verwaltung erledigt werden kann und bewilligt, ohne Murren, die zwei beantragten, befristeten Stellen. Die FDP-Fraktion stellt sich einstimmig hinter die fünf Anträge der Regierung.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass wir uns mit NFA und ZFA mitten in einer Staatsaufgabenreform befinden, welche alle drei staatlichen Ebenen von Bund, Kanton und Gemeinden umfasst. Es ist daher folgerichtig, diese teilweise bereits beschlossenen Reformen und die dadurch ausgelöste Dynamik für kantonale Anliegen zu nutzen. Die SP unterstützt deshalb die Erheblicherklärung der Motion Staatsaufgabenreform und die damit verbundene Schaffung zusätzlicher personeller Kapazitäten. Es handelt sich um eine anspruchsvolle Aufgabe. Die SP erwartet qualitativ überzeugende Entscheidungsgrundlagen und ist entsprechend auch bereit, die dazu notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Wir machen den Regierungsrat aber schon jetzt darauf aufmerksam, dass er mit seinen Ausführungen Erwartungen weckt. Wir erwarten eine inhaltliche Auslegeordnung der Staatsaufgabenreform und nicht nur eine finanzielle Bestandesaufnahme. Der Regierungsrat stellt in seinem Bericht auf S. 15 absolut wichtige Fragen. Genau zu diesen Fragen möchten wir Fakten und Überlegungen haben. Wir teilen auch die Auffassung des Regierungsrats, dass eine formelle Durchforstung der Gesetzgebung sehr aufwändig ist bei bescheidenem Resultat. Diese Motion ist deshalb nicht erheblich zu erklären. Wieso der Regierungsrat es aber nicht für notwendig hält, die Resultate der Staatsaufgabenreform in der kantonalen Verfassung festzuhalten, ist für uns unverständlich und zeugt von wenig Mut. Der Votant weist darauf hin, dass auch die NFA eine Verfassungsabstimmung war und die Korrektur von mehreren Verfassungsartikeln beinhaltete.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF für die Erheblicherklärung der Motion Staatsaufgabenreform ist. Wir finden es sinnvoll, dass im Hinblick auf die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen die Aufgaben und Leistungen des Kantons nach den beschriebenen Kriterien geprüft werden. Die Vorlage beschreibt sehr differenziert und nachvollziehbar die Art und Weise, wie dies geschehen kann. Wir haben mit Genugtuung festgestellt, dass man allmählich eingesehen hat, wie wenig Outsourcing und Privatisierung einzelner Leistungen dem Kanton bringen. Wir begrüssen es sehr, dass bei der Überprüfung der Aufgaben und Leistungen im Rahmen der NFA die nachhaltige Förderung der Lebensqualität für alle Bevölkerungsschichten von grosser Bedeutung sein soll, und zwar in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht. Wir sagen daher ja zu den zwei erforderlichen Stellen.
Obwohl die SVP jetzt auch für das Nichterheblicherklären ihrer Motion ist, können wir dieser Durchleuchtungsmotion nichts abgewinnen. Für uns ist es eine Motion, welche nichts bringt und sehr viele Kosten verursachen würde. Auf der einen Seite fordern die Motionäre der SVP teure Massnahmen, auf der anderen Seite möchte die gleiche Partei wieder beim Staatspersonal sparen – diesmal bei den Müttern in unserer Verwaltung, indem sie die Kürzung des Mutterschaftsurlaubs auf ein absolutes Minimum fordert, weil dann nur der Bund dafür aufkommen muss. Eine seltsame Sparpolitik. Hingegen ist die Überarbeitung der Verfassung sicher einmal eine Aufgabe, welcher sich der Kanton stellen sollte. Schade, dass die Petitionäre sich nicht mehr gemeldet haben. Dies ist aber keine Entschuldigung, dass die Regierung dieses Unterfangen nicht von sich aus wagen soll. Es ist aber sicher im Moment nicht dringend, da mit der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton und mit der Überprüfung dieser Aufgabe sehr viel Arbeit ansteht. Aufgeschoben ist jedoch nicht aufgehoben!

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** dankt dem Rat für die wohlwollende Kenntnisnahme der Regierungsanträge. – Die Staatsaufgabenreform ist nicht als Sparübung konzipiert, sondern als nüchterne Auflistung und Beurteilung der heutigen Staatsaufgaben. Es geht nicht primär und allein um die Finanzen. Allenfalls kann es aber finanzielle Auswirkungen haben. – Zur Verfassung. Natürlich wäre eine neu formulierte Verfassung eine schöne Sache. Und angesichts der Beispiele, die Eusebius Spescha vorgebracht hat, und die uns natürlich auch bekannt sind, wäre das auch wünschbar. Der Sicherheitsdirektor kann ihm aber versichern, dass wohl noch nie ein Jurist mit diesen Formulierungen Geld verdient hat. Es gäbe aber sicherlich sehr viel Arbeit für Juristen, den Kantonsrat, den Regierungsrat und einen allfälligen Verfassungsrat, wenn wir eine Totalrevision der Verfassung machen würden. Und dass der Kanton Zug ein Freistaat ist, hat er mit seinem heutigen Entscheid, nichts an die Kulturinstitutionen beizutragen, bewiesen. Deshalb ist auch der Verweis auf den Kanton Zürich am heutigen Tag etwas speziell. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass neben Verordnungen, Gesetzen und allenfalls Konkordaten, die allenfalls bei einer Staataufgabenreform geändert werden müssen, punktuell die Resultate in eine teilrevidierte Verfassung einfliessen werden. Wenn es sich zeigt, dass Staatsaufgaben auf Verfassungsebene allenfalls anders geregelt werden müssen, dass die Subsidiarität geändert werden soll oder dass auf eine Aufgabe gänzlich verzichtet werden soll, ist selbstverständlich – falls das in der Verfassung festgeschrieben ist – eine Verfassungsänderung notwendig.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass damit die Eintretensdebatte beendet ist.

A. DETAILBERATUNG *der Motion betreffend Staatsaufgabenreform*

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion erheblich zu erklären. Zudem sei eine Überprüfung der staatlichen Aufgaben und Leistungen in Kombination mit der Umsetzung der NFA in die Wege zu leiten.

➔ Der Rat ist einverstanden, womit die Motion erheblich erklärt wird.

B. DETAILBERATUNG *des KRB betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2005-2008*

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 72 : 0 Stimmen zu.

C. Motion Tännler/Betschart/Durrer betreffend Durchleuchten der kantonalen Gesetzgebung

➔ Die Motion wird nicht erheblich erklärt. Das Geschäft ist erledigt.

D. Petition von Matthias Kieffer betreffend Totalrevision der Kantonsverfassung

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung beantragt, auf die redaktionelle Überarbeitung der Kantonsverfassung sei zu verzichten und der Regierungsrat sei vom entsprechenden Auftrag zu entbinden.

➔ Der Rat ist einverstanden.

E. Interpellation von Eusebius Spescha betreffend Neuformulierung der Verfassung

➔ Das Geschäft ist erledigt.

Die Sitzung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

48. SITZUNG: DONNERSTAG, 7. JULI 2005
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.15 – 16 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

669 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 70 Mitgliedern.

Abwesend sind: Leo Granziol, Zug; Franz Müller, Oberägeri; Beat Zürcher, Baar; Margrit Landtwing, Cham; Bruno Briner, Hünenberg; Eugen Meienberg und Stephan Schleiss, beide Steinhausen; Flavio Roos und Karin Julia Stadlin, beide Risch; Moritz Schmid, Walchwil.

670 BEGRÜSSUNG

Die **Vorsitzende** hat soeben erfahren, dass in London Terroristen mehrere Bomben in U-Bahnen und Bussen zur Explosion gebracht haben. Sie bittet den Rat, sich zu einer Schweigeminute zu erheben und den Opfern zu gedenken.

671 INTERPELLATION VON EUSEBIUS SPESCHA BETREFFEND FAMILIENPOLITIK DES KANTONS ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1278.2 – 11690).

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass obwohl alle Parteien immer wieder ein grosses Bekenntnis zur Familie abgeben, die Schweiz ein familienpolitisches Entwicklungsland ist. Dies zeigt sich im Besonderen in folgenden Fakten:

- Kinder zu haben ist ein grosses Armutsrisiko.
- Die finanziellen Belastungen sind unterdessen auch für Familien der Mittelschicht ein Problem.
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (für Frauen) ist schlecht.

Diese und weitere Fakten können im Familienbericht 2004 nachgelesen werden, einer Publikation des Bundes. Bundesrat Couchepin hat es mit folgendem Satz auf den Punkt gebracht: «Die Schweiz braucht mehr Kinder und eine hohe Frauenerwerbsquote» (Familienbericht 2004, 4). Die Schweiz ist nicht familienfreundlich und hat auch keine konsistente Familienpolitik. Die eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen, die Städteinitiative «Ja zur sozialen Sicherung» und weitere Organisationen wie die SODK (Sozialdirektorenkonferenz), die Caritas usw. haben dies erkannt und ein familienpolitisches Dreisäulenmodell entwickelt und propagiert, bestehend aus:

- Säule 1: Basissicherung für alle Kinder: Minimale Kinderzulage für jedes Kind.
- Säule 2: Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien.
- Säule 3: Infrastruktur Beruf und Familie.

Dass auch der Regierungsrat dieses Modell in seiner Interpellationsbeantwortung anerkennt und unterstützt, freut den Votanten. Positiv findet er auch, dass die Regierung das Modell Ergänzungsleistungen für Familien unterstützt und auch ein – zwar eher laues – Bekenntnis zur Familien ergänzenden Betreuung abgibt. Nachher wird es aber schwieriger, Positives aus der Interpellationsantwort herauszulesen. So hat der Regierungsrat zwar richtig erkannt, dass Familienpolitik eine Querschnittaufgabe ist. Er findet es aber nicht notwendig, ihr eine organisatorische Lösung zu unterlegen. Der Regierungsrat zählt selber 24 beteiligte Dienststellen auf. Er hält es aber nicht für notwendig, diese 24 Stellen minimal zu koordinieren. Der Regierungsrat befürwortet eine Vernetzung auf Bundesebene, auf kantonaler Ebene nicht. Verstehen Sie das? Weitere Beispiele für die Lust am Nichtstun des Regierungsrates:

Auf S. 4 heisst es: Bei der Bildungsdirektion bestehe eine Projektarbeit, welche weitergeführt werde. Ausgedeutscht dürfte dies in etwa heissen: Es wurde ein Bericht gemacht, dieser wurde schubladisiert, muss jetzt wieder hervorgeholt und ergänzt werden, wird dann wieder schubladisiert, bis zur nächsten Interpellation usw.

Ebenfalls auf S. 4 hat Eusebius Spescha folgende interessante Leerformel entdeckt: Der Regierungsrat unterstützt eine einkommensgenerierende und -erleichternde Wirtschaftspolitik. Einkommensgenerierend tönt zwar wunderbar, ist aber völlig Nichts sagend, gleichzeitig ist die Wirtschaftspolitik aber einkommenserleichternd. Mit anderen Worten: Die armen Menschen, welche Einkommen generiert haben, werden durch die Regierung dann gerade wieder um dieses Einkommen erleichtert. Das kann es ja nicht sein. Der Votant möchte ganz einfach eine Wirtschaftspolitik, welche Arbeitsplätze erhält und schafft, und zwar solche, bei welchen Mann und Frau genug verdienen, um eine Familie zu erhalten.

Aus der Antwort des Regierungsrats ist folgendes sehr ernüchterndes Fazit zu ziehen: Der Regierungsrat sieht zwar offensichtlich, dass familienpolitischer Handlungsbedarf besteht. Es dürfte ja auch sehr schwierig sein, die vorhandenen Probleme zu leugnen. Trotzdem will die Regierung nicht wirklich etwas tun. Anstatt die kantonalen Handlungsspielräume auszunutzen, wird zugewartet – worauf eigentlich? Und inzwischen dürfen 24 involvierte Amtsstellen nach Belieben etwas tun oder auch nicht. Sie werden verstehen, dass Eusebius Spescha mit einer solchen Antwort nicht zufrieden ist.

Beatrice **Gaier** hält fest, dass die CVP-Fraktion die Antwort des Regierungsrats zur Interpellation betreffend Familienpolitik mit Interesse erwartete. In der Vernehmlassungsantwort zur Steuergesetzrevision im Februar 2005 hielten wir fest, dass eine regierungsrätliche Strategie zur Familienpolitik im Kanton Zug fehle. Auf Grund der vorliegenden Antwort müssen wir enttäuscht zur Kenntnis nehmen, dass unser damals formuliertes Anliegen (noch) nicht aufgenommen wurde. Es wird zwar deutlich aufgezeigt, dass die Familienpolitik als Querschnittaufgabe in Teilbereichen jede Direktion betrifft. Doch genau diese Komplexität erfordert dringendst eine umfassende Auslegeordnung. – Bereits in der Motion der CVP-Fraktion betreffend bessere Zusammenarbeit im Sozialbereich vom 18. Juni 2003 forderten wir einen Überblick und eine ganzheitliche Betrachtungsweise in sozial- und familienpolitischen Fragen. Wir sind überzeugt, dass sich durch eine umfassende Bestandesaufnahme aller Angebote, durch eine gezielte Koordination und die sinnvollen Nutzung von Synergien freie Kapazitäten finden lassen. Diese könnten zum Wohle unserer Zuger Familien eingesetzt und die Ressourcen für eine effiziente und koordinierte Unterstützung genutzt werden. Leider warten wir seit knapp zwei Jahren auf die Antwort des Regierungsrats. Allenfalls wäre die vorliegende Interpellation nicht nötig gewesen, wenn aus der Motionsantwort ein Konzept für familienpolitische Anliegen ersichtlich gewesen wäre. Bis wann ist mit der Beantwortung der CVP-Motion zu rechnen? Zusätzlich würde uns interessieren, welche familienpolitischen Themen die Kantonale Sozialkommission in letzter Zeit behandelte und welche konkreten Massnahmen angeregt oder umgesetzt wurden.

Anna **Lustenberger-Seitz** ist es ein Anliegen, zur Interpellationsantwort Stellung zu nehmen, denn sie arbeitet in einer Projektgruppe des Schwerpunktprogramms «Gesunde Zugerfamilie» mit, welches durch die Gesundheitsdirektion getragen wird; es wird in der Antwort auch vorgestellt. In der Projektgruppe engagiert sich die Votantin als Vertreterin des kantonalen Spielgruppenleiterinnenverbands.
Eusebius Spescha zielt in seiner Interpellation mit seinen Fragen auf einen gangbaren Weg hin, um die Familie in unserem Kanton namhaft zu stärken. Er will vom Regierungsrat wissen, was er zur Gründung einer Familienkonferenz meint. Anna Lustenberger ist enttäuscht von der Antwort des Regierungsrats. Er zeigt dafür kein grosses Musikgehör, sondern zählt auf, wo die Familien in den Direktionen verankert sind. Diese Aufzeichnung zeigt klar, dass die Vernetzung unter einander fehlt. Genau das aber wäre das Anliegen der Familienkonferenz. Die Votantin schlägt übrigens den Namen Familienkommission vor. Diese Kommission wäre das Bindeglied zu den einzelnen Direktionen. Der Regierungsrat beruft sich in seiner Antwort auf die Sozialkommission, welche für die Anliegen der Interpellation ebenfalls zuständig sein soll. Die Sozialkommission hat sich allerdings mehr und mehr mit schwerwiegenderen Problemen zu beschäftigen, als dass sie sich noch stark mit der Stärkung der Familie befassen könnte.
Das Netzwerk gesunde Zuger Familien ist für Fachleute in Kanton ist ein wichtiges Fachgremium für den Austausch und das Aufgreifen von aktuellen Themen rund um die Gesundheit von Familien. Allerdings genügt das nicht. In der Projektgruppe Junge Familien, in welcher die Votantin mitarbeitet, werden konkrete Projekte erarbeitet und umgesetzt. Es geht um praktische Umsetzung von Massnahmen zur Gesundheitsförderung bei jungen Familien. Der familienpolitische Teil wird in unserer Projektgruppen, sowie auch in andere Gruppen des Netzwerks nur am Rande berührt. Das Netzwerk «Gesunde Zugerfamilien» könnte jedoch einer zukünftigen Familienkommission unter anderem als Fachpersonenpool für Fragen zu Familie und

Gesundheit dienen. Eine Familienkommission oder eine Familienkonferenz, wie Eusebius Spescha vorschlägt, macht wirklich Sinn und zwar aus folgenden Gründen:

1. Eine Familienkommission trägt dazu bei, eine koordinierte und nachhaltige Familienpolitik zu etablieren.
2. Ein kantonales Familienleitbild kann erarbeitet werden, mit Leitsätzen in allen Bereichen der Familie.
3. Die Kommission steht dem Kanton und den Gemeinden mit Informationen zu Familienfragen zur Verfügung, sie ist offizieller Ansprechpartner.
4. Eine Familienkommission kann die Familienverträglichkeit von neuen Gesetzen und Beschlüssen überprüfen und entsprechend aktiv werden.
5. Eine Familienkommission kann agieren. Die Direktionen reagieren in Bezug auf Familienfragen wohl eher.
6. Eine Familienkommission wäre ein offensichtliches Zeichen, dass die Familie ernst genommen wird. Die Familie erhält eine öffentliche Lobby.

Anna Lustenberger fordert die Regierung auf, sich Gedanken zu machen, unseren Standortvorteil mit einer Familienkommission zu stärken.

Jean-Pierre **Prodolliet** stellt bei der Antwort zu Frage 4 fest, dass das Wohnungsproblem mit keinem Wort erwähnt wird. Und es ist doch eine bekannte Tatsache, dass die Armut von Familien vor allem dadurch entsteht, dass sie zu viel für ihre Wohnung zahlen müssen. An der letzten Sitzung hat der Votant im Rahmen des Rechenschaftsberichts den Regierungsrat angefragt betreffend seines Handlungsspielraums bei eigenen Liegenschaften. Der Kanton besitzt insgesamt 35 Wohnungen. Und da ist er vom Baudirektor abgeputzt worden. Er wird es aber nicht dabei beruhen lassen und meint, dass die Regierung sich betreffend dieses Handlungsspielraums noch äussern sollte. Er findet es enttäuschend, dass dieses Problem nicht einmal gesehen wird. Dieses Thema wollen wir aber weiterhin aufs Tapet bringen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, möchte Beatrice Gaier antworten, auf wann die Beantwortung der CVP-Motion zu erwarten sei. Sie war wohl letztes Mal nicht an der KR-Sitzung, denn die Votantin hat diese Frage am 30. Juni bereits beantwortet: Sie wird im Rahmen der Sozialhilfegesetzvorlage beantwortet. – Auf die Frage, welche familienpolitischen Themen in der Sozialkommission behandelt wurden. Ein Thema, das dort immer wieder behandelt wird, das aber nicht so leicht lösbar ist, sind die working poor. Menschen, die trotz hundertprozentiger Arbeit von ihrem Einkommen nicht leben können. Das ist ein Problem, das nicht mit einer eindimensionalen Lösung angepackt werden kann. Damit sind oft ganz verschiedene Probleme verbunden, häufig sind diese Menschen auch nicht sehr gut qualifiziert, sie haben möglicherweise Sprachschwierigkeiten, es gibt Probleme mit der Wohnung – da muss die Votantin Jean-Pierre Prodolliet beipflichten. Die Wohnungssuche für Leute mit einem kleinen Salär ist ein grosses Problem im Kanton Zug. – Ein Thema, das immer wieder zur Sprache kommt, sind stellenlose Jugendliche. Die Direktorin des Innern wird Beatrice Gaier in einem persönlichen Gespräch gerne noch weitere Themen bekannt geben, die in letzter Zeit Thema waren, und wie wir das aufgegleist haben. – Zu Anna Lustenberger. Brigitte Profos wird die Anregungen zur Familienkommission in der Sozialkommission gerne zum Thema machen und diese möglicherweise so umgestalten, dass in der Sozialkommission die Familienpolitik zu einem noch wichtigeren Schwerpunkt werden kann.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

672 INTERPELLATION DER SP-FRAKTION BETREFFEND ERHALT DER STANDORT-QUALITÄTEN DES KANTONS ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1314.2 – 11721).

Malaika **Hug**: Standortqualität ist wichtig, darin sind wir uns zweifelsohne einig. Aber bei der Beantwortung unserer Interpellation durch die Regierung ist uns aufgefallen, dass unsere Fragen hauptsächlich aus Sicht der Wirtschaft beantwortet wurden. Standortqualität heisst jedoch nicht nur tiefe Steuern, sondern auch eine hohe Lebensraumqualität. Die Regierung geht zwar kurz darauf ein, fokussiert jedoch vor allem auf die Steuern. Es ist nicht zu verneinen, dass die Lebensraumqualität im Kanton Zug heute hoch ist. Der Unterschied zwischen der regierungsrätlichen und der SP-Meinung liegt aber darin, dass die Lebensraumqualität nicht automatisch so hoch bleibt, sondern dass dieser Sorge getragen werden muss. Mit Leerformeln allein ist dem nicht Rechnung getragen. In unseren Augen sind die Ziele des Regierungsrats schwammig und unklar formuliert. Sie will die Eigenverantwortung fördern, kann aber nicht wirklich erklären, was sie damit meint. Sie will sich auf die staatlichen Kernbereiche konzentrieren, ist sich aber nicht im Klaren, was sie dazu zählt. Diese Aufzählung liesse sich munter fortsetzen. Wir von der SP behaupten nicht, dass nichts getan wird. Wir bemängeln aber, dass eine systematische Schwachstellenanalyse und eine zielgerichtete Standortqualität, welche nicht bloss auf den Steuerfuss fixiert ist, fehlen. Daher sind wir nach wie vor der Meinung, dass die Regierung besser daran täte, ein Konzept zur Erhaltung der Standortqualität auszuarbeiten, damit Zug auch in 15 Jahren noch eine hohe Standortqualität aufweist.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion dem Regierungsrat für die Interpellationsbeantwortung dankt. Sie war zu erwarten und zeigt auf, dass eben die bürgerlichen Fraktionen Recht getan haben, als sie die Motion der SP-Fraktion zum gleichen Thema nicht überwiesen haben. Die SP-Fraktion war darob erbost und reichte diese Interpellation nach. Das Resultat ist das Gleiche. Wir können feststellen, dass wir Standortqualität auf vielen Ebenen fördern. Die Regierung weist zu Recht darauf hin, dass es eines speziellen Konzeptes nicht bedarf. Wir brauchen in Zug Taten und nicht Worte. Wir brauchen ein selbstbewusstes und engagiertes Handeln, eine perfekte Qualität unserer Dienstleistung tagtäglich und nicht theoretische Abhandlungen dazu. Die FDP-Fraktion dankt der Regierung für ihre umfassende Antwort.

Beat **Villiger** macht ähnliche Überlegungen wie seine Vorrednerin. Auch er sieht diese Interpellation auf Grund der Nichtüberweisung der Motion als eine gewisse Trotzreaktion. Ihm fehlen in der Interpellation klare Fragen. Wenn man sich etwas vertiefter mit der Schwerpunktspolitik der Regierung auseinandergesetzt hätte oder der Zielsetzung der einzelnen Direktionen oder dem Richtplan oder dem Wohnbauförderungsgesetz oder einzelnen Massnahmen zu Standortfragen, hätte man diese Antworten zum grossen Teil erhalten. Er möchte insofern der Regierung herzlich danken für die vorliegende Antwort und auch dafür, dass man sich bezüglich der Standortsförderung engagiert und damit erfolgreich ist. Er ist überzeugt davon, dass der Kanton Zug sich auch in den nächsten Jahren weiterhin vorne halten kann, wenn wir eine verlässliche Finanz- und Steuerpolitik gewährleisten und vor allem beim Verkehr, bei der Bildung, für die Wirtschaft, die Freizeit und Kultur möglichst gute Rahmenbedin-

gungen schaffen. Es ist nun mal so, dass die Standortattraktivität zu einem grossen Teil nur von fiskalischen Überlegungen abhängt. Erst nachher kommen die so genannten Soft-Faktoren. Dabei ist dem Votanten aber bewusst, dass eine kantonale Wirtschafts- und Wachstumspolitik sich nicht nur um die Finanzen drehen oder eine Massnahme isoliert zum Inhalt haben darf. Wenn wir unseren Standort weiterhin attraktiv halten wollen, erwartet Beat Villiger die Unterstützung der Linken etwas spürbarer auch dann, wenn es um Finanzen, Steuern und den Verkehr geht. Es kann nicht sein, dass von gewissen Exponenten – auch in Bern – die wichtigsten Standortfaktoren immer wieder unter Beschuss genommen werden und damit am gesunden Ast unseres Kantons gesägt wird, auf dem wir letztlich alle gemeinsam sitzen. Stützen wir also die Politik der Regierung. Sie hat Antworten und Unterlagen auch in Bezug auf die nicht fiskalischen Standortfragen.

Martin **Stuber** hält fest, dass die AF dem Regierungsrat für seine ausführliche und auch sehr interessante Antwort dankt. Sie zeigt, dass die Interpellation sehr berechtigt war. Wir werden bei der Steuergesetzrevision ausführlicher darauf eingehen, weil es dort dann wirklich um das Fleisch am Knochen geht. Heute möchte der Votant nur drei Aspekte kurz beleuchten.
1. Der Regierungsrat ist sehr ehrlich in seiner Antwort. Er betont nämlich die herausragende Bedeutung der fiskalischen Vorteile. Diese «Standortqualität» geht aber direkt oder indirekt auf Kosten der öffentlichen Gemeinwesen, denen die Zuger Steuerdumpingpolitik das bitter nötige Steuersubstrat entzieht. Martin Stuber denkt z.B. an die vielen Rohstofffirmen, die in der 3. Welt oder in den Schwellenländern tätig sind. An fast jedem dieser Steuerfranken kleben buchstäblich blood, sweat and tears der dortigen Bevölkerung.
2. Der unbestrittene Erfolg des Zuger Steuerdumpings bedroht eine der wesentlichen Grundlagen des Erfolgs, nämlich den attraktiven Lebensraum. Drohender Verkehrsinfarkt, zunehmende Zersiedelung und auch eine beschleunigte Erosion des sozialen Zusammenhalts in unserem Kanton sind einige Stichworte dazu. Das zu schnelle Wachstum hat unserer Ansicht nach einen zu hohen Preis.
3. Was die Leute in diesem Kanton zunehmend beschäftigt, ist die Frage: Wer kann sich diesen Standort denn überhaupt noch leisten? Sie haben es von Jean-Pierre Prodolliet eben gehört: Es wird immer schwieriger mit den Wohnungen. Das Wohnen wird immer teurer. In der Stadt Zug wird es wirklich langsam eng, das weiss der Votant aus eigener Erfahrung. Wir haben jetzt extrem tiefe Hypothekarzinsen. Was passiert am Standort Zug, wenn der Hypozins wieder einmal auf fünf oder sechs Prozent steigt?

Markus **Jans**: «Wir brauchen Taten und nicht Worte», hiess es vorhin. Vor den Taten braucht es aber auch immer Worte. – Zu Recht zieht der Regierungsrat bei seiner Antwort zum Erhalt der Standortqualitäten eine rundum positive Bilanz. Wer könnte ihm das verargen bei all den positiven Rückmeldungen und angesichts der ersten, zweiten und dritten Plätze bei den verschiedensten Ratings. Auch die SP-Fraktion anerkennt, dass wir in einem guten Kanton wohnen und leben können. Wir haben es gut und es fehlt uns an fast nichts. Also, wofür das «Gstürm» nach einem umfassenden Konzept über den Erhalt und die Förderung der nicht fiskalischen Stanortqualitäten? Die SP-Fraktion denkt vorausschauend und möglichst zusammenhängend in die nächsten 15 bis 20 Jahre. Daher gehören für uns die einzelnen Aussagen in den verschiedenen Dokumenten in einen festen Zusammenhang

gestellt. Daraus gilt es, eine ganzheitliche Strategie zu entwickeln und Lösungen aufzuzeigen, vernetztes Denken nicht nur zu predigen, sondern auch danach zu handeln. Anhand von drei Beispielen versucht der Votant, dem Rat die Anliegen der SP-Fraktion etwas näher zu bringen.
1. Umwelt. Das Thema ist im Kanton Zug in verschiedenen gesetzlichen Grundlagen, Verordnungen, Erlassen, etc. verankert. Niemand zeigt aber auf, was zum Beispiel bei einer Überschreitung der Ozonbelastung als wirkungsvolle Gegenmassnahme zu tun ist. Bitte schliessen sie die Fenster, lassen sie Kinder nicht im Freien spielen und vermeiden sie Sonneneinstrahlung genügen nicht, um effektiv und effizient auf die Situation zu reagieren. Bei einer Zusammenführung der Themen im Umweltbereich würde man im Kanton Zug sehr schnell feststellen, dass Handlungsbedarf vorhanden ist.
2. Arbeitsplätze. Ihre Anzahl für schwach qualifizierte Personen wird angeblich gehalten. Nur genügt eine solche Aussage des Regierungsrats ganz einfach nicht, wenn wir davon ausgehen, dass die Bevölkerung weiterhin wachsen wird und die Arbeitslosenzahl sich auf hohem Niveau einpendelt. Unsere gesamtschweizerisch gesehen zwar immer noch schmeichelhaften Arbeitslosenzahlen sprechen hier eine andere Sprache. Die Anzahl der vermittelten Stellen des RAV betrug über die letzten zwölf Monate im Mittel etwa 28 Stellen (tiefste 21, höchste 43) und das bei ca. 1835 als arbeitslos gemeldeten Personen. Es ist weder eine markante Zu- noch Abnahme der vermittelten Stellen zu verzeichnen. Daher braucht es nebst der Statistik weitere klare Aussagen, was der Staat als unterstützende Massnahme im Bereich der Arbeitslosigkeit zu unternehmen gedenkt. Was geschieht mit all den Menschen, die keine Arbeitsstelle mehr finden? Was bietet der Staat diesen nebst Sozialhilfe sonst noch an? Werden wohl immer mehr Leute in der Garage für nicht mehr gebrauchte menschliche Arbeitskraft parkiert?
3. Wohnen. Wir verzeichnen seit Jahren steigende Kosten beim Erwerb von Wohneigentum und bei den Mietzinsen. Günstiger Wohnraum für finanzschwache Familien und Einzelpersonen, ja selbst für Personen aus dem Mittelstand, sind fast nicht mehr zu erhalten. Im beruflichen Alltag ist der Votant wöchentlich mit dieser Problemstellung konfrontiert. So zum Beispiel schliesst in der Stadt Zug die Pension Bahnhof (ehemals Jünglingsheim) am 28. Juli 2005 endgültig seine Pforten. Auf einen Schlag verliert die Stadt 75 günstige Einzelzimmer. Das Areal wird neu überbaut und die Einzelzimmer von einem sich ausbreitenden Geschäftshaus verschlungen. Eine Strategie oder ein Gegenpol gegen eine solch schleichende Zerstörung von günstigem Wohnraum gibt es nicht. Da nützt die Aussage des Regierungsrats wenig, wenn er in seinem Bericht schreibt: «Zug bleibt einer der attraktivsten Lebens- und Wirtschaftsräume der Schweiz», und gleichzeitig nichts anderes zu bieten hat, als günstigen Wohnraum ausserhalb des Kantons zu suchen.
Anhand von drei Beispielen versuchte Markus Jans aufzuzeigen, welche Wirkung ein Konzept zum Erhalt von nicht nur fiskalischen Standortqualitäten des Kantons Zug haben könnte. Mit zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Problemlagen wird der Regierungsrat zum Handeln gezwungen, und er wäre spätestens ab diesem Zeitpunkt froh, wenn er sich bereits heute Gedanken über die weichen Standortfaktoren gemacht hätte. Die SP-Fraktion bleibt dran.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte sich auf eine grundsätzliche Bemerkung beschränken. Man muss zur Kenntnis nehmen – gerade auch anhand der Entwicklung des Kantons Zug in den letzten Jahren –, dass eine gute Wirtschaftspolitik und attraktive Steuerbedingungen die beste Sozialpolitik sind. Eine gute Wirtschafts-

politik schafft und sichert Arbeitsplätze. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass der Staat seine sozialen Verpflichtungen überhaupt wahrnehmen kann. Und attraktive Steuerbedingungen sind die Grundlage dafür, dass auch für Leute mit geringerem Einkommen und weniger Vermögen gute Steuerbedingungen möglich sind. Sie zahlen nämlich überhaupt keine Steuern oder ihre Steuerbelastung ist sehr gering. Darum setzen wir alles daran, die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre fortzusetzen. Der Volkswirtschaftsdirektor möchte auch klar sagen, dass es eine Illusion ist zu glauben – und das suggeriert die Interpellation ein wenig –, dass man mit den zusätzlichen Standortfaktoren attraktive Steuerbedingungen ersetzen könne. Es ist nun einmal so: Im rauen Wettbewerb um den Wirtschaftsstandort sind die Steuern entscheidend. Damit man überhaupt in den Evaluationsprozess einbezogen wird, ist absolute Voraussetzung, dass man steuerlich attraktiv ist. Und erst dann zählen auch andere Faktoren. Aber eben nur zusätzlich.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** am Markus Jans: Ozonbelastung ist erwiesenermassen keine reine Zuger Angelegenheit. Ihre Bekämpfung muss überregional angegangen werden.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

673 INTERPELLATION DER FDP-FRAKTION BETREFFEND SONDERSCHULWESEN

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1301.2 – 11717)

Regula **Töndury** dankt dem Regierungsrat im Namen der FDP-Fraktion für die ausführliche und aufschlussreiche Antwort. Sie zeigt deutlich, dass die Regierung im Kanton Zug nicht nur den Handlungsbedarf erkannt, sondern bereits Massnahmen eingeleitet hat. Mit der Neuen Finanz- und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen NFA zieht sich die IV aus der Finanzierung der Sonderschulung zurück – die eine Aufgabe der Kantone wird. Wichtig ist, dass der Kanton auch nach der Übernahme der Kosten – dies dürfte im Januar 2008 sein – für eine ausreichende Sonderschulung aller behinderter Kinder und Jugendlicher (laut BV Art. 62) sorgt. Mit der Schaffung von gemeinsamen Standards sollen auf nationaler Ebene die Grundlagen für eine Zusammenarbeit der Kantone und Sicherstellung der Qualität im Sonderschulbereich geschaffen werden. Der Kanton Zug hat ein grosses und gutes Angebot im IV-Sonderschulbereich. Der Antwort des Regierungsrats ist zu entnehmen, dass dies möglicherweise dazu verleitet, die Zuweisungspraxis etwas grosszügig zu handhaben. Es ist vorgesehen, mit den Anbietern im Sonderschulbereich Leistungsvereinbarungen zu treffen. Nicht das Angebot darf die Nachfrage bestimmen, sondern umgekehrt – die Nachfrage bestimmt das Angebot. Dies kann erreicht werden durch eine einheitliche Zuweisungspraxis, die auf Ebene Kanton, auf Antrag der abklärenden Stelle (z.B. des Schulpsychologischen Dienstes) getroffen werden muss. Das Behindertengesetz – in Kraft seit 1. Januar 2004 – verlangt auch von den Kantonen grössere Anstrengungen in Richtung integrative Förderung. Aus der Antwort des Regierungsrats geht hervor, dass der Kanton Zug daran ist, die nötigen Strukturen zu schaffen, um die Steuerung wahrnehmen zu können.

Andrea **Erni** weist darauf hin, dass die Sonderschulen im Kanton Zug verschiedene Bereiche abdecken. Sie reichen von der speziellen Schulung von Kindern mit Sprachstörungen bis zur Förderung von Kindern mit schweren, zum Teil schwersten Behinderungen. Wir von der SP haben uns schon bei der Änderung des Schulgesetzes betreffend besondere Förderung für die integrative Schulung eingesetzt, wobei wir anerkennen und gerade im Hinblick auf eine allfällige Neubeurteilung und Neuorganisation des Sonderschulwesens anerkennen müssen, dass Integration nicht immer sinnvoll ist. Für Kinder mit erheblichen Störungen – seien es wegen sprachlichen, geistigen Lernbehinderungen oder Verhaltensauffälligkeiten – ist die eigens auf sie ausgerichtete Schulung und Förderung eine Chance, Fuss in unserer Gesellschaft zu fassen.
Vor rund eineinhalb Jahren vertrat der Regierungsrat wie auch die Mehrheit des Kantonsrats die Meinung, es weiterhin den Gemeinden zu überlassen, wie sie ihre Schule gestalten, separativ oder integrativ. Nun beruft sich der Regierungsrat auf das Behindertengleichstellungsgesetz, welches per Januar 2004 in Kraft gesetzt wurde. Dieses war aber schon bekannt, als wir über die besondere Förderung befanden. Grundsätzlich begrüssen wir den Sinneswandel des Regierungsrats und dass er interkantonale, einheitliche Regelungen im Sonderschulwesen mittragen will. Wir werden aber den Verdacht nicht los, dass dies in nicht unerheblichem Masse aus finanziellen Überlegungen heraus geschieht. Es bereitet uns Sorgen, wenn eine «Interkantonale Organisation zur Finanzierung der Sonderschulung» die Grundlagen zur Sonderschulung verfassen soll. Natürlich ist die Finanzierung dieser Massnahmen auch immer eine zu behandelnde Frage, aber Grundlagen, d.h. Voraussetzungen und Kriterien für die Sonderschulung sollten doch unbedingt von Fachleuten erarbeitet werden!
Wir schauen der Kantonalisierung der Leistungen der Invalidenversicherung mit gemischten Gefühlen entgegen. Wir befürchten Leistungsabbau, also Verschlechterung der Bedingungen für lernbehinderte Kinder. Die Qualitätskriterien und Bestimmungen der IV werden über Bord geworfen. Die Kantone wollen Standards erarbeiten, welche laut Antwort des Regierungsrates die Mindestansprüche an die Qualität der Sonderschulung erhalten sollen. Wir von der SP setzen uns weiterhin dafür ein, dass integrativ geschult wird, wo dies Sinn macht. Wir werden uns aber auch dafür einsetzen, dass lernbehinderte Kinder weiterhin die Chance auf optimale Schulung und Förderung haben.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** weist darauf hin, dass die Schweiz im Vergleich zum Ausland überdurchschnittlich viele Kinder separiert. Die Bildungsstatistik zeigt, dass sowohl Knaben als auch Schüler ohne Schweizer Pass in den separierenden Schulformen überpräsent sind. Der Kanton Zug besitzt mit über 8 % die vierthöchste Aussonderungsquote der Schweiz (als Vergleich: Der Kanton Tessin sondert nur 1,95, also knapp 2 % aus). Die grossen Unterschiede bei den Aussonderungsquoten zeigen, dass die Überweisungsentscheide unterschiedlich gehandhabt werden und daher nicht zuverlässig sind. Es ist bekannt, dass in einem Kanton, in dem viele Kleinklassen und Sonderschulen geführt werden, auch mehr Kinder separiert werden. Die Dichte der Sonderschulen ist im kleinen Kanton Zug mit sieben Sonderschulen sehr hoch. Umso wichtiger ist, dass die Sonderschulen koordiniert werden und vom Kanton einen erweiterten Leistungsauftrag erhalten. Bei der Bildungsstatistik fällt auf, dass immer mehr Kinder separiert werden, obwohl seit dem 1. Januar 2004 ist das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft gesetzt ist, das von den Kantonen verstärkte Bemühungen in Bezug auf integrative Förderung an Regelklassen

verlangt. Georg Helfenstein und die Votantin haben bei der Debatte um die Schulgesetzänderung für die Einführung der Integration an allen Zuger Schulen plädiert. Es freut sie, dass der Kanton Zug nun doch die Integration vorantreiben will.
Die AF setzt daher grosse Hoffnung auf das Konzept Sonderpädagogik und auf die Umsetzung des Rahmenkonzepts mit den Schwerpunkten Förderung der Integration und Entwicklung der heutigen Sonderschulen zu Kompetenzzentren. Wir unterstützen Massnahmen, die es ermöglichen Schülerinnen und Schüler dort, wo es sinnvoll ist, in Regelklassen zu integrieren. Dies ist aber nur dann Erfolg versprechend, wenn die Lehrpersonen ausreichend unterstützt werden. Es darf nicht passieren, dass man diese Zusatzbelastung einfach auf die Lehrpersonen abwälzt und Integration zu einer Sparübung missbraucht. Im Rahmen der NFA-Abstimmung wurde versprochen, dass im Behindertenbereich nicht gespart wird. Die AF nimmt die Regierung beim Wort.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** möchte nur einige kurze Anmerkungen zu den Voten machen. Er dankt für die gute Aufnahme im Rat. Es ist aber nicht so, dass nun plötzlich ein Gesinnungswandel stattgefunden hätte. Wir haben die Integration schon vor ein oder zwei Jahren gefördert. Nicht von ungefähr hat der Kanton Zug schon vor Jahren jeweils die Versuche für eine integrative Förderung gut geheissen. Und wir waren uns schon bei der Debatte betreffend Änderung des Schulgesetzes gewiss, dass die Gemeinden diese Freiheit nun durchaus wahrnehmen wollen, integrierte Klassen zu führen. – Es ist auch so, dass die Rahmenbedingungen vergleichsweise gut sind. Auch in diesem Rat haben wir bei den Kostenfolgen dieser Vorlage festgehalten, wie viele schulische Heilpädagogen es braucht. Wir kennen interkantonale Vergleiche und können uns durchaus sehen lassen. – Zu Andrea Erni: Die Bedingungen müssen interkantonal festgelegt werden. Gerade auch der Kanton Zug hat einen grossen Austausch. Wir haben viele Schülerinnen und Schüler von aussen. Umgekehrt schicken wir in gewissen Bereichen Schülerinnen und Schüler an ausserkantonale Sonderschulen. Gerade deshalb braucht es interkantonale Kriterien. Es geht hier nicht um eine Sparübung, aber sicher darum, dass die heutige hohe Sonderschulquote auch finanzielle Konsequenzen hat. Und wenn die verstärkte Integration dazu führt, dass es auch in diesem Bereich eine Entlastung gibt, ist das sehr wohl richtig.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

674 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND DER ANGEKÜNDIGTEN SENKUNG DER VERZINSUNG DER GUTHABEN BEI DER KANTONALEN PENSIONSKASSE

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1311.2 – 11715).

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass es bislang bei höheren Überschüssen der kantonalen Pensionskasse nie zu höheren Verzinsungen zu Gunsten der Versicherten kam. Propagiert wurde eine ausgeglichene und langfristige Zinspolitik. Doch nun, da der PK-Vorstand die Finanzlage der PK kritisch beurteilt, senkt er den Zinssatz auf 2,5 %. Ist dies der Auftakt zu einer neuen Verzinsungspolitik? Offenbar, denn die

Regierung sagt, dass «die Verzinsung in Zukunft flexibel von der Rendite abhängt. Diese muss auch eine Verzinsung von über 4 % beinhalten.» An diesem Versprechen werden wir Regierung und PK-Vorstand messen.
Die AF hält dennoch den Zeitpunkt der Zinssenkung für fragwürdig. Denn in ihrer Antwort auf die Interpellation betreffend finanzielle Situation der Pensionskasse Ende 2003 hielt die Regierung noch fest, dass sich keine kurzfristige Senkung des Zinssatzes aufdränge. Erst wenn sich konjunkturelle Entwicklung und Deckungsgrad der PK spürbar negativ verändern, sei der Zinssatz zu prüfen. Tatsächlich hat sich aber seither die Wirtschaftslage eher gebessert und der Deckungsgrad der PK verblieb bei rund 100 % stabil. Darum ist die Regierung nicht kohärent, wenn sie die Senkung mit dem nun neuen Argument verteidigt, man sei damals «von einer weitaus stärkeren Erholung der Wirtschaftslage ausgegangen». Die Begründung der Zinssenkung ist aus Sicht der AF unlogisch. Wieso? Die Regierung sagt nämlich, so lange Teuerung und karrierebedingte Lohnentwicklung unterhalb der Modellannahme liegen, könne das Rentenziel auch bei tieferem Zinssatz erreicht werden. Nun geht das Modell von einer Teuerungsentwicklung von 2,3 % aus. Und da die durchschnittliche Teuerung der letzten 20 Jahre 2,16 % betrage, sei genügend «Spatzig» vorhanden. Nach dieser Logik müsste also das Personal jährlich rund 2,16 % Teuerungszulage erhalten, und mit dem Rest würden dann die Beförderungen und Lohnentwicklungen gemäss Finanzstrategie finanziert. Und dazu sagt dann die Regierung noch, die aktuelle Verzinsung von 2,5 % sei kein Widerspruch zur langfristigen, über 40 bis 60 Jahre vorgesehenen Zielverzinsung von 4 %. Er verweist dabei wiederum auf die Finanzstrategie, die ja nur bis 2010 das Wachstum der Personalkosten auf 2,5 % beschränke. Der Votant nimmt erfreut zur Kenntnis, dass ja dann ab 2011 das Personalwachstum wieder 4 % betragen wird. Und zwar für die nächsten 40 bis 60 Jahre. Wenn der Finanzdirektor dieser Freude nun Einhalt gebietet und diese Annahme korrigiert, soll er bitte auch die Aussage korrigieren, die PK verzinse langfristig die Guthaben mit 4 %.
Jedenfalls dankt die AF der Regierung für die Interpellationsantwort. Sie wird uns und hoffentlich auch den anderen Fraktionen wichtige Argumentationsstütze sein im Hinblick auf die Beratungen des neuen Pensionskassengesetzes nach den Sommerferien.

Bruno **Pezzatti** dankt der Regierung im Namen der FDP-Fraktion für die klaren und nachvollziehbaren Antworten. Der vom Vorstand der Pensionskasse getroffene Entscheid, den Verzinsungssatz für die Sparguthabenkonti der Versicherten für das Jahr 2005 auf 2,5 % festzulegen ist – unter Berücksichtigung der aktuellen Performance und Erträge bei den Wertschriften- und Immobilienanlagen der PK und angesichts der allgemeinen Finanzmarktsituation – als realistisch, sicher nicht als zu tief zu beurteilen. Der Votant erinnert daran, dass die erweiterte Stawiko die zu hohen Verzinsungsentscheide für die Jahre 2003 und 2004 angesichts der damaligen finanziellen Lage und Unterdeckung der Kasse wiederholt kritisiert hat. Erfreulicherweise hat der Vorstand der kantonalen PK nun für das Jahr 2005 eine vertiefte Analyse vorgenommen, die Kritik der Stawiko ernst genommen und einen aus der Sicht der FDP-Fraktion vertretbaren Verzinsungsentscheid getroffen.
Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass die meisten und grössten privaten Versicherungsgesellschaften in der Schweiz die Pensionskassen-Sparguthaben für das Jahr 2005 im überobligatorischen Teil der versicherten Löhne nicht mit 2,5 %, sondern nur mit 2,25 % verzinsen. Die Versicherten der kantonalen PK sind deshalb – und nicht nur in diesem Punkt – im Vergleich zu vielen Versicherten in der Privatwirtschaft

immer noch privilegiert. Bei einer genaueren Prüfung der Finanzanlagen der kantonalen PK fällt auf, dass die Kasse mit einem Aktienanteil von rund 35 % eine relativ risikoreiche Anlagestrategie fährt. Zu denken gibt in diesem Zusammenhang, dass die Kursschwankungsreserven bei einem gesamten Wertschriftenvermögen von rund 1,1 Mia. Franken zurzeit nur 26,06 Mio. Franken bzw. nur 2,3 % betragen. Das ist angesichts der erwähnten Anlagestrategie eindeutig zu wenig. Gesund und anzustreben wäre eine Schwankungsreserve von mindestens 15 bis 17 %, d.h. von 160 bis 200 Mio. Franken. Auch diese Zahlen zeigen, dass ein höherer Verzinsungsentscheid unverantwortlich gewesen wäre, und die Reservesituation der PK noch prekärer gemacht hätte.
Wir werden unsere Aufmerksamkeit in den kommenden Monaten dem neuen Pensionskassengesetz schenken müssen. Hier gilt es wichtige Revisionsanliegen umzusetzen mit dem Ziel, eine moderne, auch für unsere Nachfolger finanzierbare und möglichst kostenneutrale Gesetzesgrundlage zu bekommen, welche sowohl für die Versicherten als auch für den Kanton und die Steuerzahler akzeptabel und zu verantworten ist.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** wird versuchen, trotz der trockenen und komplexen Materie seine Antworten so zu formulieren, dass die bekömmlich sind. – Zuerst zur Zuständigkeit des Regierungsrats. Da haben Sie der Antwort entnehmen können, dass er ja eigentlich nicht zuständig ist für Festsetzung der Verzinsung, und auch nicht verantwortlich ist für die Beschlüsse des Vorstands. Das ist sicher auch im Sinne der AF. Denn es gab ja viele Beispiele aus der Privatwirtschaft, da Firmen auf die PK-Guthaben der Arbeitnehmer zugegriffen haben; und das darf ja eigentlich nicht sein. Es ist bei uns auch nicht der Fall, und deshalb ist die Antwort des Regierungsrats so ausgestaltet, dass der Finanzdirektor als Arbeitgebervertreter im Vorstand der PK keine Weisungen des Regierungsrats erhalten hat, wie er dort abzustimmen hat. Denn schliesslich muss er es ja selber verantworten.
Was die Finanzanlagen oder die Strategie betrifft, möchte der Votant nicht werten, ob das nun sehr risikoreich ist oder nicht. Wichtig ist, dass wenn man einmal eine Strategie festgesetzt hat, diese nicht beim kleinsten Problem wieder zu ändern – und das vielleicht im dümmsten Moment. Wenn man viele Aktien hat, diese, wenn die Kurse tief sind, zu verkaufen, und bei einem Anstieg der Börse die Strategie wieder zu ändern und den Aktienanteil zu erhöhen, und das wieder im dümmsten Moment. Das hat die PK nicht gemacht, sondern ihre Strategie so weiter geführt, wie sie diese mal gefasst hat. Und als die Börse eine Baisse hatte, ist ja der Deckungsgrad bekanntlich von 120 % auf rund 95 % gefallen. Wir haben damals durchgehalten und mit der Erholung am Kapitalmarkt sieht es wieder viel besser aus. Der Deckungsgrad ist Ende Jahr auf 100,7 % gestiegen. Und wie dieses Jahr bis jetzt verlaufen ist, wird der Deckungsgrad wahrscheinlich noch mehr steigen. Der Vorstand teilt natürlich auch die Ansichten, die vorhin geäussert wurden. Es ist sehr darauf hinzuarbeiten, dass die Reserven noch mehr geäufnet werden können und damit die langfristige Sicherheit der Kasse verbessert werden kann.
Zur Finanzstrategie und den 2,5 %, die wir bei der Personalkostenentwicklung als Vorgabe gesetzt haben. Peter Hegglin steht jetzt mitten im Budgetierungsprozess, und das ist sehr schwierig einzuhalten. Wir sind ein Wachstumskanton und halten auch auf der Ertragsseite unsere Vorgaben nicht ein. Wir sind dort wesentlich höher. Das heisst für den Finanzdirektor auch, dass wir die Strategie, die wir 2004 gefasst haben, natürlich auch wieder einmal überarbeiten müssen. Sie hat ja einen Zeithorizont von zehn Jahren. Die aktuell gültige ist von 2004 bis 2010. Es ist sicher spätes-

tens bis in einem Jahr wieder angebracht, eine neue Strategie vorzulegen, die dann von 2006 bis 2016 reichen wird. Wir werden das nicht schon dieses Jahr machen, sondern für das nächste Jahr vorsehen.
Zur Verzinsung. Jede PK hat ja irgendein Vorsorgemodell. Bei uns ist es so, dass wir angenommen haben, dass wir mit einer Verzinsung des Kapitals von 4 % auch eine Lohnentwicklung von 4 % annehmen und mit diesen Faktoren dann zu einem Rentenziel von 57 % des letzten beitragspflichtigen Lohnes kommen. In der Vergangenheit war es so, dass wir immer 4 % verzinst haben. Auch in den sehr guten Jahren nicht mehr. Aber trotz dieser vierprozentigen Verzinsung waren wir höher als die Lohnentwicklung. Weil diese Prozente nicht identisch waren, gab es eine reale Verbesserung des Rentenziels. Wir haben viele Leute, die jetzt mit einem wesentlich höheren Rentenziel verrentet werden als mit den vorgegebenen 57 %. Von der Versichertenseite her ist das sicher zu ihrem Vorteil. Wir haben auch unserem Vorsatz nachgelebt, dass wir die Verzinsung nicht sofort zurücknehmen, weil wir ja auch in guten Jahren nicht höher verzinst haben. Als der Bund den Mindestzinssatz zwei Mal gesenkt hat, sind wir nicht sofort nachgezogen, sondern haben versucht, durchzuhalten mit diesen 4 %. Aber wir mussten das dann trotzdem in zwei Schritten entsprechend der wirtschaftlichen Lage anpassen. Sie sind mit mir wohl einig, dass diese Verzinsung keine politische, sondern eine wirtschaftliche Grösse ist. Wenn am Markt nicht mehr erwirtschaftet werden kann, kann ja die Kasse nicht einfach mehr gutschreiben, sonst würde sie ihre finanzielle Substanz zerstören.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

675 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IM KANTON ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1313.2 – 11720).

Rosemarie **Fähndrich Burger**: «Kein Abschluss ohne Anschluss» – das ist das Ziel, das für unsere Jugend mit voller Kraft zu verfolgen ist. Die Öffentlichkeit erwartet heute zu Recht, dass Politik und Wirtschaft rasch handeln: Handeln gegen die Leere nach der Lehre. – Wir bedanken uns bei der Regierung für die rasche Beantwortung unserer Fragen. Mit der Interpellation geht es uns darum, einerseits durch eine öffentliche Diskussion nach Lösungsansätzen zu suchen. Andererseits mögliche Wege aufzuzeigen, damit die betroffenen jungen Menschen und deren Familien von ihrer äusserst schwierigen Lebenslage befreit werden. Denn jede Person, die arbeiten möchte, sollte auch arbeiten können. Das trifft in besonderem Mass auf die jungen Menschen zu. Es hat sich längst heraus gestellt, dass es sich bei der Jugendarbeitslosigkeit nicht mehr um ein konjunkturelles Problem handelt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist inzwischen ein strukturelles Problem geworden. Wir sind uns bewusst, dass der Kanton Zug im Bereich Brückenangebote und Lehrlingsausbildung Pionierarbeit leistet. Bundesrat Joseph Deiss hat denn auch vor zwei Wochen gesagt, dass Zug für ihn vorbildlich sei, wenn es darum gehe, mit neuen Ideen Lehrstellen zu schaffen. Dank dem Pioniergeist verfüge der Kanton heute über ein erfolgreiches Modell, Lehrstellen zu schaffen. Er wolle, dass das Zuger Beispiel Schule mache.

Trotz des grossen Efforts durch den Kanton Zug sind aber fast 2 % der 16- bis 19-Jährigen bei der Arbeitslosenkasse registriert. Sie absolvieren also keine Ausbildung und gehen auch sonst keiner Arbeit nach. Hier ist aktives Handeln der Politik und der Wirtschaft gefordert. Zusätzlich zu den in der Interpellationsantwort aufgezählten Ausbildungsmodellen liessen sich folgende neuen Ideen verwirklichen:
1. Das Projekt «Mentoring» muss auch in unserem Kanton umgesetzt werden. Mentoring bedeutet, dass Jugendliche auf dem Weg zu einer Lehrstelle und während der Lehre durch Erwachsene im Erwerbsleben, durch Seniorinnen und Senioren oder durch Frühpensionierte begleitet und gecoacht werden.
2. Viele Berufsverbände möchten verbindliche Berufsbildungsfonds in den verschiedenen Branchen schaffen. Dieses Instrument muss nun unbürokratisch rasch eingeführt werden.
3. Ein Bonus-Malus-System im Lehrstellenbereich durch die Schaffung von Branchenfonds sollte umgesetzt werden: Das heisst, nicht ausbildende Betriebe müssen Kosten der Ausbildungsbetriebe mitfinanzieren.
4. Nach wie vor sind wir der Überzeugung, dass auch in der gewerblich-industriellen Ausbildung Basiskurse, analog zum KV, die kleinen Betriebe beim Schaffen von Lehrstellen entlasten könnten.
5. Was die Antwort auf unsere Fragen nach Attestausbildungen, Praktikumsstellen und Motivationssemestern betrifft, erscheinen uns die Aussagen der Regierung leider etwas unverbindlich. Wir fragen uns: Werden die gemachten Aussagen auch wirklich umgesetzt? Wie und wie intensiv wird bei Jugendlichen, Eltern und Lehrbetrieben über die neuen Ausbildungsformen informiert und dafür geworben?
Grundsätzlich muss die Politik die Unternehmen in ihrem Bestreben, Jungendliche auszubilden, stützen – vor allem die kleinen KMUs.
Neben den Jugendlichen, welche keine Ausbildungsmöglichkeit finden, haben in diesen Tagen mehrere hundert junge Menschen im Kanton Zug die Lehrabschlussprüfung bestanden. Bei vielen von ihnen wird sich in die Freude über den erfolgreichen Abschluss bald auch Enttäuschung, Angst, Frustration mischen: Niemand bietet ihnen eine Stelle an – auch nach zahlreichen Bewerbungen nicht. Sie erhalten das Gefühl, nicht gebraucht zu werden. Und das, nachdem man ihnen mindestens zwölf Jahre lang erklärt hat, dass Leistung Erfolg bringe. Nun haben sie geleistet – zwei, drei, vier Jahre, im Betrieb und in der Schule – und sie sollen nun doch nicht gebraucht werden? Hier liegt eine massive soziale Zeitbombe für das ganze Land begraben. Ziel und Grundsatz u.a. aus volkswirtschaftlicher Sicht müssen sein: Zu verhindern, dass Jugendliche aus dem Bildungssystem aussteigen, dass sie bereits erworbene Qualifikationen verlieren und dass sie frustriert feststellen, dass der Arbeitsplatz Zug sie nicht braucht.
Die Prozentmarke der von Erwerbslosigkeit betroffenen 20- bis 24-Jährigen im Kanton Zug wird wohl weiterhin um 5 % herum pendeln. Die hohe Dunkelziffer ist dabei nicht berücksichtigt. Für junge Menschen ist die Erfahrung, für längere Zeit vom Arbeitsprozess ausgeschlossen zu sein, verheerend. Auf gar keinen Fall dürfte es vorkommen, dass junge Menschen ausgesteuert werden und dann auch von der Weiterbildung ausgeschlossen sind. Die langfristigen Kostenfolgen für die Gesellschaft sind hinlänglich bekannt. Und doch waren am 31. Dezember 2004 sage und schreibe 174 junge Erwachsene in der Sozialhilfe des Kantons Zug registriert. Noch bis ins Jahr 2012 drängen geburtenstarke Jahrgänge vermehrt auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Selbst eine konjunkturelle Erholung würde sich nicht innert nützlicher Frist und in ausreichendem Mass auf die verfügbare Stellenzahl auswirken. Diese Hoffnung ist selbst beim seco gering. Die einzige Lösung sind vermehrt gezielte Anstrengungen, damit nicht eine grosse Anzahl von jungen Menschen die schreckli-

che Erfahrung einer Erwerbslosenkarriere machen muss. – Die hinlänglich bekannten Stellenangebote liessen sich problemlos mit neuen Arbeitsmodellen ergänzen:
1. Betriebe werden angehalten, für ihre bisherigen Lernenden Praktika anzubieten oder sie für eine gewisse Zeit im Betrieb weiter zu beschäftigen. Hier hat ja der Kanton bereits Vorbildcharakter. – Diese Option ist in Ordnung, wenn sie keine neuen Ausbildungsplätze verhindert.
2. Die Privatwirtschaft mit jener grossen Mehrheit der Betriebe, die sich nicht an der beruflichen Grundbildung beteiligen, ist gefragt. Sie ist herausgefordert, junge Ausgelernte einzustellen. Konkret könnte das wie folgt aussehen: Im Anschluss an die berufliche Grundausbildung werden Lehrabgängerinnen und -abgänger von besagten Betrieben während eines Jahres zu einem Teilpensum von drei bis vier Tagen pro Woche zum branchenüblichen Grundlohn angestellt. An den ein bis zwei übrigen Tagen werden Weiterbildungsangebote zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit angeboten. Angesichts der noch immer unsicheren konjunkturellen Lage sollen die Betriebe aber nicht für die vollen Lohnkosten aufkommen müssen. Mit dem Pilotartikel der Arbeitslosenversicherung (Art. 75a AVIG) steht eine Mitfinanzierung zur Verfügung, für deren Nutzung sich der Kanton engagieren soll.
3. Neue, flexible Arbeitszeitmodelle könnten aufgegriffen werden. Beispielsweise, dass mit dem Berufseinstieg einer jungen Person der Berufsausstieg einer älteren Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer verknüpft ist. Die ältere Person reduziert ihre Arbeit und übernimmt eine Coaching- oder Mentorenfunktion. Die junge Person profitiert von der Erfahrung und dem Wissensstand des Coachs.
4. In vielen Branchen sind paritätisch verwaltete, oft gut dotierte Bildungsfonds eingerichtet. Die Branchenverbände müssen deshalb nach praktikablen Modellen suchen, mit denen möglichst viele junge Arbeitslose sowohl den Weg ins Beschäftigungs- als auch ins Weiterbildungssystem finden.
Wir fordern die Regierung nachdrücklich auf, zu Handeln gegen die Leere nach der Lehre, damit kein Abschluss ohne Anschluss bleibt.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass das heutige hohe Niveau der Jugendarbeitslosigkeit nicht nur auf konjunkturelle und saisonale Faktoren zurückzuführen ist. Eine bedeutende Rolle spielt die Demographie: Geburtenstarke Jahrgänge werden in den nächsten zehn Jahren auf den Arbeitsmarkt drängen. Es wird sich herausstellen, ob der Pakt mit der Wirtschaft – die Schaffung von Lehrstellen – hält und das duale Bildungssystem Zukunft hat. Jugendarbeitslosigkeit ist für die Betroffenen und ihr Umfeld eine grosse psychische Belastung. Der Wille zur Berufsaubildung oder Berufsausübung ist vorhanden, aber es gibt keinen Platz auf dem Arbeitsmarkt. Dies schafft Frustration, belastet die Eltern, Familie und Freunde. Die Jugendlichen haben keinen klar geregelten Tagsablauf mehr, und es besteht die Gefahr, an den Rand der Gesellschaft abgedrängt zu werden. Werden die jungen, gut ausgebildeten Leute nicht in den Arbeitsmarkt integriert, geht der schweizerischen Volkswirtschaft wertvolles Humankapital verloren. Die Schweiz verliert dadurch auch Innovationskraft. Das duale Berufsbildungssystem lebt von Engagement der Betriebe. Gegen 200'000 Lehrstellen bieten die Unternehmen gegenwärtig an. Trotzdem fehlen Lehrstellen. An der Schnittstelle Schulbildung/Lehrausbildung und Lehrabschluss/Berufseintritt lohnt es sich zu investieren. Gelingt es uns nicht, Jugendlichen eine andere Perspektive zu bieten, als bis zur Pensionierung von der Sozialhilfe abhängig zu sein, entstehen Kosten in ungeahnter Höhe. Das gemeinsame Ziel muss sein, dass jeder arbeitslose Jugendliche an einer arbeitsmarktfördernden Massnahme teilneh-

men kann. Mit der Erweiterung des VAM-eigenen Motivationssemesters «Einstieg in die Berufswelt» von zwei auf drei Klassen macht der Regierungsrat einen Schritt in die richtige Richtung. Auch die Brückenangebote haben ihre Wirkung und sollen beibehalten und wenn notwendig ausgebaut werden. Der Regierungsrat ist im Bereich Jugendarbeitslosigkeit nicht untätig und dem gebührt Anerkennung. Auch wenn es eine Illusion ist, zu glauben, dass für jeden Jugendlichen eine Lösung gefunden werden kann, müssen alle Anstrengungen trotzdem auf dieses Ziel ausgerichtet sein.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

676 INTERPELLATION VON URSULA BIERI BETREFFEND VERANSTALTUNGEN AM HOHEN DONNERSTAG UND KARFREITAG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1340.2 – 11775).

Ursula **Bieri** dankt vorab der Regierung für die schnelle Interpellationsbeantwortung. – In diversen Kreisen, auch in kirchlichen, hat man sich in den letzten Jahren immer wieder daran gestört, dass an hohen Feiertagen, wie zum Beispiel am Karfreitag, kommerzielle Festivitäten, Partys usw. mit dem Segen der Gemeinden durchgeführt wurden. Die Gemeinden ihrerseits gaben auf kritische Anfragen zur Antwort, sie hätten keine Grundlagen in der Hand, solche Anlässe zu verbieten. Der Gemeinderat stellte kürzlich in diese Richtung eine Anfrage an den Regierungsrat und forderte gar eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen. Im Gegensatz zu früheren Zeiten können heute an Feiertagen Sport- und andere Veranstaltungen stattfinden. Das ist auch richtig so. Aber nach Meinung der Votantin – und sie ist da überhaupt nicht alleine – ist es falsch, wenn zum Beispiel am Hohen Donnerstagabend und am Karfreitag keine Einschränkungen mehr vorhanden sind. In anderen Kantonen ist man diesbezüglich viel zurückhaltender.
Es freut sie, dass auch der Regierungsrat der Auffassung ist, dass bei Veranstaltungen an öffentlichen Ruhetagen auf den Sinn des Feiertags Rücksicht genommen werden soll. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die Gemeinden mutig genug sind, interne Regeln aufzustellen und diese den Veranstaltern bekannt zu geben. Das Problem hat in letzter Zeit immer wieder auch darin bestanden, dass Veranstalter im Hinblick auf die Durchführung von Anlässen an entsprechenden Feiertagen alles in die Wege leiteten, also die Räumlichkeiten mieteten, die Bands verpflichteten, das Personal rekrutierten und die Werbung einleiteten. Erst nachher wurde die Behörde um eine Bewilligung angefragt. Dieser Umstand brachte da und dort die Parteien in eine nicht einfache Lage. Insofern ist es sehr wichtig, dass die Gemeinden ihre Bewilligungspraxis überdenken und ihre klaren Regelungen nach aussen hin und vor allem an potentielle Veranstalter mitteilen. – Au Grund der klaren Antwort der Regierung haben nun die Gemeinden die notwendige Grundlage, eben gerade bei kommerziellen Festanlässen am Karfreitag nein zu sagen.

Anna **Lustenberger-Seitz** gibt der Interpellantin und den Mitunterzeichnern der CVP insofern Recht, dass man diese Veranstaltung in Baar in Frage stellen kann. Für sie sind aber mit der Abschaffung der Regelung für die hohen Feiertage ganz generell

Werte verloren gegangen. Sie hätte mit einer Sportveranstaltung genau so Mühe, wie mit einem Bar- und Pub-Festival. Bedenken gegen das Verlieren dieser Werte äusserte sie schon in der Debatte vor zwei und vor vier Jahren zum Ruhetag- und Ladenöffnungsgesetz. Jedoch haben wir vor zwei Jahren nun diese Regelungen abgeschafft. Man müsse das Gesetz den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen, lautete die fast einstimmige Meinung. Das revidierte Gesetz ist erst eineinhalb Jahre alt. Wir machen uns als Parlament unglaubwürdig, wenn wir nun nach so kurzer Zeit wieder diese Regelung der hohen Feiertage teilweise einführen möchten. Zudem glaubt die Votantin ebenfalls, Herr Gemeinderat Paul Langenegger, dass die Gemeinden den Ball in den Händen haben, eine Veranstaltung zu bewilligen oder nicht. Trotzdem, zu bedenken ist, dass gerade die besagte Veranstaltung eben die Ruhe nicht gestört hat, also kann eine Gemeinde sich kaum auf die gesetzliche Bestimmung des Sonn- und Feiertags-Paragraphen berufen. Gespräche sind daher die einzige Lösung. Anna Lustenberger wünscht sich von der Regierung, dass man diese Regelung in den nächsten Jahren im Auge behält und allenfalls später eine Anpassung vornimmt, sollten Gespräche zwischen Veranstalter und Gemeinden nicht die erhoffte Wirkung erzielen.
Zum Schluss noch ein Ausblick. Ende Jahr stimmen die Schweizer Bürgerinnen und Bürger über eine weitergehende Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten am Sonntag ab. Die Gewerkschaften haben dagegen das Referendum ergriffen, aber auch die Schweizerische Bischofskonferenz und der schweizerische katholische Frauenbund sehen den Wert des Sonntags, den Wert der Sonntagsruhe mehr und mehr gefährdet. Kann die Votantin dann im Herbst auch auf die Unterstützung der besorgten Interpellantin und Interpellanten zählen? Wie steht es dann mit der Achtung der religiösen Gefühle, mit der Achtung der Sonntagsruhe? Es würde sie freuen, wenn sich die Unterzeichner der Interpellation dann für den christlichen Wert des Sonntags einsetzen, damit sie nicht nochmals anscheinend bösen Überraschungen in die Augen schauen müssen, wie bei der zweifelhaften Veranstaltung an den Ostertagen.

Alois **Gössi** weist darauf hin, dass bei dieser Interpellation locker 1'800 Franken hätten gespart werden können. Diesen Betrag kostete die Interpellationsantwort des Regierungsrats. Wir im Kantonsrat haben 2002 einer Revision des Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetzes zugestimmt. Unter anderem beschlossen wir § 2 Abs. 1, wo es heisst, dass an öffentlichen Ruhetagen alle Tätigkeiten untersagt werden können, welche die der Sonn- oder Feiertage angemessene Ruhe stören. Eigentlich eine klare Sache, aber nicht für den Gemeinderat Baar. Er fragte deshalb den Regierungsrat an, um eine Handhabe gegen Veranstaltungen an hohen Feiertagen, z.B. am Karfreitag, zu haben. Die Handhabung hat er nun mit § 2 Abs. 1, wie es der Interpellationsantwort zu entnehmen ist. Der Votant macht nicht Ursula Bieri den Vorwurf, dass sie die Interpellation eingereicht hat. Er bedauert es aber, dass der Baarer Gemeinderat nicht in der Lage war, das bestehende Gesetz korrekt zu interpretieren und seine Möglichkeiten auszunutzen.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

677 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 25. August 2005

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

49. SITZUNG: DONNERSTAG, 25. AUGUST 2005

8.30 – 11.20 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

678 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern.

Abwesend sind: Leo Granziol und Kathrin Kündig, beide Zug; Franz Müller, Oberägeri; Thomas Brändle und Martin B. Lehmann, beide Unterägeri; Andreas Hotz und Daniel Grunder, beide Baar; Jacques-Armand Clerc, Risch.

679 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass die letzten Tage von den heftigen Unwettern geprägt waren, welche vor allem in der Zentralschweiz und im Kanton Bern wüteten. Auch unser Kanton, speziell das Ägerital und Walchwil, wurden arg in Mitleidenschaft gezogen. Strassen sind überflutet, nicht mehr begehbar, Keller und Häuser überschwemmt, Hänge ins Rutschen geraten. Schneller Einsatz war gefragt und ist geleistet worden. Feuerwehrleute, Zivilschützer, die Polizei sowie Privatpersonen haben bei dieser Katastrophe enorme Hilfe geleistet und Grosses verrichtet. An dieser Stelle möchte die Kantonsratspräsidentin allen im Einsatz gestandenen und jetzt noch stehenden Personen für ihre Mithilfe einen grossen Dank aussprechen.

Wie Sie aus dem Rücktrittsschreiben und den Medienberichten entnehmen konnten, zieht Lilian Hurschler-Baumgartner in den Kanton Zürich. Sie weilt deshalb heute zum letzten Mal im Rat. Wir wünschen ihr und ihrer Familie an ihrem neuen Wohnort und auf ihrem neuen Lebensweg alles Gute. Für die grosse geleistete Arbeit danken wir ihr von Herzen. Sie war stets eine engagierte, konsequente Politikerin, die sich mit viel Herzblut und jugendlicher Frische für ihre vorwiegend ökologischen Anliegen einsetzte. – Die Ersatzwahl findet am 27. November 2005 statt; ein allfälliger zweiter Wahlgang am 12. Februar 2006.

Andrea Erni hat am 12. August 2005 Markus Hänni geheiratet und heisst neu Andrea Erni Hänni. Wir wünschen unserer Stimmenzählerin auf dem weiteren Lebensweg alles Gute. – Sie wird heute aus beruflichen Gründen erst gegen 10 Uhr eintreffen. Als Ersatz-Stimmenzähler wird Markus Jans vorgeschlagen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

680 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 30. Juni 2005 und 7. Juli 2005.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellung:

3.1. Gesetzesinitiativen "Eine Fremdsprache auf der Primarstufe" und "Kein Abbau beim handwerklichen Gestalten".
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1360.1 – 11790).

4. Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung der kantonalen Mitarbeitenden am Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2004.
2. Lesung (Nr. 1335.6 – 11782).
5. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 29. Januar 1998.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1292.1/.2 – 11627/28) und der Kommission (Nrn. 1292.3/.4 – 11773/74).
6. Interpellation von Franz Müller betreffend Verwendung von Zuger Holz bei der Möblierung des neuen Kantonsratssaals (Nr. 1298.1 – 11637).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1298.2 – 11787).
7. Interpellation von Leo Granziol und Peter Dür betreffend Erhöhung der Überlebenschancen bei Herzstillstand (Nr. 1325.1 – 11696).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1325.2 – 11736).
8. Interpellation von Karl Betschart betreffend Unterkunft von abgewiesenen Asylbewerbern im Kanton Zug (Nr. 1328.1 – 11700).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1328.2 – 11786).
9. Interpellation der SP-Fraktion und der Alternativen Fraktion betreffend Arbeit der kantonalen tripartiten Kommission (Nr. 1347.1 – 11758).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1347.2 – 11777).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Leo Granziol den Antrag stellt, Ziff. 7 wegen beruflicher Abwesenheit von der Traktandenliste abzusetzen. Der Regierungsrat beantragt, das Geschäft zu behandeln. Die Kantonsratspräsidentin teilt diese Auffassung, weil dieses Geschäft bereits einmal wegen beruflicher Abwesenheit von Leo Granziol verschoben worden ist und Peter Dür als Mitinterpellant heute anwesend ist. Zudem handelt es sich um ein wichtiges gesundheitspolitisches Geschäft, das rasch zu behandeln ist. Demnach bleibt die Traktandenliste unverändert.

681 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 30. Juni und 7. Juli 2005 werden genehmigt.

682 MOTION DER SVP-FRAKTION BETREFFEND ÄNDERUNG DES PERSONALGESETZES (MUTTERSCHAFTSURLAUB)

Die **SVP-Fraktion** hat am 30. Juni 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1356.1 – 11783 enthalten sind.

Markus **Jans** erinnert daran, dass die Mutterschaftsversicherung am 26. September 2004 vor das Volk kam und mit 55,4 % angenommen wurde. Die SVP war damals gegen die Mutterschafts-Versicherung, unter anderem mit der Begründung, dass für alle sozialpolitischen «Sündenfälle» das Schweizer Volk zur Kasse gebeten werde. Die Zuger SVP scheint die eidgenössische Niederlage noch nicht verdaut zu haben. Wie sonst kommt eine Partei auf eine so kleinkarierte Idee, die etwas besser gestellten kantonalen Angestellten bei der Mutterschaftsversicherung zurückzustufen. Solange die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in der Gesellschaft immer noch nicht der Realität entspricht, ist eine solche Motion völlig deplaziert. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass diese Motion eine reine Zwängerei der SVP ist und unnötige Kosten verursacht, die besser für eine werdende Mutter mit finanziellen Problemen eingesetzt werden sollte. Die SP-Fraktion hält trotz grosser Bedenken an ihrer liberalen Praxis fest und wird einer Überweisung der Motion an den Regierungsrat zustimmen. Die SP-Fraktion erwartet von der Regierung, dass diese frauenfeindliche Motion möglichst schnell und mit klaren ablehnenden Worten beantwortet wird.

Margrit **Landtwing** plädiert in Anlehnung an das eben gehörte Votum für Nichtüberweisung dieser Motion.

Felix **Häcki** hält fest, dass die SVP-Fraktion diese Motion nicht einfach aus Kleinlichkeit eingereicht hat. Er möchte daran erinnern, wie seinerzeit im Rat diskutiert wurde. Man hat damals gemeint, es kämen allgemein 16 Wochen. Es sind dann halt weniger geworden. Man hat gesagt, man müsse sich an die eidgenössischen Bestimmungen anlehnen und darum den Mutterschaftsurlaub erhöhen. Später kam dann heraus, dass es allgemein nur 14 Wochen sind. Und wie damals von linker Ratsseite verlangt, wollen wir das jetzt den eidgenössischen Bestimmungen anpassen. Was die Kleinlichkeit gegenüber werdenden Müttern anbetrifft: Es geht gar nicht um werdende Mütter, sondern um solche, die schon Mütter sind. Und die Mütter, welche beim Kanton arbeiten, sind nicht am verhungern.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass die AF – unabhängig vom Sinn oder Unsinn der Motion – für Überweisung ist. Er ist jetzt nicht bereit, materiell darauf einzutreten, schon gar nicht nach dem Votum von Felix Häcki. Die Regierung wird in ihrer Antwort schon aufzeigen, dass es nicht sinnvoll ist, die erst sechs Jahre alte Regelung bereits jetzt wieder zu revidieren.

➔ Der Rat beschliesst mit 44 : 16 Stimmen, die Motion zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweisen.

683 MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND KULTURBEITRAG AN KLEINE KULTURINSTITUTIONEN IN DEN KANTONEN ZÜRICH UND LUZERN

Die **Alternative Fraktion** hat am 11. Juli 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1359. 1 – 11789 enthalten sind.

Andrea **Hodel** stellt im Namen von FDP- und SVP-Fraktion den Antrag, diese Motion nicht zu überweisen. Nicht nur, dass die FDP diese Unterstützung nicht will, die Begründung liegt auch vor und es bedarf keiner weiteren Abklärungen mehr durch den Regierungsrat, sodass wir uns diesen Aufwand sparen können. – Der Regierungsrat hat in einem Beschluss von 1998 entschieden, dass ausserkantonale kulturelle Institutionen nur dann unterstützt werden, wenn diese im Kanton Zug nicht angeboten werden, ein eigenes Haus mit eigenem professionellen Ensemble führen und für die Zuger Bevölkerung nachweislich von Interesse sind. Diese Voraussetzungen sind bei Kultureinrichtungen wie beispielsweise der Roten Fabrik, der Schüür, Boa oder Sedel in Luzern nicht gegeben. Wir selber haben solche Institutionen, die von uns unterstützt werden, man denke an die Chollerhalle, die Galvanik, das Podium 41 oder die Gewürzmühle. Bereits heute unterstützen wir die Kantone Zürich und Luzern mit je 500'000 Franken pro Jahr. Es obliegt dem Kanton Zürich, wie und wen er mit diesem Beitrag unterstützt. Es trifft also nicht zu, dass solche Kleinangebote und Nischenkultureinrichtungen nicht unterstützt werden. Weiter haben wir an der letzten Sitzung eingehend darüber diskutiert und beschlossen, dass wir keine weiteren Unterstützungen leisten, bis nicht die Auswirkungen und das Inkrafttreten der NFA definitiv bekannt sind. Selbst nach deren Inkrafttreten geht es nur darum, kulturelle Lasten auszugleichen, die der Kanton Zug selber nicht führt. Es wurde eben gesagt, dass dies bei den von den Alternativen zur zusätzlichen Förderung empfohlenen kulturellen Angeboten nicht der Fall ist. Schliesslich hat der Kantonsrat an der letzten Sitzung ebenfalls beschlossen, dass eine Unterstützung nur in Betracht kommt, wenn sich auch weitere Kantone, wie beispielsweise Aargau, Nidwalden, Thurgau, Glarus usw. ebenfalls beteiligen. Auch diese Voraussetzungen sind heute nicht gegeben. Die Votantin ersucht den Rat deshalb im Namen der FDP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** glaubt, dass der Rat den Standpunkt der AF von der Juni-Debatte her kennt. Daher macht es keinen Sinn, jetzt nochmals inhaltlich auf die Anliegen der Motion einzugehen. Wir möchten das nach der Beantwortung durch die Regierung tun können. In diesem Sinn bittet die Votantin den Rat, die Motion zu überweisen.

➔ Der Rat beschliesst mit 51 : 16 Stimmen, die Motion nicht zu überweisen.

684 POSTULAT VON MALAIKA HUG BETREFFEND EINER VOLLAMTLICHEN JUGENDANWALTSCHAFT

Malaika **Hug**, Baar, sowie 16 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 30. Juni 2005 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1357.1 – 11784 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an das Obergericht überwiesen.

685 INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND MASSNAHMEN FÜR DIE GLEICHZEITIGE FERTIGSTELLUNG DES 6-SPURAUSBAUS DES AUTOBAHN-TEILSTÜCKS A4 ZWISCHEN BLEGI UND RÜTIHOF UND DER A4 DURCH DAS KNONAUERAMT

Die **CVP-Fraktion** hat am 5. Juni 2005 die in der Vorlage Nr. 1355.1 – 11776 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

686 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND ZUKUNFT DER ESEC AG CHAM

Die **Alternative Fraktion** hat am 30. Juni 2005 die in der Vorlage Nr. 1358.1 – 11785 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte vor der Beantwortung der Fragen einige Vorbemerkungen machen. – Die kantonalen Behörden haben die verschiedenen Phasen der Entwicklung der Esec AG in den letzten Jahren stets mit Aufmerksamkeit beobachtet, da es sich bei der Unternehmung um einen der grossen und wichtigen Arbeitgeber der Region handelt. Der Kontakt zum seinerzeitigen Gründer und Mehrheitsaktionär und zu den Geschäftsführungen wurde stets aktiv gepflegt. Dies war auch der Fall, als die Esec AG nach dem Kauf durch Unaxis 2003 die rechtliche Selbstständigkeit verlor und als gewichtiger Teil in die Division Semiconductor der neuen Muttergesellschaft eingegliedert wurde. Die damalig vermeintlich guten wirtschaftlichen Aussichten im Halbleitermarkt kehrten wider Erwarten der Käuferin schnell und anhaltend ins Negative. Im Spätherbst 2004 handelte die Führung der Unaxis und machte die in der Interpellation angesprochene Strategie am 30. November 2004 publik.
Kurz gefasst sollten die zwei Produktegruppen «Wire Bonder» und «Die Bonding» in zwei Etappen nach Singapur ausgelagert und damit in Cham rund 330 Arbeitsplätze schrittweise bis Anfang 2008 abgebaut werden. Forschung und Entwicklung sowie

Vertrieb und andere Funktionen ausserhalb der reinen Produktion und der klassischen Weiterentwicklung der bestehenden Produkte sollten weiterhin in Cham bleiben. Die angekündigte, gestaffelte Reduktion der Stellen kommt einer Massenentlassung im Sinne von Art. 335d ff. OR gleich, die für den Kanton Zug ungewöhnlich und massiv ist. Deshalb führte in den Monaten Dezember 2004 und Januar 2005 der Leiter des Amts für Wirtschaft und Arbeit Gespräche einerseits mit der damaligen Geschäftsleitung der Unaxis und den Verantwortlichen vor Ort in Cham sowie andererseits mit Gewerkschaftsvertretern, welche nach deren Angaben das Mandat von rund 200 Mitarbeitenden hatten. Als die Verhandlungen der Sozialpartner bei Esec AG ins Stocken gerieten, bot der Kanton seine Dienste als Vermittler an. Eine betriebsinterne Belegschaftsvertretung gab es nicht.
In der folgenden Zeit wurde die Auslagerung des «Wire Bonders» gestartet. Als Konzession an die Belegschaft sollte dieser Transfer gemeinsam mit der Geschäftsführung begleitet werden, um die Erfahrungen für den später folgenden Transfer der «Die Bonding»-Produktion ins Ausland nutzen zu können und – so die Hoffnung der Belegschaft – nicht im vollen Umfang durchführen zu müssen. Gleichzeitig begann eine firmeninterne Arbeitsgruppe unter der Leitung von Kenneth T. Barry, die Organisation in Cham zu durchleuchten. Der Sozialplan und der Aufbau einer betriebsinternen Belegschaftsvertetung blieben Gegenstand weiterer Diskussionen zwischen der Belegschaft und deren Vertreter einerseits und der Geschäftsführung andererseits. Während der vor allem rechtlich unsicheren Situation vor und nach der ordentlichen Generalversammlung der Unaxis vom 26. April 2005 und der Phase vor der definitiven Übernahme der Mehrheit der Aktien durch die österreichische Beteiligungsgesellschaft Victory waren zukunftsweisende Diskussionen der Behörden mit der Unternehmung über das alltägliche Geschäft hinaus kaum möglich.
Diese Situation hat sich nun grundlegend geändert. Seit der Einreichung der Interpellation sind nicht nur der neue Verwaltungsrat und der neue CEO bekannt, sondern nun auch die ganze Geschäftsführung auf Konzernebene und vor Ort in Cham. Der neue CEO, Thomas Limberger, hat die Geschäftsführung ab 2. August 2005 übernommen, welche bis dahin noch vom bisherigen CEO, Harald Eggers, wahrgenommen wurde. – Nun zu den Fragen.
1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Zukunft der Firma Esec am Standort Cham nach der Übernahme der Muttergesellschaft Unaxis durch die österreichische Victory?
Die momentane Situation ist nicht eindeutig einschätzbar, da insbesondere die Entwicklung des globalen Halbleitermarktes während der nächsten Jahre entscheidend für den Erfolg von Esec sein wird. Entsprechende Prognosen werden beinahe im Monatsrhythmus angepasst. Offen ist auch, wie sich die bisherigen Produkte der Esec und deren Weiterentwicklungen am Markt halten oder etablieren können. Die Marktbeurteilung ist die Kernkompetenz des Investors und kann nicht von behördlicher Seite vorgenommen oder gar beeinflusst werden. Der Regierungsrat ist aber überzeugt, dass – sollte der Markt die Auslagerung der Produktion einer oder beider Produktegruppen nach Asien verlangen – der Standort Cham für Forschung und Entwicklung neuartiger Produkte sowie den Vertrieb und alle anderen Funktionen eines Headquarters nach wie vor konkurrenzfähig wäre.
2. Ist der Regierungsrat in Kontakt mit den neuen Eigentümern, dem neuen Verwaltungsrat und der neuen Geschäftsleitung?
Ein Treffen der Volkswirtschaftsdirektion mit dem neuen CEO Thomas Limberger ist in den nächsten Wochen geplant. Bereits fand am 4. August 2005 ein Treffen mit dem neu ernannten Chief Operating Officer und Geschäftsleitungsmitglied Kenneth T. Barry statt. Dieser durchleuchtet seit einem halben Jahr die Organisation der

Esec und gestaltet diese neu. Anwesend war auch Kurt Trippacher, der neu für Esec vor Ort in Cham verantwortlich ist. Er arbeitete ab 1993 bei der damaligen Landis & Gyr, wechselte zwischenzeitlich zur ABB, um dann vor über einem Jahr zu Unaxis in Balzers zu stossen. Er wohnt in Steinhausen. Der Corporate Secretary, Dr. Beat Baumgartner, sowie der Head of Corporate Communications, Nicolas Weidmann, ergänzten die Vertretung der Unaxis.
3. Wenn ja, was haben diese Kontakte bis jetzt gebracht?
In dieser ersten Phase ist es wichtig, dass die Kontakte mit den neuen Verantwortlichen geknüpft werden und dass die Zusammenarbeit auch mit der neuen Crew möglichst auf den Zuger Standard der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Wirtschaft und Behörden gebracht wird.
4. Hat der Regierungsrat von den neuen Eigentümern Zusagen zum Esec-Standort Cham erhalten? Wenn ja, wie sehen diese aus (Anzahl Arbeitsplätze, etc.)?
Da wir bisher von der obersten Führungscrew einzig mit Kenneth T. Barry direkte Kontakte hatten, der vertiefte Einsicht in das Halbleitergeschäft der Unaxis hat, können mögliche Antworten nur gestützt auf das erwähnte Gespräch mit ihm gemacht werden. Daraus wurde deutlich, dass die am 30. November 2004 publik gemachte Strategie fortgesetzt wird. Dies trifft ohne Abstriche auf die erste Produktegruppe «Wire Bonder» zu. Einzelne Funktionen hingegen, welche in der ursprünglichen Strategie für eine Verschiebung nach Asien vorgesehen waren, verbleiben vorerst am Standort Cham. Die neue «Die Attach» (Die Bonding) Plattform verbleibt bis zu ihrer Stabilisierung in Cham. Generell gilt aber, dass Wachstum und Profitabilität sowie die erfolgreiche Einführung künftiger Produkte-Generationen von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung der Division ist. Diese Unsicherheiten lassen zurzeit keine konkreten, über die bisherige Strategie hinausgehenden Aussagen betreffend Anzahl Arbeitsplätze in Cham zu. Die Verpflichtung der Führung liegt nach Aussage des Vertreters der Esec in der Sicherstellung einer nachhaltig profitablen Unternehmung. Sämtliche strategischen und operativen Entscheide werden auf die Erreichung dieses Ziels ausgerichtet.
5. *Ist der Regierungsrat in Kontakt mit den involvierten Gewerkschaften und Angestellten-Verbänden und der Personalkommission der Esec?*
Der Kontakt zu den Gewerkschaften besteht seit Dezember 2004 und wird seither gegenseitig bei Bedarf wahrgenommen. Eine Personalkommission der Esec ist im Aufbau, aber bis heute nicht formiert.
Die Beantwortung dieser Interpellation kostete 1'500 Franken.

Christian **Siegwart** möchte dem Volkswirtschaftsdirektor im Namen der AF für die rasche Beantwortung der Interpellation danken. Schnelle Informationen sind wichtig – nicht nur für uns Kantonsräte und Kantonsrätinnen, sondern vor allem für die über 300 Beschäftigten der Esec, deren Stellen in den nächsten Jahren nach Südostasien ausgelagert werden. Für die über 300 Frauen und Männer, deren Arbeitsplätze real in Gefahr sind. Der Volkswirtschaftsdirektor hat in seinen Vorbemerkungen mit Recht gesagt, die gestaffelte Reduktion der Stellen komme einer «Massenentlassung» gleich, die für den Kanton ungewöhnlich und massiv sei. Umso erstaunter nimmt die AF dann aus der Interpellations-Antwort zur Kenntnis, dass der Kontakt mit den Gewerkschaften nur «bei Bedarf» wahrgenommen werde. Herr Volkswirtschaftsdirektor: Bei einer Massenentlassung (auch wenn sie sich über Jahre hinzieht) ist der Bedarf gegeben: Gefragt ist ein permanenter Kontakt mit den Gewerkschaften, welche die Esec-Mitarbeitenden vertreten. Die von der Volkswirtschafts-

direktion gepredigte partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Wirtschaft schliesst die Gewerkschaften unbedingt mit ein.
Die Volkswirtschaftsdirektion klammert sich an die veröffentlichte Strategie der Unaxis aus dem Jahre 2004: Forschung und Entwicklung, Vertrieb und andere Funktionen ausserhalb der Produktion würden in Cham verbleiben. Ist das angesichts der neuen Eigentümerverhältnisse nicht etwas blauäugig? Erst letzte Woche hat die Unaxis das Halbjahresergebnis 2005 veröffentlicht: Ein Verlust in dreistelliger Millionenhöhe. Der neue Konzernchef Thomas Limburger hat klar gesagt, jetzt müssten die Kosten radikal gesenkt werden – auch und vor allem bei der Esec. Der Druck auf der neuen Konzernleitung ist gewaltig, denn die neuen Eigentümer aus Österreich wollen möglichst schnell Gewinne sehen. Die AF erwartet deshalb, dass der Regierungsrat beim bevorstehenden Gespräch mit dem neuen Konzernchef alle Fragen vorbringt und klare Antworten verlangt: Welche Stellen werden wann verlagert? Wird das Kostensenkungsprogramm zu weiterem Stellenabbau in Cham führen? Sind Forschung und Entwicklung in Cham gesichert, wenn ja bis wann?
Die Esec hat in den letzten Jahren vom wirtschaftsfreundlichen Klima in unseren Kanton profitiert – von den tiefen Steuern bis zu den sehr guten Infrastrukturvoraussetzungen in den Bereichen Verkehr, Schule, Landschaft etc. Es ist an der Zeit – und das meint die AF ganz generell–, dass der Steuerzahler, der diese Vorleistungen ja schliesslich bezahlt, Anspruch auf Gegenleistungen der profitierenden Unternehmen hat. Beispielsweise indem Rahmenverträge mit den Unternehmen geschlossen werden – über die Zahl der langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze etwa. Wirtschaftsförderung muss mehr sein als nur staatliches Geben. Es gibt schon jetzt die Tendenz, dass Unternehmen ihre Standorte immer wieder verlagern, immer wieder an den nächst günstigeren Ort ziehen, wo die Löhne noch etwas tiefer und die Umweltauflagen zu vernachlässigen sind, wo noch etwas mehr staatliche Subventionen herauszuholen sind. Wirtschaftsförderung ja – aber mit schriftlichen Zusagen der Unternehmen. In diese Richtung muss gedacht und gehandelt werden, wenn der Staat und dessen Leistungen nicht einfach zum Spielball der kurzfristigen Gewinnmaximierung werden will.

Hans Peter **Schlumpf** möchte zur Interpellation und ihrer Beantwortung einige Anmerkungen von Seite der FDP-Fraktion machen. – Dass die Esec zwar eine Chamer Postadresse hat, im Übrigen jedoch in der Gemeinde Steinhausen liegt und domiziliert ist, sei als Korrektur nur am Rande vermerkt. Die Antwort der Regierung auf die Interpellation zeugt von Kompetenz und Verantwortungsbewusstsein, und sie bestätigt wiederum, das wir in unserer Volkswirtschaftsdirektion Kaderleute haben, die nicht nur von Wirtschaft etwas verstehen, sondern auch aktiv mit der Wirtschaft den Kontakt suchen und pflegen. Als jemand, der in der zugerischen Wirtschaft in verschiedenen Funktionen engagiert ist, kann der Votant dies nur bestätigen.
Die Sorge um die Arbeitsplätze und noch mehr um die industrielle Kompetenz (das eine bedingt das andere) im Kanton Zug teilen wir natürlich mit den Interpellanten. Falls diese jedoch der Ansicht sind, die Regierung und die öffentliche Hand könnten und müssten einen wesentlichen Einfluss auf unternehmenspolitische Entscheide einer Firma oder Unternehmensgruppe nehmen, so wäre dies doch eher eine blauäugige Auffassung und widerspräche dem Prinzip einer freien Marktwirtschaft diametral. Die Regierung hat, zusammen mit dem Parlament, ohne Zweifel die Aufgabe, im Kanton Zug für attraktive Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten zu sorgen und diese zu erhalten. Dass dies – auch im Vergleich mit der restlichen Schweiz und mit dem europäischen Ausland – gut gemacht wird, kann angesichts

eines jährlichen Netto-Zuzugs von um die tausend Firmen nicht bestritten werden. Selbst für industrielle Aktivitäten – sofern es sich nicht grad um Grossindustrie handelt – ist Zug kein schlechter Standort. Was aber niemand verhindern kann, ist die globale Verschiebung wirtschaftlicher Aktivitäten nach Osten und in den Fernen Osten für die nähere und weitere Zukunft. Zu gross sind dort die ungesättigten Märkte, die Nachfrage, die günstigen und willigen Arbeitskräfte und zunehmend auch das Wissen und Know-how, als dass wir dagegen substantiell punkten können. In diesem Zusammenhang erachten wir selbst die Einschätzung der Regierung als eher zu optimistisch, dass auch nach einer Verlagerung der Produktion nach Asien die Schweiz ein guter Standort u.a. für Forschung und Entwicklung bleiben würde. Die Erfahrung zeigt eher etwas anderes: Dort, wo die Anwendung ist, wandern über kurz oder lang auch Forschung und Entwicklung hin!
Karl Niklaus hat vor fast 40 Jahren einen visionären und wegweisenden Entscheid getroffen, als er daran ging, eine European Semiconductor Equipment Corporation (wofür ja Esec die Abkürzung ist) als Gegengewicht zur damaligen amerikanischen Dominanz aufzubauen. Er hat mit seiner Firma dazu beigetragen, dass sich Zug während einiger Jahrzehnte als fast so etwas wie ein High-Tech-Standort rühmen konnte. Davon ist leider nicht mehr viel übrig geblieben. Wohin die Esec und ihre Mutter Unaxis steuern, ist im Moment schwieriger denn je abzuschätzen. Tatsache bleibt aber, dass sie in die Besitzerhände, in denen sie jetzt ist, nur gelangen konnte, weil sie schon seit Jahren dahindümpelte, chronisch hohe Verluste produzierte, unter einem eigentlichen Führungsvakuum litt (bei Esec wechselten in den letzen Jahren die verantwortlichen Figuren etwa alle sechs Monate) und keine überzeugende industrielle Strategie und Umsetzung verfolgte. Tatsache ist auch, dass sich die bisherigen Besitzer von ihrem Engagement trennen wollten und dass ein Käufer vorhanden war. So funktioniert eine freie Wirtschaft eben!
Für den Kanton Zug und die Zentralschweiz als ganzes ist zwar keine Dramatisierung angesagt, aber auch keine Euphorie. Wir haben zwar auf Stufe Zulieferer – gerade in der mechanischen Fertigung – ein noch immer extrem hohes Niveau. Auch Esec war und ist Arbeitgeber für Dutzende von kleinen Zulieferbetrieben in der Zentralschweiz. Der beschäftigungsmässige Aderlass durch eine Produktionsverlagerung nach Asien wird sich daher weit über die eigentliche Firma hinaus auswirken. Erheblich wird auch die Auswirkung auf die Lehrlingsausbildung sein. Wollen wir weiterhin High-Tech-Firmen hier halten und hierhin anziehen, dann kommt der Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Know-how-Trägern eine Schlüsselstellung zu. In den Gebieten Automatiker, Elektroniker und ähnlichen Berufen haben wir jedoch nicht mehr allzu viele Ausbildungsplätze anzubieten. Dies gibt vor allem Anlass zur Sorge.
Die Regierung tut natürlich gut daran, diesen Fragen und der Pflege industrieller Aktivitäten generell hohe Beachtung zu schenken. Hauptsächlich sind aber visionäre Unternehmer und Unternehmerinnen gesucht, die entscheiden, ob wir in Zug und in der Schweiz ein Standort mit substantiellem industriellem Know-how und industrieller Applikation bleiben werden oder ob die Verlagerung inklusive Braindrain nach Asien anhält. Angesichts des im allgemeinen eher behäbigen Besitzstandsdenken in diesem Land, angesichts des hohen Lohn- und Kostenniveaus, angesichts der mehrheitlich eher geringen Flexibilität und Mobilität und angesichts der anhaltenden globalen Verlagerung von Marktnachfragepotential fällt es allerdings nicht leicht, einen überschäumenden Optimismus auszustrahlen.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte sich nur kurz gegen den Vorwurf von Christian Siegwart wehren, die VD pflege zu wenig intensiven Kontakt mit den

Gewerkschaften. Wie schon in der Antwort festgehalten, wurde der Kontakt zu den Gewerkschaften seitens der VD schon im Dezember 2004 aufgenommen und seither auch gepflegt. Kontakte finden immer dann statt, wenn sie gewünscht werden von der Gewerkschaft Unia oder der VD. Der letzte telefonische Kontakt unseres Leiters des Amts für Wirtschaft und Arbeit und André Veya, dem Gewerkschaftsvertreter der Unia Zentralschweiz, der für die Esec zuständig ist, hat am 11. August stattgefunden. Damals hat André Veya ausdrücklich gesagt, dass im Moment mangels fehlender Informationen seitens der Unternehmung kein Treffen zwischen Gewerkschaft und VD notwendig und sinnvoll sei. Weiter hat er bei diesem Gespräch ausdrücklich erklärt, dass er es begrüsse, dass Kenneth T. Barry zum neuen COO ernannt wurde, weil dieser die Situation in Cham schon seit einem halben Jahr analysiert habe und auch von der Gewerkschaft als guter Kenner des Halbleitermarkts anerkannt sei und als vertrauenswürdiger Partner akzeptiert werde. Das ist nach Meinung des Volkswirtschaftsdirektors eine gute Situation. Es ist nicht möglich, sich auf Arbeitsplätze festzulegen, sondern die Entwicklung des Marktes muss weiter verfolgt werden. Das macht Kenneth T. Barry, und wir sind insofern eigentlich zuversichtlich, dass die Situation mit der Übernahme der Aktien durch den neuen Investor nicht schlechter geworden ist als vorher.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

687 INTERPELLATION VON MONIKA BARMET, KARL KÜNZLE, KARL NUSSBAUMER UND BRUNO PEZZATTI BETREFFEND STANDORTPLANUNG FÜR DIE KANTONALE MITTELSCHULE/SEKUNDARSTUFE II AB 2013

Monika **Barmet**, Karl **Künzle**, Karl **Nussbaumer** und Bruno **Pezzatti**, alle Menzingen, sowie 15 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 2. August 2005 die in der Vorlage Nr. 1362.1 – 11792 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

688 INTERPELLATION VON BENI LANGENEGGER, MORITZ SCHMID UND BEAT STOCKER BETREFFEND BÜRGERGEMEINDEN

Beni **Langenegger**, Baar, Moritz **Schmid**, Walchwil, und Beat **Stocker**, Zug, haben am 12. August 2005 die in der Vorlage Nr. 1363.1 – 11794 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sieben Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

689 GESETZESINITIATIVEN «EINE FREMDSPRACHE AUF DER PRIMARSTUFE» UND «KEIN ABBAU BEIM HANDWERKLICHEN GESTALTEN»

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1360.1 – 11790).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Margrit Landtwing, Cham, ***Präsidentin***	*CVP*
1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
3.	Beatrice Gaier, Tellenmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	CVP
4.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
5.	Malaika Hug, Flurstrasse 14, 6340 Baar	SP
6.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
7.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
8.	Beni Langenegger, Inwilerstrasse 30, 6340 Baar	SVP
9.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
10.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
11.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
12.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
13.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
14.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
15.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

690 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BETEILIGUNG DER KANTONALEN MITARBEITENDEN AM ERTRAGSÜBERSCHUSS DER LAUFENDEN RECHNUNG 2004

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. Juni 2005 (Ziff. 645) ist in der Vorlage Nr. 1335.6 – 11782 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 49 : 11 Stimmen zu.

691 ÄNDERUNG DES EINFÜHRUNGSGESETZES ZUM BUNDESGESETZ ÜBER DEN UMWELTSCHUTZ

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1292.1/.2 – 11627/28) und der Kommission (Nrn. 1292.3/.4 – 11773/74).

Käty **Hofer** hält fest, dass die Kommission diese Vorlage ausführlich und sehr kontrovers diskutiert hat. Sie beantragt Eintreten auf die Vorlage – aber mit wesentlichen

Änderungen gegenüber der Vorlage des Regierungsrats. Die Details finden Sie ausführlich im Bericht, die Kommissionspräsidentin beschränkt sich hier auf die Hauptpunkte.
1. Der Massnahmenplan Luft. Die Kommission ist ganz klar der Meinung, dass die Kompetenz zur Erlassung dieses Massnahmenplans beim Kantonsrat sein müsse. Es ist ein behördenverbindlicher Plan, genau wie der Richtplan. Dieser wird auch im Kantonsrat erlassen. Die Kommission findet es nötig, diese beiden Pläne gleichzustellen. Gleichzeitig wird der Massnahmenplan Luft durch die Verabschiedung durch den Kantonsrat auch ein höheres Gewicht erhalten.
2. Die Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr. Die Regierung schlägt vor, den Muss-Paragraphen, der jetzt im Gesetz gültig ist, abzuändern zu einer Kann-Klausel. Die Kommission geht hier einen Schritt weiter. Falls solche Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr nötig werden sollten, müsste die Kompetenz hier auch beim Kantonsrat liegen. Eine Rechtsgrundlage im EG USG ist auf Grund dieser Ausgangslage nicht nötig. Wir beantragen deshalb, § 12 Abs. 2 Bst. a zu streichen. Falls die Gemeinden Bedarf haben für solche Regelungen, können sie diese in ihre Parkierungsreglemente aufnehmen. Das liegt in der Kompetenz der Gemeinden. Falls gemeinsame Lösungen für mehrere Gemeinden erstrebenswert erscheinen, können sie sich zusammen tun und über einen Vorstoss im Kantonsrat solche Regelungen mit einer Motion veranlassen. – Die Kommission hat hier noch einen Eventualantrag. Dazu wird sich Käty Hofer zu gegebener Zeit äussern, falls das aktuell wird. Sie dankt dem Rat, wenn er auf die Vorlage eintritt.

Anna **Lustenberger-Seitz** erinnert daran, dass der Regierungsrat gemäss Auftrag des Parlaments einen Massnahmenplan Luftreinhaltung erarbeitete und einen Verordnungsentwurf «Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr» in die Vernehmlassung gab. Alles konkrete Schritte für eine bessere Luft in diesem Kanton, um Sorge für die Menschen und die Natur zu tragen. Und jetzt beginnt sich das Rad zu drehen, und zwar rückwärts. Auf einmal fühlen sich viele in ihrer persönlichen Mobilität bedrängt, man sieht Einschränkungen für die Wirtschaft, sieht das Wachstum des Kantons in Gefahr. Die Gesundheit für Mensch, Tier und Pflanzen, die vor ein paar Jahren dem Parlament noch wichtig war, spielt nun plötzlich keine Rolle mehr.
Nur so ist es zu erklären, dass von den 25 Vernehmlassungen 22 negativ auf Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr reagiert haben. Oder waren es andere Gründe, welche sogar die FDP veranlasst hat, eine Motion einzureichen mit der Forderung, dass der Massnahmenplan Luft nicht nur vom Regierungsrat verabschiedet werden soll, sondern dem Kantonsrat zur Genehmigung vorgelegt werden muss? Nicht nur das, die Regierung soll keine Kompetenz mehr haben, Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr zu erlassen. Man wirft ihr vor, die vorgeschlagenen Massnahmen hätten massive volkswirtschaftliche, finanzielle und personelle Auswirkungen. Und jetzt geht die grosse Mehrheit der vorberatenden Kommission noch weiter: Nicht der Regierungsrat soll den Massnahmenplan beschliessen, sondern der Kantonsrat. Das heisst also, die von der Regierung – zusammen mit den anderen Innerschweizer Kantonen – ausgearbeiteten Massnahmen können vom Kantonsrat je nach Lust und Laune noch geändert werden. Können nach Lust und Laune bis zur Wirkungslosigkeit abgeschwächt werden.
Da macht die AF nicht mit. Denn die Frage, ob bei diesen Änderungen des Einführungsgesetzes die Luft besser wird, wurde nie diskutiert. Auch in der Kommission nicht. Oder haben Sie wirklich die Überzeugung, mit diesen Änderungen werde die Luft in unserem Kanton besser? Und das ist doch das Kernanliegen des Gesetzes.

Wir sind für Nichteintreten auf die Vorlage, und zwar aus folgenden Gründen:
1. Gemäss Jahresbericht des Amts für Umweltschutz wurden Verbesserungen der Luftqualität zwar erreicht, aber das ist schon alles. Der Name «gute, saubere Luft» kann immer noch nicht gegeben werden. Unser Kanton wird wachsen, das Verkehrsaufkommen wird zunehmen und die Luftqualität gleichzeitig abnehmen, wenn wir nicht mehr Anstrengungen unternehmen, die Luftqualität zu verbessern. Wir fordern daher die Regierung auf, sich weiterhin für Vorschriften beim ruhenden Verkehr einzusetzen und auszuarbeiten, welche zur Luftreinhaltung beitragen, und zwar nicht erst, wenn die Gemeinden dazu das Bedürfnis haben. Herr Uttinger, wann ist denn eine Wachstumsbeschränkung des Individualverkehrs aus Gründen der Luftreinhaltung opportun, wenn nicht jetzt? Wollen Sie wirklich zusammen mit den Gemeinden warten, bis uns förmlich die Luft ausgeht? Bis eine Naturkatastrophe nach der anderen hereinbricht?
2. Die Alternativen wollen, dass weiterhin der Regierungsrat Massnahmen zur Luftreinhaltung erlassen kann, so lautet der Auftrag des Parlaments im Jahr 1998. Denn beim Thema Umwelt wird auch in Zukunft der Regierungsrat sich eher zu Gunsten der Umwelt einsetzen als der Kantonsrat. Und das ist doch das Ziel eines wirksamen Umweltschutzgesetzes. Die ganze Planung wird doch massiv behindert und erschwert, wenn zuerst jede Massnahme vom Parlament abgesegnet muss, dabei sogar noch verändert werden kann. Es erstaunt uns schon sehr, dass die gleichen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche mehr Effizienz und Effektivität im Regieren möchten und für jeden Vorstoss die Kosten auflisten lassen, solche Änderungen in einem Gesetz vorschlagen, die das Ganze verlangsamen und viel komplizierter machen.
Was ist der Alternativen Fraktion also wichtig? Wir wollen, dass die Regierung weiterhin Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr ausarbeiten kann, so wie er diesen Auftrag einmal gefasst hat. Den Massnahmenplan Luft soll weiterhin der Regierungsrat verabschieden können, ohne dass dieser dem Rat vorgelegt werden muss.
Die AF ist besorgt, dass dem Thema Luftreinhaltung in diesem Rat so wenig Bedeutung zugemessen wird. Mit den Änderungen, welche Sie beschliessen wollen, ist die Luftqualität noch stärker in Gefahr, und damit die Gesundheit von uns allen. Luft ist ein Allgemeingut, wir alle atmen die gleiche Luft, gleich gut oder gleich schlecht. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es uns gut geht. Es geht nicht darum, was politisch opportun und kurzfristig gewinnbringender ist, es geht darum, was für das Leben von Mensch, Tier und Pflanzen, für das langfristige Überleben auf diesem Planeten wichtig ist. Das sollte doch unsere Richtschnur sein. Werden wir mit unserem Nichteintretens-Antrag unterliegen, unterstützen wir die Anträge der Regierung, mit der Hoffnung, dass die Regierung wieder beginnt, das Rad vorwärts zu drehen, denn dies ist dringend nötig.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag auf Nichteintreten unterstützt. Wir begründen unseren Antrag wie folgt:
1. Der vorliegende Bericht des Regierungsrats und im speziellen der vorberatenden Kommission ist eine massive Verschlechterung des bisherigen Rechts.
2. Die Luft ist ein kostbares Gut. Jeder Mensch atmet in seinem Leben mehr als eine Million Liter ein. Mit der Atemluft nehmen wir nicht nur den lebensnotwendigen Sauerstoff auf. Leider gelangen dabei auch kleinere oder grössere Mengen an Luftschadstoffen in unseren Körper. Speziell Kinder spüren solche Schadstoffe viel mehr als Erwachsene und reagieren mit Atmungsproblemen. Es ist daher dringend not-

wendig, dass der Regierungsrat auch weiterhin Erlasse in alleiniger Kompetenz durchsetzen kann.
3. Die Luft kennt keine virtuellen Grenzen. Sie ist länderübergreifend und die Auswirkungen der Luftverschmutzung sind international. Daher ist die Zusammenarbeit unter den Kantonen über die Umweltschutzdirektorenkonferenz umso wichtiger. Der gemeinsame Massnahmenplan ist für eine minimale Koordination zwingend notwendig, damit in komplexen Situationen geeignete Massnahmen angeordnet werden können. Dazu braucht die Regierung die notwendigen Kompetenzen, damit sie nicht mit gestutzten oder sogar lahmen Flügeln dasteht.
4. Die einzige Möglichkeit, den Verkehr in den Städten wirkungsvoll zu steuern, ist über die Planung des ruhenden Verkehrs. Ohne eine solche Planung droht eine weitere Verschlechterung der Verkehrsproblematik in den Städten. Ohne verbindliche Rahmenbedingungen über den ruhenden Verkehr wird weder die Luft noch die Verkehrsproblematik verbessert. Damit der Regierungsrat handlungsfähig bleibt, ist er auf das gesetzliche Instrument von § 12 Abs. 2 Bst. a des EG BG über den Umweltschutz angewiesen.
5. Mit der vorliegenden Antwort werden dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz auch die letzten Zähne gezogen. Es steht uns offen, die Gesetze im Umweltbereich soweit aufzuweichen, dass wir auch aktuelle Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können. Auswirkungen eines solchen Verhaltens zeigen uns auch immer Unwetter, wie wir sie leider auch in den letzten Tagen erleben mussten. Die SP-Fraktion stellt sich vehement gegen eine solche Verwässerung und stellt deshalb den Antrag, auf diese Vorlage nicht einzutreten.

Franz **Zoppi** hält fest, dass die SVP-Fraktion mehrheitlich der Meinung ist, dass der Massnahmenplan Luft neu nicht durch den Kantonsrat genehmigt, sondern auch vom Parlament beschlossen werden soll. So auch die Meinung der vorberatenden Kommission. Es ist nicht sinnvoll, dass der Massnahmenplan von einer Amtsstelle erlassen und somit der Exekutive überlassen wird. Eine derartige Eigendynamik sollte möglichst frühzeitig gebremst werden. Nichts desto trotz ist der Kantonsrat gemäss seiner Pflicht bereit, in Sachen Umwelt – gemeint ist hier der Massnahmenplan Luft – die politische Verantwortung zu übernehmen. Für ihn ist das Thema nicht nur heisse Luft. Der Regierungsrat soll erst im Falle von zu erwartenden übermässigen Immissionen dem Kantonsrat einen Massnahmenplan zur Beschlussfassung unterbreiten und nicht vorher. Dabei kann er sich nicht auf blosse Vermutungen stützen, sondern muss seine Erwartungen auch begründen können. Dass der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr erlassen kann, liegt auch nicht im Bestreben der SVP-Fraktion. Bei Bedarf kann die Gemeinde in ihrem Interesse und auf eigene Veranlassung aktiv werden. Individuelle und sinnvolle Lösungen nach den Eigenheiten der entsprechenden Gemeinde lassen sich dann auch eher finden und umsetzen. Individualität soll dort möglich sein, wo Individualität erwünscht und nicht für alle Gemeinden eine einheitliche Lösung zwingend und notwendig ist. Der Änderungsantrag im Gesetzestext gemäss vorberatender Kommission und einer grossen Mehrheit der SVP-Fraktion bedeutet keine Verschlechterung der Zuger Luft. Der Votant bittet den Rat deshalb, auch im Namen der SVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr im Sinne der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Daniel **Burch** weist darauf hin, dass der Richtplan die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung des Kantons definiert. Er ist eine politische Willensäusserung und wird deshalb zurecht vom Kantonsrat beraten und beschlossen. Der Massnahmenplan Luftreinhaltung soll Mittel und Wege aufzeigen, wie übermässige Immissionen reduziert werden können. Solche Massnahmen haben nicht nur ökologische Auswirkungen, sondern beeinflussen ebenfalls die Siedlungs- und Verkehrentwicklung und sind entscheidende Faktoren für die Wirtschaft und deren Entwicklung. Sie sind besonders dann von Bedeutung, wenn der Plan lufthygienisch relevante Massnahmen des Raumplanungs- und Baupolizeirechts sowie des Energiegesetzes enthält. Heute hat der Regierungsrat die Kompetenz, einen Massnahmenplan Luftreinhaltung zu erlassen. Hier haben wir ein ernstes Konfliktpotential. Die Legislative bestimmt mit dem Richtplan und die Exekutive mit dem Massnahmenplan Luftreinhaltung die raumplanerische und volkswirtschaftliche Entwicklung des Kantons. Die beiden unterschiedlichen Mittel und Massnahmen können sich widersprechen und gewährleisten keineswegs das Erreichen eines gemeinsamen Ziels bzw. ein Ziehen am selben Strick. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, dass der Kantonsrat nebst dem Richtplan auch einen allfälligen Massnahmenplan beschliesst. Er kann die politische Gewichtung vornehmen und damit die Akzeptanz erhöhen.
In den verschiedenen nationalen Gesetzen sind Massnahmen zum Umweltschutz bereits vorgegeben. So ist z.B. in der Luftreinhalteverordnung LRV definiert, welche Massnahmen zu ergreifen sind, wenn bestimmte Immissionsgrenzwerte überschritten werden. Sie führten zu besserer Luft. Dagegen haben kantonale Massnahmen, wenn überhaupt, nur marginalen Einfluss auf die Luftqualität. Kantonale Massnahmen im Verkehrsbereich und lokale Vorschriften für Gewerbe- und Industriebetriebe sind oft stark umstritten und die versprochenen Reduktionspotentiale konnten in der Vergangenheit nicht erreicht werden*. § 12 Abs. 1 ist gemäss Antrag der vorberatenden Kommission zu ändern.*
Bei der Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 29. Januar 1998 erhielt der Regierungsrat die Kompetenz, Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr zu erlassen. Der regierungsrätliche Entwurf der Verordnung betreffend Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr vom 23. September 2003 zeigt die Auswirkungen dieser Kompetenz. Die in die Vernehmlassung gegebenen Gesetzeserlasse sind nicht kompatibel mit den vom Kantonsrat im Richtplan verfolgten Entwicklungszielen. Sie sind einseitig und lassen weder eine Rücksichtnahme auf die Autonomie der Gemeinde noch auf die wirtschaftliche und politische Situation des Kantons erkennen. Es ist daher nicht erstaunlich, dass alle Gemeinden den Entwurf des Regierungsrats ablehnten. Der Änderungsvorschlag des Regierungsrats zu § 12 Abs. 2 Bst. a überzeugt nicht. Mit einer unverbindlichen Kann-Vorschrift möchte der Regierungsrat die Möglichkeit erhalten, zusammen mit den Gemeinden in speziellen Gebieten Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr zu erlassen. Solche Gummiparagraphen gehören nicht in ein Gesetz. Sollten sich Massnahmen aufdrängen, kann der Kanton auch ohne Gesetz mit den Gemeinden entsprechende Regelungen treffen. Wird keine Lösung gefunden, dann wäre es sinngemäss Aufgabe des Kantonsrats, entsprechende Vorschriften in einem Gesetz zu erlassen. Heute und in absehbarer Zeit besteht keine Notwendigkeit, diese Bestimmungen im Gesetz zu belassen. *§ 12 Abs. 2 Bst. a ist deshalb zu streichen.* –
Die FDP-Fraktion unterstützt die Anträge der vorberatenden Kommission und empfiehlt dem Rat, dasselbe zu tun.

Louis **Suter** hält fest, dass die Mehrheit der CVP-Fraktion die Anträge der vorberatenden Kommission unterstützt und beantragt, die Motion erheblich zu erklären. Gemäss EG USG vom 29. Januar 1998 hat der Regierungsrat im Rahmen des kantonalen Massnahmenplans im September 2003 einen Verordnungsentwurf «Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr» in erster Lesung verabschiedet und dabei als prioritäre Massnahme das so genannte Fahrtenmodell vorgesehen. Dies hat bekanntlich die FDP-Fraktion veranlasst, eine Motion einzureichen, wonach
1. der Massnahmenplan Luft der Regierung neu einer kantonsrätlichen Genehmigung unterstellt werden soll, und
2. bei Massnahmen für den ruhenden Verkehr dem Regierungsrat die Kompetenz zum Erlass von Rahmenbedingungen entzogen werden soll.
Es stellt sich somit die Frage, ob diese Kompetenzverschiebung zu Gunsten des Kantonsrats tatsächlich notwendig und auch richtig und sinnvoll ist. Es liegt in der Natur der Sache, dass sowohl die Regierung als auch das Parlament ihre Kompetenzen möglichst hoch halten wollen. So ist nicht verwunderlich, dass die Regierung den Erlass des Massnahmenplans weiterhin in seiner alleinigen Zuständigkeit behalten will. Die Reaktionen auf das vorgeschlagene Fahrtenmodell zeigen aber, wie problematisch bestimme Massnahmen sein können – Massnahmen jedoch, auf deren Beschlussfassung der Kantonsrat bis anhin keinen Einfluss gelten machen konnte.
Aus Gründen der politischen Verantwortung genehmigt bekanntlich der KR seit der Änderung des PBG den Richtplan nicht nur, sondern er beschliesst ihn auch. Dies hat sich in der Praxis bestens bewährt. Die CVP unterstützt deshalb die Haltung der vorberatenden Kommission, welche gegenüber der Motion der FDP noch einen Schritt weiter gehen und diese Anpassung der Zuständigkeit beim Erlass des Richtplans auch auf die Beschlussfassung des Massnahmenplans ausdehnen möchte. Unserer Meinung nach wird damit dem Massnahmenplan das notwendige Mehrgewicht verliehen. In der Praxis bedeutet dies somit nichts anderes, als dass der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Massnahmenplan zur Beschlussfassung zu unterbreiten hat, falls übermässige Immissionen durch Anlagen zu erwarten sind oder auftreten.
Auf Grund der Änderung der Zuständigkeit des Erlasses kann unserer Meinung nach auf eine Aufzählung der Massnahmen im Gesetz verzichtet werden, d.h. bei § 12, Abs. 2 kann Bst. a gestrichen werden, aus Bst. b wird ein neuer Abs. 2. Sollte der Kantonsrat wider erwarten dem Antrag der Kommission, den Massnahmenplan durch den Kantonsrat beschliessen zu lassen, nicht zustimmen, würde die CVP den Eventualantrag der Kommission, wonach zumindest Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr dem Kantonsrat zum Beschluss vorzulegen wären, unterstützen. Dies hätte zur Folge, dass der Regierungsrat den Massnahmenplan weiterhin erlassen könnte, Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr jedoch nur durch den Kantonsrat mittels Gesetz beschlossen werden könnten. Deshalb möchte der Votant den Rat bitten, die Anträge der Kommission zu unterstützen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass weil die Regierung und die Gemeinden zusammen die Goldene Mitte gefunden haben, der Regierungsrat für Eintreten ist. In der Hoffnung, dass auch die rechte Seite diese Goldene Mitte akzeptiert. Die Regierung hat die Konsequenzen aus der Vernehmlassung gezogen.

➔ Der Rat beschliesst mit 53 : 16 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

§ 12 Abs. 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Änderungsantrag der vorberatenden Kommission vorliegt.

Eusebius **Spescha** meint, die Eintretensdebatte habe gezeigt, dass die Meinungen in diesem Rat weitgehend gemacht sind. Er möchte aber doch auf ein heikles Rechtsproblem in der Stadt Zug aufmerksam machen, das auftreten wird, wenn die Vorlage in der Fassung der vorberatenden Kommission verabschiedet wird.
Der Sondernutzungsplan Landis & Gyr und der Bebauungsplan Kistenfabrik haben Festlegungen, welche erst in Kraft treten, wenn der Regierungsrat die Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr erlässt. Diese rechtlich heikle Vorschrift wurde aus politischen Gründen in Absprache mit der Baudirektion getroffen, um eine Gleichbehandlung der vergleichbaren Gebiete zu erreichen. Wenn diese Ermächtigung des Regierungsrats nun gestrichen wird, können diese Vorschriften auch nicht in Kraft treten. Da diese Vorschriften aber notwendig waren, um die Vorgaben des Umweltrechts zu erfüllen, ist davon auszugehen, dass diese Pläne anfechtbar werden. In einem Beschwerdeverfahren wird spätestens das Bundesgericht die Pläne aufheben. Wollen Sie wirklich, dass die ganze Landis & Gyr-Arealplanung Makulatur wird?

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** erinnert daran, dass nach der Kantonsverfassung der Kantonsrat die gesetzgebende und aufsehende Gewalt ist, der Regierungsrat die verwaltende und vollziehende. Wenn Sie heute dem Antrag der vorberatenden Kommission zustimmen, schieben Sie die Gewaltenteilung beiseite und schaffen ein bedenkliches staatsrechtliches Präjudiz. Das eidgenössische Umweltschutzgesetz hält für die Kantone eine Unzahl von Aufgaben bereit. Die Luftreinhaltung gehört zu diesen Aufgaben. Sie bedeutet eine Einschränkung von Luftschadstoffen an der Quelle und – wenn das nicht reicht – eine Herabsetzung der Einwirkungen oder mit einem anderen Begriff, der Immissionen. Derartige Massnahmenpläne fallen von ihrem Charakter her klar in die Zuständigkeit der Exekutive und nicht der Legislative.
Die bundesrätliche Luftreinhalte-Verordnung gibt den Kantonen ein Instrument in die Hand, um übermässigen Immissionen zu begegnen. Es ist der Massnahmenplan. Dieser muss die Ursachen des Übels bezeichnen, er muss diese Quellen auch quantifizieren und vor allem muss er angeben, was für die Verhinderung oder Beseitigung der übermässigen Immissionen zu tun ist und wie die einzelnen Massnahmen lauten. Ein solcher Massnahmenplan ist in der Regel innert fünf Jahren umzusetzen.
Soll der Kantonsrat des Kantons Zug alle diese Schritte tun? Soll er beispielsweise in Zug, in Cham oder Rotkreuz die Emissionsquellen ermitteln und ihre Bedeutung für die Gesamtbelastung messen? Ist das Gesetzgebung oder ist das Vollzug? Der Regierungsrat wehrt sich gegen die schleichende Verwässerung der in der Kantonsverfassung festgelegten Kompetenzen zwischen den Gewalten. Der Kantonsrat setzt sich zudem in Widerspruch zu seinem eigenen zukunftsweisenden Pragma-Projekt. Der Kantonsrat hat gerade dort seinen klaren Willen bekundet, sich auf die wesentlichen strategischen Entscheide zu konzentrieren und operative Belange dem Regierungsrat zu überlassen.

Lassen wir den Massnahmenplan dort, wo er hingehört: beim Regierungsrat! Das Instrument ist eines von vielen, die uns der Bundesgesetzgeber in hunderten von Ausführungsvorschriften zum Umweltschutzgesetz auf den Weg zum ökologischen Gleichgewicht mitgegeben hat. Die Massnahmenplanung ist eine nützliche Sache, doch erfordert sie ständige Anpassung und Abstimmung mit Nachbarregionen. Nicht umsonst spannen die Zentralschweizer Kantone zusammen und haben einen gemeinsamen Massnahmenplan entwickelt. Dieser ist wiederum eingebettet in die Massnahmenpläne, die das ganze schweizerische Mittelland überspannen. Luftreinhaltung ist eine Sisyphusarbeit. Sie dürfen sie ruhig dem Regierungsrat überlassen, der an das Bundesrecht gebunden ist. Wir lehnen den Antrag der vorberatenden Kommission ab.
Nun zum Eventualantrag der Kommission, der im Bericht erscheint. Die Kommission will, dass der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit den Einwohnergemeinden ausgearbeitete Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr dem Kantonsrat zum Beschluss unterbreitet. Dieser Eventualantrag ist überflüssig, denn wenn diese Rahmenbedingungen eine Gesetzgebung auslösen, kommt sie so oder so vor den Kantonsrat. Wir brauchen keine Selbstverständlichkeiten in Gesetzesform zu giessen. Das Gesetz ist kein Informations-Bulletin. Der Votant kann nicht anders, als auch die Ablehnung dieses Eventualantrages zu fordern. – Und zum Schluss noch eins: Gott bewahre unseren Kanton vor 80 Regierungsräten!

➔ Der Rat schliesst sich mit 33 : 30 Stimmen dem Antrag der Regierung an.

§ 12 Abs. 2 Bst. a

Käty **Hofer** stellt den Antrag, es soll in Bst. a eine Kann-Vorschrift eingefügt werden für die Rahmenbedingungen ruhender Verkehr. Und zwar, dass die Regierung mit den Gemeinden gemeinsam diese Rahmenbedingungen ausarbeitet und dem Kantonsrat zum Beschluss vorlegt. Die Kommission ist ganz klar der Meinung, dass der Kantonsrat zu diesem Thema seine Meinung abgeben können muss.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass somit der Streichungsantrag der Kommission zurückgezogen ist. Stattdessen gilt der eben gestellte Eventualantrag, der lautet:
«Der Regierungsrat kann in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und in Berücksichtigung des Massnahmenplans für speziell bezeichnete Gebiete und für Objekte mit erheblichem Verkehrsaufkommen Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr ausarbeiten und diese Bedingungen dem Kantonsrat zum Beschluss vorlegen.»

➔ Der Rat schliesst sich mit 37 : 32 Stimmen dem Antrag der Regierung an.

§ 12 Abs. 2 Bst. b

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich hier der Antrag der Regierung und jener der Kommission gegenüber stehen. Der einzige Unterschied ist, dass es bei der Regierung heisst: «Die zuständige Behörde verlangt …» und bei der Kommission: «… kann die zuständige Behörde verlangen.»

➔ Der Rat schliesst sich mit 34 : 33 Stimmen dem Antrag der Kommission an.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1292.5 – 11803 enthalten.

692 INTERPELLATION VON FRANZ MÜLLER BETREFFEND VERWENDUNG VON ZUGER HOLZ BEI DER MÖBLIERUNG DES NEUEN KANTONSRATSSAALS

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1298.2 – 11787).

Arthur **Walker** trägt das Votum des Interpellanten Franz Müller vor, der heute abwesend ist. – Wie dieser schon in der Anfrage vom 7. Januar 2005 festgestellt hat, will er keine Polemik oder Diskussion um den neuen Kantonsratssaal entfachen. Er nimmt diese Antwort zur Kenntnis, befriedigen tut sie ihn aber nicht.
In den letzten Jahrzehnten ist das Bauen mit Holz im Kanton Zug sehr vernachlässigt worden. Moderne Gebäude sind anscheinend nur mit Beton und/oder Backsteinen realisierbar. Damit wieder vermehrt mit Holz zu bauen versucht wird, sollte der Kanton eine Vorreiterrolle übernehmen. Es ist soweit möglich vom Bauen mit Beton abzusehen und vermehrt einheimisches Holz zu verwenden. Hier liegt ein grosses Potenzial in der Holznutzung. Ein gutes Beispiel, wie Holz eingesetzt werden kann, ist die Kantonsschule Wil SG. Hier wurde in verschiedener Hinsicht Neuland betreten. Der Werkstoff Holz stand im Mittelpunkt vieler Überlegungen und Entscheide. So konnten insbesondere die Vorgaben eines möglichst schonenden Umgangs mit der Umwelt eingelöst werden. Holz ist umweltfreundlich, rezyklierbar, schadstofffrei und mit geringem grauem Energieaufwand verwertbar. Statt nur mit dem Giesskannenprinzip Eigentümer von Holzheizungen und Lieferanten von Holzbrennstoffen zu fördern, sollte der Kanton auch hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Irrtum vorbehalten, hat der Kanton Zug in den letzten 20 Jahren nur zwei kleinere Holzheizungen realisiert. Viele kantonale Liegenschaften wurden mit Wärmepumpen bestückt, was energiepolitisch sicher nicht schlecht ist. Die neu entflammte Diskussion um ein neues AKW sollte auch hier ein Umdenken erzwingen. Mit Holzheizungen unterstützt man zusätzlich einheimische Arbeitsplätze und hat eine CO2-neutrale Energiebilanz. Ein Aspekt, dem vermehrt Beachtung geschenkt werden muss. Die Aufgaben der quantitativen Walderhaltung, des Schutzes des Waldes als natürlichen Lebensraum, der Erfüllung der Waldfunktionen sowie der Förderung und Erhaltung der Waldwirtschaft sind komplex und weitreichend. Hier muss die öffentliche Hand eine Vorreiterfunktion übernehmen. Gerade auch die Unwetter in den vergangenen Tagen haben gezeigt, dass ein Umdenken dringend erforderlich ist.
Franz Müller ist der Meinung, dass der Rohstoff Holz sehr stiefmütterlich behandelt wird, und dass ohne grosse Mehrkosten der Anteil von Holz immens gesteigert werden könnte. Es sollten auch nicht immer die Kosten massgebend sein, sondern wirtschaftspolitische und soziale Komponenten, die nicht immer in Franken und Rappen ausgedrückt werden können. In der Region investiertes Geld in Form von Aufträgen kommt immer wieder retour, sei es mit Steuern, Kaufkraft, Sponsoring, Beteiligung an Kultur usw.

Lilian **Hurschler-Baumgartner** hält fest, dass die AF die Meinung des Interpellanten teilt, dass die Verwendung von einheimischem Holz bei der Möblierung des neuen Kantonsratssaals sinnvoll gewesen wäre. Es ist störend, dass auf Grund des Zeitdrucks kein einheimisches Holz verwendet wurde, obwohl sich die kantonsrätliche Kommission *für* die Verwendung von einheimischem Holz ausgesprochen hatte. Wer die Interpellationsantwort liest, erhält folgende Erklärung: «Wir mussten uns beeilen, also konnten wir nicht noch auf dieses Kriterium Rücksicht nehmen.» Vor bald einem Jahr haben wir den neuen KR-Saal bezogen. Wir sitzen an Holztischen aus europäischem, nicht aber schweizerischem Holz. Dies können wir nicht mehr ändern. Damit aber in Zukunft das Kriterium, für Bauten des Kantons einheimisches Holz zu verwenden, mehr Gewicht erhält, sollte dieser Punkt bei Bauprojekten vorgeschrieben werden. Nur so könnte garantiert werden, dass stets einheimisches Holz verwendet wird; auch dann, wenn die Zeit drängt. Nur so übernimmt der Kanton seine wichtige Vorreiterrolle.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

693 INTERPELLATION VON LEO GRANZIOL UND PETER DÜR BETREFFEND ERHÖHUNG DER ÜBERLEBENSCHANCE BEI HERZSTILLSTAND

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1325.2 – 11736).

Peter **Dür** möchte als Arzt und Mitinterpellant kurz zu dieser Vorlage Stellung nehmen. Gerne hätte er natürlich auch die Überlegungen von Leo Granziol gehört, des Initianten der Interpellation, der den Votanten als eine Art fachtechnischen Berater zur Unterstützung beizog. Aber wir hatten leider wegen den Ferien und seiner Abwesenheit nie Gelegenheit, uns darüber im Detail zu unterhalten. Peter Dür akzeptiert aber den Entscheid der Regierung und der Kantonsratspräsidentin, diese Interpellation heute zu behandeln.
Besten Dank der Regierung für die sehr rasche Beantwortung unserer Fragen. Medizinische Fragenstellungen wie die Frage, ob alle Polizeifahrzeuge mit den neuen automatischen Defibrillatoren (AED) ausgerüstet werden sollen und ob auch in öffentlichen Gebäuden und bei Grossveranstaltungen AED vor Ort vorhanden sein müssen, sind komplex. Es stellen sich juristische, medizinische und ethische Fragen, deren Beantwortung sicher nicht einfach ist. Die vorliegende Antwort der Regierung ist interessant und beleuchtet vor allem die juristischen Aspekte. Es zeigt sich, dass diese so komplex sind, dass die Integration einer AED-Versorgungspflicht ins Gesetz weitreichende juristische Konsequenzen haben könnte. Die Gesundheitsdirektion müsste eine entsprechende Verordnung erstellen und u.a. entscheiden, bei welchen Veranstaltungen und ab welcher Grosse der Veranstaltung ein AED auf Platz sein muss – sicher ein Ermessensentscheid, der juristisch wiederum anfechtbar wäre. Die Veranstalten würden bei Nichtbeachtung haftbar, wie möglicherweise auch instruierte Laienhelfer, welche aus irgendwelchen Gründen den AED nicht einsetzen. Der Votant versteht die Antwort der Regierung deshalb dahingehend, dass sie keine komplexe rechtliche Situation schaffen will. Denn die finanziellen Auswirkungen einer AED-Anschaffung beispielsweise für die Polizei wären, im Verhältnis zum möglichen Nutzen, absolut vertretbar.

Auf folgende Punkte möchte Peter Dür aber hinweisen:
1. AED sind sehr einfache Geräte. Sie führen den Benutzer sprachgesteuert und mittels Textanzeige sicher durch den Rettungsprozess. Der Instruktionsaufwand für die Anwendung eines AED ist wie auch der Wartungsaufwand äusserst gering und wäre z.B. bei der Polizei problemlos im Rahmen der standardisierten Aus- und Weiterbildung zu handhaben gewesen. Das Gerät löst nur bei klar detektiertem Kammerflimmern einen elektrischen Impuls aus. Der Votant könnte jemandem das kleine Gerät geben, ihn nach draussen schicken und nach zehn Minuten wäre dieser in der Lage, das Gerät zu handhaben. Erfahrungen aus den USA zeigen, dass die Anwendung von externen automatischen Defibrillatoren durch Laien gute Resultate bringt. Diese Geräte finden dort zunehmend Verbreitung in öffentlichen Gebäuden, Bürogebäuden, Bahnhöfen usw. Der Besuch eines kurzen Kurses zum Gebrauch des Geräts ist aber empfehlenswert.
2. Bei Herz-Kreislaufstillständen ist in jedem Fall sofort mit der Herz-Lungen-Wiederbelebung zu beginnen, d.h. mit Beatmen und Herzmassage. Das Hirn verträgt nur einen Kreislaufstillstand von maximal drei Minuten. Obwohl wir einen ausgezeichnet ausgerüsteten RDZ mit sehr kompetentem Personal haben – jede Minute zählt. Das alleinige Warten auf diese kompetente Hilfe hat sich in der Vergangenheit immer wieder als fatal erwiesen. Ist ein AED vorhanden und eine instruierte Person vor Ort, ist das Gerät unbedingt einzusetzen, ohne jedoch die übrigen Massnahmen zu vernachlässigen.
3. Der Staat muss sich in der AED-Frage aus juristischen Gründen zurückhalten. Sie aber können sich sehr wohl überlegen, ob Sie in ihrem persönlichen Umfeld, d.h. in Ihrer Firma, an einer Veranstaltung oder an einem anderen Ort einen automatischen Defibrillator an zentraler und gut bezeichneter Lage analog einem Feuerlöscher bereitstellen können – oder die Bereitstellung beantragen. Sie müssen nur einmal eine erfolgreiche Defibrillation durchführen, worauf niemand mehr fragt, ob die Anschaffung gerechtfertigt ist oder nicht.
Im Kantonsrat hatte Peter Dür als Arzt auch schon öfters ein mulmiges Gefühl in der Magengegend, wenn sich mit Risikofaktoren behaftete Kantonsräte am Rednerpult in Fahrt geredet und allzu fest aufgeregt haben. Ein AED im Eingangsbereich wäre diesbezüglich sehr beruhigend.

Berty **Zeiter** ist der Ansicht, dass die regierungsrätliche Antwort gut aufzeigt, dass ein stationärer Einsatzort eher Sinn macht, da die Anwendung eines AED in den ersten Minuten am ehesten Erfolg verspricht. Keinen Sinn macht es, AED der Polizei mitzugeben. Sie ist nicht schneller am Einsatzort als der Rettungsdienst, der ja mit diesen Geräten bestückt ist. – Wir teilen aber mit den Initianten die Sorge um den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Auch wir sind dafür, dass wir unser Bestmögliches tun, um unsere Überlebenschancen in Notfallsituationen zu erhöhen. Wir schlagen jedoch statt der Anschaffung teurer Geräte eine andere Massnahme vor: Beheben Sie mittelfristig die Ressourcen-Engpässe beim RDZ. Heute kann der Rettungsdienst nicht sieben Tage in der Woche mit zwei kompletten Teams arbeiten – vor allem an Wochenenden nicht. Wenn Patienten von geschultem Personal schneller erreicht werden, hilft dies den Menschen mit Herzstillstand ebenso wie allen anderen in lebensbedrohlichen Situationen. Denken Sie daran: Im Jahre 2004 kam es bei 3'221 Einsätzen des RDZ gerade mal zu 24 Reanimationen.
Noch viel wichtiger als die Intervention bei Herzstillständen ist auch Sicht der AF die Vorsorge, um die Ursachen für Herz- und Kreislaufprobleme zu minimieren. Solche Ursachen sind z.B. das Rauchen und Passivrauchen als häufigste Ursache für Herz-

infarkte. Reduzieren wir diese auch in Zug mit verstärkter Prävention und Rauchverboten. – Übergewicht überbeansprucht das Herz ebenfalls. Der heute gemessene BMI gibt uns Aufschluss darüber, wie jedes von uns selbst gefährdet ist. Fördern wir Massnahmen für die Bevölkerung im Bereich Bewegung und Ernährung. Mit dem Sparen beim Schulsport ging der Kantonsrat allerdings in die entgegen-gesetzte Richtung. – Ein dritter Ansatz für Prävention liegt bei der Reduzierung der Feinstäube und Schmutzpartikel, die durch Dieselabgase verursacht werden. Zum Schutz unserer Gesundheit ist auch hier eine verschärfte Gesetzgebung nötig. – Und ein letzter Punkt: Vor zwei Wochen wurde eine Studie der eidg. Kommission für Luftreinhaltung und der Uni Basel vorgestellt. Diese untersucht die Todesursache von 975 Personen, die im Hitzesommer 2003 das Leben verloren. Sie kommt zum Schluss, dass 30 % dieser Todesfälle nicht auf die Hitze, sondern auf die stark erhöhten Ozonwerte zurückzuführen sind. Es braucht als Massnahmen zur Ozonreduktion, vor allem bei den Autoabgasen. – Wichtig scheint der Votantin in diesem Zusammenhang auch die Diskussion, die wir soeben beim Umweltschutzgesetz geführt haben. Dass ein wirksamer Massnahmenplan notwendig ist, damit wir nicht bloss bei der Intervention bei Herzstillständen erfolgreich sind, sondern auch bei der Prävention.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** macht zuerst eine Vorbemerkung. Er möchte dem Rat ganz herzlich danken für das Engagement, dass er heute auch im Rahmen der Body-Mass-Index-Messung an den Tag gelegt hat. Wir sind der erste Deutschschweizer Kanton, der das macht. Waadt war der erste Kanton überhaupt. Und die Leute von der Gesundheitsförderung Schweiz waren «begeistert vom Enthusiasmus der Parlamentarierinnen und Parlamentarier und auch der Regierungsmitglieder». Ob die Ratsmitglieder auch vom BMI begeistert waren, kann Joachim Eder nicht sagen. Er weiss, wie sein BMI ist und er erhielt die entsprechende Empfehlung, er solle sich an den leichtgewichtigen Mitgliedern des Regierungsrats messen.
Der Votant dankt für die beiden interessanten Voten und ist überzeugt, dass die Grundsatzdiskussion, die mit der Interpellation ausgelöst wurde, wichtig ist. Es freut ihn, dass die Stossrichtung der regierungsrätlichen Antwort gutgeheissen wurde. Er dankt dem medizinischen Spezialisten des Hauses, Peter Dür, sehr für die Hinweise und Empfehlungen an Private und Veranstalter. Er hat auch zur Kenntnis genommen, dass allenfalls die Installation eines AED im Eingangsbereich als nötig erachtet wird. Er geht davon aus, dass der dafür zuständige Baudirektor diesen Wunsch gehört hat und kein finanzieller Antrag für die Installation gestellt werden muss. Die einzige offene Frage ist, wer nebst dem Weibel in den Ausbildungskurs gehen muss. Er ist auch froh, dass Interpellant Peter Dür eingesehen hat, dass wir bei der bevorstehenden Revision des Gesundheitsgesetzes keine AED-Versorgungspflicht aufnehmen werden.
Die von Berty Zeiter angesprochene Situation der Ressourcen-Problematik beim RDZ ist dem Gesundheitsdirektor natürlich bekannt. Es handelt sich um Engpässe, die vor allem in der Nacht und an Wochenenden auftreten. Die Stawiko-Delegation der Gesundheitsdirektion, bestehend aus Karl Betschart und Stefan Gisler, hat denn auch in ihrem Bericht bereits am 7. Mai 2004 kurz und bündig festgehalten: «Der RDZ funktioniert tadellos, ist aber personell unterdotiert.» Am 24. Juni dieses Jahres haben sich die beiden Stawiko-Mitglieder zudem vor Ort über die aktuelle Situation erkundigt. Mit der Aufstockung der Leitungsstelle von 60 % auf 100 %, welche Sie im Rahmen des neuen Personalstellenbeschlusses genehmigten, wurde eine erste deutliche Verbesserung erreicht. Darüber hinaus hat Joachim Eder kleine, gesundheitsdirektionsinterne Prozentverschiebungen vorgenommen. Was neue zusätzliche

Stellen im Kanton Zug anbelangt, sind dem RDZ und dem Votanten die Abläufe bekannt. Die nächste Zuteilung durch den Regierungs- und den Kantonsrat findet im Jahre 2008 statt. Sowohl die Leitung des RDZ als auch die GD sind gewillt, sich an diesen vom Parlament vorgegebenen Weg zu halten.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

694 INTERPELLATION VON KARL BETSCHART BETREFFEND UNTERKUNFT VON ABGEWIESENEN ASYLBEWERBERN IM KANTON ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1328.2 – 11786).

Karl **Betschart** bedankt sich für die Beantwortung seiner Interpellation. – Wer die Amts- und Ausschaffungsvorschriften gemäss Antwort studiert, kommt zur Überzeugung, dass nicht – wie erläutert wird – strenge bis fast unmenschliche oder gar völkerrechtswidrige Normen vorliegen, sondern dass Schlupflöcher, «Wenns und Abers», in fast unübersichtlicher Fülle eingebaut sind. So gibt es nicht keinen Spielraum für den Kanton, wie es in der Antwort heisst, sondern diese «Wenns und Abers» erlauben eben Spielraum für eine mehr oder weniger large Durchsetzung. Zur Frage der Durchsetzung gehört das Problem, dass sich NEE-Personen entgegen den Anordnungen nicht in der Zivilschutzanlage an der Industriestrasse, sondern in anderen Asylunterkünften aufgehalten haben. Gemäss Bundesregelung Art. 13 Bst. b ANAG (Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer) hätten diese Personen wegen «Verlassen des zugewiesenen Gebietes / der zugewiesenen Unterkunft» in Ausschaffungshaft genommen werden müssen.
Unter den geschilderten Voraussetzungen wurde die Frage nach den Vollkosten pro abgewiesenen Asylbewerber nicht beantwortet, bzw. konnte nicht beantwortet werden. Gehen wir von der Aussage von Bruno Poletti, zuständig für die Asylfürsorge beim Kanton, aus, wonach nie mehr als durchschnittlich fünf NEE-Personen in der Mietzeit zwischen September 2004 und März 2005 in der Zivilschutzunterkunft waren, beläuft sich das Kostentotal bei Benutzung der Zivilschutzanlage während dieser sieben Monate auf ca. 140'000 Franken. Im Gegensatz dazu belaufen sich die vom Kanton übernommenen Kosten für NEE-Personen in Ausschaffungshaft auf ca. 50'000 Franken für dieselbe Zeitspanne. Diese sogar wohlwollende Berechnung bestätigt die allgemein gehaltenen, einleitenden Befürchtungen und Aussagen vollends. Sie zeigt die large Handhabung und wenig konsequente Durchführung des Asylgesetzes und die daraus resultierenden viel zu hohen Kosten.

Stefan **Gisler**: Wieder einmal versucht ein SVP-Vertreter, aus einer Asylvollzugs-Mücke einen Asylproblem-Elefanten zu machen. Der Interpellant stört sich an den vorübergehend hohen Kosten bei der Unterbringung von NEE-Personen, die das Nothilferecht beanspruchten. Es mutet seltsam an, dass ein Interpellant aus der Partei, die hohe Asylkosten und Asylprobleme verursacht, nun über diese lamentiert. Denn Kosten- und Problemverursacher ist die zunehmend repressive Asylpolitik. Sie machte unter anderem eine getrennte Unterbringung von NEE-Personen und regulären Asylsuchenden nötig, wie dies die Regierung in ihrer Antwort ausführt. Es wäre

gescheiter, NEE-Personen wieder ins Asylsystem und somit die bestehenden Asylunterkünfte einzubinden sowie ihnen Sozialhilfe zu geben. Dazu müsste künftig auch eine Betreuung aller Asylsuchenden durch ausgebildete Fachpersonen sichergestellt werden statt einer sehr teuren Bewachung durch die Securitas. So gäbe es weniger Probleme, es wäre menschenwürdiger und langfristig wohl gar günstiger. In einem funktionierenden, lösungsorientierten Asylsystem besteht eine höhere Chance, Asylsuchende je nachdem zur regulären Ausreise zu bewegen oder in der Schweiz zu integrieren. Doch die aktuelle NEE-Praxis fördert mit bundesrätlicher Genehmigung genau das Gegenteil, nämlich das Untertauchen von Flüchtlingen. Da wundert es den Votanten, dass sich der Interpellant – der ja die NEE-Praxis unterstützt – über die hohe Zahl der Untergetauchten wundert. Eine Ausdehnung des Sozialhilfestopps auf alle Abgewiesenen würde diese neue Klasse von Sans Papiers noch grösser werden lassen.

Das musste vor zwei Tagen auch das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement eingestehen. In seiner Medienmitteilung im Rahmen der Einjahresbilanz zum Sozialhilfestopp für NEE-Personen schrieb es: «Abgewiesene verlassen das Land nicht und bleiben illegal im Land.» Blocher produziert also Schein-Nichtasylanten. Der Bundesrat von der Goldküste verkaufte an dieser Bilanz-Medienkonferenz im Asylbereich eingesparte 15 Millionen als Erfolg. Das ist Scheinsparen. Ein Grossteil der Kosten wurde auf Kantone und Gemeinden abgewälzt, die nun für Nothilfe sowie die Betreuung dieser NEE-Personen aufkommen müssen (wie dies ja auch der Interpellant bemerkt hatte). Zudem kommt es – auch das kann man der regierungsrätlichen Antwort entnehmen – zu Zusatzkosten bei Polizei und Justiz. Nicht zuletzt weil neu alle NEE-Personen, die nicht ausreisen, als kriminell gelten und in Ausschaffungshaft genommen werden. Und das ist der teuerste Bereich im Asylwesen. Rund 5000 Franken pro Person und Monat kostet dies laut Interpellationsantwort. Und jetzt wird im Rahmen der Asylrevision eine Haftverlängerung auf zwei Jahre vorgeschlagen – unter anderem um das Untertauchen zu verhindern. Das ist absurd. Denn laut einem Bericht der Bundes-Verwaltungskontrolle zu den Zwangsmassnahmen ist das nicht nur kostentreibend. Es ist auch untauglich und menschlich fragwürdig. Denn: Je länger eine Person in Haft, desto geringer die Rückführungsquote. Und die Häufigkeit der Anordnung von Ausschaffungshaft hat keinen Einfluss auf den Rückführungserfolg.

Als Erfolg wertete der selbe Bundesrat, dass der Bestand von Personen im Asylbereich um mehr als 12'000 Personen zurückgegangen sei und dass es 42 Prozent weniger Gesuche gegeben habe. Scheinerfolge! Erstens ist bereits seit 1999 Anzahl Personen im Asylbereich rückläufig. Damals waren es 130'000, Ende 2004 waren es noch 80'000. Zweitens ist nicht die fiktive Abschreckung für die Anzahl Asylgesuche entscheidend, sondern die reale politische und wirtschaftliche Stabilität in den Fluchtländern – eine Stabilität, welche die Schweiz oder auch dieser Kantonsrat hier mit mehr statt weniger Entwicklungshilfe fördern könnte.

Dennoch ist eines unbestritten – das Asylwesen ist nicht gratis. Doch es wäre kein Ruhmesblatt für die Schweiz, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde einzusparen. Menschenrechtskommissar Alvaro Gil-Robles weist in seinem Bericht an den Europarat vom 8. Juni dieses Jahres auf die zunehmende Aushöhlung von Grundrechten für ausländische Personen in der Schweiz hin. Er kritisiert die geltende NEE-Praxis im Asylwesen und die geplante Asylverschärfung. Unabhängig ob Schweizer oder Nicht-Schweizer und unabhängig von den Gründen, die Menschen zu uns führen, müssen alle menschenrechtskonform behandelt und muss auch die Schweizer Bundesverfassung geachtet werden. Schon im März dieses Jahres hat das Bundesgericht entschieden, dass Teile der Asylrevision der Schweizer Verfassung widerspre-

chen. Wenn aber im Herbst die Asylrevision so durchgeht, werden unteilbare Grundrechte eingeschränkt. Das rüttelt an den Grundfesten unserer Gesellschaft und unseres Rechtsstaates. Die Rechtssicherheit und Freiheit aller, auch der Schweizer Bürgerinnen und Bürger, sind in Frage gestellt. Darum wünscht sich die AF in der Schweiz, aber auch in Zug eine sachlichere und menschenfreundlichere Asylpolitik.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, möchte einleitend nochmals festhalten, wie die Zuständigkeiten im Bereich Asylwesen und Vollzug verteilt sind. Für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbenden im Kanton Zug ist die Direktion des Innern zuständig. Die vollen Kosten werden vom Bund getragen. Nothilfe für Personen mit einem Nichteintretens-Entscheid ist Sache der Gemeinden. Diese finanzieren die Vollkosten dieser Nothilfe. Dazu besteht eine Verwaltungsvereinbarung der DI mit den Gemeinden. Der Kanton organisiert diese Nothilfe zentral, die Gemeinden zahlen.
Zum Vorwurf des Interpellanten, das Gesetz zum Vollzug werde zu large angewandt. Der von ihm zitiert § 13 Bst. b des Ausländergesetzes bezieht sich auf Widerhandlungen gegen Ein- oder Ausgrenzungen, hat also auf das Verlassen oder Benützen einer Unterkunft keinen Einfluss. Entgegen seiner Annahme wird die ANAG-Gesetzgebung zum Vollzug bei Menschen, welche die Schweiz verlassen müssen, konsequent umgesetzt. – Zu den Kosten im Bereich Nothilfe bei Personen, die von einem NEE betroffen sind. Laut Bundesrecht, Art. 12 der BV, und aus Gründen der Menschlichkeit ist es notwendig, Unterkünfte für Personen, die von einem NEE betroffen sind, zur Verfügung zu halten. Es war aber tatsächlich so, wie es in der Interpellationsantwort geschrieben steht: Nur wenige Personen haben diese Unterkunft in der Zivilschutzanlage benützt, und deshalb – auch im Interesse der Gemeinden – nach einer anderen Lösung gesucht. Sie ist kostengünstiger. Es ist jedoch so, dass Kosten auch dann anfallen, wenn wenige oder gar niemand die Unterkünfte benützen, weil die Unterkünfte allein und das Bereitstellen des Personals Kosten verursachen. Die Gemeinden tragen diese Kosten.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

695 INTERPELLATION DER SP-FRAKTION UND DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND ARBEIT DER KANTONALEN TRIPARTITEN KOMMISSION

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1347.2 – 11777).

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass am 25. September eine für die Zukunft der Schweiz sehr zentrale Abstimmung stattfindet. Die Stimmberechtigten der Schweiz entscheiden über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit. Gleichzeitig ist es aber hoffentlich auch eine Bestätigung des eingeschlagenen Wegs der Zusammenarbeit mit Europa und eine Absage an die rückwärts orientierte Abschottung. Mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit verbinden sich auch durchaus berechtigte Ängste. Bundesrat und Parlament haben diesen Ängsten Rechnung getragen mit dem Erlass flankierender Massnahmen. Nun liegt es am Vollzug in den Kantonen, diese Massnahmen konsequent umzusetzen. Ebenso wichtig ist auch die Information der Bevöl-

kerung. Sie muss darauf vertrauen können, dass die Vorgaben eingehalten werden. Deshalb möchten wir der Regierung ausdrücklich dafür danken, dass sie bereit gewesen ist, die Interpellation rechtzeitig vor der Abstimmung zu beantworten.
Aus der Antwort des Regierungsrates ist ein gewisser Unwille erkennbar, schon wieder eine Interpellation zu diesem Themenkreis beantworten zu müssen. Dies verstehen wir nicht. Abgesehen davon, dass wir andere Fragen gestellt haben als in der Interpellation Rust, müsste die Regierung eigentlich ein sehr grosses Interesse daran haben, dass die Tätigkeit der tripartiten Kommission bekannt wird. Vielleicht ist es aber auch so, dass wir einen wunden Punkt getroffen haben und die tripartite Kommission zwar nicht im Tiefschlaf, aber doch noch im Dämmerschlaf oder beim Mittagsnickerchen ist. Gerne glauben wir aber der Regierung ihre guten Absichten und dass die Kommission heute voll wach und aktiv ist. Der Votant beschränkt sich deshalb auf einige kurze Anmerkungen zur Stellungnahme des Regierungsrats, hält aber fest, dass wir auch in Zukunft die Tätigkeit der Kommission mit grosser Aufmerksamkeit beobachten werden.
– Zwei Kommissionssitzungen pro Jahr sind nicht gerade das, was Eusebius Spescha unter einer intensiven Kommissionstätigkeit versteht.
– Die Regierung unterschlägt, dass im letzten Jahr zwei wichtige GAV nicht in Kraft waren und somit die tripartite Kommission zuständig war.
– Dass Treuhänder und Treuhänderinnen besonders geeignet sein sollen, Lohndumping festzustellen, leuchtet dem Votanten eigentlich nicht ein. Wichtiger wäre es, Personen zur Verfügung zu haben, welche die Lohnbedingungen gut kennen.

Anna **Lustenberger-Seitz**: Wenn die Abstimmung am 25. September über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit gewonnen werden will, müssen die Befürworter dieser Vorlage, und dazu zählen sich auch die Alternativen des Kantons Zug, viele Ängste und Verunsicherungen aus dem Wege räumen. Sie kennen die Schlagworte der SVP, mit welchen sie die bilateralen Verträge bodigen möchte: Masseneinwanderungen aus den neuen EU-Staaten in Mitteleuropa, mehr arbeitslose Schweizerinnen und Schweizer, Druck auf die Sozialversicherungen, Billiglöhne für ausländische Arbeitnehmende usw. Es ist daher äusserst wichtig, dass immer wieder die flankierenden Massnahmen hervorgehoben werden. Denn nur durch diese lassen sich die Ängste und Bedenken, welche vor allem die SVP unters Volk bringen will, bannen. Daher ist auch die Aufgabe der tripartiten Kommission so wichtig. Diese Kommission wurde ja auch im Hinblick auf die flankierenden Massnahmen geschaffen. Es ist auch den Alternativen klar, dass diese Kommission noch eher am Anfang ihrer Tätigkeit steht. Aber die Antwort des Regierungsrats hat doch gezeigt, dass vor allem in diesem Jahr einiges gegangen ist und man sich auch noch einiges vorgenommen hat. Die Antwort ist für uns befriedigend ausgefallen und die Votantin möchte der Regierung dafür danken.
Den Alternativen war es mit dieser Interpellation wichtig, aufzuzeigen, dass die Löhne und die Arbeitsbedingungen streng kontrolliert werden. Nur so können die flankierenden Massnahmen greifen. Das muss jetzt besonders im Hinblick auf die Abstimmung immer wieder signalisiert werden. Und das ist auch eine Aufgabe der tripartiten Kommission. Wir nehmen befriedigend zur Kenntnis, dass die tripartite Kommission die Information an die Bevölkerung auch in Zukunft weiterführen wird, um eben aufzuzeigen, welche Wirkungen die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit haben. Mit der Abstimmung am 25. September ist die Arbeit noch nicht beendet, die Kontrolle der Löhne und Arbeitsbedingungen beginnt dann erst richtig. Die AF wird dies mit Interesse verfolgen.

Andrea **Hodel** kann auch im Namen der FDP noch ein wenig Abstimmungswerbung machen. Auch sie dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung mit der bereits bekannten Antwort, die für uns zufrieden stellend ausgefallen ist. Was ja auch nicht anders zu erwarten war. Die FDP-Fraktion musste auch zur Kenntnis nehmen, dass im Zusammenhang mit der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit von der gegnerischen Seite immer wieder suggeriert wird, wir würden dann von Firmen aus den neuen EU-Staaten und insbesondere Polen überschwemmt. Es würde Lohndumping betrieben. Die Antwort des Regierungsrats hat einmal mehr gezeigt, dass wir dies nicht zu befürchten haben und dass die tripartite Kommission die Zahlung branchenüblicher Löhne überprüft und sicherstellt. Allein das Aufzeigen, dass wir dem Personenfreizügigkeitsabkommen zustimmen *müssen* und auch ohne Angst zustimmen können, ist es nach Ansicht der FDP-Fraktion wert, dass der Regierungsrat seine Arbeit zwei Mal gemacht hat.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte sich kurz fassen und nur noch dem Vorwurf entgegnen, die tripartite Kommission nehme ihre Aufgabe nicht ganz ernst. Wir haben im Bericht dargelegt, dass umfangreiche Aktivitäten unternommen wurden. In diesem Zusammenhang muss man beachten, dass dieses Entsendegesetz seit dem 1. Juni 2004 – also erst seit gut einem Jahr – in Kraft ist. Und trotzdem funktioniert diese tripartite Kommission. Wenn Eusebius Spescha aus der Interpellationsantwort einen gewissen Unwillen herausliest, so besteht dieser Unwille tatsächlich, aber nicht deswegen, weil die Interpellation gemacht wurde, sondern wegen der gewählten Formulierungen. Wenn von Tief- und Dämmerschlaf gesprochen wird, so ist das einfach völlig falsch und es diskreditiert jene, die in diesem Bereich tätig sind. Wir verstehen diese Kritik an der tripartiten Kommission von Arbeitnehmer- oder Gewerkschaftsseite her nicht ganz. Der Volkswirtschaftsdirektor kann das an einigen Beispielen erläutern.
Dass wir die Arbeit der tripartiten Kommission ernst nehmen, ist schon dadurch zu belegen, dass es in der Schweiz wohl keine andere tripartite Kommission gibt, die vom Volkswirtschaftsdirektor selbst präsidiert wird. – An den drei Sitzungen, welche die tripartite Kommission in diesen 14 Monaten hatte, glänzte vor allem die Arbeitnehmerseite durch Abwesenheit. An zwei Sitzungen war von den drei Mitgliedern der Arbeitnehmer nur je ein Mitglied dabei, wogegen sowohl die Arbeitgeberseite wie auch der Kanton immer vollzählig anwesend waren. – Dann ist ja die Kontrolle des Entsendegesetzes so aufgebaut, dass in Bereichen und Branchen, wo allgemein gültig erklärte Gesamtarbeitsverträge bestehen, die sozialpartnerschaftlichen Kommissionen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Aufgabe erfüllen. Das ist bei 80 % der entsandten ausländischen Arbeitnehmern der Fall – sie sind in solchen Branchen, z.B. in Branchen des Bauhauptgewerbes. Und in solchen Branchen wurde unseres Wissens im Kanton Zug noch nie eine Kontrolle vorgenommen. Insofern verstehen wir nicht ganz, wenn von Arbeitnehmerseite her immer wieder auf die von den Behörden mitorganisierten tripartiten Kommissionen geschossen wird. Das gilt nicht nur für den Kanton Zug sondern auch national.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

696 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 29. September 2005

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

50. SITZUNG: DONNERSTAG, 29. SEPTEMBER 2005

8.30 – 11.50 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

697 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern. – Der Rat hat bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers der zurückgetretenen Lilian Hurschler-Baumgartner nur 79 Mitglieder.

Abwesend sind: Eusebius Spescha und Regula Töndury, beide Zug; Arthur Walker, Unterägeri.

698 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** erinnert den Rat daran, dass die Liste mit den Fax- und Email-Adressen aller Ratsmitglieder vertraulich ist und nicht an Dritte herausgegeben werden darf. Diese Datensammlung im Sinne des Datenschutzgesetzes wurde mit dem ausdrücklichen Hinweis erhoben, dass sie nur intern gebraucht werden darf. Bedauerlicherweise hat ein externer Dritter unbefugterweise diese Liste erhalten und uns allen ein Email geschickt.

Heute ist ein spezieller Tag. Am Dienstag jährte sich das schreckliche Attentat hier in Zug bereits zum vierten Mal. Und heute ist es das erste Mal, dass wir uns direkt nach dem Jahrestag im Kantonsratssaal zusammenfinden. Die Vorsitzende kann sich vorstellen, dass für einige das Kommen heute beschwerlicher war als an anderen KR-Sitzungen. Erinnerungen werden wieder wach, Wunden aufgerissen. Die Kantonsratspräsidentin fordert den Rat auf, kurz gemeinsam im Stillen zu verharren und die Gedanken fliessen zu lassen.

699 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25. August 2005.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1367.1/.2 – 11808/09).

3.2. Anpassung der kantonalen Gesetzgebung zur Schaffung einer Höheren Fachschule für Technik und Gestaltung.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1371.1/.2 – 11814/15).

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für einen Erweiterungsbau sowie für Umbau- und Anpassungsarbeiten beim Kleinschulhaus auf dem Athene-Areal in Zug.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1366.1/.2 – 11806/07).

3.4. Ersatzwahl in die Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz.

4. Einbürgerungsgesuche.
Antrag des Regierungsrats (Nr. 1370.1 – 11813).

5. Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz).
2. Lesung (Nr. 1266.6 – 11779).

6.1. Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug.
2. Lesung (Nr. 1302.7 – 11780).

6.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Aufhebung des Konkordats zwischen den Kantonen Luzern, Schwyz und Zug über den Betrieb einer Schule für praktische Krankenpflege am Spital und Pflegezentrum Baar.
2. Lesung (Nr. 1302.8 – 11781).

7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Anbau eines zusätzlichen Unterrichtsraums für das Fach Bildnerisches Gestalten in der Kantonsschule Zug.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1333.1/.2 – 11711/12), der Kommission (Nr. 1333.3 – 11800) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1333.4 – 11810).

8. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für zwei Fahrzeugunterstände im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schönau, Cham.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1334.1/.2 – 11713/14), der Kommission (Nr. 1334.3 – 11801) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1334.4 – 11805).

9. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1350.1/.2 – 11761/62) und der Raumplanungskommission (Nr. 1350.3 – 11793).

10. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Beitrag an den Pflegeheimteil des Betagtenzentrums Neustadt Zug.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 448.8 – 11757) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 448.9 – 11767).

11.1. Motion von Manuel Aeschbacher und Thomas Villiger betreffend Befreiung der juristischen Personen von der Kirchensteuer (Nr. 1271.1 – 11570) sowie

11.2. Motion der Alternativen Fraktion betreffend Erhebung einer Mandatssteuer für juristische Personen anstelle der bisherigen Kirchensteuer (Nr. 1288.1 - 11614). Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1271.2/1288.2 – 11795).
12. Motion der SVP-Fraktion betreffend Verwendung der Einnahmen aus dem Anteil des Kantons Zug an der Ausschüttung der für die Geldpolitik nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank (Nr. 1323.1 – 11692). Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1323.2 – 11797).
13. Interpellation von Eusebius Spescha betreffend Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Kanton Zug (Nr. 1326.1 – 11698). Antwort des Regierungsrats (Nr. 1326.2 – 11799).
14. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Massnahmen für die gleichzeitige Fertigstellung des 6-Spurausbaus des Autobahnteilstücks A4 zwischen Blegi und Rütihof und der A4 durch das Knonaueramt (Nr. 1355.1 – 11776). Antwort des Regierungsrats (Nr. 1355.2 – 11796).

Am Nachmittag erfolgt der Kantonsratsausflug.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Ziff. 13 abgesetzt wird, weil der Interpellant, Eusebius Spescha, abwesend ist. Das Geschäft wird an der nächsten KR-Sitzung behandelt.

700 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 25. August 2005 wird genehmigt.

701 MOTION VON THOMAS VILLIGER BETREFFEND AUSBAGGERUNG DER REUSS IM GANZEN KANTONSGEBIET

Thomas **Villiger**, Hünenberg, hat am 5. September 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1368.1 – 11811 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

702 MOTION VON ALOIS GÖSSI BETREFFEND ÄNDERUNG DER ZUSTÄNDIGKEITEN BEI EINBÜRGERUNGEN

Alois **Gössi**, Baar, hat am 12. September 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1373.1 – 11817 enthalten sind.

Felix **Häcki** hält fest, dass die SVP-Fraktion der Meinung ist, dass jetzt der falsche Moment ist, eine solche Motion zu überweisen, weil auf eidgenössischer Ebene Initiativen hängig sind, welche dieses Problem ebenfalls behandeln werden. Wir sind

deshalb für Abwarten, damit nicht jetzt etwas gemacht wird, das unter Umständen wieder geändert werden muss.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Rat ersucht, der Überweisung dieser Motion entgegen dem Antrag der SVP zuzustimmen. Das Bundesgericht hat bereits Leitplanken gesetzt, wie ein Einbürgerungsverfahren heute vorzunehmen ist – was Alois Gössi in seiner Motion erwähnt hat. Von daher bleibt für die Bürgergemeinden wenig Raum, im Rahmen von öffentlichen Abstimmungen Einbürgerungen nicht zu genehmigen, und es macht Sinn, dass wir diese Einbürgerungsverfahren überprüfen und die Frage von der Direktion des Innern klären lassen.

➔ Der Rat beschliesst mit 50 : 20 Stimmen, die Motion zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat zu überweisen.

703 POSTULAT DER STRASSENBAUKOMMISSION BETREFFEND SOFORTIGE DETAILPROJEKTIERUNG DER KANTONSSTRASSE «NORDZUFAHRT» ZWISCHEN ZUG UND BAAR

Die **Strassenbaukommission** hat am 5. September 2005 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1369.1 – 11812 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag vorliegt, dieses Postulat sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich vorerst eine formelle über die sofortige Behandlung. Sofern diese nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Überweisung des Postulats an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wird, gibt danach eine materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung (mit einfachem Mehr).

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die Strassenbaukommission sofortige Behandlung und Erheblicherklärung des Postulats verlangt. Damit ist die Regierung einverstanden. Das Postulat bringt verständlicherweise den Unmut der Strassenbaukommission zum Ausdruck. Dabei soll es jedoch nicht bleiben. Der Regierungsrat ist gewillt, den Bau der Nordzufahrt so weit als möglich vorzubereiten, damit nach Abschluss der Rechtsmittelverfahren keine weiteren Verzögerungen eintreten. Die Strassenbaukommission hat richtig erkannt, dass das Auflageprojekt für den Bau noch zu einem Ausführungsprojekt weiterentwickelt werden muss. Das löst Ingenieurarbeiten in der Grössenordnung von 1,25 Mio. Franken aus. Der Aufwand wäre verloren, wenn das Projekt letztinstanzlich scheitern würde. Wir schätzen das Risiko jedoch eher als gering ein. Deshalb stimmen wir dem Postulat zu, so dass nach seiner sofortigen Behandlung der Vorstoss erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben werden kann.

Beat **Villiger**, Präsident der Strassenbaukommission, hält fest, dass ihm der Baudirektor aus dem Herzen gesprochen hat. Uns beschäftigt genau das, was er eben gesagt hat. Dass wir hier nämlich nicht weiterkommen. Wir haben nach einer Möglichkeit gesucht, etwas zu unternehmen und auch nach aussen ein Zeichen zu setzen. Wir sollten den Strohhalm ergreifen, den wir können, und versuchen, Planungsarbeiten bereits in Auftrag zu geben. Der Votant bittet den Rat, den Anträgen zuzustimmen. Nach den Ausführungen des Baudirektors ist er auch damit einverstanden, dass das Postulat nach der Erheblicherklärung auch gleich abgeschrieben wird.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion für Überweisung des Postulats ist, aber gegen die sofortige Behandlung. Wir sind der Meinung, wir sollten Motionen und Postulate nur in wirklich dringenden Fällen sofort behandeln. Eine materielle Diskussion ist ohne Bericht der Regierung nicht fundiert möglich. Überdies greift dieses Postulat teilweise in die Kompetenzen der Regierung ein. Das Signal an die Regierung ist mit der Überweisung des Postulats erfolgt. Die Regierung hat das Signal aufgenommen. Es ist nicht nötig, das Postulat jetzt sofort materiell zu behandeln.

Berty **Zeiter** schliesst sich ihrer Vorrednerin an. Die AF opponiert ebenfalls gegen die sofortige Behandlung. Wir wollen den immer deutlicher sichtbar werdenden Trend zur Beschleunigung von Geschäften und die damit verbundene oberflächliche Behandlung von Geschäften nicht unterstützen. Deshalb beantragen wir die ordentliche Überweisung. Inhaltlich könnten wir dem Postulat nur zustimmen, falls die Umsetzung von flankierenden Massnahmen umfassend zugesichert wird. Ziele dieser Massnahmen müssen sein:

1. Wirksamer Schutz der Gartenstadt vor dem Verkehrsdruck aus der Nordzufahrt.
2. Verkehrsberuhigung im Wohnbereich der Nordzufahrt, insbesondere aber im Bereich der Gartenstadt.
3. Umbau der Zuger- und Baarerstrasse mit Kapazitätsreduktion für den motorisierten Individualverkehr und Freihaltung für den ÖV.
4. Gestaltung der Kreuzungen Feldstrasse/Baarerstrasse und Göblistrasse/Industriestrasse so, dass die angrenzenden Wohnquartiere nicht mit Verkehr überflutet werden.
5. Verhinderung einer grauen «Tangente» Feldstrasse/Göblistrasse/alte Baarerstrasse/Ägeristrasse.

Wir bitten den Baudirektor um Auskunft, wieweit und wann entsprechende Massnahmen umgesetzt werden.
Die Votantin ist übrigens nicht ganz einverstanden, wenn es im Postulat heisst: «Unsere Kommission findet es unerträglich, …». Sie als Mitglied findet das nicht unbedingt. Es ist also lediglich die Mehrheit der Kommission, die es unerträglich findet, solange warten zu müssen.
Die zur Verfügung stehende Zeit sollte auch genutzt werden, um eine andere Linienführung südlich der Feldstrasse ernsthaft zu prüfen. Es ist nicht einzusehen, weshalb eine Strasse mit 17'000 Autos täglich am Rand einer bis anhin ruhigen Wohnzone geführt werden soll und nicht durch ein Industrie- und Gewerbeareal. Damit würden sich übrigens auch die absehbaren Probleme mit den Ein- und Ausfahrten aus dem L&G-Areal in die neue Nordzufahrt lösen.

Daniel **Grunder** ist der Ansicht, dass das Votum der AF eine Missachtung der Entscheide dieses Rats gewesen ist. Dieser hat mit dem TRP Verkehr entschieden, die Nordzufahrt mit der beschlossenen Linienführung zu bauen. Jetzt geht es darum, das Schneckentempo, das durch die gesetzlichen Vorschriften und Einsprachemöglichkeiten vorgegeben ist, zu einem Schildkrötentempo zu beschleunigen. Es geht nicht darum, dass morgen die Bagger auffahren. Es geht um eine massvolle Beschleunigung, die wir unbedingt gutheissen müssen. Der Votant bittet den Rat, den Anträgen des Regierungsrats zuzustimmen und der Verhinderungspolitik der AF eine Abfuhr zu erteilen.

Hans-Beat **Uttinger** möchte sich noch zu den flankierenden Massnahmen äussern. Die Ziele dieser Massnahmen sind:

1. Verkehrsentlastung der Zuger-/Baarerstrasse, um den ÖV stärker zu bevorzugen.
2. Je nach Abschnitt auf der Zuger-/Baarerstrasse eine Halbierung des Verkehrs.
3. Verkehrsentlastung resp. keine Verkehrszunahme auf untergeordneten Strassen; d.h. die Aabachstrasse wird zur Sackgasse.

Projektintegrierte flankierende Massnahmen:

1. Förderung der Zuger-/Baarerstrasse in Abhängigkeit von gewünschten ÖV-Systemen durch Steuerung der Lichtsignalanlagen.
2. Kreuzung Feld-/Baarerstrasse, Signalisation und Wegweisung des motorisierten Individualverkehrs auf die Nordzufahrt. Neu wird die Nordzufahrt als Hauptverkehrsstrasse signalisiert und die Zuger Baarerstrasse abklassiert.
3. Bau zusätzlicher Lichtsignalanlagen an den Einmündungen Sagi- und Grabenstrasse. Die LSA Sagistrasse ist bereits realisiert, die LSA Grabenstrasse in Planung.
4. Bei Verkehrszunahme auf der Industriestrasse werden weitergehende flankierende Massnahmen zusammen mit der Stadt Zug ergriffen.

Auswirkungen: Mit den projektintegrierten flankierenden Massnahmen kann der Verkehr auf der Zuger-/Baarerstrasse massiv reduziert werden, je nach Abschnitt bis zu 50 % weniger. Weitere Verkehrsentlastungen bedingen weitergehende flankierende Massnahmen. Darüber kann der Baudirektor dem Rat heute noch keine Auskunft geben. Eine weitere Auswirkung wird sein, dass die Nordzufahrt schon von Beginn weg eine sehr hohe Verkehrsbelastung aufweisen wird.
Zu den weiteren Fragen von Berty Zeiter. Eine Linienführung auf den Kreisel Bahnhof ist nicht machbar, wegen Rückstaus auf der Baarerstrasse, wie das Studien mehrfach bewiesen haben. Dann bringen wir auf der Baarerstrasse auch den ÖV nicht mehr durch. In Bezug auf hängige Einsprachen verweist der Votant auf das laufende Verfahren. Was die Beschleunigung angeht, so weiss er nicht, ob die Roostmatt bereits vor Bundesgericht ist.

➔ Der Rat beschliesst mit 60 Stimmen, dass Postulat sofort zu behandeln.

➔ Der Rat beschliesst, das Postulat erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

704 POSTULAT DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND ÜBERPRÜFUNG DES KANTONALEN RICHTPLANS ALS FOLGE DER UNWETTER DES SOMMERS 2005

Die **Alternative Fraktion** hat am 7. September 2005 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1372.1 – 11816 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

705 INTERPELLATION VON ANTON STÖCKLI BETREFFEND TREIBHOLZ IN BÄCHEN, FLÜSSEN UND SEEN BEI UNWETTERN

Anton **Stöckli**, Zug, hat am 26. August 2005 die in der Vorlage Nr. 1365.1 – 11804 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

706 INTERPELLATION VON MARKUS GRÜRING BETREFFEND ÄGERISEE, LORZE UND ANDERE GEWÄSSER IM ZUSAMMENHANG MIT ERLEBTEN UND KÜNFTIGEN UNWETTERN

Markus **Grüring**, Unterägeri, sowie drei Mitunterzeichner haben am 16. September 2005 die in der Vorlage Nr. 1374.1 – 11820 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat elf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

707 GESETZ ÜBER DEN FINANZHAUSHALT DES KANTONS UND DER GEMEINDEN (FINANZHAUSHALTSGESETZ)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1367.1/.2 – 11808/09).

Auf Antrag der Fraktionschefkonferenz wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Stephan Schleiss, Steinhausen, ***Präsident*** *SVP*

1.	Karl Betschart, Altgasse 74, 6340 Baar	SVP
2.	Bruno Briner, Rebenweg 21d, 6331 Hünenberg	FDP
3.	Stefan Gisler, Angelgasse 7a, 6317 Oberwil	AF
4.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
5.	Leo Granziol, Brüschrain 3, 6300 Zug	CVP
6.	Felix Häcki, Weinbergstrasse 17, 6300 Zug	SVP
7.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
8.	Andreas Hotz, Burgmatt 22c, 6340 Baar	FDP
9.	Silvan Hotz, Chlingenstrasse 23, 6340 Baar	CVP
10.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP
11.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
12.	Bruno Pezzatti, Kreuzrain 3, 6313 Edlibach	FDP
13.	Stephan Schleiss, Bahnhofstrasse 36, 6312 Steinhausen	SVP
14.	Karin Julia Stadlin, Gartenweg 17, 6343 Buonas	FDP
15.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP

708 ANPASSUNG DER KANTONALEN GESETZGEBUNG ZUR SCHAFFUNG EINER HÖHEREN FACHSCHULE FÜR TECHNIK UND GESTALTUNG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1371.1/.2 – 11814/15).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 11-köpfige Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Anna Lustenberger-Seitz, Baar, ***Präsidentin***	*AF*
1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Rosvita Corrodi, Hofstrasse 74a, 6300 Zug	FDP
3.	Beatrice Gaier, Tellenmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	CVP
4.	Daniel Grunder, Schutzengelstrasse 34f, 6340 Baar	FDP
5.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
6.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
7.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
8.	Jean-Pierre Prodolliet, Alpenblick 5, 6330 Cham	SP
9.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
10.	Beat Stocker, Industriestrasse 3, 6300 Zug	SVP
11.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

709 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINEN ERWEITERUNGSBAU SOWIE FÜR UMBAU- UND ANPASSUNGSARBEITEN BEIM KLEINSCHULHAUS AUF DEM ATHENE-AREAL IN ZUG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1366.1/.2 – 11806/07).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass dieses Geschäft auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** aus Effizienzgründen an die bereits bestehende 11er-Kommission unter der Leitung von Rosvita Corrodi überwiesen wird, die bereits zwei kleinere Baugeschäfte behandelt (Anbau Kantonsschule und Fahrzeugunterstände Zivilschutz-Ausbildungszentrum).

➔ Der Rat ist einverstanden.

710 ERSATZWAHL IN DIE KOMMISSION FÜR WASSERBAU UND GEWÄSSERSCHUTZ

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass Lilian Hurschler-Baumgartner per 31. August 2005 aus dem Kantonsrat zurückgetreten ist. Ihr Sitz in der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz ist deshalb neu zu besetzen. Die AF beantragt als neues Mitglied Anna **Lustenberger-Seitz**.

➔ Der Rat ist einverstanden.

711 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Antrag des Regierungsrats (Nr. 1370.1 – 11813).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

26 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

a) 9 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 31 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

712 GESETZ ÜBER DIE FAMILIENERGÄNZENDE KINDERBETREUUNG (KINDERBETREUUNGSGESETZ)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. Juni 2005 (Ziff. 651) ist in der Vorlage Nr. 1266.6 – 11779 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 51 : 17 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat, die vorberatende Kommission und die Stawiko beantragen, die bereits früher erheblich erklärte Motion von Manuela Weichelt sowie 19 Mitunterzeichnerinnen vom 31. Mai 2001 (Vorlage Nr. 917.1 – 10589) als erledigt abzuschreiben.

Rosemarie **Fähndrich Burger** stellt im Namen von AF und SP-Fraktion den Antrag, die Motion sei noch nicht abzuschreiben. Das Anliegen der Motion, ein Verpflichtungsgesetz zu erlassen, ist mit dem vorliegenden Gesetz nicht gegeben. Das in der Motion beantragte Anliegen der Motionärin Manuela Weichelt-Picard ist nicht ausreichend erfüllt. Im Gesetz fehlt das verbindliche Kriterium von nachfrageorientierten Betreuungsplätzen. Es gibt keine Gewähr, dass die Gemeinden, wenn überhaupt, künftig ausreichende Betreuungsangebote anbieten werden.
In diesem Zusammenhang möchte die Votantin betonen, dass die Zeit dem Motionsanliegen je länger je mehr Recht gibt. Selbst avenir suisse hat sich das Anliegen, verbindliche Kinderbetreuungsangebote zu schaffen, auf die Fahne geschrieben. In der vergangenen Arena-Sendung wurde ganz dezidiert zur enorm tiefen Geburtenrate und deren Folgen hier zu Lande hingewiesen: Der Staat müsste höchstes Interesse haben, dass Frauen und Paare künftig wieder vermehrt bereit sind, Kinder zu haben. Ein wichtiger Beitrag dazu sind verbindliche Betreuungsangebote. Das Beispiel aus den skandinavischen Ländern zeigt, dass durch das grosse und vielfältige Angebot von Betreuungsplätzen die Geburtenrate wieder rasant zugenommen hat. Aus diesen Gründen beantrage Rosemarie Fähndrich, die Motion von Manuela Weichelt-Picard nicht abzuschreiben.

➔ Der Rat beschliesst mit 59 : 13 Stimmen, die Motion als erledigt abzuschreiben.

713A GESETZ ÜBER DAS GESUNDHEITSWESEN IM KANTON ZUG

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. Juni 2005 (Ziff. 657) ist in der Vorlage Nr. 1302.7 – 11780 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 65 : 3 Stimmen zu.

713B KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND AUFHEBUNG DES KONKORDATS ZWISCHEN DEN KANTONEN LUZERN, SCHWYZ UND ZUG ÜBER DEN BETRIEB EINER SCHULE FÜR PRAKTISCHE KRANKENPFLEGE AM SPITAL UND PFLEGEZENTRUM BAAR

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. Juni 2005 (Ziff. 657) ist in der Vorlage Nr. 1302.8 – 11781 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 66 : 2 Stimmen zu.

714 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DEN ANBAU EINES ZUSÄTZLICHEN UNTERRICHTSRAUMS FÜR DAS FACH BILDNERISCHES GESTALTEN IN DER KANTONSSCHULE ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1333.1/.2 – 11711/12), der Kommission (Nr. 1333.3 – 11800) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1333.4 – 11810).

Rosvita **Corrodi** weist darauf hin, dass die vorberatende Kommission dieses Geschäft am letzten Tag vor den Sommerferien behandelte. Nach einer Besichtigung vor Ort, weiteren Informationen seitens der Baudirektion, der DBK und des Rektors der Kantonsschule beschloss die Kommission nach eingehender Diskussion mit 10 : 1 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten, diese jedoch gestützt auf § 43 der GO an den RR zurückzuweisen. Da damit eine Weiterberatung des Geschäftes aufgeschoben ist, erhielten Sie einen so genannten Zwischenbericht. Nur diese Vorgehensweise ermöglicht weitere und genauere Abklärungen, d.h. nur so können wir dem Regierungsrat konkrete und klare Aufträge erteilen.
Im Schuljahr 2004/05 besuchten 1360 Schülerinnen und Schüler in 74 Klassen die Kantonsschule Zug. Auf Grund der Neugestaltung des Gymnasiums nach MAR (Verordnung des Bundesrats über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen) besuchen die Gymnasiasten nicht nur in der 1. und 2. Klasse das Fach Bildnerisches Gestalten und Musik. In den oberen Klassen müssen sie zwischen den Schwerpunktfächern Musik und BG wählen. An der Zuger Kantonsschule wählen lediglich 30 % Musik, während sich 70 % der Lernenden für das Fach Bildnerisches Gestalten entscheiden. Ein Vergleich zu unseren Nachbarkantonen zeigt, dass dort die Wahl mehrheitlich 50 % zu 50 % beträgt. Ein Grund, dass die Zuger Jugendlichen sich nicht für das Fach Musik entscheiden, liegt sicher darin, dass die Musikschulen in den Zuger Gemeinden eine wichtige Rolle spielen und viele Jugendliche auch nach dem Austritt aus der Primarschule sich weiterhin in der angestammten Musikschule aktiv betätigen.
Die jährliche, weitere Zunahme von Schülerinnen und Schülern bezüglich Belegung des Faches Bildnerisches Gestalten führt an der Zuger Kanti zu einer Raumknappheit. Die von der Baudirektion vorgeschlagene Lösung: Auf der Terrasse (Niveau der anderen BG-Schulzimmer) einen zusätzlichen Raum zu errichten, ist gemäss Vorlage zurzeit die einzige mögliche Lösung. Der so sehr teure dazu gewonnene Schulraum schafft zwar 17 Arbeitsplätze. Eine Normalklasse braucht jedoch deren 22. Mit dem Anbau entfällt natürlich auch die derzeitige Nutzung des Aussenraums. Die

Bauinstallation ist zudem sehr aufwendig, denn es kann kein Kran installiert werden, dafür muss eine Transportpiste erstellt werden, die später wieder zu demontieren ist.
Auch wenn der Raumbedarf in den kommenden Schuljahren weiter steigen sollte, die vorgeschlagene Lösung befriedigte die Kommission nicht. In der Vorlage fehlen z.B. Alternativlösungen, wie der Engpass, der sich ja in absehbarer Zeit wieder ändern könnte, überbrückt werden kann. Die im Stawiko-Bericht gestellten Fragen haben auch wir gestellt, konkrete Antworten konnten uns aber damals nicht gegeben werden. Es ist auch nicht unsere Aufgabe, über Personalfragen oder Raumverteilungen innerhalb der Kantonsschule zu diskutieren. Wir erwarten deshalb vom Regierungsrat – der bereit ist, die Vorlage zurückzunehmen – eine überarbeitete und wesentlich kostengünstigere Vorlage. Die Kommissionspräsidentin bittet den Rat in diesem Sinne, auf die Vorlage einzutreten und der Rückweisung an den Regierungsrat zuzustimmen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an der Sitzung vom 9. September 2005 beraten hat. Wie bereits in unserem Bericht ausgeführt, ist die Vorlage zu knapp gehalten. Das Fehlen wesentlicher Unterlagen verunmöglicht uns eine umfassende und seriöse Beurteilung der Sachverhalte. Auf Grund der vorliegenden Informationen kann die Stawiko den Bedarf für den beantragten Raum nicht nachvollziehen. Es wurde vom Regierungsrat die Frage gestellt, wie diese Vorlagen dann aussehen sollen. Vorher seien sie zu lang gewesen, jetzt seien sie zu kurz. Wir hatten in der Vergangenheit Vorlagen erhalten, die zu langfädig waren, viele Wiederholungen hatten und zum Teil für Milizparlamentarier zu wenig übersichtlich dargestellt waren. Heute kommen sie wirklich zu knapp, und es fehlen wesentliche Inhalte. Möglicherweise könnte eine Lösung sein, dass jeweils den Kommissionen ein Zusatzdossier mit wesentlichen Beilagen abgegeben wird. Und zwar automatisch und nicht erst nach den Fragen, die man jedes Mal stellen muss. Selbstverständlich müsste dann die Essenz aus diesen Unterlagen in den Bericht einfliessen.
Im Vergleich zur vorberatenden Kommission gehen wir noch einen Schritt weiter und stellen den Antrag, nicht auf die Vorlage einzutreten. Der Preis von 800 Franken/m^3 für die Erstellung dieses Raums scheint uns sehr hoch, ja zu hoch. Es gibt uns nur schon aus rein finanziellen Überlegungen zu denken, wenn ein Schulzimmer, das im Übrigen keine Normgrösse aufweist, derart aufwändig erstellt werden muss und weit über eine halbe Million Franken kosten soll. Die letzte Erweiterungsetappe der Kantonsschule wurde vor nicht all zu langer Zeit abgeschlossen. Wir erwarten von der Regierung klare Aussagen zur Frage, mit welchen Investitionen in der Kantonsschule Zug in nächster Zeit noch gerechnet werden muss. Ist es nur dieses Zimmer oder sind noch ganz andere Bauten notwendig?
Mit einem Nichteintreten geben Sie dem Regierungsrat die Chance, die ganze Angelegenheit nochmals in Ruhe zu analysieren und das Problem nochmals von Grund auf zu untersuchen. Mit dem Erstellen eines zusätzlichen BG-Raums betreiben Sie aus unserer Sicht nur „Pflästerchenpolitik", statt das Problem an der Wurzel anzugehen. Wenn ein Fach von immer weniger Schülern gewählt wird, muss dies einen Grund haben – wir fragen uns welchen? Sind die Anforderungen im Fach Bildnerisches Gestalten zu tief oder in der Musik zu hoch? Warum hat die Attraktivität des Faches Musik so gelitten? Welche Massnahmen könnten ergriffen werden, um diesen Trend umzukehren? Wird der Trend mit geeigneten Massnahmen gebrochen und das Fach Musik gewinnt wie in anderen Kantonen und anderen Schulen wieder an Attraktivität, können Sie diese halbe Million Steuergelder einsparen und für andere Aufgaben einsetzen. Die Stawiko hat in ihrem Bericht eine Reihe von Fragen

gestellt. Wir gehen davon aus, dass diese Fragen unabhängig vom Verlauf der Abstimmungen beantwortet werden und danken der Regierung zum voraus für ihre Bemühungen. Gestützt auf den Bericht und diese Ausführungen beantragen wir einstimmig, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Eugen **Meienberg** meint, man könnte wirklich versucht sein, dem Antrag der Stawiko zu folgen und auf die Vorlage erst gar nicht einzutreten. So kurz nach der Einweihung der Erweiterungs- und Umbauten an der Kanti bereits wieder anzubauen, ist schon ein starkes Stück. In der Kantonsratsvorlage Nr. 830.3 wurde uns damals doch gesagt, dass die Raumkapazitäten für alle Bereiche für die nächsten 10 bis 15 Jahre ausreichen. Sehr schlank kam die regierungsrätliche Vorlage daher. Es gibt daher kaum Aussagen über Alternativabklärungen und keine Schlussfolgerung, warum diese Variante gewählt wurde. Die Bedarfsabklärung und die Hintergründe, warum sich immer mehr Schüler in den Wahlpflichtfächern für Bildnerisches Gestaltung und nicht Musik entscheiden, war ein langes Diskussionsthema in der vorberatenden Kommission. Es wurden Möglichkeiten in der Stundenplangestaltung und auch andere Standorte besprochen. Dies ist im Zwischenbericht leider nicht gut zur Geltung gekommen. Der Bedarf wurde nach Erachten des Votanten nachgewiesen, es braucht zusätzlichen Schulraum für das Fach Bildnerisches Gestalten.
Das zweite starke Stück ist jedoch der vorgeschlagene neue Schulraum und der Preis, welcher dafür bezahlt werden soll. 570'000 Franken für ein Schulzimmer, welches nicht einmal die Standardzahl von 22 Schülerarbeitsplätzen, sondern nur deren 17 beinhaltet. 570'000 Franken für einen neuen Schulraum, in welchem keine Normalklasse unterrichtet werden kann, das kann doch nicht angehen. Hier ist die Baudirektion gefordert, nachzubessern und dem Kantonsrat ein Projekt zu präsentieren, welches den Bedürfnissen entspricht und zu einem vernünftigen Preis zu realisieren ist. Eine Mehrheit der CVP-Fraktion unterstützt daher den Rückweisungsantrag der vorberatenden Kommission.
Mit dem neuen Schulzimmer für Bildnerisches Gestalten bauen wir an der Kanti am Lüssiweg ein weiteres Mal aus. Heute wurde wieder eine Schulraumerweiterungsvorlage bei der Athene an die bereits bestehende Kommission zur Vorberatung überwiesen, diesmal geht es um 3,5 Mio. Franken. Ob dies ein gutes Omen ist? Eugen Meienberg kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass bei den Schulraumerweiterungen eine «Pflästerlipolitik» betrieben wird. Die Kreditvorlagen haben jedoch die Grösse von «Pflastern». Auch die Standorte der verschiedenen Schulen werden kräftig herum geschoben. Erst wurde der Nebenstandort des Kantonalen Gymnasiums in Menzigen eingerichtet, und ist auch gut gestartet, soll nun aber bereits wieder in eine neue Grossschule in Cham verlegt werden. Dies verunsichert die Standortgemeinde sehr, zumal man ohne weiteres weiteren Schulraum zur Verfügung stellen könnte. Für die Fachmittelschule soll nun in der Athene neuer Schulraum geschaffen werden, um dann im Jahre 2013 auch nach Cham verlegt zu werden. Hier fehlen Grundlagenpapiere und Berechnungsmodelle über zukünftige Schülerzahlen und eine gesamthafte Schulraumplanung sowie konzeptionelle Aussagen. Hier wäre eine regierungsrätliche Auslegeordnung angezeigt. Doch vorerst geht es um ein einziges Schulzimmer, welches allerdings auch seriös geplant und mit einer entsprechenden aufbereiteten Vorlage beantragt werden soll. Die CVP-Fraktion empfiehlt Rückweisung.

Barbara **Strub** hält fest, dass die Mitglieder der FDP-Fraktion grossmehrheitlich für Eintreten, jedoch einstimmig für Rückweisen sind. Dies vor allem aus folgenden Gründen. Die FDP ist der Meinung, dass eine Lösung gefunden werden muss. Die Bedarfsfrage wurde mit den gelieferten Belegungs- und Stundenplänen und den Prognosen der weiter steigenden Schülerzahlen in der Kantonsschule beantwortet. Allerdings scheint mit durchschnittlich 17 Schülerinnen und Schülern die Belegung der Schulzimmer in den Zeichnungsstunden doch heute noch nicht am Limit zu laufen. Das Wahlverhalten der Zuger Mittelschüler kann diverse Ursachen haben. Die Klärung der in dieser Hinsicht von der Stawiko gestellten Fragen nach dem Grund dieses Wahlverhaltens wäre sicher spannend, ist jedoch Aufgabe der Schulleitung.
Wie auch immer, wir sind überzeugt, dass sowohl die Schulleitung wie auch die Baudirektion mit gutem Willen eine innovativere Lösung finden werden, sei dies organisatorischer oder baulicher Art. Es scheint uns wichtig, dass bei einer neuen baulichen Lösung das Kosten/Nutzen-Verhältnis verbessert werden kann und mit einem weniger hohen m^2-Preis auch Preis/Leistung zum Stimmen kommt. Sind wir denn nur noch mit dem Feinsten vom Feinen zufrieden? Evtl. erhalten wir sogar eine Toplösung zu einem akzeptablen Preis. Der hier vorliegende Kostenvoranschlag ist ungenau, die Honorare zu hoch, der Waldabstand sehr gering, das neue Zimmer nur ein halbes – deshalb ist die vorgeschlagene Lösung zu teuer. – Die FDP-Fraktion empfiehlt Eintreten und Zurückweisen. Wir wollen eine Lösung, aber eine, die das Sparpotenzial auslotet.

Käty **Hofer** fasst sich kurz, weil das Meiste schon gesagt wurde. Die SP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass offenbar an der Kantonsschule ein Raumproblem besteht. Dieses Problem müssen wir jedoch grundlegend angehen. Die Frage ist: Warum gibt es so viel mehr Schülerinnen und Schüler im Fach Bildnerisches Gestalten als in der Musik? Welche Steuerungsmöglichkeiten gibt es hier? Wurden sie wirklich alle ausgeschöpft? Hier müssen wir ansetzen. Das Kosten/Nutzen-Verhältnis behagt uns ebenfalls überhaupt nicht – zumal wir dafür nur eine sehr halbherzige Lösung erhalten würden. Die Regierung schlägt von sich aus Rückweisung vor – wir können uns diesem Vorschlag anschliessen.

Anna **Lustenberger-Seitz**: Dass eine kreative Tätigkeit auch noch in der Kantonsschule wichtig ist, zeigt die Beliebtheit dieses Fachs – ein sinnvoller Ausgleich zu den vielen kopflastigen Fächern. Bildnerisches Gestalten ist ein Wahlpflichtfach – die Jugendlichen müssen wählen zwischen Musik und Bildnerischem Gestalten. Warum sollen sie nochmals zur Musik verknurrt werden, wenn sie bereits in ihrer Gemeinde in den Musikunterricht gehen und dann in der Jugendmusik, im Jugendorchester zur Freude vieler einen kulturellen Beitrag an verschiedene Anlässe leisten? Oder wenn sie so ganz und gar nicht musikalisch sind? Lassen wir also die Jugendlichen ihr Wahlpflichtfach wirklich wählen! Die Notwendigkeit eines zusätzlichen Raums ist ausgewiesen! Noch eine Bemerkung auf die Frage von Peter Dür betreffend Anforderungen in diesen beiden Fächern. Für die Maturnote müssen die Schülerinnen und Schüler etwa 20 Arbeiten in diesem Fach abgeben. Bei der Musik spielen sie meistens einfach ein Wahl-Stück, welches sie oft schon in der Musikschule geübt haben. Beim Bildnerischen Gestalten sind die Anforderungen also bestimmt auch da. Und wenn die Schüler keines dieser beiden Fächer wählen, weil sie beides nicht gern machen, wählen sie Musik, weil sie sich dort zurückziehen können in ihr Schneckenhaus. Beim Bildnerischen Gestalten müssen sie sich hingegen öffnen und etwas

dazu geben. Es ist heute einfach so, dass die Schüler lieber das Bildnerische Gestalten wählen. – Die AF ist für Eintreten auf die Vorlage, ebenfalls aber für Rückweisung an die Regierung – die Gründe wurden genannt.

Guido **Käch** unterstützt den Antrag der Stawiko. Es braucht keinen neuen Schulraum an der Kantonsschule Zug. Mit etwas gutem Willen kann das gegenwärtige, evtl. vorübergehende Schulraumproblem sicher gelöst werden. Wie kommt der Votant zu diesem Schluss? Letztes Jahr wurde der Erweiterungsbau der Kantonsschule in Betrieb genommen. Die Investitionen wurden ursprünglich mit 11 bis 14 Mio. Franken beziffert. Bewilligt wurde dann ein Kredit von 34 Mio. Franken, dies aber inklusive der nicht vorgesehenen Renovationen der Trakte 2 und 4. Die Schlussabrechnung der Erweiterung liegt noch nicht vor, aber schon ein neuer Antrag. Der damalige Bildungsdirektor Walter Suter hat bei der Behandlung dieses Geschäfts im Dezember 2001 gesagt: «Mittelfristig (für die nächsten 10 Jahre) können mit den geplanten Erweiterungsbauten die Raumkapazitäten für alle Bereiche abgedeckt werden. Die Räume sind auch genügend gross.» Noch etwas zu den Schülerzahlen. Im Jahr 1999 besuchten 1489 Schülerinnen und Schüler die Kantonsschule Zug. Heute sind es 100 Schüler weniger, wir haben einen Neubau mit vielen neuen Zimmern, und jetzt wird schon wieder von einer Erweiterung gesprochen. – Mit Nichteintreten geben wir der Regierung und der Leitung der Kantonsschule den Auftrag, das Problem in den bestehenden Räumlichkeiten zu lösen.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** ersucht den Rat im Namen des Regierungsrats und der fast einstimmigen vorberatenden Kommission, auf diese Vorlage einzutreten. Wir sind dann bereit, den Rückweisungsantrag entgegenzunehmen, aufgeworfene Fragen zu klären und die Vorlage nochmals detaillierter zu bringen. Eintreten heisst, den Handlungsbedarf erkennen. Und hier erstaunt es doch etwas, dass der Nichteintretensantrag gemäss Presse von der SVP und damals auch noch von der SP unterstützt wurde. Der Raumbedarf ist ja massgeblich dadurch verursacht, dass viele Gymnasiastinnen und Gymnasiasten den Schwerpunkt Bildnerisches Gestalten wählen. Bisher meinte der Votant immer, auch in Kreisen der SVP und SP würde unterstützt, dass Jugendliche gerade auch an einem Gymnasium sich handwerklich/-gestalterisch betätigen und schulen. Sollen sie nun im Ernst dazu motiviert werden, diesen Bereich möglichst nicht mehr zu wählen, weil wir eine Raumknappheit haben? Noch einige Ausführungen zum besagten Verhältnis zwischen Musik und BG:

1. Der Bund gibt mit dem Reglement MAR den Gymnasiasten weitgehende Wahlmöglichkeiten. Ganz bewusst – sie sollen die Verantwortung für ihr Profil und ihren Weg früh in die Hand nehmen. Wenn nun die Schülerinnen und Schüler im Rahmen des MAR ihre Entscheidungen bezüglich Grundlagen-, Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer treffen, so haben wir diese Entscheidungen zu respektieren.
2. Die Bevorzugung von BG ist auch ein Reflex auf das intensive ausserschulische Musikangebot in unserem Kanton. Und das ist ja eigentlich erfreulich. Bekanntlich wird bei uns in der Stadt und in den Gemeinden die Musik stark gefördert. Der Zugang zu Musikschulen ist allen offen. Viele Jugendliche besuchen neben dem Instrumental- oder Chorunterricht ein Orchester, eine Kadettenmusik oder etwas Ähnliches. Es sind auch ganz viele Bands aktiv in der Region Zug. Es ist deshalb durchaus verständlich, und das sagen uns auch Schülerinnen und Schüler, dass sie BG gerade deshalb wählen, weil sie im Musikbereich bereits

neben der Schule sehr aktiv sind. Und das ist eigentlich eine gute Sache. Das wurde übrigens auch von Mitgliedern der Kommission aus eigener Erfahrung bestätigt.

3. Man muss das Vorurteil korrigieren, im BG könne man einfach zu einer guten Note kommen. Die Anforderungen sind nicht etwa generell tiefer, und wir haben eine Analyse der Semesternoten gemacht. Im Notendurchschnitt beim Fach BG liegen die Schüler im Schnitt regelmässig 0,2 Punkte tiefer als im Fach Musik. Wenn man also günstiger eine gute Note will, müsste man gemäss dieser Analyse das Fach Musik wählen.
4. Es wurde Menzingen erwähnt. Sie wissen, dass Sie mit dem KGM Menzingen ein Gymnasium mit einem bewusst musischen Profil gegründet haben. Das KGM führt entsprechend einen Chor, eine Bigband und ein Streichorchester. Es liegt nahe, dass dort der Schwerpunktsbereich Musik verstärkt gewählt wird, dass musisch Interessierte eben gerade nach Menzingen gehen und dass deshalb der Anteil von Interessierten an Bildnerischem Gestalten an der Kantonsschule klar höher ist. Man kann also der Kantonsschule nicht den Vorwurf eines falschen Verhältnisses machen.

Es gibt also ingesamt nachvollziehbare Gründe für dieses Wahlverhalten, das wir respektieren sollten. Und es ist doch richtig und schön, dass die Gymnasiasten sich in einem kopflastigen Umfeld auch gestalterisch betätigen. Wer einmal erlebt hat, wie Gymnasiasten ihr eigenes Snowboard zeichnen, konstruieren und bis zum letzten Schliff herstellen, kann doch diesen Jugendlichen nicht wünschen, dass sie dieses Fach und diese Erfahrung nicht machen sollen.
Schliesslich noch ein Gesamtblick. Das besagte MAR schreibt einen Anteil des Bereichs Kunst – also BG und Musik zusammen – von 5 bis 10 Prozent des Gesamtangebots vor. An der Kanti Zug sind wir mit 5 % am untersten Limit im Bereich Kunst. Hier kann man nicht mehr weiter reduzieren. Und mit diesem untersten Limit von 5 % sind unsere Räume belegt. Der Bildungsdirektor weiss nicht, ob Guido Käch die Stunden- und Raumbelegungspläne gesehen hat. Die Kommission hat sie gesehen. Es ist sehr dicht. Es wird über Mittag unterrichtet mit einer neuen Stundenplangestaltung. Hier sind also die Räume wirklich optimal bewirtschaftet.
Zu Eugen Meienberg. Er hat noch die Ebene der strategischen Schulraumplanung erwähnt. Wir sind ein wachsender Kanton. Sie kennen die Richtplanung. In der Schulraumplanung haben wir uns nach Ihrem Willen danach auszurichten. Wir können nicht einfach sagen: Es gibt jetzt keine Schulräume mehr! Und wo diese Schulräume zu stehen kommen, dazu haben Sie uns mit dem Richtplan klare Vorgaben gegeben. – Schulzentrum Ennetsee. Dieses Schulzentrum wird nach unserer heutigen Planung zu einer Schule, die weit weniger Schüler haben wird als die Kantonsschule. – Und zu Menzingen: Es ist eine Jahrzehnte alte Strategie, dass das KGM provisorisch und kurzfristig nach Menzingen kam, weil dort Räume zur Verfügung stehen. Das wurde immer so deklariert. Man kann also nicht sagen: Plötzlich ändert ihr die Strategie.
Handlungsbedarf ist also gegeben. Wie nun dem begegnet wird, das können wir klären, wenn Sie auf die Vorlage eintreten und sie dann zurückweisen.

➔ Der Rat beschliesst mit 50 : 23 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

➔ Der Rat beschliesst Rückweisung der Vorlage an die Regierung.

715 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR ZWEI FAHRZEUGUNTERSTÄNDE IM ZIVILSCHUTZ-AUSBILDUNGSZENTRUM SCHÖNAU, CHAM

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1334.1/.2 – 11713/14), der Kommission (Nr. 1334.3 – 11801) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1334.4 – 11805).

Rosvita **Corrodi** weist darauf hin, das die gleiche Kommission, welche den Objektkredit im vorangehenden Traktandum behandelt hat, sich auch mit jenem für zwei Fahrzeugunterstände im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schönau auseinander gesetzt hat. Wie Sie dem Zwischenbericht entnehmen können, hat die Kommission mit zehn Stimmen und einer Enthaltung Eintreten beschlossen, jedoch die Vorlage an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückgewiesen. Dass zwei Unterstände für total 13 Fahrzeuge – gekauft aus ehemaligen Armeebeständen – nötig sind, war unbestritten. Dass für dieses Bauvorhaben je nach Variante fast 280'000 Franken aufgewendet werden müssen, ist jedoch nicht nachvollziehbar. Man rechne: Dies macht pro Auto gute 21'000 Franken, was betreffend Kosten praktisch einem durchschnittlich teurem Abstellplatz in einer Tiefgarage gleichkommt.
Erstaunt hat uns, dass für diese unkomplizierte Konstruktion – pro Unterstand drei Wände und ein Dach – ein Architekturbüro beauftragt wurde. Für die Berechnung der Material- und Erstellungskosten wäre die Einholung von zwei bis drei Offerten bei metallverarbeitenden Betrieben genauso effizient gewesen. Allerdings mit dem kleinen Unterschied, dass sie sicher kostengünstiger ausgefallen wären.
Bezüglich Kosten. Nicht in Betracht gezogen wurden auch Abklärungen, ob der Zivilschutz in Eigenleistung gewisse Arbeiten selber ausführen könnte. Auf die Umgebungsarbeiten – ein fester Belag, den der Zivilschutz gar nicht beantragt hat – ist deshalb zu verzichten. Was aus der Regierungsrats-Vorlage auch nicht hervorgeht, ist die Tatsache, dass diese Unterstände mit Mitteln der Spezialfinanzierung für Aufwendungen des Zivilschutzes finanziert werden könnten. Vielleicht wissen Sie nicht, um was für ein Kässeli es sich hier handelt? Wenn Gebäude im Kanton Zug gebaut werden, die über keinen Zivilschutzraum verfügen, müssen die nicht erstellten Zivilschutzplätze finanziell abgegolten werden. Da nun im Kanton Zug die gemeindlichen Zivilschutzorganisationen zu einer kantonalen zusammengelegt wurden, sind aus mehreren kleinen eine grosse Kasse geworden. Auch wenn diese Mittel zweckgebunden sind und für zivilschützerische Einrichtungen verwendet werden dürfen, kann uns der Sicherheitsdirektor sicher bereits heute mitteilen, wie viel Geld für den Bau der Unterstände aus diesem Spezialfinanzierungskonto entnommen werden darf.
Auch wenn es sich hier um ein eher kleines und einfaches Bauvorhaben handelt, so sind wir der Ansicht, dass auch dieses kritisch hinterfragt werden muss. Da nach Wissen der Kommissionspräsidentin die von der Kommission beantragten Offerten bereits vorliegen, eine Eigenleistung des Zivilschutzes möglich ist und dem Spezialfond Geldmittel entnommen werden dürfen, steht einer speditiven Überarbeitung der Vorlage nichts mehr im Wege. – In diesem Sinne bittet sie den Rat, den Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen und der Rückweisung an den Regierungsrat zuzustimmen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an der Sitzung vom 9. September 2005 beraten hat. Wie bereits dem Bericht entnommen werden kann, unterstüt-

zen wir die Beurteilung der vorberatenden Kommission grösstenteils. Es ist sehr erfreulich, dass eine vorberatende Kommission fast wie eine Stawiko II die Vorlagen auch bezüglich finanzieller Aspekte durchleuchtet. Der Stawiko-Präsident ist sehr gespannt, weil diese Kommission bereits einen weiteren Auftrag erhalten hat. Wir werden das mit Argwohn beobachten. Besten Dank für diese Arbeit.
Nun zu unserer Beurteilung:

1. Der beantragte Kredit von 280'000 Franken ist viel zu hoch und entspricht einer absoluten Luxusvariante. Wir sind der Meinung, dass die Kosten klar unter 200'000 Franken liegen müssten.
2. Die Regierung soll prüfen, ob die Kosten durch Eigenleistungen des Zivilschutzes und die allfällige Bestellung von vorfabrizierten Standardelementen weiter gesenkt werden könnten.
3. Auf einen befestigten Boden und auf Umgebungsarbeiten ist zu verzichten.

Im Übrigen ist die Stawiko sehr erstaunt, dass die Baudirektion für die Erstellung von offenen Fahrzeugunterständen ein bekanntes Architekturbüro beiziehen musste. Wir stellen uns wirklich die Frage, weshalb die Fachleute der Baudirektion nicht mehr in der Lage sind, ein derart einfaches Bauvorhaben selber vorzubereiten und umzusetzen. – Zusammenfassend ist die Stawiko grundsätzlich einverstanden mit dem Bau der Fahrzeugunterstände. Wir erachten jedoch den beantragten Kredit als viel zu hoch und fordern den Regierungsrat auf, eine wesentlich kostengünstigere Lösung vorzubereiten. – Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragen wir einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und sie zur Überarbeitung an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Georg **Helfenstein** hält fest, dass die Unterstände in der Schönau aus Sicht der CVP-Fraktion für die Erhaltung der Pinzgauer eine notwendige Sache sind. Die zwar alten, aus Armeebeständen gekauften Fahrzeuge müssen gedeckt werden, um eine vorzeitige Überalterung auszuschliessen. Neuanschaffungen von solchen Fahrzeugen würden mindestens 80'000 Franken pro Fahrzeug ausmachen. Die Blachen und die Lederhalterungen werden durch direkte Witterungseinflüsse stark in Mitleidenschaft gezogen. Das alles sind Gründe, welche die CVP klar anerkennt. Die Kosten für das Vorhaben, und damit auch das Vorgehen durch die Baudirektion, weist die CVP klar zurück. Um einen solchen Unterstand zu bauen, hätte man auch eine günstigere Vorgehensweise wählen können. Ein guter Metallbauer hätte mit einem verhältnismässig kleinen Honorar dieselbe Planung fertig gebracht. Es würde den Votanten interessieren, wie viel die Planungskosten bis zum jetzigen Zeitpunkt bereits betragen. Vielleicht kann der Baudirektor dazu etwas sagen. Nach seiner im Vorfeld der Kommissionssitzung gemachten Rücksprache mit dem Zivilschutzleiter erhielt Georg Helfenstein wesentliche Informationen zum Geschäft, wie auch einen Plan der geplanten Bauten. Dieser lag der Vorlage nämlich nicht bei. Die Kostenzusammenstellungen weisen verschiedene Zahlen auf, zumal zwischen der Zusammenstellung des Architekturbüros und jener in der Vorlage des Regierungsrats Differenzen zu Ungunsten des Projekts auszumachen sind. Oder kann jemand erklären, wieso die Ingenieur- und Architektenkosten für ein solch einfaches Gebäude dermassen hoch sind?
Beim Gespräch vor Ort mit den Zivilschutzstellen, bestätigten diese zum Beispiel, dass nie die Absicht bestand, den Platz zu asphaltieren oder umzugestalten. Als Parkplatz genüge dieser Schotterplatz alleweil. Diese 48'000 Franken für die Platzgestaltung können daher auf ein Minimum reduziert werden. Die Reserven betragen 20 % bei einem wirklich einfachen Bauvorhaben. Das ist schon sehr hoch gegriffen!

Ebenso werden auch die Eigenleistung des Zivilschutzes in der ganzen Honorarrechnung weder erwähnt noch auch nur in Betracht gezogen. Graben ausheben, betonieren oder auch die Anpassungen des Geländes können doch auch Zivilschützer machen, zusammen mit einem guten Baumeister und Stahlbauer. Es braucht keinen Stromanschluss und keine Wasserversorgung vor Ort. Wir brauchen einen Unterstand und kein vergoldetes Kunstwerk. – Die CVP unterstützt aus diesen Gründen den Antrag der Kommission und der Stawiko auf Eintreten, Rückweisung und Überarbeitung des Geschäfts.

Othmar **Birri** weist darauf hin, dass die SP-Fraktion die Anträge von vorberatender Kommission und Stawiko unterstützt. Er ist jetzt 23 Jahre im Kantonsrat und hat noch nie erlebt, dass er eine Bauvorlage auf lediglich zwei A4-Seiten erhalten hat. Er hat noch nie erlebt, dass er an der Kommissionssitzung nachfragen musste, wo die Pläne seien. Er hat noch nie erlebt, dass bereits eine Kommission das Geschäft zurückweist. Er hat das mit Tino Jorio besprochen, und anscheinend ist das seit 15 Jahren nie geschehen. So geht das nicht! Wir verlangen Auskünfte und dass die Sachlage vorab abgesprochen wird. Man hat mit dem Zivilschutz nicht abgesprochen, was für Eigenleistungen gemacht werden können. Man hat nicht geschaut, ob man das in eigener Regie machen könne. Der Votant ist kein Baufachmann – aber diesen Unterstand könnte er zusammen mit einem Stahlbauer selbst hinstellen. Dazu braucht es keinen Architekten und keinen Ingenieur. Man muss sich schon fragen, wo das hinführt. Aus diesem Grund ist Othmar Birri froh, dass die Kommission so eindeutige gesagt hat: Zurück an die Regierung, bringen Sie das noch einmal und billiger!

Karl **Nussbaumer** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Anträge der vorberatenden Kommission und der Stawiko unterstützt, auf die Vorlage einzutreten, diese aber an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückzuweisen. Handlungsbedarf, die 13 Fahrzeuge des Zivilschutzes in einem geeigneten Witterungsschutz unterzustellen, ist zum Teil gegeben. Die SVP-Fraktion ist jedoch der Meinung, ein solcher Kleinbau sollte wesentlich günstiger zu realisieren sein. Allein schon das Fremdhonorar des Architekten wirkt abstossend. Wir fragen uns: Ist die Baudirektion nicht mit genügend berufserfahrenen Spezialisten dotiert, um solche Kleinbauten in eigener Regie zu planen und evtl. unter eigener Aufsicht durch den Zivilschutz zu erstellen. Dass unter Zeitdruck solche Vorlagen der Kommission unterbreitet werden und anlässlich der Kommissionssitzung schnell bazarmässig rund 48'000 Franken Abgebot zugestanden werden, zeigt klar auf, dass hier nicht die nötigen sorgfältigen Abklärungen getroffen wurden. Wir erwarten von der Regierung eine zweckmässige, kostengünstige Lösung, die den Anforderungen entspricht, und keine Rolls-Royce-Variante. – Die SVP bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und sie an die Regierung zurückzuweisen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** räumt ein, dass die Regierung dieses Geschäft wohl unterschätzt hat. Die vorberatende Kommission weist es an den Regierungsrat zurück. Wir sollen eine kostengünstige Lösung suchen. Die Stawiko ist sich in diesem Fall mit der vorberatenden Kommission einig, stellt jedoch zusätzliche Fragen. Vorausgeschickt sei, dass der Kredit sich nicht auf einen Kostenvoranschlag, sondern auf eine Kosten*schätzung* stützt. Dennoch ist es kein Blankokredit. Wie Sie wis-

sen, ist der Regierungsrat der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet. Bei diesem Geschäft liegt in dieser Hinsicht noch Potenzial drin, so dass die ursprünglich beantragte Kredithöhe nicht ausgeschöpft werden muss.
Es ist üblich, den ursprünglichen Architekten mit den weiteren Arbeiten zu betrauen – soweit die Antwort auf die ersten Frage der Stawiko. Die beiden weiteren betreffen die Begründung des Kredits und seine Verwendung. Wenn im Kredit 20 % für Unvorgesehenes enthalten sind, dann nicht zuletzt, weil es sich eben um eine Kosten*schätzung* handelt und nicht um einen Kosten*voranschlag*. Die Stawiko fragt schliesslich, wie und mit wem der Regierungsrat den Bau ausführen wolle. Der Baudirektor kann nur sagen, dass wir kostengünstige Lösungen suchen – ob mit Einkauf von vorfabrizierten Teilen oder mit Beizug von Personal des Zivilschutzes, kann in dieser Debatte noch nicht endgültig beantwortet werden. Das Hochbauamt hat in der Zwischenzeit drei Stahlbauer beauftragt, Offerten einzureichen.
Zu den Eigenleistungen der Zivilschutzorganisation des Kantons Zug (ZSO). Die ZSO ist bereit, bei der Erstellung der Fahrzeugunterstände mitzuwirken, sofern durch den Hersteller oder Lieferanten keine Garantievorbehalte gemacht werden. Für bestimmte Arbeiten kann die ZSO Baumaschinen mieten und z.B. Aushubarbeiten, Bodenverdichtung und Umgebungsarbeiten ausführen und bei Montagearbeiten Hilfspersonal stellen. Die Konstruktion und die Materialwahl bestimmen unter anderem den Umfang der Mitwirkung von Hilfsdienstpflichtigen. Technisch spezielle Konstruktionen verlangen den Einsatz von Spezialisten, welche möglicherweise nur beim Lieferanten oder Hersteller vorhanden sind und als Team zum Einsatz kommen. Elementbauweise enthält mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, ist in der Regel jedoch teurer in der Ausführung. Bei der Auftragserfüllung muss der Zivilschutz – wie auch bei seinen Einsätzen – darauf achten, dass das Gewerbe nicht konkurrenziert wird. Zudem darf der Kanton nicht Personen dem Arbeitsprozess entziehen, um sie als günstige Arbeitskräfte einzusetzen. Schliesslich hängt der Einsatz auch von einer genauen Terminplanung ab, damit die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgebotsfristen von mindestens sechs Wochen eingehalten werden können.
Schliesslich noch ein Wort zur Finanzierung. Der Kanton verfügt über einen Spezialfonds «Beiträge Schutzraumpflicht». Diesem Fonds können – gestützt auf die Bundesgesetzgebung – Gelder entnommen werden, wenn sie für Zivilschutzmassnahmen verwendet werden. Darunter fallen z.B. die hier geplanten Fahrzeugunterstände. Die vollständige Finanzierung aus diesem Spezialfonds ändert aber nichts an der Zuständigkeit des Kantonsrats, über diesen Kredit zu beschliessen.
Zur Frage von Georg Helfenstein. Die Vorstudien, Bauprojekte und Vorbereitungen, die der Architekt erbracht hat, kosten bis heute rund 8'000 Franken.

EINTRETEN ist unbestritten.

➔ Der Rat beschliesst Rückweisung der Vorlage an die Regierung.

716 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ANPASSUNG DES KANTONALEN RICHTPLANS

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1350.1/.2 – 11761/62) und der Raumplanungskommission (Nr. 1350.3 – 11793).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es nur eine einzige Lesung gibt, weil dieses Geschäft nur behörden- und nicht allgemeinverbindlich ist. Daher untersteht dieser Beschluss auch nicht dem fakultativen Referendum.

Louis **Suter** möchte vorerst auf den Bericht der Raumplanungskommission hinweisen, es aber auch nicht unterlassen, seiner grosse Freude über den sehr positiven Bericht des Bundesrats zum Richtplan zum Ausdruck zu bringen. Er möchte einen Satz aus diesem Bericht zitieren: «Es ist dem Kanton gelungen, eine qualitativ hoch stehende Grundlage seiner Raumordnungspolitik zu schaffen.» Damit ist eigentlich alles zur Qualität unseres Richtplans gesagt. Er ist nun vom Bundesrat genehmigt, und unsere Vorstellungen zur Siedlungs-, Verkehrs- und Landschaftspolitik werden unterstützt. Zwei Wermutstropfen bleiben allerdings: In Sachen Verkabelung der Hochspannungsleitung in Baar lässt sich Bern nicht binden, und die Deponie Stockeri, auf welche unser Kanton dringend angewiesen ist, soll – wenn überhaupt – erst später genehmigt werden. Der Kommissionspräsident möchte die Gelegenheit aber dazu benützen, dem Baudirektor, der Baudirektion, insbesondere aber dem Amt für Raumplanung unter der hervorragenden Führung von René Hutter zu gratulieren und zu danken. Sie haben hervorragend gearbeitet und sich kreativ, vorausblickend und beispielhaft für unseren Kanton engagiert. Danken möchte er aber auch allen Zugerinnen und Zugern, welche sich aktiv mit der Zukunft des Kantons auseinander gesetzt und bei der Richtplanung mitgewirkt haben. Der Dank gilt aber auch dem Rat, denn er hat diesem Richtplan zugestimmt, und wir können jetzt damit arbeiten. Nun sind wir jedoch bereits daran, erste kleine Änderungen zu beschliessen, und Louis Suter möchte den Rat bitten, diesen gemäss Kommissionsvorschlag zuzustimmen.
Noch eine kurze Stellungnahme zur Deponie Stockeri. Die Raumplanungskommission ist mit der Regierung einig, dass hier alles getan werden muss, damit das Verfahren weiter kommt. Diese Deponie ist für den Kanton wichtig, weil dort auch nasses Material deponiert werden kann. Wird sie aus dem Richtplan gestrichen, ist der nächste Deponienotstand nur eine Frage der Zeit. Die RPK teilt die Meinung der Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission nicht, welche diese Deponie streichen möchte. Wir sind vielmehr der Ansicht, dass diese Deponie das BLN-Objekt nicht beeinträchtigt, weil der Deponiestandort rund einen Kilometer vom Zugersee entfernt ist, am Rande des BLN-Objekts zu stehen kommt und vor allem bereits jetzt tangiert und beeinflusst wird durch die Eisenbahn und die Autobahn. Es stehen dort auch bereits mehrere Hochspannungsleitungen.

Auch Vreni **Sidler** lobt im Namen der FDP-Fraktion den Regierungsrat und das Amt für Raumplanung. Bei der Verabschiedung der Raumplanungsvorlage im Januar 04 erhielten wir das Versprechen, dass dieses Werk in Zukunft rollend nachgeführt wird. Mit der heutigen Vorlage wird genau dieses Versprechen das erste Mal eingelöst.

Die Nachführung der drei Gasleitungen, welche durch den Bund, den Netzbetreiber und die Gemeinde durch Vereinbarungen getragen werden, und der Neubau des Eisstadions am bisherigen Standort in Zug sind in der FDP-Fraktion unbestritten. Die Richtplan-Anpassung im Gebiet des Chollers bietet durch geschicktes Verhandeln eine ökologische Aufwertung des Lorzenraums. Die bis heute entlang der Lorze gelagerten Holzstapel werden verschwinden, dafür wird dem Betrieb eine geringfügige Erweiterung Richtung Geleise, also nach Norden, ermöglicht, was den Weiterbestand des Betriebs sichert. Eine zusätzliche Auflage ist nicht nötig, weil grundsätzlich nur der Weiterbestand eines holzverarbeitenden Betriebs gemäss entsprechender Zone in diesem Gebiet zulässig ist. – Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und sie stimmt der Vorlage zu.

Karl **Nussbaumer** weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion sich der Meinung der RPK anschliesst, wonach sich die einzelnen Richtplanänderungen aufdrängen und unbestritten sind. Wir unterstützen eine Richtplananpassung im Gebiet Choller, weil dadurch einem ansässigen Holzverarbeitungsbetrieb eine Zukunftschance gegeben wird. Wie wir alle wissen, boomt der Holzbau und es war nicht voraussehbar, dass eine Vergrößerung dieses Betriebs in so kurzer Zeit erforderlich wird. Wir freuen uns, dass auch die Regierung dieser Meinung ist und so mithilft, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Anpassungen der neuen Gasleitungen in den Gemeinden Hünenberg und Risch, sowie die Anpassung der Linienführung der Erdgasleitung «Ringschluss» Hünenberg-Baar, Abschnitt Zanggenrütiweg-Südstrasse, Gemeinden Zug, Baar und Steinhausen, können wir auch unterstützen, da insbesondere die Grundeigentümer mit diesen neuen Linienführungen einverstanden sind. Der Standort des neuen Eisstadions in der Stadtgemeinde Zug können wir unterstützen. – Die SVP Fraktion bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und in allen Punkten zuzustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 67 : 0 Stimmen zu.

717 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG BETREFFEND BEITRAG AN DEN PFLEGEHEIMTEIL DES BETAGTENZENTRUMS NEUSTADT ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 448.8 – 11757) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 448.9 – 11767).

Peter **Dür** weist darauf hin, dass der Regierungsrat mit Datum vom 31. Mai 2005 eine umfassende und detaillierte Schlussabrechnung vorlegt. Die Finanzkontrolle des Kantons Zug hat zusammen mit der Abteilung Controlling der Stadtverwaltung Zug die Schlussabrechnung und die Berechnung Kantonsbeitrags geprüft und als korrekt

beurteilt. Dieser Beurteilung können wir uns anschliessen. Wie sie dem regierungsrätlichen Bericht entnehmen können, genehmigt der Kantonsrat in diesem Fall nur den Pflegeheimteil, nicht jedoch den Altersheimteil. Die Erklärung in der Vorlage war etwas unverständlich, weshalb wir von Roman Balli, dem stellvertretenden Sekretär der Gesundheitsdirektion, noch eine Erklärung verlangt haben. Er hat uns diese sehr rasch geliefert und sie lautet wie folgt:
«Die finanzhaushaltsrechtliche Unterscheidung zwischen dem Kredit für den Pflegeheimteil einerseits und dem Kredit für den Altersheimteil andererseits liegt in den unterschiedlichen Finanzierungsgrundlagen begründet. Je nach Subventionsobjekt (Pflegeheim/Altersheim) kommen andere Gesetze zur Anwendung, welche wiederum verschiedene Zuständigkeitsorgane für die Kreditgewährung und die Genehmigung der Schlussabrechnung bezeichnen.
Die Finanzierung des Pflegeheimteils richtet sich vorliegend nach dem altrechtlichen Gesetz über das Spitalwesen vom 20. September 1975 (altSpG; GS 20, 545). Nach §11 leistet der Kanton bei Pflegeheimen einen Beitragssatz von 60 Prozent an die anrechenbaren Kosten. Dabei bedarf die Zusicherung von Beiträgen, die den Betrag von 2 Mio. Franken übersteigen, der Genehmigung des Kantonsrats.
Die Gewährung des Kredits für den Pflegeheimteil erfolgte denn auch durch den Kantonsrat, und zwar mit dessen Beschluss vom 25. September 1997. Diese Schlussabrechung ist, gestützt auf § 28 Abs. 2 FHG, dem Kantonsrat zur Genehmigung vorzulegen.
Anders liegt der Fall beim Altersheimteil: Massgeblich für die Beitragsleistung an den Altersheimteil ist das (inzwischen ebenfalls aufgehobene) Gesetz über die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen an Altersbauten (Altersbautengesetz; GS 23, 565). Nach diesem Gesetz trägt der Kanton bei Altersbauten 25 Prozent der anrechenbaren Kosten. Anders als bei Pflegeheimen wird hier hinsichtlich Beschlusszuständigkeit nicht nach der Kredithöhe unterschieden, denn in allen Fällen legt der Regierungsrat die anrechenbaren Kosten fest. Mit Beschluss vom 24. März 1997 sicherte der Regierungsrat für den Altersheimteil einen Kantonsbeitrag von 25 Prozent an die anrechenbaren Kosten zu. Für den vom Regierungsrat bewilligten Kredit für das Altersheim ist dem Kantonsrat keine Abrechnung vorzulegen (§ 28 Abs. 2 FHG e contrario).»
Das würde eigentlich dem Finanzhaushaltsgesetz § 28 Abs. 2 widersprechen. Aber der Stawiko-Präsident hat sich von Juristen bestätigen lassen, dass es eine Übergangsbestimmung gibt im Gesetz, wodurch alles rechtens ist.
Abschliessend sei erwähnt, dass die Stawiko es sehr begrüsst, dass der Regierungsrat die Unterzeichung einer Rückerstattungsverpflichtung bei allfälligen späteren Zweckänderungen der subventionierten Bauten verlangt hat. Damit besteht Gewähr, dass sich Probleme der Vergangenheit nicht wiederholen und alle neu erstellten Alterszentren rechtlich gleich behandelt werden. – Gestützt auf unseren Bericht beantragen wir einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

➔ Der Rat genehmigt die Schlussabrechnung.

718 –MOTION VON MANUEL AESCHBACHER UND THOMAS VILLIGER BETREFFEND BEFREIUNG DER JURISTISCHEN PERSONEN VON DER KIRCHENSTEUER
–MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND ERHEBUNG EINER MANDATSSTEUER FÜR JURISTISCHE PERSONEN ANSTELLE DER BISHERIGEN KIRCHENSTEUER

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1271.2/1288.2 – 11795).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese beiden Motionen in einem materiell inneren Zusammenhang stehen. Die Beratungen erfolgen daher für beide Motionen gemeinsam.

Auch wenn Manuel **Aeschbacher** mit der Regierung nicht einig ist, was die Motionsbeantwortung betrifft, so möchte er und Thomas Villiger ihr für die speditive Arbeit in dieser Sache danken. – Die interkantonale Kommission für Steueraufklärung schreibt in ihrer Steuerinformation zur Kirchensteuer, dass die Kirchensteuerpflicht der juristischen Personen bei gewissen wirtschaftlichen Kreisen auf heftige Ablehnung stösst. Diese sind wohl nicht im Kanton Zug zu Hause. Eher schon im Kanton Aargau, der von den juristischen Personen keine Kirchensteuer erhebt. Dass nun unsere Regierung dem Kanton Aargau in der Motionsantwort abspricht, ein Nachbarkanton von Zug zu sein – es steht da wörtlich: «Da in sämtlichen Nachbarkantonen (...) Kirchensteuern erhoben werden...» – wird wohl noch Folgen haben. Wenn Sie, liebe Regierungsrätin, liebe Regierungsräte also sich das nächste Mal mit der Aargauer Regierung zum traditionellen Fischessen treffen wollen, beim Zollhaus aber die Reussbrücke nicht überqueren können, um in Aargauer Lande vorzudringen, dann werden Sie sich sicher an die Motion Aeschbacher/Villiger erinnern. Gut möglich, dass Sie nicht die Einzigen sein werden. Der Votant ist überzeugt, dass das Thema der Kirchensteuerpflicht für juristische Personen in ein paar Jahren wieder neu aufgegriffen und zu Diskussionen führen wird. Die rein rationalen Kriterien lassen für ihn nach wie vor keinen anderen Schluss zu, als dass die Kirchensteuerpflicht für juristische Personen nicht zu rechtfertigen ist. Das Engagement der Kirchen des Kantons Zug im sozialen Bereich und bei der Unterstützung von Institutionen ist lobenswert, doch drängt sich hier die Frage auf, ob und wo Doppelspurigkeiten zu Kantons- und Gemeindeaufgaben bestehen.
Mit unserer Motion haben wir ein Thema aufgegriffen, dass es verdient hat, diskutiert zu werden. Der Aufschrei, der durch das Land Zug ging, bestätigt Manuel Aeschbacher in dieser Haltung. Die Zeit für eine politische Entscheidung ist leider noch nicht reif. Aber vielleicht gibt es ja eine Überraschung!

Christian **Siegwart** steht hier als Mitglied der katholischen Kirche zugegeben in etwas heikler Mission. Einerseits will er den Rat davor warnen, die Kirchensteuer von juristischen Personen ersatzlos zu streichen. Andererseits will er ihm als Alternative die Mandatssteuer schmackhaft machen. Wenigstens beim ersten Punkt – so hofft er – wird er für einmal bei der Mehrheit sein. Zwar finden auch wir, dass es aus liberal-rechtstaatlicher Sicht unhaltbar ist, wenn juristische Personen zur Bezahlung von Kirchensteuern verpflichtet werden. Es ist stossend, wenn zum Beispiel eine von Moslems gegründete Kebab-Kette oder eine freikirchlich geprägte Handelsfirma

gezwungen werden, der katholischen und reformierten Kirche Abgaben zu entrichten. Die Privilegierung bestimmter Religionsgemeinschaften widerspricht zutiefst den liberalen Prinzipien eines modernen, konfessionsfreien Staates. Aus staatspolitischen Gründen sind die juristischen Personen deshalb aus der Kirchensteuerpflicht zu entlassen. Dies soll aber nicht ersatzlos geschehen – so wie dies die SVP wünscht. Ihr geht es – listig verborgen unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit – schlicht um eine Steuersenkung für Firmen. Also um ein weiteres Hammer-Argument im zunehmend verheerenden Steuerwettbewerb der Kantone. Da wollen wir nicht mitmachen. Schliesslich sind juristische mindestens so stark wie natürliche Personen auf das Funktionieren der Gesellschaft angewiesen. Aus gesellschaftspolitischer Sicht sollen sie deshalb weiterhin ihren finanziellen Beitrag für soziale und kulturelle Leistungen erbringen – und zwar eben in Form einer Mandatssteuer.
Die Mandatssteuer schliesst die heute anerkannten Kirchen ja nicht aus, zwingt sie aber auch niemandem auf und ist deshalb gerecht und zeitgemäss. Zug könnte so in Steuerfragen für einmal nicht nur materiell, sondern auch ideell Pioniergeist zeigen. Pionierhaft wäre auch eine Anerkennung von weiteren Religionsgemeinschaften. Immerhin ist der Anteil der Muslime im Kanton Zug heute mit rund fünf Prozent ähnlich hoch wie es der Anteil der Protestanten war, als diese – auf Druck des Bundes – im Kanton öffentlich-rechtlich anerkannt werden mussten. Der Votant versteht die Sorge der Kirchen um ihre stetig wachsenden Steuereinnahmen. Schliesslich profitieren sie seit Jahren in erklecklichem Mass vom Wirtschafsstandort Zug. An den Geldstrom hat man sich gewöhnt. Die ethisch bisweilen doch fragwürdigen Quellen des Mammons müssen nicht interessieren. «Der Glaube schläft mit der Hure Profit. Die Hoffnung ausgewandert zu anderen Völkern. Die Liebe erblindet am geläufigen Unrecht.» Soviel zu diesem Thema aus unverdächtigem Munde: Aus den Gedanken zur Woche im jüngsten Pfarreiblatt der Zuger Katholiken.
Christian Siegwart will aber nicht weiter moralisieren. Er will auch nicht das soziale und kulturelle Engagement der katholischen und reformierten Kirche gering schätzen. Sie erfüllen mit ihren Steuermitteln ganz klar wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Bei einem Wechsel zur Mandatssteuer würde aber nur ein vergleichsweise kleiner Teil ihrer Steuereinnahmen wegfallen. Zusätzlich könnten die anerkannten Kirchen für ihre öffentlichen Dienste Beiträge aus dem kantonalen Fonds beantragen, in den die Gelder fliessen würden, die keinem bestimmten Zweck gewidmet wurden. Dadurch würde transparenter, welche Leistungen die Kirchen für die Öffentlichkeit erbringen, und was sie dafür aufwenden. Wenn Regierung und Kirchgemeinden sich mit ihrer Sorge um soziale Errungenschaften gegen eine Mandatssteuer wehren, ist das ja auch erfreulich. Man kann sich allerdings fragen, wie die gleiche Regierung doch sehr sorglos massive Steuersenkungen ankündigen kann. Und wenn die Kirchgemeinden wirklich auf jeden Steuerfranken angewiesen sind, erhoffen wir uns natürlich ihre Unterstützung beim Referendum gegen diese Steuersenkungen.
Der Votant bittet den Rat also, die Motion aus dem SVP-Lager nicht erheblich zu erklären und die Motion der AF für eine Mandatssteuer zu unterstützen.

Thomas **Villiger** möchte zuerst seine Interessen offen legen. Er ist Katholik und ab und zu in der Kirche anwesend. Er sieht, dass mit dieser Motion ein wunder Punkt getroffen wurde. Das Ziel dieser Motion ist nicht, die finanziellen Mittel den Kirchen zu entziehen, damit sie sich nicht mehr behaupten können. Das Ziel sollte sein, mit verminderten Einnahmen die grundlegenden Aufgaben der Kirchen zu erfüllen zur Entlastung unserer Unternehmen. Es ist sehr wichtig, dass die Kirche funktionieren kann. Es ist wichtig, dass die Kirchen beispielsweise die Spitex unterstützen oder

sich in der Familienhilfe engagieren. Stossend hingegen ist jedoch, dass es mehrere Doppelspurigkeiten gibt mit dem Angebot des Kantons. Die Landeskirchen investieren 700 Stellenprozente für Jungendarbeit, obwohl wir über den kantonalen Jugendschutz und die kantonale Jugendförderung verfügen. 250 Stellenprozente werden für die Schuldenberatung aufgewendet, obwohl ein Angebot des Kantons verfügbar ist. Im Weiteren werden 508'000 Franken für die Betreuung Fremdsprachiger aufgewendet, ein Angebot, welches bereits der Kanton mit der Integrationskommission zur Verfügung stellt. Es ist fraglich, ob die Kirche bei allen sozialen Tätigkeiten mitmischen muss. Vielleicht könnten da und dort ein paar Franken eingespart werden, ohne an einer Leistungseinbusse leiden zu müssen. Es darf nicht sein, dass solche Doppelspurigkeiten gefahren werden, weil einfach noch genügend finanzielle Mittel vorhanden sind. Auch die sozialen Institutionen müssen sich dem allgemeinen Markt anpassen und effizienter wirtschaften, wie dies jeder andere Unternehmer auch tun muss. Bei der heutigen finanziellen Lage müssen wir das Augenmerk auch auf die kleineren Posten richten, andere Kantone tun dies auch. Beispielsweise ist der Kanton Obwalden an einer Teilrevision des Steuergesetzes. Darin schreibt er: «Mit der Abschaffung der Steuerpflicht für juristische Personen soll ein zusätzlicher Anreiz für Unternehmungen geschaffen werden, sich im Kanton Obwalden niederzulassen.» Es ist wichtig, dass auch wir auf diesen Zug aufspringen, um nicht unsere Standortattraktivität zu verlieren, damit wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben.

Beat **Villiger** hält fest, dass die CVP die beiden Motionen im Sinne des Antrags der Regierung geschlossen nicht erheblich erklären wird. Für die Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen besteht nach unserer Auffassung keinerlei äussere Veranlassung. Alle Innerschweizer Kantone und auch die direkten Steuerkonkurrenten kennen die Kirchensteuer für juristische Personen. Diese Steuer ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen. Aber die Begründung, dass die grosse Mehrheit der Kantone diese Steuer kennt, liegt wohl darin, dass die Kirchen wichtige soziale und integrierende Funktionen wahrnehmen. Juristische Personen bestehen ja nicht nur aus Menschen, die Kapital besitzen, sondern auch aus Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die hier leben und hier auch von der Kirche begleitet werden. Sieht man also den sozialen, kulturellen und auch denkmalpflegerischen Auftrag der Kirche, so ist diese Besteuerung vertretbar. Auch das Bundesgericht hat diese Auffassung immer wieder gestützt. Dies hat ja auch der Zürcher Kantonsrat kürzlich auf eine genau gleiche SVP-Motion so beurteilt. Und wer meint, dass mit der Abschaffung dieser Steuer Geld gespart oder die fiskalische Standortattraktivität gefördert werden kann, der verkennt die hervorragenden Leistungen der Kirche. Die Gefahr besteht bei der Abschaffung der Steuer oder einer gewollten Trennung von Staat und Kirche, dass namhafte und wichtige Aufgaben vom Staat übernommen werden müssten. Und wenn Thomas Villiger sagt, dass hier Doppelspurigkeiten bestehen, so möchte der Votant auf die CVP-Motion hinweisen, wonach das Sozialhilfegesetz gerade auch in diesem Punkt überarbeitet werden muss und Doppelspurigkeiten im Sozialbereich innerhalb des Kantons und nicht nur bei den Kirchen endlich überprüft werden müssen. Die Kirche muss weiterhin ihren Auftrag in der Gesellschaft erfüllen und darf nicht auf ein reines Sozialwerk reduziert werden. Dazu müssen ihr aber auch die Mittel gegeben werden. Und Beat Villiger erwartet von den Kirchen, dass die Mittel wie im Kanton und in den Gemeinden richtig und effizient eingesetzt werden.
Nachdem Jo Lang schon im Februar 2001 die Forderung nach einer Mandatssteuer stellte, kommt dieses Begehren schon wieder auf den Tisch. Wir haben sie damals

ganz klar abgelehnt. Auf den ersten Blick hat die Mandatssteuer etwas Bestechendes an sich und soll in Italien funktionieren. Aber man kann Italien nicht mit der Schweiz vergleichen. Wir haben ein völlig anderes System. Letztlich passt die Mandatssteuer nicht zu uns. Eine Studie sagt auch klar, dass Institutionen ihrer Funktion als kritisches Gewissen des Staates oder der Gesellschaft verlustig gehen würden, weil man ja vom Staate Geld will und dadurch eine gewisse Unabhängigkeit verlieren würde. Die Regierung sagt es richtig: Bei beiden Systemwechseln hätten wir wohl am Schluss nur Verlierer. Der Votant bittet also den Rat, den Anträgen der Regierung zuzustimmen.

Andrea **Hodel**: Für einmal treffen sich die Mitte-Parteien. Auch die FDP hat Mühe mit beiden Motionen und stimmt dem Regierungsrat bei beiden Motionen zu; sie sollen nicht erheblich erklärt werden. Bereits im Jahr 2002 haben wir uns im Zusammenhang mit einer Motion von Jo Lang eingehend über die Frage der Beibehaltung der Kirchensteuer für juristische Personen und der Einführung einer Mandatssteuer auseinandergesetzt. Der Rat hat damals klar entschieden, beide Motionen nicht erheblich zu erklären. Das Gleiche tut die FDP-Fraktion heute grossmehrheitlich erneut.
Bezüglich der Mandatssteuer kann sich die FDP-Fraktion kurz fassen. Es kann nicht Aufgabe des Staats sein (die Votantin zitiert ihre Ausführungen aus dem Jahr 2002), für private Organisationen, die im Übrigen noch nie um eine solche Hilfe ersucht haben, unter dem Titel «Steuern» Geld einzutreiben. Dies ist nicht Aufgabe des Staats, ganz abgesehen davon, dass nie kontrolliert werden könnte, ob solche Abgaben im Rahmen einer Mandatssteuer auch korrekt verwendet würden.
Die Abschaffung der Kirchensteuer, die heute von den juristischen Personen mitgetragen wird, würde nur Verlierer, aber keine Gewinner bringen. Auch juristische Personen profitieren von Aufgaben, welche die Kirche gerade im sozialen Bereich übernimmt. Hilfe auch für Personen, die in der Wirtschaft nicht reüssieren und von einem kirchlich-sozialen Netz aufgefangen werden. Es darf auch den juristischen Personen zugemutet werden, an das Gemeinwohl einen Beitrag leisen. Ehepaare ohne Kinder können sich schliesslich auch nicht auf den Standpunkt stellen, sie würden ihre Steuerrechnung kürzen, weil sie Bildungseinrichtungen für Kinder nicht in Anspruch nehmen. Schaffen wir die Kirchensteuer ab, bedeutet dies, dass der Staat die Tätigkeiten der Kirche – sei es im Sozialbereich, sei es im Kulturgüterschutz – selber übernehmen muss. Wir müssen dann diese Aufgaben über Steuererhöhungen, die uns alle treffen, finanzieren. Die andere Variante bestünde darin, dass die Kirchen ihre Steuern gegenüber den natürlichen Personen massiv erhöhen müssten. Damit würden wir genau die Falschen treffen, nämlich diejenigen, die sich zu unseren in Verfassung und Gesetz verankerten Landeskirchen bekennen, und vielleicht erneut den Mittelstand, der an den kirchlichen Traditionen festhält.
Dies ist nach Ansicht der FDP-Fraktion der falsche Weg. Die FDP-Fraktion möchte aber gegenüber den Kirchgemeinden auch den Mahnfinger erheben. Sie sind finanziell gut ausgestattet und sie haben sich genau gleich wie die Gemeinden und der Kanton nach der Decke zu strecken. Wir fordern die Kirchgemeinden vermehrt zu einem haushälterischen Umgang mit ihren Geldern auf. – Zusammenfassend vertritt die FDP-Fraktion in ihrer grossen Mehrheit die Meinung des Regierungsrats, genau gleich wie im Jahr 2002, und ersucht den Rat, beide Motionen nicht erheblich zu erklären.

Martin B. **Lehmann** hält fest, dass die SP-Fraktion mit der Regierung übereinstimmt, dass die Wirtschaft als einer der bedeutendsten Pfeiler unserer Gesellschaft auch eine grosse Verantwortung trägt. Die Firmen unseres Kantons tragen mit ihrer Geschäftstätigkeit zwar massgeblich zum Wohlstand unserer Bevölkerung bei, gleichzeitig sind sie aber – mindestens teilweise – auch mitverantwortlich für die sozialen und gesellschaftlichen Probleme, die daraus resultieren, wie z.B. Arbeitslosigkeit, Burnout, Stress etc. Nicht zuletzt dank der wachsenden Bedeutung der Corporate Citizenship sind aber immer mehr Unternehmen auch bereit, soziale Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Und weil eben gerade die Landeskirchen in diesen Bereichen ihre guten Dienste anbieten, ist die Kirchensteuer eine kleine Abgeltung bei der Wahrnehmung dieser grossen Verantwortung.
Die Höhe dieser Steuer bei juristischen Personen fällt nicht ins Gewicht. Sie ist bei weitem die unbedeutendste direkte Steuer und beläuft sich bei der katholischen Kirche gerade mal auf 2 % der Gesamtsteuerbelastung. Für die Kirchen dagegen wäre der Wegfall dieser Steuereinnahmen mit massiven Einbussen verbunden, sie würden auf einen Schlag 40 % ihres Steuersubstrats verlieren und wären zu substantiellen Kürzungen bei ihren eigenen sozialen Tätigkeiten wie auch bei einem grossen Teil ihrer Beiträge an andere soziale Organisation gezwungen. In der Folge müssten wohl staatliche Stellen in die Bresche springen, was angesichts der vorherrschenden Sparwut politisch kaum umsetzbar sein dürfte. Die Folge wäre entweder ein gravierender Leistungsabbau bei der Jugend- und Betagtenarbeit, Schuldenberatung, Paarberatung, Mütterberatung, Spitex, Familienhilfe etc., oder aber Steuererhöhungen für natürliche wie auch juristische Personen.
Auf Grund der geringen Höhe der Kirchensteuern kann die primäre Motivation der beiden SVP-Motionäre also kaum eine weitere Steuersenkungsrunde sein. Aufgrund der Tatsache, dass 19 weitere Kantone inklusive dem Wirtschaftsmotor Zürich eine solche Steuer erheben, kann es auch nicht vordergründig um die Ausmerzung eines Standortnachteils gehen. Vielmehr drängt sich da der Eindruck auf, dass es sich bei dieser Motion in Tat und Wahrheit um eine versteckte Disziplinierungsaktion gegen die Landeskirchen handelt, stösst doch deren Engagement für sozial Schwächere bei verschiedenen SVP-Exponenten regelmässig auf lauthalsige Ablehnung, insbesondere dann, wenn die in Schutz genommenen nicht Huber oder Meier heissen.
Auf der anderen Seite wollen die Alternativen mit ihrer Forderung nach einer Mandatssteuer gar die Firmen bevorteilen. Während diese neu den Begünstigten ihrer Steuerrechnung selber bestimmen könnten, stünde diese Auswahlmöglichkeit den kirchensteuerpflichtigen Privatpersonen weiterhin nicht zu. Ausserdem würde sich ein völlig unerwünschter Wettbewerb unter den Wohlfahrtsinstitutionen um die Steuergelder entwickeln, welcher jegliche Planungssicherheit für die einzelnen Leistungsempfänger verunmöglichen würde. Grundsätzlich führt aber auch diese Motion zu einem Mittelentzug für die Landeskirchen. Wir anerkennen ausdrücklich die wertvollen sozialen und gesellschaftlichen Leistungen der Landeskirchen und halten das doch bescheidene fiskalische Engagement unserer Firmen für durchaus angebracht, nicht zuletzt deshalb, weil auch die Wirtschaft von den Leistungen der Landeskirchen profitiert. – Vor diesem Hintergrund empfiehlt die SP-Fraktion einstimmig, die beiden Motionen nicht erheblich zu erklären.

Felix **Hächki**: Vorab eine kurze Richtigstellung und Schelte für die Presse in dieser Sache. Die Motion Aeschbacher/Villiger ist keine Motion der SVP. Der Votant ist immer wieder enttäuscht, wie nachlässig kommentiert wird, wenn Exponenten der SVP einen persönlichen Vorstoss einreichen. Er wundert sich, wieso bei fast jedem

persönlichen Vorstoss eines SVP-Fraktionsmitgliedes dann in der Presse steht: «Die SVP oder die SVP-Fraktion hat …" Etwas mehr Sorgfalt, wie sie bei andern Parteien angewandt wird, sollte auch bei der SVP angewandt werden.
Nun zur Sache. Diese Themata betreffend Kirchensteuerpflicht für juristische Personen wurden anlässlich der letzten Steuergesetzrevision einlässlich diskutiert und abgelehnt. Es ist nicht einsehbar, wieso diese Sache schon wieder behandelt werden soll. Es haben sich seit der letzten Behandlung im Kantonsrat weder neue Gesichtspunkte oder Argumente gezeigt, noch hat sich die generelle Situation seither geändert. Es gibt auch keinen neuen wegweisenden Entscheid des Bundesgerichtes zur Sache. Demnach gelten auch immer noch dieselben Argumente wie bei der letzten Behandlung. Felix Häcki bittet den Rat deshalb aus zeitökonomischen Gründen, auf eine langfädige Wiederholung der damaligen Argumente zu verzichten – diese können im Protokoll jener Sitzung nachgelesen werden –, und beide Motionen kurzerhand, gemäss Antrag der Regierung, nicht erheblich zu erklären.

Geht René **Bär** richtig in der Annahme, dass nach Verfassung Kirche und Staat getrennt sind? Ist der Rat in diesem Fall zuständig, über Kirchensteuern zu entscheiden?

Rudolf **Balsiger** legt seine Interessenbindung als Präsident der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde des Kantons Zug gerne nochmals offen. – Was wollen die Motionäre auf beiden Seiten bewirken und was werden sie erreichen? Ohne das beeindruckende Argumentarium des VKKZ, welches an alle Mitglieder dieses Rats verschickt worden ist, zu wiederholen, müssen doch weitere Tatsachen vorgebracht werden, welche es verbieten diesen Vorstössen zuzustimmen.
Kommen wir zuerst zur Motion der zwei SVP-Kantonsräte, welche die Kirchensteuer für juristische Personen abschaffen wollen. Es ist durchaus ein löbliches Anliegen, die Steuerlast für Unternehmer zu reduzieren. Dazu gibt es viele Wege. Dieses ist der Falscheste. Sie bewirken damit, dass den Kirchgemeinden bis zu einem Drittel der Steuereinnahmen fehlen werden. Das kann sicher nicht mit Steuererhöhungen wettgemacht werden, sondern zieht eine drastische Reduktion der sozialen Leistungen, welche durch die Kirchgemeinden erbracht werden, nach sich. Es wird zur Folge haben, dass die Aufwendungen für soziale Aufgaben in den Einwohnergemeinden erhöht werden müssen, und dies ist doch bekanntlich den Kreisen um die Motionäre ein unerträglicher Gedanke. Nehmen wir ein konkretes Beispiel. Der Triangel, eine Institution der reformierten Kirchgemeinde, der übrigens auch keine Subventionen des Kantons mehr erhält – so wollte das dieser Rat –, bietet unter anderem Schuldenberatung an. Die Sozialämter der Gemeinden schicken ihre Patienten an die Gotthardstrasse nach Zug, wo sie mit Selbstverständlichkeit aufgenommen werden. Im Nachbarkanton Zürich muss die Einwohnergemeinde pro Beratungsfall eine Grundgebühr und nachher den Beratungsaufwand an die Schuldenberatungsstelle bezahlen. Sie wissen, dass die Kirchgemeinden auch Aufwendungen an die Denkmalerhaltung ihrer Liegenschaften übernehmen, sich an den Kulturkosten beteiligt und vor allem im Sozialbereich einen nicht unerheblichen Beitrag leisten. Hier sollen die juristischen Personen wenigstens auch finanziell in die Pflicht genommen werden. Da die Steuereinsparungen für die juristischen Personen bei ca. 3 % der gesamten geschuldeten Steuern liegen dürften, ist dies wirklich ein kleiner Effekt, der aber einen grossen Verlust bewirken wird. Nicht dass alles was in unserm nördlichen Nachbarkanton abgeht, als beispielhaft durch uns Zuger imitiert werden sollte, Gott

bewahre, aber manchmal, vielleicht sehr selektiv, kann man doch etwas den Zürchern nachmachen, denn vor zwei Wochen wurde ein selbiger Vorstoss im Kantonsrat an der Limmat grossmehrheitlich abgelehnt, und zwar im Verhältnis 2 : 1. Ist man mit dem Finanzgehabe der Kirchgemeinde nicht zufrieden, hat man doch die Möglichkeit, das an der Gemeindeversammlung vorzubringen. Diese Motion gilt es also, nicht erheblich zu erklären.
Nicht viel mehr taugt der Vorstoss der Alternativen. Dieses Anliegen wurde schon vor über drei Jahren bachab geschickt. Es ist mit mehreren Unklarheiten behaftet. Wer würde die Institutionen festlegen, welche in den Genuss kämen für solche Steuerbeträge? Es würde ein Buhlen zwischen den Kirchgemeinden, Freikirchen, Sekten, Sozial- und Umweltinstitutionen um die Gelder der Steuerpflichtigen geben, was zu unschönem Verhältnis führen würde. Ein Beispiel wäre, wenn der VCS einen Katalog drucken will, geht er zu allen Druckereien und fragt, wer den Mandatsbeitrag zu seinen Gunsten entrichten würde. Es kann nicht die Aufgabe des Staats sein, für private Organisationen Geld ein zu treiben. Dass im Umfeld der Motionäre bis vor kurzen Personen waren, die eine Arbeitnehmerbeziehung zu Kirchgemeinden hatten, verwirrt zusätzlich. Diese Motion gehört an denselben Ort wie die erste, nämlich bachab. Der Votant denkt, dass dies überdies nicht ein vordringliches Thema für uns Zuger sein sollte.

Auch Thomas **Lötscher** möchte eine Interessenbindung offen legen: Er ist Mitglied des Kirchenrats der katholischen Kirchgemeinde Neuheim und logischerweise auch Katholik, wenn auch seine Meinung zu diesem Thema eine dezidiert andere ist als jene der vorher bekennenden Katholiken. – Viele Argumente wurden eigentlich bereits sehr gut dargelegt, weshalb wir diese Motionen ablehnen und die Beibehaltung der Kirchensteuer für juristische Personen weiterführen sollen. Der Votant möchte aber speziell auf einen Punkt noch eingehen, den er verschiedentlich aus der Argumentation herausgehört hat. Das Thema der Religionsfreiheit, der Trennung von Kirche und Staat. Es ist richtig, dass für politische Entscheide Kirche und Staat getrennt werden. Das praktizieren wir seit langem und auch sehr gut so. Es gibt aber gewisse Unterschiede in Bezug auf die Orientierung an der Religion. Frankreich z.B. ist ganz klar politisch konfessionslos mit dem entsprechenden historischen Hintergrund. Wie sieht das bei uns aus? Hier ist es etwas anders. Thomas Lötscher hat sich etwas umgesehen und verschiedene Beispiele dafür gefunden.
Sehr gut literarisch umschrieben hat das Friedrich Schiller, als er den Rütlischwur in drei Sätzen zusammenfasste. Der dritte Satz lautet: «Wir wollen trauen auf den höchsten Gott, und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.» Klar, das ist Literatur. Aber wir können auch effektiv in die Geschichte gehen. Die ersten drei Worte des Bundesbriefes von 1291 lauten «in Gottes Namen». Der Schlusssatz desselben Dokuments heisst: «Diese Ordnungen sollen, so Gott will, dauernden Bestand haben.» Das ist lange her, aber wir müssen auch nicht so weit in die Geschichte zurückgehen. Wir können die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 1. Januar 2000 aufschlagen. Bevor dort der erste Gesetzestext kommt, springt uns die Präambel ins Auge: «Im Namen Gottes des Allmächtigen …». Es gibt noch weiter Beispiele, etwa der Schweizer Psalm. Unsere Nationalhymne besingt eigentlich mehr Gott als unser Land. Das Schweizer Kreuz, das wir in unserem Wappen führen, ist kein Pluszeichen, sondern das Zeichen des Christentums. Obwohl das sicher auch ein Plus ist. Und das Kreuz hier im Saal oberhalb der Kantonsratspräsidentin ist auch ein klares Zeichen.

Thomas Lötscher möchte damit festhalten: Die Schweiz ist kein gottloser Staat und der Kanton Zug auch nicht. Trotzdem ist Religionsfreiheit gewährt. Es kann jeder, der hierher kommt, seine Religion ausüben im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, was z.B. in anderen Ländern wie Iran nicht gegeben ist. Und das ist sicher auch ein Punkt, der für juristische Personen von Interesse ist. Nämlich das ethische, moralische und auch verlässliche Fundament unserer Gesellschaft, das durch die Kirchen mitgeprägt wurde und wovon auch unsere Wirtschaft nachhaltig profitiert.
Nach diesem Exkurs möchte der Votant noch kurz etwas zur Verhältnismässigkeit sagen. Er hat gesagt, dass er Kirchenrat der katholischen Kirchgemeinde Neuheim ist, er ist dort Finanzchef. Martin B. Lehmann hat gesagt, dass die Steuerbelastung der Kirchensteuer bei 2 % liegt, in den Unterlagen heisst es 3 %. Das ist der Anteil an der steuerlichen Belastung, die eine solche Firma leistet. Wir sind uns wohl einig, dass das sehr wenig ist. Die Einnahmen aus den juristischen Steuern (direkte Steuereinnahmen, Einnahmen aus dem Finanzausgleich der Kirchgemeinden) machen in der Kirchgemeinde Neuheim etwa die Hälfte der gesamten Einnamen aus. Und hier können wir mit ein wenig Effizienzsteigerung natürlich nicht mithalten. Die Hälfte der Einnahmen geht ganz klar an die Existenz.
Noch etwas zu Christian Siegwart. Unsere Kirchen leisten Jugendarbeit über die Konfessionsgrenzen hinaus. Auch für Muslime. Die muslimische Kebab-Kette wird das wahrscheinlich nicht machen.

Stefan **Gisler** spricht für sich selbst und nicht für die AF. Er ist bekanntlich kein Steuersenker. Dennoch plädiert er für die Abschaffung der Kirchensteuer. Dies aus liberalen, staatspolitischen Gründen. Weil er von der Notwendigkeit der vollständigen Trennung von Kirche und Staat ist. Dies macht er – und es schmerzt ihn – in Anerkennung der guten sozialen Leistungen der Kirchen. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, für private Organisationen Steuern einzuziehen, hat Andrea Hodel gesagt. Einverstanden. Doch aus Sicht des Votanten zählen auch die Kirchen zu den nichtstaatlichen Organisationen. Auch wenn die Zuger Verfassung etwas anderes sagt. Die Schweizer Verfassung ist laizistisch und die Präambel ist nicht Teil der Bundesverfassung. Und das Kreuz hier im Saal ist auch nicht verfassungskonform. Wenn die SVP-Motionäre sagen, Unternehmen seien religionsneutral und nicht über Kirchensteuern zu belasten, bittet Stefan Gisler sie konsequenterweise, unsere Mandatsmotion auch gutzuheissen. Dort sagt er auch ja. Und wenn beide Motionen wider Erwarten Zustimmung finden, werden sie einander gegenüber gestellt. Und dann bevorzugt der Votant die Mandatssteuer. Wichtig ist ihm, dass Geld für Soziales zur Verfügung steht. Aber im Zweifelsfall ist er für die Abschaffung der Kirchensteuern.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** ist der Ansicht, dass sich die Regierung dem Standortwettbewerb stellt. Wir haben dem Rat ja erst kürzlich Korrekturen in gewissen Bereichen vorgeschlagen. In diesem Sinn haben wir auch die Belastung der juristischen Personen durch die Kirchensteuer angeschaut. Und wir haben festgestellt, dass die durchschnittliche Belastung – die Steuerfüsse sind von Gemeinde zu Gemeinde verschieden – rund drei Prozent aller erhobenen Steuern ausmachen. Bei den privilegierten Steuerpersonen ist diese Steuerbelastung noch wesentlich tiefer. Wenn man dann schaut, wie viel Geld da zusammenkommt, sind das 15,2 Mio. Franken oder knapp 40 % der gesamten Steuererträge der Kirchgemeinden. Dies ist eine sehr hohe Summe und mit diesem Geld wird bei den Kirchgemeinden sehr viel im sozialen und gesellschaftlichen Bereich gemacht. Es wird gegen Vereinsamung und bei

Sinnkrisen geholfen, daneben werden auch Kulturdenkmäler unterhalten oder saniert, es wird im Bereich Kunst und Jugend Geld ausgegeben, und nicht zuletzt sind die Kirchgemeinden sehr bedeutende Arbeitgeber. Keine juristische Person hat bis anhin ihre Steuerpflicht in Frage gestellt. Wir haben kein Rechtsverfahren. Das zeigt doch auch, dass diese juristischen Personen den grossen Wert und die Bedeutung der Arbeit der Kirchgemeinden respektieren und mit dieser Steuer auch Verantwortung übernehmen. Sie sind nicht nur hier zum Profitmachen, sondern auch bereit, gesellschaftspolitische Leistungen mit zu unterstützen. In diesem Sinn möchte der Finanzdirektor auch den Kirchgemeinden für ihre vielfältigen Leistungen danken, wie auch den juristischen Personen.
Die Kirchgemeinden müssen ja gemäss Gemeindegesetz und gemäss Verfassung organisiert sein und da haben ja die Mitglieder der Kirchgemeinden die Möglichkeit, an der Gemeindeversammlung über die eingenommen Mittel zu verfügen. Das ist also demokratisch legitimiert. Das wäre natürlich nicht der Fall, wenn der Rat der Mandatssteuer zustimmen würde. Da würde der Steuerpflichtige sein Geld irgend einer Organisation zuschreiben, welche über die Mittel dann nicht gemäss demokratischer Legitimation verfügen würde. Und wenn der Kebab-Stand als juristische Person konstituiert ist, hat er natürliche Steuern zu zahlen. Wenn die muslimische Vereinigung sich entsprechend konstituiert, muss sie als Verein keine Kirchensteuer zahlen, sie hat aber die Möglichkeit, die hohe Hürde gemäss Gemeindegesetz zu überwinden, sich entsprechend zu organisieren und die Anerkennung als kirchliche Gemeinschaft zu beantragen. Damit ist auch die Frage von René Bär beantwortet, der gefragt hat, weshalb wir hier überhaupt über die Kirchensteuer der juristischen Personen diskutieren. – Peter Hegglin beantragt, beide Motionen nicht erheblich zu erklären.

Die **Vorsitzende** erläutert, dass über die Erheblicherklärung beider Motionen separat abgestimmt wird. Sollten wider Erwarten beide Motionen als erheblich erklärt werden, werden sie anschliessend einander gegenüber gestellt.

➔ Die Motion Aeschbacher/Villiger betreffend Befreiung der juristischen Personen von der Kirchensteuer wird mit 61 : 10 Stimmen nicht erheblich erklärt.

➔ Die Motion der Alternativen Fraktion betreffend Erhebung einer Mandatssteuer für juristische Personen an Stelle der bisherigen Kirchensteuer wird mit 67 : 6 Stimmen nicht erheblich erklärt.

719 MOTION DER SVP-FRAKTION BETREFFEND VERWENDUNG DER EINNAHMEN AUS DEM ANTEIL DES KANTONS ZUG AN DER AUSSCHÜTTUNG DER FÜR DIE GELDPOLITIK NICHT MEHR BENÖTIGTEN GOLDRESERVEN DER NATIONALBANK

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1323.2 – 11797).

Stephan **Schleiss** spricht im Namen der SVP-Fraktion. Zuerst möchte er sich beim Regierungsrat für die rasche Behandlung der Motion bedanken. Der Zuger Regie-

rungsrat ist bezüglich Geschwindigkeit auf Platz zwei von vier gelandet. Kantonale Vorstösse, die im Zusammenhang mit den Zuflüssen aus den Goldreserven eine Teilausschüttung an die Gemeinden verlangten, gab es nämlich nicht nur in Zug, sondern auch in den Kantonen Schaffhausen, Freiburg und Jura. In Schaffhausen hat der Kantonsrat bereits am 4. April 2005 den Vorstoss mit 48 : 18 Stimmen erheblich erklärt. Der Schaffhauser Regierungsrat hat dabei in der Ratsdebatte die Absicht geäussert, von 117 Mio. Franken deren 30 Mio. an die Gemeinden auszuschütten und 87 Mio. beim Kanton zu belassen. Die Vorstösse in den Kantonen Freiburg und Jura sind zurzeit noch hängig.
Wie sieht die Situation nun in Zug aus? Dem Bericht können wir entnehmen, dass der Regierungsrat von einer Teilausschüttung an die Gemeinden nichts hält. Das ist sein gutes Recht; der Votant ist auch gegen vieles. Der Umstand jedoch, dass der Regierungsrat eine fachlich falsche Begründung liefert, lässt bezweifeln, dass der Bericht mit der gebotenen Sorgfalt ausgearbeitet wurde. Auf S. 2 erklärt der Regierungsrat, dass eine Teilausschüttung an die Gemeinden einer «ungerechtfertigten Begünstigung» gleichkäme. Ungerechtfertigt deshalb, weil die Gemeinden die ursprüngliche Investition des Kantons, d. h. den Erwerb von Aktien der Nationalbank, nicht mitgetragen hätten. Die Ausschüttung der Nationalbank-Überschüsse an die Kantone haben aber nichts mit einer Aktienbeteiligung an der Nationalbank zu tun. Das ging nämlich so: 1891 erhielt der Bund von den Kantonen das alleinige Recht, Banknoten auszugeben. In der gleichen Revision der Bundesverfassung wurde der Anspruch der Kantone auf wenigstens 2/3 des Überschusses nach Ausschüttung der Dividenden festgeschrieben. Damit wurden die Kantone für die Aufgabe des lukrativen Banknoten-Ausgabe-Monopols entschädigt. Die Dividendenzahlungen der Nationalbank fallen übrigens auch nicht ins Gewicht. Im Nationalbankgesetz ist eine maximale Dividende von 6 % festgeschrieben. Der Kanton Zug besitzt 400 Aktien à 250 Franken Nominalwert, das ergibt 100'000 Franken. Somit kann die maximale Dividendenzahlung an den Kanton Zug 6'000 Franken betragen. Nochmals: Der Anteil des Kantons Zug an der Ausschüttung der Goldreserven ist in keiner Weise in dessen Beteiligung an der Nationalbank begründet. Selbst Kantone ohne Aktien kämen in den Genuss solcher Ausschüttungen. Wenn der Regierungsrat nun die Ausschüttung an die Gemeinden wegen deren fehlender Aktienbeteiligung an der Nationalbank für ungerechtfertigt hält, ist dies schlicht falsch. Mit dieser formalistischen und falschen Begründung wird versucht, die Variante «Ausschüttung an die Gemeinden» vom Tisch zu wischen.
Dementsprechend enttäuschend ist es, dass sich der Regierungsrat nicht materiell zur Variante «Teilausschüttung an die Gemeinden» äussert. Die Motion zielte hauptsächlich darauf hin, dass einmalige Zuflüsse idealerweise zum Schuldenabbau verwendet werden. Bei einer Teilausschüttung werden die verschuldeten Gemeinden zum Schuldenabbau verpflichtet, während die schuldenfreien Gemeinden Reserven bilden können. Offenbar ist der Regierungsrat der Ansicht, dass das Bilden von Reserven besser sei als das Abbauen von Schulden, bzw. dass Reserven besser beim Kanton als bei den Gemeinden gebildet werden. Leider bleibt er uns die Begründung dafür im Bericht schuldig.
Im Weiteren regte die Motion an, die Teilausschüttung auch im Hinblick auf das zweite Paket der ZFA zu beleuchten. Wir müssen davon ausgehen, dass der Regierungsrat nicht der Ansicht ist, dass die Aufgabenentflechtung mit einer Begünstigung der Gemeinden etwas mutiger angegangen oder weiter vorangetrieben werden könnte. Aber eben: Wir müssen davon ausgehen – im Bericht steht dazu nichts.
Was schliesslich die Verwendung des beim Kanton verbleibenden Anteils anbelangt, so kann Stephan Schleiss sich kurz fassen: Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass

die Mittelverwendung bei einer Zuweisung in die Steuerreserven eingeschränkt wäre. Diese Auffassung teilen wir. Genau aus diesem Grund haben wir in der Motion die Zuweisung in die Steuerreserven verlangt. – Die SVP-Fraktion ist somit grossmehrheitlich weiterhin der Ansicht, dass die Motion für erheblich erklärt werden sollte, und wir bitten den Rat, ausnahmsweise gegen den Antrag der Regierung zu stimmen.

Gregor **Kupper**: SVP sei Dank, können wir heute über dieses erfreuliche Thema, den Goldsegen der Nationalbank, nochmals debattieren. Wir haben diese Diskussion bereits am 2. Juni anlässlich der Überweisung der Motion geführt. Der Votant legte damals dar, wie das eigentlich ablaufen müsste. Er sagte, dass dieser ausserordentliche Ertrag eigentlich zwingend in die laufende Rechnung hinein muss. Dass der Finanzdirektor uns anschliessend mit strahlenden Augen einen noch nie da gewesenen Überschuss für das Jahr 2005 wird präsentieren können. Er sagte aber auch, dass dann bei der Ergebnisverwendung der Kantonsrat über die Verwendung des Überschusses beschliessen kann, und dass damit die Kompetenzen des Parlaments gewahrt sind und wir da sicher eine ausgiebige Debatte führen werden im Juni 2006. Der Finanzdirektor wollte damals noch versuchen, ob er diese Ausschüttung am Ergebnis der laufenden Rechnung vorbei schmuggeln kann, um die Rechnungen auch gegenüber den anderen Jahren vergleichbar zu halten. Offensichtlich ist ihm das nicht gelungen, wie das auch in anderen Kantonen der Fall ist. Deshalb kann der Votant bei seinen Aussagen vom 2. Juni bleiben.
Neu im Bericht der Regierung ist die Stellungnahme bezüglich einer Ausschüttung an die Gemeinden. Auf den ersten Blick mag es überraschen, dass sie auf einen Anspruch an dem Geldsegen verzichten. Für Gregor Kupper zeigt es aber, dass auch in den Gemeinden Leute sind, die weitsichtig denken, einsichtig und sich bewusst sind, dass wir unsere Aufgaben- und Kostenteilungen zwischen Kanton und Gemeinden nicht mit einmaligen Transaktionen, sondern langfristig mit sinnvollen Bestimmungen werden lösen müssen. – Im Übrigen ist festzuhalten, dass die Ausführungen des Regierungsrats überzeugen. Die CVP-Fraktion schliesst sich auf der ganzen Linie den Anträgen der Regierung an, und der Votant empfiehlt dem Rat, das Gleiche zu tun.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Meinung des Regierungsrats teilt, wonach der Erlös-Anteil des Kantons Zug aus den verkauften SNB-Goldreserven über die Laufende Rechnung zu verbuchen ist und der Regierungsrat im Rahmen der Rechnungslegung dem Kantonsrat Anträge zur Verwendung des Ertragsüberschusses zu stellen hat. Der Erlös aus dem Goldverkauf steht dem Kanton zu. Er ist Aktionär und dadurch am Vermögen der SNB beteiligt und dividendenberechtigt. Durch den Verkauf der Goldreserven nimmt das Vermögen ab und evtl. werden in Zukunft auch die Gewinne tiefer ausfallen, d.h. der Kanton müsste mit tieferen Dividenden rechnen.
In einer Verteilung der zur Verfügung stehenden 123,5 Mio. Franken an die Gemeinden sehen wir keine grossen Vorteile. Die Wirkung für eine einzelne Gemeinde darf nicht überschätzt werden. Zudem ist absolut offen, was für ein Verteilschlüssel angewendet werden könnte. Welche Gemeinden sollen überhaupt berücksichtigt werden? Soll sich die Verteilung nach der Pro-Kopf-Verschuldung richten, oder ist die Finanzkraft einer Gemeinde ausschlaggebend? Für die Entlastung finanzschwacher Gemeinden kennen wir ja den Finanzausgleich, der zurzeit überarbeitet wird. Wenn der Kanton wie vorgesehen die 123,5 Mio. zur Reservebildung, resp. zur Äuf-

nung des freien Eigenkapitals einsetzt, um allenfalls die Auswirkungen der NFA abzufedern, kommt dies allen Steuerpflichtigen im Kanton Zug gleichermassen zugute und muss als gerecht beurteilt werden. Eine Trennung zwischen Kanton und Gemeinden bringt unseres Erachtens nichts, schliesslich ist es die Aufgabe beider Haushalte, gemeinsam den Standort Zug zu fördern und die Steuerzahler zu entlasten. – Aus diesen Gründen empfehlen wir Ihnen, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und die Motion der SVP-Fraktion nicht erheblich zu erklären.

Stefan **Gisler** bittet die Anwesenden um Nachsicht, wenn er sich in diesem Votum vor allem selbst zitiert. Es überrascht ihn angesichts seiner recht jungen Kantonsrats-Laufbahn auch selbst. Die Ursache dafür ist der damalige Antrag der SVP auf sofortige Erheblicherklärung, der uns schon in der Debatte vom 2. Juni gezwungen hat, materiell zur Vorlage Stellung zu nehmen. Die Alternativen sind noch immer gegen die Erheblicherklärung der Motion und somit gegen die Ausschüttung von Gold-Erlösen an die Gemeinden zwecks Schuldenabbau und Aufbau von Steuerreserven. Unter anderem, weil die Gemeinden gar keine Ansprüche darauf erhoben haben und weil eine derart zweckgebundene «einmalige Ausschüttung an die Gemeinden strukturellen Stillstand statt zukunftsweisende Innovation danke intelligenter Investition verheisst».
Die Alternativen begrüssen auch, dass die Regierung diese Mittel nicht in die kantonalen Steuerreserven geben will. In ihrer Motionsbeantwortung sagt sie, sie wolle im Rahmen der Rechnungslegung Anträge zur Verwendung des Ertragsüberschusses stellen. Im Vordergrund stehe, mit diesem Überschuss freies Eigenkapital zu äufnen zwecks Abfederung der NFA-Belastung. Die AF lehnt dies ebenfalls ab. Wie sie die NFA finanzieren wollen, wissen sie ja, und Stefan Gisler verzichtet deshalb auf ein Eigenzitat in dieser Sache. Die Alternativen fragen sich aber, was denn die Regierung im Hintergrund für Anträge im Rahmen der Rechnungslegung plant. Ist sie demnach gewillt, dem Kantonsrat noch andere Anträge zur Verwendung der rund 123 Mio. Franken zu unterbreiten, Anträge im Sinne einer solidarischen Verwendung dieser Mittel? Und jetzt zitiert der Votant wieder aus dem Protokoll vom 2. Juni: «Mit den Goldreserven sollte einmal eine Solidaritätsstiftung zu Gunsten von Benachteiligten im In- und Ausland entstehen. Die Alternativen würden es vorziehen, wenn im Kanton Zug die Goldreserven zumindest teilweise solidarisch für Soziales, Bildung, Entwicklungshilfe oder Umwelt verwendet würden.» Statt die Goldreserven einfach im Rahmen der Rechnungslegung zu verteilen, schlagen die Alternativen die Gründung einer kantonalen Solidaritätsstiftung vor. Zum Beispiel könnte «angesichts der von den tiefen Steuern verursachten hohen Mieten eine Stiftung zur Förderung von günstigem Wohnbau gegründet werden». Stefan Gisler dankt dem Finanzdirektor für die erspriesslichen Auskünfte. In den Unterlagen sind keine Angaben über die Kosten dieser Beantwortung zu finden. Wie viel Gold hätte Zug dafür wohl kaufen können?

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass die Schweizerische Nationalbank eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft ist. Aktionäre sind Bund, Kantone, Gemeinden, aber auch Privatpersonen. Vom Ergebnis werden die Dividenden ausbezahlt und vom Betrag, der darüber hinausgeht, wurde in der Vergangenheit immer ein Drittel zu Handen des Bundes und zwei Drittel zu Handen der Kantone verteilt. Der Votant hätte natürlich seine Begründung nur schon auf diese Tatsache basieren

können, dass die Mittel, die wir in der Vergangenheit erhalten haben, immer nur an den Kanton gegangen sind.
Die eingegangenen Mittel bewirtschaften wir natürlich. Wir haben sie nicht irgendwo auf einem Konto deponiert. Sie helfen uns, die Liquidität zu halten. Und wenn man sagt, der Finanzdirektor habe versucht, den Betrag an der Rechnungslegung vorbeizuschmuggeln, so spricht das nur für seine Bescheidenheit, indem er das Ergebnis nicht dermassen gut aussehen lassen wollte, wie es eben dann nächstes Jahr sein wird.
Zum Vorschlag der AF, eine Stiftung zu machen und solidarischer zu sein. Peter Hegglin ist gern solidarisch, die Solidarität wird aber immer stärker gesetzlich vorgeschrieben. Er möchte nur ein Beispiel erwähnen. Wir bekommen 123 Mio. vom Nationalbankgold bei 103'000 Einwohnern. Es gibt einen anderen Kanton, der erhält 134 Mio. mit 33'000 Einwohnern. In diesem Sinn wird die interkantonale Solidarität sehr stark gelebt. – Wenn man eine Stiftung gründen würde, vergäben wir ja die Mittel ausserhalb unserer Kompetenz. Es wäre irgendein Stiftungsrat verantwortlich, der über den Einsatz der Mittel befinden würde. Dem Finanzdirektor ist es lieber, wenn das Geld in unserer eigenen Kompetenz bleibt. Sie haben ja über Vorschläge des Regierungsrats zu befinden und können auch mit Motionen beantragen, in irgendeinem Bereich Massnahmen zu ergreifen. – Peter Hegglin möchte dem Rat beliebt machen, die Anträge der SVP abzulehnen und im Rahmen der Beschlussfassung über die Rechnung des laufenden Jahres zu befinden.

➔ Der Rat beschliesst mit 59 : 14 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

720 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 27. Oktober 2005

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

51. SITZUNG: DONNERSTAG, 27. OKTOBER 2005

8.30 – 12.00 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

721 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern. – Der Rat hat bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers der zurückgetretenen Lilian Hurschler-Baumgartner nur 79 Mitglieder.

Abwesend sind: Markus Grüring und Arthur Walker, beide Unterägeri; Ursula Bieri, Baar; Georg Helfenstein, Cham.

722 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Westschweizer Fernsehen TSR einen Dokumentarfilm dreht, der sich in einer längeren Sequenz mit dem Wirtschaftsstandort Zug befasst. In diesem Rahmen ersucht es, während der heutigen Kantonsratssitzung einige Einstellungen drehen zu dürfen (Eintreffen der Kantonsräte, Sitzungsbeginn, zwei oder drei Impressionen aus dem KR-Saal: Die Regierungsbank, Aufnahmen von einzelnen Kantonsräten, Kantonsräte verlassen den Sitzungssaal). Gegenstand der Filmaufnahmen sind nicht die Ratsgeschäfte. Die Bilder werden verwendet, um Interviewpartner als Regierungsrat bzw. Kantonsrat vorzustellen. Gemäss § 31 bis Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats bedürfen Ton- und Bildaufnahmen der Bewilligung des Kantonsrats. Es kommen dabei die üblichen Auflagen gemäss früherem Bürobeschluss zur Anwendung. Das Fernsehen hat der Staatskanzlei mitgeteilt, dass es die Auflagen des Büros einhalten wird.

➔ Der Rat ist mit den Filmaufnahmen einverstanden.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** muss heute die Kantonsratssitzung früher verlassen, um an einer nationalen Konferenz teilzunehmen.

723 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29. September 2005.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 29. Januar 1998.
   2. Lesung (Nr. 1292.5 – 11803).
4. Änderung des Datenschutzgesetzes (DSG) betreffend Sammelauskünfte zum Geburtsjahr durch die Einwohnerkontrollen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1322.1/.2 – 11688/89) und der Kommission (Nr. 1322.3 – 11832).
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1307.1/.2 – 11657/58), der Konkordatskommission (Nr. 1307.3 – 11824) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1307.4 –11825).
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Aufhebung des Konkordats Hochschule und Berufsbildungszentrum Wädenswil.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1339.1/.2 – 11733/34), der Konkordatskommission (Nr. 1339.3 – 11821) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1339.4 – 11822).
7. Motion der CVP-Fraktion betreffend Erweiterung der Blockzeiten in der Primarschulstufe und Beibehalten der Blockzeiten in der Vorschulstufe (Nr. 1268.1 – 11567).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1268.2 – 11834).
8. Motion von Silvan Hotz, Andrea Hodel, Karl Betschart und Beat Villiger betreffend Beibehaltung des bisherigen Lohnausweises (Nr. 1348.1 – 11759).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1348.2 – 11835).
9. Interpellation von Eusebius Spescha betreffend Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Kanton Zug (Nr. 1326.1 – 11698).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1326.2 – 11799).
10. Interpellation von Daniel Burch und Thomas Lötscher betreffend Temporeduktion bei hohen Ozonbelastungen (Nr. 1331.1 – 11706).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1331.2 – 11836).
11. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Massnahmen für die gleichzeitige Fertigstellung des 6-Spurausbaus des Autobahnteilstücks A4 zwischen Blegi und Rütihof und der A4 durch das Knonaueramt (Nr. 1355.1 – 11776).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1355.2 – 11796).
12. Interpellation von Anton Stöckli betreffend Treibholz in Bächen, Flüssen und Seen bei Unwettern (Nr. 1365.1 – 11804).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1365.2 – 11823).

724 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 29. September 2005 wird genehmigt.

725 MOTION VON HANS CHRISTEN, EUSEBIUS SPESCHA, BEAT STOCKER, MARTIN STUBER UND VRENI WICKY BETREFFEND PROJEKTIERUNG DER ZUGER STADTKERNENTLASTUNG

Hans **Christen**, Eusebius **Spescha**, Beat **Stocker**, Martin **Stuber** und Vreni **Wicky**, alle Zug, sowie 27 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 3. Oktober 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1378.1 – 11842 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

726 INTERPELLATION VON JEAN-PIERRE PRODOLLIET UND STEFAN GISLER BETREFFEND WOHNLIEGENSCHAFTEN IM FINANZVERMÖGEN

Jean-Pierre **Prodolliet**, Cham, und Stefan **Gisler**, Zug, haben am 26. September 2005 die in der Vorlage Nr. 1375.1 – 11829 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

727 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUR INTERKANTONALEN VEREINBARUNG ÜBER DIE AUFSICHT SOWIE DIE BEWILLIGUNG UND ERTRAGSVERWENDUNG VON INTERKANTONAL ODER GESAMTSCHWEIZERISCH DURCHGEFÜHRTEN LOTTERIEN UND WETTEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn 1377.1/.2 – 11840/41).

➔ Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Vorlage direkt an die Konkordatskommission überwiesen wird.

728 ANPASSUNG KANTONALER GESETZE AN DIE REVISION DES ALLGEMEINEN TEILS DES STRAFGESETZBUCHS (AT STGB) UND AN DAS BUNDESGESETZ ÜBER DAS JUGENDSTRAFRECHT (JUGENDSTRAFGESETZ, JSTG)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats und des Obergerichts für die 2. Lesung (Nrn. 1297.7/.8 – 11837/38).

➔ Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Vorlage direkt an die erweiterte Justizprüfungskommission überwiesen wird.

729 ERSATZWAHL IN DIE KOMMISSION BETREFFEND DIVERSE OBJEKTKREDITE (UNTERRICHTSRAUM BILDNERISCHES GESTALTEN, FAHRZEUGUNTERSTÄNDE ZIVILSCHUTZ-AUSBILDUNGSZENTRUM, ERWEITERUNGSBAU KLEINSCHULHAUS ATHENE-AREAL)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Othmar Birri sich ab Dezember 2005 wieder für längere Zeit in Kolumbien aufhalten wird. Deshalb gilt es für die Kommission betreffend diverse Objektkredite unter dem Präsidium von Rosvita Corrodi ein Ersatzmitglied zu finden. Vorgeschlagen wird, diesen Sitz ab Anfang Dezember mit Markus **Jans** zu besetzen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

730 ÄNDERUNG DES EINFÜHRUNGSGESETZES ZUM BUNDESGESETZ ÜBER DEN UMWELTSCHUTZ

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 25. August 2005 (Ziff. 691) ist in der Vorlage Nr. 1292.5 – 11803 enthalten. – Zusätzlich liegt ein Bericht und Antrag der Redaktionskommission vor (Nr. 1292.6 – 11833).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Bericht und Antrag der Redaktionskommission vorliegt.

➔ Der Rat ist mit den Änderungen der Redaktionskommission einverstanden.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 50 : 17 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion der FDP-Fraktion betreffend Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (Vorlage Nr. 1201.1 – 11376) im Sinne der Erwägungen teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. (Erstes Begehren nicht erheblich erklären: Zuständigkeit Kantonsrat zur Genehmigung des Massnahmen-

plans Luft. / Zweites Begehren teilweise erheblich erklären: Umformulierung von § 12 Abs. 2 EG USG).

➔ Der Rat ist einverstanden.

731 ÄNDERUNG DES DATENSCHUTZGESETZES (DSG) (SAMMELAUSKÜNFTE ZUM GEBURTSJAHR DURCH DIE EINWOHNERKONTROLLEN)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1322.1/.2 – 11688/89) und der Kommission (Nr. 1322.3 – 11832).

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass sich die Kommission am 24. August zur Vorberatung der Revision des DSG traf. Verantwortlich für das Geschäft ist die Staatskanzlei. An der Kommissionssitzung haben neben den elf Kantonsrätinnen und Kantonsräten Staatsschreiber Tino Jorio und der kantonale Datenschutzbeauftragte René Huber teilgenommen. Das Protokoll schrieb Guido Stefani.
In der vorliegenden Gesetzesrevision geht es darum, das DSG mit einem weiteren Kriterium für Sammelauskünfte zu ergänzen – mit jenem des Geburtsjahrs. Im Jahr 2000 verabschiedete der Kantonsrat das damals neu geschaffene DSG. Damals, vor fünf Jahren, wurde das Geburtsjahr als besonders schützenswertes Kriterium bezeichnet. Seither dürfen die Einwohnergemeinden keine Sammelauskünfte in Bezug auf das Geburtsjahr erteilen. Aus der Optik der Gemeinden hat sich diese strenge Regelung in der Praxis nicht bewährt. Denn vor allem die Vereine, die an einem aktiven Dorfleben interessiert sind, haben kritisiert, das geltende Recht erschwere ihre Aktivitäten. Aus diesem Grund hat sich die Regierung entschieden, die vorliegende Gesetzesrevision zu beantragen.
Anlässlich der Kommissionssitzung äusserte sich der Datenschutzbeauftragte kritisch zur Gesetzesrevision. Er machte darauf aufmerksam, dass die über 100'000 Bewohnerinnen und Bewohner unseres Kantones auf Grund der gesetzlichen Grundlagen zwingend verpflichtet seien, ihre Daten den Einwohnerkontrollen bekannt zu geben. Diese benötigten die Daten für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben, wie beispielsweise Steuereinzug. Bei Sammelauskünften würden diese Daten nun zweckentfremdet. Dem entsprechend stehe er als Datenschützer dem Antrag der Regierung, die Kriterien auszuweiten, äusserst kritisch gegenüber. Ganz grundsätzlich gelte es zu bedenken, wessen Interessen höher zu bewerten seien, jene der Privatpersonen, welche ihre Daten geschützt wissen möchten, oder jene der Gesuchstellenden, die ein eigennütziges Interesse vertreten würden.
Die Kommissionsmitglieder nahmen innerhalb der Fragerunde die Gelegenheit wahr, folgende Punkte ins Gespräch zu bringen:

- Braucht es neben dem eidgenössischen Datenschutzgesetz ein zugerisches Datenschutzgesetz?
- Ist es notwendig, nach nur fünf Jahren bereits eine Gesetzesrevision vorzunehmen?
- Wie werden die Einwohnerinnen und Einwohner in den Gemeinden auf das Sperrrecht der Daten aufmerksam gemacht?
- Die Sorge, dass immer mehr Daten verbreitet werden, die nicht mehr kontrollierbar sind, wurde bekundet.

Mit 10 : 1 Stimmen trat die Kommission auf die Gesetzesvorlage ein.
In der Detailberatung setzten sich die Kommissionsmitglieder differenziert und kritisch mit dem neu umschriebenen Gesetzesabschnitt auseinander. Die Formulierung im Antrag der Regierung in § 8, Abs. 2, Bst. c «Sammelauskünfte ... werden an natürliche oder juristische Personen ... erteilt, wenn ein Interesse glaubhaft gemacht wird und die Daten für einen schützenswerten ideellen Zweck verwendet werden» gab zu einer längeren Diskussion Anlass. Es ging dabei um die Frage, ob sie als Antrag an den Kantonsrat übernommen werden soll. Die erfolgten Kommissionsanträge beinhalteten demnach:

- das Wort «ideell» durch «nicht kommerziell» zu ersetzen
- «ideell» mit «nicht kommerziell» zu ergänzen.

Mit 6 : 5 Stimmen entschied die Kommission, am Antrag der Regierung festzuhalten. Ausserdem wurde beantragt, Bst. d ersatzlos zu streichen, mit der Begründung, wer wolle, könne die Daten jederzeit einscannen. Dadurch gelange, wer wolle, auch in den Besitz der elektronischen Daten. Mit Stichentscheid der Präsidentin obsiegte die Argumentation, dass eine gewisse Erschwernis, in den Besitz der elektronischen Daten zu kommen, im Gesetz belassen werden solle.
Die Kommission beantragt aus den erwähnten Gründen mit 11 : 0 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten und der Revision des Datenschutzgesetzes zuzustimmen.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion dem revidierten DSG zustimmt, wie es Regierung und Kommission beantragen. Das von Vereinen vorgebrachte Anliegen, dass Sammelauskünfte inskünftig mit dem Geburtsjahr ergänzt werden sollen, ist nachvollziehbar und für uns berechtigt. Aus unserer Sicht spricht nichts dagegen, dass das DSG aus dem Jahre 2000 in diesem Sinn revidiert wird. Jeder einzelne kann sich wehren, wenn er oder sie nicht möchte, dass Sammelauskünfte über die eigene Person durch die Einwohnergemeinden herausgegeben werden: Jede und jeder kann sich für Sammelauskünfte sperren lassen. Die SP-Fraktion kann sich auch dahinter stellen, dass die Begründung «ideelle Zwecke» an Stelle von «nicht kommerziell» für eine Berechtigung zu Sammelauskünften genügt. Wir finden, «ideelle Zwecke» sei aussagekräftiger und treffender. Ebenfalls unterstützen wir den Regierungsrat, wenn er diese Daten nicht in elektronischer Form abgeben will. Man soll weiterhin einen gewissen Aufwand oder eine Erschwernis haben, wenn diese Daten in elektronischer Form genützt werden sollen. Als kleine Minderheit innerhalb der SP-Fraktion ist der Votant jedoch der Überzeugung, dass diese Beschränkung ersatzlos zu streichen ist. Es soll keine technische Barriere eingebaut werden, die keinen Sinn macht. Mit einer Papierliste kann heute jede/jeder in einen spezialisierten Shop gehen, diese Liste einscannen und in ein Excel-Sheet umformatieren lassen. Das braucht nur einen kurzen zeitlichen Aufwand und kostet ein paar Franken. Alois Gössi ist klar der Meinung, dass hier die Verwaltung bürgernah sein soll. Es kommen später in der Beratung noch zwei Anträge zur Erweiterung von Sammelauskünften (Neuzuziehende in einem bestimmten Zeitraum / Ausgabe des Geburts*datums* an Stelle des Geburts*jahrs*). Für die SP-Fraktion gehen diese Begehren zu weit und wir lehnen sie ab. Für uns gilt die Devise: So viel Information wie nötig. Diese zwei Anträge entsprechen dieser Devise nicht.
Im Namen der SP-Fraktion bittet der Votant den Rat um Zustimmung zur Revision des DSG, wie es Regierung und Kommission vorschlagen. Und im eigenen Namen bittet er den Rat, in der Detailberatung § 8, Abs. 2 Bst d zu streichen.

Stephan **Schleiss** erinnert daran, dass der Beitrag, den Dorfvereine an das Gemeindeleben leisten, nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die meisten dieser Vereine unterstützen in ehrenamtlicher Arbeit den Staat direkt bei vielen seiner Ziele – mit Ausbildung, Integration, Sicherheit, Gesundheit oder Bewegung sind nur die häufigsten davon genannt. Es darf deshalb nicht sein, dass kleinliche Regelungen im DSG die Vereine z. B. bei der Mitgliederwerbung behindern. Genau dies ist aber bei den Sammelauskünften der Fall. Kann nämlich das Geburtsjahr bei der Gemeinde nicht erfragt werden, so hat die Sammelauskunft für einen Verein nicht mehr Wert als eine Twixtel-Abfrage. Eine zielgerichtete Information oder Einladung ist nicht möglich. Das DSG hat sich in diesem Aspekt ganz klar nicht bewährt. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb die vom Regierungsrat vorgeschlagene Änderung im Grundsatz. Dass hingegen die Herausgabe der Daten in elektronischer Form ausgeschlossen sein soll, können wir nicht befürworten, und wir werden in der Detailberatung einen entsprechenden Streichungsantrag stellen.
Zum Schluss noch eine Bemerkung zu den Schutzrechten der Bürger im Kanton Zug. Im § 9 Abs. 1 heisst es wörtlich: «Eine betroffene Person kann voraussetzungslos vom Organ verlangen, dass Daten nur an Organe bekannt gegeben werden dürfen.» Besorgte Einwohner dürfen sich somit ihre Daten nicht nur schützen, sondern sogar sperren lassen. Nach Meinung des Votanten sollte der Datenschutzbeauftragte die Öffentlichkeit noch etwas offensiver über diesen Sachverhalt informieren, als dies heute der Fall ist. Eine Möglichkeit wäre bestimmt, im Amtsblatt eine Mitteilung erscheinen zu lassen. Es müsste ja nicht gleich Woche für Woche das genau gleiche Inserat geschaltet werden, wie dies die Anlaufstelle gegen Rassismus, der Zuger Kantonale Frauenbund oder die Frauenzentrale Zug zu tun pflegen.

Rudolf **Balsiger** hält fest, dass für die FDP-Fraktion Eintreten unbestritten ist. Bei dieser Gesetzesänderung geht ja auch darum, den Interessierten die Möglichkeit zu geben, im Rahmen einer «nicht kommerziellen» Werbung, z.B. für Vereinszwecke oder im sozialen Bereich, das Zielpublikum direkt ansprechen zu können. Um es den Gemeindeverwaltungen zu vereinfachen, soll der «ideelle Zweck» nicht belegt werden müssen. Dies wäre auch sehr schwierig zu entscheiden. Damit soll nur der Zweck hinterfragt werden können, nicht aber der Hintergrund des Antragstellenden. Eingedenk der Tatsache, dass das Stimmregister vor und nach jedem Urnengang öffentlich aufzulegen ist – und dieses beinhaltet nicht nur Name und Vorname, sondern ebenso Adresse, Geburtsdatum und Konfession –, wäre es widersinnig, den Gemeinden zu untersagen, solche Angaben auch als Sammelauskünfte abzugeben. Die FDP-Fraktion ist überdies der Meinung, dass die Abgabe solcher Auskünfte auch auf dem elektronischen Wege zulässig sein muss. Hierbei ist doch die Praxis zu berücksichtigen, dass auch eine auf Papierform abgegebene Auskunft innert Sekunden elektronisch erfasst und weiter bearbeitet werden kann. Warum soll man es den Antragstellern möglichst schwer machen. Wenn jemand die Auskunft will, holt er sie sich, ob einfach oder mit Auflagen. Somit stellt die FDP Fraktion, wie schon in der Vernehmlassung festgehalten, folgende zwei Anträge:
– *§ 8 Abs 2 Bst c alinea 5*: «… die Daten für einen nicht kommerziellen Zweck verwendet werden».
– *§ 8 Abs 2 Bst. d*: ersatzlose Streichung.
Der Votant bittet den Rat, diese Anträge zu unterstützen.

Eugen **Meienberg** weist darauf hin, dass mit der Änderung von § 8 Abs. 2 Bst c eine sinnvolle Anpassung vollzogen wird. Sie macht es den Organen möglich, Sammelauskünfte sortiert zu erteilen. Die Voraussetzungen zur Herausgabe der Daten sind genau geregelt. So wird es möglich, dass z.B. Turnvereine die Adressen von Kindern erhalten und sie zum Kinderturnen einladen können. Oder es wird wesentlich einfacher, Adressen für Jahrgangstreffen zu erhalten. Es ist verständlich, dass es nicht jede oder jeder gerne hat, wenn z.B. das Geburtsjahr bekannt gegeben wird. Hier sei jedoch auf § 9 des DSG hingewiesen. Jede Person kann voraussetzungslos verlangen, dass Daten nur an Organe bekannt gegeben werden, also von Sammelauskünften ausgeschlossen sind. Organe sollten vermehrt auf diese Möglichkeit hinweisen, so z.B. bei der Anmeldung nach einem Wohnortwechsel. In diesem Punkt könnte auch der Datenschutzbeauftragte noch vermehrt informieren. Dies muss ein Dauerauftrag sein. – Die CVP-Fraktion tritt einstimmig auf dieses Geschäft ein und befürwortet die Änderung des DSG. Aus unseren Reihen werden in der Detailberatung noch Änderungsanträge betreffend Geburtsdatum und Zuzugsdatum gestellt. Den Antrag betreffend elektronischer Herausgabe der Daten unterstützt die CVP mehrheitlich.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

I. Abs. 2 Bst. a und c

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Kommission hier die Präzisierung in den Klammern *«(bei Wegzugsdatum und Wegzugsort)»* streichen möchte.

Silvan **Hotz** weist darauf hin, dass in der CVP-Fraktion nur darüber diskutiert wurde, die Klammer bei Bst. c zu streichen, nicht aber bei Bst. a. Es sollte möglich sein, Einzelauskünfte einholen zu können über Leute, die weggezogen sind, damit man herausfinden kann, wohin sie gezogen sind. Dies ist vor allem auch wichtig für Unternehmer und Unternehmerinnen, die mit säumigen Zahlern den Kontakt aufrechterhalten wollen. Deshalb stellt der Votant den Antrag, die Klammer bei Bst. a nicht zu streichen.

Die **Vorsitzende** fragt nach, ob Silvan Hotz nur die Klammer meint oder auch den Inhalt der Klammer. – Dieser betont, er meine selbstverständlich auch den Inhalt.

Rosemarie **Fähndrich Burger** weist darauf hin, dass es beim Antrag nur um die beiden Klammern geht und nicht um den Inhalt der Klammern. Es handelt sich nicht um einen inhaltlichen, sondern nur um einen redaktionellen Antrag. Es sollen nur die beiden Klammern gestrichen werden – der Inhalt bleibt bestehen.

Silvan **Hotz** hält fest, dass es sich in diesem Fall um ein Missverständnis handelt. Er glaubte, mit der Klammer solle auch ihr Inhalt gestrichen werden. Wenn das nicht so ist, zieht er seinen Antrag zurück.

Andrea **Hodel** ist erstaunt, da im Kommissionsbericht kein Wort zu diesem Antrag zur Streichung der Klammer steht. Wir können uns nicht auf Dinge vorbereiten, die im Kommissionsbericht nicht erwähnt sind. Zwar ist sie prinzipiell damit einverstanden, wenn nur die Klammer, aber nicht der Klammerinhalt gestrichen wird. Aber es wird dann unleserlich und die Redaktionskommission wird es wieder ändern. Deshalb schlägt die Votantin vor, die Klammer zu belassen, weil es sich lediglich um die Regelung eines Unterfalls zum Hauptfall handelt.

Rosemarie **Fähndrich Burger** möchte sich entschuldigen, weil sie vorhin eine falsche Auskunft gegeben hat. Im Kommissionsbericht auf S. 4 heisst es im dritten Abschnitt: «Des Weiteren stand zur Diskussion, ob der Todestag bei Sammelauskünften mitgeteilt werden darf. Auf einen entsprechenden Antrag hin, diese Voraussetzung zu streichen, entschied die Kommission mit 9 : 2 Stimmen für Beibehaltung. In diesem Zusammenhang wurde jedoch diskussionslos entschieden, «… bei Wegzug mit Wegzugsdatum und Wegzugsort), Todestag.» die Präzisierung in der Klammer zu streichen. Es geht also doch um den Klammerinhalt.

Frau Landammann Brigitte **Profos** versucht, die Verwirrung zu klären. Wir sind bei § 8, Abs. 2 Bst. a. Dort geht es um die Klammer «*(bei Wegzug mit Wegzugsdatum und Wegzugsort)*. Dieselbe Klammer befindet sich in § 8, Abs. 2, Bst. c. Wenn wir jetzt bei Bst. a diese Klammer streichen, müssen wir sie konsequenterweise auch bei Bst. c streichen. Die Votantin möchte dem Rat beliebt machen, diese Klärung in der Klammer beizubehalten. Sie sagt etwas aus zur Bekanntgabe der aktuellen Adresse. Es handelt sich um eine nützliche Klärung und Differenzierung.

Andreas **Huwyler** möchte sich mit dem Risiko, dass die Verwirrung noch zunimmt, aus seiner Erinnerung zu diesem Thema äussern. Er war auch Kommissionsmitglied. Wir haben seiner Erinnerung nach nur zu Bst. c diskutiert. Bei Bst. a haben wir keine Beschlüsse gefasst. Bei Bst. c, wo es um Sammelauskünfte und nicht um Einzelauskünfte geht, kam ein Einwand eines Kommissionsmitglieds, wonach man Sammelauskünfte nur über Leute erteilt, die noch in der Gemeinde wohnhaft sind. Deshalb kommt es gar nicht vor, dass eine Sammelauskunft erteilt wird betreffend einer Person, die weggezogen oder bereits verstorben ist. Insofern macht es bei den Sammelauskünften wirklich keinen Sinn *«(bei Wegzug mit Wegzugsdatum und Wegzugsort), Todestag …»* darin zu belassen. Sie sehen das auf S. 4 des Kommissionsberichts im Absatz, welchen die Kommissionspräsidentin zitiert hat. Dort heisst es: «In diesem Zusammenhang wurde jedoch diskussionslos entschieden, «… (bei Wegzug mit Wegzugsdatum und Wegzugsort), Todestag …» zu streichen. Es geht um eine logische Sache. Das Anliegen von Silvan Hotz ist damit gewährleistet. Bei Einzelauskünften wird das nicht gestrichen. Dort kann man z.B. säumige Schuldner verfolgen. Aber bei Sammelauskünften macht das wirklich keinen Sinn. Die weggezogenen Personen erscheinen nicht mehr auf den Listen der Gemeinden.

Die **Vorsitzende** bedankt sich bei den beiden letzten Votanten. Bst. a ist somit unbestritten und bleibt unverändert.

I. § 8 Abs. 2 Bst. c

Max **Uebelhart** weist darauf hin, dass das geltende DSG zwar erst aus dem Jahr 2000 stammt. Trotzdem legt uns der Regierungsrat in seiner Vorlage eine gut nachvollziehbare Änderung vor. Strittig war früher schon, ob das Geburtsdatum den «einfachen» oder den «erweiterten» Personalien zugeordnet werden soll. Heute liegt eine Art Kompromiss auf dem Tisch. Es scheint, dass der Rat auf Antrag der Regierung bereit ist, das Geburtsjahr, d.h. also den Jahrgang neu den einfachen Personalien zuzuordnen. Die vorberatende Kommission teilt diese Haltung. Keine Aussage macht die Kommission, ob anlässlich der Sitzung auch das Überführen des ganzen Geburtsdatums in die einfachen Personalien mindestens wieder – wie schon im Jahr 2000 – diskutiert worden sei. Es ist in der Tat so, dass Vereinen, aber auch Institutionen, durch das geltende Recht gewisse Aktivitäten sehr erschwert wurden. Wenn Sie schon bereit sind, das Geburtsjahr den einfachen Personalien zuzuordnen, ist es nur ein kleiner Schritt, an Stelle des Geburtsjahrs das Geburtsdatum den einfachen Personalien zuzuordnen. Der Votant stellt deshalb den Antrag, bei Bst. c das Wort Geburtsjahr durch Geburts*datum* zu ersetzen. Missbrauch ist zwar fast immer möglich, doch sind im Gesetz griffige Hürden eingebaut. Sammelauskünfte sind ja nur erhältlich, wenn

a) ein Interesse glaubhaft gemacht werden kann und
b) in der schriftlichen Anfrage an die betreffende Gemeinde auch klar der vorgesehene Zweck angegeben wird und auch die Verpflichtung, dass die Daten dann ausschliesslich auch so verwendet werden.

Kommt dazu, dass es in der Kompetenz der einzelnen Gemeinde liegt, solche Gesuche positiv oder negativ zu beantworten. Dazu kommt, dass Einzelpersonen ja auch die Möglichkeit haben, ihre Daten sperren zu lassen. Wenn wir uns heute für das Geburtsdatum an Stelle des Geburtsjahrs entscheiden, schenken wir uns wahrscheinlich eine in drei, vier Jahren fällige nächste Vorlage.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die Kommission diesen Antrag nicht eingehend diskutiert hat. Aus ihrer persönlichen Sicht und weil die Kommission nicht weiter darauf eingegangen ist, möchte sie darauf hinweisen, dass ganz allgemein grosse Zurückhaltung bei der Bekanntgabe von Daten ausgeübt werden soll. Für das Anliegen der Vereine genügt der Jahrgang. Es braucht keine weiter gehende Lockerung. Diese Meinung ist auch dem Bericht der Regierung zu entnehmen.

Frau Landammann Brigitte **Profos** bittet den Rat im Namen der Regierung, diesen Antrag abzulehnen. Begründung: Das Geburtsdatum gehört unzweifelhaft zu den sensiblen Personendaten. Der Regierungsrat ist der Überzeugung, diese Daten sollten nicht in Sammelauskünften weitergegeben werden. Sie betreffen die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen und sind höher zu gewichten als allfällige Interessen von Vereinen. Das gilt sowohl für Frauen wie Männer. Die Votantin bittet den Rat, dem Antrag der Regierung für die bestehende Fassung zuzustimmen.

Thomas **Lötscher** ist der Ansicht, dass das Thema Geburtsdatum noch nicht ganz geklärt ist. Er kennt verschiedene Vereine und gemeinnützige Organisationen, welche sich z.B. für ältere Menschen einsetzen. Musikvereine, die bei Geburtstagen und Jubiläen ein Ständchen spielen, die Leute überraschen und ihnen auch sehr viel

Freude bereiten. Gerade ältere Menschen, die vielleicht etwas einsamer sind, freuen sich sehr darüber. Das wäre eigentlich eine Begründung, weshalb wir dieses Geburtsdatum frei geben können. Frau Landammann hat quasi in einem Nebensatz gesagt, dass es eigentlich unbestritten sei, dass diese Differenz schützenswert sei. Das ist dem Votanten nicht ganz klar. Ihn würde interessieren, welche Begründung dazu führt, dass man sagen kann, jemandem erwachse ein Nachteil daraus, wenn man das Geburtsdatum freigibt.

Brigitte **Profos** hält fest, dass die Regierung bezweifelt, ob es wirklich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist, dass ihr Geburtsdatum bekannt gegeben wird. Thomas Lötscher hat gesagt, dass viele Leute sich freuen, wenn ihnen ein Ständchen gespielt wird. Die Votantin kennt auch solche, die sich überhaupt nicht freuen und sich belästigt fühlen, wenn sie mit Post überhäuft werden, und sich dann fragen, woher die Absender ihre Adresse haben. Wir sind uns bewusst, dass es möglich ist, dass die Bürgerinnen und Bürger die Weitergabe ihrer Daten sperren können. Aber dazu müssen sie auch die entsprechenden Informationen haben und den Schritt machen. Die Regierung hält deshalb an ihrem Antrag fest, bei Sammelauskünften nur das Geburtsjahr bekannt zu geben, und nicht das Geburtsdatum.

➔ Der Rat schliesst sich mit 47 : 25 dem Antrag von Max Uebelhart an, wonach in Bst. c statt dem Geburtsjahr das Geburts*datum* aufgeführt wird.

Peter **Rust** möchte bei Bst. c eine weitere Erleichterung einbringen, und zwar betreffend den Neuzuzügern. – Die Begrüssungsanlässe für Neuzuzüger in den Gemeinden sind heute bereits Tradition und kaum mehr wegzudenken. Für die Aufrechterhaltung unserer vielfältigen Kultureinrichtungen in unserer Gesellschaft ist es wichtig, dass interessierte Personen die Möglichkeit haben, sich auf diese Weise zu kontaktieren. Gemeinnützige Organisationen, Vereine und politischen Parteien müssen so unbürokratisch wie möglich mit den Neuzuzügern in Kontakt treten können. Für diesen Kontakt ist eine Sammelauskunft aber unerlässlich. Ein praktisches Beispiel: Hanspeter Uster kandidiert 2006 für den Ständerat und will von der Gemeinde Baar eine Liste der Neuzuzüger, um diesen die Vorteile alternativer Politik anzupreisen. Er bekommt die Liste nicht, aber auch Marcel Scherer für seine SVP in Hünenberg nicht und Vreni Wicky von der CVP auch in Zug nicht. Und alle Partei- und Vereinspräsidenten im ganzen Kanton Zug erhalten keine neuen Adressen. Was für beide Seiten sehr wichtig wäre, nämlich die Vielfalt und Möglichkeiten in der neuen Wohngemeinde vorstellen zu können, ist so unmöglich. Dies ist falsch; wir müssen die Sammelauskunft für solche Fälle ermöglichen und daher folgender Antrag:

Ergänzung zu § 8 Abs. 2 Bst. c: «…aktuelle Adresse (bei Wegzug mit Wegzugsdatum und Wegzugsort)*, neu Zuziehende in einem bestimmten Zeitraum,* Todestag …».

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass diesem Antrag nichts entgegensteht. Wer regelmässig die Daten bei den Einwohnergemeinden einfordert – alle halben Jahre oder alle Jahre – kann die neu dazu kommenden Daten auch so herausdividieren.

➔ Der Rat schliesst sich dem Änderungsantrag an, wonach bei Bst. c auch die Neuzuzüger aufgeführt werden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auch bei Bst. c die Klammerbemerkung zur Diskussion steht. Die Kommission hat den Antrag gestellt, diese zu streichen.

Gregor **Kupper** ist es unklar, ob der Todestag ebenfalls gestrichen wird.

Auch Heini **Schmid** verlangt hier eine Klärung durch Regierung und Kommission.

Rosemarie **Fähndrich Burger** glaubt, dass es wohl ein Fehler im Bericht war, dass beantragt wurde, die Präzisierung in der Klammer sei zu streichen. Es hätte dort besser heissen müssen: «Der Passus in Anführungs- und Schlusszeichen». Die Erläuterungen von Andreas Huwyler, wonach der Todestag bei Sammelauskünften keinen Sinn macht, sind nachvollziehbar. Und wir haben in der Kommission auch darüber gesprochen, dass wenn jemand für Studien- oder Forschungszwecke Daten benutzen möchte, dies in einem anderen Paragraphen festgehalten ist. Es geht also hier darum, den gesamten Passus *«… (bei Wegzug mit Wegzugsdatum und Wegzugsort), Todestag …»* zu streichen.

Max **Uebelhart** möchte aus Sicht des Redaktionskommissions-Präsidenten zwei Bemerkungen machen. Gemäss Kommissionsbericht will die Kommission die Klammer streichen und den Todestag. Dem schliesst sich die CVP-Fraktion an. Es macht doch keinen Sinn, dass man bei Sammelauskünften am Schluss den Todestag noch mitliefert und ellenlange Listen hat, die niemanden interessieren. – Wenn in Zukunft eine Kommission solche Änderungen vorschlägt, bittet der Votant darum, dass man eine abgeänderte Vorlage mitliefert und am Rand diese Änderungen schriftlich festhält. Dann muss nicht jeder irgendwo irgendetwas zusammensuchen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Regierung dieser Streichung zustimmen kann.

➔ Der Rat schliesst sich dem Antrag an, bei Bst. c *«… (bei Wegzug mit Wegzugsdatum und Wegzugsort), Todestag …»* zu streichen.

I. § 8 Abs. 2 Bst d

Stephan **Schleiss** stellt im Namen der SVP-Fraktion den Antrag, Bst. d zu streichen. Wenn ein Verein eine Sammelauskunft verlangt, dann will er damit die Couverts oder die Adressetiketten bedrucken, er will die Leute im Serienbrief beim Namen nennen und er will auch eine Tabelle führen, um den Erfolg der Aktion zu messen. Für alle diese Tätigkeiten braucht man heute die Daten elektronisch. Wenn wir den Gemeinden nun verbieten, diese Daten elektronisch abzugeben, dann zwingen wir sie, ihre Dienstleistung in einer ungenügenden Qualität zu erbringen. Überlegen Sie sich, was

der Verein dann machen muss: Entweder tippt er die Liste ab oder er bringt sie in den nächsten Copy-Shop. Dort wird sie in einem Scanner mit automatischem Seiteneinzug und OCR-Software eingelesen. Ein paar Augenblicke später bezahlt der Verein dreissig Franken und erhält dann doch noch seine Diskette mit der Excel-Tabelle. Der eigentliche Zweck der Bestimmung, nämlich die Hürden für Missbrauch höher zu setzen, wird wegen der zwar mühsamen, aber doch einfachen Umgehungsmöglichkeiten hinfällig. Überhaupt zeugt es von schlechtem gesetzgeberischem Geschmack, wenn sich eine Gesetzesnorm an den wenigen vermuteten Missbräuchen orientiert.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die Kommission diesen Antrag beraten hat. Mit Stichentscheid der Präsidentin wurde er abgelehnt. Sie möchte dazu noch einige weitergehende Ausführungen machen. Im letzten Satz von Abs. 2 Bst. c ist festgehalten, dass Dritte, welche Daten entgegennehmen, sich unterschriftlich verpflichten müssen, die Daten ausschliesslich zum angegebenen Zweck zu verwenden, und sie nicht weitergeben dürfen. Die Kommission betrachtet das Belassen von Bst. d im Gesetz als nützliche Hürde zum Schutz der persönlichen Daten der Einwohnerinnen und Einwohner. Es ist bekannt, dass E-Mail-Versendungen absolut unsicher und weltweit von jedermann einsehbar sind. Es gibt professionelle Internetbesucher, welche das Netz nach solchen Daten durchforsten und sie dann locker zu einem Bildprofil einer Person zusammensetzen können. Wenn die Daten eingescannt werden, erscheinen sie nicht im Netz. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Bürgerin und der Bürger das Recht haben, ihre Daten weitmöglichst geschützt zu wissen. Dazu ist das DSG da. In diesem Sinn beantrag die Votantin im Namen der Kommission, Bst. d im Gesetz zu belassen.

Frau Landammann Brigitte **Profos** weist darauf hin, dass die Regierung daran festhält, Bst. d im Gesetz zu belassen. Es ist uns bekannt, was von Alois Gössi vorher gesagt wurde: Wenn die Angaben nicht elektronisch geliefert werden, sondern nur in Papierform, dann ist die Hürde nicht sehr gross, die Papierfassung in einen Copy-Shop zu bringen und dort einscannen zu lassen. Die Regierung ist aber der Meinung, dass diese kleine Hürde beibehalten werden sollte, um «Missbräuchen, die vorprogrammiert sind, vorzubeugen», wie es im Regierungsbericht heisst. Zudem sind die Bedenken der Kommissionspräsidentin bedenkenswert, wonach auch Hacker Zugriff erhalten und die Daten missbrauchen könnten. Der Regierungsrat hält deshalb an Bst d fest.

➔ Der Rat beschliesst mit 49 : 24 Stimmen, Bst. d zu streichen.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1322.4 – 11848 enthalten.

732 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEITRITT ZUR INTERKANTONALEN FACHHOCHSCHULVEREINBARUNG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1307.1/.2 – 11657/58), der Konkordatskommission (Nr. 1307.3 – 11824) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1307.4 –11825).

Andreas **Huwyler** hält fest, dass die Konkordatskommission die Vorlage am 24. März 2005 beraten hat. Die Redaktion des Kommissionsberichts ist über den Sommer unter das Eis geraten, weshalb das Geschäft etwas lange auch bei der Kommission gelegen ist. – Der Kanton Zug ist im Jahr 1999 der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung beigetreten. Da diese Vereinbarung befristet war, haben die Vereinbarungskantone eine neue Vereinbarung verabschiedet. Die Änderungen dieser neuen Vereinbarung sind auf das Wesentlichste beschränkt. Dabei sind neu: Die Beitragberechtigung von Masterstudien in jenen Fällen, wo die Lehrgänge zweiteilig sind und mit dem Master abschliessen, die Erhöhung des Deckungsbeitrages von 75 % auf 85 % und die Möglichkeit, dass die Vereinbarungskantone ein anderes Abgeltungsmodell beschliessen können als die bisherigen Pauschalen. Für die Konkordatskommission ist völlig unbestritten, dass einem Beitritt zu dieser neuen Vereinbarung zugestimmt werden muss. Der Kanton Zug muss gewährleisten, dass Studierende aus unserem Kanton ungehinderten Zugang zu Fachhochschulen haben und dabei rechtsgleich behandelt werden wie Studierende aus anderen Kantonen. Ohne eine vertragliche Lösung mit den anderen Kantonen wäre diese Möglichkeit nicht gewährleistet. Zudem würden in einem solchen Fall wohl höhere Kosten pro Studierende anfallen.
Die Konkordatskommission hat in der Detailberatung festgestellt, dass sich im Ingress ein Druckfehler eingeschlichen hat, der auf einen falschen Buchstaben des § 41 der Kantonsverfassung Bezug nimmt. – Die Stawiko hat sich, wie Sie aus deren Bericht gesehen haben, noch weitere Fragen gestellt, deren Beantwortung für die Konkordatskommission angesichts der Tatsache, dass die Zustimmung zu einem Beitritt unbestritten war, etwas weniger wichtig erschienen und deshalb entweder nicht einlässlich diskutiert wurden oder keinen Eingang in den Kommissionsbericht fanden. Es ist anzunehmen, dass der Bildungsdirektor die aufgeworfenen Fragen beantworten wird, und der Kommissionspräsident will ihm nicht vorgreifen. Er erlaubt sich nur den Hinweis, dass ein Vergleich der Kosten pro Studierenden unter der alten Vereinbarung mit denjenigen unter der neuen Vereinbarung zwar interessant sein mag. Er ist aber ohne Bedeutung, weil wir gar nicht die Wahl zwischen der alten Vereinbarung und der neuen haben. Wir haben nur die Wahl zwischen der neuen Vereinbarung und gar keiner. Um unseren heutigen Entscheid zu erleichtern, müssten also – wenn schon – die mutmasslichen Kosten dieser beiden Szenarien verglichen werden. Wie jedoch bereits ausgeführt, war in der Konkordatskommission der Beitritt zu dieser Vereinbarung völlig unbestritten. Andreas Huwyler ersucht den Rat deshalb, der Vorlage mit der Korrektur des erwähnten Druckfehlers seine uneingeschränkte Zustimmung zu erteilen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an ihrer Sitzung vom 3. Oktober 2005 beraten hat. Er verweist wie üblich auf den Bericht. – Der Kanton Zug soll der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) vom 12. Juni 2003 beitreten, da die bisherige Vereinbarung von 1998 bis Ende September 2005 befristet war. Wir

können heute ein weiteres Mal zu einer Konkordatsvorlage in einem Zeitpunkt Stellung nehmen, zu dem es eigentlich nichts mehr zu entscheiden und zu beeinflussen gibt:

- Die Vereinbarung ist bereits zustande gekommen.
- Ein Nichtbeitritt würde zu einer Diskriminierung der Zuger Studierenden und zu einer finanziellen Mehrbelastung derselben führen.
- Wir können diese erhebliche finanzielle Mehrbelastung in keiner Weise beeinflussen.

Es bleibt uns deshalb einzig die Aufgabe, diese Situation zu Kenntnis zu nehmen und die Auswirkungen auf unsere Staatsrechnung, soweit überhaupt möglich, zu beurteilen. Und hier ist der Stawiko-Präsident nicht einig mit Andreas Huwyler, dass die Zahlen keine Rolle spielen. Es geht um eine Mehrbelastung von einer Million, und es ist doch interessant, wie das zustande kommt. Es entstehen gemäss Vorlage Mehrkosten von 1,4 Mio. Franken – gemäss neusten Informationen der Bildungsdirektion zeigen die konkreten Zahlen nun eine Steigerung um 1 Mio. Franken. Diese neuen Zahlen basieren auf der inzwischen bekannt gewordenen Anzahl Studierender und der Aufteilung auf die verschiedenen Studiengänge. Die Kostensteigerung von einer Million Franken ist durch eine höhere Anzahl Studierende, die Anerkennung neuer Studiengänge, einen neuen Kostendeckungsfaktor von 85 % und höhere Kostenbeiträge pro Student zu erklären. Fazit: Die Kostensteigerung ist erheblich und die Budgetierung wegen der verschiedenen Variablen (Studentenzahlen, Studienrichtungen etc.) nicht einfach.

Die Stawiko ist sich bewusst, wie entscheidend Bildung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und unseres Kantons sind. Ob aber die dazu erforderlichen Leistungen im Bildungswesen mit maximaler Effizienz und Effektivität erbracht werden, muss und soll regelmässig hinterfragt werden. Leider kann ein kleiner Kanton wie der Kanton Zug meist nur die Leistungen mit den vorgegebenen Preisen einkaufen, einen relevanten Einfluss auf die Kostenentwicklung hat er nicht. Es ist deshalb zu hoffen, dass der von Bund und Kantonen festgelegt Masterplan Fachhochschulen dazu beitragen wird, eine ungebremste Kostenentwicklung zu verhindern.

Bekanntlich haben wir in unserem Bericht Zusatzfragen gestellt, weil sich die Angaben im Kommissionsbericht und im Bericht des Regierungsrats widersprochen haben. Im Sinne einer Vorinformation hat der Bildungsdirektor dem Votanten diese Fragen schriftlich und zufrieden stellend beantwortet. Besten Dank. Er wird dazu im Rat später noch Stellung nehmen.

Eine Bitte noch an die Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten: Es ist nicht das erste Mal, dass die vorberatende Kommission bei ihren Beratungen über Zusatzinformationen und aktualisierte Zahlen verfügt hat – diese Informationen aber leider nur am Rand oder gar nicht im Bericht erwähnt werden. Die von der Stawiko gestellten Fragen wären nicht nötig gewesen, wenn der vorliegende Kommissionsbericht nicht so extrem schlank abgefasst worden wäre. Wenn man diese Tabelle im Anhang beigefügt hätte, wäre es um einiges einfacher gewesen. Lassen Sie deshalb in Zukunft ihr vertieftes Wissen in etwas ausführlicherer Form in ihre Berichte einfliessen – Sie erleichtern uns damit wesentlich unsere Arbeit, und damit dem ganzen Kantonsrat. – Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit der Korrektur gemäss Bericht der Konkordatskommission zuzustimmen.

Käty **Hofer** erinnert daran, dass die Interkantonale Fachhochschulvereinbarung erneuert werden muss. Die Hauptpunkte haben wir eben von den Kommissionsprä-

sidenten gehört: Sicherstellung des Zugangs zu allen Fachhochschulen für unsere Zuger Studierenden, finanzielle Abgeltung des Wohnsitzkantons und Einschluss des Master-Studiums in die Beitragsberechtigung. Wir brauchen eine interkantonale Vereinbarung bezüglich der Fachhochschulen. Sonst werden der Zugang und die Bedingungen für ein Studium völlig unkalkulierbar. Dies dürfen wir auf keinen Fall zulassen. Peter Dür hat uns bereits gesagt, dass die Antworten des Bildungsdirektors auf die Fragen der Stawiko zufrieden stellend ausgefallen sind. Unter diesen Bedingungen kann die SP-Fraktion dieser Vorlage zustimmen. Die Votantin möchte aber die Bildungsdirektoren doch einladen, möglichst bald wegzukommen von den Verlängerungen und provisorischen Lösungen, und darauf hinzuarbeiten, dass wir eine Vereinbarung erhalten, mit der wir über längere Zeit arbeiten können.

Werner **Villiger** weist darauf hin, dass es bei diesem Beitritt vor allem darum geht, dass Zuger Studierende weiterhin einen rechtsgleichen Zugang zu allen Fachhochschulen in der Schweiz geniessen können. Dieses Ziel ist für die SVP-Fraktion unbestritten. Es liegen eigentlich auch keine vernünftigen Alternativen zu einem Nichtbeitritt vor. Die SVP-Fraktion befürwortet somit grösstmehrheitlich einen Beitritt.

Vreni **Sidler** hält fest, dass die FDP-Fraktion den rechtsgleichen Zutritt der Zuger Studierenden zu den Fachhochschulen begrüsst, welche durch diese teilrevidierte Übergangsvereinbarung gewährleistet wird, und bereit ist, ihr zuzustimmen. Die neuen Masterstudien unter Berücksichtigung einer neuen Berechnung des Kostenverteilers sind leider nicht billiger zu haben und werden zusammen mit den zu erwartenden höheren Studentenzahlen auch eine Erhöhung der Kosten verursachen. Die gute Bildung der Jugend liegt der FDP-Fraktion am Herzen, und sie stimmt der Vorlage grossmehrheitlich zu.

Es freut Bildungsdirektor Matthias **Michel**, dass alle Parteien die Notwendigkeit der Erneuerung dieser Vereinbarung anerkennen und entsprechend dem Regierungsantrag unterstützen. Solche interkantonalen Schulgeldvereinbarungen sind ja eigentlich ein Gebot des funktionierenden Binnenmarkts im Bereich von Bildung und Chancengleichheit. Ein wichtiger Punkt vorab zur Beantwortung der Fragen der Stawiko: Die neuen, zum Teil wesentlich erhöhten Beiträge bedeuten nicht zwingend, dass die Kosten dieser Studienplätze im gleichen Masse gestiegen wären. Was steigt, ist der Finanzierungsbeitrag. Es ist also zu unterscheiden zwischen Kosten und Finanzierung. Der Finanzierungsbeitrag der Nichtstandortkantone für die Studierenden in anderen Kantonen. Wie gesagt, ist er auf 85 % gestiegen – ein berechtigter Anteil, wenn man bedenkt, dass die Investitionskosten dieser Schule allein durch die Standortkantone getragen werden. Und die sind hier nicht berücksichtigt. Was die betrieblichen Kosten angeht, die hier massgebend sind, so haben wir nun erstmals eine recht verlässliche Kostenwahrheit, indem für jeden einzelnen Studiengang die vollen Betriebskosten erhoben worden sind. Und diese Kostentransparenz und -wahrheit wird ja in diesem Saal von Regierung und Parlament zu Recht immer wieder gefordert.
Zu den Fragen der Stawiko. Die Länge des Verfahrens. Wir hätten es uns relativ einfach machen können, indem wir Ihnen diese neue Vereinbarung kurz nach Verabschiedung in der EDK vorgelegt hätten. Wir haben das nicht getan. Weshalb? Bis Ende 2004 lagen schlichtweg nur summarische Erläuterungen vor, insbesondere zu

den Mehrkosten. Bewusst haben wir die neuen Kostenerhebungen abgewartet, zumindest die provisorische Festlegung der Beiträge. Ohne das hätten wir Ihnen keine oder nur fehlerhafte Angaben über die Folgen für den Kanton Zug machen können. Ende Oktober kannten wir diese Berechnungen und die provisorischen Beiträge. Drei Monate später haben wir die Vorlage verabschiedet. Und im März war dann die Sitzung. Das ist sicher ein annehmbarer Fahrplan.
Zur zweiten Frage. Schon Mitte Mai war das Quorum erreicht und wir haben das der Kommission schriftlich mitgeteilt. 15 Kantone sind beigetreten und die Vereinbarung konnte in Kraft treten. Inzwischen sind es 21 Kantone, die beigetreten sind.
Zu den Fragen drei und vier Folgendes. Diese Fragen haben sich wirklich nur ergeben, weil wir uns die Mühe genommen haben, die Zahlen zu aktualisieren und zu differenzieren. Dies ergab eine Abweichung mit glücklicherweise tieferen Mehrkosten im Vergleich zur Vorlage vom 1. Februar. Es wurde schon gesagt, dass diese Differenzierungen und Aktualisierungen im Bericht der vorberatenden Kommission nur summarisch zum Ausdruck gekommen sind. Das Wichtigste steht manchmal in Klammern oder überhaupt nirgends. Die Fragen der Stawiko sind deshalb verständlich. Der Bildungsdirektor beantwortet die beiden Fragen zusammen, weil sie einen inneren Zusammenhang haben. Gefragt wird, wie viel dieser Beitritt uns nun kostet, welcher Teil auf das Wachstum der Studierenden zurück geht und welcher auf die neuen Deckungsquoten. Der Votant möchte nochmals bestätigen, was er in der vorberatenden Kommission bereits gesagt hat: Die Mehrkosten insgesamt im Zeitraum 04 und 06 betragen eine Million Franken. Ziemlich genau die Hälfte davon lässt sich mit dem Wachstum der Studierenden begründen, die andere Hälfte mit der Erhöhung des Deckungsbeitrags auf 85 %. Diese Angabe weicht vom Regierungsbericht ab, weil sie auf aktualisierten und differenzierten Daten beruht. Wir haben uns auf die neusten Studierendenzahlen des Wintersemesters 04 stützen können und nicht mehr auf Durchschnittswerte für ganze Studienbereiche abgestützt, sondern errechnet, welche Zuger Studentinnen und Studenten an welcher Schule welchen Studiengang belegen. Mit den neuen hochgerechnet ergab das natürlicherweise eine viel getreuere Abbildung der Wirklichkeit als das vorherige pauschale Durchschnittsmodell. Die Tabellen lagen der Kommission vor und daraus ergibt sich in der Tat Folgendes: Wenn man von unveränderten Studierendenzahlen ausgeht, resultiert aus dem neuen Mechanismus der Vereinbarung ein Mehraufwand für uns von einer halben Million Franken. Das ist die eigentliche Auswirkung der neuen Vereinbarung. Die andere halbe Million beruht auf dem Wachstum der Studierendenzahlen, und das hätten wir auch ohne diese Vereinbarung. Es sind also 0,4 Mio. weniger als im regierungsrätlichen Bericht.
Zur fünften und letzten Frage. Hier wurde errechnet, dass bei einzelnen Studienbereichen die Kosten bis zu 50 % steigen. Aber aufgepasst, trennen wir auch hier die Kosten von der Finanzierung! Was merklich ansteigt, sind die Finanzierungsbeiträge für die einzelnen Studiengänge. Nicht weil diese um diesen Betrag teurer geworden sind, sondern weil man bisher die wahren Kosten dieses Studiengang gar nicht kannte. Die einen waren somit unterfinanziert, es gab aber andere, die sogar überfinanziert waren.
Die anderen Punkte waren unbestritten. Matthias Michel hofft, dass diese Klärung den Rat in seiner Zustimmung bestärkt und dieser sich in der Detailberatung auf die Änderung des falschen Buchstabens im Ingress beschränkt.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Titel und Ingress

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der Konkordatskommission vorliegt, dass der Bst. b durch ein *i* ersetzt wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1307.5 – 11849 enthalten.

733 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND AUFHEBUNG DES KONKORDATS HOCHSCHULE UND BERUFSBILDUNGSZENTRUM WÄDENSWIL

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1339.1/.2 – 11733/34), der Konkordatskommission (Nr. 1339.3 – 11821) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1339.4 – 11822).

Andreas **Huwyler** macht zuerst eine formelle Vorbemerkung: Bei diesem Geschäft konnte die Konkordatskommission bereits in einem früheren Stadium miteinbezogen werden, wie dies inskünftig mit zunehmendem Alter unserer Kommission zum Normalfall werden wird. So haben wir das Geschäft erstmals bereits nach der 1. Lesung des Regierungsrats beraten. Weil der Regierungsrat das Geschäft in 2. Lesung unverändert verabschiedet hat, hat sich die Konkordatskommission nicht eigens noch einmal zu einer Sitzung zusammengefunden, sondern auf dem Zirkularweg beschlossen, Bericht und Antrag gestützt auf die vorgängige Sitzung zu verfassen.
Nun zur Sache selber: Bekanntlich besteht seit 1974 ein Konkordat für ein Technikum Obst- und Weinbau. 1999 wurde dieses an die Fachhochschule Zürich angegliedert. Der Kanton Zürich will mit einem Fachhochschulgesetz sein Fachhochschulwesen reorganisieren und neu strukturieren und wünscht deshalb, die Trägerschaft der Hochschule und Berufsbildungszentrum Wädenswil vom heutigen Konkordat zu übernehmen und dieses abzulösen. Der Konkordatsrat hat deshalb einvernehmlich die Auflösung des Konkordats beschlossen und ist damit einer Kündigung durch den Kanton Zürich zuvorgekommen.
Im Kanton Zug muss diese Auflösung formell vom Kantonsrat beschlossen werden. Für den Kanton Zug entstehen durch diese neue Situation keine Nachteile. Der Zugang für Zuger Studierende ist durch die Fachhochschulvereinbarung gewährleistet. Die bisherigen Mitwirkungsrechte des Kantons Zug waren auf Grund der kleinen Studierendenzahl sehr gering, so dass auch nicht von einem Verlust von Einfluss gesprochen werden kann. Die Befürchtung, dass der Kanton Zürich inskünftig das Angebot – sprich Studiengänge – verkleinern wird, erachten wir als unbegründet. Im Gegenteil: Es werden immer neue Studiengänge gefordert.

In finanzieller Hinsicht ist die neue Lösung für den Kanton Zug günstiger, weil keine Investitionskostenbeiträge mehr zu leisten sind und nur noch 85 % anstatt bisher 100 % der Betriebskosten abgegolten werden müssen. Angesicht der finanziellen Entlastung des Kantons Zug und der Tatsache, dass der Kanton Zürich künftige Investitionen in Höhe von rund 7,5 Mio. Franken selber tragen muss, erachten wir es als angemessen, dass der Kanton Zug auf die ihm eigentlich zustehende Nettoabgeltung von 36'000 Franken verzichtet. – Die Konkordatskommission hat dieser Vorlage mit 7 : 0 Stimmen zugestimmt und beantragt dem Rat, dem Geschäft ebenfalls zuzustimmen.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** verweist auf den Bericht.

Werner **Villiger** weist darauf hin, dass der Kanton Zürich mit einem Fachhochschulgesetz die Organisation und Struktur im Fachhochschulwesen reformieren und vereinfachen will. Deshalb soll die Trägerschaft der Schule vom heutigen Konkordat auf den Kanton Zürich übergehen. Wenn man nun die heute bestehenden, sehr komplizierten Strukturen betrachtet, ist dies absolut notwendig. Da für den Kanton Zug durch diese Aufhebung keine Nachteile entstehen und Zuger Studierende auch zukünftig einen gleichwertigen Zugang zur Fachhochschule haben werden, stimmt die SVP-Fraktion diesem Vorhaben grösstmehrheitlich zu.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1339.5 – 11850 enthalten.

734 MOTION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND ERWEITERUNG DER BLOCKZEITEN IN DER PRIMARSCHULSTUFE UND BEIBEHALTEN DER BLOCKZEITEN IN DER VORSCHULSTUFE

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1268.2 – 11834).

Margrit **Landtwing** hält fest, dass die CVP mit Freude Kenntnis nimmt von der Antwort des Regierungsrats auf ihre letzten September eingereichte Motion und sich dafür bedankt. Die Einführung der echten Blockzeiten, das heisst eine konstante Dauer Schulpräsenz für alle Kinder, mit welcher in der Planung des Familienlebens verlässlich gerechnet werden kann, ist längst fällig. Dies entspricht der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Fast in allen Parteiprogrammen findet dieses Anliegen denn auch Platz. Im Kanton Zug wurde auf kantonaler Ebene die CVP im Juni 2004 in dieser Frage als erste Partei aktiv, indem sie eine Interpellation einreich-

te. Obwohl auch damals der Regierungsrat die Vorteile von Blockzeiten herausstrich, war er doch nicht willens, diese flächendeckend zu verordnen. Die CVP zeigte sich enttäuscht von der Beantwortung und reichte die Motion ein, deren Beantwortung nun vorliegt. Und siehe da, das CVP-Anliegen wurde nach Rückfragen durch die DBK auch von den meisten Gemeinden unterstützt, ja die Wünsche gingen da sogar teilweise noch weiter.
Unter dieser Voraussetzung und unter dem Druck der Entwicklung in andern Kantonen und auf nationaler Ebene, wie auch unter Berücksichtigung der gehaltenen Voten im Kantonsrat bei der Behandlung der Interpellation, fiel die Beantwortung nun ganz im Sinne der Motionärin aus. Die in der CVP-Motion dargelegten Begründungen wurden im Bericht positiv aufgenommen und sogar noch weiter ergänzt und vertieft. So bestätigt auch die in der Antwort genannte Studie der EDK unsere Meinung, dass kantonale Rahmenvorgaben eine unverzichtbare Voraussetzung für Blockzeiten in allen gemeindlichen Schulen darstellen. Es darf nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler und deren Eltern bei einem Umzug im gleichen Kanton mit veränderten Schulzeiten konfrontiert und dadurch in ihren familiären Gewohnheiten und Bedürfnissen beeinträchtigt werden.
Wir anerkennen die Bemühungen um die ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem gesellschaftlich wichtigen Thema und sind sehr zufrieden mit dem Meinungsumschwung des Regierungsrats. Kommt Zeit, kommt Rat! Kommt CVP-Block-Zeit, ist auch die FDP parat! Andrea Hodel, auch wir sind dem Erziehungsdirektor äusserst dankbar, dass er nun doch noch auf das Anliegen, das die CVP lanciert hat, eingestiegen ist, und dass unser Vorstoss Nachahmung in den Gemeinden gefunden hat. Inhaltlich wird mit dem Entscheid, die Blockzeiten vom Erziehungsrat verbindlich auf vier Lektionen an den Vormittagen zu erweitern, unser Begehren erfüllt. Zudem ermöglicht die vorgeschlagene Lösung eine raschere und unkompliziertere Umsetzung. Deshalb stellt sich die CVP-Fraktion nach gründlicher Auseinandersetzung mit dem Bericht und Antrag hinter die Beantwortung ihrer Motion und stimmt dem Antrag a im Bericht zu. Allerdings sehen wir nicht ein, warum die Änderung erst «frühestens» ab Inkrafttreten der nächsten Teilrevision des Schulgesetzes passieren soll. Einige Gemeinden haben problemlos und kurzfristig auf das jetzige Schuljahr die momentan geltenden Blockzeiten ohne Einschränkung umgesetzt. Die neue Regelung sollte unserer Meinung nach gleichzeitig mit der Umsetzung der Q-Vorlage, die unter anderem einen erweiterten Gestaltungsspielraum der Gemeinden beinhaltet, umsetzbar sein. Deshalb ersuchen wir den Bildungsdirektor, im Sinne einer Zusicherung, dass das Begehren so bald als möglich umgesetzt wird, beim Antrag b der Regierung, *frühestens* durch *spätestens* zu ersetzen.

Anna **Lustenberger-Seitz**: Der Regierungsrat erkennt richtig, dass die heutigen Schulformen familienfreundlicher und erwerbskompatibler gestaltet werden müssen. Die Bemühungen, erweiterte Blockzeiten einzuführen, sind aus der Antwort ersichtlich. Daher werden wir dem Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklären zustimmen. Wohl hätte sich die AF eine gesetzliche Verankerung der vier Lektionen am Vormittag vorstellen können. Heutzutage ist der gesellschaftliche Druck in der ganzen Schweiz vorhanden, Schulformen einzuführen, welche eine Erwerbstätigkeit beider Elternteile oder eines alleinerziehenden Elternteils ermöglichen und erleichtern. Der Erziehungsrat wird sich dieser Forderung nach erweiterten Blockzeiten kaum mehr widersetzen können. Auf nationaler Ebene gehen die Forderungen ja viel weiter; gefordert werden zusätzliche Tagesstrukturen und Tagesschulen. Zu erwähnen ist der Vorstoss von fünf Nationalrätinnen von SP, FDP, CVP, SVP und den

Grünen, welche eine flächendeckende Einführung der Tagesschule in der ganzen Schweiz wollen.
Für die AF sind daher erweiterte Blockzeiten wohl eine Lösung, jedoch ersetzen sie die Tagesschule nicht. In unserer Gemeinde Baar werden die erweiterten Blockzeiten sehr geschätzt, die Randzeitenbetreuung wurde im letzten Jahr aber so wenig gebraucht, dass diese wieder fallen gelassen wurde. Die Hausaufgabenhilfe wird eher als Stützangebot für Kinder mit schulischen Schwierigkeiten benützt. Für die Votantin heisst dies, dass wohl erweiterte Blockzeiten bis zu einem gewissen Grad mithelfen, wenn Familie und Beruf unter einen Hut gebracht werden müssen. Für Kinder, welche aber die ganze Woche auf eine gute Betreuung nebst der Schule angewiesen sind, wären Tageschulen angebrachter. Die AF bittet daher die Bildungsdirektion, jetzt auch diesen Punkt vertiefter anzugehen. Der Gemeinde Hünenberg kann man zum beabsichtigten Projekt, die Mattenschule zu einer Tageschule umzugestalten, nur gratulieren. Diese Gemeinde erkennt, dass beide Schulformen – erweiterte Blockzeiten und Tageschulen – möglich sein sollten.
Noch ein persönliches Anliegen: Eine Knacknuss ist offenbar die Planung des Religionsunterrichts. Dieses Fach sollte auch in Zukunft am Vormittag, also innerhalb der vier obligatorischen Blockzeiten-Stunden unterrichtet werden. Für die Kirchgemeinden, für die Pfarreien, für die engagierten Religionslehrerinnen und Religionslehrer ist es unzumutbar, wenn dieser Unterricht nur noch am Nachmittag stattfinden könnte. Auf keinen Fall darf es sein, dass die Kirchen für die allfällige Betreuung von Kindern aufkommen sollten, welche den Religionsunterricht aus irgendwelchen Gründen nicht besuchen. Denn wir leben in einem Land mit einer christlichen Tradition. Wenn die Schulen den Religionsunterricht immer mehr an den Rand drängen, werden die Kirchen einmal mehr geschwächt. Und es geht die Vermittlung von Werten verloren, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Anna Lustenberger ist sicher, dass zusammen mit den Kirchen befriedigende Lösungen gefunden werden können. Sie bittet die Regierung nachdrücklich, dies anzustreben.

Eusebius **Spescha** erinnert daran, dass der Regierungsrat am 12. Juni 1989 die Vorlage zur Gesamtrevision des Schulgesetzes verabschiedet hat. Blockzeiten waren für ihn damals kein Thema. Den Votanten ärgerte das so sehr, dass er den VPOD gewinnen konnte, eine entsprechende Initiative zu lancieren. Die vorberatende Kommission war dann einsichtiger. Sie beantragte die heute geltende Formulierung in § 11 Abs. 5 des Schulgesetzes. Wir alle wissen, was daraus geworden ist. Es wurden nicht Blockzeiten eingeführt, sondern Blöcklizeiten. Eine minimalere Lösung als die geltende ist eigentlich gar nicht denkbar. Seither sind die unbefriedigenden Blockzeiten immer wieder ein Thema. Dass jetzt sogar die traditionalistische CVP vollumfänglich dafür einsteht und sich CVP und FDP darüber streiten, wer nun richtiger für Blockzeiten ist, zeigt wohl exemplarisch, dass Blockzeiten keine avantgardistische Emanzenforderung sind, sondern einer gesellschaftlichen Notwendigkeit entsprechen und selbstverständlich sein sollten. Brauchbare Blockzeiten sind ein Muss. Die Gründe dafür aufzuzählen, kann man sich ersparen. Notwendig ist aber auch eine überzeugende Lösung über den ganzen Kanton hinweg. Was hier die Gemeindeautonomie soll, ist nicht nachvollziehbar.
Was tut nun der Regierungsrat? Zwar freuen wir uns darüber, dass auch der Regierungsrat explizit für eine vernünftige Blockzeiten-Lösung einsteht. Anstatt diese sofort einzuführen, wozu er eigentlich die Kompetenz hätte, wird das Anliegen auf die lange Bank geschoben. Es wurde nur ein vorbehaltener Entschluss gefällt. Die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung wird vorgeschoben, welche frühestens 2006 erfolgen

könne. Das heisst, es kann also 2007 oder sogar 2008 werden, bis wir endlich eine bessere Lösung haben. Im Gegensatz zur FDP erachten wir dies als ungenügend. Eigentlich stimmen wir der Regierung zu, dass die konkreten Stundenzahlen nicht ins Gesetz gehören und deshalb die Motion nicht erheblich zu erklären wäre. Tatsache ist aber auch, dass es der Regierungsrat fünfzehn Jahre lang verpasst hat, eine brauchbare Blockzeitenlösung einzuführen. Können wir seinen unverbindlichen Absichtserklärungen vertrauen? Wir erwarten von der Regierung hier und heute eine verbindliche Aussage, wann welche Lösung verwirklicht wird. Sonst wird uns nichts anderes übrig bleiben, als die Motion zu unterstützen.

Andrea **Hodel** dankt allen, die offensichtlich zum guten Gelingen beigetragen haben. Sie kann sich dem Votum von Margrit Landtwing anschliessen. Alle wollen es, also tun wir es!

René **Bär** verweist auf S. 10 der Vorlage, wo es heisst: «Schliesslich wird sich die von den Kirchen immer wieder geltend gemachte unbefriedigende Situation der Festlegung des Religionsunterrichts nicht verbessern. Religionsunterricht wird nämlich während der Blockzeiten nicht mehr möglich sein, es sei denn, eine Gemeinde oder allenfalls die betreffende Kirchgemeinde erklärt sich bereit, die Kosten für die Betreuung jener Schülerinnen und Schüler, die den konfessionellen Religionsunterricht nicht besuchen, selber zu tragen.» Der Votant ist kein regelmässiger Kirchgänger. Aber er glaubt, dass wir uns in Zug immer noch in einer Gesellschaft befinden, wo die christliche Weltanschauung noch gilt. Er hat Mühe zu verstehen, warum die Kirchen für Schüler, welche den Religionsunterricht nicht besuchen, eine Betreuung auf ihre Kosten übernehmen sollen. Im Schulgesetz 412.11 § 14 ist zu lesen: «Der Erziehungsrat legt nach Anhören der öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen fest, wie viel Wochenlektionen für den Religionsunterricht in den Stundentafeln eingeräumt werden.» Es ist somit klar, dass der Religionsunterricht im Rahmen der anerkannten Kirchen gemäss Schulgesetz ein integrierender Bestandteil der Stundentafel ist. Im Schulgesetz 412.11 § 3 ist zudem zu lesen: «Die Schule dient, in Zusammenarbeit mit den Eltern und den Kirchen, der Bildung und Erziehung der Kinder.»
Wir sind im Begriff, den Bildungsauftrag der Nächstenliebe in den Wind zu werfen. René Bär hat als Alterspräsident eine gute Portion Lebenserfahrung. Und diese Erfahrung erlaubt es ihm, dem Rat zu empfehlen, den Religionsunterricht nicht aus dem Stundenplan zu nehmen. Er bittet darum, dies bei den Entscheidungen zu berücksichtigen, die Motion nicht erheblich zu erklären und dem Religionsunterricht die entsprechende Beachtung zu schenken.

Vreni **Wicky**: Sie erinnern sich sicher alle, dass die Sprechende bei der Beantwortung der CVP-Interpellation die Zuger Schulzeiten mit der Frühmesse der Kapuziner verglichen hat. Sicher erinnern Sie sich, dass wir dem Regierungsrat aufgezählt haben, dass es nur zwei Schweizer Kantone sind, welche zu einer Umfrage des Tagesanzeigers keine Angaben machen konnten. Weil wir mit der Interpellationsbeantwortung nicht einverstanden waren, hat die CVP mit einer Motion nachgestossen. Was lange währt, wird endlich fast gut! Ist es neben der CVP der Bericht der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz «Umfassende Blockzeiten am Kindergarten und an der Primarschule», welcher die Regierung zum Handeln bewegt hat? Mit der Einführung von Blockzeiten allein sind die Probleme von familienergänzenden

Betreuungsangeboten nicht gelöst, wie zuweilen angenommen wird. Die Umstellung auf begradigte Schulbesuchszeiten mit Hilfe von Unterricht ist nicht nur eine organisatorische Massnahme, sondern muss eine Schulentwicklungsaufgabe sein. Im Vordergrund steht dabei die Unterrichtsentwicklung in Hinsicht auf die Rhythmisierung der langen Unterrichtsvormittage, auf die Didaktik des Ganzklassenunterrichts sowie auf das Teamteaching. Diese Entwicklungs- und Veränderungsprozesse sind komplex und berühren nicht bloss die Zeitstruktur und Organisation, sondern sehr direkt auch die pädagogischen und fachdidaktischen Konzepte und Formen des Unterrichts.
Beim Vierstunden-Modell muss zwischen Pflichtpensum und individuellem Lernen in der Schule unterschieden werden. Zum Pflichtpensum gehören in erster Linie die geführten Lektionen, in denen der verlangte Schulstoff unterrichtet wird. Die weitere Zeit ist für das Kind so organisiert, dass es nach eigenem Interesse oder nach vorhandenem Angebot lernt. So gesehen benötigt dieses Modell keine Erhöhung der Pflichtstundenzahl, die Zeit in der Schule wird für das Kind jedoch länger sein. In der Stadt Zug prüfen wir eine Variante, welche die Pflichtstundenzahl der Kinder nicht erhöhen sollte, bei der die Präsenzzeit der Kinder in der Schule jedoch höher ist als heute.
Gute Tagesstrukturen bieten Sicherheit, Wohlergehen und fördern die Lernbereitschaft. Mehr noch, sie werden als Bereicherung und Erweiterung der gemeinsamen Bestrebungen zur gesunden Entwicklung der Kinder angesehen. Heute wünschen die Eltern Angebote, die auf ihre Bedürfnisse und Lebensformen abgestimmt sind. Gewünscht werden schulergänzende Angebote im Sinn einer Tageschule, die nicht obligatorisch für die ganze Woche gelten, sondern von den Eltern innerhalb der Woche frei gewählt werden können. Das heisst: Eltern wollen frei wählen, an welchen Wochentagen ihr Kind den ganzen Tag in der Schule verbringt oder evtl. nur das Mittagessen in der Schule einnimmt. Die Angebote müssen darum aufgeteilt werden in Bildungseinheiten und Betreuungseinheiten, klar von einer Hand koordiniert! Die Betreuungseinheiten können frei bezogen (sprich, eingekauft) werden. Tagesstrukturen sind der Schlüssel für eine attraktive Familien- und Standortpolitik, bis wir soweit sind, gibt es noch viel Arbeit, und es gilt, noch einige, nicht nur politische Hürden zu nehmen. Die Votantin wünscht sich, dass dann wie in diesem Saal jetzt, alle Parteien in der Legislative die Exekutive auch wieder unterstützen werden. Wenn es uns nämlich gelingt, die zwei Aufgabengebiete Bildung und Betreuung optimal zu organisieren, wird in erster Linie das Kind als grosser Gewinner profitieren. Schule und Betreuung beeinflussen das Wohlbefinden eines jeden Schulkinds und dessen Familie.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** möchte die heute Morgen zur Verfügung stehende Blockzeit nicht strapazieren, nachdem zu diesem Thema schon viel geschrieben und gesagt worden ist. Er konzentriert sich auf wenige Punkte und dankt für die positive Würdigung des Regierungsberichts. Eine Würdigung, die angesichts der schon vielfach zitierten Positionen zu erwarten war. Der Regierungsrat – und im Zuständigkeitsbereich auch der Erziehungsrat – sprechen sich aber nicht deshalb für eine Erweiterung dieser Blockzeiten aus, weil sie Streicheleinheiten entgegen nehmen möchten, sondern weil sie erkennen, dass die Schule einen wesentlichen Beitrag für eine geordnete sinnvolle Tagesstruktur einer Familie und ihres Umfelds leisten kann und soll. Wir erkennen auch, dass eine erhöhte Verbindlichkeit und eine verpflichtende Vorgabe des Kantons gerade in unseren kleinräumigen Verhältnissen angezeigt

sind. Umgekehrt aber können und wollen wir nicht einfach über die Gemeinden hinweg als Träger dieser Volksschulen verordnen.
Einige Bemerkungen zu den Voten. Das Buhlen, wer nun die oder der erste gewesen sei, ist müssig. Die SVP hat in einer Zeitungsmitteilung gesagt, ihrer Erinnerung nach habe es schon vor 50 oder mehr Jahren Blockzeiten gegeben. Wenn wir jetzt noch bis zur Gründung des Bundesstaates zurückgehen, sind es wahrscheinlich die Liberalen gewesen, die das damals unterstützt haben.
Zum Meinungsumschwung. Erinnern Sie sich an die Zeit der Interpellationsbeantwortung vor eineinhalb Jahren? Für den Regierungsrat war damals ja das staatspolitische Argument zentral. Wir haben gesagt: Blockzeiten ja, aber wir überlassen das den Gemeinden. Es war genau die Zeit, als wir um die Aufgabenteilung gerungen haben, speziell im Bildungswesen. Wer finanziert die Volksschulen? Sie erinnern sich, der Regierungsrat hatte damals die Stossrichtung, dass als Beitrag zur NFA-Belastung die Gemeinden die Hauptlast im Volksschulbereich übernehmen. Und dass in dieser Situation das staatspolitische Argument obenauf schwang und man nicht gleichzeitig sagen wollte, wir bezahlen weniger, aber verschärfen die Vorschriften, ist verständlich. Aber inzwischen hat sich einiges getan und das hat bestimmt auch zu einer gewissen Gelassenheit gegenüber diesem Thema beigetragen.
Zu Anna Lustenberger, welche die Erwartung etwas hoch geschraubt hat, dass wir uns jetzt auch mit Tagesstrukturen usw. zu befassen hätten. Hier ist die Grenze. Wenn es über die Unterrichtszeit hinaus zur Betreuung geht, dann sprengt das den Bereich der Schulgesetzgebung. Hier haben die Gemeinden einen weiten Bereich, um entsprechend den Bedürfnissen zu handeln.
Zu Eusebius Spescha, der meint, die Gesetzesänderung würde vorgeschoben, um das Ganze auf die lange Bank zu schieben. Das ist sicher nicht so und der Bildungsdirektor wird zum Antrag der CVP noch eine neue Formulierung vorschlagen. Er erinnert daran, dass gerade auch aus Kreisen, aus denen Eusebius Spescha kommt, immer wieder betont wird, dass solche Änderungen nicht nur rein administrativ organisatorisch seien, sondern tiefe pädagogische Fragen aufwerfen. Und dass gerade von dieser Seite der Vorwurf kommt, man wolle den Gemeinden nicht die nötige Zeit lassen. Es gibt Gemeinden, die noch weniger weit sind als andere. Es ging uns allein darum, dort diese Modelle sorgfältig einzuführen, als wir formuliert haben «frühestens bei nächster Schulgesetzänderung».
Zum Religionsunterricht. Wir haben mit den Kirchen jährlich Zusammenkünfte. Das war schon vor dieser Vorlage ein Thema. René Bär müsste ja konsequenterweise verlangen, dass der Kanton diese Betreuungskosten übernimmt, wenn es nicht die Kirchen oder die Eltern sind. Irgendjemand betreut die Kinder, die nicht im Religionsunterricht sind. Gerade wegen unserer Verfassung können wir die Kinder nicht dazu zwingen. An den Rand gedrängt wird der Religionsunterricht nicht. Welche andere Inhalte und Lehrkräfte könnten nicht auch beanspruchen, sie wollten in die privilegierte Zeit hinein? Es geht also wirklich nicht darum, dass der Religionsunterricht aus dem Stundenplan hinausgenommen wird.
Matthias Michel freut sich, dass auch jene Fraktion, welche das Ganze in einem Gesetz geregelt haben wollte (das war wahrscheinlich der einzige Weg, um eine Motion machen zu können), diese Forderung auf einen Wunsch abtempiert hat und darauf vertraut, dass der Erziehungsrat diesen Wunsch fassen wird. Diese Haltung zeigt von wahrer Grösse. Sie muten sich diese im Parlament ja auch zu, wenn Sie jeweils von schlanken Gesetzen sprechen und von der Konzentration auf Strategisches. Den Tatbeweis leisten Sie heute mit der Unterstützung unseres Antrags.
Zur Zeitschiene. Es ist für den Regierungsrat etwas schwierig, etwas versprechen zu wollen, das gar nicht in seiner Kompetenz liegt. Der Erziehungsrat bestimmt nämlich,

wann das eingeführt wird. Aber es war wirklich nie die Meinung, das auf die lange Bank zu schieben. «Spätestens» ist etwas schwierig, weil wir im Austausch mit den Gemeinden gemerkt haben, dass es einzelne gibt, die vielleicht noch eine Überbrückung brauchen. Deshalb schlägt der Bildungsdirektor dem Rat vor, dass wir am Schluss nicht «frühestens» oder «spätestens» schreiben, sondern das Ziel bekunden, diese Anpassung gleichzeitig mit der nächsten Teilrevision des Schulgesetzes in Kraft zu setzen. Er verspricht, sich dafür einzusetzen, und Regula Töndury als Erziehungsrätin wird das auch tun – das sind bereits zwei Siebtel des Erziehungsrats.

Margrit **Landtwing** hält fest, dass die CVP Vertrauen hat in die Aussagen des Bildungsdirektors. Sie anerkennt den Willen zu einer möglichst schnellen Umsetzung des Anliegens und kann sich somit mit der vorgeschlagenen Formulierung einverstanden erklären.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären, aber gleichzeitig zur Kenntnis zu nehmen, dass der Kanton im Rahmen eines Erziehungsratsbeschlusses den Gemeinden die Ausweitung der Blockzeiten auf vier Zeiteinheiten oder eine entsprechende Präsenzzeit pro Vormittag vorschreiben wird, mit dem Ziel, diese Anpassung gleichzeitig mit der nächsten Teilrevision des Schulgesetzes in Kraft zu setzen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

735 MOTION VON SILVAN HOTZ, ANDREA HODEL, KARL BETSCHART UND BEAT VILLIGER BETREFFEND BEIBEHALTUNG DES BISHERIGEN LOHNAUSWEISES

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1348.2 – 11835).

Andrea **Hodel** kann namens der Motionäre die Enttäuschung über die Motionsbeantwortung nicht verhehlen. Wir haben gemerkt, die Regierung will nicht. Dies bedauern wir. Die Votantin hat einen neuen Lohnausweis mitgebracht. Dieser neue Lohnausweis ist sicher auszufüllen. Es muss aber beachtet werden, dass die Kurzanleitung vier Seiten umfasst. Andrea Hodel benötigte zum Durchlesen rund eine halbe Stunde, wobei sie gewohnt ist, relativ komplizierte Unterlagen zu studieren. Zum Lohnausweis gibt es aber auch eine Wegleitung mit 22 Seiten, für das Durchlesen benötigte sie zwei Stunden und konnte anschliessend einen Lohnausweis für meine Mitarbeiterin noch nicht ausfüllen. Die Regierung kann uns doch nicht weismachen, dass damit nicht erneut zusätzlicher administrativer Aufwand auf KMU-Betriebe zukommt. Es ist wirklich ärgerlich. Seit Jahren sprechen wir auf Bundesebene und auf kantonaler Ebene immer wieder darüber, dass die administrativen Arbeiten KMU-Betriebe in hohem Masse belasten und solche Formalitäten abgebaut werden müssen, damit Unternehmer und Unternehmerinnen wieder Aufträge hereinholen und auch ausführen können.

Von Vereinfachung wird gesprochen, aber was erleben wir? Neue Auflagen im Bereich der Pensionskasse bringen neuen administrativen Aufwand. Das Gleiche gilt für die Bestimmungen der Suva im Zusammenhang mit der Arbeitssicherheit. Genau gleich geht es mit den Bestimmungen zum Submissionsrecht, am allerschlimmsten ist der undurchsichtige Dschungel mit den Mehrwertsteuerabrechnungen. Sie sehen, den KMU-Betrieben wird immer mehr aufgebürdet, ohne dass wir uns offensichtlich dagegen wehren können. Wir müssen uns auch nicht wundern, wenn mit solchen Massnahmen gleichzeitig auch die Staatsverdrossenheit zunimmt.
Der Regierungsrat erklärt uns, die Motion sei nicht motionsfähig. Die Votantin ist nicht der gleichen Ansicht, aber wir wissen ja, verschiedene Juristen geben auch verschiedene Meinungen. Immerhin kann sie dem Rat mitteilen, dass sie eine Liste sämtlicher Kantone hat, wo entsprechende Motionen eingereicht und behandelt wurden. Alle diese Kantone waren nicht der Ansicht, das sei nicht motionsfähig. Es ist davon auszugehen, dass das bei gutem Willen motionsfähig sein könnte.
Noch ein Wort zur Aussage des Regierungsrats, dass gestützt auf Art. 71 des StHG der Lohnausweis eingeführt werden muss. Andrea Hodel liegt diesbezüglich eine Notiz der eidgenössischen Steuerverwaltung vor, worin Andreas Gnägi, Stv. Chef der Abteilung Inspektorat, ausführt, der Vollzug der Steuerharmonisierung falle in die Kompetenz der Kantone, dem Bund komme nur eine Partnerfunktion zu. Das Projekt «neuer Lohnausweis» sei ein Projekt der Kantone. Den Kantonen könne die Verwendung des neuen Lohnausweises nicht vorgeschrieben werden, da einerseits dem Bund diesbezüglich keine Weisungskompetenz zustehe und andererseits im StHG keine gesetzlichen Sanktionen vorgesehen seien. Wie die Kantone die Vorgaben von Art. 127 Abs. 1 Bst. a, nämlich die Bescheinigung über sämtliche Leistungen, welche Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern zukommen lassen, deklarieren, sei grundsätzlich nach wie vor Sache der Kantone. Auch dem Aufsatz von Rainer Zigerlig, einem schweizerischen Steuerexperten, ist zu entnehmen, dass der Vollzug von Bundesgesetzen grundsätzlich Aufgabe der Kantone ist und der Bund auch Kraft seiner Aufsichtskompetenz nicht befugt ist, den Kantonen einheitliche Formulare vorzuschreiben. Es liegt also in der Kompetenz der Kantone, ob sie diese einheitlichen Formulare zwingend einführen oder nicht.
Mit der Einführung des neuen Lohnausweises sind eben doch stille Steuererhöhungen verbunden. Berücksichtigt man sämtliche Ausführungen in der Wegleitung zum Ausfüllen des neuen Lohnausweises, so fällt auf, dass eben viel mehr, als bis heute wahrscheinlich üblich war, deklariert werden muss. So müssen beispielsweise Ausbildungen genau deklariert werden, um, wie die Wegleitung selber sagt, sicher zu stellen, dass der Arbeitnehmer nur seine Nettokosten abziehen kann. Weiter anzuführen sind Trinkgelder, Gehalts- und Nebenleistungen, auch wenn sie nicht in Geldform ausgerichtet werden, und zwar zum Markt- und Verkehrswert. Nebenleistungen sind beispielsweise ein etwas günstigerer Mietzins oder aber pauschale Vergütungen von Hauptmahlzeiten, wenn sie den Betrag von 30 Franken übersteigen und nicht durch einen Beleg nachgewiesen werden können. Auch die Möglichkeit des Bezugs von Waren oder Dienstleistungen beim Arbeitgeber zu einem tieferen Vorzugspreis ist zu deklarieren. Der Regierungsrat wird der Votantin nun vorhalten, dies sei bereits jetzt der Fall. Dies trifft zu. Aber all diese Leistungen sind neu detailliert aufzuführen und werden demnach auch weniger als früher in Vergessenheit geraten, was einen rechnerisch höheren Lohn ergibt, der alsdann zu höheren Steuern führt. Gerade in kleineren Betrieben ist es doch oft so, dass eben nicht mit Boni und Gehältern von Grossbetrieben gleichgezogen werden kann. Dass der Arbeitgeber eher im Sinne eines familiären Verhältnisses einmal seinem Arbeitnehmer ein Wochenende offeriert oder sonst einen Batzen für Ferien oder etwas Spezielles zusteckt. Sind wir ehrlich,

solche Dinge wurden bis heute nicht immer deklariert. Dazu bestand aufgrund der bisherigen Lohnformulare auch kein Grund. Wenn nun solche Geschenke aufgerechnet werden müssen, wird der unternehmerische Freiraum noch mehr eingeschränkt. Oder macht es Sinn, wenn man einer guten Mitarbeiterin als Belohnung ein Wochenende schenkt, das den Gegenwert von 500 Franken übersteigt, diese auf diesem Geschenk AHV abrechnen müsste? So vergeht einem die Lust auf persönliche Geschenke.
All diese Ausführungen zeigen, dass insbesondere das Gewerbe und die kleinen Betriebe, aber auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mit diesem Lohnausweis, der neu eingeführt werden soll, sowohl finanziell als auch zeitlich und administrativ einmal mehr belastet werden. Die Motionäre sehen nicht ein, weshalb dieser eingeführt werden muss, zumal auch heute der gelbe Lohnausweis nur von 20-30 % der KMU-Betrieben verwendet wird, die Steuerverwaltungen nach wie vor verschiedene Arten von Lohnausweisen akzeptieren und dies bis heute noch nie zu Problemen geführt hat. – Abschliessend und aus all diesen Gründen ersucht Andrea Hodel den Rat, unseren Missmut zumindest zu verstehen und die Motion erheblich zu erklären.

Silvan **Hotz** vertritt als Präsident des Gewerbeverbands dessen Meinung. Er dankt Peter Hegglin für die superschnelle Motionsbeantwortung. Leider arbeitet nicht jede Direktion so schnell. Aber zu mehr reichen die Dankesworte leider nicht. Schade, wirklich schade. Die Regierung hätte hier die Möglichkeit gehabt, ein Zeichen zu setzen. Sie hat dies wieder einmal mehr verpasst. Der neue Lohnausweis ist – zurzeit wenigstens – noch absolut unbrauchbar. Es geht hier nicht um das Formular, da sind wir uns wohl alle einig. Es geht um die dazugehörige Wegleitung. Diese misst 22 Seiten. Die Kurzfassung deren vier. Was wir hier haben, ist eine Büchse der Pandora. Ausgetüftelt von der SSK. Die SSK ist die Vereinigung kantonaler und schweizerischer Steuerbeamter. Beamte haben über Jahre ein Produkt entwickelt. Das alleine kann ja nichts Gutes heissen. Hatten Beamte je schon mal ein Gespür von Einfachheit und Effizienz? Die Mehrwertsteuer lehrt uns vieles. Wurde sie doch vor etwa zehn Jahren eingeführt, wobei behauptet wurde, sie sei ganz simpel. Und heute? Weit über 2000 Seiten Vorschriften, die von Bern mit hunderten von Steuerbeamten kontrolliert werden. Mit der Wegleitung zum neuen Lohnausweis wird es uns nicht anders ergehen. Zuerst mit Schalmeinklängen ankündigen, und dann die 76 zum Teil komplizierten Einzelvorschriften nach und nach erweitern.
Mit dem neuen Lohnausweis werden schweizweit Regeln eingeführt, um der Steuerharmonisierung näher zu kommen. Mit der Wegleitung werden nicht nur wir Arbeitgeber eingeschränkt, sondern in einem grossen Mass auch der Kanton. Bei einem persönlichen Gespräch sagte die Präsidentin der Zuger Treuhändervereinigung dem Votanten: «Wenn der Kanton Zug der neuen Lohnausweis so moderat einführt, wie er den alten gehandhabt hat, werden wir ihn wohl akzeptieren müssen.» Aber genau hier haben wir es ja. Mit der neuen Wegleitung hat der Kanton einen viel kleineren Spielraum. Bis jetzt waren wir in Sachen Steuerverwaltung vorbildlich. Es ist richtig, ein altes Postulat der Wirtschaft ist die Vereinheitlichung des Lohnausweises, aber die Wirtschaft wollte nie einen so gewaltigen Verwaltungsapparat konstruieren. Der neue Lohnausweis verursacht, dies ist die Meinung der WAK im Nationalrat, einen in keinem Verhältnis zum Ertrag stehenden administrativen Aufwand für die Unternehmungen. Dieser Aufwand schlägt natürlich insbesondere bei den kleineren und mittleren Unternehmen stark durch. Die bestätigte auch der Präsident des Zuger Industrieverbandes. Für ihn ist der neue Lohnausweis nicht so gravierend, weil fast alle

grösseren Firmen ein Spesenreglement haben, welches die Sache sehr vereinfacht. Bei vielen KMUs fehlt ein solches Reglement. Also müssen in mühseliger Kleinstarbeit Kassenbelege, Mahlzeitenquittungen oder Bahnbillete gesammelt werden, um die Spesen richtig abzurechnen.
Dass es Mehraufwand nur für die alleinige Umstellung auf das neue Formular geben wird, ist von allen unbestritten und könnte so noch akzeptiert werden. Aber die zusätzliche, noch nicht abschätzbare Arbeit, die es brauchen wird, um die benötigten Daten zu beschaffen, wird jenseits von Gut und Böse sein. Entweder wird ein völlig neues Lohnprogramm angeschafft, um jeden Monat bei der Lohnabrechnung die Lohnstruktur so auseinander zu nehmen, damit wie bis anhin Ende Jahr der Lohnausweis mit dem Computer gemacht werden kann. Oder man wendet am Jahresende nebst Inventar, Kassenabschlüssen etc. noch so viel Zeit auf, um den neuen Lohnausweis manuell auszufüllen. Sollten zu einem späteren Zeitpunkt mal Lohnnebenleistungen auftauchen, welche unabsichtlich verpasst wurden, dann hat der Arbeitgeber das Nachsehen, weil auf Lohnnebenleistungen auch Sozialabgaben geschuldet sind. Die AHV wird sich bedanken! Fordern Sie dann von Ihrem Arbeitnehmer auf bezogenen Leistungen noch AHV-, IV- oder EO-Beiträge nach! Dies sind unzumutbare Zustände.
Silvan Hotz will nicht behaupten, dass das Gewerbe nicht fähig ist, den neuen Lohnausweis auszufüllen, jedoch haben wir Selbstständigerwerbenden bestimmt viele andere Arbeiten zu erledigen, als uns stundenlang hinter Zahlen zu wälzen. Dass der neue Lohnausweis untauglich ist, zeigt nur schon der Umstand, dass die Einführung schon zweimal verschoben werden musste. Dass die SSK stur und uneinsichtig ist, zeigt sich auch darin, dass es erst eine Verhandlung zusammen mit Bundesrat Merz brauchte, um die Verschiebung auf den 1. Januar 2007 zu beschliessen. Ein weiterer Punkt sind zum Beispiel Trinkgelder. Diese müssen explizit angegeben werden, wenn sie einen wesentlichen Teil des Einkommens ausmachen. Dies kann bei einer Serviertochter der Fall sein. Oder bei einem guten Monteur, der ab und zu wieder ein Nötli von der Kundschaft bekommt. Dies muss vom Arbeitgeber erfasst und auf dem Lohnausweis festgehalten werden. Und jetzt das Beste: Auf diesem Trinkgeld müssen Sozialleitungen abgegolten werden, also AHV, IV, Pensionskasse, etc. Das kann doch nicht sein!
Zu den einzelnen Punkten. Motionsfähigkeit. Andrea Hodel hat es schon gesagt, sogar der Stv. Leiter der Abteilung Inspektorrat der Eidg. Steuerverwaltung, Andreas Gnägi, sagte anlässlich einer WAK-Sitzung: Der Vollzug der Steuerharmonisierung falle in die Kompetenz der Kantone. Den Kantonen könne eine Verwendung des neuen Lohnausweises nicht vorgeschrieben werden.
20-30 % der KMUs benützen den gelben Lohnausweis. Viele Lohnbescheinigungen sind Ausdrucke der jeweiligen Lohnprogramme. Und der Votant ist überzeugt, dass die anderen 70 % die Bescheinigungspflicht korrekt ausgeführt haben. Gemäss Gesetz müssen wir Arbeitgeber unseren Mitarbeitern den Lohn bescheinigen. Auf welchem Formular dies geschehen soll, ist nirgends geschrieben. So soll es auch bleiben. Dass die Eidg. Steuerverwaltung ein einheitliches Formular vorschreibt, ist wohl kaum zu befürchten.
Zur Begründung, dass wir in Zukunft im Kanton Zug zwei Formulare ausfüllen müssen: Das jetzt gültige Formular wird in 20 Kantonen angewendet. Das heisst, dass sechs Kantone ein anderes Formular verwenden. Bis heute wurden in jedem Kanton die Formulare des anderen Kantons akzeptiert. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Auch ein separates Formular für die Bundessteuer wird nicht kommen. Denn die bis jetzt abweichenden sechs Kantone haben auch kein separates Bundessteuerformular einführen müssen.

Der Widerstand in den einzelnen Kantonen wächst. So sind zum Beispiel verschiednen Motionen mit dem gleichen Inhalt in LU, SO, BE, UR und GR eingegangen, in ZH ist deswegen eine Volksinitiative zustande gekommen und in AG, NW, OW, SZ, BL, und BS wurden Interpellationen oder Postulate eingereicht und zum Teil überwiesen. Rund 98 % der Schweizerischen Unternehmung haben weniger als 50 Mitarbeiter, 88 % sogar weniger als zehn. Viele machen die Lohnabrechnung noch von Hand. Genau diese Unternehmen wird es am härtesten treffen. Entweder sie investieren so viel Zeit und vernachlässigen anderes, oder sie geben die ganze Sache einem Treuhänder. Wir haben jetzt und hier die Möglichkeit, die Belastungen für die KMU in Grenzen zu halten. Ist diese Büchse der Pandora mal geöffnet, ist die Hoffnung alles, was übrig bleibt.

Anna **Lustenberger-Seitz** weist darauf hin, dass wenn Silvan Hotz seinen Mitarbeitenden über das ganze Jahr hinweg gratis Weggli und Kaffee gewährt, dies nicht mehr als richtig ist. Und es ist völlig verständlich, dass eine solche Leistung des Arbeitgebers nicht versteuert werden muss. Gemäss neuem Lohnausweis könnte er seine Mitarbeitenden noch mit viel mehr Gehaltnebenleistungen belohnen, wie Halbtaxabonnements, Reka-Checks, Weihnachtsgeschenken und Geburtstagpräsente bis zu einem gewissen Betrag, etc. Was er aber nicht könnte: Ihnen Wellness-Ferien schenken, ihnen die Mitgliedschaft in einem Golfklub bezahlen, eine neue Wohnzimmereinrichtung finanzieren, etc. Es ist anzunehmen, dass er dies auch bis jetzt nicht gemacht hat. Aber es wird gemacht, und zwar von grossen Firmen, welche so ihren Angestellten in hohen Positionen quasi einen Teil ihres meist schon hohen Lohn mit grosszügigen Naturalleistungen aufrunden. Arbeitgeber und -nehmer sparen damit Soziallabgaben, beispielsweise zulasten der AHV und damit der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es ist diese Praxis mit den übertriebenen Gehaltnebenleistungen, welche von vielen Unternehmen zugunsten der oberste Salärklassen immer mehr und mehr missbraucht wurden. Das ist der Grund für den neuen Lohnausweis. Mit ihm geht es um die rechtsgleiche Besteuerung.
Man kann sich wirklich fragen, was die Gründe sind, dass vor allem die kantonalen Gewerbeverbände derart Widerstand leisten. Auf schweizerischer Ebene wird der neue Lohnausweis ja unterstützt. Ist es wirklich nur der administrative Aufwand, welcher zu solchen Protesten in verschiedenen Kantonen geführt hat? Und jetzt wird sogar noch eine Testphase von den Steuerbehörden mit verschiedenen kleinen und grossen Firmen gemacht, die sich freiwillig gemeldet haben, damit dann auch die Skeptiker endlich von der Richtigkeit dieses Lohnausweises überzeugt sind. Die AF versteht daher die Motionärin und die Motionäre nicht, welche die Beibehaltung des bisherigen Lohnausweises fordern. Wird der administrative Aufwand für Arbeitgeber wirklich einfacher, wenn diese mehrere verschiedene Lohnausweise ausfüllen müssen? Wir Alternative können das ganzes Gerangel und den neuen Lohnausweis, welcher einmal im Jahr 2004 hätte eingeführt werden sollen, nicht nachvollziehen. Dieser Lohnausweis ist richtig, denn die Vorteile sind offenkundig. Wir Alternative wollen auch im Kanton Zug einen Lohnausweis, der Aufschluss gibt über den tatsächlichen Verdienst des Arbeitnehmenden. Bei allem Verständnis für Vereinfachungen – wir haben kein Verständnis, wenn der Lohnausweis dazu dient, Steuerschlupflöcher für die obersten Salärbezüger zu decken. Denn was bis jetzt via Gehaltsnebenleistungen ausbezahlt wurde, sind aus Sicht der breiten Bevölkerung nichts anderes als Geschenke für wenige auf Kosten vieler. Wer den neuen Lohnausweis bekämpft, dem liegen Steuerschlupflöcher für Privilegierte näher als die Interessen der grossen Mehrheit der Arbeitnehmenden. Die AF kann jeden Satz der Antwort des

Regierungsrats unterstützen, ebenfalls seinen Antrag auf Nichterheblicherklärung dieser Motion.

Alois **Gössi** möchte zuerst etwas zum Votum von Silvan Hotz sagen. Was hat dieser für ein Bild von unseren Staatsangestellten? Dasjenige des Votanten sieht anders aus. Als langjähriges Mitglied der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission in Baar konnte er sich ein anderes Bild machen. Er geht davon aus, dass es – wie in der Privatwirtschaft – Staatsangestellte gibt mit guten oder weniger guten Leistungen. Aber alle mit Pauschalurteil in den schlechten Topf zu werfen, geht nicht.
Jetzt möchte er sich zur Motion äussern – zuerst formell, anschliessend materiell. Unser Kantonsratsvizepräsident ist ein Fan von Elvis Presley. Der Regierungsrat hätte nun bei der Behandlung der Motion zum neuen Lohnausweis den Titel eines Songs von Elvis Presley zum Thema machen sollen: Return to Sender. Für Alois Gössi geht es nicht an, dass der Regierungsrat eine Motion ausführlich auf ganzen neun Seiten beantwortet, die überhaupt nicht motionsfähig ist. Das ist zuviel des Guten. Es gibt übrigens – aber dies wissen die Motionäre auch – unseren Landschreiber. Seine Aufgabe ist es unter anderem, uns Kantonsräten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Der Votant würde den Motionären, auch wenn sie ja alles politische Schwergewichte in unserem Rat sind, empfehlen, vor der Einreichung von Vorstössen einmal die juristische Meinung unseres Landschreibers einzuholen. Eine Investition, die sich lohnt, und in diesem Fall hätten ganze 3'900 Franken gespart werden können, pro Seite der Motionsantwort mehr als 400 Franken. Und nun will die SVP, gemäss der Presse, die nicht motionsfähige Motion noch erheblich erklären lassen. Allein schon aus dem Grunde, etwas zu verlangen, dass nicht möglich ist, verdient die Motion eine Nichterheblicherklärung.
Zum Materiellen. Selten wurde eine Motion eingereicht, die das Gegenteil von dem bewirken würde, was sie verlangt. Für Arbeitgeber im Kanton Zug bräuchte es spezielle Anpassungen für Gehaltsadministrationssoftware – in den meisten Fällen ist dies eine Standardsoftware – für einen neuen Lohnausweis mit dem Markt Zug. Pro Wohnort des Arbeitsnehmers müsste er allenfalls verschiedene Lohnausweise ausfüllen. Wünschen dies die Motionäre? Gemäss der Vorlage des Regierungsrats und den Absichten mit dem neuen Lohnausweis gibt es mehr Rechtsgleichheit. Sind die Motionäre etwa dagegen? Die AHV, die Suva und die schweizerische Steuerkonferenz helfen mit kostenlosen EDV-Programmen den Unternehmungen beim Ausfüllen der neuen Lohnausweise. Und hier besteht für mittlere und grössere Unternehmen ein grosses Einsparungspotential. Sind die Motionäre etwa gegen diese angebotenen Erleichterungen? Die SP-Fraktion beurteilt die Einführung eines nationalen Lohnausweises als äusserst sinnvoll und nützlich; ein Alleingang von Zug ist unnötig.
Es wäre wahrscheinlich böswillig von Alois Gössi, wenn er den Motionären unterstellen würde, dass sie mit dem neuen Lohnausweis verhindern möchten, dass alle Lohnbestandsteile gegenüber dem Fiskus angegeben werden müssen, damit es weniger Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung gibt. Aber unglücklich wären sie ja nicht, wenn der Status Quo mit Steueroptimierungspotenzial beibehalten würde.
Wenn nicht aus materiellen, dann mindestens aus formellen Gründen muss der Rat gegen die Erheblichkeitserklärung dieser Motion sein. Was nicht motionsfähig ist, kann auch nicht erheblich erklärt werden.

Die **Vorsitzende** dankt für den Tipp, das Wissen des Landschreibers anzuzapfen. Das wurde anscheinend bei dieser Vorlage von drei Personen gemacht, und sie wurden darauf hingewiesen, dass die Motion nicht motionsfähig sei.

Bruno **Briner** muss an dieser Stelle im Namen einer Mehrheit der FDP-Fraktion seiner Fraktionschefin in ihrer Rolle als Mitmotionärin widersprechen. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats, die Motion nicht erheblich zu erklären. Wir möchten klar festhalten, dass die FDP auch nicht auf ein neues Formular gewartet hat und ihr die zunehmende staatlich verordnete administrative Belastung der Betriebe Sorge bereitet. Wir sind auch bereit, dagegen anzukämpfen, doch sind wir der Meinung, dass wir mit der Verweigerung des neuen Lohnausweises im Kanton Zug den Unternehmern keinen Dienst erweisen. Die Schweizerische Steuerkonferenz konnte sich im Herbst 2004 bezüglich der Einführung des neuen Lohnausweises mit dem Schweizerischen Gewerbeverband, der Economiesuisse, dem Arbeitgeberverband und der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren einigen. Es ist geplant, den neuen Steuerausweis im Jahre 2007 einzuführen und zurzeit wird ein Pilotversuch mit einer repräsentativen Anzahl von Arbeitgebern durchgeführt. Damit sollen allfällige Schwierigkeiten erkannt und notwendige Änderungen vor der Einführung vorgenommen werden können.
Wir sind uns bewusst, dass insbesondere bei den KMU der neue Lohnausweis zu gewissen Einführungsschwierigkeiten führen kann. Das Problem liegt jedoch nicht in der Verwendung eines neuen Formulars, denn wenn wir es mit dem alten vergleichen, dann lässt jenes mehr oder weniger die gleichen Eintragungen zu und sie müssten auch heute schon aufgeführt werden. Als Mitarbeiter einer grossen Firma muss der Votant seiner Vorrednerin widersprechen: Gerade die grossen Firmen sind kompetent, die Lohnausweise richtig auszufüllen, und sie machen es auch konsequent. Die Schuld für den neuen Lohnausweis jetzt den Grossfirmen zuzuschieben, kann Bruno Briner nicht akzeptieren. Das Problem liegt ja eher in der Änderung der heute teilweise etwas nachlässigen Deklarationspraxis. Wir müssen aber davon ausgehen, dass dies die Behörden in Zukunft so oder so nicht mehr dulden werden. Wir erwarten daher, dass der Kanton – namentlich in der Übergangszeit zum neuen Lohnausweis – in diesen Punkten eine kulante Haltung einnehmen wird. Ein einseitiges Vorgehen des Kantons Zug wäre für die Wirtschaft mit negativen Folgen verbunden. Die Arbeitgeber müssten je nach Wohnortkanton ihrer Arbeitnehmenden unterschiedliche Formulare erstellen. Software-Lösungen müssten jeweils in einer speziellen Zuger Version erstellt werden – das passt doch einfach nicht in unsere Zeit. – Auf Grund dieser Überlegungen empfiehlt eine Mehrheit der FDP-Fraktion, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

Wenn René **Bär** einen Pass, d.h. eine Leistung vom Staat verlangt, muss er das bezahlen. Demgegenüber sollten die verlangten Leistungen vom Staat ebenfalls in Rechnung gestellt werden können. Nur so bestünde eine Gleichstellung der Aufwendungen. Der Votant bittet den Rat, diesen Gedanken zu prüfen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** kann die Fraktionschefin der FDP und Silvan Hotz verstehen im Zusammenhang mit der Erarbeitung des neuen Lohnausweises. Die Schweizerische Steuerkonferenz hat Ende der 90er-Jahre den Auftrag an eine Arbeitsgruppe gegeben, einen neuen Lohnausweis für die Schweiz zu entwerfen.

Und die Arbeiten für den neuen Lohnausweis wurden zu wenig mit den Wirtschaftsverbänden abgestimmt. Es wurde zu stark in internen Gremien gearbeitet, und erst anschliessend hat es dann mehrere Verbesserungsrunden gebraucht, um den Lohnausweis fertig stellen zu können, wie er heute ist. Aber der Finanzdirektor ist überzeug: So wie es heute steht, ist er praktikabel und anwendbar. Und wenn wir begründen, der Kantonsrat sei nicht zuständig, über dieses Formular zu beraten und befinden, so geht das aus der Geschäftsordnung des Kantonsrats hervor, aber auch aus Papieren des Büros des Kantonsrats, worin klar definiert ist, dass der Kantonsrat Erlasse, Ergänzungen, Änderungen und Aufhebungen von Verfassungsbestimmungen, Gesetzen und KR-Beschlüssen zu beraten und beschliessen habe. Aber doch sicher nicht Formulare, welche die Erhebung eines Zustands vornehmen. Diese Formulargestaltung ist einerseits an die Steuerverwaltung delegiert, und anderseits gibt es halt doch bundesrechtliche Vorgaben. Die eidg. Steuerverwaltung kann festsetzen, dass zur Erhebung der direkten Bundessteuer der *neue* Lohnausweis zu verwenden ist.
Aber was will eigentlich der Lohnausweis? Er will die Erhebung aller Einkünfte, inklusiv der Nebeneinkünfte, der Gehaltsnebenleistungen, welche aus einem Arbeitsverhältnis hervorgehen. Der Steuerpflichtige legt ihn der Steuererklärung bei, aber der Arbeitgeber füllt ihn aus. Und sowohl der alte wie der neue Lohnausweis muss korrekt Auskunft geben über all diese Leistungen. Der neue Lohnausweis schafft keine neuen Steuertatbestände. Wenn jetzt gesagt wird, es gebe so viel Mehrarbeit, muss der Votant zurück argumentieren: Dann wurde in der Vergangenheit der Lohnausweis nicht ganz richtig ausgefüllt. Der neue Lohnausweis trägt ja dazu bei, dass man in Zukunft richtig ausfüllt. Und wenn die Wegleitung so umfangreich geworden ist, hat das nicht damit zu tun, dass die Verwaltung erfinderisch ist oder dass es viele Beamte gibt, die komplizierte Regelungen erfinden, sondern eher dass die Wirtschaftsseite innovativ ist und zum Teil sehr kreative Gehaltsnebenleistungen erfindet und ständig neue kreiert. Von daher ist es nur ein Nachvollziehen der Behörden zu einem Status Quo. Der neue Lohnausweis kann eher dazu beitragen, dass ein Wirrwarr von Lohnausweisen verhindert wird und in Zukunft eben nur noch einer gelten soll. Damit würde ja auch die Administration in KMU vereinfacht. Peter Hegglin ist überzeugt, dass mit einem einzigen Lohnausweis der Sache mehr gedient ist. Denn was jetzt in der Schweiz mit den vielen Vorstössen in verschiedenen Kantonen passiert ist, und falls das wirklich zum Tragen kommt und verschiedene Lohnausweise herumgeistern, möchte er die KMU hören, die Arbeitnehmer aus verschiedenen Kantonen haben und unterschiedliche Lohnausweise auszufüllen haben. Damit wäre dieser Sache wirklich nicht gedient.
Mit unserem Entgegenkommen, dass wir in der Übergangsphase auf Kulanz setzen wollen, dass genehmigte Spesenreglemente auch in Zukunft gelten sollen, mit dem Pilotversuch und eventuell daraus resultierenden Veränderungen ist man doch der Wirtschaft und den KMU sehr weit entgegen gekommen. Es ist alles eingeflossen, was verbessert werden konnte. Aber am Schluss müssen wir halt doch korrekt ausfüllen und unsere Steuern bezahlen. – In diesem Sinn empfiehlt der Finanzdirektor dem Rat, diese Motion nicht erheblich zu erklären und dem Antrag der Regierung Folge zu leisten.

➔ Der Rat beschliesst mit 40 : 31 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

736 INTERPELLATION VON EUSEBIUS SPESCHA BETREFFEND UMSETZUNG DES BEHINDERTENGLEICHSTELLUNGSGESETZES IM KANTON ZUG

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1326.2 – 11799).

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass behinderte Menschen vor erhöhten Herausforderungen stehen, ihr Leben zu meistern. Das Schweizer Volk hat mit der Verfassung ein klares Gleichstellungsgebot aufgestellt. Mit dem Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz) vom 13. Dezember 2002, das am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist, sind die Vorgaben für die Verwirklichung der Gleichstellung formuliert worden. Das Gesetz bezweckt, Benachteiligungen zu verhindern, zu verringern oder zu beseitigen, denen Menschen mit Behinderungen ausgesetzt sind. Das Gesetz verlangt insbesondere von den öffentlichen Verwaltungen, dass sie sich aktiv um die Aufhebung der Benachteiligungen und um die soziale und berufliche Integration von Behinderten bemühen. – Der Votant dankt dem Regierungsrat herzlich für die Interpellationsbeantwortung. Die Antwort zeigt viel Erfreuliches. Es gibt wichtige Bereiche, in welchen sich der Kanton Zug zeigen darf. Dies betrifft insbesondere den Hochbaubereich und den öffentlichen Verkehr. Eusebius Spescha möchte den verantwortlichen Personen ausdrücklich danken für ihr Engagement und sie ermutigen so weiterzumachen. Es gibt aber auch Bereiche, in welchen noch Handlungsbedarf besteht. Dazu folgende drei Punkte:

1. Erhebliche Probleme stellen sich für gehbehinderte Menschen und insbesondere für Menschen, welche auf einen Rollstuhl angewiesen sind, unterwegs auf Strassen und Trottoirs. Dort Verbesserungen zu erzielen, ist – das weiss der Votant aus eigener Erfahrung – eine Daueraufgabe. Bei der Sanierung der Steinhauserstrasse – für welche viel Geld ausgegeben wurde – wäre es aber problemlos möglich gewesen, die Haltekante für die Busse um einige Zentimeter zu erhöhen.
2. Einmal mehr ist Eusebius Spescha negativ überrascht vom kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit. Es ist für ihn nicht nachvollziehbar, wieso dieses Amt, das ja für den Arbeitsbereich zuständig ist, nicht mehr zur Thematik zu sagen hat. Auch erwartet er klar, dass nicht nur Empfehlungen abgegeben werden, sondern dass die Vorgaben des Gesetzes umgesetzt und kontrolliert werden.
3. Auch die Antwort der Bildungsdirektion befriedigt nur teilweise. Zwar ist positiv erkennbar, dass der BD die Förderung Behinderter und insbesondere auch die Integration ein Anliegen ist. Gleichzeitig tut sie sich offensichtlich schwer, sich gegenüber den Gemeinden durchzusetzen. Im Gesetz ist aber sehr deutlich formuliert, dass die Kantone einen verbindlichen Auftrag und eine klare Führungsaufgabe haben. Der Votant ersucht den Bildungsdirektor dringend, sich in seiner Direktion persönlich für die Anliegen der Behinderten zu engagieren. Ein Verwaltungsgerichtsentscheid vom 25. Januar 2005 belegt, dass eben nicht gewährleistet ist, dass jeder Einzelfall von den gemeindlichen Schulbehörden korrekt geprüft und beurteilt wird.

Die Bilanz zeigt: Die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes ist in einigen Bereichen auf guten Wegen, in anderen Bereichen hat noch einiges zu geschehen. Eusebius Spescha ist dem Regierungsrat dankbar, wenn er sich weiterhin und teilweise vermehrt für die Belange der Behinderten einsetzt. Die behinderten Menschen werden dies verdanken.

Auch Vreni **Wicky** möchte dem Regierungsrat ihren ausdrücklichen Dank aussprechen, und zwar allen dreien – Baudirektion, Bildungsdirektion und Volkswirtschaftsdirektion. Die Beantwortung ist sehr sorgfältig gemacht. Die Auswirkungen des eidg. Behindertengleichstellungsgesetzes auf die Sonderschulung, insbesondere auf die integrative Schulung, werden nämlich auf unser Schulsystem nicht zu unterschätzende Auswirkungen haben. Wir sprechen da nicht mehr von Integration von Kleinklassenschülerinnen und -schülern, sondern von Kindern, welche eine von der IV anerkannte Behinderung aufweisen. Wir hatten vorgestern Abend im Kanton Zug mit allen Sonderschulen eine Veranstaltung, und es wunderte die Votantin nicht, dass der Bildungsdirektor sagte, es sei das komplexeste Thema seines Amtes. Grundsätzlich ist es richtig, dass die Entwicklung des sonderpädagogischen Rahmenkonzepts regional koordiniert wird. Vor allem ist es dringend notwendig, dass wir unsere kantonalen Sonderschulangebote überprüfen und nötigenfalls anpassen. Es ist unhaltbar, dass die Gemeinden und/oder der Kanton mit den einzelnen vorwiegend ausserkantonalen Sonderschulen keine befriedigenden Leistungsvereinbarungen haben, und dass wir die Defizitabrechnungen erst zwei Jahre verspätet zu zahlen haben, egal was für Vollkosten mit einberechnet werden. Beim vorgesehenen Paradigmawechsel hin zur wohnortnahen Schulung aller Kinder und Jugendlichen spielt die Haltung und Einstellung aller Beteiligten eine zentrale Rolle. An das Lehrpersonal werden dabei sehr hohe Anforderungsansprüche gestellt. Die Qualität des Unterrichts ist nur dann gewährleistet, wenn die Bedingungen für alle stimmen, nicht nur für die behinderten Kinder, Jugendlichen und deren Eltern. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob mit diesem Paradigmawechsel die Qualität besser gewährleistet werden kann als bisher. Die Votantin möchte in diesem Zusammenhang auf ein Bundesgerichtsurteil vom 24. November 2004 hinweisen (Kanton Glarus, «Wohl des Kindes»). Dort hat man *für* die Sonderschulen entschieden.
Für eine allfällige Umsetzung dieses visionären Rahmenkonzeptes ist genügend Zeit vorzusehen, damit Vorabklärungen, Regelungen innerhalb der Gemeinden und vor allem die Einführung und Schulung für die Lehrpersonen sorgfaltig vorgenommen werden können. Eine weitere Bedingung für das gute Gelingen ist eine breite Abstützung und Akzeptanz auf politischer Ebene und in der Bevölkerung. Das Anstreben der Integration aller Kinder und Jugendlichen in die Regelklasse muss dem Wohl des Kindes dienen, und diese Definition ist bis heute nicht gemacht worden. Die Gefahr der Überforderung bei allen Beteiligten und Betroffenen ist nämlich erheblich.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

737 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 24. November 2005

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

52. SITZUNG: 24. NOVEMBER 2005

8.30 – 12.05 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

738 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern. – Der Rat hat bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers der zurückgetretenen Lilian Hurschler-Baumgartner nur 79 Mitglieder.

Abwesend sind: Rosvita Corrodi und Leo Granziol, beide Zug; Franz Peter Iten und Arthur Walker, beide Unterägeri; Rosemarie Fähndrich Burger, Steinhausen.

739 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** begrüsst die 3. Realklasse aus Steinhausen mit ihrem Lehrer Herrn Odermatt.

Gesundheitsdirektor Joachim Eder ist wegen der Teilnahme an einer gesamtschweizerischen Konferenz entschuldigt.

Das Westschweizer Fernsehen TSR dreht einen Dokumentarfilm, der sich mit dem Handelsplatz Zug befasst. In diesem Rahmen ersucht es, während der heutigen KR-Sitzung einige Einstellungen drehen zu dürfen. Die Fraktionschefinnen und -chefs haben das Gesuch um Drehbewilligung vor drei Tagen per e-mail erhalten. Gemäss § 31bis Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats erfordern Ton- und Bildaufnahmen eine Bewilligung des Rats. Es kommen dabei die üblichen Auflagen gemäss früherem Bürobeschluss zur Anwendung. TSR hat mitgeteilt, dass es die Auflagen

einhalten wird. Ohne anders lautenden Antrag wird dieses Gesuch vom Rat gutgeheissen.

Felix **Häcki** weist darauf hin, dass nach Ansicht der SVP-Fraktion der Rat hier missbraucht wird. Es wurden mit einer Interpellation Unterstellungen gemacht, die nicht bewiesen sind. Die Interpellation ging zudem an die falsche Adresse. Aber wie es sich zeigt, wurde das gemacht, um den Rat zu instrumentalisieren und um den Kanton Zug in der Schweiz schlecht zu machen mit Behauptungen, die so nicht bewiesen sind. Es ist auch noch kein Verfahren abgeschlossen, es ist niemand verurteilt. Wir sind absolut dagegen, dass jetzt über gewisse Firmen hergezogen wird, und das Fernsehen das Ganze noch aufnimmt. Der Votant bittet den Rat, gegen die heutigen TV-Aufnahmen zu stimmen.

Martin **Stuber** hält fest, dass die AF keine Kenntnis gehabt hat von irgendwelchen Filmaufnahmen, als sie die Interpellation eingereicht hat. Sie hat auch keine Kenntnis davon gehabt, dass es Filmaufnahmen geben könnte. Das war überhaupt kein Thema. Zudem erfolgen die Aufnahmen inhaltlich nicht im Zusammenhang mit unserer Interpellation, sondern mit einem anderen Problem, dass Glencore offenbar in Kolumbien hat. Wegen dem Verbot, Filmaufnahmen zu machen, ist darauf hinzuweisen, wie es nach aussen wirkt, wenn in einer schweizweit verbreiteten Sendung der Kantonsrat sich gegen Filmaufnahmen sträubt.

Felix **Häcki**: Jetzt haben wir doch gesehen, wie das Spiel läuft. Wir haben soeben gehört, dass wir erpresst werden. Wir müssen ja sagen, weil wir sonst sowieso schlecht dastehen. Das ist doch reine Erpressung! Und dass das Fernsehen nichts gewusst haben soll, was läuft, kann dem Votanten niemand angeben. Man kennt die Verbindungen von Jo Lang. Es kann doch niemand behaupten, das Fernsehen habe keine Ahnung gehabt, dass heute diese Interpellation in den Rat kommt.

Martin **Stuber** weist darauf hin, dass er das gar nicht gesagt hat. Er hat darauf hingewiesen, dass die Interpellation ohne Kenntnis von eventuellen Filmaufnahmen eingereicht wurde.

➔ Der Rat beschliesst mit 41 : 30 Stimmen, die Filmaufnahmen nicht zu gestatten.

740 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27. Oktober 2005.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung.
   2. Lesung (Nr. 1307.5 – 11849).

4. Kantonsratsbeschluss betreffend Aufhebung des Konkordats Hochschule und Berufsbildungszentrum Wädenswil.
   2. Lesung (Nr. 1339.5 – 11850).
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Anzahl Kantonsratsmandate für die einzelnen Gemeinden (Wahlen 2006).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1379.1/.2 – 11844/45). Praxisgemäss keine Vorberatung durch eine Kommission.
6. Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Voraussetzungen für die Wahl in das Kantons-, Straf-, Ober- und Verwaltungsgericht.
   Bericht und Antrag des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts (Nr. 762.4 – 11854).
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons an Innovationsförderungsmassnahmen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1342.1/.2 – 11748/49), der Kommission (Nr. 1342.3 – 11826) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1342.4 – 11827).
8. Erstreckung der Frist zur Behandlung der Gesetzesinitiativen «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» und «Kein Abbau beim handwerklichen Gestalten».
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1360.1 – 11790) und der Kommission (Nr. 1360.2 – 11856).
9. Motion von Lilian Hurschler-Baumgartner und Jean-Pierre Prodolliet betreffend Weiterführung der Förderung der Renovation von Gebäuden nach Minergie-Standard (Nr. 1272.1 – 11571).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1272.2 – 11851).
10. Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Massnahmen für die gleichzeitige Fertigstellung des 6-Spurausbaus des Autobahnteilstücks A4 zwischen Blegi und Rütihof und der A4 durch das Knonaueramt (Nr. 1355.1 – 11776).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1355.2 – 11796).
11. Interpellation von Daniel Burch und Thomas Lötscher betreffend Temporeduktion bei hohen Ozonbelastungen (Nr. 1331.1 – 11706).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1331.2 – 11836).
12. Interpellation von Anton Stöckli betreffend Treibholz in Bächen, Flüssen und Seen bei Unwettern (Nr. 1365.1 – 11804).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1365.2 – 11823).

13.1. Interpellation von Beni Langenegger, Moritz Schmid und Beat Stocker betreffend Bürgergemeinden (Nr. 1363.1 – 11794).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1363.2 – 11846).

13.2. Interpellation von Andreas Huwyler betreffend Aufgaben der Bürgergemeinden (Nr. 1381.1 – 11853).
    Mündliche Antwort des Regierungsrats.

741 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 27. Oktober 2005 wird genehmigt.

742 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND BETEILIGUNG VON ZUGER FIRMEN AN ILLEGALEN ODER FRAGWÜRDIGEN GESCHÄFTEN MIT DEM REGIME SADDAM HUSSEINS

Die **Alternative Fraktion** hat am 31. Oktober 2005 die in der Vorlage Nr. 1380.1 – 11852 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** beginnt mit folgenden Vorbemerkungen:
Am 27. Oktober 2005 hat eine unabhängige Untersuchungskommission der UNO einen über 600-seitigen Schlussbericht (nachfolgend «Bericht» genannt) über Korruptionsverdachtsfälle im Zusammenhang mit dem «Oil for food»-Hilfsprogramm der UNO für den Irak veröffentlicht. Im Rahmen dieses Hilfsprogramms verkaufte die irakische Regierung Erdöl in den Jahren 1996 bis 2002 in der Höhe von 64,2 Mrd. US Dollar an 248 Gesellschaften weltweit. Im Gegenzug lieferten 3'614 Gesellschaften humanitäre Güter in der Höhe von 34,5 Mrd. US Dollar an den Irak.
Im Vergleich mit den von der Untersuchungskommission eruierten illegalen Zahlungen aus Ölgeschäften flossen weit umfangreichere Zahlungen aus humanitären Lieferungen an die irakische Regierung. Ab Mitte 2000 forderte der Irak unter verschiedenen Titeln von den Lieferanten humanitärer Güter 10 % der Kaufsumme für sich, die er für diese Güter bezahlte (so genannte «Kickbacks»). 2'253 Gesellschaften werden von der Untersuchungskommission beschuldigt, im Rahmen der humanitären Hilfe «Kickbacks» in der Gesamthöhe von über 1,5 Mrd. US Dollar (das entspricht ca. 4,35 % der gesamten Handelsvolumens) an die irakische Regierung geleistet zu haben. In diesem Zusammenhang wurden keine Zuger Firmen genannt.
Ab Herbst des Jahres 2000 begann der Irak, Kommissionen pro Barrel Öl von den Käufern zu fordern. Dieses Gebaren dauerte bis Herbst 2002. Die UNO warnte die im Oil-for-food-Programm involvierten Gesellschaften und Trader, dass diese Kommissionen illegal seien. Der Bericht stellt fest, 139 Gesellschaften hätten illegale Kommissionen in der Gesamthöhe von 228,8 Mio. US Dollar im Zusammenhang mit den Ölgeschäften an die irakische Regierung bezahlt (das entspricht aber lediglich ca. 0,36 % des gesamten Handelsvolumens).
Im Bericht wird unter vielen anderen den im Kanton Zug ansässigen Firmen Marc Rich + Co. und Glencore International AG («Glencore») vorgeworfen, der irakischen Regierung illegale Kommissionen auf Öllieferungen bezahlt oder von diesen Zahlungen gewusst zu haben. Der Bericht erhebt auch Anschuldigungen gegen mindestens vier weitere Schweizer Firmen in den Kantonen Tessin und Genf. Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass der Bericht einleitend ausdrücklich darauf hinweist, dass die Nennung einer Gesellschaft im Bericht im Zusammenhang mit einem bestimmten Vertrag nicht notwendigerweise bedeutet, dass diese Gesellschaft eine unerlaubte Zahlung getätigt oder bewilligt habe.
Konkret wird der Marc Rich + Co. im Bericht vorgeworfen, sie habe sich im Zusammenhang mit der Finanzierung eines Erdölgeschäfts für Dritte an der Zahlung einer illegalen Kommission von ca. 992'000 US Dollar an die irakische Regierung beteiligt. Der Glencore wird im Bericht vorgeworfen, aus von ihr für Dritte finanzierten Erdölkäufen seien mindestens 15 Mio. US Dollar als illegale Kommissionen an die irakische Regierung bezahlt worden.
Die Marc Rich + Co. hat die sie betreffenden Vorwürfe mit Schreiben vom 24. Oktober 2005 an die Untersuchungskommission bestritten. Mit Schreiben vom 7. November 2005 gegenüber dem Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zug bestätigte

die Marc Rich + Co. Holding GmbH die Stellungnahme der Marc Rich + Co. und wies die Vorwürfe im Bericht scharf zurück. Sie stellt fest, dass der Kaufpreis für Öl für jede ihrer Transaktionen von der UNO gutgeheissen wurde. Sämtliche Gelder aus Ölkäufen habe sie auf das Sperrkonto der UNO einbezahlt. Die Marc Rich + Co. weist darauf hin, dass der Bericht der UNO nirgends sage, sie habe Schmiergelder oder Kickbacks bezahlt. Im Weiteren kooperiere sie mit den zuständigen Schweizer Behörden und werde dies auch weiterhin tun.
Mit Schreiben vom 21. Oktober 2005 liess die Glencore der Untersuchungskommission mitteilen, dass sie die im Bericht gegen sie erhobenen Vorwürfe zurückweise, und sie rügte die einseitige und missverständliche Interpretation ihrer Geschäfte durch die Kommission. Sie hielt weiter fest, dass in den Verträgen mit den involvierten Agenten ausdrücklich festgehalten wurde, es sei strikte untersagt, Schmiergeldzahlungen auszuführen. Wenn solche dennoch erfolgt seien, sei dies ohne das Wissen und die Zustimmung der Glencore geschehen. Die Glencore hat die Volkswirtschaftsdirektion auf dieses Schreiben hingewiesen.
Die gestellten Fragen beantworten wir wie folgt:
1) Wie kommentiert die Regierung das Ergebnis der unabhängigen Untersuchungskommission Volcker, dass mit Glencore und Marc Rich + Co. zwei Unternehmen mit Sitz im Kanton Zug fragwürdige bis illegale Geschäfte mit Saddam Hussein und dessen Regime gemacht haben?
2) Ist die Regierung bereit, sich von solchen Geschäftstätigkeiten von Marc Rich + Co. und Glencore zu distanzieren?
Der Regierungsrat hat vom ausführlichen Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission der UNO und insbesondere von den im Bericht erhobenen Anschuldigungen gegen die zwei Zuger Firmen Kenntnis genommen. In unserer liberalen Wirtschaftsordnung beschränkt sich die Zuständigkeit, aber auch gleichzeitig die Kompetenz des Staates darauf, dafür zu sorgen, dass die Unternehmungen bei ihrer Geschäftstätigkeit die Rechtsordnung einhalten. Aufgrund der staatlichen Gewaltentrennung ist die Verfolgung und die Beurteilung von allfälligen strafbaren Verstössen gegen die Rechtsordnung Aufgabe der Justizorgane und nicht des Regierungsrats. Bei dieser Rechtslage ist es nicht Sache des Regierungsrats, sich mit den Anschuldigungen der Untersuchungskommission der UNO und mit den dagegen vorgebrachten Einwänden der beiden betroffenen Zuger Unternehmungen auseinander zu setzen und deren Geschäftstätigkeit im Einzelnen zu beurteilen oder öffentlich zu kommentieren. Gemäss Bericht der NZZ vom 17. November 2005 gab das für die Überwachung der Iraksanktionen zuständige Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) auf Anfrage bekannt, dass es die Bundesanwaltschaft schriftlich darum ersucht habe, die Eröffnung von strafrechtlichen Verfahren gegen jene Unternehmen zu prüfen und gegebenenfalls zu eröffnen, die im Untersuchungsbericht der Volcker-Kommission genannt sind.
3) Hält die Regierung (und die Task-Force Kommunikation) Geschäftsgebaren wie im besagten Fall durch die Glencore oder Marc Rich + Co. für den Kanton Zug für imageschädigend? Und was meint sie zur Weigerung der beiden Firmen, der Öffentlichkeit Red und Antwort zu stehen.
Für den ersten Teil der Frage verweisen wir auf unsere Antwort zu den beiden ersten Fragen. Im weiteren stellen wir auf Grund des Untersuchungsberichts fest, dass sowohl die Marc Rich + Co. als auch die Glencore International AG bei der Aufklärung von Geschäftssachverhalten mithalfen, indem sie Dokumente offen legten und ihre Mitarbeitenden für Zeugenaussagen zur Verfügung stellten. Zudem legten sie gegenüber der Untersuchungskommission ihren Standpunkt zu den Erkenntnissen des Berichts – wie einleitend dargelegt – schriftlich dar.

4) Warum hat die Zuger Regierung in ihrer Vernehmlassung zum nationalen Geldwäschereigesetz vom 15. März 2005 nicht verlangt, dass der Rohwarenhandel dem Geldwäschereigesetz unterstellt wird?
Ein internationaler Rechtsvergleich hat ergeben, dass der Rohwarenhandel in keiner Rechtsordnung eines Staates auf der Welt der Geldwäschereigesetzgebung unterstellt ist. Weder die Groupe d'action financière sur la lutte contre le blanchiment de capitaux (GAFI) noch der Vorschlag der 3. Geldwäscherei-Richtlinie der EU sehen eine solche Unterstellung vor. Ein Alleingang der Schweiz würde in der Branche zu Recht auf Unverständnis stossen. Die Rohwarenhändler wären in der Schweiz einem Wettbewerbsnachteil ausgesetzt. Wegzüge z.B. nach London wären nicht auszuschliessen. Aus diesen Gründen hat selbst der Bund den Rohwarenhandel im Vernehmlassungsentwurf nicht aufgenommen.
In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, dass der Einfluss des Grosshandels auf die Wertschöpfung in unserem Kanton und der Anteil aller Beschäftigten gross ist (je rund 15 % oder rund 10'000 Arbeitsplätze). Eine weitere Aufsplittung in Rohstoffhandel (Rohöl, Metalle, Erze, Kaffee etc.) und andere Untergruppen ist auf Grund der verfügbaren statistischen Unterlagen nicht möglich. Dennoch ist klar, dass der Rohstoffhandel ein wichtiger Teil des Grosshandels in Zug und für unsere Volkswirtschaft bedeutsam ist. Die vielen Arbeitsplätze sind überdurchschnittlich gut bezahlte Funktionen, sodass neben dem Steuerertrag der juristischen Personen insbesondere auch der Steuerertrag der natürlichen Personen eine wichtige Rolle spielt. Die Glencore gehört beispielsweise mit ihren mehr als 350 Beschäftigten seit Jahren zu den grössten privaten Arbeitgebern in unserem Kanton. Den für diese Branche guten Rahmenbedingungen ist Sorge zu tragen, denn Verlagerungen sind für solch äusserst global vernetzte Unternehmen ohne grössere Probleme möglich. Anzeichen dafür sind die bei Änderungen der gesetzlichen Gegebenheiten oder im Vollzug unmittelbar auftretenden Fragen. Standorte können bei derart mobilen Strukturen jederzeit hinterfragt und neu analysiert werden.
5) Ist die Zuger Regierung inzwischen bereit, die Unterstellung von Rohstoffhandelsfirmen in der Schweiz unter das Geldwäschereigesetz zu unterstützen?
Wir sehen keine Veranlassung, unsere Meinung zu ändern. Beim Oil-for-Food-Hilfsprogramm haben nicht schweizerische oder gar zugerische Kontrollorgane versagt, sondern – wenn überhaupt – ist die UNO ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen. Im Übrigen hat das Geldwäschereigesetz mit dem UNO-Programm Oil for Food nichts zu tun. Gegenstand des Untersuchungsberichts der UNO sind nicht Vorwürfe wegen Verstössen gegen das Geldwäschereigesetz, sondern Korruptionsverdachtsfälle.
6) Ist die Regierung bereit, einen Teil des Steuerertrags der in den Oil-for-Food-Skandal involvierten Firmen für humanitäre Hilfe (z.B. zu Gunsten des IKRK) zu Verfügung zu stellen?
Nein. Die Steuern von juristischen Personen sind voraussetzungslos geschuldet. Eine solche Zweckbindung brauchte eine spezielle Rechtsgrundlage und wäre ein Präjudiz für andere Bereiche. Abgesehen davon ist ein rechtswidriges Verhalten der erwähnten Zuger Firmen nicht rechtsgültig festgestellt und wird von diesen bestritten.
Die Beantwortung dieser Interpellation kostete 2'040 Franken.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass die Alternativen im Regierungsrat ein politisches Gremium sehen. Darum hätten wir von ihm zu den fragwürdigen bis illegalen Geschäftstätigkeiten von Glencore und der Marc Rich + Co. im Rahmen des Oil-for-Food-Skandals eine politische Antwort erwartet. Stattdessen argumentiert die Regie-

rung rein juristisch. Sie findet den Mut zu einer fallbezogenen Distanzierung nicht und legt auch kein generelles Bekenntnis zu einem sauberen Wirtschaftsstandort Zug ab. Dabei täte ein solches Bekenntnis dem Image von Zug gut. Die Alternativen befremdet es, wie unkritisch die Regierung die Verlautbarungen von Glencore und der Marc Rich + Co., nicht in illegale Geschäfte verwickelt zu sein, wiedergibt. Dabei liefert der Volcker-Bericht genug Stoff für handfeste Kritik an beiden Unternehmen für deren Geschäfte mit dem Regime Saddam Husseins. Berichte und Originaldokumente zu Marc Rich + Co. finden sie im Kapitel Oil-Transactions and Illicit Payments auf Seite 61, jene zu Glencore ab Seite 143. Laut Volcker-Bericht haben 2'253 Firmen Schmiergelder bezahlt. Kommt es da drauf an, was zwei Firmen mit Sitz in Zug gemacht haben? Ja. Erstens wird Unrecht, das von vielen begangen wird, dadurch nicht zu Recht. Und zweitens gehören die beiden Firmen zum engsten Kreis der grössten Profiteure.
Wir haben vorher vom Volkswirtschaftdirektor gehört, im Jahr 2000 seien die beiden Zuger Firmen noch nicht auf der UNO-Liste der Schmiergeldzahler gestanden. Das stimmt, aber im Jahr 2000 stiegen einige Erdölmultis aus dem Geschäft aus – dies wegen den illegalen Zuschlägen, welche der Irak verlangte, und wegen den Warnungen der UNO, diese zu zahlen. Nur zu gerne sprangen die Zuger Firmen dann in die Bresche. Die Glencore war dann einer der grössten Händler mit irakischem Öl. Es geht aber auch anders: Trotz lukrativem Angebot verzichtete z.B. Nestlé auf Geschäfte mit Saddam Hussein. Nestlé-Sprecher Perroud äusserte sich zu den Schmiergeldforderungen wie folgt: «Es war eine hässliche Sache, unvereinbar mit unseren ethischen Grundsätzen.»
Die Zuger Regierung macht vor dem Volcker-Bericht die Augen zu, weil sie beste Rahmenbedingungen für solche Firmen schaffen will. Aus demselben Grund ist sie auch gegen strengere Bestimmungen im Geldwäscherei-Gesetz und sagt, dadurch wären Rohwarenhändler einem Wettbewerbsnachteil ausgesetzt. Wo liegt das Problem? Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten. Oder weiss die Regierung im Grunde eben doch, dass einige Zuger Rohstoffhändler mehr als hart an der Grenze zur Legalität geschäften? Nicht zu Unrecht vermutet jedenfalls die Neue Zürcher Zeitung, dass der Oil-for-Food-Skandal die Diskussion über die Verbindung zwischen Korruption und Geldwäscherei im Rohstoffhandel wieder aufflammen lässt.
Den Alternativen ist es nicht egal, wie wir in Zug zu unseren Steuergeldern kommen. Und darum reicht uns ein Verweis auf den harten Steuerwettbewerb sowie auf die von Rohstoffhändlern geschaffenen Arbeitsplätze nicht als Begründung, um Grundsätze wie soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Solidarität oder Wirtschaftsethik zu missachten. Wir wollen keine Firmen in Zug, die fragwürdig oder illegal geschäften. Wir wollen keine Steuergelder um jeden Preis.

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass sich der Zuger Kantonsrat auf Grund der Initiative der AF einmal mehr mit dem Geschäftsgebaren von Zuger Firmen befassen darf. Die CVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für seine schnelle und kompetente Antwort. Sie stimmt den Aussagen der Antwort vollumfänglich zu, insbesondere teilen wir die Auffassung der Regierung, sich nicht zu laufenden Strafverfahren zu äussern, da auch für Unternehmen die Unschuldsvermutung gilt. Ebenso ist die Gewaltenteilung zu respektieren.
Man könnte nun einfach zur Tagesordnung übergehen und sich weitere Ausführungen sparen. In den Fragen 4 und 5 der Interpellation betreffend Geldwäschereigesetz wird nun aber suggeriert, die Regierung komme ihrer Pflicht, alle Vorkehrungen zu treffen, damit kein schmutziges Geld in den Kanton Zug fliesst, nicht nach, habe sie

doch die Unterstellung des Rohwarenhandels unter das Geldwäschereigesetz nicht gefordert. Ist die Zuger Regierung somit wirklich ein Gehilfe von Geldwäschern? Der Votant hat sich die Mühe gemacht, dieser Frage nachzugehen, und auch wenn er Gefahr läuft, den Rat zu langweilen, glaubt er, dass es wichtig ist, dass der Kantonsrat weiss, was die AF genau will. Liest man die Frage der AF und die Antwort der Regierung, so könnte man meinen, die Zuger Rohstoffhandelsfirmen seien dem Geldwäschereigesetz nicht unterstellt. Dem ist aber nicht so. Schon heute sind Rohstoffhändler, die für fremde Rechnung über die Börse mit Rohwaren handeln, dem Geldwäschereigesetz unterstellt, und selbstverständlich gilt der Geldwäschereiartikel 305bis des Strafgesetzbuchs auch für Rohstoffhändler. Die AF möchte aber wohl nun erreichen, dass auch der so genannte Eigenhandel, das heisst der Handel mit Rohwaren auf eigene Rechnung und mit eigenem Geld, dem Geldwäschereigesetz unterstellt wird. Dies macht, wie die Regierung zu Recht ausführt, kein Land der Welt und wird auch von keiner anerkannten Organisation gefordert. Dies ist auch richtig so, will doch die Geldwäschereigesetzgebung hauptsächlich sicherstellen, dass Personen, die gewerbsmässig fremde Geldmittel entgegennehmen, die notwendige Sorgfalt walten lassen und insbesondere den wirtschaftlich Berechtigten feststellen. Beim Eigenhandel stellt sich dieses Problem aber gar nicht, da es sich ja um das eigene Geld handelt. Unsere Regierung hat im Übrigen alle vom Bund vorgeschlagenen Verschärfungen in dieser Vernehmlassung befürwortet und muss sich nicht den Vorwurf gefallen lassen, sie tue zu wenig, um kriminelle Gelder von Zug fernzuhalten.
Die CVP-Fraktion dankt der Regierung, dass sie für unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung einsteht. Die wirtschaftliche Freiheit ist die Grundlage unseres Wohlstands und finanziert auch unsere gut funktionierenden Strafverfolgungsbehörden. Wie das Beispiel Oil for food zeigt, liegt das Hauptproblem darin, dass totalitäre Gesellschaften ohne freie Medien, ohne unabhängige Justiz und mit staatlich kontrollierter Wirtschaft anfällig sind für Korruption. Es kann sicher nicht der richtige Weg sein, alle strafbaren Handlungen auszuschliessen, indem man alles – auch wenn es unsinnig ist – kontrolliert und reglementiert.
Zum Schluss noch eine Frage an die AF. Wie ist es eigentlich mit der Sorge um das Zuger Image vereinbar, dass ihr bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit peinlich darauf bedacht seid, ein möglichst grosses Medienecho auszulösen?

Andrea **Hodel** macht zwei Vorbemerkungen. Sie hatte bis heute weder beruflich noch in irgendeiner anderen Form mit den beiden genannten Firmen je etwas zu tun und ist auch keine Wirtschaftsanwältin – wie das Westschweizer Fernsehen sie bei einem anderen Dokumentarfilm zitierte – sondern eine Scheidungsanwältin.
Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung. Einmal mehr müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die AF alles tut, um unsere erfolgreichen Unternehmen im Kanton Zug möglichst schlecht zu machen. Image schädigend ist nicht die Tätigkeit der Zuger Wirtschaft, sondern einzig die Fragen und die Provokationen der AF. Aber wir sind uns dies ja bereits gewohnt, wir wissen, dass die Linken im Saal vom Staat Leistungen fordern, dazu Steuereinnahmen benötigen und gleichzeitig all jene privaten und juristischen Personen im Kanton Zug möglichst in den Schmutz ziehen, die Steuern zahlen, auch wenn diese die eigentlichen Kapitalgeber für alle von den Linken geforderten Projekte und Leistungen sind. Insgesamt sind weltweit 2'200 Firmen im Schlussbericht der unanhängigen Volker-Kommission genannt. Davon stammen 40 aus der Schweiz und zwei haben ihren Sitz in Zug. Sie sehen daher die Dimension oder Nicht-Dimension dieser Anfrage AF. Die FDP-

Fraktion weiss, dass beide Firmen Marc Rich + Co. und Glencore sämtliche Lieferungen unter Aufsicht des UNO-Hilfsprogramms getätigt haben und jeweils die Zustimmung der UNO erhalten haben. Es geht nicht an, Vorverurteilungen vorzunehmen und einzig mit Schlagwörtern aufzutrumpfen, ohne Fakten in der Hand zu haben. Diese hat die AF nicht. Einmal mehr ersuchen wir sie – wahrscheinlich ein untauglicher Versuch – doch zunächst die Fakten abzuwarten, nicht auf Effekt haschende Vorverurteilungen abzustellen und offensichtliche Vorverurteilungen zu unterlassen.

Markus **Jans** möchte noch kurz eine Bemerkung zum Votum von Andrea Hodel machen. Das Steueraufkommen im Kanton Zug kommt natürlich nicht nur von den juristischen Personen. Auch natürliche Personen zahlen hier Steuern und sind gegen Krisen weniger anfällig als juristische Personen. Schweizer Handelsfirmen halfen Ende 2000, eine schwere Krise im irakischen Ölexportgeschäft zu überbrücken und nahmen damit bewusst in Kauf, illegale Provisionen zu zahlen. Die von der Schweiz aus agierenden Rohstoffhändler spielten beim Oil-for-Food-Programm der Uno, das Saddam Hussein zum Kassieren von Schmiergeldzahlungen nutzte, um damit seine Kriegskasse zu füllen, eine wichtige Rolle. Öl im Wert von 3,5 Milliarden Dollar wurde über Schweizer Firmen gehandelt. Die Schweiz lag damit an dritter Stelle der Länder, über die im Rahmen des Hilfsprogramms Öl floss. Als Vergleich dazu rangiert unser Land bei der humanitären Hilfe erst auf Rang 17. Ingesamt waren 18 Schweizer Rohstoffhändler an teilweise illegalen Aktionen beteiligt. Im Untersuchungsbericht Volcker der UNO werden – für die SP-Fraktion nicht verwunderlich – einmal mehr auch Zuger Rohstoffhandelsfirmen genannt, die im Geschäft mit fragwürdigen bis illegalen Zahlungen mit agierten. Dies ist umso bedauerlicher, als damit der Finanzplatz Zug nicht nur in der Schweiz selber, sondern auch international in ein schlechtes Licht gerückt wird und negative Schlagzeilen erhält.
Bei der Beantwortung der Interpellation gerät der Regierungsrat in Schieflage. Anstatt klar und deutlich festzustellen, dass das Verhalten dieser Zuger Firmen nicht in Ordnung ist und damit dem Standort Zug schadet, drückt er sich vor einer Aussage. Der Regierungsrat sagt: «Bei dieser Rechtslage ist es nicht Sache des Regierungsrats, sich vertieft mit den Anschuldigung der Untersuchungskommission der UNO und mit den dagegen vorgebrachten Einwänden der beiden betroffenen Zuger Unternehmungen auseinander zu setzen und deren Geschäftstätigkeiten im Einzelnen zu beurteilen oder öffentlich zu kommentieren.» Dagegen scheut sich der Regierungsrat nicht, die Wichtigkeit des Rohstoffhandels für den Standort Zug zu betonen und als für unsere Volkswirtschaft bedeutsam zu preisen. Er schreibt weiter, dass den guten Rahmenbedingungen für diese Branche Sorge zu tragen sei, denn Verlagerungen seien für solch äusserst global vernetzte Unternehmen ohne grössere Probleme möglich. Mit anderen Worten: Unterlasst gefälligst alles, was diese Firmen dazu bewegen könnte, ins Ausland abzuwandern.
Nach Auffassung der SP-Fraktion ist es stossend, auf der einen Seite nicht hinzuschauen, wenn Zuger Firmen sich an illegalen Geschäften beteiligen, und auf der anderen Seite zu preisen, was uns Geld und Wohlstand bringt. Mit einer solchen Politik steht unser Kanton zu Recht international in der Kritik. Die SP-Fraktion wünscht sich eine Regierung, die beide Seiten der Finanz-Medaille mit offenen und ungetrübten Augen ansieht und analysiert.

Moritz **Schmid** weist darauf hin, dass von den Alternativen ein weiteres Mal Negativpropaganda gemacht wird gegen alteingesessene Zuger Firmen und somit auch gegen den Kanton Zug. Diesmal wieder einmal mit einem welschen Fernsehteam, das sich überaus engagiert mit Zuger Dokumentarfilmen. Der Votant ist der Meinung, es sei nicht Sache der Regierung, die Geschäftstätigkeit dieser Firmen zu werten. Der Zeitpunkt wird kommen, da diese Firmen ihr Domizil ins Ausland verlegen. Dann wird das Wehklagen der Alternativen wieder beginnen, diesmal wegen der verlorenen Arbeitsplätze. Einige hundert dürften es schon sein. Wissen die Alternativen überhaupt, was sie wollen? Diese unsere Regierung, von der die Alternativen erwarten, dass sie Stellung nimmt und verurteilt, von dieser Regierung wird dann erwartet, dass sie zu Hilfe eilt und die Arbeitsplätze rettet. Im Übrigen ist es Sache der Gerichte in unserem Land, die Geschäftstätigkeiten zu überprüfen, sofern sie Anlass zur Sorge geben.

Daniel **Grunder** ist durch das Votum des SP-Fraktionssprechers dazu angeregt worden, sich zu diesem Thema ebenfalls noch zu äussern. Die SP-Fraktion und die AF haben in ihren Ausführungen mehrfach darauf hingewiesen, die beiden betroffenen Zuger Firmen hätten illegal gehandelt. Dem ist nicht so! Die beiden Fraktionen halten die Rechtsstaatlichkeit sehr hoch. Zu diesem Prinzip gehört einerseits die Gewaltenteilung, die besagt, dass die Beurteilung, ob etwas Rechtens ist oder nicht, den Gerichten zusteht und nicht der Regierung. Rechtsstaatlichkeit bedeutet aber auch, dass keine Firma oder Person vorverurteilt wird, bevor nicht ein Strafverfahren eine strafbare Handlung festgestellt hat. Die FDP-Fraktion ist für Rechtsstaatlichkeit und ist deshalb mit der Antwort des Regierungsrats sehr zufrieden. Die FDP und auch die Regierung setzen sich sehr wohl dafür ein, dass der Kanton Zug ein sauberer Wirtschaftsplatz ist. Dies bedeutet einerseits, dass wir optimale Rahmenbedingungen schaffen, damit hier gewirtschaftet werden kann. Auf der anderen Seite setzten wir uns aber dafür ein, dass illegale Unternehmen, die hier illegale Geschäfte tätigen, ohne Kompromiss verfolgt werden. Wir haben eine sehr gut funktionierende Strafjustiz, die auf Wirtschaftskriminalität spezialisiert ist. Hier gibt es null Toleranz. Aber solange diese Handlungen von Unternehmungen – seien sie nun im Rohwarenhandel oder anderswo – nicht illegal sind, setzen wir optimale Voraussetzungen und lassen die Gesellschaften wirtschaften.

Felix **Häcki** möchte sich zum Votum von Stefan Gisler und zur Stellungnahme der SP äussern. Oil for Food war ein UNO-Programm und an sich kein Skandal. Der Votant nimmt an, dass auch die Alternativen nicht pauschal behaupten wollen, die UNO lanciere skandalöse Programme, wenn die Absicht besteht, Hungernden und Kranken zu helfen. Missbräuche in Zug im Zusammenhang mit dem Programm sind bisher nicht bewiesen. Dies an die Adresse eines zukünftigen Möchtegern-Regierungsrats. Dann wurde gesagt: Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten. Das stimmt eben nicht. Wenn unbewiesene Behauptungen und Unterstellungen gemacht werden, entsteht ein Schaden auch für Leute, die unschuldig sind. Und damit kommen wir zum Image-Schaden. Dieser entsteht durch Aktivitäten wie die Eingabe von Interpellationen mit unbewiesenen Anschuldigungen.

Es freut Stefan **Gisler**, dass die Interpellation so rege Zuspruch gefunden hat. Zu Heini Schmid: Das Geldwäschereigesetz ist eine Farce. Firmen können leicht

behaupten, sie arbeiteten auf eigene Rechnung. Die Leiter der Kontaktstelle für Geldwäscherei sagte in der NZZ am Sonntag vom 30. Oktober ebenfalls: «Die Firmen können einfach Eigenhandel ausweisen und dann ist es nicht mehr beweisbar, ob sie jetzt nun Geldwäscherei betrieben haben oder nicht.» Das Gesetz ist also ungenügend. – Zu Andrea Hodel und den Imageproblemen, welche unsere Kritik an den goldenen Kälbern hervorbringt: Wir sind hier doch nicht im Mittelalter. Köpfen Sie doch nicht den Boten, den Überbringer der schlechten Nachricht. Jammern Sie nicht über den Volcker-Bericht und uns Alternative. Setzen Sie sich doch mit dem Sachverhalt selber auseinander – also mit dem Verhalten von gewissen Firmen in Zug. Die Fakten stehen im Bericht, wir haben nichts erfunden. – Zu Daniel Grunder: Wir haben von der Regierung ja keine juristische Verurteilung verlangt. Wir sind auch für die Rechtsstaatlichkeit. Wir haben eine politische Stellungnahme verlangt. – Zu Moritz Schmid: Die Alternativen hätten gar nichts dagegen, wenn diese Firmen wegziehen. – Zu Felix Häcki: Nicht das Oil-for-Food-Programm an sich hat der Votant als Skandal bezeichnet, sondern es hat innerhalb dieses Programms einen Skandal gegeben. Aber abgesehen davon gibt der Votant ihm Recht: Das Oil-for-Food-Programm selbst war auch ein Skandal. Er war selbst im Irak und hat die Folgen gesehen.

Thomas **Lötscher** versteht die Freude Stefan Gislers über diese Diskussion sehr wohl. Und er ist überzeugt: Sie wäre noch grösser, wenn das Fernsehen hier wäre und einige Ausschnitte daraus zusammenschneiden würde. Als der Votant diese Interpellation las, kam er sich vor wie in der Waschküche oder am Stammtisch. Haben Sie schon gehört, der Meier soll fremdgegangen sein. Der Rüdisühli soll der Mann davongelaufen sein. Aber ich will dann nichts gesagt haben. Und Glencore soll Kickbacks für 8 Mio. Dollar, Marc Rich + Co. für mindestens eine Million bezahlt haben. Das ist etwa das Niveau, auf dem wir uns mit Interpellationen beschäftigen. Es sind Vermutungen, Unterstellungen, nicht bewiesene Aussagen, die jetzt dazu führen sollen, dass unsere Regierung aktiv wird. Sie sollte verurteilen, zwar nicht juristisch, aber trotzdem. Diese Interpellation ist ein PR-Gag ohne jede politische Wirkung. Die Antwort des Regierungsrats bestätigt dies. Die rein zufällige Anwesenheit des Fernsehens ebenfalls. Und hier nebenbei: Die AF hatte offenbar keine Ahnung, dass das Fernsehen interessiert ist, weiss aber bereits, dass es mit Problemen der Glencore in Südamerika zu tun hat. Das Fazit für Thomas Lötscher: Er bezweifelt, dass dieser PR-Gag auf Kosten der Zuger Kasse und des Zuger Images ausreicht, um den Kantonsratssitz der Alternativen in Risch zu halten.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

743 INTERPELLATION VON ANDREAS HUWYLER BETREFFEND AUFGABEN DER BÜRGERGEMEINDEN

Andreas **Huwyler**, Hünenberg, sowie 19 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 31. Oktober 2005 die in der Vorlage Nr. 1381.1 – 11853 näher begründeten Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Interpellation unter Ziff. 13.2 mündlich beantwortet wird.

744 PETITION VON HANS UND HELEN FANKHAUSER, NEUGUT, BAAR

Die Petitionäre stellen den Antrag, dass der Kanton einen Härtebeitrag in Form eines zinslosen Darlehens von 500'000 Franken ausrichtet, rückzahlbar nach dem Vorliegen eines Bundesgerichtsentscheids in dieser Angelegenheit.

➔ Die Petition wird zu Bericht und Antrag an die Justizprüfungskommission überwiesen.

745 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEITRITT ZUR INTERKANTONALEN FACHHOCHSCHULVEREINBARUNG

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. Oktober 2005 (Ziff. 732) ist in der Vorlage Nr. 1307.5 – 11849 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 66 : 0 Stimmen zu.

746 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND AUFHEBUNG DES KONKORDATS HOCHSCHULE UND BERUFSBILDUNGSZENTRUM WÄDENSWIL

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. Oktober 2005 (Ziff. 733) ist in der Vorlage Nr. 1339.5 – 11850 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 67 : 0 Stimmen zu.

747 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ANZAHL KANTONSRATSMANDATE FÜR DIE EINZELNEN GEMEINDEN (WAHLEN 2006)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1379.1/.2 – 11844/45).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Vorlage gemäss bisheriger Praxis keiner Kommission, auch nicht der Stawiko, zugewiesen wurde.

Anna **Lustenberger-Seitz**: Auch wenn der Kantonsratsbeschluss nur die Wahlen vom nächsten Jahr betrifft, kann die AF ihm nicht zustimmen. Denn er zementiert in gewisser Weise ein Wahlverfahren, welches wir nicht mehr unterstützen können. Auf Grund der neuen Bundesverfassung soll ein Wahlsystem herrschen, bei dem so wenige Wählerstimmen wie möglich verloren gehen. Aus diesem Grund sind in einzelnen Kantonen auch schon Beschwerden vom Bundesgericht gutgeheissen worden. In den einzelnen Wahlkreisen – bei uns ist jede Gemeinde ein Wahlkreis – soll

das Forum, um ein Parlamentsmandat zu erlangen, nicht höher als 10 % sein. In vielen unserer Gemeinden brauchen aber Kandidatinnen und Kandidaten beträchtlich mehr Stimmen, zum Teil sogar über 20 % der Wählerstimmen, um gewählt zu werden. Das Gegenteil davon sind dann aber Zug und Baar, wo Kandidierende ca. 6 % der Wählerstimmen für eine Wahl benötigen. Wenn Sie auf die Vorlage schauen, sehen Sie selbst, wie ungleich gross unsere Wahlkreise sind. Gerade drei Gemeinden schaffen das Quorum von 10 %. Mit unserer Ablehnung möchten wir ausdrücken, dass wir mit dem Wahlverfahren im Kanton Zug nicht einverstanden sind, auch wenn es gemäss Kantonsverfassung korrekt ist. Ob diese aber gemäss Bundesverfassung noch richtig ist, ist eine andere Frage. Der Kanton Zug würde gut daran tun, diesen Aspekt besser anzuschauen und sich zu fragen, ob die Kantonsverfassung aus dem Jahr 1894 in diesem Punkt noch standhält.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion nach wie vor der Meinung ist, dass unsere Wahlkreise nicht verfassungsmässig sind. Die heutige Vorlage ist jedoch die Umsetzung des geltenden Rechts. Es ist nur der Vollzug. Deshalb stimmen wir der Vorlage zu.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 61 : 4 Stimmen zu.

748 MOTION DER ERWEITERTEN JUSTIZPRÜFUNGSKOMMISSION BETREFFEND VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE WAHL IN DAS KANTONS-, STRAF-, OBER- UND VERWALTUNGSGERICHT

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts (Nr. 762.4 – 11854).

Othmar **Birri** möchte vorweg nehmen, dass die erweiterte JPK das Geschäft an ihrer Sitzung vom 17. November 2005 beraten hat. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es für dieses Geschäft zwei Ausgangslagen gibt. Eine weiche Lösung mit einer Empfehlung, wie sie die Gerichte vorschlagen. Über den Inhalt dieser Empfehlung kann man noch diskutieren. Aber sie hat keine rechtliche Grundlage. Die andere Lösung ist politisch, und da ist der Kantonsrat gefordert. Wollen Sie, dass es in einem Gesetz verankert ist und eine rechtliche Grundlage hat, wie es andere Kantone auch haben? Die erweiterte JPK hat dem zu null Stimmen ohne Abstriche zugestimmt. Sie ist auch für die vom Obergericht vorgeschlagene Kommission. Im zweiten Antrag hat die erweiterte JPK mit 7 : 6 der politisch harten Version zugestimmt und stellt deshalb den Antrag, diese Motion nicht abzuschreiben, sondern in einem Gesetz zu verankern, das dann in diesem Rat noch einmal diskutiert werden soll. Der

heutigen Sitzung ist ein langes Prozedere vorausgegangen. Der JPK-Präsident hat in seiner politischen Amtszeit noch nie so etwas erlebt. Über das Abstimmungsprozedere hat man sich jetzt nach langem Hin und Her geeinigt. Er kann mit diesem Vorgehen leben. Bedenken Sie, dass es zu diesem Geschäft eine politische Aussage gibt. Wollen Sie diese Lösung oder wollen Sie es so, wie es heute ist: Ein Abkommen zwischen den Parteipräsidenten und den Gerichten? In diesem Sinne bittet der Votant den Rat, den Anträgen der erweiterten JPK zuzustimmen und die harte Version zu fordern, die Motion dementsprechend also nicht abzuschreiben, sondern weiterhin als erheblich bestehen zu lassen.

Beat **Villiger** beantragt im Namen der CVP-Fraktion, den Anträgen der Gerichte zuzustimmen, soweit sie nicht die Schaffung eines Fachgremiums verlangen. Wir sind der Meinung, dass der Kantonsrat im Sinne von Antrag 1 von den Empfehlungen von Ober- und Verwaltungsgericht betreffend Wählbarkeitsvoraussetzungen zuhanden der politischen Parteien in zustimmender Weise Kenntnis nehmen sollte. Wir vertreten auch klar die Auffassung, dass es – nach der Kenntnisnahme dieser Richtlinien – das vom Obergericht vorgeschlagene Fachgremium nicht mehr braucht. Wir wenden uns auch gegen die von der JPK gewünschte Verankerung der Wählbarkeitsvoraussetzungen in der Verfassung und in einem formellen Gesetz. Zu den einzelnen Anträgen die folgenden kurzen Bemerkungen:
a) Im Dezember 1997 hat der Votant – unter dem Eindruck einer damals etwas unglücklichen Besetzung einer Richterstelle – mit einer Motion die Änderung des Wahlverfahrens für Richter verlangt und zwar in dem Sinn, dass die Wahl neu durch den Kantonsrat erfolgen sollte. Die Stimmberechtigten haben sich am 12. März 2000 seinem Anliegen knapp nicht angeschlossen und für die Beibehaltung der Volkswahl entschieden. Am Tag nach der Abstimmung hat dann die erweiterte Justizprüfungskommission die vorliegende Motion eingereicht, mit der man erreichen wollte, dass die Voraussetzungen geklärt würden, denen Richterkandidaten hinsichtlich Ausbildung und beruflicher Erfahrung genügen sollten. Am 10. Juni 2001 haben die Stimmberechtigten des Kantons Zug entschieden, dass bei den Richterwahlen das Majorzsystem eingeführt werden soll. Damit hat sich die Ausgangslage für die Bearbeitung dieser Motion entscheidend verändert. Zwischen den Gerichten und der JPK hat man sich dann auf die vorliegende Lösung geeinigt, d.h. die Gerichte haben die Wählbarkeitsvoraussetzungen definiert, denen ihrer Meinung nach Richterkandidatinnen und -kandidaten genügen müssen. Die Richtlinien, die der Kantonsrat nun nicht beschliessen, sondern nur zuhanden der politischen Parteien wohlwollend zur Kenntnis nehmen soll, sind genügend detailliert, damit sie in Zukunft auch sinnvoll angewendet werden können.
b) Die erweiterte JPK schlägt dem Kantonsrat zusätzlich vor, die Wählbarkeitsvoraussetzungen auf Verfassungs- und Gesetzesstufe zu verankern. Eine solche Einschränkung des passiven Wahlrechts erachtet die CVP-Fraktion als unnötig. Mit einer solchen Verankerung erhalten diese Empfehlungen einen Stellenwert, den sie nicht brauchen. Die Parteien werden in Zukunft auch ohne Gesetzesvorlage vermehrt darauf achten, dass die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten den vorliegenden Empfehlungen mehr oder weniger genügen. Mit einer Verankerung in Verfassung und Gesetz entstehen Rechtsansprüche und aus diesen dann möglicherweise Streitigkeiten zwischen den Parteien und den Kandidaten, wenn z.B. umstritten sein sollte, ob jetzt ein Kandidat die Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllt oder nicht. Dass daraus lang dauernde Rechtsstreitigkeiten entstehen können, hat man kürzlich im Kanton Uri schmerzhaft erfahren müssen, wo das Landgericht nur schon

wegen einer Stimmrechtsbeschwerde, wie sie heute auch bei uns möglich wäre, für mehrere Monate nahezu handlungsunfähig war. Wir wollen Gerichte, die arbeiten können, und nicht solche, die durch Verfahren vor dem Bundesgericht blockiert sind.
c) Dem vom Obergericht vorgeschlagenen Fachgremium kann unsere Fraktion ebenfalls nicht zustimmen. Nachdem so detaillierte Wählbarkeitsvoraussetzungen formuliert sind, können wir uns nicht vorstellen, was ein Fachgremium an einer Kandidatin oder einem Kandidaten zusätzlich noch bemängeln könnte. Sehr wichtig ist es auch, dass wir die Verantwortung für die Auswahl der Richterinnen und Richter vom Volk und den Parteien nicht auf ein Fachgremium abwälzen dürfen, das dann darüber bestimmt, wer für eine Wahl mehr oder weniger gut geeignet ist. Zudem bietet uns ein von einem Fachgremium ausgestelltes Wählbarkeitszeugnis noch keine Gewähr dafür, dass wir die richtige Frau oder den richtigen Mann zur Wahl vorschlagen können. Jedenfalls würde ein solches Fachgremium sicher nicht die politische Verantwortung für seine Vorschläge übernehmen. Mit den Empfehlungen der Gerichte wissen wir nun alle, welchen Anforderungen die Kandidatinnen und Kandidaten für ein Richteramt im Regelfall aus Sicht der betroffenen Gerichte genügen müssen. Die weitere Verantwortung für die Wahl tragen die Parteien und schliesslich auch der Stimmbürger und nicht ein neutrales Fachgremium. Geben wir also den vorgeschlagenen Richtlinien ohne Fachgremium eine Chance und fordern wir nicht schon im Voraus übertriebene und in der Praxis schwerfällige Regelungen!

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion sich den beiden Anträgen der JPK anschliesst. Sie nimmt von den Empfehlungen des Obergerichts und Verwaltungsgerichts zustimmend Kenntnis, beantragt allerdings, die Motion noch nicht als erledigt abzuschreiben, damit die gesetzlichen Grundlagen nun vorbereitet und dem Kantonsrat und auch dem Volk anschliessend zur Abstimmung unterbreitet werden können. Die FDP-Fraktion ist der festen Ansicht, dass an die Wählbarkeit von Mitgliedern der zugerischen Gerichte Voraussetzungen geknüpft werden sollen. Ein Rechtsstaat funktioniert nur dann, wenn Richter und Richterinnen ein Mindestmass an fachlichen Voraussetzungen für ihre anspruchsvolle Tätigkeit erfüllen. Dazu gehört nach Ansicht der FDP-Fraktion für die Zivilgerichte neben einem juristischen Studium ein Anwaltspatent und eine mehrjährige juristische Berufserfahrung, die Berufsqualifikationen müssen sehr gut sein. Dass das Verwaltungsgericht leicht andere Voraussetzungen verlangt, insbesondere auch Fachkräfte benötigt, die aus den Bereichen des Steuerrechts, des Sozialversicherungsrechtes kommen, und nicht zuletzt im Nebenamt auch Ärzte, Architekten, Ökonomen und Handwerker wichtige Funktionen einnehmen können, ist für die FDP-Fraktion unbestritten. Die FDP-Fraktion will auch die Gerichte in die Pflicht nehmen und befürwortet, wie dies das Obergericht empfiehlt, das Einsetzen eines Fachgremiums.
Die Zeiten haben sich geändert. Laienrichter erfüllen die Anforderungen heute nicht mehr, um komplizierte Wirtschafts- oder Straffälle zu lösen. Auch macht es keinen Sinn, den gesunden Menschenverstand, wie er von der SVP immer wieder hoch gelobt wird, nur zum Zweck einzusetzen, die eigene Neugier zu befriedigen, ohne einen fachlichen Beitrag leisten zu können. Wir brauchen in der heutigen Zeit für einen funktionierenden Justizapparat, der auch komplizierte Fälle innert kurzer Frist erledigen können muss, Spezialisten. Die FDP-Fraktion sieht aber auch, dass es für diese erhöhten Anforderungen für die Wählbarkeit einer gesetzlichen Grundlage bedarf. Die Verfassung des Kantons Zug verlangt einzig Handlungsfähigkeit als passive Wählbarkeitsvoraussetzung. Diese Wählbarkeitsbedingungen sollen nun faktisch eingegrenzt werden, indem wahrscheinlich Kandidatinnen und Kandidaten in

Zukunft keine Wahlchancen mehr haben dürften, welche diese beruflichen Anforderungen nicht erfüllen. Damit ist, wie beispielsweise im Kanton Bern, die Verfassung in Bezug auf die Wählbarkeitsvoraussetzungen so zu ändern, dass das Gesetz für bestimmte Ämter, die besondere Kenntnisse erfordern, zusätzliche Wählbarkeitsvoraussetzungen formulieren kann. In einem auf diesem neuen Verfassungsartikel beruhenden Gesetz sind dann die Wählbarkeitsvoraussetzungen zu formulieren und auch das Fachgremium zur Prüfung der Kandidatinnen und Kandidaten gesetzlich zu verankern. Die FDP-Fraktion erachtet ein zweistufiges Vorgehen als richtig. Sie ersucht den Rat, von den Empfehlungen zustimmend Kenntnis zu nehmen, dem Fachgremium ebenfalls zuzustimmen und die Motion schliesslich noch nicht als erledigt abzuschreiben, weil die gesetzlichen Grundlagen noch geschaffen werden müssen.

Flavio **Roos** weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion der Meinung ist, dass die Situation nicht so heiss ist, wie sie von verschiedenen Parteien gegessen wird. Er wird auch nicht alle Details von der Ursache dieser Motion auffrischen lassen. Wir sind der Meinung, dass das Kriegsbeil begraben werden kann, denn wir haben gezeigt, dass auch die SVP fachlich gute Richter ans Gericht entsenden konnte. Warum soll der Kanton oder das Gericht Empfehlungen, Fachgremien oder Verfassungsänderungen erzwingen, wenn es überhaupt nicht nötig ist? Die Visitationen haben gezeigt, dass die Probleme im Bereich speditives Arbeiten, bessere Arbeitsabläufe und konstruktives Zusammenarbeiten sind. Es sind uns keine Probleme im Bereich Fachkompetenz bekannt. Warum müssen wir plötzlich ein Gremium erstellen und Kosten verursachen? Wir sind der Meinung, dass unsere Richter ihre Arbeit gut erledigen. Warum müssen wir unserer Bevölkerung einen Maulkorb versetzen? Das nur noch die Richter gewählt werden können, die vom Obergericht empfohlen werden. Die Kandidaten waren immer kompetent genug, dass diese jeweils in stillen Wahlen gewählt werden konnten. Deshalb möchte die SVP-Fraktion dem Rat beliebt machen, dass wir die Richterwahlen beim Status quo belassen sollten. Wir lehnen die Motion ab, inklusive Fachgremium, und schreiben sie als erledigt ab.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass sich die AF hinter den Vorschlag des Ober- und Verwaltungsgerichts stellen, und ihrem Antrag – was die ersten beiden Ziffern betrifft – zustimmen kann. In der Vorlage werden richtigerweise die Folgen aufgezeigt, sollten Wählbarkeitskriterien gesetzlich verankert werden. Wir erachten eine gesetzliche Verankerung und eine Verfassungsabstimmung als zu grossen Aufwand für diese Frage. Vielmehr erachtet es auch die AF als hilfreich, wenn die Gerichte als Empfehlung Wählbarkeitsvoraussetzungen formulieren und diese dann den Parteien für die Suche von Kandidatinnen und Kandidaten abgeben können. Ein Kriterienkatalog, wie er in der Vorlage bereits aufgeführt wird, finden wir eine sehr gute Lösung.
Fraglich finden wir hingegen den Vorschlag des Obergerichts, ein Fachgremium einzusetzen, welche Kandidatinnen und Kandidaten vorgängig der Wahl auf Eignung prüfen soll. Können nicht nur schon in einer solchen Expertengruppe unterschiedliche Meinungen betreffend Anforderungsprofil herrschen? Ist dann eine Neutralität gewährleistet, sind die Wählbarkeitszeugnisse dann wirklich eine Hilfe? Dieses Gremium ist unserer Meinung nach sehr problematisch, da das Wählbarkeitsurteil dann von den Personen abhängt, die in diesem Gremium Einsitz haben. Wie steht es mit den finanziellen Folgen? Ist der Kanton bereit, die aufgezeigten Honorare zu übernehmen?

All diese Fragen lassen die AF zum Schluss kommen, dass wir dem Vorschlag des Obergerichts, ein unabhängiges Fachgremium einzusetzen, nicht zustimmen werden. Die Parteien selber können sich aber durchaus darauf einigen, ein solches Gremium gemeinsam einzusetzen und konsultativ beizuziehen.

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** hält fest, dass das Obergericht beantragt, die Empfehlungen betreffend Wahlvoraussetzungen für die Wahl in die verschienen Gerichte seien zu Handen der politischen Parteien in zustimmendem Sinn zur Kenntnis zu nehmen und die Motion sei daher erledigt abzuschreiben. Überdies beantragt das Obergericht, es sei die Empfehlung betreffend Schaffung eines unabhängigen Fachgremiums für die Zivil- und Strafrechtspflege zuhanden der politischen Parteien ebenfalls in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen.
Im Rahmen der Beratung in der JPK wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht sinnvoll wäre, eine gesetzliche Grundlage für diese Wählbarkeitsvoraussetzungen zu schaffen. Dies würde allerdings eine Verfassungsänderung bedingen. Auf Grund der Diskussionen, die vor rund fünf Jahren zwischen den damaligen Präsidenten der beiden Gerichte sowie der JPK geführt wurden, gingen wir aber davon aus, dass seitens der politischen Instanzen eine Verfassungsänderung vorderhand nicht gewünscht werde. Wir sind auch der Meinung, dass eine solche Verfassungsänderung nicht nötig ist. Sollten Sie anderer Meinung sein und sich für eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage aussprechen, so kann eine solche nicht schon auf die nächste Amtsperiode (06-11) eingeführt werden. Damit aber die nun vorgelegten Wählbarkeitsvoraussetzungen bereits im Hinblick auf die nächsten Wahlen angewendet werden können, wäre es in diesem Falle für das Obergericht wichtig, dass Sie trotzdem für diese Zwischenzeit – also bis zur Einführung einer gesetzlichen Grundlage – diesen Empfehlungen zustimmen. Die übernächste Amtsperiode der Gerichte beginnt nämlich erst 2012.
Noch eine Bemerkung zum Antrag der SVP. Es waren ja noch vor wenigen Jahren Leute der SVP, denen gewisse Kompetenzen abgingen, die dann auch dazu führten, dass wir nun solche Voraussetzungen beantragen. – Zum Fachgremium. Die Votantin möchte hier auf die Ausführungen von Andrea Hodel hinweisen, denen sie nichts beizufügen hat.

Verwaltungsgerichtspräsident Peter **Bellwald** beantragt im Namen des Verwaltungsgerichts, von dessen Empfehlungen bezüglich Wählbarkeitsvoraussetzungen in zustimmendem Sinn Kenntnis zu nehmen. Er möchte hier nicht wiederholen, was im Bericht und Antrag auf 17 Seiten schon detailliert schriftlich vorgelegt wurde. Präzisieren will er nur, dass sich die Empfehlungen nicht an den Kantonsrat, sondern an die politischen Parteien richten. Das ist der entscheidende Punkt der Vorlage. Die Parteien sollen auch weiterhin in der Verantwortung für die Auswahl und die Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten stehen. Sie sollten sich dabei aber – wenn möglich – auch an den vorliegenden Wählbarkeitsvoraussetzungen orientieren. Vom Kantonsrat möchten wir eigentlich nur, dass er die vorliegende Motion als erledigt abschreibt. Eine Verfassungsänderung mit einer Verankerung der Wählbarkeitsvoraussetzungen in einem formellen Gesetz ist an sich möglich. Das Verwaltungsgericht wäre von einer solchen Lösung, wie sie die erweiterte JPK jetzt vorschlägt, aber nicht begeistert. Es gibt zwar vereinzelt Kantone, die eine solche Regelung kennen. Ob sie deswegen die besseren Gerichte haben, kann Peter Bellwald nicht beurteilen, wagt es aber zu bezweifeln. Eine formelle Lösung hat auf jeden Fall den Nachteil,

dass der Kantonsrat mit einer Verfassungsänderung vors Volk muss, die das passive Wahlrecht einschränken wird, und dass man anschliessend eine starre gesetzliche Lösung hat, von der ein Abweichen nicht mehr möglich wäre. Und so wäre dann z.B. eine Kandidatin, die sehr gut qualifiziert ist, die aber statt der verlangten fünf nur vier Jahre und zehn Monate Praxis vorweisen könnte, nicht wählbar. Wir wären dem Rat daher sehr dankbar, wenn er diese Motion jetzt als erledigt abschreiben würde. – Zum Wunsch nach einem Fachgremium will der Votant sich nicht weiter äussern, da dies bereits im Antrag geschehen ist. Für den Bereich der Verwaltungsrechtspflege erachten wir ein solches als nicht notwendig.

Andreas **Huwyler**: Wenn wir von den Wählbarkeitsvoraussetzungen als Richter sprechen, müssen wir uns bewusst sein, dass es sich dabei um ein verfassungsmässiges Recht eines jeden Bürgers handelt, als Richter gewählt zu werden. Das passive Wahlrecht kommt prinzipiell jedem Bürger zu. Es gibt nun durchaus gute Gründe, die Wählbarkeit an bestimmte objektive und subjektive Voraussetzungen zu knüpfen. Wahrscheinlich ist tatsächlich ein juristisch nicht ausgebildeter Bürger kaum in der Lage, mit der nötigen Qualität und Effizienz Recht zu sprechen. Gewiss sind hierfür spezifische fachliche und persönliche Qualitäten notwendig. Wenn wir nun aber das Recht, als Richter gewählt werden zu können, von der Erfüllung eines Anforderungskatalogs abhängig machen, schränken wir damit das passive Wahlrecht der allermeisten Bürger ein und verstossen letztlich damit gegen die Verfassung. Wenn dieser Anforderungskatalog auch nur in Form einer Empfehlung besteht, wird er faktisch dazu führen, dass nur noch Personen gewählt werden, die ihn erfüllen. Sachlich ist aus Sicht des Votanten dagegen nichts einzuwenden, aber unser Vorgehen ist falsch. Wenn wir ein verfassungsmässiges Recht einschränken wollen, müssen wir das auf dem offiziellen Weg eines Rechtsstaats tun und uns einer Debatte mit dem Stimmbürger stellen. Wir dürfen doch nicht unsere Verfassung mittels einer Schattengesetzgebung aus den Angeln heben, nur weil wir uns vor einer offenen Debatte fürchten, und dann als Ausrede vorbringen, es handle sich ja nur um Empfehlungen. Wo kämen wir denn hin, wenn wir inskünftig Verfassung und Gesetze nicht mehr einhalten wollten, nur weil es zu mühsam ist, diese anzupassen oder zu ändern. Unsere Pflicht ist es, Gesetze zu machen, und nicht Empfehlungen abzusegnen und uns damit vor unserer Aufgabe der Gesetzgebung zu drücken. Andreas Huwyler kann schon damit leben, wenn wir uns für die nächsten Wahlen im Sinne einer provisorischen Lösung mit diesen Empfehlungen begnügen. Und zwar lieber ohne als mit Fachgremium. Für die Zukunft aber im Sinne einer definitiven Lösung brauchen wir unbedingt eine gesetzliche Grundlage. Er bittet den Rat deshalb, den diesbezüglichen Antrag der JPK gutzuheissen und entsprechend die Motion nicht abzuschreiben.

Die **Vorsitzende** erläutert das Abstimmungsprozedere: Wir werden drei Abstimmungen durchführen. In der ersten Abstimmung wird über Ziff. 1 der Vorlage auf S. 18 abgestimmt, d.h. dass der Rat die Empfehlungen des Ober- und des Verwaltungsgerichts betreffend Voraussetzungen für die Wahl in das Kantons-, Straf-, Ober- und Verwaltungsgericht zuhanden der politischen Parteien in zustimmendem Sinn zur Kenntnis nimmt. – In der zweiten Abstimmung wird über den Zusatzantrag abgestimmt, den man ebenfalls auf S. 18 der Vorlage findet. Es geht hier darum, ob ein unabhängiges Fachgremium geschaffen werden soll. – Die dritte Abstimmung betrifft

den Antrag der JPK, ob man dies in das formelle Recht übergehen lassen und somit die Motion noch nicht als erledigt abschreiben soll.

➔ Der Rat beschliesst mit 54 : 19 Stimmen, die Empfehlungen des Ober- und des Verwaltungsgerichts für die Wahl in das Kantons-, Straf-, Ober- und Verwaltungsgericht zuhanden der politischen Parteien in zustimmendem Sinn zur Kenntnis zu nehmen.

➔ Der Rat beschliesst mit 52 : 19 Stimmen, dass kein unabhängiges Fachgremium geschaffen werden soll.

➔ Der Rat beschliesst mit 49 : 18 Stimmen, dass die materiellen Empfehlungen der Gerichte gemäss der ersten Abstimmung nicht in formelles Recht zu überführen sind.

➔ Der Rat beschliesst, die Motion der JPK als erledigt abzuschreiben.

749 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BETEILIGUNG DES KANTONS AN INNOVATIONSFÖRDERUNGSMASSNAHMEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1342.1/.2 – 11748/49), der Kommission (Nr. 1342.3 – 11826) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1342.4 – 11827).

Kommissionspräsident Werner **Villiger** weist darauf hin, dass der KRB betreffend Beteiligung des Kantons am Innovationsnetzwerk Zug vom 1. September 2001 dieses Jahr ausläuft. Die in diesem Zeitraum ausgerichteten Beträge sind im Stawiko-Bericht aufgeführt. Die Ausgangslage hat sich inzwischen stark verändert. Verschiedene Varianten wurden überprüft und teilweise auch verworfen. Diese neue Ausgangslage nimmt die von der Kommission beratene Vorlage des Regierungsrates auf, und schlägt – befristet für vier Jahre – kantonale Innovationsförderungsmassnahmen im Betrag von maximal 100'000 Franken pro Jahr vor. Eintreten war in der Kommission unbestritten und erfolgte einstimmig.
Die Kommission war überzeugt, dass neben guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft die Innovationsförderung eine der wichtigen Massnahmen zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsraums Zug sind. Gerade im Bereich Werkplatz können künftig nur durch intelligente Innovationen weitere Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Kommission war auch klar, dass die Innovation primär aus der Wirtschaft selber kommen muss. Es gibt aber durchaus Bereiche, wo keine privaten Mittel zur Innovationsförderung vorhanden sind und der Kanton mit Unterstützungs- und Impulsbeiträgen wertvolle Hilfe leisten kann. Dies trifft gerade für die Vermittlung von Diplomarbeiten zwischen der Wirtschaft und den Höheren Fachschulen zu. Das Projekt Innovationsnetzwerk Zug hat gezeigt, dass der Kanton über innovative Unternehmen verfügt und die weiterführenden Schulen ein grosses Interesse daran haben, mit diesen Firmen für Diplomarbeiten in Kontakt zu kommen.
Erfreulicherweise können die meisten Projekte des Innovationsnetzwerks mit dem neuen Kantonsratsbeschluss weiter geführt werden. Es sind dies:

- die Vermittlung von Diplomarbeiten
- die Pflege eines Pools von Innovationsexperten
- die Pflege einer Plattform für Ausbildungsangebote in Innovation
- die Organisation des Zuger Innovations- und Technologietags.

Diese Tätigkeiten werden zukünftig vom Verein Technologie Forum Zug im Rahmen eines Leistungsauftrages übernommen.
Die Kommission war sich im Klaren darüber, dass Voraussetzung für ein Gelingen der Innovationsförderung auf Basis dieses Beschlusses ein gutes und erfolgreiches Wirken des Vereins Technologie Forum Zug ist. Die zwei an der Kommissionssitzung anwesenden Vorstandsmitglieder, Kantonsrat Hans Peter Schlumpf und Direktionssekretär Gianni Bomio, konnten glaubhaft darlegen, dass das Innovationsnetzwerk in den zwei Jahren seines Bestehens nicht nur eine grosse und erfolgreiche Aufbauarbeit geleistet hat, sondern auch die Finanzierung durch Erträge aus Mitgliedschaften und Projekten sowie Sponsorbeiträgen aus der Wirtschaft und von Institutionen für die nächsten Jahre gesichert werden kann.
In der Detailberatung wurde ausführlich diskutiert, ob der Beitrag von 100'000 Franken ausreicht, um Innovationsförderung zum Vorteil des Wirtschaftsstandorts Zug zu betreiben. Die Kommission liess sich überzeugen, dass zurzeit die aufgelisteten Massnahmen sinnvoll sind und damit in wichtigen Bereichen Innovationsunterstützung für Firmen, insbesondere KMU, ermöglicht werden kann. Dies allerdings nur, wenn private Anbieter und die öffentliche Hand eng zusammen arbeiten. Es macht deshalb Sinn, diese Vorlage erneut zu befristen, damit die Erfahrungen evaluiert und gewertet werden können. Sollte sich für die Zukunft zeigen, dass vermehrt Innovationsförderungsmassnahmen mit staatlicher Beteiligung notwendig sind, wäre es durchaus denkbar, im Jahr 2010 über eine Erhöhung des Beitrags zu diskutieren.
Die Kommission hat lediglich eine kleine Ergänzung von § 2 beschlossen, indem nicht nur Massnahmen, sondern auch Angebote durch die Volkswirtschaftsdirektion an Dritte in Auftrag gegeben werden können. Angebote sind z.B. dauerhafte Projekte wie Internetplattformen, Massnahmen sind Einzelprojekte wie z.B. der Zuger Innovations- und Technologietag. Die Kommission ist ganz klar der Auffassung, dass eine kantonale Innovationsförderung sich nicht einfach im Ausschütten von Beiträgen erschöpfen soll, sondern mit gezielten Beiträgen Innovationskompetenzen gebündelt und Netzwerke geschafft werden sollen, soweit diese nicht bereits vorhanden sind oder mit Mitteln aus der Privatwirtschaft finanziert werden können. Dies ist mit der zur Diskussion stehenden Vorlage und den von der Volkswirtschaftsdirektion gemachten Ausführungen zu den künftigen Projekten im Rahmen der Zuger Innovationsförderung gewährleistet. – Somit beantragt die Kommission einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.
Abschliessend noch die Stellungnahme der SVP-Fraktion: Wir unterstützen diese Vorlage grossmehrheitlich.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Stawiko die Vorlage an ihrer Sitzung vom 3. November 2005 beraten hat. Er verweist auf den Bericht. Hier kurz nochmals die wichtigsten Argumente der Stawiko.
1. Die Stawiko begrüsst es, dass die Regierung die Innovationsförderungsmassnahmen nach Ablauf des befristeten KRB einer kritischen Prüfung unterzogen hat. Die Auswertung hat gezeigt, dass das Innovationsnetzwerk Zug die hohen Ziele nur zum Teil erreicht hat. Die Stawiko ist weiterhin der Meinung, dass Innovationsförderung nicht eine Kernaufgabe des Staats darstellt. Diese Tätigkeit ist primär und vor allem Sache der Privatwirtschaft. Wir können aber die Meinung der Regierung teilen, dass

der Kanton mit gezielten Aktivitäten Anstösse dazu geben kann, dass Innovationsaktivitäten ausgelöst werden. Sobald diese Anschub-Aktivitäten jeweils erfolgreich sind, soll der Kanton seine Massnahmen überdenken, sich wenn immer möglich zurückziehen und die Führung wieder privaten Organisationen überlassen.
2. Ob die von der Regierung für die Jahre 2006 bis 2009 beibehaltenen Massnahmen zur Innovationsförderung, d.h. Vermittlung von Diplomarbeiten, Unterhalten eines Pools von Innovationsexperten sowie der Innovations- und Technologie-Tag die richtigen Tätigkeiten sind, wird die Zukunft weisen. Wir erwarten vom Regierungsrat einen klar ausformulierten und mit messbaren Zielen versehenen Leistungsauftrag. Die Ziele und das darin enthaltene Mengengerüst sollen mithelfen, den Verlauf der Aktivitäten zu überprüfen und die entsprechenden Schlüsse bezüglich Effektivität und Effizienz der getroffenen Massnahmen zu ziehen. Die Stawiko erwartet spätestens nach Ablauf der kommenden Vierjahresperiode einen detaillierten Bericht.
3. Die Regierung beweist ein weiteres Mal ihren Willen, das Wachstumsziel bei den gebundenen Ausgaben einzuhalten. Die Kostenreduktion von 1,1 Mio. Franken für die letzten vier Jahre auf 400'000 Franken für die nächste Vierjahresperiode ist erfreulich.
Zusammenfassend beantragen wir einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Monika **Barmet** hält fest, dass die CVP-Fraktion dem Antrag von Regierung, vorberatender Kommission und Stawiko einstimmig zustimmt. Wir anerkennen die geleistete Arbeit im Rahmen des Aufbaus und des Betriebs des Innovationsnetzwerks und der Trägerschaft des Vereins Technologie Forum Zug. Wir unterstützen die vorgeschlagene reduzierte Variante mit der punktuellen Finanzierung von einzelnen Massnahmen durch den Kanton. Eine weitere Beteiligung durch den Kanton macht durchaus Sinn, können doch so weiterhin wertvolle Impulse und gute Rahmenbedingungen im Bereich Innovation gegeben werden. Diese sind für den Wirtschaftsstandort Zug wichtig, vor allem wenn zusätzlich die Attraktivität gefördert werden kann. Mit den vorgesehenen 100'000 Franken können wichtige Teilbereiche weiter bestehen – unter anderem können Diplomarbeiten vermittelt werden, ein Pool mit Innovationsexperten kann gepflegt und ausgebaut werden und der Zuger Innovations- und Technologietag wird weiterhin organisiert und durchgeführt. – Im Weiteren unterstützt die CVP-Fraktion den Antrag der vorberatenden Kommission, § 2 mit «Angebote» zu ergänzen, und beantragt auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Hans Peter **Schlumpf** möchte einige grundsätzliche Überlegungen zur Rolle des Staats bei der Innovationsförderung vorbringen. – Die schweizerische Industrie, allem voran die Maschinenindustrie, welche den langen wirtschaftlichen Aufschwung nach dem 2. Weltkrieg wesentlich mitprägte, hat in den vergangenen 15 Jahren einen erheblichen Aderlass durchgemacht. Die strukturellen Veränderungen der Weltwirtschaft haben wir in Zug schon früh mit den Turbulenzen und darauf folgenden jahrelangen Umstrukturierungen bei der ehemaligen Landis & Gyr, dem dominierenden Unternehmen der Region, miterlebt. Die Erinnerung an berühmte Namen aus der schweizerischen Industrielandschaft, die es nicht mehr gibt, lässt einen durchaus dazu neigen, von den «guten alten Zeiten» zu reden. Solche Sentimentalität bringt aber nicht viel; für heute 20-Jährige, die am Anfang ihres Berufslebens stehen, sind

Namen wie Brown-Boveri, Escher-Wyss oder Landis & Gyr ohne Bedeutung und Erinnerung.
Was hat dies mit Innovation zu tun? Sehr viel sogar. Die Geschichte der Industrie und die Zyklen ihres Auf-und-Ab waren immer stark mit wichtigen Innovationen verbunden; die Telekommunikation, die Energiegewinnung und -verteilung, der Eisenbahnbau oder die Fertigungstechnologie. Seit Beginn der Industrialisierung Mitte des 19. bis ins 20. Jahrhundert hinein spielte die Grundlagen- und vor allem auch die Anwendungsforschung der Hochschulen, die berühmteste darunter die ETH Zürich, eine Schlüsselrolle für die aufstrebende Industrie der Schweiz und ihre weltweite Bedeutung. Die Industrie hat diesen hervorragenden Ruf lange bewahren können. Die Saat für den späteren Niedergang wurde aber schon gelegt, bevor die Auswirkungen spürbar wurden. Der zweite Weltkrieg und die folgenden Jahre haben Amerika zum weltweiten Technologieleader gemacht. Noch immer wurde manche bahnbrechende Innovation, etwa im Bereiche der Computer- und Informationstechnologie, in der Schweiz geboren; für deren kommerzielle Umsetzung fehlten jedoch hier meistens das Interesse und der visionäre Weitblick; sie fand dann in den USA statt.
Die Schweiz hat auch heute noch oder wieder eine vielfältige Industrie- und Technologielandschaft. Tausende von Unternehmen – die grosse Mehrheit davon im KMU-Bereich – stellen innovative Produkte und Leistungen her und sind damit, gerade wegen der Kleinheit ihres Heimmarkts, stark im weltweiten Export. Dass die Innovation mehrheitlich in den Unternehmen selber stattfindet und nicht vom Staat befohlen werden kann, ist eine Tatsache und ist auch gut so. Dies ändert aber nichts daran, dass die Ausbildung einerseits und die Erfahrungen aus der Anwendung anderseits die beiden Motoren für Innovation sind. Neben den eigentlichen Hochschulen kommt dabei den Fachhochschulen und den höheren Fachschulen eine zentrale Bedeutung für die anwendungsorientierte Innovation zu. Auf dieser Ebene hat der Staat, in unserem Falle der Kanton, eine wichtige Aufgabe, indem er Anstösse gibt und finanziert, die dem so genannten Clustering, also der Vernetzung von gleichgearteten Interessen in der Region auf der einen Seite, der besseren Vernetzung von Bildungsanstalten der Stufe Fachhochschule und Höhere Fachschule mit den Unternehmen und ihren Interessen und Anliegen auf der anderen Seite dient. Dies geschieht erfahrungsgemäss nicht ohne eine gewisse Unterstützung von staatlicher Seite.
Das heisst aber nicht, dass dafür Millionen ausgegeben werden müssen. Der Votant ist seit Jahren in Organisationen der Technologie- und Innovationsförderung wie auch der Industrie engagiert und ist mehr denn je überzeugt, dass nicht grosse Geldbeträge, sondern intelligente Programme und ein gutes Networking zusammen mit der Privatwirtschaft den Erfolg ausmachen. Der Kanton Zug hat hier schon in der Vergangenheit einen pragmatischen Ansatz gewählt. Der für vier Jahre gesprochene Kredit für den Aufbau und Betrieb des Innovations-Netzwerkes hat wichtige Erfahrungen ermöglicht und gleichzeitig gezeigt, wie es in Zukunft noch effizienter gemacht werden kann. Bei der Beurteilung des Erreichten und bei der Festlegung der künftigen Strategie hat das Urteil der involvierten Schulen und der Wirtschaftsorganisationen eine Schlüsselrolle gespielt. Das künftige Ziel ist klar: Es braucht vom Staat vor allem Anstösse zur intensiven und wirksamen Vernetzung. Das Aufgaben-Portfolio des bisherigen Innovations-Netzwerks kann mehrheitlich vom vor zwei Jahren gegründeten und überwiegend privat finanzierten Technologie-Forum und seiner Infrastruktur weitergeführt werden. Dessen vollamtlich tätiger Leiter und sein Teilzeit-Sekretariat bieten Gewähr dafür. Der vor wenigen Wochen zum zweiten Mal durchgeführte Zuger Innovations- und Technologietag und das erfolgreiche und schon gut etablierte Wirken der verschiedenen Branchenclusters zeigen, dass dieses Vorgehen richtig ist.

Dass dafür künftig ein wesentlich tieferer Betrag vom Kanton eingesetzt werden kann, resultiert aus dem Wegfall der personellen Besetzung des bisherigen Innovations-Netzwerkes. Hans Peter Schlumpf ist überzeugt, wie es auch die vorberatende Kommission und seine Fraktion sind, dass dabei die Qualität und die Wirksamkeit der Programme und Aktivitäten zur Innovationsförderung im Kanton Zug in etwas modifizierter Weise aufrecht erhalten werden. Er begrüsst es auch (sowohl als Parlamentarier wie als in die Innovations- und Technologieförderung Involvierter), dass der Kredit wiederum auf vier Jahre befristet wird. Es ist wichtig, dass solche Programme periodisch hinterfragt und an die aktuellen Anforderungen angepasst werden. – Was der Kanton Zug hier tut, kann auch für andere Programm wegleitend sein: Vernetzung von Staat und Privatwirtschaft, Finanzierung von intelligenten Anstössen an Stelle bürokratischer Strukturen, mit bescheidenem Mitteleinsatz ein Maximum bewirken. Die Aufgabe des Staates generell kann im Wesentlichen mit «Standortpolitik» umschrieben werden. Die geschilderte Innovationsförderung ist ein Element dazu unter vielen.
Namens der FDP-Fraktion beantragt der Votant mit Überzeugung, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit der kleinen, von der vorberatenden Kommission beantragten Ergänzung zu § 2 zuzustimmen.

Martin **Stuber** kann sich seinen Vorrednerinnen und Vorrednern anschliessen. Die AF unterstützt diese Vorlage einstimmig. Vielleicht noch eine Bemerkung zum interessanten Votum von Hans Peter Schlumpf: Es gibt noch einen dritten Faktor für Innovation. Es gibt Bereiche, wo staatliche Rahmenbedingungen zwingend gesetzt sein müssen, damit Innovation in grossem Massstab möglich wird. Der Votant denkt hier vor allem an die Energie. Die Solarenergie als ein möglicher zukünftiger Industrieschwerpunkt wurde in der Schweiz trotz sehr guten Voraussetzungen verpasst. Dabei ist auch das Volk mit seinem Abstimmungsverhalten mitschuldig.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Antrag der vorberatenden Kommission vorliegt, den Paragraphen wie folgt zu ergänzen:

«Die Volkswirtschaftsdirektion bestimmt *Angebote und* Massnahmen sowie Beitragshöhe und beauftragt die zur Umsetzung geeigneten Leistungsbringer.»

➔ Der Rat ist einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 70 : 0 Stimmen zu.

750 ERSTRECKUNG DER FRIST ZUR BEHANDLUNG DER GESETZESINITIATIVEN «EINE FREMDSPRACHE AUF DER PRIMARSTUFE» UND «KEIN ABBAU BEIM HANDWERKLICHEN GESTALTEN»

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1360.1 – 11790) und der Kommission (Nr. 1360.2 – 11856).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 35 Abs. 4 der Kantonsverfassung der Kantonsrat eine Initiative innert Jahresfrist abschliessend zu behandeln hat. Ausnahmsweise kann er die Frist auf Grund eines Zwischenberichts seiner vorberatenden Kommission um längstens sechs Monate erstrecken. Die Frist zur abschliessenden Behandlung der beiden Initiativen im Kantonsrat läuft am 15. Dezember 2005 ab. Da es gemäss dem Bericht des Regierungsrats nicht mehr möglich ist, die beiden Initiativen bis zu diesem Datum abschliessend zu behandeln, beantragt dieser, die Frist je nach Zeitbedarf um längstens sechs Monate zu erstrecken. Die Kommission beantragt, die Frist zur Behandlung der beiden Gesetzesinitiativen um drei Monate zu erstrecken.

Margrit **Landtwing** erinnert daran, dass die Interessengemeinschaft Ganzheitliche Bildung am 15. Dezember 2005 die beiden Initiativen «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» und «Kein Abbau beim Handwerklichen Gestalten» einreichte. An der KR-Sitzung vom 25. August 2005 wurde das Geschäft an die vorberatende Kommission überwiesen. Diese hat an zwei halbtägigen Sitzungen die Initiativen beraten und sich dabei durch Fachleute aller betroffenen Bereiche informieren lassen. Der Kommissionsbericht ist eben fertig gestellt worden und wird dem Rat nächstens zugestellt. Die Stawiko wird sich vorläufig nicht mit diesem Geschäft befassen müssen, weil im Moment nicht mit Kostenfolgen zu rechnen ist. Die beiden Initiativen werden für die Kantonsratssitzung vom 22. Dezember traktandiert werden können. Da eine zweite Lesung nötig ist, wird es möglich sein, das Geschäft an der KR-Sitzung vom 23. Februar abschliessend zu behandeln. Die eigentliche Frist zur abschliessenden Behandlung läuft wie erwähnt am 15. Dezember 2005 ab. Die Kommission macht nun Gebrauch von der Möglichkeit des Antrags auf Fristerstreckung auf Grund des Zwischenberichts. Die Frist soll allerdings nur um drei Monate und nicht wie im regierungsrätlichen Bericht beantragt um sechs Monate verlängert werden. Die Kommissionspräsidentin dankt dem Rat für die Unterstützung.

➔ Der Rat ist mit der Fristerstreckung um drei Monate einverstanden.

751 MOTION VON LILIAN HURSCHLER-BAUMGARTNER UND JEAN-PIERRE PRODOLLIET BETREFFEND WEITERFÜHRUNG DER FÖRDERUNG DER RENOVATION VON GEBÄUDEN NACH MINERGIE-STANDARD

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1272.2 – 11851).

Jean-Pierre **Prodolliet** dankt dem Regierungsrat für die Motionsbeantwortung. Dieser stellt in seinem Bericht fest, dass die Förderbeiträge «gefragt» gewesen seien und bezeichnet dieses Förderprogramm als erfolgreich. Warum will man es denn nicht weiterführen? Es ist einmal vom Mitnahmeeffekt die Rede. Diese Art der Förderung bringt es zwangsweise mit sich, dass natürlich auch jene Bauherren Beiträge erhalten, die eine Sanierung ihres Gebäudes ohnehin auch ohne Aussicht auf Förderbeiträge realisiert hätten. Davon hat man schon geredet, als der Kantonsrat den Beschluss fasste. Mitnahmeeffekte sind grundsätzlich nicht zu vermeiden, es ist nur dann störend, wenn den gewährten Beiträgen keine ausreichende energetische Leistung gegenübersteht. Wenn wir einen neuen Beschluss für die Weiterführung fassen, hindert uns nichts daran, die Bedingungen zu überprüfen und auf Grund der gemachten Erfahrungen anzupassen.
Die Förderung von energetischen Gebäudeerneuerungen hat eine wirtschaftspolitische Bedeutung, die man nicht genug unterstreichen kann. Mit Gebäudeerneuerungen wird zumeist nicht nur mehr gedämmt, sondern es kommen auch neue Technologien zum Zug. Hier kann der Votant an das Votum von Hans Peter Schlumpf über Innovationsförderung anknüpfen, wo von intelligenten Programmen gesprochen wurde. Das ist ein intelligentes Programm, selbst der Regierungsrat hält fest, dass es erfolgreich gewesen ist. Die erneuerbaren Energien sind ein Bereich, in dem in der Schweiz mit Entwicklungen schon viel geleistet worden ist. Es ist einiges erreicht worden mit Wärmepumpen, Sonnekollektoren, Holzfeuerungen, Komfortlüftungen, dämmenden Verglasungen. Förderprogramme tragen dazu bei, die breite Markteinführung und damit den wirtschaftlichen Erfolg solcher Produktentwicklungen zu unterstützen. Anderseits stehen alle im internationalen Wettbewerb. Übersehen wir nicht, dass z.B. die neue deutsche grosse Koalition sich darauf geeinigt hat, die Förderung der erneuerbaren Energien, welche die rotgrüne Regierung angefangen hat, fortzusetzen. Auch Österreich macht grosse Bemühungen in der Holzenergie und wird hier immer stärker.
Es wird im Bericht angetönt, man könnte allenfalls künftig Minergie P fördern. Das ist eine Steigerungsform von Minergie. Sie hat fast nur Bedeutung im Neubau. Dass der Regierungsrat nun auf diese Idee kommt, entspringt wohl dem Bestreben, zukünftig weniger Geld ausgeben zu müssen, aber trotzdem ein Förderprogramm vorweisen zu können. Es wäre eine Alibiübung. Den bisherigen Beschluss weiterzuführen hingegen würde bedeuten, einen auch quantitativ wesentlichen Einsparungseffekt zu erzielen.
Dann wird noch das nationale Projekt Klimarappen im Rahmen einer zukünftigen CO2-Verordnung ins Feld geführt. Tatsächlich ist im Gespräch, die Gelder des Klimarappens auch einzusetzen für den Gebäudeerneuerungsbereich. Dass man auf diese Idee kommt, ist eine Bestätigung der Wichtigkeit unseres Beschlusses. Statistiken zeigen, dass Gebäude, die vor 1975 gebaut worden sind, im Durchschnitt noch doppelt soviel Energie verbrauchen als solche, die nach diesem Datum gebaut worden sind. Und nun muss man eines zur Kenntnis nehmen: Von dem erwähnten nationale Programm ist anzunehmen, dass es – wenn überhaupt – erst ab dem Jahr 2008 wirksam sein wird. Die Weiterführung unseres kantonalen Programms macht

also für die Jahre 2005, 2006 und 2007 Sinn. Im Bericht steht der Satz: «Es ist somit verfrüht, ab 1. Januar 2006 ein Anschlussprogramm dem Kantonsrat zu unterbreiten, weil verschiedene Grundsatzfragen noch offen sind». Das ist blanker Unsinn. Es macht absolut Sinn, diesen Beschluss jetzt weiterzuführen. Ein weiteres Zitat aus dem Bericht: «Wie oben geschildert, stellt der Regierungsrat gemäss seinem Beschluss vom 11. Juni 2002 gestützt auf das Einführungsgesetz zum Waldgesetz jährlich erhebliche Mittel zur Verfügung.» Bei diesem Holzförderungsgesetz besteht eine Limite von 700 Franken pro Tonne. Diese Limite ist jetzt überschritten und heute besteht in keinem Bereich mehr eine Förderung. Wir haben uns heute mit dem Thema Imagepflege befasst. Der Kanton Zug macht im Moment nichts bei der Energiesparförderung. Es gibt nur noch vier oder fünf Kantone, die ebenfalls nichts machen, die anderen 22 Kantone haben ein Förderprogramm.
Der Votant fasst zusammen: Für die Ablehnung der Weiterführung gibt es schlicht keine stichhaltigen Argumente. Für eine Weiterführung sprechen:

1. Dass dieses Förderprogramm sich bewährt hat, dass ein Förderpotential noch vorhanden ist, dass es sinnvoll und wertvoll ist und dies im Grundsatz nicht bestritten wird.
2. Dass mit einem Weiterführungsbeschluss die Beitragsbedingungen überdacht und auf Grund gemachter Erfahrungen verbessert werden können.
3. Dass nicht damit gerechnet werden muss, dass in den nächsten zwei Jahren Doppelspurigkeiten mit nationalen Programmen entstehen.

Jean-Pierre Prodolliet beantragt Erheblicherklärung der Motion und spricht damit auch im Namen der SP-Fraktion.

Berty **Zeiter** fragte sich, als sie die Vorlage und die regierungsrätliche Antwort gelesen hatte: Worüber diskutieren wir eigentlich, über Minergie- oder Minergie P-Standard, über die zulässige Höhe des so genannten Mitnahmeeffekts – oder steckt nicht noch Wesentlicheres hinter dem Anliegen der Motion? Die AF sieht da andere Prioritäten: Hinter dem Förderprogramm steht die Einsicht, dass bei uns die Gebäudeheizung inkl. Warmwassererzeugung immer noch – nebst dem Verkehr – Hauptverbraucher von fossiler Energie ist. Gleichzeitig wächst aber auch das Bewusstsein, dass der wertvolle Rohstoff Erdöl begrenzt vorhanden ist, dass er viel zu schade dafür ist, nur verbrannt zu werden und dass der Peak of Oil in den nächsten Jahren erreicht sein wird. Peak of Oil heisst, das Maximum der Ölfördermenge ist erreicht oder vielleicht sogar schon überschritten, Öl wird von jetzt an nur noch knapper. Deshalb müssen wir alles unternehmen, um einerseits möglichst viel Öl einzusparen und andererseits Anreize zu schaffen, auf Heizungen mit erneuerbaren Energieträgern umzustellen.
Als kurzen Rückblick auf die Debatte um das neue Energiegesetz im April 2004 im Kantonsrat sei der Baudirektor zitiert: «Unsere energiepolitischen Fortschritte lassen sich sehen.... Zurzeit läuft ein Programm von 2 Mio. Franken für die Sanierung von bestehenden Gebäuden. Das neue Energiegesetz sieht solche Programme ausdrücklich vor. Es will fördern, nicht befehlen.» Mit der Förderung ist es im Kanton Zug nun aber ziemlich zu Ende, wenn kein neuer Rahmenkredit vorgelegt wird. In der zur Beratung stehenden Vorlage wird darauf hingewiesen, dass das so gelobte Energiegesetz eben doch nicht ausreicht für einen weiteren Rahmenkredit auf dem Budgetweg. Dann erwarten wir jedoch von der Regierung eine Vorlage für einen Kreditbeschluss. In diesem Sinne beantragen auch wir die Erheblicherklärung der Motion.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Wir diskutieren über ein Motionsbegehren, das im Jahr 2000 stehen geblieben ist. Die Motion knüpft an den KR-Beschluss vom 28. Januar 2001 an, den wir schon im Jahr 2000 vorbereitet hatten. Eine unveränderte Weiterführung in den Jahren 2006, 2007 usw. geht an der Entwicklung vorbei. Minergie ist heute etabliert. Der neue Standard Minergie P muss jedoch an Boden gewinnen. Daher werden wir ein neues Förderprogramm prüfen – das hat der Regierungsrat bereits erklärt. Es ist richtig, dass das Energiegesetz Programme vorsieht. Es ist jedoch keine sprudelnde Geldquelle. Noch soll der Kantonsrat im Einzelfall prüfen, welches Programm er will. Daran halten wir fest.

Jean-Pierre **Prodolliet** ist der Ansicht, man sollte sachliche Falschaussagen widerlegen können. Es stimmt nun wirklich nicht, dass Minergie Standard ist. Der Votant hat gestern ein Telefongespräch geführt mit einer Fachperson des Bundesamts für Energie. Dieser hat gesagt, im Neubaubereich würden generell 10 % der Neubauten mit Minergie gebaut, im Sanierungsbereich seien es 2 %! Diese Zahlen sagen klar aus, welchen Stellenwert Minergie heute hat.

Hans-Beat **Uttinger** hat nicht behauptet, Minergie sei heute Standard, sondern sie sei heute etabliert. D.h. wenn einer den Wert des Gebäudes erhalten will, saniert er heute mit Minergie.

➔ Der Rat beschliesst mit 54 : 17 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

752 INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND MASSNAHMEN FÜR DIE GLEICHZEITIGE FERTIGSTELLUNG DES 6-SPUR-AUSBAUS DES AUTOBAHNTEILSTÜCKS A4 ZWISCHEN BLEGI UND RÜTIHOF UND DER A4 DURCH DAS KNONAUERAMT

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1355.2 – 11796).

Louis **Suter** möchte der Regierung im Namen der CVP-Fraktion danken für die schnelle Beantwortung der Interpellation. Leider muss die Regierung das bestätigen, was wir schon seit längerem befürchteten: Selbst bei gesicherter Finanzierung wird es nicht möglich sein, den 6-Spur-Ausbau gleichzeitig mit dem Bau der Autobahn durch das Säuliamt fertig zu stellen. Da bekanntlich der Bund den 6-Spur-Ausbau vorläufig erst im Finanzprogramm der Periode 2013/14 festgelegt hat, verlaufen somit weder die Planung noch die Finanzierung für die gleichzeitige Fertigstellung der beiden Autobahnprojekte zeitgerecht.
Der rechtzeitige 6-Spur-Ausbau der A4 zwischen den Verzweigungen Blegi und Rotkreuz ist für den Kanton Zug ein Bauvorhaben von grösster Wichtigkeit. Mit der Eröffnung der A4 durch das Knonaueramt – dies wird voraussichtlich 2010 sein – wird die Verkehrsfrequenz von heute 65'000 Fahrzeugen schlagartig auf rund 90'000 Fahrzeuge ansteigen. Unsere heutige 4-Spur-Autobahn wäre damit hoffnungslos überlastet. Staus – dies jeden Tag mehrmals – und Verkehrskollaps sind vorprogrammiert. Dabei ist nicht zu übersehen, dass bereits heute unsere Autobahn zu den

Stosszeiten stark überlastet ist. Daraus resultieren unweigerlich Ausweichfahrten durch die Zuger Gemeinden. Ein Verlust der Standortattraktivität und grosser wirtschaftlicher Schaden werden die Folge sein.
Der Votant möchte speziell auch darauf hinweisen, dass davon insbesondere die Ennetseegemeinden betroffen sein werden. Auch das Kammerkonzept wartet auf die Realisierung. Vor 2012 wird das erste Teilstück auch ohne Einsprachen nicht gebaut sein. Die Angst vor dem drohenden Verkehrskollaps ist gross – sehr gross. Weder Steinhausen und Cham noch Hünenberg und Risch sind jedoch gewillt, diesen Mehrverkehr hinzunehmen. Dies kam auch beim Treffen der Hünenberger Parteien mit dem Gemeinderat von Anfang November überdeutlich zum Ausdruck. Es ist deshalb wichtig, dass möglichst schnell – wir von der CVP befürchten, dass es bereits mehr als nur fünf vor zwölf ist – alles getan wird, um dem drohenden Verkehrschaos vorzubeugen. Wir meinen deshalb, dass die für unseren Kanton so wichtige rechtzeitige Fertigstellung des 6-Spur-Ausbaus mit einer Doppelstrategie angegangen werden muss:

1. Beim Bereich bautechnische Planung. Die Verfahren sind mit dem höchstmöglichen politischen Druck zu beschleunigen. (Die heutigen Probleme liegen nicht bei den Planern vom Tiefbauamt. Wir wissen, dass diese mit grossem Elan und Engagement an der Arbeit sind.)
2. Beim Bereich Finanzierung. Die Finanzierung des Ausbaus muss mit grösster Priorität angegangen werden. Es ist alles zu unternehmen, um die rechtzeitige Finanzierung sicherzustellen, und dementsprechend muss mit Bern auch verhandelt werden. Es sind alle Möglichkeiten zu evaluieren. Dazu gehört ganz klar auch eine allfällige Vorfinanzierung.

Gemäss unseren Recherchen wäre eine Vorfinanzierung seitens des Kantons finanztechnisch absolut möglich. Selbstverständlich müssten mit dem Bund für den Kanton Zug akzeptable Bedingungen ausgehandelt werden. Dabei ist auch zu beachten, dass die von der Baudirektion ins Auge gefasste Notlösung im Blegi für eine Verbesserung des Verkehrsflusses und für ein Abfedern des Verkehrschaos unserer Meinung nach zum normalen Strassenunterhalt gehören und deshalb die Finanzierung des 6-Spur-Ausbaus im Grundsatz nicht tangieren. Die CVP ist deshalb sehr froh, dass die Regierung eine Vorfinanzierung grundsätzlich positiv beurteilt.
Mit dem Hinweis, dass das Nationalstrassenrecht die Verfahrensschritte vorgibt, können wir uns bei der Frage 4 nach zusätzlichen Massnahmen für die rechtzeitige Fertigstellung des 6-Spur-Ausbaus nicht zufrieden geben und sind über die wenig aussagende Stellungnahme der Regierung enttäuscht. Die Beantwortung dieser Frage erweckt auf Grund der wenig verheissungsvollen Aussichten eher den Anschein von Resignation als von einer überzeugenden Vorwärtsstrategie. Ist dies der Grund, weshalb die Antwort, trotz konkreter Fragestellung, keine Hinweise auf weitere Massnahmen enthält? Es ist ein grosser Unterschied, ob die Fertigstellung des 6-Spur-Ausbaus kurz nach der Eröffnung der Säuliamt-Autobahn oder drei Monate später oder ein halbes Jahr oder ein oder gar zwei Jahre später realisiert wird. Wir sind deshalb dezidiert der Meinung, dass mit zusätzlichem politischem Engagement für die Zuger Anliegen beim Bund gekämpft werden muss, damit das Tempo und die Prioritäten, wie diese Verfahrensschritte und die Finanzierung behandelt werden, zu unseren Gunsten entschieden werden. Dazu sind eine breit abgestützte Strategie und die gezielte und koordinierte Zusammenarbeit der Regierung mit allen Zuger Bundesparlamentariern und mit allen an einer rechtzeitigen Fertigstellung interessierten Kantonen, Regionen – Louis Suter denkt dabei speziell an das Säuliamt und das Freiamt –, Gemeinden, Parteien, Gruppierungen und Organisationen notwendig. Selbstverständlich hat die Regierung ihre grundsätzlichen planungstechnischen Auf-

gaben gemacht und dabei mit Bern verhandelt, aber von einem – wie von uns geforderten – breit abgestützten politischen Druck war bis jetzt der Öffentlichkeit wenig bis nichts zu spüren. Dem Ziel der rechtzeitigen Fertigstellung des 6-Spur-Ausbaus muss alles untergeordnet werden, denn für den Kanton Zug steht sehr viel auf dem Spiel. – Heute ist der 24. November 2005; spätestens in fünf Jahren müsste der 6-Spur-Ausbau beendet sein – und die Zeit drängt!

Hans Peter **Schlumpf** freut sich, dass er wieder einmal ein Votum halten darf, dass über viele Monate gereift ist. – Es bestehen kaum sachliche Zweifel daran, dass nach der durchgehenden Eröffnung der A4 im Knonaueramt, die im Jahr 2010 geplant ist, auf dem Autobahnteilstück Blegi bis Rütihof, auf welchem sich dann zwei Autobahnen überlagern werden, das Verkehrsvolumen stark zunehmen wird. Schätzungen sprechen von 90'000 Fahrzeugen pro Tag, wobei die Realität auch noch höher liegen kann. Der Ausbau dieses Teilstückes auf sechs Spuren ist nicht bestritten; er steht an Dringlichkeit und Wichtigkeit einer Zuger Nordzufahrt nicht nach. Der Bund hat das Generelle Projekt im Frühjahr 2005 genehmigt, die Projektierung ist im Gange. Gleichzeitig führt die Regierung aus, dass eine Vollendung des 6-Spur-Ausbaus auf den Zeitpunkt der Eröffnung der A4 im Knonaueramt gar nicht möglich sei auf Grund des vom Bund vorgegebenen zeitlichen und inhaltlichen Projektablaufs.
Wir anerkennen durchaus, dass die Zuger Regierung einiges unternommen hat, um das Projekt 6-Spur-Ausbau im Rahmen des Möglichen zu beschleunigen. Wir sind uns ebenfalls bewusst, dass mit der neuen Finanzordnung die Kompetenz und die Verantwortung für den Autobahnbau nun vollständig beim Bund liegen. Dass eine Beschleunigung vom Schnecken- zum Schildkrötentempo (um die Worte von Fraktionskollegen Daniel Grunder aufzunehmen) eher noch unwahrscheinlicher wird, wenn dieses in den betulichen Berner Amtsstuben vorgegeben wird, ist wohl keine ganz falsche Einschätzung. Die in der Interpellationsantwort geschilderten Aussichten vermögen gleichwohl in keiner Weise zu befriedigen. Die Vorstellung, dass nachdem der Verkehr aus und nach dem Knonaueramt bereits angerollt ist, zwischen Blegi und Rotkreuz noch immer die Baumaschinen stehen und den Verkehrsfluss zusätzlich behindern, ist wirklich unerträglich. Und es ist frustrierend, immer wieder zur Kenntnis nehmen zu müssen, wie langsam, ja schleppend solche Planungsprozesse quasi gottgegeben ablaufen. Es ist nicht einzusehen, warum ein Uvek drei Monate braucht allein zur Freigabe eines Projekts, dann noch einmal sieben Monate zur Genehmigung des Ausführungsprojektes, und dann auch noch das Astra erneut vier Monate zur Genehmigung des Detailprojekts, warum es im ganzen über sechs Jahre dauern muss (im besten Fall, ohne verzögernde Einsprachen), um Projekt und Bau einer simplen Strassenverbreiterung zu realisieren.
Wir wissen, dass wir in Zug das Tempo solcher Prozesse nur wenig beeinflussen können. Wir fordern die Regierung denoch auf, in Bern weiterhin den entsprechenden Druck auszuüben und alles zu unternehmen, um eine Fertigstellung des 6-Spur-Ausbaus gleichzeitig mit der A4-Eröffnung im Knonaueramt zu ermöglichen. Wir haben in Zug überhaupt keinen Grund, uns diesbezüglich untertänig zurückzuhalten. Und manchmal geschehen ja auch noch Wunder – auch in Bern oben!

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass sich die CVP-Fraktion Sorgen macht um die Zukunft unseres Strassenverkehrs. Sie befürchtet einen Verkehrskollaps nach Eröffnung der Autobahn durch das Knonaueramt. Sie will deshalb den 6-Spur-

Ausbau auf dem Teilstück Blegi-Rotkreuz beschleunigen. Nun erhält sie vom Regierungsrat den Bescheid, dass eine Fertigstellung des 6-Spur-Ausbaus vor der Eröffnung des Teilstücks Knonaueramt nicht mehr realistisch ist. Das heisst, dass wir mit der Situation konfrontiert sind, dass das Teilstück Knonaueramt eröffnet wird, der 6-Spur-Ausbau Blegi-Rotkreuz aber noch nicht fertig gestellt ist. Wird der Verkehrskollaps Tatsache werden?
Dies muss gar nicht sein. Statt dass man einfach vage Behauptungen aufstellt wie jene, die Belastung erhöhe sich von täglich 65'000 auf 90'000, müsste man daran gehen, die möglichen künftigen Szenarien mit allfällig möglichen Ausweichfahrten sachlich und fachkompetent zu ermitteln, um darauf basierend ein Konzept von verkehrsdosierenden Massnahmen zu erarbeiten, ein Konzept das es ermöglichen soll, schwerwiegende Blockierungen auf dem Kantonsgebiet zu vermeiden. Ziel wird nicht sein, keine Staus entstehen zu lassen, denn das wird allenfalls nicht möglich sein, sondern Ziel muss sein, diese dort entstehen zu lassen, wo sie erstens den öffentlichen Verkehr nicht behindern und zweitens Wohngebiete nicht mit Immissionen belasten. Mit den Automobilisten, die dann allenfalls im Stau stecken bleiben, muss man kein Mitleid haben. Wir haben uns bei mit unserem Richtplan für einen bedarfsorientierten öffentlichen Verkehr und eine angebotsorientierten motorisierten Strassenverkehr entschieden. Wenn das Strassenangebot nicht zu jeder Tag- und Nachtzeit reicht, kann man auf die Angebote im öffentlichen Verkehr verweisen. Die Öffentlichkeit und insbesondere der Kanton Zug haben für ein leistungsfähiges Angebot des öffentlichen Verkehrs auf der Strecke Zürich-Luzern gesorgt und einiges investiert. Auch in Richtung Knonaueramt besteht mit der S9 ein hervorragendes Angebot. Für die SP-Fraktion ist deshalb eine Vorfinanzierung des 6-Spur-Ausbaus durch den Kanton kein Thema. Sie würde einer allfälligen Vorlage nicht zustimmen.

Berty **Zeiter** ist mit ihren Vorrednern einverstanden, wenn es um die Einschätzung des Mehrverkehrs geht, der auf uns zukommt mit dem 6-Spur-Ausbau. Um die Ennetseer Gemeinden davor zu schützen, ist es unbedingt notwendig, dass flankierende Massnahmen ergriffen werden. So sollen jene Massnahmen, welche in Cham im Zusammenhang mit dem Kammerkonzept geplant sind, vorgezogen werden. Es ist allerdings eine Illusion zu glauben, dass der 6-Spur-Ausbau uns danach vor dem Stau retten wird. Zwei schweizerische Erfahrungen illustrieren dies. Zwischen Bern-Neufeld und Schönbühl erfolgte der 6-Spur-Ausbau schon vor einigen Jahren. Im Durchschnitt nahm der Verkehr auf den Schweizer Autobahnen jährlich um 3 % zu, auf diesem neu ausgebauten Teilstück betrug die Zunahme das Anderthalbfache (also 4,5 %). Vor etwa neun Wochen brachte der Tagesanzeiger gleich zwei Artikel über die erschreckend hohe Verkehrszunahme im Aargau nur ein Jahr nach der Eröffnung der dritten Baregg-Tunnelröhre. Das Verkehrsaufkommen nahm schlagartig um 20 % zu und nur ein Jahr nach der Inbetriebnahme entstehen bereits wieder Staus. Die Staus werden einfach verlagert. Damit muss auch bei einem Sechsspurausbau gerechnet werden. Dieser wird zu grossräumigen Verkehrsverlagerungen führen. Die Wirtschaftsregion Zürich vergrössert das Gebiet ihres Arbeitskräftereservoirs, wenn es einfacher wird, aus der Zentralschweiz die Agglomeration Zürich zu erreichen. Es ist eine einseitige Sicht, bei Stauaufkommen den volkswirtschaftlichen Schaden in den Vordergrund zu stellen. Denn wenn unser kleiner Kanton von noch grösseren Verkehrsströmen durchzogen wird, ist dies eine enorme Beeinträchtigung unserer gesamten Lebensqualität. Welche Priorität setzen wir da?

Genau wie im Aargau bezüglich Baregg-Tunnel gilt auch für die Zentralschweiz die Folgerung, dass einzig ein Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr unsere zunehmenden Mobilitätsbedürfnisse nachhaltig bewältigen kann. Aber da, wo mit der Realisierung von Kammerkonzept und Sechsspurausbau acht und auf einer kurzen Strecke gar zehn Spuren geplant sind, führt vorerst nur ein einziges Bahngleis durch. Gottlob hat der Kanton die Anregung der AF aufgenommen, den Doppelspur-Ausbau voranzutreiben. Damit besteht eine Chance, dass wir einen Teil unserer Verkehrsprobleme nachhaltiger lösen können, als dies mit einem Strassenausbau der Fall ist.

Heini **Schmid** möchte als Mitglied der Kommission für den Öffentlichen Verkehr die linken Parteien auffordern, dass unselige Spiel ÖV/Privatverkehr nicht weiter zu spielen. Es wird den Projekten für den ÖV im Kanton Zug wirklich nicht dienen, wenn Sie bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit wieder ihr Credo bekannt geben. Selbstverständlich würde die CVP z.B. einer Vorfinanzierung des Ausbaus Cham-Rotkreuz zustimmen, weil es ein sinnvolles Projekt ist. Weil es im Richtplan ist. Wir haben ja über den Richtplan abgestimmt. Und es ist einfach höchst kontraproduktiv, wenn man sinnvolle Vorhaben für den Individualverkehr auf diese Weise immer und immer wieder kritisiert. Es wird dem ÖV-Benutzer so sicher nicht gedient.

Jean-Pierre **Prodolliet** weist bezüglich des Verhältnisses von ÖV und Privatverkehr darauf hin, dass angebotsorientierter Strassenverkehr und bedarfsorientierter ÖV nicht das Credo der Linken ist, sondern der Beschluss dieses Kantonsrats. Der Votant ist nicht gegen die beschlossenen Strassenprojekte. Aber wenn es mit dem Zeitplan nicht geht, so ist das doch einfach die Realität.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** kann den Unmut von Hans Peter Schlumpf und Louis Suter sehr gut verstehen. Selbst aus der Privatwirtschaft kommend, kann er nur sagen: Es ist manchmal wirklich zum Davonlaufen. Aber die Gesetze und Verordnungen sind nun einmal da und müssen leider auch eingehalten werden. Wieso alles so lange dauert? Präziser als in der Regierungsantwort ist das nicht zu beantworten. Aufzeigen kann der Baudirektor aber, was bisher gelaufen ist:

Datum	Institution	Geschäft
26. März 2002	Baudirektion	Gesuch beim UVEK um Aufnahme in den Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative
3. Juli 2002	Kantonsrat	Beschluss Teilrichtplan Verkehr
3. Juli 2002	Baudirektion	Gesuch beim ASTRA zur Erarbeitung eines Generellen Projektes
1. Nov. 2002	ASTRA (UVEK)	Auftrag für Generelles Projekt
11. April 2003	Baudirektion	Gesuch beim ASTRA um Zustimmung zur Vergabe Ingenieurauftrag
13. Mai 2003	ASTRA	Zustimmung zum Ingenieurvertrag

2. Februar 2004	Baudirektion	Gesuch an ASTRA für Zustimmung zu Generellem Projekt
3. Februar 2004	Baudirektion	Vernehmlassungsverfahren bei Gemeinden
27. Feb. 2004	Baudirektion	Einladung BR Leuenberger für Gedankenaustausch
9. März 2004	BR Leuenberger	Ablehnung Besuch in Zug, Einladung nach Bern
19. April 2004	ASTRA	Zustimmung zu Generellem Projekt
14. Mai 2004	Baudirektion	Ablieferung Generelles Projekt beim ASTRA
1. Juni 2004	ASTRA	Vernehmlassung bei Bundesämtern
23. Aug. 2004	Besuch bei BR Leuenberger	Themen: - 6-Spur-Ausbau A4 - Doppelspur Cham - Rotkreuz
10. September 2004	Baudirektion	Information Zuger Parlamentarier über Besuch bei BR
22. September 2004	Baudirektion	Bitte an RR ZH, AG und SZ "Zuger Anliegen" zu unterstützen
21. Sept. 2004	BR Leuenberger	Zusicherung von BR Leuenberger, "Zuger Anliegen" im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu entsprechen
19. Mai 2005	ASTRA	Genehmigung Generelles Projekt durch Bundesrat
13. Juni 2005	Baudirektion	Gesuch beim ASTRA um Zustimmung zur Vergabe Ingenieurauftrag
20. Juni 2005	ASTRA	Zustimmung zum Ingenieurvertrag für Ausführungs- und Auflageprojekt
20. Okt. 2005	Baudirektion	Gesuch um Ergänzung Liste Infrastrukturfond mit Projekt Nordzufahrt und 6-Spur-Ausbau

Sie sehen also, die Baudirektion ist am Ball. Aber was nützt dies, wenn weit und breit kein Tor zu finden ist?
Zu Berty Zeiter. Der Votant glaubt, dass Kollega Walter Suter auch ohne die AF auf die Idee gekommen wäre, dass eine Doppelspur Cham-Rotkreuz zu bauen ist.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

753 INTERPELLATION VON DANIEL BURCH UND THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND TEMPOREDUKTION BEI HOHEN OZONBELASTUNGEN

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1331.2 – 11836).

Daniel **Burch** leitet den Bereich Technik und Umwelt beim TCS und hat daher Zugang zu Informationen, die andere evtl. nicht haben oder nicht kennen. – Mit unserer Interpellation wollten wir wissen, ob die Regierung die Studien des Büros Infras und des Paul Scherrer Instituts kennt und sich bewusst ist, dass Temporeduktionen auf Autobahnen zur Verringerung der Ozonbelastungen keinen messbaren Beitrag leisten. Die Regierung hat erkannt, dass sich Temporeduktionen auf Autobahnen tatsächlich nur in minimalster Weise d.h. <1 % auf die Ozonkonzentration auswirken. Aus unerklärlichen Gründen tut sich die Regierung aber schwer, den Sachverhalt zu akzeptieren und entsprechend zu kommunizieren. Der Votant möchte deshalb einige der Aussagen kommentieren und einige generelle Aspekte aufzeigen.
Vor rund 20 Jahren hiess es, für die Einhaltung der Ozongrenzwerte müssten die Emissionen der Vorläufersubstanzen Stickoxide (NOx) und Kohlenwasserstoffe (VOC) um ca. 40-50 % reduziert werden. Dies ist mittlerweile geschehen, ein Rückgang der Ozonwerte hat allerdings nicht stattgefunden. Gesamthaft werden in der Schweiz jährlich 90'000 t Stickoxide (NOx) emittiert. 47 % stammen vom Strassenverkehr, aber nur 19 % vom PW, davon $^1/_3$, also 6 % auf der Autobahn. Dies zeigt, dass tiefere Geschwindigkeitslimiten auf Autobahnen die gesamten Stickoxid-Emissionen im Idealfall um maximal 1-2 % reduzieren können. Gemäss InLuft wurde bei der Messstelle Zug, Postplatz, der Stickstoffdioxid (NO2)-Tagesgrenzwert im Jahre 2003 einmal, und im Jahre 2004 nie überschritten. Im gesamten Immissionsmessnetz des Kantons Zug liegt der Jahresmittelwert NO2 einzig bei der Messstelle Zug Neugasse über dem Grenzwert. Auch auf Grund dieser Tatsache besteht keine Notwendigkeit, tiefere Geschwindigkeitslimiten einzuführen. Die Argumentation, wonach, «der psychologische und erzieherische Wert solcher Notmassnahmen zur Stärkung des Problembewusstseins der Bevölkerung beiträgt und das Verständnis für solche Massnahmen fördert» ist, um es höflich zu sagen, nicht nachvollziehbar. Soll der mündige Bürger eine Notmassnahme, die nichts bringt verstehen, akzeptieren und gegebenenfalls noch eine Busse bezahlen oder gar einen Ausweisentzug hinnehmen?
Daniel Burch möchte noch einige Aspekt der Lufthygiene aufzeigen, die offenbar nur in Fachkreisen bekannt sind. Das Schweizer Beurteilungssystem für die Luftqualität ist wesentlich strenger als das Europäische. Der Regierungsrat führt in seiner Antwort aus, dass im Hitzesommer 2003 der Ozon-Grenzwert von 120 µg/m^3 397-mal überschritten wurde. In Deutschland und der übrigen EU wären dies 8-mal weniger oder knapp 50 Überschreitungen, weil dort ein 8-Stunden Grenzwert gilt. Die Schweiz hat heute tiefere Grenzwerte bzw. strengere Kriterien als die EU. In der Schweiz sprechen wir daher schneller von schlechter Luft als anderswo. Die Folge ist, dass weltweit verkündet wird: «Die Luft in der Schweiz ist schlecht», und möglicherweise vor Reisen in die Schweiz abgeraten wird! Dabei kann in andern Ländern die Luftqualität identisch oder schlechter und die Ozonwerte noch höher sein, ohne dass dort ein Anlass für eine solche Meldung bestehen würde.
Im Übrigen: Gemäss Aussage der Regierung wirkt sich eine Temporeduktion auf der Autobahn auch massgeblich auf die Emissionen von Stickoxiden und Schwebestaub aus. Kann man von massgeblich reden, wenn die Stickoxidreduktion im Idealfall maximal 1-2 % ausmacht, bzw. gesamthaft lediglich 1,6 % der Partikelemissionen

(PM 10) aus den Auspuffen von Diesel-PWs stammen? Diese Zahl hat der Votant übrigens nicht erfunden, sie stammt vom Buwal. – Wir fordern deshalb von der Regierung, dass sie die lufthygienischen Tatsachen anerkennt und entsprechend kommuniziert. – Eine Bemerkung zum Schluss. Im Kanton Aargau kostete die Beantwortung unserer Fragen 957 Franken, im Kanton Zug dreimal so viel.

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass diese Interpellation im April dieses Jahres eingereicht wurde – wohl in der Hoffnung, sie würde noch vor dem Sommer beantwortet und die Interpellanten könnten dann Druck machen für den Fall, dass der Regierungsrat den Sündenfall eines Temporeduktionsbeschlusses hätte begehen wollen. Der Regierungsrat hat dies nicht getan und er gibt bekannt, dass diese Massnahme erst bei einem Alarmkonzept zur Anwendung käme. Darüber dürften die Interpellanten wohl glücklich sein. Dagegen müssen sie aber zur Kenntnis nehmen, dass der Regierungsrat der Meinung ist, dass eine Temporeduktion wohl grundsätzlich zur Luftreinhaltung einen Beitrag leisten würde. Zudem folgt der Regierungsrat dem Ansinnen der Interpellanten nicht, er müsse einen Bericht ausarbeiten über die ökonomischen Nachteile von Temporeduktionen. Er lehnt das ab mit der Begründung, Temporeduktionen kämen ja nur mit dem Alarmkonzept zur Anwendung. Er hätte es auch damit begründen können, dass er nicht wisse, welche Nachteile es gebe. Es gibt nämlich keine Nachteile, sondern nur erhebliche Vorteile. Nebst jenen der Schadstoffverminderung nennt er: Verstetigung des Verkehrs bei Staus und Verminderung der Unfallgefahr. Erfreulich ist schliesslich, dass sich die Regierung dazu bekennt, sich in Bezug auf Sommersmog den Empfehlungen der BPUK anzuschliessen. Die Luftreinhaltung liegt bei uns im Kanton – dies haben wir kürzlich gerade bekräftigt – in der Kompetenz des Regierungsrats. Mit dieser Kompetenz trägt der Regierungsrat auch die Verantwortung. Seit einem halben Jahr sind in den Medien die Feinstaubbelastungen von Dieselfahrzeugen ein Thema. Vom Regierungsrat des Kantons Zürich hat man gehört, dass er seiner Luftreinhaltefachstelle (d.h. jener der Ostschweizer Kantone) den Auftrag erteilt hat, Massnahmen vorzuschlagen. Daraus könnten Massnahmen für alle resultieren, denen sich der Kanton Zug anschliessen würde. Er bekennt sich ja zum Vorgehen über die BPUK. In dieser Frage stehen die Kantonsregierungen in der Pflicht, und wir warten auf Entscheidungen.

Martin **Stuber**: Wenn die Regierung so teuer gearbeitet hat, sind wir immerhin froh, dass die FDP so günstig weggekommen ist – sie konnte ja ihren Vorstoss bei den Aargauern abschreiben. Die Antwort des Regierungsrats hinterlässt ein zwiespältiges Gefühl und bleibt unter dem Strich unbefriedigend. Einerseits bestätigt er in seiner Antwort klar, was wir schon lange wissen: Tiefere Tempolimiten *bringen* eine Reduktion der Luftschadstoffe, zum Teil sogar recht massiv. Der TCS war auch schon weiter; in einer Studie in Luzern haben sie nämlich selber nachgewiesen, dass tiefere Tempolimiten etwas bringen. Zudem verflüssigen sie den Verkehr und reduzieren damit die Staus. Und erhöhen damit auch die Kapazität der betroffenen Strassen. Es bleibt zu hoffen, dass die beiden Interpellanten diese Tatsachen gebührend und nachhaltig zur Kenntnis nehmen.
Weiter zeigt der Regierungsrat auf, dass kurzfristige Massnahmen wenig bringen. Es braucht also langfristig wirksame Massnahmen. Bei den Tempobeschränkungen braucht es permanente Reduktionen und nicht nur temporäre. In diesem Punkt sind die Interpellanten mit ihrem Vorstoss eher in den Strassengraben gefahren. Die

regierungsrätliche Antwort verschweigt auch nicht, wie gross die Ozonbelastungen sind. Der Votant zitiert dazu aus dem neusten Jahresbericht von InLuft, in Bezug auf die Messresultate von 2004: «Die Messwerte für Ozon lagen deutlich tiefer als im Jahrhundertsommer 2003 und bewegten sich in der gleichen Grössenordnung wie im Jahr 2002. Die Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung wurden an allen Standorten überschritten, so dass nach wie vor Handlungsbedarf für die Reduktion bei den beiden Vorläuferschadstoffgruppen Stickoxid und flüchtige organische Verbindungen besteht.» Genau das vergisst der Regierungsrat zu erwähnen, nämlich dass diese Überschreitungen der Grenzwerte gemäss nationaler Luftreinhalteverordnung eigentlich zum Handeln zwingen würde. Einiges ist zwar schon getan worden, aber eben zu wenig. Hinter der ganzen Diskussion über die temporären Sofortmassnahmen bei den alljährlich wiederkehrenden massiven Ozongrenzwert-Überschreitungen geht unter, dass die Luftreinhalteverordnung nach wie vor nicht eingehalten wird. Und nicht nur temporärer, sondern nachhaltiger Handlungsbedarf besteht. Dazu gehören auch permanente, flächendeckende Geschwindigkeitsbeschränken innerhalb der Schweiz und auch ausserhalb. Das würde übrigens auch die Verkehrsunfälle reduzieren. Wir sagen es laut und deutlich: Es besteht in dieser Frage ein seit langem anhaltender Vollzugsnotstand. Die Antwort des Regierungsrats lässt leider nach wie vor nicht erkennen, dass er gewillt ist, hier aktiv voranzugehen. Und wie Sie heute Morgen in der Zeitung lesen konnten, die Mehrheit des Bundesrats in Bern offenbar auch nicht. Aber das wird sich ja auch wieder einmal ändern. Halten wir zu Handen der Öffentlichkeit und des Protokolls schliesslich noch fest, dass es den Interpellanten mit ihrem Vorstoss nicht um die schlussendliche lebenswichtige Luftqualität geht, sondern um die vermeintlich freie Fahrt auf der Autobahn. Es ist nicht das erste Mal, dass hier Kantonsratskollegen aus der FDP versuchen, die SVP rechts zu überholen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** zu Daniel Burch: Der Votant kennt sogar die am 26. Oktober eingegangene neuste Stellungnahme des Buwal. Dort heisst es: «Um eine wirksame Minderung der Ozonbelastung zu erreichen, sind zusätzlich Massnahmen sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene erforderlich. Unter anderem über eine Revision des Göteborg-Protokolls. Darüber hinaus sollten auch die Emissionen der ganzen Nordhemisphäre gesenkt werden, da die grossräumige Hintergrundbelastung einen wesentlichen Einfluss auf die europäischen Ozonwerte hat.» Da steht nicht «Kanton Zug», sondern «ganze Nordhemisphäre».

➔ Das Geschäft ist erledigt.

754 INTERPELLATION VON ANTON STÖCKLI BETREFFEND TREIBHOLZ IN BÄCHEN, FLÜSSEN UND SEEN BEI UNWETTERN

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1365.2 – 11823).

Anton **Stöckli** dankt vorerst der Regierung für die speditive Beantwortung seiner Anfrage. Bei den Unwettern im August 2005 fiel auf, dass gesamtschweizerisch betrachtet die Bäche und Flüsse im Vergleich zu früheren Unwetterkatastrophen enorm viel Treibholz mit sich führten. Das in den Gewässern mitgeführte Treibholz

verkeilte sich bei Brücken, Dämmen usw. und es drohte an verschiedenen Orten, Bauwerke mitzureissen und zu zerstören. Die Problematik des Treibholzes bei Unwettern und der damit verbundenen zusätzlichen Gefahren bereiten der Bevölkerung grosse Sorgen. Direktbetroffene mussten mit ansehen, wie Gewässer wegen des Treibholzes über die Ufer traten und ihre Häuser, Gärten usw. beschädigten. Der Votant wurde von besorgten und direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürger auf diese Problematik angesprochen. Er war bei den Unwettern an der Hotline tätig und konnte den Puls der Bevölkerung spüren. Ihm geht es einzig darum, geeignete Massnahmen zu treffen, dass bei Unwettern keine Menschenleben gefährdet und weitere Schäden in Millionenhöhe verhindert werden. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf zu erfahren, wie die Regierung das Problem angeht und welche Massnahmen getroffen werden.
In diesem Zusammenhang ein paar Bemerkungen zur Berichterstattung der Neuen Zuger Zeitung. Karl-Axel Englund fand die Anfrage, die vorliegende Problematik und die Sorgen der Bevölkerung offenbar «cheibe lustig» und versuchte, Anton Stöcklis Anfrage an den Regierungsrat in der Ausgabe der Zuger Zeitung vom 7. September 2005 zu beantworten. Kurz gesagt, es war ein untauglicher Versuch zum Nulltarif. Der Berichterstatter hat offenbar die Situation und die mit dem Treibholz verbundenen Gefahren für Mensch, Tier, Sachen und Umwelt komplett falsch eingeschätzt. Oder hat er die Unwetter schlicht und einfach verschlafen? Es ist aus Sicht des Votanten fehl am Platz und unverantwortlich, die erwähnten Gefahren gar ins Lächerliche zu ziehen. Vermutlich hätte die Neue Zuger Zeitung lieber geschrieben, dass die Regierung auf Druck der Presse Massnahmen ergriffen hat. Dass Anton Stöckli mit dieser Vermutung richtig lag, bestätigte der Bericht des gleichen Journalisten vom 19. Oktober 2005, wo er feststellte, dass sich bei den Brückenfundamenten der Zollhausbrücke noch immer Treibholz staue, und er sich beim kantonalen Tiefbauamt, Abteilung Brückenbau, erkundigte, wann die Holzbrücke repariert werde. Die Regierung liess sich durch die Presseberichte nicht beeinflussen. Der Regierungsrat hat die Ernsthaftigkeit, die Sorgen der Bevölkerung sowie die Problematik erkannt und die Interpellation mit dem nötigen Respekt behandelt und beantwortet. Der Votant ist mit der Beantwortung grundsätzlich zufrieden. Dass Handlungsbedarf besteht, ist unbestritten. Der Regierungsrat zeigt eine Reihe von Massnahmen auf, welche bereits ergriffen wurden, und er hält fest, welche Massnahmen wo geplant sind. Diese Aussagen interessieren die Bevölkerung. Anton Stöckli geht mit der Regierung dahingehend einig, dass Massnahmen getroffen werden, die nachhaltig und langfristig eine Risiko- und Schadenminimierung bringen.

Malaika **Hug** weist darauf hin, dass die von Anton Stöckli gestellten Fragen zum Thema Schwemmholz ohne Zweifel berechtigt sind. Aber der Weg via Interpellation zur Beantwortung solcher Fragen ist ihres Erachtens sowie Zeit- als auch pure Geldverschwendung. Denn diese Fragen könnten mit einer kurzen Eigenrecherche im Internet, in den Zeitungen und Zeitschriften und einem kurzen Mail an den zuständigen Regierungsrat längst beantwortet sein. Aber ausgerechnet aus jener Partei, welche möglichst zeit- und geldsparend und ohne grossen bürokratischen Aufwand zum Ziel gelangen will, kommt eine solch überflüssige Interpellation. Im Rahmen der Personalplafonierung sollte das Personal der kantonalen Verwaltung sinnvoll eingesetzt werden.
Nun aber zum Schwemmholz. Schwemmholz kann bei einer Flut massive Folgen haben. Baumstämme können zu richtigen Torpedos werden, zudem kann Schwemmholz das Wasser stauen, so dass dieses über die Ufer tritt und weite Teile

der Landschaft überschwemmt – wie im August 2005 geschehen. Je mehr Schwemmholz in die Bäche und Flüsse gelangt, desto stärker wird die Belastung der Brücken und Schleusen; Wehre könnten weggedrückt werden. Anton Stöckli interessiert es, woher das Schwemmholz in die Bäche, Flüsse und Seen gelangt. Ganz einfach – es wurde vom Regen aus dem Wald geschwemmt und von den Bergbächen ins Tal geschleppt. Wichtiger erscheint mir aber die Tatsache, dass das herumliegende tote Holz unter anderem eine Folge des neuen Waldgesetzes ist, welches die Subventionen für die Waldbewirtschaftung gestrichen hat. Ausserdem stand beim neuen Waldgesetz ernsthaft zur Diskussion, sämtliche Beiträge des Bundes zu streichen. Beiträge an Schutzwälder und Lawinenverbauungen wären somit betroffen gewesen. Solche Sparmassnahmen, wie sie vor allem die Partei des Interpellanten vorantreiben, können uns in Zukunft teuer zu stehen kommen. Denn die Kosten der Naturschäden sind enorm, weshalb sich eine wohlüberlegte Umweltpolitik mehr als lohnt. Es wäre daher angebracht, dass sich die Partei des Interpellanten mögliche Folgen ihrer Sparpolitik zum voraus überlegt, statt sich im Nachhinein darüber zu wundern.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

755 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 22. Dezember 2005

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

53. SITZUNG: DONNERSTAG, 22. DEZEMBER 2005
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

756 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Mitgliedern. – Der Rat hat bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers der zurückgetretenen Lilian Hurschler-Baumgartner nur 79 Mitglieder.

Abwesend ist: Othmar Birri, Zug.

757 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** ruft dem Rat die Empfehlung 1 des Büros des Kantonsrats vom 25. August 2005 in Erinnerung. Diese betrifft die Vertraulichkeit der Kommissionsarbeit. Die Empfehlung stützt sich auf § 22 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Kantonsrats, der wie folgt lautet: «Die Beratungen der Kommissionen sind nicht öffentlich. Die Materialien der Kommissionen sind nach Abschluss der Beratungen allen Mitgliedern des Kantonsrats zugänglich, soweit sie nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen. Über eine allfällige Orientierung der Öffentlichkeit entscheidet die Kommission.» Das heisst: Nach Abschluss der Kommissionsberatungen dürfen Kommissionsmitglieder andere Ratsmitglieder über die Kommissionsarbeit orientieren, sofern der Gegenstand der Orientierung seinen Niederschlag im Kommissionsprotokoll gefunden hat. Davon ausgenommen sind besonders heikle Geschäfte, die dem Amtsgeheimnis unterstehen, insbesondere Persönlichkeitsschutzfragen bei Personalgeschäften. Die Orientierung der Öffentlichkeit erfolgt auf Kommissionsbeschluss hin. Dies geschieht in der Regel in Form eines Kommissionsberichts.

Die Genfer Tageszeitung Le Temps möchte über die Behandlung der Gesetzesinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» berichten. Es ist vorgesehen, die Mitglieder des Kantonsrats während der Debatte zu fotografieren. Die Veröffentlichung ist für den darauf folgenden Tag, Freitag, 23. Dezember 2005, vorgesehen. – Zusätzlich möchte die Neue Zuger Zeitung ebenfalls fotografieren. Gemäss § 31bis der GO bedürfen Bildaufnahme der Bewilligung des Rats.

➔ Der Rat ist mit den Bildaufnahmen einverstanden.

Die **Vorsitzende** weist auf folgende zwei Direktüberweisungen an Kommissionen hin:

Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für zwei Fahrzeugunterstände im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schönau, Cham. Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1334.5/.6 – 11858/59).

Die ursprüngliche Vorlage ist durch den Kantonsrat an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückgewiesen worden. Die überarbeitet Vorlage liegt vor. – Es erfolgt eine direkte Überweisung der *Zusatzvorlage* an die bestehende vorberatende Kommission unter der Leitung von Rosvita Corrodi.

Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Anbau eines zusätzlichen Unterrichtsraums für das Fach bildnerisches Gestalten in der Kantonsschule Zug. Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1333.5/.6 – 11874/75).

Die ursprüngliche Vorlage ist durch den Kantonsrat an den Regierungsrat zur Überweisung zurückgewiesen worden. Die überarbeitete Vorlage liegt vor. – Es erfolgt auch hier eine direkte Überweisung der *Zusatzvorlage* an die bestehende vorberatende Kommission unter der Leitung von Rosvita Corrodi.

Die **Vorsitzende** weist den Rat zudem darauf hin, dass er vor der nächstens KR-Sitzung Bericht und Antrag zu einem *Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine Sandsportanlage, eine Finnenbahn und die Sanierung der Spielwiese Nord auf dem Areal der Kantonsschule Zug (Vorlage Nr. 1390.1/.2 – 11882/83)* erhalten wird. Das Geschäft ist dringend. Die Kommissionsbestellung wird an der nächsten KR-Sitzung erfolgen. Es handelt sich um ein Bauprojekt an der Kantonsschule. Die Fraktionschefkonferenz hat daher entschieden, dem Rat an der nächsten KR-Sitzung zu beantragen, auch diese Vorlage der bestehenden Kommission Corrodi zu überweisen. Diese trifft sich bereits am 18. Januar 2006 zur Behandlung anderer Geschäfte. Sie wird sich – am selben Tag – auch mit diesem Geschäft befassen, indem sie eine Besichtigung an der Kantonsschule vornimmt (Verknüpfung mit einer anderen Besichtigung am selben Ort). Wir bitten den Rat um Verständnis, dass sich die Kommission bereits acht Tage vor der formellen Kommissionsbestellung mit diesem Geschäft befasst. Dies selbstverständlich im Sinn einer Ausnahme.

758 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. November 2005.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Einbürgerungsgesuche.
   Antrag des Regierungsrats (Nr. 1387.1 – 11872).
4. Anpassung kantonaler Gesetze an die Revision des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs (AT StGB) und an das Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz, JStG).
   2. Lesung (Nr. 1297.6 – 11788).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats und des Obergerichts (Nrn. 1297.7/.8 – 11837/38) und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1297.9 – 11876).
5. Interpellation von Monika Barmet, Karl Künzle, Karl Nussbaumer und Bruno Pezzatti betreffend Standortplanung für die kantonale Mittelschule/Sekundarstufe II ab 2013 (Nr. 1362.1 – 11792).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1362.2 – 11867).
6. Zweiter Zwischenbericht der Begleitkommission Pragma zum aktuellen Stand des Pilotprojekts.
   Bericht der Begleitkommission Pragma (Nr. 1267.2 – 11843).
7. Finanzplan 2006 - 2009.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1376.1 – 11839) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1376.2 – 11855).
8. Budget 2006 sowie Budget 2006 der Strafanstalt Bostadel.
   Gedruckter Voranschlag sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1382.1 – 11857).
9. Gesetzesinitiativen

9.1. «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» und

9.2. «Kein Abbau beim handwerklichen Gestalten».
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1360.1 – 11790), der Kommission (Nr. 1360.3 – 11877) und der Kommissionsminderheit (Nr. 1360.4 – 11878).

10. Motion der erweiterten Staatswirtschaftskommission betreffend Änderung des Personalgesetzes (Nr. 1351.1 – 11768).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1351.2 – 11866).

11.1. Interpellation von Beni Langenegger, Moritz Schmid und Beat Stocker betreffend Bürgergemeinden (Nr. 1363.1 – 11794).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1363.2 – 11846).

11.2. Interpellation von Andreas Huwyler betreffend Aufgaben der Bürgergemeinden (Nr. 1381.1 – 11853).
    Mündliche Antwort des Regierungsrats.

12. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend neues Zentralspital in Baar (Nr. 1385.1 – 11868).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1385.2 – 11880).
13. Interpellation von Jean-Pierre Prodolliet betreffend Gesundheit des Zuger Waldes (Nr. 1337.1 – 11727).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1337.2 – 11873).

* erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung

Karl **Betschart** weist darauf hin, dass die Kommission für Spitalfragen (Spiko) an ihrer letzten Sitzung vom 4. November 2005 von der Bau- und Gesundheitsdirektion umfassend über den Stand des Projekts Zentralspital informiert wurde. Die Information beinhaltete dabei alle wesentlichen Elemente wie die Kosten, die Planung und die Termine. Die Kommission wurde von den Verantwortlichen bereits anlässlich dieser Sitzung transparent auf die verschiedenen laufenden Verfahren hingewiesen, so ausdrücklich auf

- den im damaligen Zeitpunkt noch in Vorbereitung stehenden Entscheid des Regierungsrats betreffend die Position «Unvorhergesehenes» (dies hat auch die Spiko beunruhigt) und
- eine mögliche Eigenfinanzierung von abgelehnten Positionen durch das Kantonsspital.

Inzwischen sind diese Entscheide gefallen und die Spiko wurde – wie versprochen – mit den entsprechenden Zusatzinformationen und -unterlagen bedient. So haben die Spiko-Mitglieder in den letzten Tagen inhaltlich und umfangmässig recht ergiebige Post erhalten, etwa:

- Die Antwort des Regierungsrats vom 6. Dezember 2005 zur Interpellation der AF, Versanddatum 12. Dezember;
- den Regierungsratsbericht vom 6. Dezember 2005 betreffend Unvorhergesehenes, Versanddatum 14. Dezember;
- das Protokoll der Spiko-Sitzung vom 4. November 2005, Versanddatum 14. Dezember.

Weiter liegt aktuell der Zwischenrevisionsbericht der Fiko betreffend Neubau Zentralspital und Pflegezentrum Baar vom 30. November 2005, Versanddatum 16. Dezember, vor. Auftraggeber war hier die Stawiko, wobei davon auszugehen ist, dass dieser Bericht den Spiko-Mitgliedern ebenfalls zugänglich ist. All diese Zusatzinformationen konnten in der Spiko bislang weder diskutiert noch beraten werden. Vor einer Beratung im Kantonsrat möchte sich die Kommission nun aber noch einmal substanziell mit der Thematik befassen und sich nötigenfalls auch fundiertere Zusatzkenntnisse aneignen können. Dabei scheint es dem Präsidenten der Spiko ein mehr als berechtigtes Anliegen, dass sich vorerst die für diese Belange zuständige Kommission aufdatieren und ein aktualisiertes und fundiertes Bild über den Stand der Dinge machen kann, bevor irgendwelche Vorstösse im Rat diskutiert werden. Danach wird es auch der Spiko möglich sein, den Rat über die Situation, die Gründe und die weitere Zukunft mit einem Zwischenbericht zu informieren.

Im Auftrag der Mehrheit der Spiko beantragt Karl Betschart vor diesem Hintergrund, Trakt. 12 von der heutigen Traktandenliste abzusetzen. Laut Auskunft der Staatskanzlei sollte es zeitlich möglich sein, dieses Geschäft an der Ganztagessitzung vom 26. Januar 2006 zu behandeln. Zudem darf gemäss Empfehlung Nr. 4 des Büros vom 25. August 2005 – auf Grund von § 42 der Geschäftsordnung – der Rat eine solche Absetzung eines Traktandums beschliessen. Der Votant bittet den Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

Martin **Stuber** hält fest, dass das Zentralspital zurzeit *das* Megaprojekt des Kantons ist. Nicht nur finanziell, sondern auch in Bezug auf die Bedeutung für die ganze Bevölkerung. Das sind sich die Leute bewusst, und das haben wir an einer ganzen Reihe von positiven Reaktionen auf unsere Interpellation auch gespürt. Das öffentliche Echo auf die Antwort der Regierung hat gezeigt, dass Transparenz in dieser Frage wichtig ist. Und die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu wissen, wo die Knackpunkte sind, wenn es darum geht, für das viele Geld auch ein optimales Spital

zu bekommen. Wenn jetzt noch neues Material auftaucht, das die Kommissionen beschäftigt, ist das der Sache dienlich und vielleicht auch ein Hinweis darauf, dass wir den Finger mit unserer Interpellation auf einige wunde Punkte gelegt haben. Die AF sieht auf jeden Fall keinen Grund, dieses Traktandum abzusetzen und wird dem Antrag von Spiko-Präsident Karl Betschart deshalb nicht zustimmen. Wir möchten an der Traktandenliste festhalten. Denn so oder so werden wir hier im Rat noch mehr als einmal über dieses Grossprojekt debattieren.

Andrea **Hodel** weist darauf hin, dass die AF vom Rat heute eine öffentliche Diskussion über etwas verlangt, das sie durch Verletzung einer Amtspflicht erfragt hat. Wir haben uns gesagt, dass wir darüber diskutieren und das vorher seriös abklären wollen, um marktschreierische Vorwürfe nicht überhand nehmen zu lassen. Die Votantin bittet deshalb den Rat, das Traktandum abzusetzen.

➔ Der Rat beschliesst mit 5 Gegenstimmen, das Traktandum für heute abzusetzen.

759 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 24. November 2005 wird genehmigt.

760 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Antrag des Regierungsrats (Nr. 1387.1 – 11872).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

31 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

a) 11 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 73 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

761 ANPASSUNG KANTONALER GESETZE AN DIE REVISION DES ALLGEMEINEN TEILS DES STRAFGESETZBUCHS (AT STGB) UND AN DAS BUNDESGESETZ ÜBER DAS JUGENDSTRAFRECHT (JUGENDSTRAFGESETZ, JSTG)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 7. Juli 2005 (Ziff. 665) ist in der Vorlage Nr. 1297.6 – 11788 enthalten. – Auf die 2. Lesung sind folgende Anträge eingegangen: Bericht und Antrag des Regierungsrats und des Obergerichts (Nrn. 1297.7/.8 – 11837/38) und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1297.9 – 11876).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Redaktionskommission dieses Geschäft ebenfalls beraten hat; sie hat keine Anträge zu unterbreiten.

Eusebius **Spescha** beantragt im Namen der SP-Fraktion, § 87 in der Fassung gemäss 1. Lesung zu beschliessen. Die Neuverteilung der Vollzugskosten ist Teil des ZFA. Sie wurde in der bisherigen Diskussion als sinnvoll erachtet, weil die heutige Situation nicht zu befriedigen mag. Obwohl die Gemeinden zu keinem Zeitpunkt zu den Massnahmen etwas zu sagen haben, müssen sie die Hälfte der Kosten tragen und ein Dossier für jeden Klienten führen. In der Begründung für den Meinungsumschwung wird angeführt, dass, wenn der Kanton allein für die Vollzugskosten aufkommen müsste, ein Anreiz für die Gemeinden bestünde, die in ihrer Verantwortung liegenden Massnahmen nicht zu treffen. Diese Unterstellung ist eine Frechheit gegenüber Schul- und Vormundschaftsbehörden, die ja in erster Linie gemeint sind. Glauben Sie wirklich, diese würden bei den schwierigen Situationen von Jugendlichen, welche in der Regel von allen Beteiligten als sehr belastend empfunden werden, den Zynismus aufbringen, nichts zu tun und zu warten, bis diese Jugendlichen straffällig geworden sind, nur damit sie nichts bezahlen müssen. Dieses Misstrauensvotum haben unsere Gemeindebehörden nun wirklich nicht verdient. Bleiben wir dem ZFA und einer vernünftigen Aufgabenteilung treu und beschliessen wir § 87 in der Fassung der 1. Lesung!

Andrea **Hodel** hält fest, dass es keinesfalls um Frechheit oder Zynismus geht. Sondern einzig darum, dass sich bei Jugendlichen sehr oft schulische Massnahmen und Strafvollzugsmassnahmen nicht trennen lassen, weil Kinder in solchen Fällen ja auch eine Schule besuchen am Ort, wo sie allenfalls platziert werden. Vielfach treffen auch Kindesschutzmassnahmen zusammen, weil es derart schwierige Fälle sind, wie der Vorredner gesagt hat, wo nicht nur der Jugendliche schwierig ist, sondern auch das elterliche Umfeld. Da wollen wir ganz einfach, dass das in einem einheitlichen Paket geregelt werden kann. Und weil da gemeindliche und kantonale Zuständigkeiten zusammenfallen, wollen wir diese hälftige Kostenaufteilung. Es hat also nur sachliche Hintergründe.

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** beantragt im Namen des Obergerichts und in Absprache mit dem Sicherheitsdirektor Zustimmung zu den drei Korrekturanträgen von Regierungsrat und Obergericht. Sie möchte zu § 87 der Strafprozessordnung eine kurze Erläuterung geben. – Mit unserem Antrag, der einem Anliegen des Jugendanwalts Alex Briner entspricht, möchten wir verhindern, dass bei der Frage der Anordnung von Schutzmassnahmen für Jugendliche die Finanzen im Vordergrund

stehen. Vielmehr sollte in solchen Fällen das Wohl des Jugendlichen im Vordergrund stehen. Die Votantin möchte das anhand eines Beispiels, wie es in Zukunft ablaufen könnte, wenn § 87 geändert würde, erläutern. Sie möchte dabei den Gemeinden nicht unterstellen, dass so etwas bereits geschehen ist, aber es könnte so kommen. Ein 14-jähriger Jugendlicher macht erhebliche Schwierigkeiten zu Hause und in der Schule, ohne allerdings straffällig zu werden. Von der Sachlage her ist eine Einweisung in ein Heim für das Wohl des Jugendlichen der beste Weg. Weil aber eine solche Platzierung für die Gemeinde einiges an Kosten bedeutet, wartet man ab und macht vorläufig nichts. Dann wird der Jugendliche straffällig und nun kommt der Jugendanwalt zum Zug. Der Jugendanwalt kann nun aber nicht abwarten, sondern muss etwas unternehmen und weist den Jugendlichen in ein Heim ein. Hätte man nun aber diesen Jugendlichen rechtzeitig eingewiesen, hätte möglicherweise verhindert werden können, dass der Jugendliche straffällig wird.
Die Kosten sollten in diesem Beispiel gemäss dem Vorschlag von Regierungsrat und Obergericht wie bisher je zur Hälfte zu Lasten des Kantons und der zuständigen Gemeinde gehen, gemäss Antrag der SP-Fraktion allein zu Lasten des Kantons. Wir haben nun einfach Bedenken, dass in Zeiten knapper Mittel die Gemeinden – sollte dem Antrag der SP-Fraktion stattgegeben werden – einfach zuwarten mit Schul- oder Heimplatzierungen, in der Annahme, wenn der Jugendliche dann straffällig wird, wird ihn ja die Jugendanwaltschaft ohnehin einweisen und der Kanton muss die Kosten übernehmen. Der Jugendanwalt hat jedenfalls von anderen Kantonen erfahren, dass es teilweise so laufen kann, wenn die Kosten vollumfänglich vom Kanton zu tragen sind. Im Vordergrund sollten aber – und da gehen Sie sicher mit uns einig – nicht die Finanzen sein, sondern das Wohl der Jugendlichen. Und diesem Wohl kann am besten zum Durchbruch verholfen werden, wenn sich wie bisher Gemeinde und Kanton je zur Hälfte an den Kosten beteiligen, und zwar unabhängig davon, wer platziert, ob die Gemeinde oder der kantonale Jugendanwalt. Die Obergerichtspräsidentin möchte also nichts anderes, als den status quo beibehalten.

Eusebius **Spescha** hält fest, dass dieser Antrag keine Neuerfindung der SP ist, sondern unser Beschluss der 1. Lesung. Es ist auch die Meinung des Regierungsrats gewesen im Rahmen des ZFA-Pakets. Wir plädieren also hier nichts Neues, sondern die Fortführung von Beschlüssen, die wir schon gefällt haben. Wenn es so wäre, dass tatsächlich die Kosten nicht entscheiden sollten, müsste man ja konsequenterweise auch für Heimeinweisungen die hälftige Finanzierung vorsehen. Der Votant kann sich nicht vorstellen, dass eine Gemeinde zuwartet, bis ein Jugendlicher straffällig geworden ist, nur damit die Kosten vom Kanton übernommen werden.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass zuerst über § 87 abgestimmt wird, und der Antrag der SP-Fraktion jenem von Obergericht und Regierung gegenübergestellt wird.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der SP-Fraktion mit 56 : 16 Stimmen ab.

➔ Bei § 21, § 229 Abs. 1, § 230, § 74 Abs. 1 Bst. c schliesst sich der Rat den Anträgen von Obergericht und Regierung an.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 75 : 0 Stimmen zu.

762 INTERPELLATION VON MONIKA BARMET, KARL KÜNZLE, KARL NUSSBAUMER UND BRUNO PEZZATTI BETREFFEND STANDORTPLANUNG FÜR DIE KANTONALE MITTELSCHULE/SEKUNDARSTUFE II AB 2013

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1362.2 – 11867).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass dieses Geschäft bewusst vor dem Budget 2006 behandelt wird. Auf S. 10 der Interpellationsantwort sehen Sie, dass der Regierungsrat ins Budget 2006 zu Lasten von Kto. 31899.1700 zusätzlich einen Betrag von 140'000 Franken aufnehmen und diese Erhöhung beantragen wird. Weitere100'000 Franken werden vom Kto. 31899.3060 der Baudirektion beansprucht (total somit 240'000 Franken für diese Studie). Dieser Betrag dient einer umfassenden Kostenabklärung über verschiedene Standortvarianten. Vorgängig ist somit materiell die entsprechende Diskussion zu führen.

Bruno **Pezzatti**: Es ist zwar ein reiner Zufall, und trotzdem ein unmissverständliches Zeichen an uns Kantonsrätinnen und Kantonsräte – der Votant spricht von den glanzvollen Konzertaufführungen des kgm Menzingen vom vergangenen Wochenende in Walchwil und in Menzingen zum Anlass des vorläufigen Vollausbaues der Schule. Der Kanton Zug besitzt mit dem kgm in Menzingen eine Mittelschul-Perle! Eine Perle mit einem eigenen, standortbezogenen und überaus erfolgreichen pädagogischen Profil, zu dem wir Sorge tragen sollten.
Zur Interpellationsantwort. Wir begrüssen die Durchführung der vorgeschlagenen Machbarkeitsstudien, insbesondere den Vorschlag, nebst dem Standort Ennetsee auch Nebenstandorte genauer zu prüfen und im Budget 2006 den dafür nötigen Kredit bereitzustellen. Der Kantonsrat wird nun zusammen mit den zugesicherten Kostenberechnungen und Standortszenarien Gelegenheit erhalten, die schon längst fällige Debatte über die zukünftige Schulraum- und Standortplanung endlich zu führen. Die Schulraumplanung wurde bis heute von der Regierung praktisch allein bestimmt. Als der Kantonsrat auf Vorschlag der Regierung im Jahr 2001 das Kurzzeitgymnasium in Menzingen als mittelfristige Standortlösung und im Jahr 2004 den behördenverbindlichen kantonalen Richtplan mit Cham als Standort für eine neue Kantonsschule beschloss, konnte aus Zeit- und konzeptionellen Gründen keine Grundsatzdebatte über die Schulraum- und Standortplanung durchgeführt werden. Bei den damaligen Vorlagen ging es primär um die Höhe des Investitionskredites bzw. um eine allgemeine raumplanerische Weichenstellung. Diskussionen und Beratungen über die zukünftige Schulraumpolitik unseres Kantons hatten damals bei diesen Geschäften keinen Platz. Bruno Pezzatti hofft sehr, dass die vorgeschlagenen 240'000 Franken vor allem für eine umfassende und unvoreingenommene Machbarkeitsstudie ein den Nebenstandorten und vor allem für die Option am kgm in Menzingen eingesetzt werden und nicht primär für die von der Regierung favorisierte Ennetseelösung. In diesem Sinn stehen der Regierungsrat und insbesondere auch unser Bildungsdirektor in der Verantwortung.
Noch ein Wort zu den vom Regierungsrat am 14. Juni 2005 beschlossenen Grundsätzen für die zukünftige Standortwahl. Diese müssen in Frage gestellt werden. Ist es richtig, dass für die Standortwahl als erstes Kriterium die geographische Bevölkerungsentwicklung und als zweites die Grösse einer Schulanlage massgebend sein sollen? Müssten nicht eher die langfristige Qualitätssicherung bzw. das pädagogische Konzept einer Schule sowie die Investitions- und Gesamtkosten als die zwei

wichtigsten Kriterien angewendet werden? Diese wichtigen Fragen sind im Kantonsrat zu diskutieren und zu beantworten. Unsere Interpellation und vor allem die in Aussicht gestellten umfassenden Standortprüfungen werden dazu Gelegenheit bieten. Der Hauptgrund der von der Regierung weiterhin favorisierten Ennetsee-Lösung, d.h. die dortige stärkere Bevölkerungsentwicklung als in den Berggemeinden, kann bei den generell kurzen Distanzen in unserem Kanton kein wirkliches Argument sein. Für Schülerinnen und Schüler aus den beiden bevölkerungsreichsten Gemeinden Zug und Baar ist der Weg nach Menzingen oder nach Cham denn auch in etwa gleich lang. Im Kanton Zürich oder in den Kantonen Luzern und Aargau sind die Distanzen vom Wohnort zur nächsten Kantonsschule für deren Schüler und Schülerinnen jedenfalls um ein Vielfaches grösser als im Kanton Zug.
Noch ein Wort zu den einleitenden Bemerkungen des Regierungsrats in der Interpellationsantwort. Der Votant bezweifelt sehr, dass die Identität sowie das eigenständige erfolgreiche Konzept einer kleinen oder mittelgrossen Schule, wie dies beim kgm der Fall ist, bei deren Integration in eine neue Grossschule auch tatsächlich bewahrt werden kann. Im Gegenteil: Es ist zu befürchten, dass das überaus erfolgreiche pädagogische Konzept des kgm Menzingen, welches sowohl bei Schülern, Lehrerschaft und Eltern auf grosse Akzeptanz stösst, bei einer Zentralisierung künftig stark in Frage gestellt bzw. verwässert oder sogar verunmöglicht wird.
Bei der zukünftigen Standortplanung sind – aus finanzpolitischer Sicht – auch die hohen, auf den Kanton Zug zukommenden zukünftigen NFA-Mehrbelastungen, die ab 2008 bzw. 2009 Tatsache sind und wahrscheinlich in einem noch grösseren Umfang als bisher berechnet anfallen werden, unbedingt zu berücksichtigen. Dank dem Entgegenkommen des Instituts Menzingen eröffnen sich dem Kanton am kgm in Menzingen neue und zusätzliche Ausbaumöglichkeiten zu deutlich günstigeren Konditionen als an den anderen Standorten. Diese Optionen gilt es zu nutzen. Der Kanton Zug wird bei diesen Bergvarianten – davon ist Bruno Pezzatti auch als Mitglied der erweiterten Stawiko überzeugt – in erheblichem Ausmass Kosten sparen können.
Auf einen besonderen Punkt möchte er noch speziell hinweisen: Der Kanton Zug hat in den vergangenen Jahrzehnten von den Menzinger Schwestern vor allem bei der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung und generell im Schulbereich enorm profitiert. Jetzt hat es unser Kanton in der Hand, den Schwestern durch eine weitere Berücksichtigung des kgm-Standorts etwas Substantielles und Bleibendes zurückgeben zu können.
Abschliessend dankt der Votant dem Regierungsrat nochmals für das Entgegenkommen. Er ersucht den Rat, den beantragten Betrag von 240'000 Franken im Budget 2006 zu genehmigen.

Monika **Barmet** dankt dem Regierungsrat für die Bereitschaft, Kostenabklärungen für verschiedene Standorte und Szenarien durchzuführen. In Menzingen wurde vor 3½ Jahren mit dem vierjährigen Gymnasium gestartet. Das pädagogische Konzept, das Lernklima und die Lage werden von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern äusserst positiv bewertet. Die alljährlichen Umfragen bestätigen dies. Die aktuellste Auswertung zeigt, das die überschaubare Grösse, die damit verbundene persönliche Atmosphäre, die gute Schülerbetreuung und das innovative didaktisch-methodische Konzept sowohl in der Wahrnehmung der Eltern als auch der Schülerinnen und Schüler fest verankert sind. Sämtliche Eltern würden die Schule weiterempfehlen. Bildungsqualität ist für den Kanton Zug wichtig – wir werden dies heute wahrscheinlich noch mehrmals hören. Bildungsqualität bedeutet unter ande-

rem aber auch: Verschiedene Schulgrössen sind möglich, verschiedene pädagogische Konzepte werden berücksichtigt und ein optimales Lernklima wird geschaffen.
In der Vorlage 861.1 heisst es zum damaligen Entscheid des Regierungsrats für den Standort in Menzingen: «Der Standort Cham weist zwar ein grösseres und vor allem bevölkerungsmässig entwicklungsfähigeres Einzugsgebiet auf. Wir gewichten aber die räumlichen Vorteile des Seminars Menzingen und regionalpolitische Argumente stärker als die reinen Standortvorteile. Die mittelfristige Unterbringung einer kantonalen Schule ist für die Region Menzingen und deren Entwicklung von grösserer Bedeutung, als dies für den Standort Cham der Fall ist.» Warum sollen all diese Argumente nicht mehr gelten? Für Menzingen ist das kgm weiterhin sehr wichtig – die regionalpolitischen Überlegungen müssen nach wie vor gemacht werden. Mit Menzingen kann auch *langfristig* geplant werden, denn weitere bauliche Ressourcen sind vorhanden und können genutzt werden. Synergien können auch bei mehreren und unterschiedlichen Standorten genutzt werden. Die Votantin hofft, dass für die budgetierten Kosten eine objektive Auswertung und ein neutraler Einbezug der vorgeschlagen Standortvarianten möglich ist – ohne Bevorzugung einzelner Standorte. – Die CVP-Fraktion unterstützt die Bereitschaft des Regierungsrats, die Kostenabklärungen und Studien betreffs verschiedener Varianten in Auftrag zu geben und dafür den vorgesehenen Betrag ins Budget aufzunehmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF die Absicht des Regierungsrats, Kostenabklärungen für verschiedene Standorte in Auftrag zu geben, begrüsst. Wir sagen daher auch ja zu den nötigen finanziellen Mitteln, welche dadurch ins Budget 2006 aufgenommen werden. Gleichzeit möchten wir aber jetzt schon auf ein paar Punkte betreffend Brückenangebote und Fachmittelschule hinweisen, die nach unserer Meinung bei der Planung berücksichtigt werden sollten.
In den Klassen des kombinierten Brückenangebots KBA im gewerblich-industriellen Bildungszentrum sind vorwiegend Schüler und Schülerinnen, welche drei Tage pro Woche in einem Betrieb ein Praktikum machen und zwei Tage die Schule besuchen. Das entspricht auch der Tagesstruktur der Lernenden, welche das GIBZ besuchen. Viele dieser Jugendlichen sind zukünftige Lernende in einem Betrieb. Der jetzige Standort ist darum richtig.
Zur Integrationsschule. Diese besuchen Jugendliche, welche erst kürzlich in die Schweiz gekommen sind. Jugendliche aus verschiedenen Kulturen kommen zusammen, oft aus Krisengebieten. Die Lehrpersonen fühlen sich an der Grienbachstrasse mit ihren Jugendlichen gerade durch eine Anonymität geschützt. Sie haben grosse Bedenken, dass die Jugendlichen in einem grösseren Schulhaus die Fremden sind und dass es zu Konfliktsituationen kommen könnte, was jetzt nicht der Fall ist. Allgemein bezweifelt die AF, ob es richtig ist, dass alle drei Brückenangebote am gleichen Ort sind. Jugendliche mit teils schwierigem Hintergrund kommen am einen Ort zusammen, Konflikte sind vorprogrammiert, welche jetzt, durch die verschiedenen Standorte, eher vermieden werden.
Zur Fachmittelschule. Diese Schule musste seit 1972 mehrmals ihren Standort wechseln. 2000 konnte sie endlich in die Athene umziehen in eigene, für die Schule konzipierte Räume. Die gute Infrastruktur, z.B. Physik- und Chemiezimmer, würden nur mit den Brückenangeboten kaum mehr so intensiv benützt werden wir jetzt. Die Planung erfolgte auch in Zusammen mit den betreffenden Lehrpersonen. Jetzt sollte sie wieder den Standort wechseln. Viele FMS-Abgänger und -Abgängerinnen besuchen nachher die PHZ oder die Schule für Gesundheit- und Krankenpflege in unmittelbarer Nähe. Die Zusammenarbeit mit diesen beiden Schulen wird in Zukunft noch

intensiver werden. Die Nähe dazu ist ideal. Die Schule ist zentral gelegen, denn es besuchen nicht nur Jugendliche aus dem Kanton Zug die FMS, sondern auch aus dem Kanton Schwyz, allenfalls sogar Uri. Die AF ist daher froh, dass es ein Szenarium Athene plus gibt, bei dem ein Augenmerk auf das Theilerhaus gelegt wird, um allenfalls Schulräume zu gewinnen. – Wir bitten die Regierung, unsere Überlegungen bei der Planung zu berücksichtigen.

Karl **Nussbaumer** weist darauf hin, dass die Interpellation immerhin bewirkt hat, dass der Regierungsrat die längerfristige Schulraumplanung im Kanton Zug genauer unter die Lupe nehmen will. Mit den vorgeschlagenen Variantenstudien, was sicher auch Sinn macht und nötig ist. Es freut den Votanten, dass der Regierungsrat für die Durchführung der vorgeschlagenen Machbarkeitsstudien einen Kredit von 240'000 Franken in das Budget 2006 aufnehmen will, und er hofft, dass der Rat diesem Kredit auch zustimmt. Die SVP-Fraktion stimmt nach eingehender Diskussion diesem Kredit mehrheitlich zu.
Nun möchte Karl Nussbaumer noch zu einzelnen Punkten der Beantwortung Stellung nehmen. Es ist richtig, dass im kantonalen Richtplan, welcher am 28. Januar 2004 beschlossen wurde, der Standort Cham für eine neue Kantonsschule vorgesehen ist. Aber genau so richtig ist es, dass man den Richtplan durch einen Antrag abändern kann. Der Votant ist nicht der Meinung des Regierungsrats, dass Menzingen ungünstig gelegen sei. Er ist überzeugt, dass Menzingen für Schüler von Ober- und Unterägeri, Neuheim, Allenwinden sowie Zug, Baar und Walchwil durch die heutigen guten Busverbindungen in kurzer Zeit zu erreichen ist. Einzig die Gemeinden Cham, Hünenberg, Steinhausen und Risch haben einen leicht grösseren Schulweg. Schauen wir uns mal in den Nachbarskantonen um, da haben die Schüler grössere Distanzen vom Wohnort bis zur nächsten Kantonsschule auf sich zu nehmen. Deshalb kann es kein Argument sein, den Standort Menzingen wegen den Distanzen in Frage zu stellen.
In der Beantwortung ist auch zu lesen, dass ein Erweiterungsbau oder eine Aufstockung aus denkmalpflegerischen Gründen in Menzingen nicht befriedigend lösbar sei. Dazu ist zu sagen, dass man nicht immer nur denkmalpflegerisch handeln sollte, sondern auch wirtschaftlich. Denn ein Neubau in Cham würde sicher ca. dreimal so viel kosten wie die Ausbauvariante Menzingen. Manchmal kann eine Grossschule auch unüberschaubar sein, was unweigerlich zu Qualitätsproblemen führen würde. Das jetzige kgm Menzingen zeigt, dass eine kleinere Schule absolut überschaubar, persönlich und menschlich ist. Eine Eltern- und Schülerbefragung zum kgm 2003-2004 ergab, dass 97 % die Gesamtqualität als gut, sehr gut oder hervorragend bezeichneten, und 100 % der Eltern würden die Schule weiter empfehlen. Die Erwartungen der Eltern werden voll erfüllt. Kommt noch dazu, dass wir im Hinblick auf die NFA-Mehrkosten von ca. 120 Mio. Franken, die auf unseren Kanton ab 2008 oder 2009 dazukommen, gezwungen sein werden, mit den zur Verfügung stehenden Steuernmitteln haushälterisch umzugehen.
Noch eine persönliche Bemerkung. Wenn Sie wählen könnten, an einem schönen Herbsttag für ein Studium einen Ort auszuwählen, wo es neblig und trüb ist, oder einen Ort, wo die Sonne scheint und Sie die herrlichen Naturlandschaften vor Augen hätten. Wo würden Sie wohl Ihr Studium abhalten wollen? Der grösste Teil dieses Rates würde sich wohl für die sonnige Variante entscheiden. – In diesem Sinne dankt der Votant der Regierung nochmals, dass sie bereit ist, die Machbarkeitsstudie durchzuführen, und er bittet den Rat, die Aufnahme des Betrages von 240'000 Franken ins Budget 2006 zu genehmigen.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion geschlossen dafür ist, dass der Standort Menzingen noch einmal überprüft wird. Wir werden also diesem Kredit zustimmen. Wir bitten die Direktion für Bildung und Kultur, ein Augenmerk auf bestimmte, so genannt festgeschriebene Dogmen zu legen. Wir meinen damit nicht die Sonne oder den Nebel, sondern den Satz «Eine grosse Schule ist eine gute Schule, eine grosse Schule ist eine günstige Schule». Wir machen hier ein grosses Fragezeichen und bitten die Bildungsdirektion, das genau anzuschauen.

Andreas **Hotz** kann im Namen der FDP-Fraktion festhalten, dass wir einstimmig der Ansicht sind, dass es Sinn macht, wenn der Regierungsrat betreffend Standortplanung für die kantonale Mittelschule/Sekundarschule II eine Gesamtschau erstellt und gleichzeitig eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gibt. Der hierzu im Budget 2006 vorgesehene Maximalbetrag von 240'000 Franken scheint gerechtfertigt. Unabhängig von der aktuellen Richtplanung legen wir Wert darauf, dass alle Optionen geprüft werden und dadurch eine optimale Basis für zukünftige Projektentscheide gelegt wird. Bei der Beurteilung der Optionen ist dabei, wie dies der Regierungsrat zu Recht festhält, den Aspekten der Pädagogik, der Organisation und der Investitions- und Betriebskostenfrage entsprechend Rechnung zu tragen. Ob dabei dem Aspekt der Bevölkerungsentwicklung in unserem kleinen, sehr gut vernetzten Kanton eine erste Priorität zukommen muss, darf jedoch an dieser Stelle bereits heute zumindest in Frage gestellt werden. Vielmehr ist darauf hinzuweisen, dass allenfalls auch regionalpolitische bzw. finanzausgleichsrelevante Gedanken in die Überlegungen miteinzubeziehen sind. Tatsache ist auf jeden Fall, dass das Kurzzeitgymnasium seit dem Zustimmungsbeschluss des Kantonsrats am 27. September 2001 gut gestartet ist und sich – gerade bei Mädchen – einer immer grösser werdenden Beliebtheit erfreut. Als damaliger Präsident der vorberatenden Kommission für die Realisierung des Kurzzeitgymnasiums in Menzingen konnte der Votant sich zwischenzeitlich mehrfach davon überzeugen, dass die Schule im Klosterdorf gut geführt wird und auf Grund von Lage, Grösse und Ausgestaltung einen speziellen Charme ausstrahlt. Die Machbarkeitsstudie und Kostenschätzung soll Grundlage für eine Grundsatzdiskussion bilden und im heutigen Zeitpunkt alle Optionen offen lassen. Im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Standort Cham dürfen auch allfällige enteignungsrechtliche Fragen nicht ausser Acht gelassen werden.

Es freut Bildungsdirektor Matthias **Michel**, dass das Lob und die Anerkennung für das kgm in diesem Saal dieselben Werte erreichen wie bei den Eltern- und Schülerbefragungen. Und der gesamte Regierungsrat freut sich sehr über das Profil und die Qualität der Schule. Aus unserer Sicht machen es Schulleitung und Lehrpersonen ausgezeichnet. Wir gehen auch davon aus, dass diese Schule gute Rahmenbedingungen hat – nicht nur geografisch. Im pädagogischen Konzept und in den Leitlinien dieser Schule steht aber nichts von Menzingen. Es ist klar: Ein solcher Ort begünstigt die Entwicklung einer Schule, aber wenn sie von Anfang an im Ennetsee gestanden hätte, würde man heute darum kämpfen, dass sie dort nicht wegkommt.
Noch eine Bemerkung zum Vorwurf, dass die Schulraumplanung bisher einzig im Regierungsrat gelaufen sei. Das ist eigentlich auf Grund der Gewaltenteilung üblich. Die Exekutive macht Planungen und kommt dann bei Beschlüssen vor diesen Rat. Oder sie hat wie heute die Gelegenheit, die Schulraumplanung darzulegen. Das war auch bei dieser Sache nicht anders. Sie hatten immerhin Gelegenheit, bei der Gründung des kgm und bei der Richtplanung gewisse Leitplanken zu setzen. Die Beach-

tung dieses Richtplans ist uns wichtig. Und dort wurde nun mal die Bevölkerungsentwicklung im Ennetsee berücksichtigt, sonst hätte man dort kein Schulzentrum hingesetzt. Das war unser erstes Kriterium. Ein weiteres ist wirtschaftlich. Es gibt auch bei den Schulen betriebliche und organisatorische Synergien zu beachten. Das heisst nicht, dass man zum Vornherein grosse oder kleine Schulen gut befindet. Aber dieser Aspekt war uns wichtig und das haben wir auch ausgeführt. Und das Dritte ist dann das pädagogisch Schulorganisatorische, indem auf die Identität und Autonomie gewisser Schultypen zu achten ist. Wenn einzelne Votanten sich nun für überschaubare Verhältnisse einsetzen, so muss man bedenken, dass man dann konsequenterweise Gross- und Grösstschulen aufteilen müsste. Die Kantonsschule im Lüssi ist mit 1'400 Schülerinnen und Schülern eine Grösstschule. Man kann nicht Kleinschulen in ihrer Kleinheit bewahren wollen und andere vergessen, die aus den Nähten platzen. Wir müssen einen gesamtheitlichen Blick darauf werfen und auch die Platzprobleme anderer Schulen beantworten. Wenn wir nämlich nur in Menzingen von 12 auf 24 Klassen kommen, dann haben wir den Bedarf für die Zukunft noch nicht gedeckt.
Anna Lustenberger hat sich zu den Brückenangeboten geäussert und gesagt, dass jede Schule am Ort bleiben will. Auch das ist eine Erfahrungstatsache: Dort wo sich diese Schulen eingenistet haben und wohl fühlen, wollen sie so schnell nicht wieder weg. Der Wunsch nach einer Bewahrung des status quo ist hier sehr gross.
Matthias Michel dankt dem Rat, dass er den Budgetantrag unterstützt. Es gibt eine kleine Korrektur. Entgegen dem Bericht zur Schulraumplanung werden wir die 240'000 Franken nicht bei der DBK voll aufstocken und bei der Baudirektion reduzieren. Sondern wir belassen die für eine Studie vorgesehenen 100'000 Franken im Budget 06 bei der Baudirektion. Und die zusätzlich benötigten 140'000 Franken werden wir bei der DBK beantragen. Netto gibt es so oder so 140'000 Franken mehr. Der Bildungsdirektor ist gespannt auf das Ergebnis der Machbarkeiten. Es war uns ein Anliegen, dass auch die Kommission Corrodi bereits die Antworten auf diese Interpellation hat.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

763 ZWEITER ZWISCHENBERICHT DER BEGLEITKOMMISSION PRAGMA ZUM AKTUELLEN STAND DES PILOTPROJEKTS

Es liegt vor: Bericht der Begleitkommission Pragma (Nr. 1267.2 – 11843).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass auch dieses Geschäft vor dem Budget 2006 behandelt wird, weil materielle Zusammenhänge zwischen Pragma und Budget bestehen.

Werner **Villiger** hält fest, dass die Begleitkommission Pragma am 1. September 2005 in einer halbtägigen Sitzung von Finanzdirektor Peter Hegglin und Projektleiterin Marianne Schnarwiler über den aktuellen Stand des Pilotprojekts Pragma und über die geplanten nächsten Schritte orientiert wurde. Ausserdem informierte die Amtsleiterin, Christina Vogelsang, über die Erfahrungen des Amts für Umweltschutz als Pragma-Amt. Das AfU beurteilt die Teilnahme am Pilotprojekt als sehr positiv. Die

vermehrten Handlungsspielräume fördern das unternehmerische Denken und wirken motivierend. Der Leistungsauftrag und das Globalbudget sind zusammen mit der Leistungserfassung und der Kosten- und Leistungsrechnung hilfreiche Führungsinstrumente.
Im vergangenen Jahr wurden, kurz zusammengefasst, folgende Haupttätigkeiten erbracht:
– Der Regierungsrat hat das Amt für Informatik und Organisation (AIO) als weiteres Pilotamt bezeichnet. Das ABO wird per 1. Januar 2007 am Pilotprojekt Pragma teilnehmen.
– Die Vorbereitungen zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) schritten gemäss Terminplan planmässig voran. Die KLR ist eine interne Betriebsbuchhaltung, welche die externe Staatsbuchhaltung ergänzt. Anhand der KLR kann nachgewiesen werden, welche Kosten ein Produkt bzw. eine öffentliche Dienstleistung verursacht. Dies führt zu mehr Transparenz bezüglich der Kostenstruktur, zu einer Steigerung des Kostenbewusstseins und zu verbesserten Entscheidungsgrundlagen. Da die Kosten- und Leistungsrechnung nicht nur für die kantonale Verwaltung, sondern auch in den Gemeinden zum Einsatz kommen soll, wurde eine aus Kantons- und Gemeindevertretern bestehende Projektorganisation gebildet. Diese hat inzwischen die erforderlichen Konzepte für die Umsetzung der KLR erarbeitet. Die Einführung der KLR erfolgt somit per 1. Januar 2006 in den fünf Pragma -Ämtern und ab 1. Januar 2007 beim AIO und beim Hochbauamt als Pilotbetrieb. Ausserdem wird die KLR in zwei Pilotgemeinden des Kantons erprobt.
– Bevor über eine flächendeckende Einführung von Pragma im Kantonsrat beraten werden kann, müssen klare Entscheidungsgrundlagen vorliegen, dies ist für die Begleitkommission Pragma sehr wichtig. Es wurden deshalb bereits erste Schritte für die Evaluation des Projekts Pragma eingeleitet, d. h. ein entsprechendes Grobkonzept liegt vor und wird in den nächsten Monaten in Zusammenarbeit mit dem Steuerungsausschuss Pragma und dem Projektteam weiter entwickelt. Die Begleitkommission Pragma wird hier die weitere Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen und wenn notwenig begleiten.
– Der Überblick über den Stand der WoV-Projekte in anderen Kantonen zeigt, dass das Konzept der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) inzwischen in einer überwiegenden Mehrheit der Schweizer Kantone angewandt wird. Bei der konkreten Ausgestaltung der Projekte und auch der angewandten Instrumente (Leistungsauftrag, Globalbudget etc.) sind teilweise grosse Unterschiede feststellbar – jeweils in Abhängigkeit der verfügbaren Mittel, des gewählten Projektansatzes und der politischen Kultur der einzelnen Kantone. Gründe für den Verzicht auf WoV-Projekte oder den Abbruch waren einerseits fehlender Finanz- und somit auch Reformdruck sowie die zu geringe Grösse der betreffenden Kantone (z. B. Uri, beide Appenzell) oder andererseits der Zweifel an der langfristigen Wirkung der Reform und/oder Vorziehen anderer Reformansätze wie generelle Überprüfung staatlicher Aufgaben und Strukturen (z. B. St. Gallen, Jura, Nidwalden).
An der Kommissionssitzung vom 1. Sept. 2005 haben wir auch Einsicht in die Leistungsaufträge der fünf Pragma-Ämter für das Jahr 2006 genommen. Nach eingehender Diskussion und der Beantwortung von Fragen hat die Kommission vier Empfehlungen an den Regierungsrat verabschiedet. – Fazit: Die Kommission begrüsst die umfassende und offene Information über den Verlauf des Pilotprojekts und den frühzeitigen Miteinbezug in die Meinungsbildung. Sie stellt fest, dass das Projekt bisher reibungslos verläuft und plangemäss umgesetzt werden kann.
Auch die SVP-Fraktion verfolgt das Pilotprojekt mit kritischem Blick und ist erfreut über die positive Entwicklung. Wir wünschen jedoch, dass die Leistungsaufträge teil-

weise genauer definiert werden und vermissen eine saubere Evaluation des Projekts, bevor weitere Schritte zur Einführung eingeleitet werden.

Hans Peter **Schlumpf** darf heute als Mitglied der Begleitkommission Pragma und als einer der Motionäre mit Befriedigung feststellen, dass die Pilotprojekte in der so genannten Wirkungsorientierten Verwaltungsführung in der Zuger kantonalen Verwaltung nach einem Jahr der Vorbereitung und Einführung auf gutem Wege sind. Als richtig erweist sich insbesondere, dass Zug sich für einen eigenen pragmatischen Weg entschieden hat, dass nicht versucht wurde, eine theoretische Lehrbuchlösung von der Universität zu implementieren und dass die Umsetzung der Pilotprojekte primär mit eigenen, verwaltungsinternen Leuten erfolgt und externe Berater nur in geringem Masse für spezielle Sachfragen beigezogen werden. Dort wo Projekte in wirkungsorientierter Verwaltungsführung gescheitert oder nicht akzeptiert worden sind, war es genau aus diesen Gründen. Wir schaffen mit unserem Vorgehen dagegen eine gute Voraussetzung, dass die neue Art der Führung einer öffentlichen Verwaltung von den Beteiligten nicht als etwas gewaltsam von aussen Aufgepfropftes, sondern als das Resultat eigener Inputs und eigener Lösungsansätze empfunden wird.
Vorerst verdienen alle, die sich mit den Pilotprojekten beschäftigen, Anerkennung. Es sind dies die federführende Finanzdirektion mit ihrem Vorsteher Peter Hegglin, die Projektleiterin Pragma Marianne Schnarwiler, aber nicht weniger auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die sich in der FD und in den fünf, künftig gar sechs Pilotämtern für eine erfolgreiche Umsetzung engagieren. Wir stellen fest, dass das Pragma-Projekt dort nicht einfach eine Pflichtübung darstellt, die man möglichst rasch und unbeschadet hinter sich bringen will, sondern dass das Potenzial und die Möglichkeiten dieser modernen Art der Verwaltungsführung über Leistungsaufträge und Globalbudgets erkannt werden. Die Kommission durfte stellvertretend für die Pragmaämter die ersten Erfahrungen aus dem Amt für Umweltschutz zur Kenntnis nehmen.
Ein wichtiges Element der wirkungsorientierten Verwaltungsführung ist die Kosten-/Leistungsrechnung. Sie soll aufzeigen, was die einzelne erbrachte Leistung des Staates die Öffentlichkeit wirklich kostet. Dies mag für viele noch ein ungewohnter Denkansatz sein, denn bei der gewohnten Art der Verwaltungslenkung über das Budget wird dieser Zusammenhang von Leistung und Kosten nicht explizit hergestellt. Wir müssen uns vor Augen halten, dass wir heute generell ein hohes Ausmass an staatlicher Tätigkeit erreicht haben und dass es uns extrem schwer fällt, dieses auch nur auf dem aktuellen Niveau zu halten und nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Der Votant gehört nicht zu jenen, die eine möglichst niedrige Staatsquote als das einzige Kriterium für volkswirtschaftlichen Erfolg betrachten. Es gibt noch andere, ebenso wichtige Kriterien. Dies ändert aber nichts daran, dass jeder Franken, der für die Erbringung einer Leistung ausgegeben wird, auch wieder durch volkswirtschaftliche Wertschöpfung verdient werden muss. Wo und wie effizient wir unsere öffentlichen Mittel, also Steuergelder, einsetzen, ist nicht ohne Belang und ist zunehmend auch ein wichtiges Effizienzkriterium im globalen Wettbewerb der Volkswirtschaften. Die Kosten-/Leistungsrechnung soll uns als Parlament letztlich verlässliche und aussagekräftige Grundlagen liefern, um beurteilen zu können, wie öffentliche Mittel eingesetzt werden sollen. Dies ersetzt die politische Beurteilung eines Geschäfts nicht, aber es stellt sie auf eine rationalere und nachvollziehbarere Grundlage und macht das Parlament von einem Erbsenzähler zu einem strategischen Lenkungsorgan. Die Kosten-/Leistungsrechnung ist zugegebenermassen im ganzen Pro-

jekt wohl der aufwändigste Teil, weil sie wirklich in die tägliche operative Arbeit hineingreift. Dass hier gerade in der Projektphase auch zusätzliche Arbeit anfällt, ist nicht zu bestreiten. Auch hier ist es erfreulich, wie in den Pilotbereichen diese Aufgabe angegangen wird.
Das Parlament muss sukzessive lernen, die Vorteile der wirkungsorientierten Verwaltungsführung zu nutzen und damit umzugehen. Da nicht mehr über ein detailliertes Budget gesteuert wird, kommt der Diskussion der Leistungsaufträge eine mindestens ebenbürtige Rolle zu. Es ist im Hinblick auf eine anzustrebende flächendeckende Umsetzung eine gute Vorbereitung, dass die Leistungsaufträge der Pilotämter im Staatsbudget 2006 explizit aufgeführt sind.
Projekte in wirkungsorientierter Verwaltungsführung sind mittlerweile in fast allen Kantonen lanciert oder bereits umgesetzt worden. Einige wenige dieser Ansätze sind gescheitert oder aufgegeben worden, wohl weil eben nicht mit dem unbedingt nötigen Pragmatismus darangegangen worden war. Gleichzeitig muss natürlich erwähnt werden, dass die Führung öffentlicher Verwaltungen nach den Grundsätzen der WOV heute in einer Mehrheit der Schweizer Kantone zum Standard geworden ist und sich bewährt. Wir sind hier also für einmal nicht der Pionier, aber Hans Peter Schlumpf glaubt, dass wir es richtig machen.
Zu erwähnen ist, dass ab 2006 auch die beiden Gemeinden Zug und Oberägeri als Pilotgemeinden das Pragma-Konzept einführen. Eine gemeinsame Projektorganisation mit dem Kanton sorgt dafür, dass das erarbeitete Know-how allen zur Verfügung steht und effizient genutzt werden kann und dass ab 2006 als sechstes Amt auch das AIO (Kantonale Amt für Informatik und Organisation) ein Pragma-Pilotamt wird.
Mit ihrem zweiten Zwischenbericht gibt die Begleitkommission auch einige Detail-Empfehlungen an den Regierungsrat zum weiteren Vorgehen ab. Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament funktioniert und macht bei einem solchen Projekt von grundsätzlicher Ausrichtung Sinn. – Der Votant dankt auch im Namen der FDP-Fraktion allen am Projekt Beteiligten für ihr grosses Engagement bei der Projekt-Umsetzung.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** dankt zuerst für den Bericht und die positiven Stellungnahmen. Er kann bestätigen, dass sie die tatsächliche Situation widerspiegeln. Der Start des Pilotprojekts am 1. Januar 2005 ist problemlos verlaufen. Sie können feststellen, dass bei den betroffenen Ämtern kein Leistungsabbau vorgenommen wurde, sondern es im Gegenteil eine Motivationsrunde war. Die beteiligten Ämter sind die neue Aufgabe auf verschiedene Art und Weise angegangen. Unbestritten ist, dass damit auch höhere Anforderungen verbunden sind, gerade wenn es um die Einführung der Kosten-/Leistungsrechnung geht. Es tritt positiv in Erscheinung, dass die Zuger Gemeinden bei der Erarbeitung des Grobkonzepts, aber auch beim Detailkonzept sehr aktiv mitgearbeitet haben, bis auf zwei Gemeinden. Die Gemeinden beteiligen sich auch an den Kosten und kommen damit zu sehr günstigen Preisen zu einem leistungsfähigen Konzept. Sie bezahlten 40 % der Gesamtkosten, aufgeteilt auf die einzelnen Gemeinden. Die Einführung der Kosten-/Leistungsrechnung kommt termingerecht voran und sollte auf den 1. Januar des nächstens Jahres vollzogen werden können.
In ihrem Bericht hat die Kommission vier Empfehlungen abgegeben. Wir haben die erste bereits umgesetzt. Die Vorschläge zwei bis vier erachtet die Regierung grundsätzlich als sinnvoll. Wir werden sie prüfen und wenn möglich auf die nächste Leistungsauftragsperiode umsetzen.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

764 FINANZGESCHÄFTE

A. FINANZPLAN 2006-2009

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1376.1 – 11839) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1376.2 – 11855).

B. BUDGET 2006 SOWIE BUDGET 2006 DER STRAFANSTALT BOSTADEL

Es liegen vor: Gedruckter Voranschlag sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1382.1 – 11857).

Die **Vorsitzende** hält fest, dass für beide Finanzgeschäfte eine gemeinsame Eintretensdebatte geführt wird. Beide Geschäfte hängen materiell zusammen.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** hätte es lieber gesehen, wenn man die beiden Geschäfte separat behandeln würde. Es sind doch Dinge mit unterschiedlichem Charakter – das eine lang-, das andere kurzfristig.
Die erweiterte Stawiko hat den *Finanzplan 2006-2009* an ihrer Sitzung vom 28. November 2005 beraten. Der Votant verweist wie immer auf den detaillierten Bericht. Der Finanzplan 2006-09 gibt uns einen transparenten Überblick über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung des Kantons in den nächsten Jahren. Wir stellen fest, dass die verschiedenen Massnahmen, welche die Regierung in Zusammenarbeit mit dem Parlament getroffen hat, nun ihre Früchte tragen. Die Aufwandseite konnte, basierend auf den vereinbarten strategischen Wachstumsraten in den Bereichen Beiträge mit Zweckbindung und Personal unter Kontrolle gebracht werden. Unser Dank geht an die Regierung und die Verwaltung, welche unsere zum Teil harten Signale Ernst genommen und die notwendigen Anpassungen vorgenommen haben.
Es macht den Eindruck, dass wir die NFA-Belastung, die 2008 oder 2009 auf uns zukommt, mit einem Grossaufwand bewältigen können, ohne unseren Wirtschaftsplatz zu gefährden. Von «mit links zahlen», wie es in den Medien zu lesen war, kann aber keine Rede sein. Dieser Finanzplan ist und bleibt ein Arbeitsinstrument, das laufend der raschen Entwicklung angepasst werden muss. Wer die Annahmen, welche diesem Instrument zu Grunde liegen, nicht kennt, neigt zu Fehlinterpretationen. Peter Dür hat in seinem Beruf gelernt, immer genau zu schauen, was im schlechtesten Fall passieren könnte. In Bezug auf diesen Finanzplan empfiehlt er dem Rat, das Gleiche zu tun und die ganze Sache mit der nötigen Skepsis zu betrachten. Welche Variablen sind zu beachten?
– Die NFA -Belastung ist nicht definitiv festgelegt. Sie richtet sich nach dem Ressourcen-Potential unseres Kantons. Demnach besteht leider die Annahme, dass bei weiterer, aus unserer Sicht sehr erfreulicher Zuwanderung von Firmen und wachsenden Steuereinnahmen auch das Ressourcen-Potential ansteigen könnte oder müsste. Im nächsten Frühling werden die neusten Berechnungen bekannt. Der Votant hofft nur, dass es kein schlechtes Frühlingserwachsen gibt und der Finanzplan zur Makulatur wird.
– Das zweite Paket ZFA ist noch nicht abschliessend verhandelt. Relevante Verschiebungen sind auch da möglich.

– Wir befinden uns in einem akzentuierten Steuerwettbewerb mit immer mehr Kantonen und anderen internationalen Standorten. Das Zuger Modell hat langfristig nur Bestand, wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit national, vor allem aber auch international behalten können. Mit der Steuergesetzrevision müssen wir, um attraktiv zu bleiben, einen weiteren Schritt tun. Die Steuerausfälle dieses Pakets sind, sofern sie vom Parlament gutgeheissen werden, bei diesem Finanzplan noch nicht eingerechnet.
Zusammenfassend zeichnet der Finanzplan ein verhalten optimistisches Bild. Diverse zum Teil sehr relevante Variablen können in naher Zukunft Ausschläge auf die eine oder andere Seite bewirken. Entscheidend ist, dass Regierung und Parlament auf dem Pfad der Tugend bleiben. Das Prinzip der Sparsamkeit ist konsequent weiter zu verfolgen, auch wenn die Prognosen momentan etwas günstiger aussehen. Die NFA, aber auch der zunehmend intensivere Steuerwettbewerb, verlangen eine langfristig ausgelegte sehr sorgfältige Finanzpolitik.
Die erweiterte Stawiko hat das *Budget 2006* ebenfalls an der Sitzung vom 28. November 2005 beraten. Sie stellt fest:
– Das Budget wird heute in einer Art präsentiert, die uns unsere Tätigkeit wirklich vereinfacht. Die Rubrik «Das Wichtigste in Kürze» gibt einen guten Überblick, die detaillierten Begründungen zu den Budgetabweichungen über 200'000 Franken bringen Transparenz und die verschiedenen Zahlen sind so aufbereitet, dass sich im Gegensatz zu früher der Einsatz eines Taschenrechners erübrigt. Die Zeiten, da man sich mit eigenen Berechnungen profilieren konnte, sind vorbei. Es ist in der Tat – wie in der Presse bereits prognostiziert – nicht mit einer viele Stunden dauernden Budgetdebatte mit Dutzenden von Anträgen zu rechnen; überraschende Anträge liegen
aber, so hat Peter Dür gehört, auch heute drin.
– Die *Wachstumsraten* gemäss aktualisierter Finanzstrategie werden vollumfänglich eingehalten. Insbesondere sei darauf hingewiesen, dass der Personalaufwand nachgewiesenermassen die geforderten 2,5 % nicht überschreitet. Die im Budget kommentierte Steigerung von 3,4 % kommt durch ergebnisneutrale Verschiebungen aus anderen Aufwandpositionen zu Stande. Anlässlich der Sitzung der erweiterten Stawiko wurde uns zudem wiederum eine detaillierte Liste über die verschiedenen Personalkategorien in- und ausserhalb des Plafonds vorgelegt. Die Vorgaben des Parlaments, insbesondere auch im Bereich des Aushilfekontos bzw. neu der Aushilfekonten, werden eingehalten. Die *zusätzlichen Abschreibungen* in der Höhe von 41,2 Mio. werden von der erweiterten Stawiko begrüsst. Diese Massnahme gehört zu einem ganzen Paket von Vorkehrungen, um die Belastung des NFA verkraften zu können. Von einem Verstecken von Geld, wie in der Presse moniert, kann aus unserer Sicht keine Rede sein. Vorausschauende Finanzpolitik wäre das richtige Stichwort. Die *Steuererträge* wachsen weiterhin erfreulich und übersteigen die strategischen Vorgaben. Der *Eigenfinanzierungsgrad* der hohen Investitionstätigkeit ist über 100 % – was möchte man noch mehr? Da könnte man eigentlich nur noch Altbundesrat Ogi zitieren und sagen «Freude herrscht». Leider nicht ganz: Die momentan weiterhin nach oben unbegrenzte NFA mit ihrer problematischen Ressourcen-Potential-Berechnung versalzt uns die Freude ganz erheblich. Möglicherweise hat aber diese Situation auch ihr Gutes. Die Zuger bleiben ihren langjährigen und bewährten Prinzipien treu – Trägheit und Sättigungsgefühl haben bei uns, so hoffen wir, weiterhin keine Chance. Der Kunde bleibt im Mittelpunkt der Bemühungen von Verwaltung und Wirtschaft und alle bemühen sich tagtäglich, neben den guten steuerlichen Bedingungen auch die weiteren Standortfaktoren zu pflegen und zu optimieren.

Die Stawiko kommt zum Schluss, dass das vorliegende Budget unseren Vorstellungen und Vorgaben entspricht. Zum Leidwesen der Presse gibt es, wie bereits zu lesen war, heute halt vor allem viel Lob – dies entgegen dem von der Presse so geschätzten Motto: Bad news are good news. Unsere Delegationen haben aus allen Direktionen ein positives Bild gezeichnet. Ein solches Budget ist nur möglich, wenn alle Regierungsräte mit dem nötigen Engagement und Willen an die Sache gehen, um die Vorgaben des Parlaments umzusetzen. Es ist aber ebenfalls nur möglich, wenn die Regierung über ausgezeichnete Mitarbeiter verfügt. Solche überdurchschnittlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir auch in diesem Jahr in den verschiedensten Bereichen kennen gelernt. Ihnen gehört, neben dem Regierungsrat, unser Dank und unsere Wertschätzung. Einen ganz besonderen Dank möchte Peter Dür unserem Stawiko-Sekretär, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter der Finanzdirektion, Marc Strasser, aussprechen. Mit seiner top-professionellen Arbeit und seinem Engagement hat er die Stawiko und ihren Präsidenten auch in diesem Jahr wiederum hervorragend unterstützt.
Gestützt auf unseren Bericht und meine Ausführungen beantragt der Votant im Namen der erweiterte Stawiko:

- auf das Budget 2006 einzutreten und ihm zuzustimmen,
- das Budget 206 der interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen,
- den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2006 unverändert auf 82 % der Einheitssätze zu belassen.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass die Regierung mit dem Budget 2006 die von einer Mehrheit des Kantonsrats mitgetragenen Wachstumsvorgaben erneut einhält. Das ist eine beachtliche Leistung. Noch wichtiger aber ist, dass der Kanton langfristig seine Aufgaben erfüllen kann und dafür genügend Mittel zur Verfügung hat. In diesem Zusammenhang begrüsst die AF, wie auch die Stawiko, dass beim Personal bei den Aushilfen ein neues Separatkonto «Ausbildungsplätze» ausgeschieden wurde, und dies nicht der Personalplafonierung unterstellt ist. So ist die Regierung flexibler bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen und die AF hofft natürlich, dass der Kanton vermehrt jungen Menschen eine Ausbildung ermöglicht.
Im Bericht schreibt die Regierung, dass Zug einen «ungebremsten Zustrom von natürlichen und juristischen Personen verzeichnet». Die AF erkennt eine Diskrepanz zwischen diesem ungebremsten und von den meisten im Ratssaal gewollten Firmen- und Personenzustrom einerseits und der strikten «Wachstumshemmung» bei Personal und Beiträgen mit Zweckbindung andererseits. Nicht dass die AF dieses Wachsen a priori begrüsst. Aber wenn schon darf nicht am falschen Ort gespart werden. Es braucht Investitionen in Schulen, Mobilität, Familienattraktivität, Umwelt oder effektive Verwaltung, damit Zug lebenswert und attraktiv bleibt. Und so lädt der Votant die Regierung ein zu überprüfen, ob diese strategischen Vorgaben im Rahmen des nächsten Finanzplans und des nächsten Budgets nicht nach oben korrigiert werden müssten. Die Steuererträge wachsen gegenüber dem Budget 2005 um 8,6 % und gegenüber der Rechnung 2004 immer noch um 6,9 %. Das ist beachtlich, liegt aber nicht nur an der vorsichtigen Budgetierung für 2005, sondern zeigt, wie attraktiv Zug noch immer für natürliche Personen – vor allem aber für Firmen – ist. Auch darum halten die Alternativen eine präventive Steuersenkung für Holdings und Aktionäre, wie dies die Steuergesetz-Revision vorsieht, für finanzpolitisch unnötig. So verzichten wir auf sinnvolle Einkünfte. Interessant ist ja, dass der Finanzplan 2006-2009 diese Steuersenkungen gar nicht einberechnet. Und siehe da, trotzdem floriert Zug.

Laut regierungsrätlichem Finanzplan kann Zug der NFA-Belastung relativ gelassen entgegen blicken. Es stellt sich die Frage, ob einigen Sparpolitikern das Schwarzmalen mit dem NFA-Pinsel nicht geradezu recht kam, weil sie so ihr Ziel der Staatsaushöhlung leichter erreichen. Und konkret ist das Zuger Mini-Sparpaket 2005 auf Kosten von Jugendsport, Lehrlingsbildung, Stipendien und Denkmalschutz mittelfristig wieder zurückzunehmen. Dennoch ist Stefan Gisler mit der erweiterten Stawiko einig, dass es Zusatzanstrengungen zur Bewältigung der NFA braucht. Und ja, auch die AF strebt langfristig einen gesunden Finanzhaushalt an. Die Frage lautet: Braucht es Anstrengungen allein auf der Ausgaben- oder auch auf der Einnahmeseite? Unsere Haltung ist klar. Es darf zu keinen Mehrbelastungen der Bevölkerungsmehrheit kommen – weder durch Leistungskürzungen beim Service public noch durch eine massive Erhöhung von Wohn- und Lebenskosten, die eine automatische Folge immer tieferer Steuern ist. Insbesondere darf die Zuger Finanz- und Aufgabenreform ZFA in den Gemeinden nicht als Sparpaket missbraucht werden. Wir laden die Regierung darum ein, den Finanzplan dahingehend zu überdenken, dass künftig verstärkt gerade die Firmen und Personen Steuern zahlen, die uns ein hohes Ressourcenpotenzial und somit eine hohe NFA-Rechnung bescheren. Denn Steuersenkungen für diese wären gegenüber der Bevölkerungsmehrheit ungerecht. In Zug und überhaupt in der ganzen Schweiz soll künftig das verfassungsrechtliche Prinzip, dass jeder auf Grund seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert wird, gestärkt und nicht geschwächt werden. Lassen Sie uns nicht obwaldnern!
Die AF nimmt den Finanzplan zur Kenntnis und heisst die Anträge der Regierung auf Eintreten und Genehmigung des Staatsvoranschlags sowie des Budgets 2006 der Strafanstalt Bostadel gut. Ebenso stimmen wir dem Belassen des Steuerfusses auf 82 % zu.

Martin B. **Lehmann** weist darauf hin, dass weder das Budget noch der Finanzplan im Vorfeld grosse Wellen geworfen haben. Dies überrascht kaum, gehen doch die Steuereinnahmen wieder wie ein warmer Goldregen auf den Kanton Zug nieder und gleichzeitig ist der Voranschlag von exemplarischem Kostenbewusstsein geprägt, was auch die finanzpolitischen Hardliner in vorweihnachtlichem Geiste besänftigt haben dürfte. Im Hinblick auf die grossen finanzpolitischen Herausforderungen in den kommenden Jahren steht diese Budgetberatung aber eher unter dem Motto «Ruhe vor dem grossen Sturm». Auf den zweiten Blick hin fällt nämlich auf, dass das Zahlenmaterial mit Vorsicht zu geniessen ist. Nicht nur, dass der für 2006 budgetierte Ertragsüberschuss mit Abschreibungen auf Vorrat von 44,5 Mio. künstlich auf knapp über 3 Mio. Franken reduziert wird. Bereits in vier Monaten liegen aktualisierte Zahlen zur NFA-Mehrbelastung vor und es ist wohl wenig realistisch, davon auszugehen, dass es bei den budgetierten 120 Mio. Franken bleibt. Zusätzlich fehlen im Finanzplan jegliche Auswirkungen der anstehenden Steuergesetzrevision, welche – allein mit dem ersten Paket – schlimmstenfalls schon ein Loch von 30 Mio. Franken bei Kanton und den Gemeinden aufreissen wird.
Es ist zu befürchten, dass durch den Druck der 15 sich in Revision befindlichen kantonalen Steuergesetze – allen voran der fatale Paradigma-Wechsel in Obwalden – den Regierungsrat unweigerlich zu noch substanzielleren Anträgen auf Steuererleichterungen im Rahmen des zweiten Pakets verleitet wird. Wir möchten bei dieser Gelegenheit die Regierung aber an ihre besondere Verantwortung erinnern, welche der Kanton Zug als einer der ursprünglichen Hauptinitiatoren des Steuerwettbewerbs in der Schweiz trägt. Wir nehmen sie gleichzeitig beim Wort, dass es im Kanton Zug keine degressiven Steuersätze geben wird und appellieren ausdrücklich an den

Finanzdirektor, sich in der FDK dafür einzusetzen, damit es bei diesem Thema nicht zu einem eigentlichen und unumkehrbaren Dammbruch in der Schweiz kommt. Ebenfalls sehen wir aber mit Sorge, dass sich die Schere bei den Steuerfüssen auch innerhalb unseres Kantons weiter auftut und die finanzschwächste Gemeinde mittlerweile bereits 26 Prozentpunkte hinter der steuergünstigsten liegt.
Des Weiteren erkennt die SP-Fraktion durchaus den Sinn und die Nützlichkeit der strategischen Vorgaben der regierungsrätlichen Finanzstrategie. Wir können aber nicht nachvollziehen, dass bei budgetierten Mehreinnahmen an Steuern von annähernd 9 % das bereits abgeschwächte Wachstum bei den gebundenen Ausgaben und dem Personal noch weiter eingeschränkt werden soll. Es grenzt schon an Zynismus, wenn wir bei der Dividendenbesteuerung locker auf 10 Mio. Franken verzichten können, gleichzeitig aber wenig nachhaltige und kurzfristig angelegte Sparübungen im Umfang von einigen 10'000 Franken auf dem Buckel von wenig Verdienenden durchführen. Die Partei des Votanten wird sich nächstes Jahr massgeblich dafür einsetzen, diesen Anliegen den notwendigen Nachdruck zu verleihen.
Die SP-Fraktion beantragt einstimmig Eintreten auf das Budget 2006 und Kenntnisnahme des Finanzplans 06-09.

Felix **Häcki** hält fest, dass die SVP-Fraktion mit Befriedigung vom Finanzplan 2006-2009 und vom Staatsvoranschlag 2006 Kenntnis genommen hat und dem Regierungsrat und seinen Mitarbeitern die gute Arbeit bestens verdanken möchte. Ein besonderer Dank geht dabei an den Finanzdirektor, dessen Handschrift seit seinem Eintritt in den Regierungsrat positiv erkennbar ist.
Wir sind einverstanden mit den Anträgen des Regierungsrats. Trotzdem gibt es natürlich Details im Voranschlag, die zu Diskussionen Anlass gegeben haben. Die Bemerkungen können als Anregungen für den Regierungsrat verstanden werden. 120'000 Franken für die Ständeratspräsidentenfeier dünkt uns ein sehr hohes Budget. Ginge es nicht auch bescheidener? – Das Kostenbewusstsein der Abteilungsleiter sollte an verschiedenen Orten geschärft werden. Das Wissen darum, dass die Weiterbelastungen von internen Diensten, z.B. IT, auf der Basis der Bestellungen der betroffenen Abteilungen basieren und zwar sowohl bei Dienstleistungen als auch bei Investitionen, sollte klar in den Köpfen verankert sein. Es irritiert, wenn einige Betroffene immer noch der Ansicht sind, interne Belastungen seien einfach gottgegeben und unbeeinflussbar. Wenn dieser Missstand behoben ist, werden wahrscheinlich auch die IT-Kostensteigerungen auf ein erträgliches Mass zurückkommen. Es gibt auch immer noch Stellen – vor allem jedoch bei Organisationen, die im Leistungsauftrag des Staats Leistungen erbringen –, die schlicht und einfach immer noch zu luxuriöse Publikationen herausgeben und breit verteilen. Ein Grossteil davon wird wahrscheinlich nie wirklich gelesen. Auch beim Votanten wandert einiges direkt in das Altpapier.
Das Kostenniveau bei der pädagogischen Hochschule gibt keinen Anlass zu Freudensprüngen. Man könnte sich fragen, ob der Aktivismus, der dort herrscht, wirklich immer sinnvoll ist und ob man sich nicht vorerst besser organisieren sollte. Zudem dürfte die Frage erlaubt sein, ob nicht teilweise am langfristigen Lehrerbedarf vorbei ausgebildet wird. – Beim Regionalverkehr sehen wir vor allem eine Konsolidierung und nur noch wenige sinnvolle Ergänzungen, als Beispiel sei eine Kreuzungsstelle zwischen Oberwil und Walchwil erwähnt. Natürlich ist der Hunger des Anbieters des öffentlichen Verkehrs noch gross, aber nur um morgens und abends den Pendlern mehr Komfort auf den öffentlichen Verkehrsmitteln zu bieten, müssen nicht Dutzende von Millionen ausgegeben werden. Ausserhalb der Stosszeiten fahren viele öffentli-

che Verkehrsmittel fast leer herum. Der gesamte öffentliche Verkehr hat, trotz der Ausgabe von 70 Mio. an Investitionen und erhöhte Beiträge an die laufenden Kosten, nicht spektakulär zugenommen. Natürlich sehen die Zahlen bei der Stadtbahn gut aus, weil sie ja von einem sehr tiefen Niveau aus gestartet ist, aber es hat eben auch viele Verlagerungen vom Bus, der trotzdem noch fährt, auf die Bahn gegeben. Über alles gesehen, dürfte der öffentliche Verkehr nicht viel mehr als die Bevölkerungszahlen gestiegen sein. Wir sind jedenfalls gespannt auf aussagekräftige Zahlenanalysen, die es bis heute nicht gibt. Wir fragen uns auch, wie der Verkehr auf den bestehenden Geleisen zwischen Cham, Zug und Baar noch gesteigert werden kann, woher die Kapazitäten kommen sollen, wenn ja z.B. auch noch dem Viertelstundentakt für die Strecke Luzern-Zürich das Wort geredet wird. Aus unserer Sicht müssen jetzt prioritär die Verkehrsprobleme auf den wichtigsten Verbindungsstrassen, etwa Oberägeri-Zug oder Zug-Baar, d.h. die Autobahnzufahrten, realisiert werden. Dazu kommt der 6-Spur-Ausbau der Autobahn Cham-Rotkreuz.
Man kann sich bei aller Pietät auch fragen, ob die 700'000 Franken für die Sicherung der Tobelbrücken, die noch als Nachtrag zum Budget kommen, der Weisheit letzter Schluss sind, und was der Unterhalt der Glaswände noch zusätzlich kosten wird. – Dass für Verkehrskadetten rund 472'000 Franken ausgegeben werden soll, ist zwar schön für die Kadetten, aber wir sind der Meinung, dass die Kosten für spezielle Anlässe vermehrt den Veranstaltern angelastet werden sollten. – Bei der Strafanstalt gibt uns der Kommentar zu Kostensteigerungen wie «durchschnittliche Belegung höher als im Vorjahr» oder «mehr Vollzugsinsassen Kanton Zug» zu denken. Wir fragen uns, ob nicht in der Prävention mehr gemacht werden müsste, was nicht zuletzt vielleicht durch das Verschieben von Prioritäten teilweise erreicht werden könnte. – Die Fortschritte bei den Pragma-Ämtern werden begrüsst. Wir wünschen jedoch, dass nächstes Jahr zum Teil heute noch teilweise schwammige Indikatoren und Zielgrössen durch griffigere, aussagekräftigere Zielgrössen ersetzt werden. Es gibt jedoch auch sehr vorbildliche, klare Beispiele. – Der Bostadel hat zu keinen Kommentaren Anlass gegeben.
Abschliessend möchte Felix Häcki nochmals betonen, dass wir für Eintreten auf den Staatsvoranschlag sind und ihm auch zustimmen werden, wie auch dem Budget des Bostadels und dem Antrag der Regierung zur Steuerfussfestlegung für 2006.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion dem Regierungsrat für seine heute so verlässliche Arbeit dankt. Der Finanzplan zeigt ein gutes Bild. Glauben wir aber nicht, dass damit die Finanzierung der NFA zum Kinderspiel würde. Der Finanzplan arbeitet mit Unbekannten, die sich auch zu Ungunsten unseres Kantons verschieben können. Der Finanzplan rechnet mit einer zusätzlichen Zahlung an den Bund in der Höhe von 120 Mio. Es ist aber damit zu rechnen, dass der Ressourcenindex sich weiter erhöht und die Zahlung 140 oder 160 Mio. Franken betragen könnte. Auch bei der Wachstumsrate geht der Regierungsrat aus heutiger Sicht wohl von einer realistischen Prognose aus. Diese kann sich aber, wie wir bereits im vorletzten Jahr schmerzlich erleben mussten, auch als zu optimistisch erweisen. Kurz und gut, die Herausforderungen für unseren Kanton werden nicht abnehmen. Die FDP-Fraktion ist mit dem dargestellten Finanzplan, der sich heute auch sehr übersichtlich präsentiert, einverstanden. Es wird aber nicht leicht sein, diese Ziele zu erreichen.
Die Votantin möchte noch auf zwei Punkte hinweisen. Immer wieder hören wir von linker Seite, wir würden uns zu Tode sparen. Sie können S. 7 des Berichts entnehmen, dass gerade das hohe Wachstum im Jahr 2008 nicht nur aus den Mehrbelastungen der NFA resultiert, sondern auch die Kosten des Regionalverkehrs, die Kan-

tonsbeiträge an Sozialversicherungen, die Prämienverbilligung für die Krankenversicherung sowie der Leistungseinkauf KVG für Grundversicherte zunehmen. Es handelt sich also samt und sonders um Kostensteigerungen im Sozialbereich. Was schliesslich die Schwerpunktgeschäfte betrifft, haben wir in der FDP darüber diskutiert, was mit dem Beurkundungsgesetz geschieht. Wir haben zwischenzeitlich aber über das Büro erfahren, dass dieses Geschäft nicht vergessen geht, und wir freuen uns, es im nächsten Jahr zu beraten.
Zum Budget. Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sehr viel dazu beitragen, dass die Finanzziele eingehalten und das Kostenwachstum beschränkt wird. Damit zeigt die Regierung, dass ihr ein langfristig gesunder Kanton am Herzen liegt und sie gewillt ist, die in den letzten Jahren gehörte Kritik auch umzusetzen. Die FDP-Fraktion weist aber einmal mehr darauf hin, dass im Kanton insgesamt 1794,9 Stellen vorhanden sind. Davon unterliegen 930, also etwas mehr als die Hälfte, dem Stellenplafonds. Dies bedeutet nichts anderes, als dass praktisch die Hälfte der Anzahl Stellen vom Stellenplafond nicht erfasst werden. Die Stawiko erklärt in ihrem Bericht zu Recht, dass auf diese Stellen, die heute klar, übersichtlich und detailliert dargestellt werden, ein besonderes Augenmerk zu richten ist. Das Kostenwachstum wird auch in Zukunft nur dann im Griff behalten werden können, wenn nicht nur der Stellenplafond im Auge behalten wird, sondern der Gesamtaufwand.
Die FDP stimmt der Erhöhung des Budgets um insgesamt 140'000 Franken zwecks Evaluation der Schulhausplanung auf kantonaler Ebene ausdrücklich zu. Sie stimmt auch der zur Verfügung gestellten Beförderungssumme sowie der für den Ausgleich der Teuerung reservierten Summe zu, erlaubt sich dazu aber folgende Bemerkung. Wir erachten es – dies hat sie bereits mehrmals ausgeführt – als nicht mehr zeitgemäss, von einem Teuerungsausgleich zu sprechen. Das Einkommen eines Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin des Kantons Zug besteht nicht aus einem Lohn und einem Teuerungsausgleich. Das Gehalt stellt eine einheitliche Grösse dar, das im Rahmen des Budgets ganzheitlich festgelegt wird. Wir sollten das in Zukunft noch mehr beachten.
Die FDP-Fraktion wird darauf verzichten, einen Antrag zu stellen im Zusammenhang mit der Erhöhung des Kredits zur Sicherung der beiden Lorzentobelbrücken. Dies hat der Druck, der heute Morgen auf die Votantin ausgeübt worden ist, verlangt. Sie möchte dazu aber Folgendes bemerken. Der Kantonsrat darf und muss sich auch zu schwierigen Themen äussern. Es ist unser Recht zu erfahren, weshalb wie, wo und in welcher Höhe Geld ausgegeben wird. in diesem Kanton. Andrea Hodel stellt hier keinen Antrag, aber mit dem Vorgehen und dem Umstand, dass man ihr heute Morgen gesagt hat, sie habe die Verantwortung zu tragen, wenn sie den Antrag stelle und etwas passieren würde, kann sie nicht leben.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass die Finanzstrategie des Regierungsrats vom November 2003 zweifellos Wirkung zeigt. Die wichtigen darin enthaltenen Eckdaten wurden eingehalten. Darüber hinaus hat sie aber auch ein Umdenken eingeleitet. Der Blick für finanzielle Zusammenhänge wurde geschärft. Regierung und Verwaltung sind sich viel intensiver bewusst, welche finanziellen Konsequenzen ihr Tun und Lassen hat. Als positiver Nebeneffekt ist darüber hinaus die modernisierte Berichterstattung zu Finanzplan und Budget zu erwähnen. Wir können heute darum von der Regierung ein relativ problemloses und gut erarbeitetes Budget entgegen nehmen. Es wird wohl wenige Diskussionen auslösen. Dafür möchte der Votant der Regie-

rung, der Verwaltung und vor allem auch den Mitarbeitenden auf der Finanzdirektion herzlich danken.
Der Finanzplan zeigt für unseren Kanton ein erfreuliches Bild. Die grosse Unbekannte bleibt – wie schon mehrmals gesagt – die Höhe und der Einführungszeitpunkt der NFA. Gregor Kupper hat Verständnis dafür, dass der Finanzdirektor sich hier auf die bekannten Zahlen gestützt und nicht irgendwelche Thesen aufgestellt hat. Das darf uns aber nicht dazu verleiten, nun zurückzulehnen und zu denken, es sei ja alles gut. Denn wir wissen bestimmt: Wenn unser Kanton gut dasteht, wird sich auch die Belastung der NFA entsprechend erhöhen. Zu beachten ist aber auch, dass die Gesetzesrevisionen nicht im Finanzplan berücksichtigt sind. Martin Lehmann hat uns über die Auswirkungen der Steuergesetzrevisionen aufgeklärt. Wir haben aber auch das Finanzhaushaltsgesetz und dort werden sich wohl Abschreibungen verändern. Der Finanzdirektor hat uns an der Stawiko-Sitzung allerdings versichert, dass das nicht zu gravierenden Änderungen oder Korrekturen im Finanzplan führen sollte. Die CVP nimmt den Finanzplan in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.
Zum Budget. Im Personalbereich wurde endlich die erforderliche Klarheit geschaffen. Die Finanzdirektion stellt der Stawiko heute periodisch Unterlagen zur Verfügung, die es erlauben, die Einhaltung der Personalplafonierung sowie die Entwicklung bei den Aushilfen genau zu verfolgen. Hier sind wir einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen. Das Sorgenkind des Votanten im Rahmen des Budgets bleibt die PHZ. Er fragt sich oft, ob hier wir uns mit der Teilschule Zug nicht etwas gar viel Luxus leisten. Damit wir die Kosten im Griff haben, ist der Teilschule Zug schnellstmöglich ein Leistungsauftrag zu erteilen. Das zweite Problem sieht Gregor Kupper aber im Angebot der PHZ generell und in der Verantwortung den jungen Auszubildenden gegenüber. Wenn er von Vreni Wicky hört, dass sie für eine ausgeschriebene Kindergarten-Stelle gegen 300 Bewerbungen erhält oder für eine Primarlehrstelle weit über 100, fragt er sich schon, ob wir mit der intensiven Bewerbung dieser Ausbildung den jungen Leuten nicht falsche Hoffnungen machen. Fehlt hier vielleicht eine längerfristige Bedarfsplanung?
Erfreulich ist, dass das voraussichtliche Ergebnis 2006 erlaubt, zusätzliche Abschreibungen in der Grössenordnung von 41 Mio. zu tätigen. Damit kann die künftige Belastung der Laufenden Rechnung durch Abschreibungen etwas gemildert werden. Wir sehen auch da: Unsere Finanzdirektion denkt langfristig. – Die Beurteilung des Budgets 2006 ist in unserer Fraktion positiv ausgefallen. Die CVP-Fraktion empfiehlt dem Rat, auf die Budgetvorlage einzutreten und den Anträgen der Regierung zuzustimmen.

Bruno **Pezzatti** möchte bei aller Anerkennung der von allen Fraktionen gelobten verstärkten Ausgabendisziplin der Regierung bzw. der einzelnen Direktionen daran erinnern, dass die erfolgreiche Reduktion des Ausgabenwachstums – wie es der Präsident der Stawiko bescheiden angedeutet hat – nicht von selbst gekommen ist, sondern von der erweiterten Stawiko ausdrücklich verlangt und initiiert worden ist. Im Besonderen ist darauf hinzuweisen, dass die ursprüngliche Finanzstrategie der Regierung von einer jährlichen Steigerungsrate beim Personalaufwand von + 4,5 % und bei den Sachausgaben von + 4 % ausgegangen ist. Die in einem zweiten Anlauf reduzierten Wachstumsraten auf max. + 2,5 % beim Personalaufwand bzw. auf max. + 3 % beim Sachaufwand widerspiegeln einerseits die straffe Haltung der Stawiko, andrerseits aber auch den jetzt umgesetzten Willen der Regierung, die Aufwandseite tatsächlich in den Griff zu bekommen. Der Votant dankt dem Regierungsrat auch nachträglich nochmals für das damalige Einsehen und die seither vollzogene

Kurskorrektur. Heute können wir feststellen, dass die verbesserte Ausgabendisziplin zwar zu gewissen punktuellen, in einzelnen Fällen zwar schmerzhaften Sparmassnahmen geführt hat, auf jeden Fall aber zu keinem nennenswerten Leistungsabbau, der nicht zu verantworten wäre.
Welche Erkenntnisse und Lehren können wir daraus ziehen? Der Staat bzw. öffentliche Verwaltungen neigen, nicht nur im Kanton Zug, sondern ganz allgemein und in der Tendenz dazu, bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben Organisations- und Administrationsarbeiten ständig zu perfektionieren. Es ist eine der wichtigsten und vornehmsten Aufgaben unseres Parlaments, diese Entwicklungen aufmerksam und kritisch zu verfolgen und nötigenfalls korrigierend einzugreifen mit dem Ziel, wo immer möglich das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen. In diesem Sinne sind wir weiterhin dazu aufgerufen, auf der Hut zu bleiben, mit den Steuergeldern sehr haushälterisch umzugehen, dem Kanton so wenig wie möglich neue Aufgaben aufzubürden und allfällige vom Regierungsrat vorgelegte unnötige Gesetzesvorlagen – Stichwort Archivgesetz – in Zukunft noch mehr zu hinterfragen und konsequent abzulehnen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte zu Beginn danken für die positive Stellungnahme zu Finanzplan und Budget. Er gibt das auch gerne weiter an seine Regierungsratskollegen und die Leute in der Verwaltung. Solche Rückmeldungen sind ja auch Motivation, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Er möchte einige Punkte herausheben, vor allem die NFA-Finanzierung, welche ja immer wieder erwähnt wird. Ein Zeitungsartikel gipfelte gar in der Schlagzeile «Zug zahlt NFA mit links». Dazu muss der Votant die vorherigen Voten unterstützen: Es ist nicht so. Damit wir den NFA zahlen können, braucht es sehr viele Massnahmen, die wir eingeleitet haben. Der Finanzdirektor geht noch weiter und sagt heute: Die guten Zahlen, die das Budget ohne die zusätzlichen Abschreibungen zeigen würde und die der Finanzplan zeigt, sind unbedingt notwendig. Wir brauchen diese gute Zahlen und diese Einnahmen, sonst könnten wir ja im viel stärker gewordenen Steuerwettbewerb nicht mehr mithalten. Wir haben ursprünglich immer gesagt: Für die Finanzierung des NFA müssen wir mit einer Steuererhöhung rechnen. Wenn Sie aber sehen, was heute abgeht, wenn über 15 Kantone Steuergesetzrevisionen machen und in gewissen Bereichen unsere Steuerbelastung fast um die Hälfte unterschreiten, brauchen wir doch in Zukunft auch Handlungsspielraum. Nicht dass Peter Hegglin sagen will: Wir ziehen da überall nach. Aber wir müssen in gewissen Punkten darauf reagieren können. Und wenn man sagt, wir hätten viele vermögende Personen und Firmen und man könnte da doch einfach die Steuern erhöhen, um zusätzliche Erträge zu generieren, so ist das eine statische Betrachtung. Daneben gibt es auch eine dynamische Sichtweise. Statisch betrachtet mag das aufgehen, die Leute zahlen vielleicht momentan mehr Steuern. Aber die werden sich umschauen, ob es an anderen Orten günstigere Bedingungen gibt. Deshalb muss man bei allen Anpassungen die dynamische Betrachtung berücksichtigt werden. Es ist richtig, dass wir die Steuergesetzrevision im Finanzplan nicht berücksichtigt haben. Das haben wir bewusst so gemacht, weil ja der Beschluss des Kantonsrats noch aussteht. Und dann ist ja schon sehr frühzeitig ein Referendum angekündigt worden. Deshalb wäre es falsch gewesen, diese Zahlen alle in den Finanzplan aufzunehmen.
Es wurde mehrfach gesagt, man solle die Vorgaben im nächsten Finanzplan anpassen und hinterfragen, ob sie richtig sind. Aber der Finanzplan setzt ja keine Vorgaben, sondern zeigt die erwartete Entwicklung an. Angepasst werden müsste allenfalls die Finanz*strategie* und die Vorgaben müssten dort korrigiert werden. Die aktu-

elle Strategie dauert ja bis ins Jahr 2010 und wir haben uns vorgenommen, die aktualisierte Finanzstrategie wiederum zu aktualisieren, und zwar in naher Zukunft. Peter Hegglin möchte aber doch auch festhalten, dass die Vorgaben in der Finanzstrategie bis heute nicht zu einer Aushöhlung der Leistungen oder der Qualität der öffentlichen Arbeit geführt haben, sondern eigentlich gut angenommen werden. Wir werden wahrscheinlich auch in Zukunft die Strategie etwa in diesen Höhen halten können.
Zur Lohnsumme und dem Votum von Andrea Hodel, für die das Gehalt nicht aus den Stufen und den Klassen der Teuerung besteht, sondern aus einer Summe. Dazu muss gesagt werden, dass unser Gesetz das vorschreibt. Wir sind gehalten, es so zu machen. Sonst müssten wir das Gesetz anpassen. Irgendeinmal wird das sicher aktuell sein, aber momentan ist die Situation anders.
Zu den ordentlichen Abschreibungen und den Auswirkungen der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes. Es ist richtig, dass es dort andere Abschreibungssätze gibt. Da basiert natürlich vor allem darauf, dass wir die Nutzungsdauer bei der Abschreibungsdauer gleich halten wollen. Das ist richtig und konsequent.
Zu den Kosten der Ständeratspräsidentenfeier. Das ist keine Summe, welche die Regierung sich aus den Fingern gesogen hat, sondern wir hatten ja erst kürzlich eine Nationalratspräsidentenfeier, und dort hat man gesehen, was für ein Aufwand entsteht. Die Zahlen sind entsprechend den Kosten, welche dort angefallen sind.

EINTRETEN ist unbestritten.

A. FINANZPLAN 2006-2009

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat nimmt Kenntnis vom Finanzplan.

B. BUDGET 2006 SOWIE BUDGET 2006 DER INTERKANTONALEN STRAFANSTALT BOSTADEL

DETAILBERATUNG

Direktion für Bildung und Kultur

Martin **Stuber** bezieht sich auf S. 91, Kto. 1790.36559. Der Votant muss vielleicht zur Ergänzung noch sagen, dass unter diesem Posten «Beitrag an kulturelle Institutionen» etwas über 400'000 Franken an das Kunsthaus Zug gehen. Das ist eine Erhöhung von 100'000 Franken. Die administrative Führung und der Umgang mit dem Personal im Kunsthaus haben zu reden gegeben. Eine ganze Reihe von ehemaligen Angestellten hat diesbezüglich schwerwiegende Vorwürfe erhoben. Die AF ist zurzeit daran, den dadurch aufgeworfenen Fragen nachzugehen. Ohne vorgreifen zu wollen, möchten wir grundsätzlich Folgendes festhalten: Wie Sie wissen, wird das Kunsthaus mehrheitlich von der Öffentlichen Hand finanziert. Die Stadt Zug und der Kanton kommen zusammen für fas zwei Drittel des Budgets des Kunsthauses auf. Wir sind

deshalb der Meinung, dass dementsprechend die Öffentliche Hand in der Pflicht steht, für eine gute Behandlung des Personals und gute Arbeitsbedingungen besorgt zu sein. Diese Frage soll aber nicht direkt mit der Erhöhung des Beitrags an das Kunsthaus verknüpft werden. Dieser Erhöhung stimmt die AF einstimmig zu.

Matthias **Michel** beantragt nach der heutigen Debatte zu den Machbarkeitsstudien im Namen des Regierungsrats, bei Kto. 1700.31899 auf S. 75, «übrige Honorare und Dienstleistungen Dritter», zu den budgetierten 110'000 zusätzlich 140'000 Franken aufzunehmen. Das ergibt dann eine neue Budgetposition von 250'000 Franken. Wie schon gesagt: Die Gesamtkosten für die Machbarkeitsstudien sind 240'000. 100'000 davon sind bereits reserviert im Budget der Baudirektion. Daran ändern wir nichts. Die zusätzlich benötigten 140'000 Franken kommen auf dieses Kto. 1700.31899. Sinngemäss haben Sie dem bereits zugestimmt, aber der Bildungsdirektor möchte das auch noch formell beantragen.

➔ Der Rat ist mit der Erhöhung der Budgetposition auf 250'000 Franken bei Kto. 1700.31899 einverstanden.

Baudirektion

Frau Landammann Brigitte **Profos** äussert sich zum Hinweis im Bericht der erweiterten Stawiko, S. 11, betreffend Unterhaltsmassnahmen im Staatsarchiv. Im Budget betrifft dies S. 119, Kto. 3062.31410, in den detaillierten Begründungen S. 45. Diverse Stellen der kantonalen Verwaltung sind wegen ungenügender Kapazität ihrer Vorarchive darauf angewiesen, ihre Unterlagen zu früh – das heisst vor Ablauf der administrativen Aufbewahrungsfristen – an das Staatsarchiv abliefern zu können. Diese Ablieferungen enthalten Unterlagen, die aus der Sicht des Staatsarchivs nicht archivwürdig sind und deshalb nach Ablauf der erwähnten Fristen vernichtet werden. In der Fachsprache bezeichnet man solche vorläufigen Übernahmen als «Zwischenarchiv». Im wertvollen Kulturgüterschutzraum des Staatsarchivs lagern zurzeit einige Hundert Laufmeter solcher Unterlagen, die nicht für die Endarchivierung vorgesehen sind. Zur Entlastung sowohl der Vorarchive der kantonalen Verwaltung wie auch des Kulturgüterschutzraums des Staatsarchivs wurde im März 2003 die Einrichtung eines eigentlichen Zwischenarchivraum mit einer Fläche von rund 100 m^2 beantragt. Das Archivgesetz hingegen wurde im Jahr 2004 verabschiedet. Es besteht somit kein Kausalzusammenhang zwischen dem Archivgesetz und der Einrichtung eines Zwischenarchivraums.

Peter **Dür** dankt der Regierung für die Stellungnahme zur Bemerkung im Stawiko-Bericht. Seit das Archivgesetz gegen den Rat der Stawiko im Rat äusserst knapp angenommen wurde, steht die Tätigkeit des Staatsarchivs auf der internen Beobachtungsliste der Stawiko. Ein Sprichwort sagt: Wo Rauch ist, ist auch Feuer. Und der Verdacht bleibt trotz der Stellungnahme weiterhin, dass die Umsetzung des Archivgesetzes nicht kostenneutral ist und die von der Stawiko damals prognostizierten indirekten Kostenfolgen auftreten oder bereits aufgetreten sind. Weshalb kommen wir dazu?

Es ist bereits bekannt, dass das Staatsarchiv seine Tätigkeit ausgeweitet hat und neu in zunehmendem Mass mit öffentlichen Anstalten und vom Kanton beherrschten Gesellschaften, z.B. dem Kantonsspital, Kontakt aufnimmt und diese Betriebe intensiv durchleuchtet. Auch innerhalb der Verwaltung wurden die entsprechenden Aktivitäten intensiviert. Die Stawiko fragt sich schon, mit welchem Personal solche Zusatzaktivitäten möglich sind. Haben wir dem Staatsarchiv schlicht und einfach zuviel Personal zugestanden, so dass es heute problemlos die Möglichkeit hat, auf eine Art Akquisitionstour zu gehen und sich mit neuen, von uns gar nicht vorgesehenen Aktivitäten einzudecken?
Unsere Delegation in der Baudirektion ist auf Grund der dort bezüglich Archivausbau gemachten Äusserungen zum Schluss gekommen, dass mindestens ein Teil der Ausbauten zu Gunsten des Staatsarchivs (man spricht von 97'000 Franken) in Zusammenhang mit dem Archivgesetz gebracht werden könnten. Nun wird behauptet, dass dies nur für die Zwischenarchivierung notwendig sei. Der Votant weiss seit gestern, dass das Staatsarchiv beabsichtigt, auch grössere Mengen von Patientenakten des Zuger Kantonsspitals zu sichten und einzulagern. Bisher war es so, dass stationäre Krankengeschichten nach 15 Jahren und ambulante Krankengeschichten nach 10 Jahren vernichtet wurden. Anfangs 2006 müssen nun erstmals sämtliche stationären Krankenakten des Jahres 1990 und sämtliche ambulanten Krankenakten des Jahres 1995 vom Zuger Kantonsspital ans Staatsarchiv abgeliefert werden. Dort sollen diese Akten gesichtet werden und ca. 25 % des Volumens werden eingelagert. Alle fünf Jahre soll sich dieses Vorgehen wiederholen. Nur schon aus Datenschutzgründen ist dieses Vorgehen wohl eher grenzwertig. Peter Dür möchte aber betonen: Diese Tätigkeit ist absolut neu und basiert ohne jeden Zweifel auf dem neuen Archivgesetz. Die Tätigkeit benötigt Personal und selbstverständlich auch Lagerraum. Er stellt deshalb der Regierung nochmals die Frage, ob sie immer noch zur Aussage steht, dass das Archivgesetz keine Kostenfolgen hat und die zusätzlichen Archive überhaupt keinen Zusammenhang mit dem Archivgesetz haben? Die Stawiko bleibt am Ball und wird die Entwicklung zu diesem Thema mit Sicherheit sehr genau anschauen. Selbstverständlich würden wir uns freuen, wenn sich unser Verdacht als nichtig erweist.

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass die Stellungnahme von Frau Landammann zur Kritik der Stawiko bzw. des Berichts des Staatsarchivars so nicht stehen gelassen werden kann. Als Mitglied der Stawiko-Delegation Baudirektion war er auch mit der Prüfung des Budgets 2006 im Bereiche des baulichen Unterhalts in den Verwaltungsgebäuden 1 und 2 an der Aabachstrasse beauftragt. Dabei sind ihm die überdurchschnittlich hohen Kosten im Zusammenhang mit der Archivierung von Unterlagen aufgefallen. Allein in diesen beiden Verwaltungsgebäuden sollen für diesen Zweck im 2006 ergänzende bzw. zusätzliche bauliche Arbeiten im Gesamtbetrag von 297'000 Franken vorgenommen werden. Von der Baudirektion wurde ihm nachträglich mitgeteilt, dass nur die Kosten von 97'000 Franken für das neue Zwischenarchiv in Zusammenhang mit dem Archivgesetz gebracht werden könnten. Heute kommen Sie nun und erklären auf Grund von nicht nachvollziehbaren Angaben des Staatsarchivars, dass auch kein Kausalzusammenhang bei den Kosten für die Einrichtung von neuen Zwischenarchivräumen und dem Archivgesetz besteht.
Sehr geehrte Frau Landammann, das kann man Ihnen nun wirklich nicht abnehmen. Die erhaltenen Erklärungen überzeugen nicht, sondern sind eher Ausreden für tatsächlich verstärkte Archivierungsaktivitäten und -investitionen auf der Grundlage des neuen Gesetzes. Wenn ein Antrag vom März 2003 im Budget 2004 und im Budget

2005 nicht berücksichtigt worden ist, dann aber im Budget 2006 zusammen mit anderen archivierungsbedingten Unterhaltsmassnahmen auch noch aufgenommen wird, so ist dies sehr wohl eine Folge des neuen Staatsarchivgesetzes. Bruno Pezzatti fordert den Regierungsrat dazu auf, die damaligen, in seiner Vorlage vom 14. Januar 2003 gemachten Zusicherungen, wonach das neue Staatsarchivgesetz keinen unmittelbaren zusätzlichen Personal- und Finanzbedarf auslöst, auch tatsächlich einzuhalten und umzusetzen.

Frau Landammann Brigitte **Profos** betont nochmals, dass der Kausalzusammenhang mit dem neuen Archivgesetz nicht gegeben ist. Es gab keine Personalausweitung beim Staatsarchiv. Es wurde keine einzige zusätzliche Stelle geschaffen.

Finanzdirektion

Heini **Schmid** nimmt Bezug zu S. 151/52, Konten 5011.30106 (Besoldung Personal in Ausbildung) und 5011.30907 (Weiterbildung). Im Namen der grossen Mehrheit der CVP-Fraktion beantragt er, Kto. 5011.30106 von 350'000 Franken um 35'000 Franken auf 385'000 und das Kto. 5011.30907 um 16'000 Franken von 430'000 Franken auf neu 446'000 zu erhöhen. Ziel dieser zwei Budgetanträge ist es, dem Regierungsrat den finanziellen Handlungsspielraum zu geben, die Anzahl von Lehrverhältnissen und Praktikumsstellen um 10 % zu erhöhen. Der Votant möchte an dieser Stelle betonen: Wir können den Regierungsrat nicht verpflichten, es ist allein *seine* Kompetenz, ob er mehr Praktikumsplätze oder Lehrstellen schaffen will. Es ist einfach eine Einladung, dass die Regierung über mehr Mittel verfügen würde, um zu können. Wie wir aus der Antwort des Regierungsrats zur Interpellation der AF betreffend Jugendarbeitslosigkeit wissen, steht der Kanton Zug im Bereich Lehrstellen gut da. Mit grossem Engagement fördern die zuständigen Amtsstellen die Schaffung neuer Ausbildungsplätze in der Wirtschaft. Leider hält der Kanton Zug als zweitgrösster Arbeitgeber im Kanton mit dieser Entwicklung nicht ganz Schritt. Hat er doch in der letzten Zeit weder die Lehrstellen noch die Anzahl Praktikumsplätze wesentlich erhöht. Hier muss und soll der Kanton seine Vorbildfunktion wahrnehmen. Geht es doch nicht an, Wasser zu predigen und selber Wein zu trinken. Im Vergleich zur Zuger Kantonalbank, die für 30 neue Praktikumsplätze im Jahr 2006 300'000 Franken zur Verfügung stellt, nehmen sich unsere Anträge eher bescheiden aus. Dies geschieht ganz absichtlich, ist sich doch die CVP bewusst, dass es allein mit mehr Mitteln nicht getan ist. Auszubildende müssen betreut werden, die Infrastruktur muss stimmen. Dies braucht Zeit und ein Konzept. Die CVP würde es begrüssen, wenn ihre Anträge vom Rat gutgeheissen würden. Wenn der Regierungsrat sein Ausbildungsquorum selbst überarbeitet mit dem Ziel, in Zukunft noch mehr Lehrlinge und insbesondere Praktikanten beschäftigen zu können. Dank gehört an dieser Stelle auch der Stawiko, ist sie doch damit einverstanden, dass die Ausbildungsplätze in Zukunft nicht mehr der Personalplafonierung unterstehen und die Regierung somit einen grösseren Handlungsspielraum erhält. Helfen Sie mit, dass es nicht mehr vorkommt, dass Schüler oder Studenten ihre Ausbildung nicht beenden können, weil sie schlicht keine Praktikumsstelle finden, und Schüler keine Chance auf eine gute Ausbildung haben! Ein kleiner Schritt von uns heute ist für die betroffenen Jugendlichen ein grosser Schritt in ihre Zukunft.

Stawiko-Präsident Peter **Dür**: Der Antrag der CVP mag ja gut gemeint sein und zur Weihnachtszeit passen. Und es sieht im Moment auch nicht so aus, dass es sich nur um eine vorgezogene Wahlkampfaktion in einer sensiblen Zeit handelt. Mit diesem Antrag werden aber die Fraktionen und Kommissionen ausgehebelt und eine sachliche Beschäftigung mit dieser Fragestellung wird verhindert – ohne Zeitdruck und Pressepräsenz. Wir wissen, dass als gutes Beispiel die Zuger Kantonalbank eine Lehrlingsoffensive gestartet hat. Dies ist wirklich eine sehr sympathische Aktion und verdient unsere Anerkennung. Nur wurde diese Aktion bei der ZKB sicher in ruhigem Rahmen und unter Einhaltung der üblichen Vernehmlassungsprozesse geplant und verabschiedet. Dieser Antrag war weder der erweiterten Stawiko anlässlich ihrer Sitzung vom November 05 noch den anderen Fraktionen anfangs dieser Woche bekannt. Eine geordnete Diskussion ist nicht möglich. Der Entscheid kann heute nur aus dem Bauch gefällt werden, nach dem Motto «Wer kann denn so herzlos sein, vor Weihnachten die Einrichtung von zusätzlichen Lehrstellen abzulehnen?» Peter Dür erinnert an unsere Zielvereinbarung mit der Regierung. Sie hält sich strikt an die Vereinbarungen und streckt sich nach der Decke. Und wir kommen dann um fünf vor zwölf in den Rat und verlangen ohne grosse Beratung im Personalbereich eine Ausgabensteigerung von 50'000 Franken, womit das Ausgabenwachstum in diesem Bereich über den vereinbarten 2,5 % liegt. Ganz seriös kann das ja nicht sein. Und es sendet auch ein völlig falsches Signal an die Regierung aus. Der Stawiko-Präsident empfiehlt deshalb dem Rat dringend, das nicht zu tun und das Anliegen abzulehnen. Der Grundgedanke Lehrstellenförderung verdient es aber, seriös und in Ruhe beurteilt zu werden. Der Votant würde deshalb vorschlagen, dass dieses Thema als parlamentarischer Vorstoss in den Rat gebracht und dann für Bericht und Antrag an die Regierung überwiesen wird.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** kann sich noch gut an seine erste Budgetdebatte erinnern. Dort haben Sie ausführlich über die Position «Aushilfskonto» debattiert und klar eine Sperre eingelegt. Wir haben uns immer bemüht, uns daran zu halten, auch mit den Kantonsratsbeschlüssen zur Stellenplafonierung. Wir haben die Kostenverlagerungen immer abgezählt, die stattgefunden haben. Und wir haben in diesem Bericht zum Budget auf S. 4 dieses Aushilfskonto 30105 aufgeschlüsselt, weil wir vom Gedanken ausgegangen sind, dass die Stawiko nicht die Absicht hatte, die Position «Personal in Ausbildung» zu beschränken. Dort muss es doch eine gewisse Entwicklung geben, deshalb haben wir es dieses Jahr erstmals aufgeschlüsselt. Alle anderen Positionen vom ursprünglichen Konto halten die Vorgaben der Stawiko ein, dass diese Konten nur um die Teuerung anwachsen dürfen. Und wenn sie jetzt dem Antrag von Heini Schmid stattgeben, ist das nicht mehr eingehalten. Wir haben vorgesehen, auf das nächste Jahr hin bei dieser Position mehr zu tun und dort auch grösseren Handlungsspielraum zu schaffen, weil wir ja davon ausgehen, dass wir nicht einfach nur Lehrplätze schaffen sollen, sondern dass es eben auch sinnvolle Lehrplätze sind, die im Anschluss an die Ausbildung auch eine gewisse Berufschance haben. Aber die Regierung hat diesen Antrag entgegengenommen, der Entscheid liegt beim Rat.

Heini **Schmid** möchte kurz Stellung nehmen zu Peter Dürs Vorschlag, einen parlamentarischen Vorstoss zu machen. Wir hatten ja im Mai schon die Antwort zum Vorstoss der AF zur Jugendarbeitslosigkeit. Dabei wurde auch dieses Thema abgehandelt. Die Regierung signalisierte damals, dass sie eigentlich auf Grund sachlicher und finanzieller Rahmenbedingungen hier nicht wesentlich aktiv sein möchte. Es

wäre deshalb jetzt wohl nicht sehr effizient, wieder eine Interpellation zum gleichen Thema zu machen. Es bleibt ja schlussendlich das Problem, dass die Regierung in diesem Bereich allein zuständig ist. Es wäre einfach effizienter, wenn im Kantonsrat der politische Wille da ist, dass die Regierung mehr tun soll, dass man diesem Antrag zustimmt. Dann hat die Regierung ein Signal: Jawohl, der Kantonsrat findet das ein wichtiges Anliegen, wir geben Euch mehr Mittel. Sonst kann man davon ausgehen, dass das kein wichtiges Anliegen für den Kantonsrat ist und man die Situation so belassen kann.

Andrea **Hodel**: Wir sind doch jetzt nicht kopflos und wollen kein Zeichen setzen, nur weil wir jetzt der Erhöhung dieses Betrags im Budget nicht zustimmen. Wir haben es vorher von Peter Hegglin gehört: Wenn wir etwas machen, muss das vorbereitet sein. Dann nützt es nichts, einen Betrag von 50' oder 70'000 Franken einfach so zu sprechen. Es braucht ein Konzept dahinter, wen wir in welchen Gebieten ausbilden. Die Votantin lässt es nicht auf uns sitzen, dass wenn wir diesen Beitrag ablehnen, dass wir dann nicht für die Förderung der Ausbildung sind. Es muss ein Konzept dahinter stehen und wir überlassen es dem Regierungsrat, da etwas Gescheites zu machen.

➔ Der Rat lehnt die Erhöhung der beiden Konten mit 41 : 32 Stimmen ab.

Investitionsrechnung / Baudirektion

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** spricht zu S. 181. Bei der Kontogruppe 3031, Projekt TB0020 ist ein zusätzlicher Aufwand von 700'000 Franken zu budgetieren.
Begründung: Im Rahmen der Suizidprävention sollen bei beiden Lorzentobelbrücken bauliche Massnahmen zur weitergehenden Verhinderung von Sprüngen in die Tiefe getroffen werden. In einem Fachgutachten, welches im Entwurf vorliegt, wird bei der neuen Lorzentobelbrücke eine Erhöhung der Seitenwände mittels durchsichtigen Materials vorgeschlagen. Die alte Lorzentobelbrücke soll mittels Gittern gesichert werden. Eine Lösung mit Fangnetzen steht aus Unterhalts- und Konstruktionsgründen nicht im Vordergrund. Die Arbeiten sollen im Jahr 2006 ausgeführt werden. Es handelt sich um eine Ausgabe gemäss § 2 Abs. 1 Bst. b des KRB über das Strassenbauprogramm 2004-2011. Gemäss § 3 Abs. 1 gibt der Kantonsrat durch einfachen Beschluss aus diesem Rahmenkredit die über 1,5 Mio. Franken liegenden Kredite für Kantonsstrassen frei. Gemäss § 3 Abs. 2 gibt der Regierungsrat die übrigen Kredite frei.
Der Regierungsrat ist somit gemäss gesetzlicher Delegation alleine zuständig, im Rahmen des Strassenbauprogramms bis 1,5 Mio. Franken derartige bauliche Massnahmen an Kantonsstrassen zu bewilligen. Gemäss klarem Gesetzeswortlaut ist der Regierungsrat sowohl für die Aufgaben- wie auch für die Ausgabenkompetenz zuständig. Die Massnahmen an den Brücken sind unterhalb dieser Limite von 1,5 Mio. Franken. Die Aufnahme in das Budget erfolgt ausschliesslich deklaratorisch (zur Orientierung) und nicht konstitutiv.

Die **Vorsitzende** bittet den Rat höflich, dass in Anbetracht des psychologisch äusserst delikaten Geschäfts in vorweihnachtlicher Zeit diese Ergänzung des Budgets

ohne Diskussion zur Kenntnis genommen wird, da sie in die alleinige Hoheit der Regierung gehört. Die Medien bittet sie, Zurückhaltung bei der Berichterstattung zu üben.
Beat **Villiger** ist der Ansicht, dass man zu diesem Thema noch etwas sagen darf. Unsere Fraktion konnte im Detail nicht über diesen Budgetposten sprechen. Das wurde erst gestern oder heute Morgen diskutiert. Der Votant stört sich – wie das Andrea Hodel schon bei der Eintretensdebatte gesagt hat – auch daran, dass jetzt dieser Posten erst heute ins Budget aufgenommen werden soll. Die Regierung oder die Baudirektion hätte sicher schon vorher Zeit gehabt, diesen Posten aufzunehmen. Der Votant unterstützt die Sicherheitsmassnahmen. Er ist nicht dagegen. Aber er hätte es lieber gesehen, man hätte diesen Beschluss dem Kantonsrat vorgelegt. Er bezweifelt auch etwas, dass es sich hier um eine Massnahme im Sinn des erwähnten Beschlusses handelt. Er sieht diese Kompetenzdelegation etwas anders. Er glaubt auch nicht, dass es einen grossen Verzug gäbe, wenn das Geschäft in den Kantonsrat käme. Die Strassenbaukommission tagt schon am 11. Januar und es ist im Kantonsrat nur eine Lesung notwendig. Beat Villiger stellt deshalb den Antrag, dass dieses Geschäft dem Kantonsrat vorgelegt werden muss.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass das Papier mit der Zahl von 700'000 Franken der Baudirektion seit dem 14. Dezember vorliegt. Wir haben es am letzten Dienstag in der Regierung behandelt. Schneller geht es nun wirklich nicht! Er möchte den Rat daran erinnern, dass seinerzeit die Stawiko gesagt hat, es gebe nur noch einen Nachtragskredit. Spätestens beim Budget müssten wir die neusten Zahlen bringen, weil ein Nachtragskredit im Frühling schon bei der Budgetsitzung bekannt gewesen sein müsste. Darum handeln wir dementsprechend. Gemäss Ansicht von anerkannten Schweizer Fachleuten ist ein klarer Handlungsbedarf gegeben: Sicherung der Brücke. Der Kanton ist für die Sicherheit auf Strassen und Brücken verantwortlich. Dazu gehört auch der nun vorgesehene Sicherungsschutz bei den Brücken. Innerkantonal gibt es wie bereits gesagt eine klare Zuständigkeitsordnung. Dass ein Informationsbedürfnis besteht, versteht der Baudirektor. Doch dies kann nicht dazu führen, dass Zuständigkeiten verändert werden und zuerst parlamentarische Kommissionen tagen und sich fragen, ob nun ein Netz oder ein Übersteigschutz angezeigt ist. Die so oft geforderte Handlungsfähigkeit des Kantons ist gerade in solchen Fällen zu beweisen.

Die **Vorsitzende** weist Beat Villiger darauf hin, dass ein Antrag um Verschiebung des Geschäfts nicht zulässig ist. Es wäre einzig möglich, das Budget in diesem Punkt abzulehnen. – Beat Villiger verzichtet darauf.

➔ Der Rat genehmigt das Budget 2006 mit folgenden Änderungen:
- Kto. 1700.31899 (Honorare und Dienstleistungen Dritter des Direktionssekretariats der Direktion für Bildung und Kultur) wird um 140'000 Franken erhöht (Durchführung Machbarkeitsstudie Standortplanung kantonale Mittelschule/-Sekundarschule II).
- Investitionsrechnung : 3031 (Projekt TB0020) wird um 700'000 Franken erhöht (bauliche Sicherungsmassnahmen an den beiden Lorzentobelbrücken).

➔ Das Budget 2006 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel wird genehmigt.

➔ Der Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2006 wird unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze belassen.

➔ Der Rat genehmigt das Budget 2006 in der *Schlussabstimmung* mit 74 : 0 Stimmen.

Die **Vorsitzende** schlägt in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit vor, Traktandum 2 bereits jetzt zu behandeln und nicht wie vorgesehen zu Beginn der Nachmittagssitzung. – Der Rat ist einverstanden.

765 MOTION VON PETER RUST BETREFFEND KONKORDAT ZUR GEMEINSAMEN ERFÜLLUNG DES DATENSCHUTZES IN DER ZENTRALSCHWEIZ

Peter **Rust**, Walchwil, hat am 14. November 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1383.1 – 11860 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung den Regierungsrat überwiesen.

766 MOTION VON PETER RUST BETREFFEND ANSTELLUNG DER GEMEINDESCHREIBERINNEN UND GEMEINDESCHREIBER DURCH DIE EXEKUTIVEN

Peter **Rust**, Walchwil, hat am 5. Dezember 2005 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1388.1 – 11879 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass gemäss § 39 Abs. 4 der GO Motionen oder Postulate, die mit einem beim Kantonsrat anhängigen Beratungsgegenstand im Zusammenhang stehen, in der Regel mit diesem zu erledigen und gleich gewöhnlichen Anträgen zu behandeln sind. Die Motion wird im Rahmen der Totalrevision des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (WAG, Vorlage Nr. 1300.2 – 11642) an die vorberatende Kommission überwiesen, durch diese wie ein gewöhnlicher Antrag vorberaten und danach durch den Kantonsrat wie ein gewöhnlicher Antrag behandelt.

767 POSTULAT UND MOTION DER SP-FRAKTION BETREFFEND ERWEITERTE HOLZENERGIEFÖRDERUNG

Die **SP-Fraktion** hat am 9. Dezember 2005 einen parlamentarischen Vorstoss eingereicht, der ein Postulat und eine Motion beinhaltet und dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1391.1 – 11884 enthalten sind.

➔ Der parlamentarische Vorstoss wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

768 INTERPELLATION DER FDP-FRAKTION BETREFFEND DER TÄTIGKEIT DES STAATSARCHIVS NACH INKRAFTTRETEN DES NEUEN ARCHIVGESETZES

Die **FDP-Fraktion** hat am 18. November 2005 die in der Vorlage Nr. 1384.1 – 11861 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

769 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND NEUES ZENTRALSPITAL

Die **Alternative Fraktion** hat am 22. November 2005 die in der Vorlage Nr. 1385.1 – 11868 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation bereits schriftlich beantwortet worden ist und am 26. Januar traktandiert wird.

770 INTERPELLATION VON KARL RUST BETREFFEND KOSTENPFLICHT ZUR EINDÄMMUNG LEICHTFERTIGER EINSPRACHEN, VERWALTUNGSBESCHWERDEN UND VERWALTUNGSGERICHTSBESCHWERDEN

Karl **Rust**, Zug, sowie 46 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 24. November 2005 die in der Vorlage Nr. 1386.1 – 11871 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

771 INTERPELLATION VON LEO GRANZIOL UND ANDREAS HUWYLER BETREFFEND GEFÄHRLICHE STAUS AUF DER N4A, AUSFAHRT ZUG NORD

Leo **Granziol**, Zug, und Andreas **Huwyler**, Hünenberg, haben am 7. Dezember 2005 die in der Vorlage Nr. 1389.1 – 11881 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sieben Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

772 AUFSICHTSBESCHWERDE VON ALEX SCHNURRENBERGER

Alex **Schnurrenberger**, Gartenstrasse 6, Hünenberg, hat beim Kantonsrat gegen eine Verfügung des Referenten des Kantonsgerichts vom 15. November 2005 in einem Zivilverfahren eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Aufsichtsbeschwerde zu Berichterstattung und Antragstellung an die Justizprüfungskommission überwiesen wird.

Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

54. SITZUNG: DONNERSTAG, 22. DEZEMBER 2005
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.00 – 17.20 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

773 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Mitgliedern. – Der Rat hat bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers der zurückgetretenen Lilian Hurschler-Baumgartner nur 79 Mitglieder.

Abwesend sind: Othmar Birri, Zug; Jacques-Armand Clerc, Risch.

774 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** teilt dem Rat mit, dass sie um 15 Uhr den Sitzungssaal vorübergehend verlassen wird, da sie notfallmässig zum Zahnarzt muss. Vizepräsident Karl Betschart wird sie während ihrer Abwesenheit vertreten.

775 GESETZESINITIATIVEN «EINE FREMDSPRACHE AUF DER PRIMARSTUFE» UND «KEIN ABBAU BEIM HANDWERKLICHEN GESTALTEN»

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1360.1 – 11790), der Kommission (Nr. 1360.3 – 11877) und der Kommissionsminderheit (Nr. 1360.4 – 11878).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Eintreten – weil es sich um eine Gesetzesinitiative handelt – rechtlich zwingend ist, sofern nicht ein formeller oder anderer rechtli-

cher Mangel geltend gemacht wird. Die Staatskanzlei hat mit Verfügung vom 20. Dezember 2004 festgestellt, dass die Gesetzesinitiativen formell richtig zustande gekommen sind. Eintreten dürfte unbestritten sein, so dass keine eigentliche Eintretensdebatte geführt wird. Ohne Gegenantrag ist *Eintreten beschlossen*.
Eine eigentliche Detailberatung gibt es nicht. Es wird direkt zur Sache gesprochen, somit zu beiden Initiativen. Erfahrungsgemäss lassen sich die beiden Initiativen in den Debatten nicht auseinander halten.

Margrit **Landtwing** erinnert daran, dass die Interessengemeinschaft Ganzheitliche Bildung am 15. Dezember 2004 die beiden Initiativen «Nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe» und «Kein Abbau im Handwerklichen Gestalten» als Allgemeine Anregung eingereicht hat. Die vorberatende Kommission hat die Vorlage an zwei halbtägigen Sitzungen beraten, an welchen einmal 13 Kommissionsmitglieder und das zweite Mal deren 14 anwesend waren. An der ersten Sitzung erläuterten Bildungsdirektor Matthias Michel, der Leiter des Amts für gemeindliche Schulen, Werner Bachmann, und Direktionssekretär Hanspeter Büchler die Vorlage. An dieser Stelle spricht die Kommissionspräsidentin der DBK ihren herzlichsten Dank aus. Äusserst transparent erfolgten die Informationen und alle weiter gewünschten Unterlagen wurden auf die zweite Sitzung hin bereit und offen gelegt. Weiter kamen als Vertreter der Initianten der Präsident des Lehrerinnen- und Lehrervereins, Thomas Pfiffner, und die Lehrerin für handwerkliches Gestalten, Rosa Bigliotti, als Vertreter der Wissenschaft Willi Stadelmann, Direktor der PHZ, und als praxiserprobte Lehrpersonen Urs Niederberger, 5./6.-Klass-Lehrer und SHL in Zug, und David Mühlbacher, 5./6.-Klass-Lehrer aus Reute (AR) zu Wort.
Der Bildungsdirektor machte klar, dass der Regierungsrat die Initiativen, die sich gegen die vom Erziehungsrat erlassene neue Stundentafel richten, ablehnt. Er begründet die Ablehnung der Fremdspracheninitiative mit dem Hinweis auf die interkantonale Schulkoordination, die zunehmende Bedeutung der Fremdsprachen in der Wirtschaft und mit der jetzigen Chance des frühen Fremdsprachenlernens für alle Kinder. Gegen eine gesetzliche Fixierung der HWG-Lektionen und gegen die entsprechende Initiative spricht er sich aus, weil er es als äusserst problematisch ansieht, wenn die Anzahl Lektionen einzelner Fächer im Gesetz festgehalten werden, und weil die neue Stundentafel dem Handwerklichen Gestalten nach wie vor einen grossen Stellenwert beimisst.
Thomas Pfiffner befürchtet eine Überforderung der Schülerinnen und Schüler und auch der Lehrpersonen. Zuviel Neues sei in den letzten Jahren auf die Schule zugekommen. Ihm fehlt eine pädagogische Begründung des Projekts und er bemängelt das Fehlen von Untersuchungen über die Doppelsprachigkeit im direkten Umfeld inklusive Selektion durch die Primarlehrpersonen. Allerdings weiss er um die Ergebnisse der Hirnforschung, die er anerkennt. Es fehlen ihm aber auch die idealen Rahmenbedingungen für die Umsetzung beider Fremdsprachen in der Primarschule. Er ist der Ansicht, dass der Unterricht mit zwei Fremdsprachen zu sprachlastig sei und auf Kosten der naturwissenschaftlichen Fächer gehe, dies besonders für allgemein schwächere und anderssprachige Schülerinnen und Schüler.
Rosa Bigliotti vermutet, dass bei einem Abbau des HWG vermehrt Defizite im motorischen Bereich auftreten und dass Kreativität und Fantasie zu kurz kommen könnten. Sie sieht das HWG als ganzheitliches Fach, das den eher kognitiven Unterricht auflockere und Zugang zu andern Lerninhalten schaffe. Leider gebe es keine Studien, die belegten, wie wichtig das ganzheitliche Tun neben dem Leistungsdruck sei. Sie

befürchtet eine weitere Abnahme der gesellschaftlichen Anerkennung gegenüber dem Handwerk.
Willi Stadelmann seinerseits zeigte auf, dass das frühe Lernen im Allgemeinen und das Lernen von Fremdsprachen im Speziellen von enormer Wichtigkeit seien, weil die Hirnstrukturen vor der Pubertät geschaffen werden. Diese Prägung bildet den Grundstein allen Lernens. Die sprachlichen Fähigkeiten sind zudem Basis aller intellektuellen Fähigkeiten, denn Begrifflichkeit wird über die Sprache definiert. Sprachenlernen hat, genau wie das Lernen in naturwissenschaftlichen Fächern, mit Strategie und Querverbindungen Schaffen zu tun. Die Nutzung der Synergien von Lernstrategien für eine zweite Fremdsprache soll in kurzem Abstand und vor der Pubertät passieren.
In Reute (AR) werden auf der Primarstufe Englisch und Französisch unterrichtet. David Mühlbacher spricht von einer nachhaltigen Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler in beiden Sprachen. Er unterstreicht die von Willi Stadelmann gemachten Ausführungen: Die Kinder zeigen Interesse an grammatikalischen Parallelen, das Sprachbewusstsein wird geschult. Dies wirkt sich positiv auf das Lernen von Deutsch aus. Für ihn wie auch für die betroffenen Eltern trifft die Behauptung einer zu kopflastigen Schule nicht zu, wenn, wie auch Urs Niederberger ausführlich darlegte, der Unterricht nach modernen, pädagogisch/methodischen Grundsätzen gestaltet wird.
Die Beratung der beiden Initiativen wurde in der Kommission kontrovers geführt. Fachberichte und Studien wurden erwähnt und gleich wieder angezweifelt, ehemalige und amtierende Lehrpersonen wurden zitiert, Zeitungsberichte interpretiert und stellenweise machte sich fast Wehmut nach der guten alten Zeit breit! Das eigentlich sachliche Thema weckte Emotionen, was nicht weiter erstaunt, bringt doch jedes Kommissionsmitglied eigene Schul- und Lebenserfahrung mit.
So wurde von Mitgliedern des Initiativkomitees darauf hingewiesen, dass ihr Wunsch nach nur einer Fremdsprache in der Primarschule aus der Angst vor Überforderung der Schülerinnen und Schüler entspringe. Die heutigen Kinder seien nicht mehr gleich belastbar wie früher, die Einflüsse ausserhalb der Schule seien enorm und der Druck in der Schule sei allgemein grösser. Sie erwähnten den damit einhergehenden Konzentrationsmangel und die vielen erforderlichen Aufwendungen im Bereich Schulische Heilpädagogik. Sie wünschen, dass mehr Gewicht auf das Deutsch gelegt und eine Fremdsprache auf der Primarschule intensiv unterrichtet wird.
Der Behauptung der Überforderung wurde entgegengehalten, dass eher von einer teilweisen Unterforderung zu reden sei, wie eben herausgekommene Befunde im Kanton Zürich zeigten. Zudem werden in Privatschulen, in Teilen des Kantons Graubünden und in etlichen fremden Ländern problemlos zwei Fremdsprachen in der Primarschule unterrichtet. Gegen eine Überforderung sprächen auch die Ausführungen von David Mühlbacher.
Der von den Initiativbefürwortern gemachte Vorwurf, die Einführung des Frühfranzösisch sei wirkungslos geblieben und die Oberstufenlehrpersonen hätten wieder von vorne beginnen müssen, wurde mit dem Hinweis entkräftet, dass unterdessen ein neues, stufenübergreifendes Lehrmittel im Einsatz sei und dass die Inhalte des Lehrplans für die Primär- und die Oberstufe genau definiert und aufeinander abgestimmt seien.
Eine knappe Kommissionsmehrheit gewichtete die Argumente der Angst vor Überforderung der Kinder, die Argumente der eventuell möglichen Vernachlässigung der naturwissenschaftlichen Fächer und der fehlenden idealen Rahmenbedingungen höher als die Gegenargumente und bekannte sich mit 8 : 6 Stimmen zur Initiative «Nur eine Fremdsprache auf der Primarschulstufe».

Da die beiden Initiativen einen engen inneren Zusammenhang haben, wiederholten sich die Argumente bei der Beratung der Initiative «Kein Abbau beim Handwerklichen Gestalten» bei den Initiativbefürwortern wie auch bei den Gegnern grösstenteils. Die Mitglieder des Initiativkomitees räumten ein, dass die Behörden nach intensiven Diskussionen nach der Vernehmlassung zur neuen Stundentafel die Wichtigkeit des Fachs HWG erkannt hätten und dass das Fach tatsächlich mit den 18 Wochenlektionen einen wichtigen Stellenwert erhalten habe. Mit dieser Dotation sind auch die vorgegebenen Ziele in der Primarschule erreichbar. Sie plädieren aber für eine weniger kopflastige, dafür umso musischere, auch aufs Handwerk ausgerichtete Schule. Sie wollen mit der Aufrechterhaltung der Initiative ein Zeichen setzen, damit nicht weiter abgebaut wird und sie wollen die Leute, die unterschrieben haben, nicht brüskieren. So zeigte sich bei der Abstimmung das gleiche Ergebnis wie bei der ersten Abstimmung. Auch hier sprach sich eine knappe Kommissionsmehrheit mit 8 : 6 Stimmen für die Initiative «Kein Abbau im Handwerklichen Gestalten» aus.
Somit stellt die Kommissionsmehrheit den Antrag, beide Anträge des Regierungsrats zu den Gesetzesinitiativen abzulehnen, d.h. die Initiativen anzunehmen.

Regula **Töndury** möchte zuerst ihre Interessenbindung bekannt geben: Sie ist Mitglied des Erziehungsrats des Kantons Zug, der sich seit ca. fünf Jahren mit dem Thema Fremdsprachen bzw. Englisch und Französisch auf der Primarschulstufe beschäftigt. – Trotz dem ausgewogenen Bericht der Kommissionspräsidentin haben wir uns erlaubt, einen Minderheitsbericht zu verfassen. Anlass dazu war für uns das knappe Abstimmungsergebnis: Acht für die Initiativen, sechs gegen die Initiativen, bei einem abwesenden Mitglied, das sich ebenfalls ausdrücklich gegen die Initiativen ausgesprochen hat. Fünf der Kommissionsmitglieder (also 1/3) gehörten bzw. gehören dem Initiativkomitee an. Die Initianten waren somit sehr gut vertreten und die umfassenden Informationen von Fachleuten und praktisch tätigen Lehrpersonen hatten keine Chance, positiv aufgenommen zu werden. Die Meinungen waren bereits gemacht.
Unsere Primarschüler werden seit diesem Schuljahr nach dem Modell 3/5 unterrichtet: D.h. ab der 3. Klasse Englisch- und ab der 5. Klasse Französischunterricht. Es sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, dass der Französischunterricht bereits schon vor zehn Jahren auf Primarschulstufe eingeführt wurde, also nichts Neues ist. Der Unterricht ist gut angelaufen, die Motivation bei Kindern, Eltern und Lehrpersonen ist sehr hoch. Und nun stehen tatsächlich zwei Initiativen im Raum, die diese Entwicklung wieder rückgängig machen möchten.

- Damit wird ein gesamtes Sprachenkonzept gefährdet.
- Die Initiativen hemmen den gesamtheitlichen Ansatz der interkantonalen Bildungspolitik.
- Sie stellen sich gegen eine schweizerische und europäische Entwicklung.
- Sie fördern eine Bundeslösung, die evtl. statt Englisch Französisch oder Italienisch auf der Primarstufe vorschreibt.

Wollen Sie das wirklich?
Die schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat am 25. März 2004 ihre Strategie zur Reform des Sprachenunterrichts beschlossen. Die Kantone sind nun daran, diese Strategie umzusetzen. Auch wird landesweit eine Harmonisierung und Koordinierung der kantonalen Bildungspolitik gefordert. Mit der eingeschlagenen Sprachenpolitik bewegt sich der Kanton Zug in die von der EDK beschlossene Richtung.

Was geschieht bei Annahme der Initiativen? Eine Möglichkeit ist beim Modell 3/7, wie von den Initianten gefordert, Englisch in der Primarschule zu unterrichten und Französisch wieder auf die Oberstufe zu verbannen. Französisch haben wir vor zehn Jahren in der Primarschule eingeführt. Wollen wir das tatsächlich wieder abschaffen? Die Kinder konnten so den Französischstoff auf fünf Jahre verteilt lernen, bei einer Verschiebung auf die Oberstufe müsste alles in drei Jahre hineingequetscht werden. Das ist für schwache Schülerinnen und Schüler sicher die schlechtere Lösung. Oder wir haben Französisch ab der 3. Klasse und Englisch wird wieder abgeschafft. Dieses Szenario könnte auch bei einer Bundeslösung eintreffen. Immer wieder wird von Lehrerseite die Unruhe im Schulalltag beklagt. Bei Annahme der Initiativen wäre das Hin und Her und somit die Unruhe gewiss.
Nachdem der Anteil der Fächer für Gestaltung, Musik und Sport noch immer einen Drittel der Unterrichtszeit ausmacht, lässt sich die Initiative «Kein Abbau beim Handwerklichen Gestalten» nicht rechtfertigen. Nur wegen der Kürzung von zwei Lektionen Handwerklichem Gestalten, und das nur in der 4. Primarklasse, dürfen wir doch nicht unsern Kindern die Möglichkeit nehmen, zwei Fremdsprachen auf Primarschulstufe zu lernen. Ausserdem macht es keinen Sinn, Lerninhalte auf Gesetzesstufe zu regeln. Das soll weiterhin im Rahmen von Lehrplänen geschehen, die vom Erziehungsrat zu erlassen sind.
Es drängt sich der Votantin hier die Frage auf an die Befürworterinnen und Befürworter der beiden Initiativen – also an die Gegner des Modells 3/5: Wovor haben Sie Angst? Haben Sie möglicherweise Angst vor dem Erfolg? Bevor das Modell 3/5 nicht getestet und evaluiert ist, können wir es doch nicht schon in der Anfangsphase als schlecht verdammen. Mehrsprachiger Unterricht wird bereits erfolgreich praktiziert, und zwar in verschiedenen Ländern und bei uns in den Privatschulen. Hier besteht übrigens die Gefahr der Zweiklassen-Bildung. Mehrsprachiger Unterricht funktioniert, wenn man ihn richtig gestaltet. Die neuen Lehr- und Lernformen und die offene Gestaltung der Stundentafel in der Primarschule ermöglichen dies, auch sind die Rahmenbedingung im Kanton Zug sehr gut. Erfahrungen des Neuropsychologischen Instituts Zürich haben ergeben, dass heutzutage gerade in den unteren Klassen das Unterforderungsproblem das grössere Problem sei und nicht die Überforderung. Professor Lutz Jäncke vom erwähnten Institut hat anhand von wissenschaftlichen Untersuchungen festgestellt, dass speziell Kinder und Jugendliche gefördert werden müssen, da es sonst zu einem Motivationsverlust kommt. Bis zum 9. Lebensjahr sind Kinder relativ unstrukturiert, da gewisse Hirnbereiche noch ungenügend entwickelt sind. Prof. Jäncke meint, gerade deshalb brauchten die Kinder gute Leitlinien und das heisse «Fordern = Fördern, um Unterforderung zu vermeiden». Kinder seien in diesem Alter genial und ohne Forderung suche das Gehirn sich insbesondere eigene Tätigkeitsfelder. Sie nutzen z.B. ihre Energie in unbeliebten Verhaltensweisen und werden auffällig. Weiter erwähnt er: «Leistung sei gleich Fähigkeit mal Wollen mal Möglichkeit.» Geben wir unsern Kindern doch die Möglichkeit, ihr Potenzial zu nutzen. Wir beklagen die tiefere Belastbarkeit unserer Kinder und Jugendlichen; tun wir etwas dagegen und nivellieren wir uns nicht nur nach unten. Haben wir Vertrauen in unsere Kinder, sie können ungemein viel. Fremdsprachen sind der Schlüssel für die Zukunft. Wir empfehlen dem Rat ein klares Nein zu beiden Initiativen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF die Initiativen der IG ganzheitliche Bildung mehrheitlich unterstützt. Sie hält ihr Votum in Namen der Mehrheit, aber natürlich auch als Vertreterin des Initiativ-Komitees, vor allem aber aus der persönlicher Überzeugung, dass beide Initiativen richtig sind. Sie wird dabei folgende Punkte

ansprechen: Zeit, Überforderung, Harmonisierung, Handwerkliches Gestalten. Grundsätzlich möchte sie festhalten, dass sie beide Sprachen – Französisch und Englisch – als wichtig erachtet.

Zeit. Wer hohe Türme bauen will, muss lange beim Fundament verweilen. Dieser Satz steht auf dem Kalender 2006 der Alfred Müller AG. Gemäss der Erziehungsdirektoren-Konferenz EDK sollen unsere Kinder in der Primarschule also in drei Sprachen unterrichtet werden. Aber, ist wirklich genügend Zeit für die drei Sprachen – Standartsprache Deutsch, Englisch und Französisch – in der Primarschule vorhanden, um ein solides Fundament zu legen? Die Votantin sagt eindeutig nein. Denn neben diesen drei Sprachen wird etliches anderes noch gelehrt, müssen die Kinder noch vieles anderes lernen. Auch dafür soll genügend Zeit vorhanden sein. Wenn auch gewisse Wissenschaftler argumentieren, ein Kind sei in der Lage, mehrere Sprachen gleichzeitig zu lernen, so betonen die gleichen Wissenschaftler, wie wichtig die Intensität des Lernens sei. Die Sprache müsse immer wieder gehört und geübt werden, nur dann gelinge ein gutes und erfolgreiches Lernen. Dies ist beim Modell 3/5 der EDK gerade nicht der Fall, denn bereits nach zwei Jahren wird Englisch zu Gunsten von Französisch wieder gekürzt. Warum gibt man daher nicht den beiden Sprachen Deutsch und Englisch genügend Zeit, damit auf der Primarschulstufe wirklich ein Fundament gelegt werden kann. Kürzen der musischen Fächer ist nicht der richtige Weg dazu. – Im Kanton Appenzell Innerrhoden wird das Modell 3/7 schon seit ein paar Jahren praktiziert. Es wird mit Erfolg nur Englisch in der Primarstufe unterrichtet, dafür aber mit genügend Zeit. Entsprechend mehr Zeit steht dann in der Oberstufe für Französisch zur Verfügung, damit dort ein weiteres gutes Fundament gelegt werden kann. In der Oberstufe hat bereits eine Selektion stattgefunden. Die Schüler und Schülerinnen besuchen die Real- oder Sekundarklasse oder das Untergymnasium; der Sprachunterricht kann entsprechend effizienter gestaltet werden. Besuchen diese Appenzeller Schüler nachher ausserkantonal eine Berufsschule, haben sie kein Problem im Französisch-Unterricht. Ein Beispiel aus der Praxis, wie es sich seit vier Jahren bestens bewährt hat – warum sollen dies andere Kantone nicht übernehmen? Schnell etwas hier, schnell etwas dort – damit entsprechen wir dem Zeitgeist, aber nicht dem Grundsatz, unseren Kindern für die Zukunft solide Fundamente mit auf den Lebensweg zu geben.

Überforderung. Es ist eine Tatsache, dass immer mehr Kinder Stützunterricht besuchen. Auch wenn jetzt von unterforderten Kindern, motivierten Lehrpersonen etc. gesprochen wird, dürfen wir vor dieser Realität die Augen nicht verschliessen. Mit noch mehr Lerninhalten in der Grundstufe wird dieser Trend verstärkt werden. Ist das die Zukunft, wollen wir dies? Anna Lustenberger behauptet nicht, dass Kinder nicht fähig sind, mehrere Sprachen gleichzeitig zu lernen. Dass es Synergien zwischen der einen oder anderen Sprache zu nutzen gibt, kann sie sich vorstellen, das ist aber auch in der Oberstufe gegeben. Es ist die Menge des Lernstoffs, welcher immer grösser wird, die zur Überforderung führen kann, und dies nicht nur bei leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern. Es ist eine Tatsache, dass immer mehr Kinder an Depressionen leiden, schon in jungen Jahren. Sprachenlernen braucht Wille, Konzentration, Ausdauer, auch das bestätigen Sprachwissenschaftler. Sprachenlernen geschieht in der Schule nicht mehr nur auf spielerische Art, denn da geht es um Wörter lernen, Grammatikregeln verstehen und gute Noten schreiben, es müssen Leistungen erbracht werden. Wir haben das Konzept der Integration. Wie aber sollen Lehrpersonen mit den verschiedenen Niveaus umgehen, die es zweifelsohne innerhalb der Klassen geben wird? Natürlich haben wir den Stundenpool beschlossen, Heilpädagogen werden eingesetzt. Aber es soll doch nicht zur Regel werden, dass dann vermehrt auf diese Hilfsangebote gegriffen werden muss. Der Druck wird noch

mehr zunehmen, vor allem dann, wenn die Sprachfächer als Promotion für den Übertritt zählen; Kinder, welche eher mathematisch begabt sind, werden das Nachsehen haben. Wenig ist darum mehr; kein Schnellschuss ersetzt ein solides Fundament.
Harmonisierung. Die EDK verfolgt das Ziel der Harmonisierung in der Schule. An und für sich ein hehres Ziel. Die Frage ist, ob es sinnvoll ist, dies gerade bei den Sprachen zu beginnen. In einem Land, wo vier Sprachen Landessprachen sind. Sie ersehen aus der ausgeteilten Liste (siehe Beilage), wie viele Kantone sich bereits für das Modell 3/7 entschieden haben oder in welchen diesbezüglich noch Vorstösse hängig sind. Fast in der ganzen Zentralschweiz hat sich der Widerstand formiert. Wir stehen mit der Initiative alles andere als quer in der Landschaft. All diese Gruppierungen möchten auch eine Harmonisierung, möchten auch ein einheitliches Modell, aber nicht auf Kosten der Qualität einer Sprache. Und diese Qualität ist mit dem Modell der Bildungsdirektion und der EDK nicht mehr gewährleistet. Alle Gruppierungen anerkennen die Bemühungen, dass frühes Sprachenlernen wichtig ist. All diese Gruppierungen finden beide Sprachen wichtig – Englisch und Französisch – und möchten auf keinen Fall die eine gegen die andere ausspielen. Die Widerstände aus Kreisen der Lehrerschaft, aber auch von Eltern und Gewerbe müssen ernst genommen werden. Es ist eine Tatsache, dass sich ein grosser Teil der Lehrerschaft, und die sind nun einmal an der Basis, gegen die beabsichtigte Einführung zweier Fremdsprachen auf Primarstufe wehrt. «Keine Reform macht Sinn, wenn sie nicht von der Basis angenommen und verstanden wird.» Dieser Satz stammt vom EDK-Präsidenten Hans-Ulrich Stockung; für einmal ist sogar die Votantin mit ihm einverstanden. Die Basis, die Lehrerschaft und Eltern, wissen um das solide Fundament. Das widerspricht überhaupt nicht einer sinnvollen Harmonisierung, die ihrerseits einer verordneten Bundeslösung vorzuziehen ist.
Handwerkliches Gestalten. Der Hauptgrund, dass wir die Initiative nicht zurückzogen, ist die Bedeutung des Fachs, und nicht die damals laufenden Unterschriftensammlung, welche wir nicht unterbrechen wollten. Dies könnte anhand des Kommissionsberichts aber so verstanden werden. Wir haben zwei Initiativen lanciert, aus rechtlichen Gründen, wegen des Grundsatzes der «Einheit der Materie». Inhaltlich gehören die beiden Initiativen natürlich zusammen, denn die zusätzliche Sprache auf der Unterstufe führt zu einer Kürzung der Stundenzahl in den handwerklichen Fächern. Zur Bedeutung dieses Fachs wird sich vorwiegend Rosvita Corrodi äussern. Einen Aspekt sei jedoch jetzt schon genannt: Die Neurologie hat die Bedeutung dieses Fachs erkannt, denn Bewegungen welche die Hände machen, können nur ausgeführt werden, wenn der Impuls vom Gehirn ausgeht. Im Fach «handwerkliches Gestalten» liegt ein grosses Trainings-Potential für das Gehirn und es hat ebenfalls eine positive Auswirkung auf die Plastizität unseres Gehirns, nicht nur das Sprachenlernen. Das Fach «handwerkliches Gestalten» wird in unserer schnelllebigen Zeit immer weniger geschätzt. Auch wenn unser Bildungsdirektor dieses Fach sehr anerkennt, ist die Gefahr gegeben, dass die Stundenzahl weiter reduziert wird. Mit der Initiative möchte das Initiativkomitee ein Zeichen setzten. Die zunehmend stärker gewichtete Ausbildung des Intellektes lässt andere, manuelle und musische Fähigkeiten verkümmern. Und dagegen wehren wir uns. Wie wird doch so schön gesagt: Mit den Händen lernen wir begreifen. Natürlich kann gefragt werden, ob es richtig sei, die Stundenzahl des handwerklichen Gestaltens gesetzlich zu verankern, ob es richtig sei, die Zahl der Fremdsprachen auf der Primarschulstufe gesetzlich zu verankern. Aber wer es als richtig erachtet, für etwas zu kämpfen, muss jenen Weg wählen, der ans Ziel führt und von der Verfassung vorgesehen ist. Die IG ganzheitliche Bildung hat den verfassungsmässigen Weg gewählt. Daraus jetzt einen Vorwurf zu konstruieren, ist absurd. Wir im Kantonsrat ändern dauernd Gesetze; kein Gesetz

ist für die Ewigkeit bestimmt. Wir müssen uns heute zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler entscheiden und dürfen uns nicht hinter formalen Aspekten verstecken. Daher empfiehlt Anna Lustenberger dem Rat, auch im Namen der Mehrheit ihrer Fraktion und im Namen der 2500 Unterzeichner und Unterzeichnerinnen der Initiativen, von Herzen ein Ja zu beiden Initiativen.

Malaika **Hug** hält fest, dass die SP-Fraktion grossmehrheitlich gegen die beiden Initiativen ist. Dafür gibt es mehrere Gründe. Sprachen verbinden. Sprachen beherrschen bedeutet Kommunizieren. Durch Kommunikation ist es dem Einzelnen möglich, sich zu verständigen und allfällige Missverständnisse zu klären. Kommunikation ist also das A und O in unserer heutigen Gesellschaft und sollte daher gefördert werden. Es ist nicht zu verleugnen, dass die Anforderungen jeglicher Natur an die Menschen von Jahr zu Jahr steigen. Wir müssen zwei Fremdsprachen bereits in der Primarschule anbieten, wenn wir unseren Kindern und Jugendlichen Arbeitsplätze sichern wollen. Die Sprachwichtigkeit hat sich auch auf gewerblicher Ebene verändert. Es ist nicht mehr bloss handwerkliche Fingerfertigkeit gefragt, sondern zusätzlich das Sprechen und Verstehen von Fremdsprachen. Französisch darf daher nicht vernachlässigt werden, wenn in Zukunft in immer mehr Berufen Französisch erwünscht bzw. gefordert wird. Das Argument, Kinder würden lieber Englisch als Französisch lernen, daher sollte Französisch ab der Oberstufe angeboten werden, ist lächerlich. Dann könnten wir z.B. Mathematik ja gleich ganz abschaffen. Weiter sind Fremdsprachen wirtschaftlich von enormer Wichtigkeit. Eine funktionierende Wirtschaft wäre ohne Kommunikation – ohne das Beherrschen von verschiedenen Sprachen – nicht möglich. Daher sollten gerade die Rechten, welche aus wirtschaftspolitischen Gründen Steuern senken oder gar streichen wollen, zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe unterstützen und somit gegen die beiden Initiativen sein, da sie ihrer so genannten Wirtschaftspolitik ansonsten widersprechen, was sie unglaubwürdig erscheinen lassen würde. Ausserdem würden die beiden Initiativen zu einer Verlagerung der Kompetenzen von der Exekutive zur Legislative führen. Aber gerade wir Linken – und dazu zählt die Votantin auch die AF – wollen immer wieder verhindern, dass der Exekutiven die Kompetenz genommen wird. Es kann doch nicht sein, dass in Zukunft das Volk über den Inhalt des Stundenplans abstimmt.
Wichtig zu erwähnen scheint Malaika Hug auch das Argument der Initianten der Überforderung. Woher wollen sie wissen, dass zwei Fremdsprachen in der Schule unsere Kinder überfordern? Es liegen ja gar noch keine Praxiserfahrungen vor. Ob hier wohl etwas Angst dahinter versteckt liegt, dass den Kindern durch zwei Fremdsprachen das allgemeine Lernen gar leichter fallen könnte? Ebenfalls sagen die Initianten, dass unsere Schülerinnen und Schüler nicht mal unsere Schriftsprache beherrschen würden. Wie sie da zusätzlich noch zwei andere Fremdsprachen lernen sollten? Die Votantin hat bei ehemaligen Mitschülerinnen und -schülern die Erfahrung gemacht, dass auch sechs intensive, lediglich auf die deutsche Sprache fokussierte Primarschuljahre nichts für deren Beherrschen genützt haben. Wer die deutsche Sprache nicht gerne lernt, lernt sie auch nach zig Jahren nicht. Ausserdem hat Malaika Hug persönlich die Erfahrung gemacht, wie es ist, ab der ersten Oberstufe gleich drei neue Fremdsprachen zu erlernen. Was wäre sie froh gewesen, diese in kleinen Schritten nacheinander zu lernen. Und ein Lehrer hat gerade diese Woche per Leserbrief in der Neuen Zuger Zeitung uns Politiker und Politikerinnen ans Herz gelegt, aus Erfahrungen und Vernunft zu entscheiden. Aus diesen Gründen empfiehlt die SP-Fraktion, die beiden Initiativen abzulehnen. Ob zum oder gegen das Wohl der Kinder. Denn könnten diese selbst entscheiden, würde die Schule abgeschafft.

Franz **Zoppi** hält fest, dass die SVP das Anliegen der Initianten unterstützt, dem Handwerklichen den Stellenwert zu geben, den es in der heutigen Gesellschaft nach wie vor innehat, dem aber auf der Bildungsseite immer mehr Fleisch vom Knochen genommen wird. Aus Sicht der SVP besteht ein indirekter Zusammenhang zur Sprachen-initiative. Wie die Initianten, deren Mitglied der Votant ist, will die SVP-Fraktion das Handwerkliche nicht abbauen und so auch keine Mehrstunden auf der Sprachenseite generieren. Mit den Initiativen wird im Kanton Zug ein Weg beschritten, den so niemand geplant hat, und schon gar nicht zu diesem, normalerweise dem Erziehungsrat, bzw. der EDK vorenthaltenen Thema. Die Schule soll nicht verpolitisiert werden. Das ist auch der Wunsch des Votanten; aber was, wenn andere Möglichkeiten gar nicht gegeben sind? Inhaltlich mag es sehr gewagt erscheinen, sich anzumassen über einen Fächerkanon zu diskutieren. Doch was ist, wenn die Schule sich so verändert, dass ich als lernwilliger Schüler endlich auch bei den zu lernenden Fächern, nicht Inhalten, mitreden darf? Wenn mir das Lernen leicht fällt, kann die Fächerpalette gar nicht genügend gross sein, um meinen Wissens- und Lerndurst zu stillen. Diskutieren wir heute, weil wir alle davon ausgehen, dass wir lauter lernwillige Schüler mit Interesse an Sprachen haben? Wohl kaum. Verschliessen wir nicht die Augen im Alltag und erkennen die vielfältigen Probleme, die wir an unsern Schulen haben.
Werden diese Probleme durch die Einführung von zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe geringer? Was wir heute versuchen, ist in die Zukunft zu blicken. Was wird für die Jugend von Morgen von Wichtigkeit sein? Die Berufswelt fordert immer mehr Spezialisten- und nicht Generalistentum. Wenn wir unser zugerisches Schulsystem berücksichtigen, können wir feststellen, dass die wichtigen Weichen nach der 6. Primarklasse gestellt sind. Dann ist entschieden, ob wir primär den Matura-Weg einschlagen oder uns einen kleinen bildungstechnischen Umweg erlauben. Heute, wo wir von Durchlässigkeit reden, sollten wir langsam zu dementsprechendem Handeln übergehen.
Lebenslanges Lernen heisst nicht nur, dass unser Wissen eine kürzere Halbwertszeit hat; es gibt dem Bildungsschwächeren auch die Chance, sich länger Zeit zu nehmen, etwas dazu zu lernen. Wenn die heutigen Kinder scherzhaft gesagt bereits mit dem Computer geboren werden, so sind es die morgigen, denen eine Fremdsprache bereits in die Wiege gelegt wird. Doch das ist nicht neu und ungerecht; das haben wir bei den zweisprachig aufwachsenden Kindern schon heute. Beim Auto haben wir das nötige Verständnis, dass es mehr Energie braucht, wenn wir von 0 auf 100 nur fünf statt sieben Sekunden benötigen. Warum denken wir dann, dass es mit dem Sprachen lernen anders sein sollte und wir somit weniger Energie aufwenden müssten? Später könnten wir mit grösserer Intensität und Effizienz an das Erlernen der zweiten Fremdsprache herangehen. Wer gibt uns die Garantie, dass wir die Sprache nach neun Schuljahren besser können? Sicher, es geht hier nicht um Garantien, die hatten wir in der Bildungslandschaft nicht in der Vergangenheit und die werden wir auch in Zukunft nicht haben. Wir sind uns auch bewusst, dass wir vom Grundsatz ausgehen, dass Quantität nicht gleich Qualität ist. Doch eben dies will uns hier und jetzt jemand beweisen. «Darf es etwas mehr sein?» werden wir etwa beim Metzger gefragt. Doch dieses «Etwas» bedeutet auch eine Mehrbelastung und verursacht Mehrkosten. Bei den Sprachen werden die einen die Frage mit ja, doch eine Mehrheit wird sie mit nein beantworten, denn für sie ist es, zu diesem Zeitpunkt, zuviel. Wir streiten uns in erster Linie nicht darum, ob zwei Fremdsprachen zuviel sind, sondern wann sollen zwei Fremdsprachen gelernt werden? Die einen wollen zwei Fremdsprachen als die Regel auf Primarschulstufe, wir wollen eine als das Normale. Den bildungsbegabteren Schülerinnen und Schülern soll auf fakultativer Basis und kostenlos die Möglich-

keit geboten werden, eine zweite Fremdsprache auf Primarschulstufe zu erlernen. Die andern Schüler könnten während dieser Zeit zum Beispiel zusätzlich in Deutsch oder Mathematik gefördert werden. In der Oberstufe wären Intensivwochen im fremdsprachigen Kulturraum denkbar. Bei vielen Schülern zeichnet sich bereits vor der 5. Primarklasse ab, ob jemand von der Primarstufe direkt ins Gymnasium geht oder diesen Schritt zu einem späteren Zeitpunkt wohl auch noch wagen wird. Es versteht sich von selbst, dass unser heutiges Schulsystem, viel stärker als früher, den heterogenen Klassen noch mehr gerecht werden muss. Der stärkere wie der schwächere Schüler muss sein individuelles Entwicklungspotential kennen und dementsprechend gefördert werden. Mit zwei Fremdsprachen wird eher den Besseren Rechnung getragen, die Schwächeren werden noch mehr überfordert sein; die Bildungsschere wird sich noch weiter öffnen.

Längerfristig stellt sich somit die Frage, was können wir von der Bevölkerung als Eigenleistung im Sprachen-Portfolio erwarten und was soll die Volks-Schule bieten? Wo wollen wir in Sachen Sprache nach neun Volksschuljahren, nach weiteren vier Jahren Zwischenabschluss und wo nach einer zusätzlichen, nochmals mehrjährigen Ausbildungszeit stehen? Nach wie vor stellen wir fest, dass die Jugend von heute viel mehr kennt als wir früher, aber von mehr können war nie die Rede. Wir sind gezwungen, uns auf eine sich immer schneller verändernde Berufswelt einzustellen. Trotzdem dürfen wir solide Grundlagen nicht vernachlässigen. Aber eben genau dies geschieht. Weil wir immer Neues aufnehmen müssen, ohne es zu wollen, ist es umso schwieriger geworden, den Überblick zu gewinnen oder die Grundlagen zu festigen. Zu schnell zappen wir weiter oder müssen das nächste Mail oder SMS beantworten. Wem soll das Ganze dienen? Denen, die sich verhalten wie auf dem Rummelplatz und jede Neuigkeit ausprobieren müssen? Meistens bleibt es beim Probieren; oder haben Sie beobachtet, dass eine Mehrheit dranbleibt und immer wieder die Neuigkeit ausprobiert, das Neue festigt? In den gewerblichen Berufen ist es sicherlich von Nutzen, wenn sich jeder mehr oder weniger korrekt in der deutschen Sprache in Wort und Schrift ausdrücken kann und darüber hinaus auch eventuell mal einen fremdsprachigen Kunden zumindest freundlich in dessen Sprache willkommen heissen kann. Dass dies in einer zweiten Fremdsprache auch möglich sein könnte, mutet man höchsten einem Berufsmaturanden zu. Die Berufsmatura kann während der normalen Lehrzeit oder nach der Lehre und somit zu einem späteren Zeitpunkt in der eigenen Berufskarriere absolviert werden. Wir schreiben keinem Lernenden vor, während der normalen Lehrzeit die Berufs-Matura abzuschliessen. Viele Lehrmeister stellen gar keine Lernenden ein, die die Matura während der Lehre absolvieren möchten. Das Gewerbe spricht nicht nur von lebenslangem Lernen, das wird so auch umgesetzt. Lernen hält geistig frisch, warum soll man denn alles in die Volksschulstufe hinunterzwängen, wenn es auch anders geht? Wo bleibt denn hier noch Zeit für zusätzliche musische oder sportliche Aktivität? Anscheinend lässt sich dies alles spielend organisieren. Weit gefehlt. Viele Jugendliche sind dem heutigen von der Berufswelt geforderten Druck nicht mehr gewachsen. Viele bleiben auf der Strecke.

Wenn wir uns hier und heute zum ersten Mal ermutigen, in bildungspolitischen Belangen den Mund aufzumachen, dann ist es nicht, weil wir alle vermutlich mal zur Schule gegangen sind. Es ist diesmal auch nicht der Sparwille, der uns zu diesem Vorgehen treibt. An diesem Punkt überlegen wir uns ganz einfach: «Wie viel ist genug» für die Volks-Schule, wie viel gehört in die weiterführenden Schulen, wie viel bildungspolitische Eigenverantwortung wollen wir persönlich übernehmen? Täglich kommen immer neue Aufgaben auf die Volksschule zu, täglich muss sich die Schule auf die neue Situation einstellen. Oftmals sind es Aufgaben, die eigentlich nichts mit der Schule direkt zu tun haben, aber solche, deren Auswirkungen die Schule zu spü-

ren bekommt, sollte sie es wagen, diese nicht als ihre Aufgabe zu erkennen. Veränderungen von Familiensituationen wirken sich primär auf den einzelnen betroffenen Schüler aus, die Folgen hat aber unter Umständen eine ganze Klasse zu tragen, und dies in aller Regel nicht zu ihrem bildungspolitischen Vorteil.
Wenn wir heute über einen Entscheid der EDK diskutieren, so geschieht dies nicht im Glauben, dass sie unsere Überlegungen nicht auch gemacht hätte. Viel eher gehen wir davon aus, dass man sich der Tragweite der zu verschiedenen Zeitpunkten gefassten Entschlüsse zu diesem Thema nicht bewusst war und heute das Ganze öffentlich aufgerollt werden soll. Viele Deutschschweizer Kantone sehen sich veranlasst, mit der Sprachenfrage an die Bevölkerung zu treten. Geben auch Sie der Sprachen-Initiative eine Chance, denn sie schliesst einen flexiblen Weg nicht aus. In diesem und im Sinne der SVP-Fraktion, beantragt Franz Zoppi beide Initiativen zur Annahme.

Thomas **Lötscher** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion grossmehrheitlich und klar gegen die beiden Sprachinitiativen stellt. Dabei unterstützen wir die Argumentation, wie sie im Bericht der Kommissionsminderheit zum Ausdruck kommt. Es sind so viele überzeugende Argumente, dass hier darauf verzichtet wird, alle zu wiederholen, um stattdessen einige wesentliche Aspekte zu vertiefen. – In der Diskussion kommen immer wieder Argumente gegen das Modell 3/5 zur Sprache, die mit diesem eigentlich gar nichts zu tun haben. So wird kritisiert, dass namentlich fremdsprachige Kinder Mühe haben, vor allem wenn sie erst spät, z. B. in der fünften Klasse in die Schweiz kommen. Das liegt aber nicht am Sprachunterricht, sondern an einem ungenügenden Integrationskonzept. Können wir es uns leisten, aus einer falsch verstandenen Rücksichtsnahme unsere Schule nach unten zu nivellieren und damit unseren Kindern die optimalen Zukunftschancen zu verwehren? Schon der frühere amerikanische Präsident Abraham Lincoln wusste: «Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt.» Es wird auch ins Feld geführt, die Kinder sollten erst mal richtig Deutsch lernen, bevor man sie mit Fremdsprachen in Kontakt bringt. Gerade von Seiten des Gewerbes hört man diese verständliche Forderung häufig. Allerdings wurde dieses Problem gerade im Kanton Zug erkannt und angegangen: Eben zog die Bildungsdirektion Bilanz über drei Jahre, während derer Hochdeutsch als Inspektionsschwerpunkt definiert worden war. Die Ergebnisse sind positiv und Hochdeutsch ist in unseren Schulzimmern zur Selbstverständlichkeit geworden. Negative Interferenzen mit dem Frühfranzösisch sind keine bekannt.
Werfen wir einen Blick auf die Hauptpersonen in dieser Thematik: Der Votant beginnt bereits im Vorschulalter bei seinen eigenen Kindern. Er war verblüfft, als er realisierte, dass sie beim gemeinsamen Spiel oft hochdeutsch sprechen. Anfänglich sehr unbeholfen und amüsant, aber je länger je besser. Sie haben es im Fernsehen gehört und ihr Spiel erscheint ihnen authentischer, wenn sie es in Fernseh-Sprache spielen. Dies an die Adresse all jener, die argumentieren, mit Hochdeutsch führten wir drei Fremdsprachen auf der Primarstufe ein und überforderten die Kinder. Wenn wir die Kinder fragen, welche Sprache ihnen wichtiger ist und welche sie demzufolge zuerst lernen möchten, ist die Antwort eindeutig: Die Kinder wollen Englisch lernen. Für sie ist es eine coole Sprache. Viele Ausdrücke des jugendlichen Slangs sind englisch. Englisch ist die Sprache ihrer Lieder und Idole. Mit Französisch kommen sie während der Primarschule kaum in Berührung, somit fehlt ihnen der Bezug dazu. Kommt dazu, dass für die meisten Deutschsprachigen Englisch einfacher zu lernen ist als Französisch und sich so die Erfolge früher einstellen. Warum also nicht mit jener Sprache beginnen, für welche die Motivation am grössten ist? Warum nicht den

Schwung aus dieser Motivation und den erzielten Erfolgen nutzen für die zweite Fremdsprache? Thomas Lötscher wagt deshalb zu behaupten dass vom vorgelagerten Frühenglisch das Frühfranzösisch profitiert. Die Initianten bestreiten die Wichtigkeit des Frühenglisch nicht. Sie verkennen aber, dass sie es mit diesen Initiativen gefährden. Die nationalrätliche Kommission für Bildung und Wissenschaft ist in den Startlöchern, um eine Landessprache in der Primarschule vorzuschreiben. Diese würde bei Annahme der Initiativen Englisch zurück auf die Oberstufe katapultieren. Das darf nicht sein. A propos Oberstufe: Eine Annahme der Initiative hätte zur Folge, dass der Stoff, den wir in der Primarschule aus falsch verstandener Schonung der Schüler verlauern, in die Oberstufe gestopft würde, um die Lernziele zu erreichen. Wir verhätscheln die Schüler in der Primarschule, um danach in der Oberstufe den verpassten Stoff einer Flutwelle gleich über sie hereinbrechen zu lassen.
Betrachten wir nun noch den Arbeitsmarkt: Der Kanton Zug ist ein international ausgerichteter Standort und die FDP eine wirtschaftsorientierte Partei. In jüngster Zeit buhlen allerdings auch andere Parteien um dieses Prädikat. In dieser Frage wird sich mit entscheiden, wer es nun wirklich verdient. Lassen wir den Arbeitsmarkt für sich selber sprechen. Der Votant hat die Stellenanzeigen im Amtsblatt vom 9. Dezember auf Anforderungen an Fremdsprachen hin analysiert. Wer Deutsch, Englisch und Französisch spricht, dem stehen 165 Stellen offen. Wer nur des Deutschen mächtig ist, muss sich mit 62 begnügen. Diese Praxiszahlen zeigen glasklar, dass für das wirtschaftliche Fortkommen Fremdsprachen von zentraler Bedeutung sind. Dabei bringt es nichts, Englisch gegen Französisch auszuspielen. Wir brauchen beides! In diesem Zusammenhang erstaunt auch der Gewerbeverband, der als einziger Zuger Wirtschaftsverband die Initiativen unterstützt. Es ist wohl so, dass im stark lokal orientierten Bau- und Lebensmittelgewerbe Fremdsprachen eine untergeordnete Rolle spielen. Allerdings umfasst Gewerbe mehr als diese Bereiche. Sobald die Ausrichtung nationale Ausmasse erreicht – und dazu muss eine Firma nicht sehr gross sein –, werden Fremdsprachenkenntnisse aktuell. In dieser Konstellation ist Französisch sogar wichtiger als Englisch. Gerade in kleineren Firmen, in denen Servicetechniker und Aussendienstler grössere Gebiete abzudecken haben, ist die Kenntnis der Sprache im Marktgebiet essentiell. So erstaunt nicht, dass vom Servicetechniker Mechanik/CNC in der Amtsblattausschreibung Kenntnisse in Deutsch, Englisch und Französisch verlangt werden. Die Annahme, dass in handwerklichen Berufen Fremdsprachen keine Rolle spielen, ist ein Trugschluss. Im Gegenteil: Nebst dem Marktauftritt spielt sich oft auch der Kontakt mit den Lieferanten in einer Fremdsprache ab. Wenn auch Fremdsprachen in gewissen Berufen für den Einstieg nicht relevant sind, bilden sie doch Erfolgsfaktoren für gute Mitarbeiter, die sich weiterentwickeln und Karriere machen wollen. Die Zuger Wirtschaft braucht Mitarbeiter mit guten Fremdsprachenkenntnissen. Wer sie ihr verwehrt, muss schon extrem gut argumentieren, wenn er sich weiterhin als Wirtschaftspolitiker bezeichnen will. In Gewerbekreisen wird auch befürchtet, dass die Ausbildung zu kopflastig werde und die handwerklichen Fertigkeiten der Schulabgänger darunter litten. Dabei wird verkannt, dass der Kanton Zug gesamtschweizerisch eine Spitzenposition einnimmt mit 18 Lektionen im Handwerklichen Gestalten. Daran wird auch nicht mehr gerüttelt. Die Initiative hat ihr Ziel erreicht und sollte schon lange zurückgezogen werden. Wichtiger als die Diskussion über die Stundenzahl ist jene über die Lernziele. Wer von der Schule verlangt, dass sie im handwerklichen Bereich umfassende Grundlagen für eine spätere Berufslehre legt, verkennt die Aufgaben und Möglichkeiten der Schule in dieser Angelegenheit. Unsere Schulen können nicht die praktischen Ziele des ersten Halbjahres einer Lehre vorwegnehmen. Dazu würden auch 25 Lektionen nicht reichen. Sie können aber die Schüler mit den verschiedenen Werkstoffen und Bearbeitungstechniken in Berüh-

rung bringen. Die Kinder sollen erkennen, wo ihre Begabungen liegen und was ihnen Spass macht. Damit wird einerseits die Berufswahl vereinfacht und von falschen Vorstellungen befreit. Das Erkennen der persönlichen Neigungen und Fähigkeiten kann die Grundlage bilden, um das Gelernte in der Freizeit zu vertiefen. Mit der aktuellen Stundendotation wird dem Anliegen einer ausgeglichenen Förderung von Kopf, Herz und Hand ausreichend entsprochen. Zumindest gilt dies für die Schüler – allenfalls weniger für Lehrpersonen, die ihre Pfründe verteidigen wollen. Aber als Politiker sind wir gehalten, das Gemeinwohl über Einzelinteressen zu stellen.
Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität verlangt von den Menschen Mobilität. So werden zuweilen Arbeitsplätze örtlich verlagert. Wer den Umzug nicht mitmacht, hat das Nachsehen. Die landesweite Harmonisierung der Schulen ist deshalb ein wichtiges Anliegen, da ansonsten Kinder beim Umzug in einen anderen Kanton massiv benachteiligt werden. Das eidgenössische Sprachenmodell 3/5 bildet eine solche Harmonisierung und ist eine dringende gesellschaftliche Notwendigkeit. Vor diesem Hintergrund stellen die Initiativen in den vier Kantonen Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Zug einen bildungspolitischen Saubannerzug dar, der zum Vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Nicht die Mehrheit der Kantone wird sich der rückwärtsgewandten Minderheit anpassen. Über kurz oder lang wird der Druck auf die Abtrünnigen zu gross, und wie seinerzeit bei der Einführung des einheitlichen Schulanfangs wird sich weitsichtige Realpolitik gegen kleinkariertes Gärtchendenken durchsetzen.
Erstaunt ist Thomas Lötscher über die Unterstützung der Initiativen durch die Alternativen. Dies nicht auf Grund der vorhin geführten wirtschaftspolitischen Argumentation. Vielmehr hat er die Alternativen als Gruppierung wahrgenommen, die als Zuger Standortvorteil immer auch die Bildung gegen den Steueraspekt ausspielt, eine Gruppierung, die sich gerne progressiv und weltoffen gibt. Und jetzt, wo es darum geht, den Kanton Zug in eine weltoffene, mutige Zukunft zu führen und die Bildungsqualität zu stärken, verabschieden sie sich! Ausgerechnet die Alternativen bieten Hand zur Bildung einer Zweiklassengesellschaft: Im Kanton Zürich werden heute bereits 30 % der Schüler in Privatschulen unterrichtet, obwohl dies für die Eltern sehr teuer ist. Diese Tendenz würde durch die Annahme der Initiativen sicher verstärkt. Wer seinen Kindern optimale Chancen bieten will, müsste auf Privatschulen zurückgreifen. Das können sich aber nur Begüterte leisten, und so hingen in Zukunft die Berufschancen der Schulabgänger wesentlich von der Finanzkraft der Eltern ab. Die FDP ist der Überzeugung, dass wir den Kindern Chancengleichheit bieten sollten, ist es doch ein urfreisinniges Postulat. Der Votant ist verblüfft, dass uns ausgerechnet die Alternativen rechts überholen mit einer Politik, die in ein elitäres Zweiklassenmodell mündet.
Abschliessend richtet sich Thomas Lötscher an jene im Rat, die in dieser Frage unsicher sind und die Meinung noch nicht gemacht haben. In diesem Fall müssen Sie die beiden Initiativen ablehnen; denn nur so erhält die Zuger Bevölkerung die Gelegenheit, selber zu bestimmen, ob ihre Kinder dereinst fit sein werden, den wirtschaftlichen Spitzenplatz Zugs zu halten, oder ob sie ins Mittelmass abdriften und sich von der Weltoffenheit weg ins isolationistische Schneckenhaus zurückziehen werden. Die FDP empfiehlt dem Rat Mut zum Gut-Sein. Betreiben wir echte Jugendarbeit, indem wir die junge Generation fit für die Zukunft machen.

(Erwina Winiger Jutz verlässt den Saal und wird vorübergehend von KR-Vizepräsident Karl Betschart ersetzt.)

Beatrice **Gaier** erinnert daran, dass schon viel parliert, geschrieben und zitiert worden ist zu den beiden Gesetzesinitiativen. Trotzdem wird sie versuchen, dem Rat die Meinung einer sehr deutlichen Mehrheit der CVP-Fraktion plausibel zu machen. Wie bereits in der Vernehmlassungsantwort vom Mai 2004 zur Stundentafel Primarstufe ausgeführt, unterstützen wir ein Gesamtsprachenkonzept vom Kindergarten bis zur neunten Klasse. Als Basis für weitere Fremdsprachen soll der Standardsprache schon sehr früh das nötige Gewicht verliehen und sie im Schulalltag konsequent gesprochen und geübt werden. Die Evaluation des Inspektionsschwerpunkts der vergangenen drei Jahre zeigt positive Resultate. Wir erachten es als zwingend, dass die seit Jahren von allen Parteien geforderte Harmonisierung und Koordination der schweizerischen Schulsysteme auf freiwilliger Ebene umgesetzt werden. Inzwischen hat der Bund die Kompetenz erhalten, diesbezüglich korrigierend einzugreifen. Wollen wir das und mit welchen Konsequenzen?
Wir sind überzeugt davon, dass unsere Kinder im globalisierten Umfeld und insbesondere dem internationalen Standort Kanton Zug die Chance zum frühen Sprachenlernen erhalten müssen. Die Annahme der Initiativen würde bedeuten, dass das im Sommer 2005 mit viel Motivation und gut ausgebildeten Lehrpersonen gestartete Frühenglisch möglicherweise aus dem Stundenplan gekippt und wieder auf die Oberstufe verlagert würde. Der nachgewiesenermassen positive Einfluss auf das Französisch Lernen zwei Jahre später wäre nicht mehr als optimale Voraussetzung gegeben. Die geforderten Rahmenbedingungen im Kanton Zug sind gut. Die nach neuesten Erkenntnissen pädagogisch-didaktisch ausgebildeten Lehrpersonen werden es ausgezeichnet verstehen, den Sprachunterricht kindsgerecht und trotzdem zielorientiert zu vermitteln.
Es ist in der Wissenschaft seit langem bekannt und nun auch bewiesen, dass das Sprachenlernen je früher umso einfacher geht. Auch die Erfahrungen anderer europäischer Länder zeigen deutlich auf, wie erfolgreich mehrere Sprachen im Alter von fünf bis zwölf Jahren gelernt werden. Die Kinder müssen und wollen gefordert und somit gefördert werden, um einem Motivationsverlust mit möglichen Verhaltensauffälligkeiten als Folge Vorschub zu leisten. In den letzten Jahren wurden sehr viele Unterstützungsmassnahmen für die schwächeren Schülerinnen und Schüler institutionalisiert. Ein Schulsystem soll, nein muss ebenso die Möglichkeiten und Bedürfnisse der motivierten und lernwilligen Kinder berücksichtigen. Die Privatschulen unterrichten zunehmend mehrere Sprachen auf der Primarstufe. Wollen wir eine Zweiklassengesellschaft auf Kosten unserer Kinder unterstützen, die unter dem Chancennachteil zu leiden hätten? Wir sagen klar nein!
Die Initiative „Kein Abbau beim Handwerklichen Gestalten" ist unserer Meinung nach unbegründet, da die zugerische Lektionenzahl im schweizerischen Vergleich immer noch sehr hoch ist. Auch hier stellt sich die Frage, ob der Kanton Zug einen Konsens finden kann oder ob evtl. eine Harmonisierung durch den Bund provoziert wird. Dies könnte zu unserem Nachteil sein, da die Stundendotation in den meisten Kantonen tiefer ist. Setzen wir doch unseren gesunden Menschenverstand dafür ein, den Gesamtblick nicht aus den Augen zu verlieren und damit die vorgeschlagene Lösung zu gefährden.
Fazit: Die CVP-Fraktion lehnt die beiden Gesetzesinitiativen grossmehrheitlich ab, weil:

1. die Sprachenstrategie der EDK die verstärkte Harmonisierung und Koordination der kantonalen Bildungspolitik fördert,
2. die Stundentafel nicht im Gesetz festgeschrieben werden soll,

3. wir keine Unruhe und Verunsicherung im ganzen Schulumfeld akzeptieren wollen, weil das bereits eingeführte Frühenglisch wieder abgeschafft oder das Frühfranzösisch auf die Oberstufe verschoben würde,
4. unsere Kinder zwingend die Chance erhalten müssen, sich in einem internationalen Wettbewerb behaupten zu können,
5. wir eine Zweiklassengesellschaft in der Bildungspolitik verhindern wollen.

Also, packen wir die Zukunft unserer Kinder gemeinsam an und stimmen wir gegen die Initiativen!

René **Bär** musste sich vor ca. einem Jahr auf Grund eines Bürgeranliegens mit der Schule befassen. Dies, da er die Mitteilung erhielt, dass in den ersten beiden Schuljahren weder Noten gemacht noch schriftliche Arbeiten auf Rechtschreibung korrigiert werden. Er erlaubte sich beim Kanton, bei der für die Schule verantwortlichen Person nachzufragen, was eigentlich die Primäraufgaben der Schule seien. Die verantwortliche Person war von dieser Frage sichtlich überrascht. Nach einer Pause fragte er: «Was meinen denn Sie?» René Bär antwortete: «Lesen, schreiben und rechnen.» Da kam eine fast lächelnde Antwort: «Das sind schon lange nicht mehr die Primärbedürfnisse. Wir müssen primär die Sozialkompetenz bei den Schülern wecken.» Dazu folgende Frage: Sollte die Schule nicht primär die Kinder so ausbilden, dass sie im täglichen Leben und im Berufsleben erfolgreich werden können? Das heisst eine Lehre oder Studium absolvieren können. Für beides braucht es aber eine Grundausbildung, die da heisst: rechnen, lesen und schreiben! Wer nicht die Zahlen beherrscht, nicht richtig lesen kann, das Gelesene nicht verstehen kann und nicht sinnvoll schreiben kann, der wird im Leben kaum grosse Leistungen erbringen können. Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr! Ein altes Zitat, das immer noch Gültigkeit hat. Daraus folgt, dass die Grundlage zum Erfolg in der Schule gelegt werden muss. Leider zeigt sich, dass je länger je mehr Schulabgänger keine geeignete Ausbildungsstätte finden. Dies meistens weil die entsprechenden Grundfähigkeiten nicht vorhanden sind.
Beispiele: Je nach Gemeinde waren beim Schulabgang 2005 9 bis 30 % der Schulabgänger auf ein Brückenangebot, bzw. auf eine weitere Unterstützung im Rahmen eines zusätzlichen Schuljahres, angewiesen. Die Brückenangebote werden zu 100 % vom Kanton finanziert. Zur Zeit des Votanten vor über 65 Jahren gab es Schulklassen mit 40 und mehr Schülern. Kaum ein Schulabgänger hatte keine Lehrstelle gefunden. Dies weil sich die Schüler in der Schule, Disziplin, Konzentration und viel sinnvollen Stoff aneignen mussten. Den Studenten der 68er-Jahre war das harte Arbeiten unangenehm. Sie standen auf und protestierten. Denn sie wollten die Welt ändern. Sie wollten eine Welt, wo weniger Zucht und Druck ausgeübt wird. Was aus diesen 68er-Studenten resultierte, zeigt sich deutlich in der Fehlentwicklung der letzten 15 Jahre. Wo oft Fordern vor Leistung stand. Die Zeit der Schuldenmacherei hat Einzug gehalten. Nicht nur im privaten Bereich wurde oft über die Verhältnisse konsumiert. Aus der 68er-Bewegung entstand auch die Zeit der antiautoritären Erziehung. Das heisst, die Kinder durften machen, was sie wollten. Die Kinder durften bei Fehlhandlungen nicht mehr gestraft werden. Die Lehrer durften keine Leistungen mehr verlangen. Die Folge war, dass die persönlichen Ansprüche stiegen, aber gleichzeitig die Durchschnittsleistungen der Schweizer beachtlich zurückgingen. Nicht die 68er-Studenten und die folgenden Jahre haben der Schweiz den Wohlstand gebracht. Die 68er-Bewegung hat den Grundstein gelegt, der dazu führte, dass Familien und der Staat über ihre Verhältnisse lebten. Die grosse Staatsverschuldung ist die Quittung dafür. Der Wohlstand in der Schweiz und in Deutschland wurde im

Wesentlichen von der Vorkriegsgeneration erschaffen. Einer Generation die gelernt hat, unter misslichen Bedingungen harte Arbeit zu leisten. Die gelernt hat, aus dem Nichts etwas zu machen. Wir tun unseren Schülern keinen Gefallen wenn wir die Leistungen ständig kürzen. Was wir brauchen, sind gut ausgebildete Schüler, die lernen eine bestimmte Leistung in einer bestimmten Zeit zu erbringen. (Der Vorsitzende Karl Betschart bittet den Votanten, zur Sache zu sprechen.)
René Bär hörte von einem Lehrer: «Mein Ziel muss es sein den vorgegebenen Stoff zu erteilen. Ob dieser von den Schülern verstanden wurde oder nicht, wird nicht gefragt.» Vor wenigen Tagen hörte er eine Radiosendung über den Forschungsplatz Schweiz. Da wurde darüber berichtet, dass zurzeit ca. 70 % der Forscher in der Schweiz Ausländer seien. Das komme davon, weil die Schweizer 3-4 Jahre länger ausgebildet werden müssen, um den gleichen Stand zu erreichen, und dadurch oft den Anschluss verpassen. Das Problem liege in erster Linie bei der Volksschule. Diese vermittle das Grundwissen ungenügend. Diese Mängel müssten dann in den höheren Schulen nachgeholt werden. Es ist an der Zeit, von den Lehrern zu verlangen, dass sie die Verantwortung übernehmen müssen, dass der Stoff auch verstanden wird. Dazu braucht der Lehrer aber auch die Kompetenz, einen Schüler wenn nötig zu Recht zu weisen und unter Druck zu setzen. Wir brauchen Lehrpersonen, die bereit sind, von den Schülern sinnvolle Leistungen zu verlangen. Dazu brauchen die Lehrer aber entsprechende Kompetenzen. Die Schule hat die Aufgabe, der Industrie und dem Handwerk gut ausgebildete und motivierte Menschen zur Verfügung zu stellen. Wenn sie dazu nicht fähig ist, erfüllt sie ihre Aufgabe nicht.
Die Statistik «Schulaustritt 2005: Überblick über alle Gemeinden» zeigt folgendes Bild: 9 bis 30 % der Schulabgänger (unabhängig von den Gemeinden) entsprachen den Anforderungen der Industrie und des Handwerks noch nicht. Sie mussten mit Brückenangeboten, auf Kosten des Kantons, ein weiteres Jahr zur Schule gehen. Der Gemeindepräsident aus Cham, wo ca. 27 % der Schulabgänger auf ein Brückenangebot angewiesen waren, schrieb dem Votanten dazu: «Wir sehen da keinen Handlungsbedarf!» Das muss doch zu denken geben! Da sieht sich der Votant als gewählter Volksvertreter zu einer Handlung verpflichtet. Er beantragt, dass die Schule rasch auf ihre Verantwortung hin zu überprüfen und entsprechend zu reorganisieren ist. Nur mit der Aufgabe Sozialkompetenzen zu vermitteln, kann das geforderte Ziel nicht erreicht werden. Das Ziel sollte sein, Fächer zu unterrichten, die den Schüler im Berufsleben weiter bringen. Das heisst Fächer, die vom Schüler akzeptiert und verstanden werden. Ohne Fleiss kein Preis!

Georg **Helfenstein** ist Mitglieder der IG Bildung, welche die Initiative unterstützt. Seiner Tochter hat er versprochen, zu sagen, dass sie kein Französisch will. – Eine einheitliche Schulbildung in der Schweiz, ja das kann natürlich viele Probleme und Polemiken im Sinne des Kantönligeists lösen. Die von der EDK lancierte einheitliche Sprachenbildung ist lobenswert und bedarf auch nicht unbedingt einer Abfuhr. Jedoch fragt sich der Votant, wie einheitlich die Informationsstrategien zu dieser Schlussfolgerung einer einheitlichen Schulbildung zustande gekommen sind, gibt es doch in diversen Kantonen bereits Initiativen oder sogar ablehnende Entscheide gegen das System 3/5. Die Warnung, der Bund werde eine übergeordnete Funktion übernehmen und die Kantone quasi zum System 3/5 zwingen, kann nicht einfach so umgesetzt werden. Wer zahlt befiehlt. Hätte da der Bund nicht ein Problem mit der Finanzierung? Georg Helfenstein ist sicher, dass die EDK dies nicht dem Bund überlassen möchte. Kürzlich im Fernsehen bei der Pisa-Show des Schweizer Fernsehens hat der Chef dieser Studien gesagt, dass die Mathematikstunden nach Abschluss

von neun Schuljahren im Kanton Bern um 300 Stunden tiefer liegen als in anderen Kantonen. Ja, wo bleibt da die Harmonisierung?
Vergleichen wir die Debatte mit dem neuen Lohnausweis. Auch da haben sich Bürostrategen etwas erarbeitet, das von den bürgerlichen Parteien angeprangert wurde. Es stimmt schon, es haben Vernehmlassungen in der Sprachenfrage stattgefunden. Jedoch ist es immer wichtig zu wissen, wie die Umsetzung dann vonstatten geht. Und das weiss man dann im Vorfeld halt schon nicht so richtig. Es stimmt auch, dass es viele Studien gibt zum Thema 3/5, ebenso zum Thema geistige Entwicklungsfähigkeit der Kinder. Es gibt aber immer auch gegenteilige Studien zum selben Thema. Das Entscheidende ist doch, wie und wo man die Fragen stellt; welche Bedingungen sind Voraussetzung und welches Ergebnis zu welchen Gunsten soll erzielt werden? Nehmen wir den Bericht der Zuger Zeitung vom 2. Dezember. Da sprechen sich die Oberstufenlehrpersonen für das System 3/7 aus. Lehrer, welche direkt betroffen sind von diesem System. Wahrscheinlich wird uns der Regierungsrat dann sagen, dass diese das nicht umsetzen könnten!
Der Votant möchte nochmals klar festhalten, dass er nicht gegen Französisch oder Englisch ist, aber dass er dafür plädiert, zuerst die Deutschkenntnisse und die eine Fremdsprache (Englisch) zu erlernen, um nachher die zweite Fremdsprache in der Oberstufe (Französisch) ebenfalls zu erlernen. Dieses System wäre lösbar und würde der Qualität gerechter werden. Das Argument, das in diesem Sommer eingeführte Konzept 3/5 wieder umzustossen, ist nicht haltbar, denn besser jetzt noch umstellen als gar nicht mehr! Die Initiativen wurden im Dezember letzten Jahres eingereicht, diese Thematik war also bekannt. Der Kanton Thurgau hat zum Beispiel mit der Planung einen Halt gemacht, weil er abwarten möchte, bis die Abstimmung vorbei ist. Was natürlich nicht angeht, ist die Anrechnung der Sprachenkenntnisse für den Oberstufenübertritt. Das kann ja nicht sein, dass sprachlich begabte Schüler mehr Vorteile erlangen als mathematisch begabte Schüler. Das ist nicht ausgewogen und darf nicht so umgesetzt werden. Ebenfalls wird erwähnt, dass beim System 3/7 auf die schlechteren Schüler Rücksicht genommen würde. Wir haben nun mal eine Volksschule und keine Privatschule. Diese Strategie wurde mit der integrativen Förderung erarbeitet und mit den bewilligten Stellenpools für zusätzliche Lehrkräfte auch umgesetzt. Was soll denn daran jetzt falsch sein? Es stellt sich dann schon die Frage, ob unser Bildungssystem nicht mal grundsätzlich überdenkt werden müsste!
Georg Helfenstein als Gewerbler wünscht sich auf jeden Fall Lehrlinge, die gut Deutsch können, die Rapporte und Berichte einigermassen lesbar schreiben können und die mathematisch am Ball sind. Ein Anliegen auch des Schweizerischen Gewerbeverbands. Und glauben Sie ihm: Er weiss wovon er spricht, bildet er doch selber Lehrlinge im Handwerk aus. Es ist zum Teil erschreckend, wie sich Jugendliche in der Schnupperlehre schriftlich ausdrücken, oder wie Satzstellungen und einfachste Wörter falsch geschrieben werden. Daher ist doch der deutschen Sprache genügend oder vermehrt Beachtung zu schenken. Mit zwei weiteren Fremdsprachen in der Primarstufe ist die Last sicher zu gross.
Genau aus diesem Grunde steht der Votant auch für die Handwerksinitiative ein. Die Kopflastigkeit in den Fächern darf nicht zu Lasten von musischen Fächern geschehen. Es wurden genügend Argumente dafür geliefert. Spielen und Basteln, Werken und verstehen, was man macht, etwas fühlen, sehen, wie etwas entsteht, das sind doch Grundbedürfnisse, welche wir als kleine Kinder schon haben. Kaum auf der Welt spricht man nicht Englisch, Französisch oder Deutsch, sondern man schult sein Auge und Hirn mit der Fähigkeit des Fühlens, Hörens und Sehens. Dass die Festlegung der Stundendotation heikel ist, ist sich Georg Helfenstein bewusst. Aber dass die DBK erst nach bekannt Werden der Initiative die Stundenzahl wieder auf 18

erhöhte, ist ein klares Bekenntnis dafür, dass politischer Druck halt notwendig ist. Obwohl wir im Schweizerischen Schnitt eine hohe Anzahl dieser Stunden aufweisen, darf der Kanton Zug ruhig eine Vorreiterrolle in diesem Bereich einnehmen – bei der Sprache möchte man das ja scheinbar auch! Es gibt keine Garantien, dass in ein paar Jahren diese Stunden wieder ab- oder umgebaut und zusammengelegt werden können.
Der Votant möchte sich an dieser Stelle auch im Namen der Kantonsrätinnen und Kantonsräte der IG Bildung bei der Kommissionspräsidentin bedanken, welche die Diskussion stets fair und sachlich führte, obwohl sie anderer Meinung ist als die Kommissionsmehrheit. Ebenfalls dankt er Bildungsdirektor Matthias Michel für seine ebenfalls ausgewogene Art und Fairness gegenüber unseren Anliegen. Er hofft natürlich, dass das auch so bleibt. In diesem Sinne bittet er den Rat abschliessend um die Unterstützung der beiden Initiativen zum Wohle der Qualität der Sprache und des Handwerks.

Rosvita **Corrodi** gehört ebenfalls dem Initiativkomitee an und sie unterrichtet das Fach HWG. Es ist jedoch zu präzisieren, dass das handwerkliche Gestalten aus zwei Fächern besteht, einerseits das textile Werken, das früher Handarbeit genannt wurde, und anderseits das Fach Werken, welches die Votantin unterrichtet. Da wir hier zu beiden Initiativen Stellung nehmen, wird sie sich mit ihrem Votum auf die Initiative «Kein Abbau beim Handwerklichen Gestalten» konzentrieren.
Heinrich Pestalozzis Grundthese, dass in der Schule Kopf, Herz und Hand zu gleichen Teilen geschult werden sollen, gilt offenbar nicht mehr. Der Trend zur Kopflastigkeit führt dazu, dass ganzheitliches Lernen bald nicht mehr möglich ist. Handwerkliches Gestalten baut auf den menschlichen Grundbedürfnissen wie Bauen, Bewegen, Steuern, Kleidung, Wohnen usw. auf und trägt so zur aktiven Auseinandersetzung mit der natürlichen und gestalteten Umwelt bei. So wird das räumliche Vorstellungsvermögen gefördert und unsere hoch technisierte Welt erlebbar gemacht. Die Jüngeren unter uns erinnern sich noch an die «Handsgistunden». Für uns Ältere war die Stundentafel klar geteilt: Die Mädchen besuchten einen Nachmittag lang den Handarbeitsunterricht, die Knaben kamen in den Genuss von zusätzlichen Mathematikstunden. Heute unterscheiden wir nicht mehr zwischen frauen- und männerspezifischen Arbeiten. Es gibt ganz einfach nur noch Arbeit. Niemand findet es mehr unpassend oder komisch, wenn ein Mann sich an eine Nähmaschine setzt oder eine Frau mit einer Bohrmaschine umgehen kann oder weiss, wie man einen Stecker korrekt zusammensetzt. Im Fach Handwerkliches Gestalten vermitteln wir den Schülerinnen und Schülern eine ganzheitliche Förderung. Hier wird nicht nur genäht oder gesägt. Es gilt sprachliche Anweisungen zu verstehen, Arbeitsschritte schriftlich fest zu halten, Pläne umzusetzen um schliesslich ein Produkt zu realisieren. Handwerkliches Gestalten nimmt Bezug auf andere Unterrichtsfächer, baut auf diesen auf und schafft Erfahrungen und Begriffe, die ihrerseits wieder zurück fliessen in den allgemeinen Unterricht. Gerade die Schulung des motorischen Bereichs ist für die Entwicklung des Kindes enorm wichtig. Die veränderten Wohn- und Lebenssituationen bieten den Kindern kaum mehr Möglichkeiten, sich zu Hause handwerklich kreativ zu betätigen. Erfahrungen in anderen Kantonen zeigen, dass ein Abbau der motorischen Schulung eine deutliche Zunahme von feinmotorisch unterentwickelten Kindern bewirkt, die in teuren Spezialstunden therapiert werden müssen.
Rosvita Corrodi anerkennt, dass die DBK am 2. Oktober des vergangen Jahres die gestrichenen HWG-Stunden auf 18 Zeiteinheiten erhöht, also wieder eine dazugegeben hat. Der Kanton Zug verkauft sich als innovativ und wirtschaftlich in die Zukunft

denkend. Dabei soll er aber nicht vergessen, dass das Erkennen und Erlernen von handwerklichen Fähigkeiten für die Berufslehre von entscheidender Bedeutung ist. Und wir wissen, dass ein gutes Drittel aller Schülerinnen und Schüler für Kopfberufe, die nur intellektuelle Fähigkeiten voraussetzen, gar nicht in Frage kommen. Das Festsetzen von Lektionenzahlen per Gesetz ist nichts Exotisches. Der Sport wird mit genauer Stundenzahl im Bundesgesetz festgelegt, und daran stört sich schliesslich auch niemand. In diesem Sinn bittet die Votantin den Rat, im Hinblick auf eine ganzheitliche Förderung unserer Kinder und als Investition in deren Zukunft der Initiative zuzustimmen.

Silvan **Hotz** weiss, dass die Meinungen grundsätzlich gemacht sind, aber man weiss ja nie. – Für das Gewerbe ist es wichtig, dass das handwerkliche Gestalten nicht abgebaut, sondern gesichert wird. Dazu ein Beispiel: Was passiert, wenn wir das Turnen abbauen würden? Die Kinder werden immer dicker und träger. Das kostet uns Millionen von Franken. Sehr ähnlich ist es beim handwerklichen Gestalten. Damit wird das Interesse für handwerkliche Berufe geweckt. Die meisten Arbeitslosen nach der Lehre gibt es nicht im Gewerbe. Mit der Annahme der Initiative können wir also viel Geld sparen. Es braucht weniger Arbeitslosengeld oder Praktikumsplätze. Sonst bilden wir Kinder für die Industrie oder Studenten aus, aber nicht für das Gewerbe. Die Schüler müssen mit den Händen Arbeiten. Sind Sie früher nie stolz nach Hause gegangen, wenn Sie eine Arbeit fertig hatten und mitnehmen durften? Egal ob es ein Schiff war oder ein Etui. Die Kinder müssen sich ein handwerkliches Geschick aneignen können. Es ist für die spätere Berufswahl eine erhebliche Hilfe. Hatten Sie nicht auch Vorlieben oder Abneigungen beim Werken, vielleicht Metall, Stoff oder Holz? Also wussten Sie, dass diese Berufe eher in Frage kommen als andere. In der Schule wird der Grundstein gelegt für alles Spätere. Egal ob bei der körperlichen Ertüchtigung oder beim handwerklichen Gestalten oder bei kopflastigen Fächern. Alles muss ausgewogen sein. Der einzig negative Punkt, dass mit der Initiative das Handwerken im Gesetz festgeschrieben wird, wie das auch beim Turnunterricht der Fall ist, kann legitimiert werden. Es ist etwas starr zu handhaben. Dies ist aber in diesem Fall gut. Und das Gesetz ist ja nicht in Stein gemeisselt.
Bei den Sprachen verhält es sich ähnlich. Auch hier werden Grundsteine gelegt. Der Gewerbeverband ist nicht gegen zwei Fremdsprachen. Wir sind uns der Wichtigkeit der Sprachenvielfalt bewusst. Da haben uns Thomas Lötscher und die FDP wohl falsch verstanden. Eine Wirtschaftspartei muss ja nicht unbedingt eine Gewerbepartei sein. Zuerst soll doch Deutsch richtig gelernt werden. Hier hat sich die Schule schon verbessert, indem Hochdeutsch schon ab dem Kindergarten unterrichtet wird. Dann Englisch ab der 3. Klasse. Hier muss doch zuerst ein richtiges Fundament aufgebaut werden. Die Sprache muss richtig sitzen, damit wir mit einer neuen dritten Sprache beginnen können. Appenzell macht es uns vor. Ende Schule sind alle Fremdsprachen auf dem gleichen Niveau. Es geht also, wenn man will und der Lehrplan diesbezüglich angepasst wird. Noch schlimmer wird es, wenn die Sprache relevant für den Übertritt wird. Haben wir dann nur noch Sprachgenies in der Kanti? Und hauptsächlich Mädchen? Die Mädchen sind ja, das ist in Studien belegt, besser in Sprachen als die Buben. Schon jetzt ist der Mädchenanteil in der Kanti höher. Auf der anderen Seite, wenn die Sprachen nicht für die Selektion bestimmt sind, warum sollten sie dann unbedingt schon ab der 5. Klasse unterrichtet werden? Es sind noch zu viele Fragen ungeklärt.
Es kann auch nicht sein, dass alle Kinder, ob gut oder schlecht, durch das gleiche Loch müssen. Es wird viele überforderte Kinder geben. Und wenn es nur 20 % sind,

sind es 20 % zu viel. Für die Oberstufe wird selektioniert. Dort wird auch individuell unterrichtet. Warum geht das in der Unterstufe nicht? Der Erziehungsrat könnte doch die zweite Fremdsprache als Freifach einführen, während schwächere Schüler Deutsch, Mathematik oder die erste Fremdsprache weiter vertiefen. Das wäre doch mal eine fortschrittliche Lösung! Leider ist bis jetzt davon noch nichts zu sehen. Deshalb unterstützen Sie beide Initiativen zum Wohl der Kinder!

Andreas **Huwyler** weist darauf hin, dass Sprache Ausdruck des Denkens ist. Kein Gedanke, keine intellektuelle Leistung sind ohne Sprache denkbar. Es ist liegt somit auf der Hand, dass Sprachen lernen auch Denken lehrt. Die moderne Hirnforschung hat bewiesen, dass durch das Lernen von Sprachen im Kindesalter die Hirnstrukturen positiv beeinflusst werden. – Die Befürworter der Initiativen wollen unseren Kindern diese Möglichkeit kurz nach Einführung des Modells 3/5 schon wieder wegnehmen. Als Grund wird unter anderem ausgeführt, die Primarschüler seien mit zwei Fremdsprachen überfordert. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen aber, dass dies nicht stimmt. Kinder können problemlos zwei oder auch mehr Fremdsprachen lernen. Im Ausland – oder etwa auch im rätoromanischen Bündnerland – können das die Schulkinder auch. Ein grosser Teil der heutigen Primarschüler leiden nicht an Überforderung, sondern an Unterforderung; so beherrschen drei Viertel der Kinder den Erstklassstoff schon bei Schuleintritt. Unsere Kinder wollen lernen, lassen wir sie und bremsen wir sie nicht! Wir dürfen doch unser System nicht nur den Schwächsten anpassen und dabei die Stärkeren benachteiligen.
Es ist bekannt, dass durch das Lernen von Fremdsprachen auch Synergien für das Erlernen anderer Sprachen entstehen. Sogar eine Verbesserung der Fähigkeiten in der Muttersprache kann damit erreicht werden. Hören wir auf, den Teufel an die Wand zu malen und wider besseres Wissen zu behaupten, unsere Kinder würden wegen der zweiten Fremdsprache nicht mehr richtig Deutsch lernen. Die schlechten Pisa-Tests jedenfalls sind von Kindern ohne zweite Fremdsprache abgelegt worden. Schliesslich dürfen wir auch nicht vergessen, dass der Kanton Zug ein internationaler Wirtschaftsplatz ist. Da dürfen wir doch mit unserem Bildungssystem den Anschluss an das europäische Ausland nicht verlieren, wo vielerorts – gerade in den neuen EU-Ländern – früh zwei Fremdsprachen unterrichtet werden. Wollen wir wirklich unsere Kinder schlechter ausbilden, als dies unsere Nachbarn tun?
Wir haben im Kanton Zug den richtigen Weg eingeschlagen, wenn wir das Modell 3/5 auf den Beginn des laufenden Schuljahres eingeführt haben. Damit haben wir den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung getragen, dass Kinder möglichst früh mit dem Lernen von Fremdsprachen beginnen müssen. Und dieses soeben eingeführte System sollen wir nun schon wieder abschaffen? Das kann es doch nicht sein! Bitte lehnen Sie die beiden Initiativen unseren Kindern zu lieb ab!

Barbara **Strub** erinnert daran, dass Englisch als zweite Fremdsprache in den Zuger Schulen seit diesem Herbst eingeführt ist. Die ersten Rückmeldungen sind positiv. Wie sich dies auf das Fremdsprachenlernen mit Hinblick auf das Französische in Zukunft auswirkt und mit welchen schulischen Sprachenkenntnissen diese Kinder nach neun Schuljahren aus der obligatorischen Schulzeit entlassen werden, wird sich nach der geplanten Evaluation zeigen. Sicher wissen wir, dass sich in den letzten Jahren viel geändert hat. Wenn Sie glauben, dass die Jugendlichen mal erst richtig Deutsch lernen sollen, ist dies ein Problem von heute, ohne zwei Fremdsprachen in der Primarschule. Diese Tatsache haben die Zuger Schulverantwortlichen bereits vor

Jahren erkannt und gehandelt. Seit drei Jahren gilt die deutsche Standardsprache in den Zuger Schulen in allen Fächern und auf allen Stufen als Unterrichtssprache. Dies wurde vom Inspektorat überprüft und die Ergebnisse sind nur positiv. Die heutigen Primarschüler werden als Schulabgänger mit Sicherheit besser deutsch sprechen und schreiben. Die Votantin möchte damit zeigen, dass die konsequente Umsetzung des Sprachenkonzepts Erfolg bringt.
Sie bittet den Rat, als verantwortliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier das soeben eingeführte Sprachenkonzept mit der Annahme dieser Initiativen nicht schon wieder umzustossen. Geben wir auch der öffentlichen Schule – die Privatschulen setzen dies mit Erfolg um – die Möglichkeit, neuzeitlich zwei Fremdsprachen schon in der Primarschule anzubieten. Es darf nicht sein, dass im Kanton Zug alle paar Jahre etwas anderes gelernt werden und dies erst noch im Gesetz festgelegt werden soll. Darum bittet Barbara Strub den Rat, die Initiativen abzulehnen.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** weist darauf hin, dass eine schweizerische Partei (eine der grösseren) in einem Positionspapier zur Bildung folgende drei wesentlichen Postulate erhebt:

1. Am Ende der obligatorischen Schulzeit werden gleichwertige Kenntnisse sowohl einer zweiten Landessprache wie auch der englischen Sprache vorausgesetzt.
2. Die praxisnahe interkantonale Zusammenarbeit, z.B. eine angemessene Harmonisierung der Lehrpläne, ist zu fördern, um die Mobilität innerhalb der Schweiz und mit dem Ausland zu stärken.
3. Wir befürworten eine klare Leistungs- und Verhaltensbeurteilung in Form von Noten und schriftlicher Bewertung, spätestens ab der 4. Klasse.

Die Zitate stammen aus dem Bildungspapier 2001 «Für ein qualitativ hoch stehendes und effizientes Bildungssystem" der SVP Schweiz. Der Votant gratuliert: Es sind Postulate, die wir auch für die Zuger Bildungspolitik unterschreiben können. Und die auch praktisch alle anderen Parteien unterschreiben könnten. Anhand der drei erwähnten Postulate möchte er auf einige Widersprüche hinweisen, welche nun durch die beiden Initiativen verursacht werden.
Es ist richtig, wenn die Politik diese Ziele, nämlich gleichwertige Kenntnisse in zwei Fremdsprachen, davon eine Landessprache, vorgibt. Aber hier kommt nun der erste Widerspruch der Initianten. Mit den Initiativen wird eben gerade nicht dieses Ziel definiert (das wäre ja eigentlich Aufgabe der Legislative), nein, es werden punktuell Massnahmen und Instrumente definiert, nämlich der Zeitpunkt, wann Fremdsprachen erlernt werden dürfen oder eben nicht, und Zeitgefässe, nämlich das Minimum an Zeiteinheiten im Handwerklichen Gestalten. Matthias Michel geht davon aus, dass Sie sich wenn möglich widerspruchsfrei verhalten wollen, dass Sie sich auch an die Grundsätze halten wollen, die Sie in diesem Saal immer wieder (zu Recht) proklamieren, dass nämlich das Parlament oder die Politik Ziele vorgeben – die Art und Weise, wie diese zu erreichen sind, ist dann Sache der Exekutive. So haben Sie z.B. vor kurzem weise entschieden, dass bei den Blockzeiten nach wie vor der Erziehungsrat entscheidet, wie genau diese nun ausgestaltet sind, und haben eben gerade richtigerweise darauf verzichtet, genaue Zeiteinheiten im Gesetz zu definieren.
Ein weiterer Widerspruch tut sich auf: Wenn Sie der Schule gewisse Zeiteinheiten und Zeitpunkte – somit ein Bildungsprogramm – im Detail vorschreiben wollen, so sollten Sie der Schule mindestens ermöglichen, die vorhin erwähnten Ziele – zwei Fremdsprachen nach neun Schuljahren – zu erreichen. Aber wie denn das geschehen soll, z.B. mit Französisch während nur noch drei Jahren an der Oberstufe, das bleibt bei den Initiativen völlig offen; das wird Schwierigkeiten geben. Umso mehr als

man gleichzeitig mit der anderen Initiative eben gerade verhindert, dass in einem anderen Fach abgebaut wird, um dann für das Französisch genügend Zeit zu haben. Die beiden Initiativen bergen also auch einen Widerspruch in sich selbst. Mit der Zustimmung zu den Initiativen würden Sie somit die schwierige Verantwortung übernehmen, dass die von Ihren Parteien proklamierten Ziele auch eingehalten werden.
Das zitierte Bekenntnis zur Harmonisierung des kantonalen Bildungssystems wird heute fast einhellig geteilt. Entsprechend klar haben die eidg. Räte vor kurzem auch den neuen Bildungsrahmenartikel in der Bundesverfassung gutgeheissen. Dieser besagt, dass die Kantone zusammen die Eckwerte des Bildungssystems zu definieren haben. Dazu gehört eben auch gerade die nun diskutierte Fremdsprachenfrage. Wenn es den Kantonen nicht gelingt, diese Harmonisierung zu finden, dann greift der Bund ein. Da geht es dann nicht mehr darum, wer zahlt befiehlt. Das ist in dieser Bildungsverfassung drin. Sie wird übrigens Ende Mai zur Abstimmung kommen und in der Vernehmlassung hat sie eine ziemlich ungeteilte Zustimmung erfahren. Auch der Gewerbeverband des Kantons Zug hat Recht, wenn er im Editorial der jüngsten Ausgabe die «fehlende Einheitlichkeit» in der Volksschule bemängelt. Nur hilft er mit der Unterstützung der Initiativen nicht gerade mit, diesen Mangel zu beheben. Alle streben nach verstärkter Harmonisierung, die mit dem Beschluss der EDK über das Sprachenkonzept gelungen ist. Bei der ersten Gelegenheit wird aber bereits wieder nach einem Halt gerufen, diese mittels Initiativen in einigen Kantonen. Augenfällig ist auch, dass gerade Lehrergewerkschaften überhaupt nicht einheitlich auftreten. Nur in einzelnen Kantonen sind sie gegen diesen EDK-Harmonisierungsbeschluss angetreten. Schweizweit wendet sich z.B. der Primarlehrerverband gegen diese Initiativen (also genau diejenige Stufe, auf welcher die zur Diskussion stehenden Fremdsprachen gelehrt und gelernt werden). Und auch der Schweizer Dachverband LCH hat die Forderung der Innerschweizer Lehrervereine abgelehnt, dass Modell 3/7 zu unterstützen.
Schliesslich zur Forderung nach Leistungsorientierung und Bewertung dieser Leistung, z.B. mittels Noten. Das ist gut und recht so, nur hört man gleichzeitig, zum Teil aus denselben Kreisen, dass die Schulkinder durch die Noten in den Sprachfächern und insbesondere durch die Promotionswirksamkeit von Sprachfächern überfordert würden. Zuviel Leistungs- und Notendruck heisst es da plötzlich! Abgesehen von diesem Widerspruch wird hier auch ein Punkt der Umsetzung unserer Sprachenpolitik aufgegriffen, der überhaupt noch nicht fixiert ist. Heute ist Französisch in der Primarschule nicht promotionswirksam; und auch das Englisch ist es in der ersten Phase nun nicht. Wie diese Fremdsprachen benotet werden und mit welchem Gewicht, das soll nach den ersten Erfahrungen mit dem Englisch definiert werden. Wir gehen hier ganz sachte vor.
Zur Priorität von Deutsch. Deutsch hat wirklich Priorität. Das galt aber nicht erst seit diesen Initiativen. Das gilt für Zuger Schulen ganz besonders. Unser Kanton gehört zu den ersten, der – noch vor dem Pisa-Schock – ein klares Bekenntnis dazu abgelegt hat, indem er die Standardsprache Deutsch zur der Sprache im Schulzimmer und im Unterricht erklärte. Das entsprechende dreijährige Inspektionsschwergewicht ist vorüber – und vor drei Wochen haben die Inspektorinnen und Inspektoren einen erfreulichen Bericht abgegeben. Deutsch ist selbstverständlich geworden in unseren Schulzimmern, und zwar nicht einfach im Deutschunterricht, sondern in allen Fächern, auf allen Stufen, in ganz verschiedenen Unterrichtsformen. Das ist wohl der wichtigste Beitrag der Schule zu einem besseren Deutsch. Und diese Anstrengung wird überhaupt nicht bedrängt oder gefährdet, wenn nun ab der dritten Klasse Englisch dazu kommt.

Wenn man ob der Flut von Berichten, Gutachten und Meinungen über die Frage, wann nun genau der richtige Zeitpunkt für das Erlernen der Sprachen sei, die Orientierung verliert, ist das zu verstehen. Es mag deshalb bei einigen Skepsis aufkommen und Unsicherheit, was nun richtig sei, 3/5 oder 3/7 oder gar noch etwas anderes (pro memoria: Die Steinerschule hat das Modell 1/1 - sie beginnt nämlich ab der ersten Primarklasse mit Französisch und Englisch). Dazu einige Orientierungspunkte:
1. Viele erwarten mehr Erkenntnisse aus der Praxis. Genau diese Erfahrungen werden die ersten Generationen der heutigen Primarschüler mit dem Modell 3/5 nun machen – aber nur dann, wenn Sie diese Erfahrungen nun nicht im Keim ersticken! Sogar ein Nationalfondsprojekt wird diese Erfahrungen untersuchen – was kann uns besseres passieren. Mit der Annahme der Initiativen würden Sie sich zum Vornherein gegen diese Erfahrungen und deren Auswertung im Kanton Zug wehren.
2. Sie sind evtl. unsicher, ob wir dem Bereich Handwerk, Motorisches, Musisches wirklich genügend Raum ermöglichen. Hierzu ist in Erinnerung zu rufen,
- dass auch mit der neuen Stundentafel dieser Bereich einen Drittel der Unterrichtszeit ausmacht,
- dass heute in ganz vielen Fächern – gerade auch den Sprachen – mit Hand und Herz erfahren und gelernt wird,
- und dass nicht weniger als 2/3 unserer Schulkinder neben der Schule die Musikschule besuchen (ungenannt bleiben diejenigen, die Sport machen, Kindertheater, Ballet usw.).

Sie erkennen daran, wie breit unsere Kinder geschult werden. Das alles macht den Wert einer gesamtheitlichen Bildung aus – das lässt sich nicht einfach mit 1½ Stunden zusätzlichem Handwerklichen Gestalten erreichen.
3. Einige sind unsicher, weil evtl. schwächere und gerade fremdsprachige Schüler unter die Räder kommen. Dazu Folgendes: Für schwächere Schulkinder haben wir bereits heute viele Möglichkeiten der Unterstützung und der individuellen Förderung. Denken wir doch bitte an das Gros der Durchschnittlichen und auch einmal an die Stärkeren. Fremdsprachige: Hier zeigen gerade die ersten Erfahrungen mit dem Frühenglisch, dass es gerade die Fremdsprachigen sind (bei Normalbegabung), welche die Nase beim Englisch eher vorne haben (sie sind sich den Umgang mit einer anderen als der Muttersprache schon gewohnt und sie starten im Englisch mit denselben Startchancen wie Schweizer Kinder – das Frühenglisch hat somit eine klar integrierende Funktion).
4. Wenn Sie im Zweifel sind, ob nun das eine oder andere Modell, dann müssen Sie konsequenterweise darauf verzichten, ein Modell nun im Gesetz zu fixieren – mit den Initiativen tun Sie dies. Bei Ablehnung der Initiativen bleibt das offen. Und auch der Kanton Zug kann sich den Entwicklungen anpassen – sei es den Erfahrungen aus dem jetzt eingeleiteten Sprachenkonzept oder den bildungspolitischen auf eidg. Ebene.
5. Wenn Sie im Zweifel sind, dann können Sie sich heute dafür entscheiden, ob Sie mit der Annahme der Initiative ein Hin und Her in der Sprachenpolitik fördern wollen oder ob Sie der Schule eine kontinuierliche Entwicklung und damit auch mehr Ruhe geben.
Anna Lustenberger spricht von einem Schnellschuss. Das kann der Bildungsdirektor nicht nachvollziehen. Wir haben vor fünf Jahren ein Grobkonzept vorgestellt und in die Vernehmlassung geschickt. Der Lehrerinnen- und Lehrerverein (heute ein Initiant) hat damals dem Modell 3/5 zugestimmt. Man sagt zwar, erst heute seien die Rahmenbedingungen bekannt, aber heute wird argumentiert, das gehe per se nicht und sei eine Überforderung.

Zum Vorschlag von Franz Zoppi und Silvan Hotz, man könne ja das in der Primarschule wahlweise anbieten. Dieses Rezept ist etwas gar schnell aus der Kiste hervorgezaubert worden. Wir haben genau diesen Punkt mit der IG Gesamtheitliche Bildung vor 1½ Jahren besprochen. Und auch die IG sagte damals: Das ist kein Weg für uns, in die Volksschule das Prinzip der Freifächer einzuführen. Und im Einvernehmen mit der IG haben wir das nicht mehr weiter verfolgt. Franz Zoppi hat auch Angst vor der Bildungsschere, die sich weiter auftun könnte zwischen schwächeren und begabten Schülern. Sollen wir wegen der Angst vor einer Bildungsschere darauf verzichten, dieses Angebot zu machen? Die Privatschulen würden es uns sofort abnehmen.
Matthias Michel kommt zum Schluss und möchte dem Rat sagen: Sie haben heute die Möglichkeit, eine entscheidende Wahl zu treffen. Sie können entweder nach Nidwalden schauen, wo das Parlament Französisch aus der Primarschule verbannt hat, oder in die Romandie, nach Bern, in die Nordostschweiz, wo das Modell 3/5 bisher auf gutem Weg ist. Sie haben die Wahl, auf eigene Erfahrungen zurückzugreifen, dafür plädiert ein Sekundarlehrer in der gestrigen Zeitung. Diejenige des Bildungsdirektors liegt 20 oder mehr zurück, die Ihre vielleicht auch. Orientieren wir uns nun besser an der Vergangenheit, an heute oder an der Zukunft? Sie haben die Wahl, ob wir den Weg der Harmonisierung weiter gehen wollen oder nicht. Der Votant findet es geradezu lustig, dass genau diejenigen Kreise, die jetzt diese Initiative unterstützen, uns den Vorwurf machen, die Schweiz sei ja ohnehin nicht mehr einheitlich. Wer ist den der Verursacher dieser sich anbahnenden Zersplitterung? Auf der Liste, die verteilt worden ist, sind auch Kantone drauf, wo einfach Stellungnahmen von Parteien oder Lehrerorganisationen erwähnt sind. Da hat sich sonst noch gar nichts getan. Und schliesslich haben Sie die Wahl, bei der Aufgabe des Rats zu bleiben, Ziele vorzugeben und es der Exekutive zu überlassen, wie diese zu erreichen sind. Sie können diese Tugend heute beibehalten oder durchbrechen. – Der Bildungsdirektor beantragt im Namen des Regierungsrats, beide Initiativen abzulehnen und damit den Weg zu öffnen zur Volksabstimmung.

➔ Die Gesetzesinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» wird mit 42 : 28 Stimmen abgelehnt.

➔ Die Gesetzesinitiative «Kein Abbau beim handwerklichen Gestalten» wird mit 41 : 31 Stimmen abgelehnt.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich hier um Initiativen auf Gesetzesstufe mit der Möglichkeit eines Gegenvorschlags auf derselben Stufe handelt und deshalb am 23. Februar 2006 eine zweite Lesung mit Schlussabstimmung folgt. – Die Volksabstimmung findet mutmasslich am 21. Mai statt, sofern eine oder beide Initiativen durch den Kantonsrat abgelehnt werden.

(Erwina Winiger Jutz kommt wieder zurück in den Saal und übernimmt den Vorsitz von ihrem Stellvertreter.)

776 MOTION DER ERWEITERTEN STAATSWIRTSCHAFTSKOMMISSION BETREFFEND ÄNDERUNG DES PERSONALGESETZES

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1351.2 – 11866).

Peter **Dür** erinnert daran, dass die erweiterte Stawiko anlässlich ihrer Sitzung im Spätherbst 2003 sehr intensiv über ein Budget diskutierte, welches überhaupt nicht unseren Erwartungen entsprach. Unter anderem waren die Wachstumszahlen im Personalbereich völlig unbefriedigend. Mit Ernüchterung mussten die Mitglieder der erweiterten Stawiko feststellen, dass dem Parlament äusserst wenige Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um eine unbefriedigendes Budget zu korrigieren. Beispielsweise finden sich unter dem Begriff «gebundene Ausgaben» zahlreiche Budgetpositionen, die nicht veränderbar sind. Nach eingehender Analyse, unter anderem durch Gregor Kupper, blieben nur wenige Positionen übrig, die sich für eine Korrektur eigneten. Da die Beförderungen bereits ausgesprochen worden waren, blieb der erweiterten Stawiko nur die Möglichkeit, den von der Regierung geplanten Teuerungsausgleich zu streichen. Das Parlament ist im Dezember 2003, trotz starker Gegenwehr der Regierung, diesem Antrag gefolgt.
Das von der Regierung in Auftrag gegebene Gutachten ist in der Folge zum Schluss gekommen, dass das Parlament, basierend auf der aktuellen Gesetzgebung, nicht berechtigt sei, den Teuerungsausgleich zu korrigieren, und diesbezüglich die Budgethoheit abschliessend beim Regierungsrat sei. Frau Prof. Kiener kommt aber ebenfalls zum Schluss, dass das Parlament bezüglich Teuerung die Budgethoheit behalten könne, wenn die Delegationsnorm im § 51 Abs. 2 Personalgesetz mit einem ausdrücklichen Budgetvorbehalt versehen wird. Das heisst das Parlament würde abschliessend mit dem Budget auch den Teuerungsausgleich genehmigen. Dieses Gutachten wurde selbstverständlich ein halbes Jahr später – wir sehen uns in der erweiterten Stawiko nur jedes halbe Jahr – diskutiert, und der Stawiko-Präsident erhielt in der Folge den Auftrag, eine entsprechende Motion zu formulieren. Wiederum ein halbes Jahr später wurde das Ganze nochmals diskutiert und die erweiterte Stawiko war weiterhin der Meinung, dass das Vorgehen richtig ist und die Motion überwiesen werden soll. Es handelt sich also nicht um einen emotionalen Schnellschuss nach dieser hitzigen Budgetdebatte, sondern das Ganze wurde über längere Zeit sachlich abgewogen. Unsere Meinung hat sich also nicht geändert. Was sind die Gründe?
1. Die erweiterte Stawiko ist weiterhin der Meinung, dass die abschliessende Budgethoheit beim Parlament bleiben muss. Selbstverständlich haben wir heute eine befriedigende Situation, in dem der Regierungsrat, basierend auf den Wachstumszahlen in der aktualisierten Finanzstrategie, unter anderem die Personalkosten steuert. Die aktuelle Vorgehensweise, dass die Regierung selbst entscheiden kann, wie Sie das 2,5 % Personalkostenwachstum auf die Bereiche Beförderungen, Teuerungszulage und zusätzliches Personal (gemäss Personalplafonierung) verteilen wird, ist sicher modern. Es passt gut zum Leitgedanken der wirkungsorientierten Verwaltung. Beachten Sie aber! Diese mit dem Parlament getroffene Vereinbarung ist und bleibt ein momentaner Konsens, den die Regierung sehr gut einhält. Eine gesetzliche Grundlage für unsere Kennzahlen und deren Einhaltung gibt es nicht. Die Legislatur geht nächstes Jahr zu Ende. In der Regierung, aber auch im Parlament gibt es wieder relevante Wechsel. Was nicht im Gesetz steht, geht oft verloren. Es wäre schade, wenn das Parlament in einigen Jahren wieder vor der gleichen Problemen stehen würde. Die Regierung wird sicher argumentieren, dass sie von uns ent-

täuscht sei, dass wir so gut zusammengearbeitet haben und das nun fast ein Rückenschuss sei. Das stimmt nicht, es geht nicht auf die Person, Gesetze werden nicht für Personen gemacht, sondern mit einem langfristigen Ansatz. Wir sind zufrieden, ja sogar glücklich über die jetzige Situation. Wir möchten aber das Ganze im Gesetz verankern.
2. Die Regierung moniert, dass die Budgethoheit bezüglich Teuerungszulage in den letzten Jahrzehnten mehrmals zwischen Parlament und Regierung hin und her gewechselt hat und es nicht einzusehen sei, weshalb der 1993 gefällte Entscheid nun wieder umgeworfen werde. Nun – dazwischen liegen doch zwölf Jahre und die Zeiten haben sich erheblich geändert. Die goldenen Jahre des unbegrenzten Wachstums sind vorbei. Das Parlament und die Regierung müssen langfristig äusserst sorgfältig mit den Finanzen umgehen. Die Budgethoheit muss, gerade in schwierigen Zeiten beim Parlament, bleiben.
Fazit: Lassen Sie dem Regierungsrat im Normalfall die notwendige unternehmerische Freiheit basierend auf den WOV- oder Pragma-Überlegungen, behalten Sie sich aber auch für die Zukunft die aus unserer Sicht notwendige abschliessende Budgethoheit. – Im Namen der erweiterten Stawiko beantragt der Votant, die Motion erheblich zu erklären.

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass die Kompetenz über den Teuerungsausgleich seit 35 Jahren für das Staatspersonal beim Regierungsrat liegt. Das hat sich bewährt und soll weiterhin so bleiben. Der Votant versteht die Motionäre nicht. Da wollen sie als Parlamentarier hier im Saal unter anderem mit dem Pragma-Projekt der Regierung mehr operative Verantwortung übertragen. Doch als Motionäre gehen sie um 180° in die andere Richtung und wollen derselben Regierung wieder Verantwortung entziehen.
Stärken Sie die bewährte Arbeitsteilung! Der Kantonsrat macht Gesetze und formuliert gewisse strategische Leitplanken. Und die Regierung soll regieren – dazu braucht sie operativen Handlungsspielraum, gerade auch bei der Verwaltungs- und Personalführung.
Zudem wäre es ein Kompetenzentzug ohne Anlass. In der vorherigen Budgetdebatte haben wir erneut festgestellt: Die Regierung hält sich an die strategischen Vorgaben des Parlaments bezüglich Wachstum, gerade auch beim Personalaufwand. Darum wäre eine Erheblicherklärung dieser Motion nichts anderes als ein präventives Misstrauensvotum an die Adresse der Regierung. Dieses Misstrauen hat die Regierung nicht verdient – auch eine künftige nicht.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats unterstützt, die Motion betreffend Änderung des Personalgesetzes nicht erheblich zu erklären. Die Ausführungen des Regierungsrats im Bericht sind sachlich, klar und nachvollziehbar. Der Kantonsrat lehnte in der Debatte zum Budget 2004 den Teuerungsausgleich für die Staatsangestellten ab. Diese Ablehnung war wenig begründet und wie sich später auch zeigte eine Überreaktion. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass der Regierungsrat hier mit Sachlichkeit und auf Grund von Fakten besser in der Lage ist, zu beurteilen, ob die Teuerungszulage gewährt werden kann. Für die Gewährung der Teuerungszulage durch den Regierungsrat spielt die politische Zugehörigkeit keine Rolle. Bei der Gewährung der Teuerungszulage durch den Kantonsrat würde das Thema weniger sachlich und mehr parteipolitisch beurteilt, was letztlich wenig nützlich wäre. Das Gutachten der Universität Bern vom 2. August

2004 sagt nun deutlich, wo die Zuständigkeit für die Gewährung des Teuerungsausgleichs hingehört. Die wirkungsorientierte Verwaltungsführung überträgt der Verwaltung mehr Freiraum und Verantwortung. Daher wäre es nicht nachvollziehbar, wenn der Kantonsrat dem Regierungsrat die bestehenden Entscheidungskompetenzen unnötig beschneidet. Die Vorgaben der aktualisierten Finanzstrategie werden erfüllt, weshalb kein Handlungsbedarf besteht. Die SP-Fraktion bittet den Rat, den Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung zu unterstützen.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Antrag der Stawiko unterstützt. Ihre Ausführungen und die Begründung muss die Votantin nicht wiederholen. Aber noch ein Wort zur Frage, wie sich Pragma mit diesem Antrag vereinbaren lässt. Bereits an dieser Stelle ist festzuhalten, dass er den Ideen von Pragma und der wirkungsorientierten Verwaltungsführung nicht entgegenläuft. Über das Projekt Pragma werden Leistungsaufträge und Budgets gesamtheitlich definiert. Damit wird auch die Lohnsumme definiert. Dies kann derzeit in rund sieben Ämtern erfolgen. Der Kanton verfügt aber wahrscheinlich über rund 30 kantonale Ämter, die dem Projekt Pragma noch nicht unterstehen. Sollte Pragma in Zukunft auf die ganze kantonale Verwaltung angewendet werden, ist der Zeitpunkt gekommen, § 51 des Personalgesetzes, aber auch ganz andere Kantonsratsbeschlüsse, wie beispielsweise die Personalplafonierung, zu überdenken, neu zu formulieren, wenn nicht gar ganz zu streichen. Im heutigen Zeitpunkt besteht für die FDP-Fraktion die einzig sachliche Lösung darin, die Teuerung als Teil des Budgetprozesses unter den Genehmigungsvorbehalt des Kantonsrats zu stellen. Korrekturmöglichkeiten stehen dem Parlament praktisch nicht zur Verfügung. Die wichtigsten beeinflussbaren Kosten in einem Staatswesen als Dienstleistungsbetrieb sind und bleiben die Kosten für den Lohn. Hier wollen wir mitsprechen. – Andrea Hodel bittet den Rat, die Motion der Stawiko erheblich zu erklären.

Die **Vorsitzende** präzisiert, dass es beim Kanton 62 Ämter hat.

Peter **Rust** ist für die Erheblicherklärung, wie sie die erweiterte Stawiko beantragt, nicht weil er besonders überzeugt ist, dass die Ansicht der Regierung völlig richtig ist. Es soll auch keine Strafaktion gegen die Regierung sein. Er hält dagegen, dass wenn die erweiterte Stawiko ein Thema einbringt, das seit Jahrzehnten begründet auf dem Tisch liegt, hätte er erwartet, dass auf die November-Sitzung dieser Bericht, der uns vorliegt, mindestens im Rahmen der erweiterten Stawiko hätte beraten werden können. Es wäre vielleicht auf dasselbe hinausgekommen, aber sie haben uns das bewusst oder unbewusst einige Tage verspätet geschickt, damit die erweiterte Stawiko dieses heisse Eisen ja nicht noch einmal diskutieren konnte. Das ist übrigens dasselbe Thema, wie heute Morgen der Kantonsrat elegant in vorweihnachtlicher Zeit mit dieser Lorzentobelbrückengeschichte ausgetrickst wurde. Man hat uns auf das Gewissen gemahnt, das sei ein ganz heisses Thema. Und da hat man uns hoheitlich elegant gesagt: Diskutiert nicht, da habt ihr nichts zu sagen! Wie wollen wir denn in ein, zwei Jahren eine ähnliche Finanzvorlage abwehren im Parlament? So hat der Votant wirklich Mühe. Er ist Unternehmer und lässt sich auch nicht gern dreinreden, ob er eine Teuerungszulage zahlen soll oder nicht, aber wie das angestellt wird, das rüberzubringen, macht ihm Mühe.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte sich zuerst zum Formellen äussern. Wir haben hier ja eine Motion, und es ist üblich, dass da der Regierungsrat jeweils Bericht und Antrag stellt, und solche Motionsbeantwortungen eigentlich nie einer Kommission gegeben werden zur Beschlussfassung. Trotzdem hat der Votant, nachdem er diese Bedenken von Peter Rust gehört hat an der Fraktionssitzung, Kontakt aufgenommen mit dem Stawiko-Präsidenten. Er hat ihm gesagt, dass man dieses Thema heute von der Regierungsseite her sehr wohl abtraktandieren könne, weil es zeitlich nicht an die heutige Sitzung gebunden sei. Man könnte es sehr wohl auch im Januar oder Februar diskutieren. Dieser war aber der Ansicht, dass die Meinung gemacht sei und keine weiteren Argumente zu diskutieren seien und man das Geschäft heute beraten könne. Der Bericht ist also nicht irgendwie zu spät versandt worden, sondern im ordentlichen Rahmen der Berichterarbeitung erst jetzt fertig gestellt worden.
Zum Materiellen. Die Bestimmung, wie sie heute im Gesetz steht, hat eine Geschichte. Man hat sich die letzten 35 Jahre richtig orientiert, indem man das Strategische und das Operative getrennt hat. Bis 1970 war es das Parlament, welches durch einfachen Beschluss die Teuerung festsetzte. Dann war es wieder einmal so, dass der Regierungsrat gar die Pflicht hatte, die Teuerung ganz oder teilweise anzupassen. Später war es so, dass das Personal sogar den vollen Rechtsanspruch hatte auf die Preisentwicklung. Bis dann 1993 die heutige Fassung gewählt wurde, wonach der Regierungsrat die Gehälter ganz oder teilweise der Teuerung anpassen kann. Und diese Formulierung wurde bewusst so gewählt, weil man damals erachtete, dass der Regierungsrat die richtige Instanz sei, welche unter Beachtung der wirtschaftlichen Umstände und des Arbeitsmarkts entscheiden könne, wie viel als Teuerung gewährt werden soll. Und wenn man sich das Jahr 1993 vor Augen hält, hatten wir damals ja nicht goldenere Jahre als heute. Damals war es so, dass das durchschnittliche Wachstum beim Personalaufwand pro Jahr bei 6,5 % lag, also mehr als das Doppelte höher als heute. Und damals hat der Kantonsrat erstmals die Personalplafonierung eingeführt; 1993-96 war der erste Beschluss. Und seither wurden diese Beschlüsse immer wieder erneuert. Ein weiterer Punkt, den man dann 2002 einführte, war die Finanzstrategie. Erstmals hat man sich damals strategische Wachstumsziele gesetzt. Und auch auf die Kritik des Parlaments und der Stawiko ist dann die Regierung hingegangen und hat diese Strategie nochmals aktualisiert, indem man die Zielvorgaben zum Teil massiv reduzierte, gerade beim Personal auf 2,5 %. Und zudem erstattet die Finanzdirektion der erweiterten Stawiko jeweils bei der Budgetberatung und bei der Rechnungslegung eine genaue Auswertung über die Personalentwicklung in den verschiedenen Bereichen bis auf Ämterstufe genau. Die Regierung hat also den Beweis geliefert, dass wir die Vorgaben einhalten. Sie haben heute Morgen mit den Budgetbeschlüssen ja auch einstimmig manifestiert, dass wir uns gemäss ihren Vorgaben verhalten. Der Finanzdirektor würde es nicht so scharf formulieren wie der Stawiko-Präsident, der von einem Rückenschuss gesprochen hat, aber es geht doch in Richtung eines Vertrauensbeweises. Wenn Sie jetzt heute der Regierung diese Kompetenz wegnehmen, so ist das doch ein Zeichen von Misstrauen. Und wenn Sie das machen, dann engen Sie ja unseren Handlungsspielraum ein. Sie übernehmen Entscheide in operativen Bereichen.
Peter Hegglin möchte noch ein weiteres Element erwähnen, in dem der Rat mit Vehemenz beteuert hat, dass man ja der Regierung mehr Spielraum und mehr Verantwortung geben soll. Das sind die Motionen, die in Richtung Wirkungsorientierter Verwaltungsführung gehen. Es gibt eine NMP-Motion von 1996 und vier FDP-Motionen aus diesen Jahren. Der Finanzdirektor möchte aber nur eine Motion erwähnen, jene von Karl Rust und Hans Peter Schlumpf, welche im Jahr 2000 eingereicht wurde. Diese Motion hatte 53 Unterschriften dieses Rats, und mit ihr wollten

Sie, dass Pragma eingeführt wird. Und was heisst Pragma? Die Einführung von Leistungsaufträgen mit Globalbudgets. Und was ist das Globalbudget am Schluss? Der Saldo zwischen Aufwand und Ertrag. Dann sagen Sie ja dann gar nichts mehr zur Teuerung, weil Sie dann nur noch das Globalbudget genehmigen. Peter Hegglin möchte dem Rat beliebt machen, dass er den seit 35 Jahren eingeschlagenen Weg nicht verlässt und diese Kompetenz bei der Regierung lässt. Schliesslich haben Sie der Regierung mit mehreren Beschlüssen (Personalplafonierung, Finanzstrategie, regelmässige Berichte) dreifach «genäht» vorgeschrieben, dass sie nicht überborden kann. Wenn Sie aber heute diese Motion erheblich erklären, schnüren Sie das fast ab. Sie überborden! Deshalb empfiehlt der Finanzdirektor wirklich, dem Antrag der Regierung zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.
Noch etwas zur weiteren Fortführung. Wir haben ja nächstes Jahr ein Wahljahr und Peter Hegglin wird sich der Wahl wieder stellen und diese Arbeit so weiterführen.

Peter **Dür** ist der Ansicht, dass das Ganze etwas auf die emotionale Ebene abgerutscht ist. Er möchte wieder zurück auf die Sachebene kommen. Es ist wirklich so, dass der Finanzdirektor eine sehr gute Arbeit macht. Die jetzige Regierung hat wirklich den Beweis erbracht, dass sie die Finanzen im Griff hat. Wir machen aber solche Gesetze nicht für eine bestimmte Regierung und schon gar nicht für die heutige. Sondern wir schauen in die Zukunft und haben ein Problem erkannt und sachlich analysiert. Wir haben diese Motion eingereicht und sind immer noch der Meinung, dass diese Gesetzesänderung notwendig ist. Im Moment ist der Kanton wie ein Verkehrsflugzeug im Steigflug. Es geht hinauf, die Steuereinnahmen gehen hinauf und parallel dazu entsprechend unseren vereinbarten Wachstumszahlen auch die Ausgaben. Irgendwann werden wir in einen Gleitflug gehen müssen in der Reisehöhe. Der Votant kennt das auch aus der Medizin: Irgendwann gibt es eine Plafonierung. Und in dieser Phase werden wir dann die vereinbarten Kennzahlen (z.B. 2,5 % Wachstum) wieder intensiv diskutieren. Sie haben heute wieder von Stefan Gisler gehört, dass er diese Wachstumszahlen bereits wieder nach oben korrigieren möchte. Die Begehrlichkeiten werden also kommen. Und dann wird auch die Teuerung wieder zur Diskussion stehen. Solange alles gut läuft und die Regierung sich an diese vereinbarten Zahlen hält, wird es keinem von uns in den Sinn kommen, irgend etwas an der Teuerungszulage zu ändern. Das ist wirklich nur gedacht, wenn alle Stricke reissen. Nach dem klaren Grundsatz: Abschliessende Budgethoheit muss beim Parlament sein. Unterstützen Sie also unsere Motion und stimmen Sie ihr zu!

➔ Der Rat beschliesst mit 44 : 24 Stimmen, die Motion erheblich zu erklären.

777 A. INTERPELLATION VON BENI LANGENEGGER, MORITZ SCHMID UND BEAT STOCKER BETREFFEND BÜRGERGEMEINDEN

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1363.2 – 11846).

B. INTERPELLATION VON ANDREAS HUWYLER UND 19 MITUNTERZEICHNENDEN BETREFFEND AUFGABEN DER BÜRGERGEMEINDEN

Andreas **Huwyler**, Hünenberg, sowie 19 Mitunterzeichnende haben am 31. Oktober 2005 die in der Vorlage Nr. 1381.1 – 11853 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese beiden Interpellationen wegen des materiellen Zusammenhangs zusammen behandelt werden. Zuerst wird die Interpellation von Andreas Huwyler mündlich beantwortet.

Die Direktorin des Innern, Brigitte **Profos**, weist darauf hin, dass der Regierungsrat vorab festhalten möchte, dass er in seiner Vernehmlassungsvorlage zur Änderung des Sozialhilfegesetzes im Kanton Zug keineswegs einen Entscheid getroffen, sondern einen Vorschlag zur Diskussion gestellt hat. Dasselbe gilt für die Änderung des EG ZGB zum Vormundschaftswesen. Bereits im Zusammenhang mit der Beantwortung der Interpellation von Beni Langenegger, Moritz Schmid und Beat Stocker betreffend Bürgergemeinden von 12. August 2005 hat der Regierungsrat zu einigen Fragen ausführlich Stellung genommen. In Ergänzung dieser Antworten beschränkt sich der Regierungsrat im Folgenden auf die Beantwortung bzw. ergänzende Beantwortung derjenigen Fragen der Interpellation Huwyler, soweit diese nicht Gegenstand der vorgenannten Interpellation waren. Der Regierungsrat stellt mit seinem Vorschlag im Wesentlichen den Sinn von staatlichen Doppel- oder Parallelstrukturen zur Diskussion. In unseren kleinräumigen Verhältnissen macht es doch keinen Sinn, wenn im demselben kleinen Gebiet zwei staatliche Institutionen dasselbe machen. Die Zusammenlegung derartiger Doppelspurigkeiten ergibt finanzielle Ersparnisse und ermöglicht die rechtsgleiche Behandlung aller Betroffenen in derselben Wohngemeinde. Es zieht sich wie ein roter Faden durch die Politik dieses Kantonsrats, bestehende Strukturen zu hinterfragen, zu vereinfachen, billiger und rascher zu organisieren. – Zu den Fragen.
1. Wieso kommt der Regierungsrat zum Schluss, die Betreuung der bei den Bürgergemeinden anfallenden Sozialhilfe- und Vormundschaftsfälle sei unprofessionell? Hat er hiefür konkrete Beispiele?
Sozialhilfe und Vormundschaftsrecht sind komplexe Rechtsgebiete mit einer hohen Normendichte. Adressaten sind zumeist unsere schwächsten Mitmenschen, die auf unsere kompetente, schnelle und mangelfreie Hilfe angewiesen sind. Eine wichtige Voraussetzung für eine professionelle Behandlung ist eine fundierte Ausbildung der Beraterinnen und Berater in allen Bereichen der Sozialhilfe, von Rechtsbelangen, über das Versicherungswesen und die psychologische Unterstützung bis zur organisatorischen oder lebensgestaltenden Beratung, gepaart mit möglichst grosser praktischer Berufserfahrung im Fachbereich. Um die Zielsetzungen der sozialen und beruflichen Integration im Einzelfall erfolgreich anstreben zu können, müssen kompetente Beraterinnen oder Berater eingesetzt werden. Es gilt, in einem komplexen Umfeld und mit zum Teil anspruchsvollen Persönlichkeiten einen individuellen Hilfsplan auszuarbeiten und umzusetzen. Werden die Zielsetzungen dieses Hilfsplans ganz oder

zumindest teilweise erreicht, so stellt dies zum einen den Erfolg der Klientin oder des Klienten dar. Zum anderen ist mit dem Erfolg verbunden, dass die Unterstützungspflicht entfällt und damit die Kosten möglichst tief gehalten werden.
Der Regierungsrat hat im Vernehmlassungsbericht und Antrag zur Änderung des Sozialhilfegesetzes im Kanton Zug (S. 18) festgehalten, dass der Einsatz ausgebildeter Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vor allem im Beratungsbereich sinnvoll ist. Unter dem Personal der Bürgergemeinden finden sich derzeit kaum ausgebildete Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter. Die Interpellanten stossen in die unzutreffende Richtung mit der Frage, ob es für mangelnde Professionalität konkrete Fälle gibt. Es handelt sich um ein strukturelles Problem, dass die jetzige Aufgabenteilung generell der deutlich gestiegenen Komplexität nicht mehr zu genügen vermag.
2. Wieso operiert der Regierungsrat mit Zahlen, welche offensichtlich nicht den effektiven Aufwendungen entsprechen und damit den Einwohnergemeinden ein falsches Bild von den zu übernehmenden Lasten vermitteln?
Die Interpellierenden meinen mit den Zahlen wohl diejenigen, die in der Vernehmlassungsvorlage aufgeführt sind. Gemäss dem geltenden § 33 Bst. a des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug vom 16. Dezember 1982 vergütet der Kanton den Einwohner- und Bürgergemeinden die Hälfte der ihnen zu ihren Lasten gehenden Unterstützungskosten. Im Vernehmlassungsbericht zur Revision des Sozialhilfegesetzes hat der Regierungsrat die im Jahr 2004 von den Bürgergemeinden ausgerichtete wirtschaftliche Sozialhilfe beziffert und den durch die Einwohnergemeinden getragenen Kosten gegenübergestellt. Der Regierungsrat hat in seinem Vernehmlassungsbericht zur Revision des Sozialhilfegesetzes (S. 36) auch explizit darauf hingewiesen, dass die Auswirkungen der ZFA und der NFA bei den finanziellen Auswirkungen nicht berücksichtigt werden. Es ist richtig, dass wegen der ZFA die Kosten künftig für die Einwohnergemeinden höher ausfallen als die für das Jahr 2004 festgehaltenen Kosten, da der Kanton keine Beiträge mehr vergütet.
3. Wieso findet es der Regierungsrat als richtig, durch die Kompetenzänderung in einem Fachgesetz, wie es das Sozialhilfegesetz darstellt, die im Gemeindegesetz § 120 festgelegte Zuständigkeitsordnung aus den Angeln zu heben, indem den Bürgergemeinden die neben der Bürgerrechtserteilung zentrale Sozialhilfe- und Vormundschaftsaufgabe für die an ihrem Heimatort wohnenden Bürger weggenommen wird?
Im Rahmen der Änderung des Sozialhilfegesetzes musste sich der Regierungsrat zwangsläufig mit der Frage nach der Rolle der Bürgergemeinden mit Bezug auf das Sozialwesen befassen. Als Folge stellte sich dieselbe Frage für das materiell verwandte Vormundschaftsrecht. Es war und ist nicht die Absicht des Regierungsrats, die Existenz der Bürgergemeinden – wie immer wieder behauptet wurde – im Generellen in Frage zu stellen. Dies müsste im Rahmen einer Verfassungsrevision geschehen. Der Regierungsrat will nur eine sachgerechte und den hohen und immer höheren Anforderungen entsprechende Lösung.
Aus der Fragestellung und auch aus den Medienberichten geht hervor, dass nach Auffassung der Bürgergemeinden das Gemeindegesetz eine höhere Stellung einnimmt als das Sozialhilfegesetz oder das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch. Dies ist nicht zutreffend. Formelle Gesetze geniessen staatsrechtlich denselben Stellenwert. Wie aus der Vernehmlassungsvorlage hervorgeht, wäre § 120 Abs. 1 Ziff. 2 des Gemeindegesetzes an das revidierte Sozialhilfegesetz und EG ZGB anzupassen, falls diese Aufgaben auf die Einwohnergemeinden übertragen würden.

4. Glaubt der Regierungsrat im Ernst, dass die Übertragung von Aufgaben in den beiden zur Diskussion stehenden Bereichen von den bürgernahen Bürgergemeinden auf die anonymeren Einwohnergemeinden kostenneutral sein würde?
Ja. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass «Nähe» nicht unbedingt zur Kostensenkung führt. Hingegen sind professionelle Sozialarbeiterinnen und -arbeiter in der Lage, Kosten bei Dritten geltend zu machen, was sich insgesamt Kosten senkend auswirkt. Dies gilt insbesondere bei den juristisch heiklen Bereichen wie Sozialversicherungen, Verwandtenunterstützung, Rückerstattungen, Privatversicherungen etc.
5. Wie ist die Meinung des Regierungsrates zu den verschiedenen Zusammenarbeitsformen, welche sowohl einzelne Einwohnergemeinden und Bürgergemeinden unter sich wie auch zwischen einander zur Bewältigung der anspruchsvolleren Fälle pflegen?
Einige Einwohnergemeinden sind bereits im Auftrag der Bürgergemeinden tätig. Daraus kann die Erkenntnis abgeleitet werden, dass die Einwohnergemeinden in bestimmten Bereichen eine optimale Aufgabenerfüllung im höheren Masse gewährleisten können als die Bürgergemeinden.

Die Beantwortung dieser Interpellation kostete 1'000 Franken.

Beni **Langenegger** weist darauf hin, dass die Interpellanten mit der Beantwortung durch die Regierung zwar nicht ganz zufrieden sind, aber wir nehmen sie so zur Kenntnis. Die Interpellanten waren nie der Meinung, die Bürgergemeinden abzuschaffen, wie vielerorts behauptet und in der Presse verbreitet wurde. Solange nicht bekannt ist und die Frage offen bleibt, was bei einer Auflösung der Bürgergemeinden mit dem Personal geschieht, sind wir erst recht gegen eine Abschaffung. Wir sind uns im Klaren, dass ein Auflösen von Bürgergemeinden und Integrieren in die Einwohnergemeinden nicht so einfach zu vollziehen ist und mit Kosten verbunden sein wird. Ziel unserer Interpellation war es, dass endlich aufgezeigt wird, wo Doppelspurigkeiten zwischen den Bürgergemeinden und den Einwohnergemeinden bestehen und in welchem Ausmass Einsparungen getätigt werden können. Dass Einsparungen aus Doppelspurigkeiten gemacht werden können, zeigt die Beantwortung der Regierung einigermassen auf. Inwiefern weitere Kosten aus Doppelspurigkeiten zwischen Bürger- und Einwohnergemeinden gespart werden könnten, ist leider nicht klar ersichtlich. Überrascht sind wir von der stattlichen Anzahl von Beschäftigten der Bürgergemeinden, wenn zum Teil auch nur Teilzeit. So stellen wir uns auch bei dieser Gelegenheit die Frage, wie viel Freiwilligenarbeit dahinter steckt, so zu Beispiel bei Neuheim mit neun Angestellten und einem Betrag von lediglich 10'400 Franken. Die Interpellanten sind sich auch im Klaren, dass wenn den Bürgergemeinden das Sozialhilfe- und Vormundschaftswesen entzogen wird, den Einwohnergemeinden ein grösserer finanzieller Aufwand entsteht, die Bürgergemeinden jedoch in ihrer Arbeit stark entlastet würden. Auch bezweifeln wir mit dem neuen Sozialhilfegesetz, ob die administrativen Arbeiten auf unseren Sozialämtern tatsächlich besser und professioneller werden. Zudem ist nicht bekannt, um wie viele Personalstellen die Sozialämter der Gemeinden mit qualitativ hoch stehendem Personal aufgestockt werden müssten und um wie viel höhere Kosten im Sozialwesen der Einwohnergemeinde daraus resultieren würden.

Andreas **Huwyler** kann mit dem Inhalt und der Stossrichtung der Antworten keineswegs zufrieden sein. Bevor er aber im Detail auf die Aussagen der Regierung ein-

geht, möchte er seine Interessenbindung offen legen. Er ist seit acht Jahren Präsident der Bürgergemeinde Hünenberg und für die im kommenden Jahr beginnende Amtsperiode wieder gewählt. Auf Grund dieses Amts ist er natürlich mit seiner Bürgergemeinde, aber auch mit den zugerischen Bürgergemeinden im Allgemeinen, speziell verbunden. Wenn er dadurch in seiner Objektivität in diesem Geschäft etwas eingeschränkt sein mag, ist dies hiermit offiziell offen gelegt. Andererseits legitimiert ihn sein Amt als Präsident einer Bürgergemeinde zu diesem Thema einen Standpunkt zu vertreten, weil er vertieften Einblick in die Tätigkeiten der Bürgergemeinden hat und auch weiss, welche Leistungen die Bürgergemeinden für die Allgemeinheit erbringen.
Den Bürgergemeinden kommen nach § 120 des kantonalen Gemeindegesetzes folgende zwei Hauptaufgaben zu: die Erteilung des Gemeindebürgerrechts und die Führung des Sozial- und Vormundschaftswesens für in der Gemeinde wohnhafte Gemeindebürger. Den beiden im Gesetz ebenfalls genannten Aufgaben der Verwaltung des Bürgerguts und der Förderung der Heimatverbundenheit kommt faktisch untergeordnete Bedeutung zu. Die Stossrichtung der Idee Regierungsrats, den Bürgergemeinden in einem dieser zwei Hauptbereiche, somit faktisch zur Hälfte, die Kompetenz zu entziehen, ist weit reichend und rüttelt natürlich an den Grundfesten dieser Gemeinden, die eine lange Tradition aufweisen. Es wird deren Besitzstandsgarantie gefährdet. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als verständlich, dass sich die Bürgergemeinden vehement wehren, wenn sie das Gefühl haben, es werde an ihrem Ast gesägt. Nachdem vom Regierungsrat noch im Frühsommer den Bürgergemeinden signalisiert worden ist, eine Kompetenzänderung stünde nicht zur Debatte, war die mitten in den Sommerferien kommunizierte Kehrtwende schon sehr überraschend.
Wenn es der Regierung um das Hinterfragen von staatlichen Doppel- oder Parallelstrukturen geht, so bittet der Votant doch um eine ganzheitliche Betrachtung dieser Problematik, wie dies die CVP-Fraktion mit ihrer Motion vom 18. Juni 2003 betreffend «Bessere Zusammenarbeit im Sozialbereich» schon lange fordert. Sollten sich, was Andreas Huwyler bestreitet, aus der parallelen Zuständigkeit der Bürger- und Einwohnergemeinden in diesem Bereich überhaupt Mehrkosten ergeben, wären diese im Vergleich zu anderen möglichen Doppelspurigkeiten marginal. Hier nur punktuell bei diesem Problemchen – wenn es denn überhaupt eines sein sollte – anzusetzen, ist nicht sachgerecht und gegenüber den faktischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben werden, unverhältnismässig. Da gäbe es im Bereich von Ineffizienz und Doppelspurigkeiten gewiss grössere Probleme anzupacken.
Zur Interpellationsbeantwortung im Einzelnen folgende Bemerkungen:
- Der Vorwurf der mangelnden Professionalität umfasst natürlich auch den Vorwurf mangelnder Qualität in der Arbeit. Ein solcher Vorwurf wiegt schwer und kann nicht einfach so im Raum stehen gelassen werden. Auch kann er nicht mit allgemeinen Ausführungen über die Arbeit im Sozialwesen und die dazu geeignete Ausbildung gerechtfertigt werden. Er könnte allenfalls dann zu Recht erhoben werden, wenn in der Tat in der täglichen Arbeit der Bürgergemeinden eine Häufung von Fehlern und Unzulänglichkeiten auftauchen würde, die sich auf mangelnde Professionalität zurückführen Hessen. Die Frage, ob es konkrete Beispiele für diese mangelnde Professionalität gäbe, zielt keineswegs in eine unzutreffende Richtung. Es ist die entscheidende Frage, wenn es um die Beurteilung der Qualität von Arbeit geht. Wird der Vorwurf von schlechter Arbeit erhoben, muss dieser schon mit etwas mehr als allgemein gehaltenen Ausführungen über das Wesen der Sozialarbeit begründet werden. Die Bürgergemeinden beschäftigen in der Tat nicht so viele Sozialarbeiter wie die Einwohnergemeinden. Davon kann man halten, was man will. Es darf aber auch

nicht unter den Tisch gewischt werden, dass die Kleinheit der Bürgergemeinden und die Nähe zum Bürger gerade im Sozial- und Vormundschaftswesen Vorteile gegenüber den Einwohnergemeinden darstellen, die mögliche fachliche Defizite aufwiegen. Auch werden in den Bürgergemeinden wegen ihrer verhältnismässigen Kleinheit viele Aufgaben von Ratsmitgliedern selber erledigt. Darunter sind Juristen und Fachleute verschiedener Richtungen, die durchaus Gewähr für fachgerechte Aufgabenerfüllung bieten.
Dass das Personal der Bürgergemeinden die fachlichen Voraussetzungen nicht hätte, stellt der Votant in Abrede. Mehrheitlich sehr langjährige Mitarbeitende und Behördenmitglieder haben sich in verschiedensten Bereichen ein sehr umfassendes Fachwissen angeeignet und verfügen auch über eine grosse Erfahrung. Sie nehmen ebenso an Weiterbildungsveranstaltungen teil wie ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Einwohnergemeinden. Der Vorwurf der mangelnden Professionalität ist, wie Sie sehen, doch sehr pauschal und lässt sich nicht an konkreten Beispielen erhärten.
- Die Bürgergemeinden verschliessen sich nicht einer Diskussion über ihre künftige Stellung und Aufgaben. Dass aber im Rahmen einer Debatte über das Sozialhilfegesetz derart fundamentale Entscheidungen getroffen werden, die letztlich für die Weiterexistenz der Bürgergemeinden entscheidend sind, ist der falsche Weg. Wenn schon, müssen solche Änderungen, die übrigens wie der Regierungsrat eingesteht, eine Änderung des Gemeindegesetzes bedingen würden, breit diskutiert und abgestützt werden. Gegen eine faktische Aushungerung durch Kompetenzbeschneidung setzen sich die Bürgergemeinden zur Wehr.
- Die Übertragung des Sozialwesens an die Einwohnergemeinden ist bestimmt nicht kostenneutral. Dabei vergisst der Regierungsrat, dass gut die Hälfte der Bürgergemeinden keine Steuern erhebt. Der Steuerzahler muss somit an die wirtschaftliche Sozialhilfe, die von diesen Gemeinden ausgeschüttet wird, nichts beitragen. Dies wird sich natürlich ändern, wenn die Einwohnergemeinden diese Kompetenz übertragen erhalten. Dann wird der Steuerzahler dadurch zusätzlich belastet. Jährlich richten die Bürgergemeinden rund 1,5 Mio. Franken an Sozialhilfe aus. Dieser Betrag würde bei einer Übertragung der Kompetenz künftig auf den Einwohnergemeinden lasten. Weiter darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Bürgergemeinden heute gestützt auf ihre Aufgaben im Sozialwesen Unterstützungsbeiträge an soziale Institutionen in Höhe von rund 200'000 Franken leisten. Diese Beiträge entfielen beim Wegfall dieser Aufgabe und würden kaum von den Einwohnergemeinden ersetzt.
Unter dem rein finanziellen Aspekt könnte es den Bürgergemeinden also recht sein, Lasten in dieser Grössenordnung los zu werden. Sie würden beträchtliche Einsparungen machen und dies zu Lasten der Einwohnergemeinden resp. zu Lasten des Steuerzahlers. Es geht aber eben um mehr. Dass tendenziell in den Bürgergemeinden im Einzelfall die wirtschaftliche Sozialhilfe eher zurückhaltender ausgerichtet wird, ist eine Behauptung, die Andreas Huwyler nicht mit Statistiken untermauern kann. Er ist aber überzeugt, dass sie stimmt, weil unter anderem durch die Kleinheit der Bürgergemeinden und die Nähe zum Bürger immer wieder Fälle anders gelöst werden können als mit der routinemässigen Überweisung eines monatlichen Geldbetrages. Selbstverständlich kennen auch die Bürgergemeinden die Bereiche wie Sozialversicherung, Verwandtenunterstützung, Rückerstattungen, Privatversicherungen usw. Diese Möglichkeiten sind auch bislang von den Bürgergemeinden ausgeschöpft worden.
- Die Antwort der Regierung zur Frage betreffend der verschiedenen Zusammenarbeitsformen unter den Bürger- und Einwohnergemeinden ist lakonisch und zeigt, dass die Regierung sich mit diese verschiedenen Modellen nicht differenziert ausein-

ander gesetzt hat. Der Schluss der Regierung, die Zusammenarbeit mit Einwohnergemeinden in gewissen Bereichen lasse die Erkenntnis ableiten, die Einwohnergemeinden könnten die Aufgabenerfüllung besser gewährleisten, ist ein Trugschluss. Im Bereich Sozialwesen und Vormundschaften bestehen ganz verschiedene Zusammenarbeitsformen, von denen zuweilen auch die Einwohnergemeinden profitieren können, denken wir z.B. an den Betrieb von Altersheimen. Es werden unter Beteiligung verschiedener Gemeinwesen gemeinsam und partnerschaftlich Stellen betrieben so z.B. im Vormundschaftswesen mit der Betreuungsstelle Ennetsee, an welcher Einwohner- wie Bürgergemeinden beteiligt sind. Daraus einfach abzuleiten, einzelne Partner, im Besonderen die Bürgergemeinden, könnten die Aufgabenerfüllung nicht professionell gewährleisten, ist pauschal. Es gibt in verschiedenen Kompetenzbereichen der Einwohnergemeinden auch Zusammenarbeiten unter Einwohnergemeinden. Da käme auch niemand auf die Idee, deswegen seien die Einwohnergemeinden nicht in der Lage, die Aufgabenerfüllung korrekt wahrzunehmen.

Christian **Siegwart** beginnt mit der Vorbemerkung, dass sein Bruder Bürgerrat in der Stadt Zug ist und ihm dieses Votum verzeihen möge. Er versteht die Welt nicht mehr: Da hört er das bürgerliche Lager seit drei Jahren Monat für Monat das Hohelied des Sparens anstimmen, Klagen über zu hohe staatliche Kosten, über das drohende Ende des Sonderfalls Zug. Er erinnert an die auch von Andreas Huwyler zitierte CVP-Motion, welche die Angebote im komplexen Zuger Sozialsystem durch die Sparbrille betrachtet haben will. Doch nun, da uns die Regierung mit dem neuen Sozialhilfegesetz eine konkrete und sinnvolle Fusion von Aufgaben vorschlägt, scheinen ihre hehren Vorsätze vom Winde verweht. Der Fortschritt geht der CVP und im lahmen Gleichschritt auch der SVP und FDP zu schnell. Eine Bemerkung zur SVP: Wer Fragen in dieser Rhetorik formuliert, muss sich nicht wundern, wenn er missverstanden wird. Sie verweisen auf die staatspolitische Bedeutung eines solchen Entscheids, fordern tief schürfende Abklärungen und befürchten, dass der Wechsel politisch nicht mehrheitsfähig sei. Wenn wir hier nur noch anpacken wollen, was politisch ohne Nebentöne machbar ist, dann braucht es diesen Rat nicht. Dann beten wir einfach dem Lauf der Zeit hinterher. Es ist doch gerade unsere Pflicht als Politiker, dafür zu sorgen, dass Wünschenswertes auch machbar wird. Und sollten die Bürgergemeinden nach Wegfall von 38 Sozialhilfedossiers tatsächlich in ihrer Existenz bedroht sein, dann ist ihre Daseinsberechtigung ohnehin ernsthaft in Frage gestellt.
Es geht dem Votanten aber weiss Gott nicht nur ums Sparen. Im Vordergrund steht für ihn die Gleichbehandlung. Jeder Mensch in einer Notlage soll dieselben Angebote erhalten – ob Zuger oder Zürcher, ob Albaner oder Ägerer. In unseren kleinräumigen Gemeinden braucht es für viele Alteingesessene einen immensen Leidensdruck, bevor sie den Schritt zum Bürgerschreiber wagen. Christian Siegwart kennt das Beispiel eines Mannes, dessen scheue Anfrage um Sozialhilfe beiläufig am Rande einer Bürgerversammlung abgewiegelt wurde – ohne seriöse Abklärung wohlverstanden. Da menschelt es halt. Man kennt sich, ist mit dem Vater per Du. Da fällt es schwer zu insistieren. Zur Gleichbehandlung gehört für ihn auch das Thema Professionalität: Das Beraten und Betreuen von Sozialhilfeempfängern ist kein easy Job, den jeder und jede nebenbei mit ein wenig Fingerspitzengefühl ausüben kann. Wenn zuhause der Backofen streikt, ruft man schliesslich auch nicht den Gärtner. Der Votant will nicht behaupten, dass die Bürgergemeinden ihre Aufgabe heute grundsätzlich schlecht erledigen. Die Arbeit wird aber angesichts sich verschärfender Problemsituationen zunehmend komplexer; sie basiert unter anderem auf Fachwissen im Sozialversicherungsbereich, auf psychologischen Kenntnissen und eben auch auf profes-

sionellen Handlungsansätzen. Komplexer wird auch das Problempotential, die Struktur der Bürgergemeinden. Sie sind ja bekanntlich sowohl für die Alteingesessenen als auch für eine zunehmende Zahl von Neubürgerinnen und Neubürger zuständig. So wandeln sich die Bürgergemeinden zu immer heterogeneren Gebilden. Ob es angesichts dieses Trends nicht sinnvoll ist, sie vollständig in die Einwohnergemeinden zu integrieren, ist ein anderes Thema. Darüber wird dieser Rat bei gleich horrendem Innovationstempo so um das Jahr 2050 debattieren.

Andrea **Erni** äussert sich zuerst zu ihrem beruflichen Hintergrund: Sie ist diplomierte Sozialarbeiterin und arbeitet für die Einwohnergemeinde Baar als Sozialarbeiterin und als stellvertretende Vormundschaftssekretärin. Und um es vorweg zu nehmen: Die SP-Fraktion ist einstimmig dafür, dass das Sozialhilfe- und dannzumal auch das Vormundschaftswesen den Einwohnergemeinden übertragen wird. Ergänzend zu den Interpellationsantworten wollen wir auf die folgenden vier Punkte aufmerksam machen:
1. Effizienz und Kosten. Zurzeit leisten wir uns im kleinen Kanton Zug 22 Sozialdienste und 22 Vormundschaftsbehörden. Das heisst, dass pro Gemeinde zwei öffentliche Stellen die gleiche Arbeit verrichten. Dies ist unseres Erachtens schlicht ineffizient und teuer und öffnet der Ungleichbehandlung innerhalb derselben Gemeinde Tür und Tor.
2. Bürgernähe versus Anonymität. In seiner vierten Frage bezeichnet Andreas Huwyler die Bürgergemeinden als bürgernah und die Einwohnergemeinden als anonymer. Fakt ist: Fast alle Personen, welche sich wegen Arbeitsverlust, finanziellen Engpässen, Suchtproblemen, Überforderungssituationen, Verschuldung, Verdacht auf Missbräuche im Familiensystem, psychischen Erkrankungen im nahen Umfeld, nicht erhaltenen Löhnen oder Versicherungsleistungen usw. beim Sozialdienst melden – melden müssen –, schämen sich dafür. Die meisten versuchen zuerst alles Mögliche und Unmögliche, bevor sie den Schritt aufs Amt tun. Es gibt für viele nichts Schlimmeres als die Vorstellung, sich mit ihren Problemen an jemand wenden zu müssen, den sie persönlich kennen. Dies ist in vielen Bürgergemeinden der Fall. Den Hilfesuchenden hilft die Anonymität.
3. Fehlende Wahlfreiheit. Alle Bürgerinnen und Einwohner zahlen Kantons- und Gemeindesteuer. Wohnt jemand in seinem Heimatort, muss er oder sie vielleicht sogar noch Bürgerabgaben leisten. Trotzdem können aber beispielsweise Zuger Bürger nicht wählen, ob sie bei der Einwohnergemeinde oder bei der Bürgergemeinde Leistungen beziehen wollen – sie sind an die Bürgergemeinde gebunden, obwohl sie beiden Gemeinden Steuern zahlen. Dann ist aber plötzlich die Einwohnergemeinde Baar und nicht mehr die Zuger Bürgergemeinde zuständig. Unseres Erachtens ist dieses System ungerecht und veraltet. Das Bürgerrecht mag noch ideellen und emotionalen Wert haben, gesetzlich relevanten Wert hat es kaum mehr. Die Gesetze, wonach früher die Bürgergemeinden Armenhäuser, Altersheime usw. für ihre Bürgerinnen und Bürger führen mussten, welche bei Problemen andernorts in die Heimatgemeinde zurückgeschafft wurden, sind längst abgeschafft. Wenn überhaupt, dann kümmert sich heutzutage der Kanton um Betroffene.
4. Professionalität. Die Votantin erspart dem Rat hier einen Vortrag über die hochkomplexe Arbeit, die auf einem Sozialdienst verrichtet wird. Vielmehr ruft sie den so genannten gesunden Menschenverstand an. Für Sie alle ist es doch eigentlich sonnenklar, dass es für qualifizierte Arbeit qualifiziertes Personal braucht. Kollega Hotz wird Andrea Erni wohl kaum als Bäckerin anstellen, auch wenn sie durchaus Kuchen und Brot backen kann. Kollega Huwyler wird sich hüten, ihr als Kompagnon eine

Anwaltskanzlei zu eröffnen, auch wenn sie ja durchaus ein paar Gesetze kennt. Kollega Villiger wird sie kaum als Automechanikerin anstellen, auch wenn sie sogar Räder und Öl wechseln kann. Also ist es doch nicht mehr als logisch, dass es für qualifizierte Sozialarbeit qualifiziertes Personal braucht.
Heute und hier haben wir nichts zu entscheiden, aber schon bald werden wir die Revision des Sozialhilfegesetzes zu beraten haben. Als Sozialarbeiterin wünscht sich die Votantin ein in der Praxis gut anwendbares Gesetz. Als Kantonsrätin und in Zug geborene und in Steinhausen lebende Einwohnerin legt sie Wert darauf, dass Hilfe Suchende professionelle Beratung und Hilfe erhalten, egal ob Bürgerin oder Einwohner.

Daniel **Grunder** macht dem Rat ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk und verzichtet auf das vorbereitete Votum. Er kann die Meinung der FDP-Fraktion wie folgt zusammenfassen: Wir teilen die Kritik der Interpellanten am Vorgehen betreffend die Zukunft der Bürgergemeinden. Die FDP verschliesst sich aber nicht einer Grundsatzdiskussion über die Zukunft und die Aufgaben der Bürgergemeinden. Über die sachlichen Zuständigkeiten, das Sozialhilfegesetz und die Zuständigkeiten im Vormundschaftswesen werden wird dann bei den entsprechenden Gesetzesvorlagen sprechen.

Als Bürgerrat von Oberägeri liegt Franz **Müller** das Wohlergehen der Bürgergemeinden des Kantons Zug natürlich am Herzen und er ist zugegebenermassen in dieser Angelegenheit ein wenig befangen. Er wehrt sich nicht gegen eine grundsätzliche Diskussion über den Sinn der Bürgergemeinden in der heutigen Zeit. Er erlaubt sich aber, zu einigen gestellten Frage der Interpellation ebenfalls einige Bemerkungen anzubringen.
Zur 1. Frage. Fünf der elf zugerischen Bürgergemeinden erheben von ihren im Kanton wohnhaften Bürgerinnen und Bürger Steuern zur Bestreitung ihrer Aufgaben. Die restlichen Bürgergemeinden verfügen über einen hohen Vermögensertrag, der ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben ohne Steuererhebung erlaubt. Bis Ende 2005 erstattet der Kanton auf Antrag die Hälfte der durch die Bürgergemeinden erbrachten Unterstützungsleistungen zurück. Ab dem 1. Januar 2006 sind sämtliche Kosten der Bürgergemeinden durch diese selbst aufzubringen, das heisst kein anderes Gemeinwesen zahlt einen Beitrag daran.
Zur 2. Frage (Antwort des Regierungsrates zu 2.1, Mitarbeitende bei den Bürgergemeinden). Zur Vervollständigung der Tabelle auf S. 8: Das Betagtenzentrum Breiten in Oberägeri beschäftigt insgesamt 54 Voll- und Teilzeitangestellte. Die rund 40 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hier nicht mitgezählt.
Zur 6. Frage. Im Rahmen des mehrstufigen und sich über einen längeren Zeitraum erstreckenden Einbürgerungsverfahrens hat der Bürgerrat zu prüfen, ob die Bewerber auf Grund ihrer persönlichen Verhältnisse zum Erwerb des Bürgerrechts geeignet sind. Insbesondere hat der Bürgerrat zu prüfen, ob der Bewerber mit den schweizerischen, kantonalen und örtlichen Lebensgewohnheiten vertraut ist, die mit dem Bürgerrecht verbundenen Rechte und Pflichten kennt und beachten will, genügende Sprachkenntnisse zur Verständigung mit Behörden und Mitbürgern besitzt sowie geordnete persönliche, familiäre und finanzielle Verhältnisse nachweisen kann. Über die Einbürgerung entscheidet dann die jeweils gegen Ende März stattfindende Bürgergemeindeversammlung. Sollten die Bürgergemeinden abgeschafft werden, müsste eine andere Instanz die Eignung der Bürgerrechtsbewerber abklären und auch das

Gremium (Kommission, Gemeindeversammlung usw.), welches über die Einbürgerung entscheidet, müsste neu festgelegt werden. Ob bei einer solchen Neuregelung bessere Ergebnisse erzielt werden als beim jetzigen Verfahren, ist fraglich.
Zur 7. Frage. Glauben Sie im Ernst, dass eine Übernahme der Bürgergemeinden durch die Einwohnergemeinden ohne Abgeltung geschehen könnte? Das wäre dann doch für die Einwohnergemeinden, wie wenn Weihnachten und Ostern zusammenfallen würden. Durch eine solche Übernahme würden die Bürgerinnen und Bürger klar benachteiligt. Zum einen übernehmen die Bürgergemeinden Aufgaben für ihre ortsansässigen Bürger, welche künftig die Einwohnergemeinden zu tragen hätten. Insbesondere die Bürger derjenigen Bürgergemeinden, die Steuern erheben, hätten so jahrelang für etwas bezahlt, das sie, wären sie «bloss» Einwohner, sowieso zu gut gehabt hätten. Somit wäre ernsthaft zu überlegen, ob nicht das ganze oder ein Teil des Bürgervermögens an die Bürger verteilt werden müsste. Tatsache ist, dass die Bürgerinnen und Bürger, sofern es keine Bürgergemeinden mehr gäbe, die gleichen Leistungen, insbesondere jene im Sozialbereich und im Vormundschaftswesen, von den Einwohnergemeinden in Anspruch nehmen dürfen, wie die Einwohner, die nicht gleichzeitig Bürger sind. In Tat und Wahrheit haben die Bürgergemeinden dadurch, dass sie bisher die Leistungen im Sozialbereich und im Vormundschaftswesen für ihre ortsansässigen Bürger entweder mittels der durch sie erhobenen Steuern oder aus ihren Vermögenserträgen selbst finanziert haben, die Einwohnergemeinden und damit alle Einwohner, die nicht zugleich Bürger sind, finanziell entlastet. Dieser Umstand darf bei einer eventuellen Übertragung der Bürgergemeinden auf die Einwohnergemeinden nicht ausser Acht gelassen werden.
Auf eine Stellungnahme zu den Fragen betreffend Sozial- und Vormundschaftswesen verzichtet der Votant. Das wird hier später noch genügend behandelt. Er stellt aber jetzt schon fest, dass er sich gegen einen Abbau dieser Aufgaben der Bürgergemeinden wehren wird. Denn mit dieser Aufgabenübertragung wird die Daseinsberechtigung der Bürgergemeinden stark beeinträchtigt und sie kommt einer Abschaffung auf Raten derselben gleich. Franz Müller dankt dem Rat, wenn er die zugerischen Bürgergemeinden auch in Zukunft als eigenständige Körperschaft wahrnehmen, die ihre Daseinsberechtigung in unserer Polit-Landschaft haben.

Es ist Vreni **Wicky** wirklich wichtig, eine Lanze für die Bürgergemeinden zu brechen. Jungen Menschen und Familien und alten Bürgerinnen und Bürger wird geholfen. Sie werden unterstützt und auch beraten. Es kommt vor, dass besonders schwierige Vormundschaftsfälle an die Einwohnergemeinde delegiert werden. Das geschieht aber in einem unbürokratischen und speditiven gegenseitigen Einvernehmen. Die Votantin bittet die Regierung, auf die 2. Lesung das Sozialhilfegesetz noch einmal eingehend zu beraten und die heutige Tendenz zu überdenken. Mit der vorgesehenen Übertragung der Aufgaben in den Bereichen Sozialhilfe und Vormundschaftswesen von den Bürgergemeinden auf die Einwohnergemeinden kann sich nämlich ein Grossteil der Bevölkerung keinesfalls einverstanden erklären.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

778 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 26. Januar 2006

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

55. SITZUNG: DONNERSTAG, 26. JANUAR 2006
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.05 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

779 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern. – Der Rat hat bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers der zurückgetretenen Lilian Hurschler-Baumgartner nur 79 Mitglieder.

Abwesend sind: Rudolf Balsiger, Othmar Birri, Kathrin Kündig und Regula Töndury, alle Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Andreas Hotz und Malaika Hug, beide Baar.

780 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** erinnert den Rat daran, dass die Gebäude der kantonalen Verwaltung seit dem 1. Januar 2006 rauchfrei sind. Dieses Rauchverbot gilt ebenfalls für die Mitglieder des Kantonsrats in den Räumen des Regierungsgebäudes.

– Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter lässt sich für die Nachmittagssitzung entschuldigen, da er an einer nationalen Konferenz teilnimmt. – Ab 15 Uhr entschuldigt sich Gesundheitsdirektor Joachim Eder wegen der Teilnahme an einem auswärtigen Anlass.

– Nach der Kaffeepause wird uns eine Hälfte der 2. Realklasse Loreto mit ihrem Lehrer Bruno Jutz besuchen; am Nachmittag die andere Hälfte der Realklasse mit ihrem Lehrer Stefan Zäch.

– Da Rudolf Balsiger heute abwesend ist, wird als Ersatzstimmenzähler Bruno Briner vorgeschlagen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

– Die Neue Zuger Zeitung stellt das Gesuch, heute Morgen im Kantonsrat fotografieren zu dürfen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

– Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass – vorerst elektronisch aus Dringlichkeitsgründen wegen den Gesamterneuerungswahlen – folgende Direktüberweisung an die erweiterte Justizprüfungskommission erfolgte:

- KRB betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Kantonsgerichts und des Strafgerichts sowie der Zahl der hauptamtlichen Mitglieder im Kantonsgericht und im Strafgericht für die Amtsperiode 2007-2012

- KRB betreffend Festsetzung der Zahl der hauptamtlichen Mitglieder im Obergericht für die Amtsperiode 2007-2012

Die postalische Zustellung der Vorlage an die Mitglieder des Kantonsrats erfolgt mit dem nächsten Versand der Staatskanzlei.

781 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 22. Dezember 2005.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Sozialhilfe- und Vormundschaftsrecht

3.1.1. Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug.
Bericht und Antrag des Regierungsrates (Nrn. 1395.1/.2 - 11911/12).

3.1.2. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB) (Vormundschaftsrecht; Zuständigkeiten).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1396.1/.2 – 11913/14).

3.2. Änderung des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge (Aufhebung der Stipendienkommission und weitere Anpassungen).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1397.1/.2 – 11915/16).

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine Sandsportanlage, eine Finnenbahn und die Sanierung der Spielwiese Nord auf dem Areal der Kantonsschule Zug.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1390.1/.2 – 11882/83).

3.4. «Kammerkonzept Ennetsee».

3.4.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung des Generellen Projektes «Kammerkonzept Ennetsee».

3.4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmen- und Objektkredit für die Planung und den Bau der Kammern B und C der Kantonsstrasse «Kammerkonzept Ennetsee» sowie für den Landerwerb.

3.4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Projektierung der Kammern A und D der Kantonsstrasse «Kammerkonzept Ennetsee» sowie für den Landerwerb.
Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1393.1/.2/.3/.4 – 11890/91/92/-93).

3.5. Kantonsratsbeschluss betreffend Wiederaufbauhilfe in einer vom Seebeben vom 26. Dezember 2004 betroffenen Region.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1394.1/.2 – 11896/97).

3.6. Vollzug des Strassenbauprogramms 2004 - 2011, Objektkredit für die Instandsetzung der Zugerstrasse, Abschnitt Scheuermattstrasse - Alpenblick, Gemeinde Cham.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1392.1 – 11886).

4. Änderung des Datenschutzgesetzes (Sammelauskünfte zum Geburtsdatum durch die Einwohnerkontrollen).
2. Lesung (Nr. 1322.4 – 11848).

5. Anpassung der kantonalen Gesetzgebung zur Schaffung einer Höheren Fachschule für Technik und Gestaltung.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1371.1/.2 – 11814/15), der Kommission (Nrn. 1371.3/.4 – 11862/63) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1371.5 – 11898).

6. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend neues Zentralspital in Baar (Nr. 1385.1 – 11868).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1385.2 – 11880) und Bericht der Kommission für Spitalfragen (Nr. 1385.3 – 11917).

7.1. Genehmigung der Schlussabrechnung für den Neubau der Strafanstalt Zug und

7.2. Interpellation von Gregor Kupper und Vreni Wicky betreffend Bauabrechnung für die Strafanstalt Zug (Nr. 1210.1 – 11399).
Bericht, Antrag und Antwort des Regierungsrats (Nr. 581.8/754.7/1210.2 – 11885) und Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (Nr. 581.9-/754.8 – 11894).

8. Änderung des Steuergesetzes.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1341.1/.2 – 11742/43), Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats (Nrn. 1341.3/.4 – 11818/19), Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1341.5/.6 – 11864/65) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1341.7 – 11910).

9. Motion der Alternativen Fraktion betreffend kantonale Strukturreform zur langfristigen Sicherung von Qualität und Effektivität der öffentlichen Aufgaben (Nr. 1303.1 – 11649).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1303.2 – 11887).

10. Interpellation von Jean-Pierre Prodolliet betreffend Gesundheit des Zuger Waldes (Nr. 1337.1 – 11727).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1337.2 – 11873).

11. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Kooperation im Telekommunikationsbereich (Nr. 1327.1 – 11699).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1327.2 – 11888).

* erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat an der letzten Sitzung vom 24. Januar 2006 beschlossen hat, seinen Bericht und Antrag zu Ziff. 7.1 und 7.2 der Traktandenliste (Schlussabrechnung Neubau Strafanstalt Zug) zurückzuziehen und zu einem späteren Zeitpunkt wieder einzubringen. Dieser Rückzug des Regierungsrats kann nicht diskutiert werden. Dieses Geschäft wird heute nicht behandelt. Ein solcher Rückzug ist auf Grund von § 43 der GO zulässig. Dieser sieht vor, dass erst nach erfolgtem Eintreten der Rückzug einer Vorlage die Zustimmung des Kantonsrats benötigt. Vor einem Eintretensbeschluss ist die Antrag stellende Instanz – hier der Regierungsrat – zum Rückzug seines eigenen Antrags berechtigt. Wo kein Antrag vorhanden ist, ist auch kein Geschäft mehr auf der Traktandenliste. Es kann somit über diese Vorlagen heute nicht diskutiert werden.

Traktandum 2 (Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben) wird entgegen der Traktandenliste bereits am Morgen behandelt, weil nur ein einziger Vorstoss zu überweisen ist.

782 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 22. Dezember 2005 werden genehmigt.

783 POSTULAT VON LOUIS SUTER BETREFFEND FÖRDERUNG DER VERLUSTARMEN HOFDÜNGERAUSBRINGUNG

Louis **Suter**, Hünenberg, sowie eine Mitunterzeichnerin und fünf Mitunterzeichner haben am 12. Januar 2006 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1398.1 – 11918 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

784 SOZIALHILFE- UND VORMUNDSCHAFTSRECHT

A. ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE SOZIALHILFE IM KANTON ZUG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1395.1/.2 – 11911/12).

B. ÄNDERUNG DES GESETZES BETREFFEND DIE EINFÜHRUNG DES SCHWEIZERISCHEN ZIVILGESETZBUCHS FÜR DEN KANTON ZUG (EG ZGB)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1396.1/.2 – 11913/14).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** werden die beiden Geschäfte zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Beatrice Gaier, Steinhausen, ***Präsidentin*** *CVP*

1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Thomas Brändle, Höfnerstrasse 54, 6314 Unterägeri	FDP
3.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
4.	Beatrice Gaier, Tellenmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	CVP
5.	Daniel Grunder, Schutzengelstrasse 34f, 6340 Baar	FDP
6.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
7.	Markus Jans, Rebacker 9, 6330 Cham	SP
8.	Guido Käch, Luzernerstrasse 56, 6330 Cham	CVP
9.	Flavio Roos, Birkenmatt 5, 6343 Rotkreuz	SVP
10.	Christian Siegwart, Ägeristrasse 49b, 6300 Zug	AF
11.	Beat Stocker, Industriestrasse 3, 6300 Zug	SVP
12.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
13.	Max Uebelhart, Schutzengelstrasse 38, 6340 Baar	CVP
14.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
15.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

785 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER AUSBILDUNGSBEITRÄGE (AUFHEBUNG DER STIPENDIENKOMMISSION UND WEITERE ANPASSUNGEN)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1397.1/.2 – 11915/16).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 11-köpfige Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

Berty Zeiter, Baar, ***Präsidentin*** *AF*

1.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
2.	Andrea Erni Hänni, Bannstrasse 3, 6312 Steinhausen	SP
3.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
4.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
5.	Silvan Hotz, Chlingenstrasse 23, 6340 Baar	CVP
6.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
7.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
8.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
9.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
10.	Berty Zeiter, Ägeristrasse 34, 6340 Baar	AF
11.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

786 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINE SAND-SPORTANLAGE, EINE FINNENBAHN UND DIE SANIERUNG DER SPIELWIESE NORD AUF DEM AREAL DER KANTONSSCHULE ZUG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1390.1/.2 – 11882/83).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird die Vorlage an die bereits bestehende Kommission Corrodi überwiesen (Kommission betreffend diverse Projekte für Hochbauten).

Die **Vorsitzende** erinnert den Rat daran, dass er an der letzten KR-Sitzung zugestimmt hat, dass diese Kommission bereits am 18. Januar 2006 – somit vor der formellen Kommissionseinsetzung – einen diesbezüglichen Augenschein durchführen darf.

787 «KAMMERKONZEPT ENNETSEE»
- KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND GENEHMIGUNG DES GENERELLEN PROJEKTS «KAMMERKONZEPT ENNETSEE»
- KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND RAHMEN- UND OBJEKTKREDIT FÜR DIE PLANUNG UND DEN BAU DER KAMMERN B UND C DER KANTONSSTRASSE «KAMMERKONZEPT ENNETSEE» SOWIE FÜR DEN LANDERWERB
- KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DIE PROJEKTIERUNG DER KAMMERN A UND D DER KANTONSSTRASSE «KAMMERKONZEPT ENNETSEE» SOWIE FÜR DEN LANDERWERB

Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1393.1/.2/.3/.4 – 11890/91/92/93).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** werden die Geschäfte zur Beratung an die Strassenbaukommission überwiesen.

788 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND WIEDERAUFBAUHILFE IN EINER VOM SEEBEBEN VOM 26. DEZEMBER 2004 BETROFFENEN REGION

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1394.1/.2 – 11896/97).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Staatswirtschaftskommission überwiesen.

789 VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMS 2004-2011, OBJEKTKREDIT FÜR DIE INSTANDSETZUNG DER ZUGERSTRASSE, ABSCHNITT SCHEUERMATT-STRASSE-ALPENBLICK, GEMEINDE CHAM

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1392.1 – 11886).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Strassenbaukommission überwiesen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Fraktionschefkonferenz einstimmig beschlossen hat, dass die Strassenbaukommission als so genannte nichtständige Kommission mit Dauerauftrag dieses Geschäft vorzeitig beraten darf.

790 ÄNDERUNG DES DATENSCHUTZGESETZES (DSG) SAMMELAUSKÜNFTE ZUM GEBURTSJAHR DURCH DIE EINWOHNERKONTROLLEN)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 27. Oktober 2005 (Ziff. 731) ist in der Vorlage Nr. 1322.4 – 11848 enthalten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Redaktionskommission ohne separaten Bericht folgende beide kleinere redaktionelle Änderungen beschlossen hat:

- Anpassung des Titels an das Ergebnis erster Lesung und Ersetzen von «Geburtsjahr» durch «Geburtsdatum».

- Bst. c neu: «*… Geschlecht, Geburtsdatum, aktuelle Adresse und die in einem bestimmten Zeitraum Zugezogenen werden …*»
Geändert wurde hier lediglich die Reihenfolge und sprachlich wurde «Zuziehenden» ersetzt durch *«Zugezogenen»*.

➔ Der Rat ist mit diesen Änderungen einverstanden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auf die 2. Lesung ein Antrag der SP-Fraktion eingegangen ist. Wir beraten die Vorlage Nr. 1322.5 – 11921 betreffend die – leicht veränderte – Wiederaufnahme des in 1. Lesung gestrichenen § 8 Abs. 2 Bst. d (Herausgabe von Daten in elektronischer Form).

Andrea **Erni Hänni** stellt im Namen der SP-Fraktion den Antrag, dass der in der 1. Lesung gestrichene Bst. d in Abs. 2 von § 8 wie folgt wieder eingefügt werden soll:
Der Versand von Daten in elektronischer Form ist ausgeschlossen.
Begründung: Die SP-Fraktion anerkennt, dass es für Vereine eine wesentliche Vereinfachung darstellt, wenn sie die angeforderten Daten von der Einwohnerkontrolle in elektronischer Form erhalten. Ein Versand per E-Mail an Private darf aber keines-

wegs erfolgen, da die Behörde den Schutz vor Missbrauch der persönlichen Daten nicht garantieren kann. Das E-Mail ist kein sicheres Kommunikationsmittel. Wir haben dies alle selbst erlebt, als alt Kantonsrat Durrer sein parteiinternes Mail an uns alle versandte. Der Versand von persönlichen Daten ist grob fahrlässig und widerspricht Art. 13 Abs. 2 der Bundesverfassung, wo steht, dass jede Person Anspruch auf Schutz vor Missbrauch ihrer persönlichen Daten hat. Der Schutz der persönlichen Daten jeder Person ist eindeutig über etwelche Vereinsinteressen zu stellen. Die SP-Fraktion kann der masslosen Vereinfachung des Zugangs zu persönlichen Daten nicht zustimmen. Mit dem neuen Bst. d soll wenigstens ausgeschlossen werden, dass sich persönliche Daten im www verlieren, resp. in den Händen von Unberechtigten wieder finden. Im Namen der SP-Fraktion, aber vor allem zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger bittet die Votantin den Rat, dieses minimale Zugeständnis zu machen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** weist darauf hin, dass die Kommission die Wiederaufnahme des in der 1. Lesung gestrichenen Bst. d in § 8 Abs. 2 als nützliche Hürde zum Schutz der persönlichen Daten der Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons betrachtet. Gegen die Herausgabe von Daten in elektronischer Form spricht die Ungewissheit, was mit diesen persönlichen Daten im Netz geschehen kann. E-Mail-Versände *sind* unsicher und können weltweit von jedermann eingesehen werden. Es gibt professionelle Internetbenutzer, welche das Netz nach Daten durchforsten und diese zu einem Profil einer Person zusammensetzen. Pflicht des Kantons ist es zu garantieren, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Daten geschützt wissen. Der Schutz der persönlichen Daten ist das erste und oberste Ziel des vorliegenden Gesetzes. Es ist daher Aufgabe des Kantonsrats, die Daten der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Kantons so gut wie möglich zu schützen. In diesem Sinn beantragt die Kommissionspräsidentin im Namen der Kommission, Bst. d wieder ins Gesetz aufzunehmen.

Andrea **Hodel** ersucht den Rat im Namen der FDP-Fraktion, diesen Antrag der SP zur 2. Lesung abzulehnen. Dazu unsere Überlegungen: Die Herausgabe von Daten in elektronischer Form wird auch von der SP nicht bestritten. Die Art und Weise, ob per Diskette, per E-Mail oder mit irgendeiner anderen, uns vielleicht gar noch nicht bekannten Übertragungsart, ist mit Sicherheit nicht im Gesetz zu regeln. Es ist an der Regierung, bei der Art der Übertragung von elektronischen Daten darauf zu achten, ob der E-Mail-Verkehr zwischen der ersuchenden Person und dem Kanton eben genügend sicher ist oder neue Erkenntnisse zeigen, dass E-Mail keine Postkarte mehr darstellt. Es liegt nicht am Gesetzgeber, die Technik zu bestimmen. Die Art und Weise der Übertragung ist eine klare Vollzugsaufgabe, die nicht im Gesetz zu regeln ist. Die Votantin ersucht deshalb den Rat, die Übertragung – in welcher Art auch immer – in elektronischer Form weiterhin zuzulassen und es deshalb beim Resultat der 1. Lesung mit der Streichung von §8 Bst d zu belassen.

Berty **Zeiter** hält fest, dass die AF den SP-Antrag unterstützt. Das Bewusstsein für den sorgfältigen Umgang mit sensiblen Personendaten muss gestärkt werden: Meine persönlichen Daten gehören mir, aber ich bin verpflichtet, sie der *Gemeinde* zur Erfüllung ihrer Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Deshalb übergeht die beschlossene Vereinfachung der Datenweitergabe das grundlegende Recht der Bürgerinnen und

Bürger auf Schutz ihrer Daten. Dieses Recht ist so grundlegend, dass es voraussetzungslos zu gewähren ist, nicht bloss auf Antragsstellung. Insofern erfüllt das beschlossene DSG seinen Zweck bereits nicht mehr. – Aus diesem Grund bitten wir Sie, wenigstens eine minimale Hürde im Gesetz zu belassen und den Datenversand in elektronischer Form zu verbieten.

Frau Landammann Brigitte **Profos** weist darauf hin, dass der von der SP-Fraktion gestellte Antrag in etwa der bisherigen Fassung entspricht, welche die Regierung vorgelegt hat. Inhaltlich vertritt die Regierung wie bisher die Haltung, dass per E-Mail versandte Daten dem unerlaubten Zugriff leichter ausgesetzt sind. Zudem ist die Hürde, damit sie unkontrolliert weiter gegeben werden, kleiner. Die Regierung vertritt jedoch aus verfahrensrechtlichen Gründen die Haltung, das Ergebnis der 1. Lesung zu respektieren, wenn keine neuen Erkenntnisse und Argumente eingebracht wurden. Sie verzichtet deshalb darauf, sich diesem Antrag anzuschliessen.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 53 : 14 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 55 : 12 Stimmen zu.

791 ANPASSUNG DER KANTONALEN GESETZGEBUNG ZUR SCHAFFUNG EINER HÖHEREN FACHSCHULE FÜR TECHNIK UND GESTALTUNG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1371.1/.2 – 11814/15), der Kommission (Nrn. 1371.3/.4 – 11862/63) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1371.5 – 11898).

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die Kommission die Vorlage am 28. Oktober in einer halbtägigen Sitzung im Gewerblich Industriellen Berufszentrum (GIBZ) besprochen hat. Anwesend waren der Gesamtleiter des GIBZ, Hugo Nussbaumer, und der Leiter der Schreiner-Technikerschule, Beat Wenger. Hugo Nussbaumer erläuterte auf Grund des neuen Berufsbildungssystems den Platz der höheren Fachschule für Technik und Gestaltung in der schweizerischen Bildungslandschaft. Beat Wenger gab uns einen Einblick in die Entstehung der Schreiner-Technikerschule, er zeigte den Weg dieser Schule auf und beschrieb uns die neue Höhere Fachschule für Technik und Gestaltung als logische Folge der Schreiner-Technikerschule. In einer Führung durch das GIBZ beobachtete die Kommission Lernende an einer Lasermaschine, besuchte eine Klasse der Schreiner-Technikerschule und nahm einen Augenschein eines Produkts des Design-Lab.
Seit zehn Jahren gibt es die Schreiner-Technikerschule. Sie ist ein wichtiger Teil des GIBZ. Dieses Weiterbildungsangebot für Kaderleute im mittleren Bereich, für Führungskräfte oder Projektverantwortliche, ganz generell für alle an Weiterbildung Interessierte ist nicht mehr wegzudenken. Die Schreiner-Technikerschule hat sich nicht nur kantonal, sondern national und international einen guten Namen gemacht. Mit ihrer kreativen Arbeit, mit dem Erkennen der beruflichen Realitäten und entsprechendem Handeln, besonders auch mit vorausschauenden Ideen ist diese Schule für den Kanton Zug ein grosser Gewinn.

Mit dem Namen Höhere Fachschule für Technik und Gestaltung möchte die Schule ihrer Entwicklung gerecht werden. Haben früher vor allem Frauen und Männer aus dem Schreinergewerbe die Schule absolviert, sollen nun auch Interessierte aus anderen Berufssparten die Möglichkeit haben, die höhere Fachschule für Technik und Gestaltung zu besuchen – sei es in speziellen Modulen oder im Vollzeitstudium. Bereits jetzt schon bilden sich Interessentinnen und Interessenten aus dem Baugewerbe, solche mit Maturaabschluss, kaufmännischer Ausbildung mit Richtung Wohnbereich, aber auch Personen aus kunstgewerblichen Berufen, z.B. Orgelbauer, Schnitzer etc. in dieser Schule weiter. – Mit der neuen Bezeichnung gliedert sich die Schule in die veränderte Bildungslandschaft der Schweiz ein. Sie erlangt so eine Akkreditierung ihrer Studiengänge beim Bund.
Um den Veränderungen im Bildungswesen gerecht werden, hat die Schule bereits vor ein paar Jahre begonnen, verschiedene Angebote zu entwickeln. Im Vollzeitstudium besuchen im Durchschnitt zwischen 35 und 40 Studierende die Klassen in Richtung Produkt oder Gestaltung. In Modulkursen können sich ebenfalls viele Interessierte weiterbilden, sei es im Baukastensystem oder auch als Besucher, Besucherin eines einzelnen Kurses. Seit 2002 besteht die so genannte knowledgefactory; das heisst, die Weiterbildung geschieht vorwiegend via Internet. Persönlich sehr beeindruckt hat die Kommissionspräsidentin die Produktgruppe Kompetenzmanagement im Bildungswesen. Die Schule hat ein System entwickelt, in dem Interessierte ersehen können, welche Anforderungen für einen bestimmten Beruf oder einen bestimmten Abschluss nötig sind. Dazu finden sie im Internet Kompetenzfelder aufgelistet, die für ein gewünschtes Berufsziel erforderlich sind. Die Interessierten erkennen daraus selber, welche Weiterbildungen sie noch benötigen, um an das gewünschte Ziel zu gelangen. Ganz generell nimmt die Schule mit dieser Produktgruppe die individuellen Erfahrungen und das Wissen und Können jedes einzelnen Menschen auf und reagiert damit auf die grossen Veränderungen in der Bildungslandschaft.
Die Schule hat sich weit über unsere Kantonsgrenzen einen Namen gemacht. So besuchen viele Interessierte aus anderen Kantonen die Schule. Damit ist auch gesagt, dass diese Schule einzigartig in der Schweiz aus. Was die Kosten betrifft: Erstmals werden mit der Schaffung einer neuen Höheren Fachschule die Kosten für unseren Kanton sogar reduziert. Einnahmen erhält die Schule vorwiegend im Rahmen der kantonalen Schulgeldabkommen auch aus anderen Kantonen, aber ebenfalls durch die neuen Produktgruppen, die angeboten werden.
Zu den rechtlichen Änderungen. Es geht nun darum, die Höhere Fachschule für Technik und Gestaltung richtig ins Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen einzuordnen. Sie wird nun darum in § 4 dieses Einführungsgesetzes ebenfalls unter Abs. 2 aufgeführt, zusätzlich zur Höheren Fachschule für Wirtschaft und zur Höheren Fachschule für Gesundheit. Eine Änderung betrifft auch das Schulgesetz. Bei § 8 Abs. b kommt als letztes Alinea noch Berufsfachschule dazu und in einem neuen Bst. c Höhere Fachschulen. Die vorgeschlagenen Änderungen betreffen nur den Begriff Berufsschulen, der neu zu Berufsfachschulen wird, daher die verschiedenen Anträge.
Die Kommission empfiehlt dem Rat einstimmig Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zu den Gesetzesänderungen. Die AF schliesst sich dieser Meinung an. – Die Kommission hat einen sehr eindrücklichen Nachmittag erlebt, mit zwei Leitern, die mit Herzblut für Ihre Schule einstehen. Diese Schule verdient grosse Anerkennung.

Monika **Barmet** weist darauf hin, dass die CVP-Fraktion dem Antrag des Regierungsrats, der vorberatenden Kommission und der Stawiko einstimmig zustimmt. In den zehn Jahren des Bestehens wurde die Schreiner-Technikerschule dank der äusserst innovativen und kompetenten Schulleitung zu einer über die Kantonsgrenzen hinaus geachteten und gut besuchte höhere Fachschule. Die neue Ausrichtung entspricht der Entwicklung in der beruflichen Bildung und reagiert auf die Anforderungen der Wirtschaft. Nebst Spezialisten sind zunehmend Generalisten gefragt. Im Gegensatz zur Schreiner-Technikerschule werden neue Zielgruppen angesprochen – verschiedene Branchen und Berufe können berücksichtigt werden. Die neuen Bildungsangebote der fünf Produktgruppen ermöglichen einerseits eine langfristige Entwicklung dieser höheren Fachschule und andererseits kann das breite Angebot den Bedürfnissen des Einzelnen besser angepasst werden. Zudem wird mit den neuen Produktegruppen ein höherer Selbstfinanzierungsgrad angestrebt. Mit den verschiedenen Modulen kann gezielter auf die persönlichen, individuellen Berufs- und Lebenssituationen eingegangen, Weiterbildung oder zusätzliche Qualifikationen erworben werden. Das Jubiläumsmotto der Schreiner-Technikerschule zum 10-jährigen Bestehen war «Mit Innovation in die Zukunft». Mit unserer heutigen Zustimmung zur Umgestaltung der Schreiner-Technikerschule in eine höhere Fachschule für Technik und Gestaltung können wir einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Vreni **Sidler** erinnert daran, dass sich die Schreiner- und Technikerschule in den zehn Jahren ihrer Tätigkeit einen überregionalen guten Ruf erworben hat. In den letzten Jahren entstand von Seiten des Kantons ein gewisser Druck auf die Schule, weil die Schülerzahlen aus dem Kanton Zug rückläufig waren. Veränderte Gewerbestrukturen zwingen die Schule, ihre Leistung den Veränderungen anzupassen. Die Antwort der Schule auf diese Herausforderung ist logisch. In der Vergangenheit richtete sich das Angebot ausschliesslich an Berufsleute mit abgeschlossener Schreinerlehre und Berufserfahrung. Das war eine zu kleine Gruppe von möglichen Studierenden. Das Angebot wird erweitert, aufgewertet und den heutigen Internetbenutzern angepasst. Das zukünftige Angebot richtet sich vor allem an das mittlere Kader im technischen und gestalterischen Bereich wie Innenausbaugestaltung, Wohnberatung, Arbeitsraum-, Laden- Gaststättengestaltung, Fenster- und Fassadentechnik sowie Möbeldesign. Die neuen Angebote nebst der Grundausbildung werden sogar kostendeckend sein. Die Schreinermeister begrüssen das neue Konzept der Schule. Dem Kanton Zug tut es gut, eine weitere höhere Fachschule mit Ausstrahlung über die Kantonsgrenzen ins Angebot der Weiterbildung aufnehmen zu können. Die von der Kommission beantragten Änderungen betreffen Redaktionelles: Fachschule ist mit Berufsfachschule zu ersetzen. – Mit viel Energie und Herzblut wurde die Weiterentwicklung der Schule an die Hand genommen. Die FDP-Fraktion legt diesem Begehren keine Steine in den Weg, zudem keine neuen Kosten entstehen, und begrüsst die neue Berufsfachschule.

Beat **Stocker** weist darauf hin, dass die bisherige Schreiner-Technikerschule neu eine Höhere Fachschule für Technik und Gestaltung werden soll. Mit der Schaffung einer solchen Schule bleibt das Erlernen eines handwerklichen Berufs im Schreiner- und Innenbaubereich im Kanton Zug weiterhin attraktiv und Berufsleute können sich nach der Lehre auf einem höheren Niveau in unserem Kanton weiterbilden. Mit der Bildung der neuen Höheren Fachschule können Kosten reduziert werden. Die Verantwortlichen der Schule stehen voll hinter diesem Projekt und werden sich für ein

Gelingen dieses Höherstufen ihrer Schule einsetzen. – Diese Vorlage war in der SVP-Fraktion unbestritten. Wir möchten die gesetzlichen Grundlagen schaffen, um der Schule den Start am 1. Juli 2006 zu ermöglichen. Die SVP-Fraktion empfiehlt dem Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1371.6 – 11935 enthalten.

792 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND NEUES ZENTRALSPITAL IN BAAR

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1385.2 – 11880) und Bericht der Kommission für Spitalfragen (Nr. 1385.3 – 11917).

Martin **Stuber** möchte einleitend eine Bemerkung zur Notwendigkeit der Interpellation machen. Der Spitalkommissionspräsident verzichtet auf den geplanten «umfassenden Bericht» und legt stattdessen einen kürzeren vor. Diesem Bericht entnehmen wir auf S. 3, dass «eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder die Interpellation als eher unnötig beurteilt». Hat es in der Kommission eine Abstimmung darüber gegeben? Wohl eher nicht. Eine Seite später erfahren wir dann aber, dass die Interpellationsantwort des Regierungsrates als «Drehbuch für die Beratung» gedient hat. Offenbar waren es doch die richtigen Fragen und offenbar waren sie auch nötig, sonst hätte das Kommissionsdrehbuch sicher anders ausgesehen. Wie auch immer – beim Zentralspital geht es der AF vor allem um drei Dinge: Transparenz, ein optimal ausgerüstetes und gut funktionierendes neues Spital und eine faire Finanzierung allfälliger zusätzlicher Kosten.
Stichwort Transparenz. Es ist erfreulich, dass der Regierungsrat schnell und offen informiert hat, nachdem unsere Fragen auf dem Tisch lagen. Leider hat er aber nicht vollständig informiert, wie sich später herausstellte. Der Votant wiederholt deshalb, was er schon an der letzten Sitzung gesagt hat: Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu wissen, wo die Knackpunkte sind, wenn es darum geht, für das viele Geld auch ein optimales Spital zu erhalten. Und es ist erfreulich, dass die Neue Zuger Zeitung mit ihrer hartnäckigen Recherche zur Transparenz beigetragen hat.
Stichwort: Optimal ausgerüstetes und gut funktionierendes neues Spital. Der Souverän hat vor zwei Jahren einem 173-Millionen Kredit für ein neues Spital zugestimmt. Das ist zurzeit das mit Abstand grösste Projekt des Kantons. Die Leute wollen zu Recht ein optimales Spital für so viel Geld. Und wir attestieren den zuständigen Gremien und Behörden, dass sie dieses Ziel mit grossem Engagement anstreben. Zwei Punkte seien in diesem Zusammenhang speziell herausgegriffen:

«Bei einem Teil der zu Lasten des Kredites bewilligten Optimierungsmassnahmen handelt es sich um Projektpositionen, welche bei der Projekt- und Kostenüberarbeitung im Sommer 2002 unter dem Titel "verzichtbar" gestrichen wurden. So findet man etwa die damals gekürzten Positionen Bettenzentrale, Zentralsterilisation und Isolationsstation heute wieder als notwendige, sprich unverzichtbare Projektpositionen in den aktualisierten Planungsgrundlagen.» (Kommissionsbericht, S. 7). Das ursprüngliche Betriebskonzept hatte also offensichtlich Mängel, die korrigiert werden mussten. Mit Kostenfolgen!
Ein zweiter Punkt: Man muss kein Spezialist für Spitalbauten sein, um zu wissen, dass die Lüftung in einem Spital extrem wichtig ist. Eine mangelhaft geplante Lüftung verteilt die Erreger ansteckender Krankheiten. Und dass angesichts der schnell wachsenden globalen Mobilität das Problem hoch ansteckender Krankheiten eher zunehmen wird, ist ja auch nichts Neues. Der Verdacht, dass hier ursprünglich am falschen Ort hätte gespart werden sollen und die Kurve nur knapp genommen wurde, ist kaum von der Hand zu weisen. Wir hoffen, dass die Lüftung im neuen Zentralspital jetzt den notwendigen Standard aufweisen wird.
Es ist klar geworden, dass das Finanzkorsett, welches der Kantonsrat geschnürt hat, zu eng war. Entsprechende Bedenken wurden schon während der Debatte formuliert, und zwar nicht von der AF: «*Ein 30 % über dem vorgegebenen Kostendach liegendes Projekt gewinnt einen Wettbewerb. Das Volk lehnt das Projekt aus Kostengründen ab. Danach können die Kosten auf wunderliche Weise um 20 % gesenkt werden – ohne Qualitätseinbusse innerhalb von vier Monaten. Wenn der Votant eine neue Backstube baut, würde er gerne die Talente der Baudirektion in Anspruch nehmen.*»
Damit kommt Martin Stuber zum dritten Stichwort: Faire Finanzierung allfälliger Zusatzkosten. Inzwischen ist klar, dass die Reserve mit fünf Millionen für so ein grosses Projekt viel zu knapp bemessen ist. Sie ist denn auch schon aufgebraucht. Wir erinnern uns, dass es sogar Bestrebungen aus den Reihen dieses Rats gab, gar keine Reserve vorzusehen. Die «Total-Unternehmer-Euphorie» war bei einzelnen Ratsmitgliedern tatsächlich total. Merken wir uns das für zukünftige Grossprojekte. Bezüglich Zusatzkosten ist die AF der Meinung, dass es in diesem Fall besser ist, den Kredit etwas zu überziehen und dafür ein optimales Spital zu bekommen. Ein Zusatzkredit mit dem damit verbundenen Baustopp würde den Bau bloss verzögern und Mehrkosten im Millionenbereich verursachen – das wollen wir nicht. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass der Kantonsrat und die Öffentlichkeit orientiert sind, und nicht das dicke Ende erst ganz am Schluss kommt. Und wichtig ist auch, dass nicht auf sinnvolle oder sogar nötige Zusatzinvestitionen verzichtet wird, um eine Kreditüberschreitung zu vermeiden. Dass die zukünftige Betreiberin des Spitals, die dem Kanton gehörende Kantonsspital AG, nun einen Teil der Zusatzkosten trägt, weil sie nachher für die Betriebskosten verantwortlich ist und diese verständlicherweise tief halten will, ist nicht richtig. Denn auch der Kanton, d.h. die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, hat ein eminentes Interesse an einem Projekt, das auch bezüglich Betriebskosten optimal ist. Er sollte deshalb auch die damit verbundenen Kosten tragen. Inwieweit es noch Reserven gibt in Form von Kosten, welche der TU tragen muss anstelle des Kantons, werden wohl Juristen klären müssen. Einer sitzt wohl schon in den Startlöchern.
Zusammengefasst: Ein zeitgemässes, gutes 200-Bettenspital für 173 Mio. zu bauen, ist wahrscheinlich ein Hochseilakt für den Bauherrn. Dabei dürfen, ja müssen wir ihm auf die Finger – oder, um im Bild zu bleiben, auf die Füsse – schauen. Aber am Seil rütteln gilt nicht! Denn immerhin haben wir hier im Rat ihn auf dieses Seil geschickt.

Karl **Betschart**, Präsident der Kommission für Spitalragen, möchte hier darauf verzichten, Dinge zu wiederholen, die bereits schriftlich vorliegen. Er verweist auf den Kommissionsbericht vom 13. Januar 2006. Ergänzend zu den dortigen Ausführungen möchte er nachfolgend zwei Punkte aufgreifen, die ihm wesentlich scheinen.

1. Bekanntlich hat die Spitalkommission im Zusammenhang mit den nachträglichen Optimierungen dem Regierungsrat die dringende Empfehlung abgegeben, die Rechtslage betreffend TU-Garantien umgehend und à fonds abzuklären. Der Kommission ging es darum sicherzustellen, dass der Kanton keine Kosten übernimmt, die er möglicherweise aufgrund der TU-Garantien gar nicht selbst tragen müsste. Mit Erleichterung und Genugtuung hat der Votant zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat die erforderlichen Sachverhaltsabklärungen umgehend an die Hand genommen, die Rechtslage geprüft und den Mitgliedern der Spitalkommission das Ergebnis seiner Abklärungen sofort mitgeteilt hat. Im Umgang mit dieser Empfehlung hat der Regierungsrat unter Beweis gestellt, dass er die Rolle der Spitalkommission in Bezug auf die Projekte Zentralspital und Pflegezentrum auch tatsächlich ernst nimmt. Laut Abklärungen des Regierungsrats handelt es sich bei den in Rede stehenden Projektoptimierungen um echte Bestellungsänderungen, die laut Vertrag nicht dem TU überwälzt werden können. Das ist so zur Kenntnis zu nehmen.

Als unglücklich taxiert der Kommissionspräsident die Tatsache, dass der damals von einem Ausschuss der Spitalkommission begutachtete TU-Werkvertrags-Entwurf (Ausdruck vom 3. April 2003) nicht mit der Vertragsfassung übereinstimmt, den die Baudirektion am 26. April 2004 mit dem TU vereinbart hatte. Zudem wurden die Beteiligten über diese Änderungen nicht einmal in Kenntnis gesetzt. Karl Betschart erachtet dies als grobes Versäumnis. Er möchte doch festhalten, dass an diesem 26. April 2004, an dem der TU-Vertrag vereinbart wurde, die Spiko ihre erste Kommissionssitzung durchführte. Sie hätte erwarten dürfen, dass mindestens darauf hingewiesen worden wäre, dass damals ein Grundstein zum Bau des Zentralspitals durch Unterzeichnung des TU-Vertrages gelegt wurde. Nachträglich lässt sich daran nichts ändern. Immerhin sei auch hier auf die Einsicht des Regierungsrats verwiesen, der dazu festhält: «Der Regierungsrat hätte es in jedem Fall für angebracht gehalten, dass die Beteiligten der Spitalkommission auf die nachträglichen Anpassungen hingewiesen worden wären.»

2. Als weiteren Punkt möchte der Votant ein Votum eines Spiko-Mitglieds aufnehmen, das an der letzten Sitzung gefallen ist. Es hat zu «mehr Gelassenheit» aufgerufen. Tatsächlich scheint es aus rein objektiver Sicht kaum einen Grund für den von uns allen – Karl Betschart schliesst sich hier bewusst mit ein – verursachten Wirbel rund um das Thema Zentralspital zu geben. Mal abgesehen von dem Umstand, dass die Spitalpolitik in unserem Kanton ohnehin und immer schon emotional höchst geladen war, gibt es tatsächlich keinen Grund, weshalb wir heute hyperventilieren müssten. Das Zentralspital liegt nicht im Sterben, sondern ist auf bestem Weg zu einem neuen und modernen Betrieb, der dereinst die Grund- und erweiterte Grundversorgung für unsere Bevölkerung auf lange Sicht sicherstellen kann. Dass der Kredit eher knapp bemessen ist, wussten wir schon immer. Dass die Reserven heute nahezu aufgebraucht sind, nehmen wir zur Kenntnis, ebenso wie die Beteuerungen des Regierungsrats und der Spitalverantwortlichen, dass man bemüht sei, die Kreditvorgabe einzuhalten, und mit den heute vorgesehenen Optimierungen die Sicherstellung der Funktionalität voll gewährleistet sei.

Doch! Der Kommissionspräsident möchte auch mehr Gelassenheit. Denn bekanntlich führt Überaktivität zu Stress und Stress zu Krankheit. Er appelliert in diesem Sinne zu mehr Gelassenheit in der Spitalpolitik; denn mit mehr Gelassenheit tragen Sie dazu bei, die Gesundheitskosten effektiv zu senken!

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko die vorliegenden Unterlagen zum Zentralspital im Detail studiert und diskutiert hat. Der Bericht der Finanzkontrolle zeigt klar auf, dass es bis heute zu keinen Kostenüberschreitungen gekommen ist. Allerdings zeigt der Bericht auch auf, dass die Reserven praktisch aufgebraucht sind, die Baudirektion bereits heute mit dem Rücken zur Wand steht und keine grossen Freiheitsgrade mehr bestehen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Zentralspital-Neubau zu einem finanziellen Hochseilakt wird. Nur bei voller Konzentration und maximalen Anstrengungen aller Beteiligten wird es möglich sein, dieses Bauwerk ohne Kostenüberschreitungen zu realisieren. Es muss aber das oberste Ziel sein, dass im Herbst 2008 ein modernes Spital eröffnet wird, dass den Anforderungen der heutigen Medizin und den neusten Erkenntnissen gerecht wird. Dieses Gebäude ist von der Grundstruktur so ausgelegt, dass es flexibel den zukünftigen Anforderungen angepasst werden kann.
Dem Kostencontrolling ist in den nächsten Monaten höchste Priorität einzuräumen. Aus den Fehlern, die beim Strafanstaltneubau geschehen sind, müssen unbedingt die nötigen Lehren gezogen werden. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass in regelmässigen Treffen mit dem TU die Kosten ein Haupttraktandum sind und der jeweilige Status jedes Mal schriftlich wird. Es muss unbedingt verhindert werden, dass der TU – analog zum GU bei der Strafanstalt – kurz vor Eröffnung des neuen Spitals eine Liste von Nachforderungen vorlegt.
Zusammenfassend beobachten wir die Kostenentwicklung beim Zentralspitalneubau sehr kritisch. Die heutige Ausgangslage ist ungünstig, aber nicht aussichtslos. Herr Baudirektor, beweisen Sie uns, dass sie die Sache im Griff haben und ziehen Sie unbedingt die Konsequenzen aus dem Strafanstalt-Debakel.

Leo **Granziol** weist darauf hin, dass die CVP mit dem Kommissionsbericht völlig einig ist. Sie unterstützt auch das, was die Stawiko vorher durch ihren Präsidenten verlauten liess, dass nämlich der gesprochene Kredit zusammen mit der Budgetposition für Unvorhergesehenes ausreichen muss. Es darf zu keinen Überschreitungen kommen. Wir erwarten diesbezüglich ein funktionierendes Kostenmanagement, jedenfalls ein besseres als beim Gefängnisbau. Ebenfalls ist die Spitaldirektion darauf zu verpflichten, mit den gesprochenen Mitteln auszukommen. Das Hickhack zwischen dem Verwaltungsrat des Spitals und dem Regierungsrat ist in keiner Weise vertrauensfördernd. Und diejenigen, die hier schon nach weiteren Optimierungen rufen, seien auf den TU-Vertrag verwiesen. Der TU garantiert Folgendes: Das Bauwerk hinsichtlich den betrieblichen, baulichen und haustechnischen Anforderungen so zu planen und zu erstellen, dass im Rahmen des vereinbarten Höchstpreises «ein optimiertes Bauwerk mit hoher Qualität, Funktionalität, Flexibilität und möglichst niedrigen Betriebs- und Unterhaltskosten resultiert». Das wurde versprochen und ist einzuhalten.
In diesem Zusammenhang kommen wir zum nächsten Thema: Gelassenheit kann Vertrauen nicht ersetzen. Und dieses Vertrauen ist massiv belastet zwischen der Baudirektion und der Spitalkommission. Das begann bereits im April letzten Jahres, als wir nur zögerlich über die Beanspruchung des Kredits für Unvorhergesehenes informiert wurden. Nun kommt ein neuer Faktor hinzu. Wir müssen feststellen, dass die Baudirektion die Empfehlungen der Spiko im Zusammenhang mit der Prüfung des TU-Vertrags völlig in den Wind geschossen hat. Dies entgegen ihrer Zusage im Jahr 2003, dass Änderungen in den Vertrag einfliessen würden. Sie hat bezüglich der Garantie und des technischen Standards des Kantonsspitals einen anderen Vertrag abgeschlossen, als uns weisgemacht wurde. Anstatt der aktuellen, zum Ver-

tragsabschluss geltenden technischen Standards, wurde vereinbart, dass diejenigen von 2002 gelten. Man hat also 2004 einen Vertrag abgeschlossen mit technischen Normen von 2002. Dies hat bereits im Bereich der Lüftung mehr als eine Million Franken Mehrkosten ausgelöst. Und wie Sie wissen, hat diese Norm für die Lüftung im Jahr 2003 geändert. Das lag genau im Zwischenraum zwischen dem Vertragsentwurf und dem Vertragsabschluss. Im Vertragsentwurf, der uns gezeigt wurde, wären die aktuellen Normen massgebend gewesen. D.h. bei Vertragsabschluss hätte man sagen können: Es gelten diese neuen Normen und damit ist auch diese Lüftungsfrage eine Frage des TU. Wir sind überzeugt, dass dies ein Fehler war, ohne es uns zu sagen einfach hier etwas Anderes zu vereinbaren. Das wird möglicherweise auch noch bei anderen Bereichen in der technischen Installation Mehrkosten auslösen. Kein Privater würde dasselbe tun, einen Werkvertrag auf Grund von rückständigen technischen Normen abzuschliessen. Vereinfacht gesagt, haben wir 2004 einen Rolls Royce gekauft mit einem Motor von 2002. Und nun muss das aufgemöbelt werden. Die Baudirektion hat mit dieser Terminierung auf einen alten Standard bereits damals bewusst Mehrkosten in Kauf genommen. Sie hätte zumindest den bei Vertragsabschluss geltenden Standard vereinbaren müssen oder sich zu diesem Zeitpunkt ausrechnen müssen, was denn diese Differenz resp. Rückbuchstabierung auf diesen alten Standard für Mehrkosten auslöst. Das hat sie nicht getan und der Votant betrachtet das als eine Pflichtverletzung. Er betrachtet es auch als eine Pflichtverletzung, die Spiko mit keinem Ton über die veränderte Vertragslage zu informieren. Die Arbeit der Spiko war damit für die Katz, die Empfehlungen sind missachtet worden und sie ist nicht korrekt informiert worden. Für Leo Granziol ist das Anlass, aus diesem Gremium zurückzutreten.
Zudem möchte er den Rat auf die widersprüchliche Haltung des Regierungsrats hinweisen. Beim Gefängnis wird der Baudirektion die Kompetenz verneint, selbst ausgewiesene Mehrkosten auf Grund von Bestellungsänderungen anzuerkennen. Beim Spital aber ist es offensichtlich kein Thema, ob die Baudirektion ihrerseits den Vertrag so abändern kann, dass darauf Mehrkosten in fast ähnlicher Höhe entstanden sind. Das sind ungleiche Ellen bei gleicher Ausgangslage. Dass die Baudirektion diese Änderungen innerhalb des Regierungsrats nicht abgestimmt hat, ist für den Votanten aus den Reaktionen von Sekretär Bally der Gesundheitsdirektion offensichtlich.

Die **Vorsitzende** möchte § 45 der GO in Erinnerung rufen bezüglich der Bekanntgabe von Interessenbindungen.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion von der Interpellationsantwort Kenntnis genommen hat. Wir haben uns durch den Gesundheitsdirektor informieren lassen, haben den Bericht der Kommission für Spitalfragen studiert und sind nach eingehender Beratung zu folgender Beurteilung gekommen: Beim Neubau des Zentralspitals handelt es sich für den Kanton Zug um ein Projekt von ganz grosser Tragweite, um ein Jahrhundertprojekt, dem auch eine entsprechende Beachtung geschenkt wird. Mit dem im Januar 2003 genehmigten Objektkredit ist der Auftrag für den Neubau eines modernen, zeitgemässen und gut funktionierenden Spitals erteilt worden. Um das Spital möglichst kostengünstig zu realisieren, sind sämtliche Anforderungen in Zusammenarbeit mit der Spitalbetreiberin auf deren Notwendigkeit hin überprüft worden, mit dem Resultat, dass die veranschlagten Kosten, umgelegt pro Spitalbett, denn auch einiges tiefer liegen als bei Vergleichsprojekten. Die 5 Mio. Franken für

die Position Unvorhergesehenes sind mit 3 % bewusst tief angesetzt worden. Es gab damals Stimmen im Rat, die diese Position sogar weiter kürzen wollten.
Beim Bau eines Spitals handelt es sich um ein Hightech-Projekt, das während der relativ langen Realisierungszeit Anpassungen erforderlich macht. Einerseits durch neue Anforderungen in der Technik, andrerseits durch veränderte Nachfrage nach medizinischen Dienstleistungen. Zudem haben bis heute drei Spitaldirektoren am Projekt mitgearbeitet, die aus betrieblicher Sicht die Schwerpunkte teilweise unterschiedlich beurteilen. So verwundert es uns heute nicht, dass der grösste Teil der Position für Unvorhergesehenes bereits aufgebraucht ist. Wir stellen fest, dass die Zusatzanforderungen, die vom Regierungsrat anerkannt wurden, begründet sind und sich teilweise positiv auf die Betriebskosten auswirken werden. Bezüglich der rund 2,45 Mio. Franken für die vom Regierungsrat nicht anerkannten Projektoptimierungen, die zu Lasten der Spitalbetreiberin gehen, verlassen wir uns auf die Feststellung der Finanzkontrolle, dass dies seine Rechtmässigkeit habe. An dieser Stelle sei die Spende über 900'000 Franken der Stiftung Liebfrauenhof für einen zusätzlichen Gebärsaal bestens verdankt.
Ob der in der Position Unvorhergesehenes verbleibende kleine Restbetrag bis zur Fertigstellung des Zentralspitals ausreichen wird, können wir anhand der uns bekannten Fakten nicht beurteilen und wollen darüber auch nicht spekulieren. Wir gehen aber davon aus, dass der Anforderungskatalog nun abgeschlossen ist und der bewilligte Kredit ausreicht. Wir erwarten weiterhin eine strikte Ausgabendisziplin und ein termingerechtes, effizientes Kostenmanagement. Bedingt durch das vertraglich vereinbarte Kostendach gehen unseres Erachtens allfällige bauseitige Verteuerungen zu Lasten des Totalunternehmers.
Wir fordern alle Beteiligten, die Kantonsspital Zug AG und die Regierung auf, weiter zu sparen und weiter zu bauen, damit das Zentralspital in Baar termingerecht und ohne Kostenüberschreitungen eingeweiht werden kann.

Andrea **Erni Hänni**: Die SP-Fraktion nimmt zu dieser Interpellation grundsätzlich und inhaltlich wie folgt Stellung: Wir können uns nur schwer vorstellen, dass die AF keine Kenntnisse davon hatte, dass die Beratungen in den Kommissionen nicht öffentlich sind und dass über eine allfällige Orientierung der Öffentlichkeit die Kommission entscheidet. Das Verfassen dieser Interpellation ist und bleibt ein Vertrauensmissbrauch gegenüber der Verwaltung, der Regierung und dem Kantonsrat. Daran ändern auch die diversen Leserbriefe und Stellungnahmen nichts. Der Vorstoss hat einen medialen Wirbel ausgelöst, der zu diesem Zeitpunkt unnötig war und zu vielen Spekulationen in der Bevölkerung Anlass gab. Wirklich bewirkt oder verändert hat er nichts – ausser Mehrarbeit für alle Betroffenen.
Die Votantin möchte richtig verstanden werden: Es geht überhaupt nicht darum, etwas vertuschen, nicht transparent sein zu wollen. In der Spitalkommission hatten wir ja auch bereits vereinbart, dass wir anlässlich der nächsten Sitzung einen Bericht zu Handen der Öffentlichkeit verfassen würden. Das wäre dann der richtige und rechte Zeitpunkt gewesen, kritische Fragen zu stellen. Bei der Diskussion betreffend möglichen Budgetüberschreitungen hat die SP-Fraktion nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir lieber einen zusätzlichen Betrag sprechen, als dass Zug ein bei der Eröffnung bereits unbefriedigendes Spital mit veralteten oder unzureichenden Einrichtungen erhält. Wir sprechen dabei nicht von Begehrlichkeiten, sondern sind klar der Ansicht, dass Wesentliches nicht wegen des Arguments Kostendach versäumt werden darf. Ein allfälliger Antrag soll aber dann gestellt werden, wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen. Selbstverständlich sähen wir es auch gerne, wenn das

Kostendach nicht überschritten würde. Wir sind aber auch sicher, dass die Bevölkerung gut begründete Überschreitungen akzeptieren würde. Sind wir doch ehrlich: Jede Person, welche ein Eigenheim plant, rechnet insgeheim mit gewissen Mehrkosten, weil sich während der Bauphase noch Änderungen ergeben. Bei einem so grossen Bau wie dem neuen Spital ist das doch noch viel wahrscheinlicher, umso mehr, als das ursprüngliche Projekt dem Kantonsrat zu teuer war und die Verantwortlichen gezwungen waren, massive Sparübungen vorzunehmen. Zudem ist es doch nachvollziehbar, dass sich Medizinaltechnik und Normen in so einer langen Planungs- und Bauphase ändern können. Die Zuger Bevölkerung ist besser bedient, wenn sie ein gutes, durchdachtes und modernes Spital erhält, welches den Anforderungen der heutigen Zeit Rechnung trägt. Sollte sich im Verlauf der nächsten Spitalkommissionssitzungen herausstellen, dass es zusätzliche Mittel braucht, wird sich die SP-Fraktion wie bisher in der Kommission für deren Beschaffung einsetzen und hier im Kantonsrat einem entsprechenden Antrag zustimmen.

Martin **Stuber** hat wenig Verständnis für die einleitende Bemerkung seiner Vorrednerin. Er versteht auch nicht ganz, dass Andrea Erni etwas gegen Transparenz in dieser Frage hat. Wenn sie ihren Vorrednern zugehört hat, ist ja klar geworden, dass dank der Interpellation wichtige zusätzliche Informationen überhaupt erst ans Tageslicht gekommen sind. Sie hat hier sehr wohl eine sinnvolle Funktion erfüllt. Und es ist ja nicht so, dass einfach ein Wirbel in der Öffentlichkeit stattgefunden hat. Diese ist informiert worden darüber, was läuft und wo die Probleme sind. Daran haben wir doch alle ein Interesse. Wir wollen ja, dass sich die Bevölkerung auch mit diesem Spital auseinander setzt. Sie bezahlt es ja auch.

Anton **Stöckli**: Im Zusammenhang mit dem Neubau des Kantonsspitals stellen wir uns die Frage, was wollen wir? Der Votant ist überzeugt, dass alle hier im Saal Anwesenden ein optimal funktionierendes Spital wollen und dies aufgrund des bewilligten Kredits der Zugerbevölkerung auch erwarten können. Wir haben gehört, dass verschiedene Projektoptimierungen vorgenommen werden mussten, was sich im schnellen Schwinden des Kredits für Unvorhergesehenes niedergeschlagen hat. Anton Stöckli war sehr überrascht, als er erfuhr, dass die Kantonspital Zug AG in der Planung – dazu nur zwei Bespiele – auf eine Bettenzentrale und eine interne Sterilisationsabteilung verzichtet hat. Diese zwei Posten sind für ihn zwei unabdingbare Bereiche, welche zu einem funktionierenden Spital gehören. Im Kantonsspital Olten, wo er sein Praktikum absolvierte, gehörten die Bettenzentrale sowie eine interne Sterilisation vor über 30 Jahren zur Standartausrüstung. Er kann sich schlicht und einfach nicht vorstellen, dass Betten auf der Station gereinigt, desinfiziert und allenfalls Unterhaltsarbeiten und Reparaturen ausgeführt werden.
Man hat uns Kommissionsmitgliedern versichert, dass die ausgewählten Planer schweizweit als die besten Spitalplaner bezeichnet wurden. Der Kantonsbaumeister relativierte dies so: «In der Schweiz gibt es zahlreiche sehr qualifizierte Spitalplaner. Praktisch keiner dieser Fachleute hat aber je selber ein Spital geführt. Es handelt sich durchwegs um Theoretiker ohne jegliche Betriebserfahrung». Welche Lehren sind daraus zu ziehen? Bei Grossbauprojekten sind in einer frühen Planungsphase vermehrt Praktiker zuzuziehen, welche die Betriebsabläufe bestens kennen. Anton Stöckli ist überzeugt, dass nicht derart viele Projektoptimierungen von Nöten gewesen wären, wenn die Planung vertiefter angegangen worden wäre.

Mit der Einhaltung des Objektivkredits wird es vermutlich eng, sehr eng. Die Regierung hat in verschiedenen Objektoptimierungen mit der Kantonsspital Zug AG eine Einigung treffen können. Auf jeden Fall ist es verfrüht, heute schon von Objektkreditüberschreitungen zu sprechen und nach Schuldigen zu suchen. Nach dem Wissenstand des Votanten sieht es mit der Einhaltung des Projektkredits für das Pflegezentrum gut aus. Dies lässt hoffen. Wir wissen jedoch, dass die medizinischen Belange einem ständigen Wandel unterworfen sind. Es ist deshalb nicht auszuschliessen, dass Optimierungen auf Grund neuer Erkenntnissen notwendig sind oder wenn z.B. medizinische Belange eine andere Gestaltung erfordern. Im Grundsatz hat die Regierung sich zum Ziel gesetzt, den von den Zuger Bürgerinnen und Bürgern gesprochenen Objektkredit einzuhalten und dies mit der Garantie, ein funktionierendes Spital übernehmen zu können. Anton Stöckli unterstützt diese Grundhaltung.

René **Bär** weist darauf hin, dass Zimmer für Absonderungspatienten (ansteckende Krankheiten) nicht über die gleiche Lüftung gehen dürfen wie bei Normalpatienten. Das weiss man schon länger als 40 Jahre. Wenn man das nicht berücksichtigt hat, so ist das eine schlechte Planung und geht auf Kosten der Planung.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** will aus aktuellem Anlass zuerst auf den Bauvorgang eingehen. Die Frage ist berechtigt, ob die nicht in allen Teilen geglückte Planung der Strafanstalt für uns ein Lehrblätz war. Der Votant kann dem Rat versichern, dass wir für das Zentralspital eine klare Baukontrolle eingeführt haben. Ein Lenkungsausschuss, dem drei Mitglieder der Regierung angehören, tagt monatlich und lässt sich an seinen Sitzungen vom Gesamtprojektleiter und vom Kantonsbaumeister jede Änderung einer Bestellung vorlegen. Bestellungsänderungen müssen letztlich vom Baudirektor unterzeichnet werden. Die Kontrolle stützt sich dabei aber auf einen klaren Bauauftrag des Kantons an den Totalunternehmer.
Damit ist der Baudirektor bei der Thematik des TU-Vertrags. Der Regierungsrat hat gegenüber der Spitalkommission in einem Schreiben vom 17. Januar 2006 nach eingehenden Sachverhaltsabklärungen auf die Vorwürfe von Leo Granziol reagiert und dabei Folgendes festgehalten:
1. Die zuständigen Verwaltungsstellen haben Sachverhalt und Rechtslage gegenüber der Spitalkommission korrekt wiedergegeben und auch richtig informiert.
2. Der TU-Werkvertragsentwurf zwischen Kanton und Totalunternehmer vom 3. April 2003, den Leo Granziol allen Mitgliedern der Spitalkommission zugestellt hat, ist von den Parteien weiterentwickelt und am 26. April 2004 unterzeichnet worden. Die Spitalkommission hatte die Baudirektion keineswegs beauftragt, den Vertrag unverändert abzuschliessen.
3. Der Vertrag lautet nun so, dass insbesondere auslegungsbedürftige Bestimmungen wie beispielsweise die Bedeutung des aktuellen Stands der Technik durch rechtsverbindliche Massstäbe und klare Anknüpfungspunkte umschrieben sind und dass die versprochene Leistung des Totalunternehmers auch terminlich fassbar ist.
4. Der Totalunternehmer hatte zu diesen Vertragspunkten im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens bereits Vorbehalte angebracht. Die Spitalkommission hätte – das gibt der Votant gerne zu – auf den geänderten Vertrag hingewiesen werden müssen.
5. Bei den in Rede stehenden Projektoptimierungen geht es nun um echte Bestellungsänderungen. Diese können weder über die vertraglich umschriebene Leistung noch über Garantien auf die Totalunternehmung abgewälzt werden.
Soviel zum Thema TU-Vertrag.

Einmal mehr stehen wir vor der Frage, was die Legislative und was die Exekutive zu entscheiden hat. Der Kredit für das Zentralspital ist vom Souverän gesprochen worden, der Regierungsrat muss und wird ihn bestmöglich verwenden. Sie haben in der gemeinsamen Erklärung Kantonsspital/Regierungsrat ja lesen können, dass sowohl der Betreiber wie auch der Bauherr gewillt sind, den Abstimmungskredit einzuhalten. Dass das Parlament eine Kontrolle beanspruchen muss, ist klar. Sollte ihm diese Kontrolle nicht in allen Teilen zufrieden stellend ermöglicht worden sein, so bedauert das Hans-Beat Uttinger. Der gesprochene Kredit sollte ausreichen, obwohl es sehr eng wird. – Tag für Tag können Sie sehen, wie das Zentralspital wächst und seinem Nachbarn, dem Pflegezentrum, das wir zu aller Zufriedenheit erstellt haben, zum grossen Bruder wird.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

793 ÄNDERUNG DES STEUERGESETZES

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1341.1/.2 – 11742/43), Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats (Nrn. 1341.3/.4 – 11818/19), Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1341.5/.6 – 11864/65) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1341.7 – 11910).

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass die vorberatende Kommission das erste Revisionspaket zum Steuergesetz in drei Sitzungen durchberaten hat. Wie einleitend im Kommissionsbericht erwähnt, wurden wir dabei durch die zuständigen Damen und Herren der Finanzdirektion und der Steuerverwaltung tatkräftig unterstützt, wofür der Kommissionspräsident auch an dieser Stelle nochmals bestens danken möchte. Er dankt aber auch seinen Kolleginnen und Kollegen in der Kommission. Sie haben wesentlich zu einer sachbezogenen und speditiven Behandlung der Vorlage beigetragen.
Nun zur Vorlage. Unser heute geltendes Steuergesetz, das in der Volksabstimmung im Herbst 2000 grossmehrheitlich gutgeheissen wurde, ist seit dem 1. Januar 2001 in Kraft. Wir können befriedigt feststellen, dass es sich seither gut bewährt hat. Die grosse administrative Umstellung von der zweijährigen Vergangenheits- zur einjährigen Gegenwartsbesteuerung wurde im Grossen und Ganzen gut aufgenommen und von der Steuerverwaltung mit einem zusätzlichen Effort gemeistert. Das heutige Steuerklima im Kanton Zug darf als gut bezeichnet werden. Trotzdem drängen sich nun schon wieder Änderungen an der Gesetzgebung auf. Gründe dafür sind folgende:

- Anpassungen an geändertes Bundesrecht. Erwähnt seien hier als Beispiele das StHG, das Datenschutzgesetz, Bestimmungen über die Aufbewahrungspflichten, das Stiftungsrecht, das Fusionsgesetz etc.
- Anpassungen auf Grund von NFA, ZFA, Finanzstrategie, Motionen und Interpellationen etc. Wir haben im Kanton Zug eine eigentliche finanzpolitische Grossbaustelle vor uns.
- Anpassungen auf Grund des massiv verschärften Steuerwettbewerbes in der Schweiz, aber auch im internationalen Umfeld.

Der Regierungsrat will mit seiner Vorlage den attraktiven Steuerstandort Zug beibehalten, was ja auch von einem Grossteil des Kantonsrats immer wieder gefordert wird. Allerdings wird hier der Spielraum durch die auf uns zukommende Mehrbelastung durch den NFA erheblich eingeschränkt. Auf Grund dieser Ausgangslage hat der Regierungsrat entschieden, die in nächster Zeit erforderlichen Änderungen des Steuergesetzes auf zwei Pakete aufzuteilen. Dieses Vorgehen war in der Kommission nach einer ausführlichen Grundsatzdiskussion unbestritten.
Im 1. Paket sollen nun zusammengefasst folgende Themen behandelt werden:
1. Bundesrechtliche Vorgaben. Auf Grund diverser Änderungen der Bundesgesetzgebung, insbesondere der Revision des StHG, sind mehrere Korrekturen in der kantonalen Gesetzgebung zwingend erforderlich. Das sind teilweise Anpassungen, die bereits heute in der Steuerpraxis angewendet werden. Die Revision unseres Gesetzes war denn auch in diesen Punkten unbestritten.
2. Sozialabzüge und Abzug der Behindertenkosten. Im Bereich der Sozialabzüge ist auf Grund der seinerzeitigen Interpellation von Jost Arnold neu ein Eigenbetreuungsabzug für Kinder vorgesehen. Hier wird es wohl in der Detailberatung um Höhe und Bemessungsgrenze gehen. Der Votant wird daher – sofern erforderlich – dort detaillierter dazu Stellung nehmen. Das eidgenössische Behindertengleichstellungsgesetz macht eine Aufteilung der Krankheits- und der Behindertenkosten, die nun in voller Höhe zum Abzug zugelassen werden, erforderlich. Im Weiteren stand unter diesem Kapitel in der Kommission ein Abzug für Freiwilligenarbeit zur Diskussion. Detaillierte Abklärungen haben ergeben, dass ein solcher Abzug nicht StHG-konform wäre.
3. Anpassungen an die kantonale Steuerpraxis. Diverse Paragraphen wurden praxisbezogener formuliert, von der Vollziehungsverordnung ins Gesetz übertragen usw. Auch hier ist die Kommission den Anträgen des Regierungsrates weitestgehend gefolgt.
4. Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung. Im schweizerischen Steuersystem werden Gewinne der Kapitalgesellschaften zweimal besteuert, einmal mit der Ertragssteuer bei der Gesellschaft und einmal mit der Einkommenssteuer beim Anteilsinhaber. Diverse Parteien haben sowohl auf Bundes- wie auf Kantonsebene gefordert, diesen Missstand endlich zu beseitigen oder zumindest zu mildern. Der Bund schlägt in der Unternehmenssteuerreform entsprechende Massnahmen vor, diverse Kantone haben bereits Erleichterungen eingeführt. Der Regierungsrat beantragt, dass nun auch unser Kanton – um wettbewerbsfähig und attraktiv zu bleiben – eine entsprechende Entlastung einführt. Diese Änderung führte in der Kommission zu heftigen Diskussionen, die von Beibehaltung des heutigen Zustandes bis zu höherer Entlastung reichten. Schliesslich hat sich unsere Kommission mehrheitlich dem Vorschlag des Regierungsrats angeschlossen.
5. Reduktion der Kapitalsteuer für Holdinggesellschaften. Der Steuerwettbewerb in diesem Bereich hat sich in den letzten Monaten erheblich verschärft. Der Regierungsrat sah sich gezwungen, auf die laufenden Veränderungen in der Steuerlandschaft kurzfristig zu reagieren, und er hat mit einem nachträglichen Zusatzbericht und Antrag eine Reduktion der Kapitalsteuer für Holdingsgesellschaften beantragt. Diese Änderung ist zwar schmerzlich für unsere Kantonsfinanzen, sie soll aber grösseren Schaden, der durch die Abwanderung von Holdinggesellschaften entstehen würde, abwenden. Die Kommission konnte der Argumentation des Regierungsrates folgen und hat diesem Antrag grossmehrheitlich zugestimmt.
Damit habe ich Ihnen einen Überblick über die wesentlichsten Änderungen des Gesetzes verschafft. Für Details sei auf die vorliegenden Berichte verwiesen. Auf S. 2 des Stawiko-Berichts können Sie sich einen Überblick über die finanziellen Auswirkungen des heute vorliegenden ersten Pakets verschaffen. Die Kommission

hält diese Ausfälle für vertretbar – ja sogar für erforderlich, um die Attraktivität des Steuerstandorts Zug beizubehalten. Bei der Interpretation der Zahlen ist aber Folgendes zu beachten: Die Reduktion der Holding-Kapitalsteuer soll grösseren Schaden abwenden und helfen, einen zusätzlichen Steuerausfall durch die Abwanderung von Holdinggesellschaften zu vermeiden.
Bei der Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung rechnet Gregor Kupper persönlich eher mit einem kleineren Ausfall, weil er zusammen mit Berufskollegen weiss, dass in vielen Gesellschaften grosse betrieblich nicht benötigte Eigenmittel vorhanden sind, die darauf warten, endlich mit angemessenen und nicht überhöhten Steuerfolgen ausgeschüttet zu werden. Mit anderen Worten: Die Bereitschaft zur Weiterleitung erzielter Gewinne an die Aktionäre wird mit Sicherheit steigen und so den auf den ersten Blick erwarteten Steuerausfall reduzieren.
Auf S. 6 des Stawiko-Berichts hat der Votant eine Tabelle entworfen, die dem Rat einen Überblick über die Auswirkungen des Eigenbetreuungsabzuges verschafft. Sie sehen z.B. unten rechts, dass sich die Steuerbelastung bei einem Reineinkommen von 70'000 Franken und zwei Kindern von 2'328 auf 1'785 Franken, also um rund 25 %, reduziert. Da kann man schon sagen: Kleine Ursache – grosse Wirkung. Gregor Kupper überlässt es dem Stawiko-Präsidenten, auf die finanziellen Auswirkungen noch näher einzugehen.
Unsere Kommission empfiehlt dem Rat mit einem Stimmenverhältnis von 12 : 2, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen. Betrachten Sie bitte dieses Eintretensvotum auch gleich als Votum des CVP-Fraktionssprechers. Die CVP-Fraktion schliesst sich diesen Ausführungen an und ist ebenfalls für Eintreten auf die Vorlage.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an zwei Sitzungen am 3. und 24. November beraten hat. Für Zusatzauskünfte stand uns der neue Leiter der Steuerverwaltung, Guido Jud, zur Verfügung. Der Stawiko-Präsident verweist wie üblich auf den detaillierten Bericht. Nachfolgend möchte er noch einige allgemeine Überlegungen zu dieser Steuergesetzrevision machen.
Der Kanton Zug ist über alles gesehen der attraktivste Steuerstandort der Schweiz Auch international hat der Kanton Zug weiterhin seine Attraktivität als Unternehmensstandort. Der Rhythmus der Veränderungen ist aber in den letzten Jahren durch die Globalisierung, die modernen Kommunikationsmöglichkeiten und vieles mehr massiv erhöht worden. Die Unternehmen müssen sich tagtäglich und äusserst flexibel der sich sehr rasch ändernden Lage anpassen. Vor diesen Veränderungen kann sich auch der Wirtschaftskanton Zug als Standort vieler international tätiger Firmen nicht verschliessen. Wollen wir das Zuger Modell, d.h. attraktive Steuern und hohe Dienstleistungsqualität von Verwaltung und Dienstleistungsindustrie, mittel- bis langfristig erhalten, sind zunehmend grössere Anstrengungen und eine hohe Flexibilität notwendig. Das Zuger Modell hat wie jedes Modell seine Vor- und Nachteile. Die Vorteile überwiegen aktuell ganz klar. Wie im Spitzensport gibt es keine Halbheiten: Wir haben uns für dieses Modell entschieden und müssen es, ohne Wenn oder Aber, weiterführen und weiterentwickeln. Dabei müssen wir nicht in jedem Bereich Nummer 1 sein. Gemäss Guido Jud von der Steuerverwaltung ist es aber unabdingbar, bei den wichtigsten Standortkriterien unter den Top 3 bis 4 zu figurieren. Sonst fallen wir bei einer Firmen-Standortevaluation bereits sehr früh aus dem Rennen.
Bildlich gesehen ist dies wie in einem Veloetappenrennen: Sie müssen nicht jede Etappe gewinnen, um den Gesamtsieg zu holen. Sie müssen aber bei den wichtigen Etappen reüssieren und bei den anderen Etappen vorne dabei sein, um das

Gesamtklassement anzuführen. Die Stawiko unterstützt deshalb die Meinung der Regierung, dass beschleunigte Anpassungen der Kapitalsteuern für Holdinggesellschaften vorzunehmen sind. Die von der Regierung diesbezüglich vorgeschlagene Steuersatz-Reduktion bringt uns wieder unter die Top-Kantone. Nummer 1 werden wir mit der Reduktion nicht, wir sind aber wieder im Rennen und akzelerieren gleichzeitig den Steuerwettbewerb nicht unnötig. Die gleiche Meinung vertreten wir bezüglich Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung. Ein Abwarten, bis der Bund die Unternehmensreform II verabschiedet, ist nicht sinnvoll. Auch hier müssen wir rechtzeitig eine Verbesserung bringen. Selbstverständlich hat jedes Modell auch seine Kehrseite. Die Lebenshaltungskosten im Kanton Zug sind höher als in anderen Kantonen. Dies soll und muss bei der Beurteilung des Gesamtpakets berücksichtigt werden. Die Stawiko unterstützt deshalb den Antrag der vorberatenden Kommission, Familien mit Kindern und kleinen bis mittleren Einkommen durch Erhöhung der Reineinkommensgrenze für Fremd- und Eigenbetreuungsabzüge zu entlasten. Diese Entlastungen in der Höhe von 2,1 Mio. mit der Milderung der Doppelbesteuerung im Rahmen von 5 bis 10 Mio. oder der der Reduktion der Kapitalsteuer für Holdinggesellschaften in der Höhe von 3,9 Mio. zu vergleichen, ist aus unserer Sicht nicht statthaft. Diese Reduktionen müssen nicht absolut, sondern vielmehr relativ zu den Steuererträgen der verschiedenen Steuersubjekte gesehen werden. Zudem sind die beantragten Reineinkommensgrenzen für Familien bereits relativ hoch – es wird sich zeigen, ob diese Abzüge unter dem Titel «Sozialabzüge» einer kritischen Beurteilung der eidgenössischen Steuerverwaltung standhalten.
Die Vorlage ist aus unserer Sicht ausgewogen, weil sowohl weiter gehende Forderungen von Seiten der Wirtschaft wie auch noch weiter gehende Forderungen von linken Gruppierungen nicht berücksichtigt werden. Ein Mitglied der AF hat an einer der letzten Sitzungen moniert, es wäre ihm gleich, wenn eine wichtige Firma von Zug wegziehen würde. Aus Sicht der Mehrheit der Stawiko sind solche Aussagen bedenklich. Wir müssen alles daran setzen, dass das Wirtschaftsmodell Zug langfristig Bestand hat, Zug attraktiv bleibt und keine Abwanderung von Firmen einsetzt. Dies käme möglicherweise einem Dammbruch gleich und hätte unabsehbare Folgen. Wer am Zuger Modell herumkritisiert, ist in der Pflicht. Sie oder er müssen klar aufzeigen, wie ein alternatives Modell für Zug im Detail aussehen könnte und wie man es erreichen kann. Sie müssen auch aufzeigen, wie die vielen wertvollen Einrichtungen in sozialen, kulturellen und anderen Bereichen zu finanzieren wären, wenn Zug als Firmenstandort plötzlich unattraktiv würde und die Steuereinnahmen versiegten. Und sie oder er müssten ebenfalls aufzeigen, wo die Zugerinnen und Zuger in Zukunft Arbeit finden und ihren Lohn verdienen könnten.
Zusammenfassend ist die Stawiko grossmehrheitlich der Meinung, dass es sich um eine ausgewogene Vorlage handelt, die sowohl der Wirtschaft wie den Familien Verbesserungen bringt. Machen wir keine Halbheiten und setzen wir alles daran, bei den wichtigen Standortkriterien weiterhin unter den Top 3 bis 4 zu sein, dann ist wahrscheinlich auch längerfristig der erste Rang im Wirtschaftsstandort-Ranking der Schweiz und ein Spitzenplatz international möglich. – Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragt die Stawiko, auf die Steuergesetz-Revision einzutreten und ihr, mit einer Ausnahme, in der Fassung der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Daniel **Grunder** hält fest, dass die FDP-Fraktion die beantragten Änderungen des Steuergesetzes begrüsst. Das vorliegende Steuerpaket ist finanz- und familienpolitisch ausgewogen und verdient unsere volle Unterstützung. Drei zentrale Revisions-

punkte stehen für die FDP im Mittelpunkt dieser ersten Teilrevision, nämlich die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung von kleinen und mittleren Unternehmen, die steuerliche Entlastung des Mittelstands sowie die Stärkung der internationalen Standortattraktivität des Kantons Zug.
Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung. Nach dem geltenden Steuergesetz werden Gewinne von Kapitalgesellschaften zunächst mit der Gewinnsteuer und anschliessend bei der Ausschüttung der Gewinne z.B. an die Aktionäre mit der Einkommenssteuer belastet. Diese steuerliche Doppelbelastung trifft heute vor allem kleine und mittlere Unternehmen – seien es Gewerbe- oder Dienstleistungsbetriebe – die sehr oft als Familienunternehmen ausgestaltet wird. Durch die Teilrevision des Steuergesetzes werden diese kleinen und mittleren Unternehmen gezielt entlastet und damit der Arbeitsstandort Zug gestärkt. Die beantragte Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung geht für die FDP aber zu wenig weit. Die FDP-Fraktion wird im Rahmen der Detailberatung deshalb entsprechende Anträge stellen.
Steuerliche Entlastung des Mittelstands. Mit der Einführung eines Eigenbetreuungsabzuges für Familien mit Kindern wird gezielt der in den vergangenen Jahren arg gebeutelte Mittelstand entlastet. Die FDP Fraktion unterstützt die Kommissionsanträge, wonach sowohl der Fremdbetreuungs- als auch der Eigenbetreuungsabzug bis zu einem Reineinkommen in Höhe von 70'000 Franken gewährt werden soll. Die Steuerbelastung einer Familie mit zwei Kindern und einem Reineinkommen von 70'000 Franken wird damit um über 20 % verringert. Damit bietet die FDP Gewähr, dass das Budget von jungen Familien mit Kindern entlastet wird.
Stärkung der internationalen Standortattraktivität. Der Steuerbelastung von Holdinggesellschaften kommt in internationalen Wirtschaftsstandort Zug traditionell eine zentrale Rolle zu. Die Ansiedlung ausländischer Unternehmen in Zug nimmt ihren Anfang oft mit der Einrichtung einer Holdinggesellschaft. Ideale Bedingungen für Holdinggesellschaften ermöglichen es daher, dass der Standort Zug für ausländische Unternehmen überhaupt zur Diskussion steht. Aufgrund der nationalen und internationalen Entwicklungen im Bereich der Holdingbesteuerung unterstützt die FDP-Fraktion die massvolle Anpassung der entsprechenden Kapitalsteuersätze. Die FDP setzt sich damit für die Stärkung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Zug ein.
Zusammengefasst hält die FDP Fraktion fest, dass die Teilrevision des Steuergesetzes einen ersten wichtigen Schritt zur Erhaltung und Stärkung des Kantons Zug als Lebens- und Wirtschaftsraum darstellt. Es ist jedoch unerlässlich, dass im Rahmen einer zweiten Teilrevision – wie von der FDP bereits mehrfach gefordert – die Vermögenssteuer reduziert wird. – Zum Schluss noch ein Wort zur erwarteten Referendumsdrohung der AF und evt. der SP. Die FDP lässt sich durch ein Referendum gegen das Steuergesetz nicht einschüchtern – im Gegenteil. Wir sind überzeugt, dass das vorliegende Paket familien- und finanzpolitisch ausgewogen ist und freuen uns bereits heute auf einen intensiven Abstimmungskampf. – Die FDP Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage.

Stephan **Schleiss** möchte sich im Namen der SVP-Fraktion bei der Finanzdirektion für die Ausarbeitung der sehr gelungenen Gesetzesvorlage bedanken. Wir finden die politische Vorgehensweise mit der Aufteilung der Steuergesetzrevision in zwei Pakete zweckmässig. Wir sind auch der Meinung, dass in das vorliegende erste Paket nur unbestrittene formelle und dringende materielle Änderungen Eingang gefunden haben. Alles andere muss warten, bis sich die Mehrbelastung aus der NFA konkretisiert. Während die unbestrittenen formellen Änderungen wegen Anpassungen des Steuerharmonisierungsgesetzes und anderen Bundesgesetzen seit 2001 notwendig

geworden sind, werden uns die dringenden materiellen Änderungen durch den Steuerwettbewerb abverlangt.
Die Stawiko hält in ihrem Bericht zu Recht fest, dass die nationalen und internationalen Entwicklungen zu antizipieren und Gesetzesänderungen frühzeitig einzuleiten seien. Ein solcher Trend ist beispielsweise, dass die Kapitalsteuer auf internationaler Ebene heute praktisch nicht mehr existent ist und die Schweiz zu den wohl letzten industrialisierten Nationen gehört, die noch Kapitalsteuern von juristischen Personen erheben. Dies schlägt nun auch national durch: Der Regierungsrat schreibt in seinem Bericht wörtlich: «Die jüngsten Entwicklungen kommen einer eigentlichen Pulverisierung oder faktischen Abschaffung der Kapitalsteuer für Holdinggesellschaften gleich.» Ähnlich liegt der Fall bei einem weiteren steuersystematischen Unding, der wirtschaftlichen Doppelbelastung. Den Steuerwettbewerb wegen dem Image zu verschlafen, wäre falsch. Die SVP-Fraktion zeigt sich befriedigt, dass der Regierungsrat diese Entwicklungen antizipiert und die entsprechenden Gesetzesänderungen auch frühzeitig, d. h. im Rahmen des ersten Revisionspakets, eingeleitet hat. Dementsprechend unterstützen wir die Senkung der einfachen Kapitalsteuer für Holdinggesellschaften einstimmig. Bei der Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung fordern wir entgegen dem Antrag des Regierungsrates eine Entlastung von 50 % – einen entsprechenden Antrag wird der Votant in der Detailberatung stellen.
Bei der Anhebung der Reineinkommensgrenze von 50'000 auf 70'000 Franken sowohl beim neuen Eigenbetreuungsabzug als auch beim bestehenden Fremdbetreuungskostenabzug werden wir hingegen den Antrag der Regierung unterstützen. Für uns ist grundsätzlich fragwürdig, dass Familienpolitik über das Steuerrecht betrieben werden soll. Im Weiteren halten wir die Signale für bedenklich, die ein Staatswesen aussendet, welches die Mehrheit der Steuerpflichtigen als Sozialabzugsberechtigte ansieht. Gemäss Aufstellung der Stawiko würde diese Mehrheit bei einer Reineinkommensgrenze von 70 000 Franken komfortable 73 % betragen! Zu guter Letzt können wir die Befürchtung der Regierung nachvollziehen, dass dann möglicherweise nicht mehr von einem konformen Sozialabzug gemäss Steuerharmonisierungsgesetz gesprochen werden kann. Wir wollen schliesslich keinesfalls riskieren, dass Josef Zisyadis nach Sarnen auch noch in Zug Wohnsitz nehmen muss.

Martin B. **Lehmann** weist darauf hin, dass die vorliegende Revision - abgesehen von den völlig unbestrittenen Anpassungen an geändertes Bundesrecht und den kleinen Änderungen bei der kantonalen Steuerpraxis – an zwei zentralen Punkten krankt.
1. Der eigentliche Unwille der Regierung, sich mit der zugrunde liegenden Materie des Steuerwettbewerbes auseinanderzusetzen.
2. Die Unausgewogenheit der vorgeschlagenen steuerlichen Erleichterungen.
So begründet die Regierung ihre massiven Steuererleichterungen bei der wirtschaftlichen Doppelbelastung und der Kapitalsteuer einzig und allein mit dem Hinweis auf den innerkantonalen Standortwettbewerb, ohne diesen immer unerbittlicheren Steuerwettbewerb auch nur ansatzweise kritisch zu hinterfragen. Der Kanton Zug als einer der Urheber dieses Steuerwettbewerbs trägt nun einmal eine besondere Verantwortung. Und es braucht kein Wirtschaftsstudium um zu realisieren, dass – ohne Gegensteuer – diese Entwicklung über kurz oder lang zu einem «Race to the bottom» führt, zu einem Versiegen der Steuerquellen und damit zu einem graduellen Aushungern des Staats. Die einzige Antwort unserer Regierung ist aber ein weiteres Anheizen dieses Wettbewerbs, und dies obwohl eine kürzlich vom BAK Basel Economics und ZEW Mannheim erstellte Studie zum Schluss kommt, dass der Kanton Zug europaweit die tiefste effektive Steuerbelastung für Unternehmen aufweist.

Andererseits präsentieren sich die Steuererleichterungen für Familien in einem dermassen bescheidenen Rahmen, dass sie geradezu den Eindruck einer eigentlichen Alibiübung erwecken. Während nämlich die Entlastungen bei der wirtschaftlichen Doppelbelastung und der Kapitalsteuer ein Loch von bis zu 25 Mio. Franken bei Kanton und Gemeinden hinterlassen werden, profitieren Familien mit leicht erhöhten Betreuungsabzügen mit gerade mal 4 Mio. Franken. Und so grenzt es schon fast an Realitätsverlust, wenn die Regierung im Zusammenhang mit der Erhöhung der Reineinkommensgrenze beim Fremdbetreuungsabzug, welche selbst die Stawiko mit grosser Mehrheit unterstützt, davon spricht, dass der dadurch verursachte Steuerausfall von sage und schreibe einer Million Franken im Hinblick auf die kommenden Finanzierung der NFA nicht zu rechtfertigen sei. Die eingangs erwähnten 25 Mio. Franken scheinen dagegen problemlos verkraftbar zu sein.
Es kann nicht angehen, dass eine Steuersenkungsrunde auf die andere folgt und der dadurch aufkommende Spar-Fetischismus zu immer mehr Abbau von öffentlichen Aufgaben führt. Mit dem Damoklesschwert NFA vor Augen hat die Regierung noch letztes Jahr kleinliche Sparübungen bei Lehrlingen, Stipendien und beim Schulsport durchgeboxt und legt uns nun – wenige Monate später – eine Revision des Steuergesetzes vor, bei welcher vor allem Unternehmer und bereits privilegierte Gesellschaften profitieren, und stellt gar weitere Senkungen bei der Vermögenssteuer für Superreiche in Aussicht. Wir bezweifeln, ob mit dieser erneuten Bevorteilung von bereits Privilegierten dem verfassungsrechtlichen Besteuerungsprinzip nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit überhaupt noch Genüge getan wird.
Die SP-Fraktion tritt zwar auf die Vorlage ein, wir werden aber mit separaten Anträgen substanzielle Nachbesserungen bei § 33 fordern. Wenn diese Vorlage nicht zum Wohle der grossen Bevölkerungsmehrheit korrigiert wird, lassen wir den Souverän entscheiden.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass die vorliegende Steuergesetz-Revision unausgewogen ist. Auf Steuereinnahmen von bis zu 27 Mio. Franken sollen Kanton und Gemeinden verzichten. Davon profitieren primär Aktionäre und Holdings. Keine 10 % würden den Familien zu Gute kommen. Fatal in Zug ist: Um die Steuerausfälle wieder reinzuholen, bräuchten wir hier ein noch aggressiveres Wachstum. Das bringt noch mehr Verkehr, noch weniger Grünflächen und vor allem noch höhere Wohn- und Lebenskosten – gerade für Familien. Darum wenden sich die Alternativen vehement gegen die Steuersenkungen für bereits heute privilegierte Aktionäre und Holdings. Sie sind aus unserer Sicht gesamtheitlich betrachtet auch unnötig. Bereits heute hat Zug die tiefsten Steuern. Beträgt die Gesamtsteuerbelastung schweizweit 100 Indexpunkte, so liegt sie in Zug bei 51,7 Punkten. Die «Verfolger» Schwyz mit 64,5, der Tessin mit 70,8 und Nidwalden mit 75,2 Punkten liegen weit zurück. Auch nach allfälligen Steuersenkungen, die zurzeit in 15 Kantonen geplant sind, würde Zug Spitzenreiter bleiben. Und international hat die Schweiz laut economiesuisse eine der tiefsten Fiskalquoten. Und Zug hat dann die tiefste der tiefsten.
Zudem sind die Alternativen überzeugt, dass mit Tiefststeuern alleine keine kluge Wirtschafts- und Standortpolitik gemacht wird. Anderes zählt mehr: Lebensqualität, Bildung, Infrastruktur, Gesundheitswesen, soziale Sicherheit. In solche Faktoren zu investieren, ist wirtschaftsfördernd, auch wenn es höhere Steuern dafür braucht. Im WEF-Ranking der Wirtschaftsattraktivität liegen übrigens Staaten mit hohen Steuern, hohen Staatsquoten sowie gut ausgebauten Sozialsystemen an der Spitze – vor der Schweiz. Es gibt also Alternativmodelle in anderen Ländern und sie funktionieren. Und dass Staats- und Fiskalquoten allein nicht wirtschaftsfördernd sind, sagen auch

WEF-Chefökonom Lopez sowie das Finanzdepartement Merz in einem entsprechenden Bericht.
Fühlen Sie sich hier im Saal nur als Zugerin oder Zuger oder auch als Teil der Gemeinschaft Schweiz? Ja? Dann lehnen Sie diese gegenüber anderen Kantonen unsolidarische Steuergesetzrevision ab! Ja lehnen sie generell die Zuger Tiefststeuerpolitik ab! Zwar betonte der Finanzdirektor verschiedentlich, Zug wolle diesmal gar nicht Steuern senken, sei aber auf Grund der Steuergesetz-Revisionen anderer Kantone dazu gezwungen. Zug als Steuerdumping-Opfer anderer Kantone? Das ist zynisch! Zug ist Steuerdumping-Täter. Zug ist *die* treibende Kraft im nationalen Steuerdumping-Wettbewerb. Die Bündner Finanzdirektorin Eveline Widmer-Schlumpf, SVP, warnt: «Jeder Wettbewerb hat Grenzen. Es darf nicht sein, dass sich Kantone gegenseitig kannibalisieren. (…) Wenn die Differenz zwischen den Steuersätzen zu gross wird, befürchte ich eine Auflösung des Zusammenhalts zwischen den Kantonen und in der Bevölkerung. Das ist eine Gefahr für Föderalismus und Demokratie.» Spätestens mit Obwalden ist der Steuerwettbewerb bereits pervertiert zum kannibalisierenden Kampf der Kantone. In Obwalden gilt: Je reicher desto tiefer verhältnismässig die Steuern. Aus Sicht der Alternativen ritzt aber auch Zug spätestens mit dieser Steuergesetz-Revision am Prinzip der Schweizer Bundesverfassung, dass jede Person, jede Firma entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert wird. Dabei ist das Argument «wenn wir es nicht machen, tun es andere» nicht stichhaltig. Was nützt es der Schweiz, wenn eine Firma vorher in Luzern 10 Millionen Steuern bezahlte und dann neu in Zug nur noch vier Millionen? Zug hat zwar vier mehr, aber die Schweiz hat sechs verloren. Und wenn alle Kantone an diesem ruinösen «Race to the bottom» mitmachen, fehlen ihnen und dem Bund bald die Einnahmen, um in zentralen Bereichen handlungsfähig zu bleiben.
Die Steuerausfälle dieser Revision würden auch in einigen Zuger Gemeinden zu empfindlichen Leistungskürzungen führen – die ZFA droht zum Sparpaket zu verkommen. Sprechen wir noch über die Stadt Zug, ein aktuelleres und anschaulicheres Beispiel für die negativen Folgen von Steuerdumping gibt es nicht: Das Stadtparlament gewährte einen Steuerrabatt von 5 %. Jetzt wird auf Kosten von Familien gespart: Schulweg-Abos: gestrichen! Musikschule, Schulsport, Krippenplätze: teurer!
Die Alternativen sind auch gegen diese erneuten Steuersenkungen für privilegierte Firmen und Personen, weil Tiefststeuerpolitik zu globaler Steuerflucht einlädt. Allein Entwicklungsländer verlieren durch Steuerflucht jährlich 50 Milliarden Dollar, 5 davon sind in der Schweiz parkiert. Das ist Geld, das für Überlebenswichtiges wie Trinkwasser, Ernährung, Gesundheit oder Bildung fehlt.
Kommen unsere Anträge in der Detailberatung nicht wesentlich durch, ist und bleibt die Vorlage unausgewogen. Sie ist lokal ungerecht sowie national und global unsolidarisch. Ein Referendum ist dann wohl nötig. Damit dann die Bevölkerung auch differenziert abstimmen könnte und die Einheit der Materie gewahrt wäre, wird die AF am Schluss der 2. Lesung – wie es sich verfahrenstechnisch gehört – nötigenfalls einen Antrag auf Aufteilung der Revision in Separatvorlagen machen. Diese kann nur bekämpfen, wer Angst vor der Bevölkerung hat.

Gregor **Kupper** möchte einigem widersprechen, das von linker Ratseite geäussert wurde. Wir haben eine Steuergesetzrevision vor uns, die sich auf zwei Pakete aufteilt. Im ersten Paket haben wir ganz bewusst nur die Sachen verpackt, die dringend erforderlich sind – sei es auf Grund von Gesetzesänderungen oder auf Grund des Marktes, des Steuerwettbewerbs, wo wir gezwungen sind, zu reagieren. Der Votant ist sich bewusst, dass das zweite Paket kommt und dass Grundsatzdiskussionen

stattfinden werden, wie denn in unserem Kanton die Steuerbelastung sein soll. Für ihn ist die erste Vorlage ganz klar ausgewogen. Man vergleicht da die 2,1 Mio. Entlastung bei den Sozialabzügen mit den Entlastungen bei Gesellschaften, bzw. Aktionären. Das haut so nicht hin. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir bei diesen tieferen Einkommen über diesen zusätzlichen Abzug die Möglichkeit schaffen, dass die Steuerrechnungen in diesen Segmenten um 25 % – teils mehr, teils weniger – reduziert werden. Man darf jetzt natürlich nicht hingehen und sagen: Da sind es 2 Mio. und dort 12 oder 14. Man muss sich das auch vom Gesichtspunkt her überlegen, woher denn die Steuereinnahmen des Kantons Zug kommen. Da spielen dann die Prozentzahlen eine ganz erhebliche Rolle. Wenn ich aus einem Segment 10 Mio. Steuern erhalte und 2 Mio. erlasse, so sieht das anders aus, als wenn ich ein Segment im oberen Bereich habe, wo vielleicht 150 Mio. kommen und um 20 reduziert wird. Da mit Zahlen zu spielen, ist immer ein wenig heikel. Wenn Stefan Gisler uns fragt, ob wir denn auch Schweizer und nicht nur Zuger sind, so kann Gregor Kupper sagen: Auch wir Bürgerlichen sind Schweizer. Wir haben in Zug die Situation, dass wir über den NFA ganz erhebliche Mittel an die Schweiz – nicht nur an den Bund, sondern auch an die anderen Kantone – abführen. Wir führen aber auch einen weit überproportionalen Anteil an Bundessteuereinnahmen nach Bern ab. Da würden sich andere Kantone freuen, wenn sie solche Einnahmen hätten und sie damit in der Lage wären, gleichzuziehen. Aus all diesen Gründen scheint es doch, dass die Vorlage ausgewogen ist. Hinterfragen Sie die dann in der Detailberatung gestellten Änderungsanträge kritisch und würdigen Sie sie entsprechend!

Felix **Häcki** meint, das Wesentliche habe Gregor Kupper gesagt. Aber es bleibt vielleicht noch zu sagen, dass die Argumentation, dass wenn wir hier überborden, mehr Gewinne bei den Unternehmen bleiben und das ins Ausland abfliesst, Quatsch ist. Wenn die Unternehmen hier Gewinne machen, bleiben sie hier und offerieren auch Arbeitplätze. Und davon leben auch die Linken. Und es ist völlig unrealistisch zu meinen, man könne so besteuern, dass es nicht mehr interessant ist, hier tätig zu sein. Dann geht alles weg und nicht nur die zusätzlichen Steuereinnahmen, die uns die Linken vorwerfen. Was die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit anbelangt, so wird einfach argumentiert oder gar festgestellt, ohne dass es je wirklich definiert worden ist, dass die Steuern exponentiell oder dramatisch ansteigen müssen und nicht linear sein dürfen. Es gibt kein Gesetz und keine Entscheidung von einem Gericht, das sagt, dass proportionale Steuern ungerecht oder nicht steuerrechtskonform oder nicht verfassungsmässig sind. Man kann also nicht einfach sagen, wenn wie z.B. der Kanton Nidwalden das gemacht hat, das zum Vornherein nicht nach Leistungsfähigkeit ist. Denn die Leistungsfähigkeit diktiert in einem Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit. Und wenn ein Unternehmen wettbewerbsfähig sein will, kann es sein, dass auch proportionale Steuern noch zu hoch sind. Das zeigen auch immer wieder Fälle, wie wir es kürzlich erlebt haben mit einer amerikanischen Chemiefirma, die statt in den Kanton Freiburg nun nach Irland gegangen ist. Das ist das Resultat der Steuerpolitik, wie es die Linken wollen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte dem Rat im Namen des Regierungsrats herzlich danken für die mehrheitlich positive Aufnahme unserer Vorlage. Zu den kritischen Bemerkungen wird er sich noch äussern.
Von seiner Warte aus ein kurzer Rückblick. Die Steuergesetzrevision mit dem neuen Gesetz, das auf den 1. Januar 2001 in Kraft getreten ist, hat sich bewährt. Das kann

man heute sicher sagen. In der Anwendung, aber auch in der Ausgestaltung. Ein wesentliches Element war damals der Wechsel von der zweijährigen zur einjährigen Veranlagung. Auch diese Parforceleistung hat die Steuerverwaltung – mit Überstunden und Mehrarbeit – gemacht und vollzogen, so dass wir heute auch beim Veranlagungsstand im Ziel sind. Man kann auch festhalten, dass wir ein gutes Steuerklima haben, die Steuerpflichtigen von der Steuerverwaltung korrekt behandelt werden. Das zeigt sich auch durch Bundesrevisionen, in welchen doch immer wieder festgestellt wird, dass der Kanton Zug die steuerliche Veranlagung korrekt vornimmt. Wir dürfen aber nicht stillstehen, sondern die Entwicklungen gehen weiter – sei es auf Bundesebene mit über sechs Bundesgesetzen, die revidiert wurden und wo wir nachvollziehen müssen, sei es durch neue parlamentarische Vorstösse, die vorliegen, sei es durch Erfahrungen in der Anwendung, aber nicht zuletzt auch durch Entwicklungen bei der Konkurrenz, seien das andere Kantone oder die EU. Wenn gesagt wird, die Regierung setze sich zu wenig vertieft mit dem Steuerwettbewerb auseinander, so muss der Finanzdirektor sagen: Es gibt gar keine Alternative zum Steuerwettbewerb. Die Alternativen haben wir in anderen europäischen Staaten, und wir wissen, wie es dort geht. Ein zentralisiertes Steuersystem, zentralisierte Erhebung. Und was ist dort passiert? Die Steuerbelastung ist massiv angestiegen. Und wie versuchen sich dann die einzelnen Bundesländer in der Attraktivität zu steigern? Durch einen Infrastrukturwettbewerb. Ohne Wettbewerb werden wir in unserer Gesellschaft nie auskommen. Wenn nicht Steuerwettbewerb, dann irgendein anderer Wettbewerb. Das wäre sicher keine gute Alternative.
Und wo ist die Grenze des Steuerwettbewerbs? Diese definieren Sie hier und das Bundesparlament in Bern. Sie definieren den Steuerwettbewerb ja, indem Sie den Aufwand beschliessen. Wenn Sie einen stabilen Staatshaushalt wollen, müssen Sie die Steuergesetze so ausgestalten, dass Sie den Aufwand mit den Erträgen aus den Steuern finanzieren können. Das Ende des Steuerwettbewerbs definiert sich in dieser Balance. Diese wird vielleicht jetzt in gewissen Kantonen überreizt. Aber nicht im Kanton Zug. Wir haben hier seit Jahren eine tiefe Steuerbelastung und wir müssen diese weiterhin so halten. Man soll sich auch nicht unnötig schlecht machen, wenn es nicht notwendig ist. Aber wenn wir eine tiefe Steuerbelastung haben, so gilt sie für alle. Und es ist stossend, wenn gewisse Firmen gar keine Steuern bezahlen. Wir erleben immer wieder, dass wir Unternehmen haben, die hier Steuern bezahlen und dann in andere Kantone gehen, weil sie dort gar keine Steuern mehr bezahlen auf sieben oder bis zu zehn Jahre. *Das* ist eine Pervertierung des Steuerwettbewerbs und nicht, wenn man für alle Einwohner tiefe Steuern hat. Es ist sicher nach wie vor wichtig, an der Spitze dabei zu sein. Die Steuerbelastung ist da *ein* Bereich. Es gibt aber noch viele weitere Bereiche. Und wenn wir dabei bleiben wollen, heisst das auch, dass wir von der Steuerbelastung her verlässlich bleiben. Dass wir ein Niveau haben, das wir langfristig durchhalten können. D.h. stabil bleiben, verlässlich, Erhaltung unseres Steuerklimas.
In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass wir trotz NFA-Mehrbelastung, trotz viel weniger Geld vom Nationalbankgold unseren Handlungsspielraum versuchen auszunützen. Das haben wir gemacht, indem wir bei der Milderung der Doppelbelastung nachgezogen sind. Wir wollten ursprünglich auf die Bundeslösung warten und dann entsprechend dieser Ausgestaltung auch im Kanton vorgehen. Die Lösung beim Bund verzögert sich aber und rundum haben alle Kantone in diesem Bereich Lösungen vorgeschlagen. Es ist uns gar nichts anderes übrig geblieben, als da nachzuziehen. Und das Gleiche gilt für die Kapitalsteuer. Wir haben in unserem Bericht aufgezeigt, wo wir stehen im interkantonalen Wettbewerb. Und es ist natürlich nicht richtig,

wenn gesagt wird, wir würden jetzt den Steuerwettbewerb noch mehr anheizen. Wir ziehen ja eigentlich nur nach.
Zur Ausgestaltung von sozialen Massnahmen. Der Index wird ja immer wieder zitiert, auf welchem der Kanton Zug im gesamtschweizerischen Vergleich sehr tief liegt. Da muss man natürlich den Index auch in der Tiefe anschauen. Zug ist ja dort auf der Skala bis 100 mit 50 Indexpunkten knapp in der Mitte. Aber es gibt ja auch Unterschiede zwischen den Ledigen, den Verheirateten ohne Kindern und jenen mit Kindern. Wenn man das alles anschaut, sieht man, dass der Verheiratete im Kanton Zug mit zwei Kindern nochmals tiefer ist im Index, und zwar nur auf 41,3 Punkten. Der Ledige ist auf 57,1. Und wenn man noch jene dazu nimmt ohne Kinder und das Vermögen, so kommt man im Kanton Zug auf 50 Indexpunkte. Das heisst eben, dass unser Steuersystem heute schon sehr familienfreundlich und sozial ausgelegt ist. Wenn Sie den Stawiko-Bericht nehmen und die Tabelle von Gregor Kupper auf S. 6 anschauen, sehen Sie, dass Familien mit zwei Kindern und einem Reineinkommen von 50'000 Franken nur 765 Franken Steuern bezahlen. Das ist ein sehr tiefer Wert. Beim Reineinkommen müssten Sie noch die Beträge der Säule 3a dazuzählen, die Versicherungsabzüge, die Berufsauslagen und kämen zu einem Nettoerwerbseinkommen von rund 70'000 Franken. Dazu noch die BVG-Beiträge und die AHV-Abzüge und sie kommen zu Grössenordnungen von etwa 80'000 Franken. Das ist doch wirklich sehr sozial ausgestaltet. Und deshalb haben wir es ja auch nicht als nötig erachtet, im Sozialbereich die Abzüge *noch höher* zu machen. Von uns aus gesehen, ist die soziale Ausgestaltung des Steuergesetzes heute schon gegeben.
Anders bei den Unternehmen. Dort sehen wir einen Handlungsbedarf. Unsere Ausfälle, die wir berechnet haben, sind natürlich statisch berechnet. Es muss angenommen werden, dass wenn wir die Steuersenkungen nicht machen würden, diese Personen und Firmen aus dem Kanton Zug wegziehen würden und wir die Steuerausfälle trotzdem hätten. Oder sie wären noch höher. Man muss also diese Ausfälle auch in diesem Zusammenhang sehen. Da die Ausfälle statisch betrachtet sind, kann es sehr wohl sein, dass sie gar nicht eintreten, weil es sehr schwierig abschätzbar ist, wie sich die Leute und Firmen verhalten werden. Deshalb sind die Zahlen nur Richtgrössen. – In diesem Sinne empfiehlt Peter Hegglin Eintreten auf die Vorlage.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1341.6 – 11865

§ 33 Abs. 1 Ziff. 2

Alois **Gössi** möchte mit einem Zitat beginnen: «Für starke Familien: Unsere Vision: wir bieten wirtschaftliche Sicherheit und finanzielle Entlastung. Konkret: Wir senken die Steuerlast für Familien und erhöhen die Steuerabzüge.» Der Kinderabzug ist im Gesetz auf 8'000 Franken festgelegt. Mit einer Motion beantragten Martin Lehmann und der Votant, diesen Kinderabzug substanziell zu erhöhen. *Die SP-Fraktion beantragt nun, den Kinderabzug von 8'000 auf 11'000 Franken zu erhöhen.* Dies ergibt beim Kanton Mindereinnahmen von 3 Millionen. Zum Vergleich: Die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung kostet den Kanton 5 bis 10 Millionen. Die Änderung bei der Besteuerung der Kapitalgesellschaften 3,9 Millionen. Für Alois Gössi ein eklatantes Missverhältnis dieser Steuergesetzrevision: Juristische Personen und vor allem vermögende natürliche Personen, die eine juristische Gesellschaft beherrschen

oder massgeblich daran beteiligt sind, werden massiv bevorteilt. Mit unserem Antrag – weitere folgen später – wollen wir dieses Missverhältnis ansatzweise korrigieren.
Familien leiden bei uns besonders wegen dem sehr attraktiven Steuerklima bei den juristischen Personen: Durch hohe Lebenshaltungskosten, wenig verfügbare günstige Wohnungen usw. Der Regierungsrat erachtet eine Entlastung bei den Familien wegen der kommenden Finanzierung des NFA nicht gerechtfertigt, ein Ausfall von 9 bis 14 Millionen bei der wirtschaftlichen Doppelbelastung und bei der Holdingbesteuerung ist jedoch gerechtfertigt und kann locker weggesteckt werden. Der Kanton Zug ist vor allem an der Spitze bei der Besteuerung der juristischen Personen, mit dieser Steuergesetzrevision wird dies weiterhin zementiert. Bei der Besteuerung von Familien sind wir bei der Spitzengruppe dabei, wir finden es jetzt nichts als gerecht, dass wir hier auch einen Schritt vorwärts machen, auch zum Wohle unserer Familien aus dem Mittelstand. Diese Mindereinnahmen von 3 Mio. Franken sind verkraftbar, die Mindereinnahmen von rund 9 bis 14 Millionen bei der Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung und Reduktion Kapitalsteuer bei den Holdinggesellschaften sind es ja auch.
Zum Zitat vom Anfang des Votums: Es stammt von der Homepage der CVP des Kantons Zug. Da kann man der CVP zum SP-Antrag nur empfehlen: Anpacken, damit Zug vorne bleibt. – Die SP-Fraktion empfiehlt dem Rat, unserem Antrag auf die Erhöhung der Kinderzulage auf 11'000 Franken zuzustimmen.

Daniel **Grunder**: Alois Gössi hat jetzt die Familienpartei herausgefordert. Wenn er und die SP konsequent wären, müssten sie sich gegen eine generelle Erhöhung des Kinderabzugs aussprechen. Denn durch eine solche generelle Erhöhung würden auch diejenigen Personen, welche die linken Parteien immer wieder an den Pranger stellen, profitieren. Nämlich die überproportional reichen. Die FDP steht für die Familienpolitik ebenfalls stark ein und setzt sich deshalb für die Einführung des Eigenbetreuungsabzugs und für eine Erhöhung der Limite bei der Fremdbetreuung ein, so dass am Schluss die von der SP gelobten Mittelstandsfamilien ebenfalls profitieren. Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der SP nicht zuzustimmen.

Gregor **Kupper** weiss nicht, ob er jetzt als Kommissionspräsident oder als CVP-Sprecher hier steht, versucht aber, beides unter einen Hut zu bringen. – Wir haben natürlich in der Kommission diesen Kinderabzug auch diskutiert. Wir haben Alternativen diskutiert: Auf die Fremd- und Eigenbetreuungsabzüge zu verzichten, den Kinderabzug zu erhöhen. Wir haben über die Erhöhung alleine diskutiert. Wir wollten aber letztendlich ja dort entlasten, wo uns Entlastungen erforderlich schienen. Und das war eben im Segment der tieferen Einkommen. Wenn wir den Kinderabzug generell erhöhen, profitieren selbstverständlich auch die Mehr- und Grossverdiener. Und das ist ja gerade das, was uns die linke Ratseite immer wieder vorwirft. Wir haben aber von Peter Hegglin gehört, dass eben gerade die Familien im Kanton Zug bereits sehr tief im Index stehen. So gesehen müsste eigentlich Alois Gössi einen Kinderzuschlag beantragen. Die anderen Kantone im Vergleich kennen einen Abzug in dieser Höhe praktisch nicht. Der Kanton Zug ist auch bei den Abzügen Spitzenreiter. Auch der Kanton Tessin liegt noch sehr gut im Rennen. Wir sind in der Kommission ganz klar der Meinung gewesen, dass wir das Gewicht auf die Eigenbetreuungs- und Fremdbetreuungsabzüge legen und den Kinderabzug unangetastet lassen wollen. Die Steuerauswirkungen sehen Sie in der Tabelle auf. S. 6 des Stawiko-Berichts.

Es wirkt sich tatsächlich aus, wir tun etwas für die Familien. Die CVP unterstützt das auch ausdrücklich und der Votant empfiehlt dem Rat, dasselbe zu tun.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass der Sinn und Zweck des Kinderabzugs ja nicht die steuerliche Berücksichtigung aller Verpflichtungen der Eltern gegenüber den Kindern ist. Die Abzüge sind eigentlich dafür da, um die finanziellen Verpflichtungen vom Einkommen abziehen zu können. Das Geld, das den Eltern nicht mehr zur Verfügung steht, wird mit diesem Abzug berücksichtigt, und nicht alle weiteren Verpflichtungen, die man als Eltern gegenüber den Kindern hat – sei es die Zeit oder die Pflege oder die Liebe, die man ihnen entgegenbringt. Und wenn man jetzt die Abzüge in der Schweiz vergleicht, so sind wir Spitzenreiter zusammen mit den Kantonen Tessin und Genf. Und der Finanzdirektor hat ja bereits vorhin gesagt, dass Zug auf dieser Liste bei den Familien mit zwei Kindern absolut an der Spitze ist mit einem Index von 41,3 Punkten. Er empfiehlt dem Rat, diesem Antrag nicht stattzugeben, da mit den folgenden Anträgen über den Eigenbetreuungs- und Fremdbetreuungsabzug ja faktisch auch ein Kinderabzug von 11'000 Franken resultiert.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 58 : 11 Stimmen abgelehnt.

§ 33 Abs. 1 Ziff. 3 Bst. b

René **Bär** beantragt im Sinne einer Gleichstellung und in Anbetracht, dass wir die Abzüge von 50' auf 70'000 Franken aufstocken würden, die Abzüge auch bei der AHV/IV von 50' auf 70'000 anzuheben, damit eine gleichmässig Behandlung der einzelnen Sätze möglich wird. Denn dann würden ja die 50'000 ohne weiteres wegfallen. Sein Antrag lautet, bei Bst. b *die 50'000 Franken auf 70'000 zu erhöhen*.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass dieser AHH/IV-Abzug ein Unikum ist. Er möchte erklären, wie er vor fünf Jahren ins Gesetz gekommen ist. Wir haben in der Kommission verschiedenste Modell durchgerechnet und geschaut, wie sich die Gesetzesrevision auswirkt. Unter Anderem war Folge davon, dass durch die volle Besteuerung der Renten – insbesondere der AHV-Renten – es einzelne Fälle gegeben hätte, die eine höhere Steuerbelastung erhalten hätten, wenn wir da nichts getan hätten. Dieser AHV-Abzug war das Resultat dieser Überlegungen. Wir haben in der Kommission beschlossen, dass kein Steuerpflichtiger im Kanton Zug auf Grund der Gesetzesrevision 2000 mehr Steuern bezahlen soll. Und wir haben das kompensiert mit diesem AHV-Abzug für diese kleineren Einkommen. Das war also ein eigentlicher Klimmzug. Der Abzug selbst ist aus Steuerharmonisierungsüberlegungen problematisch, ja sogar in Frage zu stellen. Aber er sollte wirklich nur dort Entlastung bringen, wo unter Umständen sonst eine Mehrbelastung entstanden wäre. Deshalb beantragt der Kommissionspräsident, den Abzug so beizubehalten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass dieser Antrag auch nicht Beratungsgegenstand in der vorberatenden Kommission war. Er ist jetzt neu aufgebracht worden. Er empfiehlt dem Rat, generell bei 50'000 Franken zu bleiben, auch bei den weiteren Anträgen. Dann wäre auch das Verfahren bei der Veranlagung viel einfacher, wenn

wir nur eine Grenze haben und nicht zwei, drei verschiedene. Er plädiert deshalb für Ablehnung dieses Antrags.

➔ Der Rat folgt dem Antrag von René Bär lediglich mit 2 Stimmen.

§ 33 Abs. 1 Ziff. 5

Martin B. **Lehmann** beantragt im Namen von SP-Fraktion und AF folgende Änderung: *Die Grenze des Reineinkommens soll von 50'000 auf 70'000 Franken erhöht werden.*
Begründung: Es ist eine unumstössliche Tatsache, dass die zugerische Steuerpolitik zu einer Verknappung und Verteuerung des Bodens und damit auch zu hohen Wohnungsmieten führt. Die Zeche dafür zahlen alle Mieterinnen und Mieter. Während der Vermieter Hypothekarzinsen und Unterhaltskosten unabhängig von einer Reineinkommensgrenze steuerlich absetzen darf, kann der Mieter den Abzug nur bis zu einem Reineinkommen von 50'000 Franken vornehmen. Der Mietzinsabzug soll aber nicht nur eine Gleichstellung zwischen Mietern und Hauseigentümern gewährleisten. Ein Mietzinsabzug, der diesen Namen verdient, muss auch für den breiten Mittelstand der Mieterinnen und Mieter gelten. Zudem moniert auch die Regierung zu Recht, dass Abzüge in der Steuergesetzgebung möglichst in sich kohärent zu gestalten sind. Und nachdem die Reineinkommensgrenze bei den Kinderbetreuungsabzügen auch auf 70'000 Franken angehoben werden dürfte, macht eine entsprechende Anpassung beim Mietzinsabzug durchaus Sinn. Dieser Antrag hätte übrigens beim Kanton einen Steuerausfall von 1,2 Mio. Franken zur Folge.

Daniel **Grunder**: Die FDP-Fraktion macht dem Rat beliebt, den Mieterabzug wie bisher bis zu einem Reineinkommen von 50'000 Franken zu belassen. Dies hat folgenden Grund: Die FDP will, dass die jungen Familien gezielt entlastet werden. Deshalb stehen wir auch ein für die Einführung des Eigenbetreuungsabzugs sowie für den Fremdbetreuungsabzug und die Erhöhung der Einkommenslimiten. Wir wehren uns aber, wie bereits beim generellen Sozialabzug für die Kinderabzüge, gegen eine Erhöhung, die mit dem Giesskannensystem gewährt wird. Bereits vor fünf Jahren war das Thema des Mieterabzugs sehr umstritten. Es geht unseres Erachtens nicht, dass man jetzt im Rahmen dieser Teilrevision wieder am System zu schrauben beginnt. Es gilt zudem zu beachten, dass wenn der Mieterabzug bis zur Einkommensgrenze von 70'000 Franken gewährt würde, 75 % der Steuerpflichtigen profitieren würden. Das sind aber viel mehr Personen, weil es viel mehr Mieter gibt als Familien mit Kindern. Aus diesen Gründen beantragen wir, bei der geltenden Version zu bleiben.

Gregor **Kupper** hält fest, dass die Kommission diese Frage ebenfalls diskutiert und sich mit 11 : 2 Stimmen gegen eine Erhöhung der Reineinkommensgrenze ausgesprochen hat.

Martin B. **Lehmann** ist der Meinung, das Votum von Daniel Grunder grenze an eine gewisse Unanständigkeit. Bei einem Steuerausfall von knapp über einer Million

Franken das zu monieren angesichts von Tausenden von Mieterinnen und Mietern, wenn wir wissen, dass dieser in wenigen Minuten mit einem Antrag kommt, die wirtschaftliche Doppelbelastung nochmals um bis zu 15 Millionen zu entlasten.

Andrea **Hodel** glaubt, es habe nichts mit Anstand oder Unanstand zu tun. Es hat damit zu tun, dass wir über verschiedene Ansichten argumentieren.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte dem Rat auch bei diesem Abzug beliebt machen, bei 50'000 Franken zu bleiben. Wenn man sich zurück erinnert an die letzte Steuergesetzrevision, so wurde ja dieser Abzug mit einem Klimmzug von den allgemeinen Abzügen zu den Sozialabzügen transferiert. Nur deshalb ist er stehen geblieben. Daniel Grunder hat es bereits gesagt: Bei 70'000 Einkommen profitieren 73 % der Steuersubjekte von einem solchen Abzug. Da kann man doch nicht mehr von einem Sozialabzug sprechen.

➔ Der Rat stellt sich mit lediglich 13 Stimmen hinter den Antrag der SP-Fraktion, womit er abgelehnt ist.

§ 33 Abs. 2

Alois **Gössi** beginnt mit zwei Zitaten. «Die Familien sind nicht durch Familienzulagen im Giesskannensystem zu unterstützen, sondern durch gezielte, kinderabhängige steuerliche Erleichterungen.» «Wir begrüssen diese kinderspezifischen Steuerentlastungen für die Familien. Beim Kinderbetreuungsabzug würden wir sogar noch ein Bisschen weiter gehen und für die nachgewiesenen Kosten einen Abzug bis maximal 8'000 Franken geltend machen.» Die SP-Fraktion geht mit ihrem Antrag nicht so weit. *Wir unterstützen den Antrag der vorberatenden Kommission, dass das maximal mögliche Reineinkommen für den Fremdbetreuungsabzug von 50' auf 70'000 Franken erhöht wird. Aber zusätzlich fordern wir, dass bis maximal 7'000 Franken Betreuungskosten abgezogen werden können, im Gegensatz zu den bisherigen 3'000 Franken.* Und nicht 8'000 Franken wie im vorherigen Zitat. Wir sind im Kanton Zug massiv schlechter gestellt als in anderen Kantonen. Es gibt nur noch zwei Kantone, die eine Begrenzung im Bereich des Reineinkommens kennen. In allen anderen Kantonen können die Kosten für die Fremdbetreuung unabhängig vom Reineinkommen abgezogen werden. Hier haben wir einen grossen Nachholbedarf. Der Votant möchte das Argument vom massiven Ungleichgewicht dieses Steuerpakets nicht mehr wiederholen. Mit einer Zustimmung ist das Ungleichgewicht immer noch vorhanden, aber es nähme ab. – Übrigens will die FDP Schweiz einen Kinderbetreuungsabzug von 8'000 Franken. Wir geben uns mit unserem Antrag mit 7'000 zufrieden. Die SVP kann sich ruhigen Gewissens unseren Anträgen anschliessen. Das Zitat, wonach Familien nicht durch Familienzulagen im Giesskannensystem zu unterstützen seien, sondern durch gezielte, kinderabhängige steuerliche Erleichterungen, stammt aus ihrer Wahlplattform 2003-2007. Wir können uns den SVP-Wahlzielen in diesem Bereich anschliessen. Die SP-Fraktion empfiehlt Zustimmung zu den Anträgen.

Louis **Suter** hält fest, dass sich die CVP über die Berücksichtigung der Anliegen der Interpellation Arnold freut und sie sich für die Einführung des Eigenbetreuungsabzugs bei der Regierung bestens bedanken möchte. Damit wird ein altes Anliegen der CVP verwirklicht. Im Gegensatz zur Regierung erachtet unsere Fraktion die Höchstgrenze für die Abzugsberechtigung für die Kinderbetreuung von 50'000 Franken als zu tief. Der Votant hat deshalb in der Kommission den Antrag gestellt, der Betrag soll für den Eigen- wie auch für den Fremdbetreuungsabzug um 20'000 auf 70'000 Franken erhöht werden. Die CVP erachtet es als wichtig, dass der Staat der Familienförderung mehr Beachtung schenkt und gewillt ist, die Rahmenbedingungen für Familien zu verbessern. Nach der Ablehnung des eidgenössischen Steuerpakets durch das Stimmvolk ist es deshalb umso notwendiger, dass auch Familien mit mittleren Einkommen berücksichtigt werden. Diese Erhöhung würde auch eine Entlastung für jene Familien bringen, die bei der bisherigen Steuerreform nicht zu den besonders bevorzugten Bevölkerungsschichten gehörten. In Anbetracht der hohen Lebenshaltungskosten in unserem Kanton ist das umso angebrachter. Trotz NFA erachten wir die zu erwartenden Steuerausfälle von je ca. einer Million Franken für den Kanton und die Gemeinden als tragbar. Von denjenigen, welche diese Erhöhung auf 70'000 Franken ablehnen, wird die Tauglichkeit als Sozialabzug in Frage gestellt, weil dadurch eine Mehrheit von diesen Abzügen profitiert. Wie dem Stawiko-Bericht zu entnehmen ist, stellt sich diese Frage jedoch auch bei 50'000 Franken. Auch mit dieser Regelung könnte mehr als die Hälfte von den Abzügen profitieren.
Deshalb noch ein Wort zum Votum von Stephan Schleiss, es handle sich um fragwürdige Sozialabzüge. Louis Suter möchte darauf hinweisen, dass wir es hier in § 33 diskutieren. Und bei Abs. 1, Ziff. 1 Bst. a können alle natürlichen Steuersubjekte unter dem Titel Sozialabzug das Recht auf einen persönlichen Abzug geltend machen. Die Interpretation, wie ein Sozialabzug gemacht werden kann, lässt also verschiedene Möglichkeiten zu. Umso mehr relativiert sich natürlich in dieser Hinsicht die Bedeutung dieses Arguments. Anderseits verbessert diese Erhöhung der Abzüge auch den nötigen Ausgleich in politisch wie sozialer Hinsicht, indem nämlich dadurch sowohl die juristischen wie auch die natürlichen Personen im Speziellen von diesen Abzügen profitieren können. Die CVP freut sich deshalb sehr, dass auch die Stawiko – unser finanzielles Gewissen – dem Antrag der vorberatenden Kommission und somit auch unserem Anliegen auf Erhöhung der Höchstgrenze zustimmt. Viele Familien würden sich über eine Unterstützung bei der nachfolgenden Abstimmung freuen.

Felix **Häcki**: Es ist schon erstaunlich, im Kanton Zug sind über 70 % der Steuersubjekte wirtschaftlich Not leidend. Wer hätte das gedacht? Wie sieht es dann im Rest der Schweiz aus? Wir haben vom Finanzdirektor gehört, dass wir im Steuerindex bereits bei den Familien ganz massiv besser stehen als der grösste Teil der Schweiz. Wir sind also nicht schlechter gestellt. Bei über 70 % Steuersubjekten, die nun beim Sozialabzug berücksichtigt werden sollen, kann man nicht mehr von einem Giesskannensystem sprechen, sondern man muss eine Bewässerungsanlage als Vergleich herbeiziehen. Der Votant ist erstaunt. Die linke Ratseite jammert immer, dass wir den Steuerwettbewerb ankurbeln. Ja was machen wir denn, wenn wir den Begriff Sozialabzug dermassen strapazieren? Das ist doch nichts Anderes als – gesamtschweizerisch gesehen – den Steuerwettbewerb ankurbeln. Und er ist überzeugt: Auf Grund des Steuerharmonisierungsgesetzes werden wir noch Schwierigkeiten erhalten, wenn wir hier auf 70'000 Franken gehen. Dann werden vielleicht auch noch andere Sozialabzüge unter die Lupe genommen und es wird ein schlechter Dienst am Kanton Zug sein, hier die Abzugsberechtigung auf 70'000 zu setzen. Felix Häcki

beantragt deshalb, die Abzugsberechtigung auf 50'000 zu belassen, wie das auch die Regierung fordert.

Daniel **Grunder** stellt fest, dass sich für einmal die Anträge der FDP-Fraktion beinahe mit jenen der Linken decken. Wie im Eintretensvotum ausgeführt, haben wir gegen die in der Fassung der vorberatenden Kommission beantragten Änderungen im Zusammenhang mit dem Eigen- und Fremdbetreuungsabzug keine anderen Anträge und unterstützen hier auch das Anliegen der linken Ratseite. – Zu den zitierten Forderungen der FDP Schweiz. Die FDP Zug sieht in diesem Bereich keinen Handlungsbedarf mehr, weil in Zug diese Forderungen bereits umgesetzt wurden. Wir haben von Gregor Kupper und Peter Hegglin vorhin gehört, dass die allgemeinen Kinderabzüge im Kanton Zug mit 8'000 Franken im schweizerischen Vergleich unschlagbar hoch sind und deshalb zusammen mit dem nun eingeführten Abzug insgesamt 11'000 Franken betragen für Einkommensklassen bis und mit 70'000 Franken Reineinkommen. Die Forderungen der FDP Schweiz sind deshalb bereits umgesetzt oder werden das nun mit der Unterstützung der FDP Zug sein.

Berty **Zeiter** hält fest, dass die AF die Heraufsetzung der Reineinkommensgrenze selbstverständlich begrüsst. Wir halten die Erhöhung von 50' auf 70'000 Franken sehr wohl für einen StHG-konformen Abzug. Denn nicht die Anzahl profitierender Familien ist ausschlaggebend, sondern die realen Unterstützungsbedürfnisse der Familien. Die Stawiko selbst schreibt und spricht ja von den hohen Lebenshaltungskosten im Kanton Zug. Und tatsächlich ist Zug schweizweit auch führend als teuerster Ort für Familien mit mittlerem Einkommen. Diese müssen darum stärker entlastet werden. Darum macht ihnen die AF zusätzlich den Antrag auf Erhöhung des Fremdbetreuungsabzugs in § 33 Abs. 2 sowie die Erhöhung des Eigenbetreuungsabzugs in § 33 Abs. 2^{bis} von der vorgesehenen 3'000 auf 7'000 Franken beliebt. Wir bleiben bei der Aussage, dass diese Steuergesetzrevision unausgewogen ist. Einer massiven Entlastung von privilegierten Unternehmen steht eine massiv kleinere Entlastung von Familien gegenüber. Der Effekt dieser Brosamen von 2 bis 3 Millionen Entlastung für Familien verpufft sehr schnell wieder, gerade weil die Steuergesetzrevision dazu führen wird, dass die Wohn- und Lebenskosten für Familien weiter ansteigen sowie die schon heute einsetzenden Familiensparprogramme zunehmen. Die Votantin verweist auf die Stadt Zug, die nach Steuerrabatten nun bei Musikschule, Kinderkrippe und Schulweg spart. Denken Sie an die Zukunft! Kinder sind unsere Zukunft. Entlasten Sie die Familien!

Martin **Stuber** findet das Votum von Felix Häcki so interessant, dass man es nochmals wiederholen sollte. Bei den Sozialabzügen will die SVP keinen Steuerwettbewerb, die sollten nicht durch den Wettbewerb zu tief runtergedrückt werden. Klarer kann man die SVP-Position nicht darlegen. Bei den Reichen und den Firmen soll der Steuerwettbewerb gelten und die Steuern möglichst tief runter, aber ja nicht bei den Sozialabzügen.

Felix **Häcki**: Das ist nun ganz typisch eine Verdrehung der Realität durch die Linken. Das ist ganz klassisch. Der Votant hat gesagt, wenn die Linken argumentieren, dass man im Steuerwettbewerb nicht aktiv sein soll, kann man nicht dafür sein, von 50' auf

70'000 hoch zu gehen. Er hat nicht gesagt, er sei gegen einen Steuerwettbewerb auf dieser Ebene. Aber hier wird einem von der linken Ratseite das Wort im Mund rumgedreht.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass zwei Anträge im Raum stehen. Der eine ist die Erhöhung dieses Abzuges von 3' auf 7'000, und zwar bei Fremd- und Eigenbetreuung. Diesen Punkt hat die Kommission auch diskutiert. Wir sind der Meinung, wir wollen jetzt diesen Eigenbetreuungsabzug in erster Linie mal ins Gesetz bringen, weil wir der Meinung sind, dass da tatsächlich Handlungsbedarf besteht. Aber wir wollen auch nicht überborden. Die Kommission hat deshalb diese Erhöhung auf 7'000 Franken grossmehrheitlich mit 12 : 2 Stimmen abgelehnt.
Zur Reineinkommensgrenze. Die Grenze von 70'000 Franken war Gegenstand von heftigen Diskussionen und eines relativ knappen Entscheids, nämlich eines Stichentscheids durch den Votanten, dass der Betrag auf 70'000 Franken erhöht wird. Wir müssen zwei Sachen berücksichtigen: Auf der einen Seite sind es tatsächlich die Lebenshaltungskosten in Zug, und damit auch das höhere Lohnniveau im Kanton Zug. Wenn wir also mit anderen Kantonen vergleichen, müssen wir konsequenterweise in diesen Bereichen auch etwas höhere Summen ansetzen. Der zweite Punkt ist dann aber auch die Ausgewogenheit der Vorlage. Es schien uns sinnvoll, in diesem Segment etwas zu tun, um vielleicht gemäss linker Ratseite etwas weniger unausgewogen zu sein. Zu den Bedenken, dass eine Mehrheit diesen Abzug geltend machen kann, müssen wir berücksichtigen, dass in diesem Segment der Steuerpflichtigen mal sämtliche Studenten sind, sämtliche Lehrlinge und Rentner mit tiefen Einkommen. Diese alle kommen nicht in den Genuss von Kinderabzügen oder nur im absoluten Ausnahmefall. Deshalb hinkt dieser Vergleich, wenn man sagt, das sei ein Sozialabzug, den mehr als 50 % geltend machen könnten. Das ist ganz klar nicht der Fall. Es ist ein Abzug, der nur von tiefen Einkommen mit Kindern geltend gemacht werden kann. Deshalb ist dieses Argument nicht sehr stichhaltig. – Der Kommissionspräsident empfiehlt dem Rat im Sinne einer sinnvollen Familienpolitik auch im Steuerbereich, diesem Antrag der Kommission zuzustimmen und die Grenze auf 70'000 zu erhöhen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte dem Rat beliebt machen, dem Antrag der Regierung zu folgen. Mit unseren Vorschlägen – 3'000 Franken Abzüge für Fremd- und Eingebetreuung – kommen wir mit indirekten Massnahmen sozial- und familienpolitisch dem entgegen, was vertretbar ist. Zusätzliche Massnahmen, die über die Steuern gemacht werden müssten, sollten unserer Meinung nach über die dringend notwendige Revision der Familienbesteuerung auf Bundesebene geschehen. Der Finanzdirektor empfiehlt dem Rat, die 3'000 Franken Abzug zu belassen und den Anträgen auf 7'000 Franken nicht zuzustimmen.
Zur Reineinkommensgrenze von 50' oder 70'000 Franken. Peter Hegglin weiss, dass er hier einen schwierigen Stand hat. Er hat es in der Eintretensdebatte schon erwähnt: Wenn Sie die Reineinkommensgrenze bei 70'000 Franken festsetzen, heisst das, dass ein Nettoerwerbseinkommen von 98'000 Franken zu Grunde liegt. Und das ist unserer Meinung nach sehr hoch. Und von diesem Einkommen zahlen Sie heute, wenn Sie eine Familie mit zwei Kindern sind, 2'300 Franken Steuern. Und wenn Sie nun den Anträgen der Kommission stattgeben, würden Sie diese Gruppe noch um 500 Franken entlasten und sie zahlt noch 1'800 Franken. Wir sind dann auf einem sehr hohen Stand. Vielleicht noch zu dem, was bei einem Reineinkommen

von 50'000 Franken zu Grunde liegt: Dort wäre das Nettoerwerbseinkommen bei 73'000 Franken – wobei das natürlich nur Richtgrössen sind. Also klar über dem Durchschnitt des zugerischen Einkommens. Deshalb die Empfehlung der Regierung, es bei 50'000 zu belassen.

Die **Vorsitzende** erläutert, dass zuerst über die Erhöhung der Reineinkommensgrenze von 50' auf 70'000 Franken abgestimmt wird. In einer zweiten Abstimmung dann über die Erhöhung des Abzugs von 3' auf 7'000 Franken.

➔ Der Rat schliesst sich mit 47 : 21 Stimmen dem Antrag der Kommission an, die Reineinkommensgrenze bei 70'000 Franken festzulegen.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von SP und AF, den Abzug auf 7'000 Franken zu erhöhen, mit 51 : 14 Stimmen ab.

Die Beratung wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

56. SITZUNG: DONNERSTAG, 26. JANUAR 2006
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.00 – 15.40 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

794 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 71 Mitgliedern. – Der Rat hat bis zum Amtsantritt der Nachfolgerin oder des Nachfolgers der zurückgetretenen Lilian Hurschler-Baumgartner nur 79 Mitglieder.

Abwesend sind: Rudolf Balsiger, Othmar Birri, Kathrin Kündig und Regula Töndury, alle Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Andreas Hotz und Malaika Hug, beide Baar.

795 ÄNDERUNG DES STEUERGESETZES

Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1341.1/.2 – 11742/43), Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats (Nrn. 1341.3/.4 – 11818/19), Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1341.5/.6 – 11864/65) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1341.7 – 11910).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 793)

DETAILBERATUNG

§ 33 Abs. 3 (neu)

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF zu § 33 einen Antrag für einen neuen Abs. 3 haben, und zwar zur Freiwilligenarbeit. Zuerst möchte sie aber ihre Interessenbindung offen legen: Sie ist in der Verbandsleitung des Spielgruppenbereichs,

und zwar ist sie vom kommunalen bis nationalen Gremium in den Vorständen tätig und ihre Freiwilligenarbeit umfasst pro Woche etwa 20 bis 30 %.
Die Alternativen stellen folgenden Antrag: *«Nachgewiesene Freiwilligenarbeit von mindestens 100 Stunden pro Jahr für gemeinnützige Organisationen kann mit einem Pauschalabzug von 3'000 Franken abgezogen werden. Der Abzug wird nur gewährt, sofern das Reineinkommen den Betrag von 70'000 Franken nicht übersteigt.»*
Begründung: Man kann auf verschiedene Arten etwas spenden, die eine Form ist mit Geld, eine andere aber, dass man Zeit für Freiwilligenarbeit spendet. Zahlreiche Menschen tragen mit gemeinnützigen Arbeitsleistungen zu einer solidarischen Gesellschaft bei, indem sie grosse Freiwilligenarbeit leisten. Sie sind heute benachteiligt. Denn das bisherige und das neue Steuergesetz ermöglichen nur, dass Spenden in Form von Geldleistungen oder Immobilien in Abzug gebracht werden können. Die Alternativen fänden es nur mehr als Recht, wenn auch Spenden in Form von Zeit – also Freiwilligenarbeit – abgezogen werden können. Mit unserem Antrag haben wir die Möglichkeit, den Wert der geschenkten Zeit ansatzweise zu anerkennen. Denn mit der jetzigen Regelung bezeugen wir, dass nur eine Geldspende einen Wert darstellt, der es verdient, in Abzug gebracht zu werden.
Für den Nachweis für geleistete Freiwilligenarbeit haben wir heute mit dem schweizerisch anerkannten Sozialzeitausweis ein sehr gutes Mittel in der Hand Der Zuger Verein für Freiwilligenarbeit «Benevol» rechnet auch mit einer positiven Signalwirkung und somit mit mehr Freiwilligen, würde die Freiwilligenarbeit auf diese Weise verstärkt anerkannt. Denn sie wissen es alle selber, die Zahl der Menschen in der Freiwilligenarbeit hat markant nachgelassen, jene die noch so tätig sind, werden mit Anfragen überhäuft. Vergessen Sie zudem nicht, dass die Freiwilligen den Staat massiv entlasten, indem Sie Aufgaben übernehmen, die sonst von der öffentlichen Hand mit teils hohen Kosten geleistet werden müssten.
Wir schlagen eine Abzugsgrenze bei 70'000 Franken Reineinkommen vor, es soll analog sein zur Höhe der Abzugsgrenze für Kinderabzüge. Denn nicht die Zahl von potenziell begünstigten – 20, 30 oder 50 Prozent der Bevölkerung – soll ausschlaggebend für die Möglichkeit für Sozialabzug sein, sondern die reale finanzielle Belastung der Menschen. Und die ist für viele Zugerinnen und Zuger auf Grund der hohen Lebenskosten sehr hoch.
Ein ähnlicher Antrag wurde von Mitgliedern der SP, CVP und AF schon bei der letzten Steuerrevision gestellt. Ein Votant aus der FDP-Fraktion bat damals in einem eindrücklichen Votum, diesen Antrag zu unterstützen. Er meinte, dass schon manche zukunftsträchtigen Ideen nicht von Anfang an mehrheitsfähig waren und etwas Zeit brauchten. Doch diesen Antrag für Abzug bei einer ausgewiesenen Freiwilligenarbeit müsse man unterstützen. Ein Steuergesetz müsse auch den gesellschaftlichen Entwicklungen und Realitäten Rechnung tragen. Der Kanton Zug könne hier wegweisend sein. Der Antrag wurde leider mit 38 zu 36 Stimmen abgelehnt. Heute haben Sie wieder die Möglichkeit, hier nach fünf Jahren ein Zeichen zu setzen.
In § 33 (Sozialabzüge) ist auch ein Abzug für Freiwilligenabzug möglich. Der Abzug darf aber nur gewährt werden, sofern das Reineinkommen von 70'000 nicht überstiegen wird. Unser Antrag erfüllt dies. Darum bittet die Votantin den Rat, diesen Antrag zu unterstützen.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass dieser Antrag allen bekannt ist. Es ist natürlich so, dass er eigentlich am falschen Ort gestellt wird. Wir haben eine Bundesgesetzgebung, die einen solchen Abzug ganz klar ausschliesst. Also müsste man im Steuerharmonisierungsgesetz oder allenfalls im Stiftungsrecht die erforderlichen Ände-

rungen vornehmen, damit das auch in den Kantonen eingeführt werden kann. Wir haben im StHG die normalen Abzüge abschliessend aufgezählt und haben nicht nur in diesem Bereich die Tendenz, alles zu den Sozialabzügen zu schieben. Hier haben wir aber eine Situation, wo das Stiftungsrecht geändert wurde, die Zuwendungen ausdrücklich nicht nur auf Geldleistungen, sondern auch auf Vermögenswerte ausgedehnt wurden. Hier hat die zuständige ständerätliche Kommission ganz klar ausgeschlossen, dass Arbeitsleistungen abgezogen werden können. Das heisst mit anderen Worten: Hier bewegen wir uns wirklich auf Glatteis. Das waren denn auch die Argumente, welche die Kommission überzeugt haben. Und obwohl dem Abzug an sich eine gewisse Sympathie entgegengebracht werden kann, hat die Kommission entschieden, den Antrag mit 11 : 2 Stimmen abzulehnen.

Stefan **Gisler** bittet den Rat, nicht in Formalismen zu denken und inhaltlich über diesen Antrag abzustimmen. Es ist nämlich so: Hätten wir den Antrag bei § 31 gestellt, wäre das nicht StHG-konform gewesen. Hingegen ist der Kanton Zug frei, seine Sozialabzüge selber zu bestimmen. Das wurde in der vorberatenden Kommission auch so besprochen, dass man den Antrag nicht bei § 31 stellen könne, aber allenfalls bei § 33. Das machen wir nun und wir haben auch eine Obergrenze eingeführt. Mit der Reineinkommensgrenze ist es wie beim Mietzins- oder beim Kinderabzug, es ist ein Sozialabzug, der möglich ist. Es hängt also von Ihrem Willen ab, ob Sie inhaltlich dieser Abzugsfähigkeit zustimmen oder nicht. Lehnen Sie also unseren Antrag nicht ab, weil es angeblich formal nicht geht! Der Votant hat sich selber bei der eidg. Finanz- und Steuerverwaltung klug gemacht: Bei § 31 geht es nicht, bei § 33 ist es eine mögliche Gratwanderung.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** bestätigt, dass es möglich wäre, bei § 33 diesen Abzug einzuführen. Es ist aber wie beim Mietzinsabzug quasi ein Klimmzug. Man muss eine Einkommensgrenze festlegen, damit er als Sozialabzug gilt. Der Votant möchte nicht gross ausholen, das Massgebende hat Gregor Kupper bereits gesagt. Der Finanzdirektor kann nur noch darauf hinweisen, wie es in anderen Kantonen aussieht. In keinem anderen Kanton ist ein entsprechender Abzug in den Steuergesetzen vorgesehen. Deshalb auch hier die Empfehlung, diesen Abzug nicht einzuführen.

➔ Der Antrag wird mit 49 : 14 Stimmen abgelehnt.

§ 35 Abs. 4 / § 44 Abs. 2bis

Daniel **Grunder** hält fest, dass die FDP-Fraktion *beantragt, dass ausgeschüttete Gewinne – sofern die entsprechenden Beteiligungsverhältnisse vorliegen – sowohl bei der Einkommens- als auch bei der Vermögenssteuer nur zu 50 und nicht wie beantragt zu 70 % besteuert werden.* Dies betrifft §§ 35 Abs. 4 und § 44 Abs. 2bis des Steuergesetzes. Begründung: Damit diese Betriebe und die Unternehmer tatsächlich auch wirkungsvoll entlastet werden können, bedarf es einer Entlastung von 50 % und nicht einer solchen von nur 30 %. Diese Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung stärkt die mittelständischen Betriebe und damit auch eine Vielzahl der Zuger Arbeitsplätze.

Stefan **Gisler** meint, die AF gehe in die andere Richtung. Sie stellt den Antrag auf Streichung von § 35 Abs. 4 sowie von § 44 Abs. 2bis aus dem neuen Steuergesetz. Damit wollen wir die Besteuerung von Aktionären so belassen, wie es im heutigen Steuergesetz festgelegt ist, und auf die so genannte Milderung der Doppelbesteuerung verzichten.
Begründung: Im Prinzip müsste dieser Paragraph «Einführung des Doppelrabatts» heissen. Denn mit der Milderung der Doppelbesteuerung gibt der Kanton Zug einen 30-Prozent-Rabatt auf bereits heute äusserst tiefe Steuersätze. Es wird von bürgerlicher Seite suggeriert, das heutige Doppelbesteuerungssystem sei ungerecht und die armen Aktionäre würden zweimal über alle Massen zur Kasse gebeten. Der Votant stellt aber fest, dass weder in der Vorlage noch in den Kommissionsberichten reife Modelle vorhanden sind, die eine echte Doppelbelastung rechnerisch belegen. Das System ist auch nicht entscheidend, sondern die Höhe der Steuersätze. Und weil Zug schweizweit sehr, sehr, sehr tiefe Steuersätze für natürliche und juristische Personen hat, ist die Gesamtsteuerlast für Aktionäre in Zug auch ohne «Milderungs-Rabatt» sehr, sehr, sehr tief.
In den Kommissionsmaterialen *gibt* es einen Kantonsvergleich. Bezeichnenderweise wurde die Stadt Zug darin mit Hergiswil, Freienbach und Meggen verglichen – nicht gerade schweizerisch repräsentativ – aber Zug lag immerhin weit vor Meggen. Aufschlussreich waren aber die Vergleichsvoraussetzungen: Steuerbares Aktionärseinkommen 1,39 Mio., steuerbares Aktionärsvermögen 15 Mio. Das zeigt doch, wer entlastet wird! Jene, die viel bekommen und viel haben. Von einem linearen Rabatt profitieren immer die Reichsten frankenmässig am meisten. Im Vergleich zu den hohen Steuereinnahme-Verlusten von rund 20 Millionen Franken würden also die kleinen KMU bzw. KMU-Unternehmer relativ geringfügig entlastet. Da kann Daniel Grunder noch lange das Gegenteil behaupten. Zudem sind Kleinaktionäre vom Rabatt de facto ausgeschlossen: Es braucht nämlich 5 % Aktien-Anteil oder Aktien mit Verkehrswert von mindestens 5 Mio. Franken. Wir beseitigen mit diesem Gesetz also keine steuerrechtliche Ungerechtigkeit, sondern senken einfach erneut Steuern für steuerrechtlich schon heute Privilegierte. Solche Steuersenkungen sind – das wurde beim Eintreten dargelegt – unnötig, lokal ungerecht und national wie global unsolidarisch. Die Mutter aller Doppelbesteuerungs-Milderungen in der Schweiz ist das so genannte Nidwaldner-Modell. Die Folge dort: Auf Grund der Steuerausfälle bei den besser Verdienenden und Vermögenden wurde der Mittelstand stärker belastet. Wollen wir auch den Mittelstand in Zug stärker belasten?

Stephan **Schleiss** spricht jetzt nicht für die SVP-Fraktion, sondern als Verfasser der Motion betreffend Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung bei der Einkommens- und Vermögenssteuer. Wie bereits in der Eintretensdebatte angekündigt, hätte er dieselben Anträge vorgebracht wie Daniel Grunder. Er verzichtet aber darauf und beschränkt sich auf die Begründung.
1. Die wirtschaftliche Doppelbelastung ist wie die Kapitalsteuer ein steuersystematisches Unding. Falsche Steuersysteme setzen fatal falsche wirtschaftliche Anreize, zum Beispiel indem sie investitionshemmend sind oder das Ausschüttungsverhalten der Unternehmen verzerren.
2. Die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung betrifft nicht etwa nur Grossinvestoren, sondern primär viele Gewerbetreibende, die ihr Geschäft in Form einer AG oder GmbH führen. Denken Sie daran, dass die KMU das Rückgrat unserer Wirtschaft ausmachen. 75 % aller Arbeitnehmer in der Schweiz arbeiten in einer KMU.

3. Die offensichtlichen Nachteile falscher wirtschaftlicher Anreize führen dazu, dass die Systeme im Steuerwettbewerb geändert werden. Über kurz oder lang wird die Doppelbelastung als staatliche Einnahmenquelle nicht zu halten sein. Darüber kann man sich freuen oder auch nicht. Tatsache ist aber, dass in diesem Bereich der Steuerwettbewerb zurzeit voll spielt. Wenn Sie im Bericht des Regierungsrats auf S. 10 einen Blick auf die Zusammenstellung werfen, werden Sie feststellen, dass bereits sieben Kantone eine Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung beschlossen haben. In weiteren Kantonen laufen entsprechende Bemühungen. Es kann keine Rede davon sein, dass der Kanton Zug den Wettbewerb anheizen würde.
4. In der gleichen Zusammenstellung können Sie ersehen, dass sämtliche Kantone mit einer Milderung der Doppelbelastung bei der Einkommenssteuer einen Rabatt von 50 % gewähren. Mit einem Rabatt von bloss 30 % riskieren wir, dass ein Nachziehen in zwei oder drei Jahren nötig wird.
5. Die Schätzung der Einnahmenausfälle ist sehr schwierig, weil sich die Akteure nicht statisch verhalten. Aus Sicht einer seriösen Verwaltung muss man diese Schätzunsicherheit mit eher konservativen Annahmen auffangen. Das wird vom Kantonsrat auch so in jeder Budgetdebatte verlangt. Konkret geht es um die Frage, welche Wachstumsimpulse von einer Milderung der Doppelbelastung ausgehen und wie die Steuerpflichtigen ihr Ausschüttungsverhalten ändern. In der NZZ stand am 25. Januar 2005 – also vor fast genau einem Jahr – in einem Artikel über den Vorschlag des Bundesrats zur Unternehmenssteuerreform folgender Satz: «In einer wissenschaftlichen Studie von Prof. Christian Keuschnigg (Universität St. Gallen) wurde aufgezeigt, dass die Beseitigung der wirtschaftlichen Doppelbelastung spürbare Wachstumsimpulse auslösen würde.» Und am 14. Mai 2005 war ebenfalls in der NZZ zu lesen, dass Vertreter von Avenir Suisse und Seco die Auffassung teilen, «dass die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung Wachstumsimpulse auslösen würde.» Weiter schrieb der Regierungsrat des Kantons Luzern, als ein entsprechender Vorstoss im Grossen Rat behandelt wurde: «Umgekehrt ist es ausserordentlich schwer, die Steuerausfälle zu beziffern, die mit der Einführung dieser neuen Bestimmungen verbunden sein könnten. Besonders Klein- und Mittelbetriebe mit ihren personenbezogenen Aktionärsstrukturen sind in ihrem Ausschüttungsverhalten sehr flexibel. Das haben bereits die Jahre 1999 und 2000 mit ihren Bemessungslücken deutlich gemacht. Die neuen Regeln werden im Vergleich zum geltenden Recht Ausschüttungen stark begünstigen. Umgekehrt werden die Löhne von mitarbeitenden Aktionären/Aktionärinnen stagnieren oder sich gar zurückentwickeln.» Der Votant ist deshalb der Auffassung, dass sich die Ausfälle über die Zeit stark reduzieren. Er empfiehlt dem Rat, den Antrag von Daniel Grunder und der FDP-Fraktion zu unterstützen.

Gregor **Kupper** fragt, warum wohl auf Bundesebene Räte bei der Unternehmenssteuerreform Massnahmen ergreifen wollen. Warum haben andere Kantone einen solchen Abzug eingeführt? Es dürfte wohl klar sein, dass hier tatsächlich Handlungsbedarf besteht. Der Kanton Zug übt also hier keine Vorreiterrolle aus, sondern er versucht, das umzusetzen, was offensichtlich langsam Allgemeingut wird. Und unser Regierungsrat schlägt uns sogar eine sehr moderate Lösung vor mit diesen 70 Prozent. Er hat wahrscheinlich bewusst eine Mittellösung gesucht, weil wir wissen, dass im Kanton Zug eben die Steuerbelastung eben schon tief ist. Weil wir wissen, dass der NFA auf uns zukommt, dass wir hier also nicht einfach grosszügig irgendwelche Geschenke verteilen können. Wenn jetzt die FDP- und die SVP- Fraktion sogar auf 50/50 herunter gehen möchten, hat der Votant den Eindruck, dass der Bogen doch

langsam überspannt wird. Wenn sich in den nächsten Jahren zeigen sollte, dass tatsächlich Handlungsbedarf vorhanden ist, noch weiter herunter zu gehen, haben wir ein zweites Paket und können die Sache nochmals zur Sprache bringen. Wir wissen allerdings heute schon, dass der Kanton Schwyz offensichtlich mit einer Entlastung von 75 % anfahren will. Gregor Kupper meint aber, wir sollten heute eine mehrheitsfähige Vorlage bauen und sollten bei der Lösung des Regierungsrats und der Mehrheit der Kommission bleiben und den Abzug mit dem 70/70er-Modell einführen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte noch daran erinnern, weshalb man überhaupt die Unternehmenssteuerreformen begonnen hat zu diskutieren. Das war in der Phase der wirtschaftlichen Stagnation, und die Überlegung war, Unternehmensverantwortliche steuerlich zu entlasten, damit sie mehr unternehmerisch tätig werden. Es geht da nicht darum, generelle Steuersenkungen vorzunehmen. Deshalb ist auch bei unserem Vorschlag die Mindestbeteiligung von fünf Prozent oder fünf Millionen genannt, um überhaupt in diesen Genuss zu kommen. Man sollte in der Argumentation schon auch ein wenig vorsichtig sein, wenn man Vorwürfe macht an Leute, die grosse Vermögenswerte in Form von Aktien haben. Das sind ja gerade die Personen, die mit ihren Investitionen das wirtschaftliche Fortkommen garantieren, die ihr Geld investieren, damit wieder Arbeitsplätze generiert werden können. Solche Leute soll man also nicht allzu hart kritisieren. Der Finanzdirektor teilt die Meinung des Kommissionspräsidenten, dass wir mit der Entlastung von 30 Prozent eine sachliche Grösse haben. Wenn Sie weiter gehen, so ist das in Anbetracht der Konkurrenzsituation, weil man sieht, dass jetzt Schwyz und scheinbar auch Glarus weiter gehen. Wir sollten aber jetzt nicht überdrehen, sondern mal einen ersten Schritt machen und dann bei der Bearbeitung des zweiten Pakets, wenn wir wissen, wie hoch die NFA-Mehrbelastung ist, nochmals darüber befinden und allenfalls einen anderen Prozentsatz festlegen. Peter Hegglin empfiehlt dem Rat, beim Vorschlag von Regierung und Kommission zu bleiben.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass drei Anträge vorliegen. Der Antrag von Regierungsrat, Kommission und Stawiko, die Besteuerung auf 70 Prozent festzulegen. Dann der Antrag der FDP-Fraktion, unterstützt von Stephan Schleiss, die Besteuerung auf 50 Prozent festzulegen. Und schliesslich der Antrag der AF, das Steuergesetz hier beim status quo zu belassen. Es kommt die Empfehlung 10 des Büros des Kantonsrats vom 25. August 2005 zur Anwendung, wonach vorerst die Anträge zu bereinigen sind, die eine Änderung des materiellen Rechts vorsehen. Es steht dann fest, wie die neue Regelung aussehen könnte. Diese bereinigte Regelung ist dem Antrag gegenüber zu stellen, am geltenden Recht festzuhalten.

➔ 34 Stimmen des Rats wollen mit 70 Prozent besteuern, 34 Stimmen mit 50 Prozent. Die Vorsitzende gibt den Stichentscheid für 70 Prozent.

➔ Der Antrag der AF, es beim geltenden Recht zu belassen, wird mit 57 : 13 Stimmen abgelehnt, wodurch die Besteuerung auf 70 Prozent festgelegt wird.

§ 62 Abs. 3 & 4

Gregor **Kupper** verweist auf den Stawiko-Bericht, wo man eine Grafik findet, die erläutert um was es geht bei dieser Aufschublösung oder sofortigen Abrechnung von stillen Reserven, wenn ein Vermögensgut von einer normal besteuerten Gesellschaft in eine privilegierte übertragen wird. Die Kommission war in dieser Frage anfänglich unsicher. Man wollte abgeklärt haben, wie es in anderen Kantonen aussieht. Es ging aber auch um die Frage, ob eine Aufschublösung von Steuerverwaltung überhaupt machbar ist. Wir haben festgestellt, dass in anderen Kantonen mit einer Ausnahme alle für die sofortige Abrechnung sind. Dass aber eine Aufschublösung grundsätzlich möglich ist. In Anbetracht der Steuerattraktivität und Wirtschaftsfreundlichkeit in Zug hat sich die Kommission grossmehrheitlich für die Aufschublösung ausgesprochen. Das heisst, dass man ein solches Wirtschaftsgut steuerlich privilegiert übertragen kann, nicht abrechnen muss und eine Sperrfrist von zehn Jahren abwarten muss. Wenn diese eingehalten wird, entfällt die Besteuerung der stillen Reserven, die auf die privilegiert besteuerte Gesellschaft übertragen wurden Die Regierung hält an ihrem Antrag fest. Der Rat muss zwischen diesen beiden Möglichkeiten entscheiden.

Peter **Dür** hält fest, dass dieser relativ komplexe Sachverhalt in der Stawiko detailliert diskutiert wurde. Wir haben dann auch noch den Chef der Steuerverwaltung, Guido Jud, einbestellt. Er hat uns die grafische Darstellung gezeigt, die Sie nun in unserer Vorlage finden. Eine Frage war ja, ob es einen Einfluss auf die Standortattraktivität habe, wenn wir sofort abrechnen. Er hat klar gesagt, nein, es habe keinen Einfluss, es sei kein relevantes Kriterium, das Firmen dazu bewegen könnte, ihren Standort bei uns zu finden. Wenn Sie einen schlanken Staat oder eine schlanke Steuerverwaltung wollen, müssen sie sofort abrechnen. Die Aufschublösung bringt einen erhöhten administrativen Aufwand. In regelmässigen Abständen müsste dann unsere Steuerverwaltung in den anderen Kantonen nachfragen, ob diese Firma überhaupt noch dort sei, ob noch eine einheitliche Führung bestehe, ob sich allenfalls die Rechtsform geändert habe und ob die übertragenen Vermögenswerte allenfalls veräussert wurden. Das ist sicher mühsam und ein Aufwand, der nicht nötig ist. Die Aufschublösung bringt zudem auch Unsicherheiten für die Firma. Es handelt sich um eine Eventualverpflichtung. Sie bringt aber ganz sicher Unsicherheiten für den Kanton, indem es einerseits nicht sicher ist, ob er diese Firma noch ausfindig machen kann, und wenn er das kann, ob sie zu diesem Zeitpunkt noch fähig ist zu zahlen. Das hat möglicherweise auch Gerichtsverfahren zur Folge. Stimmen Sie deshalb für eine sofortige Abrechnung!

➔ Der Rat beschliesst mit 57 : 7 Stimmen die sofortige Abrechnung.

§ 75

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass wir eigentlich im Rahmen des ersten Steuerpakets über diesen Paragraphen gar nicht debattieren sollten. Sie erinnern sich: Die Alternativen haben eine NFA-Motion hängig. Die vorberatende Kommission beschloss an ihrer ersten Sitzung, alle NFA-relevanten Vorstösse im zweiten Paket unterzubringen. Doch dann schiebt die Regierung einen zentralen Punkt unserer Motion – § 75 – zwischen der ersten und zweiten Kommissionssitzung ohne öffentli-

che Vernehmlassung ins erste Paket. Damit wird die Motionsbeantwortung im zweiten Paket zur Farce. Das ist ein fragwürdiges Vorgehen. Und damit die AF ihre eigene Motion nicht gleich noch selbst für nicht erheblich erklärt, sehen wir uns gezwungen, hier nicht nur gegen Steuersenkung anzutreten, sondern sogar für eine Erhöhung der Kapitalsteuer zu plädieren.
Im Jahr 2000 nahm Zug noch rund 64,5 Mio. Franken über die Kapitalsteuer ein. Für 2006 sind noch 15,8 Mio. budgetiert. Das sind 40 Mio. Franken Einnahmeausfälle, die auch nicht durch den Zuzug von tausenden von Firmen wettgemacht werden konnten. Die jetzt vorgeschlagene Senkung der Kapitalsteuer für Holdings würden Kanton und Gemeinden weitere 7,4 Millionen Franken kosten. Es wäre ein Affront, dass gerade die Firmen, welche Zug ein hohes Ressourcenpotenzial und somit eine hohe NFA-Rechnung bescheren, immer weniger Steuern zahlen. Die AF stellt daher den Antrag, dass § 75 Abs. 1 Satz 2 wie folgt heissen soll: *«Für gemischte Gesellschaften beträgt sie 0,2 Promille, mindestens jedoch 250 Franken, für Domizilgesellschaften und diesen gleichgestellte juristische Personen 0,15 Promille, mindestens jedoch 250 Franken, und für Holdinggesellschaften 0,15 Promille mindestens jedoch 250 Franken.»* Das ist eine moderate Erhöhung – und zwar zurück auf die Steuersätze vor der Steuergesetzrevision 2001. Die brächten Kanton und Gemeinden bei konservativer Schätzung rund 20 bis 25 Millionen Mehreinnahmen. Das würde besonders den Gemeinden Handlungsspielraum geben, damit die ZFA nicht zu einem Sparpaket verkommt.
Gesamtheitlich betrachtet bliebe Zug auch mit den vorgeschlagenen Erhöhungen der weitaus steuergünstigste Kanton für Unternehmen. Das so viel gefürchtete und zitierte Nidwalden hat laut Zuger Regierung eine Kapitalsteuer für Holdings von 0,25 Promille, also höher als die von den Alternativen angestrebten 0,2 Promille. Zug wäre auch international immer noch Spitze. Die Kapitalsteuer ist auch keine sterbende oder tote Steuer. Laut economiesuisse verschärfen z.B. Österreich und Portugal die Kapitalgewinnsteuer, Norwegen ist daran, sie einzuführen. Gregor Kupper argumentierte beim Eintreten, dass der Wegzug oder Nicht-Zuzug von Holdings Verluste bei den Dienstleistungsunternehmen, also für Wirtschaftsanwälte etc. habe. Zahlen dazu könne man nicht nennen, sagt die Regierung in der Vorlage. So bleibt das Ausmass oder eben Nicht-Ausmass solcher Verluste spekulativ. Entschuldigen Sie, aber auf Grund von Spekulationen stimmt Stefan Gisler keinen Steuersenkungen zu.

Daniel **Grunder** glaubt, dass es nachvollziehbar ist, dass die AF nicht gleich Totengräber ihrer eigenen Motion spielen will. Doch dass die Regierung sehr kurzfristig die Reduktion der Kapitalsteuer für Holdinggesellschaften in die erste Teilrevision verschoben hat, zeigt eben gerade eine weitere zentrale Qualität des Standorts Zug, nämlich die Flexibilität sowohl der Verwaltung als auch der Regierung. Der Votant hat beim Eintreten ausgeführt, dass die Steuerbelastung von Holdinggesellschaften ein ganz wesentliches Element für die Standortpolitik ist, für die Ansiedlung von neuen Gesellschaften und damit auch für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Er bittet den Rat deshalb, dem Antrag der AF, die Steuerbelastung für Holdinggesellschaften gar zu erhöhen, nicht zuzustimmen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** bestätigt, dass die Regierung schnell gehandelt hat. Es ist aber falsch, dass wir die Gemeinden nicht informiert hätten. Zug und Baar – die beiden Gemeinden, die massgeblich davon betroffen sind – haben wir informiert und sie wussten, dass wir mit einer entsprechenden Vorlage kommen. Und wenn Sie die

Vorlage anschauen und auch die Grafiken betrachten, sehen Sie, dass unser Antrag begründet ist. Wir überdrehen den Steuerwettbewerb ja auch hier nicht, sondern wir ziehen nach. Sie sehen, es gibt andere Kantone, die sind sogar noch weiter gegangen bei der Senkung der Kapitalsteuer. Wir sind nicht so weit gegangen, haben uns aber wieder auf ein Niveau gebracht, das zu vertreten ist. Und dann ist natürlich schon eine internationale und nationale Tendenz ersichtlich, die in die Richtung geht, dass die Kapitalsteuer immer tiefer geht und wahrscheinlich irgendwann einmal abgeschafft wird. Wir werden vermutlich auch einmal vor der Frage stehen, ob sie abgeschafft werden soll. Andere Kantone haben das ja faktisch schon getan. Der Finanzdirektor möchte zum Schluss noch beim Votum von Daniel Grunder anknüpfen, der gesagt hat, dass diese Holdinggesellschaften auch eine Türöffnerfunktion haben. Sie kommen einmal, haben einen Standort hier; meistens weitet sich das dann aus und ergibt einen Standort mit mehreren Arbeitsplätzen und damit eben auch wieder eine Basis für die wirtschaftliche Entwicklung. – Peter Hegglin möchte dem Rat empfehlen, dem Antrag von Kommission und Regierung zu folgen.

➔ Der Antrag der AF wird mit 58 : 10 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1341.8 – 11938 enthalten.

796 MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND KANTONALE STRUKTURREFORM ZUR LANGFRISTIGEN SICHERUNG VON QUALITÄT UND EFFEKTIVITÄT DER ÖFFENTLICHEN AUFGABEN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1303.2 – 11887).

Christian **Siegwart** ist natürlich enttäuscht von der Antwort der Regierung. Er hat sich ein mutigeres, aktiveres Vorgehen gewünscht und gehofft, dass die Gunst der Stunde genutzt wird. Zu einer Zeit, da Aufgaben und Finanzströme zwischen Bund, Kanton und Gemeinden neu geregelt werden, sollte Grundsätzliches, sollten auch die Strukturen unserer Gemeinwesen hinterfragt werden. Stattdessen lehnt die Regierung unsere Motion ausgerechnet mit der Begründung ab, dass Kanton und Gemeinden durch NFA und ZFA bereits genügend herausgefordert seien. Wird da nicht der Bequemlichkeit halber eine Chance vertan? Der Votant ist zwar enttäuscht, aber nicht überrascht darüber, dass bei uns grössere Reformen vorläufig keine Chance haben. Vielleicht ist der Leidensdruck zu klein. Wenn schon eine sinnvolle Entflechtung der Aufgaben im Sozialbereich mit geballter bürgerlicher Kraft an den Absender zurückgewiesen wird, was käme da wohl bei einer Zusammenlegung von Gemeinden auf uns zu? *Das* ist Reformstau – nicht im rechtsbürgerlichen Wortgebrauch, der Deregulierung und Staatsabbau fordert. Sondern im Sinne, dass historisch gewachsene Strukturen ein bürgerliches Tabu bleiben. Uns geht es eben nicht

um Abbau staatlicher Leistungen. Uns geht es darum, dass alles versucht wird, um mit den vorhandenen Mitteln ein Optimum zu erreichen.
Es ist ja begrüssenswert, wenn Gemeinden auf freiwilliger Basis vermehrt zusammenspannen und gewisse Aufgaben gemeinsam angehen. Doch sie tun dies in der Regel eben erst dann, wenn es nicht mehr anders geht, als Reaktion, wenn Aufgaben zu komplex oder zu teuer werden. Betrachten wir den Kanton Zug aus der Vogelwarte und beantworten nüchtern einige Fragen:

- Wo beginnt Unter-, wo Oberägeri?
- Ist Inwil strukturell wirklich ein Stadtteil von Baar, oder nicht eher von Zug?
- Wie sieht es im Gebiet Zythus aus?
- Sind Gemeinden als solche noch erkennbar?
- Wurde die gemeindliche Zusammenarbeit in der Raumplanung nicht viel zu spät gesucht?
- Warum ist Neuheim eine Gemeinde? Warum Allenwinden nicht?
- Ist eine Gemeinde wie Neuheim, deren grösster Einnahmeposten der Finanzausgleich ist, noch tragfähig?

Ein Stadtkanton Zug ist ja nur eine denkbare Möglichkeit. Machbar wären auch drei oder vier Gemeinden, gebildet auf Grund geographisch und strukturell sinnvoller Kriterien. Wir wollen nicht Demokratieabbau betreiben, wir erhoffen uns aber kürzere Entscheidungswege, einfachere Abläufe und bisweilen auch eine effizientere Verwaltungsführung. Oft erarbeiten elf Gemeinden elf verschiedene Lösungen, was zwar kreativ, aber nicht immer effektiv ist. Unter dieser Vielfalt kann auch die Gleichbehandlung leiden. Aus seinem Arbeitsalltag kennt der Votant Beispiele, wo dasselbe Problem je nach Gemeinde komplett unterschiedlich betrachtet wird – mit massiven Auswirkungen für die Betroffenen. Die alten Rivalitäten zwischen Berg und Tal, zwischen Baar und Zug oder zwischen Unter- und Oberägeri haben ja einen gewissen rustikalen Charme, wirken in einer globalisierten Welt aber doch reichlich deplatziert. Schliesslich preisen wir uns als modernen Wachstumskanton, und all die Zuzüger reisen vielleicht mit Millionen im Gepäck, aber garantiert ohne lokal-patriotischen Ballast nach Zug. Christian Siegwart denkt deshalb auch, dass Widerstand und Bedenken in der Bevölkerung weitaus geringer wären als unter Politikern. Da legen wir derart viel Energie in die Beantwortung der Frage, wie die NFA-Mehrbelastung verteilt, wie wir im Rahmen des ZFA Zuständigkeiten und Kosten hin- und herschieben sollen. Doch was nützt es mir, wenn der Kanton die Steuern auf Biegen und Brechen nicht erhöht, für privilegierte Kreise gar senkt. Und mich dafür die Gemeinde stärker zur Kasse bittet – über höhere Steuern und steigende Gebühren für Musikschule usw.? Steuern bleiben Steuern – ob ich sie nun dem Kanton oder Gemeinde entrichte. Dem Votanten fehlt da ein wenig die Gesamtschau. Er hofft also leise, dass der Rat unsere Motion unterstützt. Es geht ja heute nicht um einen Entscheid, sondern darum, dass Entscheidungsgrundlagen erarbeitet werden. Der Ausgang bliebe so oder so offen!

Hans Peter **Schlumpf** weist darauf hin, dass die Motion der AF aus Anlass der durch NFA und ZFA ausgelösten Veränderungen einen umfangreichen und tief gehenden Prozess in Gang setzen will, mit dem Ziel, die politischen und organisatorischen Strukturen unseres Kantons grundlegend zu hinterfragen und allfällig auch zu ändern. Die Forderung ist selbstverständlich legitim. Man kann über alles diskutieren. Und das Begehren ist auch nicht zum Vornherein abwegig. Etablierte Strukturen von Zeit zu Zeit kritisch auszuleuchten und auf ihre Aktualität zu überprüfen, ist sogar notwendig. Ob das Ansinnen allerdings zum jetzigen Zeitpunkt politisch opportun, ob

es sachlich geboten und vom Aufwand/Nutzenverhältnis her Erfolg versprechend ist, bleibt eine andere Frage. Der Votant bezweifelt es. Warum?
Wir haben im Kanton Zug mit unseren elf Gemeinden – von denen die kleinste heute auch schon 2'000 Einwohner zählt – durchaus lebensfähige Strukturen. Das Problem der Kleinstgemeinden, die weder personell noch finanziell in der Lage sind, ihre Aufgaben in der erforderlichen Qualität zu erbringen, haben wir in Zug nicht. Dazu kommt, dass unsere Gemeinden keine künstlich geschaffenen Verwaltungsgebilde, sondern politische und gesellschaftliche Einheiten mit langer Geschichte, eigenen Traditionen und einer starken eigenen Identität sind. Solche Strukturen ohne *sehr* dringende Notwendigkeit zu zerstören, ist zwar möglich, aber wenig sinnvoll und letztlich wohl auch unergiebig. Kanton und Gemeinden haben gerade im Zusammenhang mit der NFA bewiesen, dass sie in der Lage sind, sich auch mit der bestehenden föderalen Struktur zusammenzuraufen und zu tauglichen und gemeinsam erarbeiteten und akzeptierten Lösungen zu gelangen. Die neue Zuger Finanzen- und Aufgabenordnung ist zwar noch nicht gänzlich durch den politischen Prozess hindurch, aber sie zeigt schon jetzt, dass unser politisches System und unsere heutige Organisation in der Lage sind, sich auf neue Gegebenheiten situationsgerecht einzustellen. Dennoch wäre es in einem sich dynamisch verändernden Umfeld falsch, ein System für alle Zeiten festschreiben zu wollen. Veränderungen müssen möglich sein. Der Anstoss dazu muss aber von innen, von den Beteiligten und Betroffenen her kommen. Oft kann der Kanton dabei eine lenkende oder koordinierende Funktion durchaus wahrnehmen. Dies geschieht heute schon auf zahlreichen Gebieten und im Allgemeinen auch erfolgreich. Aus persönlicher Erfahrung im unternehmerischen wie auch im politischen Umfeld hat Hans Peter Schlumpf gelernt, dass organisatorische Strukturen zwar nötig sind, dass sie aber nur Hilfsmittel sind und eher zweite Priorität geniessen. Viel entscheidender sind dabei die Zielsetzungen, der politische Wille und das entsprechende Engagement der Beteiligten, die gesetzten Ziele zu erreichen. In welcher Organisationsstruktur dies geschieht, ist eher zweitrangig.
Wir haben uns in der Vergangenheit auch schon mit grossen Gesamtkonzepten herumgeschlagen, haben viel getagt und gesessen und dicke Bücher produziert, nur um damit schliesslich im politischen Prozess zu scheitern. Was die AF mit ihrer Motion anstrebt, trägt diesen Gesamtkonzept-Virus auch schon in sich. Der Votant und seine Fraktion sind von diesem kostspieligen und wenig praxistauglichen Weg nicht überzeugt. Wir plädieren für kleinere, pragmatische Schritte, für Veränderungen, zu denen der Anstoss nicht von oben, sondern von innen und aus den Notwendigkeiten heraus kommt, und für Prozesse, die berechenbar sind und ein gutes Kosten/-Nutzenverhältnis versprechen. Der zugerische Weg hat sich bis heute überdurchschnittlich gut bewährt und wird dies auch weiterhin tun – mindestens so lange mehrheitlich vernünftige und realitätsbezogene Menschen am Ruder sind. Die FDP-Fraktion legt dem Rat deshalb nahe, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären.

Werner **Villiger** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig den Antrag des Regierungsrats auf Nichterheblicherklärung dieser Motion unterstützt. Wir sind in Bezug auf die Beurteilung der Lage, des Handlungsbedarfs und den Schlussfolgerungen mit den Ausführungen des Regierungsrats in wesentlichen Teilen einverstanden. Gespannt sind wir, wie er die im Bericht erwähnte Motion Staatsaufgabenreform beantwortet. Hier geht es dann um die Beantwortung der für uns zentralen Frage «Muss der Staat sich wirklich um alles und jedes kümmern oder soll er sich nicht vielmehr auf diejenigen Aufgaben beschränken, die nicht ebenso gut oder besser

von Privaten wahrgenommen werden können?» Wirklich interessant wird dann die Diskussion sicher demnächst, wenn es darum geht, ob die Dienstleistungen, die das Strassenverkehrsamt erbringt, nicht ebenso gut auf privater Basis geleistet werden könnten.

➔ Der Rat beschliesst mit 56 : 8 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

797 INTERPELLATION VON JEAN-PIERRE PRODOLLIET BETREFFEND GESUNDHEIT DES ZUGER WALDES

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1337.2 – 11873).

Jean-Pierre **Prodolliet** äussert sich zuerst zur Information, dass die Bearbeitung dieser Interpellation 13'920 Franken gekostet hat. Es gibt in diesem Rat Leute, die der Sparsamkeit ungemein das Wort reden. Diese dürften wohl beim Lesen dieser Zahl schockiert gewesen sein. Der Votant weist aber darauf hin, dass diese Kosten nicht eingespart worden wären, wenn diese Interpellation nicht eingereicht worden wäre, denn die Arbeit ist ja von den verwaltungsinternen Fachstellen gemacht worden, deren Löhne der Kanton ohnehin bezahlt. – Jean-Pierre Prodolliet möchte deshalb jenen, die diese Sache mit der Angabe des Aufwands für die Beantwortung eines Vorstössen eingeführt haben, empfehlen, zu überlegen ob dies nun wirklich Sinn macht. Die Komplexität der Materie führte dazu, dass vier Amtstellen von diesem Thema betroffenen waren: Umwelt, Landwirtschaftsamt, Amt für Raumplanung, Forstamt. Diese haben es offenbar als sinnvoll erachtet, diesen zeitlichen Aufwand zu erbringen und dies kann man als Zeichen ihres Verantwortungsbewusstseins werten. Insgesamt übernimmt der regierungsrätliche Bericht die Beurteilung der wissenschaftlichen Waldschadenuntersuchungen, spricht hier von einer beunruhigenden Bilanz und anerkennt, dass das Ökosystem Wald gefährdet sei und dass Gegenmassnahmen nötig seien.
Es gibt grundsätzlich zwei Richtungen, wie die Gesundheit des Waldes verbessert werden kann. Das eine ist, man unternimmt Anstrengungen, um die Stoffe, die dem Wald schaden, zu reduzieren. Der Bericht zeigt umfassend und fundiert auf, was getan werden müsste, und kommt zum Schluss, dass Emissionen um 30 bis 40 Prozent gesenkt werden könnten. Das scheint sehr optimistisch. Nur ist das wohl nicht gratis zu haben. Für Investitionen in neue Systeme der Jaucheausbringung sollte man 400'000 Franken investieren können. Und da winkt der Regierungsrat ab.
Das andere wäre, dem Wald jene Pflege und Bewirtschaftung angedeihen zu lassen, die seine Gesundheit fördert. Damit sind wir bei der in der vierten Frage angesprochenen Idee des nachhaltigen Waldes, was die Verfasser des Waldrichtplans postuliert haben, nämlich die Erhöhung der jährlichen Waldnutzung um 20'000m^3, d.h. Abholzen von jährlich 80'000 m^3 Holz statt wie bisher 60'000m^3. Das würde bedeuten: Schnellere Erneuerung des Waldes und Förderung der Artenvielfalt, Kräftigung im Wurzelbereich, Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen Schädlinge. Den nachhaltigen Wald anzustreben, wäre ein Vorhaben, von ungeheurem umweltpolitischem Nutzen, d.h. ein Win-Win-Projekt.

- Win zum einen: Beitrag zur Gesundung des Waldes, das heisst Sicherstellung seiner Schutzfunktion, Sicherstellung seiner Reinigungsfunktion in Bezug auf unsere lebensnotwendigen Ressourcen Luft und Wasser.
- Win zum andern: Erhöhte Holznutzung wäre eine Herausforderung für die Förderung der Holznutzung ganz allgemein, z.B. auch im Bauwesen. Dann ist es eine Herausforderung zur Umstellung von fossilen Brennstoffen auf Holz, damit Reduzierung der Auslandabhängigkeit in der Energieversorgung, Förderung der damit verbundenen Technologien, Beitrag zur CO2-Reduktion.

Dafür will der Regierungsrat keine 400'000 Franken jährlich ausgeben.

Thomas **Lötscher** hält das Votum für die FDP-Fraktion in Vertretung für Daniel Burch. – Die FDP ist sehr erstaunt über die Antwort des Regierungsrats. Zwei Aspekte sollen kurz beleuchtet werden.
1. Die in der Einführung inszenierte Dramatik wie «Die Bilanz ist beunruhigend. Die durch den Menschen verursachten Belastungsfaktoren – übermässiger Stickstoffeintrag, beschleunigte Bodenverdichtung, erhöhte Ozonkonzentrationen und mechanische Bodenverdichtung – verschlechtern den Zustand des Waldes zusehends» können wir nicht nachvollziehen. Wir fragen uns, wie lange gewisse Ämter weiterhin mit Andeutungen wie «beunruhigend», «zusehends schlechter» usw. Ungewissheit und Angst verbreiten. Aus der Beantwortung der Fragen kann entnommen werden, dass bereits einige Massnahmen eine nachhaltige Reduktion der Umweltbelastung bewirkt haben und keine Sofortmassnahmen notwendig sind. Wenig Beachtung im Bericht finden allerdings die bisherigen Anstrengungen der Landwirtschaft zur Verringerung der Emissionen.
2. Die aufgeführten enormen Bearbeitungskosten von 13'920 Franken haben uns sehr erstaunt. Laut Bericht ist die gezielte Information, Ausbildung und Sensibilisierung der Landwirte bezüglich Ammoniaks eine Daueraufgabe. Ebenfalls besteht bereits heute ein umfassendes landwirtschaftliches Beratungskonzept. Wieso dann diese hohen Kosten? Auf Grund der hohen Bearbeitungskosten könnte man annehmen, dass erst auf Grund der Interpellation dieses Thema angegangen und untersucht wurde. Demgegenüber erhalten wir regelmässig mehrfarbige umfassende Broschüren zu diesen Themen. Ist man bei der Beantwortung dieser Interpellation effizient und kostenbewusst vorgegangen? Wir sind der Ansicht, dass der aufgeführte Aufwand in keinem vernünftigen Mass zur Antwort, und insbesondere zu den Schlussfolgerungen steht. Wir erwarten von der Regierung, dass Interpellationen auch unter dem Aspekt der Verhältnismässigkeit beantwortet werden und dass die Ressourcen effizient und kostenbewusst eingesetzt werden.

Louis **Suter** hält fest, dass die Stellungnahme der Regierung die CVP-Fraktion sehr interessiert hat. Dies jedoch nicht, weil dieser Interpellation der Ruf, eine der teuersten Interpellation aller Zeiten zu sein, vorausging. Für 14'000 Franken hätte der Votant dies auch gerne getan und dabei gutes Geld verdient, denn an Informationen bringt sie nicht viel mehr als das, was nicht schon im Internet, bei vorangegangen Interpellationen und Gesetzesvorlagen oder in Fachdokumenten zu finden ist. Aber uns interessierte die Meinung der Regierung zur Entwicklung des Gesundheitszustandes des Zuger Waldes.
Vorerst möchte Louis Suter aber auf Aspekte hinweisen, die in diesem Bericht einen falschen Eindruck hinterlassen oder fehlen. Bedingt durch die Fragestellung des Interpellanten lässt die regierungsrätliche Stellungnahme leider die Vermutung zu,

die Landwirtschaft sei hauptverantwortlich für die Verschlechterung des Waldes. Dies stimmt in keiner Art und Weise. Es darf nicht sein, dass einseitig eine einzelne Emissionsquelle behandelt wird, ohne auf andere, ebenso wichtige Verursacherfaktoren wie z.B. das Ozon, den sauren Regen etc. hinzuweisen und deren Zusammenhänge aufzuzeigen. Der Zustand des Waldes hat sich zudem nicht nur wegen dem Stressfaktor Luftverschmutzung verschlechtert, sondern ist ebenso sehr auf die falsche Waldbewirtschaftung der letzten 100 Jahre zurück zu führen. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden die einheimischen Mischwälder und Laubwälder vielerorts während dieser Zeit in reine Fichtenwälder umgewandelt. Erst Anfang der 80-Jahre, als man ernsthaft und intensiv über die Waldschäden nach dachte, hat ein Umdenken stattgefunden. Statt gegen die Natur mit Pflanzungen welche eher Maiskulturen gleichen, arbeit man heute mit der Natur, in dem man ihr Raum und Zeit zur Entwicklung lässt. Die Faktoren «Artgerechtigkeit, Raum und Zeit» sind entscheidend. Teilweise finden wir noch immer zu dicht gepflanzte reine Fichtenwälder, welche aus Kostengründen ungenügend oder kaum bewirtschaftet werden. Als Folge davon entsteht auf dem Boden nach und nach ein mehrere Zentimeter hoher Nadelteppich. Aus Mangel an Licht und eingeschränkter Tätigkeit der Mikroorganismen führt dies zu einer extremen Versauerung des Bodens. Ph-Werte von unter 3 sind keine Seltenheit. Derart gestresste Fichtenwälder aber sind besonders anfällig gegenüber Schadinsekten wie dem Borkenkäfer, Pilzkrankheiten und Windwurf. Es ist jedoch müssig zu glauben, die Fehler der Vergangenheit könnten auf die Schnelle behoben werden. Der Wald reagiert langsam – im Guten wie im Schlechten. Was der Wald braucht ist, dass man ihn auf natürliche Weise unterstützt und ihm Zeit für eine natürliche Entwicklung lässt. Fazit: Der Wald verzeiht vieles, aber nicht alles. Als grösster natürlicher Sauerstofflieferant und zu unserem eigenen Schutz ist ein gesunder Wald jedoch unentbehrlich.

Im regierungsrätlichen Bericht ist wenig über die Entwicklung des Gesundheitszustandes des Zuger Waldes zu entnehmen. Es wird lediglich auf den Bericht 2 «Wie geht es unserem Wald» verwiesen. Auch wenn noch nicht alles Bestens und die Bilanz nach wie vor beunruhigend ist: Der Gesundheitszustandes des Zuger Waldes hat sich, nicht zu letzt auch dank den grossen Bemühungen und der Weitsicht der Forstverantwortlichen, wesentlich verbessert. Wir meinen, auch dies hätte im Bericht stehen müssen.

Es stellt sich nun die Frage, was wir Zuger sinnvollerweise für den Wald tun können, was politisch und finanziell durchführbar ist. Ohne die direkte finanzielle Unterstützung der Waldnutzung in den Vordergrund zu stellen, sind wir überzeugt, dass die Nachfrage nach Brennholz noch gewaltig gesteigert werden könnte. Voraussetzung dazu ist, dass Holz als Energieträger – insbesondere auch von öffentlichen Institutionen – prioritär behandelt und eingesetzt wird. Wir sind überzeugt, dass hier noch grosse Defizite vorhanden sind und auch für eine wirtschaftliche Nutzung des Energieträgers Holz grosse Chancen bestehen.

Bei der Beantwortung der Interpellation macht die Regierung auch interessante Hinweise zur Reduktion der Ammoniakverluste durch die Landwirtschaft. Es war für den Votanten deshalb nahe liegend, die Idee eines kantonalen Förderprogramms für die Gülleausbringung durch Schleppverteiler aufzunehmen und ein entsprechendes Postulat einzureichen. Diese Ausbringtechnik hat nicht nur den Vorteil, dass sie die Ammoniakverluste um über der Hälfte reduziert und dank der höheren Verteilgenauigkeit sehr positive Effekte bezüglich des Gewässerschutzes erzielt, sie reduziert ebenfalls massiv die Geruchsemissionen und somit die Beeinträchtigung der Wohnqualität in unserem dicht besiedelten Gebiet. Der Vergleichsweise hohe Preis von bis über 20'000 Franken hält jedoch viele Landwirte davon ab, ein solches System anzu-

schaffen; die Verbreitung mit ca. 20 Gräten ist trotz guter Akzeptanz im Kanton Zug noch gering Mit einem solchen Förderprogramm wäre es jedoch möglich, dass wir kostengünstig, schnell und unbürokratisch eine grosse Wirkung zur Reduktion der Ammoniakemissionen erreichen könnten. Gleichzeitig ist es eine gute Investition für die Verbesserung des Gesundheitszustands des Waldes und der Lebensqualität im Kanton Zug – eine Investition, die wir, trotz angesagter Sparpolitik, mit gutem Gewissen unterstützen können.

Rosemarie **Fähndrich Burger** versteht die Welt nach der heutigen Steuerdebatte und in Anbetracht der Interpellationsantwort nicht mehr. Der Kanton kann sich 400'000 Franken für den Wald nicht leisten. Die Regierung stellt in ihrer Antwort die Zusammenhänge von negativen Einflüssen auf unsere Umwelt, im Speziellen auf den Wald, dar. Ozonbelastung, viel zu hoher Stickstoffgehalt in der Luft und mangelnde Bewirtschaftung der Zuger Wälder führen dazu, dass deren Gesundheit mangelhaft ist und es vorderhand auch bleibt. Die Votantin hat drei Schwerpunkte aus der Interpellationsantwort gewählt und sich folgende Gedanken dazu gemacht:
1. Die Regierung sagt, es sei eine raumplanerische Daueraufgabe, eine aktive Verkehrsplanung zu betreiben, welche eine sinnvolle Anordnung von Wohn-, Arbeits-, Dienstleistungs- und Freizeitzentren beinhaltet. Damit könne eine Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs angestrebt werden. – Wir fragen uns, ob die Regierung ernsthaft daran interessiert ist, diese Aufgabe umzusetzen. Unseres Erachtens unterstützt der Kanton mit seiner Wirtschaftspolitik die Pendlerei und arbeitet der obgenannten Aufgabe diametral entgegen.
2. Die Regierung spricht von Minderungsbedarf des Schadstoffausstosses bei Landwirtschaft, Industrie, Heizung und Verkehr. – Auch hier fragen wir uns, ob es genüge, in der Interpellation von Massnahmen zu schreiben, die ergriffen werden müssten. Konkret wird nicht eine einzige zu verwirklichende, konkrete Umsetzung erwähnt.
3. Die Regierung zeigt auf, dass eine Zusatzinvestition von 400'000 Franken in die Pflege des Waldes getätigt werden müsste, damit dieser bis in 20 Jahren nachhaltig aufgebaut wäre. Mit dieser Investition wären die Wälder gegenüber Umweltbelastungen weniger anfällig und sie würden über eine verbesserte Vitalität und Stabilität verfügen, damit sie ihre Schutzfunktion vor Naturgefahren besser erfüllen könnten. – Die Schlussfolgerung der Regierung ist, dass eine Zusatzinvestition von 400'000 Franken angesichts der Höhe der Kosten nicht akzeptabel sei. Diese Aussage verstehen wir Alternativen als Zynismus. Dieses partielle Denken ist für uns keineswegs nachvollziehbar.
Ein Grossteil des Kantonsrats hat mit der Unterstützung der Anträge zur Änderung des Steuergesetzes heute Morgen kundgetan, dass er künftig jährliche Mindereinnahmen von gegen 15 Mio. Franken in Kauf nehmen will. Daneben will uns die Regierung weismachen, dass der Kanton sich eine Investition von 400'000 Franken in unsere Wälder nicht leisten kann. Dieses partielle Denken ist für uns Alternative und wohl auch für einen grossen Teil der Zuger Bevölkerung nicht nachvollziehbar.

Beni **Langenegger** weist darauf hin, dass es nötig ist, Massnahmen zu treffen, die zur Gesundung unserer Wälder und der Umwelt beitragen. Es ist jedoch schlecht, mit dem Stickstoffaustrag den Schwarzen Peter grösstenteils der Landwirtschaft zuzuschieben. Denn bekanntlich kann auch der Mensch nur mit den Elementen Wasser und Nahrung existieren. Und genau das Element Nahrung stammt aus der Landwirtschaft und nicht etwa aus der Migros, vergessen Sie das nie! Die Antwort der Regie-

rung konzentriert sich hauptsächlich auf unseren Kanton. Gerade die Schweiz und damit unser Kanton ist voll gepackt mit Gesetzen, die eingehalten und kontrolliert werden, um unsere Umwelt zu schonen und zu erhalten. Vielleicht würden wir gut daran tun, auch einmal einen Blick über unsere Landesgrenzen zu werfen, wie dort grösstenteils produziert wird. Ostblockstaaten und China lassen grüssen. Sie lassen uns auch an ihrer schlechten Luft teilhaben, weil wir noch keine Glaskuppel über der Schweiz haben. Dies könnte auch ein Grund sein, weshalb diese Länder billiger produzieren als wir.

Peter **Rust** muss für einmal für die linke Seite viel Verständnis haben, da sie zumindest den Punkt richtig getroffen hat. Die Regierung hat nämlich festgestellt, dass die 80'000 m^3 Holz, die eigentlich pro Jahr geschlagen werden müssten, damit die Vitalität des Waldes wieder hergestellt würde, um 20'000 m^3 unterschritten wurde. D.h. man müsste 20'000 m^3 mehr Holz bewirtschaften. Und jetzt ist natürlich der Kanton wirklich gefordert. Es sind die Korporationen, es ist die Öffentlichkeit, welche die grössten Besitzer des Waldes sind. Wir haben jetzt ein Unwetterjahr hinter uns und haben gesehen, wohin das führt. Wir haben gesehen, dass ein gut bewirtschafteter Wald viele Unwetterschäden verhindern könnte. Und da hätte der Votant jetzt erwartet, dass die Regierung nicht nur für viel Geld feststellt, dass zu wenig bewirtschaftet wurde, sondern dass sie auch eine Lösung aufzeigt. Es ist nicht zu spät, Frau Profos, Sie können das mit dem Forstamt immer noch tun. Wie gehen wir jetzt um mit diesen 20'000 m^3 Holz, die nicht bewirtschaftet werden? Da muss das Forstamt Ihnen Vorschläge unterbreiten und Sie können dann ein Konzept bringen. Dann kann dieser Rat immer noch sagen: Es ist uns zu teuer. Peter Rust glaubt nämlich immer noch nicht, dass diese 20'000 m^3 Holz 400'000 Franken kosten. Er muss die Berechnung zuerst einmal sehen. Er würde empfehlen, diese Sache noch einmal anzuschauen und vielleicht eine Vorlage zu bringen. Dann können wir entscheiden, ob uns das zu viel oder zu wenig Steuergeld kostet.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** zur Information: 20 Franken mehr ergibt 400'000 für die Waldwirtschaft; plus Schleppschläuche 400'000, gleich 800'000 Franken.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

798 INTERPELLATION VON THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND KOOPERATION IM TELEKOMMUNIKATIONSBEREICH

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1327.2 – 11888).

Thomas **Lötscher** ist mit der Antwort der Regierung eigentlich mehr zufrieden als mit der vorherigen, obwohl sie nur etwa einen Zehntel gekostet hat. Es geht ihm bei diesem Thema nicht nur um die reine Beantwortung der Fragen, denn dafür hätte er auch den Baudirektor anrufen können. Es geht ihm auch darum, für gewisse Themen in diesem Zusammenhang zu sensibilisieren. Natürlich ist es richtig, dass bei Strassenbauarbeiten die nötige Infrastruktur gleich mit eingebaut wird. Die Effizienz ist so

sicher am grössten, was sich positiv auf die Kosten auswirkt, und vor allem auch die Verkehrsbehinderungen reduziert. Ein Anliegen ist es dem Votanten aber, dass auch mit Mitbenutzern und allfällig potenziellen Mitbenutzern koordiniert wird, um Baukosten und Verkehrsbeeinträchtigungen zu minimieren und so keine Ressourcen zu verschleudern. Ein zweites Anliegen ist Thomas Lötscher aus Überlegungen des fairen Wettbewerbs, dass der Kanton natürlich nicht die freien Marktteilnehmer und Mietleitungen konkurrenziert und dabei über die Strassenbaurechnung ein Angebot quersubventionieren könnte, so dass er die Konkurrenz aus dem Markt drängt. Er unterstellt nicht, dass das heute so gemacht wird. Die Frage hat sich ihm einfach aufgedrängt und er ersucht die Baudirektion, diesen beiden Anliegen Rechnung zu tragen und allfällige Bestrebungen, diese Infrastruktur besser zu nutzen und Kosten zu sparen, weiter zu verfolgen, dabei aber gleichzeitig darauf zu achten, dass die Spiesse für alle Teilnehmer gleich lang sind. Wenn das gemacht wird, ist das Anliegen des Votanten bereits umgesetzt.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

799 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 23. Februar 2006

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

57. SITZUNG: DONNERSTAG, 23. FEBRUAR 2006

8.30 – 13.00 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

800 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern.

Abwesend sind: Felix Häcki und Kathrin Kündig, beide Zug; Markus Grüring, Unterägeri; Bruno Pezzatti, Menzingen; Malaika Hug und Beat Villiger, beide Baar; Daniel Burch, Risch; Thomas Lötscher, Neuheim.

801 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass Ursula Bieri mit Schreiben vom 30. Januar 2006 ihren Rücktritt aus dem Kantonsrat per 31. März 2006 bekannt gegeben hat. Im Juni erwartet sie eine neue Herausforderung als Mutter. Wir wünschen ihr jetzt schon alles Gute und sind sicher, dass sie diese neue Aufgabe ebenso gut anpacken wird wie ihre Tätigkeit im Rat und in verschiedenen Kommissionen. Speziellen Dank gebührt ihr für das Engagement als Sportchefin zusammen mit Barbara Strub. – Die Nachfolge als neuer Sportchef tritt Manuel Aeschbacher an. Wir danken ihm, dass er sich bereit erklärt hat, diese Aufgabe zu übernehmen.

Eine administrative Bitte der Staatskanzlei. Reichen Sie bitte einen parlamentarischen Vorstoss erst ein, wenn die Unterschriftensammlung abgeschlossen ist! Sollte dies aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein und wenn sie den Vorstoss vorher einreichen, teilen Sie bitte der Staatskanzlei mit, bis wann genau sie mit dem Druck noch zuwarten muss, weil weitere Unterschriften nachgereicht werden. Sie

vermeiden dadurch, dass druckbereite Vorlagen eingestampft werden müssen, weil noch weitere Unterschriften folgen.

Heute Morgen ist ein Schreiben von Jacques-Armand Clerc eingetroffen. Er schreibt darin, dass aus es ihm wegen seiner neuen beruflichen Situation leider nicht mehr möglich ist, das Amt als Kantonsrat der CVP Risch wahrzunehmen. Er sieht sich veranlasst, per sofort aus seinem Amt zurückzutreten. Er dankt an dieser Stelle den Kantonsratskollegen der Gemeinde sowie dem ganzen Rat für den lösungsorientierten und fairen Umgang.

802 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 26. Januar 2006.
2.1. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1408.1 – 11948).
2.2. Ablegung des Eids oder des Gelöbnisses durch ein neues Mitglied des Kantonsrats.
3. Ersatzwahlen in kantonsrätliche Kommissionen (Staatswirtschaftskommission, Kommission für Spitalfragen).
4. Kommissionsbestellungen:
4.1. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs für den Kanton Zug (EG ZGB) (Verzicht auf Veröffentlichung von Handänderungen).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1404.1/.2 – 11940/41).
4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für einen Büropavillon für die therapeutische Gemeinschaft für Drogenabhängige bei der Sennhütte Blasenberg in Zug.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1405.1/.2 – 11942/43).
5. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
6. Petition der Familie F. betreffend Härtebeitrag in ungewollter und unverschuldeter Notlage.
Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1402.1 – 11934).
7. Gesetzesinitiativen
7.1. «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» und
7.2. «Kein Abbau beim handwerklichen Gestalten».
2. Lesung.
Vgl. Unterlagen für die 1. Lesung: Berichte und Anträge des Regierungsrats
(Nr. 1360.1 – 11790), der Kommission (Nr. 1360.3 – 11877) und der Kommissionsminderheit (Nr. 1360.4 – 11878).
8. Änderung des Personalgesetzes (Zuständigkeit für die Anpassung an die Preis-entwicklung).

Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1399.1/.2 – 11923/24) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1399.3 – 11930).

9. Vollzug des Strassenbauprogramms 2004-2011, Objektkredit für die Instandsetzung der Zugerstrasse, Abschnitt Scheuermattstrasse - Alpenblick, Gemeinde Cham.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1392.1 – 11886), der Strassenbaukommission (Nr. 1392.2 – 11932) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1392.3 – 11947).
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für einen Erweiterungsbau sowie für Umbau- und Anpassungsarbeiten beim Kleinschulhaus auf dem Athene-Areal in Zug.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1366.1/.2 – 11806/07), der Kommission (Nr. 1366.3 – 11928) und der Staatswirtschaftskommission
    (Nr. 1366.4 – 11929).
11. Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1377.1/.2 – 11840/41), der Kon-kordatskommission (Nrn. 1377.3/.4 – 11919/20) und der Staatswirtschaftskom-mission (Nr. 1377.5 – 11922).
12. Kantonsratsbeschluss betreffend Wiederaufbauhilfe in einer vom Seebeben vom 26. Dezember 2004 betroffenen Region.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1394.1/.2 – 11896/97) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1394.3 – 11931).
13. Genehmigung von acht Schlussabrechnungen:

13.1. Umbau Knoten Talacher, Untertalacher - Lorzentobelbrücke, Baar.
13.2. Busspur Chamerstrasse, Chamer Fussweg - Erlenplatz, Zug.
13.3. Verkehrsanlage Sihlbrugg und Neubau Meteorwasserleitung, Baar/Neuheim.
13.4. Ausbau Kantonsstrasse N, Baarburgrank - Hinterburg, Neuheim.
13.5. Knotenausbau Lättich mit Neubau Ziegelbrücke, Baar.
13.6. Kantonsstrasse R, Alosen - Schafweidlirank, Oberägeri.
13.7. Sanierung Artherstrasse, Murpfli - Unterhasel, Zug.
13.8. Umbau Knoten Bösch, Hünenberg.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 686.4/615.7/514.7/489.4/707.5/ 427.4/482.4/1060.4 – 11889) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 686.5/-615.8/ 514.8/489.5/707.6/427.5/482.5/1060.5 – 11895).

14. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Restaurierung und Umbau der Athene sowie Erstellung eines Ergänzungsneubaus.
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 487.7 – 11905) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 487.8 – 11906).

15. Genehmigung der Schlussabrechnung für den Neubau der Kaufmännischen Berufsschule Zug (Kaufmännisches Bildungszentrum Zug) und Beteiligung an der Sporthalle der Stadt Zug.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 572.15 – 11899) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 572.16 – 11900).
16. Genehmigung der Schlussabrechnung für die Renovation des Wilhelmgebäudes in Zug und für die Erstellung eines Anbaus.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 935.7 – 11903) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 935.8 – 11904).
17. Genehmigung der Schlussabrechnung für eine provisorische Parkplatzanlage auf dem ehemaligen Gaswerkareal in Zug.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1155.6 – 11907) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1155.7 – 11908).
18. Motion von Lilian Hurschler-Baumgartner betreffend Jugendschutz beim Verkauf von Tabakwaren (Nr. 1318.1 – 11678).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1318.2 – 11939).

803 PROTOKOLL

Das Protokoll der Vormittagssitzung vom 26. Januar 2006, S. 1623 Abs. 3, wird auf Begehren von Martin Stuber und nach Abhörung der Tonbandaufnahme durch Protokollführer und Landschreiber wie folgt präzisiert: «… während der Debatte formuliert *und dazu ein Zitat. Es ist niemand von der Alternativen Fraktion. Ein Zitat aus der damaligen Debatte: …*»

➔ Der Änderungsantrag wird genehmigt. – Im Übrigen werden die Protokolle der Sitzungen vom 26. Januar 2006 genehmigt.

804 KANTONSRATS-ERSATZWAHL IN DER EINWOHNERGEMEINDE RISCH

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1408.1 – 11948).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat auf Grund von § 78 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen beantragt, die Ersatzwahl folgender Person mit sofortiger Wirkung zu genehmigen:

Nachfolgerin von Lilian Hurschler-Baumgartner ist Brigitte **Vaderna-Jud**, 1960, Risch.

Am 12. Februar 2006 hatte ein zweiter Wahlgang stattgefunden, bei dem sie das absolute Mehr erreichte. Innert 8 Tagen wurde keine Wahlbeschwerde eingereicht.

➔ Der Rat ist einverstanden, womit die Ersatzwahl genehmigt ist.

805 EID EINES NEUEN MITGLIEDS DES KANTONSRATS

Die **Vorsitzende** bittet Brigitte Vaderna, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Sie bittet Brigitte Vaderna, nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber den Eid abzulegen.

Der Landschreiber liest die in § 5bis Abs. 1 der GO enthaltene Eidesformel, worauf das neue Ratsmitglied Brigitte Vaderna mit erhobenem Schwurfinger sagt «Ich schwöre es».

806 ERSATZWAHLEN IN KANTONSRÄTLICHE KOMMISSIONEN (STAATSWIRTSCHAFTSKOMMISSION, KOMMISSION FÜR SPITALFRAGEN)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Andreas **Hotz** mit sofortiger Wirkung aus der engeren Staatswirtschaftskommission zurücktritt. Er möchte sich im laufenden Jahr als Finanzchef der Gemeinde Baar im Zusammenhang mit der Diskussion um den ZFA für die Sichtweise der Gemeinden voll einsetzen. Die FDP-Fraktion beantragt als neues Mitglied Daniel **Grunder**.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Ein weiterer Rücktritt erfolgte in der Kommission für Spitalfragen durch Leo **Granziol** mit sofortiger Wirkung an der letzten Kantonsratssitzung. Die CVP-Fraktion beantragt als neues Mitglied Kathrin **Kündig**.

➔ Der Rat ist einverstanden.

807 ÄNDERUNG DES GESETZES BETREFFEND DIE EINFÜHRUNG DES SCHWEIZERISCHEN ZIVILGESETZBUCHES FÜR DEN KANTON ZUG (EG ZGB; VERZICHT AUF VERÖFFENTLICHUNG VON HANDÄNDERUNGEN)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1404.1/.2 – 11940/41).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft an die bereits bestehende Kommission betreffend Grundbuchgebührentarif mit 15 Mitgliedern überwiesen, die sich ohnehin Ende März 2006 wegen des neuen Grundbuchgebührentarifs treffen wird. Kommissionspräsident ist Beat Villiger.

808 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINEN BÜROPAVILLON FÜR DIE THERAPEUTISCHE GEMEINSCHAFT FÜR DROGENABHÄNGIGE BEI DER SENNHÜTTE BLASENBERG IN ZUG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1405.1/.2 – 11942/43).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich hier um eine sehr kleine Bauvorlage handelt.

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft aus Effizienzgründen an die bereits bestehende Kommission Corrodi überwiesen.

809 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEWILLIGUNG VON PERSONALSTELLEN FÜR DIE ZIVIL- UND STRAFRECHTSPFLEGE FÜR DIE JAHRE 2007 BIS 2012

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Obergerichts (Nrn. 1406.1/.2 – 110944/45).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird die Vorlage direkt an die erweiterte Justizprüfungskommission überwiesen.

810 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEWILLIGUNG VON PERSONALSTELLEN BEIM VERWALTUNGSGERICHT FÜR DIE JAHRE 2007 BIS 2012

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Verwaltungsgerichts (Nrn. 1409.1/.2 – 11951/52).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird die Vorlage direkt an die erweiterte Justizprüfungskommission überwiesen.

811 POSTULAT DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND REDUZIERUNG DER FEINSTAUBBELASTUNG UND EINHALTUNG DER GRENZWERTE DER LUFTREINHALTEVERORDNUNG

Die **Alternative Fraktion** hat am 23. Januar 2006 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1401.1 – 11933 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

812 POSTULAT DER SP-FRAKTION BETREFFEND DURCHFÜHRUNG EINER UNABHÄNGIGEN UNTERSUCHUNG ZU DEN VORGÄNGEN BEI DER STRAFANSTALT

Die **SP-Fraktion** hat am 26. Januar 2006 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1403.1 – 11937 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag vorliegt, dieses Postulat sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich vorerst eine formelle über die sofortige Behandlung. Sofern diese nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Überweisung des Postulats an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wird, gibt es danach eine materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung (diese Abstimmung mit einfachem Mehr). – Wir

führen aus Praktikabilitätsgründen eine Diskussion über beide Elemente zusammen, jedoch zwei getrennte Abstimmungen. Erfahrungsgemäss lassen sich das Formelle und das Materielle schlecht voneinander trennen.

Frau Landammann Brigitte **Profos** informiert den Rat im Namen des Regierungsrats über die Überprüfungsanträge, welche der Regierungsrat in Bezug auf die Mehrkosten beim Neubau der Strafanstalt erteilt hat. Vorab hält sie fest: Dem Regierungsrat ist es ein grosses Anliegen, dass die Hintergründe zu den Kostenüberschreitungen im Detail geklärt werden. Er will dazu Klarheit und Transparenz schaffen. Er hat daher bereits Ende 2004 zwei Anwälte mit den Untersuchungen betraut. Der eine Anwalt, Hansrudolf Wild, hat den Auftrag, gegenüber der Generalunternehmung die Interessen des Kantons zu vertreten. Er wird alle Fragen in Bezug auf die Rechtsverbindlichkeit von erfolgten Bestellungsänderungen und Forderungen der Generalunternehmung prüfen. Im Interesse einer unabhängigen Überprüfung hat die Regierung bewusst den zweiten Untersuchungsauftrag einem anderen, neutralen Anwalt übertragen: Hans Hagmann hat den Auftrag, die folgenden Fragen abzuklären und der Regierung Bericht zu erstatten:
1. Wurden seitens der Verwaltung (insbesondere seitens der Projektleitung, des Hochbauamts, der Strafanstaltsleitung und Aufsichtsbehörden) Fehler begangen, die die jetzige Situation verursacht oder mit verursacht haben? Diese Fragestellung betrifft insbesondere folgende beiden Nachtragsgruppen:
- die anerkannten Nachträge (Nrn. 1 bis 27) gemäss S. 12 ff. des Berichts an den Kantonsrat vom 13. Dezember des letzten Jahres,
- die nicht anerkannten Nachträge (Nrn. 28 bis 67).

2. Wenn ja, um welche Fehler handelt es sich und wer ist dafür verantwortlich? Dabei ist insbesondere zu prüfen:
2.1 Wurde die Aufsicht durch den Kantonsbaumeister, den Baudirektor, die regierungsrätliche Delegation und allenfalls durch den Regierungsrat richtig ausgeübt?
2.2. Wurden Kompetenzen überschritten
- bei den anerkannten Nachträgen?
- bei den nicht anerkannten Nachträgen?
- beim Vergleich des Kantonsbaumeisters vom 26. November 2004 mit der Generalunternehmung?

Die Regierung vertritt die Haltung, dass damit die Postulatsforderung nach einer externen Untersuchung beim Bauvorhaben Strafanstalt Zug bereits teilweise erfüllt ist, indem der Untersuchungsauftrag erteilt worden ist. Ausstehend ist derzeit noch der erläuternde Bericht zum Untersuchungsergebnis. Die Regierung ist überzeugt, mit dieser Untersuchung durch einen externen Experten der Forderung nach genauer und unabhängiger Prüfung von Abläufen, Beschlüssen und Kompetenzen nachzukommen. Die eingangs erwähnten Ziele der Klarheit und Transparenz können erreicht werden. Hans Hagmann hat zugesichert, dass der Bericht vor den Sommerferien im Kantonsrat behandelt werden kann.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass die bisher nur lückenhaft vorliegenden Informationen zum Neubau der Strafanstalt es offensichtlich machen, dass nicht alles so gelaufen ist, wie es eigentlich laufen müsste. Zwar wurde dies schon seit Längerem hinter vorgehaltener Hand gemunkelt, die Zwischenabrechnung des Regierungsrats hat aber erstmals zumindest die finanzielle Grössenordnung aufgezeigt. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass das Projektmanagement beim Neubau der Strafan-

stalt schnell und kompetent durchleuchtet werden soll. Es macht aus unserer Sicht wenig Sinn, monatelang zu diskutieren, welches nun das geeignete Verfahren wäre, sondern es soll schnell gehandelt werden. Es ist eh schon viel Zeit vergangen. Der Regierungsrat soll deshalb sofort eine externe Untersuchung zum Projektmanagement durchführen, so dass in nützlicher Frist das Ganze wieder auf dem Tisch ist und von uns hier diskutiert und bewertet werden kann. Aus diesem Grund verlangen wir eine sofortige Behandlung und Erheblicherklärung unseres Postulats. Wieso eine externe Untersuchung? Ein Bauprojektmanagement ist eine komplexe Angelegenheit. Es macht deshalb Sinn, dass dies von erfahrenen Fachpersonen angeschaut wird, welche auch den Bezug zu anderen Projekten herstellen können. Dass es eine aussen stehende Person sein soll, versteht sich von selber, geht es doch darum, jeden Anschein von Befangenheit zu vermeiden.
Es freut uns natürlich, dass die Regierung unterdessen zur gleichen Erkenntnis gekommen ist und entsprechende Abklärungen in die Wege geleitet hat. Die Fragen, die uns vorher vorgestellt wurden, scheinen uns die wichtigen Aspekte abzudecken. Ergänzend möchten wir einbringen, dass es uns von besonderer Wichtigkeit erscheint, vor allem auch die Anfangsphase des Bauprojekts zu untersuchen. Sie erinnern sich: Damals wurde unter erheblichem politischem Druck eine schnelle Vorlage verlangt und es ist nicht auszuschliessen, dass in dieser Phase auch nicht genügend sorgfältig gearbeitet werden konnte. Wir möchten, dass dies explizit auch angeschaut wird. Nicht ganz sicher sind wir, ob die Wahl eines Rechtsanwalts als Fachperson wirklich die richtige Wahl ist. Es würde uns zumindest sinnvoll erscheinen, wenn eine Fachperson aus dem Bauprojekt-Management zusätzlich beigezogen würde, weil es eben auch um solche Fragen geht.
In unserer Fraktion haben wir lange und kontrovers darüber diskutiert, ob eine solche Abklärung nicht allenfalls die Rechtsposition des Kantons im Streit mit dem TU schwächen könnte. Ganz auszuschliessen ist dies nicht. Mehrheitlich erachten wir dieses Risiko aber als gering, da ja in einem Prozess die Gegenpartei sowieso weitgehende Akteneinsicht hat. Wie wir in unserem Postulat schreiben, könnten wir aber damit leben, dass dem Kantonsrat ein summarischer Bericht erstattet wird und nur die Stawiko Einsicht in die Details erhält. – Namens der SP-Fraktion ersucht der Votant den Rat um sofortige Behandlung und Erheblicherklärung.

Christian **Siegwart** erinnert daran, dass die Geschichte um den Bau der neuen Strafanstalt sich bekanntlich wie ein einziger Mängelrapport liest. Auf Grund der Vorlage und des Schreibens der Firma Zschokke lässt sich für den Laien nicht ermessen, wer Mehrkosten verschuldet und wer allenfalls welche Kompetenzen überschritten hat. Die AF ist deshalb ganz klar dafür, dass die verworrene Baugeschichte durchleuchtet wird. Anders als es uns in einem Pressebericht zumindest unterschwellig unterstellt wurde, wollen und wollten wir niemanden decken oder schonen. Schon im Vorfeld der letzten Kantonsratssitzung haben wir im Fraktionsbericht eine schonungslose Aufdeckung der Verantwortlichkeiten gefordert. Mit ihrem Postulat rennt die SP – glücklicherweise – offene Türen ein. Die Regierung hat die Rauchzeichen richtig gedeutet und von sich aus eine externe Abklärung gestartet. Wir sind deshalb für sofortige Behandlung und Erheblicherklärung des Postulats.

Moritz **Schmid** hält fest, dass die SVP-Fraktion es überflüssig findet, dass wir heute über dieses Postulat debattieren müssen. Zum jetzigen Zeitpunk macht es keinen Sinn, eine materielle Diskussion zu führen. Lassen wir die Regierung mit den bereits

eingesetzten Fachkräften uns bis im Juni 2006 einen aussagekräftigen Bericht vorlegen. Dann wird sicher über das weitere Vorgehen entschieden. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, es braucht keine Erheblicherklärung. Darum stellt der Votant Antrag auf nicht sofortige Behandlung.

Andrea **Hodel** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion der Meinung der SVP-Fraktion anschliessen kann. Sie ist froh, dass die Regierung die fürwahr nicht ruhmreiche Vorarbeit selber durch unabhängige Personen überprüfen lassen und sowohl die extern als auch intern zur Diskussion stehenden Fehler aufdecken und analysieren will. Sie erachtet es auch als richtig, dass die Regierung die Schlussabrechnung, deren Schluss ja noch nicht in Sicht ist, dem Kantonsrat zur Genehmigung erst vorlegt, wenn intern und extern die notwendigen Abklärungen gemacht wurden. Heute sind viele Fragen offen. Nicht klar ist, wer was wann falsch gemacht hat. Die FDP-Fraktion verlangt Antworten, bevor sie zu einer Schlussabrechnung, zur Interpellation oder zur Einsetzung einer PUK Stellung nimmt. Das Postulat der SP-Fraktion verlangt nun nichts anderes als eine unabhängige Untersuchung, welche die Regierung bereits eingeleitet hat. Die FDP-Fraktion will, dass die Fragen bis im Juni, wie von der Regierung in Aussicht gestellt, beantwortet sind und im Kantonsrat diskutiert werden können. Damit ist es aber weder notwendig, dieses Postulat sofort zu behandeln, noch es zu überweisen oder gar erheblich zu erklären. Wir wollen zuerst Antworten von der Regierung. Wer hat was wann bestellt? Wer hat welche Mehrausgaben genehmigt? Welche Mehrkosten sind vom Kanton zu bezahlen? Wer hat intern Kompetenzen überschritten mit welchen Folgen? Wenn wir diese Antworten haben, werden wir uns zur Frage äussern, ob man weitere Untersuchungen anstellen oder gar eine PUK einsetzen muss. Heute zusätzlich weitere unabhängige Experten einzuschalten, würde nur bedeuten, dass wir offensichtlich schlecht investiertem Geld weiteres gutes und verdientes Geld unseres Kantons nachschiessen würden. Dies macht heute keinen Sinn. Die FDP-Fraktion will keine zusätzlichen Kosten, bevor nicht die Berichte des extern und intern beauftragten Anwalts und damit auch der Gesamtregierung vorliegen. Dies bedeutet aber nach Ansicht der FDP verfahrensrechtlich, dass wir das heute nicht sofort behandeln, dass wir es nicht überweisen müssen, sondern uns über das weitere Vorgehen dann entscheiden, wenn im Juni diese Berichte vorliegen, wie es uns der Regierungsrat zugesichert hat.

Leo **Granziol** erinnert daran, dass es in diesem Zusammenhang sehr viele Widersprüche und Ungereimtheiten gibt, die nach Meinung der CVP durchaus genügend Gründe bieten würden, eine PUK damit zu beauftragen. Ein wesentlicher Grund ist die Unabhängigkeit von der Regierung und der Verwaltung, während jetzt ein Mandatsverhältnis zwischen diesen Anwälten und der Regierung besteht. Und auch für Anwälte gilt das Sprichwort: Nur die grössten Kälber metzgen ihre Klienten selber. Das ist hier das Problem und unsere Vorbehalte sind damit begründet, dass dadurch möglicherweise nicht alle Fakten auf den Tisch kommen. Und deshalb gibt es nach wie vor eine grosse Anzahl Kantonsräte, die eine PUK bevorzugt hätten. Nachdem aber jetzt vor allem die SVP nach anfänglich sehr lautem Rufen nach einer PUK sich inzwischen anders besonnen hat – wohl weil sie erkannte, dass der Schuss, den sie abfeuern wollte, wohl direkt im Bauamt eingeschlagen wäre – wird es natürlich schwierig, die Mehrheit für eine PUK zu finden. Denn auch da gilt eben dasselbe Sprichwort. Aber eines ist für uns eigentlich klar – hoffentlich nicht nur für die CVP: Die PUK ist damit nicht aufgehoben, sondern höchstens aufgeschoben. Es kommt

jetzt auf die Qualität dieses Berichts von Hans Hagmann und Hansrudolf Wild an. Nur wenn darin die Mängel schonungslos aufgedeckt werden, können wir uns zufrieden geben. Das Verfahren, das die Regierung initiiert, hat einen Vorteil: Es führt schneller zu diesem Ziel, und das ist notwendig, um im Zusammenhang mit den weiteren laufenden Bauvorhaben solche Wiederholungen zu vermeiden. Aber es ist wichtig, dass der Kantonsrat diese Verfahren unterstützt. Die SP wehrt sich ja nicht dagegen, dass das laufende Verfahren so fortgesetzt wird und nicht noch eine zusätzliche Person engagiert wird. Sie ist ja für dieses Verfahren. Wenn wir als Kantonsräte das nun auch unterstützten und dieser Überweisung zustimmen, ist das nicht mehr allein ein Auftrag der Regierung an Hans Hagmann, sondern es wird zu einem Auftrag des Kantonsrats. Und das ist der wesentliche Unterschied, wenn Sie das heute unterstützen. Damit eröffnen Sie sich nämlich noch eine weitere Möglichkeit: Sie können die Fragen, die Ihnen auf der Zunge brennen, über die Regierung – mit einer Interpellation oder direkt – an Hans Hagmann richten. Damit erhalten wir dann im Juni das, was wir haben wollen. Wenn Sie das nicht tun, sondern die Regierung hier einfach arbeiten lassen, zweifelt der Votant, ob das genügt und dann alle Fakten auf dem Tisch sind. Deshalb müssen wir hier dieses Postulat unterstützen. Und wenn Sie diese Fragen an die Untersucher stellen, haben wir eventuell auch noch die Möglichkeit, dass dieser Streit mit Zschokke erledigt werden kann, bevor es zum Prozess kommt, der uns wieder viel Geld kostet. Weil möglicherweise dann abgeklärt wird, wieso sich der Kantonsbaumeister und der Baudirektor für kompetent hielten, einen Vergleich abzuschliessen. Was denn die Vorbereitungen dazu waren. Wie viele Male hat man miteinander schon gesprochen? Und weil auch andere Fragen vor dem Sommer auf dem Tisch sind und wir allenfalls Massnahmen treffen können, dass das nicht wieder vorkommt. Leo Granziol bittet den Rat deshalb, dieses Postulat zu unterstützen und zu überweisen.

Andrea **Hodel** ist nicht unbelehrbar. Wir schliessen uns der Meinung der CVP an. Uns geht es darum, dass wir jetzt mit den Kräften, die wir haben, die Untersuchungen fortführen und wir im Juni einen Bericht haben und dann entscheiden, wie wir weiter verfahren. Ob wir genehmigen, nicht genehmigen, eine PUK einsetzen. Was wir nicht wollen ist das, was die Votantin aus dem Votum der SP hervorgehört hat: Dass man im Moment noch weitere Experten einsetzt. – Wir schliessen uns den Anträgen der CVP an, damit das Abstimmungsprozedere einfacher wird.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass die SP in ihrem Postulat verlangt, dass eine externe Untersuchung durchgeführt wird. Die Regierung hat sehr schnell reagiert und diese Untersuchung in die Wege geleitet. Dafür möchte sich der Votant bedanken. Mit diesem Vorgehen sind wir einverstanden – es entspricht dem, was wir wollten. Wir haben angeregt, eine zusätzliche Frage aufzunehmen, auch im Sinn, wie es Leo Granziol gesagt hat. Dass es eben sinnvoll ist, die Fragen der Regierung *jetzt* zu übermitteln und nicht erst im September, wenn diese Untersuchung gelaufen ist. Wir haben die Anregung unterbreitet, dass allenfalls Hans Hagmann sich mit einem Bauprojekt-Experten beraten sollte. Eusebius Spescha kann sich vorstellen, dass dieser das sowieso tut, weil er als Rechtsanwalt sorgfältig arbeitet. Von daher ist unser Anliegen mit dem Vorgehen der Regierung gedeckt und es wäre sehr ungünstig, wenn dieses Postulat jetzt nicht überwiesen würde. Denn dieses politische Signal wäre nicht verständlich.

Frau Landammann Brigitte **Profos** kommt auf die Frage zurück, ob Kantonsräte dem durch die Regierung beauftragten Anwalt Hans Hagmann zusätzliche Fragen stellen könnten. Er ist Auftragnehmer der Regierung und diese Fragen müssten über die Regierung an ihn weiter geleitet werden. Die Frage der Postulantin haben wir gehört. Sie ist wohl bereits in diesem Aufgabenpaket enthalten und wir wissen, dass Hans Hagmann ein anerkannter Baufach-Experte ist. Im Übrigen ist die Regierung bereit und findet es sinnvoll – weil sie diese Untersuchung bereits eingeleitet hat –, das Postulat erheblich erklären zu lassen und sofort zu behandeln.

Die **Vorsitzende** weist für die Abstimmung über die sofortige Behandlung darauf hin, dass die Zweidrittelmehrheit heute 48 Stimmen entspricht.

➔ Mit 46 Stimmen für die sofortige Behandlung des Postulats wird das Quorum nicht erreicht und die Vorlage wird an die Regierung überwiesen.

Leo **Granziol** fordert die Aufnahme des Gegenmehrs.

Die **Vorsitzende** weist auf die Empfehlung 3 des Büros des Kantonsrats hin, wonach die Zweidrittelsmehrheit von den auf der Präsenzliste eingetragenen Mitgliedern des Rats berechnet wird und nicht von den momentan im Saal anwesenden. Die Aufnahme des Gegenmehrs ist deshalb nicht notwendig.

813 INTERPELLATION VON MARKUS JANS BETREFFEND BUNDESINVENTAR DER LANDSCHAFTEN UND NATURDENKMÄLER VON NATIONALER BEDEUTUNG (BLN-GEBIETE)

Markus **Jans**, Cham, hat am 2. Februar 2006 die in der Vorlage Nr. 1407.1 – 11946 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

814 INTERPELLATION VON RUDOLF BALSIGER UND LEO GRANZIOL BETREFFEND BUSSPUREN FÜR TAXIS

Rudolf **Balsiger** und Leo **Granziol**, beide Zug, sowie fünf Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 9. Februar die in der Vorlage Nr. 1410.1 – 11953 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zwei Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

815 INTERPELLATION VON MARTIN STUBER BETREFFEND PERSONALSITUATION UND VERANTWORTUNG DES KANTONS ZUG BEZÜGLICH KUNSTHAUS ZUG

Martin **Stuber**, Zug, hat am 13. Februar 2006 die in der Vorlage Nr. 1411.1 – 11954 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

Die **Vorsitzende** macht den Rat darauf aufmerksam, dass die Staatskanzlei auf Grund eines Missverständnisses diese Interpellation der AF zuschrieb. In Tat und Wahrheit stammt sie von Martin Stuber.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

816 VIERTE PETITION DER FAMILIE FANKHAUSER BETREFFEND HÄRTEBEITRAG IN UNGEWOLLTER UND UNVERSCHULDETER NOTLAGE

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1402.1 – 11934).

Andrea **Hodel** möchte den Fall nochmals mündlich darstellen, da dies nach der Zeitungslektüre offensichtlich notwendig ist. – Die Justizprüfungskommission setzte sich Ende 2001 / Anfang 2002 ein erstes Mal mit der Petition auseinander. Sie stellte damals fest: «Familie Fankhauser leidet an Krankheitssymptomen, sie ist nicht mehr in der Lage, den landwirtschaftliche Betrieb vollumfänglich zu führen, was dazu geführt hat, dass sie sich heute in einer finanziellen Notlage befindet.» Die JPK sah einen Lösungsansatz darin, dass die Petitionärin einerseits der Baudirektion des Kantons Zug ein geändertes Bauprojekt, das bewilligungsfähig ist, einreicht, und andererseits die Baudirektion die notwendigen Bewilligungen ausspricht, und nach Vorliegen des bewilligten Bauprojekts ein letztes Mal Vergleichsverhandlungen vom Regierungsrat mit dem EWZ initiiert werden, wobei Ziel sein müsste, dass die Familie Fankhauser vom EWZ einen Betrag für diese Baute erhalte. Die JPK erklärte bereits damals, dass – sollte die Vergleichsverhandlung von der Petitionärin nicht gewollt sein – nur noch der Klageweg als Lösung gesehen werden könne.
Es erfolgte dann die zweite Petition der Familie Fankhauser, welche mit Bericht und Antrag vom 13. Januar 2003 von der JPK beantwortet wurde. Dabei wurde zusammenfassend Folgendes festgestellt: In der Zwischenzeit war die Baubewilligung von der Gemeinde Baar am 12. Juni 2002 erteilt worden, wobei damals noch die Auflage gemacht worden war, dass das alte Wohn- und Bauernhaus abgebrochen werden müssten. Diese Auflage wurde im Sinne einer Wiedererwägung von der Baudirektion aufgehoben und es wurde festgehalten, dass der Abbruch erst nach Erstellung der neuen Baute erfolgen müsste. Der Regierungsrat nahm die Anregung der JPK auf und versuchte nochmals, zwischen der Petitionärin und dem EWZ zu vermitteln. Die Petitionärin informierte die JPK, ein Angebot in der Höhe von 200'000 Franken sei gemacht worden. Ein Vergleich kam offensichtlich aber erneut nicht zustande. Auf Grund einer weiteren Sitzung am 13. Dezember 2002 beschloss die JPK nochmals, sich für die Anliegen der Petitionärin einzusetzen, machte dies aber von der Bedingung abhängig, dass das von der Baudirektion einmal ausgearbeitete Projekt mit tie-

feren Baukosten von rund 600'000 Franken weiter zu verfolgen sei und für dieses redimensioniertes Projekt ein Finanzierungsbedarf nachgewiesen werde. Eine so von der JPK vorgeschlagene Lösung kam nicht zustande, so sie in ihrem Bericht vom 13. Januar 2003 festhalten musste, dass eine Lösung damals nicht möglich war.
Am 10. Oktober 2003 reichte Familie Fankhauser zum dritten Mal eine Petition ein und ersuchte um Zusprechung eines Härtebeitrages in der Höhe von 500' bis 600'000 Franken. Die JPK nahm diese Petition erneut entgegen und stellte Folgendes fest: Der JPK war vorgeworfen worden, sie habe die Baukosten falsch berechnet. Sie klärte deshalb die Frage der Kosten nochmals ab. Ein in diesem Zusammenhang in Auftrag gegebenes Gutachten ergab, dass die Baukosten für das geplante Haus mit drei Wohnungen tatsächlich zu tief geschätzt worden waren. Ein Gutachter schätzte die Baukosten inklusive Vorbereitungsarbeiten, Erschliessung sowie Mehrkosten für den Ausbau des Dachgeschosses auf rund 1'100'000 Franken. Auf Grund dieser höheren Baukosten nahm die JPK mit zwei Finanzinstituten Kontakt auf und liess den Eigenkapitalbedarf schätzen. Dieser wurde auf 275' bis 300'000 Franken geschätzt. Auf Grund dieser Erkenntnisse nahm die JPK mit den Beteiligten, nämlich dem EWZ und der Gemeinde Baar, nochmals Kontakt auf und versuchte nochmals, eine Lösung zu erarbeiten. Auf Grund dieser weiteren Gespräche unterbreitete die JPK der Petitionärin am 9. März 2004 ein Vergleichsangebot, das vorsah, dass der Kanton 100'000 Franken bezahlen sollte, mit der Aussicht, dass von der Stadt Zürich, der Gemeinde und dem Kanton insgesamt 350'000 Franken als Eigenkapitalbasis für den Bau der Liegenschaft beschafft werden könnten. Dieses Angebot war an Bedingungen geknüpft, welche dem Bericht und Antrag der JPK vom 2. Juni 2004 entnommen werden können, insbesondere wurde von der JPK gefordert, dass sich die Familie Fankhauser mit Bezahlung des Gesamtbetrags per Saldo aller Ansprüche als auseinandergesetzt erklären würde. Auch dieses Angebot, das die JPK auch ohne Koppelung an eine Einigung mit EWZ und NOK nochmals erneuerte, wurde von der Petitionärin nicht gutgeheissen, so dass beantragt werden musste, auch auf diese dritte Petition nicht einzutreten.
Damit sind wir bei der heute vierten Petition der Petitionärin, die mit Schreiben vom 10. Oktober 2004 nochmals ersuchte, einen Härtebeitrag in der Form eines zinslosen Darlehens in der Höhe von 500'000 Franken zu erhalten. Die JPK – dies konnten Sie dem Bericht und Antrag vom 20. Januar 2006 entnehmen – befasste sich nochmals mit dieser Petition und musste ganz kurz zusammengefasst Folgendes feststellen:

1. Das Urteil des Kantonsgerichtes Zug zwischen der Petitionärin und dem EWZ und/oder der Stadt Zürich ist vor dem Obergericht des Kantons Zug mit Berufung vom 21. Juli 2005 von der Petitionärin angefochten worden.
2. Die neue Liegenschaft der Petitionärin ist zwischenzeitlich erstellt, am 12. September 2005 fand die Bauabschlusskontrolle statt.
3. Gegen die Petitionärin sind offene Verlustscheine nicht vorhanden.
4. Die Petitionärin hat vom Amt für Landwirtschaft eine Betriebshilfe in Form eines zinslosen Darlehens von 100'000 Franken erhalten. Die finanziellen Verhältnisse wurden in diesem Zusammenhang von der Petitionärin gegenüber dem Amt für Landwirtschaft dargestellt und aus dieser Darstellung geht hervor, dass die Liegenschaft finanziert werden konnte. Das neue Wohnhaus umfasst – so der Bericht des Amts für Landwirtschaft – vier Wohnungen. Diese Wohnungen könnten, soweit sie nicht von der Petitionärin und der Familie selbst genutzt werden müssen, vermietet werden und es sei mit Mieteinnahmen von rund 70'000 Franken, inkl. Partyraum in der Remise, zu rechnen. Ob die Räume allerdings heute vermietet sind, ist der JPK nicht bekannt. Ein Gespräch mit der Petitionärin konnte nicht stattfinden.

Damit musste die JPK feststellen, dass eine Zusammenarbeit und eine vergleichsweise Lösung mit der Petitionärin nicht möglich ist, dass die Liegenschaft erstellt werden konnte, die Finanzierung möglich war und damit heute keine Härtesituation oder Notlage mehr vorliegt, und dass irgendeine Rechtsgrundlage für die Gewährung eines Härtebeitrages nicht gesehen werden können.
Die Vizepräsidentin der JPK möchte noch kurz Stellung nehmen zur Anmerkung der Petitionärin in der Zeitung, der Baudirektor sei im Verwaltungsrat, deshalb würden die Petitionäre darin ein Mitverschulden des Kantons am Verhalten der NOK sehen. Die NOK ist eine selbständige juristische Person. Der Baudirektor war nie Mitglied des Verwaltungsrats der NOK, aber der AXPO-Holding bis ca. vor einem Jahr. Im Rahmen der Verkleinerung des Verwaltungsrats ist der Zuger Vertreter ausgeschieden. Die Mitgliedschaft der Regierung im Verwaltungsrat hat mit einem Verschulden seitens der NOK oder AXPO-Holding, was im Übrigen von dieser bestritten wird, nichts zu tun. Haftbar für Fehler, die – wenn überhaupt – NOK, EWZ oder Stadt Zürich begangen haben, sind diese Gesellschaften und Gemeinwesen und nicht ein Mitglied der Regierung und schon gar nicht der Kanton Zug. Muss beispielsweise die Zuger Kantonalbank einen Kredit künden und gerät dadurch jemand in eine schwierige Lage, haftet dafür auch nicht der Kanton, obwohl der Kanton im Bankrat vertreten ist und als Aktionärin an der Zuger Kantonalbank beteiligt ist.
Abschliessend und aus all diesen Gründen ersucht Andrea Hodel den Rat einmal mehr, auf diese vierte Petition nicht einzutreten.

Anna **Lustenberger-Seitz** erinnert daran, dass wir nun zum vierten Mal über eine Petition der Familie entscheiden. Der Fall ist dermassen komplex, das es vermutlich für viele gar nicht mehr möglich ist, die Situation von Anfang an bis jetzt zu erfassen. Anscheinend sind Verhandlungen von verschiedener Seite nicht mehr möglich. Die Fronten sind verhärtet. Die Votantin masst sich auch nicht an, irgend jemandem eine Schuld dafür zu zuweisen. Trotzdem beantragt sie, auf die Petition der Familie einzutreten; warum dies?

- Die Tatsache wird auch von der JPK nicht bestritten, dass die Familie unverschuldet in eine Notlage gekommen ist.
- Es geht nun das erste Mal um ein zinsloses Darlehen. Der Kanton verliert ausser dem Zins nichts.
- Aus irgendwelchen Gründen bekommt die Familie nun kein Darlehen von einer Bank. Wer gibt ihnen denn jetzt das Geld, damit sich die Familie eine Existenz aufbauen kann, wenn es über eine Bank nicht mehr möglich ist?
- Wissen wir, wie es uns ergehen würde, wenn wir in einer solchen Situation leben würden, wie die Familie es während ein paar Jahren musste; die Stromspannung wurde von 220 Volt auf 380 erhöht. Wir wissen nicht, welche Auswirkung dies für uns physisch und psychisch hätte. Das wird nun oft vergessen und man sieht nur den unlösbaren Konflikt zwischen Behörden und Familie.

Für Anna Lustenberger ist es aber klar, die Familie muss Ungerechtheiten erfahren haben, die nun dazu beitragen, dass diese Fronten so hart geworden sind. Auch sie kann das Verhalten nicht immer nachvollziehen, auch sie fragt sich oft, ob man bei gewissen Punkten wirklich nicht mehr verhandeln könne. Oft sind dies aber Punkte, bei denen die Familie vorher gedemütigt worden ist. Trotzdem wünschte die Votantin sich auch, dass die Familie kompromissbereiter würde. Sie lebt nun in einem neuen Haus, sie hat mehr Platz, aber die Mauer um sie herum wird immer enger. Es muss doch eine Lösung geben, diese zu sprengen. Das beantragte Darlehen könnte eine Möglichkeit sein. Darum ist Anna Lustenberger für Eintreten; stimmen auch Sie die-

sem Antrag zu! Sie möchte auch den Antrag stellen, dass die Abstimmung geheim erfolgt.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die JPK den Antrag, geheim abzustimmen, ausdrücklich unterstützt. Sie ersucht den Rat auch, im Falle eines Eintretens die Petition an die JPK zurück zu weisen, damit wir die Höhe des Betrags nochmals intern überprüfen können. Nicht damit wir jetzt irgendeinen Betrag sprechen.
Bevor Sie sich aber für oder gegen Eintreten entschieden, möchte die Votantin noch auf einen Aspekt hinweisen. Wie erklären Sie einem Mann, der seine Stelle verloren hat, dann einen Herzinfarkt hatte, nun keine Anstellung mehr findet, weil über 50 und nicht mehr belastbar, deshalb ausgesteuert wurde, seine zu teure Wohnung aufgeben muss, weil er die Miete nicht mehr bezahlen kann, keine neue Wohnung findet, weil er kein Einkommen vorweisen kann und nun vom Sozialamt unterstützt wird, er befände sich wohl in einer unverschuldeten Notlage, bekomme aber kein Geld vom Kantonsrat? Wie erklären Sie das Gleiche einer Frau, die tablettensüchtig war, deren Mann die Scheidung verlangte und die Kinder zu sich nahm, die nur noch ganz eingeschränkt arbeiten kann, vom Sozialamt unterstützt wird und eigentlich alles, was ihr lieb war, verloren hat? Und dann sehen Sie das Haus, das die Petitionärin erstellen konnte, Wohnungen, die vermietet werden können, und entschliessen sich, dies als Notlage zu anerkennen und einen Beitrag zu sprechen. Wenn wir so vorgehen, geben wir dem Druck der Medien und dem Wunsch nach, nicht mehr als böse Machtmenschen und Politiker dazustehen. Eine Notlage mussten wir nicht lindern. – Andrea Hodel bittet den Rat, auf die Petition nicht einzutreten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zuerst darüber abgestimmt werden muss, ob die Abstimmung geheim abgehalten werden soll. Gemäss § 64 der GO braucht es dazu eine Zustimmung von 20 Personen.

➔ Der Rat ist mit der geheimen Abstimmung einverstanden.

➔ Der Rat beschliesst mit 67 : 2 Stimmen ohne Enthaltung, auf die Petition nicht einzutreten.

817 GESETZESINITIATIVEN «EINE FREMDSPRACHE AUF DER PRIMARSTUFE» UND «KEIN ABBAU BEIM HANDWERKLICHEN GESTALTEN»

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1360.1 – 11790), der Kommission (Nr. 1360.3 – 11877) und der Kommissionsminderheit (Nr. 1360.4 – 11878).

➔ Die Gesetzesinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» wird in der *Schlussabstimmung* mit 35 : 30 Stimmen abgelehnt.

➔ Die Gesetzesinitiative «Kein Abbau beim handwerklichen Gestalten» wird in der *Schlussabstimmung* mit 34 : 33 Stimmen abgelehnt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Volksabstimmung zu diesen beiden Initiativen am 21. Mai 2006 stattfinden wird.

818 ÄNDERUNG DES PERSONALGESETZES (ZUSTÄNDIGKEIT FÜR DIE ANPASSUNG AN DIE PREISENTWICKLUNG)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1399.1/.2 – 11923/24) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1399.3 – 11930).

Peter **Dür** erinnert daran, dass die vorliegende Gesetzesänderung Folge der von der erweiterten Stawiko eingereichten und vom Kantonsrat an seiner Sitzung vom 22. Dezember 2005 mir klarer Mehrheit erheblich erklärten Motion ist. Mit ihr erhält der Kantonsrat auch bei der Anpassung der Gehälter an die Teuerung wieder die abschliessende Budget-Hoheit. Der Regierungsrat kann zwar die Gehälter des Staatspersonals jährlich der Teuerung anpassen – neu aber, wie sonst beim Budget üblich, nur unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Kantonsrats anlässlich der Budgetdebatte. Obwohl die Regierung weiterhin und bis zur letzten Minute gegen diese Gesetzesänderung kämpft, hat er diese Vorlage nicht taktisch verzögert, sehr rasch erstellt und dem Kantonsrat unterbreitet. Dies werten wir als Zeichen der Fairness und bedanken uns dafür. Die Stawiko hält selbstverständlich an ihrem Anliegen fest und unterstützt diese Gesetzesänderung grossmehrheitlich. Die abschliessende Budgethoheit gehört dem Kantonsrat! Wir empfehlen Ihnen, am kürzlich gefällten Entscheid festzuhalten und der Vorlage zuzustimmen.

Stefan **Gisler** fordert den Rat auf: Lassen Sie die Regierung ihre Arbeit tun! Die Regierung regiert. Zu einer klassischen operativen Regierungstätigkeit gehört die Anpassung der Staatspersonalgehälter an die Teuerung. Das hat sich seit Jahren bewährt. Konzentrieren wir uns als Kantonsrätinnen und Kantonsräte auf unsere wichtige Aufgabe, strategische Leitplanken für diese Regierungstätigkeit festzulegen. Das haben wir in diesem Fall gemacht. Mit den Kennzahlen zum erwünschten Wachstum beim Personalaufwand. Und die Regierung hat sich in den vergangenen Budgets und Rechnungen an diese strategischen Vorgaben gehalten. Dabei ist es eben wichtig, dass die Regierung innerhalb dieses Bereichs Personalaufwand die Prioritäten selber setzen kann, indem sie eine Teuerung auszahlt oder nicht. Wenn Sie nun dieser Kompetenzverschiebung vom Regierungsrat an den Kantonsrat zustimmen, ist das ein nicht nachvollziehbares Misstrauensvotum an die Regierung. Wie diese ist die AF für Nichteintreten und gegen diese Gesetzesänderung.

Alois **Gössi** möchte zuerst seine Interessenbindung offen legen: Er ist Präsident der Angestelltenvereinigung Zug, der unter anderem auch der Staatspersonalverband des Kantons Zug angehört. – Ist der Regierungsrat in der Vergangenheit masslos oder unverhältnismässig mit seiner Kompetenz umgegangen, die Höhe des Teuerungsausgleiches zu bestimmen? Der Votant kann sich nicht erinnern, dass dieser unverhältnismässig gehandelt hat. Es gab vielleicht einzelne Entscheide, über die man diskutieren konnte, aber es wurde nie mit der grossen Kelle angerichtet. Es gab auch schon Jahre, wo der Regierungsrat, und dies nicht zur Freude des Personals,

den Teuerungsausgleich ganz gestrichen hat. Für Alois Gössi haben im Weiteren die Argumente des Regierungsrats, die er in seiner Vorlage schon dargelegt hat, immer noch Gültigkeit. Die zwei wichtigsten sind:

1. Es widerspricht der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, wenn die Kompetenz zu uns in den Kantonsrat kommt. Bei Pragma sind wir klar für eine wirkungsorientierte Verwaltungsführung, bei der Kompetenz zur Gewährung des Teuerungsausgleichs lehnen wir dies ab. Wir schaffen, wenn die Kompetenzverlagerung stattfindet, einen gröberen Widerspruch.
2. Ein Gutachten der Uni Bern von 2004 ergab die sachliche Zuständigkeit des Regierungsrats und nicht des Kantonsrats.

Zum Schluss eine Frage an den Stawiko-Präsidenten. Was erwartet er inskünftig von den Zuger Gemeinden? Viele übernahmen jeweils den Entscheid des Regierungsrats zum Teuerungsausgleich, was soll jetzt aber passieren, wenn allenfalls der Kantonsrat entscheiden soll? Bei uns entscheidet die Legislative, wie soll es in den Gemeinden passieren? Soll die Kompetenz zur Gewährung des Teuerungsausgleiches an die Gemeindeversammlung delegiert werden? Hier würde mich seine Meinung interessieren.
Im Namen der SP-Fraktion bittet Alois Gössi den Rat, dem Antrag des Regierungsrats, den dieser contre-coeur gestellt hat, nicht zuzustimmen und die Kompetenzverlagerung abzulehnen.

Peter **Rust** hält fest, dass die Mehrheit der CVP-Fraktion den Antrag der Stawiko unterstützt. Wer geliebt ist, hat leicht regiert. Diese Tatsache hat bereits Goethe herausgefunden und so in etwa würde sich die Situation präsentieren, sollte künftig der Regierungsrat zuständig bleiben für die Anpassung der Gehälter an die Preisentwicklung. Einerseits könnte der Regierungsrat die guten Leistungen des Personals direkt honorieren, anderseits aber würde die Neutralität und Abhängigkeit gegenüber dem Staatspersonal arg strapaziert. In dieser Situation ist die abschliessende Budgetgenehmigung als Instrument durch den Kantonsrat die einzig richtige Lösung. Im Namen der CVP bittet der Votant den Rat, auf den Antrag der Stawiko einzutreten und ihm zuzustimmen.

Peter **Dür** möchte an die Budgetdebatte 2003 erinnern. Wir haben dort anlässlich der Beratungen in der erweiterten Stawiko festgestellt, wie wenige Möglichkeiten der Kantonsrat hat, überhaupt Einfluss auf dieses Budget zu nehmen. Viele Beträge sind gebundene Ausgaben, die wir nicht beeinflussen können. Gregor Kupper hat damals im Detail versucht, etwas zu finden, wo wir noch Korrekturen anbringen können. Aus dieser Situation heraus ist diese Situation entstanden. Der Stawiko-Präsident möchte auch darauf hinweisen, dass es mit diesen Kennzahlen im Moment sehr gut funktioniert. Anderseits muss man auch wissen, dass diese nicht im Gesetz festgelegt sind. Das basiert auf einer mündlichen Vereinbarung zwischen Kantonsrat, Stawiko und der Regierung, und kann jederzeit wieder geändert werden. Im Moment halten sich alle an diese Kennzahlen und wir haben überhaupt kein Problem. Im Normalfall ändert sich nichts und es geht beim Budget wie sonst. Aber die abschliessende Budgethoheit hat der Kantonsrat. Wenn alle Stricke reissen und erst dann hätte der Kantonsrat die Möglichkeit, hier eine Korrektur anzubringen.
Zur Frage von der linken Ratseite, was das für die Zuger Gemeinden heisst. Im Normalfall können sie mit den Zahlen budgetieren, mit denen auch der Kantonsrat budgetiert. Erst wenn alle Stricke reissen und wir das Budget nicht in den Griff bekom-

men, hätte der Rat die Möglichkeit, hier eine Korrektur anzubringen. Das ist auch richtig: Die abschliessende Budgethoheit gehört dem Kantonsrat.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass die Regierung ihren Bericht sehr kurz gehalten hat. Es sind nur gerade zwei Seiten. Wir haben gedacht, es sei nicht notwendig, alles zu wiederholen, was wir bereits in der Vorlage Nr. 1351.2 dargelegt haben, als es um die Erheblicherklärung der Motion ging. Der Votant möchte aber trotzdem auf diesen Bericht verweisen, weil dort alle Argumente aufgelistet sind. Und er möchte natürlich an diesen Argumenten festhalten. Nur kurz zur Erinnerung: Die heutige Bestimmung hat auch eine Geschichte. Seit 35 Jahren ist der Regierungsrat zuständig für die Festsetzung der Teuerung. Sie geht also nicht auf Goethe zurück, aber auf den Kantonsrat von 1970. Und es ist anzunehmen, dass der damalige Kantonsrat auch mit kompetenten Personen besetzt war. Seit 1970 hat sich dann diese Bestimmung laufend verändert. Einmal hatte die Exekutive die Pflicht, die Teuerung vollumfänglich auszugleichen. Dann war es wieder eine Kann-Formulierung. Und heute ist es eben auch diese Kann-Formulierung. Der Regierungsrat *kann* die Teuerung ausgleichen bis zum Landesindex der Konsumentenpreise. Er *muss* es aber nicht. Und er hat es auch bewiesen, dass er es nicht immer macht. So hat er bereits zwei Mal die Teuerung nicht ganz ausgeglichen. Auch die aktuelle Teuerung für dieses Jahr wurde vom Regierungsrat nicht voll ausgeglichen in Anbetracht dessen, dass wir ja eine Finanzstrategie haben. Und dort haben wir klare Vorgaben, wie hoch das Personalwachstum sein soll. Wir haben mehrmals bewiesen, dass wir die Vorgaben der Finanzstrategie einhalten wollen. Es ist sicher so, dass diese wieder einmal überarbeitet werden muss und dann auch die Zielgrössen anders werden. Aktuell haben wir ja eine sehr tiefe Teuerung. Die war aber schon wesentlich höher, bei vier, fünf oder noch mehr Prozent. Und wenn das wieder mal eintreten sollte, soll doch auch unsere Finanzstrategie diesen veränderten Umständen angepasst werden. Die heutige Formulierung hat das Parlament 1993 beschlossen. Damals war das durchschnittliche Personalwachstum 6,5 %. Also zweieinhalb mal höher als heute! Und trotzdem sagte das Parlament damals: Die Kompetenz zur Festsetzung des Teuerungsausgleichs soll beim Regierungsrat sein! Auch dies sagt doch, dass es nicht gerechtfertigt ist, diese Kompetenzverschiebung vorzunehmen. Und was die sachliche Zuständigkeit anbetrifft, wurde ja vorhin schon gesagt und das Gutachten hat es auch ausgeführt: Es wäre eher beim Regierungsrat als beim Kantonsrat, das festzusetzen. Insbesondere auch, wenn es um die Festsetzung der Teuerung geht, ist ja auch zu berücksichtigen, wie die Konkurrenzfähigkeit des Kantons als öffentlicher Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt ist. Oder wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sind, die zu berücksichtigen sind. Peter Hegglin möchte den Rat auch an die Motionen erinnern, die Richtung Pragma gehen. Dort haben Sie ja gesagt: Wir geben grösseren Handlungsspielraum, wir geben Globalbudgets. Und die Teuerung ist ja in diesen Budgets enthalten. Und jetzt nehmen Sie ein Element heraus und wollen das dann separat beschliessen. – Lassen Sie die Zuständigkeit, wie sie ist, und lehnen Sie den Antrag ab!

Hans Peter **Schlumpf** betont, dass es grundsätzlich nicht bestritten wird, dass der Kantonsrat die Kompetenz hat, das gesamte Budget gutzuheissen oder es abzuändern. Es gibt überhaupt keinen Grund, warum der Teuerungsausgleich – der ja Teil des Lohnes ist – nicht Teil des Budgets und damit nicht in der Kompetenz des Parlaments sein soll. – Und noch etwas zum Aspekt Pragma. Es wird da ein Gegensatz

konstruiert zwischen den Grundsätzen von wirkungsorientierter Verwaltung, denen das Parlament ja immer wieder zugestimmt hat und wo jetzt die Versuchsprojekte laufen, und den Kompetenzen auf der anderen Seite. Sobald Pragma in diesem Kanton einmal flächendeckend eingeführt ist und durchgesetzt wird, können wir über eine Änderung dieser Kompetenzen reden. Dann ist auch der Teuerungsausgleich Teil eines Globalbudgets und wird auch kompetenzmässig entsprechend geregelt. Aber wir haben heute Pragma noch nicht umgesetzt. Wir stehen heute in den Pilotprojekten und so lange gilt noch eine andere Lösung. Der Votant beantragt deshalb mit Überzeugung: Treten Sie auf die Vorlage ein, stimmen Sie der Vorlage zu und schreiben Sie die Motion der Stawiko jetzt nicht einfach ab.

➔ Der Rat beschliesst mit 44 : 24 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Rat auch in der Detailberatung darüber abstimmen müsste, weil der Regierungsrat diese Änderung materiell ablehnt. Da jedoch diese Gesetzesänderung materiell einen einzigen Absatz eines Paragraphen enthält und der Rat schon im Eintreten dazu Stellung genommen hat, verzichten wir auf eine nochmalige Abstimmung.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1399.4 – 11961 enthalten.

819 VOLLZUG DES STRASSENBAUPROGRAMMS 2004-2011, OBJEKTKREDIT FÜR DIE INSTANDSETZUNG DER ZUGERSTRASSE, ABSCHNITT SCHEUERMATT-STRASSE-ALPENBLICK, GEMEINDE CHAM

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1392.1 – 11886), der Strassenbaukommission (Nr. 1392.2 – 11932) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1392.3 – 11947).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es hier nur eine einzige Lesung gibt, weil der Kantonsrat gemäss § 3 Abs. 1 des KRB über das Strassenbauprogramm 2004-2011 diesen Kredit durch einfachen Beschluss freigibt.

Peter **Rust** weist darauf hin, dass die Zugerstrasse in Cham im Abschnitt Alpenblick-Scheuermattstrasse in einem sehr schlechten baulichen Zustand ist. Die Sanierung darf nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Bereits bei der Beratung des Strassenbauprogramms im Jahre 2003 hat die Regierung das Parlament auf die dringende Sanierung dieser Kantonsstrasse hingewiesen. Durch die Baudirektion wurde nun

in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Cham das vorliegende Sanierungsprojekt ausgearbeitet. Die Strassenbaukommission hat die Vorlage zur Instandsetzung der Zugerstrasse eingehend beraten und beantragt dem Parlament grossmehrheitlich, den Antrag des Regierungsrats zu unterstützen. Für eine umgehende Sanierung waren für die Kommission folgende Gründe ausschlaggebend:

- Der Oberbau der Zugerstrasse (Koffer und Belag) ist übermässig beschädigt und muss ersetzt werden.
- Die Strassenunterhaltskosten sind auf diesem Strassenabschnitt in den letzten Jahren unverhältnismässig stark angestiegen.
- In den Entwässerungsleitungen im Strassenkörper sind Rohrbrüche und Verformungen festgestellt worden, die unter der Verkehrslast jederzeit einbrechen können. Notfallmässige Leitungs-Reparaturen führen unweigerlich zu Verkehrszusammenbrüchen.
- Rohrbrüche verursachen Gewässerverschmutzungen.
- Das Strassenabwasser wird heute ungeklärt in den Zugersee abgeleitet und würde bei dieser Sanierung mit einer Strassenabwasser-Behandlungsanlage (SABA) aufbereitet.
- Der Verkehrsfluss aus dem Ortskern von Cham würde durch die Aufweitung beim Knoten Alpenblick optimiert.
- Auf die gleichzeitige Sanierung der Etappe Scheuermattstrasse bis Industriegleis muss wegen zu hohem Verkehrsaufkommen in Cham verzichtet werden.

Strassenschlacht in Cham. In einem Artikel der Zuger Zeitung im Anschluss an die Strassenbaukommissionssitzung wurde ausgeführt, dass der Gemeinderat von Cham die Sanierung zwar begrüsse, aber zuerst die Ergebnisse des Chamer Strassenbauwettbewerbs abwarten wolle. Demzufolge sei die Sanierung um ein Jahr zu verschieben. Der Präsident der Strassenbaukommission veranlasste umgehend eine Aussprache mit Vertretern der Gemeinde Cham und der Baukommission. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, weil beide Parteien an ihren Anträgen festhalten wollten. Der Gemeinderat Cham gelangte am 19. Januar 2006 nochmals schriftlich an den Regierungsrat mit der Bitte, die Sanierung um ein Jahr aufzuschieben. Dies mit der Begründung, dass im Rahmen des Wettbewerbs für die Strassenraumgestaltung neue Ideen und entsprechende bauliche Massnahmen für den Umbau der Zugerstrasse einfliessen könnten. In seiner umfassenden Antwort hielt der Regierungsrat jedoch unmissverständlich an der Vorlage fest.

Die Strassenbaukommission besprach an ihrer letzten Sitzung vom 3. Februar 2006 nochmals die Situation. In der Kommission wurde ein Rückkommensantrag mit 11 : 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Mehrheit der Kommission wünscht, dass die Sanierung vordringlich realisiert und der Verkehrsfluss durch Cham nicht eingeschränkt wird. Eine allfällige neue Strassenraumgestaltung auf der Zugerstrasse, u.a. mit Verschiebungen von Bushaltestellen, ist im heutigen Zeitpunkt nicht realisierbar und auch nicht sinnvoll. Verhandlungen mit Grundeigentümern für das dazu notwendige Land sind bekanntlich sehr zeitaufwändig. An dieser Stelle muss deutlich festgehalten werden, dass die Verschiebung der Sanierung um ein Jahr für die Gemeinde Cham in der Sache nichts bringt. Nach Durchführung eines allfälligen Wettbewerbs beansprucht die Krediterteilung, Planung und Ausschreibung für vergleichbare Projekte zusätzlich mindestens zwei bis drei Jahre. Ein Strassengestaltungswettbewerb in Cham ändert im Übrigen am Status der Zugerstrasse nichts, diese bleibt nach wie vor eine Kantonsstrasse. Veränderungen daran sind erst nach der Realisierung des Kammerkonzepts, insbesondere der Kammer A, möglich. Selbst mit grösstmöglichem Optimismus kann mit einer Realisierung und Fertigstellung nicht vor 2016 gerechnet werden. Die bestehende Zugerstrasse muss somit während den nächsten

Jahren täglich ca. 20'000 Fahrzeuge verkraften und muss daher ohne Verzug verkehrsorientiert saniert werden.
Die Kommission verzichtet auf die Optionen bezüglich Umgestaltung der Strasseneinmündungen Mugeren- und Eichstrasse im Umfang von 100'000 Franken. Solche Anpassungen bzw. Verengungen können später immer noch realisiert werden, ohne dass die Kantonsstrasse dadurch tangiert wird. Namens der Strassenbaukommission bittet der Votant den Rat, dem Objektkredit für die Instandsetzung der Zugerstrasse – Scheuermattstasse bis Alpenblick – gemäss Antrag von Regierung und Kommission zuzustimmen und den notwendigen Kredit von 7'170'000 Franken zu sprechen. – Auch die CVP-Fraktion stimmt der Vorlage fast einstimmig zu.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** verweist auf den Bericht.

Berty **Zeiter** erinnert an die Zeitungsschlagzeile «Strassenschlacht droht» zu dieser Vorlage. Diese Schlacht wird vordergründig mit Argumenten ausgetragen – im Hintergrund sind aber Absichten, Präferenzen und Machtkämpfe wirksam. Der Regierungsrat bringt vor allem zwei Argumente, weshalb die Zugerstrasse nun hopp-hopp saniert werden muss:

- der schlechte Zustand der Entwässerungsleitungen,
- dass die Abwässer dieser überaus stark befahrenen Strasse ungeklärt in den Zugersee fliessen.

Dabei fragt sich die Votantin, warum die Baudirektion noch im September 2005 diese Dringlichkeit nicht erkannt hatte. Sonst hätte sie die für 2006 benötigten 5 Mio. Franken ins Budget aufnehmen können. Im Budget aber sind nur die andern grösseren Strassenprojekte aufgeführt und für lokale Korrekturen sind bloss 2 Mio. Franken eingesetzt. Also hat man logischerweise bei der Erstellung des Budgets noch nicht an die Zugerstrasse gedacht.
Der Gemeinderat Cham hat Gründe, weshalb er die Sache ganz anders sieht und die Sanierung erst 2007 durchgeführt haben möchte:

- Ausser der Stadt Zug leidet keine Gemeinde im Kanton so stark unter der Verkehrsbelastung wie Cham, deshalb ist die Machbarkeit, Abklärung und Ausführung von flankierenden Massnahmen sehr wichtig.
- um die Wohn- und Lebensqualität im Ort nicht noch mehr zu beeinträchtigen, wurde im Juni 2005 ein Studienauftrag für flankierende Massnahmen ausgeschrieben, der jetzt, im Frühjahr 2006, ausgewertet wird. Diese Chamer Initiative soll in die Sanierung der Zugerstrasse einbezogen werden. Sonst ist der Kredit von 200'000 Franken, den der Chamer Souverän dafür gesprochen hat, in den Sand gesetzt.

Betrachten wir nun auch die Absichten, Präferenzen, Ressourcen und die Machtverhältnisse. Zuerst muss Berty Zeiter feststellen, dass die Kommunikation zwischen dem Kanton und der Gemeinde schlecht ist. Zumindest signalisiert der Gemeinderat Cham klar, dass er sich von der Regierung nicht ernst genommen fühlt und keine Unterstützung spürt in seinem Bestreben für eine Aufwertung der Wohnqualität. Was sicher nicht gut gelaufen ist, ist die vorzeitige Behandlung des Traktandums in der Strassenbaukommission. Leider hatte auch die Votantin sich – allzu gutgläubig – in ihrer Fraktion dafür eingesetzt. Das wird nicht wieder vorkommen. Auf S. 12 der Vorlage wird der Widerstand des Gemeinderates zwar zitiert, doch erst nach der Kommissionssitzung und auf Grund des eingangs erwähnten Zeitungsartikels erhielten wir das gesamte Dokument zu Gesicht, in dem der Gemeinderat seine Argumente

darlegt. In dieser Stellungnahme vom September 2005 hat der Gemeinderat Cham festgehalten: «Es besteht ein hohes politisches Interesse an einer möglichst schnellen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Zugerstrasse und an einer besseren städtebaulichen Integration der Strasse in das Ortsbild von Cham.» Der Gemeinderat postuliert: «…, dass heute schon die geplanten flankierenden und gestalterischen Massnahmen des Kammerkonzeptes soweit zu berücksichtigen sind, dass sie einerseits nicht verunmöglicht werden und andererseits dort, wo keine Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit zu erwarten sind, realisiert werden können.» Und ein drittes, schwer wiegendes Argument in Bezug auf die Erhöhung der Leistungsfähigkeit durch eine zusätzliche Vorsortierspur: «Eine Zunahme der Leistungsfähigkeit auf der Zugerstrasse ohne flankierende Massnahmen führt aber spätestens mit der Eröffnung der Autobahn durch das Knonaueramt unweigerlich zu einem Verkehrskollaps.»
Wenn wir jetzt der vorliegenden Vorlage zustimmen, wird die Ausführung der flankierenden Massnahmen auf Jahrzehnte hinaus blockiert. Cham ist zu wenig finanzkräftig, als dass sie so locker wie andere Gemeinden (Berty Zeiter denkt da besonders an ihre eigene) sagen könnten: «Wenn der Kanton nicht mithelfen will, machen wir es halt alleine.» Der Kanton als Finanzkraft und als Besitzer der Strasse sitzt auf jeden Fall am längeren Hebel. In dieser Position ist er bereit, über 7 Mio. Franken zu investieren, auch wenn es sinnvoll und machbar wäre, mit diesem Geld viel mehr an Qualität herauszuholen. So aber muss er – und die Strassenbaukommission – sich den Vorwurf gefallen lassen, das Geld zu verschleudern und Fehlinvestitionen vorzunehmen. Deshalb plädiert die Votantin dafür, dass wir als Kantonsrat dem Regierungsrat den Auftrag geben, zusammen mit dem Chamer Gemeinderat nochmals über die Bücher zu gehen. Der Kanton und die Gemeinde Cham müssen in den nächsten Jahren noch intensiv zusammenarbeiten, gerade auch im Hinblick auf den 6-Spur-Autobahnausbau und das Kammerkonzept. Deshalb soll diese Auseinandersetzung zwischen der Baudirektion und dem Gemeinderat Cham so geführt werden, dass eine Win-win-Situation resultiert, die beide Seiten stärkt für die weitere Zusammenarbeit. – Der Antrag der AF lautet daher auf Eintreten und Rückweisung der Vorlage an den Regierungsrat mit dem Auftrag, die Sanierung der Zugerstrasse mit den von der Gemeinde Cham vorgesehenen flankierenden Massnahmen abzustimmen.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass die Renovationsarbeiten an der Zugerstrasse in Cham notwendig sind. Sie müssen in nächster Zeit durchgeführt werden. Über den Zeitpunkt der Arbeitsausführungen kann man sich streiten, wie das der Gemeinderat Cham und die Baudirektion tun. Eine Auseinandersetzung in aller Öffentlichkeit, unterstützt von Leserbriefen, ist der Sache aber letztlich wenig dienlich und verhärtet nur die Fronten. In Sachen Strassenbau jammern wir im Kanton Zug bekanntlich auf hohem Niveau. Der Gemeinderat von Cham steht nun als Verlierer da. Mit etwas gutem Willen von beiden Seiten hätte sich vielleicht sogar eine Win-win-Situation ergeben können. Das Projekt selber ist weder innovativ, noch fällt es durch spezielle Nachlässigkeiten auf. Es ist ein Projekt aus der Mottenkiste der Verkehrsplaner, ohne besondere Farbtupfer, aber immerhin mit einigen wenigen Retuschen. Kein Grün, keine Bäume, keine breiteren Trottoirs, aber immerhin durchgehende Velowege und Mittelinseln bei den Fussgängerstreifen. Damit muss die Chamer Bevölkerung wohl oder übel die nächsten 20 Jahre leben. Die wirklich guten Ideen, wie z.B. die Option für die Verengung der Einfahrten für die Eich- und Mugerenstrasse, blieben bereits im Hals der Strassenbaukommission stecken. Der Gemeinderat von Cham würde eine einheitliche Gestaltung und Redimensionierung dieser Anschlüsse

begrüssen. Die Sicherheit für die querenden Fussgänger würde sich damit verbessern.
Die SP-Fraktion stellt deshalb Antrag*, die Option Umgestaltung der Anschlüsse Mugeren- und Eichstrasse von 100'000 Franken wieder in den Kostenvoranschlag aufzunehmen.* Mit Ihrer Zustimmung zum Antrag der SP-Fraktion würden sich die Kosten für die Renovation der Zugerstrasse gerade um 1,4 % verteuern. Die sinnvolle Ergänzung wäre ein Beitrag für sichere und bessere Fussgängerverbindungen in der Gemeinde und damit für eine Verbesserung der Lebensqualität. Nicht unwichtig dabei wäre die Signalwirkung für den Gemeinderat Cham, dass er mit seinen Anliegen vom Kanton auch ernst genommen wird.

Beat **Zürcher**: Wie sich die Regierung, die Stawiko nicht ganz und die vorberatende Kommission auch nicht ganz hundertprozentig in der Schlussabstimmung für diese Sanierung der Zugerstrasse in Cham ausgesprochen haben, ist die SVP-Fraktion einstimmig dafür, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung des Regierungsrats zu zustimmen. Wir verstehen nicht, wieso einzelne Kantonsräte und der Gemeinderat Cham diese Sanierung um ein Jahr verschieben wollen oder vielleicht hinauszögern, bis eventuell das Kammerkonzept gebaut ist. Solange dieser Strassenabschnitt eine Kantonsstrasse ist, wo täglich mehr als 20'000 Fahrzeuge die Strasse benutzen, kann dem Studienauftrag der Gemeinde Cham nicht nachgekommen werden. Das ist die Meinung der SVP. Darin heisst es: «Das gemeinsame Ziel ist es, die Aufenthalts- und Erlebnisqualität der Strassenräume und Plätze zu erhöhen und an die heutigen Bedürfnisse der Verkehrsteilnehmer, des Detailhandels und der Bevölkerung anzupassen.» Diese Verantwortung kann die SVP-Fraktion nicht übernehmen, da das Kammerkonzept in den nächsten 10 bis 20 Jahren kaum realisiert sein wird.
Seit der Votant 1998 in den Kantonsrat kam und sogleich der Strassenbaukommission angehörte, ist dieser Strassenabschnitt Alpenblick bis Scheuermattstrasse ein Dauerthema. In einem Protokoll der Strassenbaukommission vom 1. März 2000 haben wir die Prioritätenliste behandelt. Zu Projekt Nr. 17 heisst es: «Bei einer Gesamtsanierung der Zugerstrasse ist diesem Begehren Beachtung zu schenken. Priorität hoch.» Bei Untersuchungen hatte man nun Risse im Belag erkannt. Diese sind in der Zwischenzeit vielleicht provisorisch saniert worden. Zudem ist die Meteorwasserleitung in einem schlechten Zustand. Die Rohre sind zum Teil defekt, wovon wir Bilder gesehen haben. Beat Zürcher ist nicht sicher, ob in den letzten Jahren alles Wasser das richtige Ziel erreicht hat.
Wie es die vorberatende Kommission in ihrem Bericht festhält, ist sich auch die SVP-Fraktion bewusst, dass sich eine Sanierung der Zugerstrasse nur schon aus Gewässerschutz-, aber auch aus Sicherheitsgründen nicht mehr länger hinauszögern lässt. Denn wenn in nächster Zeit ein Ölunfall oder sonst etwas passieren sollte und dadurch die Böden und Gewässer verschmutzt werden, was durch die Sanierung bestimmt verhindert werden kann, wer möchte dann diese grosse Verantwortung übernehmen? Aus all diesen Gründen ist sich die SVP-Fraktion einig, dass eine Sanierung dieses Strassenabschnittes, so wie es die Strassenbaukommission vorschlägt, ohne Verengung und Grünstreifen, möglichst schnell erfolgen muss.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Antrag der Regierung, der Strassenbaukommission und der Stawiko unterstützt und dem Objektkredit über 7'170'000 Franken für die Instandstellung der Zugerstrasse im Abschnitt Scheuermattstrasse-

Alpenblick einstimmig zustimmt. Die Zugerstrasse – neben der Autobahn die wichtigste Verbindung zwischen dem Ennetsee und der Kantonshauptstadt – ist mit rund 20'000 Fahrzeugen pro Tag eine der höchstbelasteten Strassen im Kanton und die Belastung wird bis zur Fertigstellung des Kammerkonzeptes weiter zunehmen. Der Kanton hat dafür zu sorgen, dass diese für einige zehntausend Bewohnerinnen und Bewohner der Ennetsee- und angrenzenden Gemeinden wichtige Verbindung in einem guten Zustand ist. Nachdem eine erste Etappe der Zugerstrasse bereits letztes Jahr saniert werden konnte und zwei weitere Etappen in den nächsten Jahren folgen sollen, ist jetzt der richtige Zeitpunkt für die Auslösung der Instandstellungsarbeiten gegeben.
Der Wunsch des Gemeinderates Cham, mit den Instandstellungsarbeiten zuzuwarten, bis die Erkenntnisse aus den Studienaufträgen vorliegen, welche Lösungen für die zukünftige Gestaltung der Strassenräume und Plätze aufzeigen, erscheint auf den ersten Blick plausibel. Nimmt man aber zur Kenntnis, dass die Umgestaltung des Strassenraums nach den Wünschen des Gemeinderates Cham erst nach Eröffnung der letzten der vier Etappen des Kammerkonzepts, also frühestens in 10 bis 15 Jahren erfolgen kann – nach der Abstufung von einer Kantonsstrasse zu einer Gemeindestrasse, kommt man unweigerlich zum Schluss, dass mit der dringend notwendigen Sanierung nicht zugewartet werden kann. Mögliche zukünftige Lösungen werden nicht eingeschränkt, da ausser der Ausweitung vor der Alpenblickkreuzung an der Zugerstrasse nichts verändert wird, sie wird lediglich in Stand gestellt. Welche Verzögerungen eine Abstimmung mit den Studienaufträgen der Gemeinde Cham brächten, kann heute kaum beurteilt werden. Liegen im Herbst dieses Jahres erste Erkenntnisse aus den Studienaufträgen vor, müssen diese ja erst ausgewertet werden, um festzustellen, ob allfällige Umsetzungen zusammen mit den Sanierungsarbeiten erfolgen könnten. Die Umsetzung allfälliger Zusatzwünsche hätte ja auch Kostenfolgen für die Gemeinde Cham, welche wiederum im Rahmen eines ordentlichen politischen Prozesses verarbeitet und genehmigt werden müssten. Eine Abstimmung mit den erwähnten Studienaufträgen hätte für das vorliegende Sanierungsprojekt sowie die folgenden Etappen eine Verzögerung von zwei oder mehr Jahren zur Folge, und diese Zeit haben wir nicht mehr.
Das Bauprogramm verlangt, dass wir der Vorlage heute zustimmen. Nur dann ist es möglich, dass die Belagsarbeiten, welche eine totale Sperrung der Zugerstrasse erfordern, während den Sommerferien durchgeführt werden können. Nur mit dem Termin Sommerferien kann ein totaler Verkehrskollaps im Ennetsee verhindert werden.
Nach dem etwas einseitigen Pressebericht mit der dramatischen Überschrift und den darauf folgenden Leserbriefen vom Januar dieses Jahres empfiehlt der Votant der Regierung zu überlegen, wie sie in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat Cham die Chamer Bevölkerung objektiv über das Projekt und die Gründe, die zu diesem Entscheid geführt haben, informieren könnte. Neben hohen Kosten, Baustellen während vier Monaten und den damit verbundenen Unannehmlichkeiten bringt dieses Vorhaben ja auch unbestrittene Vorteile:

- Es wird verhindert, dass bereits vorhandene Beschädigungen der Entwässerungsleitungen nicht bis zur Belagsoberfläche durchschlagen. Mit dem Ersatz des Deckbelages wird die Bildung von Wasserlachen verhindert, welche heute Fussgänger und Radfahrer belästigen und auch zu Schäden an Gebäuden und Einrichtungen führen können.
- Nach der Trennung der Kantonsstrassenabwässer vom gemeindlichen Abwassersystem und der Erstellung einer Strassenabwasserbehandlungsanlage fliessen die stark verschmutzten Strassenabwässer nicht mehr direkt in den See.

Damit werden gesetzliche Vorschriften erfüllt und es wird für die Umwelt ein wertvoller Beitrag geleistet.
- Im Projekt sind Aufwendungen von über einer halben Million für bauliche Lärmschutzmassnahmen vorgesehen, für welche die betroffenen Anwohner bestimmt dankbar sein werden.
- Mit der Ausweitung des Strassenraums vor der Alpenblickkreuzung kann für jede Richtung eine eigene Spur geschaffen werden. Dadurch wird der Warteraum vor der Kreuzung vergrössert, was zu einer besseren Entleerung des Ortskerns von Cham führt.

Die FDP empfiehlt, auf diese Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Peter **Rust** hat keine Angst, dass diese Vorlage nicht durchgeht. Aber trotzdem, an die Adresse der Redner auf der linken Seite! Wenn Berty Zeiter sagt, wir hätten das in der Strassenbaukommission nicht hinterfragt. Sie weiss, dass der Votant als erster gelöchert hat beim Kantonsingenieur, ob es dringend sei oder nicht. Und ausser ihr und noch einer Stimme wurde das auch nicht in Frage gestellt. Wir haben halbstundenlang über die Notwendigkeit diskutiert, weil wir genau wissen wollten, ob man nicht für die Gemeinde Cham, um sie ein wenig zu beruhigen, diese Vorlage aufschieben könne. Aber Berty Zeiter hat es genau gehört und Markus Jans soll nun auch zuhören: Die Fachleute haben uns ganz klar gesagt, wir dürften das kein halbes Jahr aufschieben. Und es wurde vorhin zu Recht gesagt: Wenn irgendetwas passiert und der Belag einbricht, müssten wir uns in diesem Parlament den Vorwurf gefallen lassen, wir hätten die Strassen verlottern lassen. Und das kommt für die Strassenbaukommission und dieses Parlament überhaupt nicht in Frage.
Dann das schlechte Verhältnis von Cham zur Baudirektion. Wir haben am 6. Februar, als wir mit der Gemeinde Cham die Anhörung über das Kammerkonzept hatten, Ursi Luginbühl und Werner Toggenburger am Tisch. Es war eine ziemlich heftige Auseinandersetzung. Aber sie haben uns versichert, dass sie heute für diese Sanierung seien. Und jetzt kann man nicht so tun, als sei das Kriegsbeil in dieser Sache noch nicht begraben. Es ist begraben! Die Dringlichkeit ist gegeben. Und der Votant würde der Gemeinde Cham doch anraten im Hinblick auf diese grosse Diskussion, die wir dann über das Kammerkonzept haben werden, sich jetzt nicht bei einem Strassenunterhaltsproblem aufzuhalten, sondern die Kräfte für eine gute Zusammenarbeit und eine gute Umfahrung im Ennetsee zu verwenden.

Martin **Stuber** fühlt sich durch Peter Rust aus dem Busch geklopft. Mit der halben Katastrophe in Cham ist ja jetzt der Teufel an die Wand gemalt worden eine halbe Stunde lang. Wenn es wirklich so schlimm ist um diese Strasse in Cham, wieso kommt dann diese Vorlage erst jetzt? Wieso genau zu diesem Zeitpunkt? Und wieso ist sie nicht ins Budget aufgenommen worden? Was haben wir für ein Baudepartement, das dermassen nicht weitsichtig ist und solche katastrophalen Probleme rechtzeitig voraussieht und rechtzeitig handelt? Das ist natürlich eine polemische, rhetorische Frage. Das hören Sie. Es geht hier um etwas ganz Anderes. Es geht hier darum, eine Gemeinde in den Senkel zu stellen. Es ist eine politische Machtdemonstration. Und wenn Sie glauben, mit solchen politischen Machtdemonstrationen in diesem Kanton grosse Strassenbauprojekte durchzubringen, dann könnten Sie sich gewaltig die Finger verbrennen.

Berty **Zeiter** möchte Peter Rust auch etwas entgegnen. Wenn er behauptet, dass das Kriegsbeil jetzt begraben sei, muss sie ihm ganz eindeutig widersprechen. So schnell geht das nicht, wenn man in einer Kommission so starke Fronten aufbaut gegen eine Gemeinde und in der Diskussion das so spürbar wird, dass auch die zitierte Gemeinderätin das feststellt und sich fragt, welchen Umgangsstil wir pflegen, dann kann man solche Konfrontation nicht so schnell wieder bereinigen. Und da müssen wir schon noch ein wenig entgegenkommen und die Gemeinde wieder stärker aufnehmen.

Peter **Rust** will nicht auf jedes Detail eingehen. Nur so viel, Martin Stuber. Der Votant hat vergessen, das vorher zu Berty Zeiter zu sagen. Die Baudirektion habe das verschlampt und nicht ins Budget aufgenommen. Peter Rust hat – wenn Sie richtig zugehört haben – im Bericht gesagt: Bereits im Strassenbauprogramm 2003 war diese Sanierung erwähnt, dass sie ansteht und dringlich gemacht werden muss. Da können Sie doch nicht kommen und irgendetwas erzählen. Da hat die Baudirektion richtig gehandelt. Wenn Sie schnell eine Polemik aufbauen, so bleiben Sie bei den Tatsachen! Es ist alles richtig gelaufen.

Anton **Stöckli** möchte etwas sachlicher weiterfahren. – Bei der Zugerstrasse in Cham handelt es sich um eine stark frequentierte Kantonsstrasse und dies wird sie in nächster Zeit auch bleiben, ja bleiben müssen. Diese grosse Verkehrsbelastung erfordert eine entsprechende Leistungsfähigkeit. Bevor die Zugerstrasse nicht durch eine entsprechende Umfahrung entlastet werden kann, erscheint es nicht sinnvoll Massnahmen zu treffen, welche auf eine Reduktion des Individualverkehrs hinzielen. Mit der regen Bautätigkeit im Raum Cham, Hünenberg, Zythus, Dersbach, Huob, Eichmatt usw. wird der Verkehr auf der Zugerstrasse bestimmt nicht abnehmen. All diese vorgenannten Bewohner sind Zentrum Cham und Zug orientiert. Wir sind demzufolge auf eine leistungsfähige und verkehrsorientierte Zugerstrasse angewiesen. Im Zusammenhang mit der Projektbearbeitung wurden zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere zum Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmenden, nämlich den Fussgängern, Optimierungen vorgenommen. Bei den Fussgängerübergängen sind Fussgängerschutzinseln vorgesehen, welche ein sicheres Queren der stark befahrenen Kantonstrasse ermöglicht. Diese Massnahme hat gleichzeitig eine positive Auswirkung auf den Verkehrsfluss.
Der Oberbau der Zugerstrasse befindet sich in einem schadhaften Zustand. Dieser Zustand zeigt sich bei Regen von der schlechtesten Seite. Durch die Verformung des Oberbaus entstehen Wasserrinnen und Pfützen. Fussgänger werden durch Spritzer und Wasserfontänen massiv belästigt und an den Hausfassaden entstehen Schäden. Für die Zweiradfahrer stellt die mangelhafte Verkehrsanlage (Belagsverformungen im Bereich der Radstreifen usw.) zunehmend eine konkrete Gefährdung dar. Im Weiteren ist aus der Vorlage zu entnehmen, dass bei den Entwässerungsleitungen Rohreinbrüche festgestellt wurden so dass Rohrbrüche aufgrund des schlechten Zustandes des Leitungssystems jederzeit auftreten können und die Strasse zum Einbrechen bringen. Dies könnte zu haftungsrechtlichen Konsequenzen führen. Die Strassenbenützer bewegen sich in Tat und Wahrheit auf einem Überraschungspaket.
Man redet schon seit Jahren von der Sanierung der Zugerstrasse in Cham. Eine sofortige Instandsetzung drängt sich auf und erlaubt aus Sicherheits- und Umweltgründen keinen Aufschub mehr. Der Votant bittet den Rat deshalb, den Antrag des Regierungsrats, der Strassenbaukommission sowie der Stawiko zu unterstützen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass es verschiedene Faktoren gibt, welche die Gemeinde Cham nicht umstossen kann. Nur wenn der Kantonsrat den Kredit Ende Februar 2006 – also heute – freigibt, kann die Sanierung auch im Sommer 2006 durchgeführt werden. Wenn der Kantonsrat spätestens im Februar 2007 den Kredit freigibt, kann die Sanierung im Sommer 2007 stattfinden. Wenn nun die Gemeinde Cham Elemente des Studienwettbewerbs in das Projekt einfliessen lassen will, muss sie von der Gemeindeversammlung vorab die entsprechenden Finanzierungen bewilligen lassen. Geschieht dies nicht zur rechten Zeit, wird sich die Sanierung auf das Jahr 2008 oder noch später verschieben. Bis dahin fliessen – wie bereits gesagt – die Strassenabwässer ungereinigt in den Zugersee. Die Gemeinde Cham müsste allfällige Kredite bis spätestens im September 2006 bewilligt haben, damit der Kantonsrat spätestens Ende Februar 2007 seinerseits den Kredit sprechen kann. Die Resultate der Studie werden aber erst gegen Sommer 2006 vorliegen und müssten dann anschliessend in das Projekt eingearbeitet werden. Es zeigt sich also: Wenn der Kantonsrat die Sanierung heute nicht bewilligt, wird sie sicher nicht im Sommer 2007, sondern wohl eher in drei bis vier Jahren durchgeführt werden können. Die Werkleitungen sind in einem derart schlechten Zustand, dass sie jederzeit durchbrechen können. Dann steht der Verkehr im Ennetsee still! Ohne Kammer A – und dies dauert noch 10 bis 15 Jahre – kann man auf der Strecke Scheuermattstrasse bis Alpenblick mit der heutigen Belastung nicht den Radweg aufheben, die Bushaltestellen auf die Fahrbahn verlegen oder die Trottoirs verbreitern. – Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest.

EINTRETEN ist unbestritten.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass ein Antrag auf Rückweisung der Vorlage gestellt wurde. Gemäss § 43 der GO in Verbindung mit Empfehlung 5 des Büros vom 25. August 2005 zur Auslegung der GO ist dazu eine Zweidrittelsmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder notwendig, also 48 Stimmen.

➔ Mit 9 Stimmen für die Rückweisung wird das notwendige Quorum nicht erreicht.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag der Regierung auf S. 13 der Vorlage Nr. 1392.1 aufgeführt ist. – Weiter liegt ein Antrag der SP-Fraktion vor, der lautet, dass die Option Umgestaltung der Anschlüsse Mugeren- und Eichstrasse von 100'000 Franken wieder in den Kostenvoranschlag aufzunehmen sei.

Berty **Zeiter** möchte sich im Namen der AF dem Antrag der SP-Fraktion anschliessen. Sie hat den Antrag im Eintretensvotum nicht erwähnt, weil sie glaubte, das sei erst in der Detailberatung erwünscht. Die Begründung für diesen Antrag:
In der Vorlage auf S. 7 unten und S. 8 oben wird die Option geschildert, dass die Anschlüsse Mugeren- und Eichstrasse umgestaltet werden. Damit liesse sich die Sicherheit des Langsamverkehrs erhöhen und die an diesen Strassen liegenden Quartiere würden besser als Wohnzone signalisiert. Die Votantin kennt die Argumente, die der Baudirektor dazu bringen wird: Die Lastwagen können weniger gut auf

den Quartierstrassen zirkulieren, und die Autos weniger schnell von der Zugerstrasse in das Quartier abbiegen. Zu den Lastwagen ist anzumerken, dass dies ein Tempo-30-Quartier ist ohne Durchgangsverkehr. Und zum zweiten Argument ist zu bedenken, dass im verkehrsgeplagten Dorfkern die Frage der Sicherheit von Fussvolk und Velofahrenden stärker gewichtet werden soll.
Darum schliessen wir uns dem Antrag an, der Gemeinde Cham entgegenzukommen und 100'000 Franken für die Realisierung der vorgeschlagenen Massnahmen zu sprechen. Mit Ihrer Zustimmung zum Antrag signalisieren Sie, dass auch Ihnen etwas daran liegt, dass der Kanton sich nicht einfach rücksichtslos über die Anliegen der Gemeinde hinwegsetzt. Es ist notwendig, dass nach den harten und unnachgiebigen Auseinandersetzungen noch ein versöhnlicher und vermittelnder Ton hineinkommt, der ein weiteres konstruktives Zusammenarbeiten möglich macht.

Margrit **Landtwing** teilt mit, dass sie im Gebiet Eichstrasse wohnt, also von diesem Antrag betroffen ist. Sie möchte aber ganz klar beliebt machen, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Die Begründung, dass der Langsamverkehr und die Fussgänger bevorzugt werden müssen, ist nicht stichhaltig. Es hat dort eine Insel, es hat Fussgängerstreifen und auf beiden Seiten Trottoirs. Aus diesem Grund bittet die Votantin den Rat, den Antrag nicht zu unterstützen.

➔ Der Antrag von SP-Fraktion und AF wird mit 54 : 13 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage mit 56 : 12 Stimmen zu.

820 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINEN ERWEITERUNGSBAU SOWIE FÜR UMBAU- UND ANPASSUNGSARBEITEN BEIM KLEINSCHULHAUS AUF DEM ATHENE-AREAL IN ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1366.1/.2 – 11806/07), der Kommission (Nr. 1366.3 – 11928) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1366.4 – 11929).

Rosvita **Corrodi** erinnert daran, dass vor vier Jahren, als die Fachmittelschule (FMS) und das Schulische Brückenangebot in die Athene und in das 1986 erstellte Kleinschulhaus einzogen, niemand mit dem rasanten Zuwachs dieser beiden Schultypen rechnete. Das starke Wachstum der FMS ist zweifelsohne auch eine Folge der Schliessung der drei kantonalen Seminarien. Die Schulklassen haben den Höchstbestand an Schülerinnen und Schülern in diesem Schuljahr überschritten. Eine weitere Vergrösserung der Klassenbestände ist deshalb auch aus räumlichen Gründen nicht mehr möglich. Waren es im Schuljahr 03/04 sechs Klassen, 04/05 deren acht, sind es in diesem Jahr bereits neun Klassen und man rechnet mit einer weiteren Zunahme für die kommenden Schuljahre. Schulräume sind dazu jedoch nicht vorhanden.
Auf demselben Areal ist auch das SB A untergebracht. Dieser Schultyp fordert leistungswillige Jugendliche, deren realistische Berufsvorstellungen noch nicht erfüllt werden können oder die noch Zeit brauchen, um die verlangten Qualifikationen zu

erarbeiten. So werden mit diesen Jugendlichen Lernverträge abgeschlossen. Wer sie nicht einhält, muss die Schule verlassen. Das neue Berufsbildungsgesetz verpflichtet die Kantone, Brückenangebote zu führen. Der Bund seinerseits leistet Anschubfinanzierungen und unterstützt finanziell Pilotprojekte. Dazu gehört in diesem Fall die Einrichtung und Führung eines Lernateliers, welches mit der Partnerschule Glarus realisiert wird. Der Kanton Zug erhält dafür vom Bund 250'000 Franken. Mit dem Lernatelier wird vor allem selbständiges und partnerschaftliches Lernen gefördert. Mit dieser Einrichtung können so jährlich 120'000 Franken an Personalkosten gespart werden.
Dass bauliche Erweiterungsmassnahmen nötig sind, war in der Kommission unbestritten. Ohne Erweiterungsbau könnte das Lernatelier nicht eingerichtet werden. Wir haben auch andere Lösungen in Betracht gezogen und uns intensiv mit dem Thema Schulraumplanung auseinander gesetzt. Die Resultate der vom Kantonsrat bewilligten Schulraumplanungsstudie liegen frühestens in einem Jahr vor, die Umsetzung wird noch mehr Zeit in Anspruch nehmen. Sollte sich im Verlauf der nächsten Jahre eine völlig neue Perspektive der Gesamtraumplanung für die Sekundarstufe II ergeben, können die neu erstellten Schulräume wegen ihrer zentralen Lage auch anderweitig genutzt werden.
Da für die FMS und das SBA kein Numerus clausus eingeführt werden kann, in der näheren Umgebung kein freier Schulraum zur Verfügung steht und nicht bis 2013 zugewartet werden kann, beantragt die Kommission mit 11 : 0 Stimmen, diesem Objektkredit zuzustimmen. Um die Inbetriebnahme für August 07 zu ermöglichen, empfehlen wir die Submissionierung der Arbeiten nach der 1. Lesung zuzulassen. Im Weiteren beachten Sie bitte die im Kommissionsbericht auf S. 5 erwähnte Ergänzung zu § 1 des KR-Beschlusses betreffend Preisbasis des Baukostenindexes.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an ihrer Sitzung vom 31. Januar behandelte. Besten Dank der Präsidentin der vorberatenden Kommission, Rosvita Corrodi, für die wie immer ausgezeichneten Vorinformationen, welche eine sehr effiziente Behandlung der Vorlage ermöglichten. Es geht um einen Objektkredit von 3.5 Mio. Franken für die bereits erwähnte Erweiterung, Umbau- und Anpassungarbeiten beim Kleinschulhaus auf dem Athene-Areal. Als Ergänzung zum Stawiko-Bericht möchte der Votant nochmals folgende Punkte betonen:
1. Die Stawiko begrüsst es, dass das ursprünglich wesentlich teurere Projekt – man spricht von 5 Mio. Franken – vom Regierungsrat zurückgewiesen und in der Folge überarbeitet wurde. Heute liegt eine Variante vor, die konzeptionell überzeugt und auch von bautechnischer Seite her als zweckmässig bezeichnet werden kann.
2. Das Konzept Lernstudio hat auch in unserer Kommission Diskussionen ausgelöst. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das Lernstudio mit weniger Lehrpersonal betrieben werden kann, was die laufende Rechnung jährlich um 120'000 Franken entlastet. Zudem leistet der Bund einen Investitionsbeitrag von 250'000 Franken, was diese Innovation ebenfalls rechtfertigt.
3. Die Unterlagen weisen klar einen zusätzlichen Platzbedarf für FMS und schulisches Brückenangebot aus. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Platzbedarf mit dieser Erweiterung für die erwähnten Schulen bis 2013 genügen wird.
4. Wir sind überzeugt, dass so zentral gelegener Schulraum auch nach 2013 und bei allfällig rückläufiger Entwicklung der Brückenangebote oder anderer Platzierung der Brückenangebote genutzt werden kann.
5. Auf Grund der Platzprobleme der erwähnten zwei Schulen unterstützen wir den Antrag der vorberatenden Kommission, die Submissionierung der Arbeiten bei positivem Entscheid des Rats bereits nach der 1. Lesung der Vorlage zuzulassen.

Auf der Basis unseres Berichts und diesen Ausführungen beantragt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF ja sagt zum Objektkredit für einen Erweiterungsbau auf dem Areal der Athene. Das momentane Platzmanko für die Fachmittelschule und das schulische Brückenangebot ist ausgewiesen. Der Vorschlag mit einem Lernatelier für das SBA ist gut begründet, und die Schülerinnen und Schülern sind anscheinend motiviert, ihre Lerndefizite so aufzubessern und Neues dazu zu lernen. Die Art und Weise, wie dies uns anhand der Schüler und Schülerinnen gezeigt wurde, oder auch wie wir dies mit dem Besuch in Romanshorn erlebt haben, zeigt aber ganz klar auf, dass selbstständiges Lernen, welches die Eigenverantwortung in den Vordergrund stellt, nur möglich ist, wenn die Rahmenbedingungen dazu stimmen. Es braucht dazu Lehrpersonen, welche hinter dieses Modell stehen, und vor allem immer wieder eine Kontrolle und eine gute Begleitung jedes einzelnen Jugendlichen. Es geht also auch da nicht ohne einen gewissen Druck.
Es ist nun mal so, dass auf Grund des von der bürgerlichen Mehrheit angestrebten Bevölkerungswachstums in unserem Kanton die Schulraumplanung ein wichtiges Thema in den nächsten Jahren sein wird und es Engpässe geben kann. Daher sind wir auch nicht gegen diesen Objektkredit, denn auch die Fachmittelschule braucht anscheinend mehr Platz, wird diese Schule doch von immer mehr und mehr Jugendlichen gewählt. Bedauern würden wir es aber, wenn die traditionelle Lehre das Nachsehen bekäme. Denn mit der Möglichkeit, die Berufsmatura gleichzeitig oder anschliessend zu machen, wurde die Lehre in den letzten Jahren sehr aufgewertet. Es darf daher nicht sein, dass die Fachmittelschule oder auch eine Handelsmittelschule grösser werden, weil die Bedingungen für Lehrmeister so anspruchsvoll und intensiv werden, dass sie keine Lehrplätze mehr anbieten können. Oder dass es für Jugendliche üblicher wird, nach der obligatorischen Schulzeit weiterführende Schulen zu besuchen, statt die traditionelle Berufslehre zu wählen.
Bejahen können wir den Kredit ebenfalls, weil es anscheinend möglich ist, aus dem geplanten Lernstudio wieder normale Klassenzimmer zu machen, denn wie sich der Kanton Zug entwickeln wird, können wir trotz den gemachten Szenarien bei der Schulraumplanung nicht voraussagen. Der AF ist es wichtig, nochmals zu betonen, dass wir es nicht günstig finden, wenn alle Brückenangebote in der Athene untergebracht würden. Denn diese wurde eigens für die Fachmittelschule geplant und gebaut. Daher wäre es auch schade, wenn diese Schule, wie schon so oft, den Standort wechseln müsste. Es geht überhaupt nicht darum, dass die erwähnten Schulen nicht wegziehen wollen, weil Umziehen einfach mit Unannehmlichkeiten verbunden ist. Die Gründe dafür wurden bereits bei der Interpellation zur Schulraumplanung aufgezeigt. Sie sind berechtigt und müssen berücksichtigt werden. Beim momentanen Kredit ist aber die Schulraumplanung sekundär, der Platzmangel ist für das schulische Brückenangebot sowie für die Fachmittelschule ausgewiesen. Die beiden Schulen benötigen diesen Erweiterungsbau oder den freiwerdenden Platz in der Athene selber.

Markus **Jans** erinnert daran, dass die schulische Entwicklung des Brückenangebots und der Fachmittelschule untrennbar mit der Raumfrage (Ausbau des Schulraumangebots) und der Infrastruktur verbunden ist. Bildung ist unser einziger Rohstoff, und dem gilt es nachhaltig Sorge zu tragen. Damit die innovative Idee beim schulischen Brückenangebot – das Lernstudio – in die Tat umgesetzt werden kann, braucht es

entsprechende Räumlichkeiten. Der Besuch und der praktische Einblick beim Haus des Lernens in Romanshorn haben uns eindrücklich gezeigt, dass die neue Unterrichtsform funktioniert und die Schülerinnen und Schüler mit Interesse bei der Arbeit waren. Die SP-Fraktion ist von der Notwendigkeit des neuen Schulraums überzeugt und unterstützt deshalb den Antrag des Regierungsrats wie auch der vorberatenden Kommission. Damit wertvolle Zeit gespart werden kann, stimmt die SP-Fraktion auch einer vorgezogenen Submissionierung – bereits nach der 1. Lesung im Kantonsrat – zu.

Manuel **Aeschbacher** hält fest, dass die SVP-Fraktion die vorliegenden Berichte von Regierung und Kommissionen genau geprüft hat. Sie kommt einstimmig zum Schluss, dass ein Erweiterungsbau auf dem Athene-Areal eine Notwendigkeit darstellt. Es sind keine Alternativstandorte in Sicht. Eine Auslagerung von Fachmittelschule oder schulischem Brückenangebot in ein Mietobjekt erscheint uns auf Grund der gemachten Erfahrungen mit integriertem Brückenangebot zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Nach dem geplanten Wegzug der FMS im Jahr 2013 steht auf dem Athene-Areal Schulraum zur Verfügung. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass dieser dannzumal durch die anderen Brückenangebote genutzt werden könnte, und erwarten daher, dass Synergien im Bereich von Administration und Infrastruktur der Brückenangebote genutzt werden und so auch einige strukturbedingte Kosten eingespart werden können. Mit der Schaffung eines Lernstudios erhoffen wir uns auch einen noch stärker auf das Berufsleben fokussierten Unterricht der Schülerinnen und Schüler des Brückenangebots. Die Rahmenbedingungen für eine optimale Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die weiterführenden Berufszweige sind damit gegeben. Nutzen müssen sie diese aber jetzt selber. Die SVP-Fraktion empfiehlt einstimmig, den Anträgen von vorberatender Kommission und Stawiko zu folgen.

Barbara **Strub** hält fest, dass die Mitglieder der FDP-Fraktion für Eintreten auf diese Vorlage sind. Dies vor allem aus folgenden Gründen: Die FDP ist der Meinung, dass die Fachmittelschule und das schulische Brückenangebot in der Athene eine wichtige Rolle in der zugerischen Bildungslandschaft spielen. Das grosse Interesse an diesen Schulen führt zu zusätzlichem Platzbedarf. Nebst den Klassenzimmern soll mit einem modernen Lernstudio das selbständige Lernen der jungen Leute gefördert werden. Dieses eigenverantwortliche Arbeiten entspricht dem freisinnigen Gedanken und diese Lernform wird von der FDP-Fraktion als zeitgemäss und fortschrittlich sehr begrüsst. Zudem können, wie aus der Vorlage zu entnehmen ist, mit dieser Schulungsform auch die Personalkosten gesenkt werden. Der beantragte Objektkredit für den Erweiterungsbau des Kleinschulhauses liegt mit 3,5 Millionen in angemessenem Rahmen. Die geplanten Unterrichtsräume werden zweckmässig und ohne Luxus realisiert und können bei einem allfälligen Bedarf – je nach zukünftiger Schulraumplanung – ohne grosse Investitionen für andere schulische Zwecke genutzt werden. Der Ausbau des Raumangebots der Fachmittelschule und des schulischen Brückenangebotes ist nötig und sinnvoll und darum empfiehlt die FDP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Eugen **Meienberg** weist darauf hin, dass auch die CVP-Fraktion den Objektkredit unterstützt. Dazu beigetragen haben im Wesentlichen folgende drei Gründe:

1. Der Raumbedarf ist ausgewiesen, die Brückenangebote werden auch in naher Zukunft einen grossen Bedarf darstellen. Der zusätzliche Schulraum kann sicher auch nach der Realisierung aller heute zur Diskussion stehenden Schulstandorte über das Jahr 2013 hinaus gut genutzt werden. Die Schulräume an so zentraler Lage werden immer begehrt sein.
2. Das neue Schulmodell mit dem Lernatelier oder Lernstudio hat Zukunft. Sollte sich dies wieder Erwarten nicht so erweisen, können dank der gewählten Bauweise ohne allzu grossen Aufwand vier Schulzimmer mit heutigem Standard eingerichtet werden.
3. Andere Varianten wurden geprüft. So würde sich der Umbau der bestehenden so genannten Loreto-Pavillons auch kostenmässig nie lohnen und man bekäme eine unbefriedigende Lösung. Die gewählte Variante ist richtig und soll so realisiert werden.
Bitte unterstützen Sie die die Anträge von Regierung, vorberatender Kommission und Stawiko, damit mit der Planung und Bau schnellstmöglich begonnen werden kann.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** kann sich auf einen Dank beschränken, da alle Fraktionen der Vorlage zustimmen. Offenbar sind auch sämtliche Fragen in der Vorbereitung beantwortet worden. Dass Sie so klar zustimmen, freut den Regierungsrat. Es ist auch ein Zeichen der sehr guten Arbeit der vorberatenden Kommission und ihrer Präsidentin Rosvita Corrodi. Der Votant dankt dafür. Die Kommission hat sich ja die Mühe genommen, einen halben Tag nach Romanshorn zu fahren, um ein dortiges Lernatelier zu besuchen und sich das erklären zu lassen. Der Kommission lagen sodann umfangreiche Unterlagen vor, nämlich die Beschlüsse des Regierungsrats samt allen Beilagen zur übergreifenden Schulraumplanung. Dann rechtzeitig vor der Sitzung die bereits vorher erwähnte Antwort zur Interpellation Barmet/Künzle/Nussbaumer/Pezzatti zur Schulraumplanung. Sodann auch eine gesamtschweizerische Studie zu den Brückenangeboten. Die Kommission hat also vor sehr breitem Wissenshintergrund debattiert und auch beschlossen. Entsprechend fundiert und überzeugend erscheint dem Bildungsdirektor denn auch der Antrag. Dass die Stawiko auch zustimmt beweist, dass wir auch mit den finanziellen Mitteln sorgfältig umgehen. Wie bereits erwähnt, hat die Vorlage ja intern eine Abspeckung auf das absolut Notwendige hinter sich. Und wie Sie den Zahlen auf S. 13/14 der Vorlage entnehmen können, ist auch das Kosten/Nutzen-Verhältnis verglichen mit anderen Objekten sehr gut. Matthias möchte dem Rat auch im Namen der beiden Schulen FMS und SBA danken. Sie haben sich von ihrem Profil her in den letzten Jahren stark entwickelt und haben nun eine klare Position im Bildungswesen. Sie bestätigen dies heute mit der Bestätigung zu diesem Kreditantrag.
Die Kommission hat bei der Vorbereitung auch gemerkt, dass die Bildungs- und die Baudirektion zusammen gelernt haben, z.B. vom Beispiel Erweiterungsbau Kantonsschule. Wir haben wirklich alle möglichen Alternativräumlichkeiten angeschaut und geprüft. Es gab keine Möglichkeit. Wir haben mehrere alternativen baulichen Projekte angeschaut, Pavillons, Holzbauten usw. und das abgeklärt, so dass wir wirklich sagen können: Die jetzige Vorlage ist die bestmögliche.
Noch ein Hinweis zu Anna Lustenberger, die Bedenken hat, dass der Ausbau dieser Schulen zu Lasten der Lehrstellen gehen könnte. Der Bildungsdirektor glaubt das nicht. Wir haben aufgezeigt, dass das Wachstum der FMS namentlich auch auf die Schliessung der Seminare zurückzuführen ist, indem heute der Weg über die FMS praktisch der einzige mögliche ist, im pädagogischen Bereich an die PHZ zu kommen. Das steigert die Attraktivität dieser FMS. Zum zweiten, dass die Hürden für diese FMS, wenn man prüfungsfrei hineinkommen will, bereits heute sehr hoch sind.

Der Notenschnitt wurde von 4,7 auf 5 erhöht und wir sind hier wohl an der Grenze. Dann kommt wohl eher der Gegenvorwurf, dass viele Jugendlichen diese Hürde nicht mehr schaffen oder über die Prüfung hineinkommen müssen. Hier ist die Schranke für den Eintritt also gesetzt. Und drittens, dass die Schüler des schulischen Brückenangebots ja gerade diejenigen sind, welche keine geeignete Lehrstelle gefunden haben. Es macht keinen Sinn, Jugendliche in eine Lehre zu bringen, wo sie dann unglücklich sind und die Lehre abbrechen. Der Votant hat also keine Bedenken, dass diese Schulen eine falsche Konkurrenz zum Lehrstellenangebot darstellen. Der Regierungsrat ist natürlich einverstanden mit der Ergänzung der Kommission betreffend Baukostenindex und dankt dem Rat, dass wir bereits nach der 1. Lesung submittieren können.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Antrag der vorberatenden Kommission vorliegt mit der Ergänzung, dass die Preisbasis des Zürcher Baukostenindexes vom 1. April 2005 in Klammern einzufügen ist.

➔ Der Rat ist einverstanden.

§ 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Kommission empfiehlt, die Submission der Arbeiten sei unmittelbar nach der 1. Lesung der Vorlage zuzulassen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1366.5 – 11962 enthalten.

821 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUR INTERKANTONALEN VEREINBARUNG ÜBER DIE AUFSICHT SOWIE DIE BEWILLIGUNG UND ERTRAGSVERWENDUNG VON INTERKANTONAL ODER GESAMTSCHWEIZERISCH DURCHGEFÜHRTEN LOTTERIEN UND WETTEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1377.1/.2 – 11840/41), der Konkordatskommission (Nrn. 1377.3/.4 – 11919/20) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1377.5 – 11922).

Andreas **Huwyler** spricht sowohl als Präsident der vorberatenden Konkordatskommission wie auch im Namen der CVP-Fraktion. Unsere Kommission hat dieses Geschäft zweimal beraten, das erste Mal im Rahmen unserer Mitwirkungspflicht am 17. November 2004, bevor die Fachdirektorenkonferenz den definitiven Vertragstext verabschiedete, und das zweite Mal am 23. November 2005, nachdem der Bericht und Antrag des Regierungsrats vorgelegen hatte. Weil das alte eidgenössische Lotteriegesetz aus dem Jahre 1923 revisionsbedürftig war, hat der Bundesrat dieses einer Totalrevision unterzogen und den Kantonen zur Vernehmlassung vorgelegt. Die Kantone haben sich jedoch entschieden gegen den Revisionsentwurf ausgesprochen, vor allem weil sie die kantonalen Kompetenzen und die Lotterieerträge nicht dem Bund abtreten, sondern für sich erhalten wollten. Die Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz schlug deshalb dem Bundesrat vor, mit Hilfe einer interkantonalen Vereinbarung die nötigen neuen Regelungen im Lotteriewesen zu treffen. Auf diesem Weg kann sichergestellt werden, dass den Kantonen die kantonalen Kompetenzen und vor allem die Lotterieerträge vollumfänglich erhalten bleiben.
Die vorgesehene Vereinbarung regelt nur Grosslotterien; lokale Tombolas und Kleinlotterien bleiben weiterhin im ausschliesslichen Kompetenzbereich der Kantone. Im Wesentlichen bringt die neue Interkantonale Vereinbarung ein vereinfachtes, zentrales Bewilligungsverfahren, wobei die einzelnen Kantone über die Durchführung auf ihrem Gebiet nach wie vor selbst entscheiden können. Weiter wird die Aufsicht über Lotterien und Wetten vereinheitlicht. Und schliesslich schafft die Vereinbarung Massnahmen für die Suchtbekämpfung und -prävention. Damit werden die bestehenden Mängel des veralteten eidgenössischen Lotteriegesetzes behoben. Die Vereinbarung tritt nur und erst in Kraft, wenn ihr alle Kantone beigetreten sind. Der Beitritt ist bereits in zwanzig Kantonen beschlossen worden, wobei in einigen noch die Referendumsfrist abzuwarten ist. Bislang hat kein Kanton den Beitritt abgelehnt. Die Inkraftsetzung der Vereinbarung ist auf den 1. Juli 2006 vorgesehen, sodass die Regelungen per 1. Januar 2007 vollzogen werden können.
Grundsätzlich hat der Beitritt zu dieser Interkantonalen Vereinbarung für den Kanton Zug keine finanziellen Auswirkungen. Es werden keine neuen Aufgaben geschaffen. Aus den Unterlagen für die Fachdirektorenkonferenz-Sitzung vom 6. Januar 2006 hat sich aber gezeigt, dass inskünftig unter der neuen Vereinbarung nur noch kostendeckende Gebühren bezahlt werden. Dies hat für den Kanton Zug zur Folge, dass in Zukunft pro Jahr nur noch geschätzte 4'000 Franken anstatt bislang rund 280'000 als Bewilligungsgebühren bezahlt werden. Dadurch werden dem Kanton rund 275'000 Franken jährlich an Gebührenerträgen verlustig gehen. In diesem Umfang wird jedoch das Betriebsergebnis der SWISSLOS verbessert, was sich in entsprechend höheren Ausschüttungen an den kantonalen Lotteriefonds auswirken wird. Neu hinzu kommt noch die bereits erwähnte Spielsuchtabgabe in Höhe von rund 45'000 Franken, die dem Kanton zufliessen wird.

Es liegt im Wesen eines Konkordats, dass der Vertragstext von den einzelnen Kantonen nicht mehr geändert werden kann, wir können heute nur über den Beitritt beschliessen. Unsere Kommission hatte jedoch schon früh die Gelegenheit, den Text zu beraten. Dabei haben wir vorgeschlagen, es sei ein zentraler Fonds zur Bekämpfung der Spielsucht einzurichten, anstatt den einzelnen Kantonen die Verwendung der Spielsuchtabgabe zu überlassen. Weiter hat sich die Kommission dafür ausgesprochen, dass altrechtliche Bewilligungen nach Ablauf von vier Jahren nach Inkrafttreten der neuen Vereinbarung erlöschen sollen. Auf beide Vorschläge ist die Fachdirektorenkonferenz leider nicht eingegangen. Trotz diesen kleinen materiellen Differenzen ist die Kommission einstimmig der Meinung, es sei auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Wir empfehlen der Regierung, die Spielsuchtabgabe mit anderen Kantonen zusammenzulegen, um dadurch kantonsübergreifende, griffigere Projekte zur Bekämpfung der Spielsucht finanzieren zu können.
Andreas Huwyler beantragt somit im Namen der Konkordatskommission und der CVP-Fraktion, der Vorlage mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** verweist auf den Bericht.

Berty **Zeiter** weist darauf hin, dass mit dieser Interkantonalen Vereinbarung einige Schwächen des eidgenössischen Lotteriegesetzes ausgemerzt werden. Besonders hervorheben möchten wir die Klärungen um die Aufsicht und die verstärkte Transparenz bei der Verteilung der Mittel. Wichtig ist auch die Spielsuchtabgabe und die Zusammenarbeit der Kantone für Präventionskampagnen gegen die Spielsucht. Wir werten es positiv, dass die Kantonskompetenzen erhalten und die Erträge zuhanden der kantonalen Lotterie- und Sportfonds gesichert bleiben. Das durch Wetten und Lotterien eingenommene Geld darf laut Gesetz nur für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke eingesetzt werden. Es ist sinnvoll, dass es solche kantonale zweckbestimmte Fonds gibt und dass deren Speisung durch die vorliegende Regelung gewährt ist. Deshalb befürwortet die AF die Vorlage.

Käty **Hofer** weist darauf hin, dass sich ihr Votum weitgehend mit dem des Kommissionspräsidenten deckt. Sie möchte deshalb nur noch einen Punkt erwähnen. Auch die SP-Fraktion bedauert sehr, dass die Anregung der Kommission für einen zentralen Fonds zur Bekämpfung der Spielsucht nicht weiterverfolgt wurde. Dass jeder Kanton dezentral dieses Problem angeht, ist sicher nicht optimal. Darum auch unsere Empfehlung an die Regierung, dass sie alles unternimmt, gemeinsame Anstrengungen unter den Kantonen zu initiieren oder zu unterstützen. Die SP-Fraktion sagt ja zur Interkantonalen Vereinbarung und auch zur Änderung des Lotteriegesetzes.

Werner **Villiger** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung grossmehrheitlich befürwortet. Wir stützen uns dabei auf den Bericht und Antrag der Konkordatskommission und auf die Ausführungen des Kommissionspräsidenten. Die Gründe, die für einen Beitritt sprechen, wurden heute in diesem Rat bereits ausführlich dargelegt. Der Votant verzichtet deshalb auf weitere Ausführungen dazu. Für die SVP-Fraktion ist es auch wichtig, dass der Regierungsrat z.B. mit den Innerschweizer Kantonen oder mit dem Kanton Zürich Verbindung aufnimmt, um eine gemeinsame Präventionskampagne gegen die Spielsucht einzuleiten. Dieses

Vorgehen macht sicher Sinn. Übrigens: Die Westschweizer Kantone haben sich jetzt schon darauf geeinigt, dass sie mit ihren Geldern einen gemeinsamen Fonds speisen werden.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster**: Gestützt auf die anerkannten Schwächen des seit 1923 bestehenden eidg. Lotteriegesetzes hat der Bundesrat im Dezember 2002 dieses Gesetz total revidieren wollen, sich dabei aber auch zusätzlich Kompetenzen und Einnahmen verschaffen wollen. Die Kantone haben sich einstimmig dagegen ausgesprochen und sind mit dem Bund so verblieben, dass alle 26 Kantone zusammen gemeinsam ein Konkordat machen, wo wir die anerkannten Schwächen des heutigen Lotterierechts verbessern und dafür schauen, dass vor allem bezüglich Bewilligungsverfahren, Aufsicht von Grosslotterien und im Zusammenhang mit der Transparenz Verbesserungen gemacht werden. Das Resultat haben Sie vor sich, die vorliegende Interkantonale Vereinbarung. Erhalten bleibt auch die Pflicht des Kantons, nur Grosslotterien der Genossenschaft SWISSLOS in seinem Gebiet zuzulassen. Dies wird mit dem jetzt vorliegenden KR-Beschluss bekräftigt, die besondere, exklusive Stellung der SWISSLOS im Gebiet der Deutschschweizer Kantone und des Tessins. Die erwähnten Punkte betreffend Aufsicht, Transparenz, Gewaltenteilung und Bewilligungsverfahren werden jetzt ebenfalls ins kantonale Recht umgesetzt, indem wir – wie die anderen Kantone auch – der Interkantonalen Vereinbarung beitreten. Wichtig ist auch, dass die Bemühungen der Suchtprävention und -bekämpfung verstärkt werden.
Der Sicherheitsdirektor hat im Auftrag der Konkordatskommission in der Fachdirektorenkonferenz das Anliegen eines zentralen Fonds eingebracht. Dort wurde dann aber eine andere Lösung gewählt. Aber es ist dem Regierungsrat klar und auch ein Anliegen, dass die Zusammenarbeit und Vernetzung unter den Kantonen in diesem Bereich verstärkt werden. Der Gesundheitsdirektor hat dem Votanten vorher auch noch erklärt, dass er das im April an der Zentralschweizer Gesundheitsdirektorenkonferenz einbringen wird. Und auch Hanspeter Uster wird in der Fachdirektorenkonferenz wiederum einbringen, dass es hier unbedingt eine Koordination braucht. – Er dankt dem Rat für die wohlwollende Aufnahme dieses wichtigen Projekts für den Kanton Zug und für die Stärkung der Kantone gegenüber dem Bund in der ganzen Föderalismusdiskussion. Die Vorlage hat also auch eine staatspolitische Komponente. Der Votant darf dem Rat auch mitteilen, dass der Regierungsrat den Änderungsanträgen der Konkordatskommission zustimmt.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage 1377.4 – 11920 mit den Änderungsanträgen der Konkordatskommission.

➔ Der Rat ist mit den Änderungsanträgen der Konkordatskommission einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1377.6 – 11963 enthalten.

822 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND WIEDERAUFBAUHILFE IN EINER VOM SEEBEBEN VOM 26. DEZEMBER 2004 BETROFFENEN REGION

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1394.1/.2 – 11896/97) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1394.3 – 11931).

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Stawiko diese Vorlage an ihrer Sitzung vom 31. Januar behandelt hat. Das Seebeben im Indischen Ozean vom 26. Dezember 2004 hat in verschiedenen Ländern Asiens, namentlich Sri Lanka, Indien, Thailand und Indonesien eine verheerende Katastrophe ausgelöst, welche ganze Landstriche verwüstet hat. Viele Ortschaften wurden völlig zerstört und Tausenden von Menschen hat diese Katastrophe das Leben gekostet. Als Reaktion auf dieses schreckliche Ereignis hat der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 27. Januar 2005 eine Motion von AF und SP-Fraktion mit folgendem Wortlaut an den Regierungsrat überwiesen: «Der Regierungsrat wir beauftragt, dem Kantonsrat einen Kantonsratsbeschluss zu unterbreiten, mit dem ein der furchtbaren Katastrophe angemessener Betrag an die Folgen der Tsunami-Flut in Südasien gesprochen werden kann.» Über diese Vorlage debattieren wir heute.
In der Vorlage des Regierungsrats wird auf S. 3 im Detail aufgeführt, welche anderen Katastrophen im Jahre 2005 noch Tatsache wurden und welche Soforthilfe der Regierungsrat im Rahmen seiner Kompetenzen gesprochen hat. Für die Soforthilfe bezüglich Seebeben wurde am 4. Januar 2005 ein Betrag von einer halben Million Franken an das Schweizerische Rote Kreuz überwiesen. Nach der Soforthilfe beantragt der Regierungsrat nun, ein Wiederaufbau-Projekt in der vom Seebeben betroffenen Region zu unterstützen. Dauer 3 Jahre, Betrag 200'000 Franken pro Jahr zu Lasten der laufenden Rechnung, also total 600'000 Franken zu den 500'000 Soforthilfe. Region Sri Lanka. Als Hilfsorganisation wurde die Organisation der Schwestern vom Heiligen Kreuz, welche seit Jahrzehnten in vier Kontinenten und 269 Niederlassungen weltweit tätig ist, ausgewählt. In der Schweiz sind dies die bei uns bekannten und sehr geschätzten Menzinger Schwestern. Der Kanton unterstützt folgende Projekte der Menzinger Schwestern:

1. Betrieb einer Krankenpflegeschule, um längerfristig die Pflegeausbildung von jungen Frauen aus ländlichen Gegenden sicherzustellen und die Gesundheitsversorgung zu verbessern.
2. Den Bau der Krankenpflegeschule.
3. Unterstützung des Betriebes eines Spitals und eines Heims in der Krisenregion, wo bedürftige Menschen und psychisch traumatisierten Erwachsenen und Kindern aus der Krisenregion bei der Bewältigung der traumatischen Ereignisse und beim Wiederaufbau ihrer Existenz geholfen werden kann.

Die Stawiko unterstützt den Vorschlag der Regierung, die Menzinger Schwestern bzw. die Organisation der Schwestern vom Heiligen Kreuz bei ihrer direkten, zukunftsgerichteten Arbeit für die Seebeben-Geschädigten zu unterstützen. Obwohl es in der Schweiz weitere sehr gut geführte Hilfsorganisationen gibt, sind wir der Meinung, dass die von der Regierung ausgewählte Organisation unser ganz besonderes Vertrauen geniest und Garant für einen zielgerichteten, effizienten und effektiven Einsatz unser finanziellen Unterstützung ist. Die Stawiko beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die AF sich freut über den kreativen Antrag der Regierung, welche die Wiederaufbauhilfe in der vom Tsunami betroffenen Region den Menzinger Schwestern zukommen lassen will. Es scheint uns sehr sinnvoll, dass damit zwei bereits vorhandene Gesundheitsprojekte in Sri Lanka unterstützt werden können. Die beiden Projekte der Menzinger Schwester engagieren sich im Bereich Hilfe zur Selbsthilfe. Sie machen möglich, dass Menschen Bildung erhalten, um ihr Leben künftig selbst in die Hand nehmen zu können. Wir begrüssen also die vorgeschlagenen Projekte. Sie unterstützen die Folgen der Tsunami-Katastrophe indirekt. Die Glückskette verwaltet mit 226 Mio. Franken das grösste Spendevolumen ihrer Geschichte. Damit kann sie ihre Partnerorganisationen, welche im baulichen und infrastrukturellen Umfeld direkt helfen, auf die kommenden Jahre hinaus vor Ort unterstützen. Die AF beantragt demnach, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen, sowie die Motion von AF und SP-Fraktion vom 3. Januar 2005 erheblich zu erklären und von der Geschäftsliste abzuschreiben.

Käty **Hofer** erinnert daran, dass die Katastrophe vom Dezember 2004 ein Ausmass hatte, das wir uns vorher gar nicht vorstellen konnten. Sie kann sich gut erinnern, wie sie die Medienberichte und die Bilder am Fernsehen mitverfolgte, die uns nach und nach das ganze Ausmass und Schrecklichkeit dieser Katastrophe bewusst machten. Wir von der SP-Fraktion können die Wahl der Regierung für ein Hilfsprojekt vorbehaltslos unterstützen. Wir kennen die Menzinger Schwestern sehr gut im Kanton Zug und seit langem. Die Strukturen der Menzinger Schwestern in Sri Lanka existieren seit mehr als 20 Jahren. Die Organisation kennt also die Region und die Bedürfnisse der Menschen dort sehr gut. Mit dem Beitrag des Kantons Zug wird die Infrastruktur verbessert und weiter ausgebaut, und zwar in zwei wichtigen Bereichen: bei Gesundheit und Bildung. Die Wirkung dieser Hilfe wird langfristig sein und die Lebenssituation der Menschen in dieser Region nachhaltig verbessern. Wir danken der Regierung herzlich für die Auswahl dieses Projekts – wir können es vorbehaltslos unterstützen.

Monika **Barmet** hält fest, dass die CVP-Fraktion dem Antrag des Regierungsrats und der Stawiko einstimmig zustimmt. Erfreulicherweise wird mit der Überweisung von insgesamt 600'000 Franken ein Projekt der Menzinger Schwestern unterstützt. Diese sind seit 1930 in Sri Lanka in verschiedenen Bereichen tätig. Die politische Situation hat über Jahre eine Aufbauarbeit erschwert und die konkreten Hilfsmassnahmen wurden teilweise verunmöglicht. Zurzeit wird ein Waffenstillstand eingehalten; so ist es möglich, gezielte Aufbauarbeit zu leisten. Im Jahr 2005 waren die Menzinger Schwestern in Sri Lanka besonders gefordert. Da die meisten von ihnen Krankenschwestern sind, haben sie sich den Katastrophenteams angeschlossen, die an der Ost- und Nordostküste Sri Lankas den Seebebenopfern beistanden. Die Schwestern sind selbst von traumatischen Erfahrungen betroffen, doch unbeirrt gehen sie der täglichen Arbeit nach. In Zelten, Kirchen und Schulen kümmern sie sich noch heute um die medizinische Versorgung der Betroffenen. Mit einer mobilen Klinik suchen sie regelmässig die Dörfer der Region auf. Das Seebeben hat aufgezeigt, dass viel zu wenig qualifiziertes Pflegepersonal zur Verfügung steht. Mit der finanziellen Unterstützung des Kantons Zug kann eine Krankenpflegeschule gebaut und die Krankenpflegausbildung angeboten werden. Mit dieser Ausbildung wird jungen tamilischen Frauen eine Zukunftsperspektive gegeben und die Gesundheitsversorgung in diesen Regionen wird sich nachhaltig verbessern. Mit Ihrer Zustimmung unterstützen Sie ein

langfristiges Aufbauprojekt der Menzinger Schwestern, die über Jahre äusserst wertvolle Arbeit geleistet haben und weiterhin leisten werden.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte dem Rat im Namen des Regierungsrats ganz herzlich danken für die wohlwollende Aufnahme und vollumfängliche Unterstützung dieses Antrags. Der Stawiko-Präsident hat in seinem Votum das Projekt und seinen Hintergrund ausführlich dargelegt. Der Votant kann seine Worte nur unterstützen. Wir sind auch der Meinung, dass dieses Projekt sicher nachhaltig wirkt und den Bedürftigen vollumfänglich zugute kommt.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1394.4 – 11964 enthalten.

823 GENEHMIGUNG VON ACHT SCHLUSSABRECHNUNGEN
1. UMBAU KNOTEN TALACHER, UNTERTALACHER-LORZENTOBELBRÜCKE, BAAR
2. BUSSPUR CHAMERSTRASSE , CHAMER FUSSWEG-ERLENPLATZ, ZUG
3. VERKEHRSANLAGE SIHLBRUGG UND NEUBAU METEORWASSERLEITUNG, BAAR/NEUHEIM
4. AUSBAU KANTONSSTRASSE N, BAARBURGRANK-HINTERBURG, NEUHEIM
5. KNOTENAUSBAU LÄTTICH MIT NEUBAU ZIEGELBRÜCKE, BAAR
6. KANTONSSTRASSE R, ALOSEN-SCHAFWEIDLIRANK, OBERÄGERI
7. SANIERUNG ARTHERSTRASSE, MURPFLI-UNTERHASEL, ZUG
8. UMBAU KNOTEN BÖSCH, HÜNENBERG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 686.4/615.7/514.7/-489.4/707.5/427.4/482.4/1060.4 – 11889) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 686.5/-615.8/ 514.8/489.5/707.6/427.5/482.5/1060.5 – 11895).

Peter **Rust** weist darauf hin, dass der Rat in dieser Reihe von Abrechnungen vielleicht festgestellt hat, dass exakt diese Strasse 25B im Murpfli um 443'000 Franken den Kostenrahmen überstiegen hat. Alle anderen Vorlagen haben unter den bewilligten Kosten abgerechnet. An sich ist die Überschreitung von 443'000 Franken begründet. Wesentlich herausragendste Überschreitung ist der Lärmschutz, der im Abschnitt bei diesen Ferienhäusern im Murpfli etwas luxuriös genug ausgefallen ist. Trotzdem kritisiert der Votant nicht die Kostenüberschreitungen. Was ihm viel mehr zu denken gibt, ist das Nachspiel dieses Ausbaus der 25B. Der Stadtrat von Zug – wir haben hier zwei Vertreter – wusste nichts Besseres zu tun, als nach der Sanierung, die immerhin 6,9 Mio. Franken gekostet hat, zu intervenieren und zu beantra-

gen, man solle dort 60 km/h Geschwindigkeit verordnen. Das ist doch widersinnig! Vor der Sanierung konnten wir im unausgebauten Zustand mit Tempo 80 fahren. Viel ist auf dieser Strecke nicht passiert. Und jetzt, wo wir einen luxuriösen Ausbau gemacht haben, will man Tempo 60 verordnen. So kann ja das doch wohl nicht ernst gemeint sein. Und dies hat die Stadt Zug zur Enttäuschung des Votanten beantragt. Und jetzt mussten wir von privater Seite die rechtlichen Mittel ergreifen. Peter Rust hofft einfach, dass die zu entscheidende Regierung das richtig bewertet. Dass man mindestens diesem Gutachten, das für teures Geld erstellt wurde, nachlebt, und diese Tempobeschränkung auf 80 belässt. Sonst muss sich der Votant ernsthaft überlegen, ob er sich künftig für Strassenausbauten stark machen soll, wenn man vorher 80 fahren kann und dann für teuere Millionen ausbaut und hinterher Geschwindigkeitsbeschränkungen macht – entgegen zugezogenen Experten. Die Regierung soll das wohlwollend zur Kenntnis nehmen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko die acht im Titel aufgeführten Schlussabrechnungen an ihrer Sitzung vom 9. Januar behandelte. Er möchte folgende Punkte in Ergänzung zum Bericht betonen:
1. Schlussabrechnungen können aus Sicht der Stawiko in einer Vorlage zusammengefasst werden, sofern die Bauwerke innerhalb der Kreditlimite ausgeführt werden konnten. Im aktuellen Fall schliessen sieben Abrechnungen innerhalb des Kreditrahmens, eine Abrechnung – die Sanierung Murpfli-Unterhasel – mit einer Kreditüberschreitung. Wir möchten die Baudirektion bzw. die Regierung bitten, in Zukunft Vorlagen mit Kreditüberschreitungen dem Kantonsrat separat und mit noch etwas ausführlicherer Berichterstattung vorzulegen.
2. Sieben Bauvorhaben des Tiefbauamtes schliessen mit einer Kreditunterschreitung ab. Dies spricht für eine gute Budgetierung und konsequente Bauabwicklung. Gratulation an den Kantonsingenieur und sein Team.
3. Die Sanierung der Artherstrasse im Bereich Murpfli-Unterhasel ist leider, wie man so schön sagt, ein Tolggen im Reinheft. Eine Kreditüberschreitung von rund 443'000 Franken bei Gesamtkosten von 6,5 Mio. ist trotz verschiedener Sonderfaktoren aus Sicht der Stawiko unerfreulich und deutlich. Zudem kann man dem Bericht der Finanzkontrolle entnehmen, dass zusätzlich Aufwendungen für Provisorien, Verkehrsdienste und spezielle Rodungsarbeiten im Betrag von rund 105'000 Franken über die Laufende Rechnung – Konto kleine Korrekturen und Unterhaltsarbeiten – abgerechnet wurden. Damit beträgt die Kostenüberschreitung in Tat und Wahrheit 548'000. Nun – ändern können wir nichts. Solche Kreditüberschreitungen müssen aber auch beim sonst gut arbeitenden Tiefbauamt die Ausnahme bleiben.
4. Wichtig ist, dass man aus solchen Kostenüberschreitungen die Lehren zieht. Das Wünschbare muss unbedingt vom Notwendigen getrennt werden. Die Artherstrasse verkommt sonst zwischen Murpfli und Lotenbach zur Goldmeile, was mindestens unserem Stawiko-Mitglied Peter Rust noch für Jahre bei der Passage dieser Strasse den Blutdruck hochjagen wird. Bei der geplanten Sanierung der Artherstrasse im Bereich Eielen-Lotenbach hat die Stawiko bereits bei der Ratsdebatte auf die hohen Kosten hingewiesen. Eine Kostenüberschreitung in diesem Bereich wäre inakzeptabel!
Auf der Basis unseres Berichts und diesen Ausführungen beantragt die Stawiko einstimmig, die acht Schlussabrechnungen zu genehmigen.

Beni **Langenegger** hält fest, dass die SVP-Fraktion sämtliche vorliegenden Schlussabrechnungen geprüft hat und dem Rat empfiehlt, sie gutzuheissen. Dabei möchte er im Namen der SVP-Fraktion einmal die Gelegenheit ergreifen und dem Baudirektor ein Kränzlein widmen für die positiven Bauabrechnungen mit einem Überschuss von gut 4,9 Mio. Franken. Dabei darf auch erwähnt werden, dass sämtliche Geschäfte nur über das Tiefbauamt abgehandelt wurden. Leider geriet der Baudirektor im Medienbericht vom 2. Februar der Zuger Zeitung trotz den guten Bauabrechnungen einmal mehr unter Beschuss, sei es wegen der Erwähnung über die Abrechnung der Strafanstalt oder der Abrechnung beim Erweiterungsbau der Kantonsschule Zug. Man bedenke aber, dass solche Bauvorhaben direktionsübergreifend sind und daher auf das Schwarzpeterspiel verzichtet werden kann. Leider konnten wir das in letzter Zeit immer wieder in den Medien nachlesen. Ebenfalls wurde aus wahltaktischen Gründen diese Situation von einzelnen Mitgliedern unseres Parlaments ausgenutzt. Zudem erwartet die SVP-Fraktion von einem stellvertretenden Chefredaktor einer kommunalen Zeitung neutral sachlich fundierte Berichterstattungen. Denn oberflächliche und nach Sensationsgelüsten ausgerichtete Berichterstattungen in einem laufenden Verfahren, ohne das sich der angeblich Angeklagte äussern darf, sind unfair und persönlichkeitsverletzend. Etwas entäuscht ist der Votant auch von unserem Stawiko-Präsidenten, der über nicht abgeschlossene Geschäfte Auskunft an die Medien gibt. Haben wir nicht eine Schweigepflicht innerhalb von Kommissionen, wenn die Geschäfte noch nicht bereinigt sind?

Daniel **Grunder** möchte im Namen der FDP-Fraktion auch noch einen kleinen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung leisten – und damit meint er noch nicht die Strafanstalt, sondern nur die vorliegenden Schlussabrechnungen. Die FDP-Fraktion hat das Ergebnis von sieben Schlussabrechnungen mit Freude zur Kenntnis genommen, erachtet es aber als notwendig, hier nochmals – im Zusammenhang mit der Sanierung der Artherstrasse – darauf hinzuweisen, sogar Peter Rust hat es gesagt: Wir haben einen Luxusbau aufgestellt. Wir leisten uns diesen Luxus. Er war bereits bei der Vorlage absehbar und nun ist der Kredit noch um rund eine halbe Million überschritten worden. Die Begründung ist nachvollziehbar. Es darf aber nicht sein, dass wir bei weiteren Sanierungen auf diesem Abschnitt nochmals derartige Kostenüberschreitungen erleben müssen.

Eusebius **Spescha**: Wir haben mit grossem Interesse dem Votum von Peter Rust entnommen, dass der Kanton Zug luxuriösen Strassenbau betreibt. Wir Linken behaupten das ja schon lange und wir werden gerne auf dieses Votum zurückgreifen bei zukünftigen Strassenbaukrediten. Der Votant erinnert sich, dass wir heute Morgen 7 Mio. für 900 Meter Strasse in Cham bewilligt haben, und er ist überzeugt, dass auch dort Luxus betrieben und eine Million zuviel ausgegeben wird.

Martin **Stuber**: Liebe SVP-Fraktion, lieber Beni Langenegger, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Das ist ein politischer Grundsatz, den es lohnt zu beachten. Dass der Vizebaudirektor Stellung nehmen musste in den Medien, hat vielleicht auch etwas damit zu tun, dass die Medien den Chef nicht erreichen konnten.

Peter **Rust**: Eine Entgegnung an Eusebius Spescha. Der Votant möchte, dass er richtig zitiert wird. Er hat nicht global von Luxus gesprochen für die 25B. Er hat ausdrücklich gesagt, in Bezug auf den Lärmschutz. Da sind nicht nur die teuersten Elemente eingebaut worden, sie wurden auch noch gerade bepflanzt. Und Peter Rust hat auch erwähnt, dass das in einem Abschnitt ist, wo überwiegend Ferienhäuser sind. Man hat für dieses Baugebiet dort, für diese Anwohner hat man diesen Luxus von überproportionalem Lärmschutz betrieben. Da hat der Votant auch nichts dagegen. Aber dass genau aus dieser Ecke dann die Tempobeschränkung kommt obendrein, für das hat er kein Verständnis. Und er möchte überhaupt nicht sagen, er habe heute das Wort für luxuriösen Ausbau geredet. Und das Beispiel der Strasse Cham: Wo kann denn da bei Unterhaltsarbeiten, wenn man einen Koffer erneuert und einen Belag einbringt, mit Kosten übertrieben werden? Wir können höchstens die Sicherheitsstreifen mit Platingold überstreichen. Aber das wird ja niemand tun. Es ist eine reine Unterhaltsarbeit, was wir heute Morgen beschlossen haben. Da kann man weiss Gott nicht von Luxus reden, wenn wir den nötigen Unterhalt beschliessen.

Hans **Christen**: Peter Rust hat den Stadtrat Zug kritisiert. Er hat natürlich mit seinem Votum nur teilweise Recht. Der Stadtrat hat auf der Artherstrasse von Oberwil bis Lotenbach auf gewissen Abschnitten mit Gefahrenpotenzial Tempo 60 beschlossen, und nicht wie Peter Rust sagt beantragt. Einige prominente Walchwiler haben gegen diesen Beschluss beim Regierungsrat Einsprache erhoben. Das ist ihr Recht und das akzeptieren wir auch. Das Geschäft ist zurzeit noch pendent. Wir warten auf den Regierungsbeschluss. Der Stadtrat wird sich selbstverständlich diesem Beschluss fügen.

Max **Uebelhart** möchte Jürg Aregger von der Neuen Zuger Zeitung auf der Presseseite besonders begrüssen, der sich auch nicht ganz treu geblieben ist – man lese seine heutige Kolumne.
Die Verkehrsanlage Sihlbrugg ist schon lange fertig gebaut und in Betrieb. Bewilligt 1998 auf Grund einer Vorlage vom Dezember 1997. Im Gesamten konnte auch dieses Bauwerk mit einer markanten Kostenunterschreitung abgeschlossen werden. Das ist sicher sehr erfreulich. Noch erfreulicher wäre es allerdings, wenn für diese über 6 Millionen – und jetzt spricht der Votant von der Verkehrsanlage – auch etwas gebaut worden wäre, das funktionieren würde. Ihm ist schon bewusst, dass in Walterswil ein Teil Autobahn aufhört, der ungefähr in Sizilien beginnt! Trotzdem hätte er ein Bauwerk erwartet, das nicht täglich stundenlang Kolonnen produziert – und das von Anfang an! Den Kreisel Walterswil hat man fast zweimal neu gebaut. Im Bericht steht lapidar: «Im Bereich des Kreisels Ebertswilerstrasse wurden zur Steigerung des Verkehrsflusses zusätzliche bauliche Massnahmen vorgenommen.» Dies hat man damals erst festgestellt, als die erste Ausführung des Kreisels schon fast fertig realisiert war. Bei den Erkundigungen von Max Uebelhart, wie die zweite Auflage des Bauwerks finanziert werde, musste er sich mit der Auskunft zufrieden geben, der Kredit reiche auch problemlos für diese Nachbesserungen. Die gesamte Verkehrsanlage vermag nicht zu befriedigen, besonders wir Zuger sind benachteiligt, ist doch mit dem realisierten Kreiselsystem und der zusätzlichen Lichtsignalanlage der Verkehr Richtung Kanton Zug bevorzugt worden und der Verkehrsfluss Richtung Zürich ist sehr zäh geblieben. Fazit: Viel Geld ausgegeben, Verkehrssituation höchst unbefriedigend, und dies von Anfang an!

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Sie können sicher sein, Peter Dür, dass der Votant nach dieser Debatte nie mehr eine Kreditvorlage, die überschritten ist, in ein Gesamtpaket packt, das positiv ist. – Zum Murpfli. Von wegen teurer Lärmschutz. Von wegen Goldmeile. Von wegen Luxus. Die Mehrkosten sind entstanden in Folge von Entsorgung von Teerbelägen (massgebende Vorschriften kamen erst nach der Krediterteilung zum Gesetz), 140'000 Franken; starke Niederschläge im Mai 1999, bei welchen auch eine bestehende Stützmauer der SBB ausserhalb der Baustelle eingestürzt ist, ca. 20'000 Franken; nicht stabile Seeablagerungen im Gebiet Otterswil und Hanginstabilität in der Nähe des SBB-Trassees erforderten zusätzliche Pfählungen, 90'000 Franken; das Verhandlungsergebnis beim Landerwerb und Beschwerdeverfahren (zum Zeitpunkt der Krediterteilung waren diese noch nicht abgeschlossen), ca. 50'000 Franken; stellenweise recht schwierige Baugrundverhältnisse, was bei diversen Arbeitsgattungen (Erdarbeiten, Fundationsschicht, Entwässerung, Sicherung von Uferböschungen) zu Mehraufwendungen geführt hat, 140'000 Franken. Es ist dort eine schwierige Gegend.
Sihlbrugg. Nicht nur der Kreisel, die ganze Strecke Walterswil-Sihlbrugg ist nicht gebaut für 40'000 Fahrzeuge im Tag. Entlastung erhoffen wir uns mit der Fertigstellung der Knonauer Autobahn.

➔ Der Rat genehmigt diese acht Schlussabrechnungen.

824 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG BETREFFEND RESTAURIERUNG UND UMBAU DER ATHENE SOWIE ERSTELLUNG EINES ERGÄNZUNGSBAUS

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 487.7 – 11905) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 487.8 – 11906).

Peter **Dür** erinnert daran, dass der Kantonsrat mit Beschluss vom 26. Februar 1998 das Bauprojekt für die Restaurierung und den Umbau der Athene sowie einen Ergänzungsneubau genehmigte und einen Objektkredit von 21,85 Mio. Franken sprach. Von diesem Objektkredit müssen noch die denkmalpflegerischen Beiträge von Stadtgemeinde und Kanton Zug von mutmasslich 938'000 Franken und die Projektierungskosten von 915'000 abgezogen werden. Die Bauabrechnung liegt nun vor und präsentiert, unter Berücksichtigung des Verzichts auf einen Umbau im Wilmhelmgebäude, eine Betrag von 19'565 Mio., womit eine Kreditunterschreitung von 1,54 Mio. Franken resultiert. Die Mehr- und Minderkosten im Bereich der verschiedenen BKP-Positionen sind im Bericht des Regierungsrats aufgeführt und plausibel begründet. Die Finanzkontrolle hat die Schlussabrechnung geprüft und im Revisionsbericht die ordnungsgemässe Abrechnung festgehalten. Die Gesuche um denkmalpflegerische Beiträge wurden im Juni 2005 eingereicht. Die Finanzkontrolle wird den Eingang dieser Beiträge überwachen. Fazit: Das Resultat ist erfreulich, handelt es sich doch bei diesem Bauprojekt um ein komplexes Vorhaben in einem denkmalgeschützten Bereich. Besten Dank dem Team des Hochbauamts für die kompetente Projektierung und Bauabwicklung. Die Staatswirtschaftskommission beantragt einstimmig, diese Schlussabrechnung zu genehmigen.

➔ Der Rat genehmigt diese Schlussabrechnung.

825 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG BETREFFEND NEUBAU DER KAUFMÄNNISCHEN BERUFSSCHULE ZUG (KAUFMÄNNISCHES BILDUNGSZENTRUM) UND BETEILIGUNG AN DER SPORTHALLE DER STADT ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 572.15 – 11899) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 572.16 – 11900).

Peter **Dür** weist darauf hin, dass der Kantonsrat mit Beschluss vom 27. Februar 1997 das ehemalige Gaswerkareal als Standort für das Kaufmännische Bildungszentrum festlegte. Gleichzeitig genehmigte der Kantonsrat das Raumprogramm und beschloss, sich anstelle der ursprünglich für das KBZ geplanten Doppelturnhalle am Projekt einer Sporthalle der Stadt Zug finanziell zu beteiligen. Die gemeinsame Nutzung der Sporthalle und die damit verbundenen Synergieeffekte werden von der Stawiko ausdrücklich begrüsst. Total wurde für dieses Grossprojekt ein Kredit von 60,475 Mio. bewilligt. Die vorliegende Schlussabrechnung weist einen Betrag von 59,667 Mio. aus, womit der Kredit brutto um rund 807'000 Franken unterschritten wurde. Die Bauabrechnung weist im Detail die Mehr- und Minderkosten in den verschiedenen Bereichen aus und gab zu keinen Diskussionen Anlass. Die Finanzkontrolle hat die Schlussabrechnung im Detail geprüft. Die Berichte liegen vor und bestätigen die ordnungsgemäße Abrechnung. Das Hochbauamt zeigt mit diesem Projekt, dass es auch grosse Bauten im geplanten Kostenrahmen abwickeln kann. Hoffentlich ist dies ein gutes Omen im Hinblick auf den aktuell laufenden Spital-Neubau. Besten Dank den Beteiligten für die kompetente Arbeit. Die Stawiko beantragt einstimmig, diese Schlussabrechnung zu genehmigen.

➔ Der Rat genehmigt diese Schlussabrechnung.

826 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG FÜR DIE RENOVATION DES WILHELMGEBÄUDES IN ZUG UND FÜR DIE ERSTELLUNG EINES ANBAUS

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 935.7 – 11903) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 935.8 – 11904).

Peter **Dür** verweist auf den Bericht.

➔ Der Rat genehmigt diese Schlussabrechnung.

827 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG FÜR EINE PROVISORISCHE PARKPLATZANLAGE AUF DEM EHEMALIGEN GASWERKAREAL IN ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1155.6 – 11907) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1155.7 – 11908).

Peter **Dür** erinnert daran, dass der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 29. Januar 2004 einem Objektkredit von 495'000 Franken für die Planung und Ausführung einer provisorischen Parkplatzanlage auf dem ehemaligen Gaswerkareal zustimmte. Abgezogen werden muss von diesem Betrag ein Kostenbeitrag der Stadt Zug von 65'000 Franken für vier Carparkplätze. Die Stawiko hat bereits anlässlich der Ratsdebatte dieses Projekt begrüsst und darauf hingewiesen, dass mit diesen Parkplätzen von Beginn weg gute Erträge zugunsten der laufenden Rechnung generiert werden können. Die Schlussabrechnung liegt nun vor. Dank cleverer Berücksichtigung des Mehrwertsteuer-Aspekts konnte der bewilligte Kredit noch auf rund 399'600 Franken gesenkt werden. Die Bauabrechnung schliesst nun mit einem Betrag von 375'844, womit erneut eine Kostenunterschreitung von 23'755 Franken resultiert. Wer die Anlage besichtigt, hat das Gefühl, der Easy-Jet-Gründer Stelios Hajiloannou sei am Werk gewesen. Nur die orange Farbe fehlt. Das „Easy-Parking" auf dem ehemaligen Gaswerkareal zeigt, dass es auch im Kanton Zug einfach und günstig geht. Auch hier ein Dankeschön an das zuständige Tiefbauamt. Zur Vollständigkeit: Diese Schlussabrechnung wurde von der Finanzkontrolle geprüft und die ordnungsgemässe Abrechnung bestätigt. Die Stawiko empfiehlt ihnen auch diese Schlussabrechnung zur Genehmigung.

➔ Der Rat genehmigt diese Schlussabrechnung.

828 MOTION VON LILIAN HURSCHLER-BAUMGARTNER BETREFFEND JUGENDSCHUTZ BEIM VERKAUF VON TABAKWAREN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1318.2 – 11939).

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass sich die AF sehr freut über die positive Antwort auf die Motion von Lilian Hurschler-Baumgartner. Die Motion entspricht mit ihrer Forderung sowohl der Rahmenkonvention der WHO als auch der Tabakpräventionsstrategie 2005-2010 unserer Gesundheitsdirektion. Über die gesundheitsschädigenden Auswirkungen des aktiven und passiven Tabakkonsums braucht die Votantin deshalb keine grossen Worte zu verlieren. Nur soviel möchte sie dazu sagen: Es ist bewiesen, dass die gesundheitlichen Schäden umso grösser sind und ein späteres Wegkommen vom Rauchen umso schwieriger wird, je früher Jugendliche mit Rauchen beginnen. In diesem Sinn ist ein Verkaufsverbot von Tabakwaren an Minderjährige eine wirksame Präventionsmassnahme.
Für ein Tabakverkaufsverbot an Minderjährige sprechen zudem:

1. Kinder und Jugendliche sind im pubertären Alter gesundheitlich sehr sensibel, der Körper befindet sich in einem Wachstumsschub. In dieser Phase sollten sie

eine Grundkondition für das Leben erwerben und diese nicht durch Rauchen oder andere Suchtsubstanzen verhindern oder gar zerstören.
2. Jugendliche sind besonders Sucht gefährdet.
3. Die Gruppendynamik und der Gruppenzwang sind in diesem Alter sehr wichtig. Dem entsprechend kann oft dem Druck, Rauchen zu müssen, nicht widerstanden werden.
4. Seit einigen Jahren nimmt die Tendenz hin zu immer jüngerem Einstiegsalter beim Gebrauch von Suchtmitteln, also auch beim Rauchen, zu.

Ausserdem erleichtert ein Verkaufsverbot von Tabakwaren an unter 18-Jährige die Präventionsarbeit der mit Erziehung betrauten Personen.
Wir Alternativen begrüssen das Vorhaben der Regierung, das Motionsanliegen im Rahmen der Revision des Gesetzes über das Gesundheitswesen rasch und kostengünstig umzusetzen. Allerdings sind wir uns bewusst, dass das Motionsanliegen erst der Anfang einer weiterzuführenden Kampagne ist. Die aktuellen Diskussionen ums Nichtrauchen und die Entscheide beispielsweise der SBB oder der Regierungen von Irland, Italien, Schweden, Norwegen und neuestens auch England zeigen, dass Einschränkungen in dieser Frage voll im Trend liegen. So ist es Aufgabe der Politik, griffige Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den gesundheitsschädigenden Auswirkungen des Rauchens und des Passivrauchens zu ergreifen.
Was das Motionsbegehren in Bezug auf die Abgabe anbelangt, können wir der Argumentation der Regierung folgen. Es ist ja per Bundesrecht geregelt, dass die Abgabe von Tabakwaren zu Werbezwecken an unter 18-Jährige verboten ist. – Aus diesen Überlegungen beantragen wir Alternativen, die Motion im Sinne der Regierung erheblich zu erklären.

Andrea **Erni Hänni** hält fest, dass die SP-Fraktion die Antwort des Regierungsrats erfreut zur Kenntnis genommen hat. Der Schutz der Jugend im Suchtmittelbereich ist gesundheits- und gesellschaftspolitisch sehr wichtig und richtig. Wenn Jugendliche Suchtmittel konsumieren, kann sich dies in der noch stattfindenden Entwicklungsphase verheerend auswirken, dies zeigt sich erschreckend bei psychoaktiven Substanzen wie Alkohol und Cannabis, kann aber auch bei Tabakkonsum geltend gemacht werden. Immerhin ist beim Tabak die Suchtgefahr ähnlich hoch wie bei Heroin. Und wir wissen es alle – und die süchtige Votantin schliesst sich da mit ein – der Konsum von Tabakwaren ist gesundheitsschädigend, nicht nur für die Konsumierenden selbst, sondern auch für das Umfeld, welches den Schadstoffen ausgesetzt ist.
Die SP-Fraktion ist aber auch der Meinung, dass Verkaufsverbote alleine nicht genügen. Unserer Ansicht nach sind ebenfalls die Anreize dringend zu minimieren. Seit 1983 ist im Kanton Zug Werbung für Suchtmittel auf öffentlichem Grund zwar verboten. Auf privatem Grund aber kann nach wie vor Suchtmittelwerbung aufgehängt werden. Dies muss unseres Erachtens – als weitere wirkungsvolle Massnahme – unterbunden werden. Werbung reizt zum Konsum, hat also direkten Einfluss und muss wirklich sehr erfolgreich sein: Die Tabakindustrie würde wohl kaum bis zu 50 Mio. Franken für etwas ausgeben, das nicht rentiert! Für ein gesamtes Werbeverbot für Suchtmittel müsste das Rad übrigens nicht neu erfunden werden – der Kanton Genf kennt dieses bereits seit dem Jahr 2000. Sollten vom Kanton in dieser Richtung keine Schritte unternommen werden, wird die SP-Fraktion eine entsprechende Motion einreichen.
Aber zurück zum heutigen Thema. Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge der Regierung vollumfänglich und wir bitten Sie, dies ebenfalls zu tun.

Stephan **Schleiss** weist darauf hin, dass den Rauchern in der Schweiz ein immer stärkerer Wind ins Gesicht bläst. In Zügen und Bahnhöfen darf seit der Fahrplanumstellung Mitte Dezember nicht mehr geraucht werden, die Zuger Verwaltung ist seit Anfang Jahr rauchfrei und die WHO in Genf hat am 1. Dezember 2005 beschlossen, bei Neuanstellungen keine Raucher mehr zu berücksichtigen. All diese Massnahmen bezwecken – zumindest vordergründig –, Nichtraucher vor dem Passivrauchen zu schützen. Bei dem nun zur Diskussion stehenden Verkaufsverbot geht es allerdings um etwas ganz anderes. Es geht darum, Jugendliche vor sich selber zu schützen und Selbstverantwortung durch staatliche Bevormundung zu ersetzen. Die SVP-Fraktion setzt sich grundsätzlich für mehr Freiheit und weniger Staat ein. Dementsprechend schwer tut sich die Mehrheit der Fraktion mit dem Bericht und Antrag des Regierungsrats. Die Mehrheit der Fraktion steht den Anträgen ablehnend gegenüber. Nachfolgend unsere Erwägung kurz zusammengefasst:
Der Regierungsrat vertritt die Ansicht, dass der Entscheid zu gesundheitsgefährdendem Verhalten Mündigkeit voraussetze. Es geht dabei um dieselben Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren, die gemeinhin für reif genug gehalten werden, beispielsweise eine Berufswahl zu treffen oder im Jugendparlament zu politisieren. Die SVP kann das Jugendbild der Regierung nicht nachvollziehen. Wir können hingegen nachvollziehen, dass eine eingeschränkte Verfügbarkeit den Konsum eindämmt und halten das Verkaufsverbot auch für durchsetzbar, da es ja an der Verkaufsstelle ansetzt. Wenn der Regierungsrat aber schreibt, dass ein Verkaufsverbot eine klare Signalwirkung für die Bevölkerung habe und die Bedeutung der Schädlichkeit des Rauchens so nachhaltig kommuniziert werden könne, dann hört der Spass auf. Liebe Regierung: Sparen Sie sich den kommunikativen Kraftakt und gehen Sie davon aus, dass die Schädlichkeit des Rauchens hinlänglich bekannt ist. Mit diesem Argument dürfen Sie nun wirklich nicht Freiheit und Eigenverantwortung von Zuger Bürgern einschränken.
Wenn das Alter 18 anstatt wie bisher 16 kontrolliert werden muss, dann entstehen den Verkaufsstellen zusätzliche Kosten. Ebenso wenig ist die Umrüstung der Zigarettenautomaten gratis. Diese Kosten entstehen der Privatwirtschaft bzw. den Konsumenten. Wenn die Zigarettenautomaten sogar verschwinden, dann wird auch der Zugang der über 18-jährigen Raucher zu Tabakwaren eingeschränkt. Die über 18-Jährigen machen gemäss den Zahlen der Motionäre mehr als 90 % der Rauchenden aus. Die vorgeschlagene Massnahme schiesst also weit über die Minderjährigen als eigentliche Zielgruppe hinaus.
Zu guter Letzt sei daran erinnert, dass es nicht um den Schutz vor Passivrauch geht, sondern um die staatlich verordnete, gesunde Lebensweise. Es ist ja nicht so, dass Rauchen das einzige ungesunde Laster ist. Alkohol und Übergewicht lassen grüssen. In Amerika darf an Bürger unter 21 Jahren kein Alkohol ausgeschenkt werden. Wann ist es wohl bei uns so weit? Wetten, dass noch vorher bei McDonalds Minderjährige mit Übergewicht nicht bedient werden dürfen? – Die SVP-Fraktion wird bei allen Punkten der Motion mehrheitlich gegen eine Erheblicherklärung stimmen.

Regula **Töndury** erinnert daran, dass Minderjährige im Kanton Zug ohne Einschränkungen zu jeder Zeit und in jeder Menge Tabakprodukte erwerben können. Angesichts der Verantwortung, die wir als Politiker, Erziehende und Eltern haben, begrüsst die FDP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats, die Motion erheblich zu erklären mit Ausnahme des Abgabeverbots. Wir waren uns in der Fraktion einig, dass ein Abgabeverbot zu weit gehe, da dies nicht kontrollierbar sei und man auch nicht die Abgabe unter Kollegen und innerhalb der Familie kriminalisieren möchte.

Die unentgeltliche Abgabe von Tabakwaren zu Werbezwecken wird ja bereits von Bundesrecht her verboten. Es ist erwiesen, dass die gesundheitlichen Schäden umso grösser sind, je früher die Jugendlichen mit Rauchen beginnen. Häufig ist die körperliche Entwicklung noch gar nicht abgeschlossen und die Spätfolgen sind verheerend – unser Lungenspezialist im Rat könnte hier einige Beispiele erzählen. Zwei Millionen Raucherinnen und Raucher in der Schweiz verursachen direkte (medizinische Behandlung) und indirekte (Produktivitätsverlust) Gesundheitskosten von rund 10 Milliarden Franken pro Jahr, was einem Viertel der gesamten Gesundheitskosten entspricht. Über die gesundheitlichen Folgen haben Sie bereits genug gehört. Nikotin hat ein Abhängigkeitspotenzial, das dem Heroin ähnlich ist, ist also eine süchtig machende Substanz. Übrigens – die Universität Zürich ist ab April rauchfrei! Die FDP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den Antrag der Regierung, die Motion – mit Ausnahme des Abgabeverbotes – erheblich zu erklären.

Arthur **Walker** hält fest, dass die CVP-Fraktion entgegen der Meldung in der Presse die Anträge des Regierungsrats einstimmig unterstützt. Die Fraktion begründet ihre Haltung wie folgt: Das Verkaufsverbot von Tabakwaren an Minderjährige ist eine äusserst wirksame Präventionsmassnahme. Damit kann ein wichtiges Ziel der Tabakpräventionsstrategie unseres Kantons erreicht werden. Diese konkrete Massnahme, eingebracht von Kantonsrätin Margrit Landtwing und unterstützt von weiteren CVP-Kantonsräten, hat die vorberatende kantonsrätliche Kommission zur Gesetzesinitiative «Stopp dem Zwang zum Passivrauchen» einstimmig unterstützt und den Gesundheitsdirektor Joachim Eder aufgefordert, dem Kantonsrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Grenzen setzen und dafür sorgen, dass sie eingehalten werden, sind Aufgaben, wie sie von Eltern in ihrem Erziehungs- und Schutzauftrag wahrgenommen werden. Mit einem konkreten Jugendschutz beim Verkauf von Tabakwaren an Minderjährige nimmt die Gesellschaft ihre Verantwortung analog zur Einschränkung beim Verkauf von alkoholhaltigen Getränken wahr. Sie unterstützt somit die Familien und setzt auch ein klares, gesundheitspolitisches Zeichen. Die gesundheitlichen Folgen für Atemwege und Lungen, die bei Jugendlichen besonders gefährdet sind, müssen es wert sein, die Freiheit zu einem frühen Weg in die Sucht durch ein Verkaufsverbot von Tabakwaren an Minderjährige einzuschränken. – Die CVP-Fraktion empfiehlt Erheblicherklärung der Motion im Sinn des Regierungsrats, verbunden mit der Erwartung des Votanten, dass eine vorsätzliche Umgehung des Verkaufsverbots (Kauf durch Erwachsene im Auftrag von Minderjährigen) als missbräuchlich gilt.

Silvan **Hotz** kann die Motion heute im Grundsatz unterstützen. Er möchte aber dem Regierungsrat zwei Gedanken mitgeben. Wir sind ein kleiner Kanton. Und so lange Aargau, Zürich und Schwyz kein Verbot für Tabakverkauf an Jugendliche kennen, nützt unser Gesetz nicht viel. Der relativ kurze Weg in unsere Nachbarkantone ist für Jugendliche heute kein Problem mehr. – Im Bericht des Regierungsrats wird von einer Übergangsfrist für Automaten gesprochen. So lange diese Frist gilt, ist dieses Gesetz absolut nutzlos. Nicht nur dass Detailhändler im Vergleich zu den Automatenbetreibern diskriminiert werden, nein, die Automaten verkaufen völlig anonym während 24 Stunden am Tag Tabak oder Zigaretten. Dies trotz Verkaufsverbot. Der Votant lädt den Regierungsrat ein, erstens unsere Nachbarkantone zu ermutigen, ein gleiches Gesetz zu erlassen, und zweitens die Übergangsfrist für Automaten sehr

kurz zu halten. Vielleicht wäre hier auf Grund der Erheblicherklärung dieser Motion eine Vorinformation der Automatenbetreiber möglich und hilfreich.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** dankt für die doch mehrheitlich wohlwollende Aufnahme und die sich offensichtlich abzeichnende Unterstützung. Der Regierungsrat ist erfreut, dass – falls Sie unseren Anträgen zustimmen – damit einer der Schwerpunkte 2005-2015 umgesetzt werden kann, nämlich: Der Kanton agiert als Impulsgeber bei der Gesundheitsförderung und bei der Prävention. Alkohol- und Tabakprävention werden intensiviert. Weitere Massnahmen sind in unserer Tabakpräventionsstrategie enthalten. Sie nehmen damit auch die eigenen Vorgaben und Forderungen der Kommission Clerc, wie sie im Bericht vom 18. Februar 2005 zum Ausdruck kommen, ernst. Das ist wirklich erfreulich! Sie haben – um ein Bild des Themas aufzunehmen – die Rauchzeichen richtig gedeutet. Rauchzeichen, die übrigens auch im offensichtlichen Bewusstseinswandel der Bevölkerung in dieser Sache zum Ausdruck kommen.
Materiell wurde das Meiste in den Fraktionsvoten gesagt. Der Gesundheitsdirektor möchte sich aber noch äussern zu Stephan Schleiss und zur SVP-Fraktion: Es geht hier nicht um eine Einschränkung der Freiheit und der Eigenverantwortung; es geht auch nicht um staatliche Bevormundung, sondern um Jugendschutz in einem sehr wichtigen Bereich. Der Regierungsrat hat auch kein falsches Jugendbild, wie Sie gesagt haben, sondern nimmt die medizinischen Warnzeichen ernst und setzt den Jugendschutz konkret um. Das ist unsere Pflicht; das vorgesehene Verkaufsverbot ist ein Gebot der Stunde, das gesundheitliche Gefährdungspotenzial ist erwiesen, es ist wichtig, das damit verbundene Schadensrisiko einzudämmen. Das haben übrigens alle vier SVP-Vertreter in der seinerzeitigen Kommission Clerc auch eingesehen, denn der Auftrag wurde einstimmig erteilt. So gesehen hat Joachim Eder immer noch die Hoffnung, dass mindestens vier Mitglieder zustimmen.
Die Ziele der Tabakprävention in unserem Kanton beruhen auf drei Prinzipien, auf drei Säulen, nämlich Einstieg vermeiden, Ausstieg unterstützen, vor Passivrauchen schützen. Wenn Sie unseren Anträgen zustimmen, unterstützen Sie den Bereich Nichteinstieg oder mindestens den altersmässig verspäteten Einstieg. Der heutige Entscheid – und damit reagiert der Votant auf das Votum von Silvan Hotz – schliesst auch die geografische Achse Zürich-Luzern, er wird zudem ein Signal für andere Kantone sein, speziell auch im Kern der Innerschweiz, wo bisher ausser Luzern und Zug niemand mitmacht.
Abschliessend noch ein Wort zum weiteren Vorgehen. Die Regierung wird bei Erheblicherklärung diesen Auftrag im Gesundheitsgesetz aufnehmen, und zwar mit einem einzigen Paragraphen – wir schaffen also kein eigenes Gesetz. Und zwar bei der nächsten Revision, welche fürs Jahr 2007 geplant ist. Das vom CVP-Fraktionssprecher aufgeworfene Thema der vorsätzlichen und missbräuchlichen Umgehung werden wir dabei ebenso prüfen wie das Anliegen von Silvan Hotz betreffend verkürzte Übergangsfrist. Wenn alles gut läuft, könnte das Verkaufsverbot Anfang 2008 in Kraft treten. Bis dann haben wir sicher auch vernünftige Regelungen im Bereich der Automaten. Der Gesundheitsdirektor dankt dem Rat für die Unterstützung unserer Anträge.

➔ Der Rat beschliesst mit 44 : 10 Stimmen, die Vorlage gemäss Antrag der Regierung erheblich zu erklären.

829 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 30. März 2006

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

58. SITZUNG: DONNERSTAG, 30. MÄRZ 2006

8.30 – 12.30 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

830 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern.

Abwesend sind: Kathrin Kündig und Eusebius Spescha, beide Zug; Franz Müller, Oberägeri; Thomas Brändle, Unterägeri; Andreas Hotz und Malaika Hug, beide Baar; Markus Jans, Cham; Flavio Roos, Risch.

831 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Firma Providea AG aus Zug im Auftrag der Hochschule für Technik in Rapperswil einen Informationsfilm über Forschung und Lehre der Bereiche Raumplanung, Bauingenieurwesen und Landschaftsarchitektur herstellt. Im Film soll die enge Beziehung zwischen «Forschung für das Gemeinwesen im Auftrag der Gemeinden, Kantone und Bund» visualisiert werden. In diesem Zusammenhang wird ein Besuch im Regierungsgebäude, eine Abstimmung (evtl. nur eine Beratung) im Kantonsrat und evtl. eine Sessionsberatung in Bern gezeigt. Der Videofilm richtet sich an Politikerinnen und Politiker, öffentlich-rechtlich Angestellte und angehende Studierende und zeigt die Zusammenhänge der drei Fachrichtungen auf. Die Providea AG möchte eine kurze Sequenz von ca. 10 Sekunden Dauer hier im Zuger Kantonsrat aufnehmen. Es wird ohne Ton und Zusatzlicht gedreht. – Gemäss § 31 der GO des Kantonsrats bedürfen Bildaufnahmen der Bewilligung des Rats.

➔ Der Rat ist einverstanden.

832 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23. Februar 2006.

2.1 Genehmigung von zwei Kantonsrats-Ersatzwahlen.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1415.1 – 11972 und Nr. 1418.1 – 11975).

2.2 Ablegung des Eids oder des Gelöbnisses durch zwei neue Mitglieder des Kantonsrats.

2.3 Ersatzwahlen in kantonsrätliche Kommissionen (erweiterte Justizprüfungskom-mission, Strassenbaukommission, Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz, Kommission betreffend Gesetz über den Gebührentarif im Grundbuchwesen).

3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.

4. Kommissionsbestellungen:

4.1 Polizeigesetz.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1412.1/.2 – 11955/56).

4.2 Gesetz über die Organisation der Polizei (Polizei-Organisationsgesetz).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1413.1/.2 – 11957/58).

5. Einbürgerungsgesuche.
Antrag des Regierungsrats (Nr. 1417.1 – 11974).

6. Änderung des Steuergesetzes.
2. Lesung (Nr. 1341.8 – 11938).
Antrag der Alternativen Fraktion zur 2. Lesung (Nr. 1341.9 – 11978).

7. Anpassung der kantonalen Gesetzgebung zur Schaffung einer Höheren Fachschule für Technik und Gestaltung.
2. Lesung (Nr. 1371.6 – 11935).

8. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für einen Erweiterungsbau sowie für Umbau- und Anpassungsarbeiten beim Kleinschulhaus auf dem Athene-Areal in Zug.
2. Lesung (Nr. 1366.5 – 11962).

9. Kantonsratsbeschluss betreffend Wiederaufbauhilfe in einer vom Seebeben vom 26. Dezember 2004 betroffenen Region.
2. Lesung (Nr. 1394.4 – 11964).

10. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Anbau eines zusätzlichen Unterrichtsraums für das Fach Bildnerisches Gestalten in der Kantonsschule Zug.
Bericht und Antrag sowie Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats
(Nrn. 1333.1/.2 – 11711/12; 1333.5/.6 – 11874/75), Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1333.3 – 11800; 1333.7 – 11949) und der Staatswirtschaftskommission (Nrn. 1333.4 – 11810; 1333.8 – 11967).

11. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für zwei Fahrzeugunterstände im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schönau, Cham.
Bericht und Antrag sowie Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats
(Nrn. 1334.1/.2 – 11713/14; 1334.5/.6 – 11858/59), Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1334.3 – 11801; 1334.7 – 11950) und der Staatswirtschaftskommission (Nrn. 1334.4 – 11805; 1334.8 – 11969).

12. Richterinnen/Richter sowie Gerichtspersonal

12.1 - Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Kantonsgerichts und des Strafgerichts sowie der Zahl der hauptamtlichen Mitglieder im Kantonsgericht und im Strafgericht für die Amts-periode 2007-2012 und
- Kantonsratsbeschluss betreffend Festsetzung der Zahl der hauptamtlichen Mitglieder im Obergericht für die Amtsperiode 2007-2012.
Berichte und Anträge des Obergerichts (Nrn. 1400.1/.2/.3 – 11925/26/27), der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1400.4 – 11965) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1400.5/1406.4/1409.4 – 11970).

12.2 Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen für die Zivil- und Strafrechtspflege für die Jahre 2007-2012.
Berichte und Anträge des Obergerichts (Nrn. 1406.1/.2 – 11944/45), der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1406.3 – 11966) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1400.5/1406.4/1409.4 – 11970).

12.3 Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen beim Verwaltungsgericht für die Jahre 2007-2012.
Berichte und Anträge des Verwaltungsgerichts (Nrn. 1409.1/.2 – 11951/52), der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1409.3 – 11968) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1400.5/1406.4/1409.4 – 11970).

13.1 Postulat von Lilian Hurschler-Baumgartner und Martin Stuber betreffend sofortigen Bau der SBB-Doppelspur Cham-Rotkreuz (Nr. 1309.1 – 11660) und

13.2 Postulat von Werner Villiger, Rudolf Balsiger und Karl Rust betreffend sofortiger Einrichtung einer kurzen Stadtbahnausweichstelle bei der Haltestelle Fridbach oder bei der Haltestelle Oberwil (Nr. 1320.1 – 11684).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1309.2/1320.2 – 11959).

14. Interpellation von Markus Grüring betreffend Ägerisee, Lorze und andere Gewässer im Zusammenhang mit erlebten und künftigen Unwettern (Nr. 1374.1 – 11820).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1374.2 – 11960).

833 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 23. Februar 2006 wird genehmigt.

834 GENEHMIGUNG VON ZWEI KANTONSRATS-ERSATZWAHLEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1415.1 – 11972 und Nr. 1418.1 – 11975).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat auf Grund von § 78 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen beantragt, die Ersatzwahlen folgender Personen in den Kantonsrat zu genehmigen:

Nachfolgerin von Ursula Bier ist Martin **Pfister**, 1963, Baar – aber erst ab 1. April 2006. Ursula Bieri nimmt an der heutigen Sitzung noch teil, so dass Martin Pfister seinen Eid im Hinblick auf seinen Amtsantritt ab 1. April 2006 ablegt.

Nachfolger des bereits zurückgetretenen Jacques-Armand Clerc ist ab sofort Markus **Scheidegger**, 1965, Risch. Er nimmt an der heutigen Sitzung bereits teil.

➔ Der Rat ist einverstanden, womit die beiden Ersatzwahlen genehmigt sind.

835 EID VON ZWEI NEUEN MITGLIEDERN DES KANTONSRATS

Die **Vorsitzende** bittet Martin Pfister und Markus Scheidegger, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Sie bittet die beiden, nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber den Eid abzulegen.

Der Landschreiber liest die in § 5^{bis} Abs. 1 der GO enthaltene Eidesformel, worauf die neuen Ratsmitglieder Martin Pfister und Markus Scheidegger mit erhobenem Schwurfinger sagen «Ich schwöre es».

836 ERSATZWAHLEN IN KANTONSRÄTLICHE KOMMISSIONEN (ERWEITERTE JUSTIZPRÜFUNGSKOMMISSION, STRASSENBAUKOMMISSION, KOMMISSION FÜR WASSERBAU UND GEWÄSSERSCHUTZ, KOMMISSION BETREFFEND GESETZ ÜBEN DEN GEBÜHRENTARIF IM GRUNDBUCHWESEN)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auf Grund des Rücktritts von Ursula Bieri auf den 31. März 2006 folgende Kommissionssitze ab 1. April 2006 neu zu besetzen sind:

- erweiterte Justizprüfungskommission
- Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz
- Kommission betreffend Gesetz über den Gebührentarif im Grundbuchwesen

Die CVP-Fraktion beantragt als neues Mitglied in den ersten beiden Kommissionen Brigitte **Vaderna-Jud**, in der letzten Markus **Scheidegger**.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Durch den bereits erfolgten Rücktritt von Jacques-Armand Clerc sind folgende Kommissionssitze ab sofort neu zu besetzen:

- erweiterte Justizprüfungskommission
- Strassenbaukommission

Die CVP-Fraktion beantragt als neues Mitglied in beiden Kommissionen Martin **Pfister**.

➔ Der Rat ist einverstanden.

837 MOTION VON ALOIS GÖSSI, LEO GRANZIOL, STEFAN GISLER UND DANIEL GRUNDER BETREFFEND EINE ÄNDERUNG DER GESCHÄFTSORDNUNG DES KANTONSRATS

Alois **Gössi**, Baar, Leo **Granziol**, Zug, Stefan **Gisler**, Zug, und Daniel **Grunder**, Baar, haben am 8. März 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1419.1 – 11976 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

838 MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND RAUCHFREI GENIESSEN IM KANTON ZUG, SCHUTZ VOR PASSIVRAUCHEN

Die **Alternative Fraktion** hat am 9. März 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1420.1 – 11977 enthalten sind.

Bruno **Briner** weist darauf hin, dass die FDP das Thema sehr ernst nimmt und das der Motion zugrunde liegende Anliegen sehr wohl versteht. Unsere Fraktion unterstützte denn auch die Motion von Lilian Hurschler betreffend Jugendschutz beim Verkauf von Tabakwaren sowie das Programm «rauchfrei geniessen», welches die Gesundheitsdirektion zusammen mit der Gastro Zug und der Krebs- und Lungenliga lanciert hat. Trotzdem empfiehlt eine Mehrheit der Fraktion dem Rat, diese Motion nicht zu überweisen, und zwar aus folgenden Gründen:
Nationalrat Felix Gutzwiller hat auf Bundesebene eine parlamentarische Initiative eingereicht, für welche nun die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit einen entsprechenden Erlass ausarbeitet, welcher dann zu einer gesamtschweizerischen Regelung führen wird. Einer solchen geben wir den Vorzug. Der Votant stellt sich als Hünenberger die Situation an der Reuss vor, wo der Wirt im Restaurant Zollhaus dann das Rauchen verbieten müsste. Und 100 Meter weiter auf der anderen Seite der Brücke, im Restaurant Train wäre es dann erlaubt. Das ergibt also sehr spezielle Situationen.
Dann haben wir ja vor einem Jahr am 24. März hier über die Gesetzesinitiative «Stopp dem Passivrauchen» abgestimmt, und zwar haben wir sie mit 65 : 7 Stimmen abgelehnt. Der Initiant hat sie ja dann zurückgezogen. Unseres Erachtens sind keine neuen Fakten hinzugekommen. Die Initiative verlangte lediglich den Schutz vor dem Passivrauchen. Die vorliegende Motion will aber das Rauchen in Innenräumen von Gastwirtschaftsbetrieben verbieten, was klar weiter geht.

Bruno Briner möchte auch in Erinnerung rufen, dass wir im Kanton Zug bezüglich des Schutzes von Passivrauchern kein Entwicklungsgebiet sind. Hier sind im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen sämtliche öffentliche Gebäude der Verwaltung, sämtliche Schulhäuser und Spitäler rauchfrei. Auf freiwilliger Basis sind immer mehr Unternehmen und Gastwirtschaftsbetriebe bereit, rauchfreie Räume oder Zeiten einzuführen. Wir glauben, dass dieses Programm, das gestartet worden ist, jetzt nicht schon durch Gesetze oder Vorschriften ersetzt werden soll. Darum empfehlen wir dem Rat, diese Motion nicht zu überweisen.

Werner **Villiger** verfolgt die Entwicklungen in Bezug auf ein Rauchverbot natürlich sehr interessiert. Dabei staunt er immer wieder, wie sich vor allem die Alternative mit geradezu missionarischem Eifer für die Nichtraucher einsetzt. Mit der vorliegenden Motion sind ja noch nicht alle Ziele erreicht. Die Entwicklung soll weiter gehen. So soll z.B. das Casino rauchfrei werden oder es soll in den Gartenwirtschaften nicht mehr geraucht werden. So kann und darf es nicht weiter gehen. Wir brauchen vernünftige Lösungen, die auf Eigenverantwortung, Freiwilligkeit bei den Gastrobetrieben und vor allem auf Toleranz basieren. Das heisst der von der Gesundheitsdirektion vorgeschlagene Weg, den wir im März 2005 hier im Kantonsrat eingeschlagen haben, sollte konsequent weiter verfolgt werden. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb fast einstimmig den Antrag von Bruno Briner, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die AF absolut nicht nachvollziehen kann, dass die Motion nicht überwiesen werden soll. Aus diesem Grund möchten wir den Rat nochmals auf die wesentlichsten Fakten hinweisen, die uns zum Vorstoss bewogen haben.
In allererster Linie spricht der gesundheitliche Aspekt für die Überweisung der Motion. Im Bericht, den der Bundesrat am Tag nach Einreichen unseres Vorstosses ans Parlament geschrieben hat, heisst es, dass 86 % der Nichtraucherinnen und Nichtraucher in der Schweiz in öffentlichen Räumen passiv rauchen würden. Eine deutliche Mehrheit fühle sich dadurch erheblich belästigt. Weiter schreibt der Bundesrat, dass Passivrauchen ein bedeutendes Gesundheitsrisiko in sich berge. Sei jemand zu Hause, am Arbeitsplatz oder im Restaurant dem Passivrauch ausgesetzt, so steige das Risiko für einen Schlaganfall um 80 %. Jährlich würden in der Schweiz mehrere Hundert Menschen am Passivrauchen sterben. Daraus lasse sich der Schluss ziehen, dass Passivrauchen sehr viel koste: Allein die Gesundheitskosten und Einkommensverluste durch Rauchbelastung von Nichtrauchenden dürften in der Schweiz etwa 500 Mio. Franken im Jahr ausmachen. Deshalb hält der Bundesrat abschliessend fest: «Die Einführung von Rauchverboten ist eine wirksame Massnahme zum Schutz vor Passivrauchen. Sie ist einfach umzusetzen und kostet praktisch nichts.»
Dass unser Kanton auf die Bundeslösung setzen will, erachten wir Alternativen nicht als sinnvoll. Denn bekanntlich mahlen die Mühlen im Bundes-Bern langsam. Aus diesem Grunde sind wir der Ansicht, dass ein kantonales Vorgehen absolut sinnvoll ist. Das Motionsanliegen könnte im Zusammenhang mit der Revision des Gesetzes über das Gesundheitswesen umgesetzt werden.
Die Spalten der Leserinnen- und Leserbriefe, aber auch die diversen Umfragen, die in letzter Zeit veröffentlicht wurden, lassen den Schluss zu, dass eine grosse Mehrheit der Bevölkerung mit Ungeduld auf rauchfreie Gastwirtschaftsbetriebe wartet. Im Kanton Zug sind lediglich acht Restaurants völlig rauchfrei, von den Personalrestaurants abgesehen. Die Lösungen mit den teilweise abgetrennten rauchfreien Räumen lassen oftmals zu wünschen übrig. Das Personal ist in diesen Fällen dem Passivrauch nach wie vor ausgeliefert.
Was die zurück gezogene Initiative betrifft, sind wir Alternativen überzeugt, dass sie durch die Bevölkerung angenommen worden wäre. Das deutliche Resultat der Tessiner Abstimmung von 80 % Ja zu 20 % Nein unterstützt diese Aussage. Im Tessin hat gar der kantonale Wirteverband das Rauchverbot zum Schutz der Angestellten und der nicht rauchenden Gäste unterstützt. Bis anhin ist für die Tessiner Gastwirtschaftsbetriebe Vorschrift, dass 30 % der Plätze für nicht rauchende Gäste frei-

zuhalten seien. Diese Vorschrift konnte aus praktischen Gründen nicht eingehalten werden. Sie stellte sich als Flop heraus.
«Rauchfrei-Regeln» bewähren sich, wo immer sie eingeführt werden. Als einsehbare und somit vernünftige Regel stossen sie auf wenig bis keinen Widerstand und werden von der Bevölkerung begrüsst. Jüngstes Beispiel: Die SBB hat mit dem Fahrplanwechsel auf rauchfreie Züge und Bahnhöfe gesetzt und fährt sehr gut damit, gar mit höchster Akzeptanz. Ebenso gut scheint die kantonale Verwaltung mit den nicht mehr aufsteigenden Rauchzeichen aus ihren Räumen zu Schlage zu kommen.
Die Votantin bittet den Rat im Namen eines grossen Teils der Zuger Bevölkerung, die Motion zu überweisen Sie können damit beweisen, dass der Kantonsrat eine bürgerinnen- und bürgernahe Politik betreibt und sich am Puls der aktuellen Anliegen seiner Bevölkerung orientiert.

Käty **Hofer** hält fest, dass sich die SP-Fraktion ihrer Tradition treu bleibt, Motionen zu überweisen. Wir machen das auch mit dieser Motion so. Wenn sie das Argument von Bruno Briner ein wenig weiter spinnt: Fast alle wohnen wir in einer Gemeinde, die an einen anderen Kanton grenzt. Wenn wir die Differenzen zu den anderen Kantonen wirklich ausräumen wollen, kommen wir zu sonst gar nichts mehr. Dieses Argument ist also nicht ernst zu nehmen. Die Votantin bittet den Rat wirklich, diese Motion zu überweisen, denn sie hat bei ihren Vorrednern festgestellt, dass sie für das Grundanliegen ebenfalls einstehen.

Rudolf **Balsiger** glaubt, dass wir unserem Gesundheitsdirektor das Vertrauen schenken sollten, das begonnene Programm weiter zu führen. Neue Fakten sind ja nicht auf den Tisch gekommen, seit wir das letzte Mal abgestimmt haben. Und diese Abstimmung ist sehr deutlich ausgefallen. Der durch die Regierung eingeschlagene Weg ist der richtige und er soll auf Freiwilligkeit basieren. Deshalb bittet der Votant den Rat, den Antrag von Bruno Briner zu unterstützen.

➔ Der Rat beschliesst mit 39 : 20 Stimmen, die Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

839 MOTION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND ERZIEHUNGSBERATUNG

Die **CVP-Fraktion** hat am 20. März 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1424.1 – 11986 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Motion gemäss § 39 Abs. 4 der GO des Kantonsrats als gewöhnlicher Antrag an die vorberatende Kommission betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes überwiesen werden soll. Diese Kommission berät zum jetzigen Zeitpunkt genau diesen Problemkreis.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Antrag stellt, diese Motion nicht zu überweisen. Immer wieder sprechen wir davon, dass wir keine neuen Beratungs-

und Koordinationsstellen wollen, dass im Rahmen der Revision des Sozialhilfegesetzes die verschiedenen Aufgaben zusammengefasst und vereinfacht werden sollen. Genau das Gegenteil macht die CVP, die zumindest bis zur Einreichung dieser Motion sich immer wieder für eine Vereinfachung der Strukturen eingesetzt oder zumindest davon gesprochen hat. Dies sind offensichtlich nur Lippenbekenntnisse. Wir haben uns zumindest – so glaubt die FDP-Fraktion bis heute – bei den bürgerlichen Parteien darauf geeinigt, das Personalwachstum zu beschränken, und die Regierung aufgefordert, auch das Kostenwachstum im Griff zu behalten. Mit dieser Motion unterwandert die CVP-Fraktion die Finanzpolitik des Kantons Zug. Dieser arbeitet erfolgreich mit Gruppierungen wie der Frauenzentrale, dem Frauenbund, dem Verein punkto Jugend und Kind mittels Leistungsaufträgen zusammen und verlangt von diesen privaten Organisationen – wir konnten das heute in einem Leserbrief sehen –, dass diese zusammenarbeiten und ihre Arbeit koordinieren. Es ist nicht einzusehen, weshalb diese Organisationen sich nicht selber koordinieren können und wir diese Stelle wieder dem Staat anhängen sollen. Der Frauenbund hat heute sogar von einem Aprilscherz gesprochen. Die Stunden, die von diesen Organisationen geleistet werden, werden weitgehend ehrenamtlich geleistet und generieren keine zusätzlichen Kosten für den Kanton, ganz im Gegenteil zur Motion der CVP. Die FDP-Fraktion lehnt deshalb diese Motion ab und ersucht den Rat, diese erst gar nicht zu überweisen.

Margrit **Landtwing**: Was *will* denn unsere Motion, die derart für Aufruhr gesorgt hat? Die Votantin legt hier die Gründe, die zu der vorliegenden Motion geführt haben, noch einmal klar dar. – «Die Eltern sollen Verantwortung übernehmen!» Wie oft haben Sie diese Aufforderung schon gehört oder sich ihrer vielleicht auch schon selber bedient? Die CVP unterstützt diese Aussage! Sie weiss aber, dass Verantwortung nur wahrgenommen werden kann, wenn die Erziehungsverantwortlichen die Voraussetzungen dafür erfüllen. Erziehen heisst, mit ständigem Wandel konfrontiert zu werden, sei es in Verhaltens-, Gesellschafts- oder Gesundheitsfragen! Aktuelle Zeitungsberichte sprechen da eine deutliche Sprache. Um dieser Verantwortung pflichtbewusst nachzukommen, suchen über 80 % der Eltern selbstverständlich und ohne Hürden die Väter- und Mütterberatungsstelle bei allen Fragen rund um das Neugeborene bis ca. dem zwei Jahre alten Kind auf. Hier können Alltagsprobleme mit gutem Rat im Keime erstickt und dabei die Eltern in ihrer täglichen Erziehungsarbeit unkompliziert und fachkompetent beraten und gestärkt werden. Dieses niederschwellige Angebot wirkt präventiv und soll auch in den weiteren Kinderjahren bis zum Schuleintritt Wirkung zeigen können. Leider ist genau hier, in dieser wichtigen Entwicklungsphase der Kinder, nämlich zwischen zwei und fünf Jahren, eine Lücke auszumachen. Erziehungs- und Entwicklungsfehler, die in dieser Zeit passieren, sind später oft nur mit therapeutischen Massnahmen wieder gut zu machen. Solche Massnahmen dauern in der Regel lange und sind teuer. Vorbeugen ist hier tatsächlich besser als heilen. Wir wollen verhindern, dass es immer mehr Kinder gibt, die in ihrer Entwicklung oder ihrem Verhalten auffällig werden und Abklärung um Abklärung auf sich nehmen müssen, und dass Eltern für das Angehen von bereits eskalierten Situationen teilweise hohe Hemmschwellen überwinden müssen.
Was will unsere Motion *nicht*? Wir wollen kein neues Amt, keine neue Beratungsstelle, die durch Drittüberweisung, verbunden mit einem enormen Papierkrieg, administrativem und persönlichem Aufwand auf allen Ebenen, aufgesucht werden muss. Solche Beratungsstellen haben wir tatsächlich zur Genüge! In diesem Sinne unterstützt diese Motion die Anliegen der CVP- Motion «Zusammenarbeit im Sozialbereich»:

Synergien sollen genutzt, Optimierungsmöglichkeiten und Ressourcen aufgezeigt, Doppelspurigkeiten beseitigt und Abläufe so einfach wie möglich gehalten werden. Wir stehen zu dieser Motion auch mit der Vereinfachung der Strukturen. Aus diesem Grunde soll *erstens* das geforderte Beratungsangebot früh, in den wichtigen Entwicklungsjahren der Kinder, unkompliziert und nahe am Geschehen genutzt werden können, um so einem Ausbrechen grösserer Konflikte da und dort Einhalt zu gebieten. *Zweitens* soll keine neue Stelle geschaffen werden. Es soll lediglich das erfolgreiche und allseits akzeptierte System im Sinne einer logischen Kontinuität weiter geführt und das Angebot so ergänzt werden, dass die Beratungslücke für Kinder zwischen zwei Jahren und Schuleintritt geschlossen werden kann.
Zum Schluss noch dies: Wir von der CVP pflegen sehr gerne zu scherzen. Aber dieses Anliegen ist uns zu wichtig, als dass es uns zum Lachen zumute wäre. Margrit Landtwing bittet den Rat, hier den sachlichen Überlegungen den Vorzug zu geben und die Diskussion der Kommission zu überlassen.

➔ Der Rat beschliesst mit 34 : 33 Stimmen, die Motion an die vorberatende Kommission betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes zu überweisen.

840 POSTULAT VON KARL RUST, HANS PETER SCHLUMPF, WERNER VILLIGER UND OTHMAR BIRRI BETREFFEND REORGANISATION UND RECHTLICHE STELLUNG DES STRASSENVERKEHRSAMTS DES KANTONS ZUG

Karl **Rust**, Zug, Hans Peter **Schlumpf**, Steinhausen, Werner **Villiger**, Zug, und Othmar **Birri**, Zug, sowie 20 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 20. März 2006 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1423.1 – 11984 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

841 INTERPELLATION DER FDP-FRAKTION BETREFFEND VEREINFACHUNG UND BESCHLEUNIGUNG VON BAUBEWILLIGUNGSVERFAHREN

Die **FDP-Fraktion** hat am 27. Februar 2006 die in der Vorlage Nr. 1414.1 – 11971 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

842 INTERPELLATION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND DIE VORGÄNGE IM ZUSAMMENHANG MIT DER KOSTENÜBERSCHREITUNG DER STRAFANSTALT

Die **CVP-Fraktion** hat am 6. März 2006 die in der Vorlage Nr. 1416.1 – 11973 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat 15 Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

843 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND SORGEN DER BEVÖLKERUNG WEGEN BELASTUNGEN DURCH MOBILFUNKANTENNEN

Die **Alternative Fraktion** hat am 15. März 2006 die in der Vorlage Nr. 1422.1 – 11983 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sieben Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

844 FÜNFTE PETITION VON HANS UND HELEN FANKHAUSER

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass am 18. März 2006 eine fünfte Petition von Hans und Helen Fankhauser, Neugut, Baar, eingegangen ist. Es liegt ein Rechtsbegehren vor: Wiedererwägung des ablehnenden KR-Entscheids bezüglich der vierten Petition vom 10. November 2005.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Petition direkt an die Justizprüfungskommission zu Bericht und Antrag überwiesen wird.

845 A. POLIZEIGESETZ
B. GESETZ ÜBER DIE ORGANISATION DER POLIZEI (POLIZEI-ORGANISATIONSGESETZ

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1412.1/.2 – 11955/56 und 1413.1/.2 – 11957/58).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** werden die Geschäfte zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Andrea Hodel, Zug, ***Präsidentin***	*FDP*
1.	Manuel Aeschbacher, Flurstrasse 57, 6332 Hagendorn	SVP
2.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
3.	Rosemarie Fähndrich Burger, Neudorfstrasse 2, 6312 Steinhausen	AF
4.	Beatrice Gaier, Tellenmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	CVP
5.	Thiemo Hächler, Grubenstrasse 18, 6315 Oberägeri	CVP
6.	Felix Häcki, Weinbergstrasse 17, 6300 Zug	SVP
7.	Andrea Hodel, Waldheimstrasse 9, 6300 Zug	FDP
8.	Silvan Hotz, Chlingenstrasse 23, 6340 Baar	CVP
9.	Franz Peter Iten, Mülireinweg 14, 6314 Unterägeri	CVP
10.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
11.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
12.	Jean-Pierre Prodolliet, Alpenblick 5, 6330 Cham	SP
13.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
14.	Moritz Schmid, Rossblattenstrasse 14, 6318 Walchwil	SVP
15.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP

846 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUR RAHMENVEREINBARUNG FÜR DIE INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT MIT LASTENAUSGLEICH (IRV)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1421.1/.2 – 11981/82).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wurde das Geschäft zur Beratung direkt an die die Konkordatskommission als ständiger Kommission überwiesen.

847 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Antrag des Regierungsrats (Nr. 1417.1 – 11974).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

19 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

a) 4 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 28 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

848 ÄNDERUNG DES STEUERGESETZES

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Januar 2006 (Ziff. 793 & 795) ist in der Vorlage Nr. 1341.8 – 11938 enthalten. – Auf die 2. Lesung hin sind folgende Anträge eingegangen: Antrag der Alternativen Fraktion (Nr. 1341.9 – 11978) und Antrag der SP-Fraktion betreffend Behördenreferendum (Nr. 1341.10 – 11985).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Redaktionskommission auf dem kurzen Dienstweg (ohne separaten Bericht) noch folgende kleine redaktionelle Änderungen beschlossen hat:

- § 11 Abs. 3, 5. Zeile an Stelle von «im Zeitpunkt»: «*zum* Zeitpunkt».
- § 18 Abs. 2, 3. Zeile an Stelle von «nachfolgenden» nur: «*folgenden»* 5 Jahren; das Gleiche gilt bei § 62 Abs. 2, 4. Zeile.
- § 42 Abs. 2 ab der 6. Zeile wurde die weibliche Form eingesetzt: *die Eigentümerin oder* der Eigentümer; *die oder* der sie bewirtschaftende *Landwirtin oder* Landwirt.
- § 55 Abs. 6, 2. Zeile an Stelle von «Rechtsnachfolger»: «*Rechtsnachfolgenden».*

➔ Der Rat ist mit diesen Änderungen einverstanden.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 58 : 12 Stimmen zu.

Antrag der SP-Fraktion betreffend Behördenreferendum (Vorlage Nr. 1341.10 – 11985)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es für die Gutheissung dieses Antrags gemäss § 34 Abs. 4 der Kantonsverfassung in Verbindung mit § 59 Abs. 2 der GO der Zustimmung von einem Drittel aller Mitglieder des Kantonsrats bedarf, somit 27 Stimmen.

Martin B. **Lehmann** hält fest, dass materiell zum Steuergesetz in diesem Rat alles gesagt worden ist. Wir alle wissen, dass der Souverän das letzte Wort dazu hat. Der Votant kann von seiner Warte aus nur zwei Gründe ausmachen, wieso die Bürgerlichen gegen dieses Behördenreferendum sind.

1. Sie bezweifeln selber, dass dieses in Ihren Augen so ausgewogene Steuergesetz vor dem Souverän überhaupt Bestand hat.
2. Sie wollen ein Bisschen mit uns spielen.

Beides ist keine bürgerliche Politik, sondern im besten Fall kleinbürgerliches Taktieren. Denken Sie an die Kosten, die in den Gemeindekanzleien anfallen werden, springen Sie über Ihren Schatten und zeigen Sie den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in unserem Kanton, dass Sie sie ernst nehmen!

Daniel **Grunder** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Antrag der SP-Fraktion betreffend Behördenreferendum einstimmig ablehnt. Entgegen den Ausführungen seines Vorredners haben wir Bürgerlichen noch einen weiteren und aus unserer Sicht schlagkräftigen Grund gegen das Behördenreferendum. Als Volksvertreter sind wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte dafür gewählt, eigenständig Entscheidungen zu treffen und für diese einzustehen. Die FDP-Fraktion nimmt diesen Auftrag der Wählerinnen und Wähler ernst und steht voll und ganz hinter dem soeben verabschiedeten Steuerpaket. Eine behördlich verordnete zusätzliche Legitimation durch das Stimmvolk bedarf es nicht. Im Herbst haben die Wählerinnen und Wähler wiederum Gelegenheit, unsere Arbeit zu würdigen und uns das Vertrauen auszusprechen oder uns allenfalls abzuwählen. Zudem steht es der SP und der Alternativen Fraktion offen, das Referendum gegen das Steuerpaket zu ergreifen. Die FDP Fraktion ist überzeugt, dass die Zugerinnen und Zuger auch in Zukunft die bürgerliche Steuerpolitik mittragen und damit Gewähr für einen attraktiven Arbeits- und Lebensort bieten, welcher im Interesse aller Zugerinnen und Zuger liegt. Namens der FDP-Fraktion bittet Daniel Grunder deshalb den Rat, den Antrag der SP-Fraktion abzulehnen.

Gregor **Kupper** erinnert daran, dass wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte vom Zuger Stimmvolk gewählte Mitglieder des Kantonsparlaments sind – also der zugerischen Legislative. Wir haben nicht nur die Kompetenz, sondern auch den Auftrag und die Verantwortung, die für unseren Kanton erforderlichen Gesetze zu schaffen oder den Gegebenheiten anzupassen. Mit dem Behördenreferendum melden wir Selbstzweifel an unserer Arbeit an und verunsichern das Stimmvolk unnötig. Wir haben bei diesem 1. Paket der Steuergesetzrevision wirklich nur die Bestimmungen angepasst, die dringend einer Korrektur bedurften. Der Votant ist überzeugt, dass wir die gestellte Aufgabe gut und richtig gelöst haben. Selbstzweifel sind nicht angebracht. Wenn trotzdem jemand eine Volksabstimmung will, steht ihm das normale Referendum offen. Gregor Kupper empfiehlt dem Rat – auch im Namen des Grossteils der vorberatenden Kommission und der geschlossenen CVP-Fraktion – den
Antrag der SP-Fraktion abzulehnen.

Stefan **Gisler** ist der Ansicht, dass Grundsatzentscheide vor das Volk gehören. Es geht bei dieser Revision nicht nur um Steuerprozentpunkte. Lassen Sie uns in die Zukunft blicken. Was sind die Folgen, wenn wir unaufhaltsam Steuern senken? Der Votant prognostiziert negative Folgen für Volkswirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Für Zug, für die Schweiz, aber auch weltweit. Halten wir an dieser Steuersenkungsideologie blind fest, bleiben Bund, Kantonen und Gemeinden über kurz oder lang keine Gelder mehr für die wichtigsten öffentlichen Aufgaben. Der Staat würde marginalisiert, damit aber auch das gesellschaftliche Solidaritätsprinzip, der Gemeinsinn und vor allem die politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger; denn dazu gehört, abstimmen zu können. Wir würden wirklich nur noch die Reichen stärken, damit sie den Schwachen helfen, wie dies ein Bundesrat kürzlich von sich gab. Geld befiehlt!

Einzelne sehr Starke sagen dann vielen Schwächeren, wo es lang geht. Wir würden uns von einem modernen Gesellschafts- und Staatsverständnis entfernen, fielen wieder zurück ins frühindustrielle Zeitalter, als der Patron seine unmündigen Arbeitenden je nach seinem Gutdünken bzw. Profitdenken besser oder schlechter hielt.
Zug ist Trendsetter dieser reaktionären – eben nicht modernen – Steuersenkungsideologie. Wenn wir mit diesem Steuerpaket mit den Aktionären und Holdings einmal mehr die Reichen stärken, dann sind auch die Augen der Schweiz oder wenigstens der anderen Finanzdirektoren einmal mehr auf uns gerichtet. Sie werden uns imitieren oder gar überbieten wollen. Und Zug wird sich dann – verzeihen Sie den Zynismus – «mit grossem Bedauern, leider, leider wieder gezwungen sehen nachzuziehen». Ein Teufelskreis. Bei einem Ja oder Nein zu dieser Steuergesetzrevision geht es letztlich darum, was für eine Schweiz und was für ein Zug wir wollen. Ein Zug nur für privilegierte Personen und Firmen, ein Innerschweizer Monaco? Oder wollen wir ein Zug, dass für alle Zugerinnen und Zuger lebenswert und bezahlbar ist? Lassen Sie die Stimmbevölkerung diesen Grundsatzentscheid fällen! Haben Sie keine Angst vor einer Abstimmung und seien Sie Demokraten! Sagen Sie ja zum Behördenreferendum!

Felix **Häcki** möchte sich nur kurz zu seinem Vorredner äussern. Wir hören seit Jahren solche Sprüche, wie es immer bergab geht mit dem Staat und wie er marginalisiert wird wegen der Steuersätze. Fact ist doch, dass seit Jahren die Staatsquote gewachsen ist. Und warum konnte sie überhaupt wachsen? Dank der tiefen Steuern, dank der Einnahmen, die der Kanton hat und dank der guten Steuerzahler konnten die Sozialleistungen und die Leistungen für Familien und Schulen dauernd verbessert werden. Es macht also keinen Sinn, immer schwarz zu malen und zu erklären, es werde immer schlechter. Tatsache ist: Es ist immer besser geworden.

Daniel **Grunder** möchte noch etwas zum Demokratieverständnis und zum Ablauf sagen. Das Zuger Stimmvolk hat bereits einen Grundsatzentscheid gefällt. Es hat nämlich ein bürgerliches Parlament gewählt und eine bürgerliche Regierung. Sowohl Regierung als auch Parlamentsmitglieder haben bereits vor den Wahlen klar dargelegt, für was sie einstehen. Und sie stehen unter anderem für eine attraktive Steuerpolitik ein. Somit ist dieser Grundsatzentscheid gefällt. Wenn Sie das Referendum ergreifen, wird das Zuger Stimmvolk – so erwarten wir es – diesen Grundsatzentscheid bestätigen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte zuerst festhalten, dass diese Anpassungen wirklich massvoll ausgefallen sind. Wir haben sie ja in Anbetracht der NFA-Mehrbelastung gemacht und des sehr kleinen Anteils am Nationalbankgold. Wir hatten hier sehr engen Handlungsspielraum. Und wenn man vergleicht, was andere Kantone machen – z.B. bei der Doppelbelastung – dann ist bei uns der Rabatt 30 %, und es gibt Kantone, die 75 bis 80 % geben. Da haben wir also den Steuerwettbewerb nicht angeheizt, sondern wirklich nur unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten wollen. Und wenn das Argument von Martin B. Lehmann richtig wäre, dass bei jeder wichtigen Frage, wenn das Referendum angekündigt ist, der Rat das Behördenreferendum beschliessen müsste, hätten wir ja sehr viel mehr Volksabstimmungen zu irgendwelchen Fragen. Da brauchte es ja nur eine Ankündigung des Referendums, und jedes Mal würden wir die Abstimmungsmaschinerie anwerfen. Der Finanzdirek-

tor empfiehlt dem Rat, wie auch die Kommission, das Behördenreferendum nicht zu beschliessen.

➔ Mit 12 Stimmen wird das notwendige Quorum für das Behördenreferendum nicht erreicht.

Antrag der Alternativen Fraktion betreffend Aufteilung der Volksabstimmungsvorlage (Vorlage Nr. 1341.9 – 11978)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es hier darum geht, eine allfällige Abstimmungsvorlage in drei Vorlagen aufzuteilen.

Stefan **Gisler**: Die Alternativen stellen den Antrag, die Revision in drei nach Sachgebieten getrennte Vorlagen aufzuteilen. Diese Aufteilung drängt sich schon aus demokratiepolitischen Gründen auf. Stellen Sie sich den umgekehrten Fall vor! Es würde eine Initiative lanciert, die gleichzeitig Steuererhöhungen für Holdings, Steuererhöhungen für Aktionäre sowie Steuersenkungen für Familien verlangt. Sie würde von der Zuger Staatskanzlei mit Garantie wegen mangelnder Einheit der Materie gar nicht erst zugelassen. Und das wäre auch gut so. Die Zuger Bevölkerung hat nämlich ein Anrecht auf eine differenzierte Stellungnahme, auf echte Demokratie. Wenn nun die Befürworter der Gesamtrevision so überzeugt sind von der Qualität all ihrer Steuersenkungsvorschläge, haben sie die Aufteilung in drei Vorlagen nicht zu fürchten. Nur wer Angst vor der Urteilskraft der Bevölkerung hat, wird unseren Antrag nicht unterstützen. Aber vielleicht ist diese Angst ja begründet. Denn diese Vorlage ist Lichtjahre davon entfernt, ausgewogen zu sein. Und es ist gut möglich, dass die Bevölkerung nicht jeder Steuersenkung einfach so zustimmt.
Grotesk ist dabei der Vorwurf, eine Aufteilung würde den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Rosinenpickerei ermöglichen. Wenn gleichzeitig Holdings und Aktionäre mit dieser Gesetzesänderung nicht nur Rosinen, sondern ganze Fruchtkörbe erhalten. Denn was macht die Revision? Sie entlastet nicht primär die Bevölkerungsmehrheit. Nein, um rund 25 Millionen wird eine Minderheit von schon heute privilegierten Aktionären und Holdings entlastet. Familien würden mit lächerlichen rund 3 Millionen abgespeist. Das sind Rosinen, die nicht lange satt machen. Denn ein Ja zur Gesamtrevision würde mittel- bis langfristig gerade das Leben von Familien verteuern. Durch Sparmassnahmen in der Stadt Zug sowie durch noch höhere Kosten für Wohnen und Leben auf Grund steigender Boden- und Immobilienpreise. Bereits vor längerem hat der schweizerische Mieterverband aufgezeigt, dass Familien mit steuerbaren Einkommen von rund 70'000 Franken in Zug schweizweit am teuersten leben. Letzte Woche hat nun die UBS Zug in ihrer Wirtschaftsstudie klar aufgezeigt: Von Zugs bisheriger Tiefststeuerpolitik profitieren die Reichsten. Man muss schon ein steuerbares Einkommen von über 200'000 Franken haben, bis die hohen Kosten für das Wohnen aufgehoben werden. Und selbst die SVP Walchwil beklagt die hohen Wohnpreise. Die Jungen können es sich nicht leisten, in Walchwil zu wohnen, wird Moritz Schmid in der Neuen Zuger Zeitung zitiert. Und so fordert die SVP Walchwil die Gemeinde auf, den Exodus der Jungen zu stoppen. Konsequenterweise müsste die SVP auch eine andere Steuerpolitik als Ursache hoher Wohnpreise fordern. Geben Sie darum der Bevölkerung die Chance, differenziert kundzutun, welche

Steuersenkungen sie nun für nötig befindet und welche nicht. Wer entlastet werden soll und wer nicht. Sagen Sie ja zu den Separatvorlagen!

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass das vorhin Gesagte über die Aufgaben unseres Parlaments auch hier gilt. Er verzichtet auf eine Wiederholung. Was nun die Alternativen wollen, ist tatsächlich Rosinenpickerei. Man kann es aber auch als Röhrenblickpolitik bezeichnen. Die Alternativen gehen einäugig wie durch ein Fernrohr durch den Paragraphendschungel, picken alle Artikel raus, die ihnen nicht passen, und wollen sie einzeln zum Abschuss frei geben. So geht das nicht! Wir haben ein Revisionspaket geschnürt, das alle erforderlichen Korrekturen beinhaltet und zu dem der Grossteil unseres Rats ja gesagt hat. Die Alternativen wollen nun Egoismus pur – die Stimmbürger sollen nur zu dem ja sagen, was ihnen persönlich hilft, und alles andere ablehnen. Gemeinschaft und Solidarität bleiben damit auf der Strecke. Gerade im Kanton Zug hat die Wirtschaft, haben die Unternehmer immer wieder bewiesen, dass sie zum Arbeitsfrieden Sorge tragen. Es geht darum nicht an, dass man versucht, berechtigte Anliegen der Wirtschaftskreise einfach in den Wind zu schlagen. Bei anderer Gelegenheit fordern dann genau diese linken Kreise von der Wirtschaft wieder zusätzliche Arbeitsstellen, Lohnerhöhungen und gute Arbeitsbedingungen.
Wir müssen uns einmal mehr bewusst werden, woher denn unser Steuersubstrat im Kanton Zug kommt. Vor kurzem hat der Bund die Statistik über die Bundessteuereinnahmen veröffentlicht, aufgeteilt nach Kantonen, Einkommensschichten usw. 64 % unserer Steuerpflichtigen, das sind ungefähr 40'000, zahlen 5,5 % des Einkommenssteuervolumens. 4 % oder knapp 3'000 Steuerpflichtige zahlen 65 % des Steuervolumens. Dass wir da nicht betragsmässig gleich reduzieren können bei den unteren und bei den oberen Einkommensschichten, dürfte bei diesen Zahlen wirklich jedem klar werden. Die 5,5 % Bundessteuer, welche die tiefen Einkommen bis 70'000 Franken zahlen, sind ungefähr 10 Millionen. Wenn wir also hingehen und bei den unteren Einkommen 10 Millionen Steuern reduzieren wollen, müssen 64 % der Zuger gar keine Steuern mehr bezahlen. Dass das nicht gehen kann, müsste klar sein! – Versagen wir also diesem Antrag die Unterstützung. Die vorberatende Kommission, die CVP-Fraktion und der Votant selbst empfehlen dem Rat, den Antrag abzulehnen.

Daniel **Grunder** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Anträge der AF einstimmig ablehnt. Das vorliegende Steuerpaket ist ein ausgewogenes Gesamtpaket, welches den Mittelstand und insbesondere die Familien sowie die kleinen und mittleren Unternehmen entlastet und gleichzeitig die internationale Standortattraktivität des Wirtschaftsstandorts Zug stärkt. Es geht nicht an, dass die AF für ihre Wählerinnen und Wähler nur die Rosinen aus diesem Steuerpaket pickt und den Rest des Steuerpakets geradezu verteufelt. Die in den vergangenen Tagen viel zitierte Studie der UBS über die Struktur und Dynamik des Kantons Zug zeigt deutlich, welchen Erfolg Zug mit seiner bürgerlichen Politik erzielen konnte: Zug wurde zu einem sehr attraktiven Wohnort mit ausgesprochen hoher Lebensqualität. In Zug wurden in den vergangenen 20 Jahren beinahe 20'000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Diese Zuger Arbeitsplätze sind überdurchschnittlich in Wachstumsbranchen zu finden und haben deshalb auch in Zukunft grosses Potential. Der Zuger Staatshaushalt ist im nationalen Vergleich gesund. Die Basis dieser Erfolge bildet unter anderem eine für sämtliche Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmerinnen und Unternehmer aber auch für internationale Gesellschaften attraktive und wettbewerbsfähige Steuerpolitik. Das

neue Zuger Steuerpaket setzt diese jahrzehntelange, sehr erfolgreiche bürgerliche Politik in unserem Kanton fort. Der Begründung der AF, für die Aufsplittung der Vorlage, die verschiedenen Sachgebiete des Steuergesetzes auseinander zu halten, kann die FDP-Fraktion nicht folgen. Das Steuergesetz bildet mit den beantragten Änderungen ein Ganzes und widerspiegelt die erfolgreiche Steuerpolitik. Es geht nicht an, im Rahmen einer Volksabstimmung eigentliche Detailberatungen eines Gesetzes durchzuführen. Namens der FDP-Fraktion bittet der Votant deshalb den Rat, die Anträge der AF abzulehnen.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass Unsinn nicht dadurch wahr wird, indem man ihn wiederholt. Er möchte antworten auf die Ausführungen von Stefan Gisler und die konzentrierte Leserbriefaktion, die man z.B. heute in der Zuger Woche lesen kann. Es sind dort etliche Leserbriefe zu dieser UBS-Studie drin. Einige davon suggerieren zwar nur, dass diese Diskrepanz und die ominöse Zahl von 200'000 Franken für den Kanton Zug gelte. Vier davon behaupten explizit, es betreffe den Kanton Zug, d.h. wohnen im Kanton Zug lohne sich erst ab 200'000 Franken. Der Votant kann sich hier Daniel Grunder anschliessen. Bitte lesen Sie die Studie wirklich! Es ist nämlich nicht wahr und diesem Irrtum sind auch der Präsident der SP des Kantons Zug, Hubert Schuler, erlegen und Martin B. Lehmann. Diese 200'000 Franken beziehen sich auf einen Vergleich der Stadt Zug mit der Stadt Biel, also Steuerparadies versus Steuerhölle. Dass dort die Diskrepanz relativ gross ist, ist offensichtlich. Vergleicht man es mit anderen Orten – z.B. in der näheren Umgebung, Kanton Zürich, Kanton Luzern – sieht es schon wesentlich anders aus. In der gleichen Studie auf der gleichen Seite gibt es eine Aufstellung von Gemeinden und Städten im Vergleich bei einem Einkommen von 100'000 Franken. Da schneiden vier Zuger Gemeinden besser ab als die Stadt Biel. Es ist also dort günstiger. Und 100'000 Franken ist nicht einfach die Untergrenze, sondern der Betrag, der verglichen wird. Wieweit hinunter es geht, ist die andere Frage. Der langen Rede kurzer Sinn: Bitte bleiben Sie auch im Wahlkampf bei der Wahrheit!

Finanzdirektor Peter **Hegglin** schliesst sich dem Kommissionsantrag an.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AF mit 62 : 7 Stimmen ab.

Abschreiben von parlamentarischen Vorstössen

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die vom Kantonsrat bereits erheblich erklärte *Motion der vorberatenden Kommission betreffend Volksinitiative «Für ein familiengerechtes Steuergesetz im Kanton Zug»* vom 7. Juli 1995 (Vorlage Nr. 222.2 – 8685) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die in der Antwort auf die *Interpellation von Jost Arnold betreffend mehr Wertschätzung von und*

mehr Gerechtigkeit für Familien mit Eigenbetreuung der Kinder vom 26. November 2002 (Vorlage Nr. 1020.2 – 11022) in Aussicht genommene Einführung eines Eigenbetreuungsabzugs als erfüllt zu betrachten ist.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion von Alois Gössi und Martin B. Lehmann betreffend Erhöhung des Kinderbetreuungsabzugs vom 25. Juni 2004 (Vorlage Nr. 1244.1 – 11506) nicht erheblich zu erklären.

Alois **Gössi** ist zusammen mit seinem Mitmotionär Martin B. Lehmann dagegen, dass ihre beiden Motionen, die Familien und Erziehenden mit Kindern zugute kämen, nicht erheblich erklärt und abgeschrieben werden. Wir sind dagegen, dass diese Steuergesetzvorlage so einseitig ausgefallen ist. Steuererleichterungen von bis zu 25 Mio. Franken bei der Dividendenbesteuerung und der Reduktion der Kapitalsteuer. Dagegen wenige 4 Mio. Franken Erleichterungen bei der Familienbesteuerung – ein Tropfen auf den heissen Stein! Wir sind uns bewusst, dass unsere Anträge beim Steuergesetz abgelehnt wurden, aber wir können ein so revidiertes Gesetz mit unseren nicht erfüllten Motionsbegehren nicht mittragen und beantragen deshalb – auch wenn es völlig aussichtslos ist –, die Anträge der Regierung abzulehnen.

➔ Der Rat beschliesst mit 55 : 11 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung beantragt, die *Motion von Alois Gössi und Martin B. Lehmann betreffend Erhöhung des Kinderabzugs* vom 25. Juni 2004 (Vorlage Nr. 1245.1 – 11507) nicht erheblich zu erklären.

Alois **Gössi** lehnt den Antrag der Regierung auch hier ab.

➔ Der Rat beschliesst mit 52 : 12 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Regierung beantragt, die *Motion von Werner Villiger, Karl Nussbaumer und Thomas Villiger betreffend Förderung des Erwerbs von Wohneigentum mittels Bausparen* vom 30. September 2004 (Vorlage Nr. 1269.1 – 11568) nicht erheblich zu erklären.

Werner **Villiger** hält fest, dass die Motionäre mit dem Antrag der Regierung überhaupt nicht einverstanden sind. Sie stellen deshalb den Antrag, die Behandlungsfrist sei zu erstrecken, bis die Beratungen auf eidgenössischer Ebene abgeschlossen sind. Begründung: Der Kanton Baselland fördert den Wohnungsbau bereits seit 1991 mit § 106 Bst. a der Kantonsverfassung. Damit wird den Einwohnern und Einwohnerinnen das Bausparen ermöglicht. Der Baselbieter Regierungsrat hat übrigens

anfangs Oktober 2005 beschlossen, den Bauspar-Abzug für die Steuerperiode 2005 weiterhin zu gewähren. Seit der Einführung des Bausparens im Kanton Baselland haben viele mittelständische Familien auf diesem Weg Eigenmittel gebildet. Ein Grossteil von ihnen konnte sich – nicht zuletzt dank den Steuervorteilen – eine genügende Kapitalbasis zum Erwerb von Wohneigentum ansparen. Genau hier setzt unsere Motion an. Unser Ziel ist es, auch im Kanton Zug zukünftige Wohneigentümer gezielt zu fördern. Das vom Bund geschnürte Sparpaket 2001 hat das Bausparen übernommen. Es hat den Bund und den Kantonen unter anderem die Einführung von Massnahmen für das steuerlich begünstigte Bausparen vorgeschrieben. Nach der Ablehnung des Steuerpakets durch das Schweizer Stimmvolk am 16. Mai 2004 ist es nun den Kantonen gemäss § 72 Bst. d des Steuerharmonisierungsgesetzes seit dem 1. Januar 2005 rein rechtlich betrachtet verwehrt, einen Abzug vom steuerbaren Einkommen für das Bausparen zu gewähren. Doch der Kampf für das Bausparen ist noch keineswegs verloren. Die Sache ist noch nicht definitiv entschieden, denn drei parlamentarische Initiativen und eine Standesinitiative des Kantons Baselland vom 28. Oktober 2004 setzen sich für das Beibehalten des steuerlich privilegierten Bausparens ein. Ausserdem zeigt die im Oktober 2005 von Prof. Dr. Studer vorgestellte Studie auf, dass sich der Kanton Baselland mit seinem Bausparmodell auf dem richtigen Weg befindet. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats hat die Änderungen des Steuerharmonisierungsgesetzes, welche den Kantonen die Möglichkeit geben, das Bausparen auf freiwilliger Basis einzuführen, im Februar 2005 befürwortet. Sie hat damit die parlamentarischen Initiativen gutgeheissen und den Weg für einen abschliessenden Entscheid in den eidgenössischen Räten geebnet. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats wird die parlamentarischen Initiativen und die Standesinitiative an ihrer Sitzung vom 27. April 2006 behandeln. Die rechtliche Grundlage ist also noch nicht definitiv geschaffen. Der politische Wille ist jedoch vorhanden. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Bausparens am Beispiel des Kantons Baselland konnten mit der Studie von Prof. Dr. Studer erstmals quantitativ erfasst werden. Beim Baselbieter Bausparen handelt es sich um ein Erfolgsmodell. Vor diesem Hintergrund ist es sicher nicht sinnvoll, unsere Motion nicht erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben. Deshalb stellt Werner Villiger den Antrag, die Behandlungsfrist zu erstrecken, bis die Beratungen auf eidgenössischer Ebene abgeschlossen sind.

Finanzdirektor Peter **Hegglin**: Wie es Werner Villiger gesagt hat, existierte bis Ende 2004 eine Übergangsregelung im Steuerharmonisierungsgesetz für die Bausparmodelle. Und zwar nur für solche, die vor dem Januar 2001 bestanden hatten. Diese Frist ist abgelaufen. Die Motion wurde eingereicht, bevor diese Frist abgelaufen ist. Das Steuerpaket 2001, welches am 16. Mai 2004 beim Volk abgelehnt wurde, hatte solche Bausparmodelle vorgesehen. Aber mit dieser Ablehnung gibt es keine Regelungen mehr im Steuerharmonisierungsgesetz, die kantonale Bausparmodelle vorsehen oder zulassen. Der Kanton Baselland hatte ein Modell und er wäre verpflichtet, es nicht mehr anzuwenden. Der Finanzdirektor glaubte, es sei ausgesetzt. Der Kanton Baselland hat jetzt eine Standesinitiative in Bern eingereicht. Diese ist in der parlamentarischen Beratung und die Finanzdirektorenkonferenz wurde zu dieser Frage zur Vernehmlassung eingeladen. Sie hat in den vergangenen Jahren schon zwei Mal zu dieser Frage Stellung genommen, einmal wurden solche Modelle mit 25 : 1 abgelehnt, dieses Modell wurde bei gelichteten Reihen mit etwa 15 : 2 abgelehnt. Es gibt also auch hier eine breite Ablehnung auf Seite der Kantone. Und Peter Hegglin wäre erstaunt, wenn auf Bundesebene ein Bausparmodell eingeführt würde. Aktuell haben

wir nicht die Möglichkeit, etwas umzusetzen, und der Votant wehrt sich gegen Motionen, die er gar nicht bearbeiten und umsetzen kann. Deshalb würde er dem Rat doch empfehlen, die Motion als nicht erheblich zu erklären. Falls auf Bundesebene etwas ändert, kann ja diese Motion wieder eingereicht werden.
Das Bausparmodell umfasst indirekte Massnahmen. Über die Steuern kann man den Eigenwohnungsanteil fördern. Der Finanzdirektor glaubt, dass es besser wäre, wenn man etwas mit direkten Massnahmen machen würde, als immer wieder mit Abzügen zu operieren. Die Studie über den Kanton Baselland ist nicht sehr aussagekräftig oder überzeugend. Es gibt heute schon sehr viele Modelle, man denke an die zweite oder dritte Säule, bei denen man mit Einzahlungen und dem Kapitalbezug im Wohnbereich in diese Richtung auch etwas unternehmen kann.

➔ Der Rat beschliesst mit 41 : 19 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die *Motion von Stephan Schliess betreffend Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung bei der Einkommens- und Vermögenssteuer* vom 2. Februar 2005 (Vorlage Nr. 1308.1 – 11659) teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Stephan **Schleiss** stellt den Antrag, die Motion voll erheblich zu erklären und noch nicht abzuschreiben. Das zweite Revisionspaket zum Steuergesetz soll unter den ersten Erfahrungen zur NFA und unter den Aspekten des Steuerwettbewerbs beurteilt werden. So will es zumindest der Regierungsrat. Der Votant ist der Meinung, dass unter diesen Umständen die wirtschaftliche Doppelbelastung, bzw. deren Milderung, unbedingt wieder diskutiert werden muss. Denken Sie daran: Andere Kantone gehen mindestens bis zur Hälfte oder darüber hinaus beim Rabatt der Doppelbelastung. Und wir sind bei 30 %. Das Anliegen der Motion ist also berechtigt.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** empfiehlt dem Rat, den Anträgen des Regierungsrats und der Kommission zu folgen. Wir haben das Modell eingeführt. Die Rabattstufe ist dann eine Frage des Rabatts und nicht mehr des Modells.

➔ Der Rat beschliesst mit 42 : 21 Stimmen, die Motion teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Frist der folgenden drei Motionen bis zum Inkrafttreten der NFA zu erstrecken:

- Motion der CVP-Fraktion betreffend Finanzierung der Folgen des NFA vom 25. Juni 2003 (Vorlage Nr. 1137.1 – 11209)
- Motion der Alternativen Fraktion betreffend sozial- und umweltverträgliche Finanzierung des Neuen Finanzausgleichs vom 22. September 2003 (Vorlage Nr. 1170.1 – 11284)
- Motion von Andrea Hodel und Bruno Pezzatti betreffend Änderung des Steuergesetzes vom 27. Mai 2006 (Vorlage Nr. 1237.1 – 11489)

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AF beantragt, die Frist dieser drei Motionen nicht bis zum Inkrafttreten der NFA, sondern nur bis zum 31. Dezember 2006 zu erstrecken. Begründung: Die Regierung muss dem Parlament darlegen, wie sie die NFA finanzieren will. Sowohl die CVP-Motion wie die Motion der Alternativen schlagen Wege zu einer solchen Finanzierung vor. Dazu möchten die Alternativen eine regierungsrätliche Antwort, bevor die NFA in Kraft getreten ist. Denn sonst ist es für eine Motionsumsetzung, sofern das Parlament einer solchen zustimmt, zu spät. Wir brauchen eine Antwort bis Ende 2006, damit das Parlament rechtzeitig mitreden kann, wie Zug die NFA finanziert.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte auch hier empfehlen, auf diesen Antrag nicht einzutreten. Er möchte den Rat daran erinnern, dass wir aktuell immer noch davon ausgehen müssen, dass die NFA-Mehrbelastung bei 121,4 Millionen ist. Man sagt uns, dass wir bis spätestens etwa am 10. Juli die genauen Zahlen haben sollten. Wie diese dann aussehen werden, wissen wir nicht. Wie wir diese Mehrbelastung finanzieren wollen, dafür haben wir ja verschiedene Schienen. Die eine ist der ZFA 2, der jetzt bei den Gemeinden in der Vernehmlassung ist. Die ordentliche Frist läuft bis Ende dieses Monats. Es gibt einzelne Fristverlängerungen. In diesem Bereich hatten wir uns in der Vorbereitung ziemlich geeinigt mit den Gemeinden. Grob werden die Gemeinden etwa 50 Millionen der NFA-Mehrbelastung übernehmen. Wenn jetzt die Mehrbelastung z.B. bei 150 Millionen ist, wird natürlich die Belastung des Kantons dann nicht 70, sondern vielleicht 90 Millionen sein. Wir haben hier eine Unsicherheit.
Dann sind wir im Kanton ja auch dabei, die NFA umzusetzen. Sie haben uns das in Auftrag gegeben und mit der Verpflichtung verbunden, gleichzeitig eine Staatsaufgabenreform durchzuführen. Wir sind hier mitten in der Bearbeitung. Bis Sommer sollten auch hier erste Papiere vorliegen. Weiter hängt ja von der Finanzierung auch die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton ab. Wie viel Ertragsüberschuss haben wir jedes Jahr? Und um diese Summe reduziert sich dann die notwendige Steuererhöhung, die wir so zu finanzieren haben. Wir wissen das heute nicht. Und der Finanzdirektor kann dem Rat nicht bis Ende Jahr sagen – wie verlangt wird –, wie das aussieht. Unser Zeitplan sieht so aus, dass wir bis Ende Jahr das Steuergesetz in die Vernehmlassung geben möchten. Wir sind an der Bearbeitung und versuchen jetzt, alle Elemente zusammenzunehmen und zu schauen, wie hoch die Belastung ist, die über Steuergesetzänderungen finanziert werden muss. Bis Ende Jahr sollten wir so weit sein, dass wir die Vorlage in die Vernehmlassung geben können. Die parlamentarische Beratung wäre dann das nächste Jahr. Das heisst immer noch vor Inkrafttreten NFA sollten Sie in diesem Rat über die konkrete Abwicklung des Problems beschliessen können. In diesem Sinn empfiehlt Peter Hegglin dem Rat, dem Regierungsantrag zu folgen und die Fristverlängerung zu geben.

➔ Der Rat schliesst sich mit 59 : 7 Stimmen dem Antrag der Regierung an.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass wir damit zum vorläufigen Ende der Debatte um das Steuergesetz gekommen sind. Das war eine grosse Aufgabe, eine von vielen in diesem Jahr, welche uns beschäftigten und noch beschäftigen werden. Es war sicherlich kein Schoggijob, doch an dieser Stelle möchte sich Erwina Winiger Jutz bei den Kantonsrätinnen und Kantonsräten bedanken für das Engagement und die Debattierfreudigkeit. Die Debatte bescherte ihr den ersten und bis anhin einzigen

Stichentscheid. Sie hätte ihn gern an einem anderen Ort gefällt. Der Kanton Zug wird immer wieder und überall mit dem Thema Steuern konfrontiert – und das vorwiegend wegen den niedrigen Steuern. Da ist nicht alles Gold, was glänzt. Darum wird uns das Steuergesetz auch weiterhin beschäftigen.

848 ANPASSUNG DER KANTONALEN GESETZGEBUNG ZUR SCHAFFUNG EINER HÖHEREN FACHSCHULE FÜR TECHNIK UND GESTALTUNG

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Januar 2006 (Ziff. 791) ist in der Vorlage Nr. 1371.6 – 11935 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 59 : 0 Stimmen zu.

849 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINEN ERWEITERUNGSBAU SOWIE FÜR UMBAU- UND ANPASSUNGSARBEITEN BEIM KLEINSCHULHAUS AUF DEM ATHENE-AREAL IN ZUG

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 23. Februar 2006 (Ziff. 820) ist in der Vorlage Nr. 1366.5 – 11962 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 58 : 0 Stimmen zu.

850 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND WIEDERAUFBAUHILFE IN EINER VOM SEEBEBEN VOM 26. DEZEMBER 2004 BETROFFENEN REGION

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 23. Februar 2006 (Ziff. 822) ist in der Vorlage Nr. 1394.4 – 11964 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 60 : 0 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Motion der Alternativen und der SP-Fraktion betreffend Spende eines angemessenen Beitrags für Soforthilfe an die betroffenen Länder der Flutkatastrophe vom 26. Dezember 2004 (Vorlage Nr. 1295.1 – 11633) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

851 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DEN ANBAU EINES ZUSÄTZLICHEN UNTERRICHTSRAUMS FÜR DAS FACH BILDNERISCHES GESTALTEN IN DER KANTONSSCHULE ZUG

Es liegen vor: Bericht und Antrag sowie Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1333.1/.2 – 11711/12; 1333.5/.6 – 11874/75), Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1333.3 – 11800; 1333.7 – 11949) und der Staatswirtschaftskommission (Nrn. 1333.4 – 11810; 1333.8 – 11967).

Rosvita **Corrodi** erinnert daran, dass der Kantonsrat an der Sitzung vom 29. September 2005 auf Antrag der vorberatenden Kommission die Vorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen hat mit dem Auftrag, den Kreditbetrag nochmals zu prüfen und ein Schulzimmer zu planen, das nicht 17, sondern 22 Arbeitsplätze aufweist. Die Baudirektion hat die Aufgabe soweit gelöst, indem sie die ursprüngliche Variante Ost vergrösserte, eine neue Variante Süd vorschlug, sowie so quasi als Notlösung eine Variante, bei der drei kleinere Räume im EG des Untergymnasiums miteinander verbunden würden. Die Umbau- und Anpassungskosten würden fast 400'000 Franken kosten. Da es sich hier um die schlechteste Variante bezüglich Nutzungszwecks handelt, haben wir diese nicht weiter verfolgt.
Um es gleich vorweg zu nehmen, das Abstimmungsresultat (4 : 5 bei 2 Enthaltungen) weckt den Eindruck, dass knapp 40 % unserer Kommission die Vorlage ablehnten. Dem ist nicht ganz so. Unter den Neinsagern gibt es Kolleginnen und Kollegen, welche die Variante Ost favorisierten. Da aber bei der Variante Ost der gesamte Aussenwerkplatz wegfallen würde und die Schule eigentlich auf dieses Aussenschulzimmer – z.B. für Gipsarbeiten – angewiesen ist, konzentrierte sich die Beratung auf die Variante Süd. Kostenmässig wäre die Variante Ost mit der verlangten Grössenoptimierung auch die teuerste. Wie uns von Seiten der Schule versichert wurde, wird der zusätzliche Schulraum keine weiteren Kosten betreffend Reinigung und Unterhalt verursachen. Auch die Variante Süd benötigt für die Bauphase die Erstellung einer Baupiste. Die dazu nötigen Planierungsarbeiten werden später für die Erstellung der Finnenbahn weiter verwendet. Doch dazu mehr, wenn wir die Vorlage der Sportanlage in einer der nächsten KR-Sitzungen diskutieren.
Die Kommission anerkennt die aktuelle Raumknappheit der Kantonsschule und die ausgelasteten Stundenpläne. Jede Gymnasiastin und jeder Gymnasiast hat die freie Wahl, sich für das Fach Musik oder Bildnerisches Gestalten zu entscheiden. Der Kanton hat deshalb den dazu nötigen Schulraum zur Verfügung zu stellen, denn einen Numerus clausus lässt die Maturitätsordnung nicht zu. Die jetzigen Schülerzahlen in den Klassen liegen bereits heute über der offiziellen Richtzahl. Dieser Engpass wird aller Voraussicht nach auch bis 2013 anhalten. Die Kommissionspräsidentin bittet den Rat deshalb, dieser Vorlage zuzustimmen.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Stawiko diese Vorlage an ihrer Sitzung vom 7. März beraten hat. Wir sind der Meinung, dass es sich mit Sicherheit gelohnt hat, diese Vorlage, aber auch die in der Traktandenliste noch folgende Vorlage auf eine Ehrenrunde zu schicken. Die Rückweisung hat sich bei beiden Vorlagen finanziell gelohnt. Das Preis/Leistungsverhältnis konnte bei beiden Bauvorhaben optimiert werden. Wir haben zu dieser Vorlage diverse Fragen gestellt. Für die umfassende Beantwortung möchten wir uns bedanken.

Vorgängig der Stawiko-Sitzung hatte der Votant Gelegenheit, die Situation nochmals im Detail mit Rektor Hanspeter Gnos und dem Bildungsdirektor zu erörtern. Das sehr lange Hearing hat nochmals klar gezeigt, dass sämtliche Möglichkeiten zur Stundenplan-Optimierung bereits ausgeschöpft sind und die Räume für bildnerisches Gestalten bis zur Belastungsgrenze ausgenutzt werden. Es konnte glaubhaft dargelegt werden, dass eine externe Kursführung im Loreto oder in einem anderen externen Gebäude oder Block-Kurse dieses Problem nicht lösen können. Es konnte ebenfalls klar aufgezeigt werden, dass die Abläufe und das Raummanagement bereits mehr als optimiert sind. Wer sich im Übrigen die Zeit nimmt, den Schulbetrieb in der Kantonsschule einmal anlässlich einer Besuchswoche eins zu eins zu beobachten, wird feststellen, wie intensiv die verschiedenen Räume der Kantonsschule genutzt werden. Die Schulklassen wechseln in den oft nur 5-minütigen Pausen in grosser Hektik fast wie bei einem Formel 1 Boxenstopp die Zimmer. Die Stawiko konnte auch anhand verschiedener Kennzahlen feststellen, dass die Kantonsschule alles daran setzt, kostengünstig zu arbeiten. Die Verantwortlichen kommen erst heute mit diesem Antrag, weil sie versucht haben, mit den bestehenden Ressourcen auszukommen. Diese sind nun im Bereich bildnerisches Gestalten ausgeschöpft. Rektor Hanspeter Gnos und der Bildungsdirektor haben uns versichert, dass aus heutiger Sicht kein anderer Raumbedarf mehr ausmachbar ist, der kurz- bis mittelfristig zu weiteren Ergänzungsbauten führen könnte.
Zu den Baukosten: Das vorliegende überarbeitete Projekt zeigt zwar absolut gesehen nur eine kleine Kosteneinsparungen. Betrachtet man bei den nun vorliegenden Standard-Klassenzimmergrössen das Verhältnis von Kosten pro m^2 bzw. Kosten pro Arbeitsplatz, resultiert eine erfreuliche Kosteneinsparung von 26 bzw. 30 %. Die Baufachleute unserer Kommission bestätigen, dass die vorliegende Kalkulation für einen Anbau dieser Art plausibel ist. Kosteneinsparungen lassen sich aus Sicht unserer Spezialisten nicht ausmachen. Wir erwarten jedoch von der Baudirektion, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um die effektiven Kosten möglichst tief zu halten.
Fazit: Aus Sicht der Stawiko gibt es keine andere Lösungsmöglichkeit. Dieser zusätzliche Unterrichtsraum muss realisiert werden. Der Bedarf und die nicht unerheblichen Kosten sind plausibilisiert. Wir leben in einem Wachstumskanton, Bildung ist ein Schlüsselfaktor und die Fächer-Wahlfreiheit ist gesetzlich verankert. Wir kommen nicht darum herum, dies – vielleicht auch mit etwas Zähneknirschen – zur Kenntnis zu nehmen und die dafür nötigen Raumkapazitäten zu schaffen. Zusammenfassend beantragt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Guido **Käch** nimmt es vorweg: Die Mehrheit der CVP-Fraktion lehnt den Bau eines zusätzlichen Unterrichtsraums für das bildnerische Gestalten an der Kantonsschule ab. Die vorberatende Kommission hat nur eine knappe Mehrheit für das Vorhaben gefunden. Im Kommissionsbericht fehlen wirklich stichhaltigen Argumente für oder gegen das Projekt. Die CVP-Fraktion tat sich darum nicht leicht mit der Entscheidungsfindung. Die im Bericht erwähnte «nicht grosse Begeisterung» der Kommissionsmitglieder für das Anliegen der Kantonsschule hat unter anderem zur Ablehnung der Vorlage in unserer Fraktion beigetragen. Folgende Überlegungen haben dafür den Ausschlag gegeben:
Im September 2004 wurden in der Kantonsschule Zug im Erweiterungsbau Trakt 9 18 neue Unterrichtszimmer in Betrieb genommen. Im Erweiterungsbau hat der Kantonsrat damals ein nicht vorgesehenes zusätzliches Geschoss mit fünf Unterrichtsräumen bewilligt. Gleichzeitig wurden die umgebauten Trakte 2 und 4 dem Betrieb

wieder übergeben. Und noch einmal zur Erinnerung das Votum vom damaligen Bildungsdirektor Walter Suter. Im Dezember 2001 hat er bei der Beratung des Erweiterungsbaus und des Umbaus gesagt: «Mittelfristig (für die nächsten zehn Jahre) können mit den geplanten Erweiterungsbauten die Raumkapazitäten für alle Bereiche abgedeckt werden. Die Räume sind auch genügend gross.» Wir sind der Auffassung, dass heute, nicht einmal zwei Jahre nach der Inbetriebnahme der neuen Schulanlage, diese unmissverständliche Stellungnahme noch gültig und richtig sein muss! Nur nebenbei: Die Aussage des Bildungsdirektors hatte übrigens damals auch die Leitung der Kantonsschule unwidersprochen zur Kenntnis genommen. Im Jahr 2001 wurde die Ausbildungsdauer von sieben Jahre auf sechs Jahre reduziert. Diese Tatsache hatte zur Folge, dass die Schülerzahlen im Schuljahr 2000/2001 um über 8 % zurückgingen. Im jetzigen Schuljahr 2005/2006 ist die Schülerzahl immer noch mehr als 6 % geringer als im Schuljahr 1999/2000.
Heute geht es also darum, ob dieser Rat schon wieder Geld für zusätzlichen, neuen Raum an der Kantonsschule bewilligen soll oder nicht. Dass es aktuell einen Engpass in den Räumen für bildnerisches Gestalten gibt, das hat auch unsere Fraktion zur Kenntnis genommen und verstanden. Ob und wie lange dieser Zustand jedoch andauern wird, ist aber ungewiss und eher unwahrscheinlich. Wir sind darum überzeugt, dass mit organisatorischen Massnahmen das vorhandene Problem für alle Beteiligte zufrieden stellend gelöst werden kann (z. B. Theorie in einem Klassenzimmer, Praxis im Spezialraum). Das Wahlverhalten der Schülerinnen und Schüler für ein bestimmtes Fach kann sich schnell ändern. Dabei spielen die Art und die Qualität des Unterrichts wie auch die Lehrpersonen, die in diesen Fächern unterrichten, eine entscheidende Rolle. Dies wissen wir doch alle genau. Darum ist eine Mehrheit der CVP-Fraktion der Auffassung, dass sich die heutige Situation schnell wieder ändern kann und in absehbarer Zeit wieder genügend Raum für das bildnerische Gestalten zur Verfügung steht.
Wenn wir heute dem Begehren des Bildungsdirektors und der Kantonsschule nachgeben, dann gehen wir trotz klaren Fakten und besserem Wissen den Weg des geringsten Widerstands. Dabei spielen nicht primär die Kosten die entscheidende Rolle, sondern viel mehr die Tatsache, dass der Kantonsschule vor nicht einmal zwei Jahren 3780 m^2 neuer Raum übergeben wurde. Es ist vielleicht nicht der optimalste, aber mehr als genug Raum vorhanden. Im Schuljahr 1999/2000 waren 1'496 Schülerinnen und Schüler eingeschrieben, im laufenden Schuljahr sind es noch 1'400 Schülerinnen und Schüler. Das heisst im Klartext, es steht bedeutend mehr nutzbare Fläche für weniger Schüler zur Verfügung.
Lehnen sie darum die Vorlage für den Bau eines zusätzlichen Raums für das bildnerische Gestalten ab! Sie geben damit den Verantwortlichen der Kantonsschule Zug den Auftrag und die Gelegenheit, nach einer Lösung zu suchen, die mit dem zur Verfügung stehenden Raumangebot auskommt. Der Votant stellt im Namen der CVP-Fraktion den Antrag, §1 der Vorlage ersatzlos zu streichen.

Barbara **Strub** hält fest, dass die Mitglieder der FDP-Fraktion für Eintreten auf diese Vorlage sind. Das Fach Bildnerisches Gestalten hat seit der Einführung des MAR wenig bis zu wenig Platz. Der Raumbedarf für dieses Maturafach ist nachgewiesen und um die Qualität des Unterrichtes zu gewährleisten, müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. Dieser Bedarf wird von der CVP und SVP teilweise bestritten. Wir haben in der Kommission die Schulleitung an den Sitzungen auf Herz und Nieren geprüft und mussten auch feststellen, dass das Fach bildnerisches Gestalten frei wählbar ist und angeboten werden muss. Wir konnten aber auch sehen, dass alle

diesbezüglichen Schulräume an fünf Tagen pro Woche von Morgens, über Mittag und bis am Abend belegt sind. Da nützt Widerstand nichts, der Bedarf ist ausgewiesen und es ist unsere Pflicht, der Kantonsschule die nötigen Instrumente – hier einen Schulraum – zur Verfügung zu stellen.
Im September vergangenen Jahres forderte unsere Fraktion zur Behebung der Platzknappheit einen innovativeren Vorschlag. Weil das damals beantragte neue Zimmer nur ein halbes war, war die vorgeschlagene Lösung zu teuer. Wir sagten damals: «Es scheint uns wichtig, dass bei einer neuen baulichen Lösung das Kosten/Nutzen Verhältnis verbessert werden kann und mit einem weniger hohen m^2-Preis auch Preis/Leistung zum Stimmen kommt.» Wir danken den Verantwortlichen, dass nun mit der Variante Süd eine Lösung gefunden wurde, mit welcher die Schule einen neuen Raum erhält und der Werkplatz für Arbeiten im Freien ebenfalls bestehen bleibt. Das Kosten/Nutzen-Verhältnis ist nun im angestrebten Rahmen und die Kosten pro Arbeitsplatz liegen im neuen Schulzimmer wesentlich tiefer als zuvor. Die FDP ist der Meinung, dass mit der beantragten Lösung der Schule gedient ist, der Kanton seiner Pflicht nachkommt und unsere damaligen Forderungen erfüllt sind. Darum empfehlen wir, der Vorlage zuzustimmen.

Karl **Nussbaumer** erinnert den Rat daran, dass vor kurzer Zeit die Einweihung der Erweiterungs- und Umbauten an der Kanti gefeiert wurde. Wenn man in der alten Kantonsratsvorlage Nr. 830.3 nachliest, wurde dem Parlament damals versprochen, dass die Raumkapazität für alle Bereiche für die nächsten 10 bis 15 Jahre ausreichen würde. Nun erstaunt es doch sehr, dass wir schon wieder einen Anbau an der Kanti Zug planen und heute über einen Kredit von 560'000 Franken abstimmen sollen. Das wirft doch schon Fragen auf. Hat man den Erweiterungs- und Umbau nicht sorgfältig genug geplant? Ist denn wirklich in einem Neubau mit so vielen neuen Zimmern kein Platz für ein Schulzimmer für das Fach Bildnerisches Gestalten?
Heute wählen die Schüler immer mehr das Fach Bildnerisches Gestalten, was auch zu diesem Unterrichtsengpass an der Kanti führt und weshalb man nun sofort einen Anbau an der Kanti vornehmen soll. Was ist aber, wenn plötzlich die Schüler vermehrt das Fach Musik wählen? Oder die Schülerzahlen zurückgehen? Stehen dann der Anbau oder gar andere Schulzimmer leer? Alles Fragen, die man sich wirklich stellen sollte. Es lässt den Eindruck aufkommen, dass wir im Kanton Zug eine Pflästerlipolitik mit Schulraumerweiterungen betreiben, heute hier ein Anbau und morgen da wieder ein Anbau? Nein, das kann es doch wirklich nicht sein. Abgesehen davon passt der geplante Anbau nicht an den vorgesehenen Standort. Muss doch ein ganzes Stück Wald abgeholzt werden. Was wiederum die Frage aufwirft: Gelten die Waldabstände nicht überall? Hat der Kanton als Bauherr andere Gesetze für die Erstellung eines Bauvorhabens als ein privater Bauherr?
Wenn man all diese Punkte kritisch betrachtet, kann man dieser Vorlage nicht zustimmen, wenn man bedenkt, dass auch die Kommission nur mit einer knappen Mehrheit dieser Vorlage zustimmte. Es gibt bestimmt Lösungen in den bestehenden Räumlichkeiten, die man nutzen kann und welche dem Kanton nicht so viel Kosten verursachen. Die SVP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den Antrag der CVP, § 1 der Vorlage ersatzlos zu streichen.

Othmar **Birri** kann sich im Prinzip dem Votum der Kommissionspräsidentin anschliessen. Wir haben letztes Jahr im November die erste Vorlage zurückgewiesen und gesagt, es sei nicht realisierbar; 17 Arbeitsplätze seien zu wenig, bringt etwas

Neues! Mit dieser neuen Variante Süd 2 hat man nun aufgezeigt, dass es möglich ist, ohne gross in die Architektur einzugreifen und ohne grosse bauliche Massnahmen mit einem Fertigbauelement-System hier ein Schulzimmer zu schaffen, dass die geforderten 22 Arbeitsplätze bringt. Es wird nun kritisiert, das Volumen sei zu gross, es sei zu teuer, man wisse nicht, wie die Schülerzahlen in den nächsten Jahren aussähen. Der Votant möchte ein Beispiel von visionärer Planung erwähnen. Vor 125 Jahren wurde die SBB-Strecke am Gotthard gebaut. Jede Stunde fuhr ein Zug. Die damaligen Leute haben aber zwei Gleise gebaut in weiser Voraussicht, dass der Verkehr zunimmt. Das waren Visionäre, und was wir heute machen, ist engstirniges Denken. Wir denken nur an heute und nicht an morgen. Deshalb ist auch die Aussage der Stawiko ein wenig zu relativieren. Sie sagt, das müsse jetzt genügen. Wir wissen nicht, was in ein, zwei Jahren ist, und die Regierung ist *dann* gefordert, wieder mit einer Vorlage zu kommen, um unseren jungen Schülerinnen und Schülern den nötigen Raum und die Möglichkeit für das Studium zu geben. Die SP-Fraktion ist einstimmig für die Vorlage.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF ja sagt zur Variante Süd mit mehr Plätzen. Auch wenn uns die Kosten immer noch sehr hoch scheinen, erachten wir diese Variante besser als den zuerst geplanten Bau auf der Terrasse. Wir gehen mit der Stawiko einig, dass dieser Fertigbau nicht in die bestehenden baulichen Strukturen eingreift. Es wäre schade um den Aussenplatz, welcher als Werkplatz genutzt wird. Bereits an der Kommissionssitzung mit Rektor Hanspeter Gnos wurde klar ersichtlich, dass für dieses Fach zu wenig Platz vorhanden ist; die Engpässe sind gut ersichtlich. Der Kanton ist am Wachsen, im Moment mit 1,4 %, was bereits mehr ist, als die 1,25 %, welche im kantonalen Richtplan beschlossen wurden. Und dieser Richtplan – Guido Käch – wurde hier beschlossen. Auch er hat ihm zugestimmt. Also müssen wir doch solchen Engpässen entgegentreten. Und dieser zusätzliche Raum ist eine Lösung. Die Kommission hat sich an zwei Sitzungen getroffen, ein neues Projekt wurde erarbeitet und wir haben Alternativmöglichkeiten besichtigt, welche sich aber als untauglich erwiesen. Die Variante Süd hat sich als die beste Möglichkeit gezeigt, zudem kann die eigens dafür erstellte Rampe nachher für den Bau der Finnenbahn benützt werden, welche ja der ganzen Bevölkerung zu gute kommt. Und dort werden dann Kosten eingespart.
Viele Gründe sind gesagt worden. Die Votantin möchte nicht mehr konkreter werden, sondern sie hat direkt einige Schülerinnen selber gefragt, warum sie dieses Fach gewählt haben. Da heisst es etwa:

- Im Zeichnen kann man miteinander arbeiten, man kann miteinander sprechen, es herrscht eine entspannte Atmosphäre.
- Am Schluss können wir zusammen verschieden Ergebnisse anschauen, jedes sieht ein Thema anders.
- Es ist nicht so, dass man im Zeichnen bessere Noten hat, die Zeichnungslehrer sind anspruchsvoll. Es macht aber immer Spass, eine neue Aufgabe anzupacken.
- Zeichnen ist das einzige Fach, in dem man am Ende des Semesters einige Ergebnisse in der Hand hat. Für mich ist dies wichtiger als einfach eine Note.
- Ich habe keine Lust, die ganze Musikgeschichte zu lernen, Kunst ist sinnvoller und macht mir mehr Spass.
- Bei der Abschlussarbeit für die Matura ist man nicht eingeschränkt, man hat grosse Möglichkeiten etwas zu gestalten.

- In der Musik muss man Prüfungen machen, im Zeichnen kann man immer irgendetwas gut – ein Erfolgserlebnis tut gut.
- Es ist abwechslungsreicher als Musik, man hat fast keine Hausaufgaben, man kann kreativer sein.
- Ich spiele nebst der Schule bereits ein Instrument.
- Ich freue mich jedes Mal aufs Zeichnen, weil man sich dort entspannen kann und eine Pause im Schulstress hat.

Darum: gönnen wir den Schülerinnen und Schülern dieses Fach in einem guten, Raum, wo sie ihre Kreativität leben können, wo genug Platz ist, um miteinander zu arbeiten, wo sie gelöst sein können und sich vom Schulstress etwas erholen. Welchen Grund gibt es, diesen Schülerinnen und Schülern ein neues Zimmer für das bildnerische Gestalten zu verwehren? Für die Votantin wirklich keinen. Daher: Stimmen wir dem Kredit zu!

Peter **Dür** fühlt sich durch Guido Käch auf den Plan gerufen. Die Stawiko ist ja sonst bekannt als wirkliche Spar-Kommission, und wir drehen jeden Franken um. Wir schauen auch immer, dass wir die Vorlagen sehr objektiv und genau betrachten. Darum auch solche zusätzliche Hearings und das Studium von zusätzlichen Akten. Am Schluss, wenn wir die Sache sauber beurteilt haben, wollen wir dann aber auch fair bleiben. Und das heisst für uns: Mit Zähneknirschen dieser Vorlage zustimmen. Man muss nämlich auch Folgendes beachten: Von der Projektierung dieser Ergänzungsbauten bis sie dann durch alle Kommissionen im Rat durch sind und realisiert werden, das sind lange Zeiträume. Und daneben haben wir diese grosse Dynamik in unserem Kanton, in der ganzen Welt, in der Schulpolitik. Wir haben neue Wahlverhalten. Wichtig für uns in der Stawiko ist es auch immer zu wissen: Haben die Verantwortlichen das Ganze nach bestem Wissen und Gewissen angeschaut? Das war damals übrigens Ihr Regierungsrat, liebe CVP-Fraktion, der nach bestem Wissen und Gewissen mit den Schulverantwortlichen geschaut hat, welche Bedürfnisse in diesem Kanton bestehen und wie sie am besten aufgefangen werden können. Und jetzt hat sich das geändert. Was wir nie machen und was in diesem Rat keine Chance hätte: Dass jemand auf Vorrat gewisse Räumlichkeiten schaffen will. Und jetzt werden die Verantwortlichen dafür bestraft und es ist nicht fair, wenn man nun sagt: Ihr hättet halt vorher kommen sollen, jetzt ist es zu spät! Es stimmt auch, was von der linken Ratseite gesagt wurde: Die Verantwortlichen schauen heute nach bestem Wissen und Gewissen und man darf sie dann auch nicht belangen, wenn in zwei, drei Jahren wieder ein Engpass entsteht. Dann muss man das wieder sauber anschauen und beurteilen, was damals das Problem war.
Zu Karl Nussbaumer. Jawohl, es wurden Räumlichkeiten erstellt. Aber kann er sich z.B. vorstellen, das man Bildnerisches Gestalten in einem Chemielabor unterrichtet oder in einem Physikatelier? Das sind ganz verschiedene Bedürfnisse und sie brauchen je die entsprechenden Räumlichkeiten.
Es ist vielleicht etwas speziell, dass die Stawiko eine Ausgabe gar etwas pusht. Aber Fairness ist hier gefragt. Und wer heute nein sagt, soll hier am Rednerpult sagen, welche Alternativen er sieht. Er soll alternative Lösungen aufzeigen. Und da hat der Stawiko-Präsident heute überhaupt nichts gehört. Wir in der Stawiko haben auch nichts gefunden und darum haben wir einstimmig zugestimmt.

Eugen **Meienberg** möchte zuerst Othmar Birri und seiner Fraktion einen Tipp geben: Wenn ihr zu Strassenbauprojekten auch so grosszügig ja sagt wie unsere Vorfahren

vor 100 Jahren zu Bahnbauprojekten, so hättet ihr vielleicht sogar die Chance, hier in 100 Jahren einmal erwähnt zu werden. – Natürlich hat der Votant sich auch gesagt, als er die Vorlage zum ersten Mal gelesen hat: Das kann doch nicht sein, da wurde doch an der Kantonschule erst kürzlich aus- und umgebaut. Tatsächlich steht in der Vorlage Nr. 830 zum damaligen Um- und Ausbau, dass der Raumbedarf jetzt für 10 bis 15 Jahre abgedeckt sei. Es haben sich jedoch Rahmenbedingen geändert und die Kantonschule ist nach MAR verpflichtet, ein entsprechendes Angebot im Fach Bildnerisches Gestalten zu haben. Die Raumbelegung in den jetzigen Räumen ist sehr gross und es ist sicher ein absoluter Grenzfall, wenn man sagt, mit gutem Willen könne man so weiterfahren. Das Wahlverhalten der Schüler ist sehr schwierig abzuschätzen, und wie immer: Hinterher ist man klüger. Eugen Meienberg ist jedenfalls der Meinung, dass der Kredit zu befürworten ist, nachdem die Vorlage gegenüber der ersten Version wesentlich verbessert wurde. 560'000 Franken für ein Klassenzimmer ist sehr viel Geld, dessen ist er sich bewusst. Diesen Betrag soll man nicht einfach so ausgeben. Für ihn ist dies jedoch eine sinnvolle und in der jetzigen Form eine zu befürwortende Investition. Bedenken Sie bitte, dass Sie für dieses Geld ein komplettes Klassenzimmer für Bildernisches Gestalten erhalten. Im Vergleich dazu bekommen sie dafür an der Artherstrasse zwischen Eielen und Lothenbach nur 43 Meter sanierte Strasse. – Bitte stimmen Sie der Vorlage zu!

Max **Uebelhart** möchte sich kurz zum Eintretensvotum der Kommissionspräsidentin äussern. Sie hat versucht, vier Neinstimmen aus der Kommission zu interpretieren, was einfach nicht statthaft ist. Neinstimmen sind Neinstimmen und diese vier waren dagegen. Die zwei Enthaltungen könnte man allenfalls hinterfragen. Es steht auch im Protokoll nichts davon, dass von diesen Neinstimmenden einige für einen anderen Standort gewesen seien. Das ganze Projekt ist einfach zu teuer. Und wenn man aus einem sehr teuren einfach ein etwas grösseres Projekt macht und es immer noch gleich teuer ist, ist es immer noch zu teuer. Die Stundenpläne lassen absolut ein normales Werken und Bildnerisches Gestalten zu. Es geht einzig der Lehrerschaft darum, vor jedem Klassenwechsel eine freie Stunde zu bekommen, um das Zimmer für Vorbereitungen nutzen zu können. Und diese Vorbereitungen werden heute halt nicht im Zimmer gemacht, sondern an den entsprechenden Orten, wo diese Materialien gelagert werden. Das geht heute schon so und kann auch in Zukunft so gehen. Ebenfalls lässt der Stundenplan noch erweiterte Klassen zu. Die Stunden am Abend, die Randstunden sind von anderen Fächern belegt, aber das geht scheinbar nur beim Bildnerischen Gestalten nicht. Und wenn man die Aussagen der Schüler gehört hat, müsste es ja gerade dort gehen, weil man es doch ein wenig lockerer und schöner hat miteinander, das auch auf die Randstunden zu schieben. Fazit: Es ist und bleibt zu teuer. Überlegen Sie sich, was Sie hier in den letzten Monaten gestrichen und gespart haben! Und jetzt soll plötzlich für ein einziges Zimmer wieder so viel Geld ausgegeben werden.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** möchte vorerst der vorberatenden Kommission und ihrer Präsidentin Rosvita Corrodi sowie der Stawiko danken. Durch ihre kritische Prüfung – unterstützt durch den Rat – haben uns diese Kommissionen in eine Zusatzschlaufe geschickt, die sich gelohnt hat. Es ist ein Beispiel, dass Exekutive und Legislative auch kritisch konstruktiv zusammenwirken können und damit bessere Lösungen finden. Wir haben deshalb zusammen mit der Baudirektion diesen zusätzlichen Abklärungsaufwand gerne auf uns genommen. Der Regierungsrat meint, dass

Sie nun diesem Projekt entsprechend den Anträgen der Kommissionen zustimmen können und sollten. Aus seiner Sicht ist der heute gestellte Ablehnungsantrag nicht gerechtfertigt. Der Bildungsdirektor möchte jetzt nicht erneut auf die Frage der Wahlfreiheit zurückkommen. Das ist ein Qualitätsmerkmal, das uns der Bund vorgibt. Und das sind Spielregeln, die wir jetzt nicht nachträglich ändern oder verunmöglichen können, indem wir die Spielfelder nicht zur Verfügung stellen. Das würden wir nämlich machen, wenn wir die Infrastruktur jetzt nicht entsprechend gestalten.
Matthias Michel möchte den Rat einfach an einige Punkte erinnern. Bereits im ersten Kommissionsbericht hat die vorberatende Kommission geschrieben: «Die Kantonsschule ist auf ein zusätzliches Zimmer für das Fach BG angewiesen und nicht auf ein halbes.» Damals hat die Kommission mit 10 : 1 Eintreten beschlossen. Und im zweiten Bericht heisst es: «Die Kantonsschule hat den Raumbedarf überzeugend dargelegt.» Zweifel am Raum- oder am Handlungsbedarf können heute also nicht mehr bestehen. Die Stawiko hat ja in der ersten Runde die kritischsten Fragen gestellt und sogar Nichteintreten beantragt. Es ist bezeichnend, dass sie diesen Fragen nochmals vertieft zu Grunde gegangen und nun einstimmig zur Überzeugung gekommen ist: Doch, es ist richtig.
Der Bildungsdirektor möchte noch etwas ergänzen, das im Zusatzbericht etwas verkürzt dargestellt wird. Im Bereich Musik haben wir auf das gute Musikschulangebot verwiesen, das die Schulkinder in den Gemeinden haben. Wir haben dort den Kanton und die Stadt Zug erwähnt. Es ist natürlich so, dass in allen Gemeinden dieses Musikschulangebot besteht, dass alle Gemeinden ihre Verdienste haben. Und dass heute über den Kanton hinweg zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler in der obligatorischen Schulzeit eine Musikschule besuchen.
Es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, ob Sie nun diesen Kommissionen Glauben schenken, welche die Vorlage à fond beleuchtet haben. Und es ist auch eine Glaubwürdigkeit der Schule. Hier ist es wichtig, den Fächer noch etwas auszuweiten. Gerade die Kantonsschule kommt nicht ohne Not mit Begehren um zusätzliche Ressourcen. Der Votant möchte zwei, drei Beispiele erwähnen, wo diese Schule äusserst ressourcenbewusst arbeitet. Sie haben vorher die Erweiterung erwähnt. Die grosse Erweiterung letzthin mit einem neuen grossen Trakt. Trotz dieser Erweiterung um 3'800 m^2 hat es die Schule geschafft, die Reinigungskosten für die Gesamtanlage auf dem gleichen Niveau zu halten wie vor diesen Erneuerungen. – Wenn man die Administration ansieht: Diese Schule arbeitet bezüglich Stellen in der Administration an der untersten Grenze, wenn man sie mit Schulen anderer Kantone vergleicht. – Wegen erhöhter Schülerzahlen und einem grösseren Bedarf an Büchern und Medien wird die Bibliothek viel mehr genutzt als früher. Der Ausleihaufwand hat sich vermehrfacht. Das wird mit dem gleichen Personal erledigt wie schon vor Jahren. – Bereich Informatik: Es gibt die Faustregel, dass pro betriebener PC ein Wartungsaufwand von einem Stellenprozent anfällt. Die ETH rechnet sogar noch mit viel mehr. Mit 420 PCs an der Kantonsschule müssten 4,2 Stellen für Wartung PC und Informatik zur Verfügung stehen. Es sind aber nur 2,8. Wir zwingen die Schule hier zu einer sehr engen Personalbewirtschaftung. – Der Unterrichtsbereich ist sehr personalintensiv. Die Stundenplangestaltung wurde derart optimiert, dass man ein bis zwei Lektionen täglich mehr unterrichtet. Es wird über Mittag unterrichtet, damit die Lehrpersonen beschäftigt und die Räume besser bewirtschaftet werden können.
Auch die Klassengrössen hängen mit dem Personal zusammen. Die Kantonsschule liegt über der gesetzlichen Richtzahl mit der durchschnittlichen Klassengrösse. In den letzten fünf Jahren sind die Klassengrössen durchschnittlich von 18,6 auf 18,9 gestiegen. Das ist eine Leistung, wenn man sieht, wie viele verschiedene Angebote an Ergänzungs- und Schwerpunktfächern geboten werden müssen. Durch diese

Verdichtung der Klassen um 0,3 Schüler mehr in den letzten fünf Jahren spart die Schule pro Jahr Personalkosten von 225'000 Franken. In zweieinhalb Jahren haben Sie die Kosten für die Infrastruktur, die Sie heute hoffentlich bewilligen, mit dieser engen Personalbewirtschaftung und der Verdichtung der Schülerzahlen wieder drin. Es geht etwas um das Verhältnis, dass Sie sehen: Wo fallen denn die wirklichen Kosten an und wie wird geschaut, dass diese Kosten im Griff gehalten werden? Und wenn man diese Optik betrachtet, darf man heute dieser Investition sehr wohl zustimmen, dann erscheint sie verhältnismässig. Die Schule verdient das Vertrauen.
Noch etwas zu zwei Aussagen von Guido Käch. Auch die vorberatenden Kommissionen haben Alternativen geprüft. Es wirkt etwas sehr aus dem Bauch heraus, wenn man sagt, man könne ja Theorie und Praxis trennen. Was erwarten Sie von der Schule? Dass sie Theorie und Praxis möglichst trennt und irgendwo etwas Praxis macht und irgendwo anders die Theorie? Der Bildungsdirektor erwartet von der Schule etwas anderes. – Man behaftet uns darauf, dass wir vor einigen Jahren gesagt haben, die Raumbedürfnisse seien nun gedeckt. Solche Aussagen macht man immer aus bestem Wissen und Gewissen heraus. Dass man das Wahlverhalten der Schülerinnen und Schüler damals nicht so genau vorausgesehen hat, daraus kann man uns doch nun nicht einen Vorwurf machen. Wenn Sie das von uns erwarten, muss Matthias Michel heute sagen: Wir wissen nicht, ob in fünf Jahren die Maturitätsquote um 2 % höher ist. Diese ist heute unter dem schweizerischen Schnitt. Unsere Bevölkerungsstruktur ist so, dass wir eigentlich höhere Quoten am Gymnasium erwarten müssten. Wenn wir das jetzt ausbreiten und hochrechnen, müssten wir jetzt sofort einen Erweiterungsantrag stellen. Das machen wir nicht. Wir rechnen doch nicht mit Hypothesen und errechnen daraus mögliche Raumbedürfnisse, die wir heute nicht 1 : 1 belegen können, und handeln uns damit den Vorwurf des Bauens auf Reserve ein. Es nützt nichts, wenn man uns jetzt auf frühere Aussagen behaftet, das löst diese Probleme von heute absolut nicht. Denken Sie vorwärts! Der Bildungsdirektor bittet den Rat wirklich inständig im Namen der Schule und des Regierungsrats, diesen Ablehnungsantrag abzulehnen. Betroffen wären schliesslich die Schülerinnen und Schüler und ein Fach, das in diesem Rat in anderem Zusammenhang schon sehr hoch gehalten wurde. Schwächen sie das Fächerangebot, zu dem niemand ein negatives Wort gesagt hat, nicht, indem Sie infrastrukturell Engpässe bestehen lassen!

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Eintreten auf diese Vorlage schon vor längerer Zeit erfolgt ist. Dazumal wurde darauf eingetreten und dann das Geschäft zurückgewiesen. Somit haben wir jetzt keine Eintretensdebatte geführt, sondern Erklärungen zur neu eingebrachten Vorlage gehört. Und wir kommen somit jetzt zur Detailberatung. Diese sieht folgendermassen aus: Da ja jetzt ein Antrag auf Streichung von § 1 gestellt wurde und dies der einzige materielle Paragraph dieser Vorlage ist, würde das bedeuten, dass wir nach Streichung keinen materiellen Inhalt mehr hätten bei dieser Vorlage und darum die 2. Lesung nicht mehr nötig wäre. Nach § 55 Abs. 1 der GO wäre keine 2. Lesung mehr möglich, weil es keine Finanzbeschlüsse mehr drin hat, die dem Referendum unterliegen. Wenn Sie also diesen Paragraphen streichen, ist das einer Schlussabstimmung gleichgesetzt und das Geschäft ist vom Tisch.

DETAILBERATUNG

§ 1

Die **Vorsitzende** weist nochmals darauf hin, dass hier ein Antrag auf Streichung vorliegt.

➔ Der Streichungsantrag wird mit 38 : 24 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1333.9 – 11998 enthalten.

852 -KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND FESTSETZUNG DER ZAHL DER MITGLIEDER UND ERSATZMITGLIEDER DES KANTONSGERICHTS UND DES STRAFGERICHTS SOWIE DER ZAHL DER HAUPTAMTLICHEN MITGLIEDER IM KANTONSGERICHT UND IM STRAFGERICHT FÜR DIE AMTSPERIODE 2007-2012
-KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND FESTSETZUNG DER ZAHL DER HAUPTAMTLICHEN MITGLIEDER IM OBERGERICHT FÜR DIE AMTSPERIODE 2007-2012

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts (Nrn. 1400.1/.2/.3 – 11925/26/27), der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1400.4 – 11965) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1400.5/1406.4/1409.4 – 11970).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich die Sprechenden erfahrungsgemäss beim Eintreten gleichzeitig und im selben Votum zu allen Geschäften äussern, die thematisch eng zusammenhängen. Es ist für die Ratsleitung schwierig, immer korrigierend einzugreifen. Wir bitten Sie daher, das Eintretensvotum zu den beiden Geschäften, welche die Anzahl der Richterinnen und Richter im Voll- und Nebenamt betreffen, gleichzeitig vorzunehmen.
Äussern Sie sich jetzt beim Eintreten aber noch nicht zu den Personalstellen der Zivil- und Strafrechtspflege sowie des Verwaltungsgerichts, welche unter der nächsten Ziffer behandelt werden. Für diese beiden Geschäfte erfolgt das Eintreten später gemeinsam, weil sie nicht Richterinnen und Richter, sondern die anderen Personalstellen betreffen. – Allfällige Abstimmungen zum Eintreten würden bei den einzelnen Vorlagen selbstverständlich einzeln vorgenommen.

Andrea **Hodel** spricht als Vizepräsidentin der Justizprüfungskommission – sie hat dieses Geschäft mit der JPK in der Abwesenheit von Othmar Birri beraten – und gleichzeitig für die FDP-Fraktion. In Bezug auf die Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder an den verschiedenen Gerichten kann sie auf den Bericht

der Vorlage 1400.4 verweisen. Die JPK beantragt, einer zusätzlichen hauptamtlichen Richterstelle zuzustimmen. Die Gründe wurden dargelegt. Es geht uns vor allem darum, dass wir die hohe Geschäftslast des Obergerichts, die seit Jahren besteht, nicht weiterhin mit ausserordentlich gewählten Mitgliedern des Obergerichts in den Griff bekommen wollen, sondern hier wieder eine gesetzliche, ordentliche Situation schaffen wollen. Deshalb wollen wir eine zusätzliche Richterstelle, die dann auch im Gesetz und in der Verfassung verankert ist und auch durch Volkswahl bestätigt oder gewählt wird, wieder einführen, bzw. das Gericht diesbezüglich aufstocken. Wir wollen auch nicht, dass auf dem stillen Weg immer mehr Gerichtsschreiber faktisch zu Richtern werden, indem immer mehr Gerichtsschreiber und Gerichtsschreiberinnen an Stelle der Richter die Urteile machen.
Die Stawiko hat noch die Frage aufgeworfen, weshalb Ersatzrichter gewählt werden müssen, obwohl sie dann oftmals gar nicht oder nur selten eingesetzt werden. Das Gesetz und die Verfassung sehen vor, dass das Gericht in der ordentlichen Zusammensetzung tagt, dass aber bei Ausstandsgründen von ordentlichen Richtern und Richterinnen Ersatzmitglieder zugezogen werden müssen. Ersatzmitglieder kommen dann zum Zug, wenn ein ordentliches Mitglied des Gerichts an der Gerichtssitzung nicht teilnehmen kann oder darf, weil es z.B. vorbefasst ist, weil es um ein Familienmitglied geht. Oder was wir am Strafgericht letzthin gesehen haben: Als der Staatsanwalt Marc Siegwart zum Strafrichter wurde, durfte er selbstverständlich als Strafrichter seine eigenen Anklagen, die er noch als Staatsanwalt gemacht hat, nicht beurteilen. Dann kommen die Ersatzrichter zum Zug. Die Gerichte achten darauf, dass sie jeweils die Ersatzrichter entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit anfragen, dass es also einen Turnus gibt, dass nicht immer die gleiche Person angefragt wird. Aber wenn eine Person nicht teilnehmen kann, weil sie das eben nur als Nebenamt macht und nicht immer zur Verfügung steht, wird einfach die nächste Person angefragt. Es ist also das Ziel, dass die Gerichte in ordentlicher Besetzung tagen und nicht einfach ohne Grund Ersatzmitglieder zugezogen werden. Aber wir brauchen Ersatzmitglieder eben dann, wenn die ordentlichen Mitglieder sich im Ausstand befinden. Dies die Erklärung, welche die Stawiko noch gewünscht hat. Und nun ersucht die Votantin den Rat – auch im Namen der FDP-Fraktion – dieser Vorlage zuzustimmen.

Andreas **Huwyler** beantragt im Namen der CVP-Fraktion, auf diese Vorlage einzutreten. Unsere Fraktion konnte sich überzeugen, dass die beantragte Richterstelle am Obergericht notwendig ist. Gerade im strafrechtlichen Bereich hat die Zahl sehr komplexer und umfangreicher Fälle stark zugenommen. Diese Entwicklung ist seit längerem zu beobachten und eine Trendwende scheint leider nicht in Sicht. Es ist deshalb zu befürworten, am Obergericht, wo derzeit die Pendenzenlast im Verhältnis zu den bearbeitenden Richtern am grössten ist, eine zusätzliche Richterstelle geschaffen wird. Die CVP erwartet und begrüsst, dass damit in Zukunft vermieden werden kann, für einzelne Fälle ausserordentliche Richter anzuheuern. Wir möchten keine Fälle mehr so quasi im Auftrag an Aussenstehende vergeben müssen, sondern diese durch ordentlich gewählte Richter erledigen lassen.
Einen Wermutstropfen hat die Vorlage. Heute debattieren wir über die Zusammensetzung der Richterstellen (und in der nächsten Vorlage auch über die Personalstellen an den Gerichten) für die kommenden sechs Jahre im Wissen, dass ein grosser Umbau der Strafjustiz vor der Tür steht. Das Staatsanwaltschaftsmodell ist in der Pipeline und wird diesem Rat wohl demnächst zur Beratung vorgelegt. Sollte dieses neue Modell eingeführt werden, sind die heutigen Beschlüsse mindestens im wichtigen Bereich der Strafrechtspflege wohl nur noch Makulatur. Wir werden die Strafjus-

tiz von unten bis oben neu aufgleisen und dementsprechend die Stellen neu dotieren. Deshalb hätte sich die CVP gewünscht, dass in den heutigen Gerichtsvorlagen – wenn schon über das Staatsanwaltschaftsmodell noch nicht verhandelt werden kann – zumindest ein Ausblick, wie es dann aussehen könnte, enthalten gewesen wäre.
In Anerkennung der lobenswerten Arbeit aller Zuger Gerichte beantragt die CVP, auf diese Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Werner **Villiger** nimmt im Namen der SVP-Fraktion zu den beiden Anträgen des Obergerichts wie folgt Stellung. Wir befürworten einstimmig den Antrag betreffend Festsetzung der Mitglieder und der Ersatzmitglieder sowie der hauptamtlichen Mitglieder beim Kantonsgericht und beim Strafgericht. Wir stützen uns dabei auf den Bericht und Antrag der erweiterten JPK. Die Zahl der Mitglieder sowie der Ersatzmitglieder soll bei diesen beiden Gerichten gleich bleiben – trotz erhöhter Arbeitsbelastung. Die SVP-Fraktion dankt den Mitgliedern des Kantons- und Strafgerichts für ihren geleisteten Einsatz. In Bezug auf die zusätzliche, vom Obergericht beantragte hauptamtliche Richterstelle wurde von einigen Mitgliedern der Fraktion der Bedürfnisnachweis bestritten. Argumentiert wurde dabei, dass wir im November 2004 im Kantonsrat zwei Ersatzmitglieder bestellt haben, um das Obergericht zu entlasten, dann anschliessend das Obergericht beauftragt haben, einen Antrag zur Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells auszuarbeiten. Man ist der Ansicht, dass inzwischen die Arbeitsbelastung sich wieder auf dem normalen Niveau befinden müsste. Schlussendlich setzte sich aber der Antrag des Obergerichts grossmehrheitlich durch, denn die Erhöhung um ein hauptamtliches Mitglied zeichnete sich angesichts der andauernd grossen Geschäftslast seit längerer Zeit ab. Auch die JPK äusserte sich in ihrem Bericht vom 23. Mai 2005 bereits in diesem Sinn.

Othmar **Birri**: Andrea Hodel hat es gesagt, sie hat das Geschäft beraten. Der Votant ist am Tag vorher aus Südamerika zurückgekommen und am Dienstag haben sie diese Sitzung gehabt. Entschuldigen Sie, dass er diese Sitzung nicht leiten konnte; er war damals seit 36 Stunden unterwegs und musste sich zuerst wieder erholen. Er ist froh, dass sie das gemacht hat. – Othmar Birri kann für die SP-Fraktion sagen, dass sie mit den Anträgen der erweiterten JPK einverstanden ist. Er ist schon lange dabei und schon lange in der JPK. Er weiss über die Belastung der Richter und vor allem jene des Obergerichts. Wir haben dort das letzte Jahr ja diese zwei ausserordentlichen Richter gewählt, die zwei Fälle bearbeitet haben. Diese sind nun abgeschlossen. Vom einen weiss der Votant, dass er ans Bundesgericht weiter gezogen worden ist. Aber auch wenn diese Fälle jetzt vom Tisch sind: Es werden weitere Fälle folgen im gleichen oder grösseren Umfang. Und da muss man das Obergericht entlasten. Diese Stelle ist mehr als ausgewiesen.
Zum Staatsanwaltschaftsmodell hat Othmar Birri mit der Obergerichtspräsidentin gesprochen. Wir erhalten die Vorlage in den letzten Maiwochen und die erweiterte JPK hat heute zwei Termine festgelegt, an denen sie dieses Geschäft beraten wird. Unser Ziel ist es, dass wir im August – also noch diese Legislatur – das Staatsanwaltschaftsmodell beraten können, damit wir dieses Geschäft noch in dieser Legislatur beenden können. Es ist unser Vorschlag, es war unsere Motion. Und das Obergericht hat sich Mühe gegeben, den Terminplan einzuhalten. Wir sind gefordert und der Votant macht da mit und macht Druck, damit diese Vorlage noch mit diesem Parlament beraten werden kann.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass es aus Sicht der AF unbestritten ist, dass das Obergericht um eine Stelle aufgestockt werden muss. Aus den Erläuterungen im Antrag geht klar hervor, dass das Obergericht über keinen personellen Spielraum mehr verfügt. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass grosse Fälle von Wirtschaftskriminalität auch nach der Berufung so rasch wie möglich erledigt werden. Ebenso wichtig ist uns, dass es zu keinen Verzögerungen und somit zu Strafmilderungen wegen Verfahrensfehlern kommt.

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** wollte eigentlich nichts sagen, aber weil die Frage nach dem Staatsanwaltschaftsmodell aufgeworfen wurde, ganz kurz eine Orientierung. Im Januar, als wir die zur Diskussion stehenden Vorlagen beraten haben, war die Vorlage noch nicht ganz ausgereift. Jetzt wissen wir schon ein wenig mehr. Das wird dem Rat termingerecht eingereicht. Und die Votantin kann den Rat beruhigen bezüglich der Personalstellen: Es wird voraussichtlich ganz minimale Konsequenzen haben.

EINTRETEN ist auf beide Vorlagen unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1400.2 – 11926

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 60 : 0 Stimmen zu.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1400.3 – 11927

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 61 : 0 Stimmen zu.

853 -KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEWILLIGUNG VON PERSONALSTELLEN FÜR DIE ZIVIL- UND STRAFRECHTSPFLEGE FÜR DIE JAHRE 2007-2012
-KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEWILLIGUNG VON PERSONALSTELLEN BEIM VERWALTUNGSGERICHT FÜR DIE JAHRE 2007-2012

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts (Nrn. 1406.1/.2 – 11944/45), der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1406.3 – 11966) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1400.5/1406.4/1409.4 – 11970). – Berichte und Anträge des Verwaltungsgerichts (Nrn. 1409.1/.2 – 11951/52) und der erweiterten Justizprüfungskommission (Nr. 1409.3 – 11968).

Andrea **Hodel** kann im Namen der JPK und wahrscheinlich auch im Namen des Kantonsrats dem Verwaltungsgericht unseren herzlichen Dank aussprechen für die effi-

ziente und immer wieder gute Arbeit. – Das Obergericht beantragt eine Möglichkeit zur Erhöhung um 9,4 Personalstellen für die Zeitdauer von sechs Jahren. Die JPK liess sich über die Geschäftslast ausführlich informieren und musste erkennen, dass die Geschäftslast derart angestiegen ist, dass eine Nichtbewilligung der geforderten Personalstellen zu Verzögerungen bei der Erledigung von Streitfällen an den Zuger Gerichten führen würde. Die JPK vertritt die Ansicht, dass eine Verzögerung nicht eintreten soll und auch in den nächsten sechs Jahren dafür Gewähr geboten werden soll, dass Fälle innert der ordentlichen Frist sowohl in der Zivil- als auch in der Strafjustiz erledigt und damit einem Urteil zugeführt werden können.
Bei der Jugendanwaltschaft hat sich die JPK klar dazu bekannt, dass dem Postulat Malaika Hug Rechnung getragen werden und gerade bei den Jugendlichen Prävention und Begleitung während des Strafvollzugs eine wichtige Rolle zuerkannt werden soll. Diese verlangt, dass die nebenamtliche Jugendanwaltschaft in eine vollamtliche umgebaut und diese Stelle entsprechend erhöht werden soll.
Beim Handlungsspielraum liess sich die JPK davon leiten, dass wir in den letzten Jahren immer auf den haushälterischen Umgang mit Personaleinheiten und Reservestellen vertrauen durften. In Bezug auf die Finanz- und Personalpolitik des Kantons konnten wir feststellen, dass durch die Erhöhung auch inklusive der fünf Personaleinheiten für die Reserve in den nächsten fünf Jahren das durchschnittliche Personalwachstum mit 1,84 % pro Jahr eingehalten ist. Rechnet man die Teuerung dazu, wie dies die Stawiko richtigerweise getan hat, ist dieses durchschnittliche Personalwachstum ganz knapp überschritten, liegt aber gerade noch drin. Die SVP wird einen Antrag stellen, dass die Reserven nur um 2,5 Personaleinheiten und nur für eine Zeitdauer von drei Jahren aufgestockt werden. Wir haben diesen Antrag in der Kommission bereits diskutiert und sind grossmehrheitlich zur Ansicht gekommen, das es keinen Sinn macht, diese Personaleinheiten jetzt zu kürzen, dafür in der Hälfte der Amtsdauer des Gerichts wieder an den Kantonsrat gelangen zu müssen. Zumal wir anerkennen müssen, dass wir schon bald eventuell zwei Personaleinheiten brauchen werden, wenn der AT StGB eingeführt wird. Wir haben diese Anpassung an die eidg. Strafgesetzbestimmungen in diesem Rat beraten und waren uns schon damals bewusst, dass das neue Strafen- und Massnahmensystem Personal an den Gerichten binden wird. Von daher macht es keinen Sinn, jetzt diese Personaleinheiten zu kürzen, nur damit wir uns dann im Rat viel früher wieder mit den genau gleichen Themen auseinander setzen müssen. – Die Votantin ersucht den Rat deshalb im Namen der Mehrheit der JPK, auch diesen fünf Reservestellen für eine Amtsperiode von sechs Jahren zuzustimmen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko die vier Gerichtsvorlagen an ihrer Sitzung vom 7. März 2006 behandelt hat. Wir haben uns bei der Beratung auf die ausführlichen und sehr guten Berichte der erweiterten JPK gestützt. Auf Grund der Ausführungen gehen wir davon aus, dass die erweiterte JPK, welche über vertiefte Kenntnisse bezüglich der aktuellen Organisation der Gerichte verfügt, sämtliche Möglichkeiten zur Kostenreduktion evaluiert hat. Die Stawiko anerkennt, dass ein an die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons angepasstes Wachstum der Gerichte notwendig ist. Wir waren anlässlich der Beratungen vor allem and der Frage interessiert, wie das Lohnkostenwachstum im Bereich der Judikative im Vergleich zur übrigen Verwaltung ausfällt. Die Lohnsumme wird sich, wie sie den Vorlagen entnehmen können, über die gesamte 6-jährige Amtsperiode um 1,6 Mio. Franken oder 11 % erhöhen. Pro Jahr gibt dies eine rechnerische Zunahme von durchschnittlich 1,84 %. Wir weisen nochmals darauf hin, dass die Teuerung in diesem Wachstum nicht eingeschlossen

ist. Nehmen wir 1 % Teuerung an, was eher tief sein könnte, werden die Gerichte mit einem Personalkostenwachstum von 2.8 % das zwischen Kantonsrat und Regierung vereinbarte Ziel von maximal 2.5 % bereits überschreiten. Es kann aber nicht sein, dass bei den Gerichten andere Massstäbe als bei der übrigen Verwaltung gelten sollen. Bezahlt werden alle Personalstellen mit den gleichen Steuergeldern. Die Stawiko ist klar der Meinung, dass sich auch die Gerichte an diese Vorgaben halten müssen und dass auch für sie ein Wachstum von maximal 2,5 % gelten muss. Wir fordern die Obergerichtspräsidentin auf, alles daran zu setzen, dieses Ziel zu erreichen.

Andreas **Huwyler** erinnert daran, dass die Justiz nicht nur effizient sein und möglichst prompt Urteile fällen muss. Der Bürger und Rechtsuchende hat einen unabdingbaren Anspruch, dass die Rechtsprechung auch in qualitativer Hinsicht auf hohem Niveau bleibt. Das gebietet uns nicht nur der Grundsatz der Rechtstaatlichkeit, sondern ist eine Selbstverständlichkeit für jede funktionierende Gesellschaft und eine Notwendigkeit für einen prosperierenden Wirtschaftsplatz. Deshalb muss die Justiz mit dem Bevölkerungswachstum und mit der Zunahme von im Kanton ansässigen Gesellschaften mithalten. Nachdem wir die Richterstellen mit Ausnahme des Obergerichts zwar nicht ausbauen mussten, befürwortet die CVP-Fraktion jedoch, dass punktuell an einzelnen Gerichten Personalstellen leicht ausgebaut werden. Um den weiteren Abbau der Pendenzenlast zu erreichen, erachten wir es als angezeigt, vor allem juristisches Personal leicht aufzustocken oder provisorische in definitive Stellen umzuwandeln. Auch hier wäre es nach Meinung unserer Fraktion im Hinblick auf das demnächst auf der Traktandenliste stehende Staatsanwaltschaftsmodell sinnvoll gewesen, in der Vorlage einen ersten Ausblick auf diesen grösseren Umbau zu machen. Wir sind uns bewusst, dass die heutigen Beschlüsse zu einem grossen Teil überholt sein werden, wenn das Staatsanwaltschaftsmodell eingeführt wird. Dennoch: Die CVP stimmt beiden Vorlagen zu und ersucht Sie, darauf einzutreten.

Werner **Villiger** nimmt zuerst Stellung zum KRB betreffend Personalstellen in der Zivil- und Strafrechtspflege. Die SVP-Fraktion stützt sich auch hier bei ihren Beratungen auf den Bericht und Antrag der erweiterten JPK. Die für Zivil- und Strafrechtpflege beantragten normalen, d.h. ohne Handlungsspielraum zusätzlichen 4,4 Personalstellen werden von uns grossmehrheitlich befürwortet. Ausserdem halten wir die Schaffung eines vollamtlichen Jugendanwalts für dringend notwendig. Denn gerade in der heutigen Zeit mit der steigenden Jugendkriminalität ist ein Nebenamt nicht mehr zu verantworten. Mit den für die nächsten sechs Jahre zusätzlich beantragten fünf Personalstellen – vorgesehen als Reserve oder Handlungsspielraum – sind wir hingegen nicht einverstanden. Dies aus folgenden Gründen:
Die heutige Ausgangslage hat sich gegenüber der vergangenen Amtsperiode grundlegend verändert. Denn damals standen keine Gesetzesänderungen an. In dieser Amtsperiode wird jedoch das revidierte AT StGB in Kraft gesetzt und voraussichtlich in ca. drei Jahren das Staatsanwaltschaftsmodell eingeführt. Das Obergericht schätzt, dass bei Inkrafttreten des AT StGB voraussichtlich auf Anfang 2007 zusätzliche Aufwendungen entstehen, wofür etwa zwei bis drei Personaleinheiten notwendig werden. Der zusätzliche Personalbedarf, der bei der Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells eventuell entsteht oder vielleicht eben nicht, ist zurzeit offiziell nicht bekannt. Angesichts der von uns gesehen unklaren Geschäftslast halten wir es nicht für sinnvoll, den Personalbedarf auf sechs Jahre zu planen und fünf Personalstellen als Handlungsspielraum zu bewilligen.

Im Namen der SVP-Fraktion stellt der Votant deshalb folgenden Antrag: *Erhöhung der Personalstellen für die Zivil- und Strafrechtspflege für die Jahre 2007-2009 um 7,4 Personalstellen.* Das heisst also minus zwei. Wir gehen davon aus, dass diese 7,4 zusätzlichen Personalstellen den Gerichten ausreichen werden, um die kommende Geschäftslast bewältigen zu können und das zugleich Handlungsspielraum offen lässt, um im Notfall reagieren zu können. Wir gehen weiter davon aus, dass gerichtliche Verfahren innert angemessener Frist abgeschlossen werden können und eine Personalstelle nur benutzt wird, wenn der Bedarf längerfristig ausgewiesen ist. Wir erwarten ausserdem auch, dass zusätzliche Personalstellen vom Obergericht weiterhin flexibel eingesetzt werden, d.h. sie sollten an Ämter vergeben werden, die am dringendsten darauf angewiesen sind.
Zu den Personalstellen beim Verwaltungsgericht. Gemäss dem Verwaltungsgerichtspräsidenten Peter Bellwald kann die für die Jahre 2007 bis 2012 zu erwartende Geschäftslast voraussichtlich mit dem heutigen Personalbestand zeitgerecht bewältigt werden. D.h. für den Bürger und die Bürgerin wird es nicht zu unzumutbaren Wartezeiten kommen. Das Verwaltungsgericht beantragt deshalb keine Erhöhung der Hauptämter und verzichtet auf eine halbe Personalstelle. Nicht verzichten jedoch will das Verwaltungsgericht hingegen auf die heute nicht besetzte siebte Personalstelle. Peter Bellwald hat jedoch versprochen, dass diese Stelle nicht unnötig, d.h. auf Vorrat, besetzt wird. – Die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag des Verwaltungsgerichts, begrüsst somit die vorsichtige Personalpolitik und dankt an dieser Stelle dem Verwaltungsgericht für seine gute Arbeit.

Die **Vorsitzende** fragt Werner Villiger, ob somit eine Erhöhung der Personalstellen auf 73,4 Personalstellen auf 2009 beantragt ist. – Dieser bestätigt das.

Othmar **Birri** hält fest, dass die SP-Fraktion den Anträgen der erweiterten JPK zustimmt. Sie sieht die Notwendigkeit, beim Strafgericht wie beim Verwaltungsgericht eine gewisse Flexibilität zu erhalten und empfiehlt dem Rat, das ebenfalls zu tun. Der Votant kann sagen, dass diese Flexibilität in den letzten Jahren ja nur ausgenützt wurde zu Gunsten des Rechtssuchenden. Wir haben den Auftrag und die Pflicht, die Rechtstaatlichkeit einzuhalten. Wir haben auch das Beschleunigungsgesetz in der Strafrechtspflege. Und um dies von Zeitperiode zu Zeitperiode einzuhalten, ist es notwendig, dass hier eine gewisse Flexibilität vorhanden ist. Beide Gerichte haben diese Situation nie ausgenützt, sondern sind sehr haushälterisch damit umgegangen. Stimmen Sie den Anträgen der erweiterten JPK zu und danken Sie beiden Gerichten für ihre gute Arbeit.

Rosemarie **Fähndrich Burger** weist darauf hin, dass die AF beim Antrag des Verwaltungsgerichts davon ausgeht, dass bei der Beantragung auf Reduktion um eine halbe Personalstelle umsichtig entschieden wurde. Und dass die anfallende Geschäftslast weiterhin sorgfältig wird bewältigt werden können. Wir unterstützen ausserdem die für die Gerichte absehbare Personalaufstockung und ebenso die Schaffung zusätzlicher Stellen, damit für die kommenden sechs Jahre genügend Handlungsspielraum bleibt. Das Modell Handlungsspielraum mit Personalstellen wurde in den vergangenen Jahren bereits praktiziert und hat sich bestens bewährt. Über die jeweils beabsichtigten Personalaufstockungen wurde die JPK stets im Voraus orientiert. Es ist unbestritten, dass bei einer Zuwachsrate der Bevölkerung in

den vergangenen sechs Jahren um 8,4 % und der im Handelsregister eingetragenen Firmen von über 25 % entsprechend mehr Personal bei den Gerichten eingesetzt werden muss. Eine gut funktionierende Justiz ist uns ein grosses Anliegen. Die Situation bei der Jugendanwaltschaft erfordert aus Sicht von uns Alternativen ebenfalls, dass die bestehenden Stellen raschmöglichst aufgestockt werden. Eine Geschäftszunahme von 45 % innerhalb der letzten sechs Jahre, bei gleich bleibendem Stellenpensum, kann keinesfalls länger verantwortet werden. Die AF unterstützt demnach die schnelle Umsetzung der Stelle des Jugendanwalts in ein Vollamt, ebenso den Ausbau der Stelle für soziale Arbeit von 80 auf 100 %.

Andrea **Hodel** möchte zum Antrag der SVP-Fraktion sagen: Wenn sie schon Planungssicherheit wollen, dann gehen Sie auf sechs Jahre und nehmen die zwei Stellen dazu. Sonst kommen nämlich in drei Jahren sämtliche Stellen wieder zur Diskussion. Und wenn wir schon von Pragma sprechen und Leistungsauftrag, dann gibt für die Sicherheit in unserem Kanton, für das Kosten- und Personalwachstum die längere Zeitperiode mit zwei Stellen mehr viel mehr Planungssicherheit und fordert auch die Gerichte stärker, mit diesen Stellen haushälterisch umzugehen. Wenn Sie schon auf dem Spartrip sind, dann sollten Sie eher der erweiterten JPK zustimmen und nicht die ganze Personalfrage in drei Jahren wieder diskutieren!

Felix **Häcki**: Warum wollen wir eine zeitliche Limite? Der Grund ist das Staatsanwaltschaftsmodell. Wir möchten gerne den Personalbestand so festsetzen, dass er ausreichend ist, bis das Staatsanwaltschaftsmodell eingeführt wird. Und dass man dann wieder über die Stellen diskutiert. Dann wissen wir auch, wie viel eigentlich dieses Modell zusätzlich braucht oder nicht.

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** möchte sich zuerst bestens bedanken für die Bewilligung der zusätzlichen vollamtlichen Richterstelle am Obergericht. Ebenfalls ein Dank an die beiden Kommissionen, dass die Bedürfnisse der Gerichte anerkannt wurden. Die Votantin hofft, dass der Rat dies auch tun wird. Wir haben den voraussichtlichen Bedarf beim Beginn der kommenden Amtsperiode ausführlich und detailliert begründet. Sie möchte nicht weiter darauf eingehen, sondern nur ergänzend beifügen, dass die Stellen, die für 2007 vorgesehen sind, selbstverständlich nur dann bewilligt werden, wenn sie sich auf Grund der diesjährigen Fallentwicklung auch als nötig erweisen. Dann haben wir die Ämter und die Gerichte auch darauf aufmerksam gemacht, dass aus dieser Vorlage und aus unseren Ausführungen nicht etwa ein Rechtsanspruch abgeleitet werden kann.
Zum Staatsanwaltschaftsmodell. Es wird im Mai eingereicht und dort werden wir Ihnen dann ganz konkret sagen, inwieweit es einen Einfluss auf die Personalstellen hat. Die Obergerichtspräsidentin sieht nicht ein, wieso man das dann erst in drei Jahren wieder anpassen soll. Wichtig ist für uns dieser Handlungsspielraum für die Jahre bis 2012. Sie kann auch hier zusichern, dass damit haushälterisch umgegangen wird. Sie möchte daran erinnern, dass der Rat vor sechs Jahren im Zusammenhang mit dem Plafond eine Reserve von 4,5 Stellen bewilligt hat, ohne dass damals irgend eine Vorlage im Raum war, die Personalfolgen hatte, wie das heute beim AT StGB der Fall ist. Wir wissen, dass dieser kommt, wahrscheinlich auf den 1. Januar 2007. Und nur schon diese Vorlage wird mehr Arbeit geben. Es ist aber immer noch nicht genau abzuschätzen, wie viel. Vor sechs Jahren war überhaupt nichts Derartiges zu

sehen. Diese 4,5 Stellen als Reserve wurden dem Obergericht gegeben, um die Entwicklung der nächsten sechs Jahre abzudecken. Und hier wissen wir, dass nur schon der Bedarf des AT StGB gewisse Personalstellen benötigen wird. Und wenn Sie diesen Beschluss nun befristen möchten auf drei Jahre, machen Sie nicht nur uns, sondern auch dem Rat selbst wieder zusätzliche Arbeit.
Bezüglich der angesprochenen Finanzstrategie werden wir uns selbstverständlich Mühe geben, dass wir da nicht ausufern. Wir werden versuchen, sie einzuhalten, obwohl der Regierungsrat das nicht mit uns abgesprochen hat.

Felix **Häcki**: Wenn wir, wie wir es gehört haben, im Mai genau wissen, wie viel Personal sie brauchen, sieht er nicht ein, weshalb wir das heute entscheiden. Es geht ja um Personalstellen ab 2007. Dann würden wir nämlich vernünftigerweise diese Stellen dann für die Periode bis 2012 erst im Mai festlegen oder im Juni. Das reicht noch lange. Er stellt den Antrag, die Abstimmung über das Personalbegehren zu verschieben, bis wir Klarheit haben über das Staatsanwaltschaftsmodell.

Andrea **Hodel** meint, formell sei das ein Antrag gewesen auf Nichteintreten auf diese Vorlage. Aber das macht ja wohl wirklich keinen Sinn. Jetzt haben wir das durchberaten. Und sollte es mit dem Staatsanwaltschaftsmodell – was wir ja noch nicht wissen – noch Änderungen ergeben, dann bringen wir dem Rat das mit einer Sachvorlage. Machen Sie jetzt nicht den Bock zum Gärtner! Machen wir jetzt diese begonnene Arbeit zu Ende, damit wir wieder vernünftig weiter arbeiten können!

➔ Der Antrag auf Verschiebung der Vorlage erhält lediglich 4 Stimmen und wird somit abgelehnt.

Verwaltungsgerichtspräsident Peter **Bellwald** möchte den Rat mit dem Hinweis auf den schriftlichen Antrag bitten, dem Verwaltungsgericht die sieben Personalstellen zu bewilligen. Wir werden uns auch in den kommenden sechs Jahren bemühen, mit diesen bewilligten Stellen haushälterisch umzugehen. – Noch eine kurze Erklärung zum von der Stawiko in unserem Antrag festgestellten Tippfehler, wo statt § 2 fälschlicherweise *§ 1* des Personalgesetzes zitiert wird. Es handelt sich nicht um einen Tippfehler, den unsere Sekretärinnen zu verantworten hätten. Wir haben diesen Fehler aus Ihrem Kantonsratsbeschluss vom Oktober 2000 leider kritiklos übernommen. Dafür bitten wir um Entschuldigung. Die Moral von der Geschichte: Die Gesetzessammlung macht auch Fehler, das Verwaltungsgericht ebenfalls, bisweilen sogar rechtskräftig.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1406.2 – 11945

Titel und Ingress

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Antrag gestellt wurde, die Zeitdauer von 2007-2012 zu verkürzen auf 2007-2009.

➔ Der Antrag wird mit 46 : 16 Stimmen abgelehnt.

§ 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Antrag vorliegt, die Personalstellen um zwei Stellen auf 73,4 zu reduzieren.

➔ Der Antrag wird mit 47 : 10 Stellen abgelehnt, womit 75,4 Personalstellen bewilligt werden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 56 : 2 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, das Postulat von Malaika Hug betreffend eine vollamtliche Jugendanwaltschaft (Nr. 1357.1 – 11784) sei erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1409.2 – 11952

§ 1 Abs. 2 Bst. b

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Tippfehler vorliegt. Statt «…§ 1 Abs. 2 des Personalgesetzes …» muss es heissen *§ 2 Abs. 2 des Personalgesetzes.*

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 63 : 0 Stimmen zu.

854 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 4. Mai 2006

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

59. SITZUNG: DONNERSTAG, 4. MAI 2006
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.30 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

855 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Kathrin Kündig, Zug; Barbara Strub, Oberägeri; Thomas Brändle, Unterägeri. – Der Nachfolger der zurückgetretenen Malaika Hug wird erst an der nächsten Kantonsratssitzung vereidigt.

856 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass Malaika Hug aus gesundheitlichen Gründen mit sofortiger Wirkung aus dem Kantonsrat zurückgetreten ist. Auf ihren ausdrücklichen Wunsch teilen wir dem Rat mit, dass sie an einer Depression leidet und sich schlecht fühlt. Dazu einige Sätze aus ihrem Rücktrittsschreiben: «Nach reichlicher Überlegung und unzufrieden mit meiner jetzigen Situation habe ich beschlossen, per sofort von meinem Amt als Kantonsrätin zurückzutreten. Es ist mit meinem Gewissen nicht zu vereinbaren, von den Kantonsratssitzungen fern zu bleiben. Entweder ganz oder gar nicht! Mein gesundheitlicher Zustand lässt eine Vielzahl an Aktivitäten nicht mehr zu und hat sich in den letzten paar Wochen dramatisch verschlechtert. Ich möchte meine Kräfte für den Abschluss meines Studiums sparen. Zudem möchte ich definitiv in Bern Fuss fassen. Ein Neuanfang sozusagen. Es tut auch weh, zurückzutreten, aber ich muss vor allem auf mich selbst acht geben. Ich werde meine Erfahrungen und all die Erlebnisse im und mit dem Kantonsrat nie vergessen.»

Erwina Winiger Jutz wünscht Malaika Hug von ganzem Herzen alles Gute, vor allem im gesundheitlichen Bereich, aber auch für ihre private und berufliche Zukunft. Ihre jugendlich-quirlige Art wird uns in diesem Rat fehlen.

Der Gemeinderat Baar hat am 18. April 2006 Hansjörg Hermann, SP, als nachrückenden Kantonsrat per 1. Juni 2006 für gewählt erklärt. Der Beschluss des Gemeinderats ist im Amtsblatt vom 21. April 2006 veröffentlicht worden. Die Frist für eine allfällige Verwaltungsbeschwerde läuft am 11. Mai 2006 ab. Hansjörg Hermann wird daher erst an der nächsten KR-Sitzung vom 1. Juni 2006 vereidigt und teilnehmen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass mit der Zeitschrift «Finanzplatz Zug» ein neues Produkt in der Zuger Medienlandschaft Einzug genommen hat. Die Zeitschrift liegt auf den Plätzen im Ratssaal, weil sie zu den akkreditierten Medien des Kantonsrats gehört. In Zukunft wird sie am Informationstisch beim Eingang aufgelegt.

857 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30. März 2006.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der nebenamtlichen Behördenmitglieder (Nebenamtsgesetz).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1425.1/.2 – 12006/07).

3.2. Änderung des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung (IPVG).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1428.1/.2 – 12011/12).

3.3. Ersatzwahl in die Kommission für den öffentlichen Verkehr.

4. Petition der Familie F. betreffend Wiedererwägung des ablehnenden Kantonsratsentscheids bezüglich der vierten Petition vom 10.11.2005.
Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1430.1 – 12017).
5. Änderung des Personalgesetzes (Zuständigkeit für die Anpassung an die Preisentwicklung).
2. Lesung (Nr. 1399.4 – 11961).
6. Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten.
2. Lesung (Nr. 1377.6 – 11963).
7. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Anbau eines zusätzlichen Unterrichtsraums für das Fach Bildnerisches Gestalten in der Kantonsschule Zug.
2. Lesung (Nr. 1333.9 – 11998).
8. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs für den Kanton Zug (EG ZGB) (Verzicht auf Veröffentlichung von Handänderungen).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1404.1/.2 – 11940/41) und der Kommission (Nr. 1404.3 – 12013).

9. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine Sandsportanlage, eine Finnenbahn und die Sanierung der Spielwiese Nord auf dem Areal der Kantonsschule Zug.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1390.1/.2 – 11882/83), der Kommission (Nr. 1390.3 – 11989) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1390.4 – 11996).
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für zwei Fahrzeugunterstände im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schönau, Cham.
    Bericht und Antrag sowie Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1334.1/.2 – 11713/14; 1334.5/.6 – 11858/59), Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1334.3 – 11801; 1334.7 – 11950) und der Staatswirtschaftskommission (Nrn. 1334.4 – 11805; 1334.8 – 11969).
11. «Kammerkonzept Ennetsee»

11.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung des Generellen Projekts «Kammerkonzept Ennetsee».

11.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmen- und Objektkredit für die Planung und den Bau der Kammern B und C der Kantonsstrasse «Kammerkonzept Ennetsee» sowie für den Landerwerb.

11.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Projektierung der Kammern A und D der Kantonsstrasse «Kammerkonzept Ennetsee» sowie für den Landerwerb.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1393.1/.2/.3/.4 – 11890/91/92/93), der Strassenbaukommission (Nrn. 1393.5/.6 – 11987/88), der Raumplanungskommission (Nr. 1393.7 – 11902) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1393.8 – 12010).

12. Öffentlicher Verkehr

12.1. Postulat von Lilian Hurschler-Baumgartner und Martin Stuber betreffend sofortigen Bau der SBB-Doppelspur Cham-Rotkreuz (Nr. 1309.1 – 11660) und

12.2. Postulat von Werner Villiger, Rudolf Balsiger und Karl Rust betreffend sofortiger Einrichtung einer kurzen Stadtbahnausweichstelle bei der Haltestelle Fridbach oder bei der Haltestelle Oberwil (Nr. 1320.1 – 11684).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1309.2/1320.2 – 11959).

13. Parlamentarische Vorstösse betreffend Motorfahrzeugsteuern

13.1. Motion von Rolf Schweiger betreffend Erleichterungen für Halter von Motorfahrzeugen mit elektrischem Antrieb (Nr. 7365).

13.2. Motion von Heinz Tännler betreffend «umweltgerechte Senkung der Motorfahrzeugsteuer» (Nr. 1022.1 – 10888).

13.3. Motion von Thomas Lötscher betreffend Neuregelung der kantonalen Motorfahrzeugsteuer (Nr. 1165.1 - 11274).

13.4. Motion von Thomas Villiger und Manuel Aeschbacher betreffend Steuerrabatt für hybrid- und erdgasbetriebene Motorfahrzeuge (Nr. 1306.1 – 11654).

13.5. Interpellation von Alois Gössi und Markus Jans betreffend Kostenwahrheit beim motorisierten individuellen Verkehr (MIV) (Nr. 1224.1 – 11440).
   Bericht, Antrag und Antwort des Regierungsrates (Nr. 1426.1/1022.2/1165.2/1306.2/1224.2 – 12008).

14. Parlamentarische Vorstösse betreffend Vermittlung in Konfliktsituationen

14.1. Motion von René Bär, Hans Durrer und Heinz Tännler betreffend Schaffung einer unabhängigen Anlaufstelle für Mitbürgerinnen und Mitbürger (Ombudsmann- oder Mediationsstelle) (Nr. 972.1 – 10736).

14.2. Motion der Justizprüfungskommission betreffend Prävention und Umgang mit Personen in Konfliktsituationen (Nr. 974.1 – 10743).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 972.2/974.2 – 12005).
15. Interpellation von Markus Grüring betreffend Ägerisee, Lorze und andere Gewässer im Zusammenhang mit erlebten und künftigen Unwettern (Nr. 1374.1 – 11820).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1374.2 – 11960).

* erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung

858 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 30. März 2006 wird genehmigt.

859 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE ENTSCHÄDIGUNG DER NEBENAMTLICHEN BEHÖRDENMITGLIEDER (NEBENAMTSGESETZ)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1425.1/.2 – 12006/07).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Karl Nussbaumer, Menzingen, ***Präsident***	*SVP*
1.	Rudolf Balsiger, Bruder-Klausen-Weg 5, 6317 Oberwil	FDP
2.	René Bär, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
3.	Othmar Birri, Fliederweg 7, Postfach 4122, 6304 Zug	SP
4.	Rosemarie Fähndrich Burger, Neudorfstrasse 2, 6312 Steinhausen	AF
5.	Markus Grüring, Grossmattstrasse 9, 6314 Unterägeri	FDP
6.	Felix Häcki, Weinbergstrasse 17, 6300 Zug	SVP
7.	Karl Künzle, Neudorfstrasse 32, 6313 Menzingen	CVP
8.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
9.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
10.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
11.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
12.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
13.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
14.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
15.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP

860 ÄNDERUNG DES GESETZES BETREFFEND INDIVIDUELLE PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1428.1/.2 – 12011/12).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die möglichst gleiche 15-köpfige Kommission mit Präsident Guido Käch überwiesen, welche bereits die beiden Gesetzesvorlagen betreffend Prämienverbilligung behandelte.

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Guido Käch, Cham, ***Präsident***	*CVP*
1.	René Bär, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Thomas Brändle, Höfnerstrasse 54, 6314 Unterägeri	FDP
4.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
5.	Andrea Erni Hänni, Bannstrasse 3, 6312 Steinhausen	SP
6.	Guido Heinrich, Rothusweg 12, 6315 Oberägeri	SVP
7.	Silvan Hotz, Chlingenstrasse 23, 6340 Baar	CVP
8.	Guido Käch, Luzernerstrasse 56, 6330 Cham	CVP
9.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Cham	SVP
10.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
11.	Markus Scheidegger, Ringstrasse 23, 6343 Rotkreuz	CVP
12.	Karin Julia Stadlin, Gartenweg 17, 6343 Buonas	FDP
13.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
14.	Beat Villiger, Asylstrasse 8, 6340 Baar	CVP
15.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

861 FÜNFTE PETITION DER FAMILIE FANKHAUSER BETREFFEND WIEDERERWÄGUNG DES ABLEHNENDEN KANTONSRATSENTSCHEIDS BEZÜGLICH DER VIERTEN PETITION VOM 10.11.2005

Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1430.1 – 12017).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Justizprüfungskommision beantragt, auf die Petition nicht einzutreten.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt den Antrag der Justizprüfungskommission.

862 ÄNDERUNG DES PERSONALGESETZES (ZUSTÄNDIGKEIT FÜR DIE ANPASSUNG AN DIE PREISENTWICKLUNG)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 23. Februar 2006 (Ziff. 818) ist in der Vorlage Nr. 1399.4 – 11961 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 52 : 21 zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die bereits erheblich erklärte Motion der erweiterten Staatwirtschaftskommission vom 6. Juni 2005 betreffend Änderung des Personalgesetzes (Vorlage Nr. 1351.1 – 11768) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

863 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUR INTERKANTONALEN VEREINBARUNG ÜBER DIE AUFSICHT SOWIE DIE BEWILLIGUNG UND ERTRAGSVERWENDUNG VON INTERKANTONAL ODER GESAMTSCHWEIZERISCH DURCHGEFÜHRTEN LOTTERIEN UND WETTEN

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 23. Februar 2006 (Ziff. 821) ist in der Vorlage Nr. 1377.6 – 11963 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 72 : 0 Stimmen zu.

864 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DEN ANBAU EINES ZUSÄTZLICHEN UNTERRICHTSRAUMS FÜR DAS FACH BILDNERISCHES GESTALTEN IN DER KANTONSSCHULE ZUG

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. März 2006 (Ziff. 851) ist in der Vorlage Nr. 1333.9 – 11998 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 62 : 6 Stimmen zu.

865 ÄNDERUNG DES GESETZES BETREFFEND DIE EINFÜHRUNG DES SCHWEIZERISCHEN ZIVILGESETZBUCHES FÜR DEN KANTON ZUG (EG ZGB; VERZICHT AUF VERÖFFENTLICHUNG VON HANDÄNDERUNGEN)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1404.1/.2 – 11940/41) und der Kommission (Nr. 1404.3 – 12013).

Beat **Villiger** erinnert den Rat daran, dass er das Geschäft der vorberatenden Kommission «Revision Grundbuchgebührentarif» zuteilte. Diese Kommission hat zwischenzeitlich beide Geschäfte beraten, wobei das heutige Geschäft wesentlich einfacher zu behandeln war als der Gebührentarif. Der Kommissionspräsident möchte der Direktion des Innern und dem Regierungsrat danken, dass man die überflüssige Publikation von Handänderungen abschaffen will und der Kanton Zug als einer der ersten sich gegen die Publikationspflicht entscheiden will. Diese musste ja auf Grund von Bundesvorgaben im Jahre 1990 auch bei uns eingeführt werden. Dies als fragliche Sofortmassnahme gegen die Bodenspekulation. Mit der Änderung von Art. 970a ZGB können die Kantone wieder frei bestimmen, ob eine Publikation zu erfolgen hat.
Die Erfahrungen haben nun gezeigt, dass mit der Publikation die Bodenspekulation nicht verhindert werden kann und dass deswegen kaum Transparenz in den Immobilienmarkt kommt. Es konnte höchstens der Gwunder gewisser Kreise gestillt werden, nicht zuletzt auch die Neugier der Öffentlichkeit. Schützenswert ist dies jedoch nicht. Die Publikation ist zudem aus der Sicht des Datenschutzes sehr fraglich. Der Votant verweist hier auch auf den klaren Bericht des Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug. Im internen Vernehmlassungsbericht wird ausgesagt, dass auf jegliche Veröffentlichung des Eigentumserwerbs an Grundstücken zu verzichten sei. Mit der Abschaffung der Publikation können auch Kosten gespart werden, wenn auch hierüber keine Angaben gemacht werden konnten. Andererseits wird oder wurde der Zugang zum Grundbuch vereinfacht. Die Kommission stellt in diesem Zusammenhang nochmals die Forderung, dass vor allem für Rechtsanwälte und Notare der Zugang und die Grundbucheinsicht noch weiter vereinfacht werden müssen. Vor allem der Bezug von Auszügen und die Online-Übernahme der Grundbuchbeschriebe in Verträge sind heute noch nicht zufrieden stellend gelöst. – Die Kommission beantragt grossmehrheitlich, auf die Vorlage des Regierungrats einzutreten und ihr zuzustimmen.

Berty **Zeiter** hält fest, dass die AF beantragt, auf die Vorlage nicht einzutreten, also den aktuell gültigen Zustand zu belassen. Die Gründe für den Nichteintretensantrag sollen mit drei Stichworten dargelegt werden.
1. Transparenz. Die Spekulation sei auch mit der Veröffentlichung der Grundbuchdaten im Amtsblatt nicht eingedämmt worden, heisst es in der Vorlage. Da ist darauf hinzuweisen, dass die Situation im Kanton Zug anders ist als in anderen Kantonen, in denen sich der Bodenmarkt nach der Erhitzung anfangs der 90er-Jahre beruhigt hat. 1993 wurde das Schweizerische Zivilgesetzbuch für den Kanton Zug eingeführt. Das Gesetz, das wir heute beraten, sollte genau dazu dienen, die Erhitzung schweizweit abzubremsen. Bereits damals, vor 13 Jahren, hat die AF festgehalten, dass Preistransparenz zum A und O einer funktionierenden Marktwirtschaft gehört und nur dadurch die Spekulation wirksam unterbunden wird. Unser Einsatz geht stets in Richtung grösstmöglicher Transparenz. Denn Intransparenz war noch nie imagefördernd. Leider war die Veröffentlichung des Kaufpreises nie politisch durchsetzbar.

Das soll uns nun aber nicht daran hindern, mindestens an einem absoluten Minimum von Transparenz festzuhalten.
2. Kosten. Der von der Regierung beantragte Verzicht auf Veröffentlichung wird faktisch keine Kostenersparnis bringen. Die praktizierte Art der Veröffentlichung von Handänderungen im Amtsblatt ist weitestgehend automatisiert. Die Aufrechterhaltung der minimalen Transparenz kostet uns also nichts.
3. Datenschutz. Es ist wahr: Datenschutz und Transparenz stehen im Clinch zueinander. Es gilt, die beiden Werte und deren Wirkungen abzuwägen. Hier erinnert die Votantin den Rat gerne an die kürzlich beschlossene Änderung des Datenschutzgesetzes. Sie haben den Datenschutz qualitativ massiv abgeschwächt, nur um den Interessen von Vereinen und Parteien nachzukommen. Der bei uns schlecht funktionierende Bodenmarkt und die Auswirkungen von Spekulation auf unsere Lebensbedingungen sind jedoch viel einschneidender und deren Eindämmung von hohem allgemeinem Interesse.
Aus diesen Gründen ist die Veröffentlichung von Handänderungen im Kanton Zug beizubehalten.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion ebenfalls gegen Eintreten auf diese Vorlage ist. Sie möchte die Argumente ihrer Vorrednerin nicht wiederholen, sie ist einverstanden mit allem, was diese gesagt hat. Ein Grossteil der Grundstücke im Kanton Zug befindet sich in Privatbesitz. Auf der anderen Seite ist der Liegenschaftenhandel keineswegs Privatsache. Wir alle wissen, wie sich die Grundstückpreise auswirken auf die Wohnungssituation im Kanton Zug. Die Lage ist nach wie vor sehr angespannt. Die Veröffentlichung der Handänderungen bei Liegenschaften schafft ein kleines Bisschen Transparenz. Und ohne Not sollten wir keineswegs darauf verzichten, und schon gar nicht als einer der ersten Kantone. Der Kanton Zug soll hier nicht wieder am falschen Ort eine Vorreiterrolle spielen. Das Argument mit den Kosten hat Berty Zeiter schon widerlegt. Käty Hofer beantragt ebenfalls: Treten sie auf diese Voralge nicht ein!

Flavio **Roos** hält fest, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich für den Antrag der Regierung und der vorberatenden Kommission ist. Wir sind der Meinung, dass es in die richtige Richtung geht mit der Reduzierung der Gesetze und erst noch, wenn man dabei Geld sparen kann. Diese kostspieligen Leerläufe nützen sowieso nur denjenigen Personen, die gezielt auf Spekulationen ausgehen oder für ein gezieltes Grundstück Informationen brauchen. Deshalb möchten wir beliebt machen, auf den Antrag von Regierung und vorberatender Kommission einzutreten und ihm zuzustimmen.

Peter **Rust**: Es mag vielleicht erstaunen, dass er sich der Ansicht der linken Ratseite anschliesst. Allerdings nicht aus den gleichen Überlegungen. Sonst kommt Berty Zeiter immer und fordert überall Datenschutz. Und hier, wo eine gewisse Brisanz besteht, möchte sie noch mehr öffnen. Aber der Votant macht eine andere Überlegung. Er hat in den letzten Jahrzehnten festgestellt, dass die Veröffentlichung von Verkäufen und Käufen im Amtsblatt keinen Schaden gebracht hat, dass wir deshalb mehr Wohnungsmarkt hätten. Er kann nicht erkennen, warum die Veröffentlichung gesellschaftlich oder irgendwo Schaden gebracht hätte. Peter Rust handelt viel mit Grundstücken und Liegenschaften. Er könnte ja den Standpunkt vertreten: Ich will

nicht mehr, dass das jemand weiss! Aber er möchte gerade in einer kleinen Gemeinde wie Walchwil wissen, wer sich wo ein Grundstück gekauft hat. Das ist doch auch gesellschaftspolitisch interessant, dass man weiss, was wo geht. Und da kann doch niemand sagen: Jetzt müssen wir den Datenschutz hier anwenden! Dann können wir auch das Handelsregister abschaffen. Brigitte Profos soll doch dort den Datenschutz etwas ernster nehmen oder beim Nachmittagstraktandum. Dort brauchen wir den Datenschutz, vor allem wenn es um Veröffentlichungen von Amt zu Amt geht. Dort ist der Votant für Datenschutz. Aber beim Grundstückhandel hat doch niemand im Kanton Zug in den letzten Jahren einen Schaden erlitten. Peter Rust ist gegen den Antrag von Kommission und Regierung.

Beat **Villiger** zu Peter Rust. Der Votant hatte auch mit dem Datenschutzbeauftragten ein Telefon und mit dem Grundbuchamt. Es kommt öfter vor, dass Leute sich in der Privatsphäre gestört fühlen, wenn solche Publikationen erfolgen. – Zur linken Ratseite. Wenn es um Datenschutz geht, möchte man jeweils unseren sonst schon sehr hartnäckigen Datenschützer rechts überholen. Und jetzt, da es um Immobilien geht, soll kein Datenschutz mehr existieren. Beat Villiger möchte auch darauf hinweisen, dass wir unseren Immobilienmarkt nicht belasten sollten mit staatlichen Bewilligungsverfahren, wie er das zwischen den Zeilen gehört hat. Der Immobilienmarkt soll weiterhin Privatsache bleiben. Angebot und Nachfrage spielen ja hier die wichtigste Rolle für die Preisbildung. Man kann auch als unerfahrener Käufer immer wieder feststellen, wie die Preise sind, z.B. durch die Brandversicherung, Steuerwerte, man kann Schatzungen heranziehen. Wer will, kann den Preis sehr wohl richtig feststellen. Der Votant bittet den Rat deshalb, dem Antrag der Regierung zuzustimmen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass man sich schweizweit einig ist, dass die Ziele der Publikation von Handänderungen verfehlt wurden. Weder wurde die Bodenspekulation verhindert, noch allgemeine Transparenz geschaffen im Immobilienmarkt. Für die Grundbuchführung ist es unwichtig, ob diese Angaben publiziert werden oder nicht. Es gibt somit kein öffentliches Interesse an der Publikation dieser Handänderungsdaten. Die Votantin billigt Peter Rust und vielleicht noch anderen Mitgliedern dieses Rats zu: Es gibt eine gewisse private Neugierde-Befriedigung mit dieser Publikation. Es ist aber so, dass seit dem 1. April 2005 jede Person Grundbucheinsicht erhält. Es muss nicht einmal ein spezielles Interesse geltend gemacht werden. Es ist aus Sicht der Regierung auch wichtig, dass hier die Forderungen des Datenschutzes berücksichtigt werden. Es ist nämlich so, dass oftmals nach der Publikation von Handänderungen Personen mit unerwünschter Post bedient werden. Brigitte Profos bittet den Rat deshalb, dem Antrag der Regierung zuzustimmen. Die Kommission hat ihn grossmehrheitlich unterstützt.

➔ Der Rat beschliesst mit 53 : 16 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1404.4 – 12029 enthalten.

866 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINE SAND-SPORTANLAGE, EINE FINNENBAHN UND DIE SANIERUNG DER SPIELWIESE NORD AUF DEM AREAL DER KANTONSSCHULE ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1390.1/.2 – 11882/83), der Kommission (Nr. 1390.3 – 11989) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1390.4 – 11996).

Rosvita **Corrodi** weist darauf hin, dass per 1. April 2006 seitens der MZ Immobilien AG der Kantonsschule beziehungsweise dem Kanton Zug das Benützungsrecht der im Westen an der Flurstrasse gelegenen Sportanlagen gekündigt wurde. Damit wird der zur Verfügung stehende Aussenbereich für den Sportunterricht stark eingeschränkt. Gemäss Stundenplan müssen fünf Kurse Sport parallel geführt werden, damit 1400 Schülerinnen und Schüler ihre obligatorischen Turnstunden absolvieren können. Mit der erworbenen Landreserve im Südosten des Kantiareals kann eine Sportanlage mit zwei Sandplätzen realisiert werden. Zusätzlich ist eine 350 Meter lange Finnenbahn geplant.
Ins Gesamtkonzept der neu zu erstellenden Sportanlagen fällt auch die Sanierung der bestehenden Spielwiese. Der heutige Naturrasen kann nur bedingt genutzt werden. Das 30-jährige Entwässerungssystem ist veraltet und muss so oder so bei einer Sanierung ersetzt werden. An Stelle eines neuen Naturrasens soll neu ein Kunstrasen eingebaut werden. Dank neuesten Entwicklungen auf diesem Spezialgebiet kann heute ein Kunstrasen praktisch das ganze Jahr bespielt werden. Die Investitionskosten, berechnet auf die anzunehmende Lebensdauer, sind zwar teurer als bei einem Naturrasen, Unterhalt und Pflege sind dafür um einiges günstiger. Diese Grünfläche steht ausserhalb der Schulzeiten der Öffentlichkeit – dies sind vor allem Kinder und Anwohner des Guthirtquartiers – unentgeltlich zur Verfügung.
Anders sieht die Situation bei den neu zu erstellenden Sandplätzen aus. Hier entstehen ein Soccerplatz und drei Beachvolleyballfelder. Diese müssen umzäunt werden. Wird der Platz nicht benutzt, wird die Sandfläche mit Matten abgedeckt. Der spezielle Sand kann so über Jahre benutzt werden, wird jährlich ergänzt und alle drei Jahre gereinigt. Ob das im Objektkredit vorgeschlagene Garderobengebäude nötig sei, können wir mit einem Ja beantworten. Dies deshalb, weil die internen Garderoben bei den Turnhallen während der Schulzeit sowie abends bis 22.30 Uhr belegt sind. Eine Doppelnutzung derselben ist aus räumlichen Gründen nicht möglich. Die Sandsportflächen sollen – wie zurzeit die Turnhallen – an Vereine und Dritte vermietet werden. Der Soccerplatz erhält zudem eine Scheinwerferanlage. In der 2. Lesung haben wir heute dem Bau eines zusätzlichen BG-Zimmers an der Kantonsschule zugestimmt. Die dafür nötige Baurampe kann nach Beendigung der Bauphase als Teil der Finnenbahn umgenutzt werden. Eine Beleuchtung ist hier jedoch nicht vorgesehen, doch auch diese Anlage steht der Öffentlichkeit zur freien Verfügung.
Zu den finanziellen Aspekten. Aufgefallen ist unserer Kommission, dass sich die Gesamtkosten des externen Landschaftsarchitekten gesamthaft auf 147'000 Franken belaufen, was wir als teuer einstufen. Wir sind jedoch der Meinung, dass ein Ersatz der wegfallenden Hartplätze geschaffen werden muss, und mit der geplanten Investition das Sportangebot wesentlich optimiert werden kann. Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Peter **Dür** verweist wie üblich auf den Stawiko-Bericht, möchte aber noch kurz auf die Kosten eingehen. Im Objektkredit von 2'248 Mio. enthalten sind: 860'000 für die neue Sandsportanlage, 395'000 für eine neue Garderobe und die Beleuchtung des Sandplatzes, 237'000 für eine neue Finnenbahn und 756'000 für eine Sanierung der Spielwiese mit Kunstrasen. Zudem wird ein Landstück im Wert von knapp 730'000 Franken vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen überführt, womit eine Ausgabe gemäss § 8 Abs. 1 des Finanzhaushaltgesetzes resultiert. Folgende Punkte sind erwähnenswert:
1. Rund 226'000 Franken oder rund 10 % des beantragten Kredites entfallen allein auf die Honorare von Geologen, Ingenieuren und Architekten. Mehr also die Hälfte davon erhält der Landschaftsarchitekt. Dieser Honoraranteil ist aus Sicht der Stawiko sehr hoch. Sie anerkennt zwar, dass gewisse Arbeiten wegen dafür notwendiger Spezialkenntnisse von externen Fachleuten erbracht werden müssen. Wir stellen uns aber wirklich die Frage, ob in diesem Bereich nicht Einsparungen möglich wären und erwarten von der Baudirektion, bei der Umsetzung der Bauten die effektiven Kosten auf das absolute Minimum zu reduzieren. Vielleicht kann der Baudirektor dazu noch ein Wort sagen.
2. Während die Sanierung der Spielwiese mit Einbau eines Kunstrasens und die Erstellung der Finnenbahn unbestritten waren, haben wir die Erstellung eines neuen Garderobengebäudes kritisch hinterfragt. Die gesetzlichen Vorgaben helfen bei dieser Frage jedoch klar weiter. Gemäss § 8 Abs. 1 des Sportgesetzes müssen die kantonalen und gemeindlichen Schulsportanlagen ausserhalb des Schulsports Privaten für Aktivitäten des Breitensports zur Verfügung gestellt werden. Die internen und externen Belegungspläne der Kanti-Turnhallen zeigen, dass diese Hallen durch die Schule und Sportvereine voll belegt sind und demzufolge auch die Garderobengebäude. Will man also auch auf den Sandsportanlagen eine hohe Belegung erreichen, ist dieses Garderobengebäude notwendig. Es geht eigentlich darum, diese Investitionen in eine möglichst hohe sportliche Aktivität umzusetzen. Das ist sinnvoll. Wir weisen darauf hin, dass die Betriebskosten für die neuen Sportanlagen ansteigen werden. Die Details entnehmen Sie unserem Bericht. – Der Mehraufwand ist aus Sicht der Stawiko vertretbar. Sie beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** erinnert daran, dass allen bekannt ist, dass Sport gesund ist und unsere Lebensqualität erhöht. Die Bedeutung des Sports wird auch von der Politik erkannt, darum sind ja auch drei Sportlektionen in den Schulen gesetzlich vorgeschrieben. Die meisten – auch viele in diesem Rat – finden dies richtig. Die AF sagt generell ja zum Kredit für die verschiedenen neuen Sportanlagen und das Garderobehaus bei der Kantonsschule. Wir sind daher für Eintreten auf die Vorlage. Seit 1975 – also seit es die Kantonsschule am Lüssirain gibt – ist die Schülerzahl fast auf das Doppelte gewachsen. Es wurde eine neue Halle erstellt, zusätzlich die Aussenplätze am Flurweg. Die Schule wird weiter wachsen; es ist also wichtig, dass die Schüler und Schülerinnen ihre Sportplätze mindestens im gleichen Umfang wie jetzt behalten können. Wir finden es richtig, dass die Plätze nach neuen Erkenntnissen im Sport erstellt werden und dass die Schüler und Schülerinnen den Sport möglichst an der frischen Luft betreiben können. Es sollen auch Plätze sein, auf denen die dauernde Bewegung möglich ist, geht es doch heute methodisch und didaktisch darum, dass die Jugendlichen sich in einer Sportstunde möglichst viel bewegen und nicht nur herumstehen.

Wir begrüssen es, dass die Öffentlichkeit von den neuen Plätzen profitieren kann. Wir denken, dass gerade die Finnenbahn sicher auch von der Bevölkerung in der Umgebung genutzt wird. Wer weiss, vielleicht gibt es ja einmal eine Kantonsratssportgruppe, welche diese Plätze regelmässig nutzt. Eigentlich ist es erstaunlich: Die Sporthallen, die Sportplätze in der Kantonschule sind generell sehr gut ausgelastet, am Abend, an den Wochenenden. Man hat das Gefühl, dass viele Menschen Sport treiben. Und trotzdem, unsere Gesellschaft leidet an Bewegungsmangel, wir werden immer bequemer und immer dicker. Lesen Sie doch dazu einmal den Artikel in der heutigen Zeitung über die LUGA! Die Votantin glaubt, dass auch mit neuen Sportplätzen, mit einem attraktiven Angebot nach neuen Erkenntnissen diesem Problem nicht entgegengetreten werden kann. Es muss ein Umdenken stattfinden, am besten bei jedem Einzelnen!

Markus **Jans** weist darauf hin, dass die Vorlage bei der SP-Fraktion zu wenig Diskussionen Anlass gab. Die Sanierung der Spielwiese ist dringend notwendig und ein Kunstrasen ermöglicht eine wesentliche Verbesserung des Belegungsplans. Mit der Kündigung eines Teils des Hartplatzes westlich des Flurwegs durch die MZ Immobilien AG steht der Kantonsschule mindestens ein Spielfeld nicht mehr zur Verfügung. Zudem liegt der Sportplatz seit Januar 2006 in der Wohnzone und müsste früher oder später verlegt werden. Der vorgeschlagene Ersatz mit einer Finnenbahn, einem Soccerplatz zur multifunktionalen Nutzung und drei Beachvolleyballfeldern erachtet die SP-Fraktion als sinnvolle Ausweitung der Sportmöglichkeiten an der Kantonsschule. Die genannten Sportarten werden von der Schülerschaft sehr geschätzt und in der Freizeit rege betrieben. Die Turnhallen und damit die Garderobenräumlichkeiten an der Kantonsschule sind vollständig belegt und vertragen keine Ausweitung mehr. Sollen die Sandplätze auch der Öffentlichkeit und den Vereinen zur Verfügung stehen – was die SP-Fraktion befürwortet –, braucht es ein zusätzliches Garderobengebäude. Das vom Regierungsrat vorgeschlagene Gebäude ist ein einfacher Zweckbau und genügt den Anforderungen für die Sporttreibenden. Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und stimmt dieser aus Überzeugung zu.

Manuel **Aeschbacher** hält fest, dass es für die SVP-Fraktion unbestritten ist, dass für die wegfallende Hartplatzanlage am Flurweg Realersatz geschaffen werden muss. Dass dies in Form von Sandsportanlagen geschieht, begrüssen wir. Diese ermöglichen gesunden Sport und leisten somit einen Beitrag dazu, dass sich unsere Jugendlichen gern und hoffentlich auch mehr bewegen. Unbestritten steht unsere Fraktion auch zu einem separaten Garderobengebäude. Die Sandsportplätze werden aus Steuergeldern finanziert und sollen deshalb auch der breiten Öffentlichkeit, z.B. Vereinen, zur Verfügung stehen. Dies bedingt den Bau eines separaten Garderobentrakts, weil die Garderoben innerhalb der bestehenden Räume bereits bestens ausgebucht sind. Die Finnenbahn und die Sanierung der Spielwiese werden von der SVP-Fraktion ebenfalls befürwortet. Wir empfehlen dem Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Maja **Dübendorfer Christen** weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion nach ausführlicher Beratung dem Neubau und der Sanierung der Sportanlagen an der Kantonsschule Zug einstimmig zustimmt. Um die gesetzlich vorgeschriebenen Sportlektionen attraktiv und sinnvoll zu gestalten, sind die entsprechenden Angebote zu schaffen

und anzubieten. Nur so kann die Freude am Sport glaubhaft und lang anhaltend vermitteln werden. Ob die Spielwiese nun nach der Sanierung einen Kunst- oder doch lieber einen natürlichen Rasen haben soll, darüber hat die FDP nicht abgestimmt. Wir sehen die Vor- und die Nachteile beider Produkte. Klar befürwortet die FDP-Fraktion auch das neue Garderobengebäude. Für die öffentliche Nutzung der Sandsportanlagen durch Vereine und Privatpersonen sind diese Räumlichkeiten notwendig. Und die Möglichkeit der externen Vergabe ist das grosse Plus für diese Ausgaben. Die FDP sieht aber bei den ziemlich hohen Honorarkosten von rund 147'000 Franken, die für die Landschaftsarchitektur eingesetzt wurden, noch Sparpotenzial. Wir erwarten von der Baudirektion, dass diese erheblichen Kosten auf gar keinen Fall überschritten werden, besser noch: Dieser Budgetposten wird gar nicht voll ausgeschöpft!

Georg **Helfenstein** hält fest, dass die CVP-Fraktion diesem Vorhaben zustimmt. Es ist unbestritten, dass Sport in der heutigen Zeit in der Gesellschaft einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Wir anerkennen die Wichtigkeit des Sports und der Bewegung. Den alten Rasenplatz gleichzeitig mit Kunstrasen zu erneuern, spart nicht nur langfristig Geld, sondern ermöglicht auch bei nassem Wetter eine Nutzung des Rasens. Ebenso sollen das Beachvolleyballfeld sowie die Finnenbahn auch öffentlich, vor allem durch private Vereine, genutzt werden können. Darum auch eine Abzäunung und damit verbunden eine Nutzung der an das Beachvolleyballfeld gebauten Garderobe. Wir sind der Überzeugung, dass mit diesem Begehren die Kantonsschule einen Beitrag zur Volksgesundheit beitragen kann, möchten aber gleichzeitig den Satz der Stawiko im Bericht unterstützen, dass nun die Anliegen im Kantonsschulgelände absolut gedeckt sind. In diesem Sinn bitten wir um Unterstützung dieses Geschäfts.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass das Honorar des Landschaftsarchitekten gemäss den heutigen SIA-Ansätzen der Schweizer Landschaftsarchitekten berechnet wurde. Baukategorie 2 gleich 0,8, Korrekturfaktor gleich 0,95. Folgende Leistungen sind darin enthalten: Bauprojekt, Baugesuch, Submission, Offertvergleich, Auswertung und Vergebungsanträge, Ausführungspläne, Werkpläne, Detailpläne, Projekt- und Bauleitung, Unterhalts- und Betriebkosten, Revisionspläne. Zu beachten ist, dass es sich beim Kredit in der KR-Vorlage um einen Kostenvoranschlag handelt, noch keine Submissionen stattgefunden haben und dass das Honorar des Landschaftsarchitekten nach der Submission auf Grund des effektiven Angebots, bzw. der Werkverträge, berechnet und verhandelt wird.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1390.5 – 12030 enthalten.

867 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR ZWEI FAHRZEUGUNTERSTÄNDE IM ZIVILSCHUTZ-AUSBILDUNGSZENTRUM SCHÖNAU, CHAM

Es liegen vor: Bericht und Antrag sowie Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1334.1/.2 – 11713/14; 1334.5/.6 – 11858/59), Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1334.3 – 11801; 1334.7 – 11950) und der Staatswirtschaftskommission (Nrn. 1334.4 – 11805; 1334.8 – 11969).

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass Eintreten auf diese Vorlage bereits an einer früheren Sitzung beschlossen wurde. Das Geschäft wurde damals nach dem Eintreten an den Regierungsrat zur Überarbeitung zurückgewiesen. Es erfolgt somit heute keine Eintretensdebatte und somit auch kein Eintretensentscheid mehr. Ein generelles Votum zur überarbeiteten Vorlage ist jedoch möglich.

Rosvita **Corrodi** weist darauf hin, dass der Rat dem Zusatzbericht des Regierungsrats, der vorberatenden Kommission und der Stawiko entnehmen kann, dass sich der Rückweisungsantrag gelohnt hat. Wurden wir anfänglich als Sparkrämer bezeichnet und sorgte die so genannt relativ kleine Bausumme für Kopfschütteln, so sind wir der Ansicht, dass Sparen durchaus im Kleinen beginnen kann. Die Aussage unseres Baudirektors vom September 2005 «wir haben uns mit dieser Vorlage unterschätzt» war nicht nur ehrlich, sie war ganz einfach zutreffend. Die Fahrzeuge sind nun nicht mehr der Witterung ausgesetzt und der Zivilschutz bekommt einen überdachten Übungsplatz. Zudem werden die Unterstände so konstruiert, dass sie demontierbar sind und bei anderweitigem Bedarf weiterverwendet werden können. Es konnten von der ursprünglich geplanten Bausumme ein Drittel oder 105'000 Franken gespart werden; dies dank zusätzlichen Offerten und genauen Abklärungen. Die verbleibenden 170'000 sind nach wie vor eine stolze Bausumme für zwei halboffene Unterstände. Doch die Finanzierung ist nun auch kein Problem mehr, da der gesamte Betrag aus der Reserve für Zivilschutzaufwendungen entnommen werden kann. In diesem Sinn empfiehlt die Kommission einstimmig, die Vorlage zu genehmigen.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** verweist auf den Bericht.

Markus **Jans** hält fest, dass die Vorlage von der SP-Fraktion kontrovers diskutiert wurde. Eine Minderheit bemängelte insbesondere die nach wie vor hohen Kosten für die Überdachung von bald ausrangierten Fahrzeugen. Bei 175'000 Franken Gesamtkosten kostet der Unterstand pro Fahrzeug 13'000 Franken. Wahrlich ein stolzer Preis, wenn man bedenkt, dass zumindest die Pinzgauer einen Wert von knapp über dem Schrottpreis haben. Auch bezüglich der Umweltbelastung überzeugen solche Fahrzeuge nicht. Eigentlich müssten die meisten weiterhin der Witterung ausgesetzt bleiben. Nur damit wäre gewährleistet, dass diese bald durch neue und umweltverträgliche ersetzt würden. Die SP-Fraktion bemängelt weiter die nach wie vor kostspielige Ausführung der Unterstände in Stahl. Eine einfache Holzbauweise mit Stützen hätte den Anforderungen des Zivilschutzes und den zu schützenden Fahrzeugen sicher auch Genüge getan. In der Hoffnung, dass es bald schützenswertere Fahr-

zeuge zu schützen gilt, stimmt die SP-Fraktion trotz gewisser Bedenken der Vorlage zu.

Karl **Nussbaumer** möchte es gleich vorab nehmen: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der vorberatenden Kommission und der Stawiko, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Am 29. September 2005 hat dieser Rat die erste Vorlage zu diesem Objektkredit an die Regierung zurückgewiesen. Wenn man nun die neu erarbeitete Vorlage anschaut, kann man sofort erkennen dass dieser Mahnfinger an die Regierung absolut berechtigt war. Die Fahrzeugunterstände kosten nun nicht mehr 270'000 Franken. Nein, nun kann man die Fahrzeugunterstände für einen ganzen Drittel weniger, nämlich für 175'000 bauen. Dies ist möglich, weil man sich nun nur noch auf das Notwendigste beschränkt und z.B. auf geteerte Vorplätze verzichtet! Wir sehen auch Handlungsbedarf für die 13 Fahrzeuge des Zivilschutzes, einen geeigneten Witterungsschutz zu erstellen. Wir erwarten von der Regierung in Zukunft, dem Parlament keine voreiligen Vorlagen – auch unter Druck von andern Direktionen – vorzulegen, ohne die nötigen Abklärungen vorher getroffen zu haben. Die SVP-Fraktion bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion für Eintreten auf diese Vorlage ist. Damit die nicht mehr ganz taufrischen Pinzgauer weniger schnell altern, wurde für sie ein gedeckter Unterstand geplant, damit sie der Witterung weniger ausgesetzt sind. Auch wenn die Fahrzeuge gut gewartet werden, ist dieser Unterstand sicher werterhaltend. Wie die vorberatende Kommission ist auch die FDP der Meinung, dass sich die Rückweisung des Antrags gelohnt hat. Dank ihr konnten positive Verbesserungen und sogar Einsparungen erreicht werden. Positiv ist zum Beispiel, dass der Vorplatz nicht unnötigerweise asphaltiert wird. Begrüssenswert ist natürlich auch die Aussicht, dass der Unterstand während der Einsatzzeit der Fahrzeuge von den Zivilschützern als gedeckter Arbeitsplatz genutzt werden kann. So wie sich die heutige Vorlage präsentiert, ist sie für die FDP-Fraktion akzeptabel und wir beantragen, auf das Begehren einzutreten und ihm zuzustimmen.

Georg **Helfenstein** weist darauf hin, dass die CVP-Fraktion das vorliegende Bauvorhaben unterstützt, wie es auch Kommission und Stawiko empfehlen. Über die Notwendigkeit haben wir uns eingehend schon bei der Rückweisung des Geschäfts unterhalten, darum möchte der Votant nicht näher darauf eingehen. Ausser auf das Votum von Markus Jans. Georg Helfenstein hat eine Nachricht vom Zivilschutz. Diese Pinzgauer wurden vor einigen Jahren für 5'000 Franken pro Stück gekauft, und zwar zu einem Sonderpreis. Heute wären sie nur noch auf Versteigerungen zu einem mehrfach höheren Preis zu erhalten. Die Unterstände dienen nicht nur dazu, die Pinzgauer darunter zu stellen, sondern auch die Kleinbusse. Es kommt auch niemandem in den Sinn, Feuerwehr- und Rettungsdienstfahrzeuge im Freien abzustellen. In diesem Sinn sind diese Unterstände gerechtfertigt.
Dass die Kosten so massiv gesenkt werden konnten, ist nicht direkt der Baudirektion zu verdanken, sondern unserer Kommission, welche sich hartnäckig für die Sache, aber gegen die Kostenvorgaben einsetzte. Auf die Asphaltierung des Belags wurde verzichtet, die Reserven wurden gekürzt (was in diesem Falle durchaus Sinn macht) und das Unvorhergesehene ist etwas vorhersehbarer geworden. Jedoch erstaunt es den Votanten immer noch, dass das Honorar für Architekt und Ingenieur 15'000

Franken beträgt, hat doch der Baudirektor auf seine Frage hin letztes Mal gesagt, dass für diese Angelegenheit bis jetzt Kosten von 8'000 Franken aufgelaufen sind. Seither haben wir eine GU-Offerte vom Stahlbauer und vom Baumeister. Da fragt sich Georg Helfenstein ernsthaft, wozu wir wiederum 7'000 Franken mehr ausgeben für etwas, was es eigentlich nicht mehr braucht. Feststellungen sind erlaubt und eine Antwort, egal wie diese auch ausfällt, ist sowieso schwer nachprüfbar. In diesem Sinne beantragt der Votant namens der CVP-Fraktion, im Sinne von Kommission und Stawiko, diesem Geschäft zuzustimmen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** verzichtet auf sein Votum, da Georg Helfenstein ihm die Informationen zum Zivilschutz bereits vorweg genommen hat.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1334.6 – 11859

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 63 : 3 Stimmen zu.

868 KAMMERKONZEPT «ENNETSEE»
– KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND GENEHMIGUNG DES GENERELLEN PROJEKTS «KAMMERKONZEPT ENNETSEE»
– KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND RAHMEN- UND OBJEKTKREDIT FÜR DIE PLANUNG UND DEN BAU DER KAMMERN B UND C DER KANTONSSTRASSE «KAMMERKONZEPT ENNETSEE» SOWIE FÜR DEN LANDERWERB
– KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DIE PROJEKTIERUNG DER KAMMERN A UND D DER KANTONSSTRASSE «KAMMERKONZEPT ENNETSEE» SOWIE FÜR DEN LANDERWERB

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1393.1/.2/.3/.4 – 11890/91/92/93), der Strassenbaukommission (Nrn. 1393.5/.6 – 11987/88), der Raumplanungskommission (Nr. 1393.7 – 11902) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1393.8 – 12010).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass wir es hier mit folgender speziellen Ausgangslage zu tun haben:
Der *Regierungsrat* beantragt ursprünglich in den beiden Vorlagen Nr. 1393.3 – 11892 und 1393.4 – 11893 einen Rahmen- und Objektkredit für Planung und Bau der Kammern B und C, sowie einen Objektkredit für die Projektierung der Kammern A und D.

Die *Strassenbaukommission* beantragt gemäss Vorlage Nr. 1393.6 – 11988, über alle vier Kammern als Ganzes zu befinden und somit einen Rahmen- und Objektkredit für die Planung und den Bau aller vier Kammern.
Die *Raumplanungskommission* lehnt die Vorlage Nr. 1393.6 – 11988 der Strassenbaukommission ab und stimmt den ursprünglichen Vorlagen des Regierungsrats Nrn. 1393.3/.4 – 11892/93 zu.
Der *Regierungsrat* seinerseits zieht seinen ursprünglichen Antrag zurück und schliesst sich dem Antrag der Strassenbaukommission an.
Die Eintretensdebatte erfolgt gleichzeitig zu allen drei Vorlagen. Wir bitten den Rat, bereits jetzt im Eintreten zu den eben aufgeführten Grundsatzentscheiden bezüglich Umsetzung des Projekts Stellung zu nehmen. Wir werden somit nach erfolgtem Eintreten zu diesen Grundsatzfragen abstimmen.

Beat **Villiger** erinnert daran, dass der Kantonsrat mit der Genehmigung des Teilrichtplans Verkehr den eigentlichen Startschuss für die Planung und den Bau von diversen grossen Strassenbauprojekten – unter anderem auch für das Kammerkonzept – gab. Der Rat stimmte am 27. November 2003 in der Schlussabstimmung dem Objektkredit für das Generelle Projekt mit 59 : 5 Stimmen zu. Die Strassenbaukommission hat für die Beratung des Geschäfts anderthalb Tage aufgewendet und die geplante Strassenführung auch im Gelände besichtigt. Wir haben uns zusätzlich von zuständigen Mitarbeitern der Baudirektion sowie von Experten der diversen Themenbereiche informieren lassen. Der Kommissionspräsident bedankt sich beim Baudirektor und seinem Mitarbeiterstab für die stets gute und unerlässliche Zusammenarbeit und Unterstützung. Die Kommissionsmitglieder befürworteten im Rahmen der Eintretensdebatte sehr grossmehrheitlich die Zielsetzungen des Kammerkonzepts, vor allem nämlich die Gemeinden Cham und Hünenberg vom Verkehr zu entlasten. Um nicht alles nochmals zu wiederholen, sei auf die Berichte der Regierung, der Strassenbaukommission, der Staatswirtschaftskommission und auch der Raumplanungskommission verwiesen. Zusätzlich möchte der Votant aber zu folgenden Themenbereichen Stellung nehmen.
Gesamtprojekt oder Etappierung. Für die Kommission war von Anfang klar, dass das Kammerkonzept zwar in Etappen gebaut werden kann und soll, dass es aber als Ganzes beschlossen werden muss. Der Grund liegt einzig darin, dass die Ziele nur dann erreicht werden können, wenn alle Abschnitte einmal erstellt sind und somit erst dann die in sie gesetzte verkehrspolitischen Wirkung entfalten können. Der Antrag der Regierung birgt nämlich die Gefahr in sich, dass jetzt zwei Kammern bewilligt, später aber die restlichen theoretisch nicht mehr gebaut werden könnten. Allein die uns vorliegenden Verkehrsbelastungsstatistiken zeigen auf, dass gerade beim Weglassen der Kammer A in Cham bei weitem nicht die gewünschte Verkehrsreduktion stattfinden würde. Das haben wir bei der Festlegung der Prioritätenordnung sowie beim Kredit für das Generelle Projekt zu wenig gewichtet. Das Herausbrechen eines Teilelements in einem mehrstufigen, zeitlich gestaffelten Verfahren wäre finanz- und wirtschaftspolitisch verheerend. Man kann ja auch in der Politik gescheiter werden. Und Hand aufs Herz: Es ist doch nicht korrekt, wenn wir jetzt zwei Etappen bewilligen, allenfalls dem Bürger auch zum Entscheid vorlegen, und dann später im Sinne einer gewollten oder ungewollten Salamitaktik die übrigen Kammern vorlegen. Da würde Beat Villiger sich als Bürger verschaukelt fühlen. Es muss ihm also klaren Wein eingeschenkt werden und wir und allenfalls das Volk sollen letztlich deshalb über das gesamte Projekt in einem Entscheid urteilen können. Gebaut wird so oder so in Etappen. Sie können auch unabhängig voneinander erstellt werden. Das

ist in den Medien etwas zu wenig klar herübergekommen. Nochmals: Es geht darum, dass wir alles auf einmal beschliessen, damit wir die Gewähr haben, dass auch einmal alles gebaut wird.
Verfahrensablauf. Die Strassenbaukommission hat sich in den letzten Jahren immer wieder über die Abläufe bei Strassenbauprojekten Gedanken gemacht. Wir haben verschiedene Varianten geprüft und kennen das frühere Verfahren mit dem Antrag und dem Objektkredit zum Generellen Projekt, dessen Genehmigung und später der Kreditbewilligung für Planung und Ausführung. Jetzt wollen wir ja heute alles zusammen nehmen. Mit der Genehmigung des Generellen Projekts beschliessen wir gemäss Antrag der Strassenbaukommission den Gesamtkredit für Planung und Ausführung. Damit solche Planungsleichen wie früher nicht wieder passieren, bittet der Votant den Rat, dem Antrag der Strassenbaukommission zuzustimmen. Wir könnten, wenn es später falsch laufen würde, ca. 20 Mio. an Planungskosten einsparen.
Prioritätenordnung. Der Kantonsrat beschloss im Januar 04 den Richtplan mit der Prioritätenliste. Diese stützt sich auf verkehrs- und siedlungsplanerische, wirtschaftliche, finanz- und regionalpolitische Kriterien. Diese Prioritätenordnung ist in der Regel alle vier Jahr allfälligen Veränderungen anzupassen und dem KR zum Beschluss neu vorzulegen. Eine entsprechende Neubeurteilung ist laut Schreiben der Baudirektion vom 22. März 2006, ergangen an die Präsidenten der Raumplanungs- und Strassenbaukommission und der Kommission für Öffentlichen Verkehr, anfangs 2008 vorgesehen. Es stellt sich heute vor allem für die Raumplanungskommission ja die Frage, ob mit dem Antrag der Strassenbaukommission die Prioritätenliste bzw. der Richtplan verletzt wird. Wir sagen klar nein, weil bei den Projekten der zweiten Priorität ein Baubeginn von 08 bis 14 vorgesehen ist und der Richtplan bei der Priorität 2 von Baubeginn spricht. Und es wird ja wohl niemand meinen, wir könnten vor 2008 mit einer Kammer beginnen. Es findet jetzt ein unnötiges Gerangel um die Prioritätenliste statt. Sie dient da und dort auch als Mittel zum Zweck. Wichtig ist doch, dass wir, wenn schon, im Interesse einer zukünftigen und wirkungsvollen Verkehrspolitik das Richtige entscheiden und tun.
Zu den einzelnen Kammern. Dazu hat der Kommissionspräsident nicht viel zu sagen. Er verweist auf den Bericht. Nur etwas zur Kammer A, dem wohl schwierigsten Abschnitt. Diverse Unsicherheiten bestehen hier noch beim Ausbau der Kreuzung Alpenblick. Es ist der Kommission aber auch ein Anliegen, dass das angrenzende Wohnquartier geschont wird durch eine möglichst tiefe Strassenlegung und dass das Ostportal des Tunnels noch etwas verlängert wird. Es ist nach Auffassung der Kommission gerade die Kammer A zwingend zu bauen, weil nur so eine wirkungsvolle Entlastung von Cham bewirkt wird.
Baubeginn und Bauzeit. Auf Grund von Erfahrungen wissen wir, dass hier kaum genaue Angaben gemacht werden können. Wenn es aber einigermassen gut läuft, sollte man ca. im Jahre 2010 mit der ersten Etappe beginnen können. Beat Villiger hat auch die Gemeinden angefragt, wie sie sich zum neuen Antrag der Strassenbaukommission stellen. Von allen drei Gemeinden (Cham, Hünenberg und Risch) hat er eine Antwort erhalten. Sie stehen voll und ganz hinter unserem Antrag.
Finanzierung. Auf Grund des Generellen Projekts beträgt der Baukredit total 180 Mio. Franken, muss aber auf Grund der heute noch vorliegenden Kostenungenauigkeit auf 230 Mio. erhöht werden. Das heisst aber nicht, dass zum Voraus der gesamte Kredit gebraucht wird. Wichtig für die Kommission und den Rat ist, dass wir nachher die 50 Mio. als Objektkredite beschliessen können. Man muss auch wissen, dass möglicherweise aus dem vorgesehenen Agglomerationsfonds des Bundes Geld in das Kammerkonzept fliesst. Auch für die Nordzufahrt sind ja bekanntlich bereits ca. 35 Mio. budgetiert, die wir bei der Krediterteilung vor Jahren nicht berücksichtigen

konnten. Beat Villiger geht davon aus, dass allenfalls auch Peter Dür und der Finanzdirektor dazu noch Ausführungen machen werden.
Informationsfluss. Die Kommission wollte anfänglich eine Begleitkommission bilden, hat dann aber festgestellt und eingesehen, dass wir die klare Gewaltentrennung zwischen Exekutive und Parlament pflegen sollten. Insofern haben wir es belassen bei einer periodischen Berichterstattung an den Kantonsrat. Auch in der Strassenbaukommission wird sicherlich an den Sitzungen dieses Thema präsent sein.
Behördenreferendum. Wir wussten in der Kommission nicht, wer unseren Vorschlag «alles oder nichts» mittragen wird. Und vor diesem Hintergrunde sagte sich die Kommission, wenn sie mit ihrer Idee durchkommen sollte, dass dann das Projekt dem Volk zu unterbreiten sei. Es hat die Kommission sehr gefreut, dass sich der Regierungsrat sowie auch die Stawiko unserem Antrag anschliessen können. Und wenn die Regierung sagt, dass man mit dem Antrag nicht vors Volk soll, so nehmen wir dies zur Kenntnis. Wir haben vielleicht nicht alle Überlegungen einbezogen, die jetzt die Regierung gemacht hat. Wir können heute über das Behördenreferendum diskutieren, aber abgestimmt darüber wird erst bei der 2. Lesung. Die Strassenbaukommission wird bis dann die Vor- und Nachteile einer Volksabstimmung nochmals prüfen.
Standort Zug. Die Strasse wird weiterhin die am stärksten beanspruchte Infrastruktur bleiben. Weit über 80 % der Personen und Güter benutzen die Strasse. Die Wachstumsannahmen liegen bei 20 bis 40 %, resp. 30 bis 50 %. Alleine die Stauverluste kosten uns jährlich weit über 2 Milliarden. Beat Villiger wurde in den letzten Tagen von vielen Personen, Firmen, KMU usw. angesprochen. Alle sagen das Gleiche: Macht endlich etwas! Es gibt mittlerweile diverse Studien über den Kanton Zug, und überall wird das Verkehrsproblem als das weitaus grösste genannt. Der Votant möchte heute auch an jene appellieren, welche aus regionalpolitischen Überlegungen oder wegen der Prioritätenordnung nein sagen wollen. Solche kleinkrämerischen Absichten haben jetzt keinen Platz. Sie können aber die beschlossene Umsetzung des Verkehrsrichtplans verunmöglichen oder mindestens arg strapazieren. Wir müssen jetzt endlich den Projekten der 1. Priorität zum Durchbruch verhelfen, wir müssen, wenn die Projekte vorliegen, sie auch behandeln und bewilligen. Der Verkehrswegbau muss nachhaltig sein. Die ökologischen Aspekte sind in die Planung und Ausführung einzubeziehen. Das wird auch gemacht. Strassenbau kann nie unbeschränkt zu Lasten der Umwelt gehen. Allerdings ist klar, dass nur leistungsfähige Wirtschafssysteme einen guten Standort gewährleisten. Und man muss bedenken, dass die heutige Verkehrssituation noch nicht die schlimmste ist. Bis wir endlich neue Anlagen haben, dürfte im Kanton Zug das Fluchen und Warten weitergehen und zunehmen. – Beat Villiger bittet den Rat, den Anträgen der Strassenbaukommission zu folgen.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass die Hauptaufgabe der Stawiko darin besteht, diese Vorlage und die vorliegenden Varianten der Realisation auf ihre finanziellen Auswirkungen hin zu überprüfen. Es stellt sich die Frage, ob der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit erfüllt wird. Verdankenswerterweise führt der Kantonsingenieur Hannes Fässler seit einigen Jahren eine Modellrechnung, welche das Durchspielen verschiedener Szenarien ermöglich. Diese Übersicht diente uns in der Vergangenheit bereits zur Beurteilung des Strassenbauprogramms 2004-2011. Wir konnten zur Kenntnis nehmen, dass die Finanzierung der Strassenbauprojekte der 1. Priorität gemäss TRP Verkehr gesichert ist. Der Verlauf der Spezialfinanzierung Strassenbau verändert sich unter anderem wegen Verzögerungen, beispielsweise

bei der Nordzufahrt, aber laufend und diese Szenarien müssen nachgeführt werden. Wenn wir die Variante der Strassenbaukommission betrachten, d.h. wenn gestaffelt, aber beschleunigt das ganze Kammerkonzept realisiert würde, hätte dies eine vertretbare und zeitlich begrenzte Verschuldung der Spezialfinanzierung zur Folge. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass wie bei der Nordzufahrt auch noch Bundesgelder abgeholt werden können, da man das Kammerkonzept Ennetsee als Agglomerationsprojekt bezeichnen kann und entsprechende Bundesgelder möglicherweise abgeholt werden können.
Auf der Beilage A sieht man auf der untersten Linie die Projekte der 1. Priorität, Stand 2003. Es war für uns eine Überraschung, dass möglicherweise die Spezialfinanzierung bis über 200 Mio. Franken ins Minus geht. Dass wir dort also ein Defizit von über 200 Mio. erreichen. Das hat sich glücklicherweise relativiert. Wenn Sie die Linie anschauen, die dem Stand Januar 2006 gemäss TRP Verkehr entspricht und berücksichtigen, dass wir für die Nordzufahrt einen Beitrag von 35 Mio. erhalten, sehen Sie, dass nur noch ein leichtes Defizit in den Jahren um 2016 resultieren könnte. Ein vertretbares und zeitlich begrenztes Defizit. Wenn Sie die dicke Linie betrachten, die der Situation entspricht, wenn man alle Kammern, zeitlich gestaffelt, realisieren würde. Aus Sicht der Stawiko wäre auch dieses Defizit tragbar. Eine weitere Linie entspricht der Situation, dass wir möglicherweise Einsprache haben wie bei der Nordzufahrt. Dann relativiert sich auch dort dieses Defizit. Und wenn Sie dann noch berücksichtigen, dass möglicherweise noch dieser Agglomerationsbeitrag vom Bund kommt für dieses Projekt, könnte sich das noch günstiger auswirken. Zusammenfassend: Wenn Sie diese immer sauber nachgeführte Szenarienliste anschauen, sehen Sie, warum die Stawiko davon ausgeht, dass das ganze finanzierbar ist.
Die Stawiko interpretiert wie die Strassenbaukommission die Unterlagen der Regierung so, dass nur eine Realisation aller Kammern, d.h. des Kammerkonzepts als Ganzes, die notwendige Verkehrsentlastung des Ennetsees ergibt. Die einzelnen Kammern waren bei der strukturierten Analyse der Verhältnisse und der Projektierung sicher sinnvoll. Heute muss man diese Kammern aber als Gesamtprojekt betrachten und finanzieren. Es besteht heute die Gefahr, dass andere Kantonsteile – vor allem der Berg wegen der Tangente Neufeld und die Stadt Zug unter anderem wegen dem Tunnelprojekt – im Verteilkampf der begrenzten Ressourcen versuchen könnten, einen Teil der Kammern zu verhindern, im Glauben, mehr Geld für die eigenen Projekte zu gewinnen. Aber auch im Ennetsee könnte das Interesse für eine Gesamtrealisation nachlassen, wenn einzelne Gemeinden diejenige Kammer erhalten haben, welche Ihnen die nötige Entlastung bringt. Alles ein wenig anfangen und nichts richtig fertig stellen, so dass es seine volle Wirkung erzielen könnte – mit einem solchen Vorgehen wird der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit aus Sicht der Stawiko klar nicht erfüllt. Es muss absolut vermieden werden, dass lediglich einzelne Teile dieses Gesamtkonzepts umgesetzt werden. Lehnt das Parlament und allenfalls auch das Volk dieses Gesamtkonzept für den Ennetsee ab, kann das Geld für den Bau der Kammern B und C eingespart und anderweitig eingesetzt werden.
Zum Mitspracherecht des Kantonsrats. Die Stawiko ist sich bewusst, dass das Mitspracherecht des Kantonsrats in dem Sinne eingeschränkt wird, dass im Rahmen eines referendumsfähigen Kreditbeschlusses 180 Mio. des Rahmenkredites von 230 Mio. Franken auf einmal frei gegeben werden. Sollte diese Vorlage gemäss Variante der Strassenbaukommission genehmigt werden, verlangt die Stawiko gleich wie die Strassenbaukommission, mindestens einmal jährlich einen Controlling-Bericht zum Projektfortschritt zu erhalten.

Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragen wir einstimmig, auf die Vorlage Nr. 1393.2 einzutreten und ihr zuzustimmen, mit 6 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung, auf die Vorlagen Nrn. 1393.3 einzutreten und an ihrer Stelle der Vorlage Nr. 1393.6 der Strassenbaukommission zuzustimmen.

Louis **Suter** weist darauf hin, dass die Raumplanungskommission als einzige der vorberatenden Kommissionen den ursprünglichen Antrag der Regierung unterstützt, die Rahmen- und Objektkredite für das Kammerkonzept in zwei Schritte aufzuteilen. Nachdem auch die Regierung ihren ursprünglichen Antrag zurückgezogen hat und nun die Strassenbaukommission unterstützt, ist die Haltung der RPK für viele überraschend. Deshalb drei Vorbemerkungen:
– Für die RPK ist es von elementarer Bedeutung dass die im Richtplan enthaltenden Projekte nicht nur geplant, sondern auch realisiert werden. Um dies zu erreichen, erachtet sie es als wichtig, dass den regionalpolitischen Aspekten der Richtplanung die nötige Beachtung geschenkt wird. Dazu gehört insbesondere auch die Einhaltung der Prioritäten.
– Das Kammerkonzept ist für die RPK im Grundsatz unbestritten und wird vorbehaltlos unterstützt. Nur die Realisierung aller vier Kammern bringt den gewünschten Erfolg.
– Die RPK teilt die Meinung der Regierung, dass die Finanzierung aller Projekte der ersten Priorität gesichert ist.
Da nun die Kammern B und C der ersten Priorität zugewiesen sind, stellt sich auf Grund der Vorlage der Strassenbaukommission unweigerlich die Frage, ob es mit dem kantonalen Richtplan vereinbar ist, wenn bereits jetzt Baukredite für Projekte der zweiten Priorität beschlossen werden. Nach eingehender Diskussion ist unsere Kommission mit 7 : 5 Stimmen und einer Enthaltung zur Überzeugung gelangt, dass der Beschluss der Strassenbaukommission mit der Prioritätenordnung im Richtplan nicht vereinbar ist. Im Gegensatz zur Regierung und der Strassenbaukommission, welche die Prioritätenordnung nur auf den Baubeginn abstellen, versteht die Mehrheit der Raumplanungskommission es so, dass zuerst alle Vorhaben der 1. Priorität gesichert sein müssen und erst dann für Vorhaben der 2. Priorität Baukredite beschlossen werden dürfen. Für unsere Kommission stellte sich deshalb nun die Grundsatzfrage, ob die Prioritätsliste im Richtplan schon jetzt, also nach nur gut zwei Jahren nach der Inkraftsetzung durch den Kantonsrat, angepasst werden soll. Nach intensiver Diskussion hat unsere Kommission mit 11 : 0 Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen, dass an der Prioritätsliste im kantonalen Richtplan festgehalten werden soll. Wir sind einhellig der Meinung, dass die Vorhaben im Richtplan nun umgesetzt und verwirklicht werden sollen. Dies ist nur möglich, wenn die Prioritätsliste eine gewisse Beständigkeit hat. Wird andauernd über die Prioritäten gesprochen, so werden nur «Planungsleichen» produziert, aber keine Vorhaben verwirklicht.
Die RPK ist sich bewusst, dass der Kammer A die grösste Opposition erwachsen wird, da sie auf beiden Seiten der Tunnelportale nahe an Wohnzonen vorbei führt. Ohne die Realisierung der Kammer A wird sich der erhoffte Erfolg für die Entlastung des Zentrums von Cham jedoch nicht einstellen. Die Gefahr, dass bei einer Aufteilung der Objektkredite die Finanzierung der Kammer A bei einer Volksabstimmung scheitern könnte, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Anderseits besteht insbesondere auch beim Antrag der Strassenbaukommission die Gefahr, dass das Kammerkonzept bei einer Volksabstimmung scheitern könnte. Dies vor allem dann, wenn es zu einer unheiligen Allianz kommt zwischen grundsätzlichen Gegnern der Kammer A aus Cham und jenen Kreisen aus den Berg- und Talgemeinden, welche aus

regionalpolitischen Gründen und Befürchtungen (Prioritäten) das Kammerkonzept ablehnen. Sollte der Antrag der Strassenbaukommission, unterstützt von Regierung und Stawiko, durchkommen, wovon auszugehen ist, wird die RPK zur 2. Lesung einen Antrag stellen, der die Einhaltung der Prioritäten im Sinne der Richtplanung präzisiert. Ziel dieses Antrages ist es, die Chancen für den positiven Ausgang bei einer Volksabstimmung zu verbessern.
Gestützt auf diese Ausführungen und unseren Kommissionsbericht beantragt ihnen die RPK, den Antrag der Strassenbaukommission, unterstützt durch Regierung und Stawiko, abzulehnen und dem ursprünglichen Antrag der Regierung, d.h. den Vorlagen Nr. 1393.2/.3/.4 zuzustimmen.

Berty **Zeiter** bittet den Rat, zuerst bei einer Vorstellungsübung mitzumachen. Dazu die Projektion einer Kartenskizze (Beilage B). Stellen Sie sich vor, Sie fahren vom McDonald's an der Zugerstrasse in Baar und wollen auf die andere Seite von Baar, ins Hallenbad Lättich oder zur früheren Spinnihalle. Nun überlegen Sie sich, welchen Weg Sie nehmen wollen. Sie wissen, die Strasse durchs Zentrum von Baar ist mit flankierenden Massnahmen verlangsamt worden, die Busse stehen auf der Fahrbahn und blockieren Sie. Auch die Steuerung der Lichtsignalanlage versucht, Sie auf die Umfahrung gegen die Autobahnauffahrt und über die Weststrasse zu lenken. Beantworten Sie nun die Frage für sich selbst: Wie oft haben Sie für diese Strecke die Umfahrung gewählt, und wie oft sind Sie durch den Ortskern gefahren?
Nun die vergleichbare geistige Übung mit dem Kammerkonzept ca. im Jahre 2020 (Beilage C). Sie haben Ihr Auto an der Tankstelle in der Chollermühle aufgetankt und wollen nun auf den Golfplatz in Holzhäusern für ein Spielchen. Sie fahren auf die Ampel am Alpenblick zu und fragen sich: Welche Strecke soll ich wählen? Diejenige durch den Ort oder jene des Kammerkonzeptes? Und wo werden Sie durchfahren, wenn Sie jemanden in der Andreasklinik besuchen wollen?
Wenn man die beiden Folien übereinander legt, wird die Megadimension des Kammerkonzepts erst recht sichtbar. Es ist offensichtlich, dass das Projekt als Entlastung des Chamer Dorfkernes nicht im Entferntesten das bringen wird, was uns jetzt versprochen wird. Denn aus der eigenen Erfahrung weiss die Votantin, dass Automobilistinnen und Automobilisten wo immer möglich die kürzeste Strecke nehmen.
Über eine Umfahrungsstrasse dieser Dimension, die den Agglomerations-Verkehr aufnehmen kann, verfügt Cham bereits. Das ist die Autobahn. Bei der Vorstellung des 6-Spur-Ausbau-Projekts vor einer Woche hat der Baudirektor diese Doppelfunktion der Autobahn explizit benannt. Kürzlich kam ja die Nachricht, dass der 6-Spur-Ausbau vor der Eröffnung der Knonauer Autobahn vorgenommen werden kann. Damit wird der Flaschenhals (Zitat Kantonsingenieur) zwischen der Blegi-Kurve und der Verzweigung Rotkreuz entschärft, und die Autobahn kann ihre Funktion als Umfahrung wieder wahrnehmen.
Wenn nun zusätzlich sämtliche Strassen des Kammerkonzepts in erster Priorität bewilligt und erstellt werden sollen, widerspricht dies dem vom Parlament verabschiedeten Richtplan in zweifacher Hinsicht:
– Einerseits werden die vom Kantonsrat festgelegten Prioritäten nicht eingehalten, wie die RPK klar dargelegt hat.
– Anderseits verletzt das Kammerkonzept-Projekt den im Richtplan verankerten Grundsatz, dass der Individualverkehr angebotsorientiert zu planen ist. Konkret heisst dies: Das Verkehrsaufkommen ist zu regulieren über eine Beschränkung des Angebots. Das Kammerkonzept widerspricht diesem Grundsatz. Die Studien zeigen

auf, dass die Kammer A mehr Kapazität aufweist als die Reduktion durch Cham ausmacht. Es ist also eine klare Kapazitätsausweitung.
Zu den einzelnen Kammern. Den Bau von B und C kann die AF aus folgenden Gründen bejahen:

- Cham hat ein grosses Verkehrsproblem. Diese beiden Kammern helfen, den Verkehr aus dem Zentrum von Cham auf die Autobahn zu bringen, ebenso wie aus Hünenberg und von Knonau her. Auch die Entlastung der viel befahrenen Untermühlestrasse wird damit erreicht – aber nur mit flankierenden Massnahmen und mit Hilfe von unerwünschten Umwegfahrten.
- B und C brauchen im Verhältnis wenig Land und die Kosten halten sich in Grenzen. Unsere Forderung ist, dass B und C gleichzeitig mit dem 6-Spur-Ausbau erstellt werden, um so Synergien nutzen zu können. Wir befürworten hier also eine rasche Umsetzung.

Wir lehnen jedoch den Bau der Kammern A und D zum jetzigen Zeitpunkt ab. Unsere Gründe dazu:

- Wenn alle vier Kammern erstellt werden, wird das Kammerkonzept zur Umfahrung der stark belasteten Autobahn genutzt, also fliesst so Verkehr von der Autobahn auf das Kammerkonzept ab. Werden nur die Kammern B und C erstellt, fliesst der Verkehr aus den umliegenden Orten und Ortsteilen direkt auf die Autobahn und das Zentrum Cham wird entlastet.
- Dem Projekt zu Grunde liegende Studien zeigen, dass bereits die Kammern B und C grossen Nutzen bringen im Verhältnis zur Investitionshöhe. Nach dem Bau jeder Kammer sind die entsprechend möglichen flankierenden Massnahmen zu treffen. Aus den gemachten Erfahrungen sind dann die entsprechenden Konsequenzen für die weitere Planung und Umsetzung zu ziehen.
- Wird das gesamte Kammerkonzept in einem einzigen Effort zum jetzigen Zeitpunkt geplant, geben wir die ganze Mitsprache aus der Hand. Das Risiko von Fehlplanungen wird erhöht statt reduziert.

Zur Kammer D. Die Kammer C kostet 20 Mio., B 30 Mio. Franken. Kammer D alleine kostet 50 Mio. Franken, verbraucht sehr viel Landwirtschaftsland, sie beeinträchtigt ein grosses Naherholungsgebiet, und ihr Nutzen ist im Verhältnis sehr gering. Der Durchgangsverkehr durch Hünenberg würde mit ihrem Bau sicher vermindert, aber hier stehen Kosten und Nutzen in einem krassen Missverhältnis. Zudem wird zusammen mit dem 6-Spur-Ausbau auch der Autobahnknoten Rotkreuz entschärft und benutzerfreundlicher gemacht. Statt mit einer sehr teuren Kammer D Hünenberg zu entlasten, ist das Dorf mit harten flankierenden Massnahmen vor einer inakzeptablen Zunahme des Durchgangsverkehrs zu schützen.
Zur Kammer A. Diese Kammer ist sehr umstritten in der Bevölkerung:

- Die direkte grosse Anwohnerschaft befürchtet eine starke Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität. Zudem ist dieser Naherholungsraum bereits aussen herum von der Autobahn eingekesselt.
- Das Generelle Projekt legt die Dimensionen des Tunnels noch nicht definitiv fest. Die Leute wissen noch gar nicht, wie das Projekt konkret aussehen wird. Die Linienführung der Kammer A geht durch wertvolles Kulturland.
- Weiter ist der Knoten Alpenblick eine grosse Knacknuss. Wenn die Kammer A gebaut würde, resultierte daraus eine Verkehrszunahme auf der Alpenblick-Kreuzung von über 40 %. In der Kommission mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass für die Probleme an diesem Knoten noch keine befriedigende Lösung gefunden wurde. Die Kreuzung ist bereits jetzt problematisch, aber sie wird es auch nach einer evt. Verwirklichung des Kammerkonzepts bleiben.

Für die Zielerreichung des Kammerkonzeptes sind die *flankierenden Massnahmen* unerlässlich. In der Vorlage wird klar aufgezeigt, dass das Kammerkonzept nur dann eine wirkungsvolle Entlastung des Chamer Zentrums bewirkt, wenn sämtliche flankierenden Massnahmen ergriffen werden. Da diese also ein integrierender Bestandteil des Konzepts sind, hat der Kanton auch für deren Kosten aufzukommen, denn nur so wird die Realisierung der Massnahmen auch sichergestellt. Damit sind sowohl die Massnahmen zur Gestaltung des Strassenraums in Cham gemeint wie auch der Schutz des Dorfes Hünenberg vor dem Durchgangsverkehr. – Auf weitere Aspekte wird Berty Zeiter im Rahmen der Detailberatung eingehen und einen entsprechenden Antrag stellen.
Zur Finanzierung. In der Vorlage der Strassenbaukommission (1393.5, Anhang) wird die Finanzierung verharmlost. Erstens werden im Verlauf der Verschuldungskurve bis 2025 nur die Bauten der 1. Priorität einbezogen, obwohl diese Priorität nur bis 2008 reicht und nachher weitere Projekte in 2. und 3. Priorität auf die Umsetzung und Finanzierung warten. Weiter sind in diesen Kosten nur die reinen Investitionskosten eingerechnet. Die Strassenunterhaltskosten sind hier nicht mit einbezogen, erst recht nicht die anfallenden externen Kosten. Für den Unterhalt von Strassen müssen im Durchschnitt mindestens 2 % der Bausumme jährlich gerechnet werden. Was nützt es uns, wenn wir ein riesiges Strassenbauvorhaben umsetzen, aber danach fehlt uns das Geld, um unsere Infrastruktur zu erhalten?
Die Schlussbemerkung gilt dem viel diskutierten *Behördenreferendum*. Die AF befürwortet das Behördenreferendum. Bei einer so grossen Investition soll das Volk das letzte Wort haben. Beat Villiger hat in seinem Votum gesagt, wir sollten dem Volk klaren Wein einschenken. Und mit einem Behördenreferendum kann das Volk auch uns klaren Wein einschenken. Deshalb stellt die Votantin wie die RPK den Antrag, auf die Vorlage 1393.1 einzutreten und die Vorlage 1393.6 der Strassenbaukommission abzulehnen.

Markus **Jans** hält fest, dass es in der SP-Fraktion unbestritten ist, dass die Gemeinde Cham an einem grossen Verkehrsproblem leidet. Die Bevölkerung wartet seit Jahren darauf, dass es gelöst wird. Mit über 20'000 Auto pro Tag wird Cham durchfahren. Diese Belastung führt schon seit längerer Zeit dazu, dass Cham zwar eine der günstigsten Tempo 20- oder 30-Zonen hat, aber an den neuralgischen Punkten die Luft kaum mehr zum Atmen ist. Cham braucht daher eine Umfahrungsstrasse. Das Kammerkonzept ist ein möglicher Ansatz zur Lösung des Problems. Die Kammern B, C und D benötigen am wenigsten Kulturland und kanalisieren den Lärm entlang der Autobahn. Wie alle Strassen sind die Bauwerke zwar keine Aufwertung der Landschaft, aber zumindest eine Entlastung der von Lärm geplagten Bevölkerung. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass bei einer Umverteilung des Lärms andere Personen von diesem zusätzlich betroffen werden.
Die Kammer A wurde anders konzipiert als die Kammern B, C und D. An Stelle einer landschaftsschonenden Linienführung entlang der Autobahn wird diese mitten durch Landwirtschaftsland geführt. Damit wird eine neue Lärmquelle erzeugt und ein Naherholungsgebiet wird nochmals mit einer Strasse durchschnitten, respektive belastet. Unbestritten ist, dass für eine wirkliche Entlastung des Chamer Dorfkerns die Kammer A notwendig ist. Diese kann aber mit einer klaren Signalisation und Linienführung auf der bestehenden Kantonsstrasse zur Autobahn bereits heute mit geringen Kosten realisiert werden. Die Gemeinde Grenchen hat uns mit grossem Erfolg bewiesen, dass dies möglich ist. Die flankierenden Massnahmen, die mit der Realisierung der Kammer A zur Entlastung des Dorfkerns zwingend notwendig sind, sind

kaum definiert, unausgereift und im Budget nicht separat ausgewiesen. Ohne flankierende Massnahmen ist eine Reduktion von 600 Fahrzeugen pro Stunde und Richtung bei der Ortsdurchfahrt Cham reine Utopie. Utopie ist es auch, die Kosten für die flankierenden Massnahmen einfach auf die Gemeinde Cham abzuwälzen. Ungelöst ist ebenso die ganze Verkehrsführung bei der Kreuzung Alpenblick. Die Linienführung ist noch unklar oder so gedacht, dass der ganze Langsamverkehr auf eine obere Etage geführt werden soll. Anderes als bei den Kammern B, C und D sind bei der Kammer A noch zu viele Fragen offen und ungelöst. Mit einer Zustimmung zum Objektkredit auch für die Kammer A würde man eine Katze im Sack kaufen, was von der SP-Fraktion abgelehnt wird. Die SP-Fraktion wird bei der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.
Die SP-Fraktion hat sich auch eingehend mit dem Antrag der Strassenbaukommission, einen Rahmenkredit von 230 Mio. Franken zu beschliessen, auseinandergesetzt. Sie spricht sich dafür aus, an der Prioritätenliste des kantonalen Richtplanes festzuhalten. Schon bei anderen ebenso wichtigen Anliegen war der Kantonsrat nicht bereit, die Prioritätenliste abzuändern. Die bevorzugte Behandlung der Region Ennetsee ist im Hinblick auf eine ausgeglichene Verkehrsentlastung nicht verständlich und wirkt zufällig. Auch die Stadt Zug mit einem ähnlichen Verkehrsproblem wie die Gemeinde Cham könnte dann ihren Anspruch auf eine bevorzugte Behandlung und Entlastung vom Durchgangsverkehr monieren. Immerhin hat hier der Souverän bereits seine Zustimmung erteilt und sich mit finanziellen Vorleistungen für die Lösung des Problems eingesetzt. Den Vorschlag der Strassenbaukommission und neu auch des Regierungsrats, sofort für das gesamte Projekt die Objektkredite in der Höhe von 180 Mio. Franken freizugeben, erachten wir als unverantwortlich angesichts der langen Planungs- und Realisierungsdauer des Kammerkonzepts von bis zu 15 Jahren. Mit einem solchen Beschluss nehmen wir zukünftigen Kantons- und Regierungsräten die Möglichkeit, bei neuen Erkenntnissen oder sich ändernden Bedürfnissen korrigierend auf das Bauvorhaben einzuwirken. Nebenbei scheinen Kosten bei Strassenbauprojekten – im Gegensatz z.B. zum Bau des Zentralspitals – keine Rolle zu spielen. Während beim Spital eine Begleitkommission eingesetzt wurde, welcher die Direktionen halbjährlich Auskunft unter anderem über die Kostenentwicklung zu geben haben, werden für das Kammerkonzept problemlos 180 Mio. Franken gesprochen. Unschwer ist bei diesem Vergleich festzustellen, dass beim Strassenbau geklotzt und bei den Gesundheitskosten gespart wird. – Grossmehrheitlich ist die SP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage. Sie unterstützt den Antrag der RPK und stützt den ursprünglichen regierungsrätlichen Antrag in der Vorlage 1393.2. Die SP-Fraktion wird je nach Ausgang der verschiedenen Abstimmungen bei der Detailberatung zusätzliche Anträge stellen.

Beni **Langenegger** nimmt vorweg, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich hinter dem Strassenprojekt Kammerkonzept steht. Denn die Infrastrukturen im Kanton Zug, wie Ausbildungsstätten, öffentlicher Verkehr, Verwaltung, Gesundheitsversorgung, Radwegnetz usw. wurden ständig dem wirtschaftlichen Wachstum unseres Kantons angepasst. Einzig und allein der Neubau von Strassenzügen wurde in den letzten 30 Jahren stiefmütterlich behandelt bei immer grösserem Verkehrsaufkommen. Wir sind klar der Meinung, dass dem Strassenbau im Kanton Zug in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden muss. Denn mit Planen alleine lösen wir keine Verkehrsprobleme, diese bittere Erfahrung hat die Vergangenheit gezeigt. Für das Ennetseegebiet bietet dass Kammerkonzept, wie es die Strassenbaukommission vorschlägt, die ideale Lösung. Unserer Meinung nach kann die zu Stosszeiten verkehrsüberlastete

Gemeinde Cham am meisten profitieren, wenn wir uns im Rat zu allen vier Kammern bekennen. Denn nur mit allen vier Kammern wird die Stadt Cham vom Individualverkehr entlastet. Von der Verkehrsentlastung wird nicht nur die Chamer Bevölkerung profitieren, sondern auch der öffentliche Verkehr, der von der Fahrplangenauigkeit profitieren wird. Mit der Vorlage und den Anträgen der Strassenbaukommission ist die Mehrheit der SVP-Fraktion überzeugt, dass Planungsleichen im Strassenbau in Zukunft verhindert werden und das ganze Kammerkonzept keinen zeitlichen Einfluss auf die Projekte der ersten Priorität haben wird. Zudem ist die Finanzierung gesichert. Stimmen Sie deshalb den Anträgen der Strassenbaukommission zu. Das Behördenreferendum wird von der SVP-Fraktion knapp unterstützt.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion der Genehmigung des Generellen Projekts Kammerkonzept Ennetsee einstimmig zustimmt. Sie befürwortet grossmehrheitlich die Erteilung eines Rahmenkredits über 230 Mio. Franken und die Erteilung eines Objektkredits über 180 Mio. für die Planung, den Landerwerb und den Bau aller vier Kammern, gemäss dem Antrag der Strassenbaukommission. Hingegen will eine grosse Mehrheit der FDP den Beschluss nicht dem Behördenreferendum unterstellen. Das Bedürfnis nach einer Umfahrung des Dorfkerns von Cham ist unbestritten und dringlich. Das Verkehrsaufkommen ist bereits seit Jahren so hoch, dass in Spitzenzeiten das Zentrum von Cham vollständig ausgelastet ist. Eine Steigerung ist nur über die Ausdehnung der Vollbelastungsstunden möglich. Die durchschnittliche Verkehrsbelastung auf der Zugerstrasse beim Alpenblick in Richtung Cham betrug im Jahre 2004 21'000 und wird im Jahr 2020 vermutlich 24'000 Fahrzeuge pro Tag betragen.
Das Generelle Projekt zeigt auf, wie das angestrebte Ziel, nämlich die Reduktion der Verkehrsbelastung in Cham von heute 21'000 auf max. 12'000 Fahrzeuge pro Tag, erreicht werden kann. Es passt sich in das bestehende Verkehrsnetz ein, ergänzt es und fördert den öffentlichen Busverkehr. Es berücksichtigt die Entwicklungsziele der Gemeinden Cham und Hünenberg. Die Eingriffe in die Umwelt sind massvoll und werten sie teilweise sogar auf. Mit dem Kammerkonzept werden der Siedlungsraum und der Wirtschaftsstandort Ennetsee als attraktiver Lebens-, Wohn- und Arbeitsort aufgewertet. Die Ortsdurchfahrt Cham wird vom Verkehr entlastet und die Erreichbarkeit für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung ist gewährleistet. Aus diesen Gründen kann die FDP der Genehmigung des Generellen Projektes zustimmen. Der Detaillierungsgrad ist für den heutigen Entscheid genügend. Vergessen wir nicht: Es folgen noch Ausführungsprojekte, Auflageprojekte, UVP usw. Wir werden auf Detailfragen noch in genügendem Mass eingehen können.
Bezüglich der Kreditgewährungen unterstützt eine Mehrheit unserer Fraktion den Antrag der Strassenbaukommission und setzt sich für die Genehmigung eines Rahmenkredits über 230 Mio., resp. eines Objektkredits über 180 Mio. für die Planung, den Landerwerb und den Bau aller vier Kammern aus folgenden Gründen ein. Das Generelle Projekt zeigt auf, dass das Hauptziel, nämlich die Reduktion der Verkehrsbelastung im Ortszentrum Cham, nur mit dem Bau aller vier Kammern sowie der Realisierung von flankierenden Massnahmen erreicht werden kann. Beim Verzicht auf einzelne Kammern wird dieses Ziel verfehlt und bei einem Verzicht auf die Kammer D würde zudem ein Teil des Verkehrs einfach auf das Dorf Hünenberg verlagert werden. Es handelt sich beim Kammerkonzept um ein kostenintensives Projekt. Daher ist es zu begrüssen, wenn bereits heute die politische Ausgangslage bezüglich der Realisierung des gesamten Projektes klar ist. Bei einem – hoffentlich nicht eintretenden – negativen Entscheid könnten Dutzende von Millionen für die Planung,

den Landerwerb und den Bau einzelner Strecken, die das Ziel dann doch nicht erreichen, eingespart werden.
Raumplanerisch und in Bezug auf die Prioritäten gemäss der kantonalen Richtplanung sehen wir keine Widersprüche. Im Richtplantext auf S. 116 steht geschrieben: «Die im Richtplan vorgesehene Infrastruktur wird etappenweise realisiert. Die einzelnen Etappen werden in einer Prioritätenliste festgehalten, welche in der Regel alle vier Jahre an eine allfällig veränderte Situation angepasst wird» Und weiter: «Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat in der Regel alle vier Jahre eine aktualisierte Prioritätenliste für die verschiedenen im Richtplan aufgeführten Bauvorhaben. Die Prioritätenliste stützt sich auf Verkehrs- und siedlungsplanerische, wirtschaftliche, finanz- und regionalpolitische Kriterien.» Seit der Verabschiedung des Teilrichtplans Verkehr im Juli 2002 sind nun vier Jahre vergangen. Wir sehen aber wegen dem Kammerkonzept keine Notwendigkeit, die Prioritätenliste anzupassen, denn auch bei einem Beschluss für einen Rahmenkredit, der das Gesamtprojekt abdeckt, wird die Umsetzung etappenweise stattfinden. Der Baubeginn für die in der Priorität 2 geplanten Kammern A und D wird kaum vor 2008 sein. Durch diesen Beschluss wird aus unserer Sicht auch kein anderes Projekt zurückgestellt. Die Realisierung der beiden wichtigen Projekte der 1. Priorität, nämlich die Nordzufahrt und die Tangente Neufeld, wird durch den heutigen Beschluss weder nach vorne noch nach hinten verschoben. Der Baubeginn der Nordzufahrt ist bekanntlich abhängig vom dringend erwarteten Bundesgerichtsentscheid. Die dafür notwendigen Kredite sind bereits gesprochen. Die Projektierungsarbeiten an der Tangente Neufeld verlaufen nach Plan. Zurzeit ist das Generelle Projekt in Arbeit und es soll voraussichtlich gegen Ende dieses Jahres den betroffenen Gemeinden zur Vernehmlassung unterbreitet werden können. Der Kantonsrat wird nächstes Jahr das Generelle Projekt prüfen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Die FDP wird sich dann ebenfalls voll dafür einsetzen, dass die Verkehrsbelastung in den Zentren der Städte Zug und Baar reduziert werden kann.
Aus der wirtschafts- und finanzpolitischen Warte ist das gesamte Kammerkonzept realisierbar. Dies bestätigt die Stawiko in ihrem Bericht. Die Frage «Warum hat man denn nicht bereits im Richtplan alle vier Kammern mit derselben Priorität aufgeführt?» beantworten wir in dem Sinn, dass seit dem Start der Arbeiten am Teilrichtplan Verkehr mittlerweile sieben Jahre vergangen sind und in der Zwischenzeit das Generelle Projekt ausgearbeitet wurde, welches klar aufzeigt, dass das angestrebte Ziel mit der Realisierung einzelner Kammern nicht erreicht werden kann. – Wir bitten den Rat, auf die Vorlage einzutreten, das Generelle Projekt Kammerkonzept Ennetsee zu genehmigen und bezüglich der Kreditanträge den Antrag der Strassenbaukommission zu unterstützen.

Peter **Rust** ist der Ansicht, dass heute ein denkwürdiger Tag ist für die Region Ennetsee. Es bietet sich für diese Region noch einmal (vielleicht ein allerletztes Mal) die Chance, die seinerzeit begangene Todsünde mit der verpatzten S+E-Strasse in Cham zu korrigieren. Heute ist der Tag der Vorausschauenden und Besonnenen. Wir sind mit dem Bau der Verkehrsinfrastruktur im Kanton Zug um Jahrzehnte in Verzug. Seit ungefähr 60 Jahren wurden hier keine neuen Kantonsstrassen mehr gebaut. Wir haben uns beschränkt auf einige Korrekturen – da eine Kurve weg, dort ein wenig Sanierung. Aber für das enorme Wachstum der Anzahl Fahrzeuge haben wir in den letzten Jahrzehnten nichts mehr gemacht. Heute dürfen also nicht die Zauderer und nicht die Taktierer und schon gar nicht die Rosinenpicker Oberhand gewinnen!

Zu den Zauderern gehört auch die RPK und wir haben unter anderem vorhin von deren Präsidenten gehört, zuerst müsse die Finanzierung gesichert sein. Der Kanton Zug als einer der reichsten Kantone schlägt sich mit einer solchen Frage herum, wo wir doch längstens andere Probleme haben! Wer denn sonst als der Kanton Zug kann sich ja auch verschulden, wenn es nicht gelingt, in dieser Generation dieses 200-Millionen-Projekt aufzugleisen? Wir haben ja den Beweis vom Stawiko-Präsidenten gehört. Es ist finanzierbar. Aber die Zauderer legen das so aus und hinterfragen und rechnen vor und spalten Rappen. Um diese Frage geht es heute nicht! Und die Taktiker erzählen dann etwas von der Prioritätenliste. Diese spielt im Ablauf im Kanton Zug überhaupt keine Rolle. Wir leiden ja nicht daran, dass wir Baubeginne zu fleissig feiern. Wir haben das Problem, dass wir durch Einsprachen Jahrzehnte blockiert sind. Und dann die Rosinenpicker! Ein Kammerwunsch-Konzert, welche Kammer hätten Sie gern, das kommt schon überhaupt nicht in Frage. Nur der gleichzeitige Beschluss aller Kammern garantiert uns die Entlastung von Cham. Es darf nie passieren, dass später aus irgendwelchen Gründen unbeliebte Kammern verhindert werden. – Der Votant schliesst mit dem Aufruf: Schliessen Sie sich wie die CVP-Fraktion (mit Ausnahme von drei Zauderern) den Beschlüssen der Strassenbaukommission und der Stawiko an!

Karl **Rust** steht hinter dem Antrag der RPK. Die Umsetzung des kantonalen Richtplans erfolgt terminlich, regional und finanziell nach der ausgewogenen Zauberformel der verbindlichen Prioritätenliste. Diese ist demnach vergleichbar mit einer Tinguely-Maschine. Drehen Sie an einem Rad, bewegt sich plötzlich das ganze Vehikel. Bei der über den Haufen geworfenen Prioritätenliste entsteht mit 230 Mio. ein Wunsch nach dem grössten je gehabten Kreditbrocken. Es ist ungeheuerlich, die Gretchenfrage nach den relevanten raumwirksamen Konsequenzen für den ganzen Kanton bewusst oder unbewusst dem Kantonsrat und den Stimmbürgern zu verschweigen! Es wäre vor allem die schuldige Pflicht der Regierung gewesen, wenn sie schon zwischen Weihnachten und Ostern eine Kehrtwende macht, den Ressourcenverschleiss und die Steuergelderfolgen in einem Bilanzbericht dem Nutzen der raumrelevanten Umweltbelastung gegenüber zu stellen. Nachdem die übrigen verbindlich in den Richtplan eingebundenen Raumplanungspartner weder gefragt noch informiert wurden, hat diese Regierung für den Votanten an raumplanerischer Kompetenz in Sachen Verlässlichkeit, Kontinuität und Glaubwürdigkeit eingebüsst.
Zu den Beweisen. In der Richtplanvorlage vom März 2002 weist dieser Regierungsrat eine Nettobelastung allein für den Kanton von 1,5 Milliarden aus. Zu deren Finanzierung, schreibt der gleiche Regierungsrat auf der nächsten Seite, müsse die Motorfahrzeugsteuer bis zu 50 % erhöht werden. Im Kanton Schwyz wurden die letzten zwei Erhöhungen vom Volk abgelehnt. Die Stawiko behauptet heute, die Finanzierung sei gesichert. Karl Rust macht hier ein Ausrufezeichen und fährt weiter. Die Nettobelastung für die gesamte 1. Priorität mit den Kammern A und D beträgt nach den aktuellen Zahlen vergleichbar hochgerechnet 850 Millionen. Wenn nicht Regierung und Stawiko die Steuerfolgen und den geringen Nutzen für diese 230 Millionen aufzeigen, so tun dies sicher diejenigen, welche z.B. an der Baarerstrasse täglich im Stau stehen, oder ganze Wohnquartiere an der Gutschrankabfahrt, welche seit Jahren täglich den Feinstau einatmen. Da vertritt der Votant auch mal ökologische Ansichten. Auch der NFA lässt grüssen, wenn bei der Staatsführung der kluge Hausvater die Steuerfolgen verschweigt und wenn ein unausgereiftes Mammutprojekt von 230 Millionen dem notwendigen für 67 Millionen vorgezogen wird. Wenn dessen schlechter Nutzen zu einer Steuergeldverschleuderung führt. Und wenn die

Ökonomie mit Daumenschätzungen zum Faustrecht greift, die Gesamtinteressen und eine verständliche Ökobilanz mit Füssen getreten werden, müssen wir uns an die Urnen wenden!

Guido **Heinrich** erinnert daran, dass dem Bericht des Regierungsrats vom 13. Dezember 2005 zu entnehmen ist, dass die Realisierung des Projekts in zwei Etappen ausgeführt werden soll. Die Vorgaben sind im Richtplan 2004 enthalten. Bei dieser Staffelung sind Notwendigkeit, Finanzierung sowie ein ausgewogener Strassenbau verteilt auf den ganzen Kanton im Vordergrund gestanden. Den Kammern B und C (1. Priorität mit Baubeginn 2002 bis 2008) sollen jetzt aber gleichzeitig noch die Kammern A und D (2. Priorität Baubeginn 2008 bis 2014) zugefügt werden: Das heisst folglich, das Kammerkonzept als Ganzes zu realisieren. Die dadurch anfallenden Mehrkosten von 105,2 Mio. Franken sind ein namhafter Betrag und mit einer zeitlich begrenzten Verschuldung ist realistischerweise zu rechnen. Eine Stellungsnahme zur Meinungsänderung der Regierung hätte gemäss Erachten des Votanten viele Unsicherheiten und Fragen beantwortet. Die Befürchtung, dass dadurch andere Projekte mit höherer Priorität zurück verschoben würden, sind von Hans-Beat Uttinger klar widerlegt worden. Die Bedenken Guido Heinrichs, die Tangente Neufeld oder die Nordzufahrt würden dadurch zurückgestellt, sind somit vom Tisch und er wünscht für das ganze Kammerkonzept gutes Gelingen.

Auch Monika **Barmet** als einzige Vertreterin der Berggemeinden in der Strassenbaukommission kann den von dieser vorgeschlagenen und beschlossenen Änderungen betreffend Rahmen- und Objektkredit zustimmen. Um die aktuellen Verkehrsprobleme im Ennetsee nachhaltig zu lösen ist es nötig, das gesamte Projekt zu genehmigen. Mit einem Ja unterstützen Sie die zukunftsweisende Lösung der Strassenbaukommission und signalisieren der Zuger Bevölkerung: Wir sind bereit und interessiert, das Problem Nr. 1 im Kanton Zug anzupacken! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus der Stadt Zug, der Gemeinde Baar und den Berggemeinden: Der Stadttunnel und die Tangente Neufeld sind mit Ihrer Zustimmung nicht gefährdet – im Gegenteil! Die Verkehrsprobleme im Kanton Zug sind mit der Umsetzung des Kammerkonzepts nicht gelöst – es braucht die Umsetzung der anderen Projekte genauso. Die Verkehrsprobleme werden nicht mit Verharren auf Prioritäten und regionalpolitischen Interessen gelöst – es braucht endlich konkrete Massnahmen!

Franz Peter **Iten** wurde als Mitglied der RPK in den letzten Tagen der Vorwurf gemacht, er treibe eine Wischiwaschi-Politik, weil er mit dem beschleunigten Vorgehen der Strassenbaukommission für das Kammerkonzept einverstanden sei und es unterstütze. Leider haben diese Kreise das Protokoll der 16. Kommissionssitzung vom 5. April dieses Jahres nicht vertieft gelesen, sonst hätte man festgestellt, dass zwischen seinem Votum auf S. 7 und seinem Votum auf S. 16 entsprechende Diskussionen stattgefunden haben, die ein Umdenken von ihm in dieser nicht einfachen Frage verlangt haben. Damit kann er ja noch leben. Dass aber Kommissionsmitglieder nicht mehr nachvollziehen können, wer bei welcher Frage wie und was gestimmt hat, stimmt ihn nun wirklich nachdenklich, umso mehr er bei der Frage, ob das vorgeschlagene Vorgehen der Strassenbaukommission die Prioritätenliste verletze (übrigens neben vier weiteren Mitglieder der Raumplanungskommission) der Auffassung war, dass dies nicht der Fall sei! Dass er dann bei der Schlussabstimmung

gegen den Antrag der Raumplanungskommission gestimmt hat, haben wohl in der nicht einfachen Diskussion und im nicht einfachen Abstimmungsprozedere vor allem diejenigen Mitglieder der Raumplanungskommission nicht realisiert, die ihn nun kritisieren. Es kann nicht sein, dass sich ein Teil der Mitglieder der Raumplanungskommission darüber ärgert, wenn jemand im Rahmen einer Sitzung seine Meinung ändert, wenn die eingebrachten Argumente zur Meinungsänderung überzeugen. Franz Peter Iten meint, dass ist nur fair und für eine Sache wichtig und besser, als stur an seiner eigenen Meinung festzuhalten. Denn er weiss, was er will: Endlich die dringend notwendigen Strassen realisieren können. Dass dabei das Verkehrschaos in Cham nur behoben werden kann, wenn alle vier Kammern realisiert werden, wurde ihm während der letzten Raumplanungskommissionssitzung und in weiteren Gesprächen nur allzu klar – Prioritäten hin oder her.
Das soll aber nicht heissen, dass er die Tagente Neufeld zugunsten des Kammerkonzeptes oder sogar die Umfahrung von Unterägeri zugunsten des Kammerkonzepts auf spätere Jahre verschieben will. Diese Projekte, wie auch der Stadttunnel, sind mit grossen Schritten voranzutreiben, damit dem Verkehrschaos endlich Stirn geboten werden kann. Baureife Projekte sind unmittelbar und sofort zu realisieren. Denn nur alle Strassenbauprojekte zusammen ergeben eine Entlastung auf unseren Kantonsstrassen, eine Entlastung die dringend notwendig ist, auch zum Vorteil für den öffentlichen Verkehr. Es muss aber auch viel mehr die Frage gestellt werden, warum sind die vier Kammern beim Kammerkonzept Ennetsee nicht in der gleichen Priorität, obwohl die Meinung herrscht, dass nur alle vier Kammern miteinander den verkehrstechnischen Erfolg ergeben, den Cham dringend nötig hat? Die Recherchen des Votanten haben ergeben, dass die Aufteilung der vier Kammern in zwei Prioritäten durch das Amt für Raumplanung bzw. schlussendlich durch den Regierungsrat vorgeschlagen wurde und die Raumplanungskommission dieses Vorgehen ohne grosse Intervention (mit Ausnahme der Kammer D) während der Behandlung des Teilrichtplans Verkehr akzeptiert hat. Der Kantonsrat hat am 3. Juli 2002 den Teilrichtplan Verkehr übrigens beschlossen und hat dieses Vorgehen ebenfalls geschluckt.
Franz Peter Iten betont nochmals, dass für ihn der Antrag der Strassenbaukommission für ein beschleunigtes Vorgehen keine Verletzung der Prioritätenliste bedeutet. Es ist nun mal eine Tatsache, dass der Baubeginn der Strassenbauprojekte der 1. Priorität zwischen 2002 bis 2008, ausser vielleicht der Baubeginn bei der Nordzufahrt, nicht mehr möglich sein wird. Es soll aber nach wie vor das Ziel sein, dass diejenigen Strassenbauprojekte realisiert werden sollen, die baureif sind. Zurzeit sind das aber leider noch keine. Dies sollten wir uns unbedingt vor Augen führen. Aus diesen Gründen bittet der Votant den Rat, auf die Vorlage einzutreten und die Anträge der Strassenbaukommission und schlussendlich auch der Regierung zu unterstützen.

Werner **Villiger** unterstützt grundsätzlich das Vorgehen für die Realisierung des Kammerkonzepts, wie es der Regierungsrat in seinem Bericht und Antrag vom 13. Dezember 2005 vorschlägt. Er hält es somit für richtig, zuerst das generelle Projekt für alle vier Kammern zu genehmigen und dann für die Realisierung eine Etappierung vorzusehen. Für ihn ist unbestritten, dass alle vier Kammern gebaut werden müssen. Mit diesem Vorgehen wird an der Prioritätenliste, wie sie im kantonalen Richtplan vorgegeben ist, festgehalten, d.h. zuerst sollen die Kammern B + C, später dann die Kammern A + D, gebaut werden.

Der Votant wehrt sich dagegen, dass eine Region ihre Verkehrsprobleme auf Kosten einer anderen Region lösen soll. Selbstverständlich würde es auch Sinn machen, die Tangente Neufeld und den Stadttunnel in der ersten Priorität zu realisieren. Das war im Januar 04, als der Richtplan im Kantonsrat beschlossen wurde, schon klar. Damals war auch schon klar, dass das Kammerkonzept als Ganzes am besten die Verkehrsprobleme in der Stadt Cham und in Hünenberg lösen würde. Es war damals Konsens, dass nur eine ausgewogene Prioritätenliste eine Chance hat, im Kantonsrat eine Mehrheit zu erreichen. Mit dem Antrag der Strassenbaukommission wird dieser Kompromiss wieder in Frage gestellt. Werner Villiger akzeptiert deshalb nicht, dass die Strassenbaukommission und neu auch der Regierungsrat die gestaffelte Realisierung des Verkehrskonzepts, wie es im Richtplan vorgesehen ist, über den Haufen werfen will. Er gewichtet die regionalen Anliegen höher, als dies die Strassenbaukommission tut, denn die Stadt Zug hat auch grosse Verkehrsprobleme, die dringend angepackt werden müssen, vor allem müsste die Realisierung des Stadttunnels vorgezogen werden. Zudem befürchtet er, dass bei einer Annahme des Rahmenkredits für das gesamte Kammerkonzept in der Höhe von 230 Mio. Franken die Finanzierung des Stadttunnels nicht mehr gesichert ist und eine Finanzierung des Stadttunnels nur mit einer Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer möglich sein wird – damit wäre der Votant nun überhaupt nicht einverstanden.
Er ist auch der Meinung, dass der Antrag der Strassenbaukommission nicht mit der Prioritätenliste im kantonalen Richtplan vereinbar ist. Im Bericht der Raumplanungskommission vom 5. April 06 wurde dies bereits ausführlich begründet. Zusammengefasst geht es dabei vor allem um eine regionalpolitische Willensäusserung. An der ausserordentlichen Sitzung der Raumplanungskommission von heute morgen wurde ein Kompromiss gesucht, um die Differenzen zwischen der Raumplanungskommission und der Strassenbaukommission in Bezug auf die Auslegung der Prioritätenliste und die Realisierung des Kammerkonzepts zu beseitigen. Wie Kommissionspräsident Louis Suter bereits angekündigt hat, wird die RPK für die 2. Lesung einen Vorschlag zu einer Präzisierung der Prioritätenliste vorlegen. Werner Villiger unterstützt somit nach wie vor den Antrag, den die RPK am 5. April 06 gestellt hat, nämlich auf die beiden Kreditvorlagen des Regierungsrats vom 13. Dezember 05 einzutreten und diesen zuzustimmen.
Abschliessend möchte er betreffend Referendum ein Aspekt zur Sprache bringen, der mir sehr Wichtig scheint. Die Strassenbaukommission schreibt in Ihrem Bericht, dass bei einer Ablehnung des Rahmenkredits von 230 Mio. Franken durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Zug auf den Bau einzelner Kammern verzichtet wird. Diese Aussage hält der Votant für nicht richtig, denn wenn der Gesamtkredit von 230 Mio. Franken abgelehnt wird, bedeutet dies, dass eine Etappierung gemäss Richtplan gilt. Sollte diese Meinung falsch sein, müssten die Stimmbürgerinnen und die Stimmbürger die Möglichkeit erhalten, über beide Varianten abstimmen zu können. Werner Villiger bittet den Regierungsrat, diesen Sachverhalt heute oder möglichst schnell klarzustellen, damit bis zur 2. Lesung bei Bedarf noch entsprechend reagiert werden kann.

Martin **Stuber** möchte eine Vorbemerkung zu Peter Rust machen. Wir leben anscheinend nicht im gleichen Kanton! Im Kanton Zug, in dem der Votant lebt, sind in den letzten Jahrzehnten einige Strassen gebaut worden. Zuallererst einmal die Autobahn in den 70er-Jahren. Er hat die zum Teil als Student selbst vermessen. Und die Autobahn hat eine wesentliche Umfahrungsfunktion wahrgenommen. Wenn sie nicht gebaut worden wäre, dann wäre der Verkehr wirklich zusammengebrochen. Wir

haben aber auch die Lorzentobelbrücke gebaut, die Umfahrungen Baar, Steinhausen. Es stimmt also schlicht nicht, dass in den letzten 50 Jahren in diesem Kanton keine Strassen gebaut worden sind. – Martin Stuber ist sicher, dass man in Bern Peter Rusts Ausführungen zur Finanzierung des Kammerkonzepts mit grossem Interesse zur Kenntnis nehmen wird. Ob er damit die Aufnahme des Kammerkonzepts in den Agglofonds gefördert hat, überlässt der Votant dessen eigenem Urteil.
Sie wollen heute einen Rahmenkredit sprechen für ein Konzept, von dem wir gar nicht wissen, ob es in dieser Form überhaupt funktioniert. Berty Zeiter hat es schon erwähnt: Der Knoten Alpenblick ist die grosse Knacknuss. Wenn der Sechsspurausbau und das Kammerkonzept im Vollausbau fertig sind, ist ein massiver Kapazitätsausbau des Zubringers in den Arbeitsraum Lorzenebene/Zug geschaffen. Das führt zu Mehrverkehr und dann können Sie sicher sein, dass dieser Knoten zusammenbricht, respektive intensiv «bestaut» wird. Es ist kein Zufall, dass im generellen Projekt dieser Knoten noch nicht fertig geplant ist. Um dem öffentlichen Verkehr überhaupt noch ein Durchkommen zu garantieren, muss die Buslinie 4 vom Alpenblick bis zum Choller von der Zugerstrasse verlegt werden. Lesen Sie auf S. 17 der Vorlage den entsprechenden Passus! Zwischen den Zeilen schimmert eine gewisse Ratlosigkeit der Projektverfasser diesem Problem gegenüber deutlich durch. Und wenn Sie auf S. 3 des Berichts der Strassenbaukommission lesen, merken Sie, dass das dort auch zum Ausdruck kommt. Das gleiche Problem werden wir übrigens auch bei der Nordzufahrt haben. Der grosse Knoten Südstrasse/Weststrasse wird 2020 hoffnungslos überlastet sein. Das weiss man aus einer Studie, die von der Stadt veranlasst wurde.
Zur Beschleunigung des Projekts. Hierzu eine Bemerkung zum Votum von Beni Langenegger. Wir haben mit dem heutigen Beschluss, wenn wir nach dem Vorschlag der Strassenbaukommission verfahren würden, keinen Wechsel auf eine einstufige Verfahrensweise. Die Nordzufahrt ist im genau gleichen Verfahren bewilligt worden. Das war die Idee von Toni Gügler. Man hat einen Rahmenkredit bewilligt. Genau das gleiche Vorgehen mit der gleichen Begründung: Man müsse jetzt vorwärts machen und es müsse schnell gehen. Wo steht die Nordzufahrt heute? Machen Sie sich ja keine Illusionen, dass wenn Sie jetzt so entscheiden, Sie damit das Projekt beschleunigen. Wenn Sie das Kammerkonzept in einem Rutsch mit einem einzigen Rahmenkredit durchboxen wollen, werden Sie genau das Gegenteil erreichen. Der Widerstand gegen die Kammer A wird nämlich das Ganze Projekt blockieren. Wenn sie jetzt diese grosse Kiste von 230 Millionen bewilligen – falls sie überhaupt vor dem Volk besteht –, beschleunigen Sie das Ganze überhaupt nicht. Faktisch heisst das ja nur, dass die Kammern B und C nicht so schnell und vor allem nicht zusammen mit dem Sechsspurausbau der Autobahn gebaut werden können. Das ist die realpolitische Auswirkung, wenn Sie heute dem Vorgehen der Strassenbaukommission und der umgekippten Regierung folgen. Wer zuviel Gas gibt, kommt schnell mal ins Schleudern! Und faktisch heisst der Rahmenkredit, dass die betroffenen Gemeinden wenig oder keine Einflussmöglichkeiten mehr haben. Was das heisst, haben wir bei der Nordzufahrt gesehen.
Ein Wort zu den Relationen. Es heisst immer, der ÖV und der MIV dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Einverstanden. Aber schauen Sie sich einmal die eingesetzten Mittel im Ennetsee an. Für neue Strassen soll jetzt ein Rahmenkredit von 230 Mio. gesprochen werden. Das ist das grösste einzelne Projekt im Kanton seit der KVA Fänn, das damals vor dem Volk auch Schiffbruch erlitten hat. Die Doppelspur wird uns dem Vernehmen nach ca. einen Zehntel dieses Betrags kosten. Was bisher in die Stadtbahn investiert wurde und dabei dem Ennetsee zugute kommt, können sie grosszügig gerechnet mit 50 Mio. einsetzen. Hier stimmen die

Relationen doch einfach nicht! Wie sich das mit dem Grundsatz im kantonalen Richtplan vereinbaren lässt, wonach der MIV angebotsorientiert, der ÖV aber nachfrageorientiert ausgerichtet werden soll, konnte dem Votanten bisher noch niemand erklären. Wenn Sie die möglichen Kapazitäten anschauen und deren Kosten, dann ist doch klar: Ein Ausbau des ÖV lohnt sich wesentlich mehr, Sie haben einen höheren return on investment. Und dass die Leute bereit sind, umzusteigen, zeigt der Erfolg der Stadtbahn gerade im Gebiet Ennetsee.
Zur Finanzierung. Entweder ist das ein ganz fauler Trick, der uns da vorgelegt wird mit dieser Berechnung, oder dann will die Strassenbaukommission nur die Projekte der 1. Priorität bauen. Es kann doch nicht im Ernst der Sinn der Sache sein, nur die 1. Priorität anzuschauen, wenn es darum geht, über die Finanzierung zu sprechen. Sie müssen doch alle Projekte anschauen. Diese Darstellung, die aufgelegen ist, gilt bis 2025. Wollen Sie denn bis dann nichts von der 2. und 3. Priorität bauen? Das ist wirklich ein fauler Trick, um davon abzulenken, wie gross dieses Projekt ist. Um davon abzulenken, wie die finanziellen Auswirkungen auf die ganze Geschichte *tatsächlich* wären. Die Stawiko, die sonst doch so kritisch ist bei den Finanzen und jeden Franken umdreht, wird plötzlich blind, wenn es um Strassengeld geht. Und der Agglofonds ist in Bern noch nicht beschlossen! Es droht immer noch das Referendum des TCS. Ob da überhaupt einmal etwas wird, wissen wir nicht.
Dann möchte Martin Stuber zum Schluss auch noch etwas als Stadtzuger Kantonsrat sagen. Wenn Sie den Verkehrs-Leidensdruck anschauen, dann gibt es zwei wirklich grosse Probleme in diesem Kanton:

- die Innenstadt von Zug, wo sich täglich 20'000 Autos durch die Altstadt zwängen
- die Chamer Ortsdurchfahrt, wo täglich fast gleichviel Autos das Zentrum verstopfen.

In Zug haben wir das Glück, dass die Innenstadt mit einer Stadtkernentlastung weitgehend vom Verkehr entlastet werden kann. In Cham sehen wir, dass mit dem Kammerkonzept immer noch 12'000 Autos täglich Cham durchqueren würden – es sei denn, es werden wirklich harte flankierende Massnahmen ergriffen. Es fällt dem Votanten nicht leicht, zu neuen Strassen, deren Wirkungen zweifelhaft sind, ja zu sagen. Dennoch glaubt er, dass in Cham etwas geschehen muss. Die Kammern B und C können in Kombination mit den entsprechenden flankierenden Massnahmen tatsächlich etwas bringen. Er hofft, dass die Chamer und überhaupt der Ennetsee Gegenrecht halten und die Zuger Stadtkernentlastung dereinst auch unterstützen werden.
Zum Schluss noch ein Antrag für die Abstimmung. Gemäss § 64 soll die Abstimmung über das Vorgehen (Variante RPK gegen Variante Strassenbaukommission/Regierung) unter Namensaufruf erfolgen.

Hans Peter **Schlumpf** bewundert die argumentativen Spagate, die heute hier geleistet worden sind – vor allem von links, aber auch von rechts. Man möchte zwar alle vier Kammern bauen, aber die Mittel dafür nicht bewilligen. Verschiedene Bedenkenträger äussern sich zu jenem oder einem anderen Aspekt, ohne aber eine Alternative dazu vorzuschlagen, und genau zu wissen, dass nichts machen eben auch nicht die Lösung sein kann. Die Vertreterin der AF hat sich sehr ausführlich zum Projekt geäussert und das mit Zeichnungen dokumentiert. Sie hat das in diesem Sinn bereits in der Strassenbaukommission getan. Der Votant kann diese Argumentation weitgehend nicht nachvollziehen. Die Strassenbaukommission hat sich in praktisch allen Abstimmungen mit allen gegen eine Stimme anders entschieden.

Warum ist das Kammerkonzept Ennetsee seinerzeit überhaupt etappiert worden? Dies ist weitgehend aus finanziellen Überlegungen gemacht worden. Vor vier Jahren hat die Kurve über die prospektiven Finanzierungsaussichten noch anders ausgesehen. Dieses Argument ist im Moment weitgehend entkräftet. Auch die Diskussion um die Prioritätenordnung ist müssig. Die Prioritäten des Richtplans werden in keiner Weise verletzt werden. Die Realisierung des Kammerkonzepts wird sich auch im besten Fall über 10 bis 15 Jahre von heute weg hinziehen. Wir sind schon heute nicht mehr weit entfernt vom Zeitfenster der 2. Priorität. Es werden mit dem beantragten Vorgehen auch keine anderen Projekte wie etwa die Nordzufahrt oder die Nordtangente zeitlich negativ präjudiziert. Nur die Kammer A bringt für Cham die notwendige Entlastung. Ein Kammerkonzept ohne Kammer A ist nicht einfach ein Viertel schlechter als eines mit, sondern es ist weitgehend wertlos. Trotzdem wäre sehr viel Geld dafür in den Sand gesetzt worden, wenn man schlussendlich diese Kammer A nicht bauen würde, wie das einige wollen. Es darf nicht sein, dass bei einem Projekt, das nur in seiner Gesamtheit Sinn macht, das politische Risiko eingegangen wird, dass später einzelne Elemente heraus gebrochen und nicht realisiert werden. Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen: Eine grosse Mehrheit der Zuger Bevölkerung erwartet von uns, dass wir für die Verkehrsprobleme in unserer Region Lösungen beschliessen und dafür sorgen, dass diese auch realisiert werden. Nur ein Vorgehen, wie es jetzt die Strassenbaukommission, die Stawiko und auch die Regierung beantragen, macht Sinn. Diesen Vorgehensgrundsatz nun mit einzelnen Detailaspekten bodigen oder verhindern zu wollen, wäre ein trauriges Beispiel für ein Parlament, das nicht mehr in der Lage ist, die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen.

Eusebius **Spescha** möchte im Namen der SP-Fraktion nochmals festhalten, dass wir den ursprünglichen Antrag des Regierungsrats, der von der RPK unterstützt wird, unterstützen, und uns vehement gegen den neuen Vorschlag der Strassenbaukommission wehren. Es ist faszinierend: Wenn es um Strassenbau geht, bekommen offenbar verschiedene Kolleginnen und Kollegen in diesem Rat leuchtende Augen. Und diese führen dazu, dass viele sachliche Überlegungen eher ausgeschaltet werden und die Ratio nicht mehr so gut funktioniert. Sie riskieren aber damit, dass Sie über Ihre eigenen Füsse stolpern, wenn Sie jetzt meinen, in einem grossen Aufwasch irgendwelche Strassenprojekte forcieren und schneller realisieren zu können. Die Idee eines Globalkredits – das hat die Nordzufahrt deutlich gezeigt – hat dieses Bauprojekt keinen einzigen Monat schneller zur Realisierung gebracht. Im Gegensatz zu verschiedenen bürgerlichen Votanten sind wir der Meinung, dass es sehr wohl einen Sinn macht, die Abschnitte B und C zu bauen, und offen gelassen werden kann, ob anschliessend A und D tatsächlich auch gebaut werden sollen. Denn so wie sich Projekt A heute präsentiert, wird es nicht funktionieren. Der Knoten Alpenblick ist nicht gelöst!
Der Votant möchte aber noch einige andere Punkte in Erinnerung rufen, die es ratsam sein lassen, jetzt den ursprünglichen Weg des Regierungsrats einzuhalten. Beim Baukredit Kantonsspital – und der war tiefer als der heute zur Diskussion stehende Kredit – wurde über Reserven ganz enge Diskussionen geführt. Er wurde unheimlich eng gehalten, so dass wir bis heute über inhaltlich unbestrittene Ergänzungsmassnamen uferlose Diskussionen geführt haben und noch führen werden. Wie wollen Sie für ein Strassenprojekt von gut fünf Kilometern dem Volk verkaufen, dass das heute 50 Mio. Reserven braucht? Und beim Kantonsspital waren es weniger als 5 Mio.

Sie haben noch ein anderes Problem. Das Kammerkonzept mit Abschnitt A ist heute bei der Standortgemeinde Cham so nicht akzeptiert. Wie wollen Sie in allen anderen Gemeinden – die ja von der Verkehrsproblematik Cham nur beschränkt betroffen sind – einen Baukredit von über 200 Mio. durchbringen, wenn die eigentlichen Profiteure nicht überzeugt sind, dass dies eine gute Lösung ist? – Eusebius Spescha hat hier mit Interesse ein Votum gehört, dass der Kanton Zug im Geld schwimmt und sich offenbar alles leisten kann. In den letzten Jahren hat die Mehrheit der Voten in diesem Rat ganz anders getönt. Auch dieser Votant hat, wenn es nicht um Strassen ging, ganz anders getönt. Hier haben Sie Widersprüche aufzuklären, die in einer Kampagne nicht so leicht aufzuklären sein werden.
Der Votant hat mit einigem Befremden zur Kenntnis genommen, dass die Strassenbaukommission bezüglich Behördenreferendums den Rückweg eingeschlagen hat. Oder zumindest angekündigt hat, dass sie dort voraussichtlich einen Rückzieher machen wird. Auch dies trägt nicht zur Glaubwürdigkeit bei. Wenn wir ein solches Gesamtprojekt lancieren, wie es die Strassenbaukommission gemacht hat, mit der Ankündigung, das Volk könne dann auf jeden Fall entscheiden, und jetzt versucht wird, das am Volk vorbei zu mogeln. Oder anders gesagt: Wir Linken und einige vernünftige Bürgerliche dazu gezwungen werden, das Referendum zu ergreifen. Denken Sie auch rational über diese Frage nach! Der Regierungsrat hat eigentlich ein vernünftiges, etappiertes, auch dem Richtplan entsprechendes Vorgehen vorgeschlagen. Dieser Richtplan und diese Etappen und Prioritäten sind keine Makulatur, wie dies Peter Rust behauptet, sondern das ist nach wie vor ein behördenverbindlicher Beschluss, den dieser Rat getroffen hat.

Felix **Häcki** möchte vorab etwas zu Hans Peter Schlumpf sagen. Dieser hat heute nicht gut zugehört. Es stimmt nicht, dass keine Alternativen angeboten wurden. Der Antrag der RPK ist eine valable Alternative. – Der Votant bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten, jedoch die Anträge, die heute die Kammern A und D einschliessen, abzulehnen, wie es die Alternativen fordern. Dies aus folgenden Gründen.
So ein überrissenes Projekt mit einem Globalkredit über 230 Mio. hätte in keinem anderen Kanton eine Chance. Auf eine geschätzte Summe wird eine geschätzte Reserve von 30 Mio. gepackt, alles Stand Teuerung Oktober 2004. Wir kaufen kostenmässig die Katze im Sack. Da kommen bis am Ende doch locker noch 20 bis 30 Prozent Teuerung dazu. Die Finanzierung wird als gesichert betrachtet und dazu wird nur der Strassenbaufonds angeschaut. Entscheidend ist doch die Liquidität des Kantons! Es gibt genügend Beispiele aus der Wirtschaft, wo nur die Bilanz angeschaut wurde und drauflos entschieden wurde und investiert, und am Schluss sind sie Pleite gegangen, weil die Liquidität nicht gestimmt hat. Hier machen wir den gleichen Fehler. Wenn der Strassenbaufonds, der heute an andere Bereiche des Kantons ausgeliehen ist, schnell zurückverlangt wird, entstehen einfach dort Löcher, die finanziert werden müssen. Berücksichtigt man noch, dass das ZFA 2 noch nicht beschlossen ist – der Finanzierungsanteil der Gemeinden ist noch nicht gesichert, zudem steht die Höhe des NFA noch nicht fest. Und wir gehen hin und beschliessen locker einen Rahmenkredit von 230 Mio. Das grenzt bereits an Dummheit. Die Kammer A ist eigentlich überflüssig. Kann der Knoten Lindencham doch gut über die Autobahn erreicht werden. Nötigenfalls könnte man parallel zur Autobahn eine Strasse realisieren. Die Abnahme des Verkehrs im Alpenblick findet nur ungenügend statt. Zuerst müssen die Nordzufahrt und die Verlängerung der General-Guisan-Strasse realisiert sein, sonst bringt das Ganze nichts. Es stehen einfach alle auf der Chamerstrasse. Es wird einen Stau am Morgen bei der Stadteinfahrt und am Abend bei der

Stadtausfahrt geben, so wie es heute von Zug nach Baar die Regel ist. Bekanntlich war Felix Häcki kein Freund der Stadtbahn. Aber nachdem wir sie nun haben, sollte sie genutzt werden. Eine Nutzung via Rotkreuz von Hünenberg aus sollte das Ziel sein, um den Verkehr in die Stadt Zug vermehrt zu übernehmen. Wozu dient eigentlich die Kammer D? Von Sins her kommt kein Verkehr über diese Strasse. Sie dient ja nur dazu, von Holzhäusern Verkehr abzunehmen und über das Kammerkonzept zu leiten. Die Leute von Holzhäusern können auch über den Autobahnanschluss Rotkreuz Zug erreichen. Da müssen wir nicht für 50 Mio. und mehr eine Strasse bauen. Abschliessen scheint dem Votanten, dass wir mit der Vorlage nur zusätzlichen Verkehr aus dem Freiamt und Säuliamt anziehen. Deshalb unterstützt er den Antrag der RPK.

Jean-Pierre **Prodolliet** wollte begründen, weshalb die SP-Fraktion die Kammer D ablehnt. Er kann nun aber auf das Votum seines Vorredners verweisen. – Aber noch etwas zur Kammer A. Da wird auf die Verkehrüberlastung in der Gemeinde Cham verwiesen. Es ist an unserer Besprechung mit dem Kantonsingenieur klar zugegeben worden: Die Verkehrsbelastung in der Cham ist Ziel- und Quellverkehr. Das heisst, wenn wir teure Umfahrungsprojekte bauen, wird sich die Verkehrsbelastung in Cham nicht reduzieren. Es gibt aber eine Lösung, und die liegt beim Knoten Alpenblick. Man hat gesagt, das sei nicht lösbar, es sei eine Knacknuss. Aus Sicht des Votanten ist es aber einfach: Die heutige Situation ist so, dass in Richtung Cham nicht dosiert werden kann, weil es keine separate Busspur hat von der Kollermühle her. In der Gemeinde Cham steht der Verkehr, aber vor der Signalanlage im Alpenblick gibt es keine Kolonne. Die Autos können direkt in den Raum Zugerstrasse hinein fahren. Der Nutzen der Kammer A ist nicht ausgewiesen. Und wenn man ein Projekt beurteilt, braucht es eine gute Abwägung von Kosten und Nutzen. Der Nutzen ist hier nicht ausgewiesen. Und bei den Kosten sind es einmal die Finanzen, die wir aufwenden müssen, aber dann sind es auch noch die ökologischen Kosten – die Beeinträchtigung der Landschaft, der Verlust von Grünraum. Aus diesem Grund rechtfertigt sich aus Sicht des Votanten und der SP-Fraktion die Kammer A nicht. Wir sollten die Kammer B und C beschliessen und nicht das ganze Paket.

Georg **Helfenstein**: Man spricht hier von Dummheit und Unsachlichkeit. Der Votant nimmt an, dass der ganze Rat und die Regierung wissen, über was debattiert wird. Man will die Kammer A nicht. Das ist wohl die schlechteste Überlegung, die man machen kann. Wir haben im Richtplan zum Kammerkonzept klar ja gesagt. Und da war nie die Rede davon, dass es Kammer A nicht brauchen würde. Und auch der Gemeinderat Cham hat in seinen ersten Fassungen immer davon gesprochen, dass das Kammerkonzept funktioniert, wenn wir alle vier Kammern haben. Die Kammer A brauchen wir also. Wir diskutieren jetzt über den zeitlichen Horizont und da sind die Voten bereits erfolgt und Georg Helfenstein schliesst sich der Meinung der Strassenbaukommission an. Wir sollten nicht nur immer von Strassen sprechen, sondern sie auch einmal bauen. Er unterstützt auch in Zukunft regionale Anliegen, sei es die Umfahrung Ägeri oder die Tangente Neufeld und der Kreisel in Baar. Die Unterstützung des Stadttunnels ist auch gewiss. Damit hat der Votant keine Probleme. Aber hören wir doch auf, hier in diesem Rat Regionalpolitik zu betreiben und zu sagen: Wenn wir das erhalten, erhalten wir jenes nicht mehr. Das ist Kindergartendenken. Wir haben einen kleinen Kanton und sollten die Probleme gemeinsam lösen. Die Taktik geht im Moment für die Linken voll auf. Sie sind nur daran interessiert, mög-

lichst keine Strassen bauen zu wollen. Man habe die Stadtbahn und solle sie nutzen. Das ist ihre Ideologie, aber sie haben uns beim Richtplan zugesichert, dass sie uns auch beim Strassenbau unterstützen. Und jetzt sollen diese Diskussionen nicht wiederholt werden. Wir sprechen hier von viel Geld. Über die Finanzierung haben wir bereits gehört. Georg Helfenstein möchte, dass endlich gebaut wird. Die Kammer A ist für die Landwirtschaft heikel, da gibt er Jean-Pierre Prodolliet Recht. Wir haben in Cham einen Wettbewerb gemacht, wissen aber noch nicht, was heraus kommt. Man muss auch wissen, dass im Richtplan steht, dass die Zuger- und Luzernerstrasse eine Gemeindestrasse wird, wenn die Umfahrung Cham steht. Die schöne Zeichnung, die wir von Berty Zeiter gesehen haben, welche Strasse man dann nehmen wird – wenn Cham dann irgendwann einen Riegel einbaut, um den Durchgangsverkehr zu unterbinden, sieht das dann ganz anders aus. Wir können doch heute noch nicht sagen, wie sich die Verhältnisse in Cham anpassen, sobald die Umfahrung steht. Das ist dann Sache der Gemeinde, dafür zu sorgen, dass das funktioniert. Und es muss dann auch von der Gemeinde finanziell getragen werden. In diesem Sinn bittet der Votant den Rat, Stawiko und Strassenbaukommission zuzustimmen.

Louis **Suter** spricht nun nicht als Präsident der RPK, sondern als Hünenberger Kantonsrat. Felix Häcki hat erwähnt, dass die Kammer D nicht benötigt werde. Machen Sie bitte folgende Überlegung mit: Wir werden die Kammern A, B und C vom Alpenblick Richtung Bösch haben. Und wenn wir die Kammer D nicht bauen, diejenige vom Bösch bis ins Schlatt am Dorfende von Hünenberg, passiert Folgendes: Damit diese ganze Systematik funktioniert, werden wir harte flankierende Massnahmen brauchen. D.h. auf der Strasse von Holzhäusern Richtung Cham, der Luzernerstrasse, wird ein Riegel gebaut, damit die Kammern B, C und D tatsächlich benützt werden. Und diese harte Massnahme wird zur Folge haben, dass ohne Kammer D der ganze Verkehr dann über das Dorf Hünenberg zum Schlatt fahren wird. D.h. wir werden eine Verlagerung der Problematik von Cham nach Hünenberg verlagern. Deshalb ist unsere Aussage richtig – jetzt spricht Louis Suter wieder als Präsident der RPK – es brauche alle vier Kammern für eine Entlastung des Verkehrs. Das sollte gebührend berücksichtigt werden.

René **Bär**: Die Aussage von Eusebius Spescha, die Gemeinde Cham sei gegen das komplette Kammerkonzept, ist eine klare Lüge. Es ist wie überall: Es gibt wenige Anwohner, die gegen die Kammer A sind, weil sie dort wohnen. Der Votant als Mitglied der Planungskommission Cham bittet den Rat, die Vorlage als ganzes anzunehmen.

Andreas **Huwyler** möchte in die ähnliche Richtung sprechen wie Louis Suter. Wir haben heute Morgen mehr oder weniger offen vorgetragene Dörfli-Politik gehört. Deshalb möchte sich auch der Votant noch für die Interessen seiner Gemeinde einsetzen. Er hat nämlich mit Erstaunen und Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass es einigen Kreisen darum geht, die Kammern A und D nicht etwa später zu etappieren, sondern dereinst gar nicht zu bauen. Für Hünenberg ist das verheerend. Wenn der Verkehr noch zunehmen wird und jener, der heute den Kern von Cham verstopft, künftig in Hünenberg steht. Die Umfahrung muss von A bis D gebaut werden, sonst verlagern wir das Problem wirklich nur von einem Dorf zum andern. Das ist doch keine glaubhafte Politik! Die Neufeld-Tangente wird ja auch nicht nur bis nach Inwil

gebaut und nachher die andere Hälfte unter den Tisch gewischt. Diese Taktik ist nicht ehrlich. Andreas Huwyler bittet den Rat, nachdem sich heute gezeigt hat, dass die Kammern A und D von gewissen Kreisen nachhaltig verhindert werden sollen, erst recht dem Antrag der Strassenbaukommission zuzustimmen!

Markus **Jans** hält fest, dass die Linke weder ideologisch ist noch sonst irgendwelchen Phantasien unterworfen. Wir haben ganz klar und deutlich gesagt, was wir wollen: Sicher die Kammern B und C in einem ersten Schritt. Und wir haben auch nicht gesagt, dass wir die Kammern A und D nicht wollen. Wir haben gesagt, dass wir uns überlegen sollten, ob das überhaupt einen Nutzen hat. Und wir müssen doch schauen, ob die Nutzen- und Kostenfrage wirklich richtig berechnet wurde. Wir sagen ja schon heute, dass wir die Kammer A bauen können. Das ist kein Problem. Wenn wir die entsprechenden Signalisationen auf der Kantonsstrasse ausweisen, können wir das machen. Andere Gemeinden haben das schon gesagt. Darum bezweifeln wir, dass wir diese Millionen dort in die Hand nehmen müssen. Wir sagen aber nicht grundsätzlich, das komme nicht in Frage. Wir stellen aber in Frage, ob die Kammer A wirklich in diese Richtung gebaut werden muss. Und bitte hören Sie doch endlich damit auf, zu sagen, die linke Seite behindere alles. Das stimmt doch einfach nicht. Wenn Georg Helfenstein sagt, Cham müsse entsprechend entlastet werden, so kann das allenfalls möglich sein. Aber mit 1'200 Fahrzeugen von einer Begegnungszone zu sprechen, ist doch einfach nicht ganz durchgedacht. Die Gemeinde Cham hat 200'000 Franken für eine Studie ausgegeben. Diese wäre gratis zu haben gewesen. Mit 1'200 Fahrzeugen weiss Markus Jans nicht, wer sich dort zu Fuss begegnen soll. Wir stehen uns nach wie vor zu den Anträgen der RPK und den ursprünglichen Anträgen des Regierungsrats. Wir bedauern sehr, dass dieser seine ursprüngliche Meinung so schnell gewechselt hat. Wir sind aber der Meinung, dass die Kammer A tatsächlich überdacht werden muss. Das hat weder mit links noch rechts zu tun.

Vreni **Wicky** hat nur eine Frage. Sie weiss, dass der erste Antrag des Regierungsrats mit dem Gemeinderat Cham zusammen erarbeitet worden ist in mehreren Sitzungen. Wurde auch die Änderung des Antrags mit der Gemeinde Cham besprochen oder wenigstens diskutiert oder wurde er wenigstens informiert?

Beat **Villiger** meint, es seien nun verschiedenste Voten gehalten worden. Im Grunde genommen geht es aber darum, für oder gegen den Antrag der Strassenbaukommission zu stimmen. Er möchte noch einmal betonen: Die Strassenbaukommission will keine teuren Halblösungen. Die Reduktion des Verkehrs in Cham kann nur dann stattfinden, wenn auch die Kammer A gebaut ist. Die flankierenden Massnahmen können doch heute noch nicht im Detail aufgezeigt werden! Aber sie sind vorgesehen, damit das Konzept nachher funktioniert. – Noch etwas zu den regionalpolitischen Überlegungen. Beat Villiger möchte bitten, dass auch der Berg ja sagt, damit nachher auch das Projekt Tangente Neufeld funktioniert. – Zum Rückzug des Referendums. Der Votant hat nicht gesagt, dass die Kommission auf dem Rückweg ist, sondern die Argumentation des Regierungsrats in einer nächsten Sitzung nochmals diskutieren wird. – Er bittet den Rat nochmals dringend, den Anträgen der Strassenbaukommission zuzustimmen.

Felix **Häcki** hat den Eindruck, dass sich in Bezug auf Kammer D die meisten die Luftaufnahme in der Beilage der Vorlage nie angeschaut haben. Schauen Sie doch dort mal, was die Kammer D beinhaltet! Sie geht ennet der Autobahn von der Kreuzung ins Dorf Hünenberg bis zum Knoten Oberbösch. Wofür soll das dienen? Die Erfahrung und Lebensweisheit zeigen doch, dass die Hünenberger weiterhin auf der Dorfstrasse bis zum Knoten Schlatt fahren und dort auf die Kammer C gehen werden. Sie werden nicht zurück zum Knoten Oberbösch fahren und dann die Umfahrung nehmen. Das nimmt Ihnen doch niemand ab! Und für so eine überflüssige Umfahrung über 50 Mio. auszugeben, ist einfach Unsinn.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass der Regierungsrat die KR-Vorlagen «Kammerkonzept Ennetsee» am 13. Dezember 2005 verabschiedete. Er beantragte darin einen Rahmenkredit von 62,7 Mio. Franken für die Planung, den Landerwerb und den Bau der Kammern B und C. Im Weiteren begehrte er einen Objektkredit von 12,1 Mio. Franken für die Planung und den Landerwerb der Kammern A und D. Diesen Anträgen konnte sich die kantonsrätliche Strassenbaukommission nicht anschliessen. In ihrem Bericht vom 20. Februar 2006 schlägt sie zwar vor, auf die Vorlagen des Regierungsrats einzutreten. Der Kantonsrat wird jedoch eingeladen, den Rahmenkredit für Planung, Landerwerb und Bau auf alle vier Kammern A bis D auszuweiten. Nötig wäre dafür ein Betrag von 230 Mio. Franken inklusive 50 Mio. Reserve. Widerspruch gab es daraufhin von der kantonsrätlichen Raumplanungskommission. Sie kam am 5. April 2006 zur Auffassung, dass der Antrag der Strassenbaukommission dem kantonalen Richtplan widerspreche. Dieser sieht für die Kammern B und C, bzw. A und D unterschiedliche Prioritäten vor.
Angesichts der divergierenden Kommissionsmeinungen kam der Regierungsrat auf seine ursprünglichen Anträge zurück. Er schloss sich der Auffassung der Strassenbaukommission an, einen Rahmenkredit von 230 Mio. Franken (inkl. 50 Mio. Reserve) für alle vier Kammern zu beantragen. Für diese Neubeurteilung macht die Regierung folgende Gründe geltend:
1. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass nur alle vier Kammern zusammen die volle verkehrspolitische Wirkung in den Gemeinden Cham und Hünenberg entfalten können. Diesen Umstand hat er in seinen ursprünglichen Anträgen zu wenig gewichtet.
2. Planungskosten sollen nicht nutzlos in den Sand gesetzt werden. Nur ungern erinnert man sich in diesem Zusammenhang an das frühere Projekt UZB, sprich: Umfahrung Zug-Baar.
3. Der Antrag der Strassenbaukommission ist transparent. Er verdeutlicht dem Parlament und dem Volk die Gesamtkosten des Projektes «Kammerkonzept». Ohne bereits Millionen von Franken in die Detailplanung zu stecken, können sich das Parlament und allenfalls das Volk definitiv für oder gegen das gesamte Kammerkonzept aussprechen, das funktional eine Einheit bildet.
4. Ein Gesamtpaket ist auch deshalb angebracht, weil bereits Stimmen den Bau der Kammer A in Frage stellen. Das Zerstückeln des Gesamtprojekts in mehrstufige Kreditbewilligungsverfahren könnte finanz- und verkehrspolitisch verheerend sein. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass die Kammern A und D im Richtplan der 2. Priorität zugewiesen sind. Weil jedoch alle Projekte der 1. Priorität bereits in der Planungs- und Bewilligungsphase sind, kann sich der Kantonsrat schon heute den Vorhaben der 2. Priorität annehmen. Es sei daran erinnert: Bei den Projekten der 2. Priorität ist ein Baubeginn von 2008 bis 2014 vorgesehen. Der Antrag der Strassenbaukommission, die Planungs- und Bewilligungsphase für die Kammern A und D nun

gleichzeitig mit den Kammern B und C an die Hand zu nehmen, ist somit richtplankonform.
Zu dieser Einschätzung kommt ja auch die Stawiko, die den Antrag der Strassenbaukommission ebenfalls unterstützt.
Sollen flankierende Massnahmen zu Lasten des Kredits für das Kammerkonzept ausgeführt werden? Es gilt dabei zu definieren, was oder welches sind flankierende Massnahmen? Das Projekt soll sämtliche Massnahmen beinhalten, welche zur Zielerreichung der tolerierten Verkehrsmenge im Zentrum von Cham (600 Fahrzeuge pro Stunde und Richtung) erforderlich sind. Das bedeutet: Es handelt sich hierbei um die verkehrsdosierenden Massnahmen. Gestalterische Massnahmen abseits der neuen Kantonsstrasse werden nicht zu Lasten des Kredits für das Kammerkonzept realisiert. Eine allfällige Radwegführung im Bereich des Wasenbächlis ist im kantonalen Richtplan nicht vorgesehen. Er wird daher auch nicht im Rahmen des Kammerkonzepts zu Lasten des Kantons finanziert.
Kammerkonzept ohne Kammer A, d.h. Autobahnauffahrt in Lindencham. Mit der Eröffnung der Knonauer Autobahn haben wir eine tägliche Belastung von 85' bis 90'000 Fahrzeugen. Zum Vergleich: Härkingen hat heute eine Belastung von 120' bis 125'000 Fahrzeugen.
Zur Raumplanungskommission. Was bitte schön heisst «Finanzierung sichergestellt»? Müssen wir das Geld auf einem Bankkonto haben oder genügt das Visum des Finanzdirektors? Würden Sie das bitte bis zur 2. Lesung mit dem Finanzdirektor abklären?
Noch eine Bitte an die Presse. Schreiben Sie doch bitte nicht mehr, dass das Gesamtprojekt 230 Mio. kostet. Schreiben Sie doch bitte in Zukunft, dass es zwischen 180 und 230 Mio. kostet.
Die Strassenbaukommission wird bereits heute laufend über sämtliche Strassenprojekte orientiert.
Die Gemeinderäte von Cham, Hünenberg und Risch stehen hinter dem Antrag des Regierungsrats. Das haben sie schriftlich bestätigt.
In einem Punkt weicht der Regierungsrat allerdings vom Antrag der Strassenbaukommission ab: Die Regierung lehnt es ab, die Vorlage dem Behördenreferendum zu unterstellen. Auf seine Zuständigkeiten sollte der Kantonsrat nicht freiwillig verzichten. Diese auf Verfassung und Gesetz fussenden Zuständigkeiten sind gemäss konstanter Praxis des Regierungsrats vollumfänglich zu nutzen. Ausnahmen, wie beim Neubau des Zentralspitals, bleiben selbstverständlich vorbehalten.
Der Regierungsrat beantragt Ihnen deshalb, sich dem Antrag der Strassenbaukommission anzuschliessen, wonach dem Kantonsrat für Planung und Bau des Projekts «Kammerkonzept» sowie für den Landerwerb ein Rahmenkredit von 230 Millionen Franken zu beantragen ist. Er hält an seinem ursprünglichen Antrag nicht mehr fest, soweit dieser demjenigen der Strassenbaukommission widerspricht. Auf ein Behördenreferendum ist jedoch zu verzichten.

Die **Vorsitzende** entnimmt diesem Votum, dass die von Werner Villiger gewünschte Klarstellung, was passiert, wenn das Projekt vom Volk abgelehnt wird, bei der 2. Lesung kommt.

Hans-Beat **Uttinger** meint, erstens komme es darauf an, was jetzt der Kantonsrat beschliesse. Wenn er so beschliesst, wie die Strassenbaukommission, und das Volk sagt nein, dann ist es fertig.

EINTRETEN ist unbestritten.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass zum nun folgenden Grundsatzentscheid der Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf gestellt wurde. Dazu braucht es mindestens 20 Stimmen.

➔ Mit 16 Stimmen wird das nötige Quorum für den Namensaufruf nicht errreicht.

➔ Der Rat lehnt mit 49 : 22 Stimmen den Antrag der Raumplanungskommission ab und stellt sich hinter den Antrag der Strassenbaukommission (Vorlage Nr. 1393.6 – 11988).

Die Beratung wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

60. SITZUNG: DONNERSTAG, 4. MAI 2006
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.15 – 17.00 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

869 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler und Kathrin Kündig, beide Zug; Barbara Strub, Oberägeri; Thomas Brändle, Unterägeri. – Der Nachfolger der zurückgetretenen Malaika Hug wird erst an der nächsten Kantonsratssitzung vereidigt.

870 KAMMERKONZEPT «ENNETSEE»
– KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND GENEHMIGUNG DES GENERELLEN PROJEKTS «KAMMERKONZEPT ENNETSEE»
– KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND RAHMEN- UND OBJEKTKREDIT FÜR DIE PLANUNG UND DEN BAU DER KAMMERN B UND C DER KANTONSSTRASSE «KAMMERKONZEPT ENNETSEE» SOWIE FÜR DEN LANDERWERB
– KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DIE PROJEKTIERUNG DER KAMMERN A UND D DER KANTONSSTRASSE «KAMMERKONZEPT ENNETSEE» SOWIE FÜR DEN LANDERWERB

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1393.1/.2/.3/.4 – 11890/91/92/93), der Strassenbaukommission (Nrn. 1393.5/.6 – 11987/88), der Raumplanungskommission (Nr. 1393.7 – 11902) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1393.8 – 12010).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 868)

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1393.2 – 11891

§ 1 Abs. 2

Markus **Jans** hält fest, dass sich die SP-Fraktion nach Abwägung der Vor- und Nachteile grossmehrheitlich für den Bau des Kammerkonzepts ohne Kammer A ausspricht. Für sie ist die Kammer A noch nicht ausgereift und verfehlt das Ziel für einen schonenden Umgang mit den landschaftlichen und finanziellen Ressourcen bei weitem. Weshalb die Linienführung der Kammer A nicht auch, wie bei den Kammern B, C und D, entlang der Autobahn geführt wird, ist unverständlich. Damit würde der Lärm kanalisiert und der Landverschleiss auf ein Minimum reduziert. Zudem wäre vorgängig mit einer geschickten Verkehrsführung zu prüfen, ob nicht bereits heute die Autobahn als Kammer A benutzt werden könnte. Es gibt Städte in der Schweiz, die ein solches Verkehrsregime über die Autobahn bereits heute erfolgreich anwenden. Erst wenn ein solcher Testlauf nicht den gewünschten Erfolg bringt, soll über die Kammer A weiter diskutiert werden.
Die Kammer A beinhaltet auch den Umbau und Anpassungsarbeiten beim Knoten Alpenblick. Die heutige Planung lässt erahnen, wie dieser Kreisel umgebaut werden soll. Wir werden einer solchen Lösung für den Langsamverkehr wohl kaum zustimmen können. Die flankierenden Massnahmen, welche für eine wirkliche Entlastung des Dorfkerns zwingend notwendig sind, sind nur in Ansätzen erkennbar. Weiter ist nicht klar, wie der öffentliche Verkehr an dieser Stelle bevorzugt behandelt werden kann. Die Planung der Kammer A wirkt daher für die SP-Fraktion unfertig und ist zu unverbindlich. Stimmen wir heute der Kammer A zu, wissen wir nicht, was wir damit wirklich kaufen. Die SP-Fraktion stellt daher den folgenden Antrag:
Das Generelle Projekt «Kammerkonzept Ennetsee» wird ohne die Kammer A genehmigt.

Berty **Zeiter** hält fest, dass sich die AF dem Antrag der SP-Fraktion anschliesst. Denn auf Grund unserer Analyse des Kammerkonzepts können wir uns nicht festlegen, dass es jetzt einfach heisst: Alles oder nichts. Wir vertreten die Ansicht, dass zuerst B und C gebaut werden müssen, inklusive der flankierenden Massnahmen. Und dass wir erst auf Grund der dann feststellbaren Situation und der Auswertung der Erfahrungen über den Bau von A und B entscheiden können. Um nun auf Grund der veränderten Ausgangslage zu diesem Ziel zu kommen, unterstützten wir den Antrag der SP-Fraktion. Aber da die Votantin bereits im Eintretensvotum begründet hat, dass die Kammer D in keinem Verhältnis steht von Nutzen und Aufwand, stellen wir den *Zusatzantrag, dass auch die Kammer D gestrichen wird.*

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag für Kammer A mit 59 : 12 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag für Kammer D mit 64 : 8 Stimmen ab.

Leo **Granziol** erinnert daran, dass der Kantonsrat am Vormittag mit grossem Mehr beschlossen hat, von der Stückwerkpolitik in Bezug auf diese Umfahrung Abschied zu nehmen und hier *eine* Umfahrung möglichst in einem Zug zu beschliessen. Ob sie dann in einem Stück verwirklicht werden kann, ist dann noch eine andere Frage. Aber wir haben klar ausgedrückt, dass wir diese Umfahrung in einem Stück

beschliessen wollen und sie so weiter geplant werden soll. Der Votant ist der Auffassung, dass das auch in unserem Beschluss zum Ausdruck kommen soll. Dass wir nämlich von diesen Kammern weggehen und sagen: Wir haben hier eine Umfahrung Cham-Hünenberg beschlossen. Damit werden Sie auch in Zukunft weniger angreifbar, auch in der Volksabstimmung. Man kann dann nicht sagen, man wolle Kammer A oder D weglassen. Sondern es geht dann um ein Stück. Auch politisch scheint Leo Granziol das ganz wesentlich zu sein. Deshalb folgender Antrag:

Im Titel und Ingress soll es neu heissen: *Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung des Generellen Projektes «Umfahrung Cham-Hünenberg» sowie den Landerwerb.*

Damit haben Sie nicht nur Cham, sondern auch die Gemeinde Hünenberg eingeschlossen, was sehr wichtig ist. Entsprechend erübrigt sich in § 1 die Nennung der Kammern. Der Votant hat das mit Kantonsingenieur Hannes Fässler vor dem Mittag noch abgesprochen. 1§ 1 Abs. 2 würde dann wie folgt lauten:

Es besteht aus dem Neubau der Verbindung Alpenblick – Knonauerstrasse – Sinserstrasse – Schlatt – Oberbösch.

Damit haben Sie die ganze Verbindung in einem Paragraphen, ohne Kammern. Und Sie haben – was dem Kantonsingenieur wichtig erschien – die Verbindungspunkte zu den Kantonsstrassen erwähnt, nämlich Knonauerstrasse, Sinserstrasse und Schlatt. Leo Granziol empfiehlt dem Rat, diesem Antrag zu folgen und damit unserem Willen stattzugeben, diese Strasse als Ganzes zu planen und weiter zu verfolgen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** ist im Prinzip damit einverstanden, dass es *ein* Projekt ist. Aber trotzdem: Diese eine von den vier Kammern, die wir von den Beschwerden und Enteignungen befreit haben, die bauen wir. Einverstanden?

Beat **Villiger** hatte seit der Fraktionssitzung am Montag von diesem Antrag Kenntnis. Er hat die Kommission via Mail orientiert, dass ein solcher Antrag gestellt werden könnte und hat bis auf eine Rückmeldung positive Signale. Er kann den Antrag von Leo Granziol eigentlich in allen Teilen nur unterstützen. Aber auch was der Baudirektor sagt, ist richtig. Dass wir trotzdem die einzelnen Kammern unabhängig voneinander in Etappen bauen können.

Martin **Stuber** unterstützt selbstverständlich den Antrag von Leo Granziol. Allerdings nur im eigenen Namen, wir haben das in der Fraktion nicht beschlossen. Das bedeutet nämlich genau das, was Martin Stuber in seinem Votum gesagt hat: Der Widerstand gegen die Kammer A wird das ganze Projekt lahm legen, so wie das bei der Nordzufahrt passiert. – Der Votant ist nicht Jurist, aber er glaubt, dass der Rat vorher ein Generelles Projekt beschlossen hat, auf das sich dieser Beschlussesentwurf bezieht. Und vom gesunden Menschenverstand her würde er meinen, dass dieser Vorschlag gar nicht rechtens ist. Aber er unterstützt ihn aus politischen Überlegungen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Generelle Projekt noch nicht in der Schlussabstimmung genehmigt worden ist.

Käty **Hofer** hatte leider keine Kenntnis von diesem Antrag und sie lehnt ihn entschieden ab. Wir haben in der ganzen Diskussion gehört, dass die Prioritätenliste bestehen bleibt. Sie basiert auf den Kammern. Der Richtplan basiert auf den Kammern. Wenn wir jetzt diese Kammern fallen lassen, schaffen wir Diskrepanzen zum Richtplan und zur Prioritätenliste. Man sollte jetzt nicht schnell aus dem Bauch heraus einen solchen Entscheid fällen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass über den Antrag zur Titeländerung und jenen zur Änderung von § 1 getrennt abgestimmt wird.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag zur Änderung des Titels mit 40 : 31 Stimmen zu.

Martin **Stuber** sieht folgendes Problem: Es gibt Leute, die möchten gegen diesen 230-Millionen-Kredit stimmen, aber für die Benennung nach System Leo Granziol. Also darf es hier nur eine Abstimmung geben über die Bezeichnung des Beschlussesentwurfs, aber nicht über den Inhalt.

Die **Vorsitzende** beharrt darauf, dass in der Schlussabstimmung die Möglichkeit besteht, das abzulehnen.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag zur Änderung vom § 1 mit 43 : 16 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 57 : 16 Stimmen zu.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1393.6 – 11988

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Titel nach der vorherigen Abstimmung logischerweise auch hier geändert wird und neu lautet:
Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmen- und Objektkredit für die Planung und den Bau der «Umfahrung Cham – Hünenberg»

§ 1

Berty **Zeiter** stellt im Namen der AF den Antrag, hier einen neuen Abs. 2 aufzunehmen mit folgendem Wortlaut:
Darin inbegriffen sind alle flankierenden Massnehmen sowie die Erstellung des Durchgangs Wasenbächli als Personenunterführung.

Zum Durchgang Wasenbächli möchte die Votantin den Knoten Lindencham erwähnen (Beilage). Dieser Knoten stellt eine zünftige Verkehrsmaschinerie dar, mit zehn und mehr Fahrspuren, die zu queren sind. Im Westen liegen die Chamer Dorfteile

Lindencham und Hagendorn, im Osten des Knotens die Schulareale vom Röhrliberg und des geplanten neuen Gymnasiums. Unerschrockene Jugendliche mögen den separat geführten Veloweg quer unter den Fahrbahnen durch und an den Kreiseln entlang gut bewältigen, für Fussgänger ist diese Verbindung jedoch nicht zuzumuten. Deshalb soll beim Wasenbächli ein ruhiger gelegener Personendurchgang erstellt und vom Kanton finanziert werden.
Zu den flankierenden Massnahmen. In der Vorlage des Regierungsrats wie auch der Strassenbaukommission wird eindeutig davon ausgegangen, dass die Projektziele nur erreicht werden, wenn auch *alle* flankierenden Massnahmen umgesetzt werden. Das heisst, sowohl die dosierenden wie auch die gestalterischen Massnahmen. In der Vorlage Nr. 1393.1, S. 24, sind alle neun flankierenden Massnahmen aufgeführt. Und sowohl in der Regierungsrats-Vorlage wie im Kommissions-Antrag wird festgehalten, dass die flankierenden Massnahmen genauso etappenweise umgesetzt werden müssen, wie die Kammern etappenweise gebaut werden. Es ist unannehmbar, wenn der Kanton ein so grosses neues Projekt aufzieht und andererseits nicht auch gleichzeitig dafür besorgt ist, dass die Projektziele erreicht werden können. Wenn die flankierenden Massnahmen nicht mitfinanziert werden, wird die Absicht offensichtlich, dass mit dem Kammerkonzept nur eine Erweiterung der Leistungskapazität angestrebt wird, nicht jedoch eine Entlastung der Ortsdurchfahrt Cham und ein Schutz für das Dorf Hünenberg. – Die Votantin bittet den Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

Louis **Suter** hält fest, dass sich hier aus Sicht der Raumplanungskommission ein fundamentales Problem stellt. Diese Forderung ist nämlich nicht im kantonalen Richtplan enthalten. Also können wir das auch nicht vom Kanton bezahlen. Wenn das die Gemeinde Cham machen will, darf sie es selbstverständlich tun. Allerdings muss das in Zusammenarbeit mit der Baudirektion erfolgen. Der Präsident der RPK bittet deshalb den Rat, diesem Antrag nicht zu folgen, weil das nicht im kantonalen Richtplan steht. Wenn wir das nämlich so machen würden, hätten wir plötzlich eine Fülle von Forderungen auf dem Tisch, denen wir gar nicht folgen könnten, und es hätte auch entsprechende finanzielle Folgen.

Beat **Villiger** kann aus der Kommission mitteilen, dass wir so informiert worden sind, dass die Ökologie hier keine Personenunterführung will, die Gemeinde Cham aber schon, weil damit eine Verbindung zwischen Röhrliberg und Lindencham hergestellt werden könnte. Der kantonale Richtplan sieht dies jedoch, wie von Louis Suter erwähnt, nicht vor, und wir würden ihn mit einer Zustimmung zum Antrag Zeiter ändern. Nach langer Diskussion hat die Kommission mit 9 : 4 Stimmen entschieden, dem Antrag der Gemeinde Cham nachzugeben. Aber sie soll das auch selber bezahlen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** dankt seinen beiden Vorrednern zum Wasenbächli. Er möchte aber nochmals wiederholen, was er bereits am Morgen zu den so genannten flankierenden Massnahmen gesagt hat: Es gilt dabei zu definieren, was überhaupt flankierende Massnahmen sind. Das Projekt soll sämtliche Massnahmen beinhalten, welche zur Zielerreichung der tolerierten Verkehrsmenge im Zentrum von Cham (600 Fahrzeuge pro Stunde und Richtung) erforderlich sind. Das bedeutet, dass es sich hierbei um die verkehrsdosierenden Massnahmen handelt. Das über-

nimmt der Kanton. Gestalterische Massnahmen abseits der neuen Kantonsstrasse werden nicht zu Lasten des Kredits für das Kammerkonzept realisiert. Sonst kommen sämtliche anderen zehn Gemeinden jeweils auch. Z.B. Schmuck auf dem Kreisel – wer zahlt den? Der Kanton oder die Gemeinde?

Berty **Zeiter** erwartet auch nicht, dass der Kanton flankierende Massnahmen abseits der Durchgangsstrasse übernimmt. Aber in der Vorlage des Regierungsrats sind unter den flankierenden Massnahmen auf der Zugerstrasse nebst den Dosieranlagen auch die Signalisation inbegriffen, die Busbevorzugung, Fahrbahnhaltestellen, vom Raben- via Bärenplatz bis zum Knoten Knonauer-/Zugerstrasse eine verkehrsberuhigte Zone zu erstellen. Bei diesen Punkten ist es wesentlich, dass sie übernommen werden.

Hans-Beat **Uttinger** bekräftigt, dass es so geschieht, wie es in der Vorlage steht.

Die **Vorsitzende** erkundigt sich bei der Votantin, ob das ein einziger Antrag sei oder je einer zum Wasenbächli und zu den flankierenden Massnahmen.

Berty **Zeiter** hält fest, dass es *ein* Antrag ist.

➔ Der Antrag wird mit 55 : 13 Stimmen abgelehnt.

Eusebius **Spescha** hat ein banales finanztechnisches Anliegen. In § 1 heisst es: *Preisbasis Schweizerischer Baupreisindex Oktober 2004*. Wir beschliessen einen Baukredit – wohlverstanden für ein nicht submissioniertes Bauprojekt – im Mai 2006. Der Votant versteht nicht, wieso nicht mindestens Baupreisindex Oktober 2005 berücksichtigt wird. Wie er sich glaubt zu erinnern, erscheint dieser Index halbjährlich, und es könnte sogar März oder April 2006 heissen. Er meint, dass in einem Kreditbeschluss auch der aktuelle Baupreisindex drin stehen sollte. Und wie gesagt, handelt es sich um ein nicht submissioniertes Projekt, das auf banalen Kostenschätzungen beruht. Mit mindestens zehn Jahren Bauchef-Erfahrung weiss Eusebius Spescha, dass in der Stadt Zug für solche Beschlüsse immer der aktuelle Baupreisindex angewandt wurde. Er würde auch der Stawiko empfehlen, diesem Punkt in Zukunft Beachtung zu schenken. Er beantragt, hier den aktuellen Baupreisindex einzusetzen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Weil sämtliche Grundlagen 2004 auf dieser Basis erarbeitet wurden. Irgendwo müssen wir eine Basis haben. Aber wir können es natürlich auf 2005 hochrechnen, dann ist dementsprechend der Index anders. Aber es kommt auf dasselbe heraus.

Karl **Rust** wollte eigentlich zu dieser Kleinigkeit nichts sagen. Aber so ist es dokumentiert. Es hat ihn auch gestört. 2004 hatten wir beim SBV-Baukostenindex einen

Stand von nehmen wir an 100. Und wir sind heute im Jahr 2006 auf etwa 104 Punkten. Was Eusebius Spescha sagte, sagt der Votant nun technisch. Also wir sind bereits 4 % höher. Er hat Recht. Und 4 % von 230 Millionen sind ja mehr als 10 Millionen. Danke Eusebius!

Die **Vorsitzende** schlägt vor, dass dieser Antrag als Auftrag für eine Überarbeitung auf die 2. Lesung hin aufgenommen wird. – Eusebius Spescha ist einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1393.9 – 12031 enthalten.

871 POSTULAT DER SVP-FRAKTION BETREFFEND ERRICHTUNG EINER PARK+ RIDE-ANLAGE BEI DER STADTBAHNHALTESTELLE NEUFELD IN BAAR

Die **SVP-Fraktion** hat am 3. April 2006 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1427.1 – 12009 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

872 INTERPELLATION VON THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND JUGENDGEWALT

Thomas **Lötscher**, Neuheim, hat am 12. April 2006 die in der Vorlage Nr. 1429.1 – 12016 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zehn Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantworte wird.

874 INTERPELLATION VON PETER RUST BETREFFEND OSTERBOTSCHAFT DER DIREKTION DES INNERN AN DIE BÜRGERGEMEINDE WALCHWIL

Peter **Rust**, Walchwil, hat am 19. April 2006 die in der Vorlage Nr. 1432.1 – 12019 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat acht Fragen gestellt.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, beantwortet diese Fragen wie folgt:

1. Hat eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung oder gar ein Behördenmitglied den detaillierten Sachverhalt über das delikate Verfahren in Sachen Beistandschaft von XX der Bürgergemeinde Walchwil gemäss NZZ vom Samstag, den 15.04.2006, den Medienschaffenden zugespielt? Wenn ja, wer?
Der detaillierte Sachverhalt gemäss Bericht der Neuen Zuger Zeitung vom Samstag den 15. April 2006 wurde den Medienschaffenden weder durch eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung noch durch ein Behördenmitglied zugespielt.
2. Wenn ja, welches Ziel wurde von dieser Person mit dieser völlig unüblichen Veröffentlichung verfolgt?
entfällt
3. Sofern diese Mitteilung nicht von der kantonalen Verwaltung ausging: Warum haben Mitarbeitende der Direktion des Innern in diesem laufenden Verfahren Medienschaffenden auf Rückfrage hin Auskunft erteilt?
4. Wurde mit dem zitierten Pressebericht durch die kantonale Verwaltung eine Verletzung des Amtsgeheimnisses begangen? Wenn ja, durch wen und in welcher Form?
5. Wenn ja: Welche Sanktionen (Dienstrecht, Strafanzeige usw.) gedenkt der Regierungsrat gegen die Verantwortlichen zu ergreifen?
Nach Absprache mit der Direktionsvorsteherin erteilte der Direktionssekretär der Direktion des Innern auf entsprechende Anfrage eines Journalisten der Neuen Zuger Zeitung, der in diesem Zeitpunkt bereits im Besitze von entsprechenden Detailinformationen und offenbar auch Dokumenten war, schriftlich per E-Mail die Auskunft, dass

- die Direktion des Innern als diejenige Behörde, die gemäss § 33 Absatz 2 des Gemeindegesetzes die Aufsicht über die Gemeinden – und somit auch über die Bürgergemeinden – ausübt, selbstverständlich mit der Bürgergemeinde Walchwil Kontakt aufgenommen habe, mit der Absicht den Vorfall abzuklären. Diese Untersuchung seien noch nicht abgeschlossen,
- ein solcher Fall sicherlich die Ausnahme sei. Der Direktionssekretär könne sich jedenfalls an keinen ähnlichen Fall erinnern,
- die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei und aus diesem Grunde sich der Direktionssekretär derzeit weder zu den Beweggründen äussern, noch das Verhalten der Bürgergemeinde sonstwie werten oder kommentieren möchte, und
- die Direktion des Innern würde nach Klärung der relevanten Sachverhalte dem Regierungsrat als Aufsichtsbehörde einen Bericht und Antrag betreffend das weitere Vorgehen unterbreiten. Der definitive Entscheid des Regierungsrates sei nach den Osterferien zu erwarten.
- Auf eine weitere Nachfrage vom 7. April 2006 teile der Direktionssekretär dem selben Journalisten ebenfalls per E-Mail mit, dass die Stellungnahme der Bürgergemeinde Walchwil (welche die Direktionsvorsteherin in einem Schreiben angefordert hat) bis dato noch nicht bei der Direktion des Innern eingetroffen sei und er sich in diesem laufenden Verfahren vorerst nicht weiter äussern wolle, dies gelte auch für zuständige Sachbearbeiterin im Direktionssekretariat.

Ziff. 1.4 der Leitlinien zur Kommunikation vom 7. Dezember 2004 (BGS 152.33) lautet: «Es gibt aufgrund der kantonalen Gesetzgebung das Geheimhaltungsprinzip mit Öffentlichkeitsvorbehalt. Die interne und externe Kommunikation ist folglich begrenzt durch (...) laufende Verwaltungsbeschwerdeverfahren...» In den vorgenannten Äusserungen des Direktionssekretärs der Direktion des Innern vermag der Regierungsrat keine Verletzung des Amtsgeheimnisses zu erkennen. Dies trifft umso mehr

zu, als Dritte der Neuen Zuger Zeitung bereits wesentliche Informationen zugespielt haben. Weder die allgemeine Darlegung der rechtlichen Stellung und Funktion der Direktion des Innern in diesem Verfahren, noch die persönliche Beurteilung des Direktionssekretärs oder der generelle Hinweis auf das weitere Vorgehen verletzen die Privatsphäre der betroffenen Bürger, noch geben sie Tatsachen preis, an denen ein Geheimhaltungswille und -interesse bestehen könnte. Es ist jedoch einzuräumen, dass der Direktionssekretär bei einer Antwort auf eine spezielle Frage eher weit ging (vgl. oben zweite Antwort). Er hätte sich mit der knappen Antwort begnügen können, dass in einem laufenden Verfahren keine Auskünfte erteilt werden. Mit einer weitergehenden Antwort konnte nun eine einzelne Aussage aus dem Zusammenhang gerissen und zitiert werden. Diese erhielt im Rahmen des Zeitungsartikels eine ungewollte Bedeutung und Stossrichtung. Da weder eine Amtsgeheimnisverletzung noch eine Dienstpflichtverletzung vorliegt, ergreift der Regierungsrat gegen den Direktionssekretär keine Massnahmen.

6. Wie verhalten sich die Mitglieder des Regierungsrats generell bei derartigen laufenden Verwaltungsverfahren, sofern Medienfragen vorliegen?

Die Vorgaben der oben aufgeführten Leitlinien zur Kommunikation sind klar. Mitglieder des Regierungsrats beschränken sich bei entsprechenden Medienanfragen auf die knappe Mitteilung, dass ein laufendes Verfahren vorliegt und somit keine Auskünfte erteilt werden.

7. Ist der Regierungsrat bereit, allenfalls eine generelle Weisung an die kant. Mitarbeitenden im Umgang mit den Medien für ähnliche Fälle zu erlassen?

Der Regierungsrat sieht für den Erlass einer weiteren generellen Weisung keine Notwendigkeit. Die vorliegenden Kommunikationsleitlinien haben sich bewährt und sind klar formuliert. Deren Umsetzung im Alltag ist jedoch grosse Priorität einzuräumen. Der Regierungsrat hat daher an seiner Sitzung vom 2. Mai 2006 beschlossen, diese mündliche Antwort allen Direktionen zuzustellen. Damit ist der Auftrag verbunden, die Problematik an der nächsten Amtsleiterkonferenz zu besprechen und die Sensibilität für dieses heikle Problem im Spannungsfeld Öffentlichkeitsarbeit einerseits und Persönlichkeitsrecht andererseits zu erhöhen.

8. Sofern ein fehlerhaftes Verhalten der kantonalen Verwaltung vorliegt: Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, dass der beschuldigte Beistand zu seinem Recht kommt (wegen Verletzung der persönlichen Verhältnisse Schadenersatz oder Genugtuung, Publikation eines berichtigenden Inserats etc.)?

Der Regierungsrat vermag im konkreten Ereignis kein fehlerhaftes Verhalten der kantonalen Verwaltung zu erblicken.

Der Regierungsrat beantragt Kenntnisnahme dieser Antwort. Sie kostete 800 Franken.

Peter **Rust** dankt dem Regierungsrat für die rasche Beantwortung der gestellten Fragen betreffend Bürgergemeinde Walchwil. Die Antwort befriedigt ihn leider nicht. – Mit der gross aufgemachten und karikierten Osterschlagzeile in der NZZ vom Karsamstag wurde der Bürgergemeinde Walchwil schlampige Verwaltungsführung vorgeworfen und der namentlich erwähnte Beistand habe – nach Lesart eines Normalbürgers – Mündelgeld veruntreut. Die nachträgliche Entschuldigung der NZZ eine Woche später ändert an dieser Tatsache leider gar nichts.

In ihrer Beantwortung der Interpellation hat Brigitte Profos vorhin dargelegt, die Zeitung sei zum Zeitpunkt der Anfrage bei der DI bereits über Drittpersonen in den Besitz von Detailinformationen und Dokumente über den hängigen Fall gelangt.

Gerade diese Tatsache sowie der hauseigene Datenschutz hätten für die Verweigerung weiterer Auskünfte an die Zeitung gesprochen. Schliesslich wussten Brigitte Profos und Vladimir Novotny, dass ein Pressebericht vorbereitet wurde. Haben Sie als Vorsteherin der DI den angekündigten Pressebeitrag mit dem delikaten Inhalt überhaupt gegengelesen und hatten deshalb die Nase voll? Die Regierung räumt immerhin ein, Direktionssekretär Novotny sei mit seinen Auskünften an die Presse eher weit gegangen. Zudem hätte er die NZZ auf das laufende Verfahren aufmerksam machen müssen und weitere Auskünfte verweigern sollen. Stattdessen verlieh Vladimir Novotny dem Fall mit seinem Kommentar zusätzliche Brisanz mit den Worten: «Die Bürgergemeinde Walchwil sei die Ausnahme und er möge sich an keinen ähnlichen Fall erinnern». Da hat der Votant sowieso Mühe, er ist ja erst seit gut einem Jahr bei der DI. Was ist da für eine Praxis gemeint? Natürlich wirkt beim Leser eine deftig aufgemachte Oster-Story mit eingestreuten Beamten-Zitaten viel glaubwürdiger. So betrachtet, sind solche Aussagen aus Amtsstuben während einem laufenden Verfahren schlicht und einfach als Amtsgeheimnisverletzung einzustufen. Der Regierungsrat räumt immerhin ein, Vladimir Novotny habe sich mit seinen Informationen zu weit aus dem Fenster gelehnt, aber ein fehlerhaftes Verhalten mag er darin nicht sehen. Punkt, Schluss, ihr aufmüpfigen Walchwiler! In der Osterbotschaft in dieser Zeitung mit einer Auflage von 20'000 oder mehr wurde der mit Namen erwähnte Beistand völlig zu Unrecht als Veruntreuer angeschwärzt. Zu seinem Recht und seiner Ehre wird er kaum je kommen. An einer solchen Geschichte bleibt bekanntlich leider immer etwas haften, selbst in 20 oder 30 Jahren, wenn die Rede auf diesen Beistand kommt, heisst es, ach... war das nicht der Beistand, der dem Waisen-Knecht in die Schatulle gegriffen hat? Peter Rust vermisst an der Aufarbeitung dieses Falles einen Vorschlag zur Wiedergutmachung dieser gravierenden Fehlleistung bei allen betroffenen Organen der Bürgergemeinde Walchwil!

Die **Vorsitzende** vermisst bei diesem Votum bezüglich § 45 die Bekanntgabe von Interessenbindungen. Es heisst dort: «Die Mitglieder geben ihre Interessenbindungen bekannt, wenn sie sich im Rat oder einer Kommission zu Geschäften äussern, die ihre Interessen unmittelbar berühren oder jene von Dritten, zu denen sie eine wesentliche persönliche oder rechtliche Beziehung haben.»

Peter **Rust** ist nicht im Bürgerrat. Aber der Beistand, dessen Vater schon Beistand war, ist der Schwager des Votanten. Und er hat auch in der Zeitung vermisst: Der millionenschwere Waisenknecht wäre wahrscheinlich nie zu seinem Vermögen gekommen, hätte er nicht so einen guten Beistand gehabt.

Käty **Hofer** ist der Meinung, dass diese Interpellation an die völlig falsche Adresse geht. Sie hätte an den entsprechenden Journalisten gehen müssen. Dort war die Quelle. Sie hätte allenfalls an die Chefredaktion der entsprechenden Zeitung gehen müssen. Oder sie hätte an den Informanten gehen müssen, der die ganze Sache ins Rollen gebracht hat. Mit seiner Verflechtung in Walchwil wird Peter Rust informiert sein, woher die Informationen kommen. Die Antwort der Regierung legt offen, dass die Informationen nicht aus der Verwaltung oder von der Regierung gekommen sind. Wir streiten jetzt um einen Satz über Informationen, die vielleicht nicht nach aussen hätten dringen sollen: «…, dass die Stellungnahme der Bürgergemeinde Walchwil (welche die Direktionsvorsteherin in einem Schreiben angefordert hat) bis dato noch

nicht bei der Direktion des Innern eingetroffen sei …». Das ist die einzige umstrittene Äusserung des Direktionssekretärs. Darum geht es. Der Interpellant schreibt in seiner Einleitung zu seinen Fragen: «Es ist schlicht eine Ungeheuerlichkeit, dass während eines laufenden Verwaltungsverfahrens derart delikate Informationen von Amt zu Amt den Weg in die Presse finden.» Bevor also die Fragen gestellt werden, ist der Sachverhalt für den Interpellanten schon klar, dass nämlich die Informationen aus dem Amt kommen. Und wenn man dann die acht Fragen liest, sind mindestens vier davon reine Suggestivfragen, die davon ausgehen, dass die Informationen aus der DI kommen. – Die Darlegung der familiären Interessenbindungen ist nachträglich noch geklärt worden. Für die Votantin ist das ein wichtiger Punkt. Laut Geschäftsordnung sind wir dazu verpflichtet. Diese ganze Interpellation ist für Käty Hofer eine klare Missachtung der Würde dieses Hauses.

Peter **Rust**: Diese Interpellation ist für Käty Hofer eine Missachtung dieses Hauses, ganz egal ob das jetzt ein dem Votanten nahe stehende Person ist oder nicht. Wenn Sie eine derartige Osterschlagzeile haben: «Die Regierung hat die Nase voll». Und dann wird namentlich darin erwähnt, eine Veruntreuung. Da können Sie Entschuldigungen bringen, wie Sie wollen, das bringen Sie nie mehr weg. Sie müssen mir hier jemand bringen hier im Rat, dem so was unverschuldet vorgeworfen wird. So viele Tausend Leser haben das an Ostern gelesen. Das können Sie nie mehr gutmachen, Käty Hofer! Nehmen Sie das zur Kenntnis. Ist das wirklich so schwierig zu verstehen, dass man so eine Kröte nicht einfach schluckt, ohne dass man hinterfragt. Und Sie haben gesagt, das seien Suggestivfragen. Die Regierung hat ganz klar eingeräumt, und wenn das auch nur ein Satz ist. Wenn dieser der Zeitung behilflich ist, hat das den Anstrich, es sei amtlich abgestützt. Und das ist so! Das können Sie beschönigen, wie Sie wollen. Journalisten neigen natürlich dazu, eine Story etwas zu übertreiben, und dann reicht es. Als der Journalist fragte, hätte man sagen müssen: «Das ist ein laufendes Verfahren, da geben wir keine Auskunft, basta.»

Käty **Hofer** kann die Situation des Angeschuldigten in Walchwil sehr wohl nachvollziehen. Aber diese Interpellation gehört nicht in dieses Haus, das ist die falsche Adresse. Die Adresse ist der Journalist und die Zeitung. Und nicht die Regierung und nicht dieses Haus.

➔ Das Geschäft ist erledigt.

875 –POSTULAT VON LILIAN HURSCHLER-BAUMGARTNER UND MARTIN STUBER BETREFFEND SOFORTIGEN BAU DER DOPPELSPUR CHAM-ROTKREUZ
–POSTULAT VON WERNER VILLIGER, RUDOLF BALSIGER UND KARL RUST BETREFFEND SOFORTIGER EINRICHTUNG EINER KURZEN STADTBAHN-AUSWEICHSTELLE BEI DER HALTSTELLE FRIDBACH ODER BEI DER HALTSTELLE OBERWIL

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1309.2/1320.2 – 11959).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass beide Postulate in einem materiellen Zusammenhang zueinander stehen. Deshalb werden sie zusammen behandelt. Sofern Sie zu beiden Vorstössen sprechen wollen, bitten wir Sie, das gleichzeitig zu tun.

Martin **Stuber** ist in der angenehmen Situation, der Regierung ein dickes Kompliment für diese Vorlage auszusprechen, insbesondere an den Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter und an die Leute im Amt für öffentlichen Verkehr und Raumplanung. Sie alle haben sich dafür eingesetzt, dass die längst überfällige Doppelspur zwischen Cham und Rotkreuz nun wenigstens teilweise realisiert wird. Und das erfreulicherweise auf den Winterfahrplan 2008/09 hin, wie das unser Postulat gefordert hat. Man kann also sagen: Das Signal steht auf grün! Es steht auf grün für den durchgehenden Viertelstundentakt der S1 bis nach Rotkreuz und für die dringend nötige Erhöhung der Spitzenkapazität dieser Linie. Das entlastet Cham vom Strassenverkehr. Auch die Verschlechterung der ÖV-mässigen Anbindung des Freiamts kann mindestens teilweise rückgängig gemacht werden. Und nicht zu vergessen: Auch die Anbindung des luzernischen Rontals, die für das Arbeitsplatzgebiet Zug immer wichtiger wird, profitiert von diesem Ausbau.
Dass es mit dem Ausbau der S2 noch etwas länger dauert, ist schade. Dass unser Kanton von einer der bedeutendsten europäischen Verkehrsachsen durchschnitten wird, hat grosse Vorteile – sehr gute nationale und internationale Verkehrsverbindungen – aber halt auch Nachteile. Wenn unser regionaler Schienenverkehr die Geleise dieser Achse benutzt, bedeutet das, dass wir von den Plänen von Alptransit, dem Bund und der SBB abhängig sind. Bei der S2 ist das konkret die Ausgestaltung der NEAT-Zubringerstrecken, der Fernverkehrs-Fahrplan und das SBB-Konzept für den Nord-Süd-Fernverkehr. Es ist bei der S1 und bei der S2 halt so: Vieles hängt an Bern! Umso wichtiger ist die Präsenz unserer Anliegen in Bern, für welche mit der Interpellation Lang – die von allen Zentralschweizer Parlamentarierinnen und Parlamentariern unterschrieben wurde – ein guter Anfang gemacht wurde. Um die durchgehende Doppelspur zwischen Zürich und Luzern (das muss schliesslich unser Ziel sein!) voranzubringen, wird aber weiteres intensives Lobbying nötig sein. Wichtig ist auch, dass die Vorlage für den Objektkredit, welche in der regierungsrätlichen Antwort für nach den Sommerferien angekündigt ist, in diesem Rat klar angenommen wird. Wir werden Gelegenheit haben, hier ein Signal zu setzen. – Der Postulant und die Mitunterzeichnerinnen sind mit der Abschreibung einverstanden, die Anliegen des Postulats sind erfüllt.

Rudolf **Balsiger** erinnert daran, dass wir es alle wissen: Das Zuger Volk will die Stadtbahn und hat den Kredit damals an der Urne gutgeheissen mit Hinblick darauf,

dass nicht nur die beantragten Mittel für die Realisierung dafür ausreichen, sondern dass auch der Zeitplan mit der Fertigstellung eingehalten werden kann. Dass Volk will auch die Linie 2 Richtung Walchwil, eingeschlossen der notwendigen Haltstellenergänzungen. Auch wenn wir erfreut darüber sind, dass für die Linie 1 Richtung Rotkreuz eine akzeptable Lösung gefunden werden konnte (selbst wenn nicht schon die Doppelspur bis Rotkreuz erstellt werden kann) verhehlen wir nicht, dass wir über den Fortlauf der Projekts Richtung Süden auf der Ostseite des Sees enttäuscht sind, weil es nicht so schnell realisiert werden kann wie gewünscht. Es ist ja nicht nur die Zunahme der Frequenz des ÖV Richtung Süd anzustreben, sondern es soll gar ins Auge gefasst werden, dass dereinst der Bus ersetzt werden kann durch die S 2. Insbesondere ist das auch ein seriöses Anliegen der Walchwiler, wie kürzlich einem Artikel der Lokalpresse entnommen werden konnte. Einige der Befragten begründeten die «Heimatflucht» unter anderem gar mit dem Argument des ungenügenden Angebots des ÖV. Selbst die zwei Schiffsanlegestellen in der Gemeinde helfen nicht über dieses Stadtbahndefizit hinweg.
Wie geht es weiter? Um den Halbstundentakt einführen zu können, muss eine Ausweichmöglichkeit zwischen Zug-Bahnhof und Walchwil geschaffen werden. Aufgrund der Fahrplangestaltung kann diese nur in Oberwil in Räumen der bestehenden Haltestelle in Frage kommen. Es standen allerdings auch schon andere Varianten im Raum betreffend einer Kreuzungsmöglichkeit. Zwei davon schlössen die Erweiterung auf eine Doppelspur ein zwischen Oberwil und Fridbach einerseits mit Begradigung der Kurve und Führen der Linie in einem Tunnel, wozu von privater Seite ein Vorprojekt erarbeitet wurde, andererseits das bestehende Trassee für die Doppelspur zu verwenden. Solche Projekte sind schön und sicherlich auch durchführbar, und zwar ohne Zeitverzögerung, wenn die Frage der Finanzierung nicht im Raum stehen würde. Würden wir vom Kanton ein solches Projekt vorfinanzieren, ist nämlich nicht sichergestellt, dass die SBB uns dann auch den vorgesehenen Beitrag im Nachhinein entrichten würde. Zwei Kriterien stehen zur Debatte:

1. Möglichst schnell (=Volkswille)
2. Möglichst niedrige Kosten (=Kantonsratswille)

Da die SBB den Entscheid erst im Herbst 2007 fällen, auf welcher Seeseite die Nord-Süd-Linien ausgebaut werden sollen, wird auch noch nicht mit der Detailplanung begonnen, obwohl der Auftrag vorliegt. Der Kanton jedenfalls hat alles unternommen, dass genau zum Zeitpunkt des SBB-Entscheids auch schon der Objektkredit im KR vorliegen wird, und somit der Baubeginn auf Ende 2008 vorgesehen werden kann, wie das mit der Priorität eins vorgesehen ist. Dann wird auch der Bundesbeitrag von 50 % aus dem Infrastrukturfonds zur Verfügung stehen. Die Inbetriebnahme ist sodann in weiteren zwei Jahren vorgesehen. Schneller geht es nicht, und die verantwortlichen Leute in der Bau- und Volkswirtschaftsdirektion haben beispielhaft alles bis heute Mögliche aufgegleist. Wir müssen eben zur Kenntnis nehmen, dass die rasche Realisierung von einem verbindlichen Konzept der SBB anhängt.
Da eine durchgehende Doppelspur (im Tunnel oder auf dem bestehenden Trassee) – wie vorher angedeutet – keine Zeitersparnis bringen kann, ist eine Ausweichstelle im Raume der bestehenden Haltestelle vorgesehen. Und genau dieses Projekt wird zurzeit im Auftrag des Kantons ausgearbeitet. Es lässt tatsächlich die Möglichkeit offen, zu einem späteren Zeitpunkt auf eine Doppelspur gegen Süden oder Norden zu verlängern. Das sind die Voraussetzungen zur Einführung des 30-Minuten-Takts auf der S 2, und wie es aussieht, stehen keine weiteren Verzögerungen an, die durch den Kanton beeinflusst werden könnten. Wichtig ist aber auch, dass nun auf der vorgelegten Zeitachse gearbeitet wird, auch wenn nicht alle Wünsche schon heute berücksichtigt werden können. Das könnten sein: Die Doppelspur bis ganz nach Rot-

kreuz oder eine weitere Haltestelle bei der Rebmatt südlich von Oberwil. Das würde den Ausbau wiederum verzögern und das wollen wir nicht. Zusammenfassend können wir sagen, dass wir der Regierung dankbar sind, dass versucht wurde, die durch die SBB verursachten Verzögerungen wett zu machen. Wir werden aber gleichzeitig diese vom Kanton vorgegebenen Termine sehr genau verfolgen und werden uns vorbehalten allenfalls zu reagieren, wenn es uns notwendig erscheint. – Übrigens stimmen wir dem Antrag der Regierung zu, dass dieses Postulat abgeschrieben wird.

Manuel **Aeschbacher** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist als Angestellter bei der SBB tätig. – Die SVP-Fraktion dankt der Regierung für ihre grossen Bemühungen im Zusammenhang mit einer schnellen Realisierung der ersten Teilergänzung Stadtbahn Zug. Die Vorreiterrolle, die der Kanton Zug auch im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs einnimmt, schlägt sich in den Beziehungen zur SBB nieder. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass der Ausbau der Strecke Cham-Rotkreuz nun auch bei den SBB Priorität geniesst. Schliesslich ist der Ausbau dieses Abschnitts nicht nur regional von Bedeutung, kommt ihm doch auch eine zumindest interregionale Bedeutung zu. Es erscheint uns richtig, dass vorderhand nur ein Teil der Strecke Cham-Rotkreuz zu Doppelspur ausgebaut werden soll. Die betriebliche Stabilität kann so nachhaltig erhöht und der 15-Minutentakt Cham-Rotkreuz eingeführt werden. Auch im Hinblick darauf, dass man heute noch nicht weiss, welcher Bahnverkehr in Zukunft wie um den Zugersee rollt, erscheint dieser Ausbau als pragmatische Lösung. Das weitere Vorgehen, das die Regierung in der Postulatsantwort vorschlägt und verbindlich festlegt, entspricht den Erkenntnissen. Die SVP-Fraktion unterstützt die Anträge der Regierung.

Franz **Zoppi** ist als Mitunterzeichner des Postulats für einen sofortigen durchgehenden Bau der Doppelspur Cham-Rotkreuz teilweise zufrieden mit dem Bericht des Regierungsrats. Es stellt sich für Rotkreuz die Frage, wem der geplante Doppelspurausbau nützt. Als Pendler zwischen Rotkreuz und Zug darf der Votant täglich die Menschentraube beobachten, welche den Bahnhof Rotkreuz und somit die Bahn nutzt. Immer wieder kommt er so zu aufschlussreichen Gesprächen über den Bahnverkehr. Der bis auf den letzten Platz gefüllte Park+Ride-Parkplatz der SBB in Rotkreuz ist ein klarer Beweis für die sehr gute Auslastung der Bahn durch auswärtige Pendler. Im Gespräch wird schnell klar, dass die Bahnkunden aus den Kantonen Luzern, Schwyz und Aargau mit dem Auto angereist kommen. Der Gewinn liegt somit nicht direkt bei den Rotkreuzern und dem restlichen Zug. Es geht unter anderem darum, den Bahnlärm und den privaten Verkehr zur Bahn möglichst gering zu halten. Nach der Projektvariante SBB ist der Doppelspurausbau ab Cham nur bis Kilometer 47 im Freudenberg, mitten im Golfplatz Holzhäusern, geplant. Das macht aber nur für die SBB Sinn, nicht aber für die Rotkreuzer und die übrigen Zuger. Die SBB begründet ihren Entscheid mit der Tatsache, dass sie die direkte Neat-Zubringerstrecke nach Immensee, unter Ausklammerung von Rotkreuz, noch nicht präzise kennen. Lange kann Franz Zoppi nicht auf den sinnvolleren durchgehenden Doppelspur-Ausbau bis in den Bahnhof Rotkreuz warten. Nun soll aber, wenn es nach dem Willen der SBB geht, auf einer Gesamtlänge von insgesamt zirka 25 Kilometer, von der Tunneleinfahrt in Baar bis ans Ende des Rotsees bei Ebikon, ein kleiner Gleis-Abschnitt von gut 850 Metern vor Rotkreuz einspurig bestehen bleiben. Wie sinnvoll ist dies?

Ein Vergleich: In unmittelbarer Nähe genehmigte der Bund beziehungsweise der Kanton Zug den Autobahnausbau auf sechs Spuren. Die Bahn soll da nur einspurig fahren? Vergegenwärtigen sie sich die Situation auf eher ironische Art: Vom Alpenblick bis Kollermühle wird in Zukunft nur noch einspurig auf der Strasse gefahren und zwar im stündlichen Wechsel von einer Richtung in die andere. Wie sinnvoll dies sein soll, können sie selbst beurteilen. Für die angekündigte Fahrplan-Erweiterung benötigen wir keine zusätzlichen Flirt-Kombinationen, ausser der Volkswirtschaftsdirektor wird den Votanten anschliessend eines Besseren belehren. Die Stadtbahn, die heute bereits auf dem Stumpengeleise in der Chämleten wartet, würde nach Rotkreuz weiterfahren und nicht mehr wie bis anhin dort ihre Zeit absitzen, bis sie jeweils 20 Minuten später wieder starten kann. Für uns Rotkreuzer ergäbe dies dann den 20-Minuten-Takt, der alle glücklich machen würde. Das darf sich dann auch Stadtbahn für Zug nennen und wäre auch eine Bahn für andere Kantone wie Luzern und Aargau, finanziert mit Zuger Steuergeldern. Als Rischer steht der durchgehende Doppelspurausbau in den Bahnhof Rotkreuz für Franz Zoppi zuoberst auf der Prioritätenliste, und deshalb plädiert er dafür, wenn auch die wahren Profiteure in den eingangs erwähnten Kantonen Luzern, Schwyz und Aargau zu finden sind. Doch diese Tatsache nimmt er gerne in Kauf, denn dieses sinnvolle Anliegen hält nicht nur für die nächsten 20 Jahre.
Anfangs April liessen die SBB und das Bundesamt für Verkehr ihre Pläne für die Ausbauten in den nächsten Jahrzehnten verlauten. Sie sehen vor, dass sowohl der Doppelspurausbau am Rotsee wie auch der Zimmerbergtunnel auf Eis gelegt werden. Somit werden die Ausbauten zwischen diesen Engpässen grössere Bedeutung erhalten. Es ist äusserst wichtig, auf diesem Abschnitt durchgehend einen reibungslosen Bahnverkehr zu gewährleisten. Rotkreuz kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Auf zugerischer Seite wird sich Hünenberg bahntechnisch nicht mehr nach Cham, sondern nach Rotkreuz orientieren müssen. Heute schon fährt der ganze Güterverkehr lückenlos auf der Doppelspur durchs Freiamt, kreuzt den Knotenpunkt Rotkreuz und fährt weiter Richtung Gotthard. Dieser Verkehr wird in Zukunft garantiert zunehmen. Seit Jahren ruft das Freiamt nach einer besseren Anbindung an Zug im Bereich Personenverkehr. Anfangs Mai sollen diesbezüglich zwischen den Kantonen Zug und Aargau erneut Gespräche stattfinden. Rotkreuz gewinnt als Umsteigeort an Attraktivität. Von Luzern wie auch von Zürich sollen mehr Schnellzüge in Rotkreuz Halt machen, um die Pendler umsteigen zu lassen. Von und nach Ebikon ist dies ungehindert auch mit der S1 möglich. Von Küssnachterseite sind vermehrt Bahnbenützer zu erwarten, die vom Park+Ride-Angebot in Rotkreuz Gebrauch machen werden. Aus dem nahen Freiamt wird in Rotkreuz umgestiegen. Das nehmen wir Rischer alles in Kauf, aber die Bahn-Infrastruktur muss diesen berechtigten Bedürfnissen möglichst schnell angepasst werden. Wichtig ist für uns Rischer, dass es nicht nur bei der in der regierungsrätliche Antwort lautenden Möglichkeit der Angebotsverbesserung auf der Bahnstrecke Zug-Rotkreuz bleibt. Wichtig ist uns die *Realisierung* der Angebotsverbesserung auf Dezember 2008. In diesem Punkt hätten wir Rischer gerne verbindliche Zusagen des Volkswirtschaftsdirektors. Er muss in der für ihn noch verbleibenden kurzen Amtszeit alles daran setzten, dass der fehlende zweite Streckenabschnitt der Doppelspur vom Golfplatz beim Freudenberg bis hinein nach Rotkreuz vom Bund definitiv abgesegnet und für Ende 2010 möglich wird. Dann können wir Rischer hoffen, dass auch der vom Gemeinderat in seiner Vernehmlassung wieder geforderte Bahnhof Rotkreuz-Ost irgendeinmal gebaut wird.
In diesem Sinne beantragt der Votant, beide Postulate gemäss regierungsrätlichem Antrag für erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Othmar **Birri** ist Lokomotivführer bei den SBB. Es ist für ihn äusserst wichtig, dass wir überall schnell und schlank durchkommen. – Zur Antwort der Regierung. Es ist äusserst schwierig in der heutigen Situation, mit den SBB solche Verhandlungen zu führen. Der Votant empfiehlt der Regierung, hier am Ball zu bleiben und Druck zu machen. Seit der Regionalisierung bei den SBB sind wir so viele Abteilungen, dass die eine nicht weiss, was die andere will. Liegenschaftsnutzung, Infrastruktur usw. Es ist bei uns sehr kompliziert geworden. Und Sie haben die letzte Botschaft des Bundes gehört mit den SBB zusammen, welches Paket in den nächsten Jahren ausgeführt werden soll. Da sind wir Innerschweizer nicht allein. Es nützt nichts, wenn wir hier durchgehende Doppelspur machen und nachher von Litti bis Horgen-Oberdorf wieder Einspur haben im internationalen Verkehr und im Verkehr nach Zürich. Auch dort müssen wir am Ball sein!
Für den Ausbau Richtung Rotkreuz bis Freudenberg ist es richtig, dass man dieses Teilstück realisiert. Und für den Zubringer für die NEAT, der noch offen ist – das ist ja das Problem, warum man nicht heute schon bis nach Rotkreuz fahren kann –, sind Studien da mit der so genannten Spange. Und wenn diese Spange einmal kommt, wird der Verkehr so geleitet, dass der Nord/Süd-Verkehr über Walchwil fährt und jener von Süd nach Nord über Immensee.
Wenn wir heute schon den Halbstundentakt möchten auf der S 2 – und das Potenzial ist vorhanden – müssen wir dringend in Oberwil diese Doppelspur haben. Und sie muss so gross sein, dass wir dort mit dem Schnellzug kreuzen können und nicht mehr in Walchwil. Für die Fahrgäste in beiden Richtungen ist das eine unangenehme Situation. Jedes Mal müssen wir eine Durchsage machen: Meine Damen und Herren, in Folge Abwarten des Schnellzugs aus Zug oder Arth-Goldau erhält die S 2 vier bis fünf Minuten Verspätung. Und nachher sind es zehn Minuten und Sie möchten nach Zürich und müssen dann feststellen, dass der Zug bereits abgefahren ist in Zug. Entsprechend ist es in Goldau Richtung Tessin. In diesem Sinn empfiehlt Othmar Birri der Regierung dringend: Hier müssen Sie bei den SBB am Ball bleiben und Druck machen! Erhöhen Sie den Druck, wenn Sie im Regionalverkehr etwas erreichen wollen!

Volkswirtschaftdirektor Walter **Suter** möchte sich zuerst bedanken für die Anerkennung der Arbeit seiner Direktion und speziell des Amts für Öffentlichen Verkehr. Es wird seine Mitarbeiter freuen, dass sie heute im Kantonsrat lobend erwähnt wurden. Solches Lob ist bei unserem Geschäft keine Alltäglichkeit.
Zu den Fragen und Feststellungen. Der Votant hat Verständnis dafür, dass man aus Sicht Oberwil/Walchwil nicht ganz zufrieden ist, weil hier keine klare Perspektive aufgezeigt werden konnte, wann genau der Takt für die Stadtbahn verdichtet werden kann. Immerhin haben inzwischen die SBB die Überprüfung der Eisenbahn-Grossprojekte abgeschlossen und daraus gibt es eine erste Erkenntnis. Nämlich die, dass der gesamte Personen-Fernverkehr von Zürich über Zug, Gotthard, Richtung Mailand über die Walchwiler-Linie führen wird, und zwar hin und zurück. Das im Gegensatz zu den vorherigen Ausführungen von Othmar Birri. Sicher bis etwa 2020 oder 2030. Was wir in diesem Bereich noch nicht haben, ist das genaue Fahrplankonzept der SBB für diese Nord/Süd-Achse. Und hier wollen die SBB die Fernverkehrszüge verdichten. Da wird es wirklich eng, auch bezüglich des Stadtbahnangebots. Hier sind noch Gespräche nötig. Aber wir gehen davon aus, dass wir bis diesen Herbst dieses Angebotskonzept der SBB haben, so dass wir verbindlich weiter planen können. Das zur Strecke Walchwil. Hier braucht es noch etwas Geduld, das kann von

unserer Seite her nicht verändert werden. Aber wir sind im Gespräch, und der gute Wille bei den SBB ist auch vorhanden, eine Lösung zu finden.
Kurz zur Doppelspur nach Rotkreuz. Hier kann der Volkswirtschaftsdirektor klar sagen, dass nicht mehr nur von der Möglichkeit gesprochen werden muss, dass das im Dezember 2008 in Betrieb genommen werden kann, sondern es wird in den nächsten Monaten in Ihren Händen liegen, einen Kredit zu beschliessen, so dass die Voraussetzungen geschaffen sind, dass es auch umgesetzt werden kann. Die Volkswirtschaftsdirektion wird der Regierung noch in diesem Monat die Vorlage unterbreiten. Und die Kommission für Öffentlichen Verkehr hat bereits ihre Sitzung terminiert, um die Vorlage zu beraten. Das wird jetzt also sehr schnell gehen. Und der Termin wird eingehalten werden können. Es ist auch richtig, dass für den Betrieb des Viertelstundentakts nach Rotkreuz keine zusätzlichen Fahrzeugkombinationen angeschafft werden müssen. Wenn das gebaut ist, ist die Umsetzung relativ schnell möglich.

➔ Die beiden Geschäfte werden erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

876 –MOTION VON ROLF SCHWEIGER BETREFFEND ERLEICHTERUNGEN FÜR HALTER VON MOTORFAHRZEUGEN MIT ELEKTRISCHEM ANTRIEB
–MOTION VON HEINZ TÄNNLER BETREFFEND «UMWELTGERECHTE SENKUNG DER MOTORFAHRZEUGSTEUER»
–MOTION VON THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND NEUREGELUNG DER KANTONALEN MOTORFAHRZEUGSTEUER
–MOTION VON THOMAS VILLIGER UND MANUEL AESCHBACHER BETREFFEND STEUERRABATT FÜR HYBRID- UND ERDGASBETRIEBENE MOTORFAHRZEUGE
–INTERPELLATION VON ALOIS GÖSSI UND MARKUS JANS BETREFFEND KOSTENWAHRHEIT BEIM MOTORISIERTEN INDIVIDUELLEN VERKEHR (MIV)

Es liegt vor: Bericht, Antrag und Antwort des Regierungsrats (Nr. 1426.1/1022.2/-1165.2/1306.2/1224.2 – 12008).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass alle diese Vorstösse in einem engeren materiellen Zusammenhang stehen. Wir bitten Sie, sich in der üblichen Reihenfolge zu allen Vorstössen zu äussern. Die einzelnen Abstimmungen erfolgen anschliessend selbstverständlich getrennt.
Das Verfahren ist bei diesem Geschäft kompliziert. Die Vorlage des Regierungsrats ist in zwei Teile aufgeteilt. Im ersten Teil wird ein umfassendes Modell betreffend Zielsetzungen zur Revision des Strassenverkehrssteuergesetzes vorgestellt. Gestützt auf dieses Modell werden dann im zweiten Teil die hängigen parlamentarischen Vorstösse behandelt. Der erste Teil (vorgesehenes neues Gesetz) ist materiell umfassender als die Begehren der parlamentarischen Vorstösse. Gegenstand der heutigen Beratung sind jedoch nur die Rechtsbegehren der parlamentarischen Vorstösse. Voten über das vorgesehene neue Gesetz sind zulässig. Sofern diese Voten über die Motionsbegehren hinausgehen, kann darüber heute nicht abgestimmt werden. Dies ist erst bei der Behandlung des neuen Gesetzes zu einem späteren Zeitpunkt möglich.

Aus dieser Sachlage folgt:
1. Eintreten. Ein Antrag auf Nichteintreten auf diese Motionen ist nicht möglich. Mit der Überweisung der Motionen an den Regierungsrat ist der Kantonsrat auf diese Motionen bereits eingetreten.
2. Rückweisung an den Regierungsrat mit bestimmtem Auftrag. Dies wäre möglich. Ein allfälliger, klar definierter Auftrag müsste sich jedoch im Rahmen der Rechtsbegehren der Motionen bewegen. Sofern ein Auftrag die zukünftige Revision des Gesetzes betrifft und nicht die Motionsbegehren, wäre ein solcher Auftrag nicht zulässig. Die Vorsitzende bittet daher den Rat, von dieser heiklen Variante abzusehen.
3. Fazit. Heute ist verfahrensrechtlich nur die Abstimmung über die einzelnen Motionsbegehren möglich, somit erheblich erklären, nicht erheblich erklären oder teilweise erheblich erklären. Im letzten Fall müsste genau definiert werden, inwiefern die teilweise Erheblicherklärung erfolgt.

Als Thomas **Lötscher** auf S. 10 der regierungsrätlichen Vorlage lesen musste: «Die geplante Gesetzesvorlage deckt sich weitgehend mit den Begehren des Motionärs», musste er sich zuerst vergewissern, dass die Regierung wirklich über seine Motion schrieb. Auch seinen Fraktionskollegen erging es so. Die zitierte Aussage stimmt natürlich überhaupt nicht. Somit spricht der Votant auch im Namen der FDP-Fraktion, wenn er dem Regierungsrat Folgendes entgegen hält.
1. Eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern ist absolut nicht angebracht. Wohl wurden diese seit einigen Jahren nicht mehr erhöht. Allerdings hat der Fahrzeugbestand im Kanton Zug markant zugenommen und auch der durchschnittliche Hubraum – als heutige Bestimmungsgrösse für die Besteuerung – ist gestiegen. Dadurch wurden massive Mehrerträge in die Kantonskasse gespült. Es besteht kein Finanzbedarf, der eine Erhöhung rechtfertigen würde.
2. Eine Zweckentfremdung der Motorfahrzeugsteuern für den allgemeinen Haushalt kommt für die FDP nicht in Frage. Die Zweckbindung soll beibehalten werden, liegt doch die Legitimation der Motorfahrzeugsteuer gerade in der Finanzierung der Infrastruktur für den Motorisierten Individualverkehr. Es handelt sich weder um eine Einkommens- noch um eine Vermögenssteuer; denn so fände eine Doppelbesteuerung statt. Die Motorfahrzeugsteuer darf auch nicht zu einer Reichtumssteuer verkommen.
3. Wie bereits ausgeführt, darf die Motorfahrzeugsteuer nicht prohibitiv angesetzt werden, sondern hat sich am längerfristigen, schwankungsbereinigten Bedarf für die Infrastruktur zu orientieren. Innerhalb des dafür aufzubringenden Betrags stellt sich natürlich die Frage, wie dieser Betrag auf die einzelnen Fahrzeuge aufzuteilen ist. Die FDP-Fraktion anerkennt, dass eine ertragsneutrale Differenzierung nach ökologischen Kriterien gerechtfertigt ist. Dabei – und das ist ziemlich der einzige Punkt, in dem wir die Regierung stützen können – soll nicht die Motorentechnologie im Gesetz verankert werden, sondern ein von der technischen Entwicklung unabhängiger Massstab. Der Normverbrauch an Treibstoff der einzelnen Fahrzeuge bildet dafür eine Referenz – ob absolut oder relativ als Verhältniszahl, beispielsweise im Rahmen der Energieeffizienz, ist noch auszudiskutieren. Nachdem die Regierung das erkannt hat, ist umso unverständlicher, was die Motorenleistung, also die PS-Zahl, in der Bemessung zu suchen hat. Die Motorfahrzeugsteuer ist keine Neidsteuer.
4. Die Vorlage der Regierung befriedigt nicht. Unter Vorschiebung der Motionäre wird versucht, eine generelle Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern durchzuboxen. Tendenziös spielt die Regierung Öffentlichen Verkehr und Motorisierten Individualverkehr gegen einander aus. Der Kanton Zug braucht für beide Verkehrsträger gute

Rahmenbedingungen. Die FDP hat zum teuren Ausbau des ÖV mit Stadtbahn und neuem Buskonzept ja gesagt, erwartet jetzt aber, dass auch der MIV die nötige Unterstützung erhält. Stattdessen soll unter dem Deckmantel einer ökologischen Ausrichtung und ohne ausgewiesenen finanziellen Bedarf die Steuer erhöht werden. Dieser Schuss könnte allerdings nach hinten losgehen, zeigen doch die Beispiele in anderen Kantonen, dass Motorfahrzeugsteuererhöhungen beim Souverän nicht so leicht durchgehen.
Fazit: Die in der Vorlage skizzierte neue Ausgestaltung der Motorfahrzeugsteuer ist unbrauchbar. Die FDP verlangt deshalb von der Regierung, dass sie diese umweltgerecht entsorgt, möglichst ohne Feinstaub zu produzieren, und mit einer Vorlage ins Parlament kommt, die die soeben gestellten Anforderungen erfüllt. Deshalb beantragt Thomas Lötscher, alle Motionen erheblich zu erklären. Nicht weil alle effektiv eins zu eins umzusetzen wären, sondern weil wir auf der heutigen Basis keinen seriösen Entscheid fällen können. Die Motionen sollen im Rahmen einer konkreten Gesetzesvorlage behandelt werden.

Thomas **Villiger** freut sich, dass der Regierungsrat umweltfreundliche Fahrzeuge fördern will. Wieso tut er es aber nicht? Hybridfahrzeuge könnten z.B. in der Stadt emissionslos herumfahren, ohne Abgase oder andere Emissionen zu hinterlassen. Ausserhalb der Städte kann man mit sparsamen Motoren fahren und gleichzeitig die Batterien laden. Bei Erdgasfahrzeugen ist erwiesen, dass sie bis zu 60 % weniger Abgase emittieren als herkömmliche Verbrennungsmotoren. Es kommt hinzu, dass wenn mit Biogas gefahren wird, das Fahrzeug CO2-neutral ist. Durch den Einsatz von Erd- und Biogas lassen sich die Schadstoffemissionen im Strassenverkehr erheblich senken. Insbesondere im innerstädtischen Verkehr bietet sich der Einsatz von erdgasbetriebenen Fahrzeugen an und stellt damit eine sofort verfügbare und wirksame Möglichkeit zur Senkung der verkehrsbedingten Umwelt- und Gesundheitsbelastungen dar. Ozon und Lärmprobleme sowie Partikelausstoss in Ballungszentren können durch den Einsatz von erdgasbetriebenen Fahrzeugen erheblich vermindert werden. Der Votant hofft, dass die Regierung auf unser Anliegen einlenkt und sich wie bei der Einführung des Katalysators innovativ zeigt.
Zur vorgeschlagenen Gesetzesrevision. Eine Totalrevision des Gesetzes über die Steuern im Strassenverkehr, wie es die Regierung vorsieht, kann die SVP-Fraktion nicht unterstützen. Schlussendlich führt eine solche Revision zu einer Steuererhöhung von rund 20 %, welche wir konsequent ablehnen. Die Steuererhöhung ist bereits durch die massiv erhöhten Treibstoffpreise in gewissem Masse erfolgt. Die Besteuerung nach dem Verursacherprinzip ist grundsätzlich nicht falsch. Aber wenn man sich auf die theoretischen Verbrauchswerte abstützt, welche nur ab 1997 zuverlässig vorhanden sind, regt dies schon zur Besorgnis an. Wie besteuert man Fahrzeuge, welche vor diesem Zeitpunkt immatrikuliert wurden? Die Besteuerungsmöglichkeit nach der jährlichen Kilometerleistung ist von Anfang an zu bekämpfen. Was passiert mit Fahrzeuggemeinschaften, d.h. Fahrzeuge, welche von mehreren Personen gefahren werden? Wird die Steuer dann auf die Person heruntergerechnet? Was passiert mit Einwohnern des Kantons Zug, welche in Randregionen wohnen und auf das Fahrzeug angewiesen sind? Oder will unsere Regierung Personen diskriminieren, welche den Öffentlichen Verkehr nicht benutzen können, weil sie z.B. Nachtschicht arbeiten? Was ist mit Handwerkern, welche Lasten transportieren müssen und Lieferwagen benutzen? Werden diese von der Besteuerung ausgeschlossen? Man sieht, dass eine derartige Revision viele Fragen aufwirft und in den Grundzügen sehr präzis überarbeitet werden muss. Weiter müssen grossmehrheitlich dieselbe-

triebene Fahrzeuge mit einem Steuerzuschlag von mindestens 20 % rechnen, weil sie die Euro-4-Vorschriften noch nicht erfüllen, obwohl Dieselfahrzeuge erheblich weniger CO2 ausstossen als benzinbetriebene Fahrzeuge – auf Grund des tieferen Treibstoffverbrauchs. Da spielt der CO2-Ausstoss plötzlich keine Rolle mehr. – Die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich für die Erheblichkeitserklärung der Motionen.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass im Rahmen der Revision ein Teil mit der Erhöhung der entstandenen Kosten abgedeckt werden soll. Sie haben in der Motion gesehen, dass der MIV seine Kosten in der Höhe von 48 Mio. Franken nicht deckt. Wir haben eigentlich schon gedacht, dass dies so ist. Die 48 Mio. Franken setzen sich zusammen aus Umwelt-, Gebäude-, Waldschäden und Unfallkosten. Wir sind der Meinung, dass der MIV in der Rechnung seine Kosten exakt ausweisen soll. Die Regierung hat uns diesbezüglich eigentlich eine Zusage gemacht, dass ab Rechenschaftsbericht 2007 dies zum Teil umgesetzt werden soll. Wir sind aber damit einverstanden, dass es wahrscheinlich schwierig ist, diese Rechnung exakt auf den Franken genau zu gestalten. Damit ist unsere Forderung nach einer Vollkostenrechnung teilweise ausgewiesen. Der MIV sollte aber seine 48 Mio. eigentlich selber tragen. Mit der Erhöhung der Strassenverkehrssteuer wird nur ein ganz kleiner Teil davon abgedeckt. Die Fahrzeugsteuer sollte erhöht werden, damit der MIV seine 48 Mio. dann wirklich auch deckt. Damit begrüsst die SP-Fraktion ausdrücklich die vorgesehene Erhöhung. – Nicht ganz einverstanden sind wir, dass wir keine eigentliche Vorlage haben, sondern nur über die Motionen sprechen können. Wir sind der Meinung, dass die Motionen erheblich erklärt werden sollen.

Anna **Lustenberger-Seitz**: «Die Verschwender bestrafen», unter diesem Titel hat die Neue Zuger Zeitung die Thematik Motorfahrzeugsteuern zusammengefasst. Man könnte dies auch positiv formulieren, z.B. «die Autorfahrerinnen und Autorfahrer zur Verantwortung ziehen». Denn wir wissen es alle, die Abgase unserer Autos belasten die Umwelt und verursachen hohe Kosten. Sie sind auch direkt verantwortlich für viele gesundheitliche Schäden, und zwar auch für gesundheitliche Schäden von Nichtautorfahrerinnen und Nichtautofahrern.
Um es vorweg zu nehmend: In der AF hat es auch wenige Autobesitzerinnen. Zum Beispiel die Votantin. Unser Familienauto, das von drei Personen gefahren wird, würde in die Kategorie D der Effizienzkategorien gehören (Details sind in der Motion von Thomas Lötscher beschrieben). Also gäbe dies für uns bereits eine Erhöhung, würde man die Steuern nach diesem System berechnen. Anna Lustenberger hat den Garagisten ihres Opels Meriva darauf angesprochen und dieser fand keine guten Worte für diese Einteilung. Es gäbe Autos, so sagte er, die würden der Kategorie A zugeteilt, hätten aber einen grossen Treibstoffverbrauch. Man müsse die Steuern nach dem effektiven Treibstoffverbrauch bemessen. Nach der effektiven Belastung für die Unweit also. Dieser Garagist ist kein Grüner, mindestens ist er nicht in unserer Partei. Aber die Berechnungsart der Regierung unterstützt er sehr.
Diese unterstützt auch die AF. Wir finden es richtig, dass die Steuern nach dem Treibstoffverbrauch, nach der Motorleistung und nach der Kilometerfahrleistung berechnet werden. Irgendwelche Autos steuerlich zu begünstigen, die zum Beispiel einfach die Euro-4-Norm erfüllen, hiesse ja, das Normale belohnen. Das wäre schon sehr absurd. Daher ist es auch richtig, dass zum Beispiel Dieselfahrzeuge, welche diese Euro-4-Norm nicht erfüllen, mehr zur Kasse gebeten werden als andere.

Wir finden es richtig, dass externe Kosten des Verkehrs über die Motorfahrzeugsteuern bezahlt werden. Das ist verursachergerecht; wer Kosten verursacht, soll dafür auch aufkommen. Gemäss Entwurf der Regierung soll ein Viertel des Nettoertrags der Motorfahrzeugsteuern daher der Staatskasse zukommen. Damit können aber nur etwa 16 Prozent dieser Kosten gedeckt werden. Das ist noch ungenügend. Wir werden in unserer Vernehmlassung ganz sicher noch einen höheren Satz als diese 16 Prozent fordern. Denn ehrlich gesagt ist unverständlich, warum zum Beispiel für Lärmschutzwände die Staatskasse hinhalten muss. Wenn dieser Aufwand eine direkte Folge des Verkehrs ist. Wer die Luft verpestet, die Gesundheit der Menschen beeinträchtigt und Lärm verursacht, soll für den Ausgleich dieser Belastungen aufkommen. Zudem dürfen auch die Gemeinden nicht vergessen gehen; diese benötigen ebenfalls finanzielle Mittel, um die Belastungen durch den Verkehr auszugleichen. Man denke an die verkehrsberuhigenden Massnahmen, die ja zu Lasten der Gemeinden gehen.
Ein neues Gesetz soll nicht nur die Umweltschäden halbwegs reparieren, es soll eine Lenkungswirkung erzielen: Eine Reduktion der Emissionen, also der Abgase und des Feinstaubs, und der Immissionen, d.h. des Lärms und der sonstigen Belastungen. Grundsätzlich sollte daher mit den Einnahmen aus den Motorfahrzeugsteuern auch der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Ökologisierung der Busse mitfinanziert werden. Eigentlich analog zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA. Denn die Reduktion der schädlichen Folgen, die der motorisierte Individualverkehr generell mit sich zieht, kann nur erreicht werden, wenn mehr Leute auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Diese Verkehrspolitik hat das Schweizer Volk in mehren Abstimmungen bestätigt. Die Verursacher von Schäden sollen für die Reparatur aufkommen. Und mit einer verursachergerechten Steuerpolitik sollen die Schäden vermindert werden. – Mit diesen weitergehenden Gedanken möchten wir auf keinen Fall den vorliegenden Bericht in Frage stellen. Im Gegenteil, es hat die AF gefreut, dass die Regierung erkannt hat, in welche Richtung die Totalrevision des Gesetzes über die Strassensteuer gehen muss. Die Stossrichtung heisst verursachergerecht, menschengerecht, umweltgerecht. Wir unterstützen diese Stossrichtung zweihundertprozentig, indem wir eben einfach noch in dieser Richtung etwas weiter denken.
Noch etwas zur Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer. Wir finden diese angebracht, denn sie wurde seit 1986, also seit 20 Jahren, nicht mehr der Teuerung angepasst. Herumrasen und herumblochen darf nicht ständig billiger werden. Zudem werden grosse Kosten auf uns zukommen, auch wenn behauptet wird, der Strassenfonds decke die geplanten Strassen ab. Wir bezweifeln dies, denn es soll ja noch anderes aus diesem Spezialfonds finanziert werden, mehr Unterhaltskosten, externe Verkehrskosten usw. Anna Lustenberger ist auf jeden Fall bereit, diese Erhöhung zu bezahlen, denn in den Genuss der Steuerreduktion durch unsere Kilometerleistung wird sie nicht kommen.
Was sie und auch die AF erstaunt, aber auch erschreckt hat, ist die grosse Anzahl der Autos hier im Kanton Zug, die einen grossen Treibstoffausstoss verzeichnen, denn nicht umsonst würde ja die Einnahmensteigerung bei einer 10-prozentigen Steuererhöhung 20 Prozent ausmachen. Mit anderen Worten – auf den Strassen unseres Kantons fahren unzählige riesige Benzin und Dieselsäufer herum. Es ist absurd, mehr als zwei Tonnen Blech und Metall zu bewegen, um eine Kiste Bier von A nach B zu transportieren oder die Kinder von der Schule abzuholen. Generell ist hier im Kanton Zug eine Übermotorisierung feststellbar. Die AF prüft in dieser Beziehung einen Vorstoss. – Im Übrigen schliessen wir uns der Regierung an, die Motionen als nicht erheblich zu erklären.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion mit Interesse zur Kenntnis genommen hat, was der Regierungsrat für die Motorfahrzeugsteuern plant. Die Richtung stimmt für uns, eine Entwicklung in Richtung Ökologie. Wir waren aber sehr verwundert über das Vorgehen der Regierung. Es liegt uns vor eine Absichtserklärung, wie das neue Gesetz aussehen könnte. Aber wie sieht die Vorlage am Schluss aus? Was macht die Vernehmlassung dazu? Was macht die Regierung aus dieser Vernehmlassung? Und was beschliesst der Kantonsrat? Und mit den Voten, die wir heute zum Thema gehört haben, braucht man keine grosse Voraussicht, um zu wissen, dass die Vorlage so, wie das die Regierung vorsieht, nicht in Kraft treten wird. Und mit diesem Nichtwissen sollen wir jetzt die Motionen abschreiben? Der übliche Weg, den wir bis jetzt immer eingeschlagen haben, war eine Überweisung, die Vorlage der Regierung, der Beschluss des Kantonsrats und nachher die Abschreibung der Motion. Zur Motion Tännler schreibt die Regierung selber, dass die Regierungsratsvorlage die Motion vollumfänglich abdecke. Hier wäre eigentlich das normale Vorgehen: Erheblicherklärung der Motion und gleichzeitige Abschreibung wegen Erledigung. Wir haben heute die Möglichkeit, die Motionen an die Regierung zurückzuweisen. Die Präsidentin hat uns davor gewarnt und Käty Hofer teilt diese Bedenken. Als zweite Möglichkeit bleibt ihr nur noch der Antrag auf Erheblicherklärung aller Motionen. Sonst haben wir gar nichts mehr in der Hand. Wir haben die Motionen abgeschrieben und die Vorlage noch nicht auf dem Tisch. Die Votantin bittet den Rat, diesem Antrag Folge zu leisten, sonst laufen wir Gefahr, weitere solche Nicht-Vorlagen auf den Tisch zu bekommen.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass auch die CVP-Fraktion ein Problem hatte mit dem Verfahrensablauf. Am liebsten hätten wir gehabt, wenn wir die Motionen gleichzeitig mit der Gesetzesvorlage hätten behandeln können. Aber das geht nicht, das leuchtet dem Votanten auch ein. Insofern haben wir beschlossen, wo wir die Motionen erheblich und wo nicht erheblich erklären wollen. – In der Auslegung des Gesetzes können wir uns grossmehrheitlich den Ausführungen von FDP und SVP anschliessen. Auch wir möchten keine Steuererhöhung. Wir denken, dass die Strassenbauprojekte mit der Separatrechnung bezahlt werden können. Wenn jetzt ein Viertel der Steuereinnahmen aus dem Motorfahrzeugverkehr für andere Zwecke weggenommen werden, stellt sich auch die Frage, ob dann die Separatrechnung noch Sinn macht. Das haben ja andere Kantone auch nicht. Auch diese Frage müsste man dann noch besser anschauen.
Zu den einzelnen Motionen: Motion Schweiger, nicht erheblich erklären. Motion Tännler erheblich erklären. Motion Lötscher nicht erheblich erklären. Motion Villiger, knapp erheblich erklären. Das Problem bei unserer Diskussion bestand auch darin, dass wir gar nicht abschätzen konnten, was die Auswirkungen der einzelnen Motionen im Gesamtgesetz sein werden. Wie auch die Motionen heute beurteilt und wie über sie abgestimmt wird – der Kantonsrat hat bei der Gesetzesberatung immer noch die Möglichkeit, auf Motionen zurückzukommen, sie im Nachhinein ins Gesetz aufzunehmen oder zu entfernen. Diese Freiheit werden wir weiterhin haben. Insofern kann sich Beat Villiger damit einverstanden erklären, wenn heute alle Motionen erheblich erklärt werden. Wir können ja das in der Gesetzesberatung wieder korrigieren.

Felix **Häcki** beantragt, den Anträgen der Regierung betreffend Abschreibung zu folgen. Dies mit folgender Begründung:

1. Fahrzeuge mit Elektroantrieb sind aus Sicht der Energiebilanz kritisch. Sie fahren mit Atomstrom, denn die hydroelektrischen Kraftwerke zusammen mit Sonnenkollektoren und Windkraftwerken sind nicht einmal in der Lage, in der Schweiz genügend Strom für Haushalte und Wirtschaft herzustellen.
2. Die übrigen Motionen, die eine Reduktion der Steuern auf umweltfreundliche Antriebe verlangen, sind überflüssig. Denn diese Energieformen sollen gemäss Entscheid des Bundesrats beim Treibstoffzuschlag massiv privilegiert werden. Sie können das in der heutigen Zeitung nachlesen. Wir brauchen nicht obendrauf noch eine doppelte Besteuerung hier im Kanton Zug, denn die Luftverschmutzung macht vor den Kantonsgrenzen keinen Halt. Und ein Grossteil der Fahrzeuge, die den ganzen Tag auf unserem Boden herumfahren, kommt aus ausserkantonalen Gebieten. Also ist nicht einzusehen, warum man nur die Zuger bestrafen muss. Gemäss Darstellung der Regierung ist der grösste externe Kostenblock die Deckung der Unfallkosten. Diese Kosten haben nicht unbedingt etwas mit der Antriebstechnik zu tun. Es kann auch ein Elektrofahrzeug einen grossen Schaden verursachen oder ein ergasbetriebenes Fahrzeug.
Der Votant bitte deshalb den Rat, dem Antrag der Regierung zuzustimmen, dabei allerdings zu bedenken, dass die angekündigte Gesetzesrevision keine valable Alternative ist. Sie wird zu bekämpfen sein.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** möchte zuerst einleitend etwas zum Verfahren sagen. Die SP-Fraktionschefin hat sich ja ausführlich zur Verfahrensfrage geäussert. Sie haben heute in 2. Lesung eine Änderung des Personalgesetzes beschlossen, gestützt auf eine Motion der Stawiko. Diese hat diese Teuerungszuständigkeit dem Kantonsrat geben wollen. Es ist ein interessantes Beispiel, weil es einfach ist. Der Regierungsrat hat dann dazu Stellung genommen, aber keine Vorlage ausgearbeitet. Sondern er hat skizziert, was er zu tun gedenkt. In diesem Fall hat er wie bei den Motorfahrzeugsteuern gesagt, er wolle es nicht tun. Dann hatten Sie überhaupt kein Problem damit, sondern als Kantonsrat die Motion erheblich erklärt. Zuerst wurde sie vorher noch überwiesen. Und gestützt auf die Erheblicherklärung – so steht es auch in der Geschäftsordnung – hat dann der Regierungsrat den verbindlichen Auftrag, Ihnen eine Gesetzesvorlage zu bringen. Dafür hat er drei Jahre Zeit. Wir haben die Vorlage – wie Sie wissen – sehr schnell gebracht. Genau in diesem Verfahrensstand, wo es zuerst nur um die Frage geht, soll erheblich erklärt werden oder nicht, sind wir heute. Und bei diesem Verfahrensstand macht der Regierung nicht vorhand eine Gesetzesvorlage – da gibt es einen Beschluss des Regierungsrats, das nicht zu tun, und der wird immer angewendet. Sondern bei jeder Motion, die Sie einreichen, sagen Sie: Ja, wir wollen sie erheblich erklären, oder: Nein, wir wollen das nicht erheblich erklären, wir gedenken, das und das zu tun. Und dann erhalten wir von Ihnen den Auftrag. Komplizierter ist es hier, weil der Regierungsrat von sich aus selber natürlich auch Gesetzesvorlagen bringen kann. Und das beabsichtigt er auch zu tun. Und weil wir das beabsichtigen und auch schon sehr weit sind mit der Arbeit zu einer Gesetzesvorlage, haben wir skizziert, was darin steht. Sie haben es sehr gut verstanden. Sie können das kritisieren. Es ist ja nicht so schwammig, dass Sie nicht wissen, was wir wollen. Sie wissen das sehr genau, das merkt man aus Ihren Voten. Das heisst, dass Verfahren ist ganz normal.
Nun zum Modell des Regierungsrats. Das ist dann die Grundlage, auf der wir prüfen, ob diese Motionen sinnvoll sind oder nicht, beantragen wir Erheblicherklärung oder nicht? Das Modell, das wir vorschlagen, will die zwingenden Bestimmungen des Bundes über den Umweltschutz umsetzen. Und der Regierungsrat hat vor mehr als

15 Jahren im Umweltbereich einen Massnahmenplan Lärm und Luft verabschiedet, und auch der muss umgesetzt werden. Dort steht, dass wir differenzierte Verkehrssteuern einführen wollen und deren Höhe vom Emissionsverhalten abhängig gemacht werden soll. Wir machen also mit unserer Vorlage – wie Sie sie heute haben – nichts anderes, als ein urliberales Prinzip umzusetzen, nämlich das Verursacherprinzip. Wer Kosten verursacht – das hört man oft in diesem Rat –, dem sollen sie auch anteilsmässig belastet werden. Und gerade die Kostenwahrheit ist in diesem Rat ja bekanntlich immer wieder ein Thema. Und soll sie nur dann keine Rolle spielen, wenn es ums Auto oder sogar um das eigene Auto geht? Der Votant kann sich nicht vorstellen, dass der Rat sich so widersprüchlich verhalten will. – Kurz nochmals die Kernpunkte unseres Modells.

1. Die Steuer richtet sich nach der Emission eines Fahrzeugs. Thomas Lötscher hat selber gesagt, dass der Treibstoffverbrauch eine sinnvolle Referenz ist. Wir haben diesen gewählt, weil er bei allen neueren Autos über eine Datenbank abgerufen werden kann und auch bei älteren Fahrzeugen einfach zu ermitteln ist. Und da haben wir auch schon das Hybridfahrzeug drin. Denn es braucht weniger Treibstoff, wie Thomas Villiger schon erwähnt hat – je nach Antriebsart. D.h. es fährt bei der Steuer besser. Das Erdgasfahrzeug wird umgerechnet auf einen Treibstoffverbrauch umgerechnet und wird ebenfalls günstiger fahren. Aber hier ist vielleicht wichtig, dass wir ein grundlegendes Modell haben, das alle gleich behandelt. Dass wir nicht ein Rabatt-Modell haben, das ganz bestimmte eher minderheitliche Antriebs- oder Treibstoffarten bevorzugt. Deshalb Emissionsverhalten gemessen am Treibstoffverbrauch.

2. Die Motorleistung des Fahrzeugs – darauf hat Thomas Lötscher schon eher kritisch reagiert. Und die wollen wir auch drin haben. Denn wie schon gesagt wurde, es gibt wirklich überstark motorisierte Fahrzeuge. Und es gibt eine interessante Broschüre der BfU – sie ist so abgefasst, dass sogar Hanspeter Uster sie versteht. Es geht um die besonders grossen und schweren Fahrzeuge, die so genannten SUV, die viel Treibstoff verbrauchen und sehr stark motorisiert sind. SUV hat übrigens nichts mit dem Treibstoffverbrauch zu tun, es ist Englisch und heisst: Sport Utility Vehicle. Und deshalb ist die Motorenleistung nötig, denn wenn Sie zehn Minuten am Postplatz sehen und dann überhaupt noch atmen können, sehen Sie unglaublich viele SUVs vorbei rasen.

3. Wer weniger als 5'000 km fährt pro Jahr, bekommt einen Rabatt. Natürlich kann man hier Vollzugsprobleme konstruieren. Das kann man bei jeder Vorlage machen. Aber das Strassenverkehrsamt hat versichert, dass diese Bonusberechnung – gestützt auf eine Selbstdeklaration – absolut vollzugstauglich ist. Und all die aufgeworfenen Fragen (wenn es drei Personen sind, die das Fahrzeug benützen), dieses Problem haben Sie heute schon. Und wer wird heute besteuert? Der Halter oder die Halterin. Sie müssen für ihr Fahrzeug bezahlen und das wird auch weiterhin so sein. Das ist schon heute kein Problem und wird es auch künftig nicht sein.

4. Hier hat Thomas Lötscher von einer Zweckentfremdung der Einnahmen via Strassenverkehrssteuer gesprochen. Das ist es überhaupt nicht, sondern dieses Geld wird auch gebraucht für externe Kosten, die der Strassenverkehr verursacht, Gesundheitskosten, Umweltkosten. Wir haben auch ausgewiesen, wie hoch das ist. Diese 48 bis 50 Mio. sind eine sehr vorsichtige Schätzung. Nur dass Sie ungefähr das Ausmass sehen. Es werden also pro Jahr im Kanton Zug an die 50 Mio. externe Kosten verursacht. Dazu kommen noch 5 bis 6 Mio. nicht gedeckte Strassenunterhaltskosten, die über die Staatsrechnung laufen. Wir haben das in der Tabelle zur Motion Gössi/Jans ausgeführt. Wenn man das zusammenzählt, waren das in den letzten sechs Jahren über 21 Mio. Franken. Die muss man auch berücksichtigen. Das ist

keine Zweckentfremdung, sondern sogar eine *zweckgerichtete* Verwendung dieses Geldes.
5. Dieselfahrzeuge brauchen weniger Treibstoff als benzinbetriebene Fahrzeuge. Das ist ein Vorteil. Deshalb wird – anders als das gesagt wurde – in unserem Modell der CO2-Ausstoss der Dieselfahrzeuge berücksichtigt. Es braucht weniger Most und deshalb zahlt man auch weniger Steuern. Das ist die Ausgangslage. Das Problem ist jetzt aber, dass bei einem Dieselfahrzeug, das keinen Russpartikelfilter hat und nicht der Euro-4-Norm entspricht, die Feinstaubbelastung viel grösser ist. Und deshalb, damit die nicht besser fahren, gibt es mindestens einen Zuschlag von 20 %, weil die Treibstoffersparnis beim Dieselfahrzeug etwa in dieser Grösse ist. D.h. es ist keine Strafe, sondern ein Zusatz, damit nicht jemand, der zwar treibstoffmässig ökologisch fährt, aber feinstaubmässig katastrophal, besser gestellt wird als jemand, der ein Benzinauto hat.
Zurück zum Inhalt der Motionen. Sie gehen grundsätzlich alle in eine gleiche oder ähnliche Richtung. Sie wollen Fahrzeuge belohnen, die ökologischer sind. Thomas Lötscher macht es abweichend von uns über die Effizienz. Aber grundsätzlich will er das Gleiche: eine gerechte Steuer auf Grund einer richtigen Basis. Bei ihm ist es die Effizienz, bei uns der Treibstoffverbrauch und die Motorenleistung. Deshalb haben wir gesagt: Warten Sie nun doch einmal auf unser Modell! Es liegt vor, wir können es noch vor den Ferien in die Vernehmlassung geben. Dann können Sie sich auch eine Meinung bilden. Die Vernehmlassung ist nämlich das weitere Problem. Wir können doch nicht eine Gesetzesvorlage in den Kantonsrat bringen, ohne dass wir sie in die Vernehmlassung gegeben haben, nur um deutlich zu machen, was wir zu den Motionen meinen. Und wir können auch nicht gut die Motionen in die Vernehmlassung geben. Aber der Sicherheitsdirektor möchte nicht nochmals diese ganze Verfahrensfrage aufrollen.
Er hat gehört, dass alle im Rat eine vernünftige ökologische Ausrichtung wollen. Gleichzeitig wird aber von den bürgerlichen Parteien gefordert, dass es keine Steuererhöhung geben darf. Dabei stellt sich die Frage, was denn hier vernünftig heisst. Max Frisch hat in seiner Solothurner Rede mit dem Titel «Am Ende der Aufklärung steht das Goldene Kalb» mit einem kritischen Blick auf die Schweiz gesagt: «Vernünftig ist, was rentiert.» Der Rat kann sich vorstellen, dass Hanspeter Uster diesen Vernunftbegriff im monetären Sinn nicht teilt. Aber im übertragenen Sinn rentiert eine intakte Umwelt. Sie rentiert sogar sehr und es lohnt sich, in eine intakte Umwelt zu investieren – gerade in einem rasch wachsenden Wirtschaftsstandort. Tun wir das deshalb und geben Sie unserem Modell eine Chance! Es ist letztlich nicht entscheidend, wenn Sie mit den gemachten Vorbehalten diese Motionen jetzt auch erheblich erklären. Wir werden das verarbeiten und unsere Modell so rasch wie möglich in die Vernehmlassung geben, damit auch die Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Stellung beziehen können und es eine breite politische Debatte gibt.

Thomas **Lötscher** meint, es sei wirklich nicht ganz so einfach, wie es der Sicherheitsdirektor dargestellt haben, auch was das Verfahren anbelangt. Wir sind es uns eigentlich gewohnt, dass Gesetzesvorlagen durchaus in die Vernehmlassung gehen, bevor sie in diesen Rat kommen. Und mitsamt den Motionen in die Vernehmlassung gehen und wieder in den Rat kommen. Weshalb also diese Motionen jetzt vorziehen, die darin enthaltenen Anliegen aus der Welt schaffen und erst dann über ein Gesetz befinden, welches materiell eine Steuererhöhung verlangt und somit nichts zu tun hat mit den Motionen? Keine dieser Motionen verlangt eine Steuererhöhung. Über die Kostenwahrheit kann man sicher separat diskutieren. Der Votant hat die Erfahrung

gemacht, dass bei Verkehrsfragen kaum mehr Unwahres erzählt wird als unter dem Deckmantel der Kostenwahrheit.
Er möchte nun aber doch noch erklären, was der wesentliche Unterschied ist zum Modell, das er selbst vorgeschlagen hat. Sie kritisiert nämlich, bei seinem Modell seien mittelgrosse Fahrzeuge zu finden, die nicht in die tiefste Steuerklasse gehören. Das ist eine unstatthafte Wertung, aus der der Gedanke der Neidsteuer spricht. Denn eigentlich ist genau das die Stärke dieses Modells. Stellen wir uns doch einmal die Frage, was wir mit der Steuerabstufung überhaupt erreichen wollen. Was heisst diese vernünftige ökologische Ausrichtung? Wir möchten nicht das Autofahren vermiesen oder künstlich verteuern. Wir wollen das Umsteigen auf verbrauchgünstigere Fahrzeuge fördern. Glaubt in diesem Saal allen Ernstes irgend jemand, ein Familienvater mit fünf Kindern werde wegen der Motorfahrzeugsteuern statt eines siebenplätzigen Minivans einen vierplätzigen Kleinwagen kaufen? Glauben Sie, jener Gewerbler, der mit einem robusten Geländewagen oder SUV seinen Anhänger auf die unbefestigte Baustelle zieht, werde dies nun mit einem Smart versuchen? Natürlich sind Sie nicht so naiv. Eine solche Steuerdifferenzierung, die sich einfach vom günstigsten Verbrauch zum höchsten linear durchzieht, löst kaum Verhaltensänderungen aus. Denn bei gewissen Bedürfnissen hat der Käufer keine Chance, von den Anreizen zu profitieren. Es findet lediglich eine nutzlose Umverteilung statt. Nicht so beim Modell nach Energieeffizienz. Die Klassierung reicht von A wie ausgezeichnet bis G wie grauenhaft. Besagter Familienvater, der einen siebenplätzigen Minivan sucht, findet allein beim Renault Espace das Spektrum zwischen A und F. Das Spektrum beim Normverbrauch erstreckt sich 6,8 bis 12,4 Liter auf 100 km. Die Differenz macht 5,6 Liter aus. Dies wiederum entspricht dem Verbrauch eines Autos der unteren Mittelklasse des gleichen Herstellers. Für den Gewerbler, der sich nach einem Geländewagen umsieht, öffnet sich beim Landrover Discovery ein Spektrum von A bis F mit einer Verbrauchsdifferenz von ebenfalls 5,6 Litern auf 100 km. Die Regierung stört sich, dass ein Landrover in die Kategorie A fallen kann. Thomas Lötscher aber fragt: Ist es denn nicht sinnvoll, dass jemand, der sich sowieso einen Geländewagen kauft, wenigstens überlegt, ob er nicht einen mit weniger Verbrauch nehmen soll? Ist es nicht sinnvoll, dass er dafür einen Anreiz erhält und somit auf 100 km jeweils ein paar Liter Treibstoff spart? Genau das wollen wir doch! Man kann natürlich kritisieren, dass es Fahrer kleinerer und sparsamerer Autos gibt, die mehr Steuern zahlen müssen, wie das Anna Lustenberger mit Oper Meriva ausgeführt hat. Aber wir wollen mit dieser Steuerdifferenzierung doch etwas erreichen. Wir möchten die Leute zum Umdenken und Umsteigen bringen. Da nützt es nichts, wenn wir Kleinwagenfahrer, die sowieso nichts anderes fahren wollen, belohnen, ohne dass sie dafür etwas tun. Aber auch der Kleinwagenfahrer hat die Wahl. Der Peugeot 206 z.B. deckt die Energieeffizienzpalette von A bis G ab. Der Sparsamste braucht gerade mal 4,3 Liter und der Durstigste mit 8,6 Litern exakt das Doppelte. Was zwar immer noch etwas weniger ist als beim sparsamsten Landrover Discovery. Sicher gehen Sie mit dem Votanten einig, dass wegen der Motorfahrzeugsteuer seinen kleinen Peugeot gegen einen Landrover eintauscht oder umgekehrt. Wenn aber beide Autofahrer innerhalb der bevorzugten Palette ein sparsameres Modell wählen und am Stammtisch plötzlich weniger von PS, sondern mehr von Energieeffizienzkategorien gesprochen wird, sind wir dem Ziel ein gutes Stück näher. Fazit: Wenn wir uns von Neidvorstellungen lösen und uns das Lenkungsziel vor Augen halten, hat das Modell mit der Energieeffizienz wohl auch lenkungstechnisch die grösste Effizienz. Der Votant wünscht sich, dass wir eine Vorlage kriegen, die nicht einfach nur einen ökologischen Deckmantel trägt und dann relativ willkürlich den Autofahrern das Geld aus der Tasche zieht. Sondern eine Vorlage, die effektiv etwas bewirken kann. Sonst lassen wir es besser bleiben.

Daniel **Burch** möchte zwei Aspekte aufzeigen. Als Automobilingenieur möchte er einmal klarstellen, was der Unterschied ist zwischen Abgasemissionen und Verbrauch. Er hat festgestellt, dass es hier offenbar Differenzen gibt. Heute ist es so, dass wir Abgasvorschriften haben, die für alle Fahrzeuge gelten. Gewisse Grenzwerte sind vorgegeben, ob nun das Fahrzeug vier, sechs, acht oder zwölf Zylinder hat. Ob es einen Liter Hubraum hat oder fünf. Ob es 50 oder 300 oder 400 PS hat. Heute können wir sagen: Ein Kleinwagen darf nicht mehr ausstossen als ein SUV. Oder ein SUV verursacht nicht mehr Schadstoffemissionen als ein Kleinwagen. Der Unterschied ist, dass vielleicht der Grosse mehr Treibstoff verbraucht als der Kleine, aber abgassmässig haben wir keine Differenzen.
Der nächste Punkt sind die ungedeckten Kosten. Wir haben heute verschiedentlich gehört, dass es wichtig ist und notwendig, dass man auch die ungedeckten Kosten berücksichtigt. Der Votant möchte aufzeigen, was für ein Blödsinn das ist und worauf wir uns hier einlassen. Dieselbe Studie, die zum Schluss kommt, dass wir 80 Rappen ungedeckte Kosten pro PW-Kilometer haben, kommt auch zum Schluss, dass wir 14 Rappen ungedeckte Kosten pro Velo-Kilometer haben. Also wenn sie am nächsten Sonntag mit der Familie um den Zugersee fahren, verursachen Sie ungedeckte Kosten von 28 Franken. Derjenige, der «umweltfreundlich» täglich 10 km zur Arbeit fährt, verursacht ungedeckte Kosten von mehr als 300 Franken. Hier sehen Sie, was für ein Blödsinn das ist, worauf wir uns hier einlassen. Und denselben Blödsinn wollen wir anwenden beim MIV. Überlegen Sie sich wirklich gut, auf was Sie sich hier einlassen!

➔ Der Rat beschliesst mit 38 : 28 Stimmen, die Motion Schweiger erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 40 : 26 Stimmen, die Motion Tännler erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 46 : 18 Stimmen, die Motion Lötscher erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 47 : 10 Stimmen, die Motion Villiger/Aeschbacher erheblich zu erklären.

➔ Die Interpellation Gössi/Jans wird vom Rat zur Kenntnis genommen.

877 INTERPELLATION VON MARKUS GRÜRING BETREFFEND ÄGERISEE, LORZE UND ANDERE GEWÄSSER IM ZUSAMMENHANG MIT ERLEBTEN UND KÜNFTIGEN UNWETTERN

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1374.2 – 11960).

Bevor Markus **Grüring** auf die Antwort des Regierungsrats eingeht, die er hiermit im Namen aller Einwohner und Politiker des Ägeritals herzlichst verdanken möchte, erlaubt er sich noch einige Vorbemerkungen.

Es freut ihn sehr, dass für einmal das Ägerital im Zentrum des Geschehens im Kantonsrat steht, auch wenn der Umstand der dazu geführt hat, ein unerfreulicher ist! – Es ist für den Votanten nur schwer nachvollziehbar, wieso diese Interpellation nicht von allen Kantonsräten des Ägeritals unterstützt worden ist. Die unzähligen Reaktionen von besorgten Bewohnern, die bei ihm eintrafen oder ihm zugetragen worden sind, zeigten deutlich, wie sehr dieses Thema die Bevölkerung bewegt hat und noch heute bewegt. Auch ist es angebracht, an dieser Stelle noch einmal im Namen von uns allen den Einsatzdiensten (inkl. den Zivilschützern aus dem Kanton Tessin!), die im Ägerital tätig waren, und auch den Gemeindeverantwortlichen ein herzliches Dankeschön überbringen. Und ein riesiges Lob auszusprechen. Nicht vergessen dürfen wir alle Unternehmer, die ihre Leute zur Verfügung stellten. – Etwas erstaunt ist Markus Grüring über die Tatsache, dass in der Antwort der Regierung mit keinem Wort auf die Arbeit und die Beschlüsse der Wasserbaukommission eingegangen wird. Ist da allenfalls ein Kommunikationsproblem zutage getreten, das eventuell im Interesse einer noch besseren Koordination angepackt werden müsste? Wie schon in der Interpellationsantwort der Regierung erwähnt, geht es keineswegs darum, Schwarzpeterspiele zu betreiben. Trotzdem geht es nicht ganz ohne die Nennung von zumindest «Mitverantwortlichen».
Also, es ist offensichtlich, dass die Regierung dieses Problem nicht auf die leichte Schulter genommen hat. Die ausführliche Antwort zeugt davon. Interessant ist zu wissen, dass der Vertrag bezüglich der Nutzung des Lorzewassers am 25. November 1857, also vor praktisch 150 Jahren, abgeschlossen worden ist. Dass damals die gesamte Landschaft und das Dorf Unterägeri völlig anders ausgeschaut haben, sei hier nur am Rande erwähnt. Die Bemerkung, wonach Grundeigentümer, die in der Nähe von Gewässern wohnen, bauliche Massnahmen ergreifen müssen, um sich zu schützen, ist nur die eine Seite. Die andere Seite aber ist, dass ein Vertrag nebst Rechten auch Pflichten beinhaltet. Und hier scheint festzustehen, dass der Pflege der Lorze wohl nicht immer die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Hier erwartet der Votant, dass künftig ein grösseres Augenmerk auf die Einhaltung von Verträgen gerichtet wird. Auch wird in der Antwort erwähnt, dass die Schieber unter gewissen Bedingungen automatisch bedient würden. Anlässlich der Unwetter war aber aufgefallen, dass die Schieber zu wenig hoch gezogen werden konnten und so mithalfen, das Wasser zusätzlich zu stauen. Diese Situation müsste noch einmal überprüft werden, und zwar vor dem nächsten Hochwasser. Nur am Rande sei erwähnt, dass der See infolge der Schneeschmelze und der Regenfälle schon jetzt wieder eine beträchtliche Höhe erreicht hat. Im Schmittli tritt die Lorze schon fast wieder aus ihrem Bett. Und das ohne Unwetter notabene!
Im Kanton Zug gibt es (noch) kein Frühwarnsystem für derartige Ereignisse. Auch gibt es nicht, wie in anderen Kantonen, eine Stabstelle Naturgefahren. Anscheinend sei es im Kanton Zug nicht möglich, ein entsprechendes Warnsystem aufzubauen, in anderen Kantonen aber schon. Gerade diese Aussage gibt schon etwas zu denken, umso mehr wenn man untrügliche Anhaltspunkte hat, dass wir alle künftig in vermehrtem Masse mit derartigen Ereignissen rechnen müssen. Zudem seien Prognosen über Niederschläge schwierig zu stellen. Das stimmt sicher bis zu einem bestimmten Grad. Man vergisst aber, dass es gerade rund um den Ägerisee eine Vielzahl von Leuten gibt, die den See seit Jahren beobachten, Buch führen und Voraussagen machen könnten. So wurde bereits am frühen Freitagmorgen vor den Überschwemmungen von Anwohnern gewarnt, es bahne sich eine riesige Katastrophe an, weil der See mit einer überdurchschnittlichen Geschwindigkeit anschwoll. Warum nicht eine derartige milizmässige Organisation aufbauen? Mit etwas Kreativi-

tät würde man da sicher Lösungen finden. Und solche Lösungen müssten doch im Interesse aller Beteiligten sein, nicht?
Gerade diese Ereignisse haben wiederum einmal mehr als deutlich gezeigt, wie aktuell die von vielen Leuten auch hier im Rat unterschätzte Verkehrsproblematik im Ägerital ist. Wir waren praktisch von der Umwelt abgeschnitten und die Unwetter haben mit aller Klarheit gezeigt, wie sehr wir auf gute Strassen angewiesen sind. Doch gerade in diesem Bereich wird in Unterägeri ein Sündenfall geplant, der vom Kanton als Besitzer der Kantonsstrasse stillschweigend, so scheint es, toleriert wird. Die ganze Verkehrssituation rund um das geplante neue Begegnungszentrum inkl. Einkaufszentrum (nur damit es alle deutlich hören: Der Votant ist kein Gegner des neuen Zentrums!) ist in seinen Augen mehr als nur unbefriedigend und das Chaos ist vorprogrammiert, nicht nur wegen den bergwärts fahrenden ZVB-Busse, die mangels anderer Möglichkeiten auf der Kantonsstrasse, notabene ohne Busbucht, anhalten müssen. Wir haben schon heute an vielen Tagen, daher der zumindest terminologische Zusammenhang mit Unwettern, massivste Verkehrsüberschwemmungen mit allen dazu gehörenden Konsequenzen. Markus Grüring ruft den Kanton und alle Verantwortlichen inklusive den Generalunternehmer auf, sich diese Planung noch einmal genauer anzuschauen. Ein bereits heute massiv vorhandenes Verkehrsproblem wird potenziert, und niemand schreit auf. Als FDPler fühlt sich der Votant verpflichtet, nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung einzutreten, auch die Lebensqualität und die Ökologie müssen gleichwertig berücksichtigt werden und im Einklang mit der Entwicklung stehen.
Zum Schluss fordert der Votant den Rat auf, uns bei der Realisierung des dringend notwendigen Umfahrungstunnels Unterägeri zu unterstützen. Denn nicht nur Cham und Zug haben ein Problem, sondern auch Unterägeri.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** möchte hier keinen falschen Eindruck erwecken, aber ein Ausgleichsbecken bleibt leider ein Ausgleichsbecken, auch wenn es noch so gross ist. Wenn Sie den Ägerisee unter Normalstand um 10 cm absenken wollen, brauchen Sie Wochen dazu. Das ist wie in der Badewanne: Je weniger drin ist, desto weniger fliesst ab. Was nützen dann 10 cm Absenkung, wenn während zwei bis drei Tagen ein Meter kommt? Die Differenz wäre 90 cm. Die Überschwemmung wäre genau gleich stark!

➔ Kenntnisnahme

878 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 1. Juni 2006

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

61. SITZUNG: DONNERSTAG, 1. JUNI 2006

8.30 – 12.35 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

879 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Kathrin Kündig, Zug; Peter Diehm und Georg Helfenstein, Cham; Brigitte Vaderna, Risch.

880 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** begrüsst als Nachfolger von Malaika Hug Hansjörg **Hermann**. Er wird heute vereidigt und die Kantonsratspräsidentin wünscht ihm viel Befriedigung bei seiner neuen Tätigkeit im Kantonsrat.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** ist wegen einem Auslandaufenthalt mit Mitgliedern einer Fachdirektorenkonferenz für die ganze Sitzung entschuldigt.

Hans-Beat **Uttinger** wird sich wegen gesundheitlichen Problemen nach der Strassendebatte für heute verabschieden.

881 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 4. Mai 2006.
2.1. Genehmigung einer Kantonsrats-Ersatzwahl.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1435.1 – 12025).
2.2. Ablegung des Eides durch ein neues Mitglied des Kantonsrats.

2.3. Ersatzwahl in die Kommission für den öffentlichen Verkehr.
3. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
4. Kommissionsbestellungen:
4.1. Anpassung kantonaler Gesetze an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1437.1/.2 – 12039/40).
4.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Teilergänzung der Stadtbahn Zug und Investitionsbeiträge für den Doppelspurausbau Cham Bahnhof - Freudenberg und für den Ausbau der Stadtbahn-Haltestellen Zythus und Chämleten.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1438.1/.2 – 12041/42).
4.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1434.1/.2 – 12023/24).
5. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine Sandsportanlage, eine Finnenbahn und die Sanierung der Spielwiese Nord auf dem Areal der Kantonsschule Zug.
2. Lesung (Nr. 1390.5 – 12030).
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmen- und Objektkredit für die Planung und den Bau der «Umfahrung Cham – Hünenberg» sowie für den Landerwerb.
2. Lesung (Nr. 1393.9 – 12031).
Berichte und Anträge der Raumplanungskommission (Nr. 1393.10 – 12045) und des Regierungsrats (Nr. 1393.11 – 12047).
7. Änderung des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge (Aufhebung der Stipendienkommission und weitere Anpassungen).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1397.1/.2 – 11915/16) und der Kommission (Nrn. 1397.3/.4 – 12021/22).
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für einen Büropavillon für die Therapeutische Gemeinschaft für Drogenabhängige bei der Sennhütte Blasenberg in Zug.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1405.1/.2 – 11942/43), der Kommission (Nr. 1405.3 – 12014) sowie Zusatzbericht und Antrag der Kommission (Nr. 1405.4 – 12015) und Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1405.5 – 12048).
9. Parlamentarische Vorstösse betreffend Vermittlung in Konfliktsituationen:
9.1. Motion von René Bär, Hans Durrer und Heinz Tännler betreffend Schaffung einer unabhängigen Anlaufstelle für Mitbürgerinnen und Mitbürger (Ombudsmann- oder Mediationsstelle) (Nr. 972.1 – 10736).

9.2. Motion der Justizprüfungskommission betreffend Prävention und Umgang mit Personen in Konfliktsituationen (Nr. 974.1 – 10743).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 972.2/974.2 – 12005).
10. Motion von Beat Villiger, Andrea Hodel und Moritz Schmid betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Aufnahme einer Autobahnraststätte)
(Nr. 1338.1 – 11729).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1338.3 – 12036).
11. Motion der SVP-Fraktion betreffend Änderung des Personalgesetzes (Mutterschaftsurlaub) (Nr. 1356.1 – 11783).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1356.2 – 12037).
12. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend der Tätigkeit des Staatsarchivs nach Inkrafttreten des neuen Archivgesetzes (Nr. 1384.1 – 11861).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1384.2 – 12032).
13. Interpellation von Martin Stuber betreffend Personalsituation und Verantwortung des Kantons bezüglich Kunsthaus Zug (Nr. 1411.1 – 11954).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1411.2 – 12038).

Am Nachmittag finden die Fraktionsausflüge statt.

Louis **Suter** beantragt im Namen der Raumplanungskommission, Traktandum 10 für heute zu streichen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Motion ist von sehr vielen Kantonsrätinnen und Kantonsräten unterschrieben worden. Sie beinhaltet einen Antrag auf Änderung der Richtplanung. Wir sind der Meinung, dass dieses wichtige Geschäft zuerst von der RPK behandelt werden sollte. Das war aber in dieser kurzen Zeit – nur knapp drei Wochen seit Erhalt der Vorlage – überhaupt nicht möglich. Deshalb möchten wir beantragen, das Geschäft von der Liste zu streichen, damit wir es bearbeiten und Ihnen einen Antrag stellen können.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion der Meinung ist, dass wir dieses Geschäft heute behandeln sollten. Es ist nicht üblich, dass sich eine Kommission vor der Erheblicherklärung einer Motion mit dem Geschäft befasst. Warten wir doch ab, was uns die Regierung dazu vorschlägt und behandeln wir das Thema heute!

➔ Der Rat beschliesst mit 59 Stimmen, Traktandum 10 für heute zu streichen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Finanzdirektor ca. um 12 Uhr an einer nationalen Konferenz teilnehmen wird. Sollte die Motion bezüglich Mutterschaftsurlaubs (Traktandum 11) erst nach 12 Uhr behandelt werden, wird sie auf die nächste oder übernächste Sitzung verschoben.

882 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 4. Mai 2006 werden genehmigt.

883 KANTONSRATS-ERSATZWAHL IN DER EINWOHNERGEMEINDE BAAR

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1435.1 – 12025).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass der Regierungsrat auf Grund von § 78 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen beantragt, die Ersatzwahl folgender Person in den Kantonsrat mit sofortiger Wirkung zu genehmigen:

Nachfolgerin von Malaika Hug ist Hansjörg **Hermann**, SP, Baar.

➔ Der Rat ist einverstanden, womit die Ersatzwahl genehmigt ist.

884 EID EINES NEUEN MITGLIEDS DES KANTONSRATS

Die **Vorsitzende** bittet Hansjörg Hermann, nach vorne zu treten, und den Rat, sich von den Sitzen zu erheben. Sie bittet Hansjörg Hermann, nach Verlesen der Eidesformel durch den Landschreiber den Eid abzulegen.

Der Landschreiber liest die in § 5bis Abs. 1 der GO enthaltene Eidesformel, worauf das neue Ratsmitglied Hansjörg Hermann mit erhobenem Schwurfinger sagt «Ich schwöre es».

885 ERSATZWAHL IN DIE KOMMISSION FÜR ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass in Folge des Rücktritts von Malaika Hug in der Kommission für den öffentlichen Verkehr ein Sitz vakant ist. Die SP-Fraktion beantragt, als Ersatzmitglied Hansjörg **Hermann** zu wählen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

886 MOTION VON ANNA LUSTENBERGER-SEITZ, BERTY ZEITER UND MARTIN STUBER BETREFFEND «INFRASTRUKTURFONDS ZIMMERBERG II» FÜR EINEN EISENBAHNTUNNEL VON BAAR NACH THALWIL

Anna **Lustenberger-Seitz** und Berty **Zeiter**, beide Baar, sowie Martin **Stuber**, Zug, haben am 18. Mai 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1443.1 – 12059 enthalten sind.

Moritz **Schmid** hält fest, dass eine Mehrheit der SVP-Fraktion der Meinung ist, dass es nicht Aufgabe des Kantons sein kann, einen Fonds für die Vorfinanzierung des Zimmerberg-Eisenbahntunnels zu erstellen. Die SVP-Fraktion wüsste nicht, welcher Innerschweizer Kanton in der Lage oder echt gewillt wäre, diesen Fonds über Jahre mit zu äufnen. Und das über einen längeren Zeitraum mit einem fixen, d.h. gebundenen Betrag und einem Anteil aus dem Überschuss der Staatsrechnung. Luzern etwa oder der Kanton Uri? Wohl kaum. Der Kanton Luzern will nämlich den Doppelspurausbau Rotsee realisiert sehen und wird sich allenfalls am Projekt Rotsee beteiligen. Aus Sicht der SVP-Fraktion muss von der Regierung mehr Druck auf Bundesbern gemacht werden. Die Zuger Volksvertreter der grossen und kleinen Kammer sind aufgerufen, sich vehement für die Anliegen des Kantons Zug – in diesem Fall für den Zimmerbergtunnel II – einzusetzen. Der Votant stellt im Namen einer Mehrheit der SVP-Fraktion den Antrag, die Motion nicht zu überweisen.

Martin **Stuber** stellt die Frage, worum es hier überhaupt geht. Er möchte dazu ein Zitat vorlesen: «Der Zimmerberg-Basistunnel ist Bestandteil der europäischen Transitachse Frankfurt-Zürich-Mailand. Er ist das zentrale Bindeglied zwischen den Räumen Zürich und Ostschweiz einerseits und dem Raum Innerschweiz andererseits.

Mit der Inbetriebnahme des Tunnels wird die Kapazität der Linie Zürich-Zug-Luzern-Gotthard für den Güter- und Personenverkehr markant erhöht. Zwischen Baar und Horgen Oberdorf werden die bestehenden Einspurabschnitte durch eine moderne Doppelspurstrecke entlastet. Dank modernster Signalisationstechnik werden die Züge mit Geschwindigkeiten von bis zu 220 bis 250 km/h verkehren.» Der Votant hat hier aus dem Postulat von Beat Villiger vom 4. Dezember 1998 zitiert. Das ist nun acht Jahre her und wir haben den Zimmerberg-Tunnel immer noch nicht. Die Botschaft des Bundesamts für Verkehr und der SBB an ihrer Pressekonferenz im April über die zentralen Eisenbahnprojekte sagte unter anderem, dass die Planung bis ins Jahr 2030 dauert. Das bedeutet, wenn wir jetzt nicht den Fuss hinein heben und den Zimmerberg-Tunnel irgendwie noch drein bringen, ist dieser Zug endgültig abgefahren bis ins Jahr 2030. Das muss man sich wirklich vor Augen halten. Und das ist auch der tiefere Hintergrund unserer Motion.
Der Votant möchte damit auch zum Ausdruck bringen, dass es nicht nur ein Anliegen einer kleinen linksgrünen Fraktion ist. Er möchte dazu noch ein weiteres Zitat vorlesen, aus der Neuen Zuger Zeitung vom 21. April dieses Jahres: «Nach den Zentralschweizer Kantonen meldete gestern auch das Gotthard-Komitee, die Interessengemeinschaft von zwölf Kantonen sowie von Verkehrs- und Wirtschaftsverbänden zur Förderung des Verkehrs auf der Gotthardachse, seine Bedenken an. An ihrer Generalversammlung im Verkehrshaus der Schweiz in Luzern verabschiedeten die Mitglieder eine Resolution, in der sie unter anderem den Bau des Zimmerberg-II-Basistunnels sowie den Ausbau der Zufahrten auf beiden Seiten des Gotthards fordern.» Im gleichen Artikel wird eine Zürcher Regierungsrätin zitiert, und zwar Rita Fuhrer, SVP: «Es wird harte Verhandlungen geben. So schnell werden wir von unserer Position nicht abrücken, sagte sie und forderte, dass die Finanzierung des Zimmerberg-Tunnels nochmals überprüft bzw. nach neuen Formen gesucht wird.» Man kann sicher sagen, dass zumindest die Stossrichtung unserer Motion ziemlich genau dem entspricht, was Rita Fuhrer im April forderte. Martin Stuber möchte deshalb die Mehrheit der SVP-Fraktion, welche diesen Nichtüberweisungsantrag gestellt hat, anfragen, ob sie bereit ist, ihren Antrag zurückzuziehen, wenn wir bereit sind, die Motion als Postulat überweisen zu lassen. Dann hat die Regierung ein wenig mehr Spielraum. Man kann nämlich darüber diskutieren, wie das mit der Finanzierung läuft, das ist nicht in Stein gemeisselt. Unser Anliegen ist es, hier wirklich den Fuss rein zu heben. Wenn wir das nämlich jetzt nicht machen, ist nachher der Zug abgefahren. Was die Finanzierung betrifft, soll die Regierung mal hinsitzen und hirnen.

Moritz **Schmid** geht es darum, keinen Fonds zu erstellen, in den nur der Kanton Zug zahlt und mit dem Überschuss den Fonds weiter zu äufnen. Mit einem Postulat können der Votant und die SVP-Fraktion leben. Es geht lediglich um die Abschaffung des Fonds.

Mit einem Postulat hat sich das Votum von Käty **Hofer** weitgehend erledigt. Sie wollte für die Überweisung plädieren. Sie wertet den SVP-Antrag als Weigerung, sich über den öffentlichen Verkehr Gedanken zu machen und darüber zu diskutieren. Aber mit einem Postulat ist die SP-Fraktion einverstanden.

Moritz **Schmid** betont, dass auch die SVP-Fraktion vier Mitglieder in der Kommission für den öffentlichen Verkehr hat. Auch wir arbeiten dort mit, der Votant sogar als Prä-

sident. Es geht nicht um eine Weigerung, sondern lediglich um das Geld, das anzuäufnen wäre. Es kann doch wirklich nicht angehen, dass wir Fonds für jedes Loch erstellen, ohne dass andere Kantone mitmachen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass somit die Motion in ein Postulat umgewandelt worden ist.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

887 SECHSTE PETITION VON HANS UND HELEN FANKHAUSER

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass am 22. Mai 2006 eine sechste Petition von Hans und Helen Fankhauser, Neugut, Baar, eingegangen ist. Es liegt ein Rechtsbegehren vor: Wiedererwägung der ablehnenden KR-Entscheide bezüglich der vierten Petition vom 10. November 2005 und der fünften Petition vom 18. März 2006.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Petition direkt an die Justizprüfungskommission zu Bericht und Antrag überwiesen wird.

888 ANPASSUNG KANTONALER GESETZE AN DAS BUNDESGESETZ ÜBER DIE EINGETRAGENE PARTNERSCHAFT GLEICHGESCHLECHTLICHER PAARE (PARTNERSCHAFTSGESETZ)

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1437.1/.2 – 12039/40).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 11-köpfige Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Martin B. Lehmann, Unterägeri, ***Präsident***	*SP*
1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Hans Christen, Zugerbergstrasse 29b, 6300 Zug	FDP
3.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
4.	Georg Helfenstein, Niederwil 30, 6330 Cham	CVP
5.	Martin B. Lehmann, Wilbrunnenstrasse 130, 6314 Unterägeri	SP
6.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
7.	Stephan Schleiss, Bahnhofstrasse 36, 6312 Steinhausen	SVP
8.	Heini Schmid, Leihgasse 2, 6340 Baar	CVP
9.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP

10. Thomas Villiger, Goldhäusern, 6331 Hünenberg SVP
11. Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri CVP

889 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND TEILERGÄNZUNG DER STADTBAHN ZUG UND INVESTITIONSBEITRÄGE FÜR DEN DOPPELSPURAUSBAU CHAM BAHNHOF-FREUDENBERG UND FÜR DEN AUSBAU DER STADTBAHN-HALTESTELLEN ZYTHUS UND CHÄMLETEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1438.1/.2 – 12041/42).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Kommission für den öffentlichen Verkehr überwiesen.

891 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ANPASSUNG DES KANTONALEN RICHTPLANS

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1434.1/.2 – 12023/24).

➔ Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an die Raumplanungskommission überwiesen.

892 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINE SAND-SPORTANLAGE, EINE FINNENBAHN UND DIE SANIERUNG DER SPIELWIESE NORD AUF DEM AREAL DER KANTONSSCHULE ZUG

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 4. Mai 2006 (Ziff. 866) ist in der Vorlage Nr. 1390.5 – 12030 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 71 : 1 Stimmen zu.

893 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND RAHMEN- UND OBJEKTKREDIT FÜR DIE PLANUNG UND DEN BAU DER «UMFAHRUNG CHAM-HÜNENBERG» SOWIE FÜR DEN LANDERWERB

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 4. Mai 2006 (Ziff. 868) ist in der Vorlage Nr. 1393.9 – 12031 enthalten. – Zudem liegen vor: Berichte und Anträge der Raumplanungskommission (Nr. 1393.10 – 12045) und des Regierungsrats (Nr. 1393.11 – 12047).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zusätzlich fünf Anträge zu § 1 gestellt wurden und zwei Anträge zu § 2.

Anträge zu § 1

Antrag von Eusebius Spescha betreffend Anpassung des Baupreisindexes (Vorlage Nr. 1393.12 – 12049)

Eusebius **Spescha** findet es sonderbar, dass wir über diesen Antrag überhaupt sprechen müssen. Es gehört zum Geschäftsgebaren jeder einigermassen vernünftigen Firma, dass beim Beschluss über einen Baukredit das auf der Basis des aktuellen bekannten Baupreisindexes geschieht. Es ist für den Votanten aussergewöhnlich, dass die Regierung Argumente sucht, wieso das in diesem Fall nicht sein soll. Die Erfahrung zeigt, dass jedes Architektur- und jedes Ingenieurbüro in der Lage ist, falls es notwendig sein soll, einen Kostenvoranschlag auf den aktuellen Baupreisindex aufzurechnen. Eusebius Spescha erinnert sich, dass der heutige Baudirektor als Mitglied der GPK der Stadt Zug diese Politik immer mitgetragen hat, dass man Baukredite mit dem aktuellen Index versieht. Das Seltsame ist jetzt, dass dieser Antrag von einem Sozialdemokraten kommt. Es handelt sich ja eigentlich um ein völlig unpolitisches Anliegen, das vor allem mit Geschäftstechnik zu tun hat. Und weil es von einem Sozialdemokraten kommt, ist es offenbar ein politischer Antrag und wird wahrscheinlich jetzt hier in diesem Rat auch abgelehnt werden, weil er von der falschen Seite kommt. Sie machen aber damit aus diesem Antrag ein Politikum. Wir werden diesen Ball aufnehmen und bei der Volksabstimmung mit Wonne darauf hinweisen, dass heute ein Kredit von ca. 180 Millionen und ca. 230 Millionen beschlossen wurde, weil der Kredit schon heute effektiv höher ist.

Beat **Villiger** ist ebenfalls der Ansicht, dass wir über dieses Thema sprechen müssen. Er ist aber nicht sicher, ob Eusebius Spescha den Unterschied zwischen den beiden Indexen kennt, die hier diskutiert werden. Es mag sein, dass dieser als ehemaliger Bauchef der Stadt Zug diesen Kostenindex anwandte, wenn es um kleinere Bauvorhaben ging, den er hier immer wieder propagiert. Es geht aber bei diesem langen Verfahren um einen anderen Kostenindex. Es wurde in der letzten Sitzung auch gesagt, es handle sich zwischenzeitlich gar um 4 % Teuerung zwischen Ende 2004 und diesem Jahr. Es sind effektiv 1,1 % Teuerung oder 2,5 Mio. Franken. Man muss hier zwischen normalen Projekten wie einem Schulhausbau oder eben diesem Grossprojekt, das sich über Jahre hinweg ziehen kann, unterscheiden. So wird für Gesamtplanungen von Grossprojekten der Schweizerische Baupreisindex des Bundesamts für Statistik, Kapitel Strassenbau, Region Zentralschweiz, verwendet. Für reine Baumeisterausschreibungen, also das Bauhauptgewerbe, wird in der Realisierungsphase jeweils der Produktionskostenindex des Schweizerischen Baumeisterverbands angewendet. Und es wurde ja auch der Vorwurf gemacht, dass man nicht diesen so genannten Produktionskostenindex übernommen habe. Es geht hier um eine Gesamtplanung. In diesen Gesamtkosten sind nicht nur die Baumeisterarbeiten, sondern auch die Markierungen, die Steuerungsanlagen und dergleichen, insbesondere aber auch die gesamten Planerleistungen und Landerwerbe enthalten. Also bittet der Kommissionspräsident den Rat, den Beschluss der 1. Lesung zu bestätigen. Die Kommission beantragt dies mit 12 : 2 Stimmen, die CVP ebenfalls sehr grossmehrheitlich und auch die Stawiko.

Peter **Dür** erinnert daran, dass die Stawiko an der letzten Sitzung beauftragt wurde, den Aspekt der Baupreisbasis nochmals zu diskutieren und dazu Stellung zu bezie-

hen. In der Zwischenzeit sind bekanntlich total sechs Anträge eingegangen, von welchen vier direkt kostenrelevant sind. Die Stawiko hat diese Anträge an ihrer Kurzsitzung vom letzten Montag behandelt und beantragt, alle abzulehnen.
Zum Antrag von Eusebius Spescha. Die Stawiko unterstützt die Meinung des Regierungsrats, dass Rahmenkredit und Preisbasis als untrennbare Einheit zu betrachten sind. Sämtliche Berechnungen der Ingenieure basieren auf dem Wissensstand 2004. Es ist deshalb nicht zulässig, eines der beiden Elemente zu verändern und anschliessend mit zwei unterschiedlichen Preisbasen zu operieren. Die Stawiko beantragt dem Rat einstimmig, den Antrag von Eusebius Spescha abzulehnen.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion beantragt, den Antrag von Eusebius Spescha abzulehnen. Der Rahmenkredit von 230 Millionen basiert auf der Preisbasis Oktober 2004. Und diese war zum Zeitpunkt der Erstellung des Antrags korrekt. Die heute zur Verfügung stehende Basis Oktober 2005 – welche ja in ein, zwei Monaten auch nicht mehr aktuell ist – hat sich um 1,1 % erhöht, was einer Erhöhung von 2,5 Millionen entspricht. Mit einer Aktualisierung der Preisbasis wird keine bessere Transparenz erreicht.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint zu Eusebius Spescha, dass damals in der Stadt doch etwas kleinere Brötchen gebacken wurden. Er ist aber einverstanden, dass wir hier nicht eine politische Diskussion eröffnen, sondern sachlich bleiben sollten. Für den Baudirektor ist klar, dass die Ermittlung der Kosten auf dem Baupreisindex Stand Oktober 2004 basiert. Selbstverständlich kann man nun die Preisbasis auf den Indexstand Oktober 2005 anpassen. Der Index hat innerhalb dieses Jahres um 1,1 % zugenommen. Auf dem gesamten Rahmenkredit ergibt sich dabei eine Kostenzunahme von 2,5 Mio. Franken. Wenn für die Preisbasis der Stand Oktober 2005 massgebend sein soll, muss entweder der Rahmenkredit um den Betrag von 2,5 Millionen erhöht werden oder aber die Reserven werden sich um diesen Betrag verringern. Diese Frage sollte man diskutieren!
Im Kantonsrat wurden auch Stimmen laut, die von einer Teuerung seit Oktober 2004 von 4,4 % ausgingen. Es hat sich nun erwiesen, dass diese Behauptung falsch war. Eusebius Spescha hat nun seinen Antrag ebenfalls angepasst. Er verlangt, dass die Preisbasis der Indexstand 2005 sein soll. Einen neueren Indexstand gibt es zurzeit noch nicht. Die Indexanpassungen erfolgen immer mit einer Verspätung von drei bis fünf Monaten. Die Kostenschätzungen der Ingenieure erfolgten für die Umfahrung Cham-Hünenberg anfangs 2005. Damals war lediglich der Indexstand Oktober 2004 verfügbar. Anschliessend arbeitete das Tiefbauamt die KR-Vorlage aus. Diese Ausarbeitung hat eine gewisse Zeit in Anspruch genommen. Mitglieder des Kantonsrats haben ihm vorgeworfen, dass er bei der Ausschreibung nicht vom Baupreisindex, sondern vom Produktionskostenindex ausgeht. Sie haben verlangt, dass der Rahmenindex in diesen Index gebunden wird. Man muss sich aber bewusst sein, dass man hier von einer Gesamtplanung ausgeht. Darin sind nicht nur die Baumeisterarbeiten, sondern auch die Markierungen, die Steuerungsanlagen und dergleichen enthalten. Das Bundesamt für Statistik gibt diesen Schweizerischen Baupreisindex periodisch heraus. Er basiert auf den Angaben der Kantone. Der Index wird in Hauptgruppen für die verschiedenen Regionen herausgegeben, unter anderem auch für die Zentralschweiz. Hier hat der Index zwischen Oktober 2004 bis 2005 wie gesagt um 1,1 % zugenommen. Wenn man bereits im Ausführungsprojekt ist, knüpft man

die Ausschreibungen nicht mehr an den Baupreisindex, sondern eben an den Produktionskostenindex des Schweizerischen Baumeisterverbands.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Eusebius Spescha mit 58 : 14 Stimmen ab.

Antrag Balsiger/Grüring/Nussbaumer/Karl Rust betreffend Erhöhung des Betrags von 230 Millionen auf 252 Millionen Franken (Vorlage Nr. 1393.14 – 12058)

Karl **Rust** weist darauf hin, dass ein politisches Ja und eine abgeänderte Etikette das Eine sind bei dieser Vorlage. Die Transparenz um den Inhalt ist das Andere. Bei diesem grössten je gehabten Projekt geht es ans Eingemachte, auch gegenüber dem Volk. Der Votant weist auf die im Rat verteilte grafische Darstellung hin (Beilage 1) und fragt: Warum fehlt ein Zusatzbericht des Regierungsrats zum Antrag der Strassenbaukommission von 67,5 auf 230 Millionen? Warum wird von Transparenz und Vergleich zum einfacheren Bau der Nordzufahrt abgewichen? Mit dem Antrag der Strassenbaukommission wird der Zusammenhang komplex. Als Folge des einstufigen Verfahrens – das der Votant grundsätzlich nicht in Frage stellt – liegen bei der Nordzufahrt und beim Kammerkonzept lediglich Kostenschätzungen vor. Adäquate Vergleiche sind deshalb unabdingbar. Beim Zentralspital wurden nebst der Submission zum Vergleich auch externe Objekte herangezogen. Der Regierungsrat hat bei der Nordzufahrt die Nachvollziehbarkeit von Angaben und definierter Reserven korrekt aufgelistet. Man nimmt aber heute schon wahr, dass dort die Kürzung durch die Strassenbaukommission von 40 auf 35 % nicht ausreichen wird.
Beim Kammerkonzept bestimmte die Strassenbaukommission 28 % ausgewiesene Reserven. Für weitere Angaben und eingerechnete Reserven fehlen die Transparenz sowie der Vergleich zur einfacheren Nordzufahrt und anderen Objekten. Von den Antragstellern kann nicht erwartet werden, dass sie bei einem überraschenden und komplexen Grossprojekt Wichtiges selber erfragen müssen. Das heisst, wenn auf dem Tisch des Hauses jetzt die Transparenz und die Reservenbildung genügend dokumentiert werden, müssen die Antragsteller keine Kröte schlucken und ziehen allenfalls diesen Antrag zurück.

Rudolf **Balsiger** dankt dem Regierungsrat für die klärende Tabelle betreffend der Finanzierung und die Zusammenstellung von Kostenschätzung, Reserven etc. für die Nordzufahrt und das Kammerkonzept im Vergleich, die wenige Tage vor dieser Sitzung abgegeben wurde. Es scheint ihm legal zu sein, dass man eine Vorlage von einer Viertelmilliarde betreffend die Finanzierung hinterfragen darf, eingedenk der Tatsache, dass wir heute über einen Büropavillon debattieren werden, der tausend Mal weniger kosten wird. Es geht in keiner Weise darum, den Strassenbau zu verzögern oder gar zu behindern. Wir müssen aber wissen, ob wir die Projekte *aller* Prioritäten finanzieren können. Daher einige Fragen (nicht Anträge) an die Regierung, bevor wir über den Antrag der Raumplanungskommission abstimmen.
Mit der Vorlage 1160 im Jahr 2003 sind wir in den Besitz einer Kurve «Gesamtübersicht Finanzierung» gelangt, woraus die Verschuldung zu ersehen ist über die nächsten 30 Jahre. Dabei wurden alle drei Prioritäten berücksichtigt und gar noch eine dreimalige Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern einbezogen (siehe Beilage 2). Eine ähnliche Darstellung wurde uns vor drei Wochen abgegeben (Beilage 3). Hier nimmt die Kurve einen völlig andern Verlauf. Auffällig dabei ist, dass hier nur noch von der

1. Priorität gesprochen wird. Deshalb folgende zwei Fragen: Wie würde der Verlauf aussehen, wenn alle drei Prioritäten einfliessen würden? Wie würde der Verlauf aussehen, falls die Steuern tatsächlich angehoben würden? Aus den Reaktionen in der letzten Sitzung auf die geäusserten Absichten des Sicherheitsdirektors, die Steuern für Motorfahrzeuge anders (höher) zu gestalten, konnte nicht zwingend entnommen werden, dass dieses Ansinnen in diesem Rat eine reelle Chance hätte. Daher kann man sich fragen, wie denn die Projekte der andern Prioritäten, nicht nur die Kammern A und D, sondern z.B. auch der Stadttunnel und die Umfahrung Ägeri, finanziert werden sollen. So wäre es durchaus hilfreich, wenn dies auf der Darstellung berücksichtigt worden wäre.

Beat **Villiger** möchte auch zu diesem Antrag etwas aus der Sicht der Strassenbaukommission sagen. Er ist froh, dass der Antrag nicht zu höheren Kosten führt, wie das eigentlich die Meinung war. Aber das Projekt wird deshalb auch nicht billiger. Man hätte auch zur Kommission oder zur Baudirektion kommen und das Ganze ohne Antrag klären können. Es waren Missverständnisse vorhanden. Aber im Nachhinein muss der Votant zugeben, dass die Kostenaufstellungen etwas transparenter hätten aufgeführt werden sollen. Es geht ja vor allem auch um eine Terminologie. Und zwar gilt es zu unterscheiden zwischen den beiden Reservepositionen Projektreserve und strategische Reserve. Die Projektreserve ist nämlich bereits im Grundprojektbetrag für Unvorhergesehenes und für Projektungenauigkeiten enthalten. Zu diesem Grundprojektbetrag hinzu kommt dann die strategische Reserve.
Es wurde auch ein Vergleich gemacht mit der Nordzufahrt (siehe Beilage 4). Dort ging die Regierung von einer Kostenschätzung von 83 Millionen aus. Hinzu kam eine Projektreserve von 15 %. Dies ergab die Summe von 95,5 Millionen. Zudem beantragte die Regierung eine strategische Reserve von zusätzlich 25 %, was den gesamten Betrag von 119 Millionen ergab. Die Strassenbaukommission hat dann Abstriche beantragt. Einerseits wurden die Reserven beim Landerwerb gestrichen und die strategische Reserve wurde von 25 auf 20 % gekürzt, womit ein Rahmenkredit von 103,5 Millionen entstand. Aus heutiger Sicht waren diese Streichungen nicht optimal. Es ist nicht sicher, ob die Bauausführung mit 103 Millionen realisierbar ist, auch wenn aus dem Agglomerationsfonds noch ca. 30 Millionen vom Bund kommen.
Bei der Umfahrung Cham-Hünenberg wurden bei den Kosten von 180 Millionen bereits 20 % für Projektreserve eingebaut. Dies wurde der Strassenbaukommission und auch der Stawiko so erläutert, nicht aber dem gesamten Kantonsrat in der Vorlage. Die genauen entsprechenden Aussagen sind auch im technischen Bericht enthalten. Zusätzlich zum Betrag von Fr. 180 Millionen kam noch die strategische Reserve von 28 %. So ist man auf den Rahmenkredit von 230 Mio gekommen. Insgesamt sind also Reserven im Umfange von rund 48 % enthalten. Diese hohe Reserve rechtfertigt sich, weil es sich um ein schwieriges Projekt handelt. Das heisst aber nicht, dass wir diese Reserven auch alle brauchen bzw. brauchen müssen. Sie dienen aber dazu, dass das gesamte Projekt innerhalb des Kreditrahmens erstellt werden kann und keine neuen Kreditbewilligungen mehr notwendig werden. Ein sehr gutes Controlling ist daher wichtig. Wir haben eine grosse finanzielle Spannweite und man kann davon ausgehen, dass das Projekt im besten Falle mit ca. 150 Millionen und im schlechtesten Falle mit 230 Millionen erstellt wird. Dieser Einbau von Reserven ist aber bei einem einstufigen Beschlussverfahren bei diesem Projektstand üblich und die Kostengenauigkeit ist gegenüber der Nordzufahrt beim Projekt Umfahrung Cham-Hünenberg durch ein anerkanntes Ingenieurbüro in etwa derselben Tiefe

eruiert worden. Und nach wie vor steht die Strassenbaukommission dazu, dass die Projekte der ersten Priorität ohne die Erhöhung der Strassenverkehrssteuern bezahlt werden können. Es ist davon auszugehen, dass auch der Regierungsrat dies heute bestätigen wird. Aber heute schon Aussagen über die Finanzierung der Prioritäten zwei und drei machen zu können, ist nicht möglich. Wir brauchen nach der Behandlung der ersten Prioritäten eine Grundsatzdiskussion über den Teilrichtplan Verkehr. In diesem Zusammenhang kann dann auch eine finanzpolitische Wertung wieder neu gemacht werden.
Zur Frage von Karl Rust, wo dann bei diesen Reserven auch solche für den Kanton enthalten sind. Beat Villiger hat sich darüber noch mit dem Kantonsingenieur unterhalten. Wir sind ganz klar der Meinung, dass diese zum Teil sicher auch bei den 20 % Projektreserven enthalten sind. Aber wenn es dann immer noch nicht ausreicht, sind solche sicherlich in den 28 % Strategiereserven enthalten. Für den Votanten ist an alles gedacht worden und aus Sicht der Strassenbaukommission sollte der Betrag jetzt wirklich ausreichen, das Projekt zu realisieren. In diesem Sinn hofft der Kommissionspräsident, genügend Ausführungen gemacht zu haben, dass die vier Antragsteller ihren Antrag zurückziehen können. Falls nicht, bittet er den Rat um Unterstützung, dass der Beschluss der 1. Lesung bestätigt wird.

Für Stawiko-Präsident Peter **Dür** sind bereits alle notwendigen Ausführungen gemacht worden.

Martin **Stuber** wollte auf sein Votum verzichten, weil Rudolf Balsiger alles zu diesem Thema gesagt und gefragt hat. Aber er fragt sich, ob der Rat gemerkt hat, wie viel Sprengstoff in den Aussagen des Präsidenten der Strassenbaukommission liegt. Und zwar bezüglich der Prioritätenordnung im Verkehrsrichtplan und bezüglich Finanzierung der zweiten und dritten Priorität. Im Prinzip hat Beat Villiger gesagt: Ja gut, das ist jetzt mal die 1. Priorität. Was dann kommt, schauen wir mal. Das bedeutet für den Votanten, dass es eine so genannte «hidden agenda» gibt hinter diesem versuchten Durchmarsch. Wenn man die Grafik von Beilage 4 anschaut, liegt der Schluss ebenfalls nahe, dass es hier eine versteckte Agenda gibt. Sie gehen wahrscheinlich mit dem Votanten einig, dass die Variante erste Priorität plus Kammern A und D, Realisierungsverlauf in Anlehnung an Erfahrungen Nordzufahrt die wahrscheinlichste ist. Das geht fast bis auf 150 Millionen. Das ist das eine. Das zweite aber ist die Zeitachse, und deshalb verwendet Martin Stuber den Begriff «hidden agenda». Diese geht nämlich bis ins Jahr 2030. Der Teilrichtplan Verkehr mit allen drei Prioritäten geht bis ins Jahr 2020. Und Sie haben hier eine Zeitachse bis 2030. Dieser Rat und auch das Volk haben ein Recht darauf zu wissen, wie die Finanzierung aller drei Prioritäten bis ins Jahr 2020, sicher aber auch bis ins Jahr 2030 aussieht. Und sonst muss man sagen: Man versucht, das Volk zu betrügen. Das ist ein starkes Wort, aber der Votant braucht es bewusst. Denn Sie haben alle Ende 2003 die Kurven mit allen drei Prioritäten gesehen. Sie wissen alle, wie tief ins Minus diese Kurven gehen. Martin Stuber versteht nicht, wieso die Stawiko hier nicht einen Aufstand macht. Wir diskutieren hier in diesem Rat manchmal über einige zehntausend Franken. Da wird diskutiert und diskutiert. Und hier sprechen wir von dreistelligen Millionenbeträgen. Und da wird einfach durchgewinkt.

Die **Vorsitzende** teilt dem Rat mit, dass Karl Rust in der Zwischenzeit erklärt hat, dass der Antrag zurückgezogen wird.

Beat **Villiger** hat nicht gesagt, dass wir später die anderen Prioritäten nicht finanzieren *können*. Er hat nur gesagt, er wisse heute noch nicht, wie diese finanziert werden, ob mit der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer oder anders. Diese ganze Spannweite – auch von der Zeit her – kann ja heute noch gar niemand richtig abschätzen. Wir sprechen in 20 Jahren sicher noch nicht vom Bau von Anlagen in der dritten Priorität. Es sei denn, man würde solche neu in die erste nehmen. Diese Diskussion müssen wir doch zuerst führen, bevor man solche Unterstellungen und Unwahrheiten erzählt.

Käty **Hofer** kann im Moment nicht behaupten, den Gesamtüberblick über Prioritäten, Kurven und Prozente zu haben. Sie beschränkt sich deshalb auf das Projekt, über das wir heute diskutieren, über das ehemalige Kammerkonzept. Und sie beschränkt sich auf die linke Säule der grafischen Darstellung (Beilage 4). Dort sehen wir 30 Millionen Reserven zwischen 150 und 180 Millionen. Wir sehen 50 Millionen Reserven bis zu den 230 Millionen. Das macht 80 Millionen Reserven auf die geschätzten Baukosten von 150 Millionen. Das ist ein Verhältnis von 2 : 1 von den geschätzten Baukosten zur Reserve. Wenn wir jetzt die 22 Millionen des zurückgezogenen Antrags noch dazuzählen, kommen wir auf 102 Millionen Reserven. Das ist zu den 150 Millionen ein Verhältnis von 3 : 2. Die Votantin ruft in Erinnerung, dass wir für das neue Kantonsspital, das in der gleichen Grössenordnung lag, eine Reserve von fünf Millionen hatten. Fünf Millionen im Verhältnis zu 102! Was sagen Käty Hofer diese Zahlen? Mit diesem Projekt gehen wir ein ganz gewaltiges Risiko ein. Wir wissen schlicht nicht, was mit den Kosten auf uns zukommt. Und trotzdem haben Sie in der 1. Lesung beschlossen, dieses Gesamtpaket als Ganzes zu verabschieden, ohne Möglichkeiten irgendwelcher Kontrollen zwischendurch, ohne Meilensteine, ohne Möglichkeiten, irgendwo einzugreifen oder zu korrigieren. Nach der heutigen Diskussion kann die Votantin das nicht verantworten! Können Sie es verantworten, dieses Projekt mit diesen Risiken als Gesamtprojekt heute zu bewilligen?

Martin **Stuber** hat Beat Villiger hoffentlich genau zugehört. Er hat hier den Teilrichtplan Verkehr, wie er 2002 beschlossen wurde. Wenn er es richtig verstanden hat, sagte Beat Villiger, dass wir in 20 Jahren wahrscheinlich noch nicht die dritte Priorität bauen. Priorität zwei, Teilrichtplan Verkehr: Baubeginn mittelfristig, d.h. zwischen 2008 und 2014. Priorität drei: Baubeginn langfristig, d.h. nach 2014. Sie wissen alle in diesem Rat, dass es in der Stadt Zug eine Volksabstimmung gab, die grossmehrheitlich ergab, dass die Stadtzuger Bevölkerung das zentrale Projekt in der Priorität drei möglichst schnell gebaut haben will, den Stadttunnel. Martin Stuber glaubt, dass die Aussage, welche Beat Villiger machte, genau die erwähnte «hidden agenda» ist. Zwar ist das nur eine Interpretation, aber das Volk hat ein Recht, zu wissen, dass es das gibt. Die Vermutung, dass nur die Projekte der ersten Priorität je gebaut werden, und die zweite und dritte sowieso nicht finanzierbar sind. Das steckt dahinter. Man muss dem Volk wirklich reinen Wein einschenken.

Andrea **Hodel** möchte als bürgerliche Fraktionschefin ein kurzes Wort einbringen. Es geht doch wirklich darum, dass wir eines nicht wissen. Wir wissen nämlich überhaupt nicht, wann der erste Stein gebaut wird. Und deshalb wissen wir nicht, wann was gebaut werden kann. Also streiten wir uns doch nicht darüber, was wann wo finanziert werden kann, wenn wir nicht mal wissen, ob irgendeinmal irgendetwas gebaut wird oder ob wir im Kanton Zug im Verkehr ertrinken. – Das Risiko liegt nicht in den Kosten, es liegt darin, dass wenn wir nur Teile davon bauen, dieses Geld in den Sand gesetzt haben.

Beat **Villiger** meint, Martin Stuber habe wirklich nicht gut zugehört. Der Votant hat gesagt: «… es sei denn, man würde eine dritte Priorität in die erste transferieren.»

Louis **Suter** zu Martin Stuber. Wenn wir so weiter diskutieren, führt das hundertprozentig zu nichts. Tatsache ist, dass wir mit dem Richtplan Prioritäten gesetzt haben, um aufzuzeigen, welche Projekte aus Aktualität der Problematik, aber auch wegen dem Stand der Planung usw. in Angriff genommen werden sollen. Jetzt sehen wir, dass wir diese Prioritäten nicht einhalten können. Wir sehen, dass wir nicht einmal in der Lage sind, diese Projekte zu bauen innerhalb des Zeitplans der ersten Priorität. Das aus verschiedenen Gründen, z.B. all diese Einsprachen bei der Nordzufahrt. Also wird sich alles rückwärts verschieben und das muss man zur Kenntnis nehmen. Wenn man aber daraus schliesst, dass man nachher automatisch nichts mehr bauen kann, weil schlichtweg das Geld fehlt, so ist eine solche Interpretation an den Haaren herbei gezogen und hat nur ein Ziel: Verunsichern, Misstrauen säen, damit alle diese Leute, die keine Strassen bauen wollen, dann Recht bekommen. Mit einer solchen Politik, die nur polemisch ist, möchte Louis Suter jetzt aufhören.

Peter **Dür** fühlt sich durch Martin Stuber provoziert. Wir wollen aber doch sachlich bleiben. Es handelt sich hier um ein Gesamtpaket. Die Stawiko ist sich bewusst, dass bei einem so hohen Betrag ein gewisses Risiko besteht. Wir erachten es aber als grösseres Risiko, wenn wir nur in Etappen vorgehen und nur Teile dieses Gesamtpakets realisieren. Das ist für uns viel das grössere finanzielle Risiko. Dann haben wir ein Stück realisiert, das insgesamt nichts nützt. Dann könnten wir dieses Geld besser für etwas anderes verwenden. Für uns ist klar, dass man die gesamte Umfahrung realisieren muss oder gar nichts.
Zur rollenden Planung, die sie hier gesehen haben. Verdankenswerterweise macht ja Kantonsingenieur Fässler diese Tabellen und führt sie laufend nach. Das war vor einigen Jahren eine Forderung der Stawiko. Wir begrüssen es, dass er auf Grund seiner Erfahrung als Fachmann diese Tabellen nachführt und auch immer wieder die neuesten Erkenntnisse einfliessen lässt. Und diese Erkenntnisse zeigen Folgendes: In diesem Kanton wird viel geplant und wenig realisiert. Deshalb muss er diese Kurven auch laufend wieder anpassen. Und deshalb kann er uns auch zeigen, dass wenn wir weiter in diesem Stil Strassen bauen oder eben nicht, es mit wenig Risiko möglich ist, diese Umfahrung zu realisieren. Und sollten wir dann plötzlich wider Erwarten einen viel höheren Rhythmus einschlagen und mit viel mehr Elan Strassen bauen – was der Stawiko-Präsident nicht glauben kann – müssten wir diese Kurven sehr wohl neu überdenken. Aber zum heutigen Zeitpunkt zeigen die Kurven von Hannes Fässler ein ganz klares Bild. Wir können das so realisieren. Deshalb können wir auch sagen: Die Stawiko hat diese Finanzierung nach bestem Wissen und

Gewissen gemäss den vorliegenden Unterlagen geprüft. Wir kommen zum jetzigen Zeitpunkt klar zum Schluss, dass dieses Projekt finanzierbar ist und nur die Realisierung als Gesamtpaket sinnvoll ist.

Felix **Häcki** ist nicht bekannt dafür, dass er Positionen der linken Ratseite vertritt. Das kann man in der Presse immer wieder nachlesen. Aber hier muss er den Linken Recht geben. Es ist wirklich so, dass wir hier einen Jahrhundertkredit für den Kanton Zug beschliessen. Und wir beschliessen ihn einfach so, wir haben ja das Geld und können uns das leisten. Wer weiss, was in zehn Jahren ist? Und mit den Finanzen – können wir es dann noch finanzieren? Es sind ja nicht nur die Baukosten, sondern nachher auch noch die Unterhaltskosten, die finanziert werden müssen. Bei anderen Krediten wird grosses Theater um kleine Sachen gemacht. Aber hier nur als Beispiel die Kammer D. Sie kostet 50 Millionen. Wir haben nicht mal eine Frequenzschätzung, was dann auf der Strasse fahren soll von Eingangs Hünenberg bis zur Holzhäusernstrasse, auf der verkehrten Seite der Autobahn, um vom Dorf her darauf zu kommen. Überlegen Sie sich mal, was Sie hier wirklicht tun! Der Votant möchte dem Rat empfehlen, über die Schranken des Links-/Rechtsschemas hinauszusehen und nicht einfach misstrauisch zu sein, weil die linke Ratseite den Kredit ablehnt. Sollte es eine unheilige Allianz sein, weil man doch einen Teil bauen will, was vernünftig ist, die Kammern B und C, so soll es Felix Häcki Recht sein.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** erwartet von Martin Stuber eine Entschuldigung für die Äusserung, der Regierungsrat versuche, das Volk zu betrügen. – Es wurde moniert, wir hätten erst in letzter Sekunde diesen Kantonsrat über die Situation orientiert. Der Votant möchte den Rat daran erinnern, dass wir die Strassenbaukommission und die Stawiko zum vornherein darüber orientiert haben und dass dies alles auch im technischen Bericht steht. Wenn Sie voll umfassend dauernd orientiert sein wollen, müssen Sie die Strassenbaukommission auf 80 Mitglieder erhöhen.
Je mehr Tabellen wir produzieren, desto eher werden wir daran aufgehängt. Diese Tabelle (Beilage 2) haben wir 2003 produziert mit einigen Schätzungen. Seither sind drei Jahre ins Land gezogen, Rudolf Balsiger. Wir haben sogar 40 Millionen von Bern bekommen, dass wussten wir 2003 noch nicht. Es ist einfach unmöglich, so weit vorauszusehen! Weitere Betrachtungen unter Einbezug von Projekten der 2. Priorität. Das wären die Umfahrung Unterägeri und der Halbanschluss Bibersee. Sowie die 3. Priorität, das wären der Stadttunnel Zug, die Verlängerung General-Guisan-Strasse mit Halbanschluss Steinhausen, Ostumfahrung Rotkreuz. Das alles macht wenig Sinn, weil bereits die Investitionskosten auf Schätzungen mit einer Genauigkeit von plus/minus 30 Prozent beruhen. Dazu kommt ein Realisierungszeitpunkt von weiter entfernt als 20 Jahre. Und eine allfällige Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer oder nicht. Es hat keinen Sinn mehr, eine solche Tabelle zu produzieren.
Eine Viertelmilliarde durchwinken! Bis jetzt sind wir bei 230 Millionen. Und wenn wir es für 190 Millionen bauen können, bauen wir es für 190 Millionen. Der Baudirektor möchte daran erinnern, dass diese Strasse der Autofahrer und die Autofahrerin bezahlen.

Martin **Stuber** ist bereit, sich zu entschuldigen, wenn wir wissen, wie die Kostenentwicklung und die Verschuldung sind. Denn wir sprechen von einer tiefen Verschul-

dung eines Spezialfonds für die Strassenbaufinanzierung. Wenn wir das wissen, ist der Votant bereit, sich zu entschuldigen.

Die **Vorsitzende** weist nochmals darauf hin, dass der Antrag (Vorlage Nr. 1393.14 – 12058) zurückgezogen wurde.

Antrag der Alternativen Fraktion betreffend Rahmen- und Objektkredit für die Planung und den Bau der «Umfahrung Cham-Hünenberg» sowie für den Landerwerb (Flankierende Massnahmen) (Vorlage Nr. 1393.15 – 12060)

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Antrag lautet: *«Im Rahmenkredit enthalten sind die Kosten für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen auf dem Gebiet der Gemeinden Cham und Hünenberg.»*
Der Regierungsrat schlägt hier einen modifizierten Wortlaut vor. Der neue § 1 Abs. 2 würde lauten: *«Im Rahmenkredit enthalten sind sämtliche Aufwendungen für flankierende Massnahmen, welche verkehrsdosierende Funktionen haben. Nicht inbegriffen sind weitergehende Gestaltungsmassnahmen abseits der neuen Kantonsstrassenverbindung.»*
D.h. die flankierenden Massnahmen, welche verkehrsdosierende Funktionen haben, sind auch abseits der neuen Kantonsstrassenverbindung im Rahmenkredit enthalten. Allein dies macht Sinn, denn durch die Umfahrung fallen auf der jetzigen Kantonsstrasse durch Cham als direkte Folge des Projekts flankierende verkehrsdosierende Massnahmen an, die im Rahmenkredit enthalten sind. Weiter gehende Gestaltungsmassnahmen sind hingegen nicht Gegenstand des Rahmenkredits. Dies sei Sache der Gemeinde.

Berty **Zeiter** weist darauf hin, dass die AF im Antrag die Richtplanziele aufgeführt hat, worauf Bau und Unterhalt von Kantonsstrassen auszurichten sind. Das Ziel a lautet ausschnittsweise: «… stark beeinträchtige Ortszentren sind vom Durchgangsverkehr zu entlasten.» Sie ist überzeugt, dass ihr niemand hier im Rat widersprechen wird, wenn sie festhält, dass das Ortszentrum Cham stark beeinträchtigt ist durch den Durchgangsverkehr. Heute fahren im Durchschnitt täglich mehr als 20'000 Fahrzeuge durch das Ortszentrum. Ziel ist eine Reduktion auf 12'000 Fahrzeuge pro Tag. In Bezug auf die flankierenden Massnahmen ist es üblich, wie der regierungsrätliche Antrag festhält, dass der Kanton die verkehrsdosierenden Massnahmen bezahlt, denn diese genügen normalerweise für die nötige Verkehrsreduktion. Die Strassenraum gestaltenden Massnahmen übernimmt dann die Gemeinde, da diese üblicherweise dazu dienen, den Innenraum der Städte wohnlicher zu machen. Die Verkehrssituation in Cham ist hier aber eine Ausnahme. Im Generellen Projekt wurden die Auswirkungen der flankierenden Massnahmen gründlich studiert und die Votantin hat dieses Kapitel auf der Baudirektion ebenfalls gründlich angeschaut. Da heisst es z.B. in Bezug auf den Bereich zwischen Rabenplatz und dem Knoten Neudorf: Die Erfüllung der Zielkriterien wird nur durch die Einführung einer Begegnungszone zwischen Rabenplatz und dem Knoten Neudorf möglich. Im Klartext heisst das: Nur durch eine den Strassenraum gestaltende Massnahme kann der Durchgangsverkehr nach der Fertigstellung der Umfahrungsstrasse auf 12'000 Fahrzeuge pro Tag heruntergedrückt werden. Ein Vergleich mag zeigen, was das konkret heisst: Heutzutage verkehren durchschnittlich 12'000 Fahrzeuge täglich zwischen Zug und dem Ägerital.

Und von dieser Strasse wird auch niemand behaupten wollen, es sei eine verkehrsberuhigte Strasse. Wenn der Kanton also die Kosten für sämtliche flankierenden Massnahmen im Zusammenhang mit dem Bau der Umfahrungsstrasse übernimmt, schenkt er den Chamern wie den Hünenbergern keine Flaniermeilen im Dorf, sondern er macht damit das absolut notwendige Minimum. Deshalb bittet Berty Zeiter den Rat, diesem Antrag zuzustimmen.

Markus **Jans** erinnert daran, dass Strassen, welche der Kanton durch die Gemeinden baut, Kantonsstrassen sind. Für die Kosten der Strasse kommt folgerichtig der Kanton auf. Ebenso fühlt er sich verpflichtet alle verkehrsdosierenden Massnahmen zu finanzieren. Gestalterische Massnahmen entlang des schwarzen Bandes sollen aber die Gemeinden bezahlen. Das ist ein eigenartiges Verständnis von verursachergerechter Finanzierung. Die SP-Fraktion ist sich bewusst, dass bisher nach diesem Prinzip gehandelt und von den Gemeinden auch bezahlt wurde. Trotzdem ist es angebracht, über die Richtigkeit von bisherigen Prinzipien nachzudenken. Nur wenige Strassen sind ja wirklich Augenweiden. Je nach Ausführung sind sie endlose schwarze und dröhnende Schlangen in der Natur oder wirken wie Barrieren in den Dörfern und Städten. Nach Auffassung der SP-Fraktion ist der Erbauer einer Strasse nicht nur für sämtliche flankierenden Massnahmen, welche zur Zielerreichung der tolerierten Verkehrsmenge im Zentrum erforderlich ist, verantwortlich, sondern auch für die gestalterischen Massnahmen. Aus diesem Gründen unterstützt die SP-Fraktion den Antrag der Alternativen. Wir danken Ihnen, wenn auch Sie den Antrag unterstützen.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass beide Vorredner zumindest sagen, dass in Cham etwas getan werden muss. Da sind wir uns einig! Aber dass wir so weit gehen, wie das Berty Zeiter in ihrem Antrag will, sieht die Strassenbaukommission nicht so. Und auch die CVP-Fraktion ist völlig dagegen. Wir müssen auch sehen, dass wir gleiches Recht innerhalb des Kantons haben. Z.B. hat Baar vor Jahren eine Umfahrung erhalten mit der Verkehrsberuhigung im Dorf. Und es hat diese Kantonsstrasse sogar abparzelliert oder als Gemeindestrasse übernommen und die ganze Veränderung im Dorf selber bezahlt. Es muss auch in Cham so sein, dass ausser den verkehrsdosierenden Massnahmen alles Übrige wie schöne Pflästerung etc. von der Gemeinde selbst bezahlt wird. Der Votant hat das Gefühl, dass Berty Zeiter Angst hat, dass dann die Gemeine etwas knauserig sein könnte und es besser wäre, wenn der Kanton die Wünsche jetzt schon aufnehmen würde und später dann in Cham alles bereit wäre. Aber wenn wir Cham schon mit teurem Geld so stark entlasten, erwartet der Präsident der Strassenbaukommission von dieser Gemeinde auch, dass sie ihre weiteren Massnahmen auch selbst bezahlt.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko klar der Meinung ist, dass nur flankierende Massnahmen, welche *verkehrsdosierende* Funktion haben und im Bereich der Kantonsstrasse realisiert werden, auch vom Kanton zu finanzieren sind. Weitergehende Massnahmen wie Spezialbeläge, spezielle Pflästerungen, Bepflanzungen und andere gestalterische Massnahmen sind klar Sache der Gemeinden. Würden im Zusammenhang mit dieser Umfahrung weiter gehende Massnahmen finanziert, hätte dies präjudizierenden Charakter und würde zur Grundlage für Anträge aus anderen Gemeinden, welche ähnliche Projekte (z.B. im Zusammenhang mit der Tangente

Neufeld) realisieren möchten. Die Stawiko beantragt einstimmig, den Antrag der Regierung in der modifizierten Fassung zu unterstützen.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion beantragt, diesen Antrag abzulehnen und den modifizierten Antrag des Regierungsrats zu unterstützen. Es ist unbestritten, dass es zur Entlastung des Zentrums Cham neben dem Bau der Umfahrungsstrasse auch flankierende Massnahmen braucht. Diese sind im ursprünglichen Antrag des Regierungsrats in neun Punkten aufgezählt. Es scheint uns klar, dass Massnahmen zur Verkehrsreduktion Aufgabe des Kantons sind, solche zu Verschönerungen aber eher die der Gemeinde, wie in anderen Fällen auch. Vor allem ist es ja wichtig, dass wir gar nicht wissen, worüber wir sprechen. Denn im Moment läuft ja noch ein Wettbewerb in der Gemeinde Cham über die Strassenraumgestaltung. Wir wissen gar nicht, was da auf uns zukommt. Übrigens steht noch im Antrag des Regierungsrats, dass dannzumal, wenn alle Fakten bekannt sind, noch Diskussionen stattfinden werden und über den Kostenteiler definitiv entschieden wird.

Eusebius **Spescha** meint, es sei sicher so, dass es bisherige Praxis war, dass der Kanton nur die Strasse baute und alles Gestalterische den Gemeinden überliess. Er muss aber sagen, dass ihm diese Praxis noch nie eingeleuchtet hat. Der Kanton ist Besitzer der Strasse. Also hat er auch eine Verantwortung dafür, wie das Ganze aussieht. Stellen Sie sich vor, der Kanton baut das neue KV-Schulhaus und sagt dann: Die Umgebung interessiert uns nicht, das soll die Gemeinde realisieren. Die Umgebung gehört auch zum Bau und ist auch Teil des Besitzes des Kantons, also soll er auch die Verantwortung dafür übernehmen. Wieso das bei den Strassen nicht so sein soll, leuchtet Eusebius Spescha nicht ein. Auch die Gestaltung der Strasse ist in der Verantwortung des Besitzers, des Kantons.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** kann eigentlich nur wiederholen, was der Präsident der Strassenbaukommission bereits gesagt hat. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, erhalten wir ziemlich sicher eine gröbere Rechnung der Gemeinde Baar, und zwar über ihre Dorfkerndurchfahrt, und zwar die ganze. – Zu Eusebius Spescha. In der Stadt gehört das Trottoir der Stadt. Bei der Stadtdurchfahrt zahlt die Stadt das Trottoir und der Kanton die Strasse.

➔ Der Rat schliesst sich mit 58 : 13 Stimmen dem modifizierten Antrag der Regierung an.

Antrag der Alternativen Fraktion betreffend Kosten für die Erstellung der Personenunterführung Wasenbächli (Vorlage Nr. 1393.16 – 12061)

Berty **Zeiter** weist darauf hin, dass es der AF bei diesem Antrag darum geht, nebst der Förderung des motorisierten Individualverkehrs auch die Anliegen des Langsamverkehrs ernst zu nehmen. Indem abseits des Ungetüms eines Knoten Lindencham explizit eine Querungsmöglichkeit der Autobahn und Umfahrungsstrasse geschaffen wird für das Fussvolk und die Velofahrenden, bringen wir zum Ausdruck, dass wir die Verhältnismässigkeit und die Berücksichtigung des Langsamverkehrs nicht ganz aus

den Augen verlieren wollen. Deshalb bitten wir auch hier um die Zustimmung des Rats.

Beat **Villiger** hat bei der 1. Lesung bereits gesagt, dass die Strassenbaukommission gegen diesen Antrag ist. Sie ist es immer noch mit 13 : 1 Stimmen. Ebenfalls die CVP-Fraktion. Wenn dieser Durchgang gewünscht wird, müsste nämlich auch der Richtplan angepasst werden. Nach diesem Richtplan liegt das Wasenbächli rund 500 Meter südlich vom bestehenden Radweg Cham-Lindencham entfernt. Die Gemeinde Cham kann diesen Durchlass selber realisieren, wenn sie will. Die Verbindung ist also vorhanden und wir können die Gemeinden nicht ungleich behandeln. Wir haben z.B. auch im Berg noch Radwegverbindungen, die nicht erstellt sind und nach Erachten des Votanten notwendiger wären als diese hier. Der Kommissionspräsident versteht auch nicht ganz, dass man von der linken Seite diesen für die Tiere gedachten Durchlass nun plötzlich zusätzlich als Personenunterführung vorsehen möchte. Die ursprüngliche Zweckbestimmung würde dadurch nämlich weitgehend vereitelt. Und es ist davon auszugehen, dass dieser Durchlass für Tiere früher auch mal ein grünes Anliegen war.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko der Meinung ist, dass die Erstellung einer solchen Separatunterführung zu aufwändig ist. Neben den Kosten stellt sich die Stawiko übrigens die Frage, ob eine so abseits gelegene Unterführung unter einer zukünftig sechsspurigen Autobahn überhaupt eine attraktive Alternativ für Fussgänger und Velofahrer darstellen könnte. Wir sind der Meinung, dass eine solche Unterführung auch aus sicherheitstechnischen Gründen fragwürdig ist und empfehlen einstimmig, auch diesen Antrag abzulehnen.

Markus **Jans** scheint es nach der heutigen Debatte, dass der Richtplan nicht mehr in Stein gemeisselt ist. Also können wir durchaus noch darüber diskutieren, ob wir hier noch etwas ändern wollen oder nicht. Ein Wildtierkorridor ist grundsätzlich immer ein grünes Anliegen, das ist selbstverständlich. Und es ist auch möglich, beide Unterführungen im gleichen Raum zu realisieren. Entsprechend müsste natürlich das eine grössere Ausweitung geben. Dass das gemacht wird, haben wir gesehen beim Autobahnneubau von Zürich her. Es könnten auch durchaus zwei Röhren gebaut werden. Soviel teurer kommt das nicht.
Die Natur- und Landschaftsschutzkommission des Kantons Zug hat mit Schreiben vom 28. Juni 2005 eine Stellungnahme zum Kammerkonzept an das Amt für Raumplanung eingereicht. Die Natur- und Landschaftsschutzkommission hat sich in diesem Schreiben auch zum Wasenbächli geäussert und folgende Stellungnahme abgeben: «Um die massiven Eingriffe der beiden Grossprojekte Autobahnausbau sowie Kammerkonzept in der wertvollen und empfindlichen Landschaft auszugleichen respektive zu eliminieren, sind im ganzem Perimeter des Kammerkonzeptes grosszügige ökologische Ersatzmassnahmen zu planen und umzusetzen. Die beabsichtige Vergrösserung der Durchlässe Wasenbächli unter der N4 sowie unter der Sinserstrasse wird sehr begrüsst.» Zusätzlich unterstützt die NLK die von der Gemeinde Cham beantragten Verbesserungen der Fussgänger- und Veloverbindungen. Die Gemeinde Cham möchte, dass der Durchlass Wasenbächli nicht nur für den noch vorhandenen spärlichen Wildwechsel vergrössert wird, sondern so weit geöffnet wird, dass auch ein Fuss- und Radweg erstellt werden kann. Bekanntlich haben

wir nur Wildkorridore im Richtplan aufgenommen. An die Planung von Menschenkorridoren hat noch niemand gedacht. Genau ein solcher Korridor soll mit der Aufweitung des Wasenbächlis ermöglicht werden. Selbst von Verantwortlichen der Baudirektion wird nicht bestritten, dass eine *attraktive* und sichere Querung des Anschlusswerks Lindencham für den Langsamverkehr nicht zu realisieren ist. Wird das Wasenbächli erweitert, kann eine sichere Verbindung für den Langsamverkehr zwischen Cham, Lindencham und Hagendorn realisiert werden. Zu bedenken ist weiter, dass die Strasse auch von den Schulkindern benutzt werden muss. Ein sicherer Schulweg sollte uns diese Mehrkosten für die Aufweitung des Wasenbächlis wert sein. Bauen und bezahlen wir nicht nur Verbindungen für Tiere sondern bauen wir mit der gleichen Überzeugung auch sichere Verbindungen für Menschen!
Die SP-Fraktion unterstützt daher den Antrag der AF und der Strassenbaukommission, dass der Kanton die Kosten für den Ausbau des Durchgangs Wasenbächli als integrierender Bestandteil der Umfahrung Cham-Hünenberg übernimmt.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion auch hier beantragt, den Antrag aus folgenden Gründen abzulehnen: Eine Erweiterung des Durchlasses Wasenbächli als kombinierter Ökodurchlass mit Fuss- und Radwegverbindung macht nur Sinn, wenn er auch die A4 unterquert. Und diese A4-Unterquerung ist ja nicht Bestandteil dieser Vorlage. Die Führung eines Radwegs via Wasenbächli ist im kantonalen Richtplan nicht vorgesehen und müsste durch die Gemeinde Cham realisiert werden. Wenn es möglich ist, ohne Mehrkosten für den Kanton oder auf Kosten der Gemeinde Cham den Durchlass des Wasenbächlis unter der neuen Strasse so zu erstellen, dass eine spätere Ausweitung möglich ist, wenn alle Fragen bezüglich Autobahn und neuem Radweg geklärt sind, haben wir natürlich nichts dagegen einzuwenden.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** verweist auf den kantonalen Richtplan. Danach führt die Radwegverbindung von Cham Richtung Lindencham entlang der Kantonsstrasse. Das Wasenbächli liegt – wie bereits gesagt – rund 500 Meter südlich davon entfernt. Dort enthält der Richtplan keine Aussage über einen Verbindungsweg. Die Gemeinde kann selbstverständlich diesen Durchgang realisieren, sie muss ihn aber auch berappen. Ausserdem muss sie auf beiden Seiten den Zugang zu dieser Unterführung erstellen. Der Kanton kann den Durchlass breiter bauen. Er wird aber das Erdreich nicht abtransportieren. Wenn dieser Durchgang zu einer Personenunterführung ausgebaut werden soll, muss zusätzlich der Weg beleuchtet werden. Damit wird aber der ursprüngliche Zweck dieses Durchlasses vereitelt. Die Tiere werden diesen Durchgang nicht mehr benützen. Der Regierungsrat sieht nicht ein, weshalb dieser Durchlass vollumfänglich vom Kanton bezahlt werden soll, wenn er nicht im Richtplan eingetragen ist. Also zuerst Richtplanänderung und dann – aber nicht umgekehrt! Beim Durchgang Wasenbächli, bezeichnet als Ökodurchlass, handelt es sich nicht um einen Wildtierkorridor, sondern um einen Kleinwildtier-Korridor, z.B. für Iltis, Wiesel, Dachs, Fuchs, Feldhase, Ringelnatter usw. Und der steht bereits! Da müssen wir nichts mehr daran bauen. Bei einer Kombination mit der Personenunterführung müssen wir vielleicht sogar getrennt fahren. Aber im Grund genommen geht es darum, wer es bezahlt. Wenn die Gemeinde diese Kreditvorlage vor die Gemeindeversammlung bringt und sie durchfällt, wird es nicht gebaut. Also schiebt man es doch lieber an den Kanton, es geht leichter!

➔ Der Antrag wird mit 48 : 14 Stimmen abgelehnt.

Anträge zu § 2

Antrag der Raumplanungskommission (Vorlage Nr. 1393.10 – 12045)

Louis **Suter**: Um den bestehenden und zu erwartenden Verkehrsproblemen beim motorisierten Individualverkehr begegnen zu können, ist im Richtplan ein Netzwerk von sich ergänzenden Strassen und Projekten vorgesehen. Jedes Einzelne dieser Strassenbauprojekte hilft einen Teil der Verkehrsprobleme zu lösen. Die Optimierung der Verkehrsflüsse wird jedoch erst stattfinden, wenn mehrere Projekte dieses Netzwerks miteinander verflochten sind. Zum Beispiel der 6-Spur-Ausbau der A4 mit der Verbesserung des Knotens Rotkreuz, aber auch die Nordzufahrt mit der Umfahrung Cham-Hünenberg. Oder ein anderes Beispiel: Nordzufahrt, Tangente Neufeld, Stadttunnel. Oder die Entlastung des Knotens Alpenblick durch die Verlängerung der General-Guisan-Strasse. Um diese anstehenden Verkehrsprobleme zu lösen, wäre es deshalb grundsätzlich interessant, möglichst viele dieser Strassenprojekte gleichzeitig zu bauen. Aus verkehrs- und bautechnischen, aber auch aus finanziellen Gründen ist dies weder sinnvoll noch möglich. Aus diesen Gründen ist im Richtplan auf Grund sorgfältiger Kriterienabwägung wie Problemaktualität, Optimierung der Verkehrsabläufe und bessere Vernetzung, Stand der Planungsarbeiten, Finanzierung und regionale Interessen ein Zeitplan festgelegt worden, nach welchem die einzelnen Projekte zu planen und zu bauen sind. Die RPK ist deshalb der Meinung, dass sofern nicht wichtige Gründe dem widersprechen (um dies festzustellen ist bekanntlich vorgesehen, den Richtplan periodisch, d.h. ca. alle vier bis fünf Jahre zu überprüfen), an der Prioritätenfestlegung des Richtplanes möglichst festzuhalten ist.
Die RPK hat das Projekt Umfahrung Cham-Hünenberg vor allem aus raumplanerischer und verkehrsstrategischer Sicht beurteilt und möchte alles dafür tun, dass das Ex-Kammerkonzept auch realisiert wird. Wir sind der Meinung, dass alles für optimale Voraussetzungen für eine erfolgreiche mögliche Volksabstimmung getan werden muss. Wir sind auch der Meinung, dass je transparenter die Vorlage, desto grösser die Akzeptanz beim Volk sein wird. Deshalb finden wir auch den Antrag der Regierung auf Präzisierung der flankierenden Massnahmen sehr gut. Im gleichen Sinne ist auch unser Antrag zu verstehen. Wir möchten darauf hinweisen, dass wir den Richtplan ernst nehmen, dass auch die Bevölkerung vom Berg, von Zug und Baar diesem Projekt zustimmen können, ohne dass sie befürchten müssen, dass ihre Strassenprojekte nicht verwirklicht werden. Analog zum Antrag der Regierung auf Präzisierung der flankierenden Massnahmen ist auch unser Anliegen Bestandteil des Richtplans bzw. im Regierungsantrag enthalten und müsste deshalb im Kantonsratsbeschluss nicht mehr aufgenommen werden. In beiden Fällen helfen die zusätzlichen Anträge jedoch für mehr Klarheit und Transparenz und verbessern damit die Chancen für den positiven Ausgang bei einer Volksabstimmung. Wir sind uns bewusst, dass man über die Notwendigkeit unseres Antrags geteilter Meinung sein kann, da wie bereits erwähnt das Notwendige im Richtplan geregelt ist. Wir sind uns auch bewusst, dass die Meinungen grösstenteils gemacht sind. Trotzdem möchten wir den Rat bitten, seinen Entscheid nochmals zu überdenken und diese Überlegungen mit einzubeziehen, denn wenn wir dazu beitragen können, Misstrauen abzubauen und damit die Chancen für eine Volksabstimmung zu verbessern, dann ist unser Antrag eine gute Sache – etwas, wofür es sich lohnt, nochmals darüber nachzudenken.
Die Formulierung des Antrages haben wir so gewählt, dass die Realisierung des Projekts Umfahrung Cham-Hünenberg gemäss Richtplan erfolgen kann. Dabei fordern wir nicht, dass der Kantonsrat beim ebenfalls in Priorität 1 befindlichen Projekt Tangente Neufeld Planungs- und Baukredite beschlossen haben muss, sondern nur,

dass er darüber einen politischen Entscheid – ob positiv oder negativ – gefällt hat. Obwohl wir die Meinung nicht vertreten, dass es mit dieser Formulierung beim zweistufigen Verfahren zu ungewollten Verzögerungen kommen könnten, haben wir, um auf alle Eventualitäten gewappnet zu sein, den Antrag leicht vereinfacht. Er lautet nun wie folgt:
«Der Neubau der Abschnitte Alpenblick-Knonauerstrasse und Schlatt-Oberbösch soll jedoch erst beginnen, wenn der Kantonsrat über das generelle Projekt sowie die Kredite für die Planung der Kantonsstrasse "Tangente Neufeld", Baar, entschieden hat.»
Im Gegensatz zu dem in der Vorlage aufgeführten Text sprechen wir nur noch vom generellen Projekt und von Krediten für die Planung. Damit können wir auch bei einem zweistufigen Verfahren gewährleisten, dass es diesbezüglich zu keinen ungewollten Verzögerungen kommt. Mit diesem so formulierten Antrag können wir von einem ausgewogenen und bedarfsgerechten Kantonsratsbeschluss sprechen, der beim Volk, sollte es zu einer Abstimmung kommen, gute Chancen hat.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zu § 2 noch folgender Antrag vorliegt:

Antrag von Alois Gössi zur Neuformulierung von § 2 (Vorlage Nr. 1393.13 – 12056)

Alois **Gössi** fragt den Rat, ob er sich den 25. Juni 2013 schon vorgemerkt habe. Dann ist die Eröffnung des ersten Abschnittes der Umfahrung Cham – Hünenberg. Vielleicht ist es auch ein Jahr früher oder eher zwei Jahre später, je nach Einsprachen, Projektverlauf und weiteren Unwägbarkeiten. Aber der 25. Juni 2013 kann heissen, dass wir vom Kantonsrat bis zu diesem Daten zur Umfahrung Cham-Hünenberg nichts, aber auch gar nichts mehr zu sagen haben, falls die Kosten 180 Mio. Franken nicht übersteigen. Im Rechenschaftsbericht des Regierungsrats werden wir dann jeweils über den Projektstand informiert. Wollen wir dies? Wollen wir dem Regierungsrat einen Blankoscheck erteilen, dass er im Rahmen des gewährten Kredites schalten und walten kann wie er will? Wollen wir uns ganz aus der Verantwortung nehmen? Wollen wir, dass wir zu den flankierenden Massnahmen, die jetzt relativ rudimentär im Generellen Projekt aufgelistet werden, allein Sache des Regierungsrats ist? Wollen wir nichts mehr zu sagen haben zu möglichen Lösungen bei der Kreuzung Alpenblick? Falls ja, stimmen Sie dem Antrag aus der 1. Lesung zu und übertragen sie alle Kompetenzen und Verantwortung dem Regierungsrat. Falls Sie Bedenken haben, stimmen sie dem Antrag des Votanten zu und geben dem Kantonsrat mehr Rechte. Von einigen Kantonsräten hörte er die Befürchtung, dass dann der Kantonsrat in ein paar Jahren gegen den Bau eines Abschnitts sein könnte. Aber dies glaubt Alois Gössi bei den Mehrheitsverhältnissen bei uns im Kantonsrat nicht, und wenn er das allenfalls machen würde, hätte er sicher gute und stichhaltige Gründe dazu. Er persönlich ist ganz klar dagegen, dass wir uns hier aus der Verantwortung nehmen, nichts mehr zum weiteren Verlauf der Umfahrung Cham-Hünenberg zu sagen haben. Übernehmen wir die Verantwortung, übernehmen wir diese Kompetenz!

Beat **Villiger** möchte sich zuerst zum Antrag der Raumplanungskommission äussern. Damit wird in dieses Geschäft eine regionalpolitische Dimension gebracht. Und gerade das wollten eigentlich der Kantonsrat und vor allem die Strassenbaukommission nicht. Das dürfte auch die RPK in ihrer Eigenschaft als planerische Kommission

in diesem Kanton nicht tun. Mindestens ist der Votant froh, dass der Antrag um einen wesentlichen Teil gekürzt worden ist und nur noch auf das generelle Projekt beschränkt ist. Das hiesse, dass der Baukredit dann nicht mehr enthalten ist. Aber die Strassenbaukommission lehnt mit grosser Mehrheit auch den neu formulierten Antrag ab. Auch die CVP-Fraktion ist grossmehrheitlich dagegen.
Zum Antrag von Alois Gössi. Auch hier sind sowohl Strassenbaukommission wie CVP-Fraktion sehr grossmehrheitlich dagegen. Wir haben uns für das einstufige Verfahren entschieden und damit auch b gesagt, dass wenn der Kredit beschlossen ist, die ganze Sache bei der Exekutive und der Verwaltung liegt. Wir können dann nicht immer wieder dazwischenfunken und Teilabschnitte neu beschliessen. Das würde nur grosse Verzögerungen geben. Und wenn Alois Gössi damit nicht einverstanden ist, so haben wir politische Instrumente in der Hand wie etwa Interpellationen. Und es ist davon auszugehen, dass der Kanton dann die ganze Umsetzung und Realisierung dieser Abschnitte mit den Gemeinden und Betroffenen abklärt und abspricht und wir Gewähr haben, dass das richtig abläuft und wir nicht mehr ständig dreinfunken müssen.

Franz Peter **Iten** spricht zum Antrag der RPK. Am 13. Juni 1976 lehnte das Zuger Stimmvolk den Kantonsratsbeschluss über den Neubau der Kantonsstrasse Moosrank bis Nidfuren mit neuer Lorzentobelbrücke mit 10'236 Nein- zu 8'296 Ja-Stimmen ab. Ein Entscheid, der sich für einige Jahre negativ für die Berggemeinden, insbesondere für die Gemeinden Menzingen, Oberägeri und Unterägeri auswirkte. Allenwinden musste in dieser Zeit zudem einiges an Mehrverkehr ertragen, eine Mehrbelastung, die fast unerträglich wurde. Nachdem dann der Zuger Kantonsrat am 23. Oktober 1980 im zweiten Anlauf das Projekt mit 64 : 0 Stimmen genehmigte, konnte am 5. November 1985 diese Kantonsstrasse und die neue Lorzentobelbrücke mit einer Verspätung von über vier Jahren dem Verkehr übergeben werden.
Sie fragen sich jetzt sicher, was hat dies mit der Umfahrung Cham-Hünenberg zu tun? Es hat schon etwas damit zu tun. Bei der erwähnten Volksabstimmung haben alle Talgemeinden, insbesondere aber der Ennetsee, das Vorhaben abgelehnt und eben das befürchtet der Votant auch bei der dringend notwendigen Tagente Neufeld, sollte es da zu einer Volksabstimmung kommen. Es nützt uns Berggemeinden nichts, wenn man uns verspricht, dass die Talgemeinden die Tagente Neufeld wohlwollend unterstützen werden, sei dies im Kantonsrat oder bei einer eventuellen Volksabstimmung! Gerade deshalb ist die Aufnahme des neuen Absatzes zwei in die Vorlage ein Schutz zu Gunsten der Tagente Neufeld und der Berggemeinden. Franz Peter Iten verlässt sich nicht auf Lippenbekenntnisse, auf Versprechungen, die wohl niemand halten kann, die eventuell niemand mehr halten will. Schwarz auf weiss muss es stehen, nur das gibt die grösste Sicherheit, dass die Tagente Neufeld nicht vergessen wird. Auch wenn weiter versprochen wird, dass die Finanzierung der Bauvorhaben der ersten Priorität gesichert ist, leuchtet eine Warnlampe im Zusammenhang mit der Finanzierung der Tagente Neufeld und insbesondere der Umfahrung von Unterägeri auf. Man spricht bei der gesicherten Finanzierung der Strassenbauprojekte von der ersten Priorität, es hat bis heute noch niemand klare Aussagen zur Finanzierung der zweiten und dritten Priorität gemacht. Und was den Votanten vor allem noch hellhöriger gemacht hat, ist die Tatsache, dass von der Umfahrung Unterägeri, die in der zweiten Priorität ist, überhaupt kein Mensch mehr spricht. Der Baudirektor hat unmissverständlich zu Verstehen gegeben, dass diejenigen Bauvorhaben, die baureif sind, umgehend realisiert werden. Das kann schlussendlich bedeuten, dass gerade die Tagente Neufeld und vielleicht auch die Umfahrung von Unterägeri ver-

spätet oder evtl. gar nicht realisiert werden können, weil sie z. B. nie baureif werden oder die Finanzierung fraglich ist. Franz Peter Iten bittet den Baudirektor, heute über den Stand der Arbeiten bei der Umfahrung von Unterägeri zu informieren.
Er steht mit grosser Überzeugung hinter dem Beschluss des Kantonsrats für ein beschleunigtes Vorgehen bei der Umfahrung Cham-Hünenberg. Er ist nach wie vor davon überzeugt, dass das Verkehrschaos in Cham nur behoben werden kann, wenn alle vier Kammern realisiert werden. Dass die vorgesehenen flankierenden Massnahmen ein wichtiger Bestandteil der Umfahrung Cham-Hünenberg sind, darf nicht ausser Acht gelassen werden. Der Votant weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass das nicht heissen soll, dass er die Tagente Neufeld oder sogar die Umfahrung von Unterägeri zugunsten der Umfahrung Cham-Hünenberg auf spätere Jahre verschieben will. Alle Strassenbauprojekte sind dringend mit grossen Schritten voranzutreiben, damit dem Verkehrschaos im Kanton Zug endlich Stirn geboten werden kann. In einer chinesischen Weisheit ist festgehalten: «Die eine Generation baut die Strasse, auf der die nächste fährt!» Das wird auch in Zukunft so bleiben. Aus diesen Gründen bittet Franz Peter Iten den Rat, den abgeänderten Antrag der RPK zu genehmigen.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion beantragt, den Antrag der RPK aus folgenden Gründen abzulehnen. Das Ergebnis der 1. Lesung bezweckt die Realisierung der gesamten Umfahrung Cham-Hünenberg, da eine Reduktion des Durchgangsverkehrs durch Cham nur mit der Realisierung sämtlicher Teilstrecken erreicht werden kann. Eine Aufteilung auf einzelne Abschnitte widerspricht dieser Zielsetzung. Ein Zusammenhang zwischen der Tangente Neufeld und der Umfahrung Cham-Hünenberg besteht lediglich in der Tatsache, dass sämtliche Strassenbauvorhaben des Teilrichtplans Verkehr für eine Verbesserung der heutigen und zukünftigen Verkehrssituation in unserem Kanton dringend notwendig sind. Die Schaffung aber einer Abhängigkeit zwischen den beiden Grossprojekten ist strategisch und taktisch äusserst gefährlich, da die Gefahr besteht, dass unter Umständen keines der beiden Projekte je realisiert wird. Die FDP anerkennt die Notwendigkeit der Tangente Neufeld und wird sich zu gegebener Zeit auch für deren Realisierung einsetzen. Und wenn das jetzt ins Protokoll kommt, dann ist das schwarz auf weiss festgehalten.
Zum Antrag von Alois Gössi möchte der Votant nur ergänzend sagen, dass wir auch hier Ablehnung beantragen. Neben der Aufsplitterung in einzelne Teilstrecken muss man doch sagen, dass der Regierungsrat zugesichert hat, dass er ein Controlling-System aufbauen will, das der Grössenordnung dieses Projekts angemessen ist. Und er wird den Kantonsrat über den Baufortschritt und die Entwicklung der Kosten laufend informieren.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass der Antrag der RPK vom Regierungsrat klar abgewiesen wird. Folgte man diesem Antrag, könnte es bei der Realisierung der gesamten Umfahrung Cham-Hünenberg zu massiven Verzögerungen kommen. Der Votant hat Kenntnis, dass die Tangente Neufeld mit der unterirdischen Verlegung der Hochspannungsleitung verquickt werden soll. Ein entsprechendes Postulat ist in Vorbereitung oder bereits eingereicht. Dieser Antrag wird das Generelle Projekt Tangente Neufeld noch weiter verzögern. Man muss sich bewusst sein, dass dereinst auch die Tangente Neufeld darauf angewiesen sein wird, dass die Bevölkerung des Ennetsees dieses Projekt unterstützen wird. Wird es also zu einer Verquickung der Tangente Neufeld mit dem Umfahrung Cham-Hünenberg

kommen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass dereinst die Retourkutsche gefahren wird. Louis Suter: Im Gegenteil, mit diesem Antrag bauen Sie Misstrauen auf!
Der Antrag von Alois Gössi verwirrt. Bis anhin ist man davon ausgegangen, dass es sich bei der Umfahrung Cham-Hünenberg um ein Gesamtprojekt handeln soll. Zudem hat der Kantonsrat bis anhin vorab den Kredit bewilligt und erst anschliessend ist das Baubewilligungsverfahren durchgeführt worden. Nun soll dieses Vorgehen umgekehrt werden. Nach Meinung von Alois Gössi soll vorab die Baubewilligung eingeholt werden und erst anschliessend soll der Kantonsrat den Kredit beantragen.
Zu Franz Peter Iten und der Umfahrung Unterägeri. Wir sind am Ermitteln der Bestvariante und die nächste Phase wird sein, dass wir den Baulinienplan festlegen.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass nun drei gleichwertige Anträge zur Abstimmung vorliegen. Nämlich einerseits das Ergebnis der ersten Lesung. Anderseits der Antrag der RPK und jener von Alois Gössi. Da alle drei Anträge gleichwertig sind und sich gegenseitig ausschliessen, kommt § 61 Abs. 2 der GO zur Anwendung. Wir stellen also alle drei Hauptanträge einander direkt gegenüber. Der Rat kann dazu eine einzige Stimme abgeben. Hat keiner der Anträge die absolute Mehrheit der Stimmenden erhalten, so wird darüber abgestimmt, welcher von den zwei Anträgen, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigen, aus der Abstimmung zu fallen hat. Der obsiegende Antrag wird dann in einer zweiten Abstimmung dem obsiegenden Antrag der ersten Abstimmung gegenüber gestellt.

➔ Der Rat stimmt mit 44 Stimmen für das Ergebnis der 1. Lesung, mit 13 Stimmen für den Antrag der Raumplanungskommission und mit 13 Stimmen für den Antrag von Alois Gössi. Mit 44 Stimmen ist das absolute Mehr von 35 Stimmen übertroffen und damit entscheidet sich der Rat für das Ergebnis der 1. Lesung.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 52 : 16 Stimmen zu.

Berty **Zeiter** hält fest, dass die AF den Antrag stellt, dass zu dieser soeben beschlossenen Kreditvorlage das Behördenreferendum beschlossen wird. Unsere Begründung: Die regierungsrätliche Kreditvorlage 1393.3 hat einen Rahmenkredit in der Höhe von 62,7 Mio. Franken vorgeschlagen. Die Strassenbaukommission hat sich dann in ihren Beratungen zu vorher ungeahnten Höhenflügen emporgeschwungen und beschlossen, einen Rahmenkredit für das ganze Projekt zu beantragen in der Höhe von 230 Mio. Franken, also fast vier Mal so viel wie ursprünglich geplant. Am Ende dieses Höhenflugs hat sie dann mit 12 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, das Behördenreferendum zu beantragen. Inzwischen haben dann verschiedene Einflüsse auf die Kommissionsmitglieder eingewirkt. An der letzten Sitzung vor einer Woche hat die Strassenbaukommission das Behördenreferendum knapp abgelehnt. Das Argument, dass wir als gewählte Volksvertreterinnen und Vertreter unsere Verantwortung wahrnehmen und deshalb die Mitsprache des Volkes ablehnen sollen, überzeugt nicht. Auch die Votantin ist vom Volk gewählt, aber bei Projekten von solcher Bedeutung liegt es ihr daran, dem Volk eine direkte Mitsprache zu ermöglichen. Es darf nicht sein, dass mit diesem Argument das grösste Strassenbauprojekt aller Zeiten im Kanton Zug am Volk vorbei geschmuggelt wird. Für uns

Linke war das Unterschriftensammeln für das Steuerreferendum eine ermutigende Erfahrung, um mit unseren Anliegen direkt an die Zugerinnen und Zuger zu gelangen. Doch ungeachtet der Aussicht, dass wir uns gleich mit dem nächsten Thema profilieren könnten, bitten wir Sie um Ihre Zustimmung zum Behördenreferendum. Bei einem Projekt in diesem Ausmass muss der Kantonsrat als Ganzes dem Volk die Möglichkeit einräumen, seine Sicht in einer Abstimmung kundzutun.

Käty **Hofer** hält fest, dass auch die SP-Fraktion für ein Behördenreferendum ist. Wir reden hier über ein riesiges Projekt. Eines der grössten, wenn nicht das grösste, das der Kanton Zug je realisiert hat. Also ein Projekt der absoluten Extraklasse. Dieses Projekt wird auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, Auswirkungen haben auf den Finanzhaushalt des Kantons Zug. Es ist klar, dass andere Bedürfnisse zurückstehen werden müssen, und das ganze Zuger Volk wird diesen Bau finanzieren, sei es durch direkte Steuern oder durch Mineralölsteuern. Darum beantragen wir Ihnen, dieses Projekt der Extraklasse dem Volk vorzulegen.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass es wirklich so ist, wie Berty Zeiter gesagt hat: Dass die Strassenbaukommission ursprünglich das Behördenreferendum beantragen wollte. Auf Grund der Diskussionen in den Fraktionen sowie der Argumentationen des Regierungsrats hat die Kommission nochmals eingehend beraten und sich dann ganz knapp entschieden, kein Behördenreferendum zu beantragen.
Der Hauptgrund der Kommission war, dass bei unserem Antrag, wie er heute durchgekommen ist, nicht so ganz klar war, wie er aufgenommen wird. Und man wollte mit dem Behördenreferendum eine Möglichkeit geben, das Ganze noch breiter abzustützen. Nach diesem klaren Entscheid hat die Kommission gesagt: Wir unterstützen jetzt das Behördenreferendum nicht mehr. Und das ist auch sehr grossmehrheitlich die Meinung der CVP-Fraktion.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Nein, nein und nochmals nein, Käty Hofer! Der Votant kann es nur immer wieder betonen. Diese Strasse bezahlen die Autofahrerin und der Autofahrer. Also nicht einmal das ganze Volk. – Die Regierung lehnt es ab, die Vorlage dem Behördenreferendum zu unterstellen. Auf seine Zuständigkeiten sollte der Kantonsrat nicht freiwillig verzichten. Diese auf Verfassung und Gesetz fussende Zuständigkeit ist gemäss konstanter Praxis des Regierungsrats vollumfänglich zu nutzen.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass es in § 34 der kantonalen Verfassung sehr klar heisst: «Die Volksabstimmung kann ferner von einem Drittel der Mitglieder des Kantonsrats unmittelbar nach der Schlussabstimmung beschlossen werden.» Diese Bestimmung in der Verfassung hat ja wahrscheinlich einen Sinn. Und wann kommt dieser Sinn zum Tragen, wenn nicht bei einem Kredit in dieser ausserordentlichen Grössenordnung? Und wenn Sie der Meinung sind, dass diese Verfassungsbestimmung keinen Sinn macht, dann bitte beantragen Sie, dass wir das streichen! Dann müssen wir hier auch nicht mehr über das Behördenreferendum diskutieren. Aber der Kantonsrat gibt seine Zuständigkeit nicht ab, wenn er das Behördenreferendum beschliesst, weil eben die Verfassung diese Möglichkeit explizit vorsieht.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es wie soeben gesagt für das Behördenreferendum einen Drittel der Stimmen der Mitglieder des Kantonsrats braucht, das sind 27 Stimmen.

➔ Mit 23 Stimmen wird das notwendige Quorum nicht errreicht, womit das Behördenreferendum nicht zustande kommt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt:

– Die Motion von Leo Ohnsorg vom 22. Mai 1998 betreffend Sanierung des Verkehrsknotenpunkts Alpenblick in Cham (Vorlage Nr. 566.1 – 9526) sei nicht erheblich zu erklären,

– die Motion der Ennetseer Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend bevorzugte Realisierung der Verbindungsstrasse Schlatt-Lindencham vom 20. Juli 2000 (Vorlage Nr. 809.1 – 10258) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

894 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER AUSBILDUNGSBEITRÄGE (AUFHEBUNG DER STIPENDIENKOMMISSION UND WEITERE ANPASSUNGEN)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1397.1/.2 – 11915/16) und der Kommission (Nrn. 1397.3/.4 – 12021/22).

Berty **Zeiter** hält fest, dass die Kommission die Gesetzesvorlage Nr. 1397.2 in einer anderthalbstündigen Sitzung durchberaten hat und einstimmig beantragt, darauf einzutreten und ihr mit den von der Kommission beschlossenen Änderungen zuzustimmen, wie sie in der Vorlage Nr. 1397.4 dargestellt sind. In den Grundzügen geht es um Folgendes:
– Die 1963 ins Leben gerufene, politisch zusammengesetzte Stipendienkommission ist aufzuheben. Die Gesetzesvorlage und die dazugehörige Verordnung wurden in dieser Zeit mehrfach überarbeitet und präzisiert, so dass kein politischer Ermessensspielraum mehr besteht bei der Vergabe von Stipendien und Studiendarlehen. Dies illustriert am besten der Stipendienrechner, der auf der Homepage des Kantons für alle zugänglich ist. Dort kann jede Person ihre finanziellen Verhältnisse eingeben und erhält auf automatisiertem Weg Auskunft, wie gross ihr Anspruch auf Ausbildungsbeiträge ist.
– Durch die Aufhebung der Stipendienkommission können Verwaltungsabläufe ohne Qualitätseinbusse schlanker gemacht werden. Die knappen personellen Ressourcen können dadurch effizienter eingesetzt werden, wie dies das regierungsrätliche Schwerpunktprogramm 2005-2015 zu den Organisationsstrukturen ausdrücklich postuliert.

– Die Stipendienberatungsstelle erhält durch die neue Organisation eine zentralere und umfassendere Stellung, was durch eine Namensänderung in Stipendienstelle ausgedrückt werden soll.
– Den geänderten Abläufen entsprechend werden auch Zuständigkeit und Rechtsmittel angepasst, wie dies in der Vorlage des Regierungsrats dargelegt ist.
– Gleichzeitig werden zwei weitere Gesetzesanpassungen vorgenommen, die auf Grund übergeordneten Rechts notwendig geworden sind:

a) Am 1. Januar 2007 tritt das neue Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft in Kraft. Im Sinne der Rechtsgleichheit werden die finanziellen Verhältnisse von eingetragenen Partnerschaften gleich behandelt wie jene von Ehepaaren. Das Gesetz über Ausbildungsbeiträge wird dementsprechend umformuliert.
b) Gleichzeitig wird das Gesetz auch angepasst an das Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Dieses ist schon am 1. Juni 2002 in Kraft getreten. Die Erweiterung des Abkommens auf die zehn neuen Mitgliedstaaten wurde vom EU-Ministerrat bereits ratifiziert und der Bundesrat hat die Inkraftsetzung auf den 1. April 2006 beschlossen. Dadurch wurde sogar eine Übergangsbestimmung in der Gesetzesvorlage 1397.2 hinfällig, wie dies in der Kommissionsvorlage 1397.4 aufgezeigt wird.

In diesem Sinne empfiehlt die Kommissionspräsidentin dem Rat im Namen der Kommission, der Vorlage 1397.4 zuzustimmen. – Die AF unterstützt diesen Antrag ebenfalls.

Margrit **Landtwing** weist darauf hin, dass es auch im vorliegenden Geschäft ganz im Sinne der CVP ist, dass Ressourcen wirksam eingesetzt, Abläufe vereinfacht und Wege zu Entscheiden kürzer werden. In Anbetracht, dass heute ca. 95 % der Gesuche um Stipendien oder Darlehen nach klaren, engen gesetzlichen Vorgaben entschieden werden können, scheint der Verzicht auf die Stipendienkommission eine logische Konsequenz. Mit der vorgelegten Revision wird die Entscheidkompetenz mit der Budgetverantwortung zusammengeführt, indem neu die Stipendienstelle, die beim Rechnungswesen der DBK angesiedelt ist, die Entscheidungen direkt, ohne vorherigen Antrag der Kommission und ohne entsprechenden administrativen Aufwand treffen soll. Die aus der Redimensionierung resultierenden Vorteile sind offensichtlich: Weniger Verwaltungsaufwand und erhöhte Kundenfreundlichkeit. Die gewonnenen Ressourcen können sinnvoll in der Rechnungsführung der DBK genutzt werden. Die CVP beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen.

Andrea **Hodel** kann es im Namen der FDP-Fraktion sehr kurz machen. Sie stimmt sämtlichen Anträgen der Kommission zu. Sie begrüsst es ausdrücklich, dass die Stipendienkommission aufgehoben wird. Sie dankt Bildungsdirektor Matthias Michel dafür, dass er seine Aussage, kein neues Gremium zu schaffen, ohne zu überprüfen, ob ein altes und nicht mehr benötigtes Gremium, eine Kommission oder eine Mitwirkungsgruppe aufgehoben werden kann, mit dem Tatbeweis untermauert hat.

Heidi **Robadey** weist darauf hin, dass man mit der Änderung des Gesetzes die Verfahrensabläufe straffen und das bestehende Verwaltungspersonal effizienter einsetzen will. Durch die Aufhebung der Stipendienkommission und den Einsatz einer Stipendienberatungsstelle – kurz genannt Stipendienstelle – kann der Verfahrensablauf

beschleunigt werden. Gleichzeitig sollen innerhalb dieser Teilrevision zwei Anpassungen vorgenommen werden. Gemäss dem neuen Partnerschaftsgesetz haben zwei gleichgeschlechtliche Partner gemeinsam für den gebührenden Unterhalt ihrer Gemeinschaft zu sorgen. Konsequenterweise sind gemäss Gesetz über Ausbildungsbeiträge auch die finanziellen Verhältnisse des eingetragenen Partners zu erwähnen. Die zweite Anpassung bezieht sich auf die Folgen des Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU sowie der entsprechenden Gerichtspraxis des Europäischen Gerichtshofs. Arbeitnehmer aus einem EU-Staat und ihre Kinder unterstehen punkto geleisteter Ausbildungsbeiträge den gleichen Bedingungen wie Beiträge an die Kinder von Schweizer Staatsangehörigen. Die SVP unterstützt die Gesetzesänderung auch aus Gründen der Effizienz.

Andrea **Erni Hänni** hält fest, dass die SP-Fraktion den Anträgen des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission mehrheitlich zustimmt. Während die Gesetzesanpassungen an Bundesgesetze und die Umbenennung der Stelle unbestritten waren, gab die Aufgabe der Stipendienkommission jedoch zu kontroversen Diskussionen Anlass. Eine Minderheit war und ist überzeugt, dass es die Kommission als Aufsichts- und Beratungsorgan nach wie vor braucht, da nicht alle Anträge mit dem standardisierten Punktesystem behandelt werden können. Es wurden Befürchtungen laut, dass speziellen Anträgen nicht genügend Rechnung getragen wird, wenn sie von einer einzelnen Person beurteilt werden. Die Mehrheit der SP stimmt der Abschaffung der Stipendienkommission zu. Die Bildungsdirektion bitten wir, um- und weitsichtig mit Stipendienanträgen umzugehen. Vielen Personen wäre es ohne Stipendien nicht möglich, eine Ausbildung zu absolvieren. Die Zugerinnen und Zuger sollen aber weiterhin und unvermindert von diesen wertvollen Bildungsbeiträgen profitieren können.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** dankt für die gute Aufnahme des Gesetzes. Sie ist von Seite des Rats der Tatbeweis, dass er der Regierung einerseits sagt, wie viele Personalstellen sie zur Verfügung hat, aber anderseits auch hilft, wenn es gesetzliche Änderungen braucht, um dieses Personal wirklich gut einsetzen zu können.
Zu den Bedenken einer Minderheit der SP. Das Umgekehrte ist der Fall. Mit der zusätzlich gewonnenen Zeit kann die Stipendienstelle den Spezialfällen genauer auf den Grund gehen. Und diese Sorgfalt wurde schon bisher gewahrt. Wir kommen ja mit Anträgen an die Stipendienkommission. Da wird nicht mehr im Detail ein Fall durchgeackert. Die Realität ist schon lange so, dass ein wohl begründeter Antrag vorliegt – vielleicht gibt es noch eine Rückfrage. Die zusätzliche Zeit dient den Spezialfällen und anderen Aufgaben dieser Stipendienstelle und des Rechnungsführers. Sie können hier wirklich getrost zustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1397.4 – 12022

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1397.5 – 12083 enthalten.

895 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINEN BÜROPAVILLON FÜR DIE THERAPEUTISCHE GEMEINSCHAFT FÜR DROGENABHÄNGIGE BEI DER SENNHÜTTE BLASENBERG IN ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1405.1/.2 – 11942/43), der Kommission (Nr. 1405.3 – 12014) sowie Zusatzbericht und Antrag der Kommission (Nr. 1405.4 – 12015) und Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1405.5 – 12048).

Rosvita **Corrodi**: Ganz nach dem Motto «viele Wege führen nach Rom» führen auch einige Wege und Umwege zur Sennhütte auf den Blasenberg. Wie man unseren Berichten vom 22. März und 4. Mai entnehmen konnte, beinhaltet auch ein relativ kleiner Objektkredit knifflige Aufgaben. Nachdem unsere Kommission den Ruf hat, die vom Regierungsrat vorgelegten Bauvorlagen genau zu prüfen, kommt die Kommissionspräsidentin nicht umhin, ein paar kritische Bemerkungen los zu werden.

Mit dem Zusatzbericht hat der Rat im Anhang den planerisch dargestellten dritten Bauvorschlag erhalten. Galt es zuerst einen freistehenden Büropavillon parallel zum Hauptgebäude zu erstellen, wurde dieser zwar vom kantonalen Amt für Raumplanung akzeptiert, jedoch von der Stadt Zug, d.h. von der Stadtbildkommission, abgelehnt. Also drehte man den Pavillon um 30 Grad, womit sich die Stadt Zug einverstanden erklärte, worauf das Amt für Raumplanung jedoch diese Variante ablehnte. Nach dieser Pattsituation kehrte man zur Anbauvariante zurück, wie sie bereits vor zwei Jahren geplant wurde. Der Regierungsrat lehnte damals diesen Vorschlag als zu kostspielig ab. Dass es nun zu einem wesentlich günstigeren Preis doch geht, ist sicher erfreulich. Eine entscheidende Frage: Warum erst jetzt und nicht schon vor zwei Jahren?

In eigener Sache. Den Vorwurf an die Adresse der Votantin, sie habe sich nicht um Baubewilligungen zu kümmern, nimmt sie zur Kenntnis. In dieser speziellen Situation aber gaben ihr ihre Recherchen Recht. Auch wenn es keine Regel ohne Ausnahme gibt und diese eventuell darin besteht, dass unter bestimmten Auflagen gewisse Ausbauten möglich sind, so zeigt doch dieser Fall ganz klar, dass das Bauen eines Gebäudes mit nichtlandwirtschaftlicher Nutzung in der Landwirtschaftszone Probleme verursacht.

Fazit: Hätte man von Anfang an alle involvierten Gremien zu gemeinsamen Begehungen und Sitzungen eingeladen, hätte viel Zeit und Aufwand gespart werden können. Apropos Aufwand: Bei jeder vom Regierungsrat beantworteten Motion bzw. Interpellation steht am Schluss, was diese gekostet hat. Herr Baudirektor, was hat die Bearbeitung dieser Vorlage von A bis Z nun gekostet?

Die Kommission ist sich jedoch einig, dass für effiziente Arbeit auch das nötige Raumangebot vorhanden sein muss. Dass durch den nun möglichen Ausbau zusätzlich ein weiteres Klientenzimmer bereitgestellt werden kann, ermöglicht der therapeutischen Gemeinschaft für Drogenabhängige, die finanziellen Einnahmen zu optimieren. Die Kommission bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an ihrer Sitzung vom 8. Mai 2006 behandelte. Vom materiellen Teil her war diese Vorlage völlig unbestritten:
– Die Bewilligung für das Büroprovisorium neben der Sennhütte läuft aus, eine definitive Lösung muss gefunden werden.
– Der Raumbedarf der Therapeutischen Gemeinschaft für Drogenabhängige in der Sennhütte ist ausgewiesen.
– Durch den Anbau lässt sich die Platzzahl in der Sennhütte um zwei Einheiten erhöhen, was betriebswirtschaftlich bei tieferem Betriebsbeitrag des Kantons interessant ist.
– Die Kosten für den Anbau sind aus Sicht der Stawiko vertretbar.
Aber! – Es ist schade, dass der Baudirektor nicht mehr im Saal ist. – Der ganze Ablauf vor der eigentlichen Beratung in der Stawiko war äusserst bedenklich. Wir können auch bei diesem «Klein-Projekt» der Baudirektion kein gutes Zeugnis ausstellen. Wenn das Hochbauamt nicht in der Lage ist, ein einfaches Bauprojekt sauber zu planen – wie sieht es dann, Herr abwesender Baudirektor, mit grösseren Projekten aus? In diesem Fall haben eine ungenügende Kommunikation zwischen dem Hochbauamt und dem Amt für Raumplanung – wohlverstanden Ämter der gleichen Direktion – für viel Verwirrung und unnötigen Aufwand gesorgt. Ob Zivilschutzunterstand für Pinzgauer, Anbau für bildnerisches Gestalten oder Anbau Sennhütte – die Kommissionen benötigen jeweils viel zu viel Aufwand, um diese «kleinen» Projekte zu plausibilisieren und schlussendlich für den Rat vorzubereiten. Herr abwesender Baudirektor, übernehmen Sie nun endlich Führungsverantwortung und sorgen Sie dafür, dass der Regierungsrat und die Kommissionen mit adäquat vorbereiteten Vorlagen bedient werden.
Die Stawiko möchte es nicht versäumen, der Präsidentin der vorberatenden Kommission für die sehr gute Zusammenarbeit und die ausserordentlich gute Kommunikation zu danken. Dank ihrer Hartnäckigkeit konnte die Stawiko noch einigermassen zeitgerecht einen gut abgestützten Entscheid fällen, was wiederum äusserst wichtig für die Betreiberin der Sennhütte ist. – Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragt die Stawiko einstimmig, auf diese Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Die **Vorsitzende** möchte den Rat darauf hinweisen, dass der stellvertretende Baudirektor abwesend ist.

Eugen **Meienberg**: Was sehr lange währt, wird endlich gut. Dies dürften sich die Bewohnerinnen und Bewohner der Sennhütte, vor allem aber auch die Belegschaft sagen, wenn sie heute dem Kredit für den Anbau bei der Sennhütte zustimmen. Richtig aufschnaufen wird man oberhalb des Blasenbergs aber erst können, wenn der Anbau auch bezogen und benutzt werden kann.
Die Kummerfalten im Vorstand des Vereins therapeutische Gemeinschaft sind in den letzten Monaten auch immer grösser geworden. Einerseits braucht das Betreuungsteam sehr dringend mehr Platz, um die immer mehr anfallenden administrativen Arbeiten erledigen zu können, anderseits gibt der Anbau die Möglichkeit, einen weiteren Betreuungsplatz sowie einen Reserveplatz zu schaffen. Ohne grösseren Personalaufwand wird es möglich sein, mehr Klienten aufzunehmen und so auch mehr

Einnahmen zu generieren. Oder anders gesagt: Man kann die Betriebsgrösse optimieren und der Verein läuft nicht in Gefahr, ein nicht mehr zu stopfendes Vereinsdefizit zu machen. Dies würde die beiden Vereinsmitglieder, die Gemeinnützige Gesellschaft Zug und das Drogenforum Zug ihrerseits wieder in die Schieflage bringen. Das ganze hat den Ursprung darin, dass eine Defizitgarantie des Kantons Zug ab diesem Jahr wesentlich verkleinert wurde und die Sennhütte schon seit Jahren um eine räumliche Vergrösserung kämpft, man sich aber irgendwo in den Ämtern nicht einigen konnte, ob ein Anbau oder ein freistehender Pavillon das Richtige wäre oder was überhaupt baurechtlich bewilligt werden könnte. Es gibt also sehr viele Abhängigkeiten und es wäre alles viel einfacher, wenn nicht so viel Zeit ins Land gegangen wäre. Ach ja, eigentlich spricht Eugen Meienberg hier über einen Kredit von 215'200 Franken, der durch die Mieterin mittels einer Mietzinserhöhung verzinst wird. Er möchte die Geschichte nicht noch verlängern. – Zum Schluss noch seine Interessenbindung: Er ist Mitglied der CVP-Fraktion und spricht für diese und zugleich ist er Vizepräsident des Vereins Therapeutische Gemeinschaft Sennhütte. In beider Namen bittet er den Rat, dem Kredit zuzustimmen.

Barbara **Strub** hält fest, dass der FDP-Fraktion ein Ausbau der Büroräumlichkeiten und damit eine Erweiterung um zwei Therapieplätze notwendig und unbestritten scheint. Daher ist unsere Fraktion auch für ein möglichst schnelles Umsetzen dieses Vorhabens. Durch diese Erweiterung ist es der therapeutischen Gemeinschaft möglich, besser zu Arbeiten, zusätzliche Einnahmen zu generieren und dadurch auch einen höheren Mietzins zu verkraften. Diese Tatsachen halten die FDP jedoch nicht davon ab, unserer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben, wie diese Vorlage von der Baudirektion vorerst unvollständig vorbereitet und aufgegleist wurde. Es hätte viel Aufwand und Energie gespart werden können, wenn die beteiligten Ämter besser miteinander kommuniziert hätten. Es ist unserer Ansicht nach nicht die Aufgabe der Kommissionen, sich um den Vollzug zu kümmern. – Nichts desto trotz, dieses Projekt sollte nicht noch länger verzögert werden. Unsere Fraktion ist für Eintreten.

Karl **Nussbaumer** weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion den Antrag von vorberatender Kommission und Stawiko einstimmig unterstützt. Die Sennhütte ist eine Institution, welche drogenabhängigen Frauen und Männern während vier bis zwölf Monaten eine qualitativ hoch stehende Therapie anbietet. Ziel ist es, dass jeder Klient oder die Klientin die Sennhütte so verlässt, dass sie wieder drogenfrei leben können und sich in einer geregelten Wohn- und Arbeitssituation zu Recht finden. Die therapeutische Gemeinschaft für Drogenabhängige bei der Sennhütte Blasenberg verrichtet sehr gute Arbeit, welche schweizweit einen sehr guten Ruf geniesst.
Der Votant konnte sich ein Bild vor Ort machen, welches ihn positiv überrascht und auch überzeugt hat, welch ein gutes Angebot den Drogenabhängigen geboten wird in der Sennhütte Blasenberg. Die jetzigen Raumverhältnisse im Hauptbau sind wirklich sehr eng und der geplante Büroanbau ist in keiner weise überdimensioniert zur Bewältigung der anfallenden täglichen Arbeiten. Im weitern ist zu bedenken, dass mit

dem Bau des Büropavillons im Haupthaus zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden, womit man neue Therapieplätze zu gleich bleibenden Fixkosten erhält. Mit diesen neuen Therapieplätzen kann deshalb der Weiterbestand der Sennhütte auf längere Sicht garantiert werden.
Wir haben in diesem Rate nicht immer Investitionen, welche für den Kanton kostenneutral sind, welche auf 25 Jahre betrachtet auf Grund der Mietzinserhöhung kostenneutral sein wird. Nachdem die Baudirektion nur Schelte bekommen hat, möchte ihr Karl Nussbaumer hier ein kleines Kränzchen winden. Die SVP-Fraktion freut es, dass die Baudirektion darum bemüht sein wird, dass dieser Büropavillon von einer zugerischen Zimmerei ausgeführt wird. Sie bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass in der Sennhütte mit 630 Stellenprozenten die Betreuung der Klientinnen und Klienten rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr abgedeckt wird. Die Mitarbeitenden teilen sich in der Sennhütte einen Arbeitsplatz und eine Besenkammer als Pikettzimmer. Von den engen Platzverhältnissen konnten wir von der Kommission uns vor Ort ein Bild machen. Sie sind wirklich beengend! Unter den heutigen Anforderungen an die Arbeit muss die Sennhütte in der Lage sein, mindestens jeweils zwei Mitarbeiterinnen einen Schreibtisch und einen Computer zur Verfügung zu stellen. Es braucht einen Raum, in dem Teamsitzungen und Gespräche mit Versorgern und Angehörigen stattfinden können. Weil der Kanton die Defizitgarantie ab 2006 reduziert, müssen mehr Einnahmen generiert werden. Mit dem Anbau kann im Haus zusätzliche Kapazität geschaffen werden. Die SP-Fraktion anerkennt den dringenden Handlungsbedarf in der Sennhütte und ist für Eintreten auf die Vorlage. Bezüglich der Vorgeschichte schliesst sich die SP-Fraktion den Vorsprechenden an.

Anna **Lustenberger-Seitz** liegt es fern, nochmals den Unmut auszudrücken. Es hat keinen Sinn, das Rad zurückzudrehen. Was geschehen ist, ist geschehen. Es tut ihr aber vor allem Leid für die therapeutische Gemeinschaft selber, dass sich das Ganze nun unnötigerweise verzögert. Jetzt gilt es aber, das Rad vorwärts zu drehen und den Kredit zu bewilligen, damit der Anbau zügig gebaut werden kann. Die fehlenden Büroräumlichkeiten sind ausgewiesen, die Verantwortlichen haben bis jetzt auf engstem Raum gearbeitet, was bestimmt einiges an Improvisation von allen erforderte. Auch der Anbau ist sehr bescheiden, was aussagt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter es verstehen, haushälterisch umzugehen. Denn nur schon dieser minimale Anbau ermöglicht doch ein bis zwei zusätzliche Plätze für Klienten, was sich schliesslich für die finanzielle Lage positiv auswirkt. Die AF ist für Eintreten und hofft, dass mit der heutigen Bewilligung der gut 215'000 Franken die Mitarbeitenden bald ein zusätzliches Büro und Sitzungszimmer erhalten.

Hanspeter **Uster**, stellvertretender Baudirektor, weist darauf hin, dass der Baudirektor die Halskehre hat mit grossen Schmerzen. Er hat den Votanten gebeten, ihn bei diesem Geschäft zu vertreten. Er hat ihm auch seine Notizen gegeben, worin steht, dass sicher nicht alles optimal gelaufen sei, dafür wolle er sich auch Asche aufs Haupt streuen. Der Kantonsbaumeister hat sich bereits in der Kommission in aller Form für dieses nicht optimale Verfahren entschuldigt. Und auch der Gesundheitsdirektor schloss sich diesen Entschuldigungen an. Auch der Regierungsrat entschuldigt sich, dass dieses Geschäft nicht gut gelaufen ist. Allerdings ist es bei grossen Projekten jeweils so, dass das Baubewilligungsgesuch erst zwischen der ersten und zweiten Lesung im Kantonsrat überhaupt eingereicht wird im Einverständnis mit dem Kantonsrat. Hier war aber ein besonderer Fall, denn es war

a) Ein überblickbares Projekt.
b) Die Frage des Bauens eines nichtlandwirtschaftlichen Objekts im Landwirtschaftsgebiet, was besondere Voraussetzungen benötigt, sowohl auf städtischer wie auf kantonaler Ebene.
c) Die Standortwahl und der Baubewilligungsentscheid (je nachdem) hätten allenfalls eben auch kostenrelevant sein können. Wo wird der Anbau platziert und wie muss er aussehen?

Deshalb ist es tatsächlich so, wie auch der Gesundheitsdirektor in der Kommission schon gesagt hat: Hätte der Regierungsrat um die Probleme gewusst über die genaue Situierung des Anbaus, dann hätten wir die Vorlage sicher nicht an den Kantonsrat weiter geleitet. Der Regierungsrat wird auch – das hat der Stawiko-Präsident noch moniert – organisatorisch und von den Ressourcen her schauen, dass solche Fälle, wie einige jetzt aufgezählt worden sind, nicht mehr geschehen. Der Regierungsrat ist aber erfreut, dass der Anbau vom Zweck her völlig unbestritten ist und auch als absolut notwendig angeschaut wird. Dass der Kanton Zug eben auch ein Angebot im drogentherapeutischen Bereich machen kann. Und wir freuen uns auch, dass die Kostensituation der Sennhütte mit einer wirklich bescheidenen Investition – weil sie jetzt dann mehr Plätze anbieten kann – auch tatsächlich recht stark verbessert werden kann. Hanspeter Uster dankt dem Rat für das an sich unbestrittene Eintreten und die Zustimmung zu dieser Vorlage.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 68 : 1 Stimmen zu.

896 PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE BETREFFEND KONFLIKTSITUATIONEN –MOTION VON RENÉ BÄR, HANS DURRER UND HEINZ TÄNNLER BETREFFEND SCHAFFUNG EINER UNABHÄNGIGEN ANLAUFSTELLE FÜR MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER (OMBUDSMANN- ODER MEDIATIONSSTELLE)

–MOTION DER JUSTIZPRÜFUNGSKOMMISSION BETREFFEND PRÄVENTION UND UMGANG MIT PERSONEN IN KONFLIKTSITUATIONEN

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 972.2/974.2 – 12005).

Othmar **Birri** möchte der Regierung seinen Dank aussprechen dafür, wie schnell sie in der damaligen Situation geschaltet und dieses Provisorium eröffnet hat. Wie schnell ein Ombudsmann eingestellt wurde und der JPK viel Arbeit abgenommen hat. Die Anfragen an den Präsidenten der JPK sind sehr stark zurückgegangen. Es läuft alles sehr gut über die neue Ombudsstelle. Der Votant ist auch einverstanden mit dem Antrag der Regierung. Was ihn ein wenig stört ist, dass man eine Motionsbeantwortung macht mit 27 Seiten und hier nicht über den eigenen Schatten springen kann und gerade die Vorlage dazu bringt. Der Sicherheitsdirektor sagt, das sei das Verfahren und es müsse zuerst abgeklärt werden und man müsse eine Vernehmlassung machen. Damit hat Othmar Birri ein wenig Mühe, aber er akzeptiert es. Und er ist gespannt auf die neue Legislatur, wenn dann dieses Gesetz kommt.

Monika **Barmet** hält fest, dass die CVP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats unterstützt, die Motion Bär/Durrer/Tännler erheblich zu erklären. Ebenfalls unterstützt sie die Erheblichkeitserklärung der Motion der Justizprüfungskommission. Sie anerkennt damit die Notwendigkeit, dass das Angebot einer solchen Stelle durchaus erforderlich und berechtigt ist und somit als Dienstleistung für die Zugerinnen und Zuger weitergeführt werden muss.
Die Nachfrage nach Vermittlung durch eine unabhängige Ombudsstelle ist im dritten Tätigkeitsjahr nach wie vor gross. Die Gründe sind bekannt und im Bericht erwähnt – es sind Konfliktsituationen auf Grund verschiedenster Ursachen. Der Wunsch der Betroffenen nach einer neutralen Beurteilung ist verständlich und nachvollziehbar. Im persönlichen Gespräch können einerseits Missverständnisse und Misstrauen ausgeräumt werden und andererseits persönliche Positionen und Einstellungen überprüft werden. So können Unzufriedenheit, Enttäuschung und Frustration gegenüber Verwaltungsentscheiden möglichst niederschwellig und früh aufgefangen und Konflikteskalationen verhindert werden. Zudem ist es richtig, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden eine Ausdehnung des Angebots auf Gemeindeangelegenheiten gegen Kostenbeteiligung der Gemeinden zu prüfen.
Monika Barmet dankt dem Regierungsrat für die positive Beurteilung und Antwort und bittet den Rat im Namen der CVP-Fraktion, den Antrag des Regierungsrats für die Erheblichkeitserklärung der Motionen zu unterstützen.

Andrea **Hodel** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion den Ausführungen des Regierungsrats anschliesst und sich einzig die Frage stellt, weshalb über ein derart unbestrittenes Thema, das ja zum grossen Teil bereits umgesetzt ist, nach derart langer Zeit derart viel geschrieben werden musste.
Die FDP-Fraktion konnte auf Grund von Jahresberichten von Beat Gsell, aber auch dank mündlichen Ausführungen des Vermittlers in Konfliktsituationen feststellen, dass diese Hilfe oft in Anspruch genommen wird, sei es von Privaten oder von Amtsstellen. Auch die Art der Tätigkeit, die Zielsetzung, welche sich der Vermittler in Konfliktsituationen gestellt hat, und auch die Lokalitäten geben nicht zu kritischen

Bemerkungen Anlass. Die FDP-Fraktion dankt dem Vermittler in Konfliktsituationen für sein Engagement bei seiner wahrscheinlich nicht immer einfachen Tätigkeit.
Die FDP-Fraktion vertritt die Meinung, dass der Vermittler in Konfliktsituationen Konflikte auch im Bereich der Gemeinden übernehmen sollte. Es macht keinen Sinn, einen Vermittler für kantonale Belange und einen weiteren Vermittler von den Gemeinden für gemeindliche Belange anzustellen. Letztendlich wird es aber Sache der Gemeinden sein, sich dazu zu äussern und, sollten auch sie die Dienste des Vermittlers in Anspruch nehmen wollen, ihren Anteil an diesen Kosten zu tragen. Die FDP-Fraktion hat auch zur Kenntnis genommen, dass die offenen Forderungen der vorläufigen Festnahme und Inhaftierung sowie des Datenaustausches gelöst werden konnten und im Rahmen des Polizeigesetzes eine gesetzliche Verankerung finden werden. Schliesslich ist sich die FDP-Fraktion wie auch die JPK in den letzten fünf Jahren bewusst geworden, dass Petitionen und Beschwerden der Kantonsrat behandeln muss. Dies macht er und er musste gerade heute wieder den Tatbeweis leisten.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag der Regierung vollumfänglich unterstützt. Den Zeitpunkt, diese Vorlage jetzt zu bringen, finden wir sehr gut. Wir können auf die Erfahrungen des Vermittlers in Konfliktsituationen zurückschauen. Wir können die Jahresberichte auswerten. Und wir wissen heute, wovon wir sprechen. Der Vermittler arbeitet mit Erfolg. Die Votantin hat seine Rechenschaftsberichte bereits angesprochen. Sie selbst hat seine Dienste auch schon in Anspruch genommen und sie hatte einen sehr guten Eindruck. Der Anlass zur Schaffung dieser Stelle war ein Ereignis, das wir uns schlicht nicht vorstellen konnten. Wir können und müssen es uns heute vorstellen und wir sind uns einig, dass es Prävention braucht, damit so etwas nicht wieder passiert. Organisatorische und bauliche Massnahmen haben wir eingeleitet und viele sind schon umgesetzt worden, die etwas Ähnliches zu verhindern helfen sollen. Der Vermittler in Konfliktsituationen arbeitet auf einer anderen Ebene. Er kommt in einem sehr frühen Stadium in einem Konflikt dazu, er arbeitet präventiv, er kann Konflikte entschärfen und sie teilweise sogar lösen. Er arbeitet auf einer menschlichen Ebene und wir brauchen das – gerade bei solchen Konflikten. Käty Hofer kann sich ihren Vorrednerinnen und Vorrednern anschliessen, was die Ausweitung seiner Tätigkeit auf die Gemeinden betrifft. Wir finden das sehr sinnvoll. In einem kleinen Kanton ist es sehr schwierig, diese Ebenen zu trennen. Die SP-Fraktion bittet den Rat um ein Ja zu dieser Vorlage.

Christian **Siegwart** weist darauf hin, dass auch die AF einstimmig dafür ist, dass die Stelle eines Vermittlers in Konfliktsituationen nach der Pilotphase weiter geführt wird. Er kann sich den Argumenten seiner Vorrednerinnen und Vorredner anschliessen. Damit er seine Funktionen wahrnehmen kann, muss der Vermittler wirklich unabhängig walten können. Wir sind deshalb auch der Ansicht, dass er durch den Kantonsrat gewählt werden soll. Ebenso sind wir überzeugt, dass es sinnvoll ist, wenn die Tätigkeit der Vermittlungsstelle auch auf Konflikte mit den Gemeindebehörden ausgedehnt wird. De facto ist dies ja schon heute der Fall. Die Gemeinden sollten sich aber auch an den Kosten beteiligen.
Persönlich hat der Votant sich ein wenig gewundert darüber, dass der Vermittler offenbar, sobald er abwesend ist, sein Telefon an die kantonale Verwaltung weiterleiten lässt. Wenn Christian Siegwart als Konfliktpartei eine unabhängige Stelle kontaktieren will und dann bei der Zentrale der Gegenpartei landet, wird das sein Vertrauen

kaum stärken. Solange die Vermittlungsstelle die Bürozeiten nicht selber abdecken kann, wäre es wohl sinnvoll, ganz einfach einen Anrufbeantworter zu besprechen. Der Votant bittet aber den Rat, die Motion im Sinne der Regierung erheblich zu erklären.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** bedankt sich beim Rat für die positive Aufnahme. Die Vorlage haben wir bewusst ausführlich gehalten, damit alle Aspekte abgehandelt werden, die dann auch in der Gesetzesvorlage, die das übliche Verfahren erfährt, kommen werden. Als er vorhin ganz allein auf der Regierungsbank sass, hätte er in Anlehnung an Louis Quatorze sagen können: «Le conseil d'état c'est moi». Das wäre aber genau bei diesem Thema der völlig falsche Ansatz. Gerade *unsere* Verwaltung zeichnet sich aus dadurch, dass sie bürgernah ist, dass sie mit sich reden lässt und sich eben nicht aufs hohe Ross setzt. Und dennoch kann es vorkommen, dass es Probleme gibt zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung. Und die mehr als letzten drei Jahre haben gezeigt, dass hier sehr viel Arbeit geleistet werden kann vom Vermittler in Konfliktsituationen für die Konfliktvermittlung, für die Konfliktverhinderung, für die nochmalige Erhöhung der Qualität in der kantonalen Verwaltung und bei den Gemeinden, aber letztlich auch für den Rechtsfrieden. Hanspeter Uster möchte Beat Gsell und seinem Sekretariat für seine wichtige und auch nachhaltige Arbeit sehr herzlich danken. Er ist überzeugt, dass das Gesetz dann im Kantonsrat mit der genau gleichen Zustimmung durchgehen wird und ohne Volksabstimmung in Kraft gesetzt werden kann. Es ist ein wichtiger Schritt für uns – nicht nur für die Vergangenheitsbewältigung, sondern auch für die Gestaltung unserer Zukunft.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass die Regierung beantragt, die Motion Bär/Durrer/Tännler erheblich zu erklären. – Für die Motion der JPK beantragt der Regierungsrat, die Ziffern 1, 3 und 4 (Prävention und Umgang mit Personen in Konfliktsituationen) erheblich zu erklären und die Ziffern 3 und 4 als erledigt abzuschreiben; die Ziffer 2 sei nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat ist einverstanden.

897 INTERPELLATION DER FDP-FRAKTION BETREFFEND DER TÄTIGKEIT DES STAATSARCHIVS NACH INKRAFTTRETEN DES NEUEN ARCHIVGESETZES

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1384.2 – 12032).

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion dankt für die Beantwortung ihrer Interpellation. Sie dankt auch Peter Hoppe, welcher der Fraktion zusätzliche Informationen geliefert und Fragen beantwortet hat. Sie nimmt gerne zur Kenntnis, dass mit dem neuen Archivgesetz keine zusätzlichen Aufgaben wahrgenommen werden und daraus keine zusätzlichen Kosten erwachsen. Die FDP-Fraktion geht, wie dies Peter Hoppe ausführlich erklärt hat, gerne davon aus, dass diese vorarchivische Tätigkeit zu einer Entlastung der Verwaltung führt und die Verwaltung davon profitieren kann.

Die FDP-Fraktion widersetzt sich denn einer Geschichtsschreibung über die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung durch das Mittel des Archivs nicht. Sie ersucht aber den Regierungsrat und das Staatsarchiv dabei, Folgendes zu beachten.
Der Regierungsrat muss sich, gerade wenn es um sensible Daten wie Krankengeschichten, Polizeiakten oder Psychiatrieakten geht, aber auch, wenn es um Akten betreffend Sozialhilfe oder die Tätigkeit einer Suchtberatungsstelle geht, bewusst sein, dass es sich hierbei nicht nur um ein wissenschaftliches, sondern auch um ein hochpolitisches und sensibles Thema handelt. So wird sich das Staatsarchiv auch in Zukunft bewusst sein müssen, dass der Datenschutz und der Schutz des Individuums auch bei der Archivierung berücksichtigt werden müssen. So erscheint es der FDP-Fraktion als äusserst brisant, wenn Patientenakten stichprobenweise aufbewahrt werden, ohne dass der Patient oder die Patientin davon erfährt und die Möglichkeit hat, die Vernichtung seiner Daten zu verlangen. Auch ersucht die FDP-Fraktion den Regierungsrat und das Staatsarchiv, bei der Zusammenarbeit mit der Verwaltung oder mit angeschlossenen Stellen auf deren Belastung Rücksicht zu nehmen, sodass nicht gleichzeitig Archivierungs- und andere grosse Projekte gemeinsam bearbeitet werden müssen. Die FDP-Fraktion wird weiterhin ein Auge darauf halten, dass das neue Archivgesetz so umgesetzt wird, dass die Verwaltung nicht be- sondern entlastet und das Budget auch in Zukunft eingehalten wird.
Die Votantin dankt dem Regierungsrat namens der FDP-Fraktion nochmals für die Beantwortung dieser Interpellation, die auch im Rahmen der Diskussion zusammen mit Peter Hoppe eine Klärung gebracht, aber auch aufgezeigt hat, dass es sich hier nicht nur um ein geschichtliches und wissenschaftliches, sondern ein hochpolitisches Thema handelt.

➔ Kenntnisnahme

898 INTERPELLATION VON MARTIN STUBER BETREFFEND PERSONALSITUATION UND VERANTWORTUNG DES KANTONS BEZÜGLICH KUNSTHAUS ZUG

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1411.2 – 12038).

Aus Sicht von Martin **Stuber** sind die Ausführungen des Regierungsrats zu seiner Interpellation unbefriedigend. «Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen» – so wirkt diese Antwort auf ihn. Im Gegensatz zum zuständigen Regierungsrat Matthias Michel ist er nicht Jurist. Ob es streng formaljuristisch korrekt ist, dass «es institutionell ausgeschlossen ist, dass der Kanton in einer privaten Institution wie dem Kunsthaus eine Arbeitgeberverantwortung wahrnimmt», mag er besser beurteilen können als der Sprechende. Er will auch nicht darüber streiten, ob der Kanton eine eigentliche gesetzliche Verpflichtung hat oder nicht (S. 4, Punkt 2.1). Es gibt sonst schon genügend Juristenfutter in unserer Gesellschaft. Wundern Sie sich einfach nicht, wenn in einem anderen Fall – wo Konstellation und/oder Interessenslage zwischen Regierungsrat und Subventionsnehmerin anders liegt – dann plötzlich doch noch eine gesetzliche Verpflichtung gefunden wird. Aber liegt es nicht auf der Hand, dass es sich bei einer Institution, welche zu 2/3 von der öffentlichen Hand finanziert wird, mindestens um eine halbstaatliche Institution handelt? Zudem reden wir von einer Institution, welche für das kulturelle Leben und die kulturelle Ausstrahlung von Stadt

und Kanton eine gewisse Bedeutung hat. Eben daraus erklärt sich ja das Interesse der öffentlichen Hand am Kunsthaus, sonst würde es ja nicht so massiv subventioniert und sonst wären diese Subventionen nicht erst kürzlich nochmals deutlich erhöht worden. In einer Zeit notabene, wo sonst allenthalben Sparen gross geschrieben wird, ausser in einem Fall, das haben wir heute Morgen ja erlebt.
Wenn nicht formaljuristisch, so doch politisch und ganz sicher moralisch hat der Kanton also eine Verpflichtung gegenüber dem Kunsthaus – und auch eine Verantwortung gegenüber der Frage, wie mit dessen Personal umgegangen wird. Zu dieser Frage führt der Regierungsrat in seiner Antwort einen eigentlichen Eiertanz auf. Einmal ist er für gar nichts zuständig, hat auch keine Mitwirkungsrechte (S. 4 unten) und schon gar keine Aufsichtspflicht, dann wird aber doch «darauf geachtet, wie der Subventionsempfänger (...) mit den öffentlichen Geldern umgeht» (S. 5) und schliesslich sieht er «keinen Grund, dem Vorstand das Vertrauen zu entziehen». Als eigentliche juristische Spitzfindigkeit kommt der Vorwurf an die Kritiker und Kritikerinnen daher, dass sie Matthias Michel und Andreas Bossard nie kontaktiert hätten, ergo auch nicht von einer Aufsichtpflicht dieser beiden ausgegangen seien. Erstens stimmt die Behauptung im Falle von Andreas Bossard schlicht nicht – es wurde mit ihm gesprochen – und zweitens sind ja beide als Vorstandsmitglieder mit den bestehenden gravierenden Problemen schon 2003 konfrontiert worden. Eine billige Ausrede also!
Das ungute Gefühl wird auch nicht kleiner, wenn in der Antwort festgestellt wird, dass Matthias Michel nicht als Regierungsrat im Vorstand war, sondern als Interessevertreter des Kunsthauses (S. 5, Punkt 2.4). Wegen möglicher Interessenskonflikte sei er nun deshalb aus dem Vorstand zurückgetreten. Dass ihm das genau jetzt in den Sinn gekommen ist! Angesichts der Feststellung der Regierung (2.4): «Auch deshalb haben sich Behördemitglieder des Kantons in den vergangenen Jahren mehr und mehr aus den Führungsgremien privater subventionierter Institutionen zurückgezogen», möchte der Votant den Regierungsrat fragen, ob er ihm ein paar dieser Institutionen nennen kann. «Mehr und mehr» deutet ja auf einen eigentlichen Exodus hin. Bezüglich der in der Öffentlichkeit vorgetragenen Vorwürfe stiehlt sich der Regierungsrat aus seiner Verantwortung mit dem Satz auf S. 3: «Daher ist es nicht Sache der Regierung, diese Vorwürfe zu kommentieren.». Was ihn aber nicht daran hindert, auf S. 5 unten dann doch Partei zu ergreifen, indem er konstatiert: «Auch personalpolitisch hat der Vorstand gezeigt, dass er aufkommende Spannungen ernst nimmt und handelt.» Und worin gipfelt das Ganze schlussendlich? Unter 1.3 steht: «Sodann braucht es Zeit um zu erkennen, ob die vom Vorstand getroffenen Massnahmen umgesetzt sind und die angestrebte Wirkung zeigen. Der Regierungsrat erwartet vom Vorstand des Kunsthauses, dass er diese Wirkungskontrolle vornimmt. Darüber verlangt der Regierungsrat vom Vorstand einen Bericht per Ende Juni 2006.»
Also sprach der Regierungsrat: Wir sind zwar nicht zuständig, haben nichts zu sagen, haben weder direkte noch indirekte Arbeitgeberverpflichtungen, wollen nicht mehr im Vorstand vertreten sein, nehmen zu Vorwürfen «von aussen» keine Stellung, die Gelder werden alle zweckgemäss verwendet und überhaupt hat der Vorstand ja richtig gehandelt und alles im Griff. Da fragt man sich: Wieso braucht dann die Regierung überhaupt noch einen Bericht? Und Martin Stuber fragt den Regierungsrat: Hat er einen solchen Bericht schon bei der ersten Kündigungswelle 2003 verlangt? Und wäre es nicht klug gewesen, mit der Interpellationsantwort noch anderthalb Monate zu warten, um besagten Bericht mit zu berücksichtigen?
Ob der Vorstand des Kunsthauses tatsächlich zeitgerecht, konsequent, allen Betroffenen gegenüber fair und für den Kunsthausbetrieb langfristig nachhaltig gehandelt hat, kann und will der Votant an dieser Stelle nicht beurteilen. Im Laufe der diversen Gespräche, die er mit beiden Seiten geführt habe, ist er zum Schluss ge-

kommen, dass wohl nur eine aussenstehende neutrale Untersuchung eine zutreffende Antwort auf diese Fragen liefern könnte. Was in seinen Augen für den Moment aber im Raum bleibt, sind folgende Feststellungen:

- Zwei Kündigungswellen im administrativen Bereich – also nicht in dem Bereich mit den vielen kleinen Pensen, wo eine gewisse Fluktuation quasi «natürlich» ist – sind mehr als nur ein Alarmzeichen
- Die Probleme waren schon länger bekannt und es hat sehr lange gedauert, bis jemand an die Öffentlichkeit gegangen ist.
- Für dieses going public braucht es Mut, umso mehr als einzelne der Betroffenen zu diesem Zeitpunkt auf Stellensuche waren. Das ist ein deutliches Signal für einen grossen Leidensdruck.

Schliesslich bleibt die Befürchtung, dass die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Rat sich innert mittlerer Frist nochmals mit dem Kunsthaus befassen muss, nicht so klein ist, wie wir alle – auch Martin Stuber – hoffen.

Daniel **Grunder** ist ebenfalls Jurist, bemüht sich aber um eine nicht formaljuristische Interpretation der regierungsrätlichen Interpellationsantwort. Die FDP-Fraktion begrüsst die Antwort des Regierungsrats. Das Kunsthaus ist eine eigenständige private Institution, die vom Kanton zugegebenermassen in beachtlichem Ausmass lediglich subventioniert wird. Organisatorisch ist sie jedoch eigenständig. Dies hat auch für den Kanton als Ganzes grosse Vorteile. So kann diese Institution beispielsweise viel besser Sponsoren suchen, kann das Programm des Kunsthauses gestalten und wirtschaftet sehr erfolgreich. Die Trägerschaf hat die zweckmässige und haushälterische Verwendung der öffentlichen Mittel zu gewährleisten. Aufgabe des Regierungsrats ist es – und diese Aufgabe nimmt der Regierungsrat wahr – im Rahmen der jährlichen Rechnungsablage und der Rechenschaftsberichte die Verwendung der Mittel zu kontrollieren. Es ist aber nicht Aufgabe des Regierungsrats, in die operative Tätigkeit einer subventionierten privaten Institution Einfluss zu nehmen. Es kann doch nicht sein, dass der Regierungsrat und schlussendlich der Kantonsrat auf die operative Tätigkeit einer privaten Institution Einfluss nehmen kann und – wie von Martin Stuber gewünscht – auch noch einzelne Personalentscheide oder -abgänge zu kommentieren. Auf Grund dieser klaren organisatorischen Aufteilung zwischen den Aufgaben des Regierungsrats und der Führungsverantwortung der privaten Trägerschaften begrüsst es die FDP-Fraktion, dass sich die Regierungsrätinnen und Regierungsräte wegen möglichen Interessenkonflikten sukzessive aus Vorstandsgremien privater Trägerschaften zurückziehen.

Auch Bruno **Pezzatti** dankt dem Regierungsrat für die klare Antwort, die er in allen Punkten teilt und für angemessen hält. A propos Angemessenheit: Der Votant erlaubt sich, zum Vorgehen des Interpellanten ein Fragezeichen zu setzen. Gemäss seinen Informationen hat Martin Stuber weder vor noch nach Einreichung der Interpellation mit dem von den Leserbriefschreibern schwer angeschuldigten Direktor des Kunsthauses das Gespräch gesucht. Er ist auch der Einladung des Vorstandspräsidenten, das Kunsthaus zu besuchen und sich ein eigenes Bild über die tatsächliche Stimmung und Motivation im Kunsthaus-Team zu verschaffen, nicht nachgekommen. Es ist offensichtlich: Kollege Stuber hat sich zu einseitig von Seiten der Leserbriefschreiber oder von deren Umfeld informieren und wohl überstürzt zur Interpellation verleiten lassen. Bruno Pezzatti bedauert dies und stellt fest, dass er dadurch –

wahrscheinlich ungewollt – zum Instrument in einer schmutzigen Kampagne gegen den Leiter des Kunsthauses geworden ist.

Martin **Stuber** betont, dass er mit David Thiel ein langes Telefongespräch geführt hat. Danach hat er sich schlussendlich dazu entschlossen, eine Interpellation zu machen. Es ist nicht so, dass er mit ihm nicht gesprochen hätte. Es war ein sehr ausführliches Gespräch und der Votant wartet eigentlich immer noch auf die Einladung von David Thiel. Dieser hat gesagt: «Am besten wäre es, wenn Sie mal vorbei kommen.» Der Votant hat gesagt: «Ja, ich komme gern, laden Sie mich ein!» Bis jetzt ist nichts mehr gekommen. Martin Stuber hat ihm sogar seine Interpellation vorgängig geschickt und keine Reaktion mehr gehört. Das mit der Schmutzkampagne findet der Votant einen harten Brocken. Was im Moment läuft in der Stadt, ist eigentlich eher umgekehrt. Da wird unter der Hand eine Flüsterkampagne gemacht. Wenn Vreni Wicky sagt, das sei eine Auftragsarbeit. Es kennen ihn alle in diesem Rat. Das Letzte, was er machen würde als Kantonsrat, ist eine Auftragsarbeit. Er hat sich sehr schwer getan mit dieser Interpellation und mit einigen Leuten gesprochen. Er hat es dann getan, als er merkte: So, wie die Situation jetzt ist, ist sie nicht gut.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** weist darauf hin, dass Interpellant Martin Stuber versucht, die regierungsrätliche Antwort als formaljuristisches Konstrukt abzutun. Das stimmt nicht. Es geht hier um die klare Abgrenzung von Rollen, von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrollen. In der Regel weiss gerade die linke Seite sehr gut zu unterscheiden zwischen diesen beiden Rollen. Und sie soll das bitte hier auch tun! Wir haben das gemacht und gerade aus diesem Rat kommt immer wieder das Begehren, wir sollen uns doch nicht einmischen und irgendwelche Fragen beantworten, sondern Ihnen Grundhaltungen, Prägnanz, politische Interpellationsbeantwortungen präsentieren. Das haben wir hier getan.
Zum Juristischen. Martin Stuber versucht, das alles ein wenig durcheinander zu bringen. Wir würden uns nicht darum kümmern, keine Aufsichtspflicht, und doch würden wir uns sorgen um den Umgang mit öffentlichen Geldern. Wenn Sie die Antwort lesen, haben Sie eine ganz klare Auflistung, wie weit die Verantwortung geht und wie weit nicht. Sorge um die öffentlichen Gelder im Rahmen einer Subvention heisst nicht, dass wir Personalführungsgespräche machen bei der subventionierten Institution. Wir differenzieren und grenzen ab. Bitte legen Sie diese Differenzierung auch beim Lesen einer Interpellationsantwort zu Tage und werfen Sie uns nicht vor, wir würden alles vermischen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben eine klare Auslegung gemacht, wo die Verantwortung liegt und wo eben nicht. Im Übrigen hat der Interpellant seine Interpellation auch überschrieben mit «betreffend Verantwortung des Kantons Zug». Es gibt hier nicht nur schwarz oder weiss, nicht eine full-service-Verantwortung oder gar keine. So differenziert haben wir diese Antwort verfasst.
Es wurden explizit oder unterschwellig noch Vorwürfe persönlicher Art laut, dass jetzt versucht wird, den Rücktritt des Bildungsdirektors mit dieser Geschichte in Zusammenhang zu bringen. Tatsache ist, dass er bereits vor drei Jahren beim Amtsantritt als Regierungsrat, weil er schon jahrelang in diesem Vorstand war, das thematisiert hatte. Er sagte: «Eigentlich müsste ich zurücktreten wegen den Rollen.» Und aus Traditionsgründen – der Bildungsdirektor war seit Jahrzehnten in diesem Vorstand – hat man das dann beibehalten. Es wäre ihm nie in den Sinn gekommen, im letzten Sommer, als nach zwei Kündigungen eine schwierige Situation war, zurückzutreten. Im Gegenteil, er trug diese Massnahmen im Vorstand mit, und im Herbst, als alles

geregelt war – der Massnahmenkatalog usw. – als eine ruhige Phase einzutreten schien, entschied er sich und kündigte im November an, er werden zurücktreten. Er war dann völlig überrascht, im Dezember aus den Medien anonym von diesem Kreis der Kritikerinnen zu erfahren, dass hier noch grosse Vorbehalte bestehen. Er wurde wie gesagt auch vorher diesbezüglich nie angegangen und er findet das eigentlich schade. Aber er kann das von sich aus nicht umdrehen.
Denn Gespräche wurden geführt. Gerade aus dem Kreis der kritischsten ehemaligen Mitarbeiterinnen wurden auf Wunsch dieser Gruppe – es waren fünf Personen – Gespräche geführt, und zwar nicht nur einzeln, sondern mit dieser Gruppe zusammen. Ein Ausschuss des Vorstands – immerhin fünf Personen – hat dieses Gespräch geführt. Das würde auch gewünscht. Als das geschah und diese Massnahmen getroffen worden sind, konnte man davon ausgehen, dass diesem Anliegen Rechnung getragen worden sei.
Es wird nun auch suggeriert, der Vorstand habe jahrelang zugewartet und nichts getan. Das stimmt schlichtweg nicht. Bereits im Jahre 2002 bei der so genannten ersten Kündigungswelle wurde eine externe Person beigezogen als Coach. Diese hat Einzelgespräche geführt. Daraus ergaben sich Massnahmen. Nicht zuletzt die, dass Direktor Matthias Haldemann unterstützt werden soll im administrativen und personellen Bereich. Es wurde eine administrative Assistenz eingeführt, unter anderem mit der Kompetenz der Personalführung. Und weitere Massnahmen. Es wird nun suggeriert, über einen Zeitraum X seien so und so viele Kündigungen erfolgt. Und es wird direkt der Schluss gezogen, da stimme etwas nicht. Das ist etwas zu einfach gegriffen. Wenn man jetzt hier jede einzelne Kündigung analysieren müsste, ginge das schlichtweg zu weit. Nicht nur, weil das nicht Sache des Kantons ist, sondern auch, weil es den um Persönlichkeitsschutz und die Rechte der Betroffenen geht.
Ein Problem sieht Matthias Michel insofern, dass wenn der Kreis der grössten Kritikerinnen und Kritiker nur ein Ziel hat, nämlich den Rücktritt des Direktors zu bewirken, man als Vorstand tun kann, was man will, es ist nichts richtig. Man kann Massnahmen ergreifen, die sind nicht richtig, wenn sie nicht direkt zum Schluss haben, den Direktor abzusetzen. Mit diesem eingeschränkten Fokus wird man immer an die Wand gespielt. Das engt den Gesprächsspielraum ein und das findet der Bildungsdirektor eigentlich schade. – Abschliessend glaubt er, dass die Antwort differenziert ist. Das Kunsthaus hat seine Informationspolitik wahrgenommen und Matthias Michel dankt dem Rat, dass wohl die Mehrheit mit ihm diese Schlussfolgerung teilt.

➔ Kenntnisnahme

899 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 22. Juni 2006

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

62. SITZUNG: DONNERSTAG, 22. JUNI 2006
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.25 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

900 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Rosvita Corrodi und Kathrin Kündig, beide Zug; Guido Käch, Cham; Käty Hofer, Hünenberg; Markus Scheidegger, Risch; Thomas Lötscher, Neuheim.

901 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** begrüsst die 3. und 4. Schulklasse aus Morgarten mit ihrer Lehrerin Nicole Tresch, welche heute die KR-Sitzung besuchen.

Baudirektor Hans-Beat ist als Bankrat wegen Teilnahme an einem Anlass des Bankrats der Zuger Kantonalbank den ganzen Tag entschuldigt.

Sicherheitsdirektor Hanspeter Uster ist wegen Teilnahme an der Polizeidirektorenkonferenz den ganzen Tag entschuldigt.

Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter ist wegen Teilnahme an einer Doppelsitzung der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz und der Landwirtschaftsdirektorenkonferenz den ganzen Tag entschuldigt.

Bildungsdirektor Matthias Michel ist wegen Teilnahme an der Erziehungsdirektorenkonferenz den ganzen Tag entschuldigt.

Die Mitglieder des Regierungsrats bitten den Rat um Verständnis, dass so viele heute abwesend sind. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es sich heute um eine ausserordentliche KR-Sitzung handelt und die nationalen Konferenzen bereits Ende des letzten Jahres angesetzt worden sind.

Die Kantonsratspräsidentin macht den Rat für die Beratungen zum Pensionskassengesetz auf § 45bis der Geschäftsordnung aufmerksam, der lautet: «Die Mitglieder geben ihre Interessenbindungen bekannt, wenn sie sich im Rat zu Geschäften äussern, die ihre Interessen unmittelbar berühren oder jene von Dritten, zu denen sie eine wesentliche persönliche oder rechtliche Beziehung haben.» Sie gibt dazu gleich ein Beispiel: Sie ist Lehrperson und demnach bei der Zuger Pensionskasse versichert.

Die Neue Zuger Zeitung möchte heute Morgen im Ratssaal Fotoaufnahmen machen. Gemäss § 31 der Geschäftsordnung bedarf es dazu der Bewilligung des Rats.

➔ Der Rat ist einverstanden.

902 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 1. Juni 2006.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Ergänzung zum Objektkredit für den Bau der 1. Etappe der Stadtbahn Zug zur Abgeltung der Investitions-Folgekosten der neuen Haltestellen.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1439.1/.2 – 12043/44).

3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Baubeitrag an die Zugerische Werkstätte für Behinderte (ZUWEBE Baar) für die Sanierung und Erweiterung des Hauptgebäudes in Inwil.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1440.1/.2 – 12050/51).

3.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Weiterführung der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1442.1/.2 – 12054/55).

4. Gesetz über die Zuger Pensionskasse.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1346.1/.2 – 11755/56), der Kommission (Nrn. 1346.3/.4 – 11979/80) und der Staatswirtschaftskommission (Nrn. 1346.5/.6 – 12084/85).

5. Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1367.1/.2 – 11808/09), der Kommission (Nrn. 1367.3/.4 – 11990/91) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1367.5 – 12046).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, die Ziffern 4 und 5 umzustellen, damit eine aktualisierte Synopse für die Detailberatung des Pensionskassengesetzes nach den Sitzungen der Stawiko und der vorberatenden Kom-

mission, die heute Morgen noch stattgefunden haben, erstellt werden kann. Diese kann dem Rat dann noch rechtzeitig vor den Beratungen abgegeben werden.

➔ Der Rat ist einverstanden.

903 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 1. Juni 2006 wird genehmigt.

904 MOTION DER KOMMISSION FÜR WASSERBAU UND GEWÄSSERSCHUTZ BETREFFEND ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE GEWÄSSER

Die **Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz** hat am 26. Mai 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1447.1 – 12074 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

905 POSTULAT VON BAARER KANTONSRÄTINNEN UND KANTONSRÄTEN BETREFFEND VERLEGUNG DER HOCHSPANNUNGSLEITUNG IN BAAR-INWIL IM RAHMEN DES PROJEKTS TANGENTE NEUFELD

Dreizehn **Baarer Kantonsrätinnen und Kantonsräte** haben am 18. Mai 2006 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1441.1 – 12053 enthalten sind.

Beat **Zürcher** stellt keinen Antrag, möchte aber festhalten, dass er dieses Postulat nie unterschrieben hat. Er hat mit der Staatskanzlei Kontakt aufgenommen und bittet darum, dass die Vorlage ohne seinen Namen gedruckt wird.

Die **Vorsitzende** bittet den Rat, den Namen von Beat Zürcher auf dem erhaltenen Exemplar der Vorlage zu streichen.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

906 POSTULAT VON JEAN-PIERRE PRODOLLIET UND ROSEMARIE FÄHNDRICH BURGER BETREFFEND ERHÖHTE HOLZNUTZUNG ZUM ERREICHEN DES ZIELS NACHHALTIGER WALD

Jean-Pierre **Prodolliet**, Cham, und Rosemarie **Fähndrich Burger**, Steinhausen, sowie 13 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 1. Juni 2006 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1449.1 – 12086 enthalten sind.

➔ Das Postulat wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

907 INTERPELLATION VON VRENI WICKY BETREFFEND KOSA-INITIATIVE

Vreni **Wicky**, Zug, hat am 22. Mai 2006 die in der Vorlage Nr. 1444.1 – 12066 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

908 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND FINANZIERUNG DER BILDUNGSANLIEGEN AUF DER VOLKSSCHULSTUFE

Die **Alternative Fraktion** hat am 6. Juni 2006 die in der Vorlage Nr. 1452.1 – 12092 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

909 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ERGÄNZUNG ZUM OBJEKTKREDIT FÜR DEN BAU DER 1. ETAPPE DER STADTBAHN ZUG ZUR ABGELTUNG DER INVESTITIONS-FOLGEKOSTEN DER NEUEN HALTESTELLEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1439.1/.2 – 12043/44).

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Vorlage an die Staatswirtschaftskommission überwiesen wird, weil es sich um eine finanztechnische Vorlage handelt. Die Kommission für den öffentlichen Verkehr ist damit einverstanden.

910 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND INVESTITIONSBEITRAG AN DIE ZUGERISCHE WERKSTÄTTE FÜR BEHINDERTE (ZUWEBE BAAR) FÜR DIE SANIERUNG UND ERWEITERUNG DES HAUPTGEBÄUDES IN INWIL

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1440.1/.2 – 12050/51).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Eugen Meienberg, Steinhausen, ***Präsident***	*CVP*
1.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
2.	Karl Betschart, Altgasse 74, 6340 Baar	SVP
3.	Daniel Burch, Eichmatt 47, 6343 Rotkreuz	FDP
4.	Peter Diehm, Dorfstrasse 74b, 6332 Hagendorn	FDP
5.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
6.	Georg Helfenstein, Luzernerstrasse 43, 6330 Cham	CVP
7.	Hansjörg Hermann, Weinberghöhe 33, 6340 Baar	SP
8.	Beni Langenegger, Inwilerstrasse 30, 6340 Baar	SVP
9.	Eugen Meienberg, Ruchlistrasse 15, 6312 Steinhausen	CVP
10.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
11.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
12.	Peter Rust, Wihelstrasse 20, 6318 Walchwil	CVP
13.	Vreni Sidler, Zugerstrasse 6, 6330 Cham	FDP
14.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
15.	Berty Zeiter, Ägeristrasse 34, 6340 Baar	AF

911 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND WEITERFÜHRUNG DER KOMMISSION FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1442.1/.2 – 12054/55).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Barbara Strub, Oberägeri, ***Präsidentin***	*FDP*
1.	Rudolf Balsiger, Bruder-Klausen-Weg 5, 6317 Oberwil	FDP
2.	René Bär, Scheuermattstrasse 8a, 6330 Cham	SVP
3.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP

4.	Maja Dübendorfer Christen, Pfisternweg 9, 6340 Baar	FDP
5.	Käty Hofer, Einhornweg 4, 6331 Hünenberg	SP
6.	Karl Künzle, Neudorfstrasse 32, 6313 Menzingen	CVP
7.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
8.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
9.	Franz Müller, Sattelstrasse 17, 6315 Morgarten	CVP
10.	Beat Stocker, Industriestrasse 3, 6300 Zug	SVP
11.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
12.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
13.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
14.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
15.	Beat Zürcher, Büessikon, 6340 Baar	SVP

912 VORZEITIGE EINFÜHRUNG DES STAATSANWALTSCHAFTSMODELLS IN DER ZUGER STRAFJUSTIZ / ÄNDERUNG KANTONALER ERLASSE

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Obergerichts (Nrn. 1446.1/.2 – 12071/72).

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Vorlage zur Beratung bereits direkt an die erweiterte Justizprüfungskommission überwiesen wurde.

913 ÄNDERUNG DER INTERKANTONALEN VEREINBARUNG ÜBER DIE ANERKENNUNG VON AUSBILDUNGSABSCHLÜSSEN

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1448.1/.2 – 12078/79).

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Vorlage zur Beratung bereits direkt an die Konkordatskommission überwiesen wurde.

914 GESETZ ÜBER DEN FINANZHAUSHALT DES KANTONS ZUG UND DER GEMEINDEN (FINANZHAUSHALTSGESETZ)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1367.1/.2 – 11808/09), der Kommission (Nrn. 1367.3/.4 – 11990/91) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1367.5 – 12046).

Stephan **Schleiss** weist darauf hin, dass die vorberatende Kommission das totalrevidierte FHG in vier Sitzungen zwischen November 2005 und Februar 2006 beraten hat. Sie wurde dabei von verschiedenen Damen und Herren aus der Finanz- und Baudirektion mit Auskünften und Abklärungen unterstützt. All diesen Personen möchte der Kommissionspräsident die geschätzte Mitarbeit an dieser Stelle noch einmal verdanken. – Zu den grossen Themen des FHG gehören die Transparenz und Aus-

sagekraft der Rechnung sowie die Mitsprache des Parlaments – Anliegen, welche Kantonsräte über alle Parteigrenzen hinweg mit Hingabe vertreten. Dementsprechend speditiv und sachbezogen ging die Kommissionsarbeit vonstatten.
Zur Vorlage. Das geltende FHG stammt aus dem Jahr 1985 und hat sich nach allgemeiner Einschätzung grundsätzlich bewährt. Trotzdem forderten verschiedene parlamentarische Vorstösse Anpassungen. Ursprünglich wollte der Regierungsrat diese Vorstösse im Rahmen einer Teilrevision umsetzen. Die Vernehmlassung zeigte jedoch, dass eine Totalrevision gewünscht wird. Mit der Vorlage ist der Regierungsrat diesem Anliegen nun nachgekommen. Der Votant möchte dem Rat in der Folge einen kurzen Überblick über die wichtigsten Änderungen verschaffen.
Die Anforderungen an das Finanz- und Rechnungswesen der öffentlichen Hand haben sich in den letzten Jahren stark geändert. So ist beispielsweise das Bedürfnis nach Informationen stark gestiegen. Neu wird der Anhang zur Jahresrechnung in Anlehnung an das OR im FHG zwingend vorgeschrieben, um den neuen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Weiter wird z. B. die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung ermöglicht, welche für die wirkungsorientierte Verwaltungsführung zentrale Bedeutung hat. Die Terminologie wird im neuen FHG den Begriffen aus der Privatwirtschaft angeglichen. So ist nicht mehr von «Staatsrechnung», sondern von «Budget» die Rede, und es heisst auch nicht mehr «Bestandesrechnung» sondern «Bilanz».
In die Vorlage wurde eine Vielzahl von parlamentarischen Vorstössen eingearbeitet. So ist zum Beispiel im neuen FHG

- die Umschreibung einer gebundenen Ausgabe klarer und restriktiver,
- eine einfache Form einer Schuldenbremse enthalten;
- das Globalbudget definiert.

Im Rahmen der Beratungen hat die Kommission festgestellt, dass für die kantonale Verwaltung beim Eingehen von finanziellen Verpflichtungen nicht generell die Kollektivunterschrift zu zweien (das so genannte Vier-Augen-Prinzip) vorgeschrieben ist. Weiter wurde festgestellt, dass das FHG der richtige Erlass ist, um das Vier-Augen-Prinzip zu verankern – falls der Kantonsrat das will.
Während der Kommissionsarbeit wurde zudem die Notwendigkeit von verbesserter parlamentarischer Mitsprache bei Bauvorhaben erkannt. Auf Grund der geltenden Abläufe und Rechtslage kann die Legislative kaum mehr kostenwirksam in laufende Projekte eingreifen. Im Weiteren sind die Preisgerichte, welche Bauprojekte zu beurteilen haben, von Personen dominiert, welche sich zu wenig mit der Wirtschaftlichkeit und den Folgekosten der Projekte befassen. Die Kommission will deshalb die Mitsprache der Legislative bei Bauprojekten verbessern. Es musste zwar festgestellt werden, dass sich dieses Anliegen nicht in die Systematik des FHG einarbeiten liess. Da aber ein enger materieller Zusammenhang zum FHG besteht, wurde beschlossen, die notwendigen Anpassungen via Schluss- und Übergangsbestimmungen im massgeblichen KRB betreffend «Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten» vorzunehmen. Die wichtigste materielle Änderung ist dabei, dass der Regierungsrat bei der Ausschreibung zwingend Vorbehalte gegenüber der Wettbewerbsordnung der Standesorganisation SIA anbringen muss. Vorbehalte, die er bereits heute anbringen könnte.
Details zu den einzelnen Anträgen der Kommission sowie eine Zusammenfassung weiterer Erwägungen – z.B. betreffend das Leasing – entnehmen Sie bitte dem schriftlichen Bericht der Kommission. Diese empfiehlt dem Rat einstimmig und ohne Enthaltungen, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der Kommission zuzustimmen. Betrachten Sie bitte dieses Eintretensvotum auch gleich als

Votum des SVP-Fraktionssprechers. Die SVP-Fraktion schliesst sich diesen Ausführungen an und ist ebenfalls für Eintreten auf die Vorlage.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an ihrer Halbtagessitzung vom 8. Mai 2006 beraten hat. Für Auskünfte und weiterführende Informationen standen Finanzdirektor Peter Hegglin, die juristische Mitarbeiterin Clara Bossard und der wissenschaftliche Mitarbeiter Marc Strasser – gleichzeitig unser Stawiko-Sekretär – zur Verfügung. Die Stawiko begrüsst es, dass der Regierungsrat dem viel geäusserten Wunsch einer Totalrevision des Finanzhaushaltgesetzes nachgekommen ist. Aus ihrer Sicht ist der Regierung mit diesem Gesetz ein guter Wurf gelungen. Das geltende, grundsätzlich bewährte Gesetz vom 28. Februar 1985 wird durch ein modernes Gesetzeswerk ersetzt, welches erstens die aktuelle Terminologie im Finanz- und Rechnungswesen für öffentliche Haushalte berücksichtigt und zweitens viele neue Erkenntnisse der letzten Jahre zu Fragen des zugerischen Staatshaushaltes gesetzlich verankert. Dabei werde verschiedenste Anliegen aus parlamentarischen Vorstössen und Forderungen der erweiterten Stawiko berücksichtigt. Die gut strukturierten Berichte des Regierungsrates und der vorberatenden Kommission haben uns die Arbeit sehr erleichtert. Besten Dank an den Kommissionspräsidenten. In diesen Berichten sind die relevanten Informationen enthalten, welche für die Beratung der Totalrevision dieses Gesetzes notwendig sind. Ergänzungen sind deshalb nicht notwendig. In unserem Bericht finden Sie zur Detailberatung nur diejenigen Gesetzesbestimmungen kommentiert, welche in der Stawiko vertieft behandelt und/oder zu denen während der Beratung Anträge gestellt worden sind. Gestützt auf diesen Bericht beantragen wir einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr in der Fassung der vorberatenden Kommission zuzustimmen, sofern diese nicht den Anträgen der Stawiko gemäss Detailberatung widersprechen.

Stefan **Gisler** möchte vorab im Namen der AF der Finanzdirektion und der zuständigen Arbeitsgruppe ihren Dank für die sehr gute Arbeit aussprechen. Das FHG ist ein gut strukturiertes ausgewogenes Gesetz – die Alternativen sind für Eintreten. Das Herz des FHG ist § 2. Diesen wollen die Alternativen so belassen, wie ihn die Regierung vorgeschlagen hat. In § 2 geht es um die Grundsätze der Haushaltsführung sowie um den Ausgleich der Rechnung. Herausstreichen will der Votant den Grundsatz der Wirksamkeit. Wirksam heisst – der Finanzdirektor möge ihn korrigieren –, dass der Kanton genügend Mittel zu Verfügung haben muss, um nachhaltig und effektiv all seine Aufgaben im vollen Umfange wahrzunehmen. Denn so wichtig ein gesunder Finanzhaushalt ist – wir müssen uns im Klaren sein «Wer dient wem?» Prioritär ist die Aufgabenerfüllung. Zug braucht gute Bildung, Zug braucht ein für alle qualitativ hoch stehendes Gesundheitswesen, Zug braucht Lebensqualität, Zug braucht Mobilität. Und Zug muss auch in der Lage sein, eine der wichtigsten Staatsaufgaben zu erfüllen: Den sozialen Ausgleich bzw. die soziale Sicherheit. Das neue FHG ist deshalb nicht dahin gehend zu interpretieren, dass auf Kosten des Haushaltsgleichgewichts öffentliche Aufgaben eingeschränkt werden.
Ebenfalls in § 2 festgelegt wird, dass die Zuger Staatsrechnung mittelfristig auszugleichen ist. Dem stimmen die Alternativen zu. Gerne betont Stefan Gisler, dass der Finanzdirektor im Rahmen der Kommissionsberatungen zugesichert hat, dass ein Ausgleich nicht nur über Sparmassnahmen bei der Aufwandseite, sondern auch über die Einnahmesicherung auf der Ertragsseite erfolgen kann. Gerne würde er dies heute bestätigt haben. Dabei ist allerdings für die Alternativen klar: So lange das Ein-

nahmepotenzial nicht ausgeschöpft wird, solange es also Tiefststeuern gibt, wäre es unangebracht, über Ausgabensenkungen alleine ein Haushaltsgleichgewicht herzustellen.
Mit dem neuen FHG haben wir ein taugliches Instrument, den Finanzhaushalt zu regeln. Innerhalb dieser Regeln können dann die Mitglieder von Regierung und Rat im Rahmen einer politischen Auseinandersetzung bestimmen, was die wichtigen Aufgaben des Kantons sind und wie für diese genügend Mitteln zu Verfügung gestellt werden.

Alois **Gössi** erinnert daran, dass das FHG das Finanzgebaren der öffentlichen Haushalte regelt, d.h. des Kantons Zug, der Einwohnergemeinden, der Kirch- und Bürgergemeinden und der Korporationen. Es wurde nun einer Totalrevision unterzogen. Aus SP-Sicht kann sich das Resultat sehen lassen, wir sind deshalb für Eintreten. Die für uns vier wichtigsten Punkte dieser Revision sind:

- Weiterhin degressive Abschreibungssätze, wobei diese differenziert festgelegt wurden. Für Abschreibungen von Hoch- und Tiefbauten gelten andere Ansätze als z.B. für die Informatik.
- Der Kanton Zug und die Einwohnergemeinden haben nun zwingend eine Finanzstrategie zu erarbeiten. Der Kanton und die grösseren Gemeinden haben dies schon, nun wird es zwingend. Aus Sicht des Souveräns ist dies bei den Gemeinden zu begrüssen.
- Neue und Gebundene Ausgaben sind nun klar definiert. Es sollte nun kein Interpretationsspielraum mehr geben.
- Es wird keinen zweiten Fall Areal Kantonsspital mehr geben: Für Erwerb, Tausch oder Verkauf von Grundstücken im Finanzvermögen mit Wert von mehr als 5 Mio. Franken ist neu der Kantonsrat zuständig.

Wir lehnen der Antrag der Kommission ab, wonach die Genehmigung eines Wettbewerbsergebnisses oder Vorprojektes durch den Kantonsrat vorbehalten bleiben soll. Es gibt damit eine Aufweichung der Aufgaben der Exekutive und der Legislative. Wir Kantonsräte übernehmen Aufgaben, die dem Regierungsrat vorbehalten bleiben sollen. Wir sollten für die allfällige Sprechung des Kredits zuständig sein, aber nicht für die Genehmigung der Wettbewerbereignisse. Weiter sind wir – im Gegensatz zur Stawiko – für die Erhöhung der Beträge, bei der sie um ihr Urteil gebeten wird. – Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage und auch für die meisten Anträge der Kommission und der Stawiko.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion das FHG beraten hat und einstimmig für Eintreten ist. Bei einzelnen Paragraphen unterstützen wir die Anträge der vorberatenden Kommission respektive der Stawiko. Wir werden uns aber, wenn notwendig, in der Detailberatung dazu noch äussern. – Das geltende Gesetz hat sich zwar bewährt doch ist es jetzt an der Zeit, dieses nach über 20 Jahren zu überarbeiten, und wir begrüssen den Entscheid zu einer Totalrevision. Der Gesetzesentwurf verwendet moderne allgemein bekannte Fachbegriffe. Im Bereich des Finanz- und Rechnungswesens wird die Berichterstattung den heutigen Informationsbedürfnissen angepasst und die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung, angepasst an die Bedürfnisse der einzelnen dem Gesetz unterstellten Körperschaften und Anstalten, zielt in die richtige Richtung. Als Kernstück betrachten wir die Neuregelung der Bewertungsgrundsätze für das Finanzvermögen sowie der Abschreibungsmethode und der Abschreibungssätze für das Verwaltungsvermögen. Es ist an der Zeit, EDV-

Anlagen schneller abzuschreiben als Liegenschaften. Wir begrüssen es, dass im neuen Gesetz die Erstellung einer Finanzstrategie vorgesehen ist. Wir kennen das Instrument bereits im Kanton, und verschieden Gemeinden erstellen ebenfalls bereits Finanzstrategien. Die neue Strukturierung von Ausgaben und Krediten ist gelungen und die einzelnen Kreditarten sind klar definiert. Spezielle Bedeutung messen wir der Abgrenzung zwischen neuen Ausgaben und gebundenen Ausgaben zu, sind doch da die Zuständigkeiten klar geregelt. Alles in allem handelt es sich bei dieser Totalrevision des FHG um ein gelungenes Werk und wir beantragen, auf die Vorlage einzutreten.

Leo **Granziol** hält fest, dass die CVP das neue FHG begrüsst und für Eintreten ist. Es war sicher notwendig, das alte Gesetz aus dem Jahr 1985 zu überarbeiten. Die regierungsrätlichen Vorlage ist verständlich und berücksichtigt moderne Grundsätze wie Globalbudgets und neu Rechnungsführungsgrundsätze. Sie trägt aber auch die Sichtweise des Regierungsrats. Die Kommission sah sich deshalb veranlasst, die Vorlage an diversen Orten zu ergänzen und um die Kontrolle des Parlaments zu verbessern und glasklare Vorschriften zu machen, die Zähne des FHG zu schleifen, es bissiger, griffiger zu machen. Diese entsprechenden Diskussionen standen natürlich vor dem Hintergrund der Kostenentwicklungen, Kompetenzüberschreitungen etc. der letzten beiden Projekte Kantonsspital und Strafanstalt. Die CVP begrüsst diese Vorschläge der Kommission weitgehend. Wenn wir heute diesem Gesetz nicht wieder wichtige Zähne ziehen, werden wir in der nächsten Legislaturperiode ein sehr gutes Arbeitsinstrument in Händen halten. Die Bürger werden immer mündiger und orientierter. Sie wünschen, ja verlangen von uns eine Überprüfung des Finanzgebarens des Kantons und auch der Gemeinde. Das FHG ist das Instrument dazu. Es hat Jahrhunderte gebraucht, bis es zu diesem Standard gekommen, dass die Bürger die Regierung kontrollieren können. Der Votant bittet den Rat, das Gesetz unter diesem Aspekt zu beraten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte dem Rat ganz herzlich danken für die positive Aufnahme dieser Gesetzesvorlage – sowohl in der Kommission wie auch in den Fraktionen. Er ist mit dem Rat einig, dass das FHG des Kantons Zug, welches seit 1985 besteht, sich sehr bewährt und gute Dienste geleistet hat. Aber auch an diesem Gesetz geht die Entwicklung natürlich nicht vorbei. Es gibt neue Ansprüche, sei es vom Kantonsrat, von Kommissionen oder auch von Seite der Öffentlichkeit. Wir haben in den letzten Jahren schon versucht, diesen Ansprüchen gerechter zu werden. Wir haben unter anderem ja bereits einen Anhang zur Staatsrechnung geschaffen. Wir haben aber auch schon in die Zukunft geschaut. Es geht ja nicht nur um die Rückschau, sondern auch um die Vorschau. Da möchte der Votant vor allem auf die Finanzstrategie hinweisen, welche er als ein wichtiges Steuerungselement für den Kanton betrachtet. Bis jetzt hat es keine gesetzliche Grundlage. Neu wird es eine haben. Wir haben uns in den letzten Jahren – obwohl es noch keine gesetzliche Grundlage hatte – ziemlich stark an dieser Strategie orientiert.
Daneben gibt es ja auch sechs parlamentarische Vorstösse, die wollen, dass das FHG angepasst wird. Sei es im Bereich von Pragma, wo es dann keine Ausnahmeregelung mehr braucht. Das FHG ist dann die gesetzliche Grundlage, um Pragma weiter zu führen. Weiter eine Kostenbremse, die Umschreibung einer neuen Aufgabe, gebundene Ausgabe oder der Ruf nach Verstärkung der Finanzkompetenzen des Rats. Und nicht zuletzt auch der Abschreibungssatz, der schon erwähnt wurde. Bis

jetzt war er überall 10 % degressiv, neu wird er 10 % sein bei den Bauten, bei den Mobilien 30 %, bei der Informatik 40 %. Wir kommen hier der Nutzungsdauer der entsprechenden Objekte entgegen.
Die Totalrevision dieses Gesetzes hat es uns erlaubt, es neu zu strukturieren und verständlich zu formulieren. Wir haben bewusst kein wissenschaftliches Werk schaffen, sondern eine Arbeitsgrundlage für den Kanton und die Gemeinden erstellen wollen und explizit keine neudeutschen Begriffe verwendet.
Besonders erwähnen möchte Peter Hegglin die Gemeinden, die bei der Erarbeitung involviert waren. Wir hatten eine interne Arbeitsgruppe; dort haben die Stadt Zug und die Gemeinde Baar mitgearbeitet.
Vorhin sind noch einige Fragen gestellt worden. Vieles wird in der Detailberatung beantwortet werden. Aber hier schon etwas zum Wort von Stefan Gisler zum Herz der Gesetzesvorlage, § 2 Abs. 1, dem Begriff der Wirksamkeit. Stefan Gisler hat definiert, dieser Begriff sei so zu interpretieren, dass immer genügend Geld vorhanden sei, um alles zu realisieren, was man möchte. Diese Interpretation ist schon nicht ganz richtig. Denn es gibt ja vorgängig im selben Absatz noch einen anderen Begriff, den der Sparsamkeit. Und dieser Begriff sagt, dass alle Ausgaben auf ihre Notwendigkeit und Tragbarkeit zu prüfen seien. D.h. man gibt das Geld nicht einfach für jedes Bedürfnis aus, sondern prüft bei jeder Ausgabe zuerst, ob sie überhaupt notwendig und tragbar sei. Der Begriff Wirksamkeit ist dann eher zu verstehen mit den neuen Begriffen der Verwaltungsführung – bei uns Pragma. Dass man schaut, ob das eingesetzte Geld wirklich die Wirkung entfaltet hat, welche man damit erreichen wollte. Die Interpretation geht in diese Richtung.
Die Massnahme in diesem Paragraphen, die Rechnung sei mittelfristig auszugleichen, haben wir natürlich schon so verstanden, dass nicht nur die Aufwands-, sondern auch die Ertragsseite korrigiert werden müsste, falls es notwendig ist. Es sind also nicht nur Sparmassnahmen, sondern wir können dort sehr wohl auch auf der Einnahmenseite Korrekturen vorsehen.
In diesem Sinn empfiehlt der Finanzdirektor dem Rat, auf die Vorlage einzutreten.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1367.4 – 11991

§ 2 Abs. 2 (neu)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der Kommission vorliegt. Stawiko und Regierung lehnen diesen Antrag ab.

Stephan **Schleiss** möchte kurz die Überlegungen der Kommission erläutern. Der Entwurf des Regierungsrats nennt unter Abs. 1 die vier Grundsätze Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit. Im Bericht ist jeder dieser Grundsätze konkretisiert. Nach Absicht des Regierungsrats sind diese vier Grundsätze gleichwertig. Eine Mehrheit der Kommission ist aber der Ansicht, dass der Grundsatz der Sparsamkeit über den anderen Grundsätzen steht und deshalb im neuen Abs. 2 konkret auszuformulieren ist. Es geht dabei gewiss nicht darum, das Gesetz eleganter zu machen, sondern den Grundsatz der Sparsamkeit zu betonen. Die Kommission empfiehlt dem Rat deshalb – entgegen dem Antrag der Regierung – den Grundsatz der Sparsamkeit im neuen Abs. 2 auszuformulieren.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass die Regierung – wie es Stephan Schleiss erwähnt hat – im Bericht abgehandelt hat, was wir unter den Begriffen verstehen. Zum Begriff Sparsamkeit heisst es, dass die Aufgaben auf ihre Notwendigkeit und Tragbarkeit zu prüfen sowie in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit vorzunehmen sind. Unter diesem Begriff ist somit eigentlich alles erwähnt. Im Sinne einer schlanken Gesetzgebung, wobei nicht alles wiederholt werden muss, und auch, weil auch dieser Grundsatz einer ist, der im Raum steht, den man aber nicht mathematisch herleiten kann, erachten wir es nicht als notwendig, dass hier ein zusätzlicher zweiter Absatz eingeführt wird. Wir beantragen dem Rat, hier der regierungsrätlichen Vorlage zu folgen.

Felix **Häcki** weist darauf hin, dass die Einfügung schon einen Sinn hat, und zwar dann, wenn das Budget abgelehnt wird. Dann sind die Ausgaben beschränkt. Und dann ist es wichtig, dass das Geld nach Massgabe der Dringlichkeit ausgegeben wird und nicht einfach der Reihe nach oder wie immer.

Peter **Hegglin** hält fest, dass bei Ablehnung des Budgets § 22 Abs. 4 zum Tragen kommt. Dort ist definiert, dass in diesem Fall die Regierung pro Monate höchstens einen Zwölftel der im Vorjahr bewilligten Kredite in Anspruch nehmen kann. Deshalb braucht es diese neue Definition nicht.

➔ Der Antrag der vorberatenden Kommission wird mit 50 : 20 Stimmen abgelehnt.

§ 2 Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier drei Anträge vorliegen: Je einer der Regierung, der Kommission und der Stawiko.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass hier der Fall diskutiert wird, wo das freie Eigenkapital noch vorhanden und nicht aufgebracht ist. Wir werden ja dann unter § 19 Abs. 2 den Fall diskutieren, wo kein freies Eigenkapital mehr vorhanden ist. Im jetzigen Fall geht es um Folgendes: Der öffentlichen Hand muss Gelegenheit gegeben werden, sich antizyklisch zur Wirtschaftsentwicklung zu verhalten. Auf der anderen Seite muss auch sichergestellt werden, dass die Laufende Rechnung nicht über längere Zeit massive Defizite aufweist. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung muss der finanzpolitische Grundsatz erfüllt werden können, wonach der Steuerfuss über mehrere Jahre stabil gehalten werden soll. Es geht nun um die Frage, was eigentlich «mittelfristig» heisst, wie von der Regierung erwähnt wurde. Kurzfristig ein Jahr, mittelfristig zwei bis fünf Jahre, langfristig über fünf Jahre – so haben Sie es unserer Vorlage entnommen. Wir haben versucht, das zu definieren. Aus unserer Sicht ist die Variante der Regierung zu vage. Bei mittelfristig könnte man zwar auf die Materialien verweisen. Auf der anderen Seite haben Sie die Variante der Kommission, die uns mit «spätestens fünf Jahre» zu scharf ist. Was ist, wenn es aus konjunktur- oder steuerpolitischen Gründen notwendig wäre, im fünften Jahr auch noch ein Defizit zuzulassen? Wir sind der Meinung, dass wir Ihnen hier einen Mittelweg präsentieren: *«Die Laufende Rechnung ist mittelfristig, in der Regel innert fünf Jahren,*

auszugleichen.» Das beinhaltet alle Anforderungen. Bitte unterstützten Sie unseren Antrag!

Stephan **Schleiss** weist darauf hin, dass der mittelfristige Haushaltsausgleich in jedem modernen Finanzhaushaltsgesetz als Ziel formuliert ist. Wenn volkstümlich von Schuldenbremsen die Rede ist, sind in der Regel solche Massnahmen und Bestimmungen gemeint. Die Griffigkeit einer solchen Massnahme ist nur mit einer zwingenden Frist gegeben. Der Regierungsrat will die Formulierung «mittelfristig» im Gesetz haben. Dem Bericht zufolge versteht er darunter einen Zeitraum von drei bis sieben Jahren. Die Kommission ist mit 11 : 2 Stimmen der Meinung, dass der zulässige Zeitraum im Gesetz kristallklar definiert werden muss. Wir sind der Meinung, dass mit fünf Jahren die öffentliche Hand weiterhin die Möglichkeit hat, sich antizyklisch zu verhalten. In dieser Frist ist auch eine kohärente Steuerpolitik ohne Hauruck-Übungen möglich. Die Kommission empfiehlt grossmehrheitlich, einen zwingenden, verbindlichen Zeitraum von fünf Jahren im Gesetz festzuschreiben. Der Antrag der Stawiko sieht hingegen Ausnahmen vor, die aus unserer Sicht eben nicht erwünscht sind.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** beantragt, keine fixe Frist in das Gesetz festzuschreiben. Und zwar insbesondere wegen der Möglichkeit, dass wenn wir einmal wirtschaftliche Schwierigkeiten hätten, man dann antizyklisch handeln könnte. In solchen Phasen wird von der öffentlichen Hand immer wieder verlangt, dass sie mit Impulsen kommt, wenn die Wirtschaft nicht rund läuft. Einerseits deshalb und anderseits wegen der NFA-Mehrbelastung, die ja in absehbarer Zeit auf uns zukommt in einer Grössenordnung, die jetzt schon mehrmals irgendwie definiert wurde. Wenn man aber nachfragt, heisst es immer wieder: Es kann dann ganz anders aussehen. Es wäre uns gedient, denn mit unserem Begriff haben wir etwas mehr Handlungsspielraum. Die Absicht haben wir ja die gleiche. Es gäbe einfach ein wenig mehr Manövriermöglichkeiten. Deshalb unser Antrag: So belassen, wie wir es vorgeschlagen haben.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier drei gleichwertige Anträge vorliegen. Die drei Anträge werden nebeneinander zu Abstimmung gebracht, wobei jedes Mitglied nur für einen stimmen darf. Hat keiner die absolute Mehrheit der Stimmenden erhalten, so wird darüber abgestimmt, welche von den zwei Anträgen, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigen, aus der Abstimmung zu fallen haben.

➔ Der Antrag der Regierung erhält 16 Stimmen, jener der Kommission 23 Stimmen und jener der Stawiko 32 Stimmen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass keiner der Anträge das absolute Mehr erreicht hat und nun vorerst die beiden Anträge mit den wenigsten Stimmen einander gegenüber gestellt werden.

➔ Der Antrag der Kommission erhält mit 41 : 22 Stimmen den Vorzug, der Antrag der Regierung fällt weg.

➔ Der Rat entscheidet sich mit 48 : 22 Stimmen für den Antrag der Staatswirtschaftskommission.

§ 8 Abs. 3

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein redaktioneller Antrag der Stawiko vorliegt, wonach der Abschnitt wie folgt heissen sollte: «*Verpflichtungen und Vorschüsse der Spezialfinanzierungen* werden verzinst, sofern dies nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist.»

➔ Der Rat ist damit einverstanden.

§ 10

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich hier die Regierung dem Antrag von Kommission und Stawiko anschliesst.

➔ Einigung

§ 13 Abs. 4 Bst. a

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich hier die Regierung dem Antrag der Stawiko anschliesst.

➔ Einigung

§ 13 Abs. 5

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich hier die Regierung ebenfalls dem Antrag der Stawiko anschliesst.

➔ Einigung

§ 14 Abs. 4

Alois **Gössi** weist darauf hin, dass es hier um Abschreibungen, Abschreibungsmethoden und -sätze geht. Gemäss Abs. 4 gilt der Abschreibungssatz für Hoch- und Tiefbauten für Kirch- und Bürgergemeinden 5 % pro Jahr, beim Kanton und bei den Gemeinden sind es 10 %. Der Votant ist gegen diese Sonderregelung und beantragt die Streichung von Abs. 4. Wieso dieser Antrag?
Brauchen die Kirch- und Bürgergemeinden eine Spezialregelung bei den Abschreibungssätzen, können sie dies bei der Finanzdirektion beantragen. Diese wird dieses

Gesuch, wenn es begründet ist, sicher gut heissen. Dies ist der Inhalt von Abs. 5. Baut oder Renoviert die Stadt Zug ein Altersheim, muss sie dafür 10 % pro Jahr abschreiben. Macht eine Bürgergemeinde das gleiche, gilt für diese ein Abschreibungssatz von 5 %. Was rechtfertigt hier einen unterschiedlichen Abschreibungssatz, wenn der gleiche Betriebszweck dahinter steckt? Nichts, aber auch gar nichts. Das gleiche gilt z.B. auch für Verwaltungsbauten, die eine Kirchgemeinde benötigt. Sie muss nur 5 % pro Jahr abschreiben, eine Einwohnergemeinde ihre Verwaltungsbauten dagegen für 10 %. Für Alois Gössi soll hier – wie beim Kanton und bei den Einwohnergemeinden – gelten: So schnell abschreiben wie möglich; Lasten auch nicht ansatzweise auf die nächste Generation verschieben. Es gibt aber nun sicher Hoch- oder Tiefbauten, die tiefere Abschreibungssätze rechtfertigen, z.B. Kirchenbauten. Hier kann gemäss Abs. 5 mit der Finanzdirektion eine Sonderregelung getroffen werden. – Aus diesen Gründen stellt der Votant den Antrag auf die Streichung vom Abs. 4 und bittet den Rat um Unterstützung.

Stephan **Schleiss** hält fest, dass dieser Absatz auch in der Kommission eingehend diskutiert wurde. Wir haben uns damals von folgenden Erwägungen leiten lassen: Gemäss Auskunft von Peter Hegglin entspricht diese Unterscheidung einer langjährigen bewährten Praxis. Gerade bei Kirchgemeinden fallen die Abschreibungsaufwände z.B. nach Kirchenrenovationen enorm ins Gewicht, so dass eine zeitliche Verteilung mit einem tiefen Abschreibungssatz durchaus Sinn machen kann. Von der juristischen Mitarbeiterin wurde Folgendes ins Feld geführt: Das Vorgehen, den tieferen Abschreibungssatz auf Antrag der Kirch- und Bürgergemeinden durch die Finanzdirektion jeweils bewilligen zu lassen, würde zu einer massiven administrativen Aufblähung und vor allem zur Etablierung eines separaten Bewilligungsverfahrens führen. All diese Argumente haben dazu geführt, dass ein identischer Antrag in der Kommission bereits abgelehnt wurde. In diesem Sinn empfiehlt der Kommissionspräsident dem Rat, es der Kommission gleich zu tun.

Martin B. **Lehmann** widerspricht seinem Fraktionskollegen nur ungern. Aber es gibt tatsächlich keinen nachvollziehbaren Grund, wieso von dieser Regelung Abstand genommen werden sollte. Im Gegenteil: Bau und Unterhalt von Gebäuden nehmen bei den Kirch- und Bürgergemeinden einen weitaus grösseren Anteil am Gesamtetat ein als bei den Einwohnergemeinden. Und so würden höhere Abschreibungssätze unweigerlich zu völlig unnötigen Steuererhöhungen führen. Dabei sind auch die Kirchgemeinden aus nahe liegenden Gründen bemüht, ihre Steuerfüsse auf möglichst tiefem Niveau zu halten. Zudem haben die sich im Besitz der Kirchgemeinden befindlichen Gebäude, nämlich Kirchen und Kapellen, eine lange Lebensdauer. Auch aus diesem Grund genügen die 5 % vollauf. Mit der bewährten Praxis ist es den Kirchgemeinden, aber auch den Bürgergemeinden überlassen, zusätzliche Abschreibungen vorzunehmen, wenn dies der Rechnungsabschluss zulässt. Lassen wir ihnen diese buchhalterische Freiheit und behalten wir den vorgeschlagenen Satz von 5 % bei.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** schliesst sich den Voten von Martin B. Lehmann und Stephan Schleiss an.

➔ Der Antrag von Alois Gössi wird mit 60 : 9 Stimmen abgelehnt.

§ 16

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier fünf Änderungsanträge von Kommission und Stawiko vorliegen, denen sich die Regierung anschliesst.

➔ Einigung

§ 19 Abs. 2

Peter **Dür** hat bereits vorher erwähnt, dass nun dieser Abschnitt kommt, wo es um das fehlende freie Eigenkapital geht. Und in diesem Fall beantragt der Regierungsrat, einen Aufwandüberschuss zu aktivieren und über drei Jahre abzuschreiben. Diese Regelung führt dazu, dass während dreier Jahre die Laufende Rechnung zusätzlich belastet wird. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass weitere Aufwandüberschüsse ausgewiesen werden könnten. Die Stawiko wünscht hier eine restriktivere Formulierung, welche verlangt, dass ein Aufwandüberschuss innerhalb von drei Jahren mit Ertragsüberschüssen auszugleichen ist. Ein Beispiel: Wir haben kein freies Eigenkapital mehr und machen in einem Jahr einen Verlust von 3 Millionen. Wir müssen den aktivieren und in den folgenden Jahren die laufende Rechnung mit je einer Million belasten. Jetzt wäre es der Regierung möglich, dass sie jedes Jahr ein Defizit von einer Million schreibt und somit eigentlich unseren Anforderungen gerecht würde. Das wollen wir nicht! Es braucht dann eben Massnahmen auf der Aufwand- und möglicherweise auch auf der Ertragseite, um kein Defizit zu schreiben und diese Beträge regelrecht abzuschreiben. Unsere Formulierung lautet deshalb: «Bei fehlendem freiem Eigenkapital ist er zu aktivieren und über drei Jahre *mit Ertragsüberschüssen der Laufenden Rechnung auszugleichen*.» – Der Stawiko-Präsident bittet den Rat, diesen Antrag zu unterstützen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass die Regierung hier eine kleine Differenz zur Stawiko hat. Im Grundsatz wollen wir das Gleiche: Dass die Kommunen vorsichtig umgehen mit dem Geld und nicht einfach ungezügelt Geld ausgeben. Das ist eine abgeschwächte Ausgabenbremse, verbunden mit § 2, wie es der Stawiko-Präsident bereits gesagt hat, der Verpflichtung, ausgeglichene Rechnungen zu haben. Wenn das aber nicht gelingt und wir das Eigenkapital aufgebraucht haben, meinen wir, das sei zu aktivieren und dann schon bei der Budgetierung einzufügen und schon dort seien die notwendigen Abschreibungen vorzunehmen. Beide Wege sind möglich, aber der Antrag der Stawiko sieht vor, dass in den folgenden drei Jahren schon mit Ertragsüberschüssen gerechnet wird. Wir jedoch sagen: Man muss es bei der Budgetierung berücksichtigen. Peter Hegglin beantragt, beim Vorschlag der Regierung zu bleiben.

Gregor **Kupper** möchte das nochmals verdeutlichen. Negatives Eigenkapital heisst grundsätzlich Überschuldung unseres Staatswesens. In der Privatwirtschaft heisst das Konkurs anmelden. Das müssen wir uns vor Augen halten. Es ist ein worst-case-Szenario, das bis jetzt im Kanton Zug noch nie passiert ist. Wir gehen auch davon aus, dass es hoffentlich diesen Paragraphen nie braucht. Aber was passiert jetzt eigentlich? Der Votant möchte das mit einem Beispiel verdeutlichen. Gehen wir

davon aus, 2010 sei unser Eigenkapital aufgebraucht. Der Kanton Zug baut einen Verlust, einen Aufwandüberschuss von 300 Millionen. Wir gehen hin, aktivieren diese 300 Millionen und sind uns bewusst, dass wir sie dann abschreiben müssen. 2011, 2012 und 2013 haben wir eigentlich eine ausgeglichene Staatsrechnung, aber diese wird jetzt mit diesen 100 Millionen belastet. D.h. wir bauen dann 2011 wieder ein Defizit von 100 Millionen und unsere aktivierter Aufwandüberschuss entwickelt sich wie folgt: Er war 2010 300 Millionen, wir schreiben 100 ab und sind bei 200 Millionen, haben einen neuen Verlust von 100 und buchen den wieder auf. Und so schieben wir die ganze Chose vor uns her, bis irgendwann dann vielleicht doch wieder Erträge kommen. Das kann nicht sein! Wir müssen uns bewusst sein, dass wir ja in § 2 gesagt haben: Wir wollen mittelfristig ausgeglichene Rechnungen. D.h. wir müssen dafür sorgen, dass wir mit dieser Bestimmung auch tatsächlich zu einer mindestens ausgeglichenen Bilanz oder zu einem echten Eigenkapital kommen. Gregor Kupper beantragt, den Antrag der Stawiko zu unterstützen.

Peter **Hegglin** widerspricht Gregor Kupper. Wenn man eine ausgeglichene Finanzrechnung hat und einen Bilanzfehlbetrag von 300 Millionen, kann man auch nicht 100 Millionen der ausgeglichenen Rechnung abschreiben. Da bleibt der Bilanzfehlbetrag von 300 Millionen weiterhin bestehen. Auch bei der Variante der Stawiko bliebe diese Summe weiter bestehen. Sie können ja nicht abschreiben, wenn Sie eine ausgeglichene Rechnung haben. Sie haben keinen Ertragsüberschuss, dem Sie den Bilanzfehlbetrag abbuchen können. Bei unserer Variante würde es budgetiert, sagen wir 100 Millionen. Das gäbe dann beim gleichen Stand der Rechnung ein Minus von 100 Millionen statt eine ausgeglichene Rechnung. Und das Minus von 100 Millionen würde dann wieder aktiviert und wäre dann insgesamt auch wieder bei 300 Millionen. Aber wir wären ja verpflichtet, Massnahmen einzuleiten, und das würde zur Folge haben, dass dieser Fehlbetrag amortisiert wird. Vom System her besteht da kein Unterschied.

➔ Der Antrag der Stawiko wird mit 37 : 30 Stimmen abgelehnt.

§ 20 Abs. 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der Kommission vorliegt, dem sich die Stawiko anschliesst. – Die Regierung unterbreitet dem Rat einen anders lautenden Antrag.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** betont, dass es für die Regierung klar ist, dass der Kanton eine Finanzstrategie erarbeitet. Das haben wir in der Vergangenheit so gemacht und wollen wir weiterhin tun. Wir sehen es aber als einen Eingriff in die Autonomie der Gemeinden an, wenn wir hingehen würden und bei allen Gemeinden verlangen, dass sie eine entsprechende Strategie erarbeiten müssen. Sie können es tun, sie haben ja die Grundlage dazu. Aber wir denken, dass es falsch ist, es ihnen vorzuschreiben. Und deshalb lautet unser Vorschlag für Abs. 1: *«Der Regierungsrat erarbeit eine Finanzstrategie, welche …»* Bitte folgen Sie unserem Antrag.

Stephan **Schleiss** betont, dass man in der Kommission ganz klar zur Auffassung gelangt ist, dass von den Exekutiven des Kantons und der Einwohnergemeinden verlangt werden kann, dass sie im Bereich der Finanzen strategisch planen. Immerhin hat der Kanton ja auch eine Aufsichtsfunktion und kann Bedingungen formulieren, wie die finanziellen Geschäfte der Gemeinden zu behandeln sind. Die Finanzstrategie ist ein sinnvolles Instrument und die Kommission ist der Meinung, dass dieses auch von den Einwohnergemeinden zwingend eingesetzt werden muss. Sie empfiehlt dem Rat mit 12 : 1 Stimmen, ihrem Antrag zu folgen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich die Stawiko dem Antrag der Kommission anschliesst. – Der vollständige Antrag der Regierung lautet:
«Der Regierungsrat erarbeitet eine Finanzstrategie, welche einen Teil der strategischen Ziele darstellt. Sie wird dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme unterbreitet.»

➔ Der Rat schliesst sich mit 64 : 2 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

§ 22 Abs. 4

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Ergänzungsantrag der Kommission vorliegt, dem sich sowohl Stawiko wie Regierung anschliessen.

➔ Einigung

§ 28 Abs. 4

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der Kommission vorliegt, dem sich Stawiko und Regierung anschliessen.

➔ Einigung

§ 28 Abs. 8

Beat **Villiger** hat in der Fraktionssitzung schon darauf hingewiesen, dass er hier eine Frage an den Finanzdirektor hat. Wir regeln ja diesen Bereich auch für die Gemeinden. Und wir regeln in Bst. a und b, dass der Kantonsrat die Verpflichtungskredite in der Höhe von 10 oder 20 Millionen genehmigen muss. Das ist schon gut, aber für die Gemeinden stimmt dann das Verhältnis nicht. Und hier fragt sich der Votant, ob es bei Bst. b richtig ist, dass erst bei 10 Mio. resp. 20 Mio, wie es die Regierung beantragt, eine Separatvorlage gestellt werden muss, z.B. bei einer Kirch- oder Einwohnergemeinde. Er hätte es hier lieber gehabt, man hätte den Kanton für sich geregelt und dann einen neuen Abs. 9 gemacht, dass die Gemeinden z.B. alle Verpflichtungskredite in Form einer Separatvorlage der Bürgerschaft zur Genehmigung vorlegen. Er hat eben noch kurz mit dem Finanzchef von Baar gesprochen. Dort läuft es so, dass alle Verpflichtungskredite jeweils mindestens im Rahmen der Rechnung

genehmigt werden. Es kommt auch vor, dass Abrechnungen mit Separatvorlage vorgelegt werden. Aber in den Gemeinden herrscht hier eine Unsicherheit und ihnen ist zum Teil auch nicht klar, wann sie mit Separatvorlagen an die Legislative gelangen müssen. Jetzt haben wir zumindest eine Regelung, dass sie die Abrechnungen in der Rechnung aufführen müssen, aber für den Votanten ist das zu wenig, wenn erst ab 10 oder 20 Millionen eine Separatvorlage vorgelegt werden muss. Deshalb die Frage: Hat man das ebenfalls diskutiert? Je nachdem behält sich Beat Villiger vor, auf die 2. Lesung noch einen Antrag zu stellen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich bei Abs. 8 unterdessen Kommission, Stawiko und Regierung auf 10 Millionen geeinigt haben.

Stephan **Schleiss** hält fest, dass die Kommission bei diesen Beträgen natürlich vor allem den Kanton im Auge hatte. Wir sind davon ausgegangen, dass die entsprechenden Beträge auf Stufe Gemeinde eher tiefer anzusetzen sind. D.h. dass dort diese Gesetzesbestimmung weniger restriktiv wirkt als beim Kanton. Aber die festgelegten Beträge sind auf den Kanton gemünzt und wir haben vom Finanzdirektor erfahren, wie viele Vorlagen die Differenz zwischen 10 und 20 Millionen betreffen würde. Weiter wurde aber nicht darüber verhandelt, welche Auswirkungen auf die Gemeinden das hat. Man geht davon aus, dass dort das Niveau etwas tiefer ist.

Peter **Hegglin** hält fest, dass soweit ihm bekannt ist, keine Gemeinde je zu Verpflichtungskrediten eine Schlussabrechnung erstellt und diese separat dem Parlament oder der Gemeindeversammlung unterbreitet hat. Es gibt Gemeinden, die stellen im Zusammenhang mit der Rechnung im Anhang entsprechend Bericht. Dieses Gesetz gilt ja auch für die Gemeinden. Und es kennt ja neu jetzt einen Anhang, wo unter § 12 Abs. 2 Bst. i definiert ist, dass zukünftig die Gemeinden auch wie der Kanton Status und Abrechnung von Verpflichtungskrediten zu erstellen und in diesem Sinn Transparenz zu schaffen haben. Wir hatten vorgeschlagen, dass das bis 20 Millionen reichen sollte. Die vorberatende Kommission hat das als zu hoch erachtet und gesagt: Bis 10 Mio. reicht diese Berichterstattung im Anhang; was darüber hinausgeht, braucht weiterhin einen separaten Bericht und Antrag. Der Regierungsrat schliesst sich diesem Antrag der vorberatenden Kommission an. Der Finanzdirektor glaubt, auch das Anliegen von Beat Villiger sollte mit diesem Anhang zur Rechnung erfüllt sein. Ausser er meint, es brauche bei den Gemeinden schon ab 5 Millionen separate Abrechnungen. Peter Hegglin weiss nicht, was das bringen oder nützen soll. Denn wenn die Abrechnung innerhalb des Kredits ist, ist ja das eingetroffen, was man erwartet hat. Sollte die Kreditsumme nicht reichen, wäre es bereits schon falsch gelaufen. Wenn ein Verpflichtungskredit nicht ausreicht, braucht es einen Zusatzkredit. Es bringt nicht viel, wenn für die Gemeinden hier noch zusätzlich etwas geregelt wird. In diesem Sinn beantragt der Finanzdirektor, der Vorlage gemäss Kommission zu folgen.

Eusebius **Spescha** muss den Finanzdirektor korrigieren. Die Gemeinden haben selbstverständlich immer Schlussabrechnungen erstellt. Das ist ein übliches Geschäftsgebaren zumindest für die Stadt Zug. Als der Votant das verantwortete, wurden immer Schlussabrechnungen erstellt. Der Unterschied ist, dass wir diese Schlussabrechnungen in der Jahresrechnung integrierten, und sie dann mit einem

separaten Beschluss genehmigt wurden. Wir erstellten aber nie eigene Vorlagen für eine Schlussabrechnung eines Objekts. Von daher ist es mit dieser neuen Regelung so, dass die Gemeinden in Zukunft bei sehr grossen Bauvorhaben eine eigene Vorlage werden erstellen müssen, was sie bisher nicht tun mussten. Eusebius Spescha glaubt aber, dass die Gemeinden mit dieser Bestimmung leben können.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass zu § 28 keine neuen Anträge gestellt wurden.

➔ Einigung

§ 29 Abs. 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier drei Anträge vorliegen, je einer der Regierung, der Kommission und der Stawiko. Da die Änderungsanträge von Stawiko und Kommission materiell gleich sind und sich nur redaktionell unterscheiden, geht die Frage an den Kommissionspräsidenten, ob die Kommission bereit ist, ihren Antrag zugunsten demjenigen der Stawiko zurückzuziehen. – Stephan Schleiss ist einverstanden.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass die Regierung die von Stawiko und Kommission geforderte Präzisierung als unnötig erachtet. Vor allem ist auch schwierig zu erfassen, was denn wirklich schneller ist, «umgehend» oder «so schnell wie möglich». In beiden Fällen muss es sofort sein. Deshalb glauben wir, dass es diese Präzisierung nicht braucht.

Peter **Dür** muss dem Finanzdirektor widersprechen. Wenn ja so ein Notstandkredit beschlossen wird, muss umgehend die Stawiko bzw. die Rechnungsprüfungskommission informiert werden. Die Legislative z.B. in der Gemeinde Steinhausen hat zwei Mal im Jahr eine Gemeindeversammlung. Jetzt muss der Gemeinderat abschätzen: Reicht es, diesen Notstandkredit erst an der nächsten Gemeindeversammlung in einigen Monaten vorzubringen oder muss er eine ausserordentliche Gemeindeversammlung einberufen. Deshalb der Ausdruck «so schnell wie möglich», so rasch, wie es praktikabel sein könnte. Deshalb diese Präzisierung. Hingegen die Kontrollorgane Stawiko bzw. Rechnungsprüfungskommission müssen umgehend informiert sein.

Hans **Christen** hat eine Verständigungsfrage für die Stadt Zug. Diese hat noch eine Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderats. Hier stehen expressis verbis nur die Stawiko und die Rechnungsprüfungskommission. Die Stadt Zug hat auch noch eine Rechnungsprüfungskommission. Wer muss jetzt dort informiert werden? Man müsste das jetzt erweitern mit: *«… Staatswirtschaftskommission, Geschäftsprüfungskommission bzw. die Rechnungsprüfungskommission»*.

Stephan **Schleiss** hält fest, dass in der Kommission besprochen wurde, wer alles zu informieren sei. Das Hauptargument ist, dass die Legislative der Gemeinden die

Gemeindeversammlung ist. Und deshalb sollten die RPKs benachrichtigt werden. Ein Stadtparlament kann natürlich an der nächsten Sitzung informiert werden. Es geht primär darum, dass die Einwohnergemeinden, die über kein Parlament verfügen, via RPK informiert werden.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass in der Stadt Zug die gleiche Situation besteht wie im Kantonsrat. Wir haben eine Exekutive (Regierungsrat oder Stadtrat) und eine Legislative (Kantonsrat oder Grosser Gemeinderat). Und wenn wir festlegen, dass im Kanton die Stawiko als Kommission als Kommission des Kantonsrats informiert werden muss, dann ist es ebenso zwingend, dass die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderats parallel informiert wird. Von daher ist der Vorschlag von Hans Christen materiell zu 100 % richtig. Die Rechnungsprüfungskommission gibt es übrigens in der Stadt Zug auch, sie hat aber eine wesentlich andere Funktion.

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass Kommission und Stawiko bereit sind, den Stawiko-Antrag gemäss Vorschlag von Hans Christen zu ergänzen. – Die Regierung hält an ihrem Antrag fest.

➔ Der Rat schliesst sich einstimmig dem ergänzten Antrag der Stawiko an.

§ 31 Abs. 3

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Antrag der Kommission vorliegt, dem sich die Stawiko anschliesst. Auch die Regierung ist mit dem Kommissionsantrag einverstanden, möchte ihn jedoch modifizieren.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte den Kommissionsantrag ergänzen. Diese möchte, dass der Budgetkredit Ende Jahr verfällt, ausgenommen Globalbudgets. Das zielt Richtung Pragma und heute ist es so, dass wir bei unseren Pragma-Leistungsaufträgen die einjährige Periode haben. Da könnte man sehr wohl eine mehrjährige Periode vorsehen – zwei, drei oder vier Jahre. Da gibt es in der Schweiz verschiedene Varianten. Bei uns wollen wir explizit ein Jahr. Wenn man aber dies einmal ändern würde, was nicht auszuschliessen ist, braucht es hier eine Präzisierung, dass dann bei mehrjährigen Leistungsaufträgen diese Globalbudgets, die ja eigentlich nur ein Jahr gelten, wenn sie nicht aufgebraucht sind, auf das folgende Jahr übertragen werden, bis der Globalkredit, der ja hinter dem Leistungsauftrag steht, erfüllt ist. Man kann dann nicht aufgebrauchtes Geld auf das folgende Jahr übertragen. Deshalb folgender Antrag: *«Der Budgetkredit verfällt grundsätzlich am Ende des Rechnungsjahres; ausgenommen ist das Globalbudget bei mehrjährigen Leistungsaufträgen.»*

Die **Vorsitzende** stellt fest, dass Kommission und Stawiko mit dieser Ergänzung einverstanden sind.

➔ Einigung

§ 35 Abs. 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich hier Stawiko und Regierung dem Kommissionsantrag anschliessen.

➔ Einigung

§ 35 Abs. 2 Bst. b

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich hier die Stawiko dem Kommissionsantrag anschliesst. Die Regierung hält an ihrem Antrag fest.

Stephan **Schleiss** erinnert daran, dass Stefan Gisler bei der Eintretensdebatte schon erwähnt hat, was eigentlich der Anlass war für diese Bestimmung. Normalerweise konzentriert sich nämlich das Parlament bei der Kontrolle von finanziellen Geschäften darauf, dass etwas nicht zuviel kostet. Die Kommission möchte aber, dass die Legislative nicht ausschliesslich die Aufwand- sondern auch die Ertragsseite mit beeinflussen kann. Schliesslich kann dem Staat auch Geld verloren gehen, wenn er Grundstücke unter dem Wert verkauft. Lediglich eine Anhörung durch die Stawiko bei Grundstückverkäufen aus dem Finanzvermögen geht der Kommission entschieden zu wenig weit. Bei der der regierungsrätlichen Formulierung hat die Stawiko keine Entscheidungsbefugnis, sie wird nur angehört. Die Kommission empfiehlt dem Rat deutlich mit 10 : 2 Stimmen, hier die Kompetenzen der Legislative zu Lasten der Exekutive auszubauen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** meint, man müsse hier zuerst betrachten, um was es geht. Es sind ja Grundstücke des Finanzvermögens. Und daneben gibt es die Grundstücke des Verwaltungsvermögens. Diese werden unmittelbar für die öffentliche Aufgabenerfüllung gebraucht und können deshalb auch nicht veräussert werden. Hingegen können Grundstücke des Finanzvermögens veräussert werden, ohne die öffentliche Aufgabenerfüllung zu beeinträchtigen. Anders gesagt geht es hier nur um einen Aktiventausch. Statt dass wir Geld haben, haben wir ein Grundstück im Finanzvermögen. Und wenn das Grundstück verkauft wird, haben wir in dieser Position Geld. Die gleiche Frage könnte man sich ja auch bei den flüssigen Mitteln stellen. Wenn wir beim Finanzvermögen 200 Millionen haben und dort Festgelder platzieren, ist das auch ein Aktiventausch. Dieser ist auch keine Ausgabe im Sinne, dass die Regierung die Autorisation hätte, eine Ausgabe zu tätigen, sondern ist effektiv der Tausch von Aktiven. Der Kommissionspräsident hat es gesagt: Es geht um einen Kompetenztausch, und die Regierung macht Ihnen beliebt, dass diese Kompetenz weiterhin beim Regierungsrat bleiben sollte.

Stephan **Schleiss** weist darauf hin, dass der Regierungsrat mit dem Aktiventausch argumentiert. Diese Sicht ist natürlich ein wenig verkürzt. Ein Grundstück hat ja nicht nur eine finanzielle Bedeutung mit einem objektiv feststellbaren finanziellen Wert. Sondern es sind auch strategische oder politische Interessen damit verbunden. Es ist schon ein Unterschied, ob man ein Aktivum Grundstück eintauscht gegen Geld,

wenn es 20 Mio. plus ein Projekt A mit dieser Ausrichtung oder 25 Mio. mit einem Projekt B in der anderen Ausrichtung ist. Hier findet mehr statt als nur ein Tausch und diese Differenz würde der Kantonsrat gerne mit beeinflussen. Wenn es wirklich nur ein Aktiventausch wäre, könnte man das getrost der Regierung überlassen.

➔ Der Rat schliesst sich einstimmig dem Antrag von Kommission und Stawiko an.

§ 37 Bst. d

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Kommissionsantrag von Stawiko und Regierung unterstützt wird.

➔ Einigung

§ 40 Abs. 1

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass hier ein Präzisierungsvorschlag der Kommission vorliegt. Er beantragt, folgenden zweiten Satz zu streichen: *«Die Direktionsvorsteherinnen und -vorsteher sind einzeln zeichnungsberechtigt.»* Im ganzen Geschäftsleben hat sich die Kollektivunterschrift zu zweien durchgesetzt. Sie ist üblich und Standard. Es ist nicht einzusehen, wieso ausdrücklich beim Einzelregierungsrat diese Kollektivunterschrift zu zweien nicht ebenfalls zum Tragen kommen soll. Bitte missverstehen Sie den Votanten nicht! Es geht hier nicht um ein Misstrauensvotum gegen die einzelnen Regierungsräte, sondern umgekehrt darum, dass die Regierungsräte nicht nur als Einzelpersonen in der Pflicht sind, sondern die zuständigen Chefbeamtinnen und -beamten, welche ihnen diese Geschäfte ja in der Regel unterbreiten, mit in die Pflicht genommen werden und solche Erlasse mit unterzeichnen müssen. Sie werden sich vielleicht fragen, ob dies machbar sei. Selbstverständlich! Sie können bei den Gemeinden nachschauen. Diese haben das auf dieser Ebene schon lange mit Kollektivunterschrift geregelt. Das ist faktisch kein Problem.

Stephan **Schleiss** hält fest, dass das Thema der Kollektivunterschrift in der Kommission unter dem Eindruck des Streits um die Bestellvorgänge bei der Strafanstalt aufgegriffen wurde. Der Regierungsrat erklärte uns, wie das im Moment bestellt ist. Es ist so, dass das Vieraugen-Prinzip nicht generell vorgeschrieben ist in der kantonalen Verwaltung. Da ist die Kommission der Meinung, dass sich das ändern sollte. Ein wenig kniffliger war die Frage, wo das festgeschrieben werden sollte. Der Kommissionspräsident gibt zu, dass die Formulierung nicht knapp und elegant ist. Aber trotzdem kann er versichern, dass das FHG der richtige Ort ist, um dieses Vieraugen-Prinzip zu verankern. Es ist nämlich so, dass der Regierungsrat gemäss Organisationsgesetz mittels Verfügungen bestimmt, wer tatsächlich allein oder kollektiv zeichnen kann. Und das Organisationsgesetz nimmt in § 5 Bezug auf das FHG, wobei die Bestimmungen des FHG ausdrücklich vorbehalten sind. Im Moment gibt es keine, also wird in der kantonalen Verwaltung an gewissen Orten einzeln gezeichnet. Wenn dann im FHG das Vieraugen-Prinzip festgeschrieben wird, muss sich auch die Regierung daran halten und ihre Verfügungen anpassen. Es ist also der richtige Ort.

Wenn Sie das Vieraugen-Prinzip wollen, führen Sie es im FHG ein. Und es wird dann nach unten so delegiert. Stephan Schleiss möchte am originalen Wortlaut festhalten und nicht auf die Linie von Eusebius Spescha umschwenken.

Eusebius **Spescha** versteht dieses Votum wirklich nicht. Er ist ja für ein durchgängiges Vieraugenprinzip. Und das für alle, auch für die einzelnen Regierungsräte. Deshalb die Streichung des zweiten Satzes. Weil er es richtig findet, dass durchgängig überall, wo über Ausgaben oder wichtige Verträge entschieden wird, zwei Personen unterzeichnen.

Leo **Granziol** meint, es töne im ersten Moment einleuchtend, was Eusebius Spescha sagt. Aber wenn Sie sich das praktisch vorstellen, dass Regierungsrat Hegglin oder Eder etwas unterschreiben will und er zuerst die Unterschrift seines Sekretärs einholen muss und dieser dann sagt: «Das passt mir nicht, ich unterschreibe nicht!» Diese Situation ist eigentlich nicht denkbar. Wenn Regierungsrat Hegglin etwas will, soll er auch selbst die Verantwortung dafür tragen und selber unterschreiben. Und dann soll man nicht später sagen: Der untergeordnete Beamte hat das ja auch noch unterschrieben und ist deshalb mit verantwortlich. Eine andere Sache ist es, wenn das auf einer unteren Stufe passiert, z.B. unter Projektleitern im Bauamt. Da kann man sagen: Die müssen zu zweien unterschreiben. Aber es ist auch im Geschäftsleben so: Einem CEO wird nie die Unterschrift von einem Untergeordneten verweigert, sonst ist dieser im nächsten Moment auf der Strasse.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass ihm Leo Granziol aus der Seele gesprochen hat. Es ist doch so, dass wir als Behördenvertreter, wenn irgendwo etwas schief gelaufen ist, dafür Verantwortung zu tragen haben. Da würde er dafür hinstehen. Und es passt doch überhaupt nicht, dann zu sagen: Mein Direktionssekretär hat das auch noch unterschrieben. Diese Bestimmung kann wirklich fallen gelassen werden. Überhaupt erachten wir es als unnötig, diese Doppelunterschrift gemäss Abs. 1 bei allen Verpflichtungen und Verfügungen einzuführen. Denn der Abs. 2 ist eine klare Formulierung, wie der Ablauf heute schon ist. Das läuft heute schon so. Es gibt keine Zahlung, welche nicht mit Doppelunterschrift visiert ist. Wir wehren uns gegen diesen Antrag, weil wir ihn als unnötig erachten. Es gibt vermehrten administrativen Aufwand. Und man muss ja wissen: Es dürfen eigentlich keine Verpflichtungen eingegangen werden, wenn nicht die Kredite vorliegen. Es müssen für alles Kredite vorliegen. Sonst ist jede Verpflichtung nicht konform. Und wenn man immer wieder das Beispiel Strafanstalt zitiert: Wenn es dort zu Kreditüberschreitungen kommt oder gekommen wäre, ist es falsch gelaufen. In diesem Sinn beantragt der Finanzdirektor, nur Abs. 2 gemäss Antrag der Kommission zuzustimmen.
Gesundheitsdirektor Joachim Eder hat eben noch darauf hingewiesen, dass 32'000 Verfügungen erlassen werden bei der Prämienverbilligung Krankenkasse. Da müssten alle doppelt unterzeichnet sein. Diese Leute haben noch anderes zu tun, als nur noch solche Verfügungen zu unterschreiben.

Leo **Granziol** ist komplett anderer Ansicht. Wenn es um Verträge geht auf unterer Stufe und um Verpflichtungen, braucht es von uns aus gesehen zwei Unterschriften. Das Verhalten der Regierung ist widersprüchlich. Genau beim Fall Strafanstalt, wo

es teilweise nur die Unterschrift eines Projektleiters hat, kommen sie dann und sagen, das sei nicht gültig. Nach aussen muss sich der Vertragspartner nicht darum kümmern, was intern in Ordnung ist oder nicht, ob ein Kredit dahinter steht oder nicht. Wenn der andere nach Handelsregister bevollmächtigt ist, zu unterzeichnen – und hier würde es ja sogar im Gesetz stehen, er könne alleine Verträge unterzeichnen – dann ist es für den genügend. Aber das wollen wir eben nicht. Wir wollen für Verpflichtungen klar zwei Unterschriften haben. Und deshalb sind hier auch zusätzliche Begriffe aufgenommen worden; für Verfügungen und Verträge, also nicht nur für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, ist eben die Kollektivunterschrift zu zweien notwendig.

Andrea **Hodel** hält fest, dass das in der FDP-Fraktion auch diskutiert wurde. Wir sehen die Problematik, dass das Massengeschäft nicht behindert werden soll. Aber gibt es denn hier keine vermittelnde Lösung, dass ganz klar Verträge kollektiv zu zweien zu unterzeichnen sind und solche Verfügungen wie eine Steuerverfügung, die als Massengeschäft rausgehen, nur eine Einzelunterschrift brauchen? Könnte die Regierung auf die 2. Lesung nicht einen Vorschlag aufnehmen? Es ist im Rat ja nicht die Meinung, das Massengeschäft zu behindern. Sondern dass solche Einzelaktionen, die zu solchen Scherbenhaufen führten, wie wir sie jetzt beim Gefängnis haben, vermieden werden können durch das Vieraugen-Prinzip. Darum geht es uns.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** kann das als Auftrag entgegen nehmen. Es ist zwar unüblich, aber gemäss Geschäftsordnung wäre es möglich, auf die 2. Lesung hin mit einem schriftlichen Antrag eine Präzisierung zu machen, diese Vorschläge aufzunehmen. – Aber nochmals: Auf Regierungsstufe ist die Kompetenz 500'000 Franken und auf Amtsleiterstufe ist sie 50'000 Franken für verbindliche Unterschriften. Und dann ist es abgestuft nach Sachbearbeiter bis zu 20' oder 5'000 Franken – aber nicht in jeder Direktion gleich. Es gibt also diese Kompetenzregelung innerhalb der Verwaltung schon. Sie ist einfach nicht explizit im Gesetz festgeschrieben. Aber wir machen Ihnen einen Vorschlag auf die 2. Lesung.

Die **Vorsitzende** stellt in der folgenden Abstimmung zuerst den Antrag von Eusebius Spescha jenem der Kommission gegenüber, anschliessend wird der obsiegende Antrag jenem der Regierung gegenübergestellt.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von Eusebius Spescha mit 57 : 7 Stimmen ab.

➔ Der Rat stellt sich mit 61 : 7 Stimmen hinter den Kommissionsantrag und lehnt jenen der Regierung ab. – Die Regierung wird auf die 2. Lesung hin die Formulierung des Absatzes noch präzisieren.

§ 40 Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich hier dem Kommissionsantrag sowohl Stawiko wie Regierung anschliessen.

➔ Einigung

§ 45 Abs. 1 Bst e

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein redaktioneller Antrag der Stawiko vorliegt. Die Regierung ist damit einverstanden.

➔ Einigung

§ 54 Ziff. 5 (§ 18 Abs. 1 Ziff. 5 GO Kantonsrat)

Peter **Dür** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, § 18 Abs. 1 Ziff. 5 der GO des Kantonsrats so abzuändern, dass der Stawiko auch Geschäfte vorzulegen sind, welche entweder die Ausgaben oder neu auch die Einnahmen beeinflussen. Dies begrüssen wir sehr. Die Limiten sind aber aus unserer Sicht mit 500'000 Franken für einmalige Ausgaben oder Einnahmen (bisher waren es 100'00) und 50'000 für wiederkehrende Ausgaben oder Einnahmen (bisher waren es 20'000) zu hoch angesetzt. Sie würden damit neu im Bereich der referendumspflichtigen Beträge liegen. Es geht hier um eine sehr wichtige Frage, nämlich darum, welche Funktion Sie der Stawiko in Zukunft geben möchten. Es geht hier nicht um eine Machtfrage, dass die Stawiko alle diese Geschäfte beeinflussen will. Sondern vielmehr um eine gewisse Knochenarbeit, die wir hier leisten zu Gunsten des Parlaments und des Kantons. In der Vergangenheit hat sich die Zusammenarbeit zwischen vorberatender Kommission und Stawiko bewährt. Die vorberatende Kommission hat sich schwergewichtig auf die qualitativen Aspekte einer Vorlage konzentriert, während die Stawiko sich schwergewichtig auf die quantitativen (d.h. finanziellen) Aspekte konzentriert hat. In der Vergangenheit haben wir nicht nur grosse, sondern auch kleinere Vorlagen im Detail auf ihre finanziellen Auswirkungen überprüft. Nicht selten mussten zusätzliche Fragen gestellt und/oder weitergehende Abklärungen getätigt werden. Von dieser Arbeit konnte auch der Rat profitieren. Wir beantragen deshalb, die bisherigen Limiten zu belassen und damit am bewährten Ablauf festzuhalten. Unterstützen Sie deshalb den Antrag der Stawiko.

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass der Baudirektor letzthin gesagt hat: «Gott bewahre den Kanton vor 80 Regierungsräten!» Und irgendwie kommt dieser Antrag dem Votanten so vor. Der Regierungsrat regiert und braucht dazu Handlungsspielraum. Wichtig ist natürlich, dass der Kantonsrat und speziell die Stawiko dieses Handeln überprüfen. So im Rahmen der Budget- und Rechnungsprüfungen oder eben über Berichte der Stawiko bei Anträgen oder Gesetzesvorschlägen. Die Alternativen sind aber überzeugt, dass die Limiten, ab wann die Stawiko einen Bericht vorlegt, so gut sind, wie es Regierung und Kommission vorschlagen. Die Limite ist dann bei wiederkehrenden Ausgaben bei 50'000 und bei einmaligen Ausgaben bei 500'000 Franken angesetzt. Darum sagt die AF nein zum Vorschlag der Stawiko, sich selbst mehr Kompetenzen auch bei Geschäften von geringen finanziellen Auswirkungen einzuräumen. Es macht keinen Sinn, dass die Stawiko künftig jeden Kieselstein umdreht und gleichzeitig dem Berg nebenan kaum Aufmerksamkeit widmet. Wichtiger als mehr Kompetenzen im Kleinen ist, dass die Stawiko künftig Monsterprojekte über 230 Millionen – der Votant spricht hier von der Umfahrung Cham-Hünenberg, ein Projekt mit 50 Millionen Unsicherheitsfaktor – nicht mehr einfach durchwinkt. Da gibt es dann echtes und grosses Sparpotenzial.

Peter **Dür** meint, das sei nun wieder einmal ein schöner Rundumschlag gewesen. Es geht ja hier nicht um *mehr* Kompetenzen für die Stawiko, sondern um die gleichen Kompetenzen, die wir bisher gehabt haben. Wir haben in der Stawiko auch diskutiert, ob man das allenfalls teuerungsbereinigen sollte. Es ginge um eine fünfzigprozentige Erhöhung. Anderseits wurde dann klar auch gesagt, dass das Ganze ein austariertes System ist zwischen den Limiten, welche die Stawiko bekommen hat, und den Limiten, die referendumsfähig sind. Es ging bei dieser Vorlage klar darum, dass die Stawiko nur noch wenige Geschäfte beurteilen könnte und sollte. – Im Übrigen versteht der Stawiko-Präsident natürlich auch die Frustration der AF, dass sie nicht in der Stawiko Einsitz hat. Da sollte man aber jetzt objektiv bleiben und nicht irgendwie die Stawiko in ihrer Arbeit behindern, nur weil man jetzt in diesem Gremium nicht Einsitz hat. Das ist eine Folge unserer GO und wir können das im Moment nicht ändern.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AF durchaus nicht frustriert ist, dass sie nicht in der Stawiko ist. Aber wenn wir es wären, möchten wir relevante Geschäfte beraten.

Gregor **Kupper** möchte noch etwas zur Aussage von Stefan Gisler sagen, wonach die Regierung regiert und dazu die Kompetenzen haben soll. Es geht ja hier um Anträge, welche die Regierung dem Kantonsrat zur Genehmigung unterbreiten muss. Für den Votanten handelt es sich hier um Bagatell-Grenzen und man kann durchaus diskutieren, wo diese sein sollen. Aber wenn der Kantonsrat schon ein Geschäft genehmigen muss und dann praktisch die Hände vor die Augen hält und sagt: Die Stawiko soll das ja nicht prüfen. Wir genehmigen das, aber es könnte ja noch etwas zum Vorschein kommen, wenn die Stawiko das prüft, so kann es das ja auch nicht sein. Wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass die Stawiko auch die kleinen Geschäfte sorgfältig geprüft hat und dass es sinnvoll war, dass die Stawiko das macht. Dabei sollten wir bleiben.

➔ Der Rat schliesst sich mit 51 : 19 Stimmen dem Antrag der Stawiko an.

§ 54 Ziff. 6 (§2 Abs. 1 und 3 KRB Rahmenkredit Hochbauten)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier Kommissionsanträge vorliegen, denen sich Stawiko und Regierung anschliessen.

➔ Einigung

§ 54 Ziff. 6 (§ 4 neu KRB Rahmenkredit Hochbauten)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier ein Kommissionsantrag vorliegt, dem sich die Stawiko anschliesst, den die Regierung jedoch ablehnt.

Stephan **Schleiss** bezieht sich in den folgenden Ausführungen gleich auf alle drei Absätze von Ziff. 6. – Baukredite gehören zu den grössten Positionen in unserer par-

lamentarischen Arbeit. Deshalb ist die Kommission zur Auffassung gelangt, dass für solche Grosskredite auch spezielle Regelungen getroffen werden sollten, die eine verstärkte Mitsprache erlauben. Für den Kanton lohnt es sich nicht, eine eigene Wettbewerbsordnung zu erlassen. Jedoch können bei Ausschreibungen für ein Projekt verschiedene Vorbehalte gegenüber den geläufigen SIA-Normen angemerkt werden. Bei der umstrittenen Regelung in § 4 geht es nicht darum, dass eine 80-köpfige Jury institutionalisiert wird, sondern dass der Kantonsrat ein seinen Präferenzen krass zuwiderlaufendes Projekt – wo z.B. ästhetische Aspekte vor funktionale oder finanzielle gestellt wurden – auch stoppen kann. Genau die gleiche Urteilskraft ist ja auch bei Volksentscheiden zu bestimmten Projekten gegeben. Die Kommission empfiehlt dem Rat alle drei Anträge, die in enger Absprache mit der Baudirektion ausgearbeitet wurden, mit 12 : 1 Stimmen zur Annahme.

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass wir das Finanzhaushaltsgesetz beraten. Und es kommt ihm vor, als versuche man bei den Übergangsbestimmungen noch Revisionen von anderen Gesetzen durchzuführen wolle, die irgendwie mit dem FHG zusammenhängen. Fast alles hat ja eigentlich mit Finanzen zu tun. So hat man nun die Gelegenheit erfasst, diesen Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten auch noch abzuändern. Wenn der Votant sich diese Änderungsvorschläge anschaut, so muss er einfach sagen: Das kann man machen, aber es ist ein Einrennen von offenen Türen. Was hier gefordert wird, ist gängige Praxis und es ist nicht so, dass bei Architekturwettbewerben die Wirtschaftlichkeit nicht geprüft würde. Das ist auch in allen SIA-Reglementen so drin, dass alle Aspekte eines geplanten Objekts berücksichtigt sein müssen. Natürlich ist Wirtschaftlichkeit zu beurteilen und sind die Kosten/Nutzen abzuwägen. Und es kann natürlich schon sein, dass man sich für irgendein Projekt wegen seinen architektonischen Qualitäten entscheidet, obwohl es ein wenig teurer ist. Was wir hier ändern, ändert in der Sache nichts. Darauf können wir verzichten.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass § 2 bereits durchberaten ist. Es geht jetzt nur mehr um § 4.

Karl **Rust** möchte sich wie der Kommissionspräsident zu allen drei Abschnitten äussern, obwohl die ersten beiden bereits durchberaten sind. Bei § 4, der noch zur Diskussion steht, ist es nicht so einfach, wie es SIA-Mitglied Jean-Pierre Prodolliet darstellt. Es bleibt eben doch nicht alles beim Alten. Warum? Bis jetzt hat der SIA seine grosse Machtstellung in der Schweiz faktisch so ausgeübt, dass jeder SIA-Wettbewerb für die die öffentliche Hand in der Regel sieben Mitglieder hat. Und darin steht ganz klar: Die Mehrheit bestimmt. Von sieben Mitgliedern sind vier von der SIA und dann kommen noch Vertreter der Kommunen oder der Behörden dazu. Zwei Beispiele. Stadt Zug, Friedhofgebäude. Vier SIA-Mitglieder in der Jury und drei Hampelmänner, die überstimmt werden, ob das nun ein Stadtrat ist oder irgend jemand. Weil sie der Mehrheit des SIA ausgeliefert sind, bleiben sie Hampelmänner. Bei der Regierung ist es dasselbe. Nehmen wir das Beispiel Strafanstalt. Dort haben wir sieben Mitglieder in der Jury gehabt. Vier werden vom SIA gestellt. Was bleibt den anderen drei übrig? Sie haben eine Hampelmänner-Funktion und können ihre Machtstellung als Bauherren gar nicht richtig einbringen. Schauen Sie das Resultat der Strafanstalt an! Schauen Sie diese Betonkiste an, welche die Mehrheit von vier SIA-Mitgliedern

den anderen drei aufdrängte. Und dafür haben wir so viel Geld ausgegeben. Darum nehmen Sie bitte diesen Punkt auf und stimmen Sie der vorberatenden Kommission zu!

Leo **Granziol**: Nachdem sich die Stawiko negativ zu § 4 geäussert hat, ist der Votant der Auffassung, dass er trotz der humoristischen Einlage seines Vorredners noch nicht durch ist. Er möchte den Rat doch nochmals auf den Ernst der Sache aufmerksam machen. Das ist nun wirklich ein Stosszahn der Vorlage. Wenn Sie in Ihrem privaten Leben eine Wohnung kaufen oder ein Auto, können sie auch sagen, dass Sie den Entscheid einem Fachgremium überlassen, das auswählen soll. Aber Sie würden doch auf keinen Fall den Entscheid, was Sie dann kaufen, diesem Fachgremium überlassen. Denn dieses Fachgremium kann ja etwas auswählen, das Ihre finanziellen Möglichkeiten überschreitet. Oder bei uns beim Kanton unsere Vorstellungen über die Kosten überschreitet. So war es doch beim Kantonsspital oder ist es beim Gefängnis. Und es geht ja nur darum, diesen Entscheid vorzuziehen. Sie haben diesen Entscheid beim zweistufigen Verfahren, wenn die Baukreditvorlage kommt. Dann wird aber das Vorprojekt schon ausgearbeitet, d.h. der Wettbewerb ist durchgeführt. Es gibt X Aufwand, bis das Vorprojekt und der Kostenvoranschlag mit einer plus/minus zehnprozentigen Genauigkeit erstellt sind. Das kostet sehr viel Geld. Vor allem bei Bauvorhaben in der Grössenordnung von 100 Millionen und mehr. Das könnten wir uns eigentlich sparen, wenn wir früher einschreiten. Weil Sie wissen: Der Wettbewerb endet ja auch mit einem Kostenbudget. Es wird im Wettbewerb gesagt, was das ungefähr kosten wird. Und dort könnten Sie einschreiten. Sie hätten z.B. einschreiten können bei der kaufmännischen Berufsschule, wo Sie sehen, dass das halbe Gebäude nicht für Schulzwecke gebraucht werden kann. Nur die Hälfte ist nutzbar für Schulräume, der Rest ist Aussichtsplattform. Das konnten wir uns leisten. Aber wir bauen ja hier ein Gesetz für die Zukunft. Und deshalb müssen Sie im Prinzip hier eine Sicherung haben. Und die Kommission wollte Ihnen hier eben ein wirksames Mittel in die Hand geben, die Notbremse zu ziehen. Sie müssen das nicht unbedingt wahrnehmen, aber Sie können in diesem Moment sagen: Bei diesem Projekt haben die Architekten wieder überbordet. Sie haben selbst mit den Voraussetzungen für den SIA-Wettbewerb nicht die Sicherheit, dass der Kantonsarchitekt nicht trotzdem SIA-Bestimmungen anwendet. Und eine Jury aussucht, die einfach von einer Mehrheit von Ästheten bestimmt ist. Und diese haben noch nie aufs Geld geschaut. Deshalb müssen Sie die Sicherung haben, dass Sie dann sagen können: Der Kantonsrat will dieses Projekt nicht, es kommt zu teuer. Nehmen sie doch dieses Sicherungsinstrument wahr! Es ist ja im Prinzip zu unseren Gunsten. Und wenn die Stawiko hingeht und schon sagt: Wir wollen dann schon bei 100'000 Franken Mehrkosten mitreden, müsste sie hier eigentlich erst recht ja sagen. Weil die Spanne zwischen Wettbewerbsergebnis und Vorprojekt nicht 100'000 Franken kostet, sondern in die Millionen geht. Diese Vorbereitungskosten, bis das Bauprojekt mit einer Genauigkeit von 10 bis 15 Prozente steht, haben beim Kantonsspital mehrere Millionen gekostet.

Eusebius **Spescha** outet sich hier als einer dieser Hampelmänner, die in der Jury zum Friedhofsgebäude mit dabei waren. Er muss dabei allerdings das Bild von Karl Rust erheblich korrigieren. In dieser Jury haben wir hervorragend zusammen gearbeitet. Es war ein einstimmiger Entscheid der Jury. Da wurden die politischen Vertreter nicht überstimmt, weil wir der Überzeugung waren, dass es sich um ein hervorra-

gendes Gebäude handelt. Und wenn Sie das heute anschauen, werden Sie auch feststellen können, dass es eine architektonische Trouvaille ist, welche eine Bereicherung für die Stadt Zug darstellt. Aber natürlich hat es bei diesem Friedhofgebäude ein finanzielles Problem gegeben, das möchte der Votant gar nicht wegdiskutieren. Aber diese Jury hat entschieden auf Grund der Kostenschätzungen und Validierungen eines externen Bauökonomen. Der hat alle Projekte auf vergleichbarer Basis geschätzt. Und es hat sich dann eben viel später, nämlich als man dann tatsächlich an der Detailprojektierung war, herausgestellt, dass diese Kostenschätzungen nicht zutrafen. Das hätte sich aber auf alle Projekte bezogen, egal welches wir ausgewählt hätten. Diese ein oder zwei Millionen waren in allen Projekten falsch eingesetzt. Die Meinung, wonach die Bauökonomen es in der Jury richten, ist leider falsch. Eusebius Spescha hat einige Jurys miterlebt. Das liegt in der Natur der Sache. Diese Bauökonomen müssen auf einem sehr rudimentären Planinforationsstand Schätzungen abgeben. Es hat einige Projekte gegeben, wo diese Schätzungen sehr gut waren, bei anderen haben sie daneben gelegen. Aber diese Fehleinschätzungen haben jeweils für alle Projekte die gleichen Auswirkungen gehabt. Der Votant ist aber klar der Meinung, dass der Kantonsrat auf jeden Fall zu einem Vorprojekt Stellung nehmen können muss. Das konnte er auch immer und wird es auch in Zukunft können, egal ob diese Zusatzformulierung nun aufgenommen wird oder nicht. Selbstverständlich ist der Entscheid über Projektierungs- und Baukredit ein Legislativentscheid und er wird das immer so bleiben, ausser wir würden die Finanzkompetenzen erheblich verändern. Was die Kommission hier vorschlägt, ist zwar nett gemeint, aber faktisch spielt das so oder so keine Rolle. Sie können das rein schreiben oder nicht.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion ganz klar beantragt, diesen Paragraphen nicht aufzunehmen. Sie schliesst sich der Stawiko an. Wir haben eben diese Debatte gehört. Der eine spricht beim Gefängnis von Betonkiste, der andere beim Friedhofgebäude von Bereicherung der Stadt. Genau diese Debatte, ob ein Dach jetzt schön oder hässlich, ein Fenster zu hell, zu gross oder zu klein ist, wollen wir in diesem Rat vermeiden. Und deshalb wollen wir keine Genehmigung der Wettbewerbsprojekte. Mit § 2, den wir ja bereits beraten haben, haben wir die nötigen Instrumente gegeben.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diesen § 4 ebenfalls ablehnt. Es handelt sich nicht um eine sinnvolle gesetzliche Regelung. Das Ganze ist ja zu einem gewissen Grad ein Nachgang zur Zentralspitaldebatte. Und der Votant konnte als leitender Arzt des Zuger Kantonsspitals diesem Wettbewerbsverfahren beiwohnen. Es war ein Expertengremium von 35 bis 40 Experten, Architekten, Ingenieure, Sanitär- und Heizungsplaner, Elektroplaner, Bauökonomen usw. Dann waren die politischen Vertreter drin von Baar und vom Kanton, drei Regierungsräte, und es waren auch die Benutzer involviert. Ein grosses Gremium, das dieses Projekt in einem mehrstufigen Verfahren ausgewählt hat. Jetzt müssen Sie sich vorstellen: Da müsste also der Kantonsrat, beziehungsweise die Kommission, die das beurteilt, auch auf dieses Spezialistenniveau kommen. Und das ist schlussendlich einfach nicht möglich. Überlassen Sie solche Entscheide wirklich den Spezialisten! Wir können es nicht besser. Das gibt unsinnige Debatten. Beispiel Zentralspital. Vielleicht denkt Leo Granziol immer noch an diese Glasfassade, die ihn stört, weil sie wahrscheinlich wirklich schön aussieht. Aber es geht ja nicht nur um diese Glasfassade, sondern um ein ganzes Heizsystem, um ein ganzes Konzept mit Primär-, Sekundär- und Tertiärstruktur. Das zu beurteilen

ist aus Sicht der Stawiko nicht unsere Sache. Aber es ist nachher Sache von uns, den Projekt- und Baukredit zu sprechen. Und im Rahmen dieser Debatte dann auch das Projekt abschliessend zu beurteilen.

Felix **Häcki** meint, es gehe hier nicht darum, ob wir einen Kredit sprechen oder nicht. Natürlich können wir das auch heute. Es geht um die Entschädigungsfrage an den Wettbewerbsgewinner. Wenn wir die Formulierung nicht haben, werden wir entschädigungspflichtig, wenn wir das Projekt nicht machen. Und wenn wir die Formulierung drin haben, haben wir einen Vorbehalt, dass wenn wir nein sagen, nicht entschädigungspflichtig werden. Unterstützen Sie deshalb die vorberatende Kommission.

Leo **Granziol** möchte nochmals etwas zu seinen Vorrednern sagen. Sie haben gesagt, es komme eigentlich auf das Gleiche heraus, ob wir das drin haben oder nicht. Aber klar ist doch, dass wenn wir das Wettbewerbsergebnis genehmigen, das zu einem viel früheren Zeitpunkt geschehen wird, als wenn erst das Vorprojekt auf dem Tisch ist. Und auch klar ist, dass die Differenz bei mindestens 5 Millionen lag. Die Ausarbeitung des Projekts, bis es hier auf dem Tisch war nach dem Wettbewerb, hat nochmals 5 Millionen gekostet. Und dann gibt es eben kein Zurück mehr. Das sehen Sie bei allen Projekten. Der Votant kann sich nicht erinnern, dass wir ein Vorprojekt wirklich in dieser Grössenordnung zurückgewiesen haben. Weil so viele Kosten draussen sind und es so lange gedauert hat, dass man keinen Rückweg hat. Wenn man die Sicherung aber einbaut beim Wettbewerbsergebnis, haben wir diese Regelung. Was Felix Häcki sagt, ist auch ein Problem. Das hängt aber damit zusammen, dass der Kanton hoffentlich in Zukunft nicht einfach blind die SIA-Bedingungen weiter verwendet. Es ist in der Tat so, die Stadt Zug hat das erleben müssen, dass man ein Projekt nach SIA-Bedingungen, das ausgeschrieben ist und bestimmt, nicht mehr anders vergeben oder ein anderes Projekt machen kann. Die Stadt Zug ist verwaltungsgerichtlich verpflichtet worden. Wollte man auch sagen: Wir nehmen dieses teure Projekt nicht mehr an, jetzt wollen wir etwas anderes – das geht nicht. Aber das kann schon über Abs. 3 gelöst werden.

Karl **Rust** meint, Andrea Hodel habe schon Recht. Das wollen wir nicht. Es bleibt ja nur vorbehalten. Es geht um den Vorbehalt. – Herr Stawiko-Präsident: Das Beispiel vom Kantonsspital trifft nicht zu. Das war ein Architekturwettbewerb gekoppelt mit einem TU-Wettbewerb mit Kosten von über 100 Millionen. Das kann man nicht vergleichen. Das hinkt. Aber die zwei Beispiele des Votanten stehen immer noch. Das Friedhofgebäude und die Strafanstalt. Bei dieser haben wir das Beispiel, dass es ein Ästhetik-Wettbewerb war und später gab es einen GU-Wettbewerb. Es sind also zwei Paar verschiedene Schuhe, Sie können dem ohne weiteres zustimmen. Wir bekommen es nur auf den Tisch, wenn wir es vorbehalten haben.

Eusebius **Spescha** möchte den Rat darauf hinweisen, dass wenn er ein Wettbewerbsprojekt hier auf den Tisch erhält, man die gleichen Entscheidungsgrundlagen hat wie die Jury. Und wenn diese Entscheidungsgrundlagen richtig sind, werden Sie den richtigen Entscheid treffen, wenn sie falsch sind, werden Sie einen falschen Entscheid treffen. Aber Sie haben die ganz genau gleiche Grundlage wie die Wettbewerbsjury und Sie glauben doch nicht im Ernst, dass dieser Kantonsrat besser in der

Lage wäre, diese Entscheidungsgrundlagen zu durchblicken. Diese Illusion sollten wir nicht haben.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass es der vorberatenden Kommission ein Anliegen war, möglichst oft in einer Realisierungsphase eines Projekts dazu Stellung nehmen zu können. Und diese Regelung kennen wir heute schon. Wir haben einen KR-Beschluss betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten aus dem Jahr 1992. Damals haben Sie dafür 12 Millionen Rahmenkredit gesprochen. Von diesem Kredit ist eine grössere Summe noch nicht verbraucht. Dort drin sind diese verschiedenen Schritte definiert. Und der Finanzdirektor war bei der Kommission schon etwas erstaunt. Im Grundsätzlichen will der Kantonsrat möglichst oft zu einem Projekt etwas sagen. Wenn es dann aber um ein spezielles Projekt geht, ist man sehr schnell auch bereit, es durchzuwinken. Peter Hegglin erinnert den Rat an den Beschluss zur Umfahrung Cham-Hünenberg. Zur Kammer A und D haben Sie dort ja gesagt, ohne dass Sie genauere Grundlagen haben. Solche Projekte gab es auch im Hochbaubereich. – Der Regierungsrat schliesst sich der Argumentation der Stawiko an. Wir können uns den Abschnitten eins und drei anschliessen. Wir erachten es auch als wichtig, dass die Wettbewerbsfähigkeit mehr gewichtet wird. Wir betrachten es aber als falsch, dass man den generellen Vorbehalt durch den Kantonsrat im Gesetz festschreibt. Der jetzt gültige KRB sagt unter § 4, dass der Kantonsrat sich in *besonderen Fällen* diesen Vorbehalt des Vorprojekts herausnehmen kann. Dieser Vorbehalt genügt und wenn Sie dann entsprechend grosse Projekte haben, können Sie das dann ja mit den Beschlüssen so verbinden. In diesem Sinne bittet der Votant den Rat um die Unterstützung des Stawiko-Antrags.

➔ Der Rat schliesst sich mit 37 : 31 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1367.6 – 12103 enthalten.

915 GESETZ ÜBER DIE ZUGER PENSIONSKASSE

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1346.1/.2 – 11755/56), der Kommission (Nrn. 1346.3/.4 – 11979/80) und der Staatswirtschaftskommission (Nrn. 1346.5/.6 – 12084/85).

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass sich die Kommission mit der komplexen Vorlage sehr intensiv auseinander gesetzt hat. Der Kommission war klar, dass es sich beim neuen Gesetz über die Zuger Pensionskasse nicht nur um eine überaus anspruchsvolle Vorlage, sondern auch um ein Geschäft handelt mit einer erheblichen finanziellen Tragweite sowohl für die Versicherten als auch für deren Arbeitgeber und namentlich für die Pensionskasse und den Kanton. Wir haben den Bericht und Antrag des Regierungsrates an einer ganztätigen und vier halbtägigen Sitzungen beraten und anschliessend an die Behandlung der Vorlage durch die Stawiko nochmals eine Sitzung durchgeführt, an welcher einerseits zu einem von der Stadt Zug veranlassten

Rechtsgutachten betreffend das Wahlrecht der Gemeinden mit eigenen Pensionskassenlösungen Stellung genommen und anderseits über eine allfällige Angleichung der Kommissionsanträge an diejenigen der Stawiko beraten wurde. An der heute früh vor der Kantonsratssitzung durchgeführten Sitzung wurden darüber formelle Beschlüsse gefasst. Die Kommission liess sich zudem an der ersten Sitzung in Hearings mit Versicherungs-Experten und Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite umfassend über versicherungstechnische Fragen und deren Zusammenhänge sowie über die Anliegen der kantonalen Personal- und Wirtschaftsverbände informieren. Angesichts der Komplexität der Vorlage wurden im Verlauf der Sitzungen der Finanzdirektion und der Pensionskasse insgesamt 23 zum Teil sehr ausführliche Abklärungen in Auftrag geben. Auf diesen umfangreichen Grundlagen konnten schliesslich alle dieses Geschäft betreffenden Fragen seriös erörtert und abschliessend bereinigt werden. Dem Kommissionspräsidenten liegt daran, auch hier im Saal sämtlichen Kommissionsmitgliedern, den involvierten Personen der Finanzdirektion – es sind dies besonders Finanzdirektor Peter Hegglin und Direktionssekretär Tobias Moser – sowie der Zuger Pensionskasse, d.h. Vorstandspräsident Roman Balli und Kassenleiter Othmar Müller und den beigezogenen Experten für die konstruktive Zusammenarbeit bestens zu danken. Den Vertretern der Finanzdirektion und Pensionskasse gebührt ein spezieller Dank für die ausgezeichneten Unterlagen, die der Kommission zur Verfügung gestellt worden sind. Dazu gehört auch die heute verteilte und aktualisierte Synopse mit den Anträgen des Regierungsrats und den gemeinsamen Anträgen von Kommission und Stawiko.

Zur Beurteilung der Zielsetzungen und Reformanliegen der regierungsrätlichen Vorlage. Die Kommission bejaht die Notwendigkeit einer Totalrevision. Allein schon auf Grund der im Bericht aufgezeigten demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen erweist sich die heutige Pensionskassenregelung des Kantons als revisionsbedürftig und nicht mehr zeitgemäss. Die für eine Pensionskasse entscheidende Refinanzierung der Kassenleistungen ist aus den folgenden drei Hauptgründen ungenügend:

1. Die zugenommene und auch weiterhin zunehmende Langlebigkeit.
2. Die problematische Umverteilung des Alterssparkapitals von Jung zu Alt.
3. Die Zunahme der Invaliditätsfälle, von der auch die Zuger Pensionskasse nicht verschont wurde.

Die im revidierten Gesetz zur Verbesserung der Finanzierungssicherheit vorgesehenen Massnahmen wie die Anpassung des Renten-Umwandlungssatzes von 7,2 auf 6,8 %, die Erhöhung der Risikobeiträge von 2 auf 4 % sowie die konsequente Umsetzung des Beitragsprimates, indem die Alterspargutschriften für alle Altersstufen den einheitlichen gleich hohen Sparbeiträgen von 18,5 % entsprechen, gehen in die richtige Richtung, tragen zu einer Verbesserung der Finanzierungssicherheit bei, sind aber für eine nachhaltige Gesundung der Zuger Pensionskasse aus der Sicht der Kommission immer noch nicht ausreichend. Die Mehrheit der Kommission kommt deshalb zum Schluss, dass die Finanzierungssicherheit durch weitergehende Massnahmen verbessert werden muss. In diesem Zusammenhang weist der Votant auf die ungenügende Dotierung der Wertschwankungsreserven der Zuger PK für ihre Wertschriften- und Immobilienanlagen hin. Die Reserven wurden zwar im Jahre 2005 auf 132,6 Millionen Franken resp. auf 7,6 % erhöht. Diese Werte sind aber von den versicherungstechnisch notwendigen 342 Millionen Franken resp. von den erforderlichen 19,7 % noch weit entfernt. Hier besteht noch eine Sicherheitslücke und Handlungsbedarf.

Zum Leistungsniveau der Zuger PK. Die Kommission ist der Auffassung, dass die vom Regierungsrat angestrebte Beibehaltung des heutigen hohen Leistungsniveaus

grundsätzlich richtig und nach Möglichkeit beizubehalten ist. Die Kommission konnte sich hier der von der Finanzdirektion erhaltenen Begründung weitgehend anschliessen, wonach die Pensionskassenleistungen für eine erfolgreiche Personalrekrutierung im Kanton Zug namentlich im Bereiche der Kaderstellen von Bedeutung sind. Auf der anderen Seite gilt es aber auch zu berücksichtigen, dass ein grosser Teil der Erwerbstätigen im Kanton Zug, vor allem im Bereiche des Gewerbes und der KMU – Bruno Pezzatti persönlich schätzt 60-70 % aller Beschäftigten – zum Teil erheblich schlechtere PK-Versicherungen und -Leistungen haben als das der Zuger PK angeschlossene Personal. Das hohe Leistungsniveau muss auch von diesen Personen und der Zuger Bevölkerung, welche über ihre Steuern die Zuger PK mitfinanzieren, akzeptiert werden können. Im Kommissionsbericht wird das hohe Leistungsniveau der Zuger Pensionskasse auf den S. 4 und 5 dargestellt.
Welches sind die Hauptanliegen und Änderungsanträge der Kommission? Die Mehrheit der Kommission ist auf Grund der vorgenommenen Abklärungen und Beratungen zum Schluss gelangt, dass die Vorlage des Regierungsrats im Interesse einer noch weiter zu verbessernden Finanzierungssicherheit sowie einer mittelfristigen Entlastung der PK bei drei wesentlichen Punkten verbessert werden muss:

1. Beim Rentenumwandlungssatz resp. beim Pensionierungsalter, indem der hohe Umwandlungssatz von 6,8 % zwar nicht weiter reduziert wird, dafür aber das Rentenalter geringfügig von heute 64 auf neu 65 Jahre für Männer und Frauen zu erhöhen ist.
2. Bei der von der Regierung beantragten Besitzstandlösung resp. bei den hierfür erforderlichen Zusatzbeiträgen, indem die Besitzstandlösung zwar unterstützt wird, die dafür erforderlichen Zusatzbeiträge jedoch nach fünf Jahren zu streichen sind.
3. Bei der Staatsgarantie, wo der Regierungsrat verpflichtet werden soll, dem Kantonsrat bei Erreichen der notwendigen Finanzierungssicherheit der Kasse, d.h. bei Überschreiten eines Deckungsgrades von 120 % während mindestens zwei Jahren, einen Antrag auf Aufhebung der Staatsgarantie zu stellen.

Der Votant wird in der Detailberatung auf die einzelnen Anträge noch zu sprechen kommen.
Die Kommission befasste sich auch mit Änderungsanträgen, welche darauf abzielten, gewisse Versicherungsleistungen punktuell zu verbessern. Konkret wurde z.B. eine vorzeitige Pensionierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der untersten Lohnklassen beantragt. Die Kommissionsmehrheit hat diese Anträge – nach Vornahme zusätzlicher Abklärungen – unter Berücksichtigung des auch bei diesen Angestellten im Vergleich zur Privatwirtschaft bzw. zu vergleichbaren Berufen im Gewerbe sehr hohen Leistungsniveaus sowie aus Gründen der unverhältnismässig hohen Kosten pro Person abgelehnt.
Die von Kommission und Stawiko gemeinsam beantragten Änderungen bezwecken einerseits eine sowohl im Interesse der Versicherten als auch im Interesse der Arbeitgeber bzw. der Pensionskasse und des Kantons liegende nachhaltige Verbesserung der Finanzierungssicherheit der Zuger Pensionskasse und andrerseits – nach einer Übergangsfrist – auch eine vertretbare geringfügige finanzielle Entlastung der Arbeitgeber und der versicherten Personen. Diese Ziele können nach Auffassung der Kommissionsmehrheit erreicht werden, ohne dass die Pensionskassenleistungen für die Versicherten in der Substanz reduziert werden. Die Kommission hat sich mit 14 : 0 Stimmen für Eintreten ausgesprochen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an zwei Sitzungen am 10. April und 8. Mai 2006 beraten hat. Zudem haben wir uns mit dem Thema Pensionskassen in unserer Klausursitzung im Herbst 2005 vertieft befasst. Gemäss § 45bis der GO des Kantonsrats möchte der Stawiko-Präsident noch offen legen, dass er als Mitarbeiter des Zuger Kantonsspitals bei der PK des Kantons Zug versichert ist.
Die Gesetzesrevision ist auch aus Sicht der Stawiko auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklungen – namentlich der höheren Lebenserwartung – notwendig. Das Ziel der vorliegenden Gesetzesänderung muss es sein, die Finanzierung der Pensionskassen-Leistungen langfristig sicher zu stellen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Umwandlungssatz zur Berechnung der jährlichen Rente auf Grund des vorhandenen Sparguthabens nach unten angepasst werden. Im Weiteren wird die Erhöhung der Risikoprämien von 2 auf 4 % als notwendig erachtet und die Spargutschriften sollen für alle Altersstufen auf einen einheitlichen Sparsatz von 18,5 % festgelegt werden. Mit diesem einheitlichen Satz wird das Prinzip der Umverteilung von jüngeren zu älteren Arbeitnehmern verlassen. Die Stawiko legt einerseits Wert auf die Feststellung, dass das gute Rechnungsergebnis des Jahres 2005 nicht für die Beurteilung der Vorlage herangezogen werden soll. Anderseits soll die Gesetzesrevision auch nicht zur Sparvorlage verkommen. Es geht darum, dass der Kanton Zug auch längerfristig ein attraktiver Arbeitgeber bleibt. Die geburtenschwachen Jahrgänge werden kommen. Auf dem Personalmarkt wird die kantonale Verwaltung dannzumal nur bestehen können, wenn Sie über eine gute Pensionskassenlösung verfügt – ein wichtiges Argument im Vergleich zur Privatwirtschaft, die noch über andere Anreizsysteme verfügt, um gute Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anzuziehen.
Es wird die Kunst bei den folgenden Beratungen sein, den guten Mittelweg zwischen einer äusserst attraktiven Lösung und einer unattraktiven Minimallösung zu finden. Eine äusserst attraktive Lösung gefährdet die finanzielle Basis der Pensionskasse, und das kann sicher nicht im Sinne der Versicherten sein. Sie zwingt die PK-Verantwortlichen zu übertriebenen Risiken und erhöht damit das finanzielle Risiko des Kantons, das er mit seiner Staatsgarantie für die PK eingeht. Eine unattraktive Minimallösung sichert zwar die finanzielle Basis der Pensionskasse und ermöglicht es den PK-Verantwortlichen, sehr konservativ anzulegen. Der Kanton Zug verliert aber als Arbeitgeber an Attraktivität – die Personalsuche vor allem für Spezialisten wird schwierig – die Leistungsfähigkeit der kantonalen Verwaltung wird sekundär deutlich geschwächt.
Wie Ihnen bereits bekannt ist, haben die vorberatende Kommission und die Stawiko ihre Anträge weitgehend bereinigt, sodass wir Ihnen heute einen aus unserer Sicht ausgewogenen Gegenvorschlag zur Lösung der Regierung präsentieren können. Die grosse Mehrheit der Stawiko ist der Meinung, dass erstens die nun von beiden Kommissionen präsentierte Lösung dem vorher erwähnten Mittelweg am nächsten kommt, zweitens unser Gegenvorschlag eine weiterhin attraktive PK-Lösung darstellt, und drittens diese Lösung einen optimalen Grundstein für eine langfristige Sicherstellung der finanziellen Stabilität der kantonalen PK legt. – Die Stawiko beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten.

Stefan **Gisler**: Kompetent, hilfsbereit, effektiv, motiviert ... so wird das Staatspersonal hier in diesem Saal allenthalben immer wieder gerühmt. Die unbürokratische, bürger- und wirtschaftsnahe Verwaltung seien mit ein Schlüssel zur Prosperität des Standorts Zug, heisst es zudem. Schöne Worte, allein die Taten fehlen. Im Gegenteil – das Personal erhielt vor 16 Jahren letztmals eine Reallohnerhöhung, beim Teuerungsausgleich knausert man und nun dies. Bereits die regierungsrätliche Vorlage zur PK-

Revision würde die rund 8'000 Versicherten gegenüber heute schlechter stellen. Die Anträge von Stawiko und vorberatender Kommission machen aus dieser Revision vollends eine Millionen-Sparübung auf dem Buckel der Versicherten. Denn die Leistungen werden – entgegen den Aussagen von Kommissionspräsident Pezzatti – substanziell eingeschränkt. Die Anträge von Kommission und Stawiko sind auch Lichtjahre davon entfernt, ausgewogen zu sein, wie dies Peter Dür vorhin gesagt hat. Die Vorlage ist ein unüberlegter Motivationskiller für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ein Eigengoal für den Kanton – ein so fürchterliches werden sie während der ganzen Fussball-WM nicht sehen. Schon die Revision gemäss Regierung würde für die Versicherten der Zuger PK tiefere Vorsorgeleistungen vorsehen als bei Privatunternehmen des Zuger Dienstleistungssektors und tiefere als bei vergleichbaren kantonale Kassen anderorts. Die Revision ist also auch nicht marktgerecht oder wettbewerbstauglich, wenn es für den Kanton gilt, als attraktiver Arbeitgeber Mitarbeitende zu gewinnen oder zu halten. Die Kasse kann aus Sicht der AF auch ohne die regierungsrätlichen Leistungskürzungen erfolgreich weitergeführt werden. Da hat der Stawiko-Präsident etwas schwarz gemalt. Selbst der Bericht der vorberatenden Kommission bescheinigt, dass die Kasse gesund ist, eine erfolgreiche Anlagestrategie verfolgt, seit Jahren die Reserven aus eigener Kraft erwirtschaftet und einen stabilen, genügenden Deckungsgrad aufweist – 2005 rund 107 %.
Die Alternativen beantragen daher Nichteintreten auf die Revision der PK. Sollte der Rat eintreten, werden wir vornehmlich die Vorlage und Anträge der Regierung stützen – aber nur der Not gehorchend. Denn vehement opponieren die Alternativen gegen die plumpen neoliberalen Vorschläge der vorberatenden Kommission. Die Kasse soll fit für die Privatisierung gemacht werden – beschönigend nun rechtliche Verselbständigung genannt –, indem die Versicherten tieferen Renten und Leistungen erhalten. Nach dem Verkauf drohen wohl weitere Verschlechterungen für die Versicherten, damit die neuen Besitzer Gewinne maximieren können. Die Alternativen wollen eine für die versicherten leistungsstarke PK, unter anderem will die AF Pensionsalter 64 statt 65, sie will von der Regierung eine Lösung für die flexiblere Frühpensionierungen für tiefe Einkommen, sie ist gegen die Senkung des Leistungsziels auf 57 %, sie will einen garantierten Teuerungsausgleich, sie will ein Besitzstandsregelung vor allem für die über 44-jährigen Versicherten und dazu braucht es angemessene Zusatzbeiträge, sie will, dass die Verwaltungskosten nicht total zu Lasten der Kasse gehen. Forderungen mit denen wir nicht alleine stehen. Sie haben in den letzten Tagen Post von den verschiedensten Personalverbänden erhalten. Und Sie haben das Personal auch vor dem Regierungsgebäude gesehen. Alle zeigen sich kompromissbereit, indem sie ja zur regierungsrätlichen Vorlage sagen, aber mit guten Gründen gegen die Kommissionsvorschläge opponieren.

Eusebius **Spescha** gibt zuerst seine Interessenbindung bekannt. Seine Frau hat ein Teilzeitpensum in der Schule Cham und ist somit Zwangsmitglied in der Zuger PK. – 1994 wurde eine umfassende Revision der Pensionskasse abgeschlossen. Damals ging es darum, das Problem der auseinander gehenden Schere von Leistung und Finanzierung zu lösen und die versicherungstechnische Unterdeckung anzugehen. Heute – rund zehn Jahre später – kann gesagt werden, dass sich die damals getroffene Lösung bewährt hat. Die auch dem Personal abverlangten harten Massnahmen (höhere Beiträge für tiefere Leistungen) haben zum Ziel geführt. Die Zuger Pensionskasse steht heute gut da. Wir haben keinen maroden Sanierungsfall. Die Pensionskasse ist weit gehend ausfinanziert. Sie würde sogar noch besser dastehen, wenn der Kanton das damalige versicherungstechnische Defizit bezahlt oder zumin-

dest verzinst hätte. (Es handelt sich per 2006 immerhin um einen Betrag von etwa 150 Millionen Franken.) Die Leistungen sind auf vernünftigem Niveau bei angemessener Finanzierung.
Trotzdem besteht Handlungsbedarf. Dieser hat vor allem zwei Ursachen:
- Eine erfreuliche: Zunahme der Lebenserwartung.
- Eine unerfreuliche: Zunahme der Risikofälle, insbesondere der Invaliditätsfälle.

Der Regierungsrat hat eine ausgewogene Vorlage vorgelegt, welche für diese beiden Punkte angemessene Lösungen vorschlägt. Allerdings ist auch bei diesen Vorschlägen zu bedenken:
- Der vom Bund vorgezeichnete Weg, die höhere Lebenserwartung mit einer Senkung des Umwandlungssatzes zu lösen, geht einzig und allein zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- Die Anpassung der Risikobeiträge ist zwar zwingend, ist aber eine reine Symptombekämpfung. Besser wäre es, Menschen mit Behinderungen reguläre Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Ungenügend ist die vorgesehene Regelung für frühzeitige Pensionierungen. Vorzeitige Pensionierungen wären vor allem für Personen mit tiefen Einkommen sinnvoll, da diese häufig mit erheblichen Gesundheitsproblemen kämpfen.
Im Gegensatz zur für uns noch akzeptablen Vorlage des Regierungsrats hat die vorberatende Kommission in einer eigentlichen Neidkampagne die Vorlage erheblich verschlechtert. Ohne zwingenden Grund sollen dem Personal noch zusätzliche erhebliche Renteneinbussen zugemutet werden. Dies macht keinen Sinn. Auch dass den Rentnerinnen jede Aussicht auf eine Teuerung auf Rente vorenthalten wird, finden wir unerträglich.
Die SP unterstützt die Vorschläge des Regierungsrates insbesondere
- Beim Umwandlungssatz
- Beim Pensionierungsalter
- Bei der Besitzstandlösung.

Bei der PK geht es darum, dass pensionierte Menschen mit AHV-Rente und Pensionskassenrente zusammen über genügend Einkommen verfügen. Mit den Vorschlägen des Regierungsrats werden die Weichen für notwendige Anpassungen gestellt. Zwar wird auch mit diesem Vorschlag dem Personal ein weiterer Rentenabbau zugemutet. Dieser ist hart, aber noch einigermassen erträglich. Mit den Vorschlägen der Kommission wird dem Personal eine zusätzliche erhebliche Verschlechterung zugemutet, ohne dass zwingende Gründe dafür erkennbar wären. – Die SP-Fraktion ist für Eintreten, unterstützt die Vorschläge des Regierungsrats und wird bezüglich vorzeitiger Pensionierung für Personen in unteren Lohnklassen am Schluss der Detailberatung einen Antrag stellen.

Silvia **Künzli** möchte die Frage, ob die SVP-Fraktion die Anträge von Kommission und Stawiko unterstützt, gleich zu Beginn beantworten. Ja, sie unterstützt Änderungsvorschläge, die für die Zukunft unseres Kantons wichtig sind. Ja, weil bei der letzten Revision der PK im Jahre 1995 mit der Umstellung vom Leistungs- zum Beitragsprimat eine Rolls-Royce-Lösung verabschiedet wurde, die heute nicht mehr zeitgemäss ist. Ja, weil gesellschaftliche und demographische Entwicklungen die finanzielle Gesundheit der Pensionskassenregelung auch im Kanton Zug gefährden. Ja, weil die vorberatende Kommission und die Mehrheit der Stawiko sich mit den Änderungsvorschlägen der Regierung nicht einverstanden erklären können und deshalb zusätzliche Änderungsanträge stellen, welche jährliche Einsparungen für den Kanton und die Kasse einbringen werden. Die SVP-Fraktion teilt die Meinung von

Stawiko und Kommission, es brauche nun Massnahmen, die der PK langfristige Stabilität und Finanzierungssicherheit bringen werden. Eine grosse Mehrheit der SVP-Fraktion ist davon überzeugt, dass die Leistungen für die Versicherten durch die vorgeschlagenen Massnahmen nicht substanziell reduziert werden. Was nützt Versicherten eine Luxus-Lösung, die sich auf Dauer nicht finanzieren lässt? Weil auch die junge Generation ein Recht auf eine anständige Rente hat, ist der SVP-Fraktion die langfristige Finanzierung der PK ein sehr wichtiges Anliegen.
Arbeitgeberbeiträge an die PK sind ein Bestandteil des Lohnes. Und viele Unternehmen, speziell die KMU, können sich Mehraufwendungen für die PK schlicht nicht leisten. In der Theorie können wir über diese Tatsache hinwegsehen. In der Praxis aber führt solche Kurzsichtigkeit bekanntlich zu Stellenabbau, höheren Arbeitslosenquoten, höherer Belastung der Arbeitslosenversicherung, grösserem Sozialgefälle und geringerer Konjunktur. Eine solche Folgekette kann einfach nicht im Interesse des Kantons sein. Aber es geht hier auch um ein Stück Gerechtigkeit. Denn gegen das Prinzip der paritätischen Entrichtung der Pensionskassenbeiträge kann man nur verstossen, solange die Steuerzahler für die zusätzliche Belastung aufkommen. Wenn verschiedene Personalverbände ein anderes Gerechtigkeitsempfinden haben und nun auf die Tränendrüsen drücken, so kann das mit ihrer Funktion als Interessenvertreter erklärt werden. Allerdings kommt dabei das Interesse der jüngeren Generation nach Sicherheit zu kurz. Und letztlich ist auch diese Reaktion eine Frage des Blickwinkels. Denn statt Schreckensszenarien an die Wand zu malen, könnte man auch einfach dankbar sein, dass die goldenen Jahre so lange dauerten. Jedenfalls ist das gute Rechnungsergebnis 2005 kein guter Grund, neue Begehrlichkeiten zu wecken. Weder Eigeninteressen noch Wahlkampfstrategie sollen Verhandlungsdebatte bestimmen, sondern wirtschaftliches Denken. Das ist im aktuellen Wahljahr wichtiger denn je. Eine gesunde Finanzierung ist im Interesse aller, ob Arbeitnehmer oder
Arbeitgeber, ob Alt oder Jung. Nachhaltigkeit ist in gewissen Kreisen zu einem beliebten Schlagwort geworden. Aber wenn es um die Zufriedenstellung eigener Wähler geht, vergisst man offenbar gern, dass Nachhaltigkeit vor allem bedeutet, an künftige Generationen zu denken. Wer den Jungen eine leere Kasse als Mitgift übergeben will, verliert ein Stück seiner Glaubwürdigkeit. – Die SVP-Fraktion dankt für die Unterstützung der Stawiko- und Kommissionsanträge.

Hans Peter **Schlumpf** weist darauf hin, dass mit der Totalrevision des Gesetzes über die Zuger PK von 1994 ein für die Zukunft zentraler Grundsatzentscheid getroffen wurde, nämlich die Umstellung vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Zahlreiche vor allem öffentliche Pensionskassen mit Leistungsprimat waren und sind nie seriös und versicherungstechnisch korrekt finanziert worden. Das Wachstum der Versichertenzahlen durch jüngere Mitglieder und eine über viele Jahre im Durchschnitt gute bis sehr gute Performance der Anlagen hat viele gravierende strukturelle Mängel jahrelang überdeckt. Als eine Folge davon weisen auch heute noch zahlreiche öffentliche und halböffentliche Kassen wie SBB, Post, verschiedene Lehrerpensionskassen, aber auch die PKs von vielen Kantonen heute erschreckend tiefe Deckungsgrade auf, welche für die in der Pflicht stehenden Gemeinwesen riesige finanzielle Hypotheken und Risiken, um nicht zu sagen Zeitbomben darstellen.
Die Zuger Pensionskasse hat durch den Systemwechsel und zusätzliche finanzierungsrelevante Massnahmen anlässlich der Revision von 1994 noch rechtzeitig die Kurve gekriegt und weist heute, nach dem guten Geschäftsjahr 2005, wieder einen Deckungsgrad von rund 107 % auf. Noch immer ungenügend dotiert sind allerdings

die technisch notwendigen Wertschwankungsreserven. Zwar konnten auch sie 2005 grosszügig dotiert werden, betragen aber dennoch erst gut ein Drittel des erforderlichen Niveaus. Es ist unbestritten, dass die heutige Revision notwendig ist, primär auf Grund der noch immer steigenden Lebenserwartung (Langlebigkeit) und der Zunahme der Invaliditätsleistungen, wodurch die künftig zu erwartenden Alters- und Risikoleistungen durch die aktuellen Beitragsleistungen nicht mehr vollständig finanziert wären. Nun wieder auf das Prinzip Hoffnung, d.h. auf überdurchschnittliche Anlagerenditen zu setzen, um die künftige Finanzierungslücken zu decken, wäre hochgradig verantwortungslos und wird wohl von niemandem in diesem Saal angestrebt. Im Zuge der vorliegenden Revision geniessen für uns denn auch die langfristige Übereinstimmung einerseits und ihrer Finanzierung anderseits, inklusive der erforderlichen Schwankungsreserven, ganz klar die oberste Priorität. Gewisse durchaus mässige Einschränkungen des noch immer hohen Leistungsniveaus sind vertretbar und als Preis für die langfristige finanzielle Stabilität in Kauf zu nehmen.
Verschiedene Schreiben von Personalorganisationen, die noch in den letzten Tagen an alle Ratsmitglieder verschickt wurden, sind zwar als Interessenvertretung zu interpretieren und akzeptieren, sie sind aber teilweise in ihren Forderungen derart masslos, dass die Frage erlaubt sein muss, ob es hier nicht an Augenmass und Verantwortungsbewusstsein fehlt. Wir anerkennen, dass vernünftig ausgebaute Personalvorsorgeeinrichtungen sozialpolitisch wichtig und auch für die Attraktivität des Staats und der übrigen angeschlossenen Organisationen als Arbeitgeber nicht unerheblich sind.
Die Vorlage der Regierung hat, das ist anzuerkennen, den wesentlichen Revisionsbedarf erkannt und zielt grundsätzlich in die richtige Richtung. In einigen Punkten ist die Regierungsvorlage allerdings spürbar im Dilemma gefangen, dass der Staat zum einen Träger und Risiko tragender Garant der PK, zum anderen aber auch Arbeitgeber der Versicherten ist. Die vorberatende Kommission, diesbezüglich unabhängiger, macht unserer grossmehrheitlichen Auffassung nach in jenen Punkten, wo sie von der Regierungsvorlage abweicht, die auf lange Sicht tauglicheren Vorschläge. Die FDP-Fraktion begrüsst, dass sich vorberatende Kommission und Stawiko in fast allen Divergenzen inzwischen auf eine einheitliche Stossrichtung einigen konnten. Im Besonderen unterstützen wir die in Bevölkerung und Wirtschaft breit anerkannte Anpassung des Rentenalters auf einheitlich 65 Jahre mit der Möglichkeit, sich ab 60 Jahren mit einer abgefederten Rentenreduktion frühzeitig pensionieren zu lassen und die schrittweise Reduktion des Rentenumwandlungssatzes auf 6,8 %. Es ist dabei zu beachten, dass die Anhebung des Rentenalters um ein Jahr dazu beiträgt, dass das bisherige Leistungsniveau beibehalten werden kann und nicht gesenkt werden muss. Eine Beibehaltung des Pensionsalters 64 hätte versicherungstechnisch eine Senkung des Rentenumwandlungssatzes von 6,8 auf 6,62 % zwingend bedingt. Die neu über die ganze Beitragsdauer linearen Abzüge und Gutschriften von insgesamt 18,5 % erachten wir als richtige und zukunftsweisende Lösung. Zur Erinnerung: In der vorgeschriebenen BVG-Lösung betragen die durchschnittlichen Beiträge über die ganze Beitragsdauer 12,5 %. D.h. die Lösung, die wir jetzt vorschlagen, liegt rund 50 % höher als die BVG-Vorschrift.
Wir unterstützen auch die nun übereinstimmende Meinung von Kommission und Stawiko, dass die durch die systemtechnischen Änderungen (neu lineare Gutschriften anstelle der bisher gestaffelten) verursachten Kürzungen beim Aufbau des Alterskapitals der Altergruppe der über 45-Jährigen durch eine zeitlich auf fünf Jahre befristete Übergangsregelung abzufedern ist. Die für diesen Zweck aufzuwendenden Zusatzbeiträge sollen während fünf Jahren geleistet werden. – In der Vorlage wird der Begriff «Besitzstandwahrung oder -garantie» mehrmals verwendet. Wir erachten

dies als eine unglückliche und auch nicht zutreffende Bezeichnung für den wahren Sachverhalt. Der Votant wird dann in der Detailberatung entsprechende Anträge stellen, dass diese Terminologie im Gesetz generell geändert wird.
Wir waren erfreut, dass auch die Regierung dem Kommissionsantrag zustimmt, dass von den Arbeitgebervertretern im Vorstand mindestens zwei nicht bei der Zuger Pensionskasse versichert sein dürfen. Es ist dies ein altes Anliegen unserer Fraktion und ist nichts anderes als Ausdruck einer guten Corporate Governance. Der Votant war aber erstaunt, in der neuen Synopse, die heute verteilt worden ist, diese Zustimmung der Regierung nicht mehr vorzufinden. Da erwartet er noch eine Klärung. Er sieht aber den Finanzdirektor den Kopf schütteln – also stimmt die Zustimmung der Regierung immer noch. Wir stimmen ebenso dem Kommissionsantrag zu, dass die bisherige einseitige hälftige Aufbürdung der Verwaltungskosten auf die Arbeitgeber gestrichen werden soll. Verwaltungsaufwand ist ein integrierter Teil der Aktivitäten einer PK und muss von dieser demnach auch selbst getragen und finanziert werden. Es entspricht aber auch unserer Haltung, dass eine PK im Rahmen der vorgegebenen Leitplanken auch operative Freiheiten haben soll. Im Besonderen soll sie die Möglichkeit haben, von einer guten Performance die Versicherten profitieren zu lassen, indem sie die Verzinsung der Sparkapitalien entsprechend festsetzen kann. Wir haben uns jenen Anträgen widersetzt, welche die Verzinsung strikte an die Vorgaben des Bundes koppeln wollten.
Die Pensionskasse des Kantons Zug soll weiterhin eine attraktive und konkurrenzfähige Vorsorgeeinrichtung sein. Sie muss sich aber den heutigen und künftigen Realitäten anpassen, im Besonderen eine auch langfristig absolut seriöse Finanzierung der zu erwartenden Leistungen sicherstellen. Die vorliegende Revision schafft diese Voraussetzung. Der Votant beantrag namens der FDP-Fraktion, der Vorlage in der Fassung der vorberatenden Kommission zuzustimmen mit einer Ausnahme (er äussert hier nicht seine persönliche Meinung): In der Frage der mittelfristigen rechtlichen Verselbständigung der Kasse, wie von der Kommission in § 18 beantragt, folgt eine Mehrheit unserer Fraktion dem Antrag der Regierung.

Max **Uebelhart** erklärt einleitend, dass er über die Stiftung Pro Senectute Kanton Zug bei dieser PK versichert ist. Als Geschäftsleiter kennt er auch die Arbeitgeberseite sehr genau. Der Regierungsrat legt uns eine neue Pensionskassenlösung zum Entscheid vor. Als Mitglied der vorberatenden kantonsrätlichen Kommission hat der Votant die komplexe und anspruchsvolle Vorlage im Rahmen der umfangreichen Kommissionsarbeit eingehend geprüft. Für jedermann ist es klar, dass auf Grund der gesellschaftlichen und demografischen Entwicklungen die heutige PK-Lösung nicht mehr zeitgemäss und deshalb revisionsbedürftig ist. Leider haben die vorberatende Kommission und die Stawiko – für Max Uebelhart nicht nachvollziehbar – aus der ausgewogenen Regierungsvorlage eine reine Sparvorlage gemacht. Die Minderheitsmeinung konnte sich in zentralen Punkten leider nicht durchsetzen, weil die Kommissionsarbeit einseitig durch finanzielle Interessen geprägt war; ging es doch vornehmlich um mögliche Einsparungen bei den Arbeitgeberleistungen. Und seit heute Morgen auch noch um die Reduktion der Arbeitnehmerbeiträge – etwas, das weder Arbeitgeber noch -nehmer je moniert haben.
Die Regierung hat uns ein Rahmengesetz für eine flexible und neuzeitliche Vorsorge-Lösung für das Staatspersonal vorgelegt. Eine Vorsorgelösung, die bei unverändertem Leistungsniveau praktisch gleichviel wie bisher kostet und die anstehenden Probleme effizient löst. Bei der Regierungsvorlage leisten sowohl die aktiven Versicherten wie auch die Rentenbezüger ihren Beitrag zur Lösung der anstehenden

Probleme. Es gibt weder einseitig Verlierer noch Gewinner, alle werden über den gleichen Leisten geschlagen.
Mit den von der vorberatenden Kommission und der Stawiko beantragten Änderungen wird der Kanton als Arbeitgeber unattraktiver. Die Vorlage der Regierung wird verschlechtert und diese Verschlechterungen widersprechen dem erklärten Ziel der Regierung, ein konkurrenzfähiger, ja sogar attraktiver Arbeitgeber zu sein. Es ist belegt, dass wir infolge der demografischen Entwicklung schon in wenigen Jahren Mühe haben werden, genügend Personal rekrutieren zu können. Dann werden die Arbeitsbedingungen – zu denen eine gute Pensionskassenlösung gehört – von zentraler Bedeutung sein. Wir müssen uns also heute für eine ausgewogene und gute Vorsorgelösung stark machen und nicht später jammern. Bei der Sparvorlage der vorberatenden Kommission und der Stawiko besteht zudem die Gefahr, dass einzelne angeschlossene Versichertengruppen die Pensionskasse verlassen werden, weil sie diese nicht mittragen wollen.
Der Votant möchte auf einige wenige, aber wichtige Änderungen hinweisen.
Zur konsequenten Umsetzung des Beitragsprimats. Am einschneidensten für die Versicherten ist die konsequente Umsetzung des Beitragsprimats. D.h. dass die Spargutschriften künftig nicht mehr altersabhängig gestaffelt, sondern für alle gleich hoch ausfallen werden. Die älteren Angestellten sind gleich teuer wie die jüngeren und werden auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr benachteiligt. Der Trend zu den Einheitsbeiträgen setzt sich durch und die Zukunft wird den Einheitsgutschriften gehören. Nur dadurch können die demografischen Probleme der beruflichen Vorsorge auf Dauer gelöst werden. Allerdings bedeutet dies für die bisher Versicherten Renteneinbussen bis zu 13 %. Hinzu kommt die Rentenreduktion infolge der Senkung des Umwandlungssatzes. Diese Einbussen sind ohne eine Übergangslösungslösung nicht zu verkraften. Den älteren und langjährigen Versicherten müssen die zukünftig niedrigeren Spargutschriften wenigstens teilweise ausgeglichen werden.
Rentenalter und Umwandlungssatz. Während die Regierung das Pensionierungsalter 64 beibehalten und den Umwandlungssatz auf 6,8 % fixieren möchte, will sowohl die vorberatende Kommission wie auch die Stawiko das Rentenalter erhöhen und den Umwandlungssatz auf 6,8 % lassen. In Anbetracht, dass die Lebenserwartung stetig steigt, kann man sich dem Begehren nach Erhöhung des Rentenalter auf Dauer wohl nicht verschliessen, um so mehr auch bei der AHV das Frauen-Rentenalter auf 65 steigen soll. Auf Grund der technischen Grundlagen der PK ist ein Umwandlungssatz von 6.8 % bis ins Jahr 2015 zu rechtfertigen. In Anbetracht der Tatsache, dass das Pensionskassengesetz wohl noch vor dem Jahre 2015 wieder revidiert werden dürfte, stellt sich die Frage, ob die Erhöhung des Rentenalters nicht bei der nächsten Revision vollzogen werden sollte. Max Uebelhart begreift den Regierungsrat, wenn er am bisherigen Rentenalter 64 vorläufig fest hält. Dieser Haltung schliesst sich auch die CVP Fraktion, wenn auch nicht geschlossen, an.
Besitzstandgarantie für Altersleistungen. Künftig werden – wie bereits erwähnt – die Spargutschriften nicht mehr altersabhängig gestaffelt, sondern für alle Versicherten gleich hoch sein. Dies hat zur Folge, dass die Gutschriften für die jungen Versicherten höher und für die Versicherten ab Alter 45 tiefer sind. Die Rentenansprüche der Älteren sinken um bis zu 13 %, unter Berücksichtigung des tieferen Umwandlungssatzes sogar um bis zu 18 %. Diese Einbussen können vom Einzelnen nicht verkraftet werden. Die Regierung sieht deshalb eine gerechte und ausgewogene Besitzstandslösung vor, welche den Versicherten unter Berücksichtigung ihres Alters und ihrer Beitragsjahre die künftig fehlenden Spargutschriften teilweise ausgleicht. Es handelt sich wohlgemerkt nur um einen teilweisen Ausgleich, der rund 28 Mio. Franken kosten wird. Wollte man die Spargutschriften für alle Versicherten vollumfänglich

ausgleichen, würden die Kosten gegen 160 Mio. Franken betragen. Die Kosten der vorgeschlagenen Besitzstandslösung sollen während fünf Jahren über die Zusatzbeiträge finanziert werden, die dann während dieser Zeit für die teilweise Finanzierung der Teuerung auf Renten wegfallen würden. Nach Meinung der vorberatenden Kommission und der Stawiko sollen die Zusatzbeiträge nach Finanzierung der Besitzstandslösung sogar gänzlich entfallen. Die Regierungsvorlage, die der Votant auch in diesem Fall vollumfänglich unterstützt, will anschliessend mit den Zusatzbeiträgen die Teuerung auf den Renten teilfinanzieren.
Die Korrekturen, welche die vorberatende Kommission und die Stawiko vorgenommen haben, sind unnütze Sparübungen, die im Interesse einer fortschrittlichen Personalpolitik weder notwendig noch sinnvoll sind. Wenn es Ihnen ernst ist, die heutige, anerkannt gute Pensionskassenlösung auch langfristig in einer neuen, zeitgemässen Vorsorgelösung weiter zu führen, müssen Sie die ausgewogene Vorlage der Regierung unterstützen. Der regierungsrätlichen Vorlage schliesst sich auch die CVP Fraktion an. Sie anerkennt damit indirekt auch die guten Leistungen der kantonalen Angestellten. Die CVP ist sich bewusst, dass wir bezüglich PK im Kanton Zug eine gesunde Situation haben und nun nicht mit dem Zweihänder Korrekturen anbringen müssen. Ein Vorschlag – lieber Herr Stawiko-Präsident – ist noch lange nicht ausgewogen, wenn einfach zwei Kommissionsmeinungen aufeinander abgestimmt werden. In diesem Sinn ist die CVP für Eintreten auf die Vorlage.

Die Beratung wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

63. SITZUNG: DONNERSTAG, 22. JUNI 2006
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.10 – 17.30 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

916 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern.

Abwesend sind: Rosvita Corrodi, Kathrin Kündig und Werner Villiger, alle Zug; Guido Käch, Cham; Käty Hofer, Hünenberg; Karin Julia Stadlin und Markus Scheidegger, beide Risch; Thomas Lötscher, Neuheim.

917 GESETZ ÜBER DIE ZUGER PENSIONSKASSE

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1346.1/.2 – 11755/56), der Kommission (Nrn. 1346.3/.4 – 11979/80) und der Staatswirtschaftskommission (Nrn. 1346.5/.6 – 12084/85).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 915)

Margrit **Landtwing** legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Sie ist bei der Zuger PK versichert. Trotz dieser Betroffenheit mutet sie sich eine distanzierte Betrachtungsweise der vorliegenden Sachlage zu. Der Regierungsrat hat eine Vorlage erarbeitet, die den Erfordernissen der Zeit angepasst ist. Dabei ist er massvoll und begründet mit Leistungssenkungen umgegangen. Zudem kann der regierungsrätliche Vorschlag mehr oder weniger kostenneutral umgesetzt werden. So hätte die Votantin auch nichts gegen eine Erhöhung des Pensionierungsalters auf 65 Jahre einzuwenden, wenn von weiteren Verschlechterungen abgesehen würde. Beim Lesen des Kom-

missionsberichts suchte sie aber vergeblich nach nachvollziehbaren, sachlichen Argumenten für die weiteren vorgeschlagenen massiven Kürzungen der Leistungen. Es kommt unweigerlich die Vermutung auf, dass sich die Mitglieder der vorberatenden Kommission emotional leiten liessen. Es scheint, als ob in der Beratung die Gelegenheit benutzt worden ist, um irgendeinem undefinierbaren, unbegründeten Unmut Ausdruck zu verleihen, ohne sich dabei ganz im Klaren zu sein, über welche verschiedensten Versicherte Entscheide getroffen werden und welche Folgen diese Entscheide nach sich ziehen können. Aus der Aufstellung im Anhang des Stawiko-Berichts sind sämtliche Mitgliedergruppen der Pensionskasse des Kantons Zug ersichtlich. Es handelt sich dabei bei allen um Leute, deren Arbeit als Grundpfeiler unserer funktionierende Gesellschaft zu betrachten sind. Es geht um die Verwaltung, die Gesundheit, die Bildung. In diesen Bereichen arbeiten nicht nur Kaderleute, hohe Verwaltungsangestellte oder hoch qualifiziertes Fach- und Lehrpersonal. Nein, die Palette beginnt bei einfachem Hilfspersonal im Pflege- und Reinigungsdienst über Bauamtsmitarbeiter, Betreuungsdienste und so weiter. Zu den Versicherten zählen viele Personen aus der staatstragenden Mittelschicht. All diese Leute leisten tagtäglich gute Arbeit, tragen mit ihrem Einsatz dazu bei, dass Zug in sehr vielen Bereichen an vorderster Stelle rangiert ist und grosse Gewinne erzielen kann. Wir sind in hohem Masse auf motivierte Arbeitnehmer, auf gute, zuverlässig verrichtete Arbeit auf allen Ebenen angewiesen, dessen müssen wir uns nach wie vor bewusst sein. Wir müssen verhindern, dass plötzlich, wie in einem kürzlich erschienen Leserbrief befürchtet wird, innerlich Pensionierte noch ihrer Arbeit nachgehen müssen. Der Kanton soll weiterhin ein guter, verlässlicher Arbeitgeber bleiben und nicht, wie der Bund, schlechte Noten in diesem Bereich erhalten.
Die Leistungen nun drastisch zu kürzen mit der Begründung: «Andere sind auch nicht so gut versichert», löst bei Margrit Landtwing ein Kopfschütteln aus. Wo bleibt da die objektive Betrachtungsweise (es gibt ja genügend Versicherte, die bedeutend besser gestellt sind!), wo die Wertschätzung, wo die angepasste grosszügige Haltung? Misstrauen, Kleinlichkeit und unbegründete Härte werden sich als Bumerang erweisen. Sollte sich später die Situation der PK drastisch verschlechtern, ist ein Eingreifen möglich und richtig. Bei einleuchtenden Gründen nehmen die Versicherten Kürzungen in Kauf, das haben sie bei der Umstellung vom Leistungs- zum Beitragsprimat bewiesen. Ein gesundes Augenmass und Weitsicht zeichnen gute Politikerinnen und Politiker aus und wer von uns will nicht, besonders im Wahljahr, dieses Prädikat für sich in Anspruch nehmen? Treten wir auf die Vorlage ein und unterstützen die Anträge des Regierungsrats!

Alois **Gössi** weist darauf hin, dass die Revision der Zuger PK die Betroffenen, die Angestellten von Kanton, Gemeinden, Kantonsspital usw. bewegt hat. Dies haben wir heute beim Eingang des Regierungsgebäudes miterlebt. Ebenfalls ein Zeichen dafür waren die vier Schreiben, die an die Kantonsrätinnen und Kantonsräte zugestellt wurden. Darunter auch eines von der Angestelltenvereinigung der Region Zug, dessen Präsident der Votant ist. Dies ist seine Interessenverbindung, persönlich ist er von der Revision nicht betroffen, da er bei einer anderen Pensionskasse Mitglied ist.
Es besteht ein Handlungsbedarf bei der PK, dies ist nicht von der Hand zu weisen. Bei Anpassungen an das übergeordnete Recht. Bei den Anpassungen des Umwandlungssatzes an die höhere Lebenserwartung. Bei der Erhöhung der Risikoprämie wegen vermehrten Invaliditätsfällen. Der Regierungsrat hat als Ganzes nun eine ausgewogene Vorlage unterbreitet. Eine Vorlage, die nicht einseitig ist, die eine gute

Kompromisslösung ist für den Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und Rentner. Und vor allem: Die von allen finanzielle Opfer verlangt. Eine Vorlage, die keine reine Sparvorlage ist, wie es die vorberatende Kommission und die Stawiko gerne hätten. Aus diesen Gründen ist der AR Zug für die Vorlage des Regierungsrats. Wir legen grossen Wert auf die Umsetzung folgender zwei Punkte:
– Keine Heraufsetzung des Rentenalters auf 65. Es wird ja schon der Umwandlungssatz von 7,2 auf 6,8 % gesenkt. Der demographischen Entwicklung wird hier schon genügend Rechnung getragen.
– Besitzstandswahrung. Es soll ein Zusatzbeitrag zu dessen Finanzierung erhoben werden. Vor allem die über 44-Jährigen, die schon einige Zeit beim jetzigen Arbeitgeber sind, sollen für den neuen Einsatzsatz, der sie benachteiligt, entschädigt werden.
Alois Gössi hofft, nicht so sehr auf die Tränendrüsen gedrückt zu haben, wie dies Silvia Künzli den Verbänden unterstellte. Auch hat er keine neuen Begehrlichkeiten geweckt, sonder nur auf die Vorzüge der Vorlage des Regierungsrats hingewiesen. Für eine Unterstützung dieser Anliegen danken wir im Voraus und bitten den Rat um die Zustimmung der Anträge des Regierungsrats.

Als KMU ist es Guido **Heinrich** ein Anliegen, die einseitigen Stellungnahmen aus einer anderen Sicht darzulegen. Jeder Fluss hat zwei Seiten. Zuerst möchte er festhalten, dass er jedem Arbeitnehmer eine gute Pension von Herzen gönnt. Das Schlagwort «Leistungseinbussen» ist in den letzten Wochen zu einem richtigen Ohrwurm geworden. Die Gegenseite war nicht in der Lage, ihre Situation, die nicht annähernd an die Leistungen der kantonalen Pensionskasse kommt, offen zu legen. Der Votant fragt sich: Wo sind deren Vertreter? Die KMU können mit dem eigens verdienten Geld gegenüber der Grosszügigkeit des Kantons nicht Schritt halten. Was machen die Angestellten des Kantons Zug besser, dass sie gegenüber der Mehrheit von zirka 80 %der arbeitnehmenden Bevölkerung bevorzugt werden? Guido Heinrich ist überzeugt, dass sie gute Arbeit leisten. Aber auch die Arbeitnehmer in den KMU leisten überdurchschnittlichen Einsatz, ohne zusätzlichen Bonus, der schlussendlich auch noch von der Einkommensteuer befreit ist. Es ist ein Schlag ins Gesicht für die KMU und deren Mitarbeiter, dass der Kanton mit unseren Steuergelder so grosszügig umgeht. Aus den genannten Gründen ist der Votant für Eintreten auf die Vorlage.

Markus **Grüring** verspürt als Kommissionsmitglied und nicht zuletzt auf Grund der vielen Schreiben von Interessenvertretern das Bedürfnis, sich zu dieser Vorlage zu äussern. Doch zuerst möchte er seine Interessenbindung offen legen: Er ist BVG-Fachmann und Inhaber einer unabhängigen und neutralen Versicherungsbrokerfirma. In dieser Funktion verfügt er über zuverlässiges Zahlenmaterial, das ihm erlaubt, repräsentative Vergleiche anzustellen.
Die PK des Kantons Zug ist und bleibt, auch mit den durch die Kommission geplanten Änderungen, eine Vorsorgeeinrichtung mit herausragenden Leistungen. Dazu kommt – das muss an dieser Stelle unbedingt erwähnt werden –, dass die PK durch Othmar Müller und sein Team hervorragend geführt wird. Das war und ist zum Teil noch heute beileibe nicht überall der Fall! Gerne werden bei Vergleichen mit der heutigen Situation Pensionskassen hinzugezogen, die zwar im Kanton Zug eine grosse Bedeutung haben – z.B. die Zuger Kantonalbank, die Glencore oder die Bossard AG –, vergessen wird aber dabei, dass es eine riesige, ja überwiegende Anzahl von Arbeitnehmern inklusive Chefs gibt, die ganz normalen Sammelstiftungen gemäss

BVG-Recht angeschlossen sind. Selbst wenn alle Vorschläge der Kommission durchkommen sollten, was Markus Grüring hofft, ist die PK des Kantons immer noch hervorragend. Beispiele gefällig? Im BVG sprechen wir von einem BVG Maximum, im Moment sind das 77'400 Franken. Das ist der vom Gesetz vorgesehene und erfasste Maximallohn. Egal ob für normale Mitarbeitende oder für Chefs! Meistens kommt dann noch der Koordinationsabzug zum Tragen, so dass wir ein versichertes Gehalt, das ist schlussendlich die relevante Grösse, von maximal 54'825 Franken haben. Das ergibt dann im Idealfall eine volle Rente, die ungefähr 37 bis 40 % des BVG-Maximums entspricht. Die so genannten Risikoleistungen (Invalidität und Hinterbliebenenrenten) werden auch von dieser Basis her errechnet. Eine überwiegende Mehrzahl der KMU ist auf Grund dieses Modells versichert und haben, selbst für wesentlich besser verdienende Kader, keine Zusatzkassen. Das ist die Realität.
Beim Kanton wird es auch künftig so sein, dass das versicherte Gehalt nach oben praktisch offen ist, es kommt lediglich der Koordinationsabzug zum Tragen. Das hat zur Folge, das Angestellte des Kantons im Idealfall zwischen 57 und 60 % des letzten Lohns als Rente haben, dies ohne Maximierung, die durch das BVG vorgesehen ist. Eine wahrlich vorzügliche Leistung! Weiter kommt dazu, dass der Kanton zwei Drittel und die Mitarbeitenden einen Drittel der Beiträge bezahlen. Normalerweise ist es fünfzig zu fünfzig! Es gäbe noch weitere Beispiele zu nennen. Der Votant verzichtet darauf, denn er möchte nicht in den Verdacht geraten, den kantonalen Angestellten ihre sehr gute Pensionskasse nicht gönnen zu wollen. Ganz im Gegenteil, er gönnt sie jedem und jeder einzelnen! Als Vertreter der Wirtschaft will er lediglich darauf hinweisen, dass solch gut ausgebaute Kassen im Normalfall nur ganz selten angetroffen werden.
Markus Grüring kann das Aufheulen von diversen Verbänden und Interessengruppen nur schwer nachvollziehen. Denn eines muss man klarstellen: Kantonale Angestellte sind nicht a priori unterbezahlte Mitarbeitende mit ungenügenden Karrieremöglichkeiten. Es ist auch nicht so, dass nur die kantonale Verwaltung zum Wohlstand unseres Kantons beiträgt, nein, auch die unzähligen KMU tragen sehr viel dazu bei und der Votant möchte nicht analysieren, wer schlussendlich die besseren Arbeitsbedingungen hat. Hand aufs Herz, kontrollieren sie einmal Ihren eigenen PK-Leistungsausweis, Sie werden, sofern Sie nicht einer in meinem Votum erwähnten Vorsorgeeinrichtung angehören, mit Sicherheit zum Teil erkleckliche Unterschiede feststellen. Aber nicht zu ihren Gunsten!
Also, die Vorschläge der Kommission sind nicht eine Sparübung, sie sind nicht Diebstahl an den Mitarbeitenden, sie haben keine markante Schlechterstellung zur Folge, sie sind nicht unsozial, nein, sind schlicht und einfach zeitgemäss und angebracht. Denn schlussendlich wurde das BVG grundsätzlich für alle Arbeitnehmenden gemacht, trotzdem haben wir riesige Unterschiede. Und die Pensionskasse des Kantons Zug bleibt auch nach der Revision eine Vorsorgeeinrichtung mit hervorragenden Leistungen. Das merken die Mitarbeitenden spätestens dann, wenn sie vom Kanton zu einem Arbeitgeber in die Privatwirtschaft wechseln. Da ist schon manch einer böse erwacht und hat erst dann realisiert, wie gut er vorher gehalten war. Fazit ist: Die revidierte PK bleibt auch so sehr gut und das ist richtig so. Markus Grüring hofft aber, dass die Mehrzahl der Versicherten das endlich einmal merkt und sich nicht beklagt, weil die Kommission Vorschläge macht, über die anderswo aus bekannten Gründen nicht einmal im Ansatz darüber diskutiert werden kann. Aber nicht weil man nicht will, nein, weil die Möglichkeiten dazu gar nicht mehr gegeben sind. Denn weniger zu haben, als das BVG vorsieht, ist nicht erlaubt. In dem Sinne hofft er, dass seine Botschaft richtig angekommen ist und er bittet den Rat, den moderaten Vorschlägen der Kommission zu folgen.

Bruno **Pezzatti** ist doch etwas überrascht über das Fraktionsvotum des CVP-Sprechers. Der Kommissionspräsident hat sich auch über die Stellungnahmen der einzelnen Parteien klug gemacht. Die CVP des Kantons Zug hat in ihrer Stellungnahme zum Teil noch weiter gehende Anträge gestellt als Kommission und Stawiko. Die Anträge zur Erhöhung des Pensionsalters in der Kommission und zur Besitzstandsregelung bzw. zur Streichung der Zusatzbeiträge nach fünf Jahren stammen von Kantonsräten aus dieser Partei. Und jetzt die Kehrtwende. Es würde den Votanten nicht überraschen, wenn auch die Zuger Wirtschaftsverbände, welche ihre Stellungnahme auf diejenige der CVP abgestützt haben, über das Votum erstaunt sind.

Franz Peter **Iten** bittet den Rat als Mitglied der vorberatenden Kommission und Vertreter einer knappen Minderheit der CVP, den Kommissionsanträgen zuzustimmen. Die Kommission hat sich intensiv mit dem vorliegenden PK-Gesetz auseinandergesetzt. Auch wenn die Materie BVG nicht einfach ist, ist er überzeugt, dass das Resultat der Kommission zwar nicht in allen Teilen vollumfänglich zu befriedigen vermag, doch den Vergleich mit anderen PK, insbesondere grosser Teile der Privatwirtschaft, nicht scheuen muss. Wir werden auch mit dem neuen PK-Gesetz eine sehr gute, zukunftsweisende und finanziell starke PK haben. Gerade aus diesem Grund bittet der Votant den Rat, die Anträgen der vorberatenden Kommission und der Stawiko zu genehmigen. Wir dürfen in dieser wichtigen und nicht einfachen BVG-Frage nicht vergessen, dass wir Volksvertreter sind und es eine wichtige Aufgabe ist, Lösungen zu suchen, die dem Vergleich mit der Privatwirtschaft standhalten. Als ehemaliger und langjähriger Angestellter der öffentlichen Hand wurde Franz Peter Iten beim Wechsel in die Privatwirtschaft bewusst, was für eine ausgezeichnete PK der Kanton Zug hat. Eine PK, die viel weiter geht, als viele PK der Privatwirtschaft. Hier ist dringend eine Korrektur notwendig. Der Votant bittet den Rat gerade auf Grund dieser wichtigen Erkenntnisse, den Anträgen von vorberatender Kommission und Stawiko Folge zu leisten.

Martin B. **Lehmann** meint, man könne es drehen und wenden, wie man wolle. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die längere Lebenserwartung, die Veränderungen in der Arbeitswelt, aber auch die gesellschaftlichen Entwicklungen eine Anpassung der Finanzierungsgrundlagen unserer PK erfordern. Die über 2 Millionen Franken, welche die Kasse alleine wegen den altersabhängigen Sparbeiträgen jedes Jahr verliert, fehlen schlussendlich bei den Rentenzahlungen. Der Handlungsbedarf ist also gegeben. Wie allerdings die notwendige Revision angegangen werden soll, darüber scheiden sich die Geister diametral. Während die einen eine Besitzstandsregelung als Luxus abtun, fordern andere einen garantierten Teuerungsausgleich und eine Mindestverzinsung von 4 %. Im Spannungsfeld zwischen einer langfristig gesicherten Refinanzierung der PK und den logischen Interessen der Versicherten entspricht der regierungsrätliche Vorschlag einem Kompromiss, welcher von allen Involvierten Opfern abverlangt. Anders geht es gar nicht, denn einheitliche Sparbeiträge und -gutschriften, die Senkung des Umwandlungssatzes wegen der längeren Lebenserwartung, höhere Risikobeiträge infolge der gestiegenen Invaliditätskosten und eine Besitzstandsregelung zur Abfederung der Renteneinbussen kostenneutral auszufinanzieren, ist ein Ding der Unmöglichkeit.
Trotzdem, die Zuger Pensionskasse ist kein Sanierungsfall, wie uns dies die verschiedenen Anträge der vorberatenden Kommission vermuten lassen. Die volle Übernahme der Verwaltungskosten, die Festschreibung des Ziels einer Privatisie-

rung wie auch der ursprüngliche Verzicht auf eine Besitzstandsregelung sind inakzeptabel. Solche Sparübungen sind unsinnig, führen zu sozialpartnerschaftlichen Spannungen und schmälern die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber, was sich ausserordentlich kontraproduktiv auswirken kann. – Im Einklang mit seiner Fraktion, aber auch mit Zustimmung des Staatspersonalverbands, verschiedener Gewerkschaften und Personalverbände bitte der Votant den Rat um Eintreten auf die Vorlage und um mehrheitliche Unterstützung der regierungsrätlichen Vorlage.

Karl **Künzle** glaubt, dass es nachvollziehbar und verständlich ist, dass sich diejenigen Mitglieder des Kantonsrats, welche selber eines Tages von den nach wie vor sehr guten Leistungen der PK des Kantons profitieren wollen, hier mit Vehemenz und grossem Eifer ihre Eigeninteressen und diejenigen ihrer Kolleginnen und Kollegen vertreten. Allerdings ist auch zu beachten, dass das Geld, welches der Kanton in die PK zahlt, von den Steuerzahlern kommt. Auch von denjenigen Arbeitern und Angestellten, welche zu einem sehr grossen Teil PK-Leistungen erhalten, welche weit unter denjenigen liegen, welche die kantonale PK ausrichtet. Das Argument, sich mit den Schlechtesten zu vergleichen, sei nicht erstrebenswert, ist auch dem Votanten nicht neu. Sich nach dem oberen Extrem zu richten ist, zumindest für einige Vertreter hier, scheinbar dann opportun, wenn es sich um die eigenen Interessen handelt. Klar sollen die Mitarbeitenden des Kantons Zug anständige Löhne haben, die meisten von ihnen arbeiten auch sehr gut und mit grossem Einsatz. Selbstverständlich sollen die Sozialleistungen gut sein und die PK vernünftige Leistungen ausrichten. Aber bitte auch hier mit Mass und auch so, dass diejenigen, welche sonst als vom Staat benachteiligt betitelt werden, nicht das Gefühl haben müssen, diejenigen «dort oben» schanzten sich selber wieder die grossen Beträge und guten Leistungen zu.
Klar muss sich der Regierungsrat hinter seine Angestellten stellen, selbstverständlich werden diejenigen Mitglieder der Kommission und des Rats sich selber nicht beschneiden. Wenn nun aber die Vorschläge der Kommission als «Gingg ans Bein» der Angestellten des Kantons betitelt werden, dann ist dies nicht nur übertrieben, es ist falsch. Auch sind die Befürworter einer vernünftigen und angemessenen Anpassung weder Neider noch Leute, welche den Angestellten des Kantons eins auswischen wollen. Im Gegenteil, wir alle wohnen im Kanton Zug, wir alle sind Steuerzahler (das hofft Karl Künzle wenigstens), und vor allem, auch wir sind Kunden und freuen uns, wenn wir kompetent und freundlich bedient werden. Der Votant will keine radikale Beschneidung der Leistungen an das Personal des Kantons, die Vorschläge der Kommission bzw. der Stawiko sind aber beileibe weder radikal noch riesig. Es sind einzig vernünftige Korrekturen, notabene mit grosszügigen Übergangsregelungen.
Als Volksvertreter haben wir nicht Partikularinteressen der Verwaltung oder sogar unsere eigenen Interessen zu vertreten, sondern das Gesamtwohl, auch das Wohl der Steuerzahlenden. Die Lösungen der vorberatenden Kommission und der Stawiko sind denen in Industrie und Gewerbe vergleichbar. Dass Banken und Dienstleister teilweise grosszügiger sind, ja sein können, sollte uns nicht beirren. Der Kanton Zug ist und bleibt ein attraktiver Arbeitgeber. Stimmen Sie daher den Korrekturen von Kommission respektive Stawiko zu.

Gregor **Kupper** hat einige Stichworte gehört, zu denen er etwas sagen möchte. Zuerst zur Sparvorlage. Wir haben diesen Ausdruck in verschiedenen Voten gehört. Überlegen Sie sich, wo denn der Kanton Geld spart. Es sind auf der einen Seite die

Zusatzbeiträge, welche die Kommission nach fünf Jahren streichen will, und es ist der Verwaltungskostenanteil. Andere Sparübungen hat weder die Kommission noch die Stawiko aufgenommen oder in Aussicht gestellt. Bei den Beiträgen selbst gibt es eine Verschiebung von den Spar- zu den Risikobeiträgen. Aber per Saldo verändert sich da nicht viel. Und bei den Zusatzbeiträgen ist es so, dass ja von der Streichung letztendlich dann nicht einfach nur der Kanton oder der Arbeitgeber profitieren, sondern genau in gleichem Ausmass mit 0,5 % auch die Angestellten.
Zu den Renteneinbussen und Leistungskürzungen. Wir haben wahrscheinlich in allen Fraktionen und in den Kommissionen Vorstellungen der Vorlage erhalten. Der Votant hat vor sich von der PK des Kantons Zug, von Othmar Müller, eine Folie, die besagt, dass als Leistungsziel im heute geltenden Gesetz 57 % definiert sind. Dass in der Regierungsratsvorlage ebenfalls mit 57 % gerechnet wird. Und dass sich dieses Leistungsziel auf Grund des Kommissionsantrags – mit der Erhöhung des Rentenalters auf 65 – auf 59 % erhöht. Es soll dem Votanten jemand erklären, wo denn da die Leistungskürzungen und Renteneinbussen tatsächlich sind.
Zu Eusebius Spescha, der einleitend gesagt hat, seine Frau sei in Zwangsmitgliedschaft bei der PK des Kantons Zug. Gregor Kupper wäre glücklich, er wäre in dieser PK, auch mit den Änderungen der Kommission. Er beantragt deshalb Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zu den Kommissionsanträgen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte zuerst seine Interessenbindung bekannt geben. Er ist der Arbeitgebervertreter des kantonalen Personals und selber bei der Zuger PK versichert. Es freut ihn, mit dem Rat heute das PK-Gesetz beraten zu dürfen. Dies deshalb, weil in einem solch komplexen Geschäft enorme Vorarbeiten geleistet wurden, die sich über viele Jahre erstreckt haben, und Sie mit der Vorlage jetzt die Möglichkeit haben, unsere PK-Lösung den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen und langfristig abzusichern. Der Finanzdirektor dankt der vorberatenden Kommission und der Stawiko für die gute Vorbereitung, obwohl sich die Regierung nicht allen Gegenanträgen anschliesst.
Die PK-Lösung, die so genannte 2. Säule, regelt die berufliche Vorsorge zur Absicherung der wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod. Die gesetzliche Basis findet sich im Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) und im Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz FZG). Diese Gesetze regeln die berufliche Vorsorge im Sinne von Minimalvorschriften. In einzelnen Bereichen haben die Vorsorgeeinrichtungen weiterhin wesentliche Gestaltungsmöglichkeiten. So z.B. bestimmen sie das Primat, das Leistungs- oder Beitragsprimat, das Leistungsniveau, die Leistungsform, die Finanzierung und die Organisation.
Unsere Kasse hat eine gute gesetzliche und finanzielle Grundlage und ihre Verantwortlichen haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie das ihr entgegengebrachte Vertrauen verdienen. Unsere PK steht im Vergleich zu anderen Kassen sehr gut da. Es sei ausdrücklich betont, dass wir keine Sanierungsvorlage beraten. Deshalb greifen der Vergleich mit anderen Kantonen und dem Bund und die Angstmacherei ins Leere. Ausgehend von der Reform von 1994 hat sich die finanzielle Situation der Kasse auf Grund eigener Bemühungen kontinuierlich verbessert. Der Deckungsgrad stieg von 76,7 % im Jahr 1989 kurzfristig auf über 120 %. Die wirtschaftlich schwierigere Situation der letzten Jahre führte dazu, dass der Deckungsgrad wieder gesunken ist. Aktuell beträgt er 107,6 %. Der Votant ist mit dem Rat einig, dass er verbesserungsfähig ist. Die verantwortlichen Personen setzen sich entsprechend ein.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung geht aber auch an der Kasse nicht vorbei. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist gestiegen, die Invalidisierung hat zugenommen, das Arbeitsverhalten und die Lebensformen haben sich gewandelt. Solidaritäten zwischen Jungen und Älteren werden immer weniger verstanden. Ausserdem ruft man nach mehr Flexibilisierung des Altersrücktritts. Das sind nur einige Gründe für die Totalrevision der Zuger Pensionskasse.
Von allem Anfang war die Regierung bemüht, zwischen Machbarem und Wünschbarem zu unterscheiden. Die regierungsrätliche Vorlage ist deshalb auch nicht überladen und führt nicht zu verbesserten Leistungen. Im Gegenteil: Der Vergleich mit anderen PK-Lösungen im Kanton Zug zeigt, dass mit Ausnahme der Gewerbekasse unsere kantonale Lösung angemessen, gar unterdurchschnittlich ist. Sie ist ein Gesamtpaket, das ausgewogen ist. Die Veränderung einzelner weniger Parameter kann das System aus dem Gleichgewicht bringen. Um die Kasse langfristig stabil zu halten, leisten alle einen Beitrag. Im Einzelnen sehen die grossen Linien wie folgt aus.
Mit der *Senkung des Umwandlungssatzes* von 7,2 auf 6,8 % trägt man der längeren Lebenserwartung Rechnung. Diese Senkung geht voll zu Lasten der Versicherten. Die Renteneinbusse beträgt 5 %. Es rechtfertig sich ausdrücklich, das Pensionsalter 64 zu belassen, sind doch 3/5 der Versicherten Frauen, welche nach BVG und der AHV mindestens noch bis 2009 im Alter 64 verrentet werden. Die 11. AHV-Revision ist ja gescheitert. Auf wann sie dann wieder aufgegleist ist, wissen wir noch nicht. Bis das dann geregelt ist, könnten wir bei uns mit einer Teilrevision diesen veränderten Bestimmungen sicher wieder nachleben. Peter Hegglin ist ebenfalls der Ansicht, dass wahrscheinlich das Rentenalter über kurz oder lang wieder beraten werden muss, auch wenn der Rat heute das Alter 64 belässt. Wir empfehlen Ihnen, auf Grund der Tragweite der heute zu beschliessenden Veränderungen gemäss RR-Vorlage von einer Erhöhung des Pensionsalters abzusehen. Es wurde vorher von Gregor Kupper gesagt, das Leistungsziel werde mit der Veränderung des Rücktrittsalters nicht verändert und bleibe bei 57 %. Das ist aber nicht so. Mit der Verlängerung auf Alter 65 wird das Leistungsziel im Alter 65 59 %, und wenn dann jemand mit 64 in Pension geht, ist es dann nur noch 55 %.
Gemäss BVG müssen Arbeitgeber mindestens 50 % der *Spargutschriften* leisten. Unser bestehendes PK-Gesetz sieht vor, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer Beiträge etwa im Verhältnis von 61 : 38 leisten. Der Arbeitgeber leistet 14,7 und der Arbeitnehmer 9,3 %. Das ist etwa ein Verhältnis von einem Drittel zu zwei Drittel. Und das entspricht gemäss Statistik dem schweizerischen Durchschnitt. Also auch in diesem Bereich ist unsere Kasse nicht speziell – sie entspricht dem schweizerischen Durchschnitt. Als Abfederung beim Übergang vom Leistungs- zum Beitragsprimat wählte man 1994 Solidaritätsleistungen von jüngeren zu und älteren Mitarbeitenden. Die eingezogenen Sparbeiträge schrieb man deshalb gestuft von 14,6 % im Alter 25 bis 34 auf bis zu 26,5 % im Alter ab 55 den einzelnen Sparkonti der Versicherten gut. Damit hat man den älteren Versicherten geholfen, den Übergang vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat abzufedern. Damals ist diese Rechnung aufgegangen. Weil der Versichertenbestand aber gealtert hat, resultiert der Kasse daraus ein jährlicher Verlust von 2,5 Mio Franken, Tendenz steigend. In der Vernehmlassungsvorlage wollte man dieses Problem mit gestuften Arbeitgeberbeiträgen lösen. D.h. obwohl die Lösung in sich ebenfalls kostenneutral ausgestaltet gewesen wäre, hätten Arbeitgeber mit einem älteren Mitarbeiterbestand höhere Kosten gehabt. Der Kanton hätte pro Jahr 1,035 Millionen Franken mehr bezahlt. Diese Lösung war auch für uns unbefriedigend, aber damals der einzig gangbare Weg. Für ältere Arbeitnehmer wäre dies auch eine schlechte Lösung gewesen, weil sie auf dem Arbeitsmarkt wegen

höherer PK-Beiträge benachteiligt worden wären. Deshalb haben wir in der Auswertung der Vernehmlassung dieses gestufte Modell fallengelassen und haben zum Einheitsbeitrag gewechselt. Dies ist ein gewaltiger Paradigmawechsel und die älteren mehrjährigen Arbeitnehmer gehen den höheren Spargutschriften verlustig, dies nachdem sie jahrelang dazu beigetragen haben. In der Maximalvariante beträgt der Verlust 13 %. Und wenn man noch den Umwandlungssatz dazu nimmt, kommt man auf einen Verlust von bis zu 18 %. Bei uns hat man gesagt, dass die Versicherten diese Verluste mittragen müssen. Wir sehen keine Möglichkeit, die 150 Millionen Vorsorgekapital, welche die Arbeitnehmer verlustig gehen, zu finanzieren. Der Finanzdirektor ist aber fast sicher, dass in anderen Kantonen, wo man PK saniert, mit Summen, die weit über einer Milliarde liegen, und in Kantonen, die es finanziell wahrscheinlich viel weniger verkraften könnten, als der Kanton Zug, solche Verluste finanziert werden. Wir sind bescheiden gewesen und haben gesagt, dass es eine Übergangslösung braucht. Eine kleine, die aber mehrheitsfähig ist. Unser Vorschlag ist nur eine Minimalvariante, werden doch in 5 Jahren nur rund 30 Mio oder nicht einmal ein Fünftel des Verlustes ausgeglichen. Das Personal muss hier sehr viel verkraften. Es erstaunt Peter Hegglin, wie leichtfüssig die vorberatende Kommission darüber hinweg sah und wie schnell man die Meinung dann doch wieder änderte und zu einer Übergangslösung zurückkehrte. In seinen Augen ist das Verhältnis von Arbeitgeber zu Arbeitnehmer wesentlich und tiefgehend, so dass man nicht einfach mit einem Federstrich solche Korrekturen auslösen sollte.
Der Wechsel des Systems, die Änderung des Umwandlungssatzes, die Erhöhung der Risikobeiträge – das alles sind Massnahmen, die massgeblich zur Finanzierungssicherheit der PK beitragen. Zum Beschluss von vorberatender Kommission und Stawiko, diese Zusatzbeiträge nach Finanzierung der Übergangsregelung – also nach den fünf Jahren – zu streichen, muss der Votant Bruno Pezzatti widersprechen. Das ist natürlich kein Beitrag zur Finanzierungssicherheit der Kasse. Das gibt der Kasse im Gegenteil ja weniger Finanzierungsmöglichkeit. Denn diese Zusatzbeiträge sind ja vorgesehen zur Teilfinanzierung der Teuerung der Renten nach fünf Jahren. Und wenn Sie diese Mittel streichen, fehlt der Kasse ein Beitrag zur Teuerungsfinanzierung. D.h. es geht länger, bis sie ihr anvisiertes Ziel von 120 % Deckungsgrad erreichen kann.
Mit der *Erhöhung der Risikobeiträge* trägt man der höheren Invalidisierungsrate Rechnung. Da die Beiträge unbestritten sind, möchte der Votant nicht näher darauf eingehen. Als sehr positiv erwähnt er den Umstand, dass die Kasse zusammen mit den Arbeitgebern und im Einvernehmen mit den Arbeitnehmern mit einem Case Management durch Frühinterventionen die Arbeitsfähigkeit von versicherten Personen mit gesundheitlicher Einschränkung zu erhalten versucht. Dies ermöglicht es, die Invalidisierungsrate zu senken.
PK-Lösungen sind integrale Bestandteile von Arbeitsverhältnissen. Bis jetzt konnten wir bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeitenden auf eine gute PK-Lösung hinweisen. Falls sie heute den Vorsorgeplan gemäss den Anträgen der Kommission verschlechtern, haben wir auf dem Arbeitsmarkt klar schlechtere Bedingungen. Der Kanton Zug hat sich als Ziel gesetzt, der attraktivste Lebens- und Wirtschaftsraum in der Schweiz zu sein bzw. zu bleiben. Dieses Ziel können wir nur mit einem motivierten Mitarbeiterstab erreichen. Dieser Stab setzt momentan auch noch die Staatsaufgabenreform um. Glauben sie im Ernst, indem sie das Personal in seiner Vorsorge unnötigerweise abstrafen, dieses Ziel zu erreichen? Unsere Mitarbeitenden sehen doch auch, was in der Wirtschaft abgeht. Die Supererträge, die erwirtschaftet werden. Dass die Wirtschaft sehr gut läuft, sieht man bei den Steuererträgen. Das haben wir letztes Jahr beim Jahresergebnis gesehen. Es war kein Thema, die Mitarbeiten-

den am Ergebnis zu beteiligen. Sie haben das auch nicht verlangt. In der Privatwirtschaft wäre es aber sicher so. Und auch bei uns ist es so, dass das Personal einen grossen Beitrag zu diesem Ergebnis geleistet hat. Sie sehen es ja bei der Aufwandentwicklung. Und wenn Peter Hegglin dieses Jahr betrachtet, so geht es mit den guten Steuererträgen genau weiter und sogar noch besser. Wenn er seinen ersten Budgetentwurf für das nächste Jahr sieht, da liegen die Zahlen mindestens so hoch oder noch höher als 2005. Unter diesem Aspekt gehen Sie hin und kürzen die Leistungen des Kantons für sein Personal in der Grössenordnung von 2 Millionen Franken. Für den Finanzdirektor ist das nicht verständlich und er weiss nicht, ob das für die Motivation der Mitarbeitenden gut ist. Und wenn er sagt, der Wirtschaft gehe es gut, so haben wir doch sehr viele Leute bei uns, die arbeiten in Branchen (z.B. in der Steuerverwaltung), wo sie sehen, was geht in der Wirtschaft. Wir hatten in der Vernehmlassungsvorlage noch eine Kaderlösung vorgesehen. Damit hätten wir für unsere guten Leute spezielle Regelungen vorsehen wollen. Das ist in der Vernehmlassung auf Kritik gestossen und wir strichen es. Der Votant ist aber überzeugt, dass auch bei KMU nicht für alle Stufen gleiche Lösungen angewendet werden. Folgen Sie deshalb auch in diesem Zusammenhang den Anträgen des Regierungsrats. Wir haben dann mehr Möglichkeiten, unsere motivierten Mitarbeitenden besser an der Stange zu halten. – In diesem Sinn empfiehlt der Finanzdirektor dem Rat, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen des Regierungsrats zu folgen.

➔ Der Rat beschliesst mit 58 : 7 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1346.4 – 11980

§ 1 Abs. 1 Bst. b

Hans **Christen** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist Mitglied der PK der Stadt Zug. Von Amtes wegen hat er keine andere Funktion bei dieser Vorsorgeeinrichtung. – Zum neuen Gesetz über die Zuger PK. Bst. b regelt hier gemäss Vorlage, dass das Lehrpersonal der gemeindlichen Schulen durch die Zuger PK versichert wird. Abs. 2 umschreibt: «Es vollzieht das Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters- Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG), soweit es den Kanton Zug als Arbeitgeber verpflichtet.» In der vorberatenden Kommission hat der Votant den Antrag gestellt, dass das Lehrpersonal der gemeindlichen Schulen, sofern die Gemeinde über eine eigene öffentlichrechtliche Pensionskasse verfügt, dieses durch diese Pensionskasse versichern kann. Die Gemeinde ist Arbeitgeberin des Lehrpersonals und nicht der Kanton. Die Arbeitsverträge werden durch die Gemeinden ausgestellt und unterzeichnet. Die Gemeinden sind auch für alle anderen personellen Fragen (wie z.B. Budgetierung, Klassengrösse, Stellenplanung etc.) zuständig. Der Kanton zahlt zurzeit eine Subvention von 50 % an die Gehälter der gemeindlichen Lehrpersonen, in Zukunft wird das eine Pauschale pro Schülerin resp. Schüler sein. Auch wenn der Kanton die Lohnklasse und die Stufe für den einzelnen Lehrer oder Lehrerin festlegt, ist er immer noch nicht Arbeitgeber und das ist die zentrale Frage.
Da Hans Christen in der Kommission mit seinen Antrag unterlegen ist, hat der Stadtrat von Zug – die Stadt Zug unterhält für Ihr Personal eine eigene öffentlichrechtliche PK – bei Prof. Dr. jur. Hans Michael Riemer, Ordinarius an der Universität Zürich, ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das diese Frage beantworten soll. Bei ihm

handelt es sich unbestrittenermassen um den besten juristischen Gutachter der Schweiz in dieser Frage. Er kam in seinem Rechtsgutachten vom 6. Februar 2006 ganz klar zum Schluss, dass die Stadt Zug, die eine eigene öffentlichrechtliche Pensionskasse unterhält, ihr Lehrpersonal gemäss Art. 11 BVG – wie alle ihre übrigen Arbeitnehmer – durch ihre eigene öffentlichrechtliche Pensionskasse versichern darf. Das BVG ist Bundesrecht und gilt für alle Pensionskassen, privatrechtliche und öffentlichrechtliche. Bundesrecht bricht kantonales Recht, Gemeindeautonomie hin oder her. Kantonale Gesetze zur Gemeindeautonomie haben sich dem Bundesrecht unterzuordnen, d.h. Einschränkungen der Gemeindeautonomie gelten dann nicht, wenn das Bundesrecht weiter geht. Konkret: Wenn das Bundesrecht einem Arbeitgeber, gleich ob privatrechtlich oder öffentlichrechtlich, erlaubt, sein Personal bei einer eigenen Pensionskasse zu versichern, dann kann ein Kanton keine einschränkenden Bestimmungen erlassen. Der Votant stellt daher den Antrag, § 1 Abs. Bst. b sei wie folgt zu ergänzen:
« … Schulen, ausser eine Gemeinde unterhalte für ihr Personal eine eigene Pensionskasse.»
Er ersucht den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass dieser Antrag bereits in der Kommission gestellt wurde. Diese lehnte ihn ganz klar ab. An der kurzen Sitzung heute Vormittag, die wir nicht zuletzt wegen dem Rechtsgutachten durchführten, entschied die Kommission mit 8 : 2 Stimmen bei zwei Enthaltungen, an der Regierungsvariante festzuhalten. Die wichtigsten Gründe für diesen Entscheid sind, dass der Kanton Zug nach wie vor mit 50 % der Lehrerlöhne einen namhaften Teil an diese Kosten mit finanziert. Bei der juristischen Beurteilung durch die Finanzdirektion wurde uns auch aufgezeigt, dass das Rechtsgutachten Riemer zu kurz greift und nur die BVG-Aspekte beleuchtet, hingegen nicht die staatsrechtlichen Aspekte und Zusammenhänge. Der Votant möchte hier auch die Verfassung und die Gesetze im Kanton Zug im Bereich des Schulwesens erwähnen. Er beantragt im Namen der Kommission, die Vorlage gemäss Regierung zu unterstützen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** kann nicht mehr viel mehr sagen als Bruno Pezzatti. Das Gutachten Riemer zeigt die BVG-Bestimmungen, blendet aber die anderen öffentlichen Organisationsrechte aus. In diesem Bereich hat der Kanton natürlich Bestimmungsrechte. Die Gemeinden sind in ihrem Sachbereich so weit autonom, wenn das kantonale Recht diesen nicht abschliessend ordnet. Und in der Verfassung des Kantons Zug ist wohl die Gemeindeautonomie nicht ausdrücklich geregelt. Die Gemeinden sind aber erwähnt und die Ausnahme ist die Bestimmung gemäss dem kantonalen Gesetzgeber. Das Schulwesen ist auch nach der Volksabstimmung vom 21. Mai 2006 weiterhin eine kantonale Aufgabe. Der Kanton belässt den Einwohnergemeinden relativ wenig Organisations- und Gestaltungsfreiheit. Zahlreiche Bestimmungen über das Schulwesen finden sich im kantonalen Schulgesetz vom 27. September 1990. Und das wird auch der ZFA weiterhin so bleiben. Die geltende kantonale Regelung geht bekanntlich so weit, dass sie die Besoldung der gemeindlichen Lehrkräfte im Lehrerbesoldungsgesetz ausdrücklich und abschliessend ordnet. Die PK-Ansprüche sind Teil davon. Daher ist es auch richtig und vernünftig, dass der Kanton auch diese ordnet. Mit der ZFA erwarten die Gemeinden punkto Besoldung mehr Kompetenzen, das kantonale Lehrerbesoldungsgesetz bezeichnet allerdings immer noch die Gehaltsklassen nach den Lehrerkategorien, deklariert diese aber neu

als Minimalvorschrift. Und wenn in der Vergangenheit der Kanton 50 % der Lehrerlöhne subventioniert hat, wird er ja in Zukunft eben noch auf dieser Basis einen Beitrag in Form einer Pauschalierung pro Kind zahlen. Das wird weiterhin so bleiben. Der Finanzdirektor empfiehlt dem Rat deshalb, die vorgeschlagene Regelung zu belassen.

Eusebius **Spescha** erinnert daran, dass die Stadt Zug das nachvollziehbare Anliegen hat, ihr Lehrpersonal bei der eigenen PK versichern zu können. Das ist durchaus ein vernünftiges Anliegen. Jetzt haben wir zwei Rechtsberichte auf dem Tisch. Einerseits das Gutachten Riemer, anderseits die Stellungnahme der PK. Daraus wird eine interessante staatsrechtliche Frage. Beide gehen aber auf die entscheidende Frage gar nicht ein. Denn es ist unbestritten, dass wir im Kanton Zug eine relative Gemeindeautonomie haben. Wir haben aber gleichzeitig auch Bundesrecht. Und beide Rechtsvertreter gehen nicht auf die Frage ein, ob der Kanton in diesem Bereich, wenn der Bund eine Vorgabe macht, tatsächlich eigenständig eine andere Vorgabe machen kann. Das wäre eine rechtlich interessante Frage. Für den Votanten stellt sich die Frage: Wollen wir tatsächlich eine rechtliche Frage daraus machen und die Stadt Zug auf den Rechtsweg zwingen, indem Sie sich das vor Bundesgericht erzwingen muss. Oder wollen wir einen politischen Entscheid treffen? Persönlich schätzt Eusebius Spescha die Chancen der Stadt Zug recht hoch ein. Besser treffen wir doch einen politischen Entscheid und sagen: Das Lehrpersonal der Stadt Zug soll entscheiden können. Denn nach BVG muss das Personal in den Entscheid einbezogen werden.

Andrea **Hodel** ist ja nur Juristin und das Rechtsgutachten ist ein zweiseitiger Brief und sie weiss nicht, wer am Schluss Recht erhält. Aber sind wir doch Kantonsräte! Geben wir nicht freiwillig gute Risiken ab an eine kleine Kasse, die Mühe hat mit dem Bestand. Behalten wir sie bei uns und motivieren die Stadt Zug, zu uns zu kommen!

Hans **Christen** möchte der Stadtzugerin Andrea Hodel entgegnen, dass die PK der Stadt Zug keine Mühe hat. Der Deckungsgrad ist bei etwas über 110 %, aber bei einem technischen Zinssatz von 3,5 %. Und was das ausmacht, kann man sich ausrechnen. Er ist besser, als der Deckungsgrad der kantonalen PK. Mit rund 600 Mitgliedern ist eine Kasse sehr gut überlebensfähig. Das hat der Votant ebenfalls abklären lassen. Die kantonale PK würde keine Schmerzen erleiden, aber jedes Mitglied mehr fällt ins Gewicht und wir möchten unsere Arbeitnehmenden selber versichern.

Markus **Grüring** wird den Verdacht nicht los, dass diese Diskussion um Kaisers Bart geht. In der Kommission wurde gesagt, dass bei 600 Leuten diese 300 guten Risiken sehr gut tun würden. Das mag ja wohl sein. Es wurde auch gesagt, dass man vor drei oder vier Jahren abgelehnt habe, die Leute der Stadt Zug in die PK des Kantons zu überführen. Das wäre die richtige Lösung gewesen. Es ist auch heute noch nicht zu spät, gescheiter zu werden. Wo liegt eigentlich der Vorteil für die direkt Betroffenen? Das hat ihm niemand sagen können.

Hans **Christen** weist darauf hin, dass die Reglemente ungefähr gleich sind. Das Rentenziel ist bei 62 %, beim Kanton liegt es bei 57 %. Das ist vielleicht der Vorteil

bei der Stadt. Aber sonst ist es sozusagen das Gleiche. Das hat der Votant aber bereits auch in der Kommission schon gesagt.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Christen mit 46 : 14 Stimmen ab.

§ 3 Abs. 1

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AF die Streichung von § 3 beantragt und dann natürlich in der Folge auch von § 4. Die PK muss nicht weitere Vorsorgepläne anbieten. Heute bietet sie allen Versicherten, ob beim Kanton oder bei einer der rund 90 angeschlossenen Organisationen angestellt, die gleichen Leistungen in Form eines einzigen Standard-Vorsorgeplans. Das soll auch weiterhin so bleiben. Zu befürchten ist nämlich, dass schlechtere Vorsorgepläne bis hin zum BVG-Minimum angeboten würden, was zu einer generellen Abbau-Spirale bei den angeschlossenen Arbeitgebern, letztlich aber auch beim Kanton selbst führen könnte. Argumentiert wird mit verbesserten Marktchancen. Doch die Alternativen sind überzeugt, dass kein geschäftliches Bedürfnis besteht. Die Gefahr, dass zahlreiche Arbeitgeber abspringen, ist gering. Neue anzulocken ist nicht notwendig auf Grund der guten Grösse der Kasse. Zudem soll die PK nicht Versicherungsmakler werden. Denn auf Grund mehrerer Produkte würde der Verwaltungsaufwand ansteigen, der ja dann noch – gemäss vorberatender Kommission – voll zu Lasten der Kasse ginge. Der Votant befürchtet Ineffizienz und Mehrkosten. An der Kommissionssitzung legte zudem ein Vertreter der äusserst florierenden PK der Stadt Zürich dar, dass sich bei ihnen die Einführung von verschiedenen Vorsorgeplänen als Flop erwiesen hat. Zu wenig Kunden, zu hohe Kosten. Nun bietet die PK der Stadt Zürich wieder nur einen Plan an, und dies mit Erfolg.

Markus **Jans** beantragt ebenfalls, § 3 zu streichen. Die Zuger PK geniesst im Kanton Zug einen guten Ruf, und das nicht nur beim Personal. Mit den Absätzen 2 und 3 von § 3 wird dieser Ruf aufs Spiel gesetzt. Wir gehen davon aus, dass bestimmte, bereits bei der Zuger PK versicherte Arbeitgeber für ihr Personal einen schlechteren Vorsorgeplan abschliessen werden. Schlechter heisst in diesem Sinn, dass vor allem Arbeitgebende eine tiefere Prämienbelastung anstreben werden. Die PK ist mit *einem*, aber für beide Seiten klaren Standardvorsorgeplan gut bedient. Damit weiss jeder Arbeitnehmende und Arbeitgebende, von was gesprochen wird, und es entsteht keine Verwirrung unter den angeschlossenen Versicherten. Die Arbeitgebenden wissen, auf was für ein Angebot sie sich einlassen, und ein weiterer Wildwuchs von Vorsorgeplänen wird verhindert. Die Zuger PK positioniert sich damit klar am Markt und ist mit ihren Leistungen transparent. Auf Grund dieser Ausführungen stellt der Votant den Antrag, § 3 zu streichen. Daraus ergibt sich, dass auch § 4 ersatzlos gestrichen werden kann. Sie stellen fest, dass mit diesem Antrag das Gesetz weiter entschlackt wird, was bei dieser Vielzahl von Paragraphen nicht unwesentlich ist. Vielen Dank, wenn Sie den Antrag unterstützen.

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass diese Anträge bereits in der Kommission gestellt worden sind. Die Kommission hat den Antrag von Stefan Gisler mit 9 : 5 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Welches sind die Überlegungen der Kommission? Sie ist

der Auffassung, dass vor allem § 3 es der PK erlaubt, flexible Angebote anzubieten. Es ist aber auch so, wie Sie in Abs. 2 beim Antrag der Kommission sehen können, dass die Vorsorgepläne so konzipiert sein müssen, dass die Staatsgarantie nicht zum Tragen kommt. Mit anderen Worten: Die Beiträge sind dann so festzulegen, dass die zugesagten Leistungen versicherungstechnisch vollständig finanziert sind. Der Kommissionspräsident beantragt, den Antrag Gisler abzulehnen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** schliesst sich den Ausführungen des Kommissionspräsidenten an.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag mit 52 : 13 Stimmen ab.

§ 6 Abs. 4

Bruno **Pezzatti** weist darauf hin, dass bei diesem wichtigen Punkt unterschiedliche Anträge von Kommission/Stawiko und Regierung vorliegen. Die Frage des Rentenumwandlungssatzes bzw. Pensionierungsalters die §§ 6, 9 und 32 betreffen und in einem Zusammenhang zueinander stehen. Der Umwandlungssatz ist bei der Finanzierungssicherheit von Kassenleistungen der mit Abstand wichtigste Faktor. Je höher der Umwandlungssatz im Verhältnis zum Pensionierungsalter und zur anschliessenden Restlebenserwartung definiert wird, desto höher sind die Sparprämien der Versicherten und Arbeitgeber auszugestalten. Steigt die durchschnittliche Lebenserwartung, so ist bei gleich bleibenden Versicherungsbeiträgen der Rentenumwandlungssatz zu senken oder das Pensionierungsalter zu erhöhen. Die vom Regierungsrat angestrebte Angleichung des Umwandlungssatzes der Zuger Pensionskasse von zurzeit 7,2 % an die vom Bundesrat für die BVG-Leistungen definierten 6,8 % ist richtig. Dabei ist davon Kenntnis zu nehmen, dass die vorgeschlagene Reduktion um 0,4 % in einer Übergangszeit von sieben Jahren schrittweise vollzogen wird. Dies im Gegensatz zum Vorgehen von vielen privaten Pensionskassen und Sammelstiftungen, welche diese Reduktion im Jahre 2005 in einem Schritt vollzogen haben. Die erwähnten privaten Kassen und Sammelstiftungen haben im 2005 zudem darüber hinaus den Rentenumwandlungssatz für die überobligatorisch versicherten Lohnbestandteile im gleichen Zug auf 5,7 % bei den Frauen bzw. auf 5,8 % bei den Männern reduziert. Bei den in den betroffenen privaten Kassen und Sammelstiftungen versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutete diese Reduktion eine Rentenkürzung von bis zu 30 %. Diese Leistungsverschlechterungen mussten in der Privatwirtschaft in den meisten Fällen ohne Ausgleichszahlungen hingenommen werden.
Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass die vom Regierungsrat vorgeschlagene graduelle Reduktion des Umwandlungssatzes von 7,2 auf 6,8 % für den gesamten versicherten Lohn sicher ein Schritt in die richtige Richtung darstellt, aus der Sicht einer nachhaltigen Finanzierungssicherheit und unter Berücksichtigung der weiter zunehmenden Langlebigkeit jedoch ungenügend ist. Es wurde deshalb ein Antrag auf Senkung des Umwandlungssatzes auf rund 6,6 % gestellt, der von der Kommissionsmehrheit zunächst gutgeheissen wurde. Der Antrag wurde jedoch später zu Gunsten eines Antrags auf eine weniger weit gehende Massnahme, d.h. eine geringfügige Erhöhung des Pensionierungsalter von 64 auf neu 65 Jahre für Männer und Frauen, zurückgezogen.

Die Kommission hat am Antrag auf Erhöhung des Rentenalters in der 2. Lesung, im Nachgang zu einem Rückkommensantrag, mit 13 : 1 festgehalten. Im Hinblick auf die recht kurzfristig in Kraft tretenden Bestimmungen zum neuen Pensionsalter beantragt die Kommission zwecks Milderung von Härten einstimmig eine Übergangsregelung zum erhöhten Rentenalter resp. zum Umwandlungssatz, indem dieser während einer Übergangszeit von zwei Jahren nur um die Hälfte reduziert wird. – Der Votant beantragt, die Lösungsvariante von Kommission und Stawiko zu unterstützen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko ursprünglich eine ganz andere Variante im Auge gehabt hat, nämlich sich ganz an die Bundeslösung anzugliedern und in Zukunft darauf zu basieren. Es hat sich aber dann bei den juristischen Abklärungen gezeigt, dass dies gar nicht möglich ist. Es gibt dort eine Nichtgleichbehandlung von Mann und Frau. Auf Bundesebene lässt sich das nicht einklagen, hingegen auf kantonaler Ebene beim Bundesgericht oder beim Bundesversicherungsgericht. Deshalb jetzt dieser Wechsel zur Lösung der Kommission. Die Stawiko unterstützt diesen Antrag mit grosser Mehrheit. Wie wir gehört haben, wird beim Bund ein unter 6,8 % liegender Umwandlungssatz und eine Anhebung des Rentenalters diskutiert. Wir geben der Lösung den Vorzug, dass die Versicherten ein Jahr länger arbeiten müssen, in der Folge dann aber von einem Umwandlungssatz von 6,8 % profitieren können. Zudem kennen wir kein Renten-Splitting, was ebenfalls ein Vorzug unserer PK-Lösung ist. Wir sind der Meinung, dass diese im Vergleich zum Vorschlag der Regierung etwas konservativere Lösung dem Ziel einer langfristigen Sicherstellung der Finanzierbarkeit der kantonalen PK näher kommt. Ein weiteres Absenken des Umwandlungssatzes wird mit dieser Lösung wahrscheinlich wesentlich hinausgezögert und wir müssen erst dann wieder über eine Absenkung diskutieren, wenn die Finanzierbarkeit trotz Rentenalter 65 nicht mehr gewährleistet ist. Unterstützen Sie deshalb den Kommissionsantrag!

Anna **Lustenberger-Seitz** spricht ausdrücklich zum Rentenalter 64. Die AF unterstützt mit Nachdruck den Vorschlag des Regierungsrats, die für die Beibehaltung des Rentenalters ist. Es geht vor allem nicht an, dass die Versicherten zwei Mal zur Kasse gebeten werden. So wird – mit entsprechenden Leistungskürzungen für die Versicherten – bereits der Umwandlungssatz von 7,2 auf 6,8 % gesenkt. Damit wird der demographischen Entwicklung, wie das bereits Alois Gössi gesagt hat, bereits genügend Rechnung getragen.
Es ist ganz klar, die meisten Menschen wollen arbeiten und arbeiten gerne. Gerade in unseren Breitengraden werden wir stark nach unserer Arbeit, nach unserer beruflichen Stellung gemessen und eingeschätzt. Oft zu stark, denkt die Votantin. Es ist aber so: Arbeit gibt Bestätigung, Befriedigung; es ist ein gutes Gefühl etwas zu leisten und damit Anerkennung zu erhalten. Trotzdem soll hier die Frage gestellt werden: Wann stellen Sie sich vor, ins Pensionsalter zu gehen? Viele, welche die 50 Jahre schon überschritten haben, machen sich solche Gedanken und haben auch schon ganz klare Vorstellungen. Jedoch nur schon die Tatsache, dass Sie sich, dass wir uns, diese Frage überhaupt stellen, zeigt, dass sich der grosse Teil von uns einen vorzeitiger Ausstieg, ganz oder zu mindesten teilweise, auch wirklich leisten kann. Da spielt das offizielle Rentenalter 64 oder 65 eben keine Rolle. Wissen Sie, dass gemäss Statistik in der Schweiz nur 30 % der Erwerbstätigen genau mit dem Erreichen des gesetzlichen Rentenalters aus dem Berufsleben ausscheiden? 50 % lassen sich früher pensionieren oder werden vorher entlassen. 20 % arbeiten über das Ren-

tenalter hinaus. Gemäss einer Genfer Studie steht fest, dass vor allem körperlich schwer belastete Arbeiterinnen und Arbeiter vorzeitig mit der Arbeit aufhören müssen. Das sind meistens nicht Grossverdiener, das heisst sie werden zu Arbeitslosen, Invaliden, ja sogar ausgesteuert. Eine Frühpensionierung können sich schlichtweg nicht alle leisten. Die Kommission schlägt zwar vor, dass die Überbrückungsrente von jährlich 23'220 Franken, die während drei Jahren gewährt wird, neu auf fünf Jahre aufgeteilt werden darf. Also 69'660 Franken sollen für fünf Jahre bis zur AHV reichen. Das macht pro Monat einen Zustupf von nur noch 1'160 Franken. Das ist nicht viel. Mit sowenig können sich nur Leute mit einer hohen Ersparnis einen frühzeitigen Rücktritt erlauben. Die Kommission ist auch nicht bereit, eine spezielle Lösung für Leute mit tiefem Einkommen anzubieten.
Sagen Sie selber, können sich die kantonalen Werkarbeiter, Krankenpflegrinnen und Pfleger, das Haushalt-, Küchen- und Servicepersonal in den Altersheimen und in anderen Institutionen eine Frühpensionierung leisten? Wohl kaum! Wenn die Kommission nun das Rentenalter auf 65 erhöhen will, tönt dies, als wäre dies ja für alle bestens möglich. Die Kommission vergisst dabei, dass die Arbeitsanforderung an uns alle gestiegen ist, es muss viel geleistet und exzellente Arbeit verrichtet werden. Stress ist uns allen ein Begriff. Die Qualität der Leistungen wird kontrolliert und permanente Weiterbildung wird erwartet. Wer nichts leistet, und zwar im hohen Mass, ist nichts wert – dieser Trend ist heute da. Wir sind aber auch nur Menschen mit begrenzten psychischen und physischen Kräften. Wir werden zwar älter, das heisst aber überhaupt nicht, dass auch unsere Kräfte sich anpassen und unser Körper weniger schnell abbaut. Mir scheint, dass dies mehr und mehr vergessen geht – wir sind keine Übermenschen und keine Roboter. Oder sind wir bereits auf dem Weg, dass wir uns immer weniger spüren und bis zu Herzinfarkts, Hirnschlägen, Burnouts und anderen Zusammenbrüchen funktionieren müssen? Gegen solche Tendenzen wehrt sich Anna Lustenberger, auch im Namen ihrer Fraktion. Unterstützen daher auch Sie den Antrag des Regierungsrats. Das Rentenalter darf in der heutigen Zeit nicht auf 65 Jahre heraufgesetzt werden!

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte sich zu dieser zentralen Frage ebenfalls noch äussern, obwohl er bereits beim Eintreten vieles dazu gesagt hat. Er hat vor allem darauf hingewiesen, dass mit der Gesetzesrevision 1994 man schon einmal die Hausaufgaben machte. Das war schon ein mutiger Schritt, den der Rat vollzog. Viele Parlamente und viele Träger von Pensionskassen haben das bis heute noch nicht gemacht. Und heute gehen wir noch einen Schritt weiter, indem wir den Umwandlungssatz senken, indem wir die Einheitsspargutschriften einführen, indem wir die Risikobeiträge erhöhen. Und das sind die zentralen Elemente zur langfristigen Absicherung unserer PK. Wenn vorhin erwähnt wurde, dass der Bund eine Senkung des Umwandlungssatzes unter 6,8 % vorsieht, dann ist das nicht auf Grund der längeren Lebenserwartung, sondern wegen der aktuellen Renditeerwartung auf dem Kapitalmarkt. Dieser Grund hat die Diskussion angeheizt und auch dazu geführt, dass eine Vernehmlassung dazu durchgeführt wurde. Man sollte sich nun aber nicht von dieser Diskussion blenden lassen, sondern schauen, wie die Situation aussieht.
Wenn der Finanzdirektor für letztes Jahr die Performance der verschiedenen PK anschaut, gibt es gewaltige Unterschiede. Und ist es dann richtig, unser Personal auf Grund dieser Unterschiede zu bestrafen? Es wurden vorhin mehrmals die Sammelstiftungen erwähnt. Es ist leider so, dass die Performance bei diesen die schlechteste ist. Die grossen liegen bei 4,5, 3,75 oder 3 %. Und wenn man damit die Performance unserer Kasse vergleicht, dann sind wir bei 14,18 %. Dazwischen liegen Wel-

ten. Das hat damit zu tun, dass die verantwortlichen Gremien dieser Kassen vielleicht eine falsche Anlagestrategie fahren oder dann eben im falschen Moment ihre Strategie ändern und ihre Wertschriften dann verkaufen, wenn es nicht gut. Das haben wir bei uns nicht gemacht. Auf Grund der guten Situation bei uns sieht Peter Hegglin die Notwendigkeit nicht, mit diesem Griff quasi den Umwandlungssatz indirekt auf 6,62 zu reduzieren. Indem Sie das Rentenalter auf 65 anheben, reduzieren Sie den Umwandlungssatz bei 64 auf 6,62 %. Der Votant möchte dem Rat beliebt machen, es so zu belassen auf Grund unseres Versichertenstamms. Drei Fünftel sind Frauen. Diese haben in der AHV mindestens bis 2009 immer noch das Rücktrittsalter 64. Wenn es dann so weit ist, werden wir mit einer Teilrevision unseres PK-Gesetzes auf diese Bestimmung zurückkommen. Diese Möglichkeit haben wir dann auf jeden Fall.

Die **Vorsitzende** macht den Rat darauf aufmerksam, dass die Abstimmung über § 6 Abs. 4 Auswirkungen auf mehrere Paragraphen hat. Und zwar betrifft es § 9 Abs. 1 sowie § 32 Abs. 1 und 2. Wir stimmen also hier über ein Gesamtpaket ab. Über die anderen §§ wird dann nicht mehr abgestimmt.

➔ Der Rat schliesst sich mit 47 : 21 Stimmen dem Antrag von vorberatender Kommission und Stawiko an.

§ 7 Abs. 5

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier Streichungsantrag von Kommission und Stawiko vorliegt, der auch von der Regierung unterstützt wird.

➔ Einigung

§ 9

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Entscheid bereits mit der Abstimmung über § 6 Abs. 4 gefallen ist.

§ 10 Abs. 2

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Kommissionsantrag hier sowohl von Stawiko wie Regierung unterstützt wird.

➔ Einigung

§ 13 Abs. 1 Ziff. 2

Bruno **Pezzatti** weist darauf hin, dass wir jetzt zum zweiten wichtigen Punkt kommen, wo wir unterschiedliche Anträge von Kommission/Stawiko und der Regierung haben. Auch hier ist es ein Paket. Es betrifft die Frage der Besitzstandsregelung bzw. der Zusatzbeiträge. Sie wird geregelt in den §§ 13, 14, 33 und 33bis. Die Kommission war in Bezug auf die vorgeschlagene Besitzesstandregelung mehrheitlich der Auffassung, dass die Versicherten mit der heute geltenden Vorsorgeordnung sehr komfortable Vorsorgeleistungen erhalten. Ein Hinweis dafür gibt die Tatsache, dass die Renten im Vergleich zum anvisierten Leistungsziel von 57 % bei der tiefen Teuerung der letzten Jahre generell regelmässig zu hoch ausfallen, d.h. bis zu 68 %. Wenn weiter berücksichtigt wird, dass die individuellen Alterspargutschriften seit der letzten Revision 1994 vor allem bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit 22,3 % für die 45-54 Jährigen und 26,5 % für die 55-64 Jährigen im Quervergleich zur Privatwirtschaft überaus grosszügig, sind, ist nachvollziehbar, dass eine Mehrheit der Kommission ursprünglich auf die Besitzesstandregelung verzichten wollte. Die Kommission ist jedoch an der heute früh stattgefundenen Sitzung auf ihren Beschluss zurückgekommen und hat sich dem Stawiko-Antrag auf Beibehaltung der Besitzesstandsregelung, jedoch mit dem Zusatz, dass die Zusatzbeiträge nach Ablauf der Übergangsregelung ersatzlos aufgehoben werden, angeschlossen. Dieser Beschluss wurde mit 7 : 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen gefasst. Der Kommissionspräsident ersucht den Rat, den gemeinsamen Antrag von Stawiko/Kommission zu unterstützen. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden dadurch nach fünf Jahren um die Zusatzbeiträge von 1 resp. ½ % entlastet.

Peter **Dür** erinnert daran, dass die Stawiko von Beginn weg die Besitzstandsregelung bzw. die Übergangsregelung befürwortete. Es geht hier eigentlich nur um die Differenz bei der Dauer dieser Zusatzbeiträge. Nur fünf Jahre oder längere Zeit, wie das die Regierung wünscht. Wie bereits in unserem Bericht erwähnt, wurden diese Zusatzbeiträge von 2 % seit der letzten Gesetzesrevision erhoben. Sie waren damals primär dazu vorgesehen, den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat zu finanzieren, weil die damit zusammenhängende Deckungslücke der Pensionskasse von rund 97 Mio. Franken vom Kanton nicht ausfinanziert worden ist. Die Stawiko ist der Meinung, dass diese Zusatzbeiträge systemfremd sind, weil eine Pensionskasse im Beitragsprimat mit Spar- und Risikobeiträgen ausreichend finanziert sein müsste. Ein allfälliger Teuerungsausgleich auf Renten muss über das ordentliche Ergebnis der PK, namentlich über Vermögenserträge, finanziert werden. Im Bereich der Zusatzbeiträge werden neu einheitliche Sparbeiträge vorgesehen, und der vorbestehende Umverteilungsmechanismus von jüngeren zu älteren Arbeitnehmern aufgehoben. Es wäre nun systemfremd, hier wieder einen Umverteilungsmechanismus vorzusehen, d.h. dass die Arbeitnehmenden den teilweisen Teuerungsausgleich der Renten direkt mitfinanzieren müssten. Die Stawiko ist deshalb der Meinung, dass Zusatzbeiträge lediglich noch während einer begrenzten Dauer von fünf Jahren und ausschliesslich für die Finanzierung der Besitzstandsgarantie erhoben werden sollten. Sollte in Zukunft eine relevante Teuerung nicht mehr über den Geschäftsgang teilfinanzierbar sein, ist es aus Sicht der Stawiko ehrlicher, diese Teilfinanzierung der Teuerung über höhere reguläre Beiträge zu erreichen.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass die vorberatende Kommission heute Morgen um sieben Uhr noch getagt hat und auf den Vorschlag der Stawiko eingeschwenkt ist. Er möchte den Sinn von solchen Last-Minute-Sitzungen nicht an dieser Stelle erörtern. – Die Kommission will nun ebenfalls über fünf Jahre Zusatzbeiträge für die Besitzstandsregelung aufwenden. Doch die Leistung für die Versicherten ist dennoch tiefer als beim regierungsrätlichen Vorschlag. Denn die Zusatzbeiträge bei den Arbeitnehmenden werden um 0,5 % gesenkt. Die Alternativen unterstützen die Regierung, die in § 13 eine annehmbare Besitzstandsregelung vorschlägt. Und dafür in § 14 genügend hohe Zusatzbeiträge – nämlich je 1 % bei Arbeitgeber und Arbeitnehmer – vorsehen. Es geht auch um den Ruf des Kantons als zuverlässiger und berechenbarer Arbeitgeber. Es geht doch nicht an, dass jahrelange Mitarbeitende – es trifft vor allem die über 44-Jährigen – auf Grund eines Systemwechsels plötzlich tiefere Leistungen erhalten. Das gilt auch mit dem Stawiko-Vorschlag immer noch. Und es ist ja nicht so, dass die Regierung hier nicht schon eingespart hätte. Sie will ja die Besitzstandsregelung kostenneutral durchführen und sie zu Lasten des Teuerungsausgleichs finanzieren. D.h. real erhalten die Versicherten bereits mit dem Regierungsvorschlag weniger. Die Krux am neuen Vorschlag ist, dass die Stawiko und die vorberatende Kommission nach fünf Jahren sämtliche Zusatzbeiträge auf Null streichen wollen. Das ist dann für immer und es ist dann fertig mit diesem Geld. Der Finanzdirektor hat es beim Eintreten erwähnt: Dieses Geld fehlt nachher. Klar wäre es dann ehrlicher, wie der Stawiko-Präsident gesagt hat, man würde das nicht systemfremd anwenden und die anderen Beiträge erhöhen. Aber das machen wir ja nicht – auch in Zukunft wird dieser Kantonsrat das niemals machen. Tun Sie also nicht so, als würde das dann später geschehen. Bleiben Sie beim regierungsrätlichen Vorschlag. Stefan Gisler weiss auch nicht, welcher Sparteufel die Kommissionen hier geritten hat. Denn in der Vernehmlassung hatte kein einziger Arbeitgeber und auch keine einzige Arbeitnehmerorganisation eine solche Massnahme verlangt. Max Uebelhart hat es in der Eintretensdebatte bereits erwähnt. Bitte stimmen Sie der Regierung zu, und das auch in § 14 Abs. 4, wo es heisst, dass die Arbeitgebenden die Verwaltungskosten hälftig tragen. Das macht Sinn.

Martin B. **Lehmann** hält fest, dass im Zuge der Umstellung auf altersunabhängige Spargutschriften eine Besitzstandsregelung für die SP-Fraktion ein eigentliches pièce de resistance ist. Über 45-Jährige, welche seit Jahren mit dem bestehenden Umlagesystem substanzielle Sparbeiträge für die Älteren mitfinanzieren, kämen jetzt eigentlich in eine Phase, da sie selber davon profitieren würden. Durch die Einführung von einheitlichen Sparbeiträgen und Gutschriften wird ihnen dies aber verunmöglicht. Die vorgeschlagene Besitzstandsregelung federt die Renteneinbussen, welche im schlimmsten Fall bis zu 13 % betragen können, wenigstens teilweise ab. Der Votant bittet den Rat im Namen der SP-Fraktion dringend, die Besitzstandsregelung gemäss Regierungsvorlage beizubehalten. Dies explizit für die §§ 13 und 14.

Bruno **Pezzatti** möchte zu zwei Feststellungen von Kommissionsmitglied Stefan Gisler aus Sicht der Kommission eine Gegenfeststellung anbringen. Zunächst einmal zu seiner Behauptung, dass von Arbeitgeberseite keine Forderung gestellt worden sei, bei den Zusatzbeiträgen eine Reduktion oder gar eine Aufhebung zu verlangen. Das Gegenteil ist wahr. Wir haben ein Hearing durchgeführt, nicht nur mit der Arbeitgeberorganisation, sondern auch mit den Personalverbänden, und eine der zentralsten Forderungen der Arbeitgeberorganisationen, der Wirtschaftsverbände waren die

Zusatzbeiträge, die in ihren Augen zu streichen sind. Es ist auch daran zu erinnern, dass die Zusatzbeiträge seinerzeit 1994 bei der Revision des PK-Gesetzes nicht zuletzt deshalb eingeführt wurden, um die finanziellen Auswirkungen des Wechsels vom Leistungs- zum Beitragsprimat abzufedern, um einerseits sicher zu stellen, dass die individuellen Spareinlagen der Versicherten höher ausgestaltet werden können als bisher, und anderseits mit einem Teil dieser Zusatzbeiträge auch die Teuerung zu bezahlen. Wir haben heute die Situation, dass jetzt diese Zusatzbeiträge seit 1994 geleistet worden sind und auch dazu beigetragen haben, dass sehr grosszügige Spareinlagen bei den einzelnen Versicherten gemacht werden können. Und diese werden in Zukunft in dieser Form nicht mehr nötig sein.
In Bezug auf die Teuerung weist der Votant darauf hin, dass in § 12 Abs. 1 geregelt wird, dass auf die Renten eine Teuerungsauslage ausgerichtet wird, soweit es die finanzielle Lage der Zuger PK erlaubt. Dieser Grundsatz ist im Gesetz gesetzt und ist auch richtig. Der Kommissionspräsident hat vorhin feststellen können, dass Stefan Gisler die Zürcher PK erwähnt hat. Es stimmt, wir haben den Leiter ebenfalls zu einem Hearing eingeladen – übrigens eine öffentlichrechtliche PK, die auf die Staatgarantie verzichtet seit Jahrzehnten schon. Und diese PK ist sehr gut geführt, hat einen ausgesprochen hohen Deckungsgrad ohne Staatsgarantie und kann aus den eigens erwirtschafteten Mitteln eben auch die Teuerung ausrichten. Das zeigt, dass hier auch eine Konzeption, welche nicht den Ausgleich der Teuerung zwingend vorschreibt, durchaus auch zu guten Ergebnissen führen kann. Bitte unterstützen Sie den Antrag von Stawiko und Kommission!

Arthur **Walker** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist seit 30 Jahren in dieser PK versichert, ist mittlerweile 57 Jahre alt, also im letzten Viertel des aktuell gültigen Systems. Vielleicht zur Erinnerung: Die kantonale PK ist entstanden aus der Lehrerpensionskasse. So verstehen Sie vielleicht besser, dass der Votant auch emotional mit dieser Kasse verbunden ist.
Die PK ist in erster Linie eine berufliche Vorsorgeeinrichtung für Menschen. In zweiter Linie ist sie ein Unternehmen mit sehr grossen finanziellen Mitteln und entsprechenden Chancen und Risiken. Die Änderungsanträge von Kommission und Stawiko sind leider *seines Erachtens* nach wie vor einseitig mit dem Fokus auf Finanzen, der Arbeitgeber und des Kantons ausgerichtet. Sie können ruhig eine andere Meinung haben. Sie berücksichtigen aber nirgends oder kaum die konkreten negativen Auswirkungen auf die Versicherten, und zu ihnen zählt auch Arthur Walker. Die Revision bringt bei den Spargutschriften einen fundamentalen Systemwechsel. Weg von der Solidarität zwischen Jung und Alt, die er jetzt 30 Jahre lang ohne Probleme mitgetragen hat. Die damit verbundenen einseitigen negativen Auswirkungen auf ältere, langjährige Versicherte hat der Regierungsrat erkannt. Er legt dazu in Form einer Besitzstandsregelung – auch wenn dem Votanten wie seinem Ratsnachbar dieser Begriff nicht gefällt – eine Milderung vor. Das fehlende Augenmass jener, die diese Regelung streichen wollen, enttäuscht ihn, überrascht ihn aber nicht.
In diesem Zusammenhang ein kleiner mathematischer Exkurs. Die Reduktion des Umwandlungssatzes von aktuell 7,2 auf 6,8 % entspricht einer Reduktion von 0,4 %. Zählt man nun die Reduktion der Spargutschriften, z.B. für Versicherte im Alter über 55 von 8 % dazu, ergibt das ein Minus von 8,4 %. Wäre doch eigentlich verkraftbar! In Tat und Wahrheit sieht es aber ganz anders aus und es hat sehr gravierende Auswirkungen. Prozent ist eben nicht Prozent. Dazu eine kleine Geschichte. Trifft sich anlässlich einer Klassenzusammenkunft ein ehemaliger Schüler, der in der Mathematik nicht gerade ein Hirsch war, mit seinem ehemaligen Lehrer. Dieser fragt:

«So, wie geht's?» Er voller Stolz: «Ich bin heute Unternehmer, habe ein Geschäft, und das Prozentrechnen habe ich jetzt begriffen. Ich kaufe exzellente Kugelschreiber für einen Franken, schlage ein Prozent drauf und verkaufe sie für zwei Franken.» Rechnet man aber die prozentualen Reduktionen richtig um, ergibt sich im erwähnten Beispiel eine tatsächliche Schlechterstellung von 5,6 % beim Umwandlungssatz. Und da haben Sie sicher gehört, dass die Angestelltenverbände das tragen wollen. Das ist kein Problem. Und dann ein effektives Minus von beispielsweise 30,2 % bei den Spargutschriften im Fall Arthur Walkers. Jetzt verstehen Sie, wieso er den Antrag der Regierung für seine Kolleginnen und Kollegen stellt. Er bittet den Rat deshalb, diesen Antrag zu unterstützen. Und zwar die Zusatzbeiträge so, wie es der Regierungsrat vorschlägt, in das Gesetz aufzunehmen.

Max **Uebelhart** meint, es sei nicht ganz so, wie es Bruno Pezzatti vorher dargestellt habe. Wenn Sie § 13 nehmen, ist es dort in Worten gefasst. Die Auswirkungen sehen Sie dann in Prozenten in § 14. Die vorgeschlagene Lösung von Kommission und Stawiko sieht jetzt je eine Reduktion von 0,5 % bei Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor. Die Wirtschaftsverbände haben uns einfach ihre eigenen Lösungen vorgestellt. Diese bewegten sich im Rahmen von 5,6 und 6 %. Und das etwa von beiden gleich getragen. Bei der Vernehmlassung hat kein Arbeitgeber (die Wirtschaftsverbände sind keine Arbeitgeber, sondern Verbände) moniert, dass er weniger bezahlen möchte. Und die Arbeitnehmer schon gar nicht. Wir überstülpen ihnen jetzt einfach eine Reduktion. Aus politischer Sicht ist das für die Arbeitgeber noch zu verstehen. Für den Kanton können wir entscheiden, dass er da weniger Geld in die Hand nehmen muss. Aber für die Arbeitnehmer jetzt auch noch eine Reduktion zu stipulieren, begreift Max Uebelhart wirklich nicht. Zumal man ja klar deklariert, wofür diese Zusatzbeiträge in Zukunft gebraucht werden. Man hat das 1994 deklariert und deklariert es heute wieder. Für diese Besitzstandeinlagen und die anschliessende Teilfinanzierung der Teuerung. Und wenn man einfach sagt: Die Kasse soll dann das Geld erwirtschaften, um die Teuerung zu bezahlen, wissen diejenigen, die das sagen, genau so gut wie der Votant, dass das gar nicht möglich ist, dass die Kasse immer noch mehr erwirtschaften kann und auch locker diese Teuerung bezahlen kann. Hier wird Abbau pur vorgeschlagen. Ein Abbau, der in der Vernehmlassung so nicht zum Vorschein gekommen ist.

Bruno **Pezzatti** glaubt, dass bei Arthur Walker ein Missverständnis vorliegt. Der Votant hat ja einleitend gesagt und es geht auch aus der Synopse hervor, dass die Besitzstandregelung, wie sie der Regierungsrat vorgeschlagen hat, auch von der Kommission unterstützt wird. Wir haben hier entgegen dem früheren Antrag die Beibehaltung der Besitzstandsregelung, bzw. der Übergangsregelung. Was neu ist gegenüber dem Regierungsantrag, dass die Zusatzbeiträge nach Ablauf der Finanzierung dieser Besitzstandsregelung – nach fünf Jahren – gestrichen werden. Der Kommissionspräsident hat gesagt «Arbeitgeberorganisationen, Wirtschaftsverbände». Sie wissen, die Wirtschaftsverbände des Kantons Zug vertreten auch die meisten Arbeitgeber des Kantons Zug. Hier eine Begriffsdiskussion vom Zaun zu reissen, bringt nichts. Wir haben in der Kommission die Wirtschaftsverbände angehört. Wir kennen ihre Stellungnahme. Für sie sind diese Zusatzbeiträge eine Belastung. Das wirkt sich indirekt auch auf die übrigen Arbeitgeber aus, die nicht der Zuger PK angeschlossen sind. Die kommen in einen Handlungszwang hinein und den gilt es nach fünf Jahren aufzuheben.

Stefan **Gisler** meint, die Materie sei komplex und der Kommissionspräsident habe sich verfranst und eine zweite Ungenauigkeit in den Rat geworfen. Es stimmt nicht, dass der neue Vorschlag der Stawiko unverändert ist zur Regierung und einfach noch diese 5-Jahres-Regelung hat. Der Stawiko-Vorschlag hat eine Reduktion der Arbeitnehmerbeiträge von 1,0 auf 0,5 %. Es ist also auch eine Reduktion der Leistungen angesagt, auch während diesen fünf Jahren. – Die andere Ungenauigkeit hat Max Uebelhart bereits korrigiert. Keine der *angeschlossenen* Arbeitgeber hat sich für eine Streichung oder Reduktion der Arbeitgeberbeiträge eingesetzt.

Peter **Dür** nochmals kurz zu diesen Zusatzbeiträgen. Es gibt ja eigentlich jetzt zwei Varianten. Eine war jene der Regierung, die andere ist jene der vorberatenden Kommission und Stawiko. Die Regierung schlägt vor, 0,5 % Zusatzbeitrag von Seite des aktiv Versicherten und 1 % durch den Arbeitgeber. Stawiko und vorberatende Kommission schlagen in der Tat einen paritätischen Beitrag von je 0,5 % vor. Und die einzige Frage, die sich jetzt noch stellt, ist: Kann man mit diesen Prozenten diese Übergangsregelung innerhalb von fünf Jahren finanzieren oder nicht? Und diese Frage haben wir Othmar Müller, Geschäftsführer der PK, gestellt. Und er hat uns bestätigt, dass diese finanziellen Mittel ausreichen, um die Übergangsregelung zu finanzieren. Und nach fünf Jahren werden ja diese Zusatzbeiträge gestrichen. Die entscheidende Frage ist bei unserer Variante nur: Übergangsregelung finanzierbar oder nicht? Jawohl, es ist möglich.

Gregor **Kupper** muss jetzt seinen Stawiko-Präsidenten doch ein wenig korrigieren. Die Zusatzbeiträge, die in § 33bis vorgesehen sind, sehen vor, dass Arbeitnehmende 0,5 % und Arbeitgebende 1 % während fünf Jahren bezahlen. Und anschliessend sollen die gestrichen werden in der Meinung, dass damit die Besitzstandsregelung ausfinanziert ist. Diese ist ja wahrscheinlich in diesem Rat unbestritten, nachdem sich Kommission und Stawiko ihr offensichtlich anschliessen. Also haben wir nur die Zusatzbeiträge zu diskutieren, die allenfalls länger als fünf Jahre erhoben werden sollen, um die Teuerung auszugleichen. Bezüglich dieser müssen wir uns zwei, drei Sachen bewusst sein. Auf der einen Seite erheben wir diese Beiträge dann bei den 25-Jährigen, also ab Beginn der Versicherung. Der 25-Jährige zahlt dann jedes Jahr seine 0,5 %, die für den Teuerungsausgleich der heutigen Renten verwendet werden. Er leistet also da einen Solidaritätsbeitrag, der noch nach Leistungsprimat schmeckt. Das ist eigentlich nicht mehr der Sinn der Sache. Es soll so sein, dass jeder seine Leistungen schlussendlich selbst finanziert. Es ist auch wenig verständlich, wenn er dann nach 15 Jahren aus Staatsdiensten ausscheidet, vielleicht 5', 6', 7'000 Franken Zusatzbeiträge bezahlt hat und davon nichts hat. Das muss man sich bewusst sein.
Zur Teuerung. Die PK verfügt heute über ein Vermögen in der Grössenordnung von 1,6 Milliarden Franken. Wenn wir davon ausgehen, dass sie einen Deckungsgrad von heute 107 oder 108 % hat und als Ziel sehen, dass er auf 120 % ansteigen soll, hat also die PK ganz erhebliche Mittel, mit denen sie arbeiten kann, für die sie aber niemandem eine Zinsgutschrift leisten muss. Die Deckungskapitalien für die Sparversicherung sind dann bei 100, aber der PK stehen 120 zur Verfügung, um damit zu wirtschaften. Der Votant ist der Meinung, diese zusätzlichen Mittel reichen aus, um dann auch in Zukunft die Teuerung zu finanzieren. Wir müssen uns ja bewusst sein, dass bei Ansteigen der Teuerung in aller Regel auch das Zinsniveau ansteigt. Das kann zwar zeitlich verschoben passieren, aber wenn wir hohe Teuerungsraten

haben, haben wir in aller Regel gerade bei den Festverzinslichen auch hohe Zinssätze. Entsprechend ergibt sich da ein gewisser Ausgleich, so dass Gregor Kupper keine Bedenken hat, dass die PK in Zukunft in der Lage sein wird, den Teuerungsausgleich aus eigener Kraft zu finanzieren.
Zu den Regelungen, die wir heute treffen. Wenn wir das Paket, wie es die Kommission vorsieht, so beschliessen, entlasten wir die PK jährlich mit ungefähr 12 Mio. Franken. Das passiert auf der einen Seite wegen den Beitragskorrekturen, auf der anderen Seite wegen der Erhöhung des Rentenalters. Eine Folie von Othmar Müller sagt klar, dass 12 Mio. Franken eigentlich der PK gegenüber heute bereits mit der neuen Lösung zusätzlich zur Verfügung stehen. Da sind genug Polster, um diese Teuerung auszugleichen und diese systemwidrigen Zusatzbeiträge nach fünf Jahren tatsächlich zu beerdigen.

Peter **Dür** muss sich entschuldigen. Wenn man bei der Synopse auf S. 10 schaut, sieht man bei § 33bis beim Antrag der Stawiko: Für die Arbeitnehmenden 0,5 %, für die Arbeitgebenden 1,0 % für diese fünf Jahre dauernden Zusatzbeiträge. Und es ist effektiv schon so, es braucht diese 1,5 %, wie wir sie vorgesehen haben. Der Stawiko-Präsident hat sich von der Übersicht bei § 14 verwirren lassen. Es ist also alles im Lot, es ist nicht einmal paritätisch, sondern 1 % für die Arbeitgebenden und 0,5 % für die Arbeitnehmenden. Regierung: Unbefristet. Stawiko: Gleiche Sätze fünf Jahre befristet.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** meint, teilweise seien jetzt Fehler richtig gestellt worden. Aber zu Stefan Gisler, der sagte, die Zusatzbeiträge der Versicherten seien reduziert worden. Das ist richtig im Vergleich zu heute. Heute bezahlen die Versicherten 1 % Zusatzbeiträge. Und dort hat man das verschoben und damit ein halbes Prozent für die Finanzierung der Risikobeiträge genommen.
Es wurde vorhin mehrmals die Zürcher PK erwähnt und als leuchtendes Beispiel hervorgehoben. Da muss man einfach wissen, dass diese PK über 40 Jahre ausfinanziert wurde. Es ist nicht so, dass die einfach so aussergewöhnlich gut ist. Sie wurde voll ausfinanziert verselbständigt. Und anschliessend haben sie – wie auch die Zuger PK – eine gute Anlagestrategie gefahren und konnten ihren Deckungsgrad verbessern. Im Gegensatz dazu die PK des Kantons Zug, welche man im Jahr 1994 eben nicht ausfinanziert in das Beitragsprimat starten liess. Dort mit einer Deckungslücke von 97 Millionen. Wenn man das abdiskontiert, wären das heute 150 Millionen. Also ein Teil des heutigen Fehlbetrags, um sagen zu können, man sei ausfinanziert. Und was man auch noch wissen muss. Man sagt ja immer: Zusatzbeiträge abschaffen, das alles braucht es nicht mehr. Da ist der Finanzdirektor manchmal doch wieder erstaunt, wenn er von Unternehmen hört, an denen wir massgeblich beteiligt sind, die einfach so in den PK-Fonds 3,5 Millionen überweisen. Dann stimmt es dann einfach nicht so richtig, wenn man sagt, es brauche überhaupt keine Zusatzbeiträge mehr, das alles solle die Kasse selber finanzieren. Peter Hegglin sieht viele andere Beispiele.
Ein gutes Erlebnis war heute doch für ihn, dass die vorberatende Kommission jetzt umgeschwenkt ist und sagt, es brauche diese Besitzstands- oder Übergangsregelung. Alles andere hätte er nicht verstehen können. Er hat mit diesem ursprünglichen Entscheid der Kommission grosse Mühe gehabt. Wir sind wirklich voraus gegangen, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir sind mit den Einheitsgutschriften schweizweit an der Spitze dabei. Was dann heisst, die Finanzierungssicherheit der

Kassen zu gewähren. Und wir haben da quasi verfügt, dass die Versicherten, Alterskategorie 45 bis 65, auf 150 Millionen verzichten. Und da kommt die Kommission, streicht und sagt: Das braucht es nicht. Man ist jetzt darauf zurückgekommen und gibt jetzt doch rund 30 Millionen. Das erachtet der Finanzdirektor als positiv und hofft, dass der Rat in diesem Punkt folgt.
Er möchte aber beliebt machen, diese Zusatzbeiträge stehen zu lassen. Diese 1,5 % zur Teilfinanzierung der Teuerung. Es ist nur eine Teilfinanzierung und kann keine Vollfinanzierung sein. Der restliche Teil muss dann über die Kasse erbracht werden. Für die nächsten fünf Jahre gibt es ja dann eh keine Teuerung. Das ist der Beitrag, den die Rentner leisten. Es wurde vorhin gesagt, dass mehrere Leute verrentet wurden mit höheren Leistungen als die anvisierten 57 %. Das war dann unsere Überlegung. Wenn die zu höheren Leistungen verrentet wurden, können sie sehr wohl auch einige Jahre auf die Teuerung verzichten. Sie sehen, wir haben überall etwas zusammengekratzt, um diese Lösung so zu gestalten, wie sie ist. Aber nach fünf Jahren sollte man sicher in diesem Bereich auch wieder gewisse Teuerungszulagen gewähren können. Wenn Sie diese Mittel streichen, kommt der Beitrag nur noch aus der Erwirtschaftung der Kasse. Und wenn Peter Hegglin die heutigen Voten gehört hat, ist es das Ziel des Rats, die Kasse möglichst schnell auf 120 % auszufinanzieren, um sie dann zu verselbständigen. Wenn Sie diese Zusatzbeiträge streichen, fehlen ja Mittel. Und da müssen Sie sicher in Kauf nehmen, dass das einfach länger geht. – Der Finanzdirektor macht dem Rat beliebt, der Regierungsvariante zu folgen und die Zusatzbeiträge in dieser Höhe zu beschliessen.

Die **Vorsitzende** macht den Rat darauf aufmerksam, dass es sich hier um ein Antragspaket handelt. Wenn wir jetzt über § 13 Abs. 1 Ziff. 2 abstimmen, hat das Folgen auf § 14 Abs. 1 und 2, sowie auf § 33 und § 33bis.

➔ Der Rat stimmt mit 41 : 25 Stimmen dem Antragspaket von Stawiko und vorberatender Kommission zu.

§ 14 Abs. 4

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Antrag der Stawiko vorliegt, diesen Absatz zu streichen. Die Regierung möchte ihn belassen.

➔ Der Rat beschliesst mit 38 : 21 Stimmen, den Absatz zu streichen.

§ 15 Abs. 2

Peter **Dür** hält fest, dass die Mehrheit der Stawiko den Vorstand im Gesetz explizit verpflichten will, das Geschäftsergebnis und den Deckungsgrad bei der Festlegung des Zinssatzes für Sparguthaben zu berücksichtigen. Es muss das Ziel des PK-Vorstands sein, den Zinssatz in Zukunft konservativer zu prognostizieren und keine finanziellen Wagnisse mehr einzugehen, bevor er den Geschäftsgang im laufenden Jahr kennt. Die Stawiko wünscht zudem, dass die PK alles daran setzt, den Deckungsgrad von 120 % rasch, aber sicher zu erreichen. Marktschreierische Mass-

nahmen, wie die vor einigen Jahren erfolgte Ankündigung, trotz schlechter Börsenentwicklung den Zinssatz entgegen dem Trend auf dem Markt auf 4 % zu belassen, sollen der Vergangenheit angehören. Wir stellen uns den Ablauf so vor, dass ein konservativer Zinssatz, evtl. der vom Bund festgelegten Mindestzinssatz, zu Beginn des Jahres festgelegt wird. Je nach Geschäftsgang und Deckungsgrad soll die definitive Jahresverzinsung erst gegen Ende des Jahres definitiv festlegt werden. Ende Jahr kennt der Vorstand die Jahresperformance, was ihm eine adäquate Anpassung der Verzinsung an die aktuellen Gegebenheiten ermöglicht. Die Verantwortlichen der PK haben uns bestätigt, dass ein solches Vorgehen praktisch umsetzbar sei. Wir beantragen deshalb mit 5 : 2 ohne Enthaltung, folgendem Antrag stattzugeben:
«Der Vorstand legt den dem Sparguthaben gutzuschreibenden Zinssatz unter Berücksichtigung des Geschäftsergebnisses und des Deckungsgrades fest. Der Zinssatz entspricht mindestens dem vorgeschriebenen BVG-Mindestzinssatz.»

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass hier noch eine der wenigen Differenzen zwischen vorberatender Kommission und Stawiko besteht. Die vorberatende Kommission beantragt mit 8 : 3 Stimmen, am Antrag des Regierungsrats festzuhalten. Das wurde heute früh so beschlossen. Begründung: Der Vorstand der PK hat bei der bisherigen Festlegung der Verzinsung den Geschäftsgang ja berücksichtigt und muss das statutengemäss auch in Zukunft tun, weshalb eine solche Regelung nach Auffassung der Kommissionsmehrheit nicht nötig ist.

Finanzdirektor Peter **Hegglin**: Wenn vorhin gesagt wurde, dass die PK marktschreierisch angeboten habe, das Sparkapital weiterhin zu 4 % zu verzinsen, so ist das natürlich nur ein Teil der Wahrheit. Es gibt nämlich da noch eine Geschichte, die weiter zurückgeht. Die PK hat in den super Börsen- und Wirtschaftsjahre immer nur 4 % verzinst, während andere Kassen die Verzinsung viel höher ansetzten oder sogar die Versicherten von der Beitragspflicht befreiten. Das muss auch erwähnt werden. Das war der Grund für den Vorstand der PK, nicht gerade sofort, als der Bundesrat den BVG-Mindestzinssatz senkte, nachzuziehen. Man sagte, man sei früher auch nicht über diese 4 % hinausgegangen. Dort haben die Versicherten nicht mehr erhalten. Wir wollen auf Kontinuität schauen und diese 4 % möglichst durchhalten. Sie wissen alle, dass es anders gekommen ist. Die Wirtschaftsflaute, die Zinsen sind tiefer gesunken und länger tief geblieben. Der Vorstand hat das korrigiert und heute werden die Sparkapitalien im zweiten Jahr in Folge nur mit dem Mindestzinssatz verzinst. Auch der Beschluss für dieses Jahr basiert auf dem Mindestzinssatz. Und der Finanzdirektor hat es vorhin schon gesagt: Die Performance letztes Jahr war 14 %! Sie sehen also, man gibt von diesen 14 % nur 2,5 % an die Versicherten weiter. Damit ist auch gesagt, dass der Vorstand sehr gut weiss, wie er den Zinssatz festzusetzen hat. Und das man das eben heute schon unter Berücksichtigung des Deckungsgrads macht und der finanziellen Entwicklung. Deshalb braucht es diesen Zusatz der Stawiko nicht. Der Vorstand hat verantwortungsvoll gehandelt und wird das auch weiterhin so tun.

➔ Der Rat schliesst sich mit 37 : 23 Stimmen dem Regierungsantrag an.

§ 18 Abs. 2

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass hier der dritte wichtige Punkt der Änderungsanträge von Kommission und Stawiko erreicht ist. Und zwar betrifft das die mittelfristige Aufhebung der Staatsgarantie, welche in § 7, Abs. 5, § 18 Abs. 2 und 3 geregelt sind. Kommission und Stawiko beantragen – was ja bereits behandelt worden ist –, § 7, Abs. 5, worin geregelt ist, dass der Kanton und die angeschlossenen Organisationen die versicherten Leistungen gemäss Standardvorsorgeplan je gegenüber ihren eigenen Versicherten garantieren, zu streichen und dafür § 18, Abs. 2 in dem Sinne zu ändern, dass die Staatsgarantie bis zum Erreichen der vollen Risikofähigkeit der PK erhalten wird. Ist diese erreicht, soll der Regierungsrat dem Kantonsrat Antrag auf Aufhebung der Staatsgarantie stellen. Die Kommission hat diesen Antrag mit 9 : 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen. In Bezug auf den genauen Wortlaut des Antrags haben sich Kommission und Stawiko heute früh auf die folgende Formulierung geeinigt, die dann aber im Nachhinein in einem Wort angepasst werden soll, was der Votant noch begründen wird:
«Erreicht die Pensionskasse zwei Jahre in Folge die volle Risikofähigkeit (120 %), stellt der Regierungsrat dem Kantonsrat Antrag auf eine rechtliche Verselbstständigung der Kasse.» .
Und hier bei diesem Begriff «rechtliche Verselbständigung der Kasse» hat zu Beginn der Sitzung Landschreiber Tino Jorio den Kommissionspräsidenten darauf aufmerksam gemacht, dass der Begriff so nicht geht, weil ja bereits die bestehenden Regelungen rechtlich selbständige Organismen darstellen. Es sollte hier heissen «privatrechtliche Verselbständigung». Der Votant bittet die Kommission und die Stawiko, die jetzt dem Formulierungsantrag zugestimmt haben, davon Kenntnis zu nehmen, dass wir hier den Begriff «privatrechtliche Verselbständigung» verwenden.
Die volle Risikofähigkeit der Kasse ist nach Auffassung der beigezogenen Experten und der Kommissionsmehrheit dann gegeben, wenn bei einem technischen Zinssatz von 4 % ein Deckungsbeitrag von mindestens 120 % während zwei Jahren in Folge erreicht wird. Die beantragte Formulierung von § 18, Abs. 2 gibt dem Regierungsrat einen Handlungsspielraum und ermöglicht, dass als rechtliche Form entweder eine private oder eine öffentlichrechtliche oder eine andere Rechtsform beantragt werden kann. Der Kantonsrat wird jedenfalls zu diesem Zeitpunkt nochmals Gelegenheit bekommen, über diese Frage bzw. über die zukünftige Regelung entscheiden zu können.
Der Votant erinnert daran, dass der erste Vorentwurf des neuen PK-Gesetzes von 2001 eine Privatisierung der Kasse und gleichzeitige Aufhebung der Staatsgarantie vorgesehen hatte. Der Regierungsrat verzichtete damals auf Grund der Einwände der Personalverbände auf die Aufhebung der Staatsgarantie, und dies nicht zuletzt deshalb, weil die volle Risikofähigkeit der Kasse nicht erreicht war und eine namhafte Ausfinanzierung nötig gewesen wäre. Mit der heute beantragten Regelung würde die Aufhebung der Staatsgarantie erst nach Erreichen der erwähnten vollen Risikofähigkeit zur Debatte und Beschlussfassung stehen. Es sei übrigens auch daran erinnert, dass namhafte öffentlich-rechtliche Pensionskassen wie diejenige der Stadt Zürich seit Jahrzehnten mit grossem Erfolg ohne Staatsgarantie auskommen. Der zum Hearing eingeladene Leiter dieser PK konnte die Kommission jedenfalls davon überzeugen, dass die Kasse auch heute noch überaus erfolgreich dasteht, die Versicherungs-Leistungen zur vollen Zufriedenheit der Versicherten erbringt, und dies bei einem Deckungsbeitrag von zurzeit über 130 %. Der Kommissionspräsident ersucht den Rat, den massvollen Antrag von Kommission und Stawiko zu unterstützen.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass der Antrag der vorberatenden Kommission zeigt, wieso all diese Leistungskürzungen dem Staatspersonal zugemutet werden. Es geht nicht um eine gesunde Kasse zum Wohl der Versicherten. Es geht um die Privatisierung, oder wie es jetzt beschönigend heisst, um die privatrechtliche Verselbständigung der Kasse. Das gesunde öffentlich-rechtliche Kalb im Stall soll gemästet werden, damit sich dereinst ein Käufer findet. Das Futter zahlen die rund 8'300 Versicherten in Form von Leistungskürzungen. Einmal verkauft, kann sich der private Käufer in aller Ruhe daran machen, das Kalb zu schlachten und möglichst viele Stücke für sich heraus zu schneiden. Tatsächlich besteht aber für den Kanton absolut keine Notwendigkeit, die Kasse zu privatisieren. Die Staatsgarantie stellt kein Risiko dar. Der Votant hofft, dass der Finanzdirektor dazu noch etwas sagt. Problematisch hingegen ist die Ausfinanzierung der PK vor einer Veräusserung. Gerne würde Stefan Gisler auch hier vom Finanzdirektor wissen, was sie denn den Kanton gemäss diesem Antrag kosten würde. Und dann kann sich fragen, für was? Damit die Politik und damit die Bevölkerung die Mitbestimmung bei der PK verliert? Damit die Versicherten schlechter gestellt werden? Sind das Vorteile? Im Übrigen ist ja die Regierung jederzeit frei, eine solche Vorlage zu bringen, wenn sie es für nötig erachtet. Eine gesetzliche Festlegung heute ist daher unnötig. Es ist nämlich sehr eigenartig, eine Bestimmung ins Gesetz aufzunehmen, die von der Regierung verlangt, nach zwei Jahren mit 120 % Deckung einen Antrag auf privatrechtliche Verselbständigung zu stellen. Es gäbe nebst dem Deckungsgrad noch viele andere Faktoren, die vor einer Privatisierung zu berücksichtigen wären. Der Votant bittet den Rat, die regierungsrätliche Vorlage zu unterstützen, die vorsieht, dass ein bis heute erfolgreiches Modell weitergeführt werden soll. Davon profitieren dann auch die Versicherten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass die Kommission ja eigentlich die Kasse am liebsten heute schon rechtlich verselbständigen möchte. Das war auch in der Kommissionsarbeit immer festzustellen. Sie hat dann einfach gesehen, dass sie dann die Kasse ausfinanzieren müsste. Das hätte man vielleicht 1994 schon machen sollen. Diese Ausfinanzierung kostet erhebliche Summen. Es würde 250 Millionen Franken kosten. Und das bei einer Kasse, die gut und stabil ist. Deshalb hat man dann das nicht gemacht und gesagt, man lasse es jetzt stehen. Man setzt es aber trotzdem als Ziel, diese 120 % zu erreichen. Und die Kasse soll sich bemühen, dieses Ziel zu erreichen. Die Kasse hat ja immer gesagt, dass sie dieses Ziel auch will. Aber wenn man heute immer wieder Zürich erwähnt, dann ist nochmals zu betonen, dass Zürich ausfinanziert wurde. Über 40 Jahre hat die Stadt Zürich ihre PK ausfinanziert. Und dort sind gewaltige Summen geflossen. Es waren wohl weit über 250 Millionen, weil die PK der Stadt Zürich ursprünglich in einer echten Schieflage war. Auch wir hatten einmal das Ziel, die Kasse in die Privatisierung zu führen. In der Zwischenzeit hat man dann gesehen, dass das eben nicht so einfach ist und gewisse Kostenfolgen hat. Wir denken, es sei nicht richtig, wenn wir im Gesetz festschreiben, was dann zu tun ist, wenn man diese 120 % erreicht. Der Finanzdirektor geht davon aus, dass wenn das dann der Fall ist, auch wieder verantwortungsvolle Leute hier am Tisch oder bei Ihnen im Saal sind. Und diese Leute sollen dann entscheiden, was man machen soll und welche Form der Organisation dieser Kasse angemessen ist. Es ist gegenüber unseren Nachfolgern nicht richtig, wenn man ihnen heute sagt, was sie dannzumal zu tun haben.

Bruno **Pezzatti** ist meistens einverstanden mit der Auffassung unseres guten Finanzdirektors. Jetzt erlaubt er sich aber, hier doch eine Präzisierung anzubringen. Die Zürcher PK wurde nicht während 40 Jahren ausfinanziert. Vor über 20 Jahren wurde sie namhaft ausfinanziert und seither steht sie auf eigenen Beinen und wird erfolgreich geführt. Übrigens auch unsere Kasse wird sowohl vom Vorstand wie vom Leiter der PK sehr gut geführt. Der Antrag von Stawiko und Kommission zielt darauf ab, dass wir keine Ausfinanzierung durchführen müssen, sondern dass wir festhalten, der Antrag auf eine Aufhebung der Staatsgarantie und eine neue rechtliche Form sei erst dann zu stellen, wenn die volle Risikofähigkeit der Kasse erreicht ist. Und das ist der Fall, gemäss Darlegung von beigezogenen Experten, wenn ein Deckungsgrad von 120 % während mindestens zwei Jahren in Folge erreicht wird. Der Kanton Zug wird hier keine Ausfinanzierung durchführen müssen. Unterstützen Sie bitte den Antrag von Stawiko und Kommission.

Eusebius **Spescha** zitiert wortwörtlich einen Satz, der in der Präsentation des Chefs der Zürcher PK steht: «Die Sanierung erfolgte durch den Arbeitgeber über einen 40-jährigen Amortisationsplan.»

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass eine privatrechtliche Verselbständigung der Kasse vorgeschlagen wurde. Unten steht bei den Bemerkungen, dass hier eine öffentlichrechtliche Stiftung ausgeschlossen ist. Es wurde aber vorher wieder gesagt, auch eine öffentlichrechtliche Stiftung wäre möglich. Er bittet Kommission und Regierung darum, diese Frage auf die 2. Lesung zu klären.

Die **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, dass nachher keine öffentlichrechtliche Stiftung möglich ist, weil es eine privatrechtliche Verselbständigung der Kasse ist.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hat vorher noch einen Punkt vergessen. Wenn Sie meinen, dass mit der Abschaffung der Staatsgarantie alle Arbeitgeber gegenüber ihren Vorsorgestiftungen aus der Verantwortung entlassen sind, dann irren Sie sich gewaltig. Wenn die Kasse schlecht geführt wird, schlecht wirtschaftet und in Schieflage kommt, kann sich kein einziger Arbeitgeber im Kanton Zug von den Sanierungsmassnahmen gegenüber dieser Kasse aus der Verantwortung ziehen. Die Ansicht, mit der Streichung dieses Satzes sei dann das erledigt, wird sicher nicht der Fall sein. Aber Sie ja vorhin schon Einiges beschlossen, Sie haben Millionen gestrichen, Sie haben alles gestrichen, was zur Zielerreichung dieser 120 % helfen würde, und erwarten trotzdem morgen schon die Verselbständigung und nicht erst in realistischer Zeit.

Bruno **Pezzatti** weist darauf hin, dass Eusebius Spescha die Präsentationsunterlage des Leiters der Zürcher PK bei sich hat. Der Votant hat sie nicht bei sich. Aber vielleicht kann dieser nachschauen, dass die Ausfinanzierung sehr früh begann. Nach Wissen des Votanten in den 40er-Jahren, und dann in einer langen Periode stattgefunden hat. Und er hat in seinem Votum gesagt, seit über 20 Jahren stehe diese Kasse jetzt auf eigenen Füssen. Aber er möchte über die Zürcher PK nicht weiter ins Detail gehen. Er denkt, dass die vorgeschlagene Lösung dem Kantonsrat dann alle

Optionen offen lässt, die jetzt gemäss unserem Antrag formuliert sind. Die Korrektur, die wir nachträglich durchführen mussten auf Vorschlag des Staatsschreibers, dass es privatrechtliche Lösung heisst und nicht rechtliche, schliesst tatsächlich eine öffentlichrechtliche Kasse aus. In diesem Sinn muss sich der Kommissionspräsident korrigieren.

➔ Der Rat schliesst sich mit 35 : 25 Stimmen dem Antrag der Regierung an.

§ 18 Abs. 3

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier die Regierung den Antrag von Kommission und Stawiko unterstützt.

➔ Einigung

§ 20 Abs. 1 Bst. a

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier die Regierung den Antrag von Kommission und Stawiko unterstützt.

➔ Einigung

§ 21 Abs. 1

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier die Regierung den Antrag von Kommission und Stawiko unterstützt.

➔ Einigung

§ 26 Abs. 2

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass hier die zweite kleine Differenz zwischen Kommission und Stawiko vorliegt. Die Kommission beantragt mit 12 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung, die Version des Regierungsrats zu übernehmen. Wir sind der Auffassung, dass die Mitglieder der Stawiko ja jeweils auch die Berichte der Finanzkontrolle erhalten und hier genügend Informationen über den Geschäftsgang der PK bekommen. Deshalb Antrag auf Beibehaltung des Regierungsantrags.

Peter **Dür** meint, es gehe hier wirklich um ein Detail. Aber es ist so, dass in der GO des Kantonsrats steht, dass die Stawiko die Voranschläge des Staates und seiner Anstalten prüfen muss und soll. Aktuell ist die Situation so, dass der Votant als Stawiko-Präsident diesen Bericht der Finanzkontrolle erhält. Auch die Mitglieder der

erweiterten Stawiko, die für die PK zuständig sind, bekommen diesen Bericht. Die anderen Mitglieder aber nur, wenn sie dies wünschen, im Sinn einer Goodwill-Leistung. Wir sind der Meinung, dass die PK auf Grund der Staatshaftung einstweilen ein latentes, nicht unerhebliches Risiko für den Staatshaushalt des Kantons Zug darstellt. PK-Sanierungen in verschiedenen Kantonen zeigen, in welchen Höhen solche finanzielle Verpflichtungen anfallen können. In diesem Sinn wünschen wir, dass in diesem Gesetz explizit unser Anspruch auf diese Information enthalten ist. Unterstützen Sie deshalb bitte diesen kleinen Zusatz!

➔ Der Rat schliesst sich mit 32 : 29 Stimmen dem Regierungsantrag an.

§ 32 und 33

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass darüber bereits früher abgestimmt worden ist.

Hans Peter **Schlumpf** hat bereits in der Eintretensdebatte in Aussicht gestellt, dass er beantragen werde, die Terminologie im Zusammenhang mit Besitzstandswahrung, Besitzstandsgarantie etc. abzuändern. Warum? Unserer Meinung nach ist die Terminologie zum einen veraltet, zudem ist sie sachlich unzutreffend. Wir haben das bereits in der Kommission diskutiert. Und grundsätzlich war die Kommission auch dieser Meinung, hat sich dann aber nicht mehr weiter mit dieser Frage beschäftigt, weil sie ja ursprünglich diesen Paragraphen überhaupt streichen wollte. Der Votant hat sich noch mit dem Kommissionspräsidenten unterhalten und stellt deshalb den Antrag, dass hier eine inhaltlich richtige Terminologie gewählt wird. Der Ausdruck «Besitzstandswahrung, Besitzstandsgarantie» kommt aber an verschiedenen Orten vor, nicht nur in § 13, so dass es jetzt keinen Sinn machen würde, hier jetzt über einen ausformulierten Antrag abzustimmen. Denn das muss sauber überlegt und durchkonstruiert werden. Hans Peter Schlumpf stellt daher den Antrag, dass die Terminologie grundsätzlich sachlich richtig angepasst und die Regierung beauftragt wird, für die 2. Lesung einen entsprechenden überzeugenden Textvorschlag zu machen. Er möchte einen Hinweis geben, er sähe eine Formulierung in der Art von «Übergangsregelung für die Finanzierung der Altersleistungen», und das natürlich analog angepasst an den anderen Orten.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Regierung diesen Auftrag entgegennimmt.

Eusebius **Spescha** hat bereits angekündigt, dass er im Namen der SP-Fraktion einen Antrag einbringen wird in Bezug auf eine Lösung der frühzeitigen Pensionierung für Mitarbeitende in tiefen Lohnklassen. Dieser Antrag ist nicht direkt einem Paragraphen zugeordnet, aber es macht Sinn, ihn jetzt bei Abschluss der materiellen Regelungen und vor den Schlussbestimmungen zu stellen. Der Antrag lautet konkret: *«Der Regierungsrat wird beauftragt, für die 2. Lesung einen Vorschlag auszuarbeiten, bei welchem langjährige Mitarbeitende, welche in Lohnklasse 10 oder tiefer eingestuft sind, frühzeitig und mit einem angemessenen Einkommen in Pension gehen können.»*

Wir haben heute diese PK-Vorlage beraten, und da ist immer wieder der Eindruck durchgeschimmert, es gehe um Personen mit Einkommen von 100', 120'000 Franken oder noch mehr. Es gibt ja im Kanton auch Angestellte mit erheblich tieferen Einkommen, namentlich sind das Lohnklasse 10 und tiefer. Da geht es mehrheitlich um Einkommen von Werkhofmitarbeitern, die vielleicht 5' oder 6'000 Franken im Monat verdienen. Der Votant hat dieses Anliegen bereits in der Kommission eingebracht. Wenn solche Personen sich vorzeitig pensionieren möchten mit beispielsweise 60 Jahren nach neuer Regelung, erhalten sie im besten Fall etwa noch 50 % ihres bisherigen Einkommens. Und Sie können sich vorstellen, dass wenn sich jemand mit einem Einkommen von 6'000 im Monat pensionieren lassen will und nachher mit der Hälfte leben muss, das keine sehr attraktive Lösung ist. Nach Angaben der Finanzdirektion handelt es sich da um etwa fünf bis zehn Personen im Jahr, zwei Drittel davon aus dem Werkhofbereich. Aber gerade diese Personen – das wissen wir aus nationalen und internationalen Untersuchungen – sind häufig gesundheitlich angeschlagen und haben eine tiefere Lebenserwartung. Sie müssen diese Möglichkeit erhalten. Mit der jetzigen Lösung haben sie keine Chance auf eine Frühpensionierung. Wenn Eusebius Spescha die Überlegungen und Unterlagen, die uns in der Kommission präsentiert wurden, anschaut, so kann er feststellen, dass mit einem Beitrag von etwa einer halben Million pro Jahr für diese Personen eine Lösung möglich wäre. Bitte stimmen Sie diesem Antrag zu, dem Regierungsrat diesen Auftrag zu geben.

Bruno **Pezzatti** meint, dieser Antrag sei sehr gut gemeint, hätte aber problematische Auswirkungen. Er wurde in der Kommission mit 11 : 3 Stimmen abgelehnt. Und zwar aus folgenden Gründen: Es geht darum, Sonderlösungen zu verhindern für bestimmte Gruppen der Versicherten, weil Sonderlösungen für eine Gruppe Anschlussbegehren für die nächste Gruppe auslösen. Dann haben wir ja in der Kommission die Kosten einer solchen Regelung von der PK ausrechnen lassen. Wir mussten feststellen, dass sie beträchtlich sind und pro Versicherten bis zu 450'000 Franken gehen können. Es ist auch zu berücksichtigen, dass die Zuger PK generell ein gutes Leistungsniveau hat, auch für die Versicherten der unteren Lohnklasse. Und es ist zu berücksichtigen, dass vor allem bei diesen Berufen der Kanton in Konkurrenz steht zu vergleichbaren Berufen in der Privatwirtschaft. Und bei diesen Berufskategorien sind in der Regel die Personen mit dem BVG-Minimum versichert. Der Votant hat sich das vom Kassenleiter ausrechnen lassen und gibt ein konkretes Beispiel. Ein in der Lohnklasse 10 versicherter Angestellter beim Kanton Zug mit einem versicherten Lohn von 61'950 Franken kommt mit der jetzt vorgeschlagenen Lösung auf eine PK-Rente von 35'312 Franken, währenddem die minimale BVG-Lösung, wie sie im Gewerbe anzutreffen ist, nur eine Rente von 19'737 im Maximum erreicht. Die heutige Regelung gibt also bei diesen Personen bereits eine Rente, die 78 % höher liegt als für Personen in gleicher Funktion im Gewerbe. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, den Antrag abzulehnen.

➔ Der Antrag von Eusebius Spescha wird mit 40 : 13 Stimmen abgelehnt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1346.7 – 12104 enthalten.

918 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 29. Juni 2006

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

64. SITZUNG: DONNERSTAG, 29. JUNI 2006
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.10 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

919 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern.

Abwesend sind: Kathrin Kündig, Eusebius Spescha und Werner Villiger, alle Zug; Thiemo Hächler und Franz Müller, beide Oberägeri; Markus Grüring, Unterägeri; Karl Künzle, Menzingen; Heini Schmid, Baar.

920 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** begrüsst eine Klasse der Integrationsschule Zug mit ihrer Lehrerin Lisbeth Knüsel.

Wir begrüssen heute als Gäste die Mitglieder des Präsidiums des Kantonsrats St. Gallen. Sie werden mit uns gemeinsam das Mittagessen einnehmen, am Nachmittag an unserer Sitzung teilnehmen und danach eine Führung durch die Stadt Zug erleben.

Bildungsdirektor Matthias Michel ist für die Nachmittagssitzung entschuldigt wegen Maturafeiern am Kantonalen Gymnasium Menzingen und an der Kantonsschule Zug.

921 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Kommissionsbestellung:

3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Wasserüberleitung von der Neuen zur Alten Lorze in der Gemeinde Baar und

3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine Lorzenaufweitung in der Gemeinde Baar.
Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1445.1/.2/.3 – 12067/68/69).

4. Einbürgerungsgesuche.
Antrag des Regierungsrats (Nr. 1450.1 – 12089).

5. Staatsrechnung 2005, Jahresrechnung 2005 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.
Gedruckte Rechnung sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1433.1 – 12020).

6. Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2005:

6.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Verwendung des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung 2005 (Anträge vgl. S.11 der Vorlage Nr. 1436.1 – 12033).

6.2. Kantonsratsbeschluss betreffend freundeidgenössische Hilfeleistung aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2005 (Nr. 1436.2 – 12034).

6.3. Kantonsratsbeschluss betreffend Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2005 (Nr. 1436.3 – 12035).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1436.1/.2/.3 – 12033/34/35) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1436.4 – 12057).

7. Rechenschaftsbericht des Regierungsrats für das Jahr 2005.
Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1433.1 – 12020).

8. Zwischenbericht des Regierungsrats zu den per Ende März 2006 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1431.1 – 12018) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1431.2 – 12075).

9. Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2005.
Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1453.1 – 12093).

10. Allfällige Geschäfte, die an der Sitzung vom 22. Juni 2006 nicht behandelt werden konnten.

11. Motion der SP-Fraktion betreffend Bekanntgabe des Abstimmungsverhältnisses bei Verwaltungs- und Gerichtsentscheiden (§ 19 VRG) (Nr. 7104).
Bericht und Antrag des Verwaltungsgerichts (Nr. 1451.1 – 12091).

12. Motion der SVP-Fraktion betreffend Änderung des Personalgesetzes (Mutterschaftsurlaub) (Nr. 1356.1 – 11783).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1356.2 – 12037).

13. Postulat der Alternativen Fraktion betreffend Überprüfung des kantonalen Richtplans als Folge der Unwetter des Sommers 2005 (Nr. 1372.1 – 11816).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1372.2 – 12080).

14.1. Interpellation von Karl Rust betreffend Kostenpflicht zur Eindämmung leichtfertiger Einsprachen, Verwaltungsbeschwerden und Verwaltungsgerichtsbeschwerden (Nr. 1386.1 – 11871).

14.2. Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Vereinfachung und Beschleunigung von Baubewilligungsverfahren (Nr. 1414.1 – 11971).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1386.2/1414.2 – 12073).
15. Interpellation von Leo Granziol und Andreas Huwyler betreffend gefährliche Staus auf der A4A, Ausfahrt Zug Nord (Nr. 1389.1 – 11881).
Antwort des Regierungsrates (Nr. 1389.2 – 12070).

922 INTERPELLATION VON THOMAS BRÄNDLE BETREFFEND ABWASSERREGLEMENT DER STADTGEMEINDE ZUG

Thomas **Brändle**, Unterägeri, hat am 13. Juni die in der Vorlage Nr. 1454.1 – 12094 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

923 -KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DIE WASSERÜBERLEITUNG VON DER NEUEN ZUR ALTEN LORZE IN DER GEMEINDE BAAR
-KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINE LORZENAUFWEITUNG IN DER GEMEINDE BAAR

Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1445.1/.2/.3 – 12067/-68/69).

➔ Die **Vorsitzende** gibt bekannt, dass die beiden Vorlagen auf Antrag der Fraktionschefkonferenz zur Beratung an die Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz überwiesen wird.

924 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Es liegt vor: Antrag des Regierungsrats (Nr. 1450.1 – 12089).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

24 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

a) 13 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 81 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

925 STAATRECHNUNG 2005, JAHRESRECHNUNG 2005 DER INTERKANTONALEN STRAFANSTALT BOSTADEL

Es liegen vor: Gedruckte Rechnung sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1433.1 – 12020).

Peter **Dür** hält fest, dass die erweiterte Stawiko dieses Geschäft an ihrer Ganztagessitzung vom 29. Mai 2006 beraten hat. Vorgängig wurden die Direktionen, wie üblich, durch die verschiedenen Zweierdelegationen besucht. Die mündlichen und schriftlichen Berichte dieser Delegationen sind jeweils eine wichtige Grundlage für die Beratung von Budget oder Rechnung in der erweiterten Stawiko. Der Stawiko-Präsident dankt allen Mitgliedern der erweiterten Stawiko für ihre kompetente und zeitgerechte Arbeit. Ebenfalls geht sein Dank an die Direktionen und ihre Mitarbeiter für die gute Zusammenarbeit bei dieser Prüfungstätigkeit der Stawiko-Delegationen.
Die Staatsrechnung 2005 zeigt ein weiterhin erfreuliches Bild. Das Ausgabenwachstum konnte deutlich gedämpft werden, der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen ist sehr hoch und die hohen Steuereinnahmen widerspiegeln die Leistungsfähigkeit der Zuger Wirtschaft. Zwar wird das Bild durch den Verkauf des Nationalbankgolds und den diesbezüglich ausserordentlichen Ertrag von zusätzlich 123,4 Mio. etwas verfälscht. Betrachtet man aber die bereinigte Rechnung, resultiert immer noch ein Überschuss von rund 46 Mio. Die guten Ergebnisse im Jahr 2004 und nun im 2005 führen dazu, dass das freie Eigenkapital relevant aufgestockt werden kann. Da kann man eigentlich nur Altbundesrat Adolf Ogi zitieren: Freude herrscht.
Aus Sicht der Stawiko ist aber vor allem erfreulich, dass auf der Aufwandseite ein eigentlicher Trendbruch stattgefunden hat. Die Einnahmen liegen nun im zweiten Jahr in Folge klar über den Ausgaben – die berühmte negative Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen, die sich 2003 geöffnet hat, konnte mit verschiedensten Massnahmen wieder geschlossen bzw. auf die positive Seite gedreht werden. Dies ist auf folgende Gründe zurückzuführen:
1. die zwischen Regierung und Parlamente vereinbarten Kennzahlen der aktualisierten Finanzstrategie wurden sehr gut eingehalten.
2. Mit einem Massnahmen-Paket wurde das Ausgabenwachstum im Bereich der zweckgebundenen Ausgaben gedämpft.
3. Mit einem massvollen Wachstum im Personalbereich wurde eine wesentliche Position der Ausgabenseite kontrolliert.
4. Die verschiedenen kantonsrätliche Kommissionen und das Parlament haben den finanziellen Folgen von Vorlagen mehr Beachtung geschenkt.
5. Der Regierungsrat hat sich klar und mit hoher Priorität bemüht, die von einer Mehrheit des Parlaments geforderte Sparsamkeit in die operative Tätigkeit einfliessen zu lassen. Dies hat sich auf die Verwaltung übertragen – heute ist jeder und

jedem in der Verwaltung klar, dass die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit bei jeder Tätigkeit und jedem Projekt hohe Priorität haben.
Die erweiterte Stawiko dankt dem Regierungsrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erfolgreiche Geschäftstätigkeit im Jahr 2005.
Unseren Bericht haben Sie sicher im Detail studiert. Anbei nun noch einige allgemeine Ergänzungen. Es geht nun, in Anbetracht der wiederum erfreulichen Zahlen, darum, nicht nachlässig zu werden und auf dem bewährten Pfad zu bleiben. Der Regierungsrat, aber sehr wohl auch das Parlament, sind gefordert. Es wird sicher nicht einfach sein, im Rahmen der Staatsaufgabenreform «Star» weitere Bereiche zu finden, in denen relevante Möglichkeiten zur Dämpfung des Ausgabenwachstums vorhanden sind. Die Verwaltung muss diesbezüglich hohe Flexibilität zeigen, wie sie in der Privatwirtschaft heute an der Tagesordnung ist. Die NFA kommt mit grosser Sicherheit, die zusätzlichen Abgaben an den Bund müssen generiert werden, ohne den Staatshaushalt und das Wirtschaftsmodell Zug zu gefährden.
Wer gebetsmühlenartig Steuererhöhungen fordert, übersieht, möglicherweise mit Absicht, dass das Zuger Modell seit Jahrzehnten von einem wirtschaftsfreundlichen Klima, zu dem auch attraktive Steuern gehören, lebt. Wir werden heute mit Bestimmtheit wieder die Behauptungen hören, dass der Kanton Zug Steuerdumping betreibe, dass das revidierte Steuergesetz abzulehnen sei, dass wir mehr Geld für gemeinnützige Projekte ausgeben sollen, dass das Parlament dem Personal die Pensionskasse verschlechtert habe, obwohl die Überschüsse so gross seien und dass das Parlament bei den kleinen Ausgaben geizig sei und dafür bei Grossprojekten masslos übertreibe.
Wir werden ebenfalls hören, dass das Zuger Modell schlecht sei und zu hohen Wohnungsmieten, hohen Lebenshaltungskosten und schlechter Luft führe. Und vieles mehr. Erwähnen Sie doch bitte auch einmal die positiven Punkte, von denen Sie im Kanton Zug tagtäglich profitieren! Die überwiegende Mehrheit der Stawiko steht klar hinter dem Zuger Modell. Wir freuen uns über den Erfolg und die Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftskantons. Wir sehen, dass:
1. Der Lebensstandard im Kanton Zug sehr hoch ist.
2. Dass die hohen Steuereinnahme gerade eben die Grundlage sind, um gemeinnützige und soziale Institutionen und Projekte zu unterstützen.
3. Der gesunde Staatshaushalt mithilft, leistungsfähige Schulen und andere staatliche Institutionen zu führen, von denen alle Zugerinnen und Zuger profitieren können.
4. Dass unsere prosperierende Wirtschaft viele Arbeitsstellen schafft und vielen Arbeitnehmenden ein überdurchschnittliches Einkommen ermöglicht.
5. Wir sehen, dass dieses Modell laufend weiter entwickelt und angepasst werden muss, um den immer rascheren nationalen und internationalen Entwicklungen mit Erfolg gerecht zu werden.
Die überwiegende Mehrheit der erweiterten Stawiko sieht und hört immer wieder mit Befremden, wie gewisse Kreise keine Gelegenheit auslassen, unseren Kanton auf kantonaler und nationaler Ebene schlecht zu machen. Es liegt auch an der Mehrheit dieses Rats, immer wieder auf die Vorzüge des Kantons Zug hinzuweisen und damit ein starkes Gegengewicht gegenüber diesen Schwarzmalern zu bilden. Wir sind aber ebenfalls nicht blind, gewisse negative Nebeneffekte des vom Kanton Zug seit Jahrzehnten sehr erfolgreich praktizierten Modells zu sehen. Es ist aber wie in der Medizin: Gute, potente Medikamente haben Nebenwirkungen – es geht einfach darum, dass diese allen bekannt sind und man entsprechend vorsichtig damit umgeht. Es liegt an diesem Parlament, zusammen nach konsensfähigen Lösungen zu suchen. Es geht dabei darum, durch weiterhin gute Arbeit in der Legislative und gute Zusammenarbeit mit der Exekutive dieses Zuger Modell erfolgreich weiter zu entwi-

ckeln und bei dieser Tätigkeit auch den erwähnten Nebeneffekten die nötige Beachtung zu schenken. – Basierend auf unserem ausführlichen Bericht beantragen wir, auf die Jahresrechnung 2005 einzutreten und ihr zuzustimmen.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass wir von einem hervorragenden Rechnungsergebnis Kenntnis nehmen dürfen. Und trotzdem gilt es, diesen zu relativieren. Der einmalige Ertragsüberschuss von knapp 170 Millionen resultiert insbesondere mit 123,4 Mio. aus den verkauften Goldreserven der Nationalbank, und rund 29 Mio. sind Steuermehreinnahmen von natürlichen und juristischen Personen. Hervorragend ist auch, dass wieder alle Nettoinvestitionen mit der erwirtschafteten Liquidität finanziert werden konnten. Auf Grund der momentanen und für Zug sehr erfreulichen wirtschaftlichen Situation geht der Votant auch davon aus, dass wir auch im nächsten Jahr ein gutes Ergebnis erzielen werden. Die Zuger Wirtschaft verzeichnete im letzten Jahr immerhin auch ein Wachstum von 3 % und ein weiteres von plus 3,2 % wird für 2006 prognostiziert. Der Kanton Zug hält damit eine Spitzenposition unter den Kantonen. Die mittelfristigen Aussichten sind hervorragend. Erst mit der Einführung der NFA wird es dann eine Zäsur geben, was heisst, dass wir gut daran tun, die sich in den letzten Jahren bewährende Finanzpolitik weiterzuführen.
Beim Aufwand kann die erfreuliche Feststellung gemacht werden, dass mit der konsequenten Umsetzung der im Jahre 2003 eingeführten Finanzstrategie das quasi aus dem Ruder gelaufene Aufwandwachstum wieder gebremst und in kontrollierte Bahnen gebracht werden konnte. Es ist mit wenigen Ausnahmen aber auch ein stärkeres Kostenbewusstsein feststellbar und insofern muss die erarbeitete Finanzstrategie aktualisiert werden und auch über das Jahr 2006 hinaus Gültigkeit haben. Es scheint auch, dass sich das teilweise unter dem Titel «Pragma» eingeführte System mit Globalbudget bewährt.
Die CVP-Fraktion beantragt, den Rechnungen zuzustimmen und vom Rechenschaftsbericht Kenntnis zu nehmen. Beim Bericht könnten wir uns vorstellen, dass die immer grössere Bleiwüste noch etwas besser dargestellt werden könnte. Es wurde ja schon mehrmals in der Rechenschaftsdebatte der Wunsch geäussert, dass hier eine bessere Einheitlichkeit in der gesamten Verwaltung möglich sein sollte. Gleichzeitig dankt Beat Villiger dem Regierungsrat und insbesondere Finanzdirektor Peter Hegglin für die transparenten und umfangreichen Unterlagen zur Rechnungslegung. Der Dank gehört auch der Stawiko und ihrem Präsidenten für die stets – besonders auch bei diesem Geschäft – gute und verlässliche Arbeit. Die Stawiko ist keine Schattenregierung, wie das etwa gesagt oder befürchtet wird, sie ist vielmehr das gute Gewissen des Kantonsrats. Wir sind auch mit der Verwendung des Ertragsüberschusses einverstanden, insbesondere vor dem Hintergrund zusätzlicher NFA-Belastungen mit der zusätzlichen Bildung von Eigenkapital. Wir stimmen vor allem auch den beantragten In- und Auslandbeiträgen zu, lehnen aber hier weitergehende Anträge ab, weil letztlich das relativierte Rechnungsergebnis und die Hilfeleistungen ziemlich genau jenem bzw. jenen des letzten Jahres entsprechen. Zudem leistet der Kanton Zug auch unter dem Jahr immer wieder namhafte Hilfe ins Ausland, was grundsätzlich ja Aufgabe des Bundes ist. Auf Grund unserer Finanzlage soll dies auch weiterhin im subsidiären Sinn so Gültigkeit haben. Beat Villigers Dank für die ausgezeichnete Arbeit im Jahre 05 geht an die Regierung, die Verwaltung, die Gerichte, die Lehrpersonen und an die angeschlossenen öffentlichen wirtschaftlichen und sozialen Institutionen.

Daniel **Grunder** erinnert daran, dass heute die Staatsrechnung und der Rechenschaftsbericht zur Diskussion stehen – kurz: Die Leistungen des Standes Zug im vergangenen Jahr. Die Tätigkeiten und deren finanziellen Auswirkungen werden uns in den gedruckten Vorlagen bis ins Detail ausführlich dargelegt. Was folgert die FDP-Fraktion nun aus diesen beiden Berichten? – Keine Angst, der Votant erspart dem Rat die zahlreichen Details.
Zunächst werden die zahlreichen positiven und wenigen negativen Budgetabweichungen durch den, auch bei Ausblendung der ausserordentlichen Erträge aus den Goldreserven, sehr erfreulichen ordentlichen Ertragsüberschuss von 46,2 Mio. Franken überstrahlt. Die Staatsrechnung zeigt, dass dieses Ergebnis vor allem durch konsequente Umsetzung der Finanzstrategie und Generierung von zusätzlichen Steuereinnahmen erzielt werden konnte. Die FDP-Fraktion anerkennt, dass die strategischen Vorgaben auf der Ausgabenseite weitgehend eingehalten werden konnten. Wir sind insbesondere erfreut, dass die Budgetvorgaben beim Personal- und Sachaufwand eingehalten bzw. unterschritten werden konnten. Hierfür gebührt der Regierung, aber auch sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons der Dank unserer Fraktion. Nebst der ausgezeichneten Dienstleistungseinstellung ist auch das Kosten- und Effizienzbewusstsein auf sämtlichen Hierarchiestufen tief verankert.
Das rasante Ausgabenwachstum der vergangenen Jahre konnte dank der Umsetzung der Finanzstrategie weiter gebremst werden. Von einem Todsparen des Staates, wie dies von der linken Ratsseite immer wieder moniert wird, kann keine Rede sein. Denn die Staatsaufgaben wachsen weiter, auch wenn das Wachstum etwas abgebremst werden konnte.
Eitel Freude herrscht bei der FDP Fraktion auch in Bezug auf die Steuererträge, welche um 29 Mio. Franken höher als budgetiert ausgefallen sind und damit den bedeutendsten Teil zum erfolgreichen Rechnungsabschluss beigetragen haben. Über 75 % dieses Mehrertrags stammen von juristischen Personen. Die in Zug ansässigen Unternehmen haben damit einmal mehr massgeblich zur ausgezeichneten Finanzlage unseres Kantons beigetragen. Gerade die AF erweist mit ihrer gebetsmühlenartigen verbalen Brandmarkung der Zuger Unternehmen dem Kanton Zug einen Bärendienst.
Die Staatsrechnung und der Rechenschaftsbericht zeigen zusammenfassend, dass der Kanton Zug finanziell gesund ist und die finanzstrategischen Vorgaben stimmen. Die FDP-Fraktion ist deshalb einstimmig für Eintreten auf die Vorlagen. Ebenso stimmt unsere Fraktion der vom Regierungsrat beantragten Verwendung des Ertragsüberschusses zu. Wir erachten die Ausrichtung der In- und Auslandhilfe, insbesondere auch unter Berücksichtigung der während dem Jahr zusätzlich ausgerichteten Beiträge, als angemessen.
Die beiden Wälzer verraten aber nicht, ob und wie erfolgreich Zug im abgelaufenen Jahr war. Es ist wohl unbestritten, dass wir an einem wunderschönen Fleck der Schweiz leben. Die Lebensqualität gehört in Zug zu den besten. Nicht nur das: In Zug gibt es auch mehr als genügend Arbeit. Das Angebot an Arbeitsplätzen, insbesondere auch in zukunftsträchtigen Branchen, ist in den vergangenen Jahren überproportional gestiegen. Zug verfügt auch über eine ausgezeichnete öffentliche Infrastruktur, seien es die bestens ausgerüsteten Schulen oder die zahlreichen Sportanlagen. Die Zuger sind auch jung und gesund, das zeigt sich auch daran, dass in Zug die Krankenkassenprämien zu den tiefsten in der ganzen Schweiz gehören. Kurz und gut: In Zug lässt es sich gut leben und arbeiten, etwas was wir Zuger tagtäglich erfahren dürfen und uns auch die aktuellsten Studien der Grossbanken einmal mehr bestätigen.

Die Grundlagen für unseren attraktiven Wohn- und Arbeitsort müssen aber laufend verbessert werden. In den vergangenen Monaten unterstützte die FDP-Fraktion zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien wichtige Geschäfte in diesem Rat, welche den Standort Zug weiter stärken. So gewährleistet zum Beispiel die Einführung des neuen Sprachenmodells, dass die jüngsten Zugerinnen und Zuger bereits frühzeitig Englisch und Französisch lernen und sich so wichtige Qualifikationen für ihre private und berufliche Zukunft aneignen können und Zug weiterhin auf qualifizierte Arbeitskräfte zählen kann. Die Kreditgewährung für die Planung und den Bau der Umfahrung Cham-Hünenberg ist ein wichtiges Element bei der Umsetzung der Verkehrsrichtplanung. Die Zuger Verkehrsprobleme beeinträchtigen den Lebens- und Arbeitsraum. Der Kantonsrat hat die Grundlagen geschaffen, dass wichtige Verkehrsvorhaben nun endlich gebaut werden können. Und nicht zuletzt hat sich die FDP-Fraktion auch an vorderster Front für die Steuergesetzrevision eingesetzt. Es ist wichtig, dass Zug auch steuerlich attraktiv bleibt. Die beträchtlich gestiegenen Einnahmen der Unternehmens-Steuern gemäss Staatsrechnung 2005 zeigen, wie zentral diese für Zug sind. Mit dem neuen Steuerpaket werden die Unternehmenssteuern dem internationalen Umfeld angepasst. Gleichzeitig werden die Steuern für Familien des Mittelstandes gesenkt.
Die FDP-Fraktion wird zusammen mit den anderen bürgerlichen Fraktionen auch in Zukunft an der Verbesserung der Standortfaktoren arbeiten und bietet so Gewähr, dass wir auch in Zukunft an einem attraktiven Ort Wohnen können und in Zug genügend Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies gewährleistet gleichzeitig, dass wir auch in den kommenden Jahren erfreuliche Staatsrechnungen und Rechenschaftsberichte zur Kenntnisnehmen können.

Karl **Betschart** hält fest, dass sich die SVP-Fraktion über das hervorragende Ergebnis der Staatsrechnung freut. Es ist nicht zu vergessen, dass dieses ausserordentliche Ergebnis auf der Einnahmenseite einerseits infolge des kantonalen Anteils am Erlös der von der Nationalbank verkauften Goldreserven entstanden ist und andererseits auf Grund von zusätzlichen Steuereinnahmen durch vermehrte Zuwanderungen von natürlichen und juristischen Personen.
Ganz lobenswert jedoch ist aber auch die Kostenseite, welche zu diesem erfreulichen Ergebnis geführt hat. Wenn man die Kosten der verschiedenen Direktionen betrachtet, stellt man fest, dass diese im Vergleich zum Budget teilweise sogar unterschritten wurden. Der Regierungsrat hat alles daran gesetzt, keine Budgetüberschreitungen zu begehen. Er hat das Sparverlangen des Parlamentes ernst genommen und durchgesetzt. Positiv zu würdigen ist, dass der Regierungsrat bezüglich der Kosten und Investitionen das Notwendige vom Wünschbaren unterscheiden konnte.
Die SVP-Fraktion stellt auch fest, dass die Pragma-Ämter mit ihren Globalbudgets sehr haushälterisch umgegangen sind. Teilweise sind diese Budgets sogar deutlich unterschritten worden. Es ist interessant, von Seiten dieser Ämter zu erfahren, dass sie diese Art von Globalbudgets bevorzugen, da sie dadurch viele Entscheidungen eigenständig vornehmen können. Bei Beendigung dieser 3-jährigen Pilotphase wird es interessant sein zu erfahren, ob das Parlament auf Grund der gemachten Erkenntnisse weitere Pragma-Ämter will oder wieder davon abkommt.
Die SVP-Fraktion verlangt jedoch, dass der Sparhebel auch in Zukunft angesetzt wird. Resultate, wie sie nun vorliegen, dürfen nicht blenden. Die schon so viel genannte NFA steht vor der Tür und wir alle wissen, dass der Kanton Zug ganz schön zur Kasse gebeten wird. Der Steuerwettbewerb muss weiterhin Bestand haben, denn nur so wird es möglich sein, weitere Zuwanderungen von Firmen und

vermögenden Personen in den Kanton Zug verzeichnen und somit zusätzliche Steuereinnahmen generieren zu können. Wohl kaum jemand im Kanton Zug will doch, dass wir alle infolge eines unattraktiven Steuergesetzes plötzlich höhere Steuern bezahlen müssen, weil unsere Staatsausgaben sonst nicht mehr finanziert werden können.
Betreffend die Verwendung des Ertragsüberschusses schliesst sich die SVP-Fraktion den Anträgen der Regierung an. Sie lehnt jedoch weitergehende Anträge strikte ab.
Zum Schluss möchte Karl Betschart namens der SVP-Fraktion danken. Dank gebührt vorab sämtlichen Zuger Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, welche dazu beitragen, dass durch ihre Steuerzahlungen die Staatsausgaben beglichen werden können. Dank gebührt unserem Finanzdirektor, aber auch der Gesamtregierung. Jene hat die gewünschten Sparmassnahmen des Kantonsrats konsequent durchgesetzt. Wie das Ergebnis zeigt, haben sich diese Anstrengungen gelohnt. Ein Dankeschön geht aber auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Verwaltung. Sie sind stets bereit, kostenbewusst zu sein und dieses Bewusstsein in ihren Ämtern umzusetzen. – Die SVP-Fraktion beantragt einstimmig, sämtliche Anträge der Regierung zu unterstützen.

Martin B. **Lehmann** weist darauf hin, dass wir es bereits gehört haben: Der ausserordentliche Rechnungsabschluss 2005 ist hauptsächlich dem warmen Goldregen, welche auf alle Kantone niedergegangen ist, zu verdanken. Auch wenn sich die Freude über dieses Geschenk ein bisschen relativiert durch den Zeitpunkt der Verkaufs dieser nicht mehr benötigten Gold-Reserven. Zum heutigen Marktwert des Goldes wären die Gutschriftsanzeigen für den Kanton Zug nämlich um mehr als 50 Mio. Franken höher ausgefallen. Aber einem geschenkten Gaul schaut man ja bekanntlich nicht ins Maul. Und nachdem auch die stetig sprudelnden Steuerquellen nicht abreissen wollen, weist die Rechnung anstatt des budgetierten Verlustes von knapp 3 Millionen einen Ertragsüberschuss von 46 Millionen ohne den einmaligen Gold-Erlös aus.
Selbstverständlich schliesst sich auch die SP-Fraktion dem Dank an die Regierung und das Staatspersonal an. Es ist uns bewusst, dass die Mitarbeitenden der Verwaltung mit ihrer engagierten und bürgernahen Arbeit jeweils in erheblichem Masse zu den guten Rechnungsabschlüssen beitragen. Gerne nehmen wir auch die bürgerlichen Dankesbezeugungen zur Kenntnis und hoffen, dass den schönen Worten bald auch Taten folgen werden. Die Chancen dazu sind noch nicht vertan: Die 2. Lesung des Pensionskassengesetzes, aber auch die Frage der Ausrichtung eines Teuerungsausgleichs folgen in Bälde. Das Dankeschön wäre dann allerdings mit gewissen Kosten verbunden.
Das gute Resultat ist aber zweifelsohne auch auf die die rigorose Umsetzung der Finanzstrategie zurückzuführen. Die SP-Fraktion – wie mehrmals an dieser Stelle erwähnt – anerkennt durchaus den Sinn und die Nützlichkeit der regierungsrätlichen Finanzstrategie, nicht zuletzt auch als Führungsinstrument. Wir sehen aber mit Sorge, dass die Regierung bei ihren Bemühungen für einen langfristig ausgeglichenen Haushalt ausschliesslich bei den Ausgaben ansetzt. So wurden die regierungsrätlichen Vorgaben beim Personalaufwand um fast 1 % unterschritten und auch die Wachstumsrate bei den zweckgebundenen Ausgaben wäre – unwetterbereinigt – unterhalb der Vorgabe. Zusammen mit den viel zu konservativ geschätzten Steuereinnahmen tut sich nun erstmals eine umgekehrte Schere auf, wie dies dem Stawiko-Bericht auf S. 3 entnommen werden kann. Auch die angekündigte Staatsaufgabenreform Star und die damit einzusparenden 30 Mio. Franken reihen sich nahtlos in die

unzähligen Sparmassnahmen ein, welche kaum je nach den Kriterien der Nachhaltigkeit überprüft werden und immer mehr ein Klima der Verunsicherung schüren. Der kontinuierliche Mittelentzug durch Steuersenkungen und sinkende Tarife für staatliche Dienstleistungen, von denen durchschnittliche Haushalte selten profitieren, führen immer mehr zu einer merklichen Einschränkung des Service Public, was vor allem die Mittelschicht zu spüren bekommt. Dank dem Referendum zum Steuergesetz werden wir nun aber noch dieses Jahr erfahren, inwieweit diese wenig kohärente Finanzpolitik durch das Volk mitgetragen wird.
Die SP-Fraktion tritt im Sinne dieser Ausführungen einstimmig auf die Staatsrechnung ein und empfiehlt, diese zusammen mit der Jahresrechnung der interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass sich zwei Fragen aufdrängen nach dem Studieren von Bericht und Antrag des Regierungsrats zur Staatsrechnung: Wie berechtigt und wie sinnvoll spart der Kanton, und wie sinnvoll und berechtigt sind Steuersenkungen für privilegierte Firmen und Personen? Denn ein Überschuss von 46,2 Mio. Franken – ohne die Gold-Gelder – ist zwar schön und gut. Doch so stellen sich die vom Rat kürzlich beschlossenen Sparmassnahmen für Schulzahnpflege, Jugendsport oder Lehrlinge etc. weniger als finanzpolitisch berechtigt, sondern eher als sparideologisch motiviert heraus. Unverständlich ist angesichts des Überschuss vor allem die jüngste Sparübung – die bei der Zuger Pensionskasse auf dem Buckel der Versicherten. Unverständlich auch, weil zum Beispiel im Stawiko-Bericht steht: «Es ist in vielen Bereichen der kantonalen Verwaltung ein ausgeprägtes Kostenbewusstsein feststellbar.» Der Stawiko-Präsident und auch der SVP-Sprecher haben das beim Eintreten sehr betont. Soll denn gut arbeitendes Personal bestraft und demotiviert werden? Personal, das nicht nur mit Kostenbewusstsein, vor allem aber mit guter Arbeit entscheidend zur Prosperität von Zug beiträgt. Also wenn es um Kostenbewusstsein geht, dann vermisst der Votant dieses eher bei einer Mehrheit im Kantonsrat. Nämlich bei denen, die – kritikresistent – 230 Millionen für ein verkehrspolitisch nicht sinnvolles Strassenprojekt durchstieren. Fazit: Prüfen wir vor Sparmassnahmen deren Gesamtwirkung. Und sparen wir dort, wo echtes Sparpotenzial vorhanden ist. Denn unkluges Sparen hinterlässt bei kleinlich Besparten einen mehr als schalen Nachgeschmack.
Bei den Steuererträgen wurde das Budget um 29, die letzte Rechnung um 21 Mio. Franken übertroffen – das liegt weit über den strategischen Vorgaben. Und die diesjährigen Erträge seien ebenfalls ansteigend, wird Ihnen der Finanzdirektor bestätigen. Also: Der Standort Zug scheint von ungebrochener Attraktivität – mit der jetzigen Steuerbelastung – gerade für schon heute steuerrechtlich privilegierte Firmen und Personen. Wieso also mit der neuen Steuergesetzrevision ohne Not auf über 25 Mio. Franken verzichten? Diese Steuersenkungen sind umso mehr inakzeptabel, als im Rahmen der Staatsaufgabenreform rund 30 Mio. Franken eingespart werden sollen – dies unter anderem auch im Sozialen. Sollen also die Schwächeren die Reichsten entlasten? Darum ist Stefan Gisler nicht einverstanden mit der Aussage im Stawiko-Bericht, dass die Regierung im Hinblick auf die NFA die notwendigen Massnahmen einleite. Sie leitet einseitige Massnahmen ein.
Fragezeichen setzen die Alternativen vor allem dahinter, wem denn diese Finanz- und Wirtschaftspolitik in Zug nützt. Dabei ist die kleine Grafik auf S. 4 des Stawiko-Berichts ganz anschaulich. Zug befindet sich demnach im Steigflug und müsse nun eine hohe Reiseflughöhe anstreben. Dabei ruft der Votant dem Kanton Zug zu: «Flieg nicht zu hoch, mein kleiner Freund!» Denn immer weniger Zugerinnen und

Zuger vertragen bereits die heutige Flughöhe. Immer mehr gehören zu den Verliererinnen und Verlierern des steilen Wachstums - nämlich jene, die sich Wohnen und Leben immer weniger leisten können. Bereits im Sinkflug befindet sich die Zuger Lebensqualität. Denn mit dem steilen Wachstum kommen auch Mehrverkehr und Mehrbeton. Darum müssen rechtzeitig Massnahmen ergriffen werden, damit daraus kein umwelt- und sozialpolitischer Sturzflug wird. Massnahmen, um die schönen Seiten zu erhalten. Der Stawiko-Präsident meinte vorher auch, starke Medikamente – und er meinte damit unsere Steuerpolitik – hätten Nebenwirkungen. Stefan Gisler geht aber davon aus, dass Zug eine Überdosis an Medikamenten hat, gedopt ist. Doping aber ist nicht nur unfair gegenüber den anderen Mitstreitern – Kantonen –, sonder der gedopte selbst droht irgendwann mal zusammenzubrechen. Die Alternativen wollen einfach das Doping absetzen, nicht mehr und nicht weniger.
Überdenken muss Regierung und Kantonsrat darum, ob die definierten und die Kennzahlen sich so längerfristig bewähren, oder ob sie nicht nach oben angepasst werden sollen. Denn ein steil wachsender Kanton muss fähig sein, die noch steiler ansteigenden Aufgaben zu bewältigen. Dafür braucht es genügend angemessen bezahltes Personal – denken sie nur schon an die Steuerverwaltung, die immer mehr Steuersubjekte betreuen soll. Und es braucht genügend Mittel für Schulen, Mobilität, Gesundheit etc. Gespannt ist der Votant hier auf die Ausführungen des Finanzdirektors.
Die Alternativen treten auf die Rechnung mit den erwähnten Bedenken ein und hoffen langfristig auf eine gemässigte Steuer- und Wirtschaftspolitik sowie eine angemessene Einnahme- und Ausgabepolitik. Und vielleicht zwingt ja das Volk mit einem Ja zum Steuerreferendum und einem Nein zur Umfahrung Cham-Hünenberg diesen Rat und die Regierung zu ihrem Glück.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** meint, der Rat habe der Regierung jetzt sehr viele gut gemeinte Ratschläge erteilt. Er versucht, auf die meisten eine Antwort zu geben und möchte beginnen mit der Anerkennung, die der Rat der Regierung ausgesprochen hat. Er dankt dafür und hofft, dass er sie irgendeinmal bei irgendeiner Gelegenheit nicht mit leeren Händen an das Personal weitergeben kann.
Zum Ergebnis. Sie haben richtig gesagt, dass wir den Aufwand im Griff haben. Und den Aufwand im Griff zu halten, heisst einerseits, die Mittel kostenbewusst einzusetzen. Auf der anderen Seite aber eben nicht blindwütig zu sparen und Mittel zu streichen, sondern die Mittel dort einzusetzen, wo es Sinn macht. Es ist unsere ständige Aufgabe, hier die Balance zu suchen und zu finden. Und diese Balance ist uns heute ziemlich gut gelungen. Denn wenn wir sie nicht hätten, hätte das sofort negative Auswirkungen nicht nur bei den Steuererträgen, sondern auch bei der Lebensqualität hier am Standort Zug. Und dass diese hoch ist, zeigt sich mit den hohen Wohnkosten. Da muss man aber vorsichtig sein mit Vergleichen zu anderen Standorten. Hohe Wohnkosten haben auch etwas zu tun mit der Aussichtslage. Wenn man an einem See wohnt, ist das schon teurer, als wenn man irgendwo an einer Nordlage wohnt. Hohe Wohnkosten spiegeln aber auch die Arbeitslage. Wenn irgendwo in einer Region keine Arbeit vorhanden ist, sinken sofort auch die Wohnkosten, weil vor Ort nichts zu erwirtschaften ist. Es spiegelt aber auch das Freizeitangebot. Wenn man irgendwo wohnt, wo man in der Freizeit nichts unternehmen kann, wer hat dann Interesse, dort zu wohnen? Man muss also aufpassen, wenn man einfach sagt, wir hätten hohe Wohnkosten und dies sei generell schlecht. Es gibt sehr viele weitere Wirtschaftszentren in der Schweiz aber auch weltweit, wo die Wohnkosten noch wesentlich höher sind als in Zug.

Wenn der Finanzdirektor den Ertrag betrachtet, wurde vorher richtig erwähnt, dass man für dieses Jahr auch weiterhin erwartet, dass die Erträge hoch sind. Er kann bestätigen, dass das sehr wohl der Fall ist. Dass die Steuererträge für dieses Jahr noch höher ausfallen werden. Er weiss nicht, ob wir weiterhin im Steigflug sind oder die Flughöhe schon erreicht haben. Aber wir sind weiterhin gut im Flug und wenn man das ist und meint, man könne jetzt die Motoren drosseln oder abstellen, muss man sehr wohl aufpassen, dass man nicht plötzlich in einen Sturzflug übergeht. Von dieser Überraschung wurden in der Vergangenheit sehr viele Unternehmen und wohlhabende Kantone überrascht, als sie meinten, es gehe ihnen gut und sie seien vermögend, sie müssten sich nicht mehr anstrengen. Es hat oft ein böses Erwachen gegeben. Es wäre falsch, jetzt zu meinen, wir müssten nichts mehr unternehmen. Deshalb müssen wir überlegt dran bleiben. Das heisst für uns, dass wir sicher die Finanzstrategie überarbeiten wollen. Es ist nicht unsere Absicht, das dieses Jahr schon zu tun, weil wir nicht wissen, wie die finanziellen Mehrbelastungen des NFA genau sind. Das sind immer noch Spekulationen. Es hat wieder neue Zahlen gegeben. Der Bund sagt uns aber, es könne dann im Jahr 2008 wieder ganz anders aussehen. Wenn es dann wieder 10 oder 20 Millionen mehr sind, ist es heute noch zu früh, auf dieser unsicheren Datenlage die Strategie ganz neu zu machen.
Zur erwähnten Bleiwüste. Beat Villiger meinte damit wohl nicht die Rechnung, denn wir können die finanzielle Situation nur mit Zahlen darstellen. Und wir haben den Bericht mit Anhang und Erläuterungen so ausgeführt, dass er verständlich ist. Er meint wohl den Rechenschaftsbericht. Darüber haben wir schon mehrmals diskutiert. Man muss einfach wissen, dass er die statistische Grundlage des Kantons ist. Wir haben kein statistisches Amt. Alle Daten sind im Rechenschaftsbericht zusammengefasst. Wir schreiben diesen jetzt schon viele Jahre fort und es macht Sinn, ihn quasi als Grundlage weiter so fortzuführen.
Zu Pragma. Wir sind jetzt seit 1½ Jahren bei der Umsetzung. Wir haben seit Beginn dieses Jahres die Kosten-/Leistungsrechnung eingeführt bei den Pragma-Ämtern. Wir haben diese zusammen mit den Gemeinden erarbeitet. Und die Stadt Zug und die Gemeinde Oberägeri versuchen mit einem Pilotprojekt, sie ebenfalls einzuführen. Wir werden nach drei Jahren Pilot dann einen Bericht und die Auswertung machen und dem Rat empfehlen, wie es weitergehen soll.
Zu den Star und Nachhaltigkeit. Martin B. Lehmann meinte, man solle nicht nur auf der Aufwandseite etwas unternehmen, sondern auch auf der Ertragsseite; wir hätten bei der Steuergesetzrevision übertrieben. Peter Hegglin kann nur darauf hinweisen, was in der Schweiz abgeht, was die anderen Kantone machen mit ihren Steuergesetzrevisionen. Wenn man auf dieser Ebene vergleicht, sieht man, dass der Kanton bei all den Änderungen, die wir vorgenommen haben, sicher nicht übertrieben hat. Bei der Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung geben wir einen Rabatt von 30 %. Und wenn Sie in Schwyz und Glarus schauen, dann geben die einen von 75 bis 80 %. Das sind enorm grosse Unterschiede. Das Gleiche auch bei den anderen Massnahmen zur Besteuerung der juristischen oder natürlichen Personen. Wir haben da sicher nicht übertrieben. Wir haben auch keine Massnahmen ergriffen, die dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit widersprechen. Der Kanton Zug ist momentan wegen der Steuerpolitik in der Schweiz auch nicht im Schussfeld. Die von uns gemachten Massnahmen sind sicher zu vertreten.
Zur Finanzierung der Umfahrung Cham-Hünenberg. Der Baudirektor hat den Votanten darauf hingewiesen: Der gefasste Beschluss wird ja nicht mit allgemeinen Steuererträgen finanziert, sondern aus der Spezialfinanzierung Strassenbau, und das geschieht zum grössten Teil über die Motorfahrzeugsteuer. Wenn die mal ins Minus

käme, müsste man mit einer Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer die Investition finanzieren. Das geschieht also nicht über die allgemeine Staatsrechnung.
In diesem Sinn dankt der Finanzdirektor für die Äusserungen und für die positive Aufnahme unseres Berichts.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat schliesst sich den Anträgen des Regierungsrats und der Erweiterten Staatswirtschaftskommission an und genehmigt sowohl die Staatsrechnung 2005 wie auch die Jahresrechnung 2005 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

926 -KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND VERWENDUNG DES ERTRAGSÜBERSCHUSSES DER LAUFENDEN RECHNUNG 2005
-KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND FREUNDEIDGENÖSSISCHE HILFELEISTUNG AUS DEM ERTRAGSÜBERSCHUSS DER LAUFENDEN RECHNUNG
-KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND AUSLANDHILFE AUS DEM ERTRAGSÜBERSCHUSS DER LAUFENDEN RECHNUNG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1436.1/.2/.3 – 12033/34/35) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1436.4 – 12057).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Eintretensdebatte zu allen diesen Vorlagen gemeinsam geführt wird, weil sich die einzelnen Bereiche materiell nicht trennen lassen. – Sie weist darauf hin, dass die Verwendung des Ertragsüberschusses davon abhängt, wie die beiden Kantonsratsbeschlüsse betreffend freundeidgenössische Hilfeleistung und Auslandhilfe behandelt werden. Wir behandeln deshalb diese zuerst und kommen danach auf die Anträge in Vorlage Nr. 1436.1 – 12033 zurück.

Peter **Dür** erinnert daran, dass unser Kanton gemäss langjähriger Praxis auf freiwilliger Basis freundeidgenössische und Auslandhilfe leistet, sofern die Laufende Rechnung des Vorjahrs mit einem deutlichen Ertragsüberschuss abgeschlossen hat und der Selbstfinanzierungsgrad bei den Investitionen sicher 100 % beträgt. Beides ist bei der Staatsrechnung 2005 der Fall. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt, auch nach Abzug des einmaligen Ertrages aus dem Verkauf der Nationalbank-Goldreserven, 152,8 %, der ebenfalls diesbezüglich bereinigte Überschuss 46 Mio. Zudem konnte in den Jahren 2004 und nun wiederum 2005 das freie Eigenkapital aufgestockt werden. Die Voraussetzungen für freiwillige Hilfeleistungen zu Lasten des Ertragsüberschusses sind damit gegeben. – Nun zu den beiden Vorlagen.
Freundeidgenössische Hilfe. Die erweiterte Stawiko unterstützt grossmehrheitlich den Antrag der Regierung, wonach insgesamt 450'000 Franken für drei Gemeinden

und eine Wasserversorgungsgenossenschaft gesprochen werden. Ein Antrag, diesen Betrag um 250'000 Franken auf neu rund 700'000 Franken zu erhöhen, wurde klar abgelehnt. Wir stellen fest, dass der Kanton Zug regelmässig und indirekt den finanziell schlecht gestellten Kantonen hilft. Der Kanton Zug erhält beispielsweise regelmässig bei der Zuteilung von Bundesgeldern im Vergleich zu anderen Kantonen auf Grund seiner Finanzkraft weniger Beiträge. Beispiele:
– Die Prämienverbilligungen, für die der Kanton Zug einen relevant tieferen Betrag als andere Kantone erhält.
– Die Finanzierung des SBB-Regionalverkehrs d.h. die Bestellung der Regionallinien. Die Bundessubventionen werden wiederum entsprechend der Leistungsfähigkeit der Kantone ausgeschüttet, womit der Kanton Zug relativ zu den finanzschwachen Kantonen ein weiteres Mal stärker zur Kasse gebeten wird.
– 2005 ist auch unser Anteil aus dem Goldverkauf der Nationalbank wegen der hohen Finanzkraft im Verhältnis zu anderen Kantonen relativ geringer ausgefallen.
Alle diese Beispiele zeigen, wie der Kanton Zug zusätzlich und indirekt die anderen Kantone mit relevanten Beträgen unterstützt. Aus allen diesen Gründen ist die Höhe der Zuwendungen gemäss regierungsrätlichem Antrag aus Sicht der grossen Mehrheit der erweiterten Stawiko angemessen.
Auslandhilfe. Gemäss regierungsrätlicher Vorlage sollen dieses Jahr acht Entwicklungshilfeorganisationen mit insgesamt 300'000 Franken unterstützt werden. Die Stawiko ist mit den Vorschlägen des Regierungsrats einverstanden. Auch bei dieser Vorlage wurde ein Antrag grossmehrheitlich abgelehnt, den Betrag von 300'000 auf 450'000 Franken zu erhöhen. Die Mehrheit der erweiterten Stawiko ist der Meinung, dass die beantragten Beträge angemessen sind und auf Grund der erheblich höheren Kaufkraft in den Empfängerländern eine sehr gute Wirkung entwickeln können. Der Vollständigkeit halber sei nochmals erwähnt, dass der Regierungsrat zu Lasten der Laufenden Rechnung 2005 für Soforthilfe bei Katastrophen und Kriegen 400'000 Franken bewilligt hat. Zudem wurde vom Kantonsrat am 30. März 2006 beschlossen, den Menzinger Schwestern für die Wiederaufbauhilfe nach dem Seebeben vom 26. Dezember 2004 in Sri Lanka je 200'000 Franken für die Jahre 2006, 2007 und 2008 auszurichten. Primär hat dies zwar nichts mit der Verwendung des Ertragsüberschusses zu tun. Die erwähnten Beträge zeigen aber klar auf, dass sich der Kanton zusätzlich noch mit anderen Aktivitäten im Ausland engagiert, obwohl solche Tätigkeiten grundsätzlich im Aufgabenbereich des Bundes liegen würden.
Äufnung des freien Eigenkapitals. Der Regierungsrat beantragt, den verbleibenden Ertragsüberschuss von aufgerundet 168'857'000 Franken dem freien Eigenkapital zuzurechnen. Die Stawiko begrüsst es sehr, dass der mit der ursprünglichen Finanzstrategie prognostizierte progrediente Verlust an Eigenkapital nicht eingetroffen ist und es in den letzten zwei Jahren, auch dank den aussergewöhnlichen Bundesbeiträgen deutlich aufgestockt werden konnte.
Anträge. Gestützt auf diesen Bericht beantragt die erweiterte Stawiko grossmehrheitlich, den Vorlagen freundeidgenössische Hilfe und Auslandhilfe zuzustimmen und das freie Eigenkapital mit 168'856'738 Franken und 2 Rappen zu äufnen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1436.2 – 12034 (freundeidgenössische Hilfeleistung aus dem Ertragsüberschuss)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier gemäss § 55 Abs 1 der GO nur eine einzige Lesung stattfindet, weil der Betrag unter 500'000 Franken liegt.

Markus **Jans** erinnert daran, dass der Gewinn des Kantons aus der Staatsrechnung 2005 auch ohne Erlös aus dem Verkauf der Goldreserven beachtlich ist. Gemäss der langjährigen Praxis leistet der Kanton daraus Hilfe im In- und Ausland. In diesem Jahr beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, für diese Hilfe 750'000 Franken auszugeben und 169 Millionen in das freie Eigenkapital zu verschieben. D.h. dass der Kanton immerhin bereit ist, von seinem Gewinn 0,4 % an jene zu verteilen, welche es bitter nötig haben. Für die SP-Fraktion ist diese Gewinnverteilung zwar ausdrücklich lobenswert, aber zu einseitig. Die Sichtweise des Regierungsrats, dass auch andere Kantone ihren Anteil aus dem Verkauf der Goldreserven erhalten haben und der entsprechende Anteil des Kantons Zug keinen Einfluss auf die Höhe der freundeidgenössischen Hilfe hat, teilt die SP-Fraktion nicht. Dank den ausserordentlichen Erträgen äufnen wir unser Eigenkapital auf 366 Mio. Franken. Diese Eigenkapitalbasis lässt eine höhere finanzielle Hilfeleistung für das In- und Ausland zu. Unwetterschäden, Erdbeben, Überschwemmungen, Folgen von kriegerischen Ereignissen und andere unvorhersehbare Ereignisse häufen sich in den letzten Jahren offensichtlich. Menschen wird grosses Leid zugefügt, und sie benötigen unsere Unterstützung immer mehr. Obdachlosigkeit, Hunger, medizinische Unterversorgung und anderes mehr gilt es durch finanzielle Unterstützung zu mildern. Die SP-Fraktion stellt aus diesem Grund den Antrag, *der Betrag für die freundeidgenössische Hilfe sei um 500'000 Franken zu erhöhen.*
Der Votant nimmt vorweg, dass die SP-Fraktion *für die Auslandhilfe ebenfalls den Antrag stellt, der Betrag sei um 500'000 Franken zu erhöhen. Über die Verwendung des Betrags stellt der Regierungsrat dem Kantonsrat Bericht und Antrag.*
Die SP-Fraktion dankt dem Rat, wenn er diese Anträge unterstützt.

Stefan **Gisler** weist darauf hin, dass ein Ertragsüberschuss von 169,6 Mio. Franken abzüglich des Goldreservenerlöses immer noch ein satter Überschuss von 46,2 Mio. ist. Die Alternativen sind nicht gegen einen haushälterischen Umgang mit diesem Geld und grundsätzlich einverstanden, dass es ins freie Eigenkapitel geschoben wird. Nicht einverstanden sind wir aber, wenn eine solche Massnahme zur Bewältigung der NFA und gleichzeitig durch Steuersenkungen primär für Privilegierte torpediert wird. Wir halten es hier darum haushälterisch und verzichten schweren Herzens, einen Antrag zur Gründung eines an sich sinnvollen Fonds für mehr Zuger Lebensqualität zu stellen, denkbar zur Unterstützung von Familien, für Wohnraumförderung oder für den Umweltschutz. Wenn mit den Zuger Finanzen haushälterisch umgegangen wird, heisst das aber nicht, knauserig zu sein. Und sinnvoller als erneute Steuersenkungen ist eine angemessene Zuger In- und Auslandhilfe. Der Regierungsrat beantragt, 750'000 in diese Hilfe zu investieren. Das sind gerade mal 0,06 % der Gesamteinnahmen. *Darum beantragen wir, den Betrag für freundeidgenössische Hilfe um 500'000 auf 900'000 Franken zu erhöhen und die Auslandhilfe ebenfalls aufzustocken von heute 300'000 auf 800'000 Franken.* Das wären dann 0,15 % der Gesamteinnahmen. Nicht viel, aber immerhin! Die Regierung wird dann dem Rat eine Vorlage mit den Vorschlägen zu unterstützender Projekte unterbreiten. Mit

einem Ja helfen Sie nicht nur Benachteiligten. Kombiniert mit geschickter Kommunikation im Sinn von «Tue Gutes und sprich darüber!» ist dies auch eine Chance, das Zuger Image zu verbessern. Basis für eine solche Kommunikation muss aber ein angemessenes Handeln sein. Von nichts kommt nichts! Die Alternativen machen ihre Zustimmung zur Überschussverwendung vom Aufstocken der In- und Auslandhilfe abhängig.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** erinnert daran, dass der Zuger Kantonsrat 2001 bei einem Ertragsüberschuss von 49 Millionen 570'000 Franken gesprochen hat, im 2004 mit 45,8 Millionen Überschuss 560'000 Franken und heute bei einem Überschuss von 46 Millionen beantragen wir 750'000 Franken. Das ist also im Verhältnis viel mehr. Und da kommt jetzt die Frage, ob man nicht nur den ordentlichen Überschuss berücksichtigen soll, sondern auch das Nationalbankgold. Da muss man einfach sehen, dass wir bei der Nationalbankgold-Verteilung ja sehr grosse Solidarität geleistet haben. Die ist zwar bestimmt durch eine Verordnung, die wir nie gesehen haben und die man 1994 eingeführt hat. Wegen dieser Verordnung, welche die Finanzkraft massiv berücksichtigt, hat der Kanton Zug über 70 Mio. Franken weniger erhalten, als wenn dieses Geld pro Einwohner verteilt worden wäre. Und wenn man dann die Auswirkungen anschaut, ist es so, dass die finanzschwachen Kantone zwischen drei und vier Mal mehr pro Einwohner erhalten haben als der Kanton Zug. Das hat zur Folge, dass Kantone mit 30'000 Einwohnern mehr Nationalbankgold erhalten haben als der Kanton Zug. Das sind enorme Summen, die man hier umverteilt hat. Und schlussendlich haben wir ja zu diesem Verteilschlüssel dann auch ja gesagt. Wir konnten nicht anders. Das muss doch berücksichtigt werden!
Als wir die Vorlage erstellten, sagten wir uns auch: Zu diesem Überschuss hat sicher das Personal beigetragen und der Steuerzahler. Wenn man dann verteilt, sollte man das alles berücksichtigen. Und auch auf Grund der Beschlüsse vor einer Woche wäre es nicht richtig, wenn man jetzt hier für freundeidgenössische Hilfe und für Auslandhilfe wesentlich mehr beschliessen würde, als man das in der Vergangenheit getan hat. Das würde nicht verstanden.
Wir sind ja immer dabei, wenn irgendwo etwas passiert, wieder mit Beiträgen auszuhelfen. So haben wir gerade kürzlich beim Erdbeben in Indonesien 50'000 Franken zu Lasten der Laufenden Rechnung gesprochen. Und falls dieses Jahr weitere solche Katastrophenfälle entstehen, würden wir dann auch wieder in der Kompetenz des Regierungsrats entsprechend Beiträge leisten. In diesem Sinn empfiehlt der Finanzdirektor, auf die zusätzlichen Anträge von SP und AF nicht einzutreten und unserem Antrag zu folgen.

➔ Der Antrag von SP-Fraktion und AF wird mit 55 : 14 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 58 : 0 Stimmen zu.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1436.3 – 12035 (Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass bei Ablehnung des Antrags von SP-Fraktion und AF auch hier nur eine einzige Lesung stattfindet.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Antrag von SP-Fraktion und AF wird mit 14 Ja-Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 58 : 0 Stimmen zu.

DETAILBERATUNG zur Äufnung der freien Eigenkapitals (Vorlage Nr. 1436.1 – 12033)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag der Regierung auf S. 3, Ziff. 2 zu finden ist.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats betreffend Äufnung des freien Eigenkapitals mit 61 : 4 Stimmen zu.

927 RECHENSCHAFTSBERICHT DES REGIERUNGSRATS FÜR DAS JAHR 2005

Es liegen vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1433.1 – 12020).

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP-Fraktion sich für den Rechenschaftsbericht ganz herzlich bei der Regierung und bei den kantonalen Angestellten bedankt. Wie schon gehört, haben wir im Kanton Zug kein statistisches Amt. Deshalb sind wir dringend auf diesen Rechenschaftsbericht angewiesen. Er enthält eine Fülle von Informationen. Und manche Interpellation liesse sich mit einem Blick in den Rechenschaftsbericht vermeiden. Wir lesen Zahlen und Texte, aber sehr interessant ist es auch, zwischen den Zeilen zu lesen. Eine enorme Arbeit steckt darin, und nur dieser Rechenschaftsbericht vermittelt uns einen Eindruck, wie vielfältig die Aufgaben des Kantons Zug tatsächlich sind. Welche Arbeiten auf welcher Stufe in welcher Region hier geleistet werden. Einen speziellen Dank möchte Käty Hofer den kantonalen Angestellten abstatten. Sie leisten das ganze Jahr über ausgezeichnete Arbeit – auch der Rechenschaftsbericht ist ein Indiz dafür.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht und dankt dem Regierungsrat und dem Personal des Kantons einschliesslich der Lehrerschaft für die im Berichtsjahr erbrachten Leistungen.

928 ZWISCHENBERICHT DES REGIERUNGSRATS ZU DEN PER ENDE MÄRZ 2006 ZUR BERICHTERSTATTUNG PARLAMENTARSCHEN VORSTÖSSEN

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1431.1 – 12018) und der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1431.2 – 12075).

Peter **Dür** hält fest, dass im Rahmen der Sitzung der erweiterten Stawiko auch dieser Zwischenbericht diskutiert wurde. Einzig die nochmalige Fristverlängerung der Motion von Hans Abicht betreffend Raumkonzept der kantonalen Verwaltung vom 29. Juni 2000 gab zu Diskussionen Anlass. Die Stawiko lehnt den Antrag auf Fristverlängerung um ein Jahr ab. Wir schlagen vor, dass der Regierungsrat noch dieses Jahr einen Bericht vorlegen muss und demzufolge die Frist lediglich noch bis zur letzten KR-Sitzung am 14. Dezember 2006 verlängert wird. Mit Erstaunen stellen wir fest, dass die Motion am 29. Juni 2000 eingereicht wurde und bis heute noch nicht einmal der Bericht und Antrag zur Frage der Erheblicherklärung oder Nichterheblicherklärung vorgelegt wurde. Wir gingen anlässlich der Sitzung der erweiterten Stawiko fest davon aus, dass wir uns nach sechs Jahren bereits in Phase zwei, d.h. nach der Erheblicherklärung durch den Rat befinden. Nun, scheinbar malen die Mühlen in dieser Sache beim Regierungsrat sehr langsam. Eine Beschleunigung ist nicht nur wünschbar, sondern zwingend notwendig. Unsere Begründung:

1. Aktuell werden im Regierungsrat und in verschiedenen Direktionen Diskussionen über räumliche Veränderungen und Optimierungen geführt.
2. In Kürze erhält der Rat eine Vorlage zum Umbau des Obergeschosses im Regierungsgebäude.
3. Die Direktion für Bildung und Kultur sucht neue Räumlichkeiten.
4. Ein allfälliger langfristiger Mietvertrag für ein Stockwerk bei der Kantonalbank wird diskutiert.
5. Diverse Verwaltungsaktivitäten finden dezentral, zum Teil an kleineren Standorten statt, weshalb sich die Frage stellt, ob durch eine Konzentration an einem Standort nicht finanziell und organisatorisch Optimierungen möglich wären.
6. Es muss, basierend auf einem klaren Konzept, entschieden werden, ob die Möglichkeit eines Verwaltungszentrums 3 nun definitiv nicht weiter verfolgt werden soll.

Sie sehen, die Liste ist sehr lang, aber sicher nicht vollständig. Wir fordern den Regierungsrat auf, alle diese Fragen nun rasch und umfassend abzuklären, bevor langfristige Vereinbarungen getroffen oder der Rat zu Umbauvorhaben Stellung beziehen soll.
Es ist uns klar und wir bedauern dies sehr, dass der Regierungsrat bis Dezember 2006 nur eine erste Beschreibung seines Vorgehens liefern muss. Wir befinden uns nach sechs Jahren, so unglaublich dies tönt, wie erwähnt erst in Phase 1, Erheblicherklärung. Spätestens im Dezember 2006 liegt es aber dann am Parlament, die Motion nicht nur erheblich zu erklären, sondern – sofern der Rat dies will – auch die Frist von sonst nochmals drei Jahren so zu kürzen, damit die regierungsrätliche Antwort in einer für heutige Verhältnisse adäquaten Zeit vorliegt.

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass es auffallend ist, wie sich mit der neuen Fristenregelung für die Behandlung von Vorstössen der Pendenzenberg lichtet. Das ist erfreulich und zeigt, dass diese Vorgaben – für einzelne Direktionen mehr, für andere weniger – notwendig waren.

Die CVP ist mit der Vorlage der Regierung einverstanden, bis auf die Motion Hans Abicht. Hier vertreten wir die Ansicht der Stawiko, wobei aber diese vermutlich nicht beachtet hat, dass diese Motion trotz dem Alter von immerhin sechs Jahren gar noch nicht erheblich erklärt worden ist. Wir beantragen hier also, die Frist für die Erheblicherklärung bis zum 14. Dezember 2006 zu verlängern und wir wünschen, dass diese so ausfällt, dass die Motion gleichzeitig erledigt und abgeschrieben werden kann.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion vom Zwischenbericht Kenntnis genommen hat und den Antrag der Stawiko unterstützt, die Frist zur Verlängerung der Beantwortung der Motion Hans Abicht abzukürzen. Es kann doch nicht sein, dass zuerst die Möglichkeit der Einmietung im Gebäude der Zuger Kantonalbank erwogen und alsdann über das Raumkonzept entschieden wird. Genau umgekehrt muss es gehen, nämlich dass zuerst ein Raumkonzept erstellt wird und alsdann über den Abschluss allfällig weiterer Mietverträge diskutiert wird. In diesem Zusammenhang gilt es viele Fragen zu klären. Nicht nur, ob die Finanzdirektion ins Regierungsgebäude zurückkehren soll und das Regierungsgebäude zu diesem Zwecke im Dachgeschoss umgebaut werden kann, nein es stellen sich auch ganz andere Fragen. Beispielsweise im Zusammenhang mit den Gerichten wird sich die Frage stellen, wie und wo Platz geschaffen werden kann, wenn das Obergericht um eine Richterstelle aufgestockt wird. Bleibt das Obergericht im Gerichtsgebäude oder muss es umziehen? Schliesslich wird das Staatsanwaltschaftsmodell, welches derzeit in der Kommission diskutiert wird, auch seine raumplanerische Dimension haben. Wie werden Einzelrichteramt und Strafgericht zusammengeführt, wo wird dies sein, wie organisiert sich eine Staatsanwaltschaft mit Oberstaatsanwalt, Staatsanwälten und Assistenten? Welche neuen Platzverhältnisse braucht die Erziehungsdirektion, wenn die teilautonomen Schulen eingeführt werden? All dies sind Fragen, die nun dringend im Rahmen eines neuen Raumkonzepts zu beantworten sind.
Schliesslich erlaubt sich die FDP-Fraktion noch eine Bemerkung zur Interpellation vom 5. April 2005 zur Nutzung der Gebäude in der Liegenschaft Hofstrasse in Zug. Jean-Pierre Prodolliet hat in einem Artikel am letzten Samstag Tadel und Schimpf an die Bürgerlichen erteilt, weil das Nutzungskonzept nicht vorliegt und die Shedhallen und der Bürotrakt nicht renoviert werden können. Die FDP-Fraktion sieht den Tadel allerdings nicht bei den Bürgerlichen, sondern bei der Regierung. Es liegt an der Regierung, wann sie die Interpellation und Motion, die nachgeschoben wurde, beantwortet. Es war die Regierung, die sich entschlossen hat, eine Expertise zu erstellen. Es stellt sich auch die Frage, ob die Expertise nicht vorliegt und ob der Regierungsrat hier nicht weitermachen könnte. All dies liegt nicht in der Hand der Motionärin und der Interpellanten, sondern in der Hand der Regierung. Dann kann man entscheiden, wie es weitergehen soll, und dann kann man auch darauf schauen, dass es nicht mehr tropft.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** ist einverstanden mit Andrea Hodel, mit der Reihenfolge zuerst Büroraumkonzept. Die Wünsche der verschiedenen Ämter und Direktionen und Gerichte sind sehr virtuell und nicht statisch. Sie bleiben nicht einfach ein Jahr stehen. Sie kommen alle Monate wieder neu und der Votant kann sich zum Beispiel durchaus vorstellen, dass das Obergericht auch in die Grafenau umziehen könnte. Das Hochbauamt hat von einem renommierten externen Planungsbüro, der Planconsult in Basel, eine Offerte für die strategische Büroraumplanung für die kantonale Verwaltung eingeholt. Der Regierungsrat wird an seiner Sitzung vom 4. Juli

2006 die Offerte beraten und betreffend Auftragserteilung Beschluss fassen. Gemäss Offerte der Planconsult AG kann die erste Phase, strategische Büroraumplanung, im Herbst 2006 vorliegen.

➔ Der Rat genehmigt den Zwischenbericht und stimmt allen Fristerstreckungsgesuchen um ein Jahr zu – ausser bei der Motion Hans Abicht, wo er die Fristerstreckung lediglich bis Ende Dezember 2006 gewährt.

929 RECHENSCHAFTSBERICHT DES OBERGERICHTS FÜR DAS JAHR 2005

Es liegt vor: Gedruckter Rechenschaftsbericht sowie Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1453.1 – 12093).

Othmar **Birri** weist auf den Bericht hin und möchte dazu kurz noch einige Ausführungen machen. Er möchte darstellen, wie die Delegationen der JPK arbeiten. Sie lassen sich die internen Berichte, die zum Rechenschaftsbericht führen, aushändigen. Sie erstellen dann einen Fragenkatalog, der diesen Abteilungen und den Gerichten zugestellt wird. Und nachher wird visitiert. Wir halten uns ganz klar an den äusseren Geschäftsgang. Wir interpretieren auch die internen Berichte und haben dort nur das Augenmerk auf den äusseren Geschäftsgang, wie es in unserer Geschäftsordnung steht.
Es ist dies der letzte Rechenschaftsbericht in dieser Legislatur und der Präsident der JPK möchte vor allem den Kommissionsmitgliedern danken. Er möchte auch den Angestellten der Gerichte sowie den Richterinnen und Richtern für die geleistete Arbeit danken. Sie haben aus dem Bericht der Obergerichts und der JPK gesehen, dass die Zunahme in gewissen Abteilungen gross ist, dass Pendenzen abgebaut werden konnten, aber immer noch solche bestehen. Sie haben im Rat beschlossen, die Gerichte aufzustocken. Wir werden hoffentlich noch dieses Jahr das lang ersehnte Staatsanwaltschaftsmodell vorstellen können. Wir haben morgen eine Sitzung dazu. Und wir hoffen, dass dieses Geschäft noch in dieser Legislatur erledigt werden kann. Damit sind dann die Weichen gestellt für eine schlankere Struktur und eine schnellere Abhandlung der Prozesse.
Beim Strafvollzug lässt sich der Votant jeweils vom Sicherheitsdirektor die Unterlagen kommen. Wir hoffen, dass wir einen neuen Artikel in die Gesetzesrevision einbringen können. Es ist wichtig, dass man eine gesetzliche Grundlage hat, damit die JPK automatisch Zugang hat zu diesen Unterlagen und Statistiken, wie es im Strafvollzug aussieht.
Die Gerichte arbeiten sehr gut, die Obergerichtspräsidentin hat sich in kurzer Zeit sehr gut eingearbeitet. Sie führt das Obergericht gut, wir konnten keine Mängel feststellen. Die Situation an den Gerichten ist optimal, das Arbeitsklima ist gut, die Arbeitslast gross. Für all das herzlichen Dank. – Die SP-Fraktion schliesst sich dem Kommissionsbericht an.

Andreas **Huwyler** hält fest, dass die CVP-Fraktion den Bericht des Obergerichts über den Geschäftsverlauf der Zuger Justiz im Jahr 2005 mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen hat. Es darf festgestellt werden, dass die Zuger Gerichtsbarkeit funktio-

niert und keinerlei wesentliche Mängel oder gar Missstände vorhanden sind. Die in der Vergangenheit getroffenen Massnahmen in der personellen Besetzung der Gerichte scheinen zu greifen. Wenn sie auch sehr stark ausgelastet sind, so scheinen die unerträglichen generellen Überlastungssituationen der Gerichte und Amtsstellen doch zum grossen Teil der Vergangenheit anzugehören. Gewisse punktuelle Vorkehrungen, vor allem die neue Richterstelle am Obergericht, lassen hoffen, dass die Erledigungszahlen auch künftig auf dem relativ guten Niveau und die Arbeitsbelastung in erträglichem Rahmen gehalten werden können. Die von diesem Rat beschlossene Stellenerhöhung in der Jugendanwaltschaft auf das kommende Jahr erscheint nötiger denn je. Wenn damit auch die Problematik der Jugendgewalt nicht gelöst werden kann, so ist doch auf die Verfolgung von Straftaten Jugendlicher inskünftig vermehrt ein Augenmerk zu richten.
Für einen Wirtschaftsstandort ist ein funktionierendes Konkursamt ebenfalls sehr wichtig. Das Obergericht musste in seinem Bericht feststellen, dass der Pendenzenstand beim Konkursamt sehr hoch ist und einige Verfahren klar zu lange dauern. Lange Verfahren bedeuten oft auch schlechtere Verwertungserlöse, was den Gläubigern zusätzlichen, vielleicht unnötigen Verlust verursacht. So fällt auf, dass der Gesamtbetrag der zu Verlust gekommenen Forderungen sich von 2004 auf 2005 mehr als verdoppelt hat auf die Schwindel erregende Summe von über 268 Mio. Franken. Wenn auch zuzugeben ist, dass zwischen dieser sehr hohen Summe und der langen Verfahrensdauern höchstens ein sehr indirekter Zusammenhang besteht, so ist doch inskünftig auf diese Entwicklung ein Augenmerk zu richten.
Die CVP dankt allen Angehörigen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zuger Zivil- und Strafrechtspflege für ihren Einsatz im vergangenen Jahr und beantragt, den Rechenschaftsbericht des Obergerichtes zu genehmigen.

Andrea **Hodel** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion dem Dank an die Mitarbeitenden der Justiz anschliesst. Wenn sie auch Verständnis dafür hat, dass der Bericht für einmal etwas kurz ausgefallen ist, da wir ja noch anfangs dieses Jahres über die Personalplafonierung bei den Gerichten diskutiert haben, ist doch festzuhalten, dass der Bericht der JPK nach Ansicht der FDP etwas gar zu dürftig ausgefallen ist. Es geht in einem Rechenschaftsbericht nicht nur darum, festzustellen wer überlastet ist. Die gesamte Verwaltung hat die gleichen Sorgen, dennoch wird bei der Verwaltung viel mehr auf die Aufgabenerledigung als auf die Belastung geschaut. Die FDP-Fraktion wünscht dies in Zukunft auch von der JPK und möchte mehr Aussagen zur Pendenzenlast und zur Aufgabenerfüllung sehen.
Noch eine Bemerkung zur Art der Oberaufsicht. Seit der gescheiterten Parlamentsrevision diskutiert der Rat immer wieder mit den Gerichten über den inneren und äusseren Geschäftsgang. Die FDP ist müde, diese Frage weiter zu diskutieren und erwartet von den Gerichten, dass sie Visitationen auch wirklich zulassen, Fragenkataloge nicht vorgeprüft werden und Berichte auch wirklich vorgelegt werden. Das Parlament hat nun einmal die Oberaufsicht und ist nicht Untergebene. Sie darf sich nicht in den inneren Geschäftsgang und damit in die Rechtsfindung einmischen, hat aber Anspruch auf Auskunft und Verständnis dafür, wenn sie die Ablauforganisation, die Aufgabenerfüllung im Generellen und auch die Einhaltung der Vorgaben der Finanzstrategie prüft. Hier wären mehr Zusammenarbeit und weniger Misstrauen am Platz.

Flavio **Roos** wird sein Votum kurz halten, da schon Einiges gesagt wurde. Er will sich auf das Lob und wenige Details beschränken. – Die SVP-Fraktion bedankt sich bei den Gerichten und Ämtern der Zivil- und Strafrechtspflege für die gute Zusammenarbeit mit der JPK. Weiter auch für die geleistete Arbeit der Richterinnen und Richter sowie aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Trotz der Zunahme der Straftaten, Untersuchungen, Anklagen und Berufungen konnte die Arbeitsbelastung mit guter Organisation und grossem Willen bewältigt werden, obwohl die Grenzen erreicht sind. Wir sind froh, dass die Führung der Gerichte und Ämter die Spitze der Belastung mit Hilfe von Springern erledigen konnte. So wurden ausserordentliche Massnahmen verhindert. Die SVP-Fraktion hat erkannt, dass der Personalstellenplafond ausgereizt ist und steht voll hinter den personellen Zuschüssen für die nächsten Jahre. Es wird uns natürlich ausserordentlich freuen, wenn die Pendenzlisten und Arbeitspensen beim nächsten Rechenschaftsbericht rückläufig sind. Nochmals vielen Dank.

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** weist darauf hin, dass der Rat im Rechenschaftsbericht, den die JPK sehr genau überprüft hat, feststellen konnte, dass die Arbeitsbelastung fast durchgehend weiter zugenommen hat und einzelne Gerichte bzw. Ämter an der Kapazitätsgrenze angelangt sind. Nachdem Sie im März den Plafond für die kommende Amtsperiode entsprechend dem Antrag des Obergerichts bewilligt und uns auch eine zusätzliche vollamtliche Oberrichterstelle zugebilligt haben, sollte sich die Situation ab 2007 entschärfen und es ist zu hoffen, dass ab dem kommenden Jahr auch die Pendenzen wieder abgebaut werden können. Auch wenn die JPK und das Obergericht nicht immer einer Meinung sind, möchte die Obergerichtspräsidentin doch an dieser Stelle der JPK für die gute Zusammenarbeit im Rahmen der jährlichen Inspektion sowie für die offene Gesprächskultur bestens danken.

➔ Der Rat genehmigt den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2005 und spricht den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeitenden den besten Dank aus für die erbrachten Leistungen.

930 MOTION DER SP-FRAKTION BETREFFEND BEKANNTGABE DES ABSTIMMUNGSVERHÄLTNISSES BEI VERWALTUNGS- UND GERICHTSENTSCHEIDEN (§ 19 VRG)

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Verwaltungsgerichts (Nr. 1451.1 – 12091).

Othmar **Birri** nimmt vorweg, dass er dem Verwaltungsgericht für die sorgfältige Antwort dankt. Diese hätte allerdings auch schon vor 10 oder 15 Jahren kommen können – die Motion wurde 1990 eingereicht. Sie ist bis 2004 in der untersten Schublade der Sicherheitsdirektion liegen geblieben. Warum weiss der Votant nicht – aber heute haben wir die Antwort.
Darin wird aufgezeigt, dass man für beide Seiten sein kann. Das Bundesgericht hat diese Offenlegung. Es ist aber von der ganzen Sachlage viel weiter weg, als wenn wir das hier im Kanton Zug machen würden, wo die Nähe und die Bekanntgabe des

Falls natürlich anders ist und der Druck auf die Richter oder Richterinnen sicher grösser wäre. Da haben wir Verständnis. Wir schliessen uns den Anträgen des Verwaltungsgerichts an und sind froh, dass dieses mit dem Obergericht zu einer einheitlichen Lösung gekommen ist. Und wir sind einverstanden damit, dass die Motion nicht erheblich erklärt wird.

Andreas **Huwyler** ist sich beim Studium dieser Vorlage vorgekommen wie ein Archäologe. Genauso wie ein Archäologe musste er sich auf Mutmassungen stützen, welche Umstände und Lebensbedingungen unsere politischen Vorväter im Jahr 1990 veranlasst haben mochten, dieses Begehren zu stellen. Genauso wie ein Archäologe durfte er staunen, dass diese Motion die langen Jahre – in einer Amtsschublade quasi konserviert – äusserlich unbeschadet überdauert hat. Genauso wie ein Archäologe stellt er fest, dass Dinge, die in früheren Zeiten die Menschen bewegten, auch für unser heutiges Leben noch eine gewisse Bedeutung haben. Und genauso wie ein Archäologe kommt er zum tröstlichen Schluss, dass keineswegs alles, was die Menschen früher taten, auch besser war als heute. Ein anderer Schluss lässt sich bereits aus der unakzeptabel langen Bearbeitungsdauer ebenfalls ziehen: Das dieser Motion zu Grunde liegende Begehren kann nicht überaus wichtig und dringlich sein, ansonsten sie wohl viel früher aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt worden wäre.
Die CVP-Fraktion schliesst sich dem Antrag des Verwaltungsgerichtes einstimmig an, die Motion nicht erheblich zu erklären. Dies indes weniger wegen der gescholtenen langen Bearbeitungsdauer, sondern aus folgenden Gründen:
Das Argument der Motionärin, die Chancen eines Weiterzugs besser beurteilen zu können, wenn das Abstimmungsergebnis des erkennenden Gerichts bekannt gegeben würde, ist nicht stichhaltig. Diese Chancen muss der Rechtssuchende ohnehin immer selber beurteilen, soweit ihn diese Chancen überhaupt interessieren, liegt doch der Anreiz zum Weiterzug eines Verfahrens allzu oft eher in der Verzögerung als in der berechtigten Hoffnung auf ein positives Urteil. Dazu werden wir heute jedoch unter Traktandum 14 wohl noch mehr hören. Dem Begehren auf Bekanntgabe von Abstimmungsergebnissen könnten vielmehr blosse Neugier oder – verhängnisvoller – der Wunsch, auf Richter politischen Druck auszuüben, zu Grunde gelegen haben. Genau dies muss aber verhindert werden. Auch in Verfahren, die eine gewisse politische Brisanz aufweisen, darf sich der Richter nicht von politischen oder ideologischen Überlegungen leiten lassen, sondern ist zunächst dem Gesetz und Recht verpflichtet. Müssten Richter damit rechnen, dass ihre persönliche Haltung in einzelnen Verfahren infolge Bekanntgabe der Abstimmungsverhältnisse ausfindig gemacht werden könnte, wäre ihre Unabhängigkeit gefährdet. Die richterliche Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit ist indes absolut zu schützen und darf nicht durch Publikation von Abstimmungsresultaten preisgegeben werden. Wenn Richter nicht mehr unabhängig von politischen Interessen ihr Amt ausüben können, steht der Rechtsstaat auf dem Spiel.
Die im ausführlichen und sehr differenzierten Bericht des Verwaltungsgerichts aufgeführten Vorteile, welche die geforderte Bekanntgabe von Abstimmungsverhältnissen hätte, vermögen deren Nachteile zumindest aus politischer, wohl aber auch aus juristischer Sicht in keiner Weise aufzuwiegen. Der Votant beantragt deshalb im Namen der CVP-Fraktion, dieser Motion endlich die längst verdiente Ruhe zu gönnen und sie nicht erheblich zu erklären.

Andrea **Hodel** schliesst sich den Ausführungen der CVP an.

Rosemarie **Fähndrich Burger** weist darauf hin, dass die Alternativen kommen und eine Alternative bieten. Die vorliegende Motionsbeantwortung hat sich für uns als spannende Rechtskunde-Unterweisung entpuppt. Wir möchten dem Verwaltungsgericht dafür herzlich danken. Uns haben die Vorteile für das Öffentlichkeitsprinzip, wie es in der Vorlage beschrieben ist, überzeugt. Wir haben uns seit je für das Prinzip der Öffentlichkeit in der Verwaltung in allen Verfahrensschritten stark gemacht. Besprechungsinhalte und wie Entscheide zu Stande kommen, sollen der Öffentlichkeit zugänglich und für sie nachvollziehbar gemacht werden. In Anlehnung an die vorliegende Motion vertreten wir die Meinung, dass es unser Ziel sein soll, die Justiz im Kanton Zug transparenter zu machen. Was am Bundesgericht und in den Kantonen Luzern, Schaffhausen und Aargau möglich ist, soll auch bei uns ermöglicht werden. In der Justizgesetzgebung soll verankert werden, dass den betroffenen Parteien die beteiligten Richterinnen und Richter sowie das Stimmenverhältnis bei der Urteilsentscheidung mitgeteilt wird.
Eine öffentliche Justiz sorgt für Transparenz in der Rechtspflege und ermöglicht die Rechtsentwicklung. Aus unserer Sicht drückt das Prinzip der Bekanntgabe der abweichenden Meinung aus, dass an den Gerichten Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, unterschiedlichem menschlichem Verständnis und unterschiedlicher Meinung arbeiten und dementsprechend rechtliche Lehrsätze unterschiedlich interpretieren. Die Feststellung im Bericht, dass an unseren Zuger Gerichten eine kollegiale und respektvolle Atmosphäre herrscht, bestätigen wir. Wir bezweifeln jedoch, dass diese, bei einer Absage an die jetzige Form, verloren ginge. Wir gehen mit dem Verwaltungsgericht einig, dass es konsequent wäre, den Antrag der SP so zu ergänzen, dass das Stimmenverhältnis zusätzlich mit der abweichenden Meinung bekannt gegeben werden sollte. Den vorliegenden Antrag des Verwaltungsgerichts formulieren wir daher um in: Die Motion der SP-Fraktion sei erheblich zu erklären und der vorliegende Antrag sei zu ergänzen mit *«zudem wird auch die abweichende Meinung bekannt gegeben».* Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Andrea **Hodel** macht doch noch eine Ergänzung. Die erste Aufgabe eines Gerichts ist die Schlichtung eines Streits zwischen zwei Parteien durch ein Urteil, das den Parteien sagt, wie es weitergeht. Und nicht die wissenschaftliche Abhandlung von Themen. Wenn wir dann sagen, wie das die AF auch tut, «wir wollen die Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse offen gelegt haben», brauchen wir Begründungen. Das heisst aber: Personal, Personal, Personal. Es gibt dann nämlich bei abweichenden Meinungen zwei Entscheide, die motiviert und begründet und ausgefertigt werden müssen. Das muss man sich bewusst sein. Und wir haben nicht das angelsächsische Recht mit dem case law, wo es zur Rechtsfortbildung über Entscheide kommt. Sondern wir machen dies über Gesetze. Und da liegt ein wesentlicher Unterschied. Unterstützen Sie deshalb den Antrag der AF nicht!

Verwaltungsgerichtspräsident Peter **Bellwald** möchte nicht wiederholen, was im Bericht und Antrag vielleicht bereits etwas *zu* ausführlich dargelegt ist. Er möchte aber auf einige Ungereimtheiten hinweisen, die einem Nichtjuristen vielleicht auf den ersten Blick gar nicht so auffallen. – Im Titel der Motion heisst es: Motion betreffend Bekanntgabe des Abstimmungsverhältnisses bei Verwaltungs- und Gerichtsentscheiden. Damit sind gemäss der gesetzlichen Definition des Verwaltungsrechtspflegegesetzes auch die Beschlüsse des Regierungsrats gemeint. Niemand hat hier und heute auch nur ein Wort darüber verloren, dass auch bei Beschlüssen des Regierungs-

rats in Zukunft das Abstimmungsverhältnis bekannt gegeben werden müsste. Wenn man dann den Wortlaut der beantragten Gesetzesänderung liest, so sieht man auch sofort, dass nur das Stimmenverhältnis der Urteilsfindung bekannt gegeben werden soll. Die Änderung hätte also nur Geltung für die Gerichte. Und auch hier sagt die Motion nur einen Viertel der Wahrheit. § 19 des VRG hat keine Geltung für das Obergericht, für das Strafgericht und für das Kantonsgericht. Hier käme also die Änderung nicht zur Anwendung, denn dort gilt unbestrittenermassen das Gerichtsorganisationsgesetz. Unter die beabsichtigte Änderung würden nur die Urteile des Verwaltungsgerichts fallen. Und damit outet sich die Stossrichtung der vorliegenden Motion. Man möchte Kenntnis vom Abstimmungsverhalten der einzelnen Richterinnen und Richter in den wenigen vielleicht politisch interessanten Entscheiden, die das Verwaltungsgericht zu fällen hat. Wir haben sehr ausführliche dargelegt, warum wir das nicht wollen. Die Annahme der Motion würde nur politischen und vor allem auch persönlichen Druck auf die einzelnen Mitglieder des Gerichts aufbauen. Für den Rechtsuchenden wäre damit nichts gewonnen. Das Verwaltungsgericht ist Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie unserem Antrag folgen, die Motion für nicht erheblich erklären und mit ihr damit de jure das machen, was mit ihr de facto schon seit 16 Jahren passiert ist: Sie wieder in die Schublade zurück legen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag auf Erheblicherklärung gestellt wurde. Zum Zusatzantrag macht sie die AF darauf aufmerksam, dass es nicht üblich ist, eine Motion noch nachträglich zu ergänzen oder zu ändern. Daher bleibt lediglich der Antrag auf Erheblicherklärung.

➔ Der Rat lehnt es mit 62 : 5 Stimmen ab, die Motion erheblich zu erklären.

931 -INTERPELLATION VON KARL RUST BETREFFEND KOSTENPFLICHT ZUR EINDÄMMUNG LEICHTFERTIGER EINSPRACHEN, VERWALTUNGSBESCHWERDEN UND VERWALTUNGSGERICHTSBESCHWERDEN
-INTERPELLATION DER FDP-FRAKTION BETREFFEND VEREINFACHUNG UND BESCHLEUNIGUNG VON BAUBEWILLIGUNGSVERFAHREN

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1386.2/1414.2 – 12073).

Karl **Rust** erinnert daran, dass uns der Rechtsstaat Wohlstand gebracht hat. Zu den negativen Auswirkungen zählen jedoch langwierige Verwaltungsverfahren. Wegen der unglaublichen Bauverzögerung bei der Nordzufahrt muss sich auch die Baudirektion in ihrer Rolle als Bauherren-Vertreterin wehren. Der Vorstoss des Votanten zielt auch im Vergleich zu anderen Kantonen vor allem auf kostendeckende Verfahren. Es geht nicht darum, den Rechtsschutz des Bürgers einzuschränken. Es ist bei der Beanspruchung von staatlichen Leistungen auch das bei Pragma und landesweit bewährte Kosten- und Verursacherprinzip heranzuziehen. Bei zu günstigen Verfahrenskosten wächst die Gefahr «vom Rechtsstaat zum Rechtsmittelstaat». Unsere Verwaltung und die Gerichte haben einen sehr guten Ruf. Das ist eine Gewähr für den rechtsuchenden Bürger und den Standort Zug. Es geht um das Ausnutzen des Ermessensspielraums zwischen der Gewährleistung der Rechtskonformität und der

Verhinderung von Bauverzögerungsschäden bei den Einsprache- und Beschwerdeverfahren.
Zu Ziff. 1. Auch wenn der Regierungsrat dies verneint, hat der Kanton Luzern auch bei Einsprachen bei Kostenpflicht eine Spruchgebühr bis 2'000 Franken. Sie kann auf 5'000 erhöht werden, wenn ausserordentliche Umstände, namentlich komplexe Bauvorhaben oder einen besonders hohen Aufwand verursachende Einsprachen dies rechtfertigen.
Bei den Verfahren besagt das Zuger Verwaltungsrechtspflegegesetz lediglich, wer die Kosten trägt. Offen bleibt zum Teil, wie viel kostendeckende Gebühren verlangt werden. Immerhin dort, wo sie geregelt und zu tief sind, ist der Regierungsrat bereit, die Anpassungen vorzunehmen. Das gilt auch für die Gerichte. Eine Frage zu S. 16: Warum ist nur eine Kostenerhöhung bis 6'000 vorgesehen, wenn andere Kantone gleich oder höher sind? Die Interpellanten gehen sonst davon aus, dass die angekündigten Kostenerhöhungen im Rahmen der umliegenden Kantone geschehen werden. Eine Richtschnur für ein pragmatisches und durchgängiges Kostendeckungsprinzip über die Festlegung von Verfahrenskosten findet sich in der Verordnung über die Kosten im Verfahren vor dem Verwaltungsgericht.
Im Kanton Zürich werden nach § 13 VRPG von den Verwaltungsbehörden für ihre Amtshandlungen Gebühren und Kosten verlangt. Nach der Aargauer Regelung ist die erste Instanz in der Regel kostenfrei. Es hat auch jeder Kanton eine andere Regel. Wir haben also 26 verschiedene Systeme. Dafür werden dort bau- und planungsrechtliche Streitigkeiten im Rechtsmittelverfahren als vermögensrechtliche Streitigkeiten betrachtet und es wird ein Streitwert festgelegt. Einen solchen hat das Bundesgericht grundsätzlich bejaht. In einem Bundesgerichtsentscheid vom 23. Juli 2003 liest sich dazu allerdings unter anderem: «Vielmehr sei die Parteienentschädigung in Anbetracht des Obsiegens, der Wichtigkeit und Schwierigkeit der Streitsache sowie des Umfangs des Arbeitsaufwandes zu bemessen». Auch die Zuger Staatverfassung verlangt in § 60 ganz klar, dass die Kosten für das Prozessverfahren dem Streitwert angemessen sein müssen. Für Prozesse von geringerem Streitwert sei sogar ein abgekürztes Verfahren einzuführen. Es wird also auf Verfassungsstufe unmissverständlich festgelegt, dass die Kosten eines Prozesses vom Streitwert abzuleiten sind. Dies ist aber nur möglich, wenn überhaupt ein Streitwert festgelegt wird. Weiter hat der Streitwert gemäss § 60 einen Einfluss auf das zu befolgende Verfahren. Anders gesagt wird die Zuger Verfassung bzw. ihr Streitwert-Prinzip hier noch nicht umgesetzt! Die meisten umliegenden Kantone machen in den einschlägigen Gesetzen zu missbräuchlichen Einsprachen keine Aussagen. Sie sind ohnehin schwierig zu beweisen! Da geht Karl Rust mit der Antwort der Regierung und der Gerichte einig. Das hat auch er feststellen müssen. Dafür besteht in allen umliegenden Kantonen die Möglichkeit, unnötige Kosten dem Verursacher aufzuerlegen. Unabhängig vom Verfahrensausgang kann eine Parteienentschädigung verweigert oder gekürzt werden, wenn der Parteiaufwand nicht gerechtfertigt ist.
Zusammenfassend zeigt sich, dass der Regierungsrat im Gegensatz zu den Gerichten den Anliegen der Interpellanten nur teilweise entgegenkommt, obwohl es auf Grund der Beispiele in anderen Kantonen durchaus Wege gibt, straffe und kostendeckende Verfahren anzuwenden. Die Interpellanten behalten sich deshalb vor, ihre Anliegen in verbindlicherer Form vorzubringen.

Andrea **Hodel** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion bedankt für die rasche Beantwortung ihrer Interpellation. Richtig Freude bereitet sie uns allerdings nicht. Es mag sein, dass sich durch höhere Kostenvorschüsse keine Beschwerden verhindern lassen,

aber es wäre wenigstens sichergestellt, dass der am Schluss in Rechnung gestellte Aufwand gedeckt ist. Ein Kostenvorschuss von 800 Franken ist ganz offensichtlich zu tief. Würde man den Ansatz des Kantons für einen Sachbearbeiter von 120 Franken pro Stunde nehmen, so ergebe dies einen Aufwand von rund sechs Stunden. Alleine daraus ergibt sich, dass damit niemals der Aufwand für die Behandlung einer Beschwerde auch nur annähernd gedeckt werden kann. Berücksichtigt man dann Parteientschädigungen im Mittel von 1'200 Franken, so ergebe dies im Armenrecht wiederum einen gedeckten Aufwand von sechs Stunden. Es braucht keine Worte um zu erklären, dass damit ein Aufwand einer Partei auch nicht annähernd gedeckt sein wird. Dies vor allem auch im Vergleich dazu, dass die einfach raumplanerische Beantwortung des Postulats bei Traktandum 13 immerhin 2'400 Franken kostete.
Das Verwaltungsgericht stellt als beinahe einzige erfreuliche Nachricht in der Interpellationsantwort fest, dass ihre Gebühren wirklich zu tief sind und angemessen erhöht werden dürfen. Die FDP-Fraktion wünscht aber nicht nur eine gewisse und angemessene Anpassung, sondern eine massgebliche, zeigt sich doch auch bei diesen Ausführungen, dass eben eine Entschädigung zwischen 2'500 und 3'500 Franken einen Aufwand einer obsiegenden Partei – denkt man an die Komplexität von Verwaltungsgerichtbeschwerden – niemals deckt.
Nun aber zu den Fragen der FDP-Fraktion. Der Regierungsrat ist nicht bereit, seine Praxis betreffend dem vereinfachten Bewilligungsverfahren nach § 44 zu lockern. Auch bei der vorzeitigen Baufreigabe sieht er keinen Handlungsbedarf. Damit bleibt der FDP-Fraktion nichts anderes übrig, als mit einer Motion entsprechende Anpassungen der Gesetzestexte in den Rat einzubringen. Genau mit diesen Instrumenten der vorzeitigen Baufreigabe, der vermehrten Anwendung des Verfahrens der Bauanzeige sowie des vereinfachten Bewilligungsverfahrens könnte erreicht werden, dass kleinere Umbauten, welche weder Grenzabstände noch die Aussenmasse verändern, sehr rasch bewilligt und damit auch umgesetzt werden könnten. Dies wäre dann nicht notwendig, wenn in solchen Fragen Entscheide rascher gefällt werden. Die Praxis zeigt aber, dass Baubewilligungsverfahren sehr langwierig sind. Auf Entscheide muss lange gewartet werden und die Baubehörden der Gemeinden sind geneigt, auch bei zivilen Streitigkeiten die Baubewilligung auszusetzen, bis solche Fragen erledigt sind.
Zeitverzögerungen durch Beschwerden sind und bleiben ein Problem. Dies können wir beim Bundesplatz eins zu eins miterleben. Das Zuger Volk hat die Änderung des Bebauungsplans mit überwältigendem Mehr angenommen, dennoch schliesst daran nochmals ein Baubewilligungsverfahren an und wieder ist mit Beschwerden zu rechnen. Gerade in solchen Fällen wäre die vorzeitige Baufreigabe ein Instrument, um eben Bauwillige nicht weiter schikanieren zu können. Der Regierungsrat erklärt, dass ihm querulatorische Einsprachen nicht bekannt sind. Dies mag richtig sein, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass solche missbräuchliche Einsprachen eben an der Tagesordnung sind und die Praxis ein anderes Bild zeigt. Oftmals geht es Nachbarn, die Beschwerde erheben, darum, eine finanzielle Abgeltung zu erhalten, und der Bauwillige muss sich wohl oder übel überzeugen lassen, dass die Bezahlung einer nicht gerechtfertigten Summe günstiger ist als das Durchlaufen eines Beschwerdeverfahrens. Diesen Missständen, so gibt die FDP der Regierung recht, ist bei unseren Bedürfnis nach Rechtsschutz und Interessenwahrung aller irgendwie interessierten Kreise nur schwer Rechnung zu tragen.
Die FDP Fraktion nimmt im Übrigen zur Kenntnis, dass eine weitere Einschränkung der Legitimation auf kantonaler Ebene keinen Sinn macht. Sie erwartet jedoch vom Regierungsrat und vom Verwaltungsgericht, dass diese die strengeren Beschwerde-Legitimationsvorschriften des neuen Bundesgerichtsgesetzes in ihrer Rechtsanwen-

dung konsequent umsetzen. Auch in Bezug auf die Ermessenskontrolle sieht die FDP in der Antwort der Regierung keinen Lösungsansatz. Die Antwort kann nicht befriedigen. – Zusammenfassend muss die FDP sich vorbehalten, durch eine Motion den Regierungsrat auf Grund dieser vor allem negativen Antwort zu beauftragen, entsprechende Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Berty **Zeiter** entnimmt der differenzierten Antwort des Regierungsrats mit Genugtuung, dass unsere aktuell geltenden Rechtsmittel genügen, um Missbräuche im Beschwerdeverfahren zu bekämpfen.Wir unterstützen die Haltung des Regierungsrats, den Zugang zu den rechtlichen Mitteln für die Allgemeinheit grundsätzlich offen zu halten. Es wäre unseres Erachtens unzulässig, dass unter dem Vorwand, Missbräuche zu verhindern, der Zugang zu Rechtsmitteln über Gebühr eingeschränkt und für Teile der Bevölkerung systematisch verunmöglicht wird. Darin liegt ja auch die Problematik des Gebührenansatzes zur Vollkostendeckung. Dass Dienstleistungen des Staates für finanziell Minderbemittelte nicht mehr zugänglich werden.
Wir teilen auch die Ansicht des Regierungsrats, dass eine Einschränkung der Legitimation zur Ergreifung von Einsprachen und Beschwerden auf unmittelbar betroffene Nachbarn und unter Ausschluss des Verbandsbeschwerderechtes nicht im Interesse der Allgemeinheit und unserer zunehmend unter Druck geratenden Umwelt ist. Ansonsten würde der Zugang zu den Rechtsmitteln abhängig gemacht von finanziellen und persönlichen Möglichkeiten und dem Zufallsprinzip ausgeliefert. Die konsequente Anwendung unserer Gesetze würde untergraben und zum Spielball von Partikularinteressen, die den Interessen der Gemeinschaft oft zuwiderlaufen. Insbesondere in Phasen des Baubooms, wie wir sie auch jetzt wieder erleben, wächst das Risiko von schwerwiegenden Bausünden beträchtlich. Mit einem griffigen Beschwerderecht können diese Versuchungen etwas besser im Zaum gehalten werden.

Silvia **Künzli** weist darauf hin, dass sie die Interpellation Rust ebenfalls mitunterzeichnet hat. Aus Überzeugung, aus persönlicher und beruflicher Betroffenheit, aus Sorge um den Rechtsstaat und die Wirtschaft. Niemand hier im Saal möchte Bürgerrechte beschneiden, auf die wir stolz sein dürfen und um die uns viele beneiden. Aber allen sind auch Geschichten bekannt, die vom Missbrauch solcher Rechte berichten. Geschichten, die uns die Haare zu Berge stehen lassen. Bei der heutigen Frisurenvielfalt ist dies natürlich kein Argument, den Regierungsrat damit zu belasten, Gesetzesänderungen auszuarbeiten. Aber bei den geforderten Massnahmen zur Eindämmung leichtfertiger Einsprachen, Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbeschwerden geht es um unsere Vorstellungen eines Rechtsstaats, um wirtschaftliche Schäden, um Steuergelder und letztlich um das menschliche Zusammenleben. Es kann und darf nicht sein, dass Rechtsmittel dazu missbraucht werden, aus persönlichen Gründen anderen Schaden zuzufügen, sich zu bereichern, eigene Frustrationen abzubauen oder Neid zu legitimieren. Ob aus eigener Erfahrung oder aus den Büchern der Psychologen wissen wir, dass die Lust am Streiten sinkt, wenn der Preis steigt. Denn wir rechnen uns immer aus, was uns eine Aktion wert ist. Ob bewusst oder unbewusst. Die vielen unangenehmen und haarsträubenden Geschichten von Einsprachen und Beschwerden deuten ganz offensichtlich darauf hin, dass die Preistabelle im Kanton Zug nicht stimmt und angepasst werden muss. Das ist keine Einschränkung der Bürgerrechte, sondern einfach eine Pflichtaufgabe, damit die Rechnung wieder stimmt. Das Recht darf nicht auf Querulanten ausgerichtet sein oder darauf, dass Vereinfachen das Leben schwierig macht.

Jean-Pierre **Prodolliet** weist darauf hin, dass in der Interpellation von Karl Rust von «leichtfertigen Einsprachen» die Rede ist. Er ist seit Jahren Mitglied der Baufachkommission Cham und hat den Eindruck gewonnen, dass es keine eigentlich leichtfertigen Einsprachen gibt. Allen, die Einsprachen machen, ist es ernst. Und es ist auch so, dass sie nicht immer unsinnig sind. In vielen Fällen werden im Baubewilligungsverfahren durch Einsprachen ausgelöste Probleme dann gelöst. Es gibt natürlich missbräuchliche Einsprachen. Aber da geht es um schwerwiegende Interessen, um viel Geld. Und es ist ja eben von Andrea Hodel bestätigt worden: Mit Erhöhung der Gebühren wird man wohl kaum irgendetwas verändern oder eindämmen.
Weiter ausgeführt in der Interpellation Rust ist, dass man das Einspracheverfahren so gestalten sollte, dass einer abgewiesenen Einsprache immer auch eine Haftung übertragen werden solle. Dieses Anliegen ist schon vorgetragen worden, als wir das Planungs- und Baugesetz beraten und nachher beschlossen haben. Schon damals hat man darauf hingewiesen, dass dieser Abbau von Rechtspflege höheren Ansprüchen nicht genügt und gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstösst. Es ist dem schon damals nicht stattgegeben worden. Hingegen hat man versucht, die Möglichkeit der aufschiebenden Wirkung so zu gestalten, dass man sie in bestimmten Fällen aufheben kann. Zum Beispiel dann, wenn die Einsprache den Anfang der Bauarbeiten nicht betrifft. Man hat § 67 Abs. 3 geschaffen. Hier ist man so weit gegangen, wie man gehen konnte.
Es scheint, dass im Vorfeld von Wahlen die Parteien immer das Bedürfnis haben, sich als brave Kämpfer gegen Missbräuche zu präsentieren. Auch die FDP macht davon Gebrauch und kämpft gegen die angeblich überlangen Baubewilligungsverfahren, gegen die bekannte Trägheit und Bürokratie im öffentlichen Bereich. Dazu ist zu sagen, dass es im PGB Fristen gibt: Zwei Monate bei Verfahren ohne Einsprache, drei Monate mit Einsprache. Das ist im Gesetz so festgehalten und hat sich – wie die Antwort bestätigt – auch bewährt. Auch von der Planerseite her ist es so, dass drei Monate Frist vor Baubeginn genutzt werden kann für die Vorbereitung von Bauvorhaben. Und gute Vorbereitung hat Auswirkungen auf das zu erzielende Kosten-/Nutzen-Verhältnis. Man muss diese Fristen nicht immer als eine Plage und Schwierigkeit sehen.
Zusammenfassend kann Jean-Pierre Prodolliet feststellen, dass der Regierungsrat der Meinung ist, dass die Rechtspflege im Kanton Zug gewährleistet sein soll. Dass sie menschenrechtskonform sein soll. Die angesprochene Verwaltungsbeschwerde, die bundesrechtlich festgehalten ist, soll eingehalten werden. Dem Ansinnen der Interpellanten, davon abzuweichen, um den Wirtschaftsstandort Zug für potenzielle Bauinvestoren noch attraktiver zu machen, erteilt der Regierungsrat eine Absage. Das beruhigt sowohl den Votanten wie auch die SP-Fraktion.

Karl **Rust** ist bei der aufschiebenden Wirkung der Meinung von Andrea Hodel und von Jean-Pierre Prodolliet. Konkret geht es ihm um die Präzisierung zum Votum von Berty Zeiter. Die klare Haltung der Interpellanten ist: Es geht nicht darum, den Rechtsstaat des Bürgers einzuschränken. Es geht um das Ausnutzen des Ermessensspielraums zwischen Gewährleistung der Rechtskonformität und der Verhinderung von Bauverzögerungsschäden.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hält fest, dass der Kanton Zug ganz allgemein keine Gebührenbolzerei betreibt. Wer sich an den Kanton wendet, soll zu einem Entscheid kommen, auch wenn er nicht über grosse finanzielle Mittel verfügt. Die Baudirektion

muss alle Verfahrensbeteiligten – ob es Baugesuchsteller oder Gegner eines Bauvorhabens sind – anhören. Wo ein Bauvorhaben mangelhaft scheint, prüft die Baudirektion im Verwaltungsbeschwerdeverfahren jeweils, ob der Bau nicht doch freigegeben werden kann. Das Gesetz lässt die Baufreigabe zu, wenn der Entscheid deswegen nicht präjudiziert wird. Ein bezahlter Rückzug eines Rechtsmittels – zum Beispiel durch einen Nachbarn – ist dann zulässig, wenn schutzwürdige Interessen dieses Nachbarn im Spiel sind. Anders gesagt: Würde der Nachbar eine Einsprache oder Verwaltungsbeschwerde führen und wäre das Rechtsmittel objektiv nicht aussichtslos, so ist es nach Bundesgericht zulässig, mit der Bauherrschaft den entgeltlichen Verzicht auf das Rechtsmittel zu vereinbaren. Die Abgeltung muss jedoch in einem angemessenen Verhältnis zum möglicherweise hingenommenen Nachteil stehen.
§ 29 Bst. a der Bundesverfassung garantiert den Rechtsweg für alle. Der Weg darf nicht so steinig sein, dass nur der besonders Robuste und gut Gepolsterte vorankommt.

Verwaltungsgerichtspräsident Peter **Bellwald** weist darauf hin, dass das Verwaltungsgericht auch zur Interpellationsbeantwortung eingeladen wurde. – Bei der Beurteilung der Frage, ob ein missbräuchliches Ergreifen von Rechtsmitteln in Bausachen vorliegt oder nicht, hat das Gericht immer zwei Seiten zu beachten. Auf der einen Seite haben wir den Bauherrn, der sein Bauvorhaben möglichst rasch realisieren möchte, und dem durch Verzögerungen in Form von Einsprachen und Beschwerden Schäden in namhafter Grösse entstehen können. Der Votant denkt an Bauteuerung, Kapitalverzinsung, an Mietzinsverluste oder an Kosten für Ersatzobjekte. Auf der anderen Seite steht aber der Nachbar, für dessen Grundstück ein Bauvorhaben auf Jahrzehnte hinaus erhebliche Beeinträchtigungen und Wertverminderungen verursachen kann. Auch er hat ein legitimes Interesse daran, dass das Bauvorhaben auf seine Baurechtskonformität überprüft wird. Und diese beiden legitimen Interessen hat der Kantonsrat auch im Auge zu behalten, wenn es um Reformen im Baurecht oder im Bauverfahrensrecht geht.
Zu den Verfahrenskosten. Eine Erhöhung der Verfahrenskosten ist auf den ersten Blick ein probates Mittel zur Verhinderung von missbräuchlichen Einsprachen und Beschwerden. Man beachte aber, dass die Erhöhung der Verfahrenskosten immer auch die trifft – die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger –, die von ihrem gesetzlich verankerten Einspracherecht in guten Treuen Gebrauch machen. Und die – gemäss der Erfahrung des Verwaltungsgerichtspräsidenten – vielfach auch Recht bekommen. Eine Erhöhung der Verfahrenskosten erschwert aber faktisch den Zugang zum öffentlichen Baurechtsverfahren und hat ab einer gewissen Höhe prohibitive Wirkung. Was wir dann wieder unter dem Aspekt des verfassungsrechtlich garantierten Rechtsschutzes nicht akzeptieren könnten. Und da möchte Peter Bellwald dem Rat etwas Interessantes sagen: Es sind gerade die offensichtlichen Querulanten, die sich nicht davor scheuen, auch sehr grosse und hohe Vorschüsse zu leisten. Bei ihnen geht es nicht ums Geld, sondern wirklich ums Verhindern.
Der Votant geht mit dem Interpellanten Karl Rust insofern einig, als der Kostenrahmen, den das Verwaltungsgericht heute hat, zu tief ist. Hier ist eine Anpassung nötig. Der Vergleich mit den anderen Kantonen hat ergeben, dass wir wirklich zu tief sind. Peter Bellwald hat auch nichts dagegen, dem Verwaltungsgericht vorzuschlagen, den Kostenrahmen wie im Kanton Aargau auf 10'000 Franken zu erhöhen. Das Gericht wird hier so oder so selber eine Anpassung vornehmen. In Ausnahmefällen können wir auch heute schon höhere Kosten verlangen. Wir haben schon bis zu

28'000 Franken verlangt. Für das Gericht ist es aber sehr wichtig, dass es auch in Zukunft selber die dem Einzelfall angemessenen Gerichtskosten festsetzen kann.
Noch kurz etwas zur FDP-Interpellation. Die Beschwerdeberechtigung der betroffenen Nachbarn und die Kognitionsbefugnisse des Regierungsrats und der Gerichte werden aber am 1. Januar 2007 weitgehend durch das Bundesrecht vorgegeben und beeinflusst. Wenn wir hier jetzt im angekündigten Motionsverfahren eine allzu restriktive Regelung erarbeiten und so vorpreschen, riskieren wir, dass uns das Bundesgericht über kurz oder lang aus dem verfahrensrechtlichen Offside zurückpfeift. Und auf solche Pfiffe aus Lausanne ist Peter Bellwald nicht scharf.
Eine letzte Bemerkung zur Nordzufahrt – und da kommt dem Verwaltungsgerichtspräsidenten die Galle hoch. Das Stichwort Nordzufahrt betrifft nicht die Zuger Behörden. Die Baudirektion, der Regierungsrat und das Verwaltungsgericht haben sehr rasch und gut gearbeitet in dieser Sache. Seit mehr als einem Jahr warten wir nun alle auf einen Entscheid der Rekurskommission des UVEK, die für Beschwerden zuständig ist, welche den Nationalstrassenteil der Nordzufahrt betreffen. Diese Kommission hat sich den unglaublichen Fauxpas geleistet und das Rekursverfahren von sich aus grundlos sistiert, wohl in der Annahme, man könne im Lehnstuhl auf den Entscheid des Bundesgerichts über die Beschwerde gegen den Kantonsstrassenteil warten und diesen dann mehr oder weniger abschreiben. Erst vor wenigen Tagen musste die Kommission vom Bundesgericht angehalten werden, in der Sache endlich zu entscheiden, damit das Verfahren dann koordiniert endlich vom Bundesgericht entschieden werden kann. Hier haben wir es mit einem Musterbeispiel von unnötiger Verfahrensverzögerung zu tun.

➔ Kenntnisnahme der beiden Interpellationsbeantwortungen.

932 MOTION DER SVP-FRAKTION BETREFFEND ÄNDERUNG DES PERSONALGESETZES (MUTTERSCHAFTSURLAUB)

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1356.2 – 12037).

Moritz **Schmid** meint, der Rat verstehe wohl, dass die SVP-Fraktion mit Bericht und Antrag der Regierung nicht zufrieden ist. Es erstaunt die SVP-Fraktion nicht, dass die Regierung nicht in allen Belangen den gleichen Massstab im Sparen ansetzt. Die Regierung ist der Meinung, dass mit dem Einhalten der Bundesregelung nur geringfügige Einsparungen gemacht werden können. Sind denn jährliche Minderkosten von 55'000 Franken auf einen relevanten Lohnkostenbetrag von ca. 300'000 wirklich geringfügig? Wo fängt das Kostendenken an, wenn nicht an solchen Orten? Das ist nämlich nicht sparen, das heisst nur nicht mehr ausgeben, als der Bund und das Volk als richtig erachtet haben. Wenn man bei den Lehrlingen die Fahrspesen streichen kann, und so ein paar hundert Franken einspart, ist es der Regierung recht. Dabei sind es auch nur geringfügige Minderkosten, und es betrifft eben nur den Lehrling. Einmal mehr zeigt die Verwaltung heute auf, dass sie die Angestellten gegenüber der Privatwirtschaft und das besonders gegenüber den kleinen und mittleren Betrieben ausspielt, und somit die Lohnnebenkosten nach oben treibt. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass die Regierung immerhin am 28. Oktober 1999 gegen die Erhöhung des Mutterschaftsurlaubs auf 16 Wochen war. Zudem scheint uns er-

wähnenswert, dass seinerzeit Andrea Hodel als Präsidentin der vorberatenden Kommission geäussert hat, dass die Kommission die Ansicht vertreten hat, dass nach einer allfälliger Annahme der eidgenössischen Vorlage darüber diskutiert werden müsse, ob der Mutterschaftsschutz bei 16 Wochen belassen oder auf 14 Wochen reduziert werden solle. Diese Diskussion haben wir nun mit unserer Motion angeregt, weil es sonst niemand tat. Der Bericht zeigt klar auf, dass die Angestellten der kantonalen Verwaltungen gegenüber der Privatwirtschaft einmal mehr bevorteilt sind. Die Vergleiche der verschiedenen Unternehmer aus der Privatwirtschaft zeigen deutlich auf, was für Zweige in der Privatwirtschaft bevorteilte Regelungen haben und welche sich an das Gesetz halten. Banken und nur zum Teil Versicherungen. Wer aber hat den Personalbestand in den letzten Jahren nach unten angepasst? Eben diese Betriebe. Kleine und mittlere Betriebe wurden im Bericht der Regierung absichtlich nicht erwähnt. Sonst sähe die Bilanz wirklich anders aus.
Der Votant bittet den Rat, die Motion der SVP-Fraktion erheblich zu erklären und so ein Zeichen der Gleichberechtigung zwischen Verwaltung und dem Grossteil der Privatwirtschaft – eben KMU – zu setzen.

Beatrice **Gaier** erinnert daran, dass im September 2004 gut 55 % der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf schweizerischer Ebene ja gesagt haben zu einer einheitlichen Minimalregelung des Mutterschaftsurlaubs. Im Vorfeld des Abstimmungskampfes wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass bereits bestehende Regelungen nicht tangiert würden. Bei uns im Kanton Zug profitieren die kantonalen Angestellten seit dem Januar 2000 von einer bereits bestehenden und etwas weiter gehenden Mutterschaftsversicherung. Im Kantonsrat fiel dieser Entscheid im Herbst 1999 – nach einer hitzigen und kontrovers geführten Debatte – deutlich zu Gunsten der Mütter aus. Damals entbehrten gewisse Aussagen in Voten jeglichen Respekts gegenüber Frauen und Müttern. Diese teilweise diskriminierenden Äusserungen wirkten sich zum Glück wohl kontraproduktiv aus.
Sowohl auf kantonaler als auch auf eidgenössischer Ebene hatte die SVP den Mutterschaftsurlaub bekämpft und ist unterlegen. Ihre seither in verschiedenen Kantonen eingereichten Vorstösse sind für die Votantin krasse Angriffe auf junge Familien und ein echter Rückfall ins alte Rollendenken. Dass sich eine Kürzung des Mutterschaftsurlaubs mit Gerechtigkeit gegenüber der Privatwirtschaft oder gar mit grossen Einsparungen begründen liesse, hat die Regierung in ihrer ausführlichen und differenzierten Antwort klar widerlegt. Im Bericht kommt die deutliche Wertschätzung gegenüber den kantonalen Angestellten zum Ausdruck. Auch wird aufgezeigt, wie der «Zuger Mutterschaftsurlaub» im Vergleich zu anderen Kantonen, dem Bund und der Privatwirtschaft aussieht. Wir haben für unsere Staatsangestellten durchaus keine Luxuslösung. Der weltoffene und fortschrittliche Kanton Zug würde mit einer Verkürzung des Urlaubs familienpolitisch ein peinlich kleinkrämerisches Signal nach aussen senden.
Eine wirklich grosse Mehrheit der CVP-Fraktion bittet den Rat deshalb, die Motion der SVP mit aller Deutlichkeit zurückzuweisen und gemäss der Empfehlung des Regierungsrats als nicht erheblich zu erklären!

- Sie setzen damit ein Zeichen für die Familie, deren Wert wir für unsere gemeinsame Zukunft nicht hoch genug schätzen können.
- Sie unterstützen damit den Kanton als familienfreundlichen Arbeitgeber, der seinen Angestellten und zukünftigen Müttern weiterhin einen zeitgemässen, jedoch keinesfalls überrissenen, Mutterschaftsurlaub ausrichten kann.

Thomas **Lötscher** hält fest, dass die FDP-Fraktion gegen das Motionsbegehren ist und den Antrag der Regierung unterstützt. Der Motionärin ist entgegen zu halten, dass gerade die SVP immer – und zu Recht – verlangt, dass der Volkswille zu respektieren sei. Welchen Willen hat das Volk in dieser Angelegenheit geäussert?

1. Etwa 14 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges sagte das Volk ja zum verfassungsmässigen Familienschutz inklusive Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung und zeigte sich sehr fortschrittlich – mehr als ein Vierteljahrhundert vor Einführung des Frauenstimmrechts.
2. Vor zwei Jahren schaffte das Volk mit der Änderung des Erwerbsersatzgesetzes Minimalstandards für den bezahlten Mutterschaftsurlaub.

Das Volk hat damit definiert, was mindestens gewährleistet sein muss, und den Spielraum nach oben bewusst offen gelassen. Respektieren wir also den Volkswillen! Kostenbewusstsein ist sicher zu begrüssen, aber in diesem Zusammenhang nicht sehr effektiv: Die Kosteneinsparung von jährlich 55'000 Franken entspricht nicht einmal 1/3 eines abgespeckten Zivilschutzunterstandes für alte Pinzgauer. Das demoralisierende Signal an die Mitarbeiter dürfte sich negativ auf die Motivation auswirken. Inwiefern dadurch die Einsparung betroffen würde, ist schwer abzuschätzen. Vergrössert dürfte sie aber kaum werden. Wir erwarten von unseren Angestellten viel – auch finanzielle Opfer. Aber irgendwo gibt es Grenzen!
Richtig ist, dass durch Leistungen über das gesetzliche Minimum hinaus auch private Arbeitgeber einem gewissen Druck auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind. Das ist aber kein Angriff auf das Gewerbe, wie die folgenden zwei Informationen zeigen:

1. Vor fünf Jahren reichte Nationalrat Pierre Triponez, seines Zeichens Präsident des Schweizer Gewerbeverbands, eine Initiative ein zur Schaffung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs ein.
2. Der Schweizer Arbeitgeberverband empfahl seinen Mitgliedern, die Frauen mit Einführung der neuen Mutterschaftsversicherung nicht schlechter zu stellen. Er empfahl damit genau das Gegenteil dessen, was die SVP-Motion bezweckt. Dabei steht der Schweizer Arbeitgeberverband nicht im Verdacht, besonders wirtschaftsfeindlich zu sein.

FDP und andere bürgerliche Politiker fordern regelmässig, dass sich die Politik in ihrem Handeln an erfolgreichen Beispielen der Privatwirtschaft orientieren soll. Auf den S. 5 und 6 der Vorlage finden Sie zahlreiche Firmen, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen. Die UBS AG, welche auch die Lohntüte des Votanten abfüllt, gewährt ihren Mitarbeiterinnen einen zu 100 % finanzierten Mutterschaftsurlaub von sechs Monaten. Und Moritz Schmid: Sie stellt laufend neue Leute ein, wobei sie Mühe hat, alle offenen Stellen zu besetzen. So weit muss der Kanton Zug nicht gehen – bei der Mutterschaftsversicherung und beim Einstellen von Leuten. Aber die FDP will das aktuelle Niveau nicht senken – im Interesse der Familien und somit der Zuger Zukunft.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion mit Genugtuung feststellt, dass das zwanghafte Verhalten in diesem Rat, überall beim Personal zu sparen und es laufend schlechter zu stellen, vom Regierungsrat nicht mitgetragen wird. Diese Feststellung zeigte sich schon beim der Vorlage zum Pensionskassengesetz und jetzt wieder bei der Beantwortung der SVP-Motion zum Mutterschaftsurlaub. Die SP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für seine klare Stellungnahme und zu seinem Einsatz zu Gunsten werdender Mütter. Mit dem Argument der Kosteneinsparungen will die SVP-Fraktion den kantonalen Mitarbeiterinnen den bezahlten Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen bei 100 % Lohn, sofern am Tage der Niederkunft das Arbeitsverhältnis min-

destens zwei Jahre bestanden hat, auf die Bundesregelung von 14 Wochen Mutterschaftsurlaub bei 80 % Lohn kürzen. Die SVP-Fraktion hat sich schon bei der Pensionskassenregelung gegen das kantonale Personal gestellt, weshalb dieses Motionsbegehren keine weitere Verwunderung auslöst – aber hoffentlich zumindest beim weiblichen Personal in Erinnerung bleiben wird. Liebe SVP-Mitglieder, Sie versuchen erneut eine Gruppe Staatsangestellter schlechter zu stellen, als dies die heutige kantonale Lösung vorsieht. Im Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats vom 3. Oktober 2002 wird ausdrücklich festgehalten, dass weitergehende kantonale oder sozialpartnerschaftliche Lösungen mit der Vorlage zur Mutterschaftsversicherung weiterhin möglich sein sollen. Ständerat Philipp Stähelin meinte beim Eintreten auf die Gesetzesvorlage: «Es liegt ein Minimalpaket vor, das aber zumindest den Verfassungsauftrag umsetzt. Finanzielle Probleme, ja Armutsprobleme treffen wir heute vor allem bei jungen Familien. Die Vorlage hilft mit, diese Lasten zu senken, denn Kinder sind unsere Zukunft.»
Mit der Einführung der Mutterschaftsversicherung wurde ein wichtiger Schritt in Richtung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt gemacht. Die Mutterschaftsversicherung ist auf erwerbstätige Mütter beschränkt. Wer die Familie in der Arbeitswelt stärken will, muss dafür sorgen, dass Berufs- und Familienaufgaben für Mütter und Väter vereinbar sind. Die Mutterschaftsversicherung ist ein wichtiges Instrument dazu.
Mit dem Gutheissen der SVP-Motion könnte der Kanton schätzungsweise 55'000 Franken einsparen und das bei einem Gewinn von 46 Millionen im Jahr 2005. Den Imageschaden, welcher dem Kanton daraus erwachsen würde, wäre aber um einiges höher. Liebe Mitglieder der SVP, Sie können nicht dauernd davon reden, dass der Kanton ein attraktiver Arbeitgeber sei, gleichzeitig die Leistungen dieses Arbeitgebers aber laufend einschränken. Sollte dies im bisherigen Tempo weitergehen, wird der Tag kommen, an welchem der Kanton kein attraktiver Arbeitgeber mehr sein wird. Es versteht sich von selbst, dass ein weiterer Leistungsabbau für die Angestellten sich unweigerlich auf die Motivation auswirken wird. Solange aber die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in der Gesellschaft immer noch nicht der Realität entspricht, die Frauen immer noch den grösseren Teil der Familienarbeit leisten müssen, Frauen in der Arbeitswelt immer noch weniger verdienen, Frauen in Kaderpositionen immer noch untervertreten sind, insgesamt Frauen immer noch benachteiligte dieser Gesellschaft sind, solange ist eine Motion wie die vorliegende völlig deplaziert und unnötig. – Auf Grund der gemachten Ausführungen empfiehlt die SP-Fraktion, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären.

Christian **Siegwart** fragt den Rat, ob er das Verhältnis von Mann zu Frau auf den Listen der städtischen SVP für die kommen Wahlen kennt. Es lautet 23 : 0. Frauenförderung ist offensichtlich nicht die Stärke der SVP. Kein Wunder: Mit Hauruckübungen wie der vorliegenden Motion lassen sich kaum Frauen hinter dem Herd hervor aufs politische Parkett bewegen. – Die Zeit nach einer Geburt ist für die Beziehung von Mutter und Kind immens wichtig, ein Fundament für ein Leben – übrigens auch für den Vater. Diese intensive Phase soll nicht mehr als nötig durch materiellen Druck belastet werden. Wir reden hier von einem Urlaub von 16 Wochen – einer Zeit, in der Mütter nicht Däumchen drehen und die Beine hoch lagern, sondern 24 Stunden-Schichten schieben, sieben Tage die Woche. In der sie bestimmt mehr Verantwortung wahrnehmen als der willigste Rekrut, dem die SVP seinen Erwerbsersatz bestimmt nicht streitig machen würde. Um was geht es der SVP mit diesem kleinlichen Vorstoss? Einsparungen von rund 50'000 Franken können doch nicht das wah-

re Motiv sein. Geht es darum, mit den als Prügelknabe, respektive Prügelmädchen so dankbaren Staatsangestellten auf Stimmenfang zu gehen? Angeblichem Privilegien zu kritisieren und mit dem dumpfen Klischee vom «satten, faulen Beamten» aufzutrumpfen? Christian Siegwart fragt sich: Zieht das wirklich noch?
Das Argument einer Annäherung an die Privatwirtschaft hinkt ja offensichtlich, wie wir bereits gehört haben. Mit demselben Argument, aber anderen Absichten, könnten wir den Grossbanken nacheifern und einen Mutterschaftsurlaub von sechs Monaten fordern. Stimmen wir der Motion zu, senden wir ein verheerendes familienfeindliches Signal aus. Der Kanton soll in gesellschaftlichen und familienpolitischen Anliegen eine Vorbildrolle einnehmen. Und vorbildlich ist sicher nicht, wer sich mit dem Minimum begnügt. – Wie sein Vorredner Markus Jans ist der Votant deshalb froh, wenn sich – anders als beim PK-Gesetz – auch eine Mehrheit der bürgerlichen Parlamentarier gegen eine weitere Schlechterstellung des Staatspersonals ausspricht. Wir dürfen nicht nur top sein bei den Mietzinsen, beim Bevölkerungswachstum und beim frohen Steuerwettstreit. Christian Siegwart bittet den Rat, die Motion der SVP abzulehnen.

Guido **Heinrich** weist darauf hin, dass der Regierungsrat uns mit der Vorlage beliebt machen möchte, die Motion der SVP-Fraktion nicht erheblich zu erklären. Die SVP stellt sich hinter die gesamte Bevölkerung des Kantons Zug. Sie ist für Gleichheit. Sie möchte, dass der Kanton Zug als Arbeitgeber die Bundesregelung, welche an der Volksabstimmung vom 26. Sept. 2004 angenommen wurde, eins zu eins umsetzt. Es befremdet den Votanten, dass der Regierungsrat als Beispiele nur die Rosinen der kantonalen Regelungen aufzeigt. Der Kanton Uri z B. hat bis anhin nur zwölf Wochen Mutterschaftsurlaub. In den aufgeführten Unternehmen aus der Privatwirtschaft ist kein einziger KMU-Betrieb feststellbar. Es ist davon auszugehen, dass die KMU im Wirtschaftkanton vergessen worden sind. Es ist nicht fair und stimmt nachdenklich, nur Vergleiche mit Grossbetrieben als Mass für den Mutterschaftsurlaub aufzulisten. Aus Solidarität wäre es vernünftiger, sich den Schwächeren anzugleichen. Die Auszahlung für den Mutterschaftsurlaub des Kantons übersteigt den der Bundesregelung und der meisten KMU um sage und schreibe 42,86 %. Vergessen wir nicht, es sind Steuergelder, die so ungleichmässig verteilt werden. Sie fordern und schaffen damit eine Drei-Klassen-Regelung im Kanton: Erste Klasse: Personalgesetz des Kantons Zug, 16 Wochen 100 %; zweite Klasse: Bundesregelung, sprich KMU, 14 Wochen 80 %; und dritte Klasse: Mütter, die Tag und Nacht für ihre Kinder zu Hause sind mit null Wochen und null Prozent. Ganz klar, sie sind unbezahlbar und pflegeleicht, aber ihre Zeit wird kommen. Als Vertreter der KMU sind wir gefordert, die Spirale nach oben zu stoppen. – Der Votant möchte dem Rat beliebt machen, aus Respekt zur Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Motion der SVP erheblich zu erklären.

René **Bär**: Die frommen Sprüche von Familien. Er hat genug. Im neuen Schulgesetz steht: Keine Eltern mehr, dafür nur noch Erziehungsbeauftragte. Die Linie geht dahin, dass es die Familie gar nicht mehr gibt. Also wenn es die Familie nicht mehr gibt, wo sind dann die Mütter? Der Votant hat einfach das Gefühl, dass man hier über etwas spricht, was man gar nicht versteht. Eine Familie, wie sie René Bär kennt, mit Kindern und Grosskindern gemeinsam zu leben, ist ein Zweck, dem man sich früher noch als verbindlich erkannte. Und den man heute nicht mehr will. Und wenn man ihn nicht mehr will, sollen alle gleich behandelt werden, auch in der Mutterschaft.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** meint, die Diskussion habe sich von der Mutterschafts-Lösung hin zu familienpolitischen Fragen verschoben. Als Vater von vier Kindern sind ihm solche Anliegen sehr wichtig und er hatte früher auch eher die Meinung, Kinder zu haben sei Eigenverantwortung und Aufgabe der einzelnen Familie. Man muss heute einfach sehen, dass sich die Situation etwas geändert hat. Es gibt heute nicht einfach nur Kinder. Sie sind vielmehr geplant und man hat daneben im Leben noch sehr viele weitere Möglichkeiten. Und sehr viele Eltern im Alter, da sie Kinder haben könnten, nehmen die Verpflichtung nicht mehr auf sich und beschränken sich auf die anderen Möglichkeiten, die weniger verpflichtend, weniger bindend sind und vielleicht – je nachdem, wie man das wertet – mehr Freiheiten zulassen. In Anbetracht dessen ist es doch richtig, dass man wenigstens in finanzieller Hinsicht denjenigen eine gewisse Mindestausstattung gibt, die sich der Aufgabe noch stellen, Kinder zu haben und unserer Gesellschaft die Fortentwicklung zu ermöglichen. Der Finanzdirektor möchte hier den Vergleich zum Militärdienst machen. Dort – sei er obligatorisch oder freiwillig – bekommen doch die männlichen Mitglieder die volle Lohnzahlung. Und es wurde hier noch nie diskutiert, dass man für diese Leistung, die sicher auch wichtig ist, die Lohnfortzahlung reduzieren soll. In diesem Sinn möchte Peter Hegglin dem Rat beliebt machen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Die Motion der SVP-Fraktion wird mit 44 : 19 Stimmen nicht erheblich erklärt.

Die Beratung wird hier abgebrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

65. SITZUNG: DONNERSTAG, 29. JUNI 2006
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.30 – 15.20 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

933 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 68 Mitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler, Kathrin Kündig, Christian Siegwart, Eusebius Spescha und Werner Villiger, alle Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Markus Grüring, Unterägeri; Karl Künzle, Menzingen; Daniel Grunder, Andreas Hotz, Silvan Hotz und Heini Schmid, alle Baar.

934 BEGRÜSSUNG

Die **Vorsitzende** begrüsst die Gäste aus ihrem Heimatkanton St. Gallen herzlich bei uns im Regierungsgebäude. Ihr Besuch freut uns. Das Zuger Regierungsgebäude wurde zwischen 1869 und 1873 im Neorenaissance-Stil errichtet. Es befinden sich hier drin die Staatskanzlei, der Regierungsratssaal und der Kantonsratssaal. Dieser wurde mit seiner klassizistischen Raumhülle im Jahr 2004 restauriert und mit sicherheitstechnischen Anpassungen leicht umgestaltet. Störende Elemente wurden ersetzt sowie die Möblierung und Beleuchtung zeitgemäss neu gestaltet. Sie werden heute unsere Kurzsitzung hier im Kantonsratssaal mitverfolgen. Es wird für Sie sicher ein übersichtliches Spektakel sein. Sie sind sich ja mehr als doppelt so viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier gewöhnt. Unser Kantonsparlament umfasst 80 Mitglieder. Von der Kantonsratspräsidentin gesehen auf der linken Seite sitzen die Linken (die Alternative Fraktion und die SP), gefolgt von der FDP, CVP und Richtung See die SVP. Einzig unter der SVP findet sich nach Wissen der Votantin keine einzige St. Galler Bürgerin oder Bürger. In den anderen Parteien haben wir jeweils einen

Vertreter, bei den Alternativen sind es sogar zwei, die heimatliche Wurzeln zum Kanton St. Gallen verbinden. Erwina Winiger stammt aus der bald grössten Stadtgemeinde und sie fühlt sich immer noch stark verbunden mit dem Kanton St. Gallen. Sie wünscht Ihnen und uns eine spannende, wenn auch nur kurze Debatte.

Regierungsrat Walter Suter weilt an einer Maturafeier, und wie bereits am Morgen erwähnt, hat sich Bildungsdirektor Matthias Michel für die Nachmittagssitzung ebenfalls entschuldigt.

935 POSTULAT DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND ÜBERPRÜFUNG DES KANTONALEN RICHTPLANS ALS FOLGE DER UNWETTER DES SOMMERS 2005

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1372.2 – 12080).

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF die Ausführungen des Regierungsrats zur Kenntnis nimmt und weitgehend damit einverstanden ist, und zwar aus folgenden Gründen:

- Wir anerkennen, dass die Regierung, insbesondere das kantonale Forstamt und die Abteilung Wasserbau, ihre Arbeit gemacht haben und die Gefahrenkarten für die Siedlungsgebiete erstellt sind.
- Wir stellen fest, dass kein Siedlungsgebiet in der Gefahrenzone 1 steht, für welche ein faktisches Bauverbot gilt.
- Bauen in der Gefahrenzone 3 ist soweit möglich, wenn der Bauherr, die Bauherrin bereit ist, geringfügige Schutzmassnahmen beim Objekt anzubringen, natürlich auf eigene Kosten.
- Ebenfalls sind die Gefahrenkarten nach dem Unwetter 2005 überprüft und angepasst worden.
- In heiklen Punkten, z.B. Teuftändlibach in Neuägeri, wird nun gehandelt.

Problematisch erscheint uns aber weiterhin die Gefahrenzone 2. Für uns weist die Antwort in diesem Punkt eine Lücke auf, denn ziemlich sicher gibt es in unserem Kanton Siedlungserweiterungsgebiete, die in der Gefahrenzone 2 liegen; das entspricht einer mittleren Gefährdung. Solche Gebiete können zum Beispiel auch nur Streifen entlang von Gewässern oder kleine Gebiete an steilen Hängen sein. Diese Gebiete sollten ebenfalls nicht eingezont werden. Denn diese Grundeigentümer können später, wenn sie Baupläne hegen, Druck auf die Öffentlichkeit machen, um Schutzmassnahmen zu ergreifen. Schutzmassnahmen, welche die Öffentlichkeit teuer zu stehen kommen könnten, z.B. Bachverbauungen oder Hangsicherungen. Sollten dann allenfalls solche Häuser durch Unwetter massive Schäden aufweisen, müssten diese Wiederherstellungskosen ebenfalls von der Öffentlichkeit, bzw. Versicherung bezahlt werden.

Aus diesem Grund sollte der Richtplan L 9.1.3. – dies betrifft das Vorgehen bei der raumplanerischen Umsetzung der Naturgefahren – durch folgende inhaltliche Anforderung ergänzt werden: «Gebiete, die in der GZ 1 und 2 liegen, sollen grundsätzlich nicht eingezont werden. Ist eine Einzonung eines Gebietes mittlerer Gefährdung im Rahmen der Interessenabwägung trotzdem vertretbar, sind allfällige Schutzmassnahmen durch die Grundeigentümer zu tragen». Es gilt hier konsequent das Verursacherprinzip.

Etwas erstaunt hat uns die Darstellung, der Kanton Zug liege im Vergleich zu anderen Kantonen betreffend Flächenverbrauch unter dem Durchschnitt. Es kommt aber immer darauf an, was als Massstab genommen wird. Und: Im Katastrophenfall interessiert der Durchschnitt nicht; dann geht es um den Schutz von Mensen, Tier, Gebäuden, Infrastruktur. Die heftigen Stürme und Regenfälle richten sich auch nicht nach dem Durchschnitt. Dem Betroffenen nützt der Hinweis auf den Durchschnitt nichts. Tatsache ist doch, dass bei uns sehr viel gebaut wird; die Folgen davon sind mehr Strassen und logischerweise weniger natürliche Versickerungsflächen. Auch wenn jetzt Neubauten oft so gebaut werden, dass das Regenwasser versickern kann, die Abwassergebühren würden ja sonst um einiges mehr kosten, ist es doch wichtig, genügend Freiflächen für die natürliche Versickerung zu erhalten. Die Wetterextremitäten nehmen zu, die Auswirkungen kennen wir alle nicht, auch mit guten Gefahrenkarten. Wir werden mehr und mehr von Naturkatastrophen überrascht. Beispiel: Felssturz auf die Urner Autobahn.
Wenn wir nun den Nichteintretensantrag der Regierung akzeptieren, ist die AF nach wie vor der Meinung, dass es eine Daueraufgabe von Kanton und Gemeinden ist, die Siedlungsgebiete und die zukünftigen Einzonungen immer auf sich veränderte Naturgefahren hin zu überprüfen. Der Schutz von Mensch, Tier und Umwelt hat Vorrang. Und wir bitten die Baudirektion, den erwähnten Punkt Gefahrenzone 2 gemäss unseren Überlegungen zu Prüfen und allenfalls beim Richtplan anzupassen.

Louis **Suter** hält fest, dass die CVP den Antrag der Regierung unterstützt, dieses Postulat nicht erheblich zu erklären. Da sich aufgrund des Hochwassers vom Sommer 2005 keine neuen raumplanerisch relevanten Erkenntnisse ergeben, drängt sich logischerweise keine Richtplanänderung auf. Trotzdem möchte sich der Präsident der Raumplanungskommission bei der AF für die Einreichung dieses Postulates bedanken:
1. Für das Raumplanungs- und Kantonsforstamt und der Abteilung Wasserbau des Tiefbauamtes ergibt sich daraus eine interessante Plattform, um über ihre wirklich guten Arbeiten berichten zu können.
2. Ihr erlebt 1 : 1, wie der von Euch am 28. Januar 2004 beschlossene Richtplan umgesetzt wird.
3. Es zeigt sich, dass sich die vom Kantonsrat im Richtplan getätigten Beschlüsse zur Siedlungspolitik und zur Wohnsicherheit bestätigen. Dabei ist in Erinnerung zu rufen, dass der Kantonsrat den Richtplan zum ersten Mal nicht nur als Ganzes genehmigen oder ablehnen konnte, sondern unter aktiver Mitwirkung beschlossenen hat.
Auf die ausführlichen Begründungen im Bericht des Regierungsrats für die Ablehnung des Postulats sei hier nicht näher eingegangen. Die Gründe sind klar und eindeutig und bedürfen keiner weiteren Erläuterungen. Vielmehr möchte der Votant auf drei ihm wichtig scheinende Aspekte hinweisen:
1. Die notwendigen sicherheitsrelevanten Grundlagen und Kriterien stehen den Gemeinden für die nutzungsplanerische Umsetzung zur Verfügung. Die Gefahrenzonen werden mit Bestimmungen in den Bauordnungen von den betroffenen Gemeinden in die Zonenpläne integriert. Jüngste Bespiele zeigen nun aber, dass sobald die Hochwasserschäden beseitigt sind, nach dem Motto «aus den Augen aus dem Sinn» die Gefahren verdrängt und die Eigeninteressen wieder wichtiger werden. Solche Begehren müssen bei der Behandlung der Zonen- und Nutzungsplänen in den Gemeinden vehement abgelehnt werden.

2. Sicher haben sie der gestrigen Neuen Zuger Zeitung den Artikel über die Medienorientierung der Zuger Gebäudeversicherung mit dem Titel «Die Katastrophe hat Zukunft» gelesen. Weil die Zahlungen für Hochwasserschäden in den letzten Jahren massiv zugenommen haben, will die Gebäudeversicherung vermehrt auf Präventionsmassnahmen für den Objektschutz setzen. Dabei wird insbesondere darauf hingewiesen, dass schon beim Planen eines neuen Gebäudes mögliche Gefahren analysiert und entsprechende Massnahmen dagegen zu treffen sind. In der Praxis hat sich jedoch auch gezeigt, dass bauliche Massnahmen für den Objektschutz nicht immer mit der Bauordnung vereinbar sind. Auch dieses Problem muss in den Gemeinden sinnvollerweise angegangen werden, sicherheitsrelevante Aspekte dürfen nicht gegen ästhetische Kriterien ausgespielt werden.
3. Vorbeugende Massnahmen für den Hochwasserschutz sind oft sehr teuer. Vor allem bei der Sanierung von privaten Gewässern ergeben sich oft grosse, kaum lösbare finanzielle Probleme. Dies führt dazu, dass dringend notwendige Sanierungsmassnahmen immer wieder verschoben werden. In solchen Fällen hat die Aussage «Die Katastrophe hat Zukunft», wie des Beispiel Schmittli gezeigt hat, seine absolute Berechtigung. Deshalb kommt der Motion der Wasserbau und Gewässerschutzkommission, welche finanzielle Verbesserungen für die Grundeigentümer von privaten Gewässern fordert, eine besondere Bedeutung zu und Louis Suter bittet den Rat, das Begehren zu gegebener Zeit zu unterstützen.
Zusammengefasst möchte er nochmals betonen, dass auch aus unserer Sicht der kantonale Richtplan – auch auf Grund des Hochwassers letzten Sommer – die Aufgaben erfüllt, sich deshalb keine Richtplanänderung aufdrängt und das Postulat deshalb nicht erheblich zu erklären ist.

Beat **Zürcher** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig für die Nichterheblicherklärung des Postulats ist. Auch sie sieht zurzeit keinen Handlungsbedarf für eine Anpassung des kantonalen Richtplans, da der Kantonsrat den kantonalen Richtplan am 28. Januar 2004 beschlossen hat und dieser im Mai 2005 vom Bundesrat genehmigt wurde. Das Raumplanungsamt des Kantons Zug, das seine Aufgaben wahr nimmt –davon sind wir überzeugt – wird ständig ein Auge auf die Gefahren der Natur werfen. Das ist auch ein Auftrag, der im Richtplan unter Punkt L9.1 Naturgefahren steht. Unter all diesen Umständen verstehen wir wieder einmal die AF nicht, dass so ein Postulat überhaupt eingereicht werden konnte. Kommt hinzu, dass die Natur sehr unberechenbar ist und wir von ihr immer wieder überrascht werden. Oder anders gesagt: Die Natur wird sich den Gesetzen kaum anpassen, wir sollten uns den Gesetzen der Natur anpassen. Ein Beispiel ist der Tsunami; wenn die Menschen die Gesetze der Natur befolgt hätten, hätte es kaum so viele Todesopfer gegeben, denn man hat fast keine Tierkadaver nach diesem Ereignis gefunden. Wir Erdenbewohner müssen die Natur mehr respektieren und mehr Eigenverantwortung übernehmen. So hiess es auch in der Ausgabe der Zuger Zeitung von gestern, wo die Gebäudeversicherung informierte: «Ziel ist es, die Bevölkerung für Hochwasserschutz zu sensibilisieren und Objektschutz zu propagieren».

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Gefahrenzone 2. Wenn die Baubewilligung erteilt wird, müssen für den Schutz der Baute oder der Anlagen die notwendigen Massnahmen realisiert werden. Mit dem kantonalen Richtplan hat dies nun wirklich überhaupt nichts zu tun.

➔ Das Postulat wird nicht erheblich erklärt.

936 INTERPELLATION VON LEO GRANZIOL UND ANDREAS HUWYLER BETREFFEND GEFÄHRLICHE STAUS AUF DER A4A, AUSFAHRT ZUG NORD

Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1389.2 – 12070).

Leo **Granziol** möchte seine Interessenbindung bekannt geben. Weder er noch der zweite Interpellant sind mit irgendwelchen Strassenbauern liiert, auch nicht mit Signalisationsunternehmen. Auch mit der Firma Zschokke hat er keinerlei Verbindungen, was anscheinend kolportiert und nächsten Donnerstag hier zur Hauptsache werden wird.
Die Regierung gesteht ein, dass die Autofahrer auf dem Pannenstreifen gefährdet sind, sagt aber, sie könne oder wolle nichts Wesentliches dagegen unternehmen. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern auch aus Haftungsgründen problematisch. Stellen Sie sich einen Autobus mit Amerikanern vor, der dort verunfallt. Die Herren Fagan etc. warten nur auf ein solches Fressen. Wenn Sie zwischen 7 und 8 Uhr auf der Autobahn von Cham her Richtung Zug auf dem Pannenstreifen stehen und warten müssen, fährt es Ihnen wirklich kalt über die Schulter von den Lastwagen, die mit hohem Tempo vorbeifräsen. Und vorne versucht einer, sich in die Kolonne zu würgen, bleibt deshalb auf der normalen Fahrspur stehen und bremst den Verkehr ab. Das sind äusserst gefährliche Situationen.
Der Kanton hat dafür zu sorgen, dass der Verkehr von der Autobahn vom kantonalen Strassennetz aufgenommen werden kann. Und er könnte unserer Ansicht nach einiges tun, um die Gefahr abzuschwächen. Jetzt behindert er dies durch eine undifferenzierte und falsche Lichtsignalsteuerung und eine ungenügende Ausfahrt. Die Einfahrt in die Baarerstrasse ab Autobahn von der Weststrasse ist heute sehr eingeschränkt, weil von der Coop-Tankstelle jetzt eine zweite Lichtsignalanlage einen Rückstau macht. Vor dem Bau dieser Anlage wurde der Stau bis zur Einfahrt in die Baarerstrasse jeweils durch die Grünphase bei der V-Zug abgetragen, heute nicht mehr, weil sich der Stauraum halbiert hat. Allein die Erhöhung der Durchlaufzeiten dieser Anlage würde schon eine wesentliche Verbesserung bringen. Die Baudirektion sollte dies nochmals prüfen. Natürlich muss auch der auf die Baarerstrasse einfahrende Verkehr aus der Coop-Tankstelle und dem dortigen Quartier wie auch bei dem ehemaligen Kistenfabrikareal beachtet werden. Aber es sollte mindestens während einer Stunde am Morgen möglich sein, die Prioritäten anders zu setzen, um damit die Gefahr auf der Autobahn zu verringern. Diese ist nämlich auf der Baarerstrasse viel geringer als beim Stau auf dem Pannenstreifen der Autobahn.
Auch ist nicht verständlich, wieso die in jedem Fall notwendige zweite Spur auf der Weststrasse Richtung Baarerstrasse nicht vorgezogen werden kann. Das würde nämlich den Stau verringern, weil es dann eine zweispurige Staumöglichkeit gäbe. Der Regierungsrat verkennt, dass mit der Eröffnung der Autobahn durch das Knonaueramt der Hauptverkehr von Zürich über diese Strecke nach Zug fahren wird, weil ja gleichzeitig der Kanton Zürich die Sihlwaldstrecke abklassieren und verengen will. Damit wird massive mehr Verkehr von Cham her in die Stadt Zug fliessen wollen. Der Rückstau wird dann sicher bis über den Blegi-Knoten hinausreichen. Dieses Problem muss rasch angegangen werden. Der Votant glaubt nicht, dass die Nordum-

fahrung früher fertig sein wird, um das zu lösen. Wir werden deshalb die Sache motionieren.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Sorge der Interpellanten teilt, wonach bei Stausituationen vor der Autobahnausfahrt Baar auf der A4a die Verkehrsteilnehmenden gefährdet werden, und wir haben die Antworten des Regierungsrats mit Interesse zur Kenntnis genommen. Leider findet sich in den Antworten keine zündende Idee, wie man der Situation kurzfristig Herr werden könnte. Jede Massnahme stellt einfach eine Verschiebung des Problems, resp. des Staus auf andere Strassenabschnitte dar, und die daraus resultierenden Konsequenzen können wir so nicht abschätzen. Wir unterstützen aber den Regierungsrat und fordern ihn auf, als Sofortlösung die erwähnte Überprüfung der Signalisation auf der Autobahn sofort vorzunehmen und im Rahmen des Projekts «Verkehrsleitebene auf Nationalstrassen im Kanton Zug» das Teilstück auf der A4a zwischen dem Anschluss Zug und der Ausfahrt Baar vorzuziehen.
Für die FDP ist es klar, dass sich die Staus nur bilden, weil das an die Ausfahrt anschliessende Kantonsstrassennetz nicht über genügend Kapazität verfügt, um die Fahrzeuge nach dem Verlassen der Autobahn flüssig an ihren Bestimmungsort zu führen. Nachhaltig wird dieses Problem erst nach Eröffnung der Nordzufahrt gelöst sein. Es ist darum vordringlich, das Projekt Nordzufahrt nach Abschluss der laufenden Rechtsverfahren sofort zu realisieren. Wir appellieren an dieser Stelle an Sie alle, Ihre Verantwortung wahrzunehmen und alles zu unterlassen, was den Baubeginn weiter verzögern könnte.

Die Anliegen von Martin **Stuber** sind nicht die Stauräume, das wird Sie nicht überraschen. Auch nicht bestimmte Pflästerli – die soll man machen. Er glaubt, dass die Interpellation durchaus ein Problem aufwirft, das man lösen muss. Aber er bedauert, dass man den Blickwinkel nicht etwas ausweitet. Wenn man die Verkehrsprobleme wirklich lösen will, muss man sie an der Wurzel betrachten. Und die Wurzel bei einem Verkehrsproblem ist die Frage: Was und wer generiert den Verkehr? Und wenn man die Autobahnabfahrt Zug-Nord anschaut, ist es offensichtlich, wer das Verkehrsproblem generiert. Die Stadt Zug mit ihren über 30'000 Parkplätzen zusammen mit dem Arbeitsplatzgebiet in Inwil ist eine riesige Verkehrsmaschinerie. Sie erzeugt jeden Tag ein riesiges Ausmass an Verkehr, generiert Ziel- und Quellfahrten en masse. Und die Autobahnabfahrt Zug-Nord ist die zweitgrösste von vier Arterien, die in diese Stadt hineinführen. Das ist wohl Konsens in diesem Rat.
Wenn man dieses System anschaut, so hat es einfach eine beschränkte Kapazität. Das ist ein physikalisches Gesetz und eine Frage der Raumgrösse. Wie viel Raum steht zur Verfügung, auf wie viel Raum können sich wie viele Fahrzeuge in welchem Zeitraum bewegen Wenn Sie jetzt innerhalb von Zug schauen, gibt es nochmals eine grosse Verkehrsmaschinerie in der Stadt selber (siehe Beilage). Das ist das L & G-Areal und SBB-West. Es ist nicht schon heute ein grosser Verkehrsgenerator, hat aber ein enormes Wachstumspotenzial. Wenn das maximal ausgebaut ist, werden bis zu 4'000 Parkplätze auf diesem Areal stehen. Die Beilage bezieht sich auf eine Studie, welche die Knotenauslastung im Jahr 2020 untersucht. Und hier hat man die Kapazität mit existierender Nordzufahrt berechnet. Und man sieht da, wenn das Areal Landis & Gyr im Jahr 2020 ausgebaut ist – ohne das Entwicklungsgebiet zwischen Zug und Baar zu berücksichtigen –, wird der Knoten oben bei Kurfürst mit 125 % hoffnungslos überlastet sein. Diese Studie sagt denn auch: «Bis zum Vollausbau des

Areals 2020 ist mit einem induzierten Fahrtenaufkommen von 11'000 Fahrten aus dem Areal zu rechnen.» Also 11'000 Autofahrten nur schon aus dem Landis & Gyr-Areal. Diese Studie ist von Verkehrsspezialisten gemacht. Und wenn Sie dann weiter hinten schauen, heisst es: «Bis zu einem Auslastungsgrad von 85 % kann noch von einem funktionierenden Knoten gesprochen werden. Bei über 100 % von einem Verkehrszusammenbruch.» Und Sie sehen, dieser Knoten hat 2020 125 %. Und das mindestens, weil ja das Gebiet zwischen Zug und Baar noch weiter ausgebaut wird. Es ist ja auch kein Wunder, dass das so ist, wenn Sie 4'000 neue Parkplätze auf diesem Areal haben. Wenn Sie die grossräumigen Zubringer ausbauen mit dem 6-Spur-Ausbau. Wenn Sie das Säuliamt aufmachen. Wenn Sie die Nordzufahrt aufmachen. Wenn Sie allenfalls noch die Tangente Nord bauen – die ist bei dieser Studie noch gar nicht berücksichtigt. Dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn dieses System blockiert. Da ist die Antwort der Regierung wirklich kurzsichtig, denn sie kennt diese Studien. Die Probleme sind bekannt. Es ist schon gut, wenn man ein verbessertes Verkehrsleitsystem macht, das soll man auch machen. Aber es löst das Problem nicht.
Die Antwort befriedigt auch in einem zweiten Aspekt nicht. Sie zeigt keine Perspektiven auf. Denn es ist offensichtlich, wenn man sich wirklich nüchtern und neutral mit dem Problem auseinandersetzt, muss man zum Schluss kommen, dass wir zu viele Autos haben. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Autos – was uns ja immer unterstellt wird. Aber wir sind dafür, dass es weniger Autos gibt. Sonst funktioniert das alles nicht. Mehr Hirn, mehr Bewegung und weniger Blech, und dann haben wir wesentlich weniger Verkehrsprobleme. Man müsste das Problem eigentlich an der Wurzel anpacken. Man müsste z.B. endlich ein verbindliches Parkplatzreglement machen für den Kanton. Das Reglement, das der Kanton wieder zurückgezogen hat. Denn diese Zahlen beruhen darauf, dass das Landis & Gyr-Areal ein funktionierendes Mobilitätsmanagement aufbaut und ihre 4'000 Parkplätze bewirtschaftet. Und mit dem Rückzug des Reglements ist das obsolet geworden. Das Gleiche gilt übrigens auch für das Kistenareal. Da müsste man anpacken. Und wenn man weniger Parkplätze hat, steigt z.B. der Druck zum Car-Pooling. Stehen Sie mal eine halbe Stunde an die Ausfahrt bei Zug-Nord, wo die Leute aus der Stadt Zug hinaus fahren! Und zählen Sie mal die Autos, in denen mehr als eine Person drin sitzt! Dann haben Sie auch schon einen Teil des Problems erkannt. Dass wir auf den ÖV umsteigen müssen und auf den Langsamverkehr, dass wissen Sie auch, wenn Sie es im Moment auch noch nicht wissen möchten.

Andrea **Hodel** kann vor dem Hintergrund, was wir in den letzten Jahren gemacht haben, das Votum von Martin Stuber nicht mehr hören. Wir bauen die Stadtbahn auf, wir bauen den Bahnhof aus, wir fördern den öffentlichen Verkehr, wir führen parallel zur Stadtbahn Busse. Und all dies reicht eben nicht aus, wenn wir den Strassen nicht neue Kapazitäten geben. Deshalb nochmals der Appell: Bauen wir, planen wir, bauen wir und realisieren wir! Wir können schon die Autos verbieten, aber dann entscheiden wir uns für ein Nullwachstum oder zu einem Abbau von Arbeitsplätzen und Bevölkerungszahlen. Ob uns das dann weiter bringt oder nicht eher zum heute Morgen zitierten Sturzflug führt, das fragt die Votantin die Linke dann einmal später.

Anton **Stöckli** erinnert daran, dass die Autobahnausfahrt Baar eine lange Leidensgeschichte hat. Die damalige Kantonspolizei hat bereits Ende der 80er-Jahre mittels eines Berichts auf die Problematik der zu erwartenden Rückstaus auf der A4a, bei

der Ausfahrt Baar hingewiesen. Ob der damals verantwortliche Regierungsrat der CVP den Bericht zur Kenntnis nahm, bleibe dahingestellt. Anfangs der 90er-Jahre verschärfte sich die Situation bezüglich des Rückstaus auf der A4a bei der Ausfahrt in Baar und die Polizei wies erneut auf die Situation hin. Daraus ergab sich dann das Projekt des Ausbaus (zusätzlicher Fahrstreifen) des Knotens Kurfürst. In diesem Zusammenhang erfolgte eine Verbesserung der Signalsteuerung (Staudetektoren usw.) auf dem Knoten Kurfürst. Die erwähnten Massnahmen vermochten über ein paar Jahre den zunehmenden Verkehr von der Autobahnausfahrt Baar zu bewältigen.
Die Situation verschlimmerte sich dann infolge Überlastung zunehmend von Jahr zu Jahr. Der Rückstau auf der Autobahn nahm in letzter Zeit gefährliche Strukturen an, wie Sie auch aus der Antwort der Regierung entnehmen können. Mit den Erhaltungsmassnahmen auf der A4a wurde der Verzögerungsstreifen verlängert. Aber auch das reicht nicht aus, um dem Problem Herr zu werden. Als Sofortmassnahme wurde im Bereich der Wanne, in Fahrtrichtung Baar eine temporäre Signalisation (Warnanhänger) aufgestellt, welcher auf die Gefahr des Staus auf der A4a bei der Ausfahrt Baar hinweist. Im Jahre 2000 wurde das Projekt «Verkehrsleitebene» gestartet. Dieses Projekt sieht vor, den Verkehr auf den Nationalstrassen zu lenken und zu beeinflussen d.h. bei Staus im Bereich der Autobahnausfahrt Baar wird auf der A4a zwischen dem Anschluss Zug und der Ausfahrt Baar eine Gefahrensignalisation eingeschaltet und die Geschwindigkeit reduziert. Dieses Projekt sollte so rasch wie möglich realisieren werden, denn diese Massnahme kann zur Verkehrssicherheit beitragen, jedoch den Rückstau nicht verhindern.
Bezüglich der Eröffnung der A4 aus dem Knonaueramt weist der Votant darauf hin, dass der 6-Spur-Ausbau zwischen der Verzeigung Blegi und der Verzweigung Rütihof abgeschlossen sein muss. Sonst laufen wir in Gefahr, dass während den Spitzenzeiten Staus auf der A4 auftreten und das gesamte Strassennetz im Raum Cham/-Steinhausen lahm gelegt wird. Die Erfahrungen zeigen, dass die geringste Störung während den Verkehrsspitzen auf dem erwähnten Autobahnabschnitt mit der heute vorhandenen Verkehrsmenge bereits unakzeptable Auswirkungen auf das übrige Strassennetz zur Folge hat. Staus auf Autobahnen bilden zudem stets eine latente Unfallgefahr.

Beat **Villiger** fühlt sich als Präsident der Strassenbaukommission durch Martin Stuber auf den Plan gerufen. Wir kennen dieses Problem. Aber einmal mehr verkennt Martin Stuber die Verkehrsprobleme im Kanton Zug. Und lapidar und unhaltbar sind seine Lösungsvorschläge bezüglich dieser Ausfahrtsproblematik. Der Votant ist mit der Antwort der Regierung auch nicht ganz einverstanden. Wir haben vor einiger Zeit die Regierung beauftragt, trotz der hängigen Beschwerdeverfahren die Planung für die Nordzufahrt in Auftrag zu geben und vorwärts zu machen. Es müsste eine Möglichkeit geben, dass wir trotzdem die Ausfahrt verbessern könnten und parallel zur jetzigen Ausfahrt den Stauraum vergrössern. Hier möchte Beat Villiger von der Regierung wirklich wissen, ob eine Möglichkeit besteht, diesen Bau der Nordzufahrt vorzuziehen und vor allem auch mit dem Bund hier tätig werden zu können – das ist ja im Perimeterbereich der Autobahn. Wenn der Votant den Verwaltungsgerichtspräsidenten heute Morgen gehört hat, dann ist es wirklich ein Trauerspiel, was mit dieser Nordzufahrt passiert. Er möchte auch die Regierung bitten, alles daran zu setzen, dass die Beschwerdeinstanz des UVEK hier wirklich gefordert wird. Das endlich entschieden wird. Wir müssen auch unsere Beiträge nach Bern bezahlen. Deshalb hofft Beat Villiger, dass wir innert nützlicher Frist zu unseren Rechten kommen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** glaubt kaum, dass eine amerikanische Reisegruppe mit einem Greyhound in der Schweiz herumfährt. Es wird wohl ein Schweizer Chauffeur sein. – Martin Stuber. Beilage zur Vorlage Nr. 1389.2. Wenn wir die Verkehrsprobleme sofort lösen wollen, brauchen wir sofort die Verlängerung der General-Guisan-Strasse mit Halbanschluss Steinhausen-Süd. Diesen haben Sie auf ihrem Plänchen einfach vergessen.
Zur A4. Die möglichen Sofortmassnahmen sind ausgeschöpft. Als solche gelten insbesondere Massnahmen, welche keine baulichen Massnahmen beinhalten, resp. ohne Planauflage oder entsprechende Baubewilligung realisiert werden können. Es bleibt vor allem auch zu bemerken, dass die Zuger Polizei entgegen den strengen gesetzlichen Vorgaben die Benützung des Pannenstreifens bei Stau toleriert. Ab Anfang November geht die neue Stauwarnung mittels der bereits erstellten Wechselsignale vor der Ausfahrt Baar und dem Autobahnende Walterswil in Betrieb. Dann wird der Stau automatisch erfasst und entsprechend seiner Ausdehnung wird gewarnt und die Geschwindigkeit reduziert. Löst sich der Stau auf, erfolgt automatisch das Zurückstellen der Signale in den Ausgangszustand. Wie bereits erwähnt: Ohne Baubewilligung – und diese würde durch das UVEK erteilt – kann der Bypass nicht gebaut werden. Dieser ist auch erst sinnvoll, wenn der Verkehr über die zu bauende Nordzufahrt abfliessen kann. Das Detailprojekt der Nordzufahrt ist in Arbeit. Sobald die Rechtsmittelverfahren beim Bundesgericht abgeschlossen sind, können die Ausschreibung und die Vergabe der Bauarbeiten erfolgen. Wenn das Bundesgericht diesen Herbst entscheiden wird, werden ungefähr acht bis zwölf Monate später die Bagger auffahren können. Oder mit anderen Worten: Mitte des Jahres 2007.

➔ Kenntnisnahme

937 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 6. Juli 2006

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

66. SITZUNG: DONNERSTAG, 6. JULI 2006
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

938 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 72 Mitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler und Kathrin Kündig, beide Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Thomas Brändle, Unterägeri; Andreas Hotz, Baar; Manuel Aeschbacher, Cham; Peter Dür und Stephan Schleiss, beide Steinhausen.

939 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** teilt dem Rat mit, dass sich Stawiko-Präsident Peter **Dür** beim Sport eine Verletzung zugezogen hat und sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Wir wünschen ihm von Herzen gute Besserung.

Die Neue Zuger Zeitung möchte heute Morgen im Ratssaal Fotoaufnahmen machen. Gemäss § 31 der Geschäftsordnung bedarf es dazu der Bewilligung des Rats.

➔ Der Rat ist einverstanden.

940 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Änderung des Schulgesetzes (Qualitätsentwicklung an den gemeindlichen Schulen / Einführung des Kindergartenobligatoriums).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1455.1/.2 – 12097/98).

3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Defizitdeckungsbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1456.1/.2 – 12099/100).

4. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB, Verzicht auf die Veröffentlichung von Handänderungen).
2. Lesung (Nr. 1404.4 – 12029).

5. Genehmigung der Schlussabrechnung für den Neubau der Strafanstalt Zug.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 581.10/754.9/1210.3 – 12076) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 581.11/754.10 – 12077).

6. Genehmigung der Schlussabrechnungen für das Vorprojekt Stadtbahn Zug und den Objektkredit für die Projektierung und den Bau der 1. Etappe der Stadtbahn Zug.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 417.5/765.7 – 12052) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 417.6/765.8 – 12064).

7. Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Erweiterungsneubau Trakt 9 und den Umbau der Trakte 2 und 4 der Kantonsschule Zug.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 618.7/830.7 – 11901) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 618.8/830.8 – 11997).

8. Gesetzgebung über Wahlen und Abstimmungen:

8.1. Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG).

8.2. Änderung der Kantonsverfassung (Änderung der statistischen Grundlagen der Zuteilung der Kantonsratsmandate).

8.3. Änderung der Kantonsverfassung (Anpassung an das eidgenössische Partnerschaftsgesetz).

8.4. Änderung der Kantonsverfassung (Streichung der 10-tägigen Karenzfrist bei Wahlen und Abstimmungen).

8.5. Änderung der Kantonsverfassung (Redaktionelle Nachtragung des Strafgerichts).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1300.1/.2/.3 – 11641/42/43), der Kommission (Nrn. 1300.4/.5/.6/.7/.8/.9 – 11999/12000/01/02/03/04) und der Kommissionsminderheit (Nr. 1300.10 – 12090).

9. Allfällige Geschäfte, die an der Sitzung vom 29. Juni 2006 nicht behandelt werden konnten.
10. Postulat von Louis Suter betreffend Förderung der verlustarmen Hofdüngerausbringung (Nr. 1398.1 – 11918).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1398.2 – 12101).
11. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Jugendgewalt (Nr. 1429.1 – 12016).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1429.2 – 12102).

* erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Protokolle der beiden letzten Sitzungen vom 22. und 29. Juni an der Sitzung nach den Sommerferien genehmigt werden.

Thomas Lötscher muss für einen nicht aufschiebbaren beruflichen Termin den Rat um 16.30 Uhr verlassen. Sollte mit der Beratung von Traktandum 11 nicht vor 16 Uhr begonnen werden, müsste es auf die Kantonsratssitzung von Ende August verschoben werden.

941 ÄNDERUNG DES SCHULGESETZES (QUALITÄTSENTWICKLUNG AN DEN GEMEINDLICHEN SCHULEN / EINFÜHRUNG DES KINDERGARTENOBLIGATORIUMS

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1455.1/.2 – 12097/98).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 4, FDP 3, SVP 2, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Anna Lustenberger-Seitz, Baar, ***Präsidentin***	*AF*
1.	Beatrice Gaier, Tellenmattstrasse 18, 6312 Steinhausen	CVP
2.	Alois Gössi, Lorzendamm 20, 6340 Baar	SP
3.	Georg Helfenstein, Luzernerstrasse 43, 6330 Cham	CVP
4.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
5.	Margrit Landtwing, Duggelistrasse 17, 6330 Cham	CVP
6.	Beni Langenegger, Inwilerstrasse 30, 6340 Baar	SVP
7.	Thomas Lötscher, Edlibachstrasse 15, 6345 Neuheim	FDP
8.	Anna Lustenberger-Seitz, Werkhofstrasse 4, 6340 Baar	AF
9.	Heidi Robadey, Lidostrasse 54, 6314 Unterägeri	SVP
10.	Karin Julia Stadlin, Gartenweg 17, 6343 Buonas	FDP
11.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
12.	Regula Töndury, Bützenweg 14, 6300 Zug	FDP
13.	Arthur Walker, Alte Landstrasse 40, 6314 Unterägeri	CVP
14.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP
15.	Franz Zoppi, Waldetenstrasse 11, 6343 Rotkreuz	SVP

942 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEFIZITDECKUNGSBEITRAG AN DAS VERKEHRSHAUS DER SCHWEIZ

Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1456.1/.2 – 12099/100).

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass dieser Verlängerungsbeschluss wie die früheren zur Behandlung direkt an die Stawiko überwiesen wird.

943 ÄNDERUNG DES GESETZES BETREFFEND DIE EINFÜHRUNG DES SCHWEIZERISCHEN ZIVILGESETZBUCHES FÜR DEN KANTON ZUG (EG ZGB; VERZICHT AUF DIE VERÖFFENTLICHUNG VON HANDÄNDERUNGEN)

Das Ergebnis der 1. Lesung vom 4. Mai 2006 (Ziff. 865) ist in der Vorlage Nr. 1404.4 – 12029 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 59 : 10 Stimmen zu.

944 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNG FÜR DEN NEUBAU DER STRAFANSTALT ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 581.10/754.9/1210.3 – 12076) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 581.11/754.10 – 12077).

Die **Vorsitzende** teilt dem Rat mit, dass Gesundheitsdirektor Joachim Eder freiwillig den Saal verlässt, ohne dass die Geschäftsordnung des Kantonsrats dies vorschreibt. Sein Bruder ist stellvertretender Leiter des Hochbauamts und somit in dieses Geschäft involviert. Joachim Eder weilte bereits bei den Beratungen im Regierungsrat im Ausstand.

Die Kantonsratspräsidentin weist darauf hin, dass vor der Debatte Frau Landammann Brigitte Profos im Auftrag des Regierungsrats eine Erklärung betreffend Berichterstattung der Neuen Zuger Zeitung zu diesem Geschäft verliest.

Frau Landammann Brigitte **Profos**: Eine Delegation des Regierungsrats hat mit Mitarbeitenden des kantonalen Hochbauamtes gesprochen. Diese sind durch die Berichterstattung der Neuen Zuger Zeitung zu diesem Thema sehr betroffen. Die pauschale Art, wie das Untersuchungsergebnis der Anwälte Wild und Hagmann in der Öffentlichkeit dargestellt wird, stimmt mit dem differenzierten Ergebnis der beiden Untersuchungsberichte nicht überein.
Der Regierungsrat des Kantons Zug empfindet als stossend: Etwa 40 Mitarbeitende und somit viele Unbeteiligte wurden in Misskredit gebracht. Wir erinnern daran, dass das Hochbauamt nicht nur Neubauten erstellt. Viele der 40 Mitarbeitenden sind mit dem Betrieb, Gebäudeunterhalt und mit der Verwaltung kantonaler Liegenschaften befasst. Sie erfüllen diese Aufgabe seit Jahren sorgfältig. Fakt ist, dass das Hochbauamt unter der Leitung von Kantonsbaumeister Herbert Staub in den vergangenen zehn Jahren Neubauvorhaben im Umfang von über einer halben Milliarde Franken geplant und ausgeführt hat. Die Vorhaben wurden zur vollen Zufriedenheit realisiert. Die Mängel im Falle der Strafanstalt Zug, die in den Berichten Wild und Hagmann aufgeführt sind, wird der Regierungsrat vertieft überprüfen. Die Verfahren für allfällige personelle bzw. organisatorische Massnahmen wurden eingeleitet.
Brigitte Profos hält fest: Der Regierungsrat des Kantons Zug anerkennt die Bedeutung einer kritischen Presse. Sie soll Fehler der öffentlichen Hand angemessen thematisieren. Er akzeptiert es aber nicht, wenn die Arbeit von Mitarbeitenden, die sich Tag für Tag für unseren Kanton einsetzen, grundlos abqualifiziert wird.

Daniel **Grunder**, stellvertretender Stawiko-Präsident, hält fest, dass die Stawiko diese Schlussabrechnung an der Sitzung vom 13 Juni 2006, basierend auf den neuen Unterlagen (unter anderem den Berichten der Rechtsanwälte Hagmann und Wild), ein zweites Mal beraten hat. Wie Ihnen bekannt ist, hat eine knappe Mehrheit der Stawiko bereits im Januar 2006 empfohlen, die vorliegende Bauabrechung über die Planung und Realisierung des Neubaus der Strafanstalt zu genehmigen. Auch heute kommen wir, nun aber grossmehrheitlich, mit dem gleichen Antrag.
Mit dem Kantonsratsbeschluss vom 17. Dezember 1998 betreffend den Rahmenkredit für die Planung und Realisierung des Neubaus der Strafanstalt Zug hat der Kantonsrat einen Betrag von 9,75 Mio. gesprochen, mit dem Kantonsratsbeschluss vom 31. August 2000 betreffend Zusatzkredit für den Neubau der Strafanstalt Zug wurden weitere 2,778 Mio. gesprochen. Inklusive aufgelaufener Teuerung resultiert somit ein bewilligter Kredit von 13,435 Mio. Franken. Allseits bekannt ist, dass die Generalunternehmung kurz vor Bauabschluss Zusatzforderungen im Umfang von 2.4 Mio. geltend gemacht hat, welche vom Regierungsrat nicht anerkannt worden sind. Die Finanzkontrolle bestätigt mit Ihrem Bericht die ordnungsgemässe Abrechnung, welche inklusive Mehrwertsteuer und Verzugszinsen einen Endbetrag von 13'381'626 Franken ausweist und mit einer Kreditunterschreitung von rund 53'788 Franken abschliesst. Die Stawiko beantragt mit 4 : 1 Stimmen, diese Rechnung zu genehmigen – dies aus folgenden Gründen:
1. Dem Bericht Wild lässt sich entnehmen, dass bis heute keine Anhaltspunkte für schriftliche, mündliche oder konkludente Bestellungsänderungen vorliegen, welche die Forderungen Nr. 28 bis 67 des GU rechtfertigen würden. Es liegt nun am GU und nicht am Kanton Zug, weiter nach möglichen Beweismitteln für aus seiner Sicht vorliegende Bestellungsänderungen zu suchen. Die Aufgabe dieses Kantonsrats ist es, den Kanton Zug vor finanziellem Schaden zu bewahren. Mit weiteren Gutachten, Abklärungen etc. würden wir nur die Arbeit für die Gegenpartei machen – was im schlechtesten Fall ein Eigengoal bedeuten könnte.
2. Wir nehmen auf Grund des Berichts Hagman zur Kenntnis, dass auch verwaltungsinterne Fehler gemacht worden sind. Es wird auf eine ungenügende Kostenkontrolle, auf gewisse Kompetenzüberschreitungen, auf verspätetes Erkennen von Problemen und auf eine ungenügende Information hingewiesen. Es ist aus Sicht der Stawiko nun vorab wichtig, dass der Regierungsrat die nötigen Schlüsse aus den Vorkommnissen beim Bau der Strafanstalt zieht. Ziel muss es sein, die organisatorischen Massnahmen so zu treffen, dass sich ähnliche Probleme bei laufenden oder zukünftigen Grossprojekten vermeiden lassen. Soweit die Stawiko informiert ist, hat der Regierungsrat die notwendigen Massnahmen zur Verbesserung bereits getroffen, bzw. wird diese in Kürze treffen.
3. Selbstverständlich ist die Stawiko, wie auch die Regierung, sehr unzufrieden mit der Abwicklung dieses Projekts im Hochbauamt. Nach der zum Teil nicht differenzierenden und auf einzelne Personen zielenden Medienberichterstattung in den letzten Wochen erachtet es die Stawiko jedoch als äusserst wichtig, zu diesem Geschäft transparent zu informieren. Titel wie «Chaos im Hochbauamt» oder «Hochbauamt braucht eine neue Führung» oder «Uttingers Millionenklotz» sind nahe am Boulevard-Stil und zeugen nicht von einer sehr differenzierten Beurteilung der Situation.
Bei einer gesamtheitlichen Betrachtung muss beachtet werden, dass der Kanton Zug im vergangenen Jahrzehnt rund 256 Mio. Franken in den Bau von kantonalen Bildungszentren und Schulen – GIBZ, KBZ, Athene, Kantonsschule – und über 200 Mio. Franken in Verwaltungsbauten und andere Infrastrukturbauten – VZ1, VZ2, Polizeigebäude, Parkhaus Athene usw. – investiert hat. Mit grosser Regelmässigkeit haben wir, ohne gross mit der Wimper zu zucken, Kostenunterschreitungen zur

Kenntnis genommen: VZ2 minus 2,76 Mio., GIBZ minus 4,74. Mio., KBZ minus 1,03 Mio., Athene minus 2,26 Mio., Erweiterungsneubau Kantonsschule minus 1,35 Mio., Parkhaus Athene minus 0,9 Mio., usw. Total konnten Kostenunterschreitungen von rund 15 Mio. Franken abgerechnet werden. Eine Pauschalverurteilung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hochbauamts ist deshalb unfair und wird dieser in der Vergangenheit fast ausschliesslich guten bis sehr guten Arbeit nicht gerecht.
4. Die Stawiko nimmt zur Kenntnis, dass nun drei Szenarien möglich sind:
Szenario 1: Der GU findet keine stichhaltigen Argumente und Beweise und verzichtet auf einen Prozess.
Szenario 2: Der GU geht vor Gericht. Er verliert – kein Problem. Er gewinnt wider Erwarten: Es handelt sich um eine gebundene Ausgabe gemäss FHG – die Stawiko und der Rat werden informiert.
Szenario 3: Es kommt zu einer aussergerichtlichen Einigung wegen stichhaltiger Argumente und Beweise des GU: Der Regierung muss mit einem Zusatzkredit vor den Rat und wir können über das Ganze nochmals debattieren.
Nun, aktuell gehen wir gestützt auf die vorliegenden sehr umfangreichen Unterlagen und Abklärungen vom Szenario 1 aus. Bis zum Beweis des Gegenteils können wir von einer Kreditunterschreitung von rund 53'788 Franken ausgehen. Die Mehrheit der Stawiko möchte nun endlich einen – so hoffen wir – abschliessenden Strich unter diese unerfreuliche Angelegenheit setzen und beantragt deshalb, basierend auf unserem Bericht vom 13. Juni 2006 und diesen Ausführungen, die Schlussabrechnung für den Neubau der Strafanstalt Zug zu genehmigen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** erinnert daran, dass die AF seit Beginn der Diskussion rund um die Schlussabrechnung der verworrenen Baugeschichte der Strafanstalt eine seriöse Aufdeckung der Verantwortlichkeit gefordert hat. Die nun vorliegenden zwei Gutachten beleuchten die rechtlichen Fragen.
Beim Gutachten von Hans-Rudolf Wild hat sich herausgestellt, dass anhand der vorliegenden Unterlagen bei der Baudirektion keine rechtlichen Grundlagen für zusätzliche Zahlungen durch den Kanton an die Firma Zschokke bestehen. Für die Regierung bedeutet das, dass keine rechtliche Basis besteht, um die finanziellen Forderungen zu begleichen. Es liegt nun an der Firma Zschokke sein, den Beweis für zusätzliche Zahlungsforderungen erbringen.
Das Gutachten Hagmann hat die Abläufe und Verantwortlichkeiten bei der Baudirektion beleuchtet. Darin wird unter anderem festgehalten, dass die wesentlichen Gründe für die Probleme und Fehler in der ungenügenden Kostenkontrolle, im teilweisen Nichteinhalten der gewählten Organisationsform auf verschiedenen hierarchischen Stufen, im verspäteten Erkennen von Problemen und in der entsprechend ungenügenden Information liegen.
Aus den nun vorliegenden Erkenntnissen unterstützen wir Alternativen die im Bericht beschriebenen Absichten der Regierung. Es scheint uns notwendig, dass die Baudirektion interne organisatorische Abläufe überprüft und die entsprechenden internen Konsequenzen zieht. Mit der Stawiko gehen wir einig, dass es zu beachten gilt, dass die Strafanstalt in der sehr schwierigen und verworrenen Zeit rund um das Attentat erstellt wurde. – Wir hoffen, dass die Baudirektion inzwischen Lehren aus den vorliegenden Missgeschicken gezogen hat und das momentane Grossbauprojekt Zentralspital zur Zufriedenheit aller realisiert wird. In diesem Sinn unterstützen wir den vorliegenden Antrag, die Schlussabrechnung zu genehmigen.

Markus **Jans** hält fest, dass noch selten eine Schlussabrechnung zu einem Neubau zu einer solch intensiven Diskussion geführt hat. Der Neubau der Strafanstalt Zug stand von Anbeginn unter einem schlechten Stern. Die damals vertretene Meinung, den Bauauftrag von einer Generalunternehmung ausführen zu lassen, löse alle Probleme und sei vor allem kontengünstig, entwickelte sich aus heutiger Sicht zu einem Bumerang. Nicht immer ist das billigste Angebot auch das beste, denn die Kosten liegen heute mit 13,4 Millionen in etwa bei den zwei zweitgünstigsten Angeboten.
Die SP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Berichterstattung betreffend die Schlussabrechnung zur Strafanstalt Zug. Unser Postulat betreffend Durchführung einer unabhängigen Untersuchung zu den Vorgängen bei der Strafanstalt wurde mit grösstmöglicher Offenheit nachgekommen. Damit sind wir mit der Erheblichkeitserklärung und gleichzeitiger Abschreibung der Motion einverstanden.
Der Bericht von Hans-Rudolf Wild kommt nach 67 Seiten zum Schluss, dass ohne die notwendige genaue Kenntnis der konkreten Bauabläufe (technischer Aspekt) und gestützt auf die vorliegenden Unterlagen es nicht möglich sei, abschliessend zu beurteilen, ob bezüglich der umstrittenen Kostenpositionen allenfalls Bestellungsänderungen vorliegen oder ob es sich um nicht bestellte Mehrleistungen handelt. Diese Aussage ist auch für die SP-Fraktion etwas dürftig. Nebst den bereinigten Mehrleistungen gemäss Bestellungsnummer 1 bis 27 gibt es auch unbereinigte Mehrleistungen von Nummer 28 bis 67. Das Zwischenergebnis auf S. 38 des Berichts lässt den folgenden Schluss zu:

1. Die Akten enthalten keine schriftlichen Bestellungsänderungen betreffend den umstrittenen Mehrkosten.
2. Die schriftliche Form für Bestellungsänderungen wurde nie aufgehoben.
3. Die Schlussrechnung ist nicht nachvollziehbar.

Nachdem die Vertragsparteien im GU-Werkvertrag ausdrücklich die schriftliche Form für sämtliche Bestellungsänderungen vorbehalten haben, ist dem nichts mehr anzufügen.
Der Bericht Hagmann befasst sich ausführlich und akribisch mit den Vorgängen innerhalb der kantonalen Verwaltung. Der Votant will hier nicht nochmals alles aufzählen, was im Bericht steht, oder Personen an den Pranger stellen. Die gewählte Projektorganisation war grundsätzlich richtig. Nur war auch bei diesem Projekt, wie bei vielen anderen Entscheiden und Projekten auch, der Faktor Mensch die unberechenbare Grösse. Je mehr Fehlverhalten, Fehlentscheide und das Nichteinhalten von Abmachungen zusammentreffen, je mehr häufen sich die unerwarteten Auswirkungen. Der Faktor Mensch wird zum Glück auch weiterhin eine Rolle spielen. Fehler wurden auf allen Ebenen gemacht, und das ist bedauerlich. Die SP-Fraktion geht davon aus, dass die Empfehlungen im Bericht Hagmann von der Baudirektion unverzüglich umgesetzt werden. Insbesondere aber muss der Informationsfluss zwischen dem Baudirektor und seinen Mitarbeitenden verbessert werden, damit die Informationen auch rechtzeitig und gezielt in den Regierungsrat getragen werden können. Gemäss diesen Ausführungen wird die SP-Fraktion dem Antrag des Regierungsrats zustimmen und die Schlussabrechnung für den Neubau der Strafanstalt Zug genehmigen.

Beni **Langenegger** beginnt mit dem Positiven in dieser unendlichen Geschichte. Die Regierung hat ihr Versprechen, die Abrechnung «Neubau Strafanstalt Zug» vor den Sommerferien dem Kantonsrat vorzulegen, eingehalten. – Auch wenn aus dem Bericht Wild zu entnehmen ist, die vorliegende Abrechnung sei zu genehmigen, wird man den Verdacht nicht los, das die Abrechnung nicht korrekt aufgelistet wurde. So

will man nichts wissen von Bestellungsänderungen. Solche wurden jedoch vorgenommen, sonst hätte eine Person – wir kennen den Namen alle – nicht Bestellungsänderungen von 160'000 Franken unterschrieben, obwohl er dazu gar nicht berechtigt war. Der Bericht Wild überzeugt nicht. Es sieht aus, als warte er schon auf einen Nachfolgeauftrag durch die Zuger Regierung. Das sich der Kantonsbaumeister gegen Qualitätskontrollen weigert, ist nicht nur aus der Abrechnung Strafanstalt ersichtlich. Auch auf anderen Baustellen z.B. GIBZ wurden Kontrollen unterlassen. Berufsverbände deckten Mängel aber noch frühzeitig auf.
Ebenfalls hält der Bericht Hagmann fest, dass beim Hochbauamt eine nachvollziehbare Kostenkontrolle gefehlt habe. Dass auch der Kantonsbaumeister seiner Aufsichtspflicht nicht nachgekommen ist zeigt, dass sein Stellvertreter Bestellungsänderungen in der Höhe von rund 700'000 Franken unterzeichnen konnte. Solche gravierenden Fehler dürfen bei so grossen Bauvorhaben nicht mehr passieren. Zumindest müssen Mitarbeiter aus Sicht der SVP-Fraktion, die so gravierende Kompetenzen überschreiten, verwarnt werden. Somit können bei einem Wiederholungsfall die Konsequenzen gezogen werden.
Erstaunlicherweise wird uns endlich bewusst, dass nicht nur die Baudirektion Fehler begangen hat, sondern auch Personen der Sicherheitsdirektion, welche Regierungsrat Uster untersteht. Denn die meisten kantonalen Bauvorhaben, wie auch die Strafanstalt Zug, sind direktionsübergreifend. Da sind einerseits die reinen Baukosten und anderseits das Wunschkonzert der Sicherheitsdirektion am vorliegenden Beispiel. Wären die Zellen etwas grösser und hätten die Fenster keine Gitter, so könnte man die Strafanstalt mit einem Vierstern-Hotel vergleichen. Zudem hatte der Kanton Zug eine externe Beratungsfirma, die Erfahrung im Gefängnisbau mitbrachte. Sie versprach in der erarbeiteten Machbarkeitsstudie, das es möglich sei, für knapp 10 Mio. Franken ein Gefängnisneubau zu realisieren. Dies die Aussage an der Kommissionssitzung vom 6. November 1998 betreffend Neubau der Strafanstalt Zug, bei der der Votant selbst Kommissionsmitglied war. Folglich stimmte der Rat dem Objektkredit unter Druck zu, um den Eingabetermin für die Bundessubventionen einzuhalten, damit keine Kürzungen in Folge der neuen Bundesgesetzgebung eintraten. So überliessen wir den Chefbeamten der Bau- und Sicherheitsdirektion und den Planern der Generalunternehmer die weiteren Ausführungen. Zudem stand die Vorlage Neubau Strafanstalt von allem Anfang an unter einem unglücklichen Stern. Dass es eine überhastete Vorlage war, beweist einmal mehr, dass das Parlament im August 2000 schon über einen Nachtragskredit von 2,8 Mio. Franken entscheiden musste.
Für die Zukunft sollten wir aus den gemachten Fehlern lernen, damit die gleichen Unannehmlichkeiten vor allem bei direktionsübergreifenden Bauvorhaben nicht noch einmal gemacht werden. Die SVP-Fraktion wartet nun gespannt darauf, dass der Baudirektor der Gesamtregierung bis Ende August organisatorische Empfehlungen für Bauvorhaben und personelle Massnahmen vorschlagen wird. Zudem genehmigt die SVP-Fraktion einstimmig die Schlussabrechnung, wie es die Stawiko vorschlägt. Damit endlich die restlichen Bundessubventionen dem Kanton Zug ausbezahlt werden können.

Andrea **Hodel** hält fest, dass die FDP-Fraktion grossmehrheitlich beantragt, die Schlussabrechnung zu genehmigen. Denken wir daran, wir sind Kantonsräte und Kantonsrätinnen. Es ist nach Ansicht der FDP-Fraktion nicht unsere Aufgabe, der Zschokke AG einen Steilpass zu liefern und ihr bei der Einforderung ihrer Mehrkosten behilflich zu sein. Es ist aus Sicht der FDP-Fraktion richtig, dass der Regierungsrat beschlossen hat, den Vergleich nicht zu akzeptieren und den Betrag von 1,7 Milli-

onen nicht freiwillig zu bezahlen. Bei der Ausführung des Baus der Strafanstalt sind offensichtlich gravierende Fehler passiert. Welche auf Seiten der Baudirektion gemacht wurden, ist durch den Bericht von Herrn Hagmann klar geworden. Damit werden sie nicht entschuldigt. Der Baudirektor ist nun Mal der Chef und trägt dafür die politische Verantwortung. Die beiden Involvierten haben sich einer internen Untersuchung zu stellen. Der Baudirektor ist gehalten, die notwendigen Konsequenzen in organisatorischer und wenn nötig personeller Art zu ziehen, damit solche Fälle nicht wieder auftreten. Daneben funktioniert die Baudirektion mit all ihren verschiedenen Ämtern und vielen Angestellten gut. Es darf nicht sein, dass die Presse einmal mehr, nur um eine gute Schlagzeile zu erhalten, die gesamte Baudirektion mit Schimpf und Schande überzieht. Dies entspricht – wir konnten es dem Bericht Hagmann entnehmen – nicht dem Resultat der Untersuchung. Was wir nicht wissen ist, welche Fehler bei Zschokke begangen wurden, diese müssen offensichtlich gravierend, wenn nicht noch gravierender sein, sonst hätte es Zschokke bereits vor langer Zeit unternommen, Klage zu erheben und würde nicht den populistischen Weg über die Öffentlichkeit und die Presse suchen, um so Druck auf den Kanton auszuüben. Solchem Druck darf die Regierung nicht nachgeben. Die Zschokke AG ist mit aller Deutlichkeit auf den Prozessweg zu verweisen, sofern sie sich genügend Prozesschancen ausrechnet.
Nun zum Aussenverhältnis. Zunächst ist festzuhalten, dass interne Fehler nicht zu verwechseln sind mit einem Unterliegen gegenüber der Zschokke AG. Das Gutachten Wild hat die Rechtsfragen aus Sicht des Kantons geklärt. Genau dies war auch seine Aufgabe. Wir können ihm entnehmen, dass die Zschokke AG bei der Durchsetzung ihrer Forderung einen schwierigen Stand haben wird; es fehlen ihr die genügenden Nachweise für die von ihr verlangten Mehraufwendungen Die Frage eines Prozessgewinnes hängt davon ab, wer kann was beweisen? Die FDP-Fraktion ist zuversichtlich, dass dies Zschokke nicht gelingen wird.
Wir sind Kantonsräte und Kantonsrätinnen. Wir haben hier und heute nicht den Richter zu spielen, wer hat was von wem noch zu gut? Wir haben die Interessen des Kantons zu vertreten. Wir wollen diese 1,7 Mio. Mehrkosten nicht bezahlen, da sie aus unserer sicht ungerechtfertigterweise eingefordert werden. Will Zschokke eine definitive Antwort, wird sie nicht umhin kommen, den Klageweg zu beschreiten. Bereits angeführt wurde die Frage, weshalb sie es bis heute nicht getan hat. Die FDP-Fraktion ersucht deshalb den Kantonsrat eindringlich, nun nicht mehr weitere Gutachten zu verlangen. Wir haben der Zschokke mit dem Gutachten Wild leider eine gute Vorlage geben, wie sie argumentieren kann. Weitere Gutachten, die Abklärung weiterer Rechtsfragen in der Öffentlichkeit oder gar die öffentliche Beurteilung der Prozesschancen nützen uns nichts, nützen dem Kanton nichts, nützen einzig der Zschokke AG. Dies muss unbedingt vermieden werden! Die Gerichte werden, sofern Zschokke dies verlangt, diesen Fall entscheiden müssen. Dazu sind sie da, dazu dienen die jeweils von Ihnen nicht geliebten vielen Stellen. Die FDP-Fraktion will die Interessen des Kantons vertreten. Sie ersucht deshalb den Rat, diese Schlussabrechung mit den Zahlen, wie sie heute vorliegen, zu genehmigen. Im Wissen darum, dass weitere Kosten auf den Kanton zukommen könnten, wenn wir den Prozess verlieren.
Noch ein Wort zu Beni Langenegger. Die Votantin hat wirklich nichts davon, wenn sie dem Sicherheitsdirektor hilft. Aber das Gefängnis ist kein Vierstern-Hotel. Es ist ein bedrückender Betonbunker. Sie hat ihn selber gesehen.

Leo **Granziol** hält fest, dass die CVP erstaunt und beunruhigt ist über das Gutachten Hagmann und die dort offen gelegten Kompetenzüberschreitungen und organisatorischen Mängel im Hochbauamt. Und er ist auch erstaunt über das, was er bisher gehört hat. Über diese Milde, die das Parlament hier walten lassen will. Über die Fraktionssprecher und die Prozesstaktik. Dabei geht es doch um etwas ganz Anderes. Es geht nämlich auch um unsere Aufsichtspflicht – der Votant wird darauf zurückkommen.
Wir haben es bereits im Zusammenhang mit der eigenmächtigen Ausnützung des Reservekredites für das Kantonsspital, bei der Vorlage für die zusätzlichen Klassenzimmer in der Kantonsschule und bei den Unterständen in der Zivilschutzanlage gesehen und werden nun durch das Gutachten Hagmann über die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Bau der Strafanstalt bestätigt: Im Bauamt läuft es alles andere als rund, vor allem im Hochbauamt. Der Kantonsbaumeister hat offensichtlich in diesem Fall die Übersicht verloren und kontrolliert seine Projektleiter nicht. Und der Baudirektor hat diesbezüglich seine Aufsichtspflicht verletzt. Wir wissen, dass die Abrechnung, die uns der Kanton vorlegt, strittig ist. In der Abrechnung Zschokke vom Januar 2004 steht ein rund 2 Millionen höherer Betrag. Die hier vorgelegte Schlussabrechnung ist also sicher nicht der Schlussstrich der Geschichte, sondern es wird zum Prozess kommen, weil der Regierungsrat den Vergleich nicht genehmigt hat, obwohl auch Rechtsanwalt Wild in seinem Gutachten auf S. 44 sagt, dass nur diejenigen Personen über die Mehrforderungen Auskunft geben können, die das Bauprojekt begleitet haben.
Der Regierungsrat war und ist nicht in der Lage, diese Mehrforderungen zu prüfen. Genau deshalb hat der Baudirektor auch seinen Kantonsbaumeister beauftragt, zusammen mit den Projektleitern die Sache auszusortieren und zu einem Abschluss zu bringen. Also einen Vergleich auf Grund der vorliegenden Abrechnungen vorzuschlagen. Was dieser im Einverständnis mit Rechtsanwalt Wild gemacht hat. So ohne Grund wurde jener Vergleich respektive die Zugabe, gewisse Mehrzahlungen noch zu erbringen, sicher nicht vom Kantonsbaumeister abgeschlossen. Jetzt lässt man den Vertragspartner auflaufen. Er soll klagen. Dieser Weg wird als zweckmässig betrachtet auf Grund eines Gutachtens, welches bei allen strittigen Mehrforderungspositionen auf S. 54 aussagt: Er könne nicht beurteilen, ob Bestellungsänderungen bestehen, weil ihm das bautechnische Wissen fehle. Gerade das ist aber die ausschlaggebende Frage. Das haben sowohl SVP und SP ebenfalls festgestellt. Für uns von der CVP ist damit keine Grundlage vorhanden, um diese Abrechnung als Schlussrechnung zu qualifizieren und sie entsprechend zu genehmigen.
Die Schlussrechnung setzt die Aufnahme aller noch offenen Positionen voraus. Dies ist hier klar nicht der Fall. Wir wissen, dass mit grosser Wahrscheinlichkeit Zusatzzahlungen zu entrichten sein werden. Leo Granziol sagt dies nicht nur wegen dem Vorbehalt, den Gutachter Wild angebracht hat, sondern weil das Gutachten auch lückenhaft ist. Es behandelt zum Beispiel in keiner Weise die so genannten Budgetpositionen, welche mit 1,5 Millionen im Vertrag aufgenommen wurden, aber durch die Konkretisierung der Bestellungen durch die Herren Eder und Cotti schliesslich mit 2 Millionen abgerechnet wurden. Dass es sich dabei nicht um so genannte Bestellungsänderungen handelt, für welche das spezielle Prozedere vorgesehen war, sagt auch Gutachter Wild auf S. 2, aber behandelt sie mit keinem Wort. Auch unter diesen Positionen haben die Projektleiter Eder und Cotti die Budgets überschritten und Installationen und Einrichtungen nach ihrem Gusto bestellt. Zum Beispiel waren für die Beleuchtung lediglich Fluoreszenzlampen für eine Budgetposition von 92'0000 Franken vorgesehen, welche Herr Cotti ablehnte und dafür Einbauleuchten verlangte. Die Mehrkosten dafür werden nicht anerkannt. Für das Lichtmanagement war

eine Budgetposition von 140'000 vorgesehen. Selbst vom Kanton so eingegeben. Der Kanton hat es selbst für 220'000 Franken an Siemens vergeben. Die diesbezügliche Rechnung hat Zschokke bezahlt. Wird nicht ersetzt vom Kanton. Gehört auch zu den Nachträgen 27 und folgende. Wenn sie die anerkannten Nachträge mit den nicht anerkannten vergleichen, sehen sie sofort, dass hier nicht der Grund des Nachtrags für die Anerkennung massgebend war, sondern dass Projektleiter Eder beim Nachtrag 27 bewusst wurde, dass er nun höhere Instanzen zu fragen hatte. Diese rund 20 Budgetpositionen, die vom Kanton nicht anerkannt werden, machen rund eine halbe Million Franken aus und sind klar zu bezahlen, weil es keine Bestellungsänderungen sind. Regierungsratskandidat Cotti hat uns hier bereits ein vorzeitiges Wahlgeschenk beschert.
Noch eine andere Bemerkung: Im Bericht Hagmann S. 18 zu Nachtrag 43 wegen der ominösen Türen heisst es, das Hochbauamt sei der Ansicht, die Mehrkosten für die Türen neuesten Standards seinen Sache des GU, welcher für aktuelle Standards einzustehen habe. Der Votant erinnert sich an die Mehrkosten beim Zentralspital resp. den Verbrauch der Reserven. Auch dort ging es um Mehrkosten infolge neuer Standards, insbesondere bei Lüftung und Rampe. Dort hat der Kantonsbaumeister in der Spiko und die Regierung hier erklärt: Ein GU-Vertrag mit einer Klausel, wie ihn die Spiko damals entworfen hatte, wonach der GU für die Anwendung der neuesten Normen zu sorgen habe, sei nicht möglich. Und deshalb sei der Vertrag abgeändert worden. Und hier erzählen sie wieder das Gegenteil. Hier soll nun der GU für die neusten Normen verantwortlich gewesen sein. Bei diesen Windungen muss man dem Hochbauamt nicht den Rücken stärken, sondern ein Korsett verpassen.
Für uns ist Tatsache, dass das Gutachten Wild überhaupt keine Klärung brachte, was effektiv vom Kanton noch zu zahlen ist. Weil es diesbezüglich zu wenig in die Tiefe greift. Das Gutachten Hagmann hingegen hat das Chaos im Hochbauamt, um bei den Worten der Neuen Zuger Zeitung zu bleiben, voll entlarvt. Klar ist, dass es im Hochbauamt keine Kostenkontrolle für dieses Projekt gab, und entsprechend wurde auch nicht kontrolliert, durch welche Änderungen allenfalls sich die Kosten verändern. Hagmann sagt das ganz deutlich. Der Kantonsbaumeister und die Projektleiter haben sich bei den Änderungsbesprechungen nie darüber Rechenschaft gegeben, was es kosten werde. Das ist eine schwere Unterlassung. Für was haben wir denn die Projektleiter, wenn schon die Bauleitung, die Submission, die Planung etc. an Dritte vergeben wird? Für was sind sie denn da, wenn sie nicht mal die Kosten überwachen. Die entscheidende Frage ist, ob sie bei dieser Sachlage die Angelegenheit ad acta legen wollen? Können wir als Organ, dem gemäss Verfassung die Aufsicht über die Verwaltung zukommt, eine Sache erledigen, deren Kosten nicht auf dem Tisch liegen, und in der wir keine Erkenntnis darüber haben, welche personellen und organisatorischen Massnahmen der Regierungsrat zur Verhinderung weiterer Parallelfälle angeordnet hat? Die CVP ist hier klar der Auffassung, dass wir damit unsere Aufsichtspflicht verletzen. Wir müssen hier nicht Prozesstaktik spielen oder Fussball, mit Steilpässen etc., sondern unserer Aufsichtspflicht nachkommen. Es ist nicht die Frage der Rückenstärkung der Regierung, die sich hier so oder so schlecht verhält. Zschokke wird unabhängig von unserem Beschluss klagen oder nicht klagen. Es geht aber um Signale an die Verwaltung und die lauten: Ja wir akzeptieren diese Haltung, die Sache ist für uns erledigt! Und das ist völlig falsch. Und das bei den im Bericht Hagmann offenkundig gelegten Mängeln in der Verwaltung. Da hat der Votant echt Mühe. Es ist ihm klar, dass die FDP vor allem ihrem ehemaligen Parteipräsidenten und Gutachter Wild nicht in den Rücken fallen will, aber denken Sie doch mal über Ihre Pflichten als Kantonsrat nach! Es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, über solchen Schlamassel den Schwamm zu legen. Wie wollen Sie denn so

eine Verbesserung bewirken? Sie müssen sich nicht nur über die Fehler, die hier im Hochbauamt wiederholt stattfanden, aufregen, dann aber bei der erst besten Möglichkeit die Sache wieder ad acta legen, sondern auch etwas dafür tun! Immerhin haben die Kompetenzüberschreitungen die Stimmbürger bereits 700'000 Franken gekostet, nämlich die anerkannten Nachträge. Schaden wurde angerichtet, Verantwortung ist bislang nicht übernommen!
Und es hat sich nichts verbessert. Von Zschokke wurde Leo Granziol mitgeteilt, dass alle Abrechnungen mit den entsprechenden Listen beim Hochbauamt in mehreren Ordnern abgeliefert wurden, aber sie seien dort schlicht nicht kontrolliert worden, wie auch in Bezug auf die Budgetpositionen seit zwei Jahren keine Antwort des Hochbauamts vorliegt. Sie können das glauben oder nicht! Aber wenn dann gesagt wird, im Bostadel geh es in diesem Takt weiter, wird der Votant hellhörig. Tatsache ist, dass auch dort vom Bauamt Zschokke auf das Angebot, die jeweilig eingehenden Unternehmerrechnungen zu übergeben, mitgeteilt worden sie, dass Bauamt brauche sie nicht. Das heisst, auch da ist eine Kostenkontrolle durch das Bauamt inexistent. Diese Leute vom Hochbauamt kommen ihren Aufgaben in keiner Weise mehr nach. Der Kantonsbaumeister erscheint unentschuldigt nicht an Sitzungen, Entscheide werden aufgeschoben und Belege für die Kostenkontrolle sind nicht gefragt.
Meine Herren Regierungsräte, der Votant fordert Sie auf, endlich etwas zu unternehmen, damit wir nicht im Bostadel und im Kantonsspital in den gleichen Schlamassel laufen, Anzeichen sind vorhanden. Sie können doch das nicht dem kränkelnden Regierungsrat Uttinger oder der von ihnen vorgeschobenen Frau Profos überlassen. Vergeben Sie die Kostenkontrolle an ein Fachbüro und ebenfalls die Aufarbeitung der Mehrkostenanträge für das Zentralspital, damit Sie endlich ein Bild haben. Und in dieser Situation will der Rat nun an die Regierung und die Verwaltung das Signal zu geben, die Sache sei abgeschlossen – das ist doch völlig falsch. Es ist zu hoffen, dass das Thema nicht nur für die CVP politisch so lange nicht bewältigt ist, bis Klarheit über den effektiven Schlussbetrag und auch die Konsequenzen vorliegt, die der Regierungsrat personell und organisatorisch getroffen hat, und wer die effektiven Mehrkosten zu verantworten hat. Bei einer Zustimmung ist dieser Druck weg und die Sache bleibt dann ein paar mutigen Interpellanten in der nächsten Legislaturperiode überlassen, ob sie sich nochmals darum kümmern wollen, ob nun eine Besserung im Hochbauamt eingetreten ist.
Wir wollen das aber nicht einfach so der nächsten Kantonsratsgeneration überlassen, sondern sind der Auffassung, dass der Regierungsrat je nach Abschluss der Sache, entweder durch Vergleich oder Prozessergebnis hier nochmals anzutraben hat und dem Kantonsrat Rechenschaft darüber ablegen muss, was das wahre Ausmass des Debakels ist und welche Konsequenzen er daraus gezogen hat. Das Geschäft ist deshalb heute schlicht nicht spruchreif. Wir beantragen deshalb, das Geschäft in Bezug auf die noch unklaren Mehrkosten zurückzuweisen. Der Regierungsrat soll die Schlussabrechnung mit einem Bericht über die gegenseitig anerkannten oder richterlich festgelegten Mehrkosten vorlegen. Diese erneute Vorlage ist mit einem Bericht über die getroffenen Massnahmen zur Vermeidung weiterer solcher Debakel zu verbinden.
Und noch ein Schlusswort zur Erklärung des Regierungsrats. Er hätte es längst in der Hand gehabt, Klarheit zu schaffen und die Verantwortlichen zu bezeichnen. Bis zu den diesbezüglichen Interpellationen lag der Mantel des Schweigens über der Sache, obwohl die Mehrkosten seit 2002 bekannt waren. Sie müssen sich nicht wundern, wenn die Presse so reagiert.

Peter **Rust** muss als ehemaliges Mitglied der Kommission für den Umbau der Strafanstalt ernüchtert feststellen, dass sich sein damaliger Einsatz zu Gunsten eines Neubaus nicht gelohnt hat. Aus dem geschichtsträchtigen «Cafe Speck» ist nun das etwas mondäne «Hotel Frank furt» (sic!) entstanden. Heute soll nun das Parlament, wenigstens nach dem Willen des Regierungsrats, die Schlussabrechnung für diesen Gefängnis-Neubau genehmigen. Eine Schlussabrechnung, die gar keine ist. Dieses Gutachten Wild vom 23. Mai 2006, auf das sich die Regierung stützt und nun als einzige Grundlage für die Genehmigung der Schlussabrechnung heranziehen will, lehnt der Votant aus folgenden Gründen ab.

1. Befangenheit des Regierungsrats. Die Mehrheit der Regierungsräte (vier von sieben Mitgliedern) sind mit der Sache Neubau Strafanstalt oder mit Rechtsanwalt H.R. Wild befangen. Baudirektor Hans-Beat Uttinger als Bauherr und Chef der Baudirektion. Sicherheitsdirektor Hanspeter Uster durch den ihm unterstellten Gefängnisdirektor Patrik Cotti als Mitbesteller und -verursacher von Mehrkosten. Gesundheitsdirektor Joachim Eder durch seinen Bruder Alphons Eder als Mitbesteller und Verursacher von Mehrkosten. Und schliesslich Bildungsdirektor Matthias Michel als seinerzeitiger Partner der Anwaltskanzlei Wild. Die Regierung hätte spätestens zu dem Zeitpunkt, als der Vergleich der Baudirektion mit der GU Zschokke scheiterte, eine neutrale Anwaltskanzlei mit der Abrechnung der Strafanstalt beauftragen müssen. Sonst erscheint diese ganze Geschichte als reines Gefälligkeitsgutachten. An dieser Stelle wäre es auch interessant zu erfahren, nach welchen Kriterien die Regierung die Anwaltsmandate vergibt? Hält sich die Regierung Hofanwälte? Im Zusammenhang mit dem Anwaltsmandat der Strafanstalt fallt nämlich auf, dass die besonders lukrativen Mandate wie z.B. Strafanstalt, Hirschmann-Stiftung, SBB-Bahnhof, Spital-Areal Zug, an dieselbe Kanzlei vergeben wurden.

2. Prozessrisiko. Bei näherem Studium des Memorandums fällt auf, dass selbst der Gutachter Wild einräumt, ihm fehle das bautechnische Wissen, um zu beurteilen, ob alle strittigen Mehrforderungen der Firma Zschokke Bestellungsänderungen seien. Genau dieses Wissen jedoch wäre unbedingte Voraussetzung für dieses konkrete Rechtsgutachten gewesen. Wie können wir dieses nun bei der heutigen Entscheidung als Grundlage anerkennen? An dieser Stelle muss noch einmal mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass der Vertreter des Bauherrn, Kantonsbaumeister Herbert Staub als ausgewiesener Fachmann, zusammen mit dem Baudirektor einen wesentlichen Teil dieser geforderten Mehrleistungen mit einem Vergleich anerkennen wollte. Warum sonst wäre ein solcher Vergleich zustande gekommen? Andrea Hodel: Einen Vergleich schliesst man ab, wenn beide Seiten zum Ergebnis gekommen sind, es lägen Bestellungsänderungen vor. Bis zu einem Mindestbetrag von 1,7 Mio. Franken haben diese beiden Herren das anerkannt. Warum die Mehrheit der Regierung Hans-Beat Uttinger in die Wüste geschickt hat, wird der Votant seiner Lebzeit nie verstehen. Das ist doch der Fehler an dieser ganzen Geschichte. Sie kommen nicht darum herum, später einmal wird das Gericht genau diesen Vergleich wieder hervorziehen. So gut kennen wir doch unsere Gerichte.

Wenn in dieser Grössenordnung gebaut wird, passieren Fehler sehr schnell, das ist ganz klar. Da Peter Rust immer noch mit Leib und Leben Bauunternehmer ist, ist er sich gewohnt, auch in der Politik als Unternehmer zu handeln und zu beurteilen. Als Bauherr würde er in dieser Ausgangslage unter gar keinen Umständen die gerichtliche Auseinandersetzung als Lösung anstreben. Die Prozesskosten können für die unterlegene Partei bis zu 20 % des Streitwerts betragen, was bei einer geschätzten Klagesumme von z.B. 2 Millionen immerhin 400'000 Franken kosten würde. Ein aussergerichtlicher Vergleich – auf der Basis des früheren Vergleiches, abzüglich der zu erwartenden Anwalts- und Gerichtskosten – wäre nach wie vor der korrekteste und

kostengünstigste Weg um den leidigen Fall Strafanstalt doch noch einigermassen anständig zu beenden.
Der eigentliche Skandal am Fall Strafanstalt sind längst nicht mehr die Mehrkosten von 1,7 Mio. Franken, sondern die Art und Weise, wie nun von der Regierung versucht wird, die Verantwortlichkeiten vor diesem Parlament undurchsichtig und kompliziert nachvollziehbar darzustellen. Natürlich wäre die heutige Genehmigung der Schlussabrechnung durch das Parlament der eleganteste Weg für die Regierung, noch vor den Wahlen die Köpfe aus der Schlinge Strafanstalt ziehen. Dies aus verschiedenen Gründen: Das lästige Thema Strafanstalt wäre vom Tisch, die Mitschuldigen und Verursacher würden noch mehr Zeit gewinnen, um die Spuren zu verwischen, oder sie könnten sogar von der politischen Bühne verschwinden, bevor sie überhaupt Verantwortung hätten übernehmen müssen. Wir als Kantonsräte und Vertreter des Bauherrn haben jedoch die Verpflichtung, auch ungeschriebene Gesetze, wie z.B. in diesem Fall die Standesregeln der Branche, sowie auch ethische Unternehmergrundsätze zu beachten. Mit einem allfälligen, langwierigen Prozess würde der Kanton Zug als Bauherr schlechte Signale aussenden, grundsätzlich, aber insbesondere auch für zukünftige Bauvorhaben und nicht zuletzt auch an die Gemeinden.
Uns steht die Oberaufsicht über alle Geschäfte im Kanton zu. Können wir es uns leisten, heute einer mehr als denkwürdig zustande gekommenen Schlussabrechnung mit ungewissem Prozessausgang zuzustimmen? Mit einem solchen Entscheid würde dem Kantonsrat die parlamentarische Kontrolle über die Abrechnung der Strafanstalt entzogen. Unter diesen Umständen stellt der Votant den Antrag, auf das Geschäft zwar einzutreten, aber die Abrechnung nicht zu genehmigen.

Andrea **Hodel** möchte zuerst ihrem Unmut darüber Ausdruck verleihen, dass wir offensichtlich in diesem Rat nicht ernst genommen werden, wenn bei den Fraktionssprechenden die Einzige, die über dieses Geschäft sprechen darf – Frau Landammann – den Raum verlässt und erst später wieder zurückkehrt. Das kann doch wohl nicht Sache sein, wenn Gesundheitsdirektor Eder in den Ausstand muss, Baudirektor Uttinger nicht sprechen darf, Sicherheitsdirektor Hanspeter Uster nicht sprechen darf und die delegierte Sprechende nicht im Saal ist. Wir machen hier nicht l'art pour l'art, wir machen hier Politik.
Zu den beiden Vorrednern von der CVP. Peter Rust, die Votantin ist Bauherrenschwiegertochter und leidenschaftliche Prozessanwältin. Und es ist eben genau richtig, dass man diesen Vergleich nicht genehmigt. Man muss mal einen Pflock einschlagen und sehen: Traut sich Zschokke? Sie hat ja bis jetzt nichts unternommen, diesen Prozess zu wagen. Was hat sie denn in der Hand? Wir wissen es nicht. Vielleicht wissen Sie es! Vielleicht der Baudirektor. Aber von daher kann man doch nicht einfach sagen: Wir bezahlen möglichst viel zum voraus. Wir dürfen ruhig den Prozessweg wagen.
Zu Leo Granziol. Unsere Fraktion ist nicht abhängig von Rechtsanwalt Wild. Die Votantin fragt sich vielmehr, ob da nicht berufliche Konkurrenz mitspricht, wenn Sie sich so über das Gutachten Wild aufhalten. Wenn wir jetzt heute genehmigen, holen wir die Bundessubventionen ab. Sollen wir denn noch Jahre darauf warten? Wenn wir einen Prozessverlust haben – das hat ja offensichtlich die Finanzdirektion noch abgeklärt – würden wir für diesen Mehrbetrag unseren Anteil an Subventionen auch noch erhalten. Wollen wir denn einfach auf das Geld warten? Schliessen wir doch ab, holen unseren Anteil ab und schauen dann weiter, was das Resultat ist.

Gregor **Kupper** hat zusammen mit Vreni Wicky ganz offensichtlich 2004 mit der damaligen Interpellation in ein Wespennest gestochen. Es waren allerdings sehr langsame Wespen. So richtig wild geworden sind sie eigentlich erst vor einem halben Jahr. Und das hat nichts mit Anwalt Wild zu tun. – Der Votant hat die Interpellation zur Kenntnis genommen. Sie ist jetzt natürlich in diesem Geschäft zum Nebenschauplatz geworden.
Zur Schlussabrechnung möchte Gregor Kupper drei Punkte erwähnen. Zuerst die Situation Zschokke. Wir haben von Zschokke jetzt viel gehört und viel gelesen. Wir wissen ziemlich genau, wo wir stehen. Dass es nämlich tatsächlich zum Prozess kommen kann. Mit Genehmigung der Schlussabrechnung schaffen wir eine klare Ausgangslage. Wir geben vor, wie das in Zukunft zu gehen hat. Was passiert jetzt, wenn wir die Schlussabrechnung genehmigen? Die Angst, dass das Geschäft dann im Kantonsrat durch ist, ist völlig unberechtigt. Wenn der Regierungsrat Recht hat und keine Zahlungen mehr erfolgen, ist es logischerweise durch. Kommt es aber zu einer gebundenen Ausgabe oder zu einem Nachtragskredit, haben wir wieder etwas zu sagen. Nun überlegen Sie sich aber, wann wir da etwas zu sagen haben, wenn ein Gerichtsverfahren durchgezogen wird. Das dauert vielleicht drei, vier Jahre. Vielleicht 2010 kommen wir dann wieder in den Rat mit diesem Geschäft. Überlegen Sie sich, wer dann auf der Regierungsbank sitzt! Joachim Eder als einziger Regierungsrat, der schon im Amt war während des Baus der Strafanstalt, wird wohl den Saal wieder verlassen. Dann bleiben der Finanzdirektor und der Bildungsdirektor. Beide haben ihr Amt angetreten, als die Strafanstalt praktisch fertig gestellt war. Und dann sitzen da vier Neue, die kennen das Geschäft aus den Akten. Sie kennen es vom Hörensagen, sollen dafür Red und Antwort stehen und wahrscheinlich noch die Verantwortung übernehmen. Das geht dem Votanten zu weit. Wir müssen doch davon ausgehen, dass das ein Sicherheitsdirektor ist und ein Baudirektor, die das Geschäft dann einfach noch aufgearbeitet oder im Gerichtsverfahren begleitet haben. Vielleicht sind das dann Leute aus Ihrer Partei. Das kann es nicht sein. Da besteht kein Grund auf Nichtgenehmigung der Schlussabrechnung. Auch das Argument, die Schlussabrechnung sei unvollständig, sticht nicht. Wir genehmigen laufend Schlussabrechnungen, in denen Rückstellung für noch nicht ausgeführte oder nicht abgerechnete Arbeiten enthalten sind. Da sagt kein Mensch etwas, dass diese Schlussabrechnungen ja noch gar nicht klar sind.
Zur Organisation und zum Personal. Selbstverständlich ist das eine Sache, die in der Baudirektion nicht gespielt hat. Auch Gregor Kupper ist nicht der Meinung, dass wir da einfach den Deckel drauf tun sollen. Nur müssen wir uns unserer Aufgabe bewusst sein. Wir haben die Aufsichtspflicht über die Exekutive. Wenn wir die Schlussabrechnung nicht genehmigen und dann vielleicht 2010 auf dieser Basis wieder schauen, was der Baudirektor gemacht hat, dann ist das zu spät. Der Votant will nächstes Jahr spätestens wissen, welche organisatorischen und personellen Massnahmen getroffen wurden. Er will *dann*, wenn das noch nicht in die Wege geleitet und transparent ist, mit einem parlamentarischen Vorstoss Klarheit schaffen, und nicht erst 2010.
Zu den Bundessubventionen. Als Finänzler hat sich Gregor Kupper natürlich mit dieser Frage auseinander gesetzt. Wir lesen im Bericht des Regierungsrats, dass 800'000 Franken Bundessubventionen ausstehen. Es stellte sich da an unserer Fraktionssitzung die Frage, ob denn mit der Genehmigung der Schlussabrechnung eine eventuelle Bundessubvention auch auf die Nachtragszahlungen an Zschokke geltend gemacht werden kann. Da herrschte tatsächlich Unklarheit. Und der Votant hat den Finanzdirektor per Mail aufgefordert, da Klarheit zu schaffen. Er hat inzwischen die Antwort erhalten: Wenn die Schlussabrechnung mit dem entsprechenden Vorbehalt

eingereicht wird, sind auch diese zusätzlichen Kosten Zschokke – sofern solche anfallen – subventionsberechtigt, sofern sie überhaupt anrechenbare Kosten darstellen. Gregor Kupper möchte die 800'000 Franken, die nicht zur Diskussion stehen und klar sind, endlich abholen und unserem Kanton zuführen. Wenn dann aus einer Nachzahlung Kosten geltend zu machen sind, ist es unsere Aufgabe als Parlamentarier, zu überwachen, dass die auch tatsächlich in Bern geltend gemacht werden. Es ist davon auszugehen, dass das im Rahmen der entsprechenden Jahresrechnungen dann zu prüfen ist. – Gregor Kupper beantragt im Namen der Stawiko und ausnahmsweise nicht auch im Namen seiner Fraktion, die Schlussabrechnung zu genehmigen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** möchte zur Schuldzuweisung an den Direktor der Strafanstalt Stellung beziehen. Jeder Direktor, ob er nun für eine Strafanstalt oder für ein künftiges Zentralspital einstehen muss, wird wohl seine Bedürfnisse anmelden, damit sein Betrieb den notwendigen Erfordernissen entsprechend funktionieren kann. Es ist nicht angebracht, den Direktor der Strafanstalt nun dafür verantwortlich zu machen, was in der Planungsphase versäumt wurde. Die politischen Absichten hinter dieser unzulässigen und unfairen Schuldzuweisung sind offensichtlich.

Leo **Granziol**: Die FDP sagt hier, es sei richtig gewesen, diesen Vergleich nicht zu anerkennen. Sie sagt damit eigentlich auch, dass es richtig gewesen ist, den Kantonsbaumeiter zu desavouieren, der diesen Vergleich nach monatelangen Verhandlungen mit Beisein von Herrn Wild ausgearbeitet hat. Die Abrechnungen lagen vor. Wenn Sie die Akten nicht studieren, ist das Ihre Sache. Der Votant hat sie studiert. Diese Vergleichsverhandlungen zogen sich über mindestens ein halbes Jahr hin. Und diese Summe wurde nach langem Hin und Her festgelegt. Zschokke hatte eine viel höhere Summe im Auge. Und dann hat sogar Regierungsrat Uttinger dazu gratuliert, dass dieser Vergleich zustande gekommen ist, in einem Schreiben, das Leo Granziol dem Rat bereits damals ausgeteilt hatte. Man hat auch den Baudirektor desavouiert. Diese Änderungen können Sie ja am Bau sehen zu einem grossen Teil. Und Sie können Sie auch mit den Ausschreibungen vergleichen. Und der Kanton sagt nun: Wir zahlen einfach nicht, die sollen das beweisen! Das ist keine anständige Haltung. Das ist eine miese Haltung des Kantons. Weil die Änderungen offensichtlich vollzogen wurden. Es ist nicht nur eine Frage der Beleuchtung und der Lichtsysteme etc., sondern auch der Türen und anderem. Da ist sehr viel gemacht worden.
Und noch zur SP mit Herrn Cotti. Es steht auch im Bericht Hagmann. In der Ausführungsphase haben die Herren Cotti und Eder diese Änderungen vorgenommen. Nämlich als es darum ging, diese Türen zu ändern und das Lichtsystem zu ändern. Als das aufs Tapet kam, wurde geändert, wurden Bestellungen konkretisiert. Und Herr Eder sagt klar aus, das können Sie nachlesen im Gutachten Hagmann: Es wurde nichts beschlossen, was nicht vorher in der Projektleitung beschlossen worden wäre. Und da war Herr Eder genauso Bestandteil wie Herr Cotti selbst. Der Votant kann den mit dem besten Willen nicht einfach reinwaschen. Auch wenn er für die Finanzen vielleicht nicht zuständig war, sondern in erster Linie das Hochbauamt, muss er sich doch auch darüber im Konsequenten sein, dass wenn ich eine normale Fluoreszenzlampe mit einem Downlighter resp. einer Einbauleuchte ersetze, das mehr kostet. Er hat ja übrigens auch selbst mitunterzeichnet, das System der Lichtüberwachung an Siemens für einen bedeutend höheren Preis zu vergeben. Und was Sie auch ausser Acht lassen bei dieser Vergleichsverneinung. Sie belasten jetzt die Verwaltung über zwei Jahre mit einem Prozess oder möglicherweise noch länger.

Zschokke hat keine Mühe, die Sache zu begründen. Diese Mehrabrechnungen existieren. Es geht dann an den Kanton, das alles im Detail zu beantworten. Das wird die Leute in der Verwaltung nicht nur zeitlich absorbieren, sondern es wird sie auch weiterhin belasten. Und alles wird uns schlussendlich einfach sehr viel Geld kosten. Zschokke hat den Fehler gemacht, dass sie die Handwerker bezahlt haben und jetzt für diese zwei Millionen selbst dastehen. Leo Granziol ist überzeugt, wenn Zschokke den Handwerkern das Geld nicht vorweg bezahlt hätte, würden hier die SVP und die FDP völlig anders reagieren. Dann würden sie nämlich hinter den Handwerkern stehen, die ihr Geld noch nicht bekommen haben.

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass wir jetzt von den Vorrednern gehört haben, dass vier Regierungsräte und etliche Parteien in diese Sache involviert sind. Damit lässt sich natürlich auch trefflich Wahlkampf betreiben. Wenn wir jetzt aber zurückkommen zur Sache – was können wir aus diesem dicken Bericht ableiten, das relativ klar ist? Erstens: Es wurden auf beiden Seiten Fehler gemacht. Jene auf der Seite des Kantons werden auch aufgelistet und sie werden in dem Sinn korrigiert, dass dafür gesorgt wird, dass in Zukunft in diesen Bereichen besser gearbeitet wird. Denn was geschehen ist, können wir nicht rückgängig machen.
Zweitens haben wir ein Formerfordernis für diese Bestellungsänderungen. Der Vertragspartner des Kantons ist nicht ein kleiner Einmannbetrieb mit relativ bescheidenen Kenntnissen über Vertragsgestaltung und -ausfertigung und über Geschäftsgebaren. Es ist eine grosse Firma. Kann man von ihr erwarten und wird das allenfalls auch ein Gericht tun, dass wenn vereinbart ist, dass Bestellungsänderungen schriftlich zu erfolgen haben und zu bestätigen sind, das auch durchgezogen wird? Und kann man von einer Firma in dieser Grössenordnung erwarten, dass wenn eine Bestellungsänderung vorliegt und diese nicht unterzeichnet wurde, sie dem nachgeht und dafür sorgt, diese Unterschrift zu erhalten, und sonst eben dort nicht weiter macht. Kann man von ihr erwarten, dass sie das so durchzieht und nicht irgendwann dann mit einem Set von Nachrechnungen kommt? Wenn sich der Votant diese Fragen stellt, hat er das Gefühl, er könne sie für sich beantworten. Und das lässt für ihn den Schluss zu, dass die gerichtliche Auseinandersetzung nicht ganz so riskant ist, wie sie uns eben dargestellt wurde. Und dass wir im Hinblick auf den Umgang mit den Steuergeldern eben gerade diese Auseinandersetzung durchaus suchen sollten. Es ist nicht so, dass wir einen kleinen unbedarften Gewerbler damit in die Pfanne hauen würden.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass sich der Regierungsrat dieses Geschäft nicht leicht gemacht hat. Er hat an seinen Sitzungen mehrfach und intensiv darüber diskutiert. Er hat zwei anerkannte Anwälte eingeschaltet. Er hat am letzten Dienstag der Baudirektion grünes Licht erteilt, den Sachverständigen Peter Arbenz damit zu beauftragen, die Organisation und die personellen Strukturen des Hochbauamts zu durchleuchten und die personalrechtlichen Fragen abzuklären. Herr Arbenz will diesen Bericht bis Ende August abliefern. Nichts hindert uns aber an der Feststellung, dass das Gebäude der Strafanstalt seinen Dienst versieht. Der Kanton verfügt über ein zweckmässiges Gefängnis für Strafvollzug, Untersuchungs- und Ausschaffungshaft. Der Regierungsrat legt Ihnen die Schlussabrechnung über den Objektkredit vor, so wie sie heute richtig ist. Wenn der Baudirektor sagt heute, dann weil wir noch nicht wissen, wie allenfalls ein Gericht über eine Nachforderung der Unternehmung urteilt.

Zum Thema Bundesbeitrag: Der Bund wird – nach erfolgter Verabschiedung der Schlussabrechnung hier im Kantonsrat – diese wie üblich daraufhin prüfen, was subventionsberechtigt ist und was nicht. Er wird in seiner Subventionsverfügung ausdrücklich auf den Vorbehalt gemäss unserem Antrag in der Kantonsratsvorlage Bezug nehmen. Dieser Antrag lautet (siehe S. 22 Ziff. 1), es sei «die Schlussabrechnung für den Neubau der Strafanstalt Zug zu genehmigen. Vorbehalten bleiben ein allfälliges Gerichtsurteil über die bestrittenen Forderungen der GU (gebundene Ausgabe) oder ein allfälliger Zusatzkredit im Rahmen eines aussergerichtlichen Vergleiches.» Sollte sich dieser Vorbehalt erfüllen, so wird der Bund auf die Abrechnung der zusätzlich geltend zu machenden Aufwendungen eintreten und – gleich wie bei der Prüfung der Bauabrechnung – prüfen, welche Zusatzkosten anrechenbar sind.
Sofern das Gericht eine allfällige Forderungsklage der GU – wider aller Erwartung – ganz oder teilweise rechtskräftig gutheissen sollte, so würde gemäss Lehre und Rechtsprechung eine gebundene Ausgabe vorliegen (vgl. auch zutreffend § 26 Bst. a des Entwurfes zum Finanzhaushaltgesetz, Vorlage Nr. 1367.2 -11809). Der Regierungsrat wäre in diesem Fall verpflichtet, die durch Gerichtsurteil festgelegte Forderung zu bezahlen, dies ohne weiteres Mitwirken des Kantonsrats. Der Regierungsrat würde jedoch in diesem Falle eine ergänzende Schlussabrechnung dem Kantonsrat unterbreiten, wobei weder der Kantonsrat noch der Regierungsrat ein allfälliges rechtskräftiges Gerichtsurteil umstossen könnten. Es ginge um die Kenntnisnahme samt Beweggründe des Urteils durch den Kantonsrat. Einen entsprechenden Vorbehalt finden Sie auf S. 22 des Antrags des Regierungsrats.
Sollte der Regierungsrat entgegen seiner heutigen Haltung im Rahmen von aussergerichtlichen Vergleichsverhandlungen die jetzt bestrittene Forderung teilweise anerkennen, so müsste er beim Kantonsrat einen Zusatzkredit einholen. Dazu wäre eine separate Vorlage notwendig. Grund: Die durch den Kantonsrat bewilligten Kredite sind fast vollständig aufgebraucht. Sollte der Kantonsrat in diesem Falle den Zusatzkredit nicht bewilligen, so müsste die GU ein Gerichtsurteil und damit – für sie im besten Fall – eine gebundene Ausgabe erwirken.
Strafanstalt Bostadel. Die Projektleitung des Hochbauamts Zug hat regelmässig an den Bausitzungen teilgenommen. Der Kantonsbaumeister war bei wesentlichen Bausitzungen und insbesondere bei der Baudelegationssitzung der paritätischen Aufsichtskommission anwesend. Der Votant zitiert aus dem Protokoll der Sitzung vom 13. März 2006 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel: «Herbert Staub verteilt den Mitgliedern eine aktuelle Kostenübersicht und erläutert dazu Folgendes: 'Es kann davon ausgegangen werden, dass der gesamte Werkpreis um rund 30'000 unter dem Kostenvoranschlag, d.h. zu Lasten des TU liegen wird. Auch gemäss den Budgetzahlen ergibt sich, dass voraussichtlich rund 30'000 unter Budget abgerechnet werden kann.' Der Präsident bedankt sich für die ausgezeichnete Arbeit von Seite der Hochbauämter. Insbesondere auch vom federführenden Hochbauamt Zug unter der Leitung von Herbert Staub und für den sehr grossen Einsatz des Direktors und seiner Mitarbeitenden. Er zeigt sich insbesondere erfreut darüber, dass die veranschlagten Kosten eingehalten werden konnten, was nicht zuletzt dank der durchgängigen Kontrolle der Hochbauämter und des Direktors und der Hartnäckigkeit des BAKO gelungen ist.»
Vandalisierende Leuchten und Lampen. Aus Gründen der Sicherheit, unter anderem zum Schutz des Personals, mussten vandalensichere Leuchten und Lampen in Abdeckungen montiert werden. Ungeschützte Fluoreszenzröhren können von den Insassen als Tatwaffe benützt werden.
Zum Thema schliessbare Fenster. Hier sehen Sie abschliessbare Fenster. Aber der Baudirektor glaubt nicht, dass sie gefängnistauglich wären.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** möchte vorab die Herren Langenegger und Rust herzlich einladen zu einem Aufenthalt in einem angeblichen Vierstern-Hotel. Sie können bleiben, so lange Sie wollen – nicht weil der Votant Sie dort haben will. Aber er ist überzeugt, Sie werden nach einigen Tagen oder schon nach Stunden merken, dass es wirklich kein Luxusbau ist und die Stimmung nicht fröhlich ist, sondern eng und bedrückend.
Es wurde die Rolle des Leiters der Strafanstalt angesprochen. Der Votant möchte dem Rat nochmals in Erinnerung rufen, was eine Bestellungsänderung ist. Das können Sie nachlesen auf S. 8 des Berichts Wild. Eine Bestellungsänderung liegt vor, wenn der vertragliche Leistungsinhalt des fortbestehenden Werkvertrags durch Rechtsgeschäft geändert wird. Konkret heisst das, der Unternehmer hat z.B. zusätzliche oder zum Teil andere Arbeiten zu leisten, bestimmte Arbeiten wegzulassen oder gewisse Arbeiten anders als im Werkvertrag vereinbart auszuführen. Davon zu unterscheiden ist die blosse Konkretisierung der vertraglich umschriebenen Werkleistung. Wir haben hier einen detaillierten Leistungsbeschrieb als Vertragsbestandteil. Und dann wird der konkretisiert. Es wird spezifiziert, was heisst ein «verschliessbares Fenster». Es wird auch konkretisiert im Leistungsbeschrieb, welche Voraussetzungen die Lampen erfüllen müssen. Der Sicherheitsdirektor kann dem Rat kurz vorlesen, was im Sicherheitskonzept des Sicherheitsplans steht. Das war die integrative Grundlage bei der Ausschreibung. Dort steht, was die Zellen betrifft: «Lampenabdeckungen, Schalter und Dosen nur mit Spezialwerkzeugen demontierbar.» Und das war nicht der Fall. Eine Leuchtstoffröhre kann sogar Hanspeter Uster herunternehmen und zerschlagen. Und dann ist es, wie der Baudirektor gesagt hat, eine Waffe, die man einsetzen kann. Und deshalb haben die Strafanstalt und das Hochbauamt darauf beharrt, dass diese Abdeckung gemäss dem integrativen Bestandteil des Leistungsbeschriebs gemacht wird. Das ist die Aufgabe der Strafanstalt. Es ist die Aufgabe des Hochbauamts. Und es wäre auch die Aufgabe des GU gewesen, das so auszuführen. Darauf wurde beharrt und da wird jetzt eine Mehrleistung konstruiert. Es ist auch die Aufgabe jedes Benutzervertreters, seine Bedürfnisse anzumelden. Man kann aber auch auf die Projektorganisation – die war auch Bestandteil des Werkvertrags – hinweisen, wo klar ist, dass kostenwirksame Entscheide nach dieser Organisation nur – und richtigerweise – das Hochbauamt fällen kann.
Und jetzt kommt etwas ganz Wichtiges, Leo Granziol. Das ist ja der Witz, dass eine Bestellungsänderung eben schriftlich erfolgen muss. Dass die Benutzer – das Hochbauamt und der GU-Vertreter – zusammensitzen und darüber diskutieren, was gemacht werden soll. Und dann geht der GU-Vertreter zurück, berechnet das und kommt wieder mit einem Papier, worauf man sieht, was jetzt diese Mehrleistung oder Bestellungsänderung kostet. Und dann kann das Hochbauamt das nochmals prüfen, kann unterschreiben oder eben sagen: Nein, das wollen wir nicht. Dieses Verfahren wurde nicht eingeführt, um noch mehr Papier zu produzieren. Sondern es hat den Sinn, dass es eine gegenseitige Kontrolle und Transparenz gibt. Und dass, wenn dann etwas realisiert ist, beiden Parteien bewusst ist, was gemacht wird und was es kostet. Deshalb ist es keine Formalität, auf dieser Schriftlichkeit zu beharren. Es wurde auch nie darauf verzichtet.
Noch etwas zu einem Punkt, den Peter Rust direkt oder indirekt angetönt hat. Der Vergleich. Hanspeter Uster möchte dem Rat ein Beispiel geben. Auch wieder über die Kostenkontrolle in der ganzen Sache. Kostenkontrolle aus Sicht des GU. Es ist Ihnen bekannt, dass im November ein Vergleich unter Vorbehalt abgeschlossen worden ist. Dort war die Grundlage im Nachtrag 44, Baumeisterarbeiten, also zusätzliche Arbeiten für den Baumeister. Im Papier der GU waren da vorgesehen Fr. 642'560.19, also sehr genau. Das wurde dann in den damaligen Vergleichsver-

handlungen interessanterweise auf 200'000 Franken reduziert. Recht interessant, wenn man so genau rechnen kann. Jetzt haben wir eine Aufstellung vom 31. Mai 2005, die der Stawiko auch zugänglich war. Dort ist dieser gleiche Nachtrag 44 mit 225'217.50 veranschlagt. Bei solchen Grundlagen kann doch der Regierungsrat gar nicht anders als sagen: Schaut jetzt mal, was Ihr wirklich geltend machen wollt! Schaut, ob Ihr die Beweise habt! Und klagt dann, wenn Ihr glaubt, dass es etwas zu klagen gibt! Unter diesen Voraussetzungen kann und darf der Regierungsrat nicht zustimmen. Er darf auch keinen Vergleich abschliessen. Der Votant hat das auch in der Stawiko schon zwei Mal gesagt. Wie hätten Sie reagiert, liebe Stawiko-Mitglieder, wenn wir gekommen wären und gesagt hätten: «Wir haben jetzt einen Vergleich über 1,7 Millionen abgeschlossen. Das liegt ein Bisschen über dem Kredit, den Sie genehmigt haben, aber das ist doch sinnvoll und vernünftig, dass man jetzt aufhört zu streiten.» Sie hätten uns nicht nur die Haare ausgerissen, sondern wären sicher weiter gegangen.
Der Sicherheitsdirektor dankt dem Rat, wenn er die Schlussabrechnung mit den Vorbehalten, die wir in Ziff. 1 gemacht haben, genehmigt.

Peter **Rust** weist darauf hin, dass der Sicherheitsdirektor jetzt die greiflichste Aussage von der Regierungsbank her gemacht. Aber er hat auch eine falsche Aussage gemacht. Spätestens beim Prozess werdet Ihr belehrt, dass diese schriftliche Bestellung hin und her, auf die Hanspeter Uster sich beruft, sie trage die Unterschrift nicht, 27 bis 65. Da muss man wissen, dass da alles ziemlich chaotisch hin und her ging. Das war entglitten. Und das Bundesgericht hat letztes Jahr zu dieser Frage der schriftlichen Bestellungsänderung und überhaupt zur Schriftlichkeit ganz klar eine Korrektur gemacht. Das werdet Ihr dann spätestens beim Prozess noch erfahren, dass Ihr dann wahrscheinlich nicht so Recht bekommt mit Euren 25 bis 67, das sei dann unterm Tisch, weil es bloss die Unterschrift von Staub oder irgendwem trage.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** bestätigt, dass das Bundesgericht ein Urteil gemacht hat. Aber die Schriftlichkeit ist notwendig, ausser – und das hat das Bundesgericht gesagt – die Parteien verzichten ausdrücklich oder implizit auf die Schriftlichkeit. Es geht auch, dass man implizit darauf verzichtet. Jetzt die GU aber ein kleines Problem. Ganz am Schluss hat sie dem Hochbauamt einen Stoss von Bestellungsänderungen auf den Tisch gegeben. Machen Sie das, wenn Sie der Meinung sind: Wir haben auf die Schriftlichkeit verzichtet. Nein, denn das ist ja gerade der Beweis, dass die GU weiterhin auf der Schriftlichkeit beharrt hat. Hätte sie das nicht gemacht, wäre vielleicht unsere Position etwas anders. Der Votant ist auch gespannt auf ein allfälliges Urteil und darauf, ob es überhaupt zur Klage kommt.

Leo **Granziol** meint, dass wir uns nun auf eine Ebene begeben, die er eigentlich auch nicht anführen wollte. Ob nun gewisse Positionen gerechtfertigt sind oder nicht. Aber er muss es leider auch richtig stellen. Regierungsrat Uster ist eben auf diese Budgetposition wieder nicht eingetreten. Und dass das ein anderer Rechtsbegriff ist, sollte er eigentlich auch wissen. Der Votant stellt nur fest: Bei den Beleuchtungskörpern hat das kantonale Hochbauamt überall, wo es möglich ist, SL-Leuchten vorgesehen und vorgeschrieben. In den Treppenhäusern, Durchgangszonen etc. Und dort wurde eben geändert und dort gab es andere Leuchten, wurden andere ausgewählt. Und das ist eben eine Budgetposition, wie wenn Sie eine Küche bestellen und der

Unternehmer sagt Ihnen: Dafür sehe ich 30'000 Franken vor. Und Sie konkretisieren das nachher mit 50'000. Keine Bestellungsänderung, sondern geht nach Abrechnung. Und deshalb war hier auch nicht das notwendige Prozedere vorgesehen. Nur soviel zu diesem Teil. Aber es geht hier eigentlich nicht darum, ob wir jetzt darüber urteilen, war es berechtigt oder nicht. Sondern es geht doch darum, ob wir eine Abrechnung genehmigen, wo wir wissen, dass sie Mängel hat. Und zweitens wo wir wissen, dass hier X Fehler passiert sind in der Verwaltung. Und was für ein Signal das hat für die Verwaltung. Akzeptieren wir es, Schwamm drüber. Im Hochbauamt ist es halt schief gelaufen. Aber damit ist die Sache jetzt mit unserer heutigen Diskussion erledigt. Der Votant besteht darauf, dass er einen Bericht hat. Ob es nun eine gebundene oder nichtgebundene Ausgabe sein wird. Er will einen Bericht haben, wer schlussendlich die Verantwortung für diese Mehrkosten trägt.

EINTRETEN ist unbestritten.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass die CVP-Fraktion eine teilweise Rückweisung an die Regierung fordert. Das heisst einerseits Genehmigung und anderseits teilweise Rückweisung an den Regierungsrat.

➔ Der Rat beschliesst mit 44 : 26 Stimmen, die Schlussabrechnung zu genehmigen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt,

- das Postulat der SP-Fraktion betreffend Durchführung einer unabhängigen Untersuchung zu den Vorgängen bei der Strafanstalt vom 26. Januar 2006 (Vorlage Nr. 1403.1 – 11937) erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
- die Antwort zur Interpellation von Gregor Kupper und Vreni Wicky betreffend Bauabrechnung für die Strafanstalt Zug vom 11. Februar 2006 (Vorlage Nr. 1403.1 – 11937) zur Kenntnis zu nehmen;
- die Antwort zur Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Vorgänge im Zusammenhang mit der Kostenüberschreitung der Strafanstalt vom 6. März 2006 (Vorlage Nr. 1416.1 – 11973) zur Kenntnis zu nehmen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

945 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNGEN FÜR DAS VORPROJEKT STADTBAHN ZUG UND DEN OBJEKTKREDIT FÜR DIE PROJEKTIERUNG UND DEN BAU DER 1. ETAPPE DER STADTBAHN ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 417.5/765.7 – 12052) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 417.6/765.8 – 12064).

Daniel **Grunder** verweist im Namen der Stawiko auf den Bericht.

Martin **Stuber** erinnert daran, dass wir beim letzten Traktandum sehr lange über eine Kostenüberschreitung von 2,4 Mio. Franken gesprochen haben. Jetzt haben wir das Vergnügen, über eine Kosten*unter*schreitung zu sprechen, die fast vier Mal so hoch ist als die -überschreitung. Es ist eine Kostenunterschreitung von 12 %. Es zeigt sich, dass die öffentliche Hand – resp. Unternehmen, welche ihr gehören – durchaus in der Lage sind, effizient zu arbeiten. Offenbar ist das zuständige Amt für öffentlichen Verkehr, resp. seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hier mit grossem Engagement und Sachverstand ans Werk gegangen. Und dafür möchte der Votant ihm und dem zuständigen Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter im Namen der AF herzlich danken. Man könnte sagen: Das Amt für öffentlichen Verkehr ist klein, aber fein. Über etwas mehr Enthusiasmus im Bericht der Stawiko hätte sich Martin Stuber deshalb eigentlich gefreut. Die massive Kostenunterschreitung ist umso erfreulicher, als die Stadtbahn nach einigen Anfangsproblemen nun sehr gut unterwegs ist und die Erfolgsgeschichte des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zug fortschreibt. Sie haben es im Bericht lesen können: Sechs Prozent mehr Reisende im ersten Betriebsjahr. Das ist ein sehr erfreulicher Wert. Und es geht weiter in diesem Spiel. Der Doppelspurausbau kommt noch diesen Herbst in diesen Rat. Im Zusammenhang mit der Vorlage wurde in der Kommission für öffentlichen Verkehr auch über den Bahnhof Cham diskutiert, dessen Situation noch nicht optimal ist. Dort wird angesichts des grossen Potenzials und der schon heute in Spitzenzeiten sehr grossen Frequenz wohl bald weiterer Handlungsbedarf bestehen. Der Votant geht davon aus, dass dieser Rat bei zukünftigen weiteren Investitionen in den öffentlichen Verkehr und auch in die Kapazitäten des kleinen Amts für öffentlichen Verkehr den erfreulichen Abschluss, den wir heute beschliessen können, im Hinterkopf behalten wird.

Käty **Hofer** erinnert daran, dass am Anfang und vor allem dann, als die Stadtbahn beschlossen wurde, in gewissen Kreisen die Skepsis sehr gross war gegenüber diesem Unternehmen. Aber es hat sich herausgestellt, dass die Stadtbahn ein beispielhaftes Projekt ist mit einem hervorragenden Kosten-/Nutzenverhältnis. Das neue System mit der Stadtbahn und den Zubringerbussen hatte gewisse Anfangsschwierigkeiten. Aber alle Beteiligten haben sich wahrhaftig ins Zeug gelegt und innerhalb kurzer Betriebsdauer konnten diese Schwierigkeiten ausgeräumt werden. Unterdessen läuft die Stadtbahn fast wie geschmiert. Das Wachstum der Passagiere im öffentlichen Verkehr um 6 % betrachtet die Votantin als sensationell, wenn man den Durchschnitt der vorherigen Jahre von 1,5 % betrachtet. Jede Unternehmung würde sich die Finger lecken ob solcher Wachstumszahlen. Und Käty Hofer kennt niemanden, der heute die Stadtbahn missen möchte. Auch die SP-Fraktion spricht dem Amt für öffentlichen Verkehr einen ganz grossen Dank aus. Sie haben wirklich hervorragende Arbeit geleistet. Wir sind der Meinung, dass der öffentliche Verkehr im Kanton Zug ein ganz wichtiger Standortvorteil ist. Die SP genehmigt diese Schlussrechnung, und wir ermuntern das Amt für öffentlichen Verkehr, mit dem Ausbau der Stadtbahn, mit der zweiten Etappe Vollgas weiter zu machen. Wir werden diese Projekte in diesem Rat selbstverständlich gerne unterstützen.

Moritz **Schmid** hält fest, dass die SVP-Fraktion mit Freude zur Kenntnis nimmt, dass die Schlussabrechnung über das Projekt Stadtbahn Zug mit einer Kostenunterschreitung von ca. 12 % vorliegt. Dass es zu Kostenüberschreitungen gekommen ist, ist nicht nur Folge eines guten Kostenvoranschlags, es rührt auch daher, dass unter anderem in Oberwil auf eine neue Haltestelle und in Baar auf eine zweite Unterfüh-

rung verzichtet wurde. Es ist aber auch ein Zeichen, dass das Projekt gut geplant und umgesetzt wurde. Der Gedächtnislücke der SP-Fraktion ist entgegen zu halten, dass nicht die SVP gegen einen Kredit für die Stadtbahn war, jedoch ein einzelnes Fraktionsmitglied mit seiner Familie die Unterschriftensammlung lanciert hat. Das ist halt eben nicht dasselbe, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SP-Fraktion. Dass die Stadtbahn und das Konzept Bahn und Bus aus einem Guss die Verkehrsprobleme im Kanton Zug nicht alleine lösen können, zeigt klar auf, dass nun nach dem Bau der Stadtbahn endlich und dringendst Strassen gebaut werden müssen. Wie zum Beispiel die Nordzufahrt Baar Zug, die Umfahrung Cham Hünenberg und die Tangente Neufeld Baar. Es muss dringendst etwas geschehen, um die immer wiederkehrenden Staus am Morgen und am Abend zu vermeiden. Es muss alles getan werden, dass der Kanton Zug auch vom Individualverkehr her attraktiv bleibt. Darum braucht es neue Strassenerschliessungen. In dieser Beziehung fehlt es am Verständnis der Linken. Im Gegensatz zu den Linken konnten die bürgerlichen Volksvertreter ohne Wenn und Aber dem damaligen Stadtbahnprojekt zustimmen. – Die SVP-Fraktion stimmt der Schlussabrechnung grossmehrheitlich zu.

Käty **Hofer** hat in ihrem Votum die SVP gar nicht angesprochen. Sie hat gesagt: Die Skepsis in gewissen Kreisen. Wenn sich die SVP dadurch angesprochen fühlt, ist das nicht das Problem der Votantin.

Gregor **Kupper** meint, das Wesentliche zur Vorlage sei bereits gesagt. Wir haben eine Kostenunterschreitung – ein erfreuliches Geschäft. Er möchte aber darauf hinweisen im Rückblick auf die Diskussion über die Strafanstalt – auch hier in dieser Vorlage haben wir Rückstellungen von 330'000 Franken. Und es dürfte sinnvoll sein, dass wir uns wieder mal überlegen, was damit passiert. Die Direktion kann selbstverständlich über die 330'000 Franken verfügen. Die Finanzkontrolle wird aber diese Rückstellung, wenn sie abgerechnet wird, prüfen und einen Bericht erstatten. Wir erhalten den in die Stawiko. Aber das Geschäft an sich kommt nicht mehr in den Kantonsrat, weil die Schlussabrechnung ja genehmigt ist.
Wir haben den Dank gehört ans Amt für öffentlichen Verkehr. Der Votant meint, da hat jemand anders auch noch einen Dank verdient. Wir haben da ein Projekt für den Kanton Zug realisiert, das zukunftsweisend ist. Und wir sollten den damaligen Volkswirtschaftsdirektor Robert Bisig nicht vergessen! Ihm gehört auch ein ganz grosser Dank für das Projekt.

➔ Der Rat genehmigt diese Schlussabrechnung.

946 GENEHMIGUNG DER SCHLUSSABRECHNUNGEN FÜR DEN ERWEITERUNGSNEUBAU TRAKT 9 UND DEN UMBAU DER TRAKTE 2 UND 4 DER KANTONSSCHULE ZUG

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 618.7/830.7 – 11901) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 618.8/830.8 – 11997).

Daniel **Grunder** hält fest, dass die Stawiko die vorliegende Schlussabrechnung bereits am 31. Januar ein erstes Mal beraten hat. Auf den ersten Blick gingen wird davon aus – auf Grund einer Kreditunterschreitung von insgesamt 1,35 Millionen –, dass wir ein unproblematisches Geschäft zu behandeln hätten. Die Finanzkontrolle stellte in ihrem Bericht jedoch fest, dass im Erdgeschoss des Trakts 2 vier Physikzimmer erneuert wurden, welche im vom Kantonsrat genehmigten Raumprogramm nicht enthalten waren. Die Erneuerung dieser Physikzimmer kostete 400'000 Franken und wurde – gemäss Entscheid der regierungsrätlichen Baudelegation – der Position «Reserve für Unvorhergesehenes» belastet. Weiter gab diese zu Lasten der gleichen Position einen Kredit von 100'000 Franken frei, um ein Multifunktions-Schulzimmer für Büros der Schulleitung umzunutzen. Dieser Umstand hat die Stawiko dazu veranlasst, die Bauabrechnung einstweilen nicht zu genehmigen und vom Regierungsrat einen Zusatzbericht zu verlangen. Dieser datiert nun vom 17. Mai 2006 und lag der zweiten Beratung in der Stawiko im Juni 2006 ebenfalls vor.
Der Regierungsrat hat im Zusatzbericht glaubhaft dargelegt, dass auch durch die nachträglich bewilligten Projektänderungen der ursprünglich bewilligte Kredit zweckmässig verwendet worden ist. Die Stawiko stellt fest, dass die regierungsrätliche Baudelegation ihre Aufgabe wahrgenommen und zweckmässige Entscheide getroffen hat. Bei den Entscheiden wurden die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet. Die Stawiko unterstützt die Meinung des Regierungsrats im Zusatzbericht, dass der vom Kantonsrat bewilligte Kredit gemäss dem ursprünglichen Zweck verwendet worden ist und keine Zweckentfremdung stattgefunden hat. Eintreten auf die Vorlage war in der zweiten Stawiko-Sitzung unbestritten. Die vom Regierungsrat vorgelegte Schlussabrechnung weist Gesamtkosten von rund 32'818'000 Franken aus, womit erneut bei einem Hochbaukredit eine Kreditunterschreitung nach Rückstellungen von rund 1,35 Mio. Franken resultiert. Die Finanzkontrolle hat diese Schlussabrechnung geprüft und empfiehlt die Genehmigung. Die Stawiko beantragt einstimmig, auf diese Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

➔ Der Rat genehmigt diese Schlussabrechnung.

947 GESETZGEBUNG ÜBER WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN
–GESETZ ÜBER DIE WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN (WAHL- UND ABSTIMMUNGSGESETZ, WAG)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (ÄNDERUNG DER STATISTISCHEN GRUNDLAGEN DER ZUTEILUNG DER KANTONSRATSMANDATE)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (ANPASSUNG AN DAS EIDGENÖSSISCHE PARTNERSCHAFTSGESETZ)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (STREICHUNG DER 10-TÄGIGEN KARENZFRIST BEI WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (REDAKTIONELLE NACHTRAGUNG DES STRAFGERICHTS)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1300.1/.2/.3 – 11641/-42/43), der Kommission (Nrn. 1300.4/.5/.6/.7/.8/.9 – 11999/12000/01/02/03/04) und der Kommissionsminderheit (Nr. 1300.10 – 12090).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es sich um ein eher komplexes Geschäft handelt und sie deshalb zuerst das Prozedere erklärt. – Wir teilen die Beratung auf; vorerst das Gesetz und danach die verschiedenen Verfassungsrevisionen. – Nach dem Eintretensentscheid zum neuen Gesetz werden wir zwei Grundsatzentscheidungen fällen, bevor wir mit der Detailberatung beginnen, und zwar:
1. Umstellung auf den *Nationalratsproporz (Kommission) oder Beibehaltung des Listenstimmenproporzes (Regierungsrat).* Je nach Entscheid werden wir dann die Vorlage mit der Nr. 1300.5 – 12000 (Nationalratsproporz) oder Nr. 1300.6 – 12001 (Listenstimmenproporz) wählen.
2. Antrag der Kommissionsminderheit mit Bericht Nr. 1300.10 – 12090. Sie stellt den Antrag gemäss § 43 der GO, nach erfolgtem Eintreten die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen, damit sie sich mit dem *«doppelten Pukelsheim»* auseinandersetzen kann. Sollte dieser Antrag gutgeheissen werden, würde die Detailberatung nicht aufgenommen.
Wir kommen nun zum Eintreten. Wir überlassen es Ihnen, ob sie bereits jetzt oder erst danach zu den beiden erwähnten Grundsatzentscheiden Stellung nehmen wollen.

Heini **Schmid** hält fest, dass die vorberatende Kommission an sieben Sitzungen die Totalrevision des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen beraten hat. Bei dieser intensiven Kommissionstätigkeit wurden wir durch die Mitarbeiter der Direktion des Innern und der Staatskanzlei und von Frau Landammann Brigitte Profos tatkräftig unterstützt. Für die gute Zusammenarbeit möchte der Votant sich im Namen der Kommission ganz herzlich bedanken.
Mit den Grundanliegen der Revision, der Beseitigung systematischer Mängel, der Entlastung des Gesetzes von technischen Details, der Verbesserung der Lesbarkeit, der Vermeidung unnötiger Differenzen zum Bundesrecht ist die Kommission einverstanden. Im Vergleich zum Entwurf des Regierungsrats hat die Kommission in diesem formellen Bereich einige Änderungen vorgeschlagen, denen sich der Regierungsrat verdankenswerterweise angeschlossen hat. Dies Betrifft die Karenzfrist, die vorzeitige Stimmabgabe, die Ungültigkeitsgründe bei der brieflichen Stimmabgabe, die Zuständigkeit für die Ausschreibung und das Verfahren bei der Anfechtung kommunaler Entscheide und Beschlüsse.

Die verbleibenden Differenzen zwischen der Kommission und der Regierung im formellen Bereich betreffen die Frage der Stempelung der Wahlzettel, die Stimmabgabe behinderter Menschen, die elektronische Stimmabgabe, den Einsatz technischer Hilfsmittel, den Termin der Gesamterneuerungswahlen und die Teilnahme an der Ergänzungswahl. Die Gründe für die Differenzen zur Regierungsvariante werden bei den jeweiligen Paragraphen in der Detailberatung zu erörtern sein. Es kann somit festgehalten werden dass die Differenzen im formellen Teil gering sind und die heutige Beratung sich hauptsächlich um die wichtigen materiellen Fragen drehen kann. Diese sind:

- Nationalratsproporz -Listenstimmenproporz
- Wahlkreiseinteilung/doppelter Pukelsheim
- Nachrücken im Regierungsrat
- Wahl/Anstellung der Gemeindeschreiber
- Faktische Lebensgemeinschaften

Die Argumente der Kommission wird der Kommissionspräsident jeweils bei den einzelnen Punkten darlegen. Er möchte aber einige generelle Überlegungen der Kommission zu den materiellen Fragen schon hier anbringen.

Das Wahlgesetz betrifft einen zentralen Punkt unserer Demokratie. In ihm wird geregelt, wie die politischen Entscheide in unserem Kanton zustande kommen. Es regelt insbesondere im Bereich der Wahlen, wie das Volk repräsentiert wird. Für die Kommission ist klar, dass dabei Bestimmungen der Vorrang zu geben sind, die den Wählerwillen möglichst unverfälscht wiedergeben und von der Bevölkerung einfach zu verstehen sind. Nur wenn die Bevölkerung sich in der Legislative korrekt abgebildet sieht und auch verstehen kann, warum jemand gewählt ist oder nicht, erfüllt das Wahlgesetz seine Funktion. Es ist darum selbstverständlich, dass wir das Wahlgesetz nicht für die Parteien, sondern für unsere Bevölkerung machen. Die Kommissionsmehrheit will darum auch den Nationalratsproporz einführen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden es uns danken, wenn sie nur noch eine Art des Proporzes kennen müssen und sich nicht mehr in ihrer Erwartung getäuscht sehen, dass ihre Kandidatenstimmen auch die Mandatsverteilung unter den Parteien beeinflusst.

Jedes Gesetz und insbesondere das Wahl- und Abstimmungsgesetz hat auch immer eine historische Dimension. Seit Jahrhunderten wählen wir die Kantonsräte in unseren Gemeinden und wird der Gemeindeschreiber vom Volk gewählt. Die Kommission hat darum wo immer möglich versucht, dem historisch Gewachsenen den Vorzug zu geben. Das Zuger Volk hat in unserer Verfassung bestimmt, dass wir in unseren Gemeinden die Kantonsräte wählen. Nach unserem staatspolitischen Verständnis haben wir als Kantonsräte auch die Interessen unserer Gemeinde zu vertreten. Es kann nun nicht angehen, dass das Bundesgericht sich über den klaren Volkswillen und unsere Verfassung hinwegsetzt. Nicht das Parlament und damit die Parteien haben die ungleichen Wahlkreise definiert, um kleine Parteien zu benachteiligen. Nein es entspricht dem Willen der Zuger Bevölkerung, je pro Gemeinde ihre Kantonsräte wählen zu können. Das Volk würde es auch nicht verstehen, wenn das Wahlergebnis in einer Gemeinde die Wahlen in einer anderen Gemeinde beeinflussen würde. Sie sollten bei Ihren Entscheiden deshalb berücksichtigen, dass wir dieses Gesetz für die Zuger Bevölkerung und nicht für uns Parteien revidieren.

Zum Schluss möchte sich Heini Schmid bei seinen Kolleginnen und Kollegen der Kommission ganz herzlich für die sehr konstruktive Zusammenarbeit bedanken. In diesem Sinn beantragt er im Namen der Kommission Eintreten auf die Vorlagen Nr. 1300.2, 1300.3, 1300.7 bis 1300.9 und Zustimmung der Fassung der Kommission.

Anna **Lustenberger-Seitz** möchte bereits beim Eintreten auf das Thema «doppelter Pukelsheim» eingehen und dann beim Grundsatzentscheid nicht mehr gross dazu sprechen. Ihr Votum gliedert sie in vier Teile.
Wie gerecht ist unser Proporzwahlrecht heute? Im Jahr 2002 hat das Bundesgericht zwei Beschwerden gut geheissen, welche das Wahlsystem, insbesondere auch die Grösse der Wahlkreise in Frage stellten. Gruppierungen im Kanton Aargau und auch in der Stadt Zürich kritisierten die unterschiedlichen Grössen ihrer Wahlkreise, da sich die Zahl der Mandate je Wahlkreis zwischen 2 und 18 Mitgliedern bewegte. Die Beschwerdeführenden beriefen sich auf einen Artikel in der Bundesverfassung, welche die so genannte Wahl- und Abstimmungsfreiheit enthält. Das Bundesgericht interpretierte dies so, dass kein Abstimmungs- und Wahlergebnis anerkannt werde, welches nicht den freien Willen der Stimmbürger zuverlässig und unverfälscht zum Ausdruck bringt. Das Bundesgericht hat somit den bestehenden Verfassungsartikel interpretiert und damit neues Recht geschaffen. Das heisst, jeder Kanton könnte nun sein Wahlsystem nach diesem Recht prüfen und allenfalls ändern.
Nach dieser neuen Rechtssprechung heisst dies nun, dass jede Stimme so gut als möglich zählen soll. Wenn aber in einzelnen Wahlkreisen eine Partei mehr als einen Drittel aller Stimmen erhalten muss, um überhaupt den Einzug ins Parlament zu schaffen, andere aber in grossen Wahlkreisen nur 5 Prozent der Stimmen brauchen, so ist dies nicht mehr gerecht; das Wahlergebnis ist gesamthaft gesehen auf die ganze Wahlregion, also auf einen Kanton oder eine Stadt, verfälscht. Viele Stimmen haben keinen Wert, das ist die ganze Problematik. In Zürich sowie im Kanton Aargau hiess daher das Bundesgericht die Beschwerden gut. Der Kanton Aargau sowie die Stadt Zürich mussten also das Wahlsystem, insbesondere das Auszählsystem ändern, damit jede Stimme zum Erfolg einer Partei beitragen kann. In der Rechtssprache heisst dies, der Erfolgswert muss gegeben sein. Jede Stimme ist gleichwertig in Bezug auf den Erfolg, also in Bezug auf den Einfluss auf das Wahlergebnis im Gesamten.
Allerdings wurde eine Beschwerde aus dem Kanton Wallis mit der gleichen Problematik eingereicht und nicht gutgeheissen. Der Kanton Wallis mit seinen vielen Tälern und zwei Sprachen ist aber in einer anderen Lage, und das Urteil kann als Vergleich für andere Kantone nicht herangezogen werden. Für eine Änderung gibt es verschiede Möglichkeiten, man kann die Wahlkreise so ändern, dass ungefähr in einem Wahlkreis gleich viel Kantonsrätinnen und Kantonsräte zu wählen sind, oder es ist das Zählsystem des doppelten Pukelsheim anzuwenden. Die Stadt Zürich hat im Februar bereits mit Erfolg nach diesem System gewählt. Auch der Kanton Zürich wird die nächsten Wahlen nach diesem Prinzip durchführen, weil dem Proporzgedanken gerechter Rechnung getragen werden kann.
Situation im Kanton Zug. Im Kantonsrat haben wir in letzter Zeit immer wieder Debatten geführt, bei denen die linke Ratsseite auf das nicht gerechte Auszählsystem hingewiesen hat, das dem Proporzgedanken zu wenig Rechnung trägt. Es ist Tatsache, dass bei uns Wahlkreise bestehen – Sie wissen, jede Gemeinde ist ein Wahlkreis –, die sehr unterschiedlich gross sind und eine entsprechende unterschiedliche Sitzzahl aufweisen. Walchwil und Neuheim haben gerade zwei Sitze, Menzingen und Oberägeri vier. Die Erfolgwerte vieler Stimmen in diesen Gemeinden sind gleich null. Praktisch gesagt, die Wähler der SVP Neuheim, der FDP Walchwil, der Alternativen/Forum Oberägeri hätten gerade so gut zu Hause bleiben können, ihre Stimme waren keiner Weise an der Sitzverteilung der Parteien mitentscheidend. Nach den neusten Bundesentscheiden muss aber jede Stimme so gut als möglich zum Wahlergebnis beitragen, und das ist mit einem anderen Zählsystem eben möglich.

Ein fairer und bundesrechtskonformer Proporz. Wir, das sind wir beiden Minderheitsantragsteller Alois Gössi (SP) und die Votantin, wünschen für den Kanton Zug ein faires Wahlverfahren, dass die geschichtliche Einheit wahrt, unsere Kantons-Verfassung anerkennt, welche besagt, dass jede Gemeinde ein Wahlkreis bleiben soll, aber der neusten Rechtssprechung des Bundesgerichts entspricht. Mit dem Auszählverfahren des doppelten Pukelsheim ist dies gewährleistet.
In der Kommission wurde noch stärker das Thema neue Wahlkreise oder Wahlkreisverbände angesprochen. Der doppelte Pukelsheim war noch zu wenig bekannt. Die meisten unserer Kommissionsmitglieder hatte Mühe mit der Vorstellung, dass die Gemeinden als Wahlkreise abgeschafft werden und fanden die Situation heute, so wie sie ist, richtig. Es wurde auch argumentiert, dass das Volk es nicht verstehen kann, wenn man zum Beispiel als Unterägerer/Unterägerin jemand aus Oberägeri unterstützen sollte. Mit dem doppelten Pukelsheim bleiben aber die Wahlkreise bestehen. Natürlich werden auch da zuerst alle Stimmen im Kanton zusammengezählt und dann nach einer bestimmten Berechnungsmethode wieder auf die Sitze in den Gemeinden verteilt. Es wird auch weiterhin so sein, dass es kleine Wahlkreise und grosse Wahlkreise gibt, dass mehr als die Hälfte der Parlamentsmitglieder aus Zug, Baar und Cham kommen. Aber die so genannten Nullstimmen sind nicht mehr verloren, sie helfen mit, einem Kandidaten oder Kandidatin in einer anderen Gemeinde, welcher Gemeinde auch immer, einen Kantonsratssitz zu erhalten; die Erfolgswert-Gleichheit ist gegeben. Im Parlament des Kantons Zürich wurde das System des doppelten Pukelsheim durchs Band gelobt. Der doppelte Pukelsheim habe das Parlament für ein gerechtes Wahlsystem einen Schritt weiter gebracht, wurde durch alle Parteien betont.
Wie weiter? Mit unserem Antrag möchten wir das Gesetz nochmals an die Kommission zurückgeben, damit diese sich mit dem Wahlverfahren doppelter Pukelsheim auseinander setzen kann und allenfalls dem Kantonsrat einen Antrag stellt, das Gesetz entsprechend anzupassen. Denn es ist klar, es braucht ein paar Gesetzesänderungen; es braucht auch eine Verfassungsänderung, weil wir im Kanton Zug nicht den reinen Listenproporz haben. In Walchwil und Neuheim wird im Majorzverfahren gewählt. Mit dem doppelten Pukelsheim wären auch diese beiden Gemeinden in den Proporz eingebunden. Nur wegen des Mischsystems braucht es eine Verfassungsänderung. Vom zeitlichen Rahmen her gesehen, ist so eine Rückweisung vollkommen akzeptierbar, denn das Gesetz kommt ja betreffend Wahlen erst in vier Jahren zur Anwendung. Wir müssen uns also überhaupt nicht stressen.
Natürlich stellt sich für uns die Frage, ob wir einen ablehnenden Entscheid anfechten sollten. Anna Lustenberger ist überzeugt, dass viele Argumente für einen positiven Bundesgerichtsentscheid sprechen könnten. Unsere Verfassung ist bereits 102 Jahre alt, das könnte ein Grund sein, dass ein Bundesgericht entscheidet, diese vorzuprüfen, bevor die eigentliche Beschwerde geprüft wird. Im Vergleich dazu ist die aktuelle Verfassung des Kantons Wallis gerade 20 Jahre jung. Auch Professor Pierre Tschannen bemerkte bei seinem Besuch, dass die Regierung, welche sich ans heutige System klammert, sich schon sehr optimistisch auf das Urteil «Wallis» stütze; es komme ihm vor, wie wenn der Walliser-Entscheid als willkommener Strohhalm angeschwemmt wurde. Und ob dieser Strohhalm wirklich hält?
Wir werden natürlich zuerst juristisch abklären lassen, ob wir mit einer Beschwerde überhaupt eine Chance hätten und erst dann definitiv entscheiden. Es ist uns aber bewusst, dass dies eine Beschwerde mit möglicherweise Folgen von grosser Tragweite ist. Der Entscheid hängt von vielem ab und ist entsprechend nicht leicht zu fällen. Im Moment ist also alles offen. – Jetzt möchte die Votantin den Rat aber einfach bitten, sich auf das Wagnis doppelter Pukelsheim einzulassen für ein gerechtes und

faires Wahlsystem auch im Kanton Zug. Im Sinne der Demokratie und der Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger, und nicht nur der kleinen Parteien. Dies ist auch die Meinung der AF. Sie unterstützt weiterhin auch den Listenproporz.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion für Eintreten auf das neue WAG ist, für die Beibehaltung des Listenproporzes und die Rückweisung der Vorlage an die Kommission zur Unterbreitung eines ausformulierten Vorschlags und Zusatzberichts zum «doppelten Pukelsheim».
Eine Revision vom Gesetz über Wahlen und Abstimmungen bietet Chancen und Gefahren, wobei dies je nach Sichtweise jeweils ganz verschieden gesehen wird. Eine Chance ist die Einführung von gerechten Wahlkreisen, «one man one vote» heisst es so schön. Damit dem auch nachgelebt werden kann, die «one vote» auch überall die gleiche Wirkung hat, braucht es ähnlich grosse Wahlkreise. Oder haben Sie das Gefühl mit «one man one vote» könne das Gleiche bei den Kantonsratswahlen in Neuheim mit zwei Mandaten bewirkt werden wie in Zug, wo es 18 Mandate zu verteilen gibt? Wir wollen eine faire Wahlkreiseinteilung und deshalb unterstützt die SP-Fraktion den Antrag auf die Rückweisung der Vorlage an die Kommission. Diese soll danach einen ausformulierten Vorschlag und einen Zusatzbericht zum «doppelten Pukelsheim» erstellen.
Eine Gefahr sehen wir auf der anderen Seite mit der propagierten Einführung des Nationalratsproporzes. Wieso soll ein bewährtes Wahlsystem geändert werden? Der Votant schätze den Zuger Souverän als so clever ein, dass er dies handhaben kann – er handhabt dies schon seit Jahrzehnten so. Es geht doch nur darum, dass sich die grossen Parteien eine Bevorzugung erhoffen, dass sie so zu mehr Sitzen kommen wollen. Im Weiteren sind beim Nationalratsproporz etliche Majorz-Elemente vorhanden, und der Majorz erlitt schon öfters Schiffbruch bei Abstimmungen, also ein Versuch in kleinen Schritten. Wir lehnen den Systemwechsel ganz entschieden ab.
Zu den weiteren Punkten dieser Vorlage:

- Wir sind für eine Wahl des Gemeindeschreibers durch die Exekutive, also nicht mehr die Wahl des Gemeindeschreibers durch das Volk.
- Wir sind für ein Nachrücken in der Exekutive beim Regierungsrat.
- Wir wollen, dass der Regierungsrat die elektronische Stimmabgabe bei erfolgreichen Versuchen einführen kann.
- Wir wollen getrennte gemeindliche und kantonalen Wahlen: Es soll keinen gemeinsamen Wahltermin geben.

Franz **Zoppi** hält fest, dass sich die SVP-Fraktion in Bezug auf das WAG grossmehrheitlich den Ausführungen der Kommission anschliessen kann. Ohne die Details im Bericht des Regierungsrats wie auch der vorberatenden Kommission zu wiederholen, möchte er an dieser Stelle nur in Erwägung ziehen, was der Fraktion wesentlich und für sie wichtig erscheint.
Mit der vorliegenden Totalrevision des WAG wird ein Schritt in die richtige Richtung gemacht. Das geltende Gesetz stammt aus dem Jahre 1969 und wurde bereits fünf Jahre später zum ersten Mal teilrevidiert. Es folgten mehrere Teilrevisionen bis ins Jahr 2004, zuletzt auf Grund einer Motion von Moritz Schmid und Sofie Stuber zur brieflichen Stimmabgabe. Mit dem uns vorliegenden Gesetz wurden auch verschiedene Motionen berücksichtigt, so auch die von Heinz Tännler aus dem Jahre 2002 zur Terminierung der Gesamterneuerungswahlen. Eine Totalrevision drängt sich somit auf und ist gerechtfertigt sowie sinnvoll.

In Bezug auf die Frage nach dem Proporz teilt die SVP-Fraktion die Meinung des Regierungsrats, der sich ganz klar für den Listenproporz ausspricht. In den vergangenen Jahren hat sich der Souverän immer wieder und unermüdlich in verschiedenen Urnenabstimmungen für die Beibehaltung des Listenstimmen-Proporzes ausgesprochen. Die SVP-Fraktion macht sich auf Grund der Wahlerfahrungen in ihrer noch jungen Geschichte im Kanton Zug stark für den Listenstimmenproporz und wird sich weiterhin vehement dafür einsetzen. Auch beim Nachrücken empfiehlt die SVP-Fraktion, den angestammten Pfad weiterhin zu beschreiten und dies wie bis anhin in Legislative und Exekutive zuzulassen. Trotz sich dauernd verändernden Situationen in der Wirtschaft ist es auch für den Bürger von Interesse, nicht wegen jeder noch so kleinen und für ihn unbedeutend erscheinenden Nachwahl an die Urne gerufen zu werden. Diesem Umstand würde ein Nachrücken Rechnung tragen.
In der Frage der Wahlkreiseinteilung ist sich die Fraktion einig, dass durch den Listenstimmenproporz den Minderheiten in der Parteienlandschaft bereits genügend Rechnung getragen wird und ein zusätzlicher Proporz nicht prioritär über den ganzen Kanton als Supplement gelegt werden muss. Die geschichtlichen Gegebenheiten der Wahlkreiseinteilung im Kanton Zug dürfen nicht ausser Acht gelassen werden. Entgegen der Meinung der Kommission ist die Mehrheit der SVP-Fraktion der Auffassung, dass in Zukunft der Gemeindeschreiber durch die Exekutive gewählt werden muss. Die so genannte Bürgernähe des Gemeindeschreibers ist wohl erwünscht, aber in erster Linie ist ein gut funktionierender Gemeindeapparat auf eine verstärkte Flexibilität in der Anstellung ihrer Angestellten in leitenden Funktionen angewiesen. Durch die Wahl des Gemeindeschreibers auf vier Jahre wird dies sicherlich nicht gewährleistet.
Auf Grund dieser Darlegungen beantragt die SVP-Fraktion

- auf die Gesetzesvorlage einzutreten und ihr in Bezug auf den Proporz gemäss Regierungsrat zuzustimmen,
- die Motion von Peter Rust vom 5. Dezember 2005 betreffend Anstellung oder Volkswahl des Gemeindeschreibers (Vorlage Nr. 1388.1 – 11879) erheblich zu erklären,
- in den übrigen Punkten der Fassung der Kommission (Nr. 1300.5 -12000) zuzustimmen.

Daniel **Burch** weist darauf hin, dass mehr als acht Jahre vergangen sind seit der Erheblicherklärung der Motion von Beat Villiger betreffend Totalrevision des WAG, bis die Regierung eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet hat. Es wäre schön gewesen, wenn die Ausarbeitung dieses Gesetzes fristgerecht erfolgt wäre. So sind wir nun aber gezwungen, die nächsten Wahlen nochmals gemäss altem Gesetz durchzuführen. Die FDP anerkennt, dass im neuen Gesetz systematische Mängel beseitigt wurden, es lesbarer und bürgerfreundlicher ist. Wir sind daher für Eintreten auf die Vorlagen und unterstützen im Wesentlichen die Anträge der Kommission. Zu den beiden Hauptfragen – Wahlsystem und Wahlkreise bzw. doppelter Pukelsheim – möchte der Votant kurz Stellung nehmen.
Zum Wahlsystem. Der heutige Listenproporz ist eine Eigenheit unseres Kantons und wird von den Wählern teilweise nicht verstanden. Weshalb braucht der Kanton Zug zwei verschiedene Proporzwahlsysteme? Der Listenproporz ist ein Konstrukt, das primär Parteibedürfnissen, aber kaum den Bedürfnissen der Wähler entspricht. Heute entscheidet einzig die Liste, wie viele Mandate einer Partei zufallen. Wähler, die eine leere (parteilose) Liste verwenden, nehmen keinen unmittelbaren Einfluss auf die Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten, da ja primär die Listenstimmen ent-

scheiden. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für den Nationalratsproporz, weil damit der Wählerwille am besten zum Ausdruck gebracht werden kann. Der Wähler wählt primär Kandidaten und nicht Parteien, er kann Kandidaten durch Kumulieren bevorzugen, er kann Kandidaten anderer Parteien durch Panaschieren begünstigen, er kann mit der unveränderten Parteiliste seine Partei optimal begünstigen, mit guten Kandidaten können auch Listenstimmen für die eigene Partei bei anderen Parteien geholt werden, mit dem Nationalratsproporz sind Listenverbindungen möglich. Fazit: Mit ihm erhält der Kandidat mehr Bedeutung. Die Wahlchancen für gute Kandidaten steigen. Gute Kandidatinnen und Kandidaten – dazu zählen wir uns ja alle – können daher dem Nationalratsproporz ruhig zustimmen.
Zu den Wahlkreisen. Die heutige Einteilung des Kantons wurde vor 1798 geschaffen. Bereits damals bildeten die Gemeinden die Wahlkreise für die Wahl der Volksvertreter. Napoleon hat diese Einteilung in der Mediationsverfassung von 1803 übernommen. Unsere Wahlkreise sind auf Verfassungsstufe festgelegt. Wir gehen mit der Regierung einig, dass die Gemeinden im Kanton Zug historisch gewachsen und die heutige Wahlkreiseinteilung in Gemeinden verfassungsrechtlich konform ist. Das von der Kommissionsminderheit beantragte System «doppelter Pukelsheim» lehnen wir ab. Dieses Modell ist primär etwas für Mathematiker, es heisst ja auch korrekt «doppelproportionale Divisormethode mit Standardrundung». Es kann dazu führen, dass in einer Gemeinde eine Partei Sitze an andere verlieren kann, obwohl sie mehr als doppelt so viele Stimmen erhielt. Es ist möglich, dass in Gemeinden Kandidaten gewählt werden, und anschliessend, wenn das Gesamtergebnis der Wahl vorliegt, ihre Wahl wieder aberkannt wird. Das passierte im Kanton Zürich. Der Wählerwille auf Gemeindeebene wird stark strapaziert. Für den Wähler ist ein solches System eine Zumutung und nicht akzeptabel. Wir sollten das heutige System nicht durch ein weniger transparentes ersetzen. Eine weitere Beratung durch die Kommission – es wäre die achte Sitzung – erachten wir als überflüssig und als reine Zeit- und Geldverschwendung. Über das Thema Wahlkreise haben wir wahrlich diskutiert und genügend Abklärungen machen lassen. Wir empfehlen dem Rat deshalb, die Methode jetzt abzulehnen und mit der Beratung dieses Geschäfts weiterzufahren. Auf die weiteren Anträge wird der Votant bei der Detailberatung eingehen. Hier nur soviel: Die Zusammenlegung der Termine der kantonalen und gemeindlichen Wahlen erachten wir als sinnvoll, das Nachrücken in der Exekutive befürworten wir, wir erachten die Anstellung des Gemeindeschreibers durch den Gemeinderat als zweckmässig und zeitgerecht und unterstützen die Motion von Peter Rust. Wir fordern Sie auf, dem Nationalratsproporz zuzustimmen und den doppelten Pukelsheim abzulehnen.

Beat **Villiger** möchte ebenfalls kritisieren, dass wir zu lange Zeit gebraucht haben, bis die Vorlage jetzt im diskutiert wird und darüber entschieden werden kann. Anderseits haben wir aber jetzt auch ein ausgegorenes WAG, das hoffentlich heute durchkommt, womit wir wieder ein zeitgemässes Gesetz haben. Es ist vor allem für die Bürgerschaft und den Vollzug wichtig, dass man sich wieder klarer daran halten kann. Für die CVP ist Eintreten einhellig beschlossen worden. Zu den wichtigsten Punkten nimmt der Votant dann in der Detailberatung Stellung. – Die CVP unterstützt die Umkehr zum Nationalratsproporz, wir sind gegen den «doppelten Pukelsheim» und befürworten nur noch einen Termin für die Gesamterneuerungswahlen. Bezüglich Nachrücken unterstützen wir die Haltung der Regierung und bei der Wahl der Gemeindeschreiber unterstützt die Fraktion grossmehrheitlich die Abschaffung der

Volkswahl. Auch beim Partnerschaftsgesetz unterstützen wir die Haltung der Regierung.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, dankt vorab herzlich für die durchwegs positiven Signale aus den Fraktionen zum Eintreten auf die Vorlage. Das neue Wahl- und Abstimmungsgesetz WAG ist tatsächlich ein bürgernahes, klar verständliches und in seiner Systematik bereinigtes Gesetz. Im Gegensatz zum alten WAG ist es von Überregulierungen befreit. Detailbestimmungen sollen auf dem Verordnungsweg geklärt werden. Die Kommission hat sich mit der Materie sehr ernsthaft und intensiv befasst. Dafür gebührt dem Präsidenten und den Mitgliedern herzlicher Dank. Es wird sich auch in der Detailberatung zeigen, dass sich die Regierung den meisten der Änderungsvorschläge anschliessen wird. Nicht einverstanden ist die Regierung jedoch mit dem Wechsel zum Nationalratsproporz, den die Kommission vorschlägt. Die Votantin wird dem Rat die Überlegungen der Regierung nachher gern darlegen. Wir sind überzeugt, dass für einen Wechsel keine Veranlassung besteht und lehnen es ab, den bewährten Listenstimmenproporz zu verlassen. Die Regierung lehnt auch den Antrag der Kommissionsminderheit ab, welche verlangt, dass die Vorlage an die Regierung zurückgehen soll zur Bearbeitung der Methode «doppelter Pukelsheim». Diese Methode erlaubt zwar die Beibehaltung der bisherigen Wahlkreise – der Gemeinden – und würde zugleich die Erfolgswert-Gleichheit der Stimmen gewährleisten. Die Regierung wird jedoch die Gründe darlegen, weshalb wir der Meinung sind, diesen Antrag abzulehnen.

EINTRETEN ist unbestritten.

Grundsatzentscheid Nationalratsproporz oder Listenproporz

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass in der Vernehmlassung von der Mehrheit der Gemeinden sowie von zwei Parteien die Einführung des Nationalratsproporzes angeregt wird. Im Gegensatz zum Regierungsrat befürwortet die Kommission mit 5 : 8 Stimmen ohne Enthaltung die Einführung des Nationalratsproporzes. Im Zentrum der Überlegungen der Kommission steht der Gedanke, dass Wahlen so einfach wie möglich zu gestalten sind. Das Nebeneinander von Listen- und Nationalratsproporz ist nicht praktikabel und stiftet nur Verwirrung. Selbst wir hier im Saal sind uns nicht immer sicher, wo kumuliert werden kann, wo Listenverbindungen möglich sind. Im Zeitalter der abnehmenden Parteibindung erachtet es die Kommission als sehr wichtig, denjenigen Proporz zu wählen, der den Willen der Bevölkerung möglichst unverfälscht zum Ausdruck bringt. Im kleinen und übersichtlichen Kanton Zug sind die Wahlen sehr personenbezogen. Der Bürger interessiert sich weniger für Parteiprogramme, sondern für die zu wählenden Personen. Nur der Nationalratsproporz kann aber garantieren, dass dem personenbezogenen Wahlverhalten Rechnung getragen wird, da jede Kandidatenstimme gleichzeitig als Parteistimme auch die Mandatsverteilung beeinflusst. Wir müssten dann auch nicht immer wieder betonen, dass nur die Liste zählt. Besonders störend ist beim heutigen System zudem, dass Listen ohne Parteibezeichnung bei der Mandatsverteilung nicht berücksichtigt werden und die Wähler gezwungen werden, eine Partei zu wählen. Ein weiter Vorteil eines Wechsels ist die Möglichkeit der Listenverbindung. Das Zusammenwirken von Parteien unter Beibehaltung ihrer Identität wird dadurch erheblich erleichtert.

Für den Regierungsrat ist der Nationalratsproporz für die Exekutiven nicht geeignet. Für die Kommissionsmehrheit überwiegen aber auch hier die Vorteile. Exekutiven sollten stabil sein und nicht bei jeden Wahlen geändert werden. Bisherige Amtsinhaber werden beim Nationalratsproporz bevorzugt, helfen doch die meist hohe Anzahl persönliche Stimmen das Mandat zu sichern. Wir alle erinnern uns an Beispiele, bei denen ein Kandidat zwar ein hervorragendes persönliches Resultat erzielte, aber nicht gewählt wurde, weil seine Partei zu wenig Listenstimmen errang. Und es wäre der Qualität unserer Exekutiven sicher nicht abträglich, wenn die Parteien vermehrt Kandidaten aufstellen, die über ihre Parteigrenzen hinaus anerkannt sind. Da beim Nationalratsproporz die Kandidaten kumuliert werden können, sollten auch kleine Parteien genügend Kandidaten finden können. Die Parteien sind zudem auch nicht gezwungen, alle Linien zu füllen sind doch leere Linien Zusatzstimmen, die für die Mandatsverteilung gezählt werden.
Die Mehrheit der Kommission beantragt, den Nationalratsproporz einzuführen, weil:

- das Wählen im Kanton Zug einfacher wird
- unsere Exekutiven stabiler werden
- Listenverbindungen möglich sind
- Personen statt Parteien im Zentrum stehen.

Berty **Zeiter** meint, es werde den Rat nicht erstaunen, dass sie als Sprecherin der kleinsten Fraktion für den Listenstimmenproporz einsteht. Er ist die strenge Form des Proporzes. Mit dem Wechsel auf den Nationalratsproporz würde ein grosser Schritt in Richtung Majorzwahlen gemacht. Exekutivwahlen z.B. sind im Nationalratsproporz viel schwieriger durchzuführen, da stets eine ungerade Anzahl von Sitzen zu besetzen ist. Keine Partei wird es sich aber leisten können, sieben Personen auf die Liste zu setzen. Sollen nun drei Personen aufgestellt und kumuliert werden, dabei einen Platz freilassen und die Parteiliste so schwächen? Oder soll man vier Personen aufstellen, aber eine kann nicht kumuliert werden? Die Wahlstrategen haben diese Schwierigkeit schon längst erkannt. Und es ist gibt zwei Möglichkeiten, ihr auszuweichen: Den Listenstimmenproporz beizubehalten oder den Majorz einzuführen. Das Volk aber hat in zwei Abstimmungen diese Wahlform des Majorzes abgelehnt. Beim Wechsel auf den Nationalratsproporz kämen kleine Parteien zudem schneller in Not als grosse, weil wir viel mehr Kandidierende finden müssten. Aktuell suchen wir Alternativen in Baar z.B. vier Kandidierende für die Kantonsrats-Liste. Bei einem Wechsel auf den Nationalratsproporz müssten wir – um unsere Wahlchancen intakt zu behalten – acht Namen auflisten können.
Auch von der Art und Weise, wie die Zuteilung von Stimmen vorgenommen wird, gibt der Listenstimmenproporz den kleineren Parteien eine bessere Chance. Denn auch gute Leute in kleinen Parteien werden durch den Nationalratsproporz benachteiligt. Sie kennen das Paradebeispiel: Hanspeter Uster wäre wohl nie in den Regierungsrat gewählt worden ohne Listenstimmenproporz. Und betreffend das Argument, dass der Bevölkerungswille besser durchkomme, zeigen seine glanzvollen Wiederwahlen, dass es der Bevölkerungswille war, dass er im Regierungsrat ist. Ebenso das Argument des Kommissionspräsidenten betreffend Mandatssicherung für gute Leute: Das ist auch beim Listenstimmenproporz sehr wohl möglich!
Zu guter Letzt möchte Berty Zeiter noch die Frauen hier im Rat ansprechen. Beim Nationalratsproporz ist eine parteienübergreifende Frauensolidarität nur dann möglich, wenn wir bereit sind, gleichzeitig unsere eigene Partei zu schwächen. Im Listenstimmenproporz aber besteht dieses Dilemma nicht. Man kann alle Frauen aus allen Parteien mit meiner Stimme unterstützen und ihre Chancen steigern, gewählt zu

werden. – Aus all diesen Gründen bittet die AF den Rat, dem Antrag der Regierung zu folgen auf Beibehaltung des Listenstimmenproporzes.

Eusebius **Spescha** meint, selbstverständlich gebe es für beide Systeme – Nationalratsproporz oder Listenproporz – gute Argumente. Gemeinsam beiden Wahlsystemen ist, dass sie zu stimmigen Proporzresultaten führen. In beiden Systemen kommt der Wählerwille zum Ausdruck. Es ist nicht so, dass beim Listenstimmenproporz der Wählerwille nicht zum Ausdruck kommt. In beiden Systemen ist es so, dass Personen aus Parteien gewählt werden. Und – lieber Kommissionspräsident – auch beim Nationalratsproporz ist es so, dass Nationalräte trotz guter persönlicher Resultate abgewählt werden. Die SP musste dies erleben mit Nationalrat Jans, der ein ausserordentlich gutes Resultat erzielte. Die FDP musste es mit Nationalrat Leutenegger erleben. Auch dort gibt es also Parallelitäten. Von daher ist es für die SP nicht einsichtig, wieso ein Wechsel notwendig sein soll. Ganz sicher lässt sich der Wechsel nicht begründen mit der Überforderung der Wählerinnen und Wähler. Seit über 100 Jahren wählen die Zugerinnen und Zuger im Listenproporz – die Zugerinnen allerdings nicht so lang wie die Zuger – und haben es immer geschafft, dieses Wahlsystem zu beherrschen. Und dass sie heute weniger fähig sein sollen, diese unterschiedlichen Wahlsysteme auseinander zu halten, kann sich der Votant nicht vorstellen. Faktisch ist es ja sowieso so, dass die meisten sich kurz vor den Wahlen mit dem System auseinander setzen, es nachher wieder vergessen und erst bei der nächsten Wahl wieder tun.
Die Listenproporz-Wahl hat aber ganz klare und eindeutige Vorteile bei den Exekutivwahlen. Stellen Sie sich vor, bei den nächsten Regierungsratswahlen hätten wir fünf Regierungsratslisten mit je sieben Personen. Als Partei müssten Sie das tun, um dieser Liste nicht unnötige Abstriche zu geben. Das heisst, die Bürgerinnen und Bürger haben 35 Regierungsratskandidatinnen und -kandidaten vor sich; das kann es ja auch nicht sein! Und wenn Sie kumulieren wollen, können Sie auf der Liste – alle Parteien haben dieses Problem – nur zwei oder drei kumulieren und irgendeiner muss dann am Schluss einzeln dastehen. Das ist ja wahrscheinlich auch nicht besonders attraktiv. Auch wenn es für die Parlamentswahlen einen gewissen Sinn haben könnte – bei Exekutivwahlen unterstützen wir die Regierung, da macht es keinen Sinn. Von daher plädieren wir dafür, dass im Kanton Zug weiterhin das Listenproporzsystem angewendet werden soll. Es macht keinen Sinn, dies zu ändern.

Thomas **Lötscher**: Lieber Eusebius Spescha – nicht beim Listenproporz ist das Problem, das es die Leute nicht verstehen, aber bei der doppelproportionalen Divisormethode mit Standardrundung hätten wir wahrscheinlich sehr viel Erklärungsbedarf. Beim Listenproporz haben wir ein anderes Problem: Es ist nicht möglich, seine Meinung abzugeben. Es ist nicht möglich, zu sagen, wen man eigentlich wählen will. Denn man kann bestenfalls eine Partei wählen und dann noch – je nachdem, wie die Stimmen verteilt werden – innerhalb der Parteien ein Bisschen mithelfen, Positionen zuzuschanzen. Der Votant möchte das an einem Beispiel erläutern von einer Exekutivwahl. Es waren fünf Mitglieder zu wählen und logischerweise ein Präsident. Es stellten sich sechs Kandidaten zur Verfügung – zwei davon für das Präsidium. Die Wahl hat stattgefunden. Bei den persönlichen Stimmen war es ganz eindeutig, die Kandidaten eins bis fünf hatten am meisten Stimmen, Kandidat sechs am wenigsten. Das Ergebnis der Wahl war, dass auf Grund der Listenwahl drei Personen gewählt waren – unter anderem Kandidat sechs. Eine Partei hatte zu wenig nominiert, muss-

te nachnominieren. Es kam dann soweit, weil Diskrepanzen da waren, dass der gewählte Präsident mit den mit dem über den Listenproporz Gewählten nicht zusammenarbeiten konnte oder wollte und seinen Rücktritt einreichte. Bei der Nachwahl wurden dann zwei Kandidaten nachgeliefert. Der unterlegene Präsident wurde in stiller Wahl gewählt. Also de facto haben wir eine Wahl, wo einer mit den wenigsten Stimmen gewählt wurde, und ohne vom Volk eine Mehrheit zu erhalten, auch Präsident wurde. Wir haben vorhin von Gerechtigkeit und Fairness gesprochen. Ist jetzt das gerecht und fair? Die einfachste und klarste Variante wäre das Majorzverfahren. Darüber sprechen wir heute aber nicht. Der Nationalratsproporz kommt dem immerhin etwas näher.
Noch ein Wort an die kleinen Parteien. Um Stimmen zu fangen und Leute in die Gremien zu bringen, ist es nicht der richtige Weg, dass Wahlsystem so lang umzubauen, bis die Meinungsäusserung nicht mehr möglich ist, ob man dann allenfalls die Mandate kriegt. Etwas besser wäre wahrscheinlich, eine Politik zu betreiben, welche die nötigen Stimmen einbringt.

Hans Peter **Schlumpf** erinnert daran, dass er bei den zwei Abstimmungen im Kanton über unser Wahlsystem jeweils ein Befürworter des Proporzsystems war. Er ist es im Grundsatz auch heute noch. Das Hauptargument für ein Proportionalsystem ist ja, dass es ein so genannt gerechtes System ist und auch kleinere Parteien eine faire Chance haben. Man darf nun aber ein Proporzsystem nicht so weit treiben, dass dabei der Wählerwille nicht mehr so zum Ausdruck kommt, wie der Wähler oder die Wählerin das eigentlich möchte. Es muss heute angenommen werden, dass viele Wählerinnen und Wähler den Mechanismus des Listenproporzes nicht wirklich verstehen. Nicht nur der Votant, sondern auch andere im Rat haben nach Wahlen etwa gehört, dass jemand sagte: Ich habe Dir dann auch die Stimme gegeben! Aber halt oft auf einer anderen Liste. Er war sich aber nicht bewusst, dass die Unterstützung damit nur sehr limitiert war. Ja gut, zur Wahl hat es dann jeweils doch gereicht!
Das Wichtigste ist deshalb, dass auch Wähler, die sich nicht vertieft mit komplizierten Wahlsystemen beschäftigen, am Schluss das wählen, was sie wirklich zu wählen beabsichtigt haben. Dies ist im Nationalratsproporz besser möglich als beim heutigen Listenproporz. Der Votant plädiert deshalb, dass wir als ein einheitliches System – heute ist ja das Problem, dass wir zwei verschiedene Systeme haben – künftig den Nationalratsproporz einführen.

Martin **Stuber** fühlt sich durch das Votum von Hans Peter Schlumpf provoziert. Wir könnten hier wahrscheinlich endlos darüber streiten – vielleicht müsste man dazu mal eine repräsentative Volksbefragung machen –, wie viele Leute sich bewusst sind bei den Nationalratswahlen, dass wenn sie von einer anderen Liste einen Namen aufschreiben, dass sie dieser Partei damit eine Stimme geben. Der Votant hat jedes Mal nach den Nationalratswahlen Diskussionen mit Leuten, wo er erlebt, dass sie sich gar nicht bewusst sind, dass sie eigentlich ihre eigene Position damit geschwächt haben. Das ist wirklich kein gutes Argument, weder für das eine noch für das andere System. Es geht im Kern wirklich darum, ob kleine Parteien auch einen Platz haben sollen in unserem politischen System. Das ist eigentlich die Kernfrage.
Noch eine Bemerkung zum Votum von Thomas Lötscher. Martin Stuber ist heute schon gespannt, wie sich die Haltung der FDP zum Wahlsystem im Kanton Zug entwickeln wird, wenn sie dann vielleicht auch einmal eine kleine Partei sein wird.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass der Regierungsrat an seinem Antrag (Listenstimmenproporz) festhält, und zwar aus folgenden Überlegungen. Der Nationalratsproporz hat tatsächlich für die Wahlen in die Exekutiven Nachteile. Insbesondere für kleinere Parteien. Denn sie müssen die Listen aus wahltaktischen Gründen vollständig füllen, weil jede Kandidatenstimme auch eine Parteistimme ist. Damit die Listen vollständig gefüllt werden können, müssen genügend Kandidaten zur Verfügung stehen. Und auch der letzte Platz, ein ungerader, muss gefüllt sein. Man stelle sich Kandidaten oder Kandidatinnen vor, die diesen Platz einnehmen. Es keine sehr angenehme Lage, wenn dieser Name nur einmal auf der Liste aufgeführt werden kann. Auch das erschwert für die kleineren Parteien die Kandidatensuche. Die Regierung ist überzeugt, dass der Listenstimmenproporz bisher keine Nachteile hatte. Er ist sowohl in der Bevölkerung wie auch bei den Parteien gut verstanden und eingespielt, und er stärkt die Parteienlandschaft.
Weist somit der Listenstimmenproporz bei den Wahlen in die Exekutive Vorteile auf gegenüber dem Nationalratsproporz, ist er auch bei den Parlamentswahlen beizubehalten. Unterschiedliche Systeme bei der Wahl sind abzulehnen. Bitte geben Sie dem Antrag der Regierung statt und behalten Sie den Listenstimmenproporz bei.

➔ Der Rat entscheidet sich mit 41 : 29 Stimmen für den Nationalratsproporz.

Grundsatzentscheid über den Antrag der Kommissionsminderheit auf Rückweisung an die Kommission zur Prüfung des «doppelten Pukelsheim»

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag auf S. 9 des Minderheitsberichts aufgeführt ist. Für die Gutheissung dieses Antrags bedarf es einer einfachen Mehrheit. Sollte er gutgeheissen werden, ist die Beratung für heute abgeschlossen.

Anna **Lustenberger-Seitz** hat dem Rat eine kurze Zusammenfassung des Minderheitsberichts über den «doppelten Pukelsheim» austeilen lassen. Sie möchte noch kurz auf einige Voten eingehen. Der Ausdruck «doppelproportionale Divisormethode mit Standardrundung» ist natürlich ein richtiges Professorendeutsch von Friedrich Pukelsheim. Er hat dieses System erfunden. Der Zürcher Regierungsrat Markus Notter hat das umgewandelt in den einfacheren Ausdruck «doppelter Pukelsheim». Mit der ursprünglichen Bezeichnung wurde nun versucht darzustellen, wie kompliziert das alles ist. Aber sind wir denn dümmer als die Zürcher? Sie haben das erarbeitet und durchgeführt. Und sowohl Daniel Burch wie Thomas Lötscher sind Computerspezialisten. Friedrich Pukelsheim hat in einem Bericht geschrieben: «Natürlich braucht es für dieses Auszählverfahren ein Computerprogramm». Die Votantin ist sicher, dass man das in der heutigen Zeit erstellen kann. – Sie haben jetzt vom Nationalrats- und vom Listenstimmenproporz gesprochen. Meinen Sie, das sei so viel einfacher? Könnten Sie direkt jetzt sagen, wie das Auszählverfahren funktioniert? Wir von der Wahlkommission wissen es; aber die anderen? Auch das braucht ein spezielles Auszählverfahren wie beim «doppelten Pukelsheim». Darum möchte die Votantin dieses System nochmals beliebt machen. Natürlich lassen wir uns damit auf ein Wagnis ein. Sie nimmt zwar nicht an, dass der Rat nun zustimmt, aber vielleicht kann sie doch einen Samen setzen, dass es vielleicht in einigen Jahren doch durchkommt. Probieren Sie weiter zu denken! Denn der Erfolgswert ist einfach nicht mehr gegeben mit den vielen Nullstimmen in unserem Kanton. Sie wissen ja, nur drei

Gemeinden haben ein natürliches Quorum, d.h. sie erfüllen eine Wahlkreiseinteilung, die dem neusten Bundesgerichtsurteil entspricht. Probieren Sie, dem zuzustimmen, wagen Sie es!

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass dem Kommissionsbericht zu entnehmen ist, dass sich die Kommission eingehend mit der Frage der Wahlkreise auseinandergesetzt hat. Sie kam dabei zur Überzeugung, dass das jetzige System auf unserer Verfassung und somit sich auf dem ausdrücklichen Volkswillen beruht. Im Gegensatz zu andern Kantonen sind somit die Wahlkreise schon in der Verfassung festgelegt. Im Unterschied zum Kanton Zürich müssten wir die Verfassung ändern, wenn wir andere Wahlkreise oder den «doppelten Pukelsheim» einfuhren wollten. Für die Mehrheit der Kommission entspricht das jetzige System dem Wunsch der Bevölkerung, die Kantonsräte in ihrer Gemeinde wählen zu können, und sie will, wie auch der Regierungsrat, dieses System beibehalten. Die Kommissionsminderheit möchte nun das Geschäft an die Kommission zurückweisen, um einen ausformulierten Vorschlag und Zusatzbericht zum «doppelten Pukelsheim» zu unterbreiten.
Die Kommissionsmehrheit lehnt diesen Antrag ab. Zuerst gilt es festzuhalten, dass auch die Kommissionsminderheit keine anderen Wahlkreise will. Auch sie ist der Überzeugung, dass die Bevölkerung ihre Kantonsräte in der Gemeinde wählen will. Mit dem System «doppelter Pukelsheim» wünscht sie aber eine zentrale, den ganzen Kanton umfassende Zuteilung der Parteimandate. Aus dem Bericht der Kommissionsminderheit geht leider nicht ganz klar hervor, was die zentrale Verteilung der Parteimandate auf der Ebene der Gemeinden bewirkt. Da die Mandate zentral vergeben werden, kann es geschehen, dass eine Partei in einer Gemeinde zu einem Mandat kommt, obwohl sie in diesem Wahlkreis keinen Anspruch darauf hätte. Man spricht in diesem Zusammenhang vom Lotterieeffekt. Nach der Berechnung der Regierung wären in den Wahlen 1998 und 2002 je in vier Gemeinden solche Umverteilungen vorgekommen. Der Gutachter Tschannen hat darum ausgeführt: «Für Wählende wie Kandidierende ist dieser Lotterieeffekt oft unerfreulich und nicht leicht nachzuvollziehen. Wahlkreisverbände widersprechen einem zentralen Postulat der direkten Demokratie, dem Postulat nämlich, dass Wahlen und Abstimmungen nach klaren und einfachen Spielregeln durchgeführt werden. Je komplizierter die Entscheidungsmechanik, desto grösser das Risiko von Legitimationsverlusten.»
Da für die Kommissionsmehrheit die ungeschmälerte Erhaltung der Gemeinde als Wahlkreis von zentraler Bedeutung ist, ist davon auszugehen, dass die Rückweisung nur bewirken wird, dass die Kommission wiederum den gleichen Vorschlag bringen wird. Der Kommissionspräsident bittet den Rat darum, der Rückweisung nur dann zuzustimmen, falls man damit einverstanden ist, dass die Verteilung der Parteimandate nicht mehr in den Gemeinden erfolgt, sondern zentral für den Kanton, und damit Personen gewählt werden können, die in der Gemeinde gar nicht gewählt worden wären. Die Mehrheit der Kommission will dies nicht.
Der Votant möchte das noch etwas illustrieren. Er möchte niemanden hier im Rat als Kantonsrätin oder Kantonsrat zumuten, dass er oder sie Kantonsrat oder Kantonsrätin zweiter Klasse ist. Ein so genannter Pukelsheim-Kantonsrat lebt dann immer mit dem Malus: In meiner Gemeinde wurde ich gar nicht gewählt, aber auf Grund der Erfolgswert-Gerechtigkeit hat mich vielleicht eine ganz andere Gemeinde den Hünenbergern oder den Zugern aufs Auge gedrückt.

Martin **Stuber** meint, Anna Lustenberger habe es auf den Punkt gebracht. Sind wir wirklich dümmer als die Zürcher? Heini Schmid, es ist dem Votanten nicht bekannt, dass im Zürcher Kantonsrat heute Kantonsrätinnen und Kantonsräte zweiter Klasse sitzen und auch nicht im Zürcher Gemeinderat. Er liest im Tages-Anzeiger jeden Tag den Zürcher Teil und ist noch nie auf etwas in dieser Richtung gestossen. Auch das ist ein vorgeschobenes Argument. Der Einwand gegen den Pukelsheim, wir hätten das System, das die Bevölkerung wünscht und das dem Willen der Bevölkerung entspreche … Sie haben soeben ein Wahlsystem abgeändert, das zwei Mal in einer Volksabstimmung Bestand gehabt hat. Sagt doch offen, warum es geht! Es geht darum, die Kleinen klein zu halten. Wir werden uns in zwölf Jahren wieder treffen.

Heini **Schmid** möchte zu Martin Stuber sagen, dass bei den Majorzabstimmungen die Frage Nationalratsproporz oder Listenproporz überhaupt kein Thema war. Der Kommissionspräsident möchte darauf hinweisen, dass eine Verfassungsbestimmung immer zwangsweise vom Volk angenommen wird. Die Zürcher haben den Pukelsheim eingeführt, ohne ihr Volk zu befragen. Es gab kein Referendum. Und ein wesentlicher Unterschied ist: Im Aargau und in Zürich bestehen Bezirke. Wenn wir nicht gleich grosse Wahlkreise haben, wirkt sich der Pukelsheim viel stärker aus. In Zürich haben sie schon viel homogenere Wahlkreise. Bei den Kantonswahlen sind die Bezirke relativ gross. Darum ist zu betonen: Wenn die Wahlkreise sehr unterschiedlich sind, wird der Pukelsheim sehr stark zum Tragen kommen. Darum hat ja auch die Kommission diese Idee überhaupt nicht weiter verfolgt.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion den Antrag von Anna Lustenberger und dem Votanten zur Rückweisung der Vorlage einstimmig unterstützt. Die Kommission soll einen ausformulierten Vorschlag und Zusatzbericht zum «doppelten Pukelsheim" erstellen. Auf ihrem Pult haben sie eine Auswertung der Mandatsverteilung im Kantonsrat für die Jahre 1998 und 2002 nach der Methode «doppelproportionale Divisormethode mit Standardrundung», oder kurz «doppelter Pukelsheim» genannt. Diese Auswertung nach der von uns gewünschten Methode ergibt relativ wenige Sitzverschiebungen. Aber auf der anderen Seite wäre der Wahlrechtsgleichheit Genüge getan. Wahlrechtsgleichheit heisst

- *Zählwertgleichheit.* Hier ist das Stichwort «one man one vote».
- *Stimmkraftgleichheit*. das Verhältnis zwischen der repräsentierten Bevölkerung und der zugeteilten Sitzzahl in den einzelnen Wahlkreisen muss möglichst gleich gross sein.
- *Erfolgswertgleichheit.* Hier geht es um die praktische Wirksamkeit der abgegebenen Stimmen. Möglichst jede Wählerstimme soll verwertet werden können, erfolgslose Wählerstimmen sollen minimiert werden. Es sagt aber auch, dass Grössenunterschiede von Wahlkreis zu Wahlkreis (Zug 18, Neuheim 2) oder auch ein Nebeneinander von Proporz und Majorz bei ein und derselben Wahl die Erfolgswertgleichheit beeinträchtigen.

Die Kernaussage von Prof. Pierre Tschannen in seinem Gutachten zu den Wahlkreisen im Kanton Zug – dessen Bestellung übrigens wir vom Kantonsrat genehmigt haben – ist, dass die sehr unterschiedlichen grossen Wahlkreise im Kanton Zug verfassungswidrig sind. Er ist auch der Meinung, dass sich die historische Bedeutung von Zug mit der Wahlkreiseinteilung nicht mit derjenigen vom Kanton Wallis vergleichen lässt. Im Wallis ist das Bundesgericht nicht auf eine Klage wegen der Wahlkreisgrösse eingetreten, bei anderen Kantonen, z.B. Aargau und Zürich, hingegen

sehr wohl. Diese Kantone änderten oder sind am Ändern des Wahl Verfahrens. Schauen wir, dass wir gerechte Wahlkreisgrössen haben bei uns im Kanton Zug und stimmen Sie deshalb unserem Rückweisungsantrag an die Kommission zu!

Beat **Villiger** meint, Anna Lustenberger sei eine sehr gute Verkäuferin. Aber heute hat sie eine skeptische Kundschaft vor sich, wie es ihre Fraktion bei unseren Anliegen ja auch ist. Es wird aber ein klarer Nachteil verschwiegen, den sogar Pukelsheim selber erwähnt hat, nämlich die Tatsache, dass diese Aufteilung zu einer Zersplitterung der Kräfte in den Parlamenten führen würde. Zu einer eigentlichen Handlungsunfähigkeit, wenn dann jede Sektion und Fraktion mitmachen will, was zu einem Jekami führen würde. Das muss auch in die Überlegungen mit einbezogen werden. Insofern beantragt der Votant, auch im Namen der CVP-Fraktion, diesen Antrag abzulehnen. Wie wollen wir das unseren Bürgern kommunizieren, wie die Berechnung läuft?

Alois **Gössi** gibt Beat Villiger Recht mit der Zersplitterung. Aber im Kanton und in der Stadt Zürich wurden dagegen Massnahmen ergriffen. Es braucht ein Mindestquorum, damit man überhaupt ins Parlament einziehen kann. Es gibt also Massnahmen, die man treffen kann, um der Zersplitterung entgegen zu treten.

Frau Landammann Brigitte **Profos** hält fest, dass die Regierung beantragt, das Begehren der Kommissionsminderheit abzulehnen. Das Wahlsystem «doppelter Pukelsheim» ist schwer durchschaubar, vor allem wegen der Ausgleichsmechanismen. Nachdem die Stimmen im ganzen Kanton verteilt worden sind, also ein Einheitswahlkreis gebildet worden ist, werden in einem zweiten Schritt die Stimmen auf die jetzt bestehenden Wahlkreise, die Gemeinden, herunter gebrochen. Bei dieser zweiten Verteilung kann es tatsächlich vorkommen, dass jemand, der in diesem Gemeindewahlkreis nicht gewählt war, nachher eine Zuteilung in eine Gemeinde bekommt. Diese Ausgleichsmechanismen sind wirklich schwierig nachvollziehbar. Es trifft auch zu, dass der «doppelte Pukelsheim» zu einer Zersplitterung der Parteienlandschaft führen könnte. Der Kanton Zürich hat für die Kantonsratswahlen dafür ein Quorum von fünf Prozent bestimmt, damit keine Kleinstgruppierungen im Kantonsrat Einzug halten. Der Regierungsrat hält an der geltenden Wahlkreiseinteilung – die Gemeinden – und an der Zählmethode fest. Auch darum, weil darin ein in der Bevölkerung verankerte Rechtsauffassung zum Ausdruck kommt. Das geltende System – die Gemeinden als Wahlkreise – entspricht der Tradition und der Überzeugung der Bevölkerung. Die Gemeinden als Wahlkreise sind seit langer Zeit so verankert. Sie sind historisch gewachsen und in der Verfassung festgeschrieben. Die Einführung des «doppelten Pukelsheim» würde wegen der Änderung der Wahlkreise eine Verfassungsänderung bedingen. Der Regierung teilt also die Auffassung der Mehrheit der Kommission und bittet den Rat, den Antrag der Minderheit abzulehnen.

➔ Der Rat lehnt die Rückweisung der Vorlage an die Kommission zur Überarbeitung mit 54 : 15 Stimmen ab.

Die Beratung wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

67. SITZUNG: DONNERSTAG, 6. JULI 2006
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.10 – 16.45 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

948 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 68 Mitgliedern.

Abwesend sind: Stefan Gisler, Leo Granziol und Kathrin Kündig, alle Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Thomas Brändle und Arthur Walker, beide Unterägeri; Andreas Hotz, Silvan Hotz und Beat Zürcher, alle Baar; Manuel Aeschbacher und René Bär, beide Cham; Peter Dür, Steinhausen.

949 INTERPELLATION VON MARTIN STUBER BETREFFEND ABSTIMMUNGS-TERMIN «230 MIO. FÜR DAS VOLK»

Martin **Stuber**, Zug, hat am 26. Juni 2006 die in der Vorlage Nr. 1457.1 – 12105 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat zwei Fragen gestellt.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** beginnt mit folgenden Vorbemerkungen: Da ein Volksreferendum zu erwarten ist, stellt sich die Frage nach dem Abstimmungstermin. Martin Stuber nennt als mögliche Termine den 26. November 2006 und den 11. März 2007, beides auch Termine für eidgenössische Abstimmungen. Nahe liegend sei der 26. November 2006. Zu diesen Terminen lauten die Fragen des Interpellanten und unsere jeweilige Antwort wie folgt:

1. Hat der Regierungsrat den Abstimmungstermin für den 230 Millionenkredit «Umfahrung Cham-Hünenberg» schon festgelegt? Wenn ja, auf welches Datum?
Der Regierungsrat hat den Termin für die Volksabstimmung über den Kantonsratsbeschluss noch nicht formell festgelegt, weil noch kein Referendum zustande gekommen ist. Sobald ein Referendumsbegehren eingereicht ist, wird der Regierungsrat, gestützt auf § 94 Abs. 2 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen vom 23. Januar 1969, den Abstimmungstermin festlegen. Der Regierungsrat führte jedoch am 13. Juni 2006 eine diesbezügliche Aussprache durch. Er hielt im Sinne einer Absichtserklärung fest, dass die Abstimmung am 11. März 2007 stattfinden soll.
2. Falls der Regierungsrat den Termin tatsächlich auf den 11. März 2007 festgelegt hat:
Mit welcher Begründung verschiebt der Regierungsrat diese Abstimmung auf das nächste Jahr?
Hat der Regierungsrat Zweifel an der Qualität der dem Kantonsrat zur Verfügung gestellten Unterlagen, wenn die Vorbereitung dieser Abstimmung so viel Zeit in Anspruch nimmt?
Das detaillierte Zeitprogramm für die Durchführung einer allfälligen Volksabstimmung bereits am 26. November 2006 hat ergeben, dass die 1. Lesung der Abstimmungserläuterungen im Regierungsrat am 29. August 2006 erfolgen müsste. Dies wären bereits drei Wochen nach Ablauf der Referendumsfrist am 8. August 2006. Dies ist aus folgenden Gründen zu früh: Die Ausarbeitung der Abstimmungsunterlagen fällt in die intensivste Ferienzeit der direkt involvierten Mitarbeitenden für dieses Geschäft. Sie befinden sich zeitlich überlappend in den Ferien (neben dem Baudirektor auch der Direktionssekretär, der Medienbeauftragte, der Kantonsingenieur, sein Stellvertreter, der Leiter der Abteilung Strassenbau und der Projektleiter). Während der Referendumsfrist thematisierte Problemkreise sollen im Hinblick auf die Abstimmung sorgfältig abgehandelt werden. Graphische Unterlagen, allenfalls erarbeitet durch Dritte, sind während der Ferienzeit schwierig zu organisieren. Die Ausarbeitung der Abstimmungsunterlagen erfordert hohe Sorgfalt und darf nicht unter Zeitdruck erfolgen.
Der Regierungsrat bemüht sich um eine sinnvolle zeitliche Kadenz bei der Festsetzung von Abstimmungsterminen, um eine sorgfältige Meinungsbildung beim Stimmvolk zu ermöglichen. Während im Oktober die gemeindlichen und kantonalen Gesamterneuerungswahlen stattfinden, finden bereits wieder am 26. November 2006 Abstimmungen zu eidgenössischen Vorlagen und zur Änderung des kantonalen Steuergesetzes statt. Die Massierung von Wahlen/Abstimmungen innert zwei Monaten wäre zu gross. Zudem fallen bei der Staatskanzlei in der zweiten Hälfte 2006 diverse logistische Grossprojekte an, so dass eine gewisse Entlastung zu schaffen ist (Grossgeschäfte im Kantonsrat, Gesamterneuerungswahlen, Konstituierung von Kantonsrat und Regierungsrat, Ständeratspräsidentenfeier, Neuausrichtung Internet und Intranet, neues Corporate Design).
Am 11. März 2007 werden voraussichtlich eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung gelangen. Der Regierungsrat beabsichtigt daher, im Einklang mit den Fristen gemäss § 34 Abs. 5 der Kantonsverfassung die Abstimmung am 11. März 2007 durchzuführen. Von einer Verschiebung kann keine Rede sein, auch nicht von allfälligen Zweifeln an Unterlagen im Zusammenhang mit dem Kantonsratsbeschluss. Der Regierungsrat betont, dass keinesfalls politisch-taktische Überlegungen hinter diesem Entscheid standen, sondern ausschliesslich praktisch-organisatorische.

Martin **Stuber** möchte den Rat zuerst darüber informieren, dass das Referendum gegen den 230-Millionenkredit auf gutem Weg ist und zustande kommen wird. Deutlich am meisten Unterschriften kommen übrigens aus Cham. Das Zuger Volk wird gegen den grössten Kredit, den der Kantonsrat je gesprochen hat, abstimmen können – so wie sich das gehört. Die Regierung kann mit den Vorbereitungen für die Abstimmung also mit gutem Gewissen beginnen. Die Argumente gegen den 230-Millionen Megakredit sind alle bekannt und der Votant überreicht dem Baudirektor gerne das ausführliche Argumentarium des breit abgestützten überparteilichen Komitees, dessen Mitglieder zu mehr als der Hälfte aus Cham und Hünenberg stammen. Es ist Martin Stuber immer noch nicht ganz klar geworden, weshalb die Vorbereitung der Abstimmungsunterlagen so viel Zeit in Anspruch nehmen soll. Es ist doch alles da! Wenn sie die Unterlagen anschauen, welche der Strassenbaukommission zur Verfügung standen, dann fehlt da nichts. Was will denn die Baudirektion in dieser Abstimmungsbroschüre noch Neues bringen? Gibt es Dinge, die das Volk unbedingt noch wissen muss, was dieser Rat hier nicht wissen musste? Der Votant möchte auch nicht in die Details von Ferienplänen gehen, sondern einfach feststellen, dass mit etwas gutem Willen die Vorbereitung der Abstimmungsbroschüre sicher zu bewerkstelligen wäre.
Der Baudirektor sagte auch zu Recht, dass die Ausarbeitung der Abstimmungsunterlagen nicht unter Zeitdruck erfolgen dürfe. Aber die Behandlung in der Strassenbaukommission und auch hier im Rat durfte unter erheblichem Zeitdruck vorangetrieben werden. Da besteht schon ein gewisser Kontrast. Und zu bemerken bleibt auch Folgendes: Wenn dieser Rat den Kredit von sich aus der Volksabstimmung unterstellt hätte, würden wir heute nicht über dieses Thema diskutieren. Dann wäre die Abstimmungsbroschüre im Rohentwurf wahrscheinlich schon fertig. Im Übrigen glaubt Martin Stuber, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit dem Novembertermin nicht überfordert gewesen wären. Das Megaprojekt in Cham-Hünenberg wird ja bei den Wahlen so oder so eine Rolle spielen, eine Überforderung ist in dieser konkreten Situation nicht auszumachen. Es bleibt die Erinnerung an das Votum von Andrea Hodel am Schluss der letzten Sitzung, als sie im Pluralis Majestatis exklamierte: «Wir wollen jetzt endlich Strassen bauen!» Offenbar pressiert es im konkreten Einzelfall je nach politischer Konstellation dann plötzlich halt doch nicht so.

Bruno **Briner** hält fest, dass es die FDP-Fraktion natürlich auch gerne sähe, wenn die Volksabstimmung über das bevorstehende Referendum so rasch wie möglich stattfinden könnte, damit nicht weiter wertvolle Zeit bis zur Umsetzung des Projekts verloren gehr. Wir akzeptieren aber, dass das Abstimmungsdatum nicht vor dem Zustandekommen des Referendums festgelegt werden wird. Ausserdem sind die Stimmbürger diesen Herbst mit Wahlen und Abstimmungen sehr stark gefordert und gut eingedeckt. Wichtig erscheint uns aber, dass die Regierung über genügend Zeit zur seriösen und sorgfältigen Erarbeitung der Abstimmungsunterlagen verfügt. Dass die Umfahrung Cham dringend erforderlich ist, muss man dem Stimmbürger nicht mehr erläutern. Ein grosser Teil der Bevölkerung hat wirklich genug von der heutigen Verkehrssituation, welche die Lebensqualität in grossen Teilen unseres Kantons stark einschränkt. Die Leute wissen, dass eine Wirtschaftsregion, die auch in Zukunft die dringend erforderlichen Arbeitsplätze anbieten soll, eine gute Verkehrsinfrastruktur benötigt. Vor der Abstimmung sind die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger deshalb korrekt und klar zu informieren, damit sie sich ihre Meinung bilden können. Sie müssen wissen, dass bei Annahme des Referendums nicht einfach ein reduziertes Projekt realisiert wird, sondern die Regierung eine neue Vorlage zu unterbreiten hat.

Und dadurch andere Projekte kaum früher realisiert werden. Sie müssen auch wissen, dass es beim vorliegenden Kredit nicht um 230 Mio, sondern um 180 Mio. plus 50 Mio. Reserven geht. Der Kredit wird der Strassenrechnung belastet, welche zweckgebunden ist und durch die Motorfahrzeugsteuern und die Treibstoffzölle finanziert wird. Und sie müssen auch wissen, dass ohne vollständige Realisierung der Umfahrung Cham, so wie sie der Kantonsrat beschlossen hat, der Verkehr aus Richtung Rontal/Holzhäusern einfach durch das Dorf Hünenberg umgeleitet wird und das von der Gemeinde Cham kürzlich vorgestellte Konzept für die Ortskernentlastung nicht realisiert werden kann.

Auch Beat **Villiger** wäre grundsätzlich für die November-Abstimmung gewesen, weil er schon immer sagte, dass wir vorwärts machen sollten. Aber die Eingabefrist des Referendums läuft ja etwa am 8. August ab und es ist vermutlich in der Verwaltung üblich, dass man nicht vorher schon an einer Vorlage arbeitet. Es geht hier um eine komplexe Vorlage. Es geht nicht lediglich um das Kopieren der Vorlage, die wir im Rat gehabt haben. Es geht auch um eine saubere Diskussion im Gemeinderat. Und auch jenes Datum rückt näher, da die Baudirektion die Unterlagen der Regierung abgeben muss. Also lieber jetzt etwas mehr Zeit für eine gute Vorlage einsetzen, als etwas überstürzt vorlegen, das weniger gut ist.
Noch ein Wort zum Interpellanten. Schon der Titel der Interpellation ist tendenziös und hat mit den gestellten Fragen überhaupt nichts zu tun. Wenn es um das Personal geht, ist Martin Stuber gerne bereit, den Grosszügigen zu spielen. Aber hier wird trotz Ferienzeit und Überlastung und anderer Grossprojekte, in welche die wichtigen Personen der Baudirektion eingebunden sind, Unmögliches gefordert. Das soll noch jemand sagen, dass hier nicht reine Wahlpropaganda gespielt wird. Beat Villiger ist mit der Antwort der Regierung insofern einverstanden.

➔ Kenntnisnahme

950 INTERPELLATION VON STEFAN GISLER UND CHRISTIAN SIEGWART ZUR SPORT- UND SCHULHAUSPLATZSITUATION IN OBERWIL (GEMEINDE ZUG)

Stefan **Gisler** und Christian **Siegwart**, beide Zug, haben am 26. Juni 2006 die in der Vorlage Nr. 1458.1 – 12106 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

951 GESETZGEBUNG ÜBER WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN
–GESETZ ÜBER DIE WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN (WAHL- UND ABSTIMMUNGSGESETZ, WAG)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (ÄNDERUNG DER STATISTISCHEN GRUNDLAGEN DER ZUTEILUNG DER KANTONSRATSMANDATE)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (ANPASSUNG AN DAS EIDGENÖSSISCHE PARTNERSCHAFTSGESETZ)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (STREICHUNG DER 10-TÄGIGEN KARENZFRIST BEI WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (REDAKTIONELLE NACHTRAGUNG DES STRAFGERICHTS)

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1300.1/.2/.3 – 11641/-42/43), der Kommission (Nrn. 1300.4/.5/.6/.7/.8/.9 – 11999/12000/01/02/03/04) und der Kommissionsminderheit (Nr. 1300.10 – 12090).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 947).

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1300.5 – 12000

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich die Regierung den Änderungsanträgen der vorberatenden Kommission anschliesst, wenn nicht ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass sie an ihrer Auffassung festhält.

§ 11

Max **Uebelhart** möchte als Präsident der Redaktionskommission eine redaktionelle Bemerkung machen. Hier kommt es in Abs. 2 zum ersten Mal und nachher immer wieder: Man hat bei diesem Gesetz vergessen, dass wir einmal bestimmt haben, dass die weibliche Form vor der männlichen kommt. Er bittet diejenigen, welche das Gesetz überarbeiten und die Nachträge einarbeiten, diesem Umstand Beachtung zu schenken. Es muss hier also heissen: *«Die oder der Stimmberechtigte …»*

Heini **Schmid** hält fest, dass die Kommission an ihrem Antrag für Abs. 1 festhalten möchte. § 11 regelt das Verfahren der persönlichen Stimmabgabe an der Urne, und zwar werden zwei Sachen geregelt. Einerseits die Kennzeichnung oder Stempelung. Anderseits wird in Abs. 2 der Grundsatz festgehalten, dass nur der eigene Stimmzettel eingelegt werden darf. Der neue Vorschlag der Regierung, den diese anschliessend vorlegen wird, vermischt diese beiden Aspekte. Die Kommission möchte weiterhin betont haben, dass die Stempelung nicht nur sicherstellen soll, dass eine Person nur *einen* Stimmzettel einlegt, sondern auch klar ist, welche Stimmzettel gültig abgegeben wurden und dementsprechend auszuzählen sind. Wir haben uns in der Kommission lange darüber unterhalten, ob wir an der Kennzeichnung oder Stempelung der Wahlzettel festhalten wollen. Wir kamen zur Überzeugung, dass es ein wichtiges Sicherheitselement ist für die Wahlen, weil nur dank Kennzeichnung oder Stempelung wirklich festgestellt werden kann, ob diese Wahlzettel gültig in die Wahlen eingespiesen wurden. Darum bitten wir den Rat, der Kennzeichnung die gebührende Wichtigkeit zukommen zu lassen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, legt im Namen der Regierung folgenden abgeänderten Antrag zu Abs. 1 vor:
«Das Stimmbüro stellt durch Stempelung oder sonst in geeigneter Weise sicher, dass für jede Stimmberechtigte bzw. jeden Stimmberechtigten nur die eigene Stimme in die Urne gelegt wird.»
Die Votantin sieht keine grosse Differenz zwischen dem Vorschlag der Kommission und jenem der Regierung. Die Regierung sagt: Stempelung ist notwendig. Wenn keine Stempelung, dann eine andere Kennzeichnung. Brigitte Profos bittet den Rat, den Antrag der Regierung gutzuheissen.

➔ Der Rat schliesst sich mit 48 : 16 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

§ 16 Abs. 1

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass es hier um die Stimmabgabe behinderter Menschen geht. Die Regierung schlägt vor, dass die Stellvertretung oder Hilfestellung durch den Gemeindeschreiber oder dessen Stellvertreter stattfinden soll. Die Kommission hat sich auf das Anliegen der Gemeinden gestützt, die gesagt haben, das werde zu aufwendig, wenn das immer der Gemeindeschreiber oder sein Stellvertreter machen müsse. Wir haben versucht, eine praktikablere Lösung für die Gemeinden zu präsentieren und gesagt, es soll mit Hilfe eines Mitglieds des Stimmbüros geschehen. Das Stimmbüro wird ja auch vereidigt, sie sind ebenfalls verpflichtet, für korrekte Wahlen einzustehen. Die Kommission versuchte, damit dem Wunsch der Gemeinden zu entsprechen und bittet den Rat deshalb, dieser Formulierung zuzustimmen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, hält fest, dass die Regierung überzeugt ist, dass jede Regelung, welche hilft, mögliche Missbräuche zu verhindern, zu begrüssen ist. Indem Angestellte der Gemeinde die Hilfestellung an behinderte Menschen ausüben, ist der Forderung der Prävention Rechnung getragen. Die Regierung hält an ihrer Fassung fest, wonach die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber den behinderten Menschen bei der Stimmabgabe behilflich sein soll. Es ist zu beachten, dass sie oder er diese Aufgabe einer Stellvertretung übertragen kann. Es heisst also nicht Stellvertreterin oder Stellvertreter, sondern Stellvertret*ung*. Mit diesem Begriff ist gemeint, dass nicht nur *eine* Person stellvertretend eingesetzt werden kann, sondern nach Bedarf weitere Angestellte ad hoc eingesetzt werden können als Stellvertretung der Gemeindeschreiberin oder des Gemeindeschreibers. Mit dem Regierungsantrag ist sowohl der Sicherheit des Vorgangs wie auch dem Bedürfnis der Gemeinden nach Flexibilität Rechnung getragen. Bitte unterstützen Sie den Antrag der Regierung!

Heini **Schmid** kann nach kurzer Reflexion mitteilen, dass in diesem Fall, wenn die Stellvertretung nicht so gemeint ist, dass es ein stellvertretender Gemeindeschreiber sein muss, sondern x eine Person sein kann, die Kommission keine Differenz hat. Wir ziehen unseren Antrag zurück.

Die **Vorsitzende** glaubt, dass mit der Formulierung *deren* Stellvertretung eindeutig die Stellvertreterin der Gemeindeschreiberin oder der Stellvertreter des Gemeindeschreibers gemeint ist und nicht irgend eine Stellvertretung.

Brigitte **Profos** meint, dass mit der Formulierung «… oder *eine* Stellvertretung …» eine Lösung gefunden ist, welche der vorhin erläuterten Meinung der Regierung entspricht.

➔ Einigung

§ 16 Abs. 2

Die **Vorsitzende** hält fest, dass hier nun ebenfalls der Antrag der Regierung eingesetzt wird, und zwar mit der geänderten Formulierung «… oder *eine* Stellvertretung …».

§ 17

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass die Regierung hier die Kompetenz erhalten möchte, nach erfolgreichen Versuchen die elektronische Stimmabgabe ohne Vorlage an den Kantonsrat einzuführen. – Die Direktorin des Innern wird dem Rat nachher einen modifizierten Antrag vorlegen. – Die Kommission möchte die Regierung aber nur ermächtigen, örtlich, zeitlich oder sachlich beschränkte Versuche durchführen zu können. Dies aus der Überlegung, dass – wie das Beispiel der brieflichen Stimmabgabe zeigt – auch jetzt schon reine Abwicklungsfragen im Gesetz geregelt sind. Im Gesetz soll sichergestellt werden, dass die Kontrolle der Stimmberechtigten, das Stimmgeheimnis und die Erfassung aller Stimmen gewährleistet und Missbräuche ausgeschlossen bleiben. Diese Anliegen sind zentrale Punkte eines Wahlgesetzes und verdienen es, im Gesetz geregelt zu werden. Neue Technologien sollen nach Ansicht der Kommission nicht dazu benutzt werden, die Aufgabenteilung Kantonsrat/Regierungsrat zu verschieben. Insbesondere auch dann nicht, wenn mit der neuen Technologie auch neue Manipulationsmöglichkeiten eröffnet werden. Stimmen Sie deshalb hier der Fassung der Kommission zu!

Alois **Gössi** möchte zuerst die Aussage des Kommissionspräsidenten relativieren. Die Kommission hat nicht über den geänderten Antrag der Regierung diskutiert. Der Kommissionspräsident hat eigenmächtig entschieden. – Bei § 17 zur elektronischen Stimmabgabe unterstützen wir die Regierung bei ihrem modifizierten Antrag. Mit dessen Genehmigung kann die elektronische Stimmabgabe unter bestimmten Bedingungen – d.h. nach erfolgreichen Versuchen – definitiv eingeführt werden. Es braucht dann nicht mehr zusätzlich eine Gesetzesänderung, einen KR-Beschluss. Der Votant geht davon aus, dass der Kanton Zug kein Pionier ist bei der elektronischen Stimmabgabe. Hier laufen jetzt schon Versuche, unter anderem im Kanton Genf und teilweise im Kanton Zürich. Wir werden also aufspringen, wenn das Ganze technisch ausgereift ist, andere Gemeinden und Kantone die Zuverlässigkeit schon bewiesen haben. Es macht deshalb keinen Sinn, zuerst mit Versuchen zu verifizie-

ren, dass die elektronische Stimmabgabe technisch machbar und zuverlässig ist, und erst danach mit einer Gesetzesänderung der Regierung die Kompetenz zu erteilen, diese zu erleichtern. Machen wir Nägel mit Köpfen und geben dem Regierungsrat die Möglichkeit für Versuche und gleichzeitig die Kompetenz, bei erfolgreichen Versuchen die elektronische Stimmabgabe definitiv einzuführen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, hält fest, dass die Regierung der Meinung ist, dass die elektronische Stimmabgabe in unserem Kanton erst dann eingeführt wird, wenn die Versuche, die jetzt in anderen Kantonen laufen und seit einigen Jahren gelaufen sind, so gefestigt sind, dass man sagen kann: Diese Methode gewährleistet die Sicherheit und das Stimmgeheimnis. Die bisher gelaufenen Versuche – übrigens auch bei eidgenössischen Abstimmungen – haben keinerlei Schwierigkeiten oder Beanstandungen ergeben. Die Erfahrungen waren durchwegs positiv. Die Regierung ist aber der Meinung, weitere solche Versuche in grösserer Breite abzuwarten. Wenn sie weiterhin zu keinen Beanstandungen Anlass geben und die Sicherheit garantieren, möchte sie dieses Verfahren einführen. Bitte heissen Sie deshalb den Antrag der Regierung in folgender modifizierter Form gut:
«Der Regierungsrat kann *nach erfolgreichen Versuchen* die elektronische Stimmabgabe bewilligen, …»

➔ Der Rat schliesst sich mit 35 : 26 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

§ 19 (gemäss Antrag der Regierung)

Heini **Schmid** hält fest, dass die Kommission hier der Auffassung ist, dass es den Gemeinden überlassen werden kann, welche technischen Hilfsmittel sie bei der Ermittlung der Resultate einsetzen wollen. Die Staatskanzlei soll hier eine beratende Funktion ausüben. Die Kommission möchte diesen Paragraphen streichen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass der Regierungsrat an diesem Paragraphen festhält, wonach der Einsatz technischer Hilfsmittel einer Bewilligung der Staatskanzlei bedarf. In diesem Punkt ist der Kanton dem Bund gegenüber verantwortlich. Das Verfahren zum Erteilen der Bewilligung wird aber unkompliziert sein, da bereits bewährte Hilfsmittel auf dem Markt sind, welche weitherum erprobt sind. Wir halten auch deswegen an unserem Antrag fest, weil es vor noch nicht allzu langer Zeit eine engagierte Korrespondenz mit der Bundeskanzlei gab, die uns ans Herz legte, unbedingt diese Kontrolle über die technischen Hilfsmittel auszuüben. Die Verantwortung liegt bei den Kantonen, deshalb die Bewilligung durch die Staatskanzlei. Bitte stimmen Sie deshalb dem Antrag der Regierung zu!

➔ Der Rat schliesst sich mit 31 : 29 Stimmen dem Kommissionsantrag an, wonach § 19 (gemäss Antrag der Regierung) gestrichen wird.

§ 30 Abs. 1

Daniel **Burch** hält fest, dass die FDP hier folgenden Antrag stellt:
«Die Gesamterneuerungswahlen der Mitglieder des Regierungsrats und des Kantonsrats finden jeweils am ersten Oktobersonntag, diejenigen der richterlichen Behörde am letzten Sonntag im Juni, *die Ständerratswahlen zusammen mit den Nationalratswahlen statt.*»
Die Gesamterneuerungswahlen des Nationalrats finden alle vier Jahre, jeweils am zweitletzten Sonntag im Oktober, statt. Die nächsten Nationalratswahlen somit im Oktober 2007. Die Wahl der Mitglieder des Ständerats erfolgt nach kantonalem Recht. Die meisten Kantone bestimmen ihre Abgeordneten in den Ständerat heute gleichzeitig mit den Wahlen in den Nationalrat. Der Kanton Zug ist einer der wenigen, der seine Vertreter im Stände- und Nationalrat nicht gleichzeitig wählt. Für den Wähler ist nicht verständlich, weshalb im Kanton Zug dies nicht gleichzeitig möglich ist. Wieso erfolgt die Wahl des Ständerats nicht gleichzeitig mit den kantonalen Gesamterneuerungswahlen? Eine Zusammenlegung hätte für den Wähler, aber auch für die Kandidaten, klare Vorteile. Von beiden erwartet der Wähler nämlich, dass er seine Anliegen in Bundesbern vertritt. Die Positionen der einzelnen Kandidaten könnten als Gesamtes erfasst, abgewogen und beurteilt werden.
Zur Zusammenlegung der gemeindlichen und der kantonalen Wahlen. Die FDP erachtet es als sinnvoll und zweckmässig, die kantonalen und gemeindlichen Wahlen am ersten Oktobersonntag durchzuführen, und stimmt den Anträgen der vorberatenden Kommission zu. Der Stimmbürger wird es bestimmt schätzen, wenn er nur einmal zur Urne gerufen wird. An den kantonalen Wahlen nehmen regelmässig weniger Stimmbürger teil als bei den Gemeindewahlen. Viele Bürger verstehen nicht, warum sie nach drei Wochen schon wieder wählen sollten. Durch die Zusammenlegung der Wahltermine kann eine höhere Wahlbeteiligung erreicht werden und dadurch können die Ergebnisse aufgewertet werden. Eine Zusammenlegung kommt auch den Parteien entgegen. Sie können Synergien nutzen und daher ihren Aufwand reduzieren. Der Wahlkampf kann um drei Wochen reduziert werden. Sicherlich wird das Auszählen der Stimmen für Gemeinde- und Kantonalwahlen etwas länger dauern als nur für die Wahl eines Gremiums. Da gilt es aber zu beachten, dass der Mehraufwand geringer ist als ein zusätzlicher Auszählsonntag. Zudem kann der Personalaufwand für die Öffnung der Wahllokale halbiert werden. Das Zusammenlegen kommt somit allen zugute, den Wählern, den Parteien und den Gemeinden. Mit dem Zusammenlegen der National- und Ständeratswahlen wird der Aufwand bei den kantonalen Gesamterneuerungswahlen weiter reduziert. Eine Trennung der kantonalen und gemeindlichen Wahlen von den nationalen hat nur Vorteile. – Wir bitten den Regierungsrat, für die 2. Lesung einen Vorschlag zur Regelung der Übergangsfrist zur Angleichung der Ständerats- an die Nationalratswahl auszuarbeiten.

Martin **Stuber** hält fest, dass die AF in diesem Punkt fast einstimmig die Regierung unterstützt. Wir finden, es hat sich bewährt, so wie es jetzt ist. Man soll es so lassen. Der Votant ist nicht so sicher, wie viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das wirklich schätzen werden. Wenn er an das Wahlcouvert denkt, das wir dann in der Stadt Zug bekommen, dann wird es wahrscheinlich nicht nur ihm grausen. Was da alles in diesem Couvert drin sein wird! Man wird Listen haben für den Grossen Gemeinderat mit seinen 40 Mitgliedern, Listen für den Stadtrat, Listen für den Stadtschreiber, Listen für die Rechnungsprüfungskommission, Listen für den Kantonsrat, Listen für den Regierungsrat und je nachdem auch noch Listen für den Ständerat.

Und das alles in *einem* dicken Couvert! Martin Stuber glaubt nicht, dass das die Stimmbeteiligung fördern würde. In den Gemeinden ist es ähnlich. Der Grosse Gemeinderat fällt dort weg, aber sonst trifft die eben gemachte Aufzählung auch auf sie zu. Man kann sich wirklich fragen, wie viele Leute dann die Übersicht behalten wollen.
Es geht uns aber auch noch darum, die Ebenen klar auseinander zu halten: Gemeinde – Kanton – Bund. Und da ist der Vorschlag der FDP eigentlich inkonsequent. Einerseits soll die Ebene des Bundes quasi zusammengeführt werden, aber auf der anderen Seite will man die Trennung zwischen Gemeinden und Kanton auch zusammenlegen. Das passt irgendwie nicht zusammen. Beim Ständerat kann man zudem auch in guten Treuen darüber streiten, welche Ebene das ist. Rechtlich ist nämlich klar, es sind kantonale Wahlen. Wir sind hier für die Beibehaltung der bisherigen Termine. Noch eine persönliche Bemerkung: Es schadet der politischen Diskussion nicht, wenn Wahlen für die nationale Ebene mehr als nur einmal alle vier Jahre stattfinden. Das ist gar nicht so schlecht. Beim Wahlsystem haben Sie den Pukelsheim abgelehnt und gesagt, das bisherige System habe sich bewährt. Die beiden Wahltermine haben sich auch seit Jahrzehnten bewährt. Behalten Sie das so bei!

Andrea **Erni Hänni** spricht der Einfachheit halber auch zu zwei Paragraphen, § 30 und § 60, das betrifft die Erneuerungswahlen auf kantonaler und gemeindlicher Ebene. – Im Namen der SP-Fraktion bittet auch sie den Rat, die Anträge der Regierung zu unterstützen und somit die kantonalen und gemeindlichen Wahlen weiterhin terminlich zu trennen. Entgegen der Kommission sehen wir keinen Vorteil, wenn die kantonalen und gemeindlichen Wahlen auf denselben Tag festgelegt werden. Im Gegenteil! Die Zusammenlegung ist erstens eine schlechte Dienstleistung an unseren Bürgerinnen und Bürgern. Und Umständen müssten bis zu acht Wahlen am selben Datum getätigt werden. Die Wählerinnen und Wähler würden nicht wie bis anhin gestaffelt mit Wahlwerbung bedient, sondern mit Werbung überhäuft. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit allen Wahlen würde erschwert. Dies wird zweitens auch den Kandidierenden nicht gerecht, welche sich vor allem mittel Flyers, Wahlzeitungen usw. der Bevölkerung vorstellen können. Drittens wird es wohl auch weitere Schwierigkeiten geben. Die Votantin denkt da z.B. an die Plakatierung, wenn alle zur selben Zeit plakatieren wollen. – Unseres Erachtens sind die Vorschläge der vorberatenden Kommission nicht sinnvoll. Bitte unterstützen Sie mit uns die Anträge des Regierungsrats!

Heini **Schmid** teilt mit, dass die Kommission beantragt, den Termin für die kantonalen und gemeindlichen Wahlen einheitlich auf den ersten Oktobersonntag festzulegen. Der Regierungsrat möchte an der Regelung festhalten, dass die kantonalen Wahlen drei Wochen später stattfinden. Auch wenn zuzugeben ist, dass dies für die Stadt Zug zu einem Mehraufwand führen wird, glaubt die Kommission grossmehrheitlich, dass die Bevölkerung und die Parteien froh sind, wenn der Wahlkampf nicht um diese drei Wochen unnötig verlängert wird. Kommt hinzu, dass der verlängerte Wahlkampf sowieso in die Herbstferien fällt und das heutige System praktisch ausschliesst, dass jemand gleichzeitig für den Regierungs- und Gemeinderat kandidieren kann.
Zum Antrag der FDP-Fraktion, die Ständeratswahlen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen durchzuführen, hat die Kommission keinen Beschluss gefasst. Heini

Schmid ist deshalb auch nicht befugt, als Kommissionspräsident irgendetwas dazu zu sagen. Als Kantonsrat möchte er aber doch etwas präzisieren und einen Vorschlag machen. Er findet es schade, dass der Antrag in Abs. 1 eingefügt werden soll. Das ermöglicht nämlich dem Kantonsrat nur, über den Abs. 1 mit vielen verschiedenen Fragen gleichzeitig abzustimmen. Wäre es nicht sinnvoll, die von der FDP vorgeschlagene Regelung in einen Abs. 2 einzugliedern? Dann könnten wir nämlich einerseits über den Wahltermin für die kantonalen Wahlen abstimmen und separat die Frage klären, ob wir den Ständerat mit dem Nationalrat wählen wollen oder mit den kantonalen Wahlen.

Die **Vorsitzende** hat sowieso beabsichtigt, das so zu machen. Wir werden einerseits darüber abstimmen, ob wir am ersten oder am letzten Oktobersonntag wählen, und einer weiteren Abstimmung, ob wir die Ständeratswahlen zusammen mit den Nationalratswahlen halten oder getrennt.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, äussert sich ebenfalls zu beiden Themen.
Zum Wahltermin. Die Regierung ist der Meinung, dass das Zusammenlegen aller Wahlen auf den ersten Oktobersonntag (ausser den Wahlen für die Gerichte), also auf einen einzigen Termin, keinen Vorteil bringt. Die Befürchtung ist da, dass sich daraus erhebliche logistische Probleme ergeben könnten. Insbesondere in den Stimmbüros. Es wurde bereits gesagt: Es müssten bis zu acht verschiedene Wahlverfahren an diesem einzigen Tag bewältigt werden. Regierungsrat, Kantonsrat, Ständerat, Wahlen in die Behörden der Einwohnergemeinden, der Bürgergemeinden, der Korporationen und Kirchgemeinden. Auch auf die Wählenden käme auf einmal eine erhebliche Papierflut zu. Es ist mit Verwechslungen zwischen den Kandidierenden zu rechnen. Auch wenn die Regierung Verständnis hat für das Anliegen eines gemeinsamen Wahlkampfs für die gemeindlichen und kantonalen Wahlen, ist sie der Meinung, dass das auch mit dieser kurzen Frist zwischen den gemeindlichen und den kantonalen Wahlen gewährleistet werden kann.
Zum neuen Antrag der FDP, die Wahlen des Ständerats und Nationalrats zusammenzulegen. Daniel Burch hat die Frage gestellt, warum die Wahl des Ständerats nicht zusammen mit der für den Nationalrat durchgeführt werde. Die Ständeratswahl ist ganz klar eine kantonale Wahl. Die Ständeräte vertreten auch die Meinungen der Stände, der Kantone. Die Änderung würde also eine Systemänderung bedingen. Einmal müsste der Ständerat für fünf Jahre gewählt werden, um nachher sich in das eidgenössische System der Nationalratswahlen einzuklinken. Die erzielte kleine logistische Entlastung der Gemeinden und dieser massive Eingriff stehen in keinem Verhältnis zueinander. Bitte lehnen Sie sowohl den Kommissionsantrag wie jenen der FDP ab!

➔ Der Rat schliesst sich mit 48 : 19 Stimmen dem Kommissionsantrag an, wonach die Gesamterneuerungswahlen der Mitglieder des Ständerats, des Regierungsrats und des Kantonsrats jeweils am ersten Oktobersonntag stattfinden.

➔ Der Rat schliesst sich mit 33 : 25 Stimmen dem Antrag der FDP-Fraktion an, wonach die Ständeratswahlen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen stattfinden.

§ 37 Abs. 2

Rudolf **Balsiger** beantragt, diesen Absatz wie folgt zu ändern:
«Die Reihenfolge der Listen wird durch das Los bestimmt.»
Begründung: Es kann wohl nicht sein, dass jedes Mal die Anonymen Wähler die Liste Nr. 1 haben und die Zuger Aktiven Politiker die letzte Listennummer erhalten. Wir haben heute früh schon gehört, dass wir Zuger angeblich nicht viel dümmer sind als die Zürcher. Und dort wird jedes Mal die Listenverteilung durch das Los bestimmt. Dies erscheint dem Votanten auch angemessener und er ersucht den Rat deshalb, seinen Antrag zu unterstützen.

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass die Kommission über diesen Antrag abgestimmt hat, er weiss das Stimmenverhältnis aber nicht mehr. Nach seiner Erinnerung war die Ablehnung relativ klar, und die Kommission beantragt Beibehaltung der von der Regierung vorgeschlagenen alphabetischen Reihenfolge.

➔ Der Antrag von Rudolf Balsiger wird mit 39 : 28 Stimmen abgelehnt.

§ 51

Heini **Schmid** hält fest, dass die Kommission im Gegensatz zum Regierungsrat befürwortet, dass auch bei den Exekutiven weiterhin ein Nachrücken stattfindet. Solange die Regierung im Proporz gewählt wird, soll dieses System uneingeschränkt Anwendung finden. Dies gilt umso mehr, als die Stimmberechtigten den Majorz bei der Exekutive zwei Mal abgelehnt haben. Eine Nachwahl im Majorz könnte nämlich die Parteistärken in den Regierungen erheblich verändern. Die Kommission beantragt darum, § 51 in der Fassung der Kommission zuzustimmen.

Beat **Villiger** hält fest, dass die CVP-Fraktion hier nicht gleicher Meinung ist wie die Kommission. Sie unterstützt die Haltung der Regierung, und zwar aus dem bekannten Grund, dass vielfach die hinter den Gewählten liegenden Kandidatinnen und Kandidaten jeweils viel weniger Stimmen aufweisen und dadurch nicht einfach die Legimitation haben, in die Exekutive zu gelangen. Man kann mit dem Verhindern des Nachrückens auch politische Manöver ausschalten, indem Leute frühzeitig zurücktreten. Dann kommt es eben immer wieder zu Wahlen. Wir sind also für das Ausschalten des Nachrückens bei den Exekutiven in Zukunft.

Käty **Hofer** weist darauf hin, dass das Nachrücken in der Exekutive für die SP-Fraktion ein wichtiger Punkt in dieser Gesetzesrevision ist. Ein Proporz ohne Nachrücken ist eine Vermischung der Wahlsysteme, von Proporz und Majorz. Nach einem Rücktritt aus der Regierung wird es automatisch eine Majorz-Wahl geben. Und wie wir schon mehrmals gehört haben: Das Volk hat sich mehrere Male dazu geäussert, ob es die Exekutive im Majorz oder im Proporz wählen will. Unserer Meinung nach ist es unzulässig, für die Exekutive den Majorz mindestens teilweise hier durch die Hintertüre einzuführen. Die Votantin zitiert aus dem Bericht der Regierung: «Bei Exekutivmitgliedern ist es, anders als beim Parlament, von der demokratischen Legitimati-

on her fragwürdig, wenn eine Person nachrückt, die nicht gewählt worden ist.» Sie versteht diese Argumentation nicht. Ist der Regierungsrat demokratischer als das Parlament? Wo ist hier der Unterschied bei der demokratischen Legitimierung? Und zum ihrem Vorredner: Der Unterschied von nicht gewählten zu gewählten Mitgliedern der Regierung oder des Kantonsrats – wo ist der Unterschied? Im Kantonsrat können wir nachrücken, in der Regierung nicht. Diese Argumentation versteht Käty Hofer nicht. Sie möchte in Erinnerung rufen, dass in der heutigen Regierung drei Mitglieder nachgerückt sind. Vergessen wir das nicht! Es würde sie sehr wundern, wie sich diese drei Mitglieder in der Regierung zu diesem Punkt geäussert haben. Ob sich die Regierungsräte Uttinger und Eder und Frau Landammann Profos weniger demokratisch legitimiert fühlen als die anderen vier Mitglieder? Wenn ja, welche Konsequenzen ergeben sich für sie daraus? Sie sagt es nochmals: Nachwahlen im Majorz verletzen den Volkswillen, dass die Exekutive im Proporz gewählt werden soll. Und bitte keine weitere Vermischung von Proporz und Majorz! – Nochmals zu ihrem Vorredner: Das vorzeitige Zurücktreten ist eigentlich im Kantonsrat ein Problem und nicht in der Regierung. Sie kann sich nicht erinnern, wann in der Regierung zum letzten Mal ein Mitglied zurückgetreten ist. Im Kantonsrat hatten wir das jetzt verschiedentlich. – Bitte erlauben Sie weiterhin das Nachrücken auch in der Exekutive.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass der Regierungsrat an seiner Auffassung festhält, wonach bei Exekutivwahlen, und zwar bei Gemeinderäten *und* beim Regierungsrat, kein Nachrücken stattfinden soll. Obwohl Exekutivwahlen nach dem Proporz geschehen, kommt im Kanton Zug der Persönlichkeit der Kandidierenden grosse Bedeutung zu. Und obwohl das Nachrücken ein Element des Proporzes ist, lehnt die Regierung das Nachrücken aus folgenden Gründen ab. Es wurde zum Teil bereits aus der Vorlage der Regierung zitiert. Bei Exekutivmitgliedern ist es von der demokratischen Legimitation her fragwürdig, wenn eine Person nachrückt, die eigentlich nicht gewählt worden ist. Insbesondere ist das stossend, wenn der Stimmenunterschied von der gewählten zu der nicht gewählten Person sehr gross ist. Zudem weist die Regierung auf die Gefahr von unerwünschten wahltaktischen Manövern mit vorzeitigem Rücktritt hin. Es erscheint dem Regierungsrat daher gerechtfertigt, dass bei vorzeitigem Ausscheiden eines Exekutivmitglieds aus einer Gemeindebehörde oder dem Regierungsrat eine Ergänzungswahl stattfindet.

Rudolf **Balsiger** erinnert den Rat daran, dass es ja nicht nur um den Regierungsrat geht. Es betrifft ebenso die Bürger-, Korporations-, Kirch- und Einwohnergemeinden. Und da geschieht es ja ab und zu, dass jemand wegzieht oder eine Person (vor allem Damen) aus familiären Gründen vom Amt zurücktritt. Und dann jedes Mal eine Wahl zu veranstalten, ist nicht sehr sinnvoll. Lassen wir es doch so, wie es bisher war, nämlich beim Nachrücken!

➔ Der Rat schliesst sich mit 40 : 24 Stimmen dem Kommissionsantrag (Nachrücken) an.

§ 52 Abs. 2

Heini **Schmid** hält fest, dass die Kommission beantragt, Abs. 2 der Regierungsratsvorlage zu streichen. Wir möchten, dass bei einer Ergänzungswahl auch Kandidaten, die bei der Hauptwahl zu Gunsten eines Mitkandidaten zurückgetreten sind, wieder antreten dürfen. Vom Zeitpunkt der Hauptwahl bis zu einer Nachwahl können im Maximum 3½ Jahre vergehen. Und allenfalls kann es wünschbar sein, dass ein Kandidat, der früher verzichtet hat, wieder antreten kann. Die Kommission glaubt, dass wahltaktische Manöver vom Stimmvolk durchschaut würden.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern bekräftigt, dass die Regierung mit diesem Absatz vermeiden möchte, dass wahltaktische Manöver angestellt werden. Sie bittet den Rat, den Streichungsantrag der Kommission abzulehnen.

➔ Der Streichungsantrag der Kommission wird vom Rat mit 34 : 26 Stimmen abgelehnt.

§ 66

Andrea **Hodel** weist darauf hin, dass hier eine redaktionelle Anpassung notwendig ist. Bei Bst. a sollte es – wie andernorts im Gesetz – statt «Zählbüro» richtig *«Stimmbüro»* heissen.

§ 70 Ziff. 1 (§ 65 Ziff. 2 des Gemeindegesetzes)

Peter **Rust** dankt zuerst der Kommission, dass sie die relativ späte Motion über diese Gemeindeschreibergeschichte noch aufgenommen und behandelt hat. Und zudem dem Motionär auch die Möglichkeit gab, in der Kommission zusammen mit dem Vertreter der Stadt Zug die Argumente darzulegen, welche zu dieser Motion führten. Leider hat die Kommission den Antrag, die Gemeindeschreiber künftig durch die Exekutive zu wählen, knapp abgelehnt. Es gibt natürlich immer Argumente dafür und dagegen. Der Votant dankt der Kommission auch, dass sie sowohl die befürwortenden wie auch die ablehnenden Argumente in den Kommissionsbericht aufgenommen hat. Er versucht nun, kurz nochmals in Erinnerung zu rufen, dass die Stadt Zug und Walchwil diejenigen waren, welche relativ schlechte Erfahrungen machten mit Gemeindeschreibern, die durch das Volk gewählt wurden. Es ist doch zunehmend auch in der Privatwirtschaft so, dass bei solchen Kaderstellen heute kaum mehr vorstellbar ist, dass sie nach nostalgischen Prinzipien gewählt werden, wie sie etwa vom Gemeindeschreiberverband aufgelistet wurden, welche für die Volkswahl plädiert. Die meisten hier haben wohl schon mal mit Anstellungen zu tun gehabt. Es kann doch nicht sein, dass wir heute immer noch so weit sind, dass Manager angestellt werden und dann viele Jahre lang eine Garantie haben, wie das z.B. eben durch die Volkswahl geschieht. Heute muss doch ein Unternehmer und auch die Exekutive die Freiheit haben. Wenn es zwischen diesen beiden Stellen aus irgendwelchen Gründen nicht mehr funktioniert, muss doch die Exekutive ein Angestelltenverhältnis auch eines Gemeindeschreibers jederzeit auflösen können. Wir mussten in Walchwil Mediatoren anstellen. In der Stadt fand sogar eine Schlammschlacht statt.

Es kann doch nicht sein, dass wenn zwischen diesen beiden Vertragspartnern etwas nicht stimmt, man warten muss, bis die nächste Wahl stattfindet. Da muss die Exekutive Handlungsfreiheit haben bei der Anstellung des Gemeindeschreibers. Sie muss auch die Kriterien für eine Anstellung selber festlegen können. In diesem Sinne bittet Peter Rust den Rat, dass in Zukunft die Gemeindeschreiber durch die Exekutive gewählt werden können.
Der Antrag lautet, *dass § 65, Ziff. 2 des Gemeindegesetzes gestrichen wird. Folglich muss dann auch § 78 Abs. 1 Bst. c der Kantonsverfassung gestrichen werden.*

Markus **Jans** erinnert daran, dass die Gemeindeschreiber eine Gemeindeverwaltung leiten und für die Funktionsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Entwicklung einer Gemeinde sorgen. Sie beraten die Politikerinnen und Politiker in strategischen Fragen und unterstützen die Behördenmitglieder bei der Umsetzung der Beschlüsse. In dieser Managementposition prägen sie weitgehend das Gesamtbild ihrer Gemeinde- oder Stadtverwaltung. In vielen Gemeinden ist der Gemeindeschreiber der oberste Angestellte und ihm ist die übrige Verwaltung in irgendeiner Weise unterstellt. Die Gemeindeschreiberin steht der Bevölkerung zu fast jeder Zeit als unabhängige Ansprechperson für Anliegen und Probleme zur Verfügung. Der Gemeindeschreiber ist Innovator, muss Probleme erkennen und den Gemeinderat frühzeitig darauf aufmerksam machen. Auch in den Gemeinden haben modernem Managementmethoden Einzug gehalten. Die Gemeindeschreiberin wendet das Projektmanagement ebenso selbstverständlich an und bedient sich moderner Führungsmethoden oder des prozessorientierten Vorgehens wie Führungspersonen in der Privatwirtschaft. Ihr fällt aber auch die undankbare Aufgabe als Mahner oder Antreiber zu. Die Stabstelle einer politischen Behörde ist eine hochpolitische Funktion. Trotzdem tut jede Gemeindeschreiberin gut daran, sich der politischen Einflussnahme möglichst zu enthalten. All diese Aussagen zeigen auf, dass sich die Gemeindeschreiberin zwar in der politischen Schaltzentrale befindet, sich aber dem Gemeinderat gegenüber jederzeit loyal zu verhalten hat.
Weshalb der Gemeindeschreiber zum heutigen Zeitpunkt noch vom Volk gewählt wird ist daher unverständlich. Unverständlich auch deshalb, weil grossmehrheitlich die Gemeindeschreiberin in stiller Wahl – also ohne Auswahl – gewählt wird. Will sich der Gemeinderat – aus welchen Gründen auch immer – vom Gemeindeschreiber trennen, ist dies aufgrund der Volkswahl praktisch erst zu Beginn einer neuen Amtsperiode möglich. Die Gemeindeschreiberin ist heute die CEO der Verwaltung und hat einen Betrieb nach modernen Führungsgrundsätzen zu leiten. Die Volkswahl und die fast zwingende Zugehörigkeit zu einer Partei ist für viele gut Qualifizierte ein Hindernis, sich auf eine solche, durchaus interessante Stelle zu bewerben. Die Aufgaben einer Gemeindeschreiberin sind so breit gefächert, dass auch die Auswahl und das Auswahlverfahren breit angelegt sein müssen. All diese Gründe sprechen dafür, den Gemeindeschreiber, die Gemeindeschreiberin zukünftig nicht mehr vom Volk wählen zu lassen sondern über ein normales Bewerbungs- und Auswahlverfahren zu bestimmen. In diesem Sinne unterstützen wird den Antrag von Peter Rust.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF die Kommissionsmehrheit unterstützt, wonach weiterhin das Volk den Gemeindeschreiber oder die Gemeindeschreiberin wählen soll. Wir haben dafür folgende Gründe:

- Die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber ist eine Vertrauensperson für das Volk, diese Person ist einer besonderen Stellung, die das Volk mit

der Wahl bestätigen soll; die Volkswahl bringt die direkte Verantwort gegenüber dem Volk zum Ausdruck.
- Die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber hat ein Antragsrecht und steht dem Gemeinderat mit beratender Stimme zur Seite.
- Die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber ist in einer unabhängigen Situation gegenüber dem Gemeinderat, er muss sich für Recht und Wahrheit einsetzten, mit der Wahl durch das Volk kann er sich darum auch ohne Angst vor Folgen gegen den Gemeinderat stellen.
- Wird der Gemeindeschreiber, die Gemeindeschreiberin von der Exekutive angestellt, ist dies ein Abbau der Volksrechte, die Gemeindeschreiberwahl hat grosse Tradition im Kanton Zug – und Sie lieben ja Traditionen.

Es ist natürlich wichtig, dass dem Auswahlverfahren grosses Gewicht beigemessen wird. Auch wenn der Gemeinderat eine Person auswählt und diese dann vorschlägt, ist es richtig, dass diese Person durch das Volk gewählt wird. Und weiterhin soll dem Volk die Möglichkeit geboten werden, andere Wahlvorschläge aufzustellen. Das Problem der Kündigung ist zu lösen, sollte die zu wählende Person eine grosse Kündigungsfrist haben in ihrem vorhergehenden Beruf. Die meisten Gemeinden finden sicher innerhalb der Verwaltung eine Person, welche die Stellvertretung übernehmen kann. Die Vakanz der Stelle bis zum Arbeitsantritt ist keinen Grund für die Wahl durch die Exekutive. Die Wahl des Gemeindeschreibers ist in der Verfassung verankert. Nur weil es in wenigen Gemeinden in letzter Zeit Probleme mit dem Gemeindeschreiber gegeben hat, dürfen wir doch nicht eine seit 200 Jahren bewährte Regelung aus der Verfassung kippen und dabei auch noch Änderungen im Gemeindegesetz und in der Gemeindeordnung vornehmen. In einem grossen Teil der Zuger Gemeinden funktioniert die Wahl des Gemeindeschreibers oder der Gemeindeschreiberin durch das Volk bestens. Die Votantin bittet den Rat, den Antrag der Kommissionsmehrheit zu unterstützen.

Daniel **Burch** erinnert daran, dass wir im 21. Jahrhundert leben. Im vorletzten Jahrhundert musste der Gemeindeschreiber – wie die Bezeichnung aussagt – primär schreiben und lesen können. Damals war er auch noch einer aus dem Dorf oder zumindest aus der näheren Umgebung. Heute der Gemeindeschreiber in einer neuzeitlich geführten Gemeinde Manager und Verwalter. Heute haben wir auch Gemeindeschreiberinnen. Der Votant erlaubt sich aber im Folgenden, mit dem Begriff Gemeindeschreiber weiterzufahren und er schliesst die weibliche Form ein. Der Gemeinderat dagegen ist verantwortlich für die strategischen und politischen Belange. Der Gemeindeschreiber hat heute die Funktion eines Geschäftsleiters in einer modernen Unternehmung. Dort wird der Geschäftsführer oder -leiter vom Verwaltungsrat und nicht von den Aktionären gewählt. Es ist daher heute nur zeitgemäss, wenn die Exekutive analog einem Verwaltungsrat seinen Geschäftsführer – sprich Gemeindeschreiber – wählt. Das heutige System der Volkswahl bewährt sich nicht mehr. Wann wurde in einer Zuger Gemeinde – mit Ausnahme der Stadt Zug – eine echte Wahl eines Gemeindeschreibers durchgeführt? Heute werden Gemeindeschreiber per Inserat aus der ganzen Schweiz gesucht. Der Gemeinderat prüft, ob ein Bewerber geeignet ist, und schlägt seine Wahl vor. Der Stimmbürger, der diese Person wählen soll, kennt sie in der Regel nicht. Das Volk kann also die Qualitäten und Fähigkeiten eines möglichen Gemeindeschreibers oder einer Gemeindeschreiberin nicht beurteilen. Wie soll man jemanden wählen, den man nicht kennt? Das ist doch keine echte Wahl! Fraglich ist auch, ob ein Externer – wenn er nicht in der Gemeine oder im Kanton wohnt – überhaupt wählbar ist, d.h. das passive Wahlrecht

besitzt. Zudem entspricht eine Volkswahl nicht mehr den heutigen Anstellungsverhältnissen. Die Stellung des Gemeindeschreibers ist nicht mit einem politischen Amt verknüpft. Er ist in erster Linie Stabstelle des Gemeinderats und übt eine leitende Funktion über die ganze Verwaltung aus. Da dieses Amt keine politische Gewichtung mehr hat, muss er auch nicht vom Volk gewählt werden. Die FDP unterstützt daher die Motion von Peter Rust und ist für die Abschaffung der Volkswahl des Gemeindeschreibers.

Karl **Nussbaumer** weist darauf hin, dass der Gemeinderat gemäss § 83 Abs. 1 des Gemeindegesetzes aus fünf Mitgliedern und dem Gemeindeschreiber mit beratender Stimme besteht. Durch seine Zugehörigkeit zum Gemeinderat nimmt der Gemeindeschreiber für alle Einwohnerinnen und Einwohner eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe war. Deshalb ist es nur logisch, dass auch er vom Volk gewählt wird. Er gilt als «rechtliches Gewissen» des Gemeinderats. Mit der Wahl durch das Volk erhält er die notwendige Unabhängigkeit gegenüber dem Gemeinderat. Er kann seine Meinung frei einbringen. Er ist nicht von einer Anstellung durch den Gemeinderat abhängig. Er ist nicht bloss ein Mitarbeiter mit Managerfunktionen oder Stabsaufgaben, wie dies Peter Rust schreibt. Er ist Vertrauensperson gegenüber weiten Bevölkerungskreisen. Für diese Funktion ist die Volkswahl des Gemeindeschreibers eine wichtige Voraussetzung. Die Bürgernähe ginge durch die Anstellung durch den Gemeinderat weitestgehend verloren. Die Volkswahl des Gemeindeschreibers hat im Kanton Zug eine lange Tradition. Sollte ein Kandidat die Volkswahl scheuen, wie dies Peter Rust befürchtet, wäre eine solche Person fehl am Platz. Im Übrigen hat auch das Volk das Recht, Kandidaten vor der Wahl in geeigneter Form kennen zu lernen. Deshalb lehnt der Votant die Anstellung der Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber durch die Exekutive ab und hofft, dass der Rat ebenfalls die Volkswahl unterstützt, wie dies auch die Kommission macht.

Rudolf **Balsiger** meint, das traditionsbehaftete Prozedere, welche Anna Lustenberger erwähnt hat, tendiere dazu, dass eine Wahl zur Farce werde. Wir müssen aufpassen, dass kleine Gemeinden nicht von einer Wahl sprechen. Der Votant kann aus der Praxis erzählen, dass ihn vor zwei Jahren Kirchenratspräsident Niederberger anrief hat – er war damals Präsident der FDP Stadt Zug – und sagte: «Ihr müsst dann den neuen Kirchenschreiber nominieren, wir haben jemanden per Inserat ausgewählt. Der Mann kommt aus Zürich und da war er Mitglied der FDP. Wir werden ihn jetzt an der nächsten Versammlung wählen und deswegen sollt Ihr ihn nominieren!» Ist das nun wirklich eine Wahl? Rudolf Balsiger glaubt, dass sei eher eine Anstellung. Und weiter muss man doch noch bedenken: Ein Gemeinderat wählt jemanden aus, der seine Fähigkeiten mitbringt, das Schreiberamt zu übernehmen. Da kommt anderseits ein geselliger Stammtischkollege, von Beruf Scherenschleifer, und der hat natürlich dann viele Sympathiestimmen und wird als Schreiber gewählt und nicht der qualifizierte Kandidat. So kann es doch auch nicht sein! Wählen wir doch die Variante, dass die Schreiber angestellt werden von der Exekutive!

Alois **Gössi** spricht als klare SP-Minderheit. Er ist für eine Volkswahl des Gemeindeschreibers. Es gibt klar einige Vorteile, die vorher aufgeführt wurden und für eine Wahl durch die Exekutive sprechen. Aber der Votant gewichtet zwei Sachen höher: Die Legitimation durch eine Volkswahl und die Unabhängigkeit vom Gemeinderat.

Wir haben jetzt schlechte Beispiele gehört, wieso es nicht funktionierte. Aber für Alois Gössi ist es völlig klar: Wenn die Exekutive die Wahl allein vornimmt, kann es nicht funktionieren. Wenn die Parteien die Kandidaten bestimmen, hat der Votant auch Mühe. Dann geht es wahrscheinlich auch schief. Für ihn ist die richtige Lösung bei einer Volkswahl eine gemeinsame Selektion der Kandidaten durch die Exekutive und die Parteien. Wir in Baar hatten vor ein paar Jahren eine Demission des Gemeindeschreibers und es ging um eine Neuanstellung. Der Gemeinderat hat zuerst eine Selektion getroffen und die Auswahl des Kandidaten wurde zusammen mit einer Parteienvertretung gemacht. Wir haben mit diesem Vorgehen gute Erfahrungen gemacht.

Heini **Schmid** hält fest, dass die Kommission mit 7 : 5 Stimmen die Beibehaltung der Volkswahl beantragt. Wie das knappe Ergebnis zeigt, lassen sich für beide Systeme gute Gründe finden. Die Mehrheit der Kommission wollte aber am historisch gewachsenen System festhalten, die Volksrechte nicht schmälern und die starke Stellung des Gemeindeschreibers als Vertrauensperson für die Bevölkerung und seine Unabhängigkeit beibehalten.
Nicht als Kommissionspräsident, sondern als Einzelperson wünscht der Votant, dass wenn der Antrag auf Anstellung des Gemeindeschreibers durchkommt, abgeklärt wird, ob die Stadt Zug ermächtigt wäre gemäss kantonaler Vorgabe, den Gemeindeschreiber auch durch das Gemeindeparlament wählen zu lassen. Die Kommission hat sich mit diesem Problem nicht auseinander gesetzt, weil wir ja den Antrag stellen, die Volkswahl beizubehalten. – Als Beispiel: Unser Landschreiber wird ja auch vom Parlament gewählt. Heini Schmid weiss nicht, wie entzückt der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug wäre, wenn auch sein Schreiber einseitig vom Stadtrat angestellt würde. Und es wäre wichtig, wenn die Stadt Zug das selber entscheiden könnte und wir – allenfalls in einen speziellen Gesetzespassus – das Gemeinden mit Gemeindeparlament zugestehen könnten.

Beat **Villiger** kennt beide Seiten und er hat sich wirklich schwer getan, sich in dieser Frage zu entscheiden. Er ist jetzt auch für die Abschaffung der Volkswahl. Der Hauptgrund liegt darin, dass wir bei der Volkswahl vielfach die guten Kandidatinnen und Kandidaten nicht mehr bekommen, weil die Bewerbung plötzlich öffentlich wird. Der Bewerber oder die Bewerberin muss sich dann entscheiden, zu kündigen oder nicht. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, der heute noch nicht angesprochen wurde.
Wenn es nicht läuft in den Gemeinden, sind vielfach nicht nur die Gemeindeschreiberinnen und -schreiber Schuld. Die Auswahlverfahren haben oft ebenfalls zu wünschen übrig gelassen. Und auch im Kanton Schwyz ist man nicht glücklich mit der Situation, wie man sie heute hat. Man hat dort eben auch die Volkswahl. Es kann wirklich nicht angehen, dass man jetzt am Ende einer Legislatur entscheiden kann, ob die Weiterarbeit noch funktionieren soll oder nicht, wenn sich Gemeindeschreiber und Gemeinderat nicht finden wegen Arbeitserledigung oder -auffassung. Wir tun sicher gut daran für die Zukunft, die Änderungen im Sinne der Motion vorzunehmen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, hält fest, dass auch die Regierung der Meinung ist, dass die Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber inskünftig durch die Exekutive anzustellen sind. Die wesentlichen Gründe für die Wahl durch die Exekutive sind im Kommissionsbericht auf S. 10 umfassend dargestellt. Insbesondere

sind das folgende: Die heutigen Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber haben Managements- und Organisationsfunktionen. Obwohl sie Angestellte der Gemeinden sind, kann man ihnen zubilligen, dass sie das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen können. Es wurde bereits erwähnt, dass sich die Suche von Kandidaten und Kandidatinnen sehr viel einfacher darstellt, wenn Leute sich diskret melden können, die sich für diese Aufgabe eignen. Sie müssen nicht offen legen, dass sie kündigen wollen. Die Auswahl von Kandidaten ist so breiter. Positiv wird auch vermerkt, dass eine gegenseitige Kündigungsmöglichkeit besteht, wenn das Zusammenarbeitsverhältnis nicht mehr so gut ist. Die Regierung unterstützt daher den Antrag von Peter Rust, die Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber künftig anzustellen, und sie unterstützt die Änderung der entsprechenden Paragraphen im Gemeindegesetz und in der Kantonsverfassung.

➔ Der Rat schliesst sich mit 47 : 14 Stimmen dem Antrag von Peter Rust an, wonach die Gemeindeschreiberin oder der Gemeindeschreiber neu durch die Exekutive angestellt wird.

➔ Damit ist die 1. Lesung des WAG abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1300.11 – 12115 enthalten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nun noch die einzelnen Verfassungsänderungen zu beraten sind, wobei Eintreten und Detailberatung jeweils zusammengenommen werden, weil es sich um kleine Revisionen handelt.

A. Änderung der Kantonsverfassung (Änderung der statistischen Grundlagen der Zuteilung der Kantonsratsmandate) / Vorlage Nr. 1300.3 – 11643

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1300.12 – 12116 enthalten.

B. Änderung der Kantonsverfassung (Anpassung an das eidgenössische Partnerschaftsgesetz) / Vorlage Nr. 1300.7 – 12002

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Heini **Schmid** hält fest, dass die Kommission im Gegensatz zum Regierungsrat der Meinung ist, dass die faktischen Lebensgemeinschaften (Konkubinate) nicht aufgenommen werden sollen. Wir befürchten, dass die Durchführung einer solchen

Bestimmung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden wäre. Muss doch in jedem konkreten Anwendungsfall geprüft werden, ob die Voraussetzung einer faktischen Lebensgemeinschaft gegeben ist. Da diese aber nicht klar gesetzlich definiert ist, ergibt sich eine zu grosse Unsicherheit. Die Kommission bittet den Rat deshalb, § 20 in der Fassung der Kommission zuzustimmen.
Er möchte dem Rat als Kommissionspräsident bei seinem letzten Votum dieser Debatte noch ganz herzlich danken für das Vertrauen, dass er den Kommissionsanträgen geschenkt hat.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, hält fest, dass die Regierung im Gegensatz zur Kommission die faktischen Lebensgemeinschaften ebenfalls aufnehmen möchte. Damit steht die Regierung im Einklang mit dem Bundesrecht. Dieses postuliert, dass gleichartige Zusammenlebensverhältnisse zu gleichen Ausstandsvorschriften führen. In der Vorlage an den Kantonsrat zur Umsetzung des Partnerschaftsgesetzes gelten die faktischen Lebensgemeinschaften als Unvereinbarkeitsgrund zum Einsitz in eine richterliche oder verwaltende Behörde. Die Votantin bittet deshalb den Rat, den Antrag der Regierung gutzuheissen.

➔ Der Rat schliesst sich dem Kommissionsantrag mit 34 : 18 Stimmen an, wonach die faktischen Lebensgemeinschaften nicht aufgenommen werden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1300.13 – 12117 enthalten.

C. Änderung der Kantonsverfassung (Streichung der 10-tägigen Karenzfrist bei Wahlen und Abstimmungen) / Vorlage Nr. 1300.8 – 12003

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1300.14 – 12118 enthalten.

D. Änderung der Kantonsverfassung (Redaktionelle Nachtragung des Strafgerichts / Vorlage Nr. 1300.9 – 12004

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1300.15 – 12119 enthalten.

952 POSTULAT VON LOUIS SUTER BETREFFEND FÖRDERUNG DER VERLUSTARMEN HOFDÜNGERAUSBRINGUNG

Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1398.2 – 12101).

Louis **Suter** möchte zuerst seine Interessenbindung offen legen: Er ist aktiver Obstbauer und der Betrieb wird seit bald 40 Jahren ohne Vieh geführt, d.h. er wird nie von einem solchen Schleppschlauchverteiler profitieren können. Anderseits ist er auch Berater der kantonalen Zentralstelle für Obstbau. Er nimmt hier Stellung als Postulant und als Sprecher der CVP.
Wir möchten der Regierung, insbesondere der Volkswirtschaftsdirektion, für die schnelle Bearbeitung des Postulats bestens danken. Leider lehnt die Regierung die Erheblicherklärung des Postulats aus staatspolitischen Gründen ab. Darüber sind wir enttäuscht. Aber, im Gegensatz zum üblichen Vorgehen, hat es die VD nicht bei der Ablehnung bewenden lassen, sondern hat sich bemüht, eine echte Alternative zu finden. Dafür möchten wir gratulieren. Über die geplante Schaffung eines Anreizsystems für die Ausrüstung mit Partikelfilter für dieselbetriebene Landwirtschaftsmaschinen, welcher der Regierungsrat die erforderlichen Budgetkredite bereits zugesichert hat, sind wir deshalb sehr erfreut. Wir finden diesen Vorschlag eine sehr gute, innovative und sehr sinnvolle Idee. Zug wäre der erste Kanton, der die Anschaffung von Partikelfilter für landwirtschaftliche Fahrzeuge finanziell unterstützt. Auch wenn der Anteil der landwirtschaftlichen Diesel-Fahrzeuge für die Belastung der Luft mit Feinstaubpartikeln mit rund 6 % (dieser Anteil ist bekanntlich sehr umstritten, die Landwirtschaft ist der Meinung, dass der Anteil wesentlich geringer ist) eine eher kleine Verursachergruppe darstellt, trägt die Ausrüstung mit Partikelfilter trotzdem wesentlich zur Reduzierung der Feinstaubbelastung bei. Gemäss unsern Informationen sind im Kt. Zug wahrscheinlich noch keine landwirtschaftlichen Traktoren mit Partikelfilter ausgerüstet. Serienmässige Angebote werden noch von keinen Firmen gemacht, als Zusatzausrüstung sind Partikelfilter für neue Traktoren bei den meisten Fabrikaten jedoch erhältlich. Eine Nachrüstung kann für moderne Dieselmotoren in Frage kommen. Wir stehen somit an Anfang einer neuen Entwicklung. Die von der Regierung geforderten staatspolischen Voraussetzungen für ein Anreizsystem würden hier somit zu 100 % erfüllt. Im Vergleich zum Nutzen sind die geschätzten jährlichen Kosten für den Kanton von rund 90'000 Franken pro Jahr sehr günstig.
Aus rein staatspolitischen Überlegungen lehnt die Regierung demgegenüber die finanzielle Unterstützung von Schleppschlauchverteilern oder Einarbeitungsgeräten zur Reduktion von Ammoniakverlusten ab. Nachdem rund ein Viertel der potenziell einem Schleppschlauchverteiler zugänglichen landwirtschaftlichen Nutzfläche bereits so bearbeitet werden, erachtet sie die Voraussetzungen für ein Anreizsystem als nicht mehr gegeben. Diese Argumentation ist zugegebenermassen gut begründet

und sehr bedeutsam. Auch für den Votanten kommt eine nachträgliche finanzielle Unterstützung aus grundsätzlichen Überlegungen nicht in Frage. Selbstverständlich betrachtet auch er es als unschön, einem innovativen Landwirt erklären zu müssen, dass er, weil er ein Gerät frühzeitig angeschafft hat, nun nichts mehr erhält. Dass betroffene Landwirte dafür kaum Verständnis aufbringen können, ist absehbar, logisch und verständlich. Sie werden mit Sicherheit die berechtigte Frage stellen, weshalb man dieses Förderprojekt erst jetzt gestartet hat. Nun, die Idee ist nicht neu. Während man heute angeblich zu spät ist, war man damals zu früh. Die Geräte waren noch nicht hangtauglich und konnten somit nicht flächendeckend eingesetzt werden. Das Projekt wurde deshalb als «staatspolitisch» untauglich eingestuft. Als politische Greenhörner und staatspolitisch getreue Staatsbürger hat man damals diese Ratschläge selbstverständlich befolgt und die Vorlage nicht eingereicht. Bei der Einreichung des Postulats war es Louis Suter bewusst, dass die Erfüllung dieser staatspolitischen Voraussetzung ein wichtiger Aspekt für die Erheblicherklärung ist. Folgende Gründe haben ihn bewogen, dieses Postulat auch unter diesen Voraussetzungen einzureichen.

1. Die positiven umwelttechnischen Vorteile dieser Geräte sind unbestritten und werden auch von der Regierung ohne Wenn und Aber anerkannt.
2. Beim Einreichen des Postulats war es dem Votanten bewusst, dass für eine Ablehnung der Erheblichkeitserklärung höchstens eine zu hohe Zahl von bereits angeschafften Geräten in Frage kommt. Wo diese Limite genau liegt, wusste niemand zu sagen.
3. Bei der Beantwortung der Interpellation Prodolliet ist der Votant davon ausgegangen, dass der Regierung bekannt war, dass bereits heute 20 bis 30 solcher Geräte im Einsatz sind. Bei seinem Votum als Sprecher der CVP hatte er bereits eine Anzahl von ca. 20 Gräten erwähnt. Diese Zahl wurde ihm beim Amt für Landwirtschaft auch bestätigt. Der Interpellationsbeantwortung der Regierung ist zu entnehmen: «Eine Förderung von Kauf und Einsatz von Schleppschlauchverteilern mit finanziellen Beiträgen im Rahmen eines kantonalen Förderprogramms könnte bereits als Einzelmassnahme einen hohen Nutzen haben und kurzfristig umgesetzt werden.» Es wird berechnet, dass bei einem Kantonsbeitrag in der Grössenordnung von 5'000 Franken pro System mit Gesamtkosten von ca. 400'000 Franken zu rechnen ist, und geht somit davon aus, dass noch ca. 80 Geräte anzuschaffen wären. Da gemäss Regierung bei der Postulatsbeantwortung (S. 3, Abs. 3) mit 30 Geräten rund ein Viertel der potentiell einem Schleppschlauchverteiler zugänglichen landwirtschaftlichen Nutzflächen bearbeitet werden, war man sich somit dieses Problems bewusst und hat die umweltpolitische Komponente höher als die staatspolitische bewertet und den entsprechenden Vorschlag bei der Interpellationsbeantwortung gemacht.
4. Bei der Postulatsbeantwortung S. 3, Abs. 3 schreibt die Regierung: «Ein Anreizsystem rechtfertigt sich dann, wenn innovatives Handeln gefördert oder einer Innovation zu grösser Verbreitung verholfen werden soll.» Gemäss Meinung des Votanten treffen beide Argumente aus umweltpolitischen Gründen für eine Erheblicherklärung aber gerade besonders gut zu. Erst die technische Weiterentwicklung erlaubte es, dass der Einsatz von Schleppschlauchverteiler auch am Hang möglich wurde. Dies hatte zur Folge, dass die regionale Vereilung dieser Geräte sehr unterschiedlich ist. Die beste Verbreitung ist auf Grund der technischen Entwicklung in den Tallagen. Wichtig ist jedoch auch eine gute Verbreitung in den Einzugsgebieten der Seen. Als hervorragende seeexterne Massnahme drängt sich somit die finanzielle Unterstützung geradezu auf.
5. Leider steht der massive und noch weiter zunehmende Druck auf die Preise der Agrarprodukte im krassen Gegensatz zu den ökologischen Bemühungen in der

Landwirtschaft. Aus Sicht der Grossverteiler steht die Produktionsmethode, z.B. Bio oder IP, nicht mehr im Vordergrund. Wichtig für sie ist in erster Linie die Qualitätssicherung der verkaufsfertigen Produkte. Mit der Einführung von Billiglinien (M-Budget; Prix-Garantie), deren Anteile bereits rund einen Drittel ausmachen, sollen auch die Schweizer Produzenten auf Massenproduktion umschalten. Da man den Endprodukten nicht ansieht, ob der Bauer seinen Traktor mit einem Partikelfilter ausgerüstet hat und ob er auf seinen Feldern mit einem Schleppschlauchverteiler arbeitet, wird das freiwillige Umrüsten auf umweltfreundliche Methoden aus finanziellen Gründen und wegen den neuen Trends, ausgelöst durch die Grossverteiler, immer mehr in den Hintergrund gestellt. Louis Suter will hier keine Landwirtschaftspolitik betreiben. Dazu ist der Kantonsrat der falsche Ort. Aber ein Vergleich – ohne Kommentar – sei trotzdem angebracht: Je nach Ausrüstung betragen die Anschaffungskosten für ein Schleppschlauchsystem ca. 16'500 bis 20'000 Franken. Das maximale landwirtschaftliche Einkommen, damit ein selbständig erwerbender Landwirt ein Anrecht auf Kinderzulagen hat, beträgt 30'000 Franken plus 5'000 Franken pro Kind.
Diese Gründe haben nicht nur den Votanten, sondern auch die CVP bewogen, die umwelttechnischen Aspekte höher als staatspolitische Gründe zu werten. Er ist sich bewusst, dass die Meinungen grösstenteils gemacht und die Chancen für die Erheblicherklärung wohl eher gering sind. Trotzdem möchte den Rat eindringlich bitten, auch die von ihm dargelegten Gründe gut mit einzubeziehen. Seiner Meinung nach lässt sich die kleine Politsünde wegen dem eher bescheidenen finanziellen Aufwand für die sehr positive und nachhaltige Wirkung, die sich damit erzielen lässt, sehr gut rechtfertigen. Deshalb, besten Dank für die Unterstützung der Erheblicherklärung.

Berty **Zeiter** hält fest, dass die AF dem Postulanten dankt für den Vorstoss. Sie geht mit ihm einig in der Analyse der Problematik und unterstützt seine Stossrichtung. Der Bauernstand gerät immer wieder ins Kreuzfeuer der Kritik wegen umweltbelastender Produktionsmethoden. Wir wissen um die Problematik der sinkenden Verdienstmöglichkeiten im landwirtschaftlichen Bereich, gerade bei kleineren Betrieben, wie sie vermehrt im Berggebiet anzutreffen sind. Deshalb läge im Bereich der Güllenausbringung ein guter Ansatzpunkt, über materielle Anreize ein ökologisches Verhalten zu fördern. Sicher ist es nicht einfach, bei bereits angelaufenen Innovationen ein möglichst gerechtes Fördersystem zu schaffen. Dabei bitten wir aber zu bedenken, dass das neue Schleppschlauchsystem bis jetzt vor allem im Talgebiet, also von grösseren und logischerweise auch meist finanzkräftigeren Landwirtschaftsbetrieben angeschafft wurde. Nun gälte es, auch noch jenen Landwirten die Umstellung zu ermöglichen, die auf finanziell weniger einträglichen Betrieben ihre Existenz erwirtschaften müssen. Für solche Situationen sind kantonale Fördersysteme ja auch gedacht.
Unser komplexes Ökologiesystem ist vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt. Deshalb müssen auch die Sanierungsmassnahmen an verschiedenen Problempunkten ansetzen. Im Luftprogramm des Kantons Zürich zur Unterstützung der Luftreinhalteverordnung werden auch mittelfristige Massnahmen aufgezählt. Nebst all den Massnahmen, die im Rahmen der Feinstaub-Diskussionen immer wieder erwähnt werden, steht folgender Punkt: «Senkung der Ammoniak-Emissionen aus der Landwirtschaft. Ammoniak kann durch atmosphärische Umwandlung ebenfalls zur Partikelbelastung beitragen.» Dies ist in der Vorlage 1398.2 auf S. 3 zuunterst gemeint, wenn von gefährlichen sekundären Partikeln die Rede ist. Wir bezweifeln, dass die Regierung ihren Ermessensspielraum in dieser Beziehung genügend zu Gunsten der Landwirt-

schaft ausnützt und werden deshalb für eine Erheblicherklärung des Postulats stimmen.
Noch etwas zum zweiten Teil der regierungsrätlichen Antwort. Mit der Schaffung eines Anreizsystems für Partikelfilter für grosse Landwirtschaftsmaschinen macht die Regierung einen sehr lobenswerten Schritt zur Bekämpfung der hohen Feinstaubbelastung. Die Landwirtschaft wird akzeptieren müssen, dass sie mit ihrem immer grösseren und schwereren Maschinenpark einen beträchtlichen Anteil zu dieser spezifischen Umweltbelastung beiträgt. Auch wir Alternativen wissen, dass einzelne Massnahmen nicht genügen, sondern dass erst viele Faktoren miteinander zum Ziel führen. Deshalb sagen wir auch hier: Das Eine tun und das Andere nicht lassen! Und bitten deshalb den Rat, die Erheblicherklärung des Postulats zu unterstützen.

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass der Regierungsrat dieses Postulat ablehnt und es nicht erheblich erklären will. Das ist sehr enttäuschend. Seine Gründe sind absolut nicht einleuchtend. Eine Begründung ist die, dass ein Viertel der in Frage kommenden Nutzfläche bereits diese Schleppschlauchverteiler hat. Die restlichen drei Viertel werden noch in der bisherigen Art und Weise gedüngt. Man kann also nicht sagen, das Problem sei schon gelöst. Man hat den Eindruck, mit § 3 habe der Regierungsrat die Rechtsgrundlage, dies auszuführen. Nun sagt er aber, dass sei nicht so unter den gegebenen Umständen. Nun lädt ja der Postulant den Regierungsrat ein, allenfalls dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten. Wenn er es nicht aus eigener Kompetenz machen kann, weil die Bedingungen nicht mehr gegeben sind, so könnte er ja dem Kantonsrat eine Vorlage unterbreiten. Man kann die Sache machen. Es gibt keinen Grund, das nicht durchzuführen.
Im Gegenzug und quasi als Ausrede bringt der Regierungsrat den Vorschlag eines Anreizsystems für Nachrüsten oder Neueinsetzen von Partikelfiltern bei Traktoren. Massnahme gegen Feinstaub. Natürlich haben wir da überhaupt nichts einzuwenden. Das ist sicher sinnvoll. Aber dies ist ein Thema, das ohnehin behandelt werden muss. Da wird etwas auf uns zukommen. Die Landwirtschaft wird da nicht ausgenommen sein. Das muss gemacht werden. Es gibt keinen Grund, zu sagen: Statt Ammoniak zu reduzieren, fördern wir die Feinstaubpartikelfilter.
Man sagt, es sei ungerecht, es gäbe solche, welche diese Schleppschlauchverteiler bereits angeschafft hätten. Das kann man bei vielen Dingen sagen. Wenn wir das Wohnbauförderungsgesetz anschauen, da werden Familien begünstigt, die in Wohnungen wohnen, bei denen die Eigentümer von der Verbilligung des Wohnförderungsgesetzes Gebrauch machen, und andere eben nicht. Das Landwirtschaftsamt könnte ja eine Vorlage unterbreiten, mit der sie versucht, diese Sache ein wenig auszugleichen. Es ist ja nicht gesagt, dass es nur Investitionsbeiträge sein müssen. Es könnten auch jährliche Beiträge sein. Man könnte eine Differenzierung machen. Hier ist das Landwirtschaftsamt gefordert, eine Art der Förderung durchzuführen, die vielleicht die Ungerechtigkeiten in diesem Sinne ein wenig ausgleicht.
Es gibt also keine Gründe, dieses Postulat abzulehnen. Es geht in Richtung der Verbesserung der Gesundheit des Waldes. In der Beantwortung der Interpellation des Votanten hat der Regierungsrat gesagt, man wolle etwas tun. Jean-Pierre Prodolliet bittet den Rat, das Postulat erheblich zu erklären.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** zu seiner Interessenbindung: Er ist Cousin des Postulanten, Mitglied der CVP, Bauernsohn, und er gestattet sich trotzdem, eine etwas differenziertere Meinung zu vertreten. Er möchte den Rat im Namen des

Regierungsrats bitten, dieses Postulat nicht erheblich zu erklären. Es ist zwar richtig, und das haben wir in der Vorlage auch ausdrücklich zugestanden: Die Schleppschlauchverteilung der Gülle hat Vorteile und sie trägt zur Reduktion der Ammoniakemissionen wesentlich bei. Trotzdem sind wir der Meinung, dass wir – aus rechtlichen und nicht aus staatspolitischen Gründen – das Postulat nicht umsetzen sollten. § 3 des Einführungsgesetzes zur Landwirtschaft sagt ausdrücklich, dass man umwelt- und standortgerechte, Energie- und Produktionsmittel ergänzende Bewirtschaftungsmethoden unterstützen soll und kann, immer im Sinne eines Anreizsystems. Und dieser Aspekt ist mit diesem Postulat eindeutig nicht erfüllt, und zwar aus zwei Gründen. Einerseits wird mehr als ein Viertel der überhaupt möglichen Fläche, die mit diesem Schleppschlauchsystem bearbeitet werden kann, bereits so bearbeitet. Da kann man wirklich nicht mehr sagen, man würde helfen, ein neues System zu initiieren und im Sinne eines Anreizsystems eine neue Bewirtschaftungsmethode unterstützen. Seit fünf bis zehn Jahren gibt es Landwirte, die diese Methode anwenden. Zweitens ist nicht gerade ein gutes Anreizsystem, wenn man gerade die innovativen Leute bestraft, welche diese Methode bereits seit fünf bis zehn Jahren anwenden und dafür Geld investiert haben. Und erst die später Kommenden, die nicht innovativ sind, noch unterstützt mit Geld aus der Steuerkasse. Das hat nichts zu tun mit Anreizsystem und wir würden klar gegen das Gesetz verstossen. Es wäre auch falsch, eine spezielle Vorlage zu bringen, welche diesem Artikel im Einführungsgesetz widersprechen würde.
Wir glauben auch, dass wir einen guten Vorschlag gemacht haben, um wirklich eine innovationsträchtige Neuerung unterstützen zu können, mit der Unterstützung der Partikelfilter. Das ist realisierbar. Es kostet vielleicht sogar etwas mehr als die Unterstützung der Schleppschlauchsysteme. Aber es ist eine gute Alternative. Und der Volkswirtschaftsdirektor ist dankbar, dass die SP-Fraktion anerkennt, dass es zumindest eine sinnvolle Ausrede ist. Man kann natürlich immer alles machen. Man kann beide Systeme finanziell unterstützen. Aber irgendwie sind wir auch nicht nur zum Geldverteilen da als Kantonsregierung, sondern wir haben darauf zu achten, dass dieses Geld gesetzeskonform und auch wirksam eingesetzt wird. In anderen Debatten hören wir jeweils die entsprechenden Argumente. Und bitte helfen Sie uns auch bei der Umsetzung, uns an diese Vorgaben zu halten! Lehnen Sie deshalb bitte dieses Postulat ab!

➔ Der Rat beschliesst mit 29 : 23 Stimmen, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

953 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 31. August 2006

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

68. SITZUNG: DONNERSTAG, 31. AUGUST 2006

8.30 – 12.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

954 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 74 Mitgliedern.

Abwesend sind: Leo Granziol, Zug; Markus Grüring, Unterägeri; Daniel Grunder und Andreas Hotz, beide Baar; Peter Dür und Rosemarie Fähndrich Burger, beide Steinhausen.

955 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** erinnert den Rat daran, dass dieses Jahr besonders streng ist und die Geschäftslast einiges grösser als letztes Jahr. Wir haben in der ersten Jahreshälfte bereits eine zusätzliche Sitzung einberufen und das Büro des Kantonsrats sieht vor, nochmals eine solche einzuberufen, und zwar am Donnerstag, 16. November 2006. Es soll eine verlängerte Halbtagessitzung sein. Wir tagen also bis ca. 13 Uhr, damit der Nachmittag wieder zur freien Verfügung steht. Wir erhoffen uns dadurch, die Geschäfte noch in dieser Legislatur beenden zu können.

Weiter hat das Büro beschlossen, in Folge von engen Platzverhältnissen die Benützung von Laptops im Ratssaal durch Ratsmitglieder nicht zu tolerieren.

956 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 22. und 29. Juni sowie vom 6. Juli 2006.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Kommissionsbestellungen:

3.1.1. Gesetz über den öffentlichen Verkehr.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1464.1/.2 – 12124/25).

3.1.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Festlegung der Bahnhaltestellen und der Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1465.1/.2 – 12126/27).

3.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag an die Eissportanlagen Herti Zug.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1466.1/.2 – 12128/29).

4. Gesetz über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz).
2. Lesung (Nr. 1346.7 – 12104).
Anträge von Margrit Landtwing (Nr. 1346.8 – 12122), von Hans Christen (Nr. 1346.9 – 12138) und des Regierungsrats (Nr. 1346.10 – 12141).

5. Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz).
2. Lesung (Nr. 1367.6 – 12103).
Antrag des Regierungsrats (Nr. 1367.7 – 12142).

6. Änderung des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge (Aufhebung der Stipendienkommission und weitere Anpassungen).
2. Lesung (Nr. 1397.5 – 12083).

7. Änderung des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung (IPVG).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1428.1/.2 – 12011/12), der Kommission (Nr. 1428.3 – 12095) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1428.4 – 12096).

8. Kantonsratsbeschluss betreffend Ergänzung zum Objektkredit für den Bau der 1. Etappe der Stadtbahn Zug zur Abgeltung der Investitions-Folgekosten der neuen Haltestellen.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1439.1/.2 – 12043/44) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1439.3 – 12108).

9. Kantonsratsbeschluss betreffend Austritt aus dem Interkantonalen Konkordat über Massnahmen zur Bekämpfung von Missbräuchen im Zinswesen.
Berichte und Anträge des Regierungsrates (Nrn. 1461.1/.2 – 12112/13) und der Konkordatskommission (Nr. 1461.3 – 12146).

10. Kantonsratsbeschluss betreffend Defizitdeckungsbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1456.1/.2 – 12099/100) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1456.3 – 12109).

11. Motion von Alois Gössi, Leo Granziol, Stefan Gisler und Daniel Grunder betreffend eine Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrates (Nr. 1419.1 – 11976).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1419.2 – 12143).

12. Interpellation von Vreni Wicky betreffend KOSA-Initiative (Nr. 1444.1 – 12066).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1444.2 – 12131).

13. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Jugendgewalt (Nr. 1429.1 – 12016).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1429.2 – 12102).

14. Motion von Thomas Villiger betreffend Ausbaggerung der Reuss im ganzen Kantonsgebiet (Nr. 1368.1 – 11811).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1368.2 – 12133).
15. Motion von Alois Gössi betreffend Änderung der Zuständigkeiten bei Einbürgerungen (Nr. 1373.1 – 11817).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1373.2 – 12132).
16. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend Finanzierung der Bildungsanliegen auf der Volksschulstufe (Nr. 1452.1 – 12092).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1452.2 – 12130).

Am Nachmittag erfolgt der Kantonsratsausflug.

957 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 22. und 29. Juni sowie vom 6. Juli 2006 werden genehmigt.

958 MOTION VON RENÉ BÄR BETREFFEND ABSCHAFFUNG DES BILDUNGSRATS

Traktandum 2 – René **Bär**, Cham, hat am 29. Mai 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1459.1 – 12107 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Kantonsrats Motionen oder Postulate, die mit einem beim KR anhängigen Beratungsgegenstand im Zusammenhang stehen, in der Regel mit diesem zu erledigen und gleich gewöhnlichen Anträgen zu behandeln sind.
Die Motion wird im Rahmen der Änderung des Schulgesetzes (Qualitätsentwicklung an den gemeindlichen Schulen / Einführung des Kindergartenobligatoriums, Vorlage Nr. 1455.1 – 12097) an die vorberatende Kommission überwiesen, durch diese wie ein gewöhnlicher Antrag vorberaten und danach durch den Kantonsrat wie ein gewöhnlicher Antrag behandelt.

➔ Der Rat ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

960 MOTION VON MAX UEBELHART BETREFFEND ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DEN FEUERSCHUTZ

Traktandum 2 – Max **Uebelhart**, Baar, sowie elf Mitunterzeichnende, haben am 6. Juli 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1462.1 – 12121 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

961 MOTION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND STANDESINITIATIVE FÜR DEN BAU DES ZIMMERBERGTUNNELS

Traktandum 2 – Die **CVP-Fraktion** hat am 18. Juli 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1467.1 – 12134 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass ein Antrag vorliegt, diese Motion sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich vorerst eine formelle über die sofortige Behandlung. Sofern diese nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Überweisung der Motion an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wird, gibt es danach eine materielle Abstimmung über die Erheblichkeitserklärung (mit einfachem Mehr). – Wir führen aus Praktikabilitätsgründen eine Diskussion über beide Elemente zusammen, jedoch zwei getrennte Abstimmungen. Erfahrungsgemäss lassen sich das Formelle und das Materielle schlecht voneinander trennen.

Beat **Villiger** erinnert daran, dass die Zugsverbindung zwischen der Innerschweiz – namentlich Zug – und Zürich für uns ein eigentlicher Lebensnerv ist. Es ist deshalb von grosser Bedeutung, dass der Zimmerbergbasistunnel möglichst rasch realisiert wird. Ursprünglich war ja geplant, mit dem grundsätzlich im Rahmen des Alptransit-Konzepts bewilligten Bau im Jahre 2006 – mit Inbetriebnahme 2013 – zu beginnen. Aus verschiedenen Gründen wurde der Bau vor Jahren sistiert. Zwischenzeitlich hat nun der Bundesrat für den Zeitraum 2007/08 eine grundsätzliche Überprüfung der noch nicht baureifen Projekte, welche aus dem FinöV-Fonds finanziert werden, in Aussicht gestellt. Dazu gehört auch der Zimmerberg-Basistunnel. Es ist uns bekannt, dass die Zuger Regierung und namentlich die Volkswirtschaftsdirektion sich immer wieder für den rechtzeitigen Bau des Zimmerbergtunnels eingesetzt haben. Weil aber jetzt vom Bund her ein neues Vernehmlassungs- und Überprüfungsverfahren gestartet wird, müssen wir alles für einen baldigen Bau unternehmen. Deshalb unsere Standesinitiative.
Nach Meinung des Votanten gibt es eine Möglichkeit, die man insbesondere verfolgen sollte. Der Bundesrat hat nämlich die Objektkredite im Jahre 2000 für die erste Phase des Neat-Gesamtkredits in Höhe von ca. 12,6 Milliarden freigegeben. Davon bleiben aber 2,9 Mrd. gesperrt für Objektkredite der zweiten Phase, bzw. für den Zimmerbergtunnel, den Monte Ceneri und nicht dringende weitere Ausbauten auf den Neat-Zubringerstrecken. In diesem Verfahren wird also auch der Bedarf des Zimmerbergs erneut überprüft und es ist wichtig, dass hier sich auch das Parlament für den Zimmerberg mit einer Motion wehrt. Die Bedarfsabklärung ist das eine, die regionalen Kräfte das andere. So steht letztlich der Zimmerberg auch in Konkurrenz zu Projekten im Berner Oberland, zur Porta Alpina oder etwa zum Juradurchstich. Wenn wir es jetzt nicht schaffen, dabei zu sein und den neuen Zimmerbergtunnel bis spätestens im Jahre 2030 zu bekommen, dann verlieren wir endgültig den Anschluss – und das Projekt würde dann auf die Jahre nach 2030 verschoben.
Wir stellen den Antrag auf sofortige Behandlung. Dies macht Sinn, weil das Verfahren für die Prüfung der genannten Projekte demnächst beginnt. Aber wenn der Rat die Motion nicht sofort erheblich erklärt, ist das nicht so tragisch, weil davon auszugehen ist, dass die Behandlung der Motion vor dem Hintergrund des Bundesverfahrens so oder so in Bälde erfolgen wird. Es besteht auch ein innerer Zusammenhang

mit dem Vorstoss der Alternativen. Die CVP hat diesen Antrag nicht zuletzt deshalb gestellt, weil er klarere und realisierbarere Anträge enthält als das Postulat der AF, die verlangt, dass man einen Finanzierungsfonds – gespiesen aus den Überschüssen unserer Rechnung – erstellen soll.

Rudolf **Balsiger** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion den Anliegen der Motionäre grundsätzlich anschliessen kann. Es kann doch nicht sein, dass der Kanton Zug in Bern nur zum Thema wird, wenn es darum geht, bei uns Geld abzuholen. Unsere Standesstimme muss auch hörbar sein, insbesondere wenn wir eine Benachteiligung kundtun wollen. Was ganz besonders störend wirkt, ist – wie auch in der Motion formuliert –, dass ein Projekt mit dem Zimmerbergbasistunnel, welches das Volk bereits gutgeheissen hat, in selbstherrlicher Weise von Bern gestrichen wird. Die Autobahn Richtung Norden (Knonaueramt) wurde um Jahre hinausgezögert; die 6-Spur-Erweiterung im Ennetsee sollten wir vorfinanzieren und die Bahnausweichstelle bei Oberwil und damit der Halbstundentakt wird nun auch wieder hinausgeschoben, nachdem der Votant vor wenigen Wochen hier an dieser Stelle verkündete, dass diese im Jahre 2009 stehen würde. Dies alles auf Grund der Tatsache, dass man nicht genau weiss, was nun gilt. Der Zimmerbergbasistunnel muss mit der Spange Rotkreuz, mit dem Gleis 8, das westlich des Bahnhofs Zug erstellt werden muss, und einer Doppelspurstrecke entlang des Rotsees sowie bei Walchwil wieder ins Konzept aufgenommen werden. Erst dann können wir die Planung über den vorgesehenen Weiterausbau der Linie 2 der Stadtbahn wieder aufnehmen. Dass mit der Realisierung des Zimmerbergbasistunnel auch mit einem gewissen Anteil von Güterverkehr zu rechnen ist, nehmen wir in Kauf, da Vergrösserung der Kapazität das Ziel ist. Es scheint so zu sein, dass wir in der Infrastruktur in unserm Kanton nur vorwärts kommen, wenn wir alles selbst machen und selbst finanzieren. Ein Beispiel dafür ist die Stadtbahn. Wollte man dem Zustand der täglich überfüllten Züge von und nach Zürich und Luzern entgegenwirken auf den bestehenden Trasseeanlagen, besteht die Gefahr, dass unser Stadtbahnkonzept nicht mehr funktionieren kann. Das muss vermeiden werden. Eine Mittel dazu bietet sich in der Standesinitiative an. Wir unterstützen daher auch die sofortige Behandlung.

Moritz **Schmid** hält fest, dass die SVP-Fraktion der Meinung ist, die Motion sei erheblich zu erklären, jedoch nicht sofort zu behandeln. Sie sieht mit dem Ausbau des Zimmerbergtunnels Mehrverkehr auf dem Zuger Schienennetz. Auch der Stadtbahnbetrieb auf dem von der SBB zur Verfügung gestellten Schienennetz wird stark gefährdet. Wir sind überzeugt, dass nun endlich der Strassenbau vorangetrieben werden muss. Die langen Staus morgens und abends auf allen Zu- und Wegfahrten zu und von den verschiedenen Arbeitsplätzen soll nun endlich reduziert werden können. Der Votant stellt im Namen der SVP-Fraktion den Antrag, die Motion der CVP-Fraktion sei nicht sofort zu behandeln, jedoch erheblich zu erklären.

Martin **Stuber** betont, dass die AF die Motion zur Standesinitiative unterstützt. Die Stossrichtung ist exakt die gleiche wie diejenige unserer Motion vor den Sommerferien und wir freuen uns, dass die CVP-Fraktion dieses strategische Anliegen nun auch aufgenommen hat. Das Volk hat 1991 mit der NEAT-Vorlage auch explizit einem Zimmerbergtunnel zugestimmt. Dieser gehört zum Alptransitkonzept und müsste eigentlich schon längst im Bau sein. Das Geld für die Projektierung ist auch

gesprochen. Dazu zwei Zitate aus der Botschaft des Bundesrats zum Bundesbeschluss über den Zusatzkredit und die teilweise Freigabe der gesperrten Mittel der zweiten Phase der NEAT vom 10. September 2003: «Fazit: Der Zimmerberg-Basistunnel mit Linienführung gemäss Sachplan Alptransit ist aus bahnbetrieblicher Sicht notwendig. Über den Baubeginn entscheidet der Bundesrat. (…) Die Fortsetzung der Planungen am Zimmerberg-Basistunnel ist mit rund 25 Mio. Franken aus der freigegebenen ersten Phase gesichert.» Im Prinzip könnten die also projektieren! Sie müssten es sogar! Aber sie machen es einfach nicht! Eine völlig verfehlte Sparpolitik in Bern hat bis jetzt verhindert, dass am Zimmerberg geplant, projektiert und gebaut wird. Der Votant möchte bei FDP, CVP und SVP anregen, dass sie hier vielleicht auch bei ihren Mutterparteien tätig werden. Denn da liegt auch noch Einiges im Argen, dass in Bern die Prioritäten anders gesetzt werden. Wenn sie schauen im Vergleich zur Strasse, wie im Infrastrukturfonds wenig Mittel für den Ausbau der Bahnstruktur zur Verfügung stehen, dann liegt es eben auch an der Gewichtsetzung in Bern. Und Martin Stuber hat Angst, dass der Fertigausbau der Nord-Südachse auf den St. Nimmerleinstag verschoben wird. Das darf nicht sein! Im Abstimmungsbüchlein zur NEAT hat der Bundesrat von Reisezeiten zwischen Zürich und Mailand von zwei Stunden geschrieben und Zürich-Bellinzona soll in einer Stunde machbar sein. Das können Sie vergessen ohne Zimmerberg! Und mit dieser attraktiven Bahnverbindung ist damals die NEAT dem Volk schmackhaft gemacht worden. Auf diese Aussage müssen wir den Bund also wirklich behaften.

Der Zimmerberg hat aber auch regionalpolitische Bedeutung. Schon heute stehen die Leute in der 2. Klasse zwischen Luzern und Zürich zu den Hauptverkehrszeiten. Das weitere Potenzial zum Umsteigen ist da und es ist gross. Wenn sie Zug-Zürich mit garantiertem Sitzplatz in 16 Minuten schaffen, steigt die Attraktivität nochmals stark. Alleine auf der Autobahn nach Sihlbrugg haben wir heute 28'000 Fahrzeuge täglich – ein enormes Umsteigerpotenzial. Eine erste Verbesserung bringt nun die Doppelspur Cham-Rotkreuz, welcher der Verwaltungsrat der SBB am Montag zugestimmt hat – jetzt fehlt nur noch das Ja dieses Rates. Aber für den Viertelstundentakt mit stabilem Fahrplan zwischen Zürich und Luzern braucht es die durchgehende Doppelspur, und davon wäre der Zimmerberg ein Teil. Wir machen uns aber keine Illusionen – der kleine Kanton Zug alleine wird es nicht schaffen, den Zimmerberg wieder ins Spiel zu bringen. Es ist eine konzertierte Aktion nötig, damit wir in Bern Erfolgschancen haben. Und wir müssen alle am gleichen Strick ziehen und dabei das parteipolitische Kalkül auf der Seite lassen. Sonst passiert das, was bei der Vorstellung der ZEB (Zukünftige Entwicklung der Bahnprojekte) der Tages Anzeiger vom 8. April dieses Jahres geschrieben hat: «"Praktisch alle Regionen können profitieren", sagte Max Friedli, Direktor des Bundesamts für Verkehr (BAV). Wer sich dennoch benachteiligt fühlt, wird allenfalls mit so genannten Erweiterungsoptionen politisch ruhig gestellt. Diese Optionen sollen, sofern die NEAT genügend Geld übrig lässt, das Kernangebot ergänzen und maximal 1,5 Milliarden kosten. Ein solches Zückerchen könnte vor allem für die Zentralschweiz nötig werden, etwa in Form des Ausbaus der Strecke Rotsee-Luzern.» Wir wollen keine «Zückerchen» – wir wollen eine zukunftstaugliche Bahn, welche die existierenden Potenziale ausschöpfen kann und nicht durch Flaschenhälse behindert wird.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, dass wir nicht nur die Motion, sondern auch deren Dringlicherklärung und somit Erheblicherklärung unterstützen. An die Adresse der SVP: Die Dringlicherklärung ist auch ein Signal, und zwar ein deutliches! Wir bitten den Regierungsrat, der Frage des Zimmerbergtunnels grosse Priorität einzuräumen, und sind zuversichtlich, dass er dies tun wird, Ob Fonds oder Standesinitiative oder weitere politische Mittel – entscheidend ist, dass dieser Zug nicht verpasst wird!

Käty **Hofer** ist der Ansicht, dass materiell bereits vieles gesagt wurde. Sie muss sich dazu nicht mehr äussern. Die SP-Fraktion ist selbstverständlich für jede Vorlage, die den öffentlichen Verkehr fördert. Wir unterstützten auch die sofortige Behandlung.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** hält fest, dass der Regierungsrat mit der sofortigen Behandlung der CVP-Motion einverstanden ist und gleichzeitig auch die Erheblicherklärung beantragt. Dies aus folgenden Gründen: Es ist für den Kanton Zug und die Zentralschweiz insgesamt schlichtweg nicht akzeptabel, dass der «Zimmerberg II» für die Finanzierung der Mehrkosten für die neuen Gotthard- und Lötschbergachsen geopfert werden soll und im Rahmen der Vorschläge des Bundes zur zukünftigen Entwicklung der Bahnprojekte (ZEB) aus dem Kernangebot der Bahnausbauten gestrichen wird, die bis zum Jahr 2030 realisiert werden können. Ohne den Bau des Basistunnels Zimmerberg II zwischen Baar und Thalwil könnte das bestehende Bahnangebot zwischen Luzern-Zug und Zürich bis Mitte dieses Jahrhunderts überhaupt nicht mehr erweitert werden, obwohl die Züge heute zeitweise schon überlastet sind und für die nächsten Jahre ein weiterhin grosses Wachstumspotenzial bezüglich der Bevölkerung und der Wirtschaft besteht. Die Beschränkung auf das heutige Bahnangebot zwischen Luzern-Zug und Zürich für die nächsten Jahrzehnte hätte schwerwiegende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region. Der Bau des Zimmerbergtunnels würde die Fahrzeiten der Bahn zwischen Zug und Zürich auf attraktive 15 Minuten verkürzen. Damit wäre die Bahn von Zug nach Zürich doppelt so schnell wie der Strassenverkehr. Zudem würde auch eine Verdoppelung des heutigen Bahnangebots möglich, so z.B. ein Halbstundentakt von Zug zum Flughafen Kloten.
Mit Unterstützung der anderen Zentralschweizer Kantone fordert die Zuger Regierung vom Bund seit Jahren die Realisierung des vom Schweizer Volk in der so genannten Alpentransit-Abstimmung beschlossenen und im Sachplan Verkehr des Bundes und in den Richtplänen der Kantone Zug und Zürich behördenverbindlich festgesetzten Baus des zweispurigen Eisenbahntunnels Zimmerberg II zwischen Thalwil und Baar. Er ist froh, dass der Kantonsrat mit einer Standesinitiative seine eigenen Bemühungen tatkräftig unterstützen will, damit der Zimmerberg II in den bevorstehenden Arbeiten des Bundesamts für Verkehr und in den anschliessenden Entscheiden des Bundesrats und der eidgenössischen Räte nicht fallengelassen, sondern in das Kernangebot der zukünftigen Entwicklung der Bahnprojekte (ZEB) aufgenommen wird.
Abschliessend noch ein Wort zum Antrag der SVP-Fraktion, die Motion nicht sofort zu behandeln. Der Volkswirtschaftsdirektor hat in der Begründung dazu keinen konkreten Grund gehört für diesen Antrag. Es gibt auch keinen solchen Grund. Die Nichtdringlicherklärung der Motion würde nichts anderes als einen zusätzlichen administrativen Aufwand bedeuten, die Ausarbeitung eines zusätzlichen Berichts. Aber der Sachverhalt ist wirklich klar! Dazu kommt, dass in der schriftlichen Beantwortung des Postulats der AF der Regierungsrat bereits verabschiedet und beschlossen hat, die Hintergründe zum Zimmerberg bezüglich Finanzierung und die Notwendigkeit dieses Baus im einzelnen aufzuzeigen. Es würde wirklich keinen Sinn machen, dies in einem zusätzlichen Bericht noch einmal zu tun. Walter Suter bittet den Rat deshalb, die Motion wirklich heute zu behandeln und erheblich zu erklären.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es zur sofortigen Behandlung ein Mehr von zwei Drittel des Rats bedarf.

Moritz **Schmid** zieht den Antrag der SVP-Fraktion zurück.

➔ Der Rat stimmt mit deutlichem Mehr für die sofortige Behandlung der Motion.

➔ Der Rat stimmt mit 69 Stimmen für die Erheblicherklärung.

962 INTERPELLATION VON MONIKA BARMET, KARL KÜNZLE, KARL NUSSBAUMER UND BRUNO PEZZATTI BETREFFEND VERKEHRSSITUATION IN MENZINGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER PLANUNG UND DEM BAU DER TANGENTE NEUFELD BAAR

Traktandum 2 – Monika **Barmet**, Karl **Künzle**, Karl **Nussbaumer** und Bruno **Pezzatti**, alle Menzingen, haben am 16. August 2006 die in der Vorlage Nr. 1468.1 – 12148 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

963 INTERPELLATION VON FRANZ ZOPPI UND MANUEL AESCHBACHER BETREFFEND INTERKANTONALEM POLIZEIEINSATZ ZUR 1. AUGUST-FEIER AUF DEM RÜTLI

Traktandum 2 – Franz **Zoppi**, Risch, Manuel **Aeschbacher**, Cham, sowie 12 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 17. August 2006 die in der Vorlage Nr. 1469.1 – 12150 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat 15 Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

964 INTERPELLATION VON SILVAN HOTZ BETREFFEND ERDVERLEGUNG DER HOCHSPANNUNGSLEITUNG DER SBB/NOK-LEITUNG 132 IM KANTON ZUG

Traktandum 2 – Silvan **Hotz**, Baar, hat am 18. August 2006 die in der Vorlage Nr. 1470.1 – 12151 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sieben Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

965 –GESETZ ÜBER DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR
–KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND FESTLEGUNG DER BAHNHALTESTELLEN UND DER KNOTENPUNKTE DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1464.1/.2 – 12124/25 und 1466.1/.2 – 12126/27).

➔ Die Vorsitzende teilt mit, dass diese beiden Vorlagen an die Kommission für den öffentlichen Verkehr überwiesen werden.

966 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BEITRAG AN DIE EISSPORTANLAGEN HERTI ZUG

Traktandum 3.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1466.1/.2 – 12128/29).

Auf Antrag der **Fraktionschefkonferenz** wird das Geschäft zur Beratung an eine 15-köpfige Kommission überwiesen (CVP 5, FDP 4, SVP 4, SP 1, AF 1).

➔ Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

	Karl Nussbaumer, Menzingen, ***Präsident***	*SVP*
1.	Rudolf Balsiger, Bruder-Klausen-Weg 5, 6317 Oberwil	FDP
2.	Monika Barmet, Mühlestrasse 21, 6313 Edlibach	CVP
3.	Georg Helfenstein, Luzernerstrasse 43, 6330 Cham	CVP
4.	Hansjörg Hermann, Weinberghöhe 33, 6340 Baar	SP
5.	Andreas Hotz, Burgmatt 22c, 6340 Baar	FDP
6.	Andreas Huwyler, Sonnhaldenstrasse 17, 6331 Hünenberg	CVP
7.	Silvia Künzli, Oberbrüglenweg 4, 6340 Baar	SVP
8.	Karl Nussbaumer, Brettigen, 6313 Menzingen	SVP
9.	Bruno Pezzatti, Kreuzrain 3, 6313 Edlibach	FDP
10.	Markus Scheidegger, Ringstrasse 23, 6343 Rotkreuz	CVP
11.	Anton Stöckli, Steinhauserstrasse 23, 6300 Zug	SVP
12.	Barbara Strub, Holderbachweg 6, 6315 Oberägeri	FDP
13.	Martin Stuber, Göblistrasse 16, 6300 Zug	AF
14.	Werner Villiger, Ägeristrasse 94, 6300 Zug	SVP
15.	Vreni Wicky, Hofstrasse 78a, 6300 Zug	CVP

967 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND AUSTRITT AUS DEM INTERKANTONALEN KONKORDAT ÜBER MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON MISSBRÄUCHEN IM ZINSWESEN

Traktandum 3.3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1461.1/.2 – 12112/13).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese Vorlage bereits vor der Verabschiedung durch den Regierungsrat am 4. Juli 2006 auf Grund von § 19bis Abs. 2 der Geschäftsordnung am 28. Juni 2006 durch die Konkordatskommission beraten wurde. Der Kommissionsbericht liegt vor. Da dieses Geschäft keine finanziellen Auswirkungen hat, wurde es der Stawiko nicht vorgelegt. Es kann somit bereits heute behandelt werden (siehe Trakt. 9).

968 KANTONSRATSBESCHLUSS ÜBER DIE GENEHMIGUNG DES KONKORDATS DER KANTONE DER NORDWEST- UND INNERSCHWEIZ VOM 5. MAI 2006 ÜBER DEN VOLLZUG VON STRAFEN UND MASSNAHMEN (STRAFVOLLZUGSKONKORDAT)

Traktandum 3.4 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1460.1/.2 – 12110/11).

➔ Die Vorsitzende teilt mit, dass diese Vorlage zur Beratung bereits direkt an die Konkordatskommission überwiesen wurde.

969 GESETZ ÜBER DIE ZUGER PENSIONSKASSE (PENSIONSKASSENGESETZ)

Traktandum 4 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 22. Juni 2006 (Ziff. 915 und 917) ist in der Vorlage Nr. 1346.7 – 12104 enthalten. – Auf die 2. Lesung hin sind folgende Anträge eingegangen: Antrag von Margrit Landtwing (Nr. 1346.8 – 12122), Antrag von Hans Christen (Nr. 1346.9 – 12138), Antrag des Regierungsrats (Nr. 1346.10 – 12141) mit Ergänzung per E-Mail vom 30. August 2006, Antrag von Eusebius Spescha (Nr. 1346.11 – 12149).

Antrag von Hans Christen betreffend eigene Pensionskasse für das Lehrpersonal der gemeindlichen Schulen (§ 1 Abs. 1 Bst. b, Vorlage Nr. 1346.9 – 12138)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat dem Rat seinen Antrag zum Antrag Christen gestern elektronisch zugestellt hat.

Hans **Christen** dankt dem Regierungsrat, dass er bei Prof. Dr.iur. Jürg Brühwiler ebenfalls ein Gutachten hat erstellen lassen. Zusammen mit Prof. Dr.iur. Hans Michael Riemer haben nun sicher die beiden kompetentesten Rechtsgutachter der

Schweiz in dieser Frage diesen Antrag bearbeitet. Beide Gutachter bestätigen, dass die Abstimmung anlässlich der 1. Lesung des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse betr. § 1 Abs. 1 Bst. b bundesrechtswidrig war.
Grundsätzlich geht es dem Votanten darum, dass alle städtischen Angestellten – wozu auch die Lehrpersonen gehören – in der gleichen Pensionskasse versichert sind. Nur so ist eine Gleichbehandlung des gesamten städtischen Personals möglich. Er hätte diesen Antrag auch gestellt, wenn eine andere Berufsgruppe, die städtische Arbeitnehmer sind, in der kantonalen Pensionskasse versichert wäre. Eine Überführung der städtischen Pensionskasse in die kantonale Pensionskasse steht zurzeit nicht zur Debatte. Das war vor vier Jahren der Fall. Der Grosse Gemeinderat hat am 9. Dezember 2002 gegen den Antrag des Stadtrats entschieden, dass für das städtische Personal weiterhin eine eigene Pensionskasse zu führen ist. Das ist ein parlamentarischer Auftrag und den hat der Stadtrat zu erfüllen. Die seinerzeitige Ausfinanzierung hätte auch getätigt werden müssen, wenn die städtische Pensionskasse in die kantonale überführt worden wäre. Die städtische Pensionskasse erfreut sich heute einer sehr guten finanziellen Lage.
Der Regierungsrat hat dem Rat mit E-Mail vom 24. August 2006 und ergänzend mit E-Mail vom 30. August 2006 mitgeteilt, dass er sich auf Grund dieser Sachlage dem Antrag von Hans Christen anschliessen wird. Der Regierungsrat hat diesen Antrag redaktionell geändert und ergänzt und beantragt auch die Änderung von § 3 Abs. 3 des Lehrerbesoldungsgesetzes. Diese Änderung ist nötig und auch korrekt. Voraussichtlich wird diese, wenn der Kanton den Gemeinden in Zukunft nur noch eine Pauschale pro Schüler resp. Schülerin vergütet, ohnehin gegenstandslos. Im Weiteren beantragt er eine Anpassung bezüglich der Einmaleinlage für Altersleistungen.
Der Votant stimmt diesen Änderungsanträgen der Regierung zu und zieht seinen Antrag der Vorlage Nr. 1346.9 zurück. Er bittet die Präsidentin, die Abstimmung gemäss den per E-Mail zugestellten Anträgen des Regierungsrats zur Abstimmung zu bringen.
Der Kantonsrat darf sich bei seiner gesetzgeberischen Tätigkeit nicht ausschliesslich von politischen Aspekten leiten lassen, er hat vielmehr auch übergeordnetes Recht zu beachten. Hier ist ein politischer Entscheid nicht angebracht. Das übergeordnete Bundesrecht wurde nun von beiden Gutachtern bestätigt.
Hans Christen ersucht den Rat, dem Antrag zuzustimmen. Mit dieser Zustimmung verhindern Sie eine unnötige staatsrechtliche Beschwerde. Es macht doch keinen Sinn, wenn eine Gemeinde wegen einem Kantonsratsbeschluss eine staatsrechtliche Beschwerde führt, wenn man im vornherein weiss, dass sie das Recht auf ihrer Seite hat, und dadurch unnötig hohe Kosten verursacht.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass die Regierung während der ganzen Beratung des Pensionskassengesetzes der Meinung war, dass der Kanton die Funktion als Arbeitgeber auch für gemeindliche Lehrpersonen innehat. Dies aus juristischer, aber auch aus politischer Sicht. Die Kommission hat sich dieser Ansicht angeschlossen, der Rat bei der 1. Lesung ebenfalls. Es ist unzweifelhaft der Fall, dass der Gesetzgeber die Absicht hatte, mit den einschlägigen Bestimmungen im Lehrerbesoldungsgesetz eine lohnmässige Gleichbehandlung auch der gemeindlichen Lehrkräfte anzustreben. Bei der Ertragsüberschussbehandlung oder damals, als es um die Beiträge von 650 Franken anlässlich der 650-Jahrfeier des Beitritts des Kantons Zug zur Eidgenossenschaft ging, haben sich die gemeindlichen Lehrkräfte jeweils auch als Arbeitnehmer des Kantons gesehen. Sie wollten jeweils ebenfalls von diesen Sonderleistungen profitieren. Daneben gibt es noch eine weitere Reihe von

Bestimmungen, welche die Qualifizierung des Kantons als Arbeitgeber rechtfertigen. Mehrere interne Beurteilungen hatten uns in der Überzeugung bestärkt. Um diese Haltung zu untermauern, liessen wir sie dann nach dem zweiten Antrag von Hans Christen durch ein externes Gutachten beurteilen. Bekanntlich kam dieser Experte zum gleichen Ergebnis wie der Experte Riemer. Mit diesem Gutachten sind unsere Zweifel nicht vollständig ausgeräumt. Wir sind der Ansicht, dass die Gutachten zu etwa 80 % Recht haben und unsere Beurteilung etwa zu 20 %. Deshalb kommen wir contre coeur zum Entschluss, dem Anliegen Christen stattzugeben. Dieses Vorgehen erlaubt auch, noch weitere Bestimmungen im Pensionskassengesetz einzufügen. Über eine gerichtliche Beurteilung wäre dies nicht möglich. Das Gericht würde ja nur den fehlerhaften Beschluss feststellen. In diesem Sinne stellt Peter Hegglin im Namen des Regierungsrats einen weiteren Hauptantrag mit den Einzelheiten, welche der Rat per E-Mail erhalten hat.
Er möchte auf einzelne Absätze eingehen. So auf § 33 Abs. 2 und 6. Dort geht es um die Einmaleinlage. Diese bezweckt, den Übergang von den bisherigen gestuften Spargutschriften zu den Einheitsgutschriften für den einzelnen Versicherten abzufedern. Damit sollten die Ausfälle, welche diese Personen betreffen, teilkompensiert werden. Wir waren uns bewusst, dass es eventuell auch Einzelaustritte geben könnte von Versicherten, welche von dieser Einmaleinlage profitiert hätten, und dann vielleicht den Arbeitgeber wechseln würden und dort weiter versichert wären. Wir dachten, das könnten wir in Kauf nehmen. Wir gingen aber nicht davon aus, dass es zu einem kollektiven Austritt kommen könnte, der ja jetzt mit diesem Antrag Christen absehbar ist. Und wenn es zu diesem kollektiven Austritt käme vor dem Ablauf von fünf Jahren, wäre es ja der Fall, dass all diese Versicherten per 1. Januar 2007, wenn das Pensionskassengesetz in Kraft tritt, diese Einmaleinlage erhalten würden, sie dann, wenn die Kündigungsfristen eingehalten sind, ein Jahr später mit dieser Gutschrift austreten, bei der Stadtzuger Pensionskasse eintreten und dort dann weiterhin von den gestuften Spargutschriften profitieren würden. Und das war sicher nie im Sinne des Erfinders. Zudem kommt dazu, dass ja diese Versicherten die Finanzierung dieser Einmaleinlage auch nicht geleistet haben. Denn diese wird ja über fünf Jahre mit den Zusatzbeiträgen finanziert. Es gäbe hier eine doppelte Bevorteilung dieser Versicherten. Sie bekämen eine Gutschrift, bezahlen sie nicht und profitieren dann bei der nächsten Pensionskasse wiederum von gestuften Spargutschriften. Deshalb empfiehlt der Finanzdirektor, auch § 33 Abs. 2 und 6 aufzunehmen.
Zum Lehrerbesoldungsgesetz, geregelt im PK-Gesetz unter § 36 Ziff. 4 (Lehrerbesoldungsgesetz § 3 Abs. 3). Gemäss diesem Gesetz ist der Kanton verpflichtet, die Hälfte der geschuldeten Arbeitgeberbeiträge zu bezahlen. Solange alle Versicherten bei der Zuger Pensionskasse versichert sind, ist diese Bestimmung klar und hat auch nie Probleme geschaffen. Mit der Ausnahmeregelung, wonach Gemeinden mit einer eigenen PK ihre Lehrkräfte in ihrer PK versichern können, muss diese Bestimmung eingeschränkt werden. Denn es kann ja nicht angehen, dass der Kanton für in andern Kassen Versicherte höhere Beiträge zu bezahlen hätte. Wir haben versucht, anhand des konkreten Beispiels diese Mehrbelastungen zu berechnen. Je nachdem wie Sie dann später die Zusatzbeiträge festsetzen oder nicht, ist diese Mehrbelastung zwischen 500' und 800'000 Franken. Nur die Mehrbelastung, wenn diese Lehrkräfte nicht bei uns versichert sind! An diesem Beispiel sehen Sie, dass die Regelung der Zuger PK eigentlich gut ist. Wir haben doch eine kostengünstige Lösung. Und wenn die Stadt Zug diese Lehrkräfte bei sich versichern will, dann soll sie diese Mehrkosten selber tragen. Das ist sicher nachvollziehbar. Und der Finanzdirektor nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass auch Hans Christen diesem Antrag zustimmt.

Die Regierung möchte diese Punkte als Einheitspaket zur Abstimmung bringen. Peter Hegglin empfiehlt dem Rat, diesem Antrag zu folgen.

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass die vorberatende Kommission heute früh in einer kurzen Sitzung die verschiedenen auf die 2. Lesung eingegangenen Anträge besprochen und dazu einzeln Stellung genommen hat. Bevor er sich zum Antrag Christen äussert, möchte er einen Überblick auf die Anträge der Kommission geben. Sie unterstützt die beiden Anträge des Regierungsrats betreffend Anpassung des Rücktrittalters bei vorzeitiger Pensionierung und betreffend Umbenennung der Besitzstandgarantie in eine Einmaleinlage sowie den Antrag Landtwing. Demgegenüber lehnt sie den Antrag Christen/Regierung ab. Hier ist beizufügen, dass die Kommission einen eigenen Antrag unterbreiten wird, der aus dem Antragspaket der Regierung besteht ohne § 1. Dann lehnt die Kommission auch den Antrag Spescha betreffend Zusatzbeiträge ab sowie den Antrag Spescha betreffend hälftige Übernahme der Verwaltungskosten. Der Kommissionspräsident wird die Haltung der Kommission im Einzelnen noch begründen.
Zum Antrag Christen, welcher von der Regierung contre coeur unterstützt wird. Die Kommission hat vom zweiten Gutachten von Prof. Riemer sowie vom Gutachten von Prof. Brühwiler, welches nach der 1. Lesung von der Finanzdirektion in Auftrag gegeben wurde, Kenntnis genommen. Sie hat festgestellt, dass bei einer rein juristischen Betrachtung offenbar dem Antrag Folge geleistet werden müsste. Der Kantonsrat hat diesen Antrag bekanntlich an der 1. Sitzung deutlich mit 41 : 25 Stimmen abgelehnt. Es stellt sich heute die Frage, ob der Rat bei seinem heutigen Entscheid wiederum – d.h. analog zum Vorgehen bei der 1. Lesung – die für ihn und wohl für die meisten Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kantons im Vordergrund stehenden politischen Argumente stärker berücksichtigen soll oder die juristischen Gesichtspunkte. Die Kommission entschied sich auch heute früh für eine stärkere Gewichtung der politischen Argumente. Der Antrag Christen/Regierung wurde mit 9 : 4 Stimmen abgelehnt. Die Kommissionsmehrheit beantragt demgegenüber, das Antragspaket der Regierung ohne § 1 zu unterstützen und als Kommissionsantrag zur Abstimmung zu bringen. Dieser Antrag wurde mit 9 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen.
Die Begründung der Ablehnung des Antrags Christen. Es handelt sich ja hier um einen Antrag des gesamten Stadtrats und nicht nur von Hans Christen.
1. Die Ungleichbehandlung der Lehrerschaft im Kanton fällt mehr ins Gewicht und ist störender als die Ungleichbehandlung von Lehrern und übrigen Stadtangestellten in der Gemeinde Zug.
2. Es ist ein Präjudiz für andere Gemeinden, welche ebenfalls die Gründung einer eigenen gemeindlichen PK in Angriff nehmen könnten.
3. Ein Schritt in die falsche Richtung: Anstatt das Pensionskassengestrüpp in der Schweiz mit den rund 7'000 verschiedenen Pensionskassen auszudünnen und diese in grössere Pensionskassen mit einer verbesserten Transparenz zusammenzulegen, würde der Kanton Zug durch Annahme des Antrags Christen in die falsche, entgegengesetzte Richtung gehen.
4. Das neue Gesetz der Zuger Pensionskasse kann, trotz der angekündigten Beschwerde der Stadt Zug, am 1. Januar 2007 – mit Ausnahme des beanstandeten Paragraphen – in Kraft gesetzt werden, vorausgesetzt, dass gegen das Gesetz kein Referendum ergriffen wird. Eine Kommission des Ständerats hat übrigens vorgestern beschlossen, in diesem Herbst auf nationaler Ebene – im Nachgang zu den Vorkommnissen bei der Swissfirst – eine Teilrevision des BVG zu beantragen. Bei der

anstehenden Teilrevision des BVG müsste dann auch der in unserem Fall zur Diskussion stehende Artikel 11 des BVG überprüft und angepasst werden, sodass bei der angedrohten Beschwerde der Stadt Zug aller Voraussicht nach nur mit einer vorübergehenden, zeitlich begrenzten Wirkung gerechnet werden muss.

Der stellvertretende Stawiko-Präsident Gregor **Kupper** hält fest, dass die Stawiko dieses Geschäft aus Zeitgründen nicht beraten konnte. Er verzichtet deshalb auf ein Votum.

Louis **Suter** weist darauf hin, dass die Stadt Zug als einzige Gemeinde – nach ausdrücklichem Willen des Grossen Gemeinderats – weiterhin eine eigene Pensionskasse führt. Auch wenn dieser Entscheid für die Stadt Zug sehr teuer zu stehen kam und gemäss neuen Studien in der Schweiz über 8'000 zu kleine Pensionskassen existieren, liegt es nicht an uns, hier über diesen Entscheid zu diskutieren. Der Antrag der Stadt Zug, Vertreten durch Hans Christen, ihre Lehrer in ihre eigene PK aufzunehmen, ist daher verständlich. Aber ebenso verständlich ist, dass die CVP-Fraktion unsere eigene PK nicht schwächen möchte und – obwohl beide Gutachten zu gleich lautenden Schlussfolgerungen kommen – am Ergebnis der ersten Lesung festhalten möchte und den Antrag Christen – wie die vorberatende Kommission – ablehnt. Gleichzeitig unterstützen wir jedoch – wie die PK-Kommission – die ergänzenden bzw. zusätzlichen Anträge der Regierung bezüglich der Differenzzahlungen der Arbeitgeberbeiträge.
Grundsätzlich sind vier Lösungen möglich:

1. Festhalten am Ergebnis 1. Lesung
2. Antrag Hans Christen
3. Antrag Regierung gemäss E-Mail vom 30. August
4. Antrag vorberatende Kommission; d.h. festhalten am Ergebnis 1. Lesung und Ergänzung mit den Anträgen der Regierung zu § 33, Abs. 6 und § 37 Änderung des bisherigen Rechts, Ziffer 4, § 3 Abs. 3.

Folgende Gründe haben uns bewogen, den Antrag Christen abzulehnen, das PK-Gesetz jedoch gemäss den Anträgen der Regierung zu ergänzen:
– Wir wollen die kantonale Pensionskasse nicht schwächen und keine Präjudizen schaffen.
– Wir wollen nicht mehr als die Hälfte der gemäss kantonalem PK-Gesetz geschuldeten Arbeitgeberbeiträge an irgend eine PK bezahlen – bei der städtischen PK wären dies bei einem negativen Gerichtsentscheid, wie wir gehört haben, jährlich rund 700'000 Franken.
– Trotz den beiden Gutachten sind wir nach wie vor der Meinung, dass es bei einer Mitfinanzierung von 50 % an den Lehrergehältern richtig ist, dass alle Lehrer im Kanton gleich behandelt werden und deshalb auch die der Stadt Zug der kantonalen PK angehören und es für den Kanton legitim ist, diesbezüglich auf die Kantonshoheit zu beharren.
– Die geltende kantonale Regelung ordnet im Lehrerbesoldungsgesetz die gemeindlichen Lehrkräfte ausdrücklich und abschliessend. Dies wird in keinem der Gutachten berücksichtigt. Es ist deshalb falsch davon auszugehen, dass die Gerichte automatisch nach den Schlussfolgerungen der Gutachten urteilen werden.
Die CVP Fraktion hofft deshalb auf die Unterstützung des Rats.

Hans Peter **Schlumpf** hält fest, dass eine Mehrheit der FDP-Fraktion den Antrag von Hans Christen respektive der Regierung nicht unterstützt. Juristische Gutachten sind das Eine. Wir nehmen sie selbstverständlich zur Kenntnis, sie sind aber noch kein Urteil. Politische Zielsetzungen und betriebswirtschaftliche Sachverhalte sind das Andere. Die kantonale Pensionskasse mit heute um die 7'000 Versicherten hat bezüglich Verwaltungsaufwand und Risikostreuung eine vernünftige und auch längerfristig lebensfähige Grösse. Auch die städtische PK ist lebensfähig, sie hat aber doch nur einige Hundert Versicherte. Gerade auf Grund verschiedener Ereignisse der letzten Monate hat sich gezeigt, dass die aufsichtsrechtliche Situation und die Professionalität in der Führung bei vielen Pensionskassen gerade im öffentlichen Bereich immer noch ungenügend sind. Die entsprechenden Anforderungen und Vorschriften werden zweifellos ansteigen. Deshalb müssten wir eigentlich eher alles daran setzen, die beiden öffentlichen Zuger Pensionskassen von Kanton und Stadt miteinander zu vereinen, als die kantonale PK durch den Abzug von über 300 versicherten Lehrern zu schwächen. Mit einer Zustimmung zu diesem Antrag würden wir zudem die Türen öffnen, dass eventuell auch andere Gemeinden auf die Idee kommen könnten, eigene Pensionskassen zu gründen. Eine solche mögliche Atomisierung des Zuger öffentlichen Pensionskassenmarktes wollen wir nicht unterstützen. Unsere politische Verantwortung und betriebswirtschaftliche Vernunft veranlassen eine Mehrheit der FDP-Fraktion, zum vorliegenden Antrag nein zu sagen. Wir sind uns natürlich bewusst, dass es in dieser Frage zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung kommen kann, wenn die Stadt Zug dies will und veranlasst. Genau aus diesem Grund werden wir, wie das der Kommissionspräsident schon angetönt hat, die von der Regierung beantragten Änderungen in § 33, die sich mit der finanziellen Handhabung von Massenaustritten beschäftigt, unterstützen.

Stephan **Schleiss** hält fest, dass die SVP-Fraktion den Antrag von Hans Christen, der zurückgezogen worden ist zu Gunsten von jenem der Regierung, unterstützt. Sie war allerdings zum Zeitpunkt dieses Entscheids noch nicht in Kenntnis des Kommissionsantrags. Der Votant kann angesichts der knappen Mehrheit nicht garantieren, ob der eine oder andere noch auf die Kommission umschwenken wird. Weiter wird die SVP-Fraktion die Umbenennung der Besitzstandgarantie unterstützen. Solche redaktionelle Bereinigungen können wir hinnehmen, wenn es darum geht, von der 1. Lesung abzuweichen. An den anderen Resultaten der 1. Lesung wollen wir hingegen festhalten. Wir sind der Auffassung, dass sich seither keine neuen Erkenntnisse ergeben haben. Dass ein Sturm der Entrüstung durch die Leserbriefspalten brausen würde, war abzusehen. Die in der 1. Lesung gefällten Entscheide erachten wir als bewusst und sachlich begründet. Es gibt abgesehen von Partikularinteressen – in diesem Zusammenhang sei auf die Interessenbindungen verwiesen – keinen Grund, diese nun teilweise wieder rückgängig zu machen.

Eusebius **Spescha** meint, wir seien stolz, in einem Rechtsstaat zu leben. Deshalb haben wir geschworen, dass wir uns an die Gesetze halten. Zu diesem Rechtsstaat gehören einige wichtige Grundsätze. Einer davon ist, dass übergeordnetes Recht dem untergeordneten vorgeht. Wir haben hier eine rechtlich klare Situation – das haben diese Gutachten deutlich gezeigt. Diese 80 Prozent des Finanzdirektors sind eine nette Rückzugsformulierung, die Wahrscheinlichkeit ist ja eher bei 95 oder mehr Prozent. Wir haben also eine klare Situation, was uns hier vom nationalen Recht vorgegeben ist. Und dieses müssen wir umsetzen.

Zum Inhaltlichen. Es ist eben so: Die Stadt Zug hat das Recht, eine eigene Pensionskasse zu führen. Man kann sich nun darüber streiten, ob das sinnvoll ist oder nicht. Der Votant war in jenem Stadtrat dabei, der eigentlich den Anschluss an die kantonale Pensionskasse wollte. Hans Christen hat es gesagt: Wir haben das tatsächlich mal dem Parlament vorgeschlagen. Es wäre durchaus vernünftig gewesen. Es hat aber einen klaren und eindeutigen Entscheid des Parlaments gegeben, die eigenständige Kasse zu pflegen. Und für diesen Entscheid gibt es durchaus gute Argumente. Alle Experten, die wir damals fragten, sagten ganz klar, eine Kasse in dieser Grössenordnung sei lebensfähig. Und wenn Sie in den letzten Wochen gelesen haben, was alles in der Pensionskassenlandschaft schief läuft, dann ist darauf hinzuweisen, dass immer über grosse Kassen gesprochen wurde und nicht über die kleinen. Die Probleme im Moment haben einige sehr grosse Kassen und die kleinen waren in den letzten Wochen und Monaten kein Thema. Eusebius Spescha ist ein wenig erstaunt über die Aussage des Finanzdirektors, dass es gute Argumente dafür gebe, dass der Kanton Arbeitgeber der Lehrpersonen sei. Es ist klar, der Kanton regelt diese Arbeitsverhältnisse. Dazu gibt es das Lehrerbesoldungsgesetz. Aber es ist ebenso klar – und das sagen andere Verlautbarungen der Regierung deutlich: Formalrechtlich ist die Gemeinde Arbeitgeberin. Sie schliesst den Arbeitsvertrag ab. Sie hat alle rechtlichen Verpflichtungen des Arbeitgebers. Der Votant bittet den Rat, politische Weisheit zum Zuge kommen zu lassen. Macht es tatsächlich Sinn, hier einen Entscheid zu fällen, von dem wir alle wissen, dass er mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit vom Bundesgericht aufgehoben wird? Das zeugt tatsächlich nicht von politischer Klugheit. Zwingen wir die Stadt Zug nicht auf den Rechtsweg! In diesem Sinn bittet Eusebius den Rat – auch im Namen der SP-Fraktion – den Antrag des Regierungsrats mit allen Zusatzanträgen zu unterstützen.

Stefan **Gisler** hält fest, dass die AF ja sagt zum regierungsrätlichen Antrag. Eine einheitliche starke kantonale Pensionskasse wäre auch sein persönliches Anliegen. Aber solange die Stadt eine eigene PK hat, hat sie auch das Recht, ihre Angestellten dort zu versichern. Und die Stadt ist nun mal Arbeitgeber der Lehrpersonen. Wir haben vorhin verschiedene Gegenargumente gehört. Der Votant hält die wenigsten für sehr stichhaltig. Zu Hans Peter Schlumpf, der sagte, eine gute Aufsicht und Kassenführung sei wichtig: Das hat nichts mit der Grösse der Kasse zu tun. Die Stadt ist durchaus in der Lage, die Kasse gut zu führen. Das Argument, man wolle die kantonale PK durch einen Massenaustritt nicht schwächen, ist auch nicht stichhaltig. Die kantonale PK hat über 8'000 Versicherte und Rentnerinnen. Und ein Austritt von rund 300 Stadtzuger Lehrpersonen schwächt die kantonale PK bei Gott nicht! Zudem ist die von Bruno Pezzatti angekündigte Teilrevision des BVG noch in weiter Ferne, auch wenn eine Ständeratskommission eine solche ankündigt. Es wird noch Jahre dauern. Und die Gesetze sind nicht ewig – das wird sich immer wieder ändern. Also müssen wir uns doch an das bestehende Recht halten und nicht im Hinblick auf eventuelles zukünftiges Recht handeln.
Noch etwas zum Risiko, dass andere Gemeinden nun auch eigene Pensionskassen eröffnen würden. Das könnten die ja schon heute tun! Aber noch keine andere Gemeinde ausser der Stadt Zug hat das gemacht. Sie könnten es künftig noch tun zusammen mit der Lehrerschaft. Aber es ist wohl kaum wahrscheinlich, dass weitere Gemeinden ihre eigenen Kassen gründen, nur weil sie nun neu die Lehrer mit versichern könnten. Es geht einzig und allein um die Stadt Zug. Und darum beantragt Stefan Gisler, dass wir ihr das Recht zugestehen, weiterhin ihre Kasse führen zu können – zusammen mit allen Angestellten der Stadt.

Rudolf **Balsiger** weist darauf hin, dass es bei der Auswirkung des Antrags Christen nicht um heute geht, sondern um die 'post NFA'-Ära. Dannzumal werden nämlich die Lehrer nicht mehr vom Kanton besoldet, sondern von den Gemeinden. Der Kanton zahlt dann lediglich einen Beitrag in Form einer Schülerpauschale. Wir alle wissen das, weil wir es so entschieden haben. Da die Stadt Zug als einzige Gemeinde eine eigene Pensionskasse hat, werden Arbeitnehmer desselben Arbeitsgebers unterschiedlich behandelt. Die Stadtangestellten sind bei der städtischen PK versichert, die Lehrer aber, die den Lohn aus derselben Kasse erhalten, müssen zu andern Bedingungen der kantonalen Pensionskasse angehören. Das grenzt ja wohl an einen Schildbürgerstreich. Das müssen wir verhindern. Ein solcher Fall aber wird in keiner einzigen anderen Gemeinde unseres Kantons eintreten können. Das darf ja wohl wirklich nicht eintreten.
Dass die städtische Kasse als Kleinkasse ein erhöhtes Risiko darstellt, straft Lügen der Skandale, welche wir in der jüngsten Vergangenheit erleben mussten. Es handelte sich dort ausschliesslich um grosse Kassen, die in Schieflage kamen. Pro memoria sei festgehalten, dass die städtische Kasse nach der Ausfinanzierung durch die Stadt einen Deckungsgrad von 102 % aufwies, und heute sogar einen von 115 %, und das bei 3,5 % Zins. Diese Zahlen sagen mehr als viele Worte.
Dass aber die ganze Stadt zur kantonalen Kasse übertreten solle, ist ein Thema, das schon seit sechs Jahren ausser Abschied und Traktanden ist. Der Votant selbst war – unter anderem mit Rosvita Corrodi – in der Kommission, welche die Sanierung der Kasse vorbereitete und entgegen dem Antrag des Stadtrats auf Selbständigkeit bestand, mit der einstimmigen Kommission. Der GGR folgte der Kommmission grösstmehrheitlich. Der Stadtrat stellte sich hinter den Entscheid und unternahm alles, um die Kasse zu gesunden und so auf Vordermann zu bringen, wie sie sich heute präsentiert. Es wurden damals gegen 50 Millionen aufgewendet, was bei einem Übertritt in die kantonale Kasse nicht anders gewesen wäre. Nur – die Bedingungen für die Versicherten wären schlechter gewesen! Das haben wir erfolgreich verhindert. Sie sehen, es gibt keine Chance, dass die Stadt der kantonalen Kasse beitreten wird. Der Beitritt würde den vielen städtischen Versicherten einen Nachteil bringen, aber keinem einzigen kantonalen Mitglied auch nur einen einzigen Vorteil. Umgekehrt bringt der Übertritt der Lehrer in die städtische Kasse diesen ca. 340 Personen einen Vorteil und Gerechtigkeit und Gleichbehandlung, doch nicht einem einzigen kantonalen Versicherten einen Nachteil. Dieser kleine Aderlass kann die kantonale Kasse problemlos verkraften, und sie kann auch ohne die städtischen Lehrer selbst gesunden. Es wird auch nicht ein Präjudiz für die andern Gemeinden darstellen, nicht nur weil alle kleiner sind als die städtische, sondern weil dort schon alle andern Arbeitnehmer bereits beim Kanton versichert sind. Lassen wir also die Lehrer der städtischen Kasse beitreten und stellen wir uns dem nicht in den Weg. Unterstützen wir doch den Antrag Christen!

Finanzdirektor Peter **Hegglin** könnte sich von der politischen Beurteilung her allenfalls dem Kommissionsantrag und den Fraktionsanträgen anschliessen. Aber daneben gibt es ja die juristische Beurteilung. Wir haben zwei Gutachten. Und wenn wir hier Gesetzgebung machen, sind wir der Rechtsstaatlichkeit und der Verfassungsmässigkeit verpflichtet. Vor diesem Hintergrund gibt es nur einen Weg, und das ist, den Vorschlag der Regierung als Gesamtpaket anzunehmen. In diesem Sinn empfiehlt der Finanzdirektor dem Rat, dem Regierungsantrag Folge zu leisten.

Die **Vorsitzende** fragt, ob jemand im Rat an der Fassung der 1. Lesung festhalten will. (Das ist nicht der Fall.) Demnach stehen sich der Antrag der Regierung und jener der Kommission gegenüber. Der Antrag der Kommission ist bis auf einen Satz identisch mit jenem der Regierung, und zwar möchte die Kommission bei § 1 Abs. 1 Bst. b Folgendes streichen: *«…, soweit die Gemeinde nicht eine eigene Pensionskasse unterhält.»*

➔ Der Rat schliesst sich mit 38 : 31 Stimmen dem Antrag der Kommission an.

Antrag des Regierungsrats betreffend paritätische Zusatzbeiträge (§§ 13 Abs. 1 Ziff. 2 und 3, 14 Abs. 1 und 2 sowie § 33bis, Vorlage *Nr. 1346.10 – 12141, S. 4 - 6)*

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass dieser Antrag deckungsgleich ist mit dem Antrag von Eusebius Spescha (Vorlage Nr. 1346.11 – 12149), der zu Gunsten des Regierungsantrags zurückgezogen wird.
Der Antrag lautet, *§ 13 Abs. 1 Ziff. 2 und 3, § 14 Abs. 1 und 2 sowie § 33bis* seien gemäss erwähnter Vorlage zu ändern. – Es handelt sich um einen zusammenhängenden materiellen Block, so dass diese Änderungen gemeinsam behandelt werden.

Wenn Finanzdirektor Peter **Hegglin** kurz zurückblickt auf die Beratung dieses Pensionskassengesetzes, möchte er in Erinnerung rufen, dass die Regierung eine ausgewogene und kostenneutrale Lösung des Gesetzes vorgeschlagen hat. Dieser Vorschlag entsprach weitgehend den Wünschen aus der Vernehmlassung. Für uns war die Vorlage so weit in sich stimmig, dass die Massnahmen aufeinander abgestimmt waren. Alle Beteiligten oder Akteure in diesem PK-Gesetz hatten einen Beitrag zu leisten: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Rentner. Die Revision des Zuger Pensionskassengesetzes hatte im Gegensatz zu vielen anderen Revisionen von Pensionskassen nicht Finanzierungsbeiträge in 100-Millionen-Franken-Grösse zur Folge, sondern sie hätte im Rahmen der Kosten umgesetzt werden können, die schon vorher anfielen. Bereits in der Beratung in den Kommissionen gingen die Räte weiter. Man wollte Opfer der Versicherten. Der Rat hat das dann an der Sitzung hier am 22. Juni in einer beispiellosen Streichungsaktion noch einmal bekräftigt. Der Finanzdirektor erinnert an die damals beschlossenen Einsparungen, die dem Arbeitgeber, dem Kanton, zugute kommen. Der Kanton hat den Verwaltungskostenbeitrag in der Grössenordnung von 260'000 Franken nicht mehr zu bezahlen. Der Zusatzbeitrag wird reduziert, das ganze Prozent, das wegfällt, in der Grössenordnung von 1,8 Millionen. Das Rentenalter wird von 64 auf 65 erhöht und damit fällt die Überbrückungsrente in der Grössenordnung von 350'000 Franken weg. Sie haben beschlossen, dass im sechsten Jahr nach Inkrafttreten des PK-Gesetzes der Kanton in der Grössenordnung von 2,4 Mio. Franken entlastet wird. Ganz zu schweigen natürlich von den Veränderungen bei der Pensionskasse. Peter Hegglin erwähnt hier nur die Anhebung des Rentenalters. Dies bringt bei der PK ebenfalls eine Entlastung von 2,375 Mio. Franken. Das ist sehr viel und wesentlich mehr, als die Regierung in ihrer Vorlage gebracht hat. Diese Beschlüsse waren für die Regierung nicht nachvollziehbar. Sie sind auch ungerechtfertig. Und sie haben uns als Arbeitgeber und auch die Angestellten zutiefst betroffen gemacht. Das zeigt sich in Leserbriefen. Man kann dazu eine Haltung haben wie man will, aber es ist ja auch das Recht der Betroffenen, sich auf irgendeine Art zu äussern. So auch heute mit dem Aufmarsch der Angestellten hier vor dem

Saal. Der Finanzdirektor möchte betonen, dass diese ausserhalb der Arbeitszeit hier anwesend sind und das in ihrer Freizeit gemacht haben.
Er erinnert daran, dass die Verwaltung des Kantons vom Rat ständig beschwört wird, gut zu sein, an der Spitze zu sein. Es gibt gerade jetzt wieder Broschüren, welche die Einzigartigkeit des Kantons beschwören. Das geschieht auch auf Wahlplakaten. Es gibt andere, die sagen, man solle vorne bleiben. Wir hören das laufend. Und Peter Hegglin kann bestätigen, dass wir wirklich an der Spitze sind. Das zeigt sich bei uns bei der täglichen Arbeit, so etwa mit den Ansiedlungserfolgen. Wir hatten letztes Jahr schon hohe Zahlen, tausend zusätzliche Firmen, die kamen. Dieses Jahr sind es nochmals beträchtlich mehr. Wir sind hier also nach wie vor bei einem sehr hohen Wachstum. Er erinnert an die Rechnungsergebnisse. Letztes Jahr hervorragend, dieses Jahr ebenfalls wieder hervorragend! Und das nächste Jahr wird sicher nochmals besser sein. Die Abschlüsse sind trotz Sonderabschreibungen extrem gut. Das auf der Ertragsseite. Und wenn wir die Aufwandseite anschauen, sind wir überall innerhalb der strategischen Vorgaben, auch wieder im Budget 2007. Die 2,5 % Personalkostenwachstum sind eingehalten – mit den Pensionskassenbeiträgen.
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten Superarbeit! Das ist zu betonen. Und diese Superarbeit kommt sicher durch Mehrerträge, aber auch durch Mehrarbeit in hoher Qualität zu Stande. Diese Mitarbeitenden sehen die Ergebnisse tagtäglich. Sie sehen aber auch die höheren Steuereinnahmen. Die resultieren ja auch dadurch, weil es der Wirtschaft heute sehr gut geht. Und Unternehmen, denen es gut geht, lassen ihrem Mitarbeitenden am Erfolg auch partizipieren. Das heisst es gibt auch auf dieser Seite höhere Einkommen, die dann bei uns wieder zu höheren Steuererträgen führen. Und genau in dieser Situation gehen Sie jetzt hin und streichen unseren Mitarbeitern diese geringen Leistungen im Bereich der Pensionskasse. Das kommt sehr schlecht an und es war der grösste Motivationskiller der letzten Jahre. Deshalb hat sich die Regierung erlaubt, diese paar Zusatzbeiträge nochmals zur Diskussion zu stellen. Wir sind abgewichen vom ursprünglichen Antrag von 1 % Arbeitgeber und ½ % Arbeitnehmer zu den paritätischen Zusatzbeiträgen, so wie es die vorberatende Kommission ursprünglich in ihrem Antrag festgeschrieben hatte. Der Finanzdirektor empfiehlt dem Rat sehr, diesem Antrag Folge zu leisten. Man kann wirklich über das Mass heute noch beraten und beschliessen. Es ist ja in der letzten KR-Debatte darüber nicht Beschluss gefasst worden.
Im Vorfeld unseres Antrags wurde Peter Hegglin darauf aufmerksam gemacht, man soll jetzt nicht diese Zusatzbeiträge in dieser Grössenordnung stellen, sondern wenn schon könne ja der Kanton in der Lohnrunde im Herbst mit einer Reallohnerhöhung oder mit irgendeiner ähnlichen Massnahme diese Partizipation unserer am Ergebnis auch vollziehen. Aber dazu ist zu sagen: Das geht nicht, wir haben keine gesetzliche Grundlage, in diesem Sinn irgendetwas zu machen. Wir können höchstens die Teuerung ausgleichen. Mehr gibt es bei uns nicht. Wir haben keine zusätzlichen Möglichkeiten.
Zum Schluss noch ein Beispiel aus den Medien von der Swiss Re, das gestern in der Zürcher Zeitung abgehandelt wurde. Da können Sie lesen, dass die Mitarbeitenden der Swiss Re bis heute keine Arbeitnehmerbeiträge bezahlt haben. Da hat der Arbeitgeber alles bezahlt. Die haben bis heute noch das Leistungsprimat und die Regelung geht dahin, dass in Zukunft auch das Beitragsprimat gilt. Dass das Rentenziel bei Alter 63 bei 70 % liegt. Dass die Arbeitnehmer in Zukunft 7 % Beiträge zahlen für die Pensionskasse, dass aber die Swiss Re mit einer Lohnerhöhung von 7 % diese Mehrbelastung des Arbeitnehmers gerade wieder kompensiert. Der Finanzdirektor empfiehlt dem Rat sehr, dem Regierungsantrag Folge zu leisten, auch

in dieser Frage bei den Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeitenden vorne dabei zu bleiben und nicht weiter ins Mittelfeld abzurutschen.

Bruno **Pezzatti** bestätigt, dass die vorberatende Kommission ursprünglich die Erhebung von reduzierten, paritätischen Zusatzbeiträgen von je ½ % für die Teilfinanzierung der Teuerung auf Renten beantragte. Die Kommission zog jedoch ihren Antrag vor der 1. Lesung zu Gunsten des Antrags der Stawiko zurück, welcher – im Gegensatz zur Kommission – einerseits die Besitzesstandgarantie befürwortete, anderseits jedoch die Weiterführung von Zusatzbeiträgen nach Ablauf der Übergangsperiode für die Finanzierung der Teuerung ablehnte. Entgegen den Ausführungen des Regierungsrats im heutigen Antrag zur 2. Lesung hat der Kantonsrat in der 1. Lesung sehr wohl über die Pro- und Kontra-Argumente von Zusatzbeiträgen für die Finanzierung der Teuerung debattiert. Der Votant verweist auf das Protokoll der Nachmittag-Sitzung vom 22. Juni 2006, S. 1936 bis 1938. Der Kantonsrat hat das damalige gemeinsame Antragspaket von Stawiko und vorberatender Kommission – und damit auch die Frage der Zusatzbeiträge – mit 41 : 25 Stimmen in der 1. Lesung klar entschieden. Aus dieser Sicht ist der heutige Antrag des Regierungsrats erstaunlich und sein unübliches Vorgehen in Frage zu stellen.
Der Vorstand der PK kann eine Teuerungsanpassung auf den Renten gemäss § 12 jederzeit beschliessen, sofern es die finanzielle Lage der Kasse ermöglicht. Die finanzielle Lage hat sich in den letzten Jahren verbessert. So wies sie letztes Jahr einen Deckungsgrad von 107 % aus. Nach Inkraftsetzung des neuen Gesetzes wird sich der Deckungsgrad tendenziell weiter verbessern, so dass davon auszugehen ist, dass allfällige Teuerungsanpassungen in Zukunft von der PK mit den selbst erwirtschafteten Mitteln finanziert werden können. In Bezug auf die finanziellen Auswirkungen des Antrags Spescha/Regierung ist zu berücksichtigen, dass die Zusatzbeiträge für den Kanton jährlich immer wiederkehrende Mehrkosten von rund 930'000 Franken bedeuten. In zwanzig Jahren sind dies, kapitalisiert mit den Zinsen, über 20 Mio. Franken. Der Kommissionspräsident beantragt deshalb im Namen der Kommission, dass der Antrag der Regierung nicht unterstützt wird.
Noch eine Bemerkung betreffend den zum Teil erfolgten Druckversuchen auf uns Kantonsrätinnen und Kantonsräte mit Blick auf die Wahlen: Das neue Zuger PK-Gesetz ermöglicht auch in Zukunft die Weiterführung eines sehr hohen Leistungsniveaus. Das neue Gesetz ist zudem zusammen mit den weiteren überdurchschnittlichen guten Leistungen und Anstellungsbedingungen unseres Kantons sowie mit der hohen Sicherheit der staatlichen Arbeitsplätze zu beurteilen und zu würdigen. Leistungen und Anstellungsbedingungen, welche von einer Vielzahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unseres Kantons nicht annähernd erreicht werden, von diesen aber über die Kantonssteuern mitfinanziert und mitgetragen werden müssen. Wir haben auch gegenüber diesen Personen und Steuerzahlern – es handelt sich hier um die Mehrheit der kantonalen Bevölkerung – Verantwortung zu übernehmen.

Gregor **Kupper** möchte sich zuerst zum Finanzdirektor äussern. Ob sich der Kanton Zug ausgerechnet mit der Swiss Re vergleichen muss in solchen Fragen? Dann müssten wir wahrscheinlich auch die Gehälter der Regierungsräte ganz kräftig nach oben anpassen.
Zu diesen Zusatzbeiträgen. Im Stawiko-Bericht wurde dazu auf S. 5 ausgeführt und es hat sich nichts Wesentliches verändert: Die Zusatzbeiträge sind systemfremd. Sie wurden eingeführt anlässlich der letzten Gesetzesrevision, um die Deckungslücke zu

finanzieren, die aus dem Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat entstanden ist. Daraus ergibt sich, dass diese Zusatzbeiträge doch eigentlich einen befristeten Charakter hätten haben sollen, weil ja die Deckungslücke inzwischen gefüllt ist. Nun gehen wir hin und modeln die um. Wir brauchen die jetzt nicht mehr zum Stärken der Kasse, sondern zum Finanzieren der Teuerung. Das ist aus Sicht der Stawiko schlicht und einfach nicht erforderlich.
Der Votant möchte nochmals kurz drei Punkte erwähnen. Die Finanzierung einer Beitragsprimatskasse erfolgt traditionellerweise mittels Risiko- und Sparbeiträgen. Diese Beiträge müssen so angesetzt sein, dass sie den Betrieb der Kasse gewährleisten. Wenn nun also Bedenken bestehen, dass das nicht reicht, um eine angemessene Teuerung zu bezahlen, haben wir entweder zu tiefe Beiträge oder wir verzinsen die Sparkapitalien zu hoch oder wir haben einen zu hohen Umwandlungssatz. Dann müssen wir aber da den Hebel ansetzen.
Zum zweiten Punkt. Der Kommissionspräsident hat es schon angetönt. Die Kasse ist auch in der Lage, einen korrekten Teuerungsausgleich aus der Eigenbewirtschaftung der Mittel zu gewährleisten. Wir müssen uns vielleicht die Zahlen nochmals vor Augen führen. Wir haben in der PK ein Vermögen von etwa 1,6 Milliarden. Wenn die Kasse also einen Deckungsgrad von 120 % erreicht, wird sie Mittel in ihrer Kasse haben im Bereich von 300 bis 400 Millionen Franken, für die sie zwar Zinsen einnimmt, aber keine Zinsen an die Versicherten gutschreiben muss. Wenn wir von 4 % ausgehen, werden das 12 bis 15 Millionen sein. Unsere Rentenzahlungen pro Jahr betragen 50 Millionen. Jetzt muss noch einer ausrechnen, dass das nicht reicht, um einen angemessenen Teuerungsausgleich zu bezahlen. Da sind genügend Mittel vorhanden. Wir müssen die Gans nicht fetter machen, als sie tatsächlich sein soll.
Zum dritten Punkt, zur Solidarität. Das hat Gregor Kupper letztes Mal schon gesagt und er wiederholt es ganz bewusst: Der 25-Jährige zahlt Zusatzbeiträge, um dem heutigen Rentner eine Teuerung zu finanzieren. Wenn er 40 ist, aus Staatsdiensten ausscheidet, hat er vielleicht 3', 4', 5'000 Franken Zusatzbeiträge bezahlt, kriegt aber keinen Franken davon und hat keinen Nutzen. Ob das sinnvoll und richtig wäre, ist zu bezweifeln.
Zu den Zusatzbeiträgen hören wir immer, dass es sich um eine Sparmassnahme des Kantons handelt. Seien wir uns doch bewusst: Die Zusatzbeiträge werden von den Versicherten *und* dem Kanton bezahlt. Wenn wir auf die Zusatzbeiträge verzichten, profitieren die Versicherten genau so wie der Kanton. Der Votant bleibt daher dabei und unterstützt – auch im Namen der Stawiko – den Antrag der Kommission, auf die Wiederaufnahme der Zusatzbeiträge ins Gesetz zu verzichten.

Louis **Suter** erinnert daran, dass das PK-Gesetz nicht nur komplex ist, sondern auch sehr detailliert. Einzelne Artikel können nicht allein interpretiert werden. So ist auch der Regierungsantrag zu § 13 nicht isoliert in Betracht zu ziehen. Die CVP möchte am Ergebnis der 1. Lesung sowohl zu § 13, Abs. 2, als auch zu § 14, Abs. 1 festhalten. Gleichzeitig möchten wir aber die Verbesserungsvorschläge für den Übertritt zur Pensionierung – nämlich den Antrag unserer neuen Fraktionschefin Margrit Landtwing zu § 32, Abs. 2 und den Antrag der Regierung zu § 32^{bis} voll unterstützen. Diese Anliegen sind berechtigt und sind bis anhin zu wenig oder nicht berücksichtigt worden. Alle diese Anträge sind im Zusammenhang zu sehen. Die Umsetzung dieser Anträge kann jedoch ohne die Regierungsanträge zu den §§ 13, Abs. 2 und § 14, Abs. 1 erfüllt werden. Sie sind bereits gemäss Ergebnis der 1. Lesung in § 33^{bis} enthalten. Gegenüber dem Ergebnis 1. Lesung ist nur die Teilfinanzierung der Teuerung ab dem sechsten Jahr, wieder als § 33^{bis} Bst. b, beantragt. Genau dies aber ist der

entscheidende Punkt. Wenn diese Anliegen nicht erfüllt werden könnten, müsste man dem Regierungsantrag zustimmen. Aber dies ist nicht der Fall. Neue Argumente für die Unterstützung des Antrags der Regierung liegen nicht vor. Die Teilfinanzierung der Teuerung, vorgesehen gemäss Antrag der Regierung in sechs Jahren, sollte auf Grund der guten wirtschaftlichen Situation der Pensionskasse ohne Zusatzbeiträge erfolgen können. Da dieses Gesetz mit Sicherheit in den nächsten vier, fünf Jahren auf Grund der Änderung der Bundesgesetzgebung sowieso wieder revidiert werden muss, kann zu diesem Zeitpunkt die Situation wieder analysiert und entsprechend entschieden werden. Die Regierung begründet ihren Antrag auch mit der guten finanziellen Lage des Kantons. Es geht aber nicht darum, ob der Kanton Zusatzbeiträge auf Grund der finanziellen Situation gut oder schlecht finanzieren kann, sondern darum, ob diese Beiträge systembedingt berechtigt und sinnvoll sind. Der Votant verweist hier auf das Votum von Gregor Kupper. Deshalb hält unsere Fraktion am Ergebnis der 1. Lesung fest.

Andrea **Hodel** hält fest, dass eine Mehrheit der FDP-Fraktion nach intensiver Diskussion bereit ist, dem Antrag auf Beibehaltung von paritätischen Zusatzbeiträgen von 0,5 % und damit dem Antrag des Regierungsrats zu den § 14 und 33^{bis} zuzustimmen. Sie tut dies im Wesentlichen deshalb, weil sie die Pensionskassenvorlage nicht gefährden will. Sie hat zwei Hauptziele zu verfolgen, die für die Sicherung einer gesunden Kasse und damit einer Vorsorge für unser Personal langfristig grundlegend sind. Es geht dabei um die Änderung des Umwandlungssatzes auf 6,8 % sowie die Erhöhung des Rentenalters. Damit wird dem Immer-älter-Werden und damit der längeren Beanspruchung der Altersrente Rechnung getragen. Diese Hauptziele gilt es nach Ansicht der Mehrheit der FDP zu verfolgen. Wenn es dazu notwendig ist, einen Kompromiss zu machen, so ist die Mehrheit der FDP bereit, nicht nur dem Antrag Margrit Landtwing – darauf kommen wir später zurück – sondern auch dem Zusatzantrag des Regierungsrats für Beibehaltung der Zusatzbeiträge auch nach Ablauf von fünf Jahren zuzustimmen. Die FDP-Fraktion knüpft daran aber auch die Erwartung, dass nun das Wehklagen der Staatsangestellten ein Ende nimmt. Wir kommen einen Schritt entgegen und erwarten das Gleiche von unseren Angestellten des Kantons und den bei der Pensionskasse des Kantons Versicherten.
Die FDP hat die heutige Begrüssung zur Kenntnis genommen. Die mit der Vorlage präsentierten Änderungen des Pensionskassengesetzes sind begründet massvoll und können, so ist die FDP-Fraktion überzeugt, für eine langfristige Sicherung unserer Altersrenten von unseren Versicherten getragen werden. Wenn wir sowohl bei diesen Zusatzbeiträgen und auch später noch bei der Verlängerung der Übergangsfrist entgegen kommen, so tun wir dies in der klaren Erwartung, dass damit eine Einigung gefunden wird, die von allen, den Versicherten der Pensionskasse und auch den Steuerzahlern getragen und akzeptiert wird. Für böswillige Unterstellungen, für die Drohung mit dem Referendum haben wir kein Verständnis, dies wird auch in der Bevölkerung so sein.

Eusebius **Spescha** meint, es gebe Situationen, da sei die SP-Fraktion vollumfänglich einverstanden mit der Regierung. Dies ist jetzt eine solche Situation. Der Votant hat den Antrag für diese Zusatzbeiträge gestellt. Materiell ist er identisch mit dem Antrag des Regierungsrats, formell ist dieser sicher geschickter formuliert. Daher zieht Eusebius Spescha seinen Antrag zu Gunsten jenes der Regierung zurück. Ergänzend zu den Ausführungen des Finanzdirektors möchte er den Rat noch auf einen

Widerspruch hinweisen. Wir haben mit dieser Revision oder Neuformulierung des PK-Gesetzes angestrebt, die langfristige Sicherheit der PK zu erreichen. Mit diesem Beschluss der 1. Lesung machen wir aber eigentlich das Umgekehrte. Wir geben der PK einen Auftrag – nämlich Renten zu zahlen – aber wir sorgen nicht mal dafür, dass sie zumindest teilweise diesen Auftrag finanzieren kann. Sondern wir überlassen das alles der Verantwortung der PK. Vorher hat der Votant mit Erstaunen vom Vizevizepräsident der Stawiko gehört, dass das ja völlig unproblematisch sei. Wenn das tatsächlich so ist, wieso mussten wir dann diese ganze Revision machen? Offenbar gibt es da verschiedene Seiten.
Noch etwas zur Situation des Personals. Der Rat kann Eusebius Spescha als langjährigem Gewerkschaftsmitglied glauben, dass er durchaus eine Nähe hat zu den Verbänden, und von daher ziemlich gut weiss, was dort diskutiert wurde. Diese PK-Revision, wie sie vom Regierungsrat vorgeschlagen wurde, wurde vom Personal verstanden und mitgetragen. Es ist nicht so, dass die Verbände und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesagt haben, wir machen da nicht mit, und sich von Anfang an quer gestellt haben. Sie haben sich für ihre Interessen gewehrt, aber sie haben die Revision des Regierungsrats verstanden. Aber niemand hat verstanden, wieso der Kantonsrat dann über das Notwendige hinaus geschossen ist und zusätzliche Verschlechterungen vorgeschlagen hat. Beim Personal ist das wirklich als Strafaktion angekommen. Der Votant kann es auch nicht verstehen und schlägt dem Rat deshalb vor, dass wir in diesem Punkt dem Antrag des Regierungsrats zustimmen.

Stefan **Gisler** beginnt mit einer Vorbemerkung: Wir politisieren hier nicht im Elfenbeinturm. Wir sind Volksvertreter. Und wenn die Bevölkerung sich äussert, wie das Betroffene der Revision tun, gilt es kritikfähig zuzuhören, eigene Schlüsse zu ziehen und es nicht als Druckversuch darzustellen. Übrigens ist ein Referendum auch nicht böswillig, sondern ein demokratische Recht – sofern denn eines zustande kommt.
Zur Vorlage. Geschlossen stehen die Alternativen hinter dem Antrag der Regierung. Das aus drei Gründen.
1. Ohne Zusatzbeiträge ist die Finanzierungssicherheit der Kasse gefährdet. Wer in diesem Rat eine langfristig gesunde Kasse will, muss ein Interesse haben, dass die Zusatzbeiträge nicht nur während der ersten fünf Jahre nach der Revision zur Finanzierung der Besitzstandgarantie erhoben werden. Auch im Jahr 6, 7, 8 und darüber hinaus braucht es sie. Nur so hat die Kasse genügend Mittel zur Verfügung, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Ursprünglich wollte die Regierung den Arbeitgeberbeitrag auf 1 % belassen. Nun beantragt sie im Sinne eines Kompromisses, dass Arbeitgeber wie Arbeitnehmer langfristig noch 0,5 % zahlen. Bereits so spart allein der Kanton beinahe 1 Mio. Franken jährlich auf dem Buckel der Versicherten. Das ist mehr als genug. Machen Sie aus einer Vorlage, die eigentlich nur eine kostenneutrale Revision hätte sein sollen, nicht eine noch grössere und noch zweifelhaftere Sparübung!
2. Keine einzige Arbeitnehmerorganisation und kein einziger der angeschlossenen Arbeitgeber hat jemals die Kürzung, geschweige denn die Streichung der Zusatzbeiträge verlangt. Gregor Kupper: Die Versicherten wollen die Zusatzbeiträge bezahlen! Sie wollen da nicht sparen. Die Direktbetroffenen oder Direktzahlenden erkennen die Notwendigkeit der Zusatzbeiträge. Es ist nicht einzusehen, wieso der Kantonsrat hier eine von allen unerwünschte und fragwürdige Finanzierungslücke schafft. Und kommen Sie nicht mit Steuergeldereinsparungen! Die Zuger Bevölkerung und die Unternehmen kennen den Wert des guten Service Public, zum Wohle der Lebensqualität und des Wirtschaftsstandorts. Sie wissen, dass diese Leistungen nur durch qualifi-

ziertes, motiviertes und anständig bezahltes Personal erbracht werden. Dafür sind Bevölkerung und Unternehmen auch bereit, einen finanziellen Beitrag zu leisten.
3. Werden die Zusatzbeiträge nach fünf Jahren gestrichen, fehlt der Zuger PK das Geld, um die Teuerung auf Renten zu bezahlen. Wie heisst es so schön in § 12 – Kommissionspräsident Pezzatti hat es erwähnt: Die Teuerungszulage wird ausgerichtet, «soweit es die finanzielle Lage der Zuger Pensionskasse erlaubt». Trotz Beteuerungen verschiedener Vorredner: Ohne Zusatzbeiträge schaffen Sie de facto die Teuerungszulage ab. Das trifft vor allem die Angestellten mit wenig Einkommen. Es trifft die einfachen Arbeiterinnen und Arbeiter: Putzmänner, Strassenfegerinnen, Pfleger, Waldarbeiterinnen etc. Auch das sind Berufe im öffentlichen Dienst. Wenn diese Menschen in Rente gehen und dann über Jahre auf den Teuerungsausgleich verzichten müssen, ist das nicht so leicht wegzustecken.
Stefan Gisler appelliert an den Rat: Masshalten ist eine Tugend. Überladen Sie das Fuder nicht! Die Kasse ist gesund, hat einen stabilen und genügend hohen Deckungsgrad. Der Kanton ist gesund, hat einen Überschuss und wird auch nächstes Jahr einen haben. Diese Streichung der Zusatzbeiträge wäre nicht unternehmerisch oder wirtschaftlich begründbar. Ein Nein zu den Zusatzbeiträgen ist ideologisch/politischer Natur. Entweder unreflektierbarer Neoliberalismus oder vielleicht einfach simpel unbegründete Missgunst gegenüber dem gut arbeitenden, motivierten Personal.

Bruno **Pezzatti** noch ein Wort zu Stefan Gisler. Wir haben bei den Kommissionsberatungen ja auch Vertreter der Wirtschaftsorganisationen und Arbeitnehmer zu einem Hearing eingeladen. Die Vertreter der Wirtschaft haben ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass die Zusatzbeiträge zu streichen sind, weil sie in der Wirkung die übrigen Unternehmen in einen gewissen Handlungszwang hineinführen würden. Und sie haben auch darauf hingewiesen, dass die Zusatzbeiträge bei der seinerzeitigen Revision 1994 in der Absicht beschlossen wurden, dass sie zeitlich befristet sind. Stefan Gisler hat sich in seinem Votum bezogen auf die Arbeitgeberorganisationen, die der Zuger PK angeschlossen sind.
Zu den Arbeitnehmervertretern beim Hearing. Der Kommissionspräsident hat am Schluss der Anhörung den beiden Vertretern die Frage gestellt: Falls jetzt der Kantonsrat Korrekturen am Vorschlag der Regierung zum PK-Gesetz vornehmen würde zu Lasten der Versicherten, wo macht es am wenigsten weh? Und die Vertreterin des Personals hat dann ganz spontan gesagt: Bei der Anpassung der Teuerung. Sie sehen also, dass hier in Bezug auf die Teuerungsanpassung der Renten die Auffassungen offensichtlich innerhalb der Arbeitnehmer unterschiedlich sind.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** möchte kurz auf einige Voten eingehen. Er beginnt mit dem Hearing mit den Wirtschaftsvertretern. Es war ja tatsächlich so, dass diese bei uns waren und gesagt haben, wie es in der Wirtschaft aussehe, wie schwierig und schlecht es sei. Aus diesem Grund hat ja der Votant das Beispiel Swiss Re erwähnt. Konkret wurden ja beim Hearing keine Beispiele genannt, wie es in der Wirtschaft aussieht. Sondern es wurde allgemein argumentiert.
Noch etwas zur Gans, die jetzt plötzlich fett sein soll. Peter Hegglin hat immer gesagt, sie sei gesund. Aber der Rat hat vielfach behauptet, sie sei krank und magersüchtig. Und jetzt soll sie plötzlich fett sein und aus diesem Grund brauche es keine Zusatzbeiträge mehr. Man soll doch bei der Argumentation auf einer Linie bleiben. Der Finanzdirektor sagt weiterhin: Die Gans ist gesund und wir wollen alles daran setzen, dass sie das bleibt und noch fitter wird. Dazu braucht es ja eben diese

Zusatzbeiträge. Das mag systemwidrig sein oder nicht, aber das kennen sehr viele Kassen, und mit diesen Zusatzbeiträgen, welche ja die Arbeitnehmer mitfinanzieren, finanzieren sie ja die Übergangsregelung auch mit, um den Systemwechsel zu vollziehen. Und von Arbeitnehmerseite wurde diese Mitfinanzierung nie in Zweifel gezogen. Die haben das solidarisch mitgetragen – auch der 25-Jährige, der ja davon nicht profitiert. Sondern es sind jene mit Alter 45 und mehr, die davon profitieren. Eine gewisse Solidarität wollen die Arbeitnehmer ja weiterhin pflegen, indem sie eine Teilfinanzierung der Renten mittragen wollen. Sie könnten ja tatsächlich die 930'000 Franken auch einsparen, aber das ist eine grosse Solidaritätsbezeugung der Mitarbeitenden. – Peter Hegglin empfiehlt dem Rat, dem Regierungsantrag zu folgen. Sie sparen damit immer noch rund 1,5 Millionen ein gegenüber der ursprünglichen Vorlage des Regierungsrats. Das ist doch wirklich genug.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der Regierung mit 37 : 32 Stimmen ab.

Antrag von Eusebius Spescha betreffend Tragung der Verwaltungskosten (§ 14 Abs. 4, Vorlage Nr. 1346.11 – 12149)

Eusebius **Spescha** kann sich kurz fassen. Es geht inhaltlich um gleiche Fragen, wie wir das beim vorherigen Antrag diskutiert haben. Sie geben der Pensionskasse eine zusätzliche Auflage, dass er die ganzen Verwaltungskosten erwirtschaften muss. Und vorher konnte er mit einem hälftigen Arbeitgeberbeitrag rechnen. Auch dies ist eigentlich eine Verschlechterung der Situation der PK und sie ist angesichts der finanziellen Situation des Kantons völlig unsinnig. Stimmen Sie deshalb diesem Antrag zu!

Bruno **Pezzatti** erinnert daran, dass der Kantonsrat bekanntlich in der 1. Lesung mit 38 : 21 Stimmen beschlossen hat, § 14 Abs. 4 ersatzlos zu streichen. Heute Vormittag an der Sitzung der vorberatenden Kommission haben wir uns kurz auch zu diesem Antrag geäussert. Die Kommission beantragt heute mit 9 : 5 Stimmen, am Beschluss der 1. Lesung festzuhalten. Begründung: Die Arbeitgeber entrichten für die Finanzierung des Standardvorsorgeplans gegen zwei Drittel der erforderlichen Beiträge, die Arbeitnehmer etwas mehr als ein Drittel. Die Verwaltungskosten sind in Zukunft mit diesen Mitteln der PK – d.h. aus den gesamten Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie den darauf erwirtschafteten Beträgen – zu finanzieren, so wie es viele andere Kassen auch tun.

Gregor **Kupper** schliesst sich seinem Vorredner an.

Hans Peter **Schlumpf** hält fest, dass die FDP-Fraktion den Antrag Spescha einhellig ablehnt. Wir teilen unverändert die Haltung der Kommission, welcher der Rat in der 1. Lesung klar gefolgt ist, wonach Verwaltungskosten ein Teil der operativen Funktion der PK sind und von dieser selber getragen und aus ihren ordentlichen Einnahmen gedeckt werden müssen. Wir plädieren ganz generell für saubere Finanzierungsstrukturen, die sachlich begründet und nachvollziehbar sind. Das heisst, dass wir gegen die Politik der dauernden Sonderbeiträge für diesen oder jenen Zweck

sind, welche die Finanzierungszuständigkeiten nur vernebeln würden. Gregor Kupper hat in diesem Zusammenhang sehr schön auf die Verbindung zwischen den Einnahmen und den Leistungszusagen hingewiesen. Die PK soll zudem motiviert werden, ihren Verwaltungsaufwand so tief wie möglich zu halten. Dieser Anreiz besteht nur bedingt, wenn die Verwaltungskosten von einem aussenstehenden Partner wesentlich abgedeckt werden. Aus diesem Grund plädieren wir dafür, an der Fassung der 1. Lesung festzuhalten und den Antrag Spescha abzulehnen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** unterstützt natürlich den Antrag Spescha, weil er dem ursprünglichen Antrag der Regierung entspricht. Er möchte dies noch untermauern, denn es tönt jetzt fast so, als wäre es in der Schweiz üblich, dass die Pensionskassen ihre Verwaltungskosten selber tragen. Dem ist aber nicht so. Z.B. trägt die Stadt Zürich die Verwaltungskosten ihrer PK mit, und zwar mit 0,25 % des versicherten Lohnes. Aktuell sind es bei uns 0,18 %, also zahlt die Stadt Zürich mehr an die Verwaltung ihrer PK, als wir heute bezahlen. Daneben gibt es in der Schweiz verschiedene Umfragen zu dieser Thematik. Der Finanzdirektor möchte zwei erwähnen. Eine Umfrage des Pensionskassenverbands zusammen mit der CS wurde im Jahr 2003 durchgeführt und man stellte fest, dass nur 52 % der Vorsorgeeinrichtungen sämtliche Verwaltungskosten selber tragen. Bei 10 % der Pensionskassen trägt die Stifterfirma – in unserem Sinn der Kanton – die Gesamtkosten, und bei 38 % übernimmt der Arbeitgeber die Verwaltungskosten teilweise, wie wir es heute haben. Dann gibt es noch eine Umfrage der Bank Robeco aus dem Jahr 1998, die zu ähnlichen Schlüssen kommt. Dort bezahlen auch 20 % der Arbeitgeber sämtliche Verwaltungskosten und bei 55 % der Vorsorgeeinrichtungen tragen sie mindestens einen Teil mit. Sie machen also nichts Exklusives, wenn Sie unserem ursprünglichen Antrag zustimmen. In diesem Sinn empfiehlt Peter Hegglin, dem Antrag Spescha zu folgen.

➔ Der Antrag Spescha wird mit 50 : 22 Stimmen abgelehnt.

Antrag von Margrit Landtwing betreffend Umwandlungssatz bei vorzeitigen Pensionierungen in der Übergangszeit (§ 32 Abs. 2, Vorlage Nr. 1346.8 – 12122)

Margrit **Landtwing**: Sie stehen vor einer lang ersehnten Reise. Nach sorgfältiger Planung, zeitintensiven Abklärungen, Erschwernissen und gründlichen finanziellen Überlegungen ist der Koffer gepackt und die Vorfreude ist gross. Kurz vor Ferienbeginn dann die Meldung: Das Schiff ist überbucht! Die Buchung wird für nächstes Jahr gutgeschrieben! Wie wäre Ihre Reaktion in dieser Situation? Einige könnten sich wohl damit abfinden und würden sich ein weiteres Jahr auf die Ferien freuen. Für die anderen, die nach hartem Arbeiten, Verzichten und Durchhalten bis zu den Ferien eine Erholung nötig hätten, denen sollte das Reisebüro eine Alternative bieten!
Das Gesetz soll sehr bald in Kraft treten und wird einige Arbeitnehmer nahezu unvorbereitet treffen. Wir sollten denjenigen Angestellten, die sich bereits intensiv mit der Pensionierung auseinandergesetzt, sich darauf eingestellt und ihre Kräfte dementsprechend eingeteilt haben, die ihrer Aufgabe aus physischen oder psychischen Gründen vielleicht nicht ohne Weiteres noch ein Jahr gewachsen sind, eine faire Übergangslösung bieten. Was heisst das? In den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes sollen diejenigen Angestellten, welche Mühe bekunden, sich weiterhin und länger im Arbeitsprozess zu integrieren, die Möglichkeit einer vorzeitigen

Pensionierung mit einem zusätzlichen Entgegenkommen finanzieller Art erhalten. Was kostet dieses Entgegenkommen? Die Erfahrungswerte zeigen, dass ein Drittel der Angestellten von der genannten Möglichkeit Gebrauch machen würde, konkret muss von einem Betrag von 1 Mio. Franken pro Jahr ausgegangen werden, dies würde also für die Pensionskasse 3 Mio. Franken Mehrkosten gegenüber dem Entscheid der 1. Lesung bedeuten.
Die Votantin ist überzeugt, dass ein Ja zu dieser einen Million für die nächsten fünf Jahre wertvoll und sinnvoll ist. So dass einige doch noch aufs Schiff aufspringen können. Unterstützen Sie bitte diesen Antrag!

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass die Kommission mit 11 : 2 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen hat, diesen Antrag gutzuheissen. Obschon er für die PK während drei Jahren zusätzlich Mehrkosten von je 1 Mio. Franken zur Folge hat, total also 3 Mio. Franken gegenüber der Fassung 1. Lesung zu Lasten der Pensionskasse. Begründung: Damit können die Folgen der Erhöhung des Pensionsalters auf generell 65 für die 60- bis 64-jährigen Angestellten finanziell abgefedert werden. Die Kommission erachtet dieses Entgegenkommen als gerechtfertigt.

Louis **Suter** hält fest, dass die CVP-Fraktion den Antrag Landtwing vollumfänglich unterstützt. Wir sind der Meinung, dass dieses Anliegen bei der 1. Lesung zu wenig berücksichtigt worden ist. Eine Korrektur ist deshalb nicht nur berechtigt, sondern notwendig. Die Verlängerung der Ermässigung des Umwandlungssatzes von zwei auf fünf Jahre macht deshalb Sinn. Sie hilft jenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich bereits intensiv mit ihrer Pensionierung befassen mussten und sich vor allem aus gesundheitlichen Gründen früher pensionieren lassen möchten. Die zusätzlichen Kosten pro Jahr werden auf ca. 1 Mio. Franken geschätzt und wir meinen, dass diese Kosten für die PK tragbar sind und dass es aus sozialer und wirtschaftlicher Sicht klüger und sinnvoller ist, solchen Arbeitnehmern die Pension zu ermöglichen.

Hans Peter **Schlumpf** weist darauf hin, dass auch die FDP-Fraktion den Antrag Landtwing unterstützen wird. Oberste Priorität der Gesetzesrevision haben für uns die langfristigen strukturellen Reformen, welche die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Kasse auf lange Sicht garantieren. Dazu gehören in erster Linie die Anpassung des Pensionsalters und der Rentenumwandlungssatz. Bei Übergangsregelungen vom bisherigen zum neuen System soll und darf dagegen eine gewisse Grosszügigkeit angewandt werden, um einzelne Härtefälle abzufedern. Wir erachten in dieser Frage einen übertriebenen Dogmatismus als unnötig. Aus diesem Grund unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag Landtwing grösstmehrheitlich.

Stephan **Schleiss** hat zu Beginn der Diskussion gesagt, dass die SVP gegen alle weiteren Anträge ist und er sich nicht mehr zu Wort melden wird. Das hat sich nun verändert. Louis Suter hat ihn enorm herausgefordert mit der Aussage, sozial und wirtschaftlich sei diese Übergangsregelung korrekt oder vernünftig. Politisch oder sozial mag das ja der Fall sein, aber wirtschaftlich ist es nicht vernünftig, weil wenn man zu Lasten der anderen Versicherungsteilnehmer die Frühpensionierungen fördert, man ein Interesse daran haben muss, dass sich die Leute effektiv früh pensio-

nieren lassen. Das kann ja eine Kohlegrube in Deutschland haben, aber sicher nicht der Kanton Zug.

Stefan **Gisler** wünschte sich natürlich generell und langfristig eine verbesserte Flexibilisierung des Pensionsalters. Aber er ist durchaus bereit, den Spatz in der Hand statt der Taube auf dem Dach zu nehmen. Die Alternativen unterstützen darum geschlossen den Antrag Landtwing. Die Fünfjahresfrist ist für all jene Versicherten wichtig, die ihre vorzeitige Pensionierung seit langem umsichtig angehen und nun auf Grund de facto kurzfristig verkleinerter Renten ihre Lebensplanung in Frage gestellt sehen. Für eine gute Übergangsregelung spricht auch, dass der Kanton bzw. die anderen der PK angeschlossenen Institutionen und Betriebe glaubwürdige und berechenbare Arbeitgeber bleiben. Und dafür tragen wir hier im Saal die Verantwortung.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass die Regierung den Antrag unterstützt.

➔ Der Antrag Landtwing wird vom Rat mit 53 : 14 angenommen.

Antrag des Regierungsrats betreffend Anpassung des Rücktrittsalters bei vorzeitigem Altersrücktritt (§ 32bis, Vorlage Nr. 1*346.10 – 12141, S. 3)*

Bruno **Pezzatti** hält fest, dass die Kommission mit diesem Antrag einverstanden ist.

➔ Einigung

Antrag des Regierungsrats betreffend Umbenennung «Besitzstandgarantie» in «Einmaleinlage» (§ 33 und § 33bis, Vorlage Nr. 1346.10 – 12141, S. 2)

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass die Regierung bei der 1. Lesung den Auftrag erhalten hat, hier eine neue Begrifflichkeit zu finden. Das ist eher eine redaktionelle Änderung.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Martin **Stuber** weist darauf hin, dass die soeben fertig beratene Vorlage in der Öffentlichkeit einige Wellen geschlagen hat. Es ist eine der wichtigsten Vorlagen in dieser Legislatur. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu wissen, wer diesem Pensionskassengesetz in dieser Form zustimmt und wer nicht. Er beantragt deshalb namentliche Abstimmung bei der Schlussabstimmung.

Andrea **Hodel** glaubt, dass dieser Antrag sicher abgelehnt wird. Das gibt es doch nicht, dass wir einzeln abstimmen. Es gibt Gesetze mit grösserer Bedeutung. Es ist nur so, dass es in den Wahlen für die Linken sehr lustig ist, zu sagen, ob die Andrea

oder der Peter dafür oder dagegen waren. Die Votantin geht davon aus, dass wir kein Kindergarten sind und strecken!

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass gemäss GO § 64 eine Abstimmung unter Namensaufruf stattfindet, wenn wenigstens 20 Mitglieder eine solche verlangen.

➔ Mit 13 Stimmen wird das nötige Quorum für eine Abstimmung mit Namensaufruf nicht erreicht.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 47 : 23 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss Antrag von Regierungsrat, Kommission und Stawiko die Motion von Beat Villiger betreffend Änderung des Pensionskassengesetzes (Vorlage Nr. 670.1 – 9874) als erledigt abzuschreiben ist.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Alois **Gössi** beantragt gemäss § 59 der GO das Behördenreferendum. – Zur Offenlegung seiner Interessenbindung: Er ist Präsident der Angestelltenvereinigung Region Zug. Uns gehören Personalverbände an, deren Mitglieder beim Kanton oder einer seiner Anstalten arbeiten, die wiederum bei der Pensionskasse des Kantons Zug versichert sind.
Wir sind mit dem Ergebnis der Revision über die Pensionskasse nicht zufrieden. Die ursprüngliche Regierungsratsvorlage wäre akzeptabel gewesen, eine Kompromissvorlage sowohl für den Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die Rentner. Die Verbände Staatspersonalverband, Lehrervereinigung des Kantons Zug sowie der SBK des Kantonsspitals haben beschlossen, das Referendum gegen diese Vorlage ergreifen. Das Zuger Volk soll über diese Revision abstimmen. Alois Gössi ist überzeugt, dass das Referendum problemlos zustande kommen würde. Er beantragt trotzdem ein Behördenreferendum. Er gibt zu, es erspart den Verbänden, die das Referendum organisieren würden, einige Arbeit. Aber das Schlussergebnis wäre das Gleiche wie beim Behördenreferendum: Der Zuger Souverän kann über die Gesetzesrevision abstimmen. – Für eine Unterstützung seines Antrags dankt er dem Rat.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es gemäss § 59 der GO einen Drittel aller Mitglieder des Kantonsrats braucht, um das Behördenreferendum zu erwirken.

➔ Mit 17 Stimmen wird das notwendige Quorum von 27 Stimmen nicht erreicht.

970 GESETZ ÜBER DEN FINANZHAUSHALT DES KANTONS ZUG UND DER GEMEINDEN (FINANZHAUSHALTSGESETZ)

Traktandum 5 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 22. Juni 2006 (Ziff. 914) ist in der Vorlage Nr. 1367.6 – 12103 enthalten. – Auf die 2. Lesung hin ist ein Antrag des Regierungsrats eingegangen (Vorlage Nr. 1367.7 – 12142).

Felix **Häcki** erinnert daran, dass wir bei der Diskussion um die Unterschrifts-Regelung im Kanton Zug endlich eine Regelung wollten, die auch irgendetwas bringt. Wir haben alle noch zu gut in Erinnerung, was beim Gefängnisbau abgelaufen ist. Nun, nachdem wir in der Kommission eine vernünftige Lösung machten und eine Zweitunterschrift verlangten, kommt die Regierung und sagt, dass Verträge nur eine Zweitunterschrift benötigen, wenn sie mehr als 20'000 Franken betragen. (Verfügungen sind ja sowieso ausgeschlossen, da können wir uns noch anschliessen, weil damit Steuerverfügungen und Ähnliches ausgeschlossen sind; die brauchen dann keine Zweitunterschrift. Es geht ja nur um Verträge.) Dies ist für uns eine unakzeptable Verwässerung des Anliegens, das ursprünglich vorlag. Wir können uns maximal mit einer Limite von 10'000 Franken einverstanden erklären. Der Votant beantragt deshalb, dass an Stelle von 20'000 Franken 10'000 Franken als Limit gesetzt wird. Dies ist ein Limit, das absolut handhabbar ist, das uns aber die Garantie gibt, dass eine richtige Kontrolle auch bei den Zahlungen in Zukunft möglich ist im Kanton Zug, was bis jetzt ja mangels Regelung nicht der Fall war.

Stephan **Schleiss** weist darauf hin, dass der Rat in der 1. Lesung mit 61 : 7 Stimmen sehr deutlich und gegen den Wunsch der Regierung das Vier-Augen-Prinzip gewünscht hat. Auf Antrag von Andrea Hodel hat uns der Regierungsrat nun eine Formulierung vorgeschlagen, welche bezwecken soll, das Massengeschäft zu erleichtern. Die Kommission hat in der Folge keine Sitzung mehr abgehalten. Der Kommissionspräsident hat lediglich auf dem Zirkularweg angefragt, ob die Kommission den Antrag der Regierung unterstützen kann. Sie tut dies mehrheitlich. Es ist dabei anzufügen, dass auch befürwortende Kommissionsmitglieder Änderungsanträge – z.B. die in Franken definierte Wesentlichkeitsgrenze – unterstützen würden. Aber im Sinne, dass der Vorschlag der Regierung der ursprünglichen Idee der Kommission entspricht.
Die nachfolgenden Bemerkungen macht der Votant nun persönlich und nicht im Namen der Kommission. – Der Antrag der Regierung ist ihm ein wenig sauer aufgestossen. Zum einen ist er der Auffassung, dass der Antrag von Andrea Hodel anlässlich der ersten Lesung ganz klar hiess, die Regierung solle Vorschläge zur Erleichterung des Massengeschäfts machen. So steht es auch im Protokoll. Darin begründet versteht er auch den Antrag, die Verfügungen aus § 40 Abs. 1 herauszunehmen sowie die Einführung einer Wesentlichkeitsgrenze in Franken. Was aber der Antrag betreffend Justizverwaltung mit einer Erleichterung im Massengeschäft zu tun haben soll, ist ihm schleierhaft. Das Obergericht jedenfalls kann den Antrag nicht mit dem Massengeschäft begründen, sondern muss dies mit der Gewaltentrennung tun. Wie können wir aber den Gerichten in den §§ 36 und 37 des FHG exakte Vorschriften machen, ohne die Gewaltentrennung zu verletzen? Bedauerlich findet Stephan Schleiss in diesem Zusammenhang auch den Umstand, dass im Antrag der Regierung der zusätzliche Antrag betreffend Justizverwaltung nicht fett markiert ist, obwohl ein Abschnitt oberhalb steht: «Änderungen/Ergänzungen sind fett markiert.»

Weiter fragt er sich, was die Bestimmung über die Arbeitsverträge bezwecken soll. Es steht doch im FHG nirgends, dass diese Unterschrift nicht durch das Personalamt geleistet werden dürfe. Für ihn gehört eine solche Bestimmung nicht in das Gesetz. Er stellt den Antrag, den Satz «Die Zweitunterschrift bei Arbeitsverträgen leistet das Personalamt» ersatzlos zu streichen.

Stefan **Gisler** bittet den Rat, den Antrag der Regierung zu unterstützen. Die Alternativen tun dies geschlossen, denn dieser Antrag ist ein pragmatischer Kompromiss zwischen dem Anliegen der vorberatenden Kommission nach einer verbesserten verwaltungsinternen Aufsicht der Ausgaben und dem Anliegen der Regierung, dass die Verwaltung ohne bürokratischen Leerlauf schnell und gut arbeitet. Wenn der Kantonsrat von der Verwaltung für jede noch so kleine Aufgabe eine Doppelunterschrift verlangt, investieren die Kantonsangestellten ihre Zeit zum Unterschreiben statt zum Arbeiten. Die 20'000er-Grenze macht daher Sinn, wenn wir eine effektive, kostenbewusste und kundenorientierte Verwaltung wollen. Auch traut der Votant allen dafür zuständigen Kantonsangestellten zu, allein für Ausgaben bis zu 20'000 Franken die Verantwortung zu übernehmen.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass die Regierung das umgesetzt hat, was in der vorberatenden Kommission schon besprochen wurde. Mit der ursprünglichen Formulierung in § 40 und auch in den Begründungen des Berichts und in der Kommissionsberatung war eigentlich immer klar, dass Verfügungen – das sind z.B. die Steuerveranlagungen oder die Prämienverbilligung Krankenkassen – nicht dazu gehören. Im Rahmen der Abklärungen auf die 2. Lesung hin haben wir verwaltungsintern alles abgeklärt, was es in diesem Sinne noch für Möglichkeiten gibt. Und die sind ausführlich in diesen Bericht eingeflossen. Wenn Sie dem zustimmen, ist es auch in Zukunft möglich, dass die weit über 100'000 Steuerveranlagungen nicht ein Doppelvisum, ja nicht einmal ein einzelnes brauchen. Das ist nämlich heute schon so. Wenn Sie das nicht wollen, müssten Sie zwingend zusätzliche Personaleinheiten gewähren, weil es sonst nicht machbar wäre.
Wenn der Kommissionspräsident sagt, dass ihm die Formulierungen der Regierung sauer aufgestossen seien, ist es natürlich so, dass die Regierung nicht für die Gerichte die Gesetzgebung machen kann. Wir haben in der Erarbeitung der Vorlage neben allen Direktionen auch die Gerichte einbezogen. Und diese haben explizit verlangt, dass sie von diesen Bestimmungen der Doppelunterschrift ausgenommen sind. Da haben wir beim Prinzip der Gewaltentrennung dem Anliegen der Gerichte Rechnung getragen und diesen letzten Satz eingefügt. Es ist richtig, dass er nicht fett markiert ist – da ist uns ein Fehler unterlaufen. Das war aber nicht Absicht, sondern ein Versehen.
Der zweite Punkt ist die Zweitunterschrift bei Arbeitsverträgen. Es ist heute schon so, dass das Personalamt alle Arbeitsverträge visiert. D.h. wenn eine Direktion Leute anstellt, muss ja irgendjemand kontrollieren, dass die Anstellungsbedingungen irgendwo vergleichbar sind. Es kann ja nicht sein, dass eine Direktion bei der Lohnfestsetzung einfach zwei Klassen höher ist als die andere. Irgendjemand muss das kontrollieren. Das geschieht heute mit der Visierung der Arbeitsverträge durch das Personalamt. Aber nur ein Visum. Und wenn Sie das jetzt weiterhin so behalten möchten und dann noch zusätzlich eine Doppelunterschrift verfügen, gibt es nachher auf den Arbeitsverträgen drei Unterschriften. Zwei in der Direktion plus das Visum im Personalamt. Das macht doch keinen Sinn! Das Erstvisum ist in der Direktion und

das Zweitvisum im Personalamt. Damit ist die Vergleichbarkeit geregelt und der Doppelunterschrift Rechnung getragen. Das sollte genügend begründet sein.
Der dritte Punkt ist die Summe, ab welcher die Doppelunterschrift notwendig ist. Man kann sich jetzt lange streiten, ob es 10'000, 15'000, 30'000 oder gar 50'000 Franken sein sollten, was in der Regel die Kompetenz für Amtsleiter ist. Wir haben uns gesagt: Wir nehmen nicht 50', sondern 20'000 Franken. Das ist eine Grössenordnung, die vertretbar ist. Wir haben mündige, qualifizierte, gute Mitarbeitende. Bis zu 20'000 Franken sollten man doch denen die Kompetenz geben, solche Verpflichtungen und Verträge unterschreiben zu dürfen. In diesem Sinne beantragt der Finanzdirektor dem Rat, dem Regierungsantrag zu folgen. – In Bezug auf die Gerichte würde sich Obergerichtspräsidentin Iris Studer-Milz äussern, falls das gewünscht wird.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass zwei Unteranträge von Felix Häcki und Stephan Schleiss zu 1 40 Abs. 1 vorliegen, über die zuerst abgestimmt wird.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Häcki mit 50 : 15 Stimmen ab.

➔ Der Rat lehnt den Antrag Schleiss mit 49 : 13 Stimmen ab.

➔ Der Rat heisst den Regierungsantrag gut.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 66 : 0 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt

– die Motion der FDP-Fraktion betreffend Änderung des Finanzhaushaltgesetzes vom 31. Oktober 1996 (Vorlage Nr. 403.1 – 9061) im Sinne der Ausführungen in Ziffer 5.1 teilweise erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben;
– das Postulat Armin Jans betreffend Personalplafonierung und Sparmassnahmen im Finanzhaushalt des Kantons Zug vom 7. Mai 1992 (Vorlage Nr. 7711) erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben;
– die Motion von Bruno Pezzatti und Gerhard Pfister betreffend Schaffung der Rechtsgrundlage für die Einführung einer gemässigten Ausgabenbremse vom 5. Juli 2001 (Vorlage Nr. 938.1 – 10643) nicht erheblich zu erklären;
– die Motion von Hans Durrer betreffend klarerer Umschreibung einer gebundenen Ausgabe vom 17. Oktober 2002 (Vorlage 1057.1 – 10988) im Sinne der Ausführungen in Ziffer 5.4 teilweise erheblich zu erklären und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben;
– die erheblich erklärte Motion von Karl Rust, Peter Dür, Felix Häcki und Othmar Birri betreffend Gesamtauswirkungen von Ausgabenbeschlüssen vom 31. Oktober 2003 (Vorlage Nr. 1186.1 – 11323) als erledigt abzuschreiben;
– die Motion der SVP-Fraktion betreffend Stärkung der Finanzkompetenzen des Kantonsrates vom 26. Februar 2004 (Vorlage Nr. 1217.1 – 11431) im Sinne der Ausführungen in Ziffer 5.6 wie folgt zu behandeln:
- Begehren 1.1 nicht erheblich zu erklären;
- Begehren 1.2 erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
- Begehren 1.3 erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
- Begehren 1.4.1 nicht erheblich zu erklären;

- Begehren 1.4.2 nicht erheblich zu erklären;
- Begehren 1.5 erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
- Begehren 1.6 nicht erheblich zu erklären;
- Begehren 1.7 teilweise erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben;
- Begehren 2 bis 5 nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat ist einverstanden.

971 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER AUSBILDUNGSBEITRÄGE (AUFHEBUNG DER STIPENDIENKOMMISSION UND WEITERE ANPASSUNGEN)

Traktandum 6 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 1. Juni 2006 (Ziff. 894) ist in der Vorlage Nr. 1397.5 – 12083 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 59 : 0 Stimmen zu.

972 ÄNDERUNG DES GESETZES BETREFFEND INDIVIDUELLE PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG (IPVG)

Traktandum 7 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1428.1/.2 – 12011/12), der Kommission (Nr. 1428.3 – 12095) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1428.4 – 12096).

Guido **Käch** hält fest, dass die vorberatende Kommission und die Stawiko ohne Gegenstimme, mit einigen Enthaltungen, der vorgeschlagenen Gesetzesänderung zugestimmt haben. Die Vorlage der Regierung ist gut verständlich, sehr gut strukturiert und stellt die Zusammenhänge der einzelnen Massnahmen deutlich dar. Sie zeigt auf, wie die Vorgaben aus dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung im Kanton Zug einfach und wirksam umgesetzt werden können. Der Kommissionspräsident geht davon aus, dass der Rat die Vorlage der Regierung und die Kommissionsberichte gut studiert und die wichtigsten Details zur Kenntnis genommen hat.
Die Kommission hat die Vorschläge der Regierung an einer halbtägigen Sitzung sehr speditiv beraten. Gesundheitsdirektor Herr Joachim Eder und der Beauftragte für gesundheitspolitische Fragen, Christoph Gügler, haben uns das Geschäft erläutert und standen uns für Auskünfte zur Verfügung. Im Namen der Kommission dankt der Votant für die fachliche Unterstützung und für das Abfassen des Protokolls.
Die vorgeschlagene Gesetzesänderung hat also zum Ziel, die neuen bundesrechtlichen Vorgaben für die individuelle Prämienverbilligung umzusetzen. Viele Familien, Ehepaare und Einzelpersonen sind dringend auf Prämienverbilligung angewiesen. Um einerseits dafür genügend Mittel freizusetzen und andererseits die Kosten für die Prämienverbilligung im Griff zu behalten, sind die vorgeschlagenen Massnahmen notwendig. Nämlich

- die Einführung von Einkommensobergrenzen
- die Streichung des selbstständigen Anspruchs von jungen Erwachsenen auf Prämienverbilligung, sofern die Eltern bei den Steuern einen Kinderabzug geltend machen
- die Änderung der Kriterien zur Festlegung der massgebenden Prämien.

Die vorgesehenen Änderungen treffen ganz besonders die mittelständischen Familien. Diese erhalten kleinere oder gar keine Prämienverbilligung mehr. Dieses Problem hat die Kommission erkannt und hat es auch sehr ausgiebig und gründlich diskutiert. Die Mehrheit der Kommission hat die Notwendigkeit dieser Massnahmen aber erkannt und aus sozialpolitischen Überlegungen, trotz der unerfreulichen Auswirkungen, der Gesetzesänderung zugestimmt.
Die SP wird einen Antrag stellen, den Selbstbehalt von 8 % gesetzlich zu fixieren. Der gleiche Antrag wurde schon in der Kommission gestellt und deutlich abgelehnt. Wir empfehlen Ihnen, diesem Antrag ebenfalls nicht zuzustimmen, weil der Handlungsspielraum des Regierungsrats damit unnötig eingeschränkt würde. Nur die Möglichkeit die einzelnen Komponenten (Selbstbehalt, Einkommensobergrenzen, massgebende Prämien) aufeinander abgestimmt zu beurteilen, bietet Gewähr für eine jeweils ausgewogene Lösung. Der Kantonsrat kann übrigens im Rahmen der Budgetdebatten auf die Ausgaben für die Prämienverbilligung immer noch Einfluss nehmen.
Zusammenfassend sind wir überzeugt, dass die Änderungen den Betroffenen zugemutet werden können und dass die von der linken Seite gestellten Forderungen, vor allem die in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen lebenden Personen bei der Bemessung der individuellen Prämienverbilligung besser zu berücksichtigen, angemessen erfüllt sind. Die neuen Grundlagen zur Berechnung der massgebenden Prämien fordert von allen Bezugsberechtigten ein gesundes Mass an Eigenverantwortung. Dies ist gewollt und auch vernünftig. Die Regierung schlägt eine ausgewogene Lösung vor. Sie hat zum Ziel, die Kosten für die Prämienverbilligung optimal zu gestalten, ohne die Wirksamkeit zu gefährden. Im Auftrag der vorberatenden Kommission empfiehlt Guido Käch dem Rat, die Vorlage in der Fassung der Regierung zu genehmigen. Es würde ihn selbstverständlich freuen, wenn auch einige Parlamentsmitglieder der linken Seite dieser Vorlage zustimmen würden.
Im Auftrag der CVP-Fraktion teilt er mit, dass eine grosse Mehrheit der Fraktion den Anträgen der Regierung, der vorberatenden Kommission und der Stawiko ebenfalls zustimmen wird.

Gregor **Kupper**, stellvertretender Stawiko-Präsident, weist darauf hin, dass die Vorlage des Regierungsrats auf den ersten Blick recht komplex zu sein scheint. Letztlich geht es aber eigentlich nur darum, durch gezielte Massnahmen etwas vom Giesskannenprinzip wegzukommen und das System für die Zukunft finanziell so zu gestalten und abzusichern, dass es da Hilfe bringt, wo Hilfe tatsächlich erforderlich ist. Die Stawiko ist der Meinung, dass dieses Ziel mit den vorgeschlagenen Änderungen erreicht wird. Diese sind: Die Einführung der Einkommensobergrenze, die Regelung des Anspruchs von jungen Erwachsenen in Ausbildung und die Anpassung der massgebenden Prämien. Die finanziellen Auswirkungen sind nur sehr schwer abzuschätzen. Sie finden dazu sehr ausführliche Informationen im Bericht des Regierungsrats ab S. 22. Der Votant verzichtet darauf, hier nochmals die ganzen Zahlen mündlich zu erläutern. – Die Stawiko empfiehlt mit 4 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Karin Julia **Stadlin** möchte zuerst ihre persönliche Interessenbindung bekannt geben: Sie gehört der Gruppe an, welche 13 % der jährlichen Kosten des Gesundheitswesens verursacht. Früher als Ärzte bezeichnet, dann zu Leistungserbringern degradiert, heute als Kostenverursacher noch knapp akzeptiert. – Die Gesundheitskosten und nachfolgend die Krankenkassenprämien steigen unaufhörlich an. Ohne entsprechende Korrektur würde der Beitrag des Kantones an die individuelle Prämienverbilligung bis ins Jahr 2009 nochmals um 10 Mio. auf 50 Mio. Franken ansteigen, und dies, nachdem sich die Kosten bereits in den letzten zehn Jahren verdreifacht haben!
Die Mitglieder der FDP-Fraktion beantragen einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und dem Vorschlag des Regierungsrats zuzustimmen. Die bundesgesetzlichen Vorlagen funktionieren in unserem Kanton gut, wir haben eine effiziente Prämienverbilligung. Rund 32 % der Zuger Bevölkerung profitieren davon. Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Massnahmen sind sozial verträglich. Obwohl die individuelle Prämienverbilligung keine Form der Sozialhilfe ist, werden Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen, Ergänzungsleistungsbezüger oder Sozialhilfeempfänger von der Gesetzesänderung nicht betroffen sein.
Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag des Regierungsrats, die Belastungsobergrenze, also den Selbstbehalt, nicht im Gesetz zu fixieren. Der Regierungsrat braucht einen entsprechenden Handlungsspielraum. Mit den aktuellen 8 % ist eine Obergrenze festgelegt, die – auch im Vergleich zu anderen Kantonen – hoch ist, damit eben mittlere und untere Einkommen sicher zu einer Prämienverbilligung kommen. 2005 hatten 70 % aller Prämienverbilligungsbezüger ein massgebendes Einkommen von unter 30'000 Franken, 10 % eines von unter 55'000, was einem Bruttoeinkommen von 95'000 Franken entspricht. Das Brutto-Grenzeinkommen für die Prämienverbilligung für eine vierköpfige Familie ohne Vermögen ist im Kanton Zug mit über 120'000 Franken sehr hoch.
In der FDP-Fraktion sind sich alle einig, dass mit der Einführung einer Einkommensobergrenze, der Regelung des Prämienverbilligungsanspruchs von jungen Erwachsenen in Ausbildung und der Anpassung der massgebenden Prämien die finanziell Schwachen geschützt sind, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt, ein einfaches verständliches System beibehalten sowie die Eigenverantwortung gestärkt wird. Jeder Einzelne kann im Sinne der Eigenverantwortung günstigere Krankenversicherer oder Versicherungsmodelle, kombiniert mit einer höheren Franchise wählen. Auch ohne Anspruch auf eine Prämienverbilligung können damit erstaunliche Einsparungen gemacht werden.
Apropos Eigenverantwortung hier noch ein illustratives Beispiel: Ein durchschnittlicher Raucher raucht in 20 Jahren ca. 150'000 Zigaretten. Dies entspricht 7'500 Zigarettenpäckli. Multipliziert man diese mit 6 Franken, entspricht dies einer Summe von 45'000 Franken. Setzt man diese Zahl um und rechnet man mit einer jährlichen Krankenkassenprämie eines 40-jährigen Zugers (Grundversicherung, Unfalldeckung und Franchise von 300 Franken), so wären, ausgehend von einer durchschnittlichen Jahresprämie von ca. 2'880 Franken, während 15½ Jahren die Krankenkassenprämien bezahlt. – Aus medizinischer und auch finanzieller Sicht sollte die Exekutive bei jedem Einzelnen, welcher öffentliche Gelder zur Prämienverbilligung beansprucht, Vorbehalte bezüglich Gesundheitsverhalten, beispielsweise im Sinne eines Nikotin- oder Alkoholstopps, einer Gewichtsreduktion oder eines Fitnessplans geltend machen können.
Für die FDP- Fraktion unbestritten ist die Tatsache, dass die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Anpassungen notwendig sind, um die Finanzierbarkeit der Prämien-

verbilligung langfristig garantieren zu können. Stimmen sie deshalb, wie auch die FDP-Fraktion, dieser Vorlage voll und ganz zu!

Beat **Zürcher** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig für Eintreten ist. Für unsere Fraktion ist es massgebend, dass auch in ein paar Jahren genügend Geld für Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zur Verfügung steht. 85 - 90 % der jetzigen Bezüger von Prämienverbilligungen bekommen auch in Zukunft Prämienverbilligung. Die 10 - 15 %, die nicht mehr in diesen Genuss kommen, sind jene, denen es wohl am wenigsten weh tut. Dennoch fragt sich die SVP-Fraktion, was sind bescheidene wirtschaftliche Verhältnisse? Wo liegen die Schmerzgrenzen? Wer ist wirklich darauf angewiesen? Es ist halt schon so, wenn jemandem etwas angeboten wird, wird es in den meisten Fällen resolut ausgenutzt. Darum muss ein Gesetz auf das Wesentliche herunter gefahren werden.
Bei § 6 Abs. 1 stimmt die SVP-Fraktion der Regierung, Stawiko und vorberatenden Kommission zu. Der Regierungsrat soll die Kompetenz für die massgebenden Prämien und die Belastungsgrenze haben. Die SVP-Fraktion folgt bei § 6 Abs. 3 dem Antrag des Regierungsrats, wo es heisst, der Regierungsrat habe die Kompetenz die Einkommensobergrenze je nach Familien- und Vermögenskonstellationen festzusetzen. – Die SVP-Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu, bevor die Kosten für den Kanton explodieren.

Andrea **Erni Hänni** kann sich zu Beginn eine Bemerkung nicht verkneifen: Im Bericht und Antrag der Regierung zu den Prämienverbilligungsinitiativen im Oktober 2003 hielt der Regierungsrat fest, dass es – wegen der Dringlichkeit der KVG-Revision – bald zu einem einheitlichen Bundesmodell komme. Die Schweizerische Gesundheitsdirektorenkonferenz würde sich um eine einheitliche Umsetzung bemühen. Darum wollte der Regierungsrat nicht auf die Prämienverbilligungsinitiativen eingehen, sondern die Inkraftsetzung des Bundesmodells abwarten. Mit einer vorgezogenen Umsetzung des Initiativmodells riskiere der Kanton Zug, nachträglich Anpassungen am definitiv sanktionierten Bundesmodell vornehmen zu müssen. Die Votantin stellt – eigentlich mit Bestürzung – fest, dass wir vom Initiativkomitee Recht behalten haben, als wir klar die Meinung vertraten, dass es *kein* einheitliches Bundesmodell geben wird. Neu ist ja lediglich, dass die Kantone für untere *und* mittlere Einkommen die Prämien von Kindern und jungen Erwachsenen in Ausbildung um mindestens 50 % verbilligen müssen. Die Umsetzung ist dabei den Kantonen freigestellt.
Die SP-Fraktion anerkennt, dass die Regierung das kantonale Prämienverbilligungsgesetz der neuen Bundesregelung anpassen muss. Wir stellen auch fest, dass die Regierung trotz den zusätzlichen Verschärfungen vorläufig weiterhin die Gewährung der Prämienverbilligung für untere Einkommen sicher stellt, obwohl der hohe, seit zwei Jahren auf 8 % festgelegte Selbstbehalt für Menschen knapp über dem Existenzminimum hart ist. Familien mit mittleren Einkommen aber gehören auf Grund der Verschärfungen zu den Verliererinnen und wir sind schon erstaunt, dass das die bürgerlichen Parteien, welche sich die Familienpolitik auf die Fahne schreiben, ohne weiteres akzeptieren.
Dadurch, dass im neuen Gesetz eine zusätzliche Obergrenze festgelegt werden kann und neuerdings auch junge Erwachsene in Ausbildung nicht mehr selbständig, sondern zusammen mit den Eltern veranlagt werden, werden einige mittelständische Familien nicht mehr in den Genuss von Prämienverbilligungen kommen. Dies erscheint uns hart auf Grund der gesunden finanziellen Lage des Kantons Zug und auf

Grund der Tatsache, dass der Kanton mit Einführung des NFA weniger Eigenleistungen erbringen muss – nämlich 3.3 Mio. weniger. Auch wenn eine Familie einen recht guten Verdienst hat – Kinder, und vor allem Kinder in Ausbildung kosten viel und wir sind sicher, dass viele mittelständische Familien bis dato froh waren um den Zustupf für die Bezahlung der Krankenkassenprämien.
Die SP ist für Eintreten auf dieses Geschäft, auch wenn wir die Anpassungen als zu hart und aus oben genannten Gründen zurzeit als nicht nötig bewerten. Wir werden in der Detailberatung zwei Anträge stellen, nämlich die Festlegung des maximalen Selbstbehalts resp. des Prozentsatzes auf 8 % und die Ablehnung der Bestimmung einer weiteren Obergrenze für das massgebende Einkommen. Wir bitten den Rat um Unterstützung.

Christian **Siegwart** weist darauf hin, dass wir bei der Prämienverbilligung nicht von Luxus oder von Wunschbedarf sprechen, sondern davon, was uns das kostbare Gut Gesundheit Wert ist. Fest steht: Die zur Debatte stehende Vorlage ist offensichtlich in erster Linie eine Sparvorlage. Und wenn in diesem Bereich gespart wird, betrifft es Menschen, die ohnehin mit knappem Budget leben müssen. Damit dieser Trend nicht weitergeht, unterstützt unsere Fraktion mehrheitlich den Antrag der SP, den Selbstbehalt auf 8 % zu beschränken. Wir wehren uns allerdings nicht dagegen, dass der Anspruch junger Erwachsener in Ausbildung künftig zusammen mit demjenigen der Eltern beurteilt wird. Die Möglichkeit einer expliziten Einkommensobergrenze aber lehnt die Mehrheit unserer Fraktion ab. Gerade kinderreiche Familien aus dem so genannten Mittelstand geraten sonst weiter in Bedrängnis. Bemerkenswert ist, dass wir heute zwar Gesetzesparagraphen festlegen, damit aber wenig über die finanziellen Folgen bestimmen können. Die Regierung behält das Ruder in der Hand und will mit der Einkommensobergrenze, dem Selbstbehalt und der massgebenden Prämie die wichtigen Parameter festlegen können. Gar nicht glücklich ist der Votant über die Absicht der Regierung, diese massgebende Prämie – wenn auch in Stufen – nach unten zu korrigieren. Vom Sparpotenzial her ist dies ja die wirksamste Massnahme. Dafür hat sie natürlich auch die grössten Konsequenzen. Weil aber dieser Teil der Vorlage weder im Gesetz noch in der Kommission umstritten war, deponiert Christian Siegwart dazu keinen Antrag, sondern äussert bloss einige Bedenken.
Denken Sie daran, dass wir hier nur von der Grundversicherung sprechen, die von Bundesrat Couchepin bereits kräftig gestutzt wurde. Für viele Menschen sind Zusatzversicherungen unerlässlich – sei es für spezielle Behandlungen, Medikamente, sei es für die Wahlfreiheit der Spitäler. In seinem beruflichen Alltag berät der Votant ältere Menschen auch in Bezug auf die Krankenkassen. Sparmöglichkeiten wie erhöhte Franchisen sind für viele von ihnen ebenso unsinnig wie HMO- oder Callmed-Modelle. Soll ein 85-jähriger Menzinger wirklich in die HMO-Praxis nach Zug reisen müssen? Wie soll sich eine demente Frau am Callmed-Telefon seriös beraten lassen? In diesem Bereich von Eigenverantwortung zu sprechen, klingt für Christian Siegwart fast schon zynisch. Auch der alljährliche Wechsel in eine billigere Versicherung ist einerseits vom bürokratischen Aufwand her fragwürdig, andererseits für gewisse Menschen oft aus Loyalitätsgründen kein Thema. Kürzlich war der Votant bei einer 80-jährigen Dame. Ihr ganzes Leben lang hat sie die Prämie für die Spital-Zusatzversicherung pünktlich bezahlt. Doch jetzt, da die Wahrscheinlichkeit für einen Spitalaufenthalt steigt, kann sie sich diesen Luxus schlicht nicht mehr leisten. Wie würden Sie ihr das erklären? Wenn die massgebende Prämie sinkt, werden wir weitere Härtefälle schaffen.

Personen, die einen Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben, werden dank Bundesrecht weiterhin in den Genuss einer deutlich höheren Prämienverbilligung kommen. Verbunden mit dem Anspruch auf Ergänzungsleistungen sind weitere Leistungen – zum Beispiel das gebührenfreie Fernsehen, die Rückerstattung von Franchise, von Selbstbehalten, von Kosten für Haushilfe und Zahnarzt. Personen, die knapp keinen Anspruch haben auf Ergänzungsleistungen, kommen nicht in den Genuss dieser Sonderleistungen. Sie stehen schon heute unter dem Strich bisweilen schlechter da. Wenn die Regierung die massgebende Prämie senkt, wird sich diese Ungerechtigkeit noch verstärken. Zug kann sich die heutige – sicher grosszügige – Lösung für einmal nicht trotz, sondern wegen dem NFA weiterhin leisten. Schliesslich werden wir bei dessen Einführung im Bereich der Prämienverbilligung um 3,3 Mio. Franken entlastet. Christian Siegwart bittet die Regierung deshalb, die massgebende Prämie gar nicht oder nur geringfügig zu reduzieren. Denken Sie daran: Falls in Einzelfällen durch die Wahl günstiger Versicherungsmodelle auch ein paar Franken gespart werden können, es profitieren stets Menschen in bescheidenen Verhältnissen.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** dankt für die insgesamt gute Aufnahme der komplexen Materie. Er dankt auch für die seriöse Vorbesprechung in vorberatender Kommission, Stawiko und den Fraktionen. Er ist erfreut, dass grossmehrheitliche Zustimmung signalisiert wurde. Dass kein einheitliches Bundesmodell verabschiedet werden konnte, Andrea Erni, liegt nicht in unserer Verantwortung. Wir sind uns einig, dass Handlungsbedarf vorhanden ist. Die Kostenentwicklung, die in der Vorlage aufgezeigt wurde, gefährdet unser System. *Unsere* individuelle Prämienverbilligung ist aber wirksam und ausgesprochen familienfreundlich. Einschränkungen, um das System zu erhalten, sind unumgänglich. Anspassungen sind notwendig. Wenn wir keine Gegenmassnahmen ergreifen, haben wir bereits im Jahr 2009 acht bis zehn Millionen Franken höhere Kosten. Der Gesundheitsdirektor weist den Vorwurf, es handle sich hier um eine Sparübung, mit Entschiedenheit zurück. Damit hat die Vorlage des Regierungsrats nichts, aber auch gar nichts zu tun. Es hat auch nichts mit der NFA zu tun. Sondern was wir hier besprechen, ist eine Stabilisierungsmassnahme, um das Wachstum eindämmen zu können, um überhaupt all jenen Personen, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, auch zukünftig individuelle Prämienverbilligungen gewährleisten zu können.
Die Regierung schlägt Ihnen ein differenziertes, abgestuftes und etappiertes Vorgehen vor und hat dabei drei Ziel vorgegeben. Wir wollen in erster Linie die finanziell Schwachen schützen. Wir wollen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen. Das zweite Ziel ist, die Einfachheit und Verständlichkeit unseres Zuger Systems und Modells beizubehalten. Und letztlich wollen wir selbstverständlich auch die Eigenverantwortung stärken. Darunter gehören auch Vorschläge, wie sie von Karin Julia Stadlin in ihrem Votum gemacht wurden. Sie hat damit gezeigt, dass sie nicht Kosten verursacht, sondern durchaus auch Kosten einsparen kann mit ihren Vorschlägen.
Die Massnahmen möchte Joachim Eder nicht wiederholen, sie wurden bereits erwähnt. Er möchte nur nochmals betonen: Die ganze Vorlage ist ausgewogen. Das hat auch Kommissionspräsident Käch – dem der Gesundheitsdirektor für seine Arbeit ebenfalls dankt – gesagt. Die Vorlage ist in sich stimmig und sie ist vor allem sozial verträglich. Es soll nicht ohne Not irgendwo geändert werden, meint die Regierung.
Einige zusätzliche Bemerkungen auf Grund der Voten sind noch nötig. Auf nächstes Jahr zeichnet sich gesamtschweizerisch zwar eine Atempause in der Prämienent-

wicklung ab. Trotzdem ist die Steigerung immer noch höher als die Inflation, die Reallohnentwicklung und die Teuerung. Die Abschwächung der Prämiensteigerung hängt aber mit dem Abbau der Reserven zusammen. Sie muss deshalb als Zwischenphase bezeichnet werden. Sie ist nicht handlungsleitend für die Zukunft. Sie ist deshalb sicher auch nicht nachhaltig. Nachher wird die Kostenentwicklung wie in der Vergangenheit sein. Und dabei gilt immer eine grobe Faustregel: Eine Erhöhung der Prämien um 5 % zieht eine Erhöhung der Prämienverbilligungssumme um 10 % nach sich.
Zur Regelung des Anspruchs von jungen Erwachsenen. Auf S. 15 unserer Vorlage haben wir die bisherige Situation mit den 19 bzw. 7 Kantonen abgebildet. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass bei guter Situierung der Eltern im Kanton Zug zukünftig wie auch in 19 Kantonen keine doppelte Begünstigung – nämlich einerseits Kinderabzug bei den Steuern, anderseits Prämienverbilligung – mehr gewährt werden soll. Der Votant ist dem Rat sehr dankbar, dass dieser Antrag auf keine Opposition gestossen ist. Dieses Geld, das wir hier in dem Sinn einsparen, fehlt nämlich sonst für die Entlastung der Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen.
Zum Votum von Christian Siegwart, der die Anpassung der massgebenden Prämien kritisiert hat. Joachim Eder verweist auf S. 17 der Vorlage, wo man die ganze mögliche Bandbreite sieht. Und das hat jetzt wirklich nichts mit einem Menzinger Bauern oder einer Finsterseer oder Ennetseer zu tun. Sondern da haben Sie die Möglichkeit bereits heute, die genau gleiche Grundversorgung abzurufen. Und Sie können bereits heute als Prämienzahlerin oder -zahler Einsparungen machen. Der Kanton wird niemanden in ein bestimmtes Versicherungsmodell zwingen. Wir werden uns lediglich an einer bestimmten Prämie für die Berechnung orientieren, und zwar sicher nicht einfach an der Prämie der billigsten Versicherung. Das werden wir nicht tun. Wir werden da unser bisher geübtes Fingerspitzengefühl walten lassen. Hoffentlich beruhigt diese Aussage die AF!
Zu den im Raum stehenden Anträgen betreffend Fixierung der Belastungsgrenze im Gesetz und zur Streichung der Einkommensobergrenzen wird sich der Gesundheitsdirektor dann in der Detailberatung äussern. Soviel aber bereits jetzt: Eine Definition von Mittelstand im Kanton Zug, eine Definition von bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen müssen Sie dem Votanten mal geben. Wir haben den Versuch gemacht in der Kommission. Wir sind zu keinem Ergebnis gekommen. Und Joachim Eder wird dann in der Detailberatung die effektiven Zahlen auf den Tisch legen. Er kann eines sagen: Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger werden die Prämien nach wie vor zu 100 % verbilligt. Auch bei den unteren und untersten Einkommensklassen ändert sich gar nichts. Dies und die Bevorzugung von Familien mit Kindern sind richtig, wichtig und vom Regierungsrat auch gewollt. – Vielen Dank für das Eintreten und die Zustimmung zu den Anträgen des Regierungsrats, die ja von der vorberatenden Kommission und der Stawiko grossmehrheitlich unterstützt werden.

EINTRETEN ist unbestritten.

Die Debatte wird hier abgebrochen und an der nächsten Sitzung weitergeführt.

973 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 28. September 2006

69. SITZUNG: DONNERSTAG, 28. SEPTEMBER 2006
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.00 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

974 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Abwesend sind: Karl Rust und Eusebius Spescha, beide Zug; Manuel Aeschbacher, Cham.

975 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** gibt bekannt, dass das Büro des Kantonsrats beschlossen hat, dass beim Mittagessen Raucherwaren und Spirituosen nicht mehr vom Kanton bezahlt werden.

Margrit Landtwing ist neue Fraktionschefin der CVP. Sie löst Beat Villiger ab, der während mehreren Jahren auch als Doyen der Fraktionsleiterkonferenz mit Engagement und Präzision tätig war. Die letztere Aufgabe übernimmt nun Andrea Hodel.

Wir haben heute eine reich befrachtete Traktandenliste vor uns. In den nächsten Sitzungen wird es ähnlich sein. Das Wort Parlament kommt von «parlare», sprechen, debattieren, diskutieren. Das soll hier und heute auch geschehen dürfen. Trotzdem bittet die Vorsitzende den Rat, sich in den Voten kurz zu fassen. Sie kennen es: In der Kürze liegt die Würze! Vermeiden Sie Doppelspurigkeiten; schon Gesagtes muss nicht wiederholt werden. So werden wir unsere Arbeit gut voran bringen; Erwina Winiger dankt dem Rat für seine Kooperationsbereitschaft.

Die heutige KR-Sitzung kann nicht stattfinden, ohne dass wir des Attentats gedenken, welches sich gestern vor fünf Jahren hier im Kantonsratssaal ereignete. Fünf Jahre sind eine lange Zeit. Vieles hat sich geändert, schmerzliche Gedanken konnten eingeordnet werden und machten wieder anderen, positiveren Gedanken Platz. Und trotzdem scheint es der Präsidentin – wahrscheinlich gefördert durch die starke Medienpräsenz – als sei das Ganze erst gestern geschehen. Sie bittet den Rat, im stillen Gedenken an die Opfer kurz aufzustehen.

976 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 31. August 2006.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Kommissionsbestellungen:

3.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons am Ausgleich zwischen den Gemeinden als Folge falsch verteilter Kosten bei den kantonalen Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1471.1/.2 – 12155/56).

3.2. Kantonsratsbeschluss über einen Zusatzkredit für den Neubau des Zentralspitals in Baar.
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1478.1/.2 – 12182/83).

4. Einbürgerungsgesuche.
Antrag des Regierungsrats (Nr. 1476.1 – 12174).
5. Gesetzgebung über Wahlen und Abstimmungen:

5.1. Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG).

5.2. Änderung der Kantonsverfassung (Änderung der statistischen Grundlagen der Zuteilung der Kantonsratsmandate).

5.3. Änderung der Kantonsverfassung (Anpassung an das eidgenössische Partnerschaftsgesetz).

5.4. Änderung der Kantonsverfassung (Streichung der 10-tägigen Karenzfrist bei Wahlen und Abstimmungen).

5.5. Änderung der Kantonsverfassung (Redaktionelle Nachtragung des Strafgerichts).

5.6. Änderung der Kantonsverfassung (Anstellung der Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber durch die Exekutiven).
2. Lesung (Nrn. 1300.11/.12/.13/.14/.15/.16 – 12115/16/17/18/19/20).
Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1300.17/.18/.19/.20 – 12177/78-/79/80).

6. Änderung des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung (IPVG).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1428.1/.2 – 12011/12), der Kommission (Nr. 1428.3 – 12095) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1428.4 – 12096).
Eintreten erfolgt. Detailberatung.

7. Kantonsratsbeschluss betreffend Teilergänzung der Stadtbahn Zug und Investitionsbeiträge für den Doppelspurausbau Cham Bahnhof-Freudenberg und für den Ausbau der Stadtbahn-Haltestellen Zythus und Chämleten.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1438.1/.2 – 12041/42), der Kommission (Nr. 1438.3 – 12135) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1438.4 – 12136).

8.1. Polizeigesetz.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1412.1/.2 – 11955/56).

8.2. Gesetz über die Organisation der Polizei (Polizei-Organisationsgesetz).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1413.1/.2 – 11957/58).
   Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1412.3/1413.3 – 12087; 1412.4 – 12088; 1413.4 – 12139) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1412.5/-1413.5 – 12165).

9.1. Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1395.1/.2 – 11911/12).

9.2. Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB) (Vormundschaftsrecht; Zuständigkeiten).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1396.1/.2 – 11913/14).
   Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1395.3/1396.3 – 12144; 1395.4 – 12145) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1395.5/1396.4 – 12166).

10. Vorzeitige Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells in der Zuger Strafjustiz, Änderung kantonaler Erlasse.
   Berichte und Anträge des Obergerichts (Nrn. 1446.1/.2 – 12071/72), der erweiterten Justizprüfungskommission (Nrn. 1446.3/.4 – 12152/53) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1446.5 – 12158).

Traktandierte Geschäfte, die am 31. August 2006 nicht behandelt werden konnten:

11. Kantonsratsbeschluss betreffend Ergänzung zum Objektkredit für den Bau der 1. Etappe der Stadtbahn Zug zur Abgeltung der Investitions-Folgekosten der neuen Haltestellen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1439.1/.2 – 12043/44) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1439.3 – 12108).

12. Kantonsratsbeschluss betreffend Austritt aus dem Interkantonalen Konkordat über Massnahmen zur Bekämpfung von Missbräuchen im Zinswesen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1461.1/.2 – 12112/13) und der Konkordatskommission (Nr. 1461.3 – 12146).

13. Kantonsratsbeschluss betreffend Defizitdeckungsbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1456.1/.2 – 12099/100) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1456.3 – 12109).

14. Interpellation von Vreni Wicky betreffend KOSA-Initiative (Nr. 1444.1 – 12066).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1444.2 – 12131).

15. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Jugendgewalt (Nr. 1429.1 – 12016).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1429.2 – 12102).

16. Motion von Thomas Villiger betreffend Ausbaggerung der Reuss im ganzen Kantonsgebiet (Nr. 1368.1 – 11811).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1368.2 – 12133).
17. Motion von Alois Gössi betreffend Änderung der Zuständigkeiten bei Einbürgerungen (Nr. 1373.1 – 11817).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1373.2 – 12132).
18. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend Finanzierung der Bildungsanliegen auf der Volksschulstufe (Nr. 1452.1 – 12092).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1452.2 – 12130).

* erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung

977 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 31. August 2006 wird genehmigt.

978 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BETEILIGUNG DES KANTONS AM AUSGLEICH ZWISCHEN DEN GEMEINDEN ALS FOLGE FALSCH VERTEILTER KOSTEN BEI DEN KANTONALEN ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN ZUR ALTERS-, HINTERLASSENEN- UND INVALIDENVERSICHERUNG

Traktandum 3.1 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1471.1/.2 – 12155/56).

➔ Die Vorsitzende teilt mit, dass die Vorlage zur Beratung direkt an die Staatswirtschaftskommission überwiesen wird.

979 KANTONSRATSBESCHLUSS ÜBER EINEN ZUSATZKREDIT FÜR DEN NEUBAU DES ZENTRALSPITALS IN BAAR

Traktandum 3.2 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1478.1/.2 – 12182/83).

➔ Die Vorsitzende teilt mit, dass die Vorlage zur Beratung an die Spitalkommission überwiesen wird.

980 –MOTION VON ALOIS GÖSSI, LEO GRANZIOL, STEFAN GISLER UND DANIEL GRUNDER BETREFFEND EINE ÄNDERUNG DER GESCHÄFTSORDNUNG DES KANTONSRATS
–ÄNDERUNG DER GESCHÄFTSORDNUNG DES KANTONSRATS BETREFFEND ERWÄHNUNG DER FACHKOMMISSIONEN MIT STÄNDIGEM AUFTRAG (KLEINE PARLAMENTSREFORM)

Traktandum 3.3 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1419.2 – 12184, 1479.1/.2 – 12184/85).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier aus Zeitgründen ein ungewöhnliches Vorgehen erfolgt. Bericht und Antrag zur Motion sowie die Umsetzung der Motion (Annahme: Erheblicherklärung) werden gleichzeitig vorgelegt. Dies ist notwendig, weil nach den Gesamterneuerungswahlen das Büro des Kantonsrats am 10. November 2006 zusammenkommen wird, um im Hinblick auf die konstituierende Sitzung am 21. Dezember 2006 die Kommissionswahlen vorzubereiten. Es geschieht im Sinne einer Direktüberweisung. Darum ersucht das Büro den Rat, es für die Änderung der Geschäftsordnung als vorberatende Kommission einzusetzen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

981 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Traktandum 4 – Es liegt vor: Antrag des Regierungsrats (Nr. 1476. 1 – 12174).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen:

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

21 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

a) 10 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben ((§ 11 BüG).

b) 33 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

982 GESETZGEBUNG ÜBER WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN
–GESETZ ÜBER DIE WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN (WAHL- UND ABSTIMMUNGSGESETZ, WAG)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (ÄNDERUNG DER STATISTISCHEN GRUNDLAGEN DER ZUTEILUNG DER KANTONSRATSMANDATE)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (ANPASSUNG AN DAS EIDGENÖSSISCHE PARTNERSCHAFTSGESETZ)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (STREICHUNG DER 10-TÄGIGEN KARENZFRIST BEI WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (REDAKTIONELLE NACHTRAGUNG DES STRAFGERICHTS)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (ANSTELLUNG DER GEMEINDESCHREIBERINNEN UND GEMEINDESCHREIBER DURCH DIE EXEKUTIVEN)
–ÄNDERUNG DER KANTONSVERFASSUNG (ÜBERGANGSREGELUNG FÜR EINE ZEITLICHE ZUSAMMENLEGUNG DER STÄNDERATS- MIT DEN NATIONALRATSWAHLEN)

Traktandum 5 – Die Ergebnisse der 1. Lesung vom 6. Juli 2006 (Ziff. 951) sind in den Vorlagen Nrn. 1300.11/.12/.13/.14/.15/.16 – 12115/16/17/18/19/20 enthalten. – Auf die 2. Lesung hin sind weiter eingegangen: Bericht und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1300.17/.18/.19/.20 – 12177/78/79/80), Antrag der Alternativen Fraktion (Nr. 1300.21 – 12186), Antrag der SP-Fraktion (Nr. 1300.22 – 12187), Antrag von Louis Suter und Beat Villiger (Nr. 1300.23 – 12188).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass – in Abweichung zu bisherigen Vorgehensweisen – der regierungsrätliche Antrag am Schluss behandelt wird, weil er sich sowohl auf die Änderung des Gesetzes wie auch auf die Verfassungsänderungen bezieht. – Als Grundsatzfrage wird zuerst der Antrag der SP-Fraktion zur Diskussion gestellt. Der Antrag sieht vor, statt die Umstellung auf den Nationalratsproporz die Beibehaltung des Listenstimmenproporzes zu beschliessen. Sollte dieser Antrag gutgeheissen werden, wird die 2. Lesung heute ausgesetzt, weil eine neue Vorlage auszuarbeiten wäre, wie das die SP-Fraktion wahrscheinlich beantragen wird.

Antrag der SP-Fraktion betreffend Beibehaltung des Listenstimmproporzes (Vorlage Nr. 1300.22 – 12187)

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion nochmals mit dem Antrag auf die Beibehaltung des Listenstimmproporzes kommt. Unsere Argumente haben wir beim Antrag aufgelistet. Die Quintessenz ist immer noch die Gleiche: Für uns macht es keinen Sinn, auf den Nationalratsproporz zu wechseln. Wir wollen keine Wahlart, die Majorz-Merkmale trägt – ein Majorz, der von der Zuger Bevölkerung abgelehnt wurde. Wir sind auch klar der Meinung, dass vor allem Frauen beim NR-Proporz benachteiligt würden. Die Wähler wären tendenzieller listentreuer und würden viel weniger panaschieren – und das zum Nachteil der Frauen.
Der Votant ist sich bewusst, dass die Meinungen gemacht sind bei der CVP und der FDP: Sie wollen einen Wechsel zu einem Wahlsystem mit Majorz-Charakter, und es ist davon auszugehen, dass wieder blockweise für oder gegen diesen Antrag gestimmt wird. Bemerkenswert ist, dass der Regierungsrat an der bisherigen Wahlart, dem Listenstimmproporz, festhalten will. Mindestens ein Regierungsrat von der

FDP oder CVP muss also ebenfalls vom Listenstimmproporz überzeugt sein, sonst wäre der Regierungsrat nicht gegen den Nationalratsproporz.

Heini **Schmid** erinnert daran, dass dieser Rat in 1. Lesung mit einer deutlichen Mehrheit von 41 : 29 Stimmen die Einführung des Nationalratsproporzes beschlossen hat. Die SP-Fraktion beantragt nun die Umstellung auf Listenproporz. Die vorberatende Kommission hat mit 5 : 4 Stimmen ohne grosse Diskussion am Nationalratsproporz festgehalten. Der Antrag der SP-Fraktion enthält keine neuen Argumente und wir haben in der 1. Lesung ausführlich über Pro und Kontra diskutiert. Im Namen der Kommissionsmehrheit und der geschlossenen CVP-Fraktion bittet der Votant, den Antrag abzulehnen. Denn nur mit dem Nationalratsproporz wird das Wählen im Kanton Zug einfacher, die Exekutiven stabiler und es stehen Personen im Zentrum statt Parteien.

Anna **Lustenberger-Seitz** möchte nur *einen*, sehr positiven Aspekt vom Listenproporz beleuchten. – Wir haben nun alle die Wahlunterlagen zu Hause, viele haben vermutlich schon gewählt, die anderen machen es noch. Sind Sie sich bewusst, was Sie mit dem heutigen Tag vergeben? Jetzt können wir noch bewusst, strategisch wählen, wir gestalten die Wahlen mit, wir können auf unserer Liste streichen und andere von anderen Parteien einsetzen, weil wir annehmen, dass auch diese Parteien gewisse Sitze wieder machen. Und wir wollen und können da auch etwas mitreden. Ein gutes System, welches zweimal vom Volk bestätigt wurde, wollen wir nun einfach aufgeben. – Stimmen Sie heute dem Nationalratsproporz zu, werden in vier Jahren alle Parteien vehement darauf achten, dass nur Leute von ihrer Partei auf dem Wahlzettel stehen und ja keine anderen darauf kommen – dann noch lieber die Zeilen leer lassen, weil dies dann Listenstimmen gibt. Sind Sie sich dessen wirklich bewusst? Wenn ja, dann müssen Sie doch dem Antrag der SP, den wir Alternativen nochmals sehr unterstützen, zustimmen!

Stephan **Schleiss** hält fest, dass eine Mehrheit der SVP-Fraktion den Antrag der SP unterstützen wird. Es ist uns zwar nicht ganz klar, wieso es in der 2. Lesung nochmals einen Entscheid braucht. In der 1. Lesung hat der Kantonsrat überaus deutlich mit der knappen Kommissionsmehrheit und gegen die Regierung entschieden. Es könnte aber sein, dass die SP auf Einsicht bei der CVP und der FDP hofft. Es sind vor allem die Parteien in der Mitte, denen der Nationalratsproporz schaden wird, wie jede Panaschier-Statistik zu belegen vermag. Die SVP unterstützt den Listenproporz aus folgenden zwei Gründen: Zum einen findet die politische Schlacht im Bereich des WAG nicht um die Art des Proporzes statt. Es geht um die Wahlkreise. Wenn sich die Linke nicht für eine Initiative auf Wahlkreisänderung bzw. Änderung der Berechnungsart bei der Mandatsverteilung durchringen kann, steht ihr immer noch der Weg ans Bundesgericht offen. In der Kommission wurde die Frage, ob unsere Wahlkreise der Verfassung genügen, ausgiebig diskutiert und schliesslich bejaht. Man beruft sich dabei auf die Tatsache, dass die Wahlkreise historisch gewachsen sind. Man kann sich nicht einerseits darauf berufen, die Wahlkreise würden aus Tradition so belassen, wie sie sind, während man den traditionellen Listenproporz einfach abschaffen will. Zum anderen ist der Kanton Zug ein traditioneller Proporzkanton. Philipp Etter schrieb dazu einmal: «Zug wurde einer der ersten schweizerischen Proporzkantone. Kein Kanton ist in der Ausdehnung des Proporzes so weit gegan-

gen wie der Kanton Zug schon seit 1894. Zug darf sich mit Recht das älteste und klassische Proporzland in löblicher Eidgenossenschaft nennen lassen.» Die SVP will an dieser Zuger Eigenart festhalten. Auch das Zuger Stimmvolk hat in vergangenen Jahren zwei Mal an den Urnen nicht nur dem Majorz abgelehnt, sondern damit auch den geltenden Listenproporz bestätigt. Bitte unterstützen Sie deshalb den Antrag der SP!

Daniel **Burch**: Wir haben es bereits gehört – seit der letzten Lesung haben sich die Fakten nicht verändert. Der Listenproporz ist und bleibt ein Konstrukt, das primär gewissen Parteibedürfnissen, nicht aber den Wählerbedürfnissen entspricht. Gerade die laufenden Wahlen zeigen – und diejenigen, die an der Front sind und mit den Leuten sprechen, stellen das fest – die Leute wollen nicht Parteien wählen, sondern ihre Mitglieder in den Gemeinderat wählen. Sie wählen Personen und nicht Parteien. Fazit: Mit dem Nationalratsproporz erhält die Kandidatin bzw. der Kandidat mehr Bedeutung. Der Wähler hat somit eine echte Möglichkeit, seine Ratsvertreter zu wählen und nicht nur eine Partei. Die Wahlchancen für gute, fähige Kandidatinnen und Kandidaten steigen. Solche brauchen bei den Wahlen den Nationalratsproporz nicht zu fürchten.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, möchte die etwas orakelhafte Aussage von Alois Gössi klären. Der Regierungsrat hat seine Meinung im ursprünglichen Bericht zur Vorlage des WAG dargelegt. Sie stimmt mit dem jetzt gestellten Antrag der SP überein. Jedenfalls so lange, bis ein hoheitliches Schlussverdikt des Parlaments oder des Souveräns vorliegt.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 47 : 29 Stimmen abgelehnt.

Antrag von Louis Suter und Beat Villiger betreffend § 15 Abs. 3 (Vorlage Nr. 1300.23 – 12188)

Louis **Suter** weist darauf hin, dass es bei diesem Antrag nicht um eine materielle Änderung geht. Wir möchten eine etwas praktikablere Lösung einbringen. Der Votant hat gehört, dass sich dem auch die Kommission sowie andere Fraktion anschliessen können.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass sich sowohl Kommission wie Regierung dem Antrag anschliessen.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Antrag der Alternativen Fraktion betreffend Einführung des Ausländerstimmrechts in den Gemeinden auf freiwilliger Basis (Vorlage Nr. 1300.21 – 12186)

Anna **Lustenberger-Seitz** betont, dass es bei diesem Antrag in erster Linie nicht um die direkte Einführung des Ausländerstimmrechts geht, sondern um eine Gesetzesänderung, damit die Gemeinden das Ausländerstimmrecht auf freiwilliger Basis einführen können, wenn die Einwohnerinnen und Einwohner helvetischer Abstammung den Segen dazu geben. Natürlich, die Auswirkung dieses Gesetzes, dass ausländische Staatsangehörige, die genügend lang in der Schweiz und im betreffenden Dorf oder Stadt wohnen, auch an die Urne gehen dürfen, wenn es um eine gemeindliche Abstimmung oder Wahl geht, ist uns Alternativen wichtiger. Und es ist so – sie dürften sich sogar für die gemeindlichen Wahlen zur Verfügung stellen.
Immerhin, es gibt acht Kantone, die es uns vorgemacht haben, und nicht nur solche, links der Reuss Richtung Westschweiz, sondern auch Graubünden oder der Kanton Appenzell Ausserrhoden. Zudem dürfen nun auch in Steinhausen die ausländischen Katholiken in kirchlichen Angelegenheiten ihr Stimm- und Wahlrecht ausüben. Und die Votantin ist überzeugt: Die Steinhauser Kirchgängerinnen und Kirchgänger sind nicht nur links gesinnte Frauen und Männer, sondern es sind bestimmt viele aus bürgerlichen Kreisen, die am letzten Sonntag ein Ja in die Urne gelegt haben. Im Kanton Bern unterstützt die Regierung zwei gleich lautenden Motionen wie unser Antrag. Sie erwähnen dabei das Demokratieprinzip, das Verlangen, dass Menschen, die von Entscheiden betroffen sind, mitentscheiden sollen. Wir aber hier im Kanton Zug verlangen einfach, dass sie wohl Steuern bezahlen, aber mitentscheiden dürfen sie nicht. Wenn Leute aus anderen Ländern mitdenken, mitentscheiden können, fördert dies doch das friedliche Zusammenleben, es fördert die Integration. Die Einbürgerung, die in der WAG-Kommission gefordert wurde, ist nicht immer eine echte Alternative. Denn es ist klar: Leute, die keine doppelte Staatsbürgerschaft haben können, lassen sich bei uns nicht einbürgern. Das würden auch wir nicht.
In der WAG- Kommission hat vor allem die Vorstellung, dass Personen mit ausländischen Wurzeln in ein parlamentarisches Gremium Einsitz nehmen könnten, die Ablehnung noch mehr verstärkt. Ein Beispiel: Im appenzellischen Dorf Wald, musste während einer Legislatur ein Gemeinderat ersetzt werden. Die Mitglieder des Gemeinderats fragten den Holländer Max Schindler an. Dieser wurde mit glänzendem Resultat gewählt und bei den ordentlichen Wahlen wieder glänzend gewählt. Mittlerweilen hat er sich sogar eingebürgert. Bei uns gibt es auch Gemeinden, die nicht immer so problemlos Kandidierende finden – Neuheim ist das Paradebeispiel dafür. Und vielleicht gäbe es ja auch dort Leute ohne Schweizer Pass, die sehr wohl fähige Gemeinderäte oder -rätinnen wären. Verbauen wir doch den Gemeinden den Weg nicht, das Ausländerstimmrecht einzuführen – auf freiwilliger Basis. Gewähren Sie den Gemeinden doch diese Autonomie! In so vielen Vorlagen möchten wir die Gemeinden stärken. Das wäre doch eine Stärkung der Gemeinden! Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu!

Heini **Schmid** hält fest, dass die Kommission den Antrag mit 8 : 1 Stimmen abgelehnt hat. Wegleitend für den Entscheid der Kommission war, dass das Stimmrecht nur Personen gewährt werden soll, die an ihrem Wohnort voll integriert sind. Man möchte auch vermeiden, dass Personen, welche die Staatsbürgerschaft nur darum nicht beantragen weil sie z.B. keinen Militärdienst leisten wollen, dass Stimmrecht erhalten können. Dass Stimmrecht soll denjenigen vorbehalten sein, welche sich mit einem positiven und freiwilligen Entscheid – der Einbürgerung – zu unserem

Gemeinwesen bekannt haben und auch längerfristig die Konsequenzen der Entscheide mittragen wollen. Zudem wäre es wohl wenig praktikabel, wenn einzelne Gemeinden im Kanton Zug das Ausländerstimmrecht kennen und andere nicht. In diesem Sinne beantragt die grosse Mehrheit der Kommission und der CVP, die Aufnahme von § 63bis im Gemeindegesetz abzulehnen.
Der Kommissionspräsident möchte aber an dieser Stelle noch betonen, dass wir nur sehr kurz Zeit hatten, dieses Thema zu diskutieren, weil der Antrag erst auf die 2. Lesung kam. Er hat hier versucht, diese kurze Diskussion wiederzugeben. Das Thema würde es aber verdienen, sich vertiefter damit auseinander setzen zu können.

Käty **Hofer** weist darauf hin, dass wir mit dem Antrag der AF einen Gesetzesrahmen schaffen. Wir schaffen die Möglichkeit für die Gemeinden, das Stimmrecht für ausländische Staatsangehörige einzuführen. Wir führen also das Stimmrecht jetzt nicht ein, wenn wir dem Antrag zustimmen. Die Votantin möchte dazu folgendes Bild benützen: Der Kanton öffnet ein Fenster, durch das wir ins Haus hineinschauen können. Durch das Fenster können wir nur schwer einsteigen. Die Türe öffnen muss dann die Gemeinde. Für Käty Hofer macht es wirklich Sinn, im Rahmen der umfassenden Revision des WAG jetzt auch diesen Passus einzufügen. Die reformierte Kirchgemeinde des Kantons Zug kennt das Ausländerinnen-Stimmrecht seit Jahren. Und wir könnten es uns schlicht nicht mehr wegdenken. Anna Lustenberger hat es gesagt: Diverse andere Kantone kennen diese Möglichkeit. Es gibt genügend Beispiele von Gemeinden, die dieses Stimmrecht mit gutem Erfolg eingeführt haben. Darunter gibt es Gemeinden mit sehr hohen Ausländer-/Ausländerinnenanteil.
Zu ihrem Vorredner möchte die Votantin noch sagen: Er hat das sehr schön formuliert. Das Stimmrecht sollte den Personen vorbehalten bleiben, die gut integriert sind, die sich beteiligen am Dorfleben, die mittragen. Es sei hier nur an die Stimmbeteiligung bei den Gemeindeversammlungen erinnert. Wenn Sie diese prozentual ausrechnen, relativiert das dieses Votum sehr. Der weltoffene Wirtschaftskanton Zug würde still stehen ohne Ausländerinnen und Ausländer. Und dies gilt für die höchstqualifizierten Berufe genauso wie für die niedrig qualifizierten. Der Kanton Zug würde schlicht still stehen. Die SP-Fraktion ist einstimmig der Meinung, es sei jetzt wirklich an der Zeit, dieses Fenster zu öffnen.

Stephan **Schleiss** glaubt, dass es den Rat nicht überraschen wird, dass die SVP diesen Antrag keinesfalls unterstützen kann. Er hätte eigentlich bereits in der 1. Lesung eingebracht werden können. Er wäre dann genauso deutlich abgelehnt worden wie in der Kommission. Die Alternativen bleiben die Begründung für ihr Vorgehen schuldig und halten lediglich fest, dass «die zweite Lesung die ideale Gelegenheit bietet, den Antrag zu stellen». Das ist wohl eher auf die nahenden Wahltermine zu beziehen. Sachlich besteht kein Grund, das Ausländerstimmrecht einzuführen, auch wenn es vorerst nur freiwilliger Basis wäre. Im vorangegangenen Traktandum wurden 55 Personen eingebürgert. Die SVP ist der Ansicht, dass Ausländer, die mitreden wollen, die Möglichkeit haben, sich zu integrieren und ein Einbürgerungsgesuch zu stellen.

Daniel **Burch** weist darauf hin, dass jede Ausländerin und jeder Ausländer – wenn er genügend lange in der Schweiz wohnt und die Voraussetzungen erfüllt – das

Schweizer Bürgerrecht erlangen kann. Zu den Voraussetzungen gehören gemäss § 14 des Bürgergesetzes, dass die Person in die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert ist, mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut ist, die schweizerische Rechtsordnung beachtet, die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet. Gemäss dem Antrag der Alternativen sollen nun ausländische Personen, welche seit fünf Jahren in der Schweiz wohnen, automatisch das Stimmrecht erhalten. Es spielt keine Rolle, ob sie eingegliedert sind, ob sie unsere Sprache verstehen oder nicht. Sie sollen wählen und gewählt werden können. Weshalb sollen wir mit dieser Regelung das Schweizer Bürgerrecht abwerten? Wir verschenken Rechte, ohne die begünstigten Personen in die Pflicht zu nehmen. Zudem ist nicht verständlich, weshalb der kleine Kanton jede Gemeinde autonom entscheiden lassen soll, ob sie nun Bewohnern aus andern Nationen das Stimm- und Wahlrecht erteilen will. Solche Fragen sollten – wenn überhaupt – nur in allen Zuger Gemeinden einheitlich geregelt werden. Die FDP-Fraktion ist klar dagegen, Rechte zu verschenken und den Gemeinden diese Kompetenz zu gewähren. Ausländerinnen und Ausländer, die das aktive und passive Stimmrecht ausüben wollen, haben die Möglichkeit, sich einbürgern zu lassen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, hält fest, dass sich die Regierung gegen den Antrag der AF stellt. Sie hat sich in einem sehr frühen Stadium der WAG-Revision mit diesem Thema befasst, nämlich bei einer Auslegeordnung mit der Frage, welche Revisionspunkte in diese Vorlage einbezogen werden sollten. Sie hat damals auf die Aufnahme des möglichen Ausländerstimmrechts in den Gemeinden verzichtet und hält an dieser Meinung fest.

➔ Der Rat lehnt den Antrag der AF mit 57 : 16 Stimmen ab.

ANTRÄGE DES REGIERUNGSRATS (Vorlage Nr. 1300.17 – 12177)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich am Ende des Berichts des Regierungsrats eine Arbeitshilfe mit allen beantragten Gesetzesänderungen befindet. Daraus wird ersichtlich, wo die Anträge des Regierungsrats zur Änderung des Gemeindegesetzes in die WAG-Vorlage einzufügen sind.

A. Amtsdauer der Mitglieder des Ständerats

➔ Der Rat ist mit den Anträgen des Regierungsrats einverstanden.

Detailberatung der Vorlage Nr. 1300.18 – 12178

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Die Verfassungsänderung wird gutgeheissen.

B. Anstellung der Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber durch die Exekutiven

Heini **Schmid** weist darauf hin, dass die Kommission grossmehrheitlich an ihrem Beschluss festhält, dass in allen Gemeinden – mit oder ohne Parlament – die gleiche Regelung zu gelten hat und somit auch bei Gemeinden mit Parlament (die Stadt Zug) die Exekutive den Gemeindeschreiber anstellt. Im Übrigen unterstützen wir die Präzisierungen § 65 WAG und § 84 Abs. 2, Satz 2. Bei § 84 beantragen wir dementsprechend, den Passus *«… sofern diese Befugnis nicht durch Gemeindebeschluss dem Grossen Gemeinderat zugewiesen ist»* zu streichen. Anscheinend schliesst sich die Regierung diesem Antrag an.

➔ Der Rat ist mit den Anträgen der Regierung und dem Streichungsantrag einverstanden.

Detailberatung der Vorlage Nr. 1300.19 – 12179

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Die Verfassungsänderung wird gutgeheissen.

C. Anpassungen an das eidgenössische Partnerschaftsgesetz betreffend Einbezug der faktischen Lebensgemeinschaften

Heini **Schmid** hält fest, dass sich die Kommission mit 9 : 1 Stimmen dem Antrag der Gerichte und des Regierungsrats anschliesst. In KV § 20 sollen somit die Lebensgemeinschaften aufgenommen werden. Da der Bund diese konsequent berücksichtigt, macht hier eine abweichende Regelung im Kanton Zug tatsächlich keinen Sinn mehr. Es wird Aufgabe der Praxis sein, hier klare Abgrenzungen zu finden. Um aber zu verhindern, dass jede auch nur kurze Beziehung zu einer Unwählbarkeit führt, beantragt die Kommission, den Begriff *faktische Lebensgemeinschaften* analog der Regelung im Bundesrechtspflegegesetz durch *dauernde Lebensgemeinschaften* zu ersetzen. – Die CVP unterstützt diesen Antrag. So viel der Kommissionspräsident weiss, hat sich auch die Regierung – wenn auch knurrend – diesem Antrag angeschlossen.

Martin B. **Lehmann** weist darauf hin, dass die Regierung zur Anpassung kantonaler Gesetze an das Anfang Jahr in Kraft tretende Partnerschaftsgesetz dem Rat einen Mantelerlass mit 18 Gesetzesänderungen vorlegt. Materiell unabhängig, aber in Analogie zur bundesrätlichen Botschaft zum Partnerschaftsgesetz, schlägt die Regierung dabei zusätzlich die Ausweitung der Unvereinbarkeits- und Ausstandsregelungen für die so genannten faktischen Lebensgemeinschaften bei den Gerichtsbehörden, in der Zivilprozessordnung und im Steuergesetz vor. Die vorberatende Kommission zur Umsetzung des Partnerschaftsgesetzes, welche der Votant präsidiert, hat an ihrer ersten Sitzung einstimmig beschlossen, auf diese Erweiterungen nicht einzutreten. Nach dem damaligen, ebenfalls negativen Entscheid der WAG-Kommisson bezüglich des vorliegenden Antrags wurde der Handlungsbedarf bei den faktischen Lebensgemeinschaften zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Dank verschiedenen Bun-

desgerichtsentscheiden ist dieser immer noch unbestimmte Rechtsbegriff zwar justiziabel. Die Kommission befürchtete aber die mit einer solchen Ausweitung verbundenen Schwierigkeiten. Müssten doch die Voraussetzungen für eine faktische Lebensgemeinschaft im Einzelfall individuell überprüft werden. Vielmehr war aber die Kommission der Meinung, dass diese Materie keinen direkten Zusammenhang mit dem Partnerschaftsgesetz hat und an anderer Stelle abgehandelt werden sollte. Sollte sich der Kantonsrat nun dem regierungsrätlichen Antrag anschliessen, wird unsere Kommission auf ihren diesbezüglichen Entscheid zurückkommen müssen. Nehmen Sie dies bitte zur Kenntnis!

Stephan **Schleiss** hat soeben im Vergleich der Vorlagen Nr. 1300.13 und 1300.20 etwas festgestellt. Und zwar geht es um den Abs. 2, wo es bei Nr. 1300.13 heisst *beachten*, bei Nr. 1300.20 aber *beobachten*. Seiner Ansicht nach ist *beobachten* falsch und man sollte das korrigieren.

Die **Vorsitzende** stellt nach Rückfrage bei Landschreiber Tino Jorio fest, dass es in der Verfassung *beobachten* heisst. Es ist also bei Vorlage Nr. 1300.13 falsch und muss entsprechend korrigiert werden. – Sie hält fest, dass es in der Kantonsverfassung bei § 20 Abs. 1 Bst. a heissen soll: *«… oder eine dauernde Lebensgemeinschaft führen.»*

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** beantragt im Namen von Obergericht und Verwaltungsgericht, dem Antrag von Regierung und vorberatender Kommission zuzustimmen. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe. Es scheint uns wichtig, dass die kantonale Regelung betreffend Unvereinbarkeit auch mit den bundesrechtlichen Bestimmungen übereinstimmt. Und hier wurde das erst kürzlich in verschiedenen Gesetzen geändert. Für die Mitglieder des Bundesrats, des Bundesgerichts wie auch für weitere Behörden, z.B. Bundesanwalt, eidgenössische Untersuchungsrichter, wurde die Unvereinbarkeit auch auf diese faktischen Lebensgemeinschaften ausgedehnt. Ein zweiter Grund: Sie müssen bedenken, dass gerade die Gerichte meistens in einer Dreierbesetzung entscheiden. Wenn in einem solchen Gremium zwei Personen miteinander eine faktische Lebensgemeinschaft führen, kann der dritte Richter oder die dritte Richterin eigentlich ständig überstimmt werden. Das kann ja wohl nicht angehen! Deshalb ist es aus unserer Sicht unbedingt nötig, dass in verwaltenden und gerichtlichen Behörden die Unvereinbarkeiten in diesem Sinn geregelt werden. Und noch ein letzter Hinweis: Dieser § 20 gilt ja nur für die richterliche und verwaltende Behörde, nicht aber für die Legislative, also nicht für das Kantons- oder Gemeindeparlament. Wenn also Amors Pfeile einmal zwei Ratsmitglieder treffen würden, besteht kein Grund, dass eines der beiden das Mandat ablegen müsste.

Detailberatung der Vorlage Nr. 1300.20 – 12180

§ 20 Abs. 1 Bst. a

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier von Martin B. Lehmann der Antrag gestellt wurde, den Passus *«… oder eine dauernde Lebensgemeinschaft führen»* zu streichen.

➔ Der Streichungsantrag wird mit 63 : 8 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Die Verfassungsänderung wird gutgeheissen.

Weitere kleinere Anpassungen des WAG und der Verfassungsänderungen

➔ Der Rat ist mit den Anträgen des Regierungsrats einverstanden.

➔ Der Rat stimmt dem WAG in der *Schlussabstimmung* mit 45 : 25 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt der Änderung der Kantonsverfassung (Änderung der statistischen Grundlagen der Zuteilung der Kantonsratsmandate), Vorlage Nr. 1300.12 – 12116, in der *Schlussabstimmung* mit 67 : 0 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt der Änderung der Kantonsverfassung (Streichung der 10-tägigen Karenzfrist bei Wahlen und Abstimmungen), Vorlage Nr. 1300.14 – 12118, in der *Schlussabstimmung* mit 72 : 0 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt der Änderung der Kantonsverfassung (Redaktionelle Nachtragung des Strafgerichts), Vorlage Nr. 1300.15 – 12119, in der *Schlussabstimmung* mit 73 : 0 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt der Änderung der Kantonsverfassung (Übergangsregelung für eine zeitliche Zusammenlegung der Ständerats- mit den Nationalratswahlen), Vorlage Nr. 1300.18 – 12178, in der *Schlussabstimmung* mit 70 : 0 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt der Änderung der Kantonsverfassung (Abschaffung der Volkswahl der Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber), Vorlage Nr. 1300.19 – 12179, in der *Schlussabstimmung* mit 58 : 14 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt der Änderung der Kantonsverfassung (Anpassung an das eidgenössische Partnerschaftsgesetz), Vorlage Nr. 1300.20 – 12180, in der *Schlussabstimmung* mit 69 : 0 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abzuschreiben:

- Motion von Beat Villiger vom 1. Dezember 1997 betreffend Totalrevision des WAG (Vorlage Nr. 508.1 – 9384)
- Motion von Andreas Bossard vom 11. April 2000 betreffend Förderung der Stimmbeteiligung (Vorlage Nr. 766.1 – 10137)
- Motion von Andreas Bossard vom 17. Januar 1994 betreffend Vereinfachung des Verfahrens bei der Einführung des Ausländerstimmrechts in den Kirchgemeinden (Vorlage Nr. 129.1 – 8252)

- Motion von Heinz Tännler vom 8. November 2002 betreffend Termin für die Gesamterneuerungswahlen (Vorlage Nr. 1064.1 – 11008)
- Motion von Peter Rust vom 5. Dezember 2005 betreffend Anstellung oder Volkswahl des Gemeindeschreibers (Vorlage Nr. 1388.1 – 11879)

Weiter beantragt der Regierungsrat, die Petition Xaver Vonesch vom 21. März 2005 sei nicht an die Hand zu nehmen.

➔ Der Rat ist mit diesen Anträgen einverstanden.

983 ÄNDERUNG DES GESETZES BETREFFEND INDIVIDUELLE PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG (IPVG)

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1428.1/.2 – 12011/12), der Kommission (Nr. 1428.3 – 12095) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1428.4 – 12096).

Fortsetzung der Debatte vom 31. August 2006 (siehe Ziff. 972).

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass Eintreten auf diese Vorlage bereits an der letzten Sitzung erfolgt ist und wir jetzt zur Detailberatung kommen.

DETAILBERATUNG

§ 6 Abs. 1

Andrea **Erni Hänni** stellt hier im Namen der SP-Fraktion folgenden Antrag. Der erste Satz soll lauten:
«Die massgebenden Prämien werden verbilligt, soweit sie *mehr als 8 %* des massgebenden Einkommens übersteigen.»
Begründung: Wie im Eintretensvotum angesprochen, bedeutet bereits ein Selbstbehalt oder Prozentsatz von 8 % für Personen und Familien, welche knapp über dem Existenzminimum leben, eine schwierig zu finanzierende Angelegenheit. Wird dieser Selbstbehalt weiter erhöht, erhöht sich auf der einen Seite die Zahlungsunfähigkeit von niederen Einkommen und andererseits erhalten immer weniger Personen und Familien Beiträge. Somit würden also auch mittlere Einkommen weiter geschwächt. Bereits heute bekommen die Gemeinden vermehrt Gesuche um Übernahme von ausstehenden Krankenkassenprämien von nicht zahlungsfähigen Einwohnerinnen und Einwohnern. Wird der Prozentsatz resp. der Selbstbehalt noch erhöht, muss mit weiteren finanziellen Belastungen der Gemeinden gerechnet werden. – Im Namen der SP-Fraktion bittet die Votantin den Rat daher, diesen Antrag zu unterstützen.

Gregor **Kupper** spricht im Namen der Stawiko. Dieser Antrag wurde auch dort gestellt und wir haben ihn geprüft. Wir sind zur Überzeugung gelangt, dass die Festsetzung all dieser Parameter für den Vollzug des Gesetzes beim Regierungsrat am richtigen Ort ist. Verschiedenste Grössen spielen eine Rolle für die Berechnung der

Prämienverbilligung. Und wenn wir jetzt beginnen, den einen oder anderen Punkt herauszubrechen und anders zu behandeln und damit die Regierung einschränken für die künftige Gestaltung, wird das schliesslich nicht mehr sinnvoll machbar. Es ist ja so, dass der Kantonsrat in den letzten Jahren, aber sicher auch in Zukunft, die nötigen Informationen über das Budget erhält und Einfluss nehmen kann, wenn der Rat zur Überzeugung gelangt, dass die Regierung das nicht mehr im Sinn des Parlaments macht. Der Votant empfiehlt deshalb dem Rat, diesen Antrag abzulehnen. Das soeben Gesagte gilt auch für den noch folgenden Antrag, die Obergrenze bezüglich der Berechtigung der Prämienverbilligung zu fixieren.

Kommissionspräsident Guido **Käch** hat den Ausführungen von Gregor Kupper nichts mehr beizufügen. Genau die gleiche Diskussion haben wir in der Kommission geführt. Er empfiehlt dem Rat im Namen der Kommission, die beiden Anträge abzulehnen.

Karin Julia **Stadlin** hält fest, dass sich auch die FDP-Fraktion dem Votum von Gregor Kupper anschliesst.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** möchte noch zwei, drei Ausführungen machen, um vor allem die Einschränkung zu erklären, die mit dem Antrag Erni kommen würde. – Was hätte eine Annahme des SP-Antrags zur Folge? Damit würde dem Regierungsrat die entsprechende Regelungskompetenz entzogen, was konkret bedeutet, dass Sie einen gefährlichen Ausgabenautomatismus im Gesetz festschreiben. Der Regierungsrat beantragt Ihnen mit gutem Grund, davon abzusehen. Stellen Sie sich zum Beispiel vor, dass die Prämien drei Jahre in Folge um jeweils 8 % steigen. Wenn wir in einer solchen Ausnahmesituation die Belastungsgrenze und die anderen Faktoren gleich lassen müssen, würden die Kosten auf der heutigen Basis um rund 65 % steigen. Das ist ein Plus von über 25 Millionen! Der Votant möchte nicht schwarz malen, und er rechnet auch nicht mit einem solchen Extremfall. Aber wenn er eintrifft, müssen wir reagieren können, und zwar schnell. Dafür ist ein gesetzlich zementierter Wert denkbar schlecht geeignet. Es gibt auch absolut keinen Grund, dem Regierungsrat das Vertrauen im Hinblick auf die Festlegung der Belastungsgrenze zu entziehen. Wir haben diese Aufgabe immer sehr sorgfältig und mit grösster Rücksicht auf die sozialen Auswirkungen wahrgenommen.
Ein starres Gesetz macht noch keine soziale Politik. Oder umgekehrt: Ein flexibles Gesetz erreicht letztlich die beste Wirkung, wenn es verantwortungsbewusst angewandt wird. Gerade diese Flexibilität zugunsten der wirklich Bedürftigen ist das Ziel der Vorlage des Regierungsrats. Es besteht bereits ein wirksamer Kontrollmechanismus. Jede weitere Formalisierung ist sozialpolitisch unnötig und finanzpolitisch gefährlich. Der Gesundheitsdirektor bittet deshalb den Rat, dem von der vorberatenden Kommission und der Stawiko unterstützten Antrag des Regierungsrats zuzustimmen und den Antrag der SP-Fraktion auf eine gesetzliche Fixierung der Belastungsgrenze abzulehnen.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 54 : 13 Stimmen abgelehnt.

§ 6 Abs. 3

Silvan **Hotz** stellt den Antrag, die Belastungsobergrenze gänzlich zu streichen und den Abschnitt so zu belassen, wie er ist. Der Regierungsrat selber hat bei der Abstimmung der Prämienverbilligungsinitiative kommuniziert, dass er beim einfachen Prozentmodell bleiben will. Und hier stellt er uns den Antrag, eine Einkommensobergrenze einzuführen. Wir haben es letztes Mal bereits in fast allen Eintretensvoten gehört: Es trifft wieder einmal mehr den Mittelstand, welche weniger bis gar keine Prämienverbilligung mehr erhalten wird. Was passiert mit einer Einkommensobergrenze? Es wird einen Schwelleneffekt geben. In der Vorlage steht, dass ein Franken Mehreinkommen 1' bis 2'000 Franken weniger Prämienverbilligung ausmachen könnte. Dies kennen wir schon bei den Sozialabzügen in der Steuererklärung. Mit einem bis zwei Franken Mehreinkommen kann es sein, dass diese wegfallen. Neu soll das auch bei der Prämienverbilligung passieren. Dazu kommt, dass die geplante Senkung der Durchschnittsprämie den Mittelstand wieder treffen wird, weil er nicht mehr unter die 8-Prozent-Hürde fallen wird. Wollen wir das wirklich? Ein familiäres Zweiteinkommen wird zunehmend unattraktiver. Und hier betrifft es nicht die Zwei-Verdiener-Ehepaare, sondern eher die Familien, bei welchen sich die Frau oder der Mann entschliesst, neben der Hausarbeit mit einem Teilzeitjob etwas Weniges dazu zu verdienen. Und auf genau solche Teilzeit-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen sind die Wirtschaft und vor allem das Gewerbe angewiesen. Das zusätzlich verdiente Geld bringt gar keine Entlastung für die Haushaltkasse. Wenn sich eine Familie auf Grund dessen entscheidet, kein zusätzliches Einkommen zu erzielen, entgehen der Zuger Wirtschaft Arbeitskräfte und dem Kanton und den Gemeinden Steuererträge.
Die einfache Prozentrechnung hat sich bewährt. Es hat auch bei der Prozentrechnung eine Einkommensobergrenze. Diese ist aber fliessend und nicht so abrupt wie bei 65' oder 75'000. Unsere Prämienverbilligung im Kanton Zug ist im schweizerischen Vergleich gut positioniert. Das hat das Bundesamt für Gesundheit im Juni 2005 erneut bestätigt. Trotzdem wollen wir mit der Einkommensobergrenze massive Einsparungen vornehmen. Mit allen anderen Änderungen senken wir die Ausgaben der Prämienverbilligung viel mehr. Gemäss Vorlage der Regierung um 8 bis 10 Millionen, zusätzlich zu den 3,3 von Bern werden wir um ca. 13 Millionen besser abschliessen. Trotzdem bestrafen wir den Mittelstand zwei Mal. Einmal mit der Einkommensobergrenze und dann mit der Senkung der Durchschnittsprämie. Lassen wir es dabei, bestrafen wir den Mittelstand nicht doppelt, sondern sorgen wir dafür, dass es in einer Familie weiterhin attraktiv bleibt, für ein Nebeneinkommen zu sorgen! Schlussendlich profitieren wieder alle davon. Danke für Ihre Zustimmung.

Andrea **Erni Hänni** ist etwas platt, dass Silvan Hotz den SP-Antrag unterstützt. Wir stellen den selben Antrag, den Absatz so zu belassen, wie er ist. Es gibt noch einen dritten Punkt, wo Familien in Zukunft benachteiligt werden. Wir haben beschlossen, dass Jugendliche, junge Erwachsene in Zukunft nicht mehr separat veranlagt werden, sondern mit der Familie zusammen. Und da werden auch sehr viele Mittelstandsfamilien keine Beiträge mehr erhalten, die sie vorher für ihre studierenden Jugendlichen bekommen haben. Und diese Beiträge waren sicher willkommen, wenn die Situation auch nicht so war, dass sie am Hungertuch nagten. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag!

Guido **Käch** weist darauf hin, dass genau diese Diskussion wegen der Einkommensgrenze in der Kommission geführt wurde. Wir sind uns klar bewusst, dass das die Mittelstandsfamilien trifft. Bei den Eintretensvoten sind diese Argumente auch genügend berücksichtigt worden. Der Kommissionspräsident bittet den Rat, diesen Anträgen nicht zuzustimmen, weil sonst das ganze System nicht funktioniert. Ohne diese Einkommensobergrenze hat der Regierungsrat den Handlungsspielraum nicht, um die Kosten in Griff zu halten. Das vom Regierungsrat vorgeschlagene System ist ausgewogen und er kann ja die Einkommensobergrenze auch nach oben verschieben. Solange genügend Geld vorhanden ist, kann man das tun.

Vreni **Wicky** möchte dem Rat beliebt machen, diese Anträge der SP und von Silvan Hotz zu unterstützen. Sie kann dem Kommissionspräsidenten nicht ganz folgen, wenn er sagt, das System der Prämienverbilligung würde dann nicht mehr funktionieren. Sie möchte dem entgegenhalten, dass das System unseres Staates nicht mehr funktioniert, wenn wir keine Kinder und keine Familien mehr haben. Bitte unterstützen sie die beiden Anträge!

Karin Julia **Stadlin** möchte nochmals darauf hinweisen, dass ohne diese einschränkenden Massnahmen die Kosten der Prämienverbilligung bis 2009 nochmals um 10 Mio. auf 50 Mio. Franken ansteigen würden. Dieser Kostenanstieg ist allein von der Prämienentwicklung abhängig und hat weder mit der demographischen noch mit der wirtschaftlichen Entwicklung eines Kantons zu tun. Wie wir von Joachim Eder gehört haben, zieht eine Erhöhung der KK-Prämien um 5 % eine Erhöhung der Prämienverbilligungskosten um das Doppelte nach sich. Werden keine Korrekturen angebracht, wird das ganze System kollabieren. Der zu erwartende Prämienanstieg für 2007 von ca. 3,5 % für den Kanton Zug ist infolge Senkung des Reservesatzes künstlich tief. Es brodelt in der Küche der Santésuisse das Gerüchtesüppchen, dass die Prämien für 2008 wieder um ca. 7 % ansteigen werden. Nachdem der Bund letzte Woche beschloss, die kantonalen Beitrags-Leistungen zur individuellen Prämienverbilligung zu kürzen, kann nach Einführen des NFA nun nicht mehr mit 3,3 Mio. Franken Entlastung für den Kanton Zug gerechnet werden. Die Mitglieder der FDP-Fraktion lehnen deshalb die Streichung der Einkommensobergrenze ab.
Auch nach den Korrekturmassnahmen ist das Brutto-Grenzeinkommen für die Prämienverbilligung für eine vierköpfige Familie ohne Vermögen mit über 120' 000 Franken doch sehr hoch. Die Grenze muss eben tiefer sein, damit Personen mit mittleren und unteren Einkommen von einer Prämienverbilligung profitieren können. Im Jahr 2005 haben 70 % aller Prämienverbilligungsbezüger ein massgebendes Einkommen von unter 30'000 Franken gehabt!

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** bestätigt, dass das ein ernst zu nehmendes Problem ist. Wir haben uns auch bemüht, das in der Kommission vertieft und seriös zu prüfen. Er möchte das oberste Ziel der ganzen Vorlage in Erinnerung rufen: Wir wollen die finanziell Schwachen schützen und dabei auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen. – Wo fängt der Mittelstand an und wo hört er auf? Wenn der Votant den Rat auffordern würde, ihm eine Grenze zu nennen, würden wir komplett unterschiedliche Werte erhalten. Handelt es sich beim Mittelstand um ein Bruttoeinkommen von 80'000, von 100'000 oder 120'000 Franken? In der vorberatenden Kommission fanden wir jedenfalls keinen gemeinsamen Nenner. Bei dieser Diskussi-

on spielt zusätzlich die Familiengrösse und die Vermögenssituation eine Rolle. Sicher wird der Rat mit dem Gesundheitsdirektor übereinstimmen, dass es ab einer bestimmten Einkommenshöhe nur noch schwer nachvollziehbar ist, wenn jemand Prämienverbilligung erhält. Ist dies etwa der Fall bei einer vierköpfigen Familie mit einem Bruttolohn von 140'000 Franken (ohne Vermögen) oder bei einer Familie mit vier Kindern und einem Bruttolohn von 180'000 Franken? Dies sind nämlich die heute gültigen Grössenordnungen.
Der Regierungsrat will mit der Festlegung der Einkommensobergrenzen keinen Kahlschlag. Diskutiert wird etwa eine Obergrenze im Bereich von 120'000 Franken brutto für eine vierköpfige Familie ohne Vermögen, wobei ab 110'000 nur noch die halbe Prämienverbilligung ausbezahlt würde. Diese Werte steigen für jedes weitere Kind nochmals um rund 10'000 Franken brutto. Sie sehen also, dass auch die Familienlasten adäquat berücksichtigt sind. Die Regierung will also, Vreni Wicky, nach wie vor Familien und Kinder – wir sind ja selbst mit dem guten Beispiel vorangegangen!
Noch ein Vergleich mit anderen Kantonen in Bezug auf die anspruchsberechtigten Einkommen. Hier befindet sich der Kanton Zug weit oben auf Platz 2. Die meisten Kantone haben mindestens 25 % tiefere Werte. Es besteht also offensichtlich Handlungsbedarf. Denn wir wollen keine Mittel für Giesskannensubventionen ausgeben, die dann für die Unterstützung von Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen fehlen. Konkret geht es hier um ein bis zwei Millionen Franken – je nach Höhe der Einkommensobergrenzen. Dies wäre auch jener Betrag, der bei Annahme des Antrags Hotz/SP hinzugerechnet werden müsste. Wir haben in der Vorlage geschrieben, dass die Obergrenze bei 65'000 resp. 75'000 Franken des massgebenden Einkommens liegt. In der Tabelle 5 auf S. 14 der Vorlage ist aufgezeigt, wohin die expliziten Einkommensobergrenzen bei verschiedenen Familienkonstellationen und Vermögenssituationen zu liegen kämen.
Abschliessend ist festzuhalten, dass im Vordergrund der klare Wille steht, das Geld dort einzusetzen, wo es am meisten gebraucht wird. Das ist unser Ziel; es geht also nicht um eine Sparvorlage – im Gegenteil: Wir brauchen das Geld, um es jenen zugute kommen zu lassen, die es wirklich brauchen. Hierfür schafft die Gesetzesvorlage die nötigen Voraussetzungen. Stimmen Sie deshalb dem von der vorberatenden Kommission und der Stawiko unterstützten Antrag des Regierungsrats zu und lehnen Sie den Antrag Hotz/SP auf Streichung der Obergrenze ab!

➔ Der Streichungsantrag Hotz/SP wird mit 48 : 20 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1428.5 – 12205 enthalten.

984 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND TEILERGÄNZUNG DER STADTBAHN ZUG UND INVESTITIONSBEITRÄGE FÜR DEN DOPPELSPURAUSBAU CHAM BAHNHOF – FREUDENBERG UND FÜR DEN AUSBAU DER STADTBAHN-HALTESTELLEN ZYTHUS UND CHÄMLETEN

Traktandum 7 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1438.1/.2 – 12041/42), der Kommission (Nr. 1438.3 – 12135) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1438.4 – 12136).

Moritz **Schmid** hält fest, dass die Kommission die Vorlage am 8. Juni 2006 an einer Halbtagessitzung beraten hat. Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter, Hans-Kaspar Weber, Leiter Amt für den öffentlichen Verkehr, und Stefan Kempf, Projektleiter Stadtbahn Zug, standen uns für Auskünfte zur Verfügung. Das Protokoll wurde von Peter Müllhaupt, jur. Mitarbeiter der Volkswirtschaft, erstellt. Den Herren sei an dieser Stelle für Ihre kompetente Mitarbeit herzlich gedankt.
Bereits während des Baus der Stadtbahn Zug, die am 12 Dezember 2004 in Betrieb genommen wurde, war es unbestritten, dass das Stadtbahnnetz möglichst rasch ergänzt werden soll. Die Ergänzung betrifft insbesondere den Ausbau der Einspurstrecke zwischen Cham Bahnhof und Rotkreuz Bahnhof, um damit die heute vorhandenen zwei Verbindungen pro Stunde im Regionalverkehr zum Viertelstundentakt ausbauen zu können. Der Kanton Zug beteiligt sich am Doppelspurausbau mit 14,97 Mio. Franken, was 40 % der Investitionen entspricht. Weiter bezahlt der Kanton der SBB 3,86 Mio. Franken an den Ausbau der Haltestellen Zythus und Chämleten. Wäre der Kanton Zug nicht bereit, sich am Projekt zu beteiligen, würde der Doppelspurausbau in absehbarer Zeit nicht gebaut. Der Doppelspurausbau ist nicht in den Projekten aufgeführt, die der Bund bis 2030 finanzieren will. Eine Weiterführung der Stadtbahn ins Freiamt ist nicht vorgesehen. Dies würde grosse Mehrkosten verursachen. Die Doppelspur wird dem Regionalverkehr zur Verfügung stehen, und die Haltestellen Zythus und Chämleten dienen nur der Stadtbahn. Das Fahrplanangebot auf der Strecke S1 sieht ab Dezember 2008 dank dem Doppelspurausbau den 15-Minutentakt für die Strecke Baar -Rotkreuz vor. An das Lärmschutzmassnahmenprojekt der SBB im Umfang von 4 Mio. Franken muss der Kanton keine Beiträge leisten.
Auf Grund des Mehrangebots auf dem ausgebauten Abschnitt sind mit jährlichen wiederkehrenden Mehrkosten im Betrieb der SBB von 1,3 Mio. Franken und im Betrieb der ZVB für den Busbetrieb von 0,4 Mio. Franken zu rechnen. Die Kommission erachtet es als sinnvoll, wenn für die Dauer der Arbeiten an der Doppelspur beim Amt für den öffentlichen Verkehr eine befristete Personaleinheit im Teilpensum für Koordinationsüberwachungs- und Controllingaufgaben zugeteilt wird. Damit kann das Projekt mit der nötigen Sorgfalt begleitet werden. – Die Kommission ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung zur Vorlage. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Kommission grossmehrheitlich.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an der Sitzung vom 11. September 2006 beraten hat. Der Kantonsrat hat am 18. Dezember 2003 einen Projektierungskredit von 6,2 Mio. Franken für die erste Teilergänzung der Stadtbahn Zug genehmigt. In einem ersten Paket beantragt jetzt der Regierungsrat Investitionsbeiträge für den Doppelspurabschnitt Cham-Freudenberg und für die Haltestellen Chämleten und Zythus. Die dafür beantragten Investitionsbeiträge des Kantons Zug können Sie dem Gesetzestext entnehmen. Gemäss Kommission für öffentlichen

Verkehr handelt es sich um einen Kostenteiler, wie er auch in anderen Kantonen bei Regionalverkehrsausbauten angewendet wird. Bei den 14,97. Mio. für den Doppelspurausbau besteht ein Kantonsanteil von 40 %, bei den Haltestellneubauten von 3,86 Mio. um einen Kantonsanteil von 80 %. Dazu kommen Investitions-Folgekosten für den Kantonsanteil an den betrieblichen und baulichen Unterhalt der zwei ausgebauten Haltestellen in einer Höhe von 700'000 Franken. Es handelt sich dabei um die kapitalisierten jährlich anfallenden Tranchen der nächsten 25 Jahre. Es wurden bei der Berechnung die gleichen Parameter verwendet wie in der Vorlage 1439.2 zur Abgeltung der Investitionsfolgekosten der neuen Haltestellen der 1. Etappe der Stadtbahn Zug.
Es hat in der Stawiko natürlich gewisse Diskussionen gegeben, ob es nun sinnvoller sei, jährliche Tranchen zu zahlen oder diese einmalige Zahlung zu tätigen. Es ist bei langfristigen Zeiträumen immer so, dass es für beide Seiten ein gewisses Risiko gibt. Dieses wird aber für den Kanton Zug etwas gemildert. Stefan Kempf hat uns mitgeteilt, dass mit der Regelung über die pauschale Einmalabgeltung ein Rabatt in der Höhe von 3,6 % ausgehandelt werden konnte. Beim Modus mit jährlichen Zahlungen wäre dieser Rabatt entfallen. Diese Differenz von 3,6 % spricht zu Gunsten des Modells «Einmalabgeltung». Dies wiegt die Unsicherheit bezüglich langfristiger Zinsentwicklung mindestens zum Teil auf. Da diese Abgeltung die nächsten 25 Jahre abdeckt, muss der Regierungsrat alles daran setzen, dass auch der Betreibervertrag für den Betrieb der Stadtbahn Zug durch die SBB diesen Zeitraum abdeckt. Die Stadtbahn ist zwar einerseits ein Vorzeige-Projekt der SBB. Andererseits könnten die SBB die nun von der Stadtbahn belegten Geleise sehr wohl für andere Angebote nutzen. Ein proaktives Vorgehen der Regierung ist deshalb empfehlenswert.
Zu beachten ist auch, dass die Angebotsausweitung auch betriebliche Mehrkosten im Umfang von rund 1,7 Mio. Franken für Bahn und Bus auslöst und durch die Zunahme der Abgeltungen für den gesamten öffentlichen Regionalverkehr eine weitere Kostensteigerung von etwa 8 % zu erwarten ist. – Eintreten auf die Vorlage war in der Stawiko unbestritten. Die Entwicklung der Frequenzen auf der Stadtbahn ist eindrücklich, ein Weiterausbau dieses Nahverkehrsmittels ist sinnvoll und notwendig. Wir nehmen zur Kenntnis, dass bei der bisherigen Planung und Realisation der Stadtbahn der finanzielle Rahmen gut eingehalten wurde, und gehen davon aus, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Nur durch den gezielten Weiterausbau des öffentlichen Nahverkehrsnetzes, aber auch die Realisation der in Planung stehenden Strassen ist es möglich, das zukünftige Verkehrsvolumen in unserem Wachstumskanton zu bewältigen.

Martin **Stuber** kann sich kurz halten. Wir haben schon mehrmals über dieses Projekt gesprochen. Es herrscht Einigkeit in diesem Rat. Auch die Stawiko ist einstimmig dafür. Der Votant kann auch – mit einer ganz kleinen Ausnahme – voll hinter dem Votum von Peter Dür stehen. Wir brauchen diese Doppelspur zwischen Cham und Rotkreuz dringend. Wir haben auch das Geld für diese sinnvolle Investition, die zudem relativ kostengünstig ist. Also bauen wir das jetzt auch – zusammen mit den SBB. Die AF unterstützt die Vorlage. Für uns ist es der erste Schritt für eine durchgängige Doppelspur zwischen Zürich und Luzern. Denn auch das brauchen wir mittelfristig dringend. – Martin Stuber möchte es nicht versäumen, dem Regierungsrat und insbesondere dem zuständigen Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter und auch dem sehr engagierten Amt für öffentlichen Verkehr hier zu danken. Ihrem grossen Engagement haben wir es zu verdanken, dass wir über diese Vorlage heute beraten und abstimmen können.

Hansjörg **Hermann** erläutert dem Rat die Meinung der SP-Fraktion zu dieser Vorlage. Der zukünftige Doppelspurausbau im Ennetsee würde ein weiteres Mosaiksteinchen in der sehr kurzen, aber ungemein erfolgreichen Geschichte der Stadtbahn Zug bilden. Bis zum heutigen Tag ist die Strecke zwischen dem Bahnhof Cham und dem Bahnhof Rotkreuz nur eingleisig befahrbar. Dies hat in der Vergangenheit immer wieder dazu geführt, dass dieser einspurige Streckenabschnitt zu einem eigentlichen Nadelöhr im Bahnbetrieb der SBB mutierte. Durch den jetzt geplanten Ausbau rücken die Siedlungs- und Industriegebiete zwischen Rotkreuz, Cham, Zug und Baar verkehrtechnisch, im Sinne des öffentlichen Verkehrs, näher zusammen. Neu würde der Viertelstundentakt auf der gesamten Strecke der S1, zwischen Baar und Rotkreuz, generiert. Die Attraktivität für Werktätige und weitere Bahnbenutzer, auf die S1 aus dem Ennetsee umzusteigen, wird zunehmen. Der heute schon sehr, sehr dichte Morgen- und Abendverkehr mit dem Auto aus dem Ennetsee sowie von den angrenzenden Kantonen in die Zentren von Cham, Zug und Baar würde dadurch um einen wesentlichen Teil abnehmen. Vom Ennetsee aus wäre dann eine staufreie Fahrt mit der S1 angesagt. Als Nebeneffekt würde unsere Umwelt entlastet und der Park & Ride-Parkplatz beim Bahnhof Rotkreuz würde noch intensiver benutzt und frequentiert. Es kann bereits als Glücksfall bezeichnet werden, dass der Bundesrat den Streckenabschnitt Cham-Rotkreuz nach diversen Anfragen und Eingaben in die Leistungsvereinbarung mit den SBB für die Jahre 2007 bis 2010 aufgenommen hat. Dies löste die vorgenannte Ressourcenkapazität zur erneuten Wiederaufnahme der zuvor zurückgestellten Planung auf einen Doppelstreckenausbau auf diesem Streckenteil aus.
Wenn sich die Projektbegleiterinnen und -begleiter unter der Ägide des vorstehenden Regierungsrats des Amts für öffentlichen Verkehr wieder so gut ins Zeug legen werden wie bei der Realisierung der Stadtbahn Zug, sind keine Überraschungen beim Terminablauf und vor allem mit den vorgegeben Kosten zu erwarten. Dies bedingt aber ein sehr gutes Projekt- und Kostenüberwachungsmanagement von Seite des Amts für öffentlichen Verkehr und seinen Mitarbeitern.
Noch eine Bemerkung zu den anstehenden Vertragsverhandlungen mit der SBB beim neu auszuhandelnden Betreibervertrag der Stadtbahn Zug. Der zurzeit laufende Trasseevertrag mit der SBB über den Betrieb der Stadtbahn Zug wird auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2008, bzw. im Jahr 2009 auslaufen. Die vorgesehene Vertragsverlängerung bis ins Jahr 2015 erscheint uns zu kurz, sollte doch der Vertrag mit dem Betreiber der Stadtbahn Zug und vor allem dem Auftragsbesteller, dies ist der Kanton Zug mit der SBB, längerfristig abgeschlossen werden, um dadurch zu erreichen, dass die Kontinuität nicht nur bis ins Jahr 2015 sichergestellt ist, sondern darüber hinaus für die nächste und übernächste Generation gewährleistet werden kann.
Fazit: Die SP-Fraktion befürwortet die Vorlage einstimmig. Der klar erkennbare Mehrwert, der mit dem Ausbau entstehen wird – nicht nur auf die finanzielle Seite bezogen, sondern auch unserer Umwelt zu liebe –, wird von der Fraktion sehr begrüsst. Wir hoffen, dass die hängigen Einsprachen gegen dieses Projekt innert nützlicher Frist mit den Einsprechern abgehandelt werden können. Der Baubeginn auf September 2007 würde damit eingehalten und die Eröffnung der Doppelspurstrecke auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2008 wäre dann keine Fiktion.

Thomas **Lötscher** trägt ein Votum vor, dass sein Kollege Thomas Brändle vorbereitet hat. – Die FDP-Fraktion unterstützt selbstverständlich die Teilergänzung der Stadtbahn Zug und die Investitionsbeiträge für den Doppelspurausbau Cham-Bahn-

hof Freudenberg und für den Ausbau der Stadtbahn-Haltestellen Zythus und Chämleten einstimmig. Sie bedankt sich des Weiteren bei der Volkswirtschaftsdirektion für die transparente und umsichtige Verhandlung mit Landeigentümern und SBB und hofft auf eine speditive Ausführung des unbestrittenen Projekts. Die Verlängerung des Betreibervertrags bis 2015 hält aber auch die FDP-Fraktion für zu kurzsichtig, insbesondere da die Abgeltung der Investitionsfolgekosten optimistischerweise auf 25 Jahre berechnet werden konnte. Hier sehen wir noch Handlungsbedarf.

Eugen **Meienberg** weist darauf hin, dass die Teilergänzung der Stadtbahn und die Einführung des Viertelstundentakts durchgehend von Baar bis Rotkreuz ein weiterer wichtiger Schritt sind für den öffentlichen Verkehr im Kanton Zug. Hier kommen wir voran. Der Ausbau der Doppelspur auf 3,4 Kilometern von Cham bis Freudenberg ermöglicht dies. In der Kommission wurde uns auch glaubhaft erklärt, dass damit die Fahrplanstabilität gehalten werden kann. Daher macht der verlangte Kredit Sinn. Die CVP-Fraktion unterstützt diesen auch einstimmig.
Zudem kann festgestellt werden, dass die Volkswirtschaftsdirektion und das Amt für öffentlichen Verkehr in den Verhandlungen mit den Organen der SBB für uns eine Lösung ausgehandelt haben, welche die Teilergänzung zügig und auch kostenmässig vernünftig realisieren lässt. Dies ist bei weitem nicht selbstverständlich und verdient daher auch unsere Annerkennung und Dank. Bitte treten Sie auf das Geschäft ein und stimmen Sie zu!

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** kann sich ebenfalls kurz halten, nachdem die Meinungen übereinstimmend gemacht sind. Er möchte sich auch ganz herzlich dafür bedanken, dass diese Vorlage die ungeteilte Zustimmung in allen Fraktionen gefunden hat. Der heutige Beschluss ist tatsächlich von entscheidender Bedeutung. In der Zwischenzeit hat nämlich der Verwaltungsrat der SBB dem Projekt zugestimmt und auch die Finanzierung ist gesichert, nachdem die Leistungsvereinbarung Bund/SBB durch den Ständerat und vor wenigen Tagen auch durch den Nationalrat beschlossen ist. Wenn Sie also heute auch beschliessen werden, ist gesichert und garantiert, dass der Viertelstundentakt zwischen Baar, Zug, Cham und Rotkreuz im Dezember 2008 tatsächlich eingeführt werden kann. Eine Verschiebung um ein Jahr würde sich nur dann ergeben, wenn das Referendum gegen diesen Beschluss noch ergriffen würde. Der Volkswirtschaftsdirektor möchte den Dank gerne entgegennehmen, den der Rat ausgesprochen hat, und weiterleiten an das Amt für öffentlichen Verkehr. Er möchte den Dank aber auch ausdrücklich weiterleiten an den Zuger Hansjörg Hess, Mitglied der Geschäftsleitung der SBB und Leiter der Infrastruktur. Er hat sehr grosses Verständnis gehabt für dieses Anliegen aus Zug und er hat es immer tatkräftig unterstützt. Vor allem die gute Zusammenarbeit mit ihm war letztendlich entscheidend dafür, dass dieses Projekt heute so weit ist.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1438.5 – 12206 enthalten.

985 -POLIZEIGESETZ
-GESETZ ÜBER DIE ORGANISATION DER POLIZEI (POLIZEI-ORGANISATIONS-GESETZ)

Traktandum 8 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1412.1/.2 – 11955/56; 1413.1/.2 – 11957/58), der Kommission (Nrn. 1412.3/1413.3 – 12087; 1412.4 – 12088; 1413.4 – 12139) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1412.5/1413.5 – 12165).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Eintreten für die beiden Gesetze wegen des engen Sachzusammenhangs gemeinsam vorgenommen werden kann.

Andrea **Hodel** erinnert daran, dass die Polizei bei ihrer Tätigkeit immer wieder in Grundrechte eingreifen und diese beschränken muss, sei es gegenüber einem mutmasslichen Täter oder gegenüber einem Opfer. Oft stellt sich auch erst später heraus, ob die Person oder das Rechtsgut, in welches die Polizei eingreift, nun Opfer oder Täter ist, der Eingriff zu Recht erfolgte oder ob man im Nachhinein sagen könnte, man hätte auch anders, vorsichtiger und weniger eingreifend vorgehen können. Dies die Gründe, weshalb die polizeiliche Tätigkeit in einem neuen Gesetz im formellen Sinn verankert werden muss. Die Polizei braucht eine gesetzliche Legitimation, damit sie in ihrem Handeln geschützt ist, ein Gesetz, das der Polizei aber auch ganz klar Leitplanken gibt, wie weit sie gehen darf. Deshalb hat sich unsere Kommission an sechs Sitzungen sehr intensiv mit dem Polizeigesetz und dem Polizei-Organisationsgesetz befasst und zusammen mit Fachkräften aus der Polizei, den Gemeinden, aus dem Bereich des Datenschutzes Ihnen heute eine Vorlage präsentiert, die – wie die Kommission glaubt – nun allen Bedürfnissen bestmöglich Rechnung trägt, notwendig ist und Ihre Zustimmung braucht, aber auch verdient.
Die Unterlagen die wir und Sie erhalten haben, sind umfangreich. Die Kommissionspräsidentin möchte das Gesagte aus den beiden Vorlagen der Regierung sowie dem Kommissionsbericht nicht wiederholen. Auch den Dank hat sie bereits namens der Kommission an alle Fachpersonen, die uns unterstützt haben, ausgesprochen.
Wenn Sie heute auf diese Gesetze eintreten, helfen Sie uns erstens, das polizeiliche Handeln im Polizeigesetz zu regeln und zweitens zu definieren, wie die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton im Bereich der polizeilichen Arbeit erfolgen soll, wer in die Polizei aufgenommen werden kann, wie die Pflichten der Mitarbeitenden der Polizei aussehen und wie die Finanzierung und der Ersatz der Kosten für polizeiliche Leistungen geregelt wird. Schliesslich wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass die Vergütung der Einwohnergemeinden von derzeit jährlich 18.60 Franken pro Kopf für die Tätigkeit der Zuger Polizei mit Inkraftsetzung des Polizei- und Polizei-Organisationsgesetzes wegfällt und damit die Gemeinden, die ja andere und neue Lasten zu tragen haben, von dieser Zahlung befreit werden.
Wenn wir heute nach dem Eintreten, das hoffentlich unbestritten ist, die Detailregelungen im Polizeigesetz betrachten, müssten wir uns Folgendes bewusst sein: Insbesondere das Polizeigesetz mit seinen Grundsätzen, Ausnahmen und Ausnahmen von den Ausnahmen zeigt deutlich, dass gesetzliche Bestimmungen letztendlich nicht garantieren können, dass ein Gesetz korrekt angewendet wird, dass der Bürger einerseits genügenden Schutz von der Polizei erhält, auf der anderen Seite der Bürger auch vor Übergriffen der Polizei und vor Überwachung genügend geschützt ist. Letztendlich wird es nur die Integrität der dieses Gesetz ausführenden Personen,

also das Polizeikorps, die Sicherheitsdirektion, der Regierungsrat und nicht zuletzt die Auslegung durch die Gerichte sein, welche die Garantie geben müssen, dass mittels oder trotz des Polizeigesetzes nicht unnötig in Grundrechte eingegriffen wird. Umgekehrt muss dieses Polizeigesetz aber die Verbrechensbekämpfung, die Gefahrenabwehr aber auch die Prävention ermöglichen und der Polizei die Mittel in die Hand geben, mit einer gewissen Härte vorgehen zu können.
Zum Polizei-Organisationsgesetz ist aus Sicht der Kommission bereits beim Eintreten Folgendes anzufügen. Die Gemeinden fühlten sich nach Erhalt der Vorlage aus der ersten Lesung des Regierungsrates nicht genügend unterstützt. Die Gemeinden bewirkten zusammen mit dem Regierungsrat eine erste Verbesserung. Weitere weitgehende Verbesserung zugunsten der Gemeinden hat die Kommission, soweit dies aus rechtlicher Sicht möglich war, vorgenommen. So wurde zugunsten der Gemeinden ins Gesetz aufgenommen, dass der Kanton mit den Gemeinden zusammenarbeiten muss, dass der Kanton den Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung umfassend abdecken muss und der Bereich Ruhe und Ordnung den Gemeinden überlassen wird. Diese beiden Begriffe wurden im Detail besprochen und mit konkreten Inhalten gemäss Anhang auch gefüllt, sodass wir uns nicht mehr über die juristische Auslegung der Begriffe streiten müssen, sondern Inhalte haben, die verständlich sind. Das Polizeigesetz garantiert den Gemeinden auch, dass diese ausgebildete Sicherheitsassistenten beiziehen können und der Kanton verpflichtet wird, den Gemeinden diese Sicherheitsassistenten auch zur Verfügung zu stellen. Das Polizei-Organisationsgesetz nimmt aber auch private Veranstalter in die Pflicht – darauf werden wir im Rahmen der Detailberatung zu sprechen kommen. Soweit es schliesslich die Kosten betrifft, werden wir vor allem zwei Fragen in der Detailberatung noch diskutieren. Erstens welche Kosten für polizeiliche Leistungen in Rechnung gestellt werden und welche nicht, und zweitens wie es mit dem Personalbegehren aussieht. Bei all diesen Fragen war die Kommissionsarbeit vom Willen getragen, dass die Zusammenführung der Stadtpolizei Zug mit der Kantonspolizei zur Zuger Polizei weder in Teilen noch gänzlich rückgängig gemacht werden soll. Wir wollen *eine* Zuger Polizei behalten, wir wollen keine neuen Gemeindepolizeidienste aufbauen. Die Frage der genügenden Unterstützung muss mit *einer* Polizei geführt werden und nicht dadurch, dass die Gemeinden wieder eigene Polizeien gründen.
Zusammenfassend ersucht die Votantin den Rat im Namen der Kommission, auf beide Gesetzvorlagen einzutreten und damit die Diskussion über Detailfragen sowohl zum Polizeigesetz als auch zum Polizei-Organisationsgesetz zu ermöglichen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese beiden Vorlagen ebenfalls an ihrer Ganztagessitzung vom 11. September beraten hat. Wie bei den Vorlagen «Vorzeitige Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells» und «Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug» hat sich die Stawiko auch bei diesen beiden Gesetzen darauf beschränkt, die finanziellen und personellen Auswirkungen dieser Gesetze im Detail zu beurteilen. Eintreten auf beide Vorlagen war in der Stawiko unbestritten. Da der Stawiko-Präsident nun aber hört, dass ein Antrag kommen wird, die personellen Aspekte nochmals im Detail zu beleuchten, macht es keinen Sinnen, dass er jetzt Ausführungen zur Meinung der Stawiko macht. Die aktuelle Situation kann ja dem Bericht entnommen werden. Sollte diesem Antrag nicht stattgegeben werden, kann er bei der Detailberatung noch die Meinung der Stawiko kundtun. Es wäre aber sicher sinnvoll, wenn diese Frage nochmals im Detail beleuchtet wird. Das wird auch von der Stawiko begrüsst. Und wir können das dann in einer unserer Sitzungen nochmals genau anschauen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die AF die Neuregelung des materiellen Polizeirechts sowie das neue Polizeiorganisationsgesetz begrüsst. Die beiden sorgfältig ausgearbeiteten Gesetzestexte bieten der Polizei künftig gute Grundlagen für ein zeitgemässes Arbeiten. Innerhalb der Kommissionsberatung wurden verhältnismässig wenig inhaltliche Einwendungen und Gegenanträge gemacht. Zwar wurden Fragen gestellt; sie wurden aber entsprechend sorgfältig von den zuständigen Personen beantwortet. Die Votantin möchte hier der Kommissionspräsidentin im Namen der gesamten AF den herzlichen Dank aussprechen für Ihre souveräne und aufwändige Kommissionsleitung. Ihr ist es zu verdanken, dass die Kommissionsarbeit zügig vor sich ging und die gestellten Anträge zumeist einem Konsens zugeführt werden konnten.
Wir Alternativen begrüssen, dass im Polizeiorganisationsgesetz die Umsetzung des ZFA im Bereich Sicherheit bezüglich der Übernahme aller Kosten für Sicherheit durch den Kanton zum Tragen kommt. Auch mit der Kostenpflicht für den polizeilichen Aufwand bei Veranstaltungen, die einen Eintritt oder ein Teilnahmegeld verlangen können, sind wir einverstanden. Dass bei Veranstaltungen in Ausübung der verfassungsmässigen Grundrechte selbstverständlich keine Kosten verrechnet werden und so die verfassungsmässigen Rechte gewahrt bleiben, ist für uns Alternativen unbestritten. In Bezug auf die Zulassungsbedingungen zur Polizeiausbildung und die Aufnahme in die Polizei unterstützt die AF die Regierung. Es ist nicht einzusehen, weshalb Menschen, welche alle Aufnahmekriterien für eine Laufbahn bei der Polizei erfüllen, am Bürgerrecht scheitern sollen.
Die zusätzlich zu schaffenden 4,5 Stellen unterstützt unsere Fraktion. Einerseits die 2 Personaleinheiten, um die Transparenz der Kostenwahrheit beim Personalplafond ersichtlich zu machen. Andererseits die restlichen 2,5 Personaleinheiten für den Aufgabenbereich der Bereitschaftspolizei. Der Sicherheitsdirektor hat während der Gesetzesberatung aufgezeigt, dass Interventionen bei häuslicher Gewalt präventiven Charakter haben. Gewaltausübenden Menschen kann so vermittelt werden, dass ihr Verhalten der Korrektur bedarf: im Strassenverkehr, im öffentlichen Raum und im Umgang mit Kindern innerhalb von Familien. Wenn Kinder vor familiärer Unbill geschützt werden, können sie in der Regel auch unter Kolleginnen und Kollegen mit Aggressionen konstruktiv umgehen. – Im Namen der AF beantragt Rosemarie Fähndrich, auf die beiden Gesetzesvorlagen einzutreten.

Jean-Pierre **Prodolliet** weist darauf hin, dass die vorgeschlagenen Polizeigesetze umfangreiche Gesetzeswerke sind, die vom Bemühen getragen sind, dieser heiklen Materie vollständig und differenziert Rechnung zu tragen. Es sind nun zwei Gesetze: Das Polizeigesetz, welches der Polizist in der Tasche haben sollte, und das Polizeiorganisationsgesetz, mit dem vor allem Verwaltung und Politiker zu tun haben werden. Diese Aufteilung in zwei Gesetze ist deshalb sicher sinnvoll. Aus der vielfältigen und komplexen Materie möchte der Votant drei Themenbereiche erwähnen, die neu und wesentlich sind.
Es wurde schon auf das Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinde hingewiesen. Hier wird die Finanzierung neu geregelt, Kompetenzen und Aufgabenteilung werden im Detail neu geregelt. Das Verhältnis ist so, dass es sich entwickeln kann. – Eine wichtige Neuerung ist der § 17 im Polizeigesetz, die Bestimmung betreffend häusliche Gewalt. Auf Bundesebene ist ja entschieden worden, dass diese ein Offizialdelikt ist. Das hat zur Folge gehabt, dass in der polizeilichen Praxis im Kanton Zug jährlich 190 Einsätze geleistet werden müssen. Und hier ist es nun dringend notwendig, dass Rechtssicherheit geschaffen wird. – Weiter begrüsst die SP-Fraktion auch die Geset-

zesgrundlage dafür, dass die Polizei für ihre Leistung den Veranstalter belasten kann bei jenen Anlässen, wo Eintritt verlangt wird.
Bei der Frage der Personalaufstockung ist die SP-Fraktion klar der Meinung, dass die Polizei die 4,5 Stellen haben sollte. Wie das dann gesetzestechnisch sinnvoll gelöst werden soll, dazu wird noch ein Antrag kommen. – Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlagen.

Karl **Nussbaumer** hält fest, dass die überaus komplexe Materie der beiden vorliegenden Erlasse zu kontroversen Diskussionen innerhalb seiner Fraktion geführt hat. Trotzdem hat sie Eintreten auf die Gesetzesvorlagen beschlossen – beim Polizeigesetz klar, umstrittener beim Organisationsgesetz. Wir befürworten klar die schnelle Einführung des eigentlich unumstrittenen Polizeigesetzes, das die Handlungsbasis für die operierenden Einsatzkräfte der Polizei darstellt. Es ist wichtig und richtig, dass ein den heutigen Anforderungen gerecht werdendes Gesetz das polizeiliche Handeln gesetzlich legitimiert und vor allem begründet. Die vorberatende Kommission hat sich intensiv mit den vertrackten Gesetzen befasst. Deshalb schliesst sich die Fraktion beim Polizeigesetz mit grosser Mehrheit der Kommission an, im Vertrauen darauf, dass diese mit jenen Personen, für die dieses Gesetz Arbeitsinstrument darstellt, entsprechend kommuniziert hat.
Kritischer beurteilt die Fraktion das Polizei-Organisationsgesetz. Erfreut hat uns dabei, dass die Kommission, die schon im Vorfeld – und auch in der Kommission – von der SVP geforderte Verankerung des Erfordernisses des Schweizer Bürgerrechts im Gesetz impliziert hat. Wir erwarten in diesem Zusammenhang aber klar, dass der Wille der Kommission auf eine ganz restriktive Handhabung der Anwendung der Ausnahmeregelung in der Praxis entsprechend umgesetzt wird. So verzichten wir in der Detailberatung auf weitere Anträge zu dieser wichtigen Frage.
Eine Mehrheit der Fraktion befürwortet auch die Ergänzung der Kommission zum Verhältnis der Einwohnergemeinden zur Polizei. Die Sicherheit in den einzelnen Gemeinden kann so noch verbessert werden, obwohl der heute gebotene Standard bereits hoch ist. Dabei soll es nicht zu einem Wettrüsten der Gemeinden kommen, da das bisher gebotene Richtmass explizit nicht abgebaut wird. Punktuell kann sich aber jede Gemeinde die zusätzlichen Leistungen einkaufen, die sie sich wünscht – explizit: Die sie sich wünscht! Sind wir uns bewusst, dass auch die Polizei einmal an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stösst!
Die SVP unterstützt grundsätzlich den Vorschlag, dass für polizeiliche Leistungen Kostenersatz verlangt werden kann. Eine Fraktionsminderheit wird zu diesem Thema in der Detailberatung einen Zusatzantrag stellen. Die Personalbegehren wurden kurz diskutiert. Die Fraktion schliesst sich hier den Ausführungen der Stawiko an. – Die vorliegenden Gesetze sind insgesamt Werke, die aus Sicht der SVP eine Zustimmung verdienen. Wir beantragen deshalb grossmehrheitlich Eintreten auf die beiden Erlasse und Zustimmung in der Fassung der vorberatenden Kommission – mit wenigen Ausnahmen.

Daniel **Burch** erinnert daran, dass das Handeln der Polizei permanent im Kreuzfeuer der Kritik steht. Den einen geht ein Polizeieinsatz zu weit und wird als nicht angemessen verurteilt, die andern dagegen kritisieren denselben Einsatz als zu spät oder zu wenig rigoros. Für die einen macht die Polizei zu wenige, für die andern zu viele Geschwindigkeitskontrollen. Die Polizei braucht daher eine gesetzliche Grundlage, eine Richtlinie und Legitimation für ihr Handeln. Das neue Polizeigesetz definiert die

nötigen Rahmenbedingungen. Es wäre aber illusorisch zu glauben, dass damit jede Situation und jede Polizeihandlung geregelt werden könne. Die Umsetzung dieses Gesetzes muss situativ erfolgen. Es wird von allen Beteiligten – vom Polizisten, vom Kommandanten und vom Regierungsrat – beeinflusst. Mit den heutigen Strukturen und den vorliegenden Gesetzen haben wir eine gewisse Sicherheit, dass polizeiliche Handlungen weitgehend einheitlich und im vorgegebenen Rahmen erfolgen. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass mit dem neuen Gesetz die Polizei dem Bürger ausreichend Schutz bieten kann, der Bürger gegen ungerechtfertigte Handlungen der Polizei weitgehend verschont wird und gleichzeitig eine gute Prävention und Verbrechensbekämpfung möglich ist. Im Kanton Zug fühlt man sich sicher und kann sich sicher fühlen!
Mit dem Polizeiorganisationsgesetz werden die Aufgaben, Zuständigkeiten und die Verantwortung von Polizei und Gemeinden klar geregelt. Diese Regelung und Aufgabenverteilung ist wichtig und nötig. Nur wenn definiert ist, wer für welche Aufgaben zuständig ist, kann diese effizient, zeitgerecht und im rechtlichen Rahmen ausführen. Ebenso wichtig und unerlässlich ist es, dass wir in unserem Kanton nur *eine* Polizei haben. Wir brauchen keine Gemeinde-Sheriffs und wollen nicht, dass jede Gemeinde eigene Polizeidienste aufbaut und betreibt. So haben wir wiederum Gewähr, dass polizeiliche Massnahmen im ganzen Kanton nach einheitlichen Richtlinien und Grundsätzen erfolgen. Gemeinden können bei Bedarf Sicherheitsassistenten des Kantons als Unterstützung beiziehen. Diese werden einheitlich ausgebildet und zentral geführt.
Ein wichtiges Element im neuen Gesetz ist die Kostenregelung. Die Gemeinden zahlen nicht mehr pro Einwohner für die Tätigkeit der Polizei und werden dadurch finanziell entlastet. Sie haben es in der Hand, wann und wofür sie allfällige kostenpflichtige Zusatzleistungen beziehen wollen. Gleich zeitgemäss ist auch die neue Regelung, wonach auch private Veranstalter in die Pflicht genommen werden können. Dazu mehr in der Detailberatung. – Die FDP ist für Eintreten und unterstützt im Wesentlichen die Anträge der vorberatenden Kommission.

Franz Peter **Iten** hat sein Votum um eine ausführliche Einleitung gekürzt, da schon verschiedene Aspekte von seinen Vorrednerinnen und Vorrednern beleuchtet wurden. Die beiden Gesetzesvorlagen beinhalten eine komplizierte und umfassende Materie, was sich auf eine aufwendige Beratung in der vorberatenden Kommission auswirkte. Die zu verarbeitenden ausgezeichneten Unterlagen, die uns für die Beratung zur Verfügung standen, die relativ kurze Behandlungszeit von zwei Monaten stiessen nebst der Komplexität der beiden Erlasse auch an die zeitlichen Grenzen unserer Miliztätigkeit. – Die CVP-Fraktion hat grossmehrheitlich beschlossen, auf die beiden Gesetzesvorlagen einzutreten, und sie hält fest, dass die beiden Erlasse in ihrem Grundsatz und für eine modern geführte Polizei unbestritten sind.
Das Polizeigesetz gab zu wenigen Diskussionen Anlass, im Wissen darum, dass die Umsetzung der Anliegen der Motion Alois Gössi sich auf eine Erhöhung des Personalbestandes um 2,0 Personaleinheiten niederschlägt. Hier folgt die Fraktion mit kleiner Mehrheit dem Antrag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission und nicht dem Antrag der Stawiko, die der Meinung ist, dass 1,5 Stellen für die Mehraufgaben im Bereich der Bekämpfung der häuslichen Gewalt ausreichen müssen. Für die Fraktion war es unbestritten, dass es mehr Kräfte für den Bereich der Bekämpfung der häuslichen Gewalt braucht. Aber wir sind der Auffassung, dass sich aus den Synergien, welche sich mit dem Einsatz der Sicherheitsassistenten und damit der Verminderung der Polizeiarbeit in den Gemeinden eine Entlastung für das

reguläre Korps ergeben muss, welches mit dem Mehraufwand leicht kompensiert werden könnte.
Der Votant sieht auch nach genauerem Hinschauen keine Erklärung, weshalb sich der Einsatz der Assistenten nicht entlastend auf die Polizeiarbeit auswirken soll. Immerhin verzichten wir auf rund 3 Mio. Franken Beiträge und Bussengelder und finanzieren damit rund 70 Assistentenstellen zu 50 %. Werden diese eingesetzt, so muss das doch zu einer Entlastung führen. Dazu finden wir keine Antworten. Ebenso unklar ist, weshalb keinerlei Kosten mit der Ausbildung, Bewaffnung und Entlohnung in den Finanzfolgen aufgeführt werden. Tatsache ist, dass die Assistenten vom Kanton angestellt und ausgebildet werden müssen und während der Ausbildungszeit Lohn erhalten. Das kostet pro Assistent gemäss Unterlagen gut 30'000 Franken. Bis das zurückkommt, braucht es Jahre. Zudem trägt der Kanton das Risiko des Nichtabrufs der vorgehaltenen Assistenten.
Beim Polizei-Organisationsgesetz ergab sich dann eine intensive und ausführliche Diskussion über den Einsatz, die Ausbildung, die Ausrüstung und die Kompetenzen der Sicherheitsassistenten. Es besteht in unserer Fraktion eine grosse Skepsis, ob mit dem Einsatz von Sicherheitsassistenten nicht einfach der Polizeiapparat aufgebläht wird. Fragezeichen setzt unsere Fraktion auch beim im § 17 festgehaltenen Leistungseinkauf Dritter, insbesondere der Gemeinden. Da an der Fraktionssitzung die aufgeworfenen Fragen im Detail nicht abschliessend beantwortet werden konnten, erlaubt sich die CVP-Fraktion folgende Fragen – im Sinne von Ergänzungen und Klarstellungen – an den Sicherheitsdirektor zu stellen:
1. Was beinhaltet die Polizeiausbildung light, die ab nächstem Jahr für Sicherheitsassistenten bei der Interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch angeboten wird? Ist der Kanton Zug der einzige Kanton innerhalb des Konkordats, der Sicherheitsassistenten ausbilden lässt? Wie viele Sicherheitsassistenten sollen vorerst ausgebildet und für die Gemeinden vom Kanton im Pool vom Kanton vorgehalten werden? Wie viele Mitarbeiter umfasst dann die Polizei, inklusive Mitarbeiter ohne vollumfängliche polizeiliche Kompetenzen und inklusive abrufbarer Korps?
2. Die Mitarbeitenden des Verkehrskontrolldienstes und die Sicherheitsassistenten werden bei der Zuger Polizei angestellt. Wird beabsichtigt, diese fest auf Zeit anzustellen oder Arbeit auf Abruf anzubieten? Was passiert, wenn keine Leistungsvereinbarungen mit den Gemeinden und Dritten abgeschlossen werden können und somit keine oder fast keine Sicherheitsassistenten benötigt werden? Wer übernimmt diese Personen, wenn sie für die Sicherheitsaufgaben nicht mehr geeignet sind?
3. Werden die bereits angestellten Mitarbeitenden des Verkehrskontrolldienstes in die Funktion der Sicherheitsassistenten umgeschult bzw. umgeteilt?
4. Die ganz wesentliche Feststellung: Der Kanton finanziert diese Assistenten durch Verzicht auf die Gemeindebeiträge und Bussengelder in Höhe von rund 3 Mio. Franken vorerst selbst und erhält erst Geld an seine Kosten, wenn die Gemeinden das Angebot vollumfänglich in Anspruch nehmen und für 3 Mio. Franken Leistungen einkaufen. Wenn dies eintritt, was ja mit der Vorlage bezweckt wird, weshalb soll keine Entlastung der normalen Polizeiarbeit eintreten?
Die Beantwortung dieser Fragen ist für die Entscheidungsfindung der CVP-Fraktion wichtig, da die Fraktion an der Fraktionssitzung keinen abschliessenden Beschluss in Bezug auf die Personalbegehren fassen konnte. Wie bereits ausgeführt, steht die CVP-Fraktion grundsätzlich hinter den beiden Gesetzesvorlagen. Die Fragen betreffend Personalbegehren und der Einsatz der Sicherheitsassistenten sowie des Verkehrskontrolldienstes sind aber Voraussetzung, den personalrelevanten Teil der beiden Gesetze definitiv beurteilen zu können. Nachdem aber in Aussicht gestellt worden ist, die Personalbegehren und den Einsatz von Sicherheitsassistenten auf die

2. Lesung hin nochmals zu prüfen, verzichten wir heute auf einen Antrag auf Rückweisung der Personalbegehren. Unsere Fragen können allenfalls im Zusatzbericht beantwortet werden, der auf die 2. Lesung hin erstellt werden kann und unbedingt auch in der vorberatenden Kommission *vor* der KR-Sitzung und den Fraktionssitzungen nochmals intensiv diskutiert werden muss, um die offenen Fragen abschliessend und definitiv beantworten zu können.

Beatrice **Gaier** legt zuerst ihre Interessenbindung offen: Sie spricht als Präsidentin des Verbands Zuger Polizei. – Der Verband hat sich mit den Vorlagen intensiv auseinander gesetzt und in der Vernehmlassungsantwort betont, dass wir die vorgeschlagenen Gesetze bis auf wenige Ausnahmen unterstützen.
Das Polizeigesetz schafft klare Rechtsgrundlagen für das polizeiliche Handeln im Bereich der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und Beseitigung bereits eingetretener Störungen. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben sieht sich die Polizei oft gezwungen, in grundrechtsgeschützte Freiheits- und Eigentumsrechte einzugreifen, je nach Situation des Einzelfalles auch unter Anwendung unmittelbaren Zwangs. Umso wichtiger ist es – auch zum Schutz der Polizei – dass solche Eingriffe auf gesicherter und klarer Rechtsgrundlage erfolgen. Das Polizeigesetz wird so zu einem wichtigen Instrumentarium für den polizeilichen Alltag. Es ändert nichts am Gewaltenmonopol oder am Einsatzkonzept der Polizei, sondern klärt Fragen und schafft dadurch Rechtsvorsehbarkeit, Rechtsklarheit und Rechtssicherheit.
Betreffend häusliche Gewalt begrüssten wir ausdrücklich, dass die Wegweisung der gewaltbereiten Person durch die ergänzenden Bestimmungen gesetzlich geregelt wird. Der Schulzgedanke des Opfers hat dabei oberste Priorität. Deshalb stellten wir die kurze Dauer des Rückkehrverbots und/oder Kontaktsperre in Frage. Die betroffene Person befindet sich in einem psychischen und emotionellen Notzustand und muss zuerst zur Ruhe kommen, um weitere Schritte entscheiden zu können. In diesem Punkt hat der Regierungsrat die Vorlage auf zehn Tage angepasst, was auch in der vorberatenden Kommission diskussionslos unterstützt wurde. – In der Detailberatung wird die Votantin sich kurz zu den §§ 5 Polizeiausbildung und 9 Dienstausübung melden.
Zum Schluss erlaubt sie sich noch eine Stellungnahme zu den beantragten Personalstellen. Der Verband unterstützt ebenso wie die vorberatende Kommission den Antrag des Regierungsrats auf 4,5 zusätzliche Stellen. In den letzten fünf Jahren hat die Zuger Bevölkerung um rund 7'000 Personen zugenommen, auch die Netto-Anzahl der neuen Firmen ist in diesem Zeitraum erheblich gewachsen. Zusätzlich musste die Zuger Polizei in dieser Zeitspanne neue Aufgaben, zum Teil auch auf Grund von Gesetzesänderungen auf Bundesebene, erfüllen und es wird laufend bessere Qualität gefordert. Dies sind z.B. in der Verkehrssicherheit Aktionen gegen Raser, Kontrollen betreffend Senkung Promillegrenze und Massnahmen gegen das Fahren unter Medikamenten und Drogeneinfluss, von Kindern und Jugendlichen begangene Delikte im Zusammenhang mit einem stark veränderten Freizeitverhalten. Polizeiintern werden laufend Optimierungsmöglichkeiten geprüft und umgesetzt. So wurde z.B. eine Abteilungschefstelle auf Kommandoebene inklusive Sekretariat aufgehoben und zu Gunsten der Sachbearbeitung bei der Sicherheitspolizei und Kripo umgelagert. Der Aufwand für allgemeine Verkehrskontrollen wurde reduziert. Diese «eingesparte» Stelle kann für die Sachbearbeitung bei der Sicherheitspolizei «regionale Fahndung» eingesetzt werden.
Wie Sie aus dieser kurzen Zusammenfassung deutlich erkennen, ist die Zuger Polizei sehr wohl bereit, haushälterisch mit den vorhandenen Ressourcen umzugehen,

und schreckt auch vor internen, personellen Umstrukturierungen nicht zurück, um ihre Aufgaben weiterhin seriös und pflichtbewusst zu erfüllen. Da jedoch weitere neue, konkrete Aufgaben in den nächsten Jahren dazu kommen werden, ist es nicht mehr möglich, ohne Personalaufstockung die von allen Seiten geforderte Qualität und Präsenz zu gewährleisten. Beatrice Gaier kann deshalb dem Antrag vorbehaltlos zustimmen, auf die 2. Lesung die personellen und finanziellen Konsequenzen dieser beiden Gesetze nochmals genau zu prüfen und diese vertieften Daten dem Kantonsrat vorzulegen. Es wird eine Chance sein, Komplexität und Anforderungen an die gesamte Polizeiarbeit aufzuzeigen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** pflegt jeweils an der Inpflichtnahme der neuen Polizistinnen und Polizisten der Zuger Polizei, wenn sie das Gelöbnis ablegen, Folgendes zu sagen: «Die jungen Polizistinnen und Polizisten dürfen viel mehr, haben viel mehr Kompetenzen als ihr oberster Chef, der Sicherheitsdirektor. Dieser darf niemanden verhaften, niemanden anhalten, kontrollieren, in Gewahrsam nehmen, er darf keine Schusswaffen gebrauchen (zum Glück nicht).» Von daher sind junge Polizistinnen und Polizisten mit 22 Jahren oder noch jünger in der Lage, schärfste Massnahmen legal und legitim anwenden zu müssen. Und deshalb braucht es ein materielles Polizeirecht, das diese Kompetenzen ganz klar regelt, diese schweren Eingriffe legitimiert, welche die Polizei machen darf, und auch klar festhält, dass immer auch das Verhältnismässigkeitsprinzip gelten muss. Kurz gesagt darum geht es im materiellen Polizeirecht. Es geht insbesondere darum, mögliche Gefahren abzuwehren, also schon einzugreifen, bevor etwas passiert.
Davon zu unterscheiden ist die Ermittlungsarbeit der Polizei – der andere grosse Teil der Polizeiarbeit. Diese wird nicht im Polizeigesetz geregelt, sondern in der Strafprozessordnung. Und aus diesem Grund sehen Sie dann auch, dass bei den Änderungen, die in anderen Gesetzen erfolgen, einige Bestimmungen eben auch der Strafprozessordnung angepasst werden müssen. Das ist die erste Bemerkung des Sicherheitsdirektors: Um was geht es überhaupt im Polizeigesetz, im materiellen Polizeirecht.
Eine zweite Bemerkung, die uns immer wieder zu Recht beschäftigt hat, ist das Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden. Der Kantonsrat hat im Jahr 2001 mit dem grünen Licht zur Zusammenlegung von Stadtpolizei und Kantonspolizei zur Zuger Polizei den Grundsatzentscheid gefasst, dass es für die Sicherheit im Kanton Zug künftig nur noch eine Polizei gibt. Das wurde heute auch mehrmals in den Eintretensvoten bestätigt. Zweitens wurde aber im Rahmen der ganzen ZFA-Arbeiten auch gesagt und vorentschieden – immer im Einverständnis mit den Gemeinden –, dass im Rahmen des ZFA Sicherheit vollumfänglich eine kantonale Aufgabe wird. Und die Beträge, die heute die Gemeinden dem Kanton als Abgeltung zahlen für die Erfüllung von Sicherheitsaufgaben in den Gemeinden durch die Zuger Polizei, diese 2,5 Millionen fliessen nicht an die Gemeinden im Sicherheitsbereich, sondern in die Globalbilanz des ZFA. Das ist wichtig bei den späteren Ausführungen. Die Gemeinden sind neu zuständig für die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung. Der Kanton und damit die Zuger Polizei ist künftig wie schon heute zuständig für die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung. Und es wurde von Karl Nussbaumer gut gesagt, dass er davon ausgeht, dass dieser Sicherheitsstandard gewährt werden kann. Das ist das Ziel der Zuger Polizei. Immer unter Berücksichtigung von zunehmenden Aufgaben und der Zunahme von Menschen, die im Kanton Zug wohnen. Aber grundsätzlich soll der Sicherheitsstandard gewahrt werden. Und er hat es ebenfalls gut gesagt, dass nämlich die Gemeinden, die sich etwas mehr wünschen, dann in ihrer

eigenen Kompetenz Sicherheitsassistenten anstellen können. Und damit ist auch schon die zentrale Frage des CVP-Fraktionssprechers beantwortet: Es gibt keine Verminderung der Polizeiarbeit bei der Zuger Polizei. Diese macht nach ihren Kräften und Möglichkeiten gleich viel – auch in den Gemeinden. Auch wenn es in den Gemeinden Sicherheitsassistenten gibt. Diese werden zuständig sein für Ordnungsfragen und sie werden das abdecken, was die Zuger Polizei heute schon nicht erfüllen kann.
Diese Unterscheidungen führen Hanspeter Uster jetzt auch dazu, dass er kurz die Fragen von Franz Peter Iten streifen wird. Die Kommissionspräsidentin hat es bereits gesagt: Es scheint uns sinnvoll zu sein – auch der Regierungsrat hat es so entschieden –, dass die Sicherheitsdirektion ein Papier macht, wo wir diese Fragen in einem separaten Papier abhandeln. Nur ganz kurz: Die Sicherheitsassistenten sind spezifisch auf gewisse Gebiete ausbildbar. Das kann Botschaftsbewachung sein – kommt für uns nicht in Frage. Das kann Überwachung des ruhenden Verkehrs sein – das schon eher. Und das kann eben dieser Ordnungsbereich sein, wo die Gemeinden ja gerne Sicherheitsassistenten einsetzen möchten. Das sind die Ausbildungen, die angeboten werden. Es ist ein Bedürfnis von verschiedenen Kantonen und Städten in der Zentral- und in der Nordwestschweiz, solche Sicherheitsassistenten auszubilden. Wie viele Sicherheitsassistenten wir ausbilden werden, hängt von den Leistungsvereinbarungen ab, die wir mit den Gemeinden ab März 2007 aushandeln wollen. Die Sicherheitsassistenten werden dann mit der neuen Polizeischule in Hitzkirch ab Januar 2008 ausgebildet werden können. Die Leistungsvereinbarung wird so konstruiert sein, dass es eine Vereinbarung auf Zeit sein wird, dass wir aber eine gewisse Planungssicherheit haben müssen. Und die Vorfinanzierung, von der gesprochen worden ist, findet nicht in diesem Ausmass statt. Sondern es werden ja mit dieser Berechnung der 95 Franken, die ein Sicherheitsassistent kosten wird, auch Ausbildungskosten abgegolten. Es wird also letztlich eine Vollkostenrechnung gemacht. Wir werden aber zu diesen Fragen detailliert Stellung nehmen.
Der Sicherheitsdirektor ist froh, dass wir mit den Gemeinden hier eine tragfähige Lösung gefunden haben. Er hat vor knapp zwei Wochen mit den gemeindlichen Sicherheitschefs eine Sitzung gehabt – unsere Jahreskonferenz. Und ihm wurde auch rückbestätigt, dass es so jetzt für die Gemeinden stimmt. Wir haben auch die Gemeindepräsidentenkonferenz orientiert und diese war sogar sehr erfreut, dass sie jetzt zum ersten Mal in einem Gesetz vorkommt. Dass sie nämlich dafür zuständig sein wird, den Aufgabenkatalog gemäss Anhang zum Polizeiorganisationsgesetz abändern zu dürfen. Und die Gemeindepräsidentenkonferenz wird das gerne machen.
Hanspeter Uster kommt zum Dank. Er dankt den Mitarbeitenden der Sicherheitsdirektion, allen voran Urs Henggeler, dem Direktionssekretär, und seiner Stellvertreterin, welche die eigentliche Autorin und der Autor dieser grossen Gesetzesvorlagen waren. Er dankt auch dem Polizeikommandanten und seinen Leuten. Und er dankt den Kommissionsmitgliedern. Er hat bereits bei seiner Festansprache zum 100-Jahr-Jubiläum des Advokatenvereins auch der Kommissionspräsidentin gedankt. Ihre Arbeit war wirklich hervorragend. Wir haben sehr gut zusammengearbeitet und ohne sie wäre diese gewichtige Vorlage nicht innert sechs Sitzungen innerhalb von zweieinhalb Monaten durchgekommen. Der Sicherheitsdirektor weiss, dass ein Lob aus seinem Mund für Andrea Hodel und vor allem für ihre weitere politische Karriere nicht unbedingt förderlich ist, er macht es trotzdem: Ganz herzlichen Dank für das, was sie geleistet hat. Und er dankt auch der Anerkennung und dem Rückhalt, den die Zuger Polizei geniesst. Das hat er den einleitenden Voten in der Eintretensdebatte von allen Sprecherinnen und Sprechern entnehmen können.

EINTRETEN auf beide Vorlagen ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1412.4 – 12088

§ 1 Abs. 3

Leo **Granziol**: Manchmal scheiden sich die Geister von Juristen an kleinen Worten. Und hier steht: «Zum Schutz privater Rechte wird die Polizei *ausnahmsweise* tätig, …» und dann folgen die verschiedenen Sachverhalte, wann sie tätig werden soll. Der Votant stört sich als Bürger am Wort *ausnahmsweise*. Für ihn ist es eine wesentliche Aufgabe der Polizei, sein Eigentum zu schützen und das nicht nur ausnahmsweise. Zudem hat er Mühe damit, ob sich das ausnahmsweise dann auch auf die Tatbestände nachher bezieht. Wenn also eine Gefährdung oder Störung erheblich ist, kann dann die Polizei sagen: Dann schreiten wir nur ausnahmsweise ein, aber nicht generell. Für den Votanten macht das nicht viel Sinn. Er stellt den Antrag, dieses Wort *ausnahmsweise* zu streichen. Es würde dann heissen: «Zum Schutz privater Rechte wird die Polizei tätig, wenn …». Seines Erachtens ist dieses *ausnahmsweise* nur verwirrend und zu einschränkend.

Andrea **Hodel** weist darauf hin, dass wir gut aufpassen müssen, was wir hier tun! Denn grundsätzlich ist der Schutz privater Rechte eine Privatsache. Genau wie das private Eigentum. Die Polizei greift dann ein, wenn eine Ausnahmesituation insofern da ist, dass der Private das nicht mehr selber schützen kann. Ob es dann heisst *ausnahmsweise* oder *nur wenn* oder eine ähnliche Formulierung – das wird die Kommissionspräsidentin mit dem Sicherheitsdirektor noch absprechen. Aber einfach zu sagen: Sie wird grundsätzlich tätig im privaten Bereich, dann geben wir der Polizei zu viel Arbeit. Vom Grundsatz her ist der Schutz der privaten Rechte eine Privatsache.

Hanspeter **Uster** möchte ebenfalls noch kurz Stellung nehmen. Grundsätzlich gibt es bei der Auseinandersetzung um private Rechte die Mittel des Zivilprozesses. Das heisst wenn ich sehe, wie jemand immer auf meinem Grundstück unberechtigterweise parkiert, muss ich beim Zivilrichter, beim Einzelrichter am Kantonsgericht ein Verbot beantragen, dass jemand dann bestraft wird und das dann eingegriffen werden kann. Und hier würde es nicht angehen, wenn bereits dann schon die Polizei käme. Sondern zuerst muss man seine Rechte auf dem zivilen Rechtsweg durchsetzen und nicht schon den öffentlichrechtlichen Weg wählen. Wenn es dann aber so ist, dass jemand parkiert und ich kann nicht mehr aus meiner Garage fahren, sind die Voraussetzungen ausnahmsweise erfüllt. Denn bis der Einzelrichter entschieden hat – auch wenn er das schnell tut – ist diese Person blockiert. Von daher ist dieses ausnahmsweise richtig und es braucht die zwei Voraussetzungen: Entweder ist es in der
Gesetzgebung vorgesehen oder es sind dann die Voraussetzungen nach Buchstabe b, c und d kumulativ. Dann greift die Polizei sofort ein. Und wenn es einen Rechtstitel durch den Einzelrichter gibt, dann wird auf Antrag hin die Polizei ausrücken und diese Person büssen, um wieder auf das Parkierungsbeispiel zurückzukommen. Der Sicherheitsdirektor beantragt deshalb, dass wir dieses *ausnahmsweise* lassen.

➔ Der Streichungsantrag wird mit 47 : 17 Stimmen abgelehnt.

§ 20 Abs. 3

Käty **Hofer** erinnert daran, dass uns die Regierung einen Absatz präsentiert hat, wo vorgeschrieben wird, dass der Intimbereich einer Person von einer Person des gleichen Geschlechts durchsucht werden muss. Und die Kommission hat diese Vorschrift wie folgt gelockert mit der Einschränkung: *Falls die Durchsuchung keinen Aufschub duldet*. Dann ist es möglich, dass der Intimbereich einer Person von einer Person anderen Geschlechts durchsucht wird. Die Votantin kann hier ihre Meinung als Frau kundtun. Wenn sie Gewalt erlitten hat, traumatisiert ist, so ist für sie der Gedanke unerträglich, dass sie von einem Mann durchsucht wird. Und sie lässt auch das Argument nicht gelten, dass dieser Bst. b nur für wenige Ausnahmefälle zur Anwendung käme. Sie braucht wieder das Beispiel der Türe, die wir öffnen und durch die man hineingehen kann. Und wir wissen nicht, wie oft dieser Ausnahmefall dann tatsächlich auch passiert. Wir haben im Kanton Zug eine sehr grosse Dichte von Ärztinnen und Ärzten. Wir haben sehr kurze Wege. Wir haben einen gut ausgebauten ärztlichen Notfalldienst. Wir haben jetzt das Kantonsspital, später das Zentralspital. Es ist im Kanton Zug möglich, eine Ärztin oder einen Arzt innert nützlicher Frist aufzubieten. Diesen Bst. b braucht es nicht. Ausserdem schaffen wir damit eine Diskrepanz zu Abs. 2. Dieser bezieht sich auf die Durchsuchung der Körperoberfläche und der Körperöffnungen ausserhalb des Intimbereichs. Das ist eine wesentlich weniger heikle Durchsuchung als bei Abs. 3. In Abs. 2 haben wir aber zwingend vorgeschrieben, dass diese Durchsuchung durch eine Person des gleichen Geschlechts geschehen muss. Für den Intimbereich lassen wir also eine lockerere Praxis zu als bei Abs. 2. Käty Hofer bittet den Rat dringen, dem ursprünglichen Antrag der Regierung zuzustimmen und nicht jenem der Kommission.

Andrea **Hodel** weist darauf hin, dass es nicht darum geht, dass eine solche Untersuchung im Intimbereich durchgeführt würde, ohne dass eine Person des gleichen Geschlechts anwesend ist. Es geht nur um die Frage, ob immer eine *Arztperson* des gleichen Geschlechts anwesend sein muss. Also bitte dramatisieren Sie das nicht! Auch wenn solche Untersuchungen ganz heikel sind. Wir haben in unserer Lösung vorgeschlagen: Zuerst ist zu suchen, ob eine Arztperson des gleichen Geschlechts da ist. Dann ist zu fragen: Gibt es ein Einverständnis? Und erst wenn das nicht der Fall ist und die Untersuchung zu Beweiszwecken nicht aufgeschoben werden kann, dann darf eine *Arztperson* des andern Geschlechts die Untersuchung durchführen. Und es hat eine *Fachperson* des gleichen Geschlechts anwesend zu sein. Wir haben hier in einer Kaskadenform das gemacht, was man zum Schutz eines Opfers alles vorkehren kann. Damit aber umgekehrt die Ermittlung nicht behindert werden kann. Natürlich sind wir ein kleiner Kanton. Aber an Weihnachten in einem Spital bei einer knappen Notfallbelegung kann es einmal vorkommen, dass eine weibliche Arztperson nicht gerade Dienst hat. Es geht wirklich nur um solche Fälle und es ist keine Tür, die geöffnet werden kann.

➔ Der Rat lehnt den Antrag mit 53 : 13 Stimmen ab.

§ 47 (§ 12 Abs 1bis)

Jean-Pierre **Prodolliet** weist darauf hin, dass die Kommission beschlossen hat, dass hier folgender Satz gestrichen wird: *«Kinder und Jugendliche dürfen nur mit Zustimmung des Jugendanwalts, im Verhinderungsfall mit Zustimmung des Pikett leistenden Untersuchungsrichters, erkennungsdienstlich erfasst werden.»* Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass dieser Satz belassen werden soll. Wir sind in der Kommission informiert worden, dass das Bundesgesetz vorschreibt, dass Kinder und Jugendliche in polizeilichen Belangen unterschiedlich behandelt werden sollen. Und dies muss in das kantonale Gesetz Eingang finden. Was ist unter *unterschiedlich* zu verstehen? In diesem Fall sollte das heissen: mit mehr Sorgfalt. Es ist unbestritten, dass das erkennungsdienstliche Erfassen bei Jugendlichen ein einschneidender Vorgang ist, und dass dieses dem Jugendlichen schon früh das Gefühl geben kann, sozusagen als Krimineller abgestempelt zu sein. Man muss sich dann nicht wundern, wenn die Karriere in diesem Sinn fortgesetzt wird. Wenn diese Bestimmung, wie sie im Gesetz bestanden hat, durchgeführt wird, bedeutet das in diesen schwierigen Fällen, dass Rücksprache genommen werden muss. Die Polizei muss Rücksprache nehmen mit dem Jugendanwalt, ersatzweise mit dem Pikett leistenden Untersuchungsrichter. Das heisst, dass bei einem heiklen Entscheid zwei Personen involviert sind und der Jugendanwalt entscheidet. In der Kommission ist diesbezüglich die Meinung geäussert worden, die Jugendgewalt sei heute ein Thema und da müsste die Polizei über ihre Werkzeuge ungehindert verfügen können. Dahinter steht offenbar die Vorstellung, dass das Problem Jugendgewalt damit gelöst werden soll, dass man ein wenig die Schraube anzieht. Die SP-Fraktion ist der Meinung, das sei absolut nicht der Weg, wie man mit Jugendgewalt umzugehen hat. Es ist an den Wurzeln zu behandeln. Die Jugendlichen sollen Anrecht haben auf besondere Sorgfalt. Wir haben Rücksprache genommen mit Personen, die in der Jugendgerichtsbarkeit grosse Erfahrung haben. Sie empfehlen dringend, diesen Satz zu belassen. Er ist übrigens auch vom Obergericht vorgeschlagen worden. Wir stellen den Antrag, den Satz zu belassen und bitten um die Unterstützung des Rats.

Andrea **Hodel** hält fest, dass auch die Kommission dieses Thema eingehend diskutiert und sich die Frage gestellt hat: Braucht es zu solchen ermittlungstechnischen Handlungen jeweils den besonderen Schutz durch eine zusätzliche Zustimmung? Wir sind aber davon ausgegangen, dass die Polizei das richtige Mass für solche erste Ermittlungshandlungen findet, und sind der Meinung gewesen, dass ja die Eltern als gesetzliche Vertreter der Kinder diese Aufgabe wahrnehmen, sollte etwas nicht richtig gelaufen sein. Sie haben entsprechende Parteirechte und können Beschwerde erheben. Wir sind davon ausgegangen und liessen uns darüber auch von der Polizei orientieren, dass das Problem nicht darin besteht, dass es die Zustimmung der Eltern dann nicht gibt oder dass es den zusätzlichen Schutz der Kinder braucht, sondern vielmehr, dass die sich die Eltern gerade bei solchen Tätern – es handelt sich ja meistens um Wiederholungstäter, die bekannt sind – zu wenig um solche Angelegenheiten kümmern. Wir von der Kommission sind davon ausgegangen, dass es eine Aufblähung des Systems ist und dass es diese zusätzliche Zustimmung nicht braucht. Man muss sich vorstellen, dass dann der Jugendanwalt oder der Pikett leistende Untersuchungsrichter (später wäre es dann der Pikett leistende Staatsanwalt) jedes Mal für eine solche erkennungsdienstliche Massnahme angerufen werden müsste. Sei es in der Nacht um 12 oder am Morgen um 2. Wir sind davon ausgegangen, dass es das nicht braucht.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** hält fest, dass sich der Regierungsrat der Kommissionsmeinung anschliesst. Er kann dem Rat auch die Meinung der Obergerichtspräsidentin mitteilen, die zusammen mit dem Einzelrichteramt diesen Antrag eingebracht hat. Das Obergericht hält am ursprünglichen Antrag der Regierung fest und weist darauf hin, dass das Prinzip der Verhältnismässigkeit zu beachten ist und auch eine einheitliche Anwendung. Das Gleiche verlangt jetzt auch die SP-Fraktion.

➔ Der Rat lehnt den Antrag von SP-Fraktion und Obergericht mit 49 : 18 Stimmen ab.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1412.6 – 12209 enthalten.

Die Beratung wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

70. SITZUNG: DONNERSTAG, 28. SEPTEMBER 2006
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.00 – 17.30 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger Jutz, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

986 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Hans Christen, Karl Rust und Eusebius Spescha, alle Zug; Markus Grüring, Unterägeri; Manuel Aeschbacher, Cham.

987 MOTION VON THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND MASSNAHMEN ZUR JUGENDGEWALT

Traktandum 2 – Thomas **Lötscher**, Neuheim, hat am 31. August 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1473.1 – 12170 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

988 MOTION DER FDP, CVP- UND SVP-FRAKTION BETREFFEND MASSNAHMEN GEGEN TRÖLERISCHE UND MISSBRÄUCHLICHE VERWALTUNGSRECHTLICHE VERFAHREN

Traktandum 2 – Die **FDP-, CVP- und SVP-Fraktion** haben am 31. August 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1474.1 – 12171 enthalten sind.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

989 MOTION VON RUDOLF BALSIGER BETREFFEND ANPASSUNG DES KANTONALEN RICHTPLANS (VERSCHIEBUNG DER SIEDLUNGSBEGRENZUNGSLINIE OBERWIL ÖSTLICH DER SBB LINIE)

Traktandum 2 – Rudolf **Balsiger**, Zug, sowie 24 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 11. September 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1477.1 – 12181 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag vorliegt, diese Motion sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der Geschäftsordnung zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich vorerst eine formelle über die sofortige Behandlung. Sofern diese nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Überweisung der Motion an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wird, gibt es danach eine materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung (mit einfachem Mehr). – Wir führen aus Praktikabilitätsgründen eine Diskussion über beide Elemente zusammen, jedoch zwei getrennte Abstimmungen. – Sie haben bei Versand vor 10 Tagen auch die Antwort des Regierungsrats vom 5. September 2006 zur Interpellation von Stefan Gisler und Christian Siegwart zur Sport- und Schulhausplatzsituation in Oberwil erhalten (Vorlage Nr. 1458.2 – 12176). Diese Vorlage enthält zusätzliche Informationen zu dieser Problematik.

Rudolf **Balsiger** bestätigt, dass ein Antrag dieser Motion sofortige Behandlung fordert. Er stellt fest, dass die gelieferten Dokumente und Unterlagen es erlauben, sie materiell zu behandeln und anschliessend zu entscheiden. – Worum geht es in dieser Motion? Nicht in erster Linie um einen Sportverein, sondern vor allem um ein Dorf mit Menschen, die dort wohnen, die wir hier vertreten und vor allem um deren Anliegen, welche wir ernst nehmen müssen. Wir dürfen das nicht getrieben durch sture Prinzipieneinhaltung abtischen.
Durch eine Volksinitiative wurde der Stadtrat beauftragt, im Dorf Oberwil einen Sportplatz zu erstellen. Der heute einzige verfügbare Platz für Jugendliche und Kinder sowie Sportler des Mannschaftsports bietet sich auf einem Schulhausplatz, der heute nicht grösser ist als zur Schulzeit des Votanten vor nahezu 50 Jahren. Und genau dieser einzige Platz darf in Zukunft nicht mehr so genutzt werden wie bis anhin, auf Grund von Beschwerden neu zugezogener Anwohner, die zu diesem

Zwecke das Umweltschutzgesetz heranzogen. Der Entscheid des Regierungsrats diktiert eine sofortige Einschränkung der Aktivitäten und nach Ablauf von zwei Jahren ein gänzliches Verbot von Meisterschaftsspielen. Aus diesem Grunde die sofortige Behandlung. Selbst wenn ein Einvernehmen mit den Nachbarn gefunden werden könnte, wird eine Weiterführung des Matchbetriebes nicht mehr möglich sein. Ein weiterer gewichtiger Grund aber besteht darin, dass ein Dorf mit 3'700 Einwohnern keinen Sportplatz sein eigen nennen kann. Es ist zynisch, den Pausenplatz Sportplatz zu nennen. Wenn man die Situation mit den Gemeinden Neuheim oder Menzingen vergleicht, die kleiner bzw. nur knapp grösser sind als Oberwil, kann man feststellen, dass dort je zwei Sportplätze höchster Anforderungen bestehen.
Der Stadtrat wäre durchaus Willens den Auftrag zu vollziehen, allein es fehlt ihm die Möglichkeit. Innerhalb des Siedlungsgebietes findet sich kein Standort, der realisiert werden kann. Dies auch infolge der umweltschutzbedingten Auflagen. Genau solche haben nämlich das Dilemma ausgelöst. Wo also soll ein neues Sportfeld platziert werden? Es ist nahe liegend, dass man dorthin geht, wo vor Jahren schon Pläne dafür bestanden. Nämlich östlich der Bahnlinie, wo die Stadt Mitte der 80er-Jahre 3 Hektaren Land kaufte, um dereinst ein Schulhaus mit entsprechender Infrastruktur zu erstellen. Niemand hat gegen diese Absicht jemals opponiert. Aus diesem Grunde ist das Gebiet in dem noch heute gültigen Zonenplan der Zone öffentlichen Interesses Bauten zugeordnet. Der vorgesehene Standort für einen Sportplatz ist also beileibe für niemanden ein Novum. Er ist auch von der Erschliessung her optimal gelegen, wie es in den Unterlagen ausführlich dargestellt ist.
Im Richtplan liegt das Gebiet nun ausserhalb der Siedlungsbegrenzungslinie. Es soll dort Naherholungsgebiet bleiben! Aber was ist denn Sport anderes als Naherholung? Selbst für die Zuschauer! Was gibt es denn edleres als die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Amateursportveranstaltungen? Das muss uns doch etwas Wert sein! Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass genau dieser Rat vor wenigen Monaten dem Ausbau der Drogentherapiesteile Sennhütte zugestimmt hat. Dort hat sich keine Stimme dagegen erhoben, dass der Richtplan verletzt worden ist. Somit muss jeder Kantonsrat und jede Kantonsrätin die Frage gefallen lassen: Biegen wir den Richtplan für elf drogensuchtkranke Menschen, für 150 Jugendliche andrerseits ist es uns nicht mal eine ordentliche Änderung wert? Es geht doch im Vergleich dazu auch nicht darum, dass z.B. weil drei Schüler aus Morgarten mit dem Velo zum Sport nach Ägeri müssen oder weil aus Finstersee kein Bus mehr in den Abendstunden zum Training fährt, für die paar jungen Sportler einen Sportplatz ausserhalb des Siedlungsgebiets zu fordern, mit der Begründung, die Präjudiz von Oberwil würde das rechtfertigen! Die Verhältnisse liegen grundlegend anders.
Nun, es geht um eine grosse Anzahl mit gesunder Motivation ausgestatteter und begeisterter Jugendlicher, die von freiwilligen Trainern geführt werden – und das äusserst erfolgreich. Es ist auch müssig, die Frage zu stellen, wo denn dieser Verein in zehn Jahren sei. Erstens geht es nicht nur um den Verein der Rebells und den Streethockeysport, denn man soll dort auch andere Sportarten und Veranstaltungen ausüben können, und zweitens kann sich Rudolf Balsiger nicht erinnern, dass jemand die Frage über zukünftige der Erfolge des EVZ oder des Yachtclubs stellte, als Beiträge an deren Infrastruktur zur Debatte standen. Wer keine Zukunft hat, ist die Gegenwart nicht wert!
Leider muss der Votant immer wieder das müssige Argument hören, dies sei der Anfang einer Überbauung der Gimenen. Das sei im Richtplan nicht gewollt. Da appelliert er doch an den Intellekt dieser Leute. Sind nicht wir es, die jede Änderung des Richtplanes hier beschliessen oder eben nicht beschliessen? Selbst in einem solch unwahrscheinlichen Fall hat die Stadt in ihrem Entwicklungskonzept nicht nur

die eingeständige Entwicklung von Oberwil festgehalten, sondern sie betont auch die Freihaltung des Grüngürtels zwischen Zug und Oberwil. Den Zweiflern ist zu sagen, dass der beste Garant dafür, dass der Siedlungsbau verunmöglicht wird, die Erstellung eines Sportplatzes ist. Es liegt also an uns. Stellen wir uns doch die Frage hier: Wozu und für wen machen wir eigentlich den Richtplan? Wohl doch für die Zuger Bevölkerung, und wir vertreten sie hier. In diesem Fall ist es nicht eine kleine Minderheit, die von uns eine Änderung will, sondern die Mehrheit der Anwohner und betroffenen Leute. Ganz wichtig zu begreifen ist, dass wir damit niemandem Schaden bringen, sondern der Mehrheit ein Anliegen erfüllen. Für das Kulturland einer halben Hektare, welche dazu benötigt wird, ist vorgesehen eine Kompensation zu schaffen von gleichwertigem Land, möglicherweise gar noch mehr.
Der Votant gibt dem Rat Brief und Siegel. Es wurden sämtliche möglichen Standorte im Raume Oberwil – und dort muss das Sportfeld gemäss Initiative sein – geprüft und evaluiert. Vor zwei Tagen mussten wir dann gar zu Kenntnis nehmen, dass einer der Alternativ-Standorte nicht nur vom Eigentümer, sondern auch von den Anwohnern ausser Abschied und Traktanden geschickt wurde. Sie wissen es alle: Es ist einfach, ein Anliegen zu negieren, aber bitte bringen Sie einen Standort, der nicht ausserhalb des Siedlungsgebietes liegt! Rudolf Balsiger ist überzeugt, dass der Stadtrat heute, nicht erst morgen die Planung an die Hand nehmen würde. Nicht wir hier im Kantonsrat bauen einen Sportplatz, aber wir wollen für die Stadt Zug die Voraussetzungen schaffen, dass es möglich wird. Fassen Sie Herz, seien Sie flexibel und stimmen Sie für die Jungen, stimmen Sie für den Sport und für die Zukunft! Bleiben Sie nicht, ohne es selbst zu begreifen, an irgendwelchen verkalkten Prinzipien hängen! Stimmen Sie der Sofortbehandlung und Erheblicherklärung zu!

Stefan **Gisler** ist jung und noch nicht verkalkt und trotzdem anderer Meinung. Zuerst legt er seine Interessenbindung offen: Er lebt in Oberwil und ist Passivmitglied des Streethockeyclubs Oberwil Rebells. – Oberwil braucht genügend Freiräume und Sportinfrastruktur für die Vereine und für die Jugend. Darum befürwortet der Votant im Grundsatz einen neuen Sportplatz in Oberwil. Aber er will diesen am best- und nicht am schlechtestmöglichen Standort. Der in der Motion vorgeschlagene Standort Bröchli gefährdet Landwirtschaftsbetriebe in ihrer Existenz, zerstört bestes Kulturland, beeinträchtigt das Naherholungsgebiet stark, missachtet den klaren Volkswillen, die Grünfläche zwischen Oberwil und Gimenen frei zu halten, greift den Standortabklärungen des Zuger Stadtrats vor und ist für die Sporttreibenden – insbesondere für die Rebells – nicht die einzige Lösung. Der Vorstand der Rebells will einen Sportplatz in Oberwil, ist aber offen bezüglich des Standorts. Es muss nicht das Bröchli sein!
Unumstritten ist, dass Handlungsbedarf besteht, soll der für das Dorfleben und die Jugend wichtige Verein eine echte Zukunftsperspektive haben. Leider hat eine wenig vorausschauende Ortsplanung einen Nutzungskonflikt zwischen Sporttreibenden und Anwohnern hervorgerufen. In gut zwei Jahren ist auf dem jetzigen Pausenplatz kein geregelter Trainings- und Meisterschaftsbetrieb mehr zugelassen. Doch machen wir nach einem ersten Planungs-Fauxpas, der den scheinbaren Sachzwang schuf, das Bröchli einzuzonen, nicht unbedarft einen zweiten, indem wir diese Motion sofort erheblich erklären! Lassen Sie uns die Motion regulär der Regierung zur Beantwortung überweisen! Wieso? Lassen Sie die Stadt Zug zuerst ihre Arbeit tun! Es gibt entgegen den Aussagen des Vorredners andere Standorte. Und die Überprüfung ist noch im Gang und nicht abgeschlossen. Es sind zurzeit drei Standorte in Evaluation: Beim Franziskusheim, beim Altersheim Mülimatt und im Bröchli. Franziskusheim und Mülimatt lägen wenigsten innerhalb des vom geltenden Richtplan ausgewiesenen

Siedlungserweiterungsgebiets. Im Gegensatz zum Bröchli, das sich in der Landwirtschaftszone – und zwar in einer schützenswerten – befindet. Der veraltete Zonenplan der Stadt Zug hat gar nichts mehr damit zu tun.
Noch hat der Stadtrat keine Priorität bezüglich der Standorte festgelegt. Er hat aber bei der Regierung Fragen deponiert bezüglich den Vor- und Nachteilen aller drei Standorte. Im Rahmen der Abklärungen hat auch die kantonale Natur- und Landschaftskommission einen Bericht zum Standort Bröchli verfasst. Gerne würde Stefan Gisler als Kantonsrat vor einer Entscheidungsfindung von der Baudirektion erfahren, wie dieser Bericht die Aufhebung der Siedlungsbegrenzungslinie in einem so wichtigen, stadtnahen und doch intakten Naherholungsgebiet beurteilt. Ein markanter Landschaftsgürtel, der vom halben Kanton aus einsehbar ist und so wesentlich zur Schönheit unseres Kantons beiträgt. Und selbst wenn wir die Aussagen des Berichts jetzt hier im Rat erfahren, will der Votant bei einem so heiklen Geschäft vorher eine umfassende schriftliche Stellungnahme der Regierung vorliegen haben. Und er will vorher das Endresultat der Evaluation der Stadt kennen. Es wäre ein schlechter Witz: Wir im Kantonsrat strebten eine Richtplanänderung an und die Stadt hat in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen in Oberwil eine andere Lösung gefunden. Es ist wichtig, dass wir hier im Rat den Vorschlägen der Stadt sowie den Antworten der Regierung nicht vorgreifen. Mit einer sofortigen Erheblicherklärung würde sich der Rat wichtige Entscheidungsgrundlagen vorenthalten.
Wieso sagen die Alternativen nein zum Standort Bröchli? Die Grünfläche Oberwil-Gimenen ist bereits von Norden her durch die weiche Siedlungsbegrenzungslinie unter Druck. Eine Stadtzuger Ortsplanung, die nun zusätzlich im Süden dieser Grünfläche ein Kleinstadion errichten will, wird in der Bevölkerung auf grosse Opposition stossen, mit der Gefahr, dass die Rebells und andere Vereine nach einem Volks-Nein in der Stadt mit leeren Händen dastünden. Dass will Stefan Gisler nicht. Zudem ist ein Richtplan ist ein Richtplan ist ein Richtplan. Er wurde von diesem Rat hier beschlossen, und gerade die sehr grosszügig ausgelegten Siedlungsbegrenzungslinien sollten mindestens bis 2020 auch Bestand haben. Das sichert unseren Kindern und Enkeln die nötigen Freiräume und Handlungsspielräume. Auch ist eine allfällige Aufweichung der südlichen Siedlungsbegrenzungslinien für das Gebiet Gimenen-Oberwil ein Präjudiz für weitere zahlreiche Eingaben aus anderen Gemeinden, diese Linien aufzuheben. Das kann ja wohl nicht der Sinn sein! Bitte torpedieren Sie hier nicht das von Ihnen selbst abgesegnete Planungswerk! Und es geht hier um mehrere Hektaren und nicht nur um einige Quadratmeter wie bei der Sennhütte. Auch würde diese Richtplanänderung aus partikulären, lokalen Gründen in Bern wohl kaum auf Zustimmung stossen.
Noch etwas zu den konkreten Auswirkungen für die Landwirtschaftsbetriebe vor Ort. Der Sportplatz käme auf sehr wertvolles, schweizweit fast einzigartige Weide- und Mähland zu liegen. Mit Hochstammbäumen, in Südostlage und in unmittelbarer Hofnähe. Die Behauptung des Motionärs, es ginge kein Kulturland verloren, ist schlicht falsch. Dem Bröchli-Bauern ist zwar Ersatz für das durch den Sportplatz verlorene Land in Aussicht gestellt worden. Schriftlich existiert noch nichts. Doch dieses Ersatzland bewirtschaftet zurzeit ein anderer Bauer. So ginge diesem Landwirtschaftsland verloren. Und wie lange auf diesem Ersatzland dann noch Landwirtschaft betrieben werden kann, das ist dann wiederum sehr unsicher – liegt es doch teilweise in einem Gebiet, das überbaut werden könnte. Sie sehen also: Es wird schwierig für diese Landwirtschaftsbetriebe, dort weiter zu existieren. Zudem möchte der Votant in diesem Rat auch offen legen: Für das vorgesehene Grundstück besteht ein gültiger Pachtvertrag bis ins Jahr 2014. Es ist also sehr schwer, auf diesem Land jemals

bauen zu können, wenn der Bauer nicht einwilligt. Und das wird kaum der Fall sein, weil er nachher zu wenig Land hat, um seinen Hof wirtschaftlich weiter zu führen.
Zum Schluss. Stefan Gisler will einen Sportplatz in Oberwil. Er will ihn aber am bestmöglichen Standort, der von Bevölkerung und Vereinen mitgetragen wird. Mit einer sofortigen Erheblicherklärung erweisen Sie Oberwil, den Sportvereinen und der Jugend einen Bärendienst.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion mehrheitlich gegen eine sofortige Erheblicherklärung der Motion ist. Wir wollen eine normale Überweisung zu Bericht und Antrag an den Regierungsrat. Falls die Abstimmung eine sofortige Überweisung ergeben würde, sind wir für die Erheblicherklärung. Das Motionsbegehren können wir nachvollziehen, es erscheint ausgewiesen. Der Antrag ist auch sehr offen formuliert. Aber der Antrag ist natürlich sehr einseitig abgefasst aus der Sicht der Motionäre. Wir hätten nun gerne dazu einen «objektiveren» Bericht der Regierung zum Motionsbegehren. Uns interessieren Dinge wie:

- Was ist die Meinung des Regierungsrats zum Motionsbegehren?
- Gibt es allenfalls bessere Standorte?
- Wo findet der Ersatz von Kulturland statt, da ja gemäss Motionsbegehren eine entsprechende Kompensation möglich ist?
- Was sind die Vorstellungen der Stadt Zug?

Und erst danach, nach dem Bericht des Regierungsrats, soll eine inhaltliche Diskussion geführt werden. Sie sollte nicht jetzt geführt werden, da die Unterlagen dazu sehr dürftig sind. Falls die sofortige Überweisung abgelehnt wird, wäre es auf der anderen Seite wirklich sinnvoll, dass der Regierungsrat innert Kürze einen Bericht und Antrag stellt zum Motionsbegehren. Wäre es dem Baudirektor nicht möglich, eine sehr kurze Beantwortungszeit in Aussicht zu stellen?

Margrit **Landtwing** hält fest, dass die CVP die Meinung des Motionärs teilt, dass die Situation für die Oberwiler Rebells unbefriedigend, ja unhaltbar ist. Da es auch die Anliegen der betroffenen Bevölkerung zu berücksichtigen gilt – die Votantin verweist auf das Urteil des Verwaltungsgerichts sowie auf die Beantwortung der Interpellation Gisler/Siegwart – ist es nahe liegend, dass möglichst schnell eine allseits befriedigende Lösung getroffen werden muss. Die CVP ist deshalb für die Überweisung der Motion, stellt aber den Antrag, diese nicht sofort erheblich zu erklären. Dies aus folgenden Gründen.
Stadt und Kanton sind bereits daran, Lösungen zu evaluieren. Wenn wir die Motion in dieser Form sofort erheblich erklären, ist der Regierungsrat gezwungen, dem Kantonsrat innerhalb eines Jahres eine der Motion entsprechende Richtplanänderung zu unterbreiten. Dabei gilt es zu beachten, dass der Grüngürtel im Bröchli als sensibles Gebiet gilt, Landwirtschaftszone ist und von einer festen Siedlungsbegrenzungslinie umgeben ist. Bereits bei der Richtplandebatte war eine Erweiterung des Siedlungsgebiets sowohl in der Raumplanungskommission als auch im Kantonsrat höchst umstritten. Besonders zu beachten ist auch, dass Richtplanänderungen so kurz nach der Genehmigung durch den Kantonsrat sehr problematisch sind und einer vertieften Abklärung bedürfen. Wenn wir die Motion jedoch sofort erheblich erklären, fehlen dem Kantonsrat wichtige Entscheidungsgrundlagen. Wir geben dem Regierungsrat den verbindlichen Auftrag für eine Richtplanänderung ohne vorgängige vertiefte Abklärungen und fixieren uns auf einen einzigen Lösungsvorschlag, der auch bei der Oberwiler Bevölkerung nicht unumstritten ist. Wenn wir den ordentlichen Weg wählen

– d.h. nur überweisen – hat der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat die Möglichkeit, verschiedene Lösungen und Möglichkeiten zu prüfen und darauf basierend dem Kantonsrat Bericht und Antrag zu unterbreiten. Die RPK und der Kantonsrat hätten dann Zeit, die entsprechenden Vorschläge zu prüfen und darüber zu entscheiden. Die CVP ist sich des Zeitdrucks bewusst. Die Frist für die Unterbreitung für den Bericht und Antrag nach der Motionsüberweisung beträgt jedoch ebenfalls ein Jahr. Da wie bereits erwähnt Stadt und Kanton gemeinsam nach Lösungen suchen, sind wir der Meinung, dass der Regierungsrat durchaus in der Lage und auch gewillt ist, dem Kantonsrat vor Ablauf dieser Frist Bericht und Antrag zu stellen, so dass grundsätzlich keine Zeit verloren gehen sollte. Besten Dank für Ihre Unterstützung!

Peter **Rust** ist zu seinem eigenen Erstaunen der Meinung, dass Stefan Gisler es am deutlichsten auf den Punkt gebracht hat. Es ist in der Tat so: Wir haben strenge Prinzipien, dass wir Siedlungsgebiet und Nicht-Siedlungsgebiet für die nächsten 15 Jahre trennen müssen. Und dabei soll es bleiben! Wieso sollen wir jetzt – nur weil Wahlen sind – versucht, den beiden im Ratssaal anwesenden Rebells-Vertretern Sand in die Augen zu streuen? Vom Motionär wurde als Argument die Sennhütte vorgebracht. Diese ist ganz klar ein anderer Fall. Da geht es nicht um eine Siedlungsbegrenzung, sondern um einen moderaten Ausbau von vielleicht 15 bis 20 Prozent. Das ist absolut legal und im Rahmen des gesetzlichen Auftrags möglich. Das ist ein ganz schlechtes Beispiel, Herr Motionär, wenn Sie hier tun, also ob wir diesen Jungen die Möglichkeit nehmen, ihren Sportplatz ausserhalb des Siedlungsgebiets anzusiedeln, wenn wir die Motion nicht sofort erheblich erklären. So geht das nicht! Die Siedlungsbegrenzungslinien sollten mindestens die nächsten 15 Jahre halten. Wir tun einen ganz schlechten Schritt, wenn wir hier so tun, als seien die nicht verbindlich und wir könnten sie beim erstbesten Begehren, das aus den Kreisen des Sports kommt, aufweichen. So gerne wir den Wunsch der Rebells erfüllen möchten – wir sollten uns an die Prinzipien halten. Das ist auch gut so. Es reicht für die ganz normale Überweisung dieses Vorstosses und dabei soll es bleiben!

Anna **Lustenberger-Seitz** ist froh, dass die CVP das auch so sieht und sie hofft natürlich sehr, dass das in diesem Sinn überwiesen wird und nicht sofort erheblich erklärt wird. Und zwar aus folgendem Grund auch noch: Sie wissen alle, dass Streethockey in den letzten Jahren stark aufgekommen ist. Es boomt, es ist ein Sport, der immer mehr bekannt worden und in der Bevölkerung auf grosse Akzeptanz gestossen ist. Es gibt nochmals einen Klub im Kanton Zug, und zwar die Red Bears in Cham. In ein paar Jahren wird dieser Platz dort unten auch nicht mehr mannschaftskonform sein. Es ist eine Mannschaft, die auch schon mal in der besten Liga gespielt hat. Jetzt ist sie wieder etwas abgestiegen. Aber das kann in einigen Jahren wieder ganz anders sein. Es ist auch eine Meistermannschaft und die Votantin möchte jetzt schon den Regierungsrat darauf aufmerksam machen: Wenn Sie eine Lösung suchen, sollten sie bedenken, dass es in der Schweiz viele Streethockey-Plätze gibt, die jetzt extra für diesen Sport ausgebaut worden sind. Da müssen die Mannschaften nicht mehr jedes Mal die Banden aufstellen und wieder wegnehmen. Das ist jeweils sehr ärgerlich für diese Mannschaften. Man muss sich wirklich die Frage stellen: Müsste es nicht einen Ort geben, wo solche Plätze, vielleicht für zwei Mannschaften, bestehen, die speziell für Streethockey eingerichtet sind, wie es auch Fussballfelder gibt?

Rudolf **Balsiger** ist ein wenig erstaunt, dass Peter Rust einerseits sagt, die Siedlungsbegrenzungslinien müssten für die nächsten 15 bis 20 Jahre hinhalten, und gleichzeitig dafür ist, dass die Motion ordentlich überwiesen wird. Und wenn sie ordentlich überwiesen wird, ist ja der Hintergrund, dass man diese eben verändert. Das ist der Inhalt dieser Motion. – Seiner Vorsprecherin möchte der Votant sagen, dass in Cham und in Zug schon etwas verschiedene Verhältnisse herrschen. Wir haben eine Volksinitiative und der Inhalt sagt, dass in Oberwil ein Platz gebaut werden muss. Und in Oberwil gibt es spezielle Verhältnisse durch die Festlegung dieser Siedlungsbegrenzungslinien. Innerhalb dieser Linien ist nun heute einfach nichts möglich, das wirklich abgeklärt worden ist, mein lieber Herr Gisler. Mit den Besitzern und den Anwohnern haben wir persönlich gesprochen. Und noch eine letzte Korrektur: Das Kompensationsland, das wir dem Bauern zur Verfügung stellen, nehmen wir keinem andern weg, sondern es ist Land, das heute brach liegt. Das können Sie vielleicht mit dem Besitzer selbst absprechen. Auf Grund der Tatsache, dass innerhalb von zwei Jahren gar nichts mehr läuft für die Mannschaftsspieler, dass sie versuchen müssen, sich an einem andern Ort einzumieten, bittet Rudolf Balsiger den Rat, dass wir das heute auf den Weg bringen, damit wir dann in drei Jahren vielleicht etwas haben. Wenn das heute nicht passiert, dauert das vielleicht fünf Jahre. Das wäre dann die übernächste Legislatur.

Hans-Beat **Uttinger** meint zu Rudolf Balsiger: Vielleicht dauert es auch nur zwei Jahre, weil es schneller geht. – Der Regierungsrat ersucht den Rat, die Motion nicht sofort zu behandeln. Ortsplanung ist in erster Linie eine Gemeindeaufgabe. Der Kantonsrat bezeichnet zwar mit dem kantonalen Richtplan das Siedlungsgebiet. Ohne Mitwirkung der Einwohnergemeinde geht das jedoch nicht. Bewahren wir die kantonale Richtplanung davor, ein Baubewilligungsverfahren vorweg zu nehmen. Richtplanung ist Abwägung der Interessen. Lassen Sie uns und den Behörden der Stadt Zug dafür Zeit! Mit der Überweisung der Motion werden wir Gelegenheit erhalten, Standorte für einen Sport- und Streethockeyplatz abzuklären. Nicht nur die öffentlichen, sondern auch die privaten Interessen sind zu berücksichtigen, namentlich jene der Grundeigentümerinnen und -eigentümer. Nochmals: Eine sofortige Behandlung der Motion ist fehl am Platz!

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass bei 74 anwesenden Kantonsrätinnen und Kantonsräten 49 Stimmen erforderlich sind für die sofortige Behandlung.

➔ Mit 19 Stimmen wird das erforderliche Quorum für die sofortige Behandlung nicht erreicht.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

990 INTERPELLATION VON FRANZ MÜLLER BETREFFEND AUSBREITUNG UND BEKÄMPFUNG DER AMBROSIA

Traktandum 2 – Franz **Müller**, Oberägeri, hat am 21. August 2006 die in der Vorlage Nr. 1472.1 – 12161 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

991 INTERPELLATION VON DANIEL BURCH BETREFFEND VERGLEICHBARKEIT SCHULISCHER LEISTUNGEN

Traktandum 2 – Daniel **Burch**, Risch, sowie eine Mitunterzeichnerin und zwei Mitunterzeichner haben am 31. August 2006 die in der Vorlage Nr. 1475.1 – 12172 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sechs Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

992 OBERAUFSICHTSBESCHWERDE VON ROLF FURRER-WERDER GEGEN DEN GESAMTREGIERUNGSRAT

Rolf **Furrer-Werder**, Hagendorn, hat gegen den Beschluss des Regierungsrats vom 13. Juni 2006 wegen Nichtannahme der Aufsichtsbeschwerde gegen den Gemeinderat Cham eine Oberaufsichtsbeschwerde gegen den Gesamtregierungsrat eingereicht.

➔ Die Oberaufsichtsbeschwerde wird direkt an die Justizprüfungskommission zu Bericht und Antrag überwiesen.

993 GESETZ ÜBER DIE ORGANISATION DER POLIZEI (POLIZEI-ORGANISATIONSGESETZ)

Traktandum 8.2 – Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1413.1/.2 – 11957/58), Berichte und Anträge der Kommission (Nrn. 1412.3/1413.3 – 12087; 1412.4 – 12088; 1413.4 – 12139) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1412.5/-1413.5 – 12165).

Fortsetzung der Debatte der Vormittagssitzung (siehe Ziff. 985).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Eintreten auf die Vorlage bereits am Vormittag beschlossen worden ist.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1413.4 – 12139

§ 5

Alois **Gössi** beantragt im Namen der SP-Fraktion, den neuen § 5 betreffend Ausbildung und Aufnahme in die Polizei gemäss Fassung der vorberatenden Kommission so zu ändern, dass das Schweizer Bürgerrecht gestrichen wird. Die restlichen Anpassungen der vorberatenden Kommission können bleiben. Es betrifft dies die Abs. 1, 3 und 5.
Wir wollen alle eines: gute Polizisten. Wir wollen, dass die Polizei wirklich aus der ganzen Bevölkerung Polizeianwärter zur Ausbildung auswählen kann, wir wollen uns nicht nur auf Schweizer Bürger und Bürgerinnen beschränken. Gute Anwärter müssen unter anderem sehr gut Deutsch können, einen guten Leumund haben, physisch und psychisch für den Polizeiberuf geeignet sein. Sind diese Anforderung erfüllt, kann ein Polizeianwärter oder eine -anwärterin zur Schule aufgenommen werden, und zwar unabhängig vom Bürgerrecht. Es ist davon auszugehen, dass die Polizei keine Ausländer ausbilden würde, die nicht integriert sind.
Die vorgeschlagene Regelung der Kommission ist ja eh ein Gummiparagraph: Es heisst «ausnahmsweise kann auf das Erfordernis des Schweizer Bürgerrechts verzichtet werden» und dann «über den ausnahmsweise Verzicht auf das Erfordernis des Schweizer Bürgerrechts entscheidet die Kommandantin oder der Kommandant». Also seien wir ehrlich und genehmigen wir ein Gesetz, dass keine Ausnahmeregelungen nötig hat, wenn besondere Umstände eintreffen. In diesem Sinne bittet Alois Gössi um Zustimmung für den Antrag auf die Streichung des Schweizer Bürgerrechts in diesem Paragraphen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die AF dem Rat beliebt machen will, den Antrag von Alois Gössi zu unterstützen. Die polizeiliche Ermittlungsarbeit erfordert heutzutage neben der Arbeit an der Front auch hohe spezifische Fachkenntnisse und internationale Zusammenarbeit im Hintergrund. Gerade hier ist es gut möglich, dass eine Frau oder ein Mann, welche über keinen Schweizer Pass verfügen, beste Qualifikationen aufweisen. Das Bürgerrecht soll aus Sicht der Alternativen nicht Zulassungskriterium für die Polizei sein.

Beatrice **Gaier** weist darauf hin, dass der Verband Zuger Polizei es ausdrücklich begrüsst, dass das Schweizer Bürgerrecht als Bedingung für die Aufnahme in die Polizeischule im Gesetz festgeschrieben wird. Die gesellschaftliche, soziale und sprachliche Integration einer Bewerberin oder eines Bewerbers wird als zwingende Voraussetzung erachtet, nebst den in Abs. 1 weiter definierten Aufnahmekriterien. Die Votantin bittet den Rat, den Antrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

Andrea **Hodel** hält fest, dass auch die Kommission das Thema intensiv diskutiert hat. Uns ging es vor allem um Eines: Dass jemand, der in den Polizeidienst aufgenommen wird, die Polizeischule durchlaufen will, auch ein Bekenntnis zur Schweiz ablegen soll. Wenn auch andere Sprachen und andere Mentalitäten einen Vorteil bedeuten können bei der Ausübung des Polizeiberufs, geht es darum, dass Leute, die bei der Polizei arbeiten, sich mit unserem Rechtssystem und unserem Staat identifizie-

ren. Das alles hängt ein wenig zusammen und das war für uns der Ausschlag, weshalb wir entschieden haben, uns für das Schweizer Bürgerrecht auszusprechen. Zur Ausnahme ist es deshalb gekommen, weil wir uns sagten: Sollten irgendwelche Spezialisten, die eine spezielle Ausbildung haben oder als Polizisten schon jahrelang tätig gewesen sind, von grosser Bedeutung für unser Anstellungsprofil sein, soll eine Ausnahme möglich sein. Denken wir auch daran: Die jungen Personen, die wir in die Polizeiausbildung aufnehmen, sind vielleicht 20 oder 22 Jahre alt und haben ja meistens schon die Jugendjahre doppelt gezählt, so dass sie ohne weiteres diesen Beruf erlernen können, sich dann aber für das Schweizer Bürgerrecht entscheiden sollen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** hält fest, dass es unbestritten ist – wie es auch der Verband gesagt hat –, dass es für die Ausübung des Polizeiberufs die gesellschaftliche, soziale und sprachliche Integration braucht. Das ist selbstverständliche Voraussetzung. Aber diese Integration ist nicht an den Schweizerpass geknüpft. Wir haben im Kanton Zug wie in der ganzen Schweiz gut 20 % ausländische Staatsangehörige. Und die allermeisten von ihnen sind gesellschaftlich, sozial und auch sprachlich hier integriert – unabhängig vom Pass. Gerade bei der Polizei ist es ja auch so, dass man nicht nur mit Schweizerinnen und Schweizern zu tun hat – das wird ja oft auch betont. Sondern dass es auch ausländische Staatsangehörige gibt – es wohnen ja 20 % hier im Kanton Zug – und auch Delinquentinnen und Delinquenten aus dem Ausland. Und gerade für die Polizeiarbeit ist es nach Überzeugung des Regierungsrats von Nutzen, wenn jemand diese spezifische Kultur, allenfalls auch die Sprache kennt und so auch bessere Polizeiarbeit machen kann.
Ein zweites Argument. Es gibt keine andere Funktion bei Angestellten im Kanton, wo der Schweizer Pass verlangt wird. Anders ist es bei Regierungsrätinnen, Regierungsräten und Kantonsratsmitgliedern. Auch ein Steuerexperte muss nicht Schweizer sein. Ein Experte, der Sie piepsacken kann beim Strassenverkehrsamt, muss kein Schweizer sein. Es kommt niemandem in den Sinn, das zu ändern. Der Sicherheitsdirektor bittet den Rat, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen. Allerdings nicht in der Fassung, wie wir es beantragt hatten, sondern in der Fassung gemäss Antrag der Kommission. Diese unterscheidet zwischen der Bildung in Abs. 1 und dem Eintritt in die Polizei von jemandem, der schon ausgebildet ist. Aber hier sollte die Anforderung des Schweizer Bürgerrechts gestrichen werden. Und wenn Hanspeter Uster den Rat noch nicht überzeugt hat, dann bringt er jetzt noch das dritte Argument. Der Kanton Schwyz kennt seit einigen Jahren – seit seinem neuen Polizeigesetz – die Anforderung des Schweizer Bürgerrechts nicht. Also was die Schwyzer können, das können wir doch auch!

➔ Der Streichungsantrag wird mit 45 : 19 Stimmen abgelehnt.

§ 9

Beatrice **Gaier** weist darauf hin, dass der Verband Zuger Polizei das Tragen eines Namensschilds als unnötig und verfehlt betrachtet. Er beantragt deshalb, Abs. 1 zu streichen. Begründung: Bei einem berechtigten Einwand eines Beschwerdeführers oder einer Beschwerdeführerin ist die Feststellung der Identität der handelnden Polizistin oder des Polizisten immer gewährleistet. Gegenüber Direktbetroffenen stellt sich die Zuger Polizei jeweils mit Namen vor und der Dienstausweis kann jederzeit

verlangt werden. Ein Missbrauch durch Dritte und die Gefahr von Repressalien sind höher zu gewichten als die Bürgernähe – zumindest in diesem Fall.

Andrea **Hodel** möchte zuerst eine Vorbemerkung machen. Der Verband Zuger Polizei ist nicht Mitglied des Kantonsrats. Die Kommissionspräsidentin begreift die Interessenvertretung von Beatrice Gaier, aber sie Mühe damit. Wir haben alle diese Anträge auch in der Kommission gehabt. Sie wurden persönlich und über Beatrice Gaier vorgetragen und die Votantin geht doch davon aus, dass es nun Anträge von Beatrice Gaier sind und nicht von der Zuger Polizei. – Nun aber zur Sache in Bezug auf das Namensschild. Wir sind in der Kommission klar der Ansicht, dass ein solches zu tragen ist. Es gibt ja die Ausnahmen! Wenn es ein heikler Einsatz ist oder eine Intervention. Überall dort kann der Polizeikommandant entweder Nummern vorschreiben oder anordnen, dass die Polizistinnen und Polizisten nach aussen überhaupt nicht gekennzeichnet sind. Wir sind aber der Meinung, dass eben gerade die Polizei auch vertrauensbildend auf die Bevölkerung zukommen soll, dass man sich mit Anstand begegnen soll. Und dazu trägt eben bei, dass man eine Person mit Namen ansprechen kann. Natürlich ist das zum Teil eine gewisse Exponiertheit, welche die Angehörigen der Polizei damit auf sich nehmen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Polizei auch diese Inkonvenienz-Entschädigung hat, welche solche Unannehmlichkeiten, die sich aus dem Tragen des Namensschilds ergeben könnten, abdeckt oder zumindest berücksichtigt.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** bekräftigt, dass auch die Regierung am Namensschild festhält. Es ist ein Ausdruck der Bürgerfreundlichkeit. Und die Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung – dazu gehört auch die Polizei – ist ein ganz zentraler Punkt. Dazu kommt – wir haben das in einem Beispiel in der Kommission gehört –, dass jemand bei einer Polizeikontrolle so aufgeregt war, obwohl am Schluss nichts gegen ihn vorlag, dass er sich einfach den Namen nicht merken konnte. Wenn man ihn visuell sieht, kann man sich den Namen eher merken. Das ist ein sehr wichtiges Argument. Das schafft auch Vertrauen. Dazu kommt – das hat auch die Kommissionspräsidentin gesagt –, dass bei speziellen Einsätzen, bei Ordnungsdiensteinsätzen, bei Interventionen, bei schwierigen Verhaftungen selbstverständlich kein Namensschild getragen wird und es z.B. durch eine Nummer ersetzt werden kann, damit die Identifizierbarkeit weiterhin gewährleistet wird. Die Idee, dass man alle mit einer Nummer bezeichnet, haben wir ablehnen müssen, weil bei uns die Polizisten keine Nummern sind, sondern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einen Namen tragen. Zum Argument, dass es allenfalls zu Repressalien kommen könnte, ist uns – zumindest auf Ebene der Mitarbeiter – kein Fall bekannt. Und wir führen hier nichts Neues ein! Sondern wir führen eine Praxis fort, die es bei der Zuger Polizei seit dem 3. Januar 2002, seit sie existiert, schon gibt. Und wieso gibt es sie seit diesem Zeitpunkt? Weil die Stadtpolizei Jahre vorher das Namensschild schon eingeführt und damit gute Erfahrungen gemacht hat. Der Sicherheitsdirektor beantragt deshalb wirklich – auch im Sinne der Bürgerfreundlichkeit und in Abwägung der Sicherheitsfragen, die genügend berücksichtigt sind –, den Antrag von Beatrice Gaier abzulehnen.

➔ Der Streichungsantrag wird mit 64 : 5 Stimmen abgelehnt.

§ 17

Andrea **Hodel** weist darauf hin, dass die Kommission hier eine Diskrepanz zum Antrag der Stawiko hat, die beantragt, die *Gemeinden* und nicht die Gemeinderäte könnten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Verwaltungsvereinbarungen abschliessen. Sie möchte erklären, wieso sie im Namen der Kommission an *Gemeinderäte* festhalten möchte. Wenn es *Gemeinde* heisst, könnte auch die Legislative einer Gemeinde gemeint sein. Und das würde bedeuten, dass an Gemeindeversammlungen oder im Parlament plötzlich Verwaltungsvereinbarungen ausgehandelt würden. Wir denken, dass das nicht sinnvoll ist, und würden deshalb an *Gemeinderäte* und damit an der Exekutive festhalten.

Die **Vorsitzende** hatte ebenfalls vor, hier einen Antrag zu stellen, und zwar möchte sie, dass es statt *Gemeinderäte* heisst *Gemeinderat*. Denn bei *Gemeinderäte* sieht sie einzelne Personen und bei *Gemeinderat* sieht sie das Gremium. Sie möchte deshalb beliebt machen, hier *Gemeinderat* einzusetzen. – Sie stellt fest, dass sowohl vorberatende Kommission wie Stawiko mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

➔ Einigung

§ 25 Abs. 2 Bst. a und e

Karl **Nussbaumer** möchte zuerst seine Interessenbindung offen legen. Er ist Teilzeitangestellter bei der Zuger Polizei. Wie er es bereits bei der Eintretensdebatte angekündigt hat, möchte er, auch im Namen der Fraktionsminderheit der SVP, bei Bst. a einen Zusatzantrag einbringen. Wir sind klar der Meinung das es auch Veranstaltungen gibt, die zwar mittels Eintrittspreise finanziert werden (z.B. Grümpelturniere), oder wiederkehrende Brauchtumsanlässe (z.B. Fasnachtsanlässe), die aber nicht mehr existieren könnten, wenn die Aufwendungen für die Hilfspolizei bezahlt werden müssten. Wir finden es richtig, dass man für den reinen Parkdienst z.B. die Feuerwehr einsetzen kann. Aber für die Verkehrsdienst-Aufgaben, wie auch deren reibungslosen Ablauf und für die Sicherheit soll weiterhin die Hilfspolizei eingesetzt werden – und zwar unentgeltlich. Deshalb stellen wir den Antrag, Bst. a soll wie folgt ergänzt werden:
«… verlangt werden kann; *wiederkehrende Brauchtums- und Sportanlässe im Kanton Zug werden weiterhin von der Polizei (durch die Hipol) ausgeführt und werden nicht in Rechnung gestellt.*»
Unterstützen Sie diesen Antrag und helfen Sie so mit, dass verschiedene Brauchtumsanlässe und Sportanlässe weiterhin durchgeführt werden können und eine reelle Überlebenschance haben. Sollte dieser Antrag angenommen werden, bittet der Votant die Regierung, auf die 2. Lesung eine entsprechende Formulierung auszuarbeiten.

Rudolf **Balsiger** stellt den Antrag, Bst. e zu streichen. Es ist für ihn nicht einsehbar, warum Ausnahmetransporte von der Polizei begleitet werden sollen. Wir wissen, dass die Polizei immer Personalprobleme hat und in diesem Rat zusätzliche Personalforderungen stellt. Es ist nicht einzusehen, warum teuer ausgebildete gute Leute

für solche Begleittransporte eingesetzt werden sollen. Wenn ein Transport von Sihlbrugg bis zur Blegikurve begleitet werden muss, kann das durchaus mit einem Fahrzeug dieses Transportunternehmens gemacht werden. Auch diese Leute sind ausgebildet, und in anderen Kantonen geht das genauso. Es gibt auch Transportunternehmen, die machen Geldtransporte und alles Mögliche. Der Votant weiss nicht, warum die Zuger Polizei das an sich reissen will. Wir müssen da schon etwas von der Ökonomie der Kräfte sprechen. Er beantragt, Bst. e zu streichen.

Andrea **Hodel** nimmt das Einfachere vorweg, Bst. e. Lassen Sie das um Himmelswillen so sein! Es geht ja darum, dass die Polizei einen umfassenden Auftrag im Bereich der Sicherheit hat. Hier regeln wir nur, dass sie Kostenersatz verlangen kann. Wenn wir gefährliche Schwertransporte haben, dann *muss* die Polizei ihn aus Sicherheitsgründen begleiten. Wenn sie das nicht muss, tut sie es nicht! Wenn sie es aber aus Sicherheitsgründen muss, weil wir überlange oder überschwere Transporte haben, bei denen auch Personen in Gefahr sein könnten oder Strassenzüge abgesperrt werden müssen, muss sie aus Sicherheitsgründen tätig sein. Nur geben wir ihr hier mit Bst. e die Möglichkeit, diese Kosten dann dem Verursacher in Rechnung zu stellen. Wir schaden uns also mit der Streichung nur selber.
Nun zum politisch schwierigeren Anliegen, zu Bst. a. Auch die Kommission und die FDP-Fraktion haben intensiv darüber diskutiert, für welche privaten Veranstaltungen mit Einnahmen Geld verlangt soll, für welchen Aufwand Rechnung gestellt werden kann und für welchen nicht. Das ganze Problem liegt in der Abgrenzung. Das Problem liegt daran, dass es schwierig ist, zu sagen, was *kleinere* Veranstaltungen, was *Brauchtumsveranstaltungen* sind. Es gibt auch kleine Veranstaltungen mit hohen Risiken. Wie wollen wir das auslegen? Schlussendlich ist jeder von uns Interessenvertreter, ist in einem Verein. Denn wir sind ja aktive Menschen hier im Kantonsrat und engagieren uns zum grossen Teil nicht nur in der Politik, sondern auch bei Vereinen, die Veranstaltungen durchführen. Wir haben aber in der intensiven Diskussion jeweils mit knappen Mehrheiten festgestellt, dass die Abgrenzungen jeweils so schwierig sind, dass wir Bst. a so belassen, wie er ist. Auch hier ist ja festzuhalten, dass Kostenersatz verlangt werden *kann*, nicht muss. Es liegt also immer noch im Ermessen der Polizei, wann sie solche Kosten in Rechnung stellen wird. Und es wird sehr stark von § 20 über die Durchführung der Anlässe abhängen, ob die Veranstalter von privaten Anlässen mit der Polizei zusammenarbeiten und dadurch signalisieren, ob sie an einer Kooperation interessiert sind und mit ihren eigenen Kräften, Hilfspolizei oder Feuerwehr helfen, die Kosten tief zu halten. Dann lassen wir das Ermessen eben bei der Polizei. Denn wir können eine Formulierung wählen, wie wir wollen, wir werden vielleicht immer den falschen Verein treffen, der bezahlen muss oder nicht.

René **Bär** möchte sich zu den Begleittransporten äussern. Das ist nicht unsere Sache. Im Strassenverkehrsgesetz ist ganz klar nachzulesen, wann die Polizei die Begleittransporte einsetzen muss und wann nicht.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** beginnt auch mit Bst. e. Hier ist es tatsächlich so, wie es die Kommissionspräsidentin gesagt hat. Wenn die Polizei das machen muss – und sie macht in diesem Bereich wirklich nur das, was sie muss –, dann ist vom Strassenverkehrsrecht her vorgeschrieben, dass sie zuständig ist für diese Fra-

ge. Und dazu kommt der wichtige Gedanke der Kommissionspräsidentin: Wenn sie es schon machen muss, wäre es völlig falsch, wenn wir es nicht in Rechnung stellen dürften. Das wäre wirklich eine falsche Schlussfolgerung, wenn man das hier streichen würde. Bitte folgen Sie deshalb dem Antrag von Rudolf Balsiger nicht!
Zum Antrag von Karl Nussbaumer. Der Sicherheitsdirektor möchte noch einmal das System in Erinnerung rufen. Dann können Sie sich auch nochmals vorstellen, was für Auswirkungen das auf einen Anlass hat, den *Sie* vielleicht planen mit Ihrem Verein oder in Ihrer Gemeinde. Es ist ja nicht so, dass jede Veranstaltung kostenpflichtig wird. Sondern sie wird nur kostenpflichtig, wenn tatsächlich auch Leistungen der Polizei verlangt werden. Das ist die erste Voraussetzung. Wenn es Veranstaltungen gibt, die Sie mit eigenen Mitteln machen können und direkte Polizeiarbeit nicht notwendig ist, ist sie nicht kostenpflichtig. Das Zweite ist: Es gilt nur für eine Veranstaltung – und da liest Hanspeter Uster nun den Gesetzestext vor: «…die über Werbeeinnahmen oder Sponsoring finanziert wird oder bei dem ein Teilnahme- oder ein Einsatzgeld oder ein Eintritt verlangt wird oder verlangt werden kann.» Der Räbeliechtliumzug in einer Gemeinde wird weiterhin kostenlos sein, weil es niemandem in den Sinn kommt, hier ein Eintrittsgeld zu verlangen. Der Fasnachtsumzug ist an den meisten Orten kostenpflichtig – da wird eine Plakette verkauft oder Geld gesammelt. Das ist an allen Orten ein wenig anders. Und dort kann man ein Eintrittsgeld verlangen. Auch bei der Sportveranstaltung ist es so. Wenn der Bub des Votanten bei den D-Junioren spielt, geht er zuschauen. Aber da zahlt er keinen Eintritt. Da kommt auch niemandem in den Sinn, dass man hier ein Eintritt verlangen könnte. Wenn es hier jetzt wirklich polizeiliche Massnahmen brauchen würde, wären auch diese kostenlos. Man muss also jede Veranstaltung anschauen, und das erlaubt dieser Bst. a auch. Die kleinere Sportveranstaltung wird in der Regel kaum solche Aufwendungen nach sich ziehen. Und die Aufwendungen, die es überhaupt gibt, sind nicht innerhalb einer Veranstaltung (für die ist der Veranstalter selber verantwortlich), sondern an der Schnittstelle vom Veranstaltungsraum zum öffentlichen Raum oder zur öffentlichen Strasse. Und hier werden ja auch weiterhin die so genannten Hipos (Hilfspolizisten und -polizistinnen) eingesetzt. Und die sind dann kostenpflichtig für den Veranstalter und auf diese müssen wir auch weiterhin zählen können.
Zusammengefasst: Es sind genau umschriebene Voraussetzungen, die sich anwenden lassen auf jeden Fall, wann eine Veranstaltungen kostenpflichtig würde. Und es ist nicht Aufgabe der Polizei, über ihr Budget – das ja immer auch Gegenstand der Beratungen in diesem Rat ist – kulturelle Veranstaltungen (Brauchtumsveranstaltungen sind das) zu finanzieren. Es ist auch nicht Aufgabe des Kantons. Sondern das ist eine klassische Kulturaufgabe der Gemeinde. Und wenn es der Gemeinde ernst ist – und davon ist der Sicherheitsdirektor überzeugt –, ihr Brauchtum aufrecht zu erhalten, kann sie diesen Betrag auch aus ihrem eigenen Budget bezahlen. Da sieht Hanspeter Uster keine Probleme. Wir wissen auch, dass die Hälfte der Fasnachtsveranstaltungen heute schon von den Gemeinden selber organisiert und entsprechen finanziert wird. Von daher gibt es schon eine Praxis im Kanton Zug, die sich bewährt hat. Der Votant möchte nicht, dass man das Gefühl hat, es gehe nun gegen die Fasnacht, die Chilbi, das Brauchtum und die Vereine. Sondern es geht um ganz klar vorgesehene Voraussetzungen, die sich auf den Einzelfall ziemlich genau anwenden lassen. Und wenn es dann finanzielle Fragen gibt, sollen die Gemeinden diese Fragen lösen. Das wird sicher auch geschehen! Der Sicherheitsdirektor dankt dem Rat, wenn er den Antrag von Karl Nussbaumer ablehnt.

➔ Der Antrag Nussbaumer zu Bst. a wird mit 45 : 24 Stimmen abgelehnt.

Die **Vorsitzende** gibt bekannt, dass Rudolf Balsiger seinen Antrag zu Bst. e zurückgezogen hat.

§ 28 (Ziff. 4)

Andrea **Hodel** möchte hier nochmals den Vorschlag machen, dass wir das nochmals zurücknehmen in die Kommission und uns jetzt nicht die Köpfe wund schlagen, ob 3,5, 4,5 oder 5 Personalstellen. Sondern dass wir das jetzt auf Grund dieser Antwort und dem Zusatzbericht dann nochmals behandeln.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1413.6 – 12210 enthalten.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** weist darauf hin, dass es zu diesem Polizei-Organisationsgesetz noch einen Anhang gibt. Auf S. 3 dieses Anhangs hat es eine Ungenauigkeit. Und zwar im ersten Kasten (Signalisations-, Markierungs- und Reklamefragen). Der Votant möchte vorschlagen, dass man den Text in der fünften Kolonne unter «Zuger Polizei» aus redaktionellen Gründen durch folgenden Text ersetzt:
«Prüfung gemeindlicher Anordnungen, die der Genehmigung durch die Sicherheitsdirektion bedürfen, durch VT, wobei sich die Prüfung nicht auf die Angemessenheit der Anordnung bezieht, sondern nur darauf, ob die gemeindliche Anordnung Recht verletzt (vgl. das Schreiben der Sicherheitsdirektion an die Einwohnergemeinden vom 19. Juli 2005).»
Da war nämlich auch noch ein ärgerlicher Tippfehler; es war der 19. Juli und nicht 18. Juli 2005. – Hanspeter Uster schlägt vor, das in das Ergebnis der 1. Lesung hinein zu nehmen. Sie können das dort nochmals in aller Ruhe anschauen. Es ist wirklich nur redaktionell und einfach schlichtweg falsch, wie wir es geschrieben haben.

994 -ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE SOZIALHILFE IM KANTON ZUG
-ÄNDERUNG DES GESETZES BETREFFEND DIE EINFÜHRUNG DES SCHWEIZERISCHEN ZIVILGESETZBUCHS FÜR DEN KANTON ZUG (EG ZGB)
(VORMUNDSCHAFTSRECHT; ZUSTÄNDIGKEITEN)

Traktandum 9 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1395.1/.2 – 11911/12, 1396.1/.2 – 11913/14), der Kommission (Nrn. 1395.3/1396.3 – 12144; 1395.4 – 12145) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1395.5/1396.4 – 12166).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese beiden Gesetze für das Eintreten wegen der materiellen Nähe miteinander behandelt werden. Zudem kann im Eintre-

ten bereits zur Grundsatzfrage betreffend Zuständigkeiten der Bürgergemeinden gesprochen werden.

Beatrice **Gaier** erinnert daran, dass das schweizerische Sozialhilfegesetz ausgesprochen föderalistisch strukturiert ist. Neben wenigen Bestimmungen in der Bundesverfassung und dem Zuständigkeitsgesetz prägen 26 Sozialhilfegesetze und eine Vielzahl von kantonalen Spezialerlassen die Sozialhilfelandschaft. In einigen Kantonen wurden in den letzten Jahren bereits Revisionen durchgeführt. In anderen Kantonen sind die Anpassungen in Bearbeitung oder stehen noch aus. Auch im Kanton Zug wurde seit Jahren eine Revision des Sozialhilfegesetzes gefordert, um die gesellschaftlichen Veränderungen und der Wandel des wirtschaftlichen Umfeldes der letzten 20 Jahre zu berücksichtigen und im neuen Gesetzestext aufzunehmen.
Der beste Dank der Kommissionspräsidentin gilt der Direktion des Innern, dem externen Berater als ausgewiesenen Fachmann und der vorberatenden Kommission für die engagierten Diskussionen und die konstruktive Zusammenarbeit in der Vorbereitung. Sie schätze es sehr, dass der Kantonsrat heute die Möglichkeit erhält, über ein zukunftstaugliches Instrument im Beireiche der Sozialhilfe abzustimmen.
Das neue, teilrevidierte Gesetz enthält konkrete, rechtliche Grundlagen, welche die gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen berücksichtigen und die vielfältigen Lebensformen der Sozialhilfeempfänger mit einbeziehen. Die steigenden Kosten im Sozialwesen und zum Teil äusserst komplexen Fragestellungen stellen eine grosse Herausforderung dar, sowohl für die Politik und Gesellschaft als auch für all jene Personen, die in ihrer täglichen Arbeit die Gesetzgebung umsetzen müssen.
Zu den einzelnen Paragrafen
§ 2bis – Der Grundsatz der Subsidiarität betreffend wirtschaftlicher Sozialhilfe ist unbestritten. In erster Linie sollen die Selbsthilfe und Selbstverantwortung gefördert und allfällige Leistungen von Dritten eingefordert werden.
§ 10 – Ein ganz wichtiger Punkt ist auch die Änderung, dass neu ausgebildetes Personal für die Sozialhilfe und fachliche Beratung zuständig sein muss. Die häufig multifaktoriellen Problemstellungen verlangen eine professionelle Beratung, die absolut notwendig ist.
§ 12bis – Die Sozialdienste werden in Zukunft verpflichtet, mit anderen Diensten wie der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung, der Berufsberatung und Opferberatungsstellen zusammen zu arbeiten. Der Kanton Zug hat sich im Rahmen eines Projekts dieser Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) angenommen. Die Auswertung der Projektphase läuft, die Resultate sind allerdings noch nicht bekannt.
§ 15bis – Mit den Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration wird ein Anreizsystem geschaffen und gesetzlich verankert. Unbestritten war, den bis anhin befristeten Kantonsratsbeschluss betreffend Soziallöhne in Integrationsprojekten ins Gesetz aufzunehmen.
In den neuen §§ 21bis und 21ter werden klare Sanktionsmöglichkeiten ins Gesetz aufgenommen. Mit den Auflagen, Weisungen und Leistungskürzungen legen wir ein griffiges Instrument fest, um bei fehlender Kooperation der Sozialhilfeempfänger eingreifen zu können.
§34 – Bei der Jugendförderung und dem Jugendschutz war es unbestritten, dass der Kanton eine Fachstelle führt, die er einer privaten Trägerschaft übertragen kann. Faktisch ist dies bereits heute mit einem Leistungsauftrag mit der Fachstelle «punkto» umgesetzt.
Kontrovers waren die Meinungen betreffend der *Motion der CVP, eine Elternberatungsstelle für Erziehungs- und Entwicklungsfragen für Kinder zu schaffen*. Der Moti-

onärin ist es ein Anliegen, dass die bestehende Lücke in der Elternberatung geschlossen wird. Zwischen der Mütter- und Väterberatung für Kinder bis zwei Jahre und dem Schuleintritt soll ein Beratungsangebot geschaffen werden, wo die Eltern unkompliziert und niederschwellig beraten und begleitet werden können. Dieses Angebot soll vor allem präventiven Charakter haben und nicht bestehende Angebote konkurrenzieren, die meist dann involviert werden, wenn bereits grössere Probleme vorhanden, Defizite festgestellt und Abklärungen getroffen wurden. Dem wurde entgegen gehalten, dass es schon verschiedene Beratungsmöglichkeiten gibt und demzufolge keine neue Beratungsstelle zu schaffen sei. Die Kommission hat die Motion knapp erheblich erklärt und empfiehlt somit deren Abschreibung.
§37 – Mit der Definierung der Betriebsbeiträge an kantonale Institutionen wird die gesetzliche Grundlage für Leistungsvereinbarungen geschaffen. Der Kanton ist darauf angewiesen, gesetzliche Aufgaben an Institutionen mit dem entsprechenden Fachwissen auszulagern. Dies setzt selbstverständlich voraus, dass der Bedarf nachgewiesen sein muss. Ein Antrag, dass der Bedarf und die Finanzierung aus Eigenmitteln ins Gesetz aufzunehmen sei, wurde grossmehrheitlich abgelehnt.
Das revidierte Sozialhilfegesetz wurde mit einer Gegenstimme mit den Änderungen der vorberatenden Kommission unterstützt.
Kompetenzverschiebung Bürger- zu Einwohnergemeinde
Beatrice Gaier hat bewusst zuerst die einzelnen Punkte der Teilrevision des SHG aufgezeigt und dabei die Verlagerung der wirtschaftlichen Sozialhilfe von den Bürger- zu den Einwohnergemeinden noch ausgeklammert. Es ging ihr darum, die inhaltlich zentralen Elemente und die griffigere Gesetzgebung in den Mittelpunkt zu rücken, losgelöst von der Frage der Zuständigkeit. Selbstverständlich hat sich die Kommission intensiv mit der Rolle der Bürger- und Einwohnergemeinden sowohl betreffend wirtschaftliche Sozialhilfe als auch beim Vormundschaftswesen auseinander gesetzt. Im Wesentlichen ging es darum, ob die Grundsatzfrage zu den Aufgaben der Bürger- und Einwohnergemeinden im Rahmen der Revision der Sozialhilfegesetzgebung entschieden werden muss. Einige Kommissionsmitglieder erachteten es als zwingend, dass aus der Optik der Professionalität eine Verlagerung von den Bürger- zu den Einwohnergemeinden erfolgen muss und sprachen sich für die Vorlage des Regierungsrats aus. Andere unterstützen die Haltung der Bürgergemeinden, dass die Teilrevision unbestritten sei, jedoch ohne die vorgeschlagene Kompetenzverschiebung, was einer Abschaffung der Bürgergemeinden auf kaltem Weg gleich komme. Sie lehnen diesen Punkt klar ab. Weitere Kommissionsmitglieder sind der Auffassung, dass die Zusammenlegung der Aufgaben im Sozialbereich unumgänglich sein wird, aber nicht über diese Vorlage. Auch die Bedenken der Einwohnergemeinden, dass für sie die finanziellen und personellen Auswirkungen bei einer Kompetenzverlagerung nicht klar definiert sind, flossen in die Diskussion ein.
In Abwägung der verschiedenen Argumente pro und kontra Aufgabenverteilung zwischen Bürger- und Einwohnergemeinden hat die Kommission ganz knapp beschlossen, bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe den Status quo zu belassen. Die Bürgergemeinden sollen also wie bis anhin für die wirtschaftliche Sozialhilfe der an ihrem Heimatort wohnhaften Bürgerinnen und Bürger zuständig sein.
Im *EG ZGB betreffend Vormundschaftswesen* hat die Kommission dem Antrag des Regierungsrates knapp zugestimmt, respektive einen Antrag auf Nichteintreten abgelehnt. Das Vormundschaftsrecht wird demnächst auch auf Bundesebene geändert. Inhaltlich wird eine Neuorganisation mit Regionalisierung und Professionalisierung vorgeschlagen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht bekannt, welche Änderungen damit auf die Kantone und Gemeinden zukommen werden. Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass im Vormundschaftswesen deutlich tiefere Fallzahlen vorliegen als bei

der Sozialhilfe. Dadurch könnte bei den Bürgergemeinden die Routine für komplexe Fragen im Zusammenhang mit der persönlichen Integrität fehlen und für die Betroffenen allenfalls zu Entscheiden mit fatalen Folgen führen. Der Eingriff in höchstpersönliche Rechte, z.B. mit einer Bevormundung oder Verbeiständung, setzt eine besonders seriöse Abklärung durch Fachpersonen voraus. Aus Sicht der Bürgergemeinden sind sie diesbezüglich sehr gut organisiert und arbeiten jetzt schon mit den Einwohnergemeinden zusammen. Mangelnde Professionalität könne ihnen nicht vorgeworfen werden. In der Schlussabstimmung entschied die Kommission mit 7 : 5 Stimmen, dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen.
Die Kommission war sich durchaus bewusst, dass mit diesem Entscheid die Kompetenzen in der Sozialhilfe bei den Bürgergemeinden bleiben und im Vormundschaftswesen zu den Einwohnergemeinden verschoben werden. Für die einen war dies eine inkonsequente Haltung, für die anderen ein durchaus gangbarer Weg. Es ist wohl nicht ausgeschlossen, dass diese unterschiedliche Haltung Fragen von verschiedenen Seiten aufwerfen wird.
Finanzielle und personelle Auswirkungen. Wie bereits in den Berichten erwähnt, haben diese Gesetzesänderungen keine personellen Auswirkungen und keine Kostenfolge für den Kanton. Es gibt eine personelle Verschiebung beim Kanton: Da die Kontrolltätigkeit gegenüber den Gemeinden betreffend Sozialhilfe entfällt (im Rahmen des ZFA Neuregelung betreffend der Finanzierung), können diese Stellenprozente neu für Beratungs- und Begleitfunktionen eingesetzt werden.
Zum Schluss geht es noch um die *CVP-Motion betreffend Zusammenarbeit im Sozialhilfebereich*. Die Antwort des Regierungsrats ist in ihrem Bericht ab S. 32 sehr umfassend ausgefallen. Weitere ergänzende Ausführungen finden Sie im Kommissionsbericht ab S. 22. Daraus ist ersichtlich, dass sehr viele und unterschiedliche Institutionen im Sozialhilfebereich Leistungen anbieten, die mittels Leistungsvereinbarung inklusive Controlling mit dem Kanton abgeschlossen werden. Die Antwort beschränkt sich nur auf kantonale und nicht auf gemeindliche Angebote, da es schwierig sei, bei den Gemeinden die Daten zu erheben. Daneben gibt es auch noch viele private Institutionen, die ohne finanzielle Beteiligung des Kantons diverse Beratungsangebote führen.
Bei der Paar- und Familienberatung sind zwei Institutionen aufgeführt, die mittels Leistungsauftrag dieselbe Dienstleistung anbieten. Unterdessen wurde überprüft, ob sich hier allenfalls Synergien finden lassen. Das Ergebnis der Auswertung ist uns noch nicht bekannt, jedoch auf die heutige Sitzung versprochen worden. Die Kommissionspräsidentin geht davon aus, dass uns Frau Landammann Profos in ihrem anschliessenden Votum eine Antwort dazu geben wird.
In der Kommission wurde bemängelt, dass ein eigentlicher Gesamtblick fehle. In Sorge um die nötigen Ressourcen, die einmal nicht mehr vorhanden sein könnten, müssten weitere Effizienz- und Koordinationsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Mit einem leichten Murren hat sich die Kommission mit einer Enthaltung jedoch dem Vorschlag des Regierungsrats angeschlossen. Die detaillierten Anträge betreffend CVP-Motion finden Sie jeweils am Schluss der Berichte des Regierungsrats und der Kommission.
Anträge der Kommission. Namens der Kommission dankt Beatrice Gaier für das Eintreten auf die beiden Vorlagen und hofft, dass Sie in der Detailberatung den Anträgen der Kommission zustimmen werden. Wir sind überzeugt, mit den vorgeschlagenen Änderungen betreffend Teilrevision SHG und dem Vormundschaftswesen eine gesetzliche Grundlage verabschiedet zu haben, die alle zurzeit im Sozialhilfewesen vorhandenen Möglichkeiten aufgreift. Die Subsidiarität wird gesetzlich verankert. Es werden neue Anreizsysteme für berufliche Qualifizierungsmassnahmen, Integrations-

hilfe in den Arbeitsmarkt, Selbständigkeit, und Eigenleistungen, aber auch Sanktionsmöglichkeiten geschaffen, die professionelle Beratung gefordert, den wirtschaftlichen und sozialen Integrationsbemühungen ein grosser Stellenwert eingeräumt, die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Stellen institutionalisiert und die Grundlagen für Betriebsbeiträge mit Leistungs- oder Subventionsvereinbarung inklusive Controlling verabschiedet.
Meinung der CVP-Fraktion. Eintreten war unbestritten. Bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe beantragt eine deutliche Mehrheit, dass dafür die Bürgergemeinden zuständig bleiben. Im Vormundschaftswesen soll gemäss einer weniger klaren Mehrheit die Kompetenzverschiebung zu den Einwohnergemeinden erfolgen. Die Antwort zur CVP-Motion betreffend bessere Zusammenarbeit im Sozialhilfebereich wurde mit noch grösserem Murren als in der Kommission zur Kenntnis genommen und soll analog dem Vorschlag des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission verabschiedet werden. Aus einer gewissen Resignation heraus wird mehrheitlich auf einen Antrag auf Nichtabschreibung verzichtet. Die CVP-Fraktion schliesst sich somit, ausgenommen bei der CVP-Motion betreffend Elternberatungsstelle für Erziehungs- und Entwicklungsfragen, allen Anträgen der vorberatenden Kommission an. Eine knappe Mehrheit unterstützt den Antrag der Stawiko, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen für Bericht und Antrag.

Peter **Dür** weist darauf hin, dass es bei dieser Vorlage – wie bereits von der Kommissionspräsidentin erwähnt – darum geht, das Sozialhilfegesetz aus dem Jahr 1982 den aktuellen gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Damit verbunden ist eine Verlagerung der Leistungserbringung im Bereich der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Der Regierungsrat verfolgt dabei den Grundsatz, dass die Aufgabenerfüllung dort erfolgen soll, wo sie am besten und günstigsten erfolgen kann, d.h. bei einer Institution. Beantragt wird deshalb, die wirtschaftliche Sozialhilfe ausschliesslich von den Einwohnergemeinden und nicht mehr von den Bürgergemeinden abwickeln zu lassen. Auch die Anpassungen beim Vormundschaftsrecht zielen darauf, diese Zuständigkeit auf die Einwohnergemeinden zu konzentrieren. Die Stawiko unterstützt mit einem Stimmenverhältnis von 6 : 1 den Antrag des Regierungsrats. Wir sind wie der Regierungsrat klar der Meinung, dass in der heutigen Zeit Doppelspurigkeiten unbedingt vermieden werden müssen. Die Konzentration an einem Ort fördert eine professionelle und effiziente Leistungserbringung und den nachhaltigen Umgang mit den begrenzten finanziellen Ressourcen.
Die Stawiko beschäftigte sich im Weiteren mit den Personalstellen im kantonalen Sozialamt. Wenn sich der Kanton aus der operativen Kontrolle zurückzieht und nur noch strategische Aufgaben übernimmt, könnte aus Sicht der Stawiko mit der Reduktion von mindestens einer Personalstelle gerechnet werden. Auf der anderen Seite kommen zusätzliche Aufgaben auf das Sozialamt zu:

- Beratungen der Gemeinden, was die Stawiko im Sinne einer einheitlichen Aufgabenerfüllung als sinnvoll erachtet. Wir weisen aber darauf hin, dass diese Beratertätigkeit nicht ausgeweitet, sondern auch in Zukunft mit dem heute vorhandenen Personal gewährleistet werden muss.
- Eine zweite Aufgabe ist die Vorbereitung der notwendigen Gesetzesanpassungen und organisatorischen Massnahmen im Bereich der Invalidenversicherung im Zusammenhang mit dem NFA. Sicher eine grosse Aufgabe.

Die Stawiko verzichtet aus diesen Gründen auf einen Antrag zur Reduktion des Personalplafonds. Sie erwartet aber vom Regierungsrat, dass er bei der dannzumaligen Vorlage zur NFA diese Personalstelle einrechnet.

Die Stawiko ist nicht damit einverstanden, dass mit der jetzigen Revision des Sozialhilfegesetzes eine Elternberatungssteile in Erziehungs- und Entwicklungsfragen geschaffen werden soll. Die dafür notwendigen Entscheidungsgrundlagen fehlen im Moment klar. Die Stawiko beantragt, diese Motion für Bericht und Antrag dem Regierungsrat zu überweisen, damit wir die nötigen Fakten haben und die Bedarfszahlen kennen. Dann kann der Rat auf einer soliden Basis entscheiden. In unserem Bericht steht fälschlicherweise, sie sei erheblich zu erklären und an den Regierungsrat zu überweisen.
Bei der Beantwortung der Motion der CVP-Fraktion betreffen bessere Zusammenarbeit im Sozialbereich findet sich im regierungsrätlichen Bericht eine Auflistung der privaten Institutionen, welche im Auftrag des Kantons Leistungen erbringen und dafür entschädigt werden. Wir haben auf Antrag der CVP-Mitglieder in der Stawiko noch eine ergänzende Übersicht verlangt, die zeigt, wie der Stand der Leistungsvereinbarungen ist. Diese Übersicht haben wir unserem Stawiko-Bericht angehängt. Wir stellen fest, dass der Stand bezüglich dieser Leistungsvereinbarungen sehr unterschiedlich ist und verlangen eine rasche Erledigung dieser Pendenz. Anlässlich der Budgetberatung im November 2006 wünschen wir eine aktualisierte Übersicht.
Unsere Anträge können Sie dem Schluss unseres Berichts entnehmen. Der vierte Antrag muss wie gesagt richtig heissen: Wir beantragen einstimmig, die Motion der CVP-Fraktion betreffend Erziehungsberatung vom 20. März 2006 dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag zu überweisen.

Christian **Siegwart** kann wohl zum ersten Mal in einem umstrittenen Geschäft Stawiko-Präsident Peter Dür voll und ganz zustimmen. Die AF steht einstimmig hinter dem neuen Sozialhilfegesetz. Anders als die vorberatende Kommission unterstützen wir den Vorschlag der Regierung, die Bürgergemeinden sowohl im Vormundschaftswesen als auch bei der Sozialhilfe von ihren heutigen Pflichten zu entheben. Schliesslich sind auch wir der Ansicht, dass die Regierung zu der in § 34 geforderten Elternberatungsstelle Bericht und Antrag vorlegen soll. Wir haben an dieser Stelle bei der Beantwortung zweier Interpellationen schon ausgiebig über die Grundsatzfrage der Bürgergemeinden debattiert. Die Kommissionsarbeit hat den Votanten in seiner dezidierten Meinung eher bestärkt als verunsichert. Sowohl aus ökonomischer wie auch aus fachlicher Sicht macht es Sinn, die Sozialhilfe und das Vormundschaftswesen bei den Einwohnergemeinden zusammenzufassen. Elf Sozialämter reichen für unseren Kanton vollends aus. Lassen wir Doppelspurigkeiten nicht weiter zu! Christian Siegwart erinnert SVP und FDP daran, wie sie sonst bei jeder Gelegenheit einen schlanken Staat fordern. Sind Bürgergemeinden denn keine Staatsgebilde? Warum plötzlich diese Hemmungen?
Für die Abkehr von diesen Parallelstrukturen sprechen die geringen Fallzahlen, spricht aber auch das Gebot der Gleichbehandlung. Menschen mit demselben Anliegen haben das Recht auf dieselbe Unterstützung. Wer einen Anspruch auf Sozialhilfe geltend machen muss, tut dies nicht ohne Not. Um zum die Existenz sichernden Geld zu kommen, muss er – um es Deutsch zu sagen –«die Hosen runterlassen». Der Gang zum Sozialamt soll nicht zusätzlich dadurch erschwert werden, dass ein Alteingesessener zum Beispiel beim Schwager oder beim Onkel vortraben muss. Die Einwohnergemeinden mit ihren professionellen Sozialämtern bieten Gewähr für die Gleichbehandlung, aber auch für eine gewisse Anonymität. Schliesslich ist angesichts immer komplexerer Fälle im Sozialbereich auch die Professionalität ein Gebot der Stunde. Die Gesetzgebung im Sozial- und Vormundschaftsbereich ist komplex, die Lebensumstände betroffener Menschen sind oft verschlungen. Moderne Sozialhil-

fe erschöpft sich nicht im Auszahlen von Geld, sondern sieht sich als ganzheitliche Unterstützung mit durchaus auch präventiver Wirkung. Professionelle Sozialhilfe zahlt sich aus – auch finanziell. Denn nur wer ausreichend Kenntnis hat vom Sozialversicherungsrecht, kann alle finanzielle Kanäle erschliessen – dies zur Entlastung der Gemeindebudgets. Einige Kommissionsmitglieder argumentierten, dass das Sozialhilfegesetz das falsche Instrument sei für einen derart einschneidenden Kurswechsel. Im Grundsatz sehen auch Sie die Zusammenlegung als Zeichen der Zeit. Nun sprechen wir hier und heute aber einzig über dieses Gesetz. Es sei daran erinnert, wie lange es auf sich warten liess. Warum sollten wir einen mehrheitlich als richtig taxierten Entscheid in die ferne Zukunft verschieben, wenn wir heute Nägel mit Köpfen machen können?
Zum Gesetz als solches, das im Grundsatz ja unbestritten ist, äussert sich der Votant nur kurz: Es schafft eine zeitgemässe Grundlage für die effektive Handhabung der Sozialhilfe – sowohl für die beratenden Personen als auch für die Hilfeempfänger, es bezeichnet Rechte und Pflichten und betont die Selbstverantwortung. Christian Siegwart bittet den Rat, auf das Gesetz einzutreten und ihm bei den umstrittenen Punkten im Sinne von Regierung und Stawiko zuzustimmen.

Markus **Jans** hält fest, dass die SP-Fraktion einstimmig für Eintreten auf die Vorlage betreffend Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug und für die Vorlage Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug betreffend Vormundschaftsrecht ist. Das Sozialhilfegesetz aus dem Jahre 1982 hat sich im Grundsatz bewährt, muss aber den heutigen Gegebenheiten angepasst werden. So begrüssen wir ausdrücklich

- die Fixierung des Grundsatzes der Subsidiarität
- die Möglichkeit, den Sozialhilfebeziehenden Auflagen und Weisungen zu erteilen
- die Möglichkeit von Beitragkürzungen und -streichungen
- die Einführung von Strafbestimmungen.

Ganz besonders begrüssen wir aber die Einbindung der Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration in § 15. Damit wird den Sozialdiensten ein wirkungsvolles und unterstützendes Instrument in die Hand gegeben, Sozialhilfebeziehende nicht nur mit Geld sondern auch mit Qualifizierungsmassnahmen, Integrationshilfen und Beschäftigungsprogrammen wirkungsvoll zu unterstützen. § 15 ist auch deshalb besonders wichtig, weil sich ein modernes Sozialhilfegesetz nicht nur auf Sanktionsmassnahmen beschränken darf, sondern auch Mittel zur sozialen und beruflichen Integration bereitstellen muss.
Die wesentliche Frage bei der vorliegenden Revision ist, ob die Sozialhilfe zukünftig in die alleinige Verantwortung der Gemeinden übertragen werden soll oder ob weiterhin für die Sozialhilfe und das Vormundschaftsrecht der Bürgerinnen und Bürger am Wohnort die Bürgergemeinden zuständig sind. Der Regierungsrat hat sich in dieser Frage von fachlichen Argumenten und einer effizienten Verwaltungsführung leiten lassen und nach Auffassung der SP-Fraktion auch richtig entschieden. Heute sind im Kanton Zug elf Sozialdienste der Einwohnergemeinden und elf Sozialdienste der Bürgergemeinden für die Ausrichtung der Sozialhilfe und für die Aufgaben im Vormundschaftsbereich zuständig. Ein Vergleich mit anderen Kantonen zeigt, dass für die gleiche Anzahl Personen eigentlich ein bis maximal zwei Sozialdienste genügen würden. Mit der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Änderung würde die Anzahl der Sozialdienste auf elf reduziert. Dies ist ein erster Schritt, der ohne grosse Auswirkungen auf die Betroffenen vollzogen werden kann. Mit der vom Regierungsrat vorge-

schlagenen Änderung der Zuständigkeit im Sozial- und Vormundschaftswesen wird die Bestandesgarantie der Bürgergemeinden in keiner Weise tangiert. Sie werden aber in einem Bereich entlastet, in welchem ihnen heute das notwendige Know-how zu einem grossen Teil fehlt. Die zunehmende Komplexität im Vormundschafts- und Sozialbereich ruft ganz klar nach einer Professionalisierung der zuständigen Personen. Es geht dabei nicht um eine Pauschalverurteilung der Bürgergemeinden oder darum, die oft im Milizprinzip erbrachten Leistungen a priori zu diskreditieren – wie das von den Bürgergemeinden in ihrer Vernehmlassung zur vorliegenden Revision geschrieben wurde – sondern um ein klares Zeichen der Zeit. Diese Tatsache wurde weder von der Kommission noch von der Stawiko bestritten. Keine der Bürgergemeinden kann behaupten, ihre Existenz sei davon abhängig, ob die Sozialhilfe und das Vormundschaftsrecht in ihrem Zuständigkeitsbereich verbleiben oder nicht. Allein ein Blick auf die Anzahl Dossiers, welche von den Bürgergemeinden geführt werden, widerlegt diese Behauptung. Gewisse Bürgergemeinden führen keine oder nur eine geringe Zahl von Dossiers. Die Zentralisierung und Professionalisierung der Sozialhilfe bringt klar auch Kosteneinsparungen. Hier sei der Verweis auf die Stadt Zürich erlaubt, welche alle Aufgaben im Bereich Vormundschaftswesen, Sozial- und Jugendhilfe auf wenige Sozialzentren zusammen führte. Dies aus Gründen der Bündelung der Ressourcen, Steigerung der Effizienz, Verkürzung der Abläufe und Kosteneinsparungen. Die SP-Fraktion ist sich aber mit den Bürgergemeinden einig, dass kurz- oder längerfristig über die Aufgaben der Bürgergemeinden tatsächlich diskutiert werden muss.
Die Revision des Sozialhilfegesetzes kann als gelungen bezeichnet werden. Der Kantons Zug, die Gemeinden und nicht zuletzt die Sozialtätigen erhalten damit ein griffiges Instrument in die Hand, welches auch verpflichtet. Es verpflichtet zu professionellem und kostengünstigem Handeln und zeigt die Rechte und Pflichten von Sozialhilfebeziehenden auf. In diesem Sinne plädiert die SP-Fraktion für Eintreten auf beide Vorlagen.

Werner **Villiger** beginnt mit der Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe. Die SVP-Fraktion hat hier mit grosser Mehrheit einen Grundsatzentscheid zu Gunsten der Bürgergemeinden gefällt. Wir unterstützen somit Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission, d.h. die wirtschaftliche Sozialhilfe soll wie bisher auch von den Bürgergemeinden geleistet werden können. Wir sind der Meinung, dass eine zukünftige Aufgabenverteilung der Bürgergemeinden nicht im Rahmen der Revision des Sozialhilfegesetzes geregelt werden kann und darf. Zudem sind die finanziellen und personellen Auswirkungen bei einer Verlagerung zu den Einwohnergemeinden alles andere als klar. Wir stimmen somit grossmehrheitlich für Eintreten und befürworten die Anträge der vorberatenden Kommission. Eine Ausnahme ist die vorgesehene Elternberatungsstelle. Für eine Beurteilung fehlen uns die notwendigen Unterlagen und wir unterstützen somit den Antrag der Stawiko, die entsprechende CVP-Motion erheblich zu erklären und an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag zu überweisen.
Zu unserer Stellungnahme zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch. Wir sehen grossmehrheitlich nicht ein, warum dieses Gesetz nun angepasst werden soll, obwohl schon bekannt ist, dass das Vormundschaftswesen auf Bundesebene neu und anders geregelt wird. Wir sehen somit keinen Handlungsbedarf, zudem ist auch hier die finanzielle Mehrbelastung bei einer Verlagerung für Einwohnergemeinden unklar. Der Votant stellt daher im Namen der SVP-Fraktion den Antrag auf Nichteintreten auf diese Vorlage.

Das Sozial- und Vormundschaftswesen ist eine zentrale Funktion der Bürgergemeinden. Falls diese Aufgabe zu den Einwohnergemeinden wechselt und da ausserdem neue Regelungen in Bezug auf die Erteilung des Bürgerrechts zu erwarten sind, wird klar, dass die Bürgergemeinden als solche in Frage gestellt sind. Dieses Thema müsste daher unserer Meinung nach grundsätzlich im Rahmen einer politischen Diskussion über die Existenzberechtigung der Bürgergemeinden debattiert werden und kann sicher nicht im Sozialhilfegesetz bzw. im EG ZGB mit ein paar Ergänzungen bzw. Änderungen erledigt werden.

Maja **Dübendorfer** hält fest, dass die FDP-Fraktion auf das Gesetz eintreten und grossmehrheitlich den Anträgen der vorberatenden Kommission folgen wird. Zwar verschliesst sich die FDP auf keiner Weise einer fundiert und ausführlich geführten Diskussion betreffend der offensichtlichen Mehrspurigkeit im Zuger Sozialwesen. Das hier ein Handlungsbedarf besteht ist für uns unbestritten. Trotzdem wird sie sich zum jetzigen Zeitpunkt dem Vorschlag der Regierung nicht anschliessen, wenn diese im Rahmen der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes eine scheibchenweise Abschaffung der Bürgergemeinden durch die Hintertür einleiten will. Die anstehende Bereinigung der Situation im Kanton Zug muss bis zur erneuten Behandlung durch den Kantonsrat sorgfälliger vorbereitet werden. Richtigerweise wird erwähnt, dass diese Umverteilung für den Kanton keine direkten Mehrkosten ergeben wird. Aber wie sieht dies aus für die Einwohnergemeinden? Es ist doch gar nicht möglich, dass eine finanzrelevante Hauptaufgabe der Bürgergemeinden kostenneutral an die Einwohnergemeinden übertragen werden kann. Gerade die kleineren Gemeinden werden sich nicht die Hände reiben über Zusatzaufgaben, die Kosten verursachen. Zusatzaufgaben, die vom Kanton zugewiesen, aber nicht mitfinanziert werden. Weiter ist zu bedenken, dass ja eigentlich kleinere Amtsstellen übersichtlicher wären und die Klienten der Sozialämter besser bekannt und damit wesentlich einfacher zu kontrollieren sind.
Beim Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch stellt die FDP-Fraktion den Antrag auf Nichteintreten. Auch hier verschliesst sich die FDP nicht einer Grundsatzdiskussion, ob und in welchem Rahmen die Bürger- und Einwohnergemeinden weiterhin im Vormundschaftsrecht tätig sein können oder sollen. Doch auch hier gilt das gleiche wie eingangs erwähnt. Die Diskussion über Daseinsberechtigung und Aufgaben der Bürgergemeinden darf nicht auf einem Nebenschauplatz geführt werden, diese Anpassungen sind von zu grosser Bedeutung. Eine allfällige Anpassung der Zuständigkeiten betrifft Einwohner- wie auch Bürgergemeinden und kann erst nach vertieft geführter Grundsatzdiskussion erfolgen. Weiter gilt es auch noch abzuwarten, wie die Totalrevision des Vormundschaftswesens auf Bundesebene ausfallen wird.
Die CVP-Motion für eine Elternberatungsstelle in Erziehungsfragen lehnt die FDP nach wie vor ab. Bereits bei der Überweisung der Motion hatten wir uns dagegen ausgesprochen. Im Kanton Zug arbeiten verschiedene Gruppierungen mittels Leistungsauftrag zusammen und der Kanton verlangt, dass keine Doppelspurigkeiten vorkommen. Es ist nicht einzusehen, weshalb hier eine neue Beratungsstelle eingeführt werden soll. Die Ergänzungen in § 34 werden von der FDP nicht gutgeheissen.
Aus den genannten Gründen stimmt die FDP dem Sozialhilfegesetz im Sinne der Kommission zu. Zu § 34 stellen wir den Antrag, Abs. 2 unverändert zu belassen. Zum Einführungsgesetz über das Vormundschaftsrecht stellen wir den Antrag auf Nichteintreten.

Andreas **Huwyler** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist Präsident der Bürgergemeinde Hünenberg. In dieser Eigenschaft beschränkt er sein Votum auf die Grundsatzfrage der Zuständigkeiten der Bürgergemeinden.
Unglücklicherweise ist die Revision des Sozialhilfegesetzes zu einer Gretchenfrage über die Bürgergemeinden verkommen. Unglücklich, weil damit die ganze Revision des Gesetzes durch eine Frage gefährdet wird, die nur im weitesten Sinn etwas mit dem Sozialhilfewesen zu tun hat, unglücklich vor allem aber, weil mit dieser unseligen Verknüpfung über eine grundsätzliche Frage der Gemeindeordnung in unserem Kanton entschieden wird. Nachdem den Bürgergemeinden kurz vor den Sommerferien im letzten Jahr von Seiten der Regierung noch versichert worden ist, dass die Kompetenzverlagerung nicht zur Diskussion stünde, hat die Regierung den Bürgergemeinden wenige Wochen später, mitten in der Ferienzeit, das Gegenteil eröffnet. Ein Dialog oder eine konstruktive Auseinandersetzung mit den direkt betroffenen Gemeinwesen konnten somit nicht stattfinden, geschweige denn eine partnerschaftliche Suche nach verschiedenen Lösungen, die nach dem Verständnis des Votanten die Bürgergemeinden als Betroffene selbstverständlich hätte einbeziehen müssen. Während sonst zu jeder Vorlage der hinterste und letzte Interessenverband zu einer Vernehmlassung eingeladen wird, konnten sich zu dieser grundlegenden Änderung nicht einmal die Betroffenen äussern. Während die Bürgergemeinde zu einer ganzen Vielzahl von relativ unwichtigen Fragen Vernehmlassungen einreichen können, ist ihre Meinung zu diesen existentiellen Entscheiden nicht gefragt worden. So geht es doch einfach nicht, so geht man mit einem Partner nicht um!
Die Bürgergemeinden haben sowohl im Sozialwesen wie auch im Vormundschaftswesen über Jahrzehnte Dienstleistungen an Bürger erbracht und damit die Einwohnergemeinden entlastet, ohne dass diese Leistungserbringung je zu Klagen Anlass gegeben hätte. Nun kommt die Regierung aus heiterem Himmel auf die Idee, dass diese Leistungen nicht fachgerecht erfolgt sein sollten. Das ist eine pauschale Haltung, für die die Regierung keine anderen Begründungen als angeblich tiefe Fallzahlen vorlegt. In Einzelfällen passieren überall Fehler, und wenn jeder Fehler zu einer Zuständigkeitsverschiebung führen müsste, hätten längst schon ganz andere als nur die Bürgergemeinden keine Aufgaben mehr.
Wenn im Sozial- und Vormundschaftswesen eine Professionalisierung gefordert wird, wogegen sich die Bürgergemeinden übrigens auch gar nicht zur Wehr setzen, geht dies zum einen sowohl die Bürger- als auch die Einwohnergemeinden an, und zum anderen gibt es ganz verschiedene Wege, diese Professionalisierung zu erreichen. Nur müsste man verschiedene Lösungen zuerst prüfen und gemeinsam die beste suchen, anstatt mit einem Handstreich einfach Kompetenzen entziehen. Die Professionalisierung haben die meisten Bürgergemeinden in den letzten Jahren sehr weit vorangetrieben. Hierzu gibt es verschiedene Modelle, die nicht auf eine Kompetenzverschiebung angewiesen sind. Professionalisierung ist aber nur die eine Seite der Medaille. Nähe zum Bürger, ihn, seine Familie und sein Umfeld genau zu kennen, ist eine andere ganz wichtige Voraussetzung zur optimalen Aufgabenerledigung gerade im Sozial- und im Vormundschaftswesen. Und hier haben die Bürgergemeinden gegenüber den Einwohnergemeinden einen grossen Vorteil. Weshalb verzichten wir freiwillig auf diese Stärke? Das macht doch keinen Sinn. Ein Bürgerpräsident einer andern kleinen Gemeinde hat Andreas Huwyler kürzlich erzählt, dass er allein in diesem Jahr für drei Sozialhilfe ersuchende Personen Jobs organisieren konnte, weil er über ein grosses Beziehungsnetz zum örtlichen Gewerbe verfügt. Diesen Personen ist damit viel mehr gedient als mit der monatlichen Überweisung der Sozialhilfe, und diese Personen sind keine Sozialfälle geworden. Vielleicht sind unsere Fallzahlen auch deswegen so tief – was uns Bürgergemeinden ja zum Vorwurf gemacht wird.

Natürlich tönt es auf den ersten Blick immer überzeugend, dass die Zusammenlegung von Aufgaben effizienzsteigernd wirken und Synergien ergeben würde. Diese Diskussion flammt auf Bundesebene zuweilen im Zusammenhang mit den Krankenkassen auch immer wieder auf. Im Kanton Zug haben wir zum Beispiel im Vorfeld der Zusammenlegung der Stadt- und Kantonspolizei solches auch gehört und auch geglaubt. Es lässt sich heute mit Fug streiten, wie viel davon nach erfolgtem Zusammenschluss übrig geblieben ist. Jedenfalls haben wir heute nicht weniger Stellenprozente oder geringere Kosten im Polizeiwesen als vorher. Dass sich die Übertragung der Aufgaben sowohl im Vormundschaftswesen wie auch im Sozialwesen auf die Einwohnergemeinden kostensparend auswirken wird, kann aber mit Sicherheit verneint werden. Im Gegenteil: Wenn Sie heute der Übertragung dieser Aufgaben an die Einwohnergemeinden zustimmen, wird die staatliche Aufgabenerledigung ganz bestimmt wesentlich teurer und keinesfalls kostengünstiger.
Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zuerst muss darauf hingewiesen werden, dass die Mehrheit der Bürgergemeinden keine Steuern erhebt. Sie erbringen somit ihre Leistungen, ohne den Steuerzahler zu belasten. Jeden Franken, welchen aber nach einer allfälligen Übertragung die Einwohnergemeinden ausgeben werden, muss indessen der Steuerzahler übernehmen. Allein schon dieser Unterschied macht eine beträchtliche Summe aus. Zweitens wird die Übertragung von Aufgaben zwangsläufig zur Erhöhung von Stellenprozenten in den Einwohnergemeinden führen, während in den Bürgergemeinden ganz viel Arbeit auf praktisch ehrenamtlicher Basis geleistet wird. Glauben sie ja nicht, dass die Sozialämter auf den Einwohnergemeinden die zusätzlichen von den Bürgergemeinden übernommenen Fälle ohne Personalaufstockungen erledigen werden! Mehr Fälle gleich mehr Arbeit. Einen besseren Grund, zusätzliche Stellen zu fordern, gibt es ja gar nicht! Auch unter diesem Titel würden durch eine Übertragung zusätzliche Kosten generiert. Schliesslich würde die Aufgabenübertragung im Sozialwesen mit grosser Wahrscheinlichkeit auch dazu führen, dass pro einzelnen Fall mehr Sozialhilfe ausgeschüttet würde. Es wird tatsächlich so sein, dass die Bürgergemeinden heute mit der Gewährung von Sozialhilfe zurückhaltender umgehen als die Einwohnergemeinden. Dies hat unter anderem damit zu tun, dass auf Grund der Nähe zwischen Bürger und Gemeinwesen häufig andere Lösungen gefunden werden als bloss Sozialhilfegelder auszuschütten. Gerade hier liegt einer der wichtigsten Beweggründe der Befürworter der Aufgabenübertragung. Der eher haushälterische Umgang mit der Ausschüttung von Geldern durch die Bürgergemeinden ist wohl einigen ein Dorn im Auge, und von der Übertragung dieser Aufgabe an die Einwohnergemeinden darf man sich einen einfacheren Zugang zu Sozialhilfegelder versprechen.
Sie mögen dem Votanten jetzt vorwerfen, dass seine Aussagen zu pauschal und nicht mit konkreten Fakten unterlegt sind. Diesen Vorwurf lässt er sich gefallen, er weist aber darauf hin, dass der Grund hierfür darin liegt, dass die ganze Thematik in regierungsrätlichen Vorlage nicht differenziert behandelt worden ist. Auch bei der Beantwortung seiner Interpellation Ende des letzten Jahres hat sich die Regierung nicht ernsthaft mit den Argumenten beider Seiten auseinandergesetzt und hat auch nicht verschiedene Lösungsansätze geprüft. Auch die Regierung argumentiert mit plakativen Aussagen, die nur auf den allerersten Blick überzeugen. Passen Sie auf, wenn Sie heute die Aufgaben der Bürgergemeinden den Einwohnergemeinden übertragen wollen, dass dies nicht ein Schuss ins eigene Knie wird. – Andreas Huwyler stellt deshalb den Antrag, auf die Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug nicht einzutreten und bei der Detailberatung des neuen Sozialhilfegesetzes die Zuständigkeit im Bereich der wirtschaftlichen Sozialhilfe nicht den Einwohnergemeinden zu übertragen.

Arthur **Walker** legt seine Interessenbindung offen: Er ist Bürger von Unterägeri. – Professionalität, Doppelspurigkeit, Finanzen. Drei Stichworte im Zusammenhang mit der Änderung des Gesetze über die Sozialhilfe im Kanton Zug und jener betreffend das Vormundschaftsrecht. Drei Stichworte aus dem Bericht und Antrag des Regierungsrats. Drei Stichworte, die es sich lohnt, näher zu betrachten.
Professionalität. Niemand zweifelt diese an oder wünscht sie nicht, wenn Sozialhilfe in Anspruch genommen, eine vormundschaftliche Massnahme angeordnet wird. Es geht schliesslich um Menschen, um Menschen in einer schwierigen Lage. Doch was meint Professionalität? Eine professionelle Ausbildung, professionelle Infrastruktur, professionelles Handeln? Ist darin die professionelle Haltung, das vernetzte Denken, die Bereitschaft für einen Einsatz am Wochenende enthalten? Die Regierung vermutet diese Qualität in den Einwohnergemeinden. Mag sein, dass dies so ist. Die Erfahrung des Votanten ist eine andere. Leider. Und sie ist verbunden mit teilweise gravierenden Folgen für die betroffenen Personen. Genau diese Professionalität leidet durch wechselnde Zuständigkeiten und Ansprechpersonen. Die Bürgergemeinden haben wohl keine hauptamtlich angestellten Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter. Die zuständigen Bürgerräte verfügen aber ebenso über das notwendige Wissen und Können, haben ein hohes inneres Engagement, verfügen meist über eine grosse Erfahrung und sind sich ihrer Verantwortung sowohl gegenüber den Hilfesuchenden als auch der Bürgergemeinde bewusst. Genau diese Professionalität konnten wir bei der Zusammenarbeit zwischen der Schule und der Bürgergemeinde Unterägeri immer erfahren.
Doppelspurigkeit. Sind zwei ähnliche Betriebe z.B. in der Baubranche oder im Autogewerbe eine Doppelspurigkeit? Ist der kleinere Betrieb, nur weil er kleiner ist, auch der schlechtere? Die Qualität einer Arbeit hängt doch nicht unmittelbar von der Betriebsgrösse ab. Der Begriff «Doppelspurigkeit» ist zudem zweideutig. Hier wird er gebraucht im Sinn, dass sich daraus Mehraufwendungen ergeben sollen, die sich bei einer Zusammenlegung eliminieren liessen. Verwenden Sie nun den gleichen Begriff bei Ausbau des Schienennetzes. Bringt jetzt die hier gewünschte Doppelspurigkeit nicht Nutzen und Gewinn? Von einer negativen Doppelspurigkeit kann also auch bei der Änderung der Gesetze nicht ausgegangen werden. Im Gegenteil! Und damit zum letzten der drei Begriffe.
Finanzen. Was sich bei einer Verengung von einer Doppelspur auf eine einspurige Strecke im Strassenverkehr ergibt, kennen Sie alle. Kein Fahrzeug löst sich in Luft auf. So auch bei der Inanspruchnahme einer Sozialhilfe oder einer vormundschaftlichen Massnahme. Alle diese Massnahmen benötigen finanzielle Mittel und Personalaufwand. Diese Mittel müssten nach Ansicht des Regierungsrats nun vollständig durch die Einwohnergemeinden bereitgestellt werden, die Aufgaben durch die Angestellte erledigt werden. Auch jene für die am Ort wohnhaften Bürgerinnen und Bürger. Es ist fraglich, wie seriös dieser Aspekt seitens der Regierung beurteilt wurde. Arthur Walker ist auch erstaunt darüber, dass die sonst so professionell arbeitende Stawiko sich dieser Problematik mit keiner Silbe angenommen hat.
Drei Stichworte. Professionalität, Doppelspurigkeit, Finanzen. Drei Argumente, die für die Bürgergemeinden sprechen. Drei Argumente, die den Kantonsrat überzeugen werden. Die Zuger Bürgergemeinden leisten professionelle, effiziente und kostengünstige Sozialhilfe und handeln korrekt bei vormundschaftlichen Massnahmen.

Markus **Jans** ist einigermassen erstaunt über das, was er zu hören bekommt. Andreas Huwyler sagt, die Bürgergemeinden hätten keine Vernehmlassung eingereicht. Erstaunlicherweise hat der Votant aber eine vom Verband der Bürgergemeinden des

Kantons Zug vom 31. Oktober 2005, persönlich übergeben von Marlies Rickenbacher an die Direktion des Innern, wo sie umfangreich eine Vernehmlassung eingereicht haben zur 1. Lesung des Regierungsrats. Darin sagen sie im Wesentlichen, dass sie mit allem einverstanden sind, was der Regierungsrat vorgeschlagen hat, ausser der Übertragung der Aufgaben an die Einwohnergemeinden. Der Votant hofft, dass Andres Huwyler diese Eingabe gelesen hat.
Sozialhilfe hat sehr wohl etwas mit den Bürgergemeinden zu tun. Aber nicht, dass sie diese Aufgaben als Schwerpunktthemen haben, sondern es ist eine Zusatzaufgabe. Markus Jans fragt sich tatsächlich, warum er als Bürger an einem Wohnort sich bei der Bürgergemeinde beraten lassen muss, wenn unter Umständen sein Firmgötti in der Bürgergemeinde Cham zusätzlich auch noch das Sozialwesen betreut. Er hat gar keine andere Möglichkeit, hier auszuweichen, und muss sich dann bei seinem Firmgötti beraten lassen. Das kann es wohl nicht sein! Und weshalb muss er sich von nicht ausgebildeten Personen beraten lassen in diesem heiklen Bereich, wo er sich durchaus traut, die Professionalität abzusprechen Arthur Walker, warum ist es nicht möglich, in der Schule irgendwen zu beauftragen, Unterricht zu erteilen? Markus Jans kann sich durchaus vorstellen, Kindern das Einmaleins beibringen zu können, obwohl er das auf keinen Fall möchte. Aber seine Professionalität in diesem Bereich würde wohl genügen. Aber sobald die Anforderungen steigen, wäre er weit davon entfernt, sich zu erlauben und anzumassen, dass er die Aufgabe Arthur Walkers jemals könnte. Dieser masst sich aber an, zu sagen: Die Aufgabe als sozial Tätige können wir ohne weiteres machen. Das ist ja ein Gespräch unter Freunden, ohne dass es jemanden überhaupt betrifft. Im Vormundschaftsbereich greifen Sie in höchstpersönliche Rechte ein. Und das verlangt eine Professionalität, von der Sie nicht einfach so mir nichts dir nichts sagen könnten: Das kann ich dann auch noch!
Andreas Huwyler äusserst lauter Vermutungen und Unterstellungen gegenüber den Sozialdiensten der Einwohnergemeinden. So geht das nicht! Er sagt, dass wir anschliessend höhere Sozialhilfekosten haben. Wer von den Bürgergemeinden verlangt ein umfangreiches Anmeldeformular bei den Sozialhilfebezügern? 25 Seiten werden von allen Einwohnergemeinden verlangt. Markus Jans hat noch nie eines von den Bürgergemeinden gesehen. Interessanterweise kommt seit Jahren keine Bürgergemeinde – und der Votant arbeitet nun seit 13 Jahren in diesem Beruf – und vernetzt sich mit den gemeindlichen Sozialdiensten. Wir hören dann nur rasch am Telefon: «Könntest Du mir nicht rasch die Hilfestellung geben?» Selbstverständlich machen wir das und beraten auch Bürgergemeinden, wo es notwendig ist. Aber uns einfach zu unterstellen, wir seien teuer, ineffizient und weiss nicht was noch alles, geht nicht! – Und lieber Arthur Walker: Der Votant ist am Sonntag erreichbar und er ist seit Jahren immer auf Pikett. Aber einfach zu sagen: Wir Bürgergemeinden sind immer vor Ort und immer erreichbar, ist ebenso falsch, wie wenn Markus Jans sagen würde: Alle Sozialdienste sind immer erreichbar.
Die Professionalität hat etwas mit der Ausbildung zu tun und nicht einfach nur mit «learning by doing». Und der Votant ist der Meinung, dass einigen Bürgergemeinden die Professionalität tatsächlich abgeht. Man kann wohl nicht, wenn man einen Vormundschaftsfall im Jahr zu erfüllen hat, von Professionalität sprechen. Geht es um eine Fremdplatzierung von Kindern, um einen Obhutentzug, ist Professionalität gefragt, damit keine Fehler passieren. Natürlich löst sich kein Fahrzeug in Luft auf, wenn die Weichen enger werden und es auf eine Einbahn gelenkt wird. Aber man kann umsteigen oder andere Arbeiten erfüllen. Und die Professionalität trägt einen Teil dazu bei. Überlegen Sie sich gut, was Sie machen wollen, denn auch das Vormundschaftsrecht wird frühestens in fünf Jahren überhaupt zum Thema beim Bundesrat!

Daniel **Grunder** beschränkt seine Ausführungen auf die Problematik der Zuständigkeiten der Bürger- und Einwohnergemeinden. Und diesen Ausführungen kann entnommen werden, dass 6:1-Stawiko-Entscheide nicht immer die Kräfteverhältnisse des bürgerlichen und linken Blocks in dieser Kommission wiedergeben. Er verzichtet auf die Argumente, weshalb die Zuständigkeiten für die Sozialhilfe und den Vormundschaftsbereich auch bei den Bürgergemeinden belassen werden sollen. Dies hat Andreas Huwyler eindrücklich dargelegt. Der Votant bittet den Rat deshalb, den Status Quo zu belassen, was die Zuständigkeiten betrifft. – Das Beispiel von Markus Jans vom Firmgötti hinkt ein wenig. Wenn nämlich der Göttibub zufälligerweise in der Stadt Zug wohnen würde und zufälligerweise Sozialhilfe beantragen müsste, müsste er auch bei ihm vorsprechen. Etwas untergegangen in der ganzen Debatte ist aber, weshalb auch im Bereich des Vormundschaftswesens die Zuständigkeit bei den Bürgergemeinden verbleiben soll. Hier hat aus Sicht des Votanten die Kommission einen nicht ganz guten Entscheid getroffen, indem sie hier eine Differenzierung macht und argumentiert, im Bereich des Vormundschaftswesens würde im Gegensatz zum Sozialbereich übermässig in höchstpersönliche Rechte der Bürger eingegriffen – was natürlich zutrifft –, und dies rechtfertige eine unterschiedliche Zuständigkeitsordnung. Aber auch im Bereich der Sozialhilfe greifen wir in die Rechte der Bürger ein. Denn wenn diese das Lebensnotwendige nicht bekommen, sind sie ebenfalls sehr stark betroffen. Dieses Argument ist deshalb aus Sicht Daniel Grunders nicht stichhaltig. Er bittet deshalb den Rat, auf die Vorlage betreffend Änderungen EG ZGB nicht einzutreten und die Zuständigkeitsordnungen in beiden Bereichen zu belassen, wie sie sind.

Peter **Rust** sagt nur etwas, weil die Stawiko explizit angesprochen wurde und seine Meinung dort klar ist, aber er gleichzeitig auch Bürger ist von Walchwil. Trotzdem will er hier bekräftigen, dass die Meinung der Stawiko schon etwas für sich hat. Zuerst einmal ein Lob an die Regierung, dass sie sich getraut hat, eine heilige Kuh anzufassen. Das ist nicht selbstverständlich und gerade auf die Wahlen hin nicht. Aber sie hat diese Bürgergemeinde kritisch angeschaut und Richtiges herausgefunden im Gegensatz zu Arthur Walker: Dieser muss dem Votanten als Lehrer zuerst einmal erklären, was Doppelspurigkeiten in dieser Frage Positives haben. Zwei Mal in jeder Gemeinde. Wir haben 70 Sozialhilfedossiers 2005 und wir haben ungefähr 80 Beistandschaften und Vormundschaften im Kanton Zug zu bewältigen. Jetzt soll doch jemand glaubhaft darstellen, dass das so gut ist, wo wir doch überall sparen müssen. Wieso dass zwei gemeindliche Institutionen diese Aufgabe künftighin bewältigen sollen. Und das wollen Sie gerade auch noch im Gesetz festschreiben! Das gibt Peter Rust wirklich zu denken. Der Bürgerpräsident von Hünenberg hat das auf den Punkt gebracht: Wenn wir ihm den Teppich unter den Füssen wegziehen, magert seine heilige Kuh langsam ab. Das Futter geht aus. Aber das kann doch nicht Aufgabe sein, nur weil die Lebenschancen langsam in Frage gestellt sind, hier im Gesetz eine Aufgabe zu zementieren. Da macht der Votant ein Fragezeichen, aber wir kommen ja in der Detailberatung noch darauf zurück.

Beatrice **Gaier** weist darauf hin, dass die Diskussionen sehr engagiert sind, wie das bereits auch in der Kommission geschah. Da stehen sehr viele Emotionen dahinter. Zuerst eine kleine Bemerkung zu Stawiko-Präsident Peter Dür. Er sagte am Morgen, dass die Stawiko die grossen Geschäfte Polizeigesetz, Polizei-Organisationsgesetz, Sozialhilfegesetz und Staatsanwaltschaftsmodell lediglich auf die personellen und

finanziellen Auswirkungen geprüft habe und keine inhaltlichen Stellungnahmen abgebe. Vorhin hat er gesagt, dass die Einwohnergemeinden am besten und günstigsten diese Aufgaben erledigen. Aber leider haben wir keine Zahlen, ob das dann wirklich so ist oder nicht. Das wussten wir ja auch in der Kommission nicht. Und die Einwohnergemeinden haben genau diese Fragen in der Vernehmlassung gestellt, weil es ihnen unklar ist, welche Konsequenzen auf sie zukommen.
Noch eine kurze Bemerkungen zur Professionalität der Bürgergemeinden. Das haben wir in der Kommission ganz gut gehört, dass sie sich dieser fachlichen Professionalität nicht verschliessen. Wir dürfen sie also beim Wort nehmen. Und es ist halt wirklich so: In der Kommission gab es die Verfechter der Bürgergemeinden, die Verfechter der Einwohnergemeinden und jene, die sagten: «Eigentlich könnten wir uns dem anschliessen, das Ganze den Einwohnergemeinden zu überlassen, aber der Weg ist der falsche, es müsste eine separate Diskussion geführt werden.»

Arthur **Walker** kommt zurück auf die Voten von Markus Jans und Peter Rust. Wenn Markus Jans gehört hat, er sei nicht professionell, so war das nicht die Absicht des Votanten. Er hat gesagt, in Unterägeri sei es leider so gewesen, dass in Fällen, da wir mit dem Sozialdienst der Einwohnergemeinde Unterägeri zusammengearbeitet haben, wir leider schlechte Erfahrungen gemacht haben – im Gegensatz zur Bürgergemeinde.
Zu Peter Rust. Arthur Walker hat in seinem Votum ganz bewusst gesagt: Zum Beispiel in der Baubranche. Wir haben im Kanton Zug x Betriebe, die sich mit Bauaufgaben beschäftigen. Peter Rust will doch nicht etwa sagen, dass wir jetzt Landis nicht mehr brauchen, weil wir den Zschokke haben? Das wollte der Votant sagen mit der Doppelspurigkeit. Zwei Betriebe können das Gleiche nebeneinander leisten.

Peter **Dür** wurde mehrmals angesprochen und möchte deshalb kurz Stellung dazu nehmen, wieso sich die Stawiko mit der Frage Einwohner-/Bürgergemeinde befasst hat. Es geht um ein Grundprinzip. Wir wollen in diesem Kanton versuchen – auch im Hinblick auf NFA –, die Aufgaben so an jeweils eine Institution zu verteilen, dass wir mit einem möglichst geringen Mass an Ressourcen die Aufgaben des Staats erfüllen können. Und dieses Grundprinzip, das im ZFA nun durchgezogen wird, würde unverständlicherweise hier nun aufgeweicht. Es ist wirklich begrüssenswert, dass die Regierung dieses heisse Eisen in die Hand genommen hat. Wenn man hier jetzt wieder diesen Sündenfall macht und in diesem völlig überarbeiteten Gesetz nun diese Frage nicht klärt und wieder zwei Institutionen diese Arbeit machen lässt, ist das einfach nicht richtig. Dann ist das Parlament nicht konsequent. Und dann werden wir auch bei weiteren Gesetzen wieder Kompromisse machen und die Aufgabenverteilung nicht konsequent angehen.
Zu Arthur Walker. Es ist natürlich ein schlechtes Beispiel mit diesen zwei Spuren, die dann auf eine Spur reduziert werden. Dass kann er wahrscheinlich nicht einmal seinen Schülern erzählen. Es gibt gewisse ökonomische Grundprinzipien. Und das kennen wir auch am Spital: Man muss gewisse Aufgaben bei einer Institution ansiedeln. Es wird ja z.B. immer wieder gesprochen von den Operationen. Ein Operateur braucht einen gewissen «case level», das braucht eine gewisse Grösse, damit man Erfahrung hat, es gibt dort auch gewisse Skaleneffekte. Und dieses ökonomische Grundprinzip gilt auch hier. Und darum bleibt die Stawiko dabei: Bündeln der Aufgaben auf eine Institution. Aus unserer Sicht ist das die Einwohnergemeinde.

Hanspeter **Uster** spricht hier nicht als Bürger von Baar, sondern als Sicherheitsdirektor, und zwar in zwei Sachen. Zuerst einmal zu Zschokke. Arthur Walker, Zschokke ist ein gutes Beispiel, Zschokke gibt es nämlich nicht mehr. Hat sich mit einer anderen Firma zu Implenia zusammengetan. Vielen Dank für diesen Hinweis! Aber der Sicherheitsdirektor möchte nicht an leidvolle Erfahrungen mit der Strafanstalt erinnert werden, sondern möchte noch kurz Stellung zu einer Äusserung von Andreas Huwyler. Er hat gesagt, mit der Zusammenlegung von Stadtpolizei und Kantonspolizei sei keine einzige Stelle eingespart worden. Das ist richtig, es wurde keine Stelle gespart. Aber mit den Synergien, die wir aus dieser Zusammenlegung herausgeholt – das
waren 15 Stellen – konnten wir in der darauf folgenden Personalplafonierungsrunde davon absehen, zusätzliche Personalstellen beantragen zu müssen. Netto haben wir also für den Kanton 15 Stellen gespart. Andreas Huwyler hat Recht: Für den Kanton wurde das Ganze teurer, weil wir die Stadt entlastet haben. Und der Votant kann dem Rat jede einzelne Stelle im Einzelabrieb vorstellen und belegen, wo wir diese Synergie hergeholt haben. Es ist tatsächlich so, dass wir hier Synergien gewonnen haben und letztlich dazu beitragen konnten, dass es weniger Stellen gegeben hat.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, stellt mit Befriedigung fest, dass in der Mehrheit der Eintretensvoten zum Ausdruck kommt, dass der Rat zumindest auf das Sozialhilfegesetz eintreten möchte. Es wurde bereits gesagt: Das heutige Sozialhilfegesetz aus dem Jahr 1982 hat sich in den Grundzügen bewährt. Es genügt grundsätzlich immer noch den Anforderungen. Die vorliegende Teilrevision betrifft also nur jene Bereiche, wo entsprechend der andersartigen gesellschaftlichen Anforderungen ein Klärungsbedarf da ist. Die Revision orientiert sich am weiterhin gültigen Grundsatz der Subsidiarität. Wirtschaftliche Sozialhilfe soll erst dann zum Zug kommen, wenn alle anderen Verpflichtungen zur Unterstützung ausgeschöpft sind. Sie soll zudem nur so wenig wie nötig ausmachen und nur so kurz wie nötig geleistet werden. Berufliche Integration ist das oberste Ziel. Die unterstützungsbedürftigen Menschen sollen so rasch und selbstverantwortlich wie möglich finanziell wieder auf eigenen Beinen stehen können. Damit diese Ziele auch in Zukunft wirksam erreicht werden können, werden hohe Anforderungen an die begleitenden Beratungsleistungen in den Sozialdiensten gestellt. Die Sozialarbeitenden sind in ihrem anspruchsvollen Alltag nicht nur mit der schwierigen Lebenssituation ihrer Klienten und dem Unterstützungsbedarf konfrontiert, sondern es gilt vorerst detailliert abzuklären, ob andere Träger zu Leistungen verpflichtet sind, wie z.B. Versicherungen (IV, Krankenkasse, Unfallversicherung usw.). Hier liegt denn auch ein entscheidendes Einsparpotenzial. Oftmals kann dank fundierten sozialversicherungsrechtlichen Kenntnissen der Fachmitarbeitenden vermieden werden, dass überhaupt wirtschaftliche Sozialhilfe geleistet werden muss. Das entlastet die Gemeindekassen und ist mit Sicherheit für die betroffenen Menschen ein Gewinn.
Die Teilrevision konzentriert sich somit auf drei Bereiche. Griffigere Instrumente zur Regelung der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Dazu gehören Mitwirkungspflichten der Hilfesuchenden, aber auch Sanktionsmöglichkeiten sowie die im Gesetz verankerten Auflagen und Weisungen, welche die Sozialdienste vorgeben können. Der zweite Bereich ist die verstärkte Zusammenarbeit von Institutionen. Hier sind die Verankerung der interinstitutionellen Zusammenarbeit und die Fachstelle Berufsintegration eine wichtige Neuerung, die im Gesetz festgehalten wird. Dazu hat die Kommissionspräsidentin eine Frage gestellt. Es wurde in der Kommission erwähnt, dass ein Pilotprojekt IIZ am Laufen ist, und dass die Auswertung im vergangenen Frühjahr

erfolgen sollte. Sie liegt inzwischen vor, die Interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Sozialversicherungsbereichen Arbeitslosenkasse, IV und Sozialhilfe ist ein Pilotprojekt, das von Erfolg gekrönt wurde. Man ist sehr zufrieden mit den Ergebnissen und hat jetzt im Hinblick auf das nächste Jahre einen zusätzlichen Betrag im Budget aufgenommen, das Sie dann genehmigen werden, um hier genügend Kapazität bei der Fachstelle Berufsintegration einsetzen zu können. Um weiteren Menschen die Rückkehr in den beruflichen Alltag ermöglichen zu können. Als dritter Punkt werden die Soziallöhne jetzt im Gesetz geregelt. Das war ja bisher ein KR-Beschluss.
Es wurde bereits deutlich, dass den Rat heute vor allem *eine* Frage beschäftigen wird, die Zuständigkeit für die wirtschaftliche Sozialhilfe. Die Regierung beantragt dem Rat, die Bürgergemeinde zukünftig von der Verpflichtung, wirtschaftliche Sozialhilfe an die in ihrer Gemeinde wohnenden Bürger leisten zu müssen, zu entlasten. Die Regierung ist überzeugt, dass damit für die Zukunft ein effizientes System eingerichtet wird. Wie bereits in der damaligen Antwort auf die Interpellation des Bürgerpräsidenten von Hünenberg, Andreas Huwyler, stellt damit die Regierung fest, dass es doch keinen Sinn macht, zwei staatliche Institutionen dasselbe anbieten zu lassen und damit eine Verdoppelung auf 22 Institutionen zu bewirken. Es kann davon ausgegangen werden, dass durch die Zusammenlegung von derartigen Doppelspurigkeiten finanzielle Ersparnisse erzielt werden können. Es muss daher nur folgerichtig erscheinen, dass insbesondere die Stawiko als Hüterin der effizient eingesetzten öffentlichen Gelder den Antrag der Regierung gutheisst, mit dem Hinweis: «Es geht dabei um die Vermeidung von Doppelspurigkeiten mit den entsprechenden Einsparungen bei den Gemeinden.» Das war ein Zitat aus dem Stawiko-Bericht.
Die Direktorin des Innern bittet den Rat nun, auf die Vorlage Teilrevision Sozialhilfegesetz einzutreten und die Vorlage bezüglich des Grundsatzentscheids Zuständigkeit bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe in der Form des Regierungsantrags gutzuheissen. Bezüglich der andern Änderungsanträge der Kommission kann sich die Regierung den Vorschlägen der Kommission anschliessen.
Zum Eintreten auf das EG ZGB. Im Bereich Vormundschaftswesen stellt sich dieselbe Ausgangslage wie beim SHG, aber in verschärfter Form. Die Bürgergemeinden haben im Verhältnis zu den Einwohnergemeinden hier eine noch viel geringere Anzahl von Vormundschaftsfällen. Und es geht beim Vormundschaftswesen um ein sehr heikles Problem. Vormundschaftliche Eingriffe greifen ein in die ureigensten Persönlichkeitsrechte. Und es ist hier noch mehr so, dass geringe Fallzahlen sich als problematisch darstellen. Diese geringen Fallzahlen können auch nicht als Existenzbasis für die Bürgergemeinden herbeigezogen werden. Die Kommission hat sich daher mit 7 : 5 Stimmen für den Antrag der Regierung entschlossen. Das ist insofern folgerichtig, weil hier Erfahrung und Professionalität sehr hohe Bedeutung haben.
Brigitte Profos möchte sich noch gegen den in diesem Bereich gestellten Nichteintretensantrag aussprechen und erwähnen, was auf Bundesebene vorgesehen ist. Dort ist seit einigen Jahren ein neues Vormundschaftsrecht in Arbeit. Eine der letzten aktuellen Aussagen ist, dass die Anwendung des neuen Vormundschaftsrechts deutlich gesteigerte Anforderungen an die rechtsanwendenden Organe stellen werde. Das heisst, professionelle Arbeit wird noch mehr gefragt sein, wenn das neue Bundesrecht in frühestens fünf Jahren in Kraft treten wird. Mit der Regierungsratsvorlage gehen wir also einen Schritt in die richtige Richtung, die ohnehin zu diesem späteren Zeitpunkt eingeschlagen werden muss. Die Direktorin des Innern bittet deshalb um Ablehnung des Nichteintretensantrags zum EG ZGB.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass beim Gesetz über die Sozialhilfe Eintreten unbestritten ist, beim EG ZGB ist ein Nichteintretensantrag gestellt worden.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1395.4 – 12145 (Sozialhilfegesetz)

§ 9

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Grundsatzentscheid zu fällen ist, ob die Arbeit ausschliesslich von den Einwohnergemeinden geleistet wird, wie es die Regierung und die Stawiko vorschlagen, oder ob die Sozialhilfe zusätzlich auch von der Bürgergemeinde getätigt wird.

➔ Der Rat schliesst sich mit 33 : 28 Stimmen dem Kommissionsantrag an, wonach die Sozialhilfe auch von den Bürgergemeinden geleistet wird.

§ 20

Felix **Häcki** sieht hier ein Problem seit dem letzten Sonntag. Hier heisst die Formulierung: *«Die Unterstützung deckt den Bedarf für einen angemessenen Lebensunterhalt.»* Eine pauschale Formulierung. Jetzt haben wir am letzten Sonntag über das Asylgesetz abgestimmt und es wurde angenommen. Und dort wird nicht von einem angemessenen Lebensunterhalt gesprochen. Der Votant bittet deshalb die Regierung, bis zur 2. Lesung hier Klärung zu bringen, ob mit diesem Artikel das neue Asylgesetz unterlaufen wird oder ob der Inhalt des neuen Asylgesetzes damit auch ausgeführt wird.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, glaubt, dass es dazu keine Abklärungen auf die 2. Lesung hin braucht. Klar ist, dass Bundesgesetz vorgeht und wir gehalten sind, das Bundesgesetz umzusetzen. Es wird in keiner Weise unterlaufen werden.

Felix **Häcki**: Die Frage ist, was man unter *unterlaufen* versteht. Man kann die Leute ja auch besser stellen. Das Bundesgesetz stellt einen Standard dar und der kann erhöht werden. Für den Votanten ist diese Formulierung eine Erhöhung des Standards. Um das geht es! Er möchte klar ausgeführt haben, dass z.B. im Fall von abgewiesenen Asylbewerbern nicht ein angemessener Lebensstandard drin ist, sondern dass es so ist wie im Bundesgesetz. Das möchte er klar wissen. Eine Gemeinde kann natürlich immer bessere Leistungen erbringen oder ein Kanton. Aber er möchte genau wissen, was hier abläuft und wie es gemacht wird. Und das möchte er auch in den Unterlagen und im Protokoll haben.

Markus **Jans** denkt, dass die Sachlage einigermassen klar ist. Wir haben am letzten Sonntag über das Asylgesetz abgestimmt und es hat ein klares Ergebnis gegeben. Was Felix Häcki anspricht, ist die Nothilfe. Diese ist im Asylgesetz geregelt und heute sprechen wir über das kantonale Zuger Sozialhilfegesetz! Damit ist auch völlig klar,

dass wir hier nicht über die Unterstützung von Asylbewerbern sprechen, sondern von Sozialhilfebezügern im Kanton Zug.

Die **Vorsitzende** schlägt vor, dass auf die 2. Lesung abgeklärt wird, wie das genau geregelt wird.

§ 34

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zu diesem Paragraphen die Motion der CVP-Fraktion vorliegt.

Margrit **Landtwing** hält fest, dass die CVP will, dass Eltern möglichst früh in ihrer Erziehungsarbeit unkompliziert und fachkompetent beraten und gestärkt werden. Je früher Probleme erkannt und angegangen werden, umso kleiner ist die Gefahr einer späteren Eskalation mit sozialen und finanziellen Folgen. Dieses Anliegen ist uns nach wie vor wichtig. Wir sind überzeugt, dass eine *frühe* Beratung für Eltern, die niederschwellig angeboten wird, positive Auswirkungen auf die Entwicklung von vielen Kindern hat. Und bei dieser frühen Beratung – die Kommissionspräsidentin hat es erwähnt – ist ganz klar eine Lücke auszumachen. In Anbetracht der Tatsache, dass heute die Grundlagen, die Angaben zur beabsichtigten Umsetzung sowie die finanziellen Folgen noch nicht detailliert vorliegen, kann sich die CVP mit dem Antrag der Stawiko einverstanden erklären. Wir erwarten aber von der Regierung eine rasche Umsetzung unseres Anliegens. Die Sache ist uns zu wichtig und dringlich, um sie auf die lange Bank zu schieben. Bei der Behandlung unseres Vorstosses nach den Wahlen können wir auch mit einer sachlicheren, lösungsorientierten Auseinandersetzung mit diesem Thema rechnen. Rein wahltaktische Opposition ist dann nicht mehr notwendig. Die Votantin dankt dem Rat für die Überweisung der CVP-Motion.

Beatrice **Gaier** hält fest, dass die Kommission ganz knapp beschlossen hat, diese Motion zu überweisen und dann abzuschreiben. Die Kommissionspräsidentin hat keine Rücksprache mit den Kommissionsmitgliedern genommen, geht aber jetzt einfach von diesem knappen Resultat aus, wonach somit die Kommission einverstanden ist mit dem Vorschlag der Stawiko, dem sich die CVP-Fraktion anschliesst. Gemäss einer gewissen Unruhe im Saal wäre es aber wohl besser, doch darüber abzustimmen.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass hier der Kommissionsantrag dem Antrag der Stawiko gegenübersteht, der fordert, bei § 34 dem Antrag des Regierungsrats zu folgen, wenn die Motion der CVP-Fraktion betreffend Erziehungsberatung zu Bericht und Antrag an den Regierungsrat überwiesen wird.

➔ Der Rat beschliesst grossmehrheitlich, § 34 gemäss Regierungsantrag zu belassen und die CVP-Motion betreffend Erziehungsberatung zu Bericht und Antrag an den Regierungsrat zu überweisen.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1395.6 – 12211 enthalten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nun über das Eintreten auf das EG ZGB betreffend Vormundschaftsrecht abgestimmt wird.

➔ Der Rat beschliesst mit 40 : 27 Stimmen, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Silvan **Hotz**: Liebe Frau Profos, so geht es nicht! Es steht in den Berichten der vorberatenden Kommission und der Stawiko, dass Sie uns auf die heutige Sitzung eine Antwort versprochen haben. Im Eintretensvotum haben Sie uns diese nicht gegeben und sie für die Detailberatung versprochen. Es geht um die Frage betreffend Leistungsaufträge an die Frauenzentrale, den Frauenbund und Überschneidungen.

Brigitte **Profos** hat ihr Versprechen nicht vergessen. Es geht so, wie die Präsidentin das bestimmt. Abschreibungen der Motion werden bei der Schlussabstimmung gemacht und dort wäre der richtige Platz gewesen. Aber wenn die Präsidentin das jetzt erlaubt, wird die Votantin das jetzt machen. – Es geht um die Abklärung bezüglich der einzigen parallelen Aufgaben, die sich in diesem Sozialbereich bezüglich der CVP-Motion ergeben haben. Es ist der einzige Bereich im ambulanten Beratungsfeld, wo zwei verschiedene Institutionen dieselbe Aufgabe ausführen. In einer gründlichen Analyse wurde geprüft, ob sich durch die Beauftragung an *eine* Stelle Effizienzgewinne in der Aufgabenerfüllung ergeben könnten. Es wurden folgende Modelle einer möglichen Zusammenführung geprüft: Die Integration in eine bestehende Trägerschaft (Frauenzentrale oder Frauenbund), die Gründung einer ganz neuen Trägerschaft oder die Schaffung einer Stelle innerhalb der kantonalen Verwaltung. Der Prüfungsbericht kommt zum eindeutigen Schluss, dass eine Zusammenführung dieser Beratungsstellen keine wesentlichen Vorteile bringt. Es ist sogar eher mit Nachteilen zu rechnen. Ein kleines Einsparpotenzial käme allenfalls bei einer Zusammenführung innerhalb der Administration zum Tragen. Diese mögliche Einsparung stünde jedoch in keinem Verhältnis zu den viel höheren Fusionskosten und dem Verlust der heutigen guten Lösung.
Die Direktorin des Innern präsentiert dem Rat die Stärken der heutigen Lösung, wie sie der Bericht aufweist und die Regierung das festgestellt hat. Beide Stellen sind schlank organisiert und eingebunden in eine grössere Gesamtorganisation. Beide können je intern Synergien nutzen mit den anderen Dienstzweigen. Sie sind miteinander gut vernetzt und arbeiten gut zusammen – das ist eine Forderung der CVP-Motion. Die Angebote haben sich bewährt, sind gut eingespielt und beide Institutionen verfügen über hohes Fachwissen und Erfahrung. Beide Angebote sind in der Bevölkerung bekannt und anerkannt. Durch das Angebot von zwei Stellen können mehr Klientinnen und Klienten aus unterschiedlichen Kreisen angesprochen werden. Der Regierungsrat zieht auf Grund dieser gründlichen Analyse vor, die die gemäss § 171 des ZGB den Kantonen überbundene Aufgabe der Paar- und Familienberatung weiterhin den beiden bewährten Institutionen zu überbinden.

Brigitte Profos möchte an dieser Stelle den beiden Institutionen herzlich danken für ihre Mitarbeit, den grossen Einsatz, den sie in dieser Abklärung geleistet haben, sowie für ihre Bereitschaft, dass sie die Aufgabe auch weiterhin übernehmen wollen. Nun sind mit den beiden Trägerschaften, wenn die Motion dann abgeschrieben ist, Leistungsvereinbarungen neu abzuschliessen. Übrigens stehen einige dieser vorgesehenen Vereinbarungen in Zusammenhang mit der Behandlung der CVP-Motion – dies eine Information an die Stawiko. Mit diesem ergänzenden Bericht zur Motion der CVP betreffend bessere Zusammenarbeit im Sozialbereich ergibt sich bezüglich dem Antrag zur Abschreibung der Motion keine Änderung. Die Direktion des Innern dankt für die Aufmerksamkeit und hofft, dass sie das bei der Schlussabstimmung nicht nochmals präsentieren muss.

995 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ERGÄNZUNG ZUM OBJEKTKREDIT FÜR DEN BAU DER 1. ETAPPE DER STADTBAHN ZUG ZUR ABGELTUNG DER INVESTITIONS-FOLGEKOSTEN DER NEUEN HALTESTELLEN

Traktandum 11 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1439./.2 – 12043/44) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1439.3 – 12108).

Gregor **Kupper**, Vizepräsident der Stawiko, weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt, eine während 25 Jahren zu leistende jährliche Unterhaltszahlung an die SBB für die Investitionsfolgekosten der neuen Stadtbahn-Haltestellen durch eine einmalige Barabgeltung zu erledigen. Dieser Vorschlag scheint auf Grund der momentanen finanziellen Situation unseres Kantons vernünftig zu sein. Als Berechnungsbasis für diese Barabgeltung wurden eine jährliche Teuerung von 3 % und ein Jahreszins von 5 % zu Grunde gelegt. – Eine knappe Mehrheit der Stawiko hatte bei der Behandlung dieses Geschäftes allerdings eher ein ungutes Gefühl. Eine Barwertberechnung über 25 Jahre birgt – da sie auf den genannten Annahmen beruht – grosse Unsicherheiten in sich. Sowohl die künftige Teuerungs- wie auch die Zinsentwicklung kann über einen so langen Zeitraum unmöglich abgeschätzt werden. Es ist fast wie wenn Sie eine Festhypothek über zehn Jahre abschliessen. Sie wissen erst am Schluss der Periode, ob sie richtig gehandelt haben. Diese Unsicherheit bringt das Abstimmungsergebnis der Stawiko klar zum Ausdruck. Die Stawiko beantragt mit 2 : 0 Stimmen, aber bei drei Enthaltungen, dem Geschäft zuzustimmen.

Felix **Häcki** nimmt den Antrag der SVP-Fraktion vorweg: Wir beantragen Rückweisung der Vorlage an die Regierung. – Begründung: Wir haben mindestens seit zwei Legislaturperioden nie eine Vorlage erhalten, bei der die Stawiko so orientierungslos war: Antrag zur Zustimmung mit zwei Ja-Stimmen, null Nein-Stimmen und drei Enthaltungen. Die Mehrheit hat sich also enthalten! Dies zeigt doch deutlich, dass das Geschäft zu wenig transparent vorbereitet worden ist von der Regierung. Auf Sessionsschluss wird möglichst viel durchgepaukt im Kanton und es kommen immer mehr Vorlagen, die immer schlechter vorbereitet sind. Die Mehrheit der Stawiko konnte sich kein richtiges der Bild machen. Wo sind die grundlegenden Schwächen der Vorlage?
1. Es ist nicht bekannt, mit welchen Gesellschaften der SBB was für Verträge abgeschlossen worden sind. Gibt es nur einen Vertrag mit SBB-Personenverkehr oder gibt

es auch einen Vertrag mit SBB-Infrastruktur? Wenn ja, sind die Verträge inhaltlich abgestimmt?
2. Es ist nicht genau bekannt, was in den Verträgen der Regierung mit den Gesellschaften der SBB steht.
3. Nur auf eine vage Aussage der Regierung hin, dass bei einer allfälligen Vertragsauflösung vor Ablauf der Vertragsdauer allfällig zu hohe Vorauszahlungen entsprechend verrechnet würden, sollte das Parlament keiner Millionenzahlung zustimmen.
4. Es ist nicht klar, welche Vertragsauflösung denn überhaupt gemeint ist. Wenn die SBB-Personenverkehr den Leistungsauftrag nicht mehr erfüllen kann, weil die SBB-Infrastruktur aus irgendwelchen Gründen nicht mehr genügend Geleisekapazität zur Verfügung stellen kann, ist dann die SBB-Infrastruktur auch verpflichtet für eine allfällige Rückzahlung? Oder der umgekehrte Fall tritt ein.
5. Denken sie in diesem Zusammenhang an die Motion der CVP betreffend Zimmerbergtunnel: Wenn die Strecke Luzern-Zürich im Viertelstundentakt betrieben werden sollte, so gibt es mit Sicherheit Probleme mit der Schienenkapazität für die Stadtbahn. Sollte dann noch, was nicht so abwegig ist, die Deutsche Bahn auf Grund der Verträge mit der EU Kapazität beanspruchen, vergrössert sich das Problem.
6. Es kann nicht sein, den Betreibervertrag der Infrastruktur einfach anzupassen, oder umgekehrt, dass man beides einfach verlängert. Wenn der Betreibervertrag verlängert werden soll, muss er neu ausgeschrieben werden. Es könnte ja auch sein, dass die ZVB Interesse hat. Ist absolut möglich. Und auf der Schiene müssen alle gleich behandelt werden. Also müsste dann die Kapazität der ZVB zur Verfügung gestellt werden. Und was sagen dann die SBB dazu?
Aus den genannten Gründen muss die Vorlage an die Regierung zurück, damit sie klarere Aussagen vorlegt. Zudem sollten die Mitglieder der Stawiko und der KöV Einblick in die Verträge erhalten. Das Mindeste sind jedoch die wörtlichen Zitate der relevanten Passi in allen Verträgen. Erst wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, kann über eine Barabgeltung in irgendeiner Form sinnvoll diskutiert werden. Andernfalls bewegen wir uns im luftleeren Raum und diskutieren über technische Details.
Der Votant bittet den Rat, auf die Vorlage nicht einzutreten, sondern sie zur Überarbeitung an die Regierung zurückzusenden. Sollte jedoch trotz allen Mängeln auf die Vorlage eingetreten werden, so wird die SVP-Fraktion diese ablehnen.

Andrea **Hodel** kann dem Rat im Namen der FDP-Fraktion mitteilen, dass wir uns selber kundig gemacht. Wir haben nochmals Rücksprache mit der Volkswirtschaftsdirektion genommen und haben dort umfassend und zu unserer Zufriedenheit Informationen erhalten. Man kann auch so vorgehen und nicht so destruktiv. Schlussendlich ist es unsere Aufgabe, hier Politik zu machen und nicht Verwaltungsverträge zu überprüfen. Die Votantin ersucht den Rat deshalb im Namen der FDP-Fraktion, auf dieses Geschäft einzutreten und ihm zuzustimmen.
Noch zwei Bemerkungen. Wir haben uns informiert, ob die Art und Weise des Unterhalts geregelt ist. Wir erhielten die Auskunft, dass das alles im Vertrag geregelt ist und der Kanton jedes Jahr ein Unterhalts-Controlling zusammen mit den SBB durchführen kann, womit auch sichergestellt ist, dass die Anlagen gepflegt sind. Weiter haben wir erfahren können, dass mit dieser Einmalabgeltung ein Rabatt in der Höhe von 3,6 % ausgehandelt werden konnte. Der Stawiko-Präsident hat das an der Vormittagssitzung beim Doppelspurausbau und der dort vorgenommenen Abgeltung bereits erwähnt. Damit sollte die Unsicherheit, welche die Stawiko betreffend Zinsentwicklung aufgeführt hat, ausgeglichen sein. Schliesslich sei daran erinnert, dass der Rat heute Morgen in anderem Zusammenhang genau die gleiche Abgeltung

ohne Diskussion schon beschlossen wurde. Andrea Hodel bittet den Rat deshalb im Namen der FDP, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Eugen **Meienberg** hält fest, dass die CVP-Fraktion erfreut Kenntnis nimmt, dass die früher geschätzten und für dieses Jahr budgetierten Beträge für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der Stadtbahnhaltestellen niedriger ausfallen. Damit setzen sich die erfreulichen Zahlen im Zusammenhang mit der Stadtbahn fort. An dieser Stelle sei der Volkswirtschaftsdirektion und allen involvierten Ämtern und Stellen gedankt. Die Stawiko als vorberatende Kommission dieses Finanzgeschäfts stimmt dieser Vorlage zu. Allerdings mit einem Resultat, bei welchem die Eindeutigkeit fehlt. Wir haben das Zustandekommen von Gregor Kupper gehört. Vielleicht war es am 4. Juli 2006, am Tage der Stawiko-Sitzung sehr heiss, so dass die Entscheidungsfreudigkeit gefehlt hat. Von der Stawiko werden in Zukunft wieder Resultate erwartet, bei welchen sich nicht die Mehrheit der Anwesenden der Stimme enthalten. Die CVP-Fraktion enthält sich der Stimme nicht, sie wird die Vorlage befürworten.

Gregor **Kupper** möchte sich nochmals kurz zu den Voten äussern. Eugen Meienberg, es war vermutlich heiss. Aber trotzdem haben wir die Vorlage sehr intensiv und auch kontrovers diskutiert. Und wenn sich die Unsicherheit der Stawiko da zum Ausdruck bringt, geht es nicht um die Vorlage an sich, sondern schlicht und einfach darum, dass wir uns letztendlich nicht als Wahrsager betätigen konnten. – Zu Felix Häcki. Es ist schon so, die Haltestellen gehen ins Eigentum der SBB über. Und diese sind vertraglich verpflichtet, diese Haltestellen zu unterhalten. Und der Kanton ist verpflichtet, an diesen Unterhalt einen Beitrag zu zahlen. Diese vertragliche Verpflichtung besteht über die nächsten 25 Jahre. Wir haben sie zu erfüllen und wollen sie mit einer Barabgeltung ablösen. Das ist der Antrag der Regierung. Aus finanzpolitischer Sicht ist der Votant der Meinung, dass er Sinn macht, und er empfiehlt dem Rat, ihm zuzustimmen.

Felix **Häcki** möchte Andrea Hodel schon sagen: Es geht um einen politischen Entscheid, ob wir Geld ausgeben oder nicht. Und für was wir Geld ausgeben. Es geht nicht nur um technische Details. Es ist halt so: Wenn wir jetzt bezahlen, bezahlen wir, ob wir die Haltestellen mal brauchen können oder nicht. Wenn wir keine Slots mehr zur Verfügung haben, um zu fahren, und die Leistungen nicht haben. Kann dem Votanten einer von der Stawiko sagen, er habe Einblick in die Verträge gehabt? Er hört nur immer: Wir haben gehört. Und das wundert ihn, dass man drauf sitzt und die Sachen nicht rausgibt, dass niemand Einblick hat. Und darum ist er der Meinung, man sollte zuerst mal einen Einblick geben – mindestens die relevanten Passagen. Und dann können wir ordentlich diskutieren.

René **Bär** hat vor ungefähr einem halben Jahr in der Zeitung Via, die bei den SBB immer hängt, gelesen, dass die SBB einen zwei-, dreiseitigen Artikel über unsere Stadtbahn geschrieben hat. Dort ist klar und deutlich geschrieben, dass wenn der Viertelstundentakt von Luzern nach Zürich kommt, einige von diesen kleinen Bahnhöfen geschlossen werden müssen. Sonst geht es nicht mehr. Bitte lest das nach! Zweitens möchte der Votant unterstützen, dass bei den Verträgen, welche von

Anfang an über die Stadtbahn laufen, kein Einsichtsrecht geboten wurde. Der Votant findet das absolut unter der Würde. Er beantragt, die Sache zurückzustellen und die Einsichtsrechte zu geben. Und bitte lest das nach im Via, dass die Stadtbahn 2012 kaum mehr so funktioniert wie heute! Aber Ihr wollt ein 12- oder 25-jähriges Netz unterstützen. René Bär hat Mühe damit.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** ist ein wenig überrascht. Eigentlich war er der Meinung, dass die Volkswirtschaftsdirektion hier einen originellen, kreativen Vorschlag gemacht hat, um im finanzpolitischen Sinne eine gute Lösung zu erzielen. Eine bessere Lösung für den Kanton Zug. Gerade im Hinblick auf den NFA wäre es eben gut, wenn wir hier diese Kapitalabfindung leisten könnten und die nächsten 25 Jahre nicht mehr mit dem Unterhalt der Stadtbahnhaltestellen belastet werden. Das ist der ganze Hintergrund. Natürlich hat eine Langfristlösung immer Risiken. Die sind aber in diesem Fall wirklich klein. Für die Angst vor diesen Risiken hat der Volkswirtschaftsdirektor ein gewisses Verständnis.
Überhaupt kein Verständnis hat er aber für den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion. Er möchte sich zuerst gegen den Vorwurf wehren, wir hätten eine schlechte Vorlage gemacht, um das noch kurz schnell schnell vor Jahresende unter Dach zu bringen. Der Antrag des Regierungsrats datiert vom 23. Mai 2006. Da hatten wir das Jahresende noch nicht im Blickfeld. Sie sehen auch, wie lang hin und wieder der parlamentarische Prozess dauert, bis eine Vorlage entscheidungsreif ist.
Zu den Verträgen. Walter Suter hat in der Kommission für öffentlichen Verkehr über diese Vorlage orientiert. Er hat auch die Verträge dabei gehabt. Wenn sich irgendjemand interessiert hätte für diese Verträge, hätte er selbstverständlich die entsprechenden Stellen gezeigt. Und der Fraktionschef der SVP-Fraktion ist gleichzeitig der Präsident der Kommission für öffentlichen Verkehr. Der Votant hätte überhaupt keine Geheimniskrämerei gemacht. Richtig ist, dass er bei der Beratung der Stawiko nicht eingeladen war und darum dort diese Verträge nicht offen legen konnte. – Zum Inhalt dieser Verträge. Das Risiko, das wir hier eingehen, ist relativ klein. Sie haben bei dieser Barwertberechnung über 25 Jahre, bei dieser Kapitalisierung gesehen, dass man von einem Zins von 5 % und einer Teuerung von 3 % ausgeht. Aber wichtig für die Barwertberechnung ist des Delta zwischen Teuerung und Zinsentwicklung. Und dieses Delta ist 2 %. Das Risiko, dass das völlig falsch ist, ist wirklich klein. Auf der anderen Seite haben wir Vorteile. Nicht nur die erwähnten finanzpolitischen, sondern auch andere. Wir haben gewisse Risiken, die wir absichern. Einerseits haben wir den Rabatt von 3,6 %, anderseits schliessen wir Entwicklungsrisiken aus, die es bezüglich der Reinigung geben kann – hier kann es neue Umweltvorschriften geben, die belastender wären. Es kann neue Mehrwertsteuerbelastungen geben usw. All das ist ausgeschlossen. Auch in diesem Sinne ist das eher eine Minimierung der Risiken als eine Vergrösserung.
Es würde zu weit gehen, alle diese Verträge (z.B. den Treiber- und den Trasseevertrag) im Einzelnen noch darzulegen. Wichtig ist einzig, dass auch dieser Unterhaltsvertrag mit den SBB aus wichtigen Gründen kündbar ist. Der Volkswirtschaftsdirektor zitiert die entsprechende Passage: «Kündigt eine Vertragspartei den Vertrag vor Ablauf der Vertragsdauer, so ist die andere Vertragspartei finanziell schadlos zu halten.» Die Vorausleistung müsste dann also ausgeglichen werden. Wenn also der Trasseevertrag aus irgendwelchen Via-Gründen nicht 25 Jahre halten würde, ist immerhin diese KIausel drin, dass die Parteien schadlos zu halten sind. Wir fahren da wirklich keine grossen Risiken.

➔ Der Rat beschliesst mit 43 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1439.4 – 12207 enthalten.

996 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 26. Oktober 2006

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

71. SITZUNG: DONNERSTAG, 26. OKTOBER 2006
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

997 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Thiemo Hächler, Oberägeri; Markus Grüring, Unterägeri; Bruno Briner, Hünenberg; Daniel Burch, Risch.

998 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich Finanzdirektor Peter Hegglin für heute entschuldigt hat. Er kann wegen einer wichtigen NFA-relevanten Verpflichtung in Bern heute nicht an der KR-Sitzung teilnehmen. – Für den Nachmittag lässt sich Bildungsdirektor Matthias Michel entschuldigen, weil er an einer Sitzung der Erziehungsdirektorenkonferenz teilnehmen wird. Traktandum 14 fällt in sein Gebiet und es wird deshalb wenn nötig auf die Vormittagssitzung vorgezogen.

Othmar Birri weilt heute zum letzten Mal als Kantonsrat unter uns. Er durfte am 27. September 2006 nach seiner letzten Fahrt als Lokomotivführer eine warmherzige Verabschiedung aus den Diensten der SBB durch Angehörige, Freundeskreis, Vertretungen der Gerichte sowie des Kantonsrats auf dem Bahnhof Zug erleben. Othmar Birri wird auf den 30. November 2006 pensioniert. Er wird bereits am 13. November die Schweiz mit seiner Gattin definitiv verlassen und nach Lateinamerika auswandern. Die Kantonsratspräsidentin dankt ihm ganz herzlich für die grosse Arbeit, die er in seiner Funktion als Präsident der Justizprüfungskommission geleistet hat und wünscht ihm und seiner Gattin viel Freude auf dem weiteren Lebensweg.

Othmar **Birri** bedankt sich für die freundlichen Worte. Er dankt der Bevölkerung der Stadt Zug, dass er so viele Jahre im Parlament sein durfte und sie ihn sechs Mal gewählt hatte. Er dankt auch der JPK und der erweiterten JPK für die sehr gute Zusammenarbeit in all diesen Jahren. Er geht mit einem weinenden und einem lachenden Auge weg. Er wechselt den Kontinent und geht in ein wärmeres Klima. Es ist dort nicht alles zum Besten, aber Othmar Birri hofft, dort einen friedlichen Lebensabend verbringen zu können. Er freut sich darauf, er ist jetzt pensioniert, hat aber keine Zeit. Seine Wohnung in Zug übergibt er am 11. November und in 26 Jahren hat sich dort Einiges angesammelt. Er wünscht dem Rat, dass die Extreme in der Politik ausgeschaltet werden und versucht wird, einen Konsens zu finden. Er wünscht, dass Gott den Kanton Zug beschützen wird. (Applaus des Rats)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nach der Pause der evangelisch-reformierte Frauenverein Steinhausen den Rat besuchen wird. Wir werden unser Bestes geben, damit sie einen nachhaltig positiven Eindruck von unserem Ratsbetrieb erhalten.

Die Neue Zuger Zeitung bittet um Fotoerlaubnis für den heutigen Morgen. Gemäss § 31 der GO bedarf es dazu der Bewilligung des Rats.

Anton **Stöckli** glaubt, dass genug Fotos vorhanden sind bei der Zeitung. Er möchte der Presse die Möglichkeit geben, die bereits gemachten Bilder einmal zu sortieren, damit bei Berichterstattung die richtigen Fotos zum richtigen Text verwendet werden können. Er stellt den Antrag, die Erlaubnis zum Fotografieren nicht zu erteilen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Andrea Erni Hänni heute nicht als Stimmenzählerin tätig ist und ihr Stellvertreter Markus Jans eingesetzt werden soll.

➔ Der Rat ist einverstanden.

➔ Der Rat beschliesst mit 46 Stimmen, der NLZ die Erlaubnis zum Fotografieren zu gewähren.

999 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 28. September 2006.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Kommissionsbestellung:
   Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1481.1/.2 – 12190/91).
4. Kantonsratsbeschluss betreffend Teilergänzung der Stadtbahn Zug und Investitionsbeiträge für den Doppelspurausbau Cham Bahnhof - Freudenberg und für den Ausbau der Stadtbahn-Haltestellen Zythus und Chämleten.
   2. Lesung (Nr. 1438.5 – 12206).

5. Kantonsratsbeschluss betreffend Ergänzung zum Objektkredit für den Bau der 1. Etappe der Stadtbahn Zug zur Abgeltung der Investitions-Folgekosten der neuen Haltestellen.
   2. Lesung (Nr. 1439.4 – 12207).
6.1. Motion von Alois Gössi, Leo Granziol, Stefan Gisler und Daniel Grunder betreffend Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats (Kommissionen, Nr. 1419.1 – 11976).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1419.2 – 12143).
6.2. Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsrats betreffend Erwähnung der Fachkommissionen mit ständigem Auftrag (Kleine Parlamentsreform).
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1479.1/.2 – 12184/85) und des Büros des Kantonsrats (Nr. 1479.3 – 12217).

Geschäfte, die am 31. August und am 28. September 2006 traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten:

7. Vorzeitige Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells in der Zuger Strafjustiz, Änderung kantonaler Erlasse.
   Berichte und Anträge des Obergerichts (Nrn. 1446.1/.2 – 12071/72), der erweiterten Justizprüfungskommission (Nrn. 1446.3/.4 – 12152/53) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1446.5 – 12158).
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Austritt aus dem Interkantonalen Konkordat über Massnahmen zur Bekämpfung von Missbräuchen im Zinswesen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1461.1/.2 – 12112/13) und der Konkordatskommission (Nr. 1461.3 – 12146).
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Defizitdeckungsbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1456.1/.2 – 12099/100) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1456.3 – 12109).
10. Interpellation von Vreni Wicky betreffend KOSA-Initiative (Nr. 1444.1 – 12066).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1444.2 – 12131).
11. Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Jugendgewalt (Nr. 1429.1 – 12016).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1429.2 – 12102).
12. Motion von Thomas Villiger betreffend Ausbaggerung der Reuss im ganzen Kantonsgebiet (Nr. 1368.1 – 11811).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1368.2 – 12133).
13. Motion von Alois Gössi betreffend Änderung der Zuständigkeiten bei Einbürgerungen (Nr. 1373.1 – 11817).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1373.2 – 12132).
14. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend Finanzierung der Bildungsanliegen auf der Volksschulstufe (Nr. 1452.1 – 12092).
   Antwort des Regierungsrats (Nr. 1452.2 – 12130).

---

15. Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons am Ausgleich zwischen den Gemeinden als Folge falsch verteilter Kosten bei den kantonalen Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1471.1/.2 – 12155/56) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1471.3 – 12193).

16.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Wasserüberleitung von der Neuen zur Alten Lorze in der Gemeinde Baar und
16.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine Lorzenaufweitung in der Gemeinde Baar.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1445.1/.2/.3 – 12067/68/69), der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz (Nr. 1445.4 – 12168) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1445.5 – 12169).
17. Gesetz über den Gebührentarif im Grundbuchwesen (Grundbuchgebührentarif).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1316.1/.2 – 11675/76), der Kommission (Nrn. 1316.3/.4 – 12062/63), der Kommissionsminderheit (Nrn. 1316.5/.6 – 12065/137) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1316.7 – 12140).
18. Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Konkordats der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz vom 5. Mai 2006 über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugskonkordat).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1460.1/.2 – 12110/11) und der Konkordatskommission (Nr. 1460.3 – 12212).
19. Motion von Hans Abicht betreffend Raumkonzept der kantonalen Verwaltung (Nr. 801.1 – 10243).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 801.2 – 12157).
20. Motion der Kommission «Umsetzung der aktualisierten Finanzstrategie 2004 - 2010: Wachstumsabschwächungen des Personalaufwandes und der Beiträge mit Zweckbindung» betreffend Änderung des Denkmalschutzgesetzes (Nr. 1310.1 – 11661).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1310.2 – 12196).
21. Postulat der SVP-Fraktion betreffend Errichtung einer Park + Ride-Anlage bei der Stadtbahnhaltestelle Neufeld in Baar (Nr. 1427.1 – 12009).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1427.2 – 12147).

* erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung

1000 PROTOKOLL

➔ Die Protokolle der Sitzungen vom 28. September 2006 werden genehmigt.

1001 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ANPASSUNG DES KANTONALEN RICHTPLANS

Traktandum 3 – Es liegen vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nrn. 1481.1/.2 – 12190/91).

➔ Die Vorsitzende teilt mit, dass die Vorlage zur Beratung an die Raumplanungskommission überwiesen wird.

1002 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND TEILERGÄNZUNG DER STADTBAHN ZUG UND INVESTITIONSBEITRÄGE FÜR DEN DOPPELSPURAUSBAU CHAM BAHNHOF – FREUDENBERG UND FÜR DEN AUSBAU DER STADTBAHN-HALTESTELLEN ZYTHUS UND CHÄMLETEN

Traktandum 4 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. September 2006 (Ziff. 984) ist in der Vorlage Nr. 1438.5 – 12206 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 71 : 0 Stimmen zu.

1003 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ERGÄNZUNG ZUM OBJEKTKREDIT FÜR DEN BAU DER 1. ETAPPE DER STADTBAHN ZUG ZUR ABGELTUNG DER INVESTITIONS-FOLGEKOSTEN DER NEUEN HALTESTELLEN

Traktandum 5 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. September 2006 (Ziff. 995) ist in der Vorlage Nr. 1439.4 – 12207 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69 : 2 Stimmen zu.

1004 –MOTION VON ALOIS GÖSSI, LEO GRANZIOL, STEFAN GISLER UND DANIEL GRUNDER BETREFFEND EINE ÄNDERUNG DER GESCHÄFTSORDNUNG DES KANTONSRATS
–ÄNDERUNG DER GESCHÄFTSORDNUNG DES KANTONSRATS BETREFFEND ERWÄHNUNG DER FACHKOMMISSION MIT STÄNDIGEM AUFTRAG (KLEINE PARLAMENTSREFORM)

Traktandum 6 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1419.2 – 12143, 1479.1/.2 – 12184/85) und des Büros des Kantonsrats (Nr. 1479.3 – 12217).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese beiden Anträge sehr stark zusammenhängen. Dasselbe gilt für die darauf resultierenden, teilweise neu geregelten Kommissionen mit ständigem Auftrag. Wir behandeln daher diese Teilelemente zusammen. – Der Rat hat an der letzten KR-Sitzung zugestimmt, dass das Büro des Kantonsrats dieses Geschäft vorberät. Da dieses Geschäft keine finanziellen Folgen hat, hat die Stawiko diese Vorlage nicht vorberaten.

Alois **Gössi** möchte zuerst Regierungsrat und Ratsbüro für die rasche Beantwortung und die geplante Umsetzung der Motion danken. Die Änderungen können nun – wie von uns gewünscht – mit Beginn der nächsten Legislatur in Kraft treten.
Wir sind mit den Ausführungen und Vorschlägen des Büros für die Umsetzung unserer Motion einverstanden. Wir sind einverstanden, dass es fünf Kommissionen mit ständigem Auftrag geben wird. Die gewählten Themengebiete für diese Kommissio-

nen machen Sinn. Wichtig erscheint dem Votanten persönlich, dass es keine Durchmischung zwischen der Raumplanung und dem Tiefbau gibt. Das erstere ist vor allem strategischer Natur, das zweite hat dann hauptsächlich mit deren Umsetzung zu tun. Ebenfalls begrüsst er, dass es inskünftig keine 17er-Kommissionen mehr gibt wie jetzt bei der Kommission für den öffentlichen Verkehr und der Spitalkommission, sondern einheitlich 15er-Kommissionen. Eine breite politische Abstützung der Kommission ist mit 15 Mitgliedern doch besser gewährleistet als mit 11 Mitgliedern.
Gemäss Zeitungsberichten hat die CVP Mühe mit einer ständigen Kommission für Hochbauten. Je nach Projekt sollten spezielle Mitglieder für diese Projekte gewählt werden. Mit der gleichen Argumentation dürfte es deshalb auch keine Kommission für Tiefbauten gegen. Je nach Projekt haben wir spezielle Projekte, die Zug betreffen können (z.B. den Stadttunnel) oder Zug und Baar (Tangente Neufeld). Mit der Argumentation der CVP müssten dann jeweils auch spezielle Vertreter gewählt werden. Bitte lehnen Sie einen solchen allfälligen Antrag ab! In diesem Sinne bittet Alois Gössi den Rat – auch im Namen der SP-Fraktion – um Zustimmung zu diesem Geschäft gemäss dem Antrag des Büros.

Andrea **Hodel** darf es heute als nur wenige Tage alte Vorsitzende der Fraktionschefkonferenz übernehmen, dem Rat diese Vorlage ans Herz zu legen. Alle wichtigen Argumente ergeben sich aus dem Bericht unserer Kantonsratspräsidentin. Es geht darum, dass wir Kommission mit ständigem Auftrag bestimmen. Dabei wird neu die Kommission für Hochbauten begründet und die Strassenbaukommission mit der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz zusammengelegt und in Kommission für Tiefbauten umbenannt. Es bleibt bei der Raumplanungskommission, der Kommission für öffentlichen Verkehr genau gleich wie bei der JPK, der Stawiko, der KOK sowie der Redaktionskommission. Die bisherige Spitalkommission soll neu Kommission für Gesundheitswesen heissen, um deutlich zu machen, dass sich diese Kommission um den gesamten Gesundheitsbereich kümmert und nicht nur um das Spital, das ja bald gebaut sein sollte. Sämtliche Kommissionen sollen in Zukunft aus je 15 Mitgliedern bestehen, so dass eine ausgewogene Vertretung sämtlicher Fraktionen möglich ist. Dabei soll der Wert – dies lag dem Büro am Herzen – nicht auf der Fachkompetenz, sondern auf der politischen Diskussion liegen, so dass wir nicht von «Fachkommissionen», sondern von «Kommissionen» sprechen. Die Befürchtungen, dass damit Mitglieder des Kantonsrats von der Kommissionsarbeit ausgeschlossen sind, ergibt sich faktisch nicht, zumal bei fünf Kommissionen mit ständigem Auftrag und drei Kommissionen, die im Gesetz verankert sind, also acht Kommissionen mit 15 Mitgliedern total 110 Mitglieder des Kantonsrats die Möglichkeit haben, in einer wichtigen Kommission mitzuarbeiten, dies bei 80 Mitgliedern. Wir werden auch in der neuen Legislatur genug Aufgaben und Möglichkeiten zur Meinungsbildung und Meinungseinbringung haben.
Im Namen des Büros ersucht deshalb Andrea Hodel den Rat, dieser Vorlage zuzustimmen, so dass wir nach den in drei Tagen stattfindenden Wahlen die neue Zusammensetzung des Büros an die Hand nehmen können. Bitte stimmen sie auch der Kommission für Hochbauten zu. Auch wir im Büro haben diskutiert, ob es damit eine Kommission gibt, die zu viele oder zu grosse Aufgaben hat. Wir müssen aber sehen, dass im Moment viele kleinere Ergänzungsvorlagen anstehen. Wir haben ein Spital gebaut, den KV – und ein neues Verwaltungszentrum wollen wir ja nicht bauen. Von daher glauben wir, dass es Sinn macht, dass auch hier eine stetige Begleitung dieser Bauten Vorteile bringt, wie wir das im laufenden Jahr durch die immer wieder eingesetzte gleiche Kommission erleben konnten.

Margrit **Landtwing** hält fest, dass die CVP für Eintreten auf die Vorlage Nr. 1479.2 ist und dem Antrag der Regierung zustimmt, § 17 der GO dahingehend zu ändern, dass der Kantonsrat Kommissionen mit ständigem Auftrag wählen kann und diese Wahl jeweils für mindestens eine Legislatur Gültigkeit haben soll. Auch scheint es sinnvoll, den Namen Fachkommission in Kommission umzuändern, weil wir die politische Diskussion und Auseinandersetzung als Voraussetzung für tragfähige Entscheide ansehen. Die CVP erklärt sich auch – mit einer Ausnahme – einverstanden mit den vorgeschlagenen Kommissionen und deren Benennung, wie es das Büro vorschlägt. Wir begrüssen, dass die Zuständigkeit der einzelnen Ämter mit derjenigen der Kommissionen übereinstimmt.
Die Ausnahme betrifft die Kommission für Hochbauten. Die CVP stellt den Antrag, es sei auf die Kommission für Hochbauten ersatzlos zu verzichten. Begründung: Bei verschiedenen Bauvorhaben wie z.B. Sportanlagen, Verwaltungsgebäude, Schulen usw. ist nicht in erster Linie bauspezifisches Fachwissen gefragt. Viel mehr im Mittelpunkt stehen hier Strategiefragen, Standortwissen, regionale Interessen, Benützerprobleme, und erst in nächster Priorität kommt das bauliche Fachwissen. Dementsprechend sollen bei den verschiedenen Bauvorhaben jeweils neu zusammengesetzte Kommissionen gebildet werden. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag der CVP!

Werner **Villiger** weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion grundsätzlich mit der Stossrichtung einverstanden ist, die vom Regierungsrat in seinem Bericht vom 16. August 2006 vorgeschlagen wurde. Wir sind auch der Ansicht, dass sich in Bezug auf die bisherigen fünf nichtständigen Kommissionen eine Neuorientierung aufdrängt, weil sie heute teilweise nicht mehr zeitgemäss sind. Einverstanden sind wir auch mit der Neuorientierung der Kommissionen, wie sie das Büro des Kantonsrats vorschlägt. Ob die Bezeichnung nun Fachkommission oder Kommission lautet, ist für uns nicht wichtig.
Entscheidend für uns ist jedoch die Frage, ob die bisherigen nichtständigen Kommissionen neu als ständige bestellt werden sollen, wie dies das Büro des Kantonsrats vorschlägt. Nach längerer Diskussion ergab sich in der SVP-Fraktion zu dieser Frage folgendes Meinungsbild. Eine Mehrheit unterstützt die Anträge des Büros, eine Minderheit hingegen ist gegen die Bildung von neuen ständigen Kommissionen. – Und nun spricht Werner Villiger im Namen der Fraktionsminderheit. Dass es nun also darum geht, weitere ständige Kommissionen zu bestellen, empfiehlt die Minderheit, grosse Zurückhaltung zu üben. Konkret wollen wir die vier bestehenden ständigen Kommissionen nicht aufstocken. So gesehen ist der vom Regierungsrat vorgeschlagene neue Text in § 17 der GO nicht notwendig. Wir können somit in diesem Punkt dem Antrag im Bericht des Büros nicht zustimmen. Zum Thema ständige oder nichtständige Kommissionen noch folgender Hinweis: In der vorberatenden Kommission betreffend Änderung des Gesetzes betreffend Entschädigung der Kantonsräte (Nebenamtsgesetz) wurde bereits ausführlich diskutiert, ob die bisherigen nichtständigen Kommissionen zukünftig nicht als ständige geführt werden sollten. Die Kommission kam zum Schluss, dass man bei der bisherigen Regelung bleiben sollte. Das kann man nachlesen im Bericht vom 10. Juni 2006. Die Minderheit der SVP-Fraktion ist somit der Ansicht, dass das Aktenstudium bei den nichtständigen Kommissionen wie bisher nicht vergütet werden sollte und im Sitzungsgeld enthalten ist. Die Aufwendungen des Kommissionspräsidenten für Aktenstudium und Berichterstattung sollen hingegen vergütet werden.
(Die Vorsitzende unterbricht den Votanten. Sie glaubt, dass eine Verwirrung herrscht. Ständige Kommissionen sind nicht dasselbe wie Kommissionen mit ständigem Auf-

trag. Ständige Kommissionen sind Stawiko, JPK, Redaktionskommission und KOK. Und dort wurde nichts geändert. Das momentane Thema sind Kommissionen mit ständigem Auftrag und nicht das Spesenreglement.)

Stefan **Gisler** hält fest, dass sowohl die AF wie auch der Votant selbst Antrag und Bericht des Büros begrüssen und der Regierung sowie dem Büro für das speditive Vorgehen danken. Die vom Büro vorgeschlagenen fünf Kommissionen mit ständigem Auftrag machen Sinn. Dass diese – wie etwa die erweiterte Stawiko oder JPK – aus 15 Mitgliedern bestehen, macht ebenfalls Sinn.
Zu den einzelnen Kommissionen. Explizit begrüssen die Alternativen, dass eine ständige Kommission Hochbauten geschaffen wird. Dass diese nötig ist, haben die Vorlagen und Projekte der jüngsten Vergangenheit nur zu gut aufgezeigt. Die Mitglieder dieser Kommission können strategisches Wissen erarbeiten, wovon wir dann im Rat profitieren. Geschätzte CVP: Jedes Mal eine neue Kommission für Hochbauprojekte zu bilden, wäre schön und gut. Doch Fakt ist, dass sich durch die Hintertür eine Kommission mit ständigem Auftrag gebildet hat, die so genannte Kommission Corrodi mit immer denselben Mitgliedern. Also machen wir doch aus einem de facto ein de jure!
Sinnvoll ist die Zusammenlegung der Strassenbaukommission mit der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz zu einer Kommission Tiefbau, da beide Bereiche beim Tiefbauamt angesiedelt sind. Beide Bereiche werden von der neuen Kommission sicher gebührend berücksichtigt. – Die Raumplanungskommission ist wichtig. Die kantonale Raumplanung bildet eine strategische Grundlage für die Entwicklung unseres Kantons. Diese Grundsatzdebatten sollen in der RPK geführt werden. – Angesichts der Höhe der Investitionen und der Wichtigkeit der Mobilität im Kanton wird die Kommission für öffentlichen Verkehr in Zukunft zusätzliches Gewicht erhalten. – Die Umwandlung der SpiKo in eine Gesundheitskommission macht Sinn, um in Zukunft wichtige kantonale Projekte zu begleiten. – Stefan Gisler dankt dem Rat für ein Ja zu sämtlichen Vorschlägen des Büros.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** hält fest, dass der Regierungsrat dem Antrag des Büros zustimmt, dass man auf den Begriff Fachkommission verzichtet und nur den Begriff Kommission beibehält. – Was den Antrag der CVP betrifft, so hat der Regierungsrat keine Meinung. Wie wir schon in unserem ursprünglichen Bericht mitgeteilt haben, erachten wir die Frage, welche Kommissionen mit ständigem Auftrag es geben soll, als Sache des Parlaments.

EINTRETEN auf beide Vorlagen ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1479.2 – 12185

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Wort *Fachkommission* durchgehend mit *Kommission* ersetzt wird.

➔ Der Rat ist einverstanden.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 72 : 0 Stimmen zu.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1479.3 – 12217 betreffend Erwähnung der Kommissionen mit ständigem Auftrag

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass die CVP-Fraktion den Antrag gestellt hat, auf die Kommission für Hochbauten zu verzichten.

➔ Der Rat stimmt der Schaffung einer Kommission für Hochbauten mit 53 : 19 Stimmen zu.

➔ Der Rat stimmt der Schaffung einer Kommission für Tiefbauten zu.

➔ Der Rat heisst die Raumplanungskommission, die Kommission für den öffentlichen Verkehr und die Kommission für das Gesundheitswesen gut.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Büro beantragt, die teilweise erheblich erklärte Motion von Alois Gössi, Leo Granziol, Stefan Gisler und Daniel Grunder betreffend Änderung der Geschäftsordnung des Kantons vom 8. März 2006 sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

1005 VORZEITIGE EINFÜHRUNG DES STAATSANWALTSCHAFTSMODELLS IN DER ZUGER STRAFJUSTIZ, ÄNDERUNG KANTONALER ERLASSE

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Obergerichts (Nrn. 1446.1/.2 – 12071/72), der erweiterten Justizprüfungskommission (Nrn. 1446.3/.4 – 12152/53) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1446.5 – 12158).

Othmar **Birri** möchte in Erinnerung rufen, dass die Motion der erweiterten JPK diesen Schritt verlangt hatte. Es fand eine hitzige Diskussion über die Erheblicherklärung statt, nachdem ausgewiesen wurde, was so eine Motion kostet. Der Rat bejahte die Erheblicherklärung und der Auftrag an das Obergericht wurde erteilt. Dieses hat den Termin eingehalten und Kommissionspräsident möchte dafür im Namen der erweiterten JPK dem Obergericht, seiner Präsidentin und der Arbeitsgruppe ganz herzlich danken. Die erweiterte JPK hat die gute Vorlage an zwei Sitzungen beraten.
Im Hintergrund hat der Votant den Vorwurf gehört, die Kommission sei oberflächlich darüber hinweg gegangen. Er möchte das zurückweisen. Sie hat ganz klar den Auftrag erhalten, darauf zu achten, dass eine Einheit entsteht und Zusammenhänge gesehen werden müssen. Es ist ein Gerüst, das auf dem Entwurf der eidgenössischen Strafprozessordnung basiert. Diese wird im Moment im Ständerat von einer Kommission beraten. Othmar Birri hat mit dem Ständerat gesprochen; man hofft, dass es im Frühjahr 2007 im Rat beraten wird. Nachher geht das Geschäft an den Nationalrat und voraussichtlich wird die eidg. Strafprozessordnung 2009 oder 2010 im Parlament verabschiedet. Eingeführt wird das vermutlich frühestens 2013.

Der JPK-Präsident bittet den Rat, den Änderungsanträgen der Kommission zuzustimmen. Zum Antrag der Stawiko betreffend Personalstellen wird er in der Detailberatung sprechen. – Die SP-Fraktion stimmt den Anträgen der erweiterten JPK zu.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an ihrer Klausursitzung vom 11. September 2006 beraten hat. Wie bereits in unserem Bericht erwähnt, handelt es sich um eine komplexe Vorlage, die von internen und externen Fachleuten ausgearbeitet und von der erweiterten JPK im Detail überprüft worden ist. Als Stawiko begrenzten wir unsere Tätigkeit auf die Überprüfung der finanziellen und personellen Auswirkungen dieser Vorlage.
Anlässlich der Kantonsratsdebatte vom 25. November 2004 hatte sich die Stawiko noch dagegen ausgesprochen, dass diese Motion der erweiterten JPK erheblich erklärt wird. Die Stawiko war damals der Meinung, dass der Kanton Zug das Staatsanwaltschaftsmodell erst einführen solle, wenn dies gesamtschweizerisch vorgeschrieben wird. Wir befürchteten damals, dass die Vorbereitung und Umsetzung dieser Vorlage die Gerichtsbehörden zu stark belastet bzw. überlastet, und wir warnten auch vor den finanziellen Aufwendungen. Wir wollen diese Diskussion nicht erneut entfachen und akzeptieren den damaligen Entscheid des Parlaments. In der Zwischenzeit konnte die Gerichtsbehörde den Beweis antreten. Die Ausarbeitung der Gesetzesvorlage wurde innert nützlicher Frist und mit einem vertretbaren Aufwand realisiert. Die deutliche Unterschreitung der für diese Tätigkeit budgetierten externen Kosten ist erfreulich.
Die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells vereinfacht nach Ansicht der erweiterten JPK die Strukturen und ermöglicht unter anderem eine Beschleunigung der Strafuntersuchung bei grossen Fällen. Die Stawiko schliesst sich heute dieser Meinung an und geht davon aus, dass sich diese Vereinfachung der Strukturen bei den richterlichen Behörden auch beim Personalbedarf auswirken muss. Im Gegensatz zur erweiterten JPK gehen der Stawiko die Personalbegehren des Obergerichtes deshalb zu weit. Der Umwandlung einer Einzelrichterstelle, welche dem Personalplafond unterstellt ist, in eine hauptamtliche Richterstelle im Strafgericht stimmen wir zu. Die Konsequenz ist aber eine Reduktion des Stellenplafonds um eine Stelle. Der Votant weist nochmals darauf hin, dass durch diese Reduktion des Stellenplafonds unter dem Strich keine Stellenreduktion erfolgt. Mit dieser Massnahme wird nur bewirkt, dass diese Gesetz einstweilen personalstellenneutral umgesetzt und nicht versteckt eine zusätzliche Stelle generiert wird. Weitergehende Stellenbegehren des Obergerichtes lehnen wir zum jetzigen Zeitpunkt ab. Die Stawiko ist grossmehrheitlich der Ansicht, dass die Angaben des Obergerichts über die tatsächlich benötigten Personalressourcen zurzeit noch viel zu vage sind. Zuverlässige Aussagen können erst nach Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells erwartet werden. Das Obergericht soll auf Grund der gemachten Erfahrungen dannzumal die konkreten und begründeten Personalbegehren stellen. Die Stawiko ist jedoch damit einverstanden, dem Obergericht während zwei Jahren befristete Aushilfsstellen zu bewilligen, um einen guten Übergang zu gewährleisten.
Gestützt auf unseren Bericht und diese Ausführungen beantragt die Stawiko, auf die Vorlage Nr. 1446.2 einzutreten und ihr wie folgt zuzustimmen: Gemäss Vorlage Nr. 1446.4 der erweiterten JPK mit einer Ausnahme: Beim Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen für die Zivil- und Straf rechts pflege für die Jahre 2007 - 2012 vom 30. März 2006 beantragen wir die Bewilligung von 74,4 Personalstellen.

Leo **Granziol** erlaubt sich als Motor dieser Neuerung, hier einige Worte zu sagen. Er ist natürlich sehr froh, dass er den Rat im November 2004 gegen anfängliche Widerstände überzeugen konnte, dass der Kanton Zug als der stärkste Wirtschaftskanton in der Schweiz sich nicht weiterhin das ineffizienteste und langsamste System bei der Strafverfolgung von Verbrechern leisten kann. Sie waren schliesslich mit ihm einig, dass es für unseren Ruf wichtig ist, dass Täter schneller vor Gericht kommen und die Rügen des Bundesgerichtes über Rechtsverzögerungen resp. Nichteinhaltung des Beschleunigungsgebots nicht weiter akzeptabel sind.
Jetzt ist die Motion umgesetzt und die neuen Gesetzesbestimmungen liegen vor. Es ist sicher keine übertriebene Feststellung zu sagen, dass wir damit einen Meilenstein in der Zuger Justiz setzen. Mit der Annahme dieser Vorlage erhält die Justiz ein modernes Strafverfolgungsverfahren, das europaweit Anwendung gefunden hat und über kurz oder lang in der ganzen Schweiz eingeführt wird. Wir machen damit einen Quantensprung, der auf einen Nenner gebracht so lautet: Der Unschuldige ist schneller entlastet, der Schuldige schneller in der Kiste! Da können Sie Freude darüber haben. Wir haben ja hier sonst nicht viel zu lachen!
Die Vorteile sind evident. Wir haben einen einzigen Verantwortlichen, der eine Strafuntersuchung durchführt, sie leitet, der Polizei Abklärungsaufträge erteilt und schliesslich entscheidet, ob ein Anklage erstellt werden soll und diese auch begründen muss. Vorbei ist das Hin und Her zwischen Polizei, Untersuchungsrichter und Staatsanwalt. Bleibt ein Fall über Gebühr liegen, gibt es in Zukunft nur einen Ansprechpartner. Der Staatsanwalt allein ist dafür verantwortlich, dass die Anklage rechtzeitig vor Verjährungseintritt gestellt wird. Er hat die Untersuchung zielgerichtet und speditiv auf seine Anklage zu führen und, wo sich kein Grund für eine Anklage ergibt, das Verfahren einzustellen. Kleine Fälle kann er sogar selbst durch Strafbefehl erledigen.
Damit bestehen neu klare Verantwortlichkeiten. Nicht nur das Obergericht, sondern auch die JPK werden es bei ihrer Kontrolle in Zukunft einfacher haben, die hängigen Verfahren und den Verfahrensstand zu überblicken und festzustellen, weshalb Fälle liegen bleiben. Die Vorlage ist aber auch eine Effizienzvorlage. Das neue System wird nach der Einführungsphase zu Entlastungen führen. Wir überspringen eine ganze Instanz im Verfahren, nämlich die Untersuchungsrichter. Nicht mehr zwei Instanzen studieren und prüfen den Tatbestand, sondern nur noch die Staatsanwaltschaft. Wir erwarten deshalb auch eine wesentlich schnellere Durchlaufzeit ab Untersuchung bis zur Anklage. Etwas anders wäre nicht nachvollziehbar. Es wird am Obergericht und der JPK liegen, diese Effizienzfortschritte nachzuprüfen. Es muss der Stolz jedes Staatsanwalts sein, ein Verbrechen speditiv abzuklären und die Anklage so zu begründen, dass der Täter verurteilt werden kann. Wir schaffen dazu heute die Voraussetzungen. In diesem Sinne bittet Leo Granziol namens der CVP um Eintreten und Annahme der Vorlage.

Andrea **Hodel** kann dem Rat im Namen der geschlossenen FDP-Fraktion mitteilen, dass diese sich für Eintreten auf diese Vorlage ausgesprochen hat und auch in der Detailberatung den Anträgen der Kommission zustimmt, mit Ausnahme der Personalbegehren, wo wir die Stawiko unterstützen. Die Grundsatzdiskussion wurde im Zusammenhang mit der heftigen Debatte zur Erheblicherklärung der Motion der erweiterten JPK geführt. Am damaligen Entscheid will die FDP-Fraktion festhalten.
Ausführungen des Obergerichts, aber auch die dem Kommissionsbericht beigelegten Flussdiagramme zur Organisation nach Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells zeigen, dass das Strafverfahren wesentlich vereinfacht wird. Drei Ämter – das Unter-

suchungsrichteramt, die Staatsanwaltschaft und die Jugendanwaltschaft – werden in ein Amt überführt, die Staatsanwaltschaft, welche dann hierarchisch aufgebaut ist. Mit der Führung der Untersuchung und der Anklage in einer Hand wird gewährleistet, dass sich nur ein Amt, eine Behörde und letztendlich eine Person oder ein Untersuchungsteam insbesondere in komplizierte Fälle einlesen, die Untersuchung führen und dann auch Anklage erheben muss.
Die bisherige Zweiteilung des Strafgerichtes in Einzelrichteramt und Kollegialgericht wird ebenfalls vereinfacht zu einem einheitlichen Strafgericht, wobei genau gleich wie in der Zivilrechtspflege Einzelrichter und Kollegialgericht Aufgaben übernehmen. Eingeführt werden muss der Haftrichter. Diese Aufgabe kann von den einzelnen Mitgliedern des Strafgerichts als Einzelrichter ausgeführt werden.
Die enge Zusammenarbeit mit den Experten für die eidgenössische Strafprozessordnung und auch die Rückfrage bei Ständerat Rolf Schweiger haben gezeigt, dass sich das Staatsanwaltschaftsmodell, wie wir es heute beraten, ganz auf der Linie des Entwurfs für eine eidgenössische Strafprozessordnung liegt. Der Vorteil der vorzeitigen Einführung ist dreifach. Erstens kann die weitgehende Umstrukturierung der Strafjustiz bereits heute vorgenommen und es können erste Erfahrungen gesammelt werden. Zweitens ist die Justiz des Kantons Zug gerüstet, wenn die eidgenössische Strafprozessordnung frühestens im Jahr 2010 bundesweit eingeführt werden sollte. Drittens, selbst sollte die eidgenössische Strafprozessordnung scheitern, hätte der Kanton Zug bereits auf ein System eingeschwenkt, das mit der leider ebenfalls immer erfinderischen Kriminalität Schritt hält und die Rahmenbedingungen setzt, dass auch in Zukunft komplizierte Fälle untersucht und die Täter innert nützlicher Frist vor dem Strafrichter zur Verantwortung gezogen werden können. Die FDP-Fraktion beantragt deshalb einstimmig Eintreten auf die Vorlage.
Die Ausführungen zur Detailberatung fallen kurz aus, die FDP-Fraktion erlaubt sich deshalb bereits an dieser Stelle festzuhalten, dass sie mit den Änderungsanträgen der Kommission einverstanden ist. Einzig in Bezug auf die Personalbegehren schliesst sie sich grossmehrheitlich den Anträgen der Stawiko an, wonach der Personalplafond auf 74,4 Personalstellen reduziert werden soll, weil diese Einzelrichterstelle aus dem Plafond wegfällt und dann als Behördenstelle beim Strafgericht angesiedelt wird.
Mit der Stawiko vertritt die FDP-Fraktion die Ansicht, dass nun zuerst Erfahrungen gesammelt werden müssen und mit den heute vorhandenen Personalressourcen zu arbeiten ist. Dies vor allem unter Berücksichtigung, dass dem Obergericht mit den Personalbegehren, welche anfangs dieses Jahres behandelt wurden, bereits Reservestellen genehmigt worden sind. Erst wenn trotz Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells und der damit zu erwartenden Effizienzsteigerung die personellen Ressourcen nicht mehr ausreichen, ist die FDP-Fraktion in ihrer Mehrheit bereit, weitere Personalbegehren wieder zu prüfen.

Werner **Villiger** hält fest, dass die SVP-Fraktion an ihrer Sitzung vom 25. September 2006 die vorzeitige Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells in der Zuger Strafjustiz beraten hat. Die Vorlage wurde uns von Strafgerichtspräsidentin Carole Ziegler erläutert. Fragen dazu wurden kompetent und ausführlich beantwortet. Die SVP-Fraktion befürwortet grossmehrheitlich die vorzeitige Einführung. Vom Präsidenten der JPK, Othmar Birri, von Leo Granziol und Andrea Hodel wurden die wichtigsten Argumente, die für eine vorzeitige Einführung sprechen, bereits genannt. Auch für uns gibt es mehrere gute Gründe, das Staatsanwaltschaftsmodell nun einzuführen. Bei einer vorzeitigen Einführung können die richterlichen Behörden im Kanton Zug

bereits einige Jahre vor der Vereinheitlichung des Strafprozessrechts – vorgesehen frühestens für 2010 – von den vereinfachten Abläufen profitieren. Wir erhalten vereinfachte übersichtlichere Strukturen, effizientere und beschleunigte Strafuntersuchungen bei den so genannt grossen Fällen. Der Votant denkt hier besonders an die Wirtschaftskriminalität. Für den Kanton Zug ist dies sehr wichtig, denn wir sind in diesen Bereichen besonders gefordert.
In Bezug auf die finanziellen, bzw. personellen Auswirkungen bestehen unterschiedliche Meinungen zwischen der Stawiko und der erweiterten JPK. Betreffend den Personalplafond beim Obergericht folgen wir grossmehrheitlich den Argumenten der Stawiko.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die AF für Eintreten auf die Vorlage ist. Die Aussicht auf vereinfachte Strukturen innerhalb der Strafjustiz und auf schnellere Verfahren – gerade bei komplexen Wirtschaftsdelikten – sprechen aus unserer Sicht für den Systemwechsel. Geschädigten *und* Angeschuldigten trägt die vorgesehene Neuerung Rechnung, da dem Beschleunigungsgebot Nachdruck verliehen wird. Anders als beim heutigen Untersuchungsrichtermodell lässt es die künftig hierarchisch gegliederte Staatsanwaltschaft zu, dass Teams gebildet werden, die zur Bewältigung eines aufwändigen Falls am selben Strick ziehen können. Wir begrüssen es, dass die Jugendanwaltschaft als Abteilung in die Staatsanwaltschaft integriert wird. Entgegen den Anträgen von Kommission und Stawiko folgen wir dem Antrag des Obergerichts auf Ausbau der Personalstellen um 0,5 Personaleinheiten. Es ist uns ein Anliegen, dass die gut funktionierende Justiz weiterhin gut bleibt. Das kostet auch etwas. Unklar ist uns allerdings, wie der Justizumbau räumlich vollzogen werden soll. Wo wird beispielsweise die ausgebaute Staatsanwaltschaft im Januar 2008 untergebracht werden? Was soll mit den Räumen des jetzigen Untersuchungsrichteramts passieren? Kann die Obergerichtspräsidentin dazu noch eine klärende Auskunft geben?

Karl **Rust** ist für Eintreten. Trotzdem zwei brisante Fragen, weil er in der Vorlage dazu kein Wort gefunden hat. Es geht vor allem darum, im Kanton Zug die Verjährung bei Wirtschaftskriminalität zu verhindern.
1. Wird mit dem neuen Verfahren der kantonale Spielraum innerhalb der Bundesgesetzgebung optimal genutzt?
2. Ist das besagte Verfahren massgebender als die Anzahl Richter?
Bei der raschen Umsetzung dieses Modells schätzt der Votant das beschleunigte Verfahren. Es wirkt der Verjährung entgegen. Dies vor allem bei Wirtschaftskriminalität, wo die Untersuchungen länger dauern. Das war ein Grund, dass die umstrittene Motion erheblich erklärt wurde. Das heisst, das Strafverfahren ist jetzt so zu straffen, dass Straftaten wegen zu langen Verfahren nicht verjähren!

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** kann sich auf den noch umstrittenen Punkt der zusätzlichen Personaleinheiten beschränken, nachdem der Vorlage keine grosse Opposition erwachsen ist. Diese Frage hat für uns eine ganz zentrale Bedeutung, denn das Hauptziel dieser Revision – eine Beschleunigung der grossen Strafverfahren – kann natürlich auch beim Staatsanwaltschaftsmodell nur dann erfolgen, wenn der Justiz das notwendige Personal zugestanden wird. Und es braucht nicht nur das

Verfahren, Karl Rust, sondern auch die Leute, die diese Regeln anwenden. Es braucht genügend Personal.
Wir haben die personelle Situation im Rahmen der Arbeitsgruppe, der Verwaltungskommission und im Obergericht sehr genau geprüft und auch realistische Berechnungen gemacht. Wir haben Vergleiche gemacht mit Kantonen, die den Haftrichter ja bereits haben. Und das ist ja ganz wichtig: Zusätzlich in diesem Modell ist der Haftrichter nötig. Den haben wir bis jetzt nicht. Die einzelnen Strafrichter werden dann als Haftrichter tätig sein. Und das gibt einen Mehraufwand. Das schleckt einfach keine Geiss weg! Wir sind deshalb nach wie vor der Überzeugung, dass diese zusätzlichen 1,5 Personaleinheiten nötig sind. Um nun aber mindestens die eine Personaleinheit, die durch die Überführung einer der beiden Richterstellen beim Einzelrichteramt in eine volksgewählte Richterstelle entsteht, behalten zu können, ziehen wir unseren Antrag betreffend der Personaleinheiten zu Gunsten des Antrags der JPK zurück. Das betrifft Ziff. VII unserer Vorlage. Wir werden versuchen, mit dieser einen Stelle sowie mit den unbestrittenen Aushilfsstellen für die zwei Jahre über die Runden zu kommen. Die Obergerichtspräsidentin ersucht den Rat deshalb, den Anträgen der JPK zuzustimmen. Die übrigen Änderungen, welche die JPK beschlossen hat, sind aus unserer Sicht sinnvoll und nicht bestritten.
Die Fragen von Karl Rust sind der Votantin nicht ganz klar. Bei der Verjährung ändert sich nichts. Diese ist vom Bundesrecht vorgegeben. Bei den Wirtschaftsdelikten geht es ja um Verbrechens- und Vergehenstatbestände. Bei den Verbrechenstatbeständen beträgt die Verjährensfrist 15 Jahre. Ziel ist ja eine Beschleunigung der Strafverfahren. Und die grossen Wirtschaftsdelikte sind eigentlich nie verjährt, weil dort sehr lange Fristen bestehen. Karl Rust müsste da schon mit einem konkreten Fall kommen. Und die zweite Frage hat Iris Studer-Milz ja eigentlich schon beantwortet: Es braucht ein gutes Verfahren und eine genügende Anzahl Richter.
Zur Frage der AF betreffend Raumsituation. Da können wir noch nichts Definitives sagen. Es besteht die Absicht, dass alle Leute in der neuen Staatsanwaltschaft unter einem Dach zusammengeführt werden. Das wäre die sinnvollste Lösung. Das Untersuchungsrichteramt ist im Polizeigebäude untergebracht im dritten Geschoss. Wir stehen in Verhandlungen mit der Zuger Polizei, dass wir das ganze Geschoss bekommen. Damit könnten wir dann die ganz Staatsanwaltschaft an einem Ort unterbringen. Die davon betroffenen Personen sind heute in drei verschiedenen Gebäuden untergebracht. Das ist so die Idee, und die Obergerichtspräsidentin hofft, dass eine Lösung gefunden wird.

Rosemarie **Fähndrich Burger** möchte dem Rat mitteilen, dass die AF dem Antrag des Obergerichts folgt, was die Personaleinheiten betrifft.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1446.4 – 12153

Ziff. VII § 1

Othmar **Birri** möchte darauf zurückkommen, was in der erweiterten JPK zu diesem Punkt besprochen wurde. Die Obergerichtspräsidentin hat gesagt, dass beim Stellenplafond eine Stelle weggeht zu einem Richteramt. Und die Richter unterliegen ja nicht dieser Personalplafonierung. Wir haben gesagt: Keine Erhöhung – sie wollten

ja eine Stelle mehr. Wir haben gesagt: Nein, ihr müsst mit dieser einen Stelle auskommen. Der Votant ist schon etliche Jahre bei der JPK und er kann dem Rat versichern, dass das Obergericht sehr haushälterisch umgeht mit diesen Stellen. Sie kennen das politische Prozedere! Wenn dann eine zusätzliche Stelle gefordert wird, muss man wieder eine Vorlage schreiben, es muss durch das Parlament und die Kommission. Seien Sie hier effizient und glauben Sie der erweiterten JPK! Wir lassen den Personalplafond stehen, wie er beschlossen wurde. Es geht einfach eine Stelle weg als Haftrichter, wo wir am Strafgericht eine Stelle mehr brauchen. Und der wird vom Volk gewählt. Das andere lassen wir und wir lassen es in der Kompetenz und auch die Reserven, die wir dieses Jahr beschlossen haben. Seien Sie grosszügig, damit das System dann funktioniert! Wir haben die Erfahrungswerte von St. Gallen. Dort war es sehr eng und es wurde kein Geld gesprochen für diese Übergangslösung. Wir haben gesagt: Wir sind grosszügig und geben euch dieses Geld für die zwei Jahre, für die Aushilfe. Springen Sie über Ihren eigenen Schatten und gestatten Sie dem Obergericht, diese eine Stelle zu behalten!

Peter **Dür** bittet den Rat, konsequent zu bleiben. Wir gehen mit der übrigen Verwaltung hart um und müssen jetzt einfach mit gleichen Ellen messen. Hier hat man das Gefühl, dass immer die Gerichtsbehörden sehr vage sind. Wir sind immer sehr grosszügig. Der Stawiko-Präsident möchte nur darauf hinweisen, dass wir diese Personalstellen 2007-2012 bewilligt haben. Dort hat es Luft drin, es hat einen gewissen Spielraum, den die Obergerichtspräsidentin ausnützen kann. Zudem hat man gesagt, man mache mit dem Staatsanwaltschaftsmodell schlanke Prozesse. Schauen sie nur das Organigramm an! Es ist viel einfacher geworden. Es gibt keine Doppelspurigkeiten mehr. Irgendwie muss sich das auch auf die Kostenentwicklung auswirken. Und primär heisst das nun aus Sicht der Stawiko personalstellenneutrale Umsetzung, d.h. Plafond minus eins. Und sekundär sollte sich das später auch im Bereich des Kostenwachstums auswirken. Also messen Sie die Gerichte und die übrige Verwaltung mit gleichen Ellen! Seien Sie auch hier strikt! Die Angaben der Gerichte sind viel zu vage zum heutigen Zeitpunkt. Wenn ein gleiches Stellenbegehren von der übrigen Verwaltung käme, würden Sie viel mehr im Detail fragen, wie das nun ganz genau läuft, wo diese Person angestellt ist etc. Bleiben Sie also konsequent und stimmen Sie dem Antrag der Stawiko zu!

Obergerichtspräsidentin Iris **Studer-Milz** möchte noch sagen, dass die Gerichtsbehörden immer sehr haushälterisch umgegangen sind mit den Stellen, und deshalb hat man vielleicht früher Budget und Rechnung weniger genau geprüft. Aber das wird ja jetzt heute gemacht. Die Votantin kann dem Rat auch versichern, dass wir auch in Zukunft haushälterisch damit umgehen werden. Es wird behauptet, die Angaben seien zu vage. Wir haben einerseits die Rechnungen gemacht und anderseits mussten wir auch Schätzungen vornehmen. Die Berechnungen des Haftrichters basieren auf tatsächlichen Angaben verschiedener Kantone. Und um diesen Haftrichter kommen wir nicht herum. Das sind zusätzliche Aufgaben, die auf uns zukommen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass ein gewisses Mass an mehr Unmittelbarkeit dazu kommt, dass die Gerichte in Zukunft ab und zu auch mehr Beweisabnahmen direkt in der Hauptverhandlung vornehmen müssen. Auch das führt natürlich zu Weiterungen und grösserem Aufwand. Deshalb sind wir auf diese eine Stelle angewiesen. Unser Antrag ist ja zurückgezogen – das gibt auch ein einfacheres Abstimmungsprozedere.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, das Obergericht und die erweiterte JPK hier 75,4 Personaleinheiten vorschlagen, so wie es jetzt ist. Die Stawiko schlägt vor, eine Stelle abzubauen auf 74,4 Personaleinheiten.

➔ Der Rat schliesst sich mit 37 : 36 Stimmen dem Antrag von erweiterter JPK und Obergericht an, wonach 75,4 Personaleinheiten bewilligt werden.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1446.6 – 12237 enthalten.

Die **Vorsitzende** begrüsst den evangelisch-reformierten Frauenverein Steinhausen. Ein besonderer Gruss gilt Rhina Schlumpf. Sie hat uns nämlich ein Geschenk mitgebracht. Sie erkennen es vermutlich. Sie gehen einmal monatlich in dieses Gebäude. Rhina Schlumpf war beim Zuger Heimatwerk engagiert. Da der kleine Kanton Zug betreffend einheimischem Kunsthandwerk nicht allzu viel hergab, haben sie Künstlerinnen und Künstler beauftragt, spezielle Arbeiten für das Heimatwerk anzufertigen. Die Schwägerin von Rhina Schlumpf, Helen Wolfensberger hat anfangs der 90er-Jahre von acht wichtigen Zuger Bauten einen Scherenschnitt hergestellt – unter anderem vom Regierungsgebäude. Die Kantonsratspräsidentin bedankt sich herzlich für dieses einmalige filigrane Geschenk und sie ist überzeugt, dass es in diesem Gebäude einen Platz finden wird. (Applaus des Rats)

1006 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND AUSTRITT AUS DEM INTERKANTONALEN KONKORDAT ÜBER MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON MISSBRÄUCHEN IM ZINSWESEN

Traktandum 8 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1461.1/.2 – 12112/13) und der Konkordatskommission (Nr. 1461.3 – 12146).

Andreas **Huwyler**, Präsident der Konkordatskommission, verweist auf den Bericht.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1461.4 – 12232 enthalten.

1007 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEFIZITDECKUNGSBEITRAG AN DAS VERKEHRSHAUS DER SCHWEIZ

Traktandum 9 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1456.1/.2 – 12099/100) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1456.3 – 12109).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass diese Vorlage gemäss früherer Praxis ausschliesslich an die Stawiko zur Vorberatung überwiesen wurde.

Gregor **Kupper** weist darauf hin, dass sich der Defizitdeckungsbeitrag an das Verkehrshaus der Schweiz zum Dauerbrenner entwickelt. Seit 1998 leistet unser Kanton einen Beitrag in der Höhe von jährlich 75'000 Franken und verlängert diesen Beschluss in schöner Regelmässigkeit alle drei Jahre. Die Stawiko hat diesen Verlängerungen jeweils zugestimmt – letztmals im Oktober 2003. Damals allerdings mit der Bemerkung, dass der Beitrag bei Inkrafttreten der NFA überprüft werden soll. Nun muss damit gerechnet werden, dass die Finanzierungslösung für die Betriebsbeiträge nicht rechtzeitig ausgearbeitet sein wird, weshalb die bisherige Regelung nochmals für die Jahre 2007-2009 verlängert werden soll. Die Stawiko vermag den Ausführungen des Regierungsrats zu folgen und würde es für politisch unklug halten, zum jetzigen Zeitpunkt diese Verlängerung abzulehnen. Sie empfiehlt daher einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Das tut auch die CVP-Fraktion.

Maja **Dübendorfer Christen** hält fest, dass die FDP-Fraktion grossmehrheitlich für den Antrag der Regierung stimmt. Das Verkehrshaus Luzern geniesst in unserer Region eine grosse Sympathie. Es trägt seinen Teil zur Attraktivität von Zug bei, wird geschätzt und besucht von Schulklassen aus unserem Kanton und unseren Gästen aus der ganzen Welt. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung und die Argumentation der Stawiko, damit der Kanton Zug den Defizitdeckungsbeitrag in den Jahren 07-09 an das Verkehrshaus bis zum Inkrafttreten der NFA weiterhin ausrichten kann.

René **Bär**: Als wir die Defizitgarantie vor Jahren beschlossen hatten, war das Verkehrshaus ein Museum. Das ist heute nur noch sehr beschränkt der Fall. Heute werden die Plätze vermietet an die Aussteller. Es ist eigentlich heute kein Museum mehr. Diejenigen, die ausstellen, müssen ihre Plätze bezahlen, und sonst kommen sie nicht mehr ins Museum. Die Frage ist nun: Ist es richtig, im heutigen Zeitpunkt, wo es kein Museum mehr ist, diese Garantie zu leisten, wenn doch die Aussteller ihre Plätze bezahlen müssen.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** weist darauf hin, dass es nicht ganz so ist, dass das Verkehrshaus gar kein Museum mehr wäre. Es bemüht sich um Eigenwirtschaftlichkeit und es gehört zu den Museen in der Schweiz mit dem grössten Eigenfinanzierungsgrad. Und das ist ja auch sehr erfreulich. Dazu braucht es natürlich auch ein gewisses wirtschaftliches Verhalten. Aber der Hauptteil des Ausstellungsguts ist im Besitz des Verkehrshauses und wird auch als Museumsgut ausgestellt.

Ergänzend gibt es Aktionen für irgendwelche Ausstellungsmöglichkeiten, für Attraktionen und Events. Aber insgesamt ist es selbstverständlich *das* Verkehrsmuseum der Schweiz.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69 : 2 Stimmen zu.

1008 INTERPELLATION VON VRENI WICKY BETREFFEN KOSA-INITIATIVE

Traktandum 10 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1444.2 – 12131).

Vreni **Wicky** verzichtet auf ein Votum, da das Ziel erreicht ist.

➔ Kenntnisnahme

1009 INTERPELLATION VON THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND JUGENDGEWALT

Traktandum 11 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1429.2 – 12102).

Thomas **Lötscher** weist darauf hin, dass das Thema vielschichtig ist, sind doch einige Bereiche des Alltags, aber auch diverse unterschiedliche Gruppen unserer Gesellschaft direkt involviert. Es gibt denn auch niemanden, dem man die Verantwortung alleine zuschieben könnte. Leider fühlt sich deshalb auch niemand richtig verantwortlich. So kommt es, dass ein Jugendlicher sich bewusst überlegen muss, wo er abends hingeht, welche Plätze er überquert. De facto können sich unsere eigenen Kinder in unserem freien Land nicht mehr frei bewegen, sondern müssen sich einen Parcours des kalkulierten Risikos erarbeiten. Ist das die Perspektive, die wir unseren Jugendlichen bieten wollen? Ein Stück Lebensschule nennt dies der Schulsozialarbeiter. Der Votant nennt es eine Zumutung, eine Schande und die Kapitulation unserer Gesellschaft vor der Gewalt! Das können und dürfen wir nicht akzeptieren.
Die Bekämpfung der Jugendgewalt ist nicht allein Sache der Regierung. Aber in diesem komplexen Problemfeld muss sie die Führung übernehmen. In ihrer Antwort schreibt die Regierung sehr viel über Präventionsanstrengungen. Diese Bemühungen sind positiv. Aber reicht das aus? Sie spricht von Elternbildung. Aber welche konkreten Massnahmen werden ergriffen?
Punkto Verfolgung der Täter scheint die Polizei gute Arbeit zu leisten. Allerdings kann sie nur dort tätig werden, wo Anzeige erstattet wird. Wo die Anzeige unterbleibt,

muss befürchtet werden, dass sich die Opfer in einem repressiven Umfeld bewegen. Leider fehlen unter anderem im Schulbereich Erhebungen oder wurden offensichtlich erst im Rahmen der Interpellationsbeantwortung gemacht. Daraus ergeben sich denn auch Antworten wie: «Dem Regierungsrat ist nicht bekannt...» oder «Die Regierung hat keine Kenntnis...». Nun wäre es schön, man könnte die Probleme aus der Welt schaffen, indem man nichts von ihnen weiss, sie nicht zur Kenntnis nimmt. Der Eindruck, dass diese Strategie verfolgt wird, kann einen befallen, wenn einerseits Schüler mit veilchenblauen Augen in die Klasse kommen und kein Lehrer sich dafür interessiert, wenn auf einem Dorfplatz eine Massenschlägerei mit rund 30 Jugendlichen stattfindet und andererseits die Schulen von Schüleraussagen schockiert sind, und an ihren Schulen nichts bemerkt haben wollen, wenn die Regierung den Sicherheitsstandard im öffentlichen Raum für Jugendliche als hoch bezeichnet. Hier sind noch Hausaufgaben zu machen – unter anderem auch von jenen, die sie ansonsten aufgeben. Die Regierung sollte sich dringend in Kenntnis der relevanten Fakten setzen.
Natürlich stellt sich auch die Frage nach griffigen Sanktionen gegen die Täter. Die Justiz setzt den Schwerpunkt auf die künftige Entwicklung des Täters und weniger auf die Vergeltung. Bei einem Ersttäter mag das berechtigt sein. Bei Wiederholungen ist aber eine schnelle Eskalation gefragt. Dabei muss eine Massnahme, damit sie wirkt, wehtun. In diesem Sinn ist zu begrüssen, dass die Regierung auf Bundesebene eine Verschärfung der Wegweisungspraxis erreichen will. Wichtig ist aber auch, dass die Eltern in die Verantwortung genommen werden und für mangelnde Kooperation belangt werden können. In diesem Zusammenhang hat der Votant kürzlich eine Motion eingereicht, um das Thema weiter zu verfolgen.
Dass Gewalt im Alltag der Jugendlichen zu einer normalen Erscheinung wird, wie dies von Schülern gesagt und vom Sozialarbeiter bestätigt wird, ist inakzeptabel. Von der Regierung erwartet Thomas Lötscher, dass sie sich über die herrschenden Zustände – vor allem auch an Schulen – umfassend in Kenntnis setzt und dass sie einen Massnahmenkatalog erarbeitet. Dabei soll sie auch Bund, Gemeinden und Erziehungsverantwortliche einbeziehen. Mit der inzwischen eingesetzten Arbeitsgruppe scheint ein guter Anfang gemacht zu sein. Selbstverständlich ist auch das Gespräch mit den direkt Betroffenen – den Jugendlichen – zu suchen. Gefragt ist eine nachhaltige Lösung. Wichtig scheint auch die regelmässige Information der besorgten Bevölkerung – auch über Erfolgsmeldungen. Die sehr hohe Äufklärungsrate ist doch erfreulich, beruhigend und dürfte potenzielle Täter abschrecken.
Für den Votanten als Freisinnigen gehört zu einer freien Gesellschaft auch die Bewegungsfreiheit. Alle Zuger – ob jung oder alt, weiblich oder männlich – sollen sich im öffentlichen Raum wieder frei und sicher bewegen können. In diesem Sinne ist er gespannt auf die Arbeitsergebnisse der inzwischen gebildeten interdepartementalen Arbeitsgruppe.

Monika **Barmet** weist darauf hin, dass die Forderung nach einer dringlichen Behandlung dieser Interpellation aufzeigt, dass Ereignisse im Kanton Zug im Frühjahr 2006 aufhorchen liessen und Verunsicherung ausgelöst haben. Grundsätzlich gilt festzuhalten, dass eine Vielzahl von Faktoren dazu führen, dass Gewalt entsteht, die sowohl auf gesellschaftlich bedingte Ursachen wie auch auf individuell schwierige lebensgeschichtliche Zusammenhänge zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund ist die Votantin überzeugt, dass nur ein mehrdimensionaler Ansatz Gewalt verhindern oder bekämpfen kann. Wir müssen ein gesellschaftliches Klima für die Jugendlichen schaffen, das Perspektiven eröffnet und jungen Menschen die Botschaft ver-

mittelt, dass sie ihre Zukunft aktiv mitgestalten können. Grundbedingungen, die unter anderem auch notwendig sind für eine erfolgreiche Integration.
Deshalb braucht es Massnahmen auf verschiedenen Ebenen – wie es im Bericht des Regierungsrats aufgeführt ist. Monika Barmet möchte vor allem auf die Ausführungen auf S. 12 und 13 hinweisen, wo es heisst: «Gewaltprävention beginnt bei der Erziehung, bei der Bereitschaft von Eltern, Verantwortung für die Erziehung zu übernehmen und auch schwierige Situationen anzugehen. (…), dabei gibt es auch die Möglichkeit, Massnahmen von Gewaltprävention bereits im Frühbereich anzusiedeln (Unterstützung von Eltern)».
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen vor allem der FDP- und SVP-Fraktion: Genau diese Unterstützung will die CVP-Fraktion mit der Eingabe ihrer Motion betreffend Erziehungsberatung vom 20. März 2006 den Eltern im Kanton Zug geben, denn in diesem Frühbereich besteht im Kanton Zug eine Lücke! Es ist wichtig, die Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen, Hilfe niederschwellig und unkompliziert anzubieten und konkrete Lösungen aufzuzeigen, sie zu stärken und zu ermuntern, Grenzen zu setzen und klare Strukturen zu schaffen, immer vor Augen haltend, dass Vorbilder, sichere Erziehende für die Entwicklung der Kinder wichtig sind.
Erfreulicherweise wurde das bewährte Projekt «HERMO – Gemeinsam gegen die Gewalt» wieder aktiviert. Es gilt hinzuschauen und zu handeln, die vorhandenen Ressourcen verschiedener Organisationen zu nutzen und die Probleme in Zusammenarbeit anzugehen. Nur auf diesem Weg werden wir diesem Phänomen trotzen können und unsern Beitrag zu einer gewaltfreien Jugend leisten.

Karl **Nussbaumer** erinnert daran, dass bereits im Februar 2004 in diesem Rat über eine Interpellation von Beat Zürcher und dem Votanten debattiert wurde. Gemäss Protokoll des Kantonsrats vom 26. Februar 2004 war es gerade der FDP-Sprecher, von dem es damals hiess: «Michel Ebinger stehen die Haare zu Berge, wenn er die Interpellation liest.» Nun, zwei Jahre später kommt doch dieselbe FDP mit dem gleichen Thema Jugendgewalt mit einer Interpellation von Thomas Lötscher, und nun stehen die Haare nicht mehr zu Berge wie 2004. Schön dass die FDP doch noch dort angelangt ist, wo die SVP schon vor zwei Jahren stand. Einmal mehr ein Thema, das wir frühzeitig angepackt haben, ein Thema das nicht zum Wegschauen, sondern zum Handeln ist.
Die Jugendgewalt nimmt immer mehr zu. Zeitungsberichte von betroffenen Schülern rütteln nun plötzlich auch die Behörden wach. Die Gewalt hat zugenommen. Die jüngsten Vorfälle und auch die kriminalpolizeilichen Zahlen zeigen es deutlich. Die meisten Fälle, welche innerhalb der Schule stattfinden, werden gar nie angezeigt. Die Opfer fürchten sich vor den Drohungen der Täter. Eine Schülerin vom Kanton Zug hat dies in der Zuger Zeitung klar zum Ausdruck gebracht. Jeder brauche seine eigene Mafia.
Schön, dass die Regierung – ausgehend von der nationalen Kampagne «Gewaltprävention in der Schule» – das Projekt HERMO ins Leben gerufen hat. Damit ist es aber nicht getan. PR-Kampagnen nützen primär der Gewinnrechnung der PR-Firmen! Natürlich ist es am sinnvollsten, Gewalt zu verhindern. Natürlich beginnt die Gewaltprävention bei der Erziehung. Was aber, wenn die Eltern ihre Verantwortung für die Erziehung nicht übernehmen? Was wenn sie die Verantwortung gar nicht übernehmen können? Vielleicht weil sie es nicht besser wissen?
Der Regierungsrat unternimmt noch zu wenig. Wir erwarten nicht eine Kontaktliste mit 28 unverbindlichen Namen, erstellt von der Sicherheitsdirektion. Wir erwarten einen Entscheid des Gesamtregierungsrats. Wir erwarten, dass die Jugendgewalt

von der Sicherheits- und Bildungsdirektion und der Direktion des Innern zur Chefsache erklärt wird. Hier scheint noch zu wenig zu geschehen. Wir erwarten keine mitfühlenden Worte, sondern ein klares Statement zu Recht und Ordnung und zum Willen, Recht und Ordnung durchzusetzen – mit allen Mitteln, die dem Regierungsrat und den Gemeinden zur Verfügung stehen. Wir erwarten eine erhöhte Präsenz der Polizei an kritischen Stellen. Wir erwarten die konsequente und harte Umsetzung des per 1. Januar 2007 in Kraft gesetzten Jugendstrafrechts. Wir erwarten Anpassungen in der Revision des kantonalen Polizeigesetzes. Wir erwarten kantonale Unterstützung der Gemeinden und wir erwarten eine klare Haltung der Schulen.
Immerhin gesteht der Regierungsrat zu, dass wir ein offensichtliches Problem mit der Jugendgewalt haben. Dies lässt hoffen, dass in diesem Bewusstsein die ersten kleinen Schritte des Regierungsrats nur den Anfang des langen Marsches zu einem sichereren Umfeld für unsere Kinder und Jugendlichen bilden.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass Jugendgewalt für die Politik ein dankbares Thema ist. Jugendgewalt existiert – also kann man periodisch ein Politthema daraus machen und sich ereifern. Die Situation der Jugendgewalt ist aber nicht so dramatisch, dass unmittelbar gehandelt werden muss. Also kann man ruhig nach der Debatte wieder die Hände in den Schoss legen. Sie werden diese Aussage möglicherweise als zynisch empfinden. Der Votant möchte erklären, dass sie durchaus ihre Berechtigung hat. Die Schlagzeilen, welche wir in den letzten Wochen und Monaten zum Thema Jugendgewalt in den Medien hatten, hatten wir z.B. auch vor etwa fünf Jahren:

- Das Stellmesser in der Hosentasche (Neue ZZ, 8. März 2001)
- Die Fäuste fliegen - aus Spass (Neue ZZ, 24. August 2001)
- Schlechte Bildung fördert Gewalt (Neue ZZ, 7. Januar 2002)
- Die Gewalt wird selbstverständlicher (Neue ZZ, 7. Januar 2002)

Michel Ebinger reichte damals am 6. September 2001 eine Interpellation ein, «Gewalt verdient keine Toleranz», welche vom Regierungsrat am 18. Juni 2002 beantwortet wurde. Dieser Rat hat also vor vier Jahren eine Jugendgewaltdebatte geführt. Die Stadt Zug führte damals, beauftragt durch eine Motion, eine Studie zur Jugendgewalt durch. Dank eines Beitrags der Regierung konnte diese Studie für den Kanton Zug repräsentativ durchgeführt werden. Befragt wurden Oberstufenschulklassen. Die Befragung erfolgte 2001, die Ergebnisse liegen gedruckt vor. Die Studie wurde der gesamten Regierung am 21. Mai 2002 durch Prof. Hornung von der Universität Zürich vorgestellt.
Die Studie reiht sich ein in eine ganze Reihe von nationalen und internationalen Studien zum Thema Jugendgewalt. In diesem Kontext sind die Resultate noch heute relevant. Verkürzt lassen sich die Ergebnisse so zusammenfassen: Jugendgewalt ist zwar nicht ein allezeit präsentes Phänomen, wie dies Medienberichte suggerieren. Aber Jugendgewalt existiert und zwar in einem Ausmass, das ernst zu nehmen ist und Handeln auf verschiedenen Ebenen und zu verschiedenen Zeitpunkten notwendig machen würde. Eusebius Spescha möchte den Rat jetzt hier nicht mit weiteren Resultaten langweilen. Wenn Sie diese wirklich wissen wollen, können sie die Studie nachlesen. Er hält nur soviel fest: Über Hintergründe und Ursachen von Jugendgewalt – auch im Kanton Zug – wissen wir eigentlich alles Wichtige. Zu verweisen ist auch auf den im Mai erschienenen und vom Bund in Auftrag gegebenen Bericht von Prof. Eisner zur Prävention von Jungendgewalt. Die Frage ist, ob wir bereit sind, das Nötige zu tun. Diesbezüglich ist der Votant skeptisch.

Die Regierung schreibt auf S. 3 der Interpellationsantwort: «Für die gemeindlichen Schulen existiert keine kantonale Erhebung betreffend Jugendgewalt.» Dabei wurde diese Zuger Studie durch die Regierung mitfinanziert. Gestützt auf einen Workshop mit allen interessierten Kreisen (Bildung, Polizei, Sozialarbeit, Jugendarbeit usw.) wurden in Ergänzung zur Studie Vorschläge zur Prävention von Jugendgewalt formuliert, aufgeteilt in die Handlungsfelder Familie, Schule, Freizeit und politische Verantwortung. Gelandet sind diese Vorschläge entweder im Schredder oder in einer übertiefen Schublade. So haben Autorin und Autor zwar einen zusätzlichen Eintrag in ihrer Publikationsliste. Das Engagement der Beteiligten dürfte aber vergeblich gewesen sein.
Selbstverständlich ist es ehrenwert, wenn Sicherheitsdirektion und Direktion für Bildung und Kultur erneut in einer Arbeitsgruppe eine Auslegeordnung machen. Spätestens wenn es budgetrelevant wird, wird nichts davon umgesetzt werden. Also kann die Arbeit auch gleich wieder eingestellt werden. Thomas Lötscher hat seine Liste der politischen Vorstösse ergänzt, die Regierung hat pflichtgemäss geantwortet. Schubladisieren wir das Ganze und machen ab, wer in etwa drei Jahren wieder eine unverbindliche Interpellation schreibt und sich empört und ereifert. Übrigens, Sie befinden sich in guter Gesellschaft. Auch der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug wollte damals die von ihm bestellten Vorschläge nicht umsetzen.
Missverstehen Sie Eusebius Spescha nicht: Jugendgewalt gibt es. Sie hat ein Ausmass und Formen angenommen – und zwar nicht erst seit heute –, welche Handeln erfordern würden. Es gäbe ganz viel Vernünftiges, was getan werden könnte. Vieles davon würde sogar sehr wenig kosten. Der Votant glaubt einfach den beiden hier vertretenen Räten nicht, dass sie wirklich handeln wollen. Für ihn ist dies das eigentliche Problem beim Thema Jugendgewalt. Die Politik spricht gerne darüber, aber tut nichts. Und hofft, dass es nie einen wirklichen «Brand» gibt.

Christian **Siegwart** erinnert sich, dass sich vor rund 30 Jahren die Halbstarken gelegentlich auf ihrem geheimen Kampfplatz in Oberwil trafen. Die Bande von oberhalb der Bahnlinie stand den «Dörflern» gegenüber. Bewaffnet mit Schleudern und Stecken gingen wir mehr oder weniger zielstrebig aufeinander los, bis erste Tränen flossen und die Verlierer Reissaus nahmen. Der einzige Nichtschweizer in unserer 30-köpfigen Klasse hiess Antonio und stammte aus Italien. Es herrschte kalter Krieg. Unser Lehrer wetterte fast täglich gegen den bösen Feind im Osten. Auf der Zuger Rössliwiese warnte damals ein Schild «Betreten verboten». Rund fünf Jahre später schlug dem Votanten in einer Disco ein Typ ohne Vorwarnung und ohne ersichtlichen Grund die Fäuste in die Brust. Jugendgewalt war damals kein Thema. Weder die Polizei noch seine Eltern erfuhren jemals von dem Vorfall. Er will mit dieser Einleitung das Thema Jugendgewalt nicht verharmlosen. Vorfälle, wie sie in jüngster Zeit publik geworden sind, schockieren ihn durch ihre Brutalität und sind nicht zu entschuldigen. Er will nur darauf hinweisen, dass es Gewalt zwischen Jugendlichen schon immer gegeben hat. Im Vergleich zu einst hat sich unsere Gesellschaft aber grundsätzlich gewandelt.
Bevölkerungswachstum, zunehmender Mangel an Freiräumen, Jugendarbeitslosigkeit, vermehrter Leistungsdruck bei trüben Zukunftsaussichten, geänderte Ausgehgewohnheiten, exzessiver Alkoholkonsum, Gewalt verherrlichende Medienvorbilder, verstärkte Migration, desinteressierte Eltern, ein genereller Wertewandel, eine zunehmende Ego-Kultur und Entsolidarisierung in der Gesellschaft, eine zunehmende Kluft zwischen sozialen Schichten – die Gründe für eine Zunahme der Jugendgewalt sind also vielfältig. Schliesslich ist die Jugend auch ein Spiegel unserer Gesellschaft.

Es steht aber auch fest, dass die Angst vor Jugendgewalt weit grösser ist als die objektive Bedrohung. Laut Antwort der Regierung bejahen befragte Lehrpersonen die Existenz von Gewalt eher als die Schülerinnen und Schüler. Wer hat nun Recht? Ist die Jugendgewalt für die Jugendlichen gar nicht so schlimm, oder haben sie damit leben gelernt? Die beiden pubertierenden Kinder Christian Siegwarts fühlen sich nicht bedroht, wenn sie abends ausgehen. Sie haben niemals von Gewalt oder Kriminalität in ihrem schulischen Umfeld berichtet. Hüten sie da ein Geheimnis, wie er damals?
Einen Aspekt findet er allerdings besonders bedrohlich: Es gibt immer mehr Jugendliche, die keinen Platz mehr finden in unserer Gesellschaft, die sich an den Rand gedrängt sehen – ohne eigenes Zutun und ohne Chance auf Veränderung. Ein junger Mann, der im Rahmen des Familiennachzugs erst nach der Primarschulzeit in unser Land kam, der nur gebrochen Deutsch spricht und dessen Name vielleicht auf -ic endet, der hat es in der Regel in allen Belangen schwer, für den ist das Ideal der Chancengleichheit eine Worthülse. Wenn er dank körperlichem Machtgehabe für einmal der Überlegene ist, wenn er in der Gewalt ein Ventil findet für seinen Frust, ist das aus psychologischer Sicht sogar verständlich. Zumal Gewalt in seiner Herkunftskultur zum Teil *eher* ein legitimes Mittel ist, um ein Ziel zu erreichen. Unsere Gesellschaft kann und darf dies aber nicht akzeptieren. Konsequente Bestrafung ist jedoch nur die eine Seite. Wir dürfen keine Jugend ohne Zukunft heranwachsen lassen. Sicher: Ausländische Jugendliche müssen selber an Integration interessiert sein und sich bemühen, müssen unsere Werte und Regeln kennen lernen. Sie müssen aber auch eine echte Chance erhalten und merken, dass sie willkommen sind in unserem Land. Sie müssen positive Anreize erhalten, müssen sehen, dass es sich lohnt, sich einzusetzen.
Jugendgewalt ist hier im Rat nur dank medial üppig aufgetischter Vorfälle ein Thema. Die besorgten Fragen in der Interpellation sind gut gemeint, bewirken aber wenig. Es handelt sich bestimmt nicht um ein Zuger Phänomen. Zug ist und bleibt eine sichere Stadt – auch für Jugendliche. In diesem Sinn überzeugen die von der Regierung gemachten Hinweise auf Präventionsbemühungen. Gefragt sind nun langfristige Ansätze. Politische Aufgeregtheit nützt nichts. Die betroffenen Jugendlichen – ob Täter oder Opfer – interessiert unsere Debatte ohnehin nicht.

Vreni **Wicky** weist darauf hin, dass Wegsehen keine Lösung ist. Verantwortlich sind wir alle. Die ausgewiesenen Fälle von Straftaten beunruhigen. Im Zeitraum vom 25. Februar bis zum 24. März 2006 ereigneten sich in Zug acht Raubdelikte und eine Körperverletzung, beziehungsweise erhielt die Zuger Polizei durch Anzeigen Kenntnis von diesen Delikten. Mit Ausnahme eines Raubes, der sich um 18.30 Uhr, und der Körperverletzung, welche sich um 21 Uhr zutrug, wurden alle übrigen Raubdelikte zwischen 22.40 und 2.05 Uhr begangen. Auf Grund der Häufung von Raubdelikten leitete die Zuger Polizei besondere Massnahmen ein und will diese vorläufig auch beibehalten. Die Delikte konnten rasch aufgeklärt werden, die Täter wurden ans Untersuchungsrichteramt überwiesen.
Und jetzt, was passiert weiter? Schon in ihrer Interpellation im Jahr 1999 hat die Votantin auf die Mängel hingewiesen. Schon damals hiess es in der Beantwortung: «Gewalt hat es schon immer gegeben. Mit diesen gesellschaftlichen Erscheinungen müssen wir leben.» Diese Aussage des Jugendstrafrichters lässt Vreni Wicky nicht gelten. 1999 nicht und heute nicht! Die Qualität von Gewalt, wenn wir das so nennen können, ist heutzutage eine andere. Es gibt weniger Skrupel, weniger Fairness. Geschlagen wird auch dann noch, wenn der Verletzte schon längst am Boden liegt,

Verletzungen werden in Kauf genommen. Die Votantin interessiert nach wie vor, was mit den jugendlichen Tätern geschieht. Welche Massnahmen werden getroffen? Werden die Anliegen betroffener Eltern ernst genommen? Wie werden die Opfer betreut? Gibt es eine harte und eine weiche Auslegung des Jugendstrafrechts und welche diesbezügliche Praxis verfolgt die zugerische Jugendanwaltschaft?
Für die Polizeiverantwortlichen ist es frustrierend. Die Zuger Polizei hat die Täter überführt und nach kurzer Zeit sind sie wieder auf freiem Fuss, prahlen wenn möglich noch mit ihren Taten oder lachen über die Strafen bzw. die Massnahmen.
Jugendgewalt ist auch in unserem Kanton ein sehr ernst zu nehmendes Problem. Jugendgewalt und Jugendkriminalität geht uns alle an und dürfen nicht nur der Polizei zur Lösung anheim gestellt werden. Gefordert sind die Eltern, Schulbehörden, Lehrbetriebe, Schulsozialarbeiter, Vereine und alle an der Erziehung Beteiligten. Je früher wir den Kindern und Jugendlichen sinnvolle Freizeitgestaltung durch qualitativ gute Betreuung bieten, je besser. Neben der Schule gehören betreute Mittagstische und Freizeitbetreuung zur Prävention. Kinder welche gelernt haben, in der unterrichtsfreien Zeit miteinander zu leben, lernen, spielen, lachen und Konflikte lösen, vertragen sich auch später, weil sie sich kennen und eines die Kultur des anderen respektiert. Integration darf nicht Privatsache sein, sondern ein Anliegen, das alle Bewohnerinnen und Bewohner dieses Kantons trifft und vermehrt als öffentliche Aufgabe wahrzunehmen ist. Integration ist nicht getan, indem man/frau sich einmal jährlich beim Gemeindeanlass an einem multikulturellen Büffet erfreut. Echte Migrationspolitik hat mit Chancengleichheit zu tun. Für Themen wie früherer Familiennachzug, obligatorische Deutschkurse, gemeinsame Freizeitgestaltung, Betreuungszeit, Chancengleichheit etc. müssen Lösungen gefunden werden. Es ist von grosser Wichtigkeit, dass die Betreuungsstätten eine gute Durchmischung aufweisen und dass wir auch Jugendliche erfassen, deren Eltern den Sinn und Zweck einer sinnvollen Freizeitbetreuung heute noch nicht sehen. Deshalb müssen wir neue Finanzierungsmodelle finden. Vreni Wicky ist überzeugt, dass Sozialabstufungen in Betreuungstarifen Finanzierungsmodelle von gestern sind. Die Schwelle zum Eintritt in die Betreuung muss niedrig sein. Denken Sie nur daran, dass jede Sonderbeschulung um die 100'000 Franken jährlich beträgt. Die Gewährleistung von Schutz und Sicherheit der Bevölkerung sowie des friedlichen Zusammenlebens in unserer offenen und freien Gesellschaft verursacht hohe Kosten. Eine verbesserte Integration der ausländischen Wohnbevölkerung wirkt der Kostensteigerung wirksam entgegen.
Fazit: Die Bemühungen der Zuger Polizei sind weiterhin mit konkreten Massnahmen fortzusetzen. Die Beantwortung der Interpellation zeigt vernetzte Ansätze dazu und drückt Erwartungen aus. Die Umsetzung obliegt den politisch verantwortlichen Stellen, Behörden, Schulen und Elternhäusern, aber auch dem Parlament, welches die Mittel für solche Massnahmen bewilligt.

Thomas **Lötscher** meint, die jetzt geführte Diskussion sei so ziemlich das Gegenteil eines unehelichen Kindes. Während beim Kind niemand der Vater sein möchte, haben wir hier sehr viele Väter und bemerkenswerterweise auch einige Mütter. Es geht aber nicht darum, wer hier der Erste war. Für den Wahlkampf ist es ja jetzt reichlich spät. Und vor Karl Nussbaumer und Michel Ebinger hatten schon die alten Römer Diskussionen über die heutige Jugend und ob sie gut oder schlecht sei. Es geht wirklich nicht darum. Es geht darum, dass wir das Problem grundsätzlich erkannt haben. Es wird unterschiedlich stark gewichtet. Aber die Frage ist: Was machen wir daraus? Und wenn Karl Nussbaumer sagt, dass er schon vor zwei Jahren damit gekommen ist, die Gegenfrage: Was hat er in den vergangenen zwei Jah-

ren weiter gemacht? Eusebius Spescha hat nicht Unrecht damit, wenn er sagt, dass das Thema einfach periodisch wieder mal aufgegriffen wird, etwas auf den Tisch geklopft wird und man dann weiter geht. So sollte es natürlich nicht laufen.
Die Antwort der Regierung war für den Votanten mehr als Makulatur. Sie war eine Auslegeordnung, um sich überhaupt mal einen Begriff und ein Bild darüber zu beschaffen. Die Thematik ist sehr divers, es sind verschiedene Fachbereiche betroffen und verschiedene gesellschaftliche Schichten. Den Überblick darüber zu gewinnen, ist recht schwierig. Thomas Lötscher hat deshalb die dort gefundenen Informationen als Basis genommen, um weitere Gespräche mit Spezialisten zu führen. Er hat mit der Jugendbeauftragten der Zuger Polizei gesprochen und mit dem Jugendanwalt des Kantons Zug. Basierend auf den Informationen der Interpellationsbeantwortung und auf diesen Gesprächen hat er dann eine Motion eingereicht, wo er konkreter wird als in der Interpellation. Er will jetzt beileibe nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern eine Lösung. Und er wird nicht zwei Jahre warten und sich – wenn dann wieder eine Interpellation kommt – in den Reigen jener einreihen, die sagen: Vor ein paar Jahren habe ich auch schon mal etwas zu diesem Thema gesagt. Er möchte, dass jetzt wirklich etwas unternommen wird, spürt aber, dass das Thema vielen Leuten im Rat unter den Nägeln brennt. Und wenn andere Politiker und andere Parteien dabei mitmachen wollen, ist das umso besser. Dann ist er auch zuversichtlich, dass wir zusammen effektiv eine Lösung für dieses Problem finden. Vielleicht nicht eine allumfassende – die wird es wahrscheinlich nie geben – aber sicher eine Verbesserung der aktuellen Zustände.

Felix **Häcki** wundert sich über zwei Sachen in der Antwort der Regierung. Es heisst dort: «Die Jugendanwaltschaft befasst sich nur selten mit Gewalt, welche sich direkt an der Schule abspielt. Gewalt an der Schule wird in der Regel wohl von der Schule selber in irgendeiner Form geregelt.» Nachher heisst es: «Die Zuger Polizei befasst sich bei der Jugenddeliquenz schwergewichtig mit Einsätzen und Straftaten im Freizeitbereich von Kindern und Jugendlichen. Gewaltvorfälle an Schulen erreichen die Polizei in deutlich geringerem Masse.» Der Votant möchte den Rat daran erinnern, dass wir am 31. Mai 2001 die Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des ZGB für den Kanton Zug verabschiedet haben. Dort gibt es einen § 34, Abs. 1, wo es heisst, dass jede Person – also auch Schüler, Lehrer, Ärzte etc. – unter Strafandrohung zur Anzeige verpflichtet ist. Und wer macht eine Anzeige? Niemand. Damals hat man das ausdrücklich gesagt und die linke Ratseite wie Käty Hofer und andere haben darauf hingewiesen, dass es absolut notwendig ist, diese Formulierung so im Gesetz zu haben, dass jede Person Anzeige machen muss. Und jetzt kommen offenbar einfach keine Anzeigen. Es kommt zwar in der Zeitung, aber niemand reagiert. Hier läuft irgendetwas falsch!

Bildungsdirektor Matthias **Michel** möchte vor dem Sicherheitsdirektor das Wort ergreifen, da heute sehr viel von den Schulen gesprochen wurde. Er plädiert hier für eine coole Haltung und dafür, eine Analyse zu machen. Es wird immer wieder auf dieses Beispiel von Nina im Bericht der Neuen Zuger Zeitung vom Mai verwiesen. Sie habe gesagt, man brauche an den Schulen eine Mafia und sie habe sich über die Schulen beklagt. Es wird suggeriert, die Schulen seien Herde der Gewalt. Der Bildungsdirektor empfindet es anders: Die Schulen sind auch Opfer oder gerade Opfer. Wenn man nämlich diesen Bericht von Nina liest, nennt sie drei konkrete Beispiele. Ein Beispiel ist Gewalt oder Drohung per SMS, ein anderes in der Eisenbahn und ein

anderes auf dem Dorfplatz. Wir helfen dem Problem nicht, wenn wir nun auf die Schule fokussieren und die Lehrer in die Pflicht nehmen. Sie gehören dazu, aber es betrifft nicht nur sie.
Zu den Umfragen. Es stimmt, wir haben zur Frage von Thomas Lötscher gesagt, dass wir keine aktuellen statistischen Angaben haben über das Verhältnis von Gewalt in der Freizeit und an Schulen. Das ist eine Frage der Ehrlichkeit, wenn wir hier nicht so tun, als wüssten wir mehr. Wir brauchen hier auch keine zusätzlichen Umfragen. Die Schule und die Polizei wissen, wo die Schwerpunkte der heutigen Gewaltformen anzusiedeln sind. Ein Bereich ist das Handy. Und hier kommt Matthias Michel zu einer Massnahme, die wir bereits in diesem Schuljahr umgesetzt haben. Nochmals zu den Umfragen: Vreni Wicky als Schulpräsidentin könnte noch mehr sagen, mit wie vielen Umfragen heute die Schulen und Lehrpersonen belastet werden. Da gibt es vom Bund grosse Umfragen. Wir plädieren ja immer wieder dafür, dass genau bei diesen Themen nicht jede Gemeinde oder jeder Kanton das für sich tut, sondern der Bund. Es gibt auch interkantonale Umfragen. Und da kommen wir mit unseren Evaluationen betreffend Fremdsprachenunterricht, Gesundheitsförderung, Schulentwicklungsprojekten usw. Und wenn Sie die Lehrerinnen und Lehrer fragen, wo sie belastet sind, dann ist das primär in diesem Bereich ausserhalb des Unterrichts mit administrativen und organisatorischen Aufgaben. Es sei an die Diskussion vor einigen Jahren in diesem Rat erinnert. Wir hatten damals punktuelle Entlastungsmassnahmen für Lehrpersonen beschlossen. Im Referendumskomitee hiess das Argumentarium – unter anderem auch von SVP-Vertretern: Sucht- und Gewaltprävention muss nicht an der Schule geschehen, sondern zu Hause, von daher brauchen wir nicht mehr Ressourcen an der Schule. Was nun? Erwarten Sie von den Schulen, hier mehr zu tun? Dann brauchen wir aber auch die Ressourcen.
Zu den Massnahmen. Von Eusebius Spescha wurde suggeriert, man mache Arbeitsgruppen, berate, und dann passiere doch nichts. Das ist eine Unterstellung. Zwei Beispiele. Regierungskollege Hanspeter Uster präsidiert diese Arbeitsgruppe Jugendgewalt. Es kommt sehr schnell zu greifbaren Massnahmen. Wir haben in der diesjährigen Schulinformation eine Seite, wo die Massnahmen gegen die Gewalt übers Handy vorgestellt werden. Wir haben bei den Lehrpersonen und mit Polizistinnen und Polizisten ein Unterrichtsmodul erarbeitet. Die Polizisten sind zu diesem Thema heute in den Schulen, Primarschule und Oberstufe. Es gab vor drei Wochen eine Weiterbildungsveranstaltung mit praktisch allen Schulleitenden des Kantons zum Thema «Wie reagiere ich auf aktuelle Gewaltformen», wiederum in Zusammenarbeit mit der Polizei. Das sind zwei Beispiele, wo der Kanton aktiv ist.
Und jetzt zu einem wichtigen Punkt. Gerade Sie in diesem Rat legen in dieser Zeit viel Wert auf die Aufgabenteilung. Wir sprechen hier mehrheitlich über die gemeindlichen Schulen. Was auf Gemeindeebene alles an Massnahmen und Projekten läuft im Bereich Gewaltprävention, da könnte der Bildungsdirektor eine ganze Liste herunterbeten. Was erwarten Sie nun vom Kanton? Dass wir hier nun punktuell in die Gemeinden reingehen? Wir unterstützen sie, es wurden zwei Beispiele genannt. Aber die Gemeinden tun ihre Arbeit gut.
Und wenn man dann auf der anderen Seite sagt: Präventiv läuft schon viel, aber repressiv müsste man verstärken! Da gibt es ebenfalls Ansätze. Wir geben mit dem neuen Schulgesetz, das jetzt in Bearbeitung ist, den Rektoren ein zusätzliches Instrument in die Hand mit dem befristeten Schulausschluss. Das ist ein Beispiel. Und was schliesslich den Elternbereich anbelangt. Wenn gefordert wird, dass Lehrpersonen stärker und schneller durchgreifen, erwartet der Votant von den Eltern, die auch hier im Rat sitzen, dass sie die Lehrpersonen auch unterstützen. Wieviele Male hört er von Schulleitern oder Lehrpersonen, dass am Abend – kaum ist eine Mass-

nahme verhängt – böse Telefone kommen. Am nächsten Tag das Schreiben eines Anwalts. Hier müssen sich vielleicht gerade auch die Erziehenden zu Hause überlegen, ob sie zum Schutze ihres Kindes gegen die Lehrpersonen antreten wollen oder ob vielleicht eine solche Massnahme gegen ihr Kind gerechtfertigt war. Das zur Selbstverantwortung, die Felix Häcki am Schluss noch erwähnt hat. Wir können uns ja alle selber fragen, wann wir letztes Mal bei einer Gewaltszene interveniert haben.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** möchte sich zuerst zum Votum von Felix Häcki äussern. Dieser hat sich auf § 34 des EG ZGB berufen. Dieser Paragraph ist eingebettet ins Familienrecht und es geht um eine Anzeigepflicht bei der Gefährdung des Kindeswohls innerhalb der Familie. Das ist nach Wissen des Sicherheitsdirektors nicht anwendbar auf den öffentlichen Raum, zu dem auch die Schule gehört. Aber man kann das noch abklären.
Es wurde in einigen Voten suggeriert, die Verantwortung werde nicht wahrgenommen. Wer nimmt die Verantwortung wahr? Hanspeter Uster kann dem Rat die berühmte Liste vorlesen, die Karl Nussbaumers Parteikollege Staffelbach erhalten hat. Es ging darum, ihm zu zeigen, wer in dieser Arbeitsgruppe ist. Von der Funktion her sehen Sie, wer die Verantwortung wahrnimmt. Es ist nicht allein der Regierungsrat oder der Kanton. Und in den Voten von Thomas Lötscher und Karl Nussbaumer hat der Sicherheitsdirektor eine starke Kantonsgläubigkeit, ja Staatsgläubigkeit entdeckt. Es gibt auch sehr viele gesellschaftliche Verantwortung. Also hier die Aufzählung, wer dabei ist: Der Sicherheitsdirektor, mehrere gemeindliche Sicherheitschefs (Stadtrat, Gemeinderäte), der Vertreter der Rektorenkonferenz (Schule), der Jugendanwalt, die Zugerland Verkehrsbetriebe, die sehr viel machen, für die Gewaltprävention und auch von Sachbeschädigungen und Gewalt in den Bussen betroffen sind, die Caritas-Geschäftsstelle als Fachstelle für Integration und Migration, verschiedene Jugendbeauftragte, der Verein Zuger Jugendtreffpunkt, das kantonale Sozialamt, der Präventionsbeauftragte der Zuger Polizei, die Jugendbeauftragte der Zuger Polizei, der Kommandant der Zuger Polizei, der Kripochef, die Schulleiterinnen des integrativen Brückenangebots, der kantonale Schulinspektor, eine Vertreterin des Integrationsnetzes Zug, ein Vertreter der Fachstelle Migration, die Vertreterin der Schulpräsidentinnen und -präsidentenkonferenz, punkto Jugend und Kind und auch die Präsidentin der Sozialvorsteherkonferenz. Sie sehen: All diese Behörden- und Institutionsmitglieder nehmen ihre Verantwortung wahr! Und wenn man die Regierung jetzt zitiert oder auschnittsweise zitiert, hat das mit intellektueller Redlichkeit zu tun. Der Bildungsdirektor hat es schon gesagt: Wenn wir keine Zahlen und Erhebungen haben, können wir doch nicht so tun, wie wenn wir es wissen würden. Das ist allen klar. Aber daraus abzuleiten: Man schaut halt lieber weg! Dazu ist zu sagen: Das stimmt so nicht! Und das ist auch unfair gegenüber all den unzähligen Akteurinnen und Akteuren im Bereich der Prävention und der Repression gegenüber Jugendgewalt.
Karl Nussbaumer hat wieder einmal einen Standardbaustein aus dem Redeset genommen und eine höhere Präsenz der Polizei gefordert. Wenn der Sicherheitsdirektor mit seinen Polizistinnen und Polizisten spricht, weiss er, wie präsent sie sind und zu welchen Zeiten. Und auch wenn er mit Jugendlichen spricht, beklagen sie sich teilweise, wie stark die Polizei präsent sei. Das erachtet er als Kompliment an die Polizei. Aber man muss sich auch überlegen: Ist es allein die Polizei, die präsent sein muss oder gibt es eben auch die Jugendarbeit, die aufsuchend präsent sein müsste? Das ist ja auch die Idee der interdepartementalen Arbeitsgruppe. Wir haben festgestellt, dass unglaublich viel von sehr vielen verschiedenen Stellen gemacht

wird. Es sind sehr viele Ressourcen heute schon investiert. Und was wir jetzt in einem weiteren Schritt machen wollen, nachdem wir nun eine Auslegeordnung haben, dass wir jetzt die Situation analysieren und schauen, ob die Ressourcen richtig eingesetzt sind. In der Prävention, der Repression und bei anderen Aufgaben, die es zu tun gibt. Sind die Ressourcen dort eingesetzt, wo sie die höchste Wirksamkeit entfalten? Und da wollen wir jetzt mit dieser Situationsanalyse herausfinden, ob es allenfalls einen wirksameren Einsatz der vielen heute schon eingesetzten Ressourcen gibt. Ob es z.B. richtig ist, dass man noch einmal ein zusätzliches Konzept macht, oder ob man diese Energie nicht vielleicht direkt in die aufsuchende Jugendarbeit investiert. Und da wird gefordert, es soll jetzt etwas unternommen werden. Es wird schon lange etwas unternommen! Und zwar ziemlich viel. Die Zielgerichtetheit ist eine Frage, die wir vertieft klären wollen. Und auch die Wirksamkeit, obwohl diese schwierig zu messen ist.
Der Bildungsdirektor hat schon Bezug genommen auf verschiedene Massnahmen, die in den Gemeinden und an den Schulen gemacht werden. Und es ist nochmals zu betonen: Der Regierungsrat kann hier – abgesehen von der Zuger Polizei und den kantonalen Schulen, wo er direkt zuständig ist – eine koordinierende Funktion ausüben. Das machen wir auch gern. Aber was wir nicht können: Substituieren, was allenfalls an anderen Stellen nicht gemacht wird. Und deshalb ist auch gerade die Schule ein Feld, wo es darum geht, dass auch direkt dort gehandelt wird. Aber Hanspeter Uster hat selbst gestaunt, wie viel an verschiedensten Schulen in fast allen Gemeinden des Kantons gemacht wird. Wie intensiv dort auch ganz konkrete Arbeit geleistet wird. Und er hat gerade am 8. November einen Elternabend im Schulhaus Inwil, wo es um ein Projekt der Gewaltprävention geht. Dort gehen seine beiden Buben in die Schule und es interessiert ihn persönlich, was dort gemacht wird.
Von Vreni Wicky wurde die Frage gestellt, was mit den Täterinnen und Tätern passiert. Es ist tatsächlich so, dass fatale Fälle aufgeklärt werden konnten. Wir haben das Obergericht eingeladen, Stellung zu nehmen zur Frage, welche Sanktionen ergriffen werden. Auf den Seiten 8-10 in der Interpellationsantwort wird gesagt, was rechtlich möglich ist. Und dort wird auch gesagt, was tatsächlich für Sanktionen ergriffen werden. Es ist sehr wichtig, dass auch das Zusammenspiel dieser verschiedenen Akteure in der Repression funktioniert. Aber es wäre völlig falsch, nur auf die Repression, nur auf die staatlichen Massnahmen zu setzen. Es gibt hier ja auch in der Gesellschaft und in der Wirtschaft sehr erfreuliche Bewegungen. Was hat Wirtschaft mit Jugendgewalt zu tun? Das Lehrstellenangebot gerade auch für nicht höchstqualifizierte Schulabgänger ist ein entscheidender Präventionsfaktor in der ganzen Frage der Jugendgewalt. Und da werden grosse Bemühungen gemacht, einerseits von der Volkswirtschaftsdirektion, anderseits aber auch von den einzelnen Betrieben, hier etwas zu unternehmen. Und das ist sehr anerkennenswert. Da kann man sehr viel bewegen für eine bessere Ausbildung und für eine Perspektive für Jugendliche, die nicht in einfachen Verhältnissen aufgewachsen und zur Schule gegangen sind.
Ein zweiter Punkt, wo ganz verschiedene Leute gefragt sind, sind all die Probleme um die Integration vor allem der ausländischen Bevölkerung. Auch das kann man staatlich unterstützen. Man kann einen Rahmen geben. Es gibt auch staatlich formelle Entscheide bis hin zur Einbürgerung. Aber entscheidend ist auch hier ein gesellschaftlicher Wille zur Integration. Und dieser Wille darf natürlich nicht nur einseitig sein von den Integrierenden, sondern auch von denen, die sich hier integrieren wollen. Unsere interdepartementale Arbeitsgruppe prüft jetzt auch, ob wir analog einer so genannten Berner Erklärung eine Erklärung machen «Zug zeigt Zivilcourage».

Eine Erklärung, wo ganz breit eingeladen wird, alle Behörden und Institutionen, aber auch einzelne Menschen, die erklären: «Wir wollen keine Gewalt!» Diese Berner Erklärung hat in Bern einiges ausgelöst. Und wir prüfen jetzt, in welcher Form wir eine solche Zuger Erklärung machen, damit die Gesellschaft als Ganzes erklärt, was das Ziel von uns allen ist: Wir wollen keine Gewalt. Vielen Dank, wenn Sie uns hier unterstützen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Kräften.
Und was die Kräfte betrifft, so wurde sehr gut gesagt, dass wir Ressourcen brauchen. Es braucht Investitionen. Der Sicherheitsdirektor wird hier nicht mehr selbst einen Antrag stellen können. Aber wenn ein Antrag kommt von Seiten der Regierung, dann sollten Sie Ihren Worten auch Taten folgen lassen!

➔ Kenntnisnahme

1010 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND FINANZIERUNG DER BILDUNGSANLIEGEN AUF DER VOLKSSCHULSTUFE

Traktandum 14 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1452.2 – 12130).

Rosemarie **Fähndrich Burger** erinnert daran, dass die Interpellation nach der Abstimmung zur Einführung der zweiten Fremdsprache auf der Primarstufe entstand. In unserem politischen Umfeld stellte sich die Frage, ob mit der Einführung der zweiten Fremdsprache auf der Primarstufe sowie der Umsetzung der individuellen Lehr- und Lernformen an den Volksschulen die notwendigen finanziellen Mittel für eine qualitativ hochwertige Bildung längerfristig zur Verfügung stehen würden. Die Sorge steht klar im Zusammenhang mit dem revidierten Steuergesetz, welches von ca. 15 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen pro Jahr ausgeht, und dem Aufwand für die Kosten an die NFA, welche unseren Kanton vor grosse finanzielle Probleme stellt.
Zu den Interpellationsantworten im Einzelnen. Die Antwort auf Frage 1 zeigt anschaulich auf, wie sich die Mittel für den Fremdsprachenunterricht verteilen. Die DBK erwartet, dass die Aufwendungen für den Fremdsprachenunterricht wie bis anhin auf dem Budgetweg genehmigt werden. Die Antwort ist eine Aufforderung ans Parlament, dass weiterhin genügend Gelder für die Bildung gesprochen werden müssen, vor allem, weil das Zugervolk sich für die zwei Fremdsprachen ausgesprochen hat.
Antwort 2 sagt, dass gemäss Lehrplan jedes Kind individuell gefördert werden muss. Die Lehrpersonen haben die Aufgabe, jene Lehr- und Lernformen zu treffen, die für die einzelnen Kinder am ehesten zum Ziel zu führen scheinen. Diese individuelle Förderung bedingt, dass den Lehrpersonen genügend Zeit für ihre anspruchsvolle Arbeit zur Verfügung steht. In der Interpellationsantwort wird ein Modell geschildert, das uns beinahe visionär erscheint. Damit die Kinder selbständig arbeiten können, selber merken, welche Hilfe sie brauchen und sich diese dann auch holen, ist eine gute Einführung und eine seriöse Begleitung notwendig. Entsprechend gross ist der Aufwand für die jeweilige Lehrperson. Es ist nicht realistisch, davon auszugehen, dass eine einzige Lehrperson diesen grossen Aufwand längerfristig wird leisten können. Wir fragen uns deshalb, unter welchen Bedingungen die Lehrpersonen diesen hohen Anforderungen werden entsprechen können und ob die Anliegen der einzelnen Kinder erfüllt werden können.

Bei Antwort 3 geht es um die Weiterbildung der Lehrpersonen. Dieser Punkt bereitet uns Sorge. Wir haben grösste Bedenken, dass Gemeinden künftig nur noch das Minimum für die Weiterbildung ihrer Lehrpersonen aufwenden werden, auch wenn ein gewisses Controlling des Kantons weiterhin vorhanden sein wird. Die Norm-Pauschale pro Schulkind, wie sie im 2. Paket ZFA vorgesehen ist, schreibt den Gemeinden nicht vor, wie sie das Geld einzusetzen haben. Das Thema wird sicher bei der Beratung des 2. Pakets der Zuger Finanzaufgabenreform noch vermehrt zu reden geben.
Frage und Antwort 4 sind dem Thema Bildung und Steuerentwicklung des Kantons gewidmet. Wir gehen davon aus, dass die Volksschule weiterhin eine qualitativ hoch stehende Volksschule für die Kinder aus allen Bevölkerungskreisen bleiben wird. Wenn das Bildungsniveau auf hohem Standard gehalten werden soll und den neuen Anforderungen will genügen können, muss die Schule über mehr finanziellen Spielraum verfügen können. Es ist inzwischen allseits bekannt, dass Bildung eine der wenigen schweizerischen Ressourcen ist. Entsprechend muss in sie investiert werden. Die schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren EDK fordert, dass der Kredit des Bundes für die Bildung für die kommenden vier Jahre um 8 % aufgestockt wird. Die CVP Schweiz geht mit ihren Forderungen gar noch weiter. Der Bundesrat hat gestern grünes Licht für 4,5 % Wachstum gegeben. Unsere Regierung dagegen geht davon aus, dass bei den Beiträgen an die Besoldung der gemeindlichen Lehrpersonen eine Steigerung von 3 % eingehalten werden muss, um die Vorgaben der Finanzstrategie zu erfüllen.
Wir Alternativen kommen nicht umhin, unserer Sorge Ausdruck zu geben und darauf hinzuweisen, dass der Steuerwettbewerb von unserem reichen Kanton Abstrich um Abstrich an qualitativ guten Errungenschaften fordert. Dagegen wehren wir uns!

Andrea **Hodel** weist darauf hin, dass die AF vordergründig auf das Thema der Volksabstimmung der zwei Fremdsprachen auf Primarschulstufe zurückkommt. Sie benutzt dann dieses Thema, um uns einmal mehr unterstellen zu wollen, dass ein Ja zum neuen und fairen Steuergesetz dazu führen könnte, dass nicht mehr genug Finanzen für die Bildung zur Verfügung stehen.
Dem ist nicht so. Die FDP-Fraktion dankt der Regierung für die klare Stellungnahme. Der Regierungsrat zeigt auf, dass erstens der Kanton bereits heute beste Rahmenbedingungen zur Ausbildung und Unterstützung der Lehrpersonen bietet und dass alle Voraussetzungen gegeben sind, das individuelle Lehren und Lernen zu fördern. Auch nach Einführung des 2. Pakets ZFA wird der Kanton weiterhin die Kosten für notwendige Nachqualifikationen übernehmen und über die Norm-Pauschale auch weiterhin die Intensivweiterbildung der Lehrpersonen subventionieren.
Fazit: Effizientere und zielgerichtete Einsetzung von Mitteln stellt kein Sparpaket dar, welches die Investitionen in die Bildung und Innovationen gefährdet. Die Revision des Schulgesetzes, welche derzeit beraten wird, beweist, dass Innovation nicht eine Frage von finanziellen Mitteln ist. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass bis heute sämtliche Steuergesetzrevisionen, auch wenn Steuern gesenkt wurden, zu Mehreinnahmen für unseren Kanton führten, weil wir eben für private und juristische Personen attraktiver geworden sind, weil leistungswillige junge Leute sich in unserem Kanton niederlassen, hier arbeiten, hier Grund-, Zusatz- und Weiterbildungen absolvieren und zu unserer Finanz- aber auch Volkswirtschaft nur positiv beitragen. Dies gilt es im kommenden Abstimmungskampf zu beachten.

Bildungsdirektor Matthias **Michel** nimmt als Anerkennung an die Regierung, dass wir visionäre Modelle vorschlagen. Wir setzen hohe Anforderungen an die Lehrpersonen. Wir investieren auch in ihre Bildung. Es ist ja eine gut zugerische Tradition, dass das einen grossen Stellenwert hat. Wir beweisen das und Sie beweisen das jährlich mit dem Budget, neuerdings an die Ausbildung auf der Ebene Pädagogische Hochschule. – Es wurde auch erwähnt, dass wir im Bereich Weiterbildung daran sind, in der Innerschweiz all diese kantonalen Weiterbildungen zusammenzuführen und zu stärken. Einerseits Synergien zu gewinnen und gleichzeitig das Angebot allen Lehrpersonen dieser Region zu öffnen. Auch das wird in Kooperation mit der PHZ geschehen.
Zur Angst, dass mit dem ZFA die individuelle Weiterbildung, wenn sie allein von der Gemeinde finanziert werden muss, vernachlässigt wird. Über alle Parteien hinweg wird betont, wie hoch die Führungsautonomie der Schulen vor Ort zu gewichten ist. Und das ist nun einmal ein klassischer Teil der Personalführung in einer Schule, dass auch dort vor Ort entschieden wird, wer welche Weiterbildung braucht. Zur Schulautonomie gehört auch die Finanzierungsautonomie. Es ist folgerichtig, dass die Gemeinden hier die volle Verantwortung übernehmen. Es ist auch daran zu erinnern, dass diese Idee der Normpauschale eine blosse Weiterführung ist des Ansatzes zu einem Pool. Wir haben in diesem Rat vor vier Jahren den Schulentwicklungs- und Schulleitungspool kreiert, welcher den Gemeinden mehr Möglichkeiten gibt, die Subvention des Kantons dort einzusetzen, wo Bedarf ist. Es ist wichtig, dass der Kanton nicht falsche Anreize setzt. Und diese Normpauschale pro Schüler ist zweckgebunden. Das muss für die Schüler und für die Schule eingesetzt werden. Wir massen uns vom Kanton her nicht an, zu sagen, die Gemeinde Baar müsse nun diese 1'000 Franken eher für einen schulischen Heilpädagogen einsetzten oder für die Aufteilung einer Klasse. Das ist Verantwortung vor Ort und das ist dann auch Schulqualität.
Der Vergleich hinkt doch etwas, wenn man sagt, der Bundesrat sei inzwischen bereit, eine Steigerung von 6 % der Bundesgelder zu bewilligen. Im Kanton würden wir uns auf blosse 3 % beschränken. Man muss hier ein Zweifaches bedenken! Der Bund geht davon aus, dass im Bereich Universitäten und Fachhochschulen, wo er auch massgebend mit trägt, die Stundentenzahlen stark steigen werden. Schon deshalb ist hier eine Steigerung der Finanzierung nötig. Im Kanton stagniert im Moment die Schülerzahl. Zum zweiten wissen wir, dass der Bund einen Nachholbedarf hat bezüglich seiner gesetzlich vorgeschriebenen Finanzierung, wo er zuständig ist. Und nur um das zu erreichen, was er heute schon zahlen müsste, und den steigenden Studentenzahlen Rechnung zu zahlen, bringt den Studierenden pro Kopf nicht viel mehr. Man kann das also nicht einfach vergleichen.

➔ Kenntnisnahme

1011 MOTION VON THOMAS VILLIGER BETREFFEND AUSBAGGERUNG DER REUSS IM GANZEN KANTONSGEBIET

Traktandum 12 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1368.2 – 12133).

Thomas **Villiger** weist darauf hin, dass gut ein Jahr vergangen ist, seitdem das Wasser in der Reuss bis zur Krone des Damms reichte. Personen und Vieh wurden evakuiert, die Feuerwehr musste mit Sandsäcken den Damm erhöhen und grosse Bagger halfen, den neu erbauten Damm zu stabilisieren. Die Reussbrücke beim Zollhaus musste im letzten Winter einer Reparatur unterzogen werden, da das Wasser ihr erheblichen Schaden zuführte. Nach so einem Ereignis kann man nicht einfach wegschauen und denken, dass es Glück war, dass nichts passiert ist. Dies hat den Votanten zu dieser Motion bewogen, in der Reuss gezielt Baggerungen vorzunehmen.
Zum Antrag der Regierung. Wenn man den Antrag liest, könnte man meinen, dass Villiger die ganze Reusssohle um einen Meter absenken wolle. Die Presse doppelt nach und betitelt das Vorhaben als Mumpitz, wofür Thomas Villiger gar kein Verständnis aufbringen kann. In der Motion steht ganz klar: «Deshalb muss die Reuss, wie es in früheren Jahren der Fall war, gezielt ausgebaggert werden, um die Abflusskapazität zu erhöhen.», Dass die Sohlenveränderung keine grossen Unterschiede aufweist, ist nur auf der Beilage 1 des Antrags der Regierung ersichtlich. Die grafische Darstellung ist ein Querprofil, und es wird nur der Durchschnittswert aufgezeigt und nicht der gesamte Wert der ganzen Breite des Flussbetts. Wenn man im Gelände steht, sieht man die Realität. Der Beugerank ist ein Paradebeispiel für eine Kiesbank. Dort hat es eine rund zwei Meter hohe Kiesbank, welche weit in die Reuss hinein ragt. Der Fluss wird dadurch extrem verengt, was die Flussgeschwindigkeit massiv erhöht und zu Vertiefungen auf der anderen Seite führt. Durch diese grossen Höhenunterschiede der Sohle ergibt sich dann ein relativer Wert, welcher gar nicht so schlimm aussieht und eben gut in eine graphische Darstellung passt. Das Argument, dass bei Schäden am gegenüberliegenden Ufer durch Baggerungen der Kanton Zug haftbar ist, mag sein. Wer haftet aber für Schäden, welche entstehen, weil die Kiesbänke bis in die Mitte der Reuss ragen und sich der Fluss in das gegenüberliegende Ufer frisst? Das ist doch auch ein Problem! Geschweige denn, wenn die Wassermassen über die Ufer treten und grosse Flächen gutes Kulturland unter Wasser setzen und es unfruchtbar machen, wie es in Rotkreuz der Fall war. Es kann nicht sein, dass zukünftig Landenteignungen vorgenommen werden müssen und Grundwasser-Pumpstationen stillgelegt werden, nur weil man den Kies nicht aus der Reuss nehmen will. So entstehen negative Auswirkungen für das Grundwasser und die Ökologie, und nicht wenn man gezielt mit einem Bagger, wie es der Kanton Aargau vorbildlich gezeigt hat, Baggerungen vornimmt.
Dem Amt für Fischerei und Jagd ist Recht zu geben, dass bei umfangreichen Geschiebeentnahmen Gefahren für die Fischerei bestehen. Nicht aber wie es der Motionär verlangt. Bei gezielten Baggerungen während der Schonzeit der Fische und während nicht all zu langer Zeit ist die Gefahr für die Fische sehr klein. So wurde der Votant von Fachpersonen beraten.
Das Amt für Umweltschutz hat bei der Qualität des Grundwassers grosse Bedenken. Da es sich nicht um eine Tieferlegung der Reuss von zwei Meter handelt, sondern nur um gezielte Geschiebeentnahmen, kann auch von diesem Problem abgesehen werden. Es wird nicht so sein wie beim Bau der grossen Aufweitung, welche im vor-

letzten Winter gebaut wurde und bis jetzt zwei Mal für je rund 200'000 Franken saniert worden ist, indem Rinnen bis in das Grundwasser gebaggert werden. Zu diesem Zeitpunkt war das Grundwasser stark mit Industriekalk verseucht und kaum noch geniessbar. Dort hat es aber keine Rolle gespielt und die Anwohner mit privaten Wasserfassungen wurden vertröstet.
Im Ganzen Bericht wurden nur die negativen Punkte erläutert und es wurde nur geschrieben, warum Baggerungen nicht vorgenommen werden können. Es ist kein Wort über eine machbare Lösung geschrieben worden. Der Kanton Aargau hat bewiesen, dass Kiesentnahmen machbar sind, ohne die Ökologie zu schädigen.
Der Zuger Zeitung vom 12. August dieses Jahres war zu entnehmen, dass die Zuger Regierung Baggerungen in der Reuss nicht ausschliesst. Es wird mit den Nachbarkantonen eine Studie ausgearbeitet, um mehr über den Geschiebehaushalt in der Reuss zu erfahren. Demnach kann doch das Motionsbegehren, in der Reuss gezielt Baggerungen vorzunehmen, nicht grundsätzlich falsch sein! Die Anwohner der Reuss und die Landwirte werden beim nächsten Jahrhunderthochwasser dankbar sein, wenn zuvor die Reuss vor angehäuftem Kies befreit wird und das Wasser ohne grosse Hindernisse abfliessen kann. – Thomas Villiger hofft, dass der Rat seine Verantwortung wahrnimmt und die Motion für erheblich erklärt.

Käty **Hofer** weist darauf hin, dass die Antwort der Regierung sehr umfassend und mit viel Sachverstand abgefasst ist. Sie hat sie mit grossem Interesse gelesen und daraus viel gelernt. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Regierungsrats zu. Es gibt in dieser Angelegenheit zwei Hauptpunkte. Das eine ist die Koordination unter den Anrainerkantonen der Reuss. Flüsse kennen keine Gemeinde- oder Kantonsgrenzen. Sie fliessen von oben nach unten und sind fast unaufhaltsam. An diese Fakten müssen wir uns halten. Gestern hat Luzern eine Vorlage vorgestellt zum Umbau des Wehrs in der Stadt Luzern. Es ist selbstverständlich, dass Luzern alle Anrainer, Gemeinden und Kantone, die von dieser Massnahme betroffen sind, begrüsst. Das zweite wichtige Hauptargument ist die Ökologie. Flüsse sind äusserst diffizile Ökosysteme. Der Bericht der Regierung zeigt uns dies auf. Wasser ist beteiligt, Geschiebe, die Ufer müssen betrachtet werden, Pflanzen und Tiere. Eingriffe in diese Ökosysteme dürfen nur sehr vorsichtig gemacht werden und mit sehr guten Vorabklärungen. Die vorliegende Motion ist aus der Optik von Hünenberg und Risch formuliert. Sie betrifft nur den Reussanteil in diesen beiden Gemeinden. Sie hat keinen Anteil an Koordination von anderen Reussanliegern. Sie betrifft nur Ausbaggerungen in diesen beiden Gemeindegebieten. Also widerspricht diese Vorgehensweise der Koordination, die vorher angesprochen wurde. Käty Hofer weiss auch nicht, wie sie sich das vorstellen muss, wenn in den Gemeinden Risch und Hünenberg ausgebaggert wird. Auf der anderen Hälfte der Reuss wird nicht ausgebaggert, weiter oben und weiter unten auch nicht.
Der Motionär hat die Reussdammsanierung angesprochen. Genau diese ist ein Beispiel für eine Optik, die über die Gemeindegrenzen hinausgeht. Die neuen Flächen, die wir der Reuss zugeordnet haben, sind Rückhaltebecken, und sie verhindern, dass das Wasser bei Hochwasser allzu schnell abfliesst. Sehr viele Kubikmeter Wasser werden dort gespeichert und der Kanton Aargau und die weiteren Anlieger weiter unten sind uns dankbar dafür, dass dieses Wasser nicht auch noch mit dem Hochwasser abfliesst. Genau das wäre eine Konsequenz, wenn wir die Abflussmengen erhöhen. Jemand muss uns das Wasser unterhalb des Reusspitzes abnehmen.
Da die Motion aus der Optik der Gemeinden Hünenberg und Risch formuliert ist, erlaubt sich die Votantin noch eine weitere Bemerkung. Die SVP Hünenberg hat

kürzlich eine Motion eingereicht zu Handen der Gemeindeversammlung mit der Forderung, dass Motionen sehr wohl überlegt sein müssten. Das ist auch im Kantonsrat erlaubt.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass mit einzelnen gezielten Baggerungen z.B. beim Beugerank, welche sich rein visuell auf den ersten Blick durchaus anbieten würden, die Hochwassersicherheit nicht entscheidend verbessert werden kann. Um eine grundsätzliche Verbesserung zu erreichen, müsste der Abflussquerschnitt über eine längere Distanz vergrössert werden. Veränderungen an den Sohlen haben jedoch wegen der Gerinnegeometrie einen kleinen Einfluss auf den Hochwasserspiegel, da die Wasserspiegelbreite im Hochwasserfall erheblich grösser ist als die Sohlenbreite. Der Beugerank, den die Motion vermutlich primär anspricht, weist ein um 20 Meter breiteres Gerinne auf, als die Reuss in den übrigen Abschnitten aufweist. Deshalb besteht dort keine Hochwassergefahr.
Die Situation im Kanton Aargau ist nicht zu vergleichen mit derjenigen im Kanton Zug. Durch das Kraftwerk Bremgarten mit dem Stausee Zufikon werden Geschiebe- und Sedimenttransporte fast vollständig unterbrochen. Die Auflandungen betrugen auf mehrere Kilometer bis zu 80 cm. Im Kanton Zug sind hingegen nur einige wenige Kiesbänke vorhanden, welche auch bei einem Abtrag den Hochwasserspiegel nur marginal beeinflussen. Die Kiesbankbildung auf der Kurveninnenseite ist eine natürliche Entwicklung. Das Gleiche gilt auch für die Vertiefung auf der Kurvenaussenseite. Künstliche Eingriffe ändern höchstens kurzfristig etwas, mittel- bis langfristig und insbesondere bei einem Grossereignis – und um dessen sichere Bewältigung geht es ja – stellt sich die ursprüngliche Situation mit Kiesbank wieder ein. Untersuchungen im Kanton Aargau haben ergeben, dass bei der Bildung einer grösseren Kiesbank der Hochwasserspiegel oberhalb der Bank um maximal 15 cm ansteigt. Im Rahmen der Thurkorrektion wurde durch wechselseitige Aufweitungen des Flusses die Bildung von Kiesbänken und Vertiefungen im Gerinne sogar gezielt gefördert. Ein Fluss darf heute nicht mehr zu einem reinen Abflussgerinne verkommen.
Um in Zukunft Baugebiete vor extremen Hochwassern zu schützen, müssen vermehrt Überflutungsflächen (Polder) oder Abflusskorridore ausserhalb des Abflussquerschnittes geschaffen werden (Engelberger Aa, Reuss Kanton Uri). Damit können die Dämme vor Überflutungen mit negativen Folgen wie Dammbrüchen geschützt werden. Das Hochwasserereignis vom August 2005 hat auch aufgezeigt, dass das Schwemmholz an technischen Anlagen (Brücken, Wehren usw.) zu viel grösseren Problemen geführt hat als das Geschiebe in der Reuss. – Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 51 : 13 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

1012 MOTION VON ALOIS GÖSSI BETREFFEND ÄNDERUNG DER ZUSTÄNDIGKEITEN BEI EINBÜRGERUNGEN

Traktandum 13 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1373.2 – 12132).

Alois **Gössi** freut sich, dass die Beantwortung in seinem Sinn ausgefallen ist. Der Regierungsrat teilt sein Grundanliegen, dass in Zukunft nicht mehr die Bürgergemeindeversammlung und wir im Kantonsrat für Einbürgerungen zuständig sind, sondern dass diese Kompetenz verlagert wird zum Bürgerrat, resp. zum Regierungsrat. Es soll also, wie es schön heisst, ein Verwaltungsakt werden. Und die Einbürgerung ist ein Verwaltungsakt, dies hat das Bundesgericht auch schon bestätigt: Einbürgerungen sind individuellkonkrete Anordnungen, die die Merkmale einer Verfügung erfüllen. Jeder abgelehnte Gesuchssteller hat Anspruch auf das rechtliche Gehör sowie auf eine Begründung des Ablehnungsentscheids. Die Durchführung dieses Verwaltungsakts durch die Bürgergemeindeversammlung ist das falsche Gremium. Diese ist nicht darauf ausgerichtet und organisiert, eine Verfügung zu treffen. Das gleiche gilt für uns im Kantonsrat. Es ist sinnvoll, die Kompetenz zu verlagern: Weg von der Bürgergemeindeversammlung zum Bürgerrat, weg vom Kantonsrat zum Regierungsrat. Der Votant persönlich hätte auch sehr gerne damit leben können, dass die Kompetenz zu den Einbürgerungen zu den Einwohnergemeinden übergegangen wäre.
Der Themenbereich lässt sich zweiteilen: rational und emotional. Emotional heisst, wir Zuger Bürger können nicht mehr mitbestimmen, wen wir einbürgern wollen, wir können, zumindest theoretisch, niemanden mehr ablehnen. Rational heisst, wir übergeben die Kompetenz einer Stelle, die dazu am besten geeignet ist und dies ist halt nicht die Bürgergemeindeversammlung. Alois Gössi ist überzeugt, dass der Bürgerrat seine Aufgaben auch kompetent wahrnehmen wird. Er bürgert sicher nur diejenigen Ausländer ein, von deren Gesuch er überzeugt ist. Man sieht dies z.B. in Baar. Vielfach steht bei den Einbürgerungen: «Der oder die Ehepartner(-in) ist in dieses Gesuch nicht einbezogen.» Das lässt jeweils darauf schliessen, dass der oder die Ehepartner(-in) die Bedingungen nicht erfüllt hat.
Heute Morgen war in der Zeitung ein Bericht über die SVP-Initiative für demokratische Einbürgerungen. Der Bundesrat lehnt diese Initiative der SVP ab. Er sagt unter anderem gemäss Neuer Zuger Zeitung, er sei der Ansicht, dass sie im Widerspruch zu verschiedenen völkerrechtlichen Übereinkommen stünde. Und weiter sagt er, er halte im Grundsatz fest, dass es sich bei einer Einbürgerung nicht um einen politischen, sondern um einen Rechtsanwendungsakt handle. – In diesem Sinn bittet der Votant den Rat, seinem Motionsbegehren zuzustimmen.

Manuel **Aeschbacher** glaubt, dass der Rat nicht überrascht ist, dass sich die SVP-Fraktion dem Anliegen des Motionärs und dem Antrag der Regierung nicht anschliessen will. Das ist gut, denn es ist die Bestätigung dafür, dass wir geradlinige und konsequente Politik betreiben. – Die SVP-Fraktion und mit ihr auch die SVP Kanton Zug ist klar gegen eine Delegation der Zuständigkeiten bei Einbürgerungen, weg vom Souverän, hin zur Verwaltung. Es kann und darf nicht sein, dass eine Einbürgerung einen reinen Verwaltungsakt darstellt. Den Stimmberechtigten wird im Regierungsratsbericht unterschwellig unterstellt, sie würden bei Einbürgerungen eventuell diskriminierend handeln, weil ihnen die vollständigen Akten nicht vorlägen.

Diese Aussage zeigt auf, welches Misstrauen dem Stimmvolk der Bürgergemeinden entgegengebracht wird. Aus unserer Sicht ist es richtig, ja geradezu notwendig, dass *die* Personen über eine Einbürgerung entscheiden können, die Einbürgerungswillige aus persönlichen Erfahrungen und Kontakten kennen. So steigt die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber einer allfälligen Einbürgerung erfahrungsgemäss merklich.
Wie Sie zudem wissen und vorher bereits gehört haben, ist auf eidgenössischer Stufe eine Volksinitiative der SVP hängig, die verlangt, dass die Stimmberechtigten einer jeder Gemeinde selber festlegen können, welches Organ in ihrer Gemeinde für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts zuständig sein soll. Der Votant muss da Alois Gössi korrigieren: Die Initiative entspricht völkerrechtlichen Grundlagen. Sie verstösst nicht dagegen und ist vom Bundesrat auch nicht ungültig erklärt worden. Die Ansicht des Bundesrats ist eine Ansicht, eine andere ist jene der Einreicher der Initiative.
Es macht keinen Sinn, vor einem Entscheid des Volkes zur Initiative unsere Verwaltung zu beschäftigen, um eine Revision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes zu erlangen. Lassen wir den Stimmberechtigten die Freiheit, einen Entscheid zu fällen. Sie werden es Ihnen sicher danken. Wie wir der Zeitung entnehmen können, wird das frühestens Ende 2008 der Fall sein. – Die SVP-Fraktion stellt mit überwältigender Mehrheit den Antrag, die vorliegende Motion nicht erheblich zu erklären.

Anna **Lustenberger-Seitz** hält fest, dass die AF natürlich den Entscheid des Regierungsrats begrüsst, das Einbürgerungsverfahren voll und ganz den Exekutivgremien zu überlassen. Wir unterstützen daher die Erheblicherklärung der Motion von Alois Gössi. Den Alternativen im Kanton Zug war und ist es ganz zentral, dass Menschen, die unsere Nationalität annehmen wollen, ein menschenwürdiges, korrektes und rechtsstaatliches Verfahren durchlaufen.
Sicher, in den letzten Jahren hat sich bereits einiges verändert: Die Zeiten, als Menschen – fast wie im Lotto – eingebürgert wurden, sind mindestens zum jetzigen Zeitpunkt vorbei. Die Bürgergemeinden und der Kanton machen sehr seriöse Abklärungen. Personen, die hier eingebürgert werden wollen, müssen einen grossen Einblick in ihr Leben geben, z.B. auch in ihr Einkommen und Vermögen. Frage: Hat nicht eine bürgerliche Mehrheit in diesem Saal den Einblick ins Steuerregister abgeschafft? Für einbürgerungswillige Personen aus dem Ausland und der Schweiz, die das Ortsbürgerrecht beantragen, soll der Schutz der Privatsphäre auf einmal nicht mehr gelten? Oder soll zwischen Schweizer und Ausländern, die sich um das Ortsbürgerrecht bewerben, ein Unterschied gemacht werden? Dies wäre schlichtweg eine Diskriminierung. Alles, was die ans Amtsgeheimnis gebundenen Bürgerräte abklären und wissen wollen, gehört nicht in die Öffentlichkeit. Und darum sind Volksentscheide fehl am Platz. Denn souveräne Entscheide des Volkes setzen eine umfassende Information der Bürger voraus. Diese Information ist nun aber nicht möglich, sie widerspricht dem Persönlichkeitsschutz.
Die AF bedauert es, dass die staatspolitische Kommission des Ständerats weiterhin sogar Urnenabstimmungen als Möglichkeit bei der Einbürgerung sieht. Allerdings, die Hürden wegen der Begründungspflicht sind derart hoch, dass der Kanton Zug gut daran tut, davon abzusehen. Die AF begrüsst es sehr, dass der Bundesrat gestern entschieden hat, die Volksinitiative der SVP für demokratische Einbürgerungen abzulehnen. Sie ist erfreut über die Richtung, welche die Regierung unseres Kantons gehen will. Einbürgerungen sind keine Bauchentscheide, kein Ja oder Nein je nach Lust und Laune. Das wäre eines Rechtsstaats unwürdig. Und ein rechtsstaatlich faires Verfahren ist das Mindeste, das wir einbürgerungswilligen Personen gewähren sollten.

Käty **Hofer** ist doch sehr erstaunt, dass zu diesem viel diskutierten und wichtigen Thema die CVP- und die FDP-Fraktion offenbar nichts zu sagen haben.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, möchte auf die Einwände der Mehrheit der SVP-Fraktion eingehen. Der Vorschlag des Regierungsrats baut keine Volksrechte ab. Er verlagert nur die Zuständigkeit auf jenes Organ, das für das Aussprechen einer Verfügung geeignet ist. Das Bundesgericht hat diese Haltung bestätigt. An Verfügungen werden besondere Anforderungen gestellt. Es besteht der Anspruch des Betroffenen auf rechtliches Gehör. Er untersteht gemäss Art. 8 der Bundesverfassung dem Diskriminierungsverbot. Eine Ablehnungsverfügung muss begründet werden. All diesen Anforderungen kann eine Versammlung nicht genügen. Wir haben ja im Sommer 2003 nach den Bundesgerichtsurteilen für die Bürgergemeinden einen Ablauf erstellt, um ihnen diese Begründungspflicht klar zu machen und es ihnen zu ermöglichen, darauf einzugehen. Das ist Hochseilakt. Eine Versammlung kann keine Begründung liefern, wie das eine Verfügung einer Verwaltungsbehörde kann. Eine Exekutive ist übrigens vom Volk gewählt. Da sind die Volksrechte gewahrt. Sie untersteht dem Amtsgeheimnis. Und sie kann auf differenzierte Unterlagen zurückgreifen und entsprechend differenziert entscheiden. Differenzierte Unterlagen, die unter Umständen einer Versammlung aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht vorgelegt werden dürfen. Übrigens hat die Direktorin des Innern auch aus dem Kreis der Bürgergemeinden keine Einwände gegenüber einer Verlagerung der Zuständigkeit von der Versammlung zur Exekutive gehört. Es war in der Presse zu lesen, dass die Bürgergemeinden mit diesem Vorschlag sehr gut leben können, es vereinfache ihr Verfahren. Die Votantin bittet den Rat daher, die Motion im Sinne der Erwägungen der Regierung erheblich zu erklären und den Antrag der überwältigenden Mehrheit der SVP-Fraktion abzulehnen.

➔ Der Rat beschliesst mit 37 : 28 Stimmen, die Motion erheblich zu erklären.

Die Beratung wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

72. SITZUNG: DONNERSTAG, 26. OKTOBER 2006
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.10 – 17.20 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

1013 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Werner Villiger, Zug; Thiemo Hächler, Oberägeri; Markus Grüring, Unterägeri; Andrea Erni Hänni, Steinhausen; Daniel Burch, Risch.

1014 POSTULAT VON SILVAN HOTZ BETREFFEND LICHTSIGNALANLAGE KNOTEN WESTSTRASSE/LANDHAUSSTRASSE, BAAR

Traktandum 2 – Silvan **Hotz**, Baar, sowie 23 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner haben am 28. September 2006 ein Postulat eingereicht, dessen Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1482.1 – 12208 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag vorliegt, dieses Postulat sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich vorerst eine formelle über die sofortige Behandlung. Sofern diese nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wird, gibt es danach eine materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung, diese dann mit einfachem Mehr. – Wir führen wie üblich eine Diskussion über beide Elemente zusammen, machen jedoch zwei getrennte Abstimmungen.

Silvan **Hotz** erinnert daran, dass der Regierungsrat an seiner Sitzung vom 29. August 2006 den Ausbau des Knotens Weststrasse/Landhausstrasse beschlossen hat. Dabei hat er einer Lichtsignalanlage den Vorzug gegeben. Er will auch, dass der Knoten bei Inbetriebnahme des Zentralspitals 2008 fertig gestellt ist. Es ist wohl unbestritten, dass es dort einen neuen Verkehrsknoten braucht. Denn das Ausfahren aus der Landhausstrasse in die Weststrasse ist zum heutigen Zeitpunkt sehr schwierig. Auch sollte der Knoten mit dem neuen Zentralspital fertig gebaut sein. Deshalb wurde für das Postulat die sofortige Behandlung beantragt. Damit soll verhindert werden, dass bei einer normalen Überweisung bei der Antwort, für welche der Regierungsrat zwölf Monate Zeit hätte, die fortgeschrittene Planung als Grund gegen einen Kreisel angeführt werden könnte. Es ist sicher auch im Interesse der Regierung, dass wir dieses Geschäft heute behandeln.
Der Baudirektor wird den Rat wohl darauf aufmerksam machen, dass die Genehmigung des Ausbaus des Knotens in der alleinigen Kompetenz des Regierungsrats liegt und hier der Kantonsrat nichts zu sagen hat. Rechtlich stimmt das schon, politisch können wir uns immer äussern und manchmal müssen wir es sogar, wenn wir der Meinung sind, dass der Entscheid falsch war. Und eine Lichtsignalanlage oder ein Kreisel sind nun mal zwei paar Schuhe.
Aus dem Bericht des Verkehrsingenieurs VerkehrsTeam Oskar Merlot von Cham geht hervor, dass *beide* Knoten möglich sind. Wir haben heute schon beide Varianten eines Knotens: an der Weststrasse den Kreisel Bahnmatt beim Altersheim und die Lichtsignalanlage Neufeld bei der Autobahneinfahrt. Einzig auf Grund der Steuerbarkeit hat der Bericht eine Lichtsignalanlage empfohlen. Und genau darauf hat sich der Regierungsrat abgestützt. Die Steuerbarkeit des Knotens. Und genau hier haben wir das Problem. Wie wollen Sie den Verkehr steuern, wenn er staut? Und zwar staut er, weil er im Baarer Dorf nicht abfliesst. Dort haben wir drei Lichtsignalanlagen hintereinander. Und alle werden gesteuert! Die erste nach der Unterführung, dann beim Bühlplatz und schliesslich beim Ägeriabbieger an der Oberdorfstrasse. Und wie gesagt, alle werden gesteuert. Es funktioniert nicht. Wenn Sie Richtung Lättich oder Ägeri wollen, warten Sie, nachdem Sie den Kreisel Bahnmatt (beim Alterheim) ohne grosse Mühe passiert haben meistens dreimal, nämlich an jedem Lichtsignal im Baarer Dorf. Da brauchen Sie nicht mal viel Glück dazu. Der Stau auf der Westtrasse geht zu Spitzenzeit bis runter an die Lichtsignalanlage Neufeld. Mit einer oder zwei neuen LSA, denn es wird noch ein zweiter Knoten erstellt, und zwar zwischen dem heute diskutierten und der Lichtsignalanlage bei der Autobahn. Also der Verkehr wird irgendeinmal mit zwei Lichtsignalanlagen extrem behindert. So dass sich die Autos bis auf die Autobahn zurückstauen werden. Der Regierungsrat nimmt dies in Kauf, obwohl er weiss, dass gefährlich Rückstaus bis auf die Autobahn kommen werden. Der Votant verweist auf die Antwort zur Interpellation Granziol/Huwyler. Er ist gespannt auf die Ausführungen des Baudirektors, dieser soll sagen, wie er den Verkehr an der Weststrasse steuern will, wenn er staut.
Ein zusätzlicher Grund wäre oder ist, dass der Verkehr aus der Landhausstrasse besser abfliessen kann. Die zusätzliche Belastung aus der Landhausstrasse kann nicht wirklich der Grund für eine Lichtsignalanlage sein, denn soviel Verkehr wird es von dort nicht geben. Nehmen Sie die heutige Spitalausfahrt in Zug. Richtung Walchwil ist sie ja auch nicht gerade optimal, und trotzdem hat es, wenn es hochkommt drei bis vier oder fünf Autos, welche warten müssen. Wenn wir davon ausgehen, dass in Baar doppelt so viele Autos auf der Landhausstrasse verkehren, ist es immer noch verantwortbar, dass diese sich in einen Kreisel einreihen müssen.
Beachten Sie, dass die Weststrasse als Umfahrungsstrasse ausgelegt ist, neu will die Gemeinde Baar die Lastwagen auch dazu zwingen, das Baarer Dorf über die

Weststrasse zu umfahren. Mit jedem neuen Lichtsignal wird sie aber zunehmend unattraktiver. Es wird zwangsläufig mehr Fahrten durch das Baarer Dorf geben. Denn schon heute sind Sie schneller, wenn Sie von der Autobahn her kommend bei Spitzenzeiten die Südstrasse benutzen und dann via Zuger- und Dorfstrasse fahren. Dieser Geheimtipp ist nicht vom Votanten, denn er braucht die Strassen eher zu Randzeiten. Bis wir die Tangente Neufeld haben, müssen auch die Verkehrsteilnehmer vom Berg die Weststrasse benützen, es sei denn sie wollen durch die Stadt Zug. Die Knotenwahl wird also nicht nur Baarer betreffen, sondern auch alle vom Berg und die vom Ennetsee, wenn sie Besuche im neuen Zentralspital machen. Es sollte also im Interesse aller sein, dass wir den Verkehr nicht unnötig behindern oder Umfahrungsstrassen so unattraktiv machen, dass sie umfahren werden.
Wir haben also mehr als das Recht, uns hier einzumischen. Es geht um einen effizienten Verkehrsfluss und um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer. Leider haben wir hier nur die Möglichkeit des Postulats. Bitte stimmen Sie der sofortigen Behandlung zu, um keine Planungsverzögerung zu generieren, und geben Sie auf Grund dieser Ausführungen dem Kreisel den Vorzug. Denn die Steuerbarkeit, und nur darauf hat sich der Regierungsrat abgestützt, ist hier der falsche Grund. Der Verkehr muss fliessen und nicht unnötig geregelt werden.

Andrea **Hodel** hält fest, dass es auch die FDP-Fraktion als richtig erachtet, dass wir dieses Postulat sofort behandeln. Einer anschliessenden Erheblicherklärung stimmt sie jedoch nicht zu. Wenn wir schon über die Frage von Kreisel- oder Lichtsignalanlagen diskutieren müssen, tun wir das lieber heute, als die Sache weiter zu verzögern. Auch erscheint klar, dass die Verkehrsituation zwischen Landhausstrasse und Weststrasse sich nach Inbetriebnahme des Zentralspitals erschwert und insbesondere das Linksabbiegen von der Landhausstrasse in die Weststrasse schwierig ist, zumal in den Stosszeiten, wenn Baar vom gesamten Berufsverkehr umfahren wird. Aber genau dann darf es kein Kreisel sein, sondern es muss eine Lichtsignalanlage haben, damit die Weststrasse Priorität hat. Und wenn sich ein Stau bildet, dann auf der Landhausstrasse beim Linksabbiegen. Denn dort ist der Stau weniger gefährlich, weil er nicht zurückgeht bis zur Autobahnausfahrt. Dies die Gründe, weshalb die FDP-Fraktion der Erheblicherklärung des Postulats nicht zustimmt.

Berty **Zeiter** hält fest, dass sich die AF aus zeitlichen Überlegungen ebenfalls für die sofortige Behandlung des Postulats ausspricht. Unsere Fraktion schliesst sich der Forderung an, die Verzweigung Weststrasse/Landhausstrasse als Kreisel auszugestalten. Dabei gilt es, die Interessen des ÖV und des motorisierten Individualverkehrs gegeneinander abzuwägen. Und heute äussert sich die Votantin für die Individualverkehrs-Variante. Die einzige ÖV-Route, die über diesen Knoten führt, ist die Buslinie 8, die abseits der Hauptrouten vom Bahnhof Baar über das Industriegebiet Neuhof nach Steinhausen und Rotkreuz fährt. Der Individualverkehr wird mehrfach tangiert, vor allem auch durch den auf das Zentralspital ausgerichteten Berufsverkehr, Rettungsdienste und Ärzte, die möglichst schnell vorwärts kommen müssen. Deshalb ziehen wir den Kreisel der Lichtsignalanlage vor, da er den Verkehr an diesem Knoten stärker verflüssigt.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** möchte als erstes betonen, dass es zur Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs eine Lichtsignalanlage braucht und keinen Kreisel.

Wenn der Kreisel im Stau ist, kommt auch der Bus nicht mehr durch. – Im Zusammenhang mit dem Neubau des Zuger Kantonsspitals, welches grundsätzlich über die Landhausstrasse erschlossen wird, wurde der Knoten Landhausstrasse/Weststrasse einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Die heute ungeregelte T-Einmündung genügt betreffend Kapazität und Sicherheit den Anforderungen nicht mehr. Die Baudirektion liess durch ein Verkehrsingenieurbüro eine Studie zur Lösungsfindung erstellen. Nach eingehenden Diskussionen und Abwägungen beabsichtigt nun die Baudirektion, welche im Auftrag des Regierungsrats für die fachliche Bearbeitung und die Realisierung zuständig ist, die bestehende Anlage in einen lichtsignalgesteuerten Knoten umzubauen. Mit diversen Begründungen, welche verkehrstechnisch teilweise nicht den neusten Erkenntnissen entsprechen und auch der lokalen Situation (Hauptverkehrsstrasse mit untergeordneter Zufahrtsstrasse) weitgehend nicht Rechnung tragen, beantragt Kantonsrat Silvan Hotz aus seiner Sicht, den Knoten als Kreisel zu gestalten.
Das Projekt wird im hundertprozentigen Einvernehmen mit der Gemeinde Baar realisiert. Für den in Zukunft vierarmigen Knoten werden die Kosten gemäss Verursacherprinzip je zur Hälfte von der Gemeinde und vom Kanton getragen. Der Gemeinderat Baar hat am 31. Mai 2006 in einem Beschluss sein Einverständnis mit der beabsichtigten Knotenform dokumentiert. Am 29. August 2006 hat der Regierungsrat den Variantenentscheid zu Gunsten des Projekts «lichtsignalgesteuerter Knoten» gefällt.
Die Leistungsfähigkeit der Weststrasse mit ihren Zufahrten ist in den Spitzenstunden erreicht oder bereits überschritten. Anstehende Nutzungsänderungen entlang der Weststrasse werden die Problematik verschärfen. Es sind dies insbesondere die Eröffnung des Zentralspitals, die Erschliessung der Überbauung Schmidhof, welche einen vierarmigen Ausbau des Knotens bedingt, und die neue Anbindung des Gebiets Altgasse direkt an die Weststrasse. Aus terminlichen Gründen ist eine Aufschiebung der Planungs- und Realisierungsarbeiten im Hinblick auf eine rechtzeitige Fertigstellung zur Eröffnung des Zentralspitals nicht angezeigt. In finanzieller Sicht sind beide Varianten – Kreisel und Lichtsignalanlage – praktisch gleich teuer. Für die Lichtsignalanlage sprechen folgende Gründe:

- Verkehrsfluss auf der Kantonsstrasse kann besser gewährleistet werden, insbesondere ist die Weg- und Zufahrt zum nahe gelegenen Autobahnanschluss Baar zu beachten.
- Bei einer Lichtsignalanlage ist eine Koordination mit Nachbarknoten grundsätzlich möglich.
- Linienbusse können mit einer Lichtsignalanlage bevorzugt werden – auch bei Stausituationen.
- Das auch zukünftig zunehmende Verkehrsaufkommen wird je länger je mehr nur durch gezielte Verkehrslenkung mittels Lichtsignalanlagen oder ähnlichen technischen Einrichtungen zu bewältigen sein.

Gegen eine Kreisellösung sprechen folgende Gründe:

- Kreisel sind grundsätzlich bei Stausituationen nicht mehr zu kontrollieren.
- Frei werdende Verkehrsflächen werden praktisch immer von Fahrzeugen aus der gleichen Richtung sofort aufgefüllt.
- Es entstehen keine Zeitlücken mehr, welche von anderen Verkehrteilnehmern genutzt werden könnten.
- Bei einem Kreisel ist eine Koordination mit dem Nachbarknoten nicht möglich.
- Bei überlastetem Kreisel ist eine Busbevorzugung nur durch separate Busspuren bzw. auch auf der Landhausstrasse möglich.

- Kreisel können grundsätzlich niemals die Voraussetzungen für gezielte Verkehrslenkungsmassnahmen erfüllen.

Zur Zuständigkeit. Das Vorhaben liegt in der Zuständigkeit des Regierungsrats, weil die gesetzten Kosten unter 1,5 Mio. Franken liegen (§ 3 KRB Strassenbauprogramm 2004-2011, BGS 751.12).
Im Interesse einer rechtzeitigen Fertigstellung der Lichtsignale im Hinblick auf die Eröffnung des Zentralspitals sollten zeitliche Verzögerungen vermieden werden. Eine sofortige Behandlung des Vorstosses ist deshalb angezeigt, damit die laufenden Planungsarbeiten nicht verzögert werden. Sofern sich der Kantonsrat für eine sofortige Behandlung ausspricht, soll das Postulat auf Grund einer Abwägung der obigen Pro- und Contraargumente für eine Lichtsignalanlage nicht erheblich erklärt werden. Sonst haben wir eine vorübergehende Einstellung der Planungsarbeit. – Silvan Hotz, glauben Sie dem Baudirektor doch auch einmal etwas!
Das Postulat ist gemäss GO des Kantonsrats eine parlamentarische Bitte und für den Regierungsrat rechtlich nicht verbindlich. Dieses Vorhaben liegt in der klaren gesetzlichen Zuständigkeit des Regierungsrats. Er wird diese Bitte des Kantonsrats in seine Überlegungen einbeziehen. Dies bedeutet aber wie gesagt einen vorübergehenden Planungsstopp, bis die Baudirektion damit wieder in der Regierung ist. Mit der Nordzufahrt sollten die Rückstaus bis auf die Autobahn verschwinden. Baubeginn der Nordzufahrt sollte im Mai 2007 sein.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass nun zuerst über die sofortige Behandlung abgestimmt wird. Dazu braucht es eine Zweidrittelsmehrheit. Da 75 Mitglieder des Kantonsrats anwesend sind, es braucht also 50 Stimmen.

➔ Mit 68 Stimmen beschliesst der Rat die sofortige Behandlung des Postulats.

➔ Der Rat beschliesst mit 40 : 30 Stimmen, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

1015 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND SICHERHEIT FÜR DIE VELOFAHRENDEN IM KANTON, STAND DER VELOWEGPLANUNG UND SITUATION DER VELOABSTELLPLÄTZE RUND UM DIE BAHNHÖFE

Traktandum 2 – Die **Alternative Fraktion** hat am 19. September 2006 die in der Vorlage Nr. 1480.1 – 12189 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat sieben Fragen gestellt.

➔ Die Vorsitzende gibt bekannt, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird.

1016 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BETEILIGUNG DES KANTONS AM AUSGLEICH ZWISCHEN DEN GEMEINDEN ALS FOLGE FALSCH VERTEILTER KOSTEN BEI DEN KANTONALEN ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN ZUR ALTER-, HINTERLASSENEN- UND INVALIDENVERSICHERUNG

Traktandum 15 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1471./.2 – 12155/56) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1471.3 – 12193).

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass dieses Geschäft durch den Kantonsrat direkt der Stawiko zur Behandlung überwiesen wurde.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an der Sitzung vom 3. Oktober 2006 beraten hat. Die Ausgangslage entnehmen Sie den Berichten von Regierungsrat und Stawiko. Zusammengefasst geht es darum, dass eine über sieben Jahre nicht umgesetzte Gesetzesänderung im Bereich kantonale Ergänzungsleistung zur Alter-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung dazu geführt hat, dass die Stadt Zug und die Gemeinde Baar insgesamt rund 10 Mio. Franken zuviel bezahlt bzw. die übrigen Gemeinden zuviel erhalten haben. Der Regierungsrat präsentiert nun mit seinem Bericht und Antrag vom 22. August 2006 einen Vorschlag, wie der Ausgleich zwischen den Gemeinden vollzogen werden soll.
Der Regierungsrat beantragt, den Ausgleich zwischen den Gemeinden mit 4 Mio. Franken aus der kantonalen Ausgleichsrückstellung abzufedern. Damit wird erreicht, dass die zahlungspflichtigen Gemeinden mit einer maximalen Belastung von 4,5 Steuerprozenten belastet werden. Die Detailzahlen entnehmen Sie der regierungsrätlichen Vorlage und dem Gesetzestext.
Die Stawiko nimmt wie folgt Stellung. Mit Erstaunen nehmen wir zur Kenntnis, dass es in unserem Kanton möglich ist, eine Gesetzesänderung über sieben Jahre nicht umzusetzen, und dies über einen dermassen langen Zeitraum von den Beteiligten nicht erkannt wird. Wir hoffen, dass es sich dabei um einen Einzelfall handelt. – Es ist unbestritten, dass dieser Fehler korrigiert werden muss. Eine Verjährung liegt höchstwahrscheinlich nicht vor. Diese zu monieren wäre auch aus politischen Gründen nicht sinnvoll. – Der Vorschlag der Regierung ist aus Sicht der Stawiko fair. Grundsätzlich wäre der Kanton nicht verpflichtet gewesen, sich am Ausgleich zu beteiligen. Der Kanton Zug bzw. die Volkswirtschaftsdirektion haben aber eine Aufsichtspflicht über die Ausgleichskasse des Kantons Zug. Ein finanzieller Schaden ist mit Ausnahme allfälliger Zinsverluste durch die verspätete Umsetzung nicht entstanden. Trotzdem kann für den Kanton auf Grund der fehlerhaften Aufsicht aus politischen Gründen eine Verpflichtung abgeleitet werden, diesen Ausgleich zwischen den Gemeinden auf ein verträgliches Mass abzufedern. – Die Gemeinden unterstützen grossmehrheitlich diese Lösung des Regierungsrats. Es verwundert nicht, wenn es auch weitergehende Anträge von Seiten der Gemeinden aber auch von einem Mitglied der Stawiko gibt. Der Vorschlag der Regierung ist aber aus Sicht der Stawiko fair. Weitergehende Anträge sind klar abzulehnen. – Die Entnahme dieser Mittel aus der Ausgleichs-Rückstellung erscheint aus Sicht der Stawiko sachgerecht. Wie bereits in unserem Bericht erwähnt, wird sie im Rahmen des zweiten ZFA-Pakets aufgelöst. Die Diskussionen, was mit diesem Geld gemacht wird, werden in diesem Rat zu gegebenen Zeitpunkt noch geführt werden.
Die Stawiko beantragt aus all diesen Gründen mit 6 : 1 Stimmen, auf die Vorlage der Regierung einzutreten und ihr zuzustimmen.

Martin B. **Lehmann** hält fest, dass die SP-Fraktion mit grossem Erstaunen zur Kenntnis nimmt, dass erst nach sieben Jahren – und erst noch nur durch einen Zufall – entdeckt wurde, dass eine Gesetzesänderung beim kantonalen Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV nicht umgesetzt wurde. Dabei hat nicht nur der Vollzug durch die Ausgleichskasse, sondern gleich auch noch die Aufsicht durch die Volkswirtschaftsdirektion versagt. Dieser ausserordentliche Lapsus hat denn auch erhebliche finanzielle Auswirkungen. Wir teilen zwar die Meinung, dass der gesetzmässige Zustand schnellstmöglich hergestellt werden sollte und der Stadt Zug und der Gemeinde Baar die zuviel bezahlten Beträge inklusive Zinsen zurück zu erstatten sind. Anderseits aber zeichnet es sich immer deutlicher ab, dass der Kanton die NFA-Mehrbelastungen ohne grosse Anstrengungen absorbieren kann, während insbesondere auf die finanzschwächeren Gemeinden substanzielle Bürden hinzukommen. So summieren sich die zusätzlichen Aufwendungen im Fall von Unterägeri, der Wohngemeinde des Votanten, allein in Folge des geplanten zweiten Pakets ZFA, des möglichen Wegfalls der Handänderungsgebühren und des vorliegenden KR-Beschlusses auf insgesamt fast 19 Steuerprozente. Damit öffnet sich die fiskalpolitische Schere zwischen finanzstarken und -schwachen Gemeinden noch weiter, was für die anstehende Debatte über den neuen horizontalen Finanzausgleich keine gute Ausgangslage ist.
Um die Belastung der finanzschwächeren Gemeinden etwas mehr abzudämpfen, *beantragt die SP-Fraktion, die Beteiligung des Kantons am Ausgleich zwischen den Gemeinden auf 5 Mio. Franken zu erhöhen.* Auch wenn die Regierung die fehlende rechtliche Verpflichtung in ihrem Bericht mehrmals betont – die Schuldfrage ist eindeutig. Auch wird die Finanzausgleichsreserve mit Einführung des neuen innerkantonalen Finanzausgleichs obsolet und muss sowieso aufgehoben werden, wobei der Erlös nicht nur dem Kanton zusteht. Und wir nähern uns mit dem erhöhten Betrag einem Anteil von 50 % an den gesamthaft zu leistenden Ausgleichszahlungen, was genau dem Splitting bei der ordentlichen Ausrichtung der kantonalen Ergänzungsleistungen entspricht. Martin B. Lehmann bittet den Rat, diesen Antrag zu unterstützen.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte sich zuerst herzlich bedanken für die verständnisvolle Aufnahme dieser Vorlage. Das ist nicht selbstverständlich. Es geht hier wirklich darum, dass wir einen bedauerlichen Fehler im Gesetzesvollzug korrigieren müssen, der doch recht beträchtliche finanzielle Auswirkungen hat. Er ist deshalb sehr froh darüber, dass der Kantonsrat hier Hand bietet zu dieser Lösung. Es ist eine grundsätzlich einvernehmliche Lösung mit den Gemeinden, die vor allem betroffen sind.
Zum Antrag der SP-Fraktion. Der Votant möchte klar stellen, dass der Kanton immer die 50 % Beteiligung an diesen Ergänzungsleistungen bezahlt hat. Es geht nur um den Ausgleich der Leistungen der Gemeinden, die falsch in Rechnung gestellt wurden. – Der Kanton leistet hier freiwillig – ohne gesetzliche Verpflichtung – mit den 4 Mio. Franken immerhin mehr als einen Drittel (genau 36,5 %) dieser Ausgleichzahlungen. Der Volkswirtschaftsdirektor ist der gleichen Meinung wie die Stawiko, wonach diese Vorgehensweise des Kantons kulant ist und sehr lösungsorientiert. Und sie findet wie gesagt auch die mehrheitliche Zustimmung der Gemeinden. Er wäre dem Rat deshalb dankbar, wenn dieser der Vorlage so zustimmt, wie der Regierungsrat mit Unterstützung der Stawiko sie vorlegt.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

§ 1

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass hier ein Änderungsantrag der SP vorliegt, an Stelle von 4 Mio. Franken 5. Mio Franken geleistet werden sollen.

➔ Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 58 : 11 Stimmen abgelehnt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1471.4 – 12233 enthalten.

1017 –KANTONSRATSBESCHLUSS FÜR EINEN OBJEKTKREDIT FÜR DIE WASSERÜBERLEITUNG VON DER NEUEN ZUR ALTEN LORZE
–KANTONSRATSBESCHLUSS FÜR EINEN OBJEKTKREDIT FÜR EINE LORZENAUFWEITUNG IN DER GEMEINDE BAAR

Traktandum 16 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1445.1/.2/.3 – 12067/68/69), der Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz (Nr. 1445.4 – 12168) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1445.5 – 12169).

Bruno **Pezzatti** weist darauf hin, dass die vorberatende Kommission die beiden miteinander verbundenen Vorlagen an einer halbtägigen Sitzung mit einem Augenschein vor Ort kritisch geprüft hat. Wir haben in der Eintretensdiskussion insbesondere drei Punkte unter die Lupe genommen:

1. Das Kosten-Nutzenverhältnis der beiden Vorlagen.
2. die Aspekte der Strassenabwasserbehandlung bei der Autobahn.
3. Die Frage der Konzeption des Spiel- und Erholungsplatzes am nördlichen Ende der vorgesehenen Ausweitung.

Die Kommission konnte sich bei der Diskussion aller drei Punkte davon überzeugen, dass die beiden Objektkredite gut vorbereitet, begründet und nötig sind. Es macht zudem Sinn, dass die beiden Vorlagen zusammen realisiert werden, können dadurch doch die Gesamtkosten der Wasserüberleitung und der Lorzenaufweitung um insgesamt 170'000 Franken gesenkt werden, weil die für die beiden Vorhaben geplante Verlegung des Fuss- und Gehwegs auf die Ostseite der Lorze nur einmal vorgenommen und finanziert werden muss.
Die Kommission berücksichtigte bei ihrem einstimmigen Eintretensentscheid zu Gunsten der beiden Renaturierungsprojekte auch den kantonalen Richtplan, wo die entsprechenden Renaturierungen festgeschrieben sind. Sie begrüsste es auch, dass die Gemeinde Baar die Projekte vollumfänglich unterstützt.
In Bezug auf das Kosten-Nutzenverhältnis der zur Diskussion stehenden Investitionen von 1,4 Mio. und 1,7 Mio. Franken kam die Kommission zum Schluss, dass die Kosten sowohl für die Aufweitung als auch für die Wasserüberleitung in einem vertretbaren Verhältnis zum resultierenden Nutzen stehen. Beide Vorhaben werden die Landschaft, Flora und Fauna in der Lorzenebene aufwerten, was für dieses unmittel-

bare Naherholungsgebiet zwischen den Städten Zug und Baar von grosser Bedeutung ist.
Die Kommission nahm im weiteren davon Kenntnis, dass mit der Wasserüberleitung von der neuen zur alten Lorze zwar weiterhin ungeklärtes Strassenabwasser von der Autobahn in die alte Lorze zugeführt wird. Sie liess sich jedoch davon überzeugen, dass durch die Überleitung des Wassers die Alte Lorze mehr Wasser führen und dadurch die Verschlammung der Gewässersohle vermindert wird. Ausserdem werden die Geruchsimmissionen im Gebiet Choller spürbar reduziert, was von den Anwohnern, Joggern und Spaziergängern bestimmt geschätzt werden dürfte. Die Nationalstrasse A4a soll – so liessen wir uns von der Baudirektion informieren – bei den nächsten Instandstellungsarbeiten auch abwassermässig saniert werden. Die Kommission erachtet es denn auch als vertretbar, dass die beiden Renaturierungen einerseits und die Abwassersanierung andrerseits etappenweise realisiert werden.
Beim vorgesehenen Spielplatz am Nordende der Lorzenaufweitung brachte die Kommission einen konkreten Wunsch zu Händen der zuständigen Gemeinde Baar an: Auf diesem Platz sollen keine Spielgeräte, sondern vielmehr ein Naherholungsplatz mit einer Feuerstelle, Tischen und Bänken aufgebaut bzw. eingerichtet werden.
Der Kommissionspräsident beantragt namens der einstimmigen Kommission, den beiden Vorlagen im Sinne der Regierung zuzustimmen.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** verweist auf den Bericht.

Louis **Suter** hält fest, dass die CVP-Fraktion diese beiden Vorlagen vollumfänglich unterstützt. Trotz den relativ hohen Kosten und im Wissen, dass nicht alle Ziele erreicht werden – auch wenn wir mehr Wasser in die Alte Lorze überführen, werden sich z.B. die Grundbedingungen im oberen Teil des Flusslaufs nur teilweise verbessern –, erachten wir diese ökologischen Massnahmen als dringend notwendig. Die Wasserüberleitung von der Neuen in die Alte Lorze ist ein Teil des ökologischen Ausgleichs für den Bau der Nordzufahrt. Dabei gilt es zu beachten, dass wenn heute Nationalstrassen gebaut werden, die ökologischen Begleitfaktoren wesentlich höher eingestuft werden, als dies beim Bau unserer Autobahn vor rund 30 Jahren der Fall war. Es ist für uns deshalb wichtig, dass wir die Chance packen und den beiden Objektkrediten für diese Renaturierungsprojekte zustimmen. Bekanntlich dürfen wir davon ausgehen, dass mit dem Bau der Nordzufahrt nächstes Jahr begonnen werden kann. Es ist deshalb wichtig, dass die baulichen Massnahmen dieser Projekte miteinander übereinstimmen. Stimmen wir beiden Vorlagen zu, kann der Gesamtbetrag um 200'000 Franken reduziert werden. Auf die Details der Vorlage möchte der Votant nicht mehr weiter eingehen, da diese von Bruno Pezzatti eingehend erläutert wurden.
Noch kurz ein Wort zum Spielplatz. Wir unterstützen die Meinung von Kommission und Stawiko, dass es auf Grund der gegebenen Begleitumstände sinnvoll ist, den Platz einfach zu gestalten und als Erholungsbereich zu konzipieren.

Bruno **Briner** hält fest, dass die FDP-Fraktion auf beide Vorlagen eintreten und ihnen im Sinn von Kommission und Stawiko zustimmen will. Die beantragten Projekte sind zwar sehr teuer. Eine Kosten-/Nutzenrechnung für ein Renaturierungsprojekt anzustellen, erscheint wenig sinnvoll und ein Dreisatz reicht dafür sowieso nicht aus. Entscheidend für die FDP ist die Tatsache, dass die ökologische Aufwertung im be-

troffenen Gebiet Bestandteil des Kantonalen Richtplans ist, mit der Wasserüberleitung von der neuen zur alten Lorze die Geruchsimmissionen im Gebiet Choller reduziert werden und damit das beliebte Naherholungsgebiet aufgewertet wird. Die FDP legt Wert auf die Feststellung, dass der Kanton Zug solche Projekte nur dank seiner heute noch gesunden finanziellen Situation realisieren kann.

Beni **Langenegger** kann sich kurz fassen, da der Kommissionspräsident beide Projekte ausführlich erläutert hat. Er möchte dem Rat mitteilen, dass die SVP-Fraktion geschlossen hinter beiden Projekten steht. Denn auch wir sind der Auffassung, dass mit der Realisation dieses grossen Renaturierungsprojekts ein erster Schritt ganz im Sinne des Richtplans erfolgen wird. Bedenken äusserten einzelne Fraktionsmitglieder beim relativ kleinen Durchmesser der Wasserüberleitung, dass es zu Verstopfungen führen könnte; sie hoffen aber trotzdem, dass der alte Lorzenlauf besser durchflutet wird. Ebenfalls sind wir der Auffassung, möglichst mit einfachen Mitteln den Erholungsplatz im Gebiet der Lorzenaufweitung zu gestalten. Der Votant bittet deshalb den Rat, den beiden Projekten zuzustimmen.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass die zur Debatte stehenden Projekte bei der SP-Fraktion nur zu wenigen Diskussionen Anlass gaben. Das Projekt Wasserüberleitung von der Neuen zur Alten Lorze verbessert den heutigen Abfluss in der Alten Lorze und damit die Wasserqualität. Die in der Alten Lorze noch vorhandenen Fische und andere Lebewesen sind um jeden zusätzlichen Sauerstoff und jeden Liter sauberes Wasser sicher dankbar. Die Gewässeraufweitung bei der Neuen Lorze ist ökologisch sinnvoll. Sie bietet Lebensraum für viele Arten von Kleinlebewesen, die sonst in der Neuen Lorze um ihre Existenz kämpfen müssen. Schlussendlich bildet der Spielplatz als Treffpunkt für Familien, Kinder und Erholungssuchende eine willkommene Abwechslung. Die SP-Fraktion unterstützt ausdrücklich den Wunsch der Natur- und Landschaftsschutzkommission, der vorberatenden Kommission und der Stawiko, dass der Spielplatz naturnah gestaltet und nicht mit Spielgeräten überstellt wird. Die naturnahe Freizeitnutzung von Gewässer und Ufer soll dabei im Vordergrund stehen. Bedauerlich findet die SP-Fraktion, dass es in der heutigen Zeit immer noch möglich ist, dass die Nationalstrasse auf eine Länge von 2 km ungeklärt in die Alte Lorze entwässert wird. Wir fordern die Baudirektion auf, dass sie sich beim Bund für eine ordnungsgemässe Entwässerung der Nationalstrassen einsetzt. Das wird sie sicher auch tun. Je schneller eine Sanierung in diesem Bereich ermöglicht wird, umso besser für die Umwelt. Im Sinne dieser Aufführungen ist die SP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlagen, und sie wird den Anträgen der Regierung zustimmen.

Anna **Lustenberger-Seitz** weist darauf hin, dass die Sorge zur Natur und Umwelt eines der zentralsten Anliegen der Alternativen des Kantons Zug ist – und daher ist es klar, dass die AF für Eintreten auf die beiden Vorlagen ist und den vorgeschlagenen Krediten zustimmt. Das Wesentliche ist gesagt worden, auch wir begrüssen die ökologische Verbesserung, die Aufwertung der Naherholungszone und ein besser funktionierendes Frischgewässer, was mit der doch grossen Mengezufuhr von der neuen in die alte Lorze gegeben ist. Dass eine ausgiebige Diskussion in der Kommission über die ungesäuberte Abwasserzufuhr der Nationalstrasse in die alte Lorze geführt wurde, hat die AF mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Trotzdem fragen wir uns, ob die Möglichkeit für die Filterung des verschmutzen Regenwassers bei der

Sanierung dieses Teilabschnittes der Autobahn vor gut drei Jahren wirklich noch nicht gegeben war. Einfach weil der Bund dies noch nicht vorgeschrieben hat, ist nach unserer Meinung keine Begründung. Das Problem mit der Beseitigung des verschmutzen Regenwassers war damals schon da. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, sagt man so schön. Nun, wir sind froh, dass in einer nächsten Phase eine Abwasserreinigungsanlage für diese Nationalstrasse folgen soll – und sind natürlich gespannt, wann diese Phase dann sein wird.
Das Projekt Lorzenaufweitung ergab bei der AF keine grosse Diskussion. Die Nordzufahrt wird nun gebaut, der Kanton bemüht sich, Ausgleichsflächen zu suchen, damit wenigsten noch ein wenig echte Natur erlebt werden kann. Das ist sicher sehr begrüssenswert. Grundsätzlich setzen wir uns aber für eine Politik ein, wo die Natur ihren Platz hat, ohne dass Flächen wieder renaturiert werden müssen. Daher wehren wir uns auch gegen überrissene Strassenprojekte. Wir wissen es alle, genügend unverbaute Naturlandschaften brauchen wir, wenn uns die Gesundheit der Menschen, Tieren und der Pflanzen wichtig ist.

Hans-Beat **Uttinger** meint, es mache schon bald wieder Freude, Baudirektor sein zu dürfen. Er dankt dem Rat für die Gutheissung dieser beiden Vorlagen. Mit diesen Beschlüssen stimmen Sie einem seit der Reussdammsanierung mit ihren ökologischen Ausgleichsmassnahmen bedeutenden Wasserbauprojekt mit ökologischem Hintergrund zu. Mit dem Beschluss der Wasserüberleitung von der Neuen zur Alten Lorze kann zudem zeitgerecht auf den Beginn des Baus der Nordzufahrt ein Projekt verwirklicht werden, welches seit Jahrzehnten auf der Wunschliste der ökologischen Massnahmen steht. Durch den in gutem Einvernehmen entstandenen Landerwerb nördlich der Autobahnzufahrt und dem entsprechenden Entschluss Ihrerseits wird das Naherholungsgebiet in der Lorzenebene durch eine bedeutende Ausgleichsmassnahme aufgewertet, die wohl viele Einwohner unseres Kantons freuen wird. Der Votant dankt dem Rat für die Zustimmung zur Vorlage und den Beschluss.
Zu Bruno Pezzatti, Louis Suter und Beni Langenegger: Der Baudirektor wird den Wunsch an die Gemeinde Baar, keinen Spielplatz zu bauen, mit Nachdruck übermitteln.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1445.2 – 12068 (Wasserüberleitung)

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1445.6 – 12230 enthalten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1445.3 – 12069 (Lorzenaufweitung)

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1445.7 – 12231 enthalten.

1018 GESETZ ÜBER DEN GEBÜHRENTARIF IM GRUNDBUCHWESEN (GRUNDBUCHGEBÜHRENTARIF)

Traktandum 17 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1316.1/.2 – 11675/76), der Kommission (Nrn. 1316.3/.4 – 12062/63), der Kommissionsminderheit (Nrn. 1316.5/.6 – 12065/137) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1316.7 – 12140).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass neben dem Kommissionsbericht mit Kommissionsantrag gleichzeitig auch der Bericht und Antrag der Kommissions*minderheit* mit Beibehaltung der Gemengsteuer vorliegt. Dieser Minderheitsantrag ist gleichzeitig der Eventualantrag der Kommission, sofern ihr beantragtes neues Gesetz abgelehnt werden sollte. Der Antrag der Kommissionsminderheit entspricht in den Grundzügen dem Antrag des Regierungsrats. – Wir führen eine Eintretensdebatte, wobei Sie bereits hier über den Grundsatzentscheid (Kommissionsantrag oder Antrag der Kommissionsminderheit) debattieren können. Wir werden nach erfolgtem Eintreten sofort den Grundsatzentscheid fällen, nämlich den Antrag der Kommission jenem der Kommissionsminderheit gegenüberstellen. Der Antrag der Kommissionsminderheit wird von der Stawiko unterstützt.

Beat **Villiger** hält fest, dass die vorberatende Kommission die Vorlage des Regierungsrats zu beraten hatte. Grund zur Revision bildeten diverse Vorstösse und insbesondere auch das Bedürfnis, die geltende Regelung den sich verändernden Gegebenheiten anzupassen. Für die jederzeit gute Unterstützung durch die Direktion des Innern, namentlich durch Regierungsrätin Brigitte Profos, Grundbuchinspektor Robert Brunner und auch Grundbuchverwalter Meinrad Huser möchte sich der Kommissionspräsident herzlich bedanken. Dies gilt auch für die Kommission und die interne Arbeitsgruppe.
Die Diskussion beim Eintreten fokussierte sich auf die Hauptfrage: Sollen grundbuchliche Tätigkeiten – besonders Handänderungen und Pfandrechtserrichtungen – nach dem bisherigen Modell mit Gemengsteuer verrechnet werden oder soll für das Grundbuchamt eine Gebührenpraxis nach dem System einer reinen Verwaltungsgebühr und der Vollkostenrechnung eingeführt werden? Der Regierungsrat vertrat die Auffassung, dass die Gesetzesänderung kostenneutral erfolgen muss, und stellt primär diesen Aspekt in den Vordergrund. Insofern war die Abkehr von der Gemengsteuer für den Regierungsrat kein Thema. Im Vernehmlassungsverfahren forderten sämtliche bürgerliche Parteien und auch die Wirtschaftsverbände eine Abschaffung der Gemengsteuer, mindestens aber eine Reduktion der jetzigen Sätze. Die Kommission wollte grossmehrheitlich aus folgenden Gründen ein Gesetz ohne Gemengsteuer.
Der Ertrag der Handänderungsgebühren hat in den letzten Jahren stark zugenommen, und das ist auf die real höheren Immobilienpreise zurückzuführen. Bei Handänderungen ist nicht einzusehen, weshalb eine Doppelbesteuerung stattfinden muss, nämlich bei der Handänderung und dann auch bei der Abrechnung über den Grundstückgewinn. Die Liegenschaftseigentümer werden heute schon sehr stark zur Kasse geben, z.B. bei Bewilligungs- und Abwassergebühren oder auch der Vermögenssteuer. Die in den letzten Jahren erfolgten steuerlichen Bewertungen der Liegenschaften bezüglich Eigenmietwerts führten – auch wenn hier keine verlässlichen Zahlen vorliegen – sicherlich zu stark höheren Steuereinnahmen für Kanton und

Gemeinden. Mietzinseinnahmen müssen ebenfalls als Einkommen versteuert werden. Es kommt hinzu, dass alle diese Kosten die Mobilität im Liegenschaftshandel behindern und das Wohnen dadurch für Eigentümer und Mieter verteuert wird. Insofern ist die Handänderungssteuer ungerecht, weil sie als Rechtsverkehrssteuer kurzerhand den Verkaufserlös besteuert und damit keine Rücksicht auf den Grundstückgewinn als Massgrad des wirtschaftlichen Einkommens oder Erfolgs nimmt. Die Handänderungssteuer ist eine überholte und ungerechte Steuer, die längst durch entsprechende Gebühren und Abgaben mit steigender Tendenz ausgeglichen wurde. Es sind für staatliche Leistungen nach dem Vollkosten- und Equivalzenzsystem kostendeckende Gebühren zu verlangen. Das sagt die Kommission auch so. Und zwar hat auch der Kanton Zürich z.B. die Gemengsteuer abgeschafft und der Kanton Schwyz hat jetzt dazu auch eine Initiative lanciert. Letztlich darf man bei der Beurteilung dieses Gesetzes nicht allein die finanziellen Aspekte bezüglich Einnahmen für Kanton und Gemeinden betrachten. Es gilt besonders auch, quer liegende Steuervorschriften zu korrigieren – auch im Interesse des Standorts und somit des Kantons und der Gemeinden.
Die Kommission beauftragte in der Folge eine Arbeitsgruppe innerhalb der Kommission, eine Vorlage ohne Gemengsteuer auszuarbeiten. Diese wurde auch den Gemeindevertretern und einer Delegation des Regierungsrats vorgestellt. Beide Seiten lehnten den Kommissionsvorschlag aus Gründen der finanziellen Einbussen bei Kanton und Gemeinden ab. Und weil diese Haltung der Kommission bekannt war, wurde auf ein erneutes Vernehmlassungsverfahren verzichtet. Die Kommission liess sich trotz der Haltung von Regierung und Gemeinden nicht umstimmen und hielt in der Schlussabstimmung mit 11 : 2 Stimmen an der Vorlage ohne Gemengsteuer fest. Der Votant ist überzeugt, dass Verwaltungsgebühren in Verbindung mit Gemengsteuern unter Druck geraten werden. Der Kanton Zug ist nicht der Erste, der dies ändern würde. Aber er würde in dieser Hinsicht und auch bezüglich Standortattraktivität ein gutes Zeichen setzen, und die Ausfälle sind verkraftbar.
Die Vorlage der Kommission unterscheidet sich letztlich im Wesentlichen nur bei der Berechnung der Gebühren von jener der Regierung. Das Prinzip der Kommission ist darauf aufgebaut, einen Stundenansatz und je nach Wichtigkeit der Geschäfte einen Faktor zwei bis vier anzuwenden. Dies mag auf den ersten Blick etwas kompliziert daherkommen, ist es aber nicht. Wir haben die Berechnung fein säuberlich auch an Beispielen durchgeführt. Die Vorlage ist also praxistauglich, nicht wie das die Stawiko sieht. Und für das Grundbuchamt wird dadurch ein Berechnungssystem eingeführt, das es auch erlaubt, die geleisteten Arbeitsstunden zu verrechnen, was bisher bei vielen grundbuchamtlichen Dienstleistungen nicht der Fall war. Der Stundenansatz mit 180 Franken ist im Gegensatz zum Vorschlag der Regierung etwas hoch. Aber wir müssen auch sehen, dass hier sehr qualifizierte Mitarbeiter tätig sind – es sind vor allem ausgebildete Notare und Juristen. Wenn die Frage nach Faktorbewertung kommt, so besteht der Unterschied zu vorher darin, dass die Gebühren nicht mehr nach dem Wert der Liegenschaft berechnet werden, sondern nach Zeitaufwand und der Bedeutung des Rechtsgeschäfts – kombiniert mit der Rechtssicherheit der Grundbucheintragung. Es wurde auch die Frage gestellt, ob die Gebühren dann rechtlich haltbar sind. Hierzu eine Abklärung, die besagt, nach der Rechtssprechung des Bundesgerichts müssten Gebührenregelungen eine Obergrenze enthalten, wenn eine Legislative der Exekutiven die Festsetzung innerhalb vorgegebener Kriterien überlässt – und das ist bei unserem Vorschlag so. Mit der neuen Regelung haben wir auch kein Problem mehr mit der in letzter Zeit häufig vorgekommenen wirtschaftlichen Handänderung. Der Votant könnte dem Rat ein Beispiel aufzeigen, falls jemand dazu eine Frage hat.

Soviel der Kommissionspräsident weiss, wird heute Antrag gestellt, die Vorlage der Kommission zurückzuweisen, damit Regierung und Stawiko dazu noch Stellung nehmen und allenfalls Anträge einbringen können. Es wird auch gesagt, dass Regierung und Stawiko nicht die notwendige Zeit gehabt hätten, beide Vorlagen zu beurteilen. Für die etwas lange Dauer vom Kommissionsentscheid Mitte April bis zum Bericht des Präsidenten möchte Beat Villiger sich entschuldigen. Aber er schrieb den Bericht im Gegensatz zu anderen Präsidentinnen und Präsidenten weitestgehend selber, und es waren auch noch zusätzliche Unterlagen zu erarbeiten. Aber jetzt den Grund der Rückweisung im verspäteten Bericht zu suchen, ist doch etwas gar einfach. Die Stawiko hatte zur Beurteilung beide Vorlagen, und sie hätte beim Abwägen, ob mit oder ohne Gemengsteuer, auch die Kommissionsvorlage im Detail prüfen müssen. Auch wenn das Parlament vielfach Stawiko-folgsam ist, hätte beim knappen Entscheid auch davon ausgegangen werden müssen, dass die Kommissionsvorlage durchkommen könnte. Der Votant bittet den Rat also, heute auf die Vorlage der Kommission einzutreten und danach die Detailberatung vorzunehmen. Regierung und Stawiko haben immer noch die Möglichkeit, auf die 2. Lesung hin Anträge einzubringen. Auf diverse kleinere Änderungen und Anpassungen kann der Kommissionspräsident gerne in der Detailberatung eingehen. Auch im Namen der CVP-Fraktion möchte er für Eintreten plädieren. Die Fraktion befürwortet mehrheitlich den Vorschlag der Kommission.

Bevor Berty **Zeiter** als Sprecherin der Kommissionsminderheit in Fahrt gerät, muss sie über einen Fehler im Minderheitsbericht informieren. In der Vorlage Nr. 1316.5 ist auf S. 7, zweite und dritte Zeile, 0,4 Promille zu ersetzen durch 0,4 Prozent und 0,8 Promille durch 0,8 Prozent. Auf der vorhergehenden S. 5 ist der Promillesatz richtig erwähnt. Für diesen Fehler möchte sie sich entschuldigen.
Grundbuchgebührentarif – ganz wider Erwarten hat sich die Arbeit in dieser Kommission für die Votantin als sehr spannend erwiesen. Unsere Haltung zu diesem Gesetz drückt exemplarisch unser Staatsverständnis aus. Der Kommissionspräsident hat das Prinzip der Gebührenerhebung dargelegt. Jede Benutzerin und jeder Benutzer des Grundbuchs bezahlt nach dem gleichen, hohen Gebührensatz, unabhängig von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und vom Wert einer Transaktion. Als Minderheitssprecherin vertritt Berty Zeiter eine andere Sichtweise. Wer Grundeigentum besitzt, profitiert von der hohen Rechtssicherheit, die eine zuverlässige Grundbuch-Führung bietet. Dafür soll er auch angemessen bezahlen. Die dauernde Sicherstellung der Rechtssicherheit rechtfertigt es, dass der Staat auf dieser Leistung eine Steuer erhebt, die gemäss Bundesverfassung im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stehen muss.
Wenn die Kommissionsmehrheit auf die Abschaffung der Gemengsteuer pocht, so will sie nur noch für punktuelle Dienstleistungen bezahlen. Im Minderheitsbericht haben wir dargestellt, welche Auswirkungen die Abkehr von der Gemengsteuer hätte. Wenn im neuen Gebührensystem ein einfacher Arbeiter eine kleine Dreizimmer-Wohnung für eine Viertelmillion Franken kauft, wird ihm das Grundbuchamt jede Viertelstunde für Abklärungen, Bereinigungen und die Handänderung verrechnen müssen. Verkauft aber eine Immobiliengesellschaft eine Areal-Überbauung mit Dutzenden von Wohnungen für Dutzende von Millionen Franken, wird sie auch nur die Aufwendungen des Grundbuchamts bezahlen müssen. Auf den Wert des Grundstücks kommt es nicht mehr an, obwohl gerade hier das Interesse an der dauernden Sicherstellung des privaten Eigentums besonders gross ist. Damit wird auch klar, woher in der Kommissionsvorlage der Wind weht.

Widerstand gegen die Abschaffung der Gemengsteuer kommt von verschiedenen Seiten: von der Regierung, den Gemeinden, der Kommissionsminderheit und der Stawiko. Die Regierung hat die Gesetzesvorlage unter der Vorgabe der Ertragsneutralität ausgearbeitet. Die neue Vorlage der Kommissionsmehrheit hält sich nicht daran, sondern nimmt eine markante Steuersenkung vor, die den Kanton ca. 3,1 Mio. Franken kosten wird und die Gemeinden 5,3 Mio. Franken. Daher ist es auch logisch, dass die Gemeinden sich gegen diese völlig ausserhalb der ZFA laufende Ertragsminderung wehren. Die Aussprache des Kommissions-Ausschusses mit Vertretern der Gemeinden hat gezeigt, dass die Akzeptanz für eine Abschaffung der Gemengsteuer bei keiner einzigen Gemeinde vorhanden ist. Durch die Abschaffung der Gemengsteuer, an der die Gemeinden partizipieren, wird das im Rahmen der ZFA ausgehandelte Gleichgewicht zwischen Gemeinden und Kanton bereits empfindlich gestört. Die nähere Erläuterung der Gemeindeargumente wird die Mitunterzeichnerin des Minderheitsberichts, Käty Hofer, vornehmen.
Der Widerstand gegen den Kahlschlag, den die Kommission vornehmen will, beruht noch auf weiteren Argumenten. Der Kanton Zug liegt im gesamtschweizerischen Vergleich sehr tief mit seinen Promilleansätzen. Vor fünf Jahren brachte die NZZ am Sonntag einen (wie gewohnt wirtschaftsfreundlichen) Artikel unter der Überschrift «Immobiliensteuern sind Sand im Marktgetriebe». Nebst der kritischen Erwähnung etlicher Kantone mit hohen Gemengsteuern wird aber der Kanton Zug lobend erwähnt: «Kaum spürbar ist die Handänderungssteuer im Kanton Zug, wo bescheidene vier Promille des Verkehrswerts in Rechnung gestellt werden und selbst dieser Betrag noch diversen Reduktionsmöglichkeiten unterliegt.»
Das wirtschaftsfreundliche Lob würde heute noch viel lauter ausfallen, denn die Regierungsvorlage hat weitere Privilegierungen eingebaut, die im heutigen Recht noch nicht bestehen. Beispiele:

- Die Begründung von Stockwerkeigentum wird heute mit 0,5 Promille belastet – fällt neu weg!
- Pensionskassen zahlen heute noch Handänderungs- und Pfanderrichtungsgebühren – fällt neu weg!
- Für die Eintragung einer Grundlast wird heute eine Gebühr von 2 Promille erhoben – fällt neu weg!
- Unternehmensumstrukturierungen sind neu ebenfalls steuerbefreit.

Zu all diesen Privilegierungen sagen wir ja, da sie ertragsneutral durchgeführt werden können. Wir sagen im Rahmen der Regierungsvorlage auch ja zu höheren Gebühren. Bei Handänderungen und Grundpfanderrichtungen sind die grundbuchamtlichen Dienstleistungen durch die Gemengsteuer bereits abgegolten.
Eine Bemerkung noch zum Stawiko-Bericht. Der Bericht bringt die Problematik rund um den Gebührentarif präzise auf den Punkt. Dafür möchte Berty Zeiter ein Kompliment und einen Dank aussprechen. Wegen der darin enthaltenen Rüge zur späten Ablieferung des Kommissionsberichts will sie von Seiten der Kommissionsminderheit festhalten, dass wir die Abgabe unseres Berichts immer wieder hinausgeschoben hatten, weil wir beabsichtigten, Kommissionsbericht und Minderheitsbericht gleichzeitig abzugeben. Aber weil wir dann zu ungeduldig wurden, trägt unser Bericht nun das exakte Ablieferungsdatum an die Staatskanzlei vom 12. Juli 2006, weil wir unsere Ferien geniessen wollten. Wir haben ihn also vorher abgegeben.
Die Schlussbemerkung des Kommissionspräsidenten in der Vorlage 1316.3, S. 10 unten kann die Votantin nicht unkommentiert lassen. Diese Aussagen muss sie in aller Deutlichkeit als unzutreffend zurückweisen. Die Gemengsteuer trifft weder ausgeprägt den Mittelstand, noch ist sie unsozial. Die Geschäfte, die eine mittelständische Familie üblicherweise tätigt, dürften nach dem Kommissionsvorschlag teurer

werden. Bedeutende Immobiliengeschäfte, die über den Möglichkeiten des Mittelstandes liegen, würden aber erheblich günstiger, da der Steueranteil abnimmt und auch noch eine Maximalgebühr eingebaut ist. Wohneigentumsförderung wird sicher nicht über kostendeckende Gebühren gemacht, sondern über moderate Steueransätze für den Mittelstand. Deshalb sind die hier gemachten Aussagen irreführend und entbehren des Bezuges zur Realität.
Zur Kommissionsvorlage will Berty Zeiter noch eine letzte kritische Anmerkung anbringen. Sie geht von der These aus, dass die vollen Kosten über die echten Gebühren gedeckt werden sollen. Gleichzeitig aber legt die Kommission Maximalgebühren fest, weil sie auch gemerkt hat, dass auf diese Weise die Dienstleistungen des Grundbuchamts für Normalverdienende unerschwinglich werden könnten. Damit ist die neue Vorlage in sich inkonsequent. Der Schluss daraus lautet: Die Vorlage auf Gebührenbasis ist ein Versuch, verhältnismässig wenige vermögende natürliche und juristische Personen über Gebühr (im doppelten Sinn) zu privilegieren. Die daraus resultierenden Einnahmenausfälle sind von den weniger Begüterten und der Allgemeinheit zu kompensieren.
Aus all diesen Gründen bittet die Votantin den Rat, den Antrag der Kommissionsminderheit und der Regierung zu unterstützen und auf die Vorlage 1316.6 einzutreten, welche die Grundbuchgebühren mit Gemengsteuer beibehalten will. Die AF plädiert ebenfalls für Eintreten auf diese Vorlage.

Peter **Dür** kann sein Votum kürzen, da in den vorhergehenden Voten schon Einiges gesagt worden ist. Zuerst etwas zu Beat Villiger, der sagte, es sei seltsam, dass die Stawiko diesen Gesetzesentwurf der Mehrheit der vorberatenden Kommission nicht durchberaten habe. Wir haben diese Beratung am 3. Oktober gemacht. Wir haben immer eine grosse Geschäftslast, die bei den letzten Sitzungen stark angestiegen ist, gerade weil Verzögerungen stattfinden, gewisse Vorlagen zurückgehalten werden oder wie man das nennen will. Und wir müssen diese Geschäfte irgendwie durchberaten. Das Vorgehen ist auch etwas ungewöhnlich, wenn der Stawiko-Präsident an die letzten acht Jahre zurückdenkt. Da kommt gleich eine vollständig neue Vorlage, die auch nicht wie üblich vernehmlasst wurde. Der Regierungsrat konnte ebenfalls nicht dazu Stellung nehmen. Und die Stawiko-Mehrheit war der Meinung, dass wenn eine solche Vorlage zu Mindereinnahmen von 3,1 Mio. Franken beim Kanton und 5,3 Mio. Franken bei den Einwohnergemeinden führt, wahrscheinlich der Rat dieser Vorlage nicht zustimmt. Gestern hat Peter Dür ein E-Mail von Tino Jorio erhalten, der meinte, das sei wahrscheinlich falsch. Der Votant ist noch immer der Meinung, eine Mehrheit sollte für die regierungsrätliche Variante sein.
Er fasst nochmals zusammen, was die Gründe die Mehrheit der Stawiko sind, die regierungsrätlichen Vorlage bzw. den Minderheitsantrag der vorberatenden Kommission zu unterstützen:

1. Das Grundbuchamt erfüllt eine hoheitliche Aufgabe, indem es die Eigentumsgarantie bei Grundstücken sicherstellt. Der Wert dieser Leistung ist höher zu gewichten als die eigentliche Stundenleistung des Amts. Diesem Umstand wird mit der Gemengsteuer Rechnung getragen.
2. Die Variante der vorberatenden Kommission enthält ebenfalls Gemengsteuer-Elemente, weil mit den vorgeschlagenen Tarifen mehr als die voraussichtlichen Vollkosten des Grundbuchamts generiert würden. Der Gebührenansatz von 180 Franken pro Stunde erscheint zudem eher willkürlich gewählt. Auch die Gewichtung einzelner Dienstleistungen des Grundbuchamts mit Multiplikationsfaktoren und die dort genannten Maximalbeiträge beruhen nicht auf eindeutig nachvoll-

ziehbaren Berechnungsgrundlagen. Wir sind der Meinung, dass das Ganze noch nicht ausgegoren ist. Es wurde auch nicht richtig vernehmlasst. Der Regierungsrat konnte dazu nicht Stellung beziehen. Das Ganze steht auf einer sehr schwachen Basis.

3. Die Stawiko-Mehrheit ist klar der Ansicht, dass es in Anbetracht der noch unsicheren Höhe der finanziellen Mehrbelastungen aus der NFA der falsche Zeitpunkt ist, dem Kanton und den Gemeinden Mittel zu entziehen. Es besteht keine zeitliche Dringlichkeit, von der Gemengsteuer zu einer reinen Gebührenordnung zu wechseln. Im Gegensatz zum Steuergesetz, wo man eine passagere Einbusse in Kauf nehmen kann, um nachher eine Superkompensation zu erzielen, gibt es eine solche hier nie. Wenn sie das dem Kanton und den Gemeinden wegnehmen, so ist es weg. Und da müssen die Mittel auf eine andere Art generiert werden.
4. Die Stawiko ist mehrheitlich der Meinung, dass der Kanton Zug im interkantonalen Vergleich insgesamt tiefe Grundbuchgebühren erhebt. Wir halten zudem fest, dass zwischen den Kantonen in diesem Bereich kein Wettbewerb gibt und demnach auch kein Handlungsbedarf besteht.

Gestützt auf unseren Bericht beantragen wir, auf die Vorlage Nr. 1316.2 einzutreten und ihr gemäss Vorlage Nr. 1316.6 der Kommissionsminderheit zuzustimmen, sofern Sie nicht den Anträgen der Stawiko gemäss Detailberatung widersprechen.

Daniel **Grunder** hält fest, dass die FDP-Fraktion den von der vorberatenden Kommission ausgearbeiteten Gegenvorschlag des neuen Grundbuchgebührentarifs begrüsst. Wir stimmen damit einem Systemwechsel hin zu kostendeckenden Grundbuchgebühren zu. Damit werden zentrale steuerpolitische Forderungen der FDP umgesetzt.

Die heute bestehenden „Handänderungs- und Pfanderrichtungsgebühren" sind in Abhängigkeit des Werts eines Grundstücks bzw. der Höhe der Pfandsumme ausgestaltet. So fallen beispielsweise beim Kauf eines Einfamilienhauses zum Preis von 1,2 Mio. Franken doppelt so hohe Handänderungsgebühren an wie beim Kauf einer Eigentumswohnung für 600'000 Franken. Die Handänderungs- und Pfanderrichtungsgebühren sind demnach keine Gebühren, sondern versteckte Steuern. Die Handänderungs- und Pfanderrichtungssteuern fallen wohlgemerkt zusätzlich zu den übrigen Steuern an, welche auf dem Grundstückverkehr erhoben werden. So bezahlen Wohneigentümer für ihre Grundstücke Vermögenssteuern, auf Mieteinnahmen oder dem Eigenmietwert Einkommenssteuern und beim Verkauf des Grundstücks eine Sondersteuer, nämlich die Grundstückgewinnsteuer. Der Grundstückverkehr wird damit bereits mehrfach besteuert. Für die FDP ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Grundstückverkehr zusätzlich noch durch Handänderungs- und Pfanderrichtungssteuern belastet werden soll.

In den vergangenen Jahren ist die Steuerbelastung durch die Handänderungssteuern angestiegen. Dies vor allem deshalb, weil heute Grundstücke viel häufiger die Hand wechseln. Es ist nicht mehr so, dass Wohneigentum gekauft und ein für allemal im Familienbesitz bleibt. Dies führt zu häufigeren Käufen und Verkäufen. Zudem sind die Preise für Wohneigentum in den vergangenen Jahren angestiegen, was angesichts der wertabhängigen Handänderungssteuern zu weiteren Belastungen führte. Die bestehenden Handänderungs- und Pfanderrichtungssteuern belasten demnach vor allem die Wohneigentümer des Mittelstands und viele Mieterinnen und Mieter, da die Steuerbelastung vielfach auf sie abgewälzt wird. Durch die Abschaffung der heutigen Handänderungssteuer bzw. deren Ersatz durch kostendeckende

Gebühren setzt sich die FDP-Fraktion für die Wohneigentumsförderung und die Entlastung der Mieterinnen und Mieter ein.
Der von der vorberatenden Kommission ausgearbeitete Gebührentarif mit Faktorgewichtung wird von unserer Fraktion grossmehrheitlich unterstützt, da dieser den Aufwand und die Bedeutung des Grundbuchamts bzw. des Grundbuchs unabhängig vom Wert des Grundstücks berücksichtigt. Der Argumentation, am Status quo sei festzuhalten, da derzeit kein dringender Handlungsbedarf bestehe, kann die FDP-Fraktion nicht zustimmen. Zug hat in seiner Geschichte immer wieder durch innovative Entscheide, gerade im Bereich der Steuern, wichtige Impulse für die Entwicklung und den Wohlstand unseres Kantons gesetzt.
Zusammenfassend ersucht der Votant den Rat im Namen der FDP-Fraktion, auf die Vorlage in der Version der vorberatenden Kommission einzutreten und damit Wohneigentümer und Mieter des Mittelstandes zu entlasten. – Kurz noch etwas zum Verfahrensantrag, der zu erwarten ist, wenn auf die Kommissionsvariante eingeschwenkt wird. Die FDP-Fraktion ist mit grosser Mehrheit der Ansicht, dass beide Vorlagen der vorberatenden Kommission sowie jene des Regierungsrats auf dem Tisch liegen, dass alle Mitglieder des Kantonsrats und auch der Regierungsrat genügend Zeit hatten, sich entsprechend vorzubereiten, und wir uns deshalb heute im Stande sehen, einen Entscheid zu fällen.

Felix **Häcki** hält fest, dass sich die SVP-Fraktion vollumfänglich dem Antrag der vorberatenden Kommission anschliesst. Es war auch nicht anders zu erwarten, denn der Vorschlag erfüllt einen Wunsch, den die SVP auch in anderen Belangen hat. Dass man mit der Gemengsteuern aufhört, dass man echte Gebühren benutzt und dort besteuert, wo es zu besteuern gibt. Es ist weiter auch nicht auf die Einwände der Gemeinden einzutreten, weil das – auch wenn sie im Moment viel Geld erhalten, ohne etwas zu tun – nicht budgetierbare Einnahmen sind. Wenn eine Gemeinde ihren Steuersatz darauf abstellt, wie viel sie aus den Grundbuchabgaben erhält, dann ist das sicher völlig falsch und führt zu falschen Resultaten. Denn diese Abgabe hängt ganz allein vom Handel mit Liegenschaften ab, und der kann konjunkturell sehr stark schwanken. Deshalb müssen die Gemeinden ihre Steuersätze so oder so ohne die Berücksichtigung dieser Beträge festlegen, wenn sie seriöse Finanzpolitik machen wollen. Der Votant bittet den Rat deshalb, den Anträgen der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Käty **Hofer** hält fest, dass die SP einstimmig für den Antrag von Kommissionsminderheit, Regierung und Stawiko ist. Auch das wird Sie nicht überraschen! – Wir haben es schon mehrfach gehört: Der Vorschlag der Kommissionsmehrheit würde dem Kanton und den Gemeinden Einnahmenausfälle von ungefähr 8 bis 8,5 Millionen bescheren. Die Stichworte NFA und ZFA haben wir nicht nur heute mehrfach gehört, sondern in den letzten Jahren immer wieder. Der Zeitpunkt, Steuern zu senken, ist jetzt denkbar ungünstig. Vor allem, wenn kein Druck da ist. Die ZFA zweites Paket ist eine ausgewogene Sache zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Beide Seiten müssen leben mit eine Mehrbelastung, und sie müssen miteinander leben. Darum dürfen wir auf keinen Fall jetzt nebenher auf einem Extrageleise das finanzielle Gleichgewicht zerstören und den Gemeinden einseitig Einnahmen streichen. Dass alle Gemeinden vehement gegen die Vorlage der Kommissionsmehrheit sind, haben Sie gehört.

Die Votantin nimmt Bezug auf den Stawiko-Bericht – auf Argumente der Kommissionsminderheit. Da wird vorgeschlagen, dass die Gemeinden die ausfallenden Einnahmen zum Teil aus Einnahmen aus dem Notariatsbereich kompensieren könnten. Die Stawiko-Minderheit weiss wohl ganz genau, dass eine Vorlage der Regierung auf dem Tisch liegt, in der Vernehmlassung ist, den Gemeinden einen schönen Teil des Notariatsbereichs wegzunehmen und an private Notare zu vergeben. Dieses Argument zieht hier also nicht! Wir haben auch gehört, dass sich die Gemeinden nicht auf die Einnahmen aus den Handänderungsgebühren verlassen sollen, dass der Bauboom in den nächsten Jahren abflachen werde. Wenn dem tatsächlich so wäre und die Gebühren tatsächlich zurückgehen, ist das ein gewichtiges Argument für den Antrag der Kommissionsminderheit. Denn bei den Gemeinden geht die Votantin bei schwindenden Gebühren lieber von 5 Mio. mehr aus als von 5 Mio. weniger, und dann hinunter.
Steuererhöhungen in den nächsten Jahren sind nicht auszuschliessen. Und der Antrag der Kommissionsmehrheit wird zu dieser Tendenz beitragen. Wir wollen alle keine Steuererhöhungen, also tun wir doch alles, um diese zu verhindern! Die Vorlage der Kommissionsmehrheit würde vor allem Besserverdienende und juristische Personen entlasten. Steuererhöhungen würden nachher auf alle Steuerleistenden verteilt, ob sie jetzt die Leistungen des Grundbuchs in Anspruch nehmen oder nicht.
Andrea Hodel gab heute bei einem früheren Traktandum zu bedenken, dass Steuersenkungen immer mehr Steuereinnahmen zur Folge hätten. Wir haben es vom Stawiko-Präsidenten gehört: Bei dieser Vorlage ist das nicht der Fall, denn hier spielt der Wettbewerb nicht. Der Grundstückhandel spielt sich nur im Kanton Zug ab und nicht im Wettbewerb mit andern Kantonen.
Die Grundstückgewinnsteuer wurde erwähnt. Aber keiner der Vorredner hat gesagt, dass juristische Personen keine Grundstückgewinnsteuer abrechnen. Das tun nur die natürlichen Personen. Und auch diese müssen Gewinnsteuern nur abliefern, wenn sie tatsächlich Gewinn machen. Je mehr Gewinn, desto mehr Grundstückgewinn*steuer*. Das ist eine sehr milde Abschöpfung eines Spekulationsgewinns.
Die Vorlage der Regierung, der Kommissionsminderheit und der Stawiko ist kostenneutral. Wir können sie uns leisten. Sie vereinfacht das Grundbuchwesen und passt die Gebühren an heutiges Niveau an. Und wir haben es auch schon mehrfach gehört: Der Kanton Zug ist mit seinen Gebühren schon heute sehr günstig. Auch die Neue Zürcher Zeitung bestätigt das. Wohin soll denn der Impuls des Kantons gehen, den Daniel Grunder vorhin erwähnt hat?
Der Kommissionspräsident hat in seinem Votum den Eindruck erweckt, dass wirtschaftliche Handänderungen nur mit dem Bericht der Kommissionsmehrheit neu besteuert würden. Dem ist nicht so! Diese Anlage ist in beiden Berichten drin. Wirtschaftliche Handänderungen werden neu auch in der Vorlage der Regierung besteuert. – Das Verrechnen von Leistungen des Grundbuchamts. Auch hier macht die Vorlage der Regierung weitgehende Verbesserungen. Auch das ist kein Verdienst der Vorlage der Kommissionsmehrheit.
Zur Verschiebung der Detailberatungen. Die Vorredner haben dieses Thema bereits angeschnitten, also wird Käty Hofer ihre Argumente auch bereits auf den Tisch legen. Sie wird nach dem Grundsatzentscheid – falls nötig – einen Antrag stellen auf Verschiebung der Detailberatung. Weder Stawiko noch Regierung haben den Bericht der Kommissionsmehrheit beraten. Die Votantin zitiert aus der Geschäftsordnung, § 18, Staatswirtschaftskommission: «Sie gibt ihren Bericht ab zu jedem Antrag oder Gesetzesvorschlag, dessen Annahme die Einnahmen wesentlich beeinflussen würde.» 8 Millionen sind doch wesentlich! Da brauchen wir den Stawiko-Bericht. Ein weiteres Zitat, § 37: «Die Berichte und Anträge des Regierungsrats oder der kantonsrät-

lichen Kommissionen sind den Ratsmitgliedern spätestens acht Tage vor der Sitzung zuzustellen.» Käty Hofer kann sich nicht vorstellen, dass die GO hier meint, acht Tage vor der 2. Lesung. Wir haben hier ein wichtiges Geschäft mit grossen finanziellen Auswirkungen, und wir brauchen hier zwei echte Lesungen und nicht eineinhalb.
Zur Verzögerung des Berichts der Kommissionsmehrheit haben wir auch schon etwas gehört. Der Kommissionspräsident operiert mit falschen Daten. Käty Hofer überlässt es ihm selber, klarzulegen, wann er seinen Bericht eingereicht hat. Wenn wir fünf oder mehr Monate Zeit haben, auf den Kommissionsbericht zu warten, haben wir sicher auch Zeit, auf die Beratung von Stawiko und Regierung zu warten.

Franz **Müller** erinnert daran, dass im Dezember 2005 die Gemeindevertreter aller elf Zuger Gemeinden von einer Delegation der vorberatenden Kommission dahingehend orientiert wurden, dass diese im Gegensatz zum Regierungsrat die Handänderungsgebühren streichen wolle. Sämtliche Gemeindevertreter haben damals die Ablehnung dieser Änderung bekundet. Ein Verzicht auf die Erhebung von Handänderungsgebühren würde zu einer erheblichen Verringerung der Einnahmen bei den Gemeinden wie auch beim Kanton führen. Die Folge wäre dann, dass über kurz oder lang die ordentlichen Steuern erhöht werden müssten, um den Ausfall der Handänderungsgebühren zu kompensieren. Das würde dann aber, im Gegensatz zur Handänderungsgebühr, alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler treffen. Die heutigen Handänderungsgebühren haben sich im Kanton Zug bewährt und stossen bei den Kundinnen und Kunden auf breite Akzeptanz.
Ein Verzicht auf die Handänderungsgebühren würde auch eine falsche Signalwirkung auf die übrige Schweiz auslösen, indem die sonst schon privilegierten Steuerzahler im Kanton Zeit ein weiteres Mal bevorzugt behandelt würden. Das Bild des Steuerparadieses Kanton Zug würde um eine weitere Facette erweitert. Das kann nicht in unserem Interesse sein. Im Gegensatz zu anderen Kantonen sind die Handänderungsgebühren im Kanton Zug relativ tief. Bei uns beträgt die Handänderungsgebühr nach geltendem Recht und unter Berücksichtigung des Gemeindeanteils im Normalfall 8 Promille der massgeblichen Handänderungssumme. Im Kanton Schwyz beträgt die Gebühr z.B. 1 Prozent. Ein Wegfall dieser Gebühren würde für die Gemeinde Oberägeri z.B. einen jährlichen Einnahmensausfall von ca. 380'000 Franken verursachen. Das sind immerhin 2 % der jährlichen Steuereinnahmen von Oberägeri.
Wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte sind ja alle auch ein bisschen Gemeindevertreter. Deshalb bittet der Votant den Rat, hier die Anliegen der Gemeinden zu unterstützen und dem Antrag der Kommissionsminderheit zuzustimmen. Die Stawiko unterstützt ebenfalls die Variante des Regierungsrats und der Kommissionsminderheit und will somit an der Erhebung der Gemengsteuer festhalten.

Andrea **Hodel** will das Gesagte nicht wiederholen, muss aber doch noch einige Bemerkungen machen. – Bereits im Juli 2005 hat unsere Kommission entschieden, nicht auf den Antrag der Regierung einzutreten und einen neuen Antrag selber zu erarbeiten. Seither weiss mindestens die Direktion des Innern davon – das sind jetzt dann bald eineinhalb Jahre. Im Oktober 2005 hat die Kommission entschieden, die Geheimhaltung der Kommissionsarbeit aufzuheben und die Gemeinden im Dezember zu informieren. Dies ist am 14. Dezember 2005 in einer halbtägigen Sitzung geschehen. Seit dieser Zeit ist die Kommissionsarbeit öffentlich und sämtliche Involvierten – insbesondere die Regierung – hätten Zeit gehabt, sich damit auseinander-

zusetzen. Dies nota bene vor dem Hintergrund, dass alle bürgerlichen Parteien sich ja bereits in der Vernehmlassung zum Grundbuchgebührentarif für die Abschaffung der Gemengsteuer ausgesprochen haben, die Regierung aber bewusst in Kauf genommen hat, auf dieses Anliegen nicht einzutreten. Letztendlich ist es ja das Recht und auch die Pflicht des Kantonsrats, Gesetzgebung zu betreiben. Und dies haben wir mit einem neuen Vorschlag in der Kommissionsmehrheit gemacht. Die Votantin glaubt deshalb festhalten zu können, dass wir die Detailberatung in guten Treuen von beiden Vorlagen verlangen können. Zumal beide Vorlagen ja auch den Fraktionen vorgelegen haben und auch von ihnen verlangt wurde, beide Vorlagen im Detail zu beraten. Was zumindest die FDP-Fraktion am Montag gemacht hat. Dass die Stawiko hier eventuell falsch gepokert hat, tut Andrea Hodel leid. Sie wird das Ganze aber ohne weiteres auf die 2. Lesung noch nachholen können. Sie hat sich übrigens in ihrem Bericht geäussert: Sie will keine Reduktion der Steuereinnahmen. Es geht ja nicht mehr darum, dass sie zur ganzen Vorlage nochmals Stellung nehmen muss, sondern sie muss die Detailfragen nochmals klären, die übrigens sehr ähnlich sind wie jene der Kommissionsmehr- und -minderheit. Sämtliche Bestimmungen mit Ausnahme der Gemengsteuer wurden ja übernommen.
Was die Einnahmenausfälle der Gemeinden betrifft. Es ist richtig, es gibt diese Ausfälle. Aber wenn man die Tabelle für das Jahr 2004 ansieht, welche der Kommission vorgelegen hat, hatten die Gemeinden 4,5 Millionen eingenommen. Davon haben allein Zug und Baar 1,8 eingenommen, also *die* Gemeinden, die solche Ausfälle über die Überschüsse ohne weiteres kompensieren können. Aus all diesen Gründen können wir dieser Änderung zustimmen, ohne dass wir ins Verderben geraten, sondern einen weiteren wichtigen Schritt machen, um hier zu zeigen, dass wir mit alten Steuern aufräumen.

Rudolf **Balsiger** weist darauf hin, dass Verursacherprinzip und Kostenwahrheit sehr oft richtige Kampfworte sind, wenn es um die Finanzierung von Strassen und Entsorgen geht. Der Votant kann nicht verstehen, wenn in diesem Fall nun die Augen verschlossen werden sollen für die Finanzierung dieses Aufwands des Grundbuchamts. Dieser soll nach einem Stundenansatz verrechnet werden. Was die Gemeinden betrifft, sollten diese 5,3 Millionen von allen elf Gemeinden zusammen durchaus tragbar sein. Insbesondere wenn man berücksichtigt, dass diese Beträge eigentlich gar nicht budgetierbar sind. Es ist also ein so genannter «windfall», der Ende des Jahres ins Budget hinein kommt. Zum Schluss ist noch zu sagen, dass der Kanton Zürich als Nachbarkanton diese Handänderungssteuer vollständig und ersatzlos abgeschafft hat. Und alle Gemeinden dort leben an sich noch ganz gut. Rudolf Balsiger beantragt, der Kommissionsversion zu folgen.

Gregor **Kupper** hat aus der Zeitung erfahren, dass der Kommissionsantrag eine Mehrheit finden könnte. Und nachdem die Zeitung ja immer Recht hat, möchte er etwas sagen zu diesem Antrag der Kommission. Wir streichen heute so quasi mit einem Federstrich 8,5 Millionen Einnahmen unseres Kantons und unserer Gemeinden. Das sind auf zehn Jahre hochgerechnet 85 Millionen. In den nächsten zehn Jahren werden wir im Kanton Zug auf Grund von NFA und ZFA kämpfen um unsere Finanzen. Wir haben von Martin Lehmann gehört, was an zusätzlichen Sachen auf die Gemeinden zukommt. Diese 5,3 Millionen, die in den Gemeinden fehlen, sind über 1 Steuerfussprozent, in einzelnen Gemeinden können es aber durchaus 3 oder 4 Steuerfussprozente sein. Das sind zum heutigen Zeitpunkt falsche Signale! Wir

wissen, dass der NFA auf uns zukommt. Wir wissen, dass ZFA zu Kostenverschiebungen innerhalb unserer Gemeinwesen führt. Und wir sollten nicht überstürzt jetzt auch da noch Einnahmen der öffentlichen Hand entziehen, wo keine zwingenden Gründe vorliegen. Wenn wir schon jedes Jahr 8,5 Millionen zu viele Einnahmen haben, würde der Votant dafür plädieren, dass wir die dann da verwenden, wo sie Sinn machen – z.B. im Steuerpaket 2, wo wir dann einem ganz anderen Konkurrenzdruck ausgesetzt sind als hier bei der Handänderungssteuer. Bei dieser wissen wir, dass wir gegenüber anderen Kantonen nicht in einem Konkurrenzverhältnis stehen. Wir wissen aber auch, dass wir gegenüber anderen Kantonen sehr tiefe Gebühren haben. Wir können auch zur Kenntnis nehmen, dass Profiteure dieser Streichübung in erster Linie die professionellen Liegenschaftshändler werden. Dass da entsprechend mehr Gewinne erzielt werden. Aber wir dürfen uns bestimmt nicht der Illusion hergeben, dass dadurch unsere Immobilienpreise im Kanton sinken.
Vielleicht ist es Gregor Kupper gelungen, den einen oder anderen daran zu erinnern, dass er hier auch als Gemeindevertreter im Saal sitzt. Er würde empfehlen, deshalb den Minderheitsantrag bzw. den Antrag der Stawiko zu unterstützen und den Gemeinden vorläufig diese Einnahmenquelle aufrecht zu erhalten.

Thomas **Lötscher**: Natürlich kommt diese Vorlage im Moment für die Einwohnergemeinden sehr ungelegen. Und sie kommt ungelegen im Vorfeld der NFA. Nur sollten wir etwas weiter denken und uns nicht nur von dieser NFA-Situation paralysieren lassen. Jetzt bedient sich der Votant in beinahe unverschämter Weise des linken Vokabulars. Aber es geht bei dieser Vorlage nicht nur ums Geld. Es geht auch um Gerechtigkeit. Die Besteuerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist ja an sich in Ordnung. Und das machen wir bereits. Wir besteuern das Einkommen über den Eigenmietwert, das Vermögen über den Wert der Liegenschaft. Wir besteuern das Einkommen nochmals bei der Grundstückgewinnsteuer. Es besteht de facto kein Grund, Liegenschaftsbesitz und -erwerb noch weiter zu besteuern. Mit diesen Handänderungssteuern besteuern wir nämlich mehr als das Vermögen. Wenn gerade junge Familien Wohneigentum erwerben, tun sie das in einer Situation, in der sie finanziell noch nicht wirklich abgesichert sind. Vielfach werden diese Käufe bis zu 80 % über die Bank finanziert. Es werden also Hypotheken bis zu 80 % des Kaufpreises aufgenommen. Wir haben 20 %, die diese Leute einbringen; besteuert werden aber dann 100 %.
Eine weitere Ungerechtigkeit besteht darin: Wenn Sie zu Vermögen gekommen sind und dieses Vermögen investieren, indem Sie z.B. ein Auto kaufen oder ein Boot, dann haben Sie Glück gehabt. Wenn Sie eine Wohnung kaufen, werden Sie bestraft. In der Verfassung wurde die Wohneigentumsförderung postuliert. Also machen wir es doch! Gewisse Linkspolitiker verdrehen gerne die UBS-Studie, um die hohen Wohnkosten im Kanton Zug zu geisseln. Denken Sie an die aktuelle Debatte über das Steuergesetz. Und helfen Sie uns nun mit, diese zu reduzieren!
Noch etwas zu den Ansätzen, die im Kanton Zug so tief sind und tiefer sind als in anderen Kantonen. Franz Müller hat den Vergleich gemacht mit Zug und Schwyz. Bei näherer Betrachtung hinkt dieser Vergleich aber. Man kann zwar über die Zeitungen schimpfen, man kann sie aber auch lesen. Und wenn Sie gestern die Neue Zuger Zeitung gelesen haben, ist dort ein Artikel erschienen über die Kosten des Wohnens. Der Aufhänger war die Miete. Es sind dort aber auch Vergleichswerte für Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser drin. Und wenn Sie die Preise vergleichbarer Wohnungen und Häuser gerade im Kanton Schwyz mit dem Ansatz multiplizieren für die Handänderungskosten und das Gleiche machen im Kanton Zug,

werden Sie feststellen, dass Sie im Kanton Zug frankenmässig mehr bezahlen als im Kanton Schwyz. Und es sind nicht die Prozente, es sind die Franken, die letztlich einschenken.
Die Bedeutung für die Gemeinden möchte der Votant nicht in Abrede stellen. Aber seien wir uns doch einfach bewusst: Es ist eine Schönwettersteuer. Sobald der Wachstumsboom vorbei ist, sobald die Handänderungen abnehmen, werden die Erträge dort einbrechen. Und zwar im dümmsten Augenblick. Also *die* Gemeinde, die nicht heute schon etwas vorsorgt und sich absichert und stattdessen jetzt auf diese Handänderungssteuer baut, wird auf die Welt kommen und ein böses Erwachen erleben.

Stawiko-Präsident Peter **Dür** findet es schade, dass der Finanzdirektor nicht hier ist. Er hat doch noch einiges Gewicht in solchen Fragen. Er kann heute nicht Stellung dazu beziehen, was es heisst, einfach 3,1 Millionen auf einen Strich und ohne Druck, Handlungsbedarf oder Wettbewerb einfach zu streichen. In den letzten vier Jahren haben wir es in diesem Rat und zusammen mit der Regierung geschafft, eine berechenbare Finanzpolitik zu betreiben. Es wurde eine Finanzstrategie erstellt, die auf Druck der Stawiko revidiert wurde. Und die Regierung hat sich an diese Kennzahlen gehalten. Diese Verlässlichkeit der Regierung sollten wir auch damit wertschätzen, dass wir heute nicht einfach einen groben Eingriff in dieses System machen, sondern uns überlegen, was es heisst, einfach 3,1 Millionen zu streichen oder 5,3 Millionen bei den Gemeinden. Im Moment ist immer noch Schönwetterlage. Aber der Votant hat bei anderer Gelegenheit von diesem Flugzeug gesprochen, das steigt und in den Gleitflug gehen muss, in die Reisehöhe. Und wenn wir dort den NFA bezahlen müssen, diese rund 120 Millionen zusätzlich, wird es auf jeden Franken ankommen. Und dann wird es nicht mehr gleich sein, ob 3,1 Millionen mehr oder weniger in die Kasse kommen. Sie mögen sich erinnern, als wir in diesem Rat daran gegangen sind, Einsparungen zu treffen. Diese Diskussionen um 50'000 Franken, ob man den Lehrlingen die Billette wegnehmen soll oder nicht. Das waren schmerzhafte Eingriffe. Das gab riesige Diskussionen. Und jetzt wollen Sie ohne Handlungsbedarf diese 3,5 Millionen streichen. Also verlässliche, kontinuierliche und berechenbare Finanzpolitik – bleiben Sie auf dem geradlinigen Weg! Die Budgetdebatte wird wieder kommen. Es wird wieder um jeden Franken gehen. Unterstützen Sie die Variante von Regierung, Stawiko und Kommissionsminderheit!

Peter **Rust** spricht für die Minderheit der Stawiko, das ist sein legitimes Recht. Selbst wenn der Finanzdirektor hier wäre, würde der Votant dieses Votum halten. Es stimmt, dass für den Kanton und die Gemeinden 8 Millionen ausfallen. Aber das hindert uns doch überhaupt nicht daran, eine ungerechtfertigte Steuer hier und heute festnageln zu wollen. Es ist eine ungerechtfertigte Steuer, weil fast sämtliche Räte und Rätinnen im Rat auf ihren Parteifahnen schrieben, wenn es um Wahlen ging: Wohnen und Arbeiten ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Und alle haben gesagt, das müsse man verbilligen, da müsse man einen schlankeren Staat machen und unnötige Steuern abschaffen. Und jetzt, wo wir die Gelegenheit haben, wird gejammert für den Staat. Der Staat will sich also an Wohnen und Arbeiten bereichern. Wollen wir das? Was ist denn die Gegenleistung von diesen 8 Promille, die wir bei jedem Kauf einkassieren wollen? Für eine Million – ob das ein Haus ist oder eine Eigentumswohnung – sind das 8'000 Franken, die bei jedem und Verkauf anfallen. Vergessen wir nicht, dass vielleicht beim unüberbauten Grundstück zwei oder

drei Jahre vorher vielleicht schon einmal eine ähnliche Gebühr kassiert wurde. Das geht dann kaskadenartig weiter. Und das wollen wir festnageln, obwohl die Gegenleistung null ist. Es ist einfach eine Steuer. Der Kanton Zürich hat das längstens erkannt, er ist nicht darauf eingetreten. Und wir wollen das heute jetzt hier einführen. Da ist Peter Rust strikte dagegen. Wir haben das auf unsere Fahnen geschrieben, wieso sollen wir ohne eine Gegenleistung hier eine Steuer auf Zeiten erheben? Die Gegenleistung ist ja bloss ein A4-Blatt für den Eintrag im Grundbuch, das ist vielleicht 300, 400 Franken wert. Und Ihr wollt das heute festnageln für 8'000 Franken und mehr.
Immerhin sind die Käufer ja nicht einfach Käufer. Das sind im weitesten Sinn die Mieter, die wir heute hier vertreten. Mieter und Käufer. Wohnen und Arbeiten sind ein Grundbedürfnis. Und das müssen wir doch günstiger machen, wenn wir schon die Gelegenheit haben. Bauwillige werden ja nicht nur über die Grundbuchtaxe abkassiert. Wir haben happige Baubewilligungs- und Werkanschlussgebühren zu zahlen. Eine Vielfalt von behördlichen Auflagen geht mit horrenden Kosten einher. Mit solchen Steuern wird ohne Gegenleistung bloss das Wohnen und Arbeiten verteuert. Die Gemeinden verlieren zwar eine Einnahme, das sieht der Votant ein. Aber vergessen wir nicht, die rollende Wertsteigerung bei den Grundstücken macht diese Rechnung für die Gemeinden und auch für den Kanton mehr als nur wett. Steuern zu erheben ohne eine Gegenleistung spricht gegen ein Prinzip. Das wollen wir doch nicht! Bitte geben Sie Ihre Stimme der Kommissionsmehrheit!

Berty **Zeiter** möchte es nicht unterlassen, nachdem wir nun die Stimme der Baulobby gehört haben, nochmals auf einige Argumente einzugehen, die sie nicht unwidersprochen lassen kann. Peter Rust hat sehr wohl gerade ein Argument gegen die Bodenspekulation geliefert, wenn er schildert, wie das Grundstück gekauft und verkauft wird. Und hier ist sicher auch die Gemengsteuer eine Hilfe, dass die Spekulation nicht überhand nehmen kann. Wir sind ja ohnehin im Kanton Zug schon von dieser Problematik betroffen. Und die Votantin will auch darauf hinweisen, dass wir jetzt in diesem Zusammenhang nicht Ursache und Wirkung verwechseln dürfen. Denn wenn gesagt wird, die Gebühren würden die Grundstückpreise hochtreiben, ist doch klarzustellen, dass es die Wirtschafts- und Steuerpolitik im Kanton Zug ist, welche die Boden- und Immobilienpreise hinauf treibt. Und wenn Andrea Hodel so leichthin sagt, Baar und Zug könnten selbstverständlich die Ausfälle verkraften, dann sollte man einmal den Ausfall in den Gemeinden Baar und Zug in Steuerprozente umsetzen. Das ist sicher sehr viel weniger, als was die kleinen Gemeinden in Steuerprozenten riskieren, wenn wir diese Steuer abschaffen. Darum kann es doch nicht angehen, dass wir ständig im Kantonsrat eine Steuersenkung nach der anderen beschliessen. Bei jeder Steuersenkung heisst es: Sie ist verkraftbar. Aber niemand schaut das Ganze an. Eine Tranche nach der anderen bauen wir ab und am Schluss fehlt das Ganze. Wir beraten hier und sagen, wir wüssten, was für die Leute im Kanton Zug gut ist. Aber wir sprechen immer von der Seite der Leute her, die im Geld schwimmen – die wissen, was für die anderen gut ist. Die Grundstückbesitzenden rechnen für die anderen, die knapp sind, aus, dass das verkraftbar ist. Das ist ein Aufbrechen der Solidarität, wenn wir vom Steuerprinzip zum Gebührenprinzip wechseln, dass wir die Lasten nicht mehr danach verteilen, was jemand leisten kann, sondern danach, dass jeder gleich viel leisten muss, ob er es kann oder nicht. Und damit ist auch der Begriff der Gerechtigkeit, den Thomas Lötscher eingebracht hat, zu differenzieren. Gerechtigkeit heisst nicht, dass alle gleich gehalten werden, sondern dass

jeder soviel bringt, wie er kann. Und das ist mit der Minderheitsvorlage besser gegeben als mit der Gebührenvorlage.

Karl **Künzle** weist darauf hin, dass die Grundbuchgebühren (resp. die damit gemeinte Steuer) von den meisten Einwohnergemeinden sehr geschätzt wird. Einnahmen sind das A und O aller Gemeinden, viel anderes als Steuern gibt es leider nicht. Die nebst den Steuern erwirtschafteten Erträge aus Gebühren oder Dienstleistungen machen nur einen kleinen Teil der gesamten Erträge aus. Was trotz der geliebten Einnahme aus der Grundbuchgebühr stört, ist die Tatsache, dass an allen Ecken von verursachergerechten Gebühren gesprochen wird (Kehricht, Privater Verkehr, Abwassergebühren etc.), aber bei den scheinbar nur von Reichen zu zahlenden Grundbuchgebühren soll dies nicht gelten. So wurden erst vor kurzer Zeit die Bürgergemeinden zurück gebunden, weil die Einbürgerungsgebühren als reine Aufwandentschädigung zu deklarieren sind und keinen Gemengsteuercharakter mehr aufweisen dürfen. Es gibt auch bei den Ausländern, die sich einbürgern lassen wollen, reiche Leute. Warum also bei den Grundbuchgebühren andere Werte und Argumente ansetzen? Steuern sind notwendig und diese sind zu zahlen. Versteckte Steuern und insbesondere solche, denen man nicht ausweichen kann, sind aber eine Plage und gehören daher abgeschafft. Bitte stimmen Sie der Kommissionsmehrheit zu, um die Gemengsteuer bei den Grundbuchgebühren abzuschaffen.

Käty **Hofer** muss noch zwei Argumenten von Peter Rust entgegnen. Wohneigentumsförderung. Die Votantin hat ziemlich früh in den Beratungen der Kommission den Antrag gestellt, für selbst genutztes Wohneigentum die Gebührensätze zu reduzieren oder fallen zu lassen. Dieser Antrag hatte in der Kommission keine Chance. Er wäre eine gezielte Förderung gewesen für selbst genutztes Wohneigentum. Und kein Giesskannenprinzip, wie wir es jetzt haben. Soviel zum Bekenntnis zur Wohneigentumsförderung.
Gegenleistung des Grundbuchamts. Peter Rust meint, das Grundbuchamt gebe keine Gegenleistung für die Gebühren. Ein A4-Blatt. Aber wichtig ist nicht das Blatt, sondern was das Blatt verkörpert. Das Grundbuchamt leistet uns auf unbestimmte Zeit die Sicherung unseres Grundeigentums gegen Eingriffe und Ansprüche von aussen. Und auf unser Grundbuchamt können wir uns verlassen. Das ist die Gegenleistung, die auf dem A4-Blatt steht und eigentlich unbezahlbar ist.

Max **Uebelhart** hat bei dieser Debatte klar vermisst, dass gewisse Leute ihre Interessenbindung deklariert hätten. Es gibt Leute, die haben professionell zu tun mit solchen Sachen und ziehen einen grossen Profit daraus. Grossgrundbesitzer, die handeln. Niemand hat seine Interessen klar dargelegt. Denken Sie zurück an das Pensionskassengesetz. Der Votant hatte seine Interessenbindung dargelegt und wurde trotzdem fast gesteinigt.

Gregor **Kupper** müsste als Treuhänder tatsächlich eher die andere Seite vertreten. Aber er ist hier als Kantonsrat und versucht, politisch zu denken. Und das versucht er auch als Stawiko-Mitglied. Er war aber auch mal zwölf Jahre lang gemeindlicher Finanzchef. Und er kennt die Sorgen und Nöte der Gemeinden. Das mag sich in der Stadt Zug vielleicht ein wenig anders darstellen als in einer Gemeinde Neuheim. Bei

uns ist es jedenfalls so, dass wir diese Handänderungsgebühren immer vorsichtig budgetieren konnten. Wenn wir also sagen, Handänderungsgebühren seien in Zukunft nur noch Schönwettersteuern, muss der Votant sagen: Wenn wir eine Schönwettersteuer in den gemeindlichen Budgets haben, so ist das die Grundstückgewinnsteuer. Denn diese setzt nicht nur eine Handänderung voraus, sondern auch noch das Erzielen eines Gewinns. Da kann man von Schönwettersteuer sprechen. Handänderungen gleichen sich über die Jahre hinweg etwa aus. Es gibt Jahre, da kommt ein wenig mehr rein, und dann gibt es wieder etwas schwächere Jahre. Aber Handänderungssteuern fallen selbstverständlich nicht nur bei Neubauten an, sondern vor allen Dingen auch da, wo vielleicht 20-, 30-jährige Überbauungen bestehen und dann verkauft werden, sei es auf Grund eines Generationenwechsels oder was auch immer. So gesehen ist also diese Handänderungssteuer für die Gemeinden absolut budgetierbar und sie fällt ins Gewicht.

Peter **Rust** weiss nicht, ob er sich angesprochen fühlt. Seine Interessenbindung ist klar, Immobilien sind sein tägliches Geschäft. Aber er gibt hier auch bekannt, dass er über 30 Wohnungen vermietet. Es ist sein Anliegen, dass die Mieterschaft letztlich diese Zeche bezahlt. Das wollte er hinüberbringen. Das kann man schön reden oder nicht. Jede Steuer, die wir einführen, zahlt letztlich der Käufer oder der Mieter. Er hat gemeint, die 80 Kantonsräte wüssten, womit er sich beschäftigt.

Leo **Granziol** weist darauf hin, dass diese Vorlage viel mit dem neuen NFA in Zusammenhang gebracht wird. Wenn dieser nicht existieren würde, könnte man sagen, mit den von den Gemeinden produzierten Überschüssen sei es eigentlich kein Thema. Aber jetzt soll es ein Thema werden. Peter Dür hat gefragt, wo wir denn das Geld hernehmen, wenn der NFA kommt. Aber wieso soll eine Sondergruppe von Zuger Bürgern dieses Manko decken? Was ist denn der Grund dafür, dass man eine spezielle Schicht der Bevölkerung – Grundeigentümer und Käufer – belastet für etwas, das im Staatshaushalt vielleicht fehlt? Dafür kann doch die FDP oder die CVP hier nicht den Mund wund reden. Das kann es ja wohl nicht sein. Das war immer Anliegen der Linken, dass man die Bessergestellten und die Grundbesitzer und weiss nicht wer alles speziell besteuert. Aber wir können doch hier nicht sagen: Wenn Geld im Staat fehlt, holen wir uns eine Sondergruppe. Die sollen eben über das hinaus, was es kostet, bezahlen. Wieso machen wir das nicht beim Handelsregister? Da ist doch genau dasselbe Thema. Die Firmen zahlen auch nicht mehr als die Gebühren. Motorfahrzeugkontrolle. Wieso soll nicht jeder Käufer, wenn er einen Rolls-Royce kauft oder einen Ferrari, extra belastet werden? Er kann es sich ja leisten. Er wird über die Steuer mehr belastet, aber nicht über die Gebühr der Handänderung oder des Wechsels des Fahrzeugausweises. Und das ist doch das Wesentliche. Auch bei den Anschlussgebühren haben wir überall dasselbe. Und wir müssen uns einfach fragen: Wollen wir eine Sondersteuer, die zu Lasten einer Sonderschicht der Bevölkerung geht, weiterführen oder nicht?

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, möchte vorab der Kommissionsminderheit und insbesondere auch der Stawiko herzlich danken für die Unterstützung der Vorlage der Regierung. Insbesondere die Verlässlichkeit unserer Finanzstrategie ist eine wichtige Grundlage, die wir beibehalten wollen. Das heutige Geschäft stellt eine Finanzvorlage dar. Sie regelt, welche Entschädigungen für die Dienstleistungen des

Grundbuchamts und die Benutzung der Grundbucheinrichtung zu entrichten sind. Im Zentrum der Diskussion stand in der Kommission die Kernfrage, ob für die Inanspruchnahme des Grundbuchamts und der Grundbucheinrichtung nur echte Gebühren erhoben werden sollen oder auch so genannte Gemengsteuern, wie das bereits heute der Fall ist. Die unterschiedliche Antwort auf diese Frage kommt in den beiden Vorlagen zum Ausdruck. Einerseits die Vorlage des Regierungsrats, welche von der Kommissionsminderheit in allen wesentlichen Punkten unterstützt wird. Anderseits der Entwurf der Kommissionsmehrheit, der ein völlig anderes Ziel verfolgt, dieses aber nur halbwegs erreicht. Die Votantin wird darauf zurückkommen.
Der Regierungsrat hat sich nach einer umfassenden Interessenabwägung grundsätzlich für die Beibehaltung des heutigen Systems entschieden. Das Merkmal dieses Systems besteht darin, dass für einzelne Tätigkeiten des Grundbuchamts echte Gebühren erhoben werden, für andere Tätigkeiten und die Inanspruchnahme der Grundbucheinrichtung Gemengsteuern. Auch wenn dieses System nun beibehalten wird gemäss Vorlage der Regierung, nimmt sie verschiedene Modifikationen vor. Angestrebt wurde eine Verbesserung des Gesetzes-Instrumentariums, ein höheres Mass an Gebührengerechtigkeit und eine ertragsneutrale Vorlage. Die Revision soll mit anderen Worten bei den Einnahmen gesamthaft keine Veränderung vornehmen. Das war während der ganzen Erarbeitung dieser Gesetzesvorlage das erklärte Ziel der Regierung vor dem Hintergrund, dass die NFA die Staatsrechnung des Kantons Zug in Kürze erheblich stärker belasten wird.
Die Regierung teilt die Auffassung der Stawiko, «dass es zu diesem Zeitpunkt falsch wäre, dem Kanton Mittel zu entziehen.» Zwar verzichtet der Regierungsrat in seiner Vorlage auf gewisse Einkünfte. So werden Gemengsteuern nur noch bei Handänderungen und Pfanderrichtungen geschuldet. Bei der Begründung von Stockwerkeigentum und -miteigentum, der Umwandlung der Eigentumsform, der Begründung von Grundlasten und der Vornahme von Vormerkungen dagegen nicht mehr. Daraus wären Einbussen entstanden, die damit aufgefangen werden, dass eine beschränkte Zahl von Geschäften mit ähnlichen Wirkungen wie eine zivilrechtliche Handänderung, die so genannten wirtschaftlichen Handänderungen, ebenfalls gebührenpflichtig wird, und bisher kostenlose Dienstleistungen des Grundbuchamts neu zur Erhebung von Verwaltungsgebühren führen.
Zur Vorlage der Kommissionsmehrheit. Hier liegt eine ganz andere Bewertung der verschiedenen Interessen zu Grunde. Sie sieht die Abschaffung der Handänderungs- und der Pfanderrichtungsgebühren vor und will damit wertabhängige Grundbuchgebühren mit Gemengsteuercharakter eliminieren. Im Ergebnis strebt die Kommissionsmehrheit damit eine Reduktion der Steuerbelastung der Immobilienwirtschaft an auf Kosten der Durchschnittskunden des Grundbuchamts. Wohnungsmieten werden damit sicher nicht billiger, denn sie unterliegen der Nachfrage und dem Angebot. Die minimalen Gebühren, die darauf erhoben werden, haben keinen Einfluss auf die Wohnungsmieten. Die Kommission hat aber das von ihr selbst definierte Ziel, ein reines Gebührensystem zu realisieren, das die Vollkosten des Grundbuchamts deckt, nicht erreicht. Mit der in der Vorlage vorgesehenen Faktor-Gewichtung mutiert die echte Gebühr ebenfalls zu einer Gemengsteuer. Ein reines Gebührensystem ist gar nicht möglich, wenn die Inanspruchnahme der Grundbucheinrichtung für alle Bürgerinnen und Bürger erschwinglich bleiben und der Aufwand des Grundbuchamts gleichzeitig abgedeckt werden sollen. Auch die Festlegung einer Gebührenobergrenze durch die Kommission lässt sich mit dem Ziel der Kommissionsmehrheit, ein reines Gebührensystem einzuführen, schlecht vereinbaren. Ein reines Gebührensystem, wie es die Kommissionsmehrheit realisieren wollte, aber nicht konnte, verkennt die Tatsache, dass die Grundbucheinrichtung im Dienst der Rechtssicherheit steht.

Mit der Bezahlung einer Grundbuchgebühr wird nicht einfach eine einmalige Dienstleistung – ein A4-Blatt – entschädigt, mit der Gebühr leistet der Private seinen Beitrag, damit der Staat das Grundeigentum und andere Rechte an Grundstücken, die einen enormen wirtschaftlichen Wert verkörpern, dauerhaft sichern kann. Vor diesem Hintergrund ist es sachgerecht und nicht etwa ungerecht und unnötig, dass die Höhe der Abgabe bei Handänderungen und Pfanderrichtungen wertabhängig ist. Es ist durchaus einleuchtend, das Rechtssicherheitsbedürfnis der Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Kanton ist bei hohen Werten sehr gross, also rechtfertigen sich auch wertabhängige Gebühren.
Die Kommissionsmehrheit nimmt weiter mit ihrem Vorschlag nicht nur in Kauf, dass die Einnahmen des Kantons und der Gemeinden zurückgehen, nämlich um rund 5 Millionen beim Kanton und etwa 3 Millionen bei den Gemeinden, sie erachtet es als sachgerecht, dass die Partizipation der Gemeinden am Gebührenertrag vollständig aufgehoben wird. Diese Einbussen wurden den Gemeinden von der Regierung nie in Aussicht gestellt. Im Gegenteil: Man einigte sich, welche Aufgaben und damit Finanzflüsse in die Finanzausgleichsdiskussion einbezogen würden. Die Änderung der Grundbuchgebührenanteile der Gemeinden war dabei kein Thema. Es geht nun nicht an, dass der Regierungsrat die Abmachungen einseitig in Frage stellt. Die Regierung liess die Gemeinden wissen, dass die sorgfältig austarierte Belastung im Hinblick auf die NFA für die Regierung gültig sei und den Gemeinden keine weiteren Ressourcen entzogen würden. Es erscheint nun keineswegs angezeigt, ohne Not diesen Burgfrieden zu unterlaufen und die ausgehandelte Balance in Frage zu stellen. Sie können auch nicht rückwirkend noch im Rahmen des ZFA 2 kompensiert werden. Es handelt sich ja schliesslich auch nicht um eine Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Es ist daher nur verständlich und nachvollziehbar, dass die Gemeinden bei einem eilends einberufenen Hearing im letzten Dezember ihrem Missfallen deutlich Ausdruck gegeben haben und erklärten, dass Ausfälle der Gemeinden letztlich nur über Steuererhöhungen kompensiert werden könnten. Es handelte sich schliesslich bei den Gemeinden um eine wichtige Einnahmenquelle. So auch im Bericht der Stawiko.
Abschliessend hält die Direktorin des Innern als Vorteile der regierungsrätlichen Vorlage fest: Die Gesetzessystematik ist verbessert, die Rechtsanwendung wird vereinfacht, die Gebührenansätze, welche im interkantonalen Vergleich sehr tief sind, bleiben unverändert, die Höhe der Abgaben mit Gemengsteuercharakter richtet sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Vorlage der Regierung bzw. der Kommissionsminderheit ist somit angemessen, gerecht und ausgewogen. Sie hinterlässt keine Verlierer, ist ertragsneutral und lässt die Gemeinden weiterhin an den Gebühreneinnahmen partizipieren. Auf Grund dieser Überlegungen und den weiteren Argumenten im Bericht der Regierung beantragt Brigitte Profos, auf die Regierungsvorlage einzutreten und den Antrag der Kommission abzulehnen.

EINTRETEN ist unbestritten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass vor der Detailberatung der Grundsatzentscheid gefällt werden muss, ob wir die Vorlage der Kommissionsminderheit (Vorlage Nr. 1316.6) oder jene der Kommission (Vorlage Nr. 1316.4).

➔ Der Rat schliesst sich mit 48 : 25 Stimmen dem Kommissionsantrag an.

Käty **Hofer** stellt wie schon angekündigt den Antrag auf Verschiebung der Detailberatung. Die Begründung hat sie dem Rat in der Eintretensdebatte schon vorgebracht. Sie fordert den Rat auf: Respektieren wir unsere eigene Geschäftsordnung, machen wir eine seriöse 1. Lesung und eine ebensolche 2. Lesung!

Berty **Zeiter** stellt im Namen der AF ebenfalls einen Antrag zur Verschiebung der Detailberatung mit dem Auftrag, dass eine ordentliche Vernehmlassung zur Vorlage durchzuführen und danach der entsprechende Bericht und Antrag an den Kantonsrat zu stellen ist.
Begründung: Die Kommissionsmehrheit war mit der Regierungsvorlage nicht einverstanden. Üblich wäre nun gewesen, bereits in der Kommission die Vorlage zurückzuweisen und die Regierung zu beauftragen, eine Vorlage ohne Gemengsteuer auszuarbeiten. Da die Kommission der Regierung jedoch nicht zutraute, eine Vorlage in ihrem Sinne zu entwerfen, erledigte sie diese Arbeit gleich selber. Dabei ging sie von etlichen ungesicherten Annahmen aus. Das Grundbuchamt arbeitet noch nicht mit der Kosten-Leistungs-Rechnung. Deshalb sind die Annahmen in Bezug auf den Zeitbedarf wie auch die Festlegung der Faktoren als Grundlage des Äquivalenzprinzips nicht seriös abgeklärt worden und die Auswirkungen sind sehr ungewiss.
Die Gemeinden sind auf Grund eines Zwischenberichtes zu einer Aussprache eingeladen worden, doch sie konnten nie in einer ordentlichen Vernehmlassung Stellung nehmen. Dabei geht es gerade in dieser Vorlage um einen Bereich, der den neu erarbeiteten ZFA ganz erheblich relativiert
Wir erwarten darum, dass nach der Fällung des Grundsatzentscheides die neue Vorlage zumindest in eine ordentliche Vernehmlassung geht, damit die Umsetzung der neuen Regelung und deren Auswirkungen richtig geprüft, klar dargelegt und eingehend beraten werden können. Ansonsten schaffen wir ein Präjudiz, mit dem wir von den bewährten Regeln der Kantonsführung abrücken und das Regieren massiv erschweren. Deshalb bittet die Votantin den Rat im Namen der AF, die Detailberatung zu verschieben.

Beat **Villiger** bittet den Rat, diese Anträge abzulehnen. Stawiko-Präsident Peter Dür hat den Vorwurf bereits gemacht und jetzt kommt er nochmals: Wir hätten unsere Aufgabe nicht richtig gemacht und keine richtigen Grundlagen erarbeitet, um diese Faktoren und Gebühren zu berechnen. Das stimmt einfach nicht! Wir haben akribisch die Zahlen vom Grundbuchamt geholt und zusammengestellt. Der Kommissionspräsident kann sie auch offen legen. Wir haben genaue Buchführung, was Handänderungseinträge gewesen sind und was Einnahmen aus den Schuldbrieferrichtungen usw. Diesen Vorwurf muss der Votant völlig zurückweisen. Auch die erneute Vernehmlassung bei Gemeinden und der Regierung: Wir kannten ja diese Stellungnahme und das erübrigt sich demnach. Berty Zeiter: Wolltest Du denn auch noch eine Verfahrensfrage durchführen, wie man das berechnen soll bei den Gemeinden? Die haben ja keine Kenntnisse, wie das dann berechnet werden kann. Die wären ja überfordert gewesen. Bitte stimmen Sie dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu!

Gregor **Kupper** muss nochmals die linke Ratseite unterstützen. Wenn wir schauen, was wir jetzt da tun: Wir haben eine total neue Vorlage. Wir haben eine Grundsatzfrage geklärt. Selbstverständlich schliesst sich der Votant dem Entscheid des Kantonsrats an. Aber wir haben eine Vorlage, da ist keine Vernehmlassung, keine Stel-

lungnahme der Regierung, kein Bericht der Stawiko. Für Gregor Kupper ist das so eine Schnell-Übung, welche die Regeln unserer Gesetzgebungsprozesse schon sehr gewaltig anritzt. Eine Hauruck-Übung, die politisch eigentlich nicht vertretbar ist. Der Votant möchte aber auch kurz begründen, wieso er der Meinung ist, so schnell könne es nicht gehen. Es hat in der Vorlage durchaus Punkte, wo er der Meinung ist, dass diese drei Papiere eben wichtig wären. Er zählt zwei, drei Beispiele auf. Wir haben einen § 5, da werden Gebührenbefreiungen beschlossen. Da muss einer sagen, wieso eine gemeinnützige Stiftung von der Gebühr befreit werden soll, wenn es tatsächlich nur noch eine Gebühr ist. Diese Stiftung zahlt nämlich sogar für die Stiftungsaufsicht, für die Prüfung der Jahresrechnung, ganz normal. Da ist es doch berechtigt, die Frage zu stellen, ob die Befreiung tatsächlich korrekt ist. Oder wenn wir zu § 6 gehen. Dort haben wir den Handel unter Ehegatten und unter Ehegatten und Kindern. Ist es richtig, dass wir diesen Handel zur Hälfte von den Gebühren befreien? Das heisst mit anderen Worten: Wenn die das nicht bezahlen, zahlen das wohl irgendwelche anderen Leute. Das ist doch zu hinterfragen, ob diese Bestimmungen noch gelten. Oder wenn wir auf den Stundensatz gehen in § 14. Die Regierung hat mit einem Stundensatz von 120 Franken operiert, die Kommission operiert mit einem Stundensatz von 180 Franken. Wenn der Finanzdirektor hier wäre, könnte er uns ganz klar darlegen, dass mangels Kostenrechnung der Stundensatz schlicht und einfach nicht eruierbar ist. Zudem schmeissen wir alles über einen Leist, egal ob eine Sachbearbeiterin beim Grundbuchamt die Tätigkeit ausführt oder ob es der Chef ist – es kostet einfach 180 Franken. Da möchte der Votant Peter Rust fragen: Wenn wir da mit dem Faktor 3 für Schuldbrieferrichtungen hochrechnen, ob er es denn als gerecht empfindet, wenn die Sachbearbeiterin zehn Schuldbriefe ausstellen muss und er dafür 540 Franken in der Stunde bezahlen muss. Schon da sehen wir, dass da noch eine versteckte Gemengsteuer drin ist. Und dann kommt natürlich diese ganze Maximalgebühr! Wir legen eine Maximalgebühr fest. Überlegen Sie sich mal, welche Geschäfte denn diese Maximalgebühr übersteigen könnten. Das sind die komplizierten, vielleicht schlecht vorbereiteten Geschäfte. Ausgerechnet da hat das Grundbuchamt einen grossen Aufwand zu betreiben und wir sagen: Da muss man nicht mehr bezahlen, da ist der Deckel oben zu. Das sind doch Sachen, die im Grundsatz zu klären sind. Deshalb unterstützt Gregor Kupper den Antrag, die Übung hier abzubrechen.

Felix **Häcki** wundert sich darüber, was er hier hört. Gregor Kupper war jetzt mitten in der Detailberatung und dann heisst es: Wir können sie nicht machen. Er hat ja selber die halbe jetzt schon durchgeführt. Wir haben ja auch eine 2. Lesung. Da können Anträge kommen. Wenn ihm irgendetwas nicht passt, kann er einen Antrag auf die 2. Lesung machen. Das ist ja kein Problem. Es wundert ihn auch, dass die Regierung sagt, sie habe keine Ahnung von unserer Vorlage, sie müsse sie noch beraten. Wir haben ja gefragt von der Kommission, ob die Regierung allenfalls ihren Antrag zurückzieht. Die Regierung hat nein gesagt. Hat sie das getan, ohne unseren Antrag anzuschauen? Entscheidet die Regierung unseriös? Der Votant ist der Meinung, dass wir jetzt die Detailberatung machen, und auf die 2. Lesung können Anträge gemacht werden.

Die Direktorin des Innern, Brigitte **Profos**, möchte sich zuerst zum Votum von Kommissionspräsident Beat Villiger äussern, der gesagt hat, die Zahlen seien erhärtet und akribisch geholt. Das stimmt nicht! Denn es wurde in der Kommissionsarbeit

mehrfach betont, dass gewisse erhobene Zahlen über eine relativ kurze Zeit einmal erhoben wurden, andere wurden geschätzt. Es ist durchaus einleuchtend, dass geschätzte Zahlen nicht genauer werden, wenn man sie extrapoliert. Sie sind nach wie vor eine Schätzung. Brigitte Profos muss hier Gregor Kupper Recht geben, dass gewisse Grundlagen wirklich nicht erhärtet sind, weil sie das gar nicht sein können.
Zur Frage, weshalb die Regierung die Vorlage der Kommission nicht im Detail beraten hat. Sie wissen alle, dass es ein durchaus übliches Vorgehen ist, dass die Gesetzesvorlage und der Bericht der Regierung zur Beratung rechtzeitig vorliegen müssen. Die Votantin möchte nochmals sagen, wie das abgelaufen ist. Die Gesetzesvorlage wurde zwar am 12. April dieses Jahres von der Kommission verabschiedet, der Bericht des Kommissionspräsidenten lag jedoch erst mehr als fünf Monate später vor – eine sehr kurze Zeit für die Regierung, um sich mit dieser entscheidenden Grundsatzfrage zu befassen. Die Regierung sowie die Stawiko konnten deshalb die Detailberatung nicht durchführen. Wir hätten ja diese Abklärungen auch machen müssen. Und sie behält sich vor, falls der Rat auf diese Detailberatung jetzt einsteigen sollte, auf die 2. Lesung hin dem Rat einen Zusatzbericht und entsprechende Anträge zu unterbreiten. Allerdings wäre ein Absetzen der Vorlage wohl vernünftiger, um diese Vorarbeiten noch vor der 1. Lesung machen zu können.

Andrea **Hodel** ist sich bewusst, dass es unüblich ist, nach der Regierung zu sprechen und entschuldigt sich dafür. Sie muss aber noch sagen, dass wir in der Kommission ein sechsseitiges Papier erhalten haben über die Faktor-Gewichtung und über den Aufwand, den Geschäfte brauchen. Herr Dr. Huser ist ja wahrscheinlich nicht unseriös, er ist mindestens ein Spitzenbeamter unserer Direktion. Und er hat uns diese Abklärungen vorgenommen und hat die Einnahmen und den Aufwand für die Zeit September 2004 bis 31. August 2005 zusammengestellt. Dies war die Grundlage, die wir für die Berechnungen benutzt haben. Weitere und genauere Schätzungen werden Sie nicht erhalten, bevor Sie dieses Gebührensystem nicht eingeführt haben. Weil wir es bis heute ganz einfach nicht haben. Es werden zuerst mal Erfahrungen damit gesammelt werden müssen. Und wenn sich dann etwas als falsch erweisen würde, müssten wir vielleicht nochmals über eine Revision sprechen. Wir können also heute die Detailberatung sehr wohl vornehmen.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass zwei Anträge vorliegen, die beide eine Zweidrittelsmehrheit erfordern. Momentan sind 73 Ratsmitglieder anwesend, also sind 49 Stimmen erforderlich. Die beiden Rückweisungsanträge beinhalten zwei verschiedene Aufträge. Jener von Käty Hofer will eine Rückweisung zur Beratung an Regierungsrat und Stawiko. Der Antrag von Berty Zeiter will eine Rückweisung mit dem Auftrag, eine ordentliche Vernehmlassung durchzuführen.

➔ Mit 33 Stimmen wird das Quorum für den Rückweisungsantrag von Käty Hofer nicht errreicht.

➔ Mit 21 Stimmen wird das Quorum für den Rückweisungsantrag von Berty Zeiter ebenfalls nicht erreicht.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1316.4 – 12063

Titel und Ingress

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass es hier neu heissen soll *Gesetz über die Gebühren im Grundbuchwesen* an Stelle von *gesetzlicher Erlass.* Die Klammer bleibt unverändert.

➔ Der Rat ist einverstanden.

§ 1

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass der Regierungsrat Ende August beschlossen hat, das Grundbuch- und das Vermessungsamt zusammenzulegen. Er nahm die entsprechenden redaktionellen Änderungen in den Gesetzen vor. Es bietet sich somit die Gelegenheit, auch hier die Anpassungen noch vorzunehmen. Betroffen davon sind die §§ 1, 3, 7, 10, 11 und 12. Dort heisst es dann einfach statt Grundbuchamt neu *Grundbuch- und Vermessungsamt*.

➔ Der Rat ist einverstanden.

§ 5

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass die Kommission heute Morgen noch kurz zusammengekommen ist und den Antrag der Stawiko diskutiert hat. Diese stellt ja in der Vorlage der Regierung den Antrag bezüglich der gemeinnützigen Institutionen. Der Kommissionspräsident geht davon aus, dass dieser Antrag auch hier gestellt worden wäre. Wir würden diesen jetzt ebenfalls einbringen, weil die Kommission damit einverstanden ist. Das hiesse, dass bei Bst. b neu heisst: *gemeinnützige Institutionen, soweit sie nach kantonalem Recht steuerbefreit sind.* Dann wird b zu c und die weitern Buchstaben verschieben sich entsprechend.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der soeben vorgebrachte Antrag im Bericht der Stawiko auf S. 6 nachzulesen ist.

Eusebius **Spescha** erinnert daran, dass die Mehrheit des Kantonsrats beschlossen hat, eine Gebührenvorlage zu machen und keine Gemengesteuer beizubehalten. Was ist dann der Sinn von § 5? Wenn es darum geht, Gebühren zu erheben für Dienstleistungen, die erbracht werden, kann der Votant mit dieser Liste nichts anfangen – auch wenn er viel Sympathie für einige der Aufgeführten hat. Entweder erheben wir Gebühren, dann ist das aber ein Grundsatz und Eusebius Spescha den Antrag, § 5 zu streichen.

Berty **Zeiter** hat in Bezug auf Bst. b eine Rückfrage an die Stawiko. So wie es von der Kommissionsmehrheit gebracht wird, dass der Einschub mit dem neuen Bst. b

heisst, von Gebühren befreit seien gemeinnützige Institutionen, *soweit sie nach kantonalem Recht steuerbefreit sind*, versteht die Votantin das vom Stawiko-Bericht her so, dass er den ursprünglich Bst. b ersetzen soll. Dann rutschen die übrigen Bst. aber nicht nach unten. – (Stawiko-Präsident Peter Dür bestätigt das.)

Auch wenn Thomas **Lötscher** im Grundsatz für die Kommissionsvariante ist, möchte er noch einmal den Rückweisungsantrag stellen. Grund: Wir haben jetzt ein komplettes Chaos. Die Variante, die jetzt von der Kommission vorliegt, wird jetzt nochmals korrigiert und verändert. Wir haben keine Ahnung, was auf uns zukommt. Er möchte zumindest die Variante der Kommission schriftlich vorliegend haben. Er möchte etwas in der Hand haben und sich heute nicht in der letzten halben Stunde mit einer Wundertüte beschäftigen. Er stellt also den Antrag, dieses Geschäft nochmals abzutraktandieren, damit man diese Vorlage nochmals frisch machen kann.

Die **Vorsitzende** fasst zusammen, dass dieser Rückweisungsantrag die Überarbeitung der Vorlage durch die Kommission verlangt. Es braucht wiederum eine Zweidrittelsmehrheit. Es sind immer noch 73 Mitglieder des Rats gemeldet, es braucht also 49 Stimmen. – Der Weibel meldet, dass sich unterdessen drei Mitglieder abgemeldet haben. Somit braucht es noch 47 Stimmen.

Andreas **Huwyler** meint, wir hätten kürzlich einen Entscheid getroffen, wonach die Anzahl der Anwesenden zu Beginn der Sitzung zählt und dann nicht mehr neu gezählt wird.

Die **Vorsitzende** präzisiert, dass zwar zu Beginn gezählt wird. Wenn jemand sich aber beim Landschreiber abmeldet, wird abgezählt. Wenn jemand also nur kurz draussen auf der Toilette ist, gilt er immer noch als anwesend. Im Moment sind noch 70 Mitglieder angemeldet.

Rudolf **Balsiger** stellt den Ordnungsantrag, Appell zu machen.

Heini **Schmid** meint, es wäre angesichts der vorgerückten Stunde doch das Sinnvollste, die Sitzung abzubrechen. Die Kommission hat dann Zeit, das auf nächste Sitzung sauber vorzubereiten. Das liegt in der Kompetenz der Präsidentin und wäre wohl besser als eine Rückweisung.

Beat **Villiger**: Nachdem wir nun zum Teil etwas müde sind und chaotische Zustände herrschen, würde er vorschlagen, dass die Kommission das nochmals bespricht und neu bringt. Er möchte noch einen Vorwurf an die Präsidentin machen, die für die Gestaltung der Traktandenliste verantwortlich ist. Solche wichtige Geschäfte gehören einfach nicht in die Nachmittagssitzung ab 15 Uhr.

Die **Vorsitzende** möchte zuerst über den Ordnungsantrag bezüglich Appells abstimmen lassen.

➔ Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

➔ Der Rat beschliesst mit 50 Stimmen, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen.

1019 KANTONSRATSBESCHLUSS ÜBER DIE GENEHMIGUNG DES KONKORDATS DER KANTONE DER NORDWEST- UND INNERSCHWEIZ VOM 5. MAI 2006 ÜBER DEN VOLLZUG VON STRAFEN UND MASSNAHMEN (STRAFVOLLZUGS-KONKORDAT)

Traktandum 18 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1460.1/.2 – 12110/11) und der Konkordatskommission (Nr. 1460.3 – 12212).

Andreas **Huwyler** hält fest, dass sich die Konkordatskommission bereits an der Sitzung vom 2. Februar 2006 im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens und, nachdem der Vertragstext festgeschrieben war, noch einmal an der Sitzung vom 17. August 2006 mit der Totalrevision des Strafvollzugskonkordats befasst hat. An beiden Sitzungen waren Sicherheitsdirektor Uster und Urs Henggeler, Direktionssekretär, anwesend. Ihnen liegen der Bericht und Antrag des Regierungsrats mitsamt dem Konkordatstext und ein ausführlicher Bericht unserer Kommission vor. Der Kommissionspräsident verweist auf den Bericht und möchte deshalb nachfolgend nur noch kurz das Wichtigste vorbringen.
Der Strafvollzug ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen. Kein einziger Kanton kann den Strafvollzug mit allen verschiedenen Formen des Straf- und Massnahmevollzugs alleine gewährleisten. So auch der Kanton Zug. Er löst diese Aufgabe bereits seit 1959 im Rahmen des Konkordats der Nordwest- und Innerschweiz. Dieses fast 50-jährige Konkordat hat sich bewährt. Es muss aber textlich und konzeptionell überholt werden. Deshalb hat sich die Konkordatskonferenz zu einer Totalrevision entschlossen. Dabei geht es vor allem um Anpassungen an heutige Anforderungen an den Strafvollzug, Anpassungen an die neuen gesetzlichen Grundlagen im Bereich des AT StGB und an die NFA.
Die Konkordatskommission hat bereits an ihrer Sitzung vom 2. Februar 2006 dem Inhalt des Konkordats zugestimmt und nur kleinere Anregungen im formellen Bereich vorgebracht. Heute liegt der definitive Text zur Genehmigung vor. Eine solche Konkordatsgenehmigung wird keine Anpassung kantonalen Rechts verlangen und hat weder finanzielle noch personelle Auswirkungen. Die Kommission ist einhellig der Auffassung, dass für den Kanton Zug kein anderer Weg in Frage kommt, als den Strafvollzug weiterhin im Rahmen des Konkordats der Nordwest- und Innerschweiz anzubieten. Mit dem revidierten Vertragstext ist die Kommission ebenfalls einverstanden. Sie hat deshalb der Vorlage einstimmig zugestimmt. Somit beantrag Andreas Huwyler im Namen der Kommission und auch im Namen der CVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Vreni **Sidler** weist darauf hin, dass der Titel der Vorlage ein wirklicher Zungenbrecher ist. Trotzdem hat sich die FDP-Fraktion nicht zu langen Diskussionen verleiten lassen und sieht kein Hindernis, um dem Strafvollzugs-Konkordat beitreten zu können. Sie hat lediglich bei dieser Gelegenheit etwas festgestellt. Trotz der Konkordats-Kommission, welche das Geschäft frühzeitig behandeln konnte, bleibt der Einfluss des Parlaments auf interkantonale Konkordate verschwindend klein. Wir können dieser Vorlage nur zustimmen, ausser der Kanton Zug wäre bereit, ein eigenes Frauengefängnis und Einrichtungen für straffällige Jugendliche zu bauen oder den Bostadel auf eigene Rechnung zu führen. Es könnte ausserdem schwierig sein, eine Fachkommission für gemeingefährliche Straftäter aus den eigenen Fachpersonen aus dem Kanton Zug zu bestellen, wie Bundesrecht dies will. – Die Vorlage hat keine finanziellen Mehraufwendungen zur Folge und die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung des Strafvollzug-Konkordats.

Franz **Zoppi** hält fest, dass der Verbleib im Konkordat für die SVP-Fraktion unbestritten ist, denn im Bereich des Konkordats ist beim Kanton Zug wie auch bei den anderen Kantonen ein Alleingang nicht möglich. Das bisherige knapp 50-jährige Konkordat hat sich insgesamt bewährt, ist aber textlich und konzeptionell überholt. Deshalb beschloss die Konkordatskonferenz eine Totalrevision dieses Konkordats. Im Sinne der Konkordatskommission empfiehlt auch die SVP-Fraktion einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Rat nur zu S. 1 Stellung nehmen kann. Eine Detailberatung des Konkordats ist nicht möglich.

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1460.4 – 12234 enthalten.

1020 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 16. November 2006

PROTOKOLL DES KANTONSRATES

73. SITZUNG: DONNERSTAG, 16. NOVEMBER 2006

8.30 – 12.05 UHR

VORSITZ	Kantonsratsvizepräsident Karl Betschart, Baar
PROTOKOLL	Guido Stefani

1020 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri, Christian Siegwart und Werner Villiger, alle Zug; Erwina Winiger, Cham; Peter Dür und Andrea Erni Hänni, beide Steinhausen; Gregor Kupper, Neuheim.

1021 MITTEILUNGEN

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger sich für die heutige, ausserordentliche Sitzung entschuldigt. Sie hat sich schon vor der Festlegung der Sitzung an einem unterrichtsfreien Arbeitstag für einen Weiterbildungskurs angemeldet. Ebenfalls entschuldigen lässt sich Frau Landammann Brigitte Profos, die als Gastgeberin am Sozialforum in Cham weilt. Auch Sicherheitsdirektor Hanspeter Uster ist entschuldigt wegen der Teilnahme an einer auswärtigen Sitzung, die schon lange terminlich festgesetzt worden ist und die er mitleiten muss.

Stefan Andermatten besucht uns heute mit ca. 18 Teilnehmenden von VAM Plus – einem Projekt vom Verein für Arbeitsmarkmassnahmen für stellenlose, gut qualifizierte Erwachsene.

An Stelle der abwesenden Andrea Erni Hänni wird heute Markus Jans als Stimmenzähler tätig sein.

➔ Der Rat ist einverstanden.

1022 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.
3. Genehmigung der Wahl der richterlichen Behörden für die Amtsdauer 2007 - 2012.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1486.1 – 12223).
4. Wahlen bei den richterlichen Behörden für die Amtsdauer 2007 - 2012.

4.1. Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter am Obergericht.
4.2. Wahl der hauptamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht.
4.3. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Obergerichtes.
4.4. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Verwaltungsgerichtes.
4.5. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Kantonsgerichtes.
4.6. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Strafgerichtes.

5. Petition der Familie F. betreffend Härtebeitrag.
   Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1485.1 – 12218).
6. Einbürgerungsgesuch. Nachtrag zu Vorlage Nr. 1476.1 – 12174.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1476.2 – 12226).

Geschäfte, die am 26. Oktober 2006 traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten:

7. Motion von Hans Abicht betreffend Raumkonzept der kantonalen Verwaltung (Nr. 801.1 – 10243).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 801.2 – 12157).
8. Postulat der SVP-Fraktion betreffend Errichtung einer Park + Ride-Anlage bei der Stadtbahnhaltestelle Neufeld in Baar (Nr. 1427.1 – 12009).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1427.2 – 12147).

---

9. Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative zur Festlegung einer obersten Belastungsgrenze für die ressourcenstarken Kantone bei der Neugestaltung des Finanzausgleiches (NFA) (Nr. 1284.1 – 11605).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1284.2 – 12197).
10. Motion von Hans Christen, Eusebius Spescha, Beat Stocker, Martin Stuber und Vreni Wicky betreffend Projektierung der Zuger Stadtkernentlastung (Nr. 1378.1 – 11842).
    Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1378.2 – 12227).

11.1. Standesinitiative zur sofortigen Realisierung des Zimmerberg Basistunnels.
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1487.1 – 12235).
11.2. Postulat von Anna Lustenberger-Seitz, Berty Zeiter und Martin Stuber betreffend «Infrastrukturfonds Zimmerberg II» für einen Eisenbahntunnel von Baar nach Thalwil (Nr. 1443.1 – 12059).
   Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1443.2 – 12154).

12. Interpellation von Jean-Pierre Prodolliet und Stefan Gisler betreffend Wohnliegenschaften im Finanzvermögen (Nr. 1375.1 – 11829).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1375.2 – 12192).
13. Interpellation der Alternativen Fraktion betreffend Sorgen der Bevölkerung wegen Belastungen durch Mobilfunkantennen (Nr. 1422.1 – 11983).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1422.2 – 12175).
14. Interpellation von Stefan Gisler und Christian Siegwart zur Sport- und Schulhausplatzsituation in Oberwil, Gemeinde Zug (Nr. 1458.1 – 12106).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1458.2 – 12176).

15. Interpellation von Franz Müller betreffend Ausbreitung und Bekämpfung der Ambrosia (Nr. 1472.1 – 12161).
Antwort des Regierungsrats (Nr. 1472.2 – 12213).

Der **Vorsitzende** schlägt vor, die Traktandenliste wie folgt umzustellen: Ziff. 3 und 4 mit der Genehmigung der Wahl der richterlichen Behörden und den Wahlen bei den richterlichen Behörden werden vor Ziff. 2 behandelt. Grund: Es sind drei Interpellationen zur Asbestproblematik eingereicht worden, die mündlich beantwortet werden. Es ist hier mit längeren Diskussionen zu rechnen. Die Wahl der richterlichen Behörden wird zehn verschiedene Wahlvorgänge umfassen, und unsere Stimmenzählenden werden heute gefordert sein. Durch das Vorziehen von Ziff. 3 und 4 haben sie genügend Zeit für das Auszählen der vielen Wahlvorgänge.

➔ Der Rat ist einverstanden.

1023 PROTOKOLL

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Protokoll der Vormittagssitzung vom 26. Oktober 2006 vorliegt; jenes der Nachmittagssitzung kann erst an der nächsten Kantonsratssitzung genehmigt werden.

➔ Das Protokoll der Vormittagssitzung vom 26. Oktober 2006 wird genehmigt.

1024 GENEHMIGUNG DER WAHL DER RICHTERLICHEN BEHÖRDEN FÜR DIE AMTSDAUER 2007 - 2012

Traktandum 3 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1486.1 – 1223).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass bei den richterlichen Behörden für die Amtsdauer 2007-2012 stille Wahlen erfolgten. Gegen den Beschluss des Regierungsrats vom 26. September 2006 betreffend Gewählterklärung der Richterinnen und Richter ist die Rechtsmittelfrist am 30. Oktober 2006 unbenutzt abgelaufen. Gemäss § 79 Abs. 1 WAG muss der Rat die Wahl genehmigen. Der Regierungsrat stellt dem Rat diesen Antrag.

➔ Der Rat genehmigt die Wahl.

1025 WAHLEN BEI DEN RICHTERLICHEN BEHÖRDEN FÜR DIE AMTSDAUER 2007-2012

Traktandum 4 – Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäss § 41 Bst. I Ziff. 2 der Kantonsverfassung der Kantonsrat für die Dauer von sechs Jahren die hauptamtlichen Richterinnen und Richter aus den Mitgliedern des betreffenden Gerichtes wählen muss. Anders ausgedrückt: Aus den vom Volk gewählten Richterinnen und Richtern muss der Kantonsrat zusätzlich die hauptamtlichen, nicht aber die nebenamtlichen wählen.
Gemäss § 41 Bst. I Ziff. 3 und 4 der Kantonsverfassung muss der Kantonsrat für die Dauer von sechs Jahren die Präsidentin bzw. den Präsidenten des Strafgerichts, des Kantonsgerichts, des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts aus den Mitgliedern des betreffenden Gerichtes wählen.
Der Kantonsrat hat am 30. März 2006 beschlossen (BGS 161.812), dass sich das Kantonsgericht in der Amtsperiode 2007 - 2012 aus neun Mitgliedern im Hauptamt zusammensetzt. Es gibt hier keine nebenamtlichen Mitglieder, wie Sie bereits früher beschlossen haben, so dass die Wahl der hauptamtlichen Mitglieder für das Kantonsgericht entfällt.
Der Kantonsrat hat am 30. März 2006 beschlossen (BGS 161.812), dass sich das Strafgericht in der Amtsperiode 2007 - 2012 aus drei Mitgliedern im Hauptamt zusammensetzt. Es gibt auch hier keine nebenamtlichen Mitglieder, wie Sie bereits früher beschlossen haben, so dass die Wahl der hauptamtlichen Mitglieder für das Strafgericht entfällt.
Der Kantonsrat hat am 30. März 2006 beschlossen (BGS 161.811), dass die Zahl der hauptamtlichen Mitglieder im Obergericht für die Amtsperiode 2007 - 2012 auf vier festgesetzt wird. Es sind von den sieben Mitgliedern deren vier als hauptamtliche für sechs Jahre zu wählen.
Der Kantonsrat hat am 25. Januar 1996 (BGS 161.813) beschlossen, dass das Verwaltungsgericht ab 1997 aus zwei hauptamtlichen Mitgliedern besteht. Es sind hier von den sieben Mitgliedern deren zwei als hauptamtliche für sechs Jahre zu wählen.

A. HAUPTAMTLICHE MITGLIEDER DES OBERGERICHTS

Iris **Studer-Milz**, Antrag der FDP-Fraktion.
Ausgeteilte Wahlzettel 72, eingegangene Wahlzettel 72, leer 2, ungültig 2, in Betracht fallende Wahlzettel 68, absolutes Mehr 35.

➔ Iris Studer-Milz wird mit 68 Stimmen gewählt.

Klaus **Weber**, Antrag der CVP-Fraktion.
Ausgeteilte Wahlzettel 72, eingegangene Wahlzettel 72, leer 3, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 69, absolutes Mehr 35.

➔ Klaus Weber wird mit 69 Stimmen gewählt.

Alfred **Iten**, Antrag der SP-Fraktion.
Ausgeteilte Wahlzettel 72, eingegangene Wahlzettel 72, leer 3, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 69, absolutes Mehr 35.

➔ Alfred Iten wird mit 69 Stimmen gewählt.

Ulrich **Felix**, Antrag der SVP-Fraktion.
Ausgeteilte Wahlzettel 72, eingegangene Wahlzettel 72, leer 5, ungültig 1, in Betracht fallende Wahlzettel 66, absolutes Mehr 34.

➔ Ulrich Felix wird mit 66 Stimmen gewählt.

B. HAUPTAMTLICHE MITGLIEDER DES VERWALTUNGSGERICHTS

Peter **Bellwald**, Antrag der CVP-Fraktion.
Ausgeteilte Wahlzettel 72, eingegangene Wahlzettel 72, leer 0, ungültig 1, in Betracht fallende Wahlzettel 71, absolutes Mehr 36.

➔ Peter Bellwald wird mit 71 Stimmen gewählt.

Felix **Gysi**, Antrag der Alternativen.
Ausgeteilte Wahlzettel 72, eingegangene Wahlzettel 72, leer 13, ungültig 1, in Betracht fallende Wahlzettel 58, absolutes Mehr 30.

➔ Felix Gysi wird mit 58 Stimmen gewählt.

C. PRÄSIDENTIN DES OBERGERICHTS

Iris **Studer-Milz**, Antrag der FDP-Fraktion.
Ausgeteilte Wahlzettel 72, eingegangene Wahlzettel 72, leer 2, ungültig 2, in Betracht fallende Wahlzettel 68, absolutes Mehr 35.
Stimmen haben erhalten: Iris Studer 63, Klaus Weber 4, Alfred Iten 1.

➔ Iris Studer-Milz wird mit 63 Stimmen gewählt.

D. PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSGERICHTS

Peter **Bellwald**, Antrag der CVP-Fraktion.
Ausgeteilte Wahlzettel 72, eingegangene Wahlzettel 72, leer 1, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 71, absolutes Mehr 36.
Stimmen haben erhalten: Peter Bellwald 70, Felix Gysi 1.

➔ Peter Bellwald wird mit 70 Stimmen gewählt.

E. PRÄSIDENT DES KANTONSGERICHTS

Rolf **Meyer**, Antrag der CVP-Fraktion.
Ausgeteilte Wahlzettel 72, eingegangene Wahlzettel 72, leer 3, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 69, absolutes Mehr 35.

➔ Rolf Meyer wird mit 69 Stimmen gewählt.

F. PRÄSIDENTIN DES STRAFGERICHTS

Carole **Ziegler**, Antrag der SVP-Fraktion.
Ausgeteilte Wahlzettel 72, eingegangene Wahlzettel 72, leer 9, ungültig 0, in Betracht fallende Wahlzettel 63, absolutes Mehr 32.
Stimmen haben erhalten: Carole Ziegler 62, Marc Siegwart 1.

➔ Carole Ziegler wird mit 62 Stimmen gewählt.

1026 MOTION VON THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND «NOTFALLKONZEPT FEINSTAUB»

Traktandum 2 – Thomas **Lötscher**, Neuheim, hat am 2. November 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1491.1 – 12243 enthalten sind.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Motionär beantragt, dieses Geschäft sofort zu behandeln. Diese Thematik fällt sowohl in die Zuständigkeit der Baudirektion wie auch der Sicherheitsdirektion. Der Sicherheitsdirektor ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Die Motion kann somit heute nicht materiell behandelt werden, sofern mit Zweidrittelsmehrheit die sofortige Behandlung beschlossen wird. Der Motionär hat sich entgegenkommenderweise bereit erklärt, dass dieses Geschäft erst an der Kantonsratssitzung vom 30. November 2006 behandelt wird. Dies ist sehr begrüssenswert. Die Komplexität der Begehren benötigt auf Verwaltungsebene Vorbereitungszeit.

➔ Der Rat ist einverstanden.

1027 –INTERPELLATION VON FRANZ MÜLLER BETREFFEND ABLAGERUNG VON ASBESTABFALL IM KANTON ZUG
–INTERPELLATION VON EUSEBIUS SPESCHA BETREFFEND LAGERUNG VON ASBESTMÜLL IM KANTON ZUG
–INTERPELLATION VON BERTY ZEITER UND ANNA LUSTENBERGER-SEITZ BETREFFEND LAGERUNG VON ASBESTABFALL IM KANTON ZUG

Traktandum 2

Franz **Müller**, Oberägeri, hat am 30. Oktober 2006 die in der Vorlage Nr. 1488.1 – 12236 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat fünf Fragen gestellt.

Eusebius **Spescha**, Zug, hat am 31. Oktober 2006 die in der Vorlage Nr. 1489.1 – 12241 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat vier Fragen gestellt.

Berty **Zeiter** und Anna **Lustenberger-Seitz**, beide Baar, haben am 2. November 2006 die in der Vorlage Nr. 1490.1 – 12242 näher begründete Interpellation eingereicht und dabei dem Regierungsrat drei Fragen gestellt.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass in den letzten Wochen verschiedene Medien über die Problematik bei der Entsorgung von asbesthaltigen Abfällen berichteten. Bevor er die Fragen beantwortet, möchte er einen kurzen Überblick auf die Problematik geben.
Einsatz und Gefahren von Asbest. Asbest ist die Bezeichnung für eine Gruppe mineralischer Fasern (Silikate), die auch in der Schweiz in bestimmten Gesteinen vorkommen. Zwischen 1904 und 1990 wurde Asbest in verschiedenen Produkten im Hochbau verwendet. Vor allem in Gebäuden aus den 1950er bis 70er Jahren kamen asbesthaltige Bauprodukte zum Einsatz. Obwohl relativ frühzeitig klar war, dass Asbest*staub* die Gesundheit gefährdet, wurde das Ausmass der Gefährdung erst nach und nach bekannt. In der Schweiz gilt seit 1990 ein umfassendes Asbestverbot. Obwohl Asbest akut nicht toxisch ist, besteht eine Gefährdung, wenn *Feinstaub* von Asbest durch die Atmung in die Lungenbläschen gelangt. Im Gegensatz zur Einatmung ist die Aufnahme von Asbestfasern mit dem Trinkwasser gemäss heutigem Wissensstand nicht gesundheitsgefährdend.
Entsorgung von Asbest in der Schweiz. Bei Umbauten und Abbrüchen fallen heute immer wieder asbesthaltige Abfälle an, die umweltgerecht zu entsorgen sind. Mineralische, asbesthaltige Abfälle dürfen weder verbrannt, noch wiederverwertet werden. Sie müssen deponiert werden. Mit der Technischen Verordnung über Abfälle wurde die Entsorgung von asbesthaltigen Abfällen neu geregelt:

- Fest gebundene Asbestprodukte, insbesondere Asbestzement (z.B. Eternit) sind auf Inertstoffdeponien zu entsorgen. Eine chemische Analyse vor der Einlagerung ist nicht notwendig.
- Schwach gebundene Asbestprodukte wie z.B. Spritzasbest sind als Sonderabfall klassiert. Sie sind, in Säcken verpackt, auf Reaktordeponien abzulagern.

Die grösste Gefahr bei der Entsorgung von Asbest besteht beim Gebäuderückbau. Dort entsteht am meisten Staub. Die SUVA hat deshalb mehrere Merkblätter zum Entfernen von asbesthaltigen Bauprodukten veröffentlicht. Auch bei der fachgerech-

ten Ablagerung auf Deponien kann Staub entstehen. Nach dem Einbau überdeckt ein Bagger die Asbestabfälle mit anderen, nicht asbesthaltigen Abfällen. Nachdem die Abfälle eingebaut und zugedeckt sind, besteht kein Freisetzungsrisiko mehr.

Verkehr von Abfällen zwischen der Schweiz und den Nachbarländern. Infolge der Globalisierung und des Abbaus von Handelsschranken werden nicht nur immer mehr Konsumgüter, sondern auch immer mehr Abfälle über die Grenze transportiert. Diese Importe und Exporte sind im Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung sowie in der Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) geregelt. Der Import und Export von Abfällen muss vom Bundesamt für Umwelt bewilligt werden, sofern es sich um kontrollpflichtige Abfälle handelt. Die Schweiz hat gemäss der Statistik der IG Altholz (Schweizerische Vereinigung der Altholzbranche) im Jahr 2005 rund 300'000 t Altholz hauptsächlich zur Produktion von Spanplatten nach Italien transportiert. Lastwagen, die Altholz nach Italien bringen, nehmen auf der Rückfahrt in die Schweiz zum Teil asbesthaltige Abfälle mit. In Italien müssen alle asbesthaltigen Abfälle auf Sondermülldeponien abgelagert werden. Die Ablagerung von Asbestzement ist deshalb in Italien viel teurer als in der Schweiz und Deutschland, wohin diese Abfälle auch exportiert werden.

Entsorgung von Asbest auf der Deponie Tännlimoos in Baar. Der Regierungsrat hat die Reaktordeponie Tännlimoos 1994 bewilligt. Seither können auf der Deponie Tännlimoos Abfälle aus Asbestzement abgelagert werden. – 1997 hat der Kantonsrat den Teilrichtplan Abfallanlagen und 2004 den Richtplan mit der bestehenden Reaktor- und der geplanten Inertstoffdeponie Tännlimoos beschlossen. – 2001 erteilte das Amt für Umweltschutz für die Reaktordeponie Tännlimoos die Bewilligung zur Annahme von Abfällen mit freien oder sich freisetzenden Asbestfasern, d.h. für schwach gebundene Asbestprodukte. Auch viele andere Reaktordeponien in der Schweiz verfügen über eine Empfängerbewilligung für diese Abfälle. Welche Entsorgungsfirma welche Sonderabfälle annehmen darf, ist öffentlich einsehbar unter www.veva-online.ch. – Im Frühjahr 2004 erliess der Regierungsrat kantonale Nutzungszonen für die Inertstoff- und Reaktordeponie Tännlimoos. Gleichzeitig erteilte die Baudirektion die Errichtungsbewilligung (Anpassungen der Reaktordeponie und Bau der Inertstoffdeponie). – Ende 2004 erteilte das Amt für Umweltschutz die Betriebsbewilligung für die Inertstoffdeponie Tännlimoos. Seither werden pro Jahr ca. 5'000-10'000 t Eternitplatten (mit und ohne Asbest) aus dem Kanton Zug und Umgebung auf der Inertstoffdeponie abgelagert. – Anfang 2006 stellte die Risi AG das erste Gesuch zum Import von asbesthaltigen Abfällen. Seither hat das Bundesamt für Umwelt den Import von insgesamt 15'000 t asbesthaltigen Bauabfällen aus Italien für die Deponie Tännlimoos bewilligt. Die Bewilligungen sind jeweils ein Jahr gültig. Das Bundesamt für Umwelt informierte die SUVA über den Import der Abfälle, da diese zuständig ist für die Arbeitssicherheit. Zwei Gesuche für weitere 6'500 t asbesthaltige Bauabfälle hat das Bundesamt für Umwelt sistiert. Das Amt für Umweltschutz teilte dem Bundesamt für Umwelt mit, dass die notwendigen Deponiebewilligungen vorhanden seien. Es machte dabei das Bundesamt auch auf die Fragwürdigkeit von Strassentransporten aufmerksam.

Deponieplanung im Kanton Zug. Auf der Inertstoffdeponie Tännlimoos bestand Ende 2005 ein Restvolumen für Bauabfälle von 470'000 m^3 (fest). Gemäss Abfallplanung dürfte diese Kapazität ausreichen, die Deponie noch 30 bis 40 Jahre betreiben zu können. Deshalb sieht die Betriebsbewilligung der Deponie keine Kontingentierung vor. Aus diesem Grund sprach sich das Amt für Umweltschutz nicht gegen den Import der Abfälle aus. Zudem ging es anfänglich davon aus, dass es sich bei diesem Gesuch um einen Einzelfall handeln würde.

Nachdem sich die Importgesuche aus Italien schweizweit stark gehäuft hatten, stoppte das Bundesamt für Umwelt Ende September 2006 weitere Bewilligungen und nahm Rücksprache mit den betroffenen Kantonen, u.a. dem Amt für Umweltschutz des Kantons Zug. Die Umweltschutzämter waren besorgt über die Zunahme der Importgesuche und befürworteten am 27. Oktober 2006 einen vorläufigen Bewilligungsstopp für Importe von Asbestabfällen (nicht zu verwechseln mit einem Importstopp). Hauptgrund für die Sorge war, dass die Ablagerung ausländischer Abfälle auf Schweizer Deponien Deponieraum wegnimmt, ohne dass diese Ablagerung erkennbare ökologische Vorteile gegenüber einer Ablagerung im Herkunftsland aufweist.
An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die knappen Ablagerungskapazitäten für unverschmutzten Aushub im Kanton Zug nicht mit der Kapazität für die Ablagerung von Bauabfällen wie Eternit verwechselt werden dürfen. Der jährlich anfallende Aushub von rund 600'000 m^3 (fest) wird in Kiesgruben und Aushubdeponien abgelagert. Auf diesen Deponien dürfen keine Bauabfälle abgelagert werden.

Zur Interpellation von Franz Müller:

1. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass in Baar Asbestabfälle, die in Italien als Sondermüll gelten, gelagert werden?

Die zuständigen kantonalen Stellen waren orientiert, nicht hingegen der Regierungsrat selber.

2. Wie stellt sich der Regierungsrat dazu, dass im Kanton Zug solcher Sondermüll endgelagert wird?

Die Deponie Tännlimoos verfügt über die notwendigen Bewilligungen und lagert auch asbesthaltige Abfälle aus dem Kanton Zug und der übrigen Schweiz ein.

3. Ist für diese Ablagerung eine Bewilligung erteilt worden, und wenn ja, wer hat diese erteilt?

Ja, Die Baudirektion hat die Errichtungsbewilligung für die Inertstoffdeponie am 30. März 2004 erteilt. Darin enthalten ist auch die Bewilligung zur Ablagerung von Asbestzement. Das Bundesamt für Umwelt hat die Importgesuche nach Anhörung des Amts für Umweltschutz bewilligt.

4. Sind vorsorgliche Abklärungen getroffen worden, wie hoch die Asbestbelastungen des Mülls ist?

Nein.

5. Mit welchen Transportmitteln werden die Asbestabfälle von Italien nach Baar gekarrt und geliefert?

Mit LKWs, die grösstenteils auf dem Hinweg Altholz zur Verwertung nach Italien transportiert haben.

Zur Interpellation von Eusebius Spescha:

1. Stimmt der Sachverhalt, wie er in der Sonntagszeitung vom 29. Oktober berichtet wird?

Der Bericht enthält zum Teil Falschaussagen, beispielsweise handelt es sich bei der Deponie Tännlimoos nicht um eine Sondermülldeponie. Asbestzementplatten gelten in der Schweiz nicht als «giftiger Sondermüll».

2. Waren kantonale Stellen ins Bewilligungsverfahren involviert? Was wurde getan, um diese unsinnige Asbesteinlagerung zu verhindern?

Ja, das Bundesamt für Umwelt hat vorgängig vom Amt für Umweltschutz eine Stellungnahme eingeholt. Darin bestätigte die kantonale Fachstelle, dass die Deponie Tännlimoos über die erforderlichen Bewilligungen verfüge. Gleichzeitig wies das Amt auf die Problematik der Strassentransporte hin.

3. *Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass angesichts des kaum bekannten Verhaltens von Asbestzement über lange Zeiträume und der erheblichen Risiken diese Einlagerung verhindert werden sollte?*
Nein, da das Langzeitverhalten von asbesthaltigen Abfällen in Deponien kann genügend genau vorhergesagt werden.
4. Ist der Regierungsrat bereit, alles zu tun, um die Asbestlagerung in der Deponie Tännlimoos noch zu stoppen?
Nein. Der Regierungsrat richtet sich aber nach den Anordnungen der zuständigen Bundesstellen.
Zur Interpellation von Berty Zeiter und Anna Lustenberger:
1. Welche Vorschriften zur Entsorgung von Asbest gelten für Deponien, und wie wird deren Einhaltung überwacht?
Die Einlagerung von Abfällen mit gebundenen Asbestfasern auf Inertstoffdeponien erfolgt gemäss der Technischen Verordnung über Abfälle. Die Einhaltung wird vom Amt für Umweltschutz sowie von der SUVA stichprobenartig überprüft.
2. Wer haftet für Schäden, die durch Asbestlagerung in Deponien auftreten können?
Der Deponiebetreiber.
3. Existiert eine Kontrolle über die Geldflüsse im Zusammenhang mit dem Betreiben von Deponien?
Nein. Dazu besteht keine gesetzliche Grundlage.

Die Beantwortung dieser Interpellationen kostete 2'040 Franken.

Die Beantwortung macht Franz **Müller** nicht glücklich und er ist damit nicht zufrieden. Aber, wenn er ehrlich ist, hat er auch gar keine andere Antwort erwartet. Man kann ja nicht etwas, was ein Amt bewilligt hat, nachträglich in Frage stellen. – Asbesthaltige Abfälle aus Italien werden in die Schweiz importiert. Der Grund: In Italien gilt Asbest als Sondermüll. In der Schweiz kann der gebundene Asbest, wie er im Eternit vorkommt, auf so genannten Inerstoffdeponien, wie im Tännlimoos eine ist, entsorgt werden. Ob das jetzt rechtens ist oder nicht, ist dem Votanten eigentlich egal. Es zeigt einfach auf, wie vorgegangen wird, wenn ein paar Franken verdient werden können. Liebe Dame und Herren Regierungsräte. Wenn Sie auf der Strasse die Bürgerinnen und Bürger über die Meinung zu diesem Vorgehen fragen, werden sie niemanden finden, der dieses Vorgehen versteht. Franz Müller bittet daher, alles Nötige zu veranlassen, damit diese unsinnigen Transporte eingestellt werden.
Was ihn auch überrascht hat, ist der Bericht in der Neuen Zuger Zeitung vom 2. November 2006. Gemäss Aussage vom Leiter des Umweltschutzamts, Rainer Kistler, hat das Bundesamt für Umwelt das Zuger Umweltamt angefragt, ob eine solche Bewilligung erteilt werden soll. Wenn sich das Zuger Umweltamt dagegen gewehrt hätte, so Kistler, hätte wohl auch Bern die Bewilligung nicht erteilt. Hier hat der Kanton Zug eine Vorreiterrolle übernommen, auf die er ganz sicher nicht stolz sein kann. Oder ist man hier einfach dem Drängen eines Monopolisten gefolgt? – Das Einzige was den Votanten einigermassen befriedigt, ist dass die Transporte im Zusammenhang mit dem Rücktransport von Altholz nach Italien durchgeführt werden. Die Lastwagen machen damit wenigstens keine Leertransporte.

Eusebius **Spescha** hat aus der Antwort zur Kenntnis genommen, dass das Ganze rechtlich korrekt abgelaufen ist. Das hat ihn aber nur wenig beruhigt, weil er grundsätzlich der Meinung ist, dass er diesen Abfalltourismus absolut sinnlos findet. Es

macht doch tatsächlich keinen Sinn, dass wir in Europa Abfall quer hin- und herschieben, Abfall, der doch eine gewisse Gefährlichkeit hat. Und das Motiv ist nicht, dass in Italien diese Asbestabfälle nicht entsorgt werden können. Sonder dass Italien offenbar die strengeren Vorschriften hat und es deshalb in der Schweiz und in Deutschland billiger ist. Und das darf ja nicht sein, dass wir als Schweiz und als Kanton Zug dieses Ökodumping unterstützen.
Zur ganzen Asbest-Problematik. So ganz einfach, wie das jetzt dargestellt wird, ist es schon nicht. Denn offensichtlich ist es so, dass die Definition, was Asbest ist und in welche Deponie was gehört, in Italien und in der Schweiz unterschiedlich ist. Das heisst, es ist durchaus denkbar, dass das, von dem wir jetzt meinen, es sei unproblematischer Faserasbest, hochtoxischer Faserasbest sein könnte. Das wissen wir anhand der Bewilligung nicht.
Ein zweiter Punkt. Es trifft tatsächlich zu, dass bei korrekter Einlagerung das direkte Risiko nicht so hoch ist. Korrekte Einlagerung bedeutet, dass der Asbest oder Eternit oder was immer angeliefert wird, möglichst nicht gebrochen werden sollte. Wenn der Votant aber den Leserbrief des Deponiebetreibers gelesen hat, hat er zur Kenntnis genommen, dass eben genau dies passiert. Es wird gebrochen und dann entsteht ein gewisses Risiko.
Der Regierungsrat erklärt in seiner Antwort, dass das Ganze nach heutiger Kenntnis ungefährlich sein soll. Wenn man aber in die Fachliteratur schaut, stellt man fest, dass über das Langzeitverhalten von Asbest in Deponien eigentlich kaum Erkenntnisse vorhanden sind. Daraus zu schliessen, dass das Ganze unproblematisch sei, findet Eusebius Spescha doch eine etwas lockere Wahrnehmung der Amtspflichten. Ihn erfüllt auch mit Sorge, wenn der Deponiebetreiber in einem Leserbrief deklariert, dass Eternit ja völlig unproblematisch sei. Das hätten wir alle in Blumenkistchen auf dem Balkon. In Tat und Wahrheit ist es aber so, dass der *heutige* Eternit keinen Asbest mehr enthält. Der Deponiebetreiber ist sich offenbar nicht bewusst, dass der heutige Eternit etwas anderes ist als jener vor 20, 30 Jahren.
Das persönlich Fazit des Votanten: Es ist zwar offenbar alles legal zu und her gegangen. Aber trotzdem ist es ein ökologischer Unsinn. Und von den Behörden erwartet er in Zukunft mehr Sensibilität in solchen gesundheitlichen Risikobereichen.

Berty **Zeiter** hält fest, dass auch die AF mit ihren Fragen noch weiter gezielt hat, als die Antworten ausgefallen sind. Wir wollten z.B. auch gerne wissen, wie häufig die Stichprobenkontrollen stattfinden und mit welchen Ergebnissen. Und wir möchten auch gern mehr wissen über die Haftung bei Schäden, die aus der Asbestlagerung auftreten können. Die Aussage des Baudirektors, dass das Langzeitverhalten von Asbestlagerungen genügend gut bekannt und folglich abschätzbar ist, stellen wir in Frage. Gerade auch als Baarerinnen möchten Anna Lustenberger und die Votantin genauer wissen, wie und in welchem Umfang die Haftungsfragen geregelt sind. – Der vom Bund verhängte Importstopp für Asbest und die Berichterstattung darüber liessen die Bevölkerung aufhorchen, und sie begann Fragen zu stellen, die wir in den Interpellationen aufgenommen haben. Auf die Vorbehalte und Befürchtungen der Bevölkerung, die hinter den drei Interpellationen stecken, wird auch im einführenden Text der regierungsrätlichen Antwort nicht eingegangen. Damit wird von der Baudirektion und dem AfU doch signalisiert, dass die Anliegen der Bevölkerung zu wenig ernst genommen werden. Wir sind enttäuscht von der oberflächlichen Beantwortung der Fragen.

Georg **Helfenstein** ist der Ansicht, dass die meisten Fragen wahrscheinlich mit dem Betreiber der Deponie und dem zuständigen Amt des Kantons hätten gelöst werden können. – Seine Interessenbindung möchte er auch noch deponieren: Als Dachdecker tätiger Unternehmer ist er von asbesthaltigen Platten betroffen. – Die Firma Eternit produziert seit Mai 1990 keine asbesthaltigen Produkte mehr für den Hochbau. Das Wissen um die Gefährlichkeit dieses Stoffs und die Vorschriften des Bundes und der Unfallversicherungen haben dazu geführt, dass heutzutage andere, künstlich hergestellte Faserstoffe verwendet werden. Der Asbest in der vorhandenen Form, wie er auch abgelagert wird in der Deponie Tännlimoos, unterscheidet sich aber vom bekannten Spritzasbest gewaltig. Während im Spritzasbest ein Faseranteil von rund 90 % vorhanden ist, besteht bei in Hochbauprodukten eingebundenen Platten der Anteil bei ca. 5 %. Das heisst also, dass in der Deponie Tännlimoos nicht 18'000 Tonnen Asbest*fasern* gelagert werden, sondern 18'000 Tonnen Asbest*zement* mit ca. einer Tonne eingebundene Asbestfasern.
Die Deponie Tännlimoos ist eine Inertstoffdeponie, das ist nach heutigem gültigem Gesetz auch so rechtlich. Wir besitzen in der Schweiz bereits mindestens fünf für asbesthaltige Platten zulässige Deponien, vor allem im Kanton Aargau. Die Betreiber der Deponien sind gesetzlich an die Auflagen der SUVA und des Bundes gebunden. Die betroffene Firma im Tännlimoos scheut auch keine Kosten, sich innovativ im Entsorgungssektor zu behaupten. Der Innovationspreis für das Produkt Plastoil zeigt auf, dass es Firmen gibt, welche sich auch für ökologische Anliegen einsetzen. Entsorgung ist ein Teil unserer Gesellschaft und muss angepackt werden. Wir werden in den nächsten Jahren viele Häuser sanieren, darunter auch solche mit asbesthaltigen Dach- und Fassadenplatten. Das muss dann auch irgendwo entsorgt werden. Während Jahren führt die Schweiz einen Abfalltourismus ins Ausland, umgekehrt werden Unmengen von Kehricht aus Deutschland in die Schweiz importiert. Ist das dann selbstverständlich?
Das vom BAFU ausgesprochene Importverbot von Asbestzement begründet darin, dass die Deponien für Schweizer Abfall genutzt werden sollen. Es ist kein Verbot wegen des Sicherheitsrisikos des Materials. Sie sehen, das ganze ist ein Sturm im Wasserglas! Mit einem Schreiben an die Fraktionen hat die Betreiberfirma die Entsorgungsmethodik dargelegt. Sie hält sich an unser gängiges Recht, wie das auch andere Deponiebetreiber in der Schweiz tun.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** zu Eusebius Spescha. Eine Aussage zum Langzeitverhalten von Asbest ist bereits im Namen enthalten. Asbestos ist Altgriechisch und bedeutet unzerstörbar, unvergänglich, unauslöschlich. Asbest ist ein natürlich vorkommendes faserförmiges Mineral. Es wird daher bei den in einer Deponie vorherrschenden Bedingungen weder umgewandelt noch abgebaut. Es bleibt somit genau so in der Deponie wie andere mineralische Stoffe, wie z.B. Steine, Glas, Ziegel oder Mauerabbruch.

➔ Kenntnisnahme

1028 SECHSTE PETITION DER FAMILIE FANKHAUSER BETREFFEND HÄRTEBEITRAG

Traktandum 5 – Es liegt vor: Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission (Nr. 1485.1 – 12218).

Andrea **Hodel**, Vizepräsidentin der Justizprüfungskommission, hält fest, dass die JPK einmal mehr eine Petition der Familie Fankhauser behandelte. Es handelte sich um die sechste Petition. Wir beantragten erneut, auf diese nicht einzutreten. – Der Streit zwischen der Familie Fankhauser und der EWZ hat ihren Grund in der Starkstromleitung Samstagern-Mettlen. Das EWZ erhöhte die Spannung der Leitung von 220 auf 380 Kilovolt. Die Familie Fankhauser argumentierte, dass diese Aufschaltung zu Unrecht erfolgt sei. Die Familie Fankhauser stellte deshalb immer wieder an unseren Kanton Forderungen und verlangte Schadenersatz, bzw. einen Härtebeitrag. Im Rahmen der Beantwortung der dritten Petition hat die JPK der Familie Fankhauser ein Angebot unterbreitet, das vorsah, dem Kantonsrat einen Antrag auf Bezahlung eines Betrags von 100'000 Franken für die Erstellung eines neuen Wohnhauses zu unterbreiten, sofern folgende Bedingungen akzeptiert würden:

1. Es wurde eine Finanzierungszulage für den Bau des Hauses einer Schweizer Bank verlangt.
2. Die Bereitstellung des Betrages von 100'000 Franken sollte zur Baukreditbenützung verwendet werden, und die korrekte Benützung sollte extern überwacht werden.
3. Familie Fankhauser sollte endgültig auf weitere Petitionen verzichten.

Auf dieses Angebot ging Familie Fankhauser nicht ein. Es folgten weitere Petitionen, auf welche der Kantonsrat jeweils auf Antrag der JPK nicht eingetreten ist.
Neu ist heute, dass die Familie Fankhauser einen Schadenersatzprozess gegen das EWZ, NOK und Sunrise vor Kantons- und Obergericht und schliesslich auch dem Bundesgericht geführt hat und dabei einen Schadenersatz in der Höhe von 4,5 Mio. zuzüglich einer Wiedergutmachung von 500'000 Franken sowie die Zurückschaltung der Stromleitung verlangte.
Das Kantonsgericht hat entschieden, dass der Sunrise verboten sei, Telekommunikationsdaten über die Grundstücke der Familie Fankhauser zu transportieren. Im Übrigen wurde die Klage abgewiesen. Die stellvertretende JPK-Präsidentin kann das dem Rat mitteilen, weil die Familie Fankhauser der JPK den Entscheid des Obergerichts zugestellt hat. Das Obergericht kam zum selben Entscheid und bestätigte den Entscheid des Kantonsgerichts weitgehend. Es entschied im Speziellen, dass die Erhöhung der Kilovolt zulässig sei, und lehnte wie das Kantonsgericht sämtliche Schadenersatzforderungen ab. Das Bundesgericht bestätigte dann den Entscheid des Obergerichts und damit indirekt auch des Kantonsgerichts.
Damit ist erstellt, wie bereits in der schriftlichen Antwort der JPK dargestellt, dass die gegenüber den zugerischen Gerichten erhobenen Vorwürfe unbegründet sind. Der Entscheid ist rechtskräftig und kann nicht weiter gezogen werden. Ebenso ist klar, dass das EWZ keine Schadenersatzzahlungen zu leisten hat und auch nicht zur Reduktion der Stromstärke verpflichtet werden kann. Damit steht auch für die JPK fest, dass die Vorwürfe gegen den Kanton Zug, das EWZ und weitere Stellen zu Unrecht erfolgt sind, und es besteht somit kein Grund, auf diese sechste Petition einzutreten. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Familie Fankhauser, wie bereits in der vierten Petition dargestellt, im Jahr 2005 vom Amt für Landwirtschaft ein Betriebshilfedarlehen von 100'000 Franken gewährt erhalten hat. Schliesslich

darf auch festgehalten werden, dass das Haus, wie von der Familie Fankhauser verlangt, an einem neuen Ort erstellt werden konnte.
Zusammenfassend darf die Votantin namens der JPK den Rat einmal mehr ersuchen, auf diese Petition nicht einzutreten. Sie kann einzig resigniert festhalten, dass die unnachgiebige Haltung der Familie Fankhauser, nie mit den Behörden und nie mit der JPK zusammenzuarbeiten, auch nie zu einem positiven Resultat geführt hat.

➔ Der Rat beschliesst, auf die Petition nicht einzutreten.

1029 EINBÜRGERUNGSGESUCHE BETREFFEND NACHTRAG ZU VORLAGE NR. 1476.1 – 12174

Traktandum 6 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1476.2 – 12226).

➔ Der Rat schliesst sich dem Antrag des Regierungsrats an.

1030 MOTION VON HANS ABICHT BETREFFEND RAUMKONZEPT DER KANTONALEN VERWALTUNG

Traktandum 7 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 801.2 – 12157).

Hans Peter **Schlumpf** spricht nicht explizit als Vertreter des Motionärs, nimmt aber dennoch kurz Stellung zur Motion. – Als Hans Abicht zusammen mit 21 Mitunterzeichnern im Sommer 2000 die vorliegende Motion einreichte, geschah dies aus aktuellem Anlass. Es lagen Kreditbegehren der Regierung vor für verschiedene Umbauten an Gebäuden, die von der kantonalen Verwaltung genutzt werden – ohne dass ein Konzept bestand, wie die Verwaltung ihren Raumbedarf langfristig sinnvoll abdecken könnte. Die Kreditbegehren wurden denn auch abgelehnt.
Realität ist, dass die kantonale Verwaltung auch heute noch an zahlreichen Standorten eingemietet ist und dafür gesamthaft eher hohe Mieten zahlt. Dass mit dieser räumlichen Aufsplitterung Ineffizienzen und Doppelspurigkeiten verbunden sind, ist nicht zu vermeiden. Der Votant hat den Auftrag, hier den Unmut der FDP-Fraktion darüber auszudrücken, dass die Motion sechs Jahre lang unbeantwortet liegen geblieben ist, und dass mit der Einmietung im ZKB-Gebäude am Postplatz nun wieder Tatsachen geschaffen werden sollen, bevor ein Konzept und eine Planung vorliegen. Dieses Vorgehen widerspricht der Logik und der Vernunft. Leider können auch wir das Rad der Zeit nicht zurückdrehen. Wir nehmen heute – wenn auch spät – zustimmend zur Kenntnis, dass eine systematische Untersuchung und Planung des künftigen Raumbedarfs veranlasst und im Gang ist. Inhaltlich sind wir mit der Absicht der Regierung einverstanden, die kantonale Verwaltung künftig an den Standorten Aabachstrasse und Postplatz zu konzentrieren und die Motion Abicht teilweise, wie

beantragt, in den Ziff. 1 und 3 erheblich und in Ziff. 2 nicht erheblich zu erklären, weil diese inzwischen obsolet geworden ist.

Martin **Stuber** erinnert daran, dass die Motion Abicht sechs Jahre in der Schublade gelegen hat. Seit 2002 sind die Voraussetzungen auf dem L&G-Areal bekannt. Also spätestens dann hätte diese Motion eigentlich in die Hand genommen werden können. Dass (Zitat Vorlage) «die kantonalen Büroräumlichkeiten an vielen Orten zerstreut sind» und dass das kein Idealzustand ist, weiss die Regierung auch schon einige Jahre. Wieso der Regierungsrat erst jetzt den Auftrag an eine externe Firma erteilt hat, «die Grundsatzfragen für die weitere Bearbeitung der strategischen Büroraumplanung zu unterbreiten», ist aus der Vorlage nicht ersichtlich. Auch ohne diese – noch nicht vorliegende – Studie weiss der Regierungsrat aber schon, was seine strategische Haltung ist. Er möchte «seine Verwaltung im Wesentlichen an zwei Standorten der Stadt Zug konzentrieren, nämlich am Postplatz und an der Aabachstrasse.» Die Grundsatzfragen sind also schon entschieden und man fragt sich, welche Vorgaben das Planungsbüro für seine Studie denn bekommen hat? Eine andere Frage, die sich der AF bei dieser Vorlage gestellt hat: Wurde dieses Thema schon einmal mit der Stadt Zug besprochen? Die meisten hier im Saal sind sich wahrscheinlich einig, dass die Entwicklung der Stadt durch die Situierung der kantonalen Büroräumlichkeiten tangiert wird. Insbesondere die Frage des Postplatzes steht hier im Zentrum unserer Überlegungen. Es gibt bekanntlich Bestrebungen, aus dem Postplatz, der heute im wesentlichen eine Verkehrsmaschine ist (das merken wir immer im warmen Sommer, wenn die Fenster des Ostflügels nicht geöffnet werden können), wieder zum vor allem von Menschen belebten, menschenfreundlichen Zentrum zu machen. Der Postplatz soll zum Scharnier zwischen Altstadt und nördlicher Innenstadt werden. Heute ist er eher eine Barriere. Zu einem solchen Zentrum gehören auch zwingend Publikumsmagneten, dazu gehören attraktive Erdgeschossnutzungen rund um den Platz. Das ist übrigens auch die Meinung der Zuger Detaillisten, wie dem Votanten der Pro Zug Präsident versicherte. Und das ist auch ein Konsens in der breit abgestützten Runde «Wir sind Zug».
Ob dieses Ziel mit der Strategie der Regierung, dass ein Teil der kantonalen Verwaltung beim Postplatz konzentriert werden soll, kompatibel ist, darf mindestens bezweifelt werden. Auf jeden Fall aber muss es mit der Stadt Zug seriös abgeklärt und bereinigt werden. Ist der Regierungsrat bereit dazu? Oder hat er diesbezüglich schon etwas unternommen? Immerhin ist er vor genau einem Jahr mit der Frage konfrontiert worden: Er hat eine Petition von zwei Organisationen bekommen, die unter anderem die Umfunktionierung des Verwaltungsgebäudes an der Neugasse 2 – wo heute die Gesundheitsdirektion und die Direktion des Innern sind – zu einem so genannten «Haus der Mitte» vorschlägt. Martin Stuber hat die Eingabe verteilen lassen, sie verdient mehr Bekanntheit (siehe Beilage). Es heisst dort: «Die Lebensqualität auf dem Postplatz, und damit seinem ganzen Umfeld bis zur Altstadt, zu erhalten und zu fördern, ist das Ziel des Vereins Zuger Privileg und Bauforum Zug mit dem Vorschlag, im Kantonalen Verwaltungsgebäude ein «Haus der Mitte» einzurichten. Anstelle geschlossener Verwaltungsbüros würde Raum geschaffen für neue Nutzungen wie Kulturraum, Café, Laden oder sogar ein offener Informationsraum der Verwaltungen, in dem aktuelle Themen ausgestellt und diskutiert werden könnten.» Leider äussert sich der Regierungsrat nicht zu dieser Eingabe, die Motionsbeantwortung wäre eine gute Gelegenheit dazu gewesen.
Und zu guter Letzt: Auf S. 4 kündigt der Regierungsrat bereits den nächsten Sachzwang-Entscheid an. – Genau das wollte ja die Motion Abicht vor sechs Jahren ver-

hindern. – Er will Ersatzflächen und Ausbauten im Gebäude der ZKB am Postplatz beschaffen. Zu diesem Ansinnen hat unsere Fraktion eine klare Haltung: Über ein solches Vorhaben, das schon weitgehend präjudizierenden Charakter hat, kann erst diskutiert werden, wenn eine ausformulierte Strategie vorliegt und diese in Absprache mit der Stadt beschlossen wurde.
Wir sind im Sinne unserer Ausführungen einverstanden mit der Erheblicherklärung der Motion und erwarten von Regierungsrat die Berücksichtigung der Anliegen der Stadt Zug.

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert an das bekannte Sprichwort «Gut Ding will Weile haben». Demgemäss müsste die Beantwortung besonders fundiert ausfallen. Was man aber hier vorgesetzt bekommt, ist dies in keiner Weise. Es ist gelinde ausgedrückt seltsam. Seltsam ist z.B., dass der Regierungsrat beantragt, die Motion sei im Punkt 1, der Forderung nach einer langfristigen Büroraumplanung, erheblich zu erklären. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass er einen entsprechenden Auftrag mit Kostenfolgen bereits erteilt hat, und zwar an die Planconsult AG. Wäre es nicht vielleicht sinnvoller gewesen, dieses Problem im Rahmen des Kantons zu lösen mit einer vom Amt für Raumplanung geleiteten Arbeitsgruppe? Wäre das nicht vielleicht billiger und würde zu einem besseren Ergebnis führen? Wir können uns darüber jetzt zwar Gedanken machen, sind aber vom Regierungsrat in dieser Frage ausgehebelt worden. Seltsam ist es weiter, dass er den Punkt 2 mit sehr dürftiger Begründung ablehnt. Der Votant konnte in Erfahrung bringen, dass diese Sache erledigt ist, indem der Zug bereits abgefahren ist. Seltsam ist es weiter, dass der Regierungsrat die Notwendigkeit einer langfristigen Büroraumplanung bejaht, aber dann äussert: «Ausgewiesene Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung, namentlich der Direktion für Bildung und Kultur und der Finanzdirektion, können jedoch nicht einfach aufgeschoben werden, bis ein Konzept steht.» Oder: «Der Regierungsrat hat mittlerweile die Vorgehensweise gewechselt. Er löst die zeitlich dringende Miete eines Teiles der Zuger Kantonalbank am Postplatz aus einem Gesamtkonzept heraus und behandelt dieses Teilprojekt separat.» Damit macht der Regierungsrat genau das, was ein früherer Stawiko-Präsident schon vor sechs Jahren kritisierte, indem er sagte, ein Sachzwang folge dem andern, ohne dass ein Konzept zu erkennen sei.
Man kann wohl auch sagen, dass ein gutes Raumkonzept für die Verwaltung sich kostensparend auswirken könnte. Kostensparen ist ja in der letzten Zeit gross geschrieben worden. Trotzdem haben Kontrollinstanzen unseres Ratsbetriebs – Büro und Stawiko – zugelassen, dass diese Motion liegen geblieben ist. Es ist nun nicht realistisch, diese Motionsbeantwortung an den Regierungsrat zurückzuweisen, um eine bessere zu verlangen. Auch die SP-Fraktion ist deshalb realistisch und befürwortet die gestellten Anträge mit der Hoffnung, dass ein Büroraumkonzept doch noch auf die Beine kommt.

Margrit **Landtwing** weist darauf hin, dass aus den gehaltenen Voten klar ersichtlich und unbestritten ist, dass ein Aufzeigen der langfristigen Büroraumplanung bei der kantonalen Verwaltung ein absolutes Muss darstellt. Deshalb unterstützt die CVP den Antrag der Regierung auf teilweise Erheblicherklärung. Gleichzeitig verleiht auch die CVP der Hoffnung Ausdruck, dass die Einleitung der notwendigen Schritte nun schneller an die Hand genommen wird als die Beantwortung der Motion.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** kann sich gleich zwei Mal entschuldigen. Er bedauert, dass die Raucher nach draussen verbannt sind und es da keine Lautsprecher gibt. Und er möchte dem Rat sein Bedauern ausdrücken, dass die Motion erst heute im Rat ist. Wir wollten die Motion materiell behandeln und gleichzeitig die Planung vorlegen. In Teilen ist der Vorstoss aber aktuell geblieben. Er verlangt, die langfristige Büroraumplanung aufzuzeigen. Daran arbeiten wir zurzeit. Wir haben eine Fachfirma mit genauen Abklärungen beauftragt und erwarten die Ergebnisse Ende Jahr. Das Ziel ist, diese Planung im November in den Regierungsrat zu bringen. Losgelöst von der Grundsatzfrage packen wir die Gelegenheit, um neue Büroräume im Gebäude der Zuger Kantonalbank am Postplatz zu sichern. Die dringendsten Bedürfnisse der Finanzdirektion und der Direktion für Bildung und Kultur lassen sich damit befriedigen. Die Standorte am Postplatz und an der Aa bleiben unsere Schwerpunkte. Das ist ein Strategieentscheid der Regierung. Nicht mehr aktuell ist die Motion, soweit sie in Betracht zieht, Flächen im Areal der ehemaligen Landis & Gyr zu erwerben und mit solchen des ehemaligen Gaswerkareals abzutauschen. Wir würden damit nichts gewinnen, sondern nur eine arrondierte Fläche schmälern. Daher sind nur die Ziffern 1 und 2 bezüglich der langfristigen Büroraumplanung und allfälliger Realisierungsschritte erheblich zu erklären, Ziff. 2 jedoch nicht. Der Baudirektor bittet den Rat, diesem Antrag zu folgen.

Martin **Stuber** möchte nochmals auf die Frage wegen der Stadt Zug zurückkommen. Hat die Regierung mit der Stadt Zug zusammengearbeitet, was den Postplatz betrifft? Und wenn nicht, ist sie bereit, das in sehr nächster Zukunft noch zu tun?

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** wiederholt, dass die Situationsanalyse dem Regierungsrat im November vorliegen wird. Er glaubt nicht, dass der Regierungsrat vor dem November auf seinen Grundsatzentscheid zurückkommt.

➔ Der Rat schliesst sich den Anträgen des Regierungsrats an.

1031 POSTULAT DER SVP-FRAKTION BETREFFEND ERRICHTUNG EINER PARK + RIDE-ANLAGE BEI DER STADTBAHNHALTESTELLE NEUFELD IN BAAR

Traktandum 8 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1427. 2 – 12147).

Moritz **Schmid** weist darauf hin, dass der Kanton mit dem Gesetz über den öffentlichen Verkehr und dem kantonalen Park + Ride-Konzept eine ausreichende gesetzliche Grundlage geschaffen hat. Eine Aufforderung an die Gemeinden ist im Richtplan unter V 11.2 enthalten. Der Standort Baar Neufeld ist als Anlage von kantonaler Bedeutung und soll vorwiegend für das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr aus dem Berggebiet nützlich sein. Die SVP-Fraktion empfiehlt dem Rat, das Postulat wie von der Regierung beantragt erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

➔ Das Postulat wird erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

1032 MOTION DER CVP-FRAKTION BETREFFEND STANDESINITIATIVE ZUR FESTLEGUNG EINER OBERSTEN BELASTUNGSGRENZE FÜR DIE RESSOURCENSTARKEN KANTONE BEI DER NEUGESTALTUNG DES FINANZAUSGLEICHS (NFA)

Traktandum 9 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1284.2 – 12197).

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich der genaue Wortlaut der einfachen Anregung gemäss Antrag des Regierungsrats auf S. 7 der Vorlage befindet.

Margrit **Landtwing** erinnert daran, dass der Kanton Zug über die NFA voraussichtlich ab dem Jahr 2008 verpflichtet wird, einen jährlichen Beitrag von momentan ca. 176 Mio. Franken in den Ressourcenausgleich zu leisten. Berechnet wird dieser Beitrag mittels Ressourcenindex, gemäss welchem die aufzubringende Summe für den horizontalen Finanzausgleich proportional von den finanzstarken Kantonen eingefordert wird. Diese Berechnungsart setzt die finanzstarken Kantone in eine gegenseitige Abhängigkeit. Das kann zur Folge haben, dass einerseits ein finanzstarker Kanton weniger in die NFA einzuzahlen hat, obwohl seine Finanzkraft gestiegen ist, und dass er andererseits mehr zu leisten hat, obwohl seine Finanzkraft gesunken ist. Mit andern Worten: Sinkt das Ressourcenpotential eines ressourcenstarken Kantons, verringert sich sein Beitrag, er kann sogar entfallen. Ein entsprechender Ausfall müsste von den übrigen Geberkantonen übernommen werden. Faktisch läuft das auf eine «solidarische Haftung» der Geberkantone für den Gesamtbeitrag aller ressourcenstarken Kantone hinaus.
Eine solche Auswirkung wollen wir mit unserer Motion verhindern. Diese Unberechenbarkeit war der Hauptgrund für unsere Opposition gegen die NFA im Jahre 2004. Mit unserem Vorschlag wäre die NFA für die Kantone berechenbarer, es könnte seriöser geplant und budgetiert werden, weil die geschuldeten Beiträge für das folgende Jahr jeweils erst im Herbst des Vorjahrs festgelegt werden. Mit der Motion vom 18. November 2004 verlangte die CVP, eine Standesinitiative mit dem Ziel vorzubereiten, eine oberste individuelle Belastungsgrenze für die ressourcenstarken Kantone in der Bundesverfassung oder im Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich einzuführen. An der Kantonsratsitzung vom 27. Januar 2005 haben Sie die Motion sofort erheblich erklärt.
Im vorliegenden Bericht legt die Regierung ihre seither ergriffenen Massnahmen dar. Dabei ist ersichtlich, dass sich der Regierungsrat und die Verwaltung intensiv für unsere Anliegen eingesetzt haben. In einzelnen Bereichen haben die Vertreterinnen und Vertreter der ressourcenstarken Kantone bereits auf Ebene der Projektgruppen und im politischen Steuerungsorgan beachtliche Etappensiege errungen. Für diesen gewaltigen Einsatz danken wir.
Nur, das berechtige Anliegen der individuellen Belastungsobergrenze für die ressourcenstarken Kantone fand trotz unermüdlichem Vorbringen noch kein Gehör. Wir sind uns bewusst, dass die Ausgangslage schwierig ist, weil die Geberkantone in der Minderheit sind. Deshalb unterstützen wir die Absicht, die Motion als allgemeine Anregung einzugeben. Wir sehen diesen Weg auf Verhandlungsbasis als den erfolgversprechendsten und muten unserem Finanzdirektor einiges zu. Unser berechtigtes Anliegen wird bei einer allgemeinen Anregung eher ernst genommen als bei Einreichung eines ausformulierten Vorschlags. Die Bundesverwaltung hat dann

Zeit, das Thema zu bearbeiten, und kann es bei der Erarbeitung des ersten Wirksamkeitsberichts in die Evaluation des Bundesrats zu Händen der Bundesversammlung einfliessen lassen. Das wird erst nach vier Jahren nach Inkrafttreten der NFA geschehen. Spätestens dann wird der Bund endlich eine Änderung der Bundesverfassung und/oder des Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes diskutieren müssen. Bitte treten Sie auf die Vorlage ein und stimmen Sie ihr zu!

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass die Schweizer Bevölkerung der NFA sehr deutlich zugestimmt hat. Sie wünscht sich einen gerechten finanziellen Ausgleich zwischen den ressourcenstarken und den ressourcenschwachen Kantonen. Sie will eine solidarische Gemeinschaft Schweiz, wo der Starke dem Schwachen hilft. Sie hat erkannt, dass ein Miteinander die Schweiz wirtschaftlich und gesellschaftlich stärkt. Wir Alternativen finden es daher staatstragend und fair, wenn sich der Kanton Zug entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungskraft und seines Ressourcenpotenzials gegenüber der übrigen Schweiz solidarisch zeigt.
Dabei ist es ja nicht so, dass Zug unbeschränkt zahlen muss. De facto besteht eine Obergrenze. Denn das Verhältnis zwischen dem NFA-Beitrag der Zahlerkantone und dem des Bundes muss zwischen 2/3 und 4/5 liegen. Also nur wenn das bürgerlich dominierte Bundesparlament den NFA-Bundesbeitrag hebt, steigt die Belastung der Zahlerkantone. Das ist angesichts der Schuldenbremse des Bundes unrealistisch. Die Zweidrittel/Vierfünftel-Lösung wurde damals im Bundesparlament ausgiebig beraten. Und die jetzt vorliegende NFA-Lösung überzeugte auch vier damalige bürgerliche Zuger Bundesparlamentarier derart, dass sie ja sagten. Der fünfte enthielt sich der Stimme. Insbesondere sagten auch die eben wieder gewählten Ständeräte Bieri und Schweiger ja zur NFA mit dieser Zweidrittel/Vierfünftel-Lösung. Sie wussten und wissen: Eine feste Obergrenze würde nämlich das NFA-System aushebeln und den vom Volk gewünschten nationalen Ausgleichs-Effekt zunichte machen. Darum weist die Regierung in ihrer Motionsantwort zu Recht darauf hin, dass in Bern «keine Bereitschaft besteht, die gesetzlichen Grundlagen vor Inkrafttreten des NFA nochmals zu ändern». Und die Regierung weist auf, eine Standesinitiative habe nur «minimale Chancen». Tapfer zählt die Regierung alle fruchtlosen Bemühungen auf, welche der Kanton in Bern zur Minderung der NFA-Kosten unternommen hat. Doch statt in Bern einen Don-Quichotte-Kampf gegen NFA-Windmühlen zu führen, könnte sich Zug als souveräner Abstimmungsverlierer zeigen und sich darauf konzentrieren, eine für die Zuger Bevölkerung gerechte sowie nachhaltige NFA-Finanzierung anzustreben. Kehren wir also vor der eigenen Haustüre!
Dabei wünscht der Votant Rat und Regierung die Erkenntnis, dass nicht Bern die Höhe der NFA-Kosten festlegt und auch dem Kanton nicht vorgibt, wie die NFA zu finanzieren sei. Sondern wir hier in Zug machen dies mit unserer Steuer- und Wirtschaftspolitik selbst Denn wie funktioniert die NFA? Die Höhe der NFA-Kosten errechnet sich nicht aus der Höhe eines Kantonsüberschusses oder auf Grund der Höhe kantonaler Steuereinnahmen. Massgebend ist das Ressourcenpotenzial eines Kantons. Und Zug ist nun mal ressourcenstark. Das schleckt keine Geiss und auch keine Standesinitiative weg. Nun ziehen jedes Jahr 1'000 neue Firmen nach Zug. Mit jeder Firma und auch mit jeder neuen reichen natürlichen Person steigt das Zuger Ressourcepotenzial und somit die NFA-Rechnung. Es wäre nichts als verursachergerecht, dass diese Firmen und Personen in Form von genügend hohen Steuern ihren Beitrag zur NFA-Bewältigung leisten. Doch was machen Rat und Regierung? Sie schlagen sogar Steuersenkungen für die NFA-Kostenverursacher vor. Das ist

unliberaler staatlicher Protektionismus für eine schon heute steuerrechtlich privilegierte Minderheit.
Die NFA-Zeche bezahlt dann die Bevölkerungsmehrheit durch Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen beim Service Public; Stefan Gisler erinnert nur an die ZFA. Was doppelt ungerecht ist, weil gerade den Zuger Familien Ende Monat immer weniger Geld im Portemonnaie bleibt. Denn der Zustrom dieser Firmen und Personen erhöht auch ihre Wohn- und Lebenskosten. Wenn Sie also die NFA-Kosten nicht ins unermessliche steigen lassen wollen und zum Bezahlen die nötigen Gelder sichern wollen, dann sollten sie am 26. November nein sagen zum neuen Steuergesetz. Nein können Sie darum auch zu diesem Vorstoss sagen. Die Alternativen beantragen, die unwirksame bis kontraproduktive Standesinitiative abzulehnen und dann die Motion als erledigt abzuschreiben.

Alois **Gössi** hält fest, dass die SP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage ist. Wir sagen aber nein zur Standesinitiative in Form einer einfachen Anregung. Wir sind auch nicht gerade glücklich und begeistert, wenn der Kanton Zug als ressourcenstärkster finanzieller Kanton sehr grosse Beträge nach Bern überweisen muss. Dieser Betrag kann sich inskünftig noch erhöhen, wenn der Kanton Zug finanziell überproportional prosperiert oder andere Geberkantone in ihrer Ressourcenstärke eine Schwäche erleiden würden.
Wir haben im Kanton Zug in den letzten Jahren eine Sparhysterie unter dem Deckmantel NFA erlebt. Darunter litten oder leiden auch sozial Schwache. Mit einem kleineren Geldbetrag, den wir nach Bern überweisen könnten, hätten wir auch mehr Geld für sozial Schwache zur Verfügung. Dies mindestens theoretisch, der Votant hat hier jedoch keine grosse Hoffnung in den Kantonsrat, das dem auch so wäre.
Auf der anderen Seite hat der Kanton Zug mit seiner Nischenpolitik oder Kernkompetenz von tiefen Steuersätzen vor allem für juristische Personen einen grossen Erfolg, deswegen prosperieren wir finanziell. Und eine Konsequenz davon tragen wir mit dem NFA, damit wird versucht, das finanzielle Gleichgewicht unter den Kantonen mindestens ansatzweise wieder herzustellen. Die Geister, die wir mit unserer Tiefpreispolitik bei den Steuersätzen riefen, werden wir hier nicht mehr los. Wenn wir die Obergrenze mit dem NFA auf den Kanton Zug anwenden mit dem künftigen Finanzausgleich unter den Gemeinden, könnte dies heissen, wir setzen für Zug und Baar ebenfalls eine finanzielle Obergrenze fest. Leiden würden dann Gemeinden wie Neuheim oder Menzingen, die auf den Finanzausgleich angewiesen sind. Im Kanton Zug haben wir noch eine Solidarität mit den finanzschwachen Gemeinden, mit den übrigen Kantonen lassen wir dies vermissen. – Die SP-Fraktion stellt ebenfalls den Antrag, die Standesinitiative in Form einer einfachen Anregung abzulehnen.

Felix **Häcki** hält fest, dass die SVP-Fraktion die gute und schlüssige Antwort der Regierung unterstützt und möchte bei dieser Gelegenheit dem Finanzdirektor danken für seine ausgezeichnete Arbeit in Bern.

Daniel **Grunder** weist darauf hin, dass der Bericht des Regierungsrats eindrücklich zeigt, wie sich die Regierung und insbesondere die Finanzdirektion auf der politischen Ebene, aber auch auf Stufe Verwaltung, für die Position der Geberkantone einsetzt. Der Regierung, aber auch den an vorderster Front mitkämpfenden bürgerli-

chen Zuger Bundesparlamentariern, allen voran Rolf Schweiger, gebührt der Dank der FDP-Fraktion.
Die NFA ist beschlossene Sache. Bei der Umsetzung des Finanzausgleichs gilt es nun unter anderem auch Verständnis für die Bedenken und Anliegen der Geberkantone zu wecken. Die FDP-Fraktion befürwortet deshalb eine Zuger Standesinitiative, welche für die ressourcenstarken Kantone eine absolute Beitragsobergrenze für den Ressourcenausgleich fordert. Die beantragte Standesinitiative bietet die Möglichkeit, die Problematik der für die Geberkantone nach oben unbegrenzten Ressourcenbeiträge auch ausserhalb von Zug bei einem breiteren Publikum zu thematisieren.
Die NFA wird den Kanton Zug jedes Jahr netto mit rund 120 Millionen Franken zusätzlich belasten. Bei einer Bilanzsumme des Kantons Zug von rund einer Milliarde Franken muss diese Mehrbelastung als exorbitant bezeichnet werden. Nebst der Höhe der Belastung bereitet aber vor allem auch die Unberechenbarkeit des NFA-Systems für Kopfzerbrechen. Wird nämlich einer der Geberkantone für einmal ressourcenschwach, so steigen die Ressourcenbeiträge des Kantons Zug automatisch an – ungeachtet dessen, ob die Zuger Ressourcenstärke gestiegen ist oder nicht. Die Finanzausgleichsbelastung kann deshalb prozentual weiter ansteigen, ohne dass Zug dies beeinflussen kann. Diese Unberechenbarkeit des NFA-Systems gilt es durch die Einführung einer absoluten Belastungsobergrenze für jeden ressourcenstarken Kanton zu mildern. Nur so kann einigermassen gewährleistet werden, dass die NFA-Belastung mittelfristig plan- und budgetierbar wird.
Die Berechenbarkeit und Vorsehbarkeit der NFA-Belastung liegt auch im Interesse der Nehmerkantone. Es liegt nämlich auch nicht in deren Interesse, dass die ressourcenstarken Kantone durch die NFA-Mehrbelastung aus dem Gleichgewicht fallen. Damit würden nämlich nebst den Finanzausgleichsleistungen beispielsweise auch die überproportionalen Einnahmen der direkten Bundessteuer und der AHV, welche in ressourcenstarken Kantonen wie Zug generiert werden, zu Lasten der gesamten Schweiz geringer werden. Und Stefan Gisler: Wenn es keine ressourcenstarke Kantone mehr gibt, ist auch keine Unterstützung ressourcenschwacher Kantone mehr möglich. – Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb einstimmig die Einreichung der Standesinitiative zur Einführung einer absoluten Belastungsobergrenze im Ressourcenausgleich.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** weist darauf hin, dass der Rat der Regierung mit dieser Motion keine einfache Aufgabe gestellt hat. Sie haben es auf Grund des Zeithorizonts ja auch gemerkt: Wir haben einige Zeit gebraucht, um sie zu beantworten. Und zwar deshalb, weil auf Bundesebene solche Standesinitiativen der Kantone relativ salopp behandelt werden und schnell im Papierkorb enden. Und das wollten wir ja auch mit dieser Vorlage nicht. Deshalb beantragen wir, das Thema nur in Form einer einfachen Anregung einzubringen. Damit hat das Parlament dann die Möglichkeit, den Themenkreis in verschiedenen Optionen zu beraten und hoffentlich einfliessen zu lassen. Denn das Anliegen ist ja nicht so weltfremd, Alois Gössi. Das Anliegen, das diese Standesinitiative will, das leben wir ja im Kanton Zug. Genau das, was wir im Kanton Zug haben, wollten wir auch auf Bundesebene umsetzen. Denn im Kanton Zug haben wir diese Obergrenze für die Gemeinden. Die finanzstarken Gemeinden zahlen 30 % des Pro-Kopf-Steuerertrags, welcher über dem Durchschnitt liegt. Das ist eine genaue Obergrenze. Wenn der Steuerertrag steigt, zahlt man ja dann immer davon 30 %. Und wenn er sinkt, zahlt man weniger, weil die Summe auch gesunken ist. Das ist ja der grosse Unterschied zum Bundesmodell, in welchem man nicht auf die aktuelle Steuerkraft abstützt, sondern sie immer noch ins Verhältnis setzt zur

Finanzkraft der übrigen finanzstarken Kantone. Wenn man also die Zuger Solidarität, die wir hier jetzt aktuell geregelt haben, auf Bundesebene umsetzen würde, wäre man diesem Anliegen entgegen gekommen.
Was ist Gerechtigkeit und Solidarität, und wie wird dann der NFA definiert? Der ist wohl beschlossen in der Verfassung und im Finanzausgleichsgesetz. Aber es gibt noch die Verordnung zu beschliessen. Und es gibt noch sehr viele Eckwerte, die laufend noch zu definieren sind. Das ist dann auch nicht immer solidarisch, wie das abgeht. Sondern da wird mit sehr harten Bandagen gekämpft. So ist unter anderem ein neues Thema aufgegriffen worden, vor allem von den Grenzkantonen. Diese wollten, dass man die Grenzgänger in die Berechnung des Ressourcenpotenzials einbezieht. Die Grenzkantone haben ja den Vorteil, dass sie die Grenzgänger besteuern können auf Grund der Steuerverträge mit den Drittstaaten. Und dieses besteuerte Element fliesst in die Berechnung ein. Jetzt wollten sie die Grenzgänger auch noch mit berücksichtigen. D.h. dass dann das Ressourcenpotenzial pro Einwohner sinkt. Das hätte uns etwa 5 Millionen mehr gekostet. Das ist ein Element, das während der Beratung der dritten Botschaft aufgebracht wurde. Es wurde eigentlich vom Bundesrat schon aufgenommen, konnte jetzt aber wieder abgewehrt werden, weil Kantone, die Zupendler haben, beim Arbeitsort nicht besteuert werden können. Sie verursachen hier auch Kosten und wir haben dafür nichts. Auf Grund dieses Arguments wurde dann dieser Vorschlag wieder fallen gelassen. Sie sehen also, dass immer noch Einiges geht. Das ist ein Element, der Einbezug der Nationalbankgewinne ein weiteres, das auch wieder neu gebracht wurde. Es bewegt sich immer, und es ist deshalb statthaft und nötig, dass wir nach wie vor unsere Anliegen mit Vehemenz und Interesse vertreten. Gerade auf Grund des Sachverhalts, dass der kleine Kanton Zug dem Bund und den anderen Kantonen in Form von der direkten Bundessteuer am fünftmeisten an Beträgen und Beiträgen leistet. In diesem Sinn empfiehlt der Finanzdirektor dem Rat, dem Antrag der Regierung Folge zu leisten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Eintreten unbestritten ist, aber ein Gegenvorschlag von der AF und der SP-Fraktion vorliegt, der die Initiative ablehnt.

➔ Der Rat schliesst sich mit 60 : 11 Stimmen dem Antrag der Regierung an, der Standesinitiative als einfache Anregung gemäss Ziff. 6 zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat zudem beantragt, die Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative zur Festlegung einer obersten Belastungsgrenze für die ressourcenstarken Kantone bei der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) (Vorlage Nr. 1284.1 – 11605) als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

1034 MOTION VON HANS CHRISTEN, EUSEBIUS SPESCHA, BEAT STOCKER, MARTIN STUBER UND VRENI WICKY BETREFFEND PROJEKTIERUNG DER ZUGER STADTKERNENTLASTUNG

Traktandum 10 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1378.2 – 12227.

Martin **Stuber** dankt dem Regierungsrat, dass er die Planungsarbeit für die Zuger Stadtkernentlastung nach der städtischen Abstimmung vom September 2004 an die Hand genommen hat. Damals haben über 70 % der Abstimmenden einen Stadttunnel befürwortet. Die Arbeiten für die Eruierung einer Bestvariante sind aufwendiger gewesen als ursprünglich angenommen – vor allem weil die Sicherheitsvorschriften bezüglich Strassentunnels im Lichte der verschiedenen tragischen Unfälle der letzten Jahre verschärft worden sind. Die Zusammenarbeit mit der Stadt läuft erfreulicherweise gut. Besonders wichtig ist auch, dass nun offenbar die entscheidende Frage der Anschlüsse im Sinne der Stadt aufgegleist ist. Natürlich bedauern wir, dass es offenbar aus den oben erwähnten Gründen nicht möglich ist, die Frist von einem Jahr einzuhalten. Namens der Motionärinnen teilt der Votant dem Rat aber mit, dass wir das Argument der Regierung bezüglich der Frist akzeptieren und deshalb mit der Abschreibung einverstanden sind. Wir werden für die nächste Sitzung eine gleich lautende Motion mit einer längeren Frist einreichen und den Antrag auf sofortige Erheblicherklärung stellen. Dann sind die zwei Jahre verpflichtend. Wir wollen, dass es weiter vorwärts geht mit der Zuger Stadtkernentlastung. Daran hat der ganze Kanton ein Interesse.

Beni **Langenegger** möchte vorwegnehmen, dass die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion den Antrag der Regierung unterstützt, auf die Motion nicht einzutreten. Sie kommt zur Auffassung, dass wir im Richtplan an sämtlichen neuen Strassenzügen unbedingt festhalten müssen. Wenn im Kanton Zug der Verkehrsrichtplan jemals realisiert wird, so ist es umso wichtiger, dass an der Prioritätenliste nicht herumgeschraubt wird. Wenn wir im kleinen Kanton Zug unsere grossen Verkehrsprobleme lösen wollen, so sollten wir alle am gleichen Strick ziehen und nicht mit wirkungslosen Einzelaktionen die zukünftigen Strassenprojekte gegeneinander ausspielen. Zudem hat die Regierung bereits angekündigt, dass sie den Projektierungskredit für die Zuger Stadtkernentlastung bereits Ende 2008 dem Kantonsrat vorlegen will. Beachten wir auch, dass zum Wunschdenken im Strassenbau immer zuerst der Landerwerb im Vordergrund steht, und so kleinere und grössere Konflikte entstehen, welche die geplanten Projekte um Monate, wenn nicht gar um Jahre zurückwerfen. Die Nordzufahrt lässt grüssen! Gerade deshalb müssen wir an der Prioritätenliste festhalten und der Regierung zustimmen.

Hans Peter **Schlumpf** erinnert daran, dass die Motionäre eine beschleunigte Projektierung verlangen und damit letztlich auch eine beschleunigte *Realisierung* der Zuger Stadtkernentlastung, besonders des Zuger Stadttunnels. Sie begründen dies vor allem damit, dass die Stadtzuger Stimmbürger und Stimmbürgerinnen einem städtischen Beitrag an die Projektierung zugestimmt haben. Wir anerkennen und respektieren, dass dieser Teil der kantonalen Strassenrichtplanung besonders für die Stadt Zug von grosser Bedeutung ist. Und wir haben auch Verständnis dafür, dass nicht

immer und überall verstanden wird, warum die Zuger Stadtkernentlastung in der Priorität hinter anderen Bauvorhaben rangiert. In der Sache ist der Motionsantwort der Regierung aber zuzustimmen. Sie begründet stichhaltig und glaubwürdig, warum das Begehren der Motionäre in zeitlicher Hinsicht nicht realisierbar ist. Und dass das Vorgehen der Regierung in dieser Sache mit der vom Kantonsrat gutgeheissenen Strassenrichtplanung absolut kongruent ist.
Ohne die berechtigten Anliegen der Stadt Zug gering zu schätzen, möchten wir noch einmal Folgendes festhalten. Wir haben aktuell im Kanton Zug drei relativ grosse und für die Interessen des gesamten Kantons wichtige Strassenbauvorhaben, die planerisch und im politischen Entscheidungsprozess fortgeschritten sind. Die Nordzufahrt Zug, die Tangente Neufeld Baar und die Umfahrung Cham-Hünenberg. Diese drei Projekte beinhalten gesamthaft ein Investitionsvolumen von wohl über einer halben Milliarde Franken. Der Zuger Stadttunnel allein wird allerdings wohl in einer ähnlichen Grössenordnung liegen. Es macht nun überhaupt keinen Sinn, diese Projekte gegeneinander auszuspielen. Sowohl in materieller wie auch in zeitlicher Hinsicht. Die erwähnten Projekte, ganz besonders die Nordzufahrt, deren Bau nun nichts mehr im Weg zu stehen scheint, und die Nordtangente, haben auch für die Stadt Zug grosse Bedeutung und führen zu Verkehrsentlastungen an heute neuralgischen und kritischen Stellen. Wir anerkennen die verkehrspolitische Bedeutung der Zuger Stadtkernentlastung und befürworten die Planung und Umsetzung gemäss Richtplanung – wie es auch die Regierung tut. Bezüglich der vorliegenden Motion unterstützen wir aber grösstmehrheitlich den Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung.

Louis **Suter** hält fest, dass die CVP-Fraktion den Antrag der Regierung unterstützt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Das Begehren ist aus zeitlichen Gründen schlicht unrealistisch. Nachdem auch die Motionäre die Meinung des Regierungsrats teilen, mit der Nichterheblicherklärung einverstanden sind und eine neue Motion einreichen möchten, möchte der Votant auf seine vorbereiteten Ausführungen verzichten.

Martin **Stuber** zum Votum von Beni Langenegger. Er ist ja auch Mitglied der Strassenbaukommission. Vielleicht ist es der Kommission entgangen, aber mit dem Entscheid über die Umfahrung Cham-Hünenberg hat dieser Rat den Teilrichtplan Verkehr über den Haufen geworfen. Da sind die Prioritäten massiv verschoben worden. Es sind zwei Projekte aus der Priorität 2 in die Priorität 1 geschoben worden. Martin Stuber weiss nicht, ob sich der Rat damals bewusst war in seiner ganzen Konsequenz. Aber so ist es! – Und zu Hans Peter Schlumpf. Den Votanten würde es interessieren, woher er die Zahl hat, dass die Stadtkernentlastung auch etwa eine halbe Milliarde kosten soll. Die Zahlen, die wir bis jetzt haben, sprechen von 150 bis 200 Millionen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** möchte noch etwas zu dieser Zahlenspielerei beitragen. Wenn Martin Stuber von einem Minitunnel spricht, hat er Recht. Aber dieser ist ein verkehrspolitischer Unsinn. Wenn er von einem Stadttunnel spricht, dann ist die Grössenordnung tatsächlich etwa 300 bis 400 Millionen.

➔ Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

1035 –STANDESINITIATIVE ZUR SOFORTIGEN REALISIERUNG DES ZIMMERBERG BASISTUNNELS
–POSTULAT VON ANNA LUSTENBERGER-SEITZ, BERTY ZEITER UND MARTIN STUBER BETREFFEND «INFRASTRUKTURFONDS ZIMMERBERG II» FÜR EINEN EISENBAHNTUNNEL VON BAAR NACH THALWIL

Traktandum 11 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1487.1 – 12235 und 1443.2 – 12154).

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass die beiden Geschäfte wegen des inneren Zusammenhangs zusammen behandelt werden.

Anna **Lustenberger-Seitz** weist darauf hin, dass aus der Antwort des Regierungsrats sein grosses Engagement zu Gunsten der Bahnstrecke Luzern-Zug-Thalwil-Zürich und der Gotthardroute ersichtlich ist. Daher akzeptieren wir nun auch das Vorgehen des Regierungsrats mit einer Standesinitiative; wir stellen auch keinen chancenlosen Antrag auf Erheblicherklärung unseres Postulats. Trotzdem ist die Votantin nach wie vor überzeugt, dass die Schaffung eines Fonds auf den Bund einen gewissen Druck ausüben könnte – zudem würde er den Willen bekräftigen, dass der Kanton Zug eine Lösung des Problems Bahnverkehr von und nach Zürich anstrebt. In der Antwort des Regierungsrats wird betont, dass eine Fondslösung angesichts des nationalen Charakters des Zimmerberg-Tunnels nicht möglich wäre. Ob es aber wirklich nicht auch Wege gäbe, die den Vorschlag mit einem Fonds möglich machen würden?
Das bisherige Vorgehen des Bundes kann als skandalös bezeichnet werden: Das Volk hat 1992 ja gesagt zum Neat-Beschluss. Die Umsetzung wird nun auf kaltem Wege vertagt und soll in Teilen schliesslich mangels Finanzen ganz gestrichen werden. So darf man nicht mit dem Volkswillen umgehen! Damals wurde dem Volk allerhand versprochen, zum Beispiel auch ein besserer Anschluss ans europäische Bahnnetz oder Zürich- Mailand in zwei Stunden. All diese Versprechungen sollen auf einmal nicht mehr gelten.
Der Bahnverkehr hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Leute müssen auf der Strecke Luzern-Zürich mit Stehplätzen vorlieb nehmen, auch schon in der 1. Klasse. Und allein auf der Autobahn nach Sihlbrugg werden täglich 28'000 Autos gezählt. Das ist ein riesiges Potenzial an Personen, die noch auf den öffentlichen Verkehr umsteigen könnten. Ein Viertelstundentakt der Schnellzüge und der Halbstundentakt beim Regionalverkehr zwischen Zug und Zürich wären längstens gerechtfertigt. Es ist für uns auch unverständlich, dass sich die SBB bei der Informationsveranstaltung im April dieses Jahres vor dem Gotthardkomitee in dem Sinn äusserten, die übervollen Züge zwischen Luzern und Zürich würden mit dem Bau der A4 durchs Knonaueramt verschwinden, da die Konkurrenz –der Individualverkehr – stärker sei. Es darf nicht sein, dass die Autobahnen zügig vorangetrieben und auf mehrere Spuren ausgebaut werden, während über die Verbesserung des Eisenbahnnetzes, der Ausbau von einer auf zwei Spuren ellenlang diskutiert wird und Jahre vergehen.
Nun wir wissen ja alle, warum dieses Projekt auf einmal auf die lange Bank geschoben wird. Die beiden grossen Alpentunnels der Neat verschlingen mehr Finanzen als vom damaligen SVP-Verkehrsminister vorgerechnet. Und man muss leider auch davon ausgehen, dass in Zukunft weniger Mittel für den Ausbau des schweizerischen

Bahnnetzes zur Verfügung stehen, aber bei den Strassen weiterhin grosszügig Mittel fliessen werden.
Daher ist Anna Lustenberger natürlich äusserst skeptisch, ob die Standesinitiative, welche nun der Regierungsrat einreicht, seine Wirkung haben wird. Sicher ist der Zeitpunkt nun richtig. Aber Sie wissen es ja alle selber: Bei einer Standesinitiative kämpft der jeweilige Stand um eine Sache, also in diesem Fall der Kanton Zug. Ob andere Regionen, die ebenfalls von den Streichungen des Schienenverkehrs-Ausbaus betroffen sind, dieser Standesinitiative zustimmen, wenn sie dabei befürchten müssen, dass ihr Projekt dann keine Chance mehr hat? Die Unterstützung im Parlament für diese Standesinitiative ist mehr als unsicher. Und Sie haben ja heute Morgen bereits gehört, wie man in Bern mit Standesinitiativen umgeht. Die Votantin ist trotzdem für diese Standesinitiative; und das sagt sie auch im Namen der AF. Der Kanton Zug soll alles unternehmen, damit die unakzeptable Situation auf dieser Strecke beendet wird. Was aber, wenn sie abgelehnt wird? Will dann die Regierung einfach weiterhin wieder 13 Briefe schreiben, die vermutlich nichts nützen?
Die VCS Sektionen von Zug, Zürich und Luzern machten die SBB schon vermehrt auf ein abgeschwächtes Projekt aufmerksam, welches die ÖV-Verhältnisse zwischen der Zentralschweiz und Zürich annähernd gleich gut verbessern würde. An Stelle eines 800 bis 900 Millionen teuren Zimmerberg II-Tunnels zwischen Baar und Thalwil könnten auch einfach die beiden bestehenden Einspur-Tunnels Litti-Sihlbrugg und Sihlbrugg-Horgen mit einer zweiten Spur ergänzt werden. Diese Variante käme mit 200 bis 250 Millionen bedeutend billiger zu stehen als ein ganz neuer Tunnel von Baar bis nach Thalwil. Diese Variante wäre auch schneller zu realisieren. Der Regierungsrat sollte sich die Frage stellen, ob er sich allenfalls eher für ein solches Projekt stark macht. Die AF sichert schon jetzt die Unterstützung für eine solche Variante zu, denn wir wollen keine Papiertiger, sondern konkrete Lösungen für die vielen Pendlerinnen und Pendler.
Noch eine Bemerkung zur finanziellen Situation betreffen ÖV auf nationaler Ebene. Nicht nur, weil die Neat teurer zu stehen kommt, fehlen den SBB das Geld für die nötigen grossen Bahnprojekte. Auch die bürgerliche Sparhysterie im Bundeshaus ist mitverantwortlich für die Streichungsaktionen im öffentlichen Verkehr. Die Zuger Bundespolitiker haben fast alle diesen Sparmassnahmen zugestimmt. Es stimmt für Anna Lustenberger daher nicht ganz, wenn die CVP-Fraktion eine Standesinitiative lancieren will, der CVP-Regierungsrat sich für den Zimmerbergtunnel enorm ins Zeug legen muss, sich alle bürgerliche Parteien nun hinter diese Standesinitiative stellen – und nebenbei aus den gleichen Reihen in Bern munter an der Sparschraube gedreht wird. Vergessen Sie dies bitte nicht. Wir Alternativen werden das Verhalten unserer Bundespolitiker darum aufmerksam verfolgen.

Hansjörg **Hermann** weist darauf hin, dass der Baubeginn des Zimmerberg II-Basistunnels zwischen Baar und Thalwil als Erweiterung bzw. logische Fortsetzung des Zimmerberg I-Tunnels längst überfällig ist. Dies aus folgenden Gründen: Wir haben mit einem zusätzlichem Verkehrsaufkommen auch auf der Schiene zu rechnen, dabei ist die Bahnstrecke mit den nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen entsprechend eingleisigen Tunnelabschnitten zwischen Baar und Thalwil bereits heute mehr als ausgelastet. Die bestehenden Tunnelabschnitte entsprechen nicht nur nicht mehr den aktuellen Sicherheitsanforderungen, sie stellen auch ein Nadelöhr dar, welches die Strecke Luzern-Zürich auf unannehmbare Weise handicapiert. Obwohl die Züge bereits heute oft zu über 100 % ausgelastet sind, kann das Angebot nicht erweitert werden, da der Zimmerbergtunnel die Züge zu Wartezeiten vor diesem zwingt. Zug

kann nun nicht mehr warten und muss aktiv werden. Die von der CVP am 18. Juli 2006 eingereichte Standesinitiative bietet dazu ein probates Mittel. Damit wird auch dem Volkswillen entsprochen, der bei der NEAT-Abstimmung 1992 zum Ausdruck gekommen ist. Mit dem Tunnelbau soll begonnen werden können, nicht nur um die Reisezeit von Zug nach Zürich nochmals deutlich zu senken, die Zentralschweiz effizient an die Zürcher Metropole anbinden zu können, sondern auch um einen Beitrag zu leisten an ökologisch sinnvolle Lösungen zu Mobilitätsfragen.
Noch eine abschliessende Bemerkung zur Motion «Infrastrukturfond Zimmerberg» der Alternativen. Ein Fond ist nach Erachten des Votanten nicht die richtige Stossrichtung in dieser Angelegenheit. Mit einem Fond wird das Ziel, den Zimmerberg II-Basistunnel sofort zu realisieren, zur Illusion und würde nur längerfristig hinausgezögert. Anders als der finanzstarke Kanton Zug haben die meisten Kantone – ob Anrainerkanton oder Kantone der übrigen Schweiz – keine zusätzlichen finanziellen freie Mittel zur Verfügung. Abgesehen davon, dass so eine Äufnung in einen Fond eher nicht gelingen kann, würden die Kantone sehr wahrscheinlich auch auf das Anliegen gar nicht eintreten können oder wollen.
Fazit: Die SP-Fraktion unterstützt einstimmig die Standesinitiative zur sofortigen Realisierung des Zimmerberg II-Basistunnels. Der Regierungsrat sei dahingehend zu beauftragen, dass im Rahmen der nächsten Bestellung des Bundes, der Zimmerberg II Basistunnel – zu Lasten des FinöV-Fonds – in sein Programm zur Realisierung der zukünftigen Bahnprojekten (ZEB) aufzunehmen sei und als prioritär bei den Räten des Bundes im Jahr 2007 einzureichen ist.

Martin **Aeschbacher** hält fest, dass sich die SVP für einmal in der Rolle der Trittbrettfahrerin versucht. Wir schwingen auf den fahrenden Zug der Regierung auf und unterstützen die Einreichung einer Standesinitiative zur sofortigen Realisierung des Zimmerberg-Basistunnels. Volk und Parlament haben mit unterstützenden Entscheiden die Wichtigkeit des Zimmerberg II-Tunnels immer wieder unterstrichen. Es ist nun allerhöchste Eisenbahn, dass der Kanton Zug alle Mittel ausnützt, um dem Bund klar zu machen, dass dieser Tunnel für den Kanton Zug, aber auch für die fortwährende Attraktivität Bahnverkehrs auf zwei der wichtigsten Linien ein Schlüsselprojekt darstellt. Mit der Einreichung der Standesinitiative tun wir unser Möglichstes. Das zu selbem Thema zur Diskussion stehende Postulat unterstützt die SVP-Fraktion nicht. Die Erläuterungen der Regierung dazu teilen wir. Eine indirekte Finanzierung der NEAT-Mehrkosten von Gotthard und Lötschberg wollen wir dem Kanton Zug beziehungsweise seiner Bevölkerung unter keinen Umständen zumuten.

Thomas **Lötscher** hält fest, dass die FDP-Fraktion die Haltung des Regierungsrats unterstützt, sowohl was das Postulat angeht als auch bezüglich der Standesinitiative. Dass dem Postulat nicht entsprochen werden kann, hat die Regierung ausführlich und nachvollziehbar begründet. Nebst der rechtlichen Unmöglichkeit wäre auch die Finanzierung heikel. Das Postulat soll zwar nicht erheblich erklärt werden, sinnlos war es aber nicht. Im Gegenteil: Den Postulanten ist zu verdanken, dass die ganze Misere um dieses Thema endlich ans Licht kommt. – Die Standesinitiative ist eine logische Konsequenz aus den Erkenntnissen, wie sie aus dem regierungsrätlichen Bericht hervorgehen. Die FDP unterstützt sie ganz klar und fordert, dass der Bund endlich vorwärts macht. Das unselige Spiel mit den Interessen ganzer Wirtschaftsräume muss endlich ein Ende haben.

Nicht zuletzt das Departement Leuenberger erhöht stetig den Druck auf die Autofahrer und spielt öffentlichen gegen privaten Verkehr aus. Dabei würde man die Autofahrer besser mit einem attraktiven Bahnangebot überzeugen. Derzeit muss zu gewissen Zeiten aber selbst in der 1. Klasse mit Stehplätzen Vorlieb genommen werden. So motiviert man kaum jemanden zum Umsteigen. Der Zimmerberg II halbiert die Fahrzeit von Zug nach Zürich, könnte das doppelte Volumen an Reisenden schlucken und die Taktfrequenzen wichtiger Verbindungen erhöhen. 1991 – also vor 15 Jahren – wurden erste Finanzierungsbeschlüsse gefasst und in der Folge bestätigt. 1998 sagte das Volk Ja zur FinöV-Vorlage und damit auch zum Zimmerberg II. 1999 wurde der Zimmerberg II behördenverbindlich festgelegt. Im Jahr 2000 wurde dann zwar die effiziente Realisierung zusammen mit dem Zimmerberg I abgewürgt, was die Realisierung verteuert. Aber immerhin wurden bereits 90 Millionen Franken Vorinvestitionen getätigt. Und heute, im Herbst 2006, müssen wir auf Grund eines Berichts im Auftrag des Bundesrats befürchten, dass die Realisierung erst nach 2030 erfolgt oder ganz gestrichen wird.
Aus Zuger Sicht ist das unhaltbar. Einmal mehr werden wir in Bern nicht ernst genommen. Dass wir die Milchkuh der Nation sind, müssen wir seit der NFA-Abstimmung hinnehmen. Aber selbst der dümmste Bauer weiss, dass wenn er von der Leistung seiner besten Milchkuh nachhaltig profitieren will, er ihr das Kraftfutter nicht vorenthalten darf. Bundesrat Leuenberger scheint es nicht zu wissen. Dabei geht es um mehr als die Zuger Interessen. Die Verflechtung der Wirtschaftsräume Zentralschweiz, Zürich und Ostschweiz ist ebenso betroffen wie die Verbindung der Metropolen Zürich und Mailand. Die Wichtigkeit dieser Verbindungen für die Schweizer Wirtschaftsmotoren ist offensichtlich. Bundesrat Leuenberger scheint sie nicht zu sehen. Mit ihren zwei Alpdurchstichen war die NEAT von Beginn weg falsch aufgegleist und es zeichnete sich schnell ab, dass sie finanziell zu einem Fass ohne Boden würde. Die NEAT wird stetig teurer und dem Bundesrat schwimmen die Felle und die Milliarden davon. Jetzt soll offensichtlich unsere Region bluten und bei unserer Infrastruktur der Rotstift angesetzt werden. Ausgerechnet jene Region, die den Grossteil zur Finanzierung beiträgt, soll nun in die sündhaft teure Röhre gucken. In andern Ländern würde man bei einer solchen Misswirtschaft kaum die Projekte auswechseln, sondern den Verkehrsminister.
Die FDP unterstützt nicht nur diese Standesinitiative, sondern fordert die Regierung auch auf, ihr ganzes Gewicht in die Waagschale zu werfen und intensive Lobbyarbeit zu betreiben, um dem Zimmerberg II im wörtlichen Sinn zum baldigen Durchbruch zu verhelfen.

Martin **Pfister** hält fest, dass die CVP-Fraktion die Schlussfolgerungen des Regierungsrats teilt und seinen Antrag einstimmig unterstützt. Er verzichtet in seinem Votum auf eine Stellungnahme zum Postulat, da die Postulanten offensichtlich auf die Erheblicherklärung verzichten. Beide Eingaben verfolgen letztlich das gleiche begründete Ziel, den Zimmerberg Basistunnel möglichst bald zu bauen. Zusammenfassend sind folgende Gründe ausschlaggebend:

- Der Bau des Zimmerberg II-Tunnels gehört innerhalb des gesamten NEAT-Konzepts seit 1992 zu einem klaren Volksauftrag, der – wie durch die Regierung dargelegt – mehrmals in Beschlüssen bestätigt wurde. Hinter die Kernversprechen dieser Abstimmung kann verkehrspolitisch nicht zurückgegangen werden, nimmt man diesen Volksauftrag ernst.
- Die NEAT mit Lötschberg-, Ceneri- und vor allem Gotthardtunnel ist allein schon finanziell *die* verkehrspolitische Priorität der Schweiz. Wenn die Zubringerlinien

nur unvollständig realisiert werden und bewusst Nadelöhre in Kauf genommen werden, wird der Nutzen des ganzen Projekts gefährdet.
- Die Weiterentwicklung und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs zwischen den Wirtschaftsräumen Zentralschweiz und Zürich ist ohne Zimmerberg II auf Jahrzehnte blockiert. Ohne Zimmerberg muss der wachsende Verkehr zwischen der Zentralschweiz und Zürich auf die Strasse ausweichen, was andernorts zu weiteren Engpässen führen wird und sowohl ökologisch wie ökonomisch nicht sinnvoll ist.

Die Standesinitiative ist das richtige Vorgehen. Es setzt gegenüber den Bundesbehörden und den eidgenössischen Räten ein klares Signal, bei der Planung der Entwicklung der Bahngrossprojekte, die im nächsten Jahr ansteht, nicht wie angekündigt den Zimmerberg II zu streichen, sondern auf langjährige nationale Prioritäten zu setzen. Mit dieser Initiative allein ist der Bau des Zimmerberg-Basistunnels jedoch keineswegs gesichert. Es braucht den vollen Einsatz der Regierung – auch der neuen Mitglieder – und der Zuger Vertreter im National- und Ständerat, damit der Zimmerbergtunnel nach einer Kaskade von Beschlüssen und Ankündigungen nun endlich realisiert wird. Der Votant ist sicher, dass sich unsere Vertreter da richtig einsetzen werden. Wenn mit der NEAT die Alpentransversale des 21. Jahrhunderts gebaut wird, so müssen auch auf den Zufahrtsstrecken die Engpässe aus dem Zeitalter der Dampflokomotiven beseitigt werden.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** hält fest, dass der Regierungsrat sehr froh ist, dass alle Fraktionen des Kantonsrats mit dieser Standesinitiative die Bemühungen des Regierungsrats tatkräftig unterstützen, damit der Zimmerberg II in den bevorstehenden Diskussionen und Arbeiten bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Bahnprojekte nicht fallen gelassen wird. Es ist wirklich einfach nicht akzeptabel, dass der Zimmerberg II, der vom Volk mit dem Kredit beschlossen wurde, herhalten soll für die Finanzierung der Finanzierungslücken beim Bau der Gotthard- und Lötschbergachse. Die Gründe dafür wurden bereits ausführlich dargelegt. Wichtig ist der nochmalige Hinweis auf die Bedeutung des Zimmerbergs als Zufahrt für den Gotthard, für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region Zug, Zentralschweiz und Luzern. Der Zimmerberg II ist die absolute Voraussetzung dafür, dass das Bahnangebot zwischen Zug, Luzern und Zürich überhaupt im laufenden Jahrhundert noch ausgebaut werden kann. Ohne Zimmerberg II geht hier einfach nichts mehr!
Zur Skepsis über die Wirkung der Standesinitiative. Natürlich ist sie nicht garantiert. Aber die Standesinitiative ist auch nur *ein* Element des ganzen Bemühens für diesen Bau des Zimmerberg II. Immerhin stehen wir im Vergleich zum NFA nicht so alleine da. Der Volkswirtschaftsdirektor möchte festhalten, dass es sehr viele Stimmen gibt, die ebenfalls den Nutzen des Neubaus des Gotthards verwirklichen wollen. Und dazu gehören die Zufahrten. Man hat also hier eine breite Zustimmung. Die ganze Zentralschweiz, Zürich, das Gotthardkomitee stehen hinter dem Zimmerberg II. Aber auch Kantone wie Aargau, zum Teil auch die Ostschweiz haben durchaus auch Interesse daran. Hinzu kommt, dass der Zeitpunkt wirklich günstig ist, weil die politischen Diskussionen über die Entwicklung der Bahnprojekte jetzt laufen und anfangs des nächsten Jahrs auch im Parlament stattfinden werden. Dass man mit dieser Standesinitiative die Stimme Zugs und der Zentralschweiz verstärkt, ist ein sehr wichtiges Element.

➔ Das Postulat wird nicht erheblich erklärt.

➔ Der Rat stimmt dem Antrag des Regierungsrats zur Einreichung einer Standesinitiative zu.

1036 INTERPELLATION VON JEAN-PIERRE PRODOLLIET UND STEFAN GISLER BETREFFEND WOHNLIEGENSCHAFTEN IM FINANZVERMÖGEN

Traktandum 12 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1375.2 – 12192).

Jean-Pierre **Prodolliet** meint, es sei als Positivum zu vermerken, dass offenbar nicht vorgesehen ist, die angesprochenen Wohnliegenschaften sofort zu verkaufen. Dies wäre auch im Sinne eines wertbewussten Immobilienmanagements nicht sinnvoll. Der Regierungsrat ist daraufhin befragt worden, wie er sich in Situationen verhalten will, wo er Eigentümer ist von Parzellen, bei denen allenfalls zusammen mit Nachbarparzellen die Realisierung von Mietwohnung für untere und mittlere Einkommen möglich wäre. Hier zeigt er eine Reaktion, die den Votanten etwas nervt. Wer sich für Anliegen der wohnungssuchenden Bevölkerung einsetzen will, dem wird unterstellt, er fordere, der Kanton selbst müsse Wohnungen bauen, und er verlange eine Ausweitung staatlicher Aktivitäten. Dass der Kanton selbst Wohnungen baut, ist ja wirklich nicht nötig. Es gibt genügend gut strukturierte Genossenschaften, die als Trägerschaften in Frage kommen. Es gibt auch Korporationen, Kirchgemeinden, Pensionskassen. Es gibt z.B. Wohnbaugenossenschaften, die gegründet worden sind, aber bisher kein Bauland gefunden haben. Es fehlt nicht an Trägerschaften für Projekte, aber es fehlt an Chancen, Projekte mit gemeinnütziger Zielsetzung realisieren zu können. Dass solche Chancen geschaffen werden, hierzu sollte der Kanton einen Beitrag leisten. Schliesslich hat der Kanton ein Wohneigentumsförderungsgesetz beschlossen. Er hat das getan, weil man ein Problem erkannt hat. Und er gibt schlussendlich dafür Geld aus. Störend ist deshalb auch die Beantwortung von Frage 3, Notwohnungen bereitzustellen, sei Aufgabe der Gemeinden. Wenn der Kanton aber etwas zur Verfügung hat, was den Gemeinden nützen kann, so ist sein inkollaboratives Verhalten nicht akzeptabel und unverständlich.
Ob bei den verschiedenen genannten kantonalen Liegenschaften ein grosses Entwicklungspotenzial für Wohnbau für mittlere und untere Einkommen besteht, ist nicht abzuschätzen. In einem Fall aber, bei den Wohnbauten an der Weststrasse in Zug, ist dieses Potenzial klar vorhanden. Das Land gehört im weitesten Sinne zum Gaswerkareal. Hier muss der Kanton abklären, ob und wie viel der Kanton noch braucht für eigene Bauten. Es ist im Zusammenhang mit Traktandum 7 genannt worden als möglicher Standort für Verwaltungsbauten. Dafür ist es nicht geeignet. Ein Entwicklungsgebiet für Verwaltungsgebäude gibt es in Richtung ZVB-Areal, aber auf dem Gaswerkareal ist so etwas nicht sinnvoll. Es deshalb möglich und muss in Betracht gezogen werden, dass ein Teil südlich der Weststrasse zur Wohnzone umgezont wird, was für die Stadtentwicklung im Sinne einer guten Nutzungsdurchmischung einen grosser Gewinn darstellen würde. Hier besteht ganz klar eine Chance für die Zukunft, ein wertvolles Wohnangebot zu schaffen. Der Schlüssel hierzu liegt beim Kanton.

➔ Kenntnisnahme

1037 INTERPELLATION DER ALTERNATIVEN FRAKTION BETREFFEND SORGEN DER BEVÖLKERUNG WEGEN BELASTUNGEN DURCH MOBILFUNKANTENNEN

Traktandum 13 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1422.2 – 12175).

Berty **Zeiter**: Mobilfunk, Technik, Grenzwerte, Messungen – wer ausser den technischen Spezialisten setzt sich schon gerne mit dieser schwer vorstellbaren und äusserst komplexen Materie auseinander? Die Votantin jedenfalls nicht – wenn davon nicht ein höchst wertvolles menschliches Gut betroffen wäre, auf das wir alle existenziell angewiesen sind: Unsere Gesundheit. Leider aber mischt eine andere menschliche Errungenschaft auch noch zünftig mit in dieser Diskussion: Das Geld. Die Mobilfunk-Industrie ist ein sehr rentabler Wirtschaftszweig geworden mit einem hohen Potenzial an Wachstums- und Profitmöglichkeiten. Langfristige gesundheitliche Risiken sind nur sehr aufwändig festzustellen, ganz besonders, da die Mobilfunktechnik noch nicht lange existiert. Doch die Renditen sind kurzfristig zu realisieren. Deshalb ist klar, dass die wirtschaftlich profitierenden Kreise alles daran setzen, die vorhandenen Studien zu den gesundheitsschädigenden Wirkungen unter den Tisch zu kehren.
Berty Zeiter selbst ist Gott sei Dank nicht elektrosensibel. Relevant ist nicht, ob diese Erkrankung genau und wissenschaftlich definiert werden kann. Relevant ist die empirische Feststellung, dass nach der vorsichtigen Schätzung des BAFU mindestens 5 % der Bevölkerung elektrosensibel sind. Ärztinnen und Ärzte reden bereits von 10 bis 15%. Konkret heisst das, dass umgerechnet auf den Kantonsrat etwa 8 bis 12 Leute hier wegen des Elektrosmogs Schlafstörungen haben, an Kopfschmerzen, Tinnitus oder Bluthochdruck leiden oder an Depressionen erkrankt sind. Wenn ein Medikament im Verdacht stünde, solche Nebenwirkungen zu produzieren, hätte es keine Chance, bewilligt zu werden.
Für den Kampf um unsere Gesundheit werden wir zu Umwegen gezwungen. Ein solcher ist z.B. die Ebene der technischen Fehlleistungen und Fehlbeurteilungen. Soweit die Votantin weiss, haben alle Fraktionen eine Kopie der Aufsichtsbeschwerde erhalten, die der wohl profundeste Mobilfunk-Kenner, der Physiklehrer André Masson, vor zwei Wochen an den Bund geschickt hat. Die Beschwerde richtet sich gegen die Baudirektion und den Regierungsrat des Kantons Zug und weist sachlich klar und verständlich nach, dass in mindestens zehn Punkten der fachlich korrekte Vollzug der NIS-Verordnung im Kanton Zug nicht gewährleistet ist. – Für Interessierte gibt Berty Zeiter gerne eine Kopie weiter. – Wir von der AF sind sehr interessiert daran, wie die Beschwerde beantwortet wird und hoffen, diese Antwort werde aussagekräftiger sein als die Interpellationsantwort. Es würde zu weit führen, die regierungsrätliche Antwort zu den einzelnen Stellen zu kommentieren. Die Fragen sind teils ausweichend, ungenau oder ganz unzutreffend beantwortet worden. Die Votantin beschränkt sich auf drei Kritikpunkte, die alle in eine Anregung oder eine Bitte münden.
1. Elektrosensible Menschen brauchen eine neutrale Anlaufstelle. Bislang besteht für die Zentralschweiz lediglich eine Beratungsstelle am Kantonsspital Luzern, die von Orange, Sunrise und Swisscom finanziert wird. Diese Stelle hat an 11'000 Ärzte eine Informationsbroschüre versandt mit dem Hinweis, dass Patientinnen und Patienten, die über Symptome in Richtung Elektrosensibilität berichten, auf psychische Probleme und Wahnstörungen hin untersucht werden sollen. Ein Affront sondergleichen! Ein Bauer, der auf biologischen Anbau umstellen will, wird auch nicht durch den Kunstdüngerproduzenten beraten. Deshalb bitten wir den Regierungsrat, sich in

Gremien wie z.B. der Zentralschweizer Umweltdirektoren-Konferenz für die Schaffung einer neutralen Beratungsstelle einzusetzen.
2. Eine Vision ist *die Schaffung von elektrosmogarmen Wohnzonen*, wo strahlenempfindliche Menschen sich noch halbwegs gesund fühlen können. Hören Sie mal herum, wie sich die Nachrichten häufen, dass Leute aus ihren Wohnungen und Häusern ausgezogen sind wegen gesundheitlicher Beschwerden. Am neuen Wohnort leben sie plötzlich beschwerdefrei, sobald sie nicht mehr in der Umgebung einer Mobilfunkantenne wohnen. Doch solche unbelasteten Zonen werden immer kleiner und weniger, je mehr Antennen und andere strahlende Einrichtungen erstellt werden. Deshalb wird es erforderlich, dass wir solche Zonen vorsätzlich freihalten müssen.
3. Als einzige technische Fehlleistung führe ich *Messungen von Strahlungsstärken* an, die zwar auf dem Papier korrekt sind, in der Praxis aber völlig unsinnig. Ein konkretes Beispiel: Auf dem Turm der Brauerei in Baar stehen eine Orange- und Sunrise-Antenne. Die vorgeschriebene Messung der Höchststrahlung wird in den Wohnungen und Büros so nahe wie möglich gemacht. Auf Wunsch der Gemeinde misst dieselbe Firma zusätzlich auch auf der Burgweid, ca. 300 m von der Brauerei entfernt. Dabei macht sie die erstaunliche Feststellung, dass in 10-facher Entfernung die stärkste Strahlung 4-mal höher ist als beim Silo. Dieses Resultat ist bedingt durch die Topografie: Die Burgweid liegt an einem Steilhang, welcher der Brauerei zugewandt ist und direkt im Antennenstrahl liegt. Dadurch wird das Resultat der offiziellen Messpunkte zur Makulatur. – Wir bitten die Baudirektion deshalb, das Strahlenprognose-Programm der Firma Arias anzuschaffen, das die Topografie in die Messpunkteberechnung einbezieht. Das GIS als Softwaregrundlage dafür ist beim Kanton ja vorhanden. Der Kostenpunkt für die Anschaffung liegt unter 10'000 Franken. In sieben Kantonen ist es bereits in Betrieb, so auch in unseren Nachbarkantonen Luzern, Zürich und Aargau.
Schlussbemerkungen. Einen ähnlichen Kampf wie wir, mit vergleichbaren Argumenten, führen in Baar einige Privatpersonen gegen die neue Starkstromleitung entlang der Autobahn. Dabei werden sie tatkräftig von der Gemeinde unterstützt. Berty Zeiter ist zuversichtlich, dass schon bald auch der Kantonsrat die Anliegen dieser Personen verteidigt, wenn die RPK ihren Kommissionsbericht zur vorgeschlagenen Richtplanänderung vorlegt. Darum bittet sie im Namen der AF alle Anwesenden: Nehmen Sie das Engagement jener Leute ernst, die sich gegen die flächendeckende Elektrosmog-Belastung auflehnen. Nutzen Sie Ihre Entscheidungskompetenzen in den verschiedenen Gremien zu Gunsten der betroffenen, verunsicherten und teilweise auch leidenden Bevölkerung. Und die Baudirektion bittet sie zu guter Letzt: Nehmen Sie die Fragen von kritischen Bürgerinnen und Bürgern auf und geben Sie kompetente, transparente und ehrliche Antworten, damit eine konstruktive Bewältigung der komplexen Problematik erfolgen kann.

Daniel **Burch** weist darauf hin, dass in der Antwort der Regierung glaubhaft und nachvollziehbar dargelegt wird, dass die Regierung und die involvierten Amtsstellen die gesundheitliche Sorge der Bevölkerung ernst nehmen und die gesetzlichen Vorgaben strikt einhalten. Dies wird auch in verschiedenen Rechtsmittelverfahren, zum Teil vom Bundesgericht, bestätigt. Die in der Schweiz zulässigen Immissionsgrenzwerte sind 10-mal tiefer als die internationalen, von der WHO und der EU anerkannten Grenzwerte. Sogar Bundesrat Leuenberger gibt zu verstehen, dass es keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse über gesundheitliche Auswirkungen gibt, die eine weitere Verschärfung der Grenzwerte nötig machen oder rechtfertigen würden.

Mit Befremden nehmen wir das Vorgehen und das Verhalten der Interpellanten zur Kenntnis. In der Interpellation wird dem Regierungsrat und den zuständigen Amtsstellen des Kantons und der Gemeinden vorgeworfen, sie würden die gesundheitliche Sorge der Bevölkerung nicht ernst nehmen, Vorschriften nicht einhalten und Bundesgesetze missachten. Kein einziger Vorwurf kann belegt werden. Es sind lauter Unterstellungen, unhaltbare Anschuldigungen. Umso unverständlicher ist dies, weil sich die Interpellanten ausführlich vom AfU über den Vollzug informieren lassen. Diese Art des politischen Handelns demotiviert die Regierung, aber auch die Amtsstellen. Zuerst lässt man sich ausführlich von der Fachstelle informieren, und dann haut man diese in die Pfanne. Passen einem die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die gesetzlichen Vorschriften nicht, werden mit Mutmassungen, Unterstellungen und unhaltbaren Anschuldigungen politische Ideologien verfolgt. Dies trägt sicher nicht zu einer sachlichen Diskussion bei. Es ist schon eigenartig: Wenn es ums Verteilen von Steuergeldern geht und man möglicherweise selber davon profitieren kann, oder im Vorfeld von Wahlen ist man auf der Seite des Staatspersonals und lobt deren Arbeit. Wenn es dann um politische Ideologien geht, scheut man sich nicht, denselben Staatsangestellten unkorrektes und gesetzeswidriges Verhalten vorzuwerfen. Diese politische Schaumschlägerei verursacht unnötigen Aufwand und unnötige Kosten. Die Verwaltung und wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte haben wichtigere Aufgaben zu lösen, als uns mit solchen Interpellationen zu befassen. Positiv an dieser Sache ist für uns, dass klar aufgezeigt und belegt wurde, dass

- die gesetzlichen Vorgaben genügen und eingehalten werden,
- eine weitere Verschärfung der Grenzwerte nicht opportun ist,
- in dieser Angelegenheit kein Handlungsbedarf besteht.

Sind die Interpellanten anderer Meinung, geht der Votant davon aus, dass sie mit gutem Beispiel voran gehen, die Benützung ihrer Handys einstellen, diese zerstören und fachgerecht entsorgen lassen, damit ja kein anderer je wieder damit telefonieren und Strahlen verursachen kann.

René **Bär** spricht zum Thema Natel-Antennen, weil er seit 1980 im Besitz der Lizenz für den Bau und Betrieb von Funkanlagen ist. Auch die Strahlung der Antennen untersteht dem physikalischen Gesetz. Dies bedeutet für die Strahlenbelastung: Je grösser die Distanz und je mehr Hindernisse zwischen Sender und Empfänger sind, desto grösser muss die Sendeleistung sein. Daraus folgt: Viele Antennen mit kurzen Wegen sind unschön, können aber mit wenig Leistung bzw. Strahlen betrieben werden. Alles ist schädlich; ob ja oder nein ist nur eine Frage der Dosis. Wer keine Belastung erreichen will, muss konsequenterweise auf das Natel sowie auf die kabellose Telefonie verzichten. Wer will das?

Anna **Lustenberger-Seitz** fühlt sich von Daniel Burch persönlich angegriffen. Er hat uns nicht gefragt, ob wir ein Handy haben. Und vorher hat er Berty Zeiter unterstellt, sie informiere sich auf dem AfU und ziehe dann die Konsequenzen nicht. Er selber aber geht einfach von der Tatsache aus, wir alle hätten ein Handy. Tatsache ist, dass die meisten von uns gar keines haben. Aber die Votantin wird sich eines anschaffen *müssen*. Warum? Die Gesellschaft verlangt es. Wir sollten überall erreichbar sein, gerade als öffentliche Person. Man sagt uns ständig, wenn man kein Handy wolle, müsse man auch keines anschaffen. Das ist nicht so. Wenn man in ein Restaurant geht und telefonieren will, muss man sich bei der Wirtin erkundigen, ob man ihr per-

sönliches Telefon benutzen darf, denn es gibt fast keine öffentlichen Telefone mehr. Wir werden gezwungen, ein Handy anzuschaffen.

Rosemarie **Fähndrich Burger** möchte einen anderen Aspekt aus dem Votum von Daniel Burch aufgreifen, und zwar den Vorwurf, dass wir das Personal der Verwaltung zusätzlich beanspruchten. Dass es ein Widerspruch sei, wenn wir nach der Pensionskassendebatte dem Personal danken, sagen, sie leisten gute Arbeit und nachher eine Interpellation machen. Diese Argumentation könnte man gegen jeden parlamentarischen Vorstoss vorbringen.

➔ Kenntnisnahme

1038 INTERPELLATION VON STEFAN GISLER UND CHRISTIAN SIEGWART ZUR SPORT- UND SCHULHAUSPLATZSITUATION IN OBERWIL, GEMEINDE ZUG

Traktandum 14 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1458.2 – 12176).

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass dieser Rat über die Interpellation und die regierungsrätlich Antwort unlängst im Rahmen der Überweisung der Motion Balsiger ausgiebig diskutiert hat. Neu in der Sportplatzfrage ist die Stellungnahme der Stadt, die offenbar einem Standort Herti für den Trainings- und Spielbetrieb den Vorrang gibt. Nun will der Votant von der Regierung wissen, welche Meinung sie bezüglich der städtischen Stellungnahme hat, die wir jüngst den Medien entnehmen konnten. Er will wissen, ob die Regierung in ihre Überlegungen die Möglichkeit der Erstellung einer Halle genügend mit einbezieht. Stefan Gisler ist überzeugt, dass eine Halle irgendwo zwischen Altersheim Mülimatt und Franziskusheim oder am See in Richtung Räbmatt machbar ist vom Raumplanerischen her. Die Frage ist, ob die Landbesitzer mitmachen. Dennoch will er von der Regierung wissen, ob sie diesen beiden Standorte vom Raumplanerischen her für valabel hält. Zudem will er von der Regierung Klarheit, ob nun auf dem Schulhausplatz Oberwil zumindest die Junioren eine unbefristete Bewilligung für ihren Trainings- und Spielbetrieb haben.

Markus **Jans** weist darauf hin, dass ein Streethockeyfeld in die Bauzone gehört, und zwar in eine Zone des öffentlichen Interesses für Bauten und Anlagen mit entsprechender Lärmempfindlichkeitsstufe. So klar diese Antwort auch sein mag, in Oberwil ist ein solcher Platz innerhalb der heutigen Siedlungsbegrenzungslinie nicht zu finden. Der Stadtrat von Zug hat verschiedene Standorte evaluiert. Keiner der Plätze war für die vorgesehene Nutzung geeignet. Oberwil ist ein Dorf mit 3'700 Einwohnerinnen und Einwohnern und engen Platzverhältnissen. Kirche, Schulhaus und Wohnen liegen nahe beieinander. Interessenkonflikte wie der vorliegende zeichneten sich schon länger ab. Leider hat der Zonenplan 94 der Stadt Zug auf diese Bedürfnisse keine Antwort bereit, was aus heutiger Sicht sicher nicht erfreulich ist. Der Erfolg der Rebells zeigt aber auch Grenzen der sportlichen Möglichkeiten in einem Dorf auf. Erfolg bringt auch Mitglieder-Zuwachs. Das selbst bedingt schon erweiterte Trainingszeiten und bessere Trainingsmöglichkeiten, welche in Oberwil nicht vorhanden

sind. Zudem droht weiteres Ungemach, denn ab dem Jahr 2012 brauchen die Rebells ein grosses Spielfeld, welches nach entsprechender Infrastruktur ruft. Damit eine Lösung für die berechtigten Anliegen der Rebells gefunden werden kann, braucht es aber Gespräche mit allen. Kompromisse werden nötig sein. Für die Jugend braucht es Trainings- und Spielmöglichkeiten im Dorf Oberwil. In diesem Bereich besteht Handlungsbedarf direkt im Dorf. Ob die gleiche Dringlichkeit auch für die erste Mannschaft der Rebells notwendig ist, müssen die Diskussionen zeigen. Es braucht eine weitsichtige Lösung, welche sich nicht nur auf die Bedürfnisse der Rebells abstützt. Die sportlichen Interessen anderer Gruppierungen sind in die Überlegungen der Verantwortlichen mit einzubeziehen, denn wer weiss schon, welche Sport in zehn Jahren aktuell sein wird. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass auf Grund von gemeinsamen Gesprächen eine Lösung gefunden werden kann. Gespräche und Lösungen brauchen Zeit, damit sie gelingen. Gönnen wir den Beteiligten diese Zeit!

Rudolf **Balsiger** möchte zuerst einige Ergänzungen zur Sachlage machen, wie sie vom Regierungsrat geschildert wird. Nicht erst seit dem 10. Juli 2001, als die Stadt die Bewilligung für solche mobile Ballhockeybanden – welche dann gemäss Verwaltungsgericht zu einer ortsfesten Anlage führten – wird auf diesem Schulhausplatz Hockey gespielt. Schon in den 80er-Jahren wurde diese Lärm erzeugende Sportart am selben Ort gepflegt, und schon 1994 (also vor über zwölf Jahren) bestanden grosse Netze (ca. 5m x 30m) und im Boden verankerte Banden, von der Stadt installiert, welche das Austragen von Spielen ermöglichten. Als direkter Anwohner und Vater eines damals aktiven Spielers kann der Votant die Authentizität dieser Tatsache bestätigen.
Die Interpellanten können nun, bekräftigt durch die Antwort des Regierungsrats, verstärkt die Meinung vertreten, dass die Hauptaktivität dieses Vereins im Dorf gar keine Daseinsberechtigung mehr hat. Innerhalb des Siedlungsgebiets gibt es nämlich nur einen Landbesitzer, der die Möglichkeit dazu bieten könnte. Der will aber nicht, weil er schon in naher Zukunft selbst weitere Wohneinheiten erstellen will. Er ist übrigens auch schon heute Besitzer von weit über 100 Wohneinheiten. Eine Alternative ist, einen Platz ausserhalb des Siedlungsgebiets zu erstellen. Dieses Stück Land von einer halben Hektare (die dem Landwirt kompensiert werden könnte) als unberührte Grünfläche zu erhalten, ist den Interpellanten wichtiger als die gesunde Entwicklung unserer Jugend und das Gedeihen eines Dorfvereins. Man darf mit Fug und Recht fragen, ob unsere Umwelt auch noch von uns selbst genutzt werden darf oder ob sie sich im eigenen geschlossenen System isoliert am Leben erhalten soll, zum Nachteil der Menschen.
Der RR stellt in seiner abschliessenden Meinung fest, dass zwar das Dorfleben erhalten bleiben soll, aber bitte doch ohne den aktivsten Verein der die grosse Mehrheit der Jugend hinter sich schart. Das heute mögliche Land für den Sportplatz, das im Siedlungsgebiet liegt, ist wie erwähnt für weiteren Wohnungsbau vorgesehen und dürfte in gegen 60 Wohneinheiten resultieren. Damit nehmen der Regierungsrat und vor allem auch die Interpellanten in Kauf, dass einfach 60 weitere Kinder mit dem Bus, Velo oder von der Mutter hingekarrt zuhinterst in die Hertianlage zum Training müssen. Zu einem Platz, den es gar nicht gibt! Die Rebells sollen nach Zug ausgesiedelt werden, wo auch die andern Sportvereine ihre Betätigungsfelder finden. Nun ist dem entgegen zu halten, dass

a) die Stadt heute noch nicht mal einen zugesicherten Ersatzplatz für das Fussball-Trainingsfeld während der Bauphase des Eisstadions hat, geschweige denn für

den Streethockeyverein einen Platz zur Verfügung stellen kann, wie das dem Regierungsrat vorschwebt, und

b) dass es sich nicht um die Infrastruktur einer Randsportart handelt, sondern um einen Sportplatz, wie es in jeder Gemeinde dieses Kantons mindestens zwei davon gibt.

Wenn der Segler von Neuheim und Baar nach Zug geht für sein Training und verschiedene Schiessvereine ihre Trainingsmöglichkeiten nur noch in Zug finden, oder ein Leistungsstabhochspringer die geeignete Tartananlage in Zug aufsuchen muss, ist das nicht zu vergleichen mit einer populären Breitensportart, die informell bereits in jedem Quartier ausgetragen wird und somit auch in jedes Dorf gehört. Niemandem käme es in den Sinn, die Kinder zum Fussballspielen nur schon aus dem Riedmattquartier nach Zug zu schicken, geschweige denn von einer Aussengemeinde, weil man dort keinen geeigneten Platz für diese Jungsportler finden und bereitstellen will. Genau so ist es mit diesem Sportplatz in Oberwil.

Den Schalmeien des Stadtrats aus dem veröffentlichten Entwicklungskonzept, dass man Oberwil als ein Quartierzentrum mit eigenständigen Charakter entwickeln will, darf fürderhin keinen Glauben mehr geschenkt werden. Der Regierungsrat will nur bei Vorliegen triftiger Gründe und nach zurückhaltender Entgegennahme solcher eine Richtplanänderung in Betracht ziehen. Was sind denn triftige Gründe wenn nicht 500 Vereinsanhänger von 3'000 Einwohnern, die das wollen? Bei den vom Regierungsrat zitierten intensiven Diskussionen im Rat und in der RPK um die Festlegung der Siedlungsbegrenzungslinien zwischen Zug und Oberwil ging es bekanntlich um das Ermöglichen weiterer Wohnsiedlungen, für welche dann auch entsprechende Infrastruktur bereitgestellt werden müsste. Was wir hier wollen, ist genau das Gegenteil, nämlich das Erstellen einer benötigten Infrastruktur. Zu oft werden für noch so kleine Minderheiten verwaltungstechnische Klimmzüge gemacht, um deren Anliegen zu erfüllen, nur wenn die heilige Kuh Richtplan angesprochen wird, will man stur bleiben. Schliesslich entscheidet dieser Rat, ob solche Änderungen vorgenommen werden, und es wird auch in Zukunft jährlich Anträge geben, die nicht einfach abgetan werden dürfen. Erinnern wir uns doch daran, dass nun die Prioritäten des Strassenbauprogramms geändert werden sollen? Wo bleiben hier die Kreise, die den Richtplan nicht antasten wollen? Wenn es um Umzonungen geht, sei es für einen Golfplatz, eine Autobahnraststätte oder einen Sportplatz, sehen sie rot und tragen gebetsmühlenartig die Unantastbarkeit des Richtplans vor.

Logik ist leider oft nicht der Vater politischer Auseinandersetzungen, zu welcher sich dieses Thema nun leider entwickelt hat. Der Verein ist nicht mehr nur mit sportlichen Auseinandersetzungen konfrontiert, denn diese hat er bekanntlich im Griff. Während viele Randgruppen ihre oft exotischen Anliegen durch Demonstrationen, Aktionismus und Sauglattismus mit entsprechendem Medienecho vortragen, die oft auch im illegalen Bereich münden, versucht dieser Verein und ein ganzes Dorf, sein Problem im Rahmen unserer Gesetze und Richtlinien vorzutragen, und wird nun offenbar für dieses korrekte Vorgehen bestraft.

Abschliessend muss Rudolf Balsiger noch als Präsident des Initiativkomitees festhalten, dass die Gespräche mit dem Stadtrat ergeben haben, dass wenn innerhalb der Galgenfrist (ca. 2 Jahre) kein Platz erstellt werden kann, ins Auge gefasst werden muss, vorübergehend die Spiele anderswo (möglicherweise im Raum Herti) auszutragen, bis man wieder nach Oberwil zurück kann.

Hans **Christen** hält fest, dass eine Delegation des Stadtrats zusammen mit dem Initiativkomitee für einen Streethockeyplatz in Oberwil an vier Sitzungen gemeinsam

alle möglichen Standorte in Oberwil geprüft, weiter Abklärungen getroffen und mit Pächtern und Grundeigentümern gesprochen hat. Gemeinsam sind sie zur Erkenntnis gelangt, dass zurzeit in Oberwil kein Streethockeyplatz und auch keine Sporthalle realisiert werden kann, weil hierfür die raumplanerischen Voraussetzungen in der geforderten Zeit nicht geschaffen werden können. Und insbesondere, weil die Eigentümer der allenfalls in Frage kommenden Standorte zur Abtretung ihres Landes für den Bau eines Streethockeyplatzes oder einer Sporthalle (eine solche ist aus Gründen des Immissionsschutzes an fast allen Standorten unabdingbar) nicht bereit sind. Aus diesen Gründen müssen wir einen anderen Standort suchen. In Frage kommen – wie das schon genannt wurde – Herti-Nord oder eventuell in der Riedmatt. Beide Standorte konnten aber noch nicht näher abgeklärt werden, da die Oberwiler Rebells a priori nur in Oberwil spielen wollen. Diese Meinung vertreten auch die Vorstandsmitglieder der Nachbarschaft Oberwil-Gimenen und viele Oberwilerinnen und Oberwiler.
Am 11. März 2007 wird das Stadtzuger Stimmvolk über die eingereichte Initiative abstimmen. Bei einer Annahme sind wir jedoch gleich weit wie heute. Das müssen die Stadtzuger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wissen. Der Votant wiederholt: Übergeordnete Gesetze, zur Zeit fehlende raumplanerische Anpassungen sowie die Nichtbereitschaft der Grundeigentümer, Land abzutreten, verhindern zur Zeit die Realisation einer Streethockeyanlage in Oberwil. Alternativen müssen gesucht werden. – Noch etwas zu Rudolf Balsiger. Es gibt viele Zuger Buben, die in Steinhausen, Cham und Baar Fussball spielen. Hans Christen hat letzthin den Mitgliederspiegel aller Vereine gesehen. Es ist wahrscheinlich nicht sehr schwierig, von Oberwil nach Zug zu kommen, um diesen Sport zu betreiben.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint zu Stefan Gisler, dass gemäss neusten Informationen das Amt für Raumplanung zusammen mit der Stadt Zug intensiv nach einem Standort in Oberwil sucht. Die Abklärungen sind noch im Gang. Allenfalls kann in Oberwil ein Feld für die Kinder belassen werden, nicht aber für ältere Juniorenmannschaften sowie die erste und zweite Mannschaft.

➔ Kenntnisnahme

1039 INTERPELLATION VON FRANZ MÜLLER BETREFFEND AUSBREITUNG UND BEKÄMPFUNG DER AMBROSIA

Traktandum 15 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1472.2 – 12213).

Franz **Müller** ist mit der Antwort des Regierungsrats grundsätzlich einverstanden. Er bittet ihn aber, die vorgeschlagenen Massnahmen in den Antworten 2 und 4 auch umzusetzen. – Die Angst vor der Ambrosia ist gross. Bis zu 15 % der Bevölkerung reagieren auf ihre Pollen stark allergisch, etwa ein Viertel der Betroffenen entwickelt sogar Asthma. Das hat man in Gebieten beobachtet, in denen die Pflanze bereits sehr häufig vorkommt: in Nordamerika, Ungarn, Italien und Frankreich. Von der Poebene und dem Rhonetal aus hat sich die Ambrosia mittlerweile im Tessin und im Kanton Genf verbreitet. Einige Exemplare wurden auch schon im Norden der

Schweiz gesichtet. Deshalb hat der Bundesrat Anfang Juni 2006 die Ambrosia zu einem besonders gefährlichen Unkraut erklärt und eine Melde-, Überwachungs- und Bekämpfungspflicht für Grünzeug verhängt.
Schweizweit rechnet das Bundesamt für Landwirtschaft mit Kosten von einer Million Franken im Jahr für die Ambrosia-Bekämpfung. Das könnte sich sogar als eine lohnende Investition erweisen, denn die möglichen Gesundheitskosten für Ambrosia-Allergien und Asthma werden im schlimmsten Fall auf 300 Millionen Franken pro Jahr geschätzt. Im Tessin und in Genf werden bereits vermehrt Patientinnen und Patienten mit einer relevanten Allergie auf Ambrosiapollen festgestellt. Leider gibt es über die Häufigkeit dieser Allergie in der Schweiz noch keine aussagekräftigen Daten. Im Rahmen des nationalen Projektes SCARPOL wurden lediglich bei den Schulkindern von Grabs Allergie-Tests im Blut vorgenommen. Diese zeigten, dass die Häufigkeit von Sensibilisierungen im Jahre 2005 bei 5,6 % und im Jahr 2006 bereits bei 14,9 % lag. Es bleibt noch unklar, ob die Sensibilisierungen durch Kreuzreaktionen auf andere Kräuterpollen (z.B. Beifuss) entstanden sind. Ein Kind, welches auf Beifusspollen reagiert, ist oft auch auf Ambrosiapollen sensibilisiert und umgekehrt. Man weiss aber nicht, ob die zunehmend festgestellten Ambrosiapollen in dieser Region zu dieser überraschenden Häufigkeit von Sensibilisierungen geführt haben. Die gesundheitliche Gefährdung unserer Kinder hinsichtlich Ambrosiapollen ist also bereits heute in der ganzen Schweiz vorhanden. Deshalb lohnen sich die Massnahmen zur Eindämmung dieser Pflanze. Je weniger Pollen freigesetzt werden, desto weniger leiden Patientinnen und Patienten an einer Allergie.
Dass diese Interpellation und auch die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis genommen werden zeigt, dass die Gemeinde Oberägeri am 21. Oktober 2006, also nach der Antwort des Regierungsrats, auf ihrer Homepage ein Infoblatt über die Ambrosia aufgeschaltet hat.

➔ Kenntnisnahme

1040 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 30. November 2006

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

74. SITZUNG: DONNERSTAG, 30. NOVEMBER 2006
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 12.00 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

1041 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri, Zug; Manuel Aeschbacher, Cham; Andrea Erni Hänni, Steinhausen; Markus Scheidegger, Risch (entschuldigt, anwesend ab 11.45 Uhr).

1042 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** begrüsst Luca Barazza, Lehrer der 3. Oberstufe in Steinhausen, mit seinen elf Schülerinnen und Schülern.

1043 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Nachmittagsprotokolls der Sitzung vom 26. Oktober 2006.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3.1. Polizeigesetz.
2. Lesung (Nr. 1412.6 – 12209).
3.2. Gesetz über die Organisation der Polizei (Polizei-Organisationsgesetz).
2. Lesung (Nr. 1413.6 – 12210).
Zusatzberichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1412.7/1413.7 – 12222), der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1412.8/1413.8 – 12246) und der Kommission (Nr. 1412.9/1413.9 – 12249).

4. Änderung des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug.
   2. Lesung (Nr. 1395.6 – 12211).
   Anträge von Markus Jans (Nr. 1395.7 – 12240) und des Regierungsrats (Nr. 1395.8 – 12244).
5. Änderung des Gesetzes betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung (IPVG).
   2. Lesung (Nr. 1428.5 – 12205).
6.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Wasserüberleitung von der Neuen zur Alten Lorze in der Gemeinde Baar.
   2. Lesung (Nr. 1445.6 – 12230).
6.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine Lorzenaufweitung in der Gemeinde Baar.
   2. Lesung (Nr. 1445.7 – 12231).
7. Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Konkordats der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz vom 5. Mai 2006 über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugskonkordat).
   2. Lesung (Nr. 1460.4 – 12234).
8. Kantonsratsbeschluss betreffend Austritt aus dem Interkantonalen Konkordat über Massnahmen zur Bekämpfung von Missbräuchen im Zinswesen.
   2. Lesung (Nr. 1461.4 – 12232).
9. Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons am Ausgleich zwischen den Gemeinden als Folge falsch verteilter Kosten bei den kantonalen Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.
   2. Lesung (Nr. 1471.4 – 12233).
10.1. Gesetz über den öffentlichen Verkehr und
10.2. Kantonsratsbeschluss betreffend Festlegung der Bahnhaltestellen und der Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1464.1/.2 – 12124/25 und Nrn. 1465.1/.2 – 12126/27), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (Nr. 1464.3/1465.3 – 12194) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1464.4/1465.4 – 12195).
11. Änderung des Gesetzes über die Entschädigung der nebenamtlichen Behördenmitglieder (Nebenamtsgesetz).
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1425.1/.2 – 12006/07), der Kommission (Nrn. 1425.3/.4 – 12159/60) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1425.5 – 12173).
12. Kantonsratsbeschluss über einen Zusatzkredit für den Neubau des Zentralspitals in Baar.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1478.1/.2 – 12182/83), der Kommission (Nr. 1478.3 – 12224) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1478.4 – 12225).
13. Änderung der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1448.1/.2 – 12078/79) und der Konkordatskommission (Nr. 1448.3 – 12248).
14. Kantonsratsbeschluss betreffend Weiterführung der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1442.1/.2 – 12054/55), der Kommission (Nrn. 1442.3/.4 – 12219/20) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1442.5 12221).

15.1. Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans.
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1434.1/.2 – 12023/24) und der Raumplanungskommission (Nr. 1434.3/1338.4 – 12167).

15.2. Motion von Beat Villiger, Andrea Hodel und Moritz Schmid betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Aufnahme einer Autobahnraststätte) (Nr. 1338.1 – 11729).
Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1338.3 – 12036) und der Raumplanungskommission (Nr. 1434.3/1338.4 – 12167).

16. Motion der Kommission «Umsetzung der aktualisierten Finanzstrategie 2004 - 2010: Wachstumsabschwächungen des Personalaufwandes und der Beiträge mit Zweckbindung» betreffend Änderung des Denkmalschutzgesetzes (Nr. 1310.1 – 11661).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1310.2 – 12196).

---

17. Geschäfte, die am 16. November 2006 traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten.

---

18. Postulat von Baarer Kantonsrätinnen und Kantonsräten betreffend Verlegung der Hochspannungsleitung in Baar-Inwil im Rahmen des Projekts Tangente Neufeld (Nr. 1441.1– 12053).
Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1441.2 – 12238).

* erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung

1044 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Nachmittagssitzung vom 26. Oktober 2006 wird genehmigt.

Die **Vorsitzende** teilt mit, dass das Protokoll vom 16. November 2006 an der nächsten Kantonsratssitzung genehmigt wird.

1045A POLIZEIGESETZ

Traktandum 3.1 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. September 2006 (Ziff. 985) ist in der Vorlage Nr. 1412.6 – 12209 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 70 : 0 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat beantragt:

- Die Motion der vorberatenden Kommission betreffend Totalrevision des Gesetzes über die Kantonspolizei (Vorlage Nr. 185.1 – 8458) sei als erledigt abzuschreiben.

- Die Motion Alois Gössi betreffend bessere Hilfestellung von Ehefrauen/Kindern vor schlagenden Ehemännern/Vätern (Vorlage Nr. 995.1 – 10804) sei als erledigt abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

1045B GESETZ ÜBER DIE ORGANISATION DER POLIZEI (POLIZEI-ORGANISATIONS-GESETZ)

Traktandum 3.2 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. September 2006 (Ziff. 993) ist in der Vorlage Nr. 1413.6 – 12210) enthalten. – Weiter liegen vor: Zusatzberichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1412.7/1413.7 – 12222), der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1412.8/1413.8 – 12246) und der Kommission (Nr. 1412.9/1413.9 – 12249), Anträge von Thiemo Hächler (Nr. 1413.10 – 12251).

Antrag von Thiemo Hächler zu § 16 Abs. 2 (Vorlage Nr. 1413.10 – 12251)

Thiemo **Hächler** hat hier einen Antrag insbesondere redaktioneller Natur gestellt, jedoch mit dem Hintergedanken, eine unnötige Bürokratie zu vereinfachen. Der Antrag, dass nicht die Konferenz der Gemeindepräsidenten mit dem Regierungsrat über allfällige Änderungen im Anhang diskutieren soll, sondern die Konferenz der gemeindlichen Sicherheitsvorsteher, hat für den Votanten den Hintergrund, dass er der Überzeugung ist, dass die Sicherheitsvorsteher von der Basis aus informiert werden und damit die Anliegen für Änderungen viel einfacher umsetzen können, als wenn diese via Gemeindepräsidentenkonferenz oder durch den Gemeinderat geschleust werden müssen. Das war die Begründung zu Antrag 1.
Begründung zu Antrag 2 ist vor allem eine Präzisierung, die nach Meinung des Votanten in Absprache mit der Regierung schon immer so gedacht war. Der Zusatz präzisiert die Aussage, dass den Gemeinden weiterhin freigestellt wird, ob sie mit Verkehrsassistenten den Kontrolldienst absolvieren möchten oder ob sie dies wie bisher der Zuger Polizei in Auftrag geben wollen. Das war in der ganzen Kommissionsarbeit und in der Vorberatung ein wichtiges Thema, weil es sich vor allem für kleinere Gemeinden allenfalls nicht lohnen würde, extra einen Assistenten anzustellen, um Parkbussen zu verteilen – um das einfach auszudrücken. Es ist Thiemo Hächler ein Anliegen, dass das so präzisiert im Gesetzestext niedergeschrieben wird.

Andrea **Hodel** möchte zuerst festhalten, dass die Anträge von Thiemo Hächler in der Kommission nicht besprochen werden konnten. Es wäre schön gewesen, wenn die Gemeinden einmal rechtzeitig und nicht wieder zu späte reagiert hätten. Wir haben ja extra zwischen der 1. und der 2. Lesung nochmals eine Kommissionssitzung gemacht. Und dieser Antrag kam *wieder* später.
Zur Sache: In der Kommission haben wir lange diskutiert, ob die Gemeindepräsidenten- oder die Sicherheitsvorsteherkonferenz das zuständige Organ sein soll. Nimmt man den Gesamtregierungsrat, ist auf gleicher Ebene die Gemeindepräsidentenkonferenz. Dies ist *ein* Grund, weshalb die Kommissionspräsidentin den Rat ersucht,

den Antrag nicht zu unterstützen. – Der zweite Grund liegt in folgenden – leider in der Vergangenheit nicht nur positiven – Erfahrungen. Wir mussten verschiedentlich feststellen, dass beispielsweise die Schulpräsidentenkonferenz eine Meinung abgab und dann die Gemeindepräsidentenkonferenz wieder etwas anderes sagte. Das Gleiche haben wir auch erlebt bei der Sozialvorsteherkonferenz, die eine Aussage machte, die dann von Gemeindenpräsidenten widerrufen wurde. Gerade im Vorfeld der grossen Diskussionen über das zweite Paket ZFA erleben wir auch ganz unterschiedliche Meinungen innerhalb der Gemeinden, je nachdem, ob man die Finanzvorsteher oder die Gemeindepräsidenten fragt. Der fachliche Input kann sehr wohl von den Sicherheitsvorstehern kommen. Aber das ist eine interne Entscheidungsfindung der Gemeinden. Wenn der Anhang geändert werden muss, soll das zwischen dem Gesamtregierungsrat und der Gemeindepräsidentenkonferenz geschehen. Diese tragen auch die Verantwortung. Bitte stimmen Sie diesem Antrag nicht zu!

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** beantragt im Namen des Regierungsrats, am Ergebnis der 1. Lesung festzuhalten. Einerseits ist es die Ebene Regierungsrat, und das Pendant dazu ist die Gemeindepräsidentenkonferenz. Wenn man die Sicherheitschefkonferenz nehmen wollte, müsste auf Seite des Kantons die Sicherheitsdirektion zuständig sein. Für diese wichtige Frage des Anhangs erachtet es der Regierungsrat aber als richtig und wichtig, dass es nicht die Sicherheitsdirektion ist, sondern der Regierungsrat. Der Votant persönlich ist übrigens auch dieser Meinung. Und dann braucht es auf der Gegenseite auch auf der gleichen Ebene das zuständige Organ – und das kann nur die Gemeindepräsidentenkonferenz sein. Die fachliche Kompetenz kann die Gemeindepräsidentenkonferenz selbstverständlich bei ihren Sicherheitschefs holen. Das macht auch der Regierungsrat. Auch er wird in der Regel auf Antrag der Sicherheitsdirektion entscheiden darüber, ob er den Anhang ändern will oder nicht. Das ist selbstverständlich. Und Thiemo Hächler hat etwas ganz Entscheidendes gesagt. Es könne doch nicht sein, dass das dann noch durch den Gemeinderat geschleust werden müsse. Aber genau darum geht es! Der Gemeinderat *muss* seinen Gemeindepräsidenten instruieren und mandatieren, wie er in der Gemeindepräsidentenkonferenz entscheiden soll. Denn es geht nicht allein um Sicherheitsfragen im Bereich der Polizei. Das werden wir nachher nochmals hören. Es geht auch um Finanzfragen. Und bei solchen Anträgen muss auch die finanzielle Seite angeschaut werden. Da ist die Seite der Sicherheitschefs sicher eine wichtige Seite, aber auch die anderen Aspekte müssen berücksichtigt werden, und das kann nur die Gemeindepräsidentenkonferenz machen. Hanspeter Uster dankt dem Rat, wenn er am Antrag der 1. Lesung festhält.

➔ Der Antrag von Thiemo Hächler wird mit 45 : 24 Stimmen abgelehnt.

Antrag von Thiemo Hächler zu § 18 (Vorlage Nr. 1413.10 – 12251)

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sowohl vorberatende Kommission wie Regierung mit diesem Antrag einverstanden sind.

➔ Der Rat ist ebenfalls einverstanden mit dem Antrag von Thiemo Hächler.

Personalstellen bei der Zuger Polizei

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Rat Ziff. 4 von § 28 (Änderung des bisherigen Rechts, S. 8 unten der Vorlage) zur Änderung des KRB betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2005-2008 in erster Lesung noch nicht beraten. Grund: Es handelt sich um einen einfachen KRB, der nur einer einzigen Lesung bedarf.
Im Rahmen der 1. Lesung stellte der Regierungsrat einen Bericht zu den zusätzlichen Fragen betreffend Sicherheitsassistenz und Personalstellen in Aussicht. Dieser liegt nun mit Datum vom 24. Oktober 2006 vor (Vorlage Nr. 1412.7/1413.7 – 12222). Die beiden Anträge dazu sehen Sie auf S. 7 des Berichts. Der Regierungsrat hält an seinem Modell Sicherheitsassistenten und -assistentinnen gemäss Ergebnis der 1. Lesung fest. Bezüglich Personalbegehren stimmt er dem Antrag der Kommission zu, d.h. zusätzlich 4.5 Stellen ohne Befristung von 20 Stellenprozenten; maximal für die ganze Verwaltung somit 934.8 Stellen.
Es liegt zudem ein Zusatzbericht der vorberatenden Kommission vom 8. November 2006 vor (Vorlage Nr. 1412.9/1413.9 – 122459). Diese schliesst sich bezüglich Modell Sicherheitsassistentinnen und -assistenten auch dem Ergebnis erster Lesung an. Bezüglich Personalstellen hält sie zudem an ihrem ursprünglichen Antrag vom 3. Juli 2006 fest, d.h. zusätzlich 4.5 Stellen ohne Befristung von 20 Stellenprozenten; maximal für die ganze Verwaltung 934.8 Stellen).
Zudem liegt ein schriftlicher Zusatzbericht der Stawiko vom 7. November 2006 nur zur Personalstellensituation vor (Vorlage Nr. 1412.8/1413.8 – 12246). Sie hält an ihrem Antrag gemäss ursprünglichem Stawikobericht vom 11. September 2006 fest, d.h. zusätzlich 3.0 Stellen; maximal für die ganze Verwaltung 933.3 Stellen.

Andrea **Hodel** weist darauf hin, dass die Stawiko beantragt, nur drei Stellen zu genehmigen, und sowohl der Polizei als auch der Kommission den Vorwurf macht, hier zu salopp vorzugehen. Sie erklärt, es könne nicht sein, dass der, der am meisten jammert, auch am meisten bekäme. Diesen Ausführungen der Stawiko ist aus Sicht der Kommission klar zu widersprechen. Die Kantonspolizei hat in einem ausführlichen und detaillierten Bericht nachgewiesen, dass nun einmal Fakt ist, dass die Polizei ihre Aufgaben mit dem heute vorhandenen Personal nicht mehr vollumfänglich erledigen kann. Wenn vier Mannjahre Überstunden geleistet werden, wenn gleichzeitig vier Mannjahre Einsparungen getätigt wurden, wenn gleichzeitig klar aufgezeigt wurde, dass weitere Aufgaben vom Bund hinzugekommen sind, und klar dargestellt ist, dass in Zukunft bedingt durch bundesgesetzliche Änderungen noch weitere Aufgaben auf die Polizei zukommen, und wenn wir schliesslich berücksichtigen, dass wir alle immer wieder, sei es bei der Jugendkriminalität, sei es bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, sei es bei der Prävention, sei es beim harten Durchgreifen von Raserunfällen, beste Arbeit von der Polizei verlangen, einen hohen Sicherheitsstandard wollen, so können wir nicht gleichzeitig kein Gehör für Personalstellen haben. Seien wir ehrlich, bekennen wir uns zu einer der Kernaufgaben im Kanton Zug, sprechen wir nicht nur über Integrationsprobleme, sondern sorgen wir dort, wo sie nicht lösbar sind, für Ruhe und Sicherheit!
Wenn die Stawiko – vielleicht zu Recht – moniert, dass der Polizeikommandant sich etwas viel persönliche Freiheit liess bei den abschliessenden Bemerkungen, wenn die Votantin der Stawiko auch Recht gibt, dass solche Bemerkungen, wie sie auf S. 16 im allerletzten Absatz gemacht wurden, der Sache nicht förderlich sind, so bedenken Sie doch gleichzeitig Eines: Wenn Sie nur deswegen der Polizei diese 4.5

Stellen nicht geben, dann meinen Sie den Esel und schlagen den Sack. Es sind vor allem unsere Polizistinnen und Polizisten auf der Strasse, die Sie damit bestrafen, und nicht so sehr das Leitungsgremium. Treffen Sie Ihren Entscheid und setzen Sie die Prioritäten! Entscheiden Sie sich zwischen den Tatsachen, die uns tagtäglich in die Augen stechen, wie wir sie selber verlangen, wenn wir davon betroffen sind, nämlich den Schutz und die Hilfe der Polizei. Oder schliessen Sie sich der Stawiko an, die bei der Personalplafonierung heute streng und grundsätzlich vorgeht, dann aber bei der Stellenplafonierungsdiskussion im Jahr 2008 vielleicht nach negativen Schlagzeilen entscheiden muss, dass eben mehr Personal Not tut.
Andrea Hodel bittet den Rat deshalb im Namen der geschlossenen Kommission, diesen Personalbegehren zuzustimmen. Sie und die Kommission wollen eine Polizei, die präsent ist, die patrouilliert, die an der Front sichtbar ist.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko an ihrer Sitzung vom 7. November 2006 nochmals über diese beiden Vorlage debattiert und die Personalstellenbegehren der Polizei diskutiert hat. Grundlage für die Beratungen waren der Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats sowie der Bericht des Polizeikommandanten Karl Walker vom 12. Oktober 2006. Regierungsrat Hanspeter Uster hat uns die Situation in der Polizei nochmals im Detail erörtert. Bekanntlich beantragt der Regierungsrat neu, wie die vorberatende Kommission, eine Erhöhung des Personalplafonds um insgesamt 4.5 Personaleinheiten, und das nicht befristet. Die Stawiko hat dem Kantonsrat bereits mit Bericht vom 11. September 2006 mit 6 : 1 Stimmen beantragt, den Plafond lediglich um 3.0 Stellen aufzustocken.
Die Stawiko stellt fest, dass das Kader der Zuger Polizei in letzten Jahren zahlreiche Anstrengungen unternommen hat, um den immer wieder neuen Anforderungen gerecht zu werden – und dies bei bekanntlich auch im Kanton Zug begrenzten Ressourcen. Gleiche Anstrengungen wurden aber auch in vielen anderen Bereichen der Zuger Verwaltung getätigt. Auch in diesen anderen Bereichen der Verwaltung war das Wachstum überdurchschnittlich – auch diese wären in der Lage, einen Bericht analog zu demjenigen des Polizeikommandanten zu verfassen. Es geht hier nicht um den emotionalen Aspekt dieses Berichts, der sehr gut war, vielleicht am Schluss etwas speziell. Der etwas nachdenklich gestimmt hat. Aber Sie müssen das Ganze nun einfach sachlich und finanzpolitisch anschauen. Aus Sicht der Mehrheit der Stawiko hat sich die Situation seit der 1. Lesung nicht derart geändert, dass eine Neubeurteilung notwenig wäre. Die Polizei hat Gelegenheit, 2008 im Hinblick auf den Personalplafonierungsbeschluss 2009 bis 2012 ihre Anträge einzubringen. Aktuell muss sich die Polizei mit zusätzlich drei Stellen begnügen – auch diese drei Stellen sind nicht selbstverständlich. Es sind immerhin drei zusätzlich Stellen, während wir einen noch gültigen Personalplafonierungsbeschluss haben. Diesem Rat ist es durch einen Personalplafonierungsbeschluss und eine konsequente Einhaltung der Finanzstrategie gelungen, das Ausgabenwachstum im Bereich der Personalausgaben zu bremsen. Es gibt keinen Grund, nun plötzlich am Ende der Legislatur von diesem bewährten Pfad abzuweichen. Sie werden sehen, wenn Sie hier nun für diese 4.5 Stellen entscheiden, hat das einen Niederschlag in Budget und Rechnung. Es wäre schlecht, wenn dann Erklärungen und Fussnoten in Budget und Rechnung inflationär zunehmen würden. Dass man an immer mehr Stellen lesen könnte: Ausserhalb der Finanzstrategie, Überschreitung der Finanzstrategie wegen dem und dem, Staatsanwaltschaftsmodell, Polizeiorganisationsgesetz etc. etc. Die Liste wird immer länger. Der Regierungsrat und auch Sie werden immer inkonsequenter, und die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wird wieder aufgehen.

Seien Sie konsequent, auch wenn nächstens Weihnachten ist und Ende Legislatur eine Art Kehraus-Stimmung auftreten könnte. Es ist schön zu sehen, wenn neben der KR-Präsidentin nun auch die Kommissionspräsidentin ein Herz für die Polizei hat. Unterstützen Sie den Regierungsrat bei seinen Anstrengungen zur Einhaltung der Finanzstrategie – auch wenn er jetzt gerade versucht, seinen eigenen Vorgaben untreu zu werden. Zusammenfassend beantragt Ihnen die Stawiko, den Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2005-2008 wie folgt abzuändern: maximal 933.3 Personalstellen.

Franz Peter **Iten** weist darauf hin, dass die Fragen, welche die CVP-Fraktion an der 1. Lesung gestellt hatte, durch den Regierungsrat ausführlich und kompetent beantwortet wurden. Für diesen Zusatzaufwand dankt der Votant im Namen seiner Fraktion bestens. Wir haben uns bei der 1. Lesung vorbehalten, einen Antrag auf Rückweisung des Personalbegehrens zu stellen. Dieser Vorbehalt ist in der Zwischenzeit aus dem Wege geräumt worden und die CVP-Fraktion ist den Anträgen des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission mehrheitlich gefolgt. Gefolgt, nicht weil in wenigen Tagen der Samichlaus vor der Türe steht oder eine allfällige Amtsmüdigkeit auf Grund der zu Ende gehenden Legislaturperiode nachzuweisen wäre. Nein, die CVP-Fraktion folgt den Anträgen des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission, weil die Beantwortung der von uns gestellten Fragen zur Entscheidungsfindung beigetragen hat.
Dass dabei der beigeheftete Bericht des Polizeikommandanten vom 12. Oktober bei einigen Mitgliedern unserer Fraktion ebenfalls beigetragen hat, darf wohl nicht verheimlicht werden. Er hat aber auch Kritik in unserer Fraktion ausgelöst, weil die Mehrheit der Meinung ist, dass so ein Bericht zu Beginn der Beratung eines Geschäfts der vorberatenden Kommission zur Verfügung stehen und nicht erst auf Verlangen des Kantonsrats erstellt werden sollte. Die Stawiko ihrerseits bemängelt in ihrem Zusatzbericht, dass eben dieser Bericht des Kommandanten die Beilage zum regierungsrätlichen Zusatzbericht bildet. Sie ist der Meinung, dass dem Kommandanten eine grosse, evtl. zu grosse Aufmerksamkeit zu teil wird. In der politischen Diskussion müsse dieser Bericht deshalb mit der nötigen kritischen Distanz gewürdigt werden. Das mag ja nach Meinung der Stawiko stimmen, aber gerade dieser Bericht zeigt deutlich auf, dass durch die wachsenden Aufgaben und die vorhandenen höheren Erwartungen der Gemeinden bezüglich Präsenz und Prävention ein personelles Manko in der Zuger Polizei besteht und nicht einfach so von der Hand zu weisen ist. Über die Grössenordnung eines personellen Mankos in der Zuger Polizei muss sicher auch in der nächsten Legislaturperiode diskutiert werden und das Problem darf nach nicht ausser Acht gelassen werden.
Wie bereits ausgeführt, haben unsere Fragen betreffend Personalbegehren, dem Einsatz der Sicherheitsassistenten sowie des Verkehrskontrolldienstes klärend beantwortet werden können. Aus diesem Grunde und gestützt auf die vorhandenen Unterlagen beantragt die CVP-Fraktion mehrheitlich, den Anträgen des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission und nicht dem Antrag der Stawiko Folge zu leisten.

Bruno **Pezzatti** äussert sich im Namen der FDP-Fraktion und stellt einleitend fest, dass die Mehrheit bei diesem Geschäft dem Antrag von Kommission und Regierung nicht folgen kann und ausnahmsweise auch die Meinung der geschätzten Fraktionschefin nicht teilt, sondern mit 12 : 7 Stimmen den Antrag der Stawiko unterstützt, d.h.

dass der Personalplafond für die Polizei um 3 und nicht um 4.5 Stellen zu erhöhen ist.
Zur Begründung: Mit der Gewährung von drei zusätzlichen Stellen wird dem Begehren der Polizei zu einem grossen Teil entsprochen. Die Stawiko weist mit Recht darauf hin, dass die Personalsituation bei der Zuger Polizei aus einer Gesamtsicht betrachtet und bei einer politischen Abwägung aller Vor- und Nachteile nicht als dramatisch beurteilt werden kann. Einer Aufstockung des Korps-Bestands um drei neue Stellen wird ja – wie erwähnt – zugestimmt. Dies ist nicht selbstverständlich. So ist zu berücksichtigen, dass analoge ausserordentliche Personalbegehren von anderen Ämtern und Direktionen, wenn solche überhaupt gestellt wurden, jeweils zum vorneherein abgelehnt oder dann sehr restriktiv behandelt worden sind. Unser Rat tut gut daran, die von ihm vor drei Jahren mitinitiierte, in der Praxis umgesetzte und bisher sehr bewährte Finanzstrategie auch bei diesem Geschäft konsequent anzuwenden; dies nicht zuletzt auch im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit. Es ist zudem – wie der Stawiko-Präsident richtigerweise unterstrichen hat – daran zu erinnern, dass die Sicherheitsdirektion in zwei Jahren im Rahmen der ordentlichen Plafonderhöhung Gelegenheit bekommt, allfällige weitere Personalstellen zu beantragen, sofern solche dann noch zwingend benötigt werden. Auch im Rahmen der Staatsaufgabenreform kann die Regierung die vorhandenen personellen Ressourcen neu zuteilen. Es wäre unverzeihlich, wenn wir die finanzpolitischen Zügel heute im beantragten Ausmass lockern würden. Dieses Signal würde von den übrigen Direktionen wahrgenommen und entsprechend interpretiert: Folgebegehren wären mit Sicherheit vorprogrammiert.
Noch ein Wort zur zukünftigen Planung bzw. zur mittel- und langfristigen Kostenentwicklung in der Verwaltung allgemein und am Beispiel der Zuger Polizei: Wir sollten unsere Aufmerksamkeit in Zukunft nicht nur auf den Personalaufwand, sondern auch verstärkt auf den Sachaufwand konzentrieren. Hier liessen sich zweifelsohne weitere Kostenoptimierungen, Einsparungen, allenfalls sogar Umlagerungen in Personalkontingente erzielen, ohne dass der Gesamtaufwand zunehmen müsste. Nur sind hier nicht primär die Sicherheitsdirektion bzw. die einzelnen Direktionen gefordert, sondern wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte. So mag es zum Beispiel bei der Polizei vor fünf Jahren bei der damaligen Zusammenlegung der Stadt- und Kantonspolizei noch richtig gewesen sein, dass auf engstem Raum in der Stadt Zug am Kolinplatz und an der Aabachstrasse je ein Polizeiposten betrieben werden. Wir müssen dies in der näheren Zukunft hinterfragen. Solche offensichtlichen Doppelspurigkeiten im Bereich der Infrastruktur und des Personaleinsatzes müssen behoben werden. Eine ähnliche Überprüfung ist auch für bestimmte Aussenposten und Büroräumlichkeiten in den Gemeinden notwendig, die viel kosten, der Bevölkerung aber nur während bestimmten Öffnungszeiten zur Verfügung stehen und für die physische Präsenz der Polizei und Sicherheit, welche wichtig bleiben – sei es in der Stadt oder in den Aussengemeinden – kaum einen Nutzen haben. Als Legislative müssen wir darauf hinwirken, dass unsere staatlichen Organe nicht überrissene Forderungen zu erfüllen haben. Mit der von uns verlangten Finanzstrategie wollen wir nicht nur die Personalaufwendungen limitieren. Wir müssen konsequenterweise auch Abstriche im Komfortbereich in Kauf nehmen. Erinnern wir uns daran, dass wir ja nicht «hervorragende» bzw. perfektionierte staatliche Leistungen erwarten, sondern mit einem «guten» Leistungsangebot zufrieden sein wollen. In der Konsequenz müssen wir überrissene Forderungen sowohl bei den Personalbegehren als auch bei den Leistungsanforderungen ablehnen.

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass eine ganze Kommissionssitzung darauf verwendet wurde, abzuklären, ob mit der neuen Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden die Kantonspolizei eigentlich entlastet würde, was die verlangten zusätzliche Personaleinheiten in Frage gestellt hätte. Polizeikommandant und Sicherheitsdirektor wurden ins Verhör genommen und mussten Red und Antwort stehen. Ein überzeugender Nachweis, die Kantonspolizei erfahre Entlastung durch die neue Regelung, konnte nicht erbracht werden. Niemand hat in der Kommission ein solches Argument wirklich vorbringen können. Wenn sie nun *einstimmig* die 4.5 Personaleinheiten beschlossen hat, stellt sich die Frage, warum wir überhaupt Kommissionsarbeit machen, wenn dann am Schluss doch zwei Fraktionen gegen diesen Antrag sind. Schliesslich sind die 4.5 Personaleinheiten im Detail ausgewiesen worden. Wenn man nun einfach sagt, wir kürzen um 1.5, die anderen müssen auch kürzen, so ist das nicht überzeugend. Die SP-Fraktion hält an ihrem ursprünglichen Antrag fest und unterstützt die Kommission.

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die AF den Antrag von Regierung und Kommission unterstützt. Diese bekam im Zusammenhang mit den Gesetzesberatungen einen Einblick in die anspruchsvolle Arbeit der Zuger Polizei. Die beantragten 4.5 Personalstellen sind für die Arbeit des Polizeikorps unabdingbar. Das haben wir im Verlauf der Verhandlungen sehen können. Begründung:

- Unser Kanton ist ein Wachstumskanton. Dementsprechend nehmen auch die Anforderungen an das Polizeikorps stetig zu.
- Die Erwartungen der Bevölkerung und der Behörden in Bezug auf Sicherheit sind sehr hoch.
- Der Unterbestand belastet die Polizeiangehörigen stark. Die ausgewiesenen Überstunden sind demotivierend, wenn keine Änderung der Situation für die Polizisten und Polizistinnen absehbar ist.

Die Stawiko würdigt den Bericht des Polizeikommandanten, der Argumente für mehr Polizeistellen anführt, nicht mit der nötigen Sorgfalt. Anstatt die Argumente inhaltlich zu widerlegen, moniert sie in unsachlicher Weise die Art des Berichts. Sie schreibt salopp, mittels anderer interner Organisation sollen die Mehraufgaben der Polizei bewältigt werden. Hat die Stawiko Vorschläge, wie dies zu machen ist? Hat sie mit dem Polizeikommandanten das persönliche Gespräch gesucht? Zudem rügt die Stawiko das emotionale Engagement des Polizeikommandanten für die Polizei und deren Personal. Und sie hat gleich noch Bedenken, dass sich künftig andere Amtsleiterinnen und Amtsleiter ebenfalls für ihr Amt und ihr Personal engagieren könnten. Die Alternativen wünschen sich aber engagierte Amtsleiterinnen und Amtsleiter und schütteln über den demotivierenden Stawiko-Bericht den Kopf. Genauso schütteln wir den Kopf über die rein finanzielle Argumentation des Stawiko-Präsidenten, die wir eben gehört haben. Er hat entgegen allen sachlichen Fakten rein finanziell argumentiert.

Anton **Stöckli** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist Mitarbeiter der Zuger Polizei. Vorweg möchte er den Rat darüber orientieren, dass er sich bezüglich der Vorlage weder mit dem Kommandanten der Zuger Polizei noch mit dem Sicherheitsdirektor unterhalten habe. Es ist eine ganz persönliche und differenzierte Betrachtung seinerseits.
Die Differenz der Ergebnisse der vorberatenden Kommission und der Stawiko ist aus seiner Sicht wie folgt zu erklären: Die Stawiko hat die Vorlage aus finanziellen Über-

legungen geprüft und beraten. Für dies ist sie auch zuständig. Die vorberatende Kommission hat in Zusammenhang mit der Vorlage die Zuger Polizei näher betrachtet und unter die Lupe genommen. Mit Besuchen bei der Zuger Polizei, wo sich die Kommissionsmitglieder über die Strukturen und den Aufgabenbereich der Zuger Polizei informieren liessen. Sie nahmen die Möglichkeit wahr, Dienst tuende Polizistinnen und Polizisten an die «Front» zu begleiten. Sie haben einen kurzen Einblick in die vielseitige und anspruchsvolle Polizeiarbeit erhalten.
Wir haben hier über eine ausführliche Vorlage zu befinden. Ergänzend zur Vorlage hat Karl Walker, Kommandant der Zuger Polizei, die geforderten Stellen ausführlich, detailliert und transparent begründet. Die geforderten Personalstellen decken sich mit dem Auftrag, welcher der Kantonsrat der Zuger Polizei gibt. Kann jemand sagen, innert welcher Zeit bewilligte Personalstellen bei der Zuger Polizei tatsächlich greifen? Diese Frage beantwortet Anton Stöckli gerne. Bedenken Sie, dass ausgebildete Polizistinnen und Polizisten auf dem Stellenmarkt Mangelware sind. Was heisst das im konkreten Fall? Wenn Personalstellen für Polizistinnen und Polizisten bewilligt werden, kann die Polizeiführung diese Stellen in der Regel nicht innert nützlicher Frist mit ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten belegen. Es erfolgen daher Ausschreibung, Auswahlverfahren, Ausbildung im Polizeiausbildungszentrum Hitzkirch, Brevetierung und schliesslich Einarbeitung im Polizeikorps. Somit kann frühestens nach zwei bis drei Jahren von einer spürbaren Auswirkung im Betrieb gerechnet werden.
Viele rufen nach mehr Sicherheit, wenn es aber dann darum geht, die notwendigen Kräfte zu Verfügung zu stellen, wird es dann schon etwas ruhiger. Die Sicherheit ist ein Grundbedürfnis eines jeden Menschen. Sie stellt eine wichtige Kernaufgabe des Staates dar. Wir werden in nächster Zeit in diesem Bereich gefordert sein. Der Votant denkt da an die Entwicklung der Gewalt im öffentlichen Raum, die häusliche Gewalt (dazu die neusten Informationen: Bei jedem zehnten Fall ist es eine Frau, welche Gewalt ausübt) und nicht zuletzt die Jugendgewalt, die Formen angenommen hat, welche mit allen Mitteln eingedämmt werden muss. Aus Sicht von Anton Stöckli hat die vorberatende Kommission die Lage ganzheitlich und richtig beurteilt. Er stimmt dem Antrag der Kommission zu.

Auch Felix **Häcki** war in der vorberatenden Kommission. Und er hat dort dem Antrag der Regierung auch zugestimmt. Jetzt ist er anderer Meinung. Warum? Es wurde immer nur die Polizei betrachtet. Wir haben auch heute Morgen nur immer von der Polizei gehört. Aber die Sicherheitsdirektion besteht nicht nur aus der Polizei. Da gibt es noch andere Bereiche. Und man muss sich fragen, ob die Sicherheitsdirektion mehr Leute braucht oder die Polizei. Wenn die Leute, die es braucht, in der Sicherheitsdirektion zu finden sind, müssen wir den Stellenplafond nicht erhöhen. Der Votant ist der Meinung, dass die Differenz relativ einfach gefunden werden kann. Das war ihm noch nicht bewusst, als er in der Kommission war, weil er die Sache mit den Scheuklappen des Polizeigesetzes betrachtet hat. Aber wir haben z.B. die Zusammenlegung von Militär und Zivilschutzverwaltung. Dort hat praktisch überhaupt keine Synergie rausgeschaut. Die 1.5 Stellen, die jetzt beantragt werden, findet man relativ einfach, wenn die Neuorganisation von Militär und Zivilschutz etwas effizienter gemacht wird, und nicht einfach zwei Organigramme nebeneinander gelegt und verbunden werden. Felix Häcki bittet den Rat deshalb, dem Antrag der Stawiko zu folgen.

Thomas **Lötscher** möchte zuerst auf Voten seiner Vorredner eingehen. Er ist erstaunt, wie viele gewalttätige Frauen es gibt. Welcher Art sind denn eigentlich die anderen neun von zehn? – Zu Jean-Pierre Prodolliet. Eine andere Meinung zu haben, ist an und für sich nicht verboten, sondern zum Teil sogar erwünscht. Wenn es auch nicht immer ganz einfach ist. Die Fraktion muss ihren Kommissionsmitgliedern nicht unbedingt folgen. Diese müssen aber ihrer Fraktion auch nicht unbedingt folgen, und deshalb steht der Votant jetzt am Rednerpult.
Wir haben schon früher über den Umbau in Direktionen gesprochen. Wir hatten hier schon einmal ein Personalanliegen von der Polizei. Wir sagten damals: Man solle mal schauen, wie es in den einzelnen Direktionen aussieht, wie man die Stellen verschieben könnte. Wir haben damals von der FDP-Fraktion einer Anzahl Leute zugestimmt und der Regierung gesagt: Wie sie diese aufteilen wolle, zur Polizei oder zur Baudirektion, müsse sie selber entscheiden. Sie hat sich entschieden. Thomas Lötscher war mit der Entscheidung nicht unbedingt glücklich. Wenn wir heute wieder hier ansetzen und wieder sagen, sie sollen halt jetzt einfach mal schauen, dann wird die Polizei wieder in die Röhre schauen.
Unsere Aufgabe ist es sicher, Grundsätze für die politische Arbeit zu haben, und diese als Leitplanken zu betrachten. Es ist aber auch unsere Aufgabe, diese Grundsätze zwischendurch zu hinterfragen und vor allem bei konkreten Fragestellungen auch auf ihre Tauglichkeit zu prüfen. Und dann zu führen und entsprechend zu entscheiden. Würden wir das nicht tun und uns einfach nur an Grundsätzen ausrichten, dann bräuchte es uns für die Zuteilung der finanziellen Mittel und der Ressourcen nicht. Dann könnten wir einfach ein EDV-Programm laufen lassen, das mit entsprechenden Formeln das eingehende Geld zuteilt. Es ist also durchaus erlaubt, in Einzelfällen abzuweichen von diesen Grundsätzen, ohne dass sich daraus dann auch automatisch gerade ein Präjudiz ergibt. Und der Votant wird sich erlauben, wenn weiter Personalbegehren kommen, diese wieder zu prüfen und auch zu sagen: In diesem Fall bin ich nicht dabei!
Wir haben hier vom Stawiko-Präsidenten gehört, es gebe keinen Grund zur Abweichung vom Grundsatz. Es gibt aber einen, und zwar die Situation an der Front. Wir haben in diesem Kanton ein Wachstum. Das wissen wir und wollen es auch. Wir haben es mit der Richtplanung gesagt. Dieses Wachstum wirkt sich nicht linear überall gleich aus. Das Wachstum ist für die Raumplanung zwar ein Thema, aber es braucht dort nicht viel mehr Ressourcen, weil die Fläche der zu verplanenden Gebiete im Kanton Zug die gleiche bleibt. Ähnlich wird es sich wahrscheinlich beim Gewässerschutz verhalten. Bei der Polizei ist es etwas anders. Immer mehr Verkehr auf immer der gleichen Fläche. Immer mehr Leute auf immer der gleichen Fläche mit entsprechend mehr Konfliktpotenzial gehen nicht einfach spurlos an der Polizei vorüber. Wir haben im Anhang zu diesem Gesetz den Bericht des Kommandanten. Es sind 16 Seiten, wo er sachlich und minutiös aufführt, was gemacht wird, was gemacht wurde, und wofür diese Stellen gebraucht werden. Auf der allerletzten Seite haben wir dann einen kleinen Abschnitt, der emotional gefärbt, aber ganz klar auch als persönliche Bemerkung deklariert ist. Thomas Lötscher ist froh, wenn Menschen sich in ihrer Arbeit mit Emotionen engagieren. Er sieht darin nicht grundsätzlich etwas Negatives. Und die Emotionalität war eigentlich weniger stark ausgeprägt als im hervorragenden Votum des Stawiko-Präsidenten. Mit dieser Voraussetzung sollten wir nicht nur eine Grundsatzdebatte führen, sondern die momentane Problematik der Polizei, die sie auch in den nächsten zwei Jahren haben wird, berücksichtigen. Deshalb ist diese Stellenforderung von Regierung und Kommission nicht überrissen.

Peter **Dür** möchte Rosemarie Fähndrich und anderen antworten, die gesagt haben, die Stawiko habe den Bericht des Polizeikommandanten nicht gewürdigt, wir hätten einen demotivierenden Bericht geschrieben usw. Der Votant hat in seinem vorigen Votum gesagt, dass die Zeilen die Stawiko nachdenklich gestimmt haben. Wir haben das ernst genommen. Anton Stöckli hat es eigentlich auf den Punkt gebracht. Er hat gesagt: Die Stawiko hat den klaren Auftrag, ein solches Geschäft aus finanzpolitischen Überlegungen anzuschauen. Wir haben eine gewisse Richtschnur, die wir verfolgt haben in den letzten Jahren, und die erfolgreich war. Wir haben auf der anderen Seite diese Umstände bei der Polizei, die wir zur Kenntnis nehmen, die wir ernst nehmen und die man sicher beim nächsten Personalplafonierungsbeschluss berücksichtigen muss. Aber im Moment hat die Stawiko die finanzpolitischen Überlegungen höher gewichtet als diese Informationen und die Situation bei der Polizei. Und sie beantragt deshalb, diese drei Stellen zu bewilligen. Drei zusätzliche Stellen für die Polizei. Also nicht eine Einsparung von 1,5 Stellen, sondern drei Stellen mehr. Wir haben auch das Emotionale dahinter sehr wohl berücksichtigt. Aber wir empfehlen dem Rat, drei Stellen zu bewilligen.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** möchte einleitend noch einmal festhalten, warum es geht. Es geht nicht um ein Geschenk am Ende der Legislatur. Es geht auch nicht um Weihnachten oder um den Samichlaus. Es geht auch nicht um ausserordentliche Personalbegehren. Es ist jetzt immer die Meinung geäussert worden. die Polizei brauche jetzt mehr Personal. Es geht um die Umsetzung von zwei Gesetzen, des Polizeigesetzes, dem der Rat verdankenswerterweise bereits zugestimmt hat, und des Polizei-Organisationsgesetzes. Und dabei geht es auch um die Umsetzung einer besseren Bekämpfung der häuslichen Gewalt. Dafür sind zwei zusätzliche Personaleinheiten vorgesehen. Es wurde richtigerweise schon erwähnt, dass die Erwartungen an die Polizei sehr gross sind. Zu Recht! Denn die Polizei ist für die Sicherheit zu einem grossen Teil mitverantwortlich, für einen guten Sicherheitsstandard. Und Sicherheit gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Die Erwartungen sind nicht nur im Kantonsrat gross, sie sind auch gross von Seiten der Gemeinden. Das haben wir immer wieder gespürt. Stadt und Gemeinden wollen einen guten Sicherheitsstandard erhalten. Und die Erwartungen sind zu Recht gross von der Bevölkerung. Und zwar quantitativ wie auch qualitativ. Thomas Lötscher hat sehr gut skizziert, dass eben die Aufgaben der Polizei zugenommen haben, die Konflikte da sind und diese auch eine andere Qualität haben. Und wenn die Konflikte nicht mehr anders gelöst werden können, muss die Polizei eingreifen. Dazu kommt eine Zunahme von Aufgaben auch vom Bund.
Und hier stellt der Sicherheitsdirektor einen Widerspruch fest zwischen dem ersten und dem zweiten Stawiko-Bericht. Im Zusammenhang mit der Organisation. In ihrem ersten Bericht hat die Stawiko damals schon von drei Stellen gesprochen und dies damit begründet, dass es die permanente Aufgabe jeder Organisation sei, die Priorisierung der Aktivitäten zu überprüfen und den neuen Gegebenheiten anzupassen. Im Rahmen solcher Anpassungen müsste es möglich sein, die notwendigen Personalressourcen zu rekrutieren und für andere Aufgaben einzusetzen. Das war der Auftrag der Stawiko. Und wenn der Stawiko-Präsident jetzt sagt, es habe sich nichts geändert, so versteht Hanspeter Uster ihn nicht ganz. Denn der Bericht des Polizeikommandanten weist ja eben gerade minutiös nach, was alles überprüft worden ist, welche Aufgaben überprüft worden sind, wie die Organisation den neuen Gegebenheiten angepasst ist. Das hält die Stawiko in ihrem Bericht auch fest, aber sie zieht die Schlussfolgerung nicht. Mit anderen Worten: Die Polizei hat genau das schon

gemacht, was die Stawiko in ihrem ersten Bericht erwartet hat. Und dann staunt der Votant, dass die Stawiko noch einmal sagt, es ändere sich jetzt nichts. Hier besteht ein gewisser Widerspruch, nicht im Bericht selber, sondern in der Schlussfolgerung.
Zur Bemerkung des Polizeikommandanten. Nehmen Sie diese als das, was sie ist, als eine *persönliche* Bemerkung. Nehmen Sie sie aber auch als Ausdruck einer Stimmung, die nicht nur beim Polizeikommandanten vorhanden ist, sondern auch beim Polizeikorps. Der Sicherheitsdirektor ist überzeugt, dass mit einem Entscheid im Sinne von Kommission und Regierung diese Stimmung verbessert werden kann, die Anerkennung auch da ist von Seite des Rats für die grosse und wichtige Arbeit der Polizei. Wenn Sie hier dem Antrag der Stawiko folgen, dann machen Sie Hanspeter Uster natürlich keine Freude. Aber er ist in einem Monat nicht mehr im Amt. Er weiss nicht, wie gross die Freude seines Nachfolgers ist. Er kann sie noch selber mitbestimmen. Aber entscheidend sind auch die motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und der Sicherheitsdirektor dankt dem Rat für seinen weisen Entscheid.

➔ Der stellt sich mit 42 : 31 Stimmen hinter den Antrag von vorberatender Kommission und Regierung, wonach 934.8 Stellen bewilligt werden.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 54 : 3 Stimmen zu.

1046 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE SOZIALHILFE IM KANTON ZUG

Traktandum 4 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. September 2006 (Ziff. 994) ist in der Vorlage Nr. 1395.6 – 12211 enthalten. – Zusätzlich liegen vor: Antrag von Markus Jans zur 2. Lesung (Vorlage Nr. 1395.7 – 12240) und Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1395.8 – 12244).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat in seinem Zusatzbericht beantragt, keine Änderung von § 20 Abs. 1 vorzunehmen.

Beatrice **Gaier** hält fest, dass es bei der 2. Lesung um eine von Felix Häcki geforderte Zusatzabklärung geht und zusätzlich um einen Antrag von Markus Jans zu § 13. Ausserdem um die Abschreibung der CVP-Motion betreffend bessere Zusammenarbeit im Sozialbereich. Die ausführliche Begründung im Zusatzbericht des Regierungsrats ist nachvollziehbar. Deshalb kann der Antrag, auf eine Anpassung zu verzichten, ohne nachteilige Konsequenzen vorbehaltlos unterstützt werden. Diese Empfehlung erfolgt ohne Rücksprache mit der vorberatenden Kommission. Sie empfiehlt, die CVP-Motion gemäss Vorschlag des Regierungsrats abzuschreiben. Dieser Antrag wird von der Stawiko unterstützt. Den genauen Wortlaut finden Sie auf der letzten Seite des Regierungsratsberichts, Vorlage Nr. 1395.1.
Noch eine Bemerkung zu den Medienschaffenden. Die Kommissionspräsidentin findet es schade, dass bei der Berichterstattung zur Teilrevision von SHG und EG ZGB, Vormundschaftswesen, die ursprünglich vorgeschlagene Kompetenzverschiebung von den Bürgergemeinden zu den Einwohnergemeinden sehr stark ins Zentrum gerückt wurde. Leider ging dabei unter, dass durch die in der 1. Lesung gutgeheis-

senen Änderungen zentrale Elemente der Sozialhilfe umgesetzt werden können und insgesamt eine griffigere und zukunftsgerichtete Gesetzgebung vorliegt. Auf Grund von Rückfragen aus der Öffentlichkeit ist davon auszugehen, dass detailliertere Informationen durchaus auf Interesse gestossen wären. – Dieses Votum beinhaltet auch die Meinung der CVP-Fraktion.

Felix **Häcki** hat die Zusatzabklärungen veranlasst und er möchte Brigitte Profos danken für die guten Abklärungen und Erläuterungen. Er wird im Sinne der Regierung stimmen.

➔ Der Rat ist mit dem Antrag der Regierung einverstanden, wonach hier auf Anpassungen verzichtet wird.

Antrag von Markus Jans zu § 13 Abs. 3 (Vorlage Nr. 1395.7 – 12240)

Markus **Jans** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Für die verschiedenen gemeindlichen Fachkonferenzen wie zum Beispiel die Gemeindepräsidenten-Konferenz, die Konferenz der gemeindlichen Finanzchefinnen und Finanzchefs und andere mehr, ist jeweils eine Gemeinde für die Führung des Sekretariats zuständig. In seiner Funktion als Leiter des Sozialamts Zug ist er für das Sekretariat der Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher-Konferenz verantwortlich. Somit ist auch festgehalten, dass sein Vorstoss in enger Zusammenarbeit mit den Sozialvorsteherinnen und Sozialvorstehern erarbeitet wurde.
Grundsätzlich hat es den Votanten gefreut, dass sein Antrag im Vorfeld zur heutigen Sitzung zu Diskussionen geführt hat. Er weiss, dass die meisten Fraktionen den Antrag mit unterschiedlicher Begründung ablehnen wollen. Trotzdem unternimmt er den nicht ganz fachen Versuch, den Rat von der Notwendigkeit dieses Zusatzantrags zu überzeugen. Die Sozialvorsteherinnen- und Sozialvorsteher Konferenz der Zuger Gemeinden SOVOKO ist eine zehnjährige Erfolgsgeschichte. Zur Besprechung von verschiedensten Themen im Sozialbereich trifft sich die SOVOKO ca. vier bis fünf Mal jährlich. Die Vertreterinnen und Vertreter der SOVOKO arbeiten in verschiedenen Fachkommissionen und Arbeitsgruppen mit und präsidieren diese auch teilweise. So zum Beispiel in der Drogenkonferenz, in der Tarifgruppe Langzeitpflege, in der Verwaltungskommission der Alimenteninkassostelle, in der kantonalen Gruppe Langzeitpflege und in verschiedenen anderen Kommissionen. Die Wichtigkeit der SOVOKO als Ansprechpartner der verschiedenen Direktionen des Kantons ist damit deutlich aufgezeigt. Im Sozialbereich hat sich der Kanton im Rahmen des ersten Pakets der Zuger Finanz und Aufgabenreform von der finanziellen Beteiligung zurückgezogen. Damit wurde die Sozialhilfe zur alleinigen Aufgabe der Gemeinden. Parallel dazu musste die SOVOKO im Bereich der Koordination, der Aufgabenerfüllung und Absprache vermehrt Aufgaben übernehmen. Der Kanton hat nur noch – aber immerhin – die Oberaufsicht, wie sie in § 13 des neuen Sozialhilfegesetzes geregelt ist. Daraus abzuleiten, dass eine Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden selbstverständlich sei, kann in gutem Glauben postuliert werden. Wir wissen aber aus Erfahrung, dass dies nicht immer der Fall ist. Gesetze sind auch dazu da, nicht nur den Normalfall, sondern auch die Ausnahmesituation abzubilden. Es könnte durchaus eintreffen, dass auf Grund der heutigen unterschiedlichen finanziellen Interessen zwischen Kanton und Gemeinden der Wille zur Zusammenarbeit

kaum mehr besteht. In dieser Situation ist aus Sicht von Markus Jans ein zusätzlicher Abs. 2 in § 13 sinnvoll und notwendig. Es war und ist dabei nicht seine Absicht, die Zuständigkeiten und oder Entscheidungskompetenzen auf eine untere Ebene zu verschieben. Sondern diese bleiben klar dort, wo sie sind. Auch will er mit diesem Abschnitt keine Mehrkosten verursachen oder der Direktion des Innern zu mehr Personal verhelfen, obwohl diese das durchaus gebrauchen könnte. Letztendlich geht es darum, dass zwei Körperschaften zur Zusammenarbeit im bestehenden gesetzlichen Rahmen verpflichtet werden sollen. Nur am Rande sei vermerkt, dass im Entwurf des Schulgesetzes auch zwei Fachkonferenzen erwähnt werden. In § 62 Abs. 4 heisst es: «Die Direktion für Bildung und Kultur arbeitet mit der Konferenz der gemeindlichen Schulen zusammen.» Und in § 63 Abs. 6: «Das Amt für gemeindliche Schulen arbeit mit der Konferenz der Rektoren der gemeindlichen Schulen zusammen.» Der Antrag des Votanten verfolgt die genau gleichen Ziele. Mit der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden erhalten die Fachkonferenzen der politischen Exekutiven auf Gemeindeebene eine zunehmend wichtigere Funktion, welche auch in den Gesetzen ihren Niederschlag finden soll. Als Nichtjurist kann Markus Jans in seinem Antrag nichts finden, das Schaden weder auf die eine noch auf die andere Seite verursacht. Wenn die Angst besteht, dass sich die Zuständigkeiten mit diesem Antrag verändern könnten, kann dieser Unklarheit mit einem relativ einfachen Zusatz zum Antrag entgegengewirkt werden. Markus Jans beantragt deshalb, seinen Antrag wie folgt zu ergänzen:
«Die Direktion des Innern arbeitet mit der Konferenz der gemeindlichen Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher *im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Grundlagen und Zuständigkeiten* zusammen. (…).»
Er fasst nochmals kurz zusammen:

1. Mit dem Antrag ist nicht beabsichtigt, die Entscheidungskompetenzen nach unten zu verschieben.
2. Der Antrag führt zu keinen finanziellen Mehraufwendungen.
3. Der Antrag führt zu keinem Personalausbau.
4. Der Antrag verpflichtet zur Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden, nichts mehr und nichts weniger.

Der Votant hofft, den Rat mit diesen Ausführungen überzeugt zu haben, und bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Beatrice **Gaier** hält fest, dass sich die vorberatende Kommission nicht nochmals zu einer Sitzung getroffen hat, um diesen Antrag zu beraten. Aus den Rückmeldungen auf eine Mail-Umfrage geht hervor, dass sich eine Mehrheit diesem Antrag anschliessen kann. Die Begründung hat Markus Jans ausgeführt. Die Kommissionspräsidentin verzichtet auf eine Wiederholung und bittet den Rat, den Antrag zu unterstützen. – Mit der nun vorgenommenen Ergänzung ist auch die CVP-Fraktion mit dem Antrag einverstanden und unterstützt ihn.

Maja **Dübendorfer** hält fest, dass die FDP zwar auch der Auffassung ist, dass die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden wie auch zwischen den Gemeinden und zwischen den verschiedenen Sozialstellen gewährleistet werden soll. Aber dass dieser Punkt im Gesetz verankert sein sollte, geht der FDP zu weit. Der vorliegende Antrag ist für uns nun vollends zu detailliert. Die Zusammenarbeit stellt für uns eine Selbstverständlichkeit dar, die darum nicht in einem Gesetz geregelt werden muss. Der aktuelle Abs. 2 von § 13 regelt die Mitwirkung des Kantons zur Genüge.

Somit kann der Kanton die Gemeinden durch Beratung und Koordination unterstützen. Das Gesetz in der aktuellen Form ermöglicht eine gezielte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Amtsstellen – eine Zusammenarbeit, wann und wo sie notwendig ist. Die Verpflichtung des Kantons zur Mitarbeit kann nicht wünschenswert sein. Die aktuelle Formulierung erlaubt sowohl die Mitarbeit als auch den Alleingang der Sozialstellen, abgestimmt auf die jeweilige Situation. Es erlaubt einen bewussten Umgang mit diesem Instrument. Wir sind auch zuversichtlich, dass die gewünschte Qualität erhalten bleibt und keine Einbussen gemacht werden müssen. Dies trauen wir den gemeindlichen Sozialvorsteherinnen voll zu.
Im Zusammenhang mit allfälligen Asyl- und Flüchtlingsfragen entnehmen wir dem Zusatzbericht und Antrag des Regierungsrats, dass auf Bundesebene entsprechende Artikel vorhanden sind. Warum der Kanton hier noch zwischengeschaltet werden soll, ist für uns so nicht nachvollziehbar. Ein weiterer Punkt, der uns zur Ablehnung bewegt, ist, dass wir befürchten, dass damit allfälligen zukünftigen Personalbegehren Tür und Tor geöffnet werden soll, was nicht im Sinne der FDP ist. Die Beratungen beim Polizeigesetz haben klar aufgezeigt, dass zusätzliche Stellen nur mit Anstrengung bewilligt werden und schon gar nicht beim ersten Anlauf. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag von Markus Jans nicht zustimmen, auch wenn wir der Meinung sind, dass eine Zusammenarbeit sehr viel versprechend sein kann.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, möchte im Namen der Regierung festhalten, dass Zusammenarbeit im Sozialbereich wesentlich und unabdingbar ist. Ohne sie könnten planerische und strategische Fragen nicht gelöst werden. Und selbstverständlich ist für die Direktion des Innern die Konferenz der Sozialvorsteher der Gemeinden *der* Ansprechpartner. Es bestehen da auch enge und regelmässige Kontakte. Das wird auch in Zukunft so bleiben müssen, um den vielfältigen und sich verändernden Aufgaben im Sozialbereich gerecht zu werden. Soweit ist die Regierung einverstanden mit der Stossrichtung des Antrags von Markus Jans. Sie hält jedoch dafür, dass im neuen Abs. 2 von § 13 diese Selbstverständlichkeit festgehalten ist. Die Zusammenarbeit ist darin postuliert. Denn nur auf der Basis der Zusammenarbeit sind Unterstützung und Beratung für Gemeinden überhaupt möglich.
Die Direktorin des Innern möchte an dieser Stelle einige Beispiele erwähnen, wo diese Zusammenarbeit auch bestens funktionierte im Interesse der Sachaufgaben. Es ging in letzter Zeit z.B. um die Betreuung von Personen mit einem Nichteintretensentscheid. Es ging um neue SKOS-Richtlinien, welche die Sozialämter als Basis brauchen, um wirtschaftliche Sozialhilfe zu sprechen. Es ging um die Flüchtlingsbetreuung. Es ging um eine Verordnung zum neuen Kinderbetreuungsgesetz. In all diesen Bereichen war die Zusammenarbeit mit der SOVOKO eine Selbstverständlichkeit und sie wird es bleiben müssen.
Deshalb ist die Regierung überzeugt, dass ein neuer Abs. 3 nicht notwendig ist. Sie hält darum am Ergebnis der 1. Lesung fest. Lehnen Sie deshalb bitte den Antrag von Markus Jans ab.

➔ Der Antrag von Markus Jans wird mit 49 : 24 Stimmen abgelehnt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 74 : 0 Stimmen zu.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Regierungsrat, die vorberatende Kommission und die Stawiko beantragen

- Ziffer 1, Teil 1 der Motion (Erhebung der gemeindlichen Angebote) als nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben;
- Ziffer 1, Teil 2 (nicht die Gemeinden betreffenden Teile), Ziffer 2 und Ziffer 3 Bst. a, b und c als erheblich zu erklären und abzuschreiben.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Rat die Motion der CVP-Fraktion vom 20. März 2006 betreffend Erziehungsberatung (Vorlage Nr. 1424.1 – 11986) an der Sitzung vom 28. September 2006 an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen hat.

1047 ÄNDERUNG DES GESETZES BETREFFEND INDIVIDUELLE PRÄMIENVERBILLIGUNG IN DER KRANKENPFLEGEVERSICHERUNG (IPVG)

Traktandum 5 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 28. September 2006 (Ziff. 983) ist in der Vorlage Nr. 1428.5 – 12205 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 48 : 11 Stimmen zu.

1048A KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR DIE WASSERÜBERLEITUNG VON DER NEUEN ZUR ALTEN LORZE IN DER GEMEINDE BAAR

Traktandum 6.1 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Oktober 2006 (Ziff. 1017) ist in der Vorlage Nr. 1445.6 – 12230 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 67 : 0 Stimmen zu.

1048B KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND OBJEKTKREDIT FÜR EINE LORZENAUFWEITUNG IN DER GEMEINDE BAAR

Traktandum 6.2 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Oktober 2006 (Ziff. 1017) ist in der Vorlage Nr. 1445.7 – 12231 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 71 : 0 Stimmen zu.

1049 KANTONSRATSBESCHLUSS ÜBER DIE GENEHMIGUNG DES KONKORDATS DER KANTONE DER NORDWEST- UND INNERSCHWEIZ VOM 5. MAI 2006 ÜBER DEN VOLLZUG VON STRAFEN UND MASSNAHMEN (STRAFVOLLZUGS-KONKORDAT)

Traktandum 7 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Oktober 2006 (Ziff. 1019) ist in der Vorlage Nr. 1460.4 – 12234 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69 : 0 Stimmen zu.

1050 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND AUSTRITT AUS DEM INTERKANTONALEN KONKORDAT ÜBER MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VOM MISSBRÄUCHEN IM ZINSWESEN

Traktandum 8 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Oktober 2006 (Ziff. 1006) ist in der Vorlage Nr. 1461.4 – 12232 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 73 : 0 Stimmen zu.

1051 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND BETEILIGUNG DES KANTONS AM AUSGLEICH ZWISCHEN DEN GEMEINDEN ALS FOLGE FALSCH VERTEILTER KOSTEN BEI DEN KANTONALEN ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN ZUR ALTERS-, HINTERLASSENEN- UND INVALIDENVERSICHERUNG

Traktandum 9 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 26. Oktober 2006 (Ziff. 1016) ist in der Vorlage Nr. 1471.4 – 12233 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 67 : 0 Stimmen zu.

1052 -GESETZ ÜBER DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR
-KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND FESTLEGUNG DER BAHNHALTESTELLEN UND DER KNOTENPUNKTE DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS

Traktandum 10 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1464.1/.2 – 12124/25 und Nrn. 1465.1/.2 – 12126/27), der Kommission für den öffentlichen Verkehr (Nr. 1464.3/1465.3 – 12194) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1464.4/1465.4 – 12195).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Eintreten wegen des materiellen Zusammenhangs zu beiden Vorlagen gleichzeitig erfolgt.

Moritz **Schmid** hält fest, dass die kantonsrätliche Kommission die Vorlagen an ihrer Ganztagessitzung vom 7. September 2006 beraten hat. Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter, Gianni Bomio, Direktionssekretär der Volkswirtschaftsdirektion, Hans-Kaspar Weber, Leiter des Amts für den öffentlichen Verkehr und sein Stellvertreter, Pius Zihlmann, standen uns für Auskünfte zur Verfügung. Das Protokoll wurde von Peter Müllhaupt, juristischer Mitarbeiter der Volkswirtschaftsdirektion, erstellt.
Der öffentliche Verkehr ist Teil des Gesamtverkehrssystems. Der Strassenverkehr und der öffentliche Verkehr sollen sich sinnvoll ergänzen. Gemäss den behördenverbindlichen Vorgaben im kantonalen Richtplan ist das Angebot des ÖV nachfrageorientiert zu planen und zu betreiben. Entsprechend wurde er im Kanton Zug in den vergangen 20 Jahren kontinuierlich und systematisch zu einem attraktiven kombinierten Angebot Bahn und Bus ausgebaut. Dieser Entwicklung wird das alte GöV nicht mehr gerecht. Es regelt den Regionalverkehr der Bahn (Stadtbahn, S1/S2, S-Bahn S9/S21, Regio Freiamt), das Busnetz im Kanton Zug (heute 27 Linien, davon 5 reine Ortsverkehrslinien), die Infrastruktur des ÖV (16 Bahnhöfe, Bahnhaltestellen, 266 Bushaltestellen) und den Tarifverbund. Die finanziellen Aufwendungen hierfür belaufen sich für das Jahr 2006 auf 29,4 Mio. Franken. Der Bahnverkehr (SBB/Interregio) wird im Gesetz nicht geregelt, ebenso der touristische Verkehr (Schifffahrtsbetrieb, Zugerbergbahn).
Die Stadtbahn fehlt im heutigen Gesetz. Das Gesetz ist auf die Zugerland Verkehrsbetriebe AG ausgerichtet. Die Trennung der Bereiche Regional- und Ortsverkehr führte zu unklaren Regelungen in der Praxis und dadurch zu einer ungerechten Verteilung der Finanzierung. Die Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA) verlangt, dass die Finanzströme klar geregelt werden.
Die Grundzüge des neuen Gesetzes sehen keine Unterscheidung zwischen Regional- und Ortsverkehr vor. Der öffentliche Verkehr wird neu als Gesamtsystem betrachtet. Die Vorgaben des ZFA werden umgesetzt. Mit dem neuen Gesetz öffentlicher Verkehr werden die Gemeinden finanziell entlastet. Die Kostenverteilung auf die einzelne Gemeinde erfolgt neu nach Anzahl Haltestellenabfahrten, wobei diejenigen der Stadtbahn doppelt gewichtet werden. Die Kosten für den bestellten ÖV werden zu 80 % vom Kanton und zu 20 % von den Gemeinden getragen. Der Kostendeckungsgrad von bisher 40 % für die ZVB wird neu für das gesamte System angewandt nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit. Der bisherige Auftrag der ZVB wird nicht mehr gesetzlich verbindlich festgelegt, sondern neutral formuliert. Die Beteiligung des Kantons an der ZVB soll jedoch erhalten bleiben. Die ZVB erfüllen ihren Auftrag sehr gut.
Die Gestaltung des Regionalverkehrs war bislang Sache des Kantons, neu erfolgt sie in Rücksprache mit den Gemeinden. Für die Gestaltung des Ortsverkehrs waren die Gemeinden zuständig. Neu erfolgt sie in Rücksprache mit dem Kanton. Der Regionalverkehr wurde bisher zu 75 % vom Kanton finanziert, neu 80 %. Die Finanzierung des Ortsverkehrs oblag bisher den Gemeinden, neu beläuft sie sich noch auf 20 %. 80 % werden vom Kanton getragen. Für den betrieblichen Unterhalt kommen weiterhin die Gemeinden auf. Die Gesamtkosten des ÖV betragen heute für die Gemeinde 11,1 Mio. Franken. Mit der Gesetzesrevision reduzieren sie sich auf 5,5 Mio. Franken.
Der ÖV wird im Allgemeinen von der Kommission als wichtigen Pfeiler im Konzept des Kantons angesehen. Die nötigen Anpassungen können dank dem neuen Gesetz vorgenommen werden. Festgestellt wurde auch, dass der öffentliche Verkehr ein Eckpfeiler der hohen Attraktivität des Lebens- und Wirtschaftsraum Zug ist und bleiben soll. Wenn das weitere Wachstum in unserem Kanton sinnvoll und nachhaltig

bewältigt werden soll, muss der öffentliche Verkehr nachfrageorientiert eine wichtige Rolle spielen.
Für die Kommission war Eintreten unbestritten, sowohl für die Totalrevision des Gesetzes wie auch für den neuen Kantonsratsbeschluss. Bezüglich § 7 schlägt die Kommission eine Ergänzung des regierungsrätlichen Antrags vor. Danach soll der Kanton Anlagen von zentraler Bedeutung neu auch erwerben können. Es wurde bei dieser Ergänzung, welche mit 12 : 0 Stimmen beschlossen wurde, argumentiert, dass der Kanton für zentrale Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs, welche zu Teil Eigentum der ZVB sind, die Möglichkeit haben soll, diese zu erwerben, sofern die ZVB diese an Dritte abgeben will oder allenfalls müsste, weil diese Teile ihres Liniennetzes übernehmen. *Die Kommission stellt den Änderungsantrag, § 7 Bst. d mit dem Wort erwerben zu ergänzen.*
Beim Kantonsratsbeschluss betreffend Festlegung der Bahnhaltestellen und der Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs beschloss die Kommission mit 12 : 0 Stimmen, bei den Knotenpunkten des öffentlichen Verkehrs in der Gemeinde Zug die Haltestelle Schönegg zu ergänzen, womit dokumentiert ist, dass ein Grundangebot der Bahn als öffentlicher Verkehr im Sinne der neuen Gesetzgebung eingestuft wird. Die Gesetzgebung geht davon aus, dass der touristische Verkehr wie die Schifffahrt oder die Zugerbergbahn nicht gefördert beziehungsweise mitfinanziert wird. Mit der Zugerbergbahn werden aber ca. 200 Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Zugerberg sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze am Institut Montana erschlossen. Demzufolge erfüllt die Standseilbahn auch Aufgaben, welche als öffentlicher Verkehr im Sinne von § 1 Abs. 2 Bst. a des neuen Gesetzes einzustufen ist. *Der Änderungsantrag der Kommission lautet, §2 bei Zug mit dem Wort «Schönegg» zu ergänzen.*
Die Kommission beantragt, auf die Vorlagen mit den erwähnten Änderungen einzutreten und ihnen zuzustimmen. – Die SVP-Fraktion unterstützt die Anträge der Kommission und stimmt den Vorlagen grossmehrheitlich zu.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlagen ebenfalls am 7. September beraten hat. Da der öffentliche Verkehr im Kanton Zug eine sehr wichtige Rolle spielt und sich dynamisch weiterentwickelt, begrüsst die Stawiko die Totalrevision dieses Gesetzes. Wir verweisen wie üblich auf unseren Bericht. Zusammenfassend sind folgende Punkte erwähnenswert.
1. Auf Grund der kleinräumigen Verhältnisse im unserem Kanton und der engen Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger ist es aus Sicht der Stawiko folgerichtig, dass der Kanton klar die Führung übernimmt und den öffentlichen Verkehr als Gesamtsystem plant, bewirtschaftet und finanziert.
2. Die Zugerland Verkehrsbetriebe verlieren im neuen Gesetz zwar ihre faktische Monopolstellung. Die Stawiko ist aber klar der Meinung, dass die ZVB auch längerfristig eine Schlüsselrolle in unserem Kanton und unserer Region spielen werden.
3. Die Stawiko nimmt zur Kenntnis, dass die Höhe der Gesamtaufwendungen für den öffentlichen Verkehr gleich hoch bleibt. Im Einklang mit den Vorgaben der ZFA werden aber ab dem Jahr 2008 Kosten in der Grössenordnung von 5,5 Mio. Franken von den Gemeinden auf den Kanton verlagert. Wir verweisen auf die Vorlage zum zweiten Paket ZFA.
4. Die Stawiko begrüsst die Vorgabe eines Kostendeckungsgrades von mindestens 40 %. Mit dieser Vorgabe ist gewährleistet, dass die Kostenentwicklung mindestens teilweise berechenbar bleibt und das Angebot kontinuierlich bezüglich Effizienz und Effektivität hinterfragt wird. Die Möglichkeit, die vorgegebene Limite von 40 % bei

einer Unterschreitung innerhalb spätestens drei Jahren wieder zu erreichen, gibt der Verantwortlichen den notwendigen Handlungsspielraum.
5. Knotenpunkt Schönegg. Aus Effizienzgründen erwähnt der Stawiko-Präsident gleich noch diesen Punkt zur Detailberatung. Die Kommission für den öffentlichen Verkehr beantragt, in der Vorlage 1465.2, §2, bei Zug den Knotenpunkt Schönegg zusätzlich aufzunehmen. Dies hat zur Folge, dass ein Grundangebot der Zugerbergbahn als öffentlicher Verkehr im Sinne der neuen Gesetzgebung eingestuft wird. Dabei muss bei zwölf Kurspaaren mit Kosten bis zu 200'000 Franken jährlich gerechnet werden. Dieser Antrag war, wie Sie unserem Bericht entnehmen konnten, wegen der Folgekosten in der Stawiko stark umstritten. Als Präsident hatte ich die seltene Aufgabe, zu dieser Fragestellung einen Stichentscheid, in diesem Fall ein Ja zum Kommissionsantrag, zu fällen. Auch wenn in diesem Fall jährlich wiederkehrende Mehrkosten zu erwarten sind, ist aus Sicht des Votanten die Faktenlage klar. Gemäss vorliegendem Gesetz (§ 1, Abs. 2a) besteht eine gesetzliche Grundlage, das zwar kleine, aber relevante Wohn- und Arbeitsgebiet auf dem Zugerberg mit dem öffentlichen Verkehr zu erschliessen. Gemäss dem gleichen Paragraphen muss das Kursangebot aber auf «die Verteilung und Dichte der Wohn-, Arbeits- und Ausbildungsplätze» ausgerichtet werden, wobei gemäss §1 Abs. 3 in verkehrschwachen Zeiten auch alternative Betriebsformen eingeführt werden können. Die Stawiko verlangt deshalb, bei Annahme dieser Änderung ein kritisches Hinterfragen der Kursbestellung für den öffentlichen Verkehr auf den Zugerberg.
Gestützt auf diese Überlegungen und unseren Bericht beantragt die Stawiko einstimmig, auf die Vorlage Nr. 1464.2 einzutreten und ihr mit der Änderung der KöV in § 7 Bst. d zuzustimmen; und einstimmig, auf die Vorlage Nr. 1465.2 einzutreten und der Änderung der Kommission für öffentlichen Verkehr in § 2 zuzustimmen.

Eugen **Meienberg** weist darauf hin, dass sich der öffentliche Verkehr und die Projekte in diesem Bereich schneller entwickelt haben als das heute 20-jährige Gesetz über den ÖV. Die Volkswirtschaftdirektion und das Amt für öffentlichen Verkehr haben in den letzten Jahren sehr innovativ gearbeitet. Unser öffentliches Verkehrsnetz ist auf einem guten Stand und wird auch rege genutzt. Sichtbares Resultat dieser weitsichtigen Planung ist die Zuger Stadtbahn. Das Gesetz muss auf Grund neuen Bundesrechts angepasst werden. Ein sehr wichtiger Wechsel in der Vorlage ist, dass nur noch *ein* öffentliches Verkehrsnetz geplant und betrieben wird. Dieses ganze Verkehrsnetz muss einen Mindestkostendeckungsgrad von 40 % erreichen. Dies ist eine ansprechende Hürde. Das Gesetz fokussiert sich nicht mehr explizit auf die Zugerland Verkehrsbetriebe. Für die CVP ist es wichtig, dass wie in der Kommmission und anderswo mehrfach erwähnt, die ZVB trotzdem eine zentrale Rolle behält. Die ZVB leistete und leistet im Kanton und den angrenzenden Gebieten sehr gute Arbeit. Die ZVB ist ein wichtiger Arbeitgeber und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei an dieser Stelle für die täglich guten Dienste gedankt. Schlussendlich ist eine gute Einbindung der ZVB im ureigensten Interesse des Hauptaktionärs, dem Kanton Zug.
Die CVP ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage. Das Gesetz ist zeitgemäss und die neue Aufteilung zwischen Kanton und Gemeinden aufgabengerecht. Ein gemeindliches Mitsprachrecht bei der Festlegung der meisten Haltestellen ist gewährleistet. Der Mindestkostendeckungsgrad von 40 % ist herausfordernd. Dies muss der Regierungsrat auch beachten, wenn er im Rahmen der ZFA in Betracht zieht, Gelder zugunsten des öffentlichen Verkehrs zu streichen. Die CVP wird diesem Gesetz gemäss dem Vorschlag der Kommission zustimmen.

Noch kurz die Meinung der CVP zu der Festlegung der Bahnhaltestellen und der Knotenpunkte. Die CVP befürwortet auch dieses Geschäft und stimmt dem Kommissionsantrag in § 2 mit der Ergänzung des Knotenpunktes Schönegg zu. Eugen Meienberg bittet den Rat, auf das Gesetz einzutreten und es auf einen aktuellen Stand zu bringen, wie es der öffentliche Verkehr im Kanton Zug heute schon ist.

Thomas **Lötscher** erinnert daran, dass die Geschichte des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zug eine Erfolgsstory ist. Er trägt wesentlich zur Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse im Kanton Zug bei. Die FDP-Fraktion anerkennt die Leistungen, die in diesem Bereich in den vergangenen Jahren erbracht wurden. Wir stehen ein für ein konstruktives Miteinander des öffentlichen und des privaten Verkehrs und erteilen dem ideologischen Ausspielen des einen Verkehrsträgers gegen den anderen eine klare Absage. In diesem Sinne unterstützt unsere Fraktion auch die Revision des zwanzigjährigen Gesetzes. Sie erlaubt eine noch feinere Abstimmung des öffentlichen Verkehrs auf die Bedürfnisse unseres Kantons.
Im Einzelnen unterstützen wir die beiden Änderungsanträge der Kommission für den öffentlichen Verkehr. Beim ersten geht es lediglich darum, dass der Kanton zentrale Infrastruktur nicht nur erstellen und betreiben sondern auch erwerben kann. Es ist dies ein nahe liegendes Begehren, das kaum zu Diskussionen führen dürfte und in der Natur der Sache liegt. Der zweite Antrag betrifft den Kantonsratsbeschluss und die Frage, ob die Schönegg ein Knotenpunkt oder das Ende einer Linie sein soll. Die FDP unterstützt wohl die Haltung der Regierung, dass der Kanton nicht für die touristische Erschliessung zuständig sei. Die Zugerbergbahn dient allerdings nicht nur touristischen Zwecken, sondern erschliesst auch über 200 Bewohner und die Arbeits- und Ausbildungsplätze am Institut Montana. Somit ist die Aufnahme ins ÖV-Netz begründet. Das bedeutet eine Aufnahme in den KRB als Knoten. Selbstverständlich geht die FDP von einem Grundangebot der Erschliessung aus, welches die Stosszeiten für Arbeit und Schule abdeckt. Das touristische Angebot ist nicht über den ÖV zu finanzieren. – In diesem Sinn empfiehlt die FDP-Fraktion Zustimmung zu Gesetz und Kantonsratsbeschluss mit den Änderungen der Kommission.

Hansjörg **Hermann** erläutert im Namen der SP-Fraktion ihre Stellungnahme zu den beiden Vorlagen. In die beiden Gesetzesvorlagen sind mehrere wichtige Neuerungen und Änderungen im öffentlichen Verkehr ausgearbeitet worden.
Das aus dem Jahr 1987 stammende und für den öffentliche Verkehr im Kanton Zug richtungweisende Gesetz (GöV) ist den Voraussetzungen, den neuzeitlichen Gegebenheiten und der geänderten Gesetzgebung im Bundesrecht des 21. Jahrhunderts anzupassen. Der öffentliche Verkehr bildet einen wesentlichen Bestandteil für die Attraktivität und die Weiterentwicklung unseres Standortes im regionalen Lebens- und Wirtschaftsraum im Kanton Zug. Die Verknüpfung von Bahn und Bus zu einem eigentlich kombinierten Verkehrs-Verbundsystem im öffentlichen Transportwesen im Kanton ist richtungweisend und hilft mit, dass unser sehr hohes Verkehraufkommen auf der Strasse auf den öffentlichen Verkehr umgelagert werden kann. Als bedeutendste Änderung im neuen GöV ist zu erwähnen, dass der Regional- und Ortsverkehr neu ein Gesamtkonzept im öffentlichen Verkehrsnetz bildet und somit ein eigentliches Synergiepotential generiert werden kann. Das neue Gesetz ist zukunftsorientiert ausgestaltet, modern, leistungsfähig, wirtschaftlich orientiert und entspricht der nachfrageorientierten Politik sowie dem kantonalen Richtplan für den öffentlichen Verkehr. Den Vorgaben des ZFA wird Rechnung getragen.

Durch das neue Gesetz werden die finanziellen Abgeltungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden neu geregelt. Die Abgeltungen für den internen Ortsverkehr in den Gemeinden werden vollumfänglich durch den Kanton übernommen. Dadurch fallen dem Kanton 80 % der Gesamtkosten von 29,4 Mio. Franken für den öffentlichen Verkehr an. Der 20%-ige Anteil, den die Gemeinden neu auszurichten haben, entspricht 5,5 Mio. Franken (nach altem GöV 11,1 Mio.) und der des Kantons neu 22 Mio. Franken (nach altem GöV 17,1 Mio.). Die Kosten für den Tarifverbund im Betrag von 1,9 Mio. Franken werden neuerdings vollumfänglich durch den Kanton übernommen.
Neu ist auch, dass durch den Systemwechsel auf ein öffentliches Verkehrsnetz der Mindestkostendeckungsgrad (KDG) von 40 % für das gesamte Netz zu gelten hat und nicht wie bis anhin nur für die ZVB. Wird der Kostendeckungsgrad unterschritten, sind innert drei Jahren entsprechend ausgewogene und sinnvolle Massnahmen zu ergreifen, um das vorgegebene Limit von 40 % wieder zu erreichen, bzw. zu halten.
Als ein weiteres Hauptziel der Gesetzesrevision ist zu erwähnen, dass das Gesetz unternehmensneutral ausgearbeitet worden ist. Dies ermöglicht anderen Transportunternehmungen, sich am öffentlichen Verkehr zu beteiligen. Das bedeutet aber auch, dass die ZVB ihre bisherige quasi Monopolstellung zu grossen Teilen verlieren wird. Da aber der Kanton und die Gemeinden zu je 45 % Hauptaktionäre sind, ist es von vitalem Interesse, dass sich die ZVB weiterhin im öffentlichen Verkehr positionieren kann. Denn es darf nicht passieren, dass nur marktwirtschaftliche Interessen und deren Forderungen im Vordergrund stehen und die ZVB um ihre Früchte der Aufbauarbeit, die sie in den letzten Jahrzehnten im Dienst der Bevölkerung und der Umwelt erbracht hat, gebracht wird.
Gemäss § 7 im neuen Gesetz dürfen Anlagen von zentraler Bedeutung und Interesse für den Kanton, die sich teilweise im Besitz der ZVB befinden, durch den Kanton erworben werden können. Dies ist wichtig, könnte doch der Kanton bereits bestehende Stützpunkte, bzw. deren Infrastruktur, für den öffentlichen Verkehr sicherstellen und nutzen.
Nach kontroverser Diskussion zwischen den Mitgliedern der Kommission und dem Vorsteher des zuständigen Departements der Regierung über den neu zu bezeichnenden Knotenpunkt Schönegg wurde von den Mitgliedern der Kommission einstimmig beschlossen, diesen Knotenpunkt in das neue Gesetz mit aufzunehmen. Denn der Knoten Schönegg hat nicht nur rein touristische Aufgaben zu übernehmen. Er ist auch Zubringer im öffentlichen Verkehrswesen für die Bewohner und die Internatsschüler auf dem Zugerberg. Die dabei anfallenden Mehrkosten für die zusätzlichen Kurspaare werden keine grundlegende Auswirkung auf den Kostendeckungsgrad haben. Nach Meinung des Votanten wird eher die Attraktivität auf die Anwohner im Gebiet Schönegg, auf den Bus umzusteigen zur Arbeit oder zum Einkaufen in der Stadt, zunehmen, und auch die Auslastung bei der Standseilbahn ZBB im so genannt touristischen Bereich würde sicherlich markant gesteigert werden können.
Fazit: Die SP-Fraktion unterstützt die beiden Gesetzesvorlagen einhellig. Der Kanton ist weiterhin dazu aufgerufen, über das Grundangebot hinaus bei neuen Kursbestellungen diese nicht nur aus einer kurzsichtigen Kosten-Nutzen-Optik heraus zu beurteilen, sondern langfristig planerisch zu denken.
Da dies das letzte Votum Hansjörg Hermanns in diesem Kreis gewesen ist, möchte er dem Rat für die weiteren Sitzungen ein Bonmot mitgeben, welches aus Asien stammt und in seinen Augen sehr viel Wahres enthält: Grosses geht verloren, wenn man sich um Kleinigkeiten zankt. In diesem Sinne wünscht er allen Weitblick, Verantwortungsgefühl und viel Befriedigung in ihrem Tun.

Martin **Stuber** kann vorweg nehmen, dass die Alternativen die Überarbeitung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr grundsätzlich begrüssen und einstimmig für Eintreten sind. Die Überarbeitung ist auf dem Hintergrund der Dynamik des ÖV im Kanton Zug zu sehen. Diese Dynamik ist wichtig und auch nötig! Wenn so viele Menschen auf engem Raum wohnen, arbeiten und manchmal auch ihr Leben geniessen, wie dies im unserem Kanton der Fall ist, kann dies nur mit einem gut ausgebauten, modernen öffentlichen Verkehrsverbund bewältigt werden. Zug ist ein Wachstumskanton. Ohne weiteren und zum Teil substantiellen Ausbau des ÖV-Angebots im Kanton Zug und der angrenzenden Regionen wird der Anstieg des Verkehrsaufkommens in der Wachstumsregion Zug nicht bewältigt werden können. Der Erfolg des Projekts «Bahn und Bus aus einem Guss» mit der Stadtbahn als Rückgrat (und Imageträger!) und der ZVB als Rückgrat im Feinbereich zeigt es: Ein attraktiver öffentlicher Verkehrsverbund zieht! Darauf kann und muss aufgebaut werden. Insofern versteht die AF nicht ganz, dass im neuen Gesetz die Förderung des ÖV als Ziel fallen gelassen worden ist. Im alten Gesetz hiess es nämlich in § 1: «Dieses Gesetz regelt und fördert den öffentlichen Verkehr im Kanton Zug.» Im neuen Gesetz fehlt ein solcher Förderungspassus. Wir werden in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.
Die wichtigsten Verbesserungen im neuen Gesetz sind für die AF die folgenden Punkte:

- Systemwechsel durch die Aufhebung der Unterscheidung in Regional- und Ortsverkehr.
- Klare Kompetenzabgrenzung zwischen Kanton und Gemeinden.
- Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Beteiligung an anderen Dienstleistungserbringern. Das ist wichtig angesichts der zunehmenden Vernetzung des regionalen ÖV-Angebots im Raume Zentralschweiz/Freiamt/Säuliamt/-rechtes Zürichseeufer).
- Schaffung von mehr Bewegungsfreiheit für den Besteller der ÖV-Dienstleistungen durch die unternehmensneutrale Ausrichtung des Gesetzes.

Besonders letzterer Punkt hat allerdings auch eine heikle Seite. Dass in Zukunft nicht mehr die ZVB automatisch als Leistungserbringer fest steht, sondern öffentliche Ausschreibungen über die Vergabe erfolgen, ist durch Bundesrecht vorgegeben. Das Ausschreibungsverfahren darf aber keine Einbusse der heute anerkannt hohen Qualität der Leistungserbringung durch die ZVB bewirken. Und allfällige Preissenkungen oder günstigere Konditionen dürfen nicht auf Kosten der Arbeitsbedingungen und Löhne gehen! Wir haben hier unrühmliche Beispiele aus dem Kanton Graubünden, die uns zeigen, wie es *nicht* gehandhabt werden darf.
Problematisch ist für uns auch der Kostendeckungsgrad. Obwohl er ein starres Korsett ist, das erstens der oben genannten generellen Zielsetzung zuwider läuft und andererseits den mannigfaltigen unvorhersehbaren und nicht im Einflussbereich des Kantons liegenden Zusatzkosten keine Rechnung trägt (als Beispiele seien genannt: Treibstoffpreise, Strompreise, Wegfall Rückerstattung Treibstoffzoll, Infrastrukturabgabe an den Bund, CO2-Abgabe etc. – Zusatzkosten, die zudem sehr plötzlich eintreten können) verzichten wir heute darauf, daran herumzuschrauben. Wir müssen allenfalls darauf gefasst sein, dass die Höhe des Kostendeckungsgrades beim Eintreten solcher Zusatzkosten überdacht werden muss. Immerhin hat die Vernehmlassung dazu geführt, dass im § 1 Bst. b Abs. 5 mit einer etwas umständlichen Formulierung nun ermöglicht wird, zum Aufbau neuer Angebote, die zu Beginn oft einen unterdurchschnittlichen Kostendeckungsrad aufweisen, diesen während dreier Jahre zu unterschreiten. Nur eine Minderheit der Kantone kennt übrigens einen rigiden Kostendeckungsgrad, wie er im Zuger GöV vorgesehen ist.

Zur Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden. Der Kanton Zug kann nicht sinnvoll in Kernstadt-, Agglomerations- und Landgemeinden unterteilt werden. Vielmehr muss oder kann man den Kanton Zug als *eine* Agglomeration auffassen. Insofern ist der Systemwechsel, d.h. die Aufhebung der Trennung zwischen Orts- und Regionalverkehr zu begrüssen. Nichtsdestotrotz stellen sich auf Grund des Gesetzesentwurfs aber Fragen der Koordination zwischen den verschiedenen Körperschaften, präziser: zwischen den Gemeinden und dem Kanton hinsichtlich der Angebotsplanung. Im Gesetzesentwurf nimmt der Kanton jetzt eine dominante Stellung ein. Wie und in welcher Form die Rücksprache zwischen den Gemeinden erfolgen soll, ist unklar und damit auch nicht transparent. Gibt es für die Gemeinden eine Erwartungssicherheit bezüglich ihrer Erschliessung durch den ÖV? Ist ein institutionalisiertes Mitwirkungsverfahren der Gemeinden ausserhalb des kantonalen Parlaments geplant? Wir denken, dass bei der Handhabung des Gesetzes hier auf den neuen Volkswirtschaftsdirektor eine interessante Herausforderung wartet.
Die Anträge der Kommission unterstützt die AF einstimmig. – Schliesslich haben wir noch eine Anregung, die formaljuristisch nicht in dieses Gesetz gehört, aber im weiteren Sinne doch der Förderung des öffentlichen Verkehrs dient. Die Benützung der Busspuren durch die Taxis erscheint uns eine prüfenswerte Massnahme, sind doch Taxis sehr oft das Anfangs- oder Endglied einer Transportkette.

Gregor **Kupper** spricht hier auch als Verwaltungsratspräsident der Zugerland Verkehrsbetriebe AG. Sie erwarten von ihm zu Recht ein Votum aus der Sicht des wichtigsten Leistungserbringers im öffentlichen Verkehr unseres Kantons. Er will in seinen Ausführungen zu den folgenden drei Themen Stellung nehmen: Kostendeckungsgrad, Stellung der ZVB im neuen Gesetz und Tarifverbund
Kostendeckungsgrad. Im neuen Gesetz soll ein Kostendeckungsgrad von 40 % als Minimum festgeschrieben werden. Der Regierungsrat will diesen über alle Unternehmen des ÖV rechnen. Das hat zur Folge, dass die ZVB zwar alles dafür tun kann und wird, den geforderten Kostendeckungsgrad zu erreichen oder gar zu übersteigen. Wenn aber andere Transportunternehmen – z.B. die SBB mit der Stadtbahn – darunter liegen, wird der Regierungsrat Massnahmen treffen müssen. Sollte nun als Folge davon ein Leistungsabbau durch eine Ausdünnung des Angebots erforderlich sein, ist dieser beim Busnetz schneller und einfacher zu realisieren. Die Bedenken der ZVB gehen dahin, dass Busleistungen abgebaut werden, obwohl der vom Gesetz geforderte Kostendeckungsgrad in einem anderen Angebotssegment nicht erreicht wird. Hier werden die Volkswirtschaftsdirektion und das Amt für öffentlichen Verkehr vernünftige und von der Bevölkerung getragene Lösungen präsentieren müssen. Immerhin sieht der Gesetzesentwurf bei einer Unterschreitung des Kostendeckungsgrades eine Frist von drei Jahren für die Wiederherstellung des gesetzeskonformen Zustands vor. Gregor Kupper wird beim Tarifverbund nochmals auf diesen Punkt zu sprechen kommen.
Stellung der ZVB im neuen Gesetz. In vorauseilendem Gehorsam – die Umsetzung der Bahnreform 2 wird in Bundesbern noch viel Zeit in Anspruch nehmen – will die Regierung das neue GöV unternehmensneutral gestalten und die ZVB mit keinem Wort mehr erwähnen, obwohl der Kanton mit den Gemeinden an der ZVB eine wesentliche Mehrheitsbeteiligung hält und diese Interessen nach Meinung des Votanten nicht verstecken muss. Er ist daher dankbar, dass die Regierung, die vorberatende Kommission und die Stawiko wenigstens in ihren Berichten eine klare Stellungnahme zugunsten der ZVB abgegeben haben. Er möchte auch den Vorrednern danken für die Blumen, welche die ZVB einheimsen konnte. Die Regierung muss aber aufpas-

sen, dass sie sich nicht unerwünschterweise selbst in Zugzwang setzt, wenn bei einer Konzessionserneuerung plötzlich Konkurrenten der ZVB eine Ausschreibung des Angebotes verlangen sollten.
Tarifverbund. Hier sollten Sie genau zuhören – es steht dazu sehr wenig in den Berichten. Der heutige Tarifverbund Zug basiert auf einem Vertrag aus dem Jahr 1994 zwischen den Transportunternehmen (ZVB, SBB, ZBB, Postauto) und den Trägern des öffentlichen Verkehrs – hier in erster Linie dem Kanton Zug. Die Einnahmen aus dem Fahrausweisverkauf fliessen in diesen Topf und werden anschliessend auf die einzelnen Transportunternehmen aufgeteilt. Gemäss Vertrag hat bisher der Kanton Zug in diesen Topf als teilweisen Ausgleich für Fahrausweisvergünstigungen einen Pauschalbeitrag von über 2 Mio. geleistet. Zurzeit laufen Verhandlungen über die Neugestaltung dieses Vertrags, welcher gemäss neuem GöV in die Kompetenz des Regierungsrats fällt. Dabei stehen zwei Punkte im Vordergrund:

1. Der Verteilschlüssel soll zulasten der ZVB und zugunsten der übrigen Transportunternehmen leicht verändert werden.
2. Der Kanton will in Zukunft keinen Pauschalbeitrag mehr an den Tarifverbund leisten.

Diese zweite Massnahme hat zur Folge, dass sich der für den Kostendeckungsgrad massgebende Einnahmenanteil massiv reduziert. Die Erreichung eines Kostendeckungsgrades von 40 % wird damit illusorisch. Der aktuelle Finanzplan der ZVB wird durch die wesentlichen Änderungen des neuen GöV und die genannten Massnahmen beim Tarifverbund wie folgt beeinflusst:

- Die Zusammenlegung der Orts- und Regionalbuslinien werden auf Grund des tieferen Kostendeckungsgrades der Ortsbuslinien den Gesamt-Kostendeckungsgrad nach unten drücken.
- Der neue Verteilschlüssel des Tarifverbunds führt zu einer Reduktion des Kostendeckungsgrades der ZVB.
- Der Wegfall des Kantonsbeitrags an den Tarifverbund verschlechtert den Kostendeckungsgrad massiv.
- Als teilweise Kompensation dieser Verschlechterungen sieht der Finanzplan ab 2008 eine Tariferhöhung von 5 % vor.

Trotzdem resultiert bei der ZVB gemäss diesem aktualisierten Finanzplan für die Jahre 2008 bis 2011 nur ein Kostendeckungsgrad von ca. 38,5 %. Was kann nun der Regierungsrat tun, um diesen Satz wieder auf 40 % anzuheben? Nach einer Tariferhöhung ab 2008 wird es nicht möglich sein, in den Folgejahren ohne Ausweitung des Angebots weitere Tariferhöhungen vorzunehmen. Sie haben ja sicherlich mitbekommen, welche Reaktionen die Ankündigung von Benedikt Weibel über die Tariferhöhung bei der SBB ausgelöst hat. Zudem wird sich der Preisüberwacher intensiv mit solchen Massnahmen beschäftigen. Auf Grund des Ergebnisses 2008, welches zirka im April 2009 vorliegt, werden also für das Jahr 2010 höchstens kleine Retuschen im Angebot möglich sein – sprich Ausdünnungen. Wenn dann – was zu erwarten ist – im Jahr 2009 der Kostendeckungsgrad wiederum nicht erreicht wird, haben die Volkswirtschaftsdirektion und das Amt für öffentlichen Verkehr ein hektisches Sommerhalbjahr 2010 vor sich. Die Zahlen liegen im April vor und im Juli muss bereits für das Folgejahr das Angebot stehen. Das wird also eng! Die Ergebnisse 2009 werden im April 2010 vorliegen – die Regierung muss aber für 2011 zwingend den gesetzlich geforderten Kostendeckungsgrad von 40 % herstellen. Da werden einschneidende Massnahmen gefordert sein. Obwohl die Transportunternehmen alles daran setzen werden, die Kostenseite weiter zu optimieren, werden Tariferhöhungen und Angebotsausdünnungen unumgänglich sein. Gregor Kupper wagt bereits heute zu bezweifeln, dass solche Massnahmen vom Parlament und von der Bevölkerung posi-

tiv aufgenommen und einfach geschluckt werden. Aus seiner Sicht ist eine Frist zur Wiedererreichung des Kostendeckungsgrades von 40 % grundsätzlich ein taugliches Mittel, um die Regierung zu zwingen, die Kosten des ÖV im Griff zu behalten. Wie er aber dargestellt hat, sind drei Jahre zu kurz, weil im ÖV relativ lange Planungsphasen nicht zu umgehen sind. Er wird daher in der Detailberatung den Antrag stellen, diese Frist auf fünf Jahre zu verlängern.
Abschliessend hält er fest, dass sich die ZVB der besonderen Stellung im öffentlichen Verkehr der Region Zug bewusst ist und alles daran setzen wird, den ÖV auch in Zukunft wesentlich mitzugestalten und voll dabei zu sein. Wir wollen bei der Umsetzung des GöV und bei der Weiterentwicklung des ÖV im Kanton Zug eine wesentliche Rolle spielen. Wir wissen, dass wir dabei auf die Unterstützung der Regierung, des Parlaments und der Zuger Bevölkerung zählen können und wollen diesen guten Ruf nicht aufs Spiel setzen. Wir unterstützen daher das neue GöV, auch wenn es nicht mehr ein massgeschneidertes ZVB-Kleid ist. Wenn Sie in der Detailberatung dem Antrag auf Verlängerung der Frist auf fünf Jahre zustimmen, ist der Votant überzeugt, dass das Gesetz ein taugliches Mittel für die künftige Gestaltung des ÖV in unserer Region ist.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte dem Rat zuerst herzlich danken, dass dieses neue Gesetz allseitig gute Aufnahme gefunden hat. Es ist tatsächlich so, dass das alte Gesetz der dynamischen Entwicklung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zug nicht mehr genügend Rechnung trägt und gute Rahmenbedingungen nicht mehr ermöglicht. Das neue Gesetz hingegen ist eine gute Grundlage für die Weiterführung und Weiterentwicklung des leistungsfähigen, attraktiven und sehr erfolgreichen öffentlichen Verkehrs im Kanton Zug. Oder um es mit den Worten von Thomas Lötscher zu sagen: Um die Fortsetzung der Erfolgsstory im Kanton Zug zu gewährleisten. Der Volkswirtschaftsdirektor beschränkt sich im Rahmen der Eintretensdebatte auf zwei Punkte, auf die übrigen vorgebrachten Einwände wird er in der Detailberatung Stellung nehmen.
Zuerst zur Frage der Ausschreibung. Es ist im öffentlichen Verkehr keine gesetzliche Pflicht gegeben, dass öffentliche Ausschreibungen vorgenommen werden müssen. Das wird auch nach dem neuen Gesetz über den öffentlichen Verkehr nicht der Fall sein. Es ändert an dieser Ausgangslage überhaupt nichts. Hingegen hat es sich eingebürgert, dass bei neuen Linien, Angeboten oder Konzessionen Ausschreibungen gemacht werden. Mit der Bahnreform 2 wird diese Praxis vermutlich im Gesetz umgesetzt. Aber wie gesagt ändert das nichts daran, dass bestehende Angebote nicht ausgeschrieben werden müssen. Walter Suter möchte in diesem Zusammenhang nochmals das Bekenntnis des Regierungsrats zur ZVB, das er schon im Bericht betont hat, nochmals ausdrücklich bestätigen. Daran wird sich nichts ändern. Und wichtig ist, nochmals darauf hinzuweisen, dass das neue Gesetz die rechtliche Ausgangslage für die ZVB in dieser Beziehung nicht verändert, denn das Bundesrecht wird in jedem Fall vorgehen. Und es ist in diesem Zusammenhang vermutlich verständlich, dass der Kanton Zug diesen vorauseilenden Gehorsam wahrgenommen hat. Es wäre umgekehrt unverständlich, wenn wir ein neues Gesetz machen und die vorliegenden Entwürfe für eine neue Bundesgesetzgebung nicht gebührend berücksichtigen würden.
Gregor Kupper hat die Diskussion um den Tarifvertrag erwähnt. Der Tarifverbund des Kantons Zug besteht seit 1994. Im März 1994 wurde der entsprechende Vertrag geschlossen. Warum diskutieren wir diesen Vertrag? Nicht etwa, weil der Kanton Zug sich hier zurückziehen wollte, sondern ganz einfach deshalb, weil ein wichtiger Ver-

tragspartner, nämlich die SBB, angekündigt haben, dass sie diesen Tarifvertrag kündigen werden auf den Fahrplanwechsel 2008. Warum haben die SBB diese Absicht? Weil sie nicht mehr einverstanden sind mit der Verteilung des Geldes, das in diesen Topf des Tarifverbunds einfliesst. Bis jetzt war es so, dass diese Verteilung nach Pauschalverträgen vorgenommen werden musste, die jedes Jahr neu ausgehandelt wurden. Mit dem Feilschen um diese Beträge sind die SBB nicht mehr einverstanden. Sie wollen, dass neu der Grundsatz gilt – wie in den meisten modernen Tarifverträgen –, dass die Verteilung des Gelds auf Grund der tatsächlichen Benützung der Verkehrsmittel, auf Grund der Personenbefragungen gemacht wird. Und dieses Begehren ist aus unserer Sicht nachvollziehbar. Es geht nicht darum, dass wir da einfach Geld von Seiten der ZVB zu den SBB verlagern möchten, sondern darum, dass eine sachgerechte Lösung gefunden wird.
Der Kanton will sich heraushalten aus dieser Tarifgeschichte. Das ist im Grundsatz richtig. Es geht um Folgendes. Ursprünglich hat sich der Kanton Zug, um die Tarifeinbussen der Transportunternehmen auszugleichen, bereit erklärt, für dieses Delta einen Beitrag zu leisten. Der erste Beitrag im Jahr 2003 waren eine halbe Million Franken. Es ist folgender Mechanismus: Umso mehr Leute den öffentlichen Verkehr benützen, desto grösser wird das angenommene Delta zwischen den Tarifpreisen und den Tarifverbundspreisen. Das Ergebnis ist folgendes: Der Beitrag des Kantons Zug von ursprünglich einer halben Million Franken ist, weil mehr Leute den öffentlichen Verkehr benützen, angestiegen auf rund zwei Millionen Franken. Das Wachstum der Frequenz hat also zur Folge, dass der Kanton Zug mehr einschiessen muss in den Tarifverbund, obwohl eigentlich die Einnahmen entsprechend grösser werden. Und dieser Mechanismus kann aus unserer Sicht nicht weitergeführt werden. Wir sind auch aus Transparenzgründen der Meinung, dass die öffentliche Hand auf *einem* Weg Beiträge leisten soll, nämlich über die Abgeltung. Und nicht verdeckt schon vorab im Tarifverbund. Es ist nämlich so, dass bei der Berechnung des Kostendeckungsgrades dann diese Vorleistung jeweils nicht berücksichtigt wurde. Es geht uns hier also auch um Transparenz, und es ist uns bewusst, dass entsprechend die Abgeltung grösser werden muss. Der Kanton wird letztlich gleichviel bezahlen, aber eben einmalig im Bereich Abgeltung. Wir sind aber weiterhin bereit, Verwaltungskosten für diesen Tarifverbund, gestützt auf die entsprechende Grundlage im Gesetz, zu leisten. Der Volkswirtschaftsdirektor kann auch sagen, dass diese Verhandlungen um die neue Gestaltung des Tarifvertrags, die nicht einfach sind, auf gutem Weg sind und dass sich hier eine Lösung finden lassen wird, die von allen Beteiligten mitgetragen wird. – Er wird nachher zum Kostendeckungsgrad und zu dieser verlangten grösseren Flexibilität noch in der Detailberatung Stellung nehmen.
Also nochmals herzlichen Dank für die breite Zustimmung und Walter Suter ist überzeugt, dass wir einen weiteren wichtigen Schritt für den öffentlichen Verkehr im Kanton Zug leisten, wenn wir heute dieses Gesetz beschliessen.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1464.2 – 12125 (GöV)

§ 1

Martin **Stuber** hat es in seinem Eintretensvotum bereits angekündigt: Aus Sicht der AF müsste der Fördergedanke im Gesetz wieder aufgenommen werden. Wir stellen

deshalb den Antrag, § 1 Abs. 1 wie folgt zu konkretisieren: *Das Gesetz fördert den öffentlichen Verkehr und bezweckt eine kontinuierliche Verbesserung des Modalsplits zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs.* – Diese Verpflichtung leitet sich ja auch aus dem kantonalen Richtplan ab. Es genügt aus unserer Sicht nicht, dass das Gesetz das Bestehende besser regelt – das ist der Fall. Es muss auch die Grundlage für eine weitere Förderung des ÖV sein. Die im Entwurf vorgeschlagene Formulierung mit dem Begriff «nachfrageorientiert» ist uns zu passiv. Es sind nicht in erster Linie Reaktionen auf Nachfrageveränderungen gefragt, sondern proaktive Massnahmen zur positiven Veränderung der Nachfrage. Wie die Wirtschaft ja in verschiedenen Bereichen zeigt, kann die Nachfrage auch geschaffen werden.
Noch etwas zum interessanten Votum von Gregor Kupper. Es wäre gut gewesen, wir hätten das in der Kommission schon gehört. Immerhin ist Gianni Bomio auch im ZVB engagiert. Wir werden den Antrag auf Verlängerung auf fünf Jahre wohl unterstützen. Das Votum von Gregor Kupper zeigt ja genau die Problematik dieses starren Korsetts, wenn man einfach einen bestimmten Prozentsatz beim Kostendeckungsgrad festlegt. Hellhörig machen Martin Stuber die geplanten Tariferhöhungen bei gleichzeitigem Abbau des Angebots. Das ist ein Supergau für den öffentlichen Verkehr. So treiben Sie die Leute weg. Das müssen wir unter allen Umständen verhindern. Die Tariferhöhung bei den SBB sorgt auch schon für sehr böses Blut, obwohl die SBB mit gutem Recht darauf hinweisen können, dass sie einen massiven Ausbau des Angebots hingekriegt haben in den letzten Jahren. Von daher hat der Votant auch ein gewisses Verständnis dafür. Wenn Sie aber das Umgekehrte machen, die Tarife erhöhen und gleichzeitig das Angebot abbauen, ist das wirklich Gift für den öffentlichen Verkehr.

René **Bär** glaubt, Martin Stuber habe eine kleine Bildungslücke. Nach einem Bundesbeschluss sind Strasse und ÖV gleichwertig zu behandeln. D.h. die Grundlage, der ÖV sei zu fördern, wurde explizit gestrichen beim Bund. Der Votant möchte Martin Stuber bitten, keine Forderungen zu stellen, welche vom eidgenössischen Parlament gestrichen wurden.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte den Rat bitten, den Antrag von Martin Stuber abzulehnen und der Fassung von Regierungsrat und vorberatender Kommission zuzustimmen. Es ist überhaupt nicht so, dass der Fördergedanke im neuen Gesetz aufgegeben worden wäre. Verzichtet wurde auf die allgemeine Floskel, das Gesetz solle den öffentlichen Verkehr fördern. Wir haben vielmehr diesen Förderungsgedanken konkretisiert, indem es klar heisst: «Kanton und Gemeinden sorgen nachfrageorientiert für einen attraktiven öffentlichen Verkehr». Gemeinden und Kanton werden verpflichtet, einen attraktiven öffentlichen Verkehr zu gestalten. Der Fördergedanke ist also wirklich konkretisiert. Der Votant wehrt sich vor allem dagegen, dass man diesen Streit zwischen ÖV und Strassenverkehr praktisch ins Gesetz festschreibt. Wir wollen diese Rivalität nicht. Beide Verkehrsformen haben je nach Zweck und Sinn ihren Platz.

➔ Der Antrag der AF wird mit 60 : 12 Stimmen abgelehnt.

§ 1 Abs. 5

Gregor **Kupper** möchte das vorher Gesagte nochmals vertiefen. Vielleicht zuerst zu Walter Suter. Natürlich ist es richtig, dass wir im Moment in sehr intensiven Verhandlungen über den Tarifverbund sind. Und dass diese, wie es aussieht, auch zu einem guten Ende geführt werden können. Der Votant kann auch absolut unterstützen, dass man diese Einnahmen benutzerorientiert umlegt. Auch für ihn ist es grundsätzlich nachvollziehbar, dass sich der Kanton Zug aus der Finanzierung des Tarifverbunds zurückzieht. Nur müssen wir uns über die Folgen dieses Vorgehens bewusst sein! Der bisherige Kantonsbeitrag hat den Kostendeckungsgrad positiv beeinflusst. Wenn wir ihn jetzt streichen und dafür die Abgeltung erhöhen, haben wir diesen Effekt nicht mehr. Und es wird zu prüfen sein, wie sich das auswirkt. Es wird logischerweise zu einer Reduktion des Kostendeckungsrades führen.
Nochmals zu diesen drei Jahren. Wir haben also das Jahr 1, erreichen den Kostendeckungsgrad nicht, und das wissen wir irgendwann im Frühling, Sommer von Jahr 2. Bereits im Juli von Jahr 2 ist aber das Angebot für das Jahr 3 auf die Beine zu stellen. D.h. mit anderen Worten: Von dort weg, wo wir wissen, dass es nicht gereicht hat, bis zur Erstellung des Angebots vergehen vielleicht drei Monate. Und damit erreichen wir dann vielleicht im Jahr 3, dass der Kostendeckungsgrad wieder erreicht wird. Jetzt hat Gregor Kupper aber vorher ausgeführt, dass im Jahr 2008 von einer Tariferhöhung auszugehen ist. Wir werden also für das Jahr 3 (sprich 2010) nicht schon wieder eine Tariferhöhung machen können. Wir werden entsprechend beim Angebot korrigieren müssen. Und das wird furchtbar eng. Jetzt müssen Sie sich aber noch die Folge überlegen! Wir stellen dann vielleicht in diesem Jahr 3 fest, dass es noch immer nicht gereicht hat. Dann ist der Zug abgefahren, wir haben das vierte Jahr auch noch im Minus. Deshalb diese fünf Jahre. Es hat aber auch noch einen anderen Hintergrund. Wir haben vorher Worte gehört wie «dynamische Entwicklung des öffentlichen Verkehrs», dass es da keinen Stillstand geben, sondern vorwärts gehen muss. Wir alle hier im Parlament sind wohl grundsätzlich dafür, dass wir den öffentlichen Verkehr weiter ausbauen müssen für unsere Region. Der Votant erinnert sich da immer wieder an Ausführungen von Hans Marti, unserem Wirtschaftsförderer. Der sagt in seinen Referaten, dass der Ausbau des Verkehrs – und zwar des öffentlichen wie des privaten – vor den Steuerüberlegungen kommt, wenn es um die Standortvorteile von Zug geht. Wir müssen daran denken und uns dessen immer wieder bewusst sein.
Es liegt eine Studie vor mit dem Titel «Feinverteiler 2012». Sie sehen, dass es lange Planungshorizonte sind. In dieser Studie werden Überlegungen angestellt, wie man im Kanton Zug den öffentlichen Verkehr auch für die Zukunft gestalten will. Diese Studie geht ganz klar davon aus, dass ein weiterer Ausbau erforderlich ist. Wenn wir jetzt diesen Handlungsspielraum der Regierung zu stark einschränken nur auf drei Jahre, werden wir uns der Möglichkeiten beschneiden und wegen zu starken Kostenüberlegungen vielleicht nötige Massnahmen nicht ausführen. Wenn wir diese Frist auf fünf Jahre verlängern, geben wir ja der Regierung vom Parlament eigentlich mehr Kompetenzen. Wir schnüren die Regierung weniger ein. Insofern müsste die Regierung eigentlich danken für diesen Antrag, wenn es darum geht, den nötigen Spielraum für künftige Entwicklungen zu schaffen. Der Ansatz für diesen Antrag ist sicher richtig. In Abs. 5 des Paragraphen sollte es im letzten Satz heissen: «…, so dass spätestens in *fünf* Jahren die vorgegebene Limite wieder erreicht wird.» Ein Wort wird ausgewechselt, alles andere bleibt!

Walter **Suter** möchte noch etwas zur Abwesenheit des neuen Volkswirtschaftsdirektors sagen. Er ist nämlich abwesend in seiner neuen Funktion. Er hat eine Aufgabe für den Votanten im Ansiedlungsbereich übernommen. – Zum Kostendeckungsgrad. Walter Suter ist zunächst froh, dass kein Antrag gestellt wurde, ihn zu streichen. Bei der Bearbeitung des Gesetzes waren wir klar der Meinung, dass dies der umstrittenste Punkt sein würde. Ob wir überhaupt einen Kostendeckungsgrad wollen und wie hoch er sein soll. Aber grundsätzlich muss doch festgehalten werden, dass im Bereich des öffentlichen Verkehrs wie in allen Bereichen der Politik der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit eine Rolle sollte spielen können. Und schon im alten Gesetz für die ZVB-Strecken war dieser Kostendeckungsgrad von 40 % festgeschrieben. Wir möchten an diesem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit festhalten und den Kostendeckungsgrad von 40 % weiterführen. Es ist richtig, dass mit der Zusammenführung der Ortsbuslinien zum öffentlichen Gesamtverkehrssystem die Ausgangslage dafür schwieriger ist. Aber immerhin ist festzustellen, dass bereits im laufenden Jahr mit einem Kostendeckungsgrad von 38,6 % gerechnet werden kann. Und dass er nach dem Angebot für das Jahr 2007 auf 39,2 % steigen wird. Wir nähern uns also schon im Vorfeld ziemlich stark diesen 40 %. Richtig ist, was Gregor Kupper sagte, dass wenn der Kanton sich finanziell zurückzieht aus dem Tarifverbund, der Kostendeckungsgrad davon beeinflusst wird. Wir rechnen damit, dass hier ein Effekt von höchstens 2 % eintreten könnte. Dass sich also der Kostendeckungsgrad um höchstens 2 % reduzieren könnte. Das ist mit zu berücksichtigen.
Wie lang soll diese Anpassungsdauer sein, drei oder fünf Jahre? Gregor Kupper hat richtig gesagt, der Volkswirtschaftsdirektor müsse sich nicht dagegen wehren, wenn die Kompetenzen des Regierungsrats vergrössert werden. Auch wenn Walter Suter diese Kompetenz nicht mehr selbst wahrnehmen kann. Aber uns geht es eben doch auch darum, dass dieser Kostendeckungsgrad weiterhin seinen Namen verdient. Und dass es wirklich eine gesetzliche Grenze gibt, die auch funktioniert. Bei fünf Jahren wird das dann schon problematisch. Es ist auch nicht ganz so, wie das Gregor Kupper darstellte, dass man den Kostendeckungsgrad eines Jahres erst weiss, wenn das Jahr abgelaufen ist. Der Votant hat dem Rat vorher den Kostendeckungsgrad für das Jahr 2007 vorausgesagt mit 39,2 %. Das lässt sich auf Grund der Angebote rechnen. Wir sind ja zum Glück weg von der Defizitdeckung. Wir machen Vereinbarungen, welche die Beträge zum Voraus enthalten. Wir wissen voraus für das Jahr 2007, ob wir den Kostendeckungsgrad erreichen oder nicht. Die Reaktionszeit ist also auch bei drei Jahren länger, als das Gregor Kupper dargelegt hat. Walter Suter möchte den Rat deshalb bitten, um die Wirksamkeit des Kostendeckungsgrads nicht zu beeinträchtigen, bei diesen drei Jahren Flexibilität, die der Regierungsrat auf Grund der Vernehmlassungen eingebaut hat, zu bleiben.

➔ Der Rat entscheidet sich mit 37 Stimmen für und 37 Stimmen gegen den Antrag Kupper. Die Vorsitzende gibt ihren Stichentscheid für den Antrag Kupper, wonach die Übergangsfrist auf *fünf* Jahre festgelegt wird.

§ 7

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier der Kommissionsantrag vorliegt, wonach Bst. d im letzten Satz wie folgt ergänzt werden soll: «… erstellen, *erwerben,* betreiben und …». Sowohl Stawiko wie Regierung sind damit einverstanden.

➔ Der Rat ist einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1464.5 – 12272 enthalten.

Detailberatung der Vorlage Nr. 1465.2 – 12127 (Festlegung der Bahnhaltestellen und der Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs)

§ 2

Hans **Christen** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist von Amtes wegen Präsident des Verwaltungsrats der Zugerbergbahn AG und Verwaltungsrat der Zugerland Verkehrsbetriebe. Private Interessen hat er keine.
Der Begriff «öffentlicher Verkehr» umfasst alle Transportunternehmen, die mit eidgenössischer oder kantonaler Konzession Verkehrsleistungen erbringen im Rahmen der Gesetzgebung des Bundes. Im Kern sind das Unternehmen, für die das Eisenbahngesetz, das Transportrecht, die Konzessions- und Fahrplanverordnung und im regionalen Personenverkehr die Abgeltungsverordnung anwendbar sind. Als eidgenössisch konzessioniertes Transportunternehmen erfüllt die Zugerbergbahn diese Vorgaben zu 100 %. Mit einer Betriebsdauer von morgens 6.00 Uhr bis abends 24.00 Uhr, und dies während 365 Tagen im Jahr, erbringt die Zugerbergbahn regelmässige Leistungen im regionalen Personenverkehr. Sie ist ein öffentliches Verkehrsmittel für 225 ständige Einwohnerinnen und Einwohner und für 110 bis 140 regelmässige Pendlerinnen und Pendler zum Arbeits- und Ausbildungsplatz auf dem Zugerberg. Das Institut Montana ist anerkannt als internationale Schule und trägt zu einem wichtigen Standortvorteil für unseren Kanton bei. Die Zugerbergbahn ist Mitglied des Tarifverbundes Zug und somit gilt für diese Bahn ebenfalls der beliebte Zuger Pass. Die Pendlerinnen und Pendler, Schülerinnen und Schüler können mit dem Zuger Pass oder der ganzen Angebotspalette von Fahrausweisen des Tarifverbundes Zug die Zugerbergbahn benutzen, so wie sie auch die Stadtbahn und die Busse der ZVB benutzen können. Die ZBB ist somit ein vollwertiges Glied der zugerischen öffentlichen Verkehrskette.
Die ZBB erfüllt auf Grund der ständigen Einwohnerinnen und Einwohner auf dem Zugerberg die Vorgaben als abgeltungsberechtigte Linie nach den Normen der Abgeltungsverordnung des Bundes. Sie erfüllt ebenfalls die Vorgaben im neuen Gesetz über den öffentlichen Verkehr, § 1 Bst a: «Eine auf die Verteilung und Dichte der Wohn-, Arbeits- und Ausbildungsplätze ausgerichtete Erschliessung und Bedienung aller Gemeinden». Das Fahrplanangebot mit Betriebszeiten, die weit über die so genannte Nachfrage hinausgehen, weist auf die Leistungen im regionalen Personenverkehr (RPV) hin.
Der Verwaltungsrat der ZBB war befremdet und enttäuscht, dass der Regierungsrat die Zugerbergbahn AG als Mitglied des Tarifverbunds nicht direkt zur Vernehmlassung für dieses neue Gesetz eingeladen hat. Sie hat dann von sich aus an der Vernehmlassung teilgenommen. Die vorgenannten Begründungen fanden in der Kantonsratsvorlage jedoch keine Erwähnung. Sie wurden ignoriert. Als Mitglied der Kommission für den öffentlichen Verkehr wollte Hans Christen das Anliegen der ZBB einbringen. Alle anwesenden Kommissionsmitglieder haben diese Begründungen verstanden und unterstützt. Der Änderungsantrag, § 2 bei *Zug* nach *Postplatz* mit

Schönegg zu ergänzen, wurde von der Kommission mit 12 : 0 Stimmen gutgeheissen.
Die zwölf vorgegebenen Seilzüge, welche die Stawiko in Frage stellt, sind nicht aus dem Hut gezaubert. Der Betriebsleiter der Zugerbergbahn kann aus seiner Erfahrung am besten beurteilen, was öffentlicher Verkehr und was Freizeitverkehr ist. Es wurden je vier Seilzüge am frühen Morgen, am Mittag und am Abend, welche die Zugerbergbahn an Werktagen als Leistungserbringerin für den öffentlichen Verkehr erbringt, berechnet. Auf Grund dieser Leistung hat die ZBB dem Amt für öffentlichen Verkehr eine Richtofferte über 200'000 Franken unterbreitet. Von diesem Betrag müsste dann die Stadt Zug wiederum 20 % oder 40'000 Franken leisten, wie es in der Vorlage Nr. 1461.1 auf S. 2 umschrieben ist. In den Berichten der vorberatenden Kommission und der Stawiko wurde dies nicht beachtet. Zusätzlich bezahlt die Stadt Zug dann immer noch einen jährlichen Defizitbeitrag von ca. 420'000 Franken für Familien, Spaziergänger, Wanderer, Skifahrer, Langläufer oder einfach Erholungssuchende unseres ganzen Kantons als Zentrumsfunktionsleistung, und dies seit jetzt genau 100 Jahren! Diese Aufzählung gilt selbstverständlich auch für unsere geschätzten weiblichen Fahrgäste.
Naherholung und Sportangebote für unsere Bevölkerung nur als touristisches Angebot zu klassieren, ist auch etwas gesucht. Auf den Kostendeckungsgrad von 40 % hat dies keine Auswirkungen, wie das vom Amt für öffentlichen Verkehr bereits berechnet und bestätigt wurde. Der Votant ersucht den Rat, den Antrag der vorberatenden Kommission und der Stawiko ebenfalls zu unterstützen. Sie anerkennen damit die Zugerbergbahn als regelmässigen und zuverlässigen Leistungserbringer und Mitglied des Tarifverbundes Zug im regionalen Personenverkehr im Kanton Zug. Diese Anerkennung hätte sie eigentlich schon seit Jahrzehnten verdient.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** möchte zuerst richtig stellen, dass wir das Anliegen der Stadt Zug, bzw. der Zugerbergbahn AG nicht völlig ignoriert haben. Wir haben ihm nicht entsprochen, uns aber im Bericht damit auseinandergesetzt (S. 26/27). Wir waren anderer Meinung, aber von Ignorieren könnte nur die Rede sein, wenn wir das Anliegen nicht aufgenommen und uns nicht argumentativ damit auseinandergesetzt hätten. Das ist nicht der Fall!
Walter Suter kann dem Rat aber sagen, dass die Regierung sich nicht weiter widersetzt, dass Schönegg hier als Knotenpunkt aufgenommen wird. Immerhin teilen wir die Meinung der Stawiko, dass wir hier wirklich nur das Grundangebot berücksichtigen können, das gefahren wird für die Bewohner des Zugerbergs. Wir haben das noch einmal abgeklärt. Es sind insgesamt etwa 142 Personen, die dauernd im Einzugsbereich der Zugerbergbahn Wohnsitz haben. Und von den Schülerinnen und Schülern des Instituts Montana ist natürlich der Grossteil intern. Sie benützen also die Zugerbergbahn nicht jeden Tag. Das Schwergewicht der Aufgabe der Zugerbergbahn *ist* ein touristisches und nicht die Erschliessung als öffentlicher Verkehr. Aber zugegeben: Wenn wir das mit verschiedenen Ortsbuslinien im Kanton Zug vergleichen, kann man sagen, dass hier ein Grundangebot auch berücksichtigt werden soll. Der Regierungsrat schliesst sich deshalb diesem Antrag an, aber ausdrücklich auch mit dem Willen, dass man dieses Grundangebot definiert und das bei der Definition eher restriktiv beurteilt wird.
Der Volkswirtschaftsdirektor möchte im gleichen Paragraphen bei Cham noch einen Antrag stellen. Dort gibt es den Knotenpunkt *Städtlerallmend*. Beim Fahrgastinformationssystem ist es nicht möglich, diesen Namen aufzunehmen, weil er zu viele Buch-

staben hat. Im Einvernehmen mit der Gemeinde Cham möchten wir das ändern zu *Chamerried.* Hoffentlich entsteht hier keine allzu grosse Opposition.

➔ Der Rat ist sowohl mit der Ergänzung durch *Schönegg* wie auch mit dem Ersetzen von *Städtlerallmend* durch *Chamerried* einverstanden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 74 : 0 Stimmen zu.

Die Beratung wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

75. SITZUNG: DONNERSTAG, 30. NOVEMBER 2006
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14.00 – 17.15 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

1053 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 76 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri, Zug; Martin B. Lehmann, Unterägeri; Manuel Aeschbacher, Cham; Andrea Erni Hänni, Steinhausen.

1054 MOTION VON THOMAS LÖTSCHER BETREFFEND «NOTFALLKONZEPT FEINSTAUB»

Traktandum 2 – Thomas **Lötscher**, Neuheim, hat am 2. November 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1491.1 – 12243 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Motionär nach Rücksprache einverstanden ist, den Bericht dem Regierungsrat auf ordentlichem Weg zu überweisen und nicht auf sofortige Behandlung zu beharren.

Thomas **Lötscher** hält fest, dass der Grund, weshalb er sofortige Behandlung beantragte, in den letztjährigen Erfahrungen liegt, als aus heiterem Himmel Tempolimits von höchst fragwürdigem Nutzen eingeführt wurden, und daraus abgeleitet in der Befürchtung, dass es dieses Jahr wieder geschehen könnte. Der Votant misst den Regierungsrat nur an seinen eigenen Worten. Als es um Tempolimiten auf Grund der Ozonbelastung ging, schrieb er bezüglich Zwangsmassnahmen: «Allerdings müssten diese landesweiten Massnahmen von der Politik, der breiten Öffentlichkeit und der

Wirtschaft getragen werden». Es ist anzunehmen, dass diesbezüglich zwischen Ozon und Feinstaub kein Unterschied besteht. Bei Massnahmen, die von Umweltdirektoren hinter verschlossenen Türen ausgebrütet und per Pressemitteilung kommuniziert wurden, kann keine Rede davon sein, dass sie von der Politik, der breiten Öffentlichkeit und der Wirtschaft getragen würden.
Die Regierung macht geltend, für die Vorbereitung auf die Sofortbehandlung wäre die Zeit zu knapp und die Materie zu komplex; weshalb Entscheidgrundlagen fehlten. Verblüffend: Um dieses Notfallkonzept abzusegnen, reichten sowohl Zeit als auch Entscheidgrundlagen. Um es öffentlich zu vertreten, reichen sie aber nicht mehr. Man mag argumentieren, eine sofortige Behandlung stelle nicht sicher, dass vor der Behandlung der Vorlage keine so genannten Notmassnahmen ergriffen würden. Das stimmt grundsätzlich: Der Regierungsrat könnte gegen den parlamentarischen Willen Massnahmen durchboxen und seine eigene Glaubwürdigkeit untergraben, denn noch im Oktober 2005 erachtete er «Notmassnahmen im Kanton Zug nicht aktuell».
Eigentlich möchte Thomas Lötscher nicht, dass die Diskussion über die Sofortbehandlung intensiver wird als jene über die materiellen Punkte. Nachdem er bereits einer Verschiebung dieser Traktanden auf die heutige Sitzung zugestimmt hat, kann er deshalb noch folgenden Kompromiss offerieren: Wenn sich der Regierungsrat heute verpflichtet, innert einer verkürzten Frist von drei Monaten dem Kantonsrat Bericht und Antrag zum Motionsbegehren vorzulegen – und der Votant hat Signale erhalten, dass dies auf Grund geleisteter Vorarbeiten realistisch sei – ist er bereit, den Antrag auf sofortige Behandlung zurück zu ziehen. Auf Grund des Legislaturwechsels ist er bereit, die drei Monate auf den Zeitraum bis zur März-Sitzung des Kantonsrats aufzurunden.
Sie werden festgestellt haben, dass Thomas Lötscher von gewissen Notmassnahmen nicht viel hält. Er möchte aber nochmals betonen, dass er von niemandem verlange, dass er seine Meinung teilt. Aber er findet, dass wir es der Bevölkerung, die wir vertreten, schuldig sind, dass diese Massnahmen, die von vielen als unnötige Freiheitsbeschränkungen empfunden werden, in einem offenen politischen Prozess verhandelt und entschieden werden. Falls die Regierung so sehr von der Qualität dieser Massnahmen überzeugt ist, kann sie sich gelassen der Diskussion stellen und einen allfälligen Parlamentsentscheid abwarten, bevor sie das nächste Mal mit allenfalls filterlosen Dieselfahrzeugen die 80er-Tafeln auf den Autobahnen verteilt. Der Votant appelliert deshalb an die Regierung, auf Zwangsmassnahmen mindestens so lange zu verzichten, bis das Thema parlamentarisch aufgearbeitet ist.
Nun ist Thomas Lötscher gespannt auf die Antwort des Baudirektors zu diesem Angebot – und auf die Kürze seiner Ausführungen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** empfiehlt dem neuen Baudirektor, diese Vorlage Ende März in den Kantonsrat zu bringen. Er sollte die ganze Geschichte anfangs Januar anschauen können. Im Februar haben wir Ferien – also mit Ende März ist der Votant einverstanden.

Jean-Pierre **Prodolliet** ist in der Kommission gewesen, welche die Geschäftsordnung behandelt hat. Und diese ist ja dann schlussendlich nicht erneuert worden. Nachträglich gab es wieder Vorlagen betreffend die GO. Dort gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine ist die, dass der Antrag an den Regierungsrat überwiesen wird und dieser ein Jahr Zeit hat, um sie zu beantworten. Die andere Möglichkeit ist, den Antrag für eine sofortige Behandlung zu stellen. Diese beiden Möglichkeiten gibt es

und nichts dazwischen. Aber genau das möchte Thomas Lötscher. Die Motion einbringen und an irgendwelche Bedingungen knüpfen. Das ist nach Meinung des Votanten nicht akzeptabel. Soviel zur Sache des Verfahrens.
Materiell möchte Jean-Pierre Prodolliet auch noch etwas dazu sagen, da sich der Motionär ebenfalls materiell geäussert hat. Sein Anliegen ist zuerst einmal fragwürdig und vielleicht sogar bundesgesetzwidrig. Es gibt das Bundesgesetz über den Umweltschutz. Das ist ein sehr umfangreiches Gesetz und es ist schwierig, da abzuklären, was gesetzwidrig ist und was nicht. Und dann haben wir unser kantonales EG USG. Dort heisst es ganz klar, dass der Regierungsrat zuständig ist für Massnahmen bei der Frage der Luftreinhaltung. Und wenn Thomas Lötscher sagt, es müsste von der Wirtschaft und weiss nicht was ausgetragen werden, so ist das nicht im Sinne unseres Gesetzes. Der Regierungsrat ist zuständig, weil wir in der wichtigen Frage der Luftreinhaltungsverordnung eine Regelung brauchen, mit welcher der Staat wirklich handlungsfähig ist. Und wenn die Regierung entscheiden kann, so können die Regierungen verschiedener Kantone miteinander Massnahmen beschliessen. Auf diese Art können wir überhaupt Massnahmen bei der Luftreinhaltung wirklich realisieren. Was Thomas Lötscher will, ist gesetzeswidrig und in der Sache ein harter Angriff auf die Luftreinhaltung und zudem auch eine Zwängerei. Denn es ist nicht viel mehr als ein Jahr her, da haben wir das EG USG geändert. Das Thema ist damals schon zur Diskussion gestanden und das EG USG nicht entsprechend geändert worden.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** meint, es könne niemals etwas dagegen haben, wenn der Baudirektor freiwillig erklärt, dass das bis Ende März vorliegt. Vermutlich wird übrigens der neue Baudirektor erklären, die Motion solle nicht erheblich erklärt werden. Vermutlich wird er auch den Satz des Votanten wiederholen: Gott bewahre unseren Kanton vor 80 Regierungsräten!

➔ Die Vorsitzende fasst zusammen, dass es keine sofortige Überweisung gibt, sondern eine normale Überweisung an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag. Dieser erklärt, dass er den Bericht so bearbeitet, dass die Motion bis Ende März im Kantonsrat behandelt werden kann.

1055 ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE ENTSCHÄDIGUNG DER NEBENAMTLICHEN BEHÖRDENMITGLIEDER (NEBENAMTSGESETZ)

Traktandum 11 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1425.1/.2 – 12006/07), der Kommission (Nrn. 1425.3/.4 – 12159/60) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1425.5 – 12173).

Karl **Nussbaumer** hält fest, dass die Kommission die Vorlage an einer Nachmittagssitzung am 19. Juni 2006 beraten hat. Finanzdirektor Peter Hegglin vertrat das Geschäft aus Sicht der Regierung. Unterstützt wurde er von Martina Meienberg, Leiterin des Personalamts, sowie von deren Stellvertreterin Claudia Fitz. Die bisherige Regelung zur Entschädigung für das Aktenstudium der Mitglieder von kantonsrätlichen Kommissionen beruht auf eine langjährige Praxis, aber sie wurde nie im Gesetz verankert. Weiter gab es in letzter Zeit immer wieder Diskussionen über Kurzsitzun-

gen, z.B. Kommissionssitzungen vor der Kantonsratssitzung. Mit der Vorlage, die wir heute beraten, erfüllt der Regierungsrat Anliegen aus dem Kantonsrat, die Entschädigungen präziser zu erfassen. Die Höhe der Ansätze orientiert sich an der bestehenden Regelung. Die Ausgangslage sowie die Gründe für die Notwendigkeit einer Gesetzesanpassung sind im Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 4. April 2006 (Vorlage Nr. 1425.1 -12006) ausführlich beschrieben. In unserem Auftrag erstellte die Finanzdirektion eine Zusammenstellung über die Regelung der Kommissionsentschädigungen in den Nachbarkantonen Zürich, Luzern, Uri, Schwyz und Aargau. Sie haben alle diese Tabelle auch bekommen und ersehen daraus, dass überall unterschiedliche Entschädigungen gelten. Interessant ist, dass alle keine Entschädigung bezahlen für das Aktenstudium und, bis auf den Kanton Aargau, auch keine für die Ausarbeitung von Berichten.
Basis der Detailberatung vom 19. Juni 2006 bildeten die Revisionsvorschläge des Regierungsrats. Unser Finanzdirektor wies anlässlich der Kommissionssitzung darauf hin, dass sich der Regierungsrat bei der Erarbeitung der Vorlage zurückgehalten und die Höhe der bestehenden Ansätze belassen, aber auf neue Zeiteinheiten umgerechnet habe. Die Kommission war einverstanden, dass für die Entschädigung der Mitglieder kantonsrätlicher Kommissionen, für das Aktenstudium und Berichterstattung eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, und ist deshalb einstimmig auf die Vorlage eingetreten.
Schwerpunktmässig hatte sich unsere Kommission mit folgenden drei Bereichen zu befassen:

- Soll die Sitzungspauschale für Kommissionssitzungen pro Halbtag beibehalten oder soll auf stunden- oder halbstundenweise Entschädigungen gestückelt werden?
- Sollen beim Präsidium die Entschädigungsansätze für die Berichterstattung und das Aktenstudium gleich hoch sein?
- Soll die Entschädigung der Kommissionsmitglieder für das Aktenstudium gesetzlich geregelt werden, und wie hoch soll sie sein?

In der Diskussion wurde die bisherige halbtägige Sitzungspauschale als unbefriedigend erachtet. Dies namentlich im Hinblick auf die daraus resultierende Praxis, dass auch Sitzungen von kürzester Dauer jeweils als Halbtagessitzungen deklariert werden. Deshalb wurde die von der Regierung vorgeschlagene Entschädigung pro halbe Stunde grundsätzlich begrüsst. Damit bei Kürzestsitzungen der zeitliche Aufwand für die An- und Abreise berücksichtigt werden kann, entschied man sich für einen unabhängig von der effektiven Sitzungsdauer zu entschädigenden Zeitsockel von zwei Stunden. Bei Kommissionssitzungen vor und nach Kantonsratssitzungen allerdings soll der Zeitsockel von zwei Stunden nicht zur Anwendung kommen, weil ja die Wegstrecke nicht zusätzlich ins Gewicht fällt.
In der regierungsrätlichen Vorlage ist vorgesehen, in Abs. 2 das Aktenstudium für das Präsidium und die Mitglieder der ständigen Kommissionen sowie für das Präsidium der nicht ständigen Kommissionen mit je Fr. 24.50 pro halbe Stunde zu entschädigen. Ferner sollen gemäss Abs. 3 die Ausarbeitung von Kommissionsberichten sowie die Erfüllung besonderer Aufträge, soweit es sich nicht um amtliche Missionen handelt, mit je 43 Franken pro halbe Stunde vergütet werden.
Wir halten jedoch dafür, dass die Entschädigungen für Präsidium und Mitglieder neu in je einem separaten Absatz zusammengefasst werden sollen. Zudem erachten wir den vom Regierungsrat errechneten Ansatz von Fr. 24.50 pro halbe Stunde, sofern es um die Zusatzarbeiten des Kommissionspräsidiums geht, als zu tief. Der in der Vorlage der Regierung aus § 5 Abs. 2 des bestehenden Nebenamtsgesetzes übernommene Begriff der «amtlichen Missionen» ist unseres Erachtens nicht klar defi-

nierbar und deshalb im neuen § 5 ersatzlos zu streichen. Überdies sehen wir aus Kostengründen vom Einbezug der nicht ständigen Kommissionen ab.
Unser Vorschlag für § 5 lautet somit:
Abs.1 Für Sitzungen von kantonsrätlichen Kommissionen beziehen:
a) das Präsidium für Sitzungen bis 2 Stunden Fr. 176.-, darüber hinaus Fr. 44.- pro halbe Stunde.
b) die Mitglieder für Sitzungen bis 2 Stunden Fr. 104.-, darüber hinaus Fr. 26.- pro halbe Stunde.
c) Sitzungen vor und nach Kantonsratssitzungen werden pro halbe Stunde gemäss den Ansätzen a) und b) entschädigt
Abs.2 Für das Präsidium der Kommissionen beträgt die Vergütung für die Ausarbeitung von Kommissionsberichten, Aktenstudium, Berichterstattung sowie für besondere Aufträge Fr. 44.- pro halbe Stunde.
Abs.3 Für die Mitglieder der ständigen Kommissionen beträgt die Vergütung für das Aktenstudium Fr. 26.- pro halbe Stunde.
Die Kommission ist sich bewusst, dass auch mit den von ihr vorgeschlagenen Lösungen letztlich nicht alle Details geregelt werden können. Das liegt jedoch in der Natur der Sache, zumal die Entschädigungen für politische Nebenämter nur schwer messbar und noch viel weniger nachprüfbar sind. Zu erwähnen ist, dass es eine rege Diskussion darüber gab, wie zwischen ständigen und nicht ständigen Kommissionen bzw. Kommissionen mit Dauerauftrag zu differenzieren sei. Kontrovers wurde beispielsweise darüber diskutiert, ob folgende Kommissionen als ständige Kommissionen zu gelten haben oder nicht: Strassenbaukommission, Kommission für Wasserbau und Gewässerschutz, Raumplanungskommission. Man kam hierbei zum Ergebnis, dass man es bei der bisherigen Regelung belassen möchte. In diesem Sinne wurden in der Schlussabstimmung die Änderungen der regierungsrätlichen Vorlage mit den Änderungen der Kommission einstimmig angenommen.
Nach einer Mailumfrage hat sich die Mehrheit unserer Kommission ganz klar gegen die grosszügigen Vorschläge der Stawiko ausgesprochen und wir beantragen, die Änderungsvorschläge der Stawiko abzulehnen. Wir sehen nicht ein, warum die Stawiko hier so grosszügig umgehen will. Wir sind klar der Meinung dass wir keine Berufspolitiker sind und die von uns vorgeschlagenen Ansätze angemessen und als politischer Kompromiss angesehen werden können. – Die vorberatende Kommission, beantragt, auf die Vorlage einzutreten und ihr mit den Änderungen der vorberatenden Kommission zuzustimmen.
Auch die SVP-Fraktion ist für Eintreten. Leider konnte der Kommissionspräsident seine Fraktion trotz guten Argumenten nicht vom Kommissionsvorschlag überzeugen und eine grosse Mehrheit der SVP-Fraktion wird den Antrag der grosszügigen Stawiko unterstützen.

Peter **Dür** betont, dass diese Vorlage nicht gerade zu seinen Favoriten gehört. Sie war auch nicht der Favorit der Stawiko. Wir haben uns schwer getan mit diesem Geschäft und zwei Mal darüber beraten. Wir sind auch heute nicht glücklich mit den verschiedenen Vorschlägen. Wir waren uns bewusst: Wenn wir tiefer gehen, heisst es, wir seien knauserig. Jetzt bleiben wir eigentlich beim heutigen Ansatz und sind schon grosszügig. Und hätten wir z.B. die nichtständigen Kommissionen rein genommen, wären wir wahrscheinlich jenseits von gut und böse. Das Problem ist: Über die eigene Entlöhnung zu entscheiden, fällt schwer. Und eigentlich müsste ein grosser Teil dieses Rats, der nächstes Jahr auch wieder dabei ist, seine Interessenbindung bekannt geben.

Vom Grundsatz her war es wichtig, dass der Finanzdirektor dieses Geschäft gebracht hat. Es ist wirklich eine Altlast. Er hat uns gefragt in der Stawiko, ob er das bringen solle. Wir haben gesagt: Unbedingt, sehr wichtig, es braucht eine Rechtsgrundlage und es geht neben der Vergütung des Aktenstudiums auch darum, die leidige Sache mit diesen Kurzsitzungen sauber zu regeln. Die Regierung ging von einem kostenneutralen Ansatz aus. Sie hat gesagt, die erweiterte JPK komme dazu und wir müssten das irgendwie kompensieren. Und darum würde eine relevante Reduktion der bisher geltenden Stundenansätze resultieren für die Mitglieder der Kommission, nicht aber für die Präsidenten. Das ist aus Sicht der Stawiko nicht richtig. Wir haben den Vorschlag eines einheitlichen Ansatzes von 44 Franken gemacht für Mitglieder *und* Präsidium. Man kann ja nicht erklären, warum jetzt der Präsident für die genau gleiche Arbeit mehr bekommen soll als ein Mitglied der Kommission. Was uns natürlich auch gestört hat, war die Übersicht, die uns Peter Hegglin gezeigt hat. Das sind zwar reine Schätzungen, grosse Erfahrungswerte hat man nicht. Aber es könnte eine Kostensteigerung von bis zu 70'000 Franken resultieren, wenn wir sehr viele Geschäfte hätten und sehr rege aufschreiben würden. Und das stört natürlich die Mitglieder der Stawiko sehr. Denn es ist nicht unser Stil, solche Entscheide zu fällen.
Unser Wunsch wäre eigentlich, dass man das nochmals an die vorberatende Kommission zurück gibt und diese Vorlage nochmals genau überarbeitet wird. Und zwar geht es um Folgendes: Der Kommissionspräsident hat es ja schon gesagt; heute schreiben wir einfach eine Zahl drauf, z.B. 20 Stunden erweiterte Stawiko. Niemand kann das plausibilisieren, auch der Präsident nicht. Er muss stempeln und unterschreiben, kann es aber nicht plausibilisieren. Wir müssen hier eine Lösung finden, die transparent und sauber ist. Da soll uns die Verwaltung ein entsprechendes Hilfsmittel dazu geben. Wir könnten uns vorstellen, dass dann die Anzahl der gemeldeten Stunden doch deutlich herunter kommt und es gar nicht zu einer Kostensteigerung kommt. Was man auch überlegen könnte: Es gibt leichte, mittlere und sehr komplexe Geschäfte. Dass man einmal sagt, was das Maximum an Stunden ist bei den entsprechenden Geschäften. Dass wir auch hier einen Plafond haben, der vor solchen Kostensteigerungen schützt. All dies sind Fragen, die jetzt nicht geregelt sind. Sie sehen, warum wir uns so schwer getan haben. Sie können unseren Vorschlag kritisieren. Der Stawiko-Präsident akzeptiert das. Aber er findet auch die Kommissionslösung nicht ausgegoren. Die richtige Lösung wäre: Rückweisung an die Kommission, und zwar zur Überarbeitung von § 5 Abs. 2 und 3. Peter Dür stellt den Antrag, das zu tun.

Beat **Villiger** ist überrascht von dieser völlig neuen Situation. Er hat das Gefühl gehabt, dass Regierung und vorberatende Kommission das Ziel hatten, eine möglichst gerechte und letztlich einfach zu handhabende Entschädigungs-Reglementierung zu schaffen. Mit ein paar Abstrichen ist dies auch gelungen. Aber wenn vor allem jetzt die Stawiko einen neuen Aspekt hinein gebracht, indem jetzt wirklich eine Zwei-Klassen-Kommissions-Kultur entsteht, ist es wirklich gut, wenn man das noch einmal anschaut. Wir haben z.B. nachher ständige und nichtständige Kommissionen. Die Mitglieder der ständigen Kommission können ihren Aufwand zu Hause, die Vorbereitungen in Rechnung stellen, dazu gehören auch die erweiterte Stawiko und die erweiterte JPK. Das war bis heute nach Erachten des Votanten noch nicht so. Andere Kommissionen, die auch wichtig sind, aber den Titel der ständigen Kommission nicht haben, werden dann schlechter behandelt. Insofern ist auch Beat Villiger der Meinung, dass man gut daran täte, diese Situation nochmals zu beurtei-

len. Hoffentlich kann sich der Präsident auch damit einverstanden erklären, das Geschäft nochmals in die Kommission zurück zu nehmen. – Eigentlich hat die CVP-Fraktion beschlossen, dass man den Kommissionsvorschlag samt dem Antrag der Stawiko unterstützt, die neue Situation konnte aber nicht diskutiert werden.

Regula **Töndury** hält fest, dass die FDP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage ist, welche eine gesetzliche Grundlage für die Entschädigung des Aktenstudiums schaffen soll. Sie unterstützt den Vorschlag der vorberatenden Kommission, bei Kurz- und Kürzestsitzungen einen minimalen Zeitsockel von zwei Stunden anzusetzen, da bei einem Milizparlament jeder sich diesen Halbtag vorgängig reservieren muss. Mit der halbstündigen Abrechnung vor und nach KR-Sitzungen sind wir ebenfalls einverstanden. Wir möchten jedoch § 5 Abs. 2 und 3 an die Kommission zurückweisen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Wir sehen nicht ein, wieso Präsidium und Mitglieder verschiedene Stundenansätze erhalten sollen.
2. Es besteht Handlungsbedarf in der detaillierten Erfassung der Stunden, da offenbar bei der Abrechnung des Aktenstudiums sehr grosse Diskrepanzen bestehen.
3. Wir sehen nicht ein, wieso bezüglich Aktenstudium zwischen ständigen und nichtständigen Kommissionen ein Unterschied bestehen soll.

In dieser Form hat die Änderung des Gesetzes keine Logik und soll deshalb von der Kommission nochmals überarbeitet werden in den obgenannten Punkten.

Käty **Hofer** ist auf den unerwarteten Verlauf der Diskussion nicht vorbereitet. Aber die SP-Fraktion kann dem Gesetz zustimmen in der Version der Kommission mit der Ergänzung der Stawiko. Die inhaltlichen Aspekte mit Terminfreihalten und Zweistundensockel muss die Votantin nicht wiederholen. Da sind wir uns einig. Das betrifft Abs. 1 gemäss der Kommission. Aber warum soll jetzt das Geschäft wieder zurückgeschickt werden? Hüten wir uns doch vor Überreglementierungen! Die Kommissionspräsidenten der ständigen Kommissionen haben ja die Übersicht über die abgerechneten Stunden; sie können das vergleichen und Mitglieder, die übermarchen, darauf aufmerksam machen. Abgesehen davon ist es ja auch nicht verboten, dass die Präsidenten der ständigen Kommissionen einmal miteinander reden über diese Abrechnungen. Machen wir doch hier kein Büro auf, sondern verabschieden wir diese Vorlage!

Rosemarie **Fähndrich Burger** hält fest, dass die AF für Rückweisung des Geschäfts gemäss Antrag des Stawiko-Präsidenten ist. Sollte die Vorlage nicht zurückgewiesen werden, begrüsst die Fraktion die Anträge der vorberatenden Kommission. Diese hat sich seriös und grundlegend mit den Anliegen auseinandergesetzt. Die ausgearbeitet, differenzierte Art der Entschädigung für unsere nebenamtliche Tätigkeit überzeugt an und für sich, allerdings mit den Einwänden, die Peter Dür vorgebracht hat. Wir haben auch in der Kommission zu zweit den Antrag gestellt, das Geschäft nochmals zurückzuweisen, sind aber nicht durchgekommen. Die vorberatende Kommission ist mit ihren Anträgen zu einem überzeugenden Schluss gekommen. Auf Unverständnis sind innerhalb unserer Fraktion die Anträge der Stawiko gestossen. Warum ist die ansonsten stets auf striktes Sparen bedachte Stawiko mit sich selber nun plötzlich derart grosszügig? Ist ein Stundenansatz von 52 Franken für reines Akten-

studium nicht bereits ein anständiger Ansatz? Alle üblichen kantonsrätlichen Tätigkeiten, seien es die monatlichen Sitzungen oder die Kommissionssitzungen, gehen in etwa von diesem Honoraransatz aus. Unseres Erachtens ist jede kantonsrätliche Tätigkeit gleichwertig und soll dementsprechend gleich entschädigt werden.

Heini **Schmid** würde es unterstützen, wenn diese Angelegenheit an die vorberatende Kommission zurückgewiesen würde. Ausgehend vom Votum des Stawiko-Präsidenten stellt sich ja wirklich die Frage der Kontrollierbarkeit dieser Aufwendungen für das Aktenstudium. Der Votant glaubt nicht, dass irgendein Kommmissionspräsident Lust hat, seine Mitglieder zu kontrollieren und zu sagen: Da hast Du jetzt ein wenig viel gemacht! Er würde darum vorschlagen, dass die Kommission einen pauschalen Ansatz für das Aktenstudium in Erwägung zieht. Dass man z.B. sagt: Pro Sitzungsstunde gibt es eine halbe Stunde Aktenstudium oder eine Stunde. Das muss man dann abklären mit der Stawiko. Dann hat man eine pauschalisierte Entschädigung. Es entfällt jede Kontrolle. Es wird administrativ viel einfacher. Und das wäre sicher der richtige Weg. Heini Schmid erinnert sich an die Diskussion in seiner Fraktion. Früher wurde explizit der Ansatz erhöht für das Sitzungsgeld. Und man hat damals gesagt: Damit sei das Aktenstudium integriert. Die Preise haben sich verändert. Entweder integriert man es gleich ins Sitzungsgeld, oder es wäre vielleicht noch klarer, dass man sagt: Es gibt einen pauschalen Aktenstudiums-Ansatz. Dann würden wir der Verwaltung und den Präsidenten viel Arbeit erleichtern.

Karl **Nussbaumer** ist etwas überrascht wegen der Rückweisung und nicht darauf vorbereitet. Er als Kommissionspräsident kann darüber nicht entscheiden; das Parlament muss das tun. Also müssen wir darüber abstimmen. Und wenn wir das Geschäft zurückweisen, werden wir das selbstverständlich in der Kommission nochmals überarbeiten.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hält fest, dass diese Vorlage auch für den Regierungsrat sensibel ist. Schliesslich sind wir ja hier in diesem Rahmen die Beaufsichtigten. Sie sind die Beaufsichtigenden und wir diskutieren die Summe, die Sie erhalten sollen für ihre beaufsichtigende Tätigkeit. Und als Beaufsichtigte Ihnen vorzuschreiben, wie viel Sie dafür erhalten sollen, ist schon ein wenig heikel und schwierig. Und deshalb haben wir uns bei der Erarbeitung der Vorlage daran gehalten, es möglichst so auszugestalten, wie es bis jetzt Praxis war. Und Zustände, die zu Diskussionen Anlass gaben, möglichst zu bereinigen.
Und da möchte der Votant beginnen mit den Kürzestsitzungen, die man ja jetzt mit dem Zeitsockel von zwei Stunden geregelt hat. Dort kann sich auch der Regierungsrat anschliessen. Es ist ja auch hier kein Problem. Dieser Bereich ist geregelt. – Zur Entschädigung des Aktenstudiums, vor allem um die Höhe. Es geht auch um die Frage, wie die Stunden erhoben werden. Und da macht es vielleicht Sinn, wenn Peter Hegglin ein wenig in die Geschichte geht, zurückblickt und erläutert, wie es dazu gekommen ist. Da haben wir festgestellt, dass schon 1960 Entschädigungen ausbezahlt wurden für die Stawiko, die JPK und die Redaktionskommission. Auch damals schon gab es immer wieder Diskussionen über die Stundenerfassung und über die Plausibilisierung der Stunden. Auch damals hatten die Kommissionspräsidenten und die jeweiligen Mitglieder ihre Mühe, genau festzusetzen, wie viele Stunden das effektiv waren. Das führte dann dazu, dass man 1993/94 das neue, jetzt

noch gültige Nebenamtsgesetz einführte. In den Materialien zu diesem Gesetz ist ganz klar festgehalten, dass man damals die Sitzungsgelder angepasst hat, aber immer noch im Sinn, dass die KR-Tätigkeit eine ehrenamtliche Miliztätigkeit ist und nicht voll entschädigt wird. Aber damals setzte man die Sitzungsgelder fest mit 307 Franken für das Präsidium und 184 Franken für die Mitglieder pro Sitzung. Klar jetzt die Teuerung von rund 10 % auf diesen Tarifen. Es ist überall geschrieben, dass damit jegliche Vorbereitungszeit und das Aktenstudium abgegolten seien und dazu nichts Zusätzliches ausbezahlt werde. Ausgenommen ist die Ausarbeitung der Kommissionsberichte für den Präsidenten aller Kommissionen mit einem Stundenansatz von 86 Franken. Das wurde 1993/94 so definiert. Und siehe da, dieses Gesetz fasste in der Praxis eigentlich nicht Fuss, sondern unabhängig von diesen neuen Formulierungen wurde weiterhin für die erwähnten Kommissionen auf entsprechende Anregung hin das Aktenstudium weiterhin ausbezahlt. Und zwar bis heute. Und als man die JPK auf 15 Mitglieder erweiterte, kam die Frage, ob diese Kommission jetzt auch entschädigungsberechtigt sei für das Aktenstudium. Man stellte fest, dass die Praxis und die rechtliche Grundlage auseinander klaffen. Deshalb kam unser Vorschlag, dass man das Gesetz so anpasst, dass für die ständigen Kommissionen das Aktenstudium vergütet wird.
Bei der Wahl der Ansätze haben wir uns auch am Nebenamtsgesetz orientiert. Wir haben geschaut, was die nebenamtlichen Richter für ihre Tätigkeit erhalten. Dort gibt es die Unterscheidung zwischen Referententätigkeit und Berichterstattung und Aktenstudium. Die nebenamtlichen Richter haben für die Referententätigkeit 86 Franken und für das Aktenstudium 49 Franken. Das haben wir dann für die ständigen Kommissionen mit unseren Ansätzen so abgebildet. Die vorberatende Kommission ist dem gefolgt und hat die Ansätze so übernommen. Mit dem Vorschlag der vorberatenden Kommission wäre das Nebenamtsgesetz weiterhin etwa in sich stimmig. Wenn Sie dem Antrag der Stawiko folgen würden, müsste sich die Regierung überlegen, ob man auf die 2. Lesung hin allenfalls für die nebenamtlichen Richter den Stundenansatz auch korrigieren müsste, damit es in sich wieder gewährt wäre.
Heute ist jetzt mehrfach der Antrag gestellt worden, das Geschäft an die Kommission zurück zu geben. Wenn Sie das beschliessen, nehmen wir das als Auftrag entgegen. Peter Hegglin weiss aber nicht genau, in welche Richtung wir gehen sollen. Als wir dieses Gesetz ausarbeiteten, hatten wir auch keinen klaren Auftrag, in welche Richtung wir gehen sollen. Sollen in Zukunft alle Kommissionen ihr Aktenstudium entschädigt haben oder nicht? Oder weiterhin nur die ständigen Kommissionen? Oder soll man das über die Pauschale zur Erfassung der Stunden korrigieren? Wenn dieser Auftrag zurückgeht, wäre der Finanzdirektor froh, wenn klarer zum Ausdruck käme, in welche Stossrichtung die Vorlage überarbeitet werden soll. Sonst möchte er dem Rat beliebt machen, die Vorlage so zu beschliessen, wie sie vorliegt, und die bis jetzt gültige Praxis mit der entsprechenden Rechtsgrundlage zu verfestigen. Geben Sie uns einen klaren Auftrag, damit wir wissen, wie wir vorgehen sollen!

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass mehrmals der Antrag gestellt wurde, § 5 Abs. 2 und 3 an die Kommission zurück zu weisen. Sie möchte den Rat zuerst darüber abstimmen lassen, und da es nur um Abschnitte geht, braucht es dazu nur das einfache Mehr.

➔ Der Rat beschliesst mit 55 Stimmen, § 5 Abs. 2 und 3 an die Kommission zurück zu weisen.

Die **Vorsitzende** schlägt vor, in diesem Fall den Rest der Vorlage fallen zu lassen und darüber erst zu beraten, wenn diese Absätze überarbeitet sind. Denn es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen den Abs. 1, 2 und 3.

➔ Der Rat ist einverstanden.

1056 KANTONSRATSBESCHLUSS ÜBER EINEN ZUSATZKREDIT FÜR DEN NEUBAU DES ZENTRALSPITALS IN BAAR

Traktandum 12 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1478.1/.2 – 12182/83), der Kommission (Nr. 1478.3 – 12224) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1478.4 – 12225).

Karl **Betschart** weist darauf hin, dass uns der Zusatzkredit für den Zentralspital von 12,785 Mio. Franken zum Glück nicht an die Grenzen des finanziell Ertragbaren bringt. Zwischenzeitlich bewilligte der Regierungsrat am 14. November 2006 nun den Notstandskredit von gesamthaft 1'732'000 Franken, welcher selbstverständlich im geforderten Zusatzkredit integriert ist. Der Kommissionspräsident hat in seinem Bericht auf S. 9 unter 2.2 bereits darauf hingewiesen.
Es ist doch erstaunlich, welche medizinischen Fortschritte und Entwicklungen allein in den letzten drei Jahren seit Annahme des Objektkredites Zentralspital durch den Kantonsrat und das Zuger Stimmvolk eingetreten sind:

- Es sind geänderte hygienische Anforderungen und die Qualitätssicherung der Reinigungsprozesse, welche zwingend eine Bettenzentrale erfordern.
- Wegen des Auftretens von infektiösen Krankheiten wie SARS, Vogelgrippe, Ebola-Virus und andere muss die Haustechnik des Spitals mit komplexen elektrischen und elektronischen Steuerungen nachgerüstet werden, damit eine Isolation der Keime garantiert und die hohen Luftwechselraten ermöglicht werden.
- Auf Grund von veränderten Vorgaben, aber auch in Folge neuer medizinischer Eingriffsmethoden muss die elektrische Leitfähigkeit der Bodenbeläge in gewissen Räumen erhöht werden (Dialysestation, Endoskopie, Multifunktionsraum etc).
- Die gestiegenen Patientenfrequenzen namentlich im Bereich der Geburtshilfe erfordern eine Erhöhung der Bettenzahl in der Maternité um sechs Betten sowie zusätzliche Verdichtungen von Räumen und Flächen an verschiedenen anderen Orten.
- Auf Grund der rasanten Tendenz zu immer mehr Digitalisierung in den Spitälern und der technologischen Entwicklung bei den Endgeräten muss die Gebäudeverkabelung nachgerüstet werden.

Dass diese Entwicklungen eine Anpassung des ursprünglichen Projektes notwendig machen, mag wohl niemand ernsthaft bestreiten. Erstaunlich für den Votanten ist denn auch nicht die Tatsache, dass derartige Entwicklungen eintreten können, son-

dern der Umstand, dass diese nicht vorgesehen wurden, und zwar weder von den zugezogenen Spitalplanern noch von den für das Betriebskonzept verantwortlichen Fachpersonen des Zuger Kantonsspitals. Karl Betschart versteht das ganz einfach nicht. Die Rolle und die Verantwortung der Spitalplaner wie auch der sich abwechselnden fünf Spitaldirektoren ist diffus und wird wohl nie richtig geklärt werden. So oder anders macht es den Anschein, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden, die – zumindest teilweise – hätten vermieden werden können. Soviel zur Qualität des Entscheidungsprozesses.
Was den formellen Entscheidungsablauf betrifft, so hat der Kommissionspräsident bereits in seinem Bericht und Antrag darauf hingewiesen, dass die Delegation der Bewilligungskompetenz für Unvorhergesehenes vom Regierungsrat an den Lenkungsausschuss sowohl aus Sicht der Projektaufsicht wie auch aus ordnungspolitischer Optik völlig falsch war. Die Delegation erfolgte entgegen der klar deklarierten Zuständigkeitsregelung im damaligen Kreditbeschluss. Immerhin hat der Regierungsrat aus diesem Fehler gelernt und die notwendigen Schlüsse gezogen. Für den Geschmack des Votanten hat er allerdings sehr lange zugewartet, bis er das Heft selbst in die Hand nahm. Erst Ende 2005 ergriff der Regierungsrat Massnahmen, und dies obschon der Lenkungsausschuss bereits per Ende September 2004 Projektoptimierungen von rund 3 Mio. Franken bewilligt hat. Ob bzw. wie weit diese Informationen von der Projektleitung, Baudirektion, dem Lenkungsausschuss und der Zuger Kantonsspital AG hinauf zum Regierungsrat damals gespielt haben, entzieht sich der Kenntnis Karl Betscharts. Immerhin scheinen die Ausführungen unter Ziff. 2.5 und Ziff. 5.1 im Bericht und Antrag des Regierungsrats darauf hinzudeuten, dass die interne Kommunikation innerhalb der Projektorganisation verbesserungswürdig war. Er hofft, dass auch hier inzwischen die notwendigen Schlüsse gezogen wurden.
Wie im Bericht erwähnt, hat die Spitalkommission die Plausibilität der einzelnen Zusatzkreditpositionen geprüft und hinterfragt. Die Kommission nahm die guten und ausführlichen Begründungen zu den einzelnen Positionen zufrieden stellend zur Kenntnis. Insbesondere zeigte sie sich auch damit einverstanden, dass ein neuerlicher Betrag von 4 Mio. Franken für Unvorhergesehenes eingestellt wird. Zuzugestehen ist, dass die ursprüngliche Reserve von knapp 3 % für dieses Projekt auf Grund des heutigen Wissensstandes zu eng bemessen worden ist. Heute zeigt sich, dass wir bei den Kosten bei der andernorts üblichen Kennzahl von 1 Mio. Franken pro Bett angekommen sind.
In der Schlussabstimmung wurde der Vorlage, wie vom Regierungsrat vorgelegt, seitens der Kommission für Spitalfragen einstimmig zugestimmt. – Der Kommissionspräsident kommt zum Dank. Vorab dankt er allen Mitgliedern der Kommission für Spitalfragen für die hervorragende Zusammenarbeit in diesen sachlichen Auseinandersetzungen. Dem Regierungsrat dankt er für die transparente Vorlage, wie sie von der Kommission verlangt wurde. Dank für die fachliche Begleitung unserer Kommission gehört dem Baudirektor, dem Gesundheitsdirektor aber auch dem Kantonsbaumeister, dem Gesamtprojektleiter, dem Direktionssekretär der Gesundheitsdirektion sowie dem Spitaldirektor der Zuger Kantonsspital AG. Zusammen mit der Kommission ermahnt der Votant all die Verantwortlichen dazu, mit der Reserve von 4 Mio. Franken behutsam und weise umzugehen. Ein neuerlicher Zusatzkredit würde das neuerdings geschaffene Vertrauen in die Regierung effektiv und nachhaltig zerstören. Mit dem neuen Zentralspital, so wie es jetzt mit dem Zusatzkredit aufgegleist ist, erhalten wir ein funktionstüchtiges, leistungsfähiges und modernes Zentralspital, welches das vom Regierungsrat am 7. November 2006 verabschiedete Leistungsprogramm der Zuger Kantonsspital AG auf lange Sicht erfüllen kann und den Erwartungen gerecht wird, welche die Patientinnen und Patienten aus unserer Region an ein

neues Zentralspital richten. – In diesem Sinne hofft Karl Betschart, dass der Rat den Antrag der Kommission für Spitalfragen unterstützen wird und somit den Zusatzkredit bewilligt.

Gregor **Kupper** wurde von der Stawiko bestimmt, dieses Geschäft zu vertreten, weil sich der Stawiko-Präsident als leitender Arzt am Kantonsspital nicht dem Vorwurf der Parteilichkeit oder Befangenheit aussetzen wollte. – Sie haben zu diesem Geschäft bereits viel und ausführlichen Lesestoff erhalten. Zudem hat der Präsident der Spitalkommission eben das Geschäft nochmals ausführlich vorgestellt. Der Votant verzichtet daher auf die Wiederholung des schon Geschriebenen oder eben Ausgeführten und nimmt zu einigen ihm wesentlich scheinenden Punkten Stellung.
Es ist sehr ärgerlich, dass wir nun nach dem vielen Hin und Her doch über einen Nachtragskredit für den Spitalneubau befinden müssen. Ärgerlich ist aber auch, dass die Regierung so lange – zu lange – an der Aussage festgehalten hat, dass es ohne Nachtragskredit geht. Wir – Regierung *und* Parlament – tun gut daran, uns voll dafür einzusetzen, dass wir mit dem ganzen Vorgehen die Glaubwürdigkeit bei unserem Stimmvolk nicht verlieren. Es ist Sache der Regierung, mit einer guten Kommunikation diesen Schaden in Grenzen zu halten.
Gregor Kupper sieht allerdings auch einen positiven Aspekt: Dank dem knappen Kredit wurde in der Ausführungsphase wirklich jede Änderung oder Projekterweiterung zweimal hinterfragt. Der knappe Kredit hat sicher zur Folge gehabt, dass zwischen absolut Erforderlichem und einfach Wünschbaren klar unterschieden wurde. Es ist anzunehmen, dass damit erheblich Geld gespart werden konnte.
Bei den ganzen Sparübungen in der Projekt- und Bewilligungsphase sind Fehler passiert. Zuviel eben doch Erforderliches fiel dem Rotstift zum Opfer. Die ganzen Massnahmen waren zwar gut gemeint, haben aber offensichtlich am Ziel vorbeigeschossen. Der Kredit für Unvorhergesehenes wurde für ein solches Projekt eindeutig viel zu tief angesetzt. Wir haben daraus für künftige Projekte zu lernen und die nötigen Schlüsse zu ziehen.
Wenn wir die Kosten inklusive Nachtragskredit pro Bett rechnen, liegen wir noch immer im Schnitt von vergleichbaren Objekten. Wir leisten uns also trotz Nachtragskredit keinen Luxus. Wir wurden in der Stawiko darüber informiert, dass die Mehrinvestitionen eher eine Senkung als eine Erhöhung der Betriebskosten zur Folge haben.
Die von der Regierung für die Realisierung solcher Projekte gewählten Organisationsstrukturen sind zu hinterfragen. Bekanntlich gibt es bei uns immer eine bestellende Direktion – hier die Gesundheitsdirektion – und eine ausführende Direktion – die Baudirektion. Weitere Beteiligte kommen dazu, hier die Spitaldirektion, der Totalunternehmer etc. Es ist zu überlegen, ob da nicht zu viele Schnittstellen entstehen. Die Regierung ist aufgefordert, dieses System im Hinblick auf künftige Bauprojekte zu überprüfen.
Der Stawiko wurde glaubhaft versichert, dass auf Grund des Standes der Arbeitsvergebungen definitiv abgeschätzt werden kann, dass der nun zu bewilligende Nachtragskredit tatsächlich ausreicht. Wir halten uns an diese Aussagen.
Abschliessend möchte Gregor Kupper auf die letzte Seite des Stawiko-Berichts hinweisen: Der Kanton baut das Spital auf einem Grundstück, das ihm noch gar nicht gehört. Die Stiftung Pflegezentrum verweigerte – zumindest bis zum Zeitpunkt der Stawiko-Sitzung – den Eintrag im Grundbuch, weil noch Differenzen bei den Benützungsgebühren für das Parkhaus bestehen. Er bittet die Regierung um Auskunft über den aktuellen Stand dieser leidigen Angelegenheit. – Die Stawiko beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Max **Uebelhart** erinnert daran, dass der Regierungsrat tatsächlich «bis zum Frühling 2006» davon ausging, dass der budgetierte Betrag von 5 Mio. für Unvorhergesehenes reichen sollte, zumal die Zuger Kantonsspital AG mit 2,45 Mio. für die vom Regierungsrat abgelehnten Projektoptimierungen einsprang. Zusätzlich wirft die Stiftung Liebfrauenhof in verdankenswerter Weise auch noch eine Spende von 900'000 Franken ein. Neue Projektoptimierungen werden u.a. von jedem Spitaldirektor vorgeschlagen. Und heute ist bereits der fünfte an dieser Position. Die Spitalkommission wurde, wenn auch äusserst zögerlich, über den Verzehr der 5 Mio., d.h. der ursprünglichen Reserve, informiert. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte der Regierungsrat mindestens dazu stehen müssen, dass es ohne zusätzliche Mittel nicht gehen wird. Angeblich erst im April 2006 wurde der Regierungsrat über eine drohende Kostenüberschreitung in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig monierte das Zuger Kantonsspital, dass es zusätzliche Gelder für Spitaleinrichtungen benötige. In der Folge mussten Hochbauamt und Gesamtprojektleitung die Zusatzkreditvorlage entwerfen. Im August wurde auch die Spiko über die Notwendigkeit und das zeitliche Vorgehen informiert. Sie forderte eine sehr detaillierte und gut begründete Vorlage. Ebenso verlangte sie das Einhalten des vorgelegten Zeitplans. Anlässlich ihrer Sitzung anfangs Oktober hat die Spiko die einzelnen Positionen im Detail angeschaut und wo nötig auch erklären lassen. Die Fragen wurden fundiert beantwortet, ausser dort wo es eigentlich keine gibt, nämlich beim schlichtweg Vergessenen! Der Bau schreitet planmässig voran. Ein Baustopp kommt für die CVP analog der Stawiko nicht in Frage. Wir nehmen auch Kenntnis von den beschlossenen Ausgaben mit Notstandcharakter. Das Spital muss im Frühsommer 2008 fix fertig sein, damit das Ganze während mehrer Wochen erprobt werden und dann am 30. Aug. 2008 auch bezogen werden kann.
Fazit: Die Reserve war zwar eindeutig zu tief, der Regierungsrat liess sich jedoch selbst sehr spät aus der Reserve locken. Die CVP stimmt dem Zusatzkredit mehrheitlich zu im Wissen, dass wir uns damit immer mehr der in Expertenkreisen immer wieder geäusserten Zahl von 1 Mio. pro Spitalbett nähern.

Regula **Töndury** hält fest, dass sich die FDP-Fraktion hinter den Zusatzkredit stellen kann – nicht mit grosser Begeisterung, aber die Tatsache akzeptierend, dass eine Kostenüberschreitung bei einem derart komplexen Bauvorhaben unvermeidlich ist. Ein Spitalbau ist ein sehr komplexes Projekt. Das Gesundheitswesen ist schnelllebig und das Tempo des technologischen und medizinischen Fortschrittes enorm. Die Möglichkeiten der Diagnostik und Therapie sind ständigen Neuerungen unterworfen. Alle Beteiligten sind kontinuierlich gefordert, und offensichtlich war die Einschätzung der Fachleute zu den Kosten zu optimistisch. Alle wollen den Fortschritt, alle wollen – speziell wenn sie krank sind – davon profitieren, und das kostet. Während der Bau- und Planungsphase sind neue Erkenntnisse dazu gekommen. Wurde man doch plötzlich mit der Ausbreitung ungewohnter, gefährlicher, infektiöser Krankheiten konfrontiert, welche wichtige Anpassungen notwendig machen, was natürlich mit Zusatzkosten verbunden ist.
Die Vorlage des Regierungsrats ist transparent, die Notwendigkeit der einzelnen Zusatzkosten verursachenden Positionen ist offen und klar ausgewiesen. Es hat sich gezeigt, dass die Reserve mit 5 Mio. zu tief angesetzt wurde, was uns eigentlich allen schon damals bewusst war. Natürlich kann die Frage, was medizinisch notwendig oder nur wünschbar ist, immer kontrovers diskutiert werden. Trotz der Genehmigung des Zusatzkredits bleiben die Baukosten pro Bett noch immer *unter* dem schweizerischen Durchschnitt. – Die FDP-Fraktion kann sich einstimmig hinter den

Zusatzkredit von 12, 785 Mio. stellen – wollen wir doch alle ein modernes und funktionstüchtiges Zentralspital, welches den heutigen medizinischen Anforderungen genügt.

Anton **Stöckli** hält fest, dass die SVP-Fraktion die Vorlage eingehend beraten hat und zusammengefasst zu folgendem Schluss kommt. Ausschlaggebend für die Notwendigkeit des Nachtragskredits für das grösste Hochbauvorhaben in jüngster Zeit sind nicht in der Ausführung des Projekts zu suchen, sondern in der Planung. Es sind Fehleinschätzungen gemacht worden und die Kantonsspital AG hat Positionen wie z.B. die Sterilisation oder die die Bettenzentrale gestrichen, welche jedoch für ein funktionierendes Spital unabdingbar sind. Als wesentlicher Faktor trug der viel zu niedrig angesetzten Kredit für Unvorhergesehenes bei, obwohl man erfahrungsgemäss hätte wissen müssen, dass der Kredit in der Grössenordnung dieser Bausumme bei Weitem nicht ausreichen wird. Die Regierung geriet in der Ausführung des Projekts in eine Notlage. Aus Sicht der SVP-Fraktion hat die Regierung genau das Richtige getan und von der Möglichkeit eines Notstandkredits Gebrauch gemacht. Er hat somit den Kanton Zug vor Schaden und weiteren Kosten in Millionenhöhe bewahrt.
Die Regierung hat uns einen ausführlichen und transparenten Antrag für den Zusatzkredit vorgelegt. Die Zuger-Bevölkerung und wir alle hier im Saal wollen ein funktionierendes und den medizinal-technischen Anforderungen entsprechendes Zentralspital. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und stimmt dem Zusatzkredit einstimmig zu.

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass etwas Unmut laut geworden ist, als dieser Zusatzkredit in der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde. Dies war aber nachzuvollziehen, hatte doch der Gesundheitsdirektor vor nicht langer Zeit hoch und heilig beteuert, es gebe keinen solchen Zusatzkredit mehr. Nun ist dieser dennoch Tatsache geworden. Aus Sicht des Votanten ist aber an und für sich Unmut über diese Vorlage fehl am Platz. Wir hatten in der Kreditvorlage Zentralspital einen Betrag von 5 Mio. Franken für Unvorhergesehenes. Dies waren gerade mal 2.8 %der gesamten bisher bewilligten Planungs- und Baukredite von insgesamt 177 Mio. Was jetzt beantragt wird, sind 8,785 Mio. ausgewiesene Mehraufwendungen, d.h. +5 %. Und dazu eine weitere Reserve von 4 Mio. für Unvorhergesehenes. Wenn diese noch aufgebraucht würden, würde das Unvorhergesehene insgesamt 10 % der gesamten Planungs- und Bauinvestition betragen. Für ein hochanspruchsvolles, komplexes Bauwerk wie dieses ist dies wirklich normal und akzeptabel.
Die einzelnen Positionen sind in der Vorlage detailliert beschrieben. Man ersieht daraus, dass man sich rechtzeitig und gewissenhaft mit den wichtigen Fragen, was es alles braucht und was alles stimmen muss auseinandersetzt, überprüft, was allenfalls vergessen gegangen ist, was aus heutiger Sicht allenfalls anders konzipiert werden muss, was es an neuen Anforderungen zu erfüllen gibt. Man vergesse nicht: Einige Planungsentscheide gehen schon auf vier Jahre zurück. Dieser Zusatzkredit zeugt für den Votanten von der Professionalität der Planer und vor allem vom Engagement der Spitalverantwortlichen. Er zeigt, wie seriös die Aufgabe angegangen wird, den Spitalbetrieb im Jahre 2008 im neuen Gebäude in hoher Qualität weiterzuführen und eine optimale Versorgung anzubieten. – Die SP-Fraktion unterstützt diesen Zusatzkredit.

Anna **Lustenberger-Seitz** erinnert daran, dass es ziemlich genau ein Jahr her ist, seit die AF – sehr zum Unverständnis vieler im Rat – die Interpellation zum Kredit Unvorhergesehenes und der finanziellen Situation ganz generell eingereicht hat. Die Votantin ist sehr froh, dass wir dies gemacht haben. Denn die Interpellation hat Transparenz in die damalige Situation der Bauphase, die mit vielen Schwierigkeiten und eben auch Spannungen verbunden war, gebracht. Die Regierung beteuerte in der Antwort zwar, dass sie alles daran setzen werde, den Kredit einzuhalten. Aber bereits damals war für viele absehbar, dass früher oder später ein Zusatzkredit gesprochen werden müsste. Auch beim Volk hat eine Sensibilisierung stattgefunden, es wurde in der Presse über den Stand der Dinge informiert – der Zusatzkredit ist so gesehen für niemanden mehr eine Überraschung.
Trotzdem: Wenn man den sehr guten Bericht und Antrag des Regierungsrats liest, hat man – überspitzt gesagt – das Gefühl, es hätte vorher einfach eine gröbere Planung bestanden und die richtige Feinplanung habe sich erst beim Bauen ergeben. Denn alle Änderungen nur auf die rasante Entwicklung der Technik, die Entwicklung im Medizinalbereich oder die neu aufgetauchten Krankheiten abzuschieben, ist falsch. Vieles wäre vorsaussehbar gewesen. Die Frage, die schon ein Mitglied der Kommission in der Kommissionssitzung gestellt hat, ob wirklich die richtigen Spitalplaner am Werk waren, muss im Raum bleiben. Hätte man allenfalls nicht auch Leute aus dem Ausland holen sollen, die bereits ein Spital gebaut haben? Beim Umzug, welcher 2008 an einem Tag stattfinden muss, wird dies nun gemacht, man hat dafür Personen mit Erfahrungen zugezogen, also solche, die schon mehrmals ein Spital gezügelt haben.
Die Direktionen haben Schuldbekenntnisse gemacht, man hat die Fehler eingesehen und möchte daraus lernen. Die Kosten der ersten Version Vitale haben aber auch viele Parlamentarier aufgeschreckt, sie forderten ebenfalls eine Kostenreduktion. Die Votantin möchte dazu ein Zitat aus der Zugerpresse vorlesen, und zwar vom 27. September 2002: «Die Mehrheit der Redner verlangte eine Kürzung der Kosten ohne Qualitätseinbusse. Man sei grundsätzlich für das Projekt Vitale, aber nicht um jeden Preis.» Anna Lustenberger möchte mit diesem Zitat die Vorwürfe, die man jetzt der Regierung macht, etwas dämpfen. Denn das Parlament hat einen enormen Druck auf die Regierung ausgeübt.
Natürlich kann man sich auch fragen, wie das Volk über den Spitalkredit entschieden hätte, wenn er höher gewesen wäre. Die heikle Frage muss gestellt werden: Wollte man dem Volk bewusst einen tieferen Kredit vorlegen, damit auf jeden Fall der Standort Baar berücksichtigt wird, also unter keinen Umständen das Projekt abgelehnt wird? Fragen über Fragen, die kaum je beantwortet werden. Aber immer wieder präsent sein müssen, präsent für andere Projekte. Jetzt aber geht es um das Weiterbauen des Zentralspitals. Die Qualität steht an erster Stelle, das Spital muss auch morgen noch à jour sein. In diesem Sinne ist die AF für Eintreten auf die Vorlage, wir werden dem Zusatzkredit zustimmen.

Guido **Käch** ist sich bewusst, dass er mit seiner Stellungnahme und seinen Einwänden an der Tatsache des Nachtragskredits nichts mehr ändern kann. Trotzdem will er seine kritische Haltung in dieser Frage kundtun. – Einmal mehr wurden Versprechungen zu einem Geschäft aus dem Hochbauamt nicht eingehalten und eigene, klar definierte Vorgaben eines Kantonsratsbeschlusses in wesentlichen Punkten missachtet. In der Nachtragskreditsvorlage werden die Mehrkosten mit Projektoptimierungen und Entwicklungen im Gesundheitswesen begründet. An einfachen Beispielen möchte Guido Käch diese Darstellung widerlegen.

Raumprogramm / Synergien. Am 28. März 2003 machte Kantonsbaumeister Herbert Staub der Spitalkommission folgende Aussagen: « Der Kanton als Bauherr hat die Vorgaben für das neue Spital in den Ausschreibungsunterlagen klar definiert. Der TU hat diese planerisch umgesetzt und kostenmässig verbindlich garantiert. Die Verantwortlichen des Zuger Kantonsspitals haben das Raumprogramm unterschrieben. Es werden also keine neuen Wünsche mehr eingebracht. Das Zuger Kantonsspital steht hinter dem Raumprogramm, es wird keine Überraschungen geben.» Stimmt so nicht! Die aus dem Siegerprojekt herausgestrichene Bettenzentrale und die Zentralsterilisation wurden wieder ins Raumprogramm aufgenommen. Es wurden ein zusätzlicher Gebärsaal, zusätzliche Räume für leitende Ärzte, Chefärzte und Belegärzte bewilligt, sowie verschiedene andere grössere und kleinere Raumanpassungen vorgenommen. Dies sind auch die Gründe, warum die Garderobe aus dem Neubau in den GOPS verlegt werden musste. Wie bereits früher kommuniziert, wurde im Pflegeheim eine eigene Küche eingebaut. Damit wurde die in der Abstimmungsvorlage hoch gepriesene Synergiemöglichkeit einfach gestrichen.
Weder die Mehrkosten für feste Einbauten, Arbeitsplätze, Schränke, Kombinationen, Gestelle oder Schalteranlagen, noch die zusätzlichen audiovisuellen Einrichtungen oder das vergessene Honorar für die Schnittstellen zwischen Spitalgebäude und den vom Spital betriebenen Geräten haben etwas mit Projektoptimierungen oder Entwicklungen im Gesundheitswesen zu tun. Der Votant behauptet auch, dass man im Zeitpunkt der Beratung durch die Spitalkommission gewusst hat, dass die gewählte Gebäudeverkabelung nicht der neusten Technologie entspricht. Es wäre nicht schwierig, noch mehrere solche Beispiele aufzuzählen.
An der Projektierung und Planung waren das beste Spitalplanerteam aus Stuttgart (so die Aussage vom ehemaligem Spitaldirektor Edi Müller), verschiedene Fachexperten und auch der Chef des Hochbauamts beteiligt. Trotzdem stehen wir heute vor der Tatsache, dass unzählige Änderungen und Anpassungen bewilligt werden mussten. Guido Käch behauptet, dass die meisten Positionen, die aus dem Budget für Unvorhergesehenes oder dem Nachtragskredit finanziert werden müssen, schon in der Planungsphase als notwendig bzw. unverzichtbar hätten bezeichnet und erkannt werden müssen. Das Vorgehen und die Entwicklung in der Projektumsetzung hat darum für ihn nichts mehr mit fairer und kompetenter Politik zu tun. Er teilt darum die Meinung der Präsidenten der Spitalkommission und der Stawiko nicht, dass die Position für Unvorhergesehenes zu knapp bemessen wurde. Die Mehrheiten der Spiko und der Kantonsrats haben auf Grund der damaligen Fakten verantwortungsbewusst und mit bestem Wissen und Gewissen entschieden.
Das bedauerliche an der ganzen Geschichte ist, dass die SP und die Alternativen mit ihrer Prophezeiung, dass der Projektkredit nicht ausreichen würde, Recht bekommen haben. Noch mehr zu bedauern ist aber die Tatsache, dass das Hochbauamt, die Regierung, Spitalplaner, die Spitalleitung des Zuger Kantonspitals und Fachexperten nicht in der Lage sind, ihre eigenen Vorgaben, Aufträge und Versprechungen umzusetzen. – Es geht bei diesem politischen Entscheid doch nicht primär um die zusätzlichen Kosten, welche für die Realisierung des Zentralspitals zu bewilligen sind, sondern viel mehr darum, dass dieses Parlament, aber auch das Hochbauamt einmal mehr an Glaubwürdigkeit und Respekt beim Zuger Stimmvolk verloren hat.

Markus **Scheidegger** weist darauf hin, dass wir hier ein Traktandum behandeln, bei welchem wir im Grund genommen gar nicht nein sagen können. Das Spital muss ja weiter gebaut und fertig gestellt werden. Man könnte beinahe von einer Erpressbarkeit des Kantonsrats sprechen. Es ist für ihn völlig klar, dass wenn die Medizin in

diesen drei Jahren offenbar dermassen Fortschritte gemacht hat, dass man dies nutzen soll und davon profitieren. Und so soll das Geld dafür auch investiert werden. Das nützt allen. Was aber auf der Bauseite abgeht, grenzt seines Erachtens an eine Riesenfrechheit. Wenn auch gesagt wurde, dass es löblich sei, so transparent zu informieren, findet der Votant jede Position, die neu dazu kommt, umso peinlicher. Man kann noch so blumig und ausgeschmückt argumentieren, er ist sicher, wenn Sie privat bei einem Eigenheim bauen und damit konfrontiert würden, Sie würden die Hände verwerfen, sich wehren und sagen: Wir haben eine Pauschale. Es ist doch offensichtlich, dass in den Positionen Gebäude und Gebäudetechnik nicht sauber geplant wurde. Oder es wurde vertuscht oder schlicht gelogen. Und dass die Planer dann noch mit zusätzlichen Honorarforderungen kommen, Schnittstellen 1,65 Mio. Franken usw., ist die absolute Höhe. Es ist absolut möglich, eine Planung sauber auf drei, vier Jahre hinaus mit allen Varianten zu planen und zu realisieren. Markus Scheidegger fragt sich auch, warum mit keinem Wort erwähnt wird, mit welchem Kostenanteil sich der Totalunternehmer beteiligt, schliesslich hat er ja den Wettbewerb gewonnen und soll nun auch in einem gewissen Sinne gerade stehen dafür. Die Unternehmer bzw. die Handwerker wurden mit bis zu dreimaligen Abgeboten gezwungen, die Hosen runter zu lassen. Man kann zwar sagen, die sind selber schuld; stimmt, sie wollten ja Arbeit. Zudem sind die Werkverträge schon fast Knebelverträge. Wenn man bedenkt, dass allein die Materialteuerung vom letzten auf dieses Jahr beim Chromstahlpreis über 15 % betrug – Mehrpreise dürfen nicht verlangt werden, es sind ja Pauschalverträge. Gerade an diesem Beispiel sieht man, mit welch unterschiedlichen Ellen gemessen wird. Der Votant ist überzeugt, dass wir nicht das letzte Mal über einen Zusatzkredit sprechen. Zurzeit laufen Offerten, von denen wir noch gar nichts wissen. Aber vielleicht packt man dies ja dann später in den Unterhalt. Aus diesen Gründen kann der Votant für ein Gesamtpaket nicht ja sagen.

Leo **Granziol**: Was bestimmte Fraktionssprecher vorhin gesagt haben, ist nur nach einem oder zwei Grappas erträglich. Er ist froh, er hat sie gehabt, sonst würde er sich noch mehr aufregen. Die Quintessenz dieser ganzen Sache ist doch eigentlich die Vertrauensfrage. Und wenn Karl Betschart nun kommt und sagt: Der Regierung gelingt es mit dieser Vorlage, das neuerdings geschaffene Vertrauen zu bestätigen, muss der Votant schon fragen: Mit was hat die Regierung dieses Vertrauen denn geschaffen? Mit Taten? Mitnichten! Mit Worten vielleicht. Sie verspricht wieder was Neues, wie sie das in den letzten fünf Jahren dauernd getan hat. Aber Taten, dass es wirklich günstiger kommt und dass wirklich gespart wird, sind bisher ausgeblieben. Karl Betschart hätte eigentlich sagen müssen, dass es ihr hoffentlich gelingt, das mit Füssen getretene Vertrauen der Stimmbürger wieder herzustellen. Das wäre wohl die richtige Wortwahl. Merken Sie sich das bitte für die nächste Legislaturperiode: Vertrauen ist das absolut Wichtigste für das Regieren. Und auch Akzeptanz zu schaffen für Entscheidungen. Und das, was hier passiert, schafft Misstrauen. Misstrauen, dass die Regierung diese Sache im Griff hat. Dass sie im Stande ist, einmal eine gesprochene Kreditvorlage überhaupt durchzuführen wie versprochen. Und das ist absolut fatal für nächste Grossprojekte. Und solche stehen an. Und für die Leute, die hier offensichtlich die Proportionen verloren haben und von ein paar Prozenten reden, wie Herr Prodolliet, sei doch mal erinnert: 1996 hat Generalunternehmer Steiner aus Zürich ein 160-Betten-Spital pauschal zu 75 Millionen angeboten. Man kann ja sagen, das sei eine verrückte Zahl. Aber Karl Steiner ist auch nicht ein Idiot. Er baut immerhin im Kanton Zug sehr viel. Nachher kommt die Stawiko und sagt: 105

Millionen ist wohl vor diesem Hintergrund ein realistischer Preis. Sagt die Spitalkommission in der gleichen Sache: Die Baudirektion konnte glaubhaft versichern, dass es sich bei den veranschlagten 105 Millionen um eine realistische Zahl handelt, weder mit grossen Reserven nach unten noch nach oben. Man ist überzeugt, dass mit diesem Kredit das Vorhaben zu realisieren ist. Jetzt können Sie ja schauen, wo wir stehen! Die sind jetzt fast bei 170 Millionen. Solche Kostenüberschreitungen übersteht eigentlich sonst niemand ausser dem Staat. Und das merkt sich der Stimmbürger, wenn er in Zukunft Ihre Entscheidungen und Vorlagen wieder zu hören bekommt. Der Votant hofft und wünscht der neuen Regierung ein besseres und verlässlicheres Kostenmanagement bei öffentlichen Bauten. Alles andere könnte wie gesagt für jegliche Grossprojekte sehr fatal sein.

Eusebius **Spescha** fühlt sich von seinen drei Vorrednern ebenfalls noch zu einem Votum motiviert. Im Gegensatz zu ihnen ist er nämlich sehr froh, dass dieser Nachtragskreditvorlage gekommen ist, und zwar in dieser Art und Höhe. Diese Vorlage zeugt nämlich auch davon, dass in der Zwischenzeit die Aufgabe, ein sinnvolles Spital zu bauen und nachher der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, endlich ernst genommen wird. Wenn Sie sich zurückerinnern an die alte Vorlage, über die das Volk abgestimmt hat, dann hat es dort drin eben auch sehr viele Geschichten, die z.B. von Outsourcing zeugen. Geschichte, von denen sich jetzt zeigt, dass das gar nicht so sinnvoll ist. Man hat davon geredet, die Sterilisation, die Bettenzentrale usw. könne man outsourcen. Und der Votant ist froh, dass diesbezüglich Vernunft eingekehrt ist und wir heute dafür sorgen, dass das Spital vernünftige Arbeitsbedingungen hat und das vor Ort machen kann, was es vor Ort machen muss. Und von daher teilt er auch die Kritik am kantonalen Hochbauamt nicht, obwohl er sonst eher zu den Kritikern dieses Amts gehört. In diesem Fall sind die Fehler nicht primär dort zu suchen, sondern bei den damaligen Bestellern, die von einem Spital ausgegangen sind, das in dieser Art nicht sinnvoll ist. Eusebius Spescha ist froh, dass wir heute eine Spitaldirektion haben, die ein wenig anders zu diesen Fragen steht. Und er hofft, dass sie in dieser vernünftigen Art, ein Spital zu führen, auch von der Gesundheitsdirektion Unterstützung bekommt.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die zusätzlichen 4 Mio. Reserven bis dato nicht angeknabbert wurden. – Gregor Kupper hat Recht, wir haben lange Zeit beinahe zwanghaft versucht, ohne Zusatzkredit auszukommen. – Zum Landkaufvertrag. Der Baudirektor zitiert aus dem Protokoll des Lenkungsausschusses vom 27. November 2006: «5.3 f, Landkaufvertrag: Sobald die Miete für die Parkplätze im Parkhaus feststeht, wird Jürg Dübendorfer den Eintrag des Landkaufvertrags im Grundbuch freigeben.» Wir haben uns unterdessen geeinigt. Einzig das Parkplatzreglement muss noch angepasst werden.

Gesundheitsdirektor Joachim **Eder** dankt dem Rat im Namen des Regierungsrats für die gesamthaft gesehen positive Aufnahme des vorliegenden Berichts und Antrags. Dass an den Fraktionssitzungen und in der heutigen Debatte ebenfalls kritische Worte zu hören waren, verstehen wir. Auch der Regierungsrat war keineswegs erfreut, als er im April 2006 über eine drohende Kostenüberschreitung beim Zentralspital in Kenntnis gesetzt wurde und sich zum Handeln gezwungen sah. Im politischen Prozess, das ist zuzugeben, ist der beantragte Zusatzkredit sicher schmerzhaft, der

Regierungsrat konnte es jedoch nicht verantworten, am beschlossenen Objektkredit festzuhalten, weil wir erkennen mussten, dass ein zweckmässiges und einwandfrei funktionierendes Zentralspital einen höheren Kreditbedarf braucht. Die Gründe und auch die einzelnen Positionen haben wir in unserer Vorlage detailliert, transparent und offensichtlich auch – wenn der Votant die Mehrheit der heutigen Reaktionen richtig deutet – nachvollziehbar dargelegt.
Alle waren heute zwar nicht dieser Meinung: Die von Kantonsrat Guido Käch gerügten Punkte wurden an der Spiko-Kommissionssitzung, an der er persönlich anwesend war, ausführlich dargelegt. Es blieben keine Fragen unbeantwortet, auch die von ihm heute aufgeworfenen Punkte nicht! Von Worten wie «Peinlichkeit» und «Frechheit», die Markus Scheidegger in seinem Votum brauchte, war nie die Rede. Auf die Ausführungen von Leo Granziol kommt der Gesundheitsdirektor später zurück.
Unbestritten ist, dass wir alle im August 2008 ein funktionstüchtiges, leistungsfähiges und modernes Zentralspital beziehen wollen, welches die medizinische Versorgung für die Zuger Bevölkerung entsprechend dem gesundheitspolitischen Bedarf sicherstellen kann. Deshalb ist der beantragte Zusatzkredit zwingend nötig, und zwar in der beantragten Höhe. Dass der Kantonsrat ebenfalls grossmehrheitlich zu dieser Schlussfolgerung kommt, dass er heute auch mehrheitlich Schuldzuweisungen für vergangene Fehler, Unzulänglichkeiten und Kommunikationsprobleme unterlassen hat und in die Zukunft schaut, spricht für ihn, spricht aber auch speziell für die beiden vorberatenden Kommissionen, die Spiko und die Stawiko, denen hier besonders zu danken ist. Erstens für die Gründlichkeit ihrer Arbeit – sie haben, um beim medizinischen Jargon zu bleiben – die Fachleute, den Baudirektor und Joachim Eder tatsächlich an fast allen möglichen Ecken und Enden geröntgt. Dank verdienen die beiden Kommissionen zweitens für die einstimmige Unterstützung des vom Regierungsrat beantragten Zusatzkredites in der Höhe von 12,785 Mio. Franken.
Die Kosten für das Zentralspital in Baar sind die bisher höchste Investition in ein Hochbauvorhaben des Kantons Zug. Es handelt sich aber auch um das komplexeste Gebäude, das bisher gebaut wurde. Dazu drei eindrückliche Zahlen: Das neue Zentralspital hat 1'200 Räume, weist eine Nettonutzfläche von 3 Fussballfeldern auf und ist viermal so gross wie das Pflegezentrum nebenan. Diese Zahlen und die lange Planungs- und Bauzeit von 2000 bis 2008 sollen aufzeigen, dass es sich hier um einen Prozess handelt und man auch beim besten Willen zu Beginn nicht alle Veränderungen vorhersehen kann. Eines ist hingegen klar: Der langfristige Nutzen für das Zuger Gesundheitswesen und die volkswirtschaftlichen Vorteile rechtfertigen die Ausgabe, rechtfertigen auch die Zustimmung zum vorgelegten Zusatzkredit.
Eine Frage – und damit auch die Antwort – steht noch im Raum: Warum waren wir im Dezember 2005 der Meinung, es brauche keinen Zusatzkredit? Gregor Kupper bezeichnete dies als Ärgernis, Max Uebelhart wollte wissen, warum sich der Regierungsrat so spät aus der Reserve locken liess. Im Zusammenhang mit der Berichterstattung der letzten Monate und Tage – und auch auf Grund der heutigen Voten – wird immer wieder zitiert, was der Gesundheitsdirektor im Dezember 2005 gesagt hat. Gerne macht er den Rat darauf aufmerksam, dass dies nicht nur seine persönliche Ansicht gewesen ist, sondern jene des Gesamtregierungsrats und der Verantwortlichen der Zuger Kantonsspital AG. Er hat damals als Sprecher des Regierungsrats die Haltung vertreten, welche in der gemeinsam veröffentlichten Medienmitteilung vom 3. Januar 2006 nachzulesen ist. Als zentrale Aussage wurde folgendes festgehalten: «Regierungsrat und Kantonsspital wollen gemeinsam trotz Projektoptimierungen den bewilligten Abstimmungskredit für das Zentralspital in Baar einhalten.» Wir wussten schon damals, dass

- der Kreditrahmen für das neue Zentralspital in Baar eng ist,
- die Position für Unvorhergesehenes im Vergleich zum Gesamtkredit knapp bemessen ist,
- der Spielraum für Projektoptimierungen begrenzt bleibt.

Deshalb halfen uns in dieser Situation Einsparungen, die namhafte zweckbestimmte Spende der Stiftung Liebfrauenhof sowie das finanzielle Engagement der Zuger Kantonsspital AG. Gerade diese Drittfinanzierungen von insgesamt 3,35 Mio. Franken sind der beste Beweis dafür, dass alle Verantwortlichen glaubten, gemeinsam den Abstimmungskredit einhalten zu können. Zudem waren sämtliche zum damaligen Zeitpunkt bekannten Projektoptimierungen in die Betrachtung einbezogen und das Risiko für allfällige bauseitige Verteuerungen mit dem Kostendach vertraglich auf die TU überbunden worden.
Heute wissen wir und Joachim Eder macht ein grosses «mea culpa»: Regierungsrat und Spitalverantwortliche waren vor einigen Monaten offensichtlich zu optimistisch. Wenn Sie den Umstand, dass wir den vom Volk bewilligten Kredit unter allen Umständen einzuhalten versuchten, wie die SP-Fraktion als blauäugig taxieren, wenn Sie wie Leo Granziol finden, die Regierung habe das Vertrauen mit Füssen getreten und ihre Glaubwürdigkeit verloren, dann ist das letztlich ihre Wertung, die der Votant nicht kommentieren will. Selbst- und Fremdwahrnehmung liegen – das haben Sie persönlich sicher auch schon erlebt – manchmal halt auseinander.
Noch kurz zu zwei Wünschen, die heute geäussert wurden. Gregor Kupper kann der Gesundheitsdirektor eine Überprüfung der Organisationsstruktur bei Bauten und insbesondere das Verhältnis und die Zuständigkeiten zwischen Baudirektion und Besteller-Direktion oder zusätzlichen Partnern (wie hier der Zuger Kantonsspital AG als Betreiberin) zusichern. Wir hatten bereits ein entsprechendes Papier auf dem Tisch, wollen das weitere Vorgehen aber dem neuen Baudirektor und der neuen Regierung überlassen. Leo Granziol schliesslich wünschte ein besseres und verlässlicheres Kostenmanagement. Auch dies nimmt Joachim Eder zuhanden der neuen Regierung entgegen.
Abschliessend dankt er dem Rat namens des Regierungsrats, aber auch der Zuger Kantonsspital AG und der zukünftigen Patientinnen und Patienten, wenn der Rat auf die Vorlage eintritt und unserem Zusatzkreditantrag zustimmt.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1478.5 – 12257 enthalten.

1057 ÄNDERUNG DER INTERKANTONALEN VEREINBARUNG ÜBER DIE ANERKENNUNG VON AUSBILDUNGSABSCHLÜSSEN

Traktandum 13 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1448.1/.2 – 12078/79) und der Konkordatskommission (Nr. 1448.3 – 12248).

Andreas **Huwyler** hält fest, dass die Konkordatskommission diese Vorlage an ihren Sitzungen vom 28. April 2005 im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens und am 17. August 2006 beraten hat. Bildungsdirektor Matthias Michel hat das Geschäft vertreten und die Fragen der Kommission vollständig und sehr kompetent beantwortet. Wie Sie aus den Berichten der Regierung und der Konkordatskommission entnehmen können, besteht seit 1993 ein Konkordat über die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen, dem alle Kantone beigetreten sind. Zweck dieses Konkordats ist neben der gegenseitigen Anerkennung von Ausbildungen auch sekundär die Anerkennung ausländischer Ausbildungen, der freie Zugang zu weiterführenden Schulen und zur Berufsausübung sowie die Qualitätsförderung im Ausbildungsbereich.
Das noch nicht allzu alte Konkordat musste auf Grund des neuen Bundesgesetzes über Berufsbildung, das in gewissen Bereichen zu einer Kompetenzverschiebung von den Kantonen zum Bund geführt hat, zwingend angepasst werden. Diese Revision wurde indes benutzt, um auch noch verschiedene andere Bereiche in die Vereinbarung aufzunehmen. Hier ist allem voran die so genannte schwarze Liste zu nennen. Das neue Konkordat schafft nämlich die Rechtsgrundlage zur Führung einer Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung, und dient damit der Sicherstellung, dass der Entzug einer Unterrichtsberechtigung einer Lehrperson auch in anderen Kantonen als nur dem Entzugskanton zur Kenntnis gelangen kann. Damit wird verhindert, dass ein Lehrer, dem im einen Kanton die Berechtigung zum Lehren entzogen worden ist, nicht einfach den Kanton wechseln und dort ungehindert seiner Tätigkeit nachgehen kann. In der Kommission ist im Zusammenhang mit dieser schwarzen Liste auch noch die Frage aufgetaucht, wie Privatschulen sich über Einträge in diese Liste informieren können. Inzwischen ist diese Frage geklärt und sicher gestellt, dass auch diese Privatschulen Zugang zu relevanten Daten haben, wenn dies nötig ist. – Die vorgesehenen Änderungen dieser Konkordatsanpassung haben keine finanziellen Auswirkungen für unseren Kanton. Die Kommission hat der Vorlage einstimmig zugestimmt und beantragt dem Rat, das ebenso zu tun und darauf einzutreten.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1448.4 – 12258 enthalten.

1058 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND WEITERFÜHRUNG DER KOMMISSION FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

Traktandum 14 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1442.1/.2 – 12054/55), der Kommission (Nrn. 1442.3/.4 – 12219/20) und der Staatswirtschaftskommission (Nr. 1442.5 12221).

Barbara **Strub** hält fest, dass die kantonsrätlich Kommission diese Vorlage in einer halbtägigen Sitzung behandelt hat. Wie Sie dem Bericht entnehmen konnten, waren die Meinungen sehr differenziert. Die Fragen, wo eine Gleichstellung in den letzten Jahren erreicht worden ist, wo noch Nachholbedarf besteht oder die Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann diese Lücken noch schliessen kann, wurden teils heftig diskutiert. Grossmehrheitlich entschied unsere Kommission Eintreten auf die Vorlage der Regierung. Dies aus folgenden Gründen:
Nach wie vor ist es eine Tatsache, dass die faktische Gleichstellung von Mann und Frau, wie sie vom Gesetz her verlangt wird, in vielen Bereichen noch nicht erreicht ist. Um diese faktische Gleichstellung, welche ein noch lange nicht abgeschlossener Prozess unserer Gesellschaft ist, geht es bei dieser Vorlage. Stand ist, dass nach wie vor nicht überall für gleiche Arbeit auch gleiche Löhne unter den Geschlechtern bezahlt werden. Familienarbeit und Kindererziehung wird in unserer Gesellschaft noch mehrheitlich von den Frauen erwartet und gefordert. In den letzten Jahren sind aber auch immer mehr Themen betreffend Gleichstellung von Männern aufgetaucht. Die Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann hat nicht mehr, wie noch vor einigen Jahren, die Frauenförderung zum Ziel, sondern setzt sich für die Gleichstellung von Männern und Frauen ein. Der Auftrag an die Gleichstellungskommission ist eine Gleichstellungsarbeit und nicht wie von einigen irrtümlich interpretiert eine Frauenförderung. Es gehört zur Aufgabe der Gleichstellungskommission, die Sensibilisierung in unserer Gesellschaft aufrecht zu erhalten, diverse Projekte zu lancieren und Unterstützung von Firmen, Vereinigungen oder Einzelpersonen in der Frage der Gleichstellung der Geschlechter und zur Chancengleichheit aller anzubieten.
Die Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau hat einen guten Leistungsausweis. Sie erledigt ihre Arbeit als amtsunabhängige Kommission zur vollsten Zufriedenheit und zu einem Preis, der – wäre diese Arbeit in alle Amtsbereiche integriert – mit Sicherheit den Kanton teurer zu stehen käme. Ein Entscheid, nicht einzutreten käme somit einem Rückschritt gleich. Aus diesen Gründen hat sich unsere Kommission schlussendlich, dem Antrag der Regierung folgend, klar für eine Weiterführung der Gleichstellungskommission entschieden. Wir beantragen Ihnen jedoch eine Verlängerung um sechs Jahre. Dies mit folgender Begründung:

1. Die Gleichstellung ist auch eine Gesellschaftsfrage. Wir waren grossmehrheitlich der Auffassung, dass die Gleichstellung auch in vier Jahren noch nicht abgeschlossen sein wird.
2. Die Kommission erstellt jetzt ein Drei-Jahres-Programm. Ihre Mitglieder wissen aber heute noch nicht, ob Sie im nächsten Jahr noch arbeiten sollen oder müssen.
3. Für die Verwirklichung einiger Projekte sind vier Jahre eine sehr kurze Zeit.
4. Die kürzere Frist würde eine Debatte im Jahr 2010 mit ähnlichen Diskussionen hervorrufen und wiederum zusätzliche Kosten verursachen.
5. Sowohl Gegner, wie auch Befürworter dieser Vorlage haben sich in unserer Kommission für eine sinnvolle Verlängerung um sechs Jahre entschieden.

6. Ein Antrag auf Weiterführung auf unbestimmte Dauer wurde in unserer Kommission jedoch abgelehnt.

Barbara Strub empfiehlt dem Rat im Namen der vorberatenden Kommission, auf diese Vorlage einzutreten und einer Verlängerung um sechs Jahre zuzustimmen.

Peter **Dür** hält fest, dass die Stawiko diese Vorlage an ihrer Sitzung vom 7. November 2006 beraten hat. Bekanntlich wurde mit dem Kantonsratsbeschluss vom 26. November 1998 eine neunköpfige verwaltungsunabhängige Kommission geschaffen. Diese Kommission hat den Auftrag erhalten, die in Bundesverfassung, Gleichstellungsgesetz des Bundes und Kantonsverfassung gesetzlich festgelegte Gleichstellung der Geschlechter im Kanton Zug mit verschiedensten Aktivitäten zu fördern. In Zusammenarbeit mit verschiedensten Institutionen wurde die Bevölkerung in den letzten acht Jahren für dieses Thema sensibilisiert. Verschiedenste interessante Veranstaltungen und Aktivitäten sind in den letzten Jahren realisiert worden. Die Stawiko ist der Meinung, dass die Kommission damit ihren Auftrag erfüllt hat. Zwar ist auch im Kanton Zug die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter noch nicht erreicht. Es ist aus Sicht der Stawiko aber die Aufgabe des Staates, wichtige gesellschaftspolitische Themen aufzugreifen, zu Beginn Aktivitäten zu initialisieren und zu finanzieren, bzw. mitzufinanzieren. Die Dauer solcher Aktivitäten ist aber immer wieder zu hinterfragen, um Handlungsspielraum für neue Themen zu schaffen.
In der Zwischenzeit arbeitet die Gleichstellungskommission, wie bereits erwähnt, mit den verschiedensten Organisationen zusammen. Diese Organisationen sind heute sehr wohl in der Lage, ihre Aktivitäten im Bereich der Gleichstellung auch ohne Koordination der Gleichstellungskommission zu tätigen. Die Mehrheit der Stawiko ist der Ansicht, dass die Gleichstellung der Geschlechter nur durch langfristige gesellschaftspolitische Veränderungen zu erreichen ist. Die Gleichstellungskommission kann aus unserer Sicht diesen Prozess nicht relevant beschleunigen. Der Staat wird ständig mit neuen Aufgaben konfrontiert – bei gleichzeitig begrenzten Ressourcen. Der Rat muss deshalb auch den Mut aufbringen, themenbezogene Aktivitäten abzuschliessen und die Ressourcen, in diesem Fall 100'000 Franken pro Jahr, für neue Aufgaben zu verwenden. – Die Stawiko stellt dem Rat deshalb den Antrag, nicht auf die Vorlage eingetreten und damit die Aktivitäten der Gleichstellungskommission nach acht Jahren abzuschliessen.

Peter **Rust** beantragt im Rahmen der CVP-Fraktionsmehrheit, auf die Vorlage nicht einzutreten, weil wir entgegen der Regierung der Meinung sind, die Gleichstellung von Mann und Frau sei im Sinne der Bundesgesetzgebung verwirklicht. Dies war wohl auch die klare Meinung des Kantonsrats beim Verlängerungsbeschluss am 19. Dezember 2002 um weitere vier Jahre. Im Wesentlichen führten folgende Überlegungen zum Nichteintretensbeschluss. Im Bericht des Regierungsrats wird zur Weiterführung der Kommission ausgeführt. die tatsächliche Weiterführung sei verbunden mit einem umfassenden, langfristigen Wandlungsprozess. Die Umsetzungsphase für die Gleichstellung sei komplexer als bisher angenommen und werde zur Daueraufgabe und zu einem integralen politischen Anliegen, das alle Bereiche unserer Gesellschaft betrifft.
Mit dieser Umschreibung wird von der Regierung weit über das Ziel einer Gleichstellung von Mann und Frau hinaus geschossen. Mit dem vorliegenden KRB wird nämlich versucht, den Kernauftrag auf andere Problemkreise in unserer Gesellschaft

auszudehnen, und das ist ordnungspolitisch falsch. Der Vizepräsident der Gleichstellungskommission, Jean Gügler, hat in unserer Fraktion über die bisherige Tätigkeit referiert und auch künftige Projekte vorgestellt. Bei dieser Gelegenheit darf positiv vermerkt werden, dass die Gleichstellung in unserem Kanton gefördert und breite Kreise in der Gesellschaft für dieses Anliegen nachhaltig sensibilisiert wurden. Trotzdem hat man bei den geplanten Projekten den Eindruck, die Gleichstellungskommission suche für die Zukunft ein neues Betätigungsfeld. So wurde als Beispiel angeführt, auch in Bezug auf Männergleichstellung bestehe nun Handlungsbedarf. Was bedeutet diese Erkenntnis? Nachdem jetzt die Frauen gleichgestellt sind, sieht man nun künftig im gegenseitigen Hochschaukeln von Rechten für Mann und Frau eine neue Aufgabe. Die Kommission verknüpft freigebig weitere Themen wie Familienfragen, die Berufswahl usw. mit dem Thema Gleichstellung. Der Gewerbeverband bezieht heute über die Kommission Gleichstellung namhafte Beiträge zur Lehrlingsförderung. Gut für das Gewerbe, aber gerade die Förderung bei der Berufswahl ist primär eine Kernaufgabe von Verbänden. Nur noch am Rande haben solche Unterstützungen mit der Beseitigung von Ungleichheiten bei Mann und Frau etwas zu tun. Wenn heute argumentiert wird, alle andern Kantone führen immer noch Gleichstellungs-Einrichtungen, muss entgegengehalten werden, dass der Kanton Zug – wie üblich als einer der ersten Kantone – ein Gleichstellungsbüro eingesetzt hat. Mit der vierjährigen Nachfolgekommission ist die damals gestellte Aufgabe umfassend umgesetzt worden. Hier darf auch bemerkt werden, dass kein anderer Kanton ein derart umfangreiches Sozialeinrichtungsprogramm unterhält wie der Kanton Zug. Sollten sich in Zukunft neue Probleme bei der Gleichstellung ergeben, verbleibt immer noch das eidgenössische Gleichstellungsbüro. Zug darf als Geberkanton auch einmal ein Zeichen setzen, dass wir zum Sparen gezwungen sind und nach Erfüllung einer Aufgabe eine unnötig gewordene Institution aufheben.

Regula **Töndury** erinnert daran, dass wir es alle wissen: Die rechtliche Gleichstellung ist schon seit einiger Zeit gesetzlich verankert, doch die tatsächliche funktioniert in einigen Punkten noch immer nicht. Deshalb kann sich die Mehrheit der FDP-Fraktion hinter die Vorlage stellen, die Gleichstellungskommission im bisherigen Rahmen weiterzuführen. Jedoch ist die FDP gegen eine Verlängerung auf sechs Jahre, wie von der Kommission vorgeschlagen. Sie möchte am Vorschlag der Regierung festhalten und spricht sich für eine Verlängerung von vier Jahren aus, damit man dann wieder die Möglichkeit hat, das Thema neu anzuschauen und zu diskutieren.
Nun noch einige persönliche Gedanken als Mitglied der vorberatenden Kommission zu diesem Thema: Was ist das Ziel der Gleichstellungskommission? Sybilla Schmid Bollinger, Präsidentin der Kommission, hat es in etwa so definiert: «Gleichstellung ist ein gesellschaftlicher Prozess und somit ständigen Veränderungen unterworfen. Deshalb muss dieses Thema im Bewusstsein der Gesellschaft bleiben und die Sensibilisierung ist und bleibt nach wie vor äusserst wichtig.» Und genau hier möchte die Votantin anknüpfen. Als erstes müsste man den Namen der Kommission ändern in z.B. «Chancengleichheit zwischen Frau und Mann» – aber das ist nicht Sache des Kantonsrats. Wir dürfen keinen Geschlechterkampf führen, sondern sind aufgefordert, eine Geschlechterdemokratie zu fördern. Zwischen Frauen und Männern bestehen biologische und soziale Unterschiede; Erstere muss man berücksichtigen, Letztere beseitigen. Eine echte Gleichstellung ist erst dann erreicht:

- Wenn eine durchschnittlich begabte Frau die gleichen Möglichkeiten hat wie ein durchschnittlich begabter Mann.

- Wenn Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern selbstverständlich ist und Frauen für gleichwertige Leistungen nicht 20 % weniger verdienen.
- Wenn eine Karriere für Frauen mit Familie kein Hindernislauf mehr ist.
- Wenn Männer auch die Möglichkeit erhalten in einem Teilzeitjob Verantwortung zu übernehmen.
- Wenn auch Väter mit gutem Gewissen Hausmänner sein dürfen.
- Wenn Gewalt gegen Frauen und Kinder nicht mehr der letzte Ausweg für Männer – als Schrei der Verzweiflung – sein muss.
- Wenn auch Männer wagen, körperliche Gewalt, die ihnen Frauen zufügen, zu thematisieren. Wir konnten ja alle in den letzten Tagen unter anderem in der Zuger Zeitung lesen und am Dienstag in 10 vor 10 hören, dass im Falle von häuslicher Gewalt, bei jedem zehnten Fall ein Mann betroffen ist.

Für all dies müssen wir sensibel bleiben. Die Zusammensetzung unserer Bevölkerung ändert sich ständig und somit werden wir auch immer wieder von neuem mit anderen kulturellen Lebensweisen und Ansichten konfrontiert. Diesen müssen wir uns stellen. Die Beispiele zeigen, Gleichstellung darf nicht auf Frauenfragen reduziert bleiben, und hier gibt es sehr viele Einsatzmöglichkeiten für die Gleichstellungskommission in Zusammenarbeit mit anderen Gremien. Die Kommission ist ja bereits aktiv geworden z.B. mit dem Projekt «Männer im Spagat – Zerreissprobe zwischen Familie und Beruf». Das Echo auf diese Veranstaltungen hat gezeigt, dass diese Themen Männer und Frauen beschäftigen. Weiter müssen wir daran arbeiten gute Tagesstrukturen für Familien, welche dies wünschen und benötigen, zu schaffen, d.h. familienergänzende Betreuung oder Tagesschulen einzurichten.
Abschliessen möchte Regula Töndury mit einer Aussage von Walter Hollenstein, Professor am Institut für Geschlechter- und Generationenforschung an der Uni Bremen: «In der Schweiz gilt es noch immer als Aufgabe der Frauen, die unterschiedlichen Lebenswelten von Familie und Erwerbstätigkeit zusammenzubringen. In der Vereinbarkeitsfrage von Familie und Erwerbstätigkeit ist ein Perspektivenwechsel notwendig, der die Männer in die Vereinbarkeitsfrage ebenso sehr einbezieht wie die Frauen.» – Hier gibt es noch immer Handlungsbedarf, und die Gleichstellungskommission ist die geeignete Koordinationsstelle dafür. Mit dem jährlichen Kredit von 100'000 Franken arbeitet die Kommission im Übrigen sehr kostengünstig. – Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage im Sinne des Regierungsrats mit einer Geltungsdauer von vier Jahren.

Beat **Stocker** hält fest, dass die SVP-Fraktion einstimmig gegen die Weiterführung der Kommission ist. Eine Verlängerung und Aufrechterhaltung dieser Kommission drängt sich überhaupt nicht auf, da die meisten Anliegen bereits erfüllt werden oder im Gesetz verankert sind. Die heranwachsende Generation von jungen Frauen und Männer leben bereits die Gleichberechtigung unter den Geschlechtern. Wer an der Universität Zürich studieren kann, ist privilegiert. Der Anteil der studierenden Frauen an der Uni Zürich betrug im Wintersemester 2005/06 55,7 %. Das zeigt, dass die jungen Frauen finanzielle Möglichkeiten haben und gute Noten an der Grundschule bekommen haben. Die jungen Mädchen sind längst selbstbewusst genug und haben öfters ganz genaue Zukunftsperspektiven vor sich. Das Angebot an kantonalen, gemeindlichen und privaten Hilfestellen ist im Sozialhilfeverzeichnis aufgeführt. Es gibt genügend Stellen, an die sich Benachteiligte wenden könnten. Einzelne sinnvolle Projekte können weiterhin punktuell von der Direktion unterstützt werden. Die SVP-Fraktion will keine staatlich verordnete Gleichschaltung von Mann und Frau. In der Schweiz gibt es genügend Freiheiten, um sich beruflich und privat so zu entwickeln,

wie man es wünscht. Der Prozess für Gleichberechtigung beider Geschlechter ist bereits so stark fortgeschritten, dass er nicht noch mit einer Kommission künstlich am Leben erhalten werden soll, um womöglich dann noch herauszufinden, dass mittlerweile die Männer ihre Gleichberechtigung erlangen müssen. Der Votant bittet den Rat, dem Antrag der Stawiko zu folgen und auf die Vorlage nicht einzutreten.

Käty **Hofer** weist darauf hin, dass Gleichstellung nicht Gleichmachung ist. Es kann kein Ziel sein, dass Männer und Frauen alle gleich werden. Es kann auch nicht Ziel der Gleichstellung sein, dass Frauen und Männer alle das Gleiche machen. Gleichstellung ist Chancengleichheit. Niemand, kein Mann und keine Frau, darf auf Grund des Geschlechts diskriminiert werden. Und genau diesen Zustand haben wir heute noch. Seit 25 Jahren – eine lange Zeit – haben wir den Auftrag aus der Bundesverfassung und dem Gleichstellungsgesetz, diese durchzuführen. Die gesetzliche Gleichstellung haben wir fast erreicht. Es gibt aber noch einige Punkte, die geklärt werden müssen. Etwas ganz anderes ist die tatsächliche Gleichstellung. Wir haben zwar das Gesetz, das die Diskriminierung verbietet, aber dieses Ziel ist bei Weitem noch nicht erreicht.
Zu Bildung und Beruf. Es ist eine Tatsache, dass die Frauen heute in der Schweiz noch einen tieferen Bildungsstand haben als die Männer. Die berufliche Stellung der Frauen ist durchschnittlich eine tiefere als die der Männer. Das begründet sich daraus, dass die Frauen noch ein Defizit in der Bildung haben, mehr Teilzeitarbeit leisten und familienbedingte Berufsabsenzen haben. Tieflohnbranchen sind fast durchwegs auch Frauenberufs-Branchen. Frauen sind häufiger von Armut betroffen, erwerbslos und arbeiten in ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Männer und Frauen arbeiten unter dem Strich gleich viel. Aber Männer machen mehr bezahlte Arbeit, Frauen mehr unbezahlte. Und die bezahlte Arbeit der Männer ist besser bezahlt als die der Frauen. Die Votantin stützt sich bei diesen Zahlen auf das Bundesamt für Statistik – sie sind also nicht aus der Luft gegriffen. In der Privatwirtschaft beträgt die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen 21 %. In der Bundesverwaltung 10 %. Und wenn wir gleichwertige Arbeit vergleichen zwischen Männern und Frauen, beträgt der Unterschied 12 bis 20 %. Es ist also keineswegs so, wie Peter Rust gesagt hat, dass wir die Gleichstellung tatsächlich verwirklicht haben. Für Käty Hofer wäre es allein schon dieser Punkt wert, die Gleichstellungskommission weiter zu führen.
Zur Politik. Auch im neuen Regierungsrat werden wir ein Verhältnis von 6 : 1 zwischen Männern und Frauen haben. Für den Kantonsrat hat die Votantin die Quote nicht ermittelt, das können Sie dann bei der ersten Sitzung am 21. Dezember tun.
Zur Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie. Dies ist im Unterschied zu den erwähnten Punkten eindeutig ein Männerthema. Nur ein kleiner Teil der Männer arbeitet Teilzeit. Der Anteil der Männer an der Familienarbeit ist sehr klein. Für Käty Hofer ist das eine Diskriminierung der Männer. Sie haben schlicht weniger Möglichkeiten als die Frauen, sich in der Familie zu engagieren. Das muss in den nächsten Jahren ein Kernpunkt sein für die Gleichstellungskommission, die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu fördern. Wir müssen aber auch in die Zukunft schauen. Wir haben alle gelesen, was die Gleichstellungskommission in der Vergangenheit gemacht hat. Es werden sich punkto Gleichstellung auch neue Fragen stellen, die jetzt noch nicht angesprochen worden sind. Wie erwähnt ist der heutige Zustand so, dass die Frauen einen tieferen Bildungsstand haben als die Männer. Der Vorredner hat es angetönt: Die Frauen holen auf. Stellt sich die Frage, ob wir in ein paar Jahren damit konfrontiert werden, dass wir die Männerbildung fördern müssen, weil die

Frauen die Männer überholt haben. Wer schaut dann hier dazu, wenn wir die Gleichstellungskommission nicht mehr haben? Ein anderes Szenario: Die Primarschule wird weiblich. Nicht die Kinder, aber die Lehrpersonen. Hier stellt sich die Frage, ob das ein Nachteil für die Kinder ist, wenn sie nur weibliche Lehrpersonen haben. Auch dieses Problem muss in Zukunft angeschaut werden. Wir dürfen uns nicht nur auf die heutigen Fragen beschränken, sondern müssen auch die Entwicklung in Betracht ziehen, wie sie sich darstellt.
Wenn die Stawiko diese Arbeit anderen Organisationen überlassen will, ist das gut und recht. Aber die anderen Organisationen haben punkto Gleichstellung keine Koordination. Jede arbeitet unabhängig in ihrem eigenen Teilgebiet. Nötig ist aber eine umfassende Beurteilung dieses Gebiets. Jemand muss den Überblick behalten und brennende Punkte lokalisieren. Und wenn die Frauenzentrale genannt wird: Auch sie arbeitet nicht gratis!
Für die SP-Fraktion ist die Gleichstellungskommission nach wie vor dringend nötig. Frauen und Männer werden diskriminiert auf Grund ihres Geschlechts bei uns im Kanton Zug. Und solange das so ist, brauchen wir die Kommission.

Anna **Lustenberger-Seitz** möchte nicht mehr aufzählen, wo Gleichstellung noch nicht erreicht worden ist – das ist allen bekannt. Sie möchte eher die Frage aufwerfen, ob nicht das bis jetzt betreffend Gleichstellung Erreichte schon wieder am Schwinden ist. Dazu ein paar Beobachtungen und Gedanken.
Junge Männer treten wieder vermehrt als Macho auf, Frauen unterwerfen sich entsprechend häufiger – und dies auch bei jungen Leuten urschweizerischer Abstammung. Es ist aber nicht die Tatsache, dass Männer und Frauen halt unterschiedlich sind oder dass Gleichstellungskommissionen ihrem Auftrag nicht nachkommen. Tatsache ist, dass sich das ganze Verkaufsgewerbe und auch die Wirtschaft wieder auf ein traditionelles Rollenverständnis beruft, die Modebranche bewusst den Körper der Frau in den Mittelpunkt stellt, im Arbeitsmarkt Teilzeitstellen vermehrt am Schwinden sind.
Ein anderer Gedanke: In einer Zeitschrift, die sich als modernste Frauenzeitschrift in unserem Lande sieht, wurde die Rolle der Hausfrau und Mutter hochgejubelt und modern hingestellt. Dafür nahm man Beispiele von Frauen, die nun, nach getaner Arbeit in der Wirtschaft (meistens in Kaderpositionen) mit fast 40 Jahren das «Glück des Lebens» gefunden haben und nur noch Mutter und Hausfrauen sein und ihre Kinder in jeglicher Art und Weise zu Genies puschen wollen. Dazu braucht es halt den hundertprozentigen Einsatz der Mutter. Auch die Medien tragen das Ihre bei.
Ein weiterer Gedanke, speziell für Peter Rust. Kennen Sie die Realität in der Bildungslandschaft? Immer mehr und mehr sind Mädchen und Frauen an Gymnasien und Universitäten an der Überzahl. Stimmen die Bildungsinhalte in den Schulen für die Buben überhaupt noch? Hat da nun für die Buben eine Benachteiligung statt gefunden? Sollte man das nicht einmal angehen? – Und ein letzter Gedanke: Hat die Frage der Gleichstellung in der Wirtschaft überhaupt noch Platz, wo Zeit und Energie sich vor allem um die Frage der Wirtschaftlichkeit, des Ertrags, des Gewinns dreht und sozialpolitische Fragen gar keinen Platz mehr haben?
Das sind einfach ein paar Themen, welche die Votantin aufhorchen lassen. Sie zeigen auf, dass Gleichstellung immer ein Thema bleiben wird. Mit einer Sensibilisierung können und müssen solche Themen und viele andere immer wieder aufgegriffen werden. Die Gleichstellungskommission hat in den letzten Jahren verschiedene wichtige Themen aufgenommen und sie öffentlich gemacht. Dass sie dabei mit Dritten zusammenarbeitet, ist der Auftrag vom Kanton, denn sie brauchen ja dazu Fach-

gremien. Natürlich könnte man sagen, dass all die erwähnten Themen von einzelnen Institutionen aufgenommen werden könnten. Aber ob dies dann auch wirklich gemacht wird, oder die nötigen Finanzen, Personalstellen und Ressourcen und Zeit dazu vorhanden wären, bezweifelt Anna Lustenberger sehr. Gemeinsam kommt man doch immer weiter, lässt sich manches realisieren, was alleine nicht möglich ist. Die Gleichstellungskommission übernimmt sozusagen ein Schlüsselfunktion, da nebst den Parteien all die wichtigen Organisationen, dies sich mit der Thematik Gleichstellung beschäftigen müssen, in der Kommission vertreten sind. Es macht daher auch Sinn, diese Kommission in gleicher Art und Weise weiterzuführen. Erwähnenswert ist auf jeden Fall auch das Sekretariat dieser Kommission. In all den Jahren wurde dies von der gleichen Person geführt. Da wurden wichtige Kontakte aufgebaut, ein grosses Wissen erarbeitet und Projektarbeiten effizient erledigt. Dies nun alles mit einem negativen Entschied aufzulösen, wäre ein Verlust für den Kanton, für die Gesellschaft, für all die Aufgaben, die noch anstehen und auch für die zukünftige Generation. Gleichstellung von Mann und Frau wird ein Gesellschaftsthema bleiben. Manchmal stärker, manchmal weniger stark. Gegen diese Ungerechtigkeiten zu kämpfen, erachtet die Votantin als Auftrag der Politik. Und heute geht es um Ungerechtigkeiten bezüglich Gleichstellung von Frau und Mann. Und diese müssen immer wieder thematisiert werden. Das ist der Hauptauftrag für die Gleichstellungskommission. – Die AF ist daher für Eintreten auf die Vorlage und wird dem Antrag der Kommission für sechs Jahre zustimmen. Die Votantin bittet den Rat, ebenfalls für die Weiterführung der Kommission zu stimmen.

Arthur **Walker** wollte eigentlich ein ganz anderes Votum halten. Die Argumente waren gesammelt und aufgelistet, die Gedanken waren geordnet und in sinnvolle Sätze gefasst. Und doch hat er sich dann entschieden, einen anderen Weg zu beschreiten. Weshalb? Die Grundlagen für die Kommissionsarbeit sind durch den Verfassungsauftrag auf Bundesebene und durch den Aufgabenbeschrieb seitens des Regierungsrats auf kantonaler Ebene gegeben. Darüber und dass die Kommission ihre Arbeit erfolgreich, effizient und seriös geleistet hat, geben die Berichte des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission sowie die alljährlichen Rechenschaftsberichte umfassend und detailliert Auskunft. Den gesellschaftlichen Zusammenhang, die Ziele und die Notwendigkeit der Kommission nochmals in diesem Votum aufzulisten, scheint müssig, da Arthur Walker davon ausgeht, dass der Rat sich ebenso seriös informiert hat.
Wie ist es nun möglich, dass die Meinungen über den Sinn der Kommission für die Gleichstellung von Frau um Mann derart auseinander driften? Wie ist es möglich, dass beispielsweise in der Stawiko positive Aspekte in Gegenargumente umgewandelt werden können? Das mag einerseits darin liegen, dass der Begriff «Gleichstellung» Abwehrreaktionen auslöst. Diese Begründung ist aber zu einfach und wird der Sache und den Kritikern nicht gerecht. Bei der vorliegenden Thematik handelt es sich um eine gesellschaftliche Frage. Hier spielen Rollenbilder, Tradition und Veränderung, Werte und Wandel die entscheidende Rolle. Es geht um Beruf, Wirtschaft, Familie, Arbeitsteilung, Image, Stellung innerhalb unserer Gesellschaft und ihre gegenseitigen Wechselwirkungen. «Die tatsächliche Gleichstellung ist verbunden mit einem umfassenden, langfristigen Wandlungsprozess», schreibt der Regierungsrat. Gesellschaftsfragen werden immer aufs Neue und immer wieder anders gestellt. Diesen Fragen muss sich auch die Zuger Politik stellen. Diese Fragen müssen es uns auch Wert sein, seriös und koordiniert anzugehen.

Wer kann diese Fragen besser angehen als diese Kommission? Wer kann diese Fragen effizienter beantworten, wichtige Impulse geben, für weniger als ein Zehntel Promille unseres Staatshaushaltes den Gesellschaftsfragen das notwendige Gewicht geben? Die Kommission fördert die Familienfreundlichkeit, was Vätern, Müttern und Kindern zugute kommt. Sie setzt sich dafür ein, dass die Ressourcen der Frauen wieder vermehrt auch der Wirtschaft zufliessen. Sie vernetzt, arbeitet zusammen mit Parteien und Organisationen, geht zusammen mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Männern und Frauen anstehende Gesellschaftsfragen pragmatisch und zielgerichtet an. Die Kommission ist nötig, um immer wieder Anstösse und Impulse zu geben und zu sensibilisieren, wie den Aufgabenstellungen und Problemen begegnet werden kann. Beziehen Sie diese Gedanken und Argumente bei Ihrem Entscheid mit ein. Treten Sie auf die Vorlage ein und stimmen Sie den Anträgen des Regierungsrats und der vorberatenden Kommission zu, damit die Projekte wie «Umdenken fördert Horizonte» und «Fit für Familien» nicht auf halber Strecke stecken bleiben!

Rudolf **Balsiger** erinnert daran, dass Käty Hofer einige Argumente herangezogen hat, die unfair und unrichtig sind. Beispielsweise die Politik. Der Votant kann ankündigen, dass die FDP-Fraktion in der nächsten Legislatur aus zehn Männern und zehn Frauen besteht. Wir haben also unsere Aufgabe erfüllt. Bei der SP muss dieses Problem auch ohne Gleichstellungskommission gelöst werden. Was die Bildung betrifft, haben wir jetzt wiederholt gehört, dass einerseits an der Hochschule – speziell an der Uni Zürich – der Anteil der Studenten zu 55 % weiblich ist. Auch am Gymnasium sind die Mädchen in der Überzahl. Bei der Freiwilligenarbeit wehrt sich Rudolf Balsiger vehement gegen das wiederholt vorgebracht Argument, dass sich mehr Frauen engagieren. Wenn er die Tixi-Organisation sieht, sind von 180 Chauffeuren gerade mal drei Frauen dabei. Und das ist eine Organisation, wo nichts bezahlt wird. Wenn er an die Feuerwehren denkt, so liegt dort der Anteil an Frauen unter 10 %. Auch da gibt es keinen Lohn und keine Sitzungsgelder. Sobald es aber in den Sozialbereich geht oder zu den Hilfsorganisationen im kirchlichen Bereich, werden Sitzungsgelder bezahlt – und das nicht zu knapp. Dort sind die Frauen tatsächlich in einem angemessenen Verhältnis vertreten. Aus diesen Gründen beantragt der Votant, dem Antrag der Stawiko zu folgen.

Andrea **Hodel** meint, dass gerade solche Voten aufzeigen, dass es diese Gleichstellungskommission noch braucht. Wenn sie Rudolf Balsiger oder Beat Stocker zuhört, kann sie nichts anderes als überzeugt sein, dass wir unsere Aufgabe weiterführen müssen. Wenn dann Rudolf Balsiger den Frauenanteil in der FDP-Fraktion erwähnt, so darf sie als Präsidentin der Frauengruppe sagen, dass es wahrscheinlich ein grosser Erfolg der Frauengruppe ist, dass wir so vertreten sind. Wenn er von der Feuerwehr spricht, möchte Andrea Hodel daran erinnern, dass die Feuerwehr Frauen während Jahrzehnten nicht aufgenommen *hat*. Jetzt tut sie es und jetzt sollten wir sofort alle mitmachen!
Noch ein Wort zu den Finanzpolitikern in unserem Rat. Wir werden wesentlich mehr Geld ausgeben, wenn wir die Projekte in den Verwaltungen weiterführen müssen, als wenn wir es über diese Kommission mit limitiertem Budget tun. Bitte stimmen Sie zu!

Monika **Barmet** macht folgendes kurzes Fazit zum vorliegenden Kantonsratsbeschluss: Vieles ist besser geworden, Manches noch nicht. Verschiedene Publikatio-

nen zeigen Fortschritte auf – diese wurden nur dank vielfältiger Anstrengungen erreicht. Gleichstellungsschritte auf Gesetzesebene sind aber nicht gleichbedeutend mit Fortschritten im Alltag. Mit verschiedenen Aktionen und Kampagnen für unterschiedliche Zielgruppen hat die Gleichstellungskommission auch im Kanton Zug eine breite Öffentlichkeit über das Thema informiert und sensibilisiert. Die Lebenssituationen von Frauen und Männer sind komplexer und vielfältiger geworden, die verschiedensten Bedürfnisse müssen respektiert werden – unabhängig von Geschlecht, Alter, familiärer Situation. Für diesen gesellschaftlichen Wandel sind das Engagement und das Bewusstsein von allen nötig. Wir müssen Perspektiven schaffen für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Deshalb müssen Anstrengungen auch im Kanton Zug gemacht werden – die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann soll diese Aufgabe weiterhin übernehmen, denn es braucht ein Engagement für die Chancengleichheit im Bildungssystem, in der Wirtschaft, in der Politik und in der Familie, für Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, unter anderem auch zur Entlastung der vie beschäftigten Männer! Dieses Engagement bringt mehr Lebensqualität für alle. – Unterstützen Sie den Antrag der vorberatenden Kommission und des Regierungsrats zur Weiterführung der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann! Nicht alles kann und soll gleich sein – gleichwertig aber sehr wohl. Diese Forderung muss in Diskussion bleiben und ist somit eine gesellschaftliche Daueraufgabe.

Barbara **Strub** möchte dem Rat zum Schluss noch mit einem Beispiel zeigen, worum es in der Frage der Gleichstellung heute noch geht. Ein junges Paar mit Kindern teilt sich die Familien- und Erwerbsarbeit. *Er* reduziert seine Erwerbstätigkeit auf 80 % und wird dafür geachtet. Wenn er auf 60 % reduziert, wird er schon als Waschlappen taxiert. Wenn die Frau trotz Familienarbeit mit 60 %-Pensum ausserhalb arbeitet, wird das gerade noch akzeptiert. Wenn sie hingegen auf 80 % erhöht, wird sie als Rabenmuter eingestuft. Eine Gleichstellung ist in unseren Köpfen noch nicht vollzogen. Wenn Sie auch so denken, treten Sie ein auf die Vorlage!

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, weist darauf hin, dass im Stawiko-Bericht der lapidare Satz steht: «Die tatsächliche Gleichstellung ist noch nicht erreicht.» Das wurde verschiedentlich auch von Votantinnen und Votanten bestätigt. Wir wissen es, das lässt sich nicht wegreden: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist noch nicht durchwegs erreicht. Frauen verdienen immer noch um die 20 % weniger für die gleichwertige Arbeit. Das ist keine Gleichstellung. Wir wissen auch, dass Führungspositionen in der Wirtschaft nur von wenigen Frauen besetzt sind. In einem Artikel der Neuen Zürcher Zeitung stand kürzlich, dass etwa 13,8 % der Führungspositionen von Frauen besetzt sind. Das ist die Seite, wo Frauen benachteiligt sind.
Nun zu den Männer. Und es ist nicht so, dass die Gleichstellungskommission neue Aufgaben gesucht und jetzt plötzlich gemerkt hat, dass auch Männer oder Knaben benachteiligt sein könnten. In der Schule haben die Knaben in den ersten Schuljahren sehr häufig Lehrerinnen und keine Lehrer mehr. Es ist die Frage aufgetaucht, ob dadurch diesen Knaben ihre Identifikationsfigur fehlen könnte. Denn wir wissen es: Auch in den Familien müssen wir uns manchmal zufrieden geben mit der vaterlosen Gesellschaft. Denn die Männer sind noch zu oft mit ihrer Karriere beschäftigt. Auf ihnen lastet die Vorstellung des Alleinernährers. In «Zuger Gewerbe aktuell» konnte man im September 2006 den Titel «Männer – nicht mehr nur Berufsmann und Ernährer, sondern auf der Suche nach etwas anderem» lesen. In diesem Zerrissensein

zwischen den steigenden Anforderungen von Berufs- und Familienpflichten sind Männer eben oft im Spagat.
Die Direktorin des Innern hat jetzt einiges angesprochen, wo nicht die rechtliche, sondern die tatsächliche Gleichstellung noch nicht erreicht ist. Was kann nun eine Kommission für die Gleichstellung hier bewirken? Sie kann sensibilisieren, ein Thema aufgreifen, eine Plattform bieten zur Diskussion. Die Veranstaltungsreihe «Männer im Spagat» wurde bereits erwähnt. Die Gleichstellungskommission hat anfangs 2005 in einer Woche mit mehreren Veranstaltungen dieses Thema aufgegriffen und Diskussionsforen und Vorträge angeboten. Sie war überrascht, dass dieses Thema ein so grosses Echo hervorrief. Etwa 300 Personen nahmen an diesen Veranstaltungen teil. Das Thema ist also aktuell. Die Kommission kann die Chancengleichheit für Männer und Frauen fördern. Sie kann beispielsweise mit der Broschüre «Familienergänzende Kinderbetreuung» die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Sie kann mit dem Projekt «Umdenken öffnet Horizonte» bei der Berufswahl die Clichévorstellungen etwas verändern. Sie hat soeben mit einem gut besuchten Vortrag zur Work/Life-Balance Akzente gesetzt, was vor allem die Männer interessieren dürfte. Sie hat Familienfreundlichkeit generell zum Thema gemacht als einen wichtigen Standortfaktor für die Zukunft auch in unserem Kanton.
Was geschieht, wenn die Kommission nicht mehr existiert? Es wäre kein roter Faden mehr da. Es gäbe vielleicht unkoordinierte Projekte. Sicher wären Rückschritte oder eine Stagnation bei der Gleichstellung zu erwarten. Mit grösster Wahrscheinlichkeit würden einzelne Projekte teurer. Nur schon deshalb, weil keine ehrenamtliche Tätigkeit mehr geleistet wird wie jetzt von der Kommission. Es würde auch ein Ansprechpartner für Anfragen fehlen, weil auch kein Sekretariat mehr da wäre. In den anderen Kantonen ist es so, dass fast ausnahmslos professionelle Fachstellen bestehen oder eine Kommission. Grosse Städte haben zudem noch Büros oder Gleichstellungs-Fachkommissionen. Es ist schlichtweg nicht einzusehen, weshalb im Kanton Zug für diese Aufgabe nicht Geld zur Verfügung gestellt werden soll. Schliesslich wurde sogar von der Stawiko erwähnt, dass die faktische Gleichstellung noch nicht erreicht ist.
Brigitte Profos fasst zusammen: Die faktische Gleichstellung ist in verschiedenen Gesellschaftsbereichen nicht erreicht. Die Kommission kann in diesen Bereichen sensibilisieren und motivieren. Sie kann Massnahmen einleiten und eine Plattform für fruchtbaren Austausch bieten. Sie arbeitet effizient und kostengünstig. Wir sind mit den anderen Kantonen in guter Gesellschaft – alle Zentralschweizer Kantone haben eine Kommission. Die Direktorin des Innern bittet den Rat im Namen des Regierungsrats, den Nichteintretensantrag abzulehnen, die Kommission im bisherigen Rahmen mit ihrem bisherigen Auftrag weiterzuführen und wie das auch in unserer Kantonsverfassung vorgegeben ist, die tatsächliche Gleichstellung weiter zu fördern. Der Regierungsrat hält an seinem Antrag für eine vierjährige Dauer fest. Bitte treten Sie auf die Vorlage ein und stimmen ihr in der Fassung der Regierung zu!

➔ Der Rat beschliesst mit 37 : 33 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1442.4 – 12220

§ 6

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass hier die Kommission beantragt, die Geltungsdauer des Beschlusses bis 31. Dezember 2012 zu beschränken; die Regierung beantragt eine Geltungsdauer bis 31. Dezember 2010.

➔ Der Rat schliesst sich mit 47 : 18 Stimmen dem Regierungsantrag an.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es mit der Fassung der Regierung nur 400'000 Franken kosten wird und somit nur eine Lesung gibt. Wir kommen somit bereits zur Schlussabstimmung.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 38 : 29 Stimmen zu.

1059 POSTULAT VON BAARER KANTONSRÄTINNEN UND KANTONSRÄTEN BETREFFEND VERLEGUNG DER HOCHSPANNUNGSLEITUNG IN BAAR-INWIL IM RAHMEN DES PROJEKTS TANGENTE NEUFELD

Traktandum 16 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1441.2 – 12238).

Beat **Villiger** weist darauf hin, dass die Problematik mit Hochspannungsleitungen bekanntlich vor allem in den Gemeinden Hünenberg und Baar ein Dauerthema ist. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des generellen Projektes Tangente Neufeld haben mehrere Baarer Mitglieder des Kantonsrats ein Postulat eingereicht mit dem Ziel, im Rahmen der Planung eine Erdverlegung der Leitung zu prüfen. Der Votant dankt der Regierung für die rasche Antwort. Es war nie die Absicht, das Bauprojekt zu verzögern, im Gegenteil: Man wollte gerade mit dieser Frage zur Hochspannungsleitung rechtzeitig vorstellig werden und nicht Gefahr laufen, dass eine Überprüfung in einem späteren oder zu späten Zeitpunkt dann noch gemacht werden müsste. – Die CVP-Fraktion nimmt von der Antwort Kenntnis. Persönlich und als Mitmotionär ist Beat Villiger mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Er hat zwar Verständnis dafür, dass für diesen Betrag eine Verlegung nicht in Frage kommen kann und dass mitunter auch der Grundwasserschutz beachtet werden muss. Gemessen aber an den Kosten für das Strassenbauprojekt und den prognostizierten Verlegungskosten kann es sich bei dieser Aufwendung für die Prüfung des Postulats nur um eine sehr rudimentäre Angelegenheit gehandelt haben. Es wäre besser gewesen, man hätte dieses Postulat erheblich erklärt und dann im Rahmen der Bearbeitung des generellen Projekts vertieft angegangen. Der Votant ist mit dem Antrag der Regierung nicht einverstanden, die CVP-Fraktion aber schon.

Berty **Zeiter** kann sich den Argumenten ihres Vorredners anschliessen, möchte aber auch von Seite der AF die Gründe darlegen, warum wir beantragen, das Postulat erheblich zu erklären. Die Beantwortung durch die Baudirektion erfolgte nur auf der Basis von bereits vorhandenen Unterlagen, die keinerlei innovative Ansätze enthalten. In der ganzen Antwort wird kein einziges Mal Bezug genommen auf die im Richtplan vom Kantonsrat bejahten, zukunftsweisenden Planungsgrundsätze des Kapitels über elektrische Übertragungsleitungen. Die technischen Daten zeigen sogar technisch Unbedarften auf, dass die bereits jetzt nicht mehr eingehaltenen Grenzwerte der Hochspannungsleitung in Zukunft noch massiver überschritten werden. Dabei entsteht diese zusätzliche Belastung nicht durch die notwendige Stromversorgung im Kanton Zug, sondern durch die zunehmende Benutzung der Leitung für die internationalen Stromtransfers, also für den Stromhandel.
Der Vorstand des Vereins zur Förderung der Wohnqualität entlang der Hochspannungsleitung Sils-Benken-Mettlen (VFW), der sich mit der neuen Technologie der gasisolierten Leitungen (GIL) seit Jahren gründlich befasst, hat uns Baarer Kantonsrätinnen und Kantonsräten einen Brief mit bedenkenswerten Ergänzungen zur regierungsrätlichen Antwort zugeschickt. Zu Kapitel 3, wo Hürden für die unterirdische Verkabelung aufgezählt werden, verweist er darauf, dass eine Kombination des Erdwalls, der als Lärmschutz geplant ist, mit der Kanalführung der Hochspannungsleitung sehr wohl zu prüfen gewesen wäre. Die Stellungnahme des Vereins VFW zu den Folgerungen für das Projekt der Tangente Neufeld lautet wie folgt: «Erfahrungen können nur gemacht werden, wenn man bereit ist, neue Wege zu gehen. Die Betreiber setzen seit mehr als 50 Jahren auf den Freileitungsbau und verhindern Innovationen. Welche andere Industrie kann es sich erlauben, im Jahre 2006 eine 50 Jahre alte Technologie zu propagieren? (…) Dass die Betreiber über eine rechtskräftige Bewilligung verfügen ist unbestritten. Das Bundesgericht hat aber auch festgehalten, dass die Betreiber bei bestehenden Leitungen nicht auf Jahrzehnte hinaus eine Missachtung der Grenzwerte in Kauf nehmen dürfen, d.h. auch die Anwohner einer als "alt" taxierten Leitung haben ein Recht auf Schutz vor Elektrosmog.»
Die Votantin will auch einen Querverweis anbringen auf die kommende Beratung einer Richtplanänderung im Hinblick auf die Verkabelung der Hochspannungsleitung entlang der Autobahn A4 in Baar. Wir können doch nicht mit zwei Ellen messen: Dort, wo eine Hochspannungsleitung den Leuten in einer vornehmen Wohnlage die Aussicht stört, nehmen wir deren Anliegen ernst, aber hier, wo die Hochspannungsleitung direkt über Wohnblöcke führt und die Gesundheit etlicher darunter Wohnenden sehr direkt tangiert, vereiteln wir mit fadenscheinigen und wenig weitsichtigen Argumenten die Umsetzung der Richtplanvorgaben. – Die AF beantragt deshalb, das Postulat erheblich zu erklären, damit die Richtplan-Grundsätze innerhalb des Projektes Tangente Neufeld berücksichtigt werden.

Hans Peter **Schlumpf** kann den Optimismus seiner Vorrednerin bezüglich einer einfachen technischen Machbarkeit nicht ganz teilen. Aber dennoch ist es den Baarer Kantonsrätinnen und Kantonsräten nicht zu verargen, dass sie mit einem Vorstoss zur teilweisen Verlegung der Hochspannungsleitung im Bereich Baar-Inwil an die Öffentlichkeit gelangt sind. Die Verlegung von Hochspannungsleitungen in den Boden ist ein populäres Thema. Viele stellen sich das einfacher vor, als tatsächlich ist. Es ist auf jeden Fall baulich sehr aufwendig und teuer und bringt ausser dem Verstecken der Leitung noch nicht automatisch auch Vorteile. Wenn allerdings nun schon von Inwil den Berg hinauf eine neue Strasse gebaut werden soll, hat es einen gewissen Reiz, im Zuge dieser Bauarbeiten auch gleich die Starkstromleitung in den

Boden zu verlegen. Zumal die bestehende Leitung im Bereich Inwil weitherum sichtbar über einige Wohnblöcke hinweg führt. In diesem Fall ist aber den Überlegungen der Regierung uneingeschränkt zuzustimmen. Eine Verknüpfung eines allfälligen Projekts Verlegung Hochspannungsleitung mit dem Projekt Tangente Neufeld darf auf keinen Fall erfolgen. Warum?
Nicht nur ist das geplante Strassentrassee rund doppelt so lang wie die bestehende Freileitung. Der technische Mehraufwand und dessen Kosten wären unverhältnismässig hoch und die Eingriffe in die in diesem Gebiet sowohl am Hang wie in der Ebene sehr heikle Grundwasserhydraulik wären unverantwortlich und dessen Folgen erst noch ungewiss. Politisch wäre eine solche Verknüpfung eine massive planerische, technische und finanzielle Hypothek für das Projekt Tangente Neufeld, das es verdient, so rasch wie möglich umgesetzt zu werden. Die Tangente Neufeld ist nicht nur für das zugerische Berggebiet und die Gewerbebetriebe im Raum Inwil-Baar-Zug sehr wichtig, sondern vor allem auch als Entlastung des Zuger Stadtkerns. – Die FDP-Fraktion – inklusive der Baarer Kantonsräte und Kantonsrätinnen – stellt sich deshalb auf Grund der gemachten Überlegungen einstimmig hinter den Antrag der Regierung, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Beni **Langenegger** weist darauf hin, dass die Hochspannungsleitung im Gebiet Neufeld-Inwil durch unverbautes Gebiet und Grundwasserschutzzonen mit modernen Grundwasserfassungen führt. Da er dieses Gebiet in- und auswendig kennt, hat er das Postulat nicht unterschrieben, weil dieser Leitungsabschnitt vom Neufeld bis Inwil wie erwähnt nicht über bewohntes Gebiet führt. Zudem teilt er die Meinung der Regierung, dass es falsch wäre, die Leitung in den Boden zu verlegen. Denn als direkt betroffener Landwirt muss er bei der Bewirtschaftungsweise bereits jetzt schon massive Einschränkungen in den Grundwasserzonen hinnehmen. Daher erachtet er es als falsch, die Grundwasserzonen neuen Belastungen wie der Erdverlegung der Hochspannungsleitung auszusetzen. Zudem wissen wir nicht, ob wir die Grundwasserzirkulation tangieren oder gar unterbrechen würden. Auch kennen wir die Auswirkung auf die Grundwasserqualität nicht. Verzichten wir auf solche Experimente und stimmen dem Antrag der Regierung zu, das Postulat nicht erheblich zu erklären!

René **Bär** weist darauf hin, dass an der Planungskommissionssitzung Leute von der NOK und den SBB über die Hochspannungsleitung informierten. Was ihn beschäftigt ist, dass die NOK sagte, man könne mit ihr sprechen, um die Leitungen unterirdisch zu verlegen. Die SBB sagten, es sei für sie überhaupt kein Thema. Die Züge fahren oberirdisch, und somit sind auch die Leitungen oberirdisch zu führen.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger**: Wenn die Leitung acht Meter unter den Boden muss, nützt ein drei Meter hoher Wall nichts. – Die Hochspannungsleitung durch Baar hat 120 Kilovolt, resp. 132. Diese Hochspannungsleitung im Neufeld hat 380 Kilovolt. Bei der Sitzung, die René Bär erwähnt, ging es um 120 resp. 132. Bei 380 sieht die Sache ganz anders aus. – Im Übrigen beantragt die Regierung, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 44 : 15 Stimmen, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

1060 NÄCHSTE SITZUNG

Donnerstag, 14. Dezember 2006

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

76. SITZUNG: DONNERSTAG, 14. DEZEMBER 2006
(VORMITTAGSSITZUNG)
8.30 – 11.50 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

1061 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 78 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri, Zug; Andrea Erni Hänni, Steinhausen.

1062 MITTEILUNGEN

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Medienschaffende – vor allem im Zusammenhang mit den Verabschiedungen – fotografieren möchten, und zwar am Vormittag und am Nachmittag.

➔ Der Rat ist einverstanden.

1063 TRAKTANDENLISTE

1. Traktandenliste. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16. November 2006.
2. Überweisung parlamentarischer Vorstösse und allfälliger Eingaben.*
3. Einbürgerungsgesuche.
   Antrag des Regierungsrats (Nr. 1494.1 – 12256).

4. Kantonsratsbeschluss über einen Zusatzkredit für den Neubau des Zentralspitals in Baar.
   2. Lesung (Nr. 1478.5 – 12257).
5. Änderung der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen.
   2. Lesung (Nr. 1448.4 – 12258).
6. Kantonsratsbeschluss betreffend Weiterführung der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann.
   2. Lesung (Nr. 1442.6 – 12259).
7. Dritter Zwischenbericht der Begleitkommission Pragma zum aktuellen Stand des Pilotprojektes.
   Bericht der Begleitkommission Pragma (Nr. 1267.3 – 12245).
8. Finanzplan 2007 - 2010.
   Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1484.1 – 12216) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1484.2 – 12255).
9. Budget 2007 sowie Budget 2007 der Strafanstalt Bostadel.
   Gedruckter Voranschlag sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1493.1 – 12254).
10. Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Rahmenvereinbarung für die Interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV).
    Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1421.1/.2 – 11981/82) und der Konkordatskommission (Nr. 1421.3 – 12260).
11. Geschäfte, die an der Sitzung vom 30. November 2006 traktandiert waren, aber nicht behandelt werden konnten.
12. Interpellation von Markus Jans betreffend Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN-Gebiete) (Nr. 1407.1 – 11946).
    Antwort des Regierungsrats (Nr. 1407.2 – 12250).
13. Verabschiedungen.

* erfolgt zu Beginn der Nachmittagssitzung

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Ziff. 6 entfällt, die 2. Lesung des KRB betreffend Weiterführung der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann. Auf Grund der materiellen Entscheide an der letzten Sitzung musste gemäss § 55 Abs. 4 der Geschäftsordnung nur eine einzige Lesung vorgenommen werden. Die Schlussabstimmung konnte daher bereits an der letzten KR-Sitzung vorgenommen werden.

1064 PROTOKOLL

➔ Das Protokoll der Sitzung vom 16. November 2006 wird genehmigt.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Protokolle der letzten beiden Sitzungen vom 30. November 2006 noch nicht vorliegen. Sie werden zusammen mit den Protokollen der heutigen Sitzungen gemäss § 13 Abs. 4 der GO vom Büro des abtretenden Kantonsrats genehmigt.

1065 EINBÜRGERUNGSGESUCHE

Traktandum 3 – Es liegt vor: Antrag des Regierungsrats (Nr. 1494.1 – 12256).

➔ Entsprechend dem Antrag des Regierungsrats werden in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen.

A. SCHWEIZERINNEN / SCHWEIZER

Einbürgerungen gemäss § 18 des Bürgerrechtsgesetzes:

11 Schweizerinnen und Schweizer mit Angehörigen.

B. AUSLÄNDERINNEN / AUSLÄNDER

a) 11 jugendliche Ausländerinnen/Ausländer der zweiten Generation, die das Gesuch vor dem 22. Altersjahr eingereicht haben (§ 11 BüG).

b) 15 übrige Ausländerinnen/Ausländer mit Angehörigen (§ 10 BüG).

1066 KANTONSRATSBESCHLUSS ÜBER EINEN ZUSATZKREDIT FÜR DEN NEUBAU DES ZENTRALSPITALS IN BAAR

Traktandum 4 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. November 2006 (Ziff. 1056) ist in der Vorlage Nr. 1478.5 – 12257 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69 : 2 Stimmen zu.

1067 ÄNDERUNG DER INTERKANTONALEN VEREINBARUNG ÜBER DIE ANERKENNUNG VON AUSBILDUNGSABSCHLÜSSEN (DIPLOMANERKENNUNGSVEREINBARUNG)

Traktandum 5 – Das Ergebnis der 1. Lesung vom 30. November 2006 (Ziff. 1057) ist in der Vorlage Nr. 1448.4 – 12258 enthalten.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 69 : 0 Stimmen zu.

1068 DRITTER ZWISCHENBERICHT DER BEGLEITKOMMISSION PRAGMA ZUM AKTUELLEN STAND DES PILOTPROJEKTS

Traktandum 7 – Es liegt vor: Bericht der Begleitkommission Pragma (Nr. 1267.3 – 12245).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass dieses Geschäft vor dem Budget 2007 behandelt wird, weil materielle Zusammenhänge zwischen Pragma und Budget 2007 bestehen.

Werner **Villiger** weist darauf hin, dass die Begleitkommission Pragma am 30. August 2006 in einer halbtägigen Sitzung von Finanzdirektor Peter Hegglin und Projektleiterin Marianne Schnarwiler über den aktuellen Stand des Pilotprojekts und die geplanten nächsten Schritte orientiert wurde. Othmar Geiser, Sachbearbeiter betriebliches Rechnungswesen bei der kantonalen Finanzverwaltung, stellte die Kosten- und Leistungsrechnung vor. Anschliessend informierte Amtsleiterin Bernadette Boog über die Erfahrungen des Amts für Berufsberatung als Pragma-Amt.
Zum Personalplafonierungsbeschluss. Der Regierungsrat hat geprüft, ob mit der Teilnahme des Amts für Informatik (AIO), das heisst ab 1. Januar 2007, eine Anpassung des Personalplafonierungsbeschlusses notwendig ist. Er ist zum Schluss gekommen, dass dies nicht notwendig ist, da der Kantonsrat mit Beschluss vom 27. Mai 2004 generell das gesamte Personal aller Pragma-Ämter vom Plafonierungsbeschluss ausgenommen und den Regierungsrat ermächtigt hat, *mindestens* fünf Ämter oder Abteilungen in der Pilotphase zu bestimmen. Damit steht dem Regierungsrat zu, durch Bestimmung der Pilotämter Organisationseinheiten von der Personalplafonierung auszunehmen. Im Sinne einer redaktionellen Nachführung wird der Personalplafonierungsbeschluss mit einer Fussnote ergänzt, dass durch den Beschluss des Regierungsrats vom 10. Mai 2005 betreffend Teilnahme des AIO am Pilotprojekt Pragma zusätzlich 26.80 Personaleinheiten vom KRB ausgenommen wurden. Die Kommission ist mit diesem Vorgehen einverstanden. Sie hält dabei fest, dass im Hinblick auf das Projektende rechtzeitig zu regeln ist, wie mit den zusätzlich erfolgten, befristeten, zivilrechtlichen Anstellungen bis Projektende umgegangen wird.
Nun das Wichtigste in Kürze. Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) ist seit dem 1. Januar 2006 in den Pragma-Ämtern in Betrieb. Die Einführung verlief ohne nennenswerte Schwierigkeiten. – Die Kommission ist erfreut, dass die Kosten/-Leistungsrechnung in den Pragma-Ämtern trotz engem Zeitplan und komplexen Sachverhalt reibungslos eingeführt werden konnte. Sie wertet auch die Zusammenarbeit mit und zwischen den Gemeinden als positiv. – Die Globalbudgets der Pragma-Ämter werden – auch nach der Einführung der KLR – wie bis anhin als Saldo von Aufwand und Ertrag in der laufenden Rechnung dargestellt. Die Staatsrechnung und die KLR sind verschiedene Instrumente (vgl. in der Privatwirtschaft: Finanzbuchhaltung / Betriebsbuchhaltung), die nicht vermischt werden dürfen.
Aus der Präsentation der positiven Erfahrungen wie auch kritischer Punkte aus der Sicht des Amts für Berufsberatung ergeben sich für die Kommission die folgende Erkenntnisse: Das Pilotprojekt dient primär dem Sammeln von Erfahrungen mit den neuen Instrumenten d. h. mit Leistungsauftrag, Globalbudget und KLR. Den Pragma-Ämtern dürfen jedoch durch ihre Teilnahme am Projekt keine Nachteile entstehen, z. B. dass die grössere Transparenz zu einem im Vergleich mit anderen Amtsstellen

höheren Spardruck führt. – Das schrittweise Vorgehen mit Coaching durch die Projektleitung bewährt sich. – Die Kommission hat Einsicht in die Leistungsaufträge der sechs Pragma-Ämter genommen. Nach eingehender Diskussion und der Beantwortung von Fragen hat die Kommission drei Empfehlungen abgegeben.
Ausblicke und Zielsetzungen. Die Kommission empfiehlt dem Regierungsrat und der Projektleitung, unbedingt die interne Kommunikation zu verstärken. Auch jene, die nicht am Pilotprojekt teilnehmen, sollen involviert werden und von den bisherigen positiven Erfahrungen profitieren können. Damit soll die Verwaltung rechtzeitig auf eine – je nach Verlauf der Evaluation – allfällige Ausbreitung nach der Pilotphase vorbereitet werden. Im Hinblick auf die neue Legislatur sollen auch die neuen Kantons- und Regierungsräte im nächsten Jahr mit der Philosophie des Pilotprojekts Pragma vertraut gemacht werden. Ein wichtiger Schwerpunkt des nächsten Jahres wird ausserdem die Konzeption der Evaluation und der Umsetzung sein, so dass im Hinblick auf den Ablauf der Pilotphase per 31. Dezember 2009 die notwendigen Schritte rechtzeitig eingeleitet werden können.
Der Votant würde sich sehr freuen, weiterhin Präsident der Begleitkommission Pragma zu sein und er hofft, dass viele Mitglieder der heutigen Kommission sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stellen.

Daniel **Burch** kann die lobenden Worte des Kommissionspräsidenten an die Adresse der Projektleitung nur unterstützen. Dies nicht nur, weil Weihnachten vor der Tür steht, sondern weil da wirklich auffallend gute Arbeit mit viel Engagement geleistet wird. Die FDP-Fraktion begrüsst die Teilnahme des Amts für Informatik an diesem Projekt und unterstützt den Entscheid der Regierung, die 26.8 Personaleinheiten dieses Amts zusätzlich vom KRB auszunehmen.
Zu den Empfehlungen. Die rechtzeitige und richtige Information über den Projektstand und das weitere Vorgehen ist sehr wichtig. Insbesondere sollen Vorurteile abgebaut und Missverständnisse möglichst verhindert werden. Dies gilt für alle Beteiligten, auch für den Kantonsrat. Manch einem wird beim Studium des Budgets aufgefallen sein, dass bei den Pragma-Ämtern keine detaillierten Budgetpositionen aufgeführt sind. Dies ist grundsätzlich korrekt und bedeutet nicht, dass die Ämter keine detaillierten Budgets mehr erstellen. Der Kantonsrat kann weiterhin das Budget beeinflussen und die Stawiko nach wie vor die Detailbudgets einsehen.
Mit der Genehmigung der Leistungsaufträge hat der Kantonsrat neu die Möglichkeit, direkt auf die Aktivitäten und Aufgaben der Verwaltung einzuwirken und diese zu bestimmen. Dies gewährt letztlich eine wirksamere Steuerung der Staatstätigkeit als über das traditionelle Budget. Bei diesem vergleicht man im Wesentlichen Zahlen mit Vorjahreszahlen, erhält jedoch keine Aussage darüber, in welchem Verhältnis die eingesetzten Mittel zu den erbrachten Leistungen stehen.
Die FDP unterstützt die Empfehlung, wonach nebst quantitativen vermehrt auch überprüfbare qualitative Ziele formuliert werden sollen. Wir sehen darin auch ein Mittel zur Motivation der Mitarbeitenden. Die Qualitätsüberprüfung soll mit einfachen Mitteln ermöglicht werden und nicht primär mit teuren Umfragen und Untersuchungen. Die Verhältnismässigkeit soll auf jeden Fall bewart bleiben. – Wir sind zuversichtlich, dass das Projekt weiterhin reibungslos verläuft und wünschen der Projektleitung und allen Beteiligten viel Freude, Durchhaltewillen und Erfolg.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** bedankt sich für das erhaltene Lob – er gibt es gerne der Projektleiterin Marianne Schnarwiler weiter. Es wurde gesagt, dass wir Pragma

schrittweise einführen. Das erste Jahr haben wir die Leistungsaufträge erarbeitet, eingeführt und umgesetzt. Im zweiten Jahr sind wir jetzt bei der Einführung der Kosten-/Leistungsrechnung. Das war anfänglich verbunden mit einem hohen Initialaufwand, läuft jetzt aber praktisch störungsfrei. Mit den normalen Buchungsvorgängen werden jeweils ja auch die entsprechenden Zuweisungen vorgenommen. Für das nächste Jahr – das dritte Pilotjahr – haben wir noch ein zusätzliches Amt. Nachher geht es dann an die Auswertung. Wir haben dann noch zwei Jahre, um zu definieren, wie es anschliessend weitergehen soll. Diese Zeit werden wir sicher intensiv nutzen.
Zu den drei Empfehlungen der vorberatenden Kommission. Die interne Kommunikation zu verstärken ist sicher ein Anliegen, das auch in unserem Interesse liegt. Auch im Zusammenhang mit der neue Legislatur, die im Januar beginnt, ist es wichtig, die neuen Kantonsräte zu informieren, was mit Pragma geht. Gerade hier ist darauf zu verweisen, wie das Budget gelesen werden muss. Es ist natürlich schon so, dass wenn Sie das Budgetbuch anschauen und bei den Pragma-Ämtern nur noch drei Zeilen sehen – die Aufwandzeile, die Ertragszeile und das Globalbudget –, Sie nicht viel sehen. Beim Amt für Berufsberatung auf S. 94 sehen Sie nur noch nackte Zahlen. Aber Sie müssen das in Verbindung sehen mit dem Leistungsauftrag, welcher vorne auf S. 20 zu finden ist und wo die Leistungen und die gesetzlichen Grundlagen genau definiert sind. Und in dieser Kombination machen ja diese Zahlen dann auch Sinn. Und wenn dieses Buch die Finanzbuchhaltung ist, gibt es daneben die Kosten-/Leistungsrechnung, die Betriebsbuchhaltung. Und dort sind die Kosten alle genau detailliert erfasst. Die Stawiko und die Pragma-Kommission haben ja, wenn sie die Direktionen besichtigen, Anrecht darauf, diese Zahlen zu sehen. So haben wir das auch immer kommuniziert und so wollen wir es in Zukunft halten. Es macht keinen Sinn, dass wir die Kosten-/Leistungsrechnung in einem Buch festhalten und dem Rat abgeben. Die Interpretation wäre viel zu schwierig.
Zur Empfehlung, qualitative Ziele zu formulieren. Das ist wahrscheinlich das Schwierigste im ganzen Projekt. Die Kommission hat ursprünglich dazu auch gesagt, man solle da vorsichtig sein. Weil es ja in der Schweiz viele Beispiele gibt, die in diesem Bereich zu viel definiert haben oder Ziele definiert haben, die gar nicht überprüfbar oder verifizierbar sind. Wir nehmen die Empfehlung auf, aber wir versuchen, hier nur so weit zu gehen, wie es noch Sinn macht. – Die dritte Empfehlung ist bereits in den Leistungsaufträgen umgesetzt worden.

➔ Kenntnisnahme

1069 FINANZGESCHÄFTE

A. FINANZPLAN 2007-2010

Traktandum 8 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nr. 1484.1 – 12216) sowie der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1484.2 – 12255).

B. BUDGET 2007 SOWIE BUDGET 2007 DER STRAFANSTALT BOSTADEL

Traktandum 9 – Es liegen vor: Gedruckter Voranschlag sowie Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission (Nr. 1493.1 – 12254).

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass Eintreten auf die beiden Finanzgeschäfte gemeinsam geschieht, da beide Geschäfte materiell zusammenhängen und sich bei den Voten erfahrungsgemäss schwierig auseinander halten lassen.

Peter **Dür**: Wie Sie unserem Berichten entnehmen können, hat die erweiterte Stawiko das Budget 2007 sowie den Finanzplan 2007-2010 an ihrer Ganztagessitzung vom 20. November 2006 beraten. Wie Ihnen bekannt ist, stellen unsere Zweier-Delegationen den zugeteilten Direktionen jeweils einen Fragenkatalog zu Positionen des Budgets und allgemeinen Fragen zu Themen der Direktionen zu. Auch dieses Jahr wurden diese Fragen zu unserer vollsten Zufriedenheit beantwortet. Alle diese Informationen erhalten Sie in konzentrierter Form in unserem Bericht, auf den der Stawiko-Präsident auch dieses Mal verweisen möchte. Bei Betrachtung von Finanzplan und Budget ist wieder einmal der Spruch von Alt-Bundesrat Dölf Ogi treffend: «Freude herrscht!» Der Votant möchte aber daran erinnern, dass das nicht immer so war. Bei der Budgetdebatte 2003 haben nicht alle Beteiligten den Saal in Weihnachtsstimmung verlassen. Wir mussten damals mangels Alternativen sogar die Teuerungszulage streichen. In der Presse ist das dann aber untergegangen, weil dem gestrichenen Beitrag ans Lassalle-Haus wesentlich mehr Bedeutung zugemessen wurde. Vielleicht Glück für uns.
Einige zusammenfassende Fakten zum Finanzplan 2007-2010:

- Trotz konservativ geschätztem Steuerertragswachstum und trotz NFA wird nach einem Defizit von 7,1 Mio. Franken im Jahr 2008 bereits 2009 ein ausgeglichenes Budget und 2010 ein Überschuss von 9,5 Mio. erwartet.
- Trotz NFA soll der Selbstfinanzierungsgrad nach 91,1 % im 2008 bereits im Jahr 2010 wieder 172,3 % betragen – allerdings bei deutlich tieferer Investitionstätigkeit.
- Was sehr erfreulich ist: Das Eigenkapital kann entgegen früherer Prognosen bis 2010 auf einem Niveau von rund 432 Mio. Franken gehalten werden – auch dank dem Ertrag aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes im Jahr 2005.

Einige Fakten zum Budget 2007:

- Ertragsüberschuss von 6,9 Mio. – es könnte bei der aktuell guten Wirtschaftslage und den Erfolgen bei der Akquisition von Unternehmen auch mehr werden.
- Einhaltung der strategischen Vorgaben, allerdings unter Berücksichtigung von Sonderfaktoren auf der Ausgabenseite.
- Kostendeckungsgrad von 113,9 % trotz sehr hohen Investitionen von 159,1 Mio.

- Zusätzliche Abschreibungen von 82 Mio. Franken. Sicher eine sinnvolle Massnahme zur vorsorglichen Korrektur des Verwaltungsvermögens im Hinblick auf den NFA.

Wir befinden uns am Ende der Legislatur – Budget und Finanzplan sehen erfreulich aus. Da könnte zu Recht heute etwas Kehrausstimmung eintreten. Alles im grünen Bereich – wäre da nicht die NFA, welche uns immer wieder dazu ermahnt, nicht übermütig zu werden und weiterhin eine sehr disziplinierte Finanzpolitik zu bestreiten. Wer unseren Kanton etwas oberflächlich von aussen betrachtet, wird sehr rasch dazu verleitet, uns und vor allem unseren Finanzdirektor Peter Hegglin mit Dagobert Duck zu verwechseln – nach dem Motto: «Schwimmen im Geld, aber immer etwas jammern und äusserst knauserig auf dem Geld sitzen».
Von linker Seite könnte der Vorwurf kommen, dass die NFA faktisch überhaupt keine Auswirkungen auf den Kanton Zug habe und nur als Schreckgespenst vorgeschoben werde, um die äusserst wirtschaftsfreundliche Finanzpolitik weiter zu führen. Das Bundesparlament könnte sich fragen, ob der ganze Protest aus dem Geberkanton Zug nicht nur einfach einem Gejammer auf höchstem Niveau entspricht. Es könnte sich fragen, ob man diese Finanzquelle, die 2007 1,1 Mia. Franken Bundessteuern, entsprechend 7 % der Gesamtsumme, in die Kasse spült, noch etwas mehr unter Druck setzen könnte.
Deshalb eine Warnung an alle. Die Situation in unserem Kanton basiert auf einer jahrelangen, konsequenten Finanz- und Wirtschaftspolitik. Der Kanton Zug wird die NFA nur kompensieren können, wenn weiterhin alle Anstrengungen gemacht werden, das Zuger Modell zu pflegen und weiter zu entwickeln. Die NFA hat einen Mechanismus eingebaut, der unser Zuger Modell stark bedrohen, wenn nicht zerstören könnte. Mehr Wirtschaftswachstum führt zwar zu mehr Steuererträgen, sekundär aber auch umgehend wieder zu einem höheren Ressourcen-Index und zu einer höheren NFA-Belastung. Die Zukunft wird zeigen, wie wir mit diesem im Moment ungebremsten Mechanismus umgehen können.
Wer sich die Mühe nimmt, die finanzielle Entwicklung unseres Kantons im Detail anschaut, wird Folgendes feststellen:

- Die konstant hohen und weiter wachsenden Steuererträge basieren auf einer über Jahrzehnte konsequenten Akquisitions- und Steuerpolitik.
- Die Zuger Politik hat es immer wieder – auch 2003 – geschafft, das Ausgabenwachstum zu bremsen, wenn sich die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen ungünstig entwickelt hat.
- Trotz Einhaltung der strategischen Vorgaben zum Wachstum von wichtigen Kostenfaktoren wie Personal und zweckgebundene Ausgaben kann im öffentlichen Angebot (Schulen, öffentlicher Verkehr, Gebäude etc.) keine qualitative Verschlechterung festgestellt werden.
- Trotz aktuell gesunden Finanzen ist die Finanzdirektion im Auftrag des Kantonsrats daran, mit dem Projekt STAR ein weiteres Mal die Staatsaufgaben zu überdenken und Optimierungen von bis zu 30 Mio. Franken zu diskutieren. Es ist richtig, dass die Regierung in dieser Situation, da das Budget im Lot ist, nicht einfach zurücksteht. Der Stawiko-Präsident appelliert auch an das Parlament, dass man nun auf diesem geraden Weg weitergeht und dieses STAR-Projekt an die Hand nimmt und durchzieht.

Fazit: Der Kanton Zug hat seine finanzpolitischen Hausaufgaben regelmässig und konsequent gemacht. Eine langfristig berechenbare Finanzpolitik ist ein äusserst wichtiges Entscheidungskriterium bei der Standortwahl von Unternehmen. Kantone, die ständig das Geld bei den anderen suchen und mit Neid auf den Kanton Zug schauen, sollten besser daran tun, sich über die eigene Wirtschafts- und Finanzpoli-

tik der letzten Jahrzehnte ihre Gedanken zu machen. Der Kanton Zug hat seinen Status nicht einfach durch Zufall erreicht. Vielmehr haben Regierung, Verwaltung und Parlament des Kantons Zug über Jahre nichts dem Zufall überlassen. Peter Dür hofft, dass auch der neue Kantonsrat diese Zuger Finanzpolitik in den Jahren 2007 bis 2010 konsequent weiterführt und weiter entwickelt und dabei auch sozialen und umweltpolitischen Aspekten die nötige Beachtung schenkt. Er wünscht allen viel Freude und Genugtuung bei ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit und bedankt sich im Namen der erweiterten Stawiko bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit.
Abschliessend noch die Anträge:
Die erweiterte Stawiko beantragt Ihnen:
- den Finanzplan 2007-2010 zur Kenntnis zu nehmen,
- einstimmig, auf das Budget 2007 einzutreten und ihm zuzustimmen,
- einstimmig, das Budget 2007 der Strafanstalt Bostadel zu genehmigen,
- den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2007 unverändert auf 82 % der Einheitssätze zu belassen.

Stefan **Gisler** erinnert daran, dass der Kanton mit Budget und Finanzplan wesentlich beeinflusst, welche Leistungen die öffentliche Hand erbringt und wer von diesen in welchem Ausmass profitiert. Und so geht es nicht nur um die finanzielle Zukunft des Kantons, sondern um die generelle Gestaltung unserer Gesellschaft und unseres Lebensraums. Darum haben die Alternativen Vorbehalte gegenüber dem Finanzplan der Regierung. Die ZFA und die Staatsaufgabenreform drohen zu zwei Gross-Sparübungen zu werden. Die Leidtragenden werden Gemeinden und Bevölkerung sein. 30 Mio. Franken sollen durch die Staatsaufgabenreform STAR eingespart werden. Sparen im Sozialen, Sparen im öffentlichen Verkehr, Sparen bei der Umwelt etc. Die Alternativen wenden sich nicht grundsätzlich gegen die Überprüfung der staatlichen Dienstleistungen mittels STAR. Wir wollen aber nicht, dass aus dem STAR-Paket ein Spar-Paket wird Dafür hat die Regierung auch gar kein Mandat. Sie selbst beschreibt ja die Ziele von STAR im Bericht Finanzplan so: «Im Zentrum steht, ob der Staat die richtigen Leistungen erbringt und ob die Aufgabenerfüllung und die Leistungserbringung optimal erfolgen.» Die Alternativen begrüssen die Bemühungen um Effektivitätssteigerung. Aber allfällig gewonnene Mittel sollen dann in Form von erhöhten Leistungen der gesamten Bevölkerung zufliessen und nicht in Form von Steuersenkungen vor allem den Privilegierten. Sonst bezahlt die Bevölkerung mit Leistungseinbussen oder allenfalls Gebührenerhöhungen mehr oder weniger direkt die Steuergeschenke von 25 Millionen an Aktionäre und Holdings.
Zum ZFA. Dieser droht zu einem Sparpaket auf kommunaler Ebene zu werden. Dass die Gemeinden ebenso wie der Kanton ihren Beitrag zur NFA leisten müssen, begrüssen die Alternativen. Schliesslich werden Zugs NFA-Kosten bzw. das Ressourcenpotenzial auf Grund der Leistungsfähigkeit von Kanton *und* Gemeinden errechnet. Dabei kann sich der Votant vorstellen, dass bei der vorgeschlagenen Belastungsverteilung von 88 Millionen Kanton und 58 Millionen Gemeinden die Gemeinden etwas weniger belastet werden. So soll der Kanton im Rahmen des ZFA möglichst all diejenigen Aufgaben übernehmen und finanzieren, die er effektiver, koordinierter, kompetenter und günstiger ausführen kann, als wenn elf kommunale Lösungen gesucht werden müssen. Stossend ist einfach, dass in den letzten Jahren durch die Steuersenkungspolitik bei Kanton und Gemeinden primär die entlastet wurden, die eigentlich die NFA-Kosten durch ihren Zuzug verursachen. Darum gilt es bei der ZFA zu verhindern, dass die Durchschnitts-Bevölkerung am Ende mit weniger Geld im Portemonnaie da steht. Vielleicht wäre es ja weitsichtiger gewesen, sich

nicht einem gegenseitigen kommunalen Steuersenkungswettbewerb auszusetzen – so wie es Zug mit der Schweiz macht, machen es die Gemeinden untereinander – und stattdessen ein wenig Geld für die NFA-Finanzierung beiseite zu legen. Auch nehmen die Disparitäten zwischen den Gemeinden zu. Umso wichtiger ist, dass im Rahmen der ZFA ein echter innerkantonaler Finanzausgleich zustande kommt Und in diesen – da spricht Stefan Gisler als Stadtzuger Kantonsrat – soll gerade die Stadt genügend einschiessen. Sie vermag dies, wenn sie beispielsweise auf die alljährlichen Steuerrabatte verzichtet. Wiederum sind in der Stadt Zug 5 % im Gespräch.
2006 sind über 1000 neue Firmen und auch zahlreiche begüterte Personen nach Zug gezogen. Und gemäss Finanzdirektor halte der Trend 2007 an. Er sagt auch, es sei nicht mit einem Verlust an Steuererträgen durch die Steuerkonkurrenz anderer Kantone zu rechnen. Also sagt er indirekt – und das freut den Votanten –, dass weitere Steuersenkungen unnötig sind. Und so werden die Steuererträge 2007 die strategische Vorgabe von 5 % um 1,6 % übertreffen. Offensichtlich verfügt Zug bereits heute – denn die jüngste Steuergesetzrevision ist noch gar nicht mit eingerechnet – über grosse Wirtschaftsattraktivität. Peter Dür hat es erwähnt: Es gibt ein Jahrzehnte altes Zuger Modell. Und dieses gelte es zu unterhalten. Doch Stefan Gisler sagt: Systemstillstand ist Rückschritt. Darum müssen wir uns die Freiheit nehmen, das Zuger System grundsätzlich zu überdenken und nicht nur einfach fortzuführen. Verschiedenste in jüngster Zeit publizierte Befragungen weisen darauf hin, dass nicht primär die Tiefststeuern für einen Zuzug und vor allem für den langfristigen Verbleib entscheidend sind. Wichtiger sind Standortfaktoren wie ein gutes Bildungswesen, der soziale Frieden dank ausgebautem Sozialsystem, ein qualitativ gutes Gesundheitssystem, ein leistungsfähiger öffentlicher Verkehr, eine effektive Verwaltung oder eine intakte Umwelt. In der Neuen Zuger Zeitung vom 2. Dezember wird zum Wirtschaftsstandort Zug Hugo Boss-Chef Urs Odermatt so zitiert: «Verantwortlich für die Standortverlegung war die herausragende Betreuung bei der Standortsuche, die optimale Infrastruktur und die gute verkehrstechnische Lage.» Die Unternehmen setzen also nicht nur auf Tiefststeuern. Wer aber die anderen Faktoren vernachlässigt, gefährdet die Prosperität von Zugs Wirtschaft und die Lebensqualität der Zuger Bevölkerung. Gefährdend ist, nicht in diese Standortfaktoren zu investieren, der Mehrheit Bevölkerung immer höhere Wohn- und Lebenskosten zuzumuten, Zugs Umwelt und Lebensraum einem zu schnellen Wachstum zu opfern und beim Personal zu sparen.
Mit 3 % ist das Zuger Wachstum – so die Prognosen der Regierung – doppelt so hoch wie das schweizerische. Die Mehrheit in diesem Parlament will auch, dass Zug ein Wachstumskanton ist – selbstverständlich zählen wir Alternativen nicht zu den Freunden des enthemmten Wachstums. Aber wer wachsen will, muss konsequent sein, muss investieren, damit die öffentlichen Dienstleistungen gewährleistet sind. Darum müssen Stawiko, Kantonsrat und Regierung die strategischen Vorgaben überprüfen. Bei den zweckgebundenen Beiträgen – insbesondere aber auch beim Personal. Wie schätzen Sie es ein, geschätzter Herr Finanzdirektor: Ist es nicht unrealistisch und standortgefährdend, stur am heutigen Personalstellenplafond festzuhalten und zu riskieren, dass überlastete Staatsangestellte das bisher hohe Qualitätsniveau nicht mehr halten können?
Die Alternativen treten auf das Budget 07 ein und stimmen ihm zu. Dasselbe gilt für das Budget des Bostadels. Nicht zustimmen werden wir – wenn auch ohne Gegenantrag – dem Beibehalt des Steuerfusses auf 82 %.

Martin B. **Lehmann** erinnert daran, dass im Leben alles zwei Seiten hat, auch das vorliegende Budget. So können – gestützt durch das starke Wirtschaftswachstum –

erstmals Steuereinnahmen von mehr als einer halben Milliarde Franken budgetiert werden, allein die Vermögenssteuern sollen dank der boomenden Börsen um über 12 % anwachsen. Aber auch die juristischen Personen dürften mit einem Plus von annähernd 10 % für ein anhaltendes Sprudeln der Steuerquellen sorgen. Und dass auch die Wachstumsziele der regierungsrätlichen Finanzstrategie vollumfänglich eingehalten werden können, macht die vorweihnachtliche Freude des Finanzdirektors komplett.
Weniger appetitlich hingegen - und für uns nicht nachvollziehbar - ist die seltsame Freude über den seit 2003 stark gesunkenen Anteil des Personalaufwands, gemessen am Gesamtaufwand des Kantons. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen, nachdem die strategische Wachstumsvorgabe beim Personal von 2,5 % dem prognostizierten Wirtschaftswachstum auch in Zukunft weiter hinterherläuft.
Und während die neue Steuergesetz-Revision nur mit einem einmaligen Dämpfer im Finanzplan 2008 ihre Spuren hinterlassen soll, werden verschiedene Gemeinden – allen voran diejenigen mit wenigeren juristischen Personen – die zurückgehenden Steuereinnahmen nicht oder nur marginal durch eine Superkompensation auffangen können. Ähnliche Auswirkungen wird im Übrigen auch die angekündigte Senkung der Vermögenssteuern für finanzschwächere Gemeinden haben. Ebenfalls mit Sorge sehen wir das anhaltende Auseinanderdriften der innerkantonalen Steuersätze. Diskrepanzen von 30 % sind nicht nur inakzeptabel, sondern gefährden mittelfristig auch den Zusammenhalt unter den Gemeinden. So überrascht es nicht, dass bereits erste bürgerliche Finanzpolitiker eine wirkungsvollere materielle Harmonierung der Steuersätze fordern, wenigstens im Kanton Zug. Wir erachten es aber auch als finanzpolitisch unfair und staatspolitisch heikel, dass die aufkommenden Mehrbelastungen in Bezug auf die NFA vom Kanton – trotz aller Steuersenkungen und Sparübungen – locker absorbiert werden können, während die Gemeinden zum Teil substanzielle Steuererhöhungen budgetieren müssen. Das zweite Paket ZFA steht damit jetzt schon auf wackligen Füssen. Und dass der Sparfetischismus immer seltsamere Blüten treibt, zeigt die neue Staatsaufgabenreform. Bei 30 Millionen Franken kann nicht mehr ernsthaft von Kostenoptimierungen die Rede sein, hier geht es schlicht und ergreifend um schmerzhafte Einsparungen im Service Public.
Wie schon mehrmals an dieser Stelle moniert, erkennt die SP-Fraktion durchaus den Sinn und die Nützlichkeit der regierungsrätlichen Finanzstrategie, solange dieser das Ziel eines haushälterischen Umgangs mit unseren Finanzen zugrunde liegt. Wir können aber nicht nachvollziehen, dass bei budgetierten Mehreinnahmen an Steuern von bis zu 6,6 % das bereits stark abgeschwächte Wachstum bei den gebunden Ausgaben und beim Personal noch weiter eingeschränkt werden soll und sich immer klarer eine umgekehrte Schere auftut.
Trotzdem, wir beantragen einstimmig Eintreten auf das Budget 2007 und dasjenige der interkantonalen Strafanstalt Bostadel sowie Kenntnisnahme des Finanzplanes 06 bis 09. Bei dieser Gelegenheit möchten wir es nicht unterlassen, dem gesamten Staatspersonal für seine exzellente Arbeit im zu Ende gehenden Jahr zu danken.

Felix **Häcki** hält fest, dass die SVP-Fraktion zustimmend Kenntnis nimmt vom Finanzplan 2007 - 2010. Dies im Wissen, dass der Finanzplan eine Absichtserklärung der Regierung ist, die sich im ungünstigen Fall beträchtlich verändern könnte. Es sind viele recht optimistische Annahmen enthalten, die beträchtlichen Zusatzaufwand oder weniger Einnahmen bescheren könnten. Hier seien nur kurz einige Fragen gestellt:

– Bleibt es für den Kanton bei einer doch beträchtlich höheren Kadenz in der Wirtschaftsentwicklung als in den andern Kantonen?
– Wird sich das Wirtschaftswachstum über eine doch längere Zeit bei durchschnittlich real 1,8 Prozentpunkten halten können?
– Wird, ausgelöst durch allgemeine Einkommenssteigerungen und/oder Steigerungen des Zinsniveaus, die Inflation nicht stärkeres als durchschnittlich 1.5 % Wachstum zeigen?
– Wird sich das Wachstum beim Personalaufwand im Rahmen halten, wenn man bedenkt, wie der Kantonsrat doch immer wieder Zusatzstellen ausserhalb des Plafonds ohne wirklich breite Analyse über die ganze Verwaltung bewilligt? Neustes Beispiel: Anhebung des Plafonds um 1,5 Stellen, weil die Polizei mehr Leute braucht. Zudem kommt auch hier die Unsicherheit bei der Teuerungsrate zum Tragen.
– Wird sich die Belastung aus dem NFA im Jahr 2008 und folgende wirklich *nur* auf netto 142,9 resp. 150,7 und 158.9 Mio belaufen? Mit dem aktuellen überproportionalen Wachstum könnten die Werte auch höher ausfallen bei der endgültigen Berechnung der Ressourcenstärke im Herbst 2007.
– Wird sich die Vorstellung der Regierung beim ZFA voll umsetzen lassen?
– Wird die Vorlage für die Sanierung der ZUWEBE rechtzeitig vom Kantonsrat verabschiedet, sodass der Baubeginn noch ins Jahr 2007 fällt? Wenn nicht, fällt hier der ansehnliche Bundesbeitrag als Folge des NFA aus.
Über alles gesehen ist es doch irgendwie erschreckend, dass sich der Sachaufwand von 2006 bis 2010 glatt verdoppeln wird, auch wenn ein Teil des Wachstums durch den NFA verursacht wird und die Regierung alles daran setzt, Mass zu halten. Unter den gegeben Umständen haben wir kein Verständnis für die von linken Kreisen angebrachte Kritik am Projekt STAR. Dieses Projekt ist im Übrigen im Grunde genommen eine Selbstverständlichkeit. Jede Verwaltung, sei es eine private oder öffentliche, muss von Zeit zu Zeit durchleuchtet werden, ob sich nicht gewisse Gewohnheiten oder Abläufe überholt haben. Nicht jeder Beschluss von gestern muss heute noch notwendig sein. Keine Ablauforganisation macht einfach per se auf Dauer Sinn. – Wir wünschen der Regierung auf alle Fälle viel Erfolg bei der Umsetzung des Finanzplans.
Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den gedruckten Voranschlag und stimmt dem Budget und dem Budget der Strafanstalt Bostadel gemäss Antrag der Regierung zu. Zudem wird sie der Beibehaltung des Steuerfusses der allgemeinen Kantonssteuer auf 82 % der Einheitssätze für 2007 zustimmen. Dies geschieht im Wissen, dass die Zitrone noch nicht ausgepresst ist, wie es die Linke im Rat manchmal behauptet. Es ist jedoch nicht schlecht, wenn noch etwas Reserven im Budget enthalten sind, denn es basiert auf Annahmen, die der Votant bereits beim Finanzplan kritisch kommentiert hat. Es ist wie im normalen menschlichen oder auch geschäftlichen Leben. Wenn jemand ausgemergelt in eine Grippe erwischt, ist es viel schneller gravierend und lebensbedrohlich. Wenn man Reserven hat, kann man besser reagieren. Was die enthaltenen Reserven anbelangt, so möchte Felix Häcki den Rat jetzt nicht mit Zahlen langweilen. Wir sind der Meinung, dass die Regierung sehr wohl weiss, wo der Speck gelagert ist. Dazu seien nur zwei offenkundige Positionen erwähnt. Die Direktion für Bildung und Kultur hat gesamthaft rund eine Million direkt erkenntliche Beratungshonorare resp. Honorare und Dienstleistungen Dritter budgetiert. Das ist ein Wachstum gegenüber dem Budget vom Vorjahr von 14,4 %. Das Amt für Zivilschutz und Militär wurde aus den zwei Ämtern Zivilschutz und Militär neu zusammengefasst. Dies ohne wirklich erkennbare Synergieeffekte. Und obwohl die Aufgaben ja laufend abnehmen. Sie residieren weiterhin an zwei Standorten, wobei einer das alte Zeughaus im Stadtzentrum ist. Dort haben sich – weil das Zeughaus nicht

für neue Zwecke frei gemacht worden ist – bereits zwei weitere Benutzer aus der Verwaltung «eingeschlichen». In Häuserbesetzung hat sich ja der scheidende Sicherheitsdirektor schon vor Jahrzehnten ausgekannt. – Bei diesem Anlass möchten wir dem Staatspersonal für seinen Beitrag im vergangenen Jahr danken. Auch beim Budget wünschen wir der Regierung viel Erfolg in der Durchsetzung und dem Kantonsrat genügend Standfestigkeit, damit nicht beliebig viele – im Einzelfall wohl oft nur kleine, in der Summe jedoch grosse – Mehrkosten generiert werden.

Daniel **Grunder**: Der Stawiko-Präsident hat es bereits erwähnt – vor nicht allzu langer Zeit ging bei der Budgetdebatte jeweils ein Donnergrollen durch diesen Saal. Wie der vorliegende Finanzplan und das Budget 2007 zeigen, haben sich die damaligen Gewitter gelohnt. Vor dem Hintergrund der dunklen NFA-Wolken forderte die FDP zusammen mit den anderen bürgerlichen Fraktionen damals eine tief greifende Überarbeitung der regierungsrätlichen Finanzstrategie. Die vor drei Jahren aktualisierte Finanzstrategie wurde in den vergangenen Jahren von Regierung und Parlament konsequent umgesetzt, wozu auch die Argusaugen der Stawiko massgeblich beigetragen haben. Auf der Ausgabenseite sieht die Finanzstrategie bekanntlich eine Begrenzung des Wachstums von Personal- und Sachaufwand vor. Von einem Sparexzess, wie dies von der linken Seite auch heute wieder moniert wurde, kann keine Rede sein. Stefan Gisler hat gefragt, wer vom Zuger Modell profitiere. Er soll sich im Kanton Zug umsehen. Von den Leistungen profitieren alle Zugerinnen und Zuger. Wir verfügen über eine hervorragende Infrastruktur, sei es im Schul- oder im Freizeitbereich. Wir verfügen über das beste Netz des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz. Aller Zugerinnen und Zuger profitieren von sehr günstigen Krankenkassenprämien und auch das Personal, das speziell Martin Lehmann erwähnt hat, generiert im Kanton Zug sehr hohe Löhne im Vergleich zu anderen Kantonen, wie man in den letzten Tagen in der Zeitung lesen konnte. Zusammengefasst: Alle Zugerinnen und Zuger profitieren vom Zuger Modell. Regierung und Parlament tun gut daran, auch in den kommenden Jahren konsequent den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und sich an die Vorgaben der Finanzstrategie zu halten. Gerade bei der Bewilligung von Personalstellen ausserhalb der Finanzstrategie, wie letzthin im Zusammenhang mit der Umsetzung des Polizeigesetzes, ist grösste Zurückhaltung geboten, um die Strategie nicht zur Makulatur verkommen zu lassen.
Zum sehr erfreulichen Budget und Finanzplan tragen aber nebst der Ausgabendisziplin auch die kontinuierliche und auf qualitatives Wachstum ausgerichtete Wirtschafts- und Standortpolitik unseres Kantons bei. Ein Element der Wirtschaftspolitik bildet eine wettbewerbsfähige Steuergesetzgebung. Budget und Finanzplan zeigen deutlich, dass das per 1. Januar 2001 in Kraft getretene Steuergesetz massgeblich zur Erhaltung und Verbesserung der Standortattraktivität des Kantons Zug beiträgt. Folge davon sind einerseits höhere Steuereinnahmen, andererseits aber auch zahlreiche neu geschaffene Arbeitsplätze. Um den Finanzhaushalt unseres Kantons im Lot zu halten und einen langfristig stabilen Steuersatz sicherstellen zu können, gilt es auch auf der Einnahmenseite die bisherige Wirtschafts- und Standortpolitik kontinuierlich weiterzuführen.
Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich der Kanton Zug in den vergangenen Jahren für die enorme NFA-Belastung fit getrimmt hat und der Finanzplan und das Budget 2007 den erfreulichen Fitnessstand widerspiegeln. Es gilt nun, auch in den kommenden Jahren dieser Fitness Sorge zu tragen. – Die FDP nimmt erfreut vom Finanzplan zur Kenntnis, ist für Eintreten auf das Budget und stimmt diesem

einstimmig zu. Ebenso unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag des Regierungsrats auf Beibehaltung des Steuerfusses von 82 %.

Gregor **Kupper** stellt als letzter Fraktionssprecher fest, dass eigentlich alles Wesentliche bereits gesagt ist. Er fasst daher zusammen.
– Die Zuger Finanzen befinden sich auf gutem Kurs. Der Finanzplan zeigt auf, dass die Finanzstrategie auch mittelfristig eingehalten werden kann. Die Finanzstrategie ist aber 2007 unbedingt zu aktualisieren. Sobald mehr Klarheit bezüglich NFA und ZFA herrscht, werden neue Vorgaben zu erarbeiten sein. Der Votant hofft, dass wir dann keine negativen Überraschungen erleben.
– Das Budget weist trotz zusätzlicher Abschreibungen von 82 Mio. einen Ertragsüberschuss von 7 Mio. aus. Die Kostenseite liegt innerhalb der Vorgaben der Finanzstrategie. Die Ertragsseite ist naturgemäss schwer zu budgetieren. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass wir bei den Steuererträgen in den letzten Jahren immer über Budget lagen, obwohl das Budget kontinuierlich angehoben wurde.
– Bezüglich der Budgets der Pragma-Ämter besteht eine gewisse Unsicherheit. Die Überprüfung der Zusammenhänge zwischen Leistungsaufträgen und Budgets ist noch schwere nachvollziehbar und weist zurzeit Lücken auf. Die Stawiko hat geeignete Massnahmen zu erarbeiten, dass sie auch die Budgets dieser Ämter genügend unter Kontrolle halten und sie dem Kantonsrat guten Gewissens zur Annahme empfehlen kann.
– Auch die CVP-Fraktion steht der Neuorganisation des Amts für Zivilschutz und Militär kritisch gegenüber. Es ist davon auszugehen, dass der neue Sicherheitsdirektor, Beat Villiger, diesen Punkt bereits dick als Pendenz in seine Agenda eingetragen hat.
– Die Investitionen erreichen 2007 einen Höchststand von knapp 160 Mio. Der Selbstfinanzierungsgrad bleibt aber trotzdem auf erfreulichen 114 %.
– Das vorgelegte Budget wird transparent und überzeugend präsentiert. Die CVP dankt der Regierung und dem ganzen Personal für seinen Einsatz im Budgetprozess und überhaupt im ganzen abgelaufenen Jahr.
Die CVP-Fraktion empfiehlt einstimmig auf die zwei Geschäfte – Finanzplan und Budget – einzutreten und den Anträgen der Regierung zuzustimmen.

Karl **Rust** hat eine präzise Feststellung zum Finanzplan, zur Tabelle Schwerpunktgeschäfte der Regierung 07/08. Es geht um das Strassenverkehrsamt, das in eine öffentlich/rechtliche Anstalt umfunktioniert werden soll. Das Postulat vom März dieses Jahres wendet sich gegen eine Umwandlung des gut funktionierenden Strassenverkehrsamts in neues Gesetz mit einer aufgeblasenen öffentlich/rechtlichen Anstalt, wie das der Bostadel ist. Zuerst hat sich die Sicherheitsdirektion gegen eine Teilnahme am Pilotprojekt Pragma ausgesprochen, obwohl die meisten Kantone erfolgreich auf dieser Schiene fahren. Jetzt will die Regierung diese unverständliche Auslagerung trotzdem versuchen durchzuochsen und würde sogar in Kauf nehmen, dass der Kantonsrat nachher keinen Einfluss mehr hat. Das kann es wohl nicht sein!

Alois **Gössi** möchte zuerst seine Interessenbindung offen legen. Er ist Präsident der Angestelltenvereinigung Region Zug, wo unter anderen auch der Staatspersonalverband Mitglied ist. Da er zu den Löhnen spricht, ist er zusätzlich als Lohnempfänger seines Gehalts als Kantonsrat betroffen. – Der Regierungsrat hält die strategische Vorgabe des Kantonsrats bei den Personalausgaben von 2,6 % nicht ein. Er hat

3,3 % Mehraufwendungen. Mit seinen Erklärungen (Wechsel im Regierungsrat, bei den richterlichen Behörden mit der Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells, Änderung des Personalplafonierungsbeschlusses) erreicht er jedoch die Vorgabe von 2,6 %. Der Regierungsrat will einen Teuerungsausgleich von 1,06 % gewähren. Auch der nicht gewährte Teuerungsausgleich aus den Vorjahren wird damit abgegolten. Das ist positiv. Von einer Reallohnerhöhung ist jedoch keine Spur zu finden.
Wie sieht es im Umfeld vom Kanton Zug aus? Die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich geht für 2007 von einem Wachstum der Lohnsumme von 3,4 % aus. Diese beinhalten jedoch Lohnerhöhungen, zusätzlich Beschäftigte, Beförderungen und Boni. Die UBS kommt bei ihren Berechnungen auf ein Plus von 2 %. Hier sind jedoch nur die Basissaläre betroffen. Nachfolgend einige Zahlen von öffentlichen Verwaltungen oder staatsnahen Betrieben für die Löhne für 2007. Der Kanton Luzern gewährt 2 % mehr Lohn, die Post 2 %, der Bund einen Teuerungsausgleich von 1,1 % plus eine unversicherte einmalige Zulage von 1,9 % des Bruttolohns. Der Kanton Zürich gewährt 0,5 % Teuerungsausgleich sowie 0,8 % individuelle Lohnerhöhung. Es kommt also in unserem Umfeld zu Reallohnerhöhungen. Der Kanton Zug macht jedoch nicht mit. Dies war auch nicht anders zu erwarten. Wie er auch in den letzten 10 bis 15 Jahren – oder ist es gar schon länger her – keine Reallohnerhöhungen gewährt hat. Wir sind auch sonst nicht sehr freigebig mit unserem Personal. Man denke an die Revision des Pensionskassengesetzes. Freigebig sind wir hingegen jeweils beim Dank für die geleisteten Dienste unserer Angestellten. Aber dieser Dank kostet ja nichts.
Alois Gössi stellt hier keinen Antrag auf eine Reallohnerhöhung. Dies müsste auf dem Motionsweg geschehen, da es Gesetzesanpassungen bedingt. Wir von der SP-Fraktion haben aber beschlossen, dass wir rechtzeitig für das Budget 2008 eine Motion einreichen werden, die eine Reallohnerhöhung für die kantonalen Angestellten fordern wird.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** hat einen ganzen Strauss von Problemen und Themen zur Beantwortung erhalten. Er versucht, in geraffter Form darauf einzugehen und möchte beginnen mit den Worten des Stawiko-Präsidenten: «Freude herrscht!» Er ist ja im Allgemeinen als vorsichtig bekannt, aber dieses Jahr dürfen wir das wirklich sagen. Budget und Finanzplan sehen wirklich gut aus. Das ist aber nicht einfach so zustande gekommen, sondern dahinter stehen harte Kleinarbeit, Feilschen um Details, Einhalten der Vorgaben. Massgeblich dazu beigetragen hat unsere aktualisierte Finanzstrategie aus dem Jahr 2003, welche ihren Dienst jetzt sicher getan hat und noch ein Jahr tun muss. Aber wie es vorhin gesagt wurde, steht eine Aktualisierung an. Und wir werden auf das nächste Budget hin die Finanzstrategie wieder für einen 10-Jahres-Horizont überarbeiten und aktualisieren. Der Votant wehrt sich dagegen, wenn man sagt, diese Finanzstrategie habe zu einer Sparhysterie geführt oder es sei zu einem qualitativen Abbau der Leistungen im Kanton gekommen. Das ist nicht der Fall. Nach wie vor ist die Infrastruktur und sind die Dienstleistungen im Kanton Zug auf einem sehr hohen Niveau.
Freude herrscht natürlich auch insofern, dass wir mit den zusätzlichen Abschreibungen das Verwaltungsvermögen trotz sehr hohen Investitionen auf einem relativ tiefen Niveau halten können. Und wenn wir gute Abschlüsse haben, mit dem Ertragsüberschuss das Eigenkapital anheben können. Das hilft uns natürlich jetzt in der Phase NFA-Einführung, doch mit einer gewissen Beruhigung darauf hinzugehen. Der Finanzdirektor kommt dann in den Bereichen ZFA, STAR und Steuern auch noch darauf zu sprechen.

Beginnen möchte er mit den Löhnen. Es wurde gesagt, dass der Kanton Zug nur 1,06 % Teuerung gewähre, während andere Kantone die Lohnsumme bis zu 2,5 und 3 % ansteigen lassen. Da muss man natürlich berücksichtigen, dass andere Kantone jetzt über mehrere Jahre zum Teil gar keine Teuerung und keine Lohnerhöhung gewährt haben, das Personal sogar Einbussen hinnehmen musste. Und man sollte auch berücksichtigen, wie die Löhne des Personals im Kanton Zug im Vergleich zu anderen Kantonen stehen. Der Finanzdirektor möchte damit nicht sagen, dass die Zahlen, welche diese Woche veröffentlicht wurden, richtig sind. Er hat da gewisse Vorbehalte, weil die Grundlagen nicht in allen Teilen gleich sind. Es bestehen dort gewisse Unsicherheiten. Trotzdem gibt es natürlich eine Richtgrösse. Und diese ist sicher nicht falsch. Und wenn gesagt wird, wir würden nur 1,06 % Teuerung geben, vergisst man, dass wir auch noch Beförderungen haben. Das ist der Stufenanstieg, der gewährt wird. Dieser ist in einer Grössenordnung von 0,5 %. Und die TREZ macht auch noch 0,1 bis 0,2 % aus. Der Kanton Zug als Arbeitgeber gewährt also dieses Jahr ein Lohnsummenwachstum von rund 2,6 %. Da sind wir also wirklich bei der guten Gruppe dabei.

Zum Strassenverkehrsamt. In diesem Bereich ist noch kein Entscheid gefallen. Die Regierung wird dann in der neuen Zusammensetzung darüber befinden, ob aus dem Strassenverkehrsamt eine Anstallt des öffentlichen Rechts wird, ob es so bleibt oder ob es ein Pragma-Amt wird.

Zur Diskussion über die Steuern. Es wurde schon mehrfach in diesem Saal gesagt, speziell von linker Seite, man sollte eine Alternative zum Zuger Steuermodell schaffen. Aber wie soll diese aussehen? Soll das einfach heissen, dass die Steuern für Vermögende und Gutverdienende angehoben werden? Damit hätten wir vielleicht kurzfristig mehr Steuererträge, aber danach durch Wegzüge sehr grosse Einbussen. Bei der Vermögenssteuer bezahlen 2 % der Steuerpflichtigen etwa 60 % des Ertrags. Und diese Bevölkerungsgruppe würde sicher einen günstigeren Standort suchen. Die würden wegziehen und das würde dann heissen, dass wir grosse Ausfälle hätten, die durch wirklich rigorose Sparmassnahmen zu kompensieren wären. Im Bereich öffentlicher Verkehr, Schulen usw. gäbe es viele Beispiele. Oder es würde heissen, dass jene, die nicht wegziehen können, diese Ausfälle kompensieren müssten. Und das wären dann die weniger Bemittelten. Das wäre dann wirklich keine soziale Politik mehr. Peter Hegglin sieht heute keine Alternative zu dem bis jetzt gemachten Steuerwettbewerb, der im Kanton Zug wirklich ethisch vertretbar gestaltet wird. Wir werden ihn auch in Zukunft immer auf diesen Punkt hin überprüfen.

Zur Staatsaufgabenreform. Der Kantonsrat hat damit den Regierungsrat einstimmig beauftragt, die Aufgabenerfüllung zu überprüfen, sie effizienter auszugestalten, eventuell zu kürzen oder gewisse Elemente gar zu streichen. Die Finanzdirektion ist federführend in diesem Bereich. Peter Hegglin nimmt Aufträge des Parlaments ernst und setzt sie konsequent um. Wir machen Vorschläge, wir prüfen und eruieren. Aber es ist natürlich so, dass es nicht so viel Speck zum wegschneiden gibt, der nicht weh tut. Jede Massnahme hat direkte Auswirkungen, sei es eine Defizitdeckung für die Schifffahrt auf dem Zugersee oder die Abgeltungen des Kantons für Naturschutzgebiete. Es geht sofort jemandem an eine Leistung oder ans Portemonnaie. Aber solange wir keinen anderen Auftrag des Parlaments haben, werden wir diese Massnahmen weiterführen. Die Reform ist ja auch gekoppelt mit der NFA-Umsetzung im Kanton.

Zur Zuger Finanz- und Aufgabenreform. Da gibt es dem Finanzdirektor in letzter Zeit schon etwas zu denken, was für Meinungen kundgetan werden, sei es in Leserbriefen oder in Standpunkten in der Zeitung. Wenn da immer wieder stipuliert wird, es sei tragisch, der Kanton schaffe die NFA-Finanzierung quasi mit links und die armen

Gemeinden hätte dann die Last zu tragen und müssten das mit gewaltigen Steuererhöhungen mitfinanzieren. Man muss sich das Modell ZFA vor Augen halten. Wir möchten damit die NFA-Mehrbelastung im Kanton so gestalten, dass alle mitzutragen haben. Und wenn die Gemeinden in unserem prosperierenden Kanton sind, haben sie auch Teil am guten Wirtschaftswachstum. Sie profitieren direkt von höheren Steuererträgen, genau wie der Kanton. Die Gemeinden haben in letzter Zeit ja noch mehr davon profitiert als der Kanton. Sie konnten mehrfach die Steuern senken, Rabatte gewähren. Auch jetzt sind wieder in mehreren Gemeinden Rabatte in Diskussion. Der Kanton hat seinen Steuerfuss immer auf der gleichen Höhe gehabt. Auch heute hat man nichts gehört von einer Steuerfusssenkung beim Kanton. Da ist es doch angebracht, dass die Gemeinden etwa gleich viel zu tragen haben, wie ursprünglich gesagt wurde. Davon sind wir unterdessen schon abgerückt, indem das Modell ZFA vorsieht, dass die Gemeinden etwa 40 % übernehmen und der Kanton 60 %. Das alles wurde in der ZFA-Steuerungsgruppe erarbeitet. Wir haben dort verschiedene Modelle geprüft. Wir haben uns auch gefragt, wie diese Aufgabenerfüllung gehen soll. Soll mehr zum Kanton oder mehr bei den Gemeinden bleiben, sollen die Gemeinden gestärkt werden oder soll sogar eventuell eine Fusion der Gemeinden zu einer Stadtgemeinde stattfinden? Das wäre wahrscheinlich der einfachste Finanzausgleich. Dann hätten wir im ganzen Kanton den gleichen Steuerfuss. Wir sind aber davon weggekommen, weil es nicht an der Regierung liegt, so etwas vorzuschlagen. Sondern falls so etwas in Betracht käme, müsste dies natürlich aus dem Rat und aus den Gemeinden kommen. Wir sind dann zur Variante gekommen, dass wenn wir die Gemeinden erhalten, sie auch eine gewisse Aufgabe haben sollten. Wir haben also die Gemeinden gestärkt, indem wir ihnen mehr Aufgabenkompetenz geben – und damit natürlich auch mehr Finanzkompetenz. Aber auch dort sind wir nicht so weit gegangen, dass wir etwa sagten, die ganze Volksschule sei Gemeindeaufgabe, die kantonalen Schulen dann eine kantonale Aufgabe. Für die Stadt Zug wäre das kein Problem. Sie könnte die ganze Volksschule mit links finanzieren. Die Berggemeinden hingegen gingen in kürzester Zeit Bankrott. Deshalb sind wir ja dann auf die Variante gekommen, dass die Volksschule nach wie vor etwa 50 : 50 von Kanton und Gemeinden zu finanzieren sind.
Zu den berechneten Mehrbelastungen in Steuerprozenten. Diese 60/40 heissen in Steuerprozenten, dass die Steuerbelastung beim Kanton um rund 15 % ansteigen müsste, bei den Gemeinden zwischen 7 und 11 %. Das sind berechnete Mehrbelastungen, welche auf diese Gemeinwesen zukommen. Wenn Peter Hegglin heute sagt, der Kanton könne davon ausgehen, dass man diese Mehrbelastung ohne Steuererhöhung schaffe, hat das damit zu tun, dass wir mit unserer Finanzstrategie den Aufwand wirklich im Griff haben. Und auf der anderen Seite mit einem guten Wirtschaftswachstum mehr Steuererträge haben. Auch bei den Gemeinden sollte das in etwa möglich sein. Vor allem bei den finanzstarken Gemeinden, weniger bei den finanzschwachen. Da braucht es dann den Finanzausgleich, aus welchem sich der Kanton zurückzieht, aber wo die Gemeinden horizontal ausgleichen müssen. Am Schluss ist es einfach eine Frage der Mittel, die in diesen Topf kommen. Wenn die Stadt Zug weniger bezahlen will, gibt es weniger zum verteilen. Es ist nicht richtig, wenn jetzt Gemeinden sagen: Wir wollen nicht mehr so viel zahlen. Obwohl man von Gemeindeseite her den ZFA 2 einstimmig beschlossen hat. Das war ein rechnerisches Modell der Gemeinden, das uns vorgeschlagen wurde als Alternative zum Vorschlag des Kantons. Der Finanzdirektor hofft, dass die zusammen mit den Gemeinden ausgearbeitete Vorlage die Basis bleibt für die parlamentarischen Beratungen, welche nächstes Jahr beginnen.

Peter Hegglin dankt dem Rat für die Unterstützung von Finanzplan und Budget und empfiehlt, den Anträgen der Regierung zuzustimmen.

EINTRETEN ist unbestritten.

A. FINANZPLAN 2007-2010

DETAILBERATUNG

Schwerpunktgeschäfte des Kantonsrats für die Jahre 2007 und 2008

Franz Peter **Iten** erinnert daran, dass in der Raumplanungskommission und im Kantonsrat von Seite des Baudirektors immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass das generelle Projekt Tangente Neufeld Ende 2007 dem Kantonsrat zur Beschlussfassung unterbreitet werden soll. Jetzt stellt der Votant mit Erstaunen fest, dass das Projekt gemäss Liste auf S. 3 erst im Jahr 2008 dem Kantonsrat unterbreitet werden soll. Er stellt damit eine weitere Verzögerung bei der Projektierung der Tangente Neufeld fest. Er bittet den Baudirektor, darüber Auskunft zu geben, weshalb eine Verschiebung der Beschlussfassung des generellen Projekts für die Tangente Neufeld ins Jahr 2008 erfolgen muss.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** hat nie gesagt, dass die Vorlage 2007 kommt. Seiner Meinung nach sind wir im Programm. Es kann sich höchstens um eine Verschiebung von einem Quartal handeln. Er wird das abklären und Franz Peter Iten Bescheid geben.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat nimmt Kenntnis vom Finanzplan.

B. BUDGET 2007 SOWIE BUDGET 2007 DER INTERKANTONALEN STRAFANSTALT BOSTADEL

DETAILBERATUNG

Baudirektion

Peter **Rust** weiss seit spätestens gestern, dass er in seinem Leben etwas falsch gemacht hat. Er hätte Gutachter werden sollen. Denn Gutachter brauchen im Gegensatz zu jenen, die bauen, keine Garantie abzugeben für irgendeine Aussage, die sie machen. Gestern ist ein Gutachten des Raumplanungsamts der Baudirektion publiziert worden, das sage und schreibe 25'000 Franken gekostet hat. Und da kann man nachlesen, dass in Menzingen eher weniger Karrieremenschen sind als in einer anderen Gemeinde. Dass die an Küchentischen aus Holz wohnen, und dass in Walchwil eher wohlige Kachelöfen zu den Einrichtungen gehören. Dass Zug die Hochburg von 68ern ist. In Neuheim sind die meisten Karrieremenschen beheimatet und

in Unterägeri isst man eher an Marmortischen. Das ist ja schön und gut und hat einen gewissen Unterhaltungswert. Aber es soll jemand sagen, ob das wirklich eine Lenkungshilfe ist für das Raumplanungsamt. Können die daraus irgendetwas ablesen? Sie schreiben nämlich, dass das Hinweise sind für Bebauungsprojekte. Wir haben vor zwei Jahren den Kanton Zug für 15 Jahre geplant. Die Gemeinden haben mit den Ortsplanungen nachgezogen. Das wäre ja der Zeitpunkt gewesen, wenn man da irgendwie gescheite Leute ansiedeln will, wo ein Manko ist. Oder dass man eher bei den Einrichtungen mitreden will, wie man wohnt im Kanton Zug. Peter Rust will hier keinen Kürzungsantrag stellen und auch dem Baudirektor keinen Vorwurf machen. Er möchte aber an die Stawiko der Zukunft appellieren und an den Finanzdirektor. Spätestens jetzt muss Einhalt geboten werden dieser Gutachter-Tätigkeit, die nichts anderes bewirkt als das Hochschaukeln anderer Ämter. Man kann sich vorstellen, dass durch diese Kachelofen-Erkenntnis in Walchwil ein Merkblatt des Umweltschutzamts fruchtet, das sagt, was wir zu verbrennen haben.

Hans-Beat **Uttinger** war selbst erstaunt, dass er der Typ Plüschsofa hinter dem Kachelofen ist. Er wohnt nämlich in der Stadt Zug. Er glaubt aber kaum, dass Peter Rust diesen Rapport gelesen hat. Er hat einfach den Erguss der Zeitung zitiert. Es ist eine sehr wertvolle Studie, die von den Gemeinden und vor allem von den Banken sehr wohlwollend entgegengenommen wurde. Es ist eine gute Studie. Lesen Sie sie zuerst durch, bevor Sie das nächste Mal sprechen!

Peter **Rust** hat umfassende Kenntnis von diesem Werk. Und er steht trotzdem zu seinem Vorwurf. Das ist nicht in erster Linie eine Sache, die der Kanton oder das Raumplanungsamt zu bewerkstelligen hat. Sondern es ist die Aufgabe des Marktes. Das sind vielleicht die GUs. Das kann eventuell Alfred Müller etwas nützen oder den Banken. Die können dann ausrechnen, ob sie dort die teuren Objekte finanzieren wollen. Das ist eine primäre Aufgabe der Wirtschaft und sicher nicht der Raumplanung.

Finanzdirektor Peter **Hegglin** bekräftigt, dass die Regierung die Bedeutung dieses Budgetpostens kennt. Sie hat auch schon gehandelt. Wir haben festgelegt, dass alle gutachterlichen Tätigkeiten über 10'000 Franken vom Regierungsrat beschlossen werden müssen. Die Direktionen sind nicht mehr frei, einfach entsprechende Aufträge zu vergeben.

Jean-Pierre **Prodolliet** spricht zum Kto. 36 500 auf S. 117. Auf diesem Konto sind jeweils jene Beträge eingetragen, die aus § 5 Abs. 1 des Energiegesetzes kommen. Damit wurde dem Kanton ermöglicht, auf dem Budgetweg einzelne Projekte im Bereich erneuerbare Energie zu fördern. Sinnvolle wäre dies bei Projekten von besonders innovativem Charakter. Damit würde der Kanton nicht nur Förderung von erneuerbaren Energien betreiben, sondern auch etwas Technologie-, d.h. Wirtschaftsförderung. Hier hat er eine Möglichkeit, aktiv zu werden. Etwas zu tun in einer Sache, wo es notwendig ist. Gerade im Bereich der Holzenergienutzung sind heute Sachen im Tun, die wichtig sind. Da werden Entwicklungen gemacht, z.B. im Bereich der Luftreinhaltung, bei der Effizienzsteigerung oder in der Nutzung von Abfallholz für die Pelletproduktion. Im Budget 2006 haben wir auf diesem Konto 10'000 Franken

gehabt und nun haben wir 12'000 Franken. Das reicht vielleicht für ein Gutachten, aber nicht für wirkliche Energieförderung. Die SP-Fraktion möchte zum Ausdruck bringen, dass hier der Kanton ideenlos und inaktiv ist. Sie wünschte sich, dass man diese Möglichkeit von § 5 des Energiegesetzes besser ausschöpft.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** weist darauf hin, dass die Kontobezeichnung wegen der Energie einzig noch wegen des Hinweises auf die Rechnung 2005 drin ist. Das Budget 2007 hat keinen Betrag eingestellt, weil der Rahmenkredit gemäss Kantonsratsbeschluss vom 28. Juni 2001 erschöpft ist. Die Holzenergieförderung ist bei der Direktion des Innern. Da ist noch ein Kredit von 3 Millionen offen, aber der wird erst ausgelöst, wenn der Kubikpreis des Öls unter 700 Franken ist. Das wird vermutlich in den nächsten zehn Jahren nicht mehr eintreffen.

Sicherheitsdirektion

Daniel **Grunder**: Wie die Stawiko und die Fraktionssprecher der CVP und SVP anlässlich der Eintretensdebatte kann auch die FDP-Fraktion über die Umsetzung der Fusion des Amts für Militär mit dem Amt für Zivilschutz nur den Kopf schütteln. Es ist zwar unbestritten, dass gerade im Bereich der Militärverwaltung in den vergangenen Jahren auf Grund der Armeereformen Stellen reduziert wurden. Nichtsdestotrotz kann von der Zusammenlegung dieser beiden Ämter eine Effizienzsteigerung erwartet werden, die sich insbesondere auch in einem reduzierten Personalaufwand äussert. Das Budget 2007 zeigt, dass diese Vorgaben nicht erfüllt werden.
Ebenso unbefriedigend ist der Entscheid der Regierung, an der geographischen Aufteilung des Amts für Zivilschutz und Militär auf zwei Standorte festzuhalten. Gerade der Standort des alten Zeughauses in Zug könnte durch andere Verwaltungseinheiten besser genutzt werden. Zurzeit bleibt auch der FDP-Fraktion nichts anderes übrig, als die Faust im Sack zu machen. Nicht alle Entscheide der abtretenden Regierung sind in Stein gemeisselt. Die FDP-Fraktion erwartet deshalb vom neuen Regierungsrat und insbesondere vom neuen Sicherheitsdirektor eine baldige Reorganisation des Amts für Zivilschutz und Militär.

Eugen **Meienberg** hält fest, dass er 2001 Präsident der vorberatenden Kommission Einführungsgesetz Zivilschutz war. Damals wurde viel über die Stellenzahl und Besetzung gesprochen. Die Kommission gab auch eine Empfehlung ab, den Stellenplan um eine Stelle zu verkleinern, die der Sicherheitsdirektor in der Kommission noch akzeptierte. In der Debatte im Kantonsrat wurde das dann aber wieder relativiert. Es ist dem Votanten klar: Wir hatten keine gesetzliche Grundlage. Immerhin hat aber der Sicherheitsdirektor versprochen, die Angelegenheit ernst zu nehmen und die Forderung zu akzeptieren. Nun werden die Ämter für Zivilschutz und für Militär zusammengelegt. Die Resultate aus dieser Zusammenlegung sind aber ernüchternd. Es wurde eigentlich nichts gemacht, wovon man 2001 gesprochen hatte. Entsprechend wirkt sich das im Budget auch negativ aus. Hinter vorgehaltener Hand wird darüber gesprochen, dass das Organigramm des neuen Amts um das bestehende Personal herum aufgebaut wurde. Auch gibt es verschiedenste Aussagen darüber, mit welchen Personalstellenvorgaben der neue Amtsleiter die Organisation aufgebaut hat. Hier gibt es sicher noch Handlungsbedarf, den der neue Sicherheitsdirektor anzupacken hat. Bei künftigen Begehren für zusätzliche Stellen aus der Sicherheits-

direktion wird man getrost auf die Reserven im neuen Amt für Zivilschutz und Militär hinweisen können. Eugen Meienberg ist enttäuscht darüber, was diese Zusammenlegung gebracht oder vielmehr nicht gebracht hat.

Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** nimmt gerne zu den Fragen Stellung. Nach seiner Erinnerung war es so, dass 2001 vom Kantonsrat tatsächlich eine Stelle weniger gesprochen wurde, als der Regierungsrat verlangte. Neben der zusätzlichen Stelle im Zusammenhang mit der Administration, die genehmigt wurde, weil aus acht eine Zivilschutzorganisation wurde und bei den Gemeinden beträchtliche Einsparungen gemacht werden konnten, wurde es von der Kommission abgelehnt, dass neben dem Ausbildungschef im Zentrum Schönau noch zusätzlich ein Kommandant für die neu geschaffene ZSO angestellt wird. Diese Empfehlung hatte die Kommission abgegeben und wir haben sie auch umgesetzt. Wir haben den Chef der Ausbildung zum Kommandanten der ZSO gemacht. Soviel zur Geschichte aus dem Jahr 2001.
Es gab tatsächlich verschiedene Modelle, wie diese Zusammenlegung gemacht werden kann. Man entschied sich für dieses Modell. Da sind die Sicherheitsdirektion und die Militärdirektion zuständig. Und das kann jetzt der Kantonsrat nicht ändern. Allerdings wurden im Amt für Militär per 1. Januar 2006 nochmals 1,6 Stelleneinheiten eingespart. Das wurde umgesetzt. Und der Militärdirektor wird Ihnen noch im Detail darlegen, welche Stellen früher schon beim Amt für Militär eingespart worden sind. Hanspeter Uster hat tatsächlich, wie das Felix Häcki gesagt hat, nicht nur mit Kasernen-, sondern auch mit Zeughausbesetzungen einschlägige Erfahrungen. Für die operativen Details bezüglich der Besetzung der Liegenschaften wird der Militärdirektor bzw. der für das Amt für Sport und die Museen zuständige Direktor für Bildung und Kultur Stellung nehmen.

Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** weist darauf hin, dass selbstverständlich nicht alle Entschlüsse der alten Regierung in Stein gemeisselt sind. Aber es hat viele gute Beschlüsse dabei, die man durchaus in die Zukunft fortführen kann. Wir haben es uns nicht leicht gemacht bei der Zusammenführung dieser beiden Ämter. Der Votant muss die pauschalen Aussagen etwas relativieren. Zuerst die Behauptung, man habe keine Synergien genutzt. Aus der Sicht des Amts für Militär kann er sagen, dass in den letzten fünf Jahren – also nach Einführung der Armee 95 – das Stellenetat beim Amt für Militär halbiert wurde. Wir haben um fünf Stellen reduziert, ganz genau von 10,9 im Jahr 95 auf 6,1 im Jahr 2006. Also hat sich hier eine Dynamik abgewickelt und wir haben im Amt für Militär alle möglichen Sparpotenziale genutzt. Das auch im Hinblick auf die Zusammenführung der beiden Ämter. Wenn man das diskutiert, muss man diesen Aspekt auch in den Augen behalten.
Das Zweite. Auch die Zusammenlegung der Ämter beim Ausbildungszentrum Schönau des Zivilschutzes stand damals zur Diskussion. Aus der Sicht des Amts für Militär konnten wir uns mit dieser Variante nicht anfreunden. Man muss einfach sehen, dass auch die Angehörigen der Armee Anspruch auf Kundenzufriedenheit haben – wie alle anderen Kundinnen und Kunden der öffentlichen Verwaltung. Man darf das nicht unterschätzen. Wir haben im Hinblick auf diesen Variantenentscheid beim Zeughaus Erhebungen gemacht. Pro Tag sind es 10 bis 25 Leute, die ins Zeughaus kommen. Ein Fünftel davon mit der ganzen Ausrüstung. Diese kommen selbstverständlich zur Hauptsache mit dem Auto. Aber von den restlichen vier Fünfteln kommen sehr viele auch mit dem Velo, zu Fuss, verbinden das mit ihren Geschäftstätigkeiten oder mit ihrem Einkauf usw. Und die Schönau ist nun wirklich recht abgelegen

und entfernt vom öffentlichen Verkehr. Der Volkswirtschaftsdirektor glaubt nicht, dass das mit dem Aspekt der Kundenzufriedenheit in Vereinbarung gebracht werden könnte. Es geht nicht darum, diesen Entscheid jetzt nachträglich nochmals rechtfertigen zu wollen, sondern alle Aspekte zu berücksichtigen und auch die Anliegen der Armee-Angehörigen. Es ist übrigens so, dass heute alle Angehörigen der Armee ihre erste Anlaufstelle im Wohnsitzkanton haben – früher waren das nur die Angehörigen der Zuger kantonalen Truppen. Die anderen hatten die Bundesämter in Bern. Das hat sich mit der Armee 21 in die Wohnsitzkantone verlagert. Auch die Interessen der Armeeangehörigen darf man also nicht ganz vergessen, wenn man über diese Frage entscheidet oder sie wieder neu aufwerfen will.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat genehmigt das Budget 2007.

➔ Der Rat genehmigt das Budget 2007 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel.

➔ Der Rat beschliesst, den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2007 unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen.

➔ Der Rat genehmigt das Budget 2007 in der *Schlussabstimmung* mit 75 : 0 Stimmen.

1070 KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND DEN BEITRITT ZUR RAHMENVEREINBARUNG FÜR DIE INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT MIT LASTENAUSGLEICH (IRV)

Traktandum 10 – Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1421.1/.2 – 11981/82) und der Konkordatskommission (Nr. 1421.3 – 12260).

Andreas **Huwyler**: Wie Sie aus dem Kommissionsbericht entnehmen konnten, hat die Konkordatskommission diese Vorlage am 12. Mai 2005 und am 28. Juni 2006 beraten. Volkswirtschaftsdirektor Walter Suter hat das Geschäft in der Kommission vertreten. Peter Kottmann hat das Protokoll geführt. Beiden Vertretern der Volkswirtschaftsdirektion dankt der Kommissionspräsident bestens für die wertvolle Unterstützung. – Wie Sie aus dem Bericht der Regierung bereits entnehmen konnten, ist vorliegendes Geschäft eine Folge der NFA. Eines der vier Instrumente der NFA ist die Stärkung der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich. Der Bund kann diese Zusammenarbeit zwischen den Kantonen auf neun verschiedenen Gebieten verbindlich verlangen. Die vorliegende interkantonale Rahmenvereinbarung (IRV) regelt nun die Grundsätze und Prinzipien, wenn die Kantone Verträge über eines dieser neun Gebiete abschliessen. Der Anwendungsbereich der IRV ist genau begrenzt. Es sind damit die vom Bund vorgegebenen Mindestvorschriften umgesetzt, darüber hinaus geht die IRV indes nicht. Dabei enthält diese Vereinbarung keinerlei materielle Regelungen. Sie legt nur die Spielregeln fest, nach welchen spätere Konkordate abzuschliessen sind, und trägt so zu künftig vereinheitlichten Standards von

interkantonalen Vereinbarungen bei. – Die Konkordatskommission begrüsst die Festlegung dieser Grundsätze und hat der Vorlage zum Beitritt zur IRV einstimmig zugestimmt.

Vreni **Sidler** weist darauf hin, dass wir heute eine kluge Sache auf dem Tisch haben. Eine Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich. Wer trägt schon gern und freiwillig Lasten, also sucht man einen Lasten-Träger, und dies machen alle Kantone. Es gibt nämlich zig Lasten z.B. Berg/Tal, Stadt/Land, erschlossen (Verkehr, ÖV)/ nicht erschlossen (Bergtäler), Zentrum/Randgebiete, Zustrom/Wegzug usw. – für alles gibt es zwei Sichtweisen. Damit das Geld nicht rauf und runter und gleichzeitig hin und her fliesst, setzt man sich zusammen und tariert es aus. Damit nun nicht für jede Lastenabgeltung ein neuer Vertrag erfunden werden muss, sind die Mindestvorschriften und Anforderungen in einem Rahmenvertrag zur Zusammenarbeit festgehalten. Die FDP will das Rad nicht täglich neu erfinden und stimmt dieser Rahmenvereinbarung zu.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Das Wort wird nicht verlangt.

➔ Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen.
Das Ergebnis ist in der Vorlage Nr. 1421.4 – 12277 enthalten.

1071A KANTONSRATSBESCHLUSS BETREFFEND ANPASSUNG DES KANTONALEN RICHTPLANS

Es liegen vor: Berichte und Anträge des Regierungsrats (Nrn. 1434.1/.2 – 12023/24) und der Raumplanungskommission (Nr. 1434.3/1338.4 – 12167).

Louis **Suter** weist darauf hin, dass das gleichzeitige Bauende der Erweiterung der A4 von vier auf sechs Spuren mit der Eröffnung der Säuliamtautobahn momentan das wichtigste Strassenbauprojekt für den Kanton Zug ist. Um die Planungsarbeiten nicht zu gefährden, ist die Raumplanungskommission davon ausgegangen, dass diese Vorlage möglichst sofort im Kantonsrat behandelt wird. Der Kommissionsbericht liegt seit dem 7. August vor. Da dies nicht nur die letzte KR-Sitzung dieser Legislaturperiode ist, sondern auch die letzte von Erwina Winiger als Parlamentspräsidentin und gleichzeitig die letzte des Votanten als Kantonsrat, möchte er Gnade vor Recht walten lassen und sich dazu nicht mehr äussern, vor allem sich aber darüber freuen, dass wir die Vorlage endlich behandeln dürfen. Der Regierungsrat hat am 2. Mai 2006 die Streichung des Wildtierkorridors im Städtlerwald, Gemeinde Cham, sowie die Festsetzung der Linienführung der Ost-Umfahrung Rotkreuz beantragt. Diese Richtplanänderungen hat der Regierungsrat eingehend begründet. Beide Änderungen scheinen im Grundsatz klar zu sein. Sie sind aber in den jeweiligen Zusammen-

hängen genauer zu betrachten. Ebenso haben wir die Motion betreffend eine Autobahnraststätte behandelt. Eintreten auf die Vorlagen war in der RPK unbestritten. In der Detailberatung wird Louis Suter die Kommissionsanträge umfassend begründen. Namens der RPK möchte er – vor allem um die Planungsarbeiten für den rechtzeitigen Ausbau der A4 auf sechs Spuren nicht zu gefährden – den Rat bitten, auf die Vorlage einzutreten.

Vreni **Sidler** erinnert daran, dass dieses Parlament Verständnis hatte für das Chamer Anliegen und den Antrag für einen Wildtierkorridor im Städtler Wald nach Norden unterstützte. Die entsprechende Motion von sieben Chamer Kantonsräten haben Sie nicht überwiesen, weil der Wildtierkorridor zwischenzeitlich bereits im Richtplan enthalten war. Dies ist Geschichte. – Die FDP-Fraktion geht mit der Regierung und der RPK einig, dass ohne Bundesbeitrag und ohne die Unterstützung der kantonalen Fachstellen eine Realisierung eines Wildtierkorridors zu kostspielig und politisch äusserst schwierig zu verwirklichen ist, und sie kann nachvollziehen, dass der Wildtierkorridor im Richtplan gestrichen wird. Dies auch im Hinblick auf die enormen Strassenbaukosten der nächsten Jahre.
Die Streichung des Wildtierkorridors soll jedoch nicht bedeuten, dass auch der Übergang nach Norden für den Langsamverkehr entfällt. Die FDP-Fraktion versteht die Anliegen der Chamer Bevölkerung und besteht auf einem Übergang für den Langsamverkehr und für Kleintiere von mindestens 12 m Breite, und ist nicht bereit, auch darauf zu verzichten. Die grossen Eingriffe in die Natur mit dem Ausbau der Nationalstrasse auf 6 Spuren inkl. Kreuzung Blegi und Kreuzung Lindencham sowie die Aufwertung der Transportpiste Grindel trifft Cham am meisten. Der ökologische Ausgleich für diese Lasten muss stattfinden.
Die kleinräumige Vernetzung Richtung Lorze laut Richtplantext L 6.3.2 wird die Eigentümer dieser Parzellen leider in deren Nutzung einschränken. Zur Beruhigung der Gemüter, bittet die Votantin den Rat – auch im Namen der FDP Fraktion –, den Richtplantext gemäss Antrag der Raumplanungs-Kommission zu befürworten, denn es ist wichtig, dass der 6-Spur-Ausbau keine Verzögerung erfährt. Für Cham sind diese Vernetzung des Städtlerwalds über die Lorze und der 12 m breite Übergang nach Norden immer noch die zweitbeste Lösung. Die nächste Generation wird sich mit der Überdachung der Autobahn in Baar, Cham und Hünenberg beschäftigen, davon ist Vreni Sidler fest überzeugt, wenn sie das Wachstum des Kantons anschaut.
Die Vorlage beinhaltet die Festsetzung der Ost-Umfahrung Rotkreuz im Richtplan. Auch hier gilt es, die Kosten, den Landverbrauch und den effektiven Nutzen abzuwägen. Die FDP-Fraktion stimmt für die Festsetzung der besten und effizientesten Variante D.

Christian **Siegwart** erinnert daran, dass der Kantonsrat mit der Aufnahme des Wildtierkorridors in den Richtplan vor drei Jahren einen veritablen Coup landete. Inzwischen ist längst Katerstimmung eingekehrt. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis eines solchen Übergangs wird in Zweifel gezogen. Geschätzte 17,5 Mio. Franken für ein halbes Dutzend Rehe – das klingt tatsächlich unverhältnismässig. Dennoch: Wir sind der Ansicht, dass wir den Korridor nicht sang- und klanglos aus der Richtplanung streichen sollten – allen Bedenken über Sinn und Finanzierung zum Trotz. Die Autobahn ist eine unüberwindbare Barriere in der Landschaft. Es braucht hier einen Übergang für Mensch und Tier. Solange kein überzeugendes, konkretes Projekt vor-

liegt, sollten wir diesen Trumpf nicht aus der Hand geben. Die Variantenstudie, welche der RPK seit kurzem vorliegt, ist vage und zu knapp formuliert. Ihr Inhalt ist nur einer Minderheit bekannt. Der Wildtierkorridor soll also nicht aus dem Richtplan gestrichen werden. Der Votant beantragt deshalb im Namen der AF, dass § 1 Abs. 1 und 2 der Vorlage ersatzlos gestrichen werden. Für den Fall, dass ihm der Rat dieses Abschiedsgeschenk wider Erwarten verweigert, unterstützt unsere Fraktion einstimmig die Ergänzung im Richtplantext in der Fassung der RPK.
Die Festsetzung der Linienführung Ost-Umfahrung Rotkreuz gemäss § 3 findet in die Zustimmung unserer Fraktion. Schliesslich folgen wir damit lediglich der Absichtserklärung im Richtplan und ermöglichen die Freihaltung für einen allfälligen Bau. Es ist hier der falsche Ort und Zeitpunkt, um grundsätzlich über Sinn und Unsinn dieser Umfahrung zu debattieren. Auf Grund von Rückmeldungen aus Rotkreuz ist jedenfalls strittig, ob die Bevölkerung diese Umfahrung überhaupt will. Die Autobahnraststätte lässt grüssen.

Eusebius **Spescha** weist darauf hin, dass bei diesem Traktandum insgesamt drei Entscheidungen zu fällen sind. Zuerst geht es um den Wildtierkorridor und die kleinräumige Vernetzung im Städtlerwald. Hier kann die SP-Fraktion dem Vorschlag der RPK zustimmen. Wir werden dazu in der Detailberatung noch ausführlich Stellung nehmen. – Beim zweiten Entscheid geht es um die Ost-Umfahrung Rotkreuz. Die SP-Fraktion stimmt dieser Festsetzung zu. Dies entspricht dem sachlichen Fortschritt des Projekts und den Abklärungsarbeiten, die dort vorgenommen werden. Allerdings glaubt die SP-Fraktion nicht wirklich daran, dass diese Strasse je gebaut wird. – Beim dritten Entscheid geht es um die Autobahnraststätte. Die SP stimmt da vollumfänglich den Argumenten und dem Antrag des Regierungsrats zu, dass diese Motion nicht erheblich erklärt wird. Der vorgesehene Standort ist so falsch wie ein Standort nur falsch sein kann. Nach der Abstimmung in der Standortgemeinde Risch dürfte dieses Projekt gestorben sein. Wir sind dem Gemeinderat Risch dankbar, dass er mit einer schnellen Abstimmung dieser Zwängerei ein Ende gesetzt hat.

Werner **Villiger** hält fest, dass an der vorletzten Fraktionssitzung für die SVP zwei vom Regierungsrat vorgeschlagene Anpassungen des kantonalen Richtplans unbestritten waren. Die Streichung des Wildtierkorridors Städtlerwald und die Festsetzung der Ost-Umfahrung Rotkreuz auf der Achse Variante D. Auch die RPK hat diesen beiden Anträgen grossmehrheitlich zugestimmt.
Die RPK hat bei der Begehung und der anschliessenden Sitzung vom 7. August 2006 auch das Thema kleinräumige Vernetzung des Städtlerwalds nach Norden über die A4 behandelt. Dabei hat sie versucht, einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Interessengruppen zu finden. Sie hat diesen – wie der Votant meint – mit dem neuen, ergänzten Richtplantext auch gefunden. Inzwischen ist die Machbarkeit dieses Vorschlags von der Baudirektion, bzw. von einer Ingenieurgemeinschaft, untersucht worden. Es liegen neue Erkenntnisse vor, die am 30. November 2006 in einer ausserordentlichen Sitzung der RPK besprochen wurden. Kommissionspräsident Louis Suter wird in der Detailberatung die wichtigsten Zusammenhänge und die Entscheidung der RPK begründen. Die SVP-Fraktion hat sich auf Grund der neuen Ausgangslage bereits grossmehrheitlich *gegen* den Entscheid der RPK ausgesprochen. Wir möchten somit auf die kleinräumige Vernetzung über die A4 nach Norden verzichten und den Richtplantext L 6.3.2 in der Fassung, wie sie der Regierungsrat empfiehlt, in den Richtplan aufnehmen.

In Bezug auf die Realisierung einer Autobahnraststätte sind nach der Abstimmung in Rotkreuz die Würfel gefallen. Wir unterstützen einstimmig den Antrag des Regierungsrats, die Motion von Beat Villiger, Andrea Hodel und Moritz Schmid nicht erheblich zu erklären.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** bittet den Rat im Namen des Regierungsrats, dem Antrag der Regierung zu folgen. Der regierungsrätliche Textvorschlag ist bereits ein Kompromiss, indem eine Verbesserung für das Wild vorgesehen ist. Dazu sollen bereits heute bestehende Wildtierachsen Richtung Lorze und Blegi verbessert werden. Dies wurde auch nochmals von allen involvierten Wildbiologen – es sind mittlerweile drei – bestätigt. Eine Ökobrücke an dieser Stelle bringt nichts, kostet immens viel und erheitert die gesamt wildbiologische Schweiz, weil der Kanton Zug eine wildbiologisch fragwürdige Luxusvariante umsetzt. Sofern Sie der Kommission folgen, setzen Sie rund drei bis vier Millionen Kantonsgelder in den Sand. Gelder, die wir weiss Gott für intelligentere Dinge ausgeben können.
Der Baudirektor hat noch die Antwort an Franz Peter Iten betreffend Neufeld. Die Begründung, wieso das Projekt Tangente Neufeld nicht 2007 durch den Kantonsrat behandelt werden kann. Intensivere und umfangreichere Zusammenarbeit mit den involvierten Standortgemeinden. Die Erarbeitung der Verkehrsgrundlagen und der flankierenden Massnahmen war sehr komplex, umfangreich und zeitintensiv. Baugrunduntersuchungen infolge der Grundwasserfassung Sternen und im Hangbereich Geissbühl wegen dem Tunnel. Januar/Februar 2007 Orientierung der betroffenen Grundeigentümer, der neuen Behördenmitglieder und der Öffentlichkeit. Start der Vernehmlassung des generellen Projekts Februar 2007. Anpassung des Projekts auf Grund der Vernehmlassungsresultate bis Sommer 2007. – Der Votant hofft, Franz Peter Iten ist mit der Antwort zufrieden.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass die Informationen dankend entgegengenommen wurden.

EINTRETEN ist unbestritten.

DETAILBERATUNG der Vorlage Nr. 1434.2 – 12023 samt den damit zusammenhängende Richtplantext.

Die **Vorsitzende** möchte zuerst das Vorgehen erläutern. Die AF hat den Antrag gestellt, § 1 Abs. 1 und 2 zu streichen. Bei Abs. 2 ist eine Bereinigung nötig, weil Regierung und RPK sich nicht ganz überall einig sind. Zuerst wird die Bereinigung vorgenommen und danach darüber abgestimmt, ob die Absätze gestrichen werden oder nicht.

§ 1 Abs. 1 und 2 / Richtplantext L 6.3.2

Louis **Suter** weist darauf hin, dass der Begriff «Wildtierkorridor» unterschiedlich interpretiert wird. Ob ein solcher dem Wechsel verschiedener Tierarten dienen kann, hängt von der Breite, der Länge und der Örtlichkeit ab. Die Initianten des Wildtierkor-

ridors möchten, dass er für diesen insgesamt 30 ha messendem Privatwald den vorkommenden Rehen und anderen Säugetieren dienen soll. Der Kantonsrat hat, entgegen dem Antrag der RPK, am 17. Dezember 2003 beschlossen, den Korridor in den Richtplan aufzunehmen, die motionsweise Verwirklichung jedoch am 25. Februar 2005 wieder verworfen. Der Regierungsrat hat nun deshalb folgerichtig den Antrag gestellt, den gegen 20 Mio. Franken teuren Korridor, der vom Kanton selber zu bezahlen wäre, aus dem Richtplan zu streichen. Die RPK hat diesen Antrag eingehend studiert und sich darüber sowohl mit dem Vertreter der Waldbesitzer als auch der Gemeinde Cham eingehend unterhalten.
Es gilt festzuhalten, dass die Städtlerwald Genossenschaft und die Gemeinde Cham der festen Auffassung sind, dass es einen Übergang über die 6-spurige Autobahn braucht. Dieser Übergang muss jedoch nicht die vorgeschlagene Breite von 40 m haben – gemäss den Experten wäre diese Breite ohnehin eher knapp gewesen. Es genügt, wenn der Korridor so bemessen wird, dass er der Ökologie dient und die Naherholungsfunktion gewährleistet wird, d.h. konkret, dass ihn Spaziergänger und Radfahrer sowie kleinere Tiere benützen können. Für sie ist jedoch der geplante Übergang – ein Gehweg von 4 m Breite – absolut ungenügend. Die Finanzierung dieses Gehwegs ist durch den Bund gewährleistet. Jede zusätzliche Verbreiterung für ökologische Zwecke wäre durch den Kanton zu bezahlen. Je nach Ausführung können diese Mehrkosten ca. 3 Mio. Franken betragen.
Die Städtlerwald Genossenschaft beharrt, zusätzlich zur Aufforstung für die Rodung für ca. 1 ha Wald, auf weiteren ökologischen Massnahmen, d.h. konkret auf einem Gehweg mit ökologischen Leistungen. Ohne diese Zusage ist sie nicht bereit, der für den Ausbau notwendigen Waldrodung zuzustimmen. Ohne diese Zustimmung ist jedoch der für den Wirtschaftsstandort Zug enorm wichtige und vor allem von den betroffen Gemeinden geforderte zeitgerechte Ausbau der A4 auf 6 Spuren nicht garantiert. Die RPK ist deshalb der Meinung, dass trotz den zusätzlichen Kosten und der negativen Expertenbeurteilung, welche den ökologischen Wert eines solchen Grünkorridors verneint, ein Kompromiss angezeigt ist. Es handelt sich somit um eine politische Lösung. Die Frage lautet: Was ist uns wichtiger, der zeitgerechte Ausbau der A4 auf sechs Spuren oder die Einsparung von ca. 3 Mio. Franken?
Im Wissen um diese Ausgangslage sieht die RPK die Lösung in einem neu formulierten Richtplantext L 6.3.2, der von jenem der Regierung abweicht und wie folgt lautet:
Die ökologischen Ausgleichsmassnahmen zum 6-Spur-Ausbau der A4 und zur Umfahrung Cham-Hünenberg bewahren die kleinräumliche Vernetzung des Städtlerwaldes zum Lorzenraum und zum Raum Grindel/Blegi (Unterführung Baregg/Blegi) sowie über die A4 nach Norden. Die Gemeinde Cham stimmt Siedlungserweiterungen im Gebiet Oberweid/Cham-Nord 01 auf den kleinräumlichen Korridor Städtlerwald/-Lorzenraum ab.
Wichtig ist zu wissen, dass die Naherholungsfunktion des Städtlerwaldes im Richtplantext L 11.2 enthalten und der Übergang über die Autobahn behördenverbindlich ist. Wie ein solcher Grünkorridor aus zusehen hat, ist Sache der Regierung. Die Zusammenarbeit bei der Verwirklichung mit der Städtlerwald Genossenschaft und der Gemeinde Cham scheint uns vorgegeben.
Die RPK hat den Antrag der Regierung auf Streichung des Wildtierkorridors mit 12 : 2 und der vorhin erwähnten neuen Fassung des Richtplantextes L 6.3.2 mit 14 : 0 Stimmen zugestimmt. Die Regierung beantragt, nur den Begriff «kleinräumig» neu im Richtplantext aufzunehmen. Sie lehnt die ökologische Aufwertung des Gehwegs, d.h. die Verbreitung von 4 auf 12 m ab. Dies aus zwei Gründen:

1. Die zusätzlichen Kosten, welche je nach Ausführung ca. 3 bis 4 Mio. Franken betragen
2. Sie stützt sich auf die Expertenmeinung, welche den ökologischen Wert verneint.

Die RPK hat den neuen Antrag des Regierungsrats ebenfalls diskutiert. In Kenntnis aller Fakten hat sie die politische Argumentation wiederum höher gewichtet als die von der Regierung vorgebrachten Argumente. Wir sind nochmals zum gleichen Abstimmungsergebnis gekommen, d.h. Zustimmung zu unserem Antrag mit 14 : 0. Die RPK würde sich deshalb auf die Zustimmung zu unserem politisch motivierten Antrag freuen. – Auch die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag der RPK.

Jean-Pierre **Prodolliet** erinnert daran, dass der Kantonsrat 2004 bei der Beratung des Richtplans entschied, dass vom Städtlerwald aus in Richtung Norden über das Autobahntrassee hinweg ein Wildtierkorridor festgelegt wird. Dass heisst konkret, dass das entsprechende Symbol in den Plan eingetragen wurde. Dazu ist zu sagen, dass es kein Symbol Wildtierübergang oder ökologische Vernetzung gibt, was eine Differenzierung ermöglichen würde. Daraus möchte der Votant aber schliessen, dass Wildtierkorridor demnach als Überbegriff verstanden werden kann, der situativ graduell mehr oder weniger weitgehend realisiert werden kann.
Sehr bald nach dem Richtplanbeschluss ist dieser Wildtierkorridor von der Baudirektion unter Beschuss geraten und als grosses Hindernis für das Nationalstrassenprojekt 6-Spur-Ausbau N4 und Verzweigung Blegi bezeichnet worden. Es wurde gesagt, dieser erfordere eine Verteuerung des Projekts, es brauche eine 40 Meter breite Überdeckung und dies koste 17 Millionen. Heute hat man die Zahl 20 Millionen gehört. Die müsste der Kanton bezahlen, weil der Bund diesen Übergang nicht als Wildtierkorridor von nationaler Bedeutung bewerte. Hier stellt sich die Frage, ob die kantonalen Stellen sich nicht hätten etwas für die ökologischen Anliegen des Kantons einsetzen argumentieren können, der Bund als Verursacher von einem Hektar Waldverlust sollte eine solche Grünbrücke als Teil der notwendigen ökologischen Ausgleichsmassnahmen finanzieren. Die Baudirektion machte das Gegenteil. Ihre Energien wendete sie nun gegen den Richtplaneintrag, verfasste diesen Antrag auf Streichung des Richtplaneintrags. In der durchgeführten Vernehmlassung haben sich vehement gegen die Streichung ausgesprochen:

- die Gemeinde Cham
- der Zuger kantonale Patentjägerverein
- die Waldgenossenschaft Städtli Cham
- Pro Natura Zug
- die Volkwirtschaftsdirektion im Auftrag ihres Landwirtschaftsamts.

Durch diese Stellungnahmen geht wie ein roter Faden die Aussage, dass die Vernetzung der Lebensräume von Tieren für das ganze Ökosystem von Wichtigkeit sei. Es sei lebensbedrohend für den Wald, wenn man diese Vernetzung durchschneide.
Interessant ist auch die Stellungnahme des Landwirtschaftsamts. Sie weist darauf hin, dass mit der Beanspruchung von einem Hektar Wald eine Ersatzaufforstung erfolgen muss und diese natürlich nicht anderswo als in der Landwirtschaftszone geschehen kann, d.h. dass Fruchtfolgefläche dieser Ersatzaufforstung zum Opfer fällt. Das Landwirtschaftsamt findet es deshalb wertvoll, wenn ein Teil des ökologischen Ausgleichs durch eine Grünbrücke erfolgt und damit weniger Fläche ersatzaufgeforstet werden muss.
Die RPK macht deshalb einen neuen Vorschlag für einen Richtplaneintrag. Sie kommt zum Schluss, dass gegen Norden eine ökologische Vernetzung doch not-

wendig sei und dass diese durch eine Verbreiterung des Langsamverkehrübergangs realisiert werden kann. Diesen müssen wir ohnehin bauen. Es sind Planskizzen von dieser Brücke vorgelegt worden. Jean-Pierre Prodolliet hat gehört, dass der Regierungsrat sie nicht gesehen hat. Sie zeigen eindrücklich, wie der Grünstreifen über der Brücke direkt mit der Böschungsbegrünung verbunden ist. Eine solche Brücke trägt bei zur Vernetzung von Lebensräumen von Tieren, ist für die Naherholung ein attraktives Angebot und macht die Brücke zu einem schöneren Bauwerk. – Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der RPK. Die Frage bleibt offen, ob der Eintrag «Wildtierkorridor» wirklich gestrichen werden soll. Hier müssen wir sagen: Ist das nun nicht ein Widerspruch? Wir erkennen das Anliegen, finden sinnvoll, dass es das braucht. Wir sind auch der Meinung, dass es das nicht in vollem Umfang von 40 m Breite braucht. Auch die Waldgenossenschaft Städtli findet es nicht notwendig, dass etwas allzu Grosses gemacht wird. Und deshalb beantragt die SP-Fraktion, den Wildtierkorridor im Richtplan zu belassen.

Louis **Suter** möchte kurz Stellung nehmen zum Votum von Jean-Pierre Prodolliet. – Der Begriff «Wildtierkorridor» kann nicht durch «Grünkorridor» ersetzt werden. Das ist etwas völlig anderes. Wenn wir «Wildtierkorridor» belassen, müssen wir auch einen machen, und ein Wildtierkorridor ist mindestens 40 m breit! Da gibt es keinen Kompromiss. Um aber die Anliegen zu berücksichtigen, haben wir darauf hingewiesen, dass wir dies mit dem Richtplantext erreichen möchten. Und wie dann die Ausführung dieses so genannten Grünkorridors sein soll, ist dann Sache der Regierung bzw. der Baudirektion. – Weiter möchte der Kommissionspräsident ganz klar darauf hinweisen, dass die Gemeinde Cham einverstanden ist mit diesem neuen Richtplantext und somit auch damit, dass wir den Wildtierkorridor aus der Richtplanung herausnehmen. – Und es stimmt natürlich nicht, dass wenn wir einen 40 m breiten Wildtierkorridor machen würden, dadurch die Aufforstung des Waldes kleiner würde.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** zu Louis Suter – Stichwort Städtlerwald Genossenschaft. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass neben der Städtlerwald Genossenschaft keine einzige andere Einsprache eintrifft. Der Baudirektor glaubt nicht daran. Und dann sind wir genau gleich weit, ausser dass wir 3 bis 4 Millionen zu viel ausgegeben haben.

Die **Vorsitzende** weist den Rat darauf hin, dass in der Vorlage Nr. 1434.3 auf S. 3 der Antrag der Kommission aufgeführt ist. Es hat sich dort noch ein kleiner Fehler eingeschlichen und sollte statt *Oberwil* richtig heissen *Oberweid*. Und statt *Kammerkonzept* heisst es nun *Umfahrung Cham-Hünenberg*. Aber das sind redaktionelle Änderungen. – Bei diesem Text gibt es noch eine Differenz zu bereinigen, und zwar möchte die Regierung den Passus *sowie über die A4 nach Norden* streichen. Die RPK möchte das so belassen. Wir stimmen darüber ab.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der Regierung mit 48 : 23 Stimmen ab.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass somit § 1 Abs. 2 bereinigt ist. Es liegt noch ein Streichungsantrag der AF vor, welche § 1 Abs. 1 und 2 streichen möchte.

➔ Der Rat lehnt den Streichungsantrag der AF mit 59 : 7 Stimmen ab.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

➔ Der Rat stimmt der Vorlage in der *Schlussabstimmung* mit 68 : 2 Stimmen zu.

1071B MOTION VON BEAT VILLIGER, ANDREA HODEL UND MORITZ SCHMID BETREFFEND ANPASSUNG DES KANTONALEN RICHTPLANS (AUFNAHME EINER AUTOBAHNRASTSTÄTTE)

Traktandum 11 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1383.3 – 12036).

Andrea **Hodel** ist keine Person, die Niederlagen schön redet, umgekehrt aber Wahlsiege meint verteidigen zu müssen. Fakt ist, auch wenn es uns drei Motionären weh tut, dass die Gemeinde Risch-Rotkreuz eine Autobahnraststätte, wie wir sie in unserer Motion verlangt haben, nicht will. Wir sind Demokraten genug, diesen Entscheid zu akzeptieren, und schliessen uns deshalb contre coeur der Meinung des Regierungsrats an, diese Motion nach dem klaren Entscheid der Rischer Bevölkerung nicht erheblich zu erklären. Die Votantin hofft, dem Rat damit eine lange Debatte erspart und damit ein früheres Essen ermöglicht zu haben.

Louis **Suter** erinnert daran, dass die RPK ursprünglich den Antrag stellte, die Motion sei erheblich zu erklären. Dies, weil wir der Ansicht waren, dass vor einer definitiven Stellungnahme alle Aspekte abzuklären sind und anschliessend die Gemeinde Risch mit einer Konsultativabstimmung dazu Stellung beziehen sollte. Nachdem sich nun die Gemeinde Risch – entgegen unseren Vorstellung vor diesen Abklärungen – in einer Konsultativabstimmung mit klarer Mehrheit gegen eine Autobahnraststätte ausgesprochen hat, ziehen wir unseren Antrag auf Erheblicherklärung der Motion in Übereinstimmung mit den Motionären, zurück.
Im Namen und Auftrag der RPK möchte der Kommissionspräsident jedoch die Gelegenheit benützen, ein grundsätzliches Anliegen vorzubringen. Die RPK warnt davor, dass es zukünftig Schule machen sollte, kantonale Vorhaben mit Konsultativabstimmungen in den Gemeinden zu Fall bringen zu wollen. Dies vor allem dann, wenn es sich um Vorhaben von kantonaler Bedeutung bzw. Notwendigkeit handelt. Bei solchen Vorhaben dürfen auf diese Art und Weise erzielte Begehren aus einer Gemeinde nicht unterstützt werden. Die strategischen und planerischen Konzepte des Kantons wären so in Frage gestellt, die Folgen fatal. Diese kantonale Notwendigkeit bzw. Bedeutung war im Falle der Autobahnraststätte nicht gegeben – deshalb der Rückzug unseres Antrags.

Franz Peter **Iten** weist darauf hin, dass Louis Suter in seinem eben gehaltenen Votum die Problematik von Konsultativabstimmungen entgegen der Meinung von Eusebius Spescha angesprochen hat. Den Votanten beschäftigt ein solches Vorge-

hen – ein Vorpreschen von politischen Behörden – sehr. Es gibt wohl wenig Sinn, die vorliegende Motion betreffend Aufnahme einer Autobahnraststätte in den kantonalen Richtplan erheblich zu erklären Dies würde wohl in Risch, vor allem von der Gegnerschaft der Autobahnraststätte, nicht verstanden. Umso mehr ja die Konsultativabstimmung in der Standortgemeinde Risch die beantragte Nichterheblicherklärung geradezu heraufbeschworen hat. Und gerade das ist für Franz Peter Iten der Grund seiner Wortmeldung. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass eine solche Entwicklung, wie in der Gemeinde Risch oder wie auch in der Stadt Zug betreffend Umfahrungstunnel (dort zwar mit einem anderen Hintergrund) in Zukunft nicht Schule machen darf. Es darf nicht angehen, dass der Kantonsrat solch wichtige Sachgeschäfte nicht mehr neutral beraten kann, bzw. wenig oder fast nichts mehr dazu zu sagen hat, dass eine fundierte Diskussion in den vorberatenden Kommissionen und dann schliesslich im Kantonsrat nicht mehr stattfinden kann. Was wäre wohl, wenn bei zukünftigen Projekten wie z. B. bei der Tagente Neufeld oder bei der Umfahrung von Unterägeri ein gleiches Vorgehen durch die Gemeinde Baar bzw. die Gemeinde Unterägeri gewählt würde? Für den Votanten absolut unvorstellbar, ein möglicher Zustand, der nicht sein darf. Er ist der persönlichen Überzeugung (und da steht er nicht allein im politischen Alltag), dass eine solche Entwicklung für die Lösung von Sachfragen und für das Eingehen auf Anliegen überhaupt nicht förderlich ist. Es darf nicht sein, dass – in gewissem Sinne – Konsultativabstimmungen die Arbeit für den Kantonsrat übernehmen bzw. an Stelle des Kantonsrats machen. Er erlaubt sich, auf die Gefahren solcher Abstimmungen mit Nachdruck hinzuweisen und bitte den Rat, in seiner zukünftigen politischen Arbeit solches Vorgehen rechtzeitig, ernsthaft und kritisch zu hinterfragen.

Silvan **Hotz** legt zuerst seine Interessenbindung offen. Er ist Präsident des kantonalen Gewerbeverbands. Dieser war der Initiator einer Raststätte auf Zuger Boden. Und zwar mit der Motion zur Machbarkeit einer Raststätte im Kanton Zug von Marcel Meier von 2002. Die Motion Villiger, Hodel und Schmid, welche anschliessend an die Machbarkeitsmotion eingereicht wurde, wollte nichts anderes, als die Raststätte in den Richtplan aufnehmen. Dies hätte uns ermöglicht, dieses Projekt genauer zu planen und exakte Berechnungen zu machen. Anschliessend hätte wir dann, so wie wir es immer öffentlich versprochen hatten, mit den genauen Unterlagen die Rischer Bevölkerung befragt. Genau so, wie es die Initianten des Golfplatzes in Baar versprochen haben. Nun, der Gemeinderat Risch hat, aus welchen Gründen auch immer, diese Volksbefragung vorgezogen. Er hat uns damit die Möglichkeit genommen, mit einem genauen Projekt, exakten Zahlen und Facts in einen Abstimmungskampf zu steigen. Es wurde hauptsächlich die regierungsrätliche Vorlage genommen, daraus argumentiert und Angst geschürt. Die Rischer Bevölkerung hat, weil sie so kurzfristig nicht richtig Informiert werden konnte, nach Erachten des Votanten aus Angst, was denn da kommen könnte, nein gesagt. Diese Angstmacherei hat ihren Ursprung in der Beantwortung der Motion Villiger, Hodel und Schmid. Die regierungsrätliche Antwort und die Rolle des Regierungsrats in diesem Fall – da herrscht gar keine Freude, das ist ein Trauerspiel. Er hat es verpasst, mit einer etwas positiveren Einstellung einer guten Idee weiterzuhelfen. 200 Arbeitsplätze und bis zu 2 Mio. Einnahmen jährlich waren nicht gut genug. Die zum Teil absurden Begründungen, warum dieser Ort für eine Raststätte nicht gut sei, gipfelten darin, dass er die Sicherheit (Kriminalität, Rotlicht-Milieu, Drogen und andere Kriminalitätsformen) anführte. Entweder machte der Regierungsrat hier nur Polemik oder er verwechselte einen düsteren Rastplatz mit einer Raststätte.

Aber Louis Suter und Franz Peter Iten haben es schon angesprochen. Was machen wir jetzt im Kantonsrat mit dem Rischer Nein? Sollen wir diesem Nein Recht geben oder aber unsere Aufgabe als Kantonsräte wahrnehmen und kantonale Interessen wahren? Wenn wir die Motion jetzt ablehnen, schaffen wir ein Präjudiz, welches Schule machen könnte. So nach dem Motto: Wenn der Kanton etwas will oder nicht will, machen die Gemeinden schnell eine konsultative Abstimmung, und dann muss sich der Kanton daran halten. Da spielen wir mit dem Feuer. Hier ist es jedoch so, dass diese Motion bewusst sehr eng gefasst ist und eine Richtplananpassung genau an diesem Ort zwischen der Autobahn und Berchtwil fordert. Sie ist obsolet geworden und kann nicht erheblich erklärt werden. Wir vom Gewerbeverband haben immer gesagt, dass wir nie eine Raststätte gegen den Willen der Rischer bauen werden. Das heisst, eine Raststätte an diesem Standort kommt für uns nicht mehr in Frage. Ganz gestorben ist die Idee einer Raststätte auf Zuger Boden für uns jedoch nicht. Silvan Hotz ist nach wie vor der Meinung, dass der Kanton Zug von einer Raststätte profitieren kann. Wir legen unsere Idee mal schlafen und wecken sie wieder, wenn der Regierungsrat weitsichtiger und offener geworden ist.

Daniel **Burch** möchte als Rischer und Betroffener eine kurze Stellungnahme abgeben. Das Nein der Rischer richtet sich primär gegen den Standort. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben klar zum Ausdruck gebracht, dass der Verlust an Kulturland, der Eingriff in ihr Naherholungsgebiet sowie die möglichen Folgen und Auswirkungen auf das angrenzende Industrie- und Wohngebiet – und die kann man nicht vom Tisch wischen – mit den prognostizierten Arbeitsplätzen und einem allfälligen wirtschaftlichen Nutzen nicht wettgemacht werden können. Diese Tatsache haben auch die FDP Risch nach eingehender Diskussion veranlasst, das Projekt abzulehnen. Das Nein richtet sich nicht gegen Arbeitsplätze. Die Gemeinde Risch ist bereit, Arbeitsplätze anzubieten und auch die damit verbundenen negativen Auswirkungen zu übernehmen. Gemäss dem Richtplan wird die Gemeinde Risch am zweitmeisten Arbeitsplätze im Verhältnis zur Einwohnerzahl aufweisen, nämlich 73 Arbeitsplätze pro 100 Einwohner. Einzig die Stadt Zug wird noch mehr haben. Alle anderen
Gemeinden bieten deutlich weniger Arbeitsplätze an. Die Nachbargemeinden Cham und Hünenberg beispielsweise 46 bzw. 44 Arbeitsplätze pro 100 Einwohner. Die Meinungsäusserung der Rischer erfolgte zum richtigen Zeitpunkt. Eineinhalb Jahre nach Vorstellung des Projekts, ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung des regierungsrätlichen Berichts und *vor* der Behandlung im Kantonsrat – was nach Erachten des Votanten der richtige Moment ist. Befürwortern und Gegnern stand somit genügend Zeit zur Verfügung, um die Stimmberechtigten mit stichhaltigen Argumenten zu überzeugen.
Zur Konsultativabstimmung. Daniel Burch möchte den Rat daran erinnern, dass der Standort Rotkreuz nur daher zur Diskussion stand, weil die Gemeinderäte Cham und Hünenberg bereits im Vorfeld nein gesagt hatten und das Projekt abwinkten. Ist es etwas anderes, wenn die Bevölkerung in einer Konsultativabstimmung nein sagt oder wenn ein Gemeinderat im Vorfeld ein Projekt blockiert? Weiter sei daran erinnert, dass auch weiterhin nicht alle Landbesitzer bereit gewesen wären, freiwillig Land für diese Autobahnraststätte abzutreten. – Bitte respektieren Sie den Willen der Rischer Bevölkerung, erklären Sie die Motion nicht erheblich und sehen Sie von der Aufnahme in den Richtplan ab! Damit ersparen Sie der Regierung unnötigen Aufwand, dem Kanton und den Initianten unnötige Kosten.

Martin **Stuber** möchte im Zusammenhang mit der Abstimmung der Stadt Zug wegen der Stadtkernentlastung darauf aufmerksam machen und insofern Franz Peter Iten korrigieren: Das war nicht einfach eine Konsultativabstimmung. Die Stadtzuger Bevölkerung hat entschieden, dass sie Geld in die Hand nimmt, um die Projektierung dieses für unsere Stadt sehr wichtigen Projekts voranzutreiben. Der Votant ist auch etwas irritiert vom Demokratieverständnis hinter dem Votum von Franz Peter Iten. Es kann doch nicht sein, dass man der Bevölkerung ein Projekt aufdrückt, das sie offensichtlich nicht will. Und da ist es doch sinnvoll, wenn das so früh wie möglich im ganzen Prozess klar gemacht wird. Dann weiss man nämlich, dass das nicht realisierbar ist. Man kann auch viel Geld und Aufwand sparen. Man kann auch unserem Parlament Sitzungsstunden ersparen. Es ist ein seltsames Demokratieverständnis, wenn man sich jetzt so vehement gegen Konsultativabstimmungen wehrt. Man muss im konkreten Fall schauen, wie das läuft. Aber am Beispiel von Risch gegen Konsultativabstimmungen ins Feld zu ziehen, ist ein wenig verfehlt. Man hat schon relativ schnell gespürt, dass die Rischer eigentlich keine Freude haben an diesem Projekt. Es ist auch aufgefallen, dass die Initianten der Autobahnraststätte zwar behaupteten, dass die Rischer das wollen, aber dass es eine ziemliche Diskrepanz gab zu den Signalen, die man aus der Gemeinde selber erhielt. Von daher ist es ja nur verständlich, wenn der Gemeinderat von Risch/Rotkreuz dann diese Konsultativabstimmung anberaumt hat. Und das Ergebnis ist so deutlich, dass man das wirklich nicht als Kronzeugnis gegen Konsultativabstimmungen nehmen kann.

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** zu Silvan Hotz. Da muss sich die Regierung schon wehren! Weitere Untersuchungen bringen keine neuen Erkenntnisse, da die zentralen Probleme nicht gelöst werden können. Berchtwil können Sie nicht verschieben. Der Verbrauch von besten Fruchtfolgeflächen bleibt bestehen. Die Verkehrszunahme ist Tatsache. Ebenso die Beeinträchtigung eines der schönsten Naherholungsgebiete der Rotkreuzerinnen und Rotkreuzer. Nach einem Eintrag im Richtplan hätten die privaten Investoren viel Geld für die Planung in den Sand gesetzt. Das ist garantiert. Und davor hat die Regierung sie bewahrt!

➔ Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

Die Beratung wird hier unterbrochen und nach der Mittagspause weitergeführt.

P R O T O K O L L D E S K A N T O N S R A T E S

77. SITZUNG: DONNERSTAG, 14. DEZEMBER 2006
(NACHMITTAGSSITZUNG)
14 – 16.10 UHR

VORSITZ	Kantonsratspräsidentin Erwina Winiger, Cham
PROTOKOLL	Guido Stefani

1072 NAMENSAUFRUF

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 75 Mitgliedern.

Abwesend sind: Othmar Birri und Eusebius Spescha, beide Zug; Franz Müller, Oberägeri; Andreas Hotz, Baar; Andrea Erni Hänni, Steinhausen.

1073 MOTION VON HANS CHRISTEN, EUSEBIUS SPESCHA, BEAT STOCKER, MARTIN STUBER UND VRENI WICKY

Traktandum 2 – Hans **Christen**, Eusebius **Spescha**, Beat **Stocker**, Martin **Stuber** und Vreni **Wicky**, alle Zug, haben am 30. November 2006 eine Motion eingereicht, deren Begehren und Begründung in der Vorlage Nr. 1496.1 – 12263 enthalten sind.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag vorliegt, diese Motion sofort zu behandeln. Dazu bedarf es gemäss § 39 Abs. 1 der GO zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder. Es gibt somit zwei Abstimmungen, nämlich vorerst eine formelle über die sofortige Behandlung. Sofort diese nicht beschlossen wird, gibt es eine ordentliche Überweisung der Motion an den Regierungsrat. Sofern die sofortige Behandlung beschlossen wird, gibt es danach eine materielle Abstimmung über die Erheblicherklärung (mit einfachem Mehr). – Wir führen die Diskussion über beide Elemente zusammen.

Martin **Stuber** möchte in Namen der fünf Motionäre die Regierung fragen, ob sie die Absicht hat, die in der Antwort auf unsere vorherige Motion erwähnten zwei Jahre bis zur Vorlage eines Projektkredits einzuhalten. Mit einer solchen Zusicherung sind wir bereit, den Antrag auf sofortige Behandlung zurückzuziehen. Nach den guten Erfahrungen in der letzten Sitzung würden wir also quasi ebenfalls einen einfachen Lötscher rückwärts machen.

Rudolf **Balsiger** weist darauf hin, dass es beim Antrag der fünf Stadtzuger Kantonsratsmitglieder insbesondere darum geht aufzuzeigen, dass nach der Quasi-Konsultativabstimmung in der Stadt mit entsprechender Kreditgutsprache als Beitrag wirklich etwas geht in der Baudirektion. Die FDP-Fraktion unterstützt dieses Anliegen, insbesondere dass damit demonstriert wird, dass der ganze Rat dahinter steht und nicht einzelne Regionen in Sachen kantonale Strassenverkehrsprobleme sich gegeneinander ausspielen. Wir haben bereits bei der Einreichung der ersten Motion derselben Motionäre vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen, dass wirklich gearbeitet wird und zwar mit Volldampf, doch die damals geforderten Termine nicht eingehalten werden können. Er hat versprochen dass das Projekt nun zeitverzugslos an die Hand genommen würde, und dies ist auch geschehen. Auch die Stadt ist fleissig an der Arbeit und hat zwischenzeitlich zwei Varianten ausgearbeitet für die Linienführung des Stadttunnels, um so die Freihaltezonen zu reduzieren. Es wurden nämlich in den vergangenen Jahren über hundert Grundeigentümer eingeschränkt in der Handlungs- und Planungsfreiheit auf ihren Grundstücken, welche auch nur in der Nähe möglicher Varianten lagen. Das ist nun auf ein Minimum reduziert worden.
Eine sofortige Behandlung und Erheblichkeitserklärung allerdings kann von uns nicht unterstützt werden, da eine Solche keinen Mehrnutzen ausweisen wird zur ordentlichen Überweisung. Selbst die ganze Motion wird faktisch keine Beschleunigung bringen (man denke an die Richtplanpriorität), aber sie wird etwas Schwergewicht auf die Wichtigkeit ausüben. Diese Motion wird auch das Thema einmal mehr an die Öffentlichkeit bringen und wird sicherlich keine Nachteile bringen. Frei nach dem Motto: Nützt's nüt so schad's nüt. Also überweisen wir auf ordentlichem Wege!

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** erinnert daran, dass die Regierung bereits in erster Runde mit dem Bericht vom 24. Oktober 2006 zur gleichnamigen Motion Folgendes mitgeteilt hat: «Will man 2014 mit dem Bau der Stadtumfahrung beginnen, so muss der Projektierungskredit im Jahre 2009 vor den Kantonsrat gelangen. Bis dahin muss die Linienführung des Stadttunnels feststehen.» Mit anderen Worten: Baulinienpläne müssen bis 2009 vorliegen, um die Projektierung in Angriff zu nehmen. Wir wollen den Projektierungskredit für die Zuger Stadtkernentlastung gegen Ende 2008 dem Kantonsrat vorlegen.
Zu Rudolf Balsiger. Es geht was in der Baudirektion. Auch ohne die Viertelmillion wären wir im Zeitplan, und zwar in erster Linie, um die Grundeigentümer zu entlasten. Aber wieso sollte die Baudirektion das 250'000-Geschenk der Stadt nicht entgegennehmen?

Die **Vorsitzende** fasst zusammen, dass die sofortige Behandlung nicht nötig ist, da wir nun eine Zusicherung von der Regierung erhalten haben, dass das bis Ende 2008 im Kantonsrat behandelt wird.

➔ Die Motion wird zu Berichterstattung und Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen.

1074 MOTION DER KOMMISSION «UMSETZUNG DER AKTUALISIERTEN FINANZSTRATEGIE 2004-2010: WACHSTUMSABSCHWÄCHUNGEN DES PERSONALAUFWANDS UND DER BEITRÄGE MIT ZWECKBINDUNG» BETREFFEND ÄNDERUNG DES DENKMALSCHUTZGESETZES

Traktandum 11 – Es liegt vor: Bericht und Antrag des Regierungsrats (Nr. 1310.2 – 12196).

Andrea **Hodel** wurde das Wort als damalige Kommissionspräsidentin und demnach Motionärin erteilt. Sie hat die Motion nicht nochmals mit sämtlichen damaligen Kommissionsmitgliedern besprochen und spricht deshalb einerseits als alleinige Vertreterin der Motion und auch mit einer gewissen Mehrheit der FDP-Fraktion. Teilweise kann sie sich mit den Ausführungen der Regierung einverstanden erklären. Nicht einverstanden ist sie mit der Antwort der Regierung in Bezug auf Ziff. 1 unseres Motionsbegehrens. Allgemeine Formulierungen haben sehr wohl einen Wert, weil sie aufzeigen, wie eben ein Gesetz auszulegen ist. Es ist deshalb aus Sicht der FDP-Fraktion und der Votantin nicht ausreichend, wenn die Regierung erklärt, sie wolle dann § 25 Abs. 1 Bst. 1 «den besonderen Wert» noch später näher umschreiben. Andrea Hodel will, dass wir das eine tun und das andere nicht lassen, und ersucht den Rat deshalb, den Antrag der Kommission in Ziff. 1 vollumfänglich gutzuheissen, sodass wir das Denkmalschutzgesetz so ändern, dass in § 2 Abs. 1 von einem «sehr hohen» wissenschaftlichen, kulturellen oder heimatkundlichen Wert, und in § 4 von einem «sehr hohen» öffentlichen Interesse sprechen. Soweit es die Anträge 2, 4 und 5 betrifft, sind wir nach Studium des Berichts der zuständigen Direktion einverstanden, dass diese Ziffern nicht erheblich erklärt werden.
Bezüglich Ziff. 3 hat unsere Fraktion eine teilweise andere Meinung. Wenn auch Verständnis entgegen gebracht werden kann, dass gerade Kirchgemeinden dazu tendieren, ertragsloses, aber denkmalpflegerisch wichtiges Kulturgut als Teil der öffentlichen Aufgabe zu bewahren und ihnen allenfalls die Mittel fehlen, solche Gebäude instand zu halten, ist diese Argumentation natürlich nicht zutreffend für die Beitragszahlungen zwischen Einwohnergemeinden und Kanton. Zumindest in diesem Bereich macht es doch keinen Sinn, wenn Beitragszahlungen von je 50 % zwischen Kanton und Standortgemeinde hin und her geschoben werden. Mindestens in diesem Bereich ist die Regierung aufzufordern, die Beitrags- und Quersubventionierung zu stoppen und hier die notwendigen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen.
Der Argumentation der Direktion des Innern kann die Votantin sich dann aber wieder anschliessen, die Beitragssätze bei 35 % und 80 % zu belassen, dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass die Beitragszahlungen abnehmend sind und das Ziel, Geld nur auszugeben, wo es wirklich nötig ist, auch mit den bisherigen Beitragssätzen erreicht werden kann.
Aus all diesen Gründen ersucht Andrea Hodel den Rat auch im Namen einer Mehrheit der FDP-Fraktion, Ziff. 1 der Motion ganz und Ziff. 3 teilweise erheblich zu erklären, im Übrigen aber den Anträgen des Regierungsrats zu folgen.

Die **Vorsitzende** erkundigt sich, wie Ziff. 3 gemäss diesem Antrag lauten würde. – Andrea Hodel: *«Keine Beiträge für die Einwohnergemeinden.»*

Stefan **Gisler** fragt, was Winterthur, Birmingham, Konstanz, London, das Ruhrgebiet, Baden und Zürich gemeinsam haben. Einerseits hat der Votant sie alle schon besucht, aber das ist hier nicht von Belang. Relevant ist aber, was er dort sah: Eine gelungene Verbindung von neu und alt. Grosse Einkaufszentren in Altstadtkernen und -häusern, für Wohnen und KMUs umgenutzte Industriebauten oder mit Geschichtsbewusstsein revitalisierte Hafenanlagen. Alte Gebäude wurden mit neuen Inhalten gefüllt. Ein Konzept, das nicht zuletzt für Investoren sehr attraktiv ist.
Die Motion will aber den Denkmalschutz schwächen, sie will sparen. Beachten Sie darum die Grafik auf S. 5 des regierungsrätlichen Berichts. Daraus ersehen Sie, dass die Kosten seit 1991 kontinuierlich zurückgehen, und zwar um rund 25 %. Und dieser Rat hat die Denkmalschutzbeiträge letztes Jahr im Rahmen der aktualisierten Finanzstrategie zusätzlich gekürzt. Weitere Sparübungen wären kontraproduktiv und werden zu Recht auch von der Regierung abgelehnt. Denn der Denkmalschutz lässt Raum für Umnutzungen und Investitionen. Ja oftmals schafft er sogar die Voraussetzungen dafür. Dies schreibt auch die Regierung. Das gilt insbesondere für die Umnutzung ehemaliger Landwirtschaftsgebäude. Ein Ja zu dieser Motion würde also Bauern benachteiligen. Intelligent gemacht ist Denkmalschutz ein attraktiver Wirtschaftsstandortfaktor. Diese Motion aber atmet einen anderen Geist: Altes abreissen, Neues hinklotzen. Aber achten wir nicht auf die alte Bausubstanz, entsteht ein geschichts- und gesichtsloses Zug. Steril, langweilig – Zugerinnen und Zuger werden sich im eigenen Kanton immer fremder fühlen. Stefan Gisler plädiert nicht für einen Balenbergkanton, er will aber auch kein Retortenzug.
Zur Denkmalschutzkommission. Die Regierung bzw. ihre Entscheidungsqualität kann von einer Denkmalschutzkommission mit örtlichen (darum hat es Gemeindevertreter) und fachlichen (darum nimmt u.a. der Hauseigentümerverband Einsitz) Kenntnissen nur profitieren. Insbesondere hilft die Denkmalschutzkommission, Konflikte zu vermeiden dank ihrer breiten Abstützung. Mit einem Ja zur Motion und mit der Aufhebung der Denkmalschutzkommission verlören Gemeinden, Hauseigentümer und Bauern ihre Einflussmöglichkeiten. Das hat wohl auch Motionärin Hodel so erkannt und sich dort zurückgezogen.
Zum Aufgabenkatalog des Amts für Denkmalschutz und Archäologie. Eine Reduktion würde nur Sinn machen, wenn im Rahmen der ZFA die Aufgaben beim Denkmalschutz in lokale und kantonale Zuständigkeiten aufgeteilt würden. Doch die Gemeinden waren nicht einverstanden, denn der zeitliche, personelle und finanzielle Aufwand für sie wäre beträchtlich gewesen. Denkmalschutz und Archäologie als effiziente, Kosten sparende Verbundaufgabe weiter zu führen, macht daher Sinn, und somit kann es beim Kanton auch nicht zu einer Aufgabenreduktion kommen. Entsprechend wurde die ZFA aufgegleist. – In diesem Sinn unterstützen die Alternativen den Regierungsrat vollumfänglich und bitten den Rat, ebenfalls der Regierung zu folgen. Hauseigentümer, Bauern, Gemeinden, Kirchgemeinden werden es ihm danken.

Jean-Pierre **Prodolliet**: Wenn man zurück blickt auf diese Legislaturperiode, stellt man fest, dass an ihrem Anfang die Kunde vom über uns hereinbrechenden NFA die Gemüter erregte. Es gab eine Zeit, da es fast jeden Monat eine neue Motion gab, die zum Ausdruck brachte, dass wir sparen und die Kosten in den Griff bekommen müssen. Man hat dann solche Sparmöglichkeiten gefunden, z.B. bei der Schulzahnpflege

(von der Gemeinde Cham hört man inzwischen, dass eine empfindliche Angebotslücke entstanden ist). Man hat den Lehrlingen Fahrspesenbeiträge gekürzt und Leuten in den mittleren Jahren Stipendienansprüche genommen. Merkmale diese Sparbeschlüsse waren, dass die effektiven Sparbeiträge lächerlich waren, aber für die Betroffenen schmerzliche Wirkungen hatten. Ein Sparvorschlag dieser Art ist genau diese Motion. Der Votant ist nun aber erfreut, dass von Seite der Motionäre zurückbuchstabiert wird.
Jean-Pierre Prodolliet kann sich kurz halten, denn Stefan Gisler hat ähnliche Argumente bereits vorgebracht. Zur Wirtschaftsfeindlichkeit der denkmalschützerischen Aktivitäten. Das ist eine kurzsichtige Betrachtungsweise. Denken wir daran, dass in unserem Land der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig ist. Das bedeutet, dass es nicht gleichgültig sein kann, ob kulturelle Werte, die unser Land nebst seinen landschaftlichen Schönheiten aufweist, erhalten bleiben und gepflegt werden. Weiter besteht der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz im internationalen Markt darin, dass sie ein hohes Niveau von Erziehung und Bildung hat. Dazu gehört auch Kulturbewusstsein und Qualitätssinn und dazu trägt die Konfrontation mit früheren kulturellen Leistungen im täglichen Lebensraum einiges bei.
Die konkreten Vorschläge dieses Kahlschlagkonzepts der Motion sind ja zurückgezogen worden. Die Abschaffung der Denkmalkommission führt dazu, dass es nur noch Spezialisten hat. Ist das dann besser? Dann soll gekürzt werden; die Kirchgemeinden sind betroffen. Es animiert den Votanten gerade als Baufachmann nicht, in Kirchen zu gehen, wenn er denn Eindruck erhält, es sei eine schlechte Bausubstanz, die nicht gut renoviert sei. Schliesslich wurde noch die alte, krächzende Platte der Privatisierung aufgelegt. Aber mittlerweile haben viele schon gemerkt, dass private Leistungen auch kosten und private Unternehmungen nicht unbedingt in jedem Fall effizient und erfolgreich sind. Der Regierungsrat lehnt diese Privatisierung ab mit der überzeugenden Argumentation, dass bei Denkmalpflege und Archäologie das Wissen bei der Öffentlichkeit bleiben muss und mit der so gegebenen Kontinuität dieses Wissen erhalten bleibt und wachsen kann. – Die SP-Fraktion unterstützt deshalb vollumfänglich die regierungsrätlichen Anträge.

Werner **Villiger** hält fest, dass die SVP-Fraktion für einen Paradigmawechsel ist. Im Bericht und Antrag der Regierung zum zweiten Paket des ZFA verzichtet sie auf eine Neuregelung der Aufgaben und Kompetenzen in Bezug auf die Denkmalpflege. Eine Aufgabenentflechtung zwischen dem Kanton und den Gemeinden stösst vor allem bei den Gemeinden auf grosse Ablehnung. Die Begründungen sind stichhaltig und überzeugend. Der Kantonsrat wird bei der Beratung des zweiten Pakets des ZFA hier dem Regierungsrat wohl folgen. Das ist die neue Ausgangslage.
Wenn nun der Kantonsrat mehrheitlich der Ansicht ist, eine Änderung des Denkmalschutzgesetzes sei notwendig, gilt es jetzt ein Zeichen zu setzen. Dazu eignet sich die vorliegende Motion bestens. Denn sie gibt Ziele vor, die erreicht werden sollen. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für die Erheblicherklärung der Motion, und zwar betrifft dies *alle* Anträge. Denn es muss Klarheit über die künftige grundlegende Ausrichtung der Denkmalpflege geschaffen werden. Wir sind somit mit dem Bericht und Antrag des Regierungsrats überhaupt nicht einverstanden. Der Votant stellt deshalb im Namen der SVP-Fraktion den Antrag, die Ziff. 1 bis 5 der Motion erheblich zu erklären.

Louis **Suter** hält fest, dass die CVP-Fraktion die Haltung der Regierung im Grundsatz unterstützt. Wir möchten jedoch besonders darauf hinweisen, dass die Auswahl der unter Schutz zu stellenden Objekte auch einer differenzierten und kritischen Betrachtungsweise Stand halten muss. Dies war in der Vergangenheit nicht immer der Fall. Als Beispiel möchte der Votant das Gebäude des Schweizerischen Obstverbands an der Baarerstrasse erwähnen. Im Prinzip handelt es sich um ein 0815-Gebäude, von denen es viele gibt. Trotzdem hätte diese als schutzwürdiges Objekt gelten sollen. Hier braucht es eine entsprechende klare Formulierung.
Klar lehnen wir Punkt 3 der Motionsforderung ab. Auf Grund der vorliegenden vertieften Abklärungen erachten wir es als sehr problematisch, wenn z.B. Kirchgemeinden keine Unterstützung erhalten sollten. Gerade Kirchgemeinden besitzen sehr wertvolle Kulturgüter, deren Unterhalt und Renovationen sehr teuer sind. Solche Institutionen sind unserer Meinung nach weiterhin auf den Denkmalschutz angewiesen.
Die Forderung von Punkt 5, wonach beim Vollzug die Gebote der Verhältnismässigkeit und der Wirtschaftlichkeit besser beachtet werden sollen, ist sinnvoll und richtig. Wir sind uns jedoch bewusst, dass es schwierig ist, diese Forderung gesetzlich festhalten zu wollen und schliessen uns deshalb dem Antrag der Regierung an. Dies umso mehr, als auch der Denkmalschutz in naher Zukunft ebenfalls nach dem Prinzip Pragma arbeiten muss und diese Grundsatzforderungen fester Bestandteil des Pragma-Konzepts sind.

Bruno **Briner** stützt sich auf das vorbereite Votum seines Banknachbarn Andreas Huwyler, der die Sitzung verlassen musste und als Präsident des Hauseigentümerverbands Zug und Umgebung eine gewisse zumindest indirekte Interessenbindung hat. – Wir möchten Sie bitten, die Anträge des Regierungsrats vollumfänglich zu unterstützen, und zwar aus folgenden Gründen.
1. Gesamthaft stehen im Kanton Zug 401 Bauwerke, bzw. 1,7 % des Gebäudebestands unter kantonalem Schutz. Damit stehen prozentual nicht mehr Gebäude unter Schutz als in anderen Kantonen. Da die Menge potenzieller Schutzobjekte nur langsam wächst, werden in der langfristigen Tendenz immer weniger Objekte unter Schutz gestellt werden. Eine neue Praxis, welche noch weniger Gebäude unter Schutz stellt, würde in erster Linie diejenigen Hauseigentümer negativ treffen, welche die Pflege ihrer historisch wertvollen Liegenschaften beabsichtigen.
2. Der Kanton hat in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt einen Viertel weniger Denkmalpflegebeiträge bezahlt als zwischen 1991 und 1995. Mit der vom Kantonsrat per 1. Januar 2006 zusätzlich beschlossenen Reduktion der Beitragssätze sind die Kosten ohnehin erneut reduziert worden. Es ist davon auszugehen, dass die Denkmalpflegebeiträge der Jahre 2006-2010 um bis zu 35 % tiefer ausfallen werden, als dies noch in den ersten fünf Jahren nach Einführung des Gesetzes der Fall war. Eine zusätzliche weitere Reduktion der Beitragssätze macht keinen Sinn. Sie würde insbesondere zu einer finanziellen Mehrbelastung der Grund- und Hauseigentümer führen, und das kann ja mit Sicherheit nicht die Absicht der Motionäre gewesen sein.
3. Die Kirchgemeinden bewahren mit den Kirchen und Kapellen einen wesentlichen Teil des denkmalpflegerischen Kulturguts im Kanton. Auch Bürger- und Einwohnergemeinden – besonders die Stadt Zug – sind im Besitz wertvoller Objekte, z.B. Rathaus, Stadtmauer, Schulhäuser. Eine Streichung der Denkmalpflegebeiträge an steuererhebende öffentlich/rechtliche Körperschaften würde in erster Linie die Kirchgemeinden sowie Bürger- und Einwohnergemeinden, insbesondere die Stadt Zug belasten.

4. Üblicherweise wird die Unterschutzstellung eines Objekts auf Antrag oder im Einverständnis mit der Eigentümerschaft verfügt. Von ganz wenigen Fällen abgesehen basiert die Unterschutzstellung eines Bauwerks weder auf einem Konflikt noch führt sie zu einem solchen. Die Denkmalpflege-Praxis im Kanton Zug ist bereits heute verhältnismässig und mit Sicherheit nicht generell konfliktbelastet. Interessanterweise wird die Denkmalpflege eher von jenen Kreisen kritisiert, die einen noch strengeren Denkmalschutz erwarten, z.B. Mobilfunkgegner. Zu berücksichtigen ist auch, dass – sollten in Zukunft nur noch Bauten von überregionaler Bedeutung unter Schutz gestellt werden können – dies auch die Landwirtschaft erheblich benachteiligen könnte.
5. Die Aufgabe der Denkmalkommission besteht darin, die Anträge an die Direktion des Innern vorzubereiten und sie breit abzustützen. Dadurch wirkt die Kommission auch konfliktvermeidend. Nicht unberücksichtigt bleiben darf, dass die Kommission oftmals auch die Entlassung von Objekten aus dem Inventar der schützenswerten Denkmäler beantragt, z.B. 2005 elf Entlassungen und sechs Unterschutzstellungen. Seit der Einführung des kantonalen Denkmalschutzgesetzes im Jahr 1991 waren unter anderem folgende Behörden und Institutionen immer mit je einem Mitglied in der Kommission vertreten: Je ein Gemeindevertreter aus Baar und Zug, aus dem Ennetsee und aus dem Berg, sowie der Hauseigentümerverband Zug und Umgebung und der Zuger Bauernverband. Mit der Aufhebung der kantonalen Denkmalkommission würden Einwohnergemeinden sowie der Hauseigentümer- und der Bauernverband ihre Möglichkeit der Einflussnahme auf die Denkmalpflege definitiv verlieren.
Fazit: Die Umsetzung des kantonalen Denkmalschutzgesetzes funktioniert in aller Regel seit Jahren bestens. Die finanziellen Einsparungsmöglichkeiten sind, sofern überhaupt, im Vergleich zum gesamten Staatshaushalt minimal. Es besteht aus unserer Sicht kein Anlass, ein ausgewogenes, seit Jahren gut funktionierendes System kurzfristig zu ändern.
Die war das letzte Votum von Bruno Briner. Er hat damit wahrscheinlich den Zorn der FDP auf sich gezogen. Er bittet den Rat, den Anträgen der Regierung zuzustimmen.

Brigitte **Profos**, Direktorin des Innern, erinnert daran, dass es ausser dem gewünschten Paradigma-Wechsel der SVP-Fraktion zwischen Regierung und Motionären zwei Differenzen gibt. Die Motionäre wollen festhalten an der Änderungen der §§ 2 und 4 des Denkmalschutzgesetzes. Sie wollen definieren, dass nur Objekte unter Schutz gestellt werden, die einen *sehr hohen* statt wie es jetzt im Gesetz heisst *besonderen* wissenschaftlichen, kulturellen oder heimatkundlichen Wert aufweisen. Und in § 4 wünschen die Motionäre, dass ein *sehr hohes* öffentliches Interesse gegenüber einem *erheblichen* am Erhalt des Objekts besteht.
Die zweite Differenz ist, dass im Gegensatz zum heutigen Denkmalschutzgesetz die Einwohnergemeinden nicht mehr in den Genuss von kantonalen Denkmalschutzbeiträgen kommen sollen. Die Restaurations- und Renovationskosten sollen von den Einwohnergemeinden vollumfänglich berappt werden.
Zum ersten Punkt. Wie Sie aus dem Bericht des Regierungsrats ersehen, will die Regierung festhalten daran, dass die §§ 2 und 4 nicht geändert werden. Hingegen beantragt die Regierung, in § 25 Abs. 1 Bst. a eine genauere Umschreibung des Begriffs «besonderer wissenschaftlicher, kultureller oder heimatkundlicher Wert» ins Gesetz aufzunehmen. Daher der Antrag der Regierung, beim ersten Motionsbegehren eine Teilerheblicherklärung zu fordern. Die Direktorin des Innern bestätigt, was bereits gesagt wurde: Im Kanton Zug sind ungefähr gleich viele Gebäude unter

Schutz gestellt, wie das im gesamtschweizerischen Durchschnitt der Fall ist. Es sind 401 Gebäude, 1,7 %. Es ist so, dass die langfristige Tendenz der Unterschutzstellungen sinkend ist. Mit neuer Praxis könnten noch weniger Objekte unter Schutz gestellt werden, was vor allem den Eigentümern der Liegenschaften Schaden zufügen könnte. Es könnte auch sein, dass dann die sorgfältige Pflege von historischen Gebäuden vernachlässigt würde.
Zur zweiten Differenz. Es ist der Wunsch da, dass Einwohnergemeinden keine Beiträge aus dem Denkmalschutzgesetz mehr erhalten sollen. Die Regierung möchte einheitlich für alle öffentlichrechtlichen Körperschaften die Beiträge beibehalten, für Bürger-, Korporations-, Kirch- und Einwohnergemeinden. Es ist für die Regierung nicht die Frage, ob die Empfänger der Beiträge allenfalls diese Kosten an die Restauration finanzieren können oder sogar – im Fall der Einwohnergemeinden – höhere Steuern erheben könnten. Sondern die Regierung ist der Auffassung, dass alle öffentlichrechtlichen Körperschaften rechtsgleich behandelt werden sollen. Das entspricht der bisherigen Verbundaufgabe zwischen Kanton und Gemeinden, welche sich sehr bewährt hat. Es sind nicht nur die Kirchgemeinden, die besonders wertvolles Kulturgut zu erhalten haben (Kirchen, Kapellen, Wegkreuze), sondern es sind auch insbesondere die Einwohnergemeinden, die viele kulturell wichtige Zeitzeugen zu erhalten haben. Denken Sie an ein Rathaus, an Schulhäuser, die geschützt sind, oder an die Stadtmauer von Zug. Die Streichung der Beiträge an die Einwohnergemeinden würde diese stark treffen und rechtsungleich behandeln. Insbesondere die Stadt Zug wäre betroffen. Die Regierung beantragt – auf dem Hintergrund, dass das Denkmalschutzgesetz als bisherige Verbundaufgabe bestens funktioniert hat und bei einer Änderung insbesondere private Hauseigentümer darunter leiden würden – die Ziff. 1 im Sinne der Regierung teilweise erheblich zu erklären und Ziff. 2 bis 5 nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 35 : 34 Stimmen, Ziff. 1 im Sinn der Motionäre erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 43 : 21 Stimmen, Ziff. 2 nicht erheblich zu erklären.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es bei Ziff. 3 zu einer Dreifach-Abstimmung kommt. Es liegt einerseits der Antrag der Regierung auf Nichterheblicherklärung vor, anderseits jener der FDP auf teilweise Erheblicherklärung (Einwohnergemeinen erhalten keine Beiträge mehr) und der Antrag der SVP, welche den Antrag der Motionäre unterstützt. Man kann nur einem dieser Anträge die Stimme geben, erhält kein Antrag das absolute Mehr, werden die Anträge mit den niedereren Stimmzahlen einander gegenüber gestellt.

➔ Der Antrag der Regierung erhält 37 Stimmen, der Antrag der FDP 14 Stimmen, der Antrag der SVP 21 Stimmen. – Der Regierungsantrag hat das absolute Mehr erreicht, somit wird Ziff. 3 nicht erheblich erklärt.

➔ Der Rat beschliesst mit 49 : 20 Stimmen, Ziff. 4 nicht erheblich zu erklären.

➔ Der Rat beschliesst mit 47 : 21 Stimmen, Ziff. 5 nicht erheblich zu erklären.

1075 INTERPELLATION VON MARKUS JANS BETREFFEND BUNDESINVENTAR DER LANDSCHAFTEN UND NATURDENKMÄLER VON NATIONALER BEDEUTUNG (BLN-GEBIETE)

Traktandum 12 – Es liegt vor: Antwort des Regierungsrats (Nr. 1407.2 – 12250).

Markus **Jans** weist darauf hin, dass nicht der Inhalt der Interpellationsantwort als erstes ins Auge sticht, sonder die hohen Kosten von 6'500 Franken. Wahrlich ein stolzer Preis für vier Seiten Text. Bei ca. 110 Zeilen (ohne Titel und Unterschriften) ergibt das pro Zeile ca. 60 Franken oder 92 Rappen pro Buchstabe. Der hohe Preis liess beim Votanten die Hoffnung aufkommen, dass der Inhalt der Antwort sich tiefgründig mit seinen gestellten Fragen auseinandersetzt. Leider wurde er in dieser Hinsicht enttäuscht. Die Regierung bekennt sich zwar zu den BLN-Gebieten, insbesondere auch zum BLN-Gebiet 1309 Zugersee. Auf die Fragen «wie und bis wann der Kanton Zug gedenkt die Schutzziele umzusetzen», antwortet der Regierungsrat ausweichend. Er hält fest, dass die BLN-Gebiete gemäss eidgenössischer Gesetzgebung für die Kantone bei ihren planerischen Aufgaben nicht verbindlich seien. Danach richtet er sich auch. Damit ist er in guter Gesellschaft mit anderen Kantonsregierungen, denn nur wenige kümmern sich ernsthaft um die BLN-Gebiete. Der Bund hat zwischenzeitlich selber gemerkt, dass die Gesetzgebung zu den BLN-Gebieten zu wenig griffig ist und besser formuliert werden müsste. Dass der Regierungsrat sich mit einem Pilotprojekt an dieser Neudefinition beteiligt, ist ihm hoch anzurechnen.
Trotzdem, die BLN-Gebiete im Kanton Zug benötigen schon heute dringenden Schutz. Fast unbedacht wird im Kanton Zug immer wieder in den BLN-Gebieten gebaut und damit von den eigentlichen Schutzzielen abgewichen. Das nächste Opfer ist die Halbinsel St. Andreas in Cham. Dort sollen ca. 50 Wohnungen im Hochpreissegment gebaut werden. Nur dank der Interpellation von Markus Jans wurde die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege zu einem Gutachten bezüglich der geplanten Überbauung auf Schloss St. Andreas eingeladen. Dass die EKD auf eigene Initiative die Eidgenössische Kommission für Natur- und Heimatschutz ENHK ebenfalls zur Stellungsnahme einlud, verdeutlicht zusätzlich die heikle Situation rund um das Schloss St. Andreas. Gemäss Antwort des Regierungsrates wird die Baudirektion das Gutachten der EKD/ENHK zu St. Andreas in der Vorprüfung würdigen.
Das Gutachten könne auf dem Internet abgerufen werden, schreibt der Regierungsrat weiter. Der Votant staunte nicht schlecht, als er unter der angegebenen Adresse nicht das Gutachten, aber immerhin die Auslegeordnung der Baudirektion mit dem Titel «Massnahmen zur Aufwertung der BLN-Gebiete» vorfand. Bezeichnet ist das zwanzigseitige Dokument als Beilage zur Kantonsratsvorlage 1407.2! Es ist Markus Jans neu, dass wir als Kantonsräte wichtige Beilagen für eine Interpellationsbeantwortung selber auf dem Internet suchen und ausdrucken müssen. Auf Grund der hohen Kosten der Interpellationsantwort dürfte man erwarten, dass die Beilagen mitgeliefert werden. Das schon lange erwartete Gutachten hat der Votant in der Zwischenzeit von der Gemeindeverwaltung Cham erhalten, denn es war auch gestern noch nicht im Internet abrufbar.
Das ist nicht weiter verwunderlich, fällt doch das Gutachten auf der ganzen Linie vernichtend aus. Es heisst dort: «Gemessen an den Schutzzielen des BLN-Objekts 1309 Zugersee und des ISOS-Objekts "Cham" führt der vorliegende Bebauungsplan zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung. Schlossanlage und Park werden durch die neuen Bauten in sehr hohem Masse belastet. Die Kommissionen lehnen den vorliegenden Bebauungsplan ab. Sie sind aber der Auffassung, dass unter Einhal-

tung der Schutzziele eine reduzierte bauliche Weiterentwicklung der Anlage grundsätzlich möglich ist.» Die beiden gewichtigen eidgenössischen Kommissionen weisen den richtigen Weg, wie mit den BLN-Gebieten umzugehen ist. Dass nun die Baudirektion den Bebauungsplan im Vorprüfungsbericht an die Gemeinde Cham praktisch ohne Änderungen akzeptiert, ist unglaublich. Es bestärkt Markus Jans aber in der Auffassung, dass weder die Baudirektion noch der Regierungsrat willens und in der Lage sind, die BLN-Gebiete nach Vorgaben des Bundes zu schützen. Der Votant ist der festen Überzeugung, dass wir dazu Schutzziele formulieren müssen, und er wird diese mit einer Motion einfordern.

Thomas **Lötscher** erinnert daran, dass der Erhalt intakter Landschaften gerade auch im kleinen Kanton Zug mit seinem grossen Siedlungsdruck ein wichtiges Anliegen ist. Auch die FDP-Fraktion anerkennt dies. Vor diesem Hintergrund bringen wir der Interpellation von Markus Jans ein gewisses Verständnis entgegen – allerdings wirklich nur ein gewisses. Während es auf den ersten Blick um den allgemeinen Schutz von BLN-Gebieten geht – welche übrigens einen Drittel der Kantonsfläche ausmachen –, offenbart ein genaueres Hinsehen, dass es dem Chamer SP-Kantonsrat hauptsächlich um ein Bauprojekt in Cham geht. Die Einführung im Interpellationstext suggeriert einen liederlichen Umgang der Behörden mit BLN-Gebieten, der im Schlosspark St. Andreas seinen Höhepunkt fände. Der Interpellant wünscht vorsorgliche Massnahmen, um diese Anlage unverändert zu erhalten. Spätestens hier tendiert unser anfängliches Verständnis ziemlich gegen Null.
Markus Jans schreibt richtigerweise von einer «einmaligen Parkanlage». Aber wie kam diese Einmaligkeit zustande? Durch eine Eigentümerschaft, die anfangs des 20. Jahrhunderts dank ihres Reichtums eine solche Anlage erschaffen konnte, sie über Generationen im Familienbesitz hielt, während andere Seeliegenschaften zerstückelt und verhökert wurden. Menschen, die von Markus Jans' politischen Gesinnungsgenossen heute wohl als Abzocker bezeichnet würden, haben diesen Park und das Schloss geschaffen. Ihre Nachkommen – und nicht der Staat – haben es erhalten. Der Erhalt eines solchen Objekts ist in der heutigen Zeit im Verhältnis zu früher viel teurer geworden. Nachhaltig gesichert werden kann der Unterhalt nur, wenn aus dem Objekt ein Ertrag erwirtschaftet werden kann, welcher die Unterhaltskosten aufwiegt, oder wenn das Objekt dem Staat übertragen wird.
Der Kanton Zug ist seit jeher zurückhaltend, wenn es darum geht, private Schlösser, Villen oder Parkanlagen in Staatsbesitz zu übernehmen. Ausnahmen macht er allenfalls, wo er sie als Museen oder Verwaltungsräume nutzen kann. Andere Kantone, wie zum Beispiel Bern, waren der Meinung, nur durch die Übernahme solcher Objekte deren Erhalt und Unterhalt sicherstellen zu können. Heute können sie es sich kaum mehr leisten. Wir werden ihnen schon bald helfen dürfen mit unseren NFA-Beiträgen. Das heisst aber nicht, dass wir den gleichen Fehler begehen müssen; denn über uns wird niemand das NFA-Manna regnen lassen. Viel besser und im Interesse des Kantons ist es deshalb, wenn solche Anlagen in einem Rahmen privatwirtschaftlich genutzt werden können, der ihren Erhalt und Unterhalt nachhaltig sichert. Ein gutes Beispiel dafür ist die Schlossanlage Buonas, welche heute als renommiertes Ausbildungszentrum dient.
Das geplante Projekt St. Andreas sieht vier Neubauten in den Randbereichen der Liegenschaft vor, welche Mietwohnungen beinhalten. Die Mieteinnahmen decken die laufenden Unterhalts- und künftige Erneuerungskosten. Sowohl der Park wie auch das Schloss bedürfen der Sanierung. Dieses Konzept erlaubt es dem Eigentümer ohne staatliche Beihilfe, dieses wertvolle Kulturgut zu erhalten. Die Gesamtfläche der

bestehenden und neu geplanten Gebäude wird lediglich 6 % der Liegenschaftsfläche ausmachen. Es wird also nicht etwa der gesamte Park zugepflastert. Würden nun dem Eigentümer zu viele Auflagen gemacht und dadurch eine kostendeckende Nutzung des Areals verunmöglicht, wie dies dem Interpellanten offensichtlich vorschwebt, käme dies einer materiellen Enteignung gleich und könnte eine Kostenpflicht des Kantons nach sich ziehen.
Der FDP-Fraktion geht es aber nicht nur um allfällige Kosten für den Kanton. Viel wichtiger noch ist uns der Schutz des privaten Eigentums. Es kann auch nicht sein, dass private Initiative, welche auf intelligente Art wertvolles Kulturgut der Nachwelt sichert, abgewürgt wird. Abgesehen davon kann eine Klassierung als BLN-Gebiet nicht bedeuten, dass keinerlei Änderungen mehr zugelassen werden dürfen. Sonst können wir mehr als ein Drittel der Kantonsfläche zum Museum erklären. Der Votant wünscht der Baudirektion jetzt schon viel Vergnügen beim Abstauben.
Abschliessend noch ein kritisches Wort zu den Kosten: 6500 Franken sind für die paar Seiten eindeutig zu viel. Damit fordert Thomas Lötscher nicht, dass in Zukunft für gleichviel Geld mehr geschrieben wird. Aber versuchen Sie doch, mit viel weniger Geld gleichviel zu sagen!

Baudirektor Hans-Beat **Uttinger** ganz allgemein: Kosten entstehen auch durch die Art der Fragestellung. Wenn man nur Schloss St. Andreas meint, ist das relativ günstig. Aber wenn man den ganzen Kanton meint, wird es ein Bisschen teurer. Die fünf Seiten Text der Interpellationsbeantwortung hätten natürlich nie 6'500 Franken gekostet. Das hätten wir für rund 1'000 Franken liefern können. Teurer war die saubere Auflistung der verschiedenen Massnahmen in jedem BLN-Gebiet, welche in der Beilage auf S. 20 aufgeführt sind. Der Interpellant hat diese Ausführungen mit seiner ersten Frage explizit gefordert. «Welche Schutzmassnahmen hat der Kanton Zug für den Erhalt der BLN-Gebiete getroffen?» war die Frage. Somit alle BLN-Gebiete im Kanton Zug. Wie Sie aus der Beilage 1 sehen, setzt sich der Regierungsrat nicht nur mit der Beantwortung von Interpellationen für die Zuger Landschaft ein, sondern auch mit konkreten Massnahmen. BLN-Gebiete – B steht für Bund – gehen den Kanton nichts an. Sonst hätte die Fensterfabrik Baumgartner in Cham nie gebaut werden können.
Zum Bebauungsplan Schloss St. Andreas. Die Baudirektion hat nach intensiven Diskussionen mit den verschiedenen Direktionen den Vorprüfungsbericht abgeschlossen. Nun liegt es an der Gemeinde Cham, die verschiedenen Vorbehalte und Empfehlungen umzusetzen. Anschliessend wird der Chamer Souverän über den Bebauungsplan abstimmen können. Materiell unterstützt die Baudirektion den seitens des Gemeinderats Cham eingereichten Entwurf des Bebauungsplans.

Die **Vorsitzende** macht den Baudirektor darauf aufmerksam, dass es schwierig ist, in einer Beilage, die ihrem Wort nicht ganz gerecht wird, etwas nachzuschauen. Sie hofft, dass die Regierung diese Beilage mindestens noch ins Internet stellt. Es ist dort noch nicht abrufbar und der Rat hat sie nicht in Papierform erhalten.

Markus **Jans** stellt richtig, dass die Beilage abrufbar *ist*. Sie umfasst 20 Seiten und er hat sie hier. Er hat bemängelt, dass er sie als Kantonsrat selber herunterladen muss und nicht als Unterlage erhalten hat. Das ist ihm in diesen vier Jahren, seitdem er in diesem Rat ist, zum ersten Mal passiert. Zudem hat die Baudirektion gesagt in der

Beantwortung, das *Gutachten* könne auf dem Internet angeschaut werden. Und das ist dort nicht vorhanden.

➔ Kenntnisnahme

1076 VERABSCHIEDUNGEN

Traktandum 13 – Andrea **Hodel** widmet der aus dem Amt scheidenden Kantonsratspräsidentin Erwina **Winiger** folgende Worte:
Liebe Erwina, im Jahr 2002 bist du nach einer schwierigen Phase, die wir im Kantonsrat miterleben mussten, zu uns gestossen. Im Jahr 2003 wurdest du bereits zur Vizepräsidentin und während dem letzten und in diesem Jahr hast du als Präsidentin diesen Rat geleitet. Deine Karriere war rasend schnell, wenn ich beispielsweise daran denke, dass unser Ernst Moos im Jahr 1965 in den Kantonsrat gewählt wurde und in den Jahren 1989 und 1990, also mehr als 20 Jahre später, dann auch einmal den obersten Sitz in diesem Rat erklimmen durfte. Als du gewählt wurdest, waren wir skeptisch. Was will eine Linke da oben? Wird sie ihre Gunst und/oder Ungunst gleichmässig verteilen? Wird sie mit wenig Erfahrung auch in komplizierten Abstimmungen die Übersicht behalten? All dies waren Fragen, die wir uns und dir, da wir ja nicht gerade zimperlich sind, nicht nur leise sondern auch laut gestellt haben. Unsere Erwartungen hast du nicht erfüllt. Du warst nicht einseitig, sondern ausgewogen. Du warst nicht überheblich, sondern uns allen zugeneigt. Ich glaube sogar, ich durfte spüren, dass du uns und unseren Rat mit all unseren Ecken und Kanten im Grossen und Ganzen geliebt hast. Du hast uns kleine Aufmerksamkeiten zukommen lassen, hast uns beispielsweise zu den Geburtstagen gratuliert und bei speziellen Anlässen etwas Spezielles mitgebracht. Du hast uns unser Mittagessen belassen und wir können damit leben, dass wir Schnaps und Zigarren selber bezahlen müssen. Du hast uns alle auch in hektischen Situationen auf unseren Platz verwiesen, ohne dabei persönlich zu werden. Du hast auch mal einen träfen Spruch gemacht, dass nicht nur das Geschäft, sondern auch bald wir am Ende sind.
Für diese offene und ausgleichende Art möchte ich dir ganz herzlich danken. Natürlich haben wir dein grünes oder rotes Herz gespürt. Das Rot zeigt sich auch heute noch in deinen Haaren, obwohl ich da und dort eine blonde Strähne in den letzten Wochen und Monaten finden konnte. Du hast uns den Umweltschutz auch immer vorgelebt, deine Notizen waren immer auf Makulaturpapier des Zivilschutzes. Du hast uns bewiesen, dass du stand- und wetterfest bist, sei es bei Moorbesichtigungen im strömenden Regen, bei Jagdausflügen in bitterkalten Morgenstunden, bei TCS-Bällen oder gar den Rock'n'Roll Meisterschaften. Ich danke dir, dass du unserem Kanton während zwei Jahren vorgestanden hast auf eine sympathisch, lächelnde, offene und auch träfe Art. Ich danke dir aber auch und habe dich ehrlich bewundert, dass du in chaotischen Situationen mit Ordnungsanträgen, mit Anträgen und Unteranträgen, mit Voten vom Platz aus immer die Übersicht behalten hast. Gerade Ende Oktober hast du dies – so quasi als Höhepunkt des Schwierigkeitsgrades für eine Kantonsratspräsidentin – erneut unter Beweis gestellt.
Ich gebe dir das offizielle Geschenk, welches die AF ausgesucht hat. Es ist ein Gutschein der SBB für einen Ausflug, da du ja jetzt wieder Zeit hast. Ich bin mir bewusst, dass dir die Alternative einen Geschenkgutschein des öffentlichen Verkehrs gibt, obwohl ich mir persönlich gedacht hätte, mit der denkwürdigen Fahrt im Polizeiauto

hast ja auch du gemerkt, dass ein Auto (mit Zubehör) etwas Schönes, Sportliches und Dynamisches sein kann. Ich übergebe dir aber auch ein ganz kleines Geschenk von mir. Es handelt sich um ein Paket Papier mit Zuger Wasserzeichen in der Meinung, dass du vielleicht in Zukunft weniger Zivilschutz-Makulatur sondern mehr schönes Papier für private Anlässe, private Einladungen oder ganz einfach private Briefe verwenden wirst. Herzlichen Dank, liebe Erwina.

Die Gratulantin überreicht der aus dem Amt scheidenden Kantonsratspräsidentin mit grossem Applaus des Rats die Geschenke. Zudem wird ihr von Manuel Aeschbacher ein Blumenstrauss überreicht.

Erwina **Winiger** bedankt sich herzlich für die Geschenke und Andrea Hodel für die netten und pfiffigen Worte. Du hast bereits im Vorfeld mit Andeutungen Spannung aufsteigen lassen, die sich nun positiv gelöst hat. Während zwei Jahren durfte ich den Kantonsrat präsidieren. Sie haben mir damit die Leitung der Ratsgeschäfte sowie seine Vertretung nach aussen übertragen. Ich habe diese Aufgaben mit Freude und Lust ausgeführt. Für unsere Ratsgeschäfte hatte ich vor zwei Jahren erklärt, als Ziel die Beratungen in gegenseitigem Respekt, speditiv und in angenehmer menschlicher Atmosphäre zu führen, sowie das Polarisierende etwas zu neutralisieren. Zu einem Teil haben wir das erreicht. Es hat mich beeindruckt, wie es unserem Rat gelingt, Debatten und Auseinandersetzungen in respektvollem Ton und in Achtung des gegenteiligen Standpunkts zu führen. Zudem haben wir gezeigt, dass Politisieren zwischendurch durchaus lustvoll sein kann. Es gab bei fast jeder Ratssitzung Herzhaftes zum Lachen.
Die beiden Präsidialjahre haben mir zahlreiche Kontakte zur Bevölkerung gegönnt. Ich habe die Gelegenheiten genutzt, wo immer es mir möglich war. Dabei wurde mir noch mehr als bisher bewusst, wie stark die Schweiz auf freiwilligen, nebenamtlichen Organisationen baut. Ja, sie lebt von Milizorganisationen, in der Politik, auf allen Ebenen der Gemeinden, Kantone und beim Bund, in Berufsverbänden, in der Kultur genauso wie im gesellschaftlichen Leben. Diese Kontakte waren Horizont erweiternd, Lebens bereichernd und – wie Andrea Hodel bereits angedeutet hat – bei mir sogar Lebens verändernd. Wobei zu erwähnen ist, dass sie nicht nur auf meiner Seite Horizont erweiternd waren. Ich konnte Integrationspolitik betreiben und Aufklärungsarbeit leisten und dadurch neue alternative Bilder wecken. Dem neuen Präsidenten wünsche ich ebensolche bereichernde Begegnungen und einen folgsamen Rat in der neuen Legislatur. Doch bevor nächste Woche die Präsidentenwahlen erfolgen, möchte ich Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung danken. Danken möchte ich ebenfalls sehr herzlich unserem Landschreiber Tino Jorio, der mir mit Rat und Tat jederzeit zur Seite gestanden ist. Ein weiterer Dank geht an den Parlamentsdienst mit alle ihren guten Geistern, dem Sekretariat und dem Weibel. Ich war gerne Präsidentin dieses Rats, freue mich aber auch, als Mitglied weiter zu wirken.

Rosemarie **Fähndrich Burger** widmet der scheidenden Frau Landammann Brigitte **Profos** folgende Worte:
Liebe Frau Landammann, liebe Brigitte, heute, am Tag deiner Verabschiedung als Regierungsrätin und Frau Landammann, sprechen wir dich mit deinem persönlichen Namen an. Du bist in den sehr schwierigen Tagen des Attentats im Herbst 2001 für

deine getötete Parteikollegin Regierungsrätin Monika Hutter in die Regierung nachgerutscht. Die Direktion hast du vom ebenfalls ermordeten Regierungsrat Peter Bossard übernommen. Mit der Direktion des Innern hast du eine thematisch breit gefächerte, kantonale Abteilung übernommen. Es ist jene Direktion, die dir von deiner ganzen Menschlichkeit her entsprochen hat. Deine persönliche Haltung und deine vorhergegangenen beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten im Umfeld von behinderten Menschen konntest du auf der Direktion des Innern auf einer für dich neuen Ebene umsetzen. Du konntest dich nun von der behördlichen und gesetzgeberischen Seite her den schwächeren Personen unserer Gesellschaft zuwenden. Du hast die Menschen, mit denen du zu tun hattest, nicht auf ihre Leistung oder ihren Wert reduziert, sondern sie mit allen Facetten angenommen und dich engagiert für sie eingesetzt.
Deine Vernarrtheit in die Tiere, vor allem in Hunde, hat es dir wohl auch gut möglich gemacht, mit den Fischen, Rehen, Hirschen, Gämsen und Füchsen oder zumindest mit ihren menschlichen Interessenvertretern konstruktive und Erfolg bringende Geschäfte umzusetzen. In diesem Zusammenhang erinnern wir uns gerne an die Einweihung der Ausweitung des Reusslaufs im Gebiet der Chamau. Hier haben sich die Familien der Biber, der Pirole und Eisvögel und alles was da sonst noch fleucht und kreucht, direkt in die Reihe der Danksagenden gestellt.
Brigitte, du bist eine humorvolle Person, du lachst gerne. Du verbreitest mit dieser Eigenschaft grosszügig menschliche Wärme. Deine intensive Beschäftigung mit dem Fächer während den langen Kantonsratsitzungen liess uns alle diese Wärme auch optisch wahrnehmen. Wenn wir in den Niederungen dieses Saals im tiefsten Winter lieber noch eine zusätzliche Jacke übergezogen hätten, sassest du ärmellos auf deinem Podest. Einmal allerdings wurde es gar richtig heiss hier vorne auf dem Regierungsratspodest: Damals als du im ersten Wahlgang nicht zur ersten Frau Landammann in die Zuger Geschichte gewählt wurdest. Eine knappe Mehrheit dieses Rats hat diese Scharte dann aber im zweiten Wahlgang zum Glück ausgewetzt.
Liebe Brigitte, in der aktiven Zeit deiner Regierungstätigkeit, die öfters bis zu 12- und 14-stündige Arbeitstage enthalten hat, ist dir nichts lieber gewesen als am Wochenende nachzuschlafen. Und wenn du dann daheim gewesen bist, hast du es genossen, dich von deinem privaten Haushaltmanager Ruedi bedienen und verwöhnen zu lassen. Dazu wirst du nun genügend Zeit haben und wir wünschen euch Beiden alles Gute, vor allem aber auch gute Gesundheit für den ruhigeren Lebensabschnitt, der nun vor euch liegt. Doch halt, dieser Rucksack spricht doch von etwas anderem. Mir ist zu Ohren gekommen, dass du gar nicht so geneigt bist, den Lebensabend einfach so in Ruhe anzugehen. Du willst dich noch einigen Herausforderungen stellen. Dieser voll bepackte Rucksack, den dir deine Fraktion schenkt, spricht davon. Du bist eine erfahrene Kletterin, bist aber in letzter Zeit nicht dazu gekommen, diesem Hobby zu frönen. Deine Fraktion schenkt dir nun Gschtältli, Helm, Pickel, Steigeisen und Seil, damit du bereits in den ersten Tagen nach der Schneeschmelze die Felswände in der Nähe oder vielleicht auch in der Ferne erklettern kannst. Wir hoffen, du schaust nicht plötzlich hier zum Fenster herein! Dir Brigitte, danken wir im Namen unseres Kantons für dein Engagement zu Gunsten der Zuger Bevölkerung.

Die Gratulantin überreicht der scheidenden Frau Landammann und Regierungsrätin unter grossem Applaus des Rats das Geschenk. Zudem wird ihr von Beat Stocker ein Blumenstrauss überreicht.

Brigitte **Profos** ist bewegt. Ich freue mich ausserordentlich über diese Geschenke. Ich habe einen Pickel zu Hause, aber der ist etwas betagt und sehr viel schwerer als der nun erhaltene. Einen Helm mit Stirnlampe besitze ich noch nicht. Da kann man auch nachts klettern. Ganz herzlichen Dank für die liebenswürdigen Worte von dir, Rosemarie, und für diese sehr sinnigen Geschenke. Der Helm ist möglicherweise etwas spät auf meinen Kopf gelangt. Vielleicht hätte ich ihn vor etwa zwei Jahren schon mal gebrauchen sollen, als es in diesem Saal etwas Steinschlag gab und auch etwas Glatteis. Aber ich denke, ich brauche diese Sicherungsmassnahmen jetzt für die Berge und freue mich darauf, mit meinem Mann zusammen wieder mal in eine Kletterwand zu steigen und nachher mit schlotternden Knien runterzuschauen und mich daran zu freuen.
Heute Morgen wurde hier im Kantonsrat der Bericht des Raumplanungsamts erwähnt. Ich möchte kurz nochmals darauf zurückkommen. Unser Leibblatt titelte «Geld und Golf vor Gerechtigkeit» sei die Devise im Kanton Zug. Manchmal kam es mir in diesem Saal auch ein Bisschen so vor, als sei das die Devise für die Entscheidungen. Für mich hat aber Politik den Sinn, Verbesserungen zu erzielen. Wenn die Motive des Handelns – da denken ich z.B. an die Pensionskassenvorlage – Neid oder Missgunst oder Egoismus sind, haben wir keine dauerhaften, tragfähigen Lösungen. Dann bleibt das, was ein bürgerlicher Kantonsrat sagte – die Gerechtigkeit würde auch anderen Parteien gut anstehen – auf der Strecke. Ich habe kürzlich ein Buch eines berühmten Schriftstellers gelesen – er ist Arzt, Psychoanalytiker, über 80 Jahre alt, aber noch sehr lebhaft und geistig ungeheuer fit. Er hat einmal festgehalten, wenn wir nicht lernten, emphatisch zu werden und von unserer eigenen Egomanie Abstand zu nehmen, müssten wir uns von der nächsten Generation den Vorwurf gefallen lassen, dass wir versagt hätten. Da ist etwas daran. Und zwar meine ich nicht nur den Blick auf andere Menschen, sondern auch den Blick auf Natur und Ökologie. Dass wir anknüpfen an die Beteuerungen im Herbst 01, wäre mein Wunsch. Es würde uns allen gut anstehen, wenn wir uns mehr darauf besinnen, was die Welt wirklich zusammen hält, nämlich nicht die Alleinherrschaft des Ökonomischen, sondern Gemeinsinn und Solidarität.
Ich komme zum Dank und der kommt von Herzen. Ich habe sehr viel konstruktive Zusammenarbeit erlebt mit Kommissionspräsidien, mit Kantonsrätinnen und Kantonsräten. Ich habe mich immer wieder gefreut über sachdienliche, lösungsorientierte Voten. Ich habe mich gefreut über die erhobene Hand im Interesse von guten Lösungen und habe mit Befriedigung festgestellt: Die allermeisten der Vorlagen, die ich vor Ihnen vertreten durfte, haben eine Mehrheit in diesem Rat gefunden. Nicht zuletzt hat mich auch immer wieder gefreut der kurze Blickaustausch des Einverständnisses mit einzelnen Kantonsrätinnen und Kantonsräten; Sie wissen, dass die nonverbale Kommunikation die ehrliche und wichtige ist. Dafür danke ich auch.
Ich komme zum Abschluss und wünsche Ihnen allen alles Gute. Ich verabschiede mich als Regierungsrätin und als erste Frau Landammann des Kantons Zug. Die Aufgabe hat mir viel Freude gemacht, viel Spass, viel Arbeit gebracht, viel Bereicherung. Da habe ich ähnliche Erfahrungen gemacht wie die Kantonsratspräsidentin. Ich wünsche Ihnen allen und Ihren Lieben zu Hause, Ihren Freundinnen und Freunden alles Gute, Gesundheit und Wohlergehen. Und ich wünsche Ihnen für Ihre künftige Parlamentsarbeit, soweit Sie diese weiter führen, Weisheit und Weitblick und Freude am politischen Gestalten unseres schönen künftigen Kantons. Ganz herzlichen Dank.

Peter **Rust** widmet dem scheidenden Baudirektor Hans Beat **Uttinger** folgende Worte:
Regierungsrat Hans Beat Uttinger war Zuger Baudirektor von 2002 bis 2006. Lieber Beat, im Namen des Zuger Kantonsrats danke ich dir für die geleisteten Dienste und wünsche für die Zukunft alles Gute. – Nach parlamentarischer Gepflogenheit von Hans Beat Uttinger wäre dies bereits eine üppige und langatmige Verabschiedung gewesen. Ich jedoch möchte meine Erinnerungen etwas ausschweifen lassen, zu schön waren seine Rituale im Rat, um sie unerwähnt zu lassen.
Die Berufung in den Regierungsrat traf Hans Beat Uttinger völlig unvorbereitet. Fast über Nacht wurde er aus seinem behaglichen Rentnerdasein gerissen und treu und tapfer ist er dem Ruf des «demokratischen Freistaates Zug» – so heisst es in der Verfassung – ohne Wenn und Aber gefolgt, um sich in den Dienst des damals schwer traumatisierten Kantons Zug zu stellen. Keine leichte Aufgabe, wir wissen es alle.
Hans Beat Uttinger jedoch hat aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, auch das wissen wir. Viele sind ihm diese Begabung denn auch neidig. Tatkräftig, kurz und bündig, hat er seine Geschäfte in den Rat gebracht. Am liebsten hätte er die Reihenfolge folgendermassen durchgeführt: Unterbreiten, abstimmen, genehmigen, Punkt. Er machte nie einen Hehl daraus, dass ihm Ratsdebatten, Motionen und im Besonderen die Interpellationen überaus lästig waren. Darum pflegte er denn auch einen sehr, sehr kurzen Antwort-Stil. Z.B. zu Martin Stuber: Unsere Zahlen stimmen! Zu Eusebius Spescha: Asbestos ist altgriechisch, d.h. unzerstörbar. Zu Leo Granziol: Ich bin Müller, nicht Jurist. Oder wenn's hoch ging einen bis zwei Sätze im Stehen und den Schluss der Aussage in den Schnauz gemurmelt auf dem Weg zur Regierungsbank. Aber diese kurzen Voten reichten aus, um in seiner Amtszeit viele Geschäfte erfolgreich durch den Rat zu bringen und zu realisieren. Mit dem kantonalen Richtplan wurde 2003 ein komplexes und bedeutendes Werk für die Zukunft des Kantons Zug vom Baudirektor im Parlament vertreten. Im gleichen Jahr genehmigte der Kantonsrat ebenfalls das generelle Projekt für die Umfahrung von Cham und das Zentralspital, ebenfalls gewichtige Bauvorhaben, mit denen der Baudirektor das Vertrauen im Rat errang.
Ich möchte stellvertretend für vieles das wohl heikelste Geschäft als Höhepunkt in seiner Karriere herausragen lassen, nämlich die Nordzufahrt. Wie viel Herzblut hat Hans Beat Uttinger mit seinem Stab in dieses komplexe und von einigen Seiten umstrittene, jedoch bitter nötige Bauvorhaben investiert. Mit grossem Aufwand und Geschick hat er mit fast allen Landeigentümern akzeptable, aussergerichtliche Lösungen für den notwendigen Landerwerb gefunden und darf nun als Abschluss seiner Amtszeit die verdienten Lorbeeren ernten, indem das Bundesgericht die Einsprachen abgewiesen und damit grünes Licht für die Ausführung gegeben hat. Danke, Herr Baudirektor, Sie haben dem Kanton Zug nicht nur viel Geld gespart, sondern auch eine klare Haltung eingenommen.
Auf deinem Regierungsratssessel warst du in letzter Zeit nicht zu beneiden. Von der linken Seite hat dir Frau Regierungsrätin Profos andauernd Parfüm geschwängerte Luft zugewedelt, und noch viel schlimmer, von der andern Seite, um nicht zu sagen von der rechten Seite, schob dir der linke Polizeidirektor Hanspeter Uster dauernd neue Begehrlichkeiten von Gefängnisdirektor Patrik Cotti in dein Dossier. Wer konnte es dir da verübeln, dass du öfters kaum mehr wusstest, wohin dein Blick schweifen sollte. Du bist dieser Situation souverän ausgewichen, indem du eine Zigarettenpause im Korridor eingeschaltet hast. Nicht unerwähnt lassen will ich auch deine Geschicklichkeit, die üblichen, verpönten regierungsrätlichen Steh-Sandwich-Lunches in akzeptable, gepflegte Esserlebnisse um zu wandeln. Beim Magen näm-

lich hörte deine Solidarität mit den Anliegen der Sozialministerin auf, bei sozialen Institutionen rauch- und weinfrei zu tafeln. Die gute Frau Steiner auf der Staatskanzlei hat dein Anliegen verstanden, nämlich zwischen 10 und 11 Gault-Millaut-Punkten, also zwischen Rütli, Linde, Schiff ein Lokal auszuwählen mit direkter Zufahrt zum Esstisch und Rauchmöglichkeit im Umkreis von dreieinhalb Schritten. Ich vermute, dass du da eine nicht unwichtige Vorreiterrolle gespielt hast, die von deinen Ratskollegen heimlich sehr geschätzt wurde.
Und wie geht es weiter, Herr Baudirektor Uttinger? Wir wissen es alle. Ab Neujahr wird Hans Beat Uttinger als Gemeinderat in diesem Saal in der 2. Liga weiter wirken. Herr Gemeinderat Uttinger, lieber Hans-Beat, der Kantonsrat erwartet, dass Du in dieser Funktion auch bei der Stadt Zug standhaft die kantonalen Interessen vertrittst. Das heisst: Kantonsrat Häcki und Co. hin oder her, die Umfahrung von Cham hat vier Kammern und der Stadttunnel bleibt in der beschlossenen Priorität. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, übergebe ich Dir hiermit eine Erinnerung an die Stahlhelmfraktion des Zuger Kantonsrats. Möge Dir derart geschützt eine gute, gefreute Zukunft bevorstehen, in Familie und Politik, das sind die allerherzlichsten Wünsche des Zuger Kantonsrats an Dich, sehr geehrter Herr Baudirektor Hans Beat Uttinger.

Der Gratulant überreicht dem scheidenden Baudirektor unter grossem Applaus des Rats das Geschenk. Zudem überreicht ihm Karin Julia Stadlin einen Blumenstrauss.

Hans-Beat **Uttinger**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Peter, recht herzlichen Dank für deine launigen Worte. Ich wünsche dem neuen Kantonsparlament, der neuen Regierung sowie dem ganzen Kanton Zug für die Zukunft alles Gute.

Silvia **Künzli** widmet dem scheidenden Volkswirtschaftsdirektor Walter **Suter** folgende Worte:
«Abschiedsworte müssen kurz sein wie eine Liebeserklärung» meinte Theodor Fontane. Um dem Schluss dieses Ratschlags gerecht zu werden, sage ich daher einfach: Auf Wiedersehen, Herr Regierungsrat Suter, schön, dass Sie so lange bei uns waren. Da ich vermutete, dass so kurze Liebeserklärungen in diesem Rahmen völlig falsch ankämen, halte ich mich nicht an den Ratschlag Theodor Fontanes. Aber ich liess mich von ihm dazu inspirieren, Walter Suter als Romanfigur ein kleines Denkmal zu setzen.
Um nicht in das Gegenteil zu verfallen und Ihre Aufmerksamkeit stundenlang in Anspruch zu nehmen, bediene ich mich eines Kunstgriffs. Stellen Sie sich vor, Sie müssten «Indiana Jones – Jäger des verlorenen Schatzes» neu verfilmen. Mit Walter Suter in der Hauptrolle. Stellen Sie sich also vor, wie Harrison Ford zehn Jahre jünger wird, das kantige Gesicht rundet, die sinnlichen Lippen unter einem Schnauz verbirgt und nicht mehr jeden Tag in den Fitnessraum geht. Wenn Sie so weit sind, kann ich mit der Geschichte anfangen. Sie beginnt an einem kalten Januartag 1991. Noch bevor Walt seinen 40. feiert, betritt er das Zuger Regierungsgebäude, um im Land der Bildung und Kultur nach dem verlorenen Schatz zu suchen. Und obwohl er nicht weiss, wo dieser liegt und was er enthält, macht er sich an die Arbeit. Walt ist pflichtbewusst und neugierig. Weil niemand freiwillig gegen Drachen kämpfen will, werden Helden nicht als Helden geboren. Auch Walt nicht. Wahre Stärken entfalten

sich erst, wenn es ohne sie nicht geht. Und Walt stolpert nicht ganz unbedarft in das grosse Abenteuer. Schliesslich hatte er sich im Hünenberger Gemeinderat als Grünschnabel durchgesetzt, als Mann des Rechts die Welt verteidigt, als Ankläger Bösewichte zur Strecke gebracht und als Boss einer umbrüchigen Partei das Zepter in der Hand behalten. Walt gilt als besonnener Jäger. Daher steigt er zur Lagebeurteilung erst mal auf den Hochsitz, um Klarheit zu gewinnen. Müsste er sofort eingreifen, wäre er rechtzeitig unten, da er nicht nur im Denken schnell ist. Beim Anblick des wilden Treibens hätte manch einer den Mut verloren. Nicht jedoch Walt. Furchtlos stellt er sich der Menge, übersetzt pädagogische Weisheiten in verständliche Alltagssprache, besucht Künstler in Luftschlössern, richtet Garderoben zum Abgeben der Uniformen ein und hört sich scheinbar langweilige Geschichten geduldig an. Und da auch Nichtanwesende etwas zu sagen haben, liest er deren Versionen des Geschehens in Archiven und dicken Dossiers. Ob Archäologieprofessor oder Jurist: Wahre Helden glauben nicht daran, dass sie ohne Helfer heil von der Abenteuerreise zurückkehren. Wie Harrison Ford hört auch Walt auf Wesen, die von anderer Gestalt und Art sind. Und wenn auf den verschiedenen Schauplätzen geheimnisvolle Zeichen in sein Blickfeld treten, suchte er nach dem richtigen Code, um sie zu entschlüsseln. Nachdem Walt und seine Helfer das Land der Bildenden und Künstler befriedet, die Grenzen durchlässiger und die Kontakte zu den Nachbarn verstärkt haben, reitet er allein der Sonne entgegen, um seine Mission anderswo fortzusetzen.
Sein guter Ruf eilte ihm voraus, sodass man Walt im Land der Wirtschaft herzlich, aber ohne Getöse willkommen heisst. Das genügt Walt voll und ganz, bringt es seine Natur doch mit sich, dass er auf triumphale Einzüge lieber verzichtet. Nicht dass er für Lob gänzlich unempfänglich wäre, aber das Bad im Volk oder das Volk im eigenen Bad muss er nicht haben. Während Harrison Ford die Bahnen nur für Verfolgungsjagden nutzt, verfolgt Walt das Stadtbahnprojekt so hartnäckig, bis alle zufrieden sind. Funktionierende Streckennetze sind ihm lieber, als etwas zur Strecke zu bringen. Wir nähern uns langsam dem vorläufigen Schluss der Geschichte. Denn all die kleinen und grossen Taten von Walt nochmals aufzuzählen, bringt wenig. Wem sie gefielen, wird sich daran erinnern, wem sie eigene Pläne durchkreuzten, hört ohnehin nicht zu. Und die Moral von der Geschichte? Walt hat sich wie Harrison Ford davor gehütet, den Schatz zu öffnen. Auch unserem Helden geht es um das Suchen, nicht um das Haben. Schatzjäger, die behaupten, die Universalmedizin, den Stein der Weisen oder heiligen Gral gefunden zu haben, sind für die Politik nicht geeignet. Walter Suter hingegen wird der Politik fehlen.
Weil Routine nichts für Helden ist, verstehen wir, dass Walter nach sechzehn Jahren eine andere Kulisse, andere Mitspieler und ein anderes Publikum für seine Taten sucht. Für sein neues Abenteuer wünschen wir ihm viel Glück und alles Gute. Was ihn alles erwartet, steht in den Sternen. Fest steht aber schon jetzt, dass einige Szenen in Südafrika spielen werden, wo er sein Englisch auffrischen wird. Was der Filmheld, der bei meiner Laudatio für Pate stand, bei seinen weiteren Abenteuern erlebte, möchte ich Walter Suter nicht vorenthalten. Daher überreiche ich ihm als kleines Präsent die gesammelten Werke. Viel Vergnügen, bei allem, was du in Zukunft tun wirst. Lieber Walter, schön, dass du so lange bei uns warst.

Die Gratulantin überreicht dem scheidenden Volkswirtschaftsdirektor unter grossem Applaus des Rats das Geschenk. Zudem überreicht ihm Maja Dübendorfer Christen einen Blumenstrauss.

Walter **Suter**: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte, liebe Kollegin und liebe Kollegen des Regierungsrats, lieber Landschreiber, lieber Protokollführer und lieber Standesweibel, geschätzte Medienleute, meine Damen und Herren, ich will keinen Schwanengesang anstimmen, auch keine grosse Abschiedsrede halten. Nach 16-jähriger Erfahrung wohl wissend, dass regierungsrätliche Voten bei den Kantonsrätinnen und Kantonsräten – namentlich nach einmal gefassten Fraktionsbeschlüssen – meistens wenig bewirken, will ich die Gelegenheit meines letzten Wortes in diesem Saal auch nicht dazu benützen, Ihnen noch schnell grosse und staatspolitische Ratschläge und Empfehlungen zu erteilen. Es ist mir allerdings ein grosses Anliegen, mich mit herzlichem Dank aus dem Amt des Regierungsrats und von Ihnen allen persönlich zu verabschieden. Ich bedanke mich natürlich zuerst bei Kantonsrätin Silvia Künzli für ihre wohlwollende, sehr liebe und kunstvolle Würdigung. Mein grosser Dank geht an die Stimmberechtigten des Kantons Zug und an meine Partei, die CVP; sie haben mir mehrmals das Vertrauen geschenkt und mir damit die Möglichkeit gegeben, in der Regierung mitzuwirken und die Politik in unserem Kanton mitzugestalten. Von Herzen bedanke ich mich bei meinen ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Direktion für Bildung und Kultur, beim ganzen Team der Volkswirtschaftsdirektion einschliesslich der Lehrerinnen und Lehrer unserer Berufsfachschulen, bei meinen ehemaligen und aktuellen Kolleginnen und Kollegen im Regierungsrat sowie namentlich auch beim Landschreiber Tino Jorio, bei der Crew der Staatskanzlei mitsamt dem Standesweibel, bei Ihnen, sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, aber auch bei den Stadt- und Gemeinderäten in unserem Kanton, dass sie mich bei meiner Arbeit all die Jahre stets getragen und gelegentlich auch *er*tragen haben. Nur dank der allseitigen starken Unterstützung darf ich heute mit Freude und Befriedigung auf eine interessante, persönlich sehr bereichernde und insgesamt auch erfolgreiche und wirkungsvolle Zeit im Zuger Regierungsrat, in der Direktion für Bildung und Kultur und in der Volkswirtschaftsdirektion, aber auch auf einen schönen und wichtigen Lebensabschnitt zurückblicken. Das Lob und die Blumen, die ich heute und in den letzten Tagen entgegennehmen durfte, gehören deshalb Ihnen allen. In diesem Sinne werde ich diesen Blumenstrauss anschliessend – stellvertretend für Sie alle – an Margrit Landtwing, der Chefin der CVP-Fraktion weitergeben. Ich wünsche dem Kanton Zug und seiner Bevölkerung eine gute Zukunft. Ihnen allen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich eine geruhsame, besinnliche Zeit über Weihnachten und den Jahreswechsel sowie viel Glück, Freude und Erfolg im politischen, beruflichen und privaten Bereich. Vielen herzlichen Dank!

Käty **Hofer** widmet dem scheidenden Sicherheitsdirektor Hanspeter **Uster** folgende Worte:
Geschätzter Herr Sicherheitsdirektor, liebe Kolleginnen und Kollegen. Revolutionäre marxistische Liga, Maulwurf, Sozialistische Arbeiterpartei, das waren die politischen Anfänge von Hanspeter Uster. Seither hat er einen langen politischen Weg hinter sich gebracht, hat eine lange Karriere gemacht. Vom Bürgerschreck zum Regierungsrat. Die Revolution findet heutzutage auf den Fidschi-Inseln statt, Marx hat auch nicht mehr den Einfluss, den er einmal hatte. Was bei dir, Hanspeter, geblieben ist, ist die SGA und die GSOA. Aber das Wichtigste ist geblieben. Dein intensives politisches Engagement, dein grosses Herz für alle, die uns brauchen.
Hanspeter, du bist 16 Jahr im Regierungsrat gewesen. Du hast die Sicherheitsdirektion nicht verwaltet. Du hast den relativ kleinen Gestaltungsspielraum, den ein Direktor hat, genutzt, soweit das irgendwie möglich war. Du hast der Sicherheitsdirektion

deinen eigenen Stempel aufgedrückt. Wir werden mit Spannung verfolgen, wie sich das Gesicht der Sicherheitsdirektion mit dem neuen Direktor verändern wird. Du hast immer vollen Einsatz gezeigt für deine Männer und Frauen von der Polizei. Die letzte Debatte um Stellen bei der Polizei ist noch nicht lange her – wir erinnern uns alle daran. Auch waren noch lange nicht immer alle einverstanden, wie du die Polizei eingesetzt hast. Bussen tun weh! Aber ich glaube nicht, dass dir das schlaflose Nächte bereitet hat. Du musstest das Attentat durchstehen und es bewältigen. Du musstest deine schwere körperliche Verletzung und deine seelischen Wunden auskurieren. Dazu hast du dir zwei Auszeiten genommen, um dein Gleichgewicht wieder zu finden. Bei einer dieser Auszeiten hast du ein neues Hobby gefunden, nämlich das Tennisspielen. Wir haben noch nicht soviel davon gehört, was du in nächster Zeit anfangen wirst, was du tun willst oder eben nicht. Du bist zu jung zum Privatisieren, also nehme ich eigentlich an, dass du mehr Zeit haben wirst zum Tennisspielen. Darum habe ich dir ein Geschenk mitgebracht, einen Gutschein für Tennisstunden und die entsprechende Kleidung, damit du auch gut ausgerüstet sein wirst. Ich werde in der nächsten Zeit die Tennisranglisten aufmerksam lesen und es würde mich nicht wundern, wenn der Name Hanspeter Uster irgendwann in der ATP-Liste auf Platz 397 auftauchen würde. Oder vielleicht umgekehrt wird ja Roger Federer nach seiner Tenniszeit in die Politik umsteigen. Nichts ist unmöglich! Die rechts Ratseite muss befürchten und die linke Ratseite hofft sehr, dass wir noch nicht das Letzte von dir gehört haben auf dem politischen Parkett. Ich hoffe sehr, dass wir dich in der einen oder anderen politischen Funktion wieder antreffen werden. Ich wünsche dir von Herzen alles Gute, mehr Zeit für deine Familie und sehr viel Freude bei allem, was du in Zukunft beruflich anpacken wirst.

Die Gratulantin überreicht dem scheidenden Sicherheitsdirektor unter grossem Applaus des Rats das Geschenk. Zudem überreicht ihm Beatrice Gaier einen Blumenstrauss.

Hanspeter **Uster**: Die Verabschiedungstermine folgen in den letzten sieben Wochen in immer höherer Kadenz; gestern Mittwoch gab es gleich vier, unter anderem bei der Zuger Polizei und bei der Strafanstalt, wo sich allerdings auch noch zwei andere verabschiedet haben... Ich danke Käty Hofer für Ihre sympathischen Worte und der AF für das sinnige Geschenk mit Tennisstunden und einem Trainingsanzug. Da kann ich nur sagen: alles Roger. Ich danke aber auch Ihnen, sehr verehrte Mitglieder des Kantonsrats, und zwar für die Debatten, die ich mit Ihnen führen durfte. Offen gestanden: Ich werde Sie vermissen, Sie persönlich, vor allem aber auch Ihre oft angriffigen Voten und die Bälle, die Sie mir damit zuwarfen. Sie forderten mich heraus und waren Ansporn, inhaltlich tragfähige Positionen zu erarbeiten und sie auch hier im Rat, hier an diesem Rednerpult, mit dem gleichen Engagement zu vertreten, wie Sie das Gegenteil von dem, was ich wollte, vertreten haben.
Ich danke der Frau Landammann, und allen jetzigen und früheren Regierungskolleginnen und -kollegen für die sehr gute Zusammenarbeit im Geist der konstruktiv-kollegialen Auseinandersetzung, ich danke dem Kantonsrat für die Gesetzesprojekte, die wir zusammen realisieren konnten. Das alles wäre ohne meinen Direktionssekretär, meine Chefbeamten und all meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht möglich gewesen. Ihnen gilt mein grosser Dank, ebenso meiner Fraktion und der Alternative Kanton Zug für die kritische Begleitung und stetige Unterstützung. Mein Dank gilt auch dem Standesweibel und dem Kantonsratsprotokollführer Guido Stefani, der die

grosse Begabung hat, unseren Voten den Sinn zu geben, den wir mit unseren Worten eigentlich ausdrücken wollten. Ebenso gross ist mein Dank an den Landschreiber, der nicht nur den Regierungsrat tatkräftig und mit Verve unterstützt – was ja eigentlich seine Hauptaufgabe wäre. Aber er greift auch Ihnen, liebe Kantonsratsmitglieder unter die Arme. Ich bewundere seine Art, den Hut des Kantonsrats-Sekretärs und auch den des regierungsrätlichen Landschreibers gleichzeitig auf dem Kopf zu haben und dabei sich selber Briefe zu schreiben, und zwar im Namen des Regierungsrats dem Büro-Sekretär und als Büro-Sekretär dem Landschreiber. Tino Jorio korrespondiert also mit sich selber und vertritt dabei völlig konträre Meinungen mit der gleichen Stringenz und juristischen Brillanz, wie es nur Tino kann. Meine Frau ist heute hier anwesend, was mich besonders freut. Ich danke ihr für die grosse Unterstützung und vor allem auch für Ihre weiterhin anhaltende Nichtbewunderung.
Ich möchte an meinem letzten Tag im Kantonsrat keinen Rückblick machen; aber ich möchte – ausgehend von einer für diesen Rat besonderen Abstimmung – einige Überlegungen anstellen: Dass wir hier im Kantonsratssaal tagen, ist keine Selbstverständlichkeit. Ende August und vor allem Ende September 2003 diskutierte der Kantonsrat äusserst kontrovers, ob wir in diesen Saal zurückkehren sollen und wie er umzubauen ist. Fast unversöhnlich standen sich der Antrag der Regierung, den Saal zu drehen, und der Antrag der Kommissionsmehrheit gegenüber, den Umbau auf ein Minimum zu beschränken. Letztlich ging es bei dieser Diskussion nicht um die Höhe des Kredits, sondern darum, auf welchem Weg wir langsam wieder zurückfinden können zur Normalität. Und da waren die Meinungen sehr geteilt, genau so wie die unterschiedlichen Wege, auf denen jedes einzelne Kantons- und Regierungsmitglied das Attentat für sich persönlich verarbeitete. Die Abstimmung war äusserst knapp: Mit 35 zu 34 Stimmen obsiegte der Kommissionsantrag, und der Saal wurde neu möbliert, aber nicht vergrössert und auch nicht gedreht. Schon während der Debatte hatten viele befürchtet, dass ein so knapper Entscheid über die Art des Saal-Umbaus den Kantonsrat und den Kanton spalten könnte. Doch das trat nicht ein. Gerade die harte und faire Auseinandersetzung war Teil der Verarbeitung. Und darüber hinaus zeigt diese Abstimmung auch, dass Auseinandersetzungen, ja gar Streit, in einem Rahmen des gegenseitigen Respekts geführt, letztlich der fruchtbarere Weg sind, um weiter zu kommen, um Lösungen zu finden. Ich bin überzeugt, dass Regierung wie Kantonsrat auf diesem Weg weiter fahren werden, mit dem Ziel, im Kanton Zug der ganzen Bevölkerung Lebenschancen, Lebensmöglichkeit und Lebensqualität unabhängig von Einkommen und Vermögen zu gewährleisten. Ich wünsche Ihnen dabei alles Gute.
Ich selber freue mich auf die kommende Freiheit und die Freizeit. Allerdings werde ich – entgegen von heute gehörten Vermutungen wegen meiner gelb-blauen Krawatte – weder längere Ferien in Schweden verbringen, noch habe ich eine Anstellung bei IKEA. Ich werde dort bleiben, wo meine Frau, unsere Buben und ich wohnen, in Baar, denn gelb-blau sind die Farben von Alt Fry Baar. Ich danke Ihnen für alles, was ich von Ihnen bekommen habe, wünsche Ihnen persönlich, politisch und beruflich alles Gute und freue mich auf ein Wiedersehen in einem anderen Rahmen.

Die scheidende Kantonsratspräsidentin Erwina **Winiger** hat vorhin unser Milizsystem erwähnt. Die Miliz verbindet in einmaliger Weise fachliche Kompetenz und Engagement für die Gemeinschaft. Sie beide garantieren, dass die gemeinschaftlichen Aufgaben kostengünstig, kompetent und volksnah zugleich gelöst werden. Tragen wir Sorge dazu, dieses System mit allen Mitteln beizubehalten. Denn es ist nicht selbstverständlich, dass sich Bürgerinnen und Bürger neben ihren beruflichen und familiä-

ren Aufgaben gegen meist sehr bescheidene Entschädigung zusätzlich belasten und für die Gemeinschaft engagieren.
23 Kantonsrätinnen und Kantonsräte haben sich entschieden – oder das Volk hat für sie entschieden – nicht mehr im Milizsystem Kantonsrat tätig zu. Ich möchte an dieser Stelle ihnen von Herzen für ihren fleissigen Einsatz danken. Es ist dies einerseits das erfahrenste Ratsmitglied. Es begann seine Kantonsratstätigkeit bereits im Jahr 1983, Kantonsrat Jean-Pierre Prodolliet. Er setzte sich still und unermüdlich für eine andere Sicht bei Bau- und Umweltanliegen ein. Mehr als die Volljährigkeit im Kantonsrat erlangte alt Kantonsratspräsident Peter Rust. In einigen Tagen kann er das Jubiläum 20 Jahre Kantonsrat feiern. (Applaus des Rats) Weiter Louis Suter, der als Präsident der Raumplanungskommission waltete. Die beiden Baarer Andreas Hotz und Beat Villiger haben je ein Dutzend Jahre auf dem Kantonsratsbuckel. Beide werden weiterhin politisch agieren, sei es präsidial oder mit Sicherheit. Guido Käch rutschte während der Legislatur nach und konnte sich während mehr als neun Jahren Kantonsrat nennen. Eine Reihe von Personen hat sich für je achte Jahre in den Dienst des Kantons gestellt. Das an Jahrringen älteste Kantonsratsmitglied René Bär, der sich für eine klare Spitalplanung einsetzende Leo Granziol, der mit komplizierten Voten brillierende Karl Rust, die Chamer KMU-Frau Vreni Sidler, der vielleicht durch die Politik zum Leichtgewicht gewordene Bruno Briner, die Fraktionschefin der SP, Käty Hofer, und last but not least der stetig mit Umsicht um die Finanzen bekümmerte Stawiko-Präsident Peter Dür. Und mit mir vor fünf Jahren in den Kantonsrat eingezogen sind Kathrin Kündig und Markus Grüring. Eine Legislatur lang im Amt waren die Namensgeberin der Kommission Corrodi, Rosvita Corrodi, der Alternative Christian Siegwart, Franz Müller und die Stimmenzählerin Andrea Erni Hänni. Und die jüngsten unter uns – mindestens an Kantonsratsjahren – sind Beat Stocker, Karl Künzle, Brigitte Vaderna-Jud und Hansjörg Hermann. Insgesamt kommen wir hier knapp auf 170 Jahre Kantonsratstätigkeit – eine beachtliche Zahl. Allen – unabhängig von der Dauer – sei für ihren Einsatz herzlich gedankt. Geniessen Sie die freie Zeit, die Sie durch das Ablegen des Kantonsratsmandats erhalten haben. Ich möchte Ihnen einige Worte mit auf den Weg geben, die ich kürzlich erhalten habe: Ich wünsche Euch nicht alle möglichen Gaben, ich wünsche Euch nur, was die meisten nicht haben, ich wünsche Euch Zeit, sich zu freuen und zu lachen, und wenn Ihr sie nutzt, könnt Ihr etwas draus machen! Ich wünsche Euch die Zeit für Euer Tun und Euer Denken, nicht nur für Euch selbst, sondern auch zum Verschenken. Ich wünsche Euch Zeit, nach den Sternen zu greifen und Zeit, um zu wachsen, das heisst um zu reifen. Ich wünsche Euch, Zeit zu haben zum Leben.